Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1987

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Andreas Wirsching

Mitherausgeber
Hélène Miard-Delacroix und Gregor Schöllgen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1987

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1987

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Tim Szatkowski, Tim Geiger
und Jens Jost Hofmann

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-054958-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-055173-0
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-054974-4
ISSN 2192-2454

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

© 2018 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition VIII

Verzeichnisse XV

Dokumentenverzeichnis XVII
Literaturverzeichnis LXXIII
Abkürzungsverzeichnis LXXXII

Dokumente 1

Band I (Dokumente 1–190) 3
Band II (Dokumente 191–381) 965

Register 1941

Sachregister 1941
Personenregister 2017

Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1987

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1987 wird zum fünfundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30-jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv und seiner Leiterin Professor Dr. Elke Freifrau von Boeselager. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl (†) und Frau Kohl-Richter danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag De Gruyter sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Tim Szatkowski, Herr Dr. Tim Geiger und Herr Dr. Jens Jost Hofmann, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Rainer Ostermann durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Frau Kathrin Meißner, M.A., Frau Sara Stammnitz und Herr Markus Hengelhaupt.

Berlin, den 1. November 2017 Andreas Wirsching

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1987“ (Kurztitel: AAPD 1987) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1987.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1987“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlußsachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden, ergänzt durch eine Auswahl von im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zu einem großen Teil unterlagen sie als Verschlußsachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlußsachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1987 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 381 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem fett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur

nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito", „citissime" oder „citissime nachts") angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amts (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z." vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftsformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftscharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in fetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, bleiben in der Regel unberücksichtigt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben

und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der west-

liche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Dokumentationen und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden primär solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (1.10.2017) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die fett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien, Dienstbezeichnungen und weniger bekannten Firmen, sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abbreviaturen. Ferner werden alle Abkürzungen von Firmen und Medien im Sachregister unter den Schlagwörtern „Wirtschaftsunternehmen“ bzw. „Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Juli 1987 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1 05.01. Aufzeichnung des Botschafters Citron S. 3

Citron faßt die Verhandlungserfahrungen bei der KVAE in Stockholm zusammen und stellt Überlegungen an, wie die NATO-Mitgliedstaaten ihre Strategie erfolgreich fortführen können.

2 07.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 6

Seitz gibt einen Überblick über die Entwicklung des Begriffs der „friedlichen Koexistenz" bis zum Amtsantritt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und widmet sich dann dessen Neubestimmung seit 1985. Er stellt die Frage, ob sich dahinter eine grundlegende Revision der sowjetischen Außenpolitik verbirgt.

3 07.01. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 14

Wallau erläutert die Maßnahmen in den USA zum Schutz elektronisch gespeicherter und übermittelter Informationen vor unberechtigten Zugriffen. Er weist darauf hin, daß die Zuständigkeit für die Entwicklung von Methoden und Standards für die Verschlüsselung elektronischer Daten sowie die Erteilung von Zertifikaten für Verschlüsselungs-Chips auf die National Security Agency (NSA) übergehen solle.

4 08.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 21

Richthofen bewertet die Gespräche des Ministerialdirigenten von Ploetz in Paris, in deren Mittelpunkt die Perspektiven für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit sowohl zwischen Frankreich und der Bundesrepublik als auch im Rahmen der WEU standen. Er analysiert die unterschiedlichen Überlegungen im französischen Außen- und Verteidigungsministerium sowie im Amt des Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten.

5 09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 29

Richthofen informiert über den Stand der Diskussion über eine Einladung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, nach Berlin (West) anläßlich der 750-Jahr-Feier der Stadt. Er weist auf die Vorbehalte Frankreichs, Großbritanniens und der USA hin.

6 13.01. Legationsrat Rinnert, Kabul, an das Auswärtige Amt S. 32

Rinnert teilt mit, der Leiter des Büros des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt, Rosen, habe sich in Kabul aufgehalten und

reise nun nach Islamabad weiter, um einen Gefangenenaustausch zwischen der sowjetischen Armee in Afghanistan und afghanischen Mujahedin zu vereinbaren.

7 15.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 34

Richthofen notiert, das Auswärtige Amt habe von amerikanischer Seite eine zusammenfassende Bewertung der sowjetischen Verhandlungsführung in der Schlußphase der KVAE in Stockholm erhalten. Diese gehe besonders auf das Verhältnis von Politik und Militär in der UdSSR ein.

8 19.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 36

Richthofen analysiert das von den Ministerpräsidenten der Länder beschlossene Abkommen zur Errichtung einer Kulturstiftung in Berlin (West). In seine Analyse bezieht er die Frage der Vertretung des Bundes im Stiftungsrat, außen-, deutschland- und berlinpolitische Gesichtspunkte sowie die Haltung der Drei Mächte und mögliche Reaktionen der UdSSR ein.

9 21.01. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 41

Van Well berichtet, der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead habe deutlich gemacht, daß die USA, trotz des innenpolitischen Drucks in der Bundesrepublik wegen der Entführung der deutschen Staatsangehörigen Cordes und Schmidt im Libanon, auf einer Auslieferung des in Frankfurt am Main festgenommenen libanesischen Staatsangehörigen Hamadi bestünden.

10 21.01. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 43

Kullak-Ublick verweist auf das Engagement der Botschaft in Menschenrechtsfragen und äußert sich zum Aufnahmeangebot der Länder Hessen und Hamburg für 14 politische Gefangene in Chile, die extremistischer Aktivitäten verdächtig seien.

11 23.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 47

Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP äußert sich Seitz zur kritischen Haltung führender CSU-Politiker zum Auswärtigen Amt. Die Kritik betreffe hauptsächlich die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Deutschland- und Ostpolitik sowie die Dritte-Welt-Politik.

12 25.01. Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, an das Auswärtige Amt S. 51

Eitel informiert, daß die Evakuierung der Botschaft der Bundesrepublik im Westteil Beiruts abgeschlossen sei, und schildert deren Ablauf.

13 26.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 53

Jelonek vermerkt, die europäisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beteiligung an der Internationalen Raumstation (ISS) würden durch die Forderung der USA, ihren Teil der Station militärisch nutzen zu wollen, erschwert. Er präsentiert verschiedene Optionen für die Fortführung der Gespräche.

14 26.01. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl S. 60

Nach dem Wahlsieg von CDU, CSU und FDP bei den Bundestagswahlen am Vortag drückt Genscher seine freundschaftliche Verbundenheit aus.

15 28.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde S. 61

Buerstedde äußert sich zur Frage der Notifizierungspflicht bei zwei Manövern der USA in der Bundesrepublik und zeigt verschiedene Wege auf, wie öffentliche Anfragen zu diesem Sachverhalt beantwortet werden könnten.

16 29.01. Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) S. 64

Schäuble diskutiert mit den Botschaftern die Frage der Einladung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, nach Berlin (West) anläßlich der 750-Jahr-Feier der Stadt bzw. der Einladung des Regierenden Bürgermeisters Diepgen nach Ost-Berlin.

17 29.01. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 69

Holik analysiert die rüstungskontrollpolitischen Implikationen einer möglichen vorgezogenen Stationierung von SDI-Systemen durch die USA, insbesondere die Vereinbarkeit mit dem ABM-Vertrag, mit früheren Erklärungen der amerikanischen Regierung und der Bundesregierung sowie die Auswirkungen auf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf.

18 30.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Professor für Mittlere und Neuere Geschichte, Stürmer S. 74

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte erörtern Genscher und Stürmer aktuelle politische Fragen, unter anderem der Sicherheits-, Deutschland- und Europapolitik.

19 30.01. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 82

Holik äußert Bedenken gegenüber dem amerikanischen Vorschlag zur Verifizierung eines INF-Abkommens durch Verdachtskontrollen und weist auf mögliche Belastungen für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf hin.

20 30.01. Botschafter Bente, Tunis, an das Auswärtige Amt S. 85

Bente berichtet über sein Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Abu Iyad. Dieser habe Unterstützung im Falle der im Libanon entführten deutschen Staatsangehörigen Cordes und Schmidt zugesagt.

21 03.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik S. 88

Richthofen und Holik unterrichten über ihre Gespräche am 26./27. Januar in Washington, in deren Mittelpunkt rüstungskontrollpolitische Fragen standen.

22 04.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Haas S. 94

Haas bilanziert die Ergebnisse eines Kolloquiums des Planungsstabs über den islamischen Fundamentalismus im Nahen und Mittleren Osten.

23 05.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 100

Ploetz informiert über ein Gespräch mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und General Hüttel, Bundesministerium der Verteidigung, über Fragen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich, insbesondere zur Reaktivierung der WEU.

24 05.02. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 106

Van Well referiert den Stand der Diskussion innerhalb der amerikanischen Regierung über eine enge oder weite Auslegung des ABM-Vertrags. Ferner übermittelt er die Empfehlung des amerikanischen Außenministeriums für eine Intervention der Bundesregierung bei Präsident Reagan.

25 06.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond in Paris S. 109

Genscher und Raimond erörtern EG-Fragen, insbesondere das „Delors-Paket“ und die Beziehungen der Gemeinschaft zur Türkei und zu den USA. Weitere Themen sind bilaterale und deutsch-deutsche Fragen sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle.

26 06.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 121

Genscher und Mitterrand sprechen über die europäische Zusammenarbeit, die Beziehungen zu den USA sowie ihre Einschätzung der Politik und Person des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow.

27 06.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 125

Ploetz unterrichtet über den geplanten Abzug amerikanischer chemischer Waffen aus der Bundesrepublik, der bis 1992 abgeschlossen sein sollte.

28 06.02. Botschafter Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 128

Holik berichtet über die Sitzungen der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen bzw. im erweiterten Kreis. Im Mittelpunkt stand die Unterrichtung über die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf bzw. die Diskussion über den amerikanischen Entwurf zur Verifikation eines INF-Abkommens.

29 06.02. Runderlaß des Ministerialdirigenten Wegner S. 130

Angesichts von Äußerungen eines Vertreters der Abu-Nidal-Organisation erteilt Wegner die Weisung, die Goethe-Institute und andere kulturelle Einrichtungen der Bundesrepublik im Nahen Osten vor einem erhöhten Sicherheitsrisiko zu warnen.

30 09.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 132

Kastrup informiert über die Sondierungsgespräche mit Albanien zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, insbesondere zu den Punkten albanische Reparationsforderungen gegen die Bundesrepublik und Berlin-Klausel.

31 10.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 137

Richthofen nimmt Stellung zu Überlegungen des Generalsekretärs des französischen Präsidialamts, Bianco, eine gemeinsame deutsch-französische Schnelle Eingreiftruppe zu bilden. Dabei legt er Aufgabe und Funktion der Force d'Action Rapide dar.

32 10.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 141

Hartmann resümiert die Konsultationen mit Frankreich, Großbritannien und den USA über die Verhandlungen zu chemischen Waffen bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf.

33 10.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek S. 145

Adamek rekapituliert die Haltung der USA und Frankreichs zur Neutronenwaffe und nimmt Stellung zur öffentlichen Debatte darüber, insbesondere in der Bundesrepublik.

34 10.02. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 149

Freitag berichtet, er habe im iranischen Außenministerium die Bitte des Bundesministers Genscher um Hilfe im Entführungsfall Cordes und Schmidt übermittelt und sei dabei mit Vorwürfen wegen Aktivitäten iranischer Oppositionsgruppen in der Bundesrepublik konfrontiert worden.

35 10.02. Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Guatemala-Stadt, an das Auswärtige Amt S. 153

Ruhfus informiert über die Ergebnisse der dritten Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe in Guatemala-Stadt („San José III“).

36 11.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 157

Jelonek unterrichtet über erneute Hinweise auf eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am Bau von Anlagen zur Herstellung chemischer Waffen im Irak.

37 11.02. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 159

Van Well resümiert die Gespräche des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit Angehörigen der amerikanischen Regierung. Dabei wurden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt, darunter SDI, das Ost-West-Verhältnis, die Lage im Nahen und Mittleren Osten, in Zentralamerika und im südlichen Afrika sowie der geplante Besuch des Präsidenten Reagan in der Bundesrepublik und in Berlin (West).

38 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 167

Richthofen legt den Stand der wichtigsten Initiativen zur Menschenrechtspolitik in den Vereinten Nationen und im Europarat dar und skizziert die jeweilige Position der Bundesregierung.

39 13.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 174

Jelonek schildert die außenpolitischen Folgen, die Meldungen über einen geplanten Export von radioaktiv belastetem Molkepulver in Entwicklungsländer vor allem in Ägypten hervorgerufen haben.

40 13.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hiller S. 177

Hiller faßt das Gespräch des Ministerialdirektors Sudhoff mit dem Direktor des „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa“, Minty, am 11. Februar zusammen. Es wurde die Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika erörtert.

41 13.02. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 184

Van Well gibt Informationen des amerikanischen Außenministeriums zum Stand der Verhandlungen mit der UdSSR über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf nach dem Beginn der siebten Runde wieder.

42 16.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Stechow S. 187

Stechow informiert über die Aufnahme der Sachverhandlungen im Rahmen der achten Runde des GATT (Uruguay-Runde). Er skizziert bereits gelöste Probleme sowie bevorstehende Aufgaben.

43 17.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin S. 194

Genscher und Sagladin sprechen über die Reformpolitik in der UdSSR, Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen, die bilateralen Beziehungen, besonders im Bereich der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit, sowie über einen möglichen Besuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in der UdSSR.

44 17.02. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 201

Anläßlich der Aufnahme der Mandatsgespräche zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts in Wien skizziert Holik die wichtigsten Elemente für künftige Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa. Ferner informiert er über die Ergebnisse der trilateralen Konsultationen mit den USA und Großbritannien am 12./13. Februar zu MBFR.

45 17.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 206

Nagel resümiert die Ergebnisse des Treffens der „Australischen Initiative“ am 29./30. Januar in Paris mit dem Ziel, eine Verbreitung chemischer Waffen durch den Ausbau eines Warn- und Kontrollsystems zu verhindern.

46 17.02. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 212

Freitag berichtet über die Reaktion der Regierung und der Medien im Iran auf die satirische Darstellung von Ayatollah Khomeini in der ARD-Sendung „Rudis Tagesshow“.

47 19.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 216

Sudhoff schlägt vor, den Kulturreferenten der iranischen Botschaft auszuweisen. Er sieht diese Maßnahme als Retorsion für die Ausweisung zweier Angehöriger der Botschaft in Teheran und die angekündigte Schließung des dortigen Goethe-Instituts, mit denen der Iran auf die satirische Darstellung von Ayatollah Khomeini in der ARD-Sendung „Rudis Tagesshow“ reagiert habe.

48 19.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 219

Nach der Entscheidung der amerikanischen Regierung, das erste Zusatzprotokoll von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 nicht zu ratifizieren, gibt Oesterhelt einen Überblick über die uneinheitliche Haltung der NATO-Mitgliedstaaten und empfiehlt Gespräche mit Großbritannien und den USA.

49 20.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem finnischen Außenminister Väyrynen S. 223

Gesprächsthemen sind die bilateralen Beziehungen, die Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System der UdSSR unter dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und Fragen der Rüstungskontrolle, insbesondere die konventionelle Abrüstung.

50 23.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 228

Jelonek resümiert und bewertet die Ergebnisse des Treffens der Finanzminister und Notenbankchefs der G5- bzw. G7-Staaten. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Stabilisierung der Wechselkursrelationen durch die Umsetzung wirtschafts- und haushaltspolitischer Maßnahmen auf nationaler Ebene.

51 23.02. Aufzeichnung des Botschaftsrats Hennig, Brüssel (EG) S. 233

Hennig unterrichtet über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem Präsidenten der EG-Kommission, bei dem Delors seine Vorschläge zur Reform der Europäischen Gemeinschaften („Delors-Paket") erläuterte.

52 24.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling S. 239

Schilling informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ. Themen waren die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, vor allem die Frage einer Internationalen Friedenskonferenz, ferner die Ost-West-Beziehungen sowie eine Demarche gegenüber der UdSSR zu Afghanistan.

53 25.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle S. 247

Nitze und Perle unterrichten über die mögliche Umstrukturierung des SDI-Programms durch Präsident Reagan und erörtern die Frage einer engen oder weiten Auslegung des ABM-Vertrags. Kohl bekräftigt, für die Bundesregierung bleibe eine enge Vertragsauslegung die wesentliche Voraussetzung für die Unterstützung von SDI.

54 25.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe S. 250

Im Zentrum des Gesprächs stehen SDI und die Auslegung des ABM-Vertrags, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, die Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen und das Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Weitere Themen sind der Reformprozeß in der UdSSR, die Lage

im Nahen und Mittleren Osten, Südafrika, die 750-Jahr-Feiern in Berlin, die G5- bzw. G7-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs sowie die Vorschläge des Präsidenten der EG-Kommission zur Reform der Europäischen Gemeinschaften („Delors-Paket“).

55 25.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 260

Ploetz informiert über die ersten deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen unter Beteiligung der Außen- und Verteidigungsministerien zur Bündnisstrategie sowie zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

56 26.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle S. 266

Nitze und Perle unterrichten über die Entscheidungen des Präsidenten Reagan zu einer Umstrukturierung des SDI-Programms und erläutern die Auslegung des ABM-Vertrags. Genscher legt die Haltung der Bundesregierung zu SDI dar und äußert sich zu den möglichen Folgen für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf.

57 27.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 274

Kastrup befaßt sich mit der Benutzung des Luftwaffenstützpunkts Ramstein als Umschlagplatz für amerikanische Waffenlieferungen an den Iran im Zuge der Iran-Contra-Affäre. Er spricht sich dafür aus, der Botschaft in Washington die Weisung zu erteilen, den Sachverhalt mit dortigen Dienststellen zu klären.

58 27.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker S. 276

Stoecker informiert über die bevorstehende erneute Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Bundestags zur Aufklärung der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika und übermittelt eine Sprachregelung.

59 28.02. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 279

Hansen faßt die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und den Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, über die Entscheidungen des Präsidenten Reagan zur möglichen Umstrukturierung des SDI-Programms zusammen.

60 01.03. Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 282

Arnot berichtet über die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Februar, in der sich Gorbatschow für separate INF-Verhandlungen in Genf aussprach. Er legt die Motive dar und bewertet die Erklärung.

61 02.03. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 286

Van Well informiert über die Reaktion der amerikanischen Regierung auf das Angebot des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zu separaten INF-Verhandlungen.

62 03.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 289

Jelonek erörtert und bewertet die Vorschläge des amerikanischen Senators Sarbanes zur Lösung der internationalen Schuldenkrise.

63 04.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu S. 291

Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die bilateralen Beziehungen, die Verschuldung Zaires sowie die Lage im Tschad, in Angola und in Südafrika.

64 04.03. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 297

Holik notiert, die amerikanische Regierung habe die in ihrem Entwurf für ein INF-Abkommen vorgesehene Verifikationsregelung näher erläutert. Er befaßt sich insbesondere mit dem System der Verdachtskontrolle, den Implikationen für die Souveränität der Bundesrepublik und der Frage der Konversion von Mittelstreckensystemen.

65 04.03. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 305

Eickhoff teilt mit, die Rede des Bundesministers Genscher beim Weltwirtschaftsforum am 1. Februar in Davos zu den Chancen und Risiken der Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe sich für die Delegation der Bundesrepublik auf der KSZE-Folgekonferenz als hilfreich erwiesen. Ferner gibt er eine Einschätzung zum Fortgang der Konferenz.

66 05.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 309

Richthofen präsentiert die Ergebnisse der Konsultationen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA.

67 05.03. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 317

Nach dem Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zu separaten INF-Verhandlungen macht Genscher das Interesse der Bundesregierung deutlich, Folgeverhandlungen zu den Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite aufzunehmen.

68 06.03. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 319

Holik beschreibt den Aufbau und Inhalt des amerikanischen Entwurfs für ein INF-Abkommen und setzt sich mit den wichtigsten Vertragsbestimmungen auseinander. Er weist auf die Notwendigkeit hin, auch in Verhandlungen über INF-Flugkörper kürzerer Reichweite einzutreten.

69 09.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 328

Jelonek analysiert die Vorschläge der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") im Finanzbereich und untersucht ihre möglichen Auswirkungen für die Bundesrepublik.

70 10.03. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 335

Bräutigam informiert, er habe dem stellvertretenden Vorsitzenden des Festkomitees der DDR für die 750-Jahr-Feier Berlins, Löffler, die Übergabe der Einladung des Berliner Senats an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zur Teilnahme an den Feierlichkeiten in Berlin (West) angekündigt. Löffler habe den Ablauf des geplanten Staatsakts der DDR skizziert.

71 11.03. Botschaftsrat I. Klasse Fett, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt S. 339

Fett berichtet über ein Gespräch mit dem Berater des Vorsitzenden von SPLM/SPLA. Oduho habe auf die Lage im Südsudan, Differenzen innerhalb der SPLM/SPLA sowie die Interessen der UdSSR und Äthiopiens aufmerksam gemacht.

72 12.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 342

Richthofen unterrichtet über das amerikanische Programm zur Entwicklung eines ATBM-Systems und schlägt vor, den Themenbereich erweiterte Luftverteidigung im Bundessicherheitsrat zu behandeln.

73 17.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 348

Trumpf formuliert die Vorstellungen und Ziele des Auswärtigen Amts für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften. Schwerpunkte sind Fragen der Finanz- und Agrarpolitik, die Implementierung der Einheitlichen Europäischen Akte, das „Europa der Bürger" sowie die Außenbeziehungen.

74 17.03. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 360

Ungerer unterrichtet über die EG-Ministerratstagung, in deren Mittelpunkt die Zusammenarbeit mit Mittelmeer-Anrainerstaaten, die Durchführungsbefugnisse der Kommission, Fragen der Agrarpolitik sowie die Beziehungen zu Japan, Ungarn und den USA standen.

75 19.03. Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 365

Joetze faßt die Diskussion bei der letzten Plenarsitzung der 41. Runde der MBFR-Verhandlungen zusammen und geht vor allem auf die Fragen einer Nichterhöhungsverpflichtung und der Verifikation ein.

76 20.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 369

Gegenstand ist der amerikanische Vorschlag, die Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels sollten eine Erklärung über ihre Ziele in der Südafrikapolitik abgeben. Sudhoff macht Vorbehalte geltend.

77 23.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian S. 373

Gesprächsthemen sind Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Lage in der UdSSR, die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR sowie den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten.

78 23.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder S. 379

Schönfelder vermerkt, er habe Gespräche mit Vertretern der Deutschen Bundesbank über Möglichkeiten einer institutionellen Weiterentwicklung des EWS geführt, insbesondere über die Errichtung einer Europäischen Zentralbank. Es stünden sich eine „nationale“ und eine „europäische“ Fraktion gegenüber.

79 24.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 381

Richthofen gibt Informationen über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher wieder, in dessen Mittelpunkt Verhandlungen über LRINF und SRINF sowie die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gestanden hätten.

80 24.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 384

Seitz beschreibt die Verbreitung und die Prognosen für die weitere Ausbreitung von AIDS weltweit. Er stellt die außenpolitischen Implikationen dar, vor allem mit Blick auf die West-West-, West-Ost- und Nord-Süd-Beziehungen, und gibt Empfehlungen für den Umgang mit der Krankheit im Rahmen der Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik.

81 24.03. Aufzeichnung des Botschafters Bartels, Amman S. 389

Bartels faßt die Gespräche von König Hussein mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl bei des-

sen Besuch in der Bundesrepublik zusammen. Themen waren der Nahost-Konflikt, die Lage im Libanon und der irakisch-iranische Krieg.

82 26.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mikulić S. 392

Im Vordergrund des Gesprächs stehen die innere Entwicklung Jugoslawiens, die bilateralen Beziehungen sowie die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien.

83 26.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit NATO-Generalsekretär Lord Carrington S. 398

Hauptthema des Gesprächs sind Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere eine Null-Lösung für LRINF und SRINF in Europa sowie die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und ein Verbot chemischer Waffen. Ferner werden die amerikanisch-europäischen Beziehungen erörtert.

84 26.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 402

Richthofen informiert über die nuklearstrategische Situation in Europa nach einer Null-Lösung für LRINF und macht deutlich, daß die Bundesregierung ihre Position zu Folgeverhandlungen über SRINF festlegen müsse.

85 26.03. Oberst i. G. Geerdts, Riad, an das Auswärtige Amt S. 412

Geerdts berichtet über ein Gespräch mit dem Generalstabschef der saudi-arabischen Streitkräfte, al-Hamad, zu möglichen Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik, insbesondere von Panzern des Typs „Leopard“ und von U-Booten.

86 26./27. 03. Gespräche des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem Außenminister der DDR, Fischer, und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Ost-Berlin S. 416

Das Gespräch hat die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik zum Thema: ein INF-Abkommen, SRINF, den ABM-Vertrag, die Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen sowie nuklear- und chemiewaffenfreie Zonen. Ferner werden die KVAE und der KSZE-Prozeß angesprochen.

87 27.03. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 423

Holik notiert die Ergebnisse der Konsultationen der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA über MBFR und konventionelle Rüstungskontrolle in London.

88 27.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 428

Hartmann informiert über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint), bei welcher der amerikanische Sonderbotschafter Glitman über den Stand der INF-Verhandlungen berichtete.

89 28.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Schloß Chambord S. 432

Im Mittelpunkt stehen die innenpolitische und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik, die europäische Einigung, die EG-Agrarpolitik, die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die Entwicklung in den Warschauer-Pakt-Staaten, die INF-Verhandlungen und die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit.

90 31.03. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 445

Holik stellt die Interessenlage der Bundesrepublik im Falle eines sowjetischen Angebots einer Null-Lösung für SRINF dar und zeigt Optionen auf, wie die Bundesregierung darauf reagieren könnte.

91 01.04. Gespräch der Staatsministerin Adam-Schwaetzer mit dem Kommandanten des afghanischen Widerstands, Haq S. 451

Im Mittelpunkt stehen die Chancen einer Lösung des Afghanistan-Konflikts durch die „indirekten" Friedensgespräche zwischen Afghanistan und Pakistan in Genf. Weitere Themen sind die Flüchtlingssituation sowie die Frage einer Unterstützung des afghanischen Widerstands durch die Bundesregierung.

92 02.04. Gemeinsame Sitzung der Bundesregierung und der EG-Kommission S. 455

Gesprächsthemen sind die Europapolitik der Bundesregierung, die Vertiefung der europäischen Integration seit 1984, die Reformvorschläge der EG-Kommission vom 15. Februar („Delors-Paket") sowie Fragen der Haushaltsdisziplin, der Finanzverfassung und des gemeinsamen Agrar- und Binnenmarkts.

93 03.04. Gespräche der Staatsministerin Adam-Schwaetzer und des Staatssekretärs Ruhfus mit dem türkischen Staatsminister Bozer S. 470

Bozer berichtet über den Beschluß der türkischen Regierung, einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften zu stellen, und bittet um Unterstützung durch die Bundesregierung.

94 03.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 477

Trumpf informiert über die Verabschiedung und Bekanntgabe eines Exportkontrollregimes auf dem Gebiet der Trägertechnologie zur Verringerung der Gefahr eines Nuklearwaffeneinsatzes.

95 03.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 480

Seitz befaßt sich mit der Wiederbelebung des Begriffs „Mitteleuropa“ in der öffentlichen Debatte im In- und Ausland und wägt die Chancen und Risiken seiner Verwendung im offiziellen Sprachgebrauch ab.

96 06.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Staatsrat der Volksrepublik China, Zhang Jingfu S. 489

Kohl und Zhang Jingfu erörtern den Stand der bilateralen Beziehungen, insbesondere im wirtschaftlichen und technischen Bereich, sowie die Innenpolitik der Volksrepublik China.

97 06.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 495

Ploetz resümiert die Diskussion über eine stärkere Beteiligung des Auswärtigen Amts bei außenpolitisch relevanten Entscheidungen des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungskooperationsprojekten.

98 06.04. Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 497

Arnot plädiert dafür, vom Angebot der Botschaft in Washington Abstand zu nehmen, dem amerikanischen Außenminister Shultz für seine Reise in die UdSSR eine abhörsichere Besprechungskabine der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau zur Verfügung zu stellen.

99 07.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Herzog S. 499

Im Mittelpunkt stehen die Rolle der Bundesrepublik in der NATO, die Ost-West-Beziehungen, die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Fragen der Weltwirtschaft, Abrüstung und Rüstungskontrolle, der Besuch Herzogs in der Bundesrepublik und in Berlin (West) sowie die Situation im Nahen Osten.

100 07.04. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 506

Mit Blick auf die bevorstehende Reise des amerikanischen Außenministers Shultz in die UdSSR legt Kohl die Position der Bundesregierung im SRINF-Bereich dar.

101 08.04. Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 508

Nach dem Ende der ersten Gesprächsrunde informiert Citron über den Stand der Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK).

102 08.04. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 513

Mit Blick auf die bevorstehende Reise des amerikanischen Außenminister Shultz in die UdSSR faßt van Well den Stand der Diskussion zur Abrüstungs- und Rüstungspolitik in der amerikanischen Regierung sowie in den NATO-Gremien zusammen.

103 09.04. Konferenz des Bundesministers Genscher mit Botschaftern in zentralamerikanischen Staaten in San José S. 515

Im Mittelpunkt stehen der Friedensplan des Präsidenten Arias für Zentralamerika sowie die innenpolitische Lage in Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua.

104 09.04. Ministerialdirigent von Ploetz an Bundesminister Genscher, z. Z. San José S. 525

Ploetz gibt einen Überblick über die deutsch-niederländischen sicherheitspolitischen Konsultationen. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, die Ost-West-Beziehungen, das Verhältnis Frankreichs zur NATO, die Wiederbelebung und Reorganisation der WEU sowie die konventionelle Verteidigungsfähigkeit.

105 10.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Butler an die Botschaft in Paris S. 531

Butler übermittelt die Bedenken der Bundesregierung gegen die Absicht der französischen Regierung, den Teilnehmern eines künftigen Vertrags zum Verbot chemischer Waffen einen geheimen Vorrat für zehn Jahre zu belassen.

106 10.04. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 533

Eickhoff resümiert den Verlauf und die wichtigsten Ergebnisse der zweiten Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Er analysiert die Besonderheiten im Auftreten der Teilnehmerstaaten bzw. Teilnehmergruppen und informiert über die Schwerpunkte der Anträge zu den verschiedenen Körben.

107 11.04. Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, an das Auswärtige Amt S. 544

Eitel berichtet, er habe den geistlichen Führer der Hisbollah, Scheich Fadlallah, erneut um Hilfe im Entführungsfall Cordes und Schmidt gebeten. Fadlallah habe der Bundesregierung besonders den Kontakt mit dem Iran empfohlen.

108 13.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Duarte in San Salvador S. 550

Die Gesprächspartner erörtern neben bilateralen Fragen wie der Erdbebenhilfe für El Salvador insbesondere den Friedensplan des Präsidenten Arias für Zentralamerika.

109 14.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 553

Hartmann analysiert die vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. April in Prag unterbreiteten Vorschläge, die LRINF-Verhandlungen in Genf durch parallele Verhandlungen über SRINF zu ergänzen, und skizziert Reaktionsmöglichkeiten der Bundesregierung.

110 14.04. Botschafter Nestroy, San José, an das Auswärtige Amt S. 558

Nestroy übermittelt den Vermerk über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Arias. Erörtert wurden dessen Friedensplan für Zentralamerika sowie Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

111 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 562

Jelonek faßt die Ergebnisse der VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Genf zusammen.

112 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 565

Kastrup analysiert mögliche Auswirkungen, die aus der Absage des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, resultieren, am Festakt in West-Berlin zur 750-Jahr-Feier teilzunehmen, insbesondere mit Bezug auf eine Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters Diepgen am Festakt im Ostteil der Stadt.

113 15.04. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 568

Freitag informiert, das Gespräch mit dem Staatssekretär im iranischen Außenministerium, Mansouri, habe deutlich gemacht, daß die iranische Regierung weiterhin auf der Schließung des Goethe-Instituts in Teheran beharre.

114 15.04. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 570

Mit Blick auf den Besuch des Bundesministers Genscher in den USA führt van Well Themen auf, in denen die Bundesregierung und die amerikanische Regierung unterschiedliche Positionen vertreten, wie beim angestrebten INF-Abkommen, gegenüber dem Reformkurs der UdSSR, beim Fall Hamadi sowie in Wirtschafts- und Finanzfragen.

115 16.04. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 575

Hansen faßt die außerordentliche NATO-Ministerratstagung zusammen, in deren Zentrum der Bericht des amerikanischen Außenministers Shultz über seinen Besuch in der UdSSR sowie die anschließende Aussprache standen.

116 19.04. Bundesminister Wörner an Bundeskanzler Kohl S. 581

Wörner appelliert an Kohl, eine Null-Lösung für nukleare Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite abzulehnen, und distanziert sich damit von der Position des Auswärtigen Amts.

117 24.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 584

Kastrup erläutert die Interessenunterschiede innerhalb der NATO bzw. der Europäischen Gemeinschaften hinsichtlich der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Im Fokus steht die amerikanische bzw. französische Haltung zu einem Abschlußdokument sowie zu Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

118 27.04. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 588

Kullak-Ublick berichtet über das erste Treffen eines Mitglieds der chilenischen Junta mit Mitgliedern des Präsidiums der chilenischen Christdemokraten, das in seiner Residenz stattfand.

119 28.04. Botschafter Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 590

Holik unterrichtet über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im erweiterten und im kleinen Kreis (Quint), in deren Mittelpunkt der am Vortag in Genf übergebene sowjetische Entwurf für einen INF-Vertrag stand.

120 28.04. Gesandter Vestring, Wien, an das Auswärtige Amt S. 594

Vestring berichtet über die Reaktionen in Österreich auf die Entscheidung der amerikanischen Regierung, ein Einreiseverbot gegen Bundespräsident Waldheim zu verhängen.

121 30.04. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt S. 598

Richthofen unterrichtet über sein Gespräch mit dem Abteilungsleiter beim ZK der PVAP, Kucza. Erörtert wurden der Stand der bilateralen Beziehungen, vor allem die Wirtschafts- und Finanzhilfe, die Zukunft des Reformkurses in der UdSSR sowie Abrüstungsfragen.

122 04.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 606

Richthofen informiert über sein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Olechowski in Warschau. Im Vordergrund standen die Bemühungen um den Ausbau der bilateralen Beziehungen.

123 05.05. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 612

Holik analysiert den sowjetischen Entwurf vom 27. April für einen INF-Vertrag. Er arbeitet die Unterschiede zum amerika-

nischen Entwurf heraus und verweist auf kritische Punkte wie die Betonung des europäischen statt des globalen Charakters des Abkommens, die Nichtumgehungsklausel und Einschränkungen bei Vor-Ort-Inspektionen.

124 05.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 621

Hansen wägt die Bedeutung ab, die die verbleibenden 100 Gefechtsköpfe auf LRINF in Ostasien jeweils für die USA und die UdSSR haben. Er kommt zu dem Schluß, daß die UdSSR politisch-strategisch, organisatorisch-betriebswirtschaftlich und rüstungskontrollpolitisch durch diesen verbleibenden Restbestand stärker belastet werde.

125 06.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Martens S. 626

Im Zentrum steht die Diskussion über ein INF-Abkommen. Beide Gesprächspartner sprechen sich für eine Null-Lösung bei Mittelstreckensystemen längerer Reichweite, aber gegen eine Null-Lösung bei jenen kürzerer Reichweite aus. Weitere Themen sind die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik, die Umschuldung für Zaire und die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften.

126 06.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow S. 636

Genscher und Woronzow erörtern die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf und eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen.

127 06.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 643

Hansen informiert über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats, in der der amerikanische Sonderbotschafter Glitman über den Stand der INF-Verhandlungen in Genf nach der Vorlage des sowjetischen Vertragsentwurfs berichtete. Im Zentrum standen strittige Fragen der Verifikation und der Einbeziehung von Pershing Ia der Bundeswehr bzw. sowjetischer Scud sowie der verbleibenden LRINF in Asien.

128 11.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington S. 647

Im Mittelpunkt stehen die amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf, besonders die Haltung der amerikanischen Regierung zu einem Restsockel von 100 nuklearen Gefechtsköpfen. Besprochen werden weiterhin der Zusammenhang einer SRINF-Regelung zu einem LRINF-Abkommen sowie die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und chemische Waffen.

129 12.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek S. 651

Das Delegationsgespräch behandelt Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, so ein amerikanisch-sowjetisches Abkommen über Mittelstreckensysteme. Besprochen werden neben bilateralen Themen auch die KSZE-Folgekonferenz in Wien und internationale Konfliktherde wie Afghanistan, Südafrika und der Nahe Osten.

130 12.05. Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, z.Z. Lyon, an das Auswärtige Amt S. 657

Kotzebue übermittelt Eindrücke vom ersten Tag des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Barbie in Lyon. Sie schildert den äußeren Rahmen, den Verfahrensablauf und die Medienberichterstattung.

131 12.05. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 661

Bräutigam gibt eine Einschätzung der Hintergründe, warum der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, die Teilnahme an der 750-Jahr-Feier in Berlin (West) abgesagt hat.

132 13.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek S. 665

Im Zentrum stehen Abrüstungsfragen, insbesondere die amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf, außerdem die von der ČSSR und der DDR eingebrachten Vorschläge für eine chemie- und nuklearwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

133 13.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 671

Richthofen notiert, der sowjetische Botschafter Kwizinskij sei wegen einer „Europäischen Verteidigungsinitiative" der NATO und des pakistanischen Nuklearprogramms vorstellig geworden. Weiterhin seien Fragen der bilateralen Beziehungen, vor allem die Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München, sowie die Haltung der Bundesregierung zur doppelten Null-Lösung für nukleare Mittelstreckensysteme längerer und kürzerer Reichweite diskutiert worden.

134 14.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Sassou-Nguesso S. 681

Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit, die Umschuldungspraxis des IWF, die Entwicklungshilfe für Afrika sowie die Lage in Südafrika.

135 15.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros der USAP, Havasi S. 689

Neben einem möglichen Personalwechsel an der Spitze von Partei und Regierung in Ungarn befassen sich die Gesprächspartner mit dem Reformprozeß in der UdSSR und dem Führungspersonal der KPdSU.

136 15.05. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Jelonek und Freiherr von Richthofen S. 694

Jelonek und Richthofen analysieren die Folgen des türkischen Antrags auf EG-Beitritt für die bilateralen Beziehungen, besonders mit Blick auf die Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer sowie eine Rüstungssonderhilfe.

137 15.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Freiherr von Stenglin S. 698

Stenglin resümiert die Gespräche des Staatssekretärs Sudhoff und des Ministerialdirigenten Bazing mit dem Koordinator des UNHCR für Flüchtlingsfragen in Europa und Nordamerika, Widgren, in denen die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die europäische Zusammenarbeit in dieser Frage und die Lage iranischer Flüchtlinge in der Türkei erörtert wurden.

138 18.05. Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem amerikanischen Botschafter Burt S. 702

Themen sind der Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon, eine Auslieferung Mohammed Hamadis an die USA sowie eine doppelte Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf.

139 18.05. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl S. 709

Nach einem Artikel in der „Bild am Sonntag“ zu den Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition über die doppelte Null-Lösung für INF versichert Genscher Kohl seiner fortdauernden politischen und persönlichen Verbundenheit.

140 18.05. Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, Paris, an das Auswärtige Amt S. 710

Kotzebue resümiert die erste Woche des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Barbie in Lyon. Ihr besonderes Augenmerk gilt dabei der Einordnung in einen größeren politisch-historischen Rahmen.

141 18.05. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 713

Van Well stellt die Reaktion der amerikanischen Regierung und Presse auf die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai dar, daß in ein INF-Abkommen Systeme aller Reichweiten bis 1000 km einbezogen werden sollten.

142 19.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 716

Richthofen analysiert die Haltung des amerikanischen Außenministers Shultz zu einem INF-Abkommen mit der UdSSR und äußert sich zu den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Bundesrepublik und die NATO.

143 19.05. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 722

Van Well übermittelt Informationen zum amerikanischen Entwurf vom 8. Mai für ein START-Abkommen. In den Verhandlungen in Genf zeichne sich dem amerikanischen Außenministerium zufolge möglicherweise eine Lockerung des sowjetischen Junktims mit Weltraumfragen ab.

144 20.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff S. 725

Sudhoff äußert sich zur Einsatzbereitschaft der Pershing I a der Bundeswehr und macht auf die mögliche Deckungslücke beim Abzug der amerikanischen Pershing II aufmerksam.

145 20.05. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek S. 726

Adamek erörtert den Zeitpunkt der auslaufenden Einsatzbereitschaft für die Pershing I a der Bundeswehr und die sich daraus ergebenden Folgen.

146 21.05. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud in Paris S. 728

Die französischen Gesprächsteilnehmer berichten über den Besuch von Ministerpräsident Chirac in der UdSSR. Weitere Themen sind das Mandat für die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Wien und die Kontroverse über eine doppelte Null-Lösung für nukleare Mittelstreckensysteme längerer und kürzerer Reichweite.

147 22.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac in Paris S. 735

Hauptthema sind die unterschiedlichen Positionen beider Regierungen in der EG-Agrarpolitik. Behandelt werden außerdem der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig und gemeinsame Wirtschaftsprojekte wie Airbus oder das europäische Netz für Hochgeschwindigkeitszüge.

148 22.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem thailändischen Außenminister Siddhi S. 743

Siddhi berichtet über seine Osteuropa-Reise, unter anderem seinen Aufenthalt in der UdSSR, in dessen Mittelpunkt der Kambodscha-Konflikt gestanden habe. Ferner werden Fragen der

Abrüstung sowie die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und deren Rezeption in den Warschauer-Pakt-Staaten besprochen.

149 22.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Daum S. 749

Daum legt dar, es gebe keine rechtliche Handhabe, um den Aufbau einer Panzerproduktionsstätte im Iran durch Argentinien zu verhindern, auch wenn der TAM-Panzer auf einem von der Firma Thyssen-Henschel für Argentinien entwickelten Modell beruhe.

150 25.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 751

Jelonek erörtert die möglichen Folgen von Gesetzesvorhaben im amerikanischen Kongreß, die eine Vergabe von SDI-Verträgen an ausländische Auftragnehmer einschränken würden, und unterbreitet Vorschläge für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz.

151 25.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 755

Oesterhelt zieht eine Zwischenbilanz der Bemühungen um eine Harmonisierung der Asylpolitik in Europa, insbesondere durch die TREVI-Zusammenarbeit, im CAHAR-Ausschuß des Europarats und bei den Konsultativtreffen der Hauptaufnahmeländer.

152 25.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 760

Angesichts neuer Vorwürfe unterrichtet Vollers über den Sachstand bezüglich des Verdachts einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am irakischen Programm zur Herstellung chemischer Waffen.

153 25.05. SPD-Abgeordneter Wischnewski, z. Z. Teheran, an das Auswärtige Amt S. 762

Wischnewski informiert über die Gespräche mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani bzw. mit dem Persönlichen Beauftragten des Ayatollah Khomeini, Tabatabai, über den Entführungsfall Cordes und Schmidt.

154 26.05. Aufzeichnung des Oberstleutnants i. G. Graf von Pfeil S. 768

Pfeil erstellt eine Bedrohungsanalyse für die NATO-Mitgliedstaaten, indem er die Militärdoktrin und die militärische Stärke der sowjetischen Armee und des Warschauer Pakts insgesamt darlegt. Er kommt zu dem Schluß, daß die Kampfkraft des Warschauer Pakts zunehme.

155 27.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 774

Hansen unterrichtet über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO, in der eine doppelte

Null-Lösung für nukleare Mittelstreckensysteme und die Position der Allianz bei den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa erörtert wurden.

156 31.05. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 782

Meyer-Landrut berichtet, daß die Landung des Sportfliegers Mathias Rust am 28. Mai im Zentrum von Moskau zu personellen Änderungen an der Spitze des sowjetischen Verteidigungsministeriums geführt habe.

157 01.06. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 785

Meyer-Landrut informiert über den Haftfall Mathias Rust und schildert den Ablauf eines Besuchs von Angehörigen der Botschaft bei dem Inhaftierten.

158 02.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow S. 788

Themen des Gesprächs sind eine Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und der Bundesrepublik im wissenschaftlich-technischen Bereich, eine Kooperation beim Umweltschutz sowie die bilateralen Kulturbeziehungen.

159 02.06. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Morr S. 793

Morr befaßt sich mit den amerikanischen Forderungen nach Unterstützung bei der Sicherung der Schiffahrt im Persischen Golf. Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets verweist er auf den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982.

160 03.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 795

Heyken analysiert die personellen Konsequenzen in den sowjetischen Streitkräften infolge der Landung von Mathias Rust in Moskau und ihren Einfluß auf die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow.

161 03.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 798

Sulimma äußert sich zum Anliegen der salvadorianischen Guerillaorganisation FMLN/FDR, die Bundesregierung möge bei der Organisation von Geheimtreffen mit der Gegenseite behilflich sein. Er spricht sich dafür aus, das Ersuchen nicht sogleich abzulehnen und zunächst Präsident Duarte darüber zu informieren.

162 03.06. Botschaftsrat Schrömbgens, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 802

Schrömbgens berichtet über die Begehung des Neubaus der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau mit einem amerikanischen Sicherheitsexperten und über mögliche Sicherheitslücken.

163 04.06. Botschafter Holik an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 805

Holik gibt die Weisung, bei den Konsultationen im Ständigen NATO-Rat über nukleare Kurz- und Mittelstreckensysteme die in der Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag dargelegten Grundsätze zu beachten.

164 08.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in Venedig S. 809

Hauptthema sind die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, insbesondere die Haltung der Bundesrepublik zur Einbeziehung von SRINF und SNF. Ferner werden die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und Agrarfragen behandelt.

165 08.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Venedig S. 814

Kohl und Nakasone sprechen über die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, vor allem über eine doppelte oder dreifache Null-Lösung. Sie beschäftigen sich außerdem mit der Sicherung der Schiffahrt im Persischen Golf, den bilateralen Beziehungen sowie Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

166 09.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Venedig S. 819

Kohl und Mitterrand thematisieren Strategiefragen im Rahmen der NATO sowie die Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, wie z. B. Kohls Vorschlag einer gemeinsamen Brigade.

167 09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim S. 822

Arnim gibt einen Überblick über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel im Rüstungsbereich und listet die jüngsten Lieferwünsche und Kooperationsabsichten der israelischen Seite auf.

168 10.06. Legationsrat I. Klasse Ulrich an Bundesminister Genscher, z. Z. Reykjavik S. 825

Ulrich übermittelt eine Botschaft des amerikanischen Außenministers, in der sich Shultz zur Berlin-Initiative der amerikanischen Regierung anläßlich der bevorstehenden Rede des Präsidenten Reagan vor dem Brandenburger Tor äußert.

169 11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac S. 827

Kohl und Chirac diskutieren über die Probleme der EG-Agrarpolitik und die agrimonetären Fragen, vor allem über die Getreidepreise, das System des Währungsausgleichs und eine Fettsteuer.

170 11.06. Gespräch der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Reykjavik S. 834

Im Vordergrund stehen Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, an erster Stelle die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen. Ferner werden die SNF sowie eine Einbeziehung der Pershing I a in die Genfer Verhandlungen und die Mandatsfrage bei den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle erörtert. Ein weiteres Thema ist die Frage einer Sicherheitsreserve bei chemischen Waffen.

171 11.06. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. BM-Delegation, an das Auswärtige Amt S. 841

Richthofen berichtet über die Sitzung der Außenminister am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig. Folgende Themen wurden besprochen: die Lage in Afghanistan, Kambodscha und Südafrika, die sowjetische Asien- und Pazifikpolitik, der Nahost-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg, die Situation in Zentral- und Südamerika sowie in China, Korea und auf den Philippinen. Darüber hinaus wurden Personalfragen im Rahmen der Vereinten Nationen sowie die Terrorismus- und Drogenbekämpfung erörtert.

172 11.06. Botschafter Montfort, Rabat, an das Auswärtige Amt S. 856

Vor dem Hintergrund des deutsch-marokkanischen Sozialversicherungsabkommens weist Montfort auf die Haltung der Bundesrepublik zur Westsahara-Frage hin.

173 11.06. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 858

Paschke informiert über Gespräche zum amerikanischen Entwurf eines INF-Inspektionsprotokolls, in deren Mittelpunkt für die Stationierungsländer die Frage der Wahrung ihrer Souveränitätsrechte stand.

174 12.06. Botschafter Hansen, z. Z. Reykjavik, an das Auswärtige Amt S. 861

Hansen resümiert den Verlauf der NATO-Ministerratstagung. Erörtert wurden die Auswirkungen wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen auf das Ost-West-Verhältnis, ein Gesamtkonzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle, das kanadische Weißbuch zu Sicherheitsfragen und der Beitrag Spaniens zur Allianz. Ferner wurden Eindrücke über Besuche in Warschauer-Pakt-Staaten ausgetauscht.

175 16.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 869

Seitz analysiert die Interessen und Ziele Frankreichs in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie der Abrüstungs- und

Rüstungskontrollpolitik. Ferner beschreibt er die Rückwirkungen auf die deutsch-französischen Beziehungen und die Interessenlage der Bundesrepublik.

176 16.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker S. 878

Stoecker informiert über die Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig. Neben Wirtschaftsfragen standen die Ost-West-Beziehungen, der Terrorismus sowie die Lage im Persischen Golf und in Südafrika im Vordergrund.

177 17.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 886

Richthofen untersucht die politischen Rahmenbedingungen und Ziele des Besuchs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in der UdSSR und benennt mögliche Gesprächsthemen.

178 19.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 895

Der Abteilungsleiter unterbreitet Verfahrensvorschläge zum Wunsch der USA, Transportflugzeuge für die amerikanisch-ägyptische Übung „Bright Star“ auf Bundesgebiet zu betanken.

179 22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 898

Richthofen faßt den bisherigen Verlauf des KSZE-Folgetreffens in Wien in den einzelnen Verhandlungsbereichen zusammen und gibt einen Ausblick auf den Fortgang der Konferenz.

180 22.06. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 904

Holik vermerkt, die UdSSR sei unter bestimmten Bedingungen bereit, eine globale Null-Lösung für LRINF und SRINF zu akzeptieren. Er bewertet diesen Schritt und erläutert die Reaktion der USA sowie die Interessen der Bundesrepublik.

181 23.06. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 908

Paschke berichtet über die amerikanische Afghanistanpolitik, insbesondere den Vorschlag einer Geberkonferenz für humanitäre Hilfe, und über die Aufforderung an die Bündnispartner, den afghanischen Widerstand stärker zu unterstützen.

182 25.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des polnischen Sejm, Malinowski S. 913

Neben den Ost-West-Beziehungen sowie den Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR und zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten steht das deutsch-polnische Verhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg im Mittelpunkt. Darüber hinaus besprechen Kohl und Malinowski einen Parlamentarieraustausch.

183 26.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl sowie der Bundesminister Genscher und Kiechle mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors, und Vizepräsident Andriessen S. 920

Die Gesprächsteilnehmer diskutieren Vorschläge für das künftige Finanzierungssystem der Europäischen Gemeinschaften, die EG-Haushalte 1987 und 1988 sowie Fragen der Agrarpolitik, vor allem das System des Währungsausgleichs, die Getreidepreise und eine Fettsteuer.

184 26.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch S. 928

Pabsch gibt einen Überblick über die Rüstungskooperation verschiedener Staaten mit der Volksrepublik China und äußert sich unter rüstungsexport-, ost- und regionalpolitischen Gesichtspunkten zu der Frage, ob das Auswärtige Amt einer Lieferung von Kampfhubschraubern zustimmen könne.

185 28.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Peres S. 934

Genscher und Peres sprechen über die Lage in Israel und den Nahost-Konflikt, besonders über eine internationale Friedenskonferenz sowie die Haltung der UdSSR und Jordaniens.

186 28.06. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 939

Ungerer präsentiert die Ergebnisse des Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zur Vorbereitung des Europäischen Rats, bei dem die Reformvorschläge der EG-Kommission, Finanz- und Haushaltsfragen sowie die Agrarpolitik behandelt wurden.

187 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 945

Richthofen erläutert die verteidigungs- und sicherheitspolitische Abstimmung zwischen Frankreich und Großbritannien sowie die Konsequenzen für die Bundesrepublik.

188 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte S. 950

Witte faßt die Ergebnisse des Besuchs von Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in Griechenland unter kulturellen Aspekten zusammen und resümiert die deutsch-griechischen Kulturbeziehungen.

189 30.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel S. 956

Themen sind die Reformvorschläge der EG-Kommission, die Haltung der Bundesrepublik und Frankreichs in der EG-Agrarpolitik sowie die deutsch-französische militärische Zusammenarbeit.

190 30.06. Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem österreichischen Sonderbotschafter Molden S. 960

Molden erläutert die Position der österreichischen Regierung zu den Vorwürfen gegen Bundespräsident Waldheim wegen seines Verhaltens in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Gesprächspartner erörtern ferner die Auswirkungen dieser Debatte auf die deutsch-österreichischen Beziehungen.

191 01.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 965

Richthofen unterrichtet über die Anfrage des Bundesministeriums der Verteidigung, ob außenpolitische Bedenken gegen eine Beteiligung des Direktors des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, Messerschmidt, an der Internationalen Historikerkommission zur Untersuchung der Vergangenheit des österreichischen Bundespräsidenten Waldheim bestehen.

192 01.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 967

Nach Rückfragen des Bundesministers Genscher nimmt Seitz erneut Stellung zur sowjetischen Militärdoktrin und zur Stärke der Armeen des Warschauer Pakts.

193 01.07. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 974

Ungerer gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Brüssel. In dessen Mittelpunkt standen agrimonetäre Fragen und der EG-Haushalt.

194 02.07. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 977

Holik informiert über die amerikanischen Vorstellungen zur Ausgestaltung der Inspektionen in den Stationierungsländern nach einem INF-Abkommen.

195 02.07. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 982

Freitag unterrichtet über die Vermittlungsbemühungen des Persönlichen Beauftragten von Ayatollah Khomeini, Tabatabai, im Entführungsfall Cordes und Schmidt.

196 02.07. Gesandter Henze, Washington, an das Auswärtige Amt S. 985

Ausgehend von der Affäre Waldheim und ihren Auswirkungen auf das Verhältnis der amerikanischen Juden zum Vatikan reflektiert Henze den Stand der Beziehungen der Bundesrepublik zur jüdischen Gemeinschaft in den USA.

197 03.07. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 988

Holik faßt die Ergebnisse der Sitzung des Bundessicherheitsrats zusammen. Diskutiert wurden der Vortrag des Generalinspek-

teurs Wellershoff über Folgen der doppelten Null-Lösung für die NATO, Fragen der Rüstungskooperation mit der Volksrepublik China sowie des Rüstungsexports in den Nahen Osten.

198 03.07. Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 992

Joetze zieht eine Bilanz der 42. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien und verweist auf den Einfluß der parallel dazu laufenden Mandatsgespräche über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

199 06.07. Gespräch des Staatsministers Schäfer mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, in Algier S. 998

Erörtert werden die Lage im Nahen Osten, insbesondere die Beziehungen der PLO zu Ägypten, Jordanien, zum Libanon und zu Syrien, sowie der mögliche Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zu einer Friedenslösung in der Region.

200 06.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1003

Meyer-Landrut berichtet über das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Gromyko, in dem Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die bilateralen Beziehungen erörtert wurden.

201 07.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Duarte S. 1007

Im Zentrum steht die politische und wirtschaftliche Lage in El Salvador. Weitere Themen sind die Entwicklungen in Chile, Mexiko und Panama sowie der von Präsident Arias eingeführte Friedensplan für Zentralamerika.

202 07.07. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1014

Schoeller zieht eine Bilanz des Prozesses gegen Klaus Barbie und ordnet das Urteil in den Umgang Frankreichs mit der Vergangenheit bzw. in die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen ein.

203 08.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1016

Meyer-Landrut unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, in dem eine Bilanz des Besuchs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in der UdSSR gezogen wurde.

204 09.07. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Moskau, an die Staatssekretäre Ruhfus und Sudhoff S. 1019

Richthofen informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau. Im Zentrum standen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere ein INF-Abkommen und die von sowjetischer Seite geforderte Einbeziehung der Pershing Ia. Weitere Themen waren die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW sowie bilaterale Fragen.

205 09.07. Botschaftsrat Spohn, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 1026

Spohn berichtet über den Stand des Verfahrens vor einem chilenischen Militärgericht gegen die Deutsch-Chilenin Beatriz Brinkmann. Er stellt die diesbezüglichen Maßnahmen der Botschaft dar.

206 09.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1029

Meyer-Landrut faßt das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammen, das den bilateralen Beziehungen gewidmet war.

207 13.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1037

Jelonek informiert über den Stand der Verhandlungen mit Österreich über ein Abkommen zu kerntechnischen Anlagen. Eine Paraphierung sei an Vorbehalten der bayerischen Landesregierung gescheitert.

208 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schröder S. 1040

Schröder resümiert das Gespräch mit dem Repräsentanten des Dalai Lama, Kelsang Gyaltsen, über den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Volksrepublik China, vor allem dessen beabsichtigten Aufenthalt in Tibet.

209 13.07. Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Peking, an das Auswärtige Amt S. 1043

Ruhfus faßt die Unterredung des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang über außenpolitische Fragen zusammen. Im Mittelpunkt standen die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften bzw. der UdSSR, die Konflikte in Afghanistan und Kambodscha, Abrüstungsfragen und die Deutsche Frage.

210 14.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt S. 1049

Kaestner resümiert sein Gespräch mit dem Berater der unabhängigen polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność, Mazo-

wiecki, über die Lage in Polen, die bilateralen und die polnisch-sowjetischen Beziehungen.

211 14.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim S. 1053

Arnim stellt Überlegungen an, wie der Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade im Sinne einer engeren sicherheitspolitischen Bindung Frankreichs an die NATO genutzt werden könnte.

212 15.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1055

Richthofen zieht eine Bilanz des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in der UdSSR und analysiert die Gespräche.

213 16.07. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1064

Hellbeck unterrichtet über das Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang, in dessen Mittelpunkt Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit standen.

214 16.07. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1071

Van Well erörtert die zwischen den USA und der Bundesrepublik strittigen Fragen im Bereich der INF-Abrüstung, insbesondere eine Modernisierung der Pershing Ia, deren Einbeziehung in eine doppelte Null-Lösung sowie Folgeverhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme.

215 20.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 1077

Trumpf informiert über den Stand des Bußgeldverfahrens der Oberfinanzdirektion Kiel gegen Firmen aus der Bundesrepublik wegen des Verdachts der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika. Er weist darauf hin, daß eine Einstellung des Verfahrens zu erheblicher Kritik aus dem Ausland führen könnte.

216 21.07. Aufzeichnung des Botschafters Hartmann S. 1080

Hartmann unterrichtet über den Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle, der am 27. Juli bei den Gesprächen mit den Warschauer-Pakt-Staaten eingeführt werden sollte.

217 22.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in London S. 1084

Themen sind der Reformprozeß in der UdSSR, der Afghanistan-Konflikt, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, der KSZE-Prozeß, die WEU, der bevorstehende Besuch des General-

sekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik, der irakisch-iranische Krieg und die Lage im Nahen Osten. Erörtert werden auch EG-Agrar- und -Haushaltsfragen sowie die EG-Beitrittsanträge Marokkos und der Türkei.

218 22.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach S. 1094

Roßbach analysiert die Ziele und Motive des türkischen Antrags auf EG-Beitritt sowie die Haltung der EG-Mitgliedstaaten. Er entwickelt Optionen für die Politik der Bundesregierung gegenüber der Türkei.

219 22.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Daum S. 1102

Daum vermerkt, bei einer Ressortbesprechung habe sich der Verdacht gegen Firmen aus der Bundesrepublik erhärtet, zum Aufbau von Produktionsanlagen für chemische Waffen im Irak beigetragen zu haben.

220 22.07. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1105

Van Well unterrichtet über ein Gespräch mit Vertretern des U.S. Holocaust Memorial Council zur Bitte der Bundesregierung, den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus im künftigen Museum in Washington zu berücksichtigen.

221 23.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Velayati S. 1110

Im Mittelpunkt stehen die Resolution 598 des VN-Sicherheitsrats zum irakisch-iranischen Krieg, die Situation am Persischen Golf sowie die Entwicklung im Afghanistan-Konflikt.

222 23.07. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1115

Hellbeck resümiert den Aufenthalt des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Klein in der Autonomen Region Tibet zum Abschluß des Besuchs in der Volksrepublik China.

223 28.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hartmann, Bundeskanzleramt S. 1117

Hartmann faßt das Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem Berater des französischen Staatspräsidenten, Attali, am 24. Juli zusammen, das dem Ausbau der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit gewidmet war.

224 29.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Aziz in Paris S. 1126

Themen sind die Resolution 598 des VN-Sicherheitsrats zum irakisch-iranischen Krieg und die bilateralen Beziehungen nach

den Äußerungen des Bundesministers Genscher in einem Rundfunkinterview zum irakisch-iranischen Krieg.

225 31.07. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1137

Eickhoff faßt die dritte Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen. Er legt die Positionen und Interessenschwerpunkte der NATO- und EG-Mitgliedstaaten, der Warschauer-Pakt-Staaten und der N+N-Staaten dar.

226 03.08. Botschafter Massion, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 1149

Massion berichtet über die Ergebnisse der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Er geht auf die Interessen einzelner Staaten bzw. Staatengruppen ein und beurteilt die Konferenz im Hinblick auf die Entwicklung des Nord-Süd-Dialogs.

227 07.08. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1159

Paschke übermittelt Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium zum Entwurf der UdSSR für ein START-Abkommen sowie zum Fortgang der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf.

228 10.08. Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, an das Auswärtige Amt S. 1162

Michael informiert über die Rede des Präsidenten Ortega zum Abschluß des Friedensabkommens für Zentralamerika in Guatemala-Stadt (Esquipulas II). Er gibt eine Bewertung des Abkommens sowie der Rede.

229 12.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter S. 1165

Hofstetter befaßt sich mit der Dislozierung von Interkontinentalraketen vom Typ „SS-24“ durch die UdSSR und den rüstungskontrollpolitischen Implikationen, vor allem mit der Frage einer Vereinbarkeit mit dem SALT-II-Vertrag.

230 17.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1168

Jelonek wägt ab, ob Anträge der Firma Fritz Werner auf Lieferung von Ersatz- und Verschleißteilen für Rüstungsgüter in den Iran genehmigt werden können. Er spricht sich für eine Genehmigung mit Einschränkungen aus und hält eine Entscheidung im Bundessicherheitsrat für notwendig.

231 17.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Berg S. 1173

Nach dem Selbstmord von Rudolf Heß weist Berg auf die Vereinbarung der Vier Mächte über die Modalitäten der Beisetzung hin. Er vermerkt ferner, daß das Militärgefängnis Berlin-Spandau abgerissen werden solle.

232 25.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zayed al-Nahyan in Aachen S. 1176

Thema des Gesprächs mit dem Präsidenten der VAE ist der irakisch-iranische Krieg. Vor allem werden die Haltung der USA und der UdSSR sowie die Bemühungen im VN-Sicherheitsrat um eine Beendigung des Konflikts angesprochen. Außerdem thematisieren die Gesprächspartner die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zum Golf-Kooperationsrat.

233 25.08. Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), an das Auswärtige Amt S. 1179

Stülpnagel faßt die Jahressitzung der Genfer Abrüstungskonferenz zusammen. Neben den einzelnen Themenbereichen der Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt er die Arbeitsbedingungen sowie die Rolle und Zukunft des Gremiums.

234 25.08. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1189

Paschke unterrichtet über die Haltung der amerikanischen Regierung zu Verifikationsfragen bei einem INF-Abkommen und über Stellungnahmen in der amerikanischen Presse.

235 26.08. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1191

Paschke berichtet über die Reaktion in den USA auf die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl, die Pershing Ia unter bestimmten Bedingungen abzubauen, um den Abschluß eines INF-Abkommens zu erleichtern.

236 27.08. Botschafter Stabreit, z. Z. Kapstadt, an Bundesminister Genscher S. 1193

Stabreit informiert über die ablehnende Haltung der Regierung Südafrikas zu Plänen westeuropäischer Staaten, eine Konferenz von südafrikanischen oppositionellen Gruppen auszurichten. Er äußert sich zu den möglichen Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen.

237 28.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rimini S. 1196

Gesprächsthemen sind der irakisch-iranische Krieg, der Nahost-Konflikt, die Kandidaturen für das Amt des Generalsekretärs der UNESCO, die WEU, die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl zu Pershing Ia und die deutsch-deutschen Beziehungen.

238 28.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1201

Pleuger faßt ein Gespräch von Mitarbeitern des Auswärtigen Amts mit Vertretern von Amnesty International zur Menschenrechtslage in der chilenischen Colonia Dignidad zusammen und macht Vorschläge für das weitere Vorgehen.

239 28.08. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Morr S. 1203

Morr resümiert das deutsch-französische Gespräch über sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Paris, bei dem der Entwurf einer Gemeinsamen Erklärung sowie die Frage einer Ausweitung der bilateralen Kooperation auf die Wirtschafts- und Währungspolitik diskutiert wurden.

240 01.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 1210

Lambach resümiert und analysiert den Inhalt des gemeinsamen Grundsatzpapiers von SPD und SED „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit".

241 02.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1215

Ploetz befaßt sich mit der französischen Initiative zur wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit als Antwort auf den Vorschlag der Bundesregierung für eine Erweiterung und Institutionalisierung der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Kooperation.

242 04.09. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1218

Meyer-Landrut berichtet über den Abschluß des Gerichtsverfahrens gegen Mathias Rust und die Reaktion der Verteidigung auf das Urteil.

243 04.09. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1220

Paschke informiert über den Stand der START-Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR in Genf anhand von Mitteilungen aus dem amerikanischen Außenministerium. Er benennt die bisherigen Verhandlungsergebnisse und die noch offenen Fragen.

244 07.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker S. 1223

Im Delegationsgespräch gibt Kohl eine Erklärung zum Besuch Honeckers ab, in der er die innerdeutschen sowie die Ost-West-Beziehungen anspricht. Die Gesprächspartner erörtern die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

245 07.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker S. 1233

Beim Gespräch im kleinen Kreis schildert Honecker die wirtschaftliche Lage der DDR. Der Bundeskanzler und der Generalsekretär gehen dann auf die innerdeutschen Beziehungen ein, unter anderem den Reiseverkehr, Grenzfragen, die Lage in Berlin, den Schießbefehl in der DDR, Städtepartnerschaften, Verkehrsprojekte und den Umweltschutz.

246 07.09. Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher S. 1243

Kohl äußert sich zu dem von ihm am 26. August erklärten Verzicht auf die Modernisierung der Pershing Ia bzw. deren Abbau und macht deutlich, daß er Abweichungen von seinen Vorstellungen nicht hinnehmen werde.

247 08.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer S. 1244

Genscher und Fischer sprechen über Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem über die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl zu Pershing Ia, nukleare Kurzstreckensysteme sowie konventionelle und chemische Waffen. Sie behandeln ferner die Ost-West-Beziehungen und den KSZE-Prozeß.

248 08.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 1251

Lambach analysiert die personelle Situation in der SED-Führung. Er resümiert die außenpolitischen Erfolge des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, untersucht dessen Position an der Spitze der SED und nennt mögliche Nachfolger.

249 08.09. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 1256

Schlingensiepen berichtet über den Entführungsfall Cordes und Schmidt. Er schildert die Begleitumstände und den Ablauf der Freilassung von Alfred Schmidt.

250 09.09. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1259

Hansen resümiert die Diskussionen im Ständigen NATO-Rat über die Nachfolge des Generalsekretärs Lord Carrington und die Kandidatur des Bundesministers Wörner.

251 10.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ahrens S. 1262

Ahrens zeichnet den Stand des Kambodscha-Konflikts nach. Er erläutert die jüngsten Bemühungen um dessen Beendigung, die Interessen der beteiligten Staaten und die Haltung der Bundesrepublik.

252 11.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister von Singapur, Dhanabalan S. 1270

Genscher und Dhanabalan sprechen über die Lage auf den Philippinen, in Kambodscha, Vietnam und Singapur sowie über den irakisch-iranischen Krieg. Weitere Themen sind die Beziehungen zwischen den EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten, die Nachfolge des UNESCO-Generaldirektors M'Bow, die Lage in der DDR, der Volksrepublik China und der UdSSR sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

253 11.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 1280

Schlagintweit unterrichtet über die Bemühungen der nicaraguanischen Regierung, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu verbessern. Er untersucht die Motive und macht Vorschläge für das weitere Vorgehen.

254 11.09. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1284

Gegenstand der Aufzeichnung sind die Überlegungen der Bundesregierung für einen Verhandlungsvorschlag der an den Mandatsgesprächen über konventionelle Rüstungskontrolle teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten. Einer Weisung des Bundesministers Genscher folgend, geht Holik besonders auf das Regional- und das Phasenkonzept ein.

255 11.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1289

Pleuger informiert über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik und faßt die wichtigsten Ergebnisse der politischen Gespräche zusammen.

256 11.09. Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1298

Pfeffer berichtet über die Bemühungen, das in der Obhut der Bundesregierung befindliche, durch den Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 strahlenbelastete Molkepulver in Polen dekontaminieren zu lassen. Er weist auf die Ungewißheit einer polnischen Importgenehmigung hin.

257 15.09. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1303

Holik analysiert den Entwurf der USA für einen INF-Vertrag vom Vortag. Im Vordergrund steht ein Vergleich mit früheren Entwürfen.

258 15.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 1307

Lambach beurteilt die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED zur innerdeutschen Grenze während Honeckers Besuch in der Bundesrepublik.

259 16.09. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 1309

Schlingensiepen untersucht die Gründe für die ablehnende Haltung Syriens zu einer Resolution der VN-Generalversammlung zu Afghanistan.

260 17.09. Deutsch-spanisches Regierungsgespräch S. 1312

Themen sind die bilateralen Beziehungen, insbesondere Kooperationsprojekte im wirtschaftlichen Bereich, sowie die Reformbedürftigkeit der Europäischen Gemeinschaften.

261 18.09. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1319

Paschke informiert, er sei im amerikanischen Außenministerium über den Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in den USA unterrichtet worden. Er habe vor allem Informationen über das Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle erhalten.

262 21.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach S. 1321

Roßbach macht auf die sinkenden Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik und die politischen Auswirkungen dieser Entwicklung aufmerksam.

263 21.09. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1323

Richthofen berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski am Rande der VN-Generalversammlung, in dessen Mittelpunkt die bilateralen und die Ost-West-Beziehungen sowie die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik standen.

264 22.09. Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in New York S. 1332

Gesprächsthemen sind die Lage im Persischen Golf, der irakisch-iranische Krieg und die Resolution 598 des VN-Sicherheitsrats sowie die Frage, wie dieser Konflikt beendet werden könnte.

265 22.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Fritzsche S. 1338

Fritzsche vermerkt, er sei im Bundesministerium der Verteidigung über die dort geführten Gespräche des israelischen Verteidigungsministers Rabin unterrichtet worden. Im Vordergrund habe die deutsch-israelische Rüstungskooperation gestanden.

266 22.09. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1342

Nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in den USA zeigt van Well die Perspektiven für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über START und Weltraumwaffen in Genf auf.

267 23.09. Ministerialdirigent Jansen, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1345

Jansen unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Khamenei, in dem der Entführungsfall Cordes und Schmidt sowie der irakisch-iranische Krieg, vor allem die Resolution 598 des VN-Sicherheitsrats, behandelt wurden.

268 24.09. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Botschafter Holik, beide z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1347

Richthofen und Holik informieren über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, bei dem die INF-Verhandlungen, START und die Verhandlungen über chemische Waffen besprochen wurden. Weitere Themen waren der irakisch-iranische Krieg und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR.

269 25.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Berlin (West) S. 1358

Kohl und Thatcher erörtern die Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington, den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik, die Entwicklung in der UdSSR, Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die EG-Agrarpolitik und die Lage in Südafrika.

270 25.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 1365

Schlagintweit rekapituliert die Vorwürfe, in der chilenischen Colonia Dignidad würden Menschenrechte verletzt. Er gibt einen Überblick über die bisherigen Maßnahmen der Botschaft in Santiago de Chile und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen.

271 28.09. Deutsch-italienisches Regierungsgespräch S. 1372

Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Goria schildern zunächst die innenpolitische und wirtschaftliche Lage ihrer Staaten. Die Gesprächsteilnehmer behandeln dann die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik, die INF-Verhandlungen und den irakisch-iranischen Krieg.

272 29.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 1380

Nagel faßt die Ergebnisse des sechsten Treffens der „Australischen Initiative“ und die weiteren Fortschritte bei der Kontrolle des Exports von chemischen Substanzen, die für die Produktion chemischer Waffen geeignet sind, zusammen.

273 29.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich, Bundeskanzleramt S. 1386

Bitterlich resümiert die dritte Runde der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen, in der auch die französische Initiative einer wirtschafts- und währungspolitischen Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich diskutiert wurde.

274 30.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush S. 1391

Kohl und Bush sprechen über die Kandidaten für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1988, den Besuch von Bush in Polen, über Ungarn, die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die Ost-West-Beziehungen sowie die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik.

275 30.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 1399

Gegenstand der Aufzeichnung ist die dritte Sitzung der Interministeriellen Kommission zur Vorbereitung des Abzugs der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik.

276 02.10. Brigadegeneral Fraidel, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1402

Fraidel informiert über ein Gespräch mit dem militärischen Berater von Staatspräsident Mitterrand, General Fleury. Ausgehend vom gemeinsamen Manöver „Kecker Spatz" standen in dessen Mittelpunkt die Beziehungen Frankreichs zur NATO und die französische Nuklearstrategie.

277 07.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Grósz S. 1408

Im Vordergrund stehen neben dem Reformkurs in Ungarn die bilateralen Beziehungen, insbesondere die an diesem Tag unterzeichneten Abkommen über wirtschaftliche, finanzielle, wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit. Weitere Themen sind Visafragen sowie die jeweiligen Beziehungen zu Polen.

278 07.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 1418

Dreher erörtert die auch nach einem INF-Abkommen fortdauernde Verwundbarkeit Westeuropas durch bodengestützte strategische Systeme der UdSSR. Überdies analysiert er die Auswirkungen eines möglichen START-Abkommens.

279 09.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker S. 1420

Stoecker informiert über die Entsendung dreier Schiffe der Bundesmarine ins Mittelmeer, um NATO-Partner im Persischen Golf zu entlasten. Er geht ebenso auf die Position der Bundesregierung zu Einsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets ein.

280 12.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin S. 1423

Themen sind die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen und Abrüstungsfragen, insbesondere der INF-Vertrag, START sowie chemische und konventionelle Waffen. Besprochen wird zudem die Frage einer gesamteuropäischen Friedensordnung.

281 12.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1435

Richthofen erörtert die rechtlichen Grundlagen bzw. die politische Opportunität, gegenüber Polen Schadensersatzansprüche wegen der Beschießung des Tenders „Neckar" der Bundesmarine geltend zu machen.

282 12.10. Generalkonsul Breitenbach, Genf, an das Auswärtige Amt S. 1441

Breitenbach informiert, der ehemalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Barschel, sei tot in einem Genfer Hotel aufgefunden worden. Während die schweizerische Staatsanwaltschaft keine Gewalteinwirkung erkennen könne, gehe Barschels Familie von Mord aus.

283 13.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1443

Ploetz resümiert die Gespräche von Bundesminister Genscher im amerikanischen Präsidialamt. Erörtert wurden die Ost-West-Beziehungen, das transatlantische Verhältnis, die Nachfolge von NATO-Generalsekretär Lord Carrington sowie die Lage in Zentralamerika und am Persischen Golf.

284 15.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der Inkatha Freedom Party, Buthelezi S. 1450

Gesprächsgegenstand sind die Lage in Südafrika, die dortigen Entwicklungsperspektiven sowie mögliche EG-Sanktionen.

285 15.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1455

Jelonek nimmt Stellung zu einem vom Bundesministerium für Forschung und Technologie vorgelegten Optionenpapier zur Weltraumpolitik der Bundesregierung.

286 15.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler S. 1460

Fiedler empfiehlt, die Stelle des Botschafters in Tripolis wieder zu besetzen, die seit dem Attentat auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) von einem Geschäftsträger wahrgenommen wurde.

287 16.10. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal S. 1463

Vollmar-Libal gibt einen Überblick über die Entwicklung und den Stand der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Dabei geht sie hauptsächlich auf die Haltung der Warschauer-Pakt-Staaten zu einem Schlußdokument ein.

288 16.10. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1467

Hellbeck informiert über das Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit Ministerpräsident Zhao Ziyang. Themen

waren die bilaterale Wirtschaftszusammenarbeit, die Reformpolitik in der Volksrepublik China und in der UdSSR sowie ein INF-Abkommen.

289 19.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow S. 1471

Jagow unterrichtet über den Stand der bilateralen Beziehungen zu Nicaragua und skizziert Optionen für ihre Intensivierung.

290 21.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 1475

Anläßlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien legt Kastrup Überlegungen für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit der albanischen Führung vor.

291 22.10. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1478

Hansen stellt Überlegungen zur NATO-Strategie und zur nuklearen Rüstungskontrolle im Bereich von SRINF und SNF an.

292 23.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Alia in Tirana S. 1482

Im Zentrum stehen die Aufnahme der diplomatischen Beziehung beider Staaten und die künftige Intensivierung der Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich.

293 23.10. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1486

Holik unterbreitet ein Arbeitspapier als Grundlage für einen Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten für die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und erörtert dessen Prinzipien.

294 23.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff S. 1491

Holthoff analysiert die Reden des Staatspräsidenten Mitterrand während seines Besuchs in der Bundesrepublik zur Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen.

295 23.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Born S. 1494

Born äußert sich zu den Protestaktionen von kurdischen Gruppen im In- und Ausland. Im Vorfeld der Parlamentswahlen in der Türkei sei deren Ziel nicht zuletzt die Freigabe der von der Polizei in Köln beschlagnahmten „Kriegskasse".

296 24.10. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1497

Hansen informiert über die außerordentliche Tagung des NATO-Ministerrats, in der der amerikanische Außenminister Shultz seine Kollegen über seine Gespräche am 22./23. Oktober mit dem

Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau unterrichtete. Dabei seien Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere INF und START, sowie Regionalkonflikte erörtert worden.

297 26.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin S. 1508

Im Mittelpunkt des Gesprächs steht der Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in der UdSSR, besonders mit Blick auf ein INF- und START-Abkommen sowie ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen. Weitere Themen sind Abrüstung und Rüstungskontrolle bei chemischen und konventionellen Waffen, die Vertiefung der bilateralen Beziehungen, der Reformprozeß in der UdSSR und die Entwicklungen am Persischen Golf, in der UNESCO und der WEU.

298 27.10. Gespräch des Ministerialdirigenten Fiedler mit dem Leiter des israelischen Militärischen Nachrichtendienstes, Lipkin-Shahak S. 1514

Die Gesprächspartner erörtern die Lage im Nahen und Mittleren Osten, vor allem den irakisch-iranischen Krieg, den Einfluß des Iran im Libanon und die dortige Entwicklung.

299 28.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 1516

Nagel setzt sich mit möglichen Vorwürfen gegen die Bundesrepublik auseinander, die im Falle einer Einstellung des Bußgeldverfahrens gegen die der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika beschuldigten Firmen zu erwarten seien.

300 29.10. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1518

Kohl bittet Reagan, den Kandidaten der Bundesregierung für das Amt des NATO-Generalsekretärs, Wörner, zu unterstützen.

301 30.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1520

Van Well resümiert die gemeinsame Sitzung der Special Consultative Group (SCG) und der High Level Group (HLG) der NATO, bei der der Zeitplan und die Modalitäten des Raketenabbaus im Falle der Unterzeichnung eines INF-Vertrags im Mittelpunkt standen. Erörtert wurden ferner künftige Vor-Ort-Inspektionen und ein Stationierungsländer-Übereinkommen.

302 30.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1524

Van Well gibt amerikanische Informationen über den Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in den USA

wieder. Dabei seien Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere INF, START und SDI, Menschenrechtsprobleme und Regionalkonflikte besprochen worden.

303 30.10. Botschafter Disdorn, Luanda, an das Auswärtige Amt S. 1528

Disdorn referiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident dos Santos, das den Konflikten in Angola und Namibia gewidmet war.

304 02.11. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 1532

Genscher bittet Shultz, die USA sollten nunmehr die übrigen NATO-Mitgliedstaaten von ihrer Unterstützung für Manfred Wörner als Kandidaten der Bundesregierung für das Amt des NATO-Generalsekretärs in Kenntnis setzen.

305 03.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1534

Jelonek nimmt Stellung zur Verhängung amerikanischer Wirtschaftssanktionen gegen den Iran und zur Aufforderung der USA an die NATO-Mitgliedstaaten und gerade an die Bundesrepublik, sich dieser Politik anzuschließen.

306 04.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Bundeskanzler Vranitzky S. 1541

Themen sind neben der innenpolitischen Lage in der UdSSR, in der ČSSR, Ungarn und Rumänien die deutsch-deutschen Beziehungen. Darüber hinaus werden bilaterale Fragen angesprochen, insbesondere die des alpenüberquerenden Verkehrs sowie die eines Abkommens zur Regelung von Fragen im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen.

307 05.11. Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), Hocké S. 1545

Gesprächsgegenstand sind die weltweite Flüchtlingssituation, die öffentliche Meinung in Westeuropa zur Flüchtlingsfrage sowie die Asylpolitik der Bundesrepublik.

308 09.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter S. 1548

Hofstetter berichtet über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie über die Aussichten für eine Kompromißlösung im Bereich der Weltraum- und Defensivwaffen.

309 09.11. Generalkonsul Steinkühler, Mailand, an das Auswärtige Amt S. 1555

Steinkühler beschwert sich über die Vorgaben des Auswärtigen Amts zur Ausrichtung der Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Costermano am Volkstrauertag.

310 09.11. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 1557

Kullak-Ublick schildert seine Eindrücke während des Konsularsprechtags in der Colonia Dignidad. Er berichtet über den dortigen Alltag und fordert eine baldige Untersuchung der Vorgänge in der Siedlung durch eine Delegation aus der Bundesrepublik.

311 09.11. Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1562

Stülpnagel berichtet über seine Gespräche mit Mitgliedern des amerikanischen Außen- und Verteidigungsministeriums zum Verbot chemischer Waffen. Die USA bezweifelten die Möglichkeiten einer zuverlässigen Verifikation und plädierten für die Vorhaltung einer Sicherheitsreserve.

312 10.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead S. 1567

Whitehead unterrichtet über seinen Besuch in Jugoslawien. Die Gesprächspartner erörtern sodann die innen- und wirtschaftspolitische Lage sowie die Frage der Menschenrechte in den Warschauer-Pakt-Staaten.

313 10.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder S. 1571

Schönfelder informiert über die Vorschläge der EG-Kommission für ein Modell der Ausgleichszahlungen an Großbritannien und geht auch auf die mögliche künftige Belastung des Bundeshaushalts ein.

314 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder S. 1575

Schönfelder analysiert die politischen und makroökonomischen Faktoren, die zur krisenhaften Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten („Schwarzer Montag“) geführt haben und schlägt koordinierte währungspolitische Maßnahmen vor.

315 12.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac in Karlsruhe S. 1582

Gesprächsthemen sind die aktuelle Wirtschaftslage, mögliche Maßnahmen im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik sowie die Vorbereitung des Europäischen Rats in

Kopenhagen und des 25. Jahrestags des deutsch-französischen Vertrags von 1963.

316 12.11. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud in Karlsruhe S. 1590

Erörtert werden bilaterale Fragen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere die Rüstungszusammenarbeit, die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade und die Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungsrats. Weitere Themen sind die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik.

317 12.11. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1601

Paschke unterrichtet über den Stand der INF-Verhandlungen im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf.

318 13.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac in Karlsruhe S. 1606

Im Mittelpunkt stehen die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade und die Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungsrats sowie der bevorstehende Europäische Rat in Kopenhagen und das Deutsch-Französische Jugendwerk.

319 13.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher an die Botschaft in Washington S. 1610

Dreher informiert über die amerikanischen Angaben zum Dislozierungsstand der amerikanischen nuklearen Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik. Wegen der Ersatzteilreserve existiere eine gewisse Abweichung zu den der Öffentlichkeit bekannten Zahlen.

320 16.11. Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt S. 1612

Finckenstein berichtet über die Ergreifung des ehemaligen SS-Oberscharführers Schwammberger in Argentinien. Ferner bittet er um Weisung, wie das Auslieferungsverfahren durchgeführt werden solle.

321 18.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Chissano in Maputo S. 1614

Im Zentrum des Gesprächs stehen die politische, soziale und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und in Mosambik, die Ost-West-Beziehungen und der Nord-Süd-Konflikt sowie das südliche Afrika, in erster Linie die Rolle Südafrikas in der Region.

322 18.11. Botschafter Nowak, Riad, an das Auswärtige Amt S. 1637

Nowak unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud

al-Faisal. Gesprächsthemen waren die Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat, die Lage im Nahen Osten und der irakisch-iranische Krieg sowie die Ergebnisse der außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Amman.

323 19.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Moi in Nairobi S. 1641

Themen sind die innenpolitische, soziale und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und Kenia, die bilateralen Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen sowie die Lage im südlichen Afrika.

324 19.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 1651

Sulimma nimmt Stellung zur Weigerung des Bundeskanzlers Kohl, den Botschafter in Maputo, Nölle, zu den Gesprächen mit Präsident Chissano hinzuzuziehen. Er regt an, den Sachverhalt mit dem Bundeskanzleramt aufzunehmen.

325 19.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Blankenstein S. 1653

Anläßlich des irakischen Angriffs auf das im Bau befindliche iranische Kernkraftwerk Bushehr referiert Blankenstein über die völkerrechtlichen Grundlagen eines Verbots bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen. Dabei nimmt er Bezug zu den Diskussionen über diese Frage in der IAEO und bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD).

326 19.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder S. 1656

Schönfelder erörtert die Lage der Weltwirtschaft, die Risiken und Chancen der Krise an den internationalen Finanzmärkten und nennt koordinierte, unilaterale wie multilaterale Schritte zur Lösung der Probleme.

327 20.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 1660

Dreher analysiert die künftige Rolle von Nuklearwaffen kurzer Reichweite (SNF) nach Abschluß eines INF-Abkommens und setzt sie in Zusammenhang mit der Bündnisstrategie und der Rolle konventioneller Streitkräfte.

328 20.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kunzmann S. 1671

Kunzmann berichtet über die Zunahme der Vorsprachen von DDR-Bürgern zu Ausreiseangelegenheiten in Vertretungen der Bundesrepublik in den Warschauer-Pakt-Staaten. Ferner erläutert er die Grundsätze zum Umgang mit „Botschaftsflüchtlingen“.

329 20.11. Botschafter Bartels, Amman, an das Auswärtige Amt S. 1674

Bartels informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Außenminister al-Masri. Erörtert wurden die Ergebnisse der außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Amman, die Lage im Nahen Osten, der irakisch-iranische Krieg sowie der israelisch-palästinensische Konflikt.

330 21.11. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1681

Ellerkmann unterrichtet über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Saddam Hussein, dem stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Ramadhan und Außenminister Aziz. Themen waren die Ergebnisse der außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Amman, die bilateralen Beziehungen sowie der irakisch-iranische Krieg.

331 21.11. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1686

Ruhfus teilt die Ergebnisse der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) in Washington mit. Behandelt wurden der Stand der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf und die Frage von Inspektionsvereinbarungen in einem INF-Abkommen.

332 21.11. Fregattenkapitän Strebe, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1690

Strebe gibt Informationen wieder, wonach Israel im Gegenzug zur Ausreise iranischer Juden nach Israel den Iran mit Rüstungsgütern beliefern soll.

333 23.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1691

Richthofen resümiert die Ergebnisse der deutsch-sowjetischen Direktorenkonsultationen. Im Mittelpunkt standen bilaterale Fragen, insbesondere das Protokoll über Konsultationen, die Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München, die Erarbeitung eines Kulturprogramms, der verbesserte Informationsaustausch und ein gemeinsames Umweltschutzabkommen.

334 24.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 1697

Derix berichtet über den Stand der Ausreisezahlen von Deutschstämmigen aus Rumänien auf der Basis der im Jahr 1988 auslaufenden Übereinkunft von 1983. Er erläutert deren Grundlagen und prognostiziert die Kosten verschiedener Ausreiseszenarien vor dem Hintergrund einer Neuverhandlung der Übereinkunft.

335 24.11. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 1700

Kohl begrüßt die Anregungen Gorbatschows zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen und benennt ausbaufähige Bereiche. Ferner widmet er sich den Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

336 25.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gemayel S. 1707

Im Zentrum des Gesprächs stehen die politische, militärische und soziale Lage im Libanon, das bilaterale Verhältnis und die Frage der politischen Unterstützung seitens der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaften.

337 25.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors S. 1714

Erörtert werden eine Unterstützung des Libanon durch die EG-Mitgliedstaaten, die Lage der Europäischen Gemeinschaften vor dem Europäischen Rat in Kopenhagen, die Reformvorschläge der EG-Kommission („Delors-Paket") sowie die deutsch-französischen Beziehungen.

338 25.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 1720

Derix untersucht die Auswirkungen der Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf die Politik der nicht-sowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten.

339 25.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde S. 1728

Buerstedde bewertet eine nach den Bestimmungen der KVAE von der UdSSR und eine von der DDR durchgeführte Manöverinspektion auf dem Gebiet der Bundesrepublik.

340 25.11. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1733

Hansen informiert über die außerordentliche Tagung des NATO-Ministerrats, auf der der amerikanische Außenminister Shultz über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Genf berichtete.

341 26.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák in Prag S. 1741

Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, der Stand der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf, EG-Fragen und die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow.

342 26.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 1744

Lambach unterrichtet über den Stand der Beratungen in der Bonner Vierergruppe zur Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan. Weiter informiert Lambach über das amerikanische Ansinnen, in dieser Frage mit einer Note an die UdSSR heranzutreten.

343 26.11. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1748

Kohl legt mit Blick auf das bevorstehende Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die Haltung der Bundesregierung zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Menschenrechte in der UdSSR und zur Berlin-Initiative Reagans dar.

344 27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1753

Jelonek prüft die Möglichkeiten der Bundesrepublik für eine erfolgreiche Initiative zum Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen in den dafür in Frage kommenden Gremien. Er kommt zu dem Ergebnis, daß keine Aussicht auf eine erfolgreiche Initiative bestehe.

345 27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Jansen S. 1758

Jansen informiert über die Gespräche des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium, Nyheim, in denen vor allem die Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington besprochen wurde.

346 01.12. Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl S. 1760

Das Gespräch dient der Vorbereitung der Bundesregierung auf die Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen. Thema sind die Reformvorschläge der EG-Kommission („Delors-Paket“).

347 01.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1767

Hansen informiert über den geschlossenen Teil der Ministersitzung der Eurogroup der NATO in Brüssel. Im Zentrum standen die Arbeit der Untergruppen der Eurogroup, Fragen der Öffentlichkeitsarbeit und die Strategie des Bündnisses nach Abschluß des INF-Abkommens.

348 01.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1773

Hansen gibt die Diskussion in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO im kleinen Kreis wieder. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Unterzeichnung des INF-Abkommens seien künftige Aufgaben der Allianz erörtert worden.

349 01.12. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1782

Paschke informiert über Details der für 13 Jahre gültigen Verifikationsregelungen, die Eingang in das INF-Abkommen finden sollen.

350 02.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann an Generalkonsul Steinkühler, Mailand S. 1787

Kunzmann erteilt Steinkühler eine Weisung zur künftigen Durchführung von Gedenkveranstaltungen am Volkstrauertag auf dem Soldatenfriedhof in Costermano.

351 02.12. Botschafter Verbeek, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 1788

Verbeek unterrichtet über den Ad-limina-Besuch der katholischen Bischöfe der Berliner Bischofskonferenz bei Papst Johannes Paul II. Dabei seien die Lage der katholischen Kirche in der DDR und ein Besuch des Papstes dort erörtert worden.

352 04.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Kopenhagen S. 1791

Themen sind die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der USA sowie die Reformvorschläge der EG-Kommission („Delors-Paket“).

353 04.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bazing S. 1795

Bazing verweist auf erneute Vorwürfe in der VN-Generalversammlung gegen die Bundesrepublik wegen der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika. Mit Blick auf die zu erwartende Einstellung des Ordnungswidrigkeitsverfahrens gegen die beteiligten Firmen skizziert er eine Vorgehensweise, um den außenpolitischen Schaden zu begrenzen.

354 04.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hillgenberg S. 1799

Mit Blick auf die Einflüge sowjetischer INF-Inspektoren in die Bundesrepublik erörtert Hillgenberg das Verhältnis zwischen der Lufthoheit der Bundesrepublik und den Vorbehaltsrechten der Drei Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes.

355 04.12. Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1803

Joetze resümiert die 43. Runde der MBFR-Verhandlungen. Er legt dar, daß MBFR für die NATO-Mitgliedstaaten wie für die Warschauer-Pakt-Staaten an Bedeutung eingebüßt habe zugunsten der KRK-Gespräche.

356 05.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Kopenhagen S. 1807

Die Gesprächspartner diskutieren das weitere Vorgehen auf der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen, in dessen Mittelpunkt die Reformvorschläge der EG-Kommission („Delors-Paket") standen. Weitere Themen sind die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Elysée-Vertrags, die bilateralen sicherheitspolitischen Konsultationen sowie die Lage in der UdSSR.

357 07.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom S. 1812

Nach der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen werden offengebliebene Fragen aus dem Bereich der EG-Agrar- und -Haushaltspolitik erörtert, ferner die bilateralen Beziehungen, Abrüstung und Rüstungskontrolle, die WEU und der irakisch-iranische Krieg.

358 07.12. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1820

Ungerer informiert über den Verlauf und die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen. Dort sei keine Einigung über den zentralen Beratungsgegenstand, das „Delors-Paket", erzielt worden.

359 08.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1822

Hansen gibt Informationen des britischen NATO-Botschafters Alexander über das Gespräch der Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Brize Norton wieder. Im Zentrum standen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

360 08.12. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1824

Ruhfus schildert die Zeremonie bei der Unterzeichnung des INF-Vertrags durch Präsident Reagan und den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Washington.

361 09.12. Botschafter Elsäßer, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1826

Elsäßer berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak. Dabei seien die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und Staaten der Arabischen Liga, die Situation in Syrien, die Rolle der PLO, die Opportunität einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten sowie der irakisch-iranische Krieg erörtert worden. Ein weiteres Thema war die Situation der Bahais in Ägypten.

362 09.12. Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), an das Auswärtige Amt S. 1831

York stellt Überlegungen an zum Stimmverhalten der Bundesrepublik im Falle einer weiteren Abstimmung im VN-Sicherheitsrat über einen Abzug südafrikanischer Streitkräfte aus Angola.

363 11.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1834

Ploetz nimmt Stellung zu den Anmerkungen und Fragen des Bundesministers Genscher zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 20. November über die künftige Rolle der nuklearen Kurzstreckensysteme.

364 11.12. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1837

Ruhfus resümiert das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Im Mittelpunkt standen die Unterzeichnung des INF-Vertrags, START, SDI, der ABM-Vertrag von 1972, Nukleartests, chemische Waffen und SNF.

365 11.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1841

Meyer-Landrut liefert eine Bewertung des Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow.

366 11.12. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1844

Richthofen berichtet über das traditionelle Deutschlandtreffen der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am Vorabend der NATO-Ministerratstagung. Gesprächsthemen waren die Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan und die alliierten Rechte in Berlin (West).

367 11.12. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1848

Richthofen faßt die Konsultationen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Brüssel zusammen. Themen waren die Beziehungen zur UdSSR sowie den mittel- und osteuropäischen Staaten, ferner die Stellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im politischen System der UdSSR, die KSZE-Folgekonferenz in Wien, der irakisch-iranische Krieg sowie die Lage in Zentralamerika.

368 12.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Abrüstungsbeauftragten Karpow S. 1857

Karpow unterrichtet über das Gipfeltreffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan in

Washington. Des weiteren werden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt.

369 12.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1863

Hansen resümiert die Aussprache in der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis über den Bericht des amerikanischen Außenministers Shultz zum Gipfeltreffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan in Washington.

370 14.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors, in Brüssel S. 1869

Die Gesprächspartner erörtern die weitere Vorgehensweise in den Europäischen Gemeinschaften nach der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen.

371 15.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz S. 1873

Vor dem Hintergrund des Abschlusses des INF-Vertrags rekapitulieren Shultz und Kohl die Entwicklung seit dem NATO-Doppelbeschluß von 1979. Weitere Themen sind die Stellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der UdSSR, die Beziehungen der Bundesrepublik zu den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Entwicklung in Afghanistan.

372 15.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz S. 1881

Thema ist die Bitte der USA, die Entscheidung der Weltbank, Chile einen weiteren Strukturanpassungskredit zu gewähren, aus politischen Gründen zu verschieben.

373 15.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach S. 1884

Roßbach stellt Überlegungen hinsichtlich des Beitrags von nuklearen Kurzstreckensystemen (SNF) im Verteidigungskonzept der NATO an.

374 16.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ammon S. 1889

Ammon analysiert die Position der USA in den Verhandlungen über eine europäische Beteiligung an der Internationalen Raumstation („Columbus"). Er empfiehlt die Prüfung einer eigenständigen europäischen Lösung.

375 17.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu in Bukarest S. 1892

Im Zentrum stehen die bilateralen Beziehungen und ihre angestrebte Vertiefung, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet.

Weitere Themen sind Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Lage im Nahen Osten und die Beziehungen Rumäniens zu den Europäischen Gemeinschaften.

376 17.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kölsch S. 1901

Kölsch resümiert das Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten für Terrorismusbekämpfung, Bremer. Es seien Fragen der Finanzierung des internationalen Terrorismus und der Visaerteilung, die jeweilige Zusammenarbeit mit Jugoslawien und die Aktivitäten der Abu-Nidal-Gruppe in Algerien angesprochen worden.

377 18.12. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1905

Eickhoff zieht eine Bilanz der vierten Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Er erörtert den Zusammenhalt innerhalb der westlichen Allianz sowie das Verhältnis zu den Warschauer-Pakt-Staaten bzw. den N+N-Staaten. Ferner gibt er einen Überblick über die Diskussion einzelner Themen innerhalb der KSZE-Körbe.

378 22.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heubaum S. 1919

Heubaum resümiert das Gespräch mit den Mitgliedern einer Untersuchungskommission aus der Bundesrepublik, die im Auftrag des Auswärtigen Amts Klarheit über die Verhältnisse in der Colonia Dignidad in Chile gewinnen sollte.

379 28.12. Botschaftsrat Zepter, Genf (GATT-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1924

Zepter faßt den Verlauf der Initialphase der Uruguay-Runde des GATT zusammen. Er gibt einen Ausblick für die Verhandlungen im Folgejahr und die Aufgaben der Bundesrepublik während ihrer EG-Ratspräsidentschaft.

380 29.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram S. 1933

Bertram empfiehlt, dem Anliegen des Bundesministeriums der Verteidigung für eine Initiative in der NATO zuzustimmen, die auf eine Umwandlung der bisherigen „Naval On Call Force“ im Mittelmeer in eine „Standing Naval Force“ abzielt.

381 29.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1936

Meyer-Landrut berichtet über das Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Im Mittelpunkt standen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem der INF-Vertrag, und die bilateralen Beziehungen.

Literaturverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1949/50–1953, 1962–1984, München 1994–2015; 1985/1986, Berlin/Boston 2016/2017.
ADAP, D	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950.
ADENAUER UND DIE HOHEN KOMMISSARE 1952	Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearbeitet von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, München 1990.
AMERIKA-DIENST	Amerika Dienst, hrsg. vom United States Information Service, Embassy of the United States of America, Bonn 1971 ff.
AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
ARAB-ISRAELI CONFLICT	The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton, New Jersey 1991.
ATTALI, Verbatim II	Jacques Attali, Verbatim. Band 2: Chronique des années 1986–1988, Paris 1995.
AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1987	Aussenpolitische Korrespondenz, hrsg. von der Hauptabteilung Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, 31. Jahrgang, Berlin [Ost] 1987.
BDFD	Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963. Band I: Außenpolitik und Diplomatie, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
BT DRUCKSACHEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
BULLETIN	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.

BULLETIN DER EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
BUNDESANZEIGER	Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
BUNDESGESETZBLATT	Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Wien 1945 ff.
CONSTITUTIONS OF NATIONS	Constitutions of Nations. Second Edition. Band II: France to New Zealand, hrsg. von Amos J. Peaslee, Den Haag 1956.
DEAR MR. PRESIDENT	Dear Mr. President… Reagan/Gorbachev & The Correspondence that Ended the Cold War, hrsg. von Jason Saltoun-Ebin, Lexington (Kentucky) 2013.
DEPARTMENT OF STATE BULLETIN	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1940 ff.
DEUTSCHE EINHEIT	Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.
DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT	Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XXII: 1984, hrsg. von Doris Breuer, Sankt Augustin o. J. Band XXIII: 1985/86, hrsg. von Joachim Krause und Christiane Magiera-Krause, Sankt Augustin o. J. Band XXIV: 1987/88, hrsg. von Joachim Krause und Christiane Magiera-Krause, Sankt Augustin o. J.
DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966	Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 3. Auflage, München 1967.
DzD I/4	Dokumente zur Deutschlandpolitik. I. Reihe: 3. September 1939 bis 8. Mai 1945. Band 4: 1. Januar bis 31. Dezember 1943, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied/Frankfurt am Main 1991.
DzD II/1 bzw. II/3	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Kon-

	ferenz von Potsdam, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied/Frankfurt am Main 1992. Band 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1950, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, München 1997.
DzD III/1 bzw. III/3 bzw. III/4	Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: 5. Mai 1955 bis 9. November 1958. Band 1: 5. Mai bis 31. Dezember 1955, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1961. Band 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1957, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1967. Band 4: 1. Januar bis 9. November 1958, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1969.
DzD V/2	Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1968, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt am Main 1987.
DzD VI/7	Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe: 21. Oktober 1969 bis 1. Oktober 1982. Band 7: 1. Januar 1981 bis 1. Oktober 1982, hrsg. von Michael Hollmann, Berlin/Boston 2016.
DzD VII/1	Dokumente zur Deutschlandpolitik. VII. Reihe: 1. Oktober 1982 bis 3. Oktober 1990. Band 1: 1. Oktober 1982 bis 31. Dezember 1984, hrsg. von Michael Hollmann, Berlin/Boston 2018.
EUROPA-ARCHIV	Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
FRANKREICH-INFO	Frankreich-Info, hrsg. von der Presse- und Informationsabteilung der Französischen Botschaft, Bonn 1987.
FRUS 1961–1963	Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band X: Cuba, January 1961–September 1962, Washington D. C. 1997. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath, Washington D. C. 1996. Band XIII: Western Europe and Canada. Washington D. C. 1994.
FRUS 1969–1976	Foreign Relations of the United States, 1969–1976. Band XV: Soviet Union, June 1972–August 1974, Washington D. C. 2011.
FRUS 1977–1980	Foreign Relations of the United States, 1977–1980. Band III: Foreign Economic Policy, Washington D. C. 2013.

FRUS 1981–1988	Foreign Relations of the United States, 1981–1988. Band VI: Soviet Union October 1986–January 1989, Washington D. C. 2016.
FRUS, Malta and Yalta 1945	Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington D. C. 1955.
FRUS, Washington and Casablanca	Foreign Relations of the United States. The Conferences at Washington 1941–1942, and Casablanca 1943. Washington D. C. 1968.
GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT	Gemeinsames Ministerialblatt, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn/Köln 1950 ff.
GENSCHER, Erinnerungen	Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.
GESETZBLATT DER DDR	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR BERLIN	Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, hrsg. vom Senator für Justiz, Berlin 1951 ff.
GORBATSCHOW, Erinnerungen	Michail Gorbatschow, Erinnerungen. Aus dem Russischen von Igor Petrowitsch Gorodetzki, Berlin 1995.
GORBATSCHOW, Gipfelgespräche	Michail S. Gorbatschow, Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993.
GORBATSCHOW, Reden	Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 2: Februar 1984–Oktober 1985. Band 3: Oktober 1985–Juli 1986, Berlin [Ost] 1987. Band 4: Juli 1986–April 1987. Berlin [Ost] 1988. Band 5: April 1987–Dezember 1987, Berlin [Ost] 1990.
GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE	Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, hrsg. von Aleksandr Galkin und Anatolij Tschernjajew. Deutsche Ausgabe hrsg. von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger. Aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz, München 2011.
HANSARD	Parliamentary Debates (Hansard). Sixth Series, Volume 120, House of Commons, Official Report. First Session of the Fiftieth Parliament of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. Thirty-Sixth Year of the Reign of Her Majesty Queen Elizabeth II. Session 1987-88, Comprising Period 20 July–23 October 1987, London [1987].
HONECKER, Moabiter Notizen	Erich Honecker, Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle

	vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994.
HONECKER, Reden	Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 7, Berlin [Ost] 1982. Band 12, Berlin [Ost] 1988.
INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN	Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
JOURNAL OFFICIEL. ASSEMBLÉE NATIONALE	Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale, Paris 1947 ff.
KATHOLISCHE KIRCHE	Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990, hrsg. von Gerhard Lange, Ursula Pruß, Franz Schrader, Siegfried Seifert, 2. Auflage, Leipzig 1993.
KOALITION DER VERNUNFT	Die „Koalition der Vernunft". Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, hrsg. von Heinrich Potthoff, München 1995.
KOHL, Erinnerungen 1982–1990	Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.
KWIZINSKIJ, Sturm	Julij A. Kwizinkij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.
MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK	Monatsberichte der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main 1949 ff.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974	Texts of Final Communiques 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980	Texts of Final Communiques (Volume II). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group 1975–1980, Brüssel o. J.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985	Texts of final communiqués (Volume III). Issued by ministerial sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group 1981–1985, Brüssel o. J.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990	Texts of final communiqués (Volume IV). Issued by ministerial sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and

	the Nuclear Planning Group 1986–1990, Brüssel o. J.
NATO STRATEGY DOCUMENTS	NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
NITZE, Hiroshima	Paul Henry Nitze mit Ann Martin Smith und Steven L. Rearden, From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision. A Memoir, New York 1989.
OSTEUROPA	Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart 1951 ff.
LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE	La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1980 (4 Teilbände), 1986 (6 Teilbände), 1987 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris o. J.
POLENS GEGENWART	Polens Gegenwart, 20. Jahrgang, 1987, hrsg. von der Polnischen Agentur Interpress, Auslandspresseredaktion, Warschau o. J.
PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Fifth Session	Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Fifth Session. Manila, 7 May–3 June 1979. Volume I. Report and Annexes. United Nations, New York 1981.
PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Fourth Session	Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Fourth Session. Nairobi, 5–31 May 1976. Volume I. Report and Annexes. United Nations, New York 1977.
PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Seventh Session	Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Seventh Session. Geneva, 9 July–3 August 1987. Volume I. Report and Annexes. United Nations, New York 1989.
PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Sixth Session	Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Sixth Session. Belgrade, 6 June–2 July 1983. Volume I. Report and Annexes. United Nations, New York 1984.
PUBLIC PAPERS, CARTER 1978	Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 30, 1978. Band II: June 30 to December 31, 1978, Washington D. C. 1979.
PUBLIC PAPERS, NIXON 1969	Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President 1969, Washington D. C. 1971.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1981, January 20 to December 31, 1981, Washington D. C. 1982.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1982. Band I: January 1 to July 2, 1982. Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1983. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 bzw. 1985.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1984. Band I: January 1 to June 29, 1984. Band II: June 30 to December 31, 1984, Washington D. C. 1986 bzw. 1987.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1986. Band I: January 1 to June 27, 1986. Band II: June 28 to December 31, 1986, Washington D. C. 1988 bzw. 1989.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1987. Band I: January 1 to July 3, 1987. Band II: July 4 to December 31, 1987, Washington D. C. 1989.

REICHSGESETZBLATT — Reichsgesetzblatt 1919, hrsg. vom Reichsamt des Innern bzw. Reichsministerium des Innern, Berlin 1919. Reichsgesetzblatt 1922, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1922. Reichsgesetzblatt 1929, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1929.

REPORT OF THE TRADE AND DEVELOPMENT BOARD — United Nations Conference on Trade and Development. Report of the Trade and Development Board. Volume I (Second and third parts of the ninth special session and second part of the seventeenth session). General Assembly. Official Records: Thirty-Third Session. Supplement No. 15 (A/33/15). United Nations, New York 1978.

RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 36. Tagung — Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Sechsunddreißigste Tagung. 15. September–18. Dezember 1981, 16.–29. März, 28. April und 20. September 1982. Generalversammlung. Offizielles Protokoll: Sechsunddreißigste Tagung. Beilage Nr. 51 (A/36/51), New York 1982.

RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung — Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Einundvierzigste Tagung. 16. September–19. Dezember 1986. Generalversammlung. Offizielles Protokoll: Einundvierzigste Tagung. Beilage Nr. 53 (A/41/53), New York 1987.

RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung	Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Zweiundvierzigste Tagung. Band I. 15. September–21. Dezember 1987. Generalversammlung. Offizielles Protokoll: Zweiundvierzigste Tagung. Beilage Nr. 49 (A/42/49), New York 1988.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980	Resolutions and Decisions of the Security Council 1980. Security Council. Official Records: Thirty-Fifth Year. United Nations, New York 1981.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987	Resolutions and Decisions of the Security Council 1987. Security Council. Official Records: Forty-Second Year. United Nations, New York 1988.
SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen	Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
SHULTZ, Turmoil and Triumph	George P. Shultz, Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State, New York 1993.
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2	Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier (= Dokumente zur Außenpolitik, Band II/2, hrsg. von Fritz T. Epstein, Alexander Fischer, Walther Hofer, Hans-Adolf Jacobsen, Boris Meissner, Eberhard Menzel, Georg von Rauch, Gotthold Rhode), Köln 1978.
STAATSGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1920	Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 1920, Wien 1920.
STALIN, Über den Großen Vaterländischen Krieg	Josef Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, 3. Auflage, Moskau 1946.
STRAUSS, Erinnerungen	Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
TEHERAN – JALTA – POTSDAM	Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5	Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III. Band 5: 1987, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1988.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, 24 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1973–1988.

UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II	United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988–1992.
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, New York 1946/47 ff.
US STATUTES AT LARGE, Bd. 79	United States Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the First Session of the Eighty-Ninth Congress of the United States of America 1965 and Reorganization Plans, Proposed Amendment to the Constitution, and Proclamations. Washington D. C. 1966.
US STATUTES AT LARGE, Bd. 99	United States Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the First Session of the Ninety-Ninth Congress of the United States of America 1985 and Proclamations. Washington D. C. 1987.
VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN	Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.
WEIZSÄCKER, Reden und Interviews, Bd. 3	Richard von Weizsäcker, Reden und Interviews (3). 1. Juli 1986–30. Juni 1987, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1988.
WEIZSÄCKER, Vier Zeiten	Richard von Weizsäcker, Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982	Yearbook of the United Nations 1982. Volume 36, hrsg. vom Department of Public Information United Nations, New York 1986.

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria (Österreich)
AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ABM	Anti-Ballistic Missile
Abt.	Abteilung
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency
Add.	Addendum
ADM	Atomic Demolition Munition
AFCENT	Allied Forces Central Europe
AFG	Afghanistan
AG	Aktiengesellschaft bzw. Arbeitsgruppe
AGY/ÄGY	Ägypten
AHG	Ad-hoc-Gruppe
AI	Amnesty International
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik
AL	Abteilungsleiter bzw. Alternative Liste bzw. Arabische Liga
ALB	Albanien
ALCM	Air-Launched Cruise Missile
AM	Außenminister
ANC	African National Congress
Anlg.	Anlage(n)
AR	Amtsrat
ARG	Argentinien
ASAT	Anti-Satelliten(-Waffe/-System)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter
ATBM	Anti-Tactical Ballistic Missile
ATM	Anti-Tactical Missile
AU	Austria (Österreich)
AUS	Australien
AV	Auslandsvertretung
AWACS	Airborne Warning and Control System
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
Az/AZ	Aktenzeichen
B	Belgien
BAN	Bangladesch
BAW	Bundesamt für Wirtschaft
BEL	Bank Europäischer Länder
BGS	Beigeordneter Generalsekretär bzw. Bundesgrenzschutz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BK	Bundeskanzler(amt)
BKA	Bundeskriminalamt
BM	Bundesminister/ium
BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
BMBW	Bundesminister/ium für Bildung und Wissenschaft
BMD	Ballistic Missile Defense
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
BMI	Bundesminister/ium des Innern
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
BMJFFG	Bundesminister/ium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

BMU	Bundesminister/ium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr
BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BND	Bundesnachrichtendienst
Bo	Botschafter
BPA	Bundespresseamt
BR	Bundesrepublik
BR (I)	Botschaftsrat/rätin (I. Klasse)
BRA	Brasilien
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSP	Bruttosozialprodukt
BSR	Bundessicherheitsrat
BStM	Büro Staatsminister/in
BT	Bundestag
BUL	Bulgarien
BuReg	Bundesregierung
C-	Chemie-
CAN	Canada
CARE	Cooperative for Assistance and Relief Everywhere
CAST	Canadian Air-Sea Transportable Brigade Group
CD	Christdemokraten bzw. Colonia Dignidad bzw. Committee on Disarmament
CDE	Conference on Disarmament in Europe
CDH	Conférence sur la dimension humaine
CDN	Canada
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CH	Confoederatio Helvetica (Schweiz)
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts
CHD	Conference on the Human Dimension
CHI/CHN	China (Volksrepublik)
CHL	Chile
CIA	Central Intelligence Agency
CINCENT	Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe
CINCHAN	Commander-in-Chief Allied Command Channel
CM	Cruise Missile
CMC	Chairman of the Military Committee
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
COMNAVSOUTH	Commander Allied Naval Forces South
Coreu	Correspondence européenne
CORRTEX	Continuous Reflectometry for Radius Versus Time Experiments
COS	Costa Rica
CSBM	Confidence- and Security-Building Measures
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
ČSSR	Československá Socialistická Republika
CSU	Christlich-Soziale Union
CTB(T)	Comprehensive Test Ban (Treaty)
CVP	Christelijke Volkspartij
CW	Chemiewaffen
D	Democrat bzw. Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DB	Drahtbericht
DC	Democrazia Cristiana
DDR	Deutsche Demokratische Republik

DE	Drahterlaß
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
Del.	Delegation
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFJW	Deutsch-Französisches Jugendwerk
DFVLR	Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt
Dg	(Ministerial-)Dirigent
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIA	Defense Intelligence Agency
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DINA	Dirección de Inteligencia Nacional
DK	Dänemark
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DL	Delegationsleiter
DM	Deutsche Mark
DoD	Department of Defense
DPC	Defence Planning Committee
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DVU	Deutsche Volksunion
DW	Deutsche Welle bzw. Dritte Welt
E	España (Spanien)
EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EB	Einzelbericht
ECE	Economic Commission for Europe
EcoFin	Economic and Financial Affairs Council
ECOSOC	Economic and Social Council
ECU	European Currency Unit
EDU	Europäische Demokratische Union
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA(G)	Einheitliche Europäische Akte(-Gesetz)
EFTA	European Free Trade Association
EG(K)	Europäische Gemeinschaften(-Kommission)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EH	Entwicklungshilfe
EIB	Europäische Investitionsbank
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EL	Entwicklungsländer
ELS	El Salvador
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EP	Europäisches Parlament
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europäischer Rat
ERASMUS	European Region Action Scheme for the Mobility of University Students
ES	Emergency Special
ESA	European Space Agency
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
F	Frankreich
FAO	Food and Agriculture Organization
FAR	Force d'action rapide

FBI	Federal Bureau of Investigation
FBS	Forward Based Systems
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FF	Französischer Franc
FK	Flugkörper
FLS	Frontlinienstaaten
FM	Finanzminister
FNS	Friedrich-Naumann-Stiftung
FOFA	Follow-on Forces Attack
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FR/FRA	Frankreich
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
FRG	Federal Republic of Germany
FROG	Free Rocket Over Ground
FS	Fernschreiben
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
Fü L	Führungsstab der Luftwaffe
Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
FY	Fiscal Year
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB	Großbritannien
GC	General Conference
GCC	Gulf Cooperation Council
GD	Generaldirektor
GDR	German Democratic Republic
GE/GER	German/Germany
GF	Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe
GG	Grundgesetz
GI	Goethe-Institut
GK	Gefechtskopf bzw. Generalkonsul/at
GL	Gruppenleiter
GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
GPG	General Political Guidelines
GR/GRI	Griechenland
GRO	Großbritannien
GS	Generalsekretär
GSG	Grenzschutzgruppe
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
GUA	Guatemala
GV	Generalversammlung
HDW	Howaldtswerke-Deutsche Werft
HH	Haushalt
HLG	High Level Group
HLTF	High Level Task Force
HON	Honduras
HOT	Haut Subsonique Optiquement Téléguidé
I	Italien
IAEA	International Atomic Energy Agency
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IC(E)	Intercity(-Express)
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IDU	Internationale Demokratische Union
IEPG	Independent European Program Group
IFAD	International Fund for Agricultural Development
IFK	Internationale Friedenskonferenz
IFV	Investitions-Förderungsvertrag
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
i. G.	im Generalstab

IGH	Internationaler Gerichtshof
IKL	Ingenieurkontor Lübeck
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IL	Industrieländer
ILO	International Labour Organization
IMF	International Monetary Fund
IMK	Interministerielle Kommission
IND	Indien
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
INI	Indien
IPU	Interparlamentarische Union
IRA	Irish Republican Army
IRK	Irak
IRL	Irland
IRN	Iran
ISL	Island
ISR	Israel
IT/ITA	Italien
IWF	Internationaler Währungsfonds
J/JAN/JAP	Japan
JAM	Jamaika
JCS	Joint Chiefs of Staff
JUG	Jugoslawien
KAB	Kambodscha
KAN	Kanada
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
KKW	Kernkraftwerk
KOL	Kolumbien
KOM	(Europäische) Kommission
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KRK	Konventionelle Rüstungskontrolle
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ku	Kultur
KUB	Kuba
KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
KW	Kernwaffen
KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
KUW	Kuwait
KZ	Konzentrationslager
L	(Referats-)Leiter bzw. Luxemburg
LA	Lateinamerika
LDC	Least Developed Countries
LG	Landgericht
LIA	Libanon
LIY	Libyen
LKA	Landeskriminalamt
LLDC	Least Developed Countries
LMB	Leiter Ministerbüro
LPl	Leiter Planungsstab
LR (I)	Legationsrat/rätin (I. Klasse)
LRINF	Long-Range Intermediate-Range Nuclear Forces
LUX	Luxemburg
MAD	Mutually Assured Destruction
MB	Ministerbüro
MBCA	Multilateral Basing Country Agreement
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MC	Military Committee
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags

MDg	Ministerialdirigent
MEX	Mexiko
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MFO	Multinational Force and Observers
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MIRV	Multiple independently targetable reentry vehicle
MLT	Malta
MM	Mittelmeer
MNF	Multinational Force (in Lebanon)
MOD	Ministry of Defence
MoU	Memorandum of Understanding
MP	Ministerpräsident/in
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
MR	Menschenrechte bzw. Ministerialrat bzw. Ministerrat
MRK	Menschenrechtskommission
MRO	Marokko
MS	Mitgliedstaat/en
MSAC	Most Seriously Affected Countries
MW	Megawatt
MwSt/MWSt	Mehrwertsteuer
MX	Missile Experimental
N	Norwegen
NASA	National Aeronautics and Space Administration
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NGO	Non-governmental organization
NIC	Nicaragua
NL	Niederlande
N+N	Neutrale und Nichtgebundene Staaten
NNA	Neutral and Non-Aligned States
NO	Naher Osten
NOA	Nicht-obligatorische Ausgaben
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPG	Nukleare Planungsgruppe
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSA	National Security Agency
NSC	National Security Council
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDD	National Security Decision Directive
NSWP	Nicht-sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten
NTB	Nuclear Test Ban
NV/NVV	Nichtverbreitung/Nichtverbreitungsvertrag
NVA	Nationale Volksarmee
NW	Neutronenwaffe
NWG	Norwegen
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organization of African Unity
OB	Oberbürgermeister
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OFD	Oberfinanzdirektion
OIC	Organization of Islamic Cooperation
OSD	Office of the Secretary of Defense
OST/ÖST	Österreich
ÖVP	Österreichische Volkspartei
P	Polen bzw. Portugal
P (I/Ia/Ib/II)	Pershing (I/Ia/Ib/II)
PAH	Panzerabwehrhubschrauber
PAK	Pakistan

PAN	Panama
PARS	Panzerabwehr-Raketensystem
PASOK	Panellinio Sosialistiko Kinima
PBA	Politischer Beratender Ausschuß
PD	Presidential Directive
PER	Peru
PK	Politisches Komitee bzw. Pressekonferenz
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê
PL	Polen
PLO	Palestine Liberation Organization
PM	Premierminister/in
PNC	Palestinian National Council
PNET	Peaceful Nuclear Explosions Treaty
Pol	Politik/Politische
POL	Polen
POR/PORT	Portugal
PR	Public Relations
Präs.	Präsident/schaft
Prot	Protokoll
PS	Parti Socialiste
PSI	Partito Socialista Italiano
PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
PTG	Portugal
PUNE	Peaceful Uses of Nuclear Energy
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
R	Republican
RA	Rechtsanwalt bzw. Regierungsamtmann
RAND	Research and Development
RBM	Regierender Bürgermeister
RD	Regierungsdirektor
RE	Rechnungseinheit
Ref.	Referat
RENAMO	Resistência Nacional Moçambicana
Res.	Resolution
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RH	Rechtshilfe
RK	Rechts- und Konsular-
RL	Referatsleiter
RPR	Rassemblement pour la République
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RUM	Rumänien
S	Spanien
SA	Schlußakte bzw. Südafrika
SAA	Saudi-Arabien
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SAM	Sowjetisches Außenministerium
SAR	Saudi-Arabien
SB	Sonderband
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SC	Stockholm Conference
SCC	Standing Consultative Commission
SCG	Special Consultative Group
SCN	Schweden
SCZ	Schweiz
SDI(O)	Strategic Defense Initiative (Organization)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SI	Sozialistische Internationale
SIN	Singapur
SK	Sprengkopf
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile

SNF	Short-Range Nuclear Force
SO	Sonderband
SOW	Sowjetunion
SP/SPA	Spanien
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPLA	Sudan People's Liberation Army
SPLM	Sudan People's Liberation Movement
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SR	Sicherheitsrat
SRBM	Short-Range Ballistic Missile
SRINF	Short-Range Intermediate-Range Nuclear Forces
SRR	Sicherheitsratsresolution
SS	Schutzstaffel
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
STABEX	Système de Stabilisation des Recettes d'Exportation
START	Strategic Arms Reduction Talks
StäV	Ständige Vertretung
StGB	Strafgesetzbuch
STLC	Super-Toxic Lethal Chemical
StM	Staatsminister/in
StP	Staatspräsident
StS	Staatssekretär
StV	Ständiger Vertreter
SU	Sowjetunion
SUA	Südafrika
SUD	Sudan
SUE	Schweden
SV	Sichtvermerk
SWAPO	South West Africa People's Organization
SWE	Schweden
SYR	Syrien
SZR	Sonderziehungsrechte
T	Türkei
TAM	Tanque Argentino Mediano
TD	Trade and Development
Tgb.	Tagebuch
TGV	Train à grande vitesse
THA	Thailand
TNF	Theater Nuclear Forces
TNS	Teilnehmerstaaten
TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
TOW	Tube-launched, Optically tracked, Wire-guided
TR	Türkei
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale
TSE/TSL	Tschechoslowakei
TTBT	Threshold Test Ban Treaty
TU/TUR	Türkei
TÜV	Technischer Überwachungsverein
TZ	Technische Zusammenarbeit
UDF	Union pour la Démocratie Française bzw. United Democratic Front
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom
UKW	Ultrakurzwelle
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNG	Ungarn
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
UNO	United Nations Organization

UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
URU	Uruguay
US/USA	United States of America
USAFE	United States Air Forces in Europe
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
USEUCOM	United States European Command
USS	United States Ship
USSR	Union of Soviet Socialist Republics
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VAM	Vizeaußenminister
VAT	Vatikanstadt
VDK	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
VEN	Venezuela
VIP	Very Important Person
VLR (I)	Vortragende/r Legationsrat/rätin (I. Klasse)
VM	Verteidigungsminister
VMA	Vier-Mächte-Abkommen
VN	Vereinte Nationen
VP	Vizepräsident
VR	Volksrepublik
VS(-v)	Verschlußsache (vertraulich)
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
WAA	Wiederaufarbeitungsanlage
WAB	Währungsausgleichsbetrag
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
WFT	Wiener Folgetreffen
WHO	World Health Organization
Wi	Wirtschaft
WINTEX	Winter Exercise
WIPO	World Intellectual Property Organization
WMO	World Meteorological Organization
WP	Wahlperiode bzw. Warschauer Pakt
WT	Wiener Treffen
WTZ	Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
WV	Wiedervorlage
WWG	Weltwirtschaftsgipfel
YES	Youth Exchange Scheme for Europe
ZA	Zentralamerika
ZANU	Zimbabwe African National Union
ZAPU	Zimbabwe African People's Union
ZK	Zentralkomitee
ZP	Zusatzprotokoll
ZYP	Zypern

Dokumente

1

Aufzeichnung des Botschafters Citron

221-376.00 VS-NfD **5. Januar 1987**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2] zur Unterrichtung

Betr.: Überlegungen zur Fortsetzung der KVAE[3]

1) Die erste Phase der KVAE in Stockholm hat gezeigt, daß Ergebnisse nur durch zähe und gleichzeitig flexible Verhandlungsführung sowie durch intensive Nutzung aller gegebenen politischen Einflußmöglichkeiten erreichbar sind. Nachstehend werden wichtige Stockholmer Erfahrungen zusammengefaßt, die bei der Vorbereitung der Allianzposition für die Fortsetzung der KVAE genutzt werden sollten.

2) Schrittweises Vorgehen: Das Mandat von Madrid gab der ersten Phase der KVAE einen klar begrenzten Auftrag: „Verhandlung und Annahme eines Satzes einander ergänzender VSBM ...“[4]. Die erste Phase der KVAE wurde bewußt als eine Etappe auf dem Wege zu mehr Vertrauensbildung und Sicherheit und Abrüstung gesehen. Wir sollten in Wien[5] darauf hinwirken, daß sowohl der Auftrag für Verhandlungen über weitere VSBM als auch das Mandat für die KRK den Verhandlungsführern klar umrissene Aufgaben zuweisen, die in absehbarer Zeit zu erreichen sind. Die in der Brüsseler Erklärung über KRK erwähnten wichtigsten Ziele des Verhandlungsprozesses, „die Herstellung eines stabilen und gesicherten Streitkräfteniveaus“ sowie „die Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen“[6], werden sich nur schrittweise erreichen lassen. Es ist daher besonders wichtig, schon bei den Mandatsverhandlungen mit unseren Bündnispartnern und danach in Wien für ein stufenweises Vorgehen zu plädieren, da auch die Sowjetunion ihre massive Überlegenheit sicherlich nur

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 5. Januar 1987 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 24. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine beachtenswerte Vorlage.“
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 24. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Citron verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vorgelegen, der die Weiterleitung über Botschafter Holik und Referat 221 an Citron verfügte.
Hat Holik vorgelegen.

3 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

4 Vgl. Ziffer 2 der Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

5 In Wien fand die KSZE-Folgekonferenz statt. Zur ersten Verhandlungsrunde vom 4. November bis 19. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 374.
Am 27. Januar 1987 wurde die KSZE fortgesetzt. Vgl. dazu Dok. 106.

6 Vgl. Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel über Konventionelle Rüstungskontrolle; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 78. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

nach und nach abbauen wird. Denkbar wäre z.B. die Entwicklung eines allianzinternen Etappenkonzepts, welches die Beseitigung der bestehenden Ungleichgewichte in mehreren Stufen anvisiert.

3) Zeitrahmen

Die KVAE hätte ohne das feststehende Enddatum 19. September 1986 kein Ergebnis erreicht. Die Teilnehmerstaaten – allen voran die Sowjetunion – waren nur unter Zeitdruck bereit, substantielle Konzessionen zu machen. Die Erfahrungen von MBFR und CD (Genf) zeigen, daß es ohne Zeitdruck viel schwerer ist, Ergebnisse zu erreichen. Es ist bedauerlich, daß sich die USA wegen des befürchteten Erfolgsdrucks gegen den KSZE-Rahmen[7] ausgesprochen haben. Wir sollten weiterhin versuchen, im Bündnis für die Festlegung von zeitlichen „Zwischenstationen" der KRK zu plädieren (z.B. jeweils nach drei Jahren), etwa mit dem Argument, daß Stockholm gezeigt habe, daß sich solch ein Zeitdruck für den Westen günstig auswirken kann.

4) Spielraum für die Verhandlungsführer

Der Westen verdankt die positiven Ergebnisse der KVAE u.a. dem guten Zusammenhalt des NATO-Caucus. Dieses Allianzgremium in Stockholm vertrat die westliche Position auf der Grundlage der in Brüssel erarbeiteten Allianzdokumente, aber er war in der Lage, gemäß Weisungen aus den Hauptstädten flexibel zu verhandeln. Wir sollten uns gegen Bestrebungen einzelner Bündnispartner wehren, die Weisungsgebung an die KRK-Verhandlungsführer nach MBFR-Muster zu gestalten und damit den Spielraum der westlichen Sprecher allzu eng zu beschneiden. Die Ausgangsposition des Westens sollte außerdem genügend Verhandlungsfett enthalten, das zu gegebener Zeit im Austausch gegen zweifellos reichlich vorhandene sowjetische Verhandlungsmasse wegverhandelt werden kann.

5) Vermeidung von unnötigen Festlegungen

Die Verhandlung in Stockholm wurde teils erleichtert, teils erschwert durch die sehr detailliert ausgearbeiteten Allianzdokumente, an die alle Bündnispartner gebunden waren. Viele dieser Details waren in der Tat notwendig, andere stellten mühsam erreichte Allianzkompromisse dar, die sich in der KVAE nicht durchsetzen ließen.

Bei der Ausarbeitung der Allianzposition in der HLTF sollten wir, soweit das möglich ist, darauf hinwirken, daß allzu enge Festlegungen oder Zielvorstellungen, die eindeutig nicht verhandlungsfähig sind, vermieden werden (siehe z.B. aus der illustrativen Liste von Fragen die Frage Nr. 13: „How can we maintain and develop the Alliance's conventional capabilities while securing reductions in those of the other side?"). Vor allem sollten denkbare Verhandlungsmöglichkeiten nicht vorzeitig ausgeschlossen werden. Es ist z.B. durchaus vorstellbar, daß die Sowjetunion zu erheblichen Reduzierungen ihrer Potentiale bereit sein könnte, wenn der Westen dafür auf gewisse Modernisierungsoptionen (die möglicherweise ohnehin nicht bezahlbar sind) verzichtet.

[7] Zur Forderung der USA, Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle nicht im KSZE-Rahmen stattfinden zu lassen, vgl. AAPD 1986, II, Dok. 347 und Dok. 352.

6) Kritische Prüfung der Datenbasis

Bei der ersten Phase der KVAE spielten Daten nur z. T. eine Rolle. Sie waren allerdings wichtig bei der allianzinternen Bewertung der von uns anzustrebenden Schwellen für Notifizierung und Beobachtung. Die uns vom BMVg und vom Internationalen Militärstab der NATO zur Verfügung gestellten Schätzungen der zu erwartenden militärischen Aktivitäten des WP haben sich als nicht zutreffend erwiesen.

Die westlichen Schätzungen gingen davon aus, daß es bei den meisten der zu erwartenden Schwellen weitaus mehr westliche als östliche Aktivitäten geben werde (z. B. bei 12000 Mann etwa 13 bis 19 westliche und nur sechs bis neun (bzw. sechs bis vierzehn) östliche Aktivitäten).

Die jetzt vom WP vorgelegten Jahreskalender zeigen dagegen für den WP insgesamt 25 notifizierungspflichtige Aktivitäten, d. h. zwei- bis dreimal mehr, als ursprünglich von uns angenommen.

Die Erarbeitung einer soliden westlichen Datenbasis für die KRK dürfte nicht leicht sein. Die bisher in der HLTF zusammengestellten Zahlen sind auch nach Auffassung von Fachleuten im BMVg nicht voll befriedigend.

Wir sollten unseren Einfluß geltend machen, die Datenbasis so differenziert und solide wie möglich zu machen, auch um die Verhandlungen nicht unnötig mit einem endlosen Datenstreit zu erschweren.[8]

7) Überzeugende westliche Vorschläge

Der insgesamt überzeugende NATO-Verhandlungsvorschlag, der gleich zu Beginn der KVAE eingeführt wurde[9], hat wesentlich zur Stärke der Verhandlungsposition des Bündnisses beigetragen. Es liegt im westlichen Interesse, auch für die KRK einen Vorschlag einzubringen, der in der Öffentlichkeit Verständnis und Unterstützung findet und nicht als bloße Fortsetzung des Soldatenzählens von MBFR in einem größeren geographischen Rahmen angesehen werden kann. Dies könnte unter anderem dadurch geschehen, daß die westlichen Vorschläge für die erste KRK-Verhandlungsphase sich vorrangig auf den schrittweisen Abbau von Disparitäten beim Großgerät, d. h. bei solchen Waffen konzentrieren, die zu raumgreifender Offensive geeignet sind.[10]

Citron

Referat 221, Bd. 130152

8 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

9 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 4 und Dok. 6.

10 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

2

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz

7. Januar 1987[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Minister

Betr.: Neu-Interpretation des Begriffs der friedlichen Koexistenz durch Gorbatschow

Gorbatschows Bemühen um ein „neues Denken" in allen Bereichen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Tätigkeit erstreckt sich auch auf die sowjetische Außenpolitik. Die ihr zugrunde gelegten Konzepte werden heute einer kritischen Prüfung unterzogen. Dies gilt insbesondere für den Schlüsselbegriff der „friedlichen Koexistenz".

I. Entwicklung des Begriffs bis Gorbatschow

1) Unter Stalin galt die Doktrin, daß der diametrale Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus unaufhebbar und daher ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Gesellschaftssystemen unausweichlich sei.

2) An begriffliche Entwicklungen Lenins anknüpfend, setzte dagegen Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956[2] die friedliche Koexistenz und machte sie zur Leitlinie sowjetischer Außenpolitik gegenüber den Staaten nicht-sozialistischer Gesellschaftsordnung. Die Chruschtschowsche Definition des Begriffs hat sich im Parteiprogramm der KPdSU von 1961[3] niedergeschlagen. Sie enthält zwei in sich gegensätzliche Elemente:

– einerseits die grundsätzliche Absage an kriegerische Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen und das Bekenntnis zu einer – allerdings strikt auf die staatliche Ebene begrenzten – Zusammenarbeit. Die SU beugte sich damit der Einsicht, daß insbesondere ein Nuklearkrieg zwischen Ost und West angesichts[4] des Risikos eigener Vernichtung unbedingt zu vermeiden sei;

– andererseits die Auffassung, daß die politische, soziale und vor allem ideologische Auseinandersetzung mit dem feindlichen System des Kapitalismus in der Form eines „internationalen Klassenkampfes" kompromißlos fortzuführen sei. Zu diesem Zweck bleibe auch der Einsatz von Gewalt – vor allem zur Unterstützung „gerechter" nationaler Befreiungsbewegungen – legitim.

3) Seit Chruschtschow ist die friedliche Koexistenz Leitbegriff für die sowjetische Außenpolitik geblieben. Bei der Anwendung in der praktischen Politik wurden allerdings unterschiedliche Akzente gesetzt:

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Boden konzipiert.

2 Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau statt.

3 Das Parteiprogramm wurde auf dem XXII. Parteitag der KPdSU vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. Boris MEISSNER, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903–1961, 3. Auflage, Köln 1965, S. 143–244.

4 Korrigiert aus: „zwischen Ost angesichts".

– Unter Chruschtschow und anfangs auch unter Breschnew herrschte eine Linie, die die politische Konfrontation mit dem Klassengegner betrieb und dabei – z. B. in der Kuba-Krise von 1962[5] – zuweilen bis an die Grenze des bewaffneten Konflikts ging.
– Im Zuge der Entspannung vom Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre wurde dann das friedenssichernde, auf Ausbau der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit gerichtete Element des Begriffs in den Vordergrund gerückt; von der Notwendigkeit des Klassenkampfes war eine Zeitlang nur noch gedämpft die Rede.
– Alarmiert durch den KSZE-Prozeß, aber auch durch die Vorgänge um den Sturz Allendes[6] und die „Nelken"-Revolution in Portugal[7] traten daraufhin die Hüter der orthodoxen Ideologie auf den Plan. Um 1975 wurde in der sowjetischen Führung eine Kontroverse von Grundsatzbedeutung ausgetragen. In ihrem Mittelpunkt stand die Auslegung des Prinzips der friedlichen Koexistenz. Konkret ging es um die Frage, inwieweit vor allem im Hinblick auf nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt die Anwendung revolutionärer Gewalt zulässig sein sollte. Die Orthodoxen, die auch in einer Pressekampagne das Prinzip von der Unversöhnlichkeit des internationalen Klassenkampfes als Teil der friedlichen Koexistenz mahnend in Erinnerung riefen, konnten sich durchsetzen. Die Folgen zeigten sich in Angola und Mosambik, wenig später auch in Afghanistan, wo die SU mit militärischen Mitteln intervenierte[8].

4) Angesichts der gegen das westliche Gesellschaftssystem zielenden Stoßrichtung ihres Koexistenz-Begriffes sah sich die sowjetische Außenpolitik von Anfang an einem Glaubwürdigkeits-Dilemma gegenüber. Weitgehend erfolglos blieben Versuche, dem Begriff auf internationaler Ebene Anerkennung zu verschaffen – mit der bemerkenswerten Ausnahme der sowjetisch-amerikanischen Prinzipienerklärung von 1972[9], in die die „friedliche Koexistenz" Eingang gefunden hat. Umgekehrt sind Bemühungen stets gescheitert, die Sowjets zu einer Rücknahme ihrer ideologischen Kampfansage an den Westen zu bewegen. Am deutlichsten zeigte sich dies beim Staatsbesuch Giscard d'Estaings in der SU Mitte

5 Am 14. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß dort Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten sie eine Seeblockade. Nach einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy erklärte sich die UdSSR am 27. Oktober 1962 zum Abbau der Raketen bereit, der am 9. November 1962 begann. Im Gegenzug begannen die USA, in der Türkei und in Italien stationierte Raketen vom Typ „Jupiter" abzuziehen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XI, besonders S. 235–241, S. 268 f., S. 279–283 und S. 285 f., sowie FRUS 1961–1963, XIII, S. 460 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, III, Dok. 408, Dok. 412, Dok. 413, Dok. 418–421, Dok. 435 und Dok. 455.

6 Am 11. September 1973 wurde Präsident Allende von den chilenischen Streitkräften unter dem Kommando des Generals Pinochet gestürzt.

7 Am 25. April 1974 stürzte das portugiesische Militär unter Führung des früheren stellvertretenden Generalstabschefs de Spínola die Regierung unter Ministerpräsident Caetano und ersetzte sie durch eine von der „Bewegung der Streitkräfte" getragene „Junta der Nationalen Errettung". Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 136.

8 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

9 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

Oktober 1975.[10] Als der französische Staatspräsident seine Gastgeber dazu aufforderte, ihren Koexistenz-Begriff in einer entspannungskonformen Weise zu revidieren, stieß er auf entschiedene Ablehnung. Die Kontroverse ließ den Besuch am Rande des Eklats enden.

II. Neubestimmung des Begriffs unter Gorbatschow

1) Auch Gorbatschows Außenpolitik hält grundsätzlich am Begriff der friedlichen Koexistenz fest. In seiner Interpretation sind jedoch Akzentverschiebungen festzustellen, die zwar bis in die Zeit Andropows zurückreichen, unter Gorbatschow neuerdings aber sehr viel deutlicher artikuliert werden.

2) Schon Andropow hatte dazu aufgefordert, das Sowjetsystem unbedingt auf friedlichem Wege, „durch die Kraft des Beispiels", durchzusetzen. Tschernenko unterstrich den Gedanken, daß sich mit einem Kernkraftkrieg keinerlei politische Ziele erreichen ließen, weswegen „der Weltfrieden auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz erhalten und gefestigt werden" müsse. Gorbatschow hat diese Formulierungen zum Teil wörtlich übernommen und noch weiter entwickelt. Eine neue Sicht der friedlichen Koexistenz klang zum ersten Mal in seiner Rede vor französischen Parlamentariern am 3.10.1985[11] an:

„Die Menschheit und die Zivilisation müssen um jeden Preis überleben. Doch gewährleisten kann man das erst, wenn man gelernt hat, auf diesem kleinen Planeten zusammenzuleben und miteinander auszukommen, wenn man die nicht leichte Kunst gemeistert hat, den Interessen des jeweils anderen Rechnung zu tragen. Das ist es, was wir Politik der friedlichen Koexistenz nennen."

3) Der XXVII. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 sanktionierte die Neudefinition in der dort verabschiedeten Neufassung des Parteiprogramms.[12] Friedliche Koexistenz wird jetzt verstanden als „internationale Ordnung, in der nicht militärische Stärke, sondern gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit herrschen". Der Klassenkampf ist damit hinter dem „brennendsten Problem, das heute vor der Menschheit steht, dem Problem von Krieg und Frieden", klar an die zweite Stelle gerückt. Gorbatschows Rechenschaftsbericht vor dem XXVII. Parteikongreß[13] verdeutlichte den neuen programmatischen Ansatz: Die latente Gefahr eines Nuklearkrieges erfordere neue Wege zur Gestaltung der Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Die friedliche Koexistenz bleibe dabei die Leitlinie. Trotz fortbestehendem Antagonismus der Gesellschaftssysteme ziele sie jedenfalls in der jetzigen historischen Phase auf einen möglichst weitgehenden Abbau der Konfrontation:

„Die reale Dialektik der gegenwärtigen Entwicklung besteht in der Verbindung des Wettbewerbs, des Wettstreits zwischen zwei Systemen und der steigenden Tendenz zur gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten der Weltgemeinschaft".

10 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 14. bis 18. Oktober 1975 in der UdSSR auf.

11 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor der französischen Nationalversammlung in Paris vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 507–518.

12 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.
Für den Wortlaut des neuen Parteiprogramms vgl. Boris MEISSNER, Das Aktionsprogramm Gorbatschows. Die Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU, Köln 1987, S. 91–157.

13 Für den Wortlaut des Politischen Berichts des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 200–314.

4) Diesen neuen Denkansatz zur friedlichen Koexistenz hat Gorbatschow bei mehreren öffentlichen Auftritten seit dem Parteikongreß wiederholt, u. a. in Wladiwostok am 28.7.1986[14], wo er davon sprach, daß „ein radikaler Bruch mit altgewohnten Haltungen in der Außenpolitik unaufschiebbar ist", und bei seiner Pressekonferenz in Reykjavik vom 12.10.1986[15].

5) Andere Vertreter der sowjetischen Führung haben sich im gleichen Sinne wie Gorbatschow geäußert, darunter Schewardnadse in seiner Rede vor der VN-Vollversammlung am 23.9.1986.[16] Unter Berufung auf den XXVII. Parteitag sprach Ligatschow in seiner Grundsatzrede zum Jahrestag der Oktober-Revolution am 7.11.1986[17] davon, daß die Welt vor der Wahl stehe, „entweder zu überleben und zu lernen, menschlich zu leben, oder zugrunde zu gehen". Der Widerstreit zwischen Kapitalismus und Sozialismus dürfe nur und ausschließlich in der Form des friedlichen Wettbewerbs vor sich gehen. Ideologischer Kampf sei zwar nötig, jedoch nur,

„wenn er ein konstruktives Element ehrlichen Wettbewerbs mit geistigen Werten im Namen der Behauptung guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit in der vielfältigen, jedoch so eng miteinander verknüpften Welt bildet".

6) In der sowjetischen Führung ist die Neuinterpretation des Koexistenz-Begriffs offensichtlich nicht unumstritten. Dies zeigen Ansätze zu einer öffentlichen Debatte in der sowjetischen Publizistik:

– ZK-Sekretär Dobrynin setzte sich in einem Artikel des Grundsatzorgans „Kommunist" vom 9.6.1986[18] für ein ausschließlich auf friedlichen Wettbewerb und das Mittel „vernünftiger Kompromisse" gegründetes Verhältnis zum Kapitalismus ein. Aus dem Prinzip der friedlichen Koexistenz ergebe sich, daß

  „wir als Staat uns nicht den Sturz des Kapitalismus in anderen Ländern zum Ziel setzen: Gleichzeitig erwarten und fordern wir von der anderen Seite, daß sie das Existenzrecht des Sozialismus anerkennt und aus ihrer Politik die Methoden des ‚Kreuzzugs' und des ‚Kalten Krieges' ausmerzt".

– Die „Prawda" vom 14.11.1986 veröffentlichte einen von dem Historiker Plimak gezeichneten Artikel.[19] Er findet bemerkenswert anerkennende Worte für die

14 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

15 Korrigiert aus: „14.10.1986".
Für den Wortlaut der Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 135–155.
Zum Treffen Gorbatschows mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

16 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in New York vgl. den Artikel „Uns ist die Chance gegeben, die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. September 1986, S. 5 f.

17 Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds im Politbüro und Sekretärs des ZK der KPdSU, Ligatschow, in Moskau vgl. den Artikel „Kursom oktjabrja, v duche revoljucionnogo tvorčestva"; PRAVDA vom 7. November 1986, S. 1–3. Zur Rede vgl. ferner den Artikel „Der Rote Oktober hat das Leben des Volkes grundlegend verändert"; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. November 1986, S. 5.

18 Vgl. den Artikel „Za bez-jadernyj mir, navstreču XXI veku" („Für eine kernwaffenfreie Welt, dem 21. Jahrhundert entgegen"), in: KOMMUNIST 1986, Heft 9 (Juni 1986), S. 18–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 37 (1987), A 269 f. (Auszug).

19 Vgl. den Artikel „Marksizm-Leninizm i revoljucionnost' konca XX veka" („Der Marxismus-Leninismus und der revolutionäre Charakter des ausgehenden 20. Jahrhunderts"); PRAVDA vom 14. November 1986, S. 2 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 37 (1987), A 527–A 530 (Auszug).

technologisch fortgeschrittene Entwicklung des Kapitalismus und läßt durchblicken, daß man mit diesem System noch lange leben müsse. Plimak betont, daß der Sozialismus zu seiner Durchsetzung einen friedlichen Weg wählen werde. Er stellt die Anwendung von Gewalt im revolutionären Kampf grundsätzlich in Frage. Das nukleare Zeitalter erfordere von den revolutionären Kräften „ein Höchstmaß an Besonnenheit bei der Beschlußfassung über einen bewaffneten Kampf".

– Eine direkte Antwort auf die möglicherweise als zu „kompromißlerisch" empfundenen Ausführungen Plimaks enthält ein Artikel des „Prawda"-Chefredakteurs Afanasjew vom 5.12.1986.[20] Darin wird zwar der unbedingte Vorrang der Friedenssicherung im nuklearen Zeitalter bestätigt, gleichzeitig aber betont, daß „Marxisten keine Pazifisten sind", daß der unversöhnliche ideologische Kampf mit dem Klassengegner weitergehe und daß Verteidigungs- und Befreiungskriege eine natürliche und gerechte Sache seien.

7) Die mit unterschiedlichen Akzenten geführte innersowjetische Diskussion ist damit wohl kaum abgeschlossen. Nach wie vor sind gerade zum entscheidenden Punkt der Legitimität von Gewaltanwendung im revolutionären Prozeß des Klassenkampfes die Meinungen nicht einheitlich. Es scheint, daß auch in der sowjetischen Führung zu dieser Frage Konsensprobleme fortbestehen. Dabei sehen sich außenpolitische Pragmatiker vom Schlage Dobrynins orthodoxen Ideologen gegenüber. Nach Ansicht der Botschaft Moskau (DB Nr. 3586 vom 15.12.86[21]) dürfte Gorbatschow auf der Seite derjenigen stehen, die den außenpolitischen Kurs möglichst von ideologischen Fesseln befreien wollen.

8) In den verbündeten WP-Staaten wird die sowjetische Debatte über den Koexistenz-Begriff gespannt verfolgt. Das gilt nicht zuletzt für die SED. In einem Positionspapier, das kürzlich der Programmdiskussion mit der SPD[22] als Grundlage diente, spricht die SED durchaus im Sinne einer dynamischen Interpretation des Koexistenz-Begriffs davon, daß beim Zusammenleben beider Systeme „Fortschritte nicht denkbar sind als Erfolg der einen Seite auf Kosten der anderen".

20 Vgl. den Artikel „O novom političeskom myšlenii" („Über das neue politische Denken"); PRAVDA vom 5. Dezember 1986, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 37 (1987), A 530 f. (Auszug).

21 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete: „Für Gorbatschow geht es bei der Schaffung des ‚neuen außenpolitischen Konzepts' weniger um eine Aufgabe von Zielvorstellungen oder Änderung der Substanz als vielmehr um eine Steigerung der Effizienz der sowj[etischen] Außenpolitik im Dienste machtpolitischer Interessen, aber auch der kommunistischen Ideologie. Im Gegensatz zu anderen Kräften in der Führung scheint er dabei keine dogmatische Berührungsangst mit dem ideologischen Gegner […] zu zeigen." Dadurch werde sich die Attraktivität der sowjetischen Politik „im Westen erheblich steigern. Wir werden uns darauf einzustellen haben, daß Vereinnahmung der Friedensbewegung – als wesentlicher Bestandteil des neuen sowj. Konzepts – nicht mehr bloß punktuell, kampagnenmäßig zur Verhinderung bestimmter Rüstungsvorhaben versucht wird, sondern langfristig angelegt ist". Vgl. Referat 213, Bd. 139327.

22 Zu den Gesprächen zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED bzw. zum gemeinsamen Grundsatzpapier der beiden Parteien vom 27. August 1987 vgl. Dok. 240.

III. Bewertung

1) Bei der Neubestimmung des Begriffs der friedlichen Koexistenz geht es im Kern um das Selbstverständnis sowjetischer Außenpolitik und ihre künftigen Zielvorstellungen. Festzuhalten ist, daß die sowjetische Führung auch nach dem XXVII. Parteitag grundsätzlich am widersprüchlichen Doppelansatz der friedlichen Koexistenz festhält. Sie bleibt überzeugt von der Überlegenheit des eigenen Modells, dessen Durchsetzung in der geschichtlichen Perspektive sie als sicher ansieht. Sie hat jedoch dabei das offensiv gegen die westliche Gesellschaft gerichtete Element ideologischer und gesellschaftlicher Konfrontation deutlich abgeschwächt:

– Stärker als zuvor hebt die SU das Verbindende zur anderen Gesellschaftsordnung gegenüber dem Trennenden hervor. Sie akzeptiert den Gedanken einer gegenseitigen Abhängigkeit, die dazu zwinge, „zivilisiert“ miteinander zu leben. Die Friedenssicherung im nuklearen Zeitalter wird als alles überragende Aufgabe verstanden, hinter der auch der Klassenkampf zurückzustehen hat.
– Diese Ansicht wird von der Überzeugung getragen, daß heute Kriege jedenfalls im Ost-West-Verhältnis nicht mehr führbar oder gewinnbar sind, da sie in einer allgemeinen Nuklearkatastrophe enden und damit auch den „Endsieg“ des Kommunismus illusorisch machen würden. Der daraus abgeleitete Gedanke einer gegenseitigen Abhängigkeit beider Systeme erhält nun zentrale Bedeutung. Vorstellungen von einer „Überlebensgemeinschaft“ oder „Schicksalsgemeinschaft“ klingen an. Die SU bedient sich dabei geschickt einer aus westlichen Quellen entlehnten Terminologie („Weltgemeinschaft“, „gemeinsame Zivilisation“, „ganzheitliche Welt“).
– Schlüsselworte für das künftige Verhältnis zum westlichen Staatensystem sind „Zusammenarbeit“ und „friedlicher Wettbewerb“. Dabei wird Zusammenarbeit nicht, wie bisher schon, auf die wirtschaftliche Sphäre beschränkt, sondern ausdrücklich auf den politischen und insbesondere sicherheitspolitischen Bereich ausgedehnt.
– Dies ist verbunden mit dem Plädoyer für Dialog und Kompromiß als allein angemessenen Mitteln der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.
– Das kapitalistische System wird unvoreingenommener als bisher auch in seiner dynamischen Wandlungsfähigkeit erkannt und als reale Herausforderung angenommen. Nicht mehr von seinem bevorstehenden Zusammenbruch ist nun die Rede, sondern von der Wahrscheinlichkeit, mit diesem System noch auf längere Sicht zusammenzuleben. Die SU relativiert damit die eigene weltrevolutionäre Endsiegerwartung.

2) Bei dieser Neueinschätzung könnte sich die SU von den folgenden Motiven leiten lassen:

– der Absicht, durch Neueinstellung auf die sie umgebenden Realitäten die eigene Politik gegenüber der Außenwelt attraktiver zu gestalten und insbesondere das Bild von der revolutionären Macht, die sich der Veränderung des Status quo verschrieben hat, zu revidieren;
– der Einsicht in die Begrenztheit eigener Ressourcen bei gleichzeitig andauernder Wirtschafts- und Technologiedynamik des Westens;

– dem Willen, ihre erstarrte Ideologie für die Bedürfnisse des politischen Tageskampfes zu modernisieren; insbesondere das Kalkül, dadurch über die abhängigen KPen hinaus weitere politische Kräfte im Westen – vor allem aus dem Lager der Friedensbewegung – für die eigenen Ziele zu gewinnen, mag eine Rolle spielen (dem Zusammengehen der DKP mit einer Friedensliste bei der bevorstehenden Bundestagswahl[23] liegt diese Strategie zugrunde).

IV. Schlußfolgerungen

1) Die Neubestimmung des sowjetischen Koexistenz-Begriffs unter Gorbatschow stellt uns einmal mehr vor die Überlegung:

– Haben wir es mit einer auf die Außenwirkung berechneten Änderung in Stil und Präsentation sowjetischer Außenpolitik zu tun, die unter der Parole „Friedenskampf statt Klassenkampf" die bekannten machtpolitischen Ziele in neuem Gewande verfolgt?
– Oder handelt es sich um eine tiefergehende Revision, die auch bisherige Inhalte sowjetischer Politik verändern wird?

2) Es fällt schwer, hierauf eine definitive Antwort zu geben, zumal zu einem Zeitpunkt, zu dem die innersowjetische Diskussion nicht abgeschlossen ist. Wie immer diese Diskussion ausgehen mag – schon heute müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß wir es in Zukunft mit einer flexibleren, ideenreicheren und weniger dogmatischen sowjetischen Außenpolitik zu tun haben werden.

3) Wir können zwar nicht ausschließen, daß es sich bei dem sowjetischen Neuansatz um ein taktisch bestimmtes Manöver handelt mit dem Ziel, sich in der gegenwärtigen historischen Phase eigener erkannter Schwäche eine außenpolitische Atempause zu verschaffen. Jedoch sollten wir die darin enthaltenen Chancen sehen und erproben. Die Neuformulierung des Koexistenz-Begriffs läuft hinaus auf das Angebot an den Westen, ein politisches Arrangement bei gegenseitiger Anerkennung des Existenzrechts zu schließen. Der System-Wettbewerb würde sich stärker als bisher auf die politische Ebene verlagern. Die sowjetische Führung mag zugleich die Öffentlichkeitswirkung („Glasnost") dieser Politik forcieren – ihrem Konzept zugrunde liegt ein eher defensives Interesse an Bestandswahrung.

4) Wir sollten daher die Initiative der SU aktiv aufnehmen, sie an ihren Taten messen und ihr folgende Fragen stellen:

– Ist die SU im Zuge ihrer neuen Begriffsbestimmung wirklich interessiert an umfassender Zusammenarbeit mit uns auch in wesentlichen Fragen der Sicherheitspolitik? Insbesondere ihr Satz, daß im nuklearen Zeitalter „es für alle nur gleiche Sicherheit geben kann" (Gorbatschow), muß sich erst in der Realität bewähren. In Europa wird der Test auf seine Glaubwürdigkeit letzt-

23 Für die Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 empfahl die DKP, die Erststimme den Einzelbewerbern der „Friedensliste" und die Zweitstimme der SPD oder den Grünen zu geben. Vgl. dazu Peter SCHINDLER, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden, Bd. I, Baden-Baden 1999, S. 110 f.
Zu den Bundestagswahlen vgl. Dok. 14, Anm. 5.

lich darin bestehen, ob sich die SU zum Abbau ihrer stabilitätsbedrohenden konventionellen Invasionsfähigkeit bereit findet.

– Wird sie ihre Rolle auf der internationalen Bühne im Sinne größerer Zurückhaltung und Mäßigung neu überdenken? Ein Testfall könnte die Dritte Welt sein: Wird die SU aufhören, Konflikte, die sie wegen des nuklearen Patts im West-Ost-Verhältnis als zu riskant ansieht, in diese Arena zu verlagern? Neue Möglichkeiten eines gemeinsamen Handelns etwa bei der wirtschaftlichen Bewältigung von Nord-Süd-Problemen, aber auch beim Krisenmanagement in der Dritten Welt sind dann denkbar.

– Umfassende Zusammenarbeit mit dem Westen ist auf die Dauer nicht vereinbar mit der ideologischen Verteufelung dieses Partners nach innen. Ist die SU bereit zum Abbau ihrer Feindbilder gegenüber dem Westen?

5) Es läge in unserem Interesse, wenn die SU aus der Änderung ihres Koexistenz-Konzepts praktische Konsequenzen solcher Art zöge. Die Auswirkungen, die dies auch auf die kleinen WP-Staaten haben müßte, liegen auf der Hand. Die Idee eines friedlichen Wettbewerbs der Systeme als Angelpunkt der Koexistenz in der neuen sowjetischen Sicht entspricht unserer Vorstellung von der Ausgestaltung einer künftigen europäischen Friedensordnung. Eine solche Entwicklung könnte der Zusammenarbeit über Blockgrenzen hinweg neue Felder eröffnen.

6) Wir sollten die neuen sowjetischen Überlegungen in diesem Sinne ermutigen und hierzu auch das konzeptionelle Gespräch – besonders im informellen Rahmen – nicht scheuen. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die sowjetische Diskussion zum Koexistenz-Begriff nicht abgeschlossen ist, sollten wir unsere Einwirkungsmöglichkeiten nutzen.

Seitz

Referat 02, Bd. 178521

3

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

7. Januar 1987[1]

Betr.: Neue US-Politik bei der Entwicklung und Einführung von Technologien zum Schutz elektronisch übermittelter Informationen (NSDD-145)

Bezug: Entwurf eines Berichtes des Office of Technology Assessment (OTA) mit dem Titel: The Integrity and Confidentiality of Electronic Informations[2]

Anlg.: 3[3]

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Weisung

1) Zusammenfassung

Die durch eine Direktive des Präsidenten (NSDD-145 vom 17.9.1984, Anlage 1[4]) eingesetzte Systems Security Steering Group (SSSG) hat vor kurzem in einem Policy Statement („National Policy on Protection of Sensitive, but Unclassified Information in Federal Government Telecommunications and Automated Information Systems", NTISSP[5] vom 29.10.1986, Anlage 2[6]) eine äußerst umfassende Definition von sensitiver, jedoch nicht klassifizierter Information gegeben, die sowohl im staatlichen als auch im privaten Bereich vor unberechtigtem Zugriff geschützt werden soll. In diesem Zusammenhang werden weitere Maßnahmen geplant, die den Schutz solcher elektronisch gespeicherten und übermittelten Informationen vor unberechtigtem Zugriff verbessern sollen. Ein wichtiger Aspekt, der sowohl national als auch international erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen haben kann, ist die vorgesehene Einführung geheimer Verschlüsselungsstandards durch die National Security Agency (NSA), die nur als Hardware („encryption chip") und auch lediglich einem begrenzten Kreis von amerikanischen Geräteherstellern zur Verfügung gestellt werden sollen. Die neuen Standards sollen den vom National Bureau of Standards entwickelten und veröffentlichten „Data Encryption Standard" (DES) ablösen und die Sicherheit u. a. dadurch erhöhen, daß sowohl die Algorithmen als auch der Schlüssel geheimgehalten werden.

1 Der Schriftbericht wurde von Ministerialrat Seipel, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Grewlich am 22. Januar 1987 vorgelegen.
Hat Grewlich am 26. Januar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Pabsch, Legationsrat I. Klasse Stechel, die Referate 204 und 424 sowie den BND verfügte.
Zur Weiterleitung an den BND vermerkte Grewlich handschriftlich: „23. I. in München." Ferner vermerkte er: „Bitte W[ieder]v[orlage] R[eferats]L[eiter] 432 n[ach] R[ückkehr] (30. I.) mit Anlagen."

2 Für den Bericht vom 24. November 1986 vgl. Referat 432, Bd. 199343.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 2, 4 und 6.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die National Security Decision Directive Nr. 145 „National Policy on Telecommunications and Automated Information Systems Security" vgl. Referat 432, Bd. 199343. Vgl. ferner http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

5 Korrigiert aus: „NT/SSP".
National Telecommunications and Information Systems Security Policy.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für den Bericht vgl. Referat 432, Bd. 199343.

Das Office of Technology Assessment (OTA) arbeitet an einem Bericht über das Thema mit dem Ziel, die Problematik für das Parlament aufzubereiten. Der Leiter des Wissenschaftsreferats[7] hat vom OTA einen Entwurf dieses Berichtes mit der Bitte um Durchsicht und kritische Anmerkungen möglichst bis Mitte Januar 1987 erhalten. Der Bericht geht im einzelnen auf die Verwundbarkeit elektronischer Informationssysteme und entsprechende Möglichkeiten der Sicherung ein, analysiert den zukünftigen Bedarf für verbesserte Schutzmaßnahmen bei Staat und Industrie und diskutiert die Rolle der Privatindustrie bei der Entwicklung und Nutzung solcher Schutzmaßnahmen. Im Zentrum des Berichts steht die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Direktive NSDD-145 und der darauf fußenden neuen politischen Linie, der NSA eine entscheidende Rolle bei Entwicklung, Fertigung und Weitergabe geheimer Verschlüsselungschips zum Gebrauch bei Behörden und Industrie zu geben.

Der Bericht schließt mit einer Darstellung der möglichen Handlungsalternativen, die das Parlament gegenüber der Regierung verfolgen könnte, und den jeweils zu erwartenden Auswirkungen im Spannungsfeld von nationaler Sicherheit und Wirtschaftsinteressen.

Botschaft bittet möglichst kurzfristig und fernschriftlich um Anmerkungen, Fragen und Kritik zum beigefügten Berichtsentwurf, um diese in die endgültige Fassung des Berichts und damit zunächst in die US-interne Diskussion einfließen zu lassen.

2) Im einzelnen

2.1) Verwundbarkeit elektronischer Informationssysteme

Der OTA-Bericht verweist darauf, daß die elektronische Speicherung und Übermittlung von Informationen enorm zugenommen haben und weiter expandieren. Staat und Industrie werden immer abhängiger von elektronischen Kommunikationssystemen.

Ursächlich für eine damit gekoppelte Erhöhung des Risikos von unberechtigtem Zugriff zu diesen Informationen seien u. a.:

- der Ausbau von Netzwerken aller Art (z. B. für Geldtransfer, Auftragsabwicklung, Energiesysteme, Flugbuchungen, Computerverbund),
- der Einsatz von Mikrowellensendern für Telefonverbindungen,
- die zunehmende Satellitenkommunikation,
- der Einsatz von Mikrocomputern hoher Leistungsfähigkeit.

Andererseits vermindere der wachsende Einsatz von Glasfaserkabeln und digitalen Netzwerken die Verwundbarkeit zumindest gegenüber weniger potenten Lauschern.

Die Bedrohung für Staat und Industrie ergibt sich je nach Interessenprofil sowie den technischen und finanziellen Ressourcen möglicher Lauscher unterschiedlich.

Insbesondere für die Industrie sei zu beachten, daß kostspielige elektronische Lauschmanöver für Gegner und Konkurrenten häufig weniger attraktiv seien

7 Heinz Seipel.

als z. B. die Bestechung von Betriebsangehörigen, die direkten Zugang zu den gewünschten Informationen und Datenbanken haben.

2.2) Möglichkeiten des Schutzes elektronischer Informationssysteme und derzeitige Praxis

Es wird im Bericht eine Übersicht über die heute üblichen Methoden insbesondere zum Schutz von Datenbanken und Computern gegeben. Da werden erläutert:

- Zugangskontrollen und computerseitige Aufzeichnung aller vom Nutzer aufgerufenen Prozeduren,
- Maßnahmen zur Personenerkennung (vor allem biometrische Methoden, basierend auf Spracherkennung, Fingerabdrücken, Netzhautvergleich, Unterschriftsanalyse),
- spezielle Computerarchitekturen,
- „Puffer-Modems", die Anrufer nach Überprüfung der Zugangsberechtigung zum Computer automatisch zurückrufen,
- administrative Maßnahmen verschiedener Art,
- Verschlüsselung.

Der Bericht geht besonders detailliert auf die Verschlüsselung ein und beschreibt ausführlich den vom National Bureau of Standards (NBS) entwickelten „Data Encryption Standard" (DES), der darauf beruht, daß die Algorithmen für die Verschlüsselung öffentlich bekannt sind, die Schlüsselkombination für die Ver- und Entschlüsselung jedoch von den beteiligten Partnern geheimgehalten wird. Als besonderer Vorteil des DES wird herausgearbeitet, daß seine Zuverlässigkeit sehr breit abgesichert und öffentlich belegt sei und daß alle, die diesen Standard nutzen wollen, in der Lage seien, dies entweder in Form von Hardware („encryption chip") oder durch entsprechende Software zu tun.

Nicht zuletzt bedingt durch die Tatsache, daß das NBS für DES-Verschlüsselungs-Chips ein Zertifikat über die richtige Umsetzung des Standards ausstellt (was bei evtl. Haftpflichtansprüchen als Nachweis ausreichender Sorgfalt gilt), sei der DES der in der industriellen Praxis (insbesondere beim Geldtransfer zwischen Banken) dominierende Standard.

Bei der Übermittlung klassifizierter Informationen unter Behörden sowie zwischen Behörden und Industrie werden andere Standards der NSA verwendet, wobei die Sicherheit dadurch erhöht wird, daß auch die Algorithmen geheimgehalten werden.

2.3) Entwicklung des nutzerseitigen Bedarfs an Sicherungen im zivilen Bereich

Im zivilen Bereich wird ein wachsender Bedarf für den Schutz von ausgetauschten Informationen, die Nutzeridentifikation und den Echtheitsnachweis gesehen. Im staatlichen Bereich besteht dieser Bedarf vor allem bei zivilen Behörden, die Haushaltsmittel verteilen und Geldüberweisungen durchführen. Im privaten Sektor ist ebenfalls das Bankgewerbe führend im Einsatz kryptographischer Sicherungsmaßnahmen. Jedoch wachsen die Schutzerfordernisse auch in anderen Sektoren, z. B. Schutz von Industriegeheimnissen bei landesweiten oder internationalen firmeninternen Kommunikationsprozessen, Schutz von Datenbeständen aller Art, z. B. personenbezogenen Daten, Datenbestände für elektronische Publikationen oder für computergestützte Konstruktion usw.

Für Regierungsstellen sind sehr umfassende Sicherungsmaßnahmen durch Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften vorgeschrieben. Industriefirmen, die als Auftragnehmer der Regierung tätig werden, sind gleichen Regelungen unterworfen.

Im privaten Sektor sind zwei gegenläufige Tendenzen erkennbar. Zum einen besteht ein großes Interesse an einheitlichen Standards (auch an den Nahtstellen zur Kommunikation mit amtlichen Stellen, z. B. Federal Reserve Bank – private Banken), um die Kosten der verschlüsselten Informationsübermittlung möglichst gering zu halten. Bei den bisherigen Normungsaktivitäten in den USA sei dieser Aspekt berücksichtigt worden. Die maßgeblichen Standards für den Schutz von Informationssystemen wurden vom NBS, dem American National Standards Institute (ANSI) und der American Bankers Association (ABA) erstellt, wobei die jeweiligen Standards weitgehend abgestimmt sind, aufeinander Bezug nehmen und alle im wesentlichen auf dem DES des NBS beruhen.

Andererseits unterscheiden sich die Schutzerfordernisse für die verschiedenen Branchen und Firmen erheblich, je nach

- relativem Stellenwert von Integrität, Vertraulichkeit, Zuverlässigkeit und betrieblicher Kontinuität,
- Spektrum der innerhalb einer Firma vorhandenen Informationen und der Gesamtheit der innerbetrieblichen Schutzmaßnahmen,
- möglichen Gegnern (Angestellte, Wettbewerber, ausländische Regierungen),
- Arten möglicher Schäden (finanzielle Schäden, Vertrauens- und Imageverlust, Beeinträchtigung von Beziehungen usw.),
- verfügbaren Ressourcen für Schutzmaßnahmen und zugeordneten Kosten (können diese abgewälzt werden?),
- Auswirkungen amtlicher Vorschriften auf Betriebsvorgänge.

Daraus ergeben sich unterschiedliche Anforderungen an die vorzunehmenden Schutzmaßnahmen und legen insoweit auch die Entwicklung und den Einsatz eines größeren Spektrums maßgeschneiderter Schutzmaßnahmen nahe.

2.4) Übersicht über regierungsseitige Maßnahmen und neue Tendenzen

Der Bericht zeigt die historische Entwicklung des Schutzes von Informationssystemen in den USA auf. Ab 1970 habe die Regierung Maßnahmen zum Schutz nicht nur von förmlich klassifizierten, sondern auch nichtklassifizierten, jedoch „sensitiven" regierungsinternen Informationen ergriffen. Mit der Direktive des Präsidenten PD/NSC-24 von 1977[8] erweiterte die Regierung die Schutzziele und schloß auch den privaten Sektor mit ein. Das Department of Defense (DoD) erhielt die Zuständigkeit, festzulegen, welche Daten im Hinblick auf nationale Sicherheitsinteressen als „sensitiv" anzusehen und entsprechend zu schützen seien. Der Secretary of Commerce (DoC) erhielt den Auftrag, die Privatindustrie über den sensitiven Charakter bestimmter aus Quellen der Regierung abgeleiteter Informationen („government derived") zu unterrichten (besonders im Tele-

8 Für die Presidential Directive Nr. 24 „Telecommunications Protection Policy" vom 16. November 1977 vgl. http://fas.org/irp/offdocs/pd/index.html.

kommunikationsbereich) und für die Verbesserung entsprechender Schutzmaßnahmen zu sorgen.

Im nächsten Schritt wurde mit der National Security Directive 145 (NSDD-145) vom 17.9.1984 (Anlage 1) die DoD-Zuständigkeit auch auf rein private Informationen und Informationssysteme ausgedehnt und der NSA eine umfassende Verantwortung für die Sicherung von Telekommunikationssystemen der Regierung und Privatindustrie sowie für zugeordnete Forschung, Entwicklung und Normgebung übertragen[9].

Die nach NSDD-145 eingesetzte Systems Security Steering Group hat in einem Policy-Statement vom 29.10.1986 (Anlage 2) präzisiert, daß als sensitiv im Hinblick auf Sicherheitsinteressen ein weites Spektrum von Daten anzusehen sei, das unter anderem auch ökonomische, finanzielle, persönliche, landwirtschaftliche und technologische Daten, ferner Informationen über Maßnahmen zum Gesetzesvollzug und Industriegeheimnisse einschließe.

Der OTA-Bericht konzentriert sich vor allem auf die Frage der Zuständigkeit für die Entwicklung von Methoden und Standards für die Verschlüsselung elektronischer Informationen und die Erteilung von Zertifikaten für Verschlüsselungs-Chips.

Während diese Zuständigkeit bisher aufgrund des Brooks Act von 1965[10] beim National Bureau of Standards (NBS) lag, soll sie nunmehr auf die NSA übergehen. Damit verbunden ist eine einschneidende Änderung der bisherigen Praxis. Das NBS hat mit dem DES einen Standard entwickelt, dessen Verschlüsselungs-Algorithmen veröffentlicht wurden und der insoweit von jedermann im In- und Ausland in Hardware- und Softwareform benutzt werden konnte.

Die NSA wolle nun zwei neue Standards vorgeben, deren Algorithmen, um den Schutz zu erhöhen, nicht mehr veröffentlicht werden sollen.

In Zukunft sollen nur noch Verschlüsselungs-Chips nach diesen neuen Standards (also nicht mehr DES!) ein Zertifikat von der NSA erhalten.

Nur „qualifizierte amerikanische Nutzer“ (was nach NSA-Aussagen auch amerikanische Firmen im überwiegenden ausländischen Kapitalbesitz ausschließen soll) sollen von der NSA die erforderlichen Unterlagen zur Erstellung entsprechender Chips erhalten, die im übrigen nicht exportiert werden dürfen.

Zugleich soll der Einsatz dieser neuen Chips in den USA sowohl bei den Behörden als auch bei der Industrie auf verschiedene Weise forciert werden, u. a. durch Erlaß entsprechender Vorschriften für die Behörden, Schaffung faktischer Zwänge an den Schnittstellen im Austausch von Informationen zwischen Behörden und Industrie, durch Beeinflussung der Normung (so soll kürzlich US-Seite auf Drängen vom DoD entsprechende Normungsaktivitäten der ISO[11] zu Fall gebracht haben[12]) und durch Ausnutzung der Bedeutung amtlicher Zertifikate für

9 Korrigiert aus: „ausgedehnt“.

10 Für den Wortlaut des „Brooks Act“ vom 30. Oktober 1965 vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 79, S. 1127–1129.

11 International Organization for Standardization.

12 Der Passus „so soll … haben“ wurde von Vortragendem Legationsrat Grewlich hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Gibt es dazu einen Bericht?“

Haftpflicht und Versicherungsschutz der Privatindustrie gegenüber Schäden durch Einbrüche in Informationssysteme. Hinter dieser Entwicklung steht die Sorge, daß der rasch wachsende Umfang elektronisch übermittelter Informationen aller Art einerseits und das ebenfalls wachsende Potential gegnerischer Nachrichtendienste für Entschlüsselung und computergestützte Verknüpfung entschlüsselter Daten andererseits Möglichkeiten öffnet, eine Vielzahl von für sich allein harmlosen Einzelinformationen aufzufangen und durch intelligente Korrelationsprozesse zu strategisch bedeutsamen Informationen zu verdichten.[13]

Gleichzeitig ist das DoD (NSA) daran interessiert, auf dem Gebiet der Ver- und Entschlüsselung (insbesondere auch gegenüber der Dritten Welt: Terrorismus und Drogengebrauch) einen klaren Vorsprung zu halten, um seine Fähigkeit, weltweit für die US-Regierung wichtige Nachrichten zu entschlüsseln, nicht zu gefährden. Deshalb wird alles versucht, für Industrie und zivile Forschungsstellen jeglichen Anreiz für eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, deren Ergebnisse nicht geheimzuhalten wären, zu nehmen.

2.5) Auswirkungen und Probleme aus NSDD-145

Der Bericht diskutiert im Zusammenhang möglicher Reaktionen des Parlaments auf NSDD-145 u. a. die nachstehenden Auswirkungen und Probleme:

- NSDD-145 gebe im Spannungsfeld von sicherheitsorientierten Schutzmaßnahmen und gegenläufigen Wirtschaftsinteressen letzteren eindeutig geringere Priorität.
- Die vage Definition einer neuen Klasse von schutzbedürftigen sensitiven Informationen in Verbindung mit der Verpflichtung auf umfassende Sicherungsmaßnahmen, die über die eigenen Erfordernisse weit hinausgehen, stelle eine erhebliche Belastung für zivile Behörden, Industrie und Forschungseinrichtungen dar.
- Die Direktive widerspreche dem Verfassungsgrundsatz der Gewaltenteilung zwischen zivilem und militärischem Bereich und gebe der NSA einen unangemessenen Einfluß auf die Informationspolitik ziviler Behörden und der Privatindustrie.
- Die NSA werde mit der neuen Aufgabe, Verschlüsselungstechniken auch für den zivilen und industriellen Gebrauch zu entwickeln, von ihren originären Aufgaben abgelenkt und sei auch gar nicht in der Lage, den tatsächlichen industriellen Erfordernissen in ihrer Vielgestaltigkeit gerecht zu werden.
- Der Ansatz der NSA sei geeignet, Industrie und zivile Forschungsstellen zu demotivieren, im Bereich der Kryptographie eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu betreiben, und blockiere damit ein im industriellen Wettbewerb möglicherweise nicht unbedeutendes Innovationspotential.
- Die Absicht der NSA, die Algorithmen für neue Verschlüsselungs-Chips geheimzuhalten, keinen Export zuzulassen, jedoch gleichzeitig dessen umfassenden Einsatz im nationalen Rahmen durchzusetzen, sei mit den Erfordernissen für den internationalen Informationsaustausch (insbesondere Auftragsabwicklung, Geldtransfer) nicht vereinbar.

13 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Grewlich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „+ Computerviren?“

– Die Absicht der NSA, nur ausgewählten amerikanischen Firmen die Herstellung des Verschlüsselungs-Chips zu gestatten, bedeute einen Eingriff in den industriellen Wettbewerb im Telekommunikationsbereich.

3) Bewertung

Aus Gesprächen mit den Autoren des Berichts sowie mit Kollegen der britischen Botschaft, die sich ebenfalls mit der dargelegten Entwicklung befassen, ist zu schließen, daß dort ernste Befürchtungen über mögliche Beeinträchtigungen der internationalen Kommunikation und von Nachteilen für die europäischen Gerätehersteller bestehen (Abkoppelung von der technologischen Entwicklung, Exportschranken). Andererseits ist die Entwicklung in den USA offenbar noch voll im Fluß. Interessengruppen wie die American Bankers Association[14] wehren sich gegen nachteilige Aktionen der NSA, und das Parlament wird möglicherweise auch noch eingreifen.

Da die wichtigsten für die Entwicklung bestimmenden US-Regierungsdokumente geheim sind und der Botschaft nicht vorliegen, ist die Einschätzung der Tragweite der neuen Politik schwierig. Hinzu kommt, daß die Botschaft nur begrenzte Informationen darüber hat, wie die Übermittlung verschlüsselter Daten zwischen deutschen und amerikanischen Stellen zur Zeit erfolgt, welche Bedeutung dabei dem DES des NBS zukommt und ob unterschiedliche Codes für die US-interne und die internationale Kommunikation praktikabel sind. Für die Botschaft wäre zusätzlich von Interesse, in welchem Umfang sich insbesondere deutsche Banken, internationale Unternehmen und die Gerätehersteller im Computer- und Telekommunikationssektor von der aufgezeigten neuen US-Politik betroffen oder bedroht sehen. Botschaft bittet deshalb möglichst kurzfristig um entsprechende Informationen und Kommentare, um diese zunächst in Form von Anmerkungen zum OTA-Bericht in die US-interne Diskussion einbringen zu können.[15]

In Vertretung
Wallau

Referat 432, Bd. 199343

14 Korrigiert aus: „American Banking Association".

15 Vortragender Legationsrat Grewlich übermittelte dem Bundesministerium für Wirtschaft und weiteren Ressorts am 2. Februar 1987 den Entwurf einer an die Botschaft in Washington zu richtenden Weisung. Darin hieß es: „Eine abschließende Weisung zu den US-Vorgängen ist im Augenblick noch nicht möglich. Die im Bezugsbericht angesprochenen Fragen werden im Rahmen einer ‚Interministeriellen Arbeitsgruppe Grenzüberschreitende Datenflüsse' vertieft behandelt werden. In diesem Rahmen werden auch die Ergebnisse einer Anfrage bei Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit berücksichtigt. Diese Ergebnisse liegen im Augenblick noch nicht vor." Bisherige Reaktionen aus der Industrie und dem Dienstleistungsbereich seien „keineswegs heftig, doch läßt sich andererseits ein gewisses Unbehagen feststellen, das noch zunehmen könnte". Die Auswirkungen „der Einführung von Technologien zum Schutz elektronisch gespeicherter und übermittelter Informationen (vor allem, wenn sie zwingenden Charakter auch für den zivilen Bereich haben) müßten unter GATT-Aspekten (Gefahr von Handelsverzerrungen) geprüft werden". Vgl. den Runderlaß; Referat 201, Bd. 143471.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 5. Februar 1987, er habe die in der betreffenden Weisung vom 4. Februar 1987 enthaltenen Elemente „dem Leiter der OTA-Studie über ‚The Integrity and Confidentiality of Electronic Information'" erläutert. Die Botschaft werde weitere zuständige Arbeitseinheiten der amerikanischen Administration ansprechen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 571; Referat 201, Bd. 143471.

4

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

Dg 20/201-360.92 FRA-11/87 geheim **8. Januar 1987**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Zustimmung zu den Empfehlungen (Seite 9 ff.)

Betr.: Sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich und in Europa (WEU);
hier: Bewertung der Gespräche von Dg 20[3] in Paris am 5. und 6. Januar 1987

Anlg.: 4 (nur bei Original)[4]

1) Zweck und Rahmen der Gespräche

Das Gespräch mit d'Aboville, das fast sechs Stunden dauerte und weitgehend unter vier Augen geführt wurde, sollte Bilanz des Jahres 1986 ziehen und – in einem vertraulichen Brainstorming – die Perspektiven der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bilateral und im europäischen Kontext, vor allen Dingen der WEU, behandeln.[5] Gespräche von jeweils einer Stunde mit den außenpolitischen Beratern des Präsidenten[6], des Ministerpräsidenten[7] sowie des Verteidigungs-

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. Januar 1987 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr gute Aufzeichnung."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 9. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat BM für Konsultationen am 6.2. vorgelegen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 9. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS R[uhfus] vorgelegt."
Hat Ploetz am 9. Februar 1987 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher handschriftlich vermerkte: „Wie bespr[ochen]."
Hat Dreher am 19. Februar 1987 vorgelegen. Vgl. die Zusammenfassung; VS-Bd. 12084 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Hans-Friedrich von Ploetz.

4 Dem Vorgang beigefügt waren die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 5. Januar 1987 sowie der Drahtbericht Nr. 22 von Ploetz vom 6. Januar 1987, mit dem die Aufzeichnung fortgesetzt wurde. Ferner waren der Drahtbericht Nr. 21 von Ploetz vom 6. Januar sowie die Drahtberichte Nr. 25 und Nr. 29 des Gesandten Rouget, Paris, vom 7. Januar 1987 beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12084 (201). Vgl. ferner Anm. 5–8.

5 Zu seinem Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, d'Aboville, am 5. Januar 1987 in Paris vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz am 5./6. Januar 1987, auf die Frage, was die Bundesrepublik im sicherheitspolitischen Bereich an Zusammenarbeit beabsichtige, habe er erklärt: „eine so weitgehende Koordinierung mit F wie nur möglich". Über die Antwort d'Abovilles, daß „jede Provokation der USA oder Gefährdung der kollektiven Verteidigung" vermieden werden müsse, sei er „enttäuscht" gewesen. Vgl. die Aufzeichnung vom 5. Januar 1987 sowie den Drahtbericht Nr. 22 vom 6. Januar 1987; VS-Bd. 11302 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Paris, berichtete am 6. Januar 1987, er habe am Vortag mit den außenpolitischen Beratern von Staatspräsident Mitterrand, Védrine und Musitelli, gesprochen. Védrine habe dargelegt: „In bezug auf die Null-Lösung müsse man gegenüber der Öffentlichkeit logisch bleiben. Mitterrand habe schon 1979 gesagt, daß im Idealfall keine P[ershing] II stationiert und alle SS-20 abgebaut würden. Wenn dies heute möglich sei, könne man nicht öffentlich erklären, dies sei eine schreckliche Entwicklung. […] Von Frankreich werde es keine Blockierung der Null-

ministers[8] gaben Gelegenheit, dieselben Fragen mit den anderen an der Formulierung der französischen Sicherheitspolitik beteiligten Stellen zu erörtern.

Die Gesprächsvermerke sind als Anlage beigefügt.

2) Bewertung

a) Ausgangslage

Nach den stetigen Fortschritten der praktischen bilateralen Zusammenarbeit haben wir das Grundsatzgespräch mit Frankreich über den künftigen Inhalt und das Ziel dieser Zusammenarbeit in einer Sondersitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 23. Juli 1986[9] (auf unserer Seite: Braunmühl, Rühl, Altenburg) gezielt aufgenommen, um – rund hundert Tage nach Amtsantritt der Regierung Chirac[10] – zu sehen, in welchem Umfang diese bereit ist, im Sinne sehr weitgehender Vorstellungen des Oppositionsführers Chirac voranzugehen. Die Antwort auf unsere Kernfrage nach dem konkreten Ziel der bilateralen Zusammenarbeit und ihrer konkreten europäischen Finalität blieb bei der damaligen Sitzung wie auch bei den weiteren Gesprächen im Jahre 1986 vage. (Morel: „Wir haben eine gewisse gemeinsame Vorstellung – entente – von der Sicherheit Europas, ohne sie schon im einzelnen definieren zu können.")

b) Status-quo-Denken verfestigt

Die jüngsten Gespräche haben deutlich werden lassen, daß das Status-quo-Denken in der Regierungsbürokratie sich in der Post-Reykjavik-Situation[11] eher noch verfestigt hat. Es wird durchaus anerkannt, daß wir jetzt eine qualitative Schwelle überschreiten müssen, um das Ziel des Elysée-Vertrages[12] (Annäherung der Auffassungen auf dem Gebiete der Strategie, „um zu gemeinsamen Konzepten zu gelangen") zu erreichen. Die in dieser Frage bewußt offensiv an-

Fortsetzung Fußnote von Seite 21

Lösung geben. Wenn die Verhandlungen nun Fortschritte brächten, werde der Präsident seine Position durchsetzen, auch wenn die Regierungsbedenken intellektuell verständlich seien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 21; VS-Bd. 13000 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

7 Gesandter Rouget, Paris, informierte am 7. Januar 1987, Ministerialdirigent von Ploetz sei am Vortag mit dem außenpolitischen Berater von Ministerpräsident Chirac zusammengetroffen. Ploetz habe das „Interesse an effizienteren Sicherheitsstrukturen" zum Ausdruck gebracht. Bujon de l'Estang habe „im wesentlichen aufgeschlossen" reagiert, aber als „vorrangiges Problem zwischen D und F die krisenhafte Diskrepanz in den Währungsbeziehungen" herausgestellt: „Schon seit September 1986 sei die überzogene DM-Stärke für F ‚grave'. Heute gebe es in Paris ein ‚vive ressentiment' gegen Bundesregierung und Bundesbank." Vgl. den Drahtbericht Nr. 29; VS-Bd. 13000 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

8 Am 7. Januar 1987 teilte Gesandter Rouget, Paris, mit, Ministerialdirigent von Ploetz habe am Vortag ein Gespräch mit dem außenpolitischen Berater des französischen Verteidigungsministers Giraud geführt. Ploetz habe für eine „angemessene und möglichst gemeinsame Antwort der Europäer auf sich verändernde Anforderungen an ihre Verteidigung und Sicherheit" plädiert. Es komme auf eine „Heerschau der gegebenen militärischen Faktoren" an. De la Fortelle sei über solche Vorstellungen „eher beunruhigt" gewesen: „Die Entwicklung einer europäischen Strategie müsse sich an der NATO-Strategie reiben. F sehe wenig Raum für veränderte Risikoverteilung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 25; VS-Bd. 13000 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung vgl. AAPD 1986, II, Dok. 213.

10 Jacques Chirac war seit 20. März 1986 französischer Ministerpräsident.

11 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

12 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

gelegte Gesprächsführung brachte dieselben vorsichtig-disziplinierten Reaktionen hervor wie früher.

Dabei ergab sich eine deutliche Abstufung:

Das Außenministerium ist unverändert am restriktivsten und am wenigsten konzeptionell denkend. Seine grundsätzliche Skepsis gegen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen hat in der Analyse von Reykjavik eher noch zugenommen. Wie die Verhandlungen über das NATO-Kommuniqué in Brüssel[13] gezeigt haben, scheut es sich dabei nicht, sich in Widerspruch zu „eigenem vorangegangenen Tun" (besonders zu der noch durch AM Dumas mit BM vor Halifax[14] entwickelten Linie der konventionellen Rüstungskontrolle) zu setzen. Die in den ersten Konsultationen nach Reykjavik vehement betonten negativen Auswirkungen für die westliche Sicherheit, die selbst von hypothetischen Entwicklungen ausgehen können (Strategiedebatte), werden heute bestritten. Desgleichen werden grundsätzlich der Abrüstungswille von Gorbatschow und seine Fähigkeit angezweifelt, vor Ablauf von wenigstens zwei bis drei Jahren grundsätzliche Strategieentscheidungen durchzusetzen. Da andererseits die US-Administration durch Irangate[15] als weitgehend handlungsunfähig angesehen und ein Ausbruch im Rüstungskontrollbereich nicht für wahrscheinlich angesehen wird, gibt sich die Regierungsbürokratie einschließlich Präsidialamt in einer Weise gelassen, die schon an das Pfeifen im dunklen Wald erinnert. Auf dieser Linie liegt es, daß Frankreich Strategiediskussionen nach Möglichkeit ausweichen will, z. B. durch Abschluß der SDI-Beratungen im bilateralen und im WEU-Rahmen.

Für den Quai stehen beim Status quo zwei Überlegungen im Mittelpunkt:

– Eine zentrale Rolle spielt das Bestreben, innen- und außenpolitisch ein Umfeld zu erhalten, in dem F seine eigene Nuklearstreitmacht planmäßig modernisieren kann. Deshalb hat F (gemeinsam mit GB) die in Reykjavik vorgeschlagene Beseitigung aller ballistischen Raketen innerhalb von zehn Jahren vehement abgelehnt. Es ist offenkundig, daß hier neben sicherheitspolitischen Motiven auch die Überlegung eine wichtige Rolle spielt, den Statusunterschied (auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland) aufrechtzuerhalten. Der Besitz einer eigenen Nuklearstreitmacht ist neben der Fähigkeit und der Bereitschaft, militärische Macht außerhalb Europas einzusetzen, sowie der ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Natio-

13 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

14 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

15 Anfang November 1986 wurde in der amerikanischen Presse berichtet, geheime amerikanisch-iranische Kontakte in den vergangenen Monaten hätten dem Ziel gedient, die Unterstützung des Iran bei der Befreiung amerikanischer Geiseln im Libanon zu gewinnen. Bei diesen Gesprächen seien auch Lieferungen von militärischen Ersatzteilen und Rüstungsexporte der USA sowie Israels in den Iran vereinbart worden. Die Einnahmen aus diesen geheimen Waffenverkäufen seien von der amerikanischen Regierung an die Guerilla-Bewegung der „Contras" in Nicaragua weitergeleitet worden, um sie bei ihrem Kampf gegen die sandinistische Regierung zu unterstützen, obwohl sich der Kongreß gegen solche Hilfen ausgesprochen hatte. Am 13. November 1986 äußerte sich Präsident Reagan erstmals öffentlich zu dem Vorgang, entließ den Nationalen Sicherheitsberater Poindexter und stimmte der Einsetzung einer Untersuchungskommission („Tower-Kommission") zu. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

nen und der Rolle als Statusmacht in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes das überragende Attribut der französischen Sonderrolle. Die Pariser Bürokratie ist konsequent in seiner Verteidigung und hat deshalb das Interesse, jede Entwicklung zu bremsen, die gefährdend sein könnte. Das Bemühen, hierfür möglichst Verbündete zu finden, wurde bei den zweimaligen französisch-britischen Gipfelbegegnungen nach Reykjavik[16] sehr deutlich.

– Frankreich weiß außerdem, daß seine eigene „unabhängige" Sicherheitspolitik wesentlich davon abhängt, daß die „extended deterrence" der USA glaubhaft beibehalten wird. Die Nachrüstung hat Frankreich deshalb als wesentliche Stärkung angesehen und unterstützt. Ihre Beseitigung wiegt nach Meinung der französischen Regierung den Vorteil nicht auf, den der Abbau aller europäischen SS-20 darstellt. Wichtig war in diesem Zusammenhang die Feststellung von Védrine, Präsident Mitterrand werde seine Position gegenüber der Regierung durchsetzen, daß Frankreich die Null-Lösung nicht blockiert.

Frankreich ist außerdem besorgt über Anschlußverhandlungen über SRINF, weil es hier eine Tendenz zur Null-Lösung befürchtet und damit einen weiteren Schritt in einem Prozeß, der zunächst amerikanische Nuklearwaffen aus Europa eliminiert und dann Europa insgesamt nuklearwaffenfrei macht. Auch hier ergab das Gespräch bei Védrine eine interessante Nuance, als er eine Null-Lösung auch bei SRINF als intellektuell vertretbar bezeichnete; wenn die Bundesregierung dies aber offenbar nicht wolle, könne Frankreich das auch nicht sagen!

Es ist bemerkenswert, in welchem Umfang die französische Regierung seit Reykjavik – im Interesse an der künftigen Wirksamkeit der NATO-Verteidigung und zur Verteidigung seiner eigenen Positionen – immer stärker auf der Grundlage der von ihr früher strikt abgelehnten Bündnisstrategie der flexiblen Erwiderung[17] argumentiert hat.

Hierbei tut sich d'Aboville, der die Politik des Außenministeriums weitgehend formuliert und enge Verbindungen zum Ministerpräsidentenamt hat, durch besondere Orthodoxie hervor, die Züge des Gesundbetens annimmt: Die ganze Zielrichtung seiner Argumentation verneint, daß – nach Reykjavik – für die Sicherheit in Europa tiefgreifende Entscheidungen vor uns liegen, um unterhalb des in Neuordnung befindlichen strategischen Verhältnisses der Großmächte Sicherheitsstrukturen zu schaffen, die unserer Forderung nach Respektierung des Rechts auf gleiche Sicherheit Rechnung tragen.

Hieraus sollten allerdings keine übereilten Schlußfolgerungen gezogen werden. Diese Einschätzung muß nicht das letzte Wort sein. Das französische Außenministerium formuliert Sachpositionen sehr oft stark unter taktischen Gesichtspunkten: Während wir bei den Großmächten grundsätzliche Übereinstimmung

16 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 16. Oktober 1986 in Großbritannien auf und Premierministerin Thatcher am 21. November 1986 in Frankreich.

17 Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area") zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response" bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

erkennen und daher die Richtung der Entwicklung beeinflussen wollen, versucht Paris systematisch, die Entwicklung zu bremsen, wobei die Herstellung von Junktims ein bewährtes Instrument darstellt. Dafür versucht es, London als Verbündeten zu werben, wobei gleiche Interessenlage gegenüber USA und SU unterstellt wird. Gleichzeitig versucht Paris, mit London ein Gegengewicht gegen Bonn zu schaffen, durch dessen aktive Dialogpolitik mit dem Osten Paris allein in unkontrollierbare Entwicklungen gezogen zu werden fürchtet. Die Tatsache, daß d'Aboville mit meinem britischen Kollegen[18] einen Tag später in Paris sprach und – offensichtlich bewußt – kein Dreiergespräch in Erwägung zog, verdeutlicht dieses Taktieren.

Grenzen werden allerdings schon früh durch die volle Einbindung Großbritanniens in Strategie- und Rüstungskontrollpolitik der integrierten NATO-Partner gezogen, die noch deutlicher dadurch werden, daß die britische Regierung – wegen des zerbrochenen sicherheitspolitischen Konsenses im Lande – sehr viel stärker eine die Öffentlichkeit mehrheitlich überzeugende Rüstungskontrollpolitik nachweisen muß als die französische. Gegenüber Washington versucht das französische Außenministerium seinen Einfluß zu stärken, indem es sich als solidester Anwalt der nuklearen Abschreckung in Europa zu gerieren versucht, und gleichzeitig restriktiv operiert, wenn es an die Konkretisierung der europäischen Identität im sicherheitspolitischen Bereich geht. Auf diese Weise hofft man auch, ein interessanter Gesprächspartner für Moskau zu bleiben. Chirac beabsichtigt, nach einem Besuch im März in Washington[19] noch vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig[20] nach Moskau zu fahren[21]. Angeblich drängt die sowjetische Seite intensiv auf Festlegung eines Termins.

Diese Politik verrät große innere Unsicherheit: Chirac hatte unserem Botschafter[22] nach Amtsantritt gesagt, er wolle mit uns die deutsche Ostpolitik so eingehend erörtern, daß er sie voll verstehen und zur französischen machen könne. Einer solchen Umarmungspolitik würde entsprechen, daß man auf unsere Bereitschaft eingeht, alle strategischen Fragen einschließlich der Rolle von Kurzstreckenraketen mit dem Ziel der Formulierung übereinstimmender Positionen zu erörtern. Offensichtlich hat das Außenministerium in Paris Sorge vor unserem großen politischen Gewicht und auch vor der Dynamik, mit der wir diese Fragen angehen. Da man andererseits Solidarität mit dem für die eigene Sicherheit so wichtigen Partner zeigen will, bietet man kleine und durchaus wichtige substantielle Schritte an.

Diese auf Wahrung des Status quo und vor allem des eigenen Sonderstatus gerichtete Politik birgt allerdings Risiken für die deutsch-französische Partnerschaft, für die europäische Einigung und Stabilität und Vitalität der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft.

Das derzeitige Taktieren läßt aber den Schluß zu, daß Frankreich dieses durch seine Starrheit verursachte Risiko als geringer ansieht als die Gefahren, die

18 Derek Morison David Thomas.
19 Ministerpräsident Chirac hielt sich vom 30. März bis 1. April 1987 in den USA auf.
20 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.
21 Ministerpräsident Chirac besuchte die UdSSR vom 14. bis 16. Mai 1987. Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 2.
22 Franz Joachim Schoeller.

mit einem Ausloten der von uns vorgeschlagenen Optionen verbunden wären. Dazu trägt nicht zuletzt bei, daß unsere innenpolitische Situation zwar im Augenblick als stabil, die Grundlage unserer Sicherheitspolitik in der Öffentlichkeit aber als besorgniserregend schmal angesehen wird. In die Gesamtrechnung wird sicher auch unsere für einen Franzosen unverständliche Abstinenz in bezug auf machtpolitisches Denken eine Rolle spielen.

Verteidigungsminister Giraud denkt, wie seine schon in der Oppositionszeit veröffentlichten Artikel ausweisen, sehr viel konzeptioneller. Dies ist offensichtlich auch in Vier-Augen-Gesprächen mit BM Wörner deutlich geworden, über die im BMVg nichts zu erfahren war. Aus Hinweisen des diplomatischen Beraters de la Fortelle (früher Gesandter in Bonn) kann geschlossen werden, daß dabei substantielle Verlegungen französischer Truppeneinheiten in das Bundesgebiet eine Rolle spielten, andererseits Fragen der Rüstungskooperation im Bereich der Hochtechnologie. Das Außenministerium hat – offensichtlich erfolgreiche – Bemühungen unternommen, zu selbständige Überlegungen des Verteidigungsministers seiner Kontrolle zu unterwerfen. Der Hinweis von de la Fortelle, daß auch im Zeichen der Kohabitation[23] von französischer Seite keine großen Initiativen zu erwarten seien, räumt dies in verschleierter Form ein. Dies ändert nichts daran, daß Giraud eine starke und politisch denkende Persönlichkeit ist, die andererseits über die ausreichende Erfahrung in der Industrie verfügt, um bei der Rüstungskooperation erfolgversprechend vorzugehen.

Das Verteidigungsministerium sieht – noch deutlicher als andere Regierungsstellen in Paris –, daß Frankreich seine anspruchsvolle Sicherheitspolitik nicht durchhalten kann, und zwar aus finanziellen und materiellen Gründen. Die volle Nutzung der sicherheitspolitischen Dimension des Weltraums wirft unüberwindliche Probleme auf, nachdem die Ressourcenkonkurrenz zwischen der nuklearen und konventionellen Komponente schon unlösbare Probleme erzeugt hat. Die an sich gebotene Konsequenz, in enger Zusammenarbeit mit uns Konzepte und Mittel zur Lösung zu finden, wird sehr selektiv gezogen, weil man sich vor den Auswirkungen auf den eigenen Status scheut. Alle anderen Gründe, die geltend gemacht werden, haben sicher auch ihr Gewicht, ändern aber nichts an dieser Kernüberlegung.

Das Amt des Ministerpräsidenten ist konzeptionellen Überlegungen – Chiracs Reden vor und nach Amtsantritt bestätigen dies – gegenüber aufgeschlossen. Der direkte Hinweis von Bujon, es gebe uns gegenüber „hard feelings“ wegen unserer Haltung in der Währungsfrage, macht aber deutlich, daß man dort sicherheitspolitische Beziehungen im Gesamtzusammenhang der Beziehungen sieht: Die Probleme der französischen Wirtschaft, der zunehmende Abstand zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, der auch im Handelsbilanzdefizit, aber auch im erfolgreichen Operieren deutscher Unternehmen in Frankreich deutlich wird, schließlich auch unser Verhalten in vielen EG-Fragen,

23 Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 16. März 1986 erzielte das Wahlbündnis des Rassemblement pour la République (RPR) und der Union pour la Démocratie Française (UDF) 40,88 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Parti Socialiste erreichte 31,19 %, die Parti Communiste kam auf 9,79 % sowie der Front National auf 9,72 %. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Fabius trat der neue Ministerpräsident Chirac sein Amt am 20. März 1986 an. Zum ersten Mal in der Geschichte der Fünften Republik lagen damit das Amt des Staatspräsidenten und das Amt des Ministerpräsidenten in der Hand von Politikern unterschiedlicher Parteien.

werden so interpretiert, daß wir rücksichtslos an unserer eigenen Wirtschaftsautonomie festhalten und uns den Partnern verweigern, während wir andererseits große Anliegen in der Sicherheitspolitik an sie haben – bei F letztlich Aufgabe der sicherheitspolitischen Autonomie! Die Frage wird gegenwärtig dadurch verschärft, daß die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung für das politische Überleben der Regierung Chirac und seine Aussichten auf die Präsidentschaftskandidatur 1988[24] entscheidend ist.

Diese Zusammenhänge werden auch im Amt des Präsidenten klar gesehen. Man ist deshalb an einem frühen Gespräch nach den Wahlen[25] mit uns interessiert. Die von Mitterrand am 15. Januar in London angekündigte Rede ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung.[26] Im übrigen ist Mitterrand – bei strenger Orthodoxie in den Strategiefragen –, in den rüstungskontrollpolitischen Positionen näher bei der Bundesregierung als bei denen der französischen Regierung. Dies wurde offen ausgesprochen. Die Ankündigung, daß er sich im Ernstfall, d.h. z.B. bei tatsächlicher Vereinbarung einer LRINF-Null-Lösung, gegenüber der Regierung auch entschlossen durchsetzen werde, hat allerdings sicher ebenso starke innen- wie außenpolitische Bezüge.

3) Empfehlungen

Geopolitisch ist Frankreich für uns ein durch niemanden zu ersetzender Partner. Ohne seinen Rückhalt (und den der anderen europäischen Partner und der USA) können wir das unverändert richtige Harmel-Konzept[27] nicht ausgewogen verwirklichen. Angesichts der globalstrategischen Entwicklung und der Entwicklung innerhalb des westlichen Bündnisses und in den einzelnen Ländern liegt es in unserem Interesse, daß sich Frankreich als wichtigster europäischer Partner nicht dauerhaft aus Status- und taktischen Gründen der Notwendigkeit verschließt, die vor uns liegenden tiefgreifenden Entscheidungen anzugehen. Wir müssen es davon überzeugen, daß nicht „die richtige Weichenstellung in den ersten Tagen einer Krise" (d'Aboville) die wirkliche Bewährungsprobe unserer Sicherheitspartnerschaft ist, sondern die gemeinsame Konstruktion einer europäischen Friedensordnung.

Widersprüchliche Äußerungen und Unklarheiten auf seiten der Bundesregierung machen es Frankreich und anderen Partnern leichter, solchen Fragen auszuweichen. Dabei können sie sich leider ermutigt fühlen durch eine amerikanische Administration, die in einer stärker koordinierten europäischen Rolle im Bündnis eher einen Nach- als einen Vorteil sieht.

Die Gelegenheit der Regierungsbildung nach dem 25. Januar 1987 ist günstig, um das Grundkonzept unserer Beziehungen zu Frankreich (und den übrigen WEU/EG-Partnern) zu erörtern.

24 In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

25 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

26 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 15. Januar 1987 in Großbritannien auf. Für den Wortlaut seiner Rede vor dem Chatham House in London vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Januar/Februar), S. 33–42.

27 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Ein deutlich profiliertes Konzept der Bundesregierung, das alle Aspekte der Beziehungen – wirtschafts-, währungs- und sicherheitspolitische – einbezieht, ist Voraussetzung für weitere Fortschritte.

Das relative Gewicht Frankreichs im europäischen Verbund hat sich seit den Tagen von Robert Schuman so stark verringert, daß es eine wirkliche eigene Initiative von der historischen Dimension des Schuman-Planes[28] nicht mehr ergreifen kann. Ein solcher Schritt muß im Verbund mit uns erfolgen.

Ein Kolloquium der zuständigen Minister unter Vorsitz des Bundeskanzlers könnte als Instrument dienen, innerhalb der Bundesregierung eine Verständigung über die großen Linien der Europapolitik zu erzielen. Natürlich stehen dringende operative Fragen auf der Tagesordnung. Von uns werden zur Lösung der Haushalts- und Agrarproblematik substantielle Beiträge erwartet. Wir sollten sie nicht, einer traurigen deutschen Tradition entsprechend, in letzter Minute und praktisch ohne Gegenleistung erbringen, sondern immer den Gesamtzusammenhang im Auge haben und Fortschritte in anderen Bereichen, besonders dem der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, anstreben. Das Kolloquium der Bundesregierung sollte dazu dienen, dieses perspektivische Herangehen an Einzelfragen durchzusetzen.

Der nächste Schritt wären verantwortliche Gespräche auf hoher politischer Ebene mit Frankreich. Die Beamtenebene ist, das hat die Gesprächsrunde in Paris sehr deutlich gemacht, allenfalls zur Vorbereitung solcher Begegnungen geeignet. Aber auch hier bestehen in bezug auf das Außenministerium erhebliche Zweifel.

Bei sicherheitspolitischen Fragen könnte ein ausführliches Gespräch der Außen- und Verteidigungsminister nach dem Gymnich-Modell[29] sehr substantiell werden, indem es die konzeptionellen Kräfte auf beiden Seiten unter Berücksichtigung der übrigen Fachkompetenz zusammenführt.

Wichtig ist, daß solche Gespräche nicht nur mit tagespolitisch operativen oder taktischen Zielsetzungen geführt werden. Wichtig ist ferner, daß kein Thema ausgeschlossen bleibt.

Bei erfolgreichem Verlauf dieser Gespräche sollte eine Erweiterung um GB, gegebenenfalls auch Italien und die anderen WEU-Partner, angestrebt werden.

Richthofen

VS-Bd. 12084 (201)

28 Nachdem Bundeskanzler Adenauer am 8. Mai 1950 dem ihm am Vortag überbrachten Vorschlag des französischen Außenministers Schuman zugestimmt hatte, die deutsche und französische Kohlen-, Eisen- und Stahlproduktion zusammenzufassen und auch anderen europäischen Staaten den Beitritt zu einer gemeinsamen Organisation zu ermöglichen, legte Schuman seinen Vorschlag am 9. Mai 1950 dem französischen Ministerrat vor. Nach dessen Zustimmung teilte er am selben Tag die Grundzüge des Vorhabens der Presse mit. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BDFD I, S. 225–227. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, Bd. 1, S. 3091 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1949/50, Dok. 57 und Dok. 58.

29 Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type"-Treffen sollte es sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung wichtige außenpolitische Fragen auch außerhalb des eigentlichen Themenbereichs der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Verfahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

5

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

210-303.B VS-NfD **9. Januar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: 750-Jahr-Feier Berlins[3];
hier: Konsultationen mit den Alliierten über die Behandlung der Einladung von GS Honecker an RBM Diepgen zum Staatsakt der DDR am 23.10.1987 in Berlin (Ost)[4] und die Frage einer Gegeneinladung von RBM Diepgen an GS Honecker zum Festakt am 30.4.87 in Berlin (West)

Anlg.: 3[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 8

1) BM Schäuble hat gegenüber StS Meyer-Landrut die Bitte geäußert, daß das Auswärtige Amt die Frage der Gegeneinladung von GS Honecker nach Berlin (West) im Gegenzug zur Einladung von RBM Diepgen nach Berlin (Ost) baldmöglichst mit den Alliierten wiederaufnimmt. Eine Absage des RBM an GS Honecker widerspreche der Politik der Bundesregierung. Wir könnten es uns nicht leisten, in die Position des Nein-Sagers zu kommen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 20. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Aufzeichnung hat BM für Gespräch mit RBM am 2.2. vorgelegen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 23. Februar 1987 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Ihrer Weisung entsprechend habe ich BM Schäuble mitgeteilt, daß Sie zu einem Gespräch mit BK und ihm in dieser Frage bereit seien. Schäuble wird eine solche Besprechung vorbereiten und dazu einladen."

3 Zu den Vorbereitungen für die 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. AAPD 1986, II, Dok. 221.

4 Der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des „Komitees der Deutschen Demokratischen Republik zum 750-jährigen Bestehen von Berlin", Honecker, richtete am 8. Oktober 1986 ein Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, in dem es hieß: „Es ist mir eine Freude, Sie zum Staatsakt der Deutschen Demokratischen Republik aus Anlaß des 750-jährigen Bestehens von Berlin als Ehrengast einzuladen. Der Staatsakt der Deutschen Demokratischen Republik findet am 23. Oktober 1987 im Palast der Republik am Marx-Engels-Platz statt." Honecker sprach die Hoffnung aus, Diepgen „in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik begrüßen zu können". Vgl. Referat 210, Bd. 139169.
Am selben Tag übermittelte der Oberbürgermeister von Ost-Berlin und stellvertretende Vorsitzende des „Komitees der Deutschen Demokratischen Republik zum 750-jährigen Bestehen von Berlin", Krack, ein weiteres Einladungsschreiben an Diepgen: „Im kommenden Jahr, dem 750. Jahrestag der erstmaligen urkundlichen Erwähnung Berlins, findet ein Treffen von Bürgermeistern aus aller Welt zum Thema ‚Politik für den Frieden und das Wohl der Menschen' statt. Es ist mir eine Ehre, Sie und Ihre Gattin sowie zwei weitere Persönlichkeiten aus Berlin (West) zu dieser Begegnung einzuladen, die in der Zeit vom 1. bis 5. Juni 1987 stattfinden wird." Vgl. Referat 210, Bd. 139169.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 9–11.

2) Angesichts des alliierten Zögerns hatten Sie[6] vor dem Deutschland-Treffen am Rande der NATO-Außenministertagung im Dezember[7] mit dem Bundeskanzler vereinbart, die Einladungsfragen bis nach den Wahlen[8] ruhen zu lassen. Mit den drei Außenministern war in Chevening hierüber Einverständnis hergestellt worden. BM Schäuble hatte Botschafter Burt schon am 9.12. entsprechend unterrichtet. Gleichzeitig hatte er in der Frage der Gegeneinladung auf die Notwendigkeit zum Handeln Ende Januar/Anfang Februar hingewiesen, weil der offizielle Festakt in Berlin (West) schon am 30. April stattfinde. Man könne sechs Wochen vorher keine ernstzunehmende Einladung mehr aussprechen (Gesprächsvermerk: Anlage 1[9]).

3) Die Haltung der Alliierten zur gesamten Einladungsfrage ist in den letzten Wochen immer negativer geworden. Ihre eigene Teilnahme am DDR-Staatsakt zum 23. Oktober 1987 erscheint im Augenblick mehr als offen. Unter diesen Voraussetzungen wäre auch die Teilnahme des RBM kaum zu rechtfertigen. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß die Drei im Falle ausbleibender NATO-Solidarität bei leidlichen Teilnahmebedingungen ihre Teilnahme einer Isolierung vorziehen würden.

4) In der Frage der Gegeneinladung haben die Alliierten den deutschen Vorschlag eines Schreibens des RBM an GS Honecker (Brief BM Schäuble vom 10.11.1986 mit entsprechendem Entwurf an die drei Botschafter: Anlage 2[10]) bislang nicht akzeptiert, sondern darauf hingewiesen, daß zunächst die Arbeit der Vierergruppe zu bewerten wäre (Schreiben der drei Botschafter an BM Schäuble vom 4.12.1986: Anlage 3[11]).

5) In der Vierergruppe wurde über die Fragen Einigung erzielt, die sich unter Statusgesichtspunkten aus der Einladung an RBM Diepgen zum Staatsakt am 23.10.1987 in Berlin (Ost) ergeben.

Nicht einigen konnten wir uns über das Vorgehen: erst Gegeneinladung, dann Sondierungen (wir) oder umgekehrt.

6 Hans-Dietrich Genscher.

7 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 in Chevening vgl. AAPD 1986, II, Dok. 353 und Dok. 354.
Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

8 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

9 Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burt am 9. Dezember 1986 betonte Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, daß er „über das Ende der Partie keinen Zweifel" habe: „GS Honecker werde die Einladung nicht annehmen". Er, Schäuble, glaube aber dennoch, „daß man Bürgermeister Diepgen in die Lage versetzen solle, diesen Schritt zu tun und diesen dann wirken zu lassen. Dazu müsse man spätestens Ende Januar/Anfang Februar handeln." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139173.

10 Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, übermittelte den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) den Entwurf eines Einladungsschreibens des Regierenden Bürgermeisters von Berlin an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, sowie den Entwurf eines Einladungsschreibens „an besondere Gäste" und eine Aufzeichnung „Elemente für Gesprächsführung bei Übergabe der Einladung". Vgl. Referat 210, Bd. 139173.

11 Der britische Botschafter Bullard teilte Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, mit, er und seine Kollegen Boidevaix (Frankreich) und Burt (USA) würden empfehlen, eine Gegeneinladung „nicht zugehen zu lassen, bis wir alle Gelegenheit gehabt haben, die Arbeit der Vierergruppe zu bewerten hinsichtlich der Bedingungen, die zur Vermeidung von Statusverletzungen erforderlich sind". Vgl. das Schreiben; Referat 210, Bd. 139173.

6) Es wird eines erheblichen politischen Einsatzes bedürfen, die Alliierten zur Absendung der Gegeneinladung ohne vorherige Sondierungen mit der DDR zu bewegen. Sollten die Alliierten auf letzterem bestehen, ist kaum damit zu rechnen, daß eine Gegeneinladung zeitgerecht abgehen kann. Die Alliierten befürchten nämlich, daß der RBM im Falle der Annahme der Gegeneinladung durch Honecker ohne Bedingungen in Zugzwang käme, seinerseits die Einladung zum 23. Oktober bedingungslos anzunehmen.

Obgleich die Alliierten bisher aus Statusgründen keine Schwierigkeiten nannten, wenn Honecker nach Berlin (West) käme, besteht unsererseits der Eindruck, daß sie möglicherweise gegen seine Anwesenheit auf dem unter ihrer Hoheit stehenden Territorium Vorbehalte haben.

7) Die Chancen einer Annahme der Gegeneinladung durch Honecker erscheinen allerdings gering, weil der West-Berliner Festakt am 30.4. unter Anwesenheit starker Bundespräsenz (einschließlich Bundespräsident und Bundeskanzler) stattfinden wird. Würde Honecker teilnehmen, hätten wir insoweit gute Argumente.

RBM Diepgen hat im Anschluß an seinen gestrigen Vortrag vor der DGAP[12] bei einem Gespräch im engen Kreise mit der Arbeitsebene von Kanzleramt, BMB und AA erklärt, daß für ihn eine Nichtbeantwortung der Einladung Honeckers oder eine Absage ohne triftige Gründe politisch nicht in Betracht komme. Die überwältigende Mehrheit der Berliner Bevölkerung befürworte eine Teilnahme des RBM an der Feier in Berlin (Ost), um durch einen solchen symbolträchtigen Akt die Gemeinsamkeiten zum Ausdruck zu bringen. Eine Behandlung der Einladung in einer Weise, durch welche die DDR sich brüskiert fühlen könnte, liege nicht in unserem deutschlandpolitischen Interesse. Im übrigen setze jede Suche nach alternativen Möglichkeiten, bei einer anderen Gelegenheit im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier in Berlin (Ost) in Erscheinung zu treten, voraus, daß die Einladung zu dem Staatsakt in einer auch für die DDR gesichtswahrenden Form erledigt werde.

8) Es wird daher vorgeschlagen, daß sowohl die Beratungen in der Vierergruppe als auch der Kontakt von BM Schäuble mit den drei Botschaftern schon Ende Januar wiederaufgenommen werden[13], damit Anfang Februar eine abschließende Entscheidung darüber getroffen werden kann, wie weiter zu verfahren ist.

Richthofen

Referat 210, Bd. 139173

12 In der Presse wurde berichtet: „Die Ausführungen des Berliner CDU-Politikers enthielten eine Fülle von Hinweisen, Bemerkungen und Kommentaren in die Richtung, der deutschen Seite (und somit auch ihm) dürfe bei Kontakten mit der ‚DDR'-Seite nicht verwehrt werden, was die westlichen Signatarstaaten des Vier-Mächte-Abkommens aus eigenen Nützlichkeits-Erwägungen heraus gegenüber Ost-Berlin für sich selbst durchaus für sinnvoll hielten. […] In Anspielung auf die aktuelle Debatte über Honeckers Einladung hielt Diepgen indirekt den Westmächten vor: ‚Aber es geht darum, ganz undramatisch nicht jede vernünftige, auch bundespolitische Maßnahme unter vermeintlichen Statusgesichtspunkten zu zerreden. Es gibt Kritik des Auslands an uns Deutschen, daß wir es schaffen, jede Frage zu einer Rechtsfrage zu machen. Und in Berlin gibt es die Neigung, aus jeder Frage eine Statusfrage zu machen.'" Vgl. den Artikel „Diepgen macht Alliierten Vorhaltungen"; DIE WELT vom 9. Januar 1987, S. 1. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, Beiträge, S. 67–76.

13 Für das Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) am 29. Januar 1987 vgl. Dok. 16.

6

Legationsrat Rinnert, Kabul, an das Auswärtige Amt

114-1114/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 13. Januar 1987, 09.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 25 **Ankunft: 13. Januar 1987, 09.15 Uhr**
Cito

Betr.: Gefangenenaustausch sowjetische Armee/Mujahedin[2]

Bezug: DB Nr. 21 vom 12.1.1987[3] – Az. wie oben

Zur Unterrichtung

1) Herr Rosen hielt sich vom 7. bis 12.1.1987 in Kabul zu Verhandlungen mit afghan. Regierung und SU-Vertretern auf. Er flog am 13.1. nachmittags nach Delhi ab, um von dort weiter nach Islamabad zu reisen. Kontakte mit afghan. Seite liefen weitgehend über Protokollchef Karim Zada bzw. über hochrangigen Angehörigen des Apparates des ZK der DVPA[4], Bakher. Ansprechpartner auf sowjetischer Seite war der aus Moskau mit Herrn Rosen angereiste AM-Beamte Netschajew.

2) Afghan. Regierung hatte sich schon bei erstem Gespräch grundsätzlich zu Austausch von Gefangenen bereit erklärt.[5] Sie sei bereit, bis zu 60 gefangene Angehörige der „Hezbi-Islami" Gulbuddin Hekmatyars freizulassen und würde ein Austauschverhältnis von bis zu fünf Widerstandskämpfern pro SU-Soldat akzeptieren, abhängig von der Wichtigkeit der afghan. Gefangenen. Um Gesamtumfang möglicher Austauschaktion zu kennen, bat afghan. Regierung um Mitteilung, wie viele SU- bzw. Regime-Soldaten sich in Gewahrsam von Hezbi-Islami befinden. Da kurzfristig keine Antwort auf diese via Botschaft Islamabad an Wi-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Zenner am 13. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 13. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte.
Hat Heyken am 13. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup verfügte.
Hat Kastrup am 14. Januar 1987 vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat Elias teilte der Botschaft in Neu Delhi am 12. Januar 1987 mit: „Leiter des persönlichen Büros von Bundeskanzler a. D. Willy Brandt, Klaus-Henning Rosen, wird im Januar 1987 über Moskau nach Kabul reisen, um bei Gefangenenaustausch zwischen afghanischem Widerstand und sowjetischen Truppen als Vermittler aufzutreten. Nach Aussagen Herrn Rosens ist Anstoß für diese Aktion von Vertretern der Mujahedin ausgegangen, und sowjetische Seite hat grundsätzlich zugestimmt. Nach Verhandlungen in Kabul wird Herr Rosen nach Islamabad über Neu Delhi reisen, um dort Verhandlungen mit Mujahedin zu führen. Gefangenenaustausch soll nach einer eventuellen Einigung in Afghanistan durchgeführt werden. Botschaft wird gebeten, Herrn Rosen zu Gesprächen zu empfangen, ihm einen Dolmetscher zu vermitteln und ihm die Benutzung der Fernschreibverbindung zu gestatten. Auf keinen Fall sollte Botschaft gegenüber afghanischem Regime in dieser Angelegenheit in Erscheinung treten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 11; VS-Bd. 13665 (340); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Legationsrat Rinnert, Kabul, teilte mit, der Leiter des Büros des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt, Rosen, werde am 12. Januar 1987 von Kabul nach Neu Delhi und am 13. Januar über Lahore nach Islamabad reisen: „Längerfristige Terminplanung war nach Auskunft H[errn] Rosens nicht möglich, da Fortgang Gespräche in Kabul nicht voraussehbar." Vgl. Referat 340, Bd. 144618.

4 Demokratische Volkspartei Afghanistans.

5 Legationsrat Rinnert, Kabul, berichtete am 8. Januar 1987: „Herr Rosen hat heute ein erstes Gespräch mit dem afghan[ischen] Außenministerium gehabt. Die grundsätzliche Bereitschaft für die vereinbarte Operation wurde bestätigt. Sie soll in Afghanistan stattfinden. Er erhält bald Namen. Problem wird die Zahl sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 19; Referat 340, Bd. 144618.

derstand in Peschawar übermittelten Fragen zu erwarten war, willigte afghan. Regierung auf Herrn Rosens Vorschlag in schrittweises Vorgehen ein: Hekmatyar hatte gewünscht, Austausch zunächst mit 2 (zwei) SU-Soldaten zu beginnen, um Zuverlässigkeit der Absprache zu testen. Herr Rosen erhielt am 11.1. die ersten 35 Namen gefangener Hezbi-Kämpfer und übermittelte hiervon die ersten zehn nach Pakistan, kündigte gleichzeitig an, daß er bei seiner Ankunft in Islamabad Liste mit weiteren 25 Namen vorlegen werde. Afghan. Regierung sei im übrigen bereit, bei weiteren Angeboten seitens Hezbi-Islami weitere Namen zu nennen.

3) Nach bisheriger Planung will Herr Rosen am 13.1. in Islamabad eintreffen und danach mit Vertretern Widerstands Prozedere des Austauschs besprechen. Austausch soll auf Wunsch afghan. Seite auf afghan. Territorium stattfinden, höchstwahrscheinlich in Torkham (Grenzort zwischen Jalalabad und Peschawar). H. Rosen gab Torkham Vorzug vor Jalalabad (zu weit von der Grenze) und Spin Boldak (zwischen Kandahar und Quetta, zu weit von Islamabad), die ebenfalls von afghan. Regierung vorgeschlagen worden waren. Er will – sofern Hezbi-Islami auf Regierungsvorschläge eingeht – zunächst die für erste Stufe des Austauschs vorgesehenen SU-Soldaten über deren Rückkehrwilligkeit befragen, anschließend auf afghan. Territorium Austausch vornehmen. Falls sich Verfahren bewährt, wäre er auch bereit, evtl. kurzfristig möglichen Austausch weiterer SU-Soldaten zu vermitteln. Er hat jedoch gegenüber afghan. Regierung schon deutlich gemacht, daß er sich zeitlich nicht in der Lage sehe, auch Austausch zwischen Mujahedin und Regierungssoldaten zu bewerkstelligen, da dies Afghanen unter sich ausmachen könnten, falls sich Verfahren beim Austausch Rotarmist gegen Mujahedin bewährt habe.

4) Mangels fehlender Antworten aus Peschawar konnte H. Rosen Erfolgsaussichten seiner Mission schwer einschätzen. Direkte Kontakte mit dem Widerstand in Peschawar ab 13.1. dürften hier Klärung bringen.[6] Möglicherweise könnte der einseitig proklamierte Waffenstillstand ab 15.1. Austauschaktion begünstigen, sofern er vom Regime im Grenzgebiet tatsächlich eingehalten wird.[7]

[gez.] Rinnert

VS-Bd. 13474 (213)

6 Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Islamabad, informierte am 19. Januar 1987, der Leiter des Büros des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt, Rosen, habe sich vom 13. bis 17. Januar 1987 in Pakistan aufgehalten. Am 15. Januar 1987 sei er in Peschawar mit dem Vorsitzenden der „Hezbi-Islami", Hekmatyar, zusammengetroffen: „Die Begegnung war relativ kurz, da die Hezbi-Islami das vorgeschlagene Austauschverhältnis von einem sowjetischen Gefangenen gegen fünf Angehörige der Hezbi-Islami ablehnte. […] Tatsächlich hatte die sowjetische Seite noch beim Besuch von Herrn Rosen in Moskau zu erkennen gegeben, daß ein Austauschverhältnis von 1:25 annehmbar sei. Erst bei seinem Aufenthalt in Kabul ist Herrn Rosen eine Relation von eins zu fünf als Verhandlungsbasis mitgegeben worden. Es hat also entweder die Koordinierung zwischen Moskau und Kabul nicht funktioniert, oder die Vertreter in Kabul haben sich mit dem ungünstigeren Angebot von eins zu fünf durchgesetzt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 50; VS-Bd. 13474 (213); B 150, Aktenkopien 1987.

7 Botschafter Berendonck, Islamabad, berichtete am 29. Januar 1987, die Botschaft habe mittlerweile folgende Mitteilung erhalten: „Sobald Gegenseite mit dem Austauschort Ala Jirgah einverstanden ist, wird Hezbi-Islami bei einem Austauschverhältnis von einem sowjetischen Soldaten gegen 25 afghanische Gefangene die Namen der beiden rückkehrbereiten sowjetischen Gefangenen sowie die Namen der afghanischen Gefangenen nennen, deren Freigabe von Hezbi-Islami verlangt wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 97; Referat 340, Bd. 144618.
Klaus-Henning Rosen hielt rückblickend fest, die sowjetische Seite habe Kontakte zur SPD benutzt, um mit afghanischen Mujahedin über die Freilassung von Kriegsgefangenen zu verhandeln. Diese „sich über zwei Jahre hinziehenden Gespräche waren zunächst aussichtsreich, aber am Ende aufgrund von

7

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-341.75-28/87 VS-vertraulich **15. Januar 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung

Betr.: KVAE;
hier: Amerikanische Bewertung der sowjetischen Verhandlungsführung in der Schlußphase der Konferenz[3]

Von amerikanischer Seite erhielten wir eine zusammenfassende Bewertung der sowjetischen Verhandlungsführung in der Schlußphase der KVAE-Konferenz, die in den nachfolgenden Punkten wiedergegeben wird. Die amerikanischen Ausführungen konzentrieren sich insbesondere auf das Verhältnis zwischen Politik und Militär auf sowjetischer Seite. Dabei fließen frühere amerikanische Erfahrungen aus bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen mit Moskau als Bewertungskriterien ein. Nach amerikanischer Ansicht könnten die folgenden Beobachtungen auch von Bedeutung für das zukünftige sowjetische Verhalten in anderen Verhandlungsgremien sein:

1) Eine politische Grundsatzentscheidung der sowjetischen Führung für ein Abkommen werde – wie sich gezeigt habe – von den sowjetischen Verhandlungsführern einfallsreicher und flexibler als in der Vergangenheit umgesetzt. Die Entscheidungsebene für Fragen der sowjetischen Verhandlungsführung habe sich – möglicherweise infolge der Stellung Dobrynins im ZK – mehr und mehr nach oben verschoben. Belege: Befassung des Politbüros mit der KVAE in der Schlußphase der Konferenz unter Teilnahme des sowjetischen Delegationsleiters Grinewskij, der anschließend zwei weitere Dienstreisen nach Moskau machte, um sich neue Instruktionen von der Spitze zu holen.

2) Die Amerikaner haben den Eindruck, daß der Widerstand seitens sowjetischer Militärs nur auf diese Weise überwunden werden konnte. Gorbatschow sei – hierfür gebe es wenigstens drei bis vier Beispiele in Stockholm – mehr als seine Vorgänger entschlossen, Bedenken der Militärs beiseite zu schieben. Allerdings sei hierfür ein – amerikanischerseits nicht spezifizierter – politischer Preis zu zahlen.

3) Sowjetische Militärs reagierten nervös auf die Bereitschaft der politischen Führung zu Kompromissen. Nachdem Schewardnadse gegenüber dem Schweizer

Fortsetzung Fußnote von Seite 33
Indiskretionen ohne Ergebnis". Vgl. den Vortrag „Menschenrechte konkret: Hilfe der Sozialdemokratie für verfolgte Bürger"; http://library.fes.de/library/netzquelle/ddr/politik/pdf/ost_3.pdf.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.
Hat Weiß erneut vorgelegen.
Hat Heyken am 20. Januar 1987 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. Januar 1987 vorgelegen.

3 Zur 11. Runde der KVAE vom 10. Juni bis 18. Juli 1986 in Stockholm vgl. AAPD 1986, II, Dok. 203.
Die KVAE endete bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr" am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

Außenminister Aubert[4] Konzessionsbereitschaft in der Frage der Nutzung neutraler Flugzeuge für Inspektionen signalisiert hatte, habe Marschall Achromejew Grinewskij und den Vertreter des Generalstabs nach Moskau beordert und sie angewiesen, Schewardnadses Äußerungen zu leugnen. Seitens des sowjetischen Verteidigungsministeriums sei die Neigung spürbar gewesen, Konzessionen der politischen Ebene am Verhandlungstisch durch „Kleingedrucktes" möglichst wieder rückgängig zu machen. In Stockholm habe Grinewskij in einem derartigen Fall sehr gezögert, dagegen einzuschreiten.

Im Bereich der sogenannten „militärisch-technischen Fragen" (bezieht sich offenbar auf eine in der sowjetischen Militärdoktrin vorgenommene Trennung zwischen politisch-militärischen und militärisch-technischen Aspekten) seien die Vertreter des sowjetischen Generalstabs bemerkenswert autonom aufgetreten. In Stockholm habe das Verhalten der sowjetischen Militärs klar gezeigt, daß die politische Führung der Delegation in diesem Bereich nicht das Sagen habe (die militärische Leitung der Delegation habe Grinewskij häufig in diesen Fragen nicht informiert).

4) Obwohl die Sowjets insgesamt sichtlich bemüht waren, die Europäer als Hauptverhandlungspartner in Stockholm zu behandeln, hätten sich die sowjetischen Militärs auffallend darum bemüht, mit ihren amerikanischen Counterparts ins Geschäft zu kommen. Die Amerikaner ziehen hieraus den Schluß, daß ein geeigneter, im Umgang mit den Sowjets erfahrener hochrangiger US-Offizier in bilateralen oder multilateralen Verhandlungen Wunder wirken könnte (!).

5) Von den in der sowjetischen Delegation vertretenen sowjetischen Institutionen habe Grinewskij offensichtlich nur die Vertreter des Generalstabs ernstgenommen. Als Beleg erwähnten die Amerikaner den Fall einer offensichtlichen Zurücksetzung des KGB-Generalleutnants in der sowjetischen Delegation.

6) Nach amerikanischer Auffassung seien die Sowjets über die Verhandlungsmechanismen bei der KVAE enttäuscht gewesen, da es sich für sie als unerwartet schwierig erwiesen habe, die NATO zu spalten bzw. die Unterstützung der N+N zu gewinnen. Die Amerikaner behaupten, daß sich die Teilnahme der Verteidigungsministerien auf westlicher Seite, der stärksten überhaupt im bisherigen KSZE-Prozeß, als eine Art „Rückenstärkung" gegenüber einer „Vereinbarung um jeden Preis"-Position bei einigen Verbündeten ausgewirkt habe. Entsprechend seien die Sowjets angesichts des französischen Verhaltens in Stockholm enttäuscht gewesen. Die französische Delegation sei zwar – wie üblich – in prozeduralen Fragen schwierig, jedoch in der Substanz meistens loyal gegenüber amerikanischen Positionen aufgetreten (letzteres sogar auf Kosten französischer Positionen). Es habe sich als vorteilhaft erwiesen, das sowjetische Interesse an Verhandlungen mit den Franzosen ins Spiel kommen zu lassen, so daß Frankreich in einigen Fragen (Inspektionen) im amerikanischen Interesse vorangehen konnte. Amerikaner wiesen darauf hin, daß die sowjetische Zustimmung zu Inspektionen im Zusammenhang des Mitterrand-Besuchs in Moskau[5] gegeben worden sei.

4 Der schweizerische Außenminister Aubert hielt sich vom 3. bis 7. September 1986 in der UdSSR auf.

5 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR vom 7. bis 10. Juli 1986. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 200.

7) Die strikte amerikanische Haltung zur Compliance-Frage habe sich in Stockholm günstig ausgewirkt. Grinewskij habe sich strikt gegen eine doppeldeutige Sprache zur Lösung von Verhandlungsproblemen ausgesprochen, klare und eindeutige englische Formulierungen angestrebt und sprachliche Tricks im Russischen in der letzten Minute (sonst übliche Erfahrung) vermieden. Sowjets wollten offenbar Zweideutigkeiten und Unklarheiten, d. h. mögliche Anknüpfungspunkte für zukünftige Compliance-Vorwürfe, vermeiden.

8) Sowjetische Unterhändler hätten empfindlich auf den Vorwurf reagiert, eine Diplomatie à la Breschnew oder Gromyko zu praktizieren. Zugleich seien sie aber auch besorgt gewesen, seitens des sowjetischen Generalstabs nicht als weich qualifiziert zu werden. Dies habe sich auch auf Grinewskijs Verhalten ausgewirkt. Dieser habe den Auftrag gehabt, ein Abkommen abzuschließen, jedoch den Preis hierfür so niedrig wie möglich zu halten.

Richthofen

VS-Bd. 13476 (213)

8

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

210-650-36/87 VS-vertraulich **19. Januar 1987**[1]
600-600.01-4/87 VS-vertraulich

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Kulturstiftung der Länder[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 5

1) Beschlußlage

Am 18. Dezember 1986 haben die Ministerpräsidenten der Länder den Text eines Abkommens zur Errichtung der Kulturstiftung (privaten Rechts) beschlos-

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Bächmann und Lambach sowie Legationsrat I. Klasse Ulrich konzipiert.

2 Hat den Staatssekretären Meyer-Landrut und Ruhfus am 20. Januar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 11. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.
Hat Legationssekretär Freitag am 12. Februar 1987 vorgelegen.

4 Die Regierungschefs der Länder billigten am 7. Juni 1984 die Entwürfe für ein Abkommen zur Errichtung einer Kulturstiftung der Länder und für ein Bund-Länder-Abkommen über die Mitwirkung des Bundes an der Stiftung. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 10. Juni 1985, daß seit Juni 1984 in der Bonner Vierergruppe der Vorschlag konsultiert werde, „Sitz und Sekretariat der Kulturstiftung in Berlin zu errichten". Bundesminister Genscher habe bereits im März 1985 vermerkt: „Die Sitzfrage wird noch große Probleme aufwerfen; die Alliierten – insbesondere die USA – sind gegen Berlin, weil sie eine Konfrontation mit der SU in dieser Frage vermeiden wollen. Sie möchten aber eine Situation vermeiden, in der sie ein Verbot aussprechen müssen. Deshalb werden wir den Konsultationsprozeß hinziehen." Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

sen, aber noch nicht unterzeichnet. Die Chefs der Staats-/Senatskanzleien wurden beauftragt, in Verhandlungen mit dem Bund sicherzustellen, daß dieses Abkommen zusammen mit dem geplanten Abkommen über die Mitwirkung des Bundes an der Stiftung im Rahmen des ersten Treffens der Regierungschefs der Länder mit dem Bundeskanzler im neuen Jahr (März 1987) unterzeichnet werden kann.

Der Abkommenstext enthält u. a. folgende Festlegungen:

– Der Name der Stiftung lautet „Kulturstiftung der Länder". Berlin brachte in Protokollerklärung Bedauern zum Ausdruck und hätte einem anderen Namen, z. B. Wilhelm-von-Humboldt-Stiftung, den Vorrang gegeben (zur „Abfederung" politischer Kritik von SU und DDR).
– Sitz der Stiftung ist Berlin. Die Geschäftsstelle soll – gemäß Protokollerklärung – ebenfalls in Berlin errichtet werden.
– Der Bund ist im Stiftungsrat mit drei Sitzen vertreten, grundsätzlich nur mit beratender Stimme, in ausgewählten Fällen mit Stimmrecht.

2) Vertretung des Bundes im Stiftungsrat

Bewerber für die bisher lediglich vorgesehenen drei Sitze sind der federführende BMI, der BMF, das AA und der BMBW. Das BMI beabsichtigt, den Bundeskanzler zu bitten, in den abschließenden Gesprächen mit den Regierungschefs der Länder erneut auf vier Sitze für den Bund zu drängen. Sollte es bei drei Sitzen bleiben, muß die Sitzverteilung in der vom BMI zu formulierenden Kabinettsvorlage vorgeschlagen und im Kabinett entschieden werden. In diesem Fall wird Ihnen[5] nach dem Treffen des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder der Entwurf eines Schreibens an den Bundesminister des Innern[6] vorgelegt, das den Wunsch des Auswärtigen Amts nach Vertretung im erweiterten Stiftungsrat nachdrücklich zum Ausdruck bringt.

3) Stand der Meinungsbildung in den berlinpolitischen Fragen bei Alliierten, Bund und Ländern

3.1) Die Alliierten sind in der Vierergruppe laufend über den aktuellen Stand unterrichtet worden. Sie sehen in der Errichtung dieser Stiftung in Berlin kein rechtliches Problem, haben aber eingehend auf die politischen Gefahren hingewiesen. Insoweit sei eine sorgfältige Kosten-Nutzen-Rechnung angebracht. Bei der Ausgestaltung der Stiftungsstruktur sollten der SU möglichst wenige Angriffsflächen geboten werden (GB). Politische Auswirkungen würden auch den Zuständigkeitsbereich der Alliierten berühren (USA). Alle drei Westmächte legten von Beginn an großen Wert auf gemeinsame Haltung mit der Bundesregierung. Sie prüfen derzeit den am 18.12.1986 beschlossenen Abkommenstext, vor allem im Hinblick auf die beabsichtigte organisatorische und finanzielle Mitwirkung des Bundes an der Kulturstiftung. Sie wollen bei ihrer endgültigen Stellungnahme auch die abschließende Haltung der Bundesregierung berücksichtigen. Voraussichtlich würden sie sich einem Wunsch der Bundesregierung, wenn auch zögernd, letztlich nicht mehr verschließen.

5 Hans-Dietrich Genscher.
6 Friedrich Zimmermann.

3.2) Die Länder einschließlich Berlins sind entschlossen, das für sie neben finanziellen Erwägungen auch unter Aspekten auswärtiger Kontakte interessante Projekt nunmehr zu verwirklichen. RBM Diepgen scheint entschlossen, die Stiftung nunmehr in der beschlossenen Form zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang ist auch auf eine in seinem Vortrag vor der DGAP am 8. Januar[7] gemachte Bemerkung hinzuweisen, „nicht jede vernünftige, auch berlinpolitische Maßnahme unter vermeintlichen Statusgesichtspunkten zu zerreden".

3.3) Das Bundeskanzleramt und die beteiligten Ressorts tendieren – angesichts fehlender berlinrechtlicher Bedenken – jetzt zu einer Inkaufnahme des politischen Risikos. Sie gehen aber davon aus, daß in Abstimmung mit den Alliierten berlinpolitischen Bedenken Rechnung getragen wird.

4) Außen-, deutschland- und berlinpolitische Schadensabwägung

Die politischen Gefahren liegen in wahrscheinlichen, aber im einzelnen nicht mit letzter Gewißheit vorherzusagenden sowjetischen Reaktionen in ihrer Deutschland- und Berlinpolitik. Sowjetische Reaktionen dürften sich weniger wahrscheinlich auf alliierte Belange richten, weil die SU an einem Konflikt mit den drei Westmächten derzeit nicht interessiert scheint. Dies erhöht wiederum die Wahrscheinlichkeit einer Reaktion uns gegenüber.

4.1) Für diese Einschätzung sprechen zunächst die Erfahrungen mit dem Umweltbundesamt[8] einerseits und die bisherige Protestlage bei der Kulturstiftung andererseits. Im August 1984 hat die SU gegenüber den Westmächten und uns gegen die geplante Errichtung der Kulturstiftung – in welcher Organisationsform auch immer – protestiert.[9] Im Rahmen einer Demarche der sowjetischen Botschaft im Bundeskanzleramt wurde außerdem ein Vergleich mit der Errichtung des Umweltbundesamts gezogen, wurden „sehr ernste Komplikationen in den West-Berliner Angelegenheiten" angedroht, und es wurde auf „zusätzliche Hindernisse in dem Weg der Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland" hingewiesen.

4.2) Für Berlin könnte dies einen spürbaren Rückschritt in den Bemühungen, Berlin in die West-Ost-Zusammenarbeit, vor allem in unsere Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten, einzubeziehen, bedeuten. So könnte die SU – außer der Diskriminierung der Stiftung im Bereich der WP-Staaten – in der Praxis die beim Abschluß des Abkommens über die wissenschaftlich-technische

7 Zur Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, vgl. Dok. 5, Anm. 12.

8 Am 19. Juni 1974 stimmte der Bundestag der Errichtung des Umweltbundesamts als selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Sitz in Berlin (West) zu. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 22. Juli 1974 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 1505 f.
Die UdSSR und die DDR betrachteten dies als Verstoß gegen das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971. Vgl. dazu die Erklärungen vom 20. Juli 1974; EUROPA-ARCHIV 1974, D 580–582. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 227 und Dok. 230.

9 Referat 210 vermerkte am 25. September 1984 zu den Entwürfen für ein Abkommen zur Errichtung einer Kulturstiftung der Länder und für ein Bund-Länder-Abkommen über die Mitwirkung des Bundes an der Stiftung: „Von sowjetischer Seite wurde am 2.7.1984 eine in scharfem Ton gehaltene Erklärung zur Sitzfrage auf Protokolloffiziersebene in Berlin abgegeben; danach könne eine Errichtung der Kulturstiftung in Berlin zu ‚most serious complications in West Berlin affairs' führen. Am 1.8.1984 unternahmen die sowjetischen Gesandten bzw. Geschäftsträger Demarchen bezüglich der Sitzfrage in den alliierten Hauptstädten." Vgl. Referat 210, Bd. 132739.

Zusammenarbeit gefundene Berlin-Lösung wieder in Frage stellen.[10] Auch die Verhandlungen über ein Zwei-Jahres-Programm zum Kulturabkommen könnten erheblich erschwert werden.[11] Dies müßte entsprechende Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit den übrigen osteuropäischen Staaten haben. Denkbar ist auch, daß auf Dauer die Implementierung des Kulturabkommens mit der DDR[12] erschwert wird, wenn das Kulturabkommen mit der SU in der Schublade bleibt. Unter anderem wegen dieses DDR-Aspekts war das Stiftungsvorhaben bis zum Abschluß des Kulturabkommens mit der DDR vom Bundeskanzleramt nicht aktiv weiterverfolgt worden.

4.3) Die wahrscheinlich zu erwartende Kontroverse über die Kulturstiftung würde ausgerechnet in eine Zeit fallen, in der wir versuchen wollen, die in den letzten Monaten eingetretene Stagnation in den bilateralen Beziehungen zur SU wieder zu überwinden. Hier könnte ein neues, möglicherweise nur schwer und langfristig zu überwindendes Hindernis entstehen. Auf sowjetischer Seite könnte der Eindruck entstehen, die Bundesregierung habe den beim Besuch von BM Genscher in Moskau[13] erzielten Kompromiß in der Frage der Beteiligung von Berliner Bundesinstitutionen an der bilateralen Zusammenarbeit als Ermutigung dazu aufgefaßt, die Grenzen des VMA[14] zu testen und die Bundespräsenz in Berlin – auf Umwegen – weiter auszubauen. Sie dürfte sich dann fragen, ob sie der Bundesregierung ein falsches Signal gegeben hat.

4.4) Wir sollten nicht mit absoluter Gewißheit erwarten, daß die Sowjets unter allen Bedingungen der Zusammenarbeit mit uns Priorität vor einer entschiedenen Bekräftigung ihrer Haltung zur Frage der Bundespräsenz in Berlin geben werden (zumal die juristische Konstruktion und die Größe der neuen Organisation für sie eher sekundäre Bedeutung haben dürften). Die Geschichte der

10 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

11 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 19. Mai 1973 über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1685–1687.
In einer Aufzeichnung des Referats 210 vom 13. Mai 1987 wurde dargelegt: „Das Kulturabkommen mit der SU von 1973 konnte bislang kaum mit Leben erfüllt werden, weil der darin vorgesehene Abschluß eines Zwei-Jahres-Programms (mit der Aufzählung konkreter Austauschvorhaben) stets an der Berlin-Frage scheiterte. Zwar konnte man 1976 eine Einigung zur Möglichkeit der Direktkontakte zwischen Kulturträgern in Berlin und in der SU erzielen; streitig blieben jedoch die Einbeziehung der Berliner Mitgliedsorganisationen der DFG […] und die Modalitäten der Betreuung von Berliner Teilnehmern am Kulturaustausch durch unsere Auslandsvertretungen in der SU. Im Juli 1986 verabredeten BM Genscher und AM Schewardnadse in Moskau die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Zwei-Jahres-Programm. Der für Anfang November 1986 vorgesehene Besuch einer deutschen Delegation in Moskau wurde in letzter Minute von der SU abgesagt.“ Die Bundesrepublik müsse auf der Wahrnehmung ihres „Außenvertretungsrechtes für Berlin und auf Ausschöpfung des V[ier-]M[ächte-]A[bkommens] in dieser Hinsicht“ bestehen. Vgl. Referat 210, Bd. 145275.

12 Am 6. Mai 1986 unterzeichneten Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und der stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 710 f.

13 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

14 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten Jahren zeigt zur Genüge die außerordentliche, fast irrationale Empfindlichkeit der Sowjets gegenüber Worten und Taten von unserer Seite, die aus sowjetischer Sicht zentrale Werte und Interessen der sowjetischen Politik berühren.

5) Weiteres Vorgehen

5.1) Es wird vorgeschlagen, das Votum des Bundeskanzleramts und der beteiligten Ressorts in der Sache zu akzeptieren. Mit der langjährigen Entwicklung des Vorhabens von der früher geplanten Nationalstiftung bis zur jetzigen Form einer Länderstiftung privaten Rechts sind berlinrechtlich und -politisch die Möglichkeiten ausgeschöpft worden, einer Neuauflage des Konflikts, wie er Mitte der siebziger Jahre um das Umweltbundesamt entstand, vorzubeugen.

5.2) An einer gemeinsamen Haltung mit den Alliierten ist allerdings festzuhalten. Sie sind zu einer abschließenden Stellungnahme bereit, wenn die Bundesregierung sich ihrerseits eindeutig äußert.

5.3) Angesichts des nunmehr einheitlichen politischen Willens der Länder, die Stiftung in der beschlossenen Form zu gründen, kann weiteren berlinpolitischen Bedenken nur noch durch ein richtiges „timing“ Rechnung getragen werden. Der gesamten Bundesregierung ebenso wie den Ländern und insbesondere Berlin muß daran gelegen sein, daß die sowjetische Reaktion auf ein Minimum begrenzt bleibt, damit die im vergangenen Jahr sichtbar gewordenen Möglichkeiten für einen Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht wieder für längere Zeit (und letztlich zum Schaden Berlins) verschüttet werden.

Es sollte daher vermieden werden, den Zeitpunkt der Unterzeichnung der Stiftungsvereinbarung in die Nähe der noch nicht zu terminierenden Wiederaufnahme der Gespräche mit der SU, der vorgesehenen Verhandlungen über ein Kulturprogramm und der Unterzeichnung des Protokolls über das Inkrafttreten des WTZ-Abkommens zu rücken.

Es wird empfohlen, daß Sie die Angelegenheit mit dem Herrn Bundeskanzler aufnehmen.[15]

Richthofen

VS-Bd. 13468 (210)

15 Der Passus „Es sollte daher … aufnehmen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.
Ministerialdirigent Wegner notierte am 22. Mai 1987: „Das Bund-Länder-Abkommen und das Länder-Abkommen zur Kulturstiftung der Länder sollen am 4. Juni im Rahmen eines Treffens der Regierungschefs mit dem Bundeskanzler unterzeichnet werden. […] Unsere Bedenken zur Terminierung der Unterzeichnung der Abkommen und zur Namensgebung der Stiftung hat StS R[uhfus] in der Amtschefkonferenz am 15. Mai vorgetragen (Teilnehmer: BM Schäuble, StS R, Chefs der Staats- und Senatskanzleien); die Länder verblieben jedoch bei dem Unterzeichnungstermin 4. Juni und bei dem Namen ‚Kulturstiftung der Länder‘ […]. Die Abkommen sehen vor, daß die Länder mit elf Sitzen und der Bund mit drei Sitzen im Stiftungsrat vertreten sind. Einem vierten Sitz für den Bund stimmten die Länder nicht zu. Die Bundessitze sollen dem Bundesminister des Innern, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen zugedacht werden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145285.
Für den Wortlaut des Abkommens zur Errichtung der Kulturstiftung der Länder und des Abkommens über die Mitwirkung des Bundes an der Kulturstiftung der Länder vom 4. Juni 1987 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 175 vom 19. September 1987, S. 12948 f.

9

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 21. Januar 1987, 20.25 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 303 **Ankunft: 22. Januar 1987, 02.34 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Auslieferung Hamadi[2];
hier: Botschaft von AM Shultz

Bezug: DB Nr. 279 vom 20.1.87 – Pol 322 LIA[3]

1) Bei Gespräch aus anderem Anlaß erklärte stellvertretender AM Whitehead auf der Grundlage eines Sprechzettels im Auftrag von AM Shultz, der mich zu diesem Thema an sich selbst hatte sehen wollen, AM Shultz habe ihn gebeten, die Bedeutung zu unterstreichen, die man (we) unserer Absicht beimesse, Hamadi auszuliefern. Shultz bedauere zutiefst die Entführung der beiden Deutschen in Beirut.[4] Er habe die zuständigen amerikanischen Regierungs-

1 Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Henze, Washington, konzipiert.

2 Referat 511 vermerkte am 20. Januar 1987: „Am 13.1. wurde der mit Flug M[iddle]E[ast Airlines] 227 aus Beirut angekommene und mit gefälschtem Reisepaß reisende libanesische Staatsangehörige Hamadi bei der Zollabfertigung am Frankfurter Flughafen festgenommen, nachdem festgestellt worden war, daß sich in den von ihm mitgeführten drei Flaschen die hochexplosive Flüssigkeit Methylnitrat befand." Am 20. Januar 1987 habe die amerikanische Botschaft dem Auswärtigen Amt mit Verbalnote ein offizielles Auslieferungsersuchen übermittelt: „H[amadi] wird vorgeworfen, an der am 14.6.1985 kurz nach dem Start in Athen erfolgten Entführung einer TWA-Maschine nach Beirut beteiligt gewesen zu sein. Im Zusammenhang mit der Entführung wurde der US-Staatsangehörige Robert Dean Stethem vermutlich durch H. ermordet. Durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung wurden die Maschine, Passagiere und Mannschaft über insgesamt 17 Tage in der Gewalt der Entführer gehalten." Die Bundesrepublik sei laut Darstellung der USA vertraglich zur Auslieferung verpflichtet. Vgl. Referat 310, Bd. 149652.

3 Gesandter Wallau, Washington, berichtete, er sei am 20. Januar 1987 im amerikanischen Außenministerium „von mit US-Geiseln im Libanon befaßten Mitarbeitern über US-Erkenntnisse und -Praxis unterrichtet worden". Die dortige allgemeine Linie „sei weiterhin die, terroristischen Forderungen nicht nachzugeben und auch andere nicht zum Nachgeben zu bewegen. Konzessionen würden nur weitere terroristische Akte herausfordern". Man warte eher ab, bis sich eine Änderung der Haltung bei den Entführern abzeichne. Wallau informierte weiter, für das amerikanische Außenministerium liege die Vermutung nahe, daß die Entführung des deutschen Staatsangehörigen Cordes am 17. Januar 1987 im Libanon „als Repressalie gegen die Verhaftung von Hamadi zu verstehen sei. Es sei zutreffend, daß der Bruder von Hamadi, Abdelhadi Hamadi, seinerseits der Hisbollah in Beirut angehöre und dort eine verantwortliche Rolle spiele." Sollte sich diese Vermutung als zutreffend erweisen, „neigen US-Gesprächspartner zur Auffassung, daß dann sämtliche noch in West-Beirut verbliebene deutsche Staatsangehörige als potentielle Opfer weiterer Entführungen betrachtet werden müßten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 279/280; Referat 310, Bd. 149652.

4 Referat 310 notierte am 20. Januar 1987: „Am 17.1. unterrichtete um 21.36 Uhr ein anonymer Anrufer die Botschaft Beirut, daß Herr Rudolf Cordes von der Hoechst AG gegen 20.00 Uhr auf dem Weg vom Flughafen in West-Beirut, wo er zuvor gemeinsam mit dem Anrufer und drei weiteren Begleitern aus Frankfurt angelangt sei, entführt worden sei." Unter der Leitung von Staatssekretär Meyer-Landrut sei im Auswärtigen Amt ein „Arbeitsstab Libanon" gebildet worden. Auch Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, habe einen „Arbeitsstab Libanon" auf Staatssekretärsebene gebildet. Vgl. VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.
Angestellter Dilger, Damaskus, berichtete am 21. Januar 1987, die Botschaft sei von der Niederlassung der Firma Siemens in Damaskus informiert worden, daß der technische Geschäftsführer der Zweigniederlassung, Alfred Schmidt, in der Nacht vom 20. auf den 21. Januar 1987 aus seinem Hotel in West-Beirut verschwunden sei: „Wie hiesiges Siemens-Büro weiter mitteilt, sei Zimmer im Hotel

stellen gebeten, alles ihnen Mögliche zu unternehmen, um uns bei der Feststellung des Aufenthaltsorts der Entführten zu helfen. Shultz messe dem Fortgang des Auslieferungsverfahrens allergrößte Wichtigkeit (utmost importance) bei und bitte uns, die Bemühungen fortzusetzen und das Verfahren so zügig wie möglich (as speedily as possible) durchzuführen.

Ich habe erwidert, daß wir uns der Bedeutung der Auslieferung klar bewußt seien. Die Bundesregierung habe alles Erforderliche unternommen, um das Auslieferungsverfahren in Gang zu setzen. Dieses laufe nach den gesetzlich vorgesehenen Regeln ab. Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Auslieferung werde von unabhängigen Gerichten getroffen.

Whitehead fügte als persönliche Bemerkung (nicht mehr auf der Grundlage des von ihm eingangs vorgetragenen Sprechzettels) hinzu, man habe keinen Anlaß zu der Annahme, daß der Bundeskanzler und der Bundesminister nicht standhaft in ihrem Wunsch wären, Hamadi auszuliefern. Man sei sich aber auch bewußt, daß sie unter großem Druck stehen. Er wolle uns dringend bitten, nicht der Versuchung zu erliegen, dem Druck nachzugeben (urge you not to be tempted to succumb to pressure).

Ich habe darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung schon bei früherer Gelegenheit unter großem Druck gewesen und bei der von ihr richtig gehaltenen Entscheidung geblieben ist.

2) Whitehead sprach deutlicher aus, was hinter dem sorgfältig formulierten Sprechzettel von Shultz steht. Die Administration ist sich nicht ganz sicher, ob – auch im Hinblick auf die Wahlen[5] – der innenpolitische Druck in der Bundesrepublik Deutschland so groß wird, daß eine Auslieferung Hamadis gegen die entführten Deutschen erwogen werden könnte. Dabei dürfte die Erfahrung mit der Haltung der italienischen Regierung nach der Entführung der „Achille Lauro“[6] mitspielen, die einen später im Prozeß vor dem italienischen Gericht als schuldig bezeichneten Palästinenser nach Jugoslawien ausreisen ließ. Möglicherweise denkt Shultz auch an eine entsprechende französische Haltung.

Wir müssen davon ausgehen, daß unser Verhalten hier sehr sorgfältig registriert wird. In Gesprächen mit amerikanischen Journalisten klingt an, daß man noch nicht sicher ist, ob die Auslieferung tatsächlich erfolgt. Sollte das, aus welchen Gründen auch immer, nicht der Fall sein, müssen wir mit außerordentlich scharfer Kritik nicht nur aus der Administration, sondern mehr noch in Öffentlichkeit, Medien und Kongreß rechnen, die erhebliche negative Auswirkungen in einem ohnehin schwieriger werdenden Umfeld (Handelsprobleme, Wirt-

Fortsetzung Fußnote von Seite 41

durchwühlt, Paß sei verschwunden, und man habe gehört, Schmidt sei nur mit Schlafanzug und Lederjacke bekleidet abgeholt worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 44; Referat 310, Bd. 149652.

5 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

6 Das Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ wurde am 7. Oktober 1985 im Hafen von Port Said von vier Mitgliedern der Palestine Liberation Front (PLF) entführt. Am folgenden Tag ermordeten die Terroristen den Passagier Leon Klinghoffer, einen amerikanischen Staatsbürger jüdischen Glaubens. Nach einer Irrfahrt durchs Mittelmeer und Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung gingen die Geiselnehmer am 9. Oktober 1985 vor Port Said an Bord eines ägyptischen Kriegsschiffes und gaben die Geiseln frei. Eine ägyptische Passagiermaschine mit den Entführern an Bord wurde am 11. Oktober 1985 von amerikanischen Marinefliegern zur Landung auf Sizilien gezwungen, wo die Verhaftung der Täter erfolgte. Vgl. dazu den Artikel „Die Nacht der Jäger“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 12./13. Oktober 1985, S. 3.

schaftspolitik, beginnende Diskussion über Lastenteilung im Bündnis und Abzug amerikanischer Truppen) haben könnte. Die Diskussion während und nach der Libyen-Affäre[7] hat gezeigt, daß wir sehr viel stärker im Mittelpunkt des hiesigen Interesses stehen als Italien und Frankreich und daß wir auch mit schärferer Kritik rechnen müssen.

CBS (das öffentliche Fernsehen) berichtete soeben in den Abendnachrichten über Gerüchte, nach denen die Bundesregierung einen Austausch von Hamadi gegen die entführten Deutschen erwäge, und wies darauf hin, daß ein solches Vorgehen auf sehr große Kritik in den USA stoßen würde.

[gez.] van Well

Referat 310, Bd. 149653

10

Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt

114-1320/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. Januar 1987, 10.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 15 **Ankunft: 23. Januar 1987, 13.37 Uhr**

Betr.: Menschenrechte in Chile;
hier: Grundsätzliches zum Aufnahmeangebot der Länder Hessen und Hamburg für 14 politische Gefangene[2]

Bezug: DB Nr. 12 vom 19.1.87 – RK 544.80 VS-NfD

1) Das Engagement der Botschaft in MR-Fragen ist so groß, wie es die Arbeitskapazität dieser unterbesetzten Botschaft zuläßt. Die Bitte um temporäre Ver-

7 Am 5. April 1986 wurden bei einem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West), die vorwiegend von amerikanischen Soldaten besucht wurde, drei Menschen getötet und etwa 250 verletzt. Daraufhin erfolgten am 15. April 1986 amerikanische Luftangriffe gegen Ziele in Libyen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 92, Dok. 94, Dok. 97, Dok. 102–104 und Dok. 106.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Kirstein am 9. Februar 1987 vorgelegen.

2 Ministerialdirigent Schlagintweit vermerkte am 17. Oktober 1986 für Bundesminister Genscher: „1) Mit Schreiben vom 14.10.1986 bittet Sie MdB Karsten Voigt um Unterstützung bei der vom Land Hessen angestrebten Aufnahme von vierzehn chilenischen Häftlingen in der Bundesrepublik Deutschland. […] Staatsminister Möllemann ist von MdB Klose ebenfalls um Unterstützung in dieser Angelegenheit gebeten worden. 2) Die Aufnahme von politisch Verfolgten aus Chile erfolgt seit 1973 im Rahmen eines besonderen Verfahrens, das aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 7.11.1973 eingerichtet wurde. Fester Bestandteil dieses Verfahrens ist eine Sicherheitsüberprüfung der Aufzunehmenden, die vom Bundesminister des Innern durchgeführt wird." Für einen der 14 Häftlinge sei „bereits von Hamburg die Aufnahme angestrebt worden. Die Aufnahme wurde wegen Sicherheitsbedenken vom Bundesminister des Innern abgelehnt." Sämtliche Verfahren in Chile seien jetzt „bei der Militärjustiz anhängig. Die Todesstrafe wurde von der Anklage gefordert, jedoch sind rechtskräftige Urteile noch nicht ergangen. Der langwierige Rechtsweg mit Berufungsmöglichkeiten bis zum Obersten Gerichtshof steht in allen Fällen noch offen." Vgl. Referat 010, Bd. 178919.

stärkung durch einen zweiten politischen Referenten ist negativ beschieden worden.

Die Botschaft wird aus eigener Initiative in Einzelfällen tätig. Sie trägt aber auch kollektiv zur Problematik von MR-Fragen in Chile bei.[3] Die EPZ-Jahresanalyse 1986 über MR-Fragen ist wesentlich von dieser Botschaft vorbereitet worden.[4]

In Chile befassen sich eine Anzahl von Einrichtungen mit MR-Fragen: so vor allem die unabhängige Menschenrechtskommission und das Solidaritätsvikariat der Erzdiözese. Beide Einrichtungen registrieren lückenlos alle Fälle vollzogener oder mutmaßlicher MR-Verletzungen. Beide Einrichtungen leisten humanitäre und juristische Hilfe. Beide Einrichtungen werden aus Deutschland so gefördert, daß ihre Arbeit überwiegend von der deutschen finanziellen Unterstützung abhängt – ganz besonders das Solidaritätsvikariat. Mit beiden Einrichtungen hält die Botschaft engen Kontakt und arbeitet vertrauensvoll mit ihnen zusammen.

2) Die Einschaltung der Botschaft gegenüber chilenischen Behörden ist immer dann angezeigt, wenn entweder ein direktes Interesse an der Person besteht (Frau Beatriz Brinkmann in Valdivia[5]) oder wenn die Einschaltung der Botschaft für die Betroffenen eine Art Schutzwirkung haben kann. Prominentes Beispiel für den zweiten Fall war die Verhaftung des Sozialisten Ricardo Lagos nach dem Attentat auf Pinochet.[6] Damals besuchte ich rundum Junta-Generäle, Minister und Richter, um sie eindringlich auf die Folgen dieses „Fehlgriffs" hinzuweisen. Das von der Botschaft angefertigte Non-paper wurde von einem der Beteiligten als Eigeninitiative im Staatsrat verwendet.

3) Bei Verhaftungen und Prozessen gegen politische Gewalttäter kann die Botschaft nicht in vergleichbarer Weise tätig werden. Gefragt sind hier lediglich

3 So in der Vorlage.

4 Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, übermittelte am 29. Oktober 1986 den „Bericht der Missionschefs der Mitgliedstaaten der EG über die Menschenrechtslage in Chile vom 1.10.1985 bis 30.9.1986". Darin hieß es: „In general the human rights situation has deteriorated as compared with the previous year. […] Following the assassination attempt on President Pinochet in September 1986, the State of siege was re-imposed and brought greatly increased repression." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1221; Referat 231, Bd. 148153.

5 In einer Aufzeichnung des Referats 330 vom 14. Januar 1987 wurde festgehalten: „Am 19.9.1986 wurde Frau Dr. Beatriz Brinkmann in Valdivia von chilenischer Geheimpolizei C[entral]N[acional de]I[nformaciones] festgenommen. Dr. Brinkmann ist Deutsch-Chilen[in] und war seit 1985 als selbst vermittelte Lehrerin an der Deutschen Schule Valdivia als Deutschlehrerin tätig." Am 24. September 1986 sei sie dem Militärgericht in Valdivia überstellt worden: „Frau B[rinkmann] wird konkret vorgeworfen, Leiterin der lokalen KP-Zelle gewesen zu sein und subversive Zeitschriften verbreitet zu haben. […] Das Verfahren befindet sich noch im Ermittlungsstadium (Verstöße gegen das Waffenkontrollgesetz von 1972). Mehrere Anträge auf Freilassung gegen Kaution wurden abgelehnt. Oberster Gerichtshof hat noch nicht über Verfahrensbeschwerde entschieden." Vgl. Referat 330, Bd. 142979.

6 Am 7. September 1986 wurde auf Präsident Pinochet in der Nähe von Santiago de Chile ein Attentat verübt. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am folgenden Tag, sechs Leibwächter seien bei dem Angriff getötet worden; Pinochet selbst sei nur leicht verletzt worden. Der chilenische Innenminister García habe den Belagerungszustand ausgerufen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 270; Referat 330, Bd. 142929.
Am 9. September 1986 informierte Kullak-Ublick, es sei ein Vertrauensbeweis gewesen, „daß der Leiter des Politischen Komitees der Sozialistischen Partei, Ricardo Lagos, bei seiner Festnahme am 8. September um 6 Uhr morgens seiner Frau hinterließ, sie möchte mich sofort aufsuchen und um Hilfe bitten. Er kenne mich aus Bonn." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1005; Referat 330, Bd. 142929.

die Forderung nach ordentlichen Gerichtsverfahren, strikter Anwendung der Strafprozeßordnung und ein Urteil, das nach rechtsstaatlichen Prinzipien ergeht und angewendet wird.

In solchen Fällen ist eine EG-Initiative angezeigter als die Initiative eines einzelnen Landes bzw. einer einzelnen Botschaft. Hier wiegt das Gewicht des westlichen Blocks und seiner moralischen Autorität schwerer als das eines Einzelstaates.

4) Im Falle der 14 politischen Gefangenen handelt es sich um Personen, denen einfache oder mehrfache Beteiligung an Attentaten und Überfällen mit Todesfolge vorgeworfen wird.

Carlos García Herrera wird z. B. der Beteiligung an nicht weniger als fünf Morden beschuldigt. Nach den vorliegenden Erkenntnissen sind die Gefangenen der MDP[7] bzw. dem terroristischen MIR[8] zuzurechnen.

MIR ist eine linksextremistische Gruppierung, die den Rekurs zur Gewalt propagiert und anwendet. Ideologisch-programmatisch bekennt MIR sich zum Marxismus-Leninismus mit dem Ziel der Errichtung einer Volksdemokratie östlicher Provenienz. MIR hat in verschiedenen Wellen „militärische Aktionen" ausgeführt.

5) Unser grundsätzliches und berechtigtes Engagement für die Sache der MR in Chile kann im Einzelfall nicht von dessen politischen, rechtlichen und moralischen Aspekten losgelöst werden.

a) Politisch handelt es sich – aus Sicht der hier zitierten 14 Gefangenen – um die willentlich gesuchte Provokation zu staatlicher Repression: ein Machtkampf, den der MIR unter Rückgriff auf eben die Gewalt führt, die zu bekämpfen er vorgibt. Dem steht das staatliche Gewaltmonopol gegenüber, das unter den gegebenen Umständen (schwache bis keine Gewaltenkontrolle) seine Ordnungsfunktionen extensiv ausüben kann. Dennoch bleibt trotz aller Einwände gegen die Ausübung der staatlichen Gewalt deren Ordnungsfunktion konstitutiver Bestandteil jedweder staatlichen Organisation.

Wir dürfen unser politisches Handeln weder auf die eine noch auf die andere Seite „gewichten". Wir können als distanzierte Beobachter nur neutral bleiben und uns wie bisher unmißverständlich gegen Gewalt aussprechen, von welcher Seite sie auch ausgeübt wird.

b) Zur rechtlichen Lage ist folgendes zu bedenken: Die Rechtsposition der politischen Gefangenen ist zweifellos schwierig. Sie hat sich im Laufe der letzten Jahre trotz des zähflüssigen und vertikalen Instanzenweges jedoch ganz wesentlich verbessert. Die schon erwähnten hiesigen MR-Organisationen sowie die in- und ausländische Öffentlichkeit haben ein spürbares Eigengewicht erlangt. Die Inhaftierten sind den Anklägern keineswegs schutzlos ausgeliefert. Unser eigenes Engagement zugunsten gerade der 14 Gefangenen findet seine Legitimation nur noch in den Besonderheiten der Militärjustiz und der Vorsorge für eine unseren Rechtsstandpunkten gerecht werdende Prozeßführung.

7 Movimiento Democrático Popular.
8 Movimiento de Izquierda Revolucionaria.

c) Moralisch geht es um unsere Haltung zur politischen ideologischen Gewaltanwendung. In Anwendung der Kriterien, die wir in unserer innenpolitischen Diskussion anlegen (vgl. die jüngste Terrorismusdebatte), dürften wir für diesen Personenkreis keinen Finger rühren. Wenn wir uns trotzdem engagieren, so ist dies nur aus den schon erwähnten Gründen der Garantie eines rechtsstaatlichen Prozesses zu verantworten, nicht jedoch als Parteinahme für die Gewalttäter und ihre Handlungen.

Das Phänomen der politischen Gewaltanwendung kann nicht mehr in nationalen Grenzen betrachtet werden. Hierzu haben wir eindeutige politische Positionen eingenommen. Wir können die Gewalt als Mittel der Politik nicht vehement ablehnen (z. B. in Zentralamerika) und in Chile gleichzeitig durch Stützung gewaltbereiter Gruppierungen – und eine Aufnahme, wie sie von Hessen und Hamburg angestrebt wird, kann nicht anders verstanden werden – unsere Haltung in dieser weltpolitisch bedeutsamen Frage unscharf werden lassen.

Die Aufnahme des besagten Personenkreises würde eine Aufwertung der gewaltbereiten extremistischen Gruppierungen zur Folge haben. Dies steht nicht nur im Widerspruch zu unserer Haltung gegenüber der Kernfrage der chilenischen Innenpolitik „Übergang zur Demokratie 1989 mit friedlichen Mitteln und nationaler Aussöhnung“[9], es steht auch im Widerspruch zur Haltung der Opposition, soweit sie sich zur Demokratie bekennt.

6) Konsequent und glaubwürdig bei demokratischer Opposition, Kirche und den für den Übergang zur Demokratie entschlossenen Kräften in der Regierung können wir nur durch eine klare Haltung bleiben. Hierzu gehören:

– Ablehnung der Gewalt als Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung,
– Appelle an die Regierung in allen Fällen bekannt werdender MR-Verletzungen,
– Einwirkung zur Abschaffung (bzw. Nicht-Anwendung) der Todesstrafe,
– Einwirkung auf faire und nach rechtsstaatlichen Prinzipien geführte Prozesse,
– konsequente Zusammenarbeit mit MR-Organisationen, Zivilgerichtsbarkeit und Einflußnahme auf Militärgerichtsbarkeit.

[gez.] Kullak-Ublick

VS-Bd. 13661 (330)

9 Am 16. September 1980 erläuterte Ministerialdirigent Limmer den Zeitplan der chilenischen Regierung für die Rückkehr zur Demokratie: „Mit dem Plebiszit wurde über die neue Verfassung abgestimmt, die die bis zum Umsturz vom 11.9.73 gültige Verfassung aus dem Jahr 1925 ablöste, aber vor 1989 nur in Teilbereichen in Kraft treten soll. Zugleich wurde über eine achtjährige Übergangszeit ab März 1981 entschieden, in der die Militärregierung an der Macht bleibt, der Staatspräsident jedoch nicht mehr der Junta angehört. Während der Übergangszeit wird der Übergang zur Demokratie nur sehr zögernd vorbereitet (allerdings Personenschutzrechte, wirtschaftliche Regelungen). Schließlich wurde mit dem Plebiszit der Präsidentschaft Pinochets für weitere acht Jahre zugestimmt.“ Vgl. Referat 330, Bd. 125103a.

11

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz

23. Januar 1987[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Minister

Betr.: Koalitionsverhandlungen[2];
hier: Kritik der CSU an der Außenpolitik des Auswärtigen Amts

Nach Äußerungen führender CSU-Politiker während der vergangenen Monate, dem Wahlprogramm der CSU[3] sowie Interviews von MP Strauß aus jüngster Zeit (insbesondere Interviews mit der SZ vom 16. und 17. Januar[4] und dem Spiegel vom 19. Januar[5]) ist zu erwarten, daß die CSU bei den Koalitionsverhandlungen auf dem Gebiet der Außenpolitik folgende Punkte zur Sprache bringt.

I. Allgemeines

1) Die CSU ist der Auffassung, daß „die Wende" u.a. auch auf wichtigen Feldern der Außenpolitik nicht oder nur unzureichend vollzogen worden ist und daß hier ein „Nachholbedarf" besteht, der während der nächsten Legislaturperiode gedeckt werden muß.

2) Wesentlich mitverantwortlich hierfür ist nach Auffassung der CSU, daß die letzten Koalitionsverhandlungen[6] mit „unnötiger Eile" geführt und dabei die Außenpolitik ausgeklammert wurde. Die CSU werde diesen „Fehler" nicht noch einmal machen und richte sich auf „harte Verhandlungen" (MP Strauß) ein.

II. Kritikpunkte der CSU auf einzelnen Feldern der Außenpolitik

1) Bündnispolitik/transatlantische Beziehungen

Auf dem Feld der Bündnispolitik/transatlantischen Beziehungen sieht die CSU „die Wende" im wesentlichen als vollzogen und „Fehlentwicklungen der sozialliberalen Außenpolitik" als korrigiert an. Dennoch wird gegen sie immer wieder der – im einzelnen nicht substantiierte – Vorwurf politischer Äquidistanz zwischen Washington und Moskau erhoben.

2) Sicherheitspolitik

a) Die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik hat in den Augen der CSU einen relativ geringen Stellenwert, weil sie nur ein „Herumkurieren" an den

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Peters konzipiert.

2 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

3 Für die Landtagswahlen in Bayern am 12. Oktober 1986 formulierte der CSU-Vorsitzende Strauß 20 sogenannte „Positionen". Vgl. dazu https://www.hss.de/archiv/parteiprogramme/programme-zu-den-landtagswahlen/.

4 Vgl. die Artikel „Es gibt keine Mehrheit für das rot-grüne Linkskartell" und „Wir liefern auch in Spannungsgebiete"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. Januar 1987, S. 10, bzw. vom 17. Januar 1987, S. 12.

5 Vgl. den Artikel „‚Es wird harte Verhandlungen geben'"; DER SPIEGEL, Nr. 4 vom 19. Januar 1987, S. 24–29.

6 Am 6. März 1983 fanden Bundestagswahlen statt.

Spannungssymptomen sei. Sie lasse die eigentlichen Spannungsursachen außer acht – nämlich die Verweigerung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts durch die Sowjetunion in dem von ihr beherrschten Teil der Welt.

b) Der wesentlichste konkrete Dissens besteht in der Frage einer Null-Lösung bei den INF-Systemen.

Die Haltung von MP Strauß zur Null-Lösung hat sich in den letzten Jahren von „wünschenswert, aber nicht möglich" zu „möglich, aber nicht wünschenswert" entwickelt. Nach seinen letzten Äußerungen (SZ vom 16.1., Spiegel vom 19.1.), die – zweifellos bewußt – auffallend unpräzise und in Einzelpunkten z. T. sogar widersprüchlich sind, sind folgende Elemente hervorzuheben:

– Die der Null-Lösung zugrundeliegende Philosophie sei durch die sowjetische Aufrüstung bei den Kurzstreckensystemen obsolet geworden (auf das Problem des konventionellen Übergewichts der Sowjetunion geht Strauß in diesem Zusammenhang nicht ein).
– Die beiden Komplexe INF und SRINF müßten daher durch ein „Junktim" miteinander verbunden werden. („Man mag bei Abrüstungsvereinbarungen mit den Mittelstreckenraketen beginnen, aber einen Abschluß von deutscher Seite zu billigen, der die Kurzstreckenraketen nur phraseologisch erwähnt als zukünftige Verhandlungsmöglichkeiten, ist mit unseren Sicherheitsinteressen unvereinbar. … Ich bin auch mit dem Verteidigungsminister[7] einig, der sich nur gegenüber Genscher anscheinend nicht durchsetzen konnte – es muß ein Junktim sein.") (SZ vom 16.1.)
– Eine Null-Lösung bei INF ohne substantielle Reduzierungen der sowjetischen Kurzstreckensysteme würde für den Westen die Notwendigkeit einer SRINF-Nachrüstung begründen.

3) Ost- und Deutschlandpolitik

Es ist damit zu rechnen, daß die CSU darauf dringen wird, die rechtlichen Grundsatzpositionen unserer Deutschland- und Ostpolitik in den Koalitionsverhandlungen herauszustellen:

Nach einem Bericht des Bayernkuriers vom 11.10. über ein Gespräch von MP Strauß mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen hat MP Strauß seinen Gesprächspartnern zugesagt, die CSU werde sich dafür einsetzen, daß in den Koalitionsvereinbarungen die Grundpositionen „als unaufgebbare Bestandteile der gesamten deutschen Politik" festgeschrieben werden.[8] (Dies sind: Die deutsche Frage ist offen; endgültige Festlegung der Grenzen erst in einem Friedensvertrag; Fortdauer der Vier-Mächte-Verantwortung für Gesamtdeutschland; Ostverträge[9] sind keine Grenzanerkennungsverträge, haben nichts an der völker-

7 Manfred Wörner.

8 Vgl. den Artikel „Gemeinsame Positionen"; BAYERNKURIER vom 11. Oktober 1986, S. 2.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwi-

rechtlichen Lage Deutschlands geändert und besitzen keine Bindungswirkung gegenüber einer späteren gesamtdeutschen Regierung.)

Der entscheidende Punkt ist dabei die (auch innerhalb der CDU/CSU kontroverse) Frage, inwieweit die Ostverträge eine politische Bindungswirkung auch für eine gesamtdeutsche Regierung hätten.

Die Formulierung aus dem Wahlprogramm der CSU, die auch in das gemeinsame Wahlprogramm der Unionsparteien[10] Eingang gefunden hat („eine spätere gesamtdeutsche, demokratisch gewählte Regierung ist dadurch nicht gehindert, die deutschen Interessen zu vertreten"), richtet sich zunächst zwar gegen eine derartige „politische Bindungswirkung", ist aber zugleich in der Substanz flexibel.

Bedeutung hat diese Frage für die Regierungserklärung: Eine plakative Erklärung im Sinne der obigen CSU-Formel würde unsere Beziehungen zu Osteuropa und insbesondere zu Polen belasten.

4) Dritte-Welt-Politik

a) Die CSU sieht die Dritte-Welt-Politik generell durch das Prisma des West-Ost-Konflikts und ordnet sie den deutsch-amerikanischen Beziehungen unter („Funktionierende und tragfähige deutsch-amerikanische Beziehungen erfordern auch, daß die Bundesrepublik Deutschland die Vereinigten Staaten in ihren Bemühungen unterstützt, weltweit der expansiven Politik der Sowjetunion entgegenzutreten.") (gemeinsames Wahlprogramm der CDU/CSU)

b) Ein Dorn im Auge der CSU bildet insbesondere die Mittelamerikapolitik des AA, die als unausgewogen und Nicaragua einseitig bevorzugend kritisiert wird. MP Strauß hat deutlich gemacht, daß er dieses Thema in den Koalitionsverhandlungen ansprechen will (Verlangen nach „konkreten Festlegungen für die nächste Legislaturperiode").

c) Die CSU fordert eine flexiblere Handhabung der Richtlinien für Waffenexporte[11], wobei die Kritik vor allem der restriktiven Haltung der Bundesregierung gegenüber Waffenexporten nach Saudi-Arabien gilt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 48

schen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

10 Vgl. CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE (Hrsg.), Weiter so, Deutschland. Für eine gute Zukunft. Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 in der vom Bundesausschuß der CDU am 5.9.1986 beschlossenen und vom Bundesvorstand der CDU am 10.11.1986 endgültig festgestellten Fassung, Bonn o. J.

11 Die Ausfuhr von Rüstungsgütern war geregelt durch das Ausführungsgesetz vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) sowie durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452 bzw. S. 481–495.
Ferner verabschiedete der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 2. Februar 1977 den Entwurf vom 16. Juni 1976 einer Richtlinie für den Rüstungsexport („Flächenpapier"). Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 195, und AAPD 1977, I, Dok. 16.
Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

Strauß führte hierzu u. a. aus:

– „Der Waffenexport muß moralisch verantwortbar im Einklang mit unseren Interessen vorgenommen werden."
– Eine Änderung der bestehenden Richtlinien sei nicht nötig. Man brauche nur die bestehenden Gesetze „vernunftgemäß, ehrlich, ohne Heuchelei und ohne Täuschung anzuwenden".
– Für den Export von Wehrtechnik sollten folgende fünf Regeln/Kriterien maßgebend sein:
  – „Die Erhaltung der Produktions- und Entwicklungskapazität für unsere eigene Verteidigungsfähigkeit;
  – in Verbindung damit die Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen oder ihre Vermehrung in technisch wichtigen und zukunftsträchtigen Bereichen;
  – die Ausübung politischen Einflusses auf die Auftraggeber im Interesse von Sicherheit und Frieden …;
  – der Anlagenbau (wer die acht U-Boote an die Saudis liefert[12], der baut die gesamten Hafenanlagen und die notwendige Infrastruktur);
  – die Sicherung des Bezugs von Rohstoffen wie etwa Edelmetalle oder Öl. (Aber dieser Gesichtspunkt spielt gegenwärtig keine so große Rolle mehr.)" (SZ vom 17./18.1.)

Formulierungen des Chefredakteurs des Bayernkuriers, Scharnagl, im Zusammenhang mit dem letzten Besuch von MP Strauß in Saudi-Arabien[13] („Auch hier ... bedarf es dringend entscheidender Korrekturen in der Politik des Auswärtigen Amtes. … Der Bundeskanzler, der in Sorge um die Koalition fast immer nachgegeben hat, sollte hier dem Kurs der Verzögerung und Verweigerung ein Ende bereiten."[14]) lassen keinen Zweifel an der Absicht der CSU, diese Frage in die Koalitionsgespräche einzuführen.

Seitz

Referat 02, Bd. 178521

12 Zur Frage der Lieferung von U-Booten an Saudi-Arabien vgl. Dok. 85.

13 Zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 23. bis 26. November 1986 in Saudi-Arabien vgl. AAPD 1986, II, Dok. 342.

14 Vgl. den Artikel von Wilfried Scharnagl, „Lehren aus Geschichte und Erfahrung"; BAYERNKURIER vom 6. Dezember 1986, S. 1f.

12

Botschafter Eitel, z.Z. Junieh, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 25. Januar 1987, 14.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 16 **Ankunft: 25. Januar 1987, 14.28 Uhr**

Betr.: Evakuierung Vertretung West-Beirut[2]

Bezug: DE Nr. 510 citissime nachts vom 24.1.87 – 310-530.36 LIA VS-v, Tagebuch-Nr. 87/87[3]
Ferngespräch Dr. Eitel/Krisenstab

Die Evakuierung wurde im Verlauf des Vormittags des 25.1. durchgeführt. Das Kanzleigebäude wurde gegen 11.20 Uhr abgeschlossen und der Schlüssel weisungsgemäß dem Hausmeister übergeben. Die letzten entsandten Kräfte – acht Objektschützer, ein Personenschützer der GSG-9, AR Fritz und Kanzler I. Klasse Staniszewski – passierten im geschlossenen Konvoi gegen 12.00 Uhr wohlbehalten die Demarkationslinie. Der Begleitschutz wurde von der PSP[4] gestellt. Er konnte mit dankenswerter Unterstützung durch den hiesigen ARD-Korrespondenten Marcel Pott noch in der Nacht vom 24. zum 25.1. vereinbart werden. Ein Begleitschutz der libanesischen Polizei ließ sich in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit wegen Ausfalls aller Telefonverbindungen der Kanzlei nicht mehr zuverlässig organisieren.

Die Evakuierungsmaßnahmen wurden gemäß Anlage B 6 des Krisenplanes durchgeführt. Das VS-Material wurde vernichtet. Vernichtungsverhandlung wurde vorschriftsmäßig gefertigt.

Die Kombischlösser der Panzerschränke wurden verworfen, Panzerschränke wurden verschlossen, ihre Kombischlösser verworfen; Schlüssel, Schlüssellisten und Kombizahlennotizen nach Junieh überbracht. Ebenso alle Paßvordrucke, Sichtvermerksaufkleber und Listen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 26. Januar 1987 vorgelegen.

2 Sicherheitsbeamter Buschmann, Beirut, vermerkte am 8. Februar 1987 zur Sicherheitslage in der Stadt: „Seit der Festnahme des 22-jährigen Ali Hamadi auf dem Flughafen Frankfurt a[m] Main am 13.1.1987 hat sich die bisherige Lage für deutsche Staatsangehörige im moslemisch beherrschten Westen erheblich verschlechtert. Die Gefährdung durch Verschleppungen (s[iehe] Cordes und Schmidt) und Anschläge hat in nicht unerheblichem Maße zugenommen. Aus den genannten Gründen erfolgte ab dem 16.1.1987 die sukzessive Überführung deutscher Staatsangehöriger in den Ostteil der Stadt. Soweit sich die Entsandten der Botschaft nicht ohnedies schon dort befanden, wurden sie im Zuge dieser Maßnahmen ebenfalls evakuiert.“ Seit diesem Zeitpunkt hätten sich ununterbrochen Sicherheitskräfte im Kanzleigebäude befunden: „Die genannten Kräfte hatten seit dem Beginn der Evakuierungsmaßnahmen ab dem 16.1.1987 bis zu ihrer eigenen Überführung in den Osten am 25.1.1987 die Kanzlei nicht mehr verlassen können/dürfen. Ihre Versorgung mit Lebensmitteln erfolgte bis dahin ausschließlich durch einheimische Ortskräfte.“ Vgl. das Schreiben an das Bundeskriminalamt; Referat 310, Bd. 149641.

3 Korrigiert aus: „732/87“.
Ministerialdirigent Eiff teilte der Botschaft in Beirut mit: „Nach Erörterung der Angelegenheit im Krisenstab der Bundesregierung hat Staatssekretär Weisung erteilt, die Evakuierung aus West-Beirut bis spätestens morgen (25.1.) durchzuführen. Dem liegt Einschätzung konkreter Gefährdungslage zugrunde. Die dortigen Schwierigkeiten, die Evakuierung zu organisieren, sind hier bekannt. Trotzdem sollte alles Erdenkliche unternommen werden, um den Umzug bis morgen abend zu realisieren.“ Vgl. VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Progressive Socialist Party.

Das gesamte Schriftgut wurde weitmöglichst kassiert. Vernichtete Akten wurden in Listen festgehalten. Aktuelle Vorgänge und Akten sind in die Außenstelle mitgenommen worden. Kompromittierende Namensverzeichnisse etc. wurden, soweit nicht aktuell und in Junieh verwendbar, vernichtet.

Chiffriergerät und Kurzwellenschreibfunkanlage wurden funktionstüchtig in die Außenstelle überführt. Stanzgeräte verblieben im Kanzleigebäude West-Beirut.

Die Evakuierung der Kanzlei war in der kurzen Zeitspanne von knapp 24 Stunden nur deshalb erfolgreich durchzuführen, weil sie von den BGS-Beamten unter der Anleitung von AR Fritz bürotechnisch hervorragend vorbereitet war.

Die Ortskräfte wurden ab sofort auf unbestimmte Zeit vom Dienst befreit. Es wurde aber gleichzeitig sichergestellt, daß sie kurzfristig erreichbar sind, um erforderlichenfalls zur Verfügung zu stehen.

Dem Hausmeister wurden die UKW-Funkanlage und der alte VW-Passat zur Aufrechterhaltung des nötigen Kontaktes zur Ausweichstelle überlassen. Dadurch ist es ihm auch möglich, etwaig hier benötigtes unverfängliches Material oder Schriftgut bei Bedarf nach Junieh zu überbringen.

Das Kanzleigebäude steht im militärischen Einflußbereich der PSP, die es durch eigene Patrouillen überwacht und dies auch für die Zeit, in der die Botschaft nicht präsent sein kann, zugesagt hat.

Den beiden deutschen Ortskräften Mardirian und Saab wurden wegen Fehlens geeigneter Telefonverbindungen Sprechfunkgeräte überlassen.

Der heute in Beirut eingehende Kurier wird wie bisher morgen von unseren Ortskräften am Flugplatz abgeholt und in die Ausweichstelle transportiert. Für den nächsten Kurierabgang wird der Weg von Junieh über Larnaka gewählt. Die Verbindungen sind von hier aus nur schwer feststellbar. Ich bitte daher – auch wegen derzeitiger Arbeitsüberlastung der Ausweichstelle – die geeignetste Kurierverbindung von Ref. 115-5 einholen zu lassen. Botschaft erwartet entsprechende Weisung.

Es wird bestätigt, daß mit der Evakuierung der Kanzlei West-Beirut ein Bedarf an zusätzlichen Objektschützern fortgefallen ist.

[gez.] Eitel

VS-Bd. 14204 (118)

13

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-493.20-3/4 **26. Januar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Europäisch-amerikanische Verhandlungen über eine Beteiligung an der Internationalen Raumstation (europäisches Projekt Columbus[4])

Bezug: Vorlage vom 15.10.1986, 431-493.20-3/4[5]

Zweck der Vorlage: Zur Information

Kurzfassung: Die – ohnehin schwierigen – Verhandlungen über eine europäische (= Columbus) Beteiligung an der Internationalen Raumstation werden durch die bislang nur angedeutete, aber demnächst zu erwartende amerikanische Forderung nach militärischer Nutzung des US-Teils der Station zusätzlich belastet. Das Columbus-Projekt erhält damit zunehmend eine politische Dimension; die europäische Entscheidung über eine Beteiligung an der Bauphase, die planmäßig Mitte 1987 fallen soll, läuft auf eine nicht nur technologische, sondern auch politische Weichenstellung für die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA hinaus.

I. Sachstand

1) Die Verhandlungen mit den USA über die europäische Beteiligung an der Internationalen Raumstation gestalten sich zunehmend schwierig:

a) Zentrale Fragen wie

– die Regelung der Betriebskosten,
– die Aufteilung der Entscheidungsgewalt bei der Nutzung und dem Betrieb der europäischen und der amerikanischen Elemente der Station,

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationsrat I. Klasse Ammon konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 6. Februar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 23. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 431 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 24. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 24. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ammon verfügte.

4 Die USA und die ESA-Mitgliedstaaten arbeiteten am Projekt einer bemannten Weltraumstation. Hierzu stellten die Bundesrepublik und Italien der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) Ende Januar 1984 das Konzept für ein Forschungsmodul („Columbus“) vor, das sowohl an der Weltraumstation ankoppelbar als auch im freien Flug unabhängig zu betreiben sein sollte. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 31.

5 Ministerialdirektor Jelonek hielt die Ergebnisse der sechsten Runde der Regierungsverhandlungen zwischen den ESA-Mitgliedstaaten und den USA über eine Beteiligung an der Entwicklung einer Internationalen Raumstation am 29./30. September 1986 in Paris fest. Sie hätten gezeigt, „daß die amerikanische Seite bisher nicht bereit ist, substantiell auf die europäischen Vorstellungen zu dem Columbus-Projekt einzugehen“. Sollten „politische Interventionen eine Änderung der amerikanischen Haltung nicht bewirken, könnten unterschiedliche einschneidende europäische Reaktionen erwogen werden“, unter anderem die Option einer „autonomen europäischen Raumstation (in verkleinertem Maßstab)“. Vgl. Referat 431, Bd. 154485.

– der Einsatz europäischer Raumtransportsysteme wie Hermes[6] oder Ariane,

sind auch nach über einjähriger Verhandlungsdauer immer noch ungelöst.

b) Im Zuge der jetzt in den USA entwickelten „Space Defense Policy" hat nunmehr das amerikanische Verteidigungsministerium sein Interesse an der Raumstation zu erkennen gegeben. Das DoD will sich offenbar die Option einer militärischen Nutzung der Station offenhalten. Die USA überprüfen daher zur Zeit ihre bislang eingenommene Verhandlungsposition. Die Verhandlungen wurden bis Mitte Februar 1987 unterbrochen.

2) Die Raumstation, die aus amerikanischen, japanischen, kanadischen und europäischen (= Columbus) Beiträgen bestehen soll, wird bis über das Jahr 2010 hinaus ein wesentliches Element des amerikanischen Weltraumprogramms sein. Vor diesem Zeithorizont wollen die USA auch militärische Anwendungsmöglichkeiten der Station offenhalten. Die USA haben angekündigt, ihre Position hierzu bei einem Treffen mit Vertretern Japans, Kanadas und den ESA-MS am 11./12.2.1987 in Washington zu konkretisieren.[7] Auf lange Sicht könnte die Raumstation im Zusammenhang mit SDI

– die Experimentierbank für den Test von SDI-relevanten Technologien (Beispiele: Laser, Sensoren, Elementarteilchenbeschleuniger u.v.a.m.) unter Weltraumbedingungen sein,
– die bemannte Basis für den Zusammenbau eines Raketenabwehrsystems im Weltraum darstellen und
– nach Realisierung eines derartigen Systems zahlreiche Hilfsfunktionen (Wartung, Kommunikationszentrale usw.) übernehmen.

Auch außerhalb des SDI-Programms wären militärische Aufgaben wie

– Erdbeobachtung für militärische Zwecke,
– Wartung von militärischen Satelliten,
– Gegenmaßnahmen gegen feindliche Satelliten

von der Raumstation aus durchführbar.

6 Zum Projekt des rückkehrfähigen Weltraumtransporters „Hermes" (Hermes-Projekt) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 301.
Referat 431 vermerkte am 7. Mai 1987: „Die Bundesregierung beteiligt sich mit 30% an der Definitionsphase von Hermes (F: 39%). Die Entscheidung über die Fortführung des Projekts in die Bauphase wird Mitte 1987 vom ESA-Ministerrat gefällt werden. Verläßliche Kostenangaben liegen für das Projekt noch nicht vor; die Schätzungen liegen zwischen 4,5 und 10 Mrd. DM. Anders als bei Ariane konnte die französische Vorrangstellung bei dem Hermes-Projekt zugunsten einer gestärkten Rolle für die ESA eingeschränkt werden. F hat jedoch bei der Vergabe der Aufträge für die Subsysteme von Hermes – weitgehend auf Grund seines technologischen Vorsprungs in wichtigen Teilbereichen – sich die für die Entwicklung eines für die Zeit nach dem Jahre 2000 erwarteten Raumflugzeugs interessantesten Teilbereiche weitgehend reservieren können. Zur Sicherung unseres technologisch-industriellen Interesses ist es wichtig, daß deutsche Unternehmen an der Gesamtsystemführung beteiligt sind." Vgl. Referat 431, Bd. 154483.

7 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 19. Februar 1987, die USA hätten den ESA-Mitgliedstaaten sowie Japan und Kanada am 11./12. Februar 1987 einen „neuen Entwurf für das Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Raumstation" präsentiert. Sie behielten sich „das Recht auf Nutzung ihres Teils der Station für Zwecke, die der nationalen Sicherheit dienen, vor". Die Station solle nur „friedlichen Zwecken" dienen: „Die Diskussion zeigte, daß die USA den Begriff ‚friedlich' mit ‚nicht aggressiv' gleichsetzen. Dieses Verständnis wird von Japan, aber auch einem Teil der ESA-Staaten nicht geteilt, die ‚friedlich' als ‚nicht militärisch' verstehen." Vgl. Referat 431, Bd. 154486.

Die USA weisen darauf hin, daß bereits jetzt die sowjetische Raumstation Mir überwiegend für militärische Zwecke ausgelegt ist.

3) Bislang hatten die USA vorgeschlagen, die gesamte Station einem multilateralen Management zu unterwerfen, bei dem die europäischen, kanadischen und japanischen Partner zwar beteiligt sein, die USA jedoch die entscheidende Stimme haben sollten.

Die Europäer akzeptieren den Ansatz eines multilateralen Managements. Sie verlangen jedoch, daß im Fall eines Dissenses jeder der Partner abschließend über Nutzung und Betrieb der von ihm zur Station beigesteuerten Elemente bestimmen könne (Herr-im-eigenen-Haus-Prinzip). Die USA lehnen diese Forderung bislang kategorisch ab. Wegen der militärischen Nutzanwendungen werden die USA nunmehr voraussichtlich sogar von dem Vorschlag eines einheitlichen multilateralen Managements abrücken. Für die USA wird dabei die Frage der Geheimhaltung militärischer Experimente, die sich bei gleichzeitiger Anwesenheit ausländischer Astronauten nur schwer sicherstellen läßt, und die Frage des Technologietransfers von Bedeutung sein.

Die USA werden ihre Verhandlungsposition bis zum Beginn der nächsten Gesprächsrunde Mitte Februar 1987 neu festlegen. Dabei dürfte die Managementstruktur bei Betrieb und Nutzung im Vordergrund stehen.

II. Gegenüberstellung der künftigen Verhandlungspositionen

Die amerikanische Verhandlungsposition ist in Einzelheiten noch nicht bekannt. Die deutsche/europäische Haltung dazu muß sich vorläufig auf Vermutungen stützen. Folgende Eckpunkte werden mit großer Wahrscheinlichkeit eine Rolle spielen:

– friedliche/militärische Nutzung,
– ABM-Verträglichkeit[8],
– Verträglichkeit mit unserer SDI-Position,
– Geheimnisschutz.

1) Die Bundesregierung muß bei der Festlegung ihrer Haltung von folgenden Voraussetzungen ausgehen:

1.1) Die Zusammenarbeit bei dem Raumstationsprojekt hat gemäß Artikel II der ESA-Konvention[9] ausschließlich friedlichen Zwecken zu dienen. Diese Festlegung gibt keinen eindeutigen Hinweis für oder gegen die Option einer militärischen Nutzung der Station durch die USA: Unser Verständnis des Begriffs der friedlichen Nutzung ist im einzelnen nicht festgelegt; die Begriffe „friedliche“ und „militärische Nutzung“ sind nicht zwangsläufig ein begriffliches Gegensatzpaar.

Auch die ESA-MS haben sich bislang nicht auf eine gemeinsame Auslegung dieses Begriffs festgelegt. Sondierungen bei einem Arbeitstreffen der ESA-MS

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.
Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

9 Für den Wortlaut von Artikel II des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation vom 30. Mai 1975 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1863.

am 15.1.1987 haben ergeben, daß die vorläufigen Positionen in der Frage einer militärischen Nutzung sehr unterschiedlich sind:

Während F gegen eine militärische Nutzung keine Einwände hat, solange Europa reziprok ebenfalls das Recht dazu eingeräumt wird, erklärte der Schweizer Delegierte, daß dies die Schweizer Beteiligung an Columbus voraussichtlich in Frage stellen würde. Die USA verstehen die Beschränkung auf friedliche Zwecke, insbesondere auch bei der Nutzung des Weltraums, in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta[10] lediglich als Verbot aggressiver Handlungen; die militärische Nutzung im übrigen ist danach möglich.

Rechtlich ist diese Auslegung möglich (aber nicht zwingend); sie entspricht beispielsweise dem von uns mitgetragenen Verständnis der Beschränkungen bei der Nutzung der Hohen See für friedliche Zwecke (Artikel 88 der VN-Seerechtskonvention von 1982[11]). Im Rahmen anderer Verträge interpretieren wir hingegen den Begriff „peaceful purposes“ im Sinne nicht-militärischer Zwecke. Wir können unsere Argumentation also der politischen Zielsetzung anpassen.

Es wird erforderlich sein, sich zunächst innerhalb der ESA-Staaten auf eine gemeinsame Haltung in dieser Frage zu verständigen und dann diese in die Verhandlungen mit den USA einzubringen. Wegen der uneinheitlichen Interpretationsmöglichkeiten des Begriffs der „friedlichen Nutzung“ müßte dieser in dem Columbus-Abkommen inhaltlich ausgefüllt werden.

1.2) Die Bundesregierung hat die Entscheidung der USA, das SDI-Forschungsprogramm im Einklang mit der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags durchzuführen, begrüßt. Soweit ABM-relevante Aktivitäten an Bord der Station geplant sind, muß diese Position der Bundesregierung berücksichtigt werden.

In seiner restriktiven Auslegung verbietet der ABM-Vertrag Entwicklung und Erprobung jeder Art weltraumgestützter ABM-Systeme und ihrer Komponenten (d.h. ABM-Abfangflugkörper, -Abschußvorrichtungen und -Radaranlagen sowie neuartige Systeme, die diese Funktion übernehmen können). Die Grenze der erlaubten Forschung würde mit der Erprobung von Prototypen unter Einsatzbedingungen überschritten werden. Hingegen wäre Entwicklung und Erprobung einzelner „Subkomponenten“ neuartiger Systeme, die die genannten Komponentenfunktionen nicht erfüllen könnten, auch bei restriktiver Auslegung des Vertrags nicht verboten. In diesem Rahmen wären auch Aktivitäten im Weltraum, d.h. auch an Bord der Raumstation, ABM-vertragsgemäß.

In der extensiven Auslegung des ABM-Vertrags, die die USA sich als Rechtsposition zu eigen gemacht haben, erstrecken sich diese Beschränkungen nur auf konventionelle Systeme und deren Komponenten, die im ABM-Vertrag ausdrücklich erwähnt sind (nämlich Abfangflugkörper, Abschußvorrichtungen, Radargeräte). ABM-Systeme und deren Komponenten, die auf neuartigen physikalischen Prinzipien beruhen (z.B. Teilchenstrahlwaffen), unterliegen dieser Einschränkung nach der extensiven amerikanischen Auslegung nicht (im Gegen-

10 Für den Wortlaut von Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

11 Für den Wortlaut von Artikel 88 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 vgl. UNTS, Bd. 1833, S. 433. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1994, Teil II, S. 1840. Vgl. dazu auch AAPD 1982, II, Dok. 352.

satz zur restriktiven Auslegung). Das „Agreed Statement D" zum ABM-Vertrag[12] sieht nach dieser Auslegung jedoch die Aufnahme von Gesprächen zwischen den USA und der SU über Beschränkungen für derartige Systeme vor. Präsident Reagan hat am 11.10.1985 erklärt, daß das SDI-Forschungsprogramm auch weiterhin im Einklang mit der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags durchgeführt wird.[13] Sollten die USA jedoch zu einem späteren Zeitpunkt diese Selbstbeschränkung fallenlassen und – im Rahmen der extensiven Auslegung des ABM-Vertrags – z. B. Tests an Komponenten von neuartigen Systemen unter Weltraumbedingungen vornehmen, liefe dies – bei restriktiver Interpretation – dem ABM-Vertrag zuwider.

Die Vereinbarung über die internationale Raumstation sollte daher – ähnlich wie das deutsch-amerikanische Übereinkommen zum SDI-Forschungsprogramm[14] – eine Bekräftigung der den USA aus dem ABM-Vertrag erwachsenden Pflichten enthalten. Auch eine – hypothetische – Verletzung des ABM-Vertrags in restriktiver Auslegung darf rechtlich nicht den Europäern oder der Bundesregierung zugerechnet werden können.

1.3) Die Columbus-Beteiligung muß mit der von der Bundesregierung festgelegten politischen Linie zu SDI, die in dem BSR-Beschluß vom 27.3.1985[15], der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18.4.1985[16] und dem Beschluß der Bundesregierung vom 18.12.1985[17] sowie dem MoU mit den USA zum SDI-Forschungsprogramm ihren Niederschlag gefunden hat, vereinbar sein. Über das Columbus-Projekt dürfen auch indirekt keine Bundesmittel zur Förderung der SDI-Forschung eingesetzt werden.

Das vorliegende technische Konzept für Columbus sieht vor, daß die von Europa zu entwickelnden Elemente der Station von US-Versorgungseinrichtungen mit Ressourcen wie Luft, Strom etc. versorgt werden. Hingegen arbeiten die US-Elemente unabhängig von Columbus. SDI-Experimente, die im US-Teil der Station durchgeführt werden, profitieren daher nicht von den europäischen Elementen, die zum großen Teil (38%) aus Bundesmitteln finanziert werden.

12 Für den Wortlaut der Erklärung D der Gemeinsamen Verständniserklärungen zum Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag), die das Verbot der Entwicklung, Erprobung und Stationierung beweglicher landgestützter ABM-Systeme zum Inhalt hatte, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 401.

13 Nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats bestätigte Präsident Reagan am 11. Oktober 1985, daß die bisherige restriktive Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 weiterhin Grundlage des amerikanischen SDI-Programms sein werde. Vgl. die National Security Decision Directive Nr. 192 vom selben Tag; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 283.

14 Die Bundesrepublik und die USA unterzeichneten am 27. März 1986 Vereinbarungen über die Beteiligung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Bundesrepublik an der SDI-Forschung. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 84.

15 Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 85 und Dok. 87.

16 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 132. Sitzung, S. 9715–9720.

17 Für den Wortlaut des Beschlusses der Bundesregierung über Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. BULLETIN 1985, S. 1279 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 1.

1.4) Eine etwaige militärische Nutzung des amerikanischen Teils der Raumstation sollte von den USA nicht zum Anlaß genommen werden können, aus Gründen des Geheimschutzes die Europäer an der Nutzung von Columbus zu hindern. (Der Beschluß des ESA-Ministerrats vom 31.1.1985[18] über die Beteiligung an der Raumstation nennt das Recht auf ungehinderte Nutzung von Columbus durch Europa als wesentliche Vorbedingung.)

Die Anwesenheit europäischer (sowie japanischer und kanadischer) Astronauten bei der Durchführung geheimer militärischer Forschungsarbeiten durch die USA wird entsprechende Besorgnisse bei unseren amerikanischen Partnern auslösen. Dem werden die Vertragsverhandlungen Rechnung tragen müssen.

2) Die USA werden ihre neue Verhandlungsposition bei einem Treffen mit den Regierungen der ESA-MS am 11. und 12.2.1987 in Washington, zu dem auch die japanischen und kanadischen Partner geladen sind, präsentieren. Die nächste Verhandlungsrunde zwischen den Regierungen der USA und der ESA-MS wird am 26.2.1987 in Paris stattfinden.[19]

Innerhalb der Bundesregierung, insbesondere in dem für das Columbus-Projekt federführenden BMFT, gibt es noch keine definitive Positionsbestimmung zu der Frage der militärischen Nutzung der Raumstation. Die Abgrenzung der Begriffe „friedlich“ und „militärisch“, insbesondere die Entscheidung der Frage, welche militärischen Nutzungen nicht unter den Begriff „friedlich“ fallen und daher auf Grund der ESA-Konvention ausgeschlossen werden müssen, hat größte außenpolitische Relevanz. Das AA sollte daher frühzeitig die von ihm vertretenen Gesichtspunkte bei der Definition einer deutschen und europäischen Position einbringen.

III. Ausblick

1) Für die Fortführung der Columbus-Verhandlungen zeichnen sich folgende Optionen ab:

1.1) Ausstieg aus der Zusammenarbeit mit den USA

Ein Scheitern des Projekts wäre jedoch aus technologischen wie außenpolitischen Gründen äußerst schädlich:

– Das europäische Weltraumkonzept geriete in Schwierigkeiten: Columbus ist das Ziel im All, das die Entwicklung von Hermes rechtfertigt. Es erscheint

18 Ministerialdirigent Loeck legte am 6. Februar 1985 dar, Hauptergebnis der ESA-Ratstagung auf Ministerebene am 30./31. Januar 1985 in Rom sei „die Einigung auf ein langfristiges europäisches Weltraumprogramm für die nächsten zehn Jahre mit den programmatischen Schwerpunkten Columbus und Ariane V. Die gefaßten Beschlüsse sehen während des Planungszeitraums von 1985 bis 1995 Gesamtausgaben von ca. 16,5 Mrd. RE, d. h. gegenüber dem jetzigen durchschnittlichen Ausgabenvolumen von 1 Mrd. RE pro Jahr eine Steigerung um rd. 60 % vor. Die entscheidende politische Aussage des Langzeitprogramms liegt in dem Ziel, die Eigenständigkeit Europas in der Raumfahrt zu sichern und auszubauen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 142082.

19 Vortragender Legationsrat Blankenstein vermerkte am 12. März 1987: „Die letzte Verhandlungsrunde mit den USA über die Beteiligung an der Internationalen Raumstation vom 25. bis 27.2.1987 in Paris hat in der Sache kaum Fortschritte gebracht. […] Die USA zeigten sich lediglich bereit, die europäischen Wünsche – auch im Rahmen der ESA-NASA-Gespräche – weiterhin zu prüfen.“ Ein Abbruch der Verhandlungen wäre „politisch äußerst schädlich: Ein Scheitern des bislang größten transatlantischen Technologieprojekts würde sich zusätzlich nachteilig auf die durch Airbus und Agrarprobleme belasteten Technologie- und Handelsbeziehungen auswirken.“ Vgl. Referat 431, Bd. 154486.

fraglich, ob Europa im Rahmen seiner finanziellen und technologischen Möglichkeiten eine autonome Alternative zu Columbus realisieren könnte.

– Ein Scheitern des Projekts wäre ein Symbol für die mangelnde Fähigkeit des Westens, bei technologischen Großprojekten zusammenzuarbeiten.
– Eine Abwendung der Europäer von dem Projekt wegen einer militärischen Nutzung durch die USA würde von der US-Regierung als Abkopplung der Europäer in einem wesentlichen Bereich der gemeinsamen Verteidigung verstanden werden.

1.2) Fortführung der Verhandlungen mit dem Ziel, Europa das alleinige Entscheidungsrecht über die Nutzung der europäischen Elemente der Raumstation zuzuweisen (Herr-im-eigenen-Haus-Prinzip)

Die Europäer könnten so den USA die Durchführung militärischer, insbesondere SDI-relevanter Forschungsvorhaben im europäischen Teil der Station verweigern, wenn dies geboten erscheint. Die Europäer könnten darüber hinaus den USA im Rahmen der Verhandlungen im Sinne einer politischen Erklärung zu verstehen geben, daß sie sich vorbehalten, eine Nutzung der europäischen Teile der Station für SDI-Zwecke auszuschließen. Eine vertragliche Festlegung unserer Haltung zu dieser Frage könnte so vermieden werden. Über andere amerikanische militärische Experimente an Bord von Columbus, die nicht SDI-relevant sind, könnte ebenfalls fallweise durch die Europäer im Konsens entschieden werden. Dabei würden vermutlich neutrale, aber auch der NATO angehörende ESA-Staaten eine besonders restriktive Linie vertreten.

Dies entspricht der bisherigen Verhandlungslinie der Europäer. Die USA haben das „Herr-im-eigenen-Haus-Prinzip“ bislang stets abgelehnt.

1.3) Überprüfung des europäischen Columbus-Konzepts

Eine Alternativlösung könnte z. B. darin bestehen, das an die US-Station fest angekoppelte europäische Labor zu streichen. Das – bereits in dem jetzt vorliegenden Konzept vorgesehene – freifliegende Labormodul wäre nicht einem gemeinsamen, sondern einem ausschließlich europäischen Management zu unterstellen. Dabei könnte der kooperative Ansatz durchaus erhalten werden: So könnten US-Astronauten das freifliegende europäische Labormodul für zivile Forschungsvorhaben nutzen. Umgekehrt könnte das freifliegende Labormodul von der US-Station – wie bereits jetzt vorgesehen – durch Nutzung dortiger Infrastruktureinrichtungen (Kommunikation etc.) profitieren. Dieses Konzept würde einerseits eine deutliche technische Trennung der europäischen und amerikanischen Elemente bedeuten; andererseits bliebe der Charakter eines transatlantischen Kooperationsvorhabens erhalten (siehe auch Punkt 3.2 der Bezugsvorlage). Eine derartige Lösung würde es erlauben, ein Scheitern der Verhandlungen zu vermeiden und den außenpolitischen und technologischen Schaden zu minimieren.

Wie auf Arbeitsebene zu erfahren war, wird eine derartige Lösung bereits jetzt von F favorisiert.

2) Das Columbus-Projekt kann zu einem zukunftsweisenden Beispiel transatlantischer Solidarität und zu einer wichtigen technologischen und politischen Klammer der westlichen Partner werden. Die Verhandlungen darüber bergen aber auch das Risiko, zu einer Belastung des transatlantischen Verhältnisses

in einem wichtigen Bereich zu werden. Darüber hinaus zeichnen sich Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten der ESA ab, die sich in ihrer Tendenz auch in der innenpolitischen Diskussion innerhalb der Bundesrepublik Deutschland widerspiegeln werden. Die Mitte 1987 anstehende Entscheidung über die Fortsetzung des Columbus-Projekts in die Bauphase läuft deswegen auf eine Weichenstellung für die technologische Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA hinaus.

Abteilung 2, 2A und 5 haben mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 431, Bd. 154486

14

Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl

26. Januar 1987[1]

Lieber Helmut,

ich hoffe, Dich heute noch zu sehen – nicht nur wegen der am Samstag[2] erwähnten Themen Beirut[3] und Berlin[4]. Sofort will ich Dir sagen, daß ich mich Dir gerade nach diesem Wahlausgang[5] besonders eng verbunden fühle. Du kannst auf meine freundschaftliche Verbundenheit bauen. Entscheidend ist, daß der Weg, den wir 1982 gemeinsam beschritten haben, vom Wähler ein zweites Mal[6] bestätigt wurde.

Ich grüße Dich in alter freundschaftlicher Verbundenheit

Dein
Hans-Dietrich Genscher

Sammlung Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl

1 Handschreiben.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Pr[ivat]akte."

2 24. Januar 1987.

3 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 9.

4 Zu den 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. Dok. 5.

5 Bei den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 erreichten CDU (34,5%) und CSU (9,8%) zusammen 44,3% der abgegebenen gültigen Stimmen. Die FDP kam auf 9,1%, die SPD auf 37,0%, und die Grünen erzielten 8,3%. Am 11. März 1987 wählte der Bundestag Helmut Kohl (CDU) erneut zum Bundeskanzler.

6 Am 6. März 1983 fanden Bundestagswahlen statt, bei denen CDU (38,2%) und CSU (10,6%) zusammen 48,8% der abgegebenen gültigen Stimmen erreichten. Die FDP kam auf 7,0% der Stimmen. Die SPD erzielte 38,2%, die Grünen kamen auf 5,6%.

15

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde

221-373.32-103/87 VS-vertraulich **28. Januar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung von Ziffer 7

Betr.: KVAE-Implementierung;
hier: US-Manöver „Caravan Guard 87“ und „Winter Warrior 87“

Bezug: Ihre Weisung vom 28.1.1987

Anlg.: 1[4]

1) Die USA führen in der Bundesrepublik im Januar/Februar 1987 zwei Manöver durch, die nach ihrer ursprünglichen Übungsanlage entsprechend dem Stockholmer Dokument der KVAE[5] notifizierungs- und beobachtungspflichtig gewesen wären:

– „Caravan Guard 87“ (26.1.–9.2.1987)

– „Winter Warrior 87“ (28.1.–9.2.1987).[6]

Die USA haben sich trotz mehr als zweimonatigem intensiven Einwirken unsererseits nicht zur Notifizierung bewegen lassen. Sie berufen sich auf Anhang II des Stockholmer Dokuments, wonach militärische Aktivitäten, die[7] innerhalb der ersten 42 Tage nach dem 1. Januar 1987 beginnen, den entsprechenden Vorschriften der HSA[8] unterliegen (Notifizierungspflicht erst ab 25 000 Teilnehmern). Sie lassen dabei die Bemühensklausel des Anhangs II außer acht, wonach die TNS[9] sich jede erdenkliche Mühe geben werden, um die Bestim-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Legationsrat I. Klasse Schon konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. Januar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 29. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Vertragstreue hat unbedingten Vorrang, deshalb ist nur die Erklärung 5 b akzeptabel.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 29. Januar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik und Referat 221 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 29. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte und handschriftlich vermerkte: „Im Rücklauf.“
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Holik vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 10.

5 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

6 Zur Frage der Notifizierung bei den Manövern vgl. AAPD 1986, II, Dok. 372.

7 Korrigiert aus: „Aktivitäten“.

8 Helsinki-Schlußakte.
Vgl. Ziffer I des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 922–924.

9 Teilnehmerstaaten.

mungen des Stockholmer Dokuments auch auf solche Aktivitäten soweit wie irgend möglich anzuwenden.

2) Unsere Interventionen waren dennoch insoweit erfolgreich, als die Amerikaner beide Übungen so geändert haben, daß die Notifizierungspflicht nach dem Stockholmer Dokument nicht mehr gegeben ist.

„Winter Warrior 87" wurde von ursprünglich 18000 auf jetzt 12000 Teilnehmer reduziert und liegt damit unterhalb der Notifizierungsschwelle von 13000 Mann. „Caravan Guard 87" ist jetzt so angelegt, daß es sich um eine reine Stabsrahmenübung ohne Beteiligung von Kampftruppen mit schwerem Gerät handelt. Damit wäre der Strukturparameter des Stockholmer Dokuments, wonach die teilnehmenden Truppen in Divisionen bzw. Brigaden/Regimenter gegliedert sein müssen, um eine Notifizierungspflicht zu begründen, nicht mehr erfüllt. Allerdings nehmen an „Caravan Guard 87" 21000 Mann teil. Die Übung ist also nur deswegen nicht mehr notifizierungspflichtig, weil eine von zwei (Mannschaftsstärke und Struktur) notwendigen Bedingungen nicht mehr erfüllt ist.

3) Der in Anlage beigefügte Brief von AM Shultz an Sie[10] wiederholt allerdings lediglich die ursprüngliche amerikanische Argumentation (vgl. Ziffer 1) und geht auf das Strukturargument nicht ein. Warum der Brief die auch von deutschen militärischen Stellen im Übungsgebiet bestätigte Änderung der Übungsanlage nicht erwähnt, konnte bisher nicht geklärt werden. Möglicherweise war diese vom Pentagon ausgehende Maßnahme zur Zeit der Abfassung des Briefes im State Department noch nicht bekannt.

4) Es fragt sich, wie bei entsprechenden Anfragen in unserer Öffentlichkeit oder auf dem WFT[11] reagiert werden sollte. Drei Möglichkeiten bieten sich an:

– Argumentation lediglich mit der Übergangsregelung,

– Argumentation lediglich mit dem Strukturparameter,

– Argumentation mit Übergangsregelung und Strukturparameter.

5) Keine der drei Möglichkeiten ist völlig befriedigend.

a) Eine Argumentation lediglich mit der Übergangsregelung setzt uns dem Vorwurf aus, nicht entsprechend der Bemühensklausel gehandelt zu haben.

b) Eine Argumentation lediglich mit dem Strukturparameter eröffnet für andere, insbesondere östliche TNS Möglichkeiten zur Umgehung des Stockholmer Dokuments, da letztlich nicht eindeutig zu klären ist, unter welchen Bedingungen eine Gliederung in Divisionen bzw. Brigaden/Regimenter nicht mehr gegeben ist.

c) Eine Argumentation mit beiden bringt die gleichen Nachteile wie 5b) mit sich, ohne effektive Vorteile zu erzielen.

6) Bei Abwägung der verschiedenen Möglichkeiten ist zu berücksichtigen, daß die Übergangsregelung am 11.2.87 ausläuft. Eine Argumentation mit dieser Regelung wirkt daher nicht präjudizierend.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 27. Januar 1987 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 11534 (221).

11 Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 106.

Demgegenüber könnte uns eine Argumentation mit dem Strukturparameter während der ganzen unbegrenzten Geltungsdauer des KVAE-Dokuments von anderen Staaten zur Entschuldigung eigener Implementierungsmängel entgegengehalten werden.

7) Abteilung 2A plädiert daher für Argumentation auf folgender Linie:

Die Übung „Caravan 87" hat am 26.1.87 begonnen, d.h. innerhalb der ersten 42 Tage nach Inkrafttreten des KVAE-Dokuments. Für militärische Aktivitäten in diesem Zeitraum gilt die Übergangsregelung des Anhangs II des Stockholmer Dokuments. Demnach unterliegen militärische Aktivitäten, die in diesem Zeitraum beginnen, lediglich den entsprechenden Bestimmungen der Schlußakte der KSZE, der zufolge Übungen erst dann notifizierungspflichtig sind, wenn an ihnen mehr als 25000 Mann teilnehmen. Dies ist bei „Caravan Guard 87" nicht der Fall.[12]

In Vertretung
Buerstedde

VS-Bd. 11534 (221)

12 In der Presse wurde berichtet: „Die amerikanische Regierung nimmt die jüngste Ost-West-Vereinbarung der Stockholmer KVAE-Konferenz über die gegenseitige Ankündigung von Manövern offensichtlich nicht ernst. Trotz eindringlicher Bitte von Außenminister Hans-Dietrich Genscher weigerte sie sich, das Manöver ‚Caravan Guard' des in der Bundesrepublik stationierten V. US-Korps anzumelden und östliche Beobachter einzuladen. Die US-Militärs berufen sich darauf, das Manöver sei schon vor Abschluß der KVAE-Konferenz Mitte September 1986 geplant worden und falle noch nicht unter die Vereinbarungen. Tatsächlich fürchten die Amerikaner, daß ihr als Stabsrahmen-Übung mit Feldtruppe (23000 Soldaten) angelegtes Manöver den Sowjets Einblicke in Kommandostrukturen bieten könnte. Genschers Wunsch, die KVAE-Bestimmungen nicht so engherzig anzulegen und mit einer Geste das Ost-West-Klima zu verbessern, wurde zurückgewiesen." Vgl. den Artikel „USA weisen Genscher ab"; DER SPIEGEL, Nr. 6 vom 2. Februar 1987, S. 14.

16

Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA)

29. Januar 1987[1]

Einladungen des RBM zu Veranstaltungen im Rahmen der 750-Jahr-Feier in Berlin (Ost)[2];
hier: Gespräch von Bundesminister Dr. Schäuble mit den Botschaftern der Drei Mächte am 29. Januar 1987, 8.00 Uhr

Teilnehmer: Bundesminister Dr. Schäuble, Botschafter Burt (USA), Botschafter Boidevaix (F), Botschafter Sir Julian Bullard (GB), Staatssekretär Dr. Meyer-Landrut, MDg Dr. Duisberg.

BM *Dr. Schäuble* nahm Bezug auf die Erörterung bei dem Gespräch am 3. November 1986.[3] Man sei sich darüber einig gewesen, daß die Einladung Honeckers an den RBM rechtliche und politische Probleme aufwirft, daß es andererseits aber auch notwendig sei, gerade im Jubiläumsjahr dem Wunsch der Berliner Bevölkerung nach Gemeinsamkeit sichtbaren Ausdruck zu geben. Repräsentative Meinungsumfragen – nicht die RIAS-Telefonumfrage – hätten deutlich gemacht, daß eine große Mehrheit der Meinung sei, der RBM solle die Einladungen annehmen. Eine bloße Ablehnung werde deshalb für Menschen, die sich der Statusprobleme weniger bewußt seien, schwer verständlich werden. Die Lage wäre anders, wenn der RBM seinerseits eine Gegeneinladung ausspreche. Die Bundesregierung halte es für politisch richtig, wenn der RBM dazu in die Lage versetzt werden könnte. Die Bundesregierung werde ihrerseits versuchen, einige Zeit nachher in vertraulichen politischen Gesprächen mit der DDR-Führung die Frage aufzugreifen. Wir gingen bei diesem Vorschlag von der Erwartung aus, daß die Teilnahme Honeckers am Festakt am 30. April für die andere Seite mindestens so problematisch sei wie die Teilnahme des RBM am

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, am 29. Januar 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 4. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup und Referat 210 verfügte.
Hat Kastrup am 4. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach vorgelegen.

2 Zu den Einladungen an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, vom 8. Oktober 1986 vgl. Dok. 5, Anm. 4.

3 Im Gespräch mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) am 3. November 1986 betonte Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, „daß es für die DDR sehr viel schwerer würde, die Abkapselung von Berlin (West) weiter aufrechtzuerhalten, wenn Honecker an dem Festakt in Berlin (West) und Diepgen an dem Staatsakt in Berlin (Ost) teilgenommen hätten. Insofern bestehe grundsätzlich ein Interesse an gegenseitiger Annahme der Einladungen. Unsere Politik sollte daher nicht auf ein Scheitern angelegt werden, auch wenn es sehr wenig wahrscheinlich sei, daß Honecker die Einladung tatsächlich annehmen werde." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139173.

Staatsakt der DDR und daß daher letztlich beide Einladungen nicht realisiert werden könnten. Dies müsse dann in einer Weise gehandhabt werden, daß keine Nachteile für die Beziehungen entstünden. Auf jeden Fall müsse auch der Eindruck vermieden werden, daß der RBM zwar vielleicht wolle, aber wegen Einspruchs der Drei Mächte nicht dürfe. BM Dr. Schäuble erwähnte in diesem Zusammenhang die Teilnahme am Neujahrskonzert[4] und betonte, die Bundesregierung habe es sehr dankbar begrüßt, daß hier ein gemeinsames Vorgehen möglich gewesen sei. Bundesminister Dr. Schäuble wies schließlich auf den Zeitdruck hin: Angesichts des näher rückenden Termins des Festakts müsse eine Entscheidung jetzt unverzüglich getroffen werden, damit die Gegeneinladung noch in den nächsten Wochen übermittelt werden könne.

Der *britische Botschafter* sagte, er stelle mit Befriedigung fest, daß wir mit der Gegeneinladung nicht das Ziel verfolgten, die gegenseitige Teilnahme zu ermöglichen, sondern sie unwahrscheinlich zu machen. BM *Dr. Schäuble* warf ein, er habe insofern nicht von einem Ziel im Sinne einer Absicht, sondern lediglich von der Erwartung gesprochen. Der *britische Botschafter* vertrat dann die Ansicht, daß bei Realisierung beider Einladungen der Osten mehr zu gewinnen habe als der Westen, weil eine Teilnahme Honeckers am Festakt des Senats lediglich einen statuskonformen Zustand bestätigen würde, während die Teilnahme des RBM am Staatsakt der DDR die Anerkennung eines statuswidrigen Zustands impliziere[5]. Es müsse daher alles getan werden, um die Annahme der Gegeneinladung unwahrscheinlich zu machen. Aus diesem Grunde sollte der letzte Absatz des Entwurfs[6] gestrichen und das Einladungsschreiben nicht durch StS Dr. Stronk, sondern durch StS Dr. Bräutigam übergeben werden, der in dem begleitenden Gespräch auch den Charakter der Veranstaltung am 30. April entsprechend den von uns vorbereiteten Gesprächselementen erläutern müßte.

BM *Dr. Schäuble* wandte sich gegen eine Streichung des letzten Absatzes des Entwurfs; dies sei einmal eine Frage der Form, zum anderen dürfe man das Instrument auch nicht selbst abwerten, indem man es für die andere Seite von vornherein unannehmbar mache. Dies gelte auch für die Übermittlung durch StS Dr. Bräutigam, der von der DDR in dieser Frage sicher nicht als Gesprächspartner akzeptiert würde. MDg *Dr. Duisberg* ergänzte, daß der letzte Absatz des Entwurfs auch eine Bedingung für die Annahme der DDR-Einladung

4 Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, informierte das Auswärtige Amt am 23. Dezember 1986 zur Frage der Teilnahme am Eröffnungskonzert zur 750-Jahr-Feier am 1. Januar 1987 in Ost-Berlin: „Die Drei Mächte haben sich nur nach Intervention auf hoher politischer Ebene und letztlich unter dem Eindruck unserer Entschlossenheit, nötigenfalls allein teilzunehmen, bereit gefunden, ihre Botschafter zur Teilnahme am Eröffnungskonzert anzuweisen. Paris und Washington haben die Entscheidung aufgrund der Bitte des Bundesaußenministers getroffen. Alle ließen jedoch, wenngleich in unterschiedlicher Form, grundsätzliche politische Bedenken erkennen, nicht zuletzt wegen der möglichen Präzedenzwirkung für die Einladungen des RBM Diepgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2103; Referat 210, Bd. 139171.

5 Der Passus „während … impliziere“ wurde von Ministerialdirigent Kastrup hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

6 Der letzte Absatz des Entwurfs vom 10. November 1986 für ein Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, lautete: „Ich würde mich freuen, wenn im Hinblick auf das Jubiläum von Berlin eine gegenseitige Teilnahme an den Veranstaltungen auf beiden Seiten möglich wäre.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139173.

zum Ausdruck bringe, nämlich daß bei Ablehnung der Gegeneinladung auch die Annahme der DDR-Einladung nicht in Betracht komme.

Der *amerikanische Botschafter* erklärte, es sei jetzt Zeit zu entscheiden; die Frage werde nur schwieriger, je näher man dem Datum des 30. April komme. Auch bei der Gegeneinladung bestünden gewisse Risiken, nämlich die Möglichkeit, daß die DDR zunächst auf einer Antwort auf ihre Einladung bestehe, bevor sie sich zu der Gegeneinladung äußern wolle. Nach amerikanischer Auffassung wäre es deshalb an sich besser, wenn über beiderseitige Einladungen zu weniger statusrelevanten Veranstaltungen gesprochen werden könnte. Es müsse aber jedenfalls klar sein, was wir wollten; grundsätzlich biete die Gegeneinladung einen guten Ausweg. Allerdings wäre es vorzuziehen, wenn die Bundesregierung die dazu erforderlichen Gespräche führe. Die USA wollten auch eine Situation vermeiden, in der der Eindruck entstehen könnte, daß die Drei Mächte den RBM unter Druck setzten. Angesichts mancher öffentlicher Äußerungen des RBM werde dies allerdings immer schwieriger. Der amerikanische Botschafter wies hier auf die Rede des RBM vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 8. Januar hin[7]: Er habe einen Ton von Kritik gespürt, zumindest einen Mangel an positiven Bemerkungen über den alliierten Beitrag zur Sicherung der Lage in Berlin vermißt.

Der *französische Botschafter* erklärte, er teile die britische Analyse und die darin enthaltenen Vorbehalte, könne aber noch keine endgültige Stellungnahme abgeben. Wenn man eine Gegeneinladung aussprechen wolle, so müsse das Ziel jedenfalls sein, daß diese Einladung für die andere Seite nicht annehmbar sei; d.h., sie müsse in einer Weise formuliert werden, um sie möglichst unannehmbar zu machen. Bezüglich einer öffentlichen Diskussion wies der französische Botschafter darauf hin, daß er eine gewisse Gefahr darin sehe, wenn der RBM von den Alliierten mit Distanziertheit spreche. Es sei dagegen notwendig, der Bevölkerung Berlins immer wieder deutlich zu machen, daß es eine gemeinsame Haltung von Alliierten und Senat gebe.

BM *Dr. Schäuble* ging zunächst auf die Bemerkungen zu Äußerungen des RBM ein. Er habe selbst mit dem RBM über die Rede gesprochen. Es habe Herrn Diepgen ganz fern gelegen, einen Eindruck zu erwecken, wie ihn die Alliierten anscheinend unterstellten. Niemand könne größeres Interesse an der Erhaltung des Status von Berlin und vollem Einvernehmen mit den Drei Mächten haben als die Berliner und der RBM. Man dürfe nur nicht ganz übersehen, daß die Entwicklung in Ost-Berlin einen gewissen Einfluß auf die Stimmung der West-Berliner Bevölkerung habe. Vertreter aller Staaten reisten nach Ost-Berlin, der britische Außenminister[8] ebenso wie der französische Premierminister[9]. Die Ost-Berliner Jubiläumsfeierlichkeiten erführen eine rege Beteiligung, auch mit zahlreichen westlichen Teilnehmern; selbst zu dem Ost-Berliner Bürgermeistertreffen gebe es eine Reihe westlicher Zusagen.[10] In Berlin empfinde

7 Zur Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, vgl. Dok. 5, Anm. 12.

8 Der britische Außenminister Howe hielt sich vom 8. bis 10. April 1985 in der DDR auf.

9 Ministerpräsident Fabius besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985.

10 Das fünftägige Internationale Bürgermeistertreffen in Ost-Berlin begann am 1. Juni 1987. Zu den Vorbereitungen vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 9. Februar 1987, der Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Krack, habe kürzlich in einem Interview geäußert, bisher lägen

man das so, daß jeder nach Ost-Berlin gehe, nur der RBM offiziell dort nicht hingehen solle. Ganz allgemein müßten wir eine Entwicklung sehen, in der Ost-Berlin sich mehr und mehr als Hauptstadt darstelle; dies könnten wir nicht wirklich verhindern, könnten uns von dieser Entwicklung nicht einmal völlig ausschließen. Deshalb gelte es, Wege zu finden, den Menschen in West-Berlin ebenfalls eine Perspektive zu geben.

Zur Frage der Gegeneinladung wiederholte BM Dr. Schäuble, daß wir kein Einladungsschreiben wünschten, bei dem jeder sofort erkennen könne, daß es nur geschrieben sei, um abgelehnt zu werden. Dies sei aber auch nicht nötig, weil unsere Erkenntnisse ohnehin dahin gingen, daß Honecker selbst die größten Probleme mit seiner und der sowjetischen Statusauffassung haben würde; wir sähen daher nicht, daß er die Einladung annehmen könne. Eine Übergabe der Einladung durch StS Dr. Bräutigam sei nicht möglich, weil die DDR ihn nicht als Gesprächspartner in dieser Frage akzeptieren werde. Unsere Überlegungen gingen deshalb dahin, daß die Einladung durch StS Dr. Stronk übergeben werde und danach baldmöglich in vertraulichen Gesprächen zwischen der Bundesregierung und der DDR darüber gesprochen werde.

Der *amerikanische Botschafter* wies zu der von BM Dr. Schäuble angesprochenen Entwicklung in beiden Teilen Berlins auf die Tatsache hin, daß die Staatsoberhäupter aller Drei Mächte in diesem Jahr nach West-Berlin kommen.[11] BM *Dr. Schäuble* unterstrich die Dankbarkeit der Bundesregierung für diese Geste. Der *amerikanische Botschafter* erwähnte ferner, daß der Deputy Secretary des State Department auf seiner derzeitigen Osteuropareise die DDR nicht einschließe.[12] Der *britische Botschafter* sagte ergänzend, es sei doch evident, daß die Westmächte alles für den Westteil der Stadt täten. Im übrigen müsse man letztlich sehen, daß der RBM als frei gewählter Vertreter der West-Berliner Bevölkerung mehr zu verlieren habe, wenn er sich im östlichen Teil der Stadt engagiere, als der Ministerpräsident eines Bundeslandes.[13] Der britische Botschafter wies dann auf ein Interview des RBM in der Financial Times vom 28. Januar hin, wo der Wunsch nach Annahme der östlichen Einladungen sehr deutlich geworden sei.[14] Solche Äußerungen seien nicht hilfreich.

Bundesminister *Dr. Schäuble* stellte klar, daß er lediglich auf allgemeine Entwicklungstendenzen hingewiesen habe, die man sehen müsse. Es gebe einfach

Fortsetzung Fußnote von Seite 66

rund 100 Zusagen aus über 70 Staaten vor, auch zahlreiche aus dem „kapitalistischen Ausland". Weiter notierte Richthofen: „Aus der Bundesrepublik Deutschland wurden folgende Städte eingeladen: Bonn, Bremen, Dortmund, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Köln, Mainz, München, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart. Bonn hat abgesagt; Dortmund, Köln, Mainz, Saarbrücken und Stuttgart haben zugesagt". Vgl. Referat 210, Bd. 139173.

11 Staatspräsident Mitterrand besuchte Berlin (West) am 11. Mai 1987, Königin Elizabeth II. am 26./27. Mai und Präsident Reagan am 12. Juni 1987. Zu Reagans Besuch vgl. Dok. 168.

12 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 28. Januar 1987, er sei im amerikanischen Außenministerium über die anstehende Reise des stellvertretenden Außenministers Whitehead in osteuropäische Staaten informiert worden. Whitehead besuche Polen vom 28. bis 31. Januar, die ČSSR vom 31. Januar bis 3. Februar und Bulgarien vom 3. bis 6. Februar 1987: „Am wichtigsten sei der Besuch in Polen. Nach dem Amnestie-Erlaß für politische Gefangene im September 1986 habe ein Prozeß der Wiederbelebung der Beziehungen begonnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 373; Referat 204, Bd. 135409.

13 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Kastrup hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

14 Vgl. den Artikel „W. Berlin Mayor's state opportunity"; FINANCIAL TIMES vom 28. Januar 1987; Referat 210, Bd. 139173.

gewisse, auch psychologische Probleme für West-Berlin. Nicht zu übersehen sei auch, daß alle politischen Gruppierungen im Abgeordnetenhaus sich für Annahme der DDR-Einladungen ausgesprochen hätten, der RBM hier auch in einer innenpolitischen Auseinandersetzung stehe. Im übrigen könne der RBM natürlich auch nicht sagen, daß er die Einladungen nicht annehmen wolle, wenn man noch über eine Gegeneinladung diskutiere.

Der *amerikanische Botschafter* fragte, ob der RBM in Abstimmung mit der Bundesregierung vorgehe.

BM *Dr. Schäuble* bejahte das. In den politischen Überlegungen bestehe Einigkeit zwischen der Bundesregierung und dem RBM. Bundesminister Dr. Schäuble wiederholte, wir hätten alle Überlegungen der Drei Mächte in Betracht gezogen und ihre Bedenken nicht leichtgenommen, glaubten aber, mit der Gegeneinladung eine akzeptable Lösung vorzuschlagen. BM Dr. Schäuble bat nochmals um Zustimmung zu diesem Vorschlag und betonte, daß wir in jedem Fall im Einvernehmen mit den Drei Mächten vorgehen wollten. Wenn diese den Vorschlag ablehnten, würden wir auch alles tun, um eine kritische öffentliche Diskussion zu vermeiden; dies werde allerdings nicht einfach sein.[15]

Der *britische Botschafter* bat um einige Tage Überlegung und drückte die Hoffnung aus, daß in der Zwischenzeit nichts darüber in den Zeitungen zu lesen sein werde.

BM *Dr. Schäuble* sicherte Vertraulichkeit zu und wies noch einmal auf den engen Zeitrahmen hin, der eine Entscheidung dringlich mache.

Der *französische Botschafter* meinte, er werde aus technischen Gründen in Anbetracht des Besuches von BM Genscher in Paris am 6. Februar[16] vorher kaum eine Weisung erhalten können.

BM *Dr. Schäuble* machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß aufgrund des Status von Deutschland als Ganzem unsere Beziehungen zur DDR keine auswärtigen Beziehungen seien und diese ebenfalls wichtige Statusfrage stets im Auge behalten werden müsse. Er erklärte sich aber damit einverstanden, daß die französische Antwort nach dem 6. Februar gegeben werde.

Es bestand Einvernehmen über ein weiteres Zusammentreffen der drei Botschafter mit Bundesminister Dr. Schäuble Anfang der Woche vom 9. Februar.[17]

Referat 210, Bd. 139173

15 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Kastrup hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

16 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Frankreich vgl. Dok. 25 und Dok. 26.

17 Zum Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) am 11. Februar 1987 vermerkte Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, am selben Tag: „1) Die Alliierten stimmen zu, daß eine an GS Honecker gerichtete Gegeneinladung des RBM zum Festakt des Senats am 30. April 1987 durch StS Dr. Stronk der DDR-Seite übermittelt wird. 2) Das Schreiben wird gegenüber dem Entwurf im letzten Absatz leicht modifiziert – Streichung des Wortes ‚den' vor ‚Veranstaltungen'. […] Den Alliierten ging es darum, zu vermeiden, daß eine eventuelle Annahme der Gegeneinladung durch Honecker automatisch zur Teilnahme des RBM am Staatsakt der DDR führt; da sie die Teilnahme am Staatsakt grundsätzlich als statusgefährdend ansehen, möchten sie, daß im Ergebnis beide Einladungen nicht angenommen werden. Sie legen auch Wert darauf, daß […] keinesfalls der Eindruck erweckt wird, als habe der RBM damit implizite die Einladung zum Staatsakt der DDR bereits akzeptiert." Vgl. Referat 210, Bd. 139173.

17

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.80 SDI-114/87 VS-vertraulich **29. Januar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] vorzulegen

Betr.: Mögliche Entscheidung der USA über eine vorgezogene SDI-Stationierung ab 1993;
hier: Rüstungskontrollpolitische Implikationen

Anlg.: 1 (nur beim Original)[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des Vorschlags zu unserem weiteren Vorgehen unter III.

I. Sachstand

In Washington findet gegenwärtig ein Entscheidungsprozeß über die künftige Ausrichtung des SDI-Programms statt. Das Pentagon befürwortet eine Entscheidung, die auf einen Dislozierungsbeginn bereits im Jahre 1993 abzielt (so Perle am 27. Januar 1987 gegenüber D2 und D2A[5], vgl. Anlage, sowie im gleichen Sinne Weinberger-Rede am 22. Januar 1987[6]). Es soll sich dabei um ein zweistufiges Abwehrsystem mit Weltraumkomponenten handeln, das Raketen und Gefechtsköpfe sowohl im Weltraum als auch nach Wiedereintritt in die Atmosphäre bekämpfen kann. Damit soll die Grundlage für ein umfassendes Gesamtsystem zum Bevölkerungsschutz geschaffen werden.

Perle nannte als Hintergrund das Petitum des Kongresses, die Möglichkeiten einer vorgezogenen SDI-Stationierung zu prüfen. Richtig ist, daß der Streit-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 30. Januar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 4. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 4. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Legationssekretär Freitag am 12. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 12. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe und Legationsrat I. Klasse Müller verfügte.
Hat Elbe und erneut Müller vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt war der Drahtbericht Nr. 372 des Botschafters van Well, Washington, vom 28. Januar 1987 über das Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, am 27. Januar 1987 in Washington. Vgl. VS-Bd. 11376 (220).
Für den Drahtbericht Nr. 372 vgl. auch VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

5 Zum Besuch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik vom 25. bis 27. Januar 1987 in den USA vgl. Dok. 21.

6 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 24. Januar 1987 über Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers: „Weinberger hat am 22.1. in Colorado Springs vor der dem SDI-Programm positiv gegenüberstehenden United States Space Foundation davon gesprochen, daß man sich möglicherweise dem Tag nähere, an dem eine Entscheidung über die Stationierung einer ersten Phase gefällt werden könne." Im amerikanischen Außenministerium sehe man hinter diesem Vorgehen „das Bemühen des Pentagon, den ABM-Vertrag in Frage zu stellen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 337; Referat 209, Bd. 148739.

kräfteausschuß des Senats mit Erklärung vom 27. Juni 1986 verlangte, den Schwerpunkt der SDI von der Vision des Bevölkerungsschutzes auf das machbare Ziel der Verteidigung des Zweitschlagspotentials mittels bodengestützter Systeme (point defence) zu verlagern.

Eine Entscheidung des Präsidenten über die Option einer etwaigen vorgezogenen Dislozierung steht noch aus. Im Bericht zur Lage der Nation am 27. Januar 1987 äußerte er sich hierzu noch nicht.[7] Er legte jedoch erneut ein so dezidiertes Bekenntnis zu SDI ab, daß eine Entscheidung im Sinne des Pentagon zumindest möglich erscheint.

II. Bewertung

1) Vereinbarkeit mit dem ABM-Vertrag[8]

Eine einseitige Entscheidung der USA für die Dislozierung eines auch weltraumgestützten Raketenabwehrsystems ab 1993 wäre für sich genommen noch kein Verstoß[9] gegen den ABM-Vertrag, da ihre faktische Auswirkung zunächst nur in einer Umstrukturierung des SDI-Forschungsprogramms bestünde.

Die Implementierung einer solchen Entscheidung hingegen würde eine Aufkündigung des ABM-Vertrags voraussetzen, und zwar

– bei Zugrundelegung der restriktiven Auslegung im Zeitpunkt des Übergangs von erlaubter Forschung auf verbotene Entwicklung (Beginn der Erprobung von Prototypen unter Einsatzbedingungen im Weltraum); dieses Stadium könnte möglicherweise bereits 1988 erreicht werden;
– bei Zugrundelegung der weiten Auslegung mit Beginn der Dislozierung im Jahre 1993.

(Die Dislozierung einer rein bodengestützten[10] Punktverteilung zum Schutz des amerikanischen Zweitschlagspotentials – so Empfehlung des Streitkräfteausschusses des Senats vom Juni 1986 – wäre hingegen

– hinsichtlich Entwicklung und Erprobung uneingeschränkt erlaubt,
– hinsichtlich Dislozierung in den Grenzen des Artikels III in Verbindung mit Zusatzprotokoll von 1974 gestattet.)

2) Vereinbarkeit mit früheren Aussagen der US-Regierung und Erklärungen der Bundesregierung

a) Eine einseitige Entscheidung für Dislozierung ab 1993 verstieße gegen frühere Zusicherungen Washingtons:

7 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 27. Januar 1987 vor beiden Häusern des Kongresses in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 56–61. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 171–174 (Auszug).

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.
Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

9 Der Passus „wäre … Verstoß" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eine sehr formale Betrachtung!"

10 An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „und stationären".

– SDI-„Fact Sheet“ vom Juni 1985[11]:

„If the research yields positive results, we will consult with our allies about the potential next steps. We would then consult and negotiate, as appropriate, with the Soviet Union, pursuant to the terms of the ABM Treaty …“

– Zuletzt Kampelman-Rede am 23. Januar 1987 in London:

„A decision on whether to move ahead with the deployment of strategic defenses is probably years away; it might be made by President Reagan's successor, but it will not likely be made by President Reagan himself … Nor will we decide on SDI without continuing intensive discussion and consultations with our allies.“[12]

Eine solche Entscheidung wäre auch mit der Zusage von AM Shultz im NATO-Rat am 15. Oktober 1985[13], SDI bis auf weiteres im Einklang mit der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags durchzuführen, nicht zu vereinbaren.

Ferner ist nicht ersichtlich, wie eine derartig frühe Dislozierungsentscheidung ohne Mißachtung der von Nitze formulierten, von der Administration bis heute aufrechterhaltenen Kriterien der „survivability“ und „cost-effectiveness“ getroffen werden könnte.

Den genannten Einwänden könnte allerdings dadurch begegnet werden, daß die Entscheidung

– nicht lautete: „Dislozierung ab 1993“,

– sondern nur: „Umstrukturierung des Forschungsprogramms, um künftige Entscheidung über vorgezogene Dislozierung ab 1993 zu ermöglichen“.

b) Eine Dislozierungsentscheidung im Sinne des Pentagon entzöge der bedingten Unterstützung des SDI-Forschungsprogramms durch die Bundesregierung die Geschäftsgrundlage:

– BSR-Beschluß vom 27. März 1985:

„Nach Auffassung der Bundesregierung muß es im Einklang mit den in Genf formulierten Verhandlungszielen darum gehen, … den ABM-Vertrag zu bekräftigen, solange keine anderweitigen gemeinsamen Vereinbarungen getroffen worden sind[14].“[15]

11 Für den Wortlaut des „SDI Fact Sheet“ vom 4. Juni 1985 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2102, S. 42–47.

12 Der amerikanische Sonderbotschafter Kampelman hielt am 23. Januar 1987 vor dem Royal United Services Institute in London einen Vortrag mit dem Titel „US and Arms Control: International Implications“. Brigadegeneral Schenk Graf von Stauffenberg, London, informierte am 30. Januar 1987, Kampelman habe dargelegt, die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger zur möglichen Dislozierung erster SDI-Komponenten 1993/94 stellten „kein größeres Erschwernis“ dar „als so manche Verlautbarung aus Moskau“. Weinberger „habe die Aussage hauptsächlich an den Kongreß im Zusammenhang mit der Haushaltsvorlage gerichtet, um die Notwendigkeit der SDI-Finanzierung herauszustellen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 188; Referat 201, Bd. 143471.

13 Zur Sondersitzung des NATO-Ministerrats in Brüssel vgl. AAPD 1985, II, Dok. 283.

14 Korrigiert aus: „getroffen sind“.

15 Vgl. BULLETIN 1985, S. 289.
Zur Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. auch AAPD 1985, I, Dok. 85 und Dok. 87.

– Regierungserklärung BK Kohl vom 18. April 1985:

„Mögliche Entscheidungen über Entwicklung und Stationierung werden auch von amerikanischer Seite – ich unterstreiche das noch einmal – nicht vor Beginn des nächsten Jahrzehnts erwartet. Forschung im Bereich der Weltraumsysteme ist mit dem ABM-Vertrag vereinbar. Eine automatische Folge von Forschung, Entwicklung und Stationierung bei den strategischen Defensivsystemen wird und darf es nicht geben. … Es ist nach Auffassung der Bundesregierung unerläßlich, daß vor[16] Entscheidungen, die über die Forschung hinausgehen, kooperative Lösungen gesucht werden …“[17]

D 2 und D 2 A stellten bei ihren Gesprächen in Washington am 27.1.1987 klar, daß wir weiterhin von der Gültigkeit der Konsultationszusagen der USA ausgehen.

3) Implikationen für die Genfer Verhandlungen

Die Hauptbedeutung einer vorgezogenen Dislozierungsentscheidung liegt in ihren Auswirkungen auf die Genfer Verhandlungen: Eine solche Entscheidung gibt den Willen zu einer eventuellen Aufkündigung des Kompromisses von Reykjavik[18], den ABM-Vertrag auf zehn Jahre festzuschreiben, zu erkennen.

Als Motiv hierfür kommen zwei völlig gegensätzliche Ziele in Betracht:

a) Obstruktion der Genfer Verhandlungen,

b) taktischer Schachzug zur Förderung der Verhandlungen.

ad a): Das Kompromißangebot von Reykjavik (zehn Jahre Festschreibung des ABM-Vertrags) ging manchen „hardliners“ in Washington schon zu weit. Man sah hierin bereits eine Gefährdung der SDI. Ferner muß vom Fortbestehen einer Denkrichtung im Pentagon ausgegangen werden, die Rüstungskontrolle grundsätzlich ablehnt und angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation der SU die Chance sieht, die SU „an die Wand zu rüsten“. Den Vertretern dieser Richtung könnte daran gelegen sein, das bekenntnishafte Engagement Präsident Reagans für SDI zum Ziele der Obstruktion der Genfer Verhandlungen auszunutzen.

ad b): Perle erklärte gegenüber D 2 und D 2 A am 27. Januar 1987, daß die Aussicht auf eine vorgezogene SDI-Indienststellung Kompromißbereitschaft der Sowjets fördern könne. Sowjets reagierten bekanntlich erst dann, wenn sie mit objektiven Fakten konfrontiert würden. Ob in diesem Gedanken wirklich das Hauptmotiv Perles und des Pentagon zu sehen ist, kann füglich bezweifelt werden, ist aber nicht auszuschließen: Der französische Botschafter in Washington berichtete beim Vierer-Essen am 22. Januar 1987, daß Perle ihm gegenüber geäußert habe, er rechne nicht mit der Durchführbarkeit eines SDI-Systems in der nahen Zukunft (DB Nr. 337 vom 24. Januar 1987 aus Washington[19]). Vor dem

16 Korrigiert aus: „für“.

17 Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 132. Sitzung, S. 9716 f.

18 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

19 Botschafter van Well, Washington, informierte, während des „Vierer-Mittagessens“ am 22. Januar 1987 habe sich der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, „eher kritisch“ zu den Ausführungen des Verteidigungsministers Weinberger vom selben Tag geäußert. Der französische Botschafter Jacquin de Margerie habe über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im

Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses ließ Perle am 5. Juni 1986 erkennen, daß er als erste Generation von SDI-Systemen eine bodengestützte Konfiguration zum Schutz des Zweitschlagspotentials (point defence) für möglich halte (DB Nr. 2416 vom 6. Juni 1986).

Nach einer „Newsweek"-Meldung (Ausgabe vom 2. Februar 1987) scheint AM Shultz die Pläne für eine vorzeitige SDI-Dislozierung zu unterstützen, um SDI zu einem druckvolleren Verhandlungsinstrument in Genf zu machen.[20]

Die Ankündigung vorgezogener SDI-Dislozierung aus verhandlungstaktischen Erwägungen wäre nicht ohne Logik. Das Argument, das Angebot des zehnjährigen Festhaltens am ABM-Vertrag sei für die SU ohne Anreiz, weil es ohnehin nur die Grenzen der technischen Machbarkeit reflektiere, ist nicht von der Hand zu weisen. Ferner bietet die Vorgeschichte des ABM-Vertrags einen historischen Präzedenzfall für ein derartiges Vorgehen: Im März 1969 hatte Präsident Nixon die weiträumige Dislozierung eines ABM-Systems angekündigt.[21] Diese Entscheidung wurde vom Senat bestätigt. Nach amerikanischer Auffassung war dies eine entscheidende Voraussetzung dafür, die SU zur impliziten Übernahme des MAD-Konzepts und zum Abschluß des ABM-Vertrags zu bewegen.

Die Frage, welches der beiden genannten Motive für die gegenwärtigen Bemühungen um eine vorzeitige Dislozierungsentscheidung maßgeblich ist, können wir nicht beantworten. Es wäre sicher wünschenswert, wenn die Bestrebungen der „hardliner" wie zu Beginn der siebziger Jahre zum Zwecke einer rüstungskontrollpolitisch orientierten Verhandlungstaktik genutzt werden könnten. Ob eine solche Rechnung heute aufginge, bleibt jedoch offen.

Es ist nicht auszuschließen, daß die SU eine amerikanische Entscheidung über die vorzeitige SDI-Dislozierung zum Anlaß nähme, vom Ziel der Halbierung der strategischen Offensivpotentiale Abstand zu nehmen; als Begründung hierfür könnte sie anführen, daß sie sich im Zuge der von ihr wiederholt angekündigten „asymmetrischen Gegenmaßnahmen" die Option einer Vermehrung ihres Offensivpotentials offenhalten müsse.

c) Weiteres Motiv des Pentagon: Sicherung der Finanzmittel und möglichst viele Festlegungen noch während Reagans Amtszeit.

III. Unser weiteres Vorgehen

In Ausführung Ihres Gesprächs mit Botschafter Burt[22]: Wir sollten mittels einer Demarche Botschafter van Wells auf hoher Ebene in Washington um nähere Auskünfte über den geplanten Entscheidungsprozeß und die zugrundeliegenden

Fortsetzung Fußnote von Seite 72

amerikanischen Verteidigungsministerium berichtet, in dem sich Perle ebenfalls „sehr vorsichtig" geäußert habe. Vgl. Referat 209, Bd. 148739.

20 Vgl. den Artikel „Star Wars: Shultz's Goal"; NEWSWEEK vom 2. Februar 1987, S. 5.

21 Am 14. März 1969 gab Präsident Nixon die Entscheidung für eine Weiterentwicklung der amerikanischen ABM-Systeme bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1969, S. 216–219.

22 Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burt am 29. Januar 1987 legte Bundesminister Genscher dar, ihm sei berichtet worden, daß in Washington „Optionen für eine SDI-Stationierung" vorgestellt worden seien: „Er wäre dankbar, wenn den Verbündeten vor so weitreichenden Entscheidungen die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben würde. Dies setze angemessene Information voraus." Burt antwortete, es werde noch Jahre dauern, bis ein SDI-System dislozierte werden könne, und versprach, „nach Washington zu berichten, daß D mehr Informationen und Konsultationen hierzu wünsche". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135402.

Optionen bitten. Dabei sollten wir die Grundsätze bekräftigen, die die Geschäftsgrundlage unserer qualifizierten Unterstützung der SDI bilden:

– Unterstützung der SDI nur als Forschungsprogramm,
– Einhaltung der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrages,
– Konsultation der Verbündeten vor einer Entscheidung, über die Forschungsphase hinauszugehen,
– Beibehaltung der Kriterien „survivability“ und „cost-effectiveness“,
– ernsthafte Suche nach kooperativen Lösungen bei den Genfer Verhandlungen.

Außerdem sollten wir klarstellen, daß wir das Angebot von Reykjavik, für zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten, weiterhin als Grundlage einer Verhandlungslösung befürworten.

– Das Thema sollte auch bei den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen in Washington am 24. Februar 1987[23] vertieft werden.
– Eventuelle weitere Schritte auf politischer Ebene sollten in Abstimmung mit den Briten erfolgen, die sich zur Zeit ebenfalls in Washington unterrichten lassen.

D 2[24] hat mitgezeichnet.

Holik

VS-Bd. 11376 (220)

18

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Professor für Mittlere und Neuere Geschichte, Stürmer

30. Januar 1987[1]

Nach einem Rückblick auf die persönliche Einschätzung der politischen Entwicklung in Deutschland nach Kriegsende wurde die derzeitige politische Lage in Europa erörtert:

Stürmer leitete ein mit der Feststellung, die zwischen 1945 und 1948 herausgebildeten Strukturen im West-Ost-Verhältnis hätten – wenn auch mit teilweise tiefen Modifikationen – bis heute gehalten. Jetzt stelle sich die Frage, ob wir in einer Phase seien, wo alles überdacht werden müsse. Wenn die Antwort ja laute, sei weiter zu fragen, ob dies ohne tiefe Verwerfungen möglich sei: Wie sieht die Perspektive bis 2000 aus? Wird es eine Welt ohne Nuklearwaffen geben?

23 Zu den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 55.
24 Hermann Freiherr von Richthofen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Ploetz am 30. Januar 1987 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 17. Februar 1987 vorgelegen.

BM verwies zur letzten Frage auf Reykjavik[2]: Reagan habe sie positiv beantwortet, indem er sich zu einer totalen Denuklearisierung der Verteidigung bereit erklärt habe. Schewardnadse habe ihm, BM, in Wien[3] den Hergang berichtet: Gorbatschow habe auf eine Denuklearisierung in 15 Jahren abgezielt, Reagan habe entgegengehalten, daß zehn Jahre reichten. Gorbatschow sei über Reagans Haltung überrascht gewesen. Die Außenminister seien später zu dem Gespräch hinzugestoßen, nachdem ihm[4] Shultz vorher im gesonderten AM-Gespräch die Bereitschaft der USA erläutert habe, die ballistischen Raketen zu eliminieren, die Abschreckung aber auch künftig sicherzustellen, und zwar durch CM und Flugzeuge. Zur Überraschung beider Außenminister habe Reagan dann den Stand des Chefgesprächs dargelegt und wortreich begründet, warum alle Nuklearwaffen abgeschafft werden müßten.

BM hielt fest, daß er gegenüber Shultz unser Interesse betont habe, über solche Überlegungen informiert zu werden. Erst nach erneuter Nachfrage und auch dann nur zögernd habe Shultz darauf hingewiesen, offenbar sei der Dolmetscher im Chefgespräch[5] nicht gut genug gewesen, so daß sich ein Mißverständnis eingestellt haben müsse! Das Problem sei also heute auf dem Tisch.

Man müsse die Frage nach der westlichen Perzeption der Gesamtentwicklung stellen. Dazu gehöre natürlich die Frage, wo und wie der Westen sein militärisches Gewicht einsetze. Es stelle sich aber auch die Frage nach seiner Bereitschaft, andere Faktoren, z.B. wirtschaftliche Stärke, einzusetzen. Im Westen neigten viele dazu, die Auseinandersetzung mit der SU gerade auf dem Gebiet zu suchen, wo sie stark sei, nicht aber dort, wo der Westen stark sei. Wolle man sich also nur auf den militärischen Sektor beschränken oder wolle man den gesamten Fächer der zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen – insbesondere die Attraktivität der westlichen Freiheitsidee voll ins Spiel bringen? Hierfür sei die Schlußakte von Helsinki[6] das Formblatt (lebhafte Zustimmung von Stürmer).

Militärische Sicherheit gehöre zu den unverzichtbaren Grundlagen der westlichen Politik. Dabei spiele die konventionelle Stabilität eine wichtige Rolle. Ihre Bedeutung werde in den USA, aber auch anderswo im Westen, unterschätzt.

Hier gebe es einen Kernpunkt für uns: Wir erwarteten, daß die Verbündeten mit uns Druck auf die SU ausübten, um konventionelle Stabilität herzustellen. MBFR sei zu eng angelegt gewesen. Die SU habe diese Verhandlungen als Möglichkeit angesehen, Beschränkungen für die Bundeswehr zu etablieren. Sie habe ihr Interesse an MBFR verloren, nachdem durch Ablehnung nationaler Obergrenzen die Erreichung dieses Ziels unmöglich geworden sei. Außerdem

2 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

3 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4. November 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 316 und Dok. 317.

4 Eduard Schewardnadse.

5 Pawel Palatschenko.

6 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

wisse die SU wie wir, daß der MBFR-Raum[7] zu eng angelegt sei. Die Auswirkungen von Reduzierungsvereinbarungen im MBFR-Rahmen würden so sein, daß

– die USA nach Amerika abziehen müßten, weil kein anderes europäisches Land im Bundesgebiet zu reduzierende US-Truppen stationieren würde,
– die SU nur wenige 100 km nach Osten rücken würde und
– D demobilisieren müßte als einziger westeuropäischer Partner, der über eine ins Gewicht fallende konventionelle Armee verfüge.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber MBFR sei aber klar: In den langen Verhandlungen in Wien sei wichtige gedankliche Vorarbeit für Verhandlungen im weiteren Rahmen geleistet worden, viele Elemente könnten übernommen werden.

BM warnte davor, die laufende Diskussion zu unterschätzen: Was gehe in Europa wirklich vor? Europa werde sich seiner Identität bewußter. Dieses europäische Bewußtsein sei ein dynamischer Faktor in der Gegenwart und Zukunft, der tief verankert sei – besonders deutlich werde dies in den mittel- und osteuropäischen Staaten, wo dieses europäische Bewußtsein – mit Ausnahme Bulgariens – gleichzeitig anti-russisch sei. In der SU entspreche bei den nicht-russischen Völkerschaften das Bewußtsein der eigenen Identität diesem Phänomen.

Stürmer stimmte zu und ergänzte, es werde bei den kleineren Ostblockpartnern noch durch Wirtschaftsegoismus und Umweltegoismus verstärkt. In den östlichen Landesteilen der DDR vor allem, aber auch in der DDR überhaupt stellten Umweltfragen offensichtlich die größte Sorge dar; sie seien noch wichtiger als Westkontakte.

Stürmer glaubte zu erkennen, daß sich insgesamt eine Lösung aus den Nachwirkungen der Katastrophe von 1945 abzeichne und damit ein tiefer geschichtlicher Trend deutlich werde. Hinausgehend über die Wirtschafts- und Umweltsorgen registriere er neuerdings auch die Sorge vor der militärisch starken Hand und einer auftrumpfenden Politik.

BM erläuterte auf Frage nach der Einschätzung Honeckers: Dieser bemühe sich um Akzeptanz. Er sei bei der Deutschlandpolitik in der für einen kommunistischen Führer vielleicht einmalig attraktiven Lage, sich in Teilbereichen auf fast hundertprozentige Akzeptanz bei der Bevölkerung stützen zu können.

Stürmer stimmte zu und erinnerte an den Honecker-Brief an BK, wo er im Namen des deutschen Volkes schreibe.[8]

BM unterstrich, daß Honecker mehr als andere auf Akzeptanz Wert legen müsse – mangels nationaler Identität der DDR und angesichts der doppelten Medienstruktur wenigstens im elektronischen Bereich. *Stürmer* fügte zustimmend hinzu: Und wegen der zahlreichen Besuchsreisen in beiden Richtungen.

7 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

8 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, teilte Bundeskanzler Kohl am 5. Oktober 1983 mit: „Ein atomwaffenfreies Europa ist letzten Endes das Ziel der europäischen Völker. Wir schließen uns im Namen des deutschen Volkes dem an." Vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 155.

Auf die weitere Entwicklung in Europa zurückkommend, fragte Stürmer, wo die steuernde Kraft für die Übergänge sei. Die Bundesrepublik Deutschland könne nicht den „Direktor Europas" spielen; F sei zu schwach; GB sei weiterhin zu insular. Es bleibe also nur die Option eines „joint management of change". Aber sei diese Option realistisch?

BM bejahte dies, unterstrich aber die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, denkend und treibend eine herausragende Rolle zu spielen.

Stürmer teilte diese Auffassung, hob aber ihre Ambivalenz hervor: Angesichts unserer Lage und Verwundbarkeiten müßten wir die Westlichsten auf westlicher Seite sein, gleichzeitig müßten wir aber die Engagiertesten nach Osten sein.

Stürmer stellte befriedigt fest, daß er bei dem Versuch, diese fast widersprüchlichen Positionen unseren Bündnispartnern nahezubringen, ebenso argumentiere wie BM. Er versuche dabei, an das „aufgeklärte Selbstinteresse" der Bündnispartner zu appellieren. Im französischen Falle hätten weniger unsere Argumente als schließlich das Erstarken der Grünen den Franzosen die Risiken verdeutlicht, die in ihrer lange Zeit gegenüber den Sorgen von D unsensiblen Sicherheitspolitik lägen: Die aufschimmernde Gefahr eines möglichen Verlusts des deutschen Glacis habe dessen Wert bewußt gemacht und zu Anstrengungen zu seiner Erhaltung geführt.

Stürmer knüpfte hieran die Feststellung, daß D seinerseits viel mehr als bisher seine wirtschaftliche und finanzielle Kraft einsetzen müsse für seine politischen Ziele in Europa. Er hob den Technologiebereich und die Entwicklung einer europäischen Raumfahrtpolitik hervor. In dieser Frage sei er mit Teltschik nicht zur Übereinstimmung gekommen bei früheren Gesprächen, der ganz auf Stoltenberg-Linie gewesen sei. Es gehe aber nicht um die subventionierte Entwicklung von einigen Maschinen, sondern um für die Zukunft wichtige Politik. Wir spielten unsere Möglichkeiten nicht ausreichend aus.

BM schloß die Frage an, ob eine solche Rolle für D zulässig sei oder ob sie nicht die Tendenz habe, pseudo-wissenschaftliche Historikerdiskussionen zu fördern.

Die derzeitige Politik der Bundesregierung werde grosso modo von allen Europäern als angenehm empfunden. Es liege im allseitigen Interesse, den Ost-West-Gegensatz abzubauen, auch wenn die Intensität dieses Interesses bei den einzelnen europäischen Partnern unterschiedlich sei. Dieses Interesse gebe es auch in Osteuropa.

Das internationale Presseecho nach der Bundestagswahl[9] sei ein wichtiger Indikator. In einem Punkt sei sich die Presse in West und Ost einig gewesen: Es sei gut, daß die Außenpolitik der Bundesregierung bestätigt worden sei. Dies dokumentiere klar, daß eine solche Politik nicht Mißtrauen, sondern Unterstützung in West und Ost finde.

Stürmer ergänzte: Es sei gleichzeitig Ausdruck einer allseitigen Sorge vor einer möglichen neuen deutschen Unruhe.

BM betonte, daß die europäische Einbindung unserer Politik von zentraler Bedeutung für ihren Handlungsraum sei. Er erläuterte dies mit dem Hinweis

9 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

auf die Rede des Bremer Bürgermeisters Duckwitz (gemäß Eiswettenrede Bremen 1983[10]).

BM betonte, daß damit auch klar sei, wie die Politik der Bundesrepublik Deutschland als eines Landes in der Mitte Europas auszusehen habe. Er erinnerte daran, daß Deutschland (neben Polen) das einzige größere Land in Europa sei, das sich in einer solchen Mittellage befinde. (Die ähnliche Lage wie die Polens erkläre auch die wechselvolle deutsch-polnische Geschichte.)

Was bei uns geschehe, betreffe also auch die anderen, und zwar in einem sehr viel stärkeren Maße als das, was z.B. in GB oder F geschehe. Der Bundespräsident habe gesagt, die deutsche Geschichte gehöre uns nicht allein.[11] (*Stürmer*: Dies ist mein Satz.)

BM kritisierte an der gegenwärtigen deutschen Debatte, daß die nationale Identität der Deutschen nicht in der Zukunft gesehen werde. Wenn wir uns auf die geschichtliche und kulturelle Identität in einem restaurativen Sinne beschränkten, würden wir scheitern. Dies sei keine Zukunftsidentität. Die Reaktionen der Bürger in der DDR auf die Bundestagswahl, die regelmäßig bei uns „mitwählten", verdeutlichten die Fragestellung.

Stürmer stimmte nachdrücklich zu: Damit werde auch die Grundgesetzprojektion in die Zukunft als richtig bestätigt.

Stürmer erinnerte an Bismarck, der als letzter deutscher Staatsmann die sich aus der deutschen Mittellage ergebenden Folgerungen klar und richtig gezogen habe (auf Einwurf BMs stimmte Stürmer zu, daß auch Stresemann diese Frage richtig gesehen habe). Stürmer verwies auf die Schwierigkeiten, nicht nur der geographischen und strategischen Mittellage gerecht zu werden, sondern auch „seelisch" in der Mittellage zu bleiben. Es werde zunehmend schwieriger, im Inneren die Balance zu halten, weil die Selbstbeschränkung der Mitte geringer werde. Es erscheine ihm notwendig, gegenzusteuern.

Stürmer verwies darauf, daß wir die Möglichkeiten vielleicht nicht ausreichend nutzten, dies auch anderen deutlich zu machen: in der Wirtschaft, im deutsch-französischen Jugendwerk, auch in den militärischen Austauschprogrammen, in den Medien, im ganzen europäischen Einigungsprozeß: Er sei bürokratisiert, die Masse der Bevölkerung verstehe ihn nicht mehr, selbst viele

10 Bundesminister Genscher hielt anläßlich der „Eiswette" am 15. Januar 1983 in Bremen eine Rede, in der er darlegte: „Arnold Duckwitz, einer der großen Bremer Bürgermeister des 19. Jahrhunderts, schreibt in den ‚Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben': ‚Ein kleiner Staat wie Bremen […] darf nie als ein Hindernis des Wohlergehens der Gesamtheit der Nation erscheinen […].'" Weiter führte Genscher aus: „Was wäre uns Deutschen, was wäre Europa erspart geblieben, wenn das über die Jahrhunderte deutsche Staatsraison gewesen wäre: Ein Staat wie Deutschland, im Herzen Europas, darf nie als ein Hindernis für das Wohlergehen der Gesamtheit der europäischen Staaten erscheinen". Vgl. Referat 013, Bd. 179048.

11 Als Regierender Bürgermeister von Berlin führte der spätere Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in der Einleitung zu seiner Publikation „Die deutsche Geschichte geht weiter" aus: „Die deutsche Geschichte hat noch nie den Deutschen allein gehört. Das ist die Folge unserer Lage im Zentrum des Kontinents." Vgl. Richard von WEIZSÄCKER, Die deutsche Geschichte geht weiter, Berlin 1983, S. 16.
In einer Rede über „Die Deutschen und ihre Identität" führte Weizsäcker am 8. Juni 1985 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf aus: „Die deutsche Geschichte hat noch nie den Deutschen allein gehört." Vgl. BULLETIN 1985, S. 538.

Multiplikatoren machten sich nicht die Mühe, ihn zu verstehen, und seien zweifelnd.

BM äußerte gewisses Verständnis für diese Skepsis. Dehler sei seinerzeit gegen die Römischen Verträge[12] gewesen, weil er es als Irrtum angesehen habe, von einer Bürokratie die Schaffung Europas zu erwarten. BM hob hervor, daß er eben auch aus diesem Grunde eine europäische Politik im Technologiebereich und in der Raumfahrt wünsche. Hier liege eine Dynamik, die Europa brauche. Auch EUREKA sei insofern ein Versuch, frei von den bürokratischen Institutionen die Industrie zusammenzuführen.[13]

Raumfahrt sei das nächste prioritäre Gebiet. Es werde Orientierungen geben.

BM erinnerte an die Bedeutung, die die Unterstützung der Reichsregierung für die deutsche Eisenbahnindustrie im vergangenen Jahrhundert hatte. (Stürmer: Die Zinsgarantie war ausschlaggebend, das Telegraphensystem ist ein noch besseres Beispiel.) Er erinnerte auch an eine Erörterung im Ministerkreis über das Hermes-Projekt[14], bei dem der BMF neben Haushaltsbedenken Fragen zur Unterstützung eines solchen „Subventionsprojektes" durch einen Liberalen gestellt habe. (Stürmer: Colbertismus!) Hier müsse die neue Regierung Zeichen setzen. Sie müsse auf diesem Weg vorangehen, und zwar mit Frankreich.

Zu dem deutsch-französischen Tandem stellte BM fest: D könne die Rolle als Denkmotor in Europa nur spielen mit F. Dabei gehe es nicht nur um die Frage der Einigung in der EG. Ein entschlossenes und überzeugendes Zusammengehen mit F gebe uns auch die Gewißheit, daß wir nicht in ein schiefes Licht kämen bei den anderen Partnern, es helfe uns auch nach innen, die Orientierung zu halten. Aus diesen Gründen sei er, BM, trotz aller auftretenden Schwierigkeiten unerbittlich in dem Engagement für engste deutsch-französische Abstimmung.

Stürmer unterstützte diese Feststellung, deren Bedeutung für die deutsche Staatsphilosophie nicht überschätzt werden könne. Adenauer habe dies – allerdings nur nach innen – auch sehr deutlich gesagt.

Stürmer erklärte sich mit dem Gesprächsinhalt völlig einverstanden: Die Welt bewege sich, Westeuropa sei der wichtige Preis, um den es gehe, auch bei der Rüstungskontrolle. Hier sei unsere Rolle zu sehr die eines Objektes. Die Probleme würden für uns am ehesten deutlich – bis tief in die Innenpolitik.

Stürmer fragte deshalb nochmals, was man tun könne:

– Die Technologiepolitik müsse verbreitert werden; das ESA-Modell sei aussichtsreich, seine Teilnehmer seien nicht Bürokraten, sondern „Aktionäre" – sie bildeten Zellen der ersten Phase. Hier sei es wichtig, nicht zu sparen. (BM war mit diesem Gedankengang voll einverstanden: Wer an bemannter Weltraumfahrt nicht teilnimmt, ist spätestens 2000 zweitrangig; das Konzept

12 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

13 Am 6. November 1985 verabschiedeten die EG-Mitgliedstaaten sowie Vertreter weiterer acht Staaten und der EG-Kommission auf einer Ministerkonferenz in Hannover eine Grundsatzerklärung zu EUREKA. Es sollte das Ziel sein, durch verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungsinstituten auf dem Gebiet der Hochtechnologien die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Industrien und Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt zu steigern. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 39–44. Zu EUREKA vgl. ferner AAPD 1985, II, Dok. 189.

14 Zum Hermes-Projekt vgl. Dok. 13, Anm. 6.

eines technologisch zurückfallenden Europas ist das Konzept der Sozialisierung Europas und – so Stürmer – der Abkoppelung von Amerika.)

– Die Deutschlandpolitik – lange Zeit die „only show in town" – sei erfolgreich und müsse fortgesetzt werden. Sie bedürfe aber der Europäisierung, um Mißtrauen auf allen Seiten zu vermeiden.
– Der Agrarmarkt müsse geregelt werden, ebenso wie die übrigen Funktionsschwierigkeiten in der EG. Dies könne aber die Bürokratie nicht bringen!

BM erklärte sich nachdrücklich einverstanden mit dem Gedanken, daß nur ein selbstbewußtes und starkes Europa ein gleichwertiger Partner der USA und auch ein gleichwertiger Spieler in dem wichtigen strategischen Dreieck Europa–USA–Japan sein könne. Die Hygiene in einem Bündnis sei von grundsätzlicher Bedeutung.

Stürmer stellte deshalb fest: Die heute zu treffenden Entscheidungen seien in ihrer Bedeutung nicht geringer als diejenigen der Adenauer-Zeit. Daß Adenauer sie getroffen habe, sei eine um so größere Leistung, als er politisch über seine Verhältnisse gelebt habe.

Dg 20[15] warf ein: Adenauer habe durchaus konkrete und für die Franzosen sehr wichtige Gegenleistungen eingebracht, z. B. beim Vereinbaren des Schuman-Planes[16].

Stürmer bestritt dies nicht: Er habe das Zukunftspotential seines Landes trotz der katastrophalen psychologischen Lage und ungeachtet der sonstigen Bedingungen eingesetzt. Dies sei gerade die Leistung gewesen, und damit seien Maßstäbe gesetzt, an denen sich die deutsche Politik heute messen müsse: Adenauer habe mit Augenmaß eine „Anleihepolitik" betrieben.

BM kam auf das geopolitische Problem der deutschen Mittellage zurück. Er erinnerte an die Stalin-Note von 1952[17], deren volle Bedeutung Stalin und Adenauer sicherlich erkannt hätten:

– Stalin – dies sei keine Wertbetrachtung – sei sicher einer der großen strategischen Köpfe dieses Jahrhunderts. Wie Lenin sei er von der Nationalitätenfrage in der SU geprägt gewesen. Er habe keine Illusionen darüber gehabt, daß der Zeitpunkt kommen würde, an dem die nach Ende des Zweiten Weltkrieges unterworfenen Völker in Osteuropa „Versuchungen" ausgesetzt sein würden. Vielleicht sei das Motiv der 52er-Note gewesen, über ein neutrali-

15 Hans-Friedrich von Ploetz.

16 Zum Schuman-Plan vgl. Dok. 4, Anm. 28.

17 Am 10. März 1952 schlug die UdSSR den Drei Mächten vor, unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu führen. Im folgenden Notenwechsel bestanden Großbritannien, Frankreich und die USA auf international kontrollierten, freien gesamtdeutschen Wahlen als Voraussetzung für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung. Zwar erklärte sich die UdSSR am 9. April 1952 bereit, die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen zu erörtern, die Kontrolle von Wahlen durch eine VN-Kommission lehnte sie jedoch ab; statt dessen favorisierte sie die Überprüfung durch einen Ausschuß der Vier Mächte unter Hinzuziehung von Vertretern der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut der sowjetischen Noten vom 10. März, 9. April, 24. Mai und 23. August 1952 vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4832 f., S. 4866 f. und S. 4985–4987, sowie EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 2, S. 5180–5182. Für den Wortlaut der Antwortnoten der Drei Mächte vom 25. März, 13. Mai, 10. Juli und 23. September 1952 vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4833 f. und S. 4963–4965, sowie EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 2, S. 5093 f. und S. 5207 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1952.

siertes Deutschland den Osteuropäern soviel Bewegungsfreiheit zu geben, daß diese Versuchung kanalisiert und gleichzeitig sowjetischen Sicherheitsinteressen Rechnung getragen werden könnte. Hierfür wäre die Vermeidung einer Konfrontation von Paktsystemen wesentlich gewesen. Stalin habe die zentrale Bedeutung Deutschlands in Europa ganz klar erkannt. Man könne sich fragen, ob er der Auffassung gewesen sei, daß die Freigabe der SBZ der SU letztlich sehr viel mehr gegeben als ihr genommen hätte.

– Adenauer habe klar das Risiko gesehen, daß die USA sich militärisch aus Europa zurückziehen könnten und dieses dadurch in eine sicherheitspolitische Schieflage kommen würde (sicher habe er auch die innenpolitischen Konsequenzen in D berücksichtigt).

Heute bestehe die Herausforderung, auf die Stalin seinerzeit vorausschauend habe antworten wollen, fort: Die unterworfenen Völker Osteuropas wünschten mehr Identität, die auch von der SU unterzeichnete Schlußakte sei dafür die Kursbestimmung. Die Entwicklung vollziehe sich heute unter anderen Voraussetzungen als in den 50er Jahren. Europa sei nicht mehr wehrlos. Die europäischen Demokratien hätten die Chance, im Bündnis mit – und nicht in Abhängigkeit von – den USA auf diese Entwicklung einzuwirken. Also: Jetzt könne zum zweiten Male nach dem Kriege über die Zukunft Europas gesprochen werden, aber unter besseren Bedingungen als beim ersten Mal. Aus diesem Grunde sei die Europapolitik für die Bundesrepublik Deutschland von so zentraler Bedeutung.

Stürmer stimmte dem Gedankengang zu, äußerte aber die Sorge, daß die USA nicht die hierfür notwendige „aufgeklärte" Politik führen, sondern mit „worst case scenarios" operieren und geschichtslose militärische Computerspiele zur Grundlage der Politik machen. Im Ostblock seien weitere Veränderungen und Bewegungen sichtbar, man müsse versuchen, dies alles den Amerikanern zu erklären. Stürmer erinnerte in diesem Zusammenhang an den interessanten und wichtigen Artikel von Brzezinski in Foreign Affairs.[18]

BM resümierte, daß deutsche Außenpolitik aus nationalem Interesse europäisch sein müsse. Es sei notwendig, daß dies überall in der Bundesregierung verstanden werde.

Stürmer zustimmend: Nur so könnten nationalistische Trends eingefangen werden. Daß es diese überall gebe, bewiesen ihm die vielen Leserbriefe auf seine Leitartikel. Auf dem rechten Flügel sei einiges los. *BM* ergänzte: Und es gebe auch einen linken Nationalismus, der sich mit dem rechten zu einer für unsere Demokratie unter gewissen Umständen gefährlichen Zangenbewegung treffen könne.

Stürmer griff diese Überlegung auf und ergänzte, der rechte und linke Nationalismus mit den Querverbindungen sei auch deshalb so gefährlich, weil er keine Alternative anbiete.

Stürmer erinnerte im übrigen an den in Deutschland immer vorhanden gewesenen und auch heute sichtbaren engen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik.

18 Vgl. den Artikel von Zbigniew Brzezinski, „The Future of Yalta"; FOREIGN AFFAIRS, Bd. 63, Nr. 2 (Winter 1984/85), S. 279–302.

BM bestätigte dies und verwies auf unsere Geschichte und Lage, mit denen dieses Phänomen zu tun habe.

Beide Gesprächspartner äußerten den Wunsch, den Gedankenaustausch bald fortzusetzen.

Referat 010, Bd. 178916

19

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-120/87 geheim **30. Januar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Information und mit der Bitte um Billigung des Entscheidungsvorschlages

Betr.: INF-Verhandlungen;
hier: Amerikanischer Vorschlag zur Verifizierung eines INF-Abkommens durch Verdachtskontrolle

Anlg.: 1 (nur bei Original)[4]

Entscheidungsvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, in der Sitzung der Quint am 5. Februar 1987, die der SCG-Sitzung am 6. Februar 1987 vorausgeht[5], unsere Bedenken gegen die amerikanischen Vorstellungen zur Verdachtskontrolle geltend zu machen und auf die Notwendigkeit weiterer Konsultationen hinzuweisen.

1) Während meines Washington-Aufenthaltes[6] übergab mir John Hawes, Principal Deputy Assistant Secretary, Vorschläge zur Verifizierung eines INF-Abkommens (vgl. DB Washington Nr. 340 vom 26. Januar 1987, liegt bei[7]). Er kündigte

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Vortragendem Legationsrat Elbe konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 30. Januar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 11. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Wodurch unterscheidet sich der jetzige Vorschlag von der gemeinsamen Position in Reykjavik? 2) W[ieder]v[orlage] 13.2."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik und Referat 220 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] W[ei]s[un]g BM."
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 12. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte und handschriftlich vermerkte: „Im Rücklauf."
Hat Meyer-Landrut am 12. Februar 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 2 A."
Hat Holik am 12. Februar 1987 erneut vorgelegen, der Referat 220 auf die Wiedervorlage für den 13. Februar 1987 hinwies.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 7.

5 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) und im erweiterten Kreis in Brüssel vgl. Dok. 28.

6 Zum Besuch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik vom 25. bis 27. Januar 1987 in den USA vgl. Dok. 21.

7 Für den Drahtbericht des Botschafters Holik, z. Z. Washington, vgl. VS-Bd. 11282 (220).

gleichzeitig eine SCG/Quint-Sitzung für den 2. Februar 1987 an, auf der die amerikanische Seite eine Stellungnahme der Verbündeten zu dem Vorschlag erwartet. Inzwischen ist die Sitzung auf den 5./6. Februar 1987 verschoben worden. Die amerikanische INF-Delegation beabsichtigt, ihre Verifikationsvorschläge möglichst umgehend in die Genfer Verhandlungen einzuführen.

2) Der Vorschlag sieht neben systematischen Vor-Ort-Inspektionen (Überprüfung der Daten, der Beständevernichtung und der Außenbereiche von Produktions-, Reparatur- und Lagereinrichtungen – vgl. Buchstaben A, B, D und E) eine Bestimmung über mandatorische Verdachtskontrollen vor.

Der hier einschlägige Absatz C lautet:

„Zusätzlich hat jede Partei das Recht, nach kurzfristiger Anmeldung und zu einem Zeitpunkt ihrer Wahl insgesamt (einsetzen) Inspektionen in einem Kalenderjahr an Orten durchzuführen, die der Kontrolle der anderen Partei unterliegen und an denen nach Auffassung der beantragenden Partei Tätigkeiten im Zusammenhang mit bodengestützten ballistischen Raketen längerer und kürzerer Reichweite oder bodengestützten Marschflugkörpern längerer und kürzerer Reichweite vorgenommen werden könnten. Diese Inspektionen werden überprüfen, daß Systeme, die den Bestimmungen des Vertrages unterliegen, an solchen Orten nicht hergestellt, unterhalten oder gelagert werden. Solche Inspektionen werden in Übereinstimmung mit den Kriterien und Verfahren durchgeführt werden, die in dem Protokoll über Inspektionen enthalten sind."

3) Der amerikanische Vorschlag ist von weitreichender Tragweite:

Er erlaubt einer Partei praktisch jeden Ort, der der Kontrolle der anderen Seite unterliegt, zu inspizieren, wenn die beantragende Partei vorträgt, daß ein Sachverhalt aufzuklären sei, der nach ihrer Auffassung in einem Zusammenhang mit der Produktion, Unterhaltung und Lagerung von INF-Systemen stehe.

Es erscheint problematisch, daß die Verdachtskontrolle schon durchgeführt werden muß, wenn die beantragende Partei sich eine subjektive Meinung über das mögliche Vorliegen einer Vertragsverletzung gebildet hat; sie ist noch nicht einmal verpflichtet, Tatsachen zur Begründung des Inspektionsbegehrens vorzutragen. Der Entwurf enthält auch keinen Ansatz, um die verdächtigte Partei gegen einen offensichtlichen Mißbrauch der Verdachtskontrolle zu schützen. Schließlich ist offen, wie die Formulierung „Orte, die der Kontrolle der anderen Partei unterliegen" zu verstehen ist. Könnte sich hier – wie bei dem CW-Abkommensentwurf der USA – das Problem in bezug auf die Produktionsstätten wiederholen, daß staatliche Produktionsstätten der SU wohl, aber zivile Produktionsstätten des Westens nicht erfaßt sind?

In seiner Problematik ist der amerikanische Vorschlag mit Artikel X des US-Entwurfes über ein CW-Abkommen[8] zu vergleichen.

4) Wir sind in den bisherigen amerikanischen Unterrichtungen zu keinem Zeitpunkt über die Absicht der USA unterrichtet, einen derartig weitreichenden Vorschlag zur Verdachtskontrolle einzuführen. Aufgrund der bisherigen Erörte-

8 Für den Wortlaut von Artikel X zu „Special On-site Inspection" des Vertragsentwurfs der USA vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 431 f. Zu dem Entwurf vgl. auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

rungen in der Quint konnten wir vielmehr davon ausgehen, daß eine Verbindung von Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärung durch nationale technische Mittel (z. B. Festlegung von vorgesehenen Dislozierungsgebieten, Verschlüsselungsverbote, kooperative Maßnahmen wie Offenlegung von zerstörten Systemen etc.) mit bestimmten systematischen Vor-Ort-Inspektionen von amerikanischer Seite als ausreichend angesehen wurde, um die Einhaltung eines INF-Abkommens zu überwachen. Das Institut sogenannter mandatorischer Kontrollen tauchte zwar – eher beiläufig – in einem Schreiben von Holmes an Botschafter Ruth vom 29. April 1986[9] auf, aber die amerikanische INF-Delegation versicherte auf entsprechende Nachfrage in der Quint vom 5. Mai 1986 nachdrücklich, daß sie sich in den Verhandlungen über Verifikationsfragen sowohl von dem Erfordernis der Effektivität als auch von der Verhandelbarkeit leiten lassen wolle, um bei einer späteren Einführung von Vorstellungen zur Verdachtskontrolle eine Situation zu vermeiden, wie sie sich im CW-Zusammenhang in Verbindung mit Artikel X des amerikanischen Entwurfs dargestellt hat.[10]

Nach der bisherigen Behandlung des Verifikationsthemas konnten wir davon ausgehen, daß diese schwierige Frage gründlich konsultiert werden und nicht in dieser Form kurzfristig zur Stellungnahme übermittelt werden würde.

5) Der amerikanische Vorschlag ist geeignet, erhebliche Belastungen für die INF-Verhandlungen herbeizuführen. Es besteht die Gefahr, daß dieser Vorschlag die INF-Verhandlungen in ähnlicher Weise festfahren läßt, wie dies Artikel X des amerikanischen Entwurfs für ein CW-Abkommen in den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz bewirkt hat. Dies erscheint im jetzigen Verhandlungsstadium, in dem Druck auf die Sowjetunion ausgeübt wird, ihr Junktim zwischen INF und Weltraum aufzugeben, besonders problematisch. Die Sowjetunion könnte die Einführung eines US-Vorschlags zu weitreichender Verdachtskontrolle dazu benutzen, sich in der Frage des Junktims zu entlasten, indem sie die aus ihrer Sicht unannehmbaren Verifikationsvorstellungen als Ausdruck mangelnder Verhandlungsbereitschaft propagandistisch herausstellt.

Holik

VS-Bd. 11360 (220)

9 Für das am 29. April 1986 eingegangene Schreiben des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Holmes, vom 25. April 1986 an Botschafter Ruth vgl. VS-Bd. 11370 (220).

10 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel (NATO), informierte am 5. Mai 1986: „Die heutige Sitzung der Vertreter der Stationierungsländer mit dem amerikanischen SCG-Vorsitzenden [Allen] Holmes war dem Thema der Verifikation eines künftigen LRINF-Abkommens gewidmet. Grundlage war der […] Brief Holmes/Ruth vom 29.4.1986. […] Ich habe vorgeschlagen, die verfahrensmäßige Möglichkeit der Einsetzung einer Verifikations-Arbeitsgruppe zu prüfen und mit der SU zu erörtern. Damit könne klargemacht werden, daß aus amerikanischer Sicht das Thema parallel zu den Reduzierungsverhandlungen erörtert werden soll. Der Vorwurf, die USA wollten Fortschritte bei den Reduzierungsverhandlungen durch die Verifikationsproblematik blockieren, könne damit entkräftet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 622; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

20

Botschafter Bente, Tunis, an das Auswärtige Amt

114-1472/87 geheim
Fernschreiben Nr. 45
Citissime nachts

Aufgabe: 30. Januar 1987, 13.00 Uhr[1]
Ankunft: 30. Januar 1987, 14.21 Uhr

Betr.: Entführung Cordes/Schmidt[2]

Bezug: DB Nr. 43 vom 29.1.1987 – Az. wie oben[3]
Telefongespräch VLR I Richter/Fr. Reedwisch

Mit der Bitte um Weisung

1) Gespräch mit Abu Iyad hat heute morgen in einer Villa in Karthago stattgefunden. Aufgrund Telefonweisung konnte ich den amtlichen Charakter meiner Demarche hervorheben. Forderung auf ein schriftliches Hilfeersuchen oder einen Nachweis meiner Ermächtigung, in obiger Sache Gespräche zu führen, wurde daraufhin nicht mehr erhoben.

2) Abu Iyad war außerordentlich liebenswürdig. Er verurteilte Geiselnahmen grundsätzlich und berichtete mir wie folgt:

a) Seine Organisation habe bereits vor unserer Bitte um Mithilfe Informationen über diese Geiselnahmen gesammelt. Es befänden sich inzwischen vier deutsche Staatsangehörige(?) in Geiselhaft. Nach unserer Bitte habe die Organisation diese Tätigkeit noch verstärkt. Sie werde durch die Tatsache erleichtert, daß in der Entführergruppe eigene V-Leute tätig seien. Die deutschen Geiseln seien wohlauf. Sie befänden sich weder in Baalbek noch in Beirut, sondern in schiitischen Dörfern um Saida in den Händen der Hisbollah. Führer der Gruppe sei ein gewisser Hassan Mussawi, der sein HQ[4] in der Nähe von Baalbek unterhalte. Die Gruppe stelle als einzige Forderung die Freigabe des in Frankfurt festgenommenen Hamadi. Sie lege Wert darauf, daß die Überstellung in Beirut erfolge. An einem anderen Ort befürchte sie amerikanische Interventionen. Forderungen wegen des ebenfalls inzwischen verhafteten Bruders von Hamadi[5]

1 Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 30. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 30. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat K[enn]tn[is]."

2 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 9.

3 Botschafter Bente, Tunis, informierte, das Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Abu Iyad, sei auf den 30. Januar 1987 verschoben worden. Ein Emissär Abu Iyads habe mitgeteilt, daß dessen „Nachrichtendienst" der Bundesregierung helfen könne. Auch Frankreich und die USA seien „in Geiselfragen offiziell an die PLO herangetreten", ohne „daß die PLO daraus eine völkerrechtliche Anerkennung hergeleitet habe". Vgl. VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Hauptquartier.

5 Nach der Verhaftung des libanesischen Staatsangehörigen Mohammed Ali Hamadi auf dem Flughafen Frankfurt am Main am 13. Januar 1987 wurde dessen Bruder Abbas Hamadi dort am 26. Januar 1987 ebenfalls festgenommen. Botschafter van Well, Washington, informierte am 28. Januar 1987 über die Reaktion in den USA. Die weitere Festnahme sei „durchgängig Thema" in den amerikanischen Medien: „In den NBC-Abendnachrichten z. B. schließt der aus Deutschland berichtende Korrespondent mit dem Hinweis, daß mit der Festnahme eines zweiten Mitglieds des Hamadi-Clans sich die Ver-

seien bisher nicht gestellt worden. Ich machte darauf aufmerksam, daß dieser nach meinen Informationen auch deutscher Staatsangehöriger sei und das Grundgesetz uns Auslieferung von Deutschen verbiete.[6] Im übrigen hätten wir in dieser Sache keine Eile. Außerdem wisse ich auch nicht, ob die Bundesregierung überhaupt bereit sei zu verhandeln.

b) Abu Iyad erwiderte, wenn sie verhandeln wolle, sollte dies sehr schnell geschehen. Die Erfahrung zeige, daß je länger zugewartet werde, desto größer die Forderungen würden, insbesondere nach den letzten amerikanischen Versuchen, amerikanische Geiseln mittels Geld und Waffen auszulösen.[7] Er erinnerte auch an seine Gespräche mit der französischen Regierung (Joxe) wegen des in Paris inhaftierten Anis Naccache[8], dem er den gleichen Rat erteilt habe. Er sei nicht befolgt worden. Die neue französische Regierung befinde sich heute bekanntlich in der Geiselfrage in einer sehr schwierigen Situation.[9]

Er, Abu Iyad, habe sehr großes Verständnis für die Regierungen, die Verhandlungen ablehnten. Nur so könne der Geiselnahme Einhalt geboten werden. Aber nur wenige Regierungen hätten den Mut, so zu handeln. Am klügsten habe sich bis heute die britische Regierung bei Geiselnahmen verhalten, die Verhandlungen ablehne mit dem Erfolg, daß die beiden britischen Geiseln in der Öffentlichkeit vergessen und bisher keine weiteren britischen Geiseln genommen worden seien.[10]

c) Ihm, Abu Iyad, sei über seine Kanäle bekannt, daß wir bereits Kontakt mit den Entführern hätten. Dennoch habe sich die Entführergruppe auch an ihn gewandt mit der Bitte, die Angelegenheit zu einem schnellen und positiven

Fortsetzung Fußnote von Seite 85

handlungsposition der Bundesregierung für einen evtl. Austausch (nunmehr zwei gegen zwei) verbessert habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 396; Referat 310, Bd. 149652.

6 Vgl. Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

7 Zur „Iran-Contra-Affäre" vgl. Dok. 4, Anm. 15.

8 Korrigiert aus: „Georges Naccache".
Der libanesische Staatsangehörige Naccache war an der versuchten Ermordung des früheren iranischen Ministerpräsidenten Bakhtiar am 18. Juli 1980 in einem Pariser Vorort beteiligt, bei der zwei Menschen starben, Bakhtiar selbst aber überlebte.

9 Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 5. März 1987, am 3. März 1987 habe es zu den französischen Geiseln im Libanon einen vertraulichen Meinungsaustausch mit einem Mitarbeiter des französischen Außenministeriums in dessen Privatwohnung gegeben. Verhandlungen mit dem Iran hätten zur Freilassung von fünf Geiseln geführt, nicht aber zur Freilassung der „ersten und symbolträchtigsten französischen Geiseln", der Diplomaten Fontaine und Carton. Frankreich setze nun darauf, daß syrische Truppen „über kurz oder lang auch die von der Hisbollah kontrollierten Bereiche im Süden Beiruts einnehmen". Die französische Regierung habe die Lösung der Geiselfrage zur „Kernfrage" ihrer Nahostpolitik gemacht und angesichts ihrer Parteinahme für den Irak im irakisch-iranischen Krieg ihren Handlungsspielraum in der Region „weitgehend eingebüßt". Es bleibe zu hoffen, daß sie „nicht den Teufel mit dem Beelzebub" austreibe, indem sie nun verstärkt auf syrische Unterstützung baue. Vgl. den Drahtbericht Nr. 508; VS-Bd. 13004 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

10 Im Gespräch mit Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 22. Februar 1987 legte der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Thomas, dar, es sei notwendig, an dem Grundsatz „keine Konzessionen an Entführer unter Zwang" festzuhalten. Die britische Regierung habe diesen Grundsatz „im Falle des vor 18 Monaten in Beirut entführten britischen Lektors Alec Collett" befolgt. Ob Collett noch lebe, sei ungewiß. Vgl. die Aufzeichnung Richthofens vom selben Tag; VS-Bd. 11915 (209); B 150, Aktenkopien 1987.
Am 30. Januar 1987 informierte Botschafter Freiherr von Wechmar, London, er habe Gespräche mit Vertretern des für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Referats im britischen Außenministerium geführt. Diese hätten mitgeteilt, insgesamt befänden sich drei britische Staatsangehörige als Geiseln im Libanon. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 181; VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Ende zu führen. Die Gruppe wisse aber nicht, daß er mit uns bereits in Verbindung stehe. Aufgefallen sei seinem V-Mann, daß die Entführergruppe von jeglichem Haß gegenüber der BR Deutschland frei sei und es ihr ausschließlich darum gehe, Solidarität gegenüber Hamadi zu üben. Dies sei auch die Erklärung dafür, daß keine weiteren Forderungen gestellt worden seien.

3) Ich bedankte mich für diese Informationen. Wir sind so verblieben, daß wir die Verbindung offenhalten. Abu Iyad steht der BReg jederzeit zur Verfügung. Er stellte auch seinerseits keine Forderungen.

Sein Verhalten war sympathisch und von Klarheit und pragmatischem Denken gekennzeichnet. Wahrscheinlich um seinen guten Willen unter Beweis zu stellen, machte er abschließend noch darauf aufmerksam, daß die Entführung der vier Professoren der AUB[11] von der syrischen Regierung gelenkt werde. Sie habe die Organisation „Al Jihad Al Islami pour la libération de la Palestine" erfunden. Die Geiseln würden in Kürze wieder freigelassen. Mit dieser spektakulären Aktion wolle die syrische Regierung den Eindruck erwecken, daß sie der Ordnungsfaktor im Libanon sei und in kurzer Zeit Geiselnahmen zu einem guten Ende führen könne. Sobald die Befreiung erfolgt sei, werde die PLO von sich aus diesen Fall in der internationalen Presse herausstellen.

[gez.] Bente

VS-Bd. 14152 (010)

11 American University of Beirut.
Am 29. Januar 1987 vermerkte der Arbeitsstab Libanon zu den Entführungen amerikanischer Staatsangehöriger im Libanon: „Letzter Entführungsfall 24.1.1987 (vier Lehrkräfte des Beirut University College, davon drei US-Bürger). Bisher keine Kontakte zu den Entführern, auch kein Lebenszeichen der Entführten. […] Das State Department nimmt an, daß letzte Entführungen durch Inhaftierung Hamadis ausgelöst worden sind, ohne direkte Absprache mit dem Iran." Vgl. VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

21

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik

221/204-376.14 USA-119/87 VS-vertraulich **3. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Gespräche von D2[4] und D2A[5] in Washington am 26./27.1.1987 über rüstungskontroll- und sicherheitspolitische Fragen sowie bilaterale Themen

Anlg.: 7[6]

1) Gemäß Ihrer Absprache mit AM Shultz zu bilateralen Konsultationen auf Expertenebene über konventionelle Rüstungskontrolle und Sicherheitspolitik[7] hielten D2 und D2A sich am 26. und 27.1.1987 zu Gesprächen über Sicherheits- und Rüstungskontrollfragen in Washington auf.

2) D2 und D2A führten am 27.1. gemeinsam Gespräche mit den Abteilungsleitern Ridgway und Holmes (State Department)[8], Ermarth (NSC, neu ernannter Nachfolger für Matlock mit Zuständigkeit für SU und Europa)[9] sowie Perle

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Buerstedde und von Moltke sowie Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] ein Ex[em]pl[ar] an 010. BM ist mündl[ich] unterrichtet worden (D2, D2A)."

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 4. Februar 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) H[errn] RL 204 z[ur] K[enntnisnahme]. 010 hat Kopie. So mit StS auf dessen Anruf vereinbart. 2) H. D2A."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 4. Februar 1987 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen erneut vorgelegen.
Hat Botschafter Holik am 9. Februar 1987 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Gruber am 9. Februar 1987 erneut vorgelegen.

4 Hermann Freiherr von Richthofen.

5 Josef Holik.

6 Von Vortragendem Legationsrat Gruber handschriftlich korrigiert aus: „6".
Dem Vorgang teilweise beigefügt. Vgl. Anm. 8–13.

7 Am 7. Januar 1987 dankte Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Shultz für dessen mit Schreiben vom 5. Januar 1987 übermittelten Vorschlag, in Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle „möglichst bald auf der Ebene von Experten zusammenzukommen". Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen vom 7. Januar 1987 an die Botschaft in Washington; Referat 204, Bd. 135400.

8 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit der Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke vom 30. Januar 1987 zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, ferner seine Aufzeichnung vom 2. Februar 1987 zu den bilateralen Themen; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.
Zum Gespräch von Richthofen und Holik mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 434 des Botschafters van Well, Washington, vom 30. Januar 1987; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11541 (221).
Hauptthema des Gesprächs des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit dem Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat, Ermarth, war die Frage einer beschleu-

(OSD)[10]. Sie hatten außerdem ein Roundtable-Gespräch unter Beteiligung aller mit Rüstungskontrolle befaßten Behörden über die konventionelle Rüstungskontrolle.[11]

D2A führte außerdem getrennte Gespräche mit dem ACDA-Chef Adelman und Holmes' Vertreter Hawes.[12] Andere vereinbarte Termine (mit Nitze, Rowny, Linhard – NSC – sowie General Denson – JCS) kamen wegen witterungsbedingter Blockierung des öffentlichen Lebens in Washington am 26.1. nicht zustande.

D2 traf getrennt mit Botschafter Bremer zu Fragen der Terrorismusbekämpfung (hierzu wurde gesonderter Vermerk vorgelegt[13]) und mit Senator Carl Levin, Vorsitzender des Unterausschusses „Conventional Forces and Alliance Defense" des Senats-Verteidigungsausschusses, zusammen (hierzu Bericht der Botschaft Washington vom 29.1.1987[14]).

Fortsetzung Fußnote von Seite 88

nigten Indienststellung eines Abwehrsystems gegen strategische Raketen im Rahmen von SDI. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wagner vom 2. Februar 1987; Referat 204, Bd. 135400.

10 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, vgl. die nicht gezeichnete Aufzeichnung vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 372 des Botschafters van Well, Washington, vom 28. Januar 1987; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

11 Zum „Roundtable-Gespräch" des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit Vertretern der mit Rüstungskontrollfragen befaßten amerikanischen Ministerien und Agencies am 27. Januar 1987 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

12 Zum Gespräch des Botschafters Holik mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Adelman, am 27. Januar 1987 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.
Zu Holiks Gespräch mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hawes, vgl. Grubers Aufzeichnung vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

13 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 29. Januar 1987, im Gespräch mit Botschafter Bremer am 27. Januar 1987 seien der „Gang des Auslieferungsverfahrens Hamadi" und der Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon erörtert worden: „Bremer brachte die amerikanische Unterstützung für das Vorgehen gegen den Bruder Hamadis zum Ausdruck. Weiter führte er aus, daß die jüngste Geiselnahme von mehreren Amerikanern nichts an dem amerikanischen Auslieferungsbegehren ändere." Die amerikanische Regierung werde Reisen in den Libanon gesetzlich unterbinden, um so „das Reservoir möglicher Geiseln" zu reduzieren: „Auf Fragen, ob wir auch ähnliche gesetzliche Reisebeschränkungen erlassen könnten, antwortete D2, daß es nach unserem Paßgesetz zwar gewisse Möglichkeiten der Paßbeschränkung gibt, in Anbetracht der in unserem Grundgesetz verankerten Freizügigkeit [es] aber schwierig sein dürfte, Reise in ein Land generell zu untersagen." Bremer habe ferner angeregt, „daß die Länder mit Geiseln im Nahen Osten wie USA, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich sich zur Abstimmung über das weitere Vorgehen zusammensetzen sollten. Die Fünf sollten einen Appell an die Islamische Konferenz richten, Geiselnahme zu verurteilen und auf die Freilassung der Geiseln hinzuwirken." Zum amerikanischen Vorschlag, „im NATO-Rat einen besonderen Terrorismus-Ausschuß einzurichten", habe Bremer dargelegt, dieser Ausschuß solle „sich in erster Linie mit terroristischen Bedrohungen von NATO-Einrichtungen befassen. Außerdem könne er unterstützende Aktivitäten der Warschauer-Pakt-Staaten untersuchen." Vgl. Referat 310, Bd. 149653.

14 Botschafter van Well, Washington, berichtete, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen habe am 27. Januar 1987 mit dem amerikanischen Senator Levin Fragen der konventionellen Abrüstung und der nuklearen Abschreckung erörtert. Dabei habe Levin insbesondere darauf gedrängt, daß die NATO-Partner ihre Anstrengungen im konventionellen Bereich steigern müßten. Vgl. dazu den am 29. Januar 1987 eingegangenen Drahtbericht Nr. 388 vom 28. Januar 1987; Referat 204, Bd. 135400.

3) Die Gespräche unmittelbar nach der Bundestagswahl[15], deren Ergebnis in Washington aufmerksam zur Kenntnis genommen wurde, gaben Gelegenheit, die Kontinuität in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik darzulegen. D2 hob die Bedeutung der West-Ost-Beziehungen und ihre Entwicklung auf der Grundlage des Harmel-Konzeptes[16] hervor. D2 und D2A unterstrichen unser Interesse an Ergebnissen in Genf in diesem Jahr (LRINF-Abkommen mit Weiterverhandlungsverpflichtung zu SRINF, 50% Reduzierung bei START, CW, CTB schrittweise). D2A wies darauf hin, daß Rüstungskontrolle für uns nicht ein Ziel in sich selbst, sondern ein integraler Bestandteil unserer auf Stabilität ausgerichteten Sicherheitspolitik sei. Fragen der Sicherheit Europas müßten deshalb ebenso angemessen berücksichtigt und intensiv in die Suche nach rüstungskontrollpolitischer Stabilisierung einbezogen werden. D2 und D2A unterstrichen in diesem Zusammenhang angesichts der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion in Europa die Bedeutung der konventionellen Rüstungskontrolle für uns, vor allem bei Abrüstungserfolgen im nuklearen Bereich. Die amerikanischen Gesprächspartner zeigten sich an einer zügigen, substantiellen Vorbereitung der konventionellen Rüstungskontrollverhandlungen interessiert.

Mit den Gesprächen wurden die für den 24. Februar in Washington vereinbarten bilateralen sicherheitspolitischen Konsultationen, die auf unserer Seite in dieser Phase von Dg20[17] und General Hüttel (BMVg) geführt werden, vorbereitet.[18] D2 hob die Bedeutung hervor, die der Minister diesen Konsultationen beimißt, die der Rüstungskontrolle und Strategiefragen gewidmet sein sollten. Von amerikanischer Seite wurden die bevorstehenden, eingehenden Konsultationen gutgeheißen und begrüßt.

D2 legte Ridgway noch einmal die Ziele und die Notwendigkeit der WEU als Beitrag zur Stärkung des europäischen Pfeilers im Interesse der Allianz dar.

4) Aus den Äußerungen der amerikanischen Gesprächspartner (zu Einzelheiten der verschiedenen Gespräche siehe Gesprächsvermerke in der Anlage) sind vor allem Aussagen zu folgenden Themen festzuhalten:

4.1) SDI

Einer Aufforderung des Kongresses nachkommend, hat die SDI-Organisation des DoD einen Bericht über kurzfristige Optionen des SDI-Programms ausgearbeitet. Präsident Reagan erhielt am 24.1., also drei Tage vor seinem Bericht über die Lage der Nation[19], ein Briefing über den SDI-Bericht. Er enthält – unter Berufung auf Fortschritte in der Forschung, die über die ursprünglichen Erwartungen hinausgehen – als eine Option, die offensichtlich von Weinberger

15 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

16 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

17 Hans-Friedrich von Ploetz.

18 Zu den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 55.

19 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 27. Januar 1987 vor beiden Häusern des Kongresses in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 56–61. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 171–174 (Auszug).

favorisiert wird, den Vorschlag, schon 1993 mit der Dislozierung eines zweistufigen Raketenabwehrsystems (für die Endanflug- und Freiflugphase mit einer weltraumgestützten Komponente) zu beginnen.

Perle zufolge würde eine Entscheidung des Präsidenten zugunsten einer schon auf 1993 vorgezogenen Dislozierung vor allem zu einem konzentrierten, größeren Einsatz von Haushaltsmitteln für bestimmte Technologien führen. Auf die Frage nach den Folgen einer vorgezogenen SDI-Dislozierung für die Rüstungskontrolle stellte Perle fest, das Angebot, für zehn Jahre das Rücktrittsrecht vom ABM-V[20] aufzugeben, könne durch die Ereignisse überholt werden. Perle wies außerdem auf den taktischen Nutzen einer Entscheidung über eine vorgezogene Dislozierung hin: Durch sie würde der Verzicht auf das Rücktrittsrecht während zehn Jahren aufgewertet und Moskau zur Entscheidung gedrängt, einen Preis zur Verhinderung der vorgezogenen Dislozierung zu zahlen.

D2 und D2A erinnerten die amerikanischen Gesprächspartner in diesem Zusammenhang an die Zusage, mit uns wie den anderen Verbündeten zu konsultieren, bevor die USA entscheiden, über die Forschungsphase hinauszugehen.

4.2) Genfer Verhandlungen

Die Amerikaner möchten noch in dieser Verhandlungsrunde[21] möglichst rasch einen INF-Vertragsentwurf auf der Grundlage ihres Vorschlags vom 22.10.86[22] unterbreiten. Über die darin enthaltenen Verifizierungsregelungen, von denen auch die Stationierungsländer[23] unmittelbar betroffen sind, möchten sie bald mit uns in der Quint und der SCG konsultieren; zu diesem Zweck soll am 6.2. eine SCG-Sitzung stattfinden.[24]

Alle Gesprächspartner betonten, daß der angebotene Verzicht auf das Rücktrittsrecht vom ABM-V für zehn Jahre an das Zustandekommen einer Einigung über eine 50-prozentige Reduzierung aller strategischen auf 1600 Trägersysteme mit 6000 GK nach fünf Jahren sowie ein Verbot aller ballistischer Raketen nach weiteren fünf Jahren gekoppelt sei. Als Fortschritt ist zu werten, daß beide Delegationen in Genf sich auf die Erarbeitung einer gemeinsamen Auslegung des ABM-V eingelassen haben.

20 Artikel XV des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) legte fest, daß dieser auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen wurde. Beide Vertragsparteien konnten den Vertrag jedoch unter Berufung auf höchste nationale Interessen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 395.

21 Die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen wurde am 15. Januar 1987 in Genf eröffnet. Vgl. dazu Dok. 41.

22 Bei den amerikanischen-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf akzeptierten die USA am 28. Oktober 1986 eine Null-Lösung für LRINF in Europa, während im asiatischen Teil der UdSSR und in den USA weiterhin die Stationierung von je 100 nuklearen Sprengköpfen erlaubt sein sollte. Der entsprechende amerikanische Vorschlag umfaßte zudem Verifikationsbestimmungen und Beschränkungen (constraints) für SRINF. Zudem sollte festgeschrieben werden, daß der ABM-Vertrag vom 26. Mai 1972 frühestens in zehn Jahren gekündigt werden könne. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 305. Vgl. dazu auch DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 614 f.

23 Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

24 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 5./6. Februar 1987 in Brüssel im kleinen Kreis (Quint) und im erweiterten Kreis vgl. Dok. 28.

Die Ernennung Woronzows und jüngste Absprache über den Verhandlungsmodus in Genf (mehr informelle Gespräche) wurden unterschiedlich bewertet. Im State Department sah man darin den Ausdruck ernsthaften Verhandlungswillens; Perle stellte ihn in Zweifel.

4.3) Konventionelle Rüstungskontrolle

Die Amerikaner zeigten sich über die französischen Absichten sehr besorgt. Sie befürchten, die Franzosen wollten den französisch-amerikanischen Kompromiß über das Forum wieder aufrollen und die Verhandlungen über konventionelle Stabilität schließlich doch wieder in den KSZE-Rahmen zurückbringen.[25] Die Amerikaner erläuterten, daß sie einer solchen Entwicklung vorbeugen wollten und daher auf entsprechenden Klärungen in der derzeit in der HLTF diskutierten Mandatsweisung beharrten. D2A warb um Verständnis für das französische Bedürfnis, sich auf die für sie neue Entwicklung von West-Ost-Gesprächen einzustellen, und plädierte dafür, daß auch die Amerikaner den mühsam erzielten Forums-Kompromiß durch Forderungen auf Festlegungen von Prozedurfragen, soweit sie über den HLTF-Bericht[26] hinausgehen, nicht in Frage stellen. Der letzte am 27.1. in der HLTF erarbeitete Kompromiß für eine Mandatsweisung, gegen den die amerikanische Delegation in Brüssel einen Vorbehalt eingelegt hatte[27], konnte in Washington nicht mehr erörtert werden.

Unabhängig von der derzeitigen Diskussion in der HLTF über die Mandatsweisung gingen die Amerikaner davon aus, daß es möglich sein werde, die Mandatsverhandlungen mit dem Osten rasch zu einem Ende zu führen und schon bis zum Sommer d. J. eine Einigung über ein Mandat zu erzielen.

Zur Substanz eines westlichen Verhandlungsvorschlags für die eigentlichen späteren Verhandlungen gibt es auch in Washington noch keine präzisen Vorstellungen. Wir waren uns einig, daß sich die Arbeiten der HLTF in den nächsten Monaten auf die Erarbeitung eines solchen Vorschlags konzentrieren müssen. Zu diesem Zweck vereinbarten wir eine Intensivierung auch der bilateralen Kontakte. Gelegenheit zu einer vertieften Diskussion auch über die kon-

25 Die USA präferierten Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa zwischen den Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt. Frankreich setzte sich dagegen für eine gleichrangige Einbeziehung der neutralen und nichtgebundenen Staaten ein, also für Verhandlungen unter den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 279 und Dok. 347.
Ein Kompromiß in der Frage des Forums für künftige Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle wurde bei amerikanisch-französischen Gesprächen am 5./6. Dezember 1986 in Paris erzielt. Dieser wurde vom NATO-Ministerrat bei der Tagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel indossiert. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 352 und Dok. 359.

26 Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11542 (221). Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 347.

27 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde notierte am 30. Januar 1987, die High Level Task Force (HLTF) der NATO habe „Elemente für ein Mandat ausgearbeitet, die als Leitlinie für die westlichen Unterhändler bei den in der Brüsseler Erklärung angekündigten Ost-West-Gesprächen dienen" sollten. Zwar sei über „Substanzfragen der Mandatselemente (Ziele und Methoden künftiger Verhandlungen)" weitgehend Einvernehmen erzielt worden, doch bleibe eine „Aufnahme von Festlegungen von Prozedurfragen in den Mandatselementen" ungelöst: „Es gelang zwar, in der letzten HLTF-Sitzung am 27.1. auf deutsche Anregung einen Kompromiß über die strittige Frage zu formulieren, ob Prozedurelemente Teil der ‚Weisung' – so US – oder in einem Non-paper zusammengefaßt sein sollten – so F. Mit diesem Kompromiß sahen 13 NATO-Partner – trotz einiger ungelöster Klammern in der ‚Weisung' – die Voraussetzung gegeben, die Einladung an die WP-Staaten abzusenden. F und USA (letztere unterstützt von Kanada) legten jedoch aus entgegengesetzten Überlegungen einen Vorbehalt ein". Vgl. VS-Bd. 11538 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

ventionelle Rüstungskontrolle werden die für den 12./13.2. in Bonn vereinbarten Konsultationen über MBFR im kleinen Kreis geben.[28] Wir vereinbarten, daß im Anschluß daran eine deutsche Experten-Delegation nach Washington reisen wird, um die Erörterung der Substanz eines westlichen KRK-Verhandlungsvorschlags voranzubringen.

Die amerikanischen Gesprächspartner aus dem State Department zeigten deutliche Vorbehalte gegen das von uns in unserem Beitrag zu Kapitel I des HLTF-Berichts entwickelte Konzept. Anstelle eines Ansatzes, der in erster Linie Limitierungen und Reduzierungen von kampfentscheidendem Großgerät anvisiert, plädierten die Amerikaner vor allem mit dem Argument der besseren Verifizierbarkeit für einen Ansatz, der auf die Reduzierung von ganzen Einheiten, also von Mannschaften zusammen mit Gerät, abzielt.

Ein Mitarbeiter von Perle sagte D2A allerdings, daß man im DoD dem von uns entwickelten Ansatz aufgeschlossener als in den übrigen „agencies" gegenüberstehe.

4.4) MBFR

Die optimistischen Erwartungen der Amerikaner über die Möglichkeit eines raschen Abschlusses der Verhandlungen über ein Mandat für neue KRK-Verhandlungen sind offensichtlich auch durch den Wunsch motiviert, MBFR rasch zu beenden. Man rechnet nur noch mit zwei Verhandlungsrunden bei MBFR, bei denen keine neuen Vorschläge eingebracht werden sollen. Auf jeden Fall möchte man in Washington vermeiden, daß es noch zu Abstrichen bei dem vom Westen am 5.12.85 vorgelegten Verifikationspaket[29] kommt.

D2A warnte davor, MBFR hastig für beendet zu erklären, bevor ein Mandat für neue Verhandlungen unter Dach und Fach gebracht sei. Er verwies auf taktische Erwägungen – auch gegenüber den Franzosen – und objektive Gegebenheiten, die jetzt bei MBFR die Verhandlungen bestimmen und die auch bei späteren KRK-Verhandlungen erneut eine Rolle spielen werden; im Hinblick auf beides – so argumentierte er – sollten wir, den Aussagen im NATO-Kommuniqué vom 12.12.86[30] und im HLTF-Bericht entsprechend, über ein Ende von MBFR erst nach der Einigung über ein Mandat für neue Verhandlungen nachdenken.

4.5) CW

Perle, Adelman und Mahley (NSC) äußerten sehr weitgehende Einwände gegen ein CW-Verbot. Perle zog grundsätzlich in Zweifel, ob ein CW-Verbot verifizierbar sei. Mahley formulierte große Bedenken gegen das von GB vorgelegte Papier zu Verdachtskontrollen.[31] Er beanstandete, das von GB vorgeschlagene Verfahren würde zu einem inakzeptablen Zeitverzug zwischen Inspektionsbegehren

28 Zu den trilateralen MBFR-Konsultationen mit Großbritannien und den USA vgl. Dok. 44.

29 Die an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

30 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

31 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

und Durchführung der Inspektion führen und die Beweislast dem aufbürden, der eine Verdachtskontrolle beantrage.

D 2 A verwies auf die abträgliche politische Wirkung, die die USA bei den CW-Verhandlungen auslösen würden, wenn der britische Vorschlag zu den Verdachtskontrollen von der SU positiver als von den USA aufgenommen würde. Er verwies auf die bevorstehenden Viererkonsultationen über ein CW-Abkommen, bei denen versucht werden sollte, eine Annäherung der westlichen Standpunkte zur Verifizierung eines CW-Verbots zu erreichen.[32]

5) Am Rande der Gespräche wurden aus dem bilateralen Bereich erörtert:

– die Verschiffung der privaten PKWs der US-Armee-Angehörigen und von US-Ausrüstungsgütern über Bremerhaven[33] und
– die beabsichtigte Schließung des Generalkonsulats Düsseldorf.

Zu Bremerhaven sagte Ridgway zu, beim Pentagon erneut auf die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer Verlagerung der Verschiffung nach Rotterdam hinzuweisen. Hinsichtlich der Schließung des GK Düsseldorf sah sie wegen der Einsparungszwänge und des Dollarkurses keine Möglichkeit, dies zu verhindern. Die Bekanntgabe der Entscheidung sei wegen des Wahlkampfes bis jetzt aufgeschoben worden.

Richthofen

[Holik[34]]

VS-Bd. 11541 (221)

22

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Haas

4. Februar 1987[1]

Planungsstab-Kolloquium über den islamischen Fundamentalismus im Nahen und Mittleren Osten am 22. Januar 1987 in Bonn

Zusammenfassung der Ergebnisse

I. 1) Der Begriff „Fundamentalismus" entstammt der amerikanischen protestantischen Theologie des 19. Jahrhunderts. Er wird in westlichen Ländern seit einigen Jahren zur Definition der hinter der Islamisierungsbewegung stehenden

32 Zu den Viererkonsultationen über chemische Waffen am 6. Februar 1987 in Bonn vgl. Dok. 32.

33 Zur geplanten Verlegung der Verschiffung amerikanischer Ausrüstungsgüter nach Rotterdam vgl. AAPD 1986, I, Dok. 162.

34 Hierzu maschinenschriftlicher Vermerk: „im Entwurf gezeichnet".

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach am 4. Februar 1987 an Staatssekretär Meyer-Landrut „zur Information" geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 5. Februar 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 02, Bd. 178541.

Antriebskräfte, aber auch im Zusammenhang mit „Rückbesinnungsbewegungen“ anderer Religionen (z. B. Mennoniten, Anhänger Kardinal Lefebvres und Rabbi Meir Kahanes bis hin zur ökologischen Bewegung) verwendet.

Daneben existieren weitere Begriffe wie „Integrismus“, „Traditionalismus“, „Islamismus“, „Politisierung des Islams“ (Prof. Tibi). Der Begriff „Reislamisierung“ wird heute als mißverständlich verworfen (da es eine vorangegangene Deislamisierung nicht gegeben hat).

2) Islamischer Fundamentalismus (fortan: F.) wird definiert als eine Geisteshaltung und Weltsicht – im weiteren Sinne auch Bewegung –, die die (Rechts)Normen, Werte und Verhaltensmuster des Ur-Islam zum Absoluten erhebt und zum Vorbild für die Gestaltung der Gegenwart nimmt.

3) Der F. wurde von der deutschen Orientalistik zunächst vorwiegend positiv, als konstruktives Element und Chance für die Erlangung größerer islamischer Eigenständigkeit betrachtet. Dies war, so einige Orientwissenschaftler, eine Fehleinschätzung. Heute werde der F. überwiegend kritisch gesehen, als bedrohlich und destabilisierend betrachtet. Auch werde der F. – zu Recht oder zu Unrecht – mitverantwortlich gemacht für die Klimaverschlechterung in den deutsch-arabischen Beziehungen wie für die Zunahme terroristischer Aktionen im Libanon (obwohl der F. nicht der wesentliche oder ausschlaggebende Faktor für die zerrütteten Verhältnisse in diesem Land sei). Ein gesellschaftspolitisches Modell, ein Konzept für die Überwindung der Unterentwicklung, habe der F. bisher nicht anbieten, die Divergenzen in der islamischen Welt nicht überbrücken können.

II. Der F. ist kein monolithisches Phänomen. Sein Wirken in den einzelnen islamischen Ländern ist unterschiedlich stark ausgeprägt, seine Erscheinungsformen vielfältig.

Der F. hat viele Gesichter.

1) In einigen islamischen Ländern ist der F. Legitimationsinstrument staatlicher Herrschaft, z. B. – seit 1932 – in Saudi-Arabien, z. B. in den Golfscheichtümern und in Pakistan. In den Beziehungen dieser Staaten zum Westen hat der F. bisher keine nennenswerte Rolle gespielt. Er wird vom Westen daher auch nicht als bedrohlich empfunden.

Anders im Iran, wo der schiitische F. Motor einer „revolutionären“ Umwälzung war und ist, wo er zur Staatsideologie einer Theokratie mit ausgeprägt antiwestlicher Orientierung wurde und wo er das Mobilisierungsinstrument im Kampf gegen den Irak[2] ist. Diese Ausformung des F. wird im Westen als bedrohlich, expansiv und destabilisierend betrachtet.

2 Zum Ausbruch des irakisch-iranischen Kriegs im September 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 286. Zum Stand der Auseinandersetzung legte Botschafter Fiedler, Bagdad, am 23. Februar 1987 dar: „Seit dem Rückzug der irak[ischen] Str[eit]kr[äfte] auf die internationale Grenze 1982 konzentrieren sich die iran[ischen] milit[ärischen] Operationen auf den Versuch, den Süden Iraks vom restlichen Teil des Landes und vom Zugang zum Golf und den Golfstaaten abzuschneiden“. Nach irakischen Erfolgen zur Frontstabilisierung im zweiten Halbjahr 1986 erscheine jedoch „das bisher weitgehend aufrechterhaltene Kräftegleichgewicht (bessere irak. Bewaffnung gegen iran. Massen und strategische Tiefe)“ bedroht: „Mit Beginn der iran. ‚Kerbela-5‘-Offensive gegen den Großraum Basra am 8./9.1.1987 scheint die positive Trendwende zugunsten Iraks wieder beendet zu sein“. Es gebe keine genauen Zahlen, doch würden die Verluste auf irakischer Seite auf ca. 18 000, auf iranischer Seite

Während des Kolloquiums wurde jedoch auch davor gewarnt, die Entwicklung im Iran nur durch die Brille des F. zu betrachten und im Zusammenhang mit einer regionalen Destabilisierung zu sehen. Wir sollten uns fragen, ob vielleicht nicht nur das westliche Interessengefüge in der Region destabilisiert werde und ob nicht letztlich unsere Zivilisation der destabilisierende Faktor sei. Auch sollten wir uns um mehr Verständnis für die Inhalte der iranischen Revolution[3] bemühen, erstmals ein von Fremdeinflüssen freies „Subjekt der Geschichte" zu sein (Dr. Reissner).

2) In einigen nahöstlichen Ländern wurde der F. zum Kristallisationskern oppositionellen Aufbegehrens, z. B. in Ägypten, wo neben der seit 1928 existierenden, heute als relativ moderat geltenden Moslembruderschaft ein Wildwuchs radikalfundamentalistischer Gruppierungen entstand, z. B. in Syrien, wo eine radikalisierte Moslembruderschaft im Hintergrund operiert, zunehmend auch in Tunesien, in Marokko und selbst in der Türkei.

3) Ursache für die Ausbreitung des F. ist nicht nur das Bedürfnis nach Religion bzw. das Streben nach Rückkehr zu den Wurzeln des Islams. Bedeutend sind auch der die traditionellen Bevölkerungen überfordernde rapide soziale Wandel und das Unvermögen der meisten säkularen Regime, die sozio-ökonomischen Probleme zu bewältigen. Der F. kann sowohl Instrument für den Kampf gegen die fortschreitende Säkularisierung und Verwestlichung als auch Ventil für den Protest sozial Benachteiligter gegen die drohende Verelendung sein. Der F. vermag zudem, aufgrund seiner identitätsbildenden Kraft Frustrationen abzubauen, die z. B. aus der als unrühmlich empfundenen jüngeren Geschichte (Niederlagen gegen Israel und wachsende Fremdeinflüsse) herrühren.

III. Bei der Beurteilung der Auswirkungen des F. auf den arabisch-israelischen Konflikt ist zunächst auf die historischen Entsprechungen zwischen „Zionismus" und „Arabismus" hinzuweisen. Beide Bewegungen waren zunächst säkular-sozial, dann staatsbegründend-staatstragend und tendieren seit einigen Jahren zur „Fundamentalisierung". Diese hat jedoch nicht zu größerem Verständnis füreinander oder gar zu Einvernehmen zwischen jüdischen und islamischen Fundamentalisten geführt, im Gegenteil: Die Kongruenz zwischen islamischer Militanz und arabisch-palästinensischem Nationalismus hat zur Komplizierung der Situation beigetragen und die Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes zusätzlich erschwert. Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit zwischen PLO und Hisbollah im Libanon. Einfluß auf die arabisch-israelische Auseinandersetzung hat auch das Erstarken der Schiiten im Libanon und der Fundamentalisten in Ägypten wie in den von Israel besetzten Gebieten.

IV. Bei der Betrachtung des F. im West-Ost-Kontext und seiner „ideologischen" Einordnung müssen die spezifischen, vor allem die religiösen und kulturellen

Fortsetzung Fußnote von Seite 95

auf ca. 40 000 Tote und jeweils doppelt so viele Verwundete geschätzt. Beide Seiten hätten zudem die Bombardierung von Städten im gegnerischen Hinterland („Städtekrieg") wiederaufgenommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 206; Referat 311, Bd. 139978.

3 Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Nach der Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus seinem Exil in Frankreich am 1. Februar 1979 wurde am 1. April 1979 die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

Ursprünge und Entwicklungsbedingungen des F. berücksichtigt werden. Grundsätzlich besteht zwischen dem Islam und dem atheistischen Sozialismus ein Spannungsverhältnis, wenn nicht eine Inkompatibilität. Ausdruck hierfür sind der in der islamischen Welt weitverbreitete Anti-Marxismus bis hin zur Verfolgung von Kommunisten.

Der Westen konnte hiervon nur bedingt profitieren, denn komplementär zum Anti-Marxismus und in noch ausgeprägterer Weise verläuft ein Prozeß der Distanzierung von westlichen Wert- und Ordnungsvorstellungen. Die Einflüsse der westlichen Zivilisation und Kultur berühren die puritanisch-patriarchalische islamische Gesellschaft unmittelbar, werden oft als identitätsbedrohend empfunden und erzeugen eine Abwehrhaltung. Der Sozialismus hingegen bleibt für die meisten Moslems abstrakt und tangiert sie kaum.

Die Sowjetunion vermochte ihrerseits bisher nicht, die antiwestliche Stoßrichtung des F. für eigene Zwecke zu nutzen und sich zusätzliche Möglichkeiten der Einflußnahme zu verschaffen. Hierbei spielen auch der durch die Afghanistan-Intervention[4] verursachte Imageverlust in der islamischen Welt wie die Probleme der sowjetischen Führung mit den etwa 50 Millionen Moslems im eigenen Lande eine Rolle.

Bisher gelang es nicht, das islamische Bewußtsein der sowjetischen Moslems auszulöschen. Die Kraft des Islams, die weitgehende Identität zwischen Islam- und Minoritätenproblem und der grenzüberschreitende Charakter der Islam-Frage wurden von der sowjetischen Führung bisher falsch eingeschätzt oder bewußt ignoriert. Dies hatte negative Folgen für die sowjetische Nah- und Mittelostpolitik. Der sich jenseits der Grenzen ausbreitende F. hat das Selbstbewußtsein der sowjetischen Moslems gestärkt, der „illegale Islam“ (Koranschulen, „heilige Stätten“, illegale Geistliche) breitet sich aus.

Seit Gorbatschows Amtsantritt[5] ist eine größere Beweglichkeit erkennbar (auch in den Beziehungen zu Afghanistan, Pakistan und Iran).

Noch kann nicht beurteilt werden, ob der F. eine den westlichen Sicherheitsinteressen dienliche Pufferfunktion gegen sowjetisches Expansionsstreben wahrnehmen kann. Doch sollte der F. auch unter diesem Aspekt betrachtet und in die Überlegungen im Zusammenhang mit einem regionalen Sicherheitskonzept einbezogen werden.

V. Die Zukunftsperspektiven des F. werden unterschiedlich beurteilt: Einige sehen den F. als „spirituelle Langzeitmikrobe“ (Prof. Freund) oder als den entscheidenden Faktor bei der Neuordnung der islamischen Gesellschaft. Andere halten den F. für einen Katalysator des momentanen sozialen Wandels und für eine Zeiterscheinung. Aus heutiger Sicht läßt sich feststellen: Der F. ist kein „Steppenfeuer“, das sich unaufhaltsam ausbreitet. Eine Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten ist ihm bisher lediglich im Iran gelungen. Die Zerrissenheit in der islamischen Welt vermochte der F., der selbst viele Erscheinungsformen aufweist, nicht zu beseitigen. Auch hat er bisher nicht unter Beweis

4 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

5 Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

stellen können, daß er die drängenden Probleme in den einzelnen Ländern eher bewältigen kann als ein säkulares Regime oder daß er über ein Konzept für die Überwindung der Unterentwicklung verfügt.

Dies alles bedeutet jedoch nicht, daß sich der F. in absehbarer Zeit überlebt. Vor allem in islamischen Ländern mit desolaten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen dürften die Fundamentalisten auch weiterhin Zulauf erhalten. Die Macht und Ausstrahlungskraft des schiitischen F. ist trotz Golfkrieg und wachsenden ökonomischen Problemen noch nicht gebrochen. Der Einfluß radikalfundamentalistischer Kräfte in einigen islamischen Ländern nimmt eher noch zu. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung könnte eine erhebliche Destabilisierung der Region bewirken und eines Tages zu deren Selbstisolierung führen – mit noch nicht absehbaren Folgen auch für den Westen.

VI. 1) Bei der Diskussion der Schlußfolgerungen für die deutsche Nah- und Mittelostpolitik bestand zunächst Übereinstimmung, weder in eine „antifundamentalistische Hysterie“ zu verfallen noch eine Gefälligkeitspolitik gegenüber Fundamentalisten zu betreiben. Die bisherige Politik, vor allem gegenüber Iran, habe sich bewährt und sollte grundsätzlich fortgeführt werden. Von seiten der Wissenschaft wurde empfohlen, sich um größeres Verständnis für den F. und verstärkt auch um den Dialog mit Fundamentalisten zu bemühen. Bei entwicklungs- und kulturpolitischen Projekten sollten lokale Wünsche stärker berücksichtigt, islamischen Empfindlichkeiten mehr Rechnung getragen werden. Wesentlich sei zudem, im Golfkrieg strikte Neutralität zu wahren, unsere Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat[6] für konstruktive Initiativen zur Eindämmung dieses und anderer Konflikte in der Region zu nutzen und der Türkei – auch ihrer Brückenfunktion – mehr Beachtung zu schenken. Größeres Verständnis für den F. dürfe jedoch nicht den Blick für Menschenrechtsverletzungen trüben. Es dürfe auch nicht außer acht gelassen werden, daß der F. nicht „mainstream“ in der Region sei. Daher sollte unsere Politik auch künftig den nicht fundamentalistisch orientierten Bevölkerungsmehrheiten wie auch den nach wie vor unterschiedlich gelagerten Problemen in den einzelnen Ländern der Region volle Beachtung schenken.

2) Nach Ansicht einiger Orientwissenschaftler hätte eine aktivere Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaft die gemäßigten Kräfte in der Region entlasten und der antiwestlichen Agitation zahlreicher Fundamentalisten ein Gutteil des Bodens entziehen können. Daher sei eine spürbare Aktivierung der EG-Nahostpolitik besonders zu empfehlen. Wir könnten nicht die Hände in den Schoß legen, während sich die Gesamtsituation in der Region – auch aufgrund wachsender islamischer Militanz – dramatisch verschlechtere. Das Scheitern des prowestlichen Regimes im Iran sollte uns als Warnung, aber auch als Ansporn dienen, die gemäßigten und kooperationswilligen Kräfte in der Region stärker zu unterstützen. Daher sei es u. a. erforderlich,

– die „Erklärung von Venedig“[7] zu implementieren,

6 Seit 1. Januar 1987 gehörte die Bundesrepublik dem VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied an. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 18 f.

7 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

– den Europäisch-Arabischen Dialog[8] wiederzubeleben,
– die Zusammenarbeit mit dem Golf-Kooperationsrat zu institutionalisieren[9] (auch wenn uns dadurch wirtschaftliche Nachteile entstehen sollten),
– vor allem aber eine eigenständigere, von den USA unabhängigere europäische Nah- und Mittelostpolitik zu verfolgen.

Diese Empfehlungen stießen bei einigen „Praktikern" auf Skepsis. Ihrer Ansicht nach hätte auch eine aktivere EG-Nahostpolitik keine Lösung der Probleme bewirken oder die Ausbreitung des F. verhindern können. Auch seien die Europäer wirtschaftlich und vor allem politisch zu schwach, um eine von den USA unabhängige Nahostpolitik zu verfolgen.

3) Die zur Frage einer aktiveren EG-Nahostpolitik deutlich gewordenen gegensätzlichen Positionen veranlaßten die Diskussionsleitung zu dem Appell, verstärkt darüber nachzudenken, ob wir uns angesichts der besorgniserregenden Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten eine Fortsetzung der bisherigen relativ zurückhaltenden EG-Nahostpolitik leisten können. Schließlich seien wir mit der Nachbarregion historisch, politisch und wirtschaftlich eng verbunden und berührten uns die Konflikte und Probleme dieser Region unmittelbar. Daher stelle sich die Frage, ob eine aktivere Nahostpolitik der EG, auch die Inkaufnahme finanzieller Opfer, nicht unabdingbar sei, wenn wir es ernst meinten mit der Stützung gemäßigter Kräfte, der Förderung regionaler Integrationsbemühungen und letztlich der politischen Stabilisierung der benachbarten Region.

Haas

Referat 02, Bd. 178541

8 Referat 310-9 vermerkte am 20. Oktober 1986, der Europäisch-Arabische Dialog (EAD) sei 1973 auf Initiative der Arabischen Liga als ein institutionalisiertes Forum für die Bereiche Politik, Wirtschaft und Kultur entstanden. 1978/79 sei die relative Geschlossenheit der arabischen Seite zerbrochen. Angesichts der Lähmung des EAD seien die Europäischen Gemeinschaften mit „einzelnen Staatengruppen innerhalb der AL in Verbindung getreten (Kooperationsabkommen mit Maghreb-, Maschrek-Staaten, Verhandlungen mit Golf-Kooperationsrat)". Mehrere Versuche zur Wiederbelebung des EAD seien ohne Erfolg geblieben: „Insbesondere ist es nicht gelungen, das zentrale Gremium des EAD, die Allgemeine Kommission, zusammentreten zu lassen." Diese sei auf Botschafterebene für die Koordinierung der bzw. Mittelbewilligung für die Arbeitsgruppen auf wirtschaftlichem, kulturellem und technologischem Gebiet zuständig. Vgl. Referat 515, Bd. 208847.
Referat 310 legte am 5. März 1987 dar, Bundesminister Genscher habe dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 22. Januar 1986 ein „euro-arabisches AM-Troika-Treffen" vorgeschlagen. Der niederländische Außenminister van den Broek habe als EG-Ratspräsident am 12. Juni 1986 Vorschläge zur Wiederbelebung des EAD unterbreitet. Klibi habe mit Schreiben vom 30. Januar 1987 an den belgischen Außenminister Tindemans in seiner Funktion als EG-Ratspräsidenten einem Außenministertreffen mit der EG-Troika zugestimmt, allerdings „Bedauern über Differenzen zwischen AL-Mitglied (gemeint: Syrien) und einem europäischen Staat (gemeint: Großbritannien) geäußert. Tindemans habe dies „als Junktim (Troika-Treffen/Rücknahme der EG-Sanktionen gegen Syrien) verstanden". Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141134.

9 Referat 411 legte am 11. Februar 1987 dar: „Bei zwei Treffen am 7./8. November 1984 und 1./2. März 1985 in Bahrain führten EG und GCC Vorgespräche über ein mögliches Kooperationsabkommen. Am 14.10.1985 fand in Luxemburg ein Ministertreffen statt […]. In einem gemeinsamen Kommuniqué sprachen sich beide Seiten für einen Ausbau der Zusammenarbeit EG – GCC durch ein Kooperationsabkommen aus. Zur weiteren Abstimmung wurden Expertengespräche vereinbart. Nach Abschluß der letzten Expertengespräche auf hoher Beamtenebene (26./27.4.1986) hat die EGK die Vorgespräche über den Ausbau der Beziehungen für abgeschlossen erklärt. Beide Seite benötigen jetzt ein Mandat, um die offiziellen Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen aufnehmen zu können." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141126.

23

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

Dg 20/201-360.92 FR-137/87 VS-vertraulich **5. Februar 1987**[1]

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: Gespräch mit MD Teltschik und General Hüttel am 4. Februar 1987 im BK-Amt

1) Anfang 1986 hatten AA und BMVg darüber Klage geführt, daß zielgerichtete und koordinierte Bemühungen um Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit F dadurch erschwert würden, daß beide Häuser nur unzureichend über Aktivitäten im Bereich des BK-Amtes informiert würden. Daraufhin wurden regelmäßige Gespräche Teltschik–Hüttel–Dg 20[2] vereinbart. Dies hat die Koordinierung erheblich erleichtert.

2) Aus dem letzten derartigen Gespräch am 4.2.1987 wird festgehalten:

a) Einschätzung gegenwärtiger Lage in Paris

Übereinstimmung, daß Kohabitation deutsch-französische Zusammenarbeit nicht grundsätzlich stört; Präsident und PM sind entschlossen und engagiert. T. teilt aber in bezug auf das Ministerpräsidentenamt meine in bezug auf das Außenministerium getroffene Feststellung, daß die Bürokratie wesentlich beharrender und konservierender und daher weniger konzeptionell engagiert ist. Seine Qualifikation der Bürokratie als „nationaler" relativierte ich mit Hinweis auf das traditionell andersartige und durch die Geschichte ungebrochene Selbstverständnis in F. Hüttel seinerseits verwies – dies entspricht den Beobachtungen von T. und mir – auf die außerordentlich aufgeschlossene Haltung der militärischen Seite in Frankreich in bezug auf Zusammenarbeit mit uns. Retardierende Impulse kommen seiner Auffassung nach nicht aus dem Verteidigungsbereich, sondern vom Quai oder anderswoher.

Im Hinblick auf das derzeitige Kohabitation-Problem in Paris stellte T. die Frage nach der Eignung des gegenwärtigen Zeitpunkts für ein grundsätzliches Gespräch über Sicherheitsfragen mit F. Dg 20: Es sei einzuräumen, daß die derzeitige auf Bewahrung des Status quo ausgerichtete Politik in Paris mit der dortigen – von mir nicht geteilten – Einschätzung zu tun hat, daß sich in den nächsten zwei bis drei Jahren im strategischen Bereich zwischen den Großmächten nichts bewege. Wenn die Europäer ihre Interessen nicht unverzüglich klarer definierten und einbrächten, müßten sie sich nachher selbst die Schuld geben, wenn sie nicht angemessen berücksichtigt worden seien. Darüber hinaus sei die Definition gemeinsamer Positionen aber auch deshalb dringend notwendig, weil die SU bereits jetzt mit großem Geschick die Unterschiede

1 Ablichtung.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 5. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 6. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an „RL 209 zur persönl[ichen] Unterrichtung" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 9. Februar 1987 vorgelegen.

2 Hans-Friedrich von Ploetz.

ausspiele. Sie werde das verstärkt versuchen; die bevorstehenden Besuche von Thatcher und Chirac in Moskau[3] sowie der Gorbatschow-Besuch in Rom[4] würden besondere Plattformen bieten. Die Nuklearfrage sei besonders sensitiv: F (und GB) hätten sektorale Interessen. Sie wollten, daß die übrigen WEU-Partner über die allgemeine Aussage hinausgingen, daß französische und britische Nuklearwaffen zur Gesamtabschreckung beitrügen. Andererseits nehme F zu LRINF- und SRINF-Verhandlungen Positionen ein, die nicht auf Rüstungskontrollverhandlungen und -ergebnisse, sondern auf deren Verhinderung ausgerichtet seien. Dem könnten weder wir noch die Italiener und andere nichtnukleare Bündnispartner zustimmen. F verfüge auch über die technologische Option der Neutronenwaffe; die Produktionsentscheidung sei natürlich national, aber berühre uns politisch sehr stark.[5] Hier müsse sich die Bundesregierung eine Meinung bilden, ob sie das Gespräch mit F aktiv suchen wolle. Diese Meinungsbildung hänge aber zusammen mit der künftigen Struktur und dem künftigen Umfang des für die Wahrung der europäischen Sicherheitsinteressen für notwendig gehaltenen nuklearen Potentials. Aussagen hierzu würden u. a. dadurch kompliziert, daß die USA mauerten; in der HLG blieben alle Fragen unbeantwortet.

Schließlich habe ich auf das französische Programmgesetz[6] hingewiesen, das uns sicherheitspolitisch überhaupt nicht befriedigen könne; seine Verwirklichung sei an Wirtschaftswachstum gebunden. Die Prognose sei damit klar: Der nukleare Bereich werde weiter mit Vorzug finanziert werden, zweite Priorität genieße die Entwicklung der Fähigkeit zu Einsätzen außerhalb Europas, zum Schluß bleibe dann nicht mehr viel für konventionelle Verteidigung.

Aus allen diesen Gründen erscheine es wesentlich, mit F das Gespräch auf politischer Ebene zu führen, da die Bürokratie – jedenfalls nicht mit uns – über den Status quo hinausdenken wolle. Dabei gehe es nicht darum, daß wir eine Teil-

3 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher vom 28. März bis 1. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 79, Anm. 5.
Zum Besuch des Ministerpräsidenten Chirac vom 14. bis 16. Mai 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 146, Anm. 2.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Italien erst vom 29. November bis 1. Dezember 1989.

5 Zur Frage einer Produktion von Neutronenwaffen in Frankreich vgl. Dok. 33, Anm. 5.

6 Am 12. September 1986 stellte Ministerpräsident Chirac am Institut des Hautes Études de Défense Nationale das geplante Programmgesetz zur französischen Verteidigungspolitik vor und ging dabei auch auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik ein. Für den Wortlaut der Rede vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (September/Oktober), S. 19–23. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 32–37 (Auszug).
Brigadegeneral Fraidel, Paris, legte am 20. Januar 1987 dar, der am 5. November 1986 von der französischen Regierung ins Parlament eingebrachte Entwurf eines militärischen Programmgesetzes berücksichtige die sicherheitspolitische Konzeption von Staatspräsident Mitterrand, lasse „gleichzeitig aber Raum für eine Evolution der französischen Abschreckungsphilosophie im Sinne PM Chiracs“ erkennen. Die bisherigen Prioritäten französischer Sicherheitspolitik würden bestätigt und alle vorgesehenen Waffengroßsysteme weitergeführt. Jedoch seien Zweifel an der Realisierbarkeit angebracht. Der Entwurf enthalte „einen Finanzrahmen, der sich nur auf Beschaffungen konzentriert, d. h. keine Mittel für den Betrieb auswirft. Insgesamt sind für Beschaffungsvorhaben der französischen Streitkräfte 474 Mrd. Francs für den Fünf-Jahres-Zeitraum 1987–1991 mit festen Jahres- und Steigerungsraten auf der Basis eines konstanten Francs-Wertes des Jahres 1986 festgelegt (1987 + 11 %, danach je 6 % Steigerung pro Jahr).“ Mit der überraschenden Option auf die Produktion chemischer Waffen wolle sich Frankreich „die Möglichkeit zu einem eigenen begrenzten diesbezüglichen Abschreckungspotential offenhalten“. Vgl. Referat 201, Bd. 143333.

habe an Einsatzentscheidungen anstrebten. Es gehe vielmehr um das Konzept für die Sicherheit Europas im Bündnis.

T. teilte diese Analyse und fügte hinzu, F brauche den Nuklearstatus auch, um die konventionelle Stärke der Bundeswehr zu ertragen. Angesichts der geschilderten Probleme und Tendenzen stelle sich letztlich die Frage, ob eine Art Arbeitsteilung vereinbart werden solle. Gebe es dafür ein deutsches Konzept? Für Aussagen in bezug auf französische und britische Nuklearsysteme sei eine Vorfrage zu klären: Welche Rolle könnten diese Systeme für unsere Sicherheit spielen – nach Abschluß der geplanten Modernisierung? Von der Antwort auf diese substantielle Vorfrage hänge ab, ob überhaupt der Gedanke eines Konzepts der Arbeitsteilung interessant werden könnte.

Ich habe davor gewarnt, in bezug auf F das Prinzip der „extended deterrence" nach US-Muster übertragen zu wollen. Das Problem stelle sich schon wegen der geographischen Lage anders, zumal dann, wenn konventionelle französische Einheiten in überzeugender Weise engagiert würden. T. und Hüttel bestritten dies nicht, fragten aber – bei Hüttel mit erkennbarem Zweifel –, ob die konventionellen Fähigkeiten Fs dazu ausreichten. Andererseits räumte Hüttel ein, daß die demographische Entwicklung in D und F phasenverschoben verliefe und damit unter diesem Gesichtspunkt eine Zusammenarbeit mit F im konventionellen Bereich durchaus interessant werden könnte.

Es bestand Übereinstimmung, daß die Initiative im deutsch-französischen Verhältnis heute klar bei uns liegt. Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigten dies. Wo wir nicht nachgefaßt hätten, seien die Erklärungen auf höchster Ebene im Verbalen geblieben.

Ich habe abschließend festgestellt: Bemühungen zu weiteren Schritten mit F würden nicht weit führen, wenn sie nicht in ein erkennbares Gesamtkonzept eingebunden seien. F habe seinerseits Erwartungen an uns in vielen Bereichen, wo wir uns in der Vergangenheit recht unsensibel gezeigt hätten. Ein mit der Sicherheitspolitik eng verwandtes, aber für die technologische und damit letztlich politische Selbstbehauptung Europas und auch für die Dynamik der europäischen Einigung zentrales Thema sei die Weltraumfahrt. BK habe im Dezember 1985 Mitterrand vorgeschlagen, dieses Thema „gemeinsam geistig zu durchdringen"[7], F habe die Mitterrand-Zusage bisher nicht honoriert, was wir nur bedauern könnten angesichts des konzeptionellen französischen Vorsprungs.

T. stimmte zu, daß wir dieses Gespräch weiter suchen sollten. Er hoffte seinerseits, daß die Entwicklung eines deutschen Konzepts (Definition und Mitwirkung an einer autonomen europäischen Weltraumpolitik? Prioritäten?) nunmehr in Gang kommt.

3) T. stellte seinerseits fest, daß BK „spätestens im März" zu getrennten Gesprächen mit Mitterrand und Chirac in Frankreich zusammentreffen werde. Termine seien konkret noch nicht bestimmt.[8] Für BK komme es dabei darauf an,

7 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 17. Dezember 1985 in Paris; AAPD 1985, II, Dok. 347.

8 Bundeskanzler Kohl führte am 28. März 1987 mit Staatspräsident Mitterrand ein Gespräch auf Schloß Chambord. Vgl. dazu Dok. 89.
Mit Ministerpräsident Chirac sprach Kohl am 3. Mai 1987 in Straßburg. Vgl. dazu Dok. 125, Anm. 11.

die Perspektiven der Zusammenarbeit anzusprechen und die französische Resonanz zu erfahren. Dies auch im Hinblick darauf, daß im Herbst der 50. deutsch-französische Gipfel stattfinde, und zwar in der Bundesrepublik Deutschland.[9]

Für diesen Zweck sei es wichtig, alle Felder der möglichen deutsch-französischen Zusammenarbeit abzuklopfen. Eine Gesamtschau sei unbedingt notwendig. Im wirtschaftspolitischen Bereich hätten wir eine konzeptionelle Annäherung, so daß eine Prüfung angezeigt erscheine, ob eine „Institutionalisierung der Konvergenz" zwischen Bonn und Paris möglich sei. Auf einen Einwurf von mir bestätigte er, daß dies auch Währungsfragen einbeziehen müsse. Das BK-Amt sei damit befaßt, Sektor für Sektor abzuklopfen.

In Vorbereitung der BK-Gespräche seien Gespräche mit Attali und Bujon verabredet. Das Angebot von T. an mich, daran teilzunehmen, habe ich auf der Stelle angenommen. T. wünscht allerdings, daß hieraus kein Zwang für die französische Seite entsteht, das Quai zu beteiligen. Gegebenenfalls soll meine Teilnahme gegenüber der französischen Seite als „ad personam" dargestellt werden.

4) Zur WEU habe ich T. den Stand der Überlegungen von AA und BMVg und der Arbeiten in London dargelegt: Die Realisierung der von Chirac vorgeschlagenen „Charta"[10], die inzwischen nicht mehr so genannt werde, liefe an. Zum Format des Ergebnisses und der Ebene der Verabschiedung habe bisher keine eingehende Diskussion stattgefunden. Wir wünschten sie auch nicht, weil wir zunächst sehen wollten, inwieweit wir in der Sache vorankämen. Nach dem sachlichen Ergebnis müsse sich alles andere richten. Der WEU-Rahmen werde von uns gezielt benutzt, um einige für F schwierige Fragen zu behandeln, denen es sich im bilateralen Rahmen bisher entzogen habe. Dies erscheine uns deswegen sinnvoll, weil Italien und die anderen WEU-Partner meist auf unserer Seite stünden und wir daher nicht als Demandeur erschienen. Besonderen Wert legten wir darauf, die im perspektivischen Bericht vom Oktober 1986[11] auf französischen Wunsch bewußt ambivalenten Aussagen auszubuchstabieren.

T. kam nicht mehr auf seinen vor Weihnachten erwogenen Gedanken zurück, Strategiefragen im Kreise der Regierungschefs von D, GB und F zu erörtern. Er kam auch nicht auf seinen Gedanken eines WEU-Gipfeltreffens zurück. Ich habe diese Fragen bewußt nicht angesprochen.

9 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 12./13. November 1987 in Karlsruhe statt. Vgl. dazu Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

10 Ministerpräsident Chirac plädierte in einer Rede vor der WEU-Versammlung am 2. Dezember 1986 in Paris für eine Stärkung des europäischen Pfeilers des nordatlantischen Bündnisses. Westeuropa müsse den sicherheitspolitischen Herausforderungen durch eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der WEU begegnen und solle seine sicherheitspolitischen Ziele und Grundsätze in einer entsprechenden Charta niederlegen. Für den Wortlaut der Rede vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (November/Dezember), S. 78–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 43–50.

11 Das Generalsekretariat der WEU legte am 23. Oktober 1986 eine zusammenfassende Darstellung zu den jeweiligen nationalen Memoranden der Mitgliedstaaten über die Reaktivierung der Organisation vor. Vgl. das Papier C(86)237 „Western European Union Secretary-General's Note ‚The reactivation of WEU'"; Referat 209, Bd. 148704.
Eine überarbeitete Fassung dieses Berichts (C(86)237 1st revision) erstellte das Generalsekretariat der WEU am 3. November 1986 nach der Sitzung des um die Politischen Direktoren und Vertreter der Verteidigungsministerien erweiterten Ständigen Rats am 24. Oktober 1986 in London. Vgl. dazu Referat 209, Bd. 148704.

T. begrüßte die enge und gute Zusammenarbeit AA – BMVg in diesen Fragen.

Zur spanischen Beitrittsabsicht[12] bemerkte er, man solle die WEU-Öffnung nicht zu leicht machen. Die WEU müsse zunächst ihre eigene Rolle finden und den Prozeß der Revitalisierung abschließen.

Hüttel sekundierte in dieser Frage:

Die letzten Reden von König und MP González zeigten, daß Spanien ungeachtet der im Referendum formulierten Punkte[13] nach Wegen suche, sich in der NATO soweit wie möglich zu engagieren.[14] Es liege in unserem Interesse, keinen „leichten Ausweg" zu öffnen.

Ich habe der Einschätzung zugestimmt, daß die spanische Führung sicherheitspolitisch die Nähe der anderen Europäer sucht und den Schwerpunkt hier klar in der NATO sieht. Es komme also darauf an, zusammen mit den anderen NATO-Partnern, besonders Italien, aber auch mit Frankreich, diesbezügliche Tendenzen in Richtung NATO zu verstärken. González habe im vertraulichen Gespräch gesagt, er suche den Weg für seine Soldaten über die Pyrenäen „durch Europa". Wir sollten also auch nicht ausschließen, daß die spanische Einbeziehung in die WEU dabei hilfreich sein könne. Wenn man das sicherheitspolitische Engagement gemäß WEU-Vertrag[15] sichtbar machen wolle und den französischen Standard als Mindeststandard ansetze, so bedeute dies politisch und militärisch doch einiges. Wir seien mit I und auch GB in einem intensiven Gespräch über diese Fragen. Spanien sei ein Plus für Europa, außen- und sicherheitspolitisch passe es durchaus in den WEU-Kreis. Wir würden die bevorstehenden deutsch-spanischen sicherheitspolitischen Konsultationen (26.[16] März 1987) nutzen, um Madrid die Beistandsklausel im WEU-Vertrag und andere Vorschriften näher zu erläutern.[17]

12 Referat 200 notierte am 31. Oktober 1986: „Spanien hat wiederholt öffentlich bekundet, seine Mitgliedschaft in der WEU sei wünschenswert. Die spanische Regierung will aus innen- und außenpolitischen Gründen durch einen WEU-Beitritt die europäische Komponente ihrer Sicherheitspolitik stärken. Einen Antrag zum Beitritt hat Spanien – anders als Portugal – bisher nicht gestellt. Das Argument, daß die Reorganisation der WEU abzuwarten sei, ist in Madrid auf Verständnis gestoßen. Ist diese allerdings abgeschlossen, so erwartet Spanien eine Einladung zum Beitritt. Als Zeitvorstellung hört man 1987." Vgl. Referat 201, Bd. 148712.

13 Am 12. März 1986 fand in Spanien ein Referendum über die weitere NATO-Mitgliedschaft statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 59,7% entfielen 52,5% der abgegebenen Stimmen auf den Verbleib in der NATO gegenüber 39,8% Nein-Stimmen und 6,4% Enthaltungen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 116.

14 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 8. Januar 1987, in Anwesenheit der spanischen Regierung habe König Juan Carlos I. beim Drei-Königs-Fest der Streitkräfte erklärt, „daß Spa[nien] ein Gleichgewicht suchen müsse zwischen ‚dem Aufrechterhalten unserer nationalen Würde und der Beachtung internationaler Verträge und Pflichten'." Ministerpräsident González habe im anschließenden Hintergrundgespräch dargelegt, daß die Reduzierungen amerikanischer Streitkräfte Folgekosten für Spanien nach sich zögen, die sich auf rund 150 Mio. DM belaufen könnten. Verhandlungen mit den USA über Stützpunkte und Verhandlungen über die Zusammenarbeit mit der NATO seien „von der Sache her miteinander verbunden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 15; Referat 201, Bd. 143363.

15 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

16 Korrigiert aus: „24."

17 Sicherheitspolitische Konsultationen mit Spanien fanden am 26. März 1987 statt. Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 1. April 1987, Spanien sei bereit, zur Sicherheit Europas im Rahmen der NATO beizutragen: „WEU-Mitgliedschaft steht weiter an, ohne daß Spanien drängen will. Problem stellt jedoch die ungelöste Gibraltar-Frage dar." Bezüglich der Verhandlungen mit den USA über Stützpunkte betone die spanische Seite den politischen Aspekt („Ablösung des Franco-Erbes"),

5) Auf meinen Hinweis, daß am 24. Februar 1987 zum ersten Mal deutsch-amerikanische sicherheitspolitische Konsultationen unter Beteiligung von AA und BMVg stattfinden würden[18], erwähnte T., er werde ab 9. Februar 1987 in Washington sein (der nicht näher beschriebene Anlaß ist wohl eine Redeverpflichtung). Er habe um einen Vier-Augen-Termin bei Carlucci nachgesucht, werde voraussichtlich aber auch mit Ridgway und anderen sprechen. Die Botschaft Washington könne ihn bei letzteren Terminen gern begleiten.[19]

Ich habe T. gebeten, im Sinne der BK-Pressekonferenz vom 13. Januar 1987[20] überall offensiv das WEU-Thema anzusprechen und unsere Philosophie der Stärkung des europäischen Pfeilers als Voraussetzung für die dauerhafte Vitalität der Allianz zu erläutern. T. sagte dies zu.

Ich habe T. ferner nahegelegt, auch die bevorstehenden sicherheitspolitischen Konsultationen am 24. Februar 1987 von sich aus zu erwähnen und zu unterstreichen, welch großen Wert wir auf ein rechtzeitiges und umfassendes vertrauliches Gespräch über die wichtigen Fragen legten.

6) Meinen Hinweis auf das große italienische Interesse an engeren Beziehungen griff T. auf: BK habe in der Vergangenheit große Bereitschaft gezeigt, das Echo von Craxi habe ihn aber nicht ermutigt (der z. B. zum Mailänder Gipfel[21] sachlich unvorbereitet erschienen sei). Unseren Gedanken, bei einem künftigen Gipfel nach deutsch-britischem Muster eine deutsch-italienische Erklärung zu verabschieden oder einen der nächsten Gipfel unter ein bestimmtes Motto (nach dem Muster des deutsch-französischen Kulturgipfels[22]) zu stellen, hielt T. für sehr gut. Er werde ihn unterstützen.

7) In bezug auf GB stellte T. mit Bedauern fest, daß seine Gesprächspartner in Downing Street schwer zugänglich seien, offenbar weil sie unter starker Präsenzpflicht stünden. Ich habe auf die ausgezeichneten Beziehungen der Minister[23] und der Außenministerien verwiesen. Wir wollten sie verstärken und gezielt nutzen, um in allen Bereichen in Europa voranzukommen. Im übrigen seien wir den Briten auch im Hinblick auf die manchmal zu starke Überbetonung des deutsch-französischen Verhältnisses etwas mehr schuldig. T. stimmte dem zu.

Ploetz

VS-Bd. 12084 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 104
sei sich aber des „Out-of-area-Bezugs“ wohl bewußt. Vgl. VS-Bd. 12093 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

18 Zu den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen in Washington vgl. Dok. 55.

19 Zum Besuch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, vom 9. bis 11. Februar 1987 in den USA vgl. Dok. 37.

20 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vor der Bundespressekonferenz am 13. Januar 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 49–51.

21 Am 28./29. Juni 1985 fand in Mailand unter der Leitung der italienischen EG-Ratspräsidentschaft die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 177.

22 Die deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main hatten einen Schwerpunkt auf den kulturellen Beziehungen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 312 und Dok. 315.

23 Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik) und Geoffrey Howe (Großbritannien).

24

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

117-1664/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. Februar 1987, 21.04 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 574 **Ankunft: 6. Februar 1987, 03.24 Uhr**
Citissime

Betr.: SDI-Diskussion in Washington;
hier: Frage des Übergangs von der engen zur weiten Interpretation des ABM-Vertrages[2]

Bezug: DB Nr. 517 vom 3.2.1987 – Pol 363.26[3]

Zur Unterrichtung

1) Im Zusammenhang mit der durch die Befürwortung einer früher als ursprünglich vorgesehenen Dislozierung einer ersten Phase von SDI durch Weinberger in Washington in Gang gesetzten SDI-Diskussion gewinnt zunehmend die Frage des Übergangs von der engen Interpretation des ABM-Vertrags zu der seit Herbst 1985 ebenfalls als rechtlich zulässig erklärten weiten Auslegung dieses Vertrages[4] an Gewicht. Das Thema soll dem Vernehmen nach auch eine wichtige Rolle bei der Sitzung der National Security Planning Group am 3.2.1987 gespielt haben. Während es auf dieser Sitzung weder hinsichtlich einer frühzeitigen Teildislozierung von SDI noch hinsichtlich der Interpretationsfrage eine Entscheidung gegeben hat, nimmt der administrationsinterne Meinungsbildungsprozeß hierzu offensichtlich an Intensität zu. Eine weitere Sitzung der Runde (an ihr nahmen neben Reagan Shultz, Weinberger, Meese, Carlucci, Crowe, Nitze, Rowny, Adelman teil) ist für den kommenden Dienstag[5] vorgesehen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 6. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik und „z[ur] K[enntnisnahme]“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann sowie die Wiedervorlage bei Referat 220 verfügte.
Hat Holik am 9. Februar 1987 vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

3 Botschafter van Well, Washington, gab Äußerungen des amerikanischen Außenministers Shultz vor dem Streitkräfteausschuß des Senats am selben Tag sowie von Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrats bzw. der SDIO wieder: „Eine Entscheidung über die frühzeitige Stationierung eines Teilsystems von SDI ist noch nicht gefallen (entgegen Pressemeldungen auch heute nicht in der Sitzung der NSC-Planungsgruppe unter Vorsitz des Präsidenten). […] Erwogen wird die Stationierung eines Systems mit zwei Teilen: Endphasenbekämpfung (terminal phase) und Bekämpfung in der Startphase (boost phase). Die Endphasenbekämpfung würde auf bodengestützten Systemen beruhen. Für die Bekämpfung in der Startphase wird in erster Linie an Raumplattformen mit kinetischen Waffen gedacht. Für die Errichtung solcher Plattformen müßten zunächst Raumfahrzeuge entwickelt werden, die schwere Lasten hochtragen können“. Vgl. Referat 201, Bd. 143471.

4 Zur Diskussion innerhalb der amerikanischen Regierung über eine enge oder weite Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.
Vgl. dazu ferner die National Security Decision Directive Nr. 192 des Präsidenten Reagan vom 11. Oktober 1985; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

5 10. Februar 1987.

Hier kann möglicherweise schon eine Entscheidung fallen über die Vertragsauslegung.

2) Äußerungen von sowohl Shultz als auch Weinberger weisen deutlich in diese Richtung. Während Shultz am 3.2. vor dem Streitkräfteausschuß des Senats bemerkt hatte, er rechne nicht mit einer Entscheidung in der Dislozierungsfrage noch in diesem Jahr, waren seine Ausführungen zu der Frage eines möglichen Übergangs zu der extensiven Auslegung des ABM-Vertrages weniger deutlich. Er sprach in Beantwortung einer Frage des Senators Wilson zu den beiden Auslegungen des Vertrages davon, daß möglicherwiese „sometime soon" gewisse Entscheidungen zu treffen seien. Wenn dies der Fall sein sollte, wolle er „part and parcel" der Entscheidung sein. Bis dahin werde er dem Präsidenten sagen, was aus seiner Sicht nötig sei.

Weinberger sprach am 4.2. vor dem Verteidigungsunterausschuß des Bewilligungsausschusses des Repräsentantenhauses davon, daß gewisse Entscheidungen relativ bald getroffen werden müßten, wenn, wie von ihm erhofft, 1994 mit der Dislozierung einer ersten SDI-Phase begonnen werden solle. Von einem Abgeordneten befragt, ob das SDI-Forschungsprogramm im Rahmen der engen Interpretation des Vertrages fortgeführt werden könne, antwortete er, man müsse zur „juristisch richtigen" Interpretation übergehen („to do an adequate research job leading to deployment, we have to use what we call a legally correct interpretation of the ABM treaty").

3) Zur Vorbereitung einer Entscheidung in der Interpretationsfrage ist unter Leitung des Rechtsberaters des State Department, Abraham Sofaer, eine erneute Überprüfung der ABM-Vertragsunterlagen eingeleitet worden. Zeitungsmeldungen zufolge ist bei diesen Arbeiten Material gefunden worden, aus dem hervorgeht, daß, entgegen bisheriger Behauptungen der Administration, Sowjets schon seit langem von einer restriktiven Auslegung der Vertragsbestimmungen hinsichtlich „exotischer Technologien" ausgehen. So habe Karpow in einem Gespräch mit Earle am 16. März 1976 zu erkennen gegeben, daß Sowjets Beschränkungen des Vertrages als nicht nur auf herkömmliche ABM-Systeme, sondern auch auf künftige, auf neueren Technologien beruhende Systeme anzuwenden betrachteten. Ferner gebe es einschlägige Unterlagen über ein Gespräch zwischen dem amerikanischen und sowjetischen Vertreter in der SCC, Ellis und Starodubow, im Mai 1985, zu einem Zeitpunkt also, der vor der Bekanntgabe der rechtlichen Zulässigkeit einer extensiven Interpretation des Vertrages lag. Damals habe Starodubow die Auffassung geäußert, daß der Vertrag auch die Entwicklung und Erprobung von Strahlenwaffen und neuartigen ABM-Systemen verbiete. Ellis habe eine Auffassung geäußert, die sich mit der Starodubows „überschnitten" habe, jedoch nicht mit ihr identisch gewesen sei.

Die erneute Überprüfung der Vertragsunterlagen soll noch einige Zeit brauchen. Shultz soll in der Sitzung der National Security Planning Group angedeutet haben, daß für die Überprüfung noch bis zu sechs Monate erforderlich sein könnten. Meese und Weinberger sollen auf einen schnelleren Abschluß der Überprüfung gedrängt haben.

Es bleibt abzuwarten, ob die Überprüfung der Unterlagen letztlich zu dem Ergebnis kommt, daß an der engen Interpretation des Vertrages festgehalten werden sollte. Auf jeden Fall soll durch die gezielte Information der Presse ein

entsprechender Eindruck erweckt werden, um damit eine offenbar für bald befürchtete Entscheidung zu einer weiten Auslegung des Vertrages zu erschweren.

4) Im State Department sagt man uns vertraulich, daß, ungeachtet der Pressemeldungen über die für die Beibehaltung der restriktiven Auslegung des Vertrages sprechenden Unterlagen, eine baldige Entscheidung zum Übergang zu der extensiven Interpretation des Vertrages für möglich gehalten wird. Die Entscheidung könne schon auf der für die nächste Woche vorgesehenen Sitzung der National Security Planning Group fallen. Wenn sie dort nicht zustande komme, könnten dort jedenfalls entscheidende Weichenstellungen erfolgen. Eine erneute Geltendmachung unseres Standpunkts in dieser Frage durch ein Schreiben auf hoher politischer Ebene werde daher für gut gehalten. Allerdings hat man angedeutet, daß unsere Haltung im State Department ohnehin bekannt sei. Da die Entscheidung letztlich im Weißen Haus gefällt werde, spreche vieles dafür, unseren Standpunkt dort „an höchster Stelle" zu bekräftigen.

5) Im Kongreß hat die Möglichkeit einer baldigen Entscheidung in der Frage der Auslegung des Vertrages bereits zu heftigen Reaktionen geführt. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus, Fascell, und der Ranking Republican in dem Ausschuß, Broomfield, haben den Präsidenten in einem Brief gedrängt, keine Änderung der Haltung der Administration zur Frage des ABM-Vertrages ohne Konsultierung des Kongresses vorzunehmen. Auf seiten des Streitkräfteausschusses des Repräsentantenhauses haben dessen Vorsitzender Les Aspin und der Abgeordnete Charles Bennett, der sich im vergangenen Jahr für ein Einfrieren der SDI-Mittel ausgesprochen hatte, in einem Brief an den Präsidenten davon gesprochen, daß eine Entscheidung „to seek near term deployment of strategic defenses in violation of the strict interpretation of the ABM treaty is not in our national security interest". Der Präsident wird aufgefordert, vor einer solchen Entscheidung ausführlich die Joint Chiefs of Staff und die Alliierten zu konsultieren. Über das Schreiben, das u. a. vom Sprecher des Hauses, Jim Wright, unterschrieben ist, und erste Stellungnahmen der Stabschefs der Teilstreitkräfte hat die Botschaft gesondert berichtet (Kurzbericht LW[6] Nr. 21/87 vom 5.2.1987[7]). Schreiben wird mit Fernkopie übermittelt.[8]

Widerstand auf seiten des Kongresses dürfte in den kommenden Tagen zunehmen und auch zu vergleichbaren Äußerungen gegenüber der Administration auf seiten der Senatoren führen. Bisher hat sich lediglich Senator Dole zu Wort gemeldet. Er äußerte nach einer Begegnung mit dem Präsidenten am 4.2. die Annahme, daß Reagan eine Entscheidung fällen würde, die eine frühzeitige Dislozierung ermögliche.

Im Senat machte man uns darauf aufmerksam, daß, falls bereits in der kommenden Woche eine Entscheidung getroffen werden sollte, dies genau in eine sitzungsfreie Woche beider Häuser fallen würde. Damit könne der Präsident versuchen, den Kongreß wie bei der Entscheidung über die Nichtweiterbeachtung

6 Luftwaffe.

7 Vgl. den Drahtbericht Nr. 564 des Brigadegenerals Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington; Referat 201, Bd. 143471.

8 Für das Schreiben vom 4. Februar 1987 an Präsident Reagan vgl. die Fernkopie Nr. 68 des Botschaftsrats Blomeyer-Bartenstein, Washington, vom 5. Februar 1987; Referat 201, Bd. 143471.

der numerischen Obergrenzen von SALT II[9] in einer sitzungsfreien Zeit vor vollendete Tatsachen zu stellen.[10]

[gez.] van Well

VS-Bd. 11378 (220)

25

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond in Paris

VS-NfD **6. Februar 1987**[1]

AM *Raimond* hob in der Begrüßung die besondere Bedeutung dieser Konsultationsrunde hervor. Stellenwert deutsch-französischer Zusammenarbeit müsse erneut öffentlich unterstrichen werden, in Worten und in Taten. BM *Genscher* verwies darauf, daß dies sein erster Besuch nach BT-Wahlen[2] sei. D-F-Zusammenarbeit brauche starken und neuen Impuls. Neue Aufgaben seien sowohl bilateral als auch in Europa hinzugekommen. Bewältigung dieser Aufgaben hänge vorrangig von D und F ab.

AM *Raimond* berichtete über den Besuch von Delors in Paris.[3] F stehe seinen Reformvorschlägen (Erhöhung der Finanzierung, Plafondierung der Agrar-

9 Am 27. Mai 1986 gab Präsident Reagan bekannt, daß sich die USA künftig nicht mehr an die Bestimmungen des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 gebunden fühlen würden. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 678–682. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 376–379. Vgl. dazu auch AAPD 1986, I, Dok. 157.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter notierte am 27. November 1986, die amerikanische Botschaft habe telefonisch mitgeteilt, „daß der 131. schwere, mit luftgestützten Marschflugkörpern ausgerüstete Bomber am 28. November 1986 in Dienst gestellt werde. […] Mit der Indienststellung ende die ‚technical compliance' mit den Obergrenzen von SALT II. Die USA hielten aber weiterhin an ihrer Politik des ‚interim restraint' fest. Poseidon-U-Boote würden innerhalb der nächsten zwei Jahre ‚überholt', aber nicht demontiert. Nach Auffassung der Marine könnten diese Poseidon-U-Boote nach Abschluß der Überholungsarbeiten noch für sechs bis zehn Jahre eingesetzt werden." Vgl. Referat 240 (220); Bd. 163098.

10 Ministerialdirigent von Ploetz unterrichtete die Botschaft in Washington am 6. Februar 1987, das Auswärtige Amt habe das Bundeskanzleramt über die Anregung des amerikanischen Außenministeriums informiert, „unseren Standpunkt im Weißen Haus ‚an höchster Stelle' zu bekräftigen". Er selbst habe in einem Telefonat mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, die Dringlichkeit unterstrichen: „Daraufhin erklärte T[eltschik] sich bereit, noch heute in einem Telefonat unsere Argumentation gegenüber dem NSC zu indossieren und zu bekräftigen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 140; VS-Bd. 12127 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Die „Protokollnotizen zu Konsultationen mit AM Raimond" wurden von Botschafter Schoeller, Paris, am 8. Februar 1987 mit den Drahtberichten Nr. 290–292 übermittelt. Vgl. Anm. 22 und Anm. 41.
Es handelt sich um die „berichtigte Wiederholung" der gleich numerierten Drahtberichte vom selben Tag. Vgl. Referat 202, Bd. 151087.

2 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

3 Der Präsident der EG-Kommission, Delors, hielt sich am 22./23. Januar 1987 in Frankreich auf.

ausgaben, Verdopplung der Strukturausgaben in fünf Jahren)[4] reserviert gegenüber. Dies gelte für PM Chirac noch mehr als für den Quai. Im übrigen gehe er davon aus, daß die Probleme beim HH 87[5] noch im laufenden Monat geregelt werden. D und F seien sich hier sehr nah. Dies vorausgesetzt, sei F für eine Erhöhung der MwSt.-Eigenmittel auf 1,6 v. H. ab 1988.[6] Dies sei unerläßlich. Die übrigen Reformvorschläge von Delors müsse man erst noch genauer studieren. Grundsätzlich sei F gegen Plafondierung der Agrarausgaben. Kommission habe bereits eine Reihe von wichtigen, strukturwirksamen Maßnahmen getroffen. Im Agrarbereich sei Einigung zwischen D und F vorrangig, vor allem auch wegen der Bedeutung der bilateralen Beziehungen. Er, Raimond, sei bereit, sich jederzeit umgehend mit BM zu treffen, um wichtige Probleme zu diskutieren.

Die von Delors vorgeschlagene Verdopplung der Strukturfonds halte er für übertrieben. Man müsse dies allerdings noch weiter prüfen, insbesondere eine Reorientierung der Fonds nach geographischen oder sektoriellen Gesichtspunkten.

BM *Genscher*: Er halte ebenfalls eine Erhöhung der EG-Eigenmittel für erforderlich. Zu einem neuen Berechnungsmodus gebe es noch keine Entscheidung. Hier habe man noch viele Fragen. Die Bevorzugung eines Landes sei ein zunehmendes Problem.[7] Hier gebe es zwei Antworten: Entweder werde kein Land bevorzugt, oder aber auch die Bundesrepublik verlange entsprechende Bevorzugung.

Die Strukturfonds seien zwar wichtig, entscheidend bleibe jedoch, die Entwicklungsunterschiede der einzelnen MS durch Koordinierung der Wirtschaftspolitiken abzubauen. Dem Binnenmarkt komme hier besondere Bedeutung zu. Die Fonds hätten eine flankierende, subsidiäre Rolle. Es sei eine Illusion, allein an die Fonds zu glauben, egal, wie groß sie seien. Dies entspreche der eigenen, deutschen Erfahrung nach Zweitem Weltkrieg. Man habe in Deutschland nicht nur wieder aufbauen müssen, sondern auch, da wichtige Industriezentren in der DDR waren, strukturell umschichten müssen. Alles in allem sei er für eine angemessene Erhöhung der Strukturfonds, nicht jedoch für eine Verdopplung.

Die Agrarpolitik sei tags zuvor Gegenstand der Koalitionsverhandlungen gewesen. Hier seien die Dinge noch im Fluß. Wichtig sei Verständigung mit F. Die Einrichtung der Agrar-AG im Anschluß an den Frankfurter Gipfel[8] habe sich bewährt. Man brauche jetzt schnell eine Entscheidung auf höchster Ebene. Ag-

4 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51.

5 Zum EG-Haushalt vgl. Dok. 73, Anm. 6.

6 Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau die Erhöhung der EG-Eigeneinnahmen durch Anhebung des Abführungssatzes der Mehrwertsteuer auf 1,4% spätestens zum 1. Januar 1986 sowie die mögliche Erhöhung auf 1,6% zum 1. Januar 1988. Diese Maßnahme war jedoch mit dem Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien verknüpft. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.
Auf einer Sondersitzung des EG-Ministerrats am 28./29. März 1985 in Brüssel wurde eine Einigung über die Beitrittsregelung erzielt und die Anhebung der Mehrwertsteuergrenze auf 1,4% zum 1. Januar 1986 beschlossen. Das war allerdings an die Ratifizierung der Beitrittsverträge gebunden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kudlich vom 1. April 1985; Referat 410, Bd. 136101.

7 Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

8 Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main wurde beschlossen, eine interministerielle deutsch-französische Konsultationsgruppe zu EG-Agrarfragen einzusetzen. Diese trat am 12. Januar 1987 im Auswärtigen Amt zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats van Edig vom 15. Januar 1987; Referat 202, Bd. 151104. Zu den Konsultationen vgl. AAPD 1986, II, Dok. 312 und Dok. 315.

rarprobleme dürften nicht zu Problemen der deutsch-französischen Zusammenarbeit werden. Für ihn sei es wichtig, dies als gemeinsame Überzeugung mit nach Hause zu nehmen.

AM *Raimond* schlug vor, im Anschluß an nächste Agrarsitzung am 19. Februar[9] sich erneut mit BM Genscher zu treffen und Bericht an nächsten D-F-Gipfel[10] vorzubereiten. Auf Einwand von *BM*, daß nächster Gipfel Anfang Mai dafür sehr spät sei, schlug AM *Raimond* vor, nach nächster Agrar-AG jeweils getrennte Berichte mit Vorschlägen an PM Chirac und BK Kohl zu geben. Anschließend solle man über eine gemeinsame Sitzung vor nächstem Gipfel entscheiden.

De Boissieu wies ergänzend darauf hin, daß F zunehmend vor dem Problem stehe, in multilateralen Gremien prinzipielle Festlegungen zur Agrarpolitik treffen zu müssen. Dies sei ohne eine vorherige D-F-Einigung nur schwer möglich.

BM *Genscher* wies auf den Zusammenhang zwischen Agrarpolitik und allgemeiner Wirtschaftsentwicklung hin. Er habe befriedigt die positiven Wirtschaftsindikatoren in F zur Kenntnis genommen. In Deutschland habe man Glück gehabt, daß Wahlen bereits im Januar stattgefunden hätten. Er sehe zunehmende Wirtschaftsprobleme, vor allem im Export. Dies werde Auswirkungen auf die Konjunktur und damit auf den Arbeitsmarkt haben. Er glaube nicht, daß die schwachen Auftragseingänge ausschließlich eine Konsequenz des harten Winters seien.

Weitere Ungewißheiten bringe die Entwicklung in den USA. Er könne nicht sehen, wohin dort die Reise gehe. Nach der amerikanischen Kritik am Airbus[11] frage er sich, was dann alles noch kommen werde. USA haben kein Recht auf Monopol im Flugzeugbau. Er sei deshalb so besorgt, weil zusätzliche deutsche Anstrengungen, insbesondere eine massive Steuersenkung, nur Erfolg haben,

9 Die interministerielle deutsch-französische Konsultationsgruppe zu EG-Agrarfragen tagte am 19. Februar 1987 in Paris. Ministerialdirigent Trumpf vermerkte am 20. Februar 1987, behandelt worden seien die am 18. Februar 1987 im Sonderausschuß Landwirtschaft eingebrachten französischen Vorschläge („sozio-strukturelles Paket") sowie das „Preispaket", d. h. Fragen eines möglichen Fortfalls des Währungsausgleichs, eine Fettsteuer und eine Senkung der Agrarpreise. Erneut habe sich gezeigt, „daß D und F in ganz wesentlichen Punkten in der Agrarpolitik nicht übereinstimmen. Eine Gefahr schwerer Konflikte bestünde aber nur dann, wenn die eine Seite die andere im Verhandlungsverlauf in ihr besonders wichtig erscheinenden Fragen überstimmen würde." Vgl. Referat 412, Bd. 168701.

10 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Mai 1987 in Paris vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

11 Ministerialdirigent Pabsch notierte am 29. Dezember 1986: „Die USA haben in den letzten Tagen erneut Kritik an der – nach US-Auffassung GATT-widrigen – staatlichen Subventionierung des Airbus-Programms geübt und diese Kritik in einen Zusammenhang mit anderen handelspolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und der EG gebracht, die zu einem ‚Handelskrieg' führen könnten." Die amerikanische Kritik ziele primär darauf, „eine positive Entscheidung der Regierungen der Airbus-Länder über den Start der projektierten Airbus-Langstreckenversionen A 330 und A 340 zu verhindern. Die Frage, ob die Regierungen der Airbus-Länder grünes Licht für den Start dieser neuen Programme geben sollen, ist noch nicht entscheidungsreif." Vgl. Referat 411, Bd. 160430.
Am 9. Februar 1987 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Siemes, die amerikanischen Vorwürfe hätten bereits zu zwei informellen Treffen mit Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens am 20./21. März und 25./26. Juni 1986 in Genf geführt: „Eine dritte Gesprächsrunde ist vereinbart, ein Termin noch nicht festgesetzt. In der ersten Februarwoche führten der US-StS im Department of Commerce, Bruce Smart, und der stellvertretende United States Trade Representative, Mike Smith, Gespräche in London, Paris und Bonn, wo die gegensätzlichen Standpunkte noch einmal – zum Teil hart (London) – aufeinanderprallten." Vgl. Referat 411, Bd. 160430.

wenn freier Welthandel nicht gestört werde. Auch hier sei enge Konzertierung zwischen D und F erforderlich.

AM *Raimond* verwies in diesem Zusammenhang auf Notwendigkeit, EWS zu verstärken. Dies habe die Vergangenheit gezeigt. Auch hier müßten D und F ihre Standpunkte annähern.

Auf bilaterale Fragen eingehend, sagte AM Raimond, die D-F-Zusammenarbeit werde derzeit ihrem guten Ruf nicht ganz gerecht. Vor allem die Rüstungszusammenarbeit sei, trotz anzuerkennender gemeinsamer Anstrengungen von BM Wörner und M. Giraud, „en panne". F wolle weitere Fortschritte, Probleme lägen überwiegend bei D. Raimond bat, BM möge seinen Einfluß geltend machen. Andere Entwicklungen seien positiver: so bei Hermes[12] (Dank an BM für persönlichen Einsatz), bei Airbus sowie bei der geplanten Übernahme von CGCT durch Siemens[13]. Raimond gab den Rat, BM möge diesen letzten Punkt nochmals bei PM Chirac ansprechen.[14]

BM *Genscher* sagte zu, sich bei der Rüstungskooperation für weitere D-F-Fortschritte einzusetzen. Bei Hermes komme es jetzt darauf an, die deutschen industriellen und technologischen Interessen angemessen zu berücksichtigen. Derzeit würden in der Bundesrepublik die Weichen für die zukünftige Weltraumpolitik gestellt. Er stehe einer europäischen bemannten Raumfahrt positiv gegenüber. Beim derzeitigen technologischen Wettlauf könne der, der nicht mitmache, den Rückstand nie wieder aufholen. Er bleibe „zahlender Passagier".

Noiville beklagte auf Rückfrage die schlechten Erfahrungen, die man bei Columbus mit den USA gemacht habe.[15] Man habe nicht den Eindruck, daß USA gewillt seien, Europa als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren.

BM *Genscher* bestätigte, dies sei auch die deutsche Auffassung. Dies sei ein weiteres Argument für die eigene, europäische Raumfahrt. BM dankte für den Hinweis zu CGCT. Von einer funktionierenden Zusammenarbeit im Telekommunikationssektor gehe eine wichtige Signalwirkung für die Beziehungen aus.

Bei der kulturellen Zusammenarbeit habe er das Gefühl, man müsse nachdrücklicher an der Umsetzung der Frankfurter Beschlüsse[16] arbeiten. Der Trend zur

12 Zum Hermes-Projekt vgl. Dok. 13, Anm. 6.

13 In der Presse wurde berichtet, das französische Wirtschafts- und Finanzministerium wolle im Rahmen der Privatisierung die staatliche Telefongesellschaft „Compagnie Générale de Constructions Téléphoniques" (CGCT) für 500 Millionen Francs verkaufen. Kaufinteressenten könnten sich bis 2. März 1987 melden. Dabei könnten ausländische Interessenten maximal 20 Prozent der Anteile erwerben. Vgl. dazu den Artikel „Paris nennt Kaufpreis für CGCT"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Februar 1987, S. 19.

14 Vortragender Legationsrat Jess vermerkte am 12. Februar 1987, Bundesminister Genscher habe im Gespräch mit Ministerpräsident Chirac am 6. Februar 1987 in Paris „nochmals das Interesse der Bundesregierung an einem Ankauf der Firma CGCT durch Siemens hervorgehoben. PM äußerte sein Bedauern, daß Gespräche über eine Zusammenarbeit der französischen Hochtechnologie-Firma MATRA mit Siemens auf dem Gebiet der Radio-Telefonie bisher zu keinem Erfolg geführt hätten, und bemerkte hierzu, er wolle der Angelegenheit nochmals nachgehen." Vgl. Referat 202, Bd. 151087.

15 Zu den Verhandlungen der ESA-Mitgliedstaaten mit den USA über eine Beteiligung an der Internationalen Raumstation vgl. Dok. 13.

16 Für den Wortlaut der bei den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung über kulturelle Zusammenarbeit vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 661–664.

Abschaffung der zweiten obligatorischen Fremdsprache in Frankreich gehe zu Lasten der deutschen Sprache.

AM *Raimond* betonte, er setze sich nach Kräften für die Beibehaltung der obligatorischen zweiten Fremdsprache ein. Dies sei im übrigen für ihn das einzige Mittel, im Ausland der Zurückdrängung des Französischen entgegenzuwirken.

BM *Genscher*: Die erste Phase des Personalaustausches zwischen beiden Ministerien sei gut verlaufen.[17] Es komme darauf an, die noch ausstehenden Teile davon umgehend zu implementieren und den Austausch weiter auszubauen. Die Zentralabteilungen müßten angewiesen werden, eine Fortsetzung des Programms vorzubereiten. Er sei bereit, auch im Sicherheitsbereich sowie im Handelsbereich einen Austausch vorzusehen, vielleicht gerade in der für Agrarprobleme zuständigen Einheit. Er schlug gemeinsamen Beschluß vor: Zentralabteilungen werden beauftragt, bis zum nächsten regulären Außenministertreffen entsprechende Vorschläge vorzulegen.

AM *Raimond* stimmte dem zu.

BM *Genscher* bat um enge Koordinierung der Zusammenarbeit im Sicherheitsrat. F habe hier den Vorteil ständiger Präsenz. Die derzeitige Konstellation – sechs der sieben Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels im Sicherheitsrat[18] – sei besonders günstig. Dies sei zu einer engeren Zusammenarbeit und einer Harmonisierung der Standpunkte zu nutzen.

AM *Raimond* war damit einverstanden.

BM *Genscher* sprach seinen Dank aus, daß Präsident Mitterrand und PM Chirac im Mai bzw. im Juli nach Berlin reisen.[19] Dankte ebenfalls für Teilnahme des französischen Botschafters[20] am Neujahrskonzert in Ost-Berlin.[21] Im nachhinein habe sich gezeigt, daß es richtig gewesen sei, der Einladung Folge zu leisten. [22]Vor allem sei das schrille politische Signal einer Absage vermieden worden.

AM *Raimond* äußerte sich anschließend zur Einladung RBM Diepgen nach Ost-Berlin.[23] F sei hier noch zögernd, ähnlich, wenngleich schwächer, wohl auch GB. Es stelle sich die Frage der Vereinbarkeit mit dem Berlin-Status. Dies sei

17 Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris wurde ein regelmäßiger Personalaustausch zwischen den Außenministerien beider Länder beschlossen, um die Zusammenarbeit zu vertiefen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 61.
Am 20. Januar 1987 vermerkte Referat 101, für 1986 seien folgende Schritte vereinbart worden: „Höherer Dienst: Für ein Jahr Austausch von Mitarbeitern der Planungsstäbe und KSZE-Referate; dreimonatige Kurzaufenthalte im Fachbereich Sprachförderung, Kulturinstitute und Auslandsschulen. Gehobener Dienst: Austausch von Beamten der Rechtsabteilungen für jeweils drei Monate; Entsendung von Beamten an Konsularvertretungen des Partnerstaates für jeweils drei Monate." Vgl. Referat 202, Bd. 151106.

18 Neben Frankreich, Großbritannien und den USA, die mit einem ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat vertreten waren, gehörten 1987/88 auch die Bundesrepublik, Italien und Japan dem VN-Sicherheitsrat an.

19 Anläßlich des 750. Stadtjubiläums besuchte Staatspräsident Mitterrand Berlin (West) am 11. Mai 1987 und Ministerpräsident Chirac am 1./2. Juli 1987.

20 Joëlle Timsit.

21 Zum Eröffnungskonzert zur 750-Jahr-Feier Berlins am 1. Januar 1987 in Ost-Berlin vgl. Dok. 16, Anm. 4.

22 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 291 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

23 Zu den Einladungen an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, vom 8. Oktober 1986 vgl. Dok. 5, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 16.

ein Grundsatzproblem. Deutsche Seite gehe wohl davon aus, daß es allein deshalb schon nicht zum Besuch Diepgens komme, weil Honecker Gegeneinladung nach West-Berlin keine Folge leisten könne. Frankreich sei von der gesamten Konstruktion nicht überzeugt. Statusfragen wirkten zwar manchmal surrealistisch. Spätestens im Fall einer Krise werde es jedoch ernst. Dann müsse der Berlin-Status einen sicheren Schutz gewährleisten. Er, Raimond, wolle bei alledem betonen, daß er keine Hintergedanken habe.

BM *Genscher* dankte für Bereitschaft zur grundsätzlichen Erörterung der gesamten, sehr komplizierten Frage. Für ihn sei Vier-Mächte-Abkommen[24] von zentraler Bedeutung. Er selbst sei für dessen peinlichste Einhaltung. Verletzungen desselben könne der Osten leichter ausnutzen, da für ihn die machtpolitischen Hebel leichter einsetzbar seien. BM merkte an, er habe 1970 mit Rücktritt gedroht, als SPD plante, Moskau-Vertrag[25] zu ratifizieren, bevor Vier-Mächte-Abkommen ausgehandelt war.

Dies vorausgeschickt, müßten verschiedene Überlegungen berücksichtigt werden. Zum einen sei da der Umstand, daß Diepgen offenkundig nach Ost-Berlin wolle und dabei von der Mehrheit im Abgeordnetenhaus, d.h. CDU, SPD und Grünen, unterstützt werde. FDP sei demgegenüber eher zögernd, ebenso wie er, Genscher. Vor diesem Hintergrund wäre das Schlimmste, wenn der Eindruck entstünde, die Alliierten hinderten Diepgen an seinen Reiseplänen.

Anderer Umstand sei, daß Honecker mit Sicherheit Besuch in West-Berlin ablehnen werde, da Bundeskanzler und Bundespräsident anwesend seien. Er, BM, frage sich allerdings, ob diese ganze Konzeption sehr weise sei. In ein paar Wochen werde man zwei Absagen, nämlich die von Diepgen und die von Honecker, haben. Dies sei den deutsch-deutschen Beziehungen nicht dienlich.

Dritter Umstand sei, daß er, BM, nach eingehender Prüfung keine Statusverletzung sehe. Daher bitte er um Zustimmung, daß Einladung an Honecker gesandt werde. F gehe damit kein Risiko ein. Dies sei das einzige Mittel, einen Ausweg aus der verworrenen Lage zu finden. F könne im übrigen in der Vierergruppe die Erwartung aussprechen – ohne diese zu konkretisieren –, daß Status von Berlin nicht verletzt werde.

AM *Raimond* sagte zu, er wolle sich in diesem Sinne bei Präsident und Premierminister verwenden. Er benötige allerdings ein paar Tage.

Er berichtete anschließend kurz über den Besuch von DDR-AM Fischer in Frankreich.[26] Fischer habe auf ihn einen relativ aufgeschlossenen Eindruck gemacht, offener jedenfalls als russische Gesprächspartner. Im Rahmen KSZE-Erörterung habe er, Raimond, MR-Politik der Zwölf vorgetragen. Fischer habe mitgeschrieben und Vorbehalte zu erkennen gegeben. DDR wünsche mehr institutionalisierte Begegnungen mit F, ähnlich wie zwischen F und D. Raimond

24 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

25 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

26 Der Außenminister der DDR, Fischer, besuchte Frankreich am 29./30. Januar 1987.

versicherte in diesem Zusammenhang, Honecker werde nicht nach Frankreich eingeladen, bevor er nicht in der Bundesrepublik gewesen sei.[27]

BM *Genscher* dankte nachdrücklich und nannte dies eine wichtige Erklärung. Fischer habe, ebenso wie auch Honecker, viel durch internationale Kontakte gelernt. Früher seien Begegnungen mit ihnen komplizierter gewesen.

Die deutsch-deutschen Beziehungen verliefen im übrigen zufriedenstellend. So hätte es 1986 für 500 000 Personen unterhalb des Rentenalters Besuchsgenehmigungen für den Westen gegeben. Dies sei eine erstaunliche Verbesserung gegenüber früher. Auch in schwierigen Phasen deutsch-sowjetischer Beziehungen habe die DDR nur die notwendigsten Pflichtübungen gegenüber der SU erbracht.

Man müsse allerdings auch klar die Motive der DDR-Führung sehen. Honecker habe schwierigen Stand im Warschauer Pakt. Stabilitätsbedrohend seien das Fehlen einer nationalen Identität, die doppelte Medienlandschaft sowie die familiären deutsch-deutschen Bindungen. All das, was er an menschlichen Erleichterungen zulasse, diene seiner Reputation und damit auch der Stabilität des Regimes, dem im übrigen die Bevölkerung nicht zustimme.

AM *Raimond* kam auf Beziehungen zur Türkei zu sprechen. Haltung zu bevorstehendem türkischen EG-Beitrittsantrag[28] bereite Kopfzerbrechen. Man könne nicht brutal „nein“ sagen. Für F stünden allerdings im Vordergrund konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zur Gemeinschaft.

BM *Genscher* bemerkte, er sehe derzeit keine Möglichkeit für einen Beitritt. Vorrangig sei, die Assoziation wieder zu beleben.[29] Die Finanzhilfe aus dem

27 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

28 Die türkische Regierung stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 93 und Dok. 136.

29 Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.
Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet, das in Artikel 36 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen dem Ende des 12. und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. September 1963 vorsah, also bis zum 1. Dezember 1986. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.
Am 16. September 1986 fand in Brüssel eine Sitzung des Assoziationsrats EG–Türkei auf Ministerebene statt. Referat 411 notierte dazu am 19. September 1986: „Die eigentliche Bedeutung des Assoziationsrates bestand in der Tatsache, daß er erstmalig seit fünf Jahren überhaupt und ohne Eklat getagt hat.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144908.
Am 27. November 1986 übermittelten die Europäischen Gemeinschaften der Türkei ein vom EG-Ministerrat am 24. November 1986 beschlossenes Verhandlungsangebot zur Durchführung des Artikels 12 des Assoziationsabkommens. Referat 411 erläuterte am 8. Dezember 1986, das Angebot sehe vor: „abschließende Regelung der Freizügigkeit (ergibt sich aus der Überschrift); völlige Kontrolle des Zugangs türkischer Arbeitnehmer von außerhalb der Gemeinschaft (Art. 6) sowie von Arbeitnehmern innerhalb der Gemeinschaft (Art. 6); Trennung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Letztere in nationaler Zuständigkeit (Art. 8); Beschränkung des Familiennachzugs auf die Arbeitnehmer der ersten Generation (Art. 3). Nachzugsalter für Kinder nach nationaler Regelung (Art. 3); Verbleiberecht für türkische Arbeitnehmer unter gewissen Voraussetzungen (Art. 5); schulische Betreuung zur Förderung der Integration (Art. 4); Gleichbehandlung mit EG-Arbeitnehmern hinsichtlich Rechte aufgrund Arbeitnehmertätigkeit (Art. 2). Ferner enthält das Angebot eine Klausel (Art. 10), die Griechenland eine Ausnahme von der Freizügigkeitsregelung ermöglicht.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144909. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 368.

4. Finanzprotokoll müsse deblockiert werden.[30] Was die Freizügigkeit EG–Türkei betreffe, so sei die Bundesrepublik Hauptbetroffene. Beispiele: Türkische Bevölkerung in West-Berlin größer als drittgrößte Stadt in der Türkei, in Frankfurt derzeit viermal mehr Moscheen in Bau als Kirchen.

BM Genscher erläuterte auf Bitten von AM Raimond seine Rede von Davos.[31] Der SU müsse gezeigt werden, daß die Fortsetzung ihrer Politik der Öffnung im Westen auf positive Resonanz stoße. Für Gorbatschow sei es eine riskante Politik, G. sei sich dieser Risiken wohl auch bewußt. Eine Politik der Öffnung sei per definitionem gegen das bestehende System gerichtet. Man müsse sich nur einmal vorstellen, wie die Freilassung Sacharows[32] als Signal auf ZK, Parteikader, schweigende Mehrheit sowie Kritiker gewirkt haben muß. Fazit sei für den Westen, daß eine sich öffnende SU besser als eine verschlossen bleibende sei. Dies müsse man deutlich zum Ausdruck bringen. Der KSZE-Prozeß sei für den Westen der Fahrplan, mit dem die russische Öffnungspolitik begleitet werden könne. Ohne KSZE sei überhaupt Gorbatschow nicht denkbar.

Ob G. Erfolg haben werde mit seiner Politik, bleibe abzuwarten. Widerstände seien von verschiedener Seite zu erwarten. Hauptproblem sehe er in den Schwierigkeiten der faktischen Umsetzung. Damit hätten bisher alle russischen Herrscher zu tun gehabt. Stichwort: Der Zar ist weit. Dies werde auch G.s Problem sein.

Für die Bundesrepublik stelle sich in besonderem Maße die Sicherheitsfrage. Reykjavik[33] habe gezeigt, welche Entwicklungen plötzlich möglich seien. Man müsse sehen, wie sich der dort eingeleitete Prozeß weiter entwickle. Die Mehrheitsverhältnisse im amerikanischen Kongreß[34] seien jedenfalls für eine Fortsetzung der Verhandlungen mit der SU günstig, im Gegensatz zu anderen Aktionsfeldern wie Nahost oder Zentralamerika, wo Reagan vom Kongreß gebremst werde. Andererseits sei auch eine SDI-Stationierung nicht auszuschließen.

Komme es zu Veränderungen im Nuklearbereich, stelle sich mit besonderer Dringlichkeit die Frage nach dem konventionellen Gleichgewicht. D sei zwar am unmittelbarsten betroffen, die anderen europäischen Staaten seien jedoch sicher-

30 Zur Finanzhilfe der Europäischen Gemeinschaften für die Türkei führte Referat 411 am 13. März 1987 aus: „Zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Türkei hat die Gemeinschaft im Rahmen der Assoziation mit der Türkei Finanzprotokolle geschlossen. Die ersten drei Protokolle (Laufzeit:1964–1969, 1973–1976, 1979–1981) waren mit insgesamt knapp 705 Mio. Europäische Rechnungseinheiten ausgestattet. 1980 kam eine Sonderhilfe von 75 Mio. ECU hinzu. Das 3. Finanzprotokoll sollte an sich Ende 1981 durch das bereits ausgehandelte 4. Finanzprotokoll über 600 Mio. ECU (ca. 1300 Mio. DM) abgelöst werden. Wegen der Machtübernahme durch die Militärs in der Türkei im gleichen Jahr und der darauf folgenden starken Abkühlung im Verhältnis EG–Türkei wurde das 4. Finanzprotokoll bis heute von der EG-Kommission nicht dem EG-Ministerrat zur Genehmigung vorgelegt.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144910.

31 Zur Rede des Bundesministers Genschers am 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

32 Der sowjetische Atomphysiker Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt. Am 19. Dezember 1986 gab der sowjetische Stellvertretende Außenminister Petrowskij bekannt, Sacharows Verbannung sei aufgehoben worden. Sacharow und seiner Ehefrau Jelena Bonner seien die Rückkehr nach Moskau und die Wiederaufnahme wissenschaftlicher Tätigkeit erlaubt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1987, Z 16.

33 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

34 Seit den Wahlen zum Repräsentantenhaus bzw. den Teilwahlen zum Senat am 4. November 1986 in den USA besaßen die Demokraten im Senat 55 Vertreter und die Republikaner 45; im Repräsentantenhaus stellten die Demokraten 260 Abgeordnete, die Republikaner 175.

heitspolitisch „im gleichen Boot“. Ob man in diesem Boot in der Mitte oder mehr am Rande sitze, sei letztlich gleich: Im Fall des Kenterns falle jeder ins Wasser. Wichtig sei die europäische Abstimmung in der WEU. Das Treffen der AM in Luxemburg[35] habe ihn sehr ermutigt.

Man müsse von einer klaren östlichen Überlegenheit bei der konventionellen Angriffskapazität ausgehen. Er, BM, sage dies, ohne die Verteidigungskapazität des Westens zu unterschätzen. Deshalb sei die in Halifax getroffene Vereinbarung zur konventionellen Rüstungskontrolle[36] so wichtig.

Bereitschaft zur Verhandlung müsse allerdings einhergehen mit der Entschlossenheit zur Stärkung der eigenen Kräfte, solange es zu keinen Ergebnissen komme. Er, BM, sei damals für die Nachrüstung gewesen. Die Intervention von Mitterrand habe er noch in dankbarer Erinnerung.[37] Damals war der SU zu zeigen, daß sie keine Chance hatte, militärische Überlegenheit in politischen Druck umzusetzen. Darin habe die eigentliche Bedeutung der Nachrüstung gelegen. Die alte SU-Führung habe dies nicht verstanden. Er hoffe, dies sei bei der neuen russischen Führung anders.

Er, BM, habe Gorbatschow gesagt, daß SU sich heute in besonders vorteilhafter Lage befinde.[38] SU könne sicher sein, daß sie von ihren westlichen hochindustrialisierten Nachbarn nicht angegriffen werde. Dies sei gegenüber früheren Zeiten eine einschneidende Änderung. SU müsse dazu gebracht werden, sich zu fragen, weshalb bei dieser Konstellation soviel Militär erforderlich sei.

Im Zeichen deutscher Festigkeit stehe auch die Verlängerung der Wehrpflicht[39] sowie die Diskussion, ob Frauen Wehrdienst leisten sollten. Die Bundeswehr werde ihre Stärke erhalten, unbeschadet schwacher Geburtenjahrgänge. Es sei wichtig, daß diese Botschaft deutlich würde. Ebenso wichtig sei es, mit Verhandlungen über den Abbau der östlichen konventionellen Überlegenheit, insbesondere der Invasionsfähigkeit, zu beginnen. Er sei froh, daß sich F und USA geeinigt hätten.[40] [41]HLTF-Sitzung vom Vortage sei seines Wissens gut verlaufen.[42] Es dürfe nicht dazu kommen, daß SU zu Verhandlungen über konventionelle Truppenreduzierung bereit sei, während der Westen dies nicht sei.

35 Am 13./14. November 1986 fand in Luxemburg die WEU-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 330.

36 Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

37 Vgl. dazu die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 142. Sitzung, S. 8978–8992.

38 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; AAPD 1986, II, Dok. 209.

39 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

40 Zum amerikanisch-französischen Kompromiß in der Frage des Forums für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. AAPD 1986, II, Dok. 352 und Dok. 359.

41 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 292 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

42 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, teilte am 5. Februar 1987 mit, in der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO hätten sich alle Teilnehmer „zu den Beschlüssen vom 11.12.1986“ bekannt: „F stellte erstmals ausdrücklich klar, daß – falls ein befriedigendes

Er, BM, wolle jetzt noch etwas zu den INF sagen. Auch hier müsse man offen über die westlichen Verhandlungsziele reden. Man dürfe nicht vergessen, daß die SS-4 und SS-5 bereits stationiert waren, als die SS-20 kamen. Als Teil des nicht-öffentlichen Deals nach der Kuba-Krise hätten damals USA ohne größeres Aufsehen ihre entsprechenden Raketen aus der Türkei, Italien und GB zurückgezogen.[43] SU hätten also bereits vor der SS-20-Phase INF-Kräfte gegen Europa unterhalten. Mit der Stationierung der SS-20 hätten sie den Fehler gemacht, die westliche Standhaftigkeit zu unterschätzen. Jetzt hätten auch die USA entsprechende INF stationiert. Komme es also zur Null-Lösung, stehe der Westen im Ergebnis besser da als vorher, d.h. vor der SS-20-Stationierung. Es bleibe das Problem russischer Überlegenheit bei den SRINF. Deshalb sei die Koppelung der Null-Lösung mit der Verpflichtung zu Verhandlungen über SRINF so wichtig. Europäer müßten hier gemeinsame Haltung entwickeln. Im übrigen weise auch Honecker bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin, daß im Falle einer Einigung auch DDR-Territorium von SRINF befreit würde. Offenbar gebe es hier SU-Zusagen, die die DDR durch entsprechende öffentliche Äußerungen absichern wolle.

AM *Raimond* entgegnete, er teile zu 90 v.H. die Einschätzung zu Gorbatschow. G. sei viel intelligenter als seine Vorgänger. Dies sei auch besser für den Westen. Auch er sehe als Hauptproblem, daß der russische Generalsekretär weit weg von der praktischen Umsetzung von Reformmaßnahmen sei.

Einiges sehe er, Raimond, jedoch anders. Zu echten Reformen gehöre auch Änderung der Menschenrechtspolitik. Hier sehe er noch nichts Neues. Weiter gehe er davon aus, daß Gorbatschow bald merken werde, daß er mit seinen Reformbemühungen an die Grenzen des Systems stoße. Was dann geschehe, wisse man nicht. Insgesamt nehme Frankreich eine Haltung doppelter Wachsamkeit ein: zum einen positive Wachsamkeit beim Registrieren von Veränderungen, dabei keine Möglichkeit auszulassen, das Positive zu unterstützen. Zum anderen Wachsamkeit, noch keine Konzessionen als Gegenleistung für unverbindliche Reformbemühungen zu machen, die zu Lasten der eigenen Interessen gingen. Dies betreffe vor allem Konzessionen im Sicherheitsbereich.

F wolle die Null-Lösung nicht in Frage stellen. F sei auch mit der Koppelung von Verhandlungen über SRINF einverstanden. Diese Verhandlungen dürften jedoch nicht dazu führen, daß auch bei SRINF eine Null-Lösung avisiert werde.[44] Shultz habe ihm auf entsprechende Fragen keine Antwort geben können. Hierzu müßten im Rahmen der WEU weiter Beratungen geführt werden. Eine europäische Position sei zu SRINF unverzichtbar. Dabei müsse man französische und britische Nuklearkräfte ausklammern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 117

Ergebnis der KRK-Mandatsverhandlungen erreicht werde – auch nach seiner Auffassung die eigentlichen Verhandlungen zu 23 stattfinden würden." Von amerikanischer Seite sei vorgeschlagen worden, „den von der HLTF erarbeiteten Leitlinien für die westlichen Unterhändler für die KRK-Mandatsverhandlungen (‚Wegener-Papier') nunmehr unverzüglich zuzustimmen und damit den Weg für die Absendung der Einladung an die sieben WP-Staaten in Wien freizugeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 162; VS-Bd. 13472 (212); B 150, Aktenkopien 1987.

43 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 2, Anm. 5.

44 Vgl. dazu die Ausführungen des französischen Außenministers Raimond bei der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis am 11. Dezember 1986 in Brüssel; AAPD 1986, II, Dok. 363.

Die Brüsseler Vereinbarung zum doppelten Verhandlungsstrang KSZE und Allianz müsse beibehalten werden. F könne es nicht zulassen, daß Allianzverhandlungen zu stark in den Vordergrund rückten. Daraus würden erfahrungsgemäß Verhandlungen zwischen den USA und der SU, während die anderen Mitglieder an den Rand gedrängt würden.

BM *Genscher* sagte, ihm liege daran, die von Raimond erwähnten restlichen 10 v.H. Differenz zu dem Themenbereich zu durchleuchten. Was Gorbatschow betreffe, so gehe es ihm, BM, darum, daß G. beim Wort genommen werde. D.h., man müsse klar machen, daß jetzt Worten Taten zu folgen hätten. Der Westen müsse G. politisch ermutigen.

Man könne sich fragen, wohin G. wolle. Sicherlich nicht zum Modell westlicher Demokratie. G. wolle modernisieren, nicht jedoch liberalisieren. Er wolle mehr Effizienz. Anders als Dubček wolle er innerhalb des Systems bleiben. Ob er dies könne, ohne das System zu sprengen, ohne zu liberalisieren, bleibe abzuwarten. Dies sei Gorbatschows Risiko.

Zur Sicherheit: Er betone, daß auf Strategie der Abschreckung nicht verzichtet werden könne. Gerade D werde als erstes Land von Krieg betroffen, sei es konventionell, sei es nuklear. Für D sei daher Garantie der Kriegsverhütung besonders wichtig. Deshalb sei seine, BMs, erste Reaktion zu SDI auch gewesen: Ein Krieg in Europa dürfe dadurch nicht wieder führbar werden.

Die nukleare Abschreckung könne durch eine konventionelle Abschreckung nicht ersetzt werden. Ein konventionelles Gleichgewicht allein schrecke, wie der Krieg von 1914 gezeigt habe, nicht ab. Die nukleare Komponente werde daher im Sicherheitsbereich noch lange Zeit erforderlich bleiben.

Jedoch: Reagan habe erklärt, die nukleare Abschreckung sei unmoralisch.[45] Dieser Logik seien auch die Gespräche gefolgt, die in Reykjavik geführt worden seien. Deshalb könne man sich nicht der Frage nach den Konsequenzen im konventionellen Waffenbereich entziehen. Er leite daraus die Forderung an die SU ab: zum einen Abbau der Überlegenheit bei Kampfpanzern, Hubschraubern, Flugzeugen und anderen Angriffswaffen.

Zum anderen müsse die strukturelle russische Invasionsfähigkeit beseitigt werden.

Was die SRINF in diesem Zusammenhang anbelange: Hier gehe es weder um eine Null-Lösung noch um ein Einfrieren bestehender Stärken. Unser Ziel sei vielmehr eine Verringerung bei Festlegung gleicher Obergrenzen.

AM *Raimond* bemerkte, damit stelle er hundertprozentige Übereinstimmung fest.

BM *Genscher* verwies darauf, daß D mit F in der Frage des Verhandlungsforums einer Meinung gewesen sei. Auch D wolle kein Duplikat der Genfer Verhandlungen. Dabei denke er daran, daß gerade die N+N-Länder gute De-facto-Verbündete seien. Länder wie z.B. Jugoslawien sähen viele aus der russischen militärischen Bedrohung resultierende Probleme realistischer. Im übrigen glaube er, BM, daß gerade D und F Hauptrolle bei den Verhandlungen zukommen werde.

45 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

AM *Raimond* stellte fest, daß Positionen von D und F sehr nahe seien. F und D seien in dieser Frage näher als F und GB. F könne der Linie folgen, wenn D und F eng zusammenblieben. Er bat um Hilfe bei der Forumsfrage.

BM *Genscher* schlug vor, vor dem nächsten Gipfel im Rahmen eines „Gymnich-type"-Treffens[46] der Außen- und Verteidigungsminister Stand der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zu erörtern. AM Raimond war damit einverstanden.

BM bat weiterhin darum, daß F die Einladung zur Teilnahme am Vierertreffen der Direktoren annehme.[47] Wir hätten wichtiges Interesse daran, in diesem Forum den USA unsere Meinung mitzuteilen.

AM *Raimond* sagte Prüfung zu. Derartige Treffen sollten allerdings die Ausnahme bleiben.

BM *Genscher* äußerte auf Frage Raimonds zur WEU-Erweiterung, auch er sei für die spanische Mitgliedschaft (Ergänzung von *D2*[48]: allerdings langsamer, als von F befürwortet).[49] *BM* wies darauf hin, daß auch Norwegen Mitgliedschaft anstrebe. Dies sei sehr wichtig, Norwegen habe strategisch bedeutsame Rolle. Damals habe man leider Fehler gemacht, Norwegen EG-Beitritt durch kleinkariertes Verhandeln zu erschweren.[50] Wäre Norwegen heute in der EG, hätte Dänemark, weil nicht isoliert im Nordischen Rat, weniger Bündnisprobleme. Bei WEU-Beitritt sei natürlich von jedem neuen Mitglied zu akzeptieren, was bisher an gemeinsamer Politik vereinbart worden sei.

AM *Raimond* vertrat Auffassung, daß SU gerade in gegenwärtiger Phase Bedürfnis haben werde, andere Ostblock-Staaten unter Kontrolle zu haben.

BM *Genscher* stimmte dem zu. Mehr noch: Er glaube, daß diese Länder ihrerseits Vorbehalte gegen politische Entwicklung in SU hätten. Ihm gebe zu denken, daß russischer AM bei Besuch in DDR nur von AM Fischer begrüßt worden sei.[51] Dies sei nicht viel. Er könne sich Reaktion vorstellen, wie sie damals auch nach Chruschtschows politischen Reformen zu beobachten war: „Diese Reformen brauchen wir nicht, da wir sie im eigenen Land bereits verwirklicht haben."

Referat 202, Bd. 151087

46 Zu den „Gymnich-type-Treffen" vgl. Dok. 4, Anm. 29.

47 Beim Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 26. Januar 1987 in Washington, bei dem die Erörterung der Ost-West-Beziehungen, insbesondere die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen, die KSZE, künftige Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle und die jeweiligen bilateralen Beziehungen zur UdSSR im Mittelpunkt standen, stellte Frankreich „offenbar aus prinzipiellen Erwägungen den bisherigen Rhythmus des Vierergesprächs in Frage". Vgl. den Drahterlaß Nr. 653 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 29. Januar 1987 an die Botschaften in London, Paris und Washington; VS-Bd. 13012 (204); B 150, Aktenkopien 1987. Zum Treffen der Politischen Direktoren am 27. Februar 1987 vgl. Dok. 66.

48 Hermann Freiherr von Richthofen.

49 Zur Frage eines WEU-Beitritts Spaniens vgl. Dok. 23, Anm. 12.

50 Norwegen unterzeichnete am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973. Am 25./26. September 1972 sprachen sich bei einer Volksabstimmung 54% der Abstimmenden gegen und 46% für einen Beitritt aus. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

51 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die DDR vom 2. bis 4. Februar 1987.

26

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

VS-NfD **6. Februar 1987**[1]

Mitterrand beglückwünschte BM zum Wahlergebnis 25. Januar.[2] Für seine Mühen sei er reich belohnt worden.

BM erläuterte, Koalitionsverhandlungen würden sich auf die Themen Steuer, Renten und Krankenversicherungsreform konzentrieren. Eine erhebliche Senkung sei erforderlich, damit Steuersystem sozial gerechter werde und konjunkturell ungünstigen Entwicklungen entgegengewirkt werden könnte. Zur Rentenreform habe Verfassungsgericht Entscheidung getroffen, ohne allerdings zu sagen, wie die hierdurch notwenige Finanzierung erfolgen könne.

Mit AM Raimond habe er u. a. Entwicklung des europäischen Binnenmarktes und den besorgniserregenden Stand der handelspolitischen Beziehungen der Gemeinschaft zu den USA erörtert.[3] Im agrarpolitischen Bereich habe man eine Konfrontation vermeiden können. Jetzt seien USA bemüht, gegen Airbus Front zu machen.[4] Allgemein sei zu befürchten, daß in den USA protektionistische Kräfte weiter an Einfluß gewinnen würden. Hierbei denke er auch an den Bonner Wirtschaftsgipfel.[5] Die damalige Haltung Mitterrands werde durch die heutige Entwicklung bestätigt. Mitterrand hierzu: Er sei seinerzeit nicht liebenswürdig gewesen. Jetzt komme es darauf an, eine einheitliche europäische Haltung gegenüber den USA zu entwickeln und zu verfolgen.

BM bejahte – eine einheitliche Haltung sei auch im Sicherheitsbereich erforderlich. Er habe deshalb mit AM Raimond ein Gymnich-type-Treffen[6] vereinbart, um ausschließlich Sicherheitsfragen zu erörtern. Die Verteidigungsminister[7] sollten hinzugezogen werden. Mitterrand stimmte dem zu.

Präsident kam zurück auf USA, wo sich Anzeichen für eine bevorstehende schwere Krise häuften. Die amerikanische Regierung versuche, für ihre Probleme andere verantwortlich zu machen und Druck nach außen auszuüben. Hierzu gehörten auch ihm unverständliche Initiativen gegen den europäischen Airbus.

Für *BM* gehört zum freien Welthandel auch eine europäische Flugzeugindustrie. Die Firma Boeing habe mit ihrer Langstreckenversion hohe Gewinne gemacht, was ihr einen aggressiven Wettbewerb bei Mittel- und Kurzstreckenflugzeugen

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Schoeller, Paris, mit Drahtbericht Nr. 316 vom 8. Februar 1987 übermittelt.

2 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

3 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond am 6. Februar 1987 in Paris vgl. Dok. 25.

4 Zur Kritik der USA an der Subventionierung des Airbus-Programms vgl. Dok. 25, Anm. 11.

5 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 112 und Dok. 113.

6 Zu den „Gymnich-type-Treffen" vgl. Dok. 4, Anm. 29.

7 André Giraud (Frankreich) und Manfred Wörner (Bundesrepublik).

erlaube. Auch die Europäer müßten Langstreckenversionen des Airbusses bauen. *Mitterrand*: Ja, durchaus richtig.

Zur Frage Mitterrands nach Entwicklung der EG erläuterte *BM*, die Bundesregierung habe sich im Hinblick auf den ER im Mai oder Juni[8] noch kein Urteil über die neuen Vorschläge der Kommission[9] gebildet. Vorrangig sei eine deutsch-französische Einigung über eine gemeinsame Agrarpolitik. Man könne sich hier nicht unterschiedliche Positionen leisten. *Mitterrand* stimmte dem zu. *BM* weiter: Die Lage der Bauern in der Bundesrepublik sei wirtschaftlich schlecht, was zum Teil die Verluste der CDU bei den letzten Wahlen erkläre.[10] Auf Frage von *Mitterrand*, ob dies vor allem für Bayern gelte, erwiderte *BM*, auch im Norden. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Agrarpolitik in den bevorstehenden Landtagswahlen hin.[11]

Auf Einwurf *Mitterrands*, man habe das Problem der Überschüsse, ergänzte *BM*, auch das Problem unterschiedlicher Interessen sei gegeben. Die Überschüsse würden zu Ausgaben für die Lagerung in Höhe von 1/3 der EG-Agrarausgaben zwingen. *Mitterrand* stimmte dem zu.

Mitterrand zeigte sich überzeugt, daß im März bzw. April die Krise im Agrarbereich in der Gemeinschaft aktuell werde. Es bestehe die Gefahr, daß Europa auf der Strecke bleibe. Er wies in diesem Zusammenhang auch auf die voraussehbaren Schwierigkeiten in der Währungspolitik hin. *BM* ergänzte, daß sich diese Schwierigkeiten auch im Verhältnis zu den USA ergäben. *Mitterrand* schloß mit den Worten, F und D müßten dafür sorgen, daß 1987 nicht zu einem Jahr des Rückschritts werde.

BM sprach sich dafür aus, das Jahr 1987 in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht zu einem sehr europäischen Jahr zu machen. Gerade weil die Probleme in den USA anwachsen, müsse man in Europa versuchen, gemeinsam die Bevölkerung vor krisenhaften Entwicklungen zu bewahren. *Mitterrand* stimmte dem zu. Wenn F und D die Dinge nicht in die Hand nähmen, würde es niemand tun.

Mitterrand erwähnte, daß er bald nach der Regierungsbildung BK treffen wolle und hierbei auch die Möglichkeiten der derzeitigen belgischen Präsidentschaft zu erörtern habe, die nach Auffassung von *BM* nicht von der Notwendigkeit, anstehende Probleme dynamisch lösen zu müssen, überzeugt werden müßte, die man jedoch unterstützen sollte. *Mitterrand* erwiderte, er sei dazu bereit.

Zur Feststellung Mitterrands, BM sei ein Pfeiler der Koalition, und er hoffe, daß er sich auch künftig wie bisher für Europa einsetzen werde, erklärte *BM*, es gäbe keine andere Lösung, als ein modernes Europa zu schaffen. In diesem Jahr

8 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 29./30. Juni 1987 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 193.

9 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51.

10 Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag am 15. Juni 1986 verlor die CDU die absolute Mehrheit und erreichte 44,3% der gültigen Wählerstimmen, die SPD erzielte 42,1%. Die Grünen kamen auf 7,1%, die FDP auf 6%.
Bei den Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg am 9. November 1986 erreichte die CDU 41,9% der gültigen Wählerstimmen. Die SPD erzielte 41,7%, die Grün-Alternative Liste 10,4%, die FDP scheiterte mit 4,8% an der Fünf-Prozent-Hürde.

11 Landtagswahlen fanden am 5. April 1987 in Hessen, am 17. Mai in Rheinland-Pfalz und in Hamburg sowie am 13. September 1987 in Bremen und Schleswig-Holstein statt.

habe man noch mehr Verantwortung für die Entwicklung der Gemeinschaft wie auch für das Ost-West-Verhältnis.

Für *Mitterrand* ist die Grundlage Europas die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. In diesem Sinne habe sich auch Chirac in Straßburg ausgesprochen.[12] Diese Zusammenarbeit müsse sich jetzt insbesondere auch auf dem Gebiet der Technologie und der Agrarpolitik bewähren. Zur Strukturhilfe bemerkte Mitterrand, daß es Kredite im Austausch gegen guten Willen gäbe. Das gelte für Griechenland, aber auch für Italien und Spanien. Europa sei aber nicht in der Lage, alles zu machen, was gemacht werden könne. Es sei letztlich eine Frage des Budgets, darüber müsse man aber sprechen.

Er fragte BM nach seiner Einschätzung Gorbatschows, der verstanden habe, daß die SU ihre Einstellung gegenüber der äußeren Welt ändern müsse, und der ihm in diesem Zusammenhang, den Eindruck vermittelt habe, daß er sich des afghanischen Problems entledigen wolle.

BM berief sich auf seine Worte in Davos[13] vor einigen Tagen, wonach Gorbatschow beim Wort genommen werden müsse. Eine SU, die sich öffne, sei ein besserer Partner als eine verschlossene, unbewegliche SU. Dabei könne man nicht mit raschen Entwicklungen rechnen. G. könne Impulse geben in der Hoffnung, der sowjetischen Gesellschaft eine größere Effizienz zu vermitteln. Dies könne eine größere individuelle Bewegungsfreiheit implizieren. Die Freilassung Sacharows[14] wirke sich aus auf die Kader der Partei, der Armee, die Geheimpolizei und die Bevölkerung. Für diese stelle sich die Frage, ob die Partei oder Sacharow recht habe. Für die Orthodoxen in der SU sei dies eine dramatische Entwicklung. Es sei in unserem Interesse, diese Politik zu ermutigen und eine realistische Politik ohne Illusionen zu betreiben. Man müsse Gorbatschow beim Wort nehmen. *Mitterrand* stimmte dem zu, „ohne Illusionen", aber man müsse die Entwicklung, die sich anspinne, fördern. *BM* weiter: Er habe G. erklärt, daß vor ihm kein Zar und kein sowjetischer Führer den Vorteil gehabt habe zu wissen, daß an der Westgrenze Rußlands niemand zu aggressiven Aktionen bereit sei.[15]

Für *Mitterrand* ist auch der Generationswechsel bedeutsam. Die dritte Generation seit Entstehung der SU sei der historischen Tatenerzählung müde.

BM führte fort, Gorbatschows Position unterscheide sich von der seiner Vorgänger auch darin, daß er nicht mehr darüber befinden könne, was die Bürger der SU wissen bzw. nicht wissen dürften. So sei die Bevölkerung auf Tschernobyl[16] erstmals durch westliche Sender aufmerksam gemacht worden. Er habe Gromyko

12 Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Chirac am 27. Januar 1987 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Januar/Februar), S. 65–71.

13 Zur Rede des Bundesministers Genschers am 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

14 Zur Aufhebung der Verbannung des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 25, Anm. 32.

15 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; AAPD 1986, II, Dok. 209.

16 Am 26. April 1986 explodierte infolge von Bedienungsfehlern und Konstruktionsmängeln der Reaktor in Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl. Infolge des Reaktorunglücks wurden große Mengen radioaktiver Strahlung freigesetzt, die in der Umgebung zu zahlreichen Toten führte und als radioaktiver Niederschlag viele europäische Staaten traf. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 127, Dok. 128, Dok. 136, Dok. 138 und Dok. 144.

bereits vor drei Jahren gesagt, der Eintritt in das Informationszeitalter werde weltrevolutionäre Bedeutung haben.

Mitterrand stellte zu Reykjavik[17] fest, das Treffen habe den Vorteil gehabt, stattgefunden und ohne Ergebnis geendet zu haben. Es sei bezeichnend, daß G. von einer möglichen Reduzierung der Nuklearwaffen um 50 und mehr Prozent gesprochen habe. Er lehne für seine Person die Null-Lösung für Mittelstreckenwaffen nicht ab. Über diese Lösung sollte mit entsprechender Vorsicht verhandelt werden. Dies schaffe die Gelegenheit, auch über die Kurzstreckenraketen (SRINF) zu verhandeln. Mitterrand sprach sich für die Beibehaltung der Abschreckung zur Kriegsverhütung aus.

Die USA seien nicht endgültig an Europa gebunden (les US ne tiennent pas à l'Europe). Was den konventionellen Bereich angehe, so hätten Rüstungsbegrenzungsverhandlungen im Rahmen der KSZE stattzufinden. Die Gruppe der 35 sei unersetzbar. In diesem Punkt bleibe er unbeugsam (là, je serai intransigeant).

BM stimmte zu, er habe immer erklärt, daß die 35 das richtige Gremium seien. Die Bundesrepublik sei vor allem betroffen, da am stärksten bedroht. Sie stelle zudem in der Allianz die meisten Soldaten. Die Neutralen und Ungebundenen seien einzubinden in die Verhandlungen. In konventionellen Fragen seien sie uns sehr nah.

Seit gestern habe sich die Verhandlungslage gebessert[18], und man hoffe, zu einer Einigung mit den USA in der Frage der Beteiligung der Neutralen zu kommen.

Hierzu sei festzuhalten, daß es entgegen anderen Behauptungen kein konventionelles Gleichgewicht gäbe. Was die Zahl der Soldaten angehe, sei dies vielleicht zutreffend. Die Zahl der sowjetischen Panzer, Geschütze und Flugzeuge, insbesondere aber die andere Struktur der Streitkräfte, gebe der SU Überlegenheit in ihrer Offensivkapazität. Mit einem Gleichgewicht der Kräfte allein könne man die Abschreckung nicht ersetzen. Mit der anzustrebenden Reduzierung der Angriffsfähigkeit erhöhe man die Atomschwelle. Aus diesen Gründen müsse man mit am Verhandlungstisch sitzen und dürfte sich nicht mit dem Katzentisch begnügen.

Zum Terrorismus äußerte *Mitterrand*, er sei nicht gegen gemeinsame internationale Maßnahmen. Man dürfe diesen Gedanken jedoch nicht vermischen mit der Vorstellung, dies sollte über eine Konferenz der Sieben eingeleitet werden. Die Sieben seien nicht eine Art von Weltdirektorium.[19]

Die US hätten die Tendenz, alle Probleme über die Einrichtung von Institutionen aufgreifen zu wollen. Er sei gegen jede Form von Institutionalisierung. Im übrigen könne man über alle Probleme sprechen. *BM* fügte zustimmend hinzu: Schon

17 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

18 Vgl. die Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO am 5. Februar 1987 in Brüssel; Dok. 25, Anm. 42.

19 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heldt notierte am 31. Januar 1987, das italienische Außenministerium „als Vertreter der derzeitigen Siebener-Präsidialmacht" habe den amerikanischen Wunsch übermittelt, „kurzfristig (d. h. noch in der Woche vom 2.2. bis 6.2.87) ein Treffen hochrangiger Beamter (Politische Direktoren) der Sieben zur Erörterung der Geiselproblematik im Libanon einzuberufen". Seine, Heldts, Sondierungen im Haus hätten daraufhin ergeben, „daß US-Initiative bereits am 30.1.1987 über die fr[an]z[ösische] Botschaft in Bonn bekanntgeworden", die Reaktion jedoch durch Zurückhaltung gekennzeichnet sei. Vgl. Referat 310, Bd. 149653.

wegen der amerikanischen Flottenbewegungen im östlichen Mittelmeer habe man nicht nach Rom gehen können.[20]

Referat 202, Bd. 151087

27

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

201-363.52-143/87 geheim **6. Februar 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung

Betr.: Abzug der amerikanischen chemischen Waffen (CW) aus der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: Ihre Bitte um Unterrichtung

Anlg.: 1[3]

1) Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels im Mai 1986 in Tokio[4] wurde in Gesprächen zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister auf deutscher und dem Präsidenten[5] und Außenminister[6] auf amerikanischer Seite Einvernehmen über den Abzug der amerikanischen CW-Altbestände aus der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Die vom Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 15. Mai 1986 gebilligte Abrede sieht vor:

„Die unitären CW-Bestände in der Bundesrepublik Deutschland werden entsprechend der mitgeteilten Präferenz der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Vernichtung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland abgezogen. …

Der genaue Zeitpunkt für den Abzug wird in weiteren Konsultationen gemeinsam festgelegt. Unter der Voraussetzung, daß die Endfertigung der vollständigen Binär-Munition am 1. Dez. 1987 beginnt, wird der Abzug der unitären Bestände in der Bundesrepublik Deutschland nicht später als 1992 abgeschlossen sein.“[7]

20 Zum Treffen von Terrorismusexperten am 12./13. März 1987 in Rom vgl. Dok. 66, Anm. 28.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 6. Februar erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 9. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher sowie an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Richthofen am 10. Februar 1987 vorgelegen.

3 Vgl. Anm. 13.

4 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 4. bis 6. Mai 1986 statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 137.

5 Ronald W. Reagan.

6 George P. Shultz.

7 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 13. Mai 1986 an Präsident Reagan; AAPD 1986, I, Dok. 139.

Der Bundesminister der Verteidigung[8] wurde in der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 15. Mai 1986 beauftragt,

– die bilateralen Konsultationen mit der amerikanischen Regierung über den Abzug der C-Waffen zu führen,

– eine Interministerielle Kommission für die Vorbereitung des Abzugs chemischer Waffen zu bilden.

2) Der gegenwärtige Stand des amerikanischen CW-Binärwaffen-Programms in den USA läßt erwarten, daß mit der Endfertigung der vollständigen Binär-Munition ab 1. Dez. 1987 begonnen werden kann und damit dann die wesentliche Voraussetzung für den Abzug der bei uns gelagerten amerikanischen CW-Altbestände gegeben sein wird. Allerdings steht die Produktion unter dem grundsätzlichen Gesetzesvorbehalt des amerikanischen Kongresses, daß die USA bis dahin nicht einer gegenseitig verifizierbaren internationalen Vereinbarung über chemische Waffen beigetreten sind.

a) Mit der Unterschrift des Präsidenten vom 19. Okt. 1986 sind die Authorization and Appropriation Acts zum Verteidigungshaushalt FY 1987 Gesetz geworden. Sie enthalten

– die Zustimmung zur Produktion von 155-mm-Munition,

– die Zustimmung zur Produktion von Fertigungsanlagen für die Bigeye-Bombe,

– keine Zustimmung für die Produktion der Bigeye-Bombe (die von weiteren Auflagen abhängig gemacht wird).

b) Wie unsere Botschaft in Washington von der amerikanischen Seite erfuhr, läuft die Entwicklung der 155-mm-Munition nach der nunmehr erfolgten Bewilligung der Haushaltsmittel nach Plan. Die Produktion der Komponenten werde im März anlaufen. Mit der Endmontage könne ab 2. Dez. 1987 begonnen werden.

Schwieriger – jedoch als Voraussetzung im Sinn unserer Abzugsvereinbarung mit den USA unbeachtlich – gestaltet sich die Produktion der Bigeye-Bombe. Hier läßt sich gegenwärtig noch nicht absehen, ob es der Administration gelingen wird, die Zustimmung des Kongresses zu erhalten.

3) Am 10. Nov. 1986 trat die Interministerielle Kommission zum Abzug der chemischen Waffen (IMK-CW) unter der Leitung des BMVg (Generalmajor Hüttel) zu ihrer ersten, konstituierenden Sitzung zusammen. Eine weitere Sitzung hat am 3. Febr.[9] 1987 stattgefunden.

Wegen der besonderen Sensibilität des Themas hat die IMK-CW beschlossen, daß Informationen – auch innerhalb der Kommission – nur nach dem Grundsatz „Kenntnis, wenn nötig“ weitergegeben werden dürfen. Die Ressortvertreter wurden gebeten, darauf zu achten, daß nur diejenigen Informationen in ihren Häusern weitergegeben werden, die für eine Zuarbeit durch andere Stellen unbedingt erforderlich sind.

8 Manfred Wörner.

9 Korrigiert aus: „Jan.“.
Zur zweiten Sitzung der Interministeriellen Kommission zum Abzug der chemischen Waffen vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 4. Februar 1987; VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Hauptgegenstand der Erörterung in der zweiten Sitzung der IMK-CW war ein vom BMVg entwickelter erster Entwurf eines Transportszenarios. Er basiert auf der einvernehmlich beschlossenen Grundlage, daß der Abtransport der CW-Altbestände mit dem Zug zum Hafen erfolgen soll. Festgestellt werden sollen mit diesen ersten Arbeitsschritten planungserhebliche Tatsachen und Beteiligungsnotwendigkeiten anderer Ressorts bzw. Länderbehörden. Definiert werden insbesondere auch Fragen, die mit den USA in einer für Anfang Juli 1987 vereinbarten Konsultationsrunde in Bonn besprochen werden sollen.[10] General Hüttel berichtete aus vorbereitenden Gesprächen im Januar in Washington, daß die amerikanische Seite in den Gesprächen keinen Zweifel daran habe aufkommen lassen, daß die Vereinbarung, d.h. Abzug der bei uns gelagerten CW-Altbestände, durchgeführt werde.

Allerdings haben uns die USA für die für den 24. Febr. 1987 vorgesehenen deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen in Washington (Leitung auf unserer Seite Dg 20[11]) chemische Waffen als Tagesordnungspunkt vorgeschlagen. Angesichts der Tatsache, daß

– diese Thematik aus gegebenem Anlaß 1986 eingehend und ausführlich auf höchster Ebene abschließend behandelt wurde (siehe Ziffer 1) und
– am 6. Febr. 1987 in Bonn CW-Konsultationen in bezug auf Genf stattfinden[12],

sehen wir für dieses Thema keinen Gesprächsbedarf. Wir haben die amerikanische Seite deshalb gebeten, falls sie das Thema unter „Sonstiges“ anzusprechen wünscht, uns mitzuteilen, wo sie Gesprächsbedarf sieht.

4) Die amerikanischen Überlegungen zur Vernichtung der in den USA gelagerten CW-Altbestände lassen eine – insbesondere der US-Armee – deutliche Präferenz für die Vernichtung jeweils vor Ort erkennen. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht gefallen. Angesichts des mit uns vereinbarten Abzugs der hier gelagerten CW-Altbestände sieht die US-Armee einen Erklärungsbedarf für die unterschiedliche Handhabung im Fall von Anfragen aus der amerikanischen Öffentlichkeit. Eine Sprachregelung, die auf den wesentlichen Unterschied, nämlich die einen Transport ermöglichende Sicherheit der bei uns gelagerten chemischen Waffen, hinweist, wurde mit den amerikanischen Stellen abgestimmt. Sie soll sicherstellen, daß sich deutsche und amerikanische Dienststellen im Fall öffentlicher Stellungnahmen nicht widersprechen. Der von uns vorgeschlagene Text (vgl. Anlage[13]) wurde der amerikanischen Seite Ende Januar übermittelt.

i.V. Ploetz

VS-Bd. 12159 (201)

10 Deutsch-amerikanische Konsultationen über den Abzug chemischer Waffen aus der Bundesrepublik in die USA fanden am 2./3. Juli 1987 im Bundesministerium der Verteidigung statt. Vgl. dazu Dok. 275, Anm. 9.

11 Hans-Friedrich von Ploetz.
Zu den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 55.

12 Zu den Viererkonsultationen über chemische Waffen vgl. Dok. 32.

13 Dem Vorgang beigefügt. Für die Sprachregelung zur „Vernichtung der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten amerikanischen CW-Altbestände“ vgl. VS-Bd. 12159 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

28

Botschafter Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-1696/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 172
Citissime

Aufgabe: 6. Februar 1987, 18.55 Uhr[1]
Ankunft: 6. Februar 1987, 19.20 Uhr

Betr.: SCG/Quint-Sitzung vom 5./6. Februar 1987

Zur Unterrichtung

I. 1) In der Quint-Sitzung vom 5.2.1987 wurden ausschließlich die jüngsten US-Verifikationsvorschläge, insbesondere das Instrument der Verdachtskontrolle[2], erörtert. Alle Delegationen der Stationierungsländer[3] trugen erhebliche Bedenken gegen die US-Vorschläge vor und waren übereinstimmend der Auffassung, daß es weiterer ausführlicher Konsultationen dieser Frage bedürfe. Auf entsprechende GB-Anregung traf sich am 6.2.1987 – parallel zu der SCG-Sitzung – eine Verifikationsexpertengruppe, um gemeinsam mit der US-Delegation einen Katalog von Fragen zu erarbeiten, die einer weiteren Klärung bedürfen. US-Delegation sicherte zu, Fragen alsbald zu beantworten. Es bestand Einvernehmen, unter Umständen eine weitere Sitzung der Verifikationsexpertengruppe vorzusehen.

2) Im Vordergrund standen die Erörterung der Verdachtskontrolle und Fragen nach der Auswirkung der Verifikationsbestimmungen auf die Hoheitsrechte der vom Inspektionsverfahren betroffenen europäischen Partner. Insbesondere GB, NL und I äußerten sich kritisch in bezug auf Notwendigkeit und Umfang einer solchen Inspektionsregelung. Selbst wenn man die Verdachtskontrolle grundsätzlich für erforderlich halte, sei dennoch die Frage zu stellen, ob das Instrument in seiner Ausgestaltung derartig weitreichende Konsequenzen haben müsse. GB warf insbesondere die Frage der Verhandelbarkeit des amerikanischen Vorschlags auf. Allgemein wurden die Bestimmungen des Absatzes C als unklar, mißverständlich, mehrdeutig kritisiert. Auf meine entsprechende Frage, was unter „locations controlled by the other party" zu verstehen sei, räumte US-Delegation ein, daß damit Militäreinrichtungen und staatliche Anlagen gemeint seien, private Betriebe der Rüstungsindustrie jedoch nur insoweit, als sie im staatlichen Auftrag handeln („under contract"). Bündnispartner machten deutlich, daß die Frage einer endgültigen Zustimmung zu den amerikanischen Vorschlägen erst dann anstehen könne, wenn die entsprechenden Verifikationsbestimmungen abschließend – gerade auch im Hinblick auf die Durchführungsbestimmungen des vorgesehenen Proto-

1 Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe, z. Z. Brüssel, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 9. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 201 und 213 und den Umlauf in Referat 220 verfügte.
Hat Elbe erneut vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Müller und Legationsrat Brose vorgelegen.

2 Zu den Vorschlägen der USA zur Verifikation eines INF-Abkommens vgl. Dok. 19.

3 Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

kolls – erarbeitet sind.[4] Die abschließende Klärung dieser Fragen sei notwendig, um die Rechtsexperten in die Lage zu versetzen, – soweit erforderlich – Auswirkungen auf das nationale Recht zu prüfen und ggf. gesetzgeberische Maßnahmen zur Durchführung des Inspektionsregimes auf ihrem Boden vorzusehen.

3) Abweichend von der ersten amerikanischen Reaktion auf unsere vorab übermittelte Fragenliste (vgl. DB Washington 464 vom 2.2.1987[5]) zeigte sich US-Delegation in keiner Weise enttäuscht über die geschlossen kritische Haltung der Quint-Mitglieder. Sowohl Holmes als auch Botschafter Woodworth, Vertreter für den abwesenden Botschafter Glitman, hielten die Anregungen der europäischen Partner für hilfreich und drängten nicht auf Zustimmung zu den jetzt vorliegenden US-Vorschlägen. Woodworth erkannte es selbst als problematisch an, Vorschläge in die Verhandlungen einzuführen, die die USA nicht überzeugend vertreten könnten und die einer ausreichenden Unterstützung der Alliierten entbehrten. Es wurde jedoch auch deutlich, daß die US-Delegation in Genf möglichst bald einen fertig ausformulierten Vertragsentwurf einführen möchte, um nicht das Momentum der Verhandlungen durch Übergang in eine Drafting-Phase zu fördern.[6] Es bestand Einvernehmen, daß die für erforderlich gehaltenen weiteren Konsultationen zügig durchgeführt werden sollen.

II. In der SCG-Sitzung vom 6.2.1987 unterrichteten Holmes und Woodworth über den gegenwärtigen Verhandlungsstand der siebten Runde.[7] In der Sache seien keine wesentlichen neuen Bewegungen zu verzeichnen gewesen. Allerdings bestimmten ein neuer kooperativer Stil und der Übergang zu eher informellen Diskussionen den Verhandlungsablauf positiv. Zu den guten Nachrichten rechnete Woodworth, daß die Sowjetunion zu ihrer früheren Haltung von Reykjavik[8], daß ein INF-Abkommen von unbegrenzter Dauer sein müsse, zurückgekehrt sei. In der Verifikationsfrage habe sich ihre frühere Position in bezug auf die drei Prinzipien – Datenaustausch, Überwachung der Beständevernichtung und Vor-Ort-Inspektionen bei den verbleibenden Systemen – gefestigt. Als negativ bewertete die amerikanische Delegation, daß die Sowjetunion – abweichend von Reykjavik – einen unterschiedlichen Zeitraum für die Eliminierung der in Europa und Asien dislozierten Systeme vorsieht.

GB und B wiesen auf die Notwendigkeit hin, alsbald die Diskussion über die Berücksichtigung der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in Folgeverhand-

4 Der Passus „Auf meine entsprechende Frage … erarbeitet sind“ wurde von Legationsrat Brose hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt das genau? (staatl[ich] subventionierte Forsch[un]g?)“

5 Botschafter van Well, Washington, berichtete, das amerikanische Außenministerium habe sich am 2. Februar 1987 enttäuscht gezeigt über die Reaktion der Bundesregierung auf die amerikanischen Vorschläge zur Verifikation eines INF-Abkommens: „Verdachtskontrollen seien nach Auffassung der Administration zwingend erforderlich. Entscheidung sei auf ‚höchster Ebene‘ gefallen. National-technische Mittel und systematische Vor-Ort-Inspektionen reichten nicht aus.“ Vgl. VS-Bd. 11360 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

6 So in der Vorlage.

7 Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

8 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

lungen fortzusetzen. I und wir baten die amerikanische Delegation, zu gegebener Zeit den endgültigen Entwurf für ein INF-Abkommen den Verbündeten zur Kenntnis – und zwar zeitlich vor Einführung in die Verhandlungen – zu geben. Dem stimmte Holmes nicht nur ausdrücklich zu, sondern er forderte von den Verbündeten Beiträge und Fragen, die die Entwicklung des Vertragsentwurfs fördern könnten.

[gez.] Holik

[…][9]

VS-Bd. 11370 (220)

29

Runderlaß des Ministerialdirigenten Wegner

601-600.00 NO-17/87 VS-vertraulich **6. Februar 1987**[1]
Fernschreiben Nr. 951 Plurez **Aufgabe: 10. Februar 1987, 11.06 Uhr**

Betr.: Sicherheit der Zweigstellen des Goethe-Instituts

I. Auswärtiges Amt hat mit Plurez vom 21.1.1987[2] den Vertretungen im Nahen Osten folgende Weisung erteilt:

„1) Von einem hochrangigen Vertreter der palästinensischen Abu-Nidal-Gruppe wird aus ernstzunehmender Quelle berichtet, er habe die Schließung aller Goethe-Institute im Nahen Osten, die verlängerter Arm des BND und somit auch des israelischen Geheimdienstes seien, gefordert. Wenn dies nicht geschehe, müßten die Konsequenzen getragen werden. Über Entführungsfall Cordes gab sich Abu-Nidal-Vertreter nicht unterrichtet, äußerte jedoch, er glaube, daß noch weitere Deutsche ‚eingesammelt' würden, wie inzwischen geschehen.[3]

2) Die Vertretungen werden gebeten, die dortige Zweigstelle des GI sowie vorsorglich auch die übrigen deutschen kulturellen Institutionen umgehend von dieser Warnung zu unterrichten und sie zu erhöhter Wachsamkeit aufzufordern.

Soweit dies angezeigt erscheint, sollten auch die örtlichen Sicherheitsbehörden in geeigneter Form von der Warnung gegen die Goethe-Institute unterrichtet werden."

9 Im Anhang wurde das „SCG Chairman's press statement" im englischen Wortlaut übermittelt. Vgl. VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Durchdruck.
Der Runderlaß an die Botschaften in Athen, Ankara und Nikosia sowie an die Generalkonsulate in Istanbul, Izmir und Thessaloniki wurde von Vortragendem Legationsrat Krebs konzipiert.

2 Für den Runderlaß Nr. 426 des Ministerialdirigenten Wegner vgl. VS-Bd. 12449 (600/601/602); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 9 und Dok. 20.

II. Drohung der Abu-Nidal-Gruppe ist inzwischen – ohne Hinweis auf angebliche BND-Verbindung – in einem Interview mit ihrem Sprecher Abu Baker in der „Quick" vom 26.1.1987 veröffentlicht worden. Zitat: „Wer an der Aggression gegen unser Volk seinen Anteil hat, der ... kann dagegen Strafe erwarten, und das wäre nach allen Rechtsprinzipien legal. Wir werden Aktionen starten müssen". „Ich frage: ‚Gegen wen?' Er antwortet: ‚Gegen die deutschen Botschaften und die Goethe-Institute im arabischen Raum'."[4]

Da die dortigen Gastländer unmittelbare Nachbarn des Nahost-Raums sind und nicht auszuschließen ist, daß die genannte Gruppe sie als Teil ihres nahöstlichen Operationsfeldes betrachtet, werden die Vertretungen zusätzlich zu den ihnen bereits zugegangenen Warnmeldungen über diese spezielle Drohung hiermit vorsorglich unterrichtet und gebeten, auch für ihren Amtsbezirk gemäß I Ziffer 2 der nebenstehenden Weisung zu verfahren.

Wegner[5]

VS-Bd. 12449 (600/601/602)

4 Vgl. den Artikel von Wilhelm Dietl, „Jetzt werden die Deutschen gejagt"; QUICK vom 26. Januar 1987, S. 31 f.

5 Paraphe vom 10. Februar 1987.

30

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

214-321.00 ALB **9. Februar 1987**

Über Herrn D 2[1] Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien

Bezug: Vorlage vom 1.12.1986 – 214-321.00 ALB (liegt bei)[4]

Anlg.: 3 (nur beim Original)[5]

Vorschlag: Billigung der dargelegten Linie für eine weitere Runde der Sondierungsgespräche

Zu den Fragen des Herrn Bundesministers ist in Ergänzung der hiermit wiedervorgelegten Aufzeichnung vom 1.12.1986[6] zusammenfassend folgendes zu bemerken:

1) Reparationsfrage

a) Albanische Position

Albanien hat uns bereits in einem Memorandum vom 28. Juni 1975, das unserer Botschaft in Belgrad übermittelt wurde, detailliert seinen Standpunkt dargelegt und seine Forderungen unter substantiierter Auflistung einzelner Positionen auf 4,5 Mrd. US-Dollar (Wert 1938) beziffert (siehe Anlage 1 der Bezugsaufzeichnung).

1 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 9. Februar 1987 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 10. Februar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 19. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über Staatssekretär Meyer-Landrut, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Kastrup an Referat 214 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Siehe Weisung BM auf Seite 6." Vgl. Anm. 24.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Richthofen am 20. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Kastrup verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 23. Februar 1987 vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirigent Kastrup legte dar, Albanien habe in den seit April 1984 laufenden Sondierungsgesprächen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wie bereits in einem über die Botschaft in Belgrad am 28. Juni 1975 übermittelten Memorandum Reparationsforderungen für Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg erhoben und „unter substantiierter Auflistung einzelner Positionen auf 4,5 Mrd. US-Dollar (Wert 1938) beziffert". Um die Sondierungsgespräche abzuschließen, habe die Bundesrepublik angeregt, „den Dissens in der Reparationsfrage in geeigneter Form festzuhalten". Dafür gelte es eine Lösung zu finden, die im Wortlaut den Begriff „Reparationen" vermeide und auch in der Form verhindere, daß eine Aussage zu den unterschiedlichen Standpunkten „in einem gemeinsamen und unterschriebenen Dokument erscheint". Das Außenvertretungsrecht für Berlin (West) solle dagegen als Absatz im zu zeichnenden Protokoll auftauchen; gegebenenfalls sei aber auch ein beigefügter Briefwechsel akzeptabel. Vgl. Referat 214, Bd. 139420.

5 Vgl. Anm. 9, 20 und 22.

6 Bundesminister Genscher vermerkte am 5. Dezember 1986 handschriftlich auf der Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup vom 1. Dezember 1986: „Ich bitte erneut um Unterrichtung, welches die Auffassungen zur Rep[arations]frage sind, die in D[eutschland] u[nd] Alb[anien] dargelegt werden." Zur Frage der Vertretung für Berlin (West) vermerkte er ferner: „Welche Präjudizien gibt es hierzu bei allen Beziehungsaufnahmen nach dem Vier-Mächte-Abkommen?" Vgl. Referat 214, Bd. 139420.

In den seit April 1984 laufenden Sondierungsgesprächen hat die albanische Seite ihre Forderungen im einzelnen nicht noch einmal vorgetragen und auch keine Summe mehr genannt.

Auszüge aus unseren Gesprächsvermerken

27.4.1984:

„Lazri: Er sei für eine Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen sei dabei nur ein Aspekt. Hier sehe er keinerlei Probleme. Jedoch stelle sich das Problem der während des II. Weltkrieges entstandenen Schäden. Dabei handele es sich für ihn nicht um eine Bedingung. Er würde aber gerne wissen wollen, wie es mit der Behandlung dieser Frage weitergehen solle. Wir hätten gesagt, daß wir über das Problem nicht diskutieren wollten. Andererseits hätten wir mit anderen Staaten einen Weg gefunden, um vergleichbare Fragen zu lösen. Er frage sich, ob es nicht einen für beide Länder annehmbaren Weg geben könne. Man könne unterscheiden:

– Herstellung diplomatischer Beziehungen – kein Problem;

– Normalisierung – wann und wie wird ‚das Problem' gelöst?

Wenn man sage, weder vor noch nach Herstellung diplomatischer Beziehungen werde über das Problem gesprochen, so sei dies von unserer Seite eine Art Vorbedingung. Kein Staat, keine Regierung könne auf eine ‚gerechte Sache' verzichten. Er frage uns, wann und wie wir über ‚die Sache' diskutieren wollten."

9.11.1984:

„Gesicherte Basis und volle Perspektive der Beziehungen entstünden erst, wenn volle Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern erreicht sei. Albanien habe keine Einwände zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und knüpfe keine Bedingungen daran. Die offenen Probleme zwischen beiden Ländern aus der Vergangenheit könnten aber nicht ignoriert werden. Wenn die deutsche Seite zu deren Regelung aus juristischen Gründen nicht in der Lage sei, müßten andere Wege gesucht, Hindernisse unter Achtung der Gesetze beider Länder überwunden werden. Es gebe Präzedenzfälle, in denen die Bundesrepublik Deutschland geeignete Lösungen für offene Fragen aus der Vergangenheit gefunden habe."

„Lazri: Hinsichtlich Aufnahme diplomatischer Beziehungen Übereinstimmung möglich. Problem blieben aber offene Fragen aus dem II. Weltkrieg. Albanien verstehe die deutschen Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen[7], sehe darin aber kein Hindernis, Umwege zu finden, für die es bereits Präzedenzen gebe, z. B. die Lösung, die unter BK Brandt mit Jugoslawien gefunden wurde."[8]

[7] Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 333–485. Vgl. dazu auch AAPD 1953, I, Dok. 42.

[8] Während seines Besuches vom 16. bis 19. April 1973 in Jugoslawien traf Bundeskanzler Brandt mit Staatspräsident Tito auf der Mittelmeerinsel Brioni zusammen. Ein Gesprächsergebnis bestand in der Regelung „noch offener Fragen aus der Vergangenheit" durch die Vergabe eines weiteren zinsgünstigen Kredits der Bundesrepublik an Jugoslawien, der als finale Abgeltung sämtlicher zwischenstaatlicher

b) Deutsche Position

In ihrer Antwort auf das albanische Memorandum vom 28. Juni 1975 hat unsere Botschaft in Belgrad mit Verbalnote vom 27. Oktober 1975 unter Hinweis auf das Londoner Schuldenabkommen klargestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland gehindert ist, Reparationsforderungen zu prüfen (Wortlaut siehe Anlage 1[9]).

Diese Position haben wir auch seit Beginn der Sondierungsgespräche in einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit weiter vertreten.

Auszüge aus unseren Gesprächsvermerken

27.4.1984:

„Unsere Haltung sei, daß bestimmte Ansprüche nicht geprüft werden könnten. Insofern hätten wir jedem Staat dieselbe Antwort gegeben. Jeder Staat wisse, daß wir durch das Londoner Schuldenabkommen gebunden seien. Wir seien nicht in der Lage, solche Ansprüche zu befriedigen.

Außer diesem rechtlichen Aspekt gebe es aber auch einen politischen Grund. Wir seien ein geteiltes Land, die schlimmste Folge des Krieges bestehe fort. Wir könnten nicht bestimmte Ansprüche vorweg regeln, wenn der Hauptanspruch, die Wiedervereinigung, unerfüllt bleibe.

Wir könnten keine Ansprüche vor einer Gesamtregelung der Reparationen prüfen, die nach allen historischen Vorbildern im Zusammenhang mit Friedensverträgen stattgefunden habe. Ein wiedervereinigtes Deutschland, mit dem ein solcher Friedensvertrag zu schließen wäre, bleibe für uns die langfristige Perspektive."

„Auf Bitte von Dg 21[10] legte VLR Heldt noch einmal dar, daß es seit Abschluß des Londoner Schuldenabkommens keinerlei Verhandlungen mit anderen Staaten über Reparationsforderungen gegeben habe. Es seien unter dem Gesichtspunkt der Reparationen keine Vereinbarungen geschlossen worden, weil wir durch das Londoner Schuldenabkommen völkerrechtlich wie auch innerstaatlich rechtlich gebunden seien."

9.11.1984:

„von Braunmühl: Erläutert Londoner Schuldenabkommen auch hinsichtlich Verbot von Vorzugsbefriedigung einzelner Gläubiger auf Umwegen. Eine Umgehung widerspreche unserem Rechtsverständnis, daher habe die Bundesrepublik Deutschland nie durch ein Abkommen indirekte Kompensation für Reparationen gegeben. Dies gelte auch hinsichtlich Jugoslawiens: Wir haben dessen Reparationsforderungen nicht anerkannt. Als international anerkanntes Entwicklungsland habe es Entwicklungshilfedarlehen erhalten. Andere Interpretationen dienten jeweiligen z. T. innerpolitischen Legitimationszwängen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 133

Forderungen gedacht war. Vgl. dazu BULLETIN 1973, S. 427 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, I, Dok. 110 und 111.

Am Rande einer Kabinettssitzung am 11. Oktober 1973 beschloß die Bundesregierung zudem, Jugoslawien ein langfristiges Kreditvolumen von 700 Mio. DM anzubieten, davon 400 Mio. DM zu Kapitalhilfebedingungen und 300 Mio. DM zu Marktkonditionen. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 27.

9 Dem Vorgang beigefügt. Für die Verbalnote des Auswärtigen Amts vom 27. Oktober 1975 vgl. Referat 214, Bd. 139420.

10 Gerold Edler von Braunmühl.

Außerdem wurden die Kredite im Rahmen funktionierender Wirtschaftsbeziehungen gegeben, u.a. wegen des deutschen Interesses an Absatzmärkten. Kurzum: Reparationen seien nicht möglich, auch nicht auf Umwegen."

c) Erklärung zu Protokoll

Um auch einen schriftlichen Anknüpfungspunkt für die unterschiedlichen Positionen zu haben, sollte angestrebt werden, in der Erklärung zu Protokoll auf den Notenwechsel aus dem Jahr 1975 Bezug zu nehmen.

Vorgeschlagen wird deshalb folgende Erklärung:

„Beide Seiten legten ihre bereits aus dem Notenwechsel von 1975 bekannten Standpunkte zur Frage von Schäden dar, die in Albanien im Verlauf des II. Weltkrieges eingetreten sind. Es bestand Einvernehmen, daß die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen davon nicht berührt wird."

Dieser Vorschlag ist mit D5[11] abgestimmt.

2) Vertretung von Berlin (West)

Bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit sozialistischen Staaten nach Inkrafttreten des Vier-Mächte-Abkommens[12] haben wir in bezug auf Berlin (West) Regelungen vereinbart, die sich am Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens orientieren und nicht darüber hinausgehen (Ungarn[13], Bulgarien[14], ČSSR[15], Kuba[16], Vietnam[17], Mongolei[18], Angola[19]). Eine weitergehende Vereinbarung war nicht durchsetzbar. Als Beispiel sind die entsprechenden Briefwechsel mit Ungarn beigefügt (Anlage[20]).

Mit Rumänien, mit dem bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1967[21] zum Außenvertretungsrecht Berlins nichts vereinbart worden war, haben wir 1973

11 Jürgen Oesterhelt.

12 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

13 Die Bundesrepublik und Ungarn nahmen am 21. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1973, S. 1668. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, III, Dok. 421.

14 Die Bundesrepublik und Bulgarien nahmen am 21. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1973, S. 1668. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, III, Dok. 420.

15 Die Bundesrepublik und die ČSSR nahmen am 11. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1973, S. 1635. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, III, Dok. 412.

16 Am 18. Januar 1975 gaben die Bundesrepublik und Kuba die Wiederaufnahme der am 14. Januar 1963 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen bekannt. Vgl. dazu BULLETIN 1975, S. 56. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 3.

17 Die Bundesrepublik Deutschland und die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) nahmen am 23. September 1975 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1975, S. 1168. Vgl. dazu auch AAPD 1975, I, Dok. 82, und AAPD 1975, II, Dok. 271.
Dieses Datum galt auch nach der Vereinigung Nordvietnams mit der Republik Vietnam (Südvietnam) am 2. Juli 1976 als Beginn der diplomatischen Beziehungen zur Sozialistischen Republik Vietnam. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 239.

18 Die Bundesrepublik und die Mongolei nahmen am 31. Januar 1974 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1974, S. 144. Vgl. dazu auch AAPD 1974, I, Dok. 20.

19 Die Bundesrepublik und Angola nahmen am 16. August 1979 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1979, S. 916. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 252.

20 Dem Vorgang beigefügt. Für den Briefwechsel vom 13. Dezember 1973 zwischen dem Leiter der Verhandlungsdelegation der Bundesrepublik, van Well, und seinem ungarischen Kollegen Nagy vgl. Referat 214, Bd. 139420.

21 Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 81. Vgl. dazu auch AAPD 1967, I, Dok. 20.

eine Berlin-Regelung nachgeholt (Wortlaut des Briefwechsels zwischen den Außenministern siehe Anlage[22]). Sie erschien uns aus damaliger Sicht günstiger als die Vereinbarungen mit den anderen sozialistischen Staaten, weil der Wortlaut für Berliner einen gleichen Standard wie für Bundesbürger entsprechend dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen[23] versprach. Als Folge der einschränkenden Bezugnahme „im Einklang mit dem Vier-Mächte-Abkommen" ist die Praxis allerdings genauso unbefriedigend wie mit den übrigen Staaten des Warschauer Pakts.

Im Falle Albaniens streben wir eine Regelung an, die allgemeiner gefaßt ist und nicht auf das Vier-Mächte-Abkommen Bezug nimmt. Wir hoffen, dadurch die uns inzwischen bekannte restriktive sowjetische Interpretation vermeiden zu können. Sollte die von uns vorgeschlagene Formel akzeptiert werden – und die Aussichten dafür scheinen nicht ungünstig zu sein –, hätten wir jedenfalls nach dem Wortlaut eine bessere Vereinbarung als mit den anderen oben genannten Staaten erzielt.[24]

Es wird nochmals um Zustimmung gebeten, die Sondierungsgespräche auf der dargelegten Linie fortsetzen zu können.[25]

Kastrup

Referat 214, Bd. 139420

22 Dem Vorgang beigefügt. Für den Briefwechsel vom 29. Juni 1973 zwischen Bundesminister Scheel und dem rumänischen Außenminister Macovescu vgl. Referat 214, Bd. 139420.

23 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1587–1703.

24 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Es ist der albanischen Seite zu sagen, daß es sich bei dieser Forderung um eine nicht verhandlungsfähige Position handelt."

25 Die Bundesrepublik und Albanien nahmen am 2. Oktober 1987 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu Dok. 290 und Dok. 292.

31

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

201-360.92 FRA-112/87 VS-vertraulich **10. Februar 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2] mit der Bitte um Zustimmung und Weiterleitung an StM Möllemann

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: Bildung einer gemeinsamen Schnellen Eingreiftruppe (FAR)

Bezug: Anforderung BStM 116/87 vom 22. Januar 1987

Anlg.: DB Nr. 122 aus Paris[3]

1) Der von Generalsekretär Bianco vom Élysée im Gespräch mit Botschafter Schoeller aufgeworfene Gedanke einer gemeinsamen deutsch-französischen „Schnellen Eingreiftruppe" (FAR = Force d'Action Rapide) ist für uns neu. Er berührt die im bilateralen Verhältnis bereits erörterten Optionen für einen Einsatz der FAR im NATO-Bereich Europa-Mitte als hochbewegliche Einsatzreserve mit hoher politischer Signalwirkung, scheint aber konzeptionell weit darüber hinauszugehen. Ohne genaue Kenntnis der Modalitäten des französischen Vorschlags ist eine abschließende Bewertung nicht möglich. Auch scheint es sich bei Biancos Ausführungen – nach entsprechenden Präzisierungen des Élysée gegenüber unserer Botschaft – vorläufig um persönliche Gedanken mit einer sehr langfristigen Perspektive zu handeln. Auf Grund der Stellung Biancos haben sie in jedem Fall Gewicht. Wenn sie im bilateralen Dialog erneut aufgegriffen und präzisiert werden, müssen wir – unter Berücksichtigung der

[1] Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Vortragendem Legationsrat Freiherr von Stackelberg konzipiert.
Hat Stackelberg am 11. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Leiter der Referate 202 und 209 „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 12. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 12. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz verfügte.
Hat Kittlitz am 16. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 16. Februar 1987 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 20. Februar 1987 vorgelegen.

[2] Andreas Meyer-Landrut.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt.
Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 19. Januar 1987, der Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Bianco, habe ihm erklärt, in Frankreich „fürchte man ein sowjetisches Einwirken auf die Bundesrepublik, um neutralistische Tendenzen, Strömungen, zu fördern. Über einen intensiven deutsch-französischen Dialog müsse man eine gemeinsame Gesamtstrategie entwickeln, die langfristig zu einer deutsch-französischen Konföderation führen könnte. Mitterrand habe ihm versichert, daß er hierzu bereit sei und hierzu beitragen wolle, wie er überhaupt für eine engere europäische Zusammenarbeit eintrete." Als ein mögliches Thema für das Gespräch des Staatspräsidenten Mitterrand mit Bundesminister Genscher am 6. Februar 1987 habe Bianco Frankreichs Schnelle Eingreiftruppe genannt: „Mitterrand trage sich mit dem Gedanken, die Errichtung einer deutsch-französischen FAR der deutschen Seite vorzuschlagen. Für ihn sei es wünschenswert, daß die Deutschen sich künftig evtl. an ratsamen militärischen Einsätzen auch außerhalb der Allianz beteiligen." Vgl. Referat 201, Bd. 143333.

deutschen Verfassungsrechtslage – in konstruktiver Weise darauf eingehen. Jede ernsthafte Erörterung eines gemeinsamen militärischen Projekts dieser Größenordnung würde eine deutliche konzeptionelle Annäherung in den Militärdoktrinen beider Länder erforderlich machen, die wir entsprechend der zentralen Forderung des Élysée-Vertrags von 1963[4] seit langem anstreben. Darin liegt die vorrangige politische Bedeutung des Vorschlags von Bianco aus unserer Sicht.

2) Mit der FAR hat sich Frankreich ein militärpolitisches Instrument zur Machtprojektion inner- und außerhalb Europas geschaffen. Ihr Einsatz hängt allein von der Entscheidung des Staatspräsidenten ab, ist daher nicht durch bestehende Einsatzpläne eingeengt. Dementsprechend ist die FAR unmittelbar dem Oberkommando der Gesamtstreitkräfte unterstellt. Eine Koordinierung mit den Planungen des Bündnisses besteht nicht. Das gilt zur Zeit auch noch hinsichtlich des für uns unter Verteidigungsaspekten vor allem bedeutsamen Einsatzraums Europa-Mitte (AFCENT).

Entsprechend ihrer Zweckbestimmung sind von den für die FAR vorgesehenen fünf Divisionen (insgesamt rund 47 000 Mann = Korpsstärke) zwei Divisionen für den Einsatz in Zentraleuropa (4. luftbewegliche Division, 6. leichte Panzerdivision; beide neu aufgestellt) optimiert, während die drei übrigen Divisionen (9. Marinedivision, 11. Luftlandedivision, 27. Gebirgsdivision; alle bislang dem III. Korps in Lille unterstellt) nach Struktur und Ausstattung für den Einsatz in Übersee („outre-mer“) besonders geeignet sind und dort auch schon eingesetzt werden.

Auch die 4. und 6. Division werden vom BMVg vorläufig allerdings als nur bedingt in der Vorneverteidigung einsetzbar beurteilt, da

– bislang keine Abstimmung mit den Planungen der integrierten Streitkräfte des Bündnisses erfolgt ist,
– Struktur und Ausrüstung mögliche Einsatzräume und -optionen begrenzen,
– vor allem aber die logistische Komponente so schwach ausgebildet ist, daß der Einsatz von erheblichen Leistungen der an der integrierten Verteidigung teilnehmenden Streitkräfte abhängt.

In dieser Situation streben wir an, zumindest eine planerische Abstimmung der FAR-Einsatzoptionen für Europa-Mitte mit den alliierten Kommandobehörden (SHAPE und[5] CINCENT) in Konkretisierung der für die französischen Streitkräfte vorgesehenen Rolle als operative Reserve des Bündnisses zu erreichen. An Reintegration[6] oder Aufgabe des präsidentiellen Einsatzvorbehalts wird nicht gedacht. Frankreich hat unseren entsprechenden Vorschlägen in der Arbeitsgruppe „Militärische Zusammenarbeit“ im Grundsatz zugestimmt. Damit soll der Einsatz der FAR [7]kalkulierbarer gemacht werden, um so die planerische Grundlage für die bei einem Einsatz notwendig werdende logistische Unterstüt-

4 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu ferner AAPD 1963, I, Dok. 44.

5 An dieser Stelle wurde gestrichen: „SHAPE und“.

6 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

7 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat von Arnim handschriftlich: „viel realistischer u[nd]“.

zung durch Bundeswehr und andere an der Vorneverteidigung teilnehmende Bündnisstreitkräfte zu schaffen.

3) 1987 wird erstmals im Rahmen der Heeresübung „Kecker Spatz" der Einsatz von Großverbänden der FAR auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland praktisch geübt.[8] Frankreich unterstreicht damit die stets betonte Bereitschaft, entsprechend seinen eingegangenen Bündnisverpflichtungen Streitkräfte zur Verteidigung des europäischen Bündnisgebiets auch auf deutschem Boden einzusetzen. Der potentielle Angreifer muß so damit rechnen, jederzeit auch auf französische Truppen zu treffen. Anhand der bei der Heeresübung 1987 gesammelten Erfahrungen sollen gemeinsam Verfahren zur Stärkung der Interoperabilität unter Berücksichtigung der seit über 20 Jahren mit den anderen Bündnispartnern eingeübten militärischen Praxis entwickelt werden.

Politisch wichtig ist für uns dabei die vielleicht später mögliche sichtbare Verknüpfung des deutschen mit dem französischen Territorium. Wenn im Rahmen einer engen Zusammenarbeit die Grundlage geschaffen werden könnte, um der Bundeswehr im Rahmen von Manövereinsätzen den rückwärtigen französischen Raum zu öffnen, wäre das ein erster Schritt in Richtung auf Harmonisierung des rüstungskontrollpolitisch relevanten Raums (Atlantik bis Ural) mit dem für militärische Operationen zur Verfügung stehenden Bündnisgebiet (NATO-Europa bisher ohne Frankreich), womit einem besonders gravierenden strategischen Nachteil für das Bündnis abgeholfen werden könnte.

4) Der Gedanke einer gemeinsamen deutsch-französischen FAR geht über den bisherigen planerischen Ansatz weit hinaus.

Soweit an eine Beteiligung von Bundeswehreinheiten an solchen FAR-Kontingenten gedacht ist, die für Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebiets[9] (out-of-area, outre-mer) vorgesehen sind, bestehen die durch Art. 87 a Abs. II GG[10] gesetzten verfassungsrechtlichen Schranken. Hierzu hat der BSR am 3. November 1982 für die Bundesregierung festgelegt, daß „militärische Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs grundsätzlich nicht in Frage kommen, es sei denn, es läge ein Konflikt zugrunde, der sich gleichzeitig als ein völkerrechtlicher Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland darstellt".[11]

Wir müßten Frankreich gegebenenfalls erläutern, daß „politisches burden sharing" auf Grund dieser Rechtslage nicht Beteiligung im militärischen Sinne heißen kann. Zu prüfen wäre, ob in Fällen, die im Rahmen unseres politischen Interesses (EPZ) liegen, gewisse Leistungen erbracht werden können, die nicht unter die Klassifikation „militärischer Einsatz" fallen. Zu denken wäre an den Bereich Logistik, Transport etc., in dem wir auch im Bereich Europa-Mitte Unterstützungsleistungen erbringen werden. Dieser Fragenbereich würde mit Behutsamkeit geprüft werden müssen.

8 Zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz" vom 17. bis 24. September 1987 vgl. Dok. 276.

9 Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

10 Für den Wortlaut von Artikel 87a des Grundgesetzes in der Fassung vom 24. Juni 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

11 Zur Entscheidung des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. Dok. 159.

Hinsichtlich der für den NATO-Bereich Europa-Mitte geplanten Einsatzoptionen ist der Gedanke einer gemeinsamen Einsatztruppe erwägenswert. Schon jetzt gibt es im BMVg vorsichtige Überlegungen, die hochmobile I. (GE[12]) Luftlandedivision im Rahmen des Bündnisses zu multilateralisieren, um auf diese Weise eine hochbewegliche, panzerabwehrstarke Einsatztruppe von hoher Durchhaltefähigkeit zu gewinnen, die kurzfristig an Brennpunkte der Vorneverteidigung verlegt werden könnte. Eine Beteiligung der FAR würde diesen Verband nicht nur militärisch aufwerten, sondern in besonderer Weise Frankreichs Verpflichtungen im Bündnis in augenfälliger Weise nach innen und außen unterstreichen und militärisch wirksamer machen.

In der gegenwärtigen Struktur bestünden dabei sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite gewichtige Bedenken und Probleme[13], die überwunden werden müssen:

– Die Streitkräfte der Bundeswehr sind vollständig in die Kommandostruktur des Bündnisses im Rahmen der Vorneverteidigung integriert. Da Frankreich weder an der Integration noch an der Vorneverteidigung teilnimmt, müßten Bundeswehreinheiten zur Beteiligung an der FAR aus beiden gelöst werden. Das widerspricht politischen Grundentscheidungen und der militärischen Planung seit Gründung der Bundeswehr. Eine Reduzierung unseres Kontingents an den integrierten Streitkräften wäre gerade jetzt ein falsches politisches Signal.
– Trotz unterschiedlicher Spezialisierung der einzelnen FAR-Einheiten ist eine ausdrückliche Beschränkung auf europäische Einsätze auch hinsichtlich der 4. und 6. Division nicht sichergestellt, die gesamte FAR ist für verschiedene Zwecke vorgesehen. Aus den Ausführungen der Botschaft ergibt sich zudem, daß französischerseits gerade an „politisches burden sharing“ im Hinblick auf Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebiets gedacht wird. Frankreich könnte es auch auf Einsatz deutscher Soldaten oder Mittel[14] in Wahrnehmung französischer militärischer Verpflichtungen gegenüber Staaten der Dritten Welt (z. B. Tschad) ankommen.
– Die französische Wehrgesetzgebung ist von der unsrigen grundsätzlich verschieden. Mit der Unterstellung unter französische Kommandogewalt würden Bundeswehrsoldaten erhebliche Rechtseinbußen (Grundsätze der Inneren Führung, Beschwerderecht, Wehrbeauftragter) erleiden, die nicht außer Betracht bleiben können. Dafür müßten Lösungen gefunden werden.

5) Wir sollten einer Diskussion, wenn Frankreich sie wünscht, nicht ausweichen. Wir versuchen seit Beginn des intensivierten sicherheitspolitischen Dialogs die stärkere Heranführung Frankreichs an das Bündnis in der Vorneverteidigung. Dazu kann – gerade in der gegenwärtigen politischen Konstellation mit ausgeprägtem Status-quo-Denken der Kohabitationsregierung – ein solches bilaterales Gespräch hilfreich sein. In ihm müßten konzeptionelle Grundfragen beider

12 Germany.
13 Die Wörter „und Probleme“ wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.
14 Die Wörter „oder Mittel“ wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

Seiten erörtert werden. Das Denken in Frankreich ist unter der Oberfläche weiter in Bewegung. Hierauf deuten auch die Ausführungen Biancos hin, dem die Problematik seiner Überlegungen sicher bewußt ist. Frankreich empfindet andererseits unsere „machtpolitische Abstinenz“ als schwer verständlich, zumal wenn man sich auf der anderen Seite zu einer handlungsfähigen und verantwortungsbereiten Europäischen Union bekennt. Es mag hoffen, auf längere Sicht auch unser Denken zu befruchten. Wir würden jedoch dem französischen Engagement in Zentraleuropa Vorrang einräumen.

Richthofen[15]

VS-Bd. 12084 (201)

32

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

222-370.45-197/87 VS-vertraulich **10. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: CW-Konsultationen in Bonn am 6. Februar 1987 mit USA, GB und F; hier: Bewertung der Genfer CW-Verhandlungen

Anlg.: 1 Teilnehmerliste[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Am 6.2.1987 fanden in Bonn CW-Konsultationen im Viererkreis statt. Sie dienten einem allgemeinen Gedankenaustausch über den Stand der CW-Verhandlungen und der Detailerörterung der noch zu lösenden drei Problembereiche „Deklaration und Überprüfung der Bestände“, „Nichtherstellungskontrolle“ und „Verdachtskontrolle“.[5]

15 Paraphe vom 11. Februar 1987.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Reyels und Legationsrat I. Klasse Horsten konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 10. Februar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Es ist offenkundig, daß in USA Kräfte stärker werden, die keine Verbotsverifizierung wollen. 2) Briefentwurf an AM Shultz.“
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Holik an Referat 222 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 16. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Butler am 17. Februar 1987 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat Reyels handschriftlich vermerkte: „Wie mit D 2 A besprochen.“

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1987.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann legte am 3. Februar 1987 dar, im Mittelpunkt der Verhandlungen über ein weltweites Chemiewaffenverbot bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) stünden die Themen „Überwachung der zivilen Produktion (Nichtherstellungskontrolle) und die

Übereinstimmung herrschte darüber, daß der Westen in der jetzt beginnenden Sitzungsperiode der Abrüstungskonferenz[6] mit großem Nachdruck an einem CW-Verbotsabkommen weiterarbeitet. Wir wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die SU im Hinblick auf den näherrückenden Produktionsbeginn binärer CW in den USA[7] sich verstärkt um die Unterstützung der Öffentlichkeit für ihre Verhandlungspositionen bemühen werde. Deshalb komme es für das Bündnis darauf an, Geschlossenheit und für die Öffentlichkeit erkennbar die Bereitschaft zu zeigen, zielstrebig auf einen Verhandlungsabschluß hinzuarbeiten.

In der Beurteilung von Verhandlungsverlauf und -aussichten wurden deutlich unterschiedliche Akzente gesetzt. Während wir und auch GB die Fortschritte hervorhoben, die in verschiedenen Punkten in letzter Zeit – insbesondere aufgrund sowjetischen Einlenkens – erreicht wurden, betonten die USA vor allem die Schwierigkeiten der noch zu lösenden Probleme: Die USA müßten angesichts des sowjetischen CW-Potentials und unzureichender Verifikationsvorschriften im Abkommensentwurf die Grundfrage nach dem akzeptablen Restrisiko neu stellen. US-Delegationsleiter Hansen (ACDA) ließ dabei durchblicken, daß Verhandlungsfortschritte im Hinblick auf das Binärprogramm für die USA Probleme schüfen („if there is no threat, there is no money for defense").

Es fiel auf, daß nicht nur F sich zurückhielt (der neue französische Delegationsleiter[8] wies eingangs darauf hin, daß er sich in die Materie erst einarbeiten

Fortsetzung Fußnote von Seite 141

Verdachtskontrolle". Bei der Nichtherstellungskontrolle gehe es darum, „sich auf die chemischen Substanzen zu einigen, die für ein CW-Verbot relevant sind. Die Überwachung des Umgangs mit diesen Substanzen soll aufgrund von Listen erfolgen, in denen sie nach den Kriterien der Toxizität und der Nutzbarkeit für militärische Zwecke sowie einer Reihe anderer Gesichtspunkte, wie etwa Umfang der wirtschaftlichen Produktion, in einzelne Abschnitte gegliedert sind. Der Kontrollumfang (Mittel: Regelkontrollen durch Vor-Ort-Inspektion und statistische Kontrollen durch Datenübermittlung) wird entsprechend den Unterteilungen der Liste abgestuft. Die erlaubte Produktion der gefährlichsten Stoffe wird ständig vor Ort überwacht, bei der dritten Kategorie der industriell in großer Anzahl hergestellten Stoffe beschränkt sich die Kontrolle auf Datenaustausch." Bei der Verdachtskontrolle bestehe weiter ein „Gegensatz zwischen US-Forderung nach umfassender ‚mandatorischer' Verdachtskontrolle und dem sowjetischen Bestehen auf ‚Freiwilligkeit' bei der Zulassung einer solchen Kontrolle". Der britische Vorschlag vom 15. Juli 1986 (CD/715) biete einen Mittelweg, indem er „das unverzügliche Eintreffen des Inspektionsteams am vorgesehenen Inspektionsort gewährleistet, andererseits dem inspizierten Staat in besonderen Ausnahmefällen das Recht einräumt, die Inspektion auf bestimmte Teile der Anlagen zu beschränken oder alternative Vor-Ort-Kontrollen anzubieten". Die UdSSR habe „sich mit ihren mehrfachen öffentlichen Ankündigungen entsprechend auf den Boden des britischen Vorschlags gestellt, zugleich aber die zusätzliche Forderung erhoben, daß der Zulassung einer Verdachtsinspektion mit Zweidrittelmehrheit im Vertragsorgan zugestimmt werden müsse". Dies sei nicht akzeptabel, da es „die in ernsten Zweifelsfällen unabdingbare obligatorische Kontrolle infrage stellen" würde: „Dennoch hat die SU sich auch hier bewegt, indem sie von der ursprünglich geforderten Freiwilligkeit abgegangen ist." Strittig sei ferner die Deklaration der Chemiewaffenbestände und der Zeitpunkt ihrer Überprüfbarkeit: „Die SU will den Lagerort der Bestände erst dann bekanntgeben, wenn sie im Hinblick auf die bevorstehende Vernichtung in einem Sammellager zusammengefaßt werden. Dann soll auch erst eine Verifikation möglich sein. Die USA bestehen auf einer alsbaldigen Meldung sämtlicher Bestände mit Angabe des Lagerortes und der Möglichkeit, diese Erklärung alsbald zu verifizieren." Vgl. Referat 222, Bd. 162041.

6 Die Sitzungsperiode der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) dauerte vom 3. Februar bis 28. August 1987.

7 Am 19. Dezember 1985 bewilligte der amerikanische Kongreß Mittel zur Produktion binärer chemischer Waffen, legte aber zugleich fest, daß die Endfertigung frühestens ab 1. Oktober 1987 beginnen dürfe. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 23.

8 Pierre Morel.

müsse), sondern auch GB seinen Vorschlag zur Verdachtskontrolle[9] eher zurückhaltend vertrat.

2) Eine erhebliche Rolle spielten in der Diskussion die Äußerungen, die Assistant Secretary Perle bei der Wehrkundetagung am 1.2.1987 in München[10] zum CW-Verbot gemacht hatte. (Da ein CW-Verbot unvermeidlich weder verifizierbar noch durchsetzbar sein werde, könne der Gefahr eines CW-Einsatzes wirkungsvoller durch das Bereithalten eines CW-Abschreckungspotentials begegnet werden.) Der amerikanische Delegationsleiter unterstrich in diesem Zusammenhang, Perles Meinung werde innerhalb der Administration von vielen geteilt. Demgegenüber wiesen die europäischen Verbündeten nachdrücklich darauf hin, daß die Äußerungen Perles die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Eintretens für ein CW-Verbot schwächten. Unter vier Augen sagte Hansen, die größte Schwierigkeit bestehe für ihn darin, angesichts des Meinungsbildes in Washington eine aktive US-Verhandlungsführung in Genf sicherzustellen. Mit dem Meinungsbild in Washington in Zusammenhang stehe das wiedererstarkte Insistieren der USA auf ihrem eigenen Vorschlag zur Verdachtskontrolle in Art. X des US-Entwurfs von 1984[11]. Eine Reihe von Leuten, die ursprünglich dem britischen Vorschlag gegenüber aufgeschlossen gewesen sei, hätte ihre Meinung inzwischen geändert (damit bezog sich Hansen offenbar auf das State Department).

3) Im einzelnen betonte die US-Delegation, die SU verfolge mit ihrer optimistischen Einschätzung des Verhandlungsstandes in Genf in erster Linie Propagandainteressen. Die USA seien nicht bereit, sich unter Zeitdruck setzen zu lassen. Wenn das Jahr 1987 für einen möglichen Verhandlungsabschluß genannt werde, so ziele dies auf Verhinderung der Produktionsaufnahme binärer CW durch die USA und deren Isolierung in der Abrüstungskonferenz („pressure tactic against US CW-modernization and try to exploit differences among Allies to isolate US in CD"). Im Einklang mit der Betonung der Schwierigkeit der noch zu lösenden Probleme stand, daß die US-Delegation auch in Bereichen, über die bereits innerhalb des Westens grundsätzlich Übereinstimmung besteht – Nichtherstellungskontrolle – und die in Genf zunehmend durch die östliche Seite akzeptiert werden, Bedarf sah, konzeptionelle Fragen neu zu stellen und zusätzliche Klärungen zu suchen (z. B. Prüfung im pharmazeutischen Bereich verwendeter hochtoxischer Substanzen auf ihre CW-Eignung).

Zur Verdachtskontrolle blieb US-Delegation bei Kritik an britischem Vorschlag von 1986, der den im US-Vertragsentwurf von 1984 manifesten eigenen Ansprüchen nicht gerecht werde. SU-Bewegung in dieser Frage, die immerhin

9 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

10 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 3. Februar 1987, in einem Bericht der Tageszeitung „The Washington Post" vom selben Tag werde dargelegt, „daß Perle nur für sich und nicht für die Regierung oder für den Präsidenten in München gesprochen habe. Weiterhin werden ungenannte Mitarbeiter aus dem Pentagon zitiert, wonach VM Weinberger über die Bemerkungen von Perle unglücklich war und diese im kleinen Kreis als ‚inaccurate' und als zu weitgehend bezeichnet haben soll." Vgl. den Drahtbericht Nr. 515; Referat 201, Bd. 143377.

11 Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs der USA vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

GB-Vorschlag als Verhandlungsbasis akzeptiert und damit begonnen hat, ihre bisherige Position zu modifizieren, wurde nicht gewürdigt.

4) GB-Delegation argumentierte in den Konsultationen zurückhaltend. Beispielhaft war die Behandlung der Verdachtskontrolle. Zwar verteidigte GB den Vorschlag vom Juli 1986 gegenüber den USA, anerkannte gewisse sowjetische Bewegung in dieser Frage und betonte, daß Konsultationen mit der SU fortgesetzt würden. Zugleich wurde britischerseits aber erläutert, daß hier kein Durchbruch zu erwarten sei und daß der Westen deshalb dieses Thema nicht in den Vordergrund stellen sollte. Die Übereinstimmung mit den USA in diesem Punkt war besonders auffällig.

5) Wir haben auf zügiges Weiterverhandeln in Genf auf Grundlage des britischen Vorschlags zur Verdachtskontrolle und auf Lösung der offenen Fragen der Nichtherstellungskontrolle auf der Basis des westlichen Ansatzes (unterteilte Substanzenlisten mit zugeordneten abgestuften Regelkontrollen) gedrängt. Wir haben auf der Grundlage von mit dem BMWi und dem Verband der Chemischen Industrie angestellten Überlegungen ein Konzept für die Übermittlung von Produktionsdaten CW-relevanter Substanzen vorgetragen, das wir in Kürze in Form eines Arbeitspapiers in die CD einzuführen beabsichtigen.[12] Wir haben ferner die Bereitschaft unserer Partner zu Konsultationen über die noch strittigen Fragen der Verifikation der Nichtherstellung im Kreis der vier CD-Botschafter[13] sowie zur Weiterführung der CW-Verhandlungen während der Verhandlungspause der Abrüstungskonferenz ab August 1987 erreicht.

Es läßt sich jedoch nicht übersehen, daß unsere engsten Verbündeten – vor allem die USA – hinsichtlich der Chancen für ein baldiges CW-Verbot eine betont skeptische Haltung einnehmen. Das muß für uns um so mehr Anlaß sein, unser Engagement in Genf mit Nachdruck fortzusetzen und auf unsere Verbündeten in diesem Sinne weiter einzuwirken.

Die Sitzung hat eine neue Konstellation in der Vierergruppe erkennbar werden lassen: Während früher die drei europäischen Partner in ihrem Drängen gegenüber den USA einmütig waren, standen wir diesmal fast allein.

i. V. Hartmann

VS-Bd. 11557 (222)

12 Am 26. Februar 1987 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann Bundesminister Genscher das Arbeitspapier „Collection and Forwarding of Data and other Information to Verify the Non-production of Chemical Weapons“ vor, das demnächst bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) eingeführt werden solle. Dazu teilte er mit: „Das Papier regelt die Sammlung und Aufbereitung von Daten zur Produktion CW-relevanter Chemikalien durch nationale Behörden der Vertragsstaaten und deren Übermittlung an die zur Überwachung des CW-Verbots zu schaffende internationale Vertragsorganisation. Auf diese Weise soll im Rahmen der Nichtherstellungskontrolle größtmögliche Transparenz des Umgangs mit den für ein CW-Verbot erheblichen Substanzen durch die zivile Industrie erreicht werden. Die übermittelten Daten bieten die Grundlage für Regelkontrollen durch die Vertragsorganisation und eventuelle Ansatzpunkte für Verdachtskontrollen.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162041.
Am 15. April 1987 vermerkte Referat 222: „Zur Nichtherstellungskontrolle haben wir am 19.3.1987 in der Konferenz einen Vorschlag für die Regelung des vorgesehenen Datenaustauschs zwischen den Vertragsstaaten und der Vertragsorganisation unterbreitet.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162058.

13 Ian Cromartie (Großbritannien), Lynn Hansen (USA), Pierre Morel (Frankreich) und Paul-Joachim von Stülpnagel (Bundesrepublik).

33

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek

201-363.41-179/87 geheim **10. Februar 1987**[1]

Betr.: Neutronenwaffe

1) Die Neutronenwaffe (NW), die bei gleicher Detonationsstärke gleiche Druckstoßwirkung entfaltet, aber das Zehnfache an Kernstrahlung und nur halb soviel Hitzestrahlung freisetzt wie eine Kernspaltungswaffe, war seit 1975 Gegenstand von Bündnisberatungen im Zusammenhang mit der Modernisierung der Kurzstreckenrakete Lance und der 203-mm-Artilleriemunition.

Seit Sommer 1977 ist die NW auch in der Öffentlichkeit diskutiert worden.[2] Im Frühjahr 1978 hat die US-Regierung (Carter) die Entscheidung über die Produktion der NW verschoben und vom Verhalten der SU hinsichtlich konventioneller/nuklearer Waffenprogramme und Truppenstärkeentwicklung abhängig gemacht.[3] Ohne in der Frage einer Stationierung eine Entscheidung zu treffen, hat die US-Regierung (Reagan) sodann im Sommer 1981 die Produktion der NW-Gefechtsköpfe (GK) für die Lance und die 203-mm-Artillerie beschlossen.[4]

F hatte 1976 die Entwicklung und Erprobung der NW beschlossen und 1980 eine Entscheidung über die Weiterentwicklung der NW getroffen.[5]

1 Hat laut handschriftlichem Vermerk Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 13. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an „D 2 z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 13. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Ploetz am 4. April 1987 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte.

2 Zur Diskussion über die Neutronenwaffe vgl. AAPD 1977, II, Dok. 232, Dok. 243, Dok. 275, Dok. 318 und Dok. 374.

3 Der Bundessicherheitsrat traf am 14. März 1978 in Vorbereitung einer für den 20. bzw. 22. März 1978 vorgesehenen Erörterung in der NATO Beschlüsse zur Neutronenwaffe. Am 19./20. März 1978 teilte die amerikanische Regierung eine Verschiebung der Diskussion auf unbestimmte Zeit mit. In einem Gespräch am 31. März 1978 in Hamburg informierte der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher Bundeskanzler Schmidt über die Entscheidung des Präsidenten Carter, den Bau der Neutronenwaffe auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Diese Entscheidung wurde am 7. April 1978 öffentlich bekanntgegeben. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 77, Dok. 82, Dok. 92, Dok. 93 und Dok. 108.

4 Zur Entscheidung der amerikanischen Regierung, die Neutronenwaffe zu produzieren, vgl. AAPD 1981, II, Dok. 172 und Dok. 231.

5 Staatspräsident Giscard d'Estaing gab am 26. Juni 1980 in Paris vor der Presse die Entscheidung des Verteidigungsrats zur Modernisierung der französischen strategischen und taktischen Nuklearsysteme bekannt: „A) Als Ersatz für die bis 1990–1992 zu ersetzenden Systeme (gemeint sind offensichtlich die Raketen des Plateau d'Albion und die Mirage-IV-Träger) soll ein bewegliches System gebaut werden. Bis Ende 1980 soll über die technischen Modalitäten dieses Systems entschieden werden. B) Über den Bau der Neutronenwaffe (Produktionsentscheidung) soll erst 1982–1983 entschieden werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1458 des Botschafters Herbst, Paris, vom selben Tag; Referat 201, Bd. 120180. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1980, II, S. 210–222.
Botschafter Schoeller, Paris, legte am 30. Juni 1986 dar, der französische Verteidigungsminister Giraud habe verkündet, „die Fabrikation der Neutronenwaffe werde nicht in unmittelbar bevorstehender Zukunft in Angriff genommen. Man könne deren Produktion nicht unabhängig vom Einsatz-

2a) Die deutsche Haltung zur NW war in zwei BSR-Sitzungen im Jahr 1978 etwa folgendermaßen festgelegt worden:

(BSR am 20. Januar 1978[6])

– Die Entscheidung über eine Produktion der NW liegt in alleiniger Verantwortung der USA.
(Dies kann entsprechend auch auf F bezogen werden, so z. B. früherer BK Schmidt in Fernseh-Interview vom 21. August 1981.[7])
– Alle sich bietenden Möglichkeiten zu Fortschritten bei Rüstungskontrollverhandlungen sollen geprüft und genutzt werden.
– Bereitschaft, Stationierung der NW in D, abgestützt auf entsprechende Bündnisberatungen, zuzulassen,
  – wenn innerhalb von zwei Jahren nach der Produktionsentscheidung keine Resultate der Rüstungskontrollverhandlungen vorliegen und
  – wenn Dislozierung nicht allein auf deutschem Territorium erfolgt.

(BSR am 14. März 1978)

Auftrag an den BM, bei den Konsultationen im Bündnis zur rüstungskontrollpolitischen Behandlung der NW die Option NW gegen Panzer, verhandelt außerhalb des MBFR-Rahmens, einzuführen und zu vertreten. Falls im Bündnis der Option NW/SS-20 der Vorzug gegeben werden sollte, auch dieser Option zuzustimmen.

b) Im Hinblick auf die Produktionsentscheidung der US-Regierung von 1981 sowie auf die im Montebello-Beschluß festgestellten Modernisierungserfordernisse[8] hat die Bundesregierung ferner wiederholt erklärt,

– daß in Europa keine US-NW gelagert werden
– und daß es auch keine Pläne gibt, US-NW in Europa zu stationieren

(so z. B. PStS Würzbach am 12. August 1986 auf parlamentarische Anfrage[9]).

3) Die seinerzeitige grundsätzliche Zustimmung der Bundesregierung zur US-NW-Stationierung, die zwar an eine auflösende rüstungskontrollpolitische Bedingung geknüpft worden war, war auf eine positive militärstrategische Bewertung der NW gestützt.

Wesentliche Argumente waren:

– Stärkung der glaubhaften Abschreckung wegen besonderer Eignung der Neutronenwaffe zur Vermeidung von Kollateralschäden (geringere Selbst-

Fortsetzung Fußnote von Seite 145
konzept sehen. […] Unsere Informationen sprechen dafür, daß Frankreich technisch in der Lage ist, diese Waffe herzustellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1468; Referat 201, Bd. 143481.

6 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 20. Januar 1978 zur Neutronenwaffe vgl. AAPD 1978, I, Dok. 23, Anm. 3. Vgl. dazu ferner die Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt in seiner Regierungserklärung vom 13. April 1978; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 8. WP, 83. Sitzung, S. 6502.

7 Zum Interview des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Deutschen Fernsehen am 21. August 1981 vgl. den Artikel „Für Schmidt ist die Stationierung der Neutronenwaffe ‚überhaupt nicht akut'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. August 1981, S. 4.

8 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

9 Für die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach, Bundesministerium der Verteidigung, vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/5930, S. 40.

abschreckung) wie auch aufgrund Perzeption des Gegners von militärischer Wirksamkeit der NW;

– wegen besonderer Wirksamkeit gegen massierte Panzerverbände, gegen ungedeckte wie gepanzerte Kräfte, geeignetes Mittel für Verteidiger;
– hingegen weniger geeignet für Angreifer, der gegen Kräfte in Deckung kämpfen müsse;
– gleiche militärische Wirkung mit kleinerem GK erreichbar;
– Schutz der Zivilbevölkerung gegen Neutronenstrahlung durch relativ einfache Maßnahmen;
– Verbesserung der Einsatzflexibilität und Eskalationskontrolle und damit Steigerung der Reaktionsfähigkeit entsprechend den Erfordernissen der NATO-Strategie (flexible Erwiderung[10]);
– taugliches Mittel, entweder durch Einführung in Truppe oder durch rüstungskontrollpolitische Nutzung die Überlegenheit des WP an Panzern zu verringern.

4) Sowohl vom Osten betriebene wie innenpolitisch (MdB Bahr[11]) geführte Kampagne gegen die NW hob vor allem auf angeblich „antihumanen" Charakter der NW sowie auf Gefahr einer Senkung der Nuklearschwelle ab. Sie verhinderte jedoch nicht die von sozial-liberaler Bundesregierung im BSR 1978 getroffenen Entscheidungen.

US-Produktionsentscheidung aus dem Jahr 1981 fiel in eine Zeit, als in Europa heftige Debatten über den Doppelbeschluß[12] geführt wurden. Um diese Diskussion nicht noch durch eine NW-Stationierungsdebatte zu erschweren, wurde letztlich auf US-Verantwortung für die Produktionsentscheidung und auf fehlende Stationierungspläne hingewiesen. Auch im Zusammenhang mit dem Montebello-Beschluß wurde herausgestellt, daß Modernisierungen nicht die Einführung von NW betreffen würden, um sie nicht mit zusätzlichen Problemen zu behaften. Die militärstrategische Bewertung der NW ist vom BMVg bisher jedoch nicht geändert worden. Vielmehr hatte StS Rühl noch 1985 vor dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestags auf die Fortgeltung der positiven Einschätzung der NW aus militärischer Sicht verwiesen.[13]

10 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

11 Vgl. den Artikel von Egon Bahr, „Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden? Die Neutronenbombe ist ein Symbol der Perversion des Denkens"; VORWÄRTS, Nr. 29 vom 21. Juli 1977, S. 4.

12 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

13 Referat 201 notierte am 11. September 1985, Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, habe am selben Tag im Verteidigungsausschuß frühere Erklärungen der Bundesregierung bekräftigt, „daß seit Oktober 1984 von den USA keine Neutronenwaffen (NW) mehr hergestellt worden sind, eine Stationierung der in den USA vorhandenen NW in Europa nicht vorgesehen ist und eine eventuelle zukünftige Stationierung nur nach Konsultationen im Bündnis und Zustimmung der Allianzpartner möglich ist und im Rahmen der Modernisierung der in Europa befindlichen Kernwaffen nur solche Gefechtsköpfe nach Europa verbracht würden, die nicht in NW umgewandelt werden können. Der Verteidigungsausschuß lehnte einen schriftlichen Antrag der SPD-Fraktion, auch in Zukunft keine NW in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, mit zwölf zu acht Stimmen ab." Vgl. Referat 201, Bd. 143481.

5) Zu französischer NW gibt es aus den Jahren 1980/82 folgende militärstrategische Bewertung des BMVg:

– Rolle Fs im Bündnis geprägt durch Nichtintegration der Streitkräfte[14], aber auch Bemühen um intensiviertes Zusammenwirken;
– taktisches Nuklearpotential integraler Bestandteil französischer Abschreckungsstrategie mit Funktion, dem Gegner ein letztes politisches Signal vor Einsatz strategischer Waffen zu geben (abgestufte massive Abschreckung);
– eigenständiges französisches Nuklearpotential zu beachtender Faktor für Risikokalkül der SU;
– keine grundsätzliche Änderung seiner Bedeutung durch NW – Betonung glaubhafter Abschreckung, Stärkung der Verteidigungsfähigkeit;
– kein Bestimmen der Höhe nuklearer Schwelle, Vorprellen der Eskalation wenig wahrscheinlich;
– NW für F nur sinnvoll bei Verteidigung vor seinen Landesgrenzen – daraus folgt Betroffenheit deutschen Territoriums;
– keine Abstimmung der nuklearen Einsatzplanung mit F, weder bilateral noch in der NATO;
– Verteidigung französischer Interessen auf deutschem Boden macht Regelung über Absprachen jedoch dringlich, um so mehr bei Einführung NW.

6) Eine französische Entscheidung zur Produktion der NW muß allerdings auch in ihrer Auswirkung auf die sicherheitspolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland gesehen werden. Nach weitgehend und insgesamt erfolgreich überstandener Nachrüstungsdebatte könnte die emotional geführte NW-Auseinandersetzung der späten 70er Jahre wieder aufleben. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit D–F sollte jedoch von Belastungen dieser Art freibleiben, so daß ein umsichtiges Vorgehen in der NW-Angelegenheit geboten ist.

Adamek

VS-Bd. 12145 (201)

14 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

34

Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 260
Citissime

Aufgabe: 10. Februar 1987, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 10. Februar 1987, 17.56 Uhr

Betr.: Deutsch-iranische Beziehungen;
hier: Geiselfrage Libanon[2], Tätigkeit oppositioneller Gruppen

Bezug: 1) Plurez Nr. 907 vom 6.2.87 – 310-530.36 LIA/SB[3]
2) 259 vom 10.2.87 – Pol 321 BRD[4]

Zur Unterrichtung

1) Wegen starker Inanspruchnahme AM Velayatis durch derzeit stattfindende Feierlichkeiten zum achten Jahrestag der Revolution[5] kam erbetener Gesprächstermin zur Übergabe BM-Botschaft (vgl. Bezugs-DE zu 1) an Velayati nicht kurzfristig zustande. Ich hatte jedoch heute nachmittag (10.2.) Gelegenheit, BM-Botschaft in einem aus diesem Anlaß vorsorglich erbetenen Gespräch mit dem GD für Europa im iran. Außenministerium, Ahani[6], zu übergeben und zu erläutern. Ferner konnte ich heute vormittag am Rande eines von Staatspräsident Khamenei gegebenen Empfanges für das diplomatische Corps zu kurzem Vier-Augen-Gespräch mit iran. AM zusammentreffen. Dabei erklärte Velayati mir gegenüber, daß die iran. Regierung weiter in der Geiselfrage aktiv sei („we are working on it"). Sie würde im Rahmen des Möglichen

1 Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 11. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 11. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte: „Ich bitte, die Sache erneut mit den inneren Behörden aufzunehmen."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 12. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe am 11.2. StS Neusel noch einmal angesprochen. Er sagte, die inneren Behörden seien angewiesen worden, bei Genehmigungen restriktiv und bei Durchführung von Demos strikt auf Einhaltung von Auflagen zu achten, Ausufern – wie in Frankfurt vor einigen Wochen – zu verhindern."

2 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 20.

3 Ministerialdirigent Schlagintweit bat die Botschaften in Algier, Damaskus und Teheran, „an möglichst hoher Stelle im dortigen Außenministerium" ein Schreiben des Bundesministers Genscher „als Non-paper zu übergeben". Darin hieß es, die Bundesregierung habe „durch Gesten und Mitteilungen an die Entführer" der beiden deutschen Staatsangehörigen Cordes und Schmidt Gesprächsbereitschaft signalisiert. Die Bundesregierung bat die kontaktierten Regierungen, „sich für besseres Verständnis der von der Bundesregierung eingenommenen Haltung und eine Freilassung der Entführten ohne Blutvergießen und nachhaltige politische Implikationen" einzusetzen. Vgl. Referat 310, Bd. 149653.

4 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Bitterlich handschriftlich: „Liegt bei."
Botschafter Freitag, Teheran, berichtete, der Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium, Ahani, habe ihm am 10. Februar 1987 „scharfe Protestnote wegen jüngster Demonstrationen oppositioneller Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland" übergeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 259; Referat 310, Bd. 149653.

5 Zur Revolution im Iran vgl. Dok. 22, Anm. 3.

6 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Bitterlich handschriftlich: „A[hani] war/ist der Unterhändler mit französ[ischer] Regierung."

alles tun. GD Ahani werde mir hierzu bei meinem Zusammentreffen mit ihm am Nachmittag Näheres mitteilen. Velayati bat mich bei dieser Gelegenheit im übrigen neuerlich darum, BM seine herzlichen Glückwünsche zum Wahlergebnis[7] zu übermitteln.

2) In meinem soeben erfolgten Treffen mit GD Ahani bekräftigte dieser unter Hinweis auf das Gespräch Dg 31 – AM Velayati[8] die iran. Bereitschaft, aus humanitären Gründen sowie im Interesse des Ausbaus der guten bilateralen Beziehungen auf eine Lösung des Geiselproblems hinzuarbeiten. Iran. Regierung werde jetzt übergebene BM-Botschaft, die er Velayati schnellstmöglich vorzulegen zusicherte, zum Anlaß noch verstärkter Bemühungen in dieser Richtung nehmen.

Ahani verwies in diesem Zusammenhang zweimal darauf, daß der Tatsache, daß Parlamentssprecher Rafsandjani die an diesen gerichtete BM-Botschaft vom 24.1.87[9] angenommen habe, sehr große Bedeutung zuzumessen sei, und dies die wohlwollende Haltung iran. Regierung in der Angelegenheit dokumentiere.

Gleichzeitig gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß deutsche Schritte das Problem nicht verschlimmerten. Wir hätten von Anfang an den Fehler begangen, Frage zu sehr zu befrachten. Auch warne er nachdrücklich davor, unser Ansehen in der Region durch Einschaltung der USA zu gefährden. Wir müßten dann den Preis, den die USA zu zahlen hätten, mit entrichten. Im übrigen wäre bei schneller Freilassung Hamadis[10] Problem gar nicht erst entstanden.

3) Ich verwies auf ausschließliche Verantwortung der Bundesregierung für deutsche Geiseln und erläuterte die entsprechenden Passagen der BM-Botschaft. Ich betonte ferner bisherige große Diskretion der Bundesregierung in der Angelegenheit. Darüber hinaus hätte unser Rechtssystem sofortige Freilassung Hamadis gar nicht zugelassen.[11]

7 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

8 Ministerialdirektor Sudhoff kündigte der Botschaft in Teheran am 23. Januar 1987 einen Besuch des Ministerialdirigenten Schlagintweit am 25./26. Januar 1987 an und übermittelte ein bei dieser Gelegenheit zu übergebendes Schreiben des Bundesministers Genscher an den iranischen Außenminister Velayati sowie an Parlamentspräsident Rafsandjani. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 32; VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Im Schreiben an den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani unterrichtete Genscher über den Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon: „Das Schicksal der beiden Deutschen erfüllt die Bundesregierung mit großer Sorge. Sie wird alles in ihrer Kraft Stehende tun, damit ihre Staatsangehörigen möglichst bald unversehrt in die Heimat zurückkehren können. Im Rahmen dieser Bemühungen hält sie das Gespräch mit der Führung der Islamischen Republik Iran angesichts ihres großen Ansehens und Einflusses in der gesamten islamischen Welt für besonders wichtig.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 32 des Ministerialdirigenten Schlagintweit vom 23. Januar 1987 an die Botschaft in Teheran; VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.
Da sich der Parlamentspräsident nicht in Teheran aufhielt, regte Botschafter Freitag, Teheran, am 29. Januar 1987 an, Rafsandjani Genschers Schreiben mit einem Begleitschreiben zuzustellen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 169; Referat 310, Bd. 149653.
Bereits am 21. Januar 1987 hatte Ministerialdirektor Sudhoff der Botschaft in Teheran ein erstes Schreiben Genschers an Rafsandjani zum Entführungsfall übermittelt mit der Bitte, es „so schnell wie möglich weiterzuleiten“. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 25; Referat 310, Bd. 149653.

10 Zur Verhaftung von Mohammed Hamadi am 13. Januar 1987 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 9.

11 Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 19. März 1987, im iranischen Außenministerium sei ihm am selben Tag die „mündliche Antwort des Parlamentssprechers Rafsandjani auf Schreiben BM wegen Geiselnahme im Libanon“ übermittelt worden. Darin hieß es: „Obwohl bisher keine kon-

4) Im Anschluß an Behandlung der Geiselfrage übergab mir Ahani iran. Protestnote mit der Bitte um umgehende Stellungnahme der Bundesregierung. Anlaß seien mehrere Demonstrationen oppositioneller iran. Gruppen in der BR Deutschland vom vergangenen Freitag (6.2.) sowie die extensive Berichterstattung in unseren Medien darüber. Polizei habe trotz entsprechender Bitte iran. Botschaft keine Maßnahmen gegen die Demonstrationen unternommen.[12] Ahani kritisierte dabei, in scharfem Kontrast zum verbindlichen Tonfall bei Behandlung der Geiselfrage, in bislang von mir nicht erlebter Schärfe wiederholt die Aktivitäten oppositioneller iran. Gruppen in der BR Deutschland. Unsere Bekräftigungen des Interesses am Ausbau der Beziehungen seien als Lippenbekenntnisse zu werten, wenn die Bundesregierung nicht endlich nachdrücklich gegen diese terroristischen Gruppen vorgehe. Andernfalls sei eine Revision der iran. Politik uns gegenüber erforderlich. Er erwarte, daß die Bundesregierung endlich ernsthafte Schritte unternehme. Er verwies darauf, daß für den morgigen achten Jahrestag der Revolution weitere Demonstrationen in der Bundesrepublik geplant seien.[13]

5) Ich machte demgegenüber unser Demonstrationsrecht sowie die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Meinungsäußerung geltend. Ich verwies ferner auch auf die von Dg 31 während seines letzten Besuchs erläuterten Maßnahmen unserer Polizei gegen iran. Oppositionelle im Laufe des letzten Jahres. Dabei verwahrte ich mich gegen den Vorwurf, daß wir aus Frankreich ausgewiesene Mitglieder der Volksmujahedin in der Bundesrepublik aufgenommen hätten.

6) Beide Gespräche haben Eindruck bestärkt, daß iran. Regierung bereit ist, uns bei Lösung der Geiselfrage zu helfen. Der warnende Hinweis, die Bundesregierung möge sich in dieser Frage nicht in die „falsche" US-Politik in der Region hineinziehen lassen, ist allerdings wegen der Gefahr einer Diskreditierung der eigenen Politik viel eher als einschränkende Voraussetzung für diese Bereitschaft denn als bloßer Rat zu verstehen. Auch ist es sicher kein Zufall, daß GD Ahani bei Gelegenheit des Gesprächs zum wiederholten Male und in der bisher schärfsten Form die Tätigkeit oppositioneller Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland aufgriff. (Gesprächsverlauf vermittelt im übrigen

Fortsetzung Fußnote von Seite 150

kreten Nachrichten vorliegen, scheint es, daß die Geiselnahme Ihrer Landsleute in Libanon mit der Verhaftung von Libanesen in Ihrem Lande nichts zu tun hat. Doch sind die Angehörigen und Freunde der Verhafteten wegen des zu befürchtenden Drucks seitens der USA und der Zionisten besorgt. Es scheint, daß dann, wenn Ihre Regierung bereit wäre, gegen die Verhafteten Milde walten zu lassen, Ihr Problem gelöst oder wenigstens weiterverfolgt werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 525; Referat 310, Bd. 149653.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok vermerkte am 3. Februar 1987, anläßlich des iranischen Nationalfeiertags am 11. Februar bereite die iranische Oppositionsgruppe „Volksmujahedin" für den 6./7. Februar 1987 eine große Protestkundgebung in Bonn vor. Die iranische Botschaft habe daher am 2. Februar bei Ministerialdirigent Schlagintweit und am Folgetag bei ihm, Strenziok, interveniert, um „jede Form öffentlicher Ehrenkränkung Khomeinis zu verhindern". Vgl. Referat 311, Bd. 139993.
Das Bundesministerium des Innern teilte am 6. Februar 1987 mit, an einer Demonstration der „Iranischen Moslemischen Studentenvereinigung e. V." in Bonn hätten ca. 3500 Personen teilgenommen: „Ein polizeiliches Eingreifen war nicht erforderlich." Vgl. das Fernschreiben Nr. 1385; Referat 311, Bd. 139993.

13 Das Polizeipräsidium Bonn meldete am 11. Februar 1987, eine Demonstration der iranischen Monarchisten mit ca. 500 Teilnehmern sei störungsfrei verlaufen. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 76; Referat 311, Bd. 139993.

den sicheren Eindruck, daß er Thema auf politische Weisung hin ansprach.[14]) Es wäre auch ungewöhnlich, wenn die iran. Regierung die gegebene Situation nicht nutzte, um uns in einer Frage unter zusätzlichen Druck zu setzen, die aus iran. Sicht eine wachsende Belastung der bilateralen Beziehungen darstellt. Unsere Gegenargumente (verfassungsmäßig garantierte Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Strafverfolgung bei Gesetzesverletzungen etc.) verfangen angesichts des hiesigen schiefen Verständnisses westlicher Demokratien nicht, um so weniger als Frankreich, eine westliche Demokratie, der Tätigkeit der Mujahedin-E-Khalq auf iran. Druck hin ein Ende gesetzt hat.[15]

[gez.] Freitag

Referat 310, Bd. 149653

14 Der Passus „Auch ist es … ansprach" wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Polit[isches] Junktim zw[ischen] Hilfe in der Geiselfrage und Kontrolle iran[ischer] Oppos[itions]-Gruppen m. E. klar."
Bundesminister Genscher unterstrich das Wort „Junktim" und vermerkte dazu handschriftlich: „Nicht Junktim!"

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok bat die Botschaft in Paris am 11. Februar 1987 um Informationen, „wie es der französischen Regierung gelungen ist, große Teile der V[olks]M[ujahedin] zum ‚freiwilligen' Abzug aus Frankreich zu veranlassen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 74; Referat 311, Bd. 139993.
Gesandter Rouget, Paris, teilte am 12. Februar 1987 mit, nach Mitteilung des französischen Außenministeriums sei Ayatollah Khomeini in seiner Exilzeit von Staatspräsident Giscard d'Estaing „eine Handlungs- und Bewegungsfreiheit in F[rankreich] eingeräumt worden, die eindeutig gegen die gesetzlichen Bestimmungen für die Behandlung von politischen Asylanten verstieß". Entsprechend habe dann auch der Anführer der Volksmujahedin, Masud Radjawi, agiert, und man habe ihn französischerseits „bis zum Ende der sozialistischen Regierung im März 1986 gewähren lassen. […] Angesichts der veränderten Interessenlage hätte Paris 1986 einfach das Gesetz wieder ans Licht geholt und darauf bestanden, daß politische Asylanten sich nach außen wirkender politischer Aktivitäten zu enthalten und politisch in Schweigen zu hüllen hätten. Radjawi sei unmißverständlich verdeutlicht worden, daß Paris ab sofort dieses Gesetz rigoros und dem Buchstaben nach anwenden werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 336; Referat 311, Bd. 139993.

35

Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Guatemala-Stadt, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 10. Februar 1987, 23.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 71 **Ankunft: 11. Februar 1987, 06.14 Uhr**
Citissime

Betr.: San-José-III-Konferenz[1] in Guatemala 9./10.2.1987;
hier: Schlußbericht

Bezug: 1) DB Nr. 68 vom 10.2.87
2) DB Nr. 66 vom 9.2.87 (an 411)[2]

Zur Unterrichtung

1) Die Konferenz ist am 10.2. mit Annahme einer politischen Erklärung und eines Wirtschaftskommuniqués[3] programmgemäß zu Ende gegangen. Während das Wirtschaftskommuniqué bereits auf Beamtenebene abgeschlossen werden konnte, gelang Einigung auf die Kernpunkte der politischen Erklärung erst im Restraint der Minister. Europa hatte hier die Rolle eines Katalysators. Auf LA-Seite erschwerte ein komplexes Geflecht unterschiedlicher Interessen bis zuletzt die Einigung auf einen gemeinsamen Text.

2) Drei ZA-Staaten (COS, HON, ELS) setzten sich für pluralistische Demokratie in ganz ZA ein und wehrten sich gegen Bevormundung durch übrige LA-Staaten (Contadora (C) und Unterstützer). Sie ließen kritische Bewertung der jüngeren Ergebnisse des Contadora-Prozesses[4] erkennen (Erklärung von Caraballeda

1 In San José fand am 28./29. September 1984 die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.
Die zweite Ministerkonferenz wurde am 11./12. November 1985 in Luxemburg abgehalten. Unterabteilung 33 legte am 3. Februar 1987 dar, durch die Entwicklung in Zentralamerika, insbesondere in Nicaragua, habe sich die Ausgangslage für die dritte Ministerkonferenz verschlechtert: „Neigung zur Abkehr von politischen Lösungen. Zunehmende Contra-Aktivitäten für das Frühjahr vorhersehbar. Weitere Aufrüstung NICs. Ablehnung vierter Fassung Contadora-Akte im Juni 1986 durch COS, ELS, HON wegen einseitiger Konzessionen an NIC im Sicherheitsbereich. […] In letzten Wochen vergebliche Bemühungen um Wiederbelebung der Contadora-Aktivitäten". Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146561.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann, z. Z. Guatemala-Stadt, berichtete, die Verhandlungen über ein Wirtschaftskommuniqué seien auf Beamtenebene vor Beginn der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe in Guatemala-Stadt am 9./10. Februar 1987 erfolgreich abgeschlossen worden: „Forderung der Z[entral]A[merika]-Staaten nach Unterstützung durch die EG ihrer Initiativen zur Verschuldungsfrage gegenüber internationalen Finanzinstitutionen konnten abgewehrt werden. Das gleiche gilt für ZA-Forderung nach Dialog über Verschuldungsfragen im Rahmen Zusammenarbeit EG–ZA. Kommuniqué beinhaltet allgemeine Formulierungen zur zukünftigen Zusammenarbeit, ohne den Eindruck zu erwecken, daß Gemeinschaft den vorhandenen Finanzrahmen über die im Anhang zum Kooperationsabkommen geäußerten Vorstellungen hinaus erweitern werde." Vgl. Referat 413, Bd. 145031.

3 Für den Wortlaut der Gemeinsamen politischen Erklärung und des Gemeinsamen Wirtschaftskommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 209–216.

4 Referat 331 vermerkte am 5. Januar 1987: „Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela (‚Contadora-Gruppe') bemühen sich seit 1983, den anhaltenden Spannungszustand in Zentralamerika (ZA) durch

und Entwurf C-Akte von Juni 1986). Sie griffen zurück auf das C-Zieldokument von 1983.[5]

3) NIC legte Akzent auf Geltung des Völkerrechts und Lateinamerikanisierung des ZA-Problems. Setzte sich deshalb für Bekräftigung der Rolle von Contadora und Unterstützern ein. Bei der Arbeit an politischer Erklärung blieb NIC mit USA-Kritik realistisch und fand sich mit deren Nicht-Konsensfähigkeit ab. NIC-AM d'Escoto nutzte dagegen seinen mündlichen Beitrag in der Generaldebatte zu ausführlicher Kritik an USA.

4) GUA suchte Neubelebung seiner eigenen Initiativen von 1986 mit dem Ziel, neben wirtschaftlicher Zusammenarbeit auch die politische Beratung in der Region zu fördern (ZA-Gipfel, Treffen der Vizepräsidenten, ZA-Parlament).[6] Das Echo der anderen war aus unterschiedlichen Gründen gedämpft. Konsens gelang mit leichten Abschwächungen. Als Gastgeber der Konferenz bot sich für GUA vor allem durch die Eröffnungsrede von Präsident Cerezo eine Gelegenheit zur Selbstdarstellung, die schwungvoll genutzt wurde.

5) Contadora-Staaten, vor allem MEX, ließen Empfindlichkeit gegen den Verdacht der Bevormundung erkennen. Sie sorgten für Bekräftigung des Contadora-Prozesses, ohne konkrete neue Initiativen anzukündigen. Im Zusammenhang mit von Europa erklärten Bereitschaft, zu gegebener Zeit auf Bitte von ZA an Überwachung eines Abkommens mitzuwirken, zeigte sich auch in dieser Richtung Sorge der C-Staaten, an Einfluß gemindert zu werden.

6) Ich habe in unserem Beitrag in nichtöffentlicher Generaldebatte[7] (Wortlaut Bezugs-DB 1) vor allem drei Punkte betont:

(1) Würdigung der guatemaltekischen Demokratie. Hinweis auf Staatsbesuch Bundespräsidenten.[8]

Fortsetzung Fußnote von Seite 153

eine umfassende Verhandlungslösung zu beseitigen. Ziel ist die Einigung aller fünf ZA-Staaten auf eine ‚Akte von Contadora über Frieden und Zusammenarbeit in ZA'. Die C-Staaten werden seit 1985 unterstützt von der sog. Unterstützer-Gruppe (ARG, BRA, PER, URU). Im September 1983 gelang Einigung auf ein Zieldokument, das in 21 Punkten Absichtserklärungen zu den militärischen, innenpolitischen und wirtschaftlichen Hauptfragen des Verhandlungsstoffs auflistete." Ende 1985 seien die Verhandlungen jedoch zum Erliegen gekommen: „Im Januar 1986 gelang es in Caraballeda (VEN) in einer Erklärung, die anschließend Zustimmung der ZA-Staaten fand, zunächst die wichtigsten Grundsätze einer politischen Lösung festzuschreiben sowie im Sinne einer schrittweisen Annäherung einige Nahziele zu definieren." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146575.

5 Für den Wortlaut der „21 Punkte für die Befriedung Mittelamerikas", die von den Außenministern der Staaten der Contadora-Gruppe und den Außenministern der zentralamerikanischen Staaten auf ihrer Konferenz vom 7. bis 9. September 1983 in Panama-Stadt formuliert wurden, vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 686–688.

6 Am 24./25. Mai 1986 trafen die Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) in Esquipulas (Guatemala) zusammen. Referat 331 notierte dazu am 26. Juni 1986, der auf Cerezo zurückgehende „Vorschlag zur Schaffung eines zentralamerikanischen Parlaments zur Stärkung von Demokratie und Pluralismus in der Region" sei „in einen operativen Beschluß umgesetzt worden. Die Abgeordneten sollen in freien, allgemeinen und direkten Wahlen gewählt werden. Eine Vorbereitungskommission hat den Auftrag, innerhalb von 90 Tagen den Entwurf eines Konstitutivvertrages zur Bildung des ZA-Parlaments vorzulegen. Das Parlament soll seinen Sitz in Esquipulas haben." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146556.
Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. Mai 1986 („Esquipulas I") vgl. http://peacemaker.un.org/centralamerica-esquipulasI86.

7 Für den Wortlaut der Ausführungen des Staatssekretärs Ruhfus am 9. Februar 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 161 f.

(2) Elemente und Mindestvoraussetzung für eine Lösung, die aus ZA kommen muß. Wir unterstützten Forderung nach pluralistischer Demokratie, insbesondere Geltung politischer Grundfreiheiten und Wahrung der Menschenrechte, durch die sich Spannung in ZA von selbst auflösen würde. COS-AM[9] nahm hierauf in seinem Beitrag zustimmend Bezug.

Ich habe auf die Interessen unseres Bündnispartners in der Region hingewiesen, die wir in Rechnung stellen.

(3) Fortschritte und Perspektiven in den wirtschaftlichen Beziehungen zu ZA, nach dem nunmehr ratifizierten Kooperationsabkommen.[10]

7) Europäer traten geschlossen auf. Umsicht und Erfahrung des belgischen Ko-Präsidenten wirkten kompromißfördernd in der Arbeit an politischer Erklärung. Zwölfer-Erklärung bei Eröffnung[11] und Beiträge der MS in Generaldebatte bekräftigten Unterstützung des Contadora-Prozesses, verbunden mit Plädoyer für pluralistische Demokratie. Im wirtschaftlichen Bereich mußten weitgespannte Wünsche ZAs mit limitierten Möglichkeiten der EG in Einklang gebracht werden. Rechtzeitig zur Konferenz erfolgte Ratifizierung des Kooperationsabkommens (COS), wodurch das baldige Zusammentreten des gemischten Kooperationsausschusses möglich wird, hatte positiven Hintergrund geschaffen.

8) In der Schlußsitzung hob AM Tindemans gutes Verhandlungsklima hervor und bezeichnete die Verabschiedung des politischen und Wirtschafts-Dokuments in einer Zeit weltwirtschaftlicher Probleme des Nord-Süd- und Ost-West-Gegensatzes und der Krise in ZA als ermutigend. Die beiden regionalen Gruppierungen hätten ihren Willen zur Zusammenarbeit unter Beweis gestellt.

9) Nach förmlicher Verabschiedung des politischen und des wirtschaftlichen Kommuniqués gab Cheysson Überblick über weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit ZA/EG. Er betonte Notwendigkeit einer Institutionalisierung auf beiden Seiten. So sollte gemeinsamer Kooperationsausschuß schnellstmöglich gebildet werden und quasi permanent tagen. Einer Zusammenarbeit zwischen EP und künftigem zentralamerikanischen Parlament könne große Bedeutung zukommen. Cheysson gab anschließend ausführlichen Überblick über regionale Projekte in ZA, an denen die EG neben Mitgliedstaaten, amerikanischen Staaten oder internationalen Organisationen beteiligt sei. EG und ihre MS seien auch bereit, aufgrund eigener Erfahrungen bei der Reintegration von Flüchtlingen zu helfen. Honduras, Salvador, Venezuela, Costa Rica und Guatemala trugen hierauf bekannte Wünsche im wirtschaftlichen Bereich vor. AM Nicaragua sprach sich

Fortsetzung Fußnote von Seite 154

8 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich im Zuge einer Lateinamerikareise, die ihn vom 16. bis 21. März 1987 nach Argentinien und vom 21. bis 25. März nach Bolivien führte, vom 25. bis 29. März 1987 in Guatemala auf.

9 Rodrigo Madrigal Nieto.

10 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 12. November 1985 zwischen der EWG und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 172 vom 30. Juni 1986, S. 2–11.
Das Abkommen trat am 1. März 1987 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1987, S. 87.

11 Die Ausführungen des belgischen Außenministers Tindemans in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident am 9. Februar 1987 auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe in Guatemala-Stadt wurden vorab im Rahmen der EPZ zirkuliert. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 106/107 aus Brüssel (Coreu) vom 7. Februar 1987; Unterabteilung 33, Bd. 146561.

ebenfalls für eine Beteiligung der EG bei der Repatriierung von Flüchtlingen aus.

10) Bewertung

Gemessen an vorsichtigen Erwartungen angesichts schwieriger politischer Lage in ZA ist es bereits wesentlich, daß die Konferenz stattgefunden hat und ohne Bruch abgeschlossen worden ist. Alle ZA- und Contadora-Staaten haben auf AM-Ebene teilgenommen. Fernbleiben des AM von ELS[12] von Eröffnungsfeier, weil ihm ZA-Sprecherrolle verweigert worden war, blieb Ausnahme in einer sachlichen Konferenz-Atmosphäre.

Für GUA, dem gute Selbstdarstellung gelang, hat sich die Konferenz gelohnt.

Während im wirtschaftlichen Bereich konkrete Ansätze vorzuweisen sind, bleibt das politische Ergebnis in der Substanz unbefriedigend. Es gelang nicht, über bekannte Positionen hinauszukommen und neue Ansätze zu entwickeln. Die GUA-Initiativen verstärkter ZA-Konsultationen können zur Entschärfung und Lösung des Konflikts nur gering beitragen. Für Contadora ist gegenwärtig kein Ansatz erkennbar, der aus der Stagnation herausführen könnte. NIC strebt als Konsequenz daraus schrittweises Vorgehen an (zunächst allgemeiner Gewaltverzicht, dann Abkommen über Grenzsicherung etc.), stößt damit aber auf Ablehnung übriger ZA-Staaten. Andererseits zeigt NIC keine Bereitschaft zu demokratischer Öffnung. NIC-AM verbat sich Lektionen in Demokratie.

Konferenzführung durch GUA-Vorsitzenden[13] wurde von europäischen Teilnehmern nicht immer als genügend straff empfunden. Bemängelt wurde das Nichtzustandekommen einer echten Diskussion, wofür Teilnehmerzahl 22 in nur zwei Tagen freilich auch kaum Zeit gelassen hätte. Auf LA-Seite war durchgehend Bereitschaft und Wunsch deutlich, den Dialog mit Europäern fortzusetzen. Einige europäische AM fragten im persönlichen Gespräch, ob derartig weite Reisen wirklich gerechtfertigt seien. Wenn Abflachung und Niveauverlust des Dialogs vermieden werden sollen, wird es stark auf den politischen und wirtschaftlichen Erfolg des nächsten Treffens in Europa ankommen.[14] Es ist erneut deutlich geworden, daß europäisches Beispiel einer erfolgreichen Überwindung von nationalen Gegensätzen auf ZA ermutigend wirkt und für eigene Perspektiven Hoffnungen schafft.

Kommuniqués folgen mit Kurier.[15]

[gez.] Ruhfus

Referat 413, Bd. 145031

12 Ricardo Acevedo Peralta.

13 Mario Quiñones Amézquita.

14 Die vierte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe („San José IV“) fand vom 29. Februar bis 1. März 1988 in Hamburg statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

15 Die Botschaft in Guatemala übersandte am 12. Februar 1987 mit Schriftbericht Nr. 95 den politischen und wirtschaftlichen Teil der Gemeinsamen Erklärung in englischer, französischer und spanischer Sprache. Vgl. dazu Unterabteilung 33, Bd. 146561.

36

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

424-411.10 IRK-93/87 geheim **11. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Hinweise zur angeblichen Beteiligung deutscher Firmen am Bau von Anlagen zur Herstellung chemischer Waffen im Irak[4];
hier: Fa. Kolb und Fa. WET/Preussag

Bezug: 1) Schreiben BND an BM vom 23.12.1986
– 30/31 C, Tgb. Nr. 1190/86 geheim
2) Schreiben BND an BM vom 27.1.1987
– 30/31 C, Tgb. Nr. 72/87 geheim

Anlg.: – Bezugsschreiben zu 2)[5] (nur bei Original)
– Entwurf eines Schreibens an StS von Würzen (424-411.10 IRK geheim)[6]

Zweck der Vorlage: Bitte um Billigung zu Ziffer 3

1) Mit Bezugsschreiben zu 1) wurde das Auswärtige Amt vom BND über Aufbau neuer Fertigungskapazitäten zur Herstellung Chemischer Waffen (CW) (Komplex Fallujah) im Irak unterrichtet. Auf Rückfrage des Auswärtigen Amts wurden mit Bezugsschreiben zu 2) Angaben über angebliche deutsche Beteiligung präzisiert: Die Firmen Kolb sowie WET/Preussag sollen involviert sein.

2) Zu Ihrer Weisung auf Bezugsschreiben zu 2) „Das muß von den zuständigen Behörden sofort unterbunden werden“:

– Gegen die jetzt neuerlich genannten Firmen Kolb sowie WET/Preussag hat das BMF in Abstimmung mit den Ressorts bereits im Herbst 1986 Außenwirtschaftsprüfungen veranlaßt, über deren Ergebnis und die sich daraus für die

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Oesterlen konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 16. Februar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 19. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Einverstanden. 2) Wenn gesetzliche Möglichkeiten nicht ausreichen, müssen sie geändert werden.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 19. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über Staatssekretär Ruhfus, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Höynck an Referat 424 verfügte.
Hat Ruhfus am 19. Februar 1987 erneut vorgelegen.
Hat Jelonek am 23. Februar 1987 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 23. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Oesterlen „z[ur] K[enntnisnahme]“ und Vortragenden Legationsrat Daum verfügte.
Hat Daum am 23. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Oesterlen am 23. Februar 1987 erneut vorgelegen.

4 Zur Frage einer Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten zur möglichen Herstellung chemischer Waffen an den Irak vgl. AAPD 1986, II, Dok. 331.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das am 17. Februar 1987 übermittelte Schreiben des Staatssekretärs Ruhfus an Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, vgl. VS-Bd. 14531 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

beiden Firmen ergebenden Konsequenzen der BMF die Ressorts in Kürze unterrichten wird.

– Für die Frage, ob die dem BMF zugeordnete Zollfahndung dann entsprechende Ermittlungsverfahren (Bußgeld- oder Strafverfahren) einleitet und Sanktionen erwirken kann, ist der Nachweis maßgeblich, daß die Firmen WET/Preussag und Kolb gegen außenwirtschaftliche Vorschriften verstoßen, d. h. ohne Genehmigung chemische Vorprodukte für CW oder Anlagen, die der Ausfuhrkontrolle unterliegen, exportiert haben.[7]
– Mit der Fa. Kolb beschäftigen sich die zuständigen Behörden schon seit längerem.

  Zum Hintergrund:

  Diese Firma unterhält seit vielen Jahren als Ingenieur- und Handelsunternehmen Geschäftsbeziehungen zum Nahen Osten. Öffentliches Aufsehen haben Lieferungen von chemischen Ausrüstungen für den irakischen Chemiekomplex Samarra 1984 erregt, da schon damals vermutet wurde, daß diese Anlagen der Erzeugung von CW dienen sollten.[8] Die Bundesregierung hat deshalb mit Wirkung 9. August 1984 die Ausfuhr „dafür geeigneter Anlagen" in Länder außerhalb der OECD generell einem Genehmigungserfordernis unterworfen.[9] Genehmigungen für Lieferungen nach dem Irak wurden dann nicht mehr erteilt. Die Fa. Kolb hat die Rechtswirksamkeit der zugrundeliegenden Verordnung für diese Maßnahmen gerichtlich angefochten, das Verfahren ist, nachdem es vom BFH an die Verwaltungsgerichtsbarkeit verwiesen wurde, immer noch anhängig. Das Angebot der Bundesregierung zu einem Vergleich, durch Zahlung von 1,5 Mio. DM, als Entschädigung für nicht durchgeführte Lieferungen, die bereits vor Inkrafttreten der neuen Vorschriften angebahnt waren (BSR hat zugestimmt), soll inzwischen von der Firma Kolb im Hinblick auf die neuerliche Außenwirtschaftsprüfung – zunächst telefonisch – zurückgewiesen worden sein.
– Unbeschadet der bereits getroffenen Maßnahmen und anhängigen Verfahren hat Referat 424 die zuständigen Arbeitseinheiten des BMF und BMWi mit Schreiben vom 5.2.1987 in Ausführung Ihrer Weisung gebeten, „daß die Ressorts ihren Handlungsspielraum im jeweiligen Zuständigkeitsbereich voll ausnutzen, um durch geeignete Maßnahmen die genannten Lieferungen möglichst sofort zu unterbinden".[10]

7 Ministerialdirigent Trumpf vermerkte am 20. März 1987, der Abschlußbericht der Außenwirtschaftsprüfungen bei den Firmen Kolb und Pilot Plant liege noch nicht vor: „Nach vertraulicher Vorinformation ergab die Prüfung u. a., daß die Firmen in überaus geschickter Weise die gesetzlichen Vorschriften (die sich auf Exporte aus der Bundesrepublik Deutschland beziehen) dadurch umgangen haben, daß (deutsche) Angehörige der Firmen aufgrund ihrer Beschaffungslisten im Irak und vom Irak aus die einzelnen Anlagenteile bei europäischen Lieferanten bestellten, die die übrigen Lieferungen nicht kannten und deshalb bis zum Beweis des Gegenteils vermutlich gutgläubig lieferten; daß wohl bis heute noch Angehörige von Kolb/Pilot Plant im Irak tätig sind." Vgl. Referat 424, Bd. 135880.

8 Zur Lieferung von Komponenten für zur Herstellung chemischer Waffen geeigneter Anlagen an den Irak vgl. AAPD 1984, I, Dok. 65, Dok. 81, Dok. 99, Dok. 105, Dok. 111, Dok. 123, Dok. 136 und Dok. 169, sowie AAPD 1984, II, Dok. 183, Dok. 188, Dok. 207 und Dok. 286.

9 Vgl. dazu die 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1080.

10 Vgl. das Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel; VS-Bd. 14531 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

3) Wegen der Bedeutung der Angelegenheit – im Irak soll angeblich die größte Kapazität zur Herstellung von CW außerhalb des WP entstehen – wird anliegender Entwurf eines Schreibens von Staatssekretär Dr. Ruhfus an Staatssekretär Dr. Dieter von Würzen im BMWi mit der Bitte um Billigung vorgelegt.

Jelonek

VS-Bd. 14531 (424)

37

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1784/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 699
Citissime

Aufgabe: 11. Februar 1987, 23.00 Uhr[1]
Ankunft: 12. Februar 1987, 05.27 Uhr

Betr.: Gespräche MD Dr. Teltschik in Washington am 11.2.1987

MD Dr. Teltschik hielt sich vom 9. bis 11.2. in Washington auf. Anlaß seines Besuches war die Teilnahme an einem „Zeit-Forum" mit Egon Bahr, Richard Perle u. a.[2] MD Teltschik nutzte seinen Aufenthalt hier zu einer umfassenden Serie von Gesprächen im NSC, Pentagon und State Department.

Beim Treffen mit NS[3]-Advisor Carlucci am 10.2., das unter vier Augen ablief, stand das Thema ABM/SDI im Vordergrund. MD Teltschiks Informationen über den Gesprächsinhalt sind in dem DB Nr. 681 der Botschaft vom 10.2. verarbeitet.[4]

Für die Unterredung mit SDIO Deputy Director Dr. Gordon Smith hatte MD T. Vertraulichkeit vereinbart.

Zu der Serie von Gesprächen im State Department am 11.2. wurde MD T. von meinem Vertreter[5] begleitet. Daraus ist folgendes festzuhalten:

1) Einstündiges Gespräch mit Deputy Secretary of State Whitehead

Ein einleitender Meinungsaustausch über das jüngste Wahlergebnis in der Bundesrepublik Deutschland[6] gab MD T. Gelegenheit zu der Versicherung, daß

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 12. Februar 1987 vorgelegen.

2 Zu der Veranstaltung der Wochenzeitung „Die Zeit" vgl. den Artikel „Kann man den Russen trauen?"; DIE ZEIT vom 13. März 1987, S. 31–36.

3 National Security.

4 Botschafter van Well, Washington, informierte, in der amerikanischen Regierung werde „die Entscheidung über die Aufgabe der engen Interpretation des ABM-Vertrags und eine frühzeitige Stationierung eines SDI-Systems" verschoben. Damit habe sich das Außen- gegenüber dem Verteidigungsministerium durchgesetzt. Vgl. Referat 431, Bd. 153220.
Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

5 Karl-Theodor Paschke.

6 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

sich insbesondere in der Außenpolitik keine Änderungen ergeben werden: Die Freundschaft mit den USA und die Stärke der Allianz seien nach wie vor unsere Priorität Nr. 1. In Europa werde es große Aufgaben zu lösen geben. Ein Handelskrieg zwischen der Gemeinschaft und den USA würde verhängnisvolle Folgen haben. Beide Seiten müßten einander fair behandeln, dann ließen sich auch Streitpunkte wie Airbus[7] oder Konkurrenz im landwirtschaftlichen Bereich lösen.

MD T. kam dann auf die Revitalisierung der WEU zu sprechen. Er wisse, daß es darüber in Washington eine gewisse Unsicherheit gebe, und er wolle deswegen betonen, daß der Wunsch nach stärkerer sicherheitspolitischer Abstimmung innerhalb Europas keine anti-amerikanische Spitze enthalte, sondern im Gegenteil auch im Interesse der USA liege, weil damit die Allianz gestärkt werden solle. Europa müsse sich zunächst über seine eigenen sicherheitspolitischen Interessen klarwerden. Reykjavik[8] habe dieses Bewußtsein schlagartig verstärkt.

Whitehead dazu: Er sei über dieses Thema nicht besonders beunruhigt (not overly concerned), sondern teile unsere Auffassung, daß damit kein Paktieren gegen die USA beabsichtigt sei. Er teile auch T.s Urteil über die Schockwirkung von Reykjavik. Auch Washington habe aus Reykjavik etwas gelernt, nämlich daß der Übergang zu einer nichtnuklearen Welt schwierig sei und man an Reduzierungen mehr als an Abschaffung von Atomwaffen denken müsse.

MD T. betonte noch einmal, daß die erste Aufgabe einer wiederbelebten WEU die Identifizierung und Definition der europäischen gemeinsamen Sicherheitsinteressen sein müsse, dann könne man in einem zweiten Schritt über eine zweckmäßigere Lastenverteilung, z. B. zwischen F und D, nachdenken.

F werde durch solche Initiativen näher an die Allianz herangerückt[9] – auch dies sei ein wünschenswertes Ziel. Im übrigen sei es wichtig, Washington über all dies auf dem laufenden zu halten.

MD T. fragte dann nach den Erfahrungen von Whiteheads kürzlicher Reise nach Polen.[10] Whitehead zeigte sich beeindruckt von seinen dortigen Erfahrungen. Ziel seiner Reise sei es gewesen, die Beziehungen zu verbessern, auch im Bereich des Handels und der Wirtschaft, selbst wenn die Menschenrechtssituation dort noch nicht zufriedenstellend sei. Im Bereich der Sanktionen[11] habe Washington

7 Zur Kritik der USA an der Subventionierung des Airbus-Programms vgl. Dok. 25, Anm. 11.

8 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

9 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

10 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead besuchte Polen, die ČSSR und Rumänien vom 28. bis 31. Januar 1987.

11 Präsident Reagan verkündete am 23. Dezember 1981 mehrere Sanktionen gegen Polen. Darunter fielen ein Lieferstopp für Landwirtschafts- und Milchprodukte sowie die Aufhebung der zivilen Flugrechte für Polen in den USA und polnischer Fischereirechte in amerikanischen Gewässern. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1185–1188. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 161–163 (Auszug).
Verschiedene Fischerei- und Luftverkehrssanktionen wurden im Januar 1984 aufgehoben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 247 des Gesandten Wallau, Washington, vom 19. Januar 1984; VS-Bd. 13411 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

seit letzten September bereits mehrere kleinere Beschränkungen aufgehoben. Die zwei Hauptsanktionen (Nichtgewährung der Mindestbegünstigungsklausel und Kreditverweigerung) bestünden allerdings fort. Es gebe jedoch gute Aussichten, daß diese bald aufgehoben würden. Jaruzelski habe sich im Gespräch mit ihm konstruktiv, kooperativ und freundlich gezeigt, obwohl er (Whitehead) ihn in der Frage eines gewünschten Treffens mit Wałęsa recht hart angegangen habe. Jaruzelski habe u. a. versprochen, es werde in Zukunft keine Verhaftungen mehr aus politischen Gründen geben. Über Wałęsa habe Jaruzelski gesagt: Lieber eine kleine Irritation jeden Tag als eine große Explosion alle zehn Jahre.

Von Wałęsa sei er, Whitehead, außerordentlich beeindruckt gewesen.

MD T. unterstrich, daß wir an einer baldigen Aufhebung der Sanktionen interessiert seien. Man müsse sich bewußt machen, daß die Führer von Ländern wie Polen, ČSSR und Bulgarien heute im westlichen Interesse gegenüber der SU wirken könnten.

Whitehead bemerkte dazu, er sei sich des besonderen deutschen Interesses an Polen bewußt. Der Präsident habe über die Aufhebung der Sanktionen zu entscheiden. Da man auch noch den Kongreß konsultieren müsse, werde dies noch eine Weile dauern, aber eine nennenswerte Gegnerschaft zu der Aufhebung werde es wohl nicht geben.[12]

Gegen Ende des Gesprächs kam noch das Thema SDI zur Sprache. Whitehead wies mit Nachdruck auf die Stellungnahme von AM Shultz am vergangenen Sonntag in der Sendung „This week with David Brinkley“[13] hin. Diese Erklärung sei sehr sorgfältig formuliert und besonders an die Alliierten gerichtet gewesen. Das State Department sei sich der Bedeutung von Konsultationen mit den Alliierten in dieser Frage voll bewußt, insbesondere müsse man die Auswirkungen einer veränderten Interpretation auf die Genfer Verhandlungen überprüfen.

2) Gespräch mit Deputy Assistant Secretary W. Bodde

Das Gespräch mit dem ehemaligen Frankfurter Generalkonsul drehte sich vorwiegend um den Ausgang der Bundestagswahlen, die Koalitionsverhandlungen und den Bruch der Koalition in Hessen[14]. Daneben wurde kurz die Vorbereitung für den Berlin-Besuch des Präsidenten im Juni erwähnt.[15] Bodde betonte in

Fortsetzung Fußnote von Seite 160

Die Aufhebung weiterer Maßnahmen erfolgte am 3. August 1984. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 1121 f.

12 Am 19. Februar 1987 gab Präsident Reagan die Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen gegen Polen bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 155 f.

13 Für den Wortlaut des Interviews des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem Fernsehsender ABC am 8. Februar 1987 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2121, S. 8–11.

14 Die erste rot-grüne Regierung auf Landesebene zerbrach am 9. Februar 1987 über die Frage von Genehmigungen für die Nuklearbetriebe Nukem und Alkem in Hanau. Vgl. dazu den Artikel „Börner nimmt die Parteitags-Erklärung des grünen Ministers Fischer als Rücktritt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Februar 1987, S. 1.

15 Gesandter Holtermann vermerkte am 30. Januar 1987, Gespräche mit der amerikanischen Vorabdelegation am 26. Januar 1987 zur Vorbereitung des Besuchs des Präsidenten Reagan am 11./12. Juni 1987 in Bonn und Berlin (West) hätten gezeigt, daß die Wahl des Redeortes in Berlin auf politischer Ebene behandelt werden müsse: „Die amerikanische Seite favorisiert eine Ansprache direkt vor dem Brandenburger Tor, d. h. zwischen Mauer und sowjetischem Ehrenmal. Diese Möglichkeit wird aus politischen Gründen sowohl vom Bundespräsidenten wie vom Regierenden Bürgermeister von Berlin für völlig abwegig gehalten. Der Senat von Berlin schlug in erster Linie das Plenum des Reichstags

diesem Zusammenhang, der Präsident wolle eine „keynote speech“ am Schluß seiner Europareise[16] mit stark positivem Grundton halten. Der Gedanke, diese Ansprache vor dem Hintergrund des Brandenburger Tores zu halten, sei aus dem Wunsch geboren, für Reagan auch einen „visual success“ zu garantieren.

Bodde erkundigte sich weiterhin nach dem Problem der deutschen Geiseln im Libanon.[17] Hierzu betonte MD T., daß der Informationsfluß zwischen dem Bundeskanzleramt und Washington über die Bonner US-Botschaft exemplarisch und allumfassend sei. Er wies außerdem darauf hin, daß nach unserer Erfahrung die Lösung möglicherweise noch sehr viel Geduld erfordere.

3) Gespräch mit William Henkel, Special Assistant to the President im Weißen Haus

In einem spontan verabredeten kurzen Gespräch mit dem Nachfolger von Michael Deaver zum Thema der Berlin-Reise des Präsidenten betonte Henkel mit großem Nachdruck, daß die Absichten des Weißen Hauses für Ablauf und Inhalt dieser wichtigen Rede des Präsidenten hundertprozentig „positive“ seien. Jeder Gedanke an eine Irritation der östlichen Seite sei abwegig. Vielmehr wolle der Präsident einen Appell „for a more open world“ lancieren und damit die Berlin-Initiative seines letzten Aufenthaltes[18] dort bekräftigen und weiterführen. Er, Henkel, hoffe auf die Weiterführung des vertrauensvollen Dialogs mit seinen deutschen Gesprächspartnern über die Auswahl des geeigneten Ortes für die Ansprache. Washington sei nach wie vor davon überzeugt, daß das Gelände vor dem Brandenburger Tor ideal geeignet sei.

4) Gespräch mit Assistant Secretary Richard Murphy

Die ausführliche Unterredung mit dem Abteilungsleiter für Nah- und Mittelost diente zunächst einem Meinungsaustausch über den Stand des Iran-Irak-Konflikts. Murphy trug detailliert die aktuelle amerikanische Einschätzung dazu vor: Die Last für die iranische Wirtschaft wachse an, und doch zeige sich keine Auswirkung auf die Intensität der Kämpfe. Die Irakis behielten die Luftüberlegenheit. Im Irak selbst mache sich Kriegsmüdigkeit breit. Die Kämpfe um

Fortsetzung Fußnote von Seite 161

vor, alternativ auch den Außenbereich der Kongreßhalle (die für Mai geplante Wiedereröffnung könnte auf den 12. Juni verschoben werden) oder den Bereich um die Gedächtniskirche, der jedoch wohl aus Sicherheitsgründen ausfällt.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135399.
Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen notierte am 5. Februar 1987, da die amerikanische Botschaft in Bonn nur geringen Einfluß auf das Programm des Präsidentenbesuchs habe, empfehle es sich, Wünsche der Bundesregierung auf hoher politischer Ebene in Washington vorzutragen. Darum habe er in Abstimmung mit dem Ministerbüro Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, gebeten, „unsere Gesichtspunkte dort vorzutragen“. Vgl. VS-Bd. 13466 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

16 Vor seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik und Berlin (West) am 11./12. Juni 1987 besuchte Präsident Reagan vom 3. bis 11. Juni 1987 Italien. Am 6. Juni 1987 wurde er im Vatikan von Papst Johannes Paul II. empfangen und nahm vom 8. bis 10. Juni 1987 am Weltwirtschaftsgipfel in Venedig teil.

17 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 34.

18 Zum Abschluß seiner am 2. Juni 1982 begonnenen Europareise besuchte Präsident Reagan am 11. Juni 1982 Berlin (West). Vor dem Charlottenburger Schloß hielt er eine Rede, in der er die Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge des NATO-Ministerrats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vom Vortag in Bonn als Teil einer „Berliner Friedensinitiative“ präsentierte und die UdSSR aufforderte, „Berlin als einen Ausgangspunkt für echte Anstrengungen zum Abbau der menschlichen und politischen Spaltungen zu benutzen, die die letzte Ursache jedes Krieges“ seien. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 765–768. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 507–510.

Basra hätten auf beiden Seiten zu schweren Verlusten geführt. Die große Endoffensive der Iraner sei dies jedoch noch nicht gewesen. Der Sicherheitsrat werde in diesem Konflikt wohl keine gestaltende Rolle übernehmen, da mindestens drei ständige Mitglieder (SU, CHI, F) zögerlich seien. Washington sehe gegenwärtig keine dramatischen Entwicklungen voraus, es sei denn, die irakische Verteidigung bräche plötzlich zusammen. Dies würde für die anderen Golfstaaten und auch für Syrien große Besorgnisse zur Folge haben.

Als Konsequenz der iranischen Bedrohung öffneten sich übrigens die arabischen Türen langsam wieder für Kairo.

Eine offene kriegerische Auseinandersetzung zwischen Syrien und Israel sei gegenwärtig nicht wahrscheinlich. Die syrische Wirtschaft sei in einem verheerenden Zustand. MD T. erkundigte sich dann nach den Eindrücken der Nahost-Reise Murphys im Januar[19] und den dortigen Reaktionen auf „Irangate“[20].

[21]Murphy sagte dazu, die Jordanier und insbesondere der König[22] persönlich seien über diese Angelegenheit besonders bestürzt und verbittert gewesen. Auch in Kairo und Riad habe er ähnliche Gefühle verspürt, obwohl man es ihm dort nicht so deutlich gesagt habe.

Nach kurzen Zwischenbemerkungen über die Geiselsituation im Libanon berichtete Murphy noch, seine jüngste Reise habe weiterhin den Sinn gehabt, in Jordanien und Israel auszuloten, wie man eine Internationale Nahost-Konferenz zu strukturieren habe.[23] Wenn es zu einer solchen Konferenz komme (which we pursue without enthusiasm), müsse sie zu prompten und direkten Verhandlungen führen, den Parteien jedoch nicht vorschreiben, wie sie ihre bilateralen Gespräche abzuwickeln haben.

Hauptanliegen der USA sei es, den Friedensprozeß in der Region am Leben zu halten, um Libyen und Syrien an einer weiteren Vergrößerung ihres Einflusses dort zu hindern. In diesem Sinne werde man auch nächste Woche in Washington mit AM Peres sprechen.[24]

Murphy sprach dann noch kurz die US-Besorgnisse über das libysche Raketenentwicklungsprogramm[25] und die Ausbreitung chemischer Waffen in der Region

19 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Murphy, hielt sich vom 5. bis 15. Januar 1987 in Ägypten, Israel, Jordanien und Saudi-Arabien auf.

20 Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 4, Anm. 15.

21 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 700 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Hussein ibn Talal al-Haschemi.

23 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. AAPD 1986, I, Dok. 37. Vgl. dazu ferner Dok. 52.

24 Der israelische Außenminister Peres nahm nicht am Besuch des Ministerpräsidenten Shamir vom 17. bis 19. Februar 1987 in den USA teil. Botschafter van Well, Washington, berichtete am 19. Februar 1987: „Während schroffe Ablehnung der Konferenzidee selbst unter den bekannten vorsichtigen US-Kautelen durch Shamir nicht unerwartet kam, erscheint als bedeutsamer, daß gegenüber den hart vorgebrachten Einwänden israelischen Regierungschefs AM und Präsident nicht erneut zurückgesteckt, sondern an der Idee eines Konferenz-Schirms für jordanischen König festgehalten haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 845; Referat 204, Bd. 135408.
Vgl. ferner die Presseerklärungen von Shamir, Präsident Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2121, S. 49–51.

25 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner vermerkte am 23. Dezember 1986, die Staatsanwaltschaft Karlsruhe ermittele „gegen deutsche, britische und libysche Staatsangehörige wegen des

an. Zu ersterem Thema bat er um weitere Informationen über die Erkenntnisse der Bundesregierung über eine deutsche Beteiligung an „missile components", zu letzterem Thema erwähnte er US-Geheimdiensterkenntnisse, daß Libyen, Irak und Iran ihre Produktionsfähigkeiten rasch entwickelten.

Zum Schluß drückte M. die Hoffnung aus, die Bundesregierung werde hoffentlich bald eine positive Entscheidung zur verstärkten finanziellen Unterstützung der MFO[26] fällen.

5) Gespräch mit Assistant Secretary Elliott Abrams

In dem halbstündigen Gespräch mit dem Abteilungsleiter für Lateinamerika fragte MD T. eingangs die Bewertung zu El Salvador ab. Dazu Abrams: Duarte sei innenpolitisch in keiner besonders günstigen Situation, obwohl man wohl keinen Putsch fürchten müsse. Er werde später sicherlich als ein Mann gewürdigt werden, der El Salvador Demokratie gebracht habe, nicht jedoch sozialen Frieden. Dafür sei Chávez Mena sicher besser geeignet.

Zu Nicaragua: Dort befinde man sich an einem wichtigen Punkt der Entwicklung. Das militärische Programm der Contras gewinne an Stärke. Am kommenden Wochenende werde es in San José ein Treffen der Präsidenten von El Salvador, Honduras, Costa Rica und Guatemala geben, von dem man sich einen Friedensplan erwarte, den die Sandinistas sicherlich ablehnen würden.[27] Das wolle man propagandistisch ausnutzen. Politisch sei das Thema Nicaragua in Washington nach wie vor heiß. Im Kongreß werde es dazu in den nächsten Wochen eine erregte Debatte geben, in der die Demokraten wahrscheinlich fordern würden, das Ziel der Demokratisierung aufzugeben, aber den Abzug der Sowjets und Kubaner aus Nicaragua auszuhandeln.

Abrams meinte, die Europäer – und hier insbesondere Parteien und Kirchen – könnten mehr tun, um die gegenwärtige Opposition in Nicaragua zu stärken.

Fortsetzung Fußnote von Seite 163

durch KWKG und AWG verbotenen Exports von Raketen und elektronischen Komponenten davon. Die Ermittlungen richteten sich gegen die – hier unbekannten – Firmen Hellatronic in München, die F[irm]a Orbit AG und die Fa. TOP (letztere sei in libyschem Eigentum)." Laut Auskunft des Zollkriminalinstituts in Köln handele es sich „um taktische Raketen aus US-Beständen, die zum Ausschlachten freigegeben worden seien bzw. um Einzelteile davon. Angeblich sollen deutsche Techniker zum Zweck der Beratung Libyens dorthin gereist sein. In den Fall sollen auch britische Firmen verwickelt sein." Vgl. Referat 424, Bd. 145920.

26 Multinational Force and Observers.
Gemäß Annex I des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags vom 26. März 1979 wurden die Vereinten Nationen gebeten, zur Überwachung der Vertragsimplementierung eine internationale Beobachtermission zu errichten, insbesondere zur Überwachung des israelischen Rückzugs vom Sinai. Im VN-Sicherheitsrat scheiterte dies am Veto der UdSSR. Daraufhin kamen die Parteien unter Vermittlung der USA, die zunächst mit eigenen Truppen („Sinai Field Mission") diese Aufgabe übernahmen, am 3. August 1981 in Washington in einem Protokoll überein, jenseits der VN-Strukturen eine Internationale Friedenstruppe zur Vertragsüberwachung zu etablieren. Für den Wortlaut des Protokolls vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 1, S. 430–446.

27 Die Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala) und Duarte (El Salvador) erörterten am 15. Februar 1987 in San José einen von Costa Rica erarbeiteten, zehn Punkte umfassenden Friedensplan für Zentralamerika, in dem u. a. Fristen für eine Generalamnestie, einen Waffenstillstand, freie Wahlen und den Abbau des Waffenbestandes vorgesehen waren. Der Plan sollte überarbeitet und bei einer Regionalkonferenz der fünf zentralamerikanischen Staats- und Regierungschefs im guatemaltekischen Esquipulas, zu dem Präsident Ortega (Nicaragua) eingeladen wurde, gebilligt werden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 35 des Botschafters Nestroy, San José, vom 16. Februar 1987; Unterabteilung 33, Bd. 146561.

MD T. erinnerte daran, daß wir die Zusammenarbeit zwischen Contadora und der EG nachdrücklich förderten.[28] Er empfahl im übrigen, die USA sollten sich für eine Einflußnahme auf die Sandinistas mit der spanischen Führung absprechen. Ein Mann wie González habe dort wohl mehr Zugang als jeder andere Europäer.

6) Gespräch mit Under Secretary Michael Armacost

Die lange abschließende Unterredung mit Armacost befaßte sich zunächst mit der Lage auf den Philippinen.[29] Armacost zeigte sich beeindruckt von der gestärkten Stellung von Frau Aquino nach dem Referendum.[30] Sie habe insgesamt bisher eine erstaunlich gute Figur gemacht. AM Shultz werde bei seiner baldigen Reise nach Japan und Korea[31] vielleicht einen kleinen Zwischenaufenthalt in Manila einlegen.

Das Gespräch wandte sich dann der Situation im südlichen Afrika zu. Armacost erwähnte das kürzliche Gespräch Shultz/Tambo[32] und seine eigene Reise vor wenigen Wochen nach Lusaka. Er habe u. a. Mugabe, Kaunda und Chissano gesehen und ihnen klargemacht, daß die USA nach wie vor auf politische Einwirkung auf SA setzten.[33] Wenn die Frontstaaten[34] ihrerseits Sanktionen gegen

28 Vgl. dazu die dritte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt; Dok. 35.

29 Botschafter Scholz, Manila, bilanzierte am 2. Januar 1987, die unblutige Ablösung des Präsidenten Marcos im Februar 1986 sei vor allem der Armee und dem mäßigenden Einfluß der katholischen Kirche auf die Bevölkerung zu verdanken: „Führungswechsel zu Präsidentin Aquino kann aber noch nicht als gelungene Revolution im Sinne überfälliger Änderungen verkrusteter Strukturen im politischen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich bewertet werden. Erste Fortschritte im menschenrechtlichen Bereich, bei Pressefreiheit und im Bemühen um neue Verfassung wie um Dialog mit Rebellen verdienen Würdigung. Aber gerade das große Problem der Insurgenten wie die drängenden Strukturreformen in Wirtschaft, Verwaltung und Sozialem harren noch ihrer Lösungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 342, Bd. 137238.

30 Ministerialdirektor Sudhoff legte am 11. Februar 1987 dar, der von Präsidentin Aquino vorgelegte Verfassungsentwurf sei in einem Referendum am 2. Februar 1987 mit einer Mehrheit von rund 76 % der Stimmen angenommen worden. Wesentlicher Inhalt des Verfassungsentwurfs seien: „Zweikammerparlament nach amerikanischem Muster, Stärkung der Menschenrechte, Beschneidung der Ausnahmerechte der Exekutive, keine Wiederwahl des Präsidenten, Autonomieregelung für Minderheiten, Landreform. Innenpolitisch problematisch könnten die Festlegung auf eine Politik der Atomwaffenfreiheit und die Behandlung der amerikanischen Stützpunkte werden." Vgl. Referat 342, Bd. 137238.

31 Im Anschluß an Gespräche vom 1. bis 5. März 1987 in der Volksrepublik China besuchte der amerikanische Außenminister Shultz am 6. März die Republik Korea (Südkorea) und am 6./7. März 1987 Japan.

32 Der amerikanische Außenminister Shultz führte am 28. Januar 1987 in Washington ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des ANC, Tambo. Botschafter van Well, Washington, berichtete am 30. Januar 1987, laut Mitteilung des stellvertretenden Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Freeman, sei das Gespräch „gut verlaufen, habe aber, wie erwartet, in keinem Punkt zu Einvernehmen geführt. Shultz habe Tambo vor Anwendung von Gewalt gewarnt und deutlich gemacht, daß sie nicht zur Lösung der politischen Probleme führen werde". Tambo habe Gewalt und Sanktionen als Druckmittel gerechtfertigt: „Befriedigend, aber unzulänglich waren laut Freeman Tambos Äußerungen zur künftigen politischen Verfassung Südafrikas. Er habe erklärt, er wolle eine Demokratie mit vielen Parteien und verfassungsmäßigen Grundrechten (soweit sie nicht zu rassistischer Politik genutzt würden), wie sie in den üblichen Verfassungsbestimmungen (bill of rights) enthalten seien. Das lasse allerdings viele Fragen offen (z. B. Recht auf Eigentum, Garantien für die Beachtung der Rechte, Frage einer offenen Gesellschaft). In den wirtschaftlichen Fragen sei Tambo vage geblieben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 435; Referat 320, Bd. 156006.

33 Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, hielt sich am 15. Dezember 1986 in Simbabwe, am 17./18. Dezember 1986 in Mosambik und am 20. Dezember 1986 in Sambia

SA verhängen wollten, werde Washington nicht bereit sein, für ihre wirtschaftlichen Nachteile aufzukommen (we will not bail them out). Mugabe habe ihm aber ausdrücklich gesagt, daß er sowieso gegen Sanktionen sei.

Armacost warb dann für mehr europäische, insbesondere deutsche Hilfe an Mosambik. Die Führungsspitze, die er kennengelernt habe, bestehe aus sehr guten Leuten. Es gebe jedoch keine qualifizierte Verwaltung. Jede Unterstützung werde dazu beitragen, das Land aus dem sowjetischen Einfluß herauszulösen.

Auch mit Armacost wurde die Zentralamerika-Problematik kurz angesprochen, ebenso die Geiselfrage im Libanon und schließlich die künftige Politik der USA gegenüber dem Osten. MD T. unterstrich hier, daß Bonn immer an einer aktiven Außenpolitik interessiert sei und hoffe, Washington werde in den nächsten zwei Jahren nicht völlig von innenpolitischen Themen absorbiert sein.

Armacost stimmte zu und kam dann seinerseits noch auf Afghanistan zu sprechen. Es wäre wünschenswert, wenn die Europäer die Russen zu einer Bewegung in der Afghanistan-Frage drängen würden. Eine solche Entwicklung und noch mehr Fortschritte in der Menschenrechtsproblematik würden auch die Voraussetzung für die Rüstungskontrollgespräche verbessern.

Er hoffe übrigens bald nach Moskau zu reisen, um dort eine weitere Gesprächsrunde über Fragen dritter Regionen zu führen.[35] Die erste solche Runde im August 1986[36] sei durchaus nützlich gewesen. MD T. betonte, daß wir solche Gespräche u. a. deshalb für wichtig halten, weil sie Moskau das Gefühl der Gleichberechtigung gäben.

Alle referierten Gespräche waren durch eine freundschaftliche und vertrauensvolle Offenheit gekennzeichnet.

[gez.] van Well

VS-Bd. 13010 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 165

auf. Legationsrat I. Klasse Timpe, Lusaka, berichtete am 23. Dezember 1986, Armacost habe am 20. Dezember 1986 mit Präsident Kaunda und ANC-Vertretern gesprochen. Armacosts Besuch dokumentiere den Willen der amerikanischen Regierung, „erneut die Initiative bei Lösung Probleme Südliches Afrika zu ergreifen. Innen- wie außenpolitisch soll damit Signal für verstärktes US-Engagement in dieser Weltregion gesetzt werden, das durch jetzt erfolgte Öffnung gegenüber ANC zusätzlichen Handlungsspielraum gewinnt, den es in der Zukunft zu nutzen gilt. US-Anerkennung des ANC als ein – wenn auch nicht einzig legitimer – Gesprächspartner verdeutlicht einzuschlagenden Weg, den ANC bei der Suche nach ‚non-violent solutions' einzubinden, die auch die Anerkennung legitimer Rechte der Minderheiten in S[üd]A[frika] einschließt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 338; Referat 320, Bd. 155918.

34 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

35 Zu den Gesprächen des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Armacost, am 16./17. März 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 66, Anm. 38.

36 Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 29. August 1986 Informationen des amerikanischen Außenministeriums zu den Gesprächen des Staatssekretärs Armacost mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Adamischin: „In den insgesamt acht Stunden dauernden Gesprächen seien am 27.8. Fragen des Nahen Ostens sowie Ost- und Südostasiens und am 28.8. Fragen betreffend Südafrika und Mittelamerika behandelt worden. […] Fragen wie Nichtverbreitung von Kernwaffen (Naher und Ferner Osten), chemische Waffen und Terrorismus (Naher Osten) seien nur im Kontext der betreffenden Region angesprochen worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3648; Referat 204, Bd. 135354.

38

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

231-504.00/1 VS-NfD **12. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Grundüberlegungen zur Menschenrechtspolitik;
hier: Menschenrechtliche Initiativen

Bezug: Weisung des Herrn BM auf der Vorlage vom 22.12.1986 (beigefügt[4])

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Nachstehend der Sachstand der wichtigsten menschenrechtlichen Initiativen

I. Vereinte Nationen

1) VN-Folterkonvention[5]

Die Bundesrepublik Deutschland hat die VN-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe am 13. Oktober 1986 (als 53. Staat) gezeichnet und dabei folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland behält sich das Recht vor, bei der Ratifizierung diejenigen Vorbehalte oder Interpretationserklärungen mitzuteilen, die sie insbesondere im Hinblick auf die Anwendbarkeit von Artikel 3 für erforderlich hält."

Diese Erklärung weist die Staatengemeinschaft darauf hin, daß wir uns die Möglichkeit offenhalten, erforderlichenfalls Vorbehalte oder Interpretationserklärungen in völkerrechtlich verbindlicher Form bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abzugeben.

Die innerstaatliche Vorbereitung der Ratifikation ist auf Ebene des Bundes und der Länder eingeleitet[6] worden. Die Federführung liegt beim Bundesministerium der Justiz. BMJ hat Ständige Vertragskommission der Länder befaßt.[7]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Dröge konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. Februar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 12. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 6. März 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent Bazing an Referat 231 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Siehe Fragen BM auf S. 2 u. 3." Vgl. Anm. 6, 9 und 12. Vgl. auch Anm. 24.
Hat Bazing und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Giesder vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Dröge am 16. März 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Am 26.2.1988 v[on] Dg 23 an RL 231 zurück."

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen zu Grundüberlegungen in der Menschenrechtspolitik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 376.

5 Für den Wortlaut des VN-Übereinkommens vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 247–261.

6 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen. Vgl. Anm. 3.

7 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

Dem Auswärtigen Amt ist aus außenpolitischen, VN-politischen und menschenrechtspolitischen Gründen an einer zügigen Ratifizierung gelegen.[8]

Wir haben allerdings bisher Grund zu der Befürchtung, daß einige Bundesländer mit Unterstützung des BMI und möglicherweise des BMJ die Diskussion um die Formulierung eines Vorbehalts oder einer Interpretationserklärung neu aufnehmen werden mit dem Ziel, die von ihnen befürchtete „Sogwirkung" des Art. 3 der Konvention auf sog. „Folter-Asylanten" durch einen Vorbehalt auszuschließen, der weitergeht als die bei Zeichnung abgegebene Erklärung.[9]

Art. 3:

(1) Ein Vertragsstaat darf eine Person nicht in einen anderen Staat ausweisen, abschieben oder an diesen ausliefern, wenn stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, daß sie dort Gefahr liefe, gefoltert zu werden.

(2) Bei der Feststellung, ob solche Gründe vorliegen, berücksichtigen die zuständigen Behörden alle maßgeblichen Erwägungen einschließlich des Umstands, daß in dem betreffenden Staat eine ständige Praxis grober, offenkundiger oder massenhafter Verletzungen der Menschenrechte herrscht.

2) Beitritt zum Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[10] (Individualbeschwerde an den VN-Menschenrechtsausschuß)

Wenn sich die Bundesrepublik Deutschland auf Dauer der Individualbeschwerde vor dem VN-Menschenrechtsausschuß entzieht, wird hierdurch die Glaubwürdigkeit ihrer Menschenrechtspolitik beeinträchtigt.

Das federführende BMJ führt als Argument gegen einen Beitritt aus, daß der Rechtsschutz aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention[11] ausreichend sei und durch einen Beitritt zum Fakultativprotokoll nicht erweitert werde. Es befürchtet eine Überschneidung der Beschwerdeverfahren und in deren Folge Rechtsunsicherheit. Es weist auch darauf hin, daß ein Beitritt berlinpolitische Probleme aufwerfen könnte. Ein Teil der Mitglieder des Ausschusses würde mit Sicherheit Beschwerden von Berliner Bürgern als unzulässig zurückweisen.

Trotz dieser gewichtigen Gegenargumente sollten wir uns auf Dauer der Zeichnung des Fakultativprotokolls nicht verschließen. Zusammen mit dem BMJ

8 Die Bundesrepublik ratifizierte die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen erst am 1. Oktober 1990.

9 An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Wer hat schon unterzeichnet? Wer ratifiziert?" Vgl. Anm. 3.

10 Für den Wortlaut des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.
Für den Wortlaut des am 19. Dezember 1966 von der VN-Generalversammlung verabschiedeten und am 23. März 1976 in Kraft getretenen Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vgl. BUNDESGESETZBLATT 1992, Teil II, S. 1247–1250.

11 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich korrigiert aus: „Menschenrechtskommission".
Für den Wortlaut der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 686–700, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1880–1883.

müssen wir weiter prüfen, wie dessen Bedenken am besten Rechnung getragen werden kann.[12]

3) VN-Hochkommissar für Menschenrechte

Wir wollen den internationalen Menschenrechtsschutz im Bereich der Durchführung durch die Einsetzung eines VN-Hochkommissars für Menschenrechte verbessern, nachdem die VN im Bereich der Normsetzung ihre Ziele weitgehend erreicht haben.

Nach Einschätzung der Ständigen Vertretung und auch unserer engsten Verbündeten lassen die Interessenlage und Mehrheitsverhältnisse in den VN auf absehbare Zeit eine Durchsetzung unserer Forderung nach einem Hochkommissar für Menschenrechte mit einem unseren Vorstellungen entsprechenden Mandat nicht zu. Zur Zeit würde ein Versuch, diese Idee zu verwirklichen, eher unserem Anliegen schaden. Das Ergebnis eines solchen Versuches wäre wahrscheinlich nicht nur ein Hochkommissar mit einem völlig unzureichenden Mandat, sondern wir würden gleichzeitig dem Osten (und nicht wenigen Drittweltländern) die Möglichkeit bieten, unter Hinweis auf die neue Institution des Hochkommissars die im Laufe der letzten Jahrzehnte mühsam entwickelten Durchsetzungsmechanismen des VN-Menschenrechtssystems in Frage zu stellen.

Wir können deshalb z. Zt. die Idee eines zumindest mit durchsetzbaren Untersuchungsbefugnissen ausgestatteten Hochkommissars für Menschenrechte durch richtig dosierte und qualifizierte Hinweise nur wachhalten und bei unseren Partnern in der Dritten Welt für die Idee eines Hochkommissars für Menschenrechte werben.

Erst wenn das System der Sonderberichterstatter zufriedenstellend ausgebaut sein wird, wird sich daran anknüpfend die Idee des Hochkommissars verwirklichen lassen.

4) VN-Menschenrechtsgerichtshof

Institutionen und Verfahren zum Schutz der Rechte des einzelnen werden so lange unzureichend bleiben, als der in seinen Rechten Verletzte diese nicht vor einem unabhängigen Gericht geltend machen kann. Wir werden daher weiterhin den Gedanken der Errichtung eines VN-Menschenrechtsgerichtshofes als langfristige Aufgabe der VN herausstellen.[13]

Eine Verwirklichung dieses Ziels in naher Zukunft erscheint schon wegen der auf grundsätzliche Erwägungen gestützten ablehnenden Haltung der Staaten des

12 An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Wer hat schon unterzeichnet? Wer ratifiziert?“ Vgl. Anm. 3.

13 Bundesminister Genscher forderte am 28. September 1976 in der VN-Generalversammlung zur „Durchsetzung und Achtung der Menschenrechte“ die Errichtung einer Institution, die den weltweiten Schutz der Menschenrechte umfassend sichere: „Die Bundesregierung weiß, daß dies eine schwierige Aufgabe ist: Aber sie ist überzeugt, daß das Ziel, einen Internationalen Menschenrechtsgerichtshof zu schaffen, erreichbar ist. Und sie wird in diesem Glauben durch ihre Erfahrungen mit dem Schutzsystem der Europäischen Menschrechtskonvention bestärkt, das sich bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten bewährt hat und auch dann nichts von seiner Bedeutung verlieren wird, wenn die Vereinten Nationen eine Institution nach seinem Vorbild schaffen.“ Vgl. BULLETIN 1976, S. 1069. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, II, Dok. 262 und Dok. 267.
Seither wiederholte Genscher alljährlich vor der VN-Generalversammlung in New York die Forderung nach Schaffung eines Menschenrechtsgerichtshofs, so zuletzt in der Rede am 25. September 1986. Vgl. dazu BULLETIN 1986, S. 955.

östlichen Lagers (extensives Souveränitätsverständnis) ausgeschlossen. Daher haben wir bisher keine weiteren Initiativen ergriffen, insbesondere keine Resolutionsentwürfe eingebracht.

Das BMJ hat dem Gedanken der Schaffung eines Menschenrechtsgerichtshofes bisher nicht zugestimmt und stützt sich dabei auf folgende Erwägungen:

a) Die langjährige Erfahrung mit der Europäischen Kommission für Menschenrechte und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zeige, daß ein echtes Gericht nur dann funktionieren könne, wenn die beteiligten Staaten eine homogene Rechtsauffassung und einander vergleichbare Rechtsordnungen hätten und der Gerichtshof aus hochqualifizierten Richtern bestehe, die dem „judicial self-restraint" den gebührenden Rang einräumten. Auf Weltebene sei ein solches Kontrollsystem weder durchsetzbar noch funktionsfähig.

b) Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß der Pakt über bürgerliche und politische Rechte in der Auslegung durch ein solches VN-Organ das innerstaatliche Recht und die höchstrichterliche Rechtsprechung modifizieren könnte.

Den Bedenken des BMJ läßt sich das Beispiel des IGH in Den Haag entgegenhalten, dem Richter mit unterschiedlichem Völkerrechtsverständnis angehören, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß sich beim IGH das Problem eines homogenen Rechtsverständnisses nicht in gleicher Schärfe stellen mag.

5) Erfolgreicher Abschluß unserer Flüchtlingsinitiative

Die von BM Genscher 1980 vorgeschlagene Flüchtlingsinitiative[14] konnte in der 41. GV[15] nach sechsjährigen Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Resolution mit dem Ziel einer Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit zur politischen Vorbeugung neuer, massiver Flüchtlingsströme wurde von der 41. GV im Konsens angenommen.[16] Damit hat die Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Behandlung des in seiner politischen Tragweite zunehmenden und die Menschheit weiterhin schwer belastenden Weltflüchtlingsproblems leisten können. Die Resolution wird über die Flüchtlingsproblematik hinaus richtungsweisende Bedeutung haben, da sie erstmals ein konkretes Mandat der VN zur Prävention internationaler Konflikte enthält.

Die Empfehlungen enthalten folgende Kernbereiche:

– Ein Katalog von Staatenverpflichtungen („obligations") enthält vor allem das an alle Staaten gerichtete Gebot, keine Flüchtlingsströme zu erzeugen und alles zu tun, um derartige Ströme zu verhindern. Diese Verpflichtung ist im

14 Bundesminister Genscher erklärte am 24. September 1980 vor der VN-Generalversammlung in New York, die Bundesrepublik werde einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung von neuen Flüchtlingsströmen" beantragen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1980, D 630 f.
Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 2. Oktober 1980: „GV der VN hat soeben (2.10.) entsprechend Vorschlag Lenkungsausschuß unsere Flüchtlingsinitiative als zusätzlichen TOP akzeptiert und Sache zur weiteren Behandlung an Special Political Committee verwiesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2565; Referat 231, Bd. 127885.

15 Die 41. VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 19. Dezember 1986 in New York statt.

16 Am 3. Dezember 1986 verabschiedete die VN-Generalversammlung die Resolution Nr. 41/70 „International co-operation to avert new flows of refugees". Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 144.

Kontext vor allem menschenrechtlicher Pflichten ausdrücklich auch auf spezifische Minderheitengruppen bezogen. Sie enthält nicht nur eine Aufforderung zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, sondern ist unmittelbar Richtschnur für die nationale Politik aller Regierungen.

– Zur Umsetzung dieser Verpflichtungen sollen die VN-Mitgliedstaaten sowie die VN-Organe, vor allem der VN-GS, konkrete Maßnahmen ergreifen, die eine wirksamere Zusammenarbeit bei der Prävention neuer, massiver Flüchtlingsströme gewährleisten.

  Kernstück des Implementierungsmechanismus ist ein Mandat des VN-GS, das folgende essentielle Elemente enthält:

  – Schaffung einer Art von Frühwarnsystem im VN-Sekretariat;
  – Recht des VN-GS zur eigenen Bewertung der gewonnenen Erkenntnisse;
  – Recht des VN-GS zu eigenständigen Maßnahmen der Konfliktprävention (z. B. stille Diplomatie, gute Dienste);
  – bessere Koordinierung aller durchgeführten Maßnahmen der Staaten sowie anderer VN-Organe.

Mit der Annahme der Empfehlungen der Expertengruppe sind die Vereinten Nationen unserer These gefolgt, daß die bisher ausschließlich humanitär-kurativen Anstrengungen, insbesondere durch den UNHCR, zwar unverändert wichtig, aber ergänzungsbedürftig sind. Es bedarf komplementärer politisch-präventiver Schritte zur Bekämpfung der Ursachen von Flüchtlingsströmen. Durch den Hinweis auf die weitreichenden destabilisierenden Folgen solcher Ströme wird das Interesse aller Staaten der betroffenen Region und der gesamten Staatengemeinschaft mit der Folge anerkannt, daß Staaten, die Flüchtlingsströme verursachen, sich nicht hinter dem Nichteinmischungsverbot verschanzen können.

Die Ergebnisse unserer Flüchtlingsinitiative sind auch ein für die gesamte Asylproblematik[17] ernstzunehmender Beitrag der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Annahme der GV-Resolution haben wir einer Empfehlung der Schäuble-Kommission[18] entsprochen.

17 Zur Begrenzung der rasch steigenden Zahl von Asylanträgen verabschiedete die Bundesregierung am 26. August 1986 verschiedene Maßnahmen zur Änderung des Asylrechts und zur Einschränkung des Transitprivilegs. Angehörige bestimmter Staaten benötigten fortan auch für eine Zwischenlandung einen Transitsichtvermerk. Ferner sollten Reiseunternehmen für die Beförderung von Personen ohne die erforderlichen Papiere Strafzahlungen leisten. Zudem sollte bei der Sichtvermerkserteilung durch die Auslandsvertretungen restriktiver verfahren und intensiver geprüft werden. Geplant war außerdem die personelle Verstärkung des Grenzschutzes und des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 228.

18 Das Bundeskabinett beschloß am 13. Februar 1985 die Einsetzung einer interministeriellen Kommission „Asyl“ unter Vorsitz des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, an der das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium der Justiz, das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit sowie das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen beteiligt waren. Vgl. dazu den ersten Teil des Berichts der interministeriellen Kommission „Asyl“ vom 10. Juni 1985; Referat 010, Bd. 178938.
Die entsprechende Kabinettsvorlage mit den Anlagen „Maßnahmen zur Eindämmung des unkontrollierten Zugangs zu Asylbewerbern“ und „Bericht der interministeriellen Kommission ‚Asyl‘“ wurde am 26. August 1986 vom Bundesministerium des Innern vorgelegt. Vgl. dazu Referat 514, Bd. 190563.

6) Geiselnahme-Initiative

Die in der 31. GV[19] von der Bundesrepublik Deutschland ergriffene Initiative[20] führte 1979 zur Annahme einer Konvention gegen die Geiselnahme.[21] Das Übereinkommen trat am 3.6.1983 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Bis heute haben 36 Staaten die Konvention ratifiziert.

Die Konvention ist ein Produkt konstruktiver Zusammenarbeit des Westens mit der Dritten Welt. Grundlage der Verständigung war nach intensiven Verhandlungen die allgemeine Anerkennung, daß Geiselnahmen ohne Einschränkung und Ausnahme verboten und mit Bestrafung oder Auslieferung (zur Bestrafung) geahndet werden sollen.

Die deutsche Initiative war neben ihrer menschenrechtlichen Zielsetzung durch einen präventiven Ansatz gekennzeichnet. Mit ihr hat die Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Terrorismusbekämpfung geleistet.

II. Europarat

Europarat-Entwurf einer „Europäischen Konvention zur Vorbeugung gegen Folter und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung“

1) Der Entwurf wurde am 11.2.1987 erstmals im Komitee der Ministerbeauftragten in Straßburg beraten und ohne inhaltliche Diskussion an die Parlamentarische Versammlung des Europarats – auf deren Wunsch – zur Stellungnahme überwiesen. ÖST, SCN, NWG und LUX haben sich mit dem Entwurf bereits einverstanden erklärt, B und GB zeigten bei vorangegangenen Ausschußberatungen Skepsis.

Der sachlich federführende BMJ wünscht einige Änderungen des Entwurfs als Voraussetzung für die Annahme der Konvention (insbesondere Zulassung von Vorbehalten, um zögernden Staaten den Beitritt zu ermöglichen, sowie zur Beibehaltung uns wichtiger innerstaatlicher Gesetze – Kontaktsperregesetz[22]).

Von den Bundesländern ist bekannt, daß Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz keine Notwendigkeit für die Konvention sehen. Das Ratifizierungsgesetz bedarf der Zustimmung der Länder (Strafvollzug). Die Länder wollen den Entwurf auf einer der kommenden Innenministerkonferenzen beraten. Ebenso hat der BMI eine grundsätzlich ablehnende Haltung eingenommen.

Das AA hat sich in der Vergangenheit wiederholt beim federführenden BMJ für die rasche Vorlage eines funktions- und konsensfähigen Konventionsentwurfs eingesetzt.

19 Die 31. VN-Generalversammlung fand vom 21. September bis 22. Dezember 1976 in New York statt.

20 Mit Resolution Nr. 31/103 vom 15. Dezember 1976 nahm die VN-Generalversammlung den Vorschlag der Bundesrepublik zur Verabschiedung einer VN-Konvention gegen Geiselnahme an und verfügte die Bildung eines Sonderausschusses zu deren Ausarbeitung. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVI, S. 446. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 137 f. Vgl. dazu auch AAPD 1976, II, Dok. 348.

21 Zum Abschluß der Verhandlungen über die VN-Initiative gegen Geiselnahme vgl. AAPD 1979, II, Dok. 350.
Für den Wortlaut des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1362–1369.

22 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 30. September 1977 zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz („Kontaktsperregesetz“) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1977, Teil I, S. 1877–1879.

2) Der Entwurf ist nicht überflüssig, sondern hat – wie schon die EMRK – Modellcharakter. Wir haben in unseren Gefängnissen nichts zu verbergen. Wir wollen durch die Anti-Folter-Konvention des Europarats dazu beitragen, die menschenrechtliche Situation in einigen Europaratsmitgliedstaaten zu verbessern.

Der BMJ hat dem AA seine Bedenken zum Entwurf übermittelt und um Stellungnahme gebeten. Der Entwurf dieser Stellungnahme nebst ausführlicher Darstellung des Sachverhalts liegt dem Herrn BM zur Billigung vor (vom 2.2.1987 – 200-352.03[23]).

Tenor der Aufzeichnung: Die Argumente des BMJ gegen den Konventionsentwurf enthalten zutreffende Gesichtspunkte. Wir wollen jedoch vermeiden, daß unsere Bedenken zu einer wesentlichen Verzögerung oder Verhinderung der Verabschiedung des Konventionsentwurfes führen.[24]

Richthofen

Referat 231, Bd. 148591

[23] Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen stellte fest, die Bedenken des Bundesministeriums für Justiz zum Entwurf einer Europäischen Konvention zur Vorbeugung gegen Folter und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung seien zutreffend, doch solle vermieden werden, daß Bedenken der Bundesregierung die Verabschiedung des Konventionsentwurfs im Europarat verzögern oder verhindern würden. Bei der Erörterung im Komitee der Ministerbeauftragten sollten daher weitere Stellungnahmen abgewartet werden. Falls Belgien und Großbritannien ihre kritische Position beibehalten würden, „könnten wir mit unseren Änderungswünschen ggfs. zu einem für alle akzeptablen Kompromiß beitragen". Vgl. Referat 200, Bd. 135465.

[24] Zu den handschriftlichen Fragen des Bundesministers Genschers teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Giesder am 16. März 1987 mit, das VN-Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe hätten mit Stand vom 11. März 1987 16 Staaten ratifiziert bzw. seien ihm ohne vorherige Zeichnung beigetreten, weitere 45 Staaten hätten es unterzeichnet. Das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 sei bislang von 38 Staaten ratifiziert und von sechs Staaten gezeichnet worden. Vgl. Referat 231, Bd. 148591.

39

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-491.39/0 **13. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Strahlenbelastetes Molkepulver;
hier: Außenpolitische Folgerungen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die in Bayern seit Sommer 1986 lagernden Bestände von strahlenbelastetem Molkepulver (ca. 5000 Tonnen), die mit dem Radionuklid Cäsium in der Größenordnung von 2000 bis 7000 Becquerel kontaminiert sind und für die vom Bundesverwaltungsamt an die Herstellerfirma Entschädigung in Höhe von 3,8 Mio. DM gezahlt wurde, sind seit Ende 1986 Gegenstand einer starken nationalen und internationalen Medienbeachtung. Entscheidend hierfür war der Verkauf eines Teils des Molkepulvers an eine Gießener Handelsfirma, die den Export des Molkepulvers als Futtermittel in Länder der Dritten Welt beabsichtigte und zu diesem Zweck die kontaminierte Ware auf dem Schienenweg nach Köln und Bremen bringen ließ. Die Weigerung der dortigen Behörden, die Verladung bzw. den Weitertransport des Molkepulvers zuzulassen, führte schließlich zur Intervention des BMU; damit sind am 5.2.1987 die gesamten Bestände in die Obhut der Bundesregierung übergegangen. Zwischen Bund und zuständigen Landesbehörden wurde inzwischen vereinbart, das Molkepulver in zwei Bundeswehrstandorten in Bayern und Niedersachsen zwecks späterer Beseitigung zwischenzulagern.

2) Am 29.12.1986 hatte die hiesige ägyptische Botschaft mit Verbalnote das Auswärtige Amt gebeten, den Export des Molkepulvers nach Ägypten – über die Möglichkeit einer derartigen Transaktion waren Pressemeldungen erschienen – nicht zuzulassen.[4] Am 29.1.1987 kam es zu einer erneuten Verbalnote der ägyptischen Botschaft, mit der sie ihre Besorgnis über „die grausamen Pläne, hoch-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationsrat I. Klasse Bruns konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 17. Februar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 24. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 24. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 431 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 24. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 25. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Bruns verfügte.
Hat Bruns am 3. März 1987 erneut vorgelegen.

4 Für die ägyptische Verbalnote vom 29. Dezember 1986 vgl. Referat 310, Bd. 149565.
Legationsrat I. Klasse Much notierte am 29. Dezember 1986, nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuters habe die ägyptische Botschaft am 24. Dezember 1986 mündlich und nun mit Verbalnote gebeten, einen möglichen Verkauf von strahlenverseuchtem Molkepulver nach Ägypten zu verhindern. Auf Anfrage hätten sowohl das bayerische Umwelt- als auch das Landwirtschaftsministerium erklärt, „der Verkauf werde nur genehmigt, wenn die zuständige ägyptische Behörde eine Erklärung abgebe, daß sie a) die Strahlenbelastung kenne und b) gefahrlose Verwendung der Molke garantieren könne. Die ägyptische Botschaft wurde heute darüber unterrichtet." Vgl. Referat 310, Bd. 149565.

verstrahlte Milchderivate nach Ägypten zu schmuggeln", zum Ausdruck brachte. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die ägyptische Regierung die Angelegenheit mit „äußerstem Ernst" betrachte und eine sofortige Klarstellung seitens der Bundesregierung erwarte.[5] Mit Datum vom 6.2.1987 hat das Auswärtige Amt der ägyptischen Botschaft eine zwischen den Ressorts abgestimmte Verbalnote übermittelt, in der mitgeteilt wurde, daß das Molkepulver in staatliche Obhut übernommen wurde und damit ein Export dieser strahlenbelasteten Bestände nach Ägypten ausgeschlossen sei.[6]

3) Auch wenn durch die Übernahme des Molkepulvers durch die Bundesregierung eine Verschärfung des sich anbahnenden Konflikts mit Ägypten vermieden werden konnte, sind doch negative Auswirkungen auf die deutsch-ägyptischen bilateralen Beziehungen festzustellen. Botschaft Kairo berichtete mehrmals, daß die „Molkepulveraffäre" dem guten deutschen Namen und insbesondere dem ägyptischen Vertrauen in Waren „Made in Germany" Schaden zugefügt habe. Bei einer tatsächlichen Ausfuhr wäre eine „schwere Schädigung der freundschaftlichen Gefühle und des Vertrauens der Ägypter in alles Deutsche zu gewärtigen" gewesen.[7] (Botschaften Dakar[8], Accra[9] und Lagos[10] berichteten inzwischen von negativen Reaktionen der dortigen Medien und Behörden.)

4) Der Verlauf der Angelegenheit gibt Anlaß zu der Frage, wie bei Wiederholung eines derartigen Falles ein aus außenpolitischer Sicht unerwünschter Export verhindert werden kann. Bei der Suche nach einer entsprechenden Rechtsgrundlage sind drei Bereiche zu unterscheiden:

– Nach EG-Recht (Verordnung des Rates Nr. 1707/86 vom 30.5.1986[11]) bestehen derzeit Höchstgrenzwerte für die Einfuhr in das Hoheitsgebiet der Gemeinschaft von 370 Becquerel/kg für Milch und Milchprodukte und 600 Becquerel für alle anderen „betroffenen Erzeugnisse" (für als Futtermittel zu verwendende Milchkonzentrate wird ein indirekter, durch Verdünnung zu erreichender Wert von 1850 Becquerel/kg angegeben). Durch eine Protokollerklärung zu dieser Verordnung haben sich die Mitgliedstaaten darauf geeinigt, im innergemeinschaftlichen Verkehr die für Lebensmittel festgelegten Grenzwerte von

5 Für die ägyptische Verbalnote vom 29. Januar 1987 vgl. Referat 310, Bd. 149565.

6 Für die Verbalnote, die der ägyptischen Botschaft am 6. Februar 1987 übermittelt wurde, vgl. Referat 310, Bd. 149565.

7 Vgl. den Drahtbericht Nr. 193 des Botschafters Elsäßer, Kairo, vom 2. Februar 1987; Referat 310, Bd. 149565.

8 Botschafter Wöckel, Dakar, berichtete am 5. Februar 1987, in der senegalesischen Tageszeitung „Le Soleil" werde über die Beschlagnahmung des radioaktiv verstrahlten Molkepulvers durch Behörden der Bundesrepublik informiert: „Offenbar gestützt auf Agenturmeldungen berichtet die Zeitung von Enthüllungen, denen zufolge seit langem deutsche Exporteure skrupellos verseuchte Milchprodukte in die Dritte Welt exportieren." Vgl. den Schriftbericht Nr. 131; Referat 431, Bd. 153237.

9 Botschafter Vogel, Accra, teilte am 9. Februar 1987 mit, Ghanas Regierung fürchte, „daß Teile des strahlenverseuchten Milchpulvers außer nach Ägypten auch in andere afrikanische Länder gelangt oder dorthin auf den Weg gebracht worden sein könnten. Ghanaische Regierung frage sich, ob nicht auch andere deutsche Exporte, z. B. Medikamente, die Ghana in größeren Mengen aus D importiere, betroffen sein könnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 106; Referat 431, Bd. 153237.

10 Die Botschaft in Lagos meldete am 9. Februar 1987, die Tageszeitung „Daily Sketch" mache „mit der Hauptschlagzeile auf, daß Tschernobyl-verstrahltes Molkepulver nach Afrika geschickt wurde […]. Die Zeitung hebt hervor, daß die nigerianischen Minister für Handel und Gesundheit sehr besorgt sein müßten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 128; Referat 310, Bd. 149565.

11 Für den Wortlaut der Verordnung (EWG) Nr. 1707/86 des Rats vom 30. Mai 1986 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 146 vom 31. Mai 1986, S. 88 f.

370 bzw. 600 Becquerel/kg anzuwenden. Die Ausfuhr aus dem Hoheitsgebiet der Gemeinschaft ist demnach von dieser für die spezifische Post-Tschernobyl-Situation[12] erlassenen Regelung nicht erfaßt. Einschlägig ist hier vielmehr die EG-Ausfuhrverordnung (Verordnung EWG des Rates Nr. 2603/69 vom 20.12.1969[13]), die es in Artikel 11 den Mitgliedstaaten überläßt, „zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen" im Rahmen ihres nationalen Rechts Ausfuhrbeschränkungen einzuführen oder anzuwenden.

– Das Heranziehen des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG)[14] als Rechtsgrundlage zur Einschränkung einer Ausfuhr wie im Fall des strahlenbelasteten Molkepulvers wird vom BMWi in einer den Ressorts am 5.2.1987 übermittelten Stellungnahme verneint. § 7 Abs. 1,3 AWG läßt Beschränkungen des Außenwirtschaftsverkehrs zu, soweit diese zur Verhütung einer erheblichen Störung der auswärtigen Beziehungen erforderlich sind. Eine Anwendung dieser Bestimmung auf einen Einzelfall, der vorrangig die Frage des Gesundheitsschutzes aufwirft, würde nach Auffassung des BMWi die eng auszulegende Ermächtigungsgrundlage des § 7 Abs. 1,3 AWG überdehnen.[15]
– Das zum 31.12.1986 in Kraft getretene Strahlenschutzvorsorgegesetz[16] enthält demgegenüber die erforderlichen Ermächtigungen und Instrumente für die Beschränkung und Überwachung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs. Nach § 6 kann der BMU zum Schutz der Bevölkerung vor Radioaktivität Grenzwerte durch Rechtsverordnung einführen. Zur Einhaltung dieser Grenzwerte kann BMJFFG gemäß Paragraph 7 durch Rechtsverordnung das „Verbringen von Lebensmitteln … in den oder aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes verbieten oder beschränken" (entsprechend kann BML für das „Inverkehrbringen" von Futtermitteln verfahren).

5) Es liegt im Interesse des Auswärtigen Amtes, daß das federführende BMU die nach § 6 Strahlenschutzvorsorgegesetz möglichen Kontaminierungsgrenzwerte bald festlegt. Dies würde die Bundesregierung in Zukunft – falls erforderlich – in die Lage versetzen, nach § 7 dieses Gesetzes durch BMJFFG bzw. BML die Ausfuhr von strahlenbelasteten Lebens- bzw. Futtermitteln zu unterbinden.

Im EG-Rahmen laufen derzeit Bemühungen, das Ad-hoc-Regime der erwähnten Verordnung Nr. 1707/86 durch ein neues, für die Zukunft verbindliches System von Strahlenschutzwerten zu ersetzen. In dem entsprechenden Verordnungsentwurf der Kommission gemäß Artikel 31 EURATOM-Vertrag[17] ist – neben

12 Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

13 Für den Wortlaut der Verordnung (EWG) Nr. 2603/69 des Rats vom 20. Dezember 1969 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 324 vom 27. Dezember 1969, S. 25–33.

14 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

15 Für die Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft zur Frage einer möglichen Beschränkung des Exports von Molkepulver durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 vgl. das Fernschreiben Nr. 189 vom 5. Februar 1987; Referat 431, Bd. 153236.

16 Für den Wortlaut des Gesetzes zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzvorsorgegesetz) vom 19. Dezember 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2610–2614.

17 Für den Wortlaut von Artikel 31 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1042.

Höchstwerten für die Einfuhr und den innergemeinschaftlichen Verkehr – auch die Einbeziehung von Höchstwerten für die Ausfuhr vorgesehen. Über die Erfolgsaussichten dieser Bemühungen ist angesichts der noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildung in den Mitgliedstaaten derzeit kein verläßliches Urteil möglich.[18]

Jelonek

Referat 431, Bd. 153237

40

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hiller

320-411.10 SUA **13. Februar 1987**[1]
230-381.47 SUA

Betr.: U-Boot-Blaupausen für Südafrika[2];
hier: Gespräch D 3[3] mit dem Direktor des „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa", Abdul S. Minty (Oslo)[4], am 11.2.1987

I. Anlaß und äußerer Gesprächsverlauf

1) Am 11.2.1987 suchte der Direktor der „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa", Abdul S. Minty, D 3 zu einem Gespräch auf. Das Gespräch, an dem auch VLR Dr. Hiller (Ref. 320) und LR I

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner übermittelte am 26. Februar 1987 eine mit den Ressorts abgestimmte Sprachregelung. Der radioaktive Cäsiumgehalt des Molkepulvers sei so gering, daß keine gesundheitliche Gefährdung bestehe: „Von dem Molkepulver geht auch deshalb keine Gefahr aus, da es in der jetzigen Form weder für Mensch noch Tier verwendet wird und daher nicht in den Ernährungskreislauf gelangt. […] Die Bundesregierung legt an die Vorsorge für die Gesundheit anderer Völker die gleichen hohen Maßstäbe an wie an die Vorsorge für die Gesundheit der eigenen Bevölkerung." Vgl. den Runderlaß; Referat 310, Bd. 149565.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Hiller und Legationsrat I. Klasse Schaefer konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 18. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat Kenntnis."

2 Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika durch die Firmen Ingenieurkontor Lübeck und HDW vgl. AAPD 1985, II, Dok. 197, sowie AAPD 1986, II, Dok. 369.

3 Jürgen Sudhoff.

4 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 30. Januar 1987, Recherchen der Ständigen Vertretung zur „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa" und deren Direktor Minty hätten folgendes erbracht: „Nach norwegischer Darstellung handelt es sich um eine anerkannte und ernstzunehmende ‚Non-Governmental Organization' mit Sitz in Oslo, die sich u. a. die Aufdeckung von Verletzungen des Waffenembargos gegen Südafrika zum Ziel gesetzt hat. Sie werde von der norwegischen Regierung finanziell unterstützt. Ihr langjähriger Direktor Abdul Minty sei Exil-Südafrikaner indischer Abstammung." Die seit 1978 bestehende Organisation besitze jedoch keinen NGO-Status bei den Vereinten Nationen: „Aus britischer Sicht hingegen ist beim Umgang mit dieser Organisation Vorsicht angebracht, auch im Hinblick auf möglichen kommunistischen Einfluß." Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; Referat 230, Bd. 158128.

Schaefer (Ref. 230) teilnahmen, kam auf Bitten von Minty zustande und dauerte etwa eine Stunde 20 Minuten.[5]

2) D 3 begrüßte Minty und wies darauf hin, daß der Bundesminister M. nicht, wie von diesem gewünscht, habe empfangen können, da er durch die Koalitionsverhandlungen voll in Anspruch genommen sei. Minty bedankte sich, daß dieses Gespräch mit D 3 kurzfristig arrangiert worden sei.

3) Das Gespräch fand in einer verbindlichen Atmosphäre, aber in sachlich-ernster Form statt. Es drehte sich ausschließlich um die „U-Boot-Affäre". Es war erkennbar, daß Minty, der in Bonn an einer öffentlichen Anhörung der Grünen über „eine militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika"[6] teilgenommen hatte, über die tatsächliche, rechtliche und politische Problematik der U-Boot-Angelegenheiten ausgezeichnet informiert und „vorgebrieft" war.

II. Aus dem Gespräch wird folgendes festgehalten:

1) Minty kam gleich zu Beginn auf die U-Boot-Angelegenheit zu sprechen und trug folgendes vor:

– Seine Organisation habe erst im November 1986 aus Presseberichten von der Lieferung von Konstruktionsunterlagen durch HDW an SA[7] erfahren. Man sei erstaunt gewesen, daß dieses Geschäft von einer Firma getätigt worden sei, die sich in Staatsbesitz befinde.
– Einen Schock hätten Nachrichten ausgelöst, daß der Bundeskanzler mit Präsident Botha über die U-Boot-Angelegenheit gesprochen und Prüfung zugesagt habe.[8] Dies sei vor allem deshalb erstaunlich, weil Botha bei seinem Besuch in London PM Thatcher ebenfalls auf die Liefermöglichkeiten von „Marineausrüstungen" angesprochen habe.[9] PM Thatcher habe – anders als Kohl – mit Hinweis auf das Waffenembargo[10] sofort abgelehnt.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers vermerkte am 9. Januar 1987, der Direktor der „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa", Minty, habe Bundesminister Genscher am 27. November 1986 per Telegramm mitgeteilt, „er habe Informationen, nach denen eine deutsche Firma U-Boot-Konstruktionspläne an Südafrika geliefert habe. Er wies darauf hin, daß dies der bindenden Verpflichtung nach SR-Res. 418 widerspreche, und bat um Mitteilung des Ergebnisses einer Untersuchung durch die Bundesregierung. In einem weiteren Telegramm vom 1.12.1986 an Bundesminister Genscher bat Herr Minty um Bestätigung, daß ein Strafverfahren gegen die Beschuldigten eingeleitet worden sei." Vgl. Referat 230, Bd. 158128.

6 Am 9. Februar 1987 veranstaltete die Fraktion der Grünen im Bundestag ein öffentliches Fachgespräch, an dem mehrere Diplomaten afrikanischer Länder teilnahmen. Legationsrat I. Klasse Cappell notierte am 10. Februar 1987, der Sitzungssaal sei mit großformatigen Plakaten unter der Überschrift „Bonner Südafrika-Politik: Beihilfe zum Mord" dekoriert gewesen: „Die Veranstaltung befaßte sich fast ausschließlich mit der Lieferung von Konstruktionsunterlagen für U-Boote nach Südafrika." Dabei habe u. a. die Abgeordnete Eid von der Arbeit des Untersuchungsausschusses des Bundestags berichtet, der keinen Abschlußbericht vorlegen werde, „weil die CDU/CSU und FDP ‚ein Störmanöver' veranstaltet hätten". Vgl. Referat 424, Bd. 145934.

7 Südafrika.

8 In einer Unterredung am 5. Juni 1984 informierte Ministerpräsident Botha Bundeskanzler Kohl über Gespräche mit der Firma Ingenieurkontor Lübeck zur Lieferung von Know-how an Südafrika für den U-Boot-Bau. Kohl sagte Prüfung des Projekts zu. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 162.

9 Ministerpräsident Botha führte am 2. Juni 1984 Gespräche mit Premierministerin Thatcher in Chequers. Vgl. dazu die britischen Gesprächsvermerke; http://www.margaretthatcher.org/document/144533 und http://www.margaretthatcher.org/document/144535.

10 Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der

– In einem Gespräch, das er (Minty) am 7.1.87 mit dem indischen PM[11] geführt habe, sei PM auf verschiedene Fälle von Verletzungen des Waffenembargos gegen SA eingegangen und habe dabei auch die Bundesrepublik Deutschland erwähnt. Der indische PM habe ausgesprochen erzürnt auf das HDW-Geschäft reagiert und Angelegenheit anschließend mit deutschem Botschafter aufgenommen.[12]
– Von zentralem Interesse für „World Campaign" sei die Frage, welche Aussichten für eine strafrechtliche Verurteilung der Verantwortlichen bestünden. Er habe erfahren, daß nach deutschem Recht eine strafrechtliche Verfolgung der HDW[13]-Manager nur dann erfolgen könne, wenn die Bundesregierung feststelle, daß durch die Lieferungen eine erhebliche Störung der außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik eingetreten sei. Dies sei weder in Afrika noch in Indien oder der übrigen Welt bisher bekannt gewesen. Er habe sich die obige Rechtslage auch von Mitgliedern des BT-Untersuchungsausschusses (Minty nannte Gansel und den Vorsitzenden[14]) bestätigen lassen.
– Bei dieser Sach- und Rechtslage befinde er sich in einem Dilemma. Einerseits könne man sich gezwungen sehen, „einen außenpolitischen Schaden" entstehen zu lassen, wenn es nicht zu einem Strafverfahren komme. Andererseits habe „World Campaign" kein Interesse daran, der Bundesrepublik zu schaden, sondern nur daran, daß die Schuldigen bestraft würden, da sonst ein „Präzedenzfall" mit negativen Auswirkungen entstünde.
– In jedem Falle müsse er, schon um die „Integrität seines Büros" zu schützen, die „Sponsoren" von „World Campaign" (M. nannte einige afrikanische Staatschefs und PM Gandhi und erwähnte, daß Willy Brandt jetzt auch dem Sponsorenkreis beigetreten sei) über die besondere Problematik bei der Strafverfolgung bei Embargoverletzungen unterrichten. M. fragte, welche Zusicherungen die Bundesregierung geben könne und welche Maßnahmen gegen die südafrikanische Botschaft (Kurierweg-Frage[15]) beabsichtigt seien.

Fortsetzung Fußnote von Seite 178
Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 41f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

11 Rajiv Gandhi.

12 Botschafter Schödel, Neu Delhi, berichtete am 27. Januar 1987, nach Auskunft des indischen Außenministeriums sei das Ministerpräsidentenamt über die Entwicklung weder von der indischen Botschaft in Bonn noch vom indischen Verteidigungsministerium unterrichtet worden, obwohl „letzteres minutiös geprüft hatte, ob U-Boot-Typ mit dem an Indien gelieferten identisch ist". Vgl. den Drahtbericht Nr. 107; Referat 230, Bd. 158128.
Am 20. Februar 1987 teilte Schödel mit, das indische Außenministerium habe ihn auf Presseberichte angesprochen, „daß offensichtlich doch U-Boote bzw. Blaupausen für U-Boote nach Südafrika gelangten. Man wäre dankbar für eine Information darüber, was sich nun wirklich abgespielt habe." Vor allem interessiere, ob es „sich um Blaupausen für den U-Boot-Typ, den auch Indien erhalten hat", handele, ob die Konstruktionsunterlagen mit dem Diplomatengepäck der südafrikanischen Botschaft in Bonn übermittelt worden seien und Mitglieder der Bundesregierung dem zugestimmt hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 229; Referat 340, Bd. 156097.

13 Korrigiert aus: „KHW".

14 Willfried Penner.

15 Zum Verdacht einer ungenehmigten Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika auf dem Kurierweg der südafrikanischen Botschaft in Bonn vermerkte Vortragender Legationsrat Gerster am 29. Dezember 1986, Südafrika sei kein Vertragsstaat des Wiener Übereinkommens (WÜD) vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen, jedoch binde das dort in Artikel 41 Absatz I normierte Gebot zur Beachtung der Gesetze und Rechtsvorschriften des Empfangsstaats als Völkergewohnheitsrecht auch Südafrika: „Sofern Firmenunterlagen ohne erforderliche Export-

2) D 3 erwiderte:

– Er wolle zunächst einige Bemerkungen zu den Leitlinien unserer Südafrikapolitik machen. Die Haltung der Bundesregierung sei klar und unmißverständlich: Die Apartheid werde abgelehnt.[16] Sie könne nicht reformiert, sondern sie müsse abgeschafft werden. Die Tatsache, daß in SA die überwiegende Mehrzahl der Bürger von den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Rechten ausgeschlossen sei, politische Gefangene wie Mandela und andere inhaftiert seien, stelle klare Menschenrechtsverletzungen dar. Nach unserer Auffassung werde es in SA erst dann Frieden geben, wenn die Menschenrechte für alle Südafrikaner gewährleistet seien. Dies sei die Basis unserer Politik.

– Auf dieser Grundlage stünden wir in einem kritischen Dialog mit der südafrikanischen Regierung. Alle Schritte unserer praktischen Politik seien vor dem Hintergrund unserer strikten Ablehnung der Apartheid zu sehen und zu beurteilen. Bereits seit 1963 hätten wir auf freiwilliger Basis jede militärische Zusammenarbeit mit SA eingestellt[17]; später als Sicherheitsratsmitglied[18] seien wir für die Verabschiedung des mandatorischen Waffenembargos eingetreten und hätten dieses seither auch strikt eingehalten.

– Die Bundesregierung habe 1983/84 durch Sondierungen von HDW erfahren, daß dort Pläne bestanden, Blaupausen für U-Boote an Südafrika zu liefern. Die Reaktion der Regierung gegenüber HDW sei ein klares Nein gewesen. Deshalb sei die Bundesregierung schockiert gewesen, als sie später vom Blaupausen-Export erfahren habe.

– Folgender Sachverhalt stehe fest: Es habe nie einen Antrag von HDW und folglich auch keine Genehmigung für das Blaupausen-Geschäft gegeben. Wäre ein formeller Antrag gestellt worden, wäre er abgelehnt worden. Seit 1985 habe die Bundesregierung Kenntnis davon, daß es dennoch zu einem solchen Liefergeschäft gekommen sei. Da es ohne Genehmigung durchgeführt worden sei, müsse es als illegal angesehen werden.

– Das zuständige Ministerium (BMWi) habe sofort nach Kenntnis des illegalen Geschäftes damit begonnen, die Hintergründe aufzuklären. Das BMWi habe, wie dies im Gesetz vorgesehen sei, die weitere Aufklärung an das zuständige BMF übertragen. Dessen Untersuchungen hätten Ende 1986 zu einem vorläufigen Ergebnis geführt.[19]

– In der öffentlichen Diskussion über die U-Boot-Angelegenheit dürfe eines nicht übersehen werden: Lange bevor die Öffentlichkeit durch Pressemeldungen

Fortsetzung Fußnote von Seite 179

genehmigung nachweislich auf dem amtlichen Kurierweg nach Südafrika befördert worden sind, hat die hiesige Botschaft unmittelbar gegen deutsches Recht verstoßen und damit völkerrechtswidrig gehandelt." Allerdings könne sich Südafrika auf Unklarheiten der Rechtslage sowie die großzügig gehandhabte Staatenpraxis berufen. Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1287.

16 Zur Südafrikapolitik der Bundesrepublik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 364.

17 Zur Haltung der Bundesrepublik zu einem in Resolution Nr. 181 des VN-Sicherheitsrats vom 7. August 1963 empfohlenen freiwilligen Waffenembargo gegen Südafrika vgl. AAPD 1963, II, Dok. 312.

18 Die Bundesrepublik übernahm am 1. Januar 1977 für zwei Jahre einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 313.

19 Vgl. den Bericht der Oberfinanzdirektion Kiel, der mit Schreiben vom 28. November 1986 an das Bundesministerium der Finanzen übermittelt wurde; Referat 230, Bd. 158126. Vgl. dazu auch BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 51.

im November 1986 davon unterrichtet worden sei, haben die Bundesregierung und die von ihr eingeschalteten zuständigen nachgeordneten Stellen alles getan, um die Lieferung von Blaupausen aufzuklären und zu prüfen, ob und welche rechtlichen Schritte aufgrund unserer Gesetzeslage eingeleitet werden müßten. Die Bundesregierung habe von Anfang an die innen- und außenpolitische Problematik, die mit dem illegalen U-Boot-Geschäft verbunden sei, gesehen. Gerade deshalb habe sie alle Schritte eingeleitet, um Klarheit über diese Vorgänge zu gewinnen und die Schuldigen ggfs. zu bestrafen.

– Zum gegenwärtigen Stand müsse er auf folgendes hinweisen: Der BT-Untersuchungsausschuß habe seine Arbeit noch nicht abgeschlossen.[20] Auch sei noch nicht entschieden, welche gesetzlichen und rechtlichen Konsequenzen gezogen werden müßten. Klar sei aber eines: Die Bundesregierung und alle anderen mit der U-Boot-Angelegenheit befaßten Stellen fühlten sich an die geltenden Gesetze gebunden. Diese würden konsequent angewandt: Wenn die Voraussetzungen vorlägen, würde auch eine Bestrafung der Verantwortlichen erfolgen. Daran gebe es keinen Zweifel.
– Die Bundesregierung habe das „Arms Embargo Committee“ über die eingeleiteten Ermittlungen informiert[21] und werde über ihr Ergebnis nach Abschluß des laufenden Verfahrens erneut berichten. Dies zeige unsere Bereitschaft zu internationaler Kooperation in diesem sensiblen Bereich.

3) Minty wies im Anschluß hierauf auf folgendes hin:

– Man sei in den Vereinten Nationen, in Afrika, aber auch in Australien und im übrigen Ausland darüber irritiert, daß der Bundeskanzler nicht von Anfang an (z. B. gegenüber Botha) klargestellt habe, daß eine Lieferung von U-Boot-Plänen an SA nicht in Betracht komme, sondern daß im Bundeskanzleramt sogar der Auftrag erteilt worden sei zu prüfen, ob nicht U-Boote oder U-Boot-Teile geliefert werden könnten.
– M. ging dann auf die Problematik von § 33 und § 34 AWG[22] ein: Soweit er wisse, gebe es nach deutschem Recht folgende Möglichkeiten, Verstöße gegen das „Waffenembargo“ zu ahnden: ein administratives Bußgeldverfahren mit

20 Der Untersuchungsausschuß des Bundestags legte wegen der Beendigung der Legislaturperiode am 18. Februar 1987 keinen Untersuchungsbericht vor. Aus diesem Grund beantragte die SPD-Fraktion am 11. März 1987 die erneute Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Vgl. dazu BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/50. Vgl. dazu auch Dok. 58.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers notierte am 9. Januar 1987, Botschafter Lautenschlager, New York (VN), habe mit Schreiben vom 5. Dezember 1986 das Arms Embargo Committee des VN-Sicherheitsrats „von der Möglichkeit eines illegalen Verkaufs von U-Boot-Konstruktionsplänen an Südafrika“ unterrichtet und mitgeteilt, daß eine Untersuchung eingeleitet worden sei: „Im Anschluß an eine Sitzung des Arms Embargo Committee am 15.12.1986, die sich mit mehreren Beschwerden befaßte, übersandte dessen Vorsitzender am gleichen Tage Botschafter Lautenschlager ein Telegramm der ‚World Campaign‘ aus Oslo vom 27.11.1986. Er bat um Stellungnahme der Bundesregierung hierzu. In der Antwort vom 24.12. wurde festgestellt, daß aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1963 keine Waffen nach Südafrika geliefert worden seien und daß eine Untersuchung wegen der möglichen Lieferung von U-Boot-Konstruktionsplänen eingeleitet worden sei.“ Vgl. Referat 230, Bd. 158128.

22 Für den Wortlaut der Paragraphen 33 (Ordnungswidrigkeiten) und 34 (Straftaten) des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 489.
Paragraph 34 des Außenwirtschaftsgesetzes wurde durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 590.

Geldstrafen bis zu 500 000 DM oder die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung. Die Strafverfolgung könne aber nur eintreten, wenn eine „Störung der außenpolitischen Beziehungen" festgestellt werde. Nach seiner Kenntnis habe das Auswärtige Amt einen solchen außenpolitischen Störtatbestand bisher verneint. Dieses sei für ihn unverständlich. Es sei gängige internationale Meinung, daß allein ein Verstoß gegen die Sicherheitsratsresolution 418 auslösender Tatbestand für eine Strafverfolgung sei. Das zusätzliche Erfordernis „Störung der auswärtigen Beziehungen" gebe es (wohl) nur im deutschen Recht.

– Es stehe zu befürchten, daß zwar eine „zivile Strafe" (penalty) verhängt werde, daß es aber nicht zu einer strafgerichtlichen Verurteilung kommen werde, falls die Bundesregierung keine Feststellung treffe, daß ein „außenpolitischer Schaden" entstanden sei. Falls es nicht zu einer Verurteilung durch ein Strafgericht komme, sei dies eine äußerst schwache Form der Bestrafung, die im Ausland, insbesondere in der Dritten Welt und im SR, auf Unverständnis stoßen werde.
– Minty teilte mit, daß er noch in diesem Monat vor dem Arms Embargo Committee des SR in New York gehört werde. Er sehe sich dann möglicherweise in der schwierigen Situation, darauf hinwirken zu müssen, daß der außenpolitische Schaden für die Bundesrepublik Deutschland sichtbar werde, obwohl dies nicht in seinem Interesse sei.

4) D 3 erwiderte hierauf folgendes:

Er müsse nochmals darauf hinweisen, daß es weder Antrag noch Genehmigung für die HDW-Geschäfte gebe. Die Firma habe von Anfang an gewußt, daß es aufgrund der Rechtslage keine Chancen für ein solches Liefergeschäft gegeben habe, deshalb sei auch kein Antrag gestellt worden.

– Die Verantwortlichen würden nach Maßgabe der deutschen Gesetze zur Verantwortung gezogen. Wie dies im einzelnen aussehe, Bußgeldverfahren/Strafverfahren, hänge von den weiteren Ermittlungen und ihrem Ergebnis ab. Eine Aussage über den weiteren Verlauf sei zur Zeit noch nicht möglich. Die Einleitung eines Strafverfahrens sei Sache der Staatsanwaltschaft; diese sei unabhängig.
– Zu dem Verhalten des Bundeskanzlers: Der Kanzler habe weder gegenüber den betroffenen Firmen noch gegenüber sonst jemandem den Eindruck erweckt oder aufkommen lassen, daß er den Export von U-Boot-Plänen befürwortet. Ihm zugeschriebene Äußerungen gegenüber Botha, man werde die Angelegenheit prüfen, seien für jeden, der im politischen oder diplomatischen Raum arbeite, allenfalls eine höfliche Form der Absage. Sie bedeuten keinesfalls eine Zusage. Die von M. erwähnte Tatsache, daß die HDW-Lieferungen zehn Tage nach dem Gespräch BK–Botha erfolgt seien, könne sich jedenfalls nicht aus den Äußerungen des Bundeskanzlers herleiten lassen. Vielmehr müsse man hier das Wunschdenken beider Seiten – Südafrikas wie von HDW – als interessierte Parteien in Rechnung stellen.
– Zum Verhalten der südafrikanischen Botschaft: Der Leiter der Rechtsabteilung habe in der vergangenen Woche den südafrikanischen Botschafter einbestellt und lückenlose Aufklärung darüber verlangt, ob der Kurierweg in unzulässiger Weise für die Beförderung von illegalen Unterlagen benutzt

worden sei, was die Wiener Konvention[23] verletzen würde.[24] Die Bundesregierung erwarte von der südafrikanischen Seite eine befriedigende Antwort auf die Demarche, eine solche Antwort stehe noch aus.

5) Minty wiederholte dann noch einmal seine Argumente in bezug auf die Strafverfolgung, das Bußgeldverfahren, die Feststellung des Störtatbestandes gemäß § 34 AWG. Er wies in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hin, daß er seine Kontakte nutzen werde und dies auch müsse, um seine „Sponsoren" (er nannte insbesondere wieder PM Gandhi, Präsident Kaunda, PM Mugabe und die australische Regierung) auf diese Rechtslage in der Bundesrepublik hinzuweisen, wobei er unterstrich, daß die betroffenen Firmen nicht straflos ausgehen dürften. „Er wolle nicht drohen, befinde sich aber in einem Dilemma."

6) D3 erwiderte hierauf, daß die „Bestrafung" der Schuldigen erfolgen würde. Wie dies im einzelnen geschehe und welche gesetzliche Grundlage zur Anwendung komme, sei zur Zeit noch nicht zu übersehen. Dies hänge von den weiteren Ermittlungen und Untersuchungen ab. Man könne sich jedoch darauf verlassen, daß die bestehenden Gesetze angewandt würden.

Hiller

VS-Bd. 14156 (010)

23 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

24 Ministerialdirektor Oesterhelt vermerkte am 26. Januar 1987, er habe am selben Tag den Geschäftsträger der südafrikanischen Botschaft, Grobler, um Auskunft gebeten, ob Konstruktionsunterlagen für U-Boote mit Diplomatenpost aus der Bundesrepublik befördert worden seien: „Zur Rechtslage habe ich ausgeführt, daß eine Kurierverbindung nicht benutzt werden dürfe, Papiere, die auf andere Weise das Land nicht verlassen dürfen, aus dem Land zu befördern." Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1362.
Am 3. Februar 1987 notierte Oesterhelt, der südafrikanische Botschafter Retief habe ihm mitgeteilt, daß die südafrikanische Regierung nicht versuchen werde, festzustellen, was in der Diplomatenpost der Botschaft der Bundesrepublik in Pretoria enthalten sei: „Die südafrikanische Seite gehe daher davon aus, daß ‚auch die deutsche Regierung nicht versuchen werde festzustellen, was in den Kuriersäcken enthalten sei, die die südafrikanische Botschaft in Bonn nach Südafrika' sende." Diese Auskunft habe er, Oesterhelt, als inakzeptabel zurückgewiesen; er müsse um eine weitere Antwort bitten. Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1362.
Am 27. Mai 1987 hielt Vortragender Legationsrat Gerster fest, die südafrikanische Botschaft sei am 6. und 26. März sowie am 22. April 1987 „nachdrücklich an die erbetene substantielle Auskunft erinnert" worden. Umgehende Unterrichtung des Auswärtigen Amts sei zugesagt worden, sobald Weisung aus Pretoria vorliege: „Bis heute steht eine Äußerung der Botschaft aus. Weitere Bemühungen um Auskunft von seiten der südafrikanischen Botschaft versprechen keinen Erfolg." Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1362.

41

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1836/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 13. Februar 1987, 21.27 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 771 **Ankunft: 14. Februar 1987, 03.45 Uhr**

Betr.: Genfer Verhandlungen;
hier: Unterrichtung durch das State Department

Bezug: DB Nr. 493 vom 3.2.1987 – Pol 370.70 VS-vertraulich[2]

Zur Unterrichtung

I. Im State Department sagte man uns am 13.2. zum derzeitigen Stand der Genfer Verhandlungen folgendes:

1) In allen drei Verhandlungsbereichen würde die seit Beginn dieser Runde[3] veränderte Arbeitsweise fortgesetzt: häufigere, informellere Begegnungen, Schwerpunkt der Gespräche innerhalb der Arbeitsgruppen, Gegenüberstellung von Feldern der Übereinstimmung und fortbestehender Positionsunterschiede mit dem Ziel der Erarbeitung gemeinsamer Papiere. Bei der Beseitigung der Klammertexte mache man langsam Fortschritte. Während man bei den Gesprächen über Defensivsysteme/Weltraum und START mehr an der Fixierung von Prinzipien arbeite, gehe es Amerikanern bei INF mehr um Festlegungen in Detailfragen. Sowjets zeigten sich zu diesem Ansatz zumindest teilweise bereit.

2) Defensivsysteme/Weltraum

Konkrete Vorschläge, mit denen Sowjets die Bereitschaft bekunden, ein gewisses Ausmaß an Erprobung, Entwicklung oder Dislozierung von SDI hinzunehmen, liegen nicht vor. Sowjets hätten aber verschiedentlich in zweierlei Richtung Fühler ausgestreckt:

– Sie hätten nach der Möglichkeit qualitativer Begrenzungen von Forschungs- und Erprobungsaktivitäten gefragt (etwa: Erprobung unterhalb der Ebene von „components“ bei Lasern bis zu einer gewissen Stärke oder bei kinetic kill vehicles bis zu einer bestimmten Geschwindigkeit).
– In der Frage der von den Sowjets im Anschluß an die zehnjährige Weiterbeachtung des ABM-Vertrages geforderten Verhandlungen vor einer evtl. Dislozierung von SDI ließen sowjet. Fragen aus jüngster Zeit eine gewisse Flexibilität erkennen. Zwar hielten Sowjets an ihrer Position fest, nach der

1 Hat Vortragendem Legationsrat Elbe vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter, Legationsrat I. Klasse Müller und Legationsrat Brose verfügte.
Hat Hofstetter, Müller und Brose vorgelegen.

2 Botschafter van Well, Washington, berichtete, das amerikanische Außenministerium habe am 2. Februar 1987 zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf mitgeteilt, daß beide Seiten Papiere vergleichen würden, „in denen die bisherigen erzielten Annäherungen und die verbleibenden Divergenzen schriftlich fixiert sind“. Dabei gehe man vom amerikanischen Papier aus, dem das sowjetische gegenübergestellt werde: „Bei der Fixierung von Übereinstimmungen zwischen beiden Papieren komme man nur langsam voran; man müsse vielfach von Klammern Gebrauch machen.“ Vgl. VS-Bd. 11282 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen wurde am 15. Januar 1987 in Genf eröffnet.

nicht automatisch nach zehn Jahren mit einer evtl. Stationierung begonnen werden dürfe, doch deuteten sie an, daß mit Verhandlungen hierüber evtl. schon zwei bis drei Jahre vor Ablauf der Zehnjahresfrist begonnen werden könnte.

Sowjet. „Fühler" dieser Art seien sowohl hier (Nitze/Welichow[4]), in Moskau (entsprechende Informationen, über die Botschaft Moskau mit DB Nr. 347[5] und 399[6] vom 6.2. und 11.2.1987 berichtet hatte, wurden insofern bestätigt) als auch in Genf zu verzeichnen gewesen. Sowjet. Seite nehme damit offenbar vorsichtige Sondierungen vor; eine politische Entscheidung, entsprechende Vorschläge in die Verhandlungen einzubringen, sei in Moskau offenbar noch nicht gefallen.

3) START

Auch bei START sei sowjet. Position im wesentlichen unverändert: Bekräftigung der Bereitschaft 50-prozentiger Reduzierungen, wie in Reykjavik in Aussicht genommen[7], Ablehnung von besonderen Begrenzungen für die verschiedenen strategischen Systeme. Allerdings bäten Sowjets auch hier Amerikaner um Erläuterung ihrer Positionen. In ihren Antworten versuchten Amerikaner an frühere sowjet. Vorschläge anzuknüpfen: Wenn Sowjets in der Vergangenheit sich bei einer Begrenzung der Zahl der Gefechtsköpfe auf 8000 dazu bereit erklärt hätten, keines der Trägersysteme mit mehr als 60 Prozent der GK auszurüsten, hätten sie damit die Zwischengrenze von 4800 Gefechtsköpfen auf SLBM und ICBM anerkannt, die jetzt (bei Begrenzung der GK auf 6000) Teil des amerikanischen Vorschlags sei. Sowjets widersetzten sich dieser Logik zwar nicht, hätten in den Gesprächen aber nicht die Marge, sich hierauf einzulassen.

4 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze berichtete rückblickend, Vertreter der RAND Corporation hätten ihn über ihre Gespräche mit dem sowjetischen Atomphysiker Welichow und dem Leiter des Instituts für Weltraumforschung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Sagdejew, informiert: „The Russians scientists were concerned that there was no definition for the components of a system based upon ‚other physical principles' in the ABM treaty. They suggested that the sides should come to agreement on a list of such possible components and then determine thresholds of capability above which these components might be effective in an ABM role. The sides could then agree on what would constitute testing them in an ABM mode." Diese Überlegungen habe Welichow auch ihm in einem Gespräch in Washington unterbreitet: „I was skeptical that Velikov's proposals represented an official Soviet position, although I believed that both he and Sagdeyev thought their ideas were constructive." Vgl. NITZE, Hiroshima, S. 446 f.

5 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 6. Februar 1987, sowjetische Forschungsstellen hätten sich „in letzter Zeit intensiv mit Frage beschäftigt, wie Einhaltung evtl. Begrenzungen der Erforschung und Erprobung eines Raketenabwehrsystems verifiziert werden könnte". Laut Mitteilung der amerikanischen Botschaft in Moskau hätten diese Überlegungen aber bisher keinen Niederschlag bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf gefunden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 347; Referat 213, Bd. 143569.

6 Korrigiert aus: „390".
Gesandter Arnot, Moskau, teilte am 11. Februar 1987 mit, der scheidende amerikanische Botschafter Hartman habe aus dem Abschiedsgespräch mit dem Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU berichtet, daß Dobrynin erklärt habe, „sowj[etische] Seite untersuche (‚we are looking into…') ‚teilweise Stationierung von SDI', ohne aber Näheres zu Richtung und Stand der sowj. Überlegungen zu sagen". Arnot konstatierte, Dobrynins Äußerungen könnten „ein Zeichen sein, daß SU jetzt eine substantielle Fortentwicklung der eigenen Verhandlungspositionen zumindest erwägt. Es ist jedenfalls das erste Mal, daß bisher nur aus Kreisen des Sagdejew-Instituts unverbindliche Gedanken von polit[ischer] Seite aufgegriffen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 399; Referat 213, Bd. 143569.

7 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

4) INF

Bei INF komme man nach einigem Fortschritt zu Beginn der Runde gegenwärtig nur langsam voran. Positiv zu bewerten seien:

– die sowjet. Zustimmung zu Vor-Ort-Inspektionen der zur Beseitigung vorgesehenen INF-Systeme,
– geringere Hervorhebung der Ablehnung einer Stationierung von INF-Systemen in Alaska (wobei man bisher nicht den Eindruck habe, daß Sowjets den Versuch aufgegeben hätten, über diese Hintertür ihre Definition des Begriffes „strategisch" durchzusetzen),
– sowjet. Entgegenkommen hinsichtlich des globalen Charakters eines Abkommens (gleicher Endzeitpunkt für Reduzierungen in Europa und Asien).

Bei SRINF seien Positionen nach wie vor weit auseinander:

– US wollten globale Begrenzungen, SU Begrenzung nur in Europa;
– US wollten Begrenzungen von Systemen zwischen 500 und 1000 km, Sowjets Begrenzungen von 0 bis 1000 km;
– US forderten Reduzierungen auf gleiche Obergrenzen, SU lehne amerikanisches „right to match" ab.

5) Nach amerikanischem Eindruck ist man in den letzten Tagen in den Gesprächen kaum weitergekommen. Dies sei auch darauf zurückzuführen, daß von sowjet. Seite in Genf angedeutet worden sei, man solle auf die Rede Gorbatschows[8] und die anschließende Rückkehr Woronzows nach Genf warten. Amerikaner hoffen daher, nach Rückkehr Woronzows insbesondere in der Frage Aufschluß zu bekommen, ob die Arbeit in allen drei Verhandlungsforen zu einem Punkt vorangetrieben werden kann, der eine Befassung der Außenminister in den nächsten Monaten rechtfertigt. Sollte Woronzow mit entsprechenden Weisungen aus Moskau zurückkehren, hält man es auf amerikanischer Seite für unwahrscheinlich, daß diese Sitzungsrunde bis Mitte März abgeschlossen werden kann.

[gez.] van Well

VS-Bd. 11282 (220)

8 Vgl. die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987; Dok. 60.

42

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Stechow

411-433.90 **16. Februar 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Uruguay-Runde[3];
hier: Aufnahme der Sachverhandlungen

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Kurzfassung

1) Die Teilnehmer der am 20.9.86 in Punta del Este beschlossenen Uruguay-Runde (UR) haben sich nach knapp fünf Monaten auf ein Paket von 15 Verhandlungsplänen für die Genfer Verhandlungen verständigt. Die verspätete Einigung war – im zweiten Versuch – erst möglich, als sich eine Lösung im Agrarhandelskonflikt EG–USA über die Folgen der Süderweiterung[4] abzeichnete.

Für die Verhandlungsuntergruppe „Landwirtschaft" wurde der von der EG präsentierte Kandidat, ein Niederländer[5], mit dem Vorsitz bestimmt. Keiner der anderen Vorsitzenden entstammt einem MS der EG.

2) Mit dem Abschluß der Verhandlungen über prozedurale Fragen trat die UR Mitte Februar 1987 in eine zweite Phase von Sachverhandlungen. Die Sachverhandlungen werden wiederum in zwei Stufen vorgenommen: Bei allen 15 Themen wird zunächst in der ersten Stufe die Identifizierung und Analyse von

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Stechow und Legationsrat I. Klasse Rode konzipiert.
Hat Stechow am 17. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Randermann „n[ach] R[ückkehr]" und an Rode „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Randermann am 20. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich für Rode vermerkte: „Blauer Dienst?"
Hat Rode am 10. Juni 1987 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 16. Februar 1987 vorgelegen.

3 Zur Ministertagung des GATT vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este vgl. AAPD 1986, II, Dok. 268. Für den Wortlaut der Ministererklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 163–169.

4 Wegen des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1. Januar 1986 fürchteten die USA den Rückgang von Agrarexporten in die Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 88.
Referat 411 resümierte am 27. Januar 1987, am 30. Dezember 1986 habe Präsident Reagan angekündigt, „die Zölle für bestimmte Agrarprodukte (Käse, Gemüse, Weißwein geringer Qualität, Brandy und Gin) auf 200% zu erhöhen und diese Maßnahmen spätestens zum 30.1.1987 in Kraft zu setzen". Hochrangige Gespräche hätten zu einer Annäherung, aber keinem Durchbruch geführt. Die EG-Kommission habe daher den EG-Ministerrat am 26. Januar 1987 um Zustimmung zu einem Kompromißangebot gebeten. Falls es zu keiner Einigung mit den USA komme, würden innerhalb von 14 Tagen Retorsionsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaften eingeleitet. Vgl. Referat 411, Bd. 160413.
Am 29. Januar 1987 unterzeichneten das Mitglied der EG-Kommission, de Clercq, und der amerikanische Handelsbeauftragte Yeutter in Brüssel eine bis 31. Januar 1990 geltende Vereinbarung. Diese sah die Öffnung abschöpfungsbegünstigter Einfuhrkontingente für den spanischen Markt für zwei Millionen Tonnen Mais und 300 000 Tonnen Sorghum vor. Die Europäischen Gemeinschaften verzichteten auf die in der Beitrittsakte vorgesehene Reservierung von 15% des portugiesischen Marktes für EG-Lieferanten. Dafür hoben die USA Kontingentregelungen für Bier, Weißwein, Apfelsaft, Bonbons und Schokolade auf. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BULLETIN DER EG 1/1987, S. 12 f.

5 Aart de Zeeuw.

Problemen unternommen, während in der zweiten Stufe die eigentlichen Liberalisierungsverhandlungen aufgenommen werden. Verhandlungsergebnisse werden erst zum Abschluß der Runde in Kraft treten (Prinzip der Parallelität und Globalität der Verhandlungen).

3) Vorschau auf die Sachverhandlungen

Im Agrarbereich werden, neben den Exporterstattungen der EG, auch die z.T. in anderem Gewand auftretende Subventions- und Unterstützungspraxis anderer Agrarexportländer in die Diskussion einbezogen. Da Verhandlungsergebnisse erst in vier Jahren vorliegen werden, würde in der ergebnislosen Zwischenzeit eine Interimsabsprache im Rahmen der OECD das Verhandlungsklima in Genf verbessern helfen.

Zölle haben ihre Bedeutung nicht verloren. Vor dem Hintergrund des „Graduierungs"-Konzepts der IL wird mit linearen Zollsenkungsformeln in der UR nicht zu rechnen sein.

Bei den „neuen Themen" (Dienstleistungen, Schutz geistigen Eigentums, Investitionen) ist mit umfangreichen Forderungskatalogen der USA zu rechnen, während die EL hier eher eine dilatorische, minimalistische Strategie verfolgen. Die EG ist hier gefordert, zwischen den Extremen zu vermitteln, um eine Blockierung der UR bereits zu Beginn zu verhindern.

EG wird Standstill-Verpflichtung einlösen; USA haben bereits dagegen verstoßen und angekündigt, sie könnten neue Verletzungen auch nicht ausschließen.

Die Einlösung der Rollback-Verpflichtung ist noch unklar: Ist die Rücknahme GATT-widriger Maßnahmen eine Konzession, die im Verhandlungsprozeß eingesetzt werden kann? EG bereitet Rollback-Paket für 1987 vor.

4) UR steht unter Erfolgszwang: Scheitern würde weltweit Protektionismus und Bilateralismus entfesseln. Diese Aussicht und auch die volks- und weltwirtschaftlichen Kosten des Scheiterns werden den Verhandlungsprozeß vorantreiben. IL werden spezifische EL-Interessen an GATT-Runde (Bereiche komparativer Kostenvorteile bei den EL) respektieren müssen, wollen sie Bremsmanöver der EL in anderen Bereichen (z.B. Dienstleistungen) nicht provozieren.

II. 1) Vor knapp fünf Monaten haben die in Punta del Este versammelten Minister der GATT-Vertragsparteien (VP) am 20. September 1986 die Eröffnung einer neuen, auf vier Jahre angelegten Runde multilateraler Handelsverhandlungen beschlossen (Uruguay-Runde; UR).

Die in Genf aufgenommenen Verhandlungen der UR konzentrierten sich in einer ersten Phase (Ende Oktober 1986 bis Ende Januar 1987) auf die Klärung prozeduraler Fragen und auf die Verabschiedung eines Pakets von 15 Verhandlungsthemen zu den einzelnen Sachthemen.

Im Bereich des klassischen Warenhandels, in dem das GATT auf die Erfahrungen aus sieben vorangegangenen Runden zurückgreifen kann, sollten die Verhandlungspläne auf Wunsch der GATT-Minister schon zum 19. Dezember des vergangenen Jahres verabschiedet werden. Dieser Termin konnte, hauptsächlich wegen transatlantischer Meinungsverschiedenheiten EG – USA über die Ausgestaltung der Agrarverhandlungen, nicht eingehalten werden:

– Die US-Regierung hatte in den vergangenen Monaten – mit Blick auf die notwendige Erneuerung des parlamentarischen Mandats für Handelsverhand-

lungen (derzeitiges gilt nur noch für 1987) – dem Kongreß und den Farmern rasche Verhandlungsergebnisse im Landwirtschaftsbereich der UR in Aussicht gestellt. Daher versuchte die Genfer US-Delegation, ihr Konzept des sog. „fast track" im Agrarbereich durchzusetzen (d. h. dort relativ raschere Liberalisierungsergebnisse als bei anderen Themen der UR), und hat damit[6] versucht, den Konsensbeschluß von Punta del Este im Sinne einer alten Forderung der USA nachzubessern.

– Die EG war und ist zu einem „fast track" nicht bereit und hat den Grundsatz der Parallelität und Globalität der Verhandlungen stets betont. (Dahinter versteckt sich nicht allein die Sorge, Kernelemente der GAP verteidigen zu müssen, sondern auch die Befürchtung, daß frühzeitig Zugeständnisse im Agrarbereich von den anderen Vertragsparteien „kassiert" werden und die EG in für sie interessanten anderen Bereichen es schwerer haben wird, das Do-ut-des-Prinzip durchzusetzen.)

  Die Gemeinschaft, die sich nicht von vornherein auf einen Termin für den Abschluß der Sachverhandlungen 1988 – wie von den USA gewünscht – festlegen wollte, hatte eine zeitlich offene Vorverhandlungsphase zur Identifizierung und Analyse der Probleme im Agrarbereich voranstellen wollen.

  Während D sich im EG-Kreis für eine zeitlich begrenzte Vorverhandlungsphase ausgesprochen hatte, hatte F im Hinblick auf den 1988 anstehenden Wahlkampf um die französische Präsidentschaft[7] Sorgen, Zugeständnisse im Agrarbereich vertreten zu müssen.

  Ein Kompromiß zwischen „fast track" und dem eher dilatorisch gemeinten EG-Konzept wurde erst durch die sich abzeichnende Einigung im gleichzeitig ausgetragenen Streit mit den USA um die Handelswirkungen der EG-Süderweiterung möglich. Der Kompromiß stellt eine für das GATT typische Konfliktlösung dar, die es beiden Seiten erlaubte, ihre ursprünglichen Forderungen für die Ausgestaltung der Agrarverhandlungen wiederzuerkennen (Lösung: Die Vorverhandlungsphase zur Analyse beginnt ab sofort, anschließend eine nicht genau definierte Pufferphase – in Anlehnung an die Netzplantechnik – und Aufnahme der Sachverhandlungen „noch im Jahre 1988").

Die erste Phase der GATT-Runde hat bereits den Beweis erbracht, daß mit der UR die umfassendste, aber auch wohl komplizierteste Runde multilateraler Handelsverhandlungen begonnen wurde (GATT-GD Dunkel): Die Haupthandelsmächte (USA, EG, Japan und – mit Abstrichen – Cairns-Gruppe) haben bereits bei den prozeduralen Fragen versucht, ihre „Startpositionen" für die Sachverhandlungen im jeweiligen Interesse zu konturieren. Die USA und die EG haben jedoch, nach einem Verhandlungsabbruch (Warenhandelsausschuß) vor Weihnachten[8], die Gefahr noch rechtzeitig erkannt, über einen bilateralen Streit von 13 Vertragsparteien (USA plus zwölf EG-MS) ein gemeinsames Projekt von

6 Korrigiert aus: „und damit".

7 In Frankreich wurden am 24. April bzw. 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen abgehalten.

8 Referat 411 vermerkte am 19. Januar 1987 zum Stand der GATT-Verhandlungen: „Genfer Verhandlungen mußten am 20.12.1986 ergebnislos vertagt werden: Über gesetztes Ziel, detaillierte Verhandlungspläne aufzustellen, konnte Einigung nicht erzielt werden. Ausschuß für Handelsverhandlungen (TNC) soll 28.1.1987 Arbeit wiederaufnehmen; Warenhandelsausschuß wird bereits ab 22.1.1987 tagen." Vgl. Referat 411, Bd. 160541.

92 VP[9] bereits in der Anfangsphase zum Scheitern zu bringen: Es waren schließlich die westlichen IL unter Führung der USA, die jahrelang um die Zustimmung der EL für die neue Runde geworben hatten. Eine Fortsetzung des transatlantischen Streits hätte mit einiger Wahrscheinlichkeit eine – im GATT bisher ungewohnte – Blockbildung der schwächeren Länder, ähnlich den UNCTAD-Verhältnissen, provoziert.

Am 28./29. Januar wurde vom Trade Negotiations Committee (TNC) für die UR das Verhandlungspaket für den Warenhandel, das die Güterverhandlungsgruppe beschlossen hatte, entgegengenommen. Die Verhandlungsgruppe für den Dienstleistungshandel, die dem TNC nicht untersteht – sondern ihm Bericht erstattet über den Fortgang der Arbeiten –, legte zugleich ein allgemeiner gehaltenes Verhandlungsprogramm vor, das keine Verhandlungsuntergruppen wie im Warenhandel vorsieht. Alle Verhandlungspläne im Waren- wie im Dienstleistungsbereich sehen eine Startphase während der restlichen Monate des laufenden Jahres vor, in der die nachfolgenden Sachverhandlungen vorbereitet werden und Verhandlungsvorschläge geprüft werden können.

Über die Vorsitzenden der insgesamt 17 Gremien der UR konnte ein Konsens erst später, am 9. Februar d. J., erzielt werden. Mit dem langjährigen niederländischen Vorsitzenden des GATT-Landwirtschaftsausschusses, de Zeeuw, wurde mit dem Vorsitz der Agrarverhandlungsuntergruppe ein Bürger aus der Gemeinschaft à titre personnel betraut. Außerdem wurde Frau de Corné (I) für das Überwachungsgremium als stellvertretende Vorsitzende akzeptiert. Demgegenüber konnte der in Genf bisher unbekannte MDg Dr. Faupel (BMJ), der für den Vorsitz für die Verhandlungsgruppe „Intellectual Property“ von der EG vorgeschlagen worden war, gegen einen schwedischen Kandidaten[10] nicht durchgesetzt werden.

2) Die zweite Phase der UR hat ab 10. Februar 1987 mit der Arbeitsaufnahme einzelner Verhandlungsgruppen begonnen. Der organisatorische Rahmen ist auf Seite 8 dargestellt.[11]

3) Vorschau auf einzelne Verhandlungsthemen in der zweiten Phase

(a) Landwirtschaft

Die Europäische Gemeinschaft hat durchgesetzt, daß den Agrarverhandlungen eine Phase zur Identifikation und Analyse von Problemen vorangestellt wird (von jetzt an bis Anfang 1988). Daher ist sie jetzt aufgerufen, durch eigene gehaltvolle Beiträge während dieser Vorverhandlungsphase eine führende Rolle zu spielen. Dies ist um so wichtiger, als die EG ein Interesse daran hat, daß nicht nur die Exporterstattungen im Rahmen der GAP (wie von den USA und der Cairns-Gruppe gewünscht), sondern auch die agrarinterventionistischen „Sündenfälle“ der anderen Agrarexportländer in die Diskussion einbezogen und analysiert werden (deficiency payments und andere Subventionen in den USA, aber auch in sehr abgeschwächtem Ausmaß in Kanada, Neuseeland, Australien und anderen Ländern der Cairns-Gruppe).

9 Vertragsparteien.

10 Lars E. R. Anell.

11 Als Anhang der Aufzeichnung wurden in einem Schaubild die Struktur der GATT-Organe dargestellt und ihre jeweiligen Vorsitzenden benannt. Vgl. Referat 411, Bd. 160541.

Die EG-Kommission hat mit ihrem Rats-Mandat vom Juni 1986[12] noch ausreichende Vollmachten für die Vorverhandlungsphase. Eine Diskussion über diese Vollmachten – da sind sich die Ressorts einig – sollte gegenwärtig unter allen Umständen im EG-Kreis vermieden werden, weil im Ergebnis der EGK die Verhandlungsvollmachten eher beschnitten würden (F und Irland verfolgen die Aktivitäten der EGK in Genf mit Argusaugen).

Da Verhandlungsergebnisse im Rahmen der UR erst nach vier Jahren (gegen Ende 1990) vorliegen werden, kommt es in der Zwischenzeit darauf an, daß die Gemeinschaft den von seiten der USA und der Cairns-Gruppe weiterhin ausgeübten Druck auf eine Rücknahme oder wenigstens ein Einfrieren der EG-Agrarsubventionen über die UR hinaus auch auf ein anderes geeignetes internationales Gremium – die OECD – verteilt: Der OECD-Ministerrat wird sich Mitte Mai des Jahres[13] mit dem sog. „Synthese-Papier" des OECD-Sekretariats[14] sowie mit Politik-Empfehlungen von GS Paye[15] hierzu befassen. Das „Synthese-Papier" gilt bei allen OECD-Mitgliedern als bislang beste Aufzeichnung über den Agrarinterventionismus in den OECD-MS sowie über dessen Folgen – das Politik-Papier will den Ministern Reformempfehlungen an die Hand geben

12 Referat 411 vermerkte am 18. Juni 1986: „Rat hat in zweiter Aussprache das von EG-Kom[mission] vorgelegte ‚Gesamtkonzept' für eine neue Runde von Handelsverhandlungen am 17.6.1986 (1089. Rat in Luxemburg) begrüßt. Durch einen im AStV am 16.6. erarbeiteten Kompromißentwurf zu bislang unter den MS strittigen Themen Landwirtschaft und Dienstleistungen wurde diese Stellungnahme des Rats ermöglicht: F und IRL nahmen Vorbehalte zurück, da in Landwirtschaftsteil in einem sog. einleitenden Vermerk zum Gesamtkonzept nunmehr ausdrücklich festgehalten wird, daß Agrarteil der Ratserklärung vom 19.3.1985 (keine Preisgabe der GAP) weiterhin ‚Grundlage des Standpunktes der Gemeinschaft' darstellt. Italienische und griechische Vorbehalte gegenüber dem Dienstleistungskapitel des Gesamtkonzepts (I und GR waren gegen sog. ‚horizontale' Diskussion des Dienstleistungsbereichs – sprich unterschiedslose Einbeziehung aller Dienstleistungsarten in GATT-Verhandlungen) erledigten sich durch Kompromißformulierung (‚Festlegung eines möglichst breiten Rahmens von Grundsätzen und Vorschriften für den Dienstleistungsverkehr')." Vgl. Referat 411, Bd. 131128.

13 Die OECD-Ministerratstagung fand am 12./13. Mai 1987 in Paris statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 305–313.

14 Referat 416 resümierte am 24. März 1987: „Der Ende des letzten Jahres vom OECD-Sekretariat vorgelegte Bericht (Umfang einschließlich Anlagen: gut 300 Seiten) legt die Auswirkungen eines graduellen Abbaus des Agrarstützungsniveaus auf Angebot und Nachfrage, Handelsströme und Weltmarktpreise dar. Die – auch vom BML unwidersprochene – politische Grundaussage des Berichts lautet, daß die desolate Situation der landwirtschaftlichen Märkte rasches, international einvernehmliches Handeln erfordert." Der Bericht empfehle folgende Schlüsse: „Verminderung von Marktverzerrungen, die aus Stützungsprogrammen resultieren, und flexiblere Gestaltung des Agrarsektors, um den Weltmarktpreisen mehr Geltung zu verschaffen; Senkung der Kosten für die Stützung des Agrarsektors, die den Volkswirtschaften entstehen, und Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung; Trennung von Einkommens- und Preispolitik (soweit erforderlich direkte Einkommenshilfen); Senkung des (aggregiert ermittelten) Stützungsniveaus um einen einheitlichen Prozentsatz, die in einer multilateralen und alle Produkte umfassenden Aktion erfolgen soll […]; eine internationale Absprache über die graduelle Senkung der Stützung sollte einhergehen mit einem unmittelbaren ‚standstill' der direkten und indirekten Hilfen." Vgl. Referat 416, Bd. 141875.

15 Für das Schreiben SG/AGR (87) 1 des OECD-Generalsekretärs Paye zur Agrarproblematik vgl. die Anlage zur Fernkopie des Botschafters Meyer, Paris (OECD), vom 27. Januar 1987; Referat 412, Bd. 130617.
Meyer teilte dazu am 30. Januar 1987 mit, das mit Blick auf die OECD-Ministerratstagung am 12./13. Mai 1987 vorgelegte Agrarpapier des OECD-Generalsekretärs „umfaßt Bestandsaufnahme zur Lage im Weltagrarsektor, analysiert Gründe für bestehende Negativentwicklungen und zeigt Lösungsmöglichkeiten auf. GS sieht Papier als vorläufig an und beabsichtigt, es unter Berücksichtigung externer Anregungen und Kommentare bis zum Rat noch zu überarbeiten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 412, Bd. 130617.

(bei deutlicher Bevorzugung der preispolitischen Steuerung; nur kurzfristig wird der Mengenpolitik eine gewisse Wirkung zugestanden).

Der BML hat bislang gegen den Synthese-Bericht, soweit er die Ausführungen zur Mengenpolitik betrifft, Vorbehalte (alle anderen Ressorts dafür; ebenso die anderen EG-MS).[16]

Durch eine auf dem Synthese-Bericht und den Empfehlungen aufbauende, kurzfristig wirksame Interimsabsprache in der OECD zur Entlastung der Weltagrarmärkte (mit den Ansatzpunkten Überschußabbau, Kapazitätsanpassung und Handelsliberalisierung) könnte die „ergebnislose Zeit" in der UR, also bis Ende 1990, überbrückt und das Verhandlungsklima in Genf verbessert werden.

Die EG kann dabei bereits jetzt auf ihre Maßnahmen zur kurzfristig wirksamen Entlastung der Agrarmärkte hinweisen.

(b) Zölle

Die Bedeutung von Zöllen wird von den meisten VP – trotz vielfach niedrigen Niveaus nach den vergangenen Zollsenkungsrunden – immer noch als fundamental für den internationalen Handel angesehen. Praktisch alle Vertragsparteien betonen die Notwendigkeit des Abbaus von Hochzöllen, des Abbaus der Zolltarifeskalationen und der Zunahme der Zollbindungen.

Die IL fordern einen angemessenen Beitrag der weiter fortgeschrittenen EL, der ihrem erreichten Entwicklungsstand entspricht („Graduierung"). Mit einer allgemeinen Zollsenkungsformel (z. B. lineare Senkung um 10 %) ist derzeit nicht zu rechnen. Die EG spricht sich für besser ausbalancierte Zolltarife aus und fordert bei den Hochzöllen eine Prüfung nach Sektoren und Produkten.

(c) Neue Themen

Es ist damit zu rechnen, daß von den Schwellenländern Indien und Brasilien weiterhin Bremsmanöver zur Verhinderung von Verhandlungsfortschritten im Dienstleistungsbereich unternommen werden, gegen dessen Aufnahme in die neue Runde sie sich bis zuletzt aussprachen (gleichwohl schlossen sie sich dem Konsens wegen Interessen in anderen Bereichen wie Zölle, Textilien, tropische Erzeugnisse an).

Die EG-Kommission hat den USA abgeraten, die EL durch Druck zu Verhandlungsfortschritten zu zwingen. Dies könnte schon zu einem frühen Zeitpunkt zu einer Blockade der UR führen. Während des Beginns der Sachverhandlungen werden aus der OECD (vgl. Agrardebatte), die seit längerem den Dienstleistungshandel diskutiert, positive, die Verhandlungen vorantreibende Beiträge erwartet.

Die bloße Aufnahme des neuen Themas „Handelsbezogene Aspekte des Schutzes von geistigem Eigentum" in die GATT-Runde hat – nach Eindruck der EG-Kommission – bereits eine größere Bewegungsbereitschaft in der Weltorganisation für den Schutz geistigen Eigentums (WIPO) ausgelöst (z. B. Informations-

16 Botschafter Meyer, Paris (OECD), berichtete am 19. Februar 1987, der OECD-Landwirtschaftsausschuß habe in der Sitzung vom 16. bis 18. Februar 1987 „mit je einer Protokollerklärung der deutschen, der japanischen, der türkischen und der französischen Delegation" abschließend der Empfehlung des OECD-Sekretariats zugestimmt, „dem Ministerrat die Freigabe des Berichts mit einigen während dieser Sitzung vorgenommenen Änderungen vorzuschlagen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 78; Referat 412, Bd. 130617.

veranstaltungen für Teilnehmer aus EL über für die UR relevanten Aktivitäten der WIPO). Für die EG hat die Behandlung des Themas im GATT komplementären Charakter; Vorarbeiten der WIPO sollen nicht wiederholt werden. Das Hauptinteresse der Gemeinschaft besteht an künftigen Regelungen für die Bereiche Markenpiraterie, Raubkopien von Audio- und Videokassetten, Industriedesign und geographische Bezeichnungen (z.B. englisch etikettierter japanischer Whisky für den japanischen Inlandsmarkt).

Bei den „handelsbezogenen Aspekten von Investitionen" – gemeint sind ausländische Direktinvestitionen – ist mit großer Zurückhaltung der EL zu rechnen, die fürchten, ihre Politik des „local content" (Mindestwertschöpfungsanteil im Inland) preisgeben zu müssen. Hier befindet sich allerdings auch die EG in einer delikaten Situation, weil derzeit eine gegen Japan gerichtete Anti-Dumping-Maßnahme bei Bauteilen (die von japanischen „verlängerten Werkbänken" in der EG zu Fertigerzeugnissen montiert werden) vorbereitet wird. Auch die EG geht hier von „Local-content"-Kriterien aus.

(d) Standstill/Rollback

Die Einhaltung der politischen Verpflichtung, GATT-widrige Maßnahmen während der Dauer der UR nicht zu beschließen (standstill) und solche bereits bestehenden zurückzunehmen (rollback), wird durch den „Surveillance Body" kontrolliert. Standstill und Rollback liegen insbesondere im Interesse der schwächeren Partner im Welthandel, die am meisten von den von Handelsgroßmächten auferlegten Grauzonenmaßnahmen (Selbstbeschränkungsabkommen) betroffen sind.

Die EG hat wiederholt bekräftigt, daß sie die Standstill-Verpflichtung honorieren wird. Die USA haben dagegen eingeräumt, daß sie bereits gegen den Standstill verstoßen haben und dies möglicherweise auch wieder täten.

Es ist derzeit noch nicht zu übersehen, welche Folgerungen sich für die Verhandlungstätigkeit aus bekanntgewordenen, dem Überwachungsorgan notifizierten Standstill-Verfehlungen ergeben.

Bei Rollback denkt die EG an ein Paket, das in erster Linie bisherige mengenmäßige Beschränkungen und handelsrelevante Verbrauchssteuern umfassen wird und noch 1987 in die UR eingebracht werden soll. Die Meinungsbildung hierzu ist noch im Gange.

4) Das multilaterale Welthandelssystem steht am Beginn der Sachverhandlungen in der Uruguay-Runde vor einem Wendepunkt:

Der Beschluß von Punta del Este war nur ein erster, vergleichsweise einfacher Schritt gegenüber der Schwierigkeit und Komplexität der Sachverhandlungen: Wenn es nicht gelingt, der zunehmenden Aufweichung der GATT-Disziplin und den protektionistischen Vorstößen in den Mitgliedsländern Einhalt zu gebieten sowie die GATT-Regeln den neuen weltwirtschaftlichen Verhältnissen (Wachstum des Dienstleistungssektors) anzupassen, würde das GATT rapide an Bedeutung verlieren und einem entfesselten Protektionismus, Bilateralismus und Sektorialismus weichen.

Insbesondere die marktwirtschaftlich organisierten IL, die 3/4 der Weltexporte (ohne Kohlenwasserstoffe) bestreiten, sind jetzt aufgerufen, durch positive Beiträge die Handelsverhandlungen voranzutreiben:

In den meisten IL hat in den letzten Jahren die Bedeutung der Exportnachfrage für das Sozialprodukt zugenommen. Eine dramatische Umkehrung dieser Tendenz als Folge von Handelskriegen und Bilateralismus hätte deshalb heute – viel stärker noch als in den 30er Jahren – einen über absolute Exporteinbrüche hinausgehenden negativen Multiplikatoreffekt für die beteiligten Volkswirtschaften – insbesondere im Handelsbereich EG–USA–Japan.

Ein Scheitern der UR würde die Bundesrepublik Deutschland besonders treffen: Der Anteil der direkt oder indirekt (Vorleistungen) von der Ausfuhr ausgelösten Produktion an der Bruttoproduktion beträgt derzeit 29%, ein Viertel der Erwerbstätigen ist direkt und indirekt für die Ausfuhr tätig. Die IL werden die Interessen der EL an der Runde (Zölle, Agrarhandel, Textilien und Bekleidung, tropische Erzeugnisse) nicht vernachlässigen dürfen, wollen sie nicht Bremsmanöver in den Bereichen provozieren, deren Liberalisierung für die IL interessant ist (Dienstleistungen und andere neue Themen).

Die Aussicht auf die welt- und volkswirtschaftlichen Folgen eines Mißlingens der Uruguay-Runde für alle Länder wird die Genfer Verhandlungen – so ist zu hoffen – letztlich auch über allfällige Momente krisenhafter Zuspitzung hinweg vorantreiben.

v. Stechow

Referat 411, Bd. 160541

43

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin

213-321.00-146/87 VS-vertraulich **17. Februar 1987**[1]

Von BM noch nicht genehmigt.

Betr.: Gespräch des BM mit dem 1. Stv. Abteilungsleiter des ZK der KPdSU, W. Sagladin, heute, 9.10–10.00 Uhr

Nach der Begrüßung in Anwesenheit der Bild-Presse macht *Sagladin* einige Ausführungen zu den innersowjetischen Entwicklungen:

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 17. Februar 1987 gefertigt, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Libal „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte. Auf einem Begleitzettel vermerkte Heyken für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klaiber: „Ich wäre für Durchsicht dankbar und schlage vor, daß wir uns telefonisch über den Verteiler verständigen.“
Hat Klaiber am 17. Februar 1987 vorgelegen, der auf dem Begleitzettel handschriftlich vermerkte: „Wie besprochen. Jedoch: Keine Verteilung an ChBK!“
Hat Libal am 18. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Heyken am 19. Februar 1987 erneut vorgelegen.

Nach dem Parteitag[2] habe zunächst die Modernisierung der Wirtschaft im Vordergrund gestanden. Sie werde fortgesetzt, aber jetzt gehe es auch um Veränderungen des politischen Systems. Man sei sich dessen bewußt, daß ohne politische Umwandlungen Wirtschaftsreformen nicht durchgeführt werden könnten. Es ändere sich vieles, aber es gebe auch viele Schwierigkeiten. Auch die besten Direktoren in den Betrieben hätten noch keine Erfahrung mit den Neuerungen. Im politischen Bereich seien gewisse Schwankungen zu beobachten. Die Spitze sei sich einig, aber in der Mitte seien Schwierigkeiten festzustellen. Jedoch könne man nicht von einem Kampf um die Macht sprechen. Im Jahre 1986 habe der wirtschaftliche Zuwachs fünf Prozent betragen, für das Jahr 1987 sei er mit 4,4 Prozent niedriger angesetzt. In Bälde werde es Wahlen bei den Gerichtsorganen geben, und man werde im Wege des Experiments mehrere Kandidaten aufstellen. Sagladin wies auf den neuen ZK-Sekretär Lukjanow hin, der ein sehr tüchtiger Jurist sei und jetzt viel Arbeit vor sich habe.[3]

Sagladin fuhr fort: Er wolle dem BM persönlich zu dem Wahlausgang[4] gratulieren; er wisse, daß viele seiner Freunde so wie er selbst dächten: Der BM sei der Sieger der Wahlen.

BM erwiderte: Auf jeden Fall sei der Wahlausgang als eine Bestätigung der bisherigen Außenpolitik zu werten. Die Wahlen hätten Bedeutung nicht nur für die BR Deutschland, sondern auch für ihre Nachbarn in Ost und West. Schon vor den Wahlen habe er in vielen Gesprächen seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß das Wahlergebnis den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung bestätigen werde.

Sagladin setzte hinzu: Der BM habe viel dazu beigetragen, um „den Kurs zu retten".

Das Gespräch wandte sich den bilateralen Beziehungen zu. *BM* führte aus, daß die Bundesregierung den deutsch-sowjetischen Beziehungen zentrale Bedeutung beimesse. Von diesem Ansatz aus wolle sie das deutsch-sowjetische Verhältnis entwickeln, eine derartige Politik liege in unserem und im sowjetischen Interesse. Schon beim Abschluß des Moskauer Vertrages[5] seien sich beide Seiten jedoch darüber einig gewesen, daß stabile bilaterale Beziehungen nicht nur für die deutsche und sowjetische Seite wichtig seien, sondern für ganz Europa. Es komme darauf an, daß die sowjetische Regierung wie auch die Bundesregierung in jeder Phase ihrer Politik die Verantwortung für die Lage in Europa erkennen. Er sei davon überzeugt, daß im wirtschaftlich-technischen Bereich viel mehr Möglichkeiten der Kooperation existierten, als bisher angenommen. Wir seien entschlossen, unser wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu werfen. *Sagladin* wies darauf hin, daß in einem

2 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

3 Zum Abschluß der Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 27./28. Januar 1987 in Moskau wurde der bisherige Leiter der Allgemeinen Abteilung des ZK, Lukjanow, zum Sekretär des ZK ernannt. Vgl. dazu den Artikel „Schtscherbitzkij behauptet sich in seinem Amt"; DIE WELT vom 29. Januar 1987, S. 1.

4 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Gespräch mit Christians am Freitag[6] die Dinge auch so gesehen worden seien, und fragte nach neuen Formen der Zusammenarbeit.

Der *BM* führte aus: Unser System sei hochflexibel und zu verschiedenen Formen der Zusammenarbeit in der Lage. Unsere Wirtschaftsführer – die Herren Christians, Wolff, Röller und andere – seien sehr ideenreich. Sie stünden einer Entwicklung auf mehr Kooperation positiv gegenüber, und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch wegen der politischen Bedeutung der Zusammenarbeit. Bei der Entwicklung neuer Kooperationsformen komme es mehr auf die Sowjetunion als auf uns an. Er wolle es so ausdrücken: Die Formen hingen mehr von der sowjetischen Seite ab, die Inhalte mehr von uns. Unsere ernste Absicht sei, die vorhandenen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Dies sei die positive Einstellung der neuen Bundesregierung. Er hätte sich in Davos[7] nicht so weit vorgewagt, wenn er sich dessen nicht sicher gewesen wäre. *Sagladin* beklagte, in der Sowjetunion gebe es noch keine Erfahrungen. Nach Gesprächen mit den Herren Christians und Wolff müsse er sagen, daß „Ihre Leute riesige Erfahrungen haben".

BM: Die Frage laute, wie bringe man die richtigen Leute zusammen. Die sowjetische Seite müsse uns die richtigen Leute schicken. Das sei also mehr eine Frage an die sowjetische Seite als an uns. *Sagladin* warf ein, man erwarte aber auch etwas von uns. Der *BM* fuhr fort: Unser System sei flexibler als das sowjetische. Unsere Leute hätten zehn oder mehr verschiedene Modelle der Zusammenarbeit vor Augen. Er verwies auf das „Friedensforum" in Moskau, das gerade zu Ende gegangen sei.[8] Er habe denjenigen, die ihn gefragt hätten, zur Teilnahme zugeraten.

Sagladin ging auf den politischen Aspekt des bilateralen Verhältnisses ein: Vor den Bundestagswahlen habe es hinsichtlich der Haltung der Sowjetunion zahlreiche Spekulationen gegeben. Er wolle jedoch betonen, daß sich die Sowjetunion auf die Regierung in Bonn konzentriere, die an der Macht sei. Leider seien einige Probleme aufgetreten. Jetzt müsse man die Dinge so weiterentwickeln, daß keine der beiden Seiten Schwierigkeiten, auch keine psychologischen Schwierigkeiten habe. Er habe den Bericht über das Gespräch des BM mit Botschafter Kwizinskij gelesen, er sei interessant.[9] Der *BM* hakte ein: StS Meyer-Landrut

6 13. Februar 1987.

7 Zur Rede des Bundesministers Genschers am 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

8 In Moskau fand vom 14. bis 16. Februar 1987 ein Internationales Forum „Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit" statt. Daran nahmen über 900 ausländische Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Religion teil, auch aus westeuropäischen Staaten. Neben dem aus der Verbannung entlassenen sowjetischen Dissidenten und Atomphysiker Sacharow gehörten dazu u. a. die Schriftsteller Max Frisch, Friedrich Dürrenmatt und Graham Greene sowie aus der Bundesrepublik die Abgeordneten Bahr (SPD), Kelly und Bastian (Die Grünen), die Vorstandssprecher der Deutschen Bank bzw. Dresdner Bank, Christians und Röller, der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, und die Schauspieler Hanna Schygulla und Maximilian Schell. Vgl. den Artikel „Neugierde auf Neues aus Moskau"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Februar 1987, S. 4. Vgl. auch die Artikel „Das Ergebnis einer neuen Denkweise"; DIE ZEIT, Nr. 9 vom 20. Februar 1987, S. 2, und „UdSSR: ‚Zurück dürfen und können wir nicht'"; DER SPIEGEL, Nr. 9 vom 23. Februar 1987, S. 126–134.

9 Bundesminister Genscher und der sowjetische Botschafter Kwizinskij erörterten am 3. Februar 1987 die Ergebnisse der Bundestagswahlen vom 25. Januar 1987 bzw. der Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 27./28. Januar in Moskau, ferner Fragen des Ost-West-Verhältnisses und der bilateralen Beziehungen. Genscher wiederholte die Einladung an den sowjetischen Außenminister Schewardnadse,

habe am letzten Freitag in seinem Auftrag mit Kwizinskij gesprochen und dabei alle wichtigen Aspekte behandelt. Er selbst habe einige zusätzliche Gespräche geführt, um die Dinge auf den Weg zu bringen. Es wäre gut, wenn die sowjetische Seite bald reagieren würde.

Sagladin erwiderte: Sobald er nach Moskau zurückgekehrt sei, werde Kwizinskij kommen. Er fragte sodann nach dem Besuch des Bundespräsidenten. Der Besuch müsse nicht in formeller Hinsicht spektakulär, aber politisch bedeutsam sein. Es gebe einige fertige Dokumente, die unterschrieben werden könnten. Er hoffe, daß der Bundesminister nach Moskau mitreise. Der *BM* bestätigte, daß er in der Regel den Bundespräsidenten begleite. Nach Moskau werde er bestimmt mitkommen. *Sagladin* zeigte sich befriedigt und fügte hinzu: Es wäre wichtig, bei der zweiten Etappe, wenn der Kollege des BM hierherkomme, ebenfalls Dokumente zu unterzeichnen. Die bisherigen Dokumente seien bilateraler Natur. Die Frage stelle sich, was man zu internationalen Angelegenheiten vorbereiten könne.

Der *BM* wies darauf hin, daß er die gestrige Rede von GS Gorbatschow noch nicht bewerten könne.[10] Was er bisher gesehen habe, finde er im Denkansatz interessant, zum Beispiel, was Gorbatschow zum ABM-Vertrag gesagt habe. Unserer Auffassung entsprächen auch seine Ausführungen über neue Formen der Beziehungen.

Aus dem Abrüstungsbereich sei bedeutsam die Ablehnung des Strebens nach Überlegenheit, besonders auf konventionellem Gebiet. Da beide Länder in konventioneller Hinsicht ein bedeutender Faktor seien, sollte man sich Gedanken darüber machen, wie man an diese Frage herangehe. Der BM betonte: Die BR Deutschland sei Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und des westlichen Bündnisses, sie sei mit Frankreich aufs engste verbunden. Wir hätten uns klar entschieden, wohin wir gehörten. Auf der anderen Seite setzten wir uns für eine elementare Verbesserung der Lage in Europa ein. Wir könnten dies tun, da wir unsere Grundentscheidung getroffen hätten. Wir seien bereit, das auszufüllen, was Gorbatschow mit seinem Bild vom europäischen Haus[11]

Fortsetzung Fußnote von Seite 196

die Bundesrepublik zu besuchen. Kwizinskij führte dazu aus: „Wenn er die Situation richtig verstehe, sei die Schachpartie noch eingefroren. Dennoch ließen sich ‚kleinere Sachen' schon jetzt machen, z. B. die Reise von Herrn Witte nach Moskau und die Konsultationen über chemische Waffen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.

Bei einem weiteren Gespräch mit dem Botschafter am 7. Februar 1987 in Genschers Privatwohnung in Wachtberg-Pech legte der Bundesminister dar: „Die Reise des deutschen Staatsoberhauptes in die Sowjetunion könne durchaus nützlich sein. Man könnte für dieses Jahr mehrere Begegnungen vorsehen. Anfang April tage die Wirtschaftskommission, zu der dann stellvertretender MP Antonow nach Bonn komme, anschließend könne AM Schewardnadse D besuchen und anschließend der Besuch unseres Staatsoberhauptes in der SU stattfinden. Die Besuche von AM Schewardnadse und des Bundespräsidenten könne man gemeinsam mitteilen, so daß klar würde, daß eine Besuchsabfolge beabsichtigt ist." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.

10 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 16. Februar 1987 zum Abschluß des Internationalen Forums „Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit" vom 14. bis 16. Februar 1987 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 417–435.

11 Bei seinem Besuch vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien legte das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in einer Rede am 18. Dezember 1984 vor dem britischen Unterhaus dar: „Was uns auch immer trennen mag – wir haben einen Planeten. Europa ist unser gemeinsames Haus. Ein Haus, und kein ‚Kriegsschauplatz'." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 127.

angesprochen habe. Die Hausordnung sei jedoch noch nicht in Ordnung. Hier seien Bereiche, wo unsere beiden Staaten einige Dinge in Gang setzen könnten. Der BM verwies auf den deutschen Vorschlag in Wien für die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz[12] und betonte, daß das Bewußtsein für Interdependenz gestärkt werden müsse. Das Vertrauen müsse durch politische Maßnahmen verbessert werden. Man könne zum Beispiel auch die Abrüstungskonsultationen zwischen beiden Ländern politisch stärken.

Sagladin erwiderte, Gorbatschow habe in der Tat eine politische Rede gehalten und zwei oder drei neue Gedanken ausgesprochen. Er habe zum Beispiel die Interdependenz betont. Der *BM* warf ein: Wir nennen das Überlebensgemeinschaft. *Sagladin*: Die sowjetische Seite denke viel über Europa nach und habe die Absicht, ein europäisches Konzept zu entwickeln. Der *BM* betonte: Die sowjetische Seite habe Beziehungen zu den USA und zu Westeuropa. Für die Lage in Europa sei es wichtig, daß die SU das Recht auf gleiche Sicherheit für Westeuropa akzeptiere. *Sagladin* unterstrich: Das tun wir voll und ganz. Der *BM* fuhr fort: Wenn die SU uns als Großmacht gegenübertritt, kann nichts werden, gerade im konventionellen Bereich. *Sagladin* dazu: Das verstehen wir sehr gut. Der *BM* sagte: Als ich seinerzeit mit Breschnew, den ich sehr schätzte, über dieses Thema sprach, konnte er mir in diesem Punkt nicht folgen. Er sagte, er könne nicht verstehen, warum die USA in Westeuropa Raketen aufstellen wollten, obwohl die SS-20 die USA nicht erreichen könnten. Ich sagte ihm, daß wir uns von den SS-20 bedroht fühlten.[13] Er habe den Eindruck – so setzte BM die Unterredung mit Sagladin fort –, daß Gorbatschow und Schewardnadse dieses Problem besser verstünden.

Sagladin erläuterte, Breschnew und sein Außenminister[14] hätten über ein Konzept verfügt, das praktisch auf die bilateralen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ausgerichtet gewesen sei. Dies habe sich jetzt verändert. Natürlich unterhalte die SU Beziehungen zu den USA als einer Großmacht. Aber die

Fortsetzung Fußnote von Seite 197

Vgl. dazu ferner GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 248–250. Zu Gorbatschows Besuch vgl. AAPD 1984, II, Dok. 353.

In einem vor seinem Besuch in Frankreich vom 2. bis 5. Oktober 1985 aufgezeichneten Interview mit dem französischen Fernsehsender TF 1 erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 30. September 1985: „Wir leben in einem Haus, wenn wir dieses Haus auch durch verschiedene Eingänge betreten. Wir müssen in diesem Haus zusammenarbeiten und uns verständigen." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 487.

12 Am 18. Februar 1987 vermerkte Ministerialdirektor Jelonek für Bundesminister Genscher: „Der von Ihnen in der Eröffnungserklärung auf dem KSZE-Folgetreffen Wien am 7.11.1986 angekündigte Vorschlag einer West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in der BR Deutschland ist nach intensiven Konsultationen im EG- und NATO-Kreis am 18.2.1987 als gemeinsame Initiative der EG-MS in Wien eingebracht worden." Kernelemente des unter Beteiligung des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft erarbeiteten Konferenzkonzepts seien: „Teilnahme hochrangiger Regierungs- (Minister oder Staatssekretäre) und Wirtschaftsvertreter (Vorstandsmitglieder). Eine geeignete Beteiligung der ECE ist vorgesehen; EG-Kommission arbeitet in Delegation der Präsidentschaft mit. Dauer: drei Tage. Termin: soll von Wiener Folgetreffen festgelegt werden (voraussichtlich nicht vor zweite Hälfte 1988). Ort: Bundesrepublik Deutschland." Behandelt werden sollten unter anderem verbesserte Formen und Rahmenbedingungen der Unternehmenskooperation, Joint-ventures sowie Maßnahmen zur Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen im Ost-West-Handel. Vgl. Referat 421, Bd. 140227. Für den Wortlaut des Vorschlags CSCE/WT.58 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

13 Vgl. das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 3. April 1981 in Moskau; AAPD 1981, I, Dok. 96.

14 Andrej Andrejewitsch Gromyko.

Sowjets seien Europäer, und die Europäer seien ihre Partner. Das Problem einer ausreichenden Verteidigung könne ein Thema abgeben für bilaterale Gespräche zwischen wissenschaftlichen Instituten, also außerhalb der Regierungen. Der *BM* vertrat die Auffassung, er glaube, daß Gorbatschow viele Probleme erkannt habe, daß er für viele Fragen Antworten habe und daß er für viele Fragen noch Antworten suche. Dies sei kein Nachteil, weil es uns Gelegenheit gebe, die Suche zu beeinflussen. Das Gesagte gelte zum Beispiel für die Frage, wie man auf konventionellem Gebiet Stabilität erreichen könne. Wir müßten von vielen liebgewordenen Ansichten Abschied nehmen. *Sagladin* warf ein: Wir müßten in Diskussionen eintreten, die nicht formeller Natur sein müßten, aber doch direkt zwischen unseren beiden Ländern geführt würden. Der *BM* setzte hinzu: Wir tragen die Hauptlast in dem Bereich. *Sagladin*: Es gebe einige internationale Probleme, die wir nicht lösen könnten, wo wir aber zur Lösung beitragen könnten.

BM bestätigte und schnitt ein weiteres Thema an: Die Gesetzgebung, die am 1. Januar bezüglich der Ausreisen in Kraft getreten sei[15], habe bisher noch keine positiven Erkenntnisse, sondern eher negative Erkenntnisse erbracht. Der Personenkreis sei eingeschränkt worden. Für die öffentliche Meinung bei uns sei eine großzügige Handhabung wichtig. Bis jetzt sei dies kein öffentliches Thema, und wir wollten es auch nicht dazu machen. Er wolle aber darum bitten, daß die sowjetische Seite dafür Sorge trage, daß die Politik der Öffnung nach innen und außen auch in einer verstärkten Ausreise von Menschen zu uns zum Ausdruck komme. *Sagladin* wies darauf hin, daß keine restriktive Politik geplant sei. Es seien noch nicht alle Beschlüsse gefaßt worden. Er sprach etwas undeutlich von tausend Familien. Lukjanow müsse in den nächsten zwei Jahren sechsunddreißig Gesetze vorbereiten. Das Arbeits- und das Strafgesetz seien veraltet. Insgesamt stehe große Arbeit bevor. *BM* wies erneut auf den verengten Familienbegriff in der neuen Ausreisegesetzgebung hin und plädierte für Großzügigkeit.

BM fragte sodann nach den Auswirkungen der innersowjetischen Entwicklungen auf die anderen sozialistischen Staaten. *Sagladin* legte dar, daß die Situation überall unterschiedlich sei und daher auch die Reaktionen sich unterschieden. Selbstverständlich könnten die Veränderungen einige Diskussionen provozieren, aber dies sei nicht negativ. Einige seien der Meinung, daß zuviel kritisiert werde. Er persönlich fände, hier geschehe noch zu wenig.

15 Ministerialdirektor Oesterhelt legte am 27. Februar 1987 dar, am 1. Januar 1987 sei eine vom Ministerrat der UdSSR neu erlassene Verordnung über die Ein- und Ausreise in die bzw. aus der UdSSR in Kraft getreten: „Die neue Verordnung legt die Einzelheiten hinsichtlich des Verfahrens und des Kreises der Antragsberechtigten fest. Dadurch wird eine verfahrensmäßige Ordnung in einem Bereich geschaffen, der bisher dem unkontrollierbaren Ermessen der Behörden unterlag. Die UdSSR hat mit dem Erlaß der neuen Verordnung einen ersten Schritt zur Rechtssicherheit auf diesem Gebiet getan. Insoweit ist dies zu begrüßen. Andererseits gilt nach wie vor in der UdSSR generell das Verbot der Ausreise. Die neue Verordnung regelt nur Ausnahmefälle. Auch nach Erlaß der neuen Verordnung ist die Ein- und Ausreiseregelung nicht KSZE-konform." Ferner vermerkte Oesterhelt: „Die neue Regelung schränkt den Kreis der Personen, die dem Ausreisewilligen eine Einladung für die Beantragung der Ausreise senden können, deutlich ein. Die bisher mögliche und auch häufig erfolgte Ausreise zu weitläufigen Verwandten (z. B. Großeltern, Enkelkinder, Vettern, Onkel, Tante) ist nach dem Wortlaut der Verordnung nicht mehr zulässig. Darüber hinaus verbietet die Verordnung die Familienzusammenführung mit Angehörigen, die sich nach sowjetischer Auffassung illegal im westlichen Ausland aufhalten […]. Der Kreis der durch die neue VO von der Möglichkeit der Antragstellung zur Familienzusammenführung ausgeschlossenen deutschen Volkszugehörigen in der Sowjetunion ist nicht unerheblich." Vgl. Referat 213, Bd. 143610.

Bei der Vorbereitung des ZK-Plenums habe man zum ersten Mal vorher alle Thesen und Briefe einsehen können, so daß man gewußt habe, was diskutiert werde. Früher sei das anders gewesen. Eine zweite Neuerung sei gewesen, daß keine Absprachen getroffen worden seien darüber, wer sprechen solle. Diesmal hätten Leute gesprochen, die sonst nicht zu Wort gekommen seien, z. B. Kwizinskij. Es sei eine sehr offene Diskussion gewesen.

Es wird die Bitte des ZDF-Korrespondenten hereingereicht, nach dem Gespräch BM und Sagladin die Frage vorzulegen: Wieweit könne an die Erklärung Gorbatschows vom Juli 1986 angeknüpft werden, daß ein neues Kapitel aufgeschlagen werden solle?[16] *BM* und *Sagladin* verständigen sich darauf, dem Wunsch nach dem Interview nachzukommen.[17]

Sagladin meint, er werde darauf hinweisen, daß die Erklärung gültig bleibe, insbesondere nach dem jetzigen Gespräch. Natürlich bleibe viel zu tun, um den richtigen Weg zu finden.

Der *BM* hält fest: Beide Seiten müßten sehen, daß Besuchspläne möglichst schnell gefaßt würden. Er schätze keine Diskussion über die Frage, ob ein Besuch zustande komme oder nicht. Wir hätten die Spekulationen über einen Besuch des Bundespräsidenten niedrig gehalten. *Sagladin* erklärt: Wir sind im Prinzip einverstanden. *BM* äußert, Kwizinskij möge in der nächsten Woche kommen.

Sagladin: Er wolle die delikate Frage stellen, ob sich die gehabten Schwierigkeiten wiederholen könnten. *BM* verneint das: Er glaube dies nicht und habe dies auch in Wien Schewardnadse mit großem Ernst gesagt.[18] Er erkundigt sich nach dem weiteren Programm *Sagladins*.

Dieser antwortet, er werde mit den Grünen, den Kommunisten, mit den Herren Dregger und Brandt sprechen. Er fügt hinzu: Die sowjetische Seite bereite sich „sehr ernsthaft" auf die weiteren Entwicklungen vor.

BM dazu: Es müsse Sagladin aufgefallen sein, daß er dieses Thema in der letzten Zeit zum wesentlichen Inhalt seiner öffentlichen Erklärungen gemacht habe, so zum Beispiel in Davos. Ferner habe er sehr wichtige Gespräche darüber in Paris geführt.[19] Im Fernsehen sei über große Differenzen zwischen Bonn und Paris spekuliert worden. Dies sei nicht richtig. Wir hätten in Paris einen guten Akkord gehabt. *Sagladin* merkt an: Bei einem kürzlichen Besuch in England habe er die ernsthafte Bereitschaft vorgefunden, eine größere Rolle zu spielen. *BM* erwidert, er stimme in den wesentlichen Fragen mit dem britischen Außen-

16 Am 21. Juli 1986 führte Bundesminister Genscher in Moskau erstmals ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 209.
Nach dem Gespräch meldete die sowjetische Tageszeitung „Pravda" am 22. Juli 1986: „M. S. Gorbačev merkte an, daß in der Lage, in der sich die Welt, Europa und die bilateralen Beziehungen zwischen BRD und UdSSR derzeit befänden, dieses Treffen und der Besuch H.-D. Genschers über den üblichen Rahmen hinausgehen würden. Die Welt stehe jetzt an einem Scheideweg, und wohin sie gehe, hänge in vielerlei Hinsicht von der politischen Haltung Europas ab." Vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 5.

17 Für die gemeinsame Stellungnahme des Bundesministers Genscher und des Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiters beim ZK der KPdSU, Sagladin, für die ZDF-Nachrichtensendung „Heute" vom 17. Februar 1987 vgl. die Rundfunkauswertung Deutschland des Bundespresseamts; Referat 013, Bd. 179064.

18 Vgl. das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4. November 1986; AAPD 1986, II, Dok. 317.

19 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Staatspräsident Mitterrand und dem französischen Außenminister Raimond am 6. Februar 1987 in Paris vgl. Dok. 25 und Dok. 26.

minister[20] überein. Dieser habe sich in den West-Ost-Angelegenheiten zunehmend engagiert. Dies gelte auch für den italienischen Kollegen[21]. *Sagladin* meinte dazu: Trotzdem bestünden zwischen der BR Deutschland und der Sowjetunion die besseren Voraussetzungen, der Moskauer Vertrag und so weiter. Abschließend meinte er unter Bezugnahme auf das „Friedensforum" in Moskau, man könnte sich überlegen, ein bilaterales Forum ähnlicher Art zu organisieren.

Im Anschluß an das Gespräch findet das vom ZDF erbetene Interview mit dem BM und Sagladin statt.

Herr Sagladin war ohne Begleitung gekommen. Auf unserer Seite nahmen teil: VLR I Klaiber, Dolmetscher Scheel, RL 213[22].

VS-Bd. 13474 (213)

44

Aufzeichnung des Botschafters Holik

221-376.00-248/87 geheim **17. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Konventionelle Rüstungskontrolle;
hier: 1) Beginn der Mandatsgespräche in Wien
2) Vorbereitung eines substantiellen westlichen Verhandlungsvorschlags

Anlg.: 2

I. 1) Am 17.2.87 begannen in Wien Sondierungen zwischen den 16 NATO- und den sieben WP-Staaten über ein neues Mandat für Verhandlungen über konven-

20 Geoffrey Howe.
21 Giulio Andreotti.
22 Eberhard Heyken.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 18. Februar 1987 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher am 21. Februar 1987 vorgelegen, der für Botschafter Holik handschriftlich vermerkte: „Ich beabsichtige, zu Problemen und Zielen der konventionellen Rüstungskontrolle in einem Grundsatzartikel Stellung zu nehmen. Ich erbitte die Vorlage eines Aufsatzentwurfs bis 12.3., 12.00 [Uhr]."
Hat Angestellter Krause am 23. Februar 1987 vorgelegen, die handschriftlich für die Registratur vermerkte: „Bitte Kopie von S. 1 für StS M[eyer]-L[andrut] n[ach] R[ückkehr]." Vgl. Anm. 6.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Holik verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] W[ei]s[un]g BM T[ermin] 12.3. 12.00."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 23. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Ruhfus am 23. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Holik am 5. März 1987 erneut vorgelegen.

tionelle Stabilität in ganz Europa. Die Aufnahme dieser West-Ost-Gespräche bedeutet einen wichtigen neuen Anfang im Rüstungskontrolldialog zwischen West und Ost:

– Erstmalig ist Frankreich, das seit 1967 gegenüber MBFR stets eine kritische Distanz bewahrt hatte, mit von der Partie bei West-Ost-Rüstungskontrollverhandlungen an der Seite seiner Bündnispartner.
– Gegenstand der Sondierungen und der späteren Verhandlungen sollen die konventionellen Potentiale (außer Seestreitkräften) der beiden Bündnisse in ganz Europa – und nicht nur in einem geographischen Ausschnitt wie bei MBFR[4] – sein.

Die westlichen Unterhändler sollen in Wien die Verhandlungen über ein Mandat für neue Verhandlungen auf der Grundlage eines in der NATO abgestimmten Dokuments führen (Wortlaut in deutscher Übersetzung s. Anlage[5]). Aus Rücksicht vor allem auf französische[6] Empfindlichkeiten wird das NATO-Papier nicht als Verhandlungsweisung, sondern nur als „vereinbarte Elemente" bezeichnet. Diese Elemente sollen in angemessener Weise in ein Mandat Eingang finden.

2) Die wichtigsten Elemente für ein neues Mandat sind nach den Vorstellungen des Bündnisses:

– Ziel der Verhandlungen ist die Herstellung eines stabilen und gesicherten Gleichgewichts der konventionellen Land- und Luftstreitkräfte in Europa (wenn möglich[7]) auf niedrigerem Niveau. Vorrangig angestrebt werden soll die Beseitigung der Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive.
– Das Streben nach Stabilität in ganz Europa soll Hand in Hand gehen mit einer Beseitigung regionaler Ungleichgewichte, d. h., etwaige Maßnahmen sollen in ganz Europa und zugleich regional differenziert anwendbar sein.
– Als Maßnahmen kommen u. a. Reduzierungen, Limitierungen und die Herstellung gleicher Obergrenzen für konventionelle Streitkräfte inkl. deren Ausrüstung in Betracht.
– Der Verhandlungsprozeß soll stufenweise vor sich gehen.
– Der Anwendungsbereich soll Europa vom Atlantik bis zum Ural inkl. der sowjetischen Militärbezirke Nord- und Transkaukasus umfassen.
– Die Teilnehmer werden die 16 Bündnis- und die sieben WP-Mitglieder sein.

Noch nicht ausdiskutiert in der HLTF sind einige Punkte der Mandats-„Weisung":

– Offen blieb in der HLTF die genaue Abgrenzung des Anwendungsbereichs „ganz Europa". Auf das Drängen der Türkei und anderer Bündnispartner

4 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das HLTF-Papier „Vereinbarte Elemente für die Vorgespräche der nach Nummer 22 des HLTF-Berichts (PO/86/103; geänderte Fassung) einzusetzenden Gruppe und für die eventuelle Aufnahme in ein Mandat für künftige Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa" vgl. VS-Bd. 11538 (221).

6 Ende der Seite 1 der Vorlage. Vgl. Anm. 3.

7 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Inhalt der Klammer geht auf ein französisches Petitum zurück."

sollen auch die sowjetischen Militärbezirke Nord- und Transkaukasus (bei denen unklar ist, ob sie zu Europa gehören) einbezogen werden. Mit Sicherheit wird die SU, sollte sie sich auf eine Einbeziehung dieser südlichen Bezirke einlassen, als Gegenforderung die Einbeziehung der ganzen asiatischen Türkei verlangen. Offen ist ferner, wie weit die Inseln im Atlantik einbezogen werden. Island will sein Territorium nicht einbeziehen lassen, ebenso Portugal die Azoren und Madeira.

– Nicht geklärt ist ferner, welche Streitkräftekategorien ausgeschlossen bleiben sollen. F möchte den Ausschluß seiner für den Einsatz in Übersee vorgesehenen Kräfte, d. h. der FAR. Wir haben, wie andere Verbündete, auf die Umgehungsmöglichkeiten hingewiesen, die den Sowjets ein solcher Ausschluß von Eingreiftruppen bei reziproker Anwendung eröffnen würde.
– Bis auf einen Halbsatz sind zwar in dem besonders zwischen F und USA umstrittenen Kapitel über „Verfahren/Teilnehmer" die Klammern aufgelöst; ferner hat F klargestellt, daß – wenn es zu Verhandlungen kommt – diese zwischen den Mitgliedern der Bündnisse stattfinden sollen. Dennoch bleibt eine Reihe „konstruktiver Ambiguitäten" in dem prozeduralen Kapitel (insbesondere zum Verhältnis von KRK und KSZE), über die es immer wieder zu erneuten französisch-amerikanischen Kontroversen kommen dürfte.

II. 1) Am 12./13.2. fanden in Bonn trilaterale Konsultationen (USA, GB und D) über MBFR statt.[8] Wir nutzten die Gelegenheit zu einem substantiellen Meinungsaustausch über die Ausarbeitung westlicher Verhandlungsvorschläge für KRK-Verhandlungen. Wir stützten uns dabei auf das deutsche Arbeitspapier[9] und machten zugleich klar, daß die in dem Papier enthaltenen Zielvorstellungen (Parität in ganz Europa und in Teilregionen bei kampfentscheidendem Großgerät und Personal, Kompensation für geostrategische Asymmetrien, Abbau des Transparenzdefizits) ein politisches Langzeitprogramm darstellen, das in einem schrittweisen Vorgehen in Verhandlungsvorschläge umgesetzt werden muß. Ich wies darauf hin, daß für die Ausgestaltung eines westlichen Verhandlungsvorschlags dessen Einordnung in ein politisches Gesamtkonzept maßgebend sein müsse. Ein westlicher Vorschlag sollte so angelegt sein, daß er

– die neuen Verhandlungen von Anfang an auf die konventionelle Überlegenheit der SU als den Kern der Sicherheitsprobleme in Europa hin strukturiert,
– auf die Annahmen und daraus abgeleiteten Vorschläge des Budapester Appells[10] (Bestehen eines Gleichgewichts und gleiche lineare Reduzierungen)

8 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Teilnehmerliste s[iehe] Anl[a]g[e] 2." Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11538 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Zum Arbeitspapier der Bundesregierung vom November 1986 zum Forum für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 12. November 1986; VS-Bd. 11537 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest verabschiedeten die Teilnehmer eine Erklärung zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural, die „schrittweise, in abgestimmten Zeiträumen und bei ständiger Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau erfolgen" sollte. Als ersten Schritt sollten innerhalb von ein bis zwei Jahren beide Militärbündnisse ihre Streitkräfte um 100 000 bis 150 000 Mann reduzieren. Bei entsprechender Bereitschaft der NATO sollten Anfang der 1990er Jahre die Landstreitkräfte und taktischen Fliegerkräfte beider Seiten um 25 % des bestehenden Niveaus reduziert werden, also über 500 000 Mann pro Seite. Ferner wurden Vorschläge zu begleitenden Maßnahmen und zur Verifikation

eine angemessene Antwort gibt (nach unserer Auffassung am geeignetsten: gleiche Höchststärken),
– die Ernsthaftigkeit von Gorbatschows „Neuem Denken“ und seine Bereitschaft zum Abbau von Überlegenheiten am Verhandlungstisch zu testen geeignet ist.

Andererseits seien wir – so führte ich aus – uns im klaren darüber, daß eine „Herstellung eines stabilen und sicheren Streitkräfteniveaus, das darauf ausgerichtet ist, Ungleichgewichte zu beseitigen“, nur in einem schrittweisen Verhandlungsprozeß erreicht werden kann, der sich vorrangig an den Zielen der Beseitigung der Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive orientiert.

2) Die Diskussion mit Amerikanern und Briten zeigte, daß es in Washington und London noch keine festgefügten Substanzpositionen zu künftigen KRK-Verhandlungen gibt. Unser Gesamtkonzept stößt auf Interesse, löst allerdings auch die Frage nach seiner Umsetzbarkeit in Verhandlungen aus. Zustimmung finden vor allem die Aspekte:
– Betonung der Bedeutung eines Abbaus der Disparitäten bei kampfentscheidendem Großgerät,
– Notwendigkeit eines Regionalansatzes in Verbindung mit der Erfassung von ganz Europa.

Die Ausgestaltung eines Regionalansatzes im einzelnen bleibt jedoch noch zu klären. Den Briten ist unser Modell, das Europa von Nord nach Süd und auch in der Tiefe in jeweils drei Regionen einteilt, zu komplex und zu schematisch. Die Amerikaner legten ebenfalls ein vereinfachtes Regionalmodell vor, das drei Zonen in Nord-, Mittel- und Südeuropa ausschneidet und – in Mitteleuropa – die NGA[11] um Frankreich (!), Ungarn und die drei westlichen Militärbezirke der SU ausweitet.

Sowohl Briten wie Amerikaner machten kein Hehl aus ihrer Skepsis gegenüber maximalistischen Vorschlägen, deren Ernsthaftigkeit von der Öffentlichkeit in Zweifel gezogen würde und die daher nicht auf längere Frist als Verhandlungsposition durchgehalten werden könnten. Es bestand weitgehende Übereinstimmung, daß es darauf ankommen wird, die Vertretung eines anspruchsvollen Langzeitziels mit der Präsentation pragmatischer, auf Einzelschritte ausgelegter Verhandlungsvorschläge zu verbinden.

3) Briten und Amerikaner akzeptierten zwar die Bedeutung eines Abbaus der von unserem BMVg identifizierten wichtigsten Disparitäten bei kampfentscheidendem Großgerät. Sie betonten jedoch zugleich die Notwendigkeit, zugleich mit den wichtigsten Kategorien von Offensivwaffen auch Personal zu begrenzen und zu reduzieren. Dabei geben vor allem die Amerikaner trotz der von uns geltend gemachten Bedenken einem Vorgehen den Vorzug, das Gerät und Personal in Einheiten erfaßt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 203
unterbreitet. Die Vorschläge könnten entweder in einer zweiten Etappe der KVAE, einem neu zu schaffenden Forum von Vertretern der europäischen Staaten, der USA und Kanadas oder in erweiterten MBFR-Verhandlungen erörtert werden. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 450–453. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 179.

11 NATO Guidelines Area.

Die Amerikaner favorisieren „Einheiten“ als Zählkriterium für ein Reduzierungsmodell, vor allem da Einheiten ihnen am ehesten verifizierbar erscheinen. Die Darlegung unserer Probleme mit einem Ansatz, der Reduzierungen von Einheiten vorsieht (was für uns – im Unterschied zu den USA – bedeutete: Auflösung von Einheiten und Strukturlimitierungen), blieb nicht ohne Eindruck auf die Amerikaner. Am Ende der Diskussion deuteten sie an, daß man Einheiten nur als Zählgröße für Verifizierungszwecke (nicht aber für Limitierungen von Strukturen) nehmen könnte.

Wir haben umgekehrt unsererseits klargestellt, daß auch uns nicht vorschwebt, Limitierungen und Reduzierungen ausschließlich von Großgerät vorzuschlagen, sondern ebenfalls Reduzierungen von Gerät mit solchen für Personal zu kombinieren.

Einigkeit bestand dahingehend, daß Reduzierungen und Limitierungen so angelegt sein sollen, daß sie zu einem Abbau der Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive führen. In unseren Überlegungen stand dabei das Ziel im Vordergrund, die sowjetische Panzer-Überlegenheit in Mitteleuropa abzubauen. Auch die Briten entwickelten Überlegungen, die mit Hilfe einer Reihe von Untergrenzen für Panzer in Mitteleuropa in die gleiche Richtung weisen.

4) Es wurde vereinbart, die gemeinsamen Überlegungen zur Erarbeitung westlicher Substanzvorschläge für künftige KRK-Verhandlungen zu vertiefen. Zu diesem Zweck wurden für den 10./11.3. Expertengespräche in Washington[12] und in der zweiten Märzhälfte (23./24.3.) weitere Konsultationen im Rahmen eines MBFR-Trilaterals mit USA und GB in London[13] verabredet. Außerdem sollen die Beratungen in der HLTF vorangetrieben werden, wobei die Einrichtung von Studiergruppen für die „blauen Daten“ und die „roten Daten“ zu einer Klärung der gemeinsamen Datenbasis des Bündnisses für die Verhandlungen sowie der vom Osten zu erwartenden Einwände und Verhandlungsforderungen beitragen soll.[14]

Holik

VS-Bd. 11538 (221)

12 Zu den Konsultationen mit den USA über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 87, Anm. 5.

13 Die trilateralen Konsultationen mit Großbritannien und den USA über Konventionelle Rüstungskontrolle fanden am 24./25. März 1987 statt. Vgl. dazu Dok. 87.

14 In der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO am 8./9. Januar 1987 in Brüssel wurde die Bildung zweier Arbeitsgruppen auf Expertenebene zur Klärung von Datenfragen beschlossen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, teilte dazu am 9. Januar 1987 mit: „Eine ‚blue group‘ soll […] bestehende Disparitäten in den Streitkräfterelationen zwischen Ost und West untersuchen; eine ‚red group‘ soll aus östlicher Perspektive die bestehenden Disparitäten untersuchen und vor allem aufspüren, wo der Osten für ihn nutzbar westliche Vorteile sehen könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 26; VS-Bd. 12172 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

45

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel

424-410.05 SO I VS-NfD **17. Februar 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Überwachung des Exports von Vorprodukten und Anlagen zur Herstellung chemischer Waffen;
hier: EPZ-Treffen in Paris am 28.1.1987 und 5. Treffen der „Australischen Initiative“ am 29./30.1.1987 in Paris

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Nachdem sich in letzter Zeit Indizien häufen, daß sich einige Staaten des Nahen Ostens verstärkt durch Beschaffung chemischer Vorprodukte und Fabrikationsanlagen auf die Produktion von CW im größeren Maßstab vorbereiten, hat die „Australische Initiative“ (Teilnehmer: alle EG-Staaten sowie USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, Norwegen und die EG-Kommission), die die Verhinderung der Ausbreitung chemischer Waffen (CW) anstrebt, neuen Auftrieb gewonnen.

Das Entstehen derartiger Waffenpotentiale, gerade in dieser an Konflikten und Konfliktherden reichen Region, ist besonders bedenklich.

Das Treffen der „Australischen Initiative“ in Paris diente diesmal dem Erfahrungsaustausch über bisher getroffene Maßnahmen sowie einem Meinungsaustausch zukünftiger Maßnahmen.

2) Als in seiner Breitenwirkung besonders wirksames Instrument wurde von den Teilnehmern die Warnliste (WL) hervorgehoben. Die WL ist in den Teilnehmerländern – meistens über die Spitzenverbände – den Unternehmen der chemischen Industrie zur Verfügung gestellt worden. Sie nennt 35 chemische Verbindungen, die als Vorprodukte zur Erzeugung von CW dienen können. Die Liste wurde in verschiedenen Ländern (USA, GB, AUS, I und D) von den Unternehmen ausdrücklich als Hilfestellung begrüßt. Gerade bei größeren Unternehmen war keine zusätzliche Überzeugungsarbeit zu leisten, denn diese Unternehmen waren sich auch so bewußt, welche verheerenden, insbesondere geschäftlichen Folgen es hätte, in den Ruf eines Lieferanten von CW zu kommen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Oesterlen konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 24. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 25. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Daum „n[ach] R[ückkehr] z[ur] K[enntnisnahme]“ und Legationsrat I. Klasse Oesterlen verfügte.
Hat Oesterlen am 25. Februar 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 8.“ Vgl. Anm. 13 und 14.
Hat Daum am 26. Februar 1987 vorgelegen.

3) Übereinstimmung herrschte bei den Teilnehmern, daß die WL und die Ausweitung der nationalen Ausfuhrkontrollen von fünf auf acht chemische Substanzen (ab Anfang 1987) die Ausbreitung chemischer Kampfstoffe behindern, aber auf Dauer nicht verhindern können.

Dafür wurden folgende Faktoren verantwortlich gemacht:

– Chemische Vorprodukte zur Erzeugung von CW erreichen nachfragende Länder durch den Handel über Drittländer und Handelsfirmen, die speziell zu diesem Zweck gegründet wurden, sowie durch Lieferungen aus Ländern, die der „Australischen Initiative" nicht angehören.
– Nachfrageländer gehen zunehmend dazu über, die chemischen Vorprodukte selbst zu erzeugen. Der Weg über die verschiedenen chemischen Zwischenstufen gehört dabei zum chemischen Allgemeinwissen.
(US-Delegierter: „Das macht ein Chemiestudent in Mutters Küche.")
– Die notwendigen Anlagen zur fabrikmäßigen Produktion können ebenfalls weitgehend auf unverfängliche Weise beschafft werden.

4) Die Delegation der Bundesrepublik konnte mit Erfolg auf unsere – im Vergleich zu anderen Chemieproduzentenländern – herausragende Gesetzgebung zur Überwachung von Exporten von Chemieanlagen und Ausrüstungsgegenständen[3] und auf die Tatsache verweisen, daß wir auch bei der Implementierung der nationalen Kontrolle für chemische Vorprodukte z. Zt. an der Spitze liegen.

5) Als Ergebnis des Pariser Treffens sind folgende Beschlüsse der Teilnehmer zum weiteren Vorgehen festzuhalten:

– MS werden prüfen, ob Kontrolliste (die, falls von allen angenommen, dann als Core List bezeichnet wird) um weitere drei Chemikalien, für die in letzter Zeit eine besondere Nachfrage beobachtet wurde, auf insgesamt elf Chemikalien ausgeweitet werden kann.
– Vorschläge, wie die „Warnliste" für Anlagen aussehen könnte, sollen erarbeitet werden.
– Informationsaustausch zur Nachfrage bestimmter Chemikalien soll intensiviert werden. (Kanada wird dazu noch einen konkreten Vorschlag vorlegen.[4])
– Die Erweiterung der Warnliste um zehn Chemikalien sowie zusätzlich bestimmte Fluorid-Salze soll geprüft werden.

II. Im einzelnen

1) Teilnehmer der Delegationen setzten sich aus Vertretern der Außenministerien, der Verteidigungsministerien, der Wirtschaftsministerien sowie nachgeordneter Kontrollbehörden zusammen. Die deutsche Delegation wurde von RD Boie

[3] Vgl. die Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung vom 3. August 1981; BUNDESGESETZBLATT 1981, Teil I, S. 853–883.
Vgl. ferner die 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1080.

[4] Die australische Botschaft übermittelte am 29. Juli 1987 ein kanadisches Non-paper „Framework of procedures for sharing information concerning the ‚core list' of chemical compounds to be controlled and concerning the warning list", das Grundlage für das Treffen der „Australischen Initiative" am 14./15. September 1987 in Paris sein sollte. Vgl. dazu Referat 424, Bd. 135878.

vom BMWi geleitet. (Das BMWi ist federführend für Fragen der Exportkontrolle zuständig.)

2) Die EPZ-Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Exportkontrolle chemischer Substanzen tagte vor Beginn des Treffens der Australischen Initiative (Delegationsleitung in diesem Fall Auswärtiges Amt). Im wesentlichen konzentrierte sich die Aussprache darauf, inwieweit der EG-Konsensbeschluß über die Exportkontrolle[5] von insgesamt acht Substanzen bereits in den einzelnen Ländern umgesetzt worden ist. Eine Tischumfrage ergab, daß alle EG-Mitglieder, bis auf GB, F, Griechenland und P, die acht Substanzen „erga omnes" kontrollieren (D seit dem 1.1.87). Auch Ausnahmeländer sehen sich aber an Konsensbeschluß gebunden und sagten baldiges Inkrafttreten entsprechender Kontrollen zu. Überraschend schlug Vorsitz (B) als Sprecher der Zwölf[6] eine Ausweitung der WL vor, fand aber keine allgemeine Zustimmung (Ablehnung durch F und D). Das bevorstehende Treffen sollte nach unserer Ansicht ja gerade dem Meinungsaustausch über die jetzige Warnliste dienen. Weitgehende Zustimmung (Ausnahme Griechenland) fand der Vorschlag, die Schweiz als neues Mitglied der „Australischen Initiative" vorzuschlagen.

3) Zu Erfahrungsaustausch über Auswirkungen der WL fand lebhafte Aussprache statt.

Mehrere Länder (USA, AUS, NL, GB, I, F und D) verwiesen auf überaus positive Resonanz, die WL bei den größeren Chemiekonzernen gefunden hat. Wir konnten darauf hinweisen, daß mehrere Handelsgeschäfte mit Chemikalien verhindert, einzelne rückgängig gemacht wurden.

Als Schwachstellen des Warnsystems hätten sich Handelsgesellschaften, insbesondere „ad hoc" gegründete Gesellschaften, erwiesen (I, NL). Diesen sei nur mit nachrichtendienstlichen Mitteln beizukommen (I).

Das Niveau des Informationsaustausches über Lieferungen von Chemikalien, die auf der WL stehen, wurde mehrfach als unbefriedigend bezeichnet (B, NL, GRI). USA verwiesen darauf, daß nachrichtendienstliche Hinweise jeweils nur bilateral weitergegeben werden könnten, wenn z. B. einzelne Firmen betroffen sind. Echo auf diese Informationen in verschiedene Länder sei aber „frustrierend" gering.

Wir verwiesen darauf, daß es ein Kernproblem sei, über hinreichend präzise Informationen zu verfügen, die auch nachprüfbar sein müßten. Es gebe in D aber keinen Fall, in dem Chemikalien der WL mit Wissen der Behörden und gegen deren Willen von deutschen Firmen exportiert worden seien. NL verwies auf niederländische Rechtslage, die keine Überprüfung von Firmen im Hinblick auf Chemikalien der WL zulasse. Dem konnte die davon abweichende Rechtslage in D entgegengehalten werden, denn bei uns kann im Rahmen von Außenwirtschaftsprüfungen auch die Beachtung der Warnliste überprüft werden.

Diese abweichende rechtliche Ausgangslage hatte zwangsläufig auch wesentlichen Einfluß bei der Beurteilung der Wirksamkeit der Warnliste und der evtl. daraus ableitbaren Forderung nach Ausdehnung der Kontrolliste.

5 Referat 424 notierte am 5. Mai 1987: „Im April 1984 wurden im EPZ-Rahmen von allen EG-Staaten fünf chemische Substanzen (Vorprodukte, die zur Herstellung von CW verwendet werden können) unter Ausfuhrkontrolle gestellt. Zum 1.1.1987 wurden für weitere drei Substanzen von allen EG-Mitgliedstaaten einheitliche Ausfuhrkontrollen eingeführt." Vgl. Referat 424, Bd. 135878.

6 Belgien hatte in der ersten Jahreshälfte 1987 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Allgemein geteilt wurde aber die Ansicht, daß Informationen über Nachfrageländer nach auffälligen Mengen von Chemikalien der WL intensiver ausgetauscht werden sollten.

Es wurde vorgeschlagen, entsprechende Informationen über den Vorsitz (AUS) weiterzugeben. KAN wird im übrigen auf der nächsten Sitzung[7] ein Papier zum verbesserten Informationsaustausch vorlegen.

4) Die Behandlung des Themas „Implementierung der Exportkontrolle bestimmter Chemikalien" galt hauptsächlich der Bestandsaufnahme, wie sie aus beigefügter Grafik (vgl. Anlage[8]) ersichtlich ist.

Dazu ist anzumerken, daß wir uns dem EG-Konsensbeschluß (Kontrolle der Chemikalien 1–8) als letzte, unter Hinweis auf den für uns beträchtlichen Kontrollaufwand, angeschlossen haben, bei der Implementierung aber nunmehr F, GB, GRI und P „überholt" haben.

Noch überraschender ist, daß die USA, entgegen früherer Ankündigungen, nach wie vor nur Lieferungen in bestimmte Länder kontrollieren und damit „Dreieckslieferungen" letztlich nicht ausschließen können. Auch Japan vermeidet nach wie vor das im EG-Konsens enthaltene „erga-omnes"-Prinzip. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich somit, was das Ausmaß ihrer Chemie-Ausfuhrkontrollen betrifft, innerhalb der EG, aber auch insbesondere darüber hinaus, in einer relativ „komfortablen" Situation. Im übrigen hat die deutsche Delegation (BMWi) aber generell vor übertriebenem „Listenfetischismus" gewarnt.

Entscheidend sei nicht die Länge der Liste der von einem Land kontrollierten Chemikalien, sondern die Wirksamkeit der Kontrollen. Gerade zu lange Listen könnten die Kontrollmöglichkeiten der Behörden überfordern.

(Ein Standpunkt der übrigens z. B. auch vom Vertreter der Außenwirtschaftsabteilung des belgischen Wirtschaftsministeriums im Hinblick auf die notwendigen Zollkontrollen nachdrücklich im persönlichen Gespräch unterstützt wurde – B favorisiert offiziell eine Ausdehnung der Listen.)

Nachdem insbesondere USA und NL, z. T. auch GB eine Ausweitung der Kontrolliste gefordert hatten, wurde beschlossen, bis zum nächsten Treffen mit der Industrie zu konsultieren und zu prüfen, inwieweit die Chemikalien unter Ziffer 9[9], Ziffer 14[10] und Ziffer 24[11] der WL künftig kontrolliert werden können. F gab schon jetzt deutlich seine Bedenken zu erkennen: Ziffer 14 (Potassium fluoride) sei eine so weitverbreitete Chemikalie, daß Kontrollen sehr unpopulär und positive Resultate fraglich seien. Man gehe gleichzeitig die Gefahr ein, durch „unverständliche" Maßnahmen die Dialogbereitschaft der chemischen Industrie zu untergraben.

5) Es gibt Hinweise, daß die an chemischen Kampfstoffen interessierten Länder zunehmend dazu übergehen, Anlagen und Ausrüstungen zu beschaffen, um den

7 Zum Treffen der „Australischen Initiative" am 14./15. September 1987 in Paris vgl. Dok. 272.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für die Graphik „Implementation of chemical export controls" von 40 chemischen Substanzen in den Teilnehmerstaaten der „Australischen Initiative" sowie in Finnland, Pakistan, Schweiz und in der UdSSR vgl. Referat 424, Bd. 135878.

9 Thionyl chloride.

10 Potassium fluoride.

11 Hydrogen fluoride.

gesamten Produktionsprozeß zur Herstellung chemischer Kampfstoffe selbst zu kontrollieren. In gewissem Sinn ist dies ein „positives Zeichen" für die „Australische Initiative", denn es spricht dafür, daß es schwieriger geworden ist, bestimmte chemische Vorprodukte, die besonders zur Herstellung von CW geeignet sind, auf dem internationalen Markt zu beschaffen. Insgesamt ist dies aber eine negative Entwicklung, da Kontrollmaßnahmen und warnende Hinweise bei Anlagen und Ausrüstungen nicht in gleicher Weise praktikabel sind wie bei den chemischen Vorprodukten.

US-Seite traf zwar die Feststellung: „Warning List concept would be valuable", legte aber keine konkreten Vorschläge vor. GB schlug dagegen eine Liste von elf Ausrüstungsgegenständen vor, die, falls mehrere Gegenstände gemeinsam beschafft werden, einen Hinweis (might be suggestive) für eine beabsichtigte Produktion chemischer Waffen geben könnte. Es ist aber offensichtlich, daß ein derartiges „Warnsystem" durch Bestellungen in verschiedenen Ländern sehr leicht umgangen werden kann. Kontrollmöglichkeiten in diesem Bereich werden von GB skeptisch beurteilt:

„It is not possible to tell the purpose of any one item of chemical equipment. The same plant might be used, with only minor modification, to make a common civil product or a lethal chemical agent. The international market in such equipment is large and diverse. The UK would not therefore favour formal export controls."

Wir konnten auf unsere derzeit in der Welt wohl weitestgehende Gesetzgebung zur Überwachung von Exporten von Chemieanlagen und Ausrüstungsgegenständen verweisen. Demnach bedürfen Anlagen, Anlagenteile und sonstige Ausrüstungsgegenstände, die für die Untersuchung, Herstellung, Verarbeitung oder Erprobung von phosphororganischen Verbindungen, Lost oder anderen hochtoxischen Verbindungen geeignet sind, der Genehmigung, sofern nicht Käufer- und Verbrauchsland Mitglied der OECD sind.

(Diese weitgehende Vorschrift wurde im Zusammenhang mit angeblichen Lieferungen von Anlagen zur Erzeugung von CW in den Irak im August 1984[12] in Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage wurden weitere Lieferungen an den Irak nicht genehmigt.)

Ergänzend verwies NL darauf, daß eine Technologietransferkontrolle, falls „Material" (Konstruktionszeichnungen etc.) über die Grenzen gebracht werde, gesetzlich in den NL vorgesehen sei. Dazu stellte KAN fest, dies bedeute im Umkehrschluß, daß Wissen „on line" (Fernkopierer, Kommunikation von Computer zu Computer) völlig legal und unbegrenzt übermittelt werden könne.

Abschließend bat Vorsitz (AUS) Teilnehmer, zu nächsten Treffen Vorschläge für WL zum Export von chemischen Anlagen und Ausrüstungen vorzulegen.

III. Wertung

Eine konstruktive Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland bei den Bemühungen der „Australischen Initiative", einer Ausbreitung von CW entgegenzuwirken, ist unter außenpolitischem Aspekt in mehrfacher Hinsicht geboten:

12 Zur Lieferung von Komponenten für zur Herstellung chemischer Waffen geeigneter Anlagen an den Irak vgl. AAPD 1984, I, Dok. 65, Dok. 81, Dok. 99, Dok. 105, Dok. 111, Dok. 123, Dok. 136 und Dok. 169, sowie AAPD 1984, II, Dok. 183, Dok. 188, Dok. 207 und Dok. 286.

– [13]Eine fortschreitende Ausbreitung von CW kann zur Gefahr für die gesamte Menschheit werden.
– Die Mitwirkung deutscher Firmen beim Aufbau von Produktionsanlagen zur Erzeugung von CW bzw. die Lieferung von Vorprodukten durch deutsche Firmen hätte aber bereits in jedem Einzelfall verheerende Folgen für das Ansehen unseres Landes.

Das im Rahmen der „Australischen Initiative" entwickelte Warn- und Kontrollsystem hilft uns, insbesondere der zuletzt genannten Gefahr entgegenzuwirken.

Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten der „Australischen Initiative" im weltweiten Maßstab realistisch gesehen werden:

Durch gesetzlich-administrative Maßnahmen kann die Ausbreitung von (insbesondere) Produktionskapazitäten für CW nicht verhindert werden, auch wenn diese Maßnahmen von einer ganzen Staatengruppe getroffen werden. Dazu ist das Wissen, wie CW erzeugt werden können, zu weit verbreitet und sind die Möglichkeiten zu gering, den Handel aller nur in Frage kommenden Ausrüstungslieferungen für Anlagen zur Herstellung von CW zu kontrollieren. Dies wird nur im Rahmen eines weltweiten CW-Verbotsabkommens möglich sein, wie es innerhalb der Genfer Abrüstungskonferenz angestrebt wird.[14]

RL 222[15] hat mitgezeichnet.

Nagel

Referat 424, Bd. 135878

13 Beginn der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 2.

14 Der Passus „zu weit verbreitet … angestrebt wird" wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wohl richtig, aber gleichwohl sollten wir unsere nationalen Maßnahmen bis dahin nach besten Kräften fortsetzen." Vgl. Anm. 2.
Zu den Verhandlungen über chemische Waffen in Genf vgl. Dok. 32, Anm. 5.

15 Peter von Butler.

46

Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 285 **Aufgabe: 17. Februar 1987, 08.30 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 17. Februar 1987, 07.58 Uhr**

Betr.: Deutsch-iranische Beziehungen;
hier: Iranische Reaktion auf Khomeini-Persiflage in ARD „Rudi-Carrell-Show“ am 15.2.87[2]

Bezug: Telefonate Dg31[3]–Botschafter Dr. Freitag vom 16.2.87

Zur Unterrichtung

1) Am 16.2. nachmittags wurde ich kurzfristig für 19.00 Uhr zum Generaldirektor für Presse und Information im iran. AM, Samadi, einbestellt, der in äußerst scharfer Form und mit drohendem Unterton gegen obige Sendung protestierte und Verantwortung hierfür sowie für evtl. Folgen Bundesregierung zuwies.

Gesprächspartner schilderte einleitend eine Reihe der nach iran. Auffassung ebenfalls von Bundesregierung zu verantwortenden Gravamina:

– in BR Deutschland bestehende Aktionsfreiheit für „konterrevolutionäre Gruppen“,
– Duldung und sogar Unterstützung „terroristischer Angriffe“ auf iran. diplomatische und wirtschaftliche Einrichtungen in der Bundesrepublik durch deutsche Behörden,
– Einräumung propagandistischer Möglichkeiten für „konterrevolutionäre“ Gruppen durch Bundesregierung und deutsche Medien,
– restriktive Behandlung muslimischer Studenten,
– aktive Unterstützung der Volksmujahedin durch Bundesregierung nach Ausweisung aus Frankreich.

Im Anschluß kam er auf Sendung Deutschen Fernsehens in letzter Woche (Di[4] oder Mi) zu sprechen, die Islam schiitischer Ausrichtung gewidmet gewesen und in der Schiismus mit „Hund“ gleichgesetzt worden sei. (Gesprächspartner war auf Rückfrage zu Angabe näherer Einzelheiten zu Sendung nicht in der Lage.)

In Ausführungen zu eigentlichem Thema stellte Gesprächspartner zunächst fest, daß in einer Fernsehsendung der geistige Führer Irans und der muslimischen Welt, Imam Khomeini, auf unbeschreiblich schmutzige Weise beleidigt worden sei und Regierung der IRI[5] gegen diese von Bundesregierung zu verantwortende

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.
Hat Vortragendem Legationsrat Eickhoff am 17. Februar 1987 vorgelegen, der „W[ieder]v[orlage]“ verfügte.
2 Zur iranischen Reaktion vgl. ferner Dok. 47.
3 Reinhard Schlagintweit.
4 12. Februar 1987.
5 Islamische Republik Iran.

Handlung aufs schärfste protestiere. Vorfall sei Teil einer Kampagne, für die Bundesregierung in vollem Umfang verantwortlich sei und deren Folgen sie sich ebenfalls zurechnen lassen müsse. Kampagne in Deutschland habe inzwischen Ausmaß erreicht, das Umfang in USA laufender, gegen IRI gerichteter Propaganda übersteige.

2) In meiner Erwiderung verwies ich zunächst auf mehrere Unterredungen der letzten Zeit im iran. AM, in der ich Sach- und Rechtslage zu den verschiedenen angesprochenen Themen eingehend dargelegt habe.[6]

Zu Anlaß Einbestellung stellte ich fest, daß Bundesregierung sich unmittelbar nach Bekanntwerden in scharfer Form vom Inhalt Sendung distanziert und dies auch bereits gegenüber Botschafter IRI in Bonn bedauert habe.[7] Tatsache, daß dies zusätzlich in der ungewöhnlichen Form einer Presseerklärung geschehen sei, zeige, daß Bundesregierung Inhalt der Sendung in keiner Weise gutheißt. Bundesregierung zugeschriebene Verantwortung wies ich unter Darlegung Sach- und Rechtslage und unserer verfassungsmäßig garantierten Freiheiten entschieden zurück.

Unter Hinweis auf wiederholt und eindeutig iran. Seite bekundete Absicht Bundesregierung, gute Beziehungen zu IRI weiter zu pflegen und auszubauen (demonstrativ eingeleitet durch BM-Besuch in Iran 1984[8]), stellte ich fest, daß Vorwurf Gesprächspartners der Billigung und Förderung geschildeter, gegen IRI gerichteter Aktionen durch Bundesregierung dieser Doppelzüngigkeit unterstellten. Derartige, sich auch in Iran ereignende Vorfälle im Medienbereich seien in erster Linie mit Informationsdefiziten zu erklären, die durch Förderung der Kontakte, des Besuchsaustauschs auf politischer Ebene und Journalisteneinladungen abgebaut werden müßten. Hierfür hätten wir zahlreiche Angebote unterbreitet.

3) Gesprächspartner ging in Replik auf meine Ausführungen in keiner Weise ein, beharrte auf Auffassung, daß Bundesregierung volle Verantwortung trage, und übergab abschließend Protestnote, in der mündliche Darlegungen kurz zusammengefaßt werden (Text in Anlage).

4) Fernsehsendung vom 15.2. wurde bereits am 16.2. abends in iran. Rundfunknachrichten erwähnt. Heutige Farsi-Presse nimmt in außerordentlich scharfer und polemischer Form zu der fraglichen Fernsehsendung Stellung. Auch englischsprachige Presse berichtet über Einbestellung Botschafters in iran. Außen-

6 Vgl. dazu Dok. 34.

7 Ministerialdirigent Schlagintweit teilte der Botschaft in Teheran am 16. Februar 1987 mit: „Agenturen haben heute folgende Meldung veröffentlicht, die auf Veranlassung des AA zurückging: ‚Iranischer Protest gegen ‚Rudi Carrells Tagesschau', U[nter]t[ite]l: AA bedauert Beleidigung fremder Staatsoberhäupter. Bonn (AP): Der iranische Botschafter Mohammad Djavad Salari hat noch am Sonntagabend gegen einen Beitrag der ARD-Sendung ‚Rudi Carrells Tagesschau' protestiert, den er als Beleidigung des ganzen iranischen Volkes bezeichnete […]. In dem Beitrag von insgesamt 14 Sekunden Dauer zeigte Carrell den alternden iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini zum achten Jahrestag der Revolution in einer Fotomontage, in der ihm begeisterte Frauen scheinbar körbeweise Dessous vor die Füße warfen. Das Auswärtige Amt hat dazu ausdrücklich bedauert, daß fremde Staatsoberhäupter auf eine solche Weise karikiert würden. Wie auf Anfrage erklärt wurde, wurde jedoch zugleich darauf hingewiesen, daß in der Bundesrepublik Pressefreiheit bestehe, die unantastbar sei.'" Vgl. den Drahterlaß Nr. 63; Referat 311, Bd. 139995.

8 Bundesminister Genscher besuchte den Iran vom 20. bis 22. Juli 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

ministerium und Solidaritätsstreik der Iran Air in Deutschland. Dabei wird Note des iran. AM erwähnt, in der Bundesregierung ernsthafte Konsequenzen angedroht worden seien.

Mit der Forderung, mit der Bundesregierung endlich ernsthafter umzugehen, beginnt Leitartikel der Jomhouri-e Eslami von heute morgen. Fernsehsendung dokumentiere erneut Feindschaft der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Iran. Bundesrepublik müsse daher mit ernsthaften Schritten konfrontiert werden, da sonst mit Fortsetzung ihrer feindlichen Politik gegenüber Iran zu rechnen sei. Jomhouri-e Eslami habe bereits mehrfach mit warnender Stimme darauf hingewiesen, daß sich eine zurückhaltende Politik gegenüber der Bundesrepublik nicht auszahle.

Außenministerium, Ershad-Ministerium[9] und Handelsministerium müßten endlich ihre Verantwortlichkeit erkennen und folgende Maßnahmen gegen uns ergreifen:

– Ausweisung deutschen Botschafters,
– grundsätzliche Revision bilateraler Beziehungen,
– Schließung der sogenannten deutschen Kulturinstitute, die allmählich dabei seien, sich zu Zentren der Unterwanderung islamischer Sitten und Moralvorstellungen zu entwickeln,
– grundsätzliche Revision der Handelsbeziehungen. Man könne Deutschen nicht mehr erlauben, weiterhin Gewinne in Iran zu machen. Auf gleicher Linie liegt auch ein Kommentar der progressiven, den radikalen Kreisen nahestehender Tageszeitung „Abrar".

5) Im Hinblick auf drohende Untertöne bei meinem Gespräch im Außenministerium und in der Protestnote und äußerst scharfer Reaktion in heutiger Presse sowie aufgrund der Erfahrungen vom 8. Oktober 1986[10] und unter Bezugnahme auf Telefongespräch mit Dg 31 hat Botschaft folgende Maßnahmen ergriffen:

– Goethe-Institut, das diese Woche ohnehin Kurspause hat, wurde geschlossen. Im Gebäude befinden sich keine Mitarbeiter mehr.
– Publikumsverkehr in der Botschaft wurde heute eingestellt.
– Personalbestand der Botschaft auf ein die Funktionsfähigkeit der Botschaft noch gewährleistendes Minimum reduziert.
– Schule ist z. Zt. wegen Gefährdung durch Städtekrieg[11] bereits für eine Woche geschlossen.

9 Iranisches Ministerium für Kultur und islamische Führung.

10 Am 8. Oktober 1986 drangen Demonstranten gewaltsam auf das Gelände der Botschaft der Bundesrepublik in Teheran vor. Botschaftsmitarbeiter konnten eine Erstürmung des Gebäudes nur durch den Einsatz von Tränengas verhindern. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 273.

11 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 22, Anm. 2.
Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 14. Februar 1987: „Nach vorübergehender (zweitägiger) Einstellung hat Irak Bombardierung Irans am iran[ischen] Revolutionstag (11.2.87) wieder aufgenommen und hierbei erstmalig auch wieder Teheran einbezogen." Seither sei Teheran 16 Mal angegriffen worden. Dem Vorstand der Deutschen Schule sei daher angeraten worden, „Schule zunächst für einige Tage zu schließen und hinsichtlich grundlegender Entscheidung weitere Entwicklung abzuwarten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; B 96 (Referat 601), Bd. 904.

6) Erbitte Cti.[12]-Übermittlung Presseerklärung AA in obiger Angelegenheit.[13]

[gez.] Freitag

[14][Anlage]

„Außenministerium der Islamischen Republik Iran
Abteilung für allgemeine Beziehungen
Note Nr. 530/13528 vom 27.11.65 (16.2.87)

Das Außenministerium der Islamischen Republik Iran beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

In der Bundesrepublik Deutschland ist seit langem tendenziöses und unannehmbar beispielloses Verhalten im Gang. Als Folge sehen wir illegale Beschränkungen für iran. Transitreisende, Gewährung der Freiheit und Aktionsfreiheit für die terroristischen Gruppen und Konterrevolutionäre bei Aktionen gegen die Islamische Republik Iran, Überfall auf offiziellen Stand der IRI[15], Überfälle auf Vertretungen der IRI in Deutschland, Schaffung verschiedener Schwierigkeiten für iran. Staatsangehörige. Am schmutzigsten von allem ist die Beleidigung des Islams und des Imam Khomeini, Führer aller Schiiten, die erfolgt ist. Dies zeigt die Tiefe der feindseligen Haltung gegenüber der IRI. Das Außenministerium der IRI protestiert hiermit auf das schärfste gegen solche Beleidigungen, Diffamierungen und die Vorführung des schmutzigen Filmes durch öffentliche Fernsehanstalten der Bundesrepublik Deutschland, in der der Führer der Islamischen Revolution und der Schiiten der Welt beleidigt wurde. Die Verantwortung für jede Art von Störungen der bilateralen Beziehungen und deren Folgen wird von der Regierung der IRI nicht übernommen. Ohne jeden Zweifel trägt die Bundes-

12 Citissime.

13 Am 17. Februar 1987 übermittelte Vortragender Legationsrat Schumacher der Botschaft in Teheran zwei Drahterlasse. Der eine enthielt die Erklärung des Pressereferats, das Auswärtige Amt bedauere, „wenn ausländische Staats- oder Religionsoberhäupter so karikiert werden, wie dies in der ‚Tagesshow' von Rudi Carrell geschehen" sei; wegen der Pressefreiheit sei eine Beeinflussung solcher Sendungen jedoch nicht möglich. Auch der Westdeutsche Rundfunk habe in einer Presseerklärung entstandene Mißverständnisse bedauert. Vgl. Referat 311, Bd. 139995.
In einem weiteren Drahterlaß übermittelte Schumacher die Presseerklärung, die vom Auswärtigen Amt nach dem Gespräch des Staatsministers Möllemann mit dem iranischen Botschafter Salari am 17. Februar 1987 veröffentlicht wurde. Darin wiederholte Möllemann „das Bedauern der Bundesregierung". Vgl. Referat 311, Bd. 139995.
Am 17. Februar 1987 übermittelte Vortragender Legationsrat Eickhoff der Botschaft in Teheran zusätzlich das Schreiben des Staatssekretärs Meyer-Landrut an den Intendanten des WDR, Nowottny, vom selben Tag. Meyer-Landrut verwies auf die an diesem Tag erfolgte Ausweisung zweier Angehöriger der Botschaft in Teheran als Folge des von iranischer Seite gerügten Fernsehbeitrags: „Ich sehe mich aufgrund dieses Vorfalls veranlaßt, dringend darum zu bitten, bei der Programmgestaltung auf die religiösen Empfindlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland lebender ausländischer Gruppen und mit uns befreundeter Staaten Rücksicht zu nehmen. Mir geht es nicht darum, die Unabhängigkeit deutscher Medien in Frage zu stellen. Diese Unabhängigkeit sollte sich jedoch nicht in der Weise äußern, daß die religiösen Gefühle fremder Völker verletzt werden können." Vgl. den Drahterlaß Nr. 74; Referat 311, Bd. 139995.

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 286 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

15 Am 2. Oktober 1986 kam es auf der 38. Internationalen Buchmesse in Frankfurt am Main zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern des Ayatollah Khomeini. In der Presse hieß es dazu, es seien drei Personen verletzt und fünf festgenommen worden, „unter ihnen zwei Mitarbeiter der iranischen Botschaft". Vgl. den Artikel „Am Ende war es doch ein Fest"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Oktober 1986, S. 25.

regierung die volle Verantwortung für all diese unfreundlichen Schritte sowie tendenziösen und provokativen Handlungen.

Schlußformel“

B 96 (Referat 601), Bd. 904

47

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff

311-321.00 IRN **19. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Deutsch-iranische Beziehungen;
hier: Folgen der satirischen Sendung „Rudis Tagesshow“[4]

Zweck der Vorlage: Der iranische Botschafter[5] wird gebeten, den Kulturattaché der iranischen Botschaft, Jahanbakhsh Nasser, innerhalb von drei Tagen abzuziehen.

1) Die iranische Regierung hat auf die Bemühungen der Bundesregierung und anderer Stellen, die schädlichen Folgen für das deutsch-iranische Verhältnis zu begrenzen, unangemessen reagiert.

Obwohl wir uns mit dem Ausdruck des Bedauerns mehrfach von der Sendung distanziert haben – so Dg 31 und StM Möllemann gegenüber dem iranischen Botschafter[6] – und StS Meyer-Landrut in einem Schreiben an den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks um Rücksichtnahme auf die religiösen Empfindlichkeiten von Ausländern und befreundeten Staaten gebeten hat[7], hat die iranische Regierung

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok und Vortragendem Legationsrat Eickhoff konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 20. Februar 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 20. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich halte eine Retorsion unter den besonderen Umständen – Geiseln in Beirut, 2. Vorfall – nicht für angemessen.“
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Sudhoff und Ministerialdirigent Schlagintweit an Referat 311 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] V[er]m[erk] BM.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vorgelegen.
Hat Schlagintweit vorgelegen.

4 Vgl. dazu Dok. 46.

5 Mohammad Djavad Salari.

6 Ministerialdirigent Schlagintweit erklärte in einem Telefonat mit dem iranischen Botschafter Salari am Abend des 15. Februar 1987, dieser „könne seiner Regierung berichten, daß die Bundesregierung sich von derartigem Umgang mit fremden Staats- und Religionsoberhäuptern distanziere und sie in keiner Form billige“. Vgl. den Vermerk Schlagintweits vom 16. Februar 1987; Referat 311, Bd. 139995.
Zum Gespräch des Staatsministers Möllemann mit Botschafter Salari am 17. Februar 1987 vgl. Dok. 46, Anm. 13.

7 Zum Schreiben des Staatssekretärs Meyer-Landrut vom 17. Februar 1987 an den Intendanten des WDR, Nowottny, vgl. Dok. 46, Anm. 13.

– den Ständigen Vertreter des Botschafters in Teheran, BR I Henatsch, und
– den Kulturreferenten der Botschaft, LR Overfeld, ausgewiesen.

Außerdem hat Ministerpräsident Mussawi am 18.2.1987
– die Schließung unseres Goethe-Institutes in Teheran bekanntgegeben,
– die Überprüfung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland angekündigt und
– von einem feindlichen Akt der Bundesregierung und einer rassistischen und faschistischen Politik gesprochen.

Ferner fand am 18.2.1987 eine organisierte feindselige Demonstration vor unserer Botschaft in Teheran statt.

2) Die Motive für diese Überreaktion sind im innen- und außenpolitischen Feld zu suchen:
– Khomeini ist die Symbolfigur eines neuen, vielleicht nicht ganz organischen, religiös fundierten Selbstbewußtseins der Iraner. Wird er nicht nur angegriffen, sondern lächerlich gemacht, so trifft das wahrscheinlich tiefe Schichten des iranischen Selbstwertgefühls.
– Starke Kräfte der religiösen Revolution wollen eine drastische Abschottung des Landes von westlichen Einflüssen. Die Carrell-Sendung gibt ihnen einen willkommenen Anlaß, nach den USA, GB und Frankreich auch tiefe Gräben zu uns aufzureißen.
– Unsere Duldung der iranischen Opposition, die Behandlung iranischer Studenten (Verbot des Nachzugs der Ehefrauen) sowie die Zurückweisung iranischer Wünsche (Lieferung von Ausrüstungen für das geplante Kernkraftwerk Bushehr[8], Verkauf von U-Booten[9]) haben beträchtlichen Ärger aufgestaut.

8 Die Kraftwerk Union AG (KWU) und die Atomic Energy Organisation Iran (AEOI) schlossen am 1. Juli 1976 einen Vertrag über die Errichtung von zwei Kernkraftwerken in Bushehr mit einem Auftragswert von ca. 7,8 Mrd. DM. Nach der Ausrufung der Islamischen Republik Iran am 1. April 1979 kam es zu Zahlungsverzögerungen, so daß die KWU den Vertrag mit Wirkung vom 1. Juni 1979 kündigte. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 39.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner führte am 16. Februar 1987 aus, daß die KWU seit Sommer 1986 mit der iranischen Atomenergiebehörde über den Weiterbau von Bushehr verhandle: „Dieses Konzept sieht den Weiterbau durch ein internationales Konsortium (KWU mit spanischen und argentinischen Partnern) vor." Das Auswärtige Amt habe wiederholt deutlich gemacht, „daß die Bundesregierung sich für die Dauer des Krieges zwischen Iran und Irak zu einer Genehmigung für Ausfuhren von kritischen, ausfuhrgenehmigungspflichtigen Nuklearkomponenten nicht in der Lage sieht". Am 16. Januar 1987 habe die KWU mitgeteilt, „daß ein Expertenteam des rheinisch-westfälischen TÜV/Essen, welcher 1985 mit der iranischen Atomenergiebehörde einen Beratervertrag abgeschlossen hatte, für die Zeit ab Ende Februar 1987 einen etwa dreimonatigen Aufenthalt auf der Bushehr-Baustelle plane, um sicherheitstechnische Begutachtungsarbeiten durchzuführen." KWU-Mitarbeiter sollten diese Mission vor Ort unterstützen. Das Auswärtige Amt habe daraufhin beide Firmen über die irakische Demarche vom 19. Januar 1987 gegen den Weiterbau von Bushehr unterrichtet und daran erinnert, daß die Baustelle bereits mehrfach von der irakischen Luftwaffe angegriffen worden sei. Verstärkte iranische Kritik sei nicht ausgeschlossen, „falls sich aufgrund unserer Hinweise gegenüber KWU und TÜV der Weiterbau von Bushehr weiter verzögert oder wenn die TÜV-Mission verschoben werden sollte". Vgl. Referat 431, Bd. 153263.

9 Zur Frage der Lieferung von U-Booten an den Iran vgl. AAPD 1985, II, Dok. 276.
Referat 424 legte am 17. Juli 1987 dar, solange der irakisch-iranische Krieg andauere, genehmige die Bundesregierung keine Waffenlieferungen in die beteiligten Länder: „Die Verlängerung der Herstellungsgenehmigung von 1978 (nicht Exportgenehmigung) für zu Schah-Zeiten bestellte sechs U-Boote der Firma HDW, die bis 30.9.1985 befristet war, wurde vom BSR abgelehnt, da das Ende

3) Die iranische Reaktion bringt die bilateralen Beziehungen in eine schwere Krise. Diese Krise muß nicht von Dauer sein. Wir sollten daher selbstbewußt, aber besonnen reagieren. Die Iraner sollten weder weiter gereizt werden, noch dürfen sie den Eindruck erhalten, wir wollten unter allen Umständen gut Wetter machen. Ein solcher Eindruck würde auch unseren Geiseln im Libanon[10] weniger nutzen als eine feste und klare Politik gegenüber Iran. Die Iraner sind durchaus in der Lage, über verschiedene Kanäle verschiedene Sprachen zu sprechen.

4) Daher sollten wir zunächst nur die Ausweisung deutscher Diplomaten beantworten, allerdings vorerst nur durch eine iranische Ausweisung. Chef Protokoll[11] sollte den iranischen Botschafter bitten, den Kulturattaché der iranischen Botschaft, Jahanbakhsh Nasser, innerhalb von drei Tagen abzuziehen.

Falls das Goethe-Institut in Teheran tatsächlich geschlossen wird, sollte dem iranischen Botschafter mitgeteilt werden, daß während der Zeit der Schließung des Goethe-Institutes auch nicht mit der – von Teheran angestrebten – Eröffnung eines iranischen „Hafez-Institutes" in Bonn zu rechnen ist.[12]

Referat 601 hat telefonisch mitgezeichnet.

Sudhoff

Referat 311, Bd. 139995

Fortsetzung Fußnote von Seite 217

des iranisch-irakischen Krieges nicht abzusehen war. Der Iran hat bisher nicht die Rückzahlung der bereits in Höhe von 231 Mio. DM geleisteten Anzahlung verlangt. Nach Firmenangaben stehen dem Selbstkosten i[n] H[öhe] v[on] DM 343 Mio. gegenüber." Vgl. Referat 424, Bd. 145845.

10 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 34.

11 Werner Graf von der Schulenburg.

12 Am 11. Mai 1987 resümierte Ministerialdirektor Witte für Staatssekretär Meyer-Landrut: „Unsere Hoffnung, die iranische Regierung werde auf die Schließung des G[oethe-]I[nstituts] […] letztlich verzichten, hat sich nicht erfüllt. Am 30. März 1987 wurde unsere Botschaft aufgefordert, für die Einstellung der Tätigkeit des GI und die alsbaldige Ausreise der beiden verbliebenen entsandten Mitarbeiter (Leiter und Verwaltungsleiter) Sorge zu tragen." Für die Bundesrepublik habe sich die bisher gezeigte Geduld nicht ausgezahlt. Doch die Reaktionsmöglichkeiten seien beschränkt: „a) Nichtzulassung des geplanten iranischen Kulturinstituts (Hafez-Institut) in der Bundesrepublik Deutschland vor Wiedereröffnung des GI in Teheran. Dies ist der iranischen Seite bereits mitgeteilt und von ihr offenbar einkalkuliert worden. Es gibt Informationen, daß eine Institutsgründung aus fiskalischen Gründen ohnehin fraglich geworden war. b) Ausweisung eines Angehörigen der hiesigen iranischen Botschaft. Ein solcher Schritt ist allerdings problematisch, da seit offizieller Ankündigung der Schließung des GI durch den iranischen MP inzwischen 12 Wochen vergangen sind, dadurch die bereits eingeleitete kurzfristige Ersetzung unserer beiden ausgewiesenen Botschaftsangehörigen durch zwei andere Bedienstete gefährdet würde; die Funktionsfähigkeit unserer Teheraner Botschaft bliebe dann eingeschränkt; c) Rücknahme von Stipendienzusagen an iranische Stipendiaten in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Stornierung oder Kürzung dieses Angebots durch uns wäre kontraproduzent, da wir dadurch teilweise junge Iraner strafen würden, die wir durch ihren Deutschlandaufenthalt für uns gewinnen wollen und auf die wir für die weitere Zusammenarbeit angewiesen sind." Vgl. B 96 (Referat 601), Bd. 904.

48

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt

500-503.30/1 VS-NfD **19. Februar 1987**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2] zur Unterrichtung

Betr.: Weiteres Vorgehen in Sachen Zusatzprotokolle 1977[3]

1) Die US-Administration hat sich in diesen Tagen endgültig gegen die Ratifizierung des I. Zusatzprotokolls ausgesprochen. Sie hat dies in sehr harter Form getan. Zitate aus dem Brief Präsident Reagans an den Senat:

„Protocol I is fundamentally and irreconcilably flawed. … It would give special status to ‚wars of national liberation', an ill-defined concept expressed in vague, subjective, politicized terminology. … A number of the provisions of the Protocol are militarily unacceptable. … We cannot allow other nations of the world, however numerous, to impose upon us and our allies and friends an unacceptable and thoroughly distasteful price for joining a convention drawn to advance the laws of war. … The repudiation of Protocol I is one additional step, at the ideo-

1 Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ich stimme zu, daß zunächst mit USA und GB weiter sondiert wird. 2) Wir müssen danach aber möglichst bald die Konsultationen in den zuständigen NATO-Gremien fortsetzen, da wir an einer einheitlichen Praxis aller Stationierungsmächte in D interessiert sind. 3) Deshalb und auch im Hinblick auf innenpolitische Diskussion sollte Vorlage mit Optionen möglichst bald vorgelegt werden."

2 Hat Bundesminister Genscher am 1. März 1987 vorgelegen, der im handschriftlichen Vermerk von Staatssekretär Ruhfus die Wörter „Vorlage mit Optionen" hervorhob und dazu handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]".
Hat Oberamtsrat Kusnezow vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Oesterhelt an Referat 500 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 9. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zunächst dem Herrn Staatssekretär vorzulegen."
Hat Staatssekretär Ruhfus am 9. Juni 1987 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Hellbeck am 10. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Rücklauf b[ei] Dg 51 am 10.6.87."
Hat Ministerialdirektor Oesterhelt am 11. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 500 verfügte.
Hat Oesterhelt am 16. Juni 1987 erneut vorgelegen, der „W[ieder]V[orlage] 3.7." verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hillgenberg am 15. Dezember 1988 erneut vorgelegen, der für Oesterhelt handschriftlich vermerkte: „Ist am 14.12.88 bei 500 so eingegangen. M. E. überholt durch spätere Aufzeichnung."
Hat Ministerialdirigent Eitel am 16. Dezember 1988 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 500 verfügte.
Hat Hillgenberg am 17. Dezember 1988 erneut vorgelegen.

3 Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.
Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.
Die Bundesrepublik zeichnete die Zusatzprotokolle am 23. Dezember 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 344 und Dok. 361.
Zur Ratifizierungsdebatte vgl. AAPD 1986, I, Dok. 63.

logical level so important to terrorist organizations, to deny these groups legitimacy as international actors."[4]

Es ist nicht anzunehmen, daß die USA ihren Standpunkt kurz- oder mittelfristig revidieren werden. In dieser Bewertung sind wir uns mit den Briten einig.

2) Im Bündnis haben damit vier Staaten das I. Zusatzprotokoll ratifiziert (Norwegen, Dänemark, Italien und Belgien[5]), ein Staat steht knapp davor (Niederlande[6]), drei Staaten werden nicht ratifizieren (Türkei, Frankreich[7] und die USA). Großbritannien hat das Zustimmungsverfahren eingeleitet. Mit einer Ratifikation ist jedoch – wenn überhaupt – frühestens nach den nächsten Wahlen[8] zu rechnen.

3) Die Bundesregierung hat im Deutschen Bundestag mehrfach erklärt, daß für sie eine Ratifikation der beiden Zusatzprotokolle erst nach der Ratifikation durch eine Nuklearmacht des Bündnisses, de facto Großbritannien, in Frage komme. Unsere internen Vorarbeiten (Denkschrift etc.) sind seit 1983 praktisch abgeschlossen.

Einerseits haben sich die politischen und rechtlichen Vorbedingungen für eine Ratifikation im Laufe der letzten Monate verbessert. Das IKRK ist nunmehr ebenfalls auf die von uns seit langem vertretene Linie eingeschwenkt, daß die neuen Regeln des I. Zusatzprotokolls auf Nuklearwaffen keine Anwendung finden (Grundlage der beabsichtigten „Nuklearerklärung"). Auch widerlegt die Haltung der USA die Behauptungen derjenigen, die meinten, daß die USA bereits seit langem den Inhalt des I. Zusatzprotokolls als Völkergewohnheitsrecht betrachteten. Daraus war die Schlußfolgerung gezogen worden, daß Einschränkungen der darin enthaltenen Verpflichtungen gar nicht möglich seien und daß im übrigen die neuen Regeln des I. Zusatzprotokolls auch auf Nuklearwaffen Anwendung finden müßten.

Andererseits verzögert sich voraussehbar die Ratifikation durch Großbritannien weiter und damit auch der Eintritt der von uns aufgestellten Bedingung. Außerdem werden Kritiker der Zusatzprotokolle auch bei uns fragen, ob die Bundesrepublik Deutschland es sich leisten könne, einen Vertrag zu ratifizieren, der von der Vormacht des Bündnisses in derart vehementer Weise kritisiert wird.

4) Eine bedauerliche Konsequenz ergibt sich für die NATO. Es ist absehbar, daß, wie immer auch die Bundesrepublik Deutschland sich entscheiden wird, die NATO-Partner weiter in zwei Kategorien zerfallen werden: solche, die ratifiziert

4 Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Reagan vom 29. Januar 1987 an den amerikanischen Senat vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 88 f.

5 Norwegen ratifizierte am 14. Dezember 1981 die Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949, Dänemark am 17. Juni 1982, Italien am 27. Februar 1985 und Belgien am 20. Mai 1986.

6 Legationsrat I. Klasse Witschel vermerkte am 27. Juli 1987, die Schweiz als Depositarmacht habe mit Note vom 10. Juli 1987 mitgeteilt, „daß die Niederlande Zusatzprotokoll I und II ratifiziert haben. NL hat dabei eine Nuklearerklärung abgegeben, die vom Text der im NATO-Rahmen abgestimmten Erklärung abweicht", sich allerdings stärker an den NATO-Text anlehne als die Erklärung Belgiens. Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1298.

7 Frankreich trat am 24. Februar 1984 lediglich dem Zusatzprotokoll II vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 bei; eine Ratifizierung von Zusatzprotokoll I lehnte die französische Regierung wegen der Nuklearproblematik ab.

8 Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.

haben, und solche, die dies nicht getan haben. Dies muß für die integrierte Bündnisstruktur Schwierigkeiten mit sich bringen. Noch hat kein Staat des Warschauer Pakts ratifiziert. Das heißt, daß auch die NATO-Partner, die ratifiziert haben, vorerst im Verhältnis zu den Warschauer-Pakt-Staaten keinen besonderen Beschränkungen aus den Zusatzprotokollen unterliegen. Dies kann sich aber ändern. In der Bundeswehr und bei den Militärs in der NATO wird diese Frage zunehmend als ein Problem empfunden.

Es erscheint dringend nötig, konkretere Überlegungen darüber anzustellen, wie man den sich abzeichnenden Schwierigkeiten entgegenwirken könnte. Mittel- und langfristig muß auch überlegt werden, wie ein einheitlicher völkerrechtlicher Bindungsgrad gegenüber potentiellen Konfliktgegnern hergestellt werden kann.

5) Die USA haben uns im Oktober 1986 den Vorschlag gemacht, daß diejenigen NATO-Partner, die die Zusatzprotokolle nicht ratifizieren, sich auf eine „Prinzipienerklärung" einigen.[9] Der Entwurf einer derartigen Prinzipienerklärung weist jedoch schwere Mängel auf. Er bleibt in entscheidenden Punkten so allgemein, daß zu befürchten ist, daß der politische Vorwurf erhoben wird, man wolle auf stillem Wege das humanitäre Kriegsvölkerrecht auf ein Minimum reduzieren. Ferner ist festzustellen, daß rechtlich mit derart allgemeinen Prinzipien die sich abzeichnende Kluft zwischen ratifizierthabenden und nichtratifizierenden NATO-Partnern nicht überbrückt werden kann.

6) Die vorstehend beschriebene Lage war Gegenstand eines intensiven Meinungsaustauschs zwischen dem Chief Legal Adviser des Foreign Office, Sir John Freeland, und mir am 18.2. in London. Der amerikanische Rechtsberater Judge Sofaer wird zu Gesprächen über das gleiche Thema in einer Woche in London erwartet.[10] Auch im Hinblick auf diesen amerikanischen Besuch haben wir die Abstimmung mit den Briten gesucht.

Wir waren uns mit den Briten in der Analyse der Lage völlig einig. Die Frage ist jedoch, wie es weitergehen soll. Dabei müssen wir damit rechnen, daß die USA, nachdem sie sich gegen eine Ratifizierung entschieden haben, ein Interesse daran haben werden, daß auch Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland nicht ratifizieren.

In Absprache mit uns wird Freeland seinem amerikanischen Kollegen voraussichtlich folgendes sagen:

– In Großbritannien sei eine Entscheidung für die Ratifikation der Zusatzprotokolle noch nicht gefallen. Es sei allerdings auch keine Entscheidung gegen die Ratifikation gefallen.

9 Legationsrat I. Klasse Drautz vermerkte am 24. Oktober 1986, bei den deutsch-amerikanischen Konsultationen der Völkerrechtsberater am 20. Oktober 1986 in Bonn habe der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Sofaer, dargelegt, „der vor kurzem übersandte Prinzipienkatalog" solle helfen, eine gemeinsame Haltung zu den Zusatzprotokollen zu den Genfer Abkommen von 1949 zu finden: „Es handele sich um einen ersten Entwurf, welcher nach den Gesprächen der Amerikaner mit den Franzosen zum Thema Zusatzprotokolle entstanden sei. Dieser Prinzipienkatalog müsse nicht neben die Zusatzprotokolle gestellt werden, sondern er könne auch irgendeine andere Form annehmen: Zu denken wäre z. B. an eine Art Präambel zu einem Grundsatzbericht innerhalb der NATO, welcher die entsprechenden Änderungen in den Dienstanweisungen beinhalte." Vgl. Referat 201, Bd. 143376.

10 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Sofaer, hielt sich am 26. Februar 1987 in Großbritannien auf.

– Die von amerikanischer Seite vorgeschlagene Prinzipienerklärung halte Großbritannien nicht für den geeigneten Weg, um den bestehenden Problemen zu begegnen.
– Großbritannien rege an, daß sich zunächst die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und die USA auf der Ebene der Leiter der Rechtsabteilungen träfen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Anschließend könnten weitere NATO-Partner beteiligt werden. Ziel sollte es sein, zu entscheiden, durch welches Verfahren den sich abzeichnenden Problemen in der NATO begegnet werden kann. Dabei ist von militärischer Seite – sowohl in den USA als auch in Großbritannien und bei uns – schon seit längerer Zeit daran gedacht, zumindest die Militärhandbücher einander so anzugleichen, daß praktisch in allen kritischen Punkten Übereinstimmung besteht. Trotz unterschiedlicher völkerrechtlicher Bindung der Bündnispartner könnte auf diese Weise eine Anhebung wichtiger Kampfführungsbestimmungen auf das Niveau des I. Zusatzprotokolls bewirkt werden. Für die nichtratifizierthabenden Staaten würde dies, soweit über das geltende Gewohnheitsrecht in Richtung Zusatzprotokolle hinausgegangen wird, ein freiwilliger Schritt sein.
– Zu einem späteren Zeitpunkt solle dann darüber nachgedacht werden, wie eine entsprechende Bindung gegenüber Warschauer-Pakt-Staaten hergestellt werden könnte, falls diese ratifizieren (viele der amerikanischen Einwände beziehen sich offensichtlich auf außereuropäische Sachverhalte und Sorgen; eine gewisse Hoffnung besteht, daß die USA bezogen nur auf Europa weniger restriktiv sein könnten).

7) Weitere Vorlage mit Optionen folgt im Lichte des Ergebnisses der britisch-amerikanischen Besprechungen und der anschließend möglicherweise stattfindenden trilateralen Abstimmung mit den USA.[11]

Oesterhelt

B 80 (Referat 500), Bd. 1298

11 In einer Aufzeichnung für Staatssekretär Ruhfus legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hillgenberg am 17. Juli 1987 dar, die trilateralen Konsultationen mit Großbritannien und den USA seien am 1. Juli 1987 in London abgeschlossen worden. Es sei gelungen, „ratifizierende und nichtratifizierende NATO-Länder auf das Ziel der Vermeidung von Interoperabilitätsproblemen durch Angleichung militärischer Dienstvorschriften festzulegen; politische Bedenken (Vorwurf der USA, Z[usatz]P[rotokoll] I fördere den Terrorismus) auszuklammern; militärische Bedenken, insbesondere der amerikanischen Joint Chiefs of Staff, sachlich anzugehen und den Vorwurf zu entkräften, ZP I sei wegen dieser Bedenken nicht ratifizierbar; die gemeinsame Haltung erneut zu bekräftigen, daß die von ZP I eingeführten Regeln auf Nuklearwaffen nicht anwendbar sind". Die bisherige Haltung der Bundesregierung habe Bestand. Wenn sich Großbritannien Ende des Jahres für eine Ratifizierung entscheide, könne die Bundesregierung „mit der Vorlage eines Vertragsgesetzes vorangehen. Die hierzu innerstaatlich erforderlichen Vorkehrungen sind weitgehend getroffen." Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1298.

49

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem finnischen Außenminister Väyrynen

20. Februar 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem finnischen Außenminister Väyrynen am Freitag, den 20. Februar 1987[2]

AM *Väyrynen* überbringt zunächst die persönlichen Grüße von Staatspräsident Koivisto und Ministerpräsident Sorsa und fügt hinzu, seine Regierung würde es begrüßen, wenn der Kontakt nach den bevorstehenden Wahlen in Finnland[3] fortgesetzt werden könne. Im übrigen wolle er den Herrn Bundeskanzler zum Erfolg in den letzten Bundestagswahlen[4] beglückwünschen.

Der *Bundeskanzler* heißt AM Väyrynen herzlich willkommen und bittet, seinerseits dem finnischen Staatspräsidenten und Ministerpräsident Sorsa seine herzlichen Grüße zu übermitteln. Er denke immer noch gerne an die politischen Gespräche mit beiden zurück.[5] Im übrigen freue er sich, daß AM Väyrynen trotz des derzeitigen Wahlkampfes in Finnland den Weg nach Bonn gefunden habe.

Die deutsch-finnischen Beziehungen, fährt der Bundeskanzler fort, seien problemlos. Es gebe nur wenige Länder in der Welt, zu denen die Deutschen eine so emotionale Bindung hätten wie Finnland. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien neue Bindungen in Europa gewachsen, insbesondere zu Frankreich. Aber die Beziehungen zu Finnland seien immer noch etwas Besonderes. Hinzu komme ein großer Respekt vor der Leistung Finnlands, das in einer ungewöhnlich schwierigen geopolitischen Lage seine Probleme meistere.

AM *Väyrynen* erwidert, die deutsch-finnischen Beziehungen seien ausgezeichnet. Die großen Sympathien bestünden auf beiden Seiten und beschränkten sich

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 20. Februar 1987 über Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet mit der Bitte, „diesen Vermerk dem Auswärtigen Amt zuleiten zu dürfen".
Hat Schäuble am 5. März 1987 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja." Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Der finnische Außenminister Väyrynen hielt sich am 19./20. Februar 1987 in der Bundesrepublik auf. Am 19. Februar 1987 führte er ein Gespräch mit Bundesminister Genscher, in dessen Mittelpunkt die Ost-West-Beziehungen, insbesondere Abrüstungsfragen, die Reformpolitik in der UdSSR sowie europapolitische Fragen standen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 205, Bd. 135421.
Ein weiteres Gespräch führten Genscher und Väyrynen am Morgen des 20. Februar 1987 zu bilateralen Fragen sowie zur Lage im Nahen Osten und in Zentralamerika. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 205, Bd. 135421.

3 Am 15./16. März 1987 fanden in Finnland Parlamentswahlen statt. Am 30. April 1987 wurde eine neue Regierung unter Ministerpräsident Holkeri gebildet, der der bisherige Ministerpräsident Sorsa als Außenminister angehörte.

4 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

5 Bundeskanzler Kohl, Präsident Koivisto und Ministerpräsident Sorsa nahmen am 15. März 1986 in Stockholm an der Trauerfeier für den am 28. Februar 1986 ermordeten Ministerpräsidenten Palme teil. Vgl. dazu den Artikel „Viele Politiker nutzen Trauerfeier für Palme zu politischen Gesprächen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. März 1986, S. 2.

nicht nur auf die Regierung, sondern seien auch in der Bevölkerung verwurzelt. Man habe in Deutschland stets großes Verständnis und Unterstützung gefunden. Besonders wichtig für das bilaterale Verhältnis sei die handelspolitische Entwicklung. Die finnische Seite sei zudem in hohem Maße daran interessiert, daß durch die weitere Integration der Europäischen Gemeinschaft keine neuen Barrieren im Verhältnis zur EFTA und zu Finnland geschaffen würden.

Der *Bundeskanzler* greift diesen Gedanken auf und erklärt, für uns sei die Entwicklung der EG ein entscheidendes Element der Zukunft. Er habe sich jedoch stets dagegen gewandt, die Europäische Gemeinschaft mit Europa gleichzusetzen. Die EG sei nur ein Teil Europas, und er werde daher keine Politik mitmachen, die einen Teil der Europäer ausgrenze.

AM *Väyrynen* begrüßt diese Klarstellung und weist darauf hin, daß für die EG der Außenhandel mit den EFTA-Ländern vom Volumen her bedeutender ist als mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

AM Väyrynen greift sodann den Vorschlag des Bundeskanzlers auf und legt seine Einschätzung der Entwicklung in der Sowjetunion dar. Finnland verfolge genau, was sich derzeit in der Sowjetunion abspiele, und er würde nicht zögern, für diese Entwicklung den Begriff „Revolution" zu verwenden, denn die Reformen, die Gorbatschow durchführen wolle – beispielsweise im Bereich der Wirtschaft –, würden die Struktur des derzeitigen Systems nachhaltig ändern.

Allerdings müsse er gleichzeitig sagen, daß sich gerade auch im Bereich der Wirtschaft noch keine positiven Ergebnisse abzeichneten, sondern es im Gegenteil noch viele Unklarheiten gebe. Er sei aber sicher, daß, wenn die geplanten Änderungen in Gang kämen, die sowjetische Wirtschaft in Zukunft besser als im Rahmen des bisherigen zentralistischen Systems funktionieren werde.

Daß es nach wie vor Schwierigkeiten gebe, könne man am besten an der Problematik der „Joint-ventures" mit westlichen Firmen ablesen. Hier hätten einige finnische Unternehmen bereits entsprechende Verträge unterzeichnet, aber die Durchführung brauche noch Zeit.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch wir beobachteten die Entwicklung in der Sowjetunion mit großer Aufmerksamkeit. Die Sowjetunion sei unser wichtigster Nachbar im Osten. Außerdem müßten 17 Mio. Deutsche unter sowjetischer Hegemonie leben, und schließlich gebe es noch das Problem Berlin. Eine Veränderung der Lage innerhalb der Sowjetunion bringe daher zwangsläufig auch Veränderungen mit sich, die uns direkt beträfen.

Sein Eindruck sei, daß wir in den nächsten Jahren vor einer schicksalhaften Entwicklung stünden. Zum ersten Mal bestehe eine reelle Chance, in der Abrüstung ein Stück weiterzukommen. Dies unterstützten wir nachdrücklich, denn wir trügen die Hauptlast der Verteidigung in Europa. Zudem könnten wir unser Geld sowohl für uns selbst als auch für die bedürftigen Länder der Dritten Welt besser verwenden.

In der Abrüstung müsse man allerdings in allen Bereichen vorankommen, nicht nur bei den Raketen, sondern auch bei den konventionellen Waffen. Er sei überzeugt, daß Präsident Reagan trotz aller Schwierigkeiten auf diesem Feld noch etwas bewirken wolle. Er rate daher sowjetischen Gesprächspartnern ab, auf den nächsten amerikanischen Präsidenten zu warten. SDI sei nicht das

wirkliche Problem in den Abrüstungsverhandlungen, denn die Sowjets arbeiteten an einem vergleichbaren System, nur psychologisch geschickter.

Die große Frage sei, ob sich Gorbatschow durchsetzen könne. Denn in der Tat sei es so, daß er versuche, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Um die derzeitige Entwicklung beurteilen zu können, müsse man sich den Verlauf der russischen Geschichte vor Augen halten. Seit Peter dem Großen habe Rußland immer wieder versucht, seine Gesellschaft effektiver zu gestalten, was auch eine Änderung der Menschen erfordere.

Wenn sich die Sowjetunion heute der Hochtechnologie öffne, so brauche sie entsprechend ausgebildete und eingestellte Leute. Das heißt, es müßten Anreize, entweder materieller oder immaterieller Art, geschaffen werden. Hier beginne das Problem für Gorbatschow, insbesondere bei der Frage, ob er mehr Freiheiten einräumen könne.

Er habe vor drei Jahren mit Deng Xiaoping in Peking über die Frage gesprochen, ob das chinesische Modell auf die Sowjetunion übertragbar sei.[6] Deng Xiaoping habe erwidert, für die Sowjetunion würde dies größere Probleme aufwerfen, da sie gleichzeitig auf die Entwicklungen in den anderen Ostblockländern Rücksicht nehmen müsse. In der Tat sei auffallend, wie stark die derzeitige Entwicklung bspw. die Regierungen in Prag und Ost-Berlin beunruhige.

Er wünsche, daß Gorbatschow Erfolg habe, man könne aber heute noch nicht sagen, ob er sich durchsetzen werde. Auch Chruschtschow habe schon einmal Reformen versucht. Vielleicht bestehe die Chance Gorbatschows darin, daß die heutigen Sowjetbürger, von denen über 60% nach Stalin geboren seien, eine andere Einstellung mitbrächten. In jedem Fall sei es eine atemberaubende Entwicklung, mit der man zu tun habe.

AM *Väyrynen* erwidert, er glaube, daß Gorbatschow Erfolg haben und es ihm gelingen werde, die sowjetische Gesellschaft zu ändern, weil dies eine geschichtliche Notwendigkeit sei. Es gebe heute genügend Menschen in der Sowjetunion, die dies einsähen. Wenn es der Sowjetunion nämlich nicht gelinge, Anschluß an die technologische Entwicklung zu finden, werde sie weiter zurückfallen. Sie müsse sich erneuern, wenn sie eine Großmacht bleiben wolle.

Gorbatschow habe den klaren Willen, die Macht in der Wirtschaft zu dezentralisieren. Das werde auch die Möglichkeit einer begrenzten privatwirtschaftlichen Betätigung einschließen. Auch werde es bei der Auswahl von Parteifunktionären künftig mehr Einfluß von unten geben. Alles zusammen bedeute, daß man es wirklich mit einer revolutionären Entwicklung zu tun habe.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei zugleich das Problem für Gorbatschow. Allerdings sei auch richtig, daß die Sowjetunion nur im militärischen Bereich eine Weltmacht sei, während sie in anderen Bereichen große Schwächen aufweise.

AM *Väyrynen* stimmt dem zu und ergänzt, die Sowjetunion müsse allerdings auch sehen, daß sie ihre militärische Macht gefährde, wenn sie ihre Wirtschaft nicht in Ordnung bringe.

6 Bundeskanzler Kohl führte am 10. Oktober 1984 in Peking ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 274.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem ausdrücklich zu.

AM *Väyrynen* fährt fort, er selber gehe davon aus, daß man in den Abrüstungsverhandlungen Erfolge erzielen werde. Er frage sich allerdings, was die mögliche Folge für das Kräfteverhältnis in Europa sein könnte. Wenn bspw. die Mittelstreckensysteme abgezogen würden, könne sich das Verhältnis zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland zugunsten der Deutschen ändern, da deren konventionelle Stärke dann mehr zum Tragen komme.

Der *Bundeskanzler* erklärt, zunächst müsse man sehen, daß die britischen und französischen Systeme in den Abrüstungsverhandlungen außer Betracht blieben. Dies unterstütze er ausdrücklich, denn wir hätten ein eigenes Interesse daran, daß die französische „Force de frappe" erhalten bleibe.

Richtig sei, daß wir der Null-Lösung bei den Mittelstreckensystemen zugestimmt hätten. Gleichzeitig müsse man allerdings sehen, daß ein enger Zusammenhang mit anderen Bereichen bestehe. Insbesondere müsse auch über die Lage im konventionellen Bereich gesprochen werden.

Er sei entschieden für eine kontrollierte Abrüstung, und zwar für eine weltweite Abrüstung, wenn dies gehe, aber als Ergebnis dürften wir nicht weniger Sicherheit haben als vorher. Abrüstung sei kein Selbstzweck.

Im konventionellen Bereich sei die Diskrepanz besonders groß. Man starre ständig auf die Raketen, tatsächlich seien aber auch die modernen konventionellen Waffen furchtbar. Der Bundeskanzler legt dies im einzelnen anhand der Feuerkraft der modernen Artillerie dar und weist u. a. darauf hin, daß sich dadurch die strategische Lage an der Ostsee dramatisch verändert habe. Dort könnten bspw. keine Überwasserkampfschiffe mehr eingesetzt werden, weil sie der Zerstörung durch Artillerie ausgesetzt seien.

Bei der Diskussion über konventionelle Abrüstung müsse auch das Problem der „Tiefe des Raumes" berücksichtigt werden. Hier gebe es eindeutig eine Benachteiligung der NATO gegenüber den Kräften des Warschauer Paktes. Wie stark teilweise die zahlenmäßigen Diskrepanzen sind, erläutert der Bundeskanzler am Beispiel der Fallschirmjägertruppen. Die Sowjetunion habe 150 000 Fallschirmjäger zur Verfügung, die NATO komme zusammengerechnet höchstens auf 20 000 Mann.

Er wolle aber auch noch einen weiteren Punkt offen ansprechen. Es sei nicht unser Interesse, daß sich innerhalb der NATO die Balance zugunsten der Bundesrepublik Deutschland verschiebe. Hier müsse die Sensibilität unserer Nachbarn in Rechnung gestellt werden. Solange es bspw.[7] die französische „Force de frappe" gebe, fühle sich Frankreich durch eine starke Bundeswehr nicht beunruhigt. Wenn es die „Force de frappe" nicht mehr gebe, entstehe für Frankreich eine ganz neue Lage, wobei man noch bedenken müsse, daß die Franzosen sich gleichzeitig einer wirtschaftlich starken Bundesrepublik gegenübersähen.

Um die Problematik noch einmal zusammenzufassen: Die Beseitigung der Nuklearsysteme dürfe Krieg in Europa nicht wieder führbar machen. In der Bundesrepublik Deutschland seien zwar sehr viele Waffen angehäuft – und

7 Korrigiert aus: „Solange bspw."

wir wollten diese auch reduzieren –, andererseits dürfe man nicht vergessen, daß wir diesen schrecklichen Waffen 40 Jahre Frieden verdankten. Wenn es nur noch die konventionellen Waffen gebe, würde dies die Kriegsgefahr erhöhen. Dies bedeute nicht unbedingt, daß man dann auf einen heißen Krieg zusteuere, aber es ließen sich dann Druck und Angst erzeugen.

AM *Väyrynen* erklärt, wenn die Analyse stimme, wonach die Sowjetunion interessiert sei, in der Abrüstung Fortschritte zu erzielen, müsse die Sowjetunion besonderes Interesse an konventioneller Abrüstung haben, denn konventionelle Waffen seien wesentlich teurer als Kernwaffen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies sei richtig. Allerdings müsse man hierbei auch die irrationalen Elemente berücksichtigen. Die Russen – er benutze diesen Ausdruck bewußt – hätten zweimal erleben müssen, daß eine Armee aus dem Westen bis Moskau vorgestoßen sei. Hier gebe es ein Sicherheitsbedürfnis, dem man Rechnung tragen müsse. Dies sage er im übrigen auch immer wieder den Amerikanern, die für diesen Aspekt weniger Verständnis hätten, denn sie lebten seit jeher in gesicherten Grenzen.

Die Sowjetunion habe demgegenüber keine natürlichen Grenzen und versuche daher seit Peter dem Großen, ihr Glacis nach Westen zu verschieben. Im übrigen benötigten die Sowjets – wie jede Diktatur – auch ein Feindbild. Hierfür würden sich im besonderen Maße die Deutschen eignen. Er werde in der Regierungserklärung[8] zu diesem Komplex einiges sagen. Dabei werde er ein klares Angebot zur Zusammenarbeit machen, aber ohne jede Spur der Unterwerfung. Insofern halte er es mit dem finnischen Marschall Mannerheim.

AM *Väyrynen* dankt dem Bundeskanzler abschließend für das Gespräch.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

8 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. März 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

50

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

412-401.01/14 **23. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Information

Betr.: Internationale Wirtschafts- und Währungspolitik;
hier: Treffen der G5 am Samstag, dem 21.2.87, und der G7 am Sonntag, dem 22.2.87, (außer I) in Paris

Kurzfassung

I. 1) Die Finanzminister und Notenbankchefs der G5/G7 (ohne Italien) stellten bei ihrem Treffen in Paris (21./22.2.1987) fest, daß die gegenwärtigen Wechselkurse ihrer Währungen weitgehend den zugrundeliegenden ökonomischen Faktoren entsprechen.

Sie beschlossen deshalb, entsprechend dieser wirtschaftlichen Ausgangslage die Kurse auf ihrem derzeitigen Niveau zu stabilisieren. Formelle „Referenz-Zonen" wurden nicht eingerichtet.

Im übrigen verpflichteten sich die Teilnehmer für ihre jeweiligen Länder zu bestimmten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen:

– Kanada, Frankreich, Großbritannien: u.a. Rückführung der Haushaltsdefizite; Steuersenkungen bzw. Reformen;
– Japan: Stimulierung der Binnennachfrage; Senkung des Diskontsatzes um 1/2%;
– USA: Senkung des Haushaltsdefizits von derzeit 3,9% des BSP auf 2,3% 1988; Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Exportwirtschaft;
– Deutschland: zusätzliche Steuersenkungen im Jahre 1988.

Die Ergebnisse des Treffens entsprechen den Erwartungen. Die Teilnehmer[4] bewerten es als Erfolg.

2) Andererseits ist zu beachten:

– Die Finanzminister und Notenbankchefs können zwar Zusagen erteilen. Über deren Einhaltung entscheiden aber, wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten, häufig andere.[5]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Linden konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 24. Februar 1987 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher am 26. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 26. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 412 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 26. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Trumpf am 27. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D4 n[ach] R[ückkehr]."
Hat Jelonek am 1. März 1987 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 3. März 1987 erneut vorgelegen.
4 Das Wort „Teilnehmer" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Offenbar nur diese!"
5 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „r[ichtig]".

– Insbesondere wird auf den Devisenmärkten Skepsis zum Ausdruck gebracht hinsichtlich der amerikanischen Zusage zur Verminderung des US-Haushaltsdefizits, die den Zielgrößen des Gramm-Rudman-Gesetzes[6] entspricht[7], weil jetzt schon feststeht, daß diese mit großer Wahrscheinlichkeit nicht eingehalten werden können.[8]
– Das Gleiche gilt für die vorgesehene Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Exportwirtschaft. Es gibt keinen Hinweis dafür, daß durch administrative Maßnahmen das US-Handelsbilanzdefizit entscheidend verringert werden könnte.[9]
– Insgesamt wird deshalb das Pariser Abkommen die Devisenmärkte möglicherweise kurzfristig beruhigen. An den der Dollarschwäche zugrundeliegenden wirtschaftlichen Faktoren ändert es nichts.

3) Ein besonderes Problem ist die italienische Drohung, daß der Wirtschaftsgipfel von Venedig[10] nicht abgehalten werden könne, wenn keine Klarstellung hinsichtlich der italienischen Beteiligung bei künftigen Treffen entsprechend dem auf dem Tokioer Wirtschaftsgipfel[11] erzielten Einverständnis erreicht werde. Eine Absage des Wirtschaftsgipfels durch die Italiener dürfte aber unwahrscheinlich sein.

II. Im einzelnen

1) Nachdem I bereits im Dezember 1986 zu einem Treffen der G7 zur Vorbereitung des Venedig-Gipfels eingeladen und Japan ein G5er-Treffen im Januar angeregt hatte, fand nach zahlreichen vorbereitenden Kontakten am 21.2.1987 ein informelles Treffen der G5 und am 22.2.87 ein Treffen der G7 statt, allerdings ohne Italien, das seine Teilnahme kurzfristig absagte.

2) Die Erklärung der G6[12] unterstreicht die Bereitschaft der wichtigsten Industrieländer, intensiver bei der Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitiken zusammenzuarbeiten, um weltweit ein ausgewogeneres Wachstum und eine Rückführung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zu erreichen. Dazu wollen Überschußländer (wie JAN und D) ihre Binnennachfrage stärken und – bei Wahrung der Preisstabilität – ihre Außenwirtschaftsüberschüsse abbauen. Defizitländer (wie USA) wollen stetiges Wachstum mit niedriger Inflation zur Rückführung binnenwirtschaftlicher und außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte anstreben. Von den Schwellenländern Ostasiens wird ebenfalls eine Mitwirkung beim Abbau der Ungleichgewichte durch eine realistischere Bewertung ihrer Währungen und Öffnung ihrer Märkte erwartet.

6 Am 12. Dezember 1985 unterzeichnete Präsident Reagan den „Balanced Budget and Emergency Deficit Control Act“, welcher Maßnahmen zur Reduzierung des amerikanischen Haushaltsdefizits bis zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts 1991 vorsah. Für den Wortlaut des „Gramm-Rudman-Gesetzes“ vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 99, S. 1037–1102.

7 Korrigiert aus: „entsprechen“.

8 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „r[ichtig]“.

9 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „r[ichtig]“.

10 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

11 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

12 Für den Wortlaut der Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der USA vom 22. Februar 1987 (Louvre-Abkommen) vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 258–260.

3) Einig waren sich die G6 in der Forderung nach Rückführung der Haushalts- und der Zahlungsbilanzdefizite, Steuerreformen, Deregulierungsmaßnahmen und der Bekämpfung der Inflation. Insoweit herrschte Konsens bei der Diagnose der wirtschaftlichen Probleme und der zu wählenden Therapie. Grundsätzlich Neues ist dabei jedoch nicht zu erkennen.

4) Wie zuerst beim Bonner Wirtschaftsgipfel 1978[13] verpflichten sich alle Teilnehmer zu konkreten Maßnahmen, um die aufgezeigten Ziele zu erreichen:

a) Die USA verpflichten sich, ihr Haushalts-Defizit von derzeit 3,9 % BSP auf 2,3 % BSP in 1988 zu reduzieren. In absoluten Größen würde das in etwa den Zielgrößen des Gramm-Rudman-Gesetzes (144 Mrd. US-$ 1987, 108 Mrd. $ 1988) entsprechen. Wichtig ist außerdem, daß die USA sich zu einer antiinflationären Geldpolitik bekennen sowie die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportwirtschaft stärken und den Staatsanteil weiter verringern wollen.

b) D hat in allgemeiner Form und ohne konkrete Zahlen zu nennen zugesagt, der Binnennachfrage durch eine „Verstärkung" der 1988 in Kraft tretenden Steuerentlastung (zweite Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1986–88[14]) kräftigere Impulse zu geben, den Staatsanteil zu verringern und durch eine umfassende Steuerreform neue Anreize für die Aktivitäten des privaten Sektors und für Investitionen zu geben.[15]

c) JAN verweist ebenfalls auf die eingeleitete Steuerreform und sagt in allgemeiner Form Stärkung der Binnennachfrage zu. Außerdem senkt es zum 23.2.1987 den Diskontsatz um ein weiteres 1/2 % auf den historischen Tiefststand von 2,5 %.

5) Weiterhin bekräftigen die G6 ihren Willen, verstärkt objektive Indikatoren zur Prüfung der Kompatibilität ihrer Wirtschaftspolitiken einzusetzen. Insoweit wird auf den Auftrag des Tokio-Gipfels Bezug genommen.

6) Zu den Wechselkursen erklären die Minister und Zentralbankpräsidenten, daß der derzeitige Dollarkurs angesichts der eingegangenen Absichtsverpflichtungen weitgehend mit den fundamentalen Daten der Weltwirtschaft übereinstimmt.[16] Weitere wesentliche Kursveränderungen würden die Aussichten für die notwendigen Anpassungen und das angestrebte Wachstum gefährden. Deshalb werde eine enge währungspolitische Zusammenarbeit zur Stabilisierung der Kurse auf derzeitigem Niveau beschlossen.

III. Bewertung

1) Die G5 trafen sich wie gewohnt inoffiziell entsprechend der Entschließung des Gipfels von Versailles[17]. Die Währungen der G5 bilden den Korb für die SZR

13 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 225. Vgl. dazu ferner FRUS 1977–1980, III, S. 441–473.

14 Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.

15 Am 14. Juli 1987 verabschiedete der Bundestag das Steuersenkungserweiterungsgesetz 1988. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

16 Der Passus „daß der derzeitige Dollarkurs … übereinstimmt" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist eine für die deutsche Exportwirtschaft schwerwiegende Fehleinschätzung."

17 Für den Wortlaut der Schlußerklärung der am Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 324–327. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 180.

des IWF, während die G7 beim Gipfel von Tokio konstituiert wurden. Das Bemühen Is, auch in den Kreis der G5 aufgenommen zu werden, ist seit langem bekannt. Das Übergehen der italienischen Einladung vom Dezember 1986 wurde als enttäuschend empfunden. Nach Pressemeldungen war der italienische Finanzminister Goria vor dem Hintergrund eines möglichen Regierungswechsels in I bereits mit der Weisung von MP Craxi nach Paris gereist, nicht an dem Treffen der G7 teilzunehmen, wenn sich abzeichne, daß die wesentlichen Entscheidungen bereits am Vorabend bei den G5 gefallen seien. Dennoch war die italienische Reaktion, an dem Treffen der G7 nicht teilzunehmen und gegenüber der Presse eine evtl. Absage des Gipfels anzudeuten, überraschend. I hat sicherlich an wirtschaftlicher Kraft gewonnen. Sein BIP (570 Mrd. ECU) liegt nahe an dem von GB (577 Mrd. ECU). Aber die Lira spielt international keine Rolle (allenfalls in bezug auf Kapitalverkehrskontrollen). Insoweit erscheint es unter diesem Gesichtspunkt gerechtfertigt, I aus den Beratungen der G5 auszuschließen. Wie dieses Problem gelöst werden kann, bleibt abzuwarten. Im Text der Tokioer Erklärung[18], den die italienische Regierung in ihrem Sinne interpretiert, heißt es:

„The Group of Five Financial Ministers (are requested) to include Canada and Italy in their meetings whenever the management of the improvement of the international monetary system and related economic policy measures are to be discussed and dealt with."

Andererseits ist klar, daß eine Erweiterung der G5, die eine lange Tradition hat, die Möglichkeiten geheimer Aussprachen erschwert. Bei Auflösung der G5 würde die G7 unter Druck geraten, die restlichen Mitglieder der G10[19] aufzunehmen. Ob I allerdings wegen dieser Frage den Wirtschaftsgipfel in Venedig wird scheitern lassen, kann bezweifelt werden.

2) Während das „Plaza Agreement" vom September 1985[20] einen Trend zur Dollarabwertung (und Zinssenkung) einleiten sollte, soll das Pariser Treffen den Wunsch nach Ende der Dollarabwertung signalisieren.

Das wichtigste Ergebnis der Beschlüsse aus unserer Sicht dürfte das Ende der „Open Mouth Politik" der USA sein, d.h., daß die USA aufhören, den Dollar herunterzureden. Dieses Stillhalteabkommen reicht aber nur so weit, wie Finanzminister Baker und Federal-Reserve-Bank-Vorsitzender Volcker Einfluß haben, und schließt nicht aus, daß andere die Kampagne fortsetzen.

Die wirtschaftspolitischen Selbstverpflichtungen der USA gehen im übrigen nicht über das hinaus, was in den letzten Monaten bereits als Ziel der amerikanischen Politik verkündet wurde. Hinzugekommen ist die Verpflichtung gegenüber den Partnerländern.

Die Devisenmärkte werden voraussichtlich bis zur Bekanntgabe der nächsten Zahlungsbilanz- und Konjunkturdaten Zurückhaltung zeigen. Sind die Daten

18 Für den Wortlaut der Schlußerklärung der am Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 309 f.

19 Dem als Zehnergruppe bezeichneten, 1962 gegründeten informellen Kooperationsgremium gehörten neben den G7-Staaten auch Belgien, die Niederlande und Schweden an. 1983 trat auch die Schweiz den G10 bei.

20 Für den Wortlaut der Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA vom 22. September 1985 (Plaza-Abkommen) vgl. http://www.g8.utoronto.ca/finance/fm850922.htm.

positiv im Sinne der USA (z. B. Leistungsbilanzdefizit im Januar kleiner als 10 Mrd. US-$), dürfte das Vertrauen, daß den USA die Trendwende gelingt, zunehmen und das Dollar-Kursniveau sich weiter festigen. Bleiben sie hinter den Erwartungen zurück, wird der Markt das Kursniveau testen.

– Über die Form der Wechselkursstabilisierungsmaßnahmen wurde nichts verlautbart. Dies kann bedeuten, daß keine Vereinbarungen getroffen oder aber – wahrscheinlicher – daß geheime Interventionsabsprachen zur Vermeidung von spekulativen Wechselkurserwartungen vereinbart wurden.[21] Das heißt, daß eine lose Form eines Wechselkurs-Referenzzonen-Konzepts praktiziert würde, eine Politik, die die Bundesregierung bisher mit großer Zurückhaltung beurteilt hat.

3) Für D könnten die Pariser Beschlüsse folgende positive Auswirkungen haben:

a) Die auf wirtschaftliche Tatbestände zurückgehenden Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis sind zunächst einmal entschärft und ein weiteres Absinken des Dollars vorerst gebremst worden. Dies ist ein Erfolg, der jedoch auf der brüchigen Basis gründet, daß es den USA tatsächlich gelingt, eine Trendwende in der Entwicklung ihres Außenhandelsdefizits herbeizuführen.

b) Die Frage, wie der Kurs stabilisiert werden soll, wird auf dem Devisenmarkt Spekulationen auslösen. Wenn die Bundesbank bei Fortbestehen der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in größerem Umfang kursstabilisierend intervenieren muß, dürfte ein Überschießen der Geldmenge die wahrscheinliche Folge sein. Damit bestünde die Gefahr, daß D in den Anpassungsprozeß der USA einbezogen würde.

Eine Stabilisierung des Kursniveaus bei 1,83 würde für die deutsche Konjunktur bedeuten, daß der Anpassungsprozeß – der rasche Abbau des Leistungsbilanzüberschusses – sich fortsetzt. Bereits seit Mitte letzten Jahres sind die Auftragseingänge aus dem Ausland rückläufig mit deutlich negativen Wirkungen auf das Investitionsklima. Das Umschalten auf die Binnennachfrage, wenngleich diese kräftig gestiegen ist, konnte bisher den Auftragsverlust aus dem Ausland nicht kompensieren. Es kann derzeit noch nicht vorhergesehen werden, auf welcher Ebene sich die deutsche Export- und Binnenkonjunktur einpendeln wird.

4) Das Treffen demonstrierte, daß Beschlüsse der Wirtschaftsgipfel von den Teilnehmern ernst genommen werden und daß Bereitschaft zur Kooperation vorhanden ist.

Die beschlossenen Maßnahmen sind Teil der nationalen Wirtschaftspolitik der Länder und miteinander kompatibel. In der Durchführung sind sie mit großen Risiken behaftet. Insofern sollten die Erwartungen an langfristige positive Wirkungen nicht zu hoch gespannt werden. Die Vereinbarungen werden so lange eine positive psychologische Wirkung entfalten, wie der wichtigste Partner, die USA, sich nicht in Widerspruch zu seinen Selbstverpflichtungen setzt.

5) Eine Beruhigung der Dollarkursentwicklung entlastet auch das EWS und gibt ihm Zeit zur weiteren Konsolidierung. Wie die jüngste Erfahrung im Zusammenhang mit dem elften Realignment innerhalb des EWS im Januar dieses

21 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Jahres[22] gezeigt hat, können spekulative Dollarkursveränderungen zu Wechselkursverzerrungen im EWS führen.

Jelonek

Referat 412, Bd. 168664

51

Aufzeichnung des Botschaftsrats Hennig, Brüssel (EG)

Pol 421.15 **23. Februar 1987**[1]

Betr.: Informelles Treffen der AM am 22.2.1987 in Brüssel, Val Duchesse

Belgische Präs. informierte in Gruppe Antici[2] informell am 23.2.87 über Verlauf und Ergebnis o.g. Treffens. Festzuhalten bleibt:

1) Treffen hat um 17.00 Uhr mit 1 1/2-stündigem Exposé Delors' über den KOM-Vorschlag[3] begonnen. Daran hat sich „tour de table" mit ersten Stellungnahmen der Minister bis ca. 20.00 Uhr angeschlossen. Treffen ist nach Abendessen gegen 22.00 Uhr zu Ende gegangen.

2) Minister haben sich auf weiteres Verfahren geeinigt, wonach Rat dem ER am 29./30.6.1987[4] Bericht über KOM-Vorschläge vorlegt. Um die Koordinierung und die Einheit der Arbeiten zu wahren, wird der Präsident des Allgemeinen Rates[5] die Präs. von Agrar-[6] und EcoFin-Rat[7] vorher konsultieren. AStV ist beauftragt worden, die Arbeiten des Rates vorzubereiten und dem Allgemeinen Rat Ende April einen ersten Bericht vorzulegen (Text der „conclusions de procédure" liegt an[8]).

22 Am 12. Januar 1987 wurde eine Anpassung der Währungsparitäten innerhalb des EWS vorgenommen. Dabei wurde die DM u.a. um jeweils 3% gegenüber dem französischen Franc, der italienischen Lira sowie der dänischen Krone aufgewertet. Vgl. dazu MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK, Januar 1987, S. 15–17. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 1/1987, S. 20f.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 24. Februar 1987 vorgelegen.

2 Das 1975 eingerichtete, nach dem erstem Vorsitzenden Antici benannte Gremium hatte die Aufgabe, dem Ausschuß der Ständigen Vertreter zuzuarbeiten sowie inhaltliche Differenzen der Mitgliedstaaten zu ermitteln.

3 Am 15. Februar 1987 legte die EG-Kommission unter Präsident Delors eine Reihe von Reformvorschlägen zur künftigen Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, zur Gemeinsamen Agrarpolitik, zur Stärkung der Strukturfonds und zur strengeren Haushaltsdisziplin der Gemeinschaftsorgane vor („Delors-Paket"). Für den Wortlaut („Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden: Eine neue Perspektive für Europa") vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/1987, S. 5–28.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats in Brüssel vgl. Dok. 193.

5 Leo Tindemans.

6 Paul De Keersmaeker.

7 Mark Eyskens.

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. BULLETIN DER EG 2/1987, S. 101.

3) Präs. Delors hat KOM-Papier ausführlich vorgestellt. Er habe sich inhaltlich dabei eng an vorliegenden Text angelehnt und seinen Vortrag entsprechend der Gliederung des Papiers strukturiert.

Er habe seine Reise in die Hauptstädte[9] als „nützlich" bezeichnet und darauf hingewiesen, daß einige Anregungen aus KOM-Papier ihren Niederschlag gefunden hätten. KOM-Vorschläge bedingten sich gegenseitig und würden „zu gegebener Zeit" in den Bereichen GAP, Strukturfonds, Finanzsystem sowie HH[10]-Disziplin und HH-Führung konkretisiert. Erfolg oder Mißerfolg der Reformvorstellungen der KOM hänge von folgenden fünf Bedingungen ab:

– Implementierung und Realisierung der EEA[11] in all ihren Aspekten;
– Schaffung eines echten gemeinsamen Wirtschaftsraumes, der mehr sei als eine bloße Zollunion;
– ein Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren, das mindestens 2,5% beträgt. Sonst bestehe die Gefahr eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten" (hierzu wurde Vorlage eines Berichts im April des ehemaligen ital. GD Padoa-Schioppa[12] angekündigt);
– funktionierendes Verhältnis zwischen EP/Rat und KOM sowie schließlich
– geschlossenes und selbstbewußtes Auftreten der Gemeinschaft nach außen.

GAP

Delors habe auf die Komplexität und die politische, ökonomische, soziale und finanzielle Dimension der landwirtschaftlichen Probleme hingewiesen. Die langfristige Orientierung der GAP sei durch folgende Elemente definiert:

9 Im Rahmen einer Reise in die Hauptstädte der EG-Mitgliedstaaten traf der Präsident der EG-Kommission am 13. Februar 1987 mit Bundeskanzler Kohl und den Bundesministern Bangemann, Genscher, Kiechle und Stoltenberg zusammen, wobei Delors die haushalts-, agrar- und strukturpolitischen Eckpunkte des „Delors-Pakets" erläuterte. Er führte aus, zentral seien „die Verwirklichung des Binnenmarktes ohne Grenzen" und die im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 genannten Ziele. Dies erfordere einen Finanzrahmen bis 1992 mit ausreichenden Eigenmitteln, eine stärkere Haushaltsdisziplin der EG-Mitgliedstaaten, Einsparungen bei den Agrarausgaben, eine Neuausrichtung der Strukturpolitik zur „Entwicklung rückständiger und vom Strukturwandel betroffener Regionen" sowie Maßnahmen zur besseren Integration von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Ein Budgetansatz von ca. 42 Mrd. ECU für das Jahr 1987 und 52 Mrd. ECU für 1992 sei ausreichend, eine Erhöhung der Eigenmittel somit aber zwingend nötig. Kohl erwiderte, daß die Bundesrepublik „aus der EG Nutzen" ziehe und zu Opfern bereit sei. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1987.

10 Haushalt.

11 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189. Zur Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 278.

12 Korrigiert aus: „Padoscopia".
Im April 1986 setzte die EG-Kommission eine unabhängige Expertenkommission unter dem Vorsitz des stellvertretenden Generaldirektors der Banca d'Italia, Padoa-Schioppa, ein, um die ökonomischen Auswirkungen der EG-Erweiterung durch Spanien und Portugal im Jahr 1986 sowie die Vollendung des EG-Binnenmarktes bis 1992 untersuchen und Vorschläge zur Überwindung eventuell auftretender Probleme ausarbeiten zu lassen. Am 23. April 1987 legte diese Expertenkommission den Bericht „Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit. Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft" vor. Zur fristgerechten Umsetzung des Binnenmarktes bis 1992 wurden u. a. höhere Wachstumsraten als in den vorangegangenen Jahren sowie eine bessere Koordinierung der nationalen Währungspolitiken gefordert. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1987, S. 7–9 und S. 14. Vgl. ferner Tommaso PADOA-SCHIOPPA u. a., Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit. Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft, Wiesbaden 1988.

– Mehr Markt, weniger Intervention und Reglementierung,
– verstärkte Mitverantwortung der Produzenten (der notfalls durch Quotenregelungen nachgeholfen werden müßte),
– mehr Gewicht für die Entwicklung im ländlichen Bereich durch direkte Einkommensbeihilfen,
– Änderung des agrimonetären Systems einschließlich Wegfall der Währungsausgleichsbeträge.

Delors habe eindringlich vor der Gefahr der Renationalisierung der GAP gewarnt. KOM-Vorschläge zielten nicht zuletzt auf Erhalt des gemeinschaftlichen Ansatzes in der Agrarpolitik ab. Von KOM vorgeschlagene Fettsteuer[13] habe er gerechtfertigt.

Gemeinschaftspolitiken

Delors hat auf die Bereiche Forschung, Verkehr, Umwelt und Strukturpolitiken verwiesen und zu letzteren die fünf Ziele des Papiers wiederholt (Anpassung strukturell rückständiger Regionalwirtschaften, Neuorientierung der wirtschaftlichen Aktivität darniederliegender Industrieregionen, Bekämpfung Langzeitarbeitslosigkeit, berufliche Eingliederung der Jugendlichen, Beschleunigung der Anpassung landwirtschaftlicher Produktionsstrukturen). Er hat die Notwendigkeit der Umgestaltung der strukturpolitischen Instrumente der Gem.[14] betont:

– Abkehr vom Projektansatz hin zum Programmansatz, wobei sich die Programme im Interesse der Sache schwerpunktmäßig zu beschränken hätten,
– Gem.-Aktivitäten sowohl vertikal wie auch horizontal. Alle Gem.-Regionen seien betroffen, nicht nur die am wenigsten entwickelten.

Die Verdopplung der Mittel für die Fonds[15] sei nötig, um nur die ersten beiden genannten Ziele zu realisieren. Für die drei letztgenannten habe die vorgesehene finanzielle Aufstockung aber nur „symbolischen Wert".

Finanzsystem

Ziel sei System ausreichender, stabiler und garantierter Eigenmittel.[16] Die ab 1988 greifende Erhöhung der Mehrwertsteuereinnahmen von 1,4 auf 1,6% sei

13 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 17. Februar 1987 wurde festgehalten, daß die EG-Kommission im Zuge ihrer Preisvorschläge 1987/88 für Agrarprodukte auch ein „geschütztes System zur ‚Stabilisierung der Verbraucherpreise' durch Erhebung einer Abgabe bzw. Gewährung einer Verbrauchsbeihilfe" vorschlage, „wodurch die zum menschlichen Verzehr bestimmten pflanzlichen Fette einschließlich der Seetierfette erfaßt werden. Die Kommission kommt bei ihren derzeitigen Berechnungen […] auf einen Abgabebetrag von 330 ECU/t für raffinierte Öle. Auf 1 kg Margarine wird demnach eine Belastung von 0,63 DM entfallen. (Der durchschnittliche kg-Preis im 500-g-Becher beträgt z. Zt. 3,84 DM.) Die Abgabe soll ab 1989 jährlich neu festgesetzt werden." Im Bundesministerium für Wirtschaft wurde dazu vermerkt, daß die Vorschläge „entschieden zurückzuweisen" seien. Es bestehe die „Gefahr erneuter schwerwiegender handelspolitischer Auseinandersetzungen" vor allem mit den USA und den ASEAN-Mitgliedstaaten: „Die USA haben immer mit Nachdruck unterstrichen, daß Einfuhrhemmnisse bei Soja einen casus belli darstellen würden." Die Abgabe sei zudem „GATT-widrig, weil sie die Vorteile aus der im GATT vereinbarten Zollbindung zunichte macht oder zumindest schmälert". Vgl. Referat 411, Bd. 131367.

14 Gemeinschaft.

15 Europäischer Sozialfonds (ESF), Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL) sowie Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

16 Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 25, Anm. 6.
Nach den Reformvorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 sollten die drei Einnahmequellen des Einnahmesystems, also Abgaben, Zölle und Mehrwertsteuereinnahmen, durch einen

bereits 1989 erschöpft. TVA[17]-Bemessungsgrundlage habe darüber hinaus zu Ungleichgewichten in der Belastung der einzelnen MS geführt. Von KOM vorgesehene Umstellung auf BSP (nicht mehr als 1,4%) sei präferables Modell.

GB-Finanzausgleich[18]: Problem sei, daß GB-Landwirtschaft nur bescheidenen Beitrag zum BSP leistet, woraus sich Mißverhältnis zwischen GB-Anteil am BSP der Gem. und dem Anteil Londons an den Ausgaben für die EAGFL-Garantie ergebe. KOM sehe Lösung entsprechend dem „clé verte" vor: Je kostspieliger die GAP werde, um so höher werde der GB-Finanzausgleich und umgekehrt. Die Beschränkung des deutschen Beitrags auf 25% sei weder ökonomisch noch budgetär gerechtfertigt, wohl aber politisch als Zeichen und Signal für den Gemeinschaftsgeist Bonns.

HH-Disziplin und HH-Führung

Delors wies insbesondere auf die Bedeutung der Einbindung des EP durch die interinstitutionelle Vereinbarung in die HH-Disziplin hin. Er unterstrich, daß der vorgesehene maximale Steigerungssatz von 1,4% des BSP bei Ausgaben für die neuen Politiken nicht eingehalten zu werden braucht.

4) Die Reaktionen der Minister seien „vorläufig" gewesen und hätten sich vielfach auf Fragen zu Teilaspekten des KOM-Papiers beschränkt:

DK: Hat zweifelnde Fragen gestellt

- zum Umfang des Reformpakets („zu ehrgeizig") und zur Bereitschaft der Gem., es zu implementieren,
- zum BSP als Basis für die Eigenmittel der Gem. sowie
- zur Einhaltung der HH-Disziplin durch das EP.

IRL: Hat auf die innenpolitische Situation nach den Wahlen[19] hingewiesen und sich im übrigen auf Betonung der Bedeutung der Kohäsion beschränkt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 235

zusätzlichen Finanzbeitrag der Mitgliedstaaten („4. Einnahmeart") ergänzt werden, der sich aus der Differenz zwischen dem BSP jedes Mitglieds und der Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage von 1% zur Deckung des EG-Haushalts ergab. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 20. Februar 1987; Referat 412, Bd. 168698.

17 Taxe sur la Valeur Ajoutée (Mehrwertsteuer).

18 Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau finanzielle Kompensationen zugunsten Großbritanniens. Der ab 1985 geltende Finanzausgleich galt zunächst für die Dauer der zeitgleich beschlossenen, spätestens am 1. Januar 1986 in Kraft tretenden Erhöhung der EG-Eigenmittel durch Anhebung des Abführungssatzes der Mehrwertsteuer auf 1,4%, also auf unbestimmte Zeit. Er sah vor, Großbritannien jedes Jahr eine Erstattung in Höhe von 66% seiner „Rückflußlücke, d.h. der Differenz zwischen britischem MWSt-Anteil und den Rückflüssen an GB aus Gemeinschaftspolitiken", zu gewähren. Die Großbritannien infolge der Mitgliedschaft entstehenden Netto-Mehrausgaben wurden somit auf 34% begrenzt. Der Beitrag der Bundesrepublik zum Finanzausgleich wurde auf 66,6% ihres sonst üblichen Beitragssatzes festgelegt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.
Nach den Reformvorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 sollte der Finanzausgleich für Großbritannien neu gestaltet werden. Neue Bemessungsgrundlage sollte die Differenz zwischen den britischen EG-Zahlungen insgesamt und dem britischen Anteil an den landwirtschaftlichen Garantieausgaben sein. Die sich hieraus ergebenden britischen Mehrausgaben sollten Großbritannien zu 50% erstattet werden. Ferner war eine Verringerung des Beitrags der Bundesrepublik zu den für Großbritannien bestimmten Ausgleichszahlungen von 66,6% auf 25% ihres sonst üblichen Beitragssatzes vorgesehen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 20. Februar 1987; Referat 412, Bd. 168698.

19 Am 17. Februar 1987 fanden in Irland Wahlen zum Unterhaus statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen führte am 19. Februar 1987 aus, daß es dem Wahlergebnis zufolge einen

NL: Bezeichnet Reformpapier als „ehrgeizig“, unterstreicht, daß die verschiedenen Bereiche sich gegenseitig bedingen und als Einheit gesehen werden müssen.

Kritik am vorgesehenen Finanzausgleich GB, besonders an Sonderregelung für D (Beschränkung auf 25 %) und der Nicht-Beteiligung von vier MS[20].

In der Agrarpolitik sieht NL Unvereinbarkeit zwischen Ziel der Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe und der Aufrechterhaltung der GAP.

Bezeichnet Verdopplung der Mittel der Strukturfonds als „unrealistisch“, weist auf kurzfristige Lösungsnotwendigkeiten für die aktuellen Gemeinschaftsprobleme hin.

IT: Hält Verdopplung Strukturfonds im Gegensatz zu NL für realisierbar. Neuer Finanzierungsschlüssel bedürfe jedoch noch eingehender Diskussion. Über der Perspektivendiskussion dürfen die gegenwärtigen Probleme nicht vernachlässigt werden.

LUX:

– Kritisiert Einkommensbeihilfen für die Bauern,

– hält Diskussion über Ausgaben und Einnahmen der Gem. für unausgewogen,

– bemängelt, daß HH-Disziplin für neue Politiken nicht gelten soll.

F: Spricht sich gegen Senkung der Agrarausgaben am Gesamthaushalt der Gem. aus, unterstreicht Einverständnis mit neuem Ansatz und den Zielvorstellungen der Strukturpolitiken, hält Verdopplung der Mittel jedoch für zu hoch. HH-Disziplin müsse auch die Ausgaben für die neuen Politiken mit umfassen.

SPA: 1,4 % BSP-Anteil für bevorstehende finanzielle Aufgaben der Gem. „bescheiden“.

Plädiert für vermehrte Übertragung ökonomischer Aktivitäten der MS an die KOM.

Kohäsion sei Ziel an sich, nicht nur Kompensation für gemeinsamen Markt.

Koordinierung des KOM-Papiers müsse bei den AM bleiben.

PTG: Unterstreicht Bedeutung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, plädiert wie andere MS dafür, Gegenwartsprobleme nicht zu vernachlässigen.

GR: Positive Reaktion auf KOM-Papier sei Antwort auf Mitterrands Frage (in jüngstem Vortrag in London[21]) nach Europa im Jahr 2000.

GAP: Ausgewogene Präsentation, warnt vor Rückfall in Renationalisierungsmaßnahmen.

Strukturfonds: o.k.

Eigenmittel: 1,4 % BSP sei „kein Eldorado“, sei aber auch nicht schlecht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 236

Regierungswechsel geben werde. Neuer Premierminister werde voraussichtlich der bisherige Oppositionsführer Haughey, dem jedoch im Parlament drei Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlten. Vgl. dazu die Aufzeichnung; Referat 205, Bd. 135431.

20 Griechenland, Irland, Portugal und Spanien sollten von der Finanzierung des Finanzausgleichs für Großbritannien ausgenommen bleiben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 20. Februar 1987; Referat 412, Bd. 168698.

21 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 15. Januar 1987 in Großbritannien auf. Für den Wortlaut seiner Rede vor dem Chatham House in London vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Januar/Februar), S. 33–42.

D: Prüfung im Detail dauere noch an.

GAP: Analyse o.k., Vorschläge nicht, gingen an Lage der deutschen Landwirtschaft völlig vorbei. Stellungnahme gegen Abschaffung der Währungsausgleichsbeträge und gegen Fettsteuer (politische und ökonomische Implikationen).

Kohäsion: sei auf vielerlei Wegen realisierbar. Bei Strukturfonds für dezentralisierten Ansatz (direkt mit der Region).

Eigenmittel: Verweis auf Erhöhung der MwSt.-Einnahmen von 1,4 auf 1,6 % ab 1.1.1988.

Gegen jede Kompensation, falls aber Finanzausgleich für GB, dann auch für D.

HH-Disziplin: Setzt Fragezeichen hinter die Vorstellungen der KOM.

Plädiert für rechtzeitige Befassung von Agrar- und EcoFin-Rat.

GB: Hinweis auf die akuten Probleme, die einer Lösung bedürfen. Alle Budgetfragen nach Reform der GAP leichter zu lösen.

Eigenmittel: 1,6 % TVA in 1988, nicht mehr.

Burdensharing: Änderung sei schwierig zu bewerkstelligen, wenn aber Änderung, dann „change for the better".

Strukturfonds: Gegen Verdopplung der Finanzausstattung. Fondsmittel seien in den letzten Jahren um ca. 47 % gewachsen, mehr könne nicht zugelegt werden.

GAP: Ist mit Verwaltung der vorgesehenen Hilfen im Gemeinschaftsrahmen einverstanden. Warnt vor ihrer Nationalisierung. Gegen Fettsteuer wegen Konflikt mit USA und DW.

B: (Präs.) verzichtet auf eigene Stellungnahme.

Hennig

Referat 410, Bd. 136088

52

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling

200-350.21 VS-NfD **Aufgabe: 24. Februar 1987, 17.25 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 7 Plurez

Betr.: 65.[2] EPZ-Ministertreffen am 23.2.1987 in Brüssel;
hier: Ergänzende Unterrichtung zu Verlauf und Ergebnissen

Im Zentrum der Ministerberatungen stand das Thema Nah-Mittelost. Die Minister verabschiedeten hierzu eine Erklärung[3], die insbesondere von deutscher Seite vorgeschlagen worden war.

Einen zweiten Schwerpunkt bildete – ebenfalls auf deutschen Vorschlag – ein Meinungsaustausch über die West-Ost-Beziehungen, ausgehend von der Entwicklung in der SU. Eine Erklärung hierzu wurde nicht verabschiedet.

Die Minister billigten die Durchführung einer Demarche gegenüber der SU zu Afghanistan (auszuführen durch den belgischen AM gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Brüssel).

AM Tindemans berichtete über seinen jüngsten Besuch in Washington.

Die AM billigten den sechsten zusammenfassenden Bericht über den Verhaltenskodex Südafrika.

Ergänzend zu gesondert übermitteltem Relevé de conclusions[4] wird zu Verlauf und Ergebnissen mitgeteilt:

1) Nah-Mittelost

1.1) Internationale Konferenz[5]

Die AM berieten und beschlossen eine Erklärung, in deren Mittelpunkt die Haltung der Zwölf zu einer Internationalen Friedenskonferenz (IK) dargelegt wird. Die Zwölf sprechen sich darin für die Abhaltung einer solchen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen aus und erklären ihre Bereitschaft, dabei ihre Rolle zu übernehmen („play their part with respect to such a conference“).

Der von der Präs.[6] aufgrund der Beratungen des PK (vgl. Europol vom 18.2. 87[7]) ausgearbeitete Entwurf[8] wurde eingehend diskutiert. Meinungsunterschiede

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Schlagintweit am 24. Februar 1987 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Korrigiert aus „63.“

3 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 23. Februar 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f.

4 Für den Entwurf des Relevé de conclusions vgl. den Runderlaß Nr. 1425 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling vom 25. Februar 1987; Referat 200, Bd. 134817.

5 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. AAPD 1986, I, Dok. 37.

6 Belgien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

7 Zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 16./17. Februar 1987 in Brüssel vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling am 18. Februar 1987, Schwerpunkt der Beratungen seien die „Vorbereitung des EPZ-Ministertreffens am 23.2.1987“ und die „Themenkomplexe Nah-/Mittelost sowie West-Ost-Beziehungen“ gewesen. Vgl. den Runderlaß Nr. 4/5/6; Referat 200, Bd. 134827.

zeigten sich vor allem bei der Frage nach einer Beteiligung der Zwölf an einer solchen Konferenz. Eine „volle“ Beteiligung befürworteten B, GR, E, IRL und – falls alle Partner dies mittragen können – D. Nach Widerspruch von F, DK und GB wurde die Formel vorgeschlagen, daß die Zwölf zur Teilnahme bereit seien, falls sie dazu eingeladen würden (für diese Formel I, LUX, NL, P, E, D, GR). Infolge des Widerstands der beiden ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrats F und GB war auch diese nicht konsensfähig. Der von NL vorgebrachte Kompromißvorschlag „the Twelve would be prepared to play their part with respect to such a conference“ wurde schließlich nach anfänglichem Widerstand von GB und F angenommen.

Eine weitere ausgedehnte Diskussion entzündete sich an dem Vorschlag der Präs., in der Erklärung die Resolutionen 242[9] und 338[10] des VN-SR gesondert neben der Erklärung von Venedig[11] zu erwähnen. Dieser Vorschlag beruhte auf einer Anregung des jordanischen AM, die dieser der Präs. bei einem Besuch vor dem EPZ-Ministertreffen unterbreitet hatte.[12]

I und BM wiesen darauf hin, daß in der Erklärung von Venedig beide Resolutionen aufgeführt seien und daß durch eine gesonderte Erwähnung beider Resolutionen neben der Venedig-Erklärung die in letzterer zum Ausdruck gebrachte Ausgewogenheit zerstört werde. Dieser Auffassung schlossen sich Partner letztlich an, so daß der jetzt verabschiedete Text nur eine Bezugnahme auf die Venedig-Erklärung enthält.

BM unterstrich in der Debatte die Bedeutung der heute zu verabschiedenden Erklärung. Diese gebe ein Signal, daß die Zwölf die Abhaltung einer Internationalen Konferenz unterstützen.

Das bereits auf letztem PK erörterte Hintergrundpapier der Präs. wurde nur kurz andiskutiert. Auf Vorschlag von BM wurde das Papier an das PK zur Prüfung überwiesen. Es wurde in Aussicht genommen, auf der Ministersitzung im April[13] darüber zu sprechen.

Die Sowjetunion hatte vor dem EPZ-Ministertreffen bei der Präs. und den übrigen elf Partnern (auch in Bonn) demarchiert und vorgeschlagen, daß die Zwölf sich für eine IK und ein vorbereitendes Komitee aussprechen.[14]

Fortsetzung Fußnote von Seite 239

8 Für den auf der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 16./17. Februar 1987 ausgearbeiteten Entwurf einer Erklärung zum Nahen Osten vgl. den Drahtbericht Nr. 123 aus Brüssel (Coreu) vom 18. Februar 1987; Referat 200, Bd. 134817.

9 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

10 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

11 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

12 Der jordanische Außenminister al-Masri hielt sich am 20. Februar 1987 zu Gesprächen mit der EG-Kommission in Belgien auf.

13 Das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 4./5. April 1987 in der Abtei Corsendonk bei Turnhout statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich vom 7. April 1987; Referat 010, Bd. 178932.

14 Für den am 19. Februar 1987 übergebenen sowjetischen Text vgl. Referat 200, Bd. 134817.

I regte nunmehr an, bei einer der SU zu erteilenden Antwort einen Hinweis darauf aufzunehmen, daß sie diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen sollte. Präs. bezeichnete dies als eine gute Idee und wollte so verfahren.

1.2) Europäisch-Arabischer Dialog[15]

Präs. wies einleitend darauf hin, daß GS Klibi für die Wiederaufnahme des Dialogs Bedingungen gestellt habe (Aufhebung der gegen Syrien verhängten Maßnahmen der Zwölf[16]). Ein weiteres, von Klibi angesprochenes Problem sei der arabische Wunsch, Sitzungen der Allgemeinen Kommission wie bisher mit einer Schlußerklärung abzuschließen.

NL und GB plädierten dafür, nicht auf Klibis Wünsche einzugehen.

BM bezeichnete den EAD als wichtiges Instrument der Nah-Mittelost-Politik. Er sei ein Instrument zur Stabilisierung der Region. Wir sollten politischen Diskussionen und Verlautbarungen nicht ausweichen. Dabei sollten wir im Rahmen der gemeinsam erarbeiteten Positionen bleiben. Jetzt sei die Lage gegeben, etwas zu sagen. Man sollte den Versuch machen, zu gewissen gemeinsamen Positionen zu gelangen.

In ähnlicher Weise äußerten sich E und GR: Es komme darauf an, ein konstruktives, klares Signal zu geben. GR betonte weiter, die Position Syriens sei bekannt, sie dürfe aber nicht als statisch angesehen werden. Schließlich sei SYR ein bedeutsamer Faktor in Nahost.

Präs. faßte zusammen, daß Bedingungen Klibis nicht annehmbar seien, daß die Zwölf jedoch eine positive Haltung zum EAD einnähmen und daß Probleme der Region im Rahmen des EAD erörtert werden könnten. Die Zwölf würden nunmehr Kontakt mit der AL wegen eines Termins für ein Troika-Treffen auf Ministerebene aufnehmen. Letzteres sollte Präs. auch der Presse mitteilen. Die europäische Koordinierungsgruppe soll eine positive Antwort an GS Klibi formulieren.

1.3) Wirtschaftshilfe in den besetzten Gebieten[17]

KOM (Cheysson) berichtete über jüngste Reise der KOM in die besetzten Gebiete und nach Jerusalem und Einzelheiten des vorgesehenen Hilfsprogramms.[18]

15 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 22, Anm. 8.

16 Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten beschlossen auf ihrer Konferenz im Rahmen der EPZ am 10. November 1986 in London mehrere Sanktionen gegen Syrien, darunter ein Waffenexportverbot, eine strengere Überwachung syrischer Diplomaten sowie den Abbruch politischer Kontakte auf höchster Regierungsebene. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1986, S. 112. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 323.

17 Zum Hilfsprogramm der EG für die von Israel besetzten Gebiete hielt Referat 411 am 20. März 1987 fest: „Auf Vorschlag der Kommission hat der Rat der Europäischen Gemeinschaft am 27. Oktober 1986 zugestimmt, die Finanzielle und Technische Hilfe zugunsten der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten in einer einzigen neuen Haushaltslinie zusammenzufassen und für bestimmte Waren mit Ursprung in den besetzten Gebieten beim Zugang zum Gemeinschaftsmarkt eine Präferenzregelung anzuwenden". Die Mittel würden vorrangig „eingesetzt für Kleinprojekte in den Sektoren Landwirtschaft und Gewerbe, insbesondere mit dem Ziel einer Nahrungsmittelselbstversorgung sowie für Ausbildungs- und Fortbildungsvorhaben im fachlich-technischen Bereich und für die Verbesserung der Funktionsweise von örtlichen palästinensischen Einrichtungen wie z. B. Gemeindeverwaltungen, Universitäten etc." Die präferentielle Behandlung betreffe primär „Waren aus dem Agrarbereich wie z. B. Gemüse, Zitrusfrüchte, Nüsse etc." Vgl. Referat 413, Bd. 144876.

18 Zur Projektentwicklung und -koordinierung unternahm eine Delegation der EG-Kommission vom 1. bis 8. Februar 1987 eine Reise nach Israel sowie in die besetzten Gebiete. Botschafter Haas, Tel Aviv,

Beim zweiten Teil der Reise, die vor allem die Öffnung des Marktes der EG für Produkte aus den besetzten Gebieten zum Ziel hatte, sei festgestellt worden, daß solche Produkte nur über israelische Häfen ausgeführt werden könnten. Hier seien Schwierigkeiten deutlich geworden, die insbesondere auf den vom israelischen Landwirtschaftsministerium erlassenen Vorschriften beruhten. Diese müßten geändert werden. Peres habe der KOM vor der Reise eine vertrauliche Mitteilung zukommen lassen und gebeten, jetzt keine öffentliche Kritik an diesen Schwierigkeiten zu üben. Hinter der Haltung des Landwirtschaftsministeriums stehe – so Cheysson – Sharon. Demgegenüber habe die KOM im israelischen Außen- und Verteidigungsministerium gute Aufnahme gefunden.

KOM plädierte dafür, sich entsprechend der Anregung von Peres noch einige Wochen zu gedulden. Es sei jedoch möglich, daß dann ein Schritt auf der Ebene des Ministerrates nötig werde.

1.4) Krieg Irak–Iran[19] und

1.5) Beziehungen zum Golf-Kooperationsrat[20]

Die AM kamen überein, jetzt keine weitere formelle Erklärung zu verabschieden (die letzte Erklärung stammt vom 26.1.1987[21]; das Thema Irak–Iran wird deshalb auch in der unter 1.1 beschriebenen Erklärung nicht erwähnt).

Auf Vorschlag von NL (unterstützt von GB) wurde das PK beauftragt, sich mit dem Krieg Irak–Iran zu befassen und ggfs. Vorschläge vorzulegen. Auch die Frage chemischer Waffen und die Zweckmäßigkeit einer späteren politischen Erklärung sollen geprüft werden. In die Untersuchung soll weiter einbezogen werden die Möglichkeit einer Ausweitung des Konflikts auf die Golfstaaten. (NL: Dies wäre ein Angriff auf vitale europäische Interessen. Andere Partner plädierten dafür – unter der Zustimmung der Präs. –, diesen Ausdruck nicht zu verwenden.) Ferner soll – ebenfalls Vorschlag von NL – die Frage von Waffenexporten untersucht werden.

Präs. stellte im übrigen Übereinstimmung dahin fest, [22]daß bei Kontakten mit der SU darauf hingewirkt werden sollte, daß Waffenexporte von Ländern des WP in den Iran eingeschränkt werden sollten.

Alle vorgenannten Punkte sollen nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Präs. beabsichtigte, der Presse gegenüber die andauernde Besorgnis der Zwölf über den Krieg Irak–Iran sowie die Unterstützung der Bemühungen des

Fortsetzung Fußnote von Seite 241

berichtete am 11. Februar 1987, daß die Delegation „in Westbank/Gaza Gespräche mit mehreren Landwirtschafts- und Wirtschaftsorganisationen, insbesondere mit örtlichen Handelskammern, aber auch mit Einzelpersonen geführt" habe und glaube, „in Programmierung vorangekommen zu sein und Gesprächspartner überzeugt zu haben, daß EG-Hilfe auf gutem Weg ist". Mit israelischen Behörden (dem „Koordinator für die Gebiete" und Vertretern des Außen-, Landwirtschafts- und Industrieministeriums) sei über die Frage ungehinderter Ausfuhren aus Westbank/Gaza über den Flughafen Lod und die Häfen Ashod und Haifa gesprochen worden. Während die „Ausfuhr nichtlandwirtschaftlicher Produkte keinerlei Probleme" bereitet habe, habe die Delegation bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte von israelischer Seite „keine befriedigende Antwort erhalten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; Referat 413, Bd. 144876.

19 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 22, Anm. 2.

20 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) vgl. Dok. 22, Anm. 9.

21 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten auf ihrer Konferenz im Rahmen der EPZ vom 26. Januar 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 466 f.

22 Beginn des mit Runderlaß Nr. 8 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

VN-GS[23] zum Ausdruck zu bringen (unter Hinweis auf frühere Erklärungen). Ferner sollte das Interesse der Zwölf an einer politischen Konzertierung mit den Staaten der Golfregion unterstrichen werden. Ein neues Ministertreffen der Zwölf mit den Staaten der Golfregion könne am Rande der nächsten VN-GV[24] in Aussicht genommen werden.

1.6) Libanon

Außenminister stimmten überein, daß eine Beurteilung der neuen syrischen militärischen Aktivitäten im Libanon[25] noch nicht möglich sei.

Dies sollte auch der Presse mitgeteilt und darüber hinaus die Sorge der Zwölf über die Entwicklung im Libanon zum Ausdruck gebracht werden. Es sei notwendig, daß der Libanon seine Souveränität und seine territoriale Integrität zurückgewinne. Hingewiesen werden sollte weiter auf die Notwendigkeit einer verstärkten humanitären Hilfe sowie auf die schwierige Lage von UNIFIL[26], deren Aufgabe weiterhin sinnvoll sei.

Zur Frage der im Libanon festgehaltenen Geiseln[27] schlug GB vor, unter Bezugnahme auf die Erklärung des Europäischen Rates vom 6.12.1986 erneut festzustellen, daß unter Druck keine Konzessionen gemacht würden.[28]

BM sprach sich demgegenüber dafür aus, zur Frage von Zugeständnissen in der Öffentlichkeit nichts zu sagen. Falls nach der Fortgeltung früherer Erklärungen der Zwölf gefragt würde, sollte diese bestätigt werden. Präs. sollte statt dessen das Mitgefühl der zwölf Partnerstaaten mit den Geiseln sowie die Erwartung zum Ausdruck bringen, daß sie unversehrt bald freigelassen werden. Partner stimmten dem zu.

23 Javier Pérez de Cuéllar.

24 Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

25 Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, informierte am 23. Februar 1987: „Seit dem Juni 1985 waren zunächst einige syrische Offiziere, seit dem Juli 1986 mehrere Hundert syrische Offiziere und Soldaten als ‚Beobachter' in West-Beirut. Verbindungsoffiziere nahmen auch regelmäßig an den West-Beirut betreffenden Beratungen des muslimischen Rumpfkabinetts teil." Am 20./21. Februar 1987 hätten aufgrund von Milizenkämpfen verschiedene muslimische Politiker Präsident Assad gebeten, zusätzliche Truppen zu entsenden: „Daraufhin rückten aus der Beqaa durch den drusischen Schuf am 22.2. kriegsmäßig ausgerüstete syrische Einheiten einschließlich Panzer und schwerer Artillerie Richtung West-Beirut, wo sie in der Nacht zum 23.2. an verschiedenen Plätzen Stellung bezogen. Zahlenangaben schwanken, es dürften aber zwischen 7000 und 10 000 Mann sein. Weitere Verstärkungen sind angekündigt. Im Schuf wurden durch zurückgelassene Einheiten die Verbindungs- und Nachschubwege gesichert. Die Bevölkerung nahm den Durch- und Einmarsch kühl (vor allem die Drusen) bis freundlich (vor allem schiitische Amal-Milizionäre) auf." Vgl. den Drahtbericht Nr. 84; Referat 310, Bd. 149636.

26 Nach dem israelischen Einmarsch in den Libanon am 13./14. März 1978 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat am 19. März 1978 auf Initiative der USA eine Resolution, die u. a. die Einsetzung einer VN-Friedenstruppe „United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL) vorsah. Das Mandat galt für zunächst sechs Monate und wurde in der Folgezeit stets verlängert. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 426 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.
Referat 230 vermerkte am 16. November 1987: „Die ‚United Nations Interim Force in Lebanon' befindet sich seit Jahren in einer kritischen Lage, die ihren Fortbestand gefährdet." Verantwortlich dafür seien verschiedene Faktoren: die Nichterfüllung des Mandats, den vollständigen israelischen Rückzug aus Libanon zu gewährleisten; der Fortgang des gewaltsamen Konfliktaustrages in ihrem Einsatzgebiet; die daraus resultierende Verschlechterung der Sicherheitslage für die Soldaten der truppenstellenden Staaten; die Verstärkung der „Finanzkrise UNIFILs" durch die Kürzung des Finanzbeitrags der USA. Vgl. Referat 230, Bd. 158209.

27 Vgl. den Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon; Dok. 34.

28 Vgl. die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats zum Terrorismus nach seiner Tagung am 5./6. Dezember 1986 in London; EUROPA-ARCHIV 1987, D 90.

2) West-Ost-Beziehungen

Thema wurde beim Mittagessen (ohne Mitarbeiter) behandelt. Thema war auf deutschen Vorschlag in die TO aufgenommen worden.

BM trug deutsche Haltung im Sinne seiner Davos-Rede[29] vor. Es gehe darum, Gorbatschow beim Wort zu nehmen. Die sowjetische Öffnung nach innen und nach außen liege auch in unserem Interesse. Es sei deshalb vernünftig, darauf positiv zu reagieren.

Ein positiver Tenor zeigte sich auch in den Äußerungen der übrigen Partner. Es zeigten sich keine unterschiedlichen Auffassungen zwischen F und D.

Auf Vorschlag des BM wurde PK beauftragt, die Folgen zu prüfen, die sich aus den Veränderungen in der SU ergeben, und eine gemeinsame Position und Strategie zu erarbeiten.

Präs. faßte Diskussion im übrigen dahin zusammen, eine Analyse der Positionen und Erklärungen Gorbatschows ergäbe, daß seine Vorschläge nicht nur taktisch zu bewerten seien. Dennoch sei eine doppelte Wachsamkeit geboten: gegenüber der Öffnung sowjetischer Politik und in den Sachfragen (dies spiegelte vor allem Haltung von F wider[30]). Wirtschaftliche Vorschläge sollten ebenfalls berücksichtigt werden. Es handele sich um eine Herausforderung, der angemessen begegnet werden müsse. Im KSZE-Prozeß würden die Zwölf weiter darauf achten, daß den Worten auch Taten folgen. In geeigneten Bereichen sollten die Zwölf selbst Initiativen ergreifen.

Zu Polen kamen AM überein, gegenüber den USA mündlich die Zufriedenheit der Zwölf mit der Aufhebung der Sanktionen[31] auszudrücken.

Zu Ungarn wurde Präs. beauftragt, die Arbeiten im AStV zu aktivieren[32] (dies auf Vorschlag des BM).

Nach einem entsprechenden Vorschlag der USA gegenüber der Präs. und anderen Partnern (auch uns) beschlossen die AM, vor Wiederaufnahme der Cordovez-Gespräche am 25.2.87[33] bei der SU eine Demarche zu Afghanistan durchzuführ-

29 Zur Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1987 in Davos vgl. Dok. 65.

30 Vgl. die Forderung des französischen Außenministers Raimond nach „doppelter Wachsamkeit" („double vigilance") auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesminister Genscher am 6. Februar 1987 in Paris; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Januar/Februar), S. 90.

31 Am 19. Februar 1987 gab Präsident Reagan die Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen gegen Polen bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 155 f.

32 In einer gemeinsamen Aufzeichnung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft hielt das Auswärtige Amt am 13. März 1987 fest: „Nach jahrelangen Bemühungen um eine handelsvertragliche Vereinbarung mit Ungarn hat die EG-Kommission Ende 1986 einen den ungarischen Vorstellungen weit entgegenkommenden Mandatsentwurf für ein Handels- und Kooperationsabkommen vorgelegt. Kern des Abkommens sind: Einfuhrliberalisierung bei allen ‚diskriminierenden' (d. h. nicht auch gegenüber marktwirtschaftlichen Ländern geltenden) mengenmäßigen Beschränkungen nach festem Zeitplan; gegenseitige noch auszuhandelnde Zollkonzessionen erga omnes für Industrie- und Agrarprodukte bei vergleichbaren ungarischen Zugeständnissen; Schutzklausel (entsprechend dem ungarischen GATT-Beitrittsprotokoll); wirtschaftliche Kooperation in den Bereichen Industrie und Bergbau, Landwirtschaft, Forschung, Energie, Verkehr, Tourismus und Umweltschutz; Einrichtung einer Gemischten Kommission." Überdies wurde notiert: „Wir haben angesichts unseres politischen Interesses an einem Handelsabkommen EG/Ungarn trotz der damit verbundenen Probleme für einige Branchen und Unternehmen in der Bundesrepublik […] den EGK-Vorschlag uneingeschränkt unterstützt. Vgl. Referat 411, Bd. 131359.

33 Zu den „indirekten" Gesprächen zwischen Afghanistan und Pakistan vgl. Dok. 91, Anm. 4.

ren. AM Tindemans wurde gebeten, noch am 23.2.87 abends dem sowjetischen Botschafter in Brüssel die Haltung der Zwölf unter Hinterlassung eines von den Ministern gebilligten „Non-paper" darzulegen.[34] Eine Veröffentlichung dieses Papiers (Text wird gesondert übermittelt) ist nicht beabsichtigt.

3) Sonstiges

3.1) AM Tindemans berichtete über den jüngsten Besuch in Washington.[35] Schlußfolgerungen wurden nicht gezogen.

3.2) Die AM billigten den sechsten zusammenfassenden Bericht über den Verhaltenskodex Südafrika.[36]

3.3) Zur Wahl des UNESCO-GD[37] kamen AM überein, daß eine Liste der Auswahlkriterien erarbeitet werden soll und daß die Zwölf sich auf der Grundlage dieser Kriterien auf einen Kandidaten einigen sollten.

4) Vorschläge anderer Staaten

Vor dem EPZ-Ministertreffen am 23.2.1987 sind folgende Staaten an die Zwölf mit Vorschlägen zu politischen Schritten herangetreten:

– Die Sowjetunion hat bei der Präsidentschaft und den übrigen elf Partnern, darunter auch uns, demarchiert und vorgeschlagen, die Zwölf sollten sich positiv zur Internationalen Nahost-Friedenskonferenz sowie zum vorbereitenden Ausschuß äußern. Dies ist das erste Mal, daß die SU bei den Zwölf demarchiert. Bisher ist die Sowjetunion lediglich Adressat von Demarchen der Zwölf gewesen (vgl. oben Ziffer 1.1).
– Die USA sind an die Präsidentschaft herangetreten mit dem Vorschlag, die Zwölf sollten bei der Sowjetunion vor dem 25.2. (Wiederaufnahme der Cordovez-Gespräche) zu Afghanistan demarchieren. Der zeitliche und sachliche Zusammenhang mit dem EPZ-Ministertreffen liegt auf der Hand. Da eine Einigung über den Text vor dem Ministertreffen nicht erzielt werden konnte, wurden die Minister am 23.2. mit dem Vorgang befaßt (Ergebnis s. o. Ziffer 2 am Ende).
– Israel (AM Peres) hat der belgischen Präsidentschaft vorgeschlagen, daß die Zwölf sich zur Internationalen Friedenskonferenz Nahost äußern, und hat dazu Vorschläge unterbreitet.

34 In seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident übergab der belgische Außenminister Tindemans dem sowjetischen Botschafter in Brüssel, Nikitin, am 23. Februar 1987 das von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ gebilligte Non-paper zu Afghanistan. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 134 aus Brüssel (Coreu) vom 24. Februar 1987; Unterabteilung 31, Bd. 141138.
Für das Non-paper vgl. den Drahtbericht Nr. 71 des EPZ-Sekretariats in Brüssel (Coreu) vom 23. Februar 1987; Referat 200, Bd. 134817.

35 Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich vom 4. bis 7. Februar 1987 in den USA auf.

36 Mit dem von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten Verhaltenskodex vom 20. September 1977 waren die in Südafrika durch Vertretungen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften tätigen europäischen Unternehmen dazu angehalten, Schritte zur betriebsrechtlichen Gleichstellung „schwarzafrikanischer Arbeitnehmer" sowie „zur Beseitigung jeglicher Rassentrennung" vorzunehmen und hierüber jährlich Bericht zu erstatten. Vgl. BULLETIN DER EG 9/1977, S. 51–53.
Die sechste zusammenfassende Analyse über den Verhaltenskodex wertete die insgesamt 226 eingegangenen Unternehmensberichte für den Zeitraum vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 aus. Als Ergebnis wurde festgehalten, daß „trotz der derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ziemlich befriedigende Fortschritte entsprechend den Zielen des Kodex realisiert" worden seien. Vgl. BULLETIN DER EG 2/1987, S. 144.

37 Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 171, Anm. 58.

– Die Außenminister von Jordanien[38] und Kuwait[39] sind kurz vor dem Ministertreffen nach Brüssel gereist, um bei der belgischen Präsidentschaft Einfluß auf die Beratungen der Zwölf zu Nahost zu nehmen.
– Der Präsident des Libanon, Gemayel, hat bei seinen kürzlich durchgeführten Besuchen in Brüssel und London dafür geworben, daß die Zwölf bei den Beratungen am 23.2. seine Vorstellungen berücksichtigen.[40]
– Die Regierung des Irak hat in einer Demarche gegenüber den Missionschefs der Zwölf (bei Einbestellung ins Außenministerium) die irakische Position zum Golfkonflikt erneut dargelegt und im Hinblick auf das EPZ-Ministertreffen für ihre Vorstellungen geworben.

Eine derartig hohe Zahl von Demarchen gegenüber den Zwölf vor einem EPZ-Ministertreffen hat es in der Vergangenheit nicht gegeben. Neu ist dabei nicht nur, daß die Sowjetunion sich mit Vorschlägen zu politischen Schritten an die Zwölf wendet. Neu ist auch, daß die SU und die USA vor einem EPZ-Ministertreffen solche Demarchen durchführen.

Diese Entwicklung zeigt, daß die Zwölf in zunehmendem Maße als politisch bedeutsame und aktionsfähige Gemeinschaft von der internationalen Staatenwelt, darunter den beiden Großmächten, anerkannt werden.

Wir werden diese Entwicklung – auch im Hinblick auf unsere kommende Präsidentschaft[41] – nachhaltig fördern.

Schilling[42]

Referat 200, Bd. 134817

38 Taher al-Masri.
39 Sabah al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah.
40 Präsident Gemayel hielt sich vom 13. bis 15. Februar 1987 in Belgien und am 16./17. Februar 1987 in Großbritannien auf. In seinen Gesprächen mit der EG-Kommission forderte Gemayel dazu auf, den innerstaatlichen Sanierungsplan zur Bekämpfung der Armut der libanesischen Bevölkerung zu unterstützen und einer außerordentlichen Soforthilfe zur Linderung der humanitären Lage im Libanon zuzustimmen. Am 19. Februar 1987 gewährte die EG-Kommission eine solche Soforthilfe in Form von Medikamenten in Höhe von 400 000 ECU. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1987, S. 86 und S. 90.
41 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.
42 Paraphe.

53

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle

D 2 A-20-371.80 SDI-282 I/87 VS-vertraulich **25. Februar 1987**[1]

Bündniskonsultationen über „Restrukturierung des SDI-Programms“;
hier: Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Nitze und Assistant Secretary Perle am 25.2.1987[2]

Aus dem mehr als einstündigen Gespräch des Bundeskanzlers mit Nitze und Perle halte ich[3] fest:

Nitze stellte fest, Präsident Reagan habe eine Reihe von Entscheidungen zu SDI getroffen, andere Entscheidungen vertagt, um zunächst die Meinung des Kongresses und der Alliierten einzuholen.

Folgende Entscheidungen seien getroffen worden:

– Keine frühe Stationierung von SDI, da die Forschungsergebnisse dies bisher nicht rechtfertigten;
– eine Serie von „incremental deployments“ in Phasen zur gegebenen Zeit anstatt eines einzigen Stationierungsschrittes;
– jede Phase muß die Kriterien erfüllen, die am Anfang von SDI formuliert worden waren (militärische Wirksamkeit, Kostenwirksamkeit, Überlebensfähigkeit) mit der Maßgabe, daß jede Phase ein nützlicher Teil des Gesamtprogramms sein soll.[4]

Nicht getroffen worden sei die Entscheidung, ob die Richtlinien für die Durchführung des Testprogramms dahingehend geändert werden sollen, daß von der engen auf die weitere Auslegung des ABM-Vertrages[5] übergegangen werden kann. Folgende zusätzliche Arbeiten seien zuvor erforderlich:

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Holik am 25. Februar 1987 gefertigt, der die Weiterleitung „über Herrn Staatssekretär“ an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Staatssekretär Ruhfus am 25. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 27. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Holik verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM ist unterrichtet.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 3. März 1987 vorgelegen.
Hat Holik am 3. März 1987 erneut vorgelegen.

2 Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, am 26. Februar 1987; Dok. 56. Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch Nitze und Perle am 27. Februar 1987 in Brüssel vgl. Dok. 59.

3 Josef Friedrich Holik.

4 Für die Entscheidungen des Präsidenten Reagan vgl. die National Security Decision Directive Nr. 261 („Consultations on the SDI Program“) vom 18. Februar 1987; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

5 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

– rechtliche Prüfung des Ratifizierungsprozesses
– sowie der praktischen Implementierung des ABM-Vertrages zwischen den Parteien.
– Spezifizierung derjenigen Tests, die nach der weiten, nicht jedoch nach der engen Interpretation möglich wären, einschließlich zeitlicher Angaben.

Bis zum Abschluß dieser Arbeiten ca. Ende April sollten enge Konsultationen mit Kongreß und Alliierten durchgeführt werden.

Bundeskanzler stellte fest, er wolle grundsätzlich nicht zu den rechtlichen Fragen Stellung nehmen, sondern zu den politischen Implikationen, die von größter Bedeutung seien.

Er sei der erste in Europa gewesen, der das SDI-Forschungsprogramm begrüßt habe, und er habe seine Einstellung nicht geändert. SDI sei gerechtfertigt, auch moralisch. Dabei sei er aber immer davon ausgegangen, daß bei jedem Schritt über die Forschungsphase hinaus kooperative Lösungen mit der SU gesucht werden müßten. Konkret heiße dies, daß er gegen eine einseitige Abkehr von der engen Auslegung des ABM-Vertrages sei. Dies sei die Geschäftsgrundlage für die öffentliche Debatte bei uns gewesen. BK verwies auf seine wiederholten Reden im Bundestag, in denen er die US-Position zu SDI verteidigt habe. Er erinnerte daran, daß Shultz die enge Interpretation im Herbst 1985 gegenüber den Bündnispartnern festgezurrt habe.[6] Die Grundfrage sei: Gäbe es eine Chance, in Genf[7] voranzukommen? Was hier und heute besprochen werde, habe auf diese Grundfrage Auswirkungen.

BK ging auf die interne Entwicklung in der Sowjetunion ein, deren Ausgang unbekannt sei. Er beobachte diese Entwicklung ohne Enthusiasmus, „cool", aber aufmerksam. Deng Xiaoping habe ihm vor drei Jahren über die Risiken der Reformbewegung in China erzählt und hinzugefügt, in der Sowjetunion würde alles noch viel schwieriger sein, denn der Warschauer Pakt setze sich aus Ländern mit alten Kulturen zusammen.[8] Wie diese Länder reagierten und ob man die Temperatur eines Reformprozesses genau regulieren könne, sei schwer vorherzusagen. BK stellte fest, für uns sei dies keine theoretische Frage. Deshalb sei ein Erfolg in Genf so wichtig. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Sowjetunion wegen der Auslegung des ABM-Vertrages einen Vorwand bekäme, den USA die Schuld für ein Scheitern zuzuschieben.

BK stellte abschließend fest, er wolle an seiner Position zu SDI festhalten und das Programm verteidigen können.

Nitze stimmte mit BK in der Notwendigkeit überein, alle für einen Erfolg in Genf erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen. Seit dem Treffen Shultz/Schewardnadse in Wien[9] habe es beachtliche Fortschritte in allen drei Bereichen

6 Vgl. die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz auf der Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 in Brüssel; AAPD 1985, II, Dok. 283.

7 Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

8 Das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, fand am 10. Oktober 1984 in Peking statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 274.

9 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 5./6. November 1986 bei der Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen. Botschafter Ruth, z. Z. Wien, berichtete am 7. November 1986, im Mittelpunkt der Gespräche hätten folgende Themen gestanden: „1) die

der Genfer Verhandlungen gegeben, allerdings am wenigsten in den Weltraumfragen. Hier werde gegenwärtig darüber gesprochen, was der ABM-Vertrag erlaube und was er verbiete. Die SU wolle den Vertrag „verstärkende Klarstellungen", d.h. Abänderungen (amendments) durchsetzen.[10] Die Beschränkung der Forschung auf die Labors, wie von der SU gewünscht, habe nichts mit dem ABM-Vertrag zu tun.

Perle erläuterte die rechtlichen Grundlagen der weiteren Auslegung, die den Präsidenten bereits im Oktober 1985 bewogen hätten, diese Auslegung als voll gerechtfertigt zu bezeichnen.[11] Von dieser Entscheidung des Präsidenten habe man jedoch keinen praktischen Gebrauch machen müssen, weil die engere Auslegung alle möglichen Versuche abgedeckt habe. Der unerwartete technische Fortschritt mache jetzt jedoch baldige Entscheidungen notwendig. Die Beibehaltung der engen Auslegung würde die Durchführung notwendiger Versuche verhindern.

Zur taktischen Situation stellte Perle fest, niemand könne die Auswirkungen auf die Verhandlungen sicher beurteilen. Nach seiner Auffassung ergäben sich bessere Chancen, wenn die SU im Eindruck bestärkt werde, daß SDI realisiert werden könne. Hier verhalte es sich wie bei der Nachrüstung, wo die Sowjets erst nach Stationierung ernsthaft verhandelten.

Bundeskanzler stimmte im Hinblick auf die Nachrüstung zu, sah jedoch einen wesentlichen Unterschied: Bei INF habe es eine klare gemeinsame Position des Bündnisses seit 1979[12] gegeben; bei ABM werde eine bis vor kurzem völlig übereinstimmende Interpretation möglicherweise von der amerikanischen Seite verändert. Dies sei ein qualitativer Unterschied.

Nitze äußerte sich auf Frage des Bundeskanzlers zum Zeithorizont der Verhandlungen in Genf dahingehend, daß nach Meinung der Senatoren ein Abkommen bis März 1988 vorliegen müsse, um rechtzeitig ratifiziert zu werden. Dabei müsse man jedoch den Unterschied zwischen einer Grundsatzeinigung und einem voll ausgehandelten Vertrag berücksichtigen.

Perle wies darauf hin, daß die Bereitschaft Präsident Reagans in Reykjavik, zehn Jahre lang den ABM-Vertrag einzuhalten, ein weitgehendes Zugeständnis ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 248

Erörterung über den Inhalt des Einvernehmens zu den strategischen Waffen; 2) der sowjetische Versuch, die Diskussion auf den ABM/SDI-Komplex zu konzentrieren und alle anderen Fragen als vereinbart zu betrachten." Im Bereich nukleare Rüstungskontrolle und Weltraumfragen liege der Unterschied beider Positionen darin, „daß die amerikanische Seite von der Eliminierung der ballistischen Raketen ausgehe, die Sowjetunion dagegen von der Eliminierung aller strategischen nuklearen Waffen. Die Sowjetunion habe den Hergang der Diskussion verfälscht. In Wirklichkeit habe der Präsident das Thema der nuklearen Waffen aus doppelter Sicht angesprochen: der Verminderung der ballistischen Raketen, insbesondere der am stärksten destabilisierenden gemirvten schweren ICBMs, verbunden mit einem weiteren Schritt, der zur völligen Beseitigung der ballistischen Raketen führen würde; den von ihm auch öffentlich vertretenen Gedanken der langfristigen Beseitigung aller nuklearen Waffen. Diese beiden unterschiedlichen Elemente würden jetzt von der Sowjetunion vermengt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 9; Referat 220, Bd. 144755.

10 So in der Vorlage.

11 Vgl. die National Security Decision Directive Nr. 192 des Präsidenten Reagan vom 11. Oktober 1985; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

12 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

wesen sei.[13] Die SU habe sich dagegen nicht bewegt. Perle berief sich auf Mrs. Thatchers Feststellung, daß es gefährlich wäre, die SDI-Forschung aufzugeben. Hätten die USA im Zweiten Weltkrieg die Forschung über Nuklearwaffen im Vertrauen auf irgendwelche Versprechen aufgegeben, wären wir heute in einer anderen Welt.

Der *Bundeskanzler* schloß das Gespräch mit der Bemerkung ab, es sei wichtig, daß wir in Kontakt blieben (*ich* ergänzte: bevor die bisher aufgeschobenen Entscheidungen getroffen würden). *Nitze* stellte fest, dies sei seine Absicht. *BK* erwähnte, daß er daran denke, mit Präsident Reagan persönlich Kontakt in dieser Sache aufzunehmen.

VS-Bd. 11376 (220)

54

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe

VS-NfD **25. Februar 1987**[1]

Konsultationen BM mit AM Howe am 25.2.1987, 17.00–21.00 h im Gästehaus Venusberg

An dem Gespräch nahmen auf britischer Seite Lyn Parker, Persönlicher Referent des britischen AM, Dolmetscher VLR I Weber sowie RL 010 i.V.[2] teil. Das Gespräch verlief offen und sehr freundschaftlich.

BM bat AM Howe eingangs, über die Gespräche zu berichten, die Mrs. Thatcher und er selbst am Vormittag in London mit Mr. Nitze und Mr. Perle geführt hatten.[3]

AM *Howe* berichtete, nach Aussagen von Nitze und Perle habe der Präsident noch keine Entscheidung getroffen, sowohl bezüglich der weiten Auslegung des

13 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 26. Februar 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragendem Legationsrat Ischinger am 3. März 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 4. März 1987 vorgelegen.

2 Klaus-Peter Klaiber.

3 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze und der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, hielten sich vom 25. bis 28. Februar 1987 in sechs EG-Mitgliedstaaten (Belgien, Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande) zu Konsultationen über das SDI-Programm auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Nitze und Perle am 25. Februar 1987; Dok. 53. Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Nitze und Perle am 26. Februar 1987; Dok. 56. Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch Nitze und Perle am 27. Februar 1987 in Brüssel vgl. Dok. 59.

ABM-Vertrages[4] noch zur frühen Stationierung von SDI-Elementen. Überlegungen in dieser Richtung seien jedoch im Gange. Der Präsident habe beschlossen, die Alliierten zu konsultieren, und habe im Department of Defense technische Gutachten angefordert, die zur Entscheidungsfindung herangezogen werden sollen.[5] Auf ausdrückliches Befragen hätten Nitze und Perle erklärt, die jetzige Konsultationsrunde in Europa sei erst der Beginn eines Konsultationsprozesses.

Mrs. Thatcher habe den Besuchern geantwortet, es sei nicht britische Angelegenheit, den ABM-Vertrag zu interpretieren, da man nicht Vertragspartei sei. Festzustellen bliebe jedoch, daß jede Entscheidung in diesem Bereich sowohl Auswirkungen auf das Vertrauensverhältnis zu den Verbündeten habe wie auch Rückwirkungen auf den Verhandlungsprozeß mit der SU. Sie, Mrs. Thatcher, gehe davon aus, daß die USA keine Beeinträchtigung der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen wünschten. Wenn er, Howe, die beiden amerikanischen Gesprächspartner richtig einschätze, so strebe Nitze in jedem Fall Verträge mit der SU an; Perle dagegen glaube, mit einem Übergang zur weiten Auslegung des ABM-Vertrages die Sowjets zu Konzessionen bewegen zu können.

Auf Frage *BM*, was hinter den amerikanischen Überlegungen stecke, meinte AM *Howe*, USA hätten festgestellt, daß SDI-Forschungen schneller vorangingen als ursprünglich erwartet. Falls man ohne Testphase weiterforsche, würde dies vermutlich erheblich teurer werden. Darüber hinaus dürften sich viele amerikanische Entscheidungsträger das Perlesche Argument zu eigen machen, daß man mit dem geplanten Vorhaben die Sowjets zu Konzessionen am Verhandlungstisch zwingen könne.

BM hob hervor, der BK habe am Vortag in einem Zeitungsinterview die deutsche Position nochmals eindeutig umrissen, nämlich Beibehaltung der engen Interpretation des ABM-Vertrages sowie Konsultationen mit den Verbündeten.[6] Im übrigen sei unser SDI-Vertrag mit den USA[7] mit einer engen Interpretation des ABM-Vertrages verknüpft. Ferner sehe die Bundesregierung diese Problematik in engem Zusammenhang mit dem gesamten West-Ost-Verhältnis. Die Perlesche Argumentation habe er, BM, schon seit langem gehört. Der amerikanischen Administration bliebe jedoch nicht mehr viel Zeit, ein Abkommen zu erreichen. Er, BM, habe die Sorge, daß jetzige Diskussion zu verstärkter Kritik der Europäer an den USA führen könne und damit das gesamte transatlantische Verhältnis Schaden nehmen könnte. Jedenfalls sei zu erwarten, daß die ABM-Diskussion eine große Rolle im Deutschen Bundestag spielen werde.

AM *Howe* stimmte BM zu und ergänzte, bei Meinungsumfragen in den Niederlanden vor mehr als einem halben Jahr hätten die USA und die SU die gleichen

4 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

5 Für die Entscheidungen des Präsidenten Reagan vgl. die National Security Decision Directive Nr. 261 („Consultations on the SDI Program") vom 18. Februar 1987; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

6 Für das Interview des Bundeskanzlers Kohl vom 24. Februar 1987 vgl. den Artikel „1987 muß ein Jahr der Abrüstung werden"; NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG vom 25. Februar 1987, S. 5.

7 Die Bundesrepublik und die USA unterzeichneten am 27. März 1986 Vereinbarungen über die Beteiligung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Bundesrepublik an der SDI-Forschung. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 84.

Werte, nämlich 31 Prozent, bei der Frage erhalten, welcher der beiden Großmächte größeres Vertrauen entgegengebracht werde. Mrs. Thatcher trete dafür ein, daß es noch während der Reagan-Administration zu Abrüstungsvereinbarungen komme; die Zeit laufe jedoch davon. Das Momentum von Reykjavik[8] müsse aufrechterhalten werden.

BM erkundigte sich, mit welchen politischen Zielen Mrs. Thatcher im März nach Moskau reise.[9]

AM *Howe* sagte, Hauptgewicht läge in dem Bemühen, die SU zu konkreten Abrüstungsverträgen mit den USA zu drängen. Die letzten Sätze der Rede des BM in Davos[10] „take Gorbatchev by his word" entsprechen dem, was Mrs. Thatcher von Gorbatschow fordern werde.

BM ergänzte, der Westen müsse Gorbatschow testen, den Worten müßten Taten folgen.

AM meinte, auf Englisch würde man sagen, „we have to put his words to the test".

BM meinte, wenn dies unsere gemeinsame Position sei, müsse Gorbatschow ermuntert werden, den von ihm vorgezeichneten Weg zu gehen; gleichzeitig dürfe man jedoch nicht in Illusionen verfallen, wie beispielsweise Roosevelt, der von Stalin nur von Uncle Joe gesprochen habe. Je mehr sich Gorbatschow öffne, desto mehr werde er allerdings auch auf die Resonanz der Öffentlichkeit angewiesen sein. Daher sei im Augenblick wichtig, daß wir die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Bemühungen anerkennen.

AM meinte, auch die Äußerungen des französischen Kollegen Raimond seien zutreffend, wenn er eine doppelte Aufmerksamkeit fordere.[11] Bezüglich der Menschenrechtspolitik habe Gorbatschow schon einen ersten konkreten Schritt[12] vorgenommen und damit gewiß Eindruck im Westen erzielt.

BM bemerkte, er habe in vielen Reden und auch in internen Beratungen mit sowjetischen Gesprächspartnern stets die Auffassung vertreten, es komme nicht nur auf die Bekannten und die Großen an, denen die Menschenrechte versagt würden, sondern genauso auf die Vielzahl der Kleinen und Unbekannten. Für uns sei entscheidend, wie sich die SU bezüglich der Juden und Deutschstämmigen verhalte. Dies habe er, BM, kürzlich in aller Deutlichkeit auch Sagladin

8 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

9 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher vom 28. März bis 1. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 79, Anm. 5.

10 Zur Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

11 Vgl. die Forderung des französischen Außenministers Raimond nach „doppelter Wachsamkeit" („double vigilance") auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesminister Genscher am 6. Februar 1987 in Paris; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Januar/Februar), S. 90.

12 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 10. Februar 1987, der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, habe in einer Pressekonferenz am selben Tag mitgeteilt, „daß in der Zeit vom 2. bis 9.2. insgesamt 140 Personen, allesamt wegen anti-sowjet[ischer] Propaganda verurteilt, begnadigt worden seien". Darüber hinaus habe Gerassimow ausgeführt, „eine interministerielle Kommission sei dabei, sowohl Einzelfälle zu überprüfen als auch strafrechtliche Bestimmungen einer möglichen Revision zu unterziehen. Arbeit der Kommission sei noch nicht abgeschlossen. Tendenz sei, bei erstmaligen geringfügigen Gesetzesverstößen Strafe zur Bewährung auszusetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 389; Referat 213, Bd. 143604.

gesagt.[13] An einem Beispiel sei leicht zu verdeutlichen, in welch schwierige Position man gerate, wenn man sich wie die USA fast ausschließlich um die weltbekannten Dissidenten bemühe. Anläßlich der Eröffnung der Wiener KSZE-Folgekonferenz[14] hätten die USA zu dem sowjetischen Vorschlag einer Menschenrechtskonferenz in Moskau[15] erklärt, Voraussetzung müsse die Freilassung und Teilnahme von Sacharow[16] sein. Er, BM, habe damals gesagt, dies dürfe nicht das einzige Kriterium sein.[17] Hätten die Verbündeten der amerikanischen Auffassung zugestimmt, wären die Voraussetzungen für die Abhaltung der Menschenrechtskonferenz in Moskau heute bereits gegeben.

AM ergänzte, auch die sowjetische Pressepolitik habe sich entscheidend verändert. Zum Abschluß des kürzlichen Besuchs des britischen Vizeaußenministers Renton in Moskau[18] sei dessen Pressekonferenz ungekürzt im Fernsehen gesendet worden. Überdies sei die Tätigkeit der sowjetischen Störsender eingestellt worden.

Interessant werde sein, ob der innere Reformkurs von Gorbatschow einen grundlegenden Wandel anzeige.

BM erwiderte, man müsse sich die Frage vorlegen, ob das System ohne einen fundamentalen Wandel effektiver arbeiten könne, denn darum gehe es doch dem Generalsekretär. Er, BM, habe große Zweifel. Er glaube vielmehr, daß das sozialistische System effizienzfeindlich sei. Die Nachkriegsentwicklung der beiden deutschen Staaten habe dies gezeigt, und zwar um so mehr, als die heutige DDR damals weniger zerstört gewesen sei und über ein höheres industrielles Potential verfügt habe. Das sozialistische System schneide die Eigeninitiative ab.

AM ergänzte, zwischen der Wirtschaftsentwicklung in der SU und den Abrüstungsbemühungen bestehe sicher auch ein innerer Zusammenhang. Die durch SDI verkörperte technologische Entwicklung im Westen bedrücke Gorbatschow sehr.

BM meinte, Gorbatschow müsse sich im Grunde genommen im klaren sein, daß von Europa keine Bedrohung ausgehe. Deshalb, so habe er, BM, anläßlich seines Besuchs in Moskau im vergangenen Jahr[19] argumentiert, sei der riesige sowjetische Aufwuchs im konventionellen Bereich völlig unverständlich. Hier könne die SU richtige Signale geben. Das von Gorbatschow erwähnte Europäische

13 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin, am 17. Februar 1987 vgl. Dok. 43.

14 Die KSZE-Folgekonferenz in Wien wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 374.

15 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

16 Zum Fall des sowjetischen Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 25, Anm. 32.

17 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 in Chevening; AAPD 1986, II, Dok. 354.

18 Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Renton, besuchte die UdSSR vom 13. bis 18. Januar 1987.

19 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

Haus[20] könne nur bezogen werden, wenn alle Mieter die gleichen Sicherheitsstandards hätten.

AM ergänzte, aus diesem Grunde komme der KRK immense Bedeutung zu. Es komme allerdings darauf an, daß der Westen gemeinsame Positionen erarbeite[21]; hierfür sei harte Arbeit vonnöten, weil die Probleme unerhört kompliziert seien.

BM sagte, die Diskussion über konventionelle Abrüstung müsse offensiv geführt werden, auch um unsere Öffentlichkeit zu erziehen. Er, BM, habe persönlich Zweifel daran, ob tatsächlich eine zahlenmäßige Überlegenheit der SU bestehe. Sicher sei jedoch, daß in bezug auf Panzer, Bomber, Kampfhubschrauber und Artillerie große sowjetische Überlegenheit bestehe. Ferner müßten die geographischen Disparitäten offengelegt werden. Während Europa zwischen Helmstedt und der niederländischen Küste nur über 350 km Fläche verfüge, stünde der SU die Tiefe ihres gesamten Hinterlandes zur Verfügung.

AM wandte sich dann INF zu und meinte, gefühlsmäßig habe er gewisse Bedenken gegen eine Null-Lösung; man könne aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses[22] von dieser Auffassung jedoch nicht abgehen. Angesichts dieser Argumentation falle die Antwort im SRINF-Bereich so schwer. Hier gelte es, eventuell eine andere Gleichung aufzustellen.

BM erwiderte, bereits bei der Diskussion über den Doppelbeschluß sei argumentiert worden, daß es zunächst gelte, die LRINF-Stationierung auf beiden Seiten rückgängig zu machen und sich danach den SRINF anzunehmen. Falls es zu einem LRINF-Abkommen komme, entstünde eine Lage, die besser sei als die des Jahres 1974. Die Bereitschaft der SU, im Anschluß an ein LRINF-Abkommen über SRINF zu verhandeln, werde ein wichtiges Signal sein. Für die Bundesrepublik, die von den Kurzstreckenwaffen am unmittelbarsten bedroht sei, seien diese Verhandlungen von besonderer Bedeutung. Er, BM, habe den Eindruck, daß die SU die Lektion aus der Nachrüstung gelernt habe. Die Lektion heiße, der Westen strebe keine Überlegenheit an, lasse andererseits aber auch keine östliche Überlegenheit zu.

AM ergänzte, die französischen und britischen Nuklearpotentiale stünden zwar nicht zur Verteidigung Deutschlands bereit, seien jedoch ein weiterer wichtiger Faktor für das militärische Gleichgewicht.

BM stimmte zu und erklärte, er habe seinerzeit AM Gromyko erklärt, die französischen und britischen Nuklearwaffen seien aufgrund der Entscheidung souveräner Staaten zustande gekommen. Er selbst, BM, sei froh darüber, daß es europäische Atommächte gebe.

AM leitete zu chemischen Waffen über und meinte, Verifikationsfrage sei nach wie vor außerordentlich schwierig in den Griff zu bekommen.[23] Experten hätten noch viel Arbeit vor sich.

20 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

21 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 44.

22 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

23 Zu den Verhandlungen über chemische Waffen in Genf vgl. Dok. 32, Anm. 5.

BM meinte, Perle halte offenbar ein nachprüfbares Abkommen nicht für möglich. Dies wäre seines Erachtens das Ende aller Rüstungskontrolle.

AM ergänzte, Perle habe heute früh im Gespräch mit Mrs. Thatcher ähnlich, aber nicht so dezidiert negativ argumentiert. Er schlage vor, daß sich unsere Experten nochmals bilateral in Bonn oder London zusammensetzen.

BM stimmte zu und schlug vor, diese Konsultationen möglichst bald durchzuführen.[24] BM leitete dann auf die Beurteilung der Lage in den WP-Staaten über und erkundigte sich, ob GB neue Entwicklungen feststellen könne.

AM erklärte, in Polen sei es nach der Freilassungsaktion Ende vergangenen Jahres[25] zu einer Intensivierung der Kontakte auch mit dem Ausland gekommen. Dies würde sich nach der Aufhebung der amerikanischen Sanktionen[26] vermutlich weiter verstärken. Auch die Entwicklung in der ČSSR gehe, wenn auch langsam, in die richtige Richtung. Stellvertretender britischer AM Renton sei bei seinem kürzlichen Besuch in Prag[27] auch mit Dissidentengruppen zusammengetroffen.

Die Lage in Rumänien sei außerordentlich schwierig; dort sei quasi eine Familiendynastie an der Macht.

AM leitete über zu den Beziehungen Europas mit den USA. Es seien engste Konsultationen nötig, um eine einheitliche Linie zu erarbeiten. Es gehe vor allem darum, in die Konsultationen mehr Substanz einzubringen.

BM ergänzte, es müsse noch mehr als bisher mit den Mitgliedern des Kongresses und des Senats gesprochen werden, die augenscheinlich relativ wenig Kenntnis der europäischen Belange hätten. Er selbst gebe sich Mühe, möglichst jeden Senator und Abgeordneten hier in Bonn zu sehen. Seines Erachtens dächten die USA ähnlich wie wir in bezug auf die transatlantische Partnerschaft. Auch AM Raimond, den er gestern gesehen habe, spreche sich für intensivste Kontakte aus. Es liege an GB, F und D, ihre[28] jeweiligen Beiträge zum atlantischen Verhältnis zu leisten.

24 Die deutsch-britischen Konsultationen über chemische Waffen fanden am 25. März 1987 in Bonn statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann hielt dazu am 26. März 1987 fest: „In laufenden bilateralen Kontakten mit GB in Genf hat die SU weitere Flexibilität gegenüber dem von uns unterstützten britischen Vorschlag zur Verdachtskontrolle angedeutet." Jedoch blieben aus britischer Sicht „zwei Kernprobleme": Einerseits bestehe die SU „in Ausnahmefällen auf einem Ablehnungsrecht, während GB auf Ausräumung des Verdachts durch alternative Maßnahmen einschl[ießlich] beschränkten Zugangs" bestünde. Andererseits wolle die SU „nicht – wie von GB vorgesehen – die Beweislast für die Einhaltung der Konvention dem inspizierten Staat aufbürden". Zur amerikanischen Position notierte Hartmann: Wie die Bundesregierung, so sei auch Großbritannien „der Überzeugung, daß die Aufnahme der Binärwaffen-Produktion für die USA klare Priorität vor dem Abschluß eines CW-Verbots" habe. Deshalb rechne auch Großbritannien „mit andauerndem Widerstand der USA gegen ein CW-Verbotsabkommen" bis 1. Oktober 1987. Vgl. VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1987.

25 Ministerialdirigent Oesterhelt berichtete am 22. September 1986: „Im Rahmen eines am 17. Juli d. J. verabschiedeten Sejm-Gesetzes wurden bis zum 15. September 1986 insgesamt 20 000 Häftlinge entlassen bzw. Verfahren niedergeschlagen. Zu den Entlassenen gehören 225 (d. h. wahrscheinlich alle) politischen Häftlinge, deren Freilassung der polnische Innenminister überraschend am 11. September ankündigte." Vgl. Referat 214, Bd. 139700.

26 Am 19. Februar 1987 gab Präsident Reagan die Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen gegen Polen bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 155 f.

27 Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Renton, hielt sich vom 1. bis 4. Februar 1987 in der ČSSR auf.

28 Korrigiert aus: „seine".

Zur WEU wolle er bemerken, daß sie nach britischer Auffassung noch nicht alle Erwartungen erfüllt habe. Noch gelte es, die Beratungen im Siebener-Kreis[29] konkreter werden zu lassen. Bevor dies nicht geschehen sei, sollten auch keine Beitritte erwogen werden.

BM meinte, das letzte WEU-Treffen in Luxemburg[30] sei sehr gut verlaufen. Natürlich gelte es, gegenüber möglichen Beitrittskandidaten zu betonen, daß sie einen gemeinsamen Acquis akzeptieren müßten.

AM bedauerte, daß er am WEU-Frühjahrstreffen[31] nicht werde teilnehmen können. An der Absicht des WEU-Präsidenten Caro, nach Moskau zu reisen, werde sich wohl nichts ändern lassen.[32] Gleichwohl sei er besorgt darüber, daß in der WEU die Parlamentarier aus bekannten Gründen kaum eine bedeutsame Rolle spielen könnten. Hier könne zwar nicht über Nacht, aber mittelfristig etwas verändert werden. Dies gelte auch bezüglich einer Zusammenfassung der WEU-Organe möglicherweise in Brüssel.

BM stimmte zu.

AM berichtete sodann über die sehr aktive Botschaftertätigkeit Samjatins in London.

BM bestätigte, daß auch Botschafter Kwizinskij in Bonn sehr aktiv sei und offenbar auch in Moskau ein gutes Standing habe.

BM leitete dann zum Thema Nahost über und berichtete kurz über seine Gespräche mit Klibi[33] und mit dem israelischen Botschafter Ben-Ari[34]. Beide hätten sich befriedigt zu der Nahost-Erklärung der Gemeinschaft[35] geäußert. In Israel sei jedoch diese Frage zum innenpolitischen Konflikt geworden. BM erkundigte sich sodann nach den Kontakten Großbritanniens zu Syrien.

AM meinte, entgegen einiger Presseenten habe die britische Regierung keinerlei neue Kontakte zu Syrien geknüpft.

BM erläuterte, daß die Bundesregierung das Agrément für unseren neuen Botschafter in Syrien[36] erbeten habe. Noch immer hegten wir die Hoffnung, daß

29 Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

30 Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 330.

31 Die WEU-Ministerratstagung fand am 27./28. April 1987 in Luxemburg statt. Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 17.

32 Der Präsident der WEU-Versammlung, Caro, hielt sich vom 6. bis 10. April 1987 in der UdSSR auf.

33 Bundesminister Genscher traf am 24. Februar 1987 mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, zu einem Gespräch zusammen. Themen waren die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 23. Februar 1987 zum Nahen Osten, die Einberufung einer Internationalen Friedenskonferenz, die deutsch-syrischen Beziehungen, der Europäisch-Arabische Dialog sowie der irakisch-iranische Krieg. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178903.

34 Bundesminister Genscher erläuterte dem israelischen Botschafter Ben-Ari am 25. Februar 1987 „Ziele und Inhalt der Brüsseler Erklärung der EPZ-Außenminister vom 23. Februar 1987". Vgl. die Information Nr. 1034 des Pressereferats des Auswärtigen Amts vom 25. Februar 1987; Referat 310, Bd. 141111.

35 Am 23. Februar 1987 fand in Brüssel die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Für den Wortlaut der Erklärung zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f. Vgl. dazu ferner Dok. 52.

36 Wegen einer möglichen Verstrickung Syriens in den Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft am 29. März 1986 in Berlin (West) beschloß das Bundeskabinett am 29. Oktober 1986, den

die Syrer uns auch bei der Lösung der entführten Deutschen im Libanon[37] behilflich sein könnten.

AM wandte sich anschließend dem Thema Südafrika zu und wiederholte britische Position, wonach Wirtschaftssanktionen sich schädlich für die Entwicklung in der Region auswirken würden.[38]

BM meinte, im Bundestagswahlkampf habe das Thema Südafrika keinerlei Rolle gespielt. Er, BM, sei etwas enttäuscht darüber, daß die Fünfer-Gruppe zu Namibia[39], die sehr erfolgreich gewesen sei, heute praktisch tot sei. Schließlich habe sie die schwierige Aufgabe eines „management of a multi-racial society" übernommen gehabt.

AM meinte, im Augenblick gebe es keine Chancen, daß die Fünfer-Gruppe in der verfahrenen Situation hilfreich sein könne. Er, Howe, halte es jedoch für möglich, daß die bevorstehenden Wahlen in Südafrika[40] zu einer gewissen Erosion der bisher eingenommenen Positionen führen könnten.

BM schilderte dann das zusätzliche Problem, welches wir wegen des Verkaufs von U-Boot-Blaupausen an Südafrika[41] innenpolitisch zu bewältigen hätten.

AM erkundigte sich anschließend nach der 750-Jahr-Feier Berlins[42].

BM schilderte den Sachstand. Er persönlich trete für die strikte Einhaltung des Vier-Mächte-Abkommens[43] ein. Wichtig sei, daß weder die DDR noch wir

Fortsetzung Fußnote von Seite 256

vakanten Botschafterposten in Damaskus zunächst nicht wieder zu besetzen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 333 und Dok. 343.

Ministerialdirektor Sudhoff vermerkte am 31. März 1987: „Am 13.2.1987 wurde das Agrément für Botschafter Dr. Schlingensiepen beantragt und am 25.2.1987 erteilt. […] Zum Zeitpunkt der Entsendung von Herrn Schlingensiepen ist anzumerken: Mit dem Agrémentersuchen haben wir der syrischen Regierung signalisiert, daß wir normale Beziehungen zu ihr wünschen und an einem politischen Dialog interessiert sind. Die Gründe hierfür sind unverändert: die unverzichtbare Rolle Syriens bei jeder Lösung des Nahost-Konflikts, seine Stellung als wichtige Regionalmacht, seine Einflußmöglichkeiten im Libanon, unser Interesse an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und an syrischer Unterstützung in der Geiselfrage. Der beabsichtigte Zweck würde gefährdet, wenn wir die Entsendung von Herrn Schlingensiepen über Gebühr und entgegen internationaler Übung hinauszögern würden." Vgl. Referat 310, Bd. 149701.

Botschafter Schlingensiepen überreichte Präsident Assad sein Beglaubigungsschreiben im Mai 1987. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 420.

37 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 34.

38 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 20. Februar 1987: „Der in der Afrikan[ischen] Gruppe entworfene und von den blockfreien Mitgliedern des SR eingeführte Res[olutions]entwurf zur Verhängung selektiver mandatorischer Sanktionen gegen Südafrika ist bei der Abstimmung im SR am 20.2.1987 abends an den Nein-Stimmen von zwei ständigen SR-Mitgliedern, USA und GB, gescheitert. Wir haben weisungsgemäß ebenfalls gegen den Res.entwurf gestimmt. JAN und F haben sich der Stimme enthalten. Die übrigen zehn SR-Mitglieder, auch I, stimmten mit Ja. […] Wir gaben, nachdem wir bereits am heutigen Vormittag in der Debatte das Wort ergriffen hatten, weisungsgemäß zusätzlich eine Stimmerklärung ab." Vgl. den Drahtbericht Nr. 335; Referat 320, Bd. 158126.

39 Zu der am 16. März 1977 etablierten Namibia-Kontaktgruppe gehörten die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA. Zu ihren Bemühungen um eine Lösung der Namibia-Frage vgl. zuletzt AAPD 1983, II, Dok. 313.

40 Am 6. Mai 1987 fanden in Südafrika Parlamentswahlen statt. Vgl. dazu Dok. 129, Anm. 35.

41 Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 40 und Dok. 58.

42 Zur 750-Jahr-Feier Berlins vgl. Dok. 16.

43 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

in eine inakzeptable Situation geraten. Regierender Bürgermeister Diepgen habe die Gegeneinladung, mit der sich die Alliierten einverstanden erklärt hätten, bislang noch nicht abgesandt. Erläuternd müsse hinzugefügt werden, daß Diepgen natürlich unter starkem Druck der Bevölkerung stehe, die eine Zunahme der Kontakte wünsche.

AM leitete zu dem G5/G7-Treffen[44] über und meinte, Probleme seien erst entstanden, als die absolute Vertraulichkeit der Fünfer-Treffen nicht mehr gewährleistet gewesen sei. Er spreche hier als ehemaliger Finanzminister.

BM erklärte, er sei über die Haltung der Fünf nicht glücklich gewesen. Er persönlich vertrete die Auffassung, der verläßliche Bündnispartner Italien sollte eigentlich zugelassen werden. Über die Teilnahme Kanadas müßte mit USA eine Absprache getroffen werden.

AM vertrat Auffassung, daß der Druck auf Japan bezüglich einer weiteren Öffnung seiner Märkte und einer zunehmenden Liberalisierung nicht nachlassen dürfe.

Die Wirtschaftslage in Großbritannien sei zufriedenstellend. Man rechne mit einem dreiprozentigen Wachstum, einer Inflationsrate von ca. 4 Prozent und einem langsamen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

BM meinte, die Bundesrepublik sei im vergangenen Jahr zu stark exportabhängig gewesen, so daß die diesbezüglichen Vorwürfe von seiten der USA nicht ganz unberechtigt gewesen seien. Dieses Jahr werde man keine dreiprozentige Wachstumssteigerung erreichen, möglicherweise werde es auch zu einer leichten Zunahme der Arbeitslosigkeit kommen. Weiterhin erfolgreich werde man im Kampf um die Preisstabilität sein. *AM* ergänzte, die wirtschaftliche Erholung in Großbritannien nehme lange Zeit in Anspruch; die Privatisierungsmaßnahmen und die Wirtschaftspolitik der Konservativen zeigten aber Erfolge. Man benötige aber noch Zeit, um die Eurosklerose in Großbritannien zu überwinden.

Auf die Beziehungen Großbritanniens zu Argentinien überleitend, meinte AM, zu Souveränitätsgesprächen seien die Argentinier nicht bereit[45]; im Bereich der Fischerei seien aber pragmatische Gespräche in Gange[46].

44 Zum Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der G5- bzw. G7-Staaten am 21./22. Februar 1987 in Paris vgl. Dok. 50.

45 Am 1./2. April 1982 besetzten argentinische Truppen die Falkland-Inseln (Malvinen). Britische Einheiten gingen am 21. Mai 1982 an mehreren Stellen der Inseln an Land. Am 15. Mai 1982 kapitulierten die argentinischen Truppen, und ein Waffenstillstand trat in Kraft. Am 20. Juni 1982 erklärte die britische Regierung einseitig die Kampfhandlungen für beendet. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 108, Dok. 110, Dok. 137 und Dok. 175.
Am 7. Januar 1987 legte Referat 330 die Haltung der beiden Konfliktparteien dar. Danach habe aus Sicht Argentiniens „die Rückgewinnung der Souveränität über die Falkland/Malvinen-Inseln außenpolitische Priorität. Angestrebt wird friedliche Lösung auf dem Verhandlungswege, möglichst unter Beteiligung des VN-Generalsekretärs oder der Schutzmächte Schweiz und Brasilien." Großbritannien indes lehne „Gespräche über Dauerlösung unter Einschluß der Souveränitätsfrage […] seit Ende 1984 kategorisch" ab. Statt dessen fordere es die formelle „Einstellung der Feindseligkeiten durch Argentinien". Dieser wolle Argentinien nur unter der Bedingung „britischer Verhandlungsbereitschaft ohne Vorbedingungen" zustimmen. Vgl. Referat 330, Bd. 143901.

46 Gesandter Freiherr von Stein, London, übermittelte am 10. Februar 1987 Informationen des britischen Außenministeriums: „Argentinien habe GB über die USA Vorschläge zukommen lassen, die darauf zielen, Konflikte im Zusammenhang mit der ab 1. Februar 1987 in Kraft getretenen, 150 Seemeilen

Auf den Ministerrat vom vergangenen Wochenende zurückkommend, vertrat AM Howe Auffassung, das dramatische Konzept von Delors[47] sei viel zu grundsätzlich und ehrgeizig. Für GB und D sei engster Kontakt absolut notwendig, um Fortschritte zu erreichen.

BM stimmte dem voll zu und ergänzte, es müsse doch möglich sein, im engen Zusammenwirken auch realistische Lösungsansätze zu erarbeiten.

AM ergänzte, wenn die Beschlüsse des Europäischen Rats in Fontainebleau[48] geändert würden, müßte GB ein besseres Ergebnis als damals anstreben. Die jetzigen Vorschläge brächten Nachteile für GB. Zur Fettsteuer[49] seien beide Regierungen wohl der gleichen Auffassung.

In dem Gespräch mit BM Kiechle am Nachmittag habe er mit Interesse sich nochmals die deutsche Position erläutern lassen. Es stehe fest, daß GB sich für Preiskontrollen in bezug auf die Landwirtschaft einsetze, während wir dagegen seien. Es sei jedenfalls nicht akzeptabel, die Explosion in der Produktion mit anzusehen und über die Hälfte des EG-Budgets für Subventionen für die Landwirtschaft auszugeben. Hier müßten bessere Wege gefunden werden. Wenn die Preise der Gemeinschaft über dem Weltmarktniveau lägen, könne dies verbunden mit der Überschußproduktion nicht die richtige Lösung sein.

BM stimmte AM Howe insoweit zu, als es darum gehe, von der Überschußproduktion wegzukommen. Sie zerstöre den Weltagrarmarkt, sie beeinträchtige die Exporte der Dritten Welt und schaffe Probleme mit den USA. Dies sei auch dem Wähler nicht mehr klarzumachen.

AM meinte, am wichtigsten sei, daß man sich nicht in einem Dauerkonflikt untereinander verzettele.

Referat 010, Bd. 178903

Fortsetzung Fußnote von Seite 258

umfassenden ‚Interim Conservation and Management Zone' zu vermeiden. Die gegenwärtig ausgetauschten ‚ideas' würden die Souveränitätsfrage nicht berühren. GB habe argent[inische] Vorschläge letzte Woche ebenfalls über die USA beantwortet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 267; Referat 330, Bd. 143901.

47 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51.

48 Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

49 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13.

55

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

201-360.92 USA-267/87 VS-vertraulich **25. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Deutsch-amerikanische sicherheitspolitische Konsultationen am 24. Februar 1987 in Washington

Anlg.: 3[2] (nur beim Original)

Ziffern 1 bis 5 gleichzeitig als Zusammenfassung und Bewertung.

1) Am 24. Februar 1987 fanden in Washington zum ersten Mal bilaterale deutsch-amerikanische sicherheitspolitische Konsultationen statt, an denen auf beiden Seiten die Außen- und Verteidigungsministerien, ferner auf US-Seite NSC, CIA und ACDA teilnahmen (Teilnehmerliste Anlage 1[3]). Das Verteidigungsministerium, das noch entsprechende amerikanisch-französische Konsultationen boykottiert hatte, entsandte diesmal je einen Vertreter von OSD und JCS, die sich allerdings an Gesprächen nicht beteiligten.

Mit der Bereitschaft, solche Konsultationen gegen den Widerstand des Pentagon durchzuführen, reagierte das State Department auf unser (und französisches) Drängen, die – über die engeren operativen Probleme im Rüstungskontrollzusammenhang hinausgehenden, in der NATO bisher wegen amerikanischen Widerstandes nicht erörterten – aktuellen strategischen Fragen wenigstens bilateral zu erörtern. (Zwischen GB und USA finden seit langem jährliche sicherheitspolitische Konsultationen statt.)

2) Die Tagesordnung (Anlage 2[4]) war auf unseren Wunsch bewußt so gefaßt, daß ein Ansprechen wichtiger sicherheitspolitischer und strategischer Fragen ermöglicht, aber gleichzeitig eine Duplizierung rüstungskontrollpolitischer Konsultationen vermieden werden konnte. Mit dieser Konsultation ist ein Anfang gemacht worden, der für die weiteren Bemühungen um eine kohärente Sicherheitspolitik der Allianz, die unsere Interessen berücksichtigt, bedeutsam sein kann. Die amerikanische Seite ist entschlossen, dieses vertrauliche bilaterale Gespräch fortzusetzen. Sie möchte die jeweiligen Äußerungen als informell charakterisiert wissen, damit die Erörterung – wo nötig in einer Art „brainstorming“ – auch künftige mögliche Entwicklungen („think down the road“) einschließen kann, zu denen es noch keine einheitlichen Regierungspositionen gibt.

Wir haben unsere Bereitschaft hierzu erklärt, aber die Notwendigkeit einer Erörterung der zentralen sicherheitspolitischen Fragen auch in der Allianz un-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 6. April 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 6. April 1987 vorgelegen.
Hat Ploetz am 6. April 1987 erneut vorgelegen.

2 Vgl. Anm. 3, 4 und 10.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. VS-Bd. 12093 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die Tagesordnung vgl. VS-Bd. 12093 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

terstrichen. Hierzu war wenig Neigung auf US-Seite erkennbar, auch wenn das Prinzip nicht bestritten wurde.

3) Die amerikanische Seite war erkennbar beeindruckt davon, daß die Vertreter von AA und BMVg übereinstimmend auf der Grundlage eines sicherheitspolitischen Konzepts argumentierten, das – im Sinne des Harmel-Berichts[5] – mehr Stabilität und Sicherheit durch ausgewogene Bemühungen in den beiden Bereichen sucht. Es verfehlte auch nicht seinen Eindruck, daß wir – entgegen den in Washington verbreiteten Stereotypen – Rüstungskontrollbemühungen nicht als Selbstzweck befürworten, sondern – wie durch die WEU-Minister in Luxemburg[6] betont – als integralen Teil unserer Sicherheitspolitik betrachten.

In diesem Sinne wurde unsere Warnung positiv registriert, die KRK nicht zu überfrachten und über die Rüstungskontrolle alle Probleme der Verteidigungspolitik zu lösen versuchen.

4) Die Konsultationen haben Übereinstimmung im Grundsätzlichen ergeben:

– Ziel der Sicherheitspolitik bleibt Verhütung eines jeden Krieges.
– Dazu dient die gültige Strategie[7]; sie gilt auf unabsehbare Zeit (starke Zweifel kamen von einem Vertreter des State Department).
– Die Verbindung nuklearer und konventioneller Mittel in dieser Strategie ist unverzichtbar; „konventionelle Abschreckung" wird nicht für möglich gehalten.
– Die USA anerkennen ihre Verantwortung im Rahmen dieser Strategie und sind bereit, ihr auch künftig Rechnung zu tragen.

Allerdings ergaben die Konsultationen auch: Die USA anerkennen zwar, daß sich – durch SDI und Reykjavik[8] verdeutlicht – Fragen stellen zu den künftigen Trends hinsichtlich

– der Rolle nuklearer und konventioneller Kräfte in der Strategie und
– des Verhältnisses offensiver und defensiver strategischer Mittel.

Die amerikanische Seite hielt aber den Zeitpunkt für ihre vertiefte Prüfung nicht für gekommen, und zwar aus unterschiedlichen Gründen:

– Sorge vor Gefährdung der 1967 mühsam erarbeiteten gültigen Strategie („if it is not broken, don't fix it");
– angesichts langfristiger Perspektive der anstehenden Fragen kein Entscheidungsbedarf (absehbare Entwicklungen strategiekompatibel);
– Mangel an eigener konzeptioneller Durchdringung der Probleme und vor allem Mangel an Formulierung von amtlichen Positionen innerhalb der Regierung.

Viele unserer Fragen wurden erstmals in einer Runde auf den Tisch gelegt, in der alle für die Formulierung der amerikanischen Sicherheitspolitik verantwortlichen Ressorts vertreten waren.

5 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

6 Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 330.

7 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

8 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

Am Rande wurde von einigen Teilnehmern (einigen, aber nicht allen Vertretern des State Department, CIA) unsere klare Sprache auch in diesen Fragen begrüßt und ermutigt; andere betonten das vorrangige operative Ziel, eine Beschädigung der Allianzstrategie und weitere Erosion des Rüstungskontrollprozesses (ABM!) zu verhindern (State Department).

Uns war von Anfang an klar, daß – angesichts der derzeitigen Fixierung vor allem des vom NSC unterstützten Pentagon auf das „Institutionalisieren von SDI" über die Amtszeit von Reagan hinaus – amerikanische Antworten auf unsere Fragen nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erfolgen würden. Daher legten wir den Schwerpunkt darauf, im Anschluß an die NATO-Ministerberatungen im Herbst 1986[9]

– unsere Fragen und Beurteilungskriterien in Washington anhängig zu machen,
– an unser Mitspracherecht (und das der Allianz) in allen Fragen zu erinnern, die unsere Interessen berühren,

und damit den amerikanischen Denkprozeß in einem Stadium zu beeinflussen, wo noch keine verfestigten Meinungen vorliegen.

5) Gleichzeitig hatten wir Gelegenheit, über das State Department hinaus bilaterale Zusammenarbeit mit F, unsere WEU-Philosophie und die auf Stärkung der Allianz gerichteten Bemühungen um stärkere europäische Identität auch in sicherheitspolitischen Fragen zu verdeutlichen. Die Reaktion war durchweg positiv. Besonders wichtig erscheint, daß Frau Ridgway, deren Skepsis gegenüber der WEU-Revitalisierung bekannt ist, in Anwesenheit der übrigen US-Ressorts ausdrücklich die amerikanische Unterstützung für den „innereuropäischen sicherheitspolitischen Dialog" erklärte, von dem Washington „in Einklang mit seiner traditionellen Haltung zur europäischen Einigung" wirkliche Vorteile für die Allianz erwarte. Allerdings: Was immer geschehe, müsse die Allianz stärken. Besonders mit Blick auf den US-Kongreß empfahl Ridgway, den höchst unterschiedlichen Verteidigungsbeiträgen der einzelnen europäischen Staaten größte Aufmerksamkeit zu widmen. Unter Hinweis auf Bevölkerungszahl und Bruttosozialprodukt in Europa forderte vor allem Thomas erheblich verstärkte Leistungen der Europäer. Das Motto war eindeutig: Es fehle allein am politischen Willen.

6) Zu Einzelfragen ist festzuhalten:

a) Verhältnis nuklearer und konventioneller Kräfte

US-Seite (Thomas) legte Wert auf Feststellung, daß – aus militärstrategischer Sicht – die Reduzierungen nuklearer Potentiale als solche das konventionelle Problem nicht schwieriger machten. Die Notwendigkeit stärkster konventioneller Anstrengungen sei unabhängig davon gegeben, um die Glaubwürdigkeit der Strategie zu erhalten. Diese wie auch die weitere amerikanische Argumentation in dieser Frage erweckte den Eindruck, als sollte einem – von uns nicht geltend

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles vgl. AAPD 1986, II, Dok. 302.
Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4. Dezember 1986 in Brüssel vgl. AAPD 1986, II, Dok. 349.
Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

gemachten – Junktim zwischen nuklearer und konventioneller Abrüstung vorgebeugt werden. Wir haben die unterschiedliche Bedrohungslage in Europa dargestellt, die zu entschlossenen parallelen Anstrengungen zur Stabilisierung des nuklearen und des konventionellen Kräfteverhältnisses auch mit Mitteln der Rüstungskontrolle zwingt.

b) Reykjavik

US-Seite betonte Unterschied zwischen eigenem Vorschlag, alle ballistischen Raketen zu eliminieren, und prioritären strategiekompatiblen Schritten wie

– 50% Reduzierung bei START,

– Null-Lösung für Europa bei LRINF.

Die Art der Präsentation konnte nur – in den durch die Loyalität gebotenen Grenzen – als Distanzierung vom Eliminierungsziel verstanden werden.

Es wurde zwar festgestellt, daß nukleare Abschreckung auch ohne ballistische Raketen funktionieren würde, der mit einer Umstrukturierung verbundene technische und vor allem finanzielle Aufwand sei aber nahezu prohibitiv. Der Vertreter der Joint Chiefs äußerte sich, obwohl direkt angesprochen, nicht zu der vom Präsidenten angeforderten Studie. Der NSC-Vertreter machte lediglich geltend, daß bei Eliminierung der ballistischen Raketen das SRINF-Problem gelöst würde.

Ein Vertreter des State Department meinte, Reagan und Gorbatschow hätten bei den über den ersten Fünfjahresraum hinausgehenden Vorschlägen „Öffentlichkeitsarbeit" betrieben.

Kein US-Vertreter hat auch nur ansatzweise Perspektiven erkennen lassen, wie Washington sich weitergehende Reduzierungen vorstellt.

c) ABM/SDI

Da dieses Thema Hauptgegenstand der Gespräche in NSC, im State Department (außerhalb der Konsultation) sowie im Kongreß war (gesonderter Bericht s. Anlage 3[10]), haben wir das Thema im Hinblick auf die bevorstehende Nitze-Reise[11] in den Delegationsbesprechungen nicht mehr gezielt angesprochen. Die US-Seite ihrerseits vermied es sorgfältig.

10 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12093 (201).
Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Washington, berichtete am 24. Februar 1987 über die Gespräche, die er und Generalmajor Hüttel, Bundesministerium der Verteidigung, am Vortag mit den Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrats, Linhard und Ermarth, sowie Senator Levin geführt hätten. Zu SDI hielt Ploetz die Sicht seiner amerikanischen Gesprächspartner fest, „daß in der bisherigen Forschung erhebliche Fortschritte erzielt worden seien […], die es jetzt konzeptionell möglich erscheinen ließen, eine erste SDI-Stufe (incremental capability) ins Auge zu fassen, die unter Anlegung der Nitze-Kriterien der Effektivität, Überlebensfähigkeit und Kosteneffektivität sinnvoll technisch weiterverfolgt werden könnte. Es werde darauf geachtet, daß, im Falle ihrer Verwirklichung, diese erste Stufe die strategische Stabilität nicht gefährde." Jedoch stehe eine „Entscheidung über eine baldige Dislozierung" nicht an, da „das Programm hierfür noch nicht genügend weit entwickelt" sei. „Fragen der West-Ost-Beziehungen, insbesondere der Auswirkungen auf Genfer Rüstungskontrollverhandlungen", würden dabei, so die amerikanischen Gesprächspartner übereinstimmend, keine Rolle spielen. Die Administration „sei nicht bereit, Einschränkungen bei SDI als Preis für Reduzierungen bei Offensivwaffen in Kauf zu nehmen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 895; VS-Bd. 11378 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

11 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze und der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, hielten sich vom 25. bis 28. Februar 1987 in sechs EG-Mitgliedstaaten (Belgien,

d) INF

Beide Seiten waren sich einig, daß die Abschreckungsstrategie auch nach Implementierung einer LRINF-Null-Lösung in Europa erfordert, sowjetisches Territorium nicht zum Sanktuarium werden zu lassen. Einige Amerikaner, die schon 1979 für die Nachrüstung keinen militärisch-strategischen Bedarf gesehen hatten, verwiesen auf das nuklearstrategische Potential der USA, das auch für entsprechende selektive Einsätze zur Verfügung stehe. Andere hielten die Prüfung von zusätzlichen Maßnahmen für notwendig, z. B. eine „Modernisierung auf anderen Plattformen", wobei sie aber nicht den militärischen Wert (Beseitigung der SS-20-Bedrohung) einer Null-Lösung in Frage stellten, sondern das Kopplungsargument aufführten (NSC-Vertreter).

Die amerikanische Seite bestätigte im übrigen auf entsprechende Fragen, daß die in den General Political Guidelines 1986[12] vorgenommene Schwerpunktverlagerung in Richtung auf Einsatzoptionen gegen das Territorium des Aggressors von der Null-Lösung unberührt bleibt: „Die US-Unterschrift unter die GPG gilt; alle Systeme stehen zur Verfügung" (NSC-Vertreter). General Hüttel begrüßte diese wichtige Erklärung.

e) Konventionelle Stabilität in Europa

Die amerikanischen Ausführungen ergaben keine grundsätzlichen Probleme mit unserem KRK-Ansatz, die sowjetische Invasionsfähigkeit als Hauptfaktor der Instabilität anzugehen. Das eigene Denken der USA zu Substanzfragen ist offensichtlich selbst in den einzelnen Ressorts noch ganz am Anfang. Skepsis gegen diese Verhandlungen[13] als solche – der allerdings nicht offiziell Ausdruck verliehen wird – und im Hinblick auf die Erfolgsaussichten wurde deutlich. Eine wesentliche Sorge scheint auch zu sein, daß „die Europäer" zu kurzatmig und nachgiebig sein könnten und damit der Westen einen solchen Prozeß nicht über längere Zeit ohne Schaden für seine Sicherheit kontrollieren könne.

Wir haben unser langfristig angelegtes Konzept dargelegt, welches schrittweise Spannung abbauen, Stabilität erhöhen und schließlich zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa führen soll. Dieses Konzept haben wir in den KSZE-Prozeß eingeordnet und dabei die Notwendigkeit unterstrichen, diesen Zusammenhang auch bei KRK zu respektieren. Im übrigen haben wir darauf hingewiesen, die Öffentlichkeit werde angesichts der Ursachen der Instabilität auch besser verstehen, warum

– einseitige US-Truppenreduzierungen nicht nur das falsche politische Signal, sondern ein deutliches Zeichen der Schwäche wären,

Fortsetzung Fußnote von Seite 263

Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande) zu Konsultationen über das SDI-Programm auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Nitze und Perle am 25. Februar 1987; Dok. 53. Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Nitze und Perle am 26. Februar 1987; Dok. 56. Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch Nitze und Perle am 27. Februar 1987 in Brüssel vgl. Dok. 59.

12 Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim Nuklearwaffeneinsatz innerhalb einer Bandbreite vom Erstschlag bis zum nuklearen Vergeltungsschlag im Rahmen der Strategie der „flexible response". Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

13 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 44.

– Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit Opfer verlange,
– das Bündnis auf die abschreckende Wirkung der Bedrohung eines nuklearen Ersteinsatzes im Falle eines Angriffs nicht verzichten könne und warum
– Anstrengungen notwendig seien, um in Westeuropa das Haus auch verteidigungspolitisch in Ordnung zu bringen.

Dies seien aber Sekundärziele. Das Gesamtkonzept gehe weiter. Es gelte, Gorbatschow ohne Illusion beim Wort zu nehmen.

Auf skeptische amerikanische Fragen haben wir deutlich gemacht, daß der Anreiz zu stabilisierenden Schritten für die SU angesichts ihrer konventionellen Überlegenheit nicht primär aus dem engeren Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle kommen werde, sondern aus Überprüfung durch die SU

– ihres Verhältnisses zum Westen
– und dabei der gegenwärtigen Sicherheitsstruktur in ihrem westlichen Vorfeld.

Unser Argument, daß gerade dieser Umstand für eine Wahrung des KSZE-Zusammenhangs spreche, schien gewissen Eindruck zu machen. Es wird sicher noch vieler Gespräche bedürfen, diese Gedanken mit den USA weiterzuentwickeln und für sie zu werben. Thomas sagte Dg 20[14] am Rande, US-Seite sehe unseren Ansatz und wolle auch Verbindung der KRK zum 35er-Rahmen[15] erhalten („creative relationship, even organic“). Man bitte uns aber (wie auch die N+N-Staaten), diese Fragen gegenwärtig nicht direkt anzugehen. Die USA seien sich bewußt, daß man die N+N-Staaten nicht ausschließen könne. Das Problem sei aber jetzt nicht lösbar. Dg 20 hat unsere Auffassung (wie zuletzt vom BM gegenüber finnischem AM[16] dargelegt) erläutert. Wir würden künftig Prozedurfragen nicht mehr französisch-amerikanischer Klärung überlassen, sondern aktiv mitwirken. Wir hofften aber, daß man sich jetzt auf die Substanzfragen konzentrieren könne.

Im Hinblick auf die Relativierung der konventionellen sowjetischen Bedrohung (AM Shultz gegenüber BM Genscher im Dezember[17]) haben wir nachgehakt – und ausweichende Antwort erhalten.

Die amerikanische Seite sprach möglichen Stabilisierungsbeitrag moderner Sperrmittel an der innerdeutschen Grenze an. Von deutscher Seite[18] wurden die militärisch-operativen und politischen Gründe erläutert, die aus deutscher Sicht gegen Erwägungen sprechen, im Frieden z. B. Panzergräben anzulegen. Auf die Notwendigkeit und Bereitschaft, Möglichkeiten zur raschen Verlegung

14 Hans-Friedrich von Ploetz.
15 Zur Frage der Einbeziehung aller 35 KSZE-Teilnehmerstaaten in die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 21, Anm. 25.
16 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem finnischen Außenminister Väyrynen am 19./20. Februar 1987 vgl. Dok. 49, Anm. 2.
17 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 in Chevening; AAPD 1986, II, Dok. 353.
18 Korrigiert aus: „Sprache“.

von Sperren unter Einbeziehung neuer Technologien zu untersuchen, wurde verwiesen.

Die Aufzeichnung ist mit General Hüttel und RL 220[19] abgestimmt.

Ploetz

VS-Bd. 12093 (201)

56

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle

220-371.80 SDI-300/87 VS-vertraulich **26. Februar 1987**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Nitze am 26. Februar 1987

Auf deutscher Seite nahmen teil: D 2 A[2], D 2[3], LMB[4], RL 220[5], RL 013[6], VLR I Weber als Dolmetscher.

Auf amerikanischer Seite nahmen teil: Assistant Secretary for Defense Richard Perle, Gesandter Dobbins.

Nach der Begrüßung durch den Bundesminister beginnt Botschafter *Nitze* seine Ausführungen mit der Bemerkung, der Bundesminister kenne den Grund für die Konsultationen und sei sicher bereits über das gestrige Gespräch mit dem Bundeskanzler unterrichtet.[7] Eben jetzt komme er von einem guten Gespräch mit Bundesminister Wörner.

19 Rolf Hofstetter.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 27. Februar 1987 an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Genehmigung des Bundesministers herbeizuführen".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 3. März 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte verteilen unter Vorbehalt Billigung durch BM."
Hat Hofstetter am 5. März 1987 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11376 (220), B 150, Aktenkopien 1987.

2 Josef Friedrich Holik.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Michael Jansen.

5 Rolf Hofstetter.

6 Jürgen Chrobog.

7 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, am 25. Februar 1987 vgl. Dok. 53.

Er fährt fort, daß vor etwa zehn Tagen Präsident Reagan folgende wichtige Entscheidungen getroffen habe[8]:

– Das SDI-Programm sei für eine Dislozierungsentscheidung noch nicht reif.
– Falls es zu einer Dislozierung komme, werde diese in Phasen („incremental deployments") erfolgen.
– Für jeden dieser Dislozierungsschritte sollten die bereits früher festgelegten Kriterien („military effectiveness", „survivability", „cost effectiveness at the margin") gelten, wobei klar sei, daß von Teilschritten nicht die vom Gesamtsystem zu fordernde militärische Effizienz verlangt werden könne. Auch Teilschritte müßten jedoch „militarily useful" sein.

Über die Änderung der Richtlinien für das SDI-Testprogramm und damit verbunden den Übergang von der engen zur weiten Interpretation des ABM-Vertrages sei noch keine Entscheidung getroffen worden.[9] Hierzu seien folgende Aufträge ergangen:

– gründliche rechtliche Prüfung des Ratifikationsprozesses und der Vertragspraxis,
– Spezifizierung der erforderlichen Tests, die mit der engen Auslegung nicht vereinbar sind.

Man rechne damit, daß diese Arbeiten bis Ende April abgeschlossen seien. In der Zwischenzeit wollten die USA einen Konsultationsprozeß mit dem Kongreß und den Verbündeten initiieren. Die Konsultationen mit dem Kongreß hätten bereits begonnen.

Auf die Frage des Bundesministers nach deren Ergebnis führt Botschafter Nitze ergänzend aus, man sei auf Skepsis gestoßen. Man glaube auf dem Hill, daß die Sowjets positiv auf amerikanische Zurückhaltung in dieser Frage reagieren würden. Dies entspräche aber nicht den bisher gemachten Erfahrungen.

Bundesminister bemerkt, es gebe zur Zeit eine von den Sowjets ausgelöste öffentliche Diskussion darüber, ob die USA die weite Interpretation bereits in die Verhandlungen eingeführt hätten.

Botschafter *Nitze*: In der SCC habe es über Jahre hinweg Diskussionen über die Interpretation des ABM-Vertrags gegeben. Da diese Frage auch einen politischen Aspekt habe, sei sie auch in den Genfer Verhandlungen[10] behandelt worden. Außerdem habe AM Shultz mit AM Schewardnadse darüber gesprochen[11]. Er selbst habe in Reykjavik[12] ein längeres Gespräch hierüber mit Marschall Achromejew geführt.[13] Zum Tragen sei diese Frage in Reykjavik deshalb nicht

8 Vgl. die National Security Decision Directive Nr. 261 („Consultations on the SDI Program") des Präsidenten Reagan vom 18. Februar 1987; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

9 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

10 Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

11 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 5./6. November 1986 bei der Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 53, Anm. 9.

12 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

13 Zum Gespräch des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze mit dem Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte, Achromejew, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. NITZE, Hiroshima, S. 429–432.

gekommen, weil die Sowjets dort eine Verschärfung des ABM-Vertrages vorgeschlagen hätten.

Ursprünglich habe die SU die vollständige Demilitarisierung des Weltraums verlangt, obwohl sie selbst mehr militärische Satelliten besitze als die USA. Dann habe Gromyko im Januar 1985 das vollständige Verbot aller boden- und weltraumgestützten strategischen Verteidigungssysteme gefordert.[14] Schließlich hätten die Sowjets ihre Position dahingehend verändert, daß Forschungsarbeiten sich auf das Laboratorium beschränken sollten. Diese Position finde im ABM-Vertrag, der weder von Forschung noch von Laboratorien rede, keinerlei Stütze. Die seinerzeitige Erklärung von Harold Brown, der einzigen, in der das Wort Laboratorium vorkomme, habe eine völlig andere Bedeutung.[15]

Bundesminister kommt auf seine frühere Bemerkung zurück und bemerkt, daß die Sowjets behaupteten, die USA hätten in Genf einen Vorschlag unterbreitet, der von der weiten Interpretation ausgehe. Das Weiße Haus habe dies dementiert.

Nitze: Er wisse nichts davon.

Bundesminister erklärt, der Besuch Botschafter Nitzes und die vielen Besuche, die dem heutigen vorausgegangen seien, seien ein gutes Zeichen für den Konsultationsprozeß.

Das Problem, um das es heute gehe, sei in verschiedener Hinsicht von besonderer Bedeutung, und zwar unter dem Aspekt

– des Bündnisses,
– der Abrüstungsverhandlungen,
– der bilateralen Beziehungen.

Es gehe hier nicht in erster Linie um eine rechtliche Bewertung. Dazu könne jeder seine eigene Meinung haben. Er selbst halte die enge Auslegung für die richtige. Wichtiger sei die Beurteilung der politischen Faktoren. Die enge Auslegung sei zum Bestandteil der Bündnisposition geworden. Auch wenn es sich um einen bilateralen Vertrag handle, betreffe uns die Problematik unmittelbar, weil das amerikanisch-sowjetische Verhältnis uns unmittelbar berühre. Dasselbe gelte für die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen. Das Treffen der NATO-Außenminister im Oktober 1985[16] sei von entscheidender Bedeutung gewesen. Selten sei er so befriedigt von einer NATO-Konferenz zurückgekehrt wie damals. Es sei bei dieser Tagung klar gewesen, daß der Unterscheidung zwischen Forschung und Entwicklung eine große Bedeutung zukomme. Er erinnere an das US Fact Sheet[17] und den von Lord Carrington

14 Der sowjetische Außenminister Gromyko äußerte sich u. a. bei seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 7./8. Januar 1985 in Genf zu SDI. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 8.

15 Für den Wortlaut der Erklärung des Mitglieds der amerikanischen Delegation bei den SALT-Verhandlungen, Brown, vom 27. August 1971 vgl. Matthew BUNN, Foundation for the Future. The ABM Treaty and National Security, Washington 1990, S. 169.

16 Zur Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 in Brüssel vgl. AAPD 1985, II, Dok. 283.

17 Für den Wortlaut des „SDI Fact Sheet" vom 4. Juni 1985 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2102, S. 42–47.

geprägten Begriff der „Brandmauer“[18]. Im Interesse der Kohäsion des Bündnisses halte er es für wichtig, an der engen Auslegung festzuhalten. In entscheidenden Fragen der Sicherheit sollten sich weder die USA noch die Europäer einseitig bewegen. Beim gegenwärtigen Stand des Ost-West-Verhältnisses sei es erforderlich, daß der ABM-Vertrag erhalten bleibe und anstelle einseitiger Entscheidungen kooperative Lösungen träten.

Bei einem anderen Verhalten werde es nicht zur Reduzierung der strategischen Potentiale kommen. Man werde dann die Verantwortung den USA zuschieben. Beides würden wir nicht gerne sehen. Auch aus diesem Grund hielten wir ein Festhalten an der engen Auslegung für erforderlich.

Schließlich sei die enge Interpretation für uns Geschäftsgrundlage für die bilaterale Vereinbarung über die Beteiligung der deutschen Industrie und deutscher Forschungsinstitute am SDI-Forschungsprogramm.[19]

Er wolle noch einmal feststellen, daß die Interessen der Allianz, die Erfolgsaussichten der Genfer Verhandlungen und das bilaterale Verhältnis ein Festhalten an der engen Auslegung erforderten.

Es gebe sicher Stimmen, die behaupteten, daß die Sowjets bei einem Übergang zur weiten Auslegung sich zu Verhandlungsergebnissen leichter bereit fänden. Dies sei rein spekulativ. Man müsse sich immer im klaren sein, ob das Risiko, das man eingehe, vertretbar sei. Wir legten Wert darauf, daß die USA, unser größter Partner und Freund, berechenbar blieben, vor allem auch im Hinblick auf Entwicklungen in der SU. Wenn die Sowjets Worten Taten folgen ließen und es zu einer Öffnung komme, würden wir das begrüßen.

Bei der Diskussion um die Agrarexporte[20] habe er den Amerikanern gesagt, daß wir im Recht seien, uns aber nicht vor dem Amtsgericht befänden, sondern unter Freunden und Partnern. Er erwähne dies im jetzigen Zusammenhang, weil es auch jetzt nicht um das Rechthaben gehe, sondern darum, zu vermeiden, daß das amerikanisch-europäische Verhältnis negativ beeinflußt werde.

Auf Bitten von Botschafter Nitze macht Mr. *Perle* folgende Ausführungen zur Rechtslage:

Der ABM-Vertrag unterscheide zwischen Systemen, die auf 1972 bereits existierenden Technologien, und solchen, die auf neuen physikalischen Prinzipien beruhten. Die letzteren würden im Statement D[21] behandelt. Dieser Unter-

18 Am 3. April 1985 berichtete Vortragender Legationsrat Lang, Boston, NATO-Generalsekretär Lord Carrington habe am Vortag vor der Harvard University dargelegt: „Alle europäischen Regierungen seien sich einig darüber, daß USA mit SDI-Forschung fortfahren sollten; gegen das Forschungsprogramm gebe es keine europäische Opposition, jedoch Zweifel an der Wirksamkeit der Initiative. Carrington plädierte für eine Brandmauer (‚a firebreak‘) zwischen Forschung und Stationierung von SDI.“ Vgl. den Drahtbericht; Referat 201, Bd. 143368.

19 Die Bundesrepublik und die USA unterzeichneten am 27. März 1986 Vereinbarungen über die Beteiligung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Bundesrepublik an der SDI-Forschung. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 84.

20 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA vgl. Dok. 42, Anm. 4.

21 Für den Wortlaut der Erklärung D der Gemeinsamen Verständniserklärungen zum Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag), die das Verbot der Entwicklung, Erprobung und Stationierung beweglicher landgestützter ABM-Systeme zum Inhalt hatte, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 401.

scheidung habe man bis 1984/85 keine Aufmerksamkeit geschenkt. Erst als man sich mit neuen Technologien beschäftigt habe, habe man die Angelegenheit überprüft und dabei festgestellt, daß die amerikanischen Verhandlungsführer die sowjetische Bereitschaft, neue Technologien zu beschränken, übertrieben dargestellt hätten.

Diese Prüfung habe zur Entscheidung des Präsidenten geführt, daß die weite Auslegung die richtige sei. Es sei gleichwohl beschlossen worden, zunächst innerhalb der engen Auslegung zu bleiben, weil für den Übergang zur weiten kein Bedürfnis bestanden habe.[22] Diese Lage habe sich jetzt geändert. Im Rahmen der engen Auslegung sei es unmöglich, die Tests durchzuführen, die erforderlich seien, um ein begründetes Urteil über die Machbarkeit von SDI zu erhalten.

Bundesminister erkundigt sich, ob in Reykjavik der Übergang von der engen zur weiten Auslegung angekündigt worden sei.

Botschafter *Nitze* führt aus, daß man den Sowjets immer gesagt habe, daß man die weite Interpretation für die richtige halte. Insofern ändere sich an der amerikanischen Haltung nichts. Was zur Debatte stehe, sei die Änderung einer einseitigen Entscheidung. Diese einseitige amerikanische Zurückhaltung sei nicht Gegenstand der Diskussion mit den Sowjets gewesen.

D2A fragt, ob man im Zusammenhang mit dem Vorschlag, zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten, den Sowjets gesagt habe, ob man hierbei die enge oder weite Auslegung zugrunde lege.

Botschafter *Nitze* antwortet, daß seiner Kenntnis nach diese Frage nicht aufgekommen sei. Die Sowjets hätten jedoch keine Illusionen darüber haben können, daß die USA die weite Auslegung meinten.

Bundesminister bemerkt, daß in den Unterrichtungen über Reykjavik nie davon die Rede gewesen sei, daß der Zehnjahresfrist die weite Auslegung zugrunde liege.

Botschafter *Nitze*: Gorbatschow habe auf der Beschränkung der Tests auf Labors bestanden. Hierüber hätten sich Reagan und Gorbatschow nicht einigen können. Der sowjetische Vorschlag wäre auf eine Einengung des ABM-Vertrags hinausgelaufen.

Bundesminister fragt, ob die Russen mit einem baldigen Übergang zur weiten Interpretation rechnen müßten.

Botschafter *Nitze*: Die Sowjets hätten gewußt, daß der sowjetische Vorschlag einer Beschränkung auf Laborforschung nicht akzeptabel sei. Er glaube nicht, daß Reagan und Gorbatschow über die Frage der weiten und engen Auslegung gesprochen hätten.

Perle: Der Vorschlag, für zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten, sei von den Sowjets gekommen.

22 Nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats bestätigte Präsident Reagan am 11. Oktober 1985, daß die bisherige restriktive Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 weiterhin Grundlage des amerikanischen SDI-Programms sein werde. Vgl. die National Security Decision Directive Nr. 192 vom selben Tag; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 283.

Botschafter *Nitze*: Präsident Reagan habe die Annahme dieses Vorschlags an die Bedingung geknüpft, daß innerhalb dieser Frist alle ballistischen Raketen beseitigt würden.

Perle: Als in Reykjavik das amerikanische Einverständnis mit einem zehnjährigen Festhalten am ABM-Vertrag zu Papier gebracht worden sei, hätten die USA klargestellt, daß sie innerhalb dieser Frist Forschung, Erprobung und Entwicklung durchführen würden, wie sie nach dem ABM-Vertrag erlaubt seien.

Gesandter *Dobbins*: Es sei klar, daß auch in Reykjavik davon ausgegangen worden sei, daß die weite Auslegung die richtige sei.

Bundesminister: Die eigentliche Frage sei nicht, ob die weite Interpretation die richtige sei, sondern ob sie oder die enge die Grundlage einer Vereinbarung bilden solle.

Botschafter *Nitze*: Er wolle noch einmal daran erinnern, daß es sich bei der engen Auslegung schon 1985 um eine einseitige Selbstbeschränkung gehandelt habe.

Perle fügt hinzu, der Präsident sei nie bereit gewesen, die enge Auslegung zu akzeptieren.

Bundesminister: Im Oktober 1985 hätten die USA jedoch zugesichert, bei der engen Auslegung zu bleiben, vor einer Änderung die Verbündeten zu konsultieren und mit den Sowjets zu verhandeln.

Perle: Es liege eine Ironie darin, daß die Sowjets es gewesen seien, die 1972 für die weite Auslegung eingetreten seien.

Bundesminister: Man dürfe nicht vergessen, daß die enge Auslegung gemeinsame Bündnisposition geworden sei.

Er wolle an dieser Stelle eine andere Frage anschneiden. Während des Treffens in England[23] sei noch unklar gewesen, welche Reduzierungsschritte die USA den Sowjets für die zweite Fünfjahresfrist anbieten wollten. Seien die amerikanischen Überlegungen hierzu weiter gediehen?

Botschafter *Nitze*: Klar sei der Vorschlag der Halbierung der strategischen Systeme während des ersten Fünfjahreszeitraumes. Man erwäge für das sechste und siebte Jahr weitere Reduzierungen von jeweils fünf Prozent, was zu 60-prozentigen Reduzierungen innerhalb von sieben Jahren führen würde.

Perle ergänzt, daß die offizielle Position immer noch die Abschaffung aller ballistischen Raketen sei. Der sowjetische Vorschlag, alle strategischen Systeme abzuschaffen, worunter sie alle Systeme, die sowjetisches Territorium erreichen könnten, meinten, sei völlig unakzeptabel.

Auf die Frage des *Bundesministers*, wann die USA beabsichtigten, Vorschläge, die über eine 50-prozentige Reduzierung hinausgingen, zu machen, antwortete Botschafter *Nitze*, daß man sich in den Verhandlungen gegenwärtig auf die 50-prozentige Reduzierung strategischer Systeme konzentriere. Hierbei gehe es vor allem um die Vereinbarung von Untergrenzen, die die SU seit Reykjavik ablehne.

23 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 in Chevening vgl. AAPD 1986, II, Dok. 353.

Bundesminister fragt nach dem Zeitraum, der für die gegenwärtige Administration in Genf noch zur Verfügung stehe.

Botschafter *Nitze* bemerkt, daß amerikanische Senatoren den sowjetischen Verhandlern in Genf auf entsprechende Fragen gesagt hätten, daß Abkommen bis Februar/März 1988 fertiggestellt sein müßten. Dies bedinge, daß bis zum Sommer dieses Jahres erhebliche Fortschritte in der Substanz gemacht werden müßten. Rigide zeitliche Begrenzungen gebe es allerdings nicht. Er wolle daran erinnern, daß der ABM-Vertrag in einem Wahljahr zur Ratifikation vorgelegt worden sei.[24]

Auf die Frage des *Bundesministers*, wie er die sowjetischen Absichten einschätze, führt Botschafter *Nitze* aus, daß es schwierig sei, etwas Gesichertes zu sagen. Er glaube nicht, daß sich die sowjetische Haltung wesentlich geändert habe. Ihre Taktik sei es gewesen, bei INF und START positive Schritte zu machen, um SDI auch propagandistisch in den Griff zu bekommen. Wichtig sei jetzt, alles zu tun, um den Ball nach vorne zu bewegen. Vielleicht komme es auch zu einem Außenministertreffen. Aber soweit sei man jetzt noch nicht.

Bundesminister fragt, ob mit einer Aufgabe des INF-Junktims zu rechnen sei.

Botschafter *Nitze*: Er glaube dies nicht, weil dieses Junktim dazu bestimmt sei, um auf SDI Druck auszuüben.

Bundesminister bemerkt, daß diese Rechnung nicht aufgegangen sei. Selbst solche, die SDI gegenüber kritisch eingestellt seien, hätten sich gegen das Junktim ausgesprochen.

Perle: Das Hauptanliegen der Sowjets sei, SDI zu stoppen. Um dieses Ziel zu erreichen, seien sie bereit, einen Preis zu zahlen. Wenn die USA das SDI-Programm weitertrieben, stiegen die Verhandlungsaussichten.

Bundesminister: Dies gelte nur, wenn man bereit sei, SDI in den Verhandlungen zu nutzen.

Perle: Es könne nicht darum gehen, SDI völlig aufzugeben, sondern einen anderen Weg zu finden. Unsicherheit in Sachen SDI mache Verhandlungsfortschritte weniger wahrscheinlich. Das amerikanische Eingehen auf den sowjetischen Vorschlag, zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten, sei eine „major concession“ gewesen. Die SU erhalte dadurch die Möglichkeit, über einen langen Zeitraum hinweg Druck auszuüben. Man dürfe nicht übersehen, daß es auch nach Ablauf der zehn Jahre noch lange daure, bis ein SDI-System vollständig dislociert sei.

Auf eine entsprechende Frage des Bundesministers führt Botschafter *Nitze* aus, daß die Frage des offensiven Einsatzes von raumgestützten Verteidigungssystemen von den Sowjets in Reykjavik nicht angesprochen worden sei.

Er selbst habe in Washington mit Sagdejew darüber gesprochen, der zugestimmt habe, daß es militärisch nicht sinnvoll sei, Erdziele mit diesen Waffensystemen anzugreifen. Sagdejew habe gemeint, die Leute in Moskau (gemeint Gorbatschow) verstünden nichts von diesen Dingen.

Bundesminister kommt auf ABM-Vertragsthematik zurück und liest die einschlägigen Stellen aus seiner Rede vom 18. Oktober 1985 über die Ratssitzung

24 Am 7. November 1972 fanden in den USA die Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat und zu den Gouverneursämtern statt.

vom 15. Oktober 1985 vor, in denen von Konsultationen mit den Verbündeten und Verhandlungen mit der SU die Rede ist.[25]

Perle bemerkt, daß es immer klar gewesen sei, daß man den Sowjets kein Veto einräumen werde.

Bundesminister erklärt, daß es nicht in erster Linie um eine rechtliche Frage gehe. Zwar halte er die enge Auslegung für die richtige. Wir seien jedoch nicht der Justitiar der USA. Unabhängig von der Rechtsfrage sei es wichtig, daß US sich bisher an enge Auslegung gehalten hätten, daß diese im Oktober 1985 bestätigt und zum Bestandteil der gemeinsamen Bündnisposition geworden sei und auch der bilateralen Vereinbarung zugrunde liege. Bei einem Abgehen von dieser Position befürchteten wir negative Auswirkungen auf Genf und die Perspektive einer Öffnung im Ost-West-Verhältnis. Eine solche Entscheidung würde uns auch deshalb in Verlegenheit bringen, weil die enge Auslegung Geschäftsgrundlage der Vereinbarung über die Beteiligung deutscher Unternehmer und Forschungsinstitute an der SDI-Forschung sei. Auf diese Gesichtspunkte wolle er noch einmal mit großem Ernst hinweisen.

Perle fragt, ob Bundesminister tatsächlich der Auffassung sei, daß die enge Auslegung die richtige sei.

Bundesminister wiederholt, daß es unabhängig von der rechtlichen Frage, über die jeder seine Meinung haben könne, wichtige Gründe gebe, an der engen Interpretation festzuhalten. Zur Entscheidung stehe eine außerordentlich wichtige politische Frage.

VS-Bd. 11376 (220)

25 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher am 18. Oktober 1985 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 166. Sitzung, S. 12448–12453.

57

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

201-363.14 USA-284/87 geheim **27. Februar 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung der beigefügten Weisung an die Botschaft Washington

Betr.: Benutzung des US-Militärflugplatzes Ramstein als Umschlagplatz für Waffenlieferungen in den Iran

Bezug: 1) Vorlage 201-363.14 USA-1348/86 geheim vom 13.11.1986[3]
2) DB Nr. 972 aus Washington vom 26.2.1987[4] (nur am Original)

1) Mit beigefügtem DB Nr. 972 berichtet Botschaft Washington, daß sich aus Bericht der Tower-Kommission[5] ergebe, daß am 6. November 1986 Raketen aus den USA über Ramstein nach Israel und von dort in den Iran geflogen worden seien.

2) Bereits im Dezember hatten Pressemeldungen zu Umladungen von US-Waffen nach Iran (damals angeblich auf dem Frankfurter Flughafen) zu Anfragen aus dem Parlament (MdB Stobbe und Klejdzinski) geführt; diese konnten jedoch seinerzeit nicht bestätigt werden.[6] Wir haben damals von der US-Seite unter Hinweis auf die laufenden Ermittlungen so gut wie keine Auskünfte bekommen.

Mit weiteren Anfragen – auch von den Grünen, die vermutlich Gelegenheit zu weiteren Angriffen auf das Wartime Host Nation Support Agreement[7] nutzen werden – ist zu rechnen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram und Legationsrat I. Klasse von Morr konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 3. März 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte „FS an Telko."

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 27. Februar 1987 vorgelegen.

3 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 13. November 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 326.

4 Für den Drahtbericht des Gesandten Paschke, Washington, vgl. VS-Bd. 12080 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

5 Zur „Iran-Contra-Affäre" vgl. Dok. 4, Anm. 15.
Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 26. Februar 1987: „Nach rund dreimonatiger Untersuchung stellte am 26.2. die vom Präsidenten eingesetzte Tower-Kommission das Ergebnis ihrer Untersuchungen zur Iran-Contra-Affäre der Öffentlichkeit vor. Danach wurde die Iran-Contra-Affäre nicht zuletzt durch schwere administrative Mängel innerhalb des Weißen Hauses möglich. Dies wird mit Sicherheit weitere personelle Konsequenzen, angefangen beim Stabschef, zur Folge haben. Dem Präsidenten selbst wird ein unmittelbarer Vorwurf nicht gemacht. Doch klingt an, daß sein lockerer Führungsstil, die weitgehende Delegation von Verantwortung sowie die Ablehnung, sich mit Einzelheiten zu befassen, den Raum geschaffen hätten, wo sich administrative Unzulänglichkeiten entwickeln konnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 977/978; Referat 204, Bd. 135394.
Für den Bericht vgl. John TOWER u. a. (Hrsg.), The Tower Commission Report: The Full Text of the President's Special Review Board, New York 1987.

6 Zu den Anfragen in der Fragestunde des Bundestags am 10. Dezember 1986 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 255. Sitzung, S. 19910 f.

7 Für den Wortlaut des Regierungsabkommens vom 15. April 1982 zwischen der Bundesrepublik und den USA über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg („Wartime Host Nation

3) Die Luftwaffenbasis Ramstein dient gleichzeitig als (nationales) US-Luftwaffen-Hauptquartier Europa (USAFE) wie als NATO-Hauptquartier Allied Air Forces Central Europe (AAFCE), sein Kommandeur trägt damit wie der SACEUR einen nationalen wie einen „NATO-Hut". Vorgänge in Ramstein sind daher analog zu den Vorgängen bei dem US-Hauptquartier USEUCOM in Stuttgart zu behandeln. Da es sich bei der Angelegenheit nicht um eine NATO-Sache handelt, entfällt der NATO-Vertrag[8] als Rechtsgrundlage. Weitere etwaige Rechtsgrundlagen wie Truppenvertrag[9] oder Truppenstatut[10] sind ebenfalls nicht einschlägig; vielmehr fällt die Angelegenheit in den Bereich der Out-of-area-Problematik (vgl. Bezugs-Vorlage 1).

4) Zur Out-of-area-Problematik hat der BSR zuletzt am 3.11.1982 einen Beschluß gefaßt.[11] Ausgehend von der Frage unserer Beteiligung an derartigen Aktionen (Ausgangspunkt waren amerikanische Forderungen zu strategischen Planungen für Südwest-Asien) wird darin unsere grundsätzliche Position bekräftigt:

– eingehende Konsultierung sowohl im Rahmen des Bündnisses wie auch bilateral,

– rechtzeitige Unterrichtung über amerikanische Planungen.

5) Die Amerikaner haben uns von der Verwendung des Flugplatzes Ramstein als Umschlagplatz für Waffenlieferungen in den Iran nicht unterrichtet.

Zwar hat sich die Bundesregierung nicht detailliert mit der Frage befaßt, von welchem Punkt an die Tätigkeit amerikanischer Stellen auf deutschem Boden unserer Zustimmung bedarf, jedoch haben wir immer den Standpunkt vertreten, daß wir bei nicht im Rahmen des Bündnisses stattfindenden Aktionen,

– bei denen offen und nach außen erkennbar deutsches Territorium zu militärischen Operationen der USA genutzt wird,

konsultiert werden müssen (vgl. Bezugs-Vorlage 1).

Wir haben dies die Amerikaner auch unmißverständlich wissen lassen.

6) Die Gesamtumstände der Iran-Affäre legen es nahe, die illegale[12] Verwendung des Flugplatzes Ramstein als Teil eines insgesamt illegalen, von der Bundesregierung in keiner Weise zu verantwortenden Vorgangs zu betrachten, der in seiner Gesamtheit auch von amerikanischer Seite geahndet wird. Die Botschaft

Fortsetzung Fußnote von Seite 274
Support Agreement") und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 451–458.

8 Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

9 Für den Wortlaut des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954 (Truppenvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 253–255.

10 Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen (Truppenstatut) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1214.
Für den Wortlaut des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum Truppenstatut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1218–1312.

11 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. Dok. 159.

12 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Ruhfus gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „nicht konsultierte".

Washington sollte gebeten werden, den Vorgang aufzuklären und die Möglichkeit einer gemeinsamen Sprachregelung zu sondieren.

Um Billigung der beigefügten Drahtweisung wird gebeten.[13]

i. V. Kastrup

VS-Bd. 12080 (201)

58

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker

VS-NfD **27. Februar 1987**[1]

Fernschreiben Nr. 8 Ortex

Zum Vorwurf der illegalen Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika[2]

(Nur zur internen Unterrichtung:)

1) Der 4. Untersuchungsausschuß des 10. Deutschen Bundestages („U-Boot-Ausschuß") hat in der Zeit vom 18.12.1986 bis 16.2.1987 auf 14 Sitzungen 20 Zeugen, darunter den Bundeskanzler und die Bundesminister Genscher, Stoltenberg

13 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen wies die Botschaft in Washington noch am selben Tag an, „unverzüglich bei US-Seite Frage der Umladung für Iran bestimmter Waffen auf Flugplatz Ramstein [am] 6.11.1986 aufzuklären und zu berichten". Vgl. den Drahterlaß Nr. 228; VS-Bd. 12080 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Botschafter van Well, Washington, informierte am 18. März 1987 über ein Gespräch, das er am selben Tag mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister geführt habe. Whitehead habe die „sensitive Natur der Angelegenheit" betont und eine Antwortnote übergeben. Dazu habe Whitehead ausgeführt, die „Tatsache der Umladung von 500 TOW-Raketen in Ramstein" müsse bestätigt werden. Die „technische Anmeldung des Fluges sei erfolgt. Über das Technische hinausgehende Unterrichtung der Bundesregierung, die angesichts der heiklen Natur der Sache geboten gewesen wäre, sei jedoch unterblieben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1305; VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.
Ministerialdirektor Oesterhelt vermerkte am 24. März 1987: „Der schriftlichen Antwort des State Department ist zu entnehmen, daß die USA uns bestätigen, daß bei den Lieferungen Verfahrensvorschriften der USA nicht durchgehend beachtet wurden. Diese Antwort deckt unser Anliegen, vor der Nutzung von Einrichtungen auf deutschem Boden für Zwecke, die über die bestehenden Stationierungsvereinbarungen hinausgehen, gefragt zu werden, nicht ab. Die Antwort verkennt, daß es uns nicht um die Einhaltung nationaler amerikanischer Vorschriften geht, sondern um die Wahrung unserer eigenen souveränen Rechte. […] Die mündlichen Erläuterungen von Dep[uty] Sec[retary] Whitehead […] bedeuten kein Entgegenkommen. Im Gegenteil zwingen sie uns zu einer Reaktion, da wir uns keinesfalls damit zufriedengeben können, nur unterrichtet zu werden". Schließlich forderte Oesterhelt, „den USA bei geeigneter Gelegenheit unseren Standpunkt zu erläutern". Ansonsten drohe „die Gefahr, daß sich eine Praxis verfestigt, bei der die USA über unseren Kopf hinweg von unserem Territorium aus agieren". Vgl. VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 5. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Daum und Legationsrat I. Klasse Cappell „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Daum vorgelegen.

2 Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 40.

und Bangemann und die Staatssekretäre Schreckenberger, Obert und Tietmeyer (BMF), von Würzen (BMWi) und Ruhfus sowie einen Sachverständigen, vernommen. Mit Konstituierung des 11. Deutschen Bundestages am 18.2.1987 ist der Untersuchungsausschuß automatisch aufgelöst (Grundsatz der Diskontinuität des Deutschen Bundestages). Es gibt keinen Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses. Die SPD-Fraktion hat am 17.2.1987 einstimmig beschlossen, auch im 11. Deutschen Bundestag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Lieferung von Fertigungsunterlagen zum Bau von U-Booten an die Republik Südafrika zu beantragen, da sie weiteren Aufklärungsbedarf sieht.[3] Es ist zu erwarten, daß die Fraktion Die Grünen einen gleichlautenden Beschluß fassen wird.[4] Da zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses 25 % der Stimmen der Mitglieder des Deutschen Bundestages genügen, ist davon auszugehen, daß der 11. Deutsche Bundestag in absehbarer Zeit einen neuen „U-Boot-Ausschuß" einsetzen wird.[5]

2) Das bei der Oberfinanzdirektion Kiel anhängige Bußgeldverfahren gegen die Firmen Howaldtswerke–Deutsche Werft AG und Ingenieurkontor Lübeck wegen Verstoßes gegen § 45 Abs. 3 der Außenwirtschaftsverordnung[6] (illegale Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen bezüglich des Baus von U-Booten an die Republik Südafrika) ist noch nicht abgeschlossen. Die OFD[7] Kiel prüft u. a. auch noch, ob Anhaltspunkte für eine Straftat im Sinne des § 34 Abs. 1 des Außenwirtschaftsgesetzes (Beeinträchtigung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland)[8] vorliegen und das Verfahren – bei Bejahung der Anhaltspunkte – an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden muß.

3) Falls Vertretungen angesprochen werden sollten, kann über die Sprachregelung des Ortex vom 17.12.1986[9] hinaus folgende Sprachregelung verwendet werden:

Die Haltung der Bundesregierung ist klar und unmißverständlich: Die Apartheid wird abgelehnt. Sie kann nicht reformiert, sondern sie muß abgeschafft werden. Auf der Grundlage dieser Politik hat die Bundesregierung auf freiwilliger Basis seit 1963 jede militärische Zusammenarbeit mit Südafrika eingestellt.[10] 1977 trat die Bundesrepublik Deutschland als Sicherheitsratsmitglied für die Ver-

3 Am 11. März 1987 stellte die SPD-Fraktion einen Antrag zur erneuten Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Vgl. dazu BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/50.

4 Am 25. März 1987 stellte auch die Grünen-Fraktion einen Antrag zur erneuten Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Vgl. dazu BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/84.

5 Am 2. April 1987 wurde der Untersuchungsausschuß eingesetzt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 8. Sitzung, S. 439.

6 Für den Wortlaut des Paragraphen 45, Absatz 3 der Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung vom 18. Dezember 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2692.

7 Oberfinanzdirektion.

8 Für den Wortlaut des Paragraphen 34, Absatz 1 (Straftaten) des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 489.
Paragraph 34 des Außenwirtschaftsgesetzes wurde durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 590.

9 Für den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vgl. AAPD 1986, II, Dok. 369.

10 Zur Haltung der Bundesrepublik zu einem in Resolution Nr. 181 des VN-Sicherheitsrats vom 7. August 1963 empfohlenen freiwilligen Waffenembargo gegen Südafrika vgl. AAPD 1963, II, Dok. 312.

abschiedung des mandatorischen Waffenembargos[11] ein und hat dies seither strikt eingehalten.

Als die Bundesregierung ab 1983 durch Sondierungen der Firmen Howaldtswerke–Deutsche Werft AG und Ingenieurkontor Lübeck erfahren hat, daß dort Pläne bestanden, Blaupausen für U-Boote an Südafrika zu liefern, hat sie ablehnend reagiert. Deshalb war die Bundesregierung bestürzt, als sie später (1985) vom Export von Fertigungsunterlagen für den Bau von U-Booten nach Südafrika erfuhr.[12] Das zuständige Ministerium (BMWi) hat sofort, nachdem es Anhaltspunkte dafür hatte, daß ein illegales Geschäft abgewickelt worden sein könnte, eine Untersuchung eingeleitet. Das BMWi hat, wie das im Gesetz vorgesehen ist, die weitere Aufklärung an das zuständige Finanzministerium (BMF) übertragen. Die vom BMF mit der Untersuchung und Ermittlung beauftragte zuständige Oberfinanzdirektion hat Ende 1986 ein vorläufiges Ergebnis vorgelegt.[13]

Die Bundesregierung hat, schon lange bevor die Öffentlichkeit durch Pressemeldungen im November 1986 unterrichtet wurde, alle Schritte eingeleitet, um endgültige Klarheit über diese Vorgänge zu gewinnen und dort, wo Gesetzesverstöße vorliegen, die Schuldigen der Bestrafung zuzuführen.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus das Arms Embargo Committee des Sicherheitsrates der VN über die eingeleiteten Ermittlungen mehrfach in Form von Zwischenbescheiden informiert[14] und wird nach Abschluß des laufenden Verfahrens dem Ausschuß erneut berichten. Dies zeigt unsere Bereitschaft zu internationaler Kooperation.

[gez.] Stoecker

Referat 424, Bd. 145935

11 Für den Wortlaut von Resolution Nr. 418 des VN-Sicherheitsrats vom 4. November 1977 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 41 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

12 Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus vom 16. Juli 1985; AAPD 1985, II, Dok. 197.

13 Für den Bericht der Oberfinanzdirektion Kiel, der mit Schreiben vom 28. November 1986 an das Bundesministerium der Finanzen übermittelt wurde, vgl. Referat 230, Bd. 158126. Vgl. dazu auch BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 51.

14 Zur Unterrichtung des Arms Embargo Committee des VN-Sicherheitsrats im Dezember 1986 vgl. Dok. 40, Anm. 21.

59

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2182/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 281
Citissime

Aufgabe: 28. Februar 1987, 02.35 Uhr[1]
Ankunft: 28. Februar 1987, 02.55 Uhr

Betr.: Konsultationen im Ständigen NATO-Rat mit Botschafter Nitze und Perle über SDI am 27.2.87[2]

Bezug: DB 279 und 280 vom 27.2.87 – I-363.26-601/87 geheim[3]

Zur Unterrichtung

I. 1) Nitze kennzeichnete eingangs Zweck Sitzung als „beginnenden Meinungsaustausch" („initial exchange of views"), bevor für Weiterführung SDI-Programms erforderliche Entscheidung getroffen werde. Zur Zeit prüfe Administration, ob im Rahmen enger Auslegung ABM-Vertrags Fortführung Programms gemäß nach wie vor gültiger Kriterien („military effectiveness, survivability, cost effectiveness at the margin") noch möglich sei oder ob realistische Einschätzung Übergang zu weiter Interpretation erforderlich mache.[4] Diese sei „voll gerechtfertigt".

Entscheidung über Stationierung von SDI stehe während Amtszeit jetziger Administration nicht an. Heutige Konsultationen seien Beginn Prozesses, der fortgeführt werde[5] (Wortlaut siehe DB 279 und DB 280/87 geheim vom 27.2. 87). In Aussprache, an der sich alle Mitgliedsländer außer ISL beteiligten, wurde Erleichterung darüber deutlich.

Als dritter Sprecher trug ich unsere Position gemäß Weisung vor (Anhang 1).

2) Vorgebrachte Bedenken sämtlicher Europäer und KAN gegen Übergang zu extensiver Auslegung konzentrierten sich auf folgende Aspekte:

– Auswirkungen auf Ost-West-Verhältnis im allgemeinen und auf Genfer Verhandlungen[6] im besonderen, bei denen sich nach Reykjavik[7] wesentliche Fortschritte ergeben hätten;

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat Hartmann und Oberst i. G. Loquai, beide Brüssel (NATO), konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 3. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationsrat Brose verfügte.
Hat Elbe, Mülmenstädt und Brose vorgelegen.

2 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze und der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, hielten sich vom 25. bis 28. Februar 1987 in sechs EG-Mitgliedstaaten (Belgien, Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande) zu Konsultationen über das SDI-Programm auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Nitze und Perle am 25. Februar 1987; Dok. 53. Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Nitze und Perle am 26. Februar 1987; Dok. 56.

3 Für den Drahtbericht Nr. 279/280 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vgl. VS-Bd. 11377 (220).

4 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

5 Vgl. die National Security Decision Directive Nr. 261 („Consultations on the SDI Program") des Präsidenten Reagan vom 18. Februar 1987; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

6 Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

– Gefährdung ABM-Vertrags insgesamt, falls im Alleingang und nicht mittels kooperativen Ansatzes Lösung gesucht werde;
– schwerwiegende Konsequenzen für Bündnissolidarität;
– Schwierigkeiten, gegenüber Öffentlichkeit klare und überzeugende Antwort auf Frage nach Notwendigkeit neuer Politik zu geben.

Überwiegend wurde Auffassung vertreten, juristisches Problem Vertragskonformität bei Interpretation bilateralen Abkommens sei nicht Gegenstand Bündniskonsultationen. Diese gingen vielmehr um politische Folgen Übergangs zu weiter Auslegung und deren politische Opportunität im jetzigen Zeitpunkt.

3) StV F[8] würdigte ABM-Vertrag als Element der Stabilität. Zwar habe sich Lage seit 1972 verändert (mehr Kernwaffen, Zweifel an Vertragstreue SU, neue Technologien), doch sei durch Vertrag relative Sicherheit vor technologischen Überraschungen erreicht worden. Er stelle Element Stabilität und Vorhersehbarkeit dar. Beide Seiten wollten ihn bewahren. Vor Änderungen gelte es, sorgfältig nachzudenken.

L[9]: „Bitte denken Sie nicht nur an sich, sondern auch an uns."

4) Zu einzelnen Fragen führten Nitze und Perle aus:

– Es gibt keine festen Termine für Entscheidung Interpretationsfrage;
– Auslegung ABM-Vertrag wird laufend mit SU – auch in Genf – erörtert. SCC hierfür weniger geeignet;
– Pressemeldungen über Instruktion an US-Verhandlungsdelegation, Auslegungsproblem nicht mehr zu behandeln, sind falsch;
– SU hat einige Testradars in Sary-Schagan abgebaut. Ob dies auf veränderte Politik hindeutet, ist unklar. Möglich ist auch Installierung modernerer Geräte. Kein Abbau in Krasnojarsk, das nun in äußerem Aufbau abgeschlossen[10];
– Befürchtungen SU, US könnten Erstschlagsfähigkeit anstreben, ist Propaganda. Moskau weiß ganz genau, daß es bei SDI kein US-Programm mit Zielvernichtung von ICBMs am Boden gibt;
– US ist für kooperative Lösung bei Dislozierung („we strongly advocate this approach"). Sowjetischerseits zögere man bisher jedoch stark, in Diskussion darüber einzutreten.

5) Perle gab zu bedenken, daß Auffassung nicht zwingend sei, Übergang zu extensiver Auslegung und daraus folgendes geändertes SDI-Testprogramm seien für Verhandlungen schädlich. Derartige Entscheidung könne auch bessere Aussichten für umfassende Vereinbarung eröffnen. Übergang zu weiter Auslegung

Fortsetzung Fußnote von Seite 279

7 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

8 Gabriel Robin.

9 Guy de Muyser.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 6. Januar 1986, daß Präsident Reagan dem amerikanischen Kongreß am 23. Dezember 1985 den dritten Bericht über Verstöße der UdSSR gegen Rüstungskontrollabkommen zugeleitet habe. Darin würden neun Verstöße aufgelistet, darunter ein „Verstoß gegen den ABM-Vertrag durch den Bau einer großen, phasengesteuerten Radaranlage bei Krasnojarsk". Vgl. VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986. Für den Wortlaut des offenen Teils des Berichts und des Begleitschreibens vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2107, S. 65–72.

werde zwar Gesprächsklima kurzfristig verschlechtern, und SU könne sogar Verhandlungen abbrechen. Längerfristig vermöge Druck jedoch Fortschritte zu begünstigen. Erfahrung insbesondere mit Doppelbeschluß[11] zeige, daß Moskau zu substantiellen Zugeständnissen erst dann bereit sei, wenn es mit konkreten Konsequenzen konfrontiert werde. Zur Zeit gebe es in Genf Schwierigkeiten, auch bei START (sublimits) und INF (vor allem Verifikation). Für Verhandlungen brauche man „some leverage".

Zwar habe US Option, bewußt darauf zu verzichten, Leistungsfähigkeit von SDI innerhalb enger Interpretation auszutesten. Es sei jedoch zweifelhaft, ob solche Beschränkung zu vernünftiger Entscheidungsgrundlage führen könne. Es bestehe Gefahr der Selbstfindung und Verhinderung möglichen Verhandlungserfolgs. Festhalten an enger Interpretation könne Ende für SDI bedeuten.

6) Einige Länder (B[12], I[13], KAN[14] und NL[15]) sprachen sich für bisher nicht vertieft erfolgte, doch ihrer Auffassung nach dringend notwendige Erörterung strategischer Implikationen von SDI (Verhältnis offensiver und defensiver strategischer Systeme; strategische Stabilität während Übergangsphase) in Allianz aus.

7) Hinsichtlich Art Fortsetzung Konsultationsprozesses plädierten KAN und B für Ministerrat Reykjavik[16], I und (wenn auch weniger nachdrücklich) NL – ebenso wie wir – für Sondersitzung Außenminister; B meinte, es könne sich Konsens in letzterem Sinne ebenfalls anschließen.

8) Nitze hob in Schlußwort hervor, Washington werde geäußerte Auffassungen „sehr in Rechnung stellen" („take very much into account"). Konsultationen würden in Hoffnung fortgesetzt, zu gemeinsamen Schlußfolgerungen zu kommen („to come to common conclusions").

9) GS[17] bekräftigte zusammenfassend Nützlichkeit gegenseitigen Gedankenaustauschs. Er bezeichnete es als „sehr beruhigend" („most reassuring"), daß Anfang für „neue Serie von Konsultationen" gemacht worden sei und daß Washington keine Entscheidungen beabsichtige, bevor neue Runde solcher Konsultationen stattgefunden habe. Über Einzelheiten solle insoweit bilateral und in Allianz befunden werden.

II. In Ratssitzung mit Nitze und Perle wurde (ähnlich wie bei Problem Einhaltung Obergrenzen von SALT II[18] in Halifax[19]) deutlich, daß Auffassungen sämtlicher europäischer Mitgliedstaaten und Kanadas, dessen StV als erster das

11 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

12 Juan Cassiers.

13 Francesco Paolo Fulci.

14 Gordon Scott Smith.

15 Jaap de Hoop Scheffer.

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

17 Lord Carrington.

18 Zur Haltung der amerikanischen Regierung zu den Obergrenzen im SALT-II-Vertrag vgl. Dok. 24, Anm. 9.

19 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 in Halifax vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158, Dok. 159 und Dok. 161.

Wort nahm und zusammen mit DK[20] am nachdrücklichsten an US Kritik übte, mit amerikanischen nicht übereinstimmen.

Wie bei SALT II geht es aber nicht so sehr um allgemeinen transatlantischen Konflikt, sondern, da Auffassung Mehrheit Kongresses sich mit derjenigen der Fünfzehn weitgehend deckt, mehr um einen solchen mit derzeitiger Administration.

Ob diese bei Interpretationsfrage – wider Erwarten – nun doch einlenkt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wurden erneute Konsultationen mit kaum erwarteter Eindeutigkeit zugesagt. Wie mir StV NL mitteilt, seien gestern im Haag Konsultationen amerikanischerseits noch nicht als „beginnend" qualifiziert worden.

[gez.] Hansen

Folgt Anhang:

[…][21]

VS-Bd. 11377 (220)

60

Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 625 **Aufgabe: 1. März 1987, 15.38 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 2. März 1987, 05.53 Uhr**

Betr.: Erklärung Gorbatschows zur Auflösung des Pakets von Reykjavik[2] und Aufnahme von Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Europa[3]

Zur Unterrichtung

1) Zusammenfassung

Gorbatschow-Erklärung am Samstag, 28.2.1987, abends zur Abkoppelung des LRINF-Komplexes von den strategischen Offensiv- und Defensivwaffen bedeutet nach einer Phase ständig nachlassender Handlungsfähigkeit der USA und, wie SU es sieht, zunehmender europäischer Widerstände gegen US-Rüstungspläne

20 Otto Rose Borch.

21 Für die Erklärung des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vgl. VS-Bd. 11377 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 3. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationsrat Brose verfügte.
Hat Elbe, Mülmenstädt und Brose vorgelegen.

2 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

3 Für den Wortlaut der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Februar 1987 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 492–494, bzw. EUROPA-ARCHIV 1987, D 177 f.

(ABM-Auslegung[4]) einen kräftigen Anstoß für die Genfer Verhandlungen unter gleichzeitiger Wiederbelebung des „Europäischen Hauses“[5]. Der ungewöhnliche Zeitpunkt steht sicher im Zusammenhang mit der jüngsten Personalentscheidung im Weißen Haus (Baker)[6], da seine Ernennung hier ohne Zweifel als politisches Signal und reale Möglichkeit eines Herauskommens der amerikanischen Administration aus der Talsohle betrachtet wird. Daß Gorbatschow in diesem Augenblick seine lange zurückgehaltene Trumpfkarte ausspielt, zeigt, daß er es eilig hat.

Europäisches Kernanliegen LRINF wird zum Angelpunkt der bilateralen Verhandlungen gemacht, den europäischen Regierungen wird eine ebenso zentrale wie delikate Rolle zugewiesen. Dabei verliert Gorbatschow die Verhinderung von SDI als Ziel nicht aus den Augen – wie er auch gegenüber Andreotti[7] mit seinem Bestehen auf der strikten Einhaltung des ABM-Vertrags deutlich machte. Auf den Komplex der strategischen Offensiv- und Defensivwaffen weist er im Schlußteil der Erklärung hin.

Er wählt ein flexibleres Prozedere statt eines starren förmlichen Junktims. Damit schafft er für beide Seiten größere Spielräume für die Suche nach beiderseits akzeptablen Lösungen.

Wie am 15.1.1986[8] und am 18.8.1986[9] (Verlängerung Teststopp) wendet sich Gorbatschow mit einer „Erklärung“ an die Öffentlichkeit. Es fällt auf, daß er ausdrücklich nicht nur für die sowjetische Führung, sondern auch als Vorsitzender des Verteidigungsrates auftritt. Auch daß er ausdrücklich auf das Fehlen auch „geringster Zweifel“ am Primat der Politik über die Rüstung hinweist, läßt darauf schließen, daß ihm die Entscheidung innenpolitisch nicht leichtgefallen ist und daß er die ganze Autorität der sowjetischen Führung einsetzen muß.

4 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

5 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

6 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 27. Februar 1987: „1) Am 27.2. ist, wie seit einiger Zeit erwartet, der Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, zurückgetreten. Trotz wachsender Kritik hatte sich Regan in den letzten Wochen an seinem Amt festgekrallt. Mit der Veröffentlichung des Tower-Berichtes am 26.2. war seine Position nicht mehr haltbar. Ihm wurde wesentliche Verantwortung für Mißmanagement und Fehlentscheidungen in der Iran-Contra-Affäre zur Last gelegt. 2) Zum Nachfolger wurde der frühere republikanische Mehrheitsführer im Senat, Howard H. Baker Jr., bestimmt.“ Baker sei „das letzte Aufgebot“ des Präsidenten Reagan: „Mit der Bestellung von Baker erhält der Präsident möglicherweise die letzte Chance, die Administration zu stabilisieren. Viel wird davon abhängen, welchen Einfluß Baker im Weißen Haus und darüber hinaus in der Administration gewinnen kann. Die Durchsetzung im Weißen Haus dürfte nicht zu schwierig sein, da dort z. Zt. Depression und desolate Zustände herrschen. Schwieriger dürfte die Auseinandersetzung mit AM Shultz und VM Weinberger werden, die ihre Kompetenzen in letzter Zeit auf Kosten der CIA und des NSC ausgeweitet haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1017; Referat 204, Bd. 135393.

7 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich am 26./27. Februar 1987 in der UdSSR auf.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gab in einer Erklärung vom 30. Juli 1985 bekannt, daß die UdSSR ab dem 6. August 1985, dem 40. Jahrestag des Abwurfs einer Atombombe auf Hiroshima, keine Kernwaffentests mehr durchführen werde: „Unser Moratorium gilt bis 1. Januar 1986. Es wird jedoch auch darüber hinaus in Kraft bleiben, wenn die USA ihrerseits auf Kernexplosionen verzichten werden.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 370.
In seiner Erklärung vom 15. Januar 1986 kündigte Gorbatschow an, daß das Moratorium um drei Monate bis zum 31. März 1986 verlängert werde. Vgl. dazu GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 150. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 16 und Dok. 19.

9 Am 18. August 1986 gab der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bekannt, daß die UdSSR ihr einseitiges Moratorium für Kernwaffentests bis zum 1. Januar 1987 verlängern werde. Vgl. dazu GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 68.

2) Im einzelnen

a) In seiner Erklärung, die am Samstagabend im Fernsehen verlesen und heute von der sowjetischen Presse veröffentlicht wurde, erinnert Gorbatschow eingangs an seine Abrüstungsinitiative vom 15. Januar 1986. Für sowjetische Führung und Verteidigungsrat, mit dessen Vorsitz er beauftragt sei, stünden Probleme der Sicherheit des eigenen Landes und der Verbündeten ständig im Zentrum der Aufmerksamkeit. Es gebe auf sowjetischer Seite nicht die geringsten Zweifel, daß Überleben der Menschheit nur mit gemeinsamen Anstrengungen und politischen Mitteln, nicht durch Rüstung, zu sichern sei. Ihr Vorschlag atomwaffen- und gewaltfreier Welt treffe sich mit Besorgnissen der Weltöffentlichkeit, wie sie auf jüngstem Moskauer Forum[10] erneut zu spüren gewesen seien.

Reykjavik habe deutlich gemacht, daß atomare Abrüstung realistische Politik sei. „Tragödie" liege darin, daß mächtige Kräfte nach wie vor in nuklearem Vormachtdenken befangen seien. Nach dem Gipfel seien amerikanisch-sowjetische Verhandlungen erneut vorsätzlich blockiert worden. Übereinkommen würden in allen Richtungen sabotiert, Schuld dafür SU mit ihrem Bestehen auf „Paketlösung" zugewiesen.

b) Politbüro habe sich daher zu weiterem wichtigen Schritt in Richtung nuklearwaffenfreier Welt entschlossen. SU schlage vor, Problem der Raketen mittlerer Reichweite aus dem „Block von Fragen" herauszulösen und darüber unverzüglich getrenntes Abkommen abzuschließen. Hierfür gebe es nicht nur Grundlage, sondern faktisch fertiggestellte Übereinkunft: In Reykjavik sei bereits formuliert worden, daß UdSSR und USA in nächsten fünf Jahren Mittelstreckenraketen in Europa abbauen. Im selben Zeitraum werde sich sowjetisches Potential dieser Raketenklasse auf maximal 100 Gefechtsköpfe im asiatischen Teil der SU reduzieren, wobei USA gleiche Anzahl auf „ihrem nationalen Territorium" aufstellen könnten.

Sobald Abkommen über INF-Liquidierung in Europa unterschrieben sei, werde UdSSR in Abstimmung mit Regierungen von DDR und ČSSR in diesen Ländern als Antwort auf Pershing-II- und CM-Dislozierung stationierte „operativ-taktische Raketen erhöhter Reichweite" abziehen.[11] Hinsichtlich sonstiger operativ-taktischer Raketen sei SU zur sofortigen Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel ihrer Reduzierung und Liquidierung bereit.

Damit werde reale Möglichkeit geschaffen, „gemeinsames europäisches Haus" in kurzer Zeit von bedeutendem Teil atomarer Last zu befreien. Vorschläge würden in Genfer Verhandlungen mit USA eingebracht.

c) SU habe immer wieder gehört, bei Herauslösung der INF-Frage aus Paket von Reykjavik werde man sich über ihre Liquidierung in Europa schnell einigen können. Jetzt bestehe Möglichkeit, dies in die Tat umzusetzen. Nach wie vor lege sowjetische Führung Wert auf Begrenzung und Liquidierung auch strategischer Nuklearwaffen. Abkommen hierüber bleibe abhängig von Nichtzulassung der Dislozierung von Weltraumwaffen.

10 Zum Internationalen Forum „Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit" vom 14. bis 16. Februar 1987 in Moskau vgl. Dok. 43, Anm. 8.

11 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

„Historische Chance“ des neuen Vorschlags dürfe nicht ungenutzt bleiben. SU erwarte schnelle, positive Antwort.

3) Wertung

Gorbatschow, der das Ausbleiben neuer spektakulärer Vorschläge auf dem Moskauer Friedensforum vor 14 Tagen mit dem Argument begründet hatte, SU habe sich nicht erneut dem Vorwurf bloßer Propaganda-Initiativen aussetzen wollen, hat mit seiner Erklärung von Samstagabend einen weiteren öffentlichkeitswirksamen Coup landen können.

In den letzten Wochen hatten sich sowjetische Zweifel an weiterer Handlungsfähigkeit der Reagan-Administration offenkundig verstärkt: Weißes Haus erschien immer mehr als sinkendes Schiff, auch SAM-Sprecher Gerassimow fragte sich öffentlich, mit wem in der Administration man jetzt noch verhandeln könne. Als Konstante blieb für sowjetische Beobachter nur noch der „reaktionärste Flügel des amerikanischen Imperialismus, der jetzt den Ton in Washington angibt“ (so Kommentator Jurij Schukow in heutiger Prawda[12]).

Bei der Frage, warum der Generalsekretär gerade dieses Wochenende wählte, um mit seiner Initiative an die Öffentlichkeit zu treten, ist ein Zusammenhang mit der jüngsten Personalentscheidung in Washington nicht von der Hand zu weisen: Die schnelle sowjetische Reaktion auf die Ernennung Bakers, mit der Reagan ohne Zweifel wiederhergestellte Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen will, zeigt, daß Gorbatschow sein Gegenüber sofort und in einer Substanzfrage beim Wort nehmen will. Daß er dies in dem separaten und sachlich sehr weitgehend „durchforsteten“ INF-Komplex tat, zeigt, daß er dafür ein Terrain wählt, auf dem die Chancen für eine rasche Einigung noch am größten sind.

Gorbatschow stiehlt außerdem dem Weißen Haus die Schau, in dem gerade für alle sichtbar aufgeräumt wird. Und er macht deutlich, daß er die Initiative im Abrüstungsdialog in der Hand behalten will, auch wenn die US-Administration einen Teil ihrer Handlungsfähigkeit zurückgewinnen sollte. Ein Eindruck von Ungeduld und Hektik wird dabei in Kauf genommen.

Gleichzeitig wurden europäisch-amerikanische Differenzen zuletzt über Auslegung des ABM-Vertrags sorgfältig registriert, realistische Position der Europäer gewürdigt. Die neue, stark auf Regierungen und Öffentlichkeit Westeuropas zielende Offensive macht Sinn und geht – wie Gorbatschow selbst sagt – auf einen hier in den letzten Monaten häufig vorgetragenen Wunsch der Europäer ein. Dieser Teil der Zielrichtung wird durch die schnelle Wiedergabe des westeuropäischen Echos besonders deutlich: Bereits am Sonntagmorgen meldet TASS die erste, positive Reaktion von Regierungssprecher Ost.[13]

12 Vgl. den Artikel „Meždunarodnoe obozrenie“ („Internationale Umschau“); PRAVDA vom 1. März 1987, S. 4.

13 Legationsrat I. Klasse Brandenburg, Moskau, berichtete am 2. März 1987: „Sowjetische Medien melden wie aus anderen westlichen Ländern auch aus Bonn überwiegend positive Reaktion auf Gorbatschow-Erklärung vom 28.2.87. Jedoch werden einschränkende Vorbehalte nicht unterschlagen, auf mögliche Widerstände wird bereits jetzt hingewiesen. […] Erste Stellungnahmen von StS Ost und SPD-MdB Scheer wurden von TASS am Sonntagmorgen verbreitet. Fernseh-Nachrichtensendung Wremja am Sonntagabend (Bonner Korrespondent Kondratjew) greift beide auf und betont allgemein positive Reaktion in der am meisten betroffenen ‚BRD‘. Erklärung des Bonner Regierungssprechers enthalte jedoch Einschränkung, ‚europäische Interessen‘ müßten gewahrt bleiben. Dies verheiße nicht viel Gutes“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 628; Referat 220, Bd. 130085.

Gorbatschow kündigt an, die neuen Vorschläge auf den Genfer Verhandlungstisch zu legen. Dort wird sich zeigen, inwieweit der auf den ersten Blick völlig schlüssige Entwurf Definitionsfragen standhält. Bemerkenswert scheint, daß GB- und F-Systeme an keiner Stelle erwähnt werden und den USA das Recht zugestanden wird, verbleibende 100 INF-Gefechtsköpfe auf ihrem Territorium (also auch in Alaska?) zu stationieren.

[gez.] Arnot

Referat 220, Bd. 130085

61

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2227/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 2. März 1987, 19.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1032 **Ankunft: 3. März 1987, 01.52 Uhr**

Betr.: Sowjetisches Angebot eines separaten INF-Abkommens;
hier: Haltung der US-Administration

Zur Unterrichtung

1) Administration hat die von Gorbatschow am 28.2. geäußerte Bereitschaft, die Verhandlungen über ein INF-Abkommen aus dem in Reykjavik[2] geschnürten Paket auszuklammern[3], heute offiziell begrüßt. Der Sprecher des Weißen Hauses, Fitzwater, bezeichnete die Erklärung Gorbatschows als positive Entwicklung. Amerikaner seien für Fortschritte in allen Bereichen der Genfer Verhandlungen aufgeschlossen. Administration werde in Kürze in Genfer Gesprächen Vertragsentwurf einführen.[4] Wortlaut der Erklärung Fitzwaters folgt als Anlage.

2) Im State Department sagte man uns zu der offiziellen Präsentation des sowjetischen Vorschlags in Genf am heutigen Vormittag, Sowjets seien im wesentlichen nicht über Inhalt der Ankündigung Gorbatschows vom Samstag hinausgegangen. Als festhaltenswert erwähnte man uns gegenüber einerseits die sowjetische Bereitschaft, Reduzierungen von LRINF in Asien im selben Zeitraum wie Reduzierungen in Europa vorzunehmen, und andererseits die Verwendung des Begriffs „nationales Territorium“ als Stationierungsort für 100 GK auf amerikanischer Seite, wodurch Sowjets anscheinend von ihrer Forderung, Alaska als Stationierungsort auszuschließen, abrücken.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 3. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationsrat Brose verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Elbe, Mülmenstädt und Brose vorgelegen.

2 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

3 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 60.

4 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

Die nunmehr vereinbarte Verlängerung der siebten Verhandlungsrunde[5] werde Gelegenheit dazu geben, im einzelnen zu prüfen, wo sich sowjetische Bewegung in den bisher strittigen Fragen abzeichne (globaler Charakter eines Abkommens; Verifikation; Konversion; SRINF, hierbei insbesondere Frage freeze/right to match). Amerikaner würden in unmittelbarer Zukunft (evtl. noch am 3.3.) in Genf ihren Vertragsentwurf einführen. Angesichts der noch ausstehenden Zustimmung der Alliierten zu Art. 9 (Verifikation) werde jetzt daran[6] gedacht, Vertragsentwurf zunächst ohne Art. 9 in seinen Einzelheiten einzubringen. Zustimmung des NSC hierzu stehe noch aus. Man rechne damit, daß Sowjets ihrerseits in Kürze eigenen Vertragsentwurf vorlegen werden.[7]

3) Bei der Bewertung der Ankündigung Gorbatschows übt die Administration Zurückhaltung. Einerseits wird sie begrüßt, andererseits wird darauf hingewiesen, daß Gorbatschow lediglich eine Position zurückgenommen hat, die er in Reykjavik aufgebaut hatte. Insbesondere im Pentagon scheint die Skepsis zu überwiegen, wo man auch die Ankündigung der Bereitschaft zum Abzug der Scaleboard aus der DDR und ČSSR[8] als in der Sache nicht neu bezeichnete. Immerhin hat Richard Perle das Angebot Gorbatschows als „konstruktiven Schritt" bezeichnet, der den Weg für die Klärung der restlichen Fragen und schließlich für ein Abkommen freimachen dürfte.

Man ist sich in der Administration im klaren darüber, daß Gorbatschow mit seiner Ankündigung ein weiterer Propagandaerfolg geglückt ist. Insbesondere beobachtet man in dieser Hinsicht die Reaktion der westeuropäischen Öffentlichkeit und der verbündeten Regierungen. Man ist sich aber auch darüber im klaren, daß selbst innerhalb der amerikanischen Öffentlichkeit der sowjetische Vorschlag seine Wirkung haben wird. Daß bei der Wahl des Zeitpunkts auch die Veränderung in der Position des Stabschefs im Weißen Haus[9] eine Rolle gespielt haben dürfte, wird auch hier eingeräumt.

Hinweise auf eine Veränderung der sowjetischen Position bei SDI/ABM und START sehen Gesprächspartner im State Department und Pentagon bisher nicht. Man geht davon aus, daß siebte Verhandlungsrunde für diese beiden Bereiche in dieser Woche zu Ende geht. Allenfalls sei Verlängerung bis Freitag[10] denkbar.

Zum weiteren Verlauf der siebten Verhandlungsrunde für INF sagte man uns, in den verbleibenden Runden diese Woche sei zwar mit Klärungen von Detailfragen, jedoch nicht mit weitreichenden Vertragsverhandlungen zu rechnen. Zum Zeitpunkt eines möglichen Shultz-Besuchs in Moskau wollte man sich jetzt noch nicht äußern. Es sei allerdings klar, daß diese Frage zunehmend an Aktualität gewinne. Vor der Annahme, daß ein Vertrag in kurzer Zeit ausgehandelt

5 Die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf wurde am 15. Januar 1987 eröffnet. Vgl. dazu Dok. 41.

6 Korrigiert aus: „dean".

7 Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

8 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

9 Zur Ernennung des ehemaligen Senators Baker zum Stabschef des amerikanischen Präsidialamts vgl. Dok. 60, Anm. 6.

10 6. März 1987.

werden könne, hat die Administration jedoch gewarnt. Es sei, so ein hoher Regierungsbeamter in einem Hintergrundgespräch im Weißen Haus, nicht vor Herbst mit einem solchen Vertrag zu rechnen.

4) Zu der möglichen Vorlage eines amerikanischen Vertragsentwurfs in Genf ohne einen Verifikationsartikel hörten wir im State Department, man fühle sich hierzu auch nach entsprechenden Äußerungen aus vier der fünf Stationierungsländer (Ausnahme: Belgien, das bisher noch nicht auf die amerikanischen Antworten reagiert hat) ermutigt. Im Pentagon betrachtet man dieses Verfahren als äußerst problematisch, weil damit der Druck, zu einem vernünftigen Inspektionsregime zu gelangen, verringert werde. Nachschieben des amerikanischen Verifikationsvorschlages werde als amerikanische Bremse in den Verhandlungen betrachtet werden. Es sei zu befürchten, daß öffentlicher Druck auf Administration entstehen werde, hierbei letztlich nachzugeben, um Zustandekommen des Abkommens nicht zu blockieren.

5) Zusatz nur für Bonn

Zur Nichterwähnung der Weiterverhandlungsverpflichtung zu SRINF im amerikanischen Vertragsentwurf sagte man uns im State Department, Rechtsabteilung habe darauf hingewiesen, daß zeitliche Festlegung zur Aufnahme von Verhandlungen über diese Systeme nach Unterschrift (und vor Ratifikation) vertragsrechtliche Probleme aufwerfe. Amerikanische Position sei jedoch klar: Mit Sowjets sei Einvernehmen über Aufnahme von SRINF-Verhandlungen sechs Monate nach Unterschrift des Vertrages erzielt; gegenüber Europäern seien Amerikaner entsprechende Verpflichtung eingegangen.

[gez.] van Well

Folgt Anlage

Erklärung Fitzwater vom 2.3.1987:

The United States has long believed that progress in one area of negotiations should not be dependent upon progress in other areas. We find the General Secretary's statement to be a positive development. Thus, we welcome this apparent Soviet agreement to move forward on INF, for which we have been ready since the Soviets first agreed to it at the Geneva Summit on November, 1985[11]. The United States remains ready for progress in all areas at the nuclear and space arms negotiations in Geneva. We intend to table specific treaty language on INF in the near future.

VS-Bd. 11360 (220)

11 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

62

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413.07/1 **3. März 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Neuere Überlegungen zur Bewältigung des internationalen Verschuldungsproblems;
hier: „Marshall-Plan für die 80er Jahre“ (Lösungsmodell des US-Senators Sarbanes/Demokrat)

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 17.12.86 – 422-413.07/1 (ist dem Original beigefügt)[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Sachverhalt

Die mit Bezugsaufzeichnung vorgestellten neueren Lösungsansätze zur Bewältigung des internationalen Verschuldungsproblems sind gegen Ende des letzten Jahres um ein Modell des US-Senators Paul Sarbanes bereichert worden. (Botschaft Washington hat hierüber mit DB 632 vom 9.2.1987 berichtet.[4]) Der Autor, neuer Vorsitzender des Joint Economic Committee des US-Kongresses, schlägt vor, eine institutionell an IWF oder Weltbank angebundene „Sonderfazilität“ einzurichten, die im wesentlichen von den Ländern mit hohen Handelsbilanzüberschüssen (also: Japan und Deutschland) finanziert werden soll; die USA sollen einen „Beitrag“ leisten. Mit diesen Mitteln soll den Privatbanken ein Teil ihrer Forderungen gegenüber den Schuldnerländern mit einem den jeweiligen

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Legationsrat Schmidt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 4. März 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 5. März 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Lutz und Legationsrat Schmidt „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Lutz am 5. März 1987 vorgelegen.
Hat Schmidt am 16. März 1987 erneut vorgelegen.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Jelonek analysierte in Punkt II. 2.1. bzw. II. 2.2. der Aufzeichnung vom 17. Dezember 1986 den Vorschlag des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Herrhausen, für einen Zinsausgleichsfonds sowie den Vorschlag des amerikanischen Senators Bradley eines partiellen Schuldenerlasses für Schuldnerstaaten. Vgl. AAPD 1986, II, Dok. 367.

4 Botschafter van Well, Washington, berichtete über das Modell des amerikanischen Senators Sarbanes zur Lösung der Verschuldungskrise: „Das Sarbanes-Modell ist in der hiesigen Diskussion bisher weniger beachtet worden. Zum einen wirkt sein Beitrag unausgereift und wenig präzise, zum anderen sind die damit verbundenen politischen (J und D sollen in die Pflicht genommen werden) und finanziellen Probleme erheblich.“ Dabei dürfe auch nicht übersehen werden, daß Sarbanes und andere Senatoren aus den Reihen der Demokratischen Partei von der Annahme ausgingen, „daß die Verschuldung insbesondere der lateinamerikanischen Länder, die in den letzten Jahren einen steigenden Anteil ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst verausgaben mußten, den Rückgang amerikanischer Exporte in die Region mitverursacht hat. Sie betrachten daher Überlegungen zur Entschuldung der EL auch als ein Element der Diskussion über die Einschränkung des amerikanischen Handelsbilanzdefizits, ein Thema, dessen Behandlung im jetzigen 100. Kongreß weiten Raum einnehmen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 632/633; Referat 422, Bd. 148935.

Marktverhältnissen entsprechenden Abschlag (vgl. II. 2.6 der Bezugsaufzeichnung) abgekauft werden.

Gleichzeitig ist daran gedacht, die verbleibenden Forderungen in langfristige Kredite mit niedrigen Zinsen umzuwandeln.

Senator Sarbanes hebt hervor, daß die Banken hierdurch vom Risiko der Zahlungsausfälle befreit werden und nach dem Verkauf ihrer Forderungen an diese Sonderfazilität nicht nur über neue Liquidität, sondern auch über die Möglichkeit der Einrichtung neuer Kreditlinien für die EL verfügen.

Unklar ist bisher geblieben, ob im vorliegenden Modell eine zusätzliche Entlastung für die Schuldnerländer dadurch gegeben ist, daß die Sonderfazilität ihre Forderungen nur in Höhe der für die erworbenen Schuldtitel tatsächlich gezahlten Marktpreise bewertet, die EL also im Ausmaß des jeweiligen Forderungsabschlags von Verbindlichkeiten befreit werden.

2) Bewertung

a) Das Modell ist bisher in der aktuellen Diskussion vergleichsweise wenig beachtet worden; es wirkt wenig präzise und unausgereift und gibt zu mehrfacher Kritik Anlaß:

- Ihm fehlt die in anderen aus Kreisen der US-Administration bzw. des US-Kongresses vorgetragenen Modellen (Baker-Initiative[5]; Bradley-Plan, vgl. Bezugsaufzeichnung, II. 2.2.) enthaltene Bindung an wirtschaftliche Strukturanpassungen in den EL (Konditionalität).
- Nach ersten Berechnungen müßte eine solche Sonderfazilität, um ihre Aufgaben wirksam erfüllen zu können, mit dem Vierfachen des gegenwärtigen Weltbankeinlagekapitals ausgestattet werden.
- Mögliche kurzfristige Schuldendiensterleichterungen für die EL werden voraussichtlich durch wesentlich längerfristige negative Konsequenzen für deren weitere internationale Kreditwürdigkeit überkompensiert.
- Das Modell setzt eine verhältnismäßig große Bereitschaft bei Banken und Staaten voraus, Verluste bzw. zusätzliche Ausgaben auf sich zu nehmen.
- Es handelt sich im Grunde um eine politisch schwer zu begründende Umverteilung eines Teils des Risikos der Banken auf die öffentlichen Hände der Gläubigerstaaten. Während der Vorschlag von Senator Sarbanes insofern dem mit Bezugsaufzeichnung (II. 2.1) vorgestellten Plan eines „Zinsausgleichsfonds" des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, gleicht, geht er gleichwohl noch darüber hinaus, indem verlangt wird, die Hauptfinanzie-

5 Am 8. Oktober 1985 stellte der amerikanische Finanzminister Baker auf der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank in Seoul ein Programm zur Fortentwicklung des Schuldenmanagements bei Entwicklungsländern vor. Die Referate 412 und 422 notierten am 20. Februar 1986, der Baker-Plan habe einen „doppelten Ansatz: Zur Förderung von Strukturanpassungsprogrammen in den ärmsten EL sollen Rückflußmittel des in der zweiten Hälfte der 70er Jahre gebildeten Trust Fund des IWF in Höhe von 2,7 Mrd. Dollar durch bilateral zur Verfügung gestellte Mittel bzw. Weltbankmittel angereichert und im Rahmen eines ‚Comprehensive Program' eingesetzt werden. Hierdurch soll der Finanzfluß in die Länder verstärkt werden, die keinen oder kaum Zugang zu den Kapitalmärkten haben. Zum anderen strebt er die Förderung einer wachstumsorientierten Anpassungspolitik der Schuldnerländer in Absprache mit dem IWF und in Verbindung mit verstärkten Ausleihungen der Entwicklungsbanken (Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank) und der Privatbanken (20 Mrd. Dollar über die nächsten drei Jahre) an." Vgl. Referat 412, Bd. 168692. Für den Wortlaut der Rede von Baker vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 15–20 (Auszug).

rungslasten den Steuerzahlern der Länder mit hohen Handelsbilanzüberschüssen, also vor allem Japanern und Deutschen, aufzubürden.

– Senator Sarbanes schweigt sich über entsprechende Maßnahmen auf US-amerikanischer Seite weitestgehend aus. Vor dem Hintergrund dieser ungleichen Lastenverteilung sollten wir den Vorschlag in der vorliegenden Form als Diskussionsbeitrag ohne aktuellen Handlungsbedarf betrachten.

b) Trotz der geschilderten Schwächen enthält das vorgestellte Modell aber auch für eine notwendige Fortentwicklung der internationalen Schuldenstrategie nützliche Anregungen. So geht es wohl zu Recht von der Voraussetzung aus, daß die Geschäftsbanken allein mit der Aufgabe der Bewältigung der internationalen Verschuldungskrise überfordert sein dürften.

Der Gedanke, die den Handelsbilanzüberschüssen mehrerer OECD-Länder entsprechenden Kapitalbeträge zugunsten eines größeren Wachstums in den EL einzusetzen, ist für sich allein nichts Neues (er wurde z. B. auch vom Vorstandsvorsitzenden der Schweizer Nationalbank, Languetin, als grundsätzlich wünschenswert bewertet), sollte jedoch von adäquaten Maßnahmen auf seiten der Länder mit Handelsbilanzdefiziten ergänzt werden. Vor dem Hintergrund eines voraussichtlich noch längere Zeit auf höherem Niveau verbleibenden US-Handelsbilanzdefizits kann nicht ausgeschlossen werden, daß wir mit ähnlichen Vorschlägen aus Reihen des US-Kongresses – und möglicherweise auch der nächsten US-Administration – konfrontiert werden.

Jelonek

Referat 422, Bd. 148935

63

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu

4. März 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Zaire, Mobutu Sese Seko, am 4. März 1987 in der Zeit von 17.00 bis 18.00 Uhr[2]

Anwesend auf zairischer Seite: Frau Ekila Liyonda, Außenminister der Republik Zaire, der Botschafter der Republik Zaire in Bonn[3] sowie ein Dolmetscher als

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 9. März 1987 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Genehmigung“ geleitet. Ferner bat Teltschik um „Genehmigung der Übermittlung dieses Vermerkes an das Auswärtige Amt“.
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Präsident Mobutu besuchte die Bundesrepublik vom 3. bis 5. März 1987.

3 Joseph Mabolia Inengo Tra Bwato.

Note-taker. Auf deutscher Seite: Staatssekretär Ruhfus, MDg Stabreit und Frau Maria Hamerlak-Hermesdorff als Dolmetscherin.

Präsident *Mobutu* eröffnet das Gespräch mit dem Hinweis, das große Problem, das ihn bedrücke, sei die Außenschuld Zaires. Er bitte die Bundesrepublik Deutschland um ihre Hilfe. Die Bundesrepublik solle sich die zairischen Thesen zu eigen machen. Zaire sei klar, daß es seine Schulden bis zum letzten Dollar zahlen müsse. Zaire bitte nicht um einen Schuldenerlaß. Die Frage sei jedoch, wie man diese Schulden zahlen könne. Vier Jahre habe man jetzt unter den Programmen des Internationalen Währungsfonds gearbeitet. Während dieser Zeit seien 1928 Mio. (1,928 Mrd.) Dollar gezahlt worden. In der gleichen Zeit habe Zaire nur wenig mehr als 1 Mrd. Dollar erhalten, so daß in dieser Zeit mehr als 800 Mio. netto abgeflossen seien. Zaire sei zum Kapitalexporteur geworden. Zaire könne aber nicht Kapitalexporteur bleiben. Die Hauptgläubigerländer seien die Vereinigten Staaten von Amerika, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien und Frankreich. Wenn diese Länder sich einig seien, werde es praktisch keine Probleme mehr geben. Zaire habe praktisch keine Schulden gegenüber Privatbanken, sondern nur gegenüber befreundeten Ländern.[4]

Er habe über diese Fragen mit Außenminister Shultz in Washington gesprochen[5] sowie mit Premierminister Chirac[6], der versprochen habe, sich mit dem Bundeskanzler in Verbindung zu setzen (der Bundeskanzler wirft ein: er hat es getan). Die Angelegenheit habe auch einen politischen Aspekt, der sehr störend sei.

Er habe aus Zaire eine Insel der Ruhe und des Friedens und der Stabilität gemacht in einem Afrika rund um Zaire herum, das außerordentlich unruhig sei. Der Kongo/Brazzaville und Angola seien marxistisch-leninistische Staaten, der Sudan befinde sich in einer völligen Verwirrung, Ruanda sei in schlechtem Zustand, Tansania „ça ne va non plus“; wenn Zaires Freunde ihm nicht hülfen, würde er nicht weiter wissen.

Der *Bundeskanzler* antwortet, er danke Präsident Mobutu für seine Ausführungen. Mobutu wisse, wie sehr wir die freundschaftlichen Beziehungen zu Zaire schätzten. Er, der Bundeskanzler, wisse im übrigen auch die Position Zaires zu schätzen. Er habe bereits zu Premierminister Chirac gesagt, daß wir daran interessiert seien, im Rahmen unserer Möglichkeiten hilfreich zu sein. Er frage den Präsidenten, wie seine Verhandlungen mit dem IWF stünden.

Präsident *Mobutu* antwortet, in den vergangenen vier Jahren seien 50 % des Budgets für den Schuldendienst verwandt worden, 26 % der Exporteinnahmen für die Bezahlung der Außenschuld. Die zairische Regierung habe die Frage mit Fachleuten beraten. Zaire könne nur 10 % seiner Exporterlöse für den Schuldendienst aufwenden und nicht mehr als 20 % des Budgets. Die Weltbank habe

4 In einer undatierten Aufzeichnung notierte Referat 322: „Unser Interesse an Zaire ist gemessen an B (historische Verbindungen, größter bilateraler Geber), F (Rolle Zaires in der frankophonen Welt, zweitgrößter Geber) und USA (geopolitische und strategische Interessen) vergleichsweise gering. Wir sollten daher den Avancen Präsident Mobutus nicht über Gebühr entgegenkommen und eine exponierte Position in bezug auf Zaire, auch wegen der Menschenrechtsproblematik und der überwiegend negativen Reputation Mobutus in unserer Öffentlichkeit, nach Möglichkeit vermeiden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168690.

5 Präsident Mobutu besuchte die USA vom 6. bis 12. Dezember 1986.

6 Präsident Mobutu hielt sich vom 1. bis 3. März 1987 in Frankreich auf.

80 Mio. Dollar für die Rehabilitation der Industrie deblockiert. Die Delegation des Internationalen Währungsfonds werde am kommenden Tag in Zaire eintreffen. Mit der Weltbank habe Zaire wenig Probleme. Präsident Mobutu wiederholt seine Vorschläge. Er weist nochmals auf die schwierige Lage Zaires hin. Für die zairischen Diplomaten im Ausland bestünden jetzt zwei bis drei Monate Bezahlungsrückstände. In Italien seien Flugzeuge Zaires blockiert worden. Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland habe Zaire seinen Schuldendienst nicht aufrechterhalten können, um den Internationalen Währungsfonds befriedigen zu können.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie es vom technischen Ablauf her ginge, wann sich der IWF entscheiden würde, antwortet Präsident *Mobutu,* bis Ende April sollte eine Entscheidung vorliegen. Die IWF-Delegation werde im übrigen von einem Deutschen, Herrn Bornemann, geleitet. Sie seien bereits im Januar in Zaire gewesen. Jetzt habe man sich mit ihnen in Washington getroffen. Der Pariser Club werde im Mai tagen[7], und vorher müsse die Entscheidung gefallen sein. Dann würde er auch in der Lage sein, einen neuen Absichtsbrief zu schreiben.

Der *Bundeskanzler* führt aus, das Wichtigste sei, daß er ihm möglichst bald schreibe, wie er mit dem IWF abgekommen sei.[8] Dann müsse er mit seinen Freunden sprechen, z. B. Premierminister Chirac. Er sei auch bereit, mit seinem Freund Martens die Lage zu erörtern.[9] Präsident Mobutu solle ihm bald ein kleines Exposé schicken, spätestens in drei Wochen.[10] Dann müsse man darüber sprechen.

Präsident *Mobutu* fährt fort, der Bundeskanzler solle wissen, daß Zaire zweimal Soldaten in den Tschad geschickt habe, einmal 3000 und einmal 1800 Mann. Dies sei eine teure Angelegenheit, alles mußte in den Tschad geflogen werden. Als man diese Ausgaben dem IWF gegenüber geltend gemacht habe, habe der Fonds der zairischen Regierung gesagt, dies sei ihre Sache. Der IWF habe die Soldaten dort nicht hingeschickt. Dies sei eine Beleidigung der Soldaten, von denen er dort 26 verloren habe. Er verteidige dort aber auch die freie Welt. Gaddafi betrachte den Tschad als seine Privatangelegenheit.[11] Jetzt sei er Gaddafis

7 Zur Tagung des Pariser Clubs am 18. Mai 1987 vgl. Dok. 125, Anm. 22.

8 Am 15. Mai 1987 bewilligte das Exekutivdirektorium des IWF mehrere Kreditanträge der zairischen Regierung: „ein Bereitschaftskreditabkommen über 100 Mio. Sonderziehungsrechte = 34 % der zairischen Quote, ein Kredit unter der kompensatorischen Finanzierungsfazilität über 45 Mio. Sonderziehungsrechte und ein Kredit unter der Strukturanpassungsfazilität über 58 Mio. Sonderziehungsrechte für 1987, d. h. insgesamt Kredite in Höhe von 203 Mio. Sonderziehungsrechte. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß das Gesamtvolumen an Neukrediten den zairischen Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem IWF für 1987 entspricht." Vgl. die Aufzeichnung des Referats 412 vom 30. September 1987; Referat 412, Bd. 168690.

9 Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Martens am 6. Mai 1987; Dok. 125.

10 Referat 322 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung, Präsident Mobutu habe „Planungsminister Sambwa beauftragt, am 24. März eine persönliche Botschaft an BK Kohl in Bonn zu übergeben. Sambwa bringt außerdem eine persönliche Botschaft Mobutus an BM mit." Die Botschaften könnten „lediglich einen Zwischenstand wiedergeben, da die Verhandlungen zwischen dem IWF und der zairischen Regierung weiter andauern. Wir vermuten, daß es Präsident Mobutu aber darauf ankommt, über den Austausch von persönlichen Botschaften die Bundesregierung in eine Art Meinungsführerrolle bei den voraussichtlich im Mai anstehenden Umschuldungsverhandlungen im ‚Pariser Club' zu drängen." Vgl. Referat 412, Bd. 168690.

11 Legationsrat I. Klasse Vorwerk, Tripolis, berichtete am 30. März 1987 zum Tschad-Konflikt: „Fall des li[b]y[schen] Luftwaffenstützpunktes Wadi Dum im Tschad und Nachricht von 2000 Gefallenen

Feind Nr. 1 in Afrika. Vorher habe er mit sechs Sicherheitsbeamten reisen können, jetzt gehe dies nicht mehr ohne den Schutz durch 20 Beamte. Er komme sich vor wie ein wildes Tier. Sie seien die ersten gewesen, die die Beziehungen zu Israel aufgenommen hätten[12], dies habe Gaddafi noch wilder gemacht. Zaire bedrohe im übrigen auch das internationale Bankensystem nicht, denn es habe keine privaten Schulden. Darüber hinaus habe Zaire vier Bataillone Tschad-Soldaten ausgebildet, die sich jetzt in den Kämpfen mit den Libyern im Norden auszeichneten. Er nehme die Bedrohung durch Gaddafi sehr ernst.

Der *Bundeskanzler* dankt Mobutu für seine Ausführungen. Er solle ihm die Unterlagen schicken, dann müßten wir mit unseren Freunden reden.

Er wolle dem Präsidenten die Frage stellen, wie es im Tschad weitergehe.

Präsident *Mobutu* antwortet, was sehr ermutigend sei, seien die militärischen Erfolge von Hissène Habré im Norden. Der Präsident der Organisation der Afrikanischen Staaten habe ein Gespräch mit Präsident Mitterrand gehabt, in dem man sich jedoch leider nicht geeinigt habe.[13] Er habe die Truppen Frankreichs mit den Truppen Libyens gleichgestellt und den Rückzug beider gefordert. Chirac bleibe in der Sache jedoch hart. Wenn ein beiderseitiger Abzug vereinbart werde, so müßten die Libyer diesmal zuerst abziehen, damit sich nicht die alte Geschichte wiederhole. Bekanntlich hätten sich die Franzosen an das letzte derartige Abkommen[14] gehalten und seien abgezogen, während die Libyer im Tschad geblieben seien. Auf die Zwischenfrage des *Bundeskanzlers*, ob er Gaddafis Stellung als stabil ansehe, antwortet Präsident *Mobutu*, man erfahre aus Libyen nur Bruchstücke. Er sei wohl nicht sehr stabil. Im übrigen wisse er

Fortsetzung Fußnote von Seite 293

hat in Bevölkerung große Betroffenheit ausgelöst. Inlandsflughafen Benghazi war in Woche 23.3. von Hunderten von Familienangehörigen in Hoffnung umlagert, Nachrichten von im Tschad stationierten Vätern und Söhnen zu erhalten. […] Gaddafi ging bei seiner Rede am 28.3. (Jahrestag Vertreibung der Engländer) mit keinem Wort auf die Niederlage im Tschad ein. Im Gegenteil: Libyen habe seine Truppen 1983 aus Nord-Tschad zurückgezogen. Er habe keine Ahnung, was dort heute los sei. Er habe gehört, bei Auseinandersetzungen handele es sich um internen Konflikt. […] Wadi Dum hat Konsequenzen. Die lang erwartete Rückeroberung von Fada scheint kaum mehr realistisch. Vor allem aber ist Stützpunkt Faya Largeau jetzt von Norden abgeschlossen." Seit Jahresbeginn seien etwa 4000 libysche Soldaten getötet worden: „Hinzu kommen Hunderte von Gefangenen, Vermißten, Verwundeten. Bei Truppenstärke von ca. 15 000 in Nord-Tschad ist damit libysche Seite bereits um mehr als ein Drittel dezimiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 206; Referat 321, Bd. 154415.

12 Nachdem Zaire infolge des Jom-Kippur-Kriegs im Oktober 1973 die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen hatte, nahmen die beiden Staaten am 16. Mai 1982 wieder diplomatische Beziehungen auf.

13 Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 16. Februar 1987: „Der kongolesische Staatspräsident und amtierende Präsident der OAE, Denis Sassou-Nguesso, hielt sich vom 9. bis 11.2. zu einem offiziellen Besuch in F auf. Es war der erste Staatsbesuch eines kongolesischen Präsidenten in F. Trotz anfänglich deutlich unterschiedlicher Positionen in der Tschad-Frage wird der Besuch von beiden Seiten als Erfolg gewertet. Dazu habe, so verlautet aus dem Quai, die Intensität der Kontakte und Gespräche beigetragen. Sassou-Nguesso traf allein dreimal mit Staatspräsident Mitterrand und PM Chirac zusammen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 356; Referat 322, Bd. 150157.

14 Referat 321 vermerkte im Oktober 1984: „1) Die am 17.9.1984 von Frankreich und Libyen gleichzeitig bekanntgegebene Entscheidung, ihre Truppen ab 25.9.1984 aus dem Tschad zurückzuziehen, überraschte weltweit. […] 2) Als Hauptgrund für die Entscheidung ist auf seiten Frankreichs die schon seit längerer Zeit offensichtliche ‚Ungeliebtheit' seines kostspieligen und innenpolitisch nicht populären militärischen Engagements im Tschad zu erkennen. Auf der libyschen Seite ist dagegen nicht klar ersichtlich, ob eine eingetretene Schwächung der Lage Goukouni Oueddeis Tripolis zum Einlenken bewegt hat, ob die Kosten und militärischen Schwierigkeiten der Truppenstationierung von Einfluß waren oder ob andere globalpolitische Überlegungen die Entscheidung Gaddafis beeinflußt haben." Vgl. Referat 321, Bd. 141046.

wohl selbst nichts über seine Verluste im Süden. Er habe unglücklicherweise viel Geld aus dem Verkauf seines Öls. Statt sein Land zu entwickeln, befasse er sich mit Irland, mit Zaire und mit anderen Ländern. Er wolle die Welt beherrschen. Es gebe hier so etwas wie eine Art Amnesie des Weltgewissens.

Der *Bundeskanzler* fragt Präsident Mobutu nach seiner Auffassung über die Entwicklung in Südafrika.

Präsident *Mobutu* antwortet, dies sei ein Drama, und zwar ein Drama, das er sehr gut kenne. Die Frontline States[15] hätten ihn in ihre Probleme eingeweiht und ihn beauftragt, bei Freunden dafür zu sorgen, daß die Benguela-Bahn wieder in Gang komme.[16] Bevor er abgefahren sei, habe Südafrika gedroht, die Südeisenbahn zu unterbrechen. Die Folgen würden für Zaire, Sambia und Botsuana dramatisch sein. 40% der zairischen Exporte gingen über diese Eisenbahn. An dem Tag, an dem Samora Machel umgekommen sei[17], habe er sich mit Savimbi getroffen und versucht, ihn dazu zu bringen, der Neutralisierung der Eisenbahnlinie zuzustimmen. Neutralisierung bedeute die Nicht-Inanspruchnahme durch Angola und durch Savimbi der Bahn für militärische Zwecke. Diese Übereinkunft habe jetzt in Kraft treten sollen. Die UNITA habe allerdings kleine Bedingungen gestellt. Angola solle während dieser Periode politische Gespräche mit der UNITA führen. Angola wünsche dies jedoch nicht.

Da die Vereinigten Staaten an die UNITA Waffen lieferten, werde er mit den USA reden, damit sie die UNITA veranlaßten, die Neutralisierung zu akzeptieren. Er selbst habe ja nun bereits mit der UNITA gesprochen. Die Amerikaner sollten aber nach außen als die Autoren der Übereinkunft auftreten. Er habe mit dem Vicomte Davignon gesprochen. Dieser beziffere die Wiederherstellung der Eisenbahnlinie auf weniger als 30 Mio. Dollar.[18] Im wesentlichen gehe es darum, einige kleinere Brücken wiederherzustellen.

Ein weiterer Nachbar, der Zaire Probleme mache, sei der Sudan. Der Präsident des Sudan[19] habe ihm den Vizepräsidenten[20] geschickt, damit er sich mit den Problemen zwischen Nord- und Südsudan befasse.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob es nach den Wahlen in Südafrika im Mai[21] Bewegung geben werde.

Präsident *Mobutu* antwortet, diese Wahlen würden nicht zu sehr viel führen. Er habe viele Demarchen unternommen. Er wisse aber auch nicht, wie man den südafrikanischen Präsidenten veranlassen solle, sich zu bewegen. Er habe Präsident Botha viele Vorschläge gemacht. Präsident Botha schicke ihm einmal

15 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

16 Infolge des Bürgerkriegs in Angola wurde 1975 die Benguela-Bahn geschlossen, die die zairische Provinz Katanga mit der Stadt Lobito an der angolanischen Atlantikküste verband. Legationsrat I. Klasse Schmidt, Kinshasa, wies am 25. September 1975 darauf hin, daß durch die Unterbrechung der Bahnlinie „ein wichtiger Transportweg für die Ausfuhr des zairischen Kupfers blockiert" sei. Vgl. den Schriftbericht Nr. 790; Referat 320, Bd. 108162.

17 Präsident Machel kam am 19. Oktober 1986 bei einem Flugzeugabsturz auf südafrikanischem Territorium ums Leben.

18 So in der Vorlage.

19 Ahmad Ali al-Mirghani.

20 Idris al-Banna.

21 In Südafrika fanden am 6. Mai 1987 Parlamentswahlen statt.

im Monat eine Botschaft, die jedoch im allgemeinen nichts Neues enthalte. Botha habe ihn und die Regierungschefs der Frontline-Staaten eingeladen, nach Südafrika zu kommen, um über die Wirtschaft im südlichen Afrika zu sprechen. Das sei ja völliger Unsinn, „c'est une question de l'état d'esprit[22]". Niemand wolle die Weißen aus Südafrika herauswerfen. Sie seien dort seit 500 Jahren. Man solle sich doch einmal ansehen, was in Simbabwe geschehe, wo jetzt die Weißen zurückwanderten. Die Südafrikaner forderten, wie die USA, den Abzug der Kubaner aus Angola. Die Kubaner würden jedoch nicht gehen. Dies sei nicht eine Sache der schönen Augen der Angolaner. Jeder Kubaner müsse von der angolanischen Regierung pro Tag mit viel Geld bezahlt werden. Angola habe Fischereiverträge mit Kuba. Praktisch der gesamte Fischereiertrag gehe nach Kuba. Wenn die UNITA attackiere, verhielten sich die Kubaner völlig defensiv. Sie seien nur in Angola, um Geld zu verdienen, nicht um sich umbringen zu lassen. Auf entsprechende Frage des Bundeskanzlers erläutert Präsident Mobutu weiter, die Russen hätten kein Interesse an einer Lösung in Angola, da andernfalls die Regierung in Luanda herausfliegen würde.

Der *Bundeskanzler* fragt, wie Mobutu die weitere Entwicklung in Südafrika sehe. Präsident *Mobutu* antwortet, er sehe dort ein zunehmendes Durcheinander voraus. Mehr und mehr Attentate, große Unruhe. Die Situation werde immer ungewisser werden. Der *Bundeskanzler* führt aus, dann bestehe die Gefahr, daß Südafrika um so härter reagiere. Präsident *Mobutu* antwortet, wenn man mit südafrikanischen Politikern spreche, so begriffen viele die Situation und wären bereit, nachzugeben. Aber die Militärs seien eisenhart. Ein Nachgeben, so argumentierten sie, arbeite in die Hand der Kommunisten. Sie sagten, der ANC sei kommunistisch gesteuert. Dies sei auch wahr.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie der Präsident den ANC einschätze, antwortet *Mobutu*, er habe früher den ANC materiell unterstützt. Vor sieben Jahren seien jedoch die Russen brutal eingeschritten. Seit dieser Zeit habe er keine Kontakte mehr mit dem ANC. Auch die SWAPO, die er früher unterstützt habe, komme nicht mehr.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, wir wollten in Südafrika gern hilfreich sein. Nach der Wahl wollten wir noch einmal einen Anlauf machen. Vor der Wahl in Südafrika habe es jetzt keinen Sinn. Von Sanktionen halte er nichts, sie würden nur die Armen treffen. Präsident *Mobutu* äußert, das sei auch seine Meinung. Aber die Entscheidung des amerikanischen Kongresses[23] habe eine weltweite

22 Korrigiert aus: „de l'esprit".

23 In einer gemeinsamen Aufzeichnung der Referate 204 und 320 vom 9. Oktober 1986 wurde vermerkt: „1) Das amerikanische Gesetzgebungsverfahren über einen Maßnahmenkatalog gegenüber Südafrika ist mit Überstimmung des von Präsident Reagan am 26.9. eingelegten Vetos durch Zwei-Drittel-Mehrheit beider Häuser des Kongresses (im Repräsentantenhaus am 29.9. mit 313:83, im Senat am 2.10. mit 78:21) abgeschlossen worden. Das Gesetz (Comprehensive Anti-Apartheid Act of 1986) ist nach Zeichnung durch den Präsidenten am 2.10. in Kraft getreten. […] Das Gesetz besteht u. a. aus einer umfangreichen, detaillierten Neuregelung/Sperre für die Ein- bzw. Ausfuhr von Produkten (z. B. Uran, Eisen, Stahl, Textilien, Kohle) und Investitionsverboten. Davon ist in Anbetracht der Diskussion um die Südafrika-Entschließungen der Zwölf das Importverbot für Kohle besonders hervorzuheben. Eine Reihe der Sanktionen hat eher symbolische Bedeutung […]. 2) Die Verabschiedung des der Politik des Weißen Hauses zuwiderlaufenden Gesetzes wird allgemein als schwere innenpolitische Niederlage des Präsidenten gewertet. Die Administration hatte mit hohem Einsatz versucht, dem seit etwa eineinhalb Jahren ständig lauter werdenden Ruf nach Strafsanktionen gegen Südafrika zu widerstehen." Vgl. Referat 204, Bd. 135355.

große Wirkung gehabt. Der *Bundeskanzler* äußert hierzu, es handele sich in der ganzen Sanktionsfrage um eine große Heuchelei. Präsident *Mobutu* bestätigt dies. Es gingen sogar Waren aus Südafrika nach Moskau.

Abschließend versichert Präsident Mobutu, sobald die ersten Ergebnisse mit dem IWF vorliegen, selbst solcher provisorischer Art, werde er dem Bundeskanzler schreiben.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

64

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-333/87 geheim **4. März 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister[2] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung der Ziffer II

Betr.: Amerikanischer INF-Vertragsentwurf[3];
hier: Verifikationsregelung (Artikel IX)

Anlg.: 3 (nur bei Original)[4]

I. 1) Das am 27. Februar d. J. von der US-Botschaft übergebene Schreiben von Assistant Secretary Holmes an Botschafter Dr. Holik[5] enthält ergänzende Erläuterungen zu dem amerikanischen INF-Verifikationspapier vom 2. Februar[6]. Damit entsprechen die USA der bei der SCG/Quint am 5./6. Februar[7] gegebenen

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat Brose konzipiert.

2 Hat Bundesminister Genscher am 6. März 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Inwieweit ist die Vorlage mit B[undes]K[anzler]A[mt] und BMVg abgestimmt?“ Ferner bat Genscher um Rücksprache mit dem Bundeskanzleramt „noch heute“.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 6. März 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 14. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 15. Mai 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe und Legationsrat Brose verfügte.
Hat Elbe und erneut Brose vorgelegen.

3 Für den am 2. März 1987 von der amerikanischen Botschaft übergebenen Entwurf der USA für einen INF-Vertrag („Treaty on the Limitation and Reduction of Intermediate-Range Nuclear Missiles“) vgl. VS-Bd. 11360 (220).
Zum Entwurf vgl. ferner Dok. 68.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 3, 5 und 6.

5 Für das Schreiben des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Holmes, an Botschafter Holik, das am 27. Februar 1987 von der amerikanischen Botschaft übergeben wurde, vgl. VS-Bd. 11360 (220).

6 Für das Schreiben des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Holmes, an Botschafter Holik, das am 2. Februar 1987 von der amerikanischen Botschaft übergeben wurde, vgl. VS-Bd. 11360 (220).

7 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) und im erweiterten Kreis in Brüssel vgl. Dok. 28.

Zusage, die von britischer und deutscher Seite (ausdrücklich unterstützt von B, I und NL) eingebrachten Fragen zum Verifikationsregime zu beantworten.

2) Das amerikanische Verifikationspapier vom 2. Februar enthält neben Bestimmungen zur systematischen Kontrolle auch die Forderung nach mandatorischen Verdachtskontrollen (Abschnitt C). In Anbetracht der weitreichenden politischen Implikationen der Verdachtskontrollproblematik lag hier der Schwerpunkt der von den Verbündeten an die USA gerichteten Fragen.

3) Zur mandatorischen Verdachtskontrolle enthält der Holmes-Brief nun folgende ergänzende Erläuterungen („clarifying details"):

- Eine mandatorische Verdachtskontrolle sei notwendig, um die in manchen Fällen nicht eindeutigen, auf der Grundlage nationaler technischer Verifikationsmittel erlangten Erkenntnisse durch Vor-Ort-Inspektionen zu untermauern und somit die Vertragseinhaltung sicherzustellen.[8]
- Die mandatorische Verdachtskontrolle erstrecke sich auf „facilities … in the US and the USSR owned by or under contract to the governments of the US and USSR respectively which are physically capable of producing, storing or repairing LRINF missiles or from which LRINF missiles could be deployed"[9]; darüber hinaus unterliegen der Verdachtskontrolle alle von der SU unterhaltenen Einrichtungen (z.B. militärische Stützpunkte) in WP-Stationierungsländern[10] und alle von den USA unterhaltenen Einrichtungen in NATO-Stationierungsländern[11].
- Die Ausdehnung der mandatorischen Verdachtskontrolle auf von der SU unterhaltene militärische Einrichtungen in anderen WP-Staaten solle die SU von der Umgehung der Vertragsbestimmungen durch Aktivitäten außerhalb ihres Territoriums abschrecken.
- Für die NATO-Staaten (außer US) würde diese Bestimmung bedeuten: kommerzielle Unternehmen, die „military sub-contractors to US companies" sind, wären nicht betroffen; militärische Einrichtungen, die der amerikanischen Regierung zur Verfügung gestellt („leased") wurden, sind eingeschlossen.
- Im Hinblick auf das bei sensitiven Anlagen gegebene Schutzinteresse sehen die amerikanischen Überlegungen vor:
  - „Rule of reason": Gebäude, in denen Aufbewahrung, Reparatur oder Herstellung von durch den Vertrag begrenzten Flugkörpern nicht möglich ist (z.B. zu enge Eingänge), wären von Verdachtsinspektionen auszunehmen;
  - Abdeckung („shrouding") sicherheitsempfindlicher Gegenstände vor Durchführung der Inspektion;
  - implizite Möglichkeit der betroffenen Seite, eine entsprechende Verdachtskontrolle auf der Gegenseite vorzunehmen (Abschreckungswirkung durch Reziprozität);
  - Begrenzung der Zahl der jährlichen Verdachtskontrollen, die allerdings offen bleibt.

8 Zu diesem Satz wurde handschriftlich vermerkt: „Zweck."
9 Zu diesem Satz wurde handschriftlich vermerkt: „Begrenzung."
10 ČSSR und DDR.
11 Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

– Jede Verpflichtung zur vorherigen Rechtfertigung oder Konsultation bei Forderung einer Verdachtskontrolle würde eine Zeitverzögerung mit sich bringen, die der SU die Beseitigung von inkriminierenden Beweisen erlauben könnte; der US-Entwurf sieht lediglich die Einrichtung eines Konsultativgremiums vor, welches sich in allgemeiner Form mit Fragen der Durchführung und Einhaltung des Vertrages befassen soll;
– keine konkrete Aussage zur Zahl der jährlich erlaubten Verdachtskontrollen („an effective deterrent to cheating but not overly burdensome“);
– keine genaue Definition des Begriffs „short notice“; keinesfalls dürften jedoch mehrere Tage zwischen Inspektionsersuchen und Durchführung verstreichen.

Insgesamt zeigen die uns und den anderen Stationierungsländern gegebenen Erläuterungen zur Verdachtskontrolle, daß die USA an diesem Instrument uneingeschränkt festhalten wollen. Die Erläuterungen sehen zwar gewisse Restriktionen bei der Anwendung der Verdachtskontrolle zum Schutze sensitiver Anlagen vor. In Artikel IX Ziffer 4 haben diese jedoch keinen Niederschlag gefunden (möglicherweise sollen entsprechende Regelungen in das Inspektionsprotokoll aufgenommen werden).

4) Auch zu den Bestimmungen über systematische Verifikationsmaßnahmen enthält das Schreiben eine Reihe von ergänzenden Erläuterungen:

– Zu A) Der Abschnitt enthält Bestimmungen zum Datenaustausch und der Überprüfung dieser Angaben durch eine Anfangsinspektion (data exchange and baseline inspection):
  – Anfangsinspektion soll 30 bis 60 Tage nach Erhalt der auf den neuesten Stand gebrachten Daten erfolgen;
  – Anfangsinspektionen sollten innerhalb von 30 bis 60 Tagen abgeschlossen sein.
– Zu B) Der Abschnitt enthält Bestimmungen zur systematischen Vor-Ort-Inspektion der deklarierten Raketenoperationsbasen, Reparatur- und Lagereinrichtungen (short notice inspection of certain declared facilities):
  – Mit Eingang der Ankündigung einer bevorstehenden Inspektion tritt ein Stillhalteerfordernis („stand-down requirement“) in Kraft, welches die Bewegung von im Vertrag begrenzten Gegenständen bzw. die Benutzung entsprechender Transportmittel untersagt; die Überwachung des Stillhalteerfordernisses erfolgt mittels nationaler technischer Mittel;
  – keine Festlegung des Begriffsinhaltes von „short notice“;
  – keine Festlegung der jährlichen Quote; die Anzahl der jährlichen Kontrollen könne parallel zur Abnahme der Zahl der Raketenoperationsbasen reduziert werden;
  – Dauer der Inspektion in der Regel nicht länger als 24 Stunden je Einrichtung.
– Zu D) Enthält Bestimmungen zur Zerstörung, Zerlegung oder Umwandlung der Waffensysteme und deren Überwachung (destruction and conversion inspections):
  – Die amerikanischen Überlegungen sehen vor, diejenigen Bestandteile der PII und GLCM, die zerstört werden müssen, in die USA zurückzuverlagern;

  - Gefechtsköpfe müßten abgezogen, nicht jedoch zerstört werden;
  - die amerikanische Seite behält sich in den Erläuterungen ausdrücklich das Recht vor, Pershing II in Pershing I b umzuwandeln (siehe Ziffer II. 3).
- Zu E) Abschnitt enthält Bestimmungen zur Überwachung des Umfeldes und der Eingänge zu einer Reihe spezifizierter Produktions-, Reparatur- und Lagereinrichtungen für Raketen (perimeter/portal monitoring system):
  - Überwachung durch Sensoren (Videokameras, Meßgeräte) und Inspektoren an den Eingängen; ein Auswertungszentrum vor Ort und ein zentralisiertes Überwachungszentrum;
  - für die Rund-um-die-Uhr-Überwachung einer durchschnittlichen sowjetischen Anlage wird ein Personal von ca. 20 Mann erforderlich gehalten.
- Zu F) Abschnitt enthält Ausnahmebestimmungen in bezug auf alle Inspektions- und Überwachungsregelungen mit Ausnahme der Verdachtskontrolle in Abschnitt C (exceptions within inspection areas):
  - Bereiche, in denen sich ein vom Vertrag begrenzter Gegenstand aus physikalischen Gründen (z. B. zu enge Türen) nicht befinden kann, wären auch nicht Gegenstand von Inspektionen; darunter fielen z. B. Verwaltungsgebäude, C 3 I[12]-Anlagen und Wohngebäude;
  - Schutz von sensitiven Anlagen im inspizierten Bereich, möglicherweise durch Abdecken;
  - Ausnahmen dürfen Nutzen des Inspektionsregimes nicht vermindern; Kriterien für „excepted areas“ werden im Inspektionsprotokoll niedergelegt.

5) Das Schreiben von Assistant Secretary Holmes enthält darüber hinaus Ausführungen zu einem Inspektionsprotokoll, in dem technische Details des Inspektionsregimes als Bestandteil des Vertrages festgeschrieben werden sollen. Folgenden Aussagen kommt für uns besondere Bedeutung zu:

- Wenn die Administration ihre Arbeiten an dem Entwurf für ein Verifikationsprotokoll abgeschlossen hat, wird dieser den Verbündeten zur Kenntnis gebracht.
- Die amerikanischen Überlegungen sehen eine von beiden Seiten gebilligte Liste der zur Verfügung stehenden Inspektoren vor; dabei würden die USA ihre Zustimmung zu jedem einzelnen Inspektor jeweils von der vorherigen Zustimmung der Bündnispartner abhängig machen.
- Die USA brauchen die verbindliche Zusage der Stationierungsländer, während der Gültigkeit des INF-Vertrages den ungehinderten Zugang zu den in Frage kommenden amerikanischen Einrichtungen für sowjetische Inspektoren zu gewährleisten; es sei Sache der betroffenen Stationierungsländer, die notwendigen nationalen rechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

II. Bewertung und Folgerungen für unsere Haltung bei bevorstehender Quint-Sitzung in Washington am 9. März 1987

Eine kritische Bewertung der amerikanischen Verifikationsvorschläge muß sich auf folgende Fragen konzentrieren:

12 Command, Control, Communications and Intelligence.

– das Instrument der Verdachtskontrolle in seinen Auswirkungen auf die Genfer Verhandlungen;
– die Implikationen für unsere Souveränität;
– die Konversionsfrage.

1) Verdachtskontrolle

a) Mit der Auflösung des Junktims zwischen INF und Weltraum hat die SU ein Haupthindernis für eine Einigung im INF-Bereich beseitigt und sich der Öffentlichkeit als ein kompromißbereiter Verhandlungspartner dargestellt.[13] Es gilt nunmehr, eine Lage zu vermeiden, in der es der SU leichtgemacht wird, unter Hinweis auf die weitreichenden Vorstellungen der Amerikaner zur Verdachtskontrolle die amerikanische Seite der mangelnden Verhandlungsbereitschaft zu beschuldigen. Eine derartige Auseinandersetzung – sie würde aller Voraussicht nach auch öffentlich geführt werden – würde den Westen in erhebliche Bedrängnis bringen.

Wir müssen davon ausgehen, daß die SU im Rahmen eines INF-Abkommens einem Verifikationssystem, welches neben umfangreichen systematischen Kontrollen weitreichende Inspektionen im Verdachtsfall vorsieht, ablehnend gegenübersteht.

Die SU wird vor allem geltend machen, daß die Formulierung in Artikel IX Ziffer 4 „Orte, die der Kontrolle der anderen Partei unterliegen", in der Praxis dazu führt, daß alle Produktionsstätten und sonstigen Einrichtungen der SU, da sie staatlich sind, erfaßt werden, im Westen jedoch nur diejenigen, die im staatlichen Auftrag tätig sind.

b) Die Bundesregierung hat in der KVAE sowie bei den MBFR- und CW-Verhandlungen intrusive Verifikationsmaßnahmen, einschließlich Verdachtskontrollen, unterstützt. Im Rahmen eines INF-Abkommens erscheint es jedoch fraglich, ob der amerikanische Vorschlag zur Verdachtskontrolle, die zu umfassenden systematischen Kontrollen hinzutritt, nicht über das hinausgeht, was für eine angemessene Verifizierung der Vertragseinhaltung erforderlich wäre.

– Die von amerikanischer Seite vorgetragenen Argumente für die Notwendigkeit der Ergänzung von Verifikation mittels nationaler technischer Mittel durch das Instrument der Verdachtskontrolle erscheinen nach wie vor nicht überzeugend. Es fehlen Ausführungen zu möglichen realistischen Betrugsszenarien und deren sicherheitspolitischen Implikationen.

  In diesen Zusammenhang gehört auch die Überlegung, daß „heimliche" sowjetische Mittelstreckenraketen nicht Instrument politischer Erpressung sein können.

– Die Ausgestaltung der Verdachtskontrolle ohne Verpflichtung zur schlüssigen Darlegung der Gründe des Verifikationsbegehrens erscheint gleichermaßen problematisch. Hierbei kann es allerdings nicht um die Einräumung eines Vetos für die betroffene Seite gehen. Sinn eines solchen Verfahrens wäre es jedoch, daß die ersuchende Seite die Plausibilität ihres Begehrens vorträgt.

13 Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987; Dok. 60.

Ein von amerikanischer Seite befürchteter kritischer Zeitverlust braucht damit nicht verbunden zu sein.

Ein wichtiges Element der Ausgestaltung der Verdachtskontrolle, die Zahl der jährlich zulässigen Inspektionen, wurde bislang von amerikanischer Seite nicht konkretisiert. Auch eine sehr niedrig angesetzte Zahl würde nach unserer Auffassung die Abschreckungswirkung des Instruments erhalten, zugleich jedoch den Schutzinteressen beider Seiten Rechnung tragen.

c) Bei der Sitzung der Quint am 9. März 1987 in Washington werde ich unsere Bedenken hinsichtlich Notwendigkeit und Ausgestaltung des Instruments der Verdachtskontrolle geltend machen.

– Ich werde die Frage aufwerfen, ob der Weg der Verdachtskontrolle im Rahmen eines INF-Abkommens überhaupt beschritten werden muß bzw. ob nicht eine kooperative Steigerung der Erkenntnismöglichkeiten mittels nationaler technischer Mittel (Artikel X) eine Ergänzung derselben durch Verdachtskontrollen überflüssig machen könnte. In diesem Zusammenhang bedarf die amerikanische Feststellung, die mit nationalen technischen Mitteln gewonnenen Erkenntnisse seien häufig zweideutig („ambiguous"), der Erläuterung.
– Klärungsbedürftig ist ferner die Frage, ob nicht, wie von den USA ursprünglich in Erwägung gezogen, eine Beschränkung der Verdachtskontrolle auf „certain missile facilities" ausreichen würde. Noch im April 1986 haben die USA in einem den Stationierungsländern übergebenen Verifikationspapier ausgeführt:

  „We are considering the use of mandatory inspection/monitoring at certain missile facilities. If the US decided to pursue such a provision for verifying residual levels, we would intend to limit this type of inspection to certain US and Soviet military-related facilities."

  Allerdings gehe ich davon aus, daß die Chance, die amerikanische Seite von dem Instrument der Verdachtskontrolle ganz abzubringen oder deren räumlichen Anwendungsbereich stark einzuschränken, äußerst gering zu veranschlagen ist. Wie insistierend unser Widerstand in dieser Frage sein kann, wird nicht zuletzt vom Verhalten der anderen Bündnispartner abhängen. Wir dürfen den Bogen nicht überspannen und uns dem Vorwurf der Obstruktion der Genfer Verhandlungen durch Blockierung der Vorlage eines amerikanischen Verifikationsvorschlages aussetzen.
– Ein weiterer Ansatzpunkt wird die konkrete Ausgestaltung des Verdachtskontrollregimes sein. Ich werde die amerikanische Seite drängen, eine präzise Vorstellung zur Zahl der jährlich notwendigen Verdachtskontrollen zu äußern, und darüber hinaus die Frage eines zeitlich begrenzten, auf die plausible Darstellung des Verdachts beschränkten Vorschaltverfahrens erneut aufwerfen.

2) Implikationen für unsere Souveränitätsrechte

a) Artikel IX des amerikanischen Vertragsentwurfs berührt insoweit unsere Souveränität, als er systematische Inspektionen und Verdachtskontrollen mittels sowjetischer Inspektoren und technischer Geräte auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland vorsieht. Hieraus ergibt sich für uns ein Zustimmungsanspruch.

Einzelbestimmungen des Inspektionsregimes werden nicht in Artikel IX des Vertragsentwurfs, sondern in einem Inspektionsprotokoll niedergelegt. Die

amerikanischen Vorarbeiten für dieses Protokoll sind noch nicht abgeschlossen. Sobald dies der Fall ist, werden wir von dessen Inhalt in Kenntnis gesetzt und konsultiert.

b) Die konkreten rechtlichen Verpflichtungen, die für uns als Stationierungsland erwachsen, werden sich aus dem noch nicht vorliegenden Inspektionsprotokoll ergeben. Wir werden dafür Sorge tragen müssen, daß unseren Interessen hierin voll Rechnung getragen wird. Eine permanente systematische Inspektion (perimeter/portal monitoring, Artikel IX Ziffer 6) ist nach amerikanischen Mitteilungen auf unserem Territorium für die Pershing-Einrichtung in Hausen vorgesehen, jedoch nur bis zum vollständigen Abzug der Pershing II.

Zu klären wird auch die Frage sein, wie gewährleistet werden kann, daß unsere Souveränität betreffende Regelungen auch gegenüber der SU Verbindlichkeit erlangen.

Die NL treten dafür ein, daß zwischen den Stationierungsländern und den USA ein multilaterales Instrument über die Rechte und Pflichten der betroffenen Länder im Rahmen der INF-Verifikation ausgearbeitet wird, dessen Inhalt in das Inspektionsprotokoll aufgenommen wird.

c) Da es auf der bevorstehenden Quint in Washington lediglich um die Frage der Einbringung des Artikels IX in die Genfer Verhandlungen, nicht jedoch um das Inspektionsprotokoll geht, besteht aus unserer Sicht keine Notwendigkeit, zu den rechtlichen Fragen bereits jetzt konkret Stellung zu nehmen. Ich werde allerdings den niederländischen Vorschlag, falls er in der Quint eingeführt wird, unterstützen.

3) Konversion

a) Der amerikanische Vertragsentwurf sieht für den Abbau überzähliger Systeme und der dazugehörenden Infrastruktur („support structure“) grundsätzlich drei Möglichkeiten vor (Artikel III Ziffer 5):

– Zerstörung,

– Zerlegung („dismantlement“),

– Umwandlung („conversion“).

Alle drei Möglichkeiten unterliegen der Verifikation, ausschließlich der Verdachtskontrolle.

b) Während der Text sich auf diese allgemeine Formulierung beschränkt, enthalten die uns und den anderen Stationierungsländern gegebenen Erläuterungen die konkrete Aussage, daß die USA sich das Recht zur Umwandlung der Pershing II in Pershing Ib ausdrücklich vorbehalten wollen (vgl. Ziffer I. 4, zu D).

c) Ich werde in Washington nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Bundesregierung sich strikt gegen die Erörterung dieser konkreten Frage mit der SU wendet. Ich werde in diesem Zusammenhang auf den Brief des Bundeskanzlers an Präsident Reagan vom Februar 1986 hinweisen.[14] Nach unserer Auffassung

14 Mit Schreiben vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan legte Bundeskanzler Kohl dar: „As the discussions with Ambassador Nitze have shown, we are agreed that an LRINF interim solution should also embrace the question of SRINF in order to ensure that an LRINF agreement cannot be circumvented and to prevent the emergence of a new nuclear grey area. This concerns our security, for a zero solution for LRINF in Europe would give a new dimension to the threat inherent in the

darf dieses Problem so lange von amerikanischer Seite in den Verhandlungen nicht angesprochen werden, bis eine gemeinsame Position im Bündnis erzielt worden ist.

Die USA haben uns gegenüber die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß wir, ebenso wie die anderen Stationierungsländer, bei der Quint-Sitzung unsere Zustimmung zur Einbringung von Artikel IX in die Verhandlungen geben. Da eine Entscheidung der Bundesregierung einen weiteren internen Abstimmungsprozeß unter den beteiligten Ressorts voraussetzt, können wir dieser amerikanischen Erwartung nicht entsprechen.

Unabhängig vom Verlauf der Quint-Sitzung werde ich daher unsere endgültige Zustimmung vorbehalten.[15]

Holik

VS-Bd. 11360 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 303

glaring imbalance with respect to SRINF. This threat would apply particularly to the Federal Republic of Germany. It will be the task of the Special Consultative Group to elaborate the details of a western position on this subject very soon. Permit me to refer in this context to US deliberations which have been articulated on previous occasions within the Alliance and repeated by Ambassador Nitze. They concern the intention, in connection with the reduction or removal of Pershing II systems, to demand the right to ‚convert' the reduced Pershing II into Pershing I b. Such a demand would not be understood by the German public and might cast doubt on our motives for having at the time supported the NATO two-track decision. It might also prompt the Soviet Union to claim a similar right for itself. In my view it would be far more in keeping with the logic of western arms control policy for the West to claim in respect of SRINF the right to compensate for Soviet superiority in a suitable manner if this cannot be achieved by reductions." Vgl. VS-Bd. 13764 (014); B 150, Aktenkopien 1986.

15 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) notierte Botschafter Holik am 10. März 1987: „Die Sitzung vom 9. März 1987 erbrachte Einigung über eine Neufassung des umstrittenen Artikels IX Ziffer 4 zur Verdachtskontrolle. Unter wesentlicher Beteiligung unserer Delegation wurde ein Text erarbeitet, der sicherstellt, daß im Hinblick auf unser Territorium nur Einrichtungen inspiziert werden, die von den USA betrieben werden; daß im Hinblick auf die Territorien der USA und der SU eine Ungleichbehandlung wegen der unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Verhältnisse vermieden wird. […] Hinsichtlich der Frequenz von Verdachtskontrollen innerhalb eines Jahres ist die Diskussion in Washington noch nicht abgeschlossen. […] Das uns interessierende Thema der Konversion wurde während des Mittagessens der Delegationsleiter erörtert. Ich wies darauf hin, daß auch wir von einem Recht der Konversion ausgehen, und daß dies auch für die P II gelte. Was allerdings die konkrete Frage der Konversion der P II in eine P I b betreffe, gebe es hierzu noch keine Bündnisposition. […] Die USA gaben die Zusage, dieses Thema vorerst nicht mit der SU zu verhandeln." Vgl. VS-Bd. 11360 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

65

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 303
Citissime

Aufgabe: 4. März 1987, 16.30 Uhr[1]
Ankunft: 4. März 1987, 19.35 Uhr

Delegationsbericht Nr. 142 (B)

Betr.: Davoser Rede des BM[2] und westliche KSZE-Strategie

Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

Davoser Rede des BM hat sich hier als überzeugendes Instrument für die Erläuterung unserer Verhandlungsvorstellungen in Gemeinschaft und Bündnis erwiesen und vor allem für den Realismus dieser Vorstellungen geworben. Bei Erörterung des Textes tritt allerdings auch die abwartende Haltung einiger Partner deutlich hervor, die Gorbatschow erst einmal „kommen lassen" und grundlegende Ergebnisse von sowjetischen Menschenrechtszugeständnissen abhängig machen wollen.[3] Nach einer gut koordinierten Implementierungsdebatte und der Einbringung gehaltvoller Vorschläge durch EG und Bündnis wird uns diese Einstellung in der eigentlichen Verhandlungsphase Probleme bereiten. Sie kommt auch in Berührungsängsten zum Moskauer Konferenzvorschlag[4] und in sehr großzügigen Zeitvorstellungen über die Dauer des WFT[5] zum Ausdruck. In unserem Eintreten für ein offensives Eingehen auf Moskauer Reformansätze finden wir unterschiedliche Unterstützung.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Altenburg am 5. März 1987 vorgelegen.

2 Beim Weltwirtschaftsforum vom 31. Januar bis 5. Februar 1987 in Davos erörterte Bundesminister Genscher in einer Rede am 1. Februar 1987 Chancen und Risiken der sowjetischen Politik unter dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow: „Man kann die außenpolitischen Teile der Reden der führenden Männer der Sowjetunion heute aufschlagen, wo immer man will, und man trifft auf Formulierungen, die die Orthodoxie der Breschnew-Zeit weit hinter sich lassen. […] Sitzen wir nicht mit verschränkten Armen da und warten, was uns Gorbatschow bringt! Versuchen wir vielmehr, die Entwicklung von unserer Seite aus zu beeinflussen, voranzutreiben und zu gestalten. Wir brauchen eine aktive politische Strategie des Westens. […] Wer Gorbatschows Erklärungen beim Wort nehmen will, muß zur Zusammenarbeit bereit sein. Wer Zusammenarbeit verweigert, versündigt sich an den eigenen Interessen. Der Westen hat keinen Anlaß, kleinmütig die Zusammenarbeit zu scheuen. Unsere Devise kann nur lauten: Nehmen wir Gorbatschow ernst, nehmen wir ihn beim Wort!" Vgl. BULLETIN 1987, S. 95 und S. 97.

3 Vortragender Legationsrat Beuth vermerkte am 5. März 1987: „Bo[tschafter] Eickhoff teilte telefonisch mit, daß […] durch vertauschte Wortabfolge bei Übermittlung Sinn entstellt worden sei. In der Kurzfassung […] müsse es heißen: ‚die Gorbatschow erst einmal ‚kommen lassen' und Ergebnisse des WFT von grundlegenden und faktischen sowjetischen Menschenrechtszugeständnissen abhängig machen wollen'. Bo. Eickhoff bat um Berichtigung." Vgl. Referat 212, Bd. 153429.

4 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

5 Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 106.

II. 1) In der täglichen Kontaktarbeit der Delegation hat sich die Davoser Rede des BM als ein wirksames Instrument erwiesen, die Haltung, welche die Bundesregierung mit zunehmender Deutlichkeit zu den sich entwickelnden Reformbemühungen Gorbatschows formuliert hat, auf überzeugende Weise zu erläutern. Die ausgewogene Gedankenführung der Rede war besonders bei der Beweisführung hilfreich, daß die vom BM befürwortete Dringlichkeit eines offensiven Eingehens auf die Bewegungen Moskaus nichts mit voreiligem Optimismus im Hinblick auf deren Ergebnisse zu tun hat. Auch die Gewichtung der Themen in diesem Zusammenhang wird den besonderen Besorgnissen und Interessen unserer Bündnispartner gerecht. Die Rede wurde häufig spontan und positiv kommentiert.

Andererseits geht gerade aus Gesprächen aus Anlaß der Davoser Rede die unzureichende Beweglichkeit mancher unserer Verbündeten gegenüber der Moskauer Offensive hervor. Eine grundsätzlich abwartende und defensive Haltung westlicher Hauptstädte erschwert eine aktive und dynamische Verfolgung unserer Ziele unter wechselnden atmosphärischen und faktischen Bedingungen, wie sie von den in schneller Folge aus Moskau abgegebenen Signalen geschaffen werden.

Nach einer vom Westen einmütig, ideen- und nuancenreich geführten Implementierungsdebatte schien die SU mit ihren Verbündeten zunächst in der Vorschlagsphase das Tempo anzugeben. Mit unseren drei Hauptvorschlägen CDH[6] zur menschlichen Dimension[7], Wirtschaftskonferenz[8] und Informationsforum[9] sowie mit differenziert und unpolemisch begründeten Vorschlägen zum zweiten und vor allem dritten Korb[10] hat der Westen diesen vorübergehenden Nachteil

6 Conférence sur la dimension humaine bzw. Conference on the Human Dimension.

7 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 6. Februar 1987, die NATO-Mitgliedstaaten sowie Irland hätten am 4. Februar 1987 „mit dem CDH-Vorschlag ihr ‚Flaggschiff' im Bereich der M[enschen]R[echte] und menschlichen Kontakte eingeführt und als zentrales Anliegen der 12 und 16 vorgestellt. Inhaltlich geht es dabei um ein kompliziertes System von Verpflichtungen, Notifizierungsverfahren und Sondertreffen, die in einem sequentiellen Ansatz die bessere Implementierung der MR erreichen und die Perspektive auf eine große Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE öffnen sollen. Der Öffentlichkeit wurde der Vorschlag darum auch als ein Aktionsprogramm zur besseren Verwirklichung der MR vorgestellt, das die Kluft zwischen bestehenden Verpflichtungen und der Wirklichkeit verkleinern und letztlich beseitigen soll. Es bedurfte allerdings erheblicher Anstrengung, um dieses – als Vorschlag der 12 konzipierte – Vorhaben rechtzeitig in der ersten Woche der Vorschlagsphase präsentieren zu können. Namentlich die Haltung von F erschwerte es den anderen Partnern außerhalb der Gemeinschaft, insb[esondere] den USA, den Vorschlag auch formell mitzutragen – was schließlich nur durch vermittelndes Eingreifen von D 2 in Paris erreicht wurde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 148/149; Referat 213, Bd. 139414.
Für den Vorschlag CSCE/WT.19 vom 4. Februar 1987 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

8 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

9 Die NATO-Mitgliedstaaten sowie Irland brachten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 13. Februar 1987 den Vorschlag ein, „im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des Abschließenden Dokuments des Madrider Treffens ein ‚Informationsforum' abzuhalten". An dem Forum sollten „führende Persönlichkeiten der Teilnehmerstaaten aus dem Bereich der Information und Kommunikation" teilnehmen. Es sollte sich vor allem folgenden Themen widmen: Verbesserung der Verbreitung von, des Zugangs zu und des Austausches von Informationen; Zusammenarbeit im Informationsbereich; Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten. Für den Vorschlag CSCE/WT.45 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

10 Referat 212 notierte am 24. Februar 1987, bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien seien bisher 90 Vorschläge eingebracht worden, „davon Korb I: 27, Korb II: 31, Korb III: 32. 61 Vorschläge sind

mehr als wieder ausgeglichen. Gemeinschaft und Bündnis tun sich jetzt aber schwer, mit der Erörterung der eingebrachten Vorschläge einen vorwärtsdrängenden Dialog mit der anderen Seite zu entwickeln. Schon die Masse der Vorschläge erzwingt zunächst Sichtung und Auswertung unter nicht immer einheitlichen Kriterien (verschiedene nationale Prioritäten), ehe die Behandlung fremder Vorschläge abgestimmt werden kann. Dies kommt der verbreiteten Neigung entgegen, „mit verschränkten Armen dazusitzen und zu warten, was uns Gorbatschow bringt" (Davos). Der Ausblick in die dynamischen Möglichkeiten des Ost-West-Dialogs, die sich den Teilnehmern an der vielschichtigen Debatte des Folgetreffens eröffnen, wird in den Hauptstädten nicht immer begriffen, soweit die Delegation vor Ort sie erkennt.

2) Ein Symptom dieser abwartenden und reaktiven Auffassung sind die Zeiterwartungen für das WFT. Sie gehen vielfach von der Madrider[11] und auch Stockholmer[12] Erfahrung aus, wo sich ein hohes Maß an abwarten können für den Westen ausgezahlt hat. Dabei wird ohne Rücksicht auf die ganz andersartige heutige Gesamtlage eine Dauer in Rechnung gestellt, die weit über das Jahr 1987 hinausreicht. Die historische Erfahrung, daß gewichtige neue Konstellationen und Entwicklungen oft gerade in ihrer aufsehenerregenden Anfangsphase Hebelwirkung in anderen Feldern entwickeln, bleibt dabei außer acht.

So wird jetzt unter der Hand ein Arbeitsprogramm des WFT zur Diskussion gestellt, das eine zweiwöchige Unterbrechung im Monat Juni, eine Pause vom 31.7. bis 22.9.1987, eine zweiwöchige Unterbrechung im Oktober und eine „Weihnachtspause" ab 18.12.1987 vorsieht. Mit diesem neutralen Nicht-Vorschlag[13] wird zwar die richtige Idee verbunden, daß eine Einigung auf dieses Programm jetzt uns eine langwierige Prozedurdebatte Ende Juli über das Wie und Wann der Vertagung erspart. Doch wird damit sicher ein falsches Signal gegeben. Auch dürfte dies der falsche Auftakt für KRK-Mandatsverhandlungen sein[14], die zügig und im Gleichtakt mit dem WFT vor Beginn des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes abgeschlossen sein sollten.

Ohnehin ist der von den KRK-Gesprächen der 23 eingeschlagene langsame Tagungsrhythmus angesichts der Schwierigkeit der Materie wenig ermutigend. Ich bin der oben genannten Zeitplanung bei den Verbündeten und im EG-Kreis entgegengetreten (s. u. 6[15]).

Fortsetzung Fußnote von Seite 306

Textvorschläge für das Wiener Schlußdokument, 29 beinhalten Folgeveranstaltungen […]. Schwerpunkte der westlichen Vorschläge sind Prinzip VII und vor allem Korb III; die östlichen Vorschläge verteilen sich numerisch ziemlich gleichmäßig auf alle Bereiche, inhaltlich sind Sicherheit und Korb II am gewichtigsten. Die N+N-Vorschläge konzentrieren sich auf Korb II, v. a. Umwelt. Bei Korb I entfallen auf den Prinzipienkatalog insgesamt 15, auf den Bereich Sicherheit zwölf Vorschläge. Schwerpunkt in Korb II ist der Umweltschutz, auf ihn entfallen acht Vorschläge. In Korb III liegt das Hauptgewicht im Bereich der menschlichen Kontakte (15 Vorschläge, davon acht westliche). Zur kulturellen Zusammenarbeit wurden fünf Vorschläge vorgelegt, im Informationsbereich drei." Vgl. Referat 421, Bd. 140320.

11 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

12 In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet, die nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr" am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" endete. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

13 So in der Vorlage.

14 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 44 und Dok. 101.

15 So in der Vorlage.

3) Ein weiteres Symptom für den Beharrungswillen, der es uns erschwert, auf östliche Vorschläge schnell zu reagieren oder überhaupt auf sie einzugehen, ist die Berührungsangst mit dem Thema „Moskauer Konferenz".

Diese Berührungsangst ist bei F besonders ausgeprägt, das auf keinen Fall eine Konferenz in Moskau will. Auch Frankreichs Verzögerungstaktik bei KRK wird sich voraussichtlich hemmend auf das WFT auswirken.

4) In unserer Argumentation für eine aufgeschlossene, vorwärtsdrängende Verhandlungsführung werden wir regelmäßig von Italien und Dänemark, aufgrund des unvoreingenommenen common sense der Delegationsleitung auch von GB und aufgrund persönlicher Erfahrungen als Botschafter in Warschau vom spanischen Delegationsleiter[16] unterstützt. Dies dürfte kaum ausreichen, um in den nächsten zwei Monaten erforderliche energische Bewegung in die westliche Verhandlungsführung zu bringen.

Die Haltung der US in der eigentlichen Verhandlungsphase läßt sich noch nicht voraussehen. Zwar kommt uns die amerikanische Delegationsleitung entgegen, die

(1) mit uns darin übereinstimmt, daß wir in der Anlaufphase von Gorbatschows Reformpolitik in Wien wahrscheinlich mehr erreichen können als später, und

(2) sich an der zügigen Aushandlung eines (knappen) KRK-Mandats interessiert zeigt.

Die US-Delegation ist aber z. T. widersprüchlichen Einflüssen aus Washington ausgesetzt. In der CSCE-Commission, die hier regelmäßig auftritt, scheint die Ansicht vorzuherrschen, daß eine heftige Implementierungsdebatte und ein substanzloses Abschlußdokument (nur Vereinbarung von Ort und Zeit des nächsten Folgetreffens) kein schlechtes Resultat des WFT wären. Zuzüglich werden von der Kommission unrealistische und überzogene menschenrechtliche Verhandlungsziele wie die der „Helsinki-Inspektoren" in die Bündnisabstimmungen eingebracht.

Schließlich können sich Gorbatschows Abrüstungsoffensiven noch als ein entscheidender Motor der Konferenz durchsetzen. Es bleibt aber z. Zt. offen, ob die US-Delegation in der zweiten Jahreshälfte ihr volles Gewicht für eine zügige und realistische Abschlußverhandlung wird einsetzen können.

5) Ein Abschluß des WFT am 31. Juli 1987 gemäß Zeitplan des Vorbereitungstreffens[17] ist ganz unwahrscheinlich. Wir sollten zu gegebener Zeit (Anfang Juli 1987?) ein realistisches Cut-off-Schlußdatum (Mitte Dezember 1987?) ins Auge fassen, das den erforderlichen Druck auf die Endphase ausübt. Die Zwölf haben heute beschlossen, auf Sondierungen wegen des Zeitplanes nur einhellig zu reagieren und zunächst am Zieldatum 31.7.1987 festzuhalten.[18]

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153429

16 Javier Villacieros.

17 Vgl. Ziffer 14 des Schlußdokuments des Vorbereitungstreffens für die KSZE-Folgekonferenz vom 23. September bis 6. Oktober 1986 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1987, D 113.

18 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Altenburg hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte vertraulich behandeln."

66

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

204-321.15-162/87 geheim **5. März 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am 27. Februar 1987 in Bonn

Anlg.: 1

Die Politischen Direktoren der Vier trafen sich am 27.2.1987 in Bonn (Gästehaus Venusberg) zu ihren regelmäßigen vertraulichen Konsultationen. Anschließend gab ich Mrs. Ridgway ein bilaterales Arbeitsessen unter Beteiligung des BMVg (gesonderter Vermerk ist als Anlage – 204-320.10 USA-164/87 VS-v – beigefügt[4]).

Das wesentlichste Ergebnis der Vierer-Gespräche, die in sehr guter Atmosphäre stattfanden und in der Substanz ertragreich waren, wird wie folgt zusammengefaßt:

1) Transatlantische Beziehungen

Die USA zeigten mehr Verständnis für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der WEU und den Abstimmungsprozeß in der EPZ, namentlich in bezug auf die KSZE. Mrs. Ridgway war bemüht, das transatlantische Verhältnis positiv darzustellen und die Meinungsverschiedenheiten nicht überzubewerten.

Einigkeit bestand, daß ein Übergreifen der handelspolitischen Auseinandersetzungen auf den sicherheitspolitischen Bereich unbedingt verhindert werden

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 6. März 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 9. März 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. März 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen an Referat 204 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Seiten 4 + 5." Vgl. Anm. 18, 30, 32 und 33.
Hat Richthofen am 10. März 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] RL 204 bitte w[e]g[en] Vorlage zu Seite 4."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 23. März 1987 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Themen des Gesprächs zwischen Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und der Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, am 27. Februar 1987 in erweiterter Runde waren SDI bzw. die Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die amerikanisch-spanischen Stützpunktverhandlungen, die deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 24. Februar 1987 in Washington sowie die Lage in Surinam. Zu SDI habe Ministerialdirigent von Ploetz dargelegt, man habe den Eindruck, „daß die Entscheidung über den Übergang zur weiten Auslegung des ABM-Vertrages im Prinzip gefallen sei und daß die jetzigen Konsultationen ähnlich wie die Konsultationen mit dem Kongreß am 24.2. eine gesichtswahrende Funktion haben sollten. Dies erscheine uns nicht akzeptabel." Ridgway habe dazu ausgeführt: „Wenn die deutsche Seite in den Prozeß in Washington wirklich wirkungsvoll eingreifen wolle, verfüge sie hierfür nur über ein einziges Instrument: einen Brief des BK an den Präsidenten. Ein solcher Brief müsse, um wirkungsvoll zu sein, ausführlich und überzeugend formuliert sein und die Petita deutlich machen. Je eher er geschrieben werde, desto besser." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke vom 5. März 1987; VS-Bd. 11319 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

muß. Ridgway wies – wie schon Senator Quayle[5] – auf die entsprechende Gefahr in den USA hin. Die Administration bemühe sich, die Diskussion im Kongreß nicht ausufern zu lassen.

Ridgway betonte den Wert vertraulicher AM-Gespräche à la Chevening im Dezember 1986[6], sofern diese von der Öffentlichkeit unbemerkt arrangiert werden könnten.

2) ABM/SDI

Ridgway legte dar, daß die Administration seit 1985 immer wieder – auch öffentlich und gegenüber der SU – die weite Interpretation des ABM-Vertrages[7] als die rechtlich korrekte Interpretation dargestellt hätte. Nur den Richtlinien des SDI-Forschungsprogramms sei einseitig die enge Interpretation zugrunde gelegt worden. Ridgway ließ deutliche Zurückhaltung erkennen, über die Interpretation mit der SU ins Gespräch einzutreten. Für den Fall des Übergangs von der engen zur weiten Interpretation sah sie keine Gefahr, daß die Sowjets vom Verhandlungstisch[8] aufstehen würden. Ridgway forderte die Drei auf, nicht auf amerikanische Schritte zu warten, sondern von sich aus in Washington vorstellig zu werden, wenn sie zusätzlich zu den Nitze mitgeteilten Gesichtspunkten noch etwas vorbringen wollten.

GB machte deutlich, daß MP Thatcher in ihrer Stellungnahme gegenüber Nitze weiter gegangen sei als wir.[9] Nach britischer Auffassung gehört zur Forschung die Frage der Durchführbarkeit (feasibility). Wenn die von Präsident Reagan in Auftrag[10] gegebenen Untersuchungen zum Ergebnis kämen, daß die Forschung nur sinnvoll fortgesetzt werden könne, wenn Tests im Rahmen der weiten Interpretation möglich seien, werde der Übergang zur weiten Interpretation von GB als richtig und notwendig angesehen. Eine bloß politische Entscheidung reiche GB dagegen nicht aus. Darüber hinaus sollten die USA den Sowjets die weitere Einhaltung des ABM-Vertrages zusichern und ihnen Grenzen und Zeitvorstellungen für die Verwirklichung des Testprogrammes mitteilen. Ridgway nahm dies mit großer Zurückhaltung zur Kenntnis. Offenbar denken Amerikaner von sich aus nicht daran, den Sowjets Sicherheit und Berechenbarkeit zu geben.

3) CW-Verhandlungen

Ridgway zeigte sich von dem Drängen von Thomas (GB) und mir, die Verhandlungen angesichts erkennbarer sowjetischer Bereitschaft voranzutreiben, wenig

5 Zu den Gesprächen des amerikanischen Senators Quayle am 10. Februar 1987 im Auswärtigen Amt vgl. Dok. 72, Anm. 6 und 7.

6 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 353 und Dok. 354.

7 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

8 Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

9 Nach ihrem Aufenthalt in Großbritannien am 25. Februar 1987 reisten der amerikanische Sonderbotschafter Nitze und der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, noch am selben Tag in die Bundesrepublik, um Gespräche über SDI zu führen. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 25. Februar und mit Bundesminister Genscher am 26. Februar 1987 vgl. Dok. 53 bzw. Dok. 56. Vgl. ferner die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch Nitze und Perle am 27. Februar 1987 in Brüssel; Dok. 59.

10 Die Wörter „in Auftrag“ wurden von Staatssekretär Ruhfus handschriftlich eingefügt.

beeindruckt und bewertete das sowjetische Verhalten als Manöver zur Beeinflussung der Haltung des Kongresses (Finanzierung des amerikanischen CW-Programmes).[11]

4) KSZE

Einigkeit bestand, daß der Westen sich auf einige wichtige der über 90 Vorschläge konzentrieren müsse, darunter West-Ost-Wirtschaftskonferenz[12], Konferenz im Bereich der menschlichen Dimensionen[13], Informationsverbreitung[14].

Hinsichtlich des Zustandekommens einer Konferenz im Bereich der menschlichen Dimensionen in Moskau[15] zeigte GB weiterhin deutliche Skepsis. Howe überlegt, die Konferenzidee in verschiedene Teile zu zerlegen, damit in Moskau – wenn überhaupt – nur ein Teil veranstaltet zu werden braucht. Ich plädierte dafür, zunächst abzuwarten, ob und wie die SU auf die Bedingungen eingehen wird, in der Zwischenzeit aber das sowjetische Interesse als Mittel zum Zweck wachzuhalten.

5) KRK[16]

Thomas (GB) und ich drängten USA und F zur Beilegung ihrer Differenzen, um nicht die Fortsetzung der positiv begonnenen Gespräche mit den WP-Staaten zu gefährden und um endlich zu Substanzfragen zu kommen.

Ridgway machte deutlich, daß der Konsens innerhalb der Administration sehr schmal ist und bei jeder Erschütterung vor neuen Entscheidungen zu zerbrechen droht. Es stelle sich gegenwärtig sogar die Frage der weiteren Teilnahme der USA.

11 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 32.
Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 17. Februar 1987, der sowjetische Botschafter Nasarkin habe am selben Tag Vorschläge der UdSSR für ein Verbotsabkommen unterbreitet und diese „als Ausfluß der Reorganisation der internationalen Beziehungen der Sowjetunion“ präsentiert: „Die neuen sowjetischen CW-Vorschläge kommen den westlichen (insbesondere amerikanischen) Forderungen in einigen Bereichen weitestgehend entgegen (z. B. Aufgabe der bisherigen sowjetischen Position der Deklaration von CW-Lagern erst vor dem Beginn jeder Vernichtungsperiode, Verzicht auf Umwandlung als alternative Maßnahme zur Vernichtung von CW-Beständen) und sind insoweit als Erfolg des beharrlichen westlichen Drängens zu bewerten, dem anzuschließen sich wohl nun auch Frankreich gedrängt sehen wird. Andererseits bleiben im Verifikationsbereich wesentliche Fragen unklar, wie z. B. Verifikation des gesamten Transportprozesses von CW-Beständen zur Vernichtung; Gewißheit, daß alle vorhandenen CW auch deklariert wurden. Im Bereich der Verdachtskontrolle bleibt es im Kern bei der bisherigen sowjetischen Intransigenz: Übernahme aus dem KVAE-Schlußdokument des Prinzips sensitiver Areale, für welche aus Gründen der nationalen Sicherheit jede Verdachtskontrolle abgelehnt werden könne; Verneinung eines Ablehnungsrechts (‚im beantragten Umfang‘) nur beim Verdacht des CW-Einsatzes und bei allen erklärten Lagern und Anlagen […]; Ausweichmaßnahmen auf alternative Verfahren ohne Erwähnung der Pflicht zur Duldung von Verdachtskontrollen im Regelfall.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 335; Referat 222, Bd. 162041.

12 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

13 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

14 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

15 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

16 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 44 und Dok. 101.

6) Bewertung der Entwicklung in der Sowjetunion

Es bestand Einvernehmen, daß sich der NATO-Rat in Reykjavik[17] mit dem Thema befassen sollte. F, das eine Reihe von Fragen stellte, wurde gebeten, ein Papier als Diskussionsgrundlage für die NATO-Ostexperten vorzubereiten.[18]

In der Diskussion bestand Einigkeit, daß die westlichen Interessen Ausgangspunkt der Bewertung und weiteren Haltung sein müssen, daß aber eine aufgeschlossene Prüfung der Ziele und Möglichkeiten Gorbatschows und ihrer Auswirkungen stattfinden müsse. Ich plädierte dafür, Gorbatschow beim Wort zu nehmen und ihn nach seinen Taten zu beurteilen. Wo es unseren Interessen diene, sollte der Westen ihn ermutigen, ihn aber auch bei seinem Angebot neuer Formen der Zusammenarbeit testen.

7) Beziehungen zur Sowjetunion

GB berichtete über bevorstehende Reise von MP Thatcher nach Moskau (28.3. bis 1.4.[19]; zwei Gespräche mit Gorbatschow neben einer Plenarsitzung; zwei Abkommen: Verbesserung der Hotline; Verbesserung des kulturellen und informationspolitischen Austausches).

MP Chirac wird im März nach Moskau reisen.[20] Für einen Besuch von AM Schewardnadse in Paris in diesem Jahr gibt es keine Hinweise.

Ich schilderte Stand und mögliche Entwicklung deutsch-sowjetischer Beziehungen.

8) Beziehungen zu den Ländern Osteuropas

Ein von uns angeregtes Seminar über Polen wird von GB mit dem Aspen-Institut in Berlin aufgenommen werden (mit polnischer Beteiligung).[21]

AM Raimond wird im April Warschau besuchen[22], ebenso der britische Staatsminister Renton[23].

Die USA werden Rumänien wegen mangelnder Kooperation in Ausreiseangelegenheiten den Meistbegünstigungsstatus entziehen![24]

17 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

18 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Warum F[rankreich]?“ Vgl. Anm. 3.

19 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher in der UdSSR vgl. Dok. 79, Anm. 5.

20 Ministerpräsident Chirac besuchte die UdSSR vom 14. bis 16. Mai 1987. Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 2.

21 Zum Seminar des Aspen-Instituts „Polen – innere und äußere Entwicklung“ vom 9. bis 12. September 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 263, Anm. 37.

22 Der französische Außenminister Raimond besuchte Polen vom 10. bis 12. April 1987.

23 Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Renton, hielt sich bereits vom 5. bis 8. Februar 1987 in Polen auf.

24 Zur Frage der Gewährung der Meistbegünstigungsklausel durch die USA an Rumänien vgl. AAPD 1986, I, Dok. 20.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 6. März 1987: „Die Rumänien 1975 durch die USA eingeräumte Meistbegünstigungsklausel bedarf gemäß Jackson-Vanik-Amendment jährlich der Bestätigung. Diese erfolgt im Lichte der Ergebnisse einer jeweils vorangehenden Überprüfung der Entwicklung der Menschenrechtssituation (insbesondere der Ausreisesituation) des betreffenden Landes. Termin für die Vorlage des nächsten diesbezüglichen Berichtes des Präsidenten an den Kongreß ist der 3.6.1987. Die für diesen Bericht erforderliche erneute Überprüfung der Menschenrechtssituation in Rumänien ist noch nicht vorgenommen worden. Nach Auskunft des State Department herrsche aber nicht nur dort, sondern vor allem auch im Kongreß der Eindruck vor, daß sich die Menschenrechtslage in Rumänien über die letzten Jahre insgesamt verschlechtert habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1104; Referat 214, Bd. 139553.

9) Beziehungen EG–RGW[25]

USA nahmen ohne weiteren Kommentar meinen Bericht über die Gespräche EG-Kommission/RGW-Sekretariat zur Kenntnis, ließen aber in vorsichtiger Form ihre bekannten Sorgen anklingen.

10) Terrorismusbekämpfung

USA erneuerten den Wunsch auf Erweiterung der multilateralen Zusammenarbeit, dem die Drei mit dem Hinweis auf die Bedeutung der bilateralen Zusammenarbeit gerade in der gegenwärtigen Zeit entgegentraten.

USA wollen beim Expertentreffen in Rom am 12.3.1987 anregen, daß der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig[26] die von den Zwölf seit Juni 1986 auf der Basis der Erklärung von Tokio[27] erreichten Fortschritte in der Terrorismusbekämpfung bekräftigt.[28]

11) Syrien

Unsere vorher bekanntgewordene Absicht, wieder einen Botschafter nach Damaskus zu schicken[29], stieß bei USA und GB auf Mißbehagen.[30] Beide plädierten dafür, auf Assad weiter gemeinsam Druck auszuüben und ihn nicht durch

25 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. AAPD 1986, I, Dok. 2, besonders Anm. 17.
In einer Aufzeichnung vom 11. Februar 1987 legten die Ministerialdirigenten Kastrup und Trumpf dar: „Die Expertengespräche zwischen der EG-Kommission und dem RGW-Sekretariat über eine Gemeinsame Erklärung zur Aufnahme offizieller Beziehungen machen nur zögernd Fortschritte. Eine erste Runde hat im September 1986 stattgefunden. Ein neuer Termin steht noch nicht fest (frühestens Ende März). […] Von den Mitgliedstaaten sind vor allem F und GB aus politischen Gründen (Mißtrauen gegenüber sowjetischer Absicht, durch Aufwertung des RGW Westkontakte der kleineren RGW-Mitgliedstaaten zu kontrollieren) sehr zögerlich und konnten nur durch gemeinsame Anstrengungen von Kommission und uns dazu bewegt werden, einem baldigen Termin für das zweite Expertentreffen zuzustimmen. Neben I, das wirtschaftliche Probleme bei einem stärkeren Zugang der RGW-Staaten zum europäischen Markt befürchtet, gehört allerdings F auch bei den beabsichtigten bilateralen Handels- und Kooperationsabkommen zwischen EWG und RGW-MS (RUM, UNG) zu den ‚Bremsern'." Vgl. Referat 411, Bd. 144308.

26 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

27 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in Tokio teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 5. Mai 1986 zum internationalen Terrorismus vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 311 f.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

28 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heldt, z. Z. Rom, berichtete am 14. März 1987 über das Treffen von Terrorismusexperten am 12./13. März 1987 in Rom. Die Teilnehmer seien zu dem Schluß gekommen, „daß die Fahndungs- und Ahndungserfolge im Siebener-Bereich die Rolle von Recht und Gesetz im Verhältnis zur internationalen Terrorismus-Szene deutlich gemacht" hätten: „Die Beratung der von der Arbeitsgruppe im Dezember in Tokio ausgearbeiteten Entwürfe für eine Venedig-Gipfel-Erklärung 1987 sowie für die Richtlinien hierzu wurde mit Verabschiedung entsprechender Texte abgeschlossen. Während der Wortlaut der allg[emeinen] Erklärung schon in Tokio weitgehend problemlos hatte vereinbart werden können, waren angesichts der Differenzen über die Formulierung des Richtlinienentwurfs (Problem allgemeiner Wirtschaftssanktionen sowie der Dauer) etwaige Schwierigkeiten zu erwarten gewesen. Dank allgemeiner Kompromißbereitschaft konnte jedoch Einvernehmen erzielt werden. Hierbei wurden unsere Interessen gewahrt: Die US-Delegation nahm ihren Vorschlag auf Einbeziehung allg. Wirtschaftssanktionen in den rein luftverkehrsrechtlichen Maßnahmenkatalog zurück. Ferner wurde unsere Forderung berücksichtigt, daß bei Entscheidungen über die Verhängung von Luftverkehrssanktionen künftig eine entsprechende Dauer hierfür mit zu vereinbaren ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 413; Referat 515, Bd. 195718.

29 Zur Wiederentsendung eines Botschafters der Bundesrepublik nach Syrien vgl. Dok. 54, Anm. 36.

30 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Na! na!" Vgl. Anm. 3.

symbolbehaftete Maßnahmen zur Annahme zu verleiten, daß für ihn Entwarnung eingetreten ist. USA erwägen weitere Schritte und beabsichtigen, den Zwölf eine Wiederholung der Erklärung vom letzten Jahr[31] vorzuschlagen. Ich wies darauf hin, daß die Ebene unserer diplomatischen Beziehungen zu Syrien nicht Bestandteil der Zwölfer-Beschlüsse gewesen ist und jedes Land nach seinen Bedürfnissen entscheiden müsse, ob es in einer bestimmten Situation einen Botschafter vor Ort brauche.[32] Außerdem wies ich auf den Nahost-Friedensprozeß hin, der ohne Assad kaum weiterkommen werde.[33]

12) Nahost-Friedensprozeß

Einigkeit bestand, daß der Nahost-Friedensprozeß gegenwärtig nur durch eine internationale Friedenskonferenz in Gang gebracht werden kann. Die USA begrüßten die Erklärung der Zwölf.[34]

Einvernehmen bestand auch, daß eine internationale Konferenz ohne die SU kaum vorstellbar ist, die aber erst nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel konstruktiv teilnehmen könnte. GB und F wiesen auf ein erkennbar aktiveres Interesse der SU an der Region (eigene Sicherheitsinteressen: Iran, Afghanistan) hin.

13) Iran – Irak[35]

Einigkeit bestand, daß die VN und der VN-Generalsekretär[36] am ehesten geeignet sind, sich um Beilegung des Konfliktes zu bemühen und daß der GS nach besten Kräften unterstützt werden sollte.

14) Pakistan

GB hatte Informationen, daß der „Observer" demnächst eine Ankündigung des Vorsitzenden der pakistanischen Atomenergiekommission, Khan, veröffentlichen werde, daß Pakistan die Atombombe besitze[37]; London sei besorgt und habe eine Erklärung vorbereitet.

31 Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Syrien vgl. Dok. 52, Anm. 16.

32 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]". Vgl. Anm. 3.

33 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]". Vgl. Anm. 3.

34 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1987 in Brüssel zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f. Zur Erklärung und zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. ferner Dok. 52.

35 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 22, Anm. 2.

36 Javier Pérez de Cuéllar.

37 Botschafter Berendonck, Islamabad, informierte am 13. November 1986: „Das pakistanische Nuklearprogramm wird von der gesamten Bevölkerung getragen. Dabei besteht die einhellige Auffassung, daß Pakistan im Verhältnis zu Indien die Parität wahren müsse. […] Hinsichtlich des pakistanischen Nuklearprogramms steht die Regierung innen- wie außenpolitisch mit dem Rücken zur Wand. Innenpolitisch ist sie ständigem Druck ausgesetzt, das Nuklearprogramm voranzutreiben. Je geheimnisvoller der Stand der Nuklearforschung in Kahuta ist, um so mehr ist sie eine Art nationales Symbol geworden. Außenpolitisch würde die Regierung die Isolierung von den USA und der übrigen westlichen Welt riskieren, falls sie diesem Druck nachgibt. Bei dieser schwierigen Gratwanderung ist die Regierung bisher erfolgreich gewesen. In der pakistanischen Bevölkerung besteht der Eindruck, daß die Regierung ‚unter der Hand' das nukleare Programm auch für eventuelle militärische Zwecke fördert. Im Verhältnis zu den USA ist die Regierung in der Lage gewesen, glaubwürdig darzulegen, daß das Nuklearprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1220; Referat 431, Bd. 153269.

15) Afghanistan

Armacost wird Mitte März zu Regionalgesprächen nach Moskau reisen.[38] Nach Auffassung der USA hat die SU noch keine Entscheidung hinsichtlich eines politischen Lösungsansatzes getroffen. Die amerikanische Linie wird voraussichtlich sein, zu verdeutlichen, daß die USA eine politische Lösung, die dem sowjetischen Interesse gerecht wird, unterstützen, aber nicht in den bisher von der SU vorgezeichneten Bahnen.

16) Island

GB und USA wiesen auf die wachsend kritische Haltung der jüngeren Generationen Islands gegenüber der NATO (Anlaß: US-Stützpunkt Keflavik) hin. Einigkeit bestand, daß es wichtig ist, die europäische Komponente der NATO in Island deutlich zu machen.

AM Howe wird in diesem Jahr Island besuchen. Wir sollten unsererseits überlegen, was wir tun können (evtl. bilateraler Besuch des Bundesministers?).

17) Konferenz San José III[39]

Ridgway äußerte sich verhalten positiv zu der Konferenz und begrüßte das europäische Engagement zur Stärkung der Demokratie in der Region.

Hinsichtlich der Fortsetzung der US-Contrahilfe[40] wagte Ridgway keine Vorhersage. Thomas (GB) machte deutlich, daß eine Beendigung der US-Contrahilfe den gemeinsamen europäischen und amerikanischen Zielen in der Region hilfreich sein würde.

38 Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, hielt sich am 16./17. März 1987 in der UdSSR auf. Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 25. März 1987 Informationen Armacosts: „AFG sei Schwerpunktthema gewesen, mit Vize-AM Woronzow als Hauptgesprächspartner. Auf amerikanischer Seite habe man erneut den Eindruck gehabt, daß Sowjets AFG verlassen wollten, das Problem bleibe aber das Wie und Wann. Zuletzt von sowjetischer Seite angebotene Zeitvorstellung von 18 Monaten sei eine recht kurze Frist (dabei war nicht völlig klar, ob A[rmacost] sowjetische Haltung referierte oder selbst dieser Auffassung zuneigte). Im Mittelpunkt der sowjetischen Argumentation habe erneut Prozeß nationaler Versöhnung usw. gestanden, wobei Sowjets behauptet hätten, dieser Prozeß verlaufe ziemlich erfolgreich. Aus sowjetischer Sicht sei Nadschibullah bereit und in der Lage, die Macht und Regierungsverantwortung zu teilen. Die Mujahedin könnten als lokale Behörden mit den entsprechenden Zuständigkeiten fungieren. […] Er, A., habe sich besonders danach erkundigt, wieweit die SU an Nadschibullah festhalten wolle. Sowjetische Seite habe hierauf angedeutet, daß N[adschibullah] am Ende des Prozesses nicht notwendigerweise noch Regierungschef sein müsse. Er könne jedoch jetzt nicht von SU fallengelassen werden und müsse zunächst bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1449; VS-Bd. 13474 (213); B 150, Aktenkopien 1987.

39 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 35.

40 Vgl. dazu die „Iran-Contra-Affäre“; Dok. 57, Anm. 5.
Referat 204 notierte am 26. März 1987: „Präsident Reagan hatte im Herbst 1986 nach dreijährigem harten persönlichen Einsatz dem Kongreß $ 100 Mio. Contra-Hilfe (30 Mio. für humanitäre, 70 Mio. für militärische Zwecke) abgerungen. Die Entsperrung eines noch nicht ausgezahlten Restbetrags von $ 40 Mio. aus dieser Bewilligung schien nach dem Bekanntwerden des Iran-Waffengeschäfts und der Umleitung von Geldern an die Contras lange Zeit gefährdet. Nach der Zustimmung des Senats vom 18.3.87 (52:48) hat sich die stets zuversichtliche Haltung, die die Administration in dieser Frage einnahm […], als berechtigt erwiesen. Eine Neubewilligung von $ 105 Mio., wie von Präsident Reagan für den Haushalt 1988 gefordert, erscheint allerdings z. Zt. als unrealistisch. Zu Kritik an der Contra-Hilfe gaben im übrigen auch die Zerwürfnisse innerhalb der Contra-Führung Anlaß.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135407.

18) Amerikanisch-spanische Stützpunktverhandlungen[41]

Die Verhandlungen stehen weiterhin in einer schwierigen Phase. Die USA haben in einem neuen Angebot alle Karten auf den Tisch gelegt (Reduzierung von vier auf drei Stützpunkte, völlige Verlegung der Flugzeuge und Panzer von Torrejón auf die anderen Stützpunkte).

19) Besuch MP Özals in den USA[42]

Ridgway berichtete, daß MP Özal in der Bewertung der Gefahr eines iranischen Sieges sehr deutlich gewesen ist und für diesen Fall auch Sorgen um die säkulare Staatsform in der Türkei habe.

Dem türkischen Wunsch auf Unterstützung eines Antrages für eine EG-Vollmitgliedschaft sind Präsident Reagan und AM Shultz nicht nachgekommen. Sie haben sich lediglich für enge Beziehungen der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen. (Wir hatten Ridgway beim letzten Treffen gebeten, ein entsprechendes türkisches Anliegen nicht zu ermutigen.)[43]

20) NATO-Rat in Reykjavik und Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig

Einigkeit bestand, daß bei der Vorbereitung beider Konferenzen eventuelle politische Erklärungen aufeinander abgestimmt werden müssen bzw. der Allianz zukommende Erklärungen nicht in Venedig vorweggenommen werden dürfen.

Für das Frühstück der vier Außenminister in Reykjavik[44] wurde folgender Zeitplan aufgestellt:

08.00 Uhr – Entgegennahme des Berichts der Deutschland- und Berlinexperten durch die Politischen Direktoren

08.30 Uhr – Unterrichtung der Minister über den Bericht

09.00 Uhr – Frühstück

11.00 Uhr – Beginn des NATO-Rats

Ich regte Erwähnung Berlins in einer gemeinsamen Erklärung in Anbetracht der 750-Jahr-Feier an. Ridgway unterstützte dies mit Hinweis auf den Reagan-Besuch in Berlin.[45]

41 Referat 201 vermerkte am 19. März 1987: „Die seit Ende 1985 geführten Verhandlungen über das spanisch-amerikanische Stützpunktabkommen – das alte Abkommen läuft 1988 aus – haben bisher zu keinen konkreten Ergebnissen geführt. Bei den Verhandlungen über die insgesamt vier US-Basen in Spanien stehen folgende Fragen im Vordergrund: Finanzfragen (Kosten der Verlegung und der weiteren Betreibung durch das spanische Militär; Einfluß auf US-Militärhilfe für Spanien); Wahrnehmung der militärischen Aufgaben durch spanische Einheiten; eindeutige Regelungen über Nutzung der Basen bei Konflikten außerhalb des NATO-Gebiets. Spanien strebt als Grundsatzposition substantielle Reduzierungen an, die graduell und einvernehmlich durchgeführt werden sollen, ohne den gegenwärtigen Grad an Sicherheit zu beeinträchtigen. […] Die amerikanische Seite ist zwar zu Reduzierungen bereit, doch nicht in dem von Spanien gewünschten Umfang". Vgl. Referat 201, Bd. 143363.

42 Ministerpräsident Özal hielt sich vom 2. bis 8. Februar 1987 in den USA auf.

43 Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu Dok. 93 und Dok. 136.

44 Für das Gespräch der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 11. Juni 1987 vgl. Dok. 170.

45 Präsident Reagan besuchte Berlin (West) am 12. Juni 1987. Vgl. dazu Dok. 168.

21) Direktorenkonsultationen

Einvernehmen bestand, die Konsultationen im bisherigen Rhythmus von ca. fünf Wochen fortzusetzen.[46] F widersetzte sich nicht mehr grundsätzlich. USA und GB wiesen auf die Bedeutung dieser vertraulichen Aussprachen hin, von dem Treffen sind in ihren Ministerien nur wenige Personen unterrichtet. Die Ergebnisse werden Shultz und Howe unmittelbar vorgelegt.

Richthofen

VS-Bd. 13013 (204)

67

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz

VS-vertraulich **5. März 1987**[1]

Lieber George,

die Erklärung von Generalsekretär Gorbatschow vom 28. Februar 1987[2], mit der er einer nachdrücklichen Forderung des Westens entsprochen und sich zu einem separaten INF-Abkommen bereit erklärt hat, stellt die Genfer Verhandlungen vor eine neue Lage, die eine geschlossene und konstruktive Reaktion des Westens erfordert.

Wir müssen jetzt alles tun, damit die in Reykjavik[3] verabredete INF-Lösung, die zu niedrigen globalen Obergrenzen von weltweit jeweils 100 Gefechtsköpfen und insbesondere zu einem vollständigen Abbau der sowjetischen Bedrohung Europas durch die SS-20 führen würde, zügig in ein konkretes Verhandlungsergebnis umgesetzt wird.

46 Die Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA trafen am 25. März 1987 in London zusammen. Gesprächsthemen waren die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, die Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen, die KSZE-Folgekonferenz in Wien, die Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle, die Beziehungen zur UdSSR sowie zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten, Berlin, das griechisch-türkische Verhältnis und die Frage einer EG-Mitgliedschaft der Türkei, Afghanistan, der irakisch-iranische Krieg, China und Japan, die Lage im Libanon und in Syrien, Fragen der Terrorismusbekämpfung sowie die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig und des Vierer-Außenministertreffens am 11. Juni 1987 in Reykjavik. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 31. März 1987; VS-Bd. 13014 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Durchdruck.
Das Schreiben wurde von Botschafter Holik mit Drahterlaß Nr. 1632 vom 5. März 1987 an die Botschaft in Washington übermittelt. Dazu vermerkte Holik, daß eine „Höflichkeitsübersetzung“ mit „gesondertem Erlaß“ folge. Vgl. VS-Bd. 11360 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 60.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

Ich begrüße es daher, daß Präsident Reagan angeordnet hat, den amerikanischen Entwurf eines INF-Abkommens am 4. März 1987 in die Genfer Verhandlungen einzuführen.[4] Dieser Schritt unterstreicht die Entschlossenheit, den Verhandlungsprozeß zu fördern und zu beschleunigen.

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit weiterer Abstimmungen im Bündnis enthält der Abkommensentwurf noch keinen ausformulierten Artikel zu Ortsinspektionen im Rahmen eines künftigen INF-Abkommens. Ich halte es für wichtig, die in Frage stehenden Verifikationsvorschriften einvernehmlich zu gestalten, und begrüße in diesem Zusammenhang die Bereitschaft Ihrer Regierung zur baldigen Fortsetzung des erforderlichen Konsultationsprozesses.

In seinem Brief an Präsident Reagan vom 3. Februar 1986[5] hat Bundeskanzler Kohl bereits auf das besondere, aus der geographischen Lage der Bundesrepublik Deutschland folgende Interesse aufmerksam gemacht, daß mit einem INF-Abkommen auch ein Prozeß eingeleitet wird, mit dem Ungleichgewichte im Bereich der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite abgebaut werden. In der Folgezeit hat die Bundesregierung wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Problem der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in Folgeverhandlungen zu regeln.

Das Bündnis hat im NATO-Kommuniqué vom 12. Dezember 1986 festgestellt: „Sie (die Minister) betonen, daß ein INF-Abkommen die bestehenden Ungleichgewichte bei amerikanischen und sowjetischen INF kürzerer Reichweite nicht außer acht lassen darf und eine Verpflichtung, über diese Raketen weiterzuverhandeln, enthalten muß."[6]

Diese Folgeverhandlungen sollten unmittelbar nach Unterzeichnung eines INF-Abkommens aufgenommen werden, zumal Generalsekretär Gorbatschow in seiner Erklärung vom 28. Februar 1987 selbst die umgehende Aufnahme von Folgeverhandlungen vorgeschlagen hat.

Um dies sicherzustellen, erscheint es aus der Sicht der Bundesregierung erforderlich, gleichzeitig mit einem INF-Vertrag eine konkrete Verpflichtung zu sofortiger Aufnahme von Folgeverhandlungen, d.h. in längstens sechs Monaten nach Unterzeichnung des Abkommens, in einer völkerrechtlich verbindlichen Form, vorzugsweise als Bestandteil dieses Vertrages, zu vereinbaren. Ziel dieser Verhandlungen muß es sein, alle INF-Flugkörper kürzerer Reichweite auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans-Dietrich Genscher
Bundesminister des Auswärtigen

VS-Bd. 11360 (220)

4 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.
5 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. AAPD 1986, I, Dok. 30.
6 Vgl. Ziffer 5 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel; EUROPA-ARCHIV 1987, D 75.

68

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-378/87 geheim **6. März 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Amerikanischer INF-Vertragsentwurf vom 4. März 1987

Anlg.: 1 (beim Original 2[4])

I. 1) Der am 4. März 1987 von den USA in die Genfer Verhandlungen eingebrachte Entwurf eines „Treaty on the Limitation and Reduction of Intermediate-Range Nuclear Missiles" setzt (mit Ausnahme der Weiterverhandlungsverpflichtung für SRINF) die in Reykjavik[5] getroffenen Absprachen bzw. die von den USA dort unterbreiteten Vorschläge in Vertragssprache um. Der Abkommensentwurf gliedert sich in eine Präambel und 15 Artikel (eine stichwortartige Zusammenfassung der einzelnen Vertragsbestimmungen ist als Anlage beigefügt).

Nach amerikanischer Auffassung ist der o. g. Vertrag ein Teil eines Vertragswerkes, das ferner die folgenden Instrumente als integrale, gleichermaßen ratifizierungspflichtige Bestandteile umfassen soll:

– ein „Memorandum of Understanding", welches die die Vertragsgegenstände betreffenden Daten enthält;
– ein Inspektionsprotokoll;
– ein Protokoll über die Vernichtung, Demontage und Umwandlung (Protocol on Destruction, Dismantlement and Conversion).

Die Entwürfe dieser Dokumente sind noch nicht fertiggestellt.

2) Die USA haben uns am 2. März 1987 und den übrigen Quint-Ländern (GB, I, B, NL) einen Text des Vertragsentwurfs zukommen lassen, der den ausformulierten Artikel IX (Vor-Ort-Inspektionen) einschließt. Der in die Verhandlungen eingebrachte Entwurf enthält in Artikel IX statt dessen nur Überschriften für die verschiedenen Verifikationsverfahren. Damit haben die USA einem von uns vorgebrachten Anliegen entsprochen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. März 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. März 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 18. März 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 18. März 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 19. März 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Mülmenstädt erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt war der am 2. März 1987 von der amerikanischen Botschaft übergebene Entwurf der USA für einen INF-Vertrag („Treaty on the Limitation and Reduction of Intermediate-Range Nuclear Missiles"). Vgl. VS-Bd. 11360 (220).
Dem Vorgang beigefügt war ferner eine Gliederung des Vertragsentwurfs. Vgl. die Anlage zu dieser Aufzeichnung.

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

Die übrigen SCG-Mitglieder haben von den USA einen Entwurf ohne Artikel IX erhalten.

II. Die zentralen Bestimmungen des Entwurfs finden sich in

– Artikel III (Reduzierung der LRINF)[6],
– Artikel IV (Begrenzungen für Flugkörper in der Reichweite 500 km bis 925 km) sowie
– Artikel IX (Vor-Ort-Inspektionen).

Die Bestimmungen der Artikel III und IV werden nachfolgend dargelegt, erläutert und bewertet. Zu Artikel IX wurde Ihnen eine gesonderte Aufzeichnung (220-371.76 INF-333/87 geheim) vorgelegt.[7]

1) Artikel III sieht in acht Ziffern folgendes vor:

a) Ziffer 1 bestimmt, daß die USA und die SU Reduzierungen vornehmen auf genau die Zahl der dislozierten Abschußvorrichtungen (launcher) für LRINF-Flugkörper (FK) (PII, GLCM, SS-4, SS-20), von denen aus insgesamt die Zahl der FK abgeschossen werden kann, die zusammen 100 GK tragen können.

Erläuterung:

Die Zahl der nach Reduzierungen vorhandenen FK ergibt sich also aus der Zahl von 100 GK. Die Zahl der nach Reduzierungen vorhandenen Abschußgestelle wiederum ergibt sich aus der Zahl der FK. Die USA könnten beispielsweise die 100 GK in folgenden Waffenmix PII/GLCM „umsetzen“:

– 60 GK für die PII: Dies ergibt 60 launcher und ebenso viele FK.
– 40 GK für die Cruise Missiles: Dies ergibt 10 launcher und 40 FK (ein launcher kann vier FK abschießen; ein FK trägt einen GK).

Bewertung:

Diese Bestimmungen basieren auf dem Zählprinzip „warheads on missiles on launchers“. Sie befanden sich bereits in dem INF-Vertragsentwurf, den die USA im Februar 1982 in die früheren Verhandlungen eingeführt haben.[8] Maßeinheit für SALT II waren nur launcher. Das jetzige Prinzip ist auch unter Verifikationsgesichtspunkten bedeutsam. Das Auftauchen zusätzlicher launcher bzw. FK ist weitaus leichter festzustellen als das weiterer GK.

– Diese Reduzierungen sollen in drei Phasen erfolgen und entweder bis zum 31. Dezember 1991 oder innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages abgeschlossen sein. Dabei soll von beiden Daten das zeitlich spätere gelten. Die zeitlichen Fristen für die einzelnen Phasen sollen ebenso wie die Zahl der jeweils nach Ablauf einer Phase erlaubten launcher und FK in den Verhandlungen festgelegt werden.

  Erläuterung:

  Mit der Reduzierung in drei Phasen haben die USA in ihrem Entwurf ein Element aus dem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten vom Februar

6 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die LRINF werden in Artikel II definiert als Systeme im Reichweitenband 1800 km (= PII) bis 5500 km (= SS-20).“

7 Für die Aufzeichnung des Botschafters Holik vom 4. März 1987 vgl. Dok. 64.

8 Zum Entwurf der USA vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. AAPD 1982, I, Dok. 39.

1986[9] übernommen, der die Eliminierung aller LRINF in ebenfalls drei Schritten vorsah.

Welches das endgültige der beiden genannten Daten für den Abschluß der Reduzierungen sein wird, hängt vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages ab. Beispielsweise:

– Der Vertrag tritt am 1. Januar 1988 in Kraft.

  In diesem Fall enden die Reduzierungen am 31. Dezember 1991, da der Ablauf der Dreijahresfrist auf den 31. Dezember 1990 fällt.

– Der Vertrag tritt am 1. Juli 1989 in Kraft.

  In diesem Fall enden die Reduzierungen am 30. Juni 1992.

– Nach den ersten Reduzierungsschritten ist die Dislozierung einer bestimmten noch zu vereinbarenden Zahl von launchern und FK sowohl in Europa als auch außerhalb Europas (in den USA bzw. im asiatischen Teil der SU) vorgesehen. Mit Ablauf der dritten Phase ist ihre Dislozierung in Europa verboten.

  Bewertung:

  Wie die nach den Reduzierungen während der ersten beiden Phasen verbleibenden Systeme in Europa dislozíert werden sollen, bedarf der allianzinternen Abstimmung.

  Dabei gilt es sicherzustellen, daß auch bei der Implementierung des Abkommens der Aspekt der Nicht-Singularisierung gebührend berücksichtigt wird.

– Zusätzlich zu den in sogenannten „ausgewiesenen Dislozierungsräumen" (designated deployment areas – DDA) stationierten Systemen dürfen beide Seiten außerdem über eine noch zu vereinbarende Zahl von launchern und FK verfügen.

  Bewertung:

  Wie uns die Amerikaner mitgeteilt haben, sind die zusätzlich erlaubten launcher und FK zu folgenden Zwecken vorgesehen:

  – Ersatzteilreserve,
  – Tests,
  – Übungen.

  Dadurch werde dem Erfordernis Rechnung getragen, die erlaubten, dislozierten Systeme ständig einsatzbereit und verläßlich zu halten.

  Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die zusätzlich erlaubten launcher und FK von der SU auch zu Nachladezwecken verwandt werden könnten. Allerdings könnte dies dann zu Lasten der Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft gehen.

  Gleichwohl sollte die Zahl der zusätzlich erlaubten launcher und FK möglichst niedrig gehalten werden und die Zahl nicht überschreiten, die aus

[9] Mit Schreiben vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, schlug Präsident Reagan einen Stufenplan zur vollständigen Beseitigung von amerikanischen und sowjetischen LRINF vor. Für den Wortlaut vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 76–81. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 52.

Zwecken der Aufrechterhaltung der ständigen Einsatzbereitschaft unbedingt erforderlich ist.

Bei der nächsten SCG werden wir auf diesen Punkt hinweisen.[10]

b) Ziffer 2 legt fest, daß außerhalb Europas die launcher und FK nur auf den Territorien der beiden Vertragspartner dislozíert werden dürfen.

c) Ziffer 3 enthält eine zusätzliche geographische Dislozierungsbeschränkung für die SU. Sie darf ihre LRINF nicht im asiatischen Landesteil weiter westlich als Nowosibirsk dislozieren.

Bewertung:

Die USA haben in früheren SCG-Sitzungen darauf hingewiesen, daß die SS-20 von Nowosibirsk (östlich des 80. Längengrads) in Westeuropa lediglich Teile von Norwegen und der Türkei erreichen können. Sie sind dabei von einer Reichweite der SS-20 von etwa 4400 km ausgegangen. Schon bei einer Reichweite von 5000 km befinden sich das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie das der Niederlande, Luxemburgs und Griechenlands sowie Teile von Belgien, Dänemark, Italien, Großbritannien in Reichweite der SS-20. Dieser Reichweitenansatz berücksichtigt aber nicht die Auswirkung der Erdrotation auf die Reichweite, die nach Auffassung des BMVg dazu führt, daß sich die maximale Reichweite bei Flugrichtung West um ca. 500 km verringert.

Der jetzige amerikanische Vertragsentwurf, wie bereits der Entwurf von 1983 über ein INF-Zwischenabkommen[11], definiert Mittelstreckensysteme größerer Reichweite als Systeme mit einer Reichweite von 1800 km bis 5500 km (Artikel II, Ziffer 5). Dementsprechend könnte die SU die nach dem Vertrag erlaubten SS-20 durch Systeme größerer Reichweite ersetzen, die ganz Europa erreichen können. Wir werden die nächste Quint-Sitzung dazu nutzen, auf die sich aus Artikel III Ziffer 3 in Verbindung mit Artikel II Ziffer 5 ergebenden Probleme hinzuweisen.

Die Japaner, die in Konsultationen mit den USA eine vergleichbare Beschränkung im Hinblick auf Japan gefordert haben, konnten sich mit ihrem Anliegen gegenüber den USA offensichtlich nicht durchsetzen. Die Amerikaner befürchteten, daß die SU im Gegenzug zu einer entsprechenden amerikanischen Forderung auf ihre Position, die amerikanischen Systeme nicht in Alaska zu stationieren, zurückkommen würde. Die o.g. Bestimmung gestattet es der SU, ihre SS-20 auch in Tschita zu dislozieren, von wo aus sie ganz Japan erreichen können.

d) Ziffer 5 bestimmt, daß die zu reduzierenden LRINF (launcher und FK) im Einklang mit Artikel VIII und dem Protokoll über die Vernichtung, Demontage und Umwandlung entweder vernichtet oder umgewandelt werden sollen.

10 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) am 9. März 1987 in Washington vgl. Dok. 64, Anm. 15.
Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) am 27. März 1987 in Brüssel vgl. Dok. 88.

11 Am 30. März 1983 gab Präsident Reagan den amerikanischen Vorschlag für ein Zwischenabkommen bei den INF-Verhandlungen in Genf bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 473 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 273–275. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 75.

Bewertung:

Der in Ziffer 5 neben Vernichtung (destruction) genannte Begriff Umwandlung („conversion“) ist im Prinzip nicht zu beanstanden. Er wurde bereits im SALT-II-Vertrag[12] verwandt. Entscheidend ist die Frage, in was ein zu reduzierender FK oder launcher umgewandelt werden soll. Es ist technisch möglich, einen Mittelstrecken-FK in einen strategischen FK umzuwandeln. Die Formulierung deckt aber gleichzeitig die Möglichkeit der Umwandlung von P II in P I b ab.

Die Vernichtung der GK wird nicht gefordert. Auch in dem Vertragsentwurf der USA vom Februar 1982, dem wir damals zugestimmt hatten, war eine Zerstörung der SS-20-GK (westliche LRINF gab es noch nicht) nicht vorgesehen.

e) Ziffer 6 in Verbindung mit Ziffer 7 enthält folgende Modernisierungsbeschränkungen:

– ein Produktions-, Test- und Dislozierungsverbot für bodengestützte Marschflugkörper größerer Reichweite und deren launcher für beide Parteien, falls nicht Marschflugkörper vor dem 31. Dezember 1985 disloziert waren;
– ein Flugtest- und Dislozierungsverbot für bodengestützte ballistische FK größerer Reichweite mit mehr als drei GK und für bodengestützte Marschflugkörper größerer Reichweite mit mehr als einem GK.

Bewertung:

Diese Bestimmungen wirken sich wie folgt aus:

– Die USA könnten neue Marschflugkörper mit einem GK entwickeln und im Rahmen der Obergrenzen dislozieren sowie P II durch Cruise Missiles ersetzen.
– Die SU könnte dies nicht, da sie vor dem 31. Dezember 1985 keine Marschflugkörper disloziert hatte.
– Beide Staaten dürfen keine ballistischen FK mit mehr als drei GK produzieren, entwickeln und dislozieren.
– Erlaubte Neuentwicklungen sind darüber hinaus nicht in der Zahl der Typen beschränkt. Angesichts der von uns angestrebten globalen Null-Lösung können wir dies akzeptieren. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß AM Schewardnadse in Australien[13] davon gesprochen hat, daß im Falle einer INF-Vereinbarung auch die in Asien verbleibenden SS-20 nicht lange dort stehen würden.

f) Ziffer 8 legt den Zeitpunkt fest, von dem ab noch nicht existierende Typen von Raketen bzw. Marschflugkörpern erfaßt und bei den Obergrenzen angerechnet werden müssen:

– entweder nach einer bestimmten, noch zu vereinbarenden Anzahl von Flugtests, die durchgeführt werden nach Inkrafttreten des Vertrages,
– oder (falls die Flugtests bereits vor Inkrafttreten des Vertrages durchgeführt wurden) zum Zeitpunkt der Dislozierung.

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

13 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 3. bis 5. März 1987 in Australien auf.

2) Artikel IV enthält in neun Ziffern folgende Bestimmungen:

a) Ziffer 1 und Ziffer 2 legen fest, daß beide Parteien ihre bodengestützten ballistischen und Marschflugkörper kürzerer Reichweite und deren launcher auf eine bestimmte, noch zu vereinbarende Anzahl begrenzen.

Erläuterung:

Die o.g. Systeme werden in Artikel II wie folgt definiert: Systeme in einem Reichweitenband, dessen Untergrenze bestimmt wird durch die SS-23 (= 500 km). Die Obergrenze bestimmt sich durch die PII (= 1800 km).

In Verbindung mit Artikel IV Ziffer 8 ergibt sich, daß durch Ziffer 1 und Ziffer 2

– für die SU die SS-23 und SS-12/22,

– für die USA eine modifizierte Version des existierenden Typs PI

erfaßt werden bzw. erfaßt würden.

Bewertung:

Hier geht es um die rechtliche Festlegung gleicher Obergrenzen. Ob und wie die Allianz gegebenenfalls die Obergrenze in Ziffer 1 und Ziffer 2 im Rahmen von constraints für gewisse SRINF tatsächlich ausfüllen wird, ist keine im Vertrag zu regelnde Frage. Hierauf kann nur das Bündnis eine Antwort geben.

b) Ziffer 3 gestattet, analog zu den Bestimmungen in Artikel III, beiden Seiten eine zusätzliche Anzahl von launchern und FK; diese Zahl soll von beiden Vertragsparteien in den Verhandlungen festgelegt werden.

c) Ziffer 5 legt fest, daß die zu reduzierenden FK und launcher vernichtet werden müssen. Im Gegensatz zu den LRINF ist eine Umwandlung nicht gestattet.

d) Ziffer 6 und Ziffer 7 enthalten folgende Modernisierungsbeschränkungen:

– ein Produktions-, Test- und Dislozierungsverbot für Systeme im Reichweitenband zwischen 925 km (= Reichweite der SS-12/22) und 1800 km (= Reichweite der PII),

– ein MIRV-Verbot (die existierenden sowjetischen Systeme sind mit einem GK bestückt, auch die aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogenen PI der USA trugen nur jeweils einen GK).

III. An weiteren, wichtigen Bestimmungen des Vertragsentwurfs sind zu nennen:

1) Die Präambel wie auch Artikel I des Vertrages enthalten eine Bekräftigung der Null-Lösung als endgültiges Ziel der LRINF-Reduzierungen.

Dadurch wird klargestellt, daß die USA an dem Verhandlungsziel, das das Bündnis seit November 1981 verfolgt[14], uneingeschränkt festhalten.

Die in der Präambel enthaltene Formulierung „will help to reduce the risk of outbreak of war“ sollte ersetzt werden durch „will support efforts aimed at the

14 Auf ihrer Sitzung am 20. November 1981 in Brüssel schloß die Special Consultative Group (SCG) der NATO ihre Vorbereitungen für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckensysteme in Europa (INF) ab. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 333.
Am 30. November 1981 begannen die INF-Verhandlungen in Genf. Im Mittelpunkt standen der amerikanische Vorschlag für eine Null-Lösung und ein sowjetischer Zwei-Stufen-Plan, der bis 1985 eine beiderseitige Reduzierung der Mittelstreckensysteme, einschließlich der britischen und französischen, auf 600 und anschließend bis 1990 auf 300 Systeme vorsah. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

prevention of war", um den Eindruck zu vermeiden, die INF-Stationierung habe die Kriegsgefahr erhöht.

2) Artikel V enthält Zähl- bzw. Typenregeln, die sich an die in SALT II verwandten anlehnen. Sie sind eine Konkretisierung des Grundsatzes, daß Testergebnisse eines Systems ausnahmslos für alle Systeme desselben Typs gelten. Ferner wird festgelegt, daß alle ballistischen FK als nuklear bestückt betrachtet werden, während bei Marschflugkörpern der Nachweis nicht-nuklearer Bewaffnung möglich ist.

Erläuterung:

Die SS-20 beispielsweise wurde mit drei GK getestet. Daher gilt, daß für jede dislozierte SS-20 drei GK angerechnet werden, unabhängig davon, ob sie tatsächlich ein, zwei oder drei GK trägt. Die SU kann also nicht 34 SS-20 dislozieren, von denen 33 mit je drei GK, die 34. mit nur einem GK bestückt ist. Die unwiderlegbare Vermutung der Nuklearfähigkeit ballistischer FK dürfte wohl speziell gegen eine Nutzung konventioneller ballistischer Raketen durch die SU im Reichweitenband der SS-23 und darüber gerichtet sein.

3) Artikel VI bestimmt, daß sich launcher und FK für die in Artikel III und IV genannten Systeme nur in den vereinbarten Dislozierungsgebieten (DDA) bzw. „support facilities" befinden dürfen. „Support facilities", die in Artikel II definiert werden, sind z. B.:

– eine Produktionsstätte für FK,
– Reparaturanlagen,
– Testgebiete.

Die geographische Lage und die Größe der DDA sowie die „support facilities" sollen im Memorandum of Understanding im einzelnen und abschließend aufgelistet werden.

Artikel VI legt ferner fest, wieviele launcher und FK sich zusätzlich zu den in DDA dislozierten in bestimmten „support facilities" befinden dürfen. Die genaue Zahl soll noch in den Verhandlungen vereinbart werden.

4) Artikel VII enthält u. a. folgende Notifizierungsverpflichtungen:

– 30 Tage nach Inkrafttreten des Vertrages muß der Datenaustausch hinsichtlich der im Memorandum of Understanding genannten Kategorien abgeschlossen sein.
– Änderungen hinsichtlich der Zahl, geographischen Lage oder der Grenzen eines DDA müssen spätestens 30 Tage vor Eintreten der Änderungen mitgeteilt werden.
– Änderungen in der Zahl oder der geographischen Lage von „support facilities" müssen ebenfalls 30 Tage vor Eintreten der Änderungen mitgeteilt werden.
– Geplante Flugtests müssen spätestens 72 Stunden vor Durchführung des Tests mitgeteilt werden.

5) Artikel VIII enthält die Bestimmungen hinsichtlich der Vernichtung, Demontage und Umwandlung von Systemen. Er legt u. a. fest, daß die Zerstörung, Demontage und Umwandlung von Systemen nur in bestimmten, festzulegenden Gebieten durchgeführt werden darf.

Beide Seiten müssen spätestens 90 Tage nach Inkrafttreten des Vertrages einen Zeitplan für die geplante Zerstörung, Demontage oder Umwandlung vorlegen.

Die Zerstörung, Demontage oder Umwandlung muß innerhalb von 30 Tagen nach Beginn dieser Maßnahmen durchgeführt sein.

Aus Artikel IX Ziffer 5 ergibt sich, daß Inspektoren der Gegenseite bestätigen müssen, daß die Zerstörung, Demontage bzw. Umwandlung tatsächlich durchgeführt wurde.

6) Artikel X verpflichtet die Vertragsparteien, die nationalen technischen Mittel der anderen Vertragspartei nicht zu stören.

Des weiteren dürfen die Telemetrie-Daten nicht verschlüsselt werden.

Grundsätzlich dürfen auch keine Verschleierungsmaßnahmen angewandt werden, welche die Verifikation mit nationalen technischen Mitteln oder nach Artikel IX behindern. Jedoch sind Verschleierungsmaßnahmen, die in Verbindung stehen mit „einem normalen Training in den Dislozierungsräumen", gestattet.

7) Artikel XI setzt ein Konsultativgremium analog zur SCC[15] ein.

8) Artikel XII legt fest, daß der Vertrag in Kraft bleibt, bis er durch das Inkrafttreten eines Folgeabkommens ersetzt wird. Dieser Artikel enthält ferner eine Rücktrittsklausel, die nahezu wortgleich ist mit der entsprechenden Klausel im ABM-[16] und SALT-Vertrag[17].

9) Artikel XIII enthält eine Weiterverhandlungsverpflichtung für LRINF, nicht aber für SRINF.

Die USA haben uns mitgeteilt, daß sie die SRINF-Weiterverhandlungsverpflichtung aus rechtlichen Gründen nicht in den Vertragsentwurf aufgenommen haben. Die mit der SU in Reykjavik vereinbarte Weiterverhandlungsverpflichtung knüpfe an die Unterzeichnung, nicht an die Ratifikation des Vertrages an. Im Zeitpunkt der Aufnahme der SRINF-Folgeverhandlungen (spätestens sechs Monate nach Unterzeichnung des Vertrages) sei der Vertrag möglicherweise noch nicht ratifiziert.

Der Bundeskanzler[18], Sie[19] und Bundesminister Wörner haben in Schreiben an Präsident Reagan, AM Shultz und VM Weinberger unsere Auffassung zu SRINF-Folgeverhandlungen wie folgt dargestellt:

15 Standing Consultative Commission.

16 Artikel XV des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) legte fest, daß dieser auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen wurde. Beide Vertragsparteien konnten den Vertrag jedoch unter Berufung auf höchste nationale Interessen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 395.

17 Artikel VIII des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) bestimmte, daß jede Vertragspartei das Abkommen im Falle außergewöhnlicher Ereignisse, die höchste nationale Interessen gefährdeten, unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen könne. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 397.

18 Bundeskanzler Kohl richtete Anfang März 1987 ein Schreiben an Präsident Reagan, in dem er sich zu den Folgen der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987 für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf sowie zur Haltung der Bundesregierung äußerte. Vgl. dazu VS-Bd. 11360 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

Um die umgehende Aufnahme von Folgeverhandlungen sicherzustellen, „erscheint es aus der Sicht der Bundesregierung erforderlich, gleichzeitig mit einem INF-Vertrag eine konkrete Verpflichtung zu sofortiger Aufnahme von Folgeverhandlungen, d. h. in längstens sechs Monaten nach Unterzeichnung des Abkommens, in einer völkerrechtlich verbindlichen Form, vorzugsweise als Bestandteil dieses Vertrages, zu vereinbaren. Ziel dieser Verhandlungen muß es sein, alle INF-Flugkörper kürzerer Reichweite auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren".

10) Artikel XIV bestimmt, daß fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages eine erste Überprüfungskonferenz stattfinden soll. Weitere Überprüfungskonferenzen sollen im Fünfjahresrhythmus folgen.

Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Holik

Anlage

Gliederung des Vertragsentwurfs

- Präambel (u. a. Bekräftigung der Null-Lösung)
- Artikel I: Grundverpflichtung der Vertragsparteien – Begrenzung oder Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenflugkörper als erster Schritt auf dem Weg zur völligen Eliminierung der Gesamtkategorie der LRINF
- Artikel II: Definition von Begriffen des Vertrages
- Artikel III: Quantitative und qualitative Begrenzungen für LRINF
- Artikel IV: Quantitative und qualitative Begrenzungen für Systeme im Reichweitenband 500 bis 925 km
- Artikel V: Zähl- und Typenregeln
- Artikel VI: Geographische Dislozierungsbestimmungen
- Artikel VII: Notifizierungsverpflichtung
- Artikel VIII: Bestimmungen hinsichtlich der Vernichtung, Demontage oder Umwandlung von zu reduzierenden Systemen
- Artikel IX: Vor-Ort-Inspektionen
- Artikel X: Verifikation durch nationale technische Mittel
- Artikel XI: Konsultativgremium
- Artikel XII: Dauer des Vertrages und Rücktrittsklausel vom Vertrag
- Artikel XIII: Weiterverhandlungsverpflichtung für LRINF
- Artikel XIV: Vertragsänderungen und Überprüfungskonferenz
- Artikel XV: Ratifizierungsbestimmungen

VS-Bd. 11360 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 326

19 Für das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 5. März 1987 an den amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 67.

69

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

410-350.00/2 **9. März 1987**[1]
412-422.82/2

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Information

Betr.: Reformvorschläge der Kommission[4];
hier: Finanzteil

A. Finanzierungsvorschläge

I. Analyse

1) Vorbemerkung

Die Gemeinschaft bewegt sich nach Ansicht der Kommission am Rande des Bankrotts:

– Sie sei in einem „Morast haushaltstechnischer Fehlpraktiken" versunken, die notwendig seien, um die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen der Gemeinschaftspolitiken zu verschleiern oder aufzuschieben. So sei es zu einer Akkumulation von Verpflichtungen der Gemeinschaft gekommen, ohne daß entsprechende finanzielle Vorkehrungen getroffen worden seien.
– Das System der eigenen Mittel[5] habe sich als zunehmend unzureichend erwiesen.
– Der Gemeinschaft mangele es an dem notwendigen Instrumentarium, um Politiken an die gewünschten Ausgabenszenarien anpassen zu können.

All dies habe zur Folge, daß die Gemeinschaft ihre politischen Entscheidungen ohne ausreichende finanzielle Deckung getroffen habe. So sei das Aufkommen aus dem MwSt.-Abrufsatz von 1,4% bereits im Jahr vor Inkrafttreten der neuen Höchstgrenze verbraucht gewesen. 1987 werde sich der wirkliche MwSt.-Abrufsatz statt auf die zulässigen 1,4% auf 1,65% belaufen.

2) Höhe der Eigenmittelausstattung

Der Höchstsatz der verfügbaren Eigenmittel, der mindestens bis 1992 ausreichend sein müsse, soll auf 1,4% des Bruttosozialprodukts (BSP) der Gemeinschaft festgesetzt werden.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich und Vortragendem Legationsrat Schönfelder konzipiert.
Hat Kudlich am 1. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 412 „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zirpel am 2. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Schönfelder erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. März 1987 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 29. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM im März vorgelegen (Kopie ist mit Mappe des Gesprächs B[undes]Reg[ierung] – EG-K[ommission] an Referat zurückgelaufen)."

4 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51.

5 Zu den EG-Eigeneinnahmen bzw. zu den Beschlüssen des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 25, Anm. 6.

Ausgehend von den Mehrjahresvorschlägen der Kommission für die Zeit von 1987 bis 1992 soll in die Grundsatzentscheidung über die Eigenmittel die jährliche Höchstgrenze der abrufbaren Eigenmittel (Zwischenplafonds; bezogen auf das BSP und in absoluten Zahlen) bis zum Haushaltsjahr 1992 unterhalb einer Obergrenze von 1,4% des BSP der Gemeinschaft festgesetzt werden.

3) System der Eigenmittelausstattung

Die im Rahmen der 1,4%-BSP-Höchstgrenze verfügbaren Einnahmen sollen sich folgendermaßen aufgliedern:

a) Zölle

b) Agrarabschöpfungen mit folgenden Änderungen:

– Wegfall der zehnprozentigen Rückzahlung an die MS (Anmerkung: Finanzvolumen der pauschalen Erstattung an die Mitgliedstaaten für die Erhebungskosten bei Zöllen und Agrarabschöpfungen 1987 rund 1,3 Mrd. ECU),

– Abführung der Zölle auf die unter den EGKS-Vertrag[6] fallenden Erzeugnisse an die Gemeinschaft (Anmerkung: Finanzvolumen rd. 100 Mio. ECU jährlich).

c) Mehrwertsteuereinnahmen aus der Erhebung von 1% auf die in den MS tatsächlich mehrwertsteuerpflichtigen Umsätze. Dabei soll die Bemessungsgrundlage aus Waren, für die in einzelnen MS der Nullsatz gilt, ebenfalls der Erhebung von 1% unterliegen.

d) Belastung der „ergänzenden Bemessungsgrundlage" als Mittel zur Restdeckung des gesamten Haushalts („4. Einnahmeart").

Diese Einnahme würde aus einem Finanzbeitrag der Mitgliedstaaten bestehen, der berechnet würde durch die Anwendung eines einheitlichen Hebesatzes auf die Bemessungsgrundlage, die als Unterschied zwischen dem BSP und der tatsächlichen MwSt.-Bemessungsgrundlage für die einprozentige Erhebung definiert ist.

Mit diesem neuen Element der Finanzbeiträge erfolgt die Anknüpfung an die nationalen BSPs. Wie Delors vor der Presse erläuterte, ist es als Korrekturfaktor für die übrigen drei Elemente gedacht. Es sei nicht realistisch, in einem Zug vom derzeitigen, auf der MwSt. beruhenden System zu einem ausschließlich auf dem BSP der MS beruhenden System überzugehen.

e) Zusätzliche Einnahmequelle

Die Kommission möchte die Möglichkeit offenhalten, daß die vorgenannten Mittel bis 1992 innerhalb der Höchstgrenze von 1,4% BSP um eine weitere Mittelart ergänzt werden können (z. B. eine Verbrauchssteuer als Gemeinschaftssteuer – „5. Einnahmeart").

4) Haushaltsungleichgewichte

Die Kommission wendet sich zwar gegen eine Ausweitung des Ausgleichssystems, spricht sich aber für weitere Ausgleichszahlungen an Großbritannien aus.[7]

Sie schlägt vor, den Mechanismus von Fontainebleau zu ändern und ihn im wesentlichen auf die eigentliche Ursache des britischen Haushaltsproblems –

6 Für den Wortlaut des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

7 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

nämlich die Großbritannien nur in geringem Umfang zufließenden Gemeinschaftsmittel für den Agrarsektor – auszurichten.

Ausgeschlossen bleiben vom Ausgleichsmechanismus sollen Leistungen in die Strukturfonds, Verwaltungsausgaben etc.

Bemessungsgrundlage für Ausgleichszahlungen soll der Unterschied zwischen dem GB-Anteil am BSP der Gemeinschaft und seinem Anteil an den ihm aus der EAGFL-Garantie zufließenden Mitteln multipliziert mit dem Gesamtbetrag der Ausgaben der EAGFL-Garantie sein.

Für Großbritannien ergäbe sich nach dieser Berechnung für 1987 (vorläufige Schätzung) ein Nettosaldo von 2,032 Mrd. ECU, wovon 1,016 Mrd. ECU (50%) erstattet würden.

Der Ausgleich soll wie folgt finanziert werden:

– Nichtberücksichtigung der weniger wohlhabenden Länder (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien);
– Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland mit 25% ihres normalen Anteils;
– Umlegung des Restbetrags auf die übrigen Länder entsprechend ihrem relativen Wohlstand (Anteil am BSP, gewichtet mit BSP pro Kopf).

Der deutsche Anteil an den Ausgleichszahlungen würde sich auf 141 Mio. ECU belaufen (gegenüber 447 Mio. ECU nach dem alten System) (vgl. Anhang 1).

5) Ausgaben 1988 bis 1992

Für die Ausgaben 1988 bis 1992 schlägt die Kommission folgende Leitlinien vor:

– Begrenzung der Ausgaben der EAGFL-Garantie (nur noch knapp über 50% der gesamten Haushaltsmittel);
– Reform der Strukturfonds in Verbindung mit einer realen Verdoppelung der Ausgaben (rund 25% der Haushaltsmittel);
– Durchführung des vorgeschlagenen Rahmenprogramms für die Forschung (3% der Haushaltsmittel);
– Entwicklung anderer und neuer Bereiche der Gemeinschaftspolitik, einschließlich einer Umweltpolitik.

6) Einnahmen für 1988 bis 1992

Die Gesamteinnahmen beim gegenwärtigen MwSt.-Abflußsatz von 1,4% erhöhen sich um etwa 1% jährlich, d.h. etwas mehr als ein Drittel der BSP-Wachstumsrate. Die Einnahmen bei unveränderter Politik werden in diesem Fall 1992 rund 39,7 Mrd. ECU betragen. Dieser Betrag würde nach Ansicht der Kommission nur 75% der Zahlungsermächtigung decken.

Neue Mittel im Umfang von 1,4% des BSP der Gemeinschaft dagegen würden eine Sicherheitsspanne ermöglichen, da nur Mittel in Höhe von etwa 1,28% BSP benötigt würden (gegenüber 1,16% BSP 1987).

Zur von der Kommission geschätzten Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen 1987 bis 1992 vgl. Anhang 2+3. Das neue System der Finanzierung würde einige Änderungen in der Belastung einzelner Mitgliedstaaten mit sich bringen (vgl. Anhang 5).

Großbritannien müßte nach einer Modellrechnung der Kommission für das Jahr 1987 306 Mio. ECU weniger, Italien hingegen 188 Mio. ECU mehr leisten. Die

Leistungen der Bundesrepublik Deutschland würden sich um 57 Mio. ECU erhöhen, diejenigen Frankreichs um 22 Mio. ECU verringern.

II. Bewertung aus der Sicht AA

1) Die Vorschläge der Kommission decken sich in wichtigen Punkten mit den Vorausinformationen, die wir bereits im Dezember aus Brüssel erhielten und die Grundlage der Vorbereitungen des Gesprächs des Bundeskanzlers mit Präsident Delors[8] waren. Insofern gilt für uns grundsätzlich die Position, die am 12.2.1987 in dem Ministergespräch beim Bundeskanzler festgelegt wurde.

Diese Position ist weitgehend identisch mit der ursprünglichen Position von AA und BMWi zu dieser Frage.[9]

2) Unterschiede dieser Position zu den Vorstellungen der Kommission:

a) Wir werden nicht bereit sein, am 1.1.1988 mehr Mittel freizugeben, als einem MwSt.-Eigenmittelplafond von 1,6% entsprechen. Kommission meint, daß bereits 1987 ein MwSt.-Plafond von 1,65% notwendig sei. BMF behauptet, daß bei Einhaltung der bereits bestehenden Regeln über die HH[10]-Disziplin eine Erhöhung des derzeitigen 1,4 %-MwSt.-Plafonds auf 1,6 % (ab 1988) ausreichen würde, um die notwendigen Ausgaben bis 1991 zu finanzieren.

b) Wir sind bereit, an der Entwicklung eines neuen, gerechteren Finanzierungssystems konstruktiv mitzuarbeiten.

Kommission schlägt Anbindung eines Teils der Eigeneinnahmen („4. Einnahmeart") an Bruttosozialprodukt (BSP) vor.

BSP unterscheidet sich von BIP durch den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt. Da bei uns dieser Saldo in den letzten Jahren (Ausnahme 1982) durchweg positiv gewesen ist (in Milliarden DM: 1983: 4,5; 1984: 8,8; 1985: 7,1), wirkt sich BSP- anstatt BIP-Anbindung – wenn auch nicht sehr erheblich – zu unseren Ungunsten aus.

Bei Umstellung auf das neue System wäre Vereinheitlichung der BSP-Berechnungsmethoden in den einzelnen MS notwendig. Allerdings wirft auch das gegenwärtige System erhebliche statistische Probleme auf. Kommission schlägt 1,4%-BSP-Plafond bis 1992 vor und möchte bereits jetzt Zwischenplafonds für die einzelnen Jahre beschließen lassen.

8 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und der Bundesminister Bangemann, Genscher, Kiechle und Stoltenberg mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors, und weiteren Mitgliedern der EG-Kommission am 13. Februar 1987 vgl. Dok. 51, Anm. 9.

9 Zur Vorbereitung des Ministergesprächs bei Bundeskanzler Kohl am 12. Februar 1987 vermerkte Ministerialdirektor Jelonek am 10. Februar 1987: „Hinsichtlich der künftigen Finanzierung der Gemeinschaft haben sich die Positionen von AA und BMWi auf der einen sowie BMF und BML auf der anderen Seite zwar stark angenähert, unterscheiden sich aber noch in wesentlichen Punkten: Alle Ressorts stimmen grundsätzlich der Erhöhung des MWSt-Eigenmittelplafonds ab 1.1.1988 von derzeit 1,4% auf 1,6% zu. Dies bedeutet eine jährliche Höherbelastung der Bundesrepublik Deutschland von rund 2 Mrd. DM ab diesem Zeitpunkt. AA und BMWi akzeptieren nicht die vom BMF vorgeschlagene und vom BML mitgetragene Festschreibung der Eigenmittel der Gemeinschaft bis 1991 in Höhe von 1,6% des MWSt-Eigenmittelplafonds. Sie treten außerdem für einen Abbau und nicht einen Ausbau der nationalen Beitragsrabatte ein. Ein wichtiger Unterschied ist auch, daß BMF und BML den Übergang auf die von der Kommission erwogene neue Bemessungsgrundlage der Finanzierung (Bruttoinlandsprodukt/BIP) ablehnen." Vgl. Referat 412, Bd. 168700.

10 Haushalt.

Dies ist bisher bei uns nicht vorgesehen und paßt auch nicht zu einer Erhöhung auf nur 1,6 % MwSt., denn dieser Plafond würde[11] schon 1988 gebraucht.

c)[12] Wir sind bereit, Erhöhung auf 1,6 % MwSt.-Eigenmittelplafond (oder entsprechend) nur unter bestimmten Bedingungen (im Bereich der Agrarpolitik und Haushaltsdisziplin) zuzustimmen. Jüngste Agrarvorschläge der Kommission[13] stehen unseren Wünschen diametral entgegen. Falls wir Junktim aufrechterhalten wollen, stellt sich Problem zeitlichen Ablaufs. Agrarentscheidungen stehen bereits in der ersten Jahreshälfte an. Mittelentscheidung kann auch in zweiter Jahreshälfte getroffen werden.

d)[14] Wir wünschen Beseitigung aller Ausgleichsbeträge; wenn aber GB weiterhin entlastet wird, wollen auch wir Entlastung. KOM setzt zwar die Ausgleichszahlungen für GB niedriger an (statt 66 % wie bisher nur noch 50 %, allerdings auf veränderter Bemessungsgrundlage), macht aber nur allgemeine Ausführungen über die Notwendigkeit der Beendigung von Ausgleichszahlungen generell. Ob die vorgeschlagene deutsche Minderbeteiligung an der GB-Entlastung uns ausreicht, wäre erst noch zu entscheiden. Nominaler Ausgleich für GB bleibt trotz niedrigeren Ausgleichssatzes wegen höherer Bemessungsgrundlage wahrscheinlich in etwa gleich.

3) Insgesamt werfen die Vorschläge der Kommission zahlreiche schwierige neue Fragen auf, die auch intern noch sorgfältig analysiert werden müssen.

B. Haushaltsdisziplin

I. Die Kommission stellt eine verstärkte Haushaltsdisziplin (HH-Disziplin) als wesentlichen Bestandteil ihres Maßnahmenpakets heraus. Von den gegenwärtig geltenden Regeln (jährlicher Bezugsrahmen, Agrarleitlinie, Einhaltung des halben Höchstsatzes für NOA, jeweils nur auf Ratsebene festgelegt) unterscheiden sich die Kommissionsvorschläge in folgenden Punkten:

1) Einfügung von „Zwischenplafonds“ für jedes der Jahre bis 1992 in den neuen Eigenmittelbeschluß.

11 Korrigiert aus: „wurde“.

12 Korrigiert aus: „d)“.

13 Die EG-Kommission übermittelte dem EG-Rat am 20. Februar 1987 ihre Vorschläge für die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1987/88. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1987, S. 14–19 und S. 59–67.
In einem Schreiben an Bundesminister Genscher vom 9. März 1987 bat Bundesminister Kiechle um Unterrichtung der Botschafter in den EG-Mitgliedstaaten über diese Vorschläge. Dafür übermittelte er einen Briefentwurf, in dem dargelegt wurde: „Die Kommission schlägt im EG-Durchschnitt eine ECU-Preissenkung von 0,5 % vor. Unter Berücksichtigung der Änderung der grünen Umrechnungskurse ergibt sich im EG-Gemeinschaftsdurchschnitt eine Anhebung in nationaler Währung um 0,2 %, für die Bundesrepublik jedoch eine Preissenkung von 2,5 %. Diese Preissenkung hätte eine Einkommensminderung in der Größenordnung von 8 – 10 % zur Folge. Diese Einkommensminderung wäre für einen Großteil unserer bäuerlichen Betriebe nicht zu verkraften.“ Zu den Vorschlägen im agrimonetären Bereich hieß es: „Die Kommission schlägt den Abbau des noch bestehenden positiven Währungsausgleichs in Deutschland und den Niederlanden vor. Dies würde zu Preissenkungen von 2,9 % bei Milch, von 2,4 % bei Getreide und 1,8 % bei den übrigen Produkten führen. Das Währungsausgleichssystem soll so geändert werden, daß es künftig nach Wechselkursänderungen (etappenweise) zu automatischen Preissenkungen in den Aufwertungsländern kommt. Durch Auflockerung, z. B. durch maximal mögliche Freimargen bis zu 10 %, würde das Währungsausgleichssystem weitgehend seiner Schutzwirkung beraubt. Schließlich möchte die Kommission das Währungsausgleichssystem bis 1992 ganz abschaffen. Diese Vorschläge können nicht akzeptiert werden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168701.

14 Korrigiert aus: „e)“.

2) Abschluß einer interinstitutionellen Vereinbarung zwischen EP, Rat und KOM mit folgenden Elementen:

a) Steigerungssatz der nicht-obligatorischen Ausgaben (NOA) („Höchstsatz“) soll für VE und ZE[15] jeweils zu Beginn des Haushaltsverfahrens durch Einigung zwischen den drei Organen festgesetzt werden (bisher: Feststellung durch KOM nach objektiven Kriterien – BSP-Entwicklung, Haushaltsentwicklung in MS, Veränderung der Lebenshaltungskosten);

b) Höchstsatz darf nur bei Ausgaben zur Durchführung der EEA[16] überschritten werden (d.h. vor allem Strukturfonds und Forschung);

c) Aufstellung einer vom Rat und EP zu beschließenden mehrjährigen Finanzplanung als konkretes Instrument der mittelfristigen Haushaltsführung.

3) Im Agrarbereich sollen „automatisch wirkende“ Haushaltsstabilisatoren eingeführt werden, die von Mitverantwortungsabgaben bis zu den jetzt für pflanzliche Fette vorgeschlagenen Maßnahmen[17] reichen können. Der Rat soll für den Ernstfall durch kurze Fristen zu raschen Beschlüssen veranlaßt werden.

4) Zur Bewältigung außergewöhnlicher Umstände, hervorgerufen insbesondere durch Währungsentwicklung, soll Rückstellung (Reservefonds) dienen, der (bei steigendem Dollarkurs) aus Einsparungen aufgrund der Währungsentwicklung gespeist würde.

II. Erste Bewertung aus Sicht des AA

1) Das Einziehen von „Zwischenplafonds“ hat nur Sinn bei der – von KOM vorgeschlagenen – großzügigeren Bemessung der Obergrenze bis 1992. Bei Erhöhung der Obergrenze auf Betrag entsprechend 1,6% MwSt. ist für Grenzziehungen darunter kein Raum.

2) Den Versuch, das EP in die HH-Disziplin einzubinden, hatte die KOM schon in ihrem Vorschlag zur HH-Disziplin vom Februar 1984[18] gemacht (Konzertierung zwischen den drei Organen über die wichtigsten Elemente des Haushaltsplans vor Beginn des eigentlichen Haushaltsverfahrens). AA hatte damals für den Gedanken eines frühzeitigen Gesprächs mit dem EP (keine förmliche Konzertierung) einiges Verständnis. Im Ressortkreis und im Rat hat sich dann aber die Auffassung durchgesetzt, daß der Rat wirksame HH-Disziplin allenfalls für seinen Teil treiben kann. Im Rahmen des geltenden Finanzsystems, bei dem das EP für die Einnahmenseite keine Verantwortung trägt, ist Interessenkonflikt und damit Auseinandersetzung zwischen Rat und EP unvermeidlich. Versucht man, beides sehr früh auszutragen, so müßte der Rat entweder den höheren Ausgabewünschen des EP nachgeben oder noch nachhaltigere Blockierung des Haushaltsverfahrens riskieren (Allianz zwischen ausgabefreudigen MS und EP schon bei Aufstellung des ersten Ratsentwurfs).[19]

15 Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen.

16 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

17 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13.

18 Für den Wortlaut der Vorschläge der EG-Kommission vom Februar 1984 zur Haushaltsdisziplin anläßlich der Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel vgl. BULLETIN DER EG 2/1984, S. 31 f.

19 Zur Verabschiedung des EG-Haushalts 1987 vgl. Dok. 73, Anm. 6.

Die neuen KOM-Vorstellungen bergen die Gefahr, daß bei NOA die HH-Disziplin zum bloß verbalen Bekenntnis wird und sich das Konfliktpotential eher noch vergrößert:

a) Ein Steigerungssatz der NOA aufgrund objektiver Kriterien (jetziges System) gewährt mehr Sicherheit und Vorhersehbarkeit als eine reine „Verhandlungslösung".

b) Die ausdrücklich geschaffene Möglichkeit, für die Masse der NOA den Höchstsatz zu überschreiten, würde kaum als Aufforderung zu stärkerer HH-Disziplin verstanden werden. KOM hat in ihrer ersten Erläuterung im AStV selbst die Zwischenplafonds bei den Eigenmitteln als das eigentliche disziplinierende Element herausgestellt.

3) Mehrjahres-Haushaltsplan klingt im Prinzip gut, hat aber nach den KOM-Vorschlägen einige Pferdefüße:

– Vermengung von Sach- und Finanzierungsbeschlüssen;
– KOM als Schiedsrichter, wenn Rat und EP sich nicht einigen können;
– ausdrückliche Feststellung, daß NOA stärker steigen dürfen als der Höchstsatz.

4) Im Agrarbereich würde die HH-Disziplin weiterhin hauptsächlich auf der Einhaltung der Agrarleitlinie beruhen (Agrarausgaben dürfen nicht rascher steigen als die Eigenmittelbasis). Dies hat sich bisher als unzureichend erwiesen.

Das neue Element „automatisch wirkender" Stabilisatoren klingt zwar gut. Selbst wenn es hier zu keinem Zielkonflikt zwischen HH-Disziplin und Sicherung bäuerlicher Einkommen käme, ist es mit der „Automatik" aber nicht weit her: Im Einzelfall müßte doch wieder der Rat beschließen, wenn auch binnen kurzer Fristen.

Der Reservefonds ist ein interessanter Gedanke. Wenn die Erstausstattung aus Haushaltsmitteln der EG neben der regulären Agrarfinanzierung bestritten werden sollte, könnte dies allerdings die Möglichkeiten für neue Politiken noch weiter einschränken. In jedem Fall müßte sichergestellt werden, daß der Fonds auf seine ursprüngliche Zweckbestimmung (Abdeckung währungspolitischer Risiken in der GAP) beschränkt bleibt und nicht die „normale" Agrarfinanzierung weiter aufbläht.

C. Neue Regeln für die Haushaltsführung

I. 1) Die KOM vermerkt kritisch mehrere Aspekte der Haushaltsführung:

– Überdotierung zahlreicher Haushaltslinien wegen Überschätzung der Absorptionsfähigkeit;
– zu viele Mittelübertragungen von einem Jahr auf das andere, unzulängliche Überwachung eingeleiteter Aktionen;
– geringe Effizienz vieler Gemeinschaftstätigkeiten.

2) Um diesen Mängeln abzuhelfen, schlägt die KOM eine Reform der Haushaltsordnung und der Haushaltspraxis in folgendem Sinne vor:

– Anpassung von Mittelanforderungen und -ansätzen an die tatsächlichen Möglichkeiten des Mittelverbrauchs;
– Schaffung einer allgemeinen Reserve als Gegenstück für zurückhaltenden Mittelansatz für die einzelnen Haushaltslinien;

– Abschaffung der automatischen Übertragung nicht verbrauchter Mittel auf das folgende Haushaltsjahr;
– bessere Mittelkontrolle innerhalb der KOM.

II. Erste Stellungnahme aus Sicht des AA

Soweit die Vorschläge zu größerer Haushaltswahrheit und -klarheit führen, sind sie zu begrüßen. Zweifel sind hingegen zum Gedanken einer allgemeinen Reserve angebracht. Verfügbares und noch nicht anderweitig belegtes Geld weckt erfahrungsgemäß Begehrlichkeiten („Juliusturm"). Zudem muß bezweifelt werden, ob in der Praxis die Haushaltslinien tatsächlich um den Betrag der Reserve niedriger dotiert würden.

Jelonek

Referat 412, Bd. 168701

70

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 10. März 1987, 16.33 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 358 **Ankunft: 10. März 1987, 18.32 Uhr**

Betr.: 750-Jahr-Feier Berlin;
hier: Einladung des Regierenden Bürgermeisters Diepgen zum Staatsakt der DDR am 23.10.87 in Ost-Berlin[2] und Gegeneinladung

Der stellvertretende Vorsitzende und Sekretär des Festkomitees der DDR, Staatssekretär Löffler, empfing mich heute zu einem von mir erbetenen Gespräch in seinen Amtsräumen. Aus dem Gespräch, das wir allein führten, ist festzuhalten:

1) Nach einem allgemeinen Meinungsaustausch über die Planungen in Ost-Berlin (dazu wird gesondert berichtet[3]) wies ich Löffler darauf hin, daß die

1 Hat Bundesminister Genscher am 12. März 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erbitte Bewertung."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 12. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Kastrup an Referat 210 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] W[ei]s[un]g BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 12. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 12. März 1987 vorgelegen.
Hat Richthofen am 13. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Kastrup verfügte.
Hat Kastrup am 13. März 1987 vorgelegen.

2 Zu den Einladungen an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen vom 8. Oktober 1986 vgl. Dok. 5, besonders Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 16.

3 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 10. März 1987: „Bei meinem Gespräch mit Staatssekretär Löffler am 10. März fragte ich ihn, zu welchen Veranstaltungen in Ost-Berlin die Missionschefs eingeladen würden. Uns läge daran, rechtzeitig dazu Überlegungen anstellen zu können. In seiner Antwort machte Löffler folgende Angaben: 1) Bei den großen Veranstaltungen,

„Gegeneinladung" des Senats von Berlin ihm heute vom Chef der Senatskanzlei übergeben werde.[4]

Die Bundesregierung billige diese Einladung und habe sie gegenüber den Drei Mächten, die inzwischen zugestimmt hätten, nachdrücklich unterstützt. Sie hoffe, daß Honecker die Einladung annehmen werde. Der Bundespräsident und der Bundeskanzler sowie weitere hochrangige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland würden an der Festveranstaltung am 30. April in Berlin (West) teilnehmen. Im Zusammenhang damit werde es sicher auch Gelegenheit zu Gesprächen mit dem Staatsratsvorsitzenden geben. Neben dem Regierenden Bürgermeister würden der Bundespräsident und der Bundeskanzler Ansprachen halten.

Löffler erklärte, er werde, wenn er die Einladung zu dem Festakt in Berlin (West) heute in Empfang nehme, natürlich noch keine Antwort geben können. Soviel könne er jedoch schon jetzt sagen, daß die Einladung an den Vorsitzenden des Festkomitees der DDR, den Staatsratsvorsitzenden Honecker, von seiner Seite grundsätzlich begrüßt werde. Die Teilnahme des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und weiterer Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik nehme er zur Kenntnis. Er sehe darin an sich kein Problem für seine Seite. Wenn jedoch die Planung des Senats dahin gehe, daß der Bundespräsident und der Bundeskanzler Ansprachen halten, der Gast aus der DDR jedoch nicht einmal Gelegenheit zu einem Grußwort erhalte, könne das ein Problem für seine Seite werden. Löffler wiederholte: „könnte das ein Problem werden"; er wisse aber noch nicht, ob es tatsächlich so sein werde.

Ich habe erwidert, nach meiner Kenntnis würde der Regierende Bürgermeister, sollte er an dem Staatsakt der DDR teilnehmen, auch keine Gelegenheit zu einem Grußwort erhalten. Insofern würde Honecker als Gast in Berlin (West) nicht anders behandelt als der Regierende Bürgermeister in Berlin (Ost).

Abschließend sagte ich Löffler, aus meiner persönlichen Sicht wäre es am besten, wenn er möglichst bald – nicht nur dem Senat, sondern auch mir – signalisieren

Fortsetzung Fußnote von Seite 335

insbesondere dem Staatsakt (23.10.), Festumzug (4.7.) sowie der Eröffnung der bedeutenden Ausstellungen über Geschichte, Wissenschaft und Kunst, seien Einladungen an sämtliche Missionschefs vorgesehen. Die Ausstellungen würden von den jeweils zuständigen Fachministern mit einer Rede eröffnet. Der Staatsratsvorsitzende und der Oberbürgermeister würden anwesend sein. 2) Eine andere Kategorie von Veranstaltungen habe mehr einen städtischen Charakter. Das gelte für die Eröffnung des Ephraim-Palais und der Nikolai-Kirche sowie die Wiederaufstellung des Schiller-Denkmals. Dazu werde voraussichtlich der Oberbürgermeister einladen. […] Sollten der Regierende Bürgermeister oder auch Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik, wie Löffler von sich aus bemerkte, Interesse an einer Teilnahme haben, könne man darüber sondieren. Gegebenenfalls würden dann die Einladungen ausgesprochen werden. Nur wolle man sich nicht gern einer Ablehnung aussetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 359; Referat 210, Bd. 139174.

4 Am 10. März teilte das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin in einer Erklärung mit: „Der stellvertretende Leiter des Arbeitskreises zur 750-Jahr-Feier, Detlef Stronk, ist heute mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees der DDR zum 750-jährigen Bestehen von Berlin, Kurt Löffler, zu einem weiteren Gespräch im Senatsgästehaus zusammengetroffen. Dr. Stronk hat die Einladung des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen an den Vorsitzenden des Komitees der DDR […], Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, übergeben". Diepgen habe dazu erklärt, es sei die Absicht des Senats, „im Jubiläumsjahr die gemeinsame Geschichte der Stadt und die Zusammengehörigkeit der Bürger zu betonen. […] Die unterschiedlichen Rechtsauffassungen und vor allem die gegensätzlichen Positionen im Verständnis von Demokratie zwischen den Verantwortlichen in Ost und West bleiben bestehen. Es gibt aber auch gemeinsame Verantwortung." Vgl. Referat 210, Bd. 139174.

würde, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen Honecker an dem Festakt teilnehmen würde. Dadurch würde die Meinungsbildung auf unserer Seite über eine Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters an dem DDR-Staatsakt in Ost-Berlin wesentlich erleichtert werden.

2) Zu dem Staatsakt am 23. Oktober sagte Löffler, die von Staatssekretär Stronk vorgetragenen Überlegungen des Senats könnten weitestgehend realisiert werden. Auf meine Bitte machte er dann zu Einzelheiten des Staatsakts folgende Angaben:

a) Ort

Die Veranstaltung finde im Palast der Republik statt. Man habe, auch um Komplikationen zu vermeiden, bewußt nicht das Gebäude des Staatsrats dafür gewählt.

b) Teilnahme

Ausländische Staatsgäste würden zu dem Staatsakt nicht eingeladen. Staaten, mit denen die DDR diplomatische Beziehungen unterhalte, könnten sich durch ihre Missionschefs vertreten lassen. Selbstverständlich werde auch der Leiter der Ständigen Vertretung eingeladen. Durch den Verzicht auf Einladung ausländischer Staatsgäste sei die politisch delikate Frage, wer gegebenenfalls einer Einladung folgen würde, vermieden worden. Sollten sich allerdings zufällig ausländische Gäste an dem fraglichen Tag in der Stadt aufhalten (was bei einer Jugend-Delegation auf Einladung der FDJ der Fall sein könnte), werde man sie fragen, ob sie teilnehmen wollten. Staats- oder Regierungsbesuche stünden in der fraglichen Zeit aber nicht an und würden auch nicht angestrebt.

Wenn unsere Seite es wünsche, könnten Ministerpräsidenten der Bundesländer eingeladen werden, „sogar alle, warum nicht?“ Dazu bedürfe es allerdings eines Zeichens unserer Seite. An eine Einladung von Parteivertretern aus der Bundesrepublik werde nicht gedacht.

Die Bundesregierung habe bisher kein Interesse an einer Teilnahme gezeigt. Wenn dies aber der Fall sein sollte, werde er das sofort weiterleiten. Sogar eine Teilnahme des Bundespräsidenten sei für ihn „nicht undenkbar“.

Was Berlin (West) angehe, so gehe seine Seite davon aus, daß der Regierende Bürgermeister die regierende Koalition vertrete. Von wem er sich bei einer Teilnahme begleiten lasse (z. B. auch von dem Landesvorsitzenden der FDP[5] oder einem Senator), sei seine Sache. Zusätzlich würden die Vorsitzenden der beiden anderen Fraktionen des Abgeordnetenhauses (SPD[6] und AL[7]) eingeladen. Seitens der DDR werde die gesamte Partei- und Staatsführung einschließlich des Ministerrats teilnehmen, also auch der Verteidigungsminister[8], der dem Politbüro und dem Ministerrat angehöre.

5 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus war Walter Rasch.

6 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der SPD und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus war Walter Momper.

7 Vorsitzende der Fraktion der Alternativen Liste in Berlin war Heidemarie Bischoff-Pflanz, Vorsitzender seit April 1987 war Wolfgang Wieland.

8 Heinz Keßler.

Entsprechend ständiger Übung und den Dienstvorschriften werde der Verteidigungsminister Uniform tragen. Auf meinen Hinweis, daß eine Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters dadurch wesentlich erschwert werden könnte, sagte Löffler, bei vielen anderen wesentlichen Anlässen in Berlin sei die Anwesenheit des Verteidigungsministers in Uniform für die westalliierten Botschafter kein Hinderungsgrund für ihre Teilnahme gewesen, selbst dann nicht, wenn der Verteidigungsminister herausgehoben im Präsidium solcher Veranstaltungen Platz genommen habe (was bei dem Staatsakt nicht der Fall sein werde). Ich habe nochmals darauf hingewiesen, daß es sich dabei um einen sehr schwierigen, wenn nicht entscheidenden Punkt handele. Dabei erinnerte ich daran, daß seinerzeit die Teilnahme des DDR-Verteidigungsministers in Uniform an dem offiziellen Essen zu Ehren des französischen Premierministers[9] als schwere Brüskierung empfunden worden ist. Löffler meinte dazu, diese Angelegenheit sei längst ausgeräumt. Meine Frage, ob auch der Stadtkommandant[10] an dem Staatsakt teilnehmen werde, konnte Löffler nicht beantworten. Dazu gebe es jedenfalls bisher keine Entscheidung. Er wisse im übrigen nicht, ob sich diese Frage überhaupt stelle. Da Bezirksdelegationen aus der gesamten DDR eingeladen würden, könne es auch sein, daß außer dem Verteidigungsminister einige wenige NVA-Angehörige in Uniform im Saal sein würden.

c) Ablauf

Löffler sagte dazu, die Festansprache werde der Staatsratsvorsitzende halten. Weitere Reden seien nicht vorgesehen, auch nicht eine Begrüßung durch den Oberbürgermeister[11].

Ferner werde von einem Zivilorchester die 9. Sinfonie von Beethoven gespielt werden sowie die Nationalhymne der DDR. Ein Empfang sei nicht vorgesehen. In der Pause des Staatsakts werde es aber Gelegenheit zu Gesprächen, auch zwischen Honecker und Diepgen, geben. Grußworte der Gäste seien nicht vorgesehen. Eine bilaterale Begegnung zwischen dem Staatsratsvorsitzenden und dem Regierenden Bürgermeister, etwa im Anschluß an den Staatsakt, könne er sich zwar vorstellen, sei aber bisher nicht erbeten worden.

d) Beflaggung

Vor dem Palast der Republik und vermutlich auch im Veranstaltungsraum werde mit Sicherheit die DDR-Fahne und, wie in der DDR stets üblich, die rote Fahne (Parteiflagge) aufgezogen, vielleicht auch die (Ost-)Berliner Stadtflagge. Ein Hissen der West-Berliner Flagge, etwa zu Ehren des Regierenden Bürgermeisters, sei nicht (nicht) vorgesehen.

e) Weitere Modalitäten

Eine Ehrenformation der NVA bzw. eine Aufstellung des Wachbataillons vor oder im Palast der Republik werde es nicht geben, soweit er derzeit wisse, nicht einmal eine Ehrenwache. Auch ein Spalier aus der Bevölkerung am Eingang sei nicht geplant, wenngleich sich sicher einige Berliner als Zuschauer einfinden würden.

9 Ministerpräsident Fabius besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985. Verteidigungsminister der DDR war Heinz Hoffmann.
10 Karl-Heinz Drews.
11 Erhard Krack.

Das Gespräch mußte nach 50 Minuten wegen einer Terminverpflichtung Löfflers abgebrochen werden. Wir haben verabredet, es in nächster Zeit fortzusetzen.[12]

[gez.] Bräutigam

Referat 210, Bd. 139174

71

Botschaftsrat I. Klasse Fett, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt

114-2526/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 11. März 1987, 15.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 164 **Ankunft: 12. März 1987, 07.08 Uhr**

Betr.: Südsudan[2];
hier: Vertrauliche Äußerungen von Joseph Haworu Oduho

Bezug: 1) Bericht Nr. 45 vom 16.1.87 – Pol 322 SUD[3]
2) Erlaß vom 10.2.87 – 310-320.20 SUD[4]

Am 4.3.87 kam es zu einem überraschenden Vier-Augen-Gespräch mit Garangs politischem Berater Oduho, der folgendes ausführte:

12 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 1. April 1987: „Als ich StS Löffler gestern am Rande einer gesellschaftlichen Veranstaltung fragte, ob wir mit der Teilnahme des GS am 30.4. rechnen könnten, sagte er, er könne noch keine Antwort geben. Man habe ja auch noch vier Wochen Zeit. Er hoffe nach wie vor, daß für diese Veranstaltung Modalitäten geschaffen würden, die Honecker eine Teilnahme ermöglichen würden. Auf meine Frage, wo das Problem für seine Seite liege, sagte Löffler, die geplante Rede des Bundeskanzlers und der Umstand, daß Honecker auf dieser Veranstaltung nicht sprechen könne, zeigen, daß eine gleichberechtigte Teilnahme offenbar nicht ermöglicht werde. Außerdem gebe es das Problem der Hymne: Gespielt werde die Hymne der B[undes]R[epublik] Deutschland, nicht aber die der DDR, obwohl deren Staatsoberhaupt anwesend sei. Auf meinen Hinweis, daß bei dem Staatsakt am 23.10. ja ebenfalls nur die Hymne der DDR gespielt werde und trotz auswärtiger Gäste keine andere, bemerkte Löffler, bisher sei gar nicht der Wunsch geäußert worden, daß am 23.10. auch unsere Hymne gespielt werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 511; Referat 210, Bd. 139174.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Much am 12. März 1987 vorgelegen.

2 Botschafter Zimmermann, Khartoum, führte im Politischen Halbjahresbericht für den Sudan vom 30. März 1987 aus: „Zu keinem der von dem 1985 gestürzten Präsidenten Numeiri und von der Übergangs-/Militärregierung ererbten Hauptprobleme des Sudan zeichnet sich ein überzeugender Lösungsweg ab. Der Bürgerkrieg im Südsudan blutet ein bereits bettelarmes Land (LLDC, MSAC) seit nunmehr dreieinhalb Jahren aus; den seit 16. August 1986 (Abschuß eines sudanesischen Zivilflugzeugs durch die Aufständischen) abgebrochenen Dialog mit den Guerillas der SPLA/SPLM hat die Regierung nicht ernsthaft wieder aufzunehmen versucht. […] Der PM fordert vor Sachverhandlungen mit der SPLA/SPLM, diese müsse zunächst ihre Unabhängigkeit von Äthiopien nachweisen. Ferner bleibt die Sharia-Frage ein Haupthindernis für die Beilegung des Bürgerkriegs. Während fast alle Parteien des Nordens den Islam als staatstragendes Element in der künftigen Verfassung verankert wissen wollen, bestehen die Aufständischen kompromißlos auf einer säkularen Staatsverfassung.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 284; Referat 310, Bd. 149662.

3 Botschafter Oldenkott, Addis Abeba, berichtete: „Kurzfristig hatte sich nun doch der Senior Advisor Dr. John Garangs, J. H. Oduho, bei meinem Vertreter zu einem Gespräch angesagt, das am 14.1.1987, ohne nach außen bekannt zu werden, in der Botschaft stattfand. Oduho hatte inzwischen auch Gespräche in den Vertretungen von USA, Kanada, Schweden, Norwegen und UNHCR. […] Oduho erläu-

1) Garang gehe jetzt dazu über, alles auf die sowjetische Karte zu setzen. Er zeige dies aber nach außen noch nicht.

2) 700 jüngere Menschen und über 300 Erwachsene – fast ausschließlich Dinka – befänden sich bereits zur Kaderschulung in Kuba.

3) Garang habe den Gedanken von einem „geeinten Sudan" aufgegeben. Nur nach außen behalte er aus taktischen Gründen dieses Konzept bei. Auch der sowjetischen und äthiopischen Interessenlage entspräche ein sozialistischer südsudanesischer Staat eher. Für die Äthiopier wäre er eine Art „Bollwerk gegen die gefürchtete Umzingelung durch den Islam".

4) Garang baue seine Macht in der Bewegung systematisch aus und werde hierbei von der SU über Kuba und Äthiopien unterstützt.

5) Längerfristiges strategisches Ziel sei das Zurückschlagen der nordsudanesischen militärischen Kräfte bis an die Grenze zwischen „arabischem und afrikanischem Sudan".

6) Jedoch sei eine pluralistische Entwicklung im Südsudan noch nicht als gescheitert anzusehen. Die christlichen und freiheitlichen Elemente in SPLM/SPLA[5] müßten gestärkt werden.[6] Garang versuche die 2 Mio. Dinkas und auch die 1,5 Mio. Nuer zu Marxisten-Leninisten zu machen. Die Nicht-Dinka-Stämme, einschließlich Nuer 6 Mio. Menschen, sowie die christlichen Dinka, die fest blieben, könnten innerhalb SPLM/SPLA eine stärkere Rolle spielen, wenn sie sich der Solidarität ihrer „christlichen Brüder" sicher sein könnten. Die materielle Not sei groß. Das Überlebensbedürfnis der Stämme könnte ohne westliche Hilfe stärker sein als die Religion. Dies wisse die Führung in Moskau. Auch der Islam benutze die Verbindung von Ideologie (Religion) und lebensnahem Pragmatismus, um sich zielstrebig im Süden zu verbreiten.

7) Noch könne man geräuschlos mit entsprechender materieller und ideeller Unterstützung innerhalb von SPLM/SPLA ein Gegengewicht oder auch eine Gegenbewegung aufbauen, die politischen Pluralismus durchsetzen könne. Andernfalls könne es zu einem Zerfall von SPLM und dramatischen Stammes-

Fortsetzung Fußnote von Seite 339

terte die Bemühungen der SPLM, im Westen besser verstanden zu werden. Vor Annahme libyscher Waffenangebote 1983 und Aufnahme intensiverer Kontakte mit Äthiopien habe die Bewegung sich intensiv um westliches Verständnis und westliche Hilfe bemüht. Niemand habe sie ernst genommen. Niemand verstehe Geschichte und Wirklichkeit des sudanesischen Nord-Süd-Konflikts. […] Noch seien in SPLM alle politischen Richtungen vertreten. Noch gehe es um das Ziel eines geeinten, pluralistischen und demokratischen Sudan. Wenn jedoch der christliche Kulturkreis, dem der Südsudan wesentlich angehöre, die eigenen Brüder im Stich lasse, werde es für die kommunistische Politik ein leichtes sein, die Menschen von ihrem kulturellen Hintergrund zu lösen". Weiter informierte Oldenkott: „Der eindringlichen Schilderung der Notlage der Bevölkerung folgte kein Petitum bezüglich deutscher Hilfe. Trotzdem wurde deutlich, daß er zumindest mit solidarischem Interesse rechnete." Vgl. den Schriftbericht Nr. 45; Referat 322, Bd. 149912.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter teilte der Botschaft in Addis Abeba mit, der Leiter der Geschäftsstelle der EKD in Bonn, Lefringhausen, habe vor kurzem ein Schreiben des Beraters des Vorsitzenden von SPLM/SPLA, Oduho, erhalten: „Dr. Lefringhausen beabsichtigt nicht, zwecks Fortführung seiner Gespräche mit Herrn Oduho nach Äthiopien zu fliegen, wäre aber an einer Fortführung der Kontakte interessiert. Soweit hier bekannt, geht es bei den Kontakten um Gedankenaustausch über Verhandlungslösungen für den südsudanesischen Bürgerkrieg, humanitäre Hilfe der EKD, allgemeine Kontaktpflege zu gemäßigten SPLM-Repräsentanten." Vertreter der Botschaft könnten ein Gespräch mit Oduho führen. Vgl. Referat 310, Bd. 149663.

5 Sudan People's Liberation Movement/Sudan People's Liberation Army.

6 Dieser Satz wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „Das ist wohl der Kern von Oduhos Äußerungen."

auseinandersetzungen kommen. Anyanya II und damit die Nuer würden sich gegen die Dinka wenden. In Kenia und Zaire und teilweise auch in Uganda sähe man die Entwicklung ähnlich.

8) Die christlichen Richtungen innerhalb der Organisation von SPLM/SPLA müßten stärkere materielle und ideelle Unterstützung des Westens erhalten. So etwas müsse organisiert werden. Er, Oduho, könne in seiner hervorgehobenen Position eine koordinierende Rolle übernehmen, solange die Kontakte geräuschlos, aber systematisch aufgebaut werden könnten. Er werde auch Garang gegenüber eine ganz andere Position haben, wenn er „assets" in die Organisation einbringen könne. Dies fange mit so banalen Dingen wie einem Pkw für das Büro Addis Abeba an und höre bei Schulausrüstungen, Versorgung mit Medizin und Ärzten etc. noch lange nicht auf.

9) Oduho sagte, er sei sich bewußt, daß er sich durch seine Offenheit uns gegenüber in außerordentliche Gefahr begebe. Aber Garang halte ihn ohnehin nur noch, weil er vorläufig innerhalb des Südens Ruhe brauche und alle Kräfte auf die Trennung vom Norden konzentriere. Er, Oduho, könne sich aufgrund seiner Zuständigkeit innerhalb der SPLM/SPLA-Führung für Erziehungs- und Ausbildungswesen noch immer ein Alibi für Aktionen und Kontakte schaffen.

Bewertung

Oduho ist christlich-sozialistischer Intellektueller, der seine Beziehungen in Kenia, Zaire, Uganda und anderen afrikanischen Ländern im Interesse der schwarzafrikanisch-christlichen Mehrheit im Südsudan zu nutzen weiß. Er fühlt sich für das Schicksal des Südsudan, aber auch seines Stammes (Latuka und Lakoya) verantwortlich. Er weiß, daß er mit seinem Engagement bereits jetzt sein Leben täglich aufs Spiel setzt. Beispiele für politische Morde im Rahmen der Umwälzungen im Sudan gibt es auch in Addis Abeba. Die Ernsthaftigkeit des Anliegens von Oduho scheint außer Zweifel zu stehen. Oduho sucht Gelegenheit zu einer Reise nach Westeuropa, um dort weitere Informationen zu erteilen. Er würde sie mit seiner Funktion als Erziehungsbeauftragter oder auch mit einer dringend notwendigen Augenoperation tarnen. Dort geführte Gespräche mit ihm würden sicher noch zusätzliche interessante Erkenntnisse bringen.

Die Botschaft wird ohne weitere Weisung aufgrund der besonderen Sensibilität der Zusammenhänge keinen weiteren Kontakt aufnehmen.[7]

[gez.] Fett

VS-Bd. 13642 (310)

7 Botschaftsrat I. Klasse Fett, Addis Abeba, berichtete am 12. März 1987: „1) Dr. John Garang gab gestern (11.3.1987) eine kurzfristig angesagte Pressekonferenz in einem Hotel in Addis Abeba. Sein engster politischer Berater Oduho leitete die Konferenz mit der Vorführung eines Videofilms über die Einnahme der Stadt Pibor durch die SPLA ein. 2) Garang wandte sich gegen die von Khartoum verbreitete Darstellung, die Stadt sei kampflos aufgegeben worden. Wahr sei, daß die Regierungstruppen durch eine wohlüberlegte Taktik – langer Beschuß der Garnison – zum Aufgeben gezwungen worden seien. Wie immer seien auch viele gegnerische Soldaten zur SPLA übergelaufen." Fett teilte weiter mit: „Sicher wollte Garang den Erfolg von Pibor und den von ihm behaupteten Zusammenbruch der nordsudanesischen Offensive ins öffentliche Bewußtsein bringen, jedoch lag ihm offensichtlich auch daran, zu demonstrieren, daß er eine gesamtsudanesische Politik betreibe, die allen Völkern des Sudan gleiche Rechte verschaffen solle. Interessant in diesem Zusammenhang auch seine Bemerkung, SPLM sei keine ‚Dinka-Bewegung'. […] Erwähnenswert ein Versprecher Garangs am Anfang: Er nannte Oduho ‚Comrade' und verbesserte sich dann mit ‚Minister'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 165; Referat 322, Bd. 149912.

72

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

201-363.33-351/87 VS-vertraulich **12. März 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zeichnung des anliegenden Schreibens[3]

Betr.: Erweiterte Luftverteidigung[4];
hier: Amerikanische Direktive zur Erstellung eines Programms zur Entwicklung eines „Anti Tactical Ballistic Missile System" (ATBM)

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Unterrichtung und Bewertung der amerikanischen Direktive zur Erstellung eines Programms zur Entwicklung eines ATBM-Systems. Vorschlag zur Zeichnung eines Schreibens an das BMVg mit der Bitte, die weitere Reaktion auf die amerikanische Direktive mit dem Auswärtigen Amt abzustimmen und den gesamten Fragenkreis „erweiterte Luftverteidigung" bald im Bundessicherheitsrat zu behandeln.

I. Zusammenfassung

Auf Weisung des Pentagon vom 28. Januar 1987 haben die US-Streitkräfte unter der Federführung der Armee ein Programm begonnen zur Entwicklung eines ATBM-Systems zur Verbesserung der Luftverteidigung in NATO-Europa gegen die Bedrohung durch taktische ballistische Raketen.[5]

Die USA erwarten und drängen auf eine Beteiligung der europäischen Verbündeten. Sie sind bereit, Kooperationsmöglichkeiten mit Mitteln aus dem Quayle-ATBM-Amendment (50 Mio. US-Dollar aus SDI-Mitteln für entsprechende Kooperationsprojekte[6]) zu fördern.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 13. März 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 16. März 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Dreher erneut vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 11.

4 Zur Frage einer erweiterten Luftverteidigung im europäischen NATO-Bereich vgl. AAPD 1986, I, Dok. 117, und AAPD 1986, II, Dok. 375.

5 Brigadegeneral Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington, berichtete am 6. Februar 1987, der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Taft habe „am 28. Januar mit einer dreiseitigen Direktive die ‚Chiefs' der Teilstreitkräfte und SDIO beauftragt, ein Programm zur Entwicklung eines ‚Anti Tactical Ballistic Missile (ATBM)'-Systems zu erstellen. Das Programm soll aus zwei Phasen bestehen und hat innerhalb des Pentagon ‚high priority'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 612; VS-Bd. 12143 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 9. Februar 1987 über den amerikanischen Senator Quayle: „Quayle gilt als gemäßigt konservativ, zu der ideologisch geprägten ‚Neuen Rechten' hält er Abstand. Mit den Demokraten arbeitet er gut zusammen, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses, Nunn. Da er auch das Vertrauen der Administration genießt, spielt er im Senat als möglicher ‚Konsensbildner' eine einflußreiche Rolle. […] Bei der Beratung des Verteidigungshaushalts für das Haushaltsjahr 1987 brachte Quayle ein Amendment ein, das auf die

Das in der Aufzeichnung näher dargestellte ATBM-Programm hat trotz gegenteiliger amerikanischer Behauptungen bislang deutliche SDI-Bezüge. Es ist zudem stark „Hardware"-orientiert mit kurzen Implementierungsfristen, um die an das Haushaltsjahr 1987 gebundenen Mittel des Quayle-Amendments auszunutzen.

Die bislang nicht erkennbaren konzeptionellen Vorstellungen des amerikanischen ATBM-Programms, seine SDI-Bezüge sowie prioritätsbedingt anders gelagerte zeitliche Vorstellungen bei uns und den europäischen Verbündeten sowie europäische Gesichtspunkte für den Aufbau eines eigenen europäischen Technologiepotentials im ATBM-Bereich erfordern vor einer Reaktion auf die amerikanische Initiative eine eingehende Prüfung. Außerdem wünschen wir und die europäischen Partner, zunächst eine gründliche Bedrohungsanalyse zu erarbeiten.

Wegen der Vielschichtigkeit der dann berührten Interessen sollte eine Antwort des BMVg auf die amerikanische ATBM-Initiative nur nach vorheriger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt erfolgen. Ein entsprechendes Schreiben des Auswärtigen Amts wird vorgeschlagen, mit dem außerdem erneut darauf gedrängt wird, das gesamte Thema einer erweiterten Luftverteidigung zu einem möglichst baldigen Zeitpunkt im Bundessicherheitsrat zu erörtern.

II. 1) Am 28. Januar 1987 hat der stellvertretende US-Verteidigungsminister Taft die Teilstreitkräfte und das SDI-Office beauftragt, ein Programm zur Entwicklung eines ATBM-Systems zu erstellen. Ähnlich wie bei SDI sollen auch die US Air Force und die Marine daran teilnehmen, während die Federführung beim US-Heer liegen wird. Die beauftragten Organisationen sollen bis April einen Programmplan (Outlines of Weapons Development Programs) vorlegen, wie die Luftverteidigung in NATO-Europa gegenüber der Bedrohung durch taktische ballistische Raketen verbessert werden soll. Die Programmvorschläge sollen im Mai 1987 von dem höchsten Aufsichtsgremium für Beschaffungen im Pentagon (Joint Requirements Management Board – JRMB) geprüft werden. Tafts Initiative mit entsprechend kurzfristigen Terminsetzungen soll die Entwicklung eines ATBM-Projekts beschleunigen, das die USA nicht in Konkurrenz zu SDI, sondern mit der geplanten Bekämpfung von Raketen mittlerer und kurzer Reichweite als Ergänzung zu SDI betrachten.

2) Nach den vorliegenden Informationen wird das Programm über vier Grundelemente verfügen:

– passive Verteidigung, d.h. Härten von Einrichtungen und Aufbau von Täuschungseinrichtungen;
– aktive Verteidigung, d.h. Verfolgen und Zerstören von taktischen ballistischen Raketen im Flug;
– Verbesserung der Aufklärungssysteme, d.h. Aufklärung und Zerstörung der mobilen Raketenabschußeinrichtungen;
– Verbesserung der C3I(Command, Control, Communications and Intelligence)-Kapazität mit dem Ziel, ein integriertes System aufzubauen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 342

gemeinsame Entwicklung eines ATBM-Systems abzielt. Hierfür werden bis zu 50 Mio. Dollar aus dem SDI-Haushalt zur Verfügung gestellt. Auflage ist, daß Verbündete aus der NATO und andere Staaten, die zur Beteiligung am SDI-Programm eingeladen worden sind, bei in diesem Zusammenhang verabredeten Projekten einen entsprechenden Finanzbeitrag leisten." Vgl. Referat 204, Bd. 135405.

3) Das gemäß der Taft-Initiative angestrebte ATBM-Programm soll aus zwei Phasen bestehen:

– Einer ersten Phase (terminiert bis 1995) gerichtet gegen taktische ballistische Flugkörper (SS-21, -22 und -23) zum Schutz von Punktzielen sowohl in Europa als auch in Israel.

  Als aussichtsreicher Waffensystemkandidat wird eine modifizierte Form der Patriot-Rakete (Patriot Upgrade) angesehen.

– Einer zweiten Phase (nach 1995), die ein umfangreiches Forschungs- und Entwicklungsprogramm beinhalten soll, gerichtet gegen taktische, ballistische Raketen und gegen Cruise Missiles zum Schutz auch von Flächenzielen (wide areas).

Beide Phasen sollen kompatibel geplant werden, so daß das Gesamtsystem auf längere Sicht zu einem wirksamen Raumschutz weiterentwickelt und zusammengefaßt werden kann. Dabei sollen in einem ersten Schritt nur konventionelle, später auch nukleare und chemisch bestückte Flugkörper abgewehrt werden.

4) Das ATBM-Programm soll unter der Leitung eines sowohl dem SDI-Office als auch dem Army Strategic Defence Command unterstellten neu gegründeten „Joint Tactical Missile Defence Program Office" durchgeführt werden. Geplant ist, bereits laufende US-Forschungs- und Entwicklungsvorhaben als Bestandteile des ATBM-Programms zusammenzufassen wie

– das Patriot-Upgrade-Programm,
– das Flexible Lightweight Agile Guided Experiment (FLAGE) (neu konzipierte radargelenkte, kurzreichweitige Abwehrflugkörper für die untere Atmosphäre zur Punktzielverteidigung),
– den High Endoatmospheric Defence Interceptor (HEDI) (infrarot optisch gelenkter Abfangflugkörper für die obere Atmosphäre; erste Flugtests vorgesehen für 1989),

und möglichst auch entsprechende Programme anderer NATO-Länder und Israels zu integrieren, z. B. ein israelisches Abfangsystem.

5) Das Pentagon verfolgt mit der Taft-Initiative das Ziel, möglichst noch in 1987 einen Teil der mit dem Quayle-Amendment (50 Mio. US-Dollar) in Aussicht gestellten, aber an das Haushaltsjahr 1987 gebundenen Finanzmittel für die ATBM-Programme zu erhalten. Das setzt die Beteiligung anderer Partner voraus.

Bei der Präsentation des amerikanischen ATBM-Programms bei europäischen Verbündeten haben Senator Quayle (Paris, Bonn, Tel Aviv)[7] und der stellvertretende US-Verteidigungsminister Taft (Bonn, Brüssel-NATO)[8] mit Nachdruck

[7] Bei seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik führte der amerikanische Senator Quayle am 10. Februar 1987 Gespräche mit Bundesminister Genscher und Staatsminister Möllemann. Ministerialdirigent von Ploetz informierte die Botschaft in Washington und die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am selben Tag: „In Gespräch mit BM erläuterte Quayle Hintergrund seiner Reise (Paris, Bonn, Tel Aviv, Genf), die vor allem der Klärung von Möglichkeiten bi- oder multilateraler Zusammenarbeit bei Entwicklung der erweiterten Luftverteidigung gilt. Quayle sieht hier angesichts das transatlantische Verhältnis beeinträchtigender unterschwelliger Strömungen und Probleme (Handel, Landwirtschaft, Diskussion über US-Truppenabzug) eine Möglichkeit, wirklich kooperative Ansätze sichtbar werden zu lassen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1022/1023/1024; Referat 204, Bd. 135405.

[8] Vortragender Legationsrat von Arnim teilte der Botschaft in Washington und der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 26. Februar 1987 mit: „Am 25.2. empfing StS Dr. Ruhfus den

für das anlaufende amerikanische ATBM-Programm um eine möglichst breite Unterstützung und Beteiligung durch die europäischen Verbündeten geworben und zu diesem Zweck angekündigt:

– Einladungen an US- und Bündnispartnerfirmen zu einem „Invite, Show, Test Program“ (IST) zur breit angelegten Prüfung von ATBM-relevanten Technologien und Komponenten,
– Angebote an Regierungen und Firmen der Bündnispartner zur Kostenbeteiligung bei IST, auch unter Rückgriff auf das Quayle-ATBM-Amendment. Dieses sieht vor, aus den Geldern des SDI-Haushalts bis zu 50 Mio. US-Dollar
  – für die gemeinsame Entwicklung eines ATBM-Systems für Europa,
  – auf einer angepaßten Finanzierungsbasis („on a matching fund basis with substantial contributions from allies“),
  – für Kooperation mit Staaten, die sich am SDI-Programm beteiligen,

  zur Verfügung zu stellen. Seine Zielsetzung ist, die Systementwicklung (full scale engineering development) bereits im Frühjahr 1988 zu beginnen, um das ATBM-System in den frühen 90er Jahren einführen zu können.

Das Pentagon ist bereit, im Rahmen des Quayle-Amendment ca. 30 Mio. US-Dollar für das von Taft angesprochene IST-Programm zur Verfügung zu stellen. Seit 26. Februar liegt die Angebotsaufforderung für IST vor. US-Stellen weisen – werbend – darauf hin, daß die Quayle-Gelder nicht an Zahlungen in den USA gebunden sind und daher auch gemeinsam finanzierte Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland denkbar seien.

Als weitere kooperationsfördernde Möglichkeit wird auf das Nunn-Amendment[9] verwiesen, das Mittel für die Rüstungskooperation mit den europäischen Verbündeten vorsieht, die allerdings in den USA ausgegeben werden müssen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 344

stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsminister Taft zu einem Höflichkeitsbesuch im Auswärtigen Amt während dessen Deutschland-Reise vor der Tagung des verstärkten NATO-Rats am 26.2.87 in Brüssel. Der StS nutzte die Gelegenheit, um Taft die große Bedeutung darzulegen, die wir der unverminderten Präsenz amerikanischer Truppen in Deutschland beimessen. Er wies Taft darauf hin, daß eine eventuelle Änderung der Interpretation des ABM-Vertrages weitreichende politische Implikationen haben könne.“ Taft habe die Bedeutung der europäisch-amerikanischen Kooperation im Rüstungsbereich hervorgehoben: „Die USA drängten sich nicht auf. Wenn es aber nicht um bereits beschlossene, sondern zukünftige Projekte gehe, so müsse der Allianzrahmen immer den Vorrang haben. Dies ergebe sich schon aus wirtschaftlichen Überlegungen. Ein freier Markt für Rüstungsgüter in der Allianz spare allen Kosten. Der US-Markt sei der größte. Er würde bei allianzweiter Kooperation offen bleiben. Es wäre aber schwer, ihn offen zu halten, wenn die Europäer exklusiv unter sich kooperieren wollten. Der Kongreß würde das nicht hinnehmen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1471; Referat 209, Bd. 148874.

9 Referat 209 notierte am 9. Februar 1987: „Senator Nunn, künftig Vorsitzender des Senate Armed Services Committee, hat mit seinem jüngsten Amendment (1985) durchgesetzt, daß aus Haushaltsmitteln 200 Mio. Dollar für neue kooperative Entwicklungen mit einem oder mehreren Bündnispartnern für die H[aus]H[alts]-Jahre 1986 und 1987 zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel verfallen, wenn entsprechende Projekte nicht von Bündnispartnern mit einem (nicht spezifizierten) Eigenaufwand mitgetragen werden. […] Mit dem Quayle-Nunn-Roth-Amendment vom 23.5.1985 (Gesetz Herbst 1985) wurde den Bündnispartnern in den USA der Weg zur Kooperation nicht nur bei Entwicklung, sondern auch Produktion eröffnet. Bis dahin war es nämlich dem Pentagon rechtlich nicht möglich, mit ausländischen Partnern Produktionsabkommen zu schließen, so daß auch gemeinsam produzierte Güter nicht direkt vom amerikanischen Koproduzenten bezogen, sondern nur auf dem Wege der ‚Foreign Military Sales‘-Programme gekauft werden konnten.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135405.

III. 1) Das Quayle-Amendment im Haushaltsgesetz 1987 hat eine ATBM-Offensive des Pentagon gegenüber den Alliierten für seine Umsetzung ausgelöst. In diesem Amendment verbinden sich Gedanken, die im Rahmen von SDI entwickelt wurden, d.h. die europäischen Verbündeten einzuladen, sich an Entwicklungen zur Bekämpfung von ballistischen Raketen zu beteiligen, und Konzepte zur Verbesserung der Rüstungskooperation, die sich im Rahmen der Nunn-Vorschläge (Nunn-Amendment) entwickelt haben.

Senator Quayle, ein dem Bündnis gegenüber positiv eingestellter Politiker, dessen bündnisstärkende Kooperationsabsichten wir grundsätzlich begrüßen, sowie auch das Pentagon brauchen eine positive Reaktion der Verbündeten. Dies gilt nicht nur wegen der Gefahr, anderenfalls 1987 50 Mio. US-Dollar zu verlieren, sondern auch zur Erhaltung eines günstigen politischen Klimas für die weitere Zukunft. Wir müssen deshalb damit rechnen, daß sich der Druck auf die Europäer zur Teilnahme, insbesondere nach Fertigstellung der amerikanischen Planung, noch erheblich verstärken wird.

2) Die amerikanische ATBM-Initiative ist für uns jedoch unter verschiedenen Gesichtspunkten problematisch:

– Sie hat, obwohl von amerikanischer Seite eine strikte Trennung behauptet wird, eindeutige SDI-Bezüge. Es fehlt ihr damit bei uns an öffentlicher Akzeptanz.
– Die Finanzmittel des Quayle-Amendments kommen aus SDI-Geldern. Wir haben uns jedoch verpflichtet, für SDI keine öffentlichen Mittel einzusetzen.
– Wir sehen im ATBM-Bereich ein europäisches Potential, um ausgehend von der deutsch-französischen Zusammenarbeit in einen wichtigen technologischen Bereich vorzustoßen. Wir sind natürlich bereit, hierbei amerikanische Erkenntnisse und Kooperation zu nutzen, möchten jedoch eine europäische Federführung auf europäischer Schiene etablieren.

  Die USA hingegen versuchen, ihre bereits vorhandene Vorherrschaft in diesem Rüstungssektor zu behaupten und noch auszubauen. Mit dem Argument der Standardisierung und Interoperabilität sowie der Vermeidung von doppeltem Entwicklungsaufwand im Bündnis wird diesem Bemühen politisch Nachdruck verliehen. Das politische und industrielle Interesse der USA, die Führungsrolle in Rüstungstechnologien zu behalten, wird verstärkt durch die gegenwärtigen amerikanischen Handelsbilanzprobleme.
– Weder die Vorstellungen des BMVg über die einzelnen erforderlichen Arbeitsschritte und ihre Abfolge zur Erlangung von ATBM-Fähigkeit noch der europäische, insbesondere auch deutsche Zeit- und Finanzplan stimmen mit den US-Zielen für ein ATBM-System überein. Auch die konzeptionellen Untersuchungen im Rahmen des Bündnisses sind bislang noch nicht abgeschlossen.

  Die USA haben bislang uns weder bilateral in Gesprächen im Zusammenhang mit den Roland-Patriot-Folgeverhandlungen[10] noch in den einschlägigen

10 Für das Abkommen vom 12. Juli 1984 zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem Bundesminister der Verteidigung zur Implementierung des Abkommens vom 6. Dezember 1983 über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen) sowie die dazugehörigen Dokumente vgl. Referat 209, Bd. 128394. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, II, Dok. 214.

NATO-Gremien ihre Konzeptvorstellungen zu ATBM erkennen lassen. Ihr Programm scheint bislang noch in erster Linie „Hardware"-orientiert, um frühzeitig Mittel aus dem Quayle-Amendment zu erhalten. Der eingeleitete europäische Entscheidungsprozeß hingegen ist konzeptorientiert und längerfristig angelegt.

3) Angesichts des wachsenden Drucks der amerikanischen Industrie sowie der Administration auf die Europäer, sich an den amerikanischen ATBM-Plänen zu beteiligen, wird es immer notwendiger, daß wir unsere Interessen auf der Grundlage einer gesicherten nationalen Konzeption bestimmen.

Auch wenn das BMVg laut Auskünften der Arbeitsebene gegenwärtig nicht beabsichtigt, auf die jüngste amerikanische ATBM-Initiative zu reagieren, wird dies mit zunehmender zeitlicher Dauer immer schwieriger werden. Nur auf der Basis einer gesicherten Konzeption kann dann vermieden werden, daß Industrieinteressen in der formativen Phase den Vorrang erhalten vor übergeordneten politischen Interessen.

Wir sollten deshalb mit dem beigefügten Schreiben von Ihnen das BMVg bitten, eine erste Antwort auf die amerikanische ATBM-Initiative nur nach vorheriger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt zu geben, sowie erneut darauf drängen, das gesamte Thema einer erweiterten Luftverteidigung zu einem möglichst baldigen Zeitpunkt im Bundessicherheitsrat zu erörtern.[11]

Richthofen

VS-Bd. 12143 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 346

Referat 209 notierte am 22. Juni 1987, das Abkommen vom 6. Dezember 1983 beinhalte den Passus, die USA würden „auf restliche Erstattungsansprüche für Forschungs- und Entwicklungskosten (in Höhe von 50 Mio. Dollar) in dem Umfang verzichten, in welchem die Bundesrepublik Deutschland in beiderseitigem Einvernehmen einen finanziellen Ausgleich für Programme der Vereinigten Staaten schafft". Teile dieser offenen Verpflichtung von 50 Millionen US-Dollar würden „zur Zeit für ‚technologische Untersuchungen' im Bereich ballistischer Raketensysteme verwandt. Diese technologischen Untersuchungen sollen später einmal eine Entscheidungsgrundlage dafür abgeben, ob Raketensysteme mit konventionellen Sprengköpfen überhaupt sinnvoll und machbar sind. Insofern kann ein entfernter Zusammenhang mit den Pershing I a hergestellt werden, deren Nachfolge die neu zu entwickelnden Systeme u. U. antreten könnten. Für die Arbeiten hat BMVg deutsche und US-Firmen (im wesentlichen Fa. Raytheon als Hersteller der Patriot) beauftragt. Man legt Wert auf die Feststellung, daß noch keine Entwicklung im eigentlichen Sinn stattfinde". Vgl. Referat 209, Bd. 148876.

11 Für das Schreiben des Staatssekretärs Meyer-Landrut vom 16. März 1987 an Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, vgl. VS-Bd. 12143 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 12. Mai 1987, das Bundesministerium der Verteidigung habe mitgeteilt, Bundesminister Wörner beabsichtige, „den Bundessicherheitsrat auf der Grundlage einer Vorlage des Bundesministers der Verteidigung voraussichtlich im Juli 1987 mit dem Thema der Abwehr nicht-nuklearer Flugkörper zu befassen". Weiter sei mitgeteilt worden, daß „der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestags die Behandlung des Themas ‚erweiterte Luftverteidigung' vorgesehen und dazu einen Sachstandsbericht des Bundesministers der Verteidigung erbeten habe". Die Bundesregierung habe, so Ploetz, „bislang noch kein Konzept zum gesamten Thema der erweiterten Luftverteidigung entwickelt". Vgl. VS-Bd. 12143 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

73

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

410-423.00 **17. März 1987**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Deutsche Europapolitik;
hier: Ziele und Vorstellungen des AA für die Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung

I. Im vergangenen Jahr, dem ersten nach der Süderweiterung[3], hat die Europäische Gemeinschaft die Hürde der parlamentarischen Zustimmung zu der Einheitlichen Europäischen Akte in den Mitgliedstaaten genommen. Die Akte wird im Laufe dieses Jahres nach Abschluß des verfassungsgerichtlichen Verfahrens in Irland in Kraft treten.[4] Damit ist – nicht zuletzt auf unser Drängen – der Grund für einen Aufbruch zu neuen Ufern gelegt. Es geht nicht nur um die rasche Verwirklichung des freien Binnenmarktes bis zum Jahre 1992[5], sondern auch um die Verwirklichung der Kapitel über die Kohäsion (Abbau des Nord/Süd-Gefälles in der Gemeinschaft), über Forschung/Technologie, über Umwelt, Wirtschafts- und Währungspolitik, institutionelle Entwicklung. Darüber hinaus verlangen die traditionellen Schwerpunkte Außenbeziehungen der EG und das Europa der Bürger Aufmerksamkeit.

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 17. März 1987 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 18. März 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr aufschlußreiche und in ihrer selbstkritischen Tendenz leider richtige Vorlage. Ich halte in der kommenden Woche eine grundsätzliche Aussprache für notwendig."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 18. März 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Jelonek an Ministerialdirigent Trumpf verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Verm[erk] BM."
Hat Trumpf am 19. März 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D4 n[ach] R[ückkehr]."
Hat Trumpf am 23. Februar 1988 erneut vorgelegen.

3 Spanien und Portugal traten den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1986 bei.

4 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189.
Zur Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 278.
Ministerialdirektor Jelonek notierte am 9. April 1987: „1) Irischer Supreme Court hat am 9. April mit drei gegen zwei Stimmen der Anfechtungsklage gegen das irische Zustimmungsgesetz zur Einheitlichen Europäischen Akte stattgegeben. Die Begründung ist noch nicht veröffentlicht. Es scheint, daß der Gerichtshof u. a. die Vorschriften zur EPZ als Souveränitätsverzicht ansieht, der nicht mehr durch die damalige Volksbefragung zu den Römischen Verträgen gedeckt wird. 2) Irischer PM Haughey hat soeben erklärt, daß die EG-Mitgliedschaft Irlands nicht in Frage gestellt sei. Irische Regierung werde – sobald sie Gelegenheit gehabt habe, die Entscheidung zu prüfen – alle legislativen Maßnahmen ergreifen, um die Ratifikation der EEA so früh wie möglich herbeizuführen. Problematisch sei, daß Legislaturperiode des irischen Senats am 13. April 1987 ende. Deshalb sei für morgen (10.4.) ein Treffen aller Parteiführer einberufen." Vgl. Referat 410, Bd. 209200.

5 Vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

Die tatsächliche Lage gibt jedoch Anlaß zu großer Besorgnis.

Die Kassen der Gemeinschaft sind leer; nur mit zweifelhaften Haushaltspraktiken können sich die Finanzminister bis zur nächsten Mittelerhöhung schleppen, die zum 1. Januar 1988 dringend erforderlich ist.[6]

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist über Ansätze noch nicht hinausgekommen.[7] Nach wie vor ist ihre Finanzierung nicht unter Kontrolle. Die Bundesrepublik Deutschland tut sich sehr schwer mit einer Reform der Agrarpolitik, die durch mehr marktwirtschaftliche Elemente und rascheren Strukturwandel eine wettbewerbsfähige europäische Landwirtschaft schaffen würde. Von allen Mitgliedstaaten ist sie der einzige, der die Vorschläge der Kommission für die diesjährige Agrarpreisrunde pauschal ablehnt.[8]

Die Bundesrepublik Deutschland ist andererseits aber auch nicht willens, die Finanzmittel der Gemeinschaft wesentlich zu erhöhen.

In dieser Situation läßt sich voraussehen, daß die deutsche Europapolitik im Jahre 1987, aber auch während unserer Präsidentschaft im 1. Halbjahr 1988, sehr engen Zwängen unterliegen wird.

Für das Auswärtige Amt kann diese Perspektive nicht befriedigend sein. Wenn im Spannungsverhältnis zwischen restriktiver Haushaltspolitik, defensiver

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich legte am 4. März 1987 dar: „EP-Präsident Lord Plumb hat am 19.2.1987 den Haushalt 1987 festgestellt. Der Haushalt hat ein Volumen von 37,4 Mrd. ECU V[erpflichtungs]E[rmächtigungen] (+3,8% gegenüber Vorjahr) und 36,3 Mrd. ECU Z[ahlungs]E[rmächtigungen] (+3,2%). Die Steigerungsrate für die nichtobligatorischen Ausgaben entspricht mit 8,1% dem festgesetzten Höchststeigerungssatz. Der Haushalt 1987 ist ein Kompromiß zwischen der nördlichen Mehrheit der MS einerseits, die auf strikter Einhaltung der Haushaltsdisziplin bestand, und den drei Südländern E, I und GR sowie der großen Mehrheit des EP andererseits, die die Einleitung der GAP-Reform und höhere Ansätze für neue Politiken erreichen wollten. Der Kompromiß wurde hauptsächlich dadurch ermöglicht, daß der Rat den EP-Erhöhungen für die nichtobligatorischen Ausgaben zustimmte, dafür aber globale Ausgabenkürzungen in etwa gleicher Höhe beschloß. Trotz der Verabschiedung ist schon absehbar, daß der Haushalt eine Deckungslücke in Höhe von etwa 3,8 Mrd. ECU aufweist.“ Der Kompromiß stelle einen „haushaltstechnischen Trick“ dar, und das Parlament habe den Haushalt am 19. Februar 1987 „in vertraglich nicht vorgesehener ‚dritter Lesung‘“ angenommen. Es bestünden „große Zweifel, wie die Finanzierung der Agrarhaushalte 1987 und 1988 gesichert werden kann“. Eine „Überschreitung der 1,4%-MWSt-Eigenmittelgrenze durch Sonderfinanzierungen (Nachschüsse)“ sei nach den Beschlüssen des Bundeskabinetts vom 16. April 1986 „finanzwirtschaftlich nicht vertretbar“. Vgl. Referat 410, Bd. 130451.

7 Referat 416 notierte im März 1987: „Die GAP ist zu einem Negativfaktor der Gemeinschaft geworden. 1) Die hohen strukturellen Überschüsse zwingen die Gemeinschaft zu Maßnahmen, die wirtschaftlich unsinnig sind (Exportsubventionen, Lagerung bis zum Wertverlust) oder als unmoralisch verworfen werden (Vernichtungsaktionen). Das trotz dieser Überschüsse relativ hohe Preisniveau in der EG ist letztlich dem Verbraucher nicht erklärbar. […] 2) Zur Lösung des Problems der strukturellen Überschüsse boten sich drei Wege an: drastische Preissenkungen (marktpolitischer Ansatz); Verringerung der Zahl der Produzenten (strukturpolitischer Ansatz); mengenreduzierende Maßnahmen (Quoten). Die Gemeinschaft hat sich im wesentlichen auf eine Kombination der drei Möglichkeiten geeinigt: vorsichtig restriktive Preispolitik (überwiegend Einfrierungen der Preise), einzelne strukturpolitische Maßnahmen (z.B. Milchrente) und Quoten (Milch) bzw. Beschränkung der Intervention. Mittelfristig kann somit das Problem der strukturellen Überschüsse weitgehend gelöst werden.“ Das Maßnahmenbündel bringe aber auch eine Reihe von Nachteilen mit sich: „Das System hat dirigistischen Charakter mit sehr hohem Verwaltungsaufwand und hoher Kontrollerfordernis. Das unternehmerische Element wird damit weiter zurückgedrängt. Es verhindert durch hohen Finanztransfer den notwendigen Strukturwandel. […] Das System der Beihilfen und Entschädigungen läßt den MS Freiraum für nationale Zuschläge; dies ist ein Ansatz für eine Re-Nationalisierung der GAP und für unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten. Das im Vergleich zum Weltmarkt hohe Preisniveau (der Erzeugerpreise) bleibt im wesentlichen eingefroren, für Exporte sind daher weiterhin hohe Erstattungen notwendig.“ Vgl. Referat 416, Bd. 141875.

8 Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Agrarprodukte vgl. Dok. 69, Anm. 13.

Agrarpolitik und progressiver Integrationspolitik die letztere den kürzeren zieht, wären die Folgen:

– immer geringer werdende Akzeptanz der Europäischen Gemeinschaft in der deutschen Öffentlichkeit (wegen der ungelösten Agrarfrage);
– restriktive Rolle in den Gremien der Gemeinschaft (wir haben die größte Mühe mit fast allen finanzwirksamen Beschlüssen im Rahmen der EG; die Agrarausgaben behalten für uns Priorität);
– zunehmend Reibereien mit den anderen Mitgliedstaaten, die die Einlösung der Zusagen des Europäischen Rates, der Einheitlichen Europäischen Akte und der Beitrittsverträge verlangen werden, und damit auch außenpolitische Belastungen in der Gemeinschaft;
– diese Belastungen können nicht durch konstruktives Verhalten der Bundesregierung in der EPZ und bei der Wiederbelebung der WEU ausgeglichen werden.[9]

Andererseits steht fest, daß außer uns auf absehbare Zeit keine Präsidentschaft in Sicht ist, von der man ausreichendes Gewicht und Durchsetzungsfähigkeit im Rat erwarten kann. Belgien und Dänemark[10] werden – das zeichnet sich schon ab – das sogenannte große Rendezvous, die Beschlußfassung über das Paket der Delors-Vorschläge[11], nicht zum Abschluß bringen können. Die Probleme schwappen weitgehend ungelöst in unsere Präsidentschaft über. Früher konnten wir die Stafette an Frankreich weitergeben, jetzt folgen uns im Vorsitz Griechenland und dann Spanien[12].

II. In dieser Situation schlägt das Auswärtige Amt vor, für die wichtigsten Gemeinschaftsthemen des Jahres 1987/88 die folgende Linie einzunehmen:

1) Die Themen des großen Rendezvous

1.1) Finanzierung

Ziel ist, die Gemeinschaft mittelfristig auf eine Grundlage zu stellen, die Raum schafft für zukunftsorientierte Aufgaben und die Lücke zwischen politischen Entscheidungen (z. B. für die Süderweiterung) und deren Finanzierung schließt.

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Eigenmittel nur in dem Rahmen zu erhöhen, der in Fontainebleau vorgesehen war, auf 1,6 % des MwSt.-Eigenmittelplafonds.[13] Damit können wir der Kommission nicht in der Höhe der Mittel folgen. Aber wir können bei ihrem Versuch konstruktiv mitwirken, ein gerechteres Finanzierungssystem zu schaffen, das an die wirtschaftliche Leistungskraft der einzelnen MS anknüpft. Wenn irgend möglich, sollte die zum 1.1.1988 notwendige Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft auf einen Plafond, der

9 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

10 Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne, Dänemark vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987.

11 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

12 Griechenland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 inne, Spanien vom 1. Januar bis 30. Juni 1989.

13 Zu den EG-Eigeneinnahmen bzw. zu den Beschlüssen des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 25, Anm. 6.

1,6% MwSt.-Plafond entspricht, bereits im Rahmen eines solchen Systems erfolgen.

Der Übergang zum neuen System erleichtert auch,

– den Gesichtspunkt der größeren Gerechtigkeit in der Belastung durchzusetzen. Ohne höhere Belastung auch anderer MS werden wir immer allein als Bremser dastehen;
– den Abbau der Ausgleichszahlungen an GB.[14] Wenn überhaupt, besteht nur bei Übergang auf ein neues, an die wirtschaftliche Leistungskraft der MS anknüpfendes System eine Chance für die Reduzierung oder Abschaffung von Ausgleichszahlungen.

Zur deutschen Entlastung:

Der Kommissionsvorschlag einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am britischen Ausgleich mit 25% ihres normalen Anteils würde für uns gegenüber dem bisherigen System (Beteiligung mit 66%) eine Besserstellung von rund 300 Mio. ECU in 1987 bedeuten.

1.2) Gemeinsame Agrarpolitik

Mehr als früher sucht der BML[15] die Unterstützung des Außenministers, um die deutsche Agrarpolitik durchzusetzen.

Beispiel: Gestern mußte StM[16] im Allgemeinen Rat eine Lanze für den Währungsausgleich brechen.[17] Das gibt Gelegenheit, den BML zu mehr Abstimmung aufzufordern und auf ihn im Sinne unserer Grundsätze und Ziele einzuwirken:

– Erhaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik und strikte Beachtung ihrer Grundsätze: Gemeinschaftspräferenz, Einheit des Marktes und finanzielle Solidarität. Dies ist besonders bei der Forderung nach „Regionalisierung“ zu beachten. Wenn wir für unsere Landwirtschaft nationalen Spielraum fordern, muß sich das in einem für die anderen MS erträglichen Rahmen halten, sonst entstehen Störungen des Gemeinsamen Marktes auch im für uns vitalen gewerblichen Bereich.
– In der laufenden Agrarpreisrunde ist unser strategisches Ziel die Erhaltung eines funktionierenden Währungsausgleichs, in zweiter Linie die Verhinderung der Fettsteuer[18]. Da wir nicht alles durchsetzen können, sollten die restriktiven Preisvorschläge von uns hingenommen werden. Ein neues deutsches Veto gegen die Preisvorschläge muß vermieden werden, zumal es letztlich die Preisfestsetzung wie 1985 nicht verhindern kann.
– Fortführung und wenn möglich Intensivierung der deutsch-französischen Agrargespräche, letztlich mit dem Ziel, zu gemeinsamen Positionen zu gelangen.[19] Hierzu folgt gesonderte Aufzeichnung.[20]

14 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.
15 Ignaz Kiechle.
16 Irmgard Adam-Schwaetzer.
17 Zur EG-Ministerratstagung am 16./17. März 1987 in Brüssel vgl. Dok. 74.
18 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13.
19 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.
20 Zu den deutsch-französischen Konsultationen über Agrarfragen am 19. Februar 1987 in Paris vgl. Dok. 25, Anm. 9.

– Unser Fernziel ist die Anpassung der deutschen Landwirtschaft an die innergemeinschaftlichen Marktgegebenheiten und stärkere Anbindung an die Lage auf dem Weltmarkt. Das bedeutet: konsequent restriktive Preispolitik und Förderung des Strukturwandels. Zielgröße muß der leistungs- und wettbewerbsfähige bäuerliche Familienbetrieb sein. Die Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Raumes und der Umwelt ist hierbei zu berücksichtigen, auch einkommenspolitisch.
– Ohne Annäherung an dieses Fernziel werden wir auch im spezifisch außenpolitischen Bereich keine Entlastung verspüren können:
  – Wir sind in Gefahr, ein störendes Element in der Weltagrarhandelsdiskussion zu werden (OECD, Wirtschaftsgipfel, Uruguay-Runde).
  – Wir haben keinen Spielraum in bilateralen Agrarhandelsfragen (Sauerkirschen[21] und Baby-beef Jugoslawien[22], Agrarprodukte Ungarn[23], tropische

Fortsetzung Fußnote von Seite 351

Die nächsten Konsultationen fanden am 3. April 1987 in Bonn statt. Ministerialdirigent Trumpf hielt dazu am 6. April 1987 fest: „Sowohl beim Währungsausgleich als auch bei der Fettabgabe haben D und F weiterhin entgegengesetzte Auffassungen, auch zu den Preisvorschlägen der KOM besteht keine Übereinstimmung. F brachte deutlich seine große Sorge vor einer Eskalation dieser Meinungsverschiedenheiten, insbesondere zum Währungsausgleich, zu einem deutsch-französischen ‚Zankapfel' zum Ausdruck, zumal wenn dieses Problem nicht vor dem ER gelöst werde." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151104.

21 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 18. März 1987 wurde ausgeführt: „1) Der deutsche Sauerkirschenmarkt wird trotz der Einfuhrmindestpreisregelung nach wie vor durch Drittlandeinfuhren, insbesondere aus Jugoslawien, gestört. 2) Wir haben gegenüber Jugoslawien im Rahmen der Anpassungsverhandlungen im Agrarsektor erhebliche, z. T. für uns schmerzhafte Konzessionen unterbreitet, z. B. bei Wein und Rindfleisch. Dies geschah in der Erwartung, daß dann wenigstens die Sauerkirschenfrage in einer zufriedenstellenden Weise gelöst werden kann. 3) Wir müssen daher auf dieser Lösung im Rahmen der Verhandlungen (d. h. keine Abkoppelung der Sauerkirschenregelung vom Zusatzprotokoll) bestehen. 4) Die Bundesregierung, die sich der Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebs verschrieben hat […], kann eine Existenzgefährdung deutscher Sauerkirschenerzeuger nicht hinnehmen." Vgl. Referat 214, Bd. 139602.

22 Am 17. März 1987 legte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dar: „Jugoslawien hat durch die Erweiterung der Gemeinschaft um Griechenland Marktanteile bei Babybeef in Griechenland verloren. Der Außenministerrat hat deshalb bei der Verabschiedung des derzeitigen Verhandlungsmandats für die Anpassungsverhandlungen an die Erweiterung u. a. beschlossen, daß innerhalb der 50 400 t Baby-beef, für die z. Z. schon eine Abschöpfungssenkung um 50 % vorgesehen ist, für 25 000 t eine Abschöpfungssenkung um 80 % gewährt werden wird, wenn ein Mindestpreis bei der Einfuhr eingehalten wird. Die EG-Kommission hat danach zum Protokoll des Rates erklärt, daß an diesen Zahlen nichts mehr geändert wird. Dennoch hat sie bei den Vorschlägen zur Verbesserung des Verhandlungsmandats eine Erleichterung der monatlichen Lieferstaffelungen vorgesehen. […] Hauptbetroffener bei der Erleichterung der monatlichen Lieferstaffelung ist die Bundesrepublik Deutschland, da unsere Rindfleischausfuhren nach Griechenland (vorwiegend aus Bayern) entsprechend zurückgehen würden. Konzessionen stellen deshalb für uns ein erhebliches Opfer dar." Vgl. Referat 214, Bd. 139602.

23 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 1. April 1985 wurde ausgeführt, Ungarn sei für die Bundesrepublik „der wichtigste Agrarexporteur unter den RGW-Ländern, ebenso wie für Ungarn die Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von 8 bis 9 % der größte Handelspartner im Westagrarexport ist und der zweitgrößte (nach der Sowjetunion) im ungarischen Agrar- und Nahrungsgüterexport". Weiter hieß es: „In den bisherigen exploratorischen Gesprächen über ein Handelsabkommen mit der EG-Kommission hat die ungarische Seite immer wieder den Wunsch nach Einfuhrerleichterungen auf dem Agrarsektor insbesondere bei Rindfleisch geäußert. […] Trotz der grundsätzlichen Bereitschaft, auch auf dem Agrarsektor nach substantiellen Regelungen im Rahmen eines evtl. Abkommens zwischen der EG und Ungarn zu suchen, zeichnen sich angesichts der allgemeinen Marktsituation, der Haushaltslage in der Gemeinschaft und der Überschußprobleme auf dem Rindfleischsektor derzeit keine Lösungsmöglichkeiten für das ungarische Anliegen ab." Vgl. Referat 421, Bd. 140303.
Am 24. Februar 1987 notierte Referat 411 zum Verhältnis zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn, daß Ungarn in den Konsultationen über ein Handels- und Kooperations-

Produkte Zentralamerika, Tapioka Thailand[24] u. a. m.), wir müssen diesen Spielraum sogar noch einengen (Substituteneinfuhr).

1.3) Kohäsion (Reform der Strukturfonds)

Nach der Süderweiterung sind Anstrengungen zur Verringerung des Wohlstandsgefälles integrationspolitisch notwendig. Die Bundesregierung nimmt zum damit verbundenen Mitteltransfer eine vorsichtige Haltung ein. Sie unterstreicht die Bedeutung der Eigenanstrengungen der Mitgliedstaaten, auch in der Wirtschaftspolitik und bei der Nutzung der Chancen des Binnenmarktes.

Doch ist nicht zu verkennen, daß den ärmeren MS damit nur wenig geholfen ist. Auch der Europäische Rat hat seit langem anerkannt, daß die reicheren MS einen Preis zahlen müssen. Das AA muß dafür eintreten, daß die Linie der Bundesregierung (Erhöhung der Effizienz und Steigerung des Finanzvolumens im Rahmen der Eigenmittel und der Haushaltsdisziplin) im Rat nicht zu restriktiv vertreten wird.

2) Themen der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA)

Das Kernstück der EEA, die Errichtung des freien Binnenmarktes ohne Grenzen, soll bis 1992 verwirklicht sein. Dem entspricht in etwa die Dauer der neuen Legislaturperiode. Deshalb sollte von uns stets unterstrichen werden, daß der Schwerpunkt der Europapolitik dieser Regierung die volle und zügige Implementierung der EEA nicht nur nach dem Buchstaben, sondern auch nach dem Geiste ist.

2.1) Institutionelles

2.1.1) Europäisches Parlament

Während unserer Präsidentschaft sollten wir für eine extensive Auslegung und Praxis der neuen Befugnisse des EP Sorge tragen.

Mitte 1989 wird ein neues EP gewählt.[25] Es wird vorgeschlagen, daß Frau StM Dr. Adam-Schwaetzer bald Gespräche mit den deutschen Mitgliedern des EP aufnimmt, um eine eventuelle deutsche Initiative für Übertragung weiterer Befugnisse an das EP vorzubereiten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 352

abkommen weiterhin verbesserten Zugang auf den EG-Markt für seine Agrarprodukte fordere, vor allem für Wein und Rindfleisch. Vgl. Referat 411, Bd. 131359.

24 Referat 411 vermerkte am 14. Juni 1985, die EWG habe im Rahmen ihrer Bemühungen um eine Stabilisierung ihrer Futtermittelimporte aus Drittstaaten am 1. September 1982 mit Thailand ein Tapioka-Abkommen abgeschlossen, in dem Thailand eine Pflicht zur Selbstbeschränkung seiner Tapioka-Exporte in die EG-Mitgliedstaaten für den Zeitraum von 1983 bis 1986 übernommen habe. Die Tapioka-Produktion sei mittlerweile weiter gestiegen: „Thailand möchte deshalb eine Erhöhung der jährlichen Einfuhrquoten (z. Zt. 4,5 Mio. t) im Tapioka-Abkommen mit der EG erreichen. […] Da das Abkommen bis Ende 1986 läuft, müßten Verhandlungen im nächsten Jahr aufgenommen werden. Vor dem Hintergrund steigender eigener Getreideproduktion, des Bemühens um eine Reform der GAP und der laufenden GATT-Verhandlungen vor allem mit den USA um eine Begrenzung der Getreidesubstitutimporte wird es der Gemeinschaft dabei nicht leichtfallen, Zugeständnisse an Thailand zu machen." Vgl. Referat 413, Bd. 145072.
Am 28. April 1986 genehmigte der EG-Rat das Protokoll zur Erneuerung des Kooperationsabkommens zwischen der EWG und Thailand über die Produktion und die Vermarktung von Manihot sowie den Handel mit Manihot. In Artikel 2 wurde zunächst für die Jahre von 1987 bis 1990 eine erhöhte jährliche Einfuhrquote für Tapioka aus Thailand von 5,5 Millionen Tonnen festgelegt. Für das Protokoll vgl. Referat 342, Bd. 137333.

25 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 15. und 18. Juni 1989 statt.

2.1.2) Ministerrat

Von den neuen Möglichkeiten der Mehrheitsabstimmung muß tatsächlich Gebrauch gemacht werden, auch während unserer Präsidentschaft. Wir sollten die Kommission unterstützen, die auf raschere Abstimmung drängt.

2.1.3) Kommission

a) Neubesetzung

Zum 1.1.1989 wird eine neue Kommission ernannt. Die Entscheidung über den nächsten Kommissionspräsidenten fällt beim Europäischen Rat unter deutscher Präsidentschaft. Die beiden deutschen Kandidaturen sind rechtzeitig vorzubereiten. In diesem Jahr müssen wir auch unseren Kandidaten für den Posten des Generalsekretärs der Kommission, Herrn Krenzler, durchsetzen. Vordringlich sind Gespräche mit der französischen Seite.

b) Übertragung von Durchführungsbefugnissen auf die Kommission

Vor Inkrafttreten der EEA soll ein Ratsbeschluß über die Modalitäten der Übertragung solcher Befugnisse auf die Kommission verabschiedet werden. Die Verabschiedung hängt an uns, weil wir zusammen mit GB und DK Minderheitspositionen nicht räumen wollen. Die Ressorts fordern ein massives Mitspracherecht „des Rates" (d.h. in Wahrheit der Experten aus den Verwaltungen der MS). Wir müssen unsere Haltung auf politischer Ebene überprüfen.

2.1.4) In der Bundesregierung

– Stärkung der Koordinierungsfunktion des Staatssekretärsausschusses für Europafragen durch Einbindung der besonders zu Alleingängen neigenden Ressorts.
– Systematischer Ausbau der EG-Diskussion im Bundeskabinett durch Rückkehr zu der Praxis des ständigen TOP „Europafragen".
– Verabschiedung einer Bund/Länder-Vereinbarung gemäß Art. 2 Abs. 6 EEAG.[26] Hierzu folgt gesonderte Aufzeichnung.[27]

26 Für den Wortlaut von Artikel 2 Absatz 6 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bis 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1102.
Zum „Vereinbarungsentwurf der Länder" vermerkte Ministerialdirektor Jelonek am 11. März 1987: „Der uns inoffiziell zugegangene Entwurf enthält in allen wesentlichen Fragen überzogene Vorstellungen: 1) Unterrichtung des Bundesrates: Es sollen auch interne Papiere der Kommission, sämtliche Berichte über Sitzungen des Europäischen Rates, des Ministerrates, des AStV und aller sonstigen Gremien des Rates und der Kommission dem Bundesrat überlassen werden. 2) Stellungnahmen des Bundesrates: Die Länder versuchen, über den Vereinbarungstext die Verpflichtungen der Bundesregierung nach dem Zustimmungsgesetz auszuweiten (erweiterte Auskunftspflicht der Bundesregierung in Ziffer II, 3 und Ausdehnung des Bereichs, in dem die Bundesregierung nur aus unabweisbaren außen- und integrationspolitischen Gründen von einer Stellungnahme des Bundesrates abweichen darf – Ziffer III, 3)." Vgl. Referat 410, Bd. 136167.

27 Am 8. April 1987 notierte Ministerialdirektor Jelonek: „Der Staatssekretärsausschuß für Europafragen hat am 27. März 1987 MD Dr. Müller-Thuns (BMWi) ermächtigt, […] die Gespräche mit der Länderseite aufzunehmen, wenn bis zum 10. April 1987 keine Bedenken erhoben werden. Die beteiligten Ressorts (BMWi, BMF, BML, BMI, BMJ, BMFT) sind mit dem Entwurf einverstanden. Die Gespräche mit der Länderseite werden somit vereinbarungsgemäß in Kürze beginnen." Vgl. Referat 410, Bd. 136167.
Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 17. Dezember 1987 zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder über die Unterrichtung und Beteiligung des Bundesrates und der Länder bei Vorhaben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften in Ausführung von Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte vom 28. Februar 1986 vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1989, S. 698 f.

2.2) Binnenmarkt

Die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes ist für die deutsche Wirtschaft von vitaler Bedeutung. 1986 verzeichnete praktisch nur unser Export in die anderen EG-Länder und die EFTA-Länder Zuwachsraten. Auch für 1987 ist „eine Rückbesinnung auf Europa" angesagt. Im ersten Beitrittsjahr wuchs unser Export nach Spanien um 24,4% (Portugal + 10%). Er ist mit 12 Mrd. DM größer als der nach Japan mit ca. 9 Mrd. DM.

Der Binnenmarkt ist die Domäne der Ressorts: des BMWi, BML, BMJFFG, BMF, BMV. Führend im eigens gegründeten Binnenmarktrat ist der BMWi. Er setzt sich wie das Auswärtige Amt für rasche Fortschritte ein. Behindert werden diese gerade auch bei den Ressorts durch mehrere Tendenzen:

– übertriebenen bürokratischen Perfektionismus (Beispiel: Richtlinien zur Niederlassungsfreiheit),
– protektionistische Tendenzen, die mit dem Erfordernis hoher Schutzstandards bemäntelt werden, z. B. im Lebensmittel- und Veterinärrecht,
– Behinderung der gemeinschaftlichen Beschlußfassung unter Berufung auf föderalistische Grundsätze, z. B. keine Abtretung von Befugnissen des Rates an die Kommission.

Es wird vorgeschlagen, daß wir den BMWi[28] auffordern, zusammen mit der Kommission für unsere Präsidentschaft eine deutsche Binnenmarktinitiative vorzubereiten. Die Kommission beklagt den Rückstand der Arbeiten besonders beim Lebensmittelrecht, bei der Beseitigung der Steuergrenzen und beim öffentlichen Auftragswesen. Wir sollten besonders auch die Normung auf dem Gebiet der neuen Produkte und Technologien, insbesondere der Informatik und der Telekommunikation, fördern. Wichtig ist es auch, den zögernden BMF[29] zu einer politischen Unterstützung des zu erwartenden Gesamtkonzepts der Kommission zur Steuerharmonisierung zu drängen. Es wäre nicht ausreichend, die notwendigen Impulse erst unter deutscher Präsidentschaft zu geben.

2.3) Forschung und Technologie

Das Hauptproblem ist die Deblockierung des Rahmenprogramms II für 1987 bis 1991. Hier ist die Finanzausstattung zwischen der von acht Delegationen unterstützten Kommission (7,735 Mrd. ECU) und den „Großen Drei" (F, GB und D) umstritten. Wir haben eine Marge bis maximal 5,2 Mrd. ECU, GB liegt noch darunter.

Es besteht die Gefahr, daß diese Differenz im Laufe des Jahres 1987 nicht überbrückt werden kann. Das Patt kann nach aller Erfahrung nur durch eine Bewegung seitens der drei Großen aufgelöst werden. Da nur wenige Einzelprogramme der EG noch bis 1988 weitergeführt werden können, müssen wir das Problem spätestens zu Beginn unserer Präsidentschaft lösen. Das könnte uns teurer zu stehen kommen, als wenn wir im Laufe dieses Jahres einen Kompromiß, ggf. auch im Europäischen Rat, ansteuern.

Nach Inkrafttreten der EEA sollten wir eine Koordinierung der nationalen Forschungspolitiken innerhalb der EG und möglicherweise auch mit dem EUREKA-Kreis anstoßen. Dies ist im Hinblick auf die Forschungsanstrengungen Japans

28 Martin Bangemann.
29 Gerhard Stoltenberg.

und der USA überfällig. Hier ist eine Aktivierung des AWTF (Ausschuß der wissenschaftlichen und technologischen Forschung, hohe Beamtenebene) vielleicht nicht ausreichend.

Das gleiche gilt für die zur Zeit nicht existente Abstimmung der WTZ der Mitgliedstaaten mit Drittstaaten untereinander und der[30] WTZ der EG mit Drittstaaten.

2.4) Umweltschutz

Im Spannungsfeld zwischen den neuen Vertragszielen von Erhaltung und Verbesserung der Umwelt und Verwirklichung des Binnenmarkts strebt die Bundesregierung hohe ökologische Standards an. Stoßen wir damit auf Widerstand, so ertönt bei uns allzu rasch der Ruf nach nationalen Alleingängen. Diese können ein Ausweg sein, wenn sie mit dem EWG-V[31] vereinbar sind (Art. 130t EEA[32]). Darauf muß das Auswärtige Amt vorrangig achten. Das Problem trat schon bei der Katalysatorfrage auf.[33] Es besteht jetzt beim Schutz der Ozonschicht (Verbot der Spray-Aerosole[34]) und bei der Dieselrußverringerung bei Kraftfahrzeugen.

3) Traditionelle Schwerpunktthemen

3.1) Außenbeziehungen

Die Außenbeziehungen der Gemeinschaft stehen 1987 im Zeichen der beginnenden Uruguay-Runde. Besondere Sorge bereitet das Verhältnis EG–USA, das stets in der Gefahr von Verstößen gegen die Standstill-Vereinbarung von Punta del Este steht.[35]

Spektakuläre Entwicklungen sind 1987 und auch 1988 nicht zu erwarten. Das wichtigste neue Thema ist der Abschluß einer gemeinsamen Erklärung von EG und RGW sowie von Abkommen der EG mit den RGW-MS.[36]

30 Korrigiert aus: „und mit der".

31 Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

32 Mit Artikel 25 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 der Artikel 130t hinzugefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1111.

33 Durch das Gesetz vom 22. Mai 1985 über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens erhielten Halter von Fahrzeugen mit Katalysatoren nach Hubraum gestaffelte Steuerbefreiungen von bis zu sechs Jahren und zehn Monaten. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 784–787.

34 In der Presse wurde berichtet: „Die etwa 40 am UN-Umweltprogramm UNEP beteiligten Mitgliedstaaten haben sich in Montreal über ein Abkommen zum Schutz der Ozonschicht der Erde geeinigt. In dem Vertrag verpflichten sich die Staaten, die Produktion der als Treibgas in Spraydosen und in vielen Schaumstoffen verwendeten Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW) auf dem derzeitigen Stand einzufrieren und bis in die späten neunziger Jahre zu halbieren. […] Die in dem Abkommen vorgesehene Verringerung der Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe wird nach Angaben des Umweltministeriums in Bonn in der Bundesrepublik bereits bis Ende 1989 erreicht, nachdem sich die deutsche Aerosol-Industrie vor kurzem zu einem freiwilligen Verzicht auf die Verwendung der Substanz als Treibgas in Spraydosen bereit erklärt hatte." Vgl. den Artikel „Ozon-Abkommen unterzeichnet"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. September 1987, S. 5.
Für den Wortlaut des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 1015–1028.

35 Auf der GATT-Ministerkonferenz vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este gingen die Teilnehmerstaaten die politische Verpflichtung ein, keine neuen protektionistischen Maßnahmen im Außenhandel zu ergreifen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 268.
Zur „Uruguay-Runde" des GATT vgl. Dok. 42.

36 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 66, Anm. 25.

Ein weiteres Thema, was im Laufe des Jahres abgeschlossen werden sollte, sind die zukünftigen Beziehungen der EG zu den Ländern des Golf-Kooperationsrates.[37]

Sorge bereitet das Verhältnis EG–Türkei. Die Assoziation ist blockiert. Griechenland verhindert die Wiederaufnahme der gemeinschaftlichen Finanzhilfe.[38] Die Türkei lehnt das gemeinschaftliche Angebot zur Freizügigkeit ab.[39] In beiden Fällen gibt es keine Bewegungsmöglichkeit. Deshalb wird die Türkei wohl im Laufe des Jahres einen Beitrittsantrag stellen.[40] Aber auch dieser löst das Problem nicht, weil die Gemeinschaft auf ihn nur ausweichend antworten kann.

Weitere schwierige Probleme sind noch im Rahmen der Mittelmeerpolitik zu lösen (Beziehungen zu Marokko[41] und Jugoslawien[42], Zollunion Zypern[43]).

37 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) vgl. Dok. 22, Anm. 9.

38 Zur Aussetzung der EG-Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 25, Anm. 30.

39 Zu den Verhandlungen über die Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 25, Anm. 29.

40 Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu Dok. 93 und Dok. 136.

41 Referat 411 notierte am 30. März 1987: „Die Gemeinschaft hat sich im Oktober auf eine Verbesserung des Verhandlungsmandats der EG-Kommission für die Verhandlungen mit den Mittelmeerländern zur Anpassung der Kooperationsabkommen der Gemeinschaft an die Erweiterung geeinigt. […] Unter den Mittelmeerländern ist Marokko – neben Israel, Tunesien und Zypern – am weitgehendsten durch die EG-Erweiterung betroffen, da es erheblich von seinen Agrarausfuhren in die EG abhängig ist, die insbesondere Obst- und Gemüseerzeugnisse umfassen. Da vorwiegend mit Spanien ein wettbewerbsfähiges Lieferland mediterraner Agrarerzeugnisse in die Gemeinschaft kommt, sollen die Agrarpräferenzen der Mittelmeerländer, also auch Marokkos, verbessert werden". Zölle sollten schrittweise vollständig abgebaut werden: „Dies gilt bei Marokko nicht nur für die wichtigsten Exporterzeugnisse wie Zitrusfrüchte, Tomaten, Kartoffeln und Wein, sondern auch für eine Fülle anderer Obst- und Gemüseerzeugnisse". Allerdings würden bei bestimmten Erzeugnissen die „zollbegünstigten Mengen durch Zollkontingente oder Zeitkalender für die Einfuhren begrenzt auf die bisherigen traditionellen Exporte". Dieses Angebot habe Marokko nicht für ausreichend gehalten. Vgl. Referat 413, Bd. 144888.

42 Referat 411 vermerkte am 17. Februar 1987, Jugoslawien fordere „von der Gemeinschaft die Gewährung von Haushaltsmitteln im zweiten Finanzprotokoll EWG–Jugoslawien (EG-Verhandlungsmandat vom 18.6.1985 sieht EIB-Darlehen in Höhe von 380 Mio. ECU, aber keine Haushaltsmittel vor); weitere Verbesserungen der Handelsregelungen im Handelsteil des Kooperationsabkommens von 1980". Vgl. Referat 214, Bd. 139591.
Botschafterin Rheker, Belgrad, berichtete am 23. Februar 1987: „Auf Treffen EG-Botschafter am 19.2.1987 teilte Vertreter Kommission mit, daß Jugoslawien Verhandlungen über das Finanzprotokoll am 23. März dieses Jahres in Brüssel aufnehmen wolle, jedoch nur, um das Mandat der Kommission für unbefriedigend zu erklären und dessen Rückverweisung an den Rat zu verlangen. Kommission werde alsdann dem Rat Vorschläge für Weiterbehandlung unterbreiten müssen." Der Vertreter der Kommission habe weiter ausgeführt, Jugoslawien wünsche vor allem Finanzmittel für bedeutende Infrastrukturvorhaben im Transitverkehr, insbesondere für den Straßen- und Schienenverkehr. Es könnte ein Transitabkommen geschlossen werden, für das Jugoslawien im Gegenzug EIB-Mittel erhalten könnte, „die aus EG-Haushaltsmitteln subventioniert werden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; Referat 214, Bd. 139602.

43 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums für Wirtschaft sowie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 18. März 1987 wurden folgende Informationen gegeben: „Zypern strebt eine Zollunionsregelung an, die auf eine Wirtschaftsintegration Zyperns in die Gemeinschaft abzielt und damit Zypern in den Vorhof des Beitritts bringt, d. h. Festschreibung ehrgeiziger Ziele und Kalender, aber Zypern kann die wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht erfüllen. Politisches Ziel: am Ende Beitritt zur EG, möglichst gleichzeitig mit Türkei. Wir streben ein vorsichtiges und realistisches Gesamtkonzept an, das die Zielsetzungen nicht überfrachtet und integrationspolitische Risiken durch Mitspracheansprüche Zyperns bei den Gemeinschaftspolitiken vermeidet. Das bedeutet: Wir wollen nur die Mindesterfordernisse des GATT für eine Zollunion erfüllen. Von der Leistungsfähigkeit her wäre für Zypern ein Kooperationsabkommen angemessen." Vgl. Referat 413, Bd. 144932.

In der entwicklungspolitischen Arbeit der EG entspricht bisher lediglich das Lomé-Abkommen[44] der Bedeutung der EG in der Welt. Die finanziellen Möglichkeiten der EG in den übrigen Entwicklungsländern sind geringer als die des BMZ. Dies wird sich mittelfristig kaum ändern lassen. Gleichwohl liegt es in unserem Interesse, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den weltwirtschaftlich doch bedeutenderen Ländern Asiens und Lateinamerikas zu intensivieren und sektoral zu erweitern.

3.2) Europäisches Währungssystem

Gegenwärtig bewegt sich trotz der beachtlichen Erfolge des EWS die aktuelle Diskussion im eher technischen Bereich wie

- Depolitisierung von Realignments,
- koordiniertes Vorgehen gegenüber dem US-Dollar,
- häufigere kleinere Wechselkursanpassungen,
- verstärkte Verwendung von Indikatoren,
- Kapitalmarktliberalisierung,
- Aufgabe der Sonderstellung Italiens[45],
- Beitritt Großbritanniens zum EWS-Wechselkursmechanismus[46].

Alle diese technischen Verbesserungen sollten wir nachdrücklich unterstützen. Insbesondere auch die Bestrebungen, noch in diesem Jahr die private Verwendung des ECU auch in der Bundesrepublik Deutschland zuzulassen.

Größere Fortschritte lassen sich ohne Überschreitung der institutionellen Schwelle nicht mehr erzielen. Diese bedürfte auch einer Abstützung durch Ansätze einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Auf solche Schritte sind weder BMF noch BMWi vorbereitet. Wenn allerdings bis 1992 ein freier Binnenmarkt geschaffen werden soll, dann macht dies Fortschritte im institutionellen Bereich nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich notwendig. Entsprechende Anstöße könnten im Laufe des Jahres erforderlich werden.

44 Für den Wortlaut des Dritten AKP-EWG-Abkommens vom 8. Dezember 1984 (Lomé III) und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 19–164.

45 Ministerialdirigent Trumpf vermerkte am 25. März 1987: „Italien hat derzeit noch eine Bandbreite von 6% im EWS-Wechselkursmechanismus. Durch Reduzierung auf die für die übrigen MS geltenden 2,25% würde es sich den gleichen ökonomischen (auf Konvergenz zielenden) Zwängen aussetzen." Vgl. Referat 412, Bd. 168785.

46 In einer Aufzeichnung des Referats 412 vom 12. Juni 1986 wurde dargelegt: „Großbritannien nimmt an den Beratungen der Finanzminister und Notenbankgouverneure über EWS-Fragen (z. B. Wechselkursänderungen) teil und hat seinen Anteil an Devisen beim Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (einem Organ des EWS) eingezahlt. Es nimmt jedoch nicht am Wechselkursmechanismus, dem wichtigsten Element des EWS, teil. Im Währungskorb der ECU ist das britische Pfund jedoch enthalten. Es gibt aber keinen ECU-Leitkurs des britischen Pfundes und keine Interventionsverpflichtungen, d. h. der Kurs des Pfundes schwankt frei gegenüber den EWS-Währungen. […] PM Thatcher erteilte im Unterhaus am 10.6.1986 Spekulationen um GBs Beitritt zum EWS-Wechselkursmechanismus in unerwarteter Deutlichkeit eine Absage. Sie wies auf die angeblich zu erwartenden Nachteile hin: Verlust GBs auf seine Option für ein autonomes Wechselkursregime. Mangelnde Flexibilität in der Wechselkurspolitik könne bei Wechselkursspekulationen und -fluktuationen zu Interventionen unter Einsatz begrenzter wertvoller Währungsreserven oder zu restriktiver Zinspolitik führen. […] Angesichts der Unterhauswahlen 1987 oder 1988 will sie offenbar weiteren politischen Vertrauensverlust vermeiden." Vgl. Referat 412, Bd. 168787.

3.3) Europa der Bürger[47]

Diesen Bereich, den der Europäische Rat beschlossen hat, können wir trotz der Widerstände der Länder und der mangelnden Mittel nicht aus unserer Politik ausklammern. Im Gegenteil, man wird Initiativen der deutschen Präsidentschaft erwarten. Dabei sind die wichtigsten Bereiche:

– die Kultur- und Bildungspolitik mit dem Austausch von Schülern, Studenten und Jugendlichen und den Projekten ERASMUS[48] und YES[49] für Europa sowie die Medienpolitik,
– die Beseitigung der Grenzkontrollen vornehmlich im Rahmen der Schengen-Initiative[50], aber auch zwischen den Zwölf,
– im Gesundheitsbereich bei der Bekämpfung von Krebs, AIDS und Drogenmißbrauch.

Trumpf

Referat 410, Bd. 160920

47 Auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau setzte der Europäische Rat einen Ad-hoc-Ausschuß für das „Europa der Bürger" ein. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.
In einer Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 25. Februar 1987 wurde festgehalten, der Ausschuß habe „dem Europäischen Rat im März und im Juni 1985 jeweils einen Bericht" vorgelegt: „Die beiden ‚Adonnino-Berichte' (benannt nach dem damaligen Vorsitzenden des Ad-hoc-Ausschusses, Pietro Adonnino) wurden vom Europäischen Rat abschließend gebilligt. Der Rat forderte die Mitgliedstaaten sowie die Gemeinschaftsorgane auf, die in den Berichten aufgeführten Vorschläge rasch in die Tat umzusetzen. Ziel ist, Europa dem Bürger durch greifbare Aktionen mit unmittelbaren praktischen Auswirkungen näher zu bringen. Auf dem Europäischen Rat in Den Haag (26./27.6.1986) und London (5./6.12.1986) wurde deutlich, daß die Umsetzung der Empfehlungen in Verzug geraten ist." Vgl. Referat 412, Bd. 168723.

48 European Region Action Scheme for the Mobility of University Students.
Der EG-Rat auf der Ebene der für Bildungsfragen zuständigen Minister stimmte dem Hochschulprogramm ERASMUS auf seiner Tagung am 14. Mai 1987 in Brüssel zu. Das Programm hatte vier Schwerpunkte: Errichtung und Nutzung eines europäischen Netzes für die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen; direkte finanzielle Unterstützung von Studenten, die einen Studienabschnitt an einer Hochschule eines anderen Mitgliedstaates absolvieren; Maßnahmen zur Verbesserung der akademischen Anerkennung der Diplome und der in einem anderen Mitgliedstaat abgeleisteten Studienzeiten; ergänzende Maßnahmen wie Gastvorlesungen oder Intensivkurse. Für die Hochschuljahre 1987/88, 1988/89 und 1989/90 wurden dafür 85 Millionen ECU bereitgestellt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1987, S. 12 f.

49 Youth Exchange Scheme for Europe.
In einer Aufzeichnung der Abteilung 6 vom 1. Juni 1987 wurde zu dem EG-Aktionsprogramm folgender Sachstand gegeben: „Die Kommission hatte unter britischem Vorsitz ein Programm für den außerschulischen Jugendaustausch vorgelegt, und der Rat hatte eine Arbeitsgruppe aus Regierungsvertretern zur Erörterung des Programms eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe konnte ihre Beratungen erst in einer Sitzung am 27.5.1987 unter belgischem Vorsitz abschließen, aber nicht in allen Punkten Einigkeit erzielen. Bestehen blieben insbesondere generelle Finanzierungsvorbehalte von D, DK, F, NL und UK. Das EP, E, GR, L und P wünschen einen Finanzrahmen für die Laufzeit von 1987–1989 von 50 Mio. ECU, während B, I und IRL den von der Komm[ission] vorgeschlagenen Betrag von 30 Mio. ECU für ausreichend halten. Das Programm wird am 10.6.1987 im AStV und am 22./23.6.1987 im Allgemeinen Rat auf die Tagesordnung gesetzt werden." Vgl. B 92 (Referat 614), Bd. 655.

50 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

74

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 852 **Aufgabe: 17. März 1987, 10.33 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 17. März 1987, 10.54 Uhr**

Betr.: 1149. Tagung des Rates der EG (allgemeine Fragen) am 16.3.87 in Brüssel;
hier: Ergebnis im Überblick

Zur Unterrichtung

I. 1) Rat, der sich bis in die frühen Morgenstunden des 17.3.87 hinzog, kam nach langer Diskussion zu erfolgreichem Abschluß der Beratungen über die Mittelmeer-Finanzprotokolle. Er konnte im dritten Anlauf eine polit. Entscheidung über das Gesamtvolumen und das Verhältnis von Haushaltsmitteln zu EIB-Mitteln treffen und damit seine Zusage zu einer Aufstockung der finanz. Hilfe an die Mittelmeer-Anrainer erfüllen.

2) Keine Einigung konnte erzielt werden über den Text eines Ratsbeschlusses für die Übertragung von Durchführungsbefugnissen auf die Kommission. Angelegenheit wurde an den AStV zurückverwiesen.

3) Der Rat diskutierte darüber hinaus die handelspolit. Beziehungen der Gem.[2] mit Japan (Überprüfung des Stands der Beziehungen), Ungarn (Verhandlungsmandat) und den USA (drohender neuer handelspolit. Konflikt wegen protektion. US-Handels-Textil-Gesetzgebung).

4) Auf Wunsch von GB und uns wurden auch die außenhandelspolit. Auswirkungen der Einführung einer Fettsteuer, wie sie von der KOM vorgeschlagen wurde, erörtert.

Die deutsche Del.[3], erstmals unter der Leitung von Frau StM Adam-Schwaetzer, hat bei dieser Gelegenheit noch einmal unseren Standpunkt zum geplanten Abbau des positiven Währungsausgleichsbetrages dargelegt.

5) Beim ME[4] sprachen Minister über das ERASMUS-Programm[5] (Studenten-Austausch in der EG) sowie die Beziehungen der Gem. mit dem Golf-Kooperationsrat[6] und Jugoslawien[7] (hierzu wird gesondert berichtet[8]). Die Beziehungen

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Hennig, Brüssel (EG), konzipiert.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.
Hat Vortragendem Legationsrat Dix am 17. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Prinz verfügte.
Hat Prinz am 20. März 1987 vorgelegen.

2 Gemeinschaft.

3 Delegation.

4 Mittagessen.

5 Zum Hochschulprogramm ERASMUS vgl. Dok. 73, Anm. 48.

6 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) vgl. Dok. 22, Anm. 9.
Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 16. März 1987 über die Ausführungen des Mitglieds der EG-Kommission, Cheysson, während der EG-Ministerratstagung am selben Tag: „GCC tendiert in Richtung Freihandelsabkommen des Typs Israel, in dem es für petrochemische Produkte keine Restriktionen geben solle. […] Dies sei der augenblickliche unbefriedigende Stand der Dinge." Vgl. den Drahtbericht Nr. 843; Unterabteilung 31, Bd. 141127.

zur Türkei wurden nicht angesprochen. Im EPZ-Rahmen wurden die Themen Afghanistan, Iran/Irak und Chile erörtert.

II. Im einzelnen bleibt festzuhalten:

1) Mittelmeer-Finanzprotokolle

Die MM-Finanzprotokolle sind wesentlicher Teil der MM-Politik der Gem., deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit mit den Mittelmeer-Anrainern fortzusetzen, um zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder beizutragen.

Nach der Anpassung der mit diesen Ländern vereinbarten Handelspräferenzen im Zuge des Beitritts von E und P[9] und der Unterzeichnung der entsprechenden Handelsabkommen hat die Gem. jetzt ihre Zusage für eine Aufstockung der finanziellen Hilfe erfüllt.

Die im November 1986 ausgelaufenen Finanzabkommen für die Periode 1981–86 umfaßten insgesamt 1015 Mio. ECU, davon 600 Mio. ECU an EIB-Darlehen. Der Rat einigte sich nach langer Diskussion auf eine Erhöhung um 48,2 Prozent für alle in Betracht kommenden MM-Länder einschl. Syrien, d.h. auf ein Gesamtvolumen von 1618 Mio. ECU, davon 1003 Mio. ECU an EIB-Darlehen. Fragen der Aufteilung des Gesamtbetrags auf die einzelnen Länder und des Risikokapitals sollen im AStV abschließend geklärt werden. Für unsere Vorstellung zu Sonderdarlehen fanden wir keine Unterstützung. Wir haben unsere Position in einer Erklärung zu Protokoll des Rates verdeutlicht.[10]

2) Durchführungsbefugnisse der KOM

Art. 10 EEA[11] sieht Übertragung von Durchführungsbefugnissen auf die KOM vor. Ziel ist es, die Effizienz des gemeinschaftl. Entscheidungsprozesses zu erhöhen. Vor Inkrafttreten der EEA[12] ist entsprechender einstimmiger Ratsbeschluß erforderlich.

Fortsetzung Fußnote von Seite 360

7 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien vgl. Dok. 73, Anm. 21, 22 und 42.
Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), informierte am 16. März 1987, Staatsministerin Adam-Schwaetzer habe während der EG-Ministerratstagung am selben Tag über das beim Mittagessen der Delegationsleiter behandelte Thema Jugoslawien berichtet: „Kommissar Cheysson habe den von PM Mikulić an seine Kollegen in der Gem[einschaft] adressierten Brief angesprochen und ausgeführt, daß Jug[oslawien] aus seiner Isolation herauskommen müsse. Die Gem. solle bereit sein, sich an der Verbesserung der jug. Infrastruktur zu beteiligen. Aus Sicht der KOM könnten hierfür gewisse Haushaltsmittel bereitgestellt werden. I und GB hätten sich, ohne auf diesen Punkt einzugehen, zu dem für Präs[ident] Delors ausgearbeiteten Antwortentwurf positiv geäußert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 846; Referat 214, Bd. 139602.

8 Gesonderte Berichte übermittelte Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), mit Fernschreiben Nr. 843 und Nr. 846. Für Auszüge vgl. Anm. 6 und 7.

9 Spanien und Portugal traten den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1986 bei.

10 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 1. Mai 1987: „AStV beriet in engerem Rahmen über die weiteren Schritte zur baldigen Anwendung der Anpassungsprotokolle. Dabei hielt GR an seinem Vorbehalt gegen die Zeichnung der Protokolle trotz eindringlicher Appelle, insbes[ondere] des Vors[itzenden], fest, der zunächst [seine] Absicht bekräftigte, die Protokolle mit Algerien, Ägypten, Jordanien, Lib[anon], Tunesien in der zweiten Maihälfte zu unterzeichnen. Es ist anzunehmen, daß [GR] seine Haltung bezügl[ich] dieser Länder nach zufriedenstellendem Verlauf der Verhandlungen mit ZYP ändert. Hinsichtlich der Türkei-Protokolle ist dagegen kein Optimismus angebracht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1253; Referat 413, Bd. 144940.

11 Für den Wortlaut von Artikel 10 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1106.

12 Zur Frage des Inkrafttretens der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. Dok. 73, Anm. 4.

Diskussion im Rat zeigte, daß das Dossier noch nicht entscheidungsreif ist. Die Delegationen bekräftigten ihre bekannten Positionen in den streitigen Hauptpunkten:

– Aufnahme einer die Kontrolle des Rates sichernden Formel in das Verfahren des Regelungsausschusses (von D, DK und GB gefordert, von Vors.[13], anderen MS und KOM abgelehnt),
– die Anwendung des Schutzklauselverfahrens auch in Verbindung mit dem beratenden Ausschußverfahren (brit. und dän. Anliegen),
– Anwendbarkeit der Schutzklausel des Art. 100 a Abs. 4 EWG-Vertrag (neu)[14] auch bei Maßnahmen, die von der KOM im Rahmen übertragener Durchführungsbefugnisse getroffen werden. (DK fordert interpretative Prot.erkl.[15], die die Anwendbarkeit eindeutig feststellt, während alle anderen Beteiligten eine nicht-präjudizierende Prot.erkl. befürworten.)

Die Sache wurde noch einmal an den AStV zurückverwiesen. Vorsitz will endgültige Entscheidung in der nächsten Sitzung des Rates herbeiführen.

3) Japan

Rat unterzog die Handelsbeziehungen der Gem. zu Japan einer allg. Überprüfung. Diese sind weiterhin stark ungleichgewichtig zu Lasten der EG. Ratsdebatte machte Besorgnis der Gem. über die bisher kaum zu Buche schlagenden japan. Marktöffnungsmaßnahmen deutlich. Deshalb bestätigte der Rat seine Strategie, den Druck auf die Öffnung des japan. Marktes fortzusetzen. Hierzu verabschiedete er als Signal an Tokio Schlußfolgerungen[16], die sich in die Reihe der jüngsten Appelle der Gem. an Japan (z. B. März-Rat 1986[17], ER London Dez. 1986[18]) einreihen. Der Rat rief Japan dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit eingeführte Waren auf dem japan. Markt frei konkurrieren können und in spezif. Marktbereichen das Ungleichgewicht im Handel mit der Gem. verringert wird.

[19]4) Ungarn

Wie schon auf dem Februar-Rat[20], appellierte die KOM erneut an den Rat, Verhandlungsmandat zügig, d. h. auf April-AM-Rat, zu verabschieden.[21] NL, GR und wir unterstützten KOM nachdrücklich.

13 Vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 hatte Belgien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

14 Mit Artikel 18 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 der Artikel 100 a hinzugefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1108.

15 Protokollerklärung.

16 Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten gaben auf der EG-Ministerratstagung am 16./17. März 1987 in Brüssel eine Erklärung zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Japan ab. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1987, S. 76.

17 Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten gaben auf der EG-Ministerratstagung am 10./11. März 1986 in Brüssel eine Erklärung zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Japan ab. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1986, S. 63.

18 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten zu Japan auf der Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in London vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 87 f.

19 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 853 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

20 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 52, Anm. 32, und Dok. 73, Anm. 23.
Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 16. Februar 1987 zur EG-Ministerratstagung am selben Tag in Brüssel: „KOM appellierte an den Rat, Verhandlungsmandat mit Ungarn zügig, d. h.

Während mit den Verhandlungsrichtlinien für Koop.abkommen[22] mit der ČSSR und Rumänien, die der Rat vor wenigen Monaten verabschiedet hat[23], keine größeren Probleme verbunden waren, macht das Verhandlungsmandat mit Ungarn einer Reihe von MS, insbes. I, F, E und GB, Schwierigkeiten: Budapest fordert als Conditio sine qua non für ein Koop.abkommen mit der Gem. unter Berufung auf sein Beitrittsprotokoll zum GATT[24] die Beseitigung aller spezifischen, d.h. für Ungarn diskriminierenden mengenmäßigen Beschränkungen nach festem Zeitplan. Die genannten MS wollen dagegen für eine Reihe von Produkten mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen über die vorgesehene Übergangszeit von zehn Jahren hinaus beibehalten.

Obwohl KOM-Vorschlag einige Branchen bei uns beeinträchtigt und er zu Schwierigkeiten mit anderen Staatshandelsländern, die schlechter behandelt würden als Ungarn, führen kann, unterstützen wir den KOM-Vorschlag aus polit. Gründen, da eine handelsvertragl. Bindung an die Gem. den wirtschaftl. Reformkurs Ungarns in einer kritischen Wirtschaftslage stützen und ermutigen würde.

5) US-Handelsgesetz/Textilgesetz

Nach der kürzlichen Einigung im Streitfall über die handelspolit. Folgen der Süderweiterung[25] (Art. 24.6 GATT[26]) droht wegen der protektionist. Bestrebungen in Teilen der US-Industrie und im Kongreß, wie sie sich in der US-Handelsgesetzgebung und insbes. im Textilgesetz[27] niedergeschlagen haben, ein neuer

Fortsetzung Fußnote von Seite 362

vorzugsweise bereits auf März-AM-Rat, zu verabschieden. […] Obwohl KOM-Vorschlag einige Branchen bei uns beeinträchtigt und er zu Schwierigkeiten mit anderen Staatshandelsländern führen kann, unterstützen wir KOM aus politischen Gründen. Unabhängig von den wirtschaftlichen Aspekten erklärt sich unser politisches Interesse an einem Handelsabkommen EG – Ungarn aus dem Beitrag, den es für die Ost-West-Verständigung und die Entspannung für Europa leisten kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 507; Referat 410, Bd. 136088.

21 Am 27. April 1987 informierte Botschafter Ungerer, z.Z. Luxemburg, über die EG-Ministerratstagung am 26./27. April 1987: „Rat gelang es, sich auf Mandat zu einigen, nach dem KOM Verhandlungen über Handels- und Kooperationsabk[ommen] führen soll. Es beruht auf Kompromißvorschlag der Präs[identschaft], der Ausnahmen vom Grundsatz des restlosen Abbaus der für Ungarn spezifischen mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen der MS vorsieht. D konnte Mandatserteilung unter dieser Voraussetzung erst zustimmen, nachdem Komm[issar] De Clercq bestätigte, Mandat habe in dieser Form reelle Chance auf Verwirklichung. Verhandlungen sollen so schnell wie möglich aufgenommen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 410, Bd. 136088.

22 Kooperationsabkommen.

23 Referat 411 vermerkte am 10. Februar 1987: „Der (Allg[emeine]) Rat am 24.11.86 bzw. 15.12.86 hat der Kommission das Mandat erteilt, Verhandlungen mit der ČSSR im Hinblick auf ein Handelsabkommen (nur für den gewerblichen Bereich) sowie mit Rumänien hinsichtlich eines Handels- und Kooperationsabkommens aufzunehmen. […] Diese Verhandlungen werden sich allerdings schwierig gestalten, wenn die Bereitschaft der EG-MS zu handelspolitischen Konzessionen weiterhin so gering bleibt, wie dies gegenwärtig der Fall ist." Vgl. Referat 411, Bd. 131356.

24 Für den Wortlaut des Protokolls vom 8. August 1973 über den Beitritt Ungarns zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, das am 9. September 1973 in Kraft trat, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 510–597.

25 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA vgl. Dok. 42, Anm. 4.

26 Für den Wortlaut von Artikel XXIV Absatz 6 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom Juli 1986 vgl. https://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/gatt47_e.pdf, S. 42.

27 Zum amerikanischen Gesetzesentwurf „Textile and Apparel Act of 1987" notierte Referat 411 am 13. März 1987: „Mit dem am 19. Februar 1987 in beiden Häusern des US-Parlaments als Entwurf eingebrachten Gesetz sollen zur Abwendung von Marktstörungen und Arbeitsplatzverlusten in den USA die Drittlandeinfuhren von rd. 120 Textilkategorien und von Leder- und Kunststoffschuhwerk (non-rubber shoewear) ab Kalenderjahr 1987 mengenmäßig beschränkt werden. a) Für jede Textil-

transatlant. Handelskonflikt. (Gesetzentwurf über Textilaußenhandel sieht Globalkontingentierung für Textilimporte vor, die – auf Basis der Zahlen für 1986 – in den nächsten zehn Jahren jeweils nur um ein Prozent jährlich zunehmen dürfte.)

Rat einigte sich auf Schlußfolgerungen, die die Besorgnis der Gem. über die Gesetzentwürfe und die Geschlossenheit der Gem. ausdrücken, im Falle einseitiger restriktiver amerikan. Maßnahmen in Übereinstimmung mit ihren GATT-Rechten zu antworten.[28]

6) Fettsteuer[29]/Währungsausgleichsbetrag

Rat hat lediglich die außenhandelspolit. Auswirkungen der von KOM vorgeschlagenen Fettsteuer debattiert. Verabschiedung von Schlußfolgerungen war nicht vorgesehen. Diskussion diente einzig der Sensibilisierung für die negativen außenpolit. Konsequenzen einer solchen Maßnahme. AStV wurde beauftragt, sich mit der Angelegenheit weiter zu befassen.

GB, unterstützt von einer Reihe weiterer MS, darunter uns, hat auf die Gefahr neuer Handelskonflikte mit den USA und einer Reihe von Staaten der Dritten Welt (insbes. ASEAN) und auf die Beeinträchtigung für die polit. Beziehungen der Gem. mit diesen Staaten hingewiesen. Maßnahme, sollte sie verwirklicht werden, wäre auch ein ungünstiges Signal mit Blick auf die gerade angelaufene Uruguay-Runde.[30]

Wir haben außerdem den von der KOM vorgeschlagenen sofortigen Abbau des noch bestehenden deutschen positiven Währungsausgleichs angesprochen und ihn im Hinblick auf seine unerträgliche materielle Auswirkung auf die Lage der deutschen Landwirtschaft als inakzeptabel bezeichnet. Er verstoße gegen das Gentlemen's Agreement von 1979, bekräftigt durch Ratserklärung von 1984, wonach der Restabbau des deutschen Grenzausgleichs nicht zu Preissenkungen in Landeswährung führen dürfe.[31] Wir haben mit Blick auf die Absichts-

Fortsetzung Fußnote von Seite 363

kategorie gilt, daß die Einfuhren heuer nur um 1% gegenüber den Vorjahresmengen (1986) wachsen dürfen. Diese Wachstumsrate von 1% gilt auch für die Folgejahre. b) Bei dem vorstehend definierten Schuhwerk gilt ein Nullwachstum, d. h. Einfrieren der Liefermengen von 1986 als Plafond für die Folgejahre (der Gesetzesentwurf, gegen den Präsident Reagan 1986 Veto einlegte, sah scharfe Mengenkürzungen vor). […] Regelung soll heuer erga omnes gelten – 1986 wollten die USA nur die Hauptlieferanten Taiwan, Korea (Süd) und Hongkong treffen. Entwurf somit auch gegen EG-Lieferanten gerichtet. Erga-omnes-Lösung ist einfacher zu kontrollieren als selektive Schutzklauselmaßnahme (Umgehung durch Fälschung des Warenursprungs)." Vgl. Referat 411, Bd. 131362.

28 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten bei der EG-Ministerratstagung am 16./17. März 1987 in Brüssel zu den handelspolitischen Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA vgl. BULLETIN DER EG 3/1987, S. 76.

29 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13.

30 Zur „Uruguay-Runde" des GATT vgl. Dok. 42.

31 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 26. Februar 1987 wurde erläutert, die „Verpflichtung zum Restabbau" stehe „unter dem Vorbehalt des Gentlemen's Agreement vom April 1979, nach dem der Abbau des positiven Währungsausgleichs zu keinen nominalen Preissenkungen führen darf. Die Gültigkeit des Gentlemen's Agreement für den Restabbau wurde bei den Märzbeschlüssen 1984 durch Protokollerklärung des Rates" bestätigt. Der betreffende Passus laute: „Der Rat kommt überein, daß der in der dritten Stufe durchzuführende Abbau nach den Grundsätzen erfolgt, die zwischen der Einführung der ECU in die GAP und dem Wirtschaftsjahr 1984/1985 gegolten haben." Seit 1984 habe es „keine generellen ECU-Preisanhebungen gegeben, die eine Verrechnung von Abbauschritten mit Preisanhebungen erlaubt hätten. Da die Kommission für das kommende Wirtschaftsjahr ebenfalls keine Preisanhebungen vorschlägt, liegen die Voraussetzungen für einen WAB-Abbau nach dem Gentlemen's Agreement nicht vor." Vgl. Referat 416, Bd. 141875.

erklärung der KOM zur Abschaffung des Währungsausgleichs überhaupt ab 1992 deutlich gemacht, daß auf das Währungsausgleichssystem so lange nicht verzichtet werden kann, wie die Wirtschafts- und Währungsunion nicht verwirklicht ist und Wechselkursänderungen möglich bleiben.

Rat nahm unsere Erklärung zur Kenntnis, Diskussion fand nicht statt.

7) Butterabsatzmaßnahmen

Rat hat mit qualif. Mehrheit Sonderabsatzmaßnahmen für Butter aus alten Beständen gegen E und P verabschiedet. Beide Del. haben ihre Nichtbeteiligung an der Finanzierung dieser Aktion verlangt, da die Butter vor dem Beitritt eingelagert wurde. Rat hat sich gegen eine derartige Ausnahme ausgesprochen. Der „Acquis communautaire" kommt auch im Falle ungünstiger Regelungen für die Neumitglieder zum Tragen.

[gez.] Ungerer

Referat 410, Bd. 136088

75

Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 19. März 1987, 20.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 415 **Ankunft: 19. März 1987, 21.01 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 27/87

Betr.: MBFR;
hier: 448. Plenarsitzung am 19. März 1987

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) In der letzten Plenarsitzung dieser Verhandlungsrunde[2] am 19. März sprachen der polnische DL, Botschafter Strulak, für den Osten und US-DL, Botschafter Blackwill, für den Westen.

Botschafter Strulak bedauerte den Verhandlungsstillstand, gerade auch vor dem Hintergrund der Entwicklung neuer Verhandlungen im konventionellen Bereich[3]. Bei seiner Kritik westlicher Positionen machte er geltend, daß der westliche Ansatz für eine Nichterhöhungsverpflichtung einen Aufwuchs der „größten Streitmacht im westlichen Teil des Raums der Reduzierungen" zuläßt, was von größter Sorge für die Sicherheit Polens und auch seiner Verbündeten

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Pöhlmann und Oberst i. G. Schröter, beide Wien (MBFR-Delegation), konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Schon vorgelegen.

2 Die 41. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien begann am 29. Januar 1987.

3 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 44 und Dok. 101.

sei. Im Rahmen seiner Kritik an der vom Westen geforderten Ausklammerung der Waffenfrage zitierte Strulak aus dem kürzlichen Artikel von StS Rühl, daß die „Konzentration der Rüstungskontrolle auf Personalumfänge unvorteilhaft und militärisch nicht erheblich ist“.[4] Strulak unterstrich abschließend das vitale östliche Interesse an einem Abkommen und warnte davor, daß die Wiener Verhandlungen vom Gang der Ereignisse überholt werden könnten.

Botschafter Blackwill widmete seine Erklärung der Darstellung der Bedeutung der Nichterhöhungsverpflichtung und dem Erfordernis, diese Verpflichtung verläßlich zu verifizieren. Dazu verglich er die beiderseitigen Verifikationsansätze und führte im einzelnen den Nachweis, daß der Osten nicht einmal die Anforderungen in der Praxis erfüllt, die er selbst verbal gesetzt hat. Blackwill appellierte schließlich an den Osten, nicht zu glauben, daß der Westen weitere Konzessionen machen könnte, solange der Osten seinerseits eine lediglich abwartende Haltung einnimmt.

II. Im einzelnen

1) Strulak bewertete zu Beginn seiner Erklärung die abgelaufene Runde als „eine von verlorener Zeit und verlorenen Gelegenheiten“, was um so schärfer ins Auge springe, als die neuen Gespräche mit neuen Hoffnungen verknüpft seien. Unter Hinweis auf die sowjetische Initiative zur Beseitigung der INF[5], das WFT[6], den Budapester Appell[7] und die informellen Kontakte der 23 in Wien versuchte er das große politische und öffentliche Interesse an Abrüstung in Europa nachzuweisen. Ein schneller und fruchtbarer Abschluß von MBFR wäre daher eine wertvolle Vorausinvestition für die vorgesehenen gesamteuropäischen Reduzierungen. Das bisher gezeigte Verhalten des Westens, das durch Selbstgerechtigkeit gekennzeichnet sei und sich in starrem Beharren auf dem Vorschlag vom 5.12.1985[8] erschöpfe, verhindere jeden Fortschritt.

Strulak schlug vor, doch einmal damit zu beginnen, die Teile eines Abkommens zu formulieren, in denen Übereinstimmung bestehe, insbesondere hinsichtlich der SU- und US-Reduzierungen.

In seiner weiteren Kritik an der westlichen Position hob er besonders ab auf

– die Forderung nach einem überzogenen Informationsaustausch (der jetzt die Stelle der Datenfrage eingenommen habe);
– das westliche Beharren auf einer Nichterhöhungsverpflichtung, die „ein mögliches Aufwachsen der größten Armee im westlichen Teil des Reduzierungsraums zuließe – ein primäres Sicherheitsanliegen für Polen und seine Verbündeten“;
– die nicht behandelten Fragen der Waffenbegrenzungen und der Luftstreitkräftestärken.

4 Vgl. den Artikel „Ist militärische Stabilität in Europa erreichbar?“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. März 1987, S. 9.

5 Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987; Dok. 60.

6 Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 106.

7 Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 44, Anm. 10.

8 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1985, II, Dok. 308 und Dok. 339.

Insgesamt gesehen sei das westliche Schema für Reduzierungen und Nichterhöhungsverpflichtung gleichbedeutend mit einer „Nichterfüllung des Mandats der Verhandlungen[9]“.

Unverständlich sei insbesondere die Weigerung, Waffen zu berücksichtigen, angesichts der in verschiedenen Erklärungen angesprochenen Bereitschaft, dazu in europaweiten Verhandlungen durchaus bereit zu sein. Hier zitierte Strulak StS Dr. Rühl, der kürzlich in einem „im übrigen fragwürdigen“ Artikel ausdrücklich festgestellt habe, daß eine Konzentration von Rüstungskontrolle auf Streitkräftestärken unvorteilhaft und militärisch unbedeutend sei.

Strulak wies in seinen Schlußworten erneut auf die Bedeutung eines baldigen Abkommens bei MBFR an sich und in seiner Auswirkung auf zukünftige gesamteuropäische sowie auf die Gefahr hin, vom „Gang der Ereignisse überholt und in der Geschichte als lange und unklare Übung abgetan zu werden“.[10] Er rief abschließend dazu auf, die bevorstehende Pause für weitere Überlegungen zu nutzen und „unsere Beratungen durch eine konstruktive Vereinbarung zu krönen“.

2) US-DL Blackwill konzentrierte seine Plenarerklärung auf die Verifikation der Streitkräftebegrenzungen, deren weitreichende militärische Bedeutung er zunächst kurz erläuterte. Unter Hinweis auf meine Plenarerklärung vom 5.3.1987[11] bezeichnete er eine politische Nichterhöhungsverpflichtung, wie sie der Osten vorsehe, als eine Verpflichtung von lediglich deklaratorischem Charakter.

Blackwill verglich sodann die jeweiligen Verifikationsansätze beider Seiten und führte drei Kriterien auf, die der Osten selbst als entscheidende Anforderung an die Verifikation bezeichnet habe, und zwar

– müsse Verifikation den Vertragsparteien ein „vernünftiges Maß an Vertrauen“ in die Einhaltung der NEV[12] gewähren;
– müsse die Verifikation „jeden verdeckten Aufwuchs von Streitkräften im Raum der Reduzierungen verhindern“;
– müßten die Verifikationsmaßnahmen „in einem angemessenen Verhältnis zur Substanz und Natur“ der Streitkräftebegrenzung stehen.

9 Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514.

10 So in der Vorlage.

11 In der Plenarsitzung am 5. März 1987 nahm Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), Stellung zum Vorschlag des sowjetischen Delegationsleiters Michajlow vom 4. Dezember 1986, die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Staaten sollten eine beiderseitige politische Verpflichtung eingehen, ihre Truppen und Waffen in Mitteleuropa nicht zu erhöhen: „Mein Vorgänger, Botschafter Dr. Holik, hatte bereits am 25.9.1986 erklärt, ein erfolgreiches Ergebnis unserer Verhandlungen müsse mehr sein als lediglich von symbolischer Qualität. […] 1) Abmachungen müssen aus klar definierten, eindeutigen Verpflichtungen bestehen. Es muß unzweideutig festgelegt sein, wozu jede Seite verpflichtet ist. 2) Zu jeder Zeit muß Gewißheit über die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen bestehen. Dies ist die Aufgabe der Verifikation. […] 3) Jede Vereinbarung in unseren Verhandlungen muß sich an dem von beiden Seiten vereinbarten Prinzip messen lassen, sie muß nämlich ‚in jeder Hinsicht und zu jedem Zeitpunkt dem Grundsatz der unverminderten Sicherheit aller Beteiligten entsprechen‘.“ Vgl. die mit Schriftbericht Nr. 22 vom 11. März 1987 übermittelte Erklärung; Referat 221, Bd. 163124.

12 Nichterhöhungsverpflichtung.

Es beständen jedoch gravierende Unterschiede zwischen den entsprechenden Maßnahmen, mit denen beide Seiten eine NEV überwachen wollten. Dies betreffe vor allem drei Komplexe:

– Bei den Durchlaufpunkten stelle sich die einfache Frage, ob sowjetische Truppenrotationen in Höhe von jährlich ca. 500 000 Soldaten von der Forderung ausgenommen würden, daß alles Personal der Teilnehmerstaaten beim Betreten und Verlassen des Raumes der Reduzierungen diese Punkte zu passieren habe.
– Beim Informationsaustausch fordere der Westen eine Aufschlüsselung bis zur Bataillonsebene, während der Osten lediglich Globalzahlen auf nationaler Ebene liefern wolle, die es in keiner Weise erlaubten, Veränderungen in der Personalstärke militärischer Einheiten oder auch völlig neue Einheiten festzustellen.
– Bei Inspektionen fordere der Westen jährlich 30, auf welche ein Rechtsanspruch bestehe und die routinemäßig durchgeführt werden sollten. Das vom Osten vorgeschlagene Vetorecht könne hingegen kein vernünftiges Maß an Vertrauen in ein Abkommen aufkommen lassen, da die Anwendung einer zentralen Verifikationsmaßnahme völlig der Entscheidung der anderen Seite überlassen bleibe.

Die Position des WP erfülle im Hinblick auf alle drei genannten Verifikationsmaßnahmen nicht einmal die Anforderungen, die der Osten mit seinen eigenen Kriterien gestellt habe.

Blackwill warnte den Osten, sich nicht dem Glauben hinzugeben, es könnten weitere westliche Konzessionen folgen, solange der Osten lediglich eine abwartende Haltung einnähme, und forderte abschließend erneut eine konstruktive Antwort auf den westlichen Vorschlag vom 5.12.1985.

[gez.] Joetze

Referat 221, Bd. 130145

76

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff

Dg 32-320-321.00 SUA **20. März 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Politische Initiative zur Überwindung der Apartheid in Südafrika;
hier: Schreiben von AM Shultz an BM Genscher vom 13.3.1987 geheim (liegt BM vor)[4]

Bezug: Aufzeichnung von D 3 vom 15.12.1986 – D 3-320-321.00 SUA (liegt vor)[5]

Anlg.: 4[6]

Zweck der Vorlage: Bitte um Zeichnung des beigefügten Schreibens an AM Shultz[7]

I. 1) Außenminister Shultz hat Ihnen am 13. März 1987 ein Schreiben übersandt, mit dem er sich – wie zuvor schon der Afrikabeauftragte Chester Crocker uns gegenüber – für die Abgabe einer Erklärung der Teilnehmerstaaten des bevorstehenden Wirtschaftsgipfels von Venedig[8] über die gemeinsamen Ziele in Südafrika einsetzt.

In dem Schreiben sagt er:

– Südafrika ist gegenwärtig für eine neue westliche Initiative noch nicht reif.
– Die von den USA vorgeschlagene Erklärung soll die Hardliner in Südafrika beeinflussen und die moderaten Kräfte unterstützen.
– Die EPZ könne eine ergänzende Erklärung abgeben, zum Beispiel auf dem Europäischen Rat am 29./30.6.1987[9].
– Die Schwierigkeiten, die anderen Partner für eine solche Erklärung zu gewinnen, werden gesehen. Wir werden gebeten, im gegebenen Augenblick F für eine solche Erklärung zu gewinnen.
– Für das weitere Vorgehen besonders problematisch ist die Formulierung: „We would not be willing to open the text to redrafting that could lead to a watered-down statement or a deadlock that would signal Allied disunity on South Africa."

1 Schlußfassung der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 16. März 1987.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 17. März 1987 vorgelegen.
3 Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 19. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Sulimma verfügte und handschriftlich vermerkte: „Z[ur] Überarbeit[un]g d[es] Briefentwurfs wie von Dg 32 erbeten."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 19. März 1987 vorgelegen.
Hat Sulimma am 23. März 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen. Schreiben wurde unterzeichnet."
4 Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vgl. VS-Bd. 14156 (010).
5 Vgl. Anm. 10.
6 Dem Vorgang teilweise beigefügt. Vgl. Anm. 10, 11, 13 und 20.
7 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 20.
8 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.
9 Zur Tagung des Europäischen Rats in Brüssel vgl. Dok. 193.

2a) Wie aus der Aufzeichnung von D3 vom 15.12.1986 hervorgeht, gehören zu den Zielen des uns am 10.12.1986 übergebenen US-Papiers, das inzwischen im Lichte einer ersten Diskussion zwischen den drei Regierungen von GB überarbeitet worden ist (s. Anlage 2[10]):

– eine neue Verfassungsordnung, die allen Südafrikanern gleiche Rechte gibt;
– eine verfassungsmäßig festgelegte Machtverteilung zwischen Zentralregierung und Regionalinstanzen;
– ein demokratisches Wahlsystem;
– wirksame Verfassungsgarantien für die im einzelnen aufgezählten wesentlichen Menschenrechte der Südafrikaner;
– eine unabhängige Gerichtsbarkeit;
– eine freie, marktorientierte Wirtschaft.

b) GB hatte – ohne selbst Position zu beziehen – die verschiedenen Möglichkeiten von westlichen Gruppierungen, die diese Erklärung gemeinsam abgeben könnten, zusammengestellt (s. Anlage 3[11]).

Wie bereits im Dezember 1986 in London erkennbar wurde, haben sich die USA für eine Erklärung durch die Teilnehmerstaaten des Wirtschaftsgipfels von Venedig entschieden.

3) Parallel zu den Überlegungen von USA, GB und D ist die EPZ auf Initiative von NL bemüht, ihrerseits einen Prinzipienkatalog über die gemeinsamen Ziele der europäischen Staaten in Südafrika zu entwickeln. Es ist möglich, aber noch nicht entschieden, daß dieser Text letztlich den Außenministern oder gar den Staats- und Regierungschefs zur Abgabe einer Erklärung vorgelegt werden wird.

Diese NL-Initiative ist eine Folge der Ausführungen, die Sie im Rahmen der EPZ über die Notwendigkeit einer Politischen Initiative gemacht haben.[12]

Die AG Afrika hat in einer ersten Redaktionssitzung den als Anlage 4 beigefügten Text erarbeitet.[13] Am 26. März 1987 soll eine zweite Redaktionssitzung stattfinden.

Dieser Text entspricht in den inhaltlichen Grundaussagen, nicht aber in Systematik, Diktion und einigen Akzentsetzungen dem überarbeiteten US-Text.

Unsere Überlegungen, mit Unterstützung von GB auf der Sitzung am 4. März 1987 eine „Verschmelzung" der beiden Texte in die Wege zu leiten, erwiesen sich als fruchtlos.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 15. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 364.

11 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für das undatierte britische Papier „Fora for a common declaration of fundamental principles which might govern an eventual solution in South Africa" vgl. Referat 320, Bd. 156010.

12 Auf dem informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 6./7. September 1986 in Brocket Hall warf Bundesminister Genscher wegen der Sanktionspolitik gegenüber Südafrika die Frage auf, ob nicht „weitere politische Aktionen" sinnvoll seien. Die EG-Mitgliedstaaten sollten zusammen mit anderen Staaten wie den USA und Kanada ihre Zielvorstellungen für einen Wandel in Südafrika formulieren und anschließend die Vertreter aller Bevölkerungsgruppen in Südafrika zu einer internationalen Konferenz einladen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 236.

13 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für das Papier „Fundamental principles (revised version), 4.3.1987" vgl. Referat 320, Bd. 156010.

II. 1) Der Gedanke einer rein verbalen Erklärung über die gemeinsamen Ziele in Südafrika ohne praktische Vorschläge zu einem Aktionsprogramm wurde von uns stets mit Zurückhaltung gesehen. Die Politische Initiative hatte vorgesehen, daß eine Einigung der potentiellen Dialogpartner auf grundlegende Prinzipien einer zukünftigen Verfassung die Voraussetzung für Verhandlungen sein sollte. Es ist zu befürchten, daß eine reine Erklärung zu diesen Prinzipien, abgegeben von den wichtigsten Staaten der westlichen Welt, ohne konstruktive Resonanz bleibt.

Dies gilt vor allem für die gegenwärtige Situation, in der die südafrikanische Regierung vor den Wahlen am 6. Mai 1987[14] keinerlei Zeichen der Reformwilligkeit oder Gesprächsbereitschaft zeigt. Ob das zur Zeit des Wirtschaftsgipfels von Venedig vom 8. bis 10. Juni 1987[15] anders sein wird, ist nicht vorhersehbar. Skepsis ist angebracht.

2) Wir müssen befürchten, daß F, aber auch die anderen Teilnehmer des Wirtschaftsgipfels, vor allem die belgische Präsidentschaft[16], Probleme haben werden, einen Text zu akzeptieren, an dem sie nicht mitgearbeitet haben und den sie nach amerikanischen Vorstellungen auch nicht mehr wesentlich beeinflussen können. Die EPZ-Partner, die nicht am Wirtschaftsgipfel teilnehmen, könnten darüber hinaus verärgert sein.

III. 1) Bei dem Treffen von USA (Crocker), GB und D (Dg 32[17]) am 18. März 1987 in London betonten die Briten mit scharfer Deutlichkeit, daß sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinerlei Verpflichtung (commitment) eingehen könnten, einer Erklärung zum Thema Südafrika zuzustimmen.[18]

Ob es in der Zeit zwischen den Wahlen in Südafrika und dem Gipfel von Venedig möglich sein wird, festzustellen, daß die Voraussetzungen für die Abgabe einer solchen Erklärung gegeben sind (vor allem die Bereitschaft der Botha-Regierung, ihre starre Apartheidpolitik aufzugeben), wurde zumindest in Zweifel gezogen.

AM Howe, der – zusammen mit StM Chalker – Crocker und Dg 32 zu einem 45-minütigen Gespräch empfing, sagte an die Adresse von Crocker, er könne gar nicht verstehen, warum AM Shultz den Gedanken einer solchen Erklärung in seinem Schreiben an ihn mit soviel Nachdruck vertrete. Man müsse doch erst die Entwicklung in Südafrika abwarten.

14 Am 6. Mai 1987 fanden in Südafrika Parlamentswahlen statt.

15 Korrigiert aus: „am 6./7. Juni 1987".

16 Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

17 Hans-Günter Sulimma.

18 Zu den trilateralen Gesprächen über Südafrika am 18. März 1987 wurde vermerkt: „Munro betonte einleitend, daß auch in Zukunft die strikte Vertraulichkeit der trilateralen Südafrikagespräche gewahrt bleiben müsse. Er wandte sich an Crocker mit der Bitte, den Hintergrund für die Briefe von AM Shultz an AM Howe und AM Genscher zu erläutern. Wie wollten die USA die Unterstützung für eine gemeinsame Südafrikaerklärung verbreitern? Wer sei in amerikanischer Sicht die Zielgruppe für eine solche Erklärung? Aus britischer Sicht bestünden gegenwärtig Vorbehalte, eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Zunächst sei das Ergebnis der weißen Wahl in Südafrika am 6. Mai abzuwarten. Crocker nannte drei Motive für das amerikanische Vorgehen: a) Solle die Bedeutung der westlichen Ideen für die Entwicklung in Südafrika nicht unterschätzt werden. Südafrika sehe nach außen. Der Westen müsse dies nutzen. b) Der Westen müsse geeint auftreten. Die südafrikanischen Bemühungen würden ständig darauf zielen, die westlichen Staaten zu teilen. c) Das weiße politische Denken in Südafrika sei in Gärung […]. Munro fragte, ob er Crocker richtig verstehe, daß es sich wesentlich um eine ‚declaratory exercise' handele. Crocker stimmte zu." Vgl. die Aufzeichnung; Referat 320, Bd. 156010.

Während die USA aus innenpolitischen Gründen (man will neuen Sanktionsforderungen zuvorkommen) eine solche Erklärung der westlichen IL wünschen, möchte GB ebenfalls aus innenpolitischen Gründen eine neue Diskussion über Südafrika vor den eigenen Wahlen[19] möglichst vermeiden. Man befürchtet, daß die Veröffentlichung einer Erklärung zu Südafrika dazu führt, daß in England Druck in Richtung auf zusätzliche Sanktionen gegen Südafrika entsteht.

2) In London wurde am 18. März 1987 vereinbart:

– Es wird keine Dreier-Erklärung (USA, GB und D) geben.
– Die Entscheidung, ob es eine Erklärung zu Südafrika auf dem Wirtschaftsgipfel von Venedig geben wird, kann erst nach den Wahlen in Südafrika am 6. Mai 1987 fallen.
– Den USA steht es frei, bis dahin vertraulich mit den anderen Teilnehmerstaaten des Gipfels (vor allem mit der belgischen EG-Präsidentschaft) zu sprechen, um ihre Zustimmung zu dieser amerikanischen Initiative zu erlangen.
  Wir sagten zu, daß wir nach einer solchen amerikanischen „Vorarbeit" bereit seien, der Bitte von AM Shultz zu entsprechen und auch bei F zu sondieren.
– Die USA können gegenüber den anderen Partnern den noch einmal überarbeiteten Textentwurf der Erklärung verwenden.

Crocker, der von der britischen Ablehnung des von ihm vertretenen Gedankens einer Erklärung zu Südafrika sichtlich enttäuscht war, erwähnte die Möglichkeit, daß die USA eine solche Erklärung allein abgeben könnten. Auf jeden Fall werde er jetzt erst AM Shultz unterrichten.

IV. Es wird deshalb vorgeschlagen, daß Sie AM Shultz eine Antwort geben, die unsere Skepsis zum Ausdruck bringt, aber unsere Mitarbeit an gemeinsamen Überlegungen zur Lösung der Probleme in Südafrika signalisiert.[20]

Sudhoff

Referat 320, Bd. 156009

19 In Großbritannien fanden am 11. Juni 1987 Wahlen zum Unterhaus statt.

20 Bundesminister Genscher teilte dem amerikanischen Außenminister Shultz am 24. März 1987 mit: „Ich stimme Ihnen zu, daß die Idee einer Politischen Initiative, die zu Verhandlungen zwischen den authentischen Führern der Schwarzen und der südafrikanischen Regierung führen soll, im gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Aussicht auf Verwirklichung hat. […] Die Idee einer Politischen Initiative sollten wir deshalb aber nicht aufgeben. Zu gegebenem Zeitpunkt könnte sie zu positiven Entwicklungen beitragen. Eine Erklärung über die demokratischen Prinzipien, die die westlichen Länder in Südafrika verwirklicht sehen wollen, könnte jedoch ein überlegenswerter Schritt sein. Den Text des US-Entwurfs, der inzwischen weiter überarbeitet worden ist, habe ich mit großem Interesse und mit Zustimmung zu den wesentlichen inhaltlichen Punkten gelesen. Ich frage mich jedoch, wann eine solche Erklärung den gewünschten Erfolg erreichen kann, vor allem, ob damit schon im Sommer 1987 gerechnet werden könnte. Jedenfalls sollten wir vermeiden, daß unsere Grundsätze in Südafrika nur deshalb zurückgewiesen werden, weil der Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung nicht günstig ist. Wir sollten deshalb im Vorfeld des Venedig-Treffens noch einmal darüber nachdenken. Ich bin gern bereit, mit unserem französischen Kollegen zu gegebener Zeit über diese Überlegungen zu sprechen. Auch im Rahmen der EPZ haben Arbeiten an einem eigenen Text begonnen. Es läßt sich gegenwärtig nicht voraussagen, wie die französische Reaktion und die der übrigen europäischen Partner auf Ihre Initiative sein werden. Wir haben deshalb auf dem Treffen in London vom 18. März 1987 vorgeschlagen, bei den anderen Partnern ihre Bereitschaft zur Mitarbeit vertraulich zu sondieren. Danach sollten wir über diese Frage erneut sprechen." Vgl. Referat 320, Bd. 156010.

77

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian

341-321.11 CHN **23. März 1987**[1]

Von BM noch nicht gebilligt.

Gespräch von Bundesminister mit AM Wu Xueqian am 23.3.1987 von 9.35 bis 10.45 Uhr[2]

Anwesend auf deutscher Seite: Bundesminister, Botschafter Per Fischer, D 3[3], MDg Hellbeck, Dg 34[4], RL 341[5], VLR Ischinger, Dolmetscherin Frau Bätke.

Anwesend auf chinesischer Seite: AM Wu Xueqian, Botschafter Guo Fengmin, Abteilungsleiter Mei Zhaorong, Botschaftsrat Wang Qingyu, RL Ma Canrong, persönlicher Referent Yuan Zude, Dolmetscher Tian Dongliang.

BM heißt AM Wu willkommen und unterstreicht große Bedeutung des Besuchs: Sie werden spüren, daß Sie als der Außenminister eines befreundeten Landes und auch als persönlicher Freund empfangen werden.

AM *Wu* zeigt sich zufrieden mit seiner Reise nach Niedersachsen und Bremen und dankt für Einladung zum ersten offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe gespürt, daß ich mich in einem befreundeten Lande aufhalte; ich wurde von den Regierungen und der Bevölkerung gut aufgenommen.

BM bittet AM Wu, mit seiner Einschätzung der internationalen Lage zu beginnen.

AM *Wu*: Man muß der Rede GS Gorbatschows auf der Plenartagung des ZK der KPdSU vom Januar 1987[6] große Aufmerksamkeit schenken. Als Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU über Reformen gesprochen hatte[7], war unsere Reaktion, die Entwicklung aufmerksam zu beobachten. Im Januar hat G. wieder über Reformen im Innern gesprochen, nachdem sich die Lage in der

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 24. März 1987 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers einzuholen".
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 24. März 1987 vorgelegen, der den Umlauf im Ministerbüro sowie den Rücklauf an Referat 341 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte unter Genehmigungsvorbehalt verteilen."
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Jansen und Klaiber sowie Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 25. März 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178903.

2 Der chinesische Außenminister Wu Xueqian hielt sich vom 20. bis 25. März 1987 in der Bundesrepublik auf.

3 Jürgen Sudhoff.

4 Franz Keil.

5 Hans-Dieter Scheel.

6 Die Plenarsitzung des ZK der KPdSU fand am 27./28. Januar 1987 in Moskau statt. Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 27. Januar 1987 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 329–393.

7 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.
Für den Wortlaut des Politischen Berichts des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 200–314.

SU verändert hatte. Jetzt ist Gorbatschow entschlossen, die Reformen durchzuführen. Mein Eindruck ist es, daß Gorbatschow nicht nur über politische, sondern auch über wirtschaftliche Reformen gesprochen hat mit dem Schwerpunkt der politischen Reformen. Er steht dabei vor folgenden zwei Problemen:

1) Problem der Kader von der Republikebene abwärts bis zur Basis. Dieser Aufgabe ist ein erheblicher Teil der Rede gewidmet. Als Kriterium, ob ein Kader gut oder schlecht ist, will Gorbatschow dessen Verhältnis zu den Reformen ansehen. Wir haben den Eindruck, daß er entschlossen ist, die Reformen durchzuführen; er hat im Politbüro dazu auch die Mehrheit.

2) Die Einführung der gesellschaftlichen Demokratie: Gorbatschow hat viele Mängel der Breschnew-Zeit kritisiert, ohne dessen Namen zu nennen. Hier sehe ich große Hindernisse hauptsächlich von mittleren Kadern. Die Bevölkerung würde die Reformen unterstützen, aber man muß viel Erziehungsarbeit leisten.

Wir begrüßen Gorbatschows Absicht, die Reformen in der SU durchzuführen. Sie würden die Wirtschaftslage des Landes verbessern und den Lebensstandard der Bevölkerung erhöhen. Wie viele Reformen Gorbatschow durchführen kann, hängt davon ab, wie viele Hindernisse er überwinden kann. Die Schwierigkeiten sind größer als in China.

BM: Warum?

AM *Wu*: Weil die Sowjetunion das erste sozialistische Land in der Welt war; weil die Überkonzentration sehr stark im gesellschaftlichen Leben verankert ist. Die Mittelschicht ist eine Gruppe, die davon Nutzen gehabt hat. Außerdem beeinflußt die Reform die Außenpolitik. Die Reformen sind aber in erster Linie nach innen gerichtet. Die sowjetische Außenpolitik wird im wesentlichen bleiben.

BM: In welche Richtung wird sich die sowjetische Außenpolitik entwickeln?

AM *Wu*: Die Sowjetunion ist eine der beiden Supermächte; sie rivalisiert mit den USA. Bis jetzt hat Gorbatschow auf diese Politik nicht verzichtet; deshalb steht die SU weiterhin in Gegnerschaft zu den USA, insbesondere in der Rüstung. Die SU ist gegen SDI; währenddessen rüstet sie im Weltraum und wendet dazu sehr viel Geld auf. Wenn die Sowjetunion ihre Rüstungspolitik weiterverfolgt, muß sie ihr zentralisiertes System beibehalten. Darin besteht ein schwer zu lösender Widerspruch: Einerseits will die SU Reformpolitik betreiben, andererseits Rivalitätspolitik mit den USA. Außerdem will sie zuerst politische, dann wirtschaftliche Reformen verwirklichen. Nach unseren Erfahrungen sind die Reformen der politischen Strukturen viel schwieriger als die der Wirtschaftsstruktur. Deshalb müssen wir sehen, welche Ergebnisse[8] die SU bei der Reformpolitik erzielen kann. 1988 plant die KPdSU eine Parteidelegiertenkonferenz.[9] Wir werden sehen, was dabei herauskommt. Es ist schwer, von uns aus zu sagen, welche Ergebnisse sich bis dahin erzielen lassen.

Abrüstungsfragen: Ich möchte mich auf die Mittelstreckenraketen konzentrieren. Allgemein gesagt, unterstützen wir alle Vorschläge, die die Rüstungskontrolle vorantreiben und die Entspannung fördern. Der Vorschlag Gorbatschows, die

8 Korrigiert aus: „welche die Ergebnisse".

9 Die 19. Allunions-Parteikonferenz der KPdSU fand vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau statt.

Mittelstreckenraketen zu reduzieren[10], fand in Europa ein positives Echo. Nach meiner Meinung wünschen wir, daß die USA und die SU zu Vereinbarungen über Mittelstreckenraketen kommen, die den Interessen von Drittländern nicht schaden und die durchführbar sind. Aber hinsichtlich der Reduzierung der Mittelstreckenraketen kann man Europa nicht von Asien trennen. Sie müssen also auch in Asien reduziert werden. Bei den Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten müssen die Supermächte auch auf die Meinungen der kleineren Länder hören und sie respektieren. Darüber habe ich mit AM Shultz gesprochen.[11]

Beziehungen zwischen China und Sowjetunion:

Es gibt in der letzten Zeit zwei Punkte:

– Im Februar 1987 haben wir mit der SU die Grenzverhandlungen wieder aufgenommen.[12] Die Atmosphäre war gut. Beide Seiten führten ein sehr offenes Gespräch und wollen die Probleme wirklich angehen. Wir haben vereinbart, daß beide Seiten über den gesamten Verlauf der Grenze verhandeln und dabei mit dem östlichen Teil beginnen, d.h. mit der Grenze an Amur und Ussuri. Dabei soll nach der Gorbatschow-Rede in Wladiwostok vom Juli 1986[13] das Hauptfahrwasser die Grenze bilden. Die Gesamtlänge der Grenze beträgt im Osten 4000 km, im westlichen Teil über 3000 km, insgesamt 7500 km. Beide Seiten stimmen dabei überein, im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens und Verständnisses an die Arbeit heranzugehen. Wir hoffen und glauben, daß, wenn beide Seiten sich an diese Grundsätze halten, nach gewisser Zeit es Ergebnisse geben wird. Die erste Verhandlung fand in Moskau statt, die zweite Runde wird im Sommer 1987 in Peking stattfinden.[14]
– Die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern treten auf der Stelle. In der Unterstützung Vietnams bei der Aggression gegen Kambodscha[15] gibt es überhaupt keinen Fortschritt.[16]

10 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987 vgl. Dok. 60.

11 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 1. bis 6. März 1987 in der Volksrepublik China auf.

12 Mit den Verträgen von Aigun und Tientsin (1858) sowie dem Handelsvertrag von Peking (1860) kam es zu einer Regelung der Grenzen zwischen Rußland und China, bei der die Gebiete nördlich des Amur und östlich des Ussuri an Rußland fielen. Umstritten blieb insbesondere der im Vertrag von Ili bzw. St. Petersburg (1881) nur teilweise geregelte Grenzverlauf in der Region Sinkiang/ Turkestan.
Gesandter Gescher, Peking, berichtete am 10. März 1987 über die erste Runde der chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen vom 9. bis 23. Februar 1987 in Moskau: „Beide Seiten kamen überein, die Gespräche fortzusetzen, wobei Gegenstand der gesamte Grenzverlauf zwischen beiden Staaten sei und man mit dem östlichen Teil der Grenze beginnen wolle. […] Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird man sicher sein können, daß beide Staaten beabsichtigen, die – mit dem Ziel einer Verbesserung der Beziehungen aufgenommenen – Grenzverhandlungen von Polemik freizuhalten. Ob allerdings das zarte Pflänzchen der Grenzverhandlungen schon stark genug ist, in absehbarer Zeit ein stabilisierendes Element der Gesamtbeziehungen beider Staaten zu werden, erscheint zumindest aus Pekinger Sicht zweifelhaft.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 384; Referat 341, Bd. 142572.

13 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

14 Zur zweiten Runde der chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen vom 7. bis 21. August 1987 in Peking vgl. Dok. 209, Anm. 19.

15 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine pro-vietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea“ ausgerufen.

16 So in der Vorlage.

In Afghanistan gibt es noch keine politische Lösung, obwohl die Sowjetunion viel darüber spricht. Der Grund liegt darin, daß die SU für den Abzug ihrer Truppen die Anerkennung des Nadschibullah-Regimes zur Voraussetzung macht. Insofern verhält sie sich ähnlich wie Vietnam, das Heng Samrin die alleinige Herrschaft erhalten will. Bis jetzt hat sich die sowjetische Außenpolitik nicht verändert.

Abrüstung, Wahrung des Friedens:

Gorbatschows Worte klingen anders als sowjetische Äußerungen der Breschnew-Zeit. Das Problem liegt darin: Wenn die SU in einem oder zwei Problemen wirklich etwas tut, dann lassen sich substantielle Regelungen erreichen.

Besuche in Osteuropa:

Seit Mitte 1986 haben sich die Beziehungen Chinas zu den osteuropäischen sozialistischen Ländern sehr stark entwickelt. Es hat Gipfeltreffen gegeben; die osteuropäischen Länder wollen mit China die Beziehungen entwickeln; die Sowjetunion hat insoweit grünes Licht gegeben. Von meinen Gesprächen, die ich mit den Außenministern und führenden Politikern der ČSSR, Polens und Bulgariens geführt habe[17], läßt sich sagen, daß wir mit diesen Ländern bei der Wahrung des Friedens einig sind; wir wollen auch auf beiden Seiten die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln. Diese Länder betonen sehr die Bedeutung des sowjetischen Vorschlages über die Reduzierung der Mittelstreckenraketen. Durch die Normalisierung der politischen Beziehungen Chinas mit Osteuropa können wir die Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens entwickeln. Diese drei Länder haben den gemeinsamen Wunsch, ihre Beziehungen zu Westeuropa zu intensivieren. Sie spüren, daß sie die Wirtschaftsbeziehungen zu Westeuropa intensivieren müssen, um ihre eigene Wirtschaft zu entwickeln.

Polen hat die vergleichsweise größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten; die politische Lage hat sich stabilisiert. Das Hauptproblem ist die Auslandsverschuldung.

ČSSR: Hier gibt es verschiedene Meinungen zu den Reden Gorbatschows über die Reformen. Bei den Gesprächen mit Präsident Husák und PM Štrougal zeigten beide eine positive Haltung gegenüber den Reformen.

In Bulgarien ist die Lage stabil.

BM: In wichtigen Fragen stimmen wir in unserer Einschätzung überein. Sie haben die Bemühungen Gorbatschows, mit Afghanistan angefangen, genau analysiert. Auch wir haben das unter der Fragestellung getan, ob die von Gorbatschow angekündigte Politik, wenn er sie durchführen kann, für uns nachteilig oder von Vorteil ist. Wir sind zum Ergebnis gekommen, daß die Politik der Öffnung nach innen und nach außen in unserem Interesse liegt. Es gibt Stimmen im Westen, die sagen, daß die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft dem Westen gefährlich werden könne, weil damit das militärische Potential der SU gestärkt werde. Wir teilen Ihre Meinung, daß ohne eine Veränderung der sowjetischen Politik, auch der Außenpolitik, die innere Entwicklung nicht erfolgreich sein kann. Das heißt, wenn die Politik Gorbatschows wirklich Erfolg haben

17 Der chinesische Außenminister Wu Xueqian besuchte vom 7. bis 10. März 1987 die ČSSR, vom 10. bis 13. März Polen und vom 13. bis 16. März 1987 Bulgarien.

soll, dann muß sie einhergehen mit einer anderen Haltung in der Außen- und Abrüstungspolitik. Ich weise auf meine Rede in Davos hin[18]: Man soll Gorbatschow beim Wort nehmen, man soll ihn ernst nehmen.

AM *Wu*: Ich habe die Rede aufmerksam gelesen.

BM: Wir stimmen mit Ihnen darin überein, daß es großen Widerstand in den mittleren Kadern gegen die Reformpolitik gibt. Aus einer langen Unterhaltung mit GS Gorbatschow im Juli 1986[19] weiß ich, daß ihn die Frage bewegt, wie er die Menschen motivieren kann. Bei der Bewertung müssen wir vor allem bedenken, daß der Mann auf der Straße die materiellen Erfolge der Reformpolitik so schnell nicht spüren wird.

Am ehesten kann Gorbatschow Erfolge[20] bei der Abrüstungspolitik erreichen. Hier treffen seine Interessen mit denen des US-Präsidenten, der nur noch kurze Zeit im Amt ist, zusammen. Dieser Teil der amerikanischen Außenpolitik ist derjenige, wo Präsident Reagan auf die Unterstützung der Mehrheit des amerikanischen Parlamentes rechnen kann. Andere Teile der US-Außenpolitik finden keine Mehrheit im Senat.

Natürlich findet diese Politik in einer sich sehr stark verändernden Welt statt, einer Welt, die nicht mehr so sehr wie vor einigen Jahren durch das Verhältnis Moskau–Washington bestimmt wird. Ihr Land hat eine sehr wichtige Rolle in der internationalen Politik übernommen. Die Blockfreien-Bewegung nimmt einen gewissen Einfluß. Verschiedene Regionen versuchen, sich zu organisieren.

Hier in Westeuropa wird der Versuch unternommen, daß die Europäische Gemeinschaft einen „Sprung nach vorn" nimmt. Wir haben begrüßt, daß Westeuropa seine Rolle in Politik, Wirtschaft und technologischer Spitzenentwicklung einnehmen muß, daß es in der Sicherheitspolitik eine stärkere Rolle durch bessere Definition seiner Sicherheitsinteressen spielen muß.[21] Es wird sehr wichtig sein, daß Gorbatschow die Bedeutung Westeuropas richtig einschätzt; ich glaube, daß das der Fall ist. Gorbatschow spricht von dem gemeinsamen europäischen Haus[22]; ich habe ihm gesagt, daß, wenn man seinen Gedanken einmal aufnimmt, es notwendig ist, daß man sich in diesem Haus frei bewegen kann und daß es in diesem Haus nicht Ober- und Untermieter gibt, sondern für alle gleiche Rechte auf Sicherheit.

Natürlich gibt es das Verhältnis Moskau–Washington; das darf nichts daran ändern, daß wir hier in Westeuropa das gleiche Recht auf Sicherheit haben wie die Sowjetunion. Mein Eindruck ist, daß man das in Moskau zunehmend erkennt und realistischer sieht.

Die Haltung zu Mittelstreckenraketen und zur konventionellen Rüstung deutet das an. Mit Interesse beobachten wir die Aufnahme der Gorbatschow-Politik in verschiedenen Staaten des Warschauer Paktes. Es nimmt nicht Wunder, daß

18 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

19 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Zum Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. AAPD 1986, II, Dok. 209.

20 Korrigiert aus: „Gorbatschow auf Erfolge".

21 So in der Vorlage.

22 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus" sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

Polen diese Entwicklung begrüßt. Man kann sagen, daß General Jaruzelski eine beachtliche Leistung erbracht hat, indem er die Souveränität seines Landes bewahren konnte und im Inneren die Kräfte seines Landes etwas näher zusammengeführt hat. Seine innenpolitische Linie ist sicher leichter durchzuhalten, wenn in Moskau Reformpolitik betrieben wird. Deshalb begrüßt Jaruzelski diese Politik. Die Lage der polnischen Wirtschaft, vor allem der Finanzen, ist sehr schwierig. Jaruzelski hat zwei Hypotheken übernommen: die finanzielle Hypothek und die Hypothek einer großen inneren Zerrissenheit.

ČSSR: GS Husák und Ministerpräsident Štrougal unterstützen die Linie Gorbatschows, aber wir wissen, daß es im Politbüro eine Gruppe gibt, die sehr orthodox ist.

Ungarn: Die Ungarn sagen offen, daß sie die sowjetische Entwicklung günstig finden.

Bulgarien: Seit dem II. Weltkrieg hat Bulgarien in der Wirtschaftsentwicklung den weitesten Weg zurückgelegt. 1945 war es ein reines Agrarland; heute hat es beachtliche technologische Entwicklungen aufzuweisen. Deshalb wird die Position von Präsident Schiwkow sehr anerkannt.

Rumänien: Die Lage ist sehr kompliziert in jeder Beziehung.

DDR: Sie ist in einer objektiv anderen Lage; die DDR hat in den letzten Jahren eine Reihe von Entwicklungen eingeleitet, die dazu führen, daß es im Vergleich zu anderen WP-Staaten ein vergleichsweise offenes Land ist. Z. B. 1986 waren 1,5 Mio. Einwohner der DDR bei uns: Männer über 65, Frauen über 60 Jahre und fast 600 000 jüngere Menschen. Etwa 12% der gesamten Bevölkerung waren in einem Jahr im westlichen Ausland. Viele Millionen Deutsche in der DDR haben Zugang zu Fernsehen und Rundfunk aus der Bundesrepublik Deutschland. Der Lebensstandard ist der höchste im ganzen RGW. Die Wirtschaft und auch die Landwirtschaft sind besser als in anderen Ländern. Das mag erklären, warum die DDR die Entwicklung in der Sowjetunion eher zurückhaltend kommentiert.

Es gibt also recht unterschiedliche Entwicklungen im Warschauer Pakt. Das wird auch deutlich im Rahmen des KSZE-Prozesses. Was wir als realistisch einschätzen, ist eine neue Sicht der Sowjetunion der Verhältnisse in der EG. Die Tatsache, daß Gorbatschow die EG nicht nur als ökonomische, sondern auch als politische Realität ansieht, ist zu begrüßen. Wir werden zu Vereinbarungen kommen über das Verhältnis EG–RGW.[23] Wir werden Wert darauf legen, daß die Vereinbarungen die bilateralen Beziehungen der einzelnen RGW-Staaten zur EG nicht beeinträchtigen; wenn wir in kleinerem Kreise zusammensitzen mit unseren Freunden im RGW, sagen sie dasselbe.

Mittelstreckenraketen:

Wir finden gut, daß Gorbatschow sich unserer Haltung angenähert hat. Wir haben, wie Sie wissen, immer einen globalen approach zu diesen Verhandlungen gehabt. Wir begrüßen, daß die Mittelstreckenraketen nicht nur in Europa beseitigt werden, sondern auch in Asien reduziert und begrenzt werden. Aber

[23] Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 66, Anm. 25.

wir halten weiter an dem Ziel fest, daß die letzten Träger für die Raketen weltweit völlig beseitigt werden. Es bleibt festzustellen, daß wir im Abrüstungsbereich alle Aspekte erfaßt haben:

– interkontinentale Raketen,
– Mittelstreckenwaffen,
– Kurzstreckenraketen,
– konventionelle Rüstung,
– chemische Waffen.

Die SU ist gut beraten, wenn sie zunehmend erkennt, daß ihr von Westeuropa keine Gefahr droht. Wir stimmen Ihnen zu, daß in bezug auf Afghanistan und Kambodscha den Worten der Sowjetunion auch Taten folgen müssen. Insgesamt hoffen wir, daß die sowjetische Entwicklung sich in der von Gorbatschow vorgezeigten Richtung vollziehen wird, weil wir das als Vorteil für uns betrachten.

Referat 010, Bd. 178903

78

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder

412-424.02/1 **23. März 1987**[1]

Betr.: Errichtung einer Europäischen Zentralbank;
hier: Gespräche mit Vertretern der Bundesbank

1) Am 20. März 1987 hatte ich mit insgesamt 18 Mitarbeitern der Hauptabteilungen Volkswirtschaft, Ausland und Internationale Währungsfragen/Organisation und Abkommen der Deutschen Bundesbank ausführliche Gespräche über alle Bereiche, in denen es Berührungspunkte zwischen Referat 412 und der Bundesbank gibt.

Dr. Gleske und Dr. Rieke befanden sich auf Dienstreise. Deshalb kam mit ihnen kein Termin zustande.

Besonders interessant war der Meinungsaustausch über die Möglichkeiten einer institutionellen Weiterentwicklung des EWS.[2]

In der Bundesbank gibt es hinsichtlich der Errichtung einer Europäischen Zentralbank zwei „Fraktionen", die „nationale" (Fraktion Schlesinger) und die „europäische". Die Vertreter der „europäischen Fraktion" halten es für möglich, daß die Bundesbank (auch gegen den Widerstand der „nationalen Fraktion") der Gründung einer föderativ organisierten Europäischen Zentralbank (Bank Europäischer Länder) unter der Bedingung zustimmen würde, daß eine solche

1 Durchschlag als Konzept.
Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder erneut vorgelegen.
2 Zu den Diskussionen über eine Fortentwicklung des EWS vgl. AAPD 1985, I, Dok. 15.

Bank ebenso unabhängig wäre gegenüber den europäischen politischen Institutionen wie die Bundesbank gegenüber der Bundesregierung.

So wie bei uns müßte auch in der EG der monetäre und der fiskalische Kreislauf streng getrennt bleiben. Die Gründung einer Europäischen Zentralbank dürfe nicht dazu führen, daß Möglichkeiten der Finanzierung von Haushaltsdefiziten über die Notenpresse erleichtert würden, oder daß das BMF (dies schien die Hauptsorge zu sein) über die Europäische Zentralbank Zugriff auf die Bundesbank erhielte.

Die Gründung einer BEL unter diesen Bedingungen würde nach Meinung der Gesprächspartner voraussetzen, daß auch die Zentralbanken in den übrigen elf Mitgliedstaaten einen ähnlich unabhängigen Status erhielten wie die Bundesbank und nicht mehr weisungsgebunden gegenüber den jeweiligen nationalen Finanzministerien wären.

Der Vorschlag der Gründung einer BEL müsse auch die Perspektive von Fortschritten in der Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten enthalten. Ohne die Perspektive solcher Fortschritte mache auch die Gründung einer BEL keinen Sinn.

Der Vorschlag der Gründung einer BEL werde in der Bundesbank auf den Widerstand der „nationalen Fraktion“ und auf die geschlossene Gegnerschaft der Landeszentralbanken („Landesfürsten“) stoßen. Die für die ablehnende Haltung angeführten Gründe ließen sich letztlich auf Furcht vor Kompetenzverlust und vor Abgleiten in den Provinzialismus reduzieren.

Ökonomische Gründe (Verlust an wirtschaftlicher Stabilität etc.) ließen sich letztlich gegen eine unabhängige BEL im beschriebenen Sinne kaum anführen.

Die Chancen, daß den elf übrigen Zentralbanken eine ähnlich unabhängige Stellung eingeräumt werde wie der Bundesbank, müßten allerdings derzeit noch als gering angesehen werden.

2) Für uns ergibt sich vor diesem Hintergrund die Möglichkeit, in einem wichtigen europapolitischen Bereich die Initiative zu ergreifen. Auch wenn eine solche Initiative von einem Teil der übrigen Mitgliedstaaten abgelehnt werden würde, würden wir doch wieder einmal in einer wichtigen Frage nicht defensiv, sondern offensiv agieren.

Sachlich ließe sich ein solcher Vorschlag (unter den genannten Bedingungen) allemal vertreten: Über eine unabhängige BEL könnten wir zum Vorteil aller wirtschaftliche Stabilität exportieren.

gez. Schönfelder

Referat 412, Bd. 168760

79

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

VS-NfD **24. März 1987**[1]

Betr.: Besuch von Premierministerin Thatcher beim Bundeskanzler am 23. März 1987

1) Der britische Botschafter[2], der an dem Gespräch von Mrs. Thatcher mit dem Bundeskanzler nicht teilgenommen hat, berichtete mir auf Frage beim Essen des belgischen Botschafters[3] zu Ehren des Herrn Bundesministers mit den EG-Botschaftern[4] über die Gespräche der britischen Premierministerin mit dem Bundeskanzler folgendes:

Auf der Fahrt zum Flughafen habe Mrs. Thatcher sich außerordentlich befriedigt und dankbar über die Tatsache geäußert, daß der Bundeskanzler sie gebeten hat, in Moskau[5] auch für ihn zu sprechen. (Präsident Mitterrand hat ihr ganz offensichtlich ein entsprechendes Mandat nicht gegeben.[6]) Der britische Botschafter merkte dazu allerdings fragend an, der Bundeskanzler entwickle offensichtlich selbst keinen Ehrgeiz nach einem baldigen Gespräch mit GS Gorbatschow. Er habe in dieser Frage sehr gelassen gewirkt.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 25. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut sowie den Rücklauf an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen verfügte.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Richthofen am 26. März 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 205 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Lukowitz am 27. März 1987 vorgelegen.

2 Julian L. Bullard.

3 Michel Van Ussel.

4 Am 24. März 1987 hielt Bundesminister Genscher vor den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten in der belgischen Residenz in Bonn anläßlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge vom 25. März 1957 eine Rede. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1987, S. 243 f.

5 Premierministerin Thatcher besuchte die UdSSR vom 28. März bis 1. April 1987. Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 1. April 1987, sie habe „die Verständigung mit dem von ihr offensichtlich sehr geschätzten Gorbatschow nicht im Zudecken von Problemen, sondern in der Offenlegung von Gegensätzlichkeiten“ gesucht: „Sie hat sich weder als Fürsprecherin der Reagan-Administration geriert noch sich von den Sowjets die übliche Diskussion über die ‚Sünden‘ Washingtons als Zentralthema der Gespräche aufzwingen lassen, sondern sie hat ihre Argumentation klar aus der Interessenlage GBs als einem von sowjet[ischen] INF und Kurzstreckenraketen wie auch C- und konventionellen Waffen potentiell bedrohten westeurop[äischen] Land heraus entwickelt.“ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe den Menschenrechtsbereich „zum Gegenstand seiner stärksten Gegenattacke“ gemacht: „Wohl auf Thatchers Hinweis, daß offizielle sowjet. Erklärungen über ‚Kampf für den vollständigen Triumph des Sozialismus auf der ganzen Welt‘ im Westen (auch weiterhin) als bedrohend empfunden würden, reagierte er keineswegs mit einem Dementi, sondern lediglich mit der Einladung an den Westen, gemeinsame Spielregeln (‚Schaffung eines entsprechenden Mechanismus‘) für friedliche Austragung des Wettkampfs der Systeme zu erarbeiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 974; Referat 213, Bd. 143559.
Zum Gespräch Thatchers mit Gorbatschow am 30. März 1987 vgl. auch GORBATSCHOW, Gipfelgespräche, S. 46–59.

6 Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher trafen am 23. März 1987 auf Schloß Bénouville zusammen.

Weiter berichtete Botschafter Bullard, daß Mrs. Thatcher die Einschätzung der Reformpolitik Gorbatschows und ihrer Erfolgsaussichten optimistischer eingeschätzt habe als der Bundeskanzler. Der Bundeskanzler habe sich auf chinesische Quellen berufen, die die Überwindung der Widerstände in der Sowjetunion durch Gorbatschow skeptisch einschätzten.[7]

2) Auf meine Bitte unterrichtete mich VLR I Kaestner im Auftrage von MD Teltschik über die Gespräche des Bundeskanzlers mit Mrs. Thatcher telefonisch wie folgt:

a) Mrs. Thatcher trage die Null-Lösung für LRINF in Europa mit. Sie habe zu erkennen gegeben, daß ihr diese Entscheidung nicht leichtfalle, sich aber dazu bekannt, von einer einmal gefaßten politischen Entscheidung nicht abzuweichen. Um so mehr habe sie das Gewicht betont, das nunmehr auf die SRINF zu legen sei.

b) Mrs. Thatcher habe erklärt, daß eine verstärkte Notwendigkeit bestehe, daß GB, F und D sich gemeinsam in Fragen der Sicherheitspolitik abstimmen und gemeinsame Positionen in Moskau und Washington vertreten.

c) Mrs. Thatcher habe bei dem LRINF-Abkommen die Verifikation, Zerstörung, conversion und die Restsysteme in USA respektive im asiatischen Teil der Sowjetunion als klärungsbedürftig bezeichnet.

d) Zu den SRINF sei sich Mrs. Thatcher mit dem Bundeskanzler darin einig gewesen, daß der Osten nach dem Abbau von LRINF ein bedenkliches Übergewicht bei SRINF besitze; der Osten habe als Antwort auf die westliche Nachrüstung eine Reihe von SRINF stationiert[8], die in jedem Fall weg müßten. Mrs. Thatcher habe im übrigen auf ihr Kommuniqué mit Präsident Reagan im November 1986 in Camp David[9] verwiesen, in dem sich GB und US dafür ausgesprochen haben, daß mit den SRINF-Verhandlungen „sofort" begonnen werden müsse.

e) Der Bundeskanzler habe sich dafür ausgesprochen, in die Verhandlungen mit einem Phasenkonzept zu gehen. Mit den SRINF-Verhandlungen müsse im Zusammenhang mit der Einleitung der Ratifizierung eines LRINF-Abkommens begonnen werden. In diesen Verhandlungen müsse während der fünfjährigen Abbaufrist der LRINF ein Ergebnis auch für SRINF erreicht werden. Mrs. Thatcher habe dem zugestimmt.

f) Mrs. Thatcher habe die Sorge geäußert, daß Gorbatschow vorschlagen könnte, alle SRINF abzubauen. Ein solcher Vorschlag würde F und GB besonders treffen. Angesichts des Übergewichts des WP im konventionellen Bereich und bei den chemischen Waffen wäre ein solcher Vorschlag nicht akzeptabel. GB sei nicht bereit, bei SRINF eine Null-Lösung zu akzeptieren, die Null für Europa bedeute. Als Begründung habe sie u.a. angeführt, daß die mit Nuklearwaffen bestückten

7 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian am 23. März 1987; Dok. 77.

8 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

9 Premierministerin Thatcher besuchte die USA am 14./15. November 1986. Nach Gesprächen mit Präsident Reagan im Camp David gab sie am 15. November 1986 eine Pressekonferenz in Washington über die wichtigsten Gesprächspunkte. Für den Wortlaut ihrer Ausführungen vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/106514.

Flugzeuge sowie die seegestützten nuklearen Systeme nur eine untergeordnete Rolle spielten. (Bundeskanzleramt findet diese Feststellung vor dem Hintergrund des britischen U-Boot-Programms mit nuklearen Raketen bemerkenswert.)

g) Mrs. Thatcher habe die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa als wichtigstes Pfand bezeichnet und sich dafür ausgesprochen, gemeinsam in Washington dafür zu sorgen, daß es nicht zu einer Reduzierung amerikanischer Streitkräfte in Europa komme.

h) Mrs. Thatcher habe KRK keine allzu großen Chancen eingeräumt.[10] Demgemäß habe sie sich dafür ausgesprochen, sich zunächst auf den Abschluß eines Abkommens über das weltweite Verbot von CW zu konzentrieren, weil die einzige Antwort auf das Übergewicht des WP bei CW bei den Nuklearwaffen liege. Je mehr diese abgebaut würden, desto größer werde die Bedrohung durch östliche CW.

i) Mrs. Thatcher habe die Auffassung vertreten, daß GS Gorbatschow ein außerordentlich geschicktes Spiel betreibe. Der Westen müsse sich fragen, ob uns nicht eine Falle gestellt werde.

j) Zur engeren Abstimmung habe Mrs. Thatcher unter Berufung auf einen Präzedenzfall (?) angeregt, am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig[11] ein „Berlin-Essen“ abzuhalten. Der Bundeskanzler habe sich rezeptiv verhalten; er wolle in dieser Frage mit Rücksicht auf den Gastgeber Italien keine Initiative ergreifen. Hinsichtlich der Abstimmung der Europäer in Fragen der Sicherheitspolitik habe Mrs. Thatcher auf die Gefahr hingewiesen, daß diese in Washington als „ganging up“ verstanden werden könne, und sich für entsprechende Vorsicht ausgesprochen.

k) Mrs. Thatcher und der Bundeskanzler führten einen Meinungsaustausch über die Einschätzung der Lage in der Sowjetunion. In diesem Zusammenhang wurde darüber gesprochen, wie weit Gorbatschow mit seiner Reformpolitik gehen könne, ohne das kommunistische System zu gefährden.

l) Mrs. Thatcher und der Bundeskanzler erörterten auch eingehend die innenpolitische Lage in beiden Ländern. Mrs. Thatcher habe dabei keinen Wahltermin genannt.

m) Beim Hinausgehen habe der Bundeskanzler Mrs. Thatcher gebeten, gegenüber Gorbatschow auch für ihn zu sprechen. Mrs. Thatcher sei für das ihr entgegengebrachte Vertrauen sehr dankbar gewesen.

Richthofen

Referat 205, Bd. 135426

10 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 44 und Dok. 101.

11 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

80

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz

VS-NfD **24. März 1987**[1]

Weltweite Verbreitung, Perspektiven und außenpolitische Implikationen von AIDS

Kurzfassung

I. Die weltweite Verbreitung von AIDS heute

Der WHO liegen derzeit Meldungen aus 91 Ländern über insgesamt 41641 erkannte AIDS-Krankenfälle vor.

Am stärksten betroffen ist Nordamerika mit 31365 Fällen (davon 30492 USA), gefolgt von Europa (4460, davon 4076 EG, 20 Osteuropa), Lateinamerika/Karibik (2690), Afrika (2625), Australien/Neuseeland (398) und Asien (103).

Die Todesfälle (etwa 50%) sind in diesen Zahlen enthalten.

Die von der WHO veröffentlichte Fallzahl ist von geringem Erkenntniswert, da die Erfassung weltweit noch unzulänglich ist und sich zudem etliche Staaten vor der Preisgabe von Daten scheuen. Tatsächlich muß laut WHO heute weltweit von mindestens 100000 AIDS-Fällen und bis zu zehn Millionen Infizierten ausgegangen werden.

II. Prognosen und Perspektiven

1) Die WHO erwartet bis Ende 1991 weltweit einen Anstieg der AIDS-Fälle auf (kumuliert) bis zu drei Millionen, der Infiziertenzahl auf bis zu 100 Millionen. Auch andere Experten halten diese Prognose für realistisch, da als sicher befundene, für eine Langzeittherapie geeignete Medikamente wie auch Impfstoffe vor Beginn der 90er Jahre kaum zu erwarten sind.

2) Zentral-, Ost- und das südliche Afrika sehen nach Meinung der Experten einer Gesundheitskatastrophe entgegen. Darauf weisen die alarmierenden Resultate von Stichproben- und Reihenuntersuchungen hin.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Haas konzipiert.
Ministerialdirektor Seitz leitete die Aufzeichnung am 24. März 1987 „über Herrn Staatssekretär“ an Bundesminister Genscher. Dazu vermerkte er: „Auf Veranlassung des Planungsstabs haben alle Botschaften sondiert, welche Erkenntnisse im Gastland über die Verbreitung von AIDS vorliegen und welche Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche getroffen wurden bzw. geplant sind. Die wichtigsten Erkenntnisse wurden in der Aufzeichnung selbst berücksichtigt, die Einzelheiten in Form einer tabellarischen Übersicht und einer stichwortartigen Zusammenfassung […] beigefügt. Ich schlage vor, die Auswertung der Botschaftsberichte den mit der AIDS-Problematik befaßten Ressorts und anderen interessierten Stellen zu übermitteln (Informationen vertraulicher Art wurden in die Übersichten nicht aufgenommen).“
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 24. März 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 30. März 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 31. März 1987 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. Mai 1987 vorgelegen, der zu dem Passus „Ich schlage vor … nicht aufgenommen“ handschriftlich vermerkte: „B[itte] R[ücksprache].“
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 20. Mai 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 02 verfügte.
Hat Seitz erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Haas verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 02, Bd. 178550.

– Beispiele: 10–12% der Bewohner Kigalis, Kinshasas, Bujumburas, bis zu 80% der Prostituierten in einigen großen Städten der Region, bis zu 33% der Blutspender und jungen männlichen Arbeitskräfte in einigen Gegenden sind bereits infiziert. Einer sambischen Kupfermine droht der Ruin, weil sie die AIDS-bedingten Krankengeldzahlungen bald nicht mehr verkraften kann (weitere Beispiele auf S. 8 der Aufzeichnung[2]).
– Auch die Tatsache, daß 50% aller belgischen AIDS-Fälle Zairer sind (von denen in Belgien 12000 leben), weist auf die starke AIDS-Verbreitung in Zentralafrika hin.

Die der WHO bisher von 18 afrikanischen Ländern[3] gemeldete Fallzahl von insgesamt 2625 vermittelt somit ein Zerrbild der Wirklichkeit. Tatsächlich muß laut WHO derzeit von mindestens 50000 Fällen und zwei Millionen Infizierten (andere Experten: bis zu 20 Millionen) in Afrika ausgegangen werden.

AIDS breitete sich in Afrika von Anfang an in der Allgemeinbevölkerung aus, und dies noch rascher als z.B. innerhalb der westlichen „Risikogruppen", da die Verbreitung durch zahlreiche Co-Faktoren wie mangelnde Hygiene oder schlechte Gesundheitsdienste begünstigt wurde. Folge: Etliche Länder dieses problembeladenen Kontinents dürften in wenigen Jahren mit zusätzlichen, existenzbedrohenden Problemen konfrontiert werden, z.B.:

– demographischer Einschnitt bei der ökonomisch aktiven Bevölkerung und – besonders schwerwiegend – bei der Bildungselite mit erheblichen Auswirkungen auf die ökonomischen Strukturen, auf das traditionelle Stammes- und Clangefüge etc.;
– Entstehen neuer Flüchtlings- und Wanderbewegungen;
– politische Destabilisierung in einigen Regionen Afrikas.

2) Mit hohen Dunkelziffern und gravierenden Folgen der AIDS-Ausbreitung für Bevölkerung und Wirtschaft rechnen die Experten auch für einige Länder Lateinamerikas und der Karibik. Die WHO sagt z.B. Brasilien eine „AIDS-Epidemie afrikanischen Ausmaßes" vorher.

3) Besorgniserregend ist auch die sich abzeichnende Entwicklung in den USA. Amtliche amerikanische Stellen rechnen mit:

– einer kumulierten Fallzahl von 270000 im Jahr 1991,
– einer Infiziertenzahl von etwa 20 Millionen 1991,
– Behandlungskosten von 8–16 Mrd. $ jährlich ab 1991,
– etwa 60000 AIDS-Todesfällen jährlich ab 1992 (das sind mehr, als der gesamte Vietnamkrieg an Opfern gekostet hat!).

Die Auswirkungen der AIDS-Epidemie auf Gesellschaft und Volkswirtschaft der USA, auf Psyche und Selbstverständnis der Amerikaner und schließlich auch auf die Machtstellung dieses Landes sind heute schwer abschätzbar. Sie könnten erheblich sein.

2 Für die Langfassung der Aufzeichnung vgl. Referat 02, Bd. 178550.
3 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Hart betroffene Länder wie Zaire, Ruanda oder Burundi übermittelten bisher keine Daten an die WHO!"

4) In Westeuropa wird die Zahl der AIDS-Fälle bis 1991 laut WHO auf 100000, die der Infizierten auf 5–10 Millionen anwachsen. Wie in den USA ist mit erheblichen finanziellen Mehrbelastungen zu rechnen:

– Behandlungskosten pro AIDS-Krankem im EG-Raum laut EG-Kommission heute schon 150000–300000 DM;
– Ärzte und Wissenschaftler rufen zum Nachdenken über die finanziellen und sozialen Folgen von AIDS auf und weisen darauf hin, daß z.B. viele junge Menschen im ökonomisch aktiven Alter Sozialkosten verursachen, statt diese mitzutragen, und daß eine Kostenlawine auf uns zurollt, angesichts derer sich die heutigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen bescheiden ausnehmen.

Neben den finanziellen Belastungen kommen aber noch Probleme gesundheitspolitischer, rechtlicher, ethischer und logistischer Art von heute kaum zu übersehendem Ausmaß auf Europa zu. Die durch AIDS verursachte Gefahr ist allgemein erkannt, eine koordinierte Bekämpfungsstrategie der EG bisher jedoch nicht erkennbar. Gemeinsames Handeln, in das auch die nicht der EG angehörenden westlichen Länder eingebunden werden sollten, scheint dringend geboten.

5) Die von AIDS noch in geringem Maß betroffenen osteuropäischen wie auch asiatischen Staaten haben z.T. umfangreiche Maßnahmen getroffen bzw. geplant, um der Einschleppung der Seuche einen Riegel vorzuschieben und deren Ausbreitung einzudämmen. Gelingt es den asiatischen Staaten, AIDS unter Kontrolle zu bringen, dürfte dies zu einer weiteren relativen Stärkung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Stellung dieser ökonomisch dynamischen Region beitragen.

III. Außenpolitische Implikationen von AIDS

1) Die West-West-Beziehungen werden schon heute faktisch belastet durch Maßnahmen mit Diffamierungscharakter (z.B. Bayern/Österreich[4]) und potentiell belastet durch nationale Alleingänge bei der AIDS-Bekämpfung.

Je ausgeprägter die Diskrepanzen zwischen den nationalen AIDS-Bekämpfungsmaßnahmen sind, je bedrohlichere Formen die AIDS-Ausbreitung annimmt, desto größer ist die Gefahr von Belastungen der zwischenstaatlichen Beziehungen,

z.B., wenn innerhalb der EG Freizügigkeit, Niederlassungsrecht, Gleichbehandlung beim Zugang zur Beschäftigung oder andere, im EWG-Vertrag[5] garantierte Grundfreiheiten durch AIDS-Maßnahmen einzelner Mitgliedstaaten beeinträchtigt oder außer Kraft gesetzt werden sollten;

z.B., wenn es in der EG zur Abschottung voneinander (Gefahr der Desintegration!) kommen und sich der Trend zur Fraktionierung des Forschungspotentials fortsetzen sollte;

4 In der Presse wurde berichtet: „Die Österreicher sind empört über den Beschluß des bayerischen Ministerrats, die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung in Bayern für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten von einem Aids-Test abhängig zu machen, während für die Niederlassung von Staatsbürgern aus EG-Mitgliedsländern keine derartigen Aids-Untersuchungen vorgeschrieben sind. Da rund 70000 Österreicher in Bayern arbeiten, fühlen sich die Österreicher von dieser bayerischen Maßnahme besonders diskriminiert. Die Linzer Tageszeitung ‚Oberösterreichische Nachrichten' schreibt von einer ‚Strauß-Watschen (Ohrfeige) für Österreicher'." Vgl. den Artikel „Kontroverse um bayerischen Aids-Test"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Februar 1987, S. 2.

5 Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

z. B., wenn sich xenophobische Tendenzen (Japan!) verstärken und zu einem Klima gegenseitigen Mißtrauens, zu Rassismus und Stigmatisierung anderer Länder führen sollten;

z. B., falls sich die USA eines Tages so stark auf die Bewältigung AIDS-bedingter Probleme im eigenen Land konzentrieren müssen, daß Auswirkungen auf ihre Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen gegenüber Freunden und Verbündeten spürbar werden sollten.

2) Die West-Ost-Beziehungen werden von AIDS derzeit kaum berührt. Sie könnten jedoch durch Versuche des Ostblocks belastet werden, AIDS ideologisch gegen den Westen auszunutzen (z. B. durch fortgesetzte Verbreitung der Desinformation, das AIDS-Virus sei in Geheimlabors der US-Armee entwickelt worden).

Bereits erzielte Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen könnten durch Abschottungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen östlicher Staaten Rückschläge erleiden.

So könnte sich die DDR wegen der zahlreichen Besuche von West-Berlinern und in West-Berlin ansässiger lediger Gastarbeiter im Ostteil der Stadt veranlaßt sehen, restriktive Maßnahmen zu ergreifen.

Treffen die US- und WHO-Prognosen zu, muß der Westen bereits 1991 mit einer relativ großen Zahl von Todesfällen und Wehruntauglichen unter den Männern im wehrfähigen Alter rechnen. Dies dürfte auch Auswirkungen auf die (wegen des „Pillenknicks“ ohnehin tangierten) Truppenstärken und damit auf die Verteidigungsfähigkeit, die Machtstellung des Westens und auf das West-Ost-Kräfteverhältnis haben.

3) Die Nord-Süd-Beziehungen werden durch AIDS bereits jetzt spürbar beeinträchtigt,

z. B. durch die in Afrika auf Empörung stoßende These westlicher Wissenschaftler, das AIDS-Virus entstamme diesem Kontinent;

z. B. durch die zunehmende Zahl vor allem gegen Schwarzafrikaner gerichteter und von diesen als Diskriminierung empfundener Maßnahmen (u. a. auch durch die BMZ-Verfügung, alle Langzeit-Stipendiaten nach Einreise auf AIDS zu testen und darüber hinaus von LZ-Stipendiaten aus acht afrikanischen Ländern den Test zusätzlich vor der Ausreise zu fordern);

z. B. auch durch die den USA von einigen EL zugewiesene Schuld, für die weltweite AIDS-Verbreitung verantwortlich zu sein.

Die für einzelne Regionen der Dritten Welt vorausgesagten katastrophalen Auswirkungen der AIDS-Epidemie dürften das Nord-Süd-Gefälle verschärfen, die Nord-Süd-Beziehungen erheblich beeinflussen und außergewöhnliche (letztlich dem Selbstschutz der IL dienende) Unterstützungsaktionen der wohlhabenden Länder erforderlich machen.

IV. Empfehlungen für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik

1) Wir sollten – gemeinsam mit F und GB – zum Motor einer EG-einheitlichen AIDS-Politik werden. Gelegenheit hierfür bietet unsere EG-Präsidentschaft 1988.[6]

6 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

2) AIDS-Bekämpfungsmaßnahmen sollten auch mit den nicht der EG angehörenden westlichen Ländern wie im internationalen Rahmen abgestimmt werden.

3) Die Staaten Osteuropas sollten für eine Zusammenarbeit bei der AIDS-Bekämpfung gewonnen, Kooperationsprojekte zwischen AIDS-Forschungsinstituten in West und Ost gefördert werden.

4) Wir sollten uns für eine Umorientierung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den von AIDS hart getroffenen EL einsetzen (Vorrang gesundheitspolitischer Projekte).

5) Wir sollten auf BMZ und BMF einwirken, die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um auf zu erwartende Hilfeersuchen stark AIDS-betroffener EL rasch, unbürokratisch und umfassend reagieren zu können (Sonderfonds).

6) Wir sollten uns gegen alle Versuche wenden, andere Länder (vor allem Afrikas) im Zusammenhang mit AIDS zu diskriminieren und selbst von Maßnahmen mit Diskriminierungscharakter absehen.

7) Wir sollten für eine Aufstockung des WHO-Budgets eintreten und das AIDS-Sonderprogramm der WHO wirkungsvoller als bisher unterstützen.

V. Empfehlungen für die Personalfürsorge des Auswärtigen Amtes

1) Die Amtsangehörigen (vor allem die Auslandsbediensteten) sollten umfassend und kontinuierlich über die Gefährlichkeit, Übertragungswege, Verbreitung von AIDS wie über den aktuellen Stand der AIDS-Forschung unterrichtet werden (dies dient dem persönlichen Schutz und vermittelt Sachkenntnis, die von Repräsentanten Deutschlands im Ausland auch erwartet wird).

2) AIDS-Aufklärung sollte in die Aus- und Fortbildung wie in die Einweisung von Dienststellenleitern, Vertretern und Kanzlern einbezogen werden.

3) Es sollten verstärkt Maßnahmen zur Verringerung des Infektionsrisikos im Gastland ergriffen werden, z. B.

- Deponierung von Blutplasma-Ersatz, Einwegspritzen und sterilem Verbandmaterial in allen Vertretungen in der DW (ggf. koordiniert mit der GTZ, die solches Material bereits bei Projekten und in Regionalbüros deponiert hat);
- Anlegen von Blutgruppenlisten von Bediensteten, Experten etc. in den Auslandsvertretungen (für den Fall von Transfusionen);
- Blutuntersuchungen bei Ortskräften und Hausangestellten;
- Übernahme der Reise- und Umzugskosten für Verlobte von Amtsangehörigen bei Versetzung in Risikoländer.

[Seitz][7]

Referat 02, Bd. 178550

7 Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

81

Aufzeichnung des Botschafters Bartels, Amman

Schriftbericht Nr. 230 **24. März 1987**[1]

Betr.: Arbeitsbesuch König Husseins in Bonn, 5. bis 6. März 1987;
hier: Vermerk über Gespräche mit Bundespräsidenten und Bundeskanzler

1) Gespräch mit dem Bundespräsidenten

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundespräsident, StS Dr. Blech, MDg Dr. Schenk und Botschafter Dr. Bartels.

Teilnehmer auf jordanischer Seite: König Hussein, MP Rifai, Chef des Königlichen Hofes, M. Qasem, Botschafter Sharaf.

Nach einleitenden Willkommensworten des Bundespräsidenten und beiderseitigen Hinweisen, die durch den Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Jordanien[2] geförderten engen Beziehungen weiterhin zu pflegen, legte König Hussein eingehend die jordanische Haltung zu den wesentlichen nahostpolitischen Fragen dar. Er begrüßte zunächst die Brüsseler Erklärung der EG-Außenminister vom 23.2.1987[3], die ein positiver Schritt in die richtige Richtung gewesen sei, und setzte sich dann sehr nachdrücklich dafür ein, daß Europa dafür Sorge tragen möge, das Momentum dieser Erklärung zu erhalten. Nach jordanischen Vorstellungen sollten an der IFK[4] neben den Konfliktparteien die fünf ständigen Mitglieder des SR[5] teilnehmen. Basis der Konferenz seien die SR-Resolutionen 242[6] und 338[7]. Die regionalen Probleme sollten in entsprechenden Arbeitsgruppen (jeweils Israel mit Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon) behandelt werden. Auf die Frage des Bundespräsidenten nach einer Beteiligung der PLO: Diese Frage sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht akut. Zunächst komme es entscheidend darauf an, die amerikanische und israelische Zustimmung zur Abhaltung einer IFK zu erhalten. Dann werde die arabische Seite in der Lage sein, die Frage der palästinensischen Vertretung zu entscheiden. Der Bundespräsident seinerseits unterstrich die Bedeutung, die die Bundesregierung der Brüsseler Erklärung beimesse, und unsere Bereitschaft, zur Überbrückung von Meinungsverschiedenheiten beizutragen. Der bevorstehende Staatsbesuch des

1 Die Aufzeichnung wurde mit Schriftbericht Nr. 230 vom 24. März 1987 übermittelt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 8. April 1987 vorgelegen.

2 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Jordanien vom 3. bis 5. Februar 1985.

3 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1987 in Brüssel zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f. Vgl. dazu ferner Dok. 52.

4 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

5 Frankreich, Großbritannien, UdSSR, USA und Volksrepublik China.

6 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

7 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

israelischen Präsidenten[8] biete dazu eine gute Gelegenheit, wenn auch nicht übersehen werden könne, daß MP Shamir seine Partei auf dem Wege zur IFK nicht hinter sich habe.

Die Iran-Irak-Frage gebe dem König Gelegenheit, seine tiefe Enttäuschung über das amerikanische Verhalten in der Irangate-Affäre[9] zum Ausdruck zu bringen. Noch vier Tage, bevor erstmalig Nachrichten über amerikanische Waffenlieferungen an den Iran bekannt wurden, sei er von einer umfangreichen amerikanischen Militärdelegation über die amerikanische Politik unterrichtet worden, keine Waffenlieferungen an den Iran zulassen zu wollen. Die USA hätten im Nahen Osten in ganz erheblichem Umfang an Glaubwürdigkeit verloren. Die Verlängerung des Krieges zwischen Iran und Irak[10] falle auch in ihre Verantwortung. Der König äußerte die feste Überzeugung, daß Irak weiteren iranischen Angriffen standhalten werde. Ein Frieden sei erst dann in Sicht, wenn Iran nicht mehr damit rechnen könne, den Krieg mit militärischen Mitteln zu gewinnen. Die iranischen Friedensbedingungen seien inakzeptabel: Noch nie zuvor sei mit einem Friedensschluß die Forderung nach dem Rücktritt des Staatsoberhaupts verbunden worden.

Den syrischen Einmarsch im Libanon[11] bewertete König Hussein positiv. Die Lage im Libanon sei untragbar geworden, er rechne mit einer Befriedung durch Syrien. Der kürzliche Staatsbesuch Präsident Gemayels in Jordanien[12] habe ihm Gelegenheit gegeben, sich ein sehr positives Bild von dessen Persönlichkeit zu machen und bei seinem anschließenden Besuch in Damaskus[13] auf einen Ausgleich zwischen diesem und Präsident Assad hinzuwirken. Die zu erhoffende Befriedung im Libanon solle auch die Palästinenser einschließen. Keine der im Libanon existierenden politischen Gruppierungen sei gegen die Palästinenser eingestellt, jedoch alle seien gegen bewaffnete Palästinenser.

Den Fünf-Jahres-Plan der jordanischen Regierung für die besetzten Gebiete[14] erläuterte König Hussein nur kurz. Er hoffe auf internationale Unterstützung für diesen Plan, da er dazu beitragen solle, Spannungen abzubauen und weiteren Extremismus zu verhindern.

8 Präsident Herzog besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 10. April 1987. Vgl. dazu Dok. 99.

9 Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 57, Anm. 5.

10 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 22, Anm. 2.

11 Zum Einmarsch syrischer Truppen in West-Beirut am 22. Februar 1987 vgl. Dok. 52, Anm. 25.

12 Präsident Gemayel hielt sich vom 4. bis 6. Februar 1987 in Jordanien auf.

13 König Hussein besuchte Syrien am 10./11. Februar 1987.

14 Referat 310 vermerkte am 15. September 1986, König Hussein habe „nach Beendigung seiner Bemühungen um eine internationale Nahost-Konferenz (Februar 1986) eine den PLO-Einfluß in den besetzten Gebieten einschränkende Politik begonnen“. Seine Regierung wolle im Rahmen eines Fünf-Jahres-Plans „Investitionen in Höhe von 1,3 Mrd. Dollar zur Verbesserung der Infrastruktur der besetzten Gebiete durchführen. Im Einvernehmen mit Ägypten wird auch die Bevölkerung im Gaza-Streifen in diese Bemühungen einbezogen. Israelischen Plänen, für Gaza Sonderlösungen anzustreben, wird damit vorgebeugt. […] Für die jordanische Regierung stehen die politischen Vorteile, die sie aus dem Fünf-Jahres-Plan ziehen könnte, im Vordergrund. Sichtbare Verbesserungen der Lebensqualität in den besetzten Gebieten, die auf jordanische Initiative zurückgehen, würden der Bevölkerung deutlich machen, daß Jordanien der beste Anwalt palästinensischer Interessen ist. Bei Ausschaltung der PLO wäre die jordanische Regierung in der Lage, ihre Kontrollmöglichkeiten über die Bevölkerung in der Westbank zu vergrößern und damit die Sicherheit auch Ost-Jordaniens zu erhöhen“. Vgl. Referat 310, Bd. 149620.

Nach dem Gespräch übergab der Bundespräsident König Hussein ein „Non-paper“, das die Bitte der Gemeinde Bernau betraf, am Jerash Festival teilnehmen zu dürfen.

2) Gespräch mit dem Bundeskanzler, das zunächst als Vier-Augen-Gespräch geführt wurde.

Anschließend wurden hinzugezogen auf deutscher Seite: BM Genscher, MD Teltschik, Botschafter Dr. Bartels; das Gespräch wurde von VLR I Weber gedolmetscht. Auf jordanischer Seite: MP Rifai, Chef des Königlichen Hofes, M. Qasem, Botschafter Sharaf.

Bei der Erweiterung der Gesprächsrunde bemerkte der Bundeskanzler, daß er und der König sich bereits über die IFK unterhalten hätten. Ferner seien gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus erörtert worden. Hinsichtlich dieses Fragenkomplexes sei man übereingekommen, die Möglichkeit eines Auslieferungsvertrags über die jeweiligen Botschaften weiter abzuklären.

In der Iran-Irak-Frage wiederholte der König die gegenüber dem Bundespräsidenten gemachten Ausführungen. Er unterstrich noch deutlicher als gegenüber dem Bundespräsidenten den schweren Verlust amerikanischer Glaubwürdigkeit im Nahen Osten und seine tiefe Betroffenheit, auch persönlich von amerikanischer Seite über die geheimen amerikanischen Waffenlieferungen an Iran hinters Licht geführt worden zu sein.

Der König wiederholte im übrigen weitere Darlegungen gegenüber dem Bundespräsidenten. Nach 20 Minuten wurde die Unterhaltung unterbrochen und beim Abendessen fortgesetzt.

Zunächst nahm breiten Raum im Gespräch die gefährliche Rolle Gaddafis ein, in dessen kritischer Einschätzung beide Seiten übereinstimmten. Auf Fragen des Bundeskanzlers nach der wirtschaftlichen Lage Jordaniens, speziell auch den Problemen der Arbeitslosigkeit, gab König Hussein MP Rifai Gelegenheit, sich dazu eingehend zu äußern. Dieser gab eine ausführliche Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Jordaniens, die einen (allzu) positiven Eindruck vermittelte. Rifai erläuterte ferner die Zielsetzung des Fünf-Jahres-Plans für die Westbank, betonte die Notwendigkeit politisch motivierter finanzieller Unterstützung für diesen Plan und erkundigte sich – was der König vermieden hatte – nach dem Umfang der deutschen Hilfszusagen für die Westbank. Der Bundeskanzler sicherte dem König deutsche Hilfe zu, nannte jedoch keine Zahlen.

Bewertung:

Die Gesprächsführung König Husseins ließ erkennen, daß es ihm bei seinem Besuch in Bonn im wesentlichen darauf ankam, die durch die Brüsseler Erklärung gemachten Fortschritte in Richtung auf eine IFK zu würdigen und für eine Fortsetzung europäischer Bemühungen insoweit zu werben. Die Notwendigkeit, sich verstärkt für eine friedliche Lösung des Nahost-Problems einzusetzen, begründete er, wie schon beim Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Jordanien, mit dem wachsenden Extremismus auf israelischer und arabischer Seite.

Kontroverse Themen gab es nicht. Beide Gespräche wurden in betont freundlicher, ja herzlicher Atmosphäre geführt.

Bartels

Referat 310, Bd. 149620

82

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mikulić

26. März 1987[1]

Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Branko Mikulić[2];
hier: Vier-Augen-Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler
Donnerstag, 26.3.1987, 10.10 Uhr bis 11.15 Uhr
– Innere Situation, bilaterale Beziehungen, EG–Jugoslawien

Der Herr *Bundeskanzler* (BK) begrüßte Ministerpräsident Mikulić. Wir legten – wie er es auch gestern abend im jugoslawischen Fernsehen gesagt habe – großen Wert auf gute Beziehungen zu Jugoslawien. In einem schwierigen Abschnitt der Weltpolitik mit Chancen, aber auch mit Gefahren, sei es für die Statik Europas wichtig, daß Jugoslawien seine Statur und seine Stabilität behalte: Gerade weil wir Mitglied der NATO seien, seien wir interessiert, daß Jugoslawien blockfrei bleibe. In diesem Punkt sei er – BK – in seinem letzten Gespräch mit Präsident Tito einig gewesen.[3]

Mikulić dankt für Begrüßung und erneuert Glückwünsche zur Wiederwahl des Bundeskanzlers.[4]

Bei seinen Gesprächen mit BK gehe es ihm vor allem um bilaterale Fragen der Zusammenarbeit. Jugoslawien wolle sie auf Grundlage der Gleichberechtigung und des Nutzens für beide Seiten. Er komme nicht, etwas zu erbitten, sondern um Vorschläge für die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu unterbreiten – wenn einige dieser Vorschläge unseren Interessen nicht entsprächen, bitte er um klare Sprache.

Auf Anregung des *BK*, zunächst die beiderseitige innere Lage zu schildern, führt *Mikulić* aus: Er habe das Gefühl, daß heute in der Welt, aber insbesondere auch in befreundeten Ländern gewisse Entwicklungen in Jugoslawien mit Besorgnis aufgenommen würden. Man frage, in welche Richtung sein Land sich bewege, ob die Gefahr größerer Destabilisierung bestehe. Zu einem Teil gebe es dafür objektive Gründe: Die jugoslawische Wirtschaft befinde sich in augen-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 26. März 1987 gefertigt und am 1. April 1987 „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach übermittelt.
Hat Pfetten-Arnbach am 2. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut „vorab“ sowie Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Kastrup und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix „zur Kenntnisnahme“ verfügte.
Hat Richthofen und Kastrup am 4. April 1987 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Hausmann am 7. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Amtsinspektor Anders verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Einzelverfügungen.“
Hat Anders am 8. April 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“
Hat Derix am 9. April 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 214, Bd. 139591.

2 Ministerpräsident Mikulić besuchte die Bundesrepublik am 26./27. März 1987.

3 Der CDU-Vorsitzende, Ministerpräsident Kohl, besuchte Jugoslawien vom 2. bis 5. Juni 1976. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 178.

4 Zur Wiederwahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler am 11. März 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

blicklichen Schwierigkeiten. Zudem seien in den Jahren seit Präsident Titos Tod verschiedene Entwicklungen eröffnet worden, die die Menschen zum Nachdenken anregten. Die jugoslawische Presse sei heute frei, diese Überlegungen zu artikulieren. Dies werde oft falsch in die Weltpresse übertragen – auch die Diplomaten einiger mit Jugoslawien befreundeter Länder seien nicht unschuldig.

Darüber hinaus gebe es die bekannten Ereignisse im Kosovo[5], die wiederum bei den slawischen Völkern Jugoslawiens nationalistische Strömungen hervorgerufen hätten.

Aus alledem sei ein Mosaik Jugoslawiens als unstabiles Land entstanden, dem noch größere Instabilität oder andere Gefahren drohten.

Er – Mikulić – wolle dem Bundeskanzler nichts verheimlichen: Wenn seine Regierung Besorgnisse in dieser Richtung hätte, würde sie sicherlich entschiedener auftreten, aggressivere Propaganda treiben, kurzum: Maßnahmen ergreifen, die auch in anderen Ländern bei drohender Instabilität ergriffen würden. In Wirklichkeit stehe die Stabilität Jugoslawiens nicht in Frage. Das System sei stabil. Man überlasse es der Öffentlichkeit, Probleme zu diskutieren, man bevorzuge Dialog und übe keinen Druck aus.

Bei allen Spekulationen um sein Land müsse man sich klarmachen: In anderen Ländern machten bereits in ihrem Umfang viel geringfügigere Ereignisse Schlagzeilen – er denke etwa an die jüngsten Schwierigkeiten des Weißen Hauses[6], aber auch Gorbatschows bei der Durchführung seiner Reform.

Demgegenüber führe Jugoslawien eine große politische und wirtschaftliche Reform durch, ohne daß es zu Erschütterungen gekommen sei. Wenn er Besorgnisse um die politische oder wirtschaftliche Stabilität oder gar um die Zukunft des Landes hätte, würde er sicherlich keine so radikalen Züge unternehmen, insbesondere nicht auf dem wirtschaftlichen Gebiet: Vor vier Jahren habe die Regierung ein langfristiges Stabilitätsprogramm eingeleitet. Es habe trotz mancher Rückschläge (Zins- und Währungsentwicklung) zu beachtlichen Erfolgen geführt: Das im Dezember letzten Jahres erlassene Maßnahmenpaket greife radikal in die Wirtschaft ein und fördere ihre Umstrukturierung in Richtung auf wirtschaftliche Warenproduktion und eine stärkere Rolle des Marktes. Im Januar dieses Jahres habe man weitere radikale Schritte unternehmen müssen, um insbesondere den Verbrauch zu bremsen und das Wachstum der Löhne an das Wachstum der Produktivität zu binden (Hinweis auf vier Interventionsgesetze). Dies alles habe zu Reaktionen in den Betrieben und zu etwa 100, meist kurzfristigen Streiks geführt. Diese Probleme habe man demokratisch

5 Im Politischen Halbjahresbericht für Jugoslawien nach dem Stand vom 1. März 1987 informierte Botschafterin Rheker, Belgrad: „Das Kosovo-Problem war weiterhin – insbesondere in Serbien – die wichtigste innenpolitische Frage. Vertreter der serbischen Minorität im Kosovo demonstrierten wiederholt in Belgrad und forderten stärkere Unterstützung durch die serbische Republikregierung und durch die Bundesregierung. Die schließlich von der jugoslawischen Staats- und Parteiführung angeordneten Schritte, die primär dem Schutz der serbischen Minorität im Kosovo dienen, können kaum zu einer stärkeren Integration der albanischen Majorität in den jugoslawischen Vielvölkerstaat beitragen. Eine Lösung des Kosovo-Problems wird weiterhin vor allem durch polizeilichen Druck und wirtschaftliche Entwicklungsmaßnahmen angestrebt. Die Gewährung des Republikstatus an die inzwischen zu etwa 85 % von Albanern bewohnte Provinz bleibt tabu.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139589.

6 Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 57, Anm. 5.

gelöst: durch Diskussion mit den Beschäftigten, durch Erläuterung, worum es gehe.

Noch gestern habe er – Mikulić – vor Vertretern der jugoslawischen Wirtschaft festgestellt: Er werde nicht überrascht sein, wenn es auch künftig weitere Streiks gebe, dies aber werde die Regierung nicht von ihrem Kurs abbringen. Jugoslawien habe früher in einer Illusion des Überschusses gelebt, gegründet auf die Kredite der 1970er Jahre. Man habe mehr verbraucht als produziert, die Leute hätten sich daran gewöhnt.

In dieser Lage gebe es nur den Weg nach vorn: besser arbeiten, die Produktivität der Arbeit und der Wirtschaftsabläufe erhöhen, die Wirtschaft stärker integrieren, sich weiter gegenüber der Welt öffnen – und die Auslandsschulden zurückzahlen (1986: 4,4 Mrd. an Zins und Tilgung). Dies alles sei nicht zu schaffen, ohne den Verbrauch auf ein realistisches Niveau zu senken.

Derzeit stehe Jugoslawien an einem Punkt, an dem es nicht stehenbleiben dürfe. Der wirtschaftliche Reformkurs werde fortgesetzt. Opfer, insbesondere am Lebensstandard der Bevölkerung, seien unvermeidlich. Das Hochschulsystem müsse künftig statt zu viel Politologen mehr Wissenschaftler und Techniker ausbilden.

Dies alles werde nicht ohne Proteste vorübergehen. Man schimpfe gegen die (jugoslawische) Bundesregierung, obwohl eigentlich hier die einzelnen Republiken in vorderster Front stehen müßten (auch sie werde man noch in den Reformprozeß einbeziehen). All dies werde man aushalten. Nicht vergessen dürfe man, daß die Jugoslawen ein südliches Volk seien, das sich schnell aufrege, aber auch wieder beruhige.

Insgesamt möge der BK versichert sein, daß es in Jugoslawien keine politischen Schwierigkeiten oder Erschütterungen geben werde. Soziale Schwierigkeiten werde es geben, auch Streiks, sie würden aber vorübergehen. Jedenfalls werde man nicht repressiv dagegen vorgehen, sondern auf die Argumente der Vernunft setzen.

Im Kosovo habe man ernsthafte Schwierigkeiten gehabt, jetzt sei die Lage stabilisiert. Gegenüber Forderungen nach einer „Kosovo-Republik“ habe er gesagt: Es sei schon schlimm genug, daß es zwei deutsche Staaten gebe, man brauche nicht noch zwei Albanien.

BK bekundet Respekt vor den geschilderten Bemühungen: Wer die Geschichte Jugoslawiens kenne, wisse, was es heute bedeute, das Ganze zusammenzuhalten. Auch sei es oft nicht leicht, die Hinterlassenschaft charismatischer Führer in Ordnung zu bringen.

Unser Interesse sei klar: Wir wünschten Jugoslawien und ihm – Mikulić – Erfolg. Wir wünschten, daß Jugoslawien seine Identität in der Innen- und Außenpolitik behalte. Sie sei ein wichtiger Faktor in der Region, in Europa: Diese Funktion setze politische und wiedergewonnene wirtschaftliche Stabilität voraus.

Bei den Menschen in unserem Lande habe die Sympathie für Jugoslawien eindeutig zugenommen: Das Ansehen der 300 000 Gastarbeiter und ihrer Familien sei hoch.

Auch bei uns – so BK weiter – gebe es Probleme, er sei jedoch insgesamt zufrieden. Auch er habe vor reichlich vier Jahren sein Amt in schwieriger Lage

übernommen und könne deshalb vieles, was Mikulić berichte, sehr gut verstehen. Auch er wisse, daß die Leute schimpften, und habe dies bei Wahlen gespürt.

Jetzt aber sei die Entwicklung günstig: 1987 werde es wieder 2,5% Zuwachs des BSP geben – es gehe damit im fünften Jahr hintereinander aufwärts. Die Inflation sei Null – dies nütze den Leuten am meisten. In der Frage der Arbeitslosigkeit müsse noch viel getan werden – sie habe viele Gründe. Es gehe vor allem um Industrien, die im jetzigen Zuschnitt keine Zukunft hätten, die wir aber in Zukunft, wenn auch mit geringer Beschäftigtenzahl, brauchten: Werften, Stahl, Kohle. Z.B. hätten wir Stahlwerke, die technologisch Weltspitze seien: Dort produzierten zehn Leute, was früher 400 Leute produziert hätten. Weiterer Grund zur Sorge sei eine regional unterschiedliche Entwicklung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. In Stuttgart gebe es 40000 freie Arbeitsplätze, in Dortmund 15% Arbeitslosigkeit – und die Leute wollten nicht nach Stuttgart umziehen.

Insgesamt jedoch gebe es keinen Grund zur Resignation. Im Gegenteil: Gerade bei jungen Leuten sei wieder Optimismus spürbar. Nachdem man zu lange und zu oft über die Freizeit gesprochen habe, rede man jetzt über die Zukunft. Unser Land exportiere 35% seiner industriellen Produktion. Dafür sei Forschung lebensnotwendig. Zusammen mit Japan und USA werde bei uns am intensivsten geforscht – mit 55 Mrd. DM sei dafür 1986 die höchste Summe seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ausgegeben worden. Forschung heute bedeute Investitionen für morgen und Arbeitsplätze in 15 Jahren.

Insgesamt: Er – BK – sei zufrieden. Es gebe zwar noch Wolken, aber der Himmel sei hell.

Wichtig für uns sei natürlich, wie die Weltpolitik weiterlaufe. Entspannung und Abrüstung seien auch Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung. Neben den USA unterhielten wir mit rd. 500000 Mann die stärkste Armee in der NATO. Dies koste enorme Summen.

Wenn wir also wirkliche, kontrollierte Abrüstung bekämen, bei den Mittelstreckenraketen längerer Reichweite, kürzerer Reichweite, bei den Kurzstreckenwaffen, bei den konventionellen Waffen, so sei dies von großem Nutzen.

Andererseits – hieran wolle er keinen Zweifel lassen –, wenn es zu keiner Abrüstung kommen sollte, würden wir dem Druck nicht ausweichen. Er – BK – habe von Jugoslawien gelernt, daß die Erhaltung der Souveränität ihren Preis koste. Lieber wäre ihm allerdings, wir könnten die Waffen reduzieren.

Mikulić betont, bei allem Streit seien sich die Jugoslawen in zwei Dingen einig:

– Alle wollten in einem Jugoslawien, gegründet auf föderative Ordnung, Demokratie und Selbstverwaltungssystem, weiterleben und
– alle wollten die Freiheit, Unabhängigkeit und Blockfreiheit des Landes verteidigen, gleichgültig von welcher Seite Gefahr drohe. Wie in der Vergangenheit – der BK habe davon gesprochen – sei man auch in Zukunft zu Opfern für die Unabhängigkeit bereit (Exkurs zu früheren Auseinandersetzungen mit WP-Truppen an der Grenze). Deshalb werde man trotz allgemeiner Restriktionspolitik auch in Zukunft in die Landesverteidigung („allgemeine Volksverteidigung“) investieren – darüber dürfe kein Zweifel bestehen.

Der BK – so Mikulić weiter – habe über das Interesse der Bundesrepublik Deutschland und des gesamten Westens gesprochen, daß Jugoslawien[7] so unabhängig und blockfrei bleibe wie bisher. Er würdige dies als Unterstützung für jugoslawische Unabhängigkeit.

BK bekräftigt.

Mikulić bemängelt, daß sich dieses Bekenntnis, wenn es um konkrete Handlungen gehe, nicht entsprechend auswirke: etwa in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, bei technologischen Programmen, bei der finanziellen Unterstützung des langfristigen Stabilisierungsprogramms und bei der Einräumung von Exportmöglichkeiten. Er habe das Gefühl, daß es im Westen Reserven gegenüber positiven Tendenzen in der jugoslawischen Wirtschaft gebe. Dabei sei deren Entwicklung durchaus vorzeigbar: 1986 höheres Wachstum des BSP als in den fünf vorangehenden Jahren. Jugoslawien habe in den letzten sechs Jahren 28,3 Mrd. US-Dollar an Zinsen und Tilgungen für Auslandsschulden zurückgezahlt. Dies bedeute einen Netto-Kapitalabfluß und erschwere die Situation sehr. Andererseits sei es natürlich nicht Schuld der Gläubiger, daß Jugoslawien sich verschuldet habe – allerdings auch nicht die Titos! Dieser habe seine damaligen Führungskollegen immer wieder vor übermäßiger Verschuldung sowie Abwertung des Dinar gewarnt. Doch auch er – Mikulić – habe damals leider nicht auf Tito gehört.

Jugoslawien habe seine Zahlungsverpflichtungen stets ordentlich erfüllt und werde dies auch in Zukunft tun. Dabei rechne es auf Verständnis und Unterstützung der Gläubigerländer. Die jüngsten Wachstumsraten in Industrie (+ 3,9%) und Landwirtschaft (+ 7%) rechtfertigen das Vertrauen. Hohe Devisenzuflüsse habe der Tourismus erbracht. Ungünstig sei allerdings der Inflationsdruck – so sei 1986 die Nachfrage um 68% stärker gestiegen als das Angebot. Deshalb die erwähnte Notwendigkeit, den Verbrauch zu drosseln und rigorose Finanzdisziplin zu halten. Aus all diesen Gründen erwarte man Verständnis der Gläubigerländer, sowohl bei Umschuldungsverhandlungen im Pariser Club, gegenüber jugoslawischen Exportwünschen in die westlichen Industrieländer und auch im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft[8].

BK würdigt den Höchststand des Handelsvolumens – 11,3 Mrd. DM – und den jugoslawischen Leistungsbilanzüberschuß.

Er erklärt die ausdrückliche Bereitschaft, Jugoslawien auch künftig bei Vereinbarung eines liberalen Rahmens für die Exporte in die EG-Länder, bei der Exportförderung, durch Bereitstellung von Exportbürgschaften sowie durch die weitere Beteiligung an internationalen Stützungsaktionen zu unterstützen.

Er begrüße, daß heute ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung unterzeichnet werden könne[9]; wir seien weiterhin am baldigen Abschluß eines Investitionsförderungsvertrages interessiert[10].

7 Korrigiert aus: „daß sich Jugoslawien".

8 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien vgl. Dok. 74, Anm. 7.

9 Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. März 1987 zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 745–760.

Was die Beziehungen Jugoslawiens zur EG angehe, so habe es viel Ärgerliches gegeben: so z.B. die Haltung der EG nach Tschernobyl[11]. Er habe dies nicht verstanden. Das psychologische Element sei dabei gravierender als das Tatsächliche gewesen.

Mikulić stimmt lebhaft zu. Man habe sich nicht vor dem Mann mit dem Schnurrbart (Stalin) gewehrt, um nun vom Westen in den Ostblock hineingestoßen zu werden. Die Haltung der EG habe man als politischen und wirtschaftlichen Druck empfunden und weder damals noch heute verstanden.

BK regt an, die EG-Thematik im Delegationskreis weiter zu erörtern.[12]

Referat 214, Bd. 139591

Fortsetzung Fußnote von Seite 396

10 Zu einem Investitionsförderungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien teilte Legationsrat Schmidt der Botschaft in Belgrad am 19. Oktober 1987 mit: „Deutsche Seite könnte im Dezember als Verhandlungstermin die dritte Woche, beginnend mit Montag, 14.12., vorsehen. Wir sind weiterhin an baldigen Verhandlungen interessiert, fragen uns allerdings, ob Verhandlungen noch im Dezember sinnvoll [sind], wenn wichtige jugoslawische Gesetze wie Devisengesetz und Joint-venture-Gesetz zum Jahresende 1987 neu gefaßt werden sollen. […] In den Expertengesprächen im März 1987 in Belgrad wurde vereinbart, daß etwaige jugoslawische Gegenvorstellungen zu unserem Vertragsvorschlag rechtzeitig schriftlich übermittelt werden sollten, um Verhandlungsrunde so effizient wie möglich zu gestalten. Wann kann jugoslawische Seite Gegenvorstellungen übermitteln? Rechtzeitige Übermittlung abweichender jugoslawischer Vorschläge deshalb besonders wichtig, weil jugoslawische Seite sich ihren I[nvestitions]F[örderungs]V[ertrag]-Vorschlag offensichtlich vom Parlament […] genehmigen läßt und dadurch ihre Verhandlungsflexibilität voraussichtlich erheblich eingeschränkt ist.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 214, Bd. 139600.

11 Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.
Botschafterin Rheker, Belgrad, berichtete am 13. Mai 1986: „Das am 12.5. vom EG-Ministerrat beschlossene Importverbot für Lebensmittel aus sechs Ostblockstaaten und Jugoslawien […] hat die Jugoslawen nicht nur wegen der wirtschaftlichen Auswirkungen verärgert. Betroffen sind sie vor allem über die Tatsache, daß sie als blockfreies Land von der EG mit den WP-Staaten gleich behandelt werden. Daß dabei auf unser Drängen ein WP-Staat, die DDR, ausgenommen wurde, stößt zusätzlich auf Unverständnis. Die jetzige Entscheidung der EG widerspricht in jug[oslawischen] und auch in meinen Augen allen Erklärungen der Bundesregierung und insbesondere des Bundeskanzlers hinsichtlich der Unterstützung der besonderen blockfreien Rolle Jugoslawiens.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 243; Referat 411, Bd. 160477.

12 Im Delegationsgespräch am 26. März 1987 führte Ministerpräsident Mikulić zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien aus, er „habe den Eindruck, daß man Jug[oslawien] nicht in dem Maße entgegenkomme, das sein Land brauche, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können; daß man Jug. in einem Zustand belasse, wo es zwar nicht ertrinke, aber stets nahe am Ertrinken sei“. Bundeskanzler Kohl betonte: „Niemand habe Interesse an einer Destabilisierung des Landes, im Gegenteil, man wünsche Jug. Erfolg. […] Was die EG angehe, so hänge ihre Politik gegenüber Jug. wesentlich mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage – die katastrophal sei – zusammen. Genau diese Lage werde nächste Woche Gegenstand einer gemeinsamen Sitzung zwischen EG-Kommission und Bundeskabinett hier in Bonn sein. Er bereite sich auf unangenehme Gespräche vor!“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139591.

83

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit NATO-Generalsekretär Lord Carrington

26. März 1987[1]

Das Gespräch konzentrierte sich zunächst auf die Bewertung der Abrüstungsvorschläge bei LRINF und SRINF.

Der *Bundeskanzler* warf die Frage auf, ob die jüngsten Äußerungen Karpows, wonach die Sowjetunion zu einer Null-Lösung nicht nur bei LRINF, sondern auch bei SRINF der Reichweite 500–1000 km bereit wäre[2], auf die sowjetische Zielsetzung einer Denuklearisierung Europas hindeuteten.

Lord *Carrington* bejahte diese Frage. Zugleich verfolgten die Sowjets das Ziel, Druck aus den westlichen Öffentlichkeiten auf die Regierungen der Allianzstaaten aufzubauen. Angesichts dieser Entwicklung müsse man dem konventionellen Kräfteverhältnis größte Aufmerksamkeit schenken.

Der *Bundeskanzler* erläuterte seine Einschätzung, wonach sowohl Präsident Reagan als auch Generalsekretär Gorbatschow ein Abrüstungsabkommen für Mittelstreckenwaffen wollten. Ein solches Abkommen könnte noch in diesem Jahr zustande kommen; angesichts der zu Ende gehenden Amtszeit des amerikanischen Präsidenten müßte noch in diesem Jahr der Durchbruch kommen. Die Bündnispartner der USA und unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland sollten eine Einigung nicht erschweren und auch nicht abseits stehen, sondern ihre Interessen einbringen. Dazu gehöre, daß bei der Einigung über eine Null-Lösung für LRINF in Europa unverzüglich über SRINF weiterverhandelt werden müsse. Die Zeit für die Ratifizierung eines LRINF-Vertrages und den Abbau der vorhandenen Systeme müsse genutzt werden, um bei SRINF zu einer Einigung zu kommen und die Abrüstung chemischer Waffen sowie die konventionelle Rüstungskontrolle voranzubringen. Er halte die Überlegungen des Senators Nunn in diesem Zusammenhang für sehr vernünftig.[3] Im übrigen sei

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Oberst i. G. Scheffer, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 30. März 1987 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung“ geleitet.
Hat Schäuble am 1. April 1987 vorgelegen.
Hat Scheffer am 2. April 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Stabreit und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kaestner, beide Bundeskanzleramt, „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Stabreit vorgelegen.
Hat Kaestner am 2. April 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zu den Äußerungen des sowjetischen Sonderbotschafters Karpow vom 3. März 1987 vgl. Dok. 90.

3 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 12. März 1987: „In politischer Fernsehdiskussion am 8.3. (This Week with David Brinkley) hat sich Sen[ator] Nunn dafür ausgesprochen, in ein INF-Abkommen eine Klausel aufzunehmen, die einen Rücktritt wegen überragenden nationalen Interesses zuläßt (supreme national interest clause). Zur Begründung verweist er auf das fortbestehende Ungleichgewicht bei Ost und West bei konventionellen und chemischen Waffen. Bevor man die letzten 20 oder 25 Prozent der amerikanischen Mittelstreckenraketen abziehe, müsse man das Gleichgewicht bei konventionellen und chemischen Waffen prüfen (look at the conventional and chemical balance). Dann müsse man entscheiden (determine), ob die Sowjets Bereitschaft gezeigt hätten (have been willing) zu weitgehendem Abbau ihrer chemischen Kampffähigkeit und ihrer Panzerarmee.“

seine grundsätzliche Haltung zum Thema Abrüstung und Entspannung einfach und klar: Er trete für jede Abrüstung ein, wenn dadurch die Kriegsgefahr nicht vergrößert werde. Seit dem Ende des II. Weltkrieges seien Nuklearwaffen für Europa die Garanten des Friedens gewesen. Er trete für ihre Reduzierung ein, aber nicht um den Preis verminderter Sicherheit.

Die psychologischen Bedingungen für die Verteidigungspolitik des Westens – auch der Bundesrepublik Deutschland – hätten sich verschlechtert: Das Bewußtsein, daß Freiheit nicht zum Nulltarif zu haben sei, schwinde ebenso wie das Bedrohungsbewußtsein.

Er verfolge Gorbatschows Politik mit großer Aufmerksamkeit und skeptischer Sympathie: mit Sympathie, weil es eine gewisse Hoffnung gebe für eine Besserung der Verhältnisse in der Sowjetunion zugunsten der Menschen; mit Skepsis, weil die Taten des Generalsekretärs bislang hinter seinen Worten zurückblieben. Gorbatschows Ansatz sei sehr kühn. Es gebe für ihn wahrscheinlich kein Zurück. Ob er allerdings zum Erfolg kommen werde, sei offen. Der Versuch einer durchgreifenden Reform in der Sowjetunion bedeute zwangsläufig eine Phase großer Unsicherheit. In dieser Lage suche Gorbatschow außenpolitischen Erfolg. Ein Rüstungskontrollabkommen wäre ein solcher Erfolg. Für den Westen komme es darauf an, jetzt Kurs zu halten. Das konventionelle Ungleichgewicht verbietet einseitige Zugeständnisse im INF-Bereich.

Lord *Carrington* wies darauf hin, daß es in der Frage einer Null-Regelung für Systeme zwischen 500 und 1000 km noch keine Bündnisposition gebe. Er fragte, wie man dem US-Außenminister Shultz vor seiner Moskau-Reise[4] am besten die europäischen Interessen deutlich machen könnte, bilateral oder im Bündnis.

Der *Bundeskanzler* kündigte an, daß er mit MP Thatcher nach ihrer Rückkehr aus Moskau[5] telefonieren werde, um sich abzusprechen, was bilateral und was im Bündnis an Abstimmung getan werden könne. PM Thatcher werde in Moskau das geltend machen, was auch wir vertreten: Neben den Verhandlungen über INF müßten das umfassende Verbot chemischer Waffen und die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa unverzüglich und zielstrebig angegangen werden. Darüber habe er sich mit PM Thatcher verständigt.[6]

Lord *Carrington* wies auf die Probleme hin, die das Bündnis bei der Bestimmung seiner Position hinsichtlich konventioneller Rüstungskontrolle habe. Wenn die NATO-Staaten noch nicht einmal in der Lage seien, unter sich eine gemeinsame Haltung zu entwickeln, müsse man sich fragen, wie eine Einigung mit dem Osten möglich sein könnte.

Der *Bundeskanzler* räumte ein, daß es schwierig sein werde, die Bedingungen, die wir für Abrüstungsvereinbarungen im INF-Bereich stellen müßten, der

Fortsetzung Fußnote von Seite 398

Ein Mitarbeiter von Nunn habe darauf hingewiesen, der Senator „wolle den Abbau des Ungleichgewichts nicht zur Vorbedingung für ein INF-Abkommen machen, aber die Möglichkeit zu einem nur teilweisen Abbau offenhalten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1202; Referat 220, Bd. 130085.

4 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 115.

5 Premierministerin Thatcher besuchte die UdSSR vom 28. März bis 1. April 1987. Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 5.

6 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 23. März 1987 vgl. Dok. 79.

Öffentlichkeit verständlich zu machen. Allerdings hätte der Ausgang der Stationierungsdebatte 1983[7] gezeigt, daß man den Bürgern auch schwierige Entscheidungen verständlich machen könne.

Lord *Carrington* fragte, ob es nicht eine Differenz gebe zwischen der Position des deutschen Außenministers, für den die Null-Lösung ein Dogma sei, und der des Bundeskanzlers, der Sympathie für Senator Nunns Vorstellungen habe, einen Teil der LRINF – z. B. 25% – zurückzuhalten, bis in Anschlußverhandlungen über SRINF und bei der konventionellen Rüstungskontrolle befriedigende Lösungen gefunden seien.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß die Null-Lösung für sich genommen für ihn nie ein Dogma gewesen sei. Er habe sie weder 1979 noch 1981 unterschrieben, noch würde er sie heute isoliert vertreten wollen. Man müsse die Fragen von Sicherheit und Abrüstung im Gesamtzusammenhang sehen. Er könne Rüstungskontrollvereinbarungen nur zustimmen, wenn sie nicht ein Weniger an Sicherheit bedeuteten.

Lord *Carrington* bat den Bundeskanzler, die französische Führung zu bewegen, sich in der Frage der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa der Position der Bündnispartner anzunähern.[8]

Der *Bundeskanzler* versprach, mit Präsident Mitterrand und PM Chirac in dieser Angelegenheit zu sprechen.

Lord *Carrington* sprach die Gefahr einer Entfremdung zwischen den europäischen NATO-Mitgliedern und den USA an. Der Wille Westeuropas, sicherheitspolitisch enger zusammenzuarbeiten und sich abzustimmen, werde von den USA leicht als Mißtrauen interpretiert. Beim heutigen Zustand der amerikanischen Politik schade ein solcher Eindruck den europäischen Interessen. Allerdings wisse er – Lord Carrington –, daß der Bundeskanzler und auch Außenminister Genscher die europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit immer als Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz verstünden.

Der *Bundeskanzler* führte aus, die Gründe für eine mögliche Entfremdung zwischen den USA und Westeuropa lägen tiefer. Die Gesellschaften lebten sich aufgrund einer Reihe von objektiven Faktoren auseinander. Unübersehbar sei auch eine stärkere Orientierung Amerikas zum pazifischen Raum. Westeuropa als Ganzes bleibe der gemeinsamen Verteidigung im übrigen auch einiges schuldig. Es gehe nicht an, daß sich einige europäische Staaten aufs Geschäftemachen verstünden, die Verteidigung aber gern anderen überließen.

Es sei ungerecht, die USA als Welt- und Ordnungsmacht bei Krisen aller Art in die Pflicht nehmen zu wollen, bei amerikanischen Fehlschlägen aber sofort und lauthals Kritik zu äußern.

Lord *Carrington* unterstrich, daß der NATO-Rat das einzige Forum transatlantischer Sicherheitspolitik sei. Frankreich erschwere die für den Westen so elemen-

7 Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 225 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 35. und 36. Sitzung, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

8 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien sowie zur Haltung Frankreichs vgl. Dok. 44 und Dok. 101.

tar wichtige Kooperation auf dieser Ebene. Der Bundeskanzler sei der einzige, der Frankreich das klarmachen könne: Wir Europäer brauchten die USA für unsere Sicherheit mehr, als die USA uns für ihre Sicherheit brauchten.

Der *Bundeskanzler* kam auf das Ost-West-Verhältnis zurück. Das Bild Gorbatschows vom „gemeinsamen europäischen Haus“[9] gewinne eine andere Bedeutung, wenn man sich ein Haus mit offenen Türen vorstelle. Dennoch dürfe man nicht pessimistisch sein. Das höhere Risiko hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung liege bei der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Es sei bemerkenswert, daß die Parteitagsrede Gorbatschows[10] nicht in der DDR und schon gar nicht in Rumänien und der ČSSR veröffentlicht worden sei. Für die Westeuropäer komme es jetzt darauf an, aufmerksam zu bleiben und nationale Egoismen hinter den Erfordernissen gemeinsamer Verteidigung zurückstehen zu lassen. Er verkenne dabei nicht, daß sich psychologische Grenzen der Belastbarkeit stärker zeigten als früher (Fluglärm!).

Lord *Carrington* erinnerte daran, daß das Bündnis unter Bedrohung immer stärker zusammengehalten habe als in Phasen relativer Entspannung.

Der *Bundeskanzler* vertrat die Auffassung, den europäischen NATO-Staaten müsse daran gelegen sein, Rüstungskontrollabkommen noch unter der jetzigen US-Administration zu erreichen, da diese den europäischen Interessen verläßlich Rechnung tragen würde.

Beide Gesprächspartner waren sich darin einig, daß die Entwicklung der Bündnis- und der West-Ost-Beziehungen insgesamt optimistisch zu beurteilen sei.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

9 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

10 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.
Für den Wortlaut des Politischen Berichts des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 200–314.

84

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

201-363.31-405/87 geheim **26. März 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister[2] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu der skizzierten Linie und zur Befassung des BSR

Betr.: Nuklearstrategische Situation in Europa nach einer LRINF-Null-Lösung, insbesondere SRINF-Problematik

Bezug: Schreiben des StS Rühl an StS Ruhfus vom 6. März 1987[3]

Anlg.: 1) Bezugsschreiben[4]
2) Auszug (S. 3) aus Protokoll über BSR-Sitzung am 17. Juli 1985 – 201-1149/85[5] geheim[6]
3) Regierungsbeschluß vom 30. September 1986 zu SRINF[7]
(Anlagen nur bei Original)
4) Kurzfassung (201-363.31-405I/87 geheim)[8]

I. Die Bundesregierung muß, worauf auch StS Rühl in dem Bezugsschreiben vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden LRINF-Verhandlungsergebnisses

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 27. März 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kurzfassung: Anlage."
Hat Adamek am 27. März 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Dreher und Vortragenden Legationsrat Bertram „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Dreher erneut vorgelegen.
Hat Bertram vorgelegen.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 7. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen."

3 Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, teilte Staatssekretär Ruhfus mit: „Für die Konsultationen zwischen den LRINF-Stationierungsländern und den USA […] am kommenden Montag in Washington über den Inhalt eines amerikanisch-sowjetischen INF-Abkommens auf der Basis des uns übermittelten amerikanischen Vertragsentwurfs erscheint mir wichtig, die folgenden Ziele im Interesse eines vorteilhaften Verhandlungsresultats zu vertreten: 1) Zuverlässige Nachprüfbarkeit eines Abkommens ist für die Erfüllung des Rüstungskontrollzwecks ein entscheidendes Kriterium. Deshalb müssen nach Ansicht des Bundesministers der Verteidigung hohe Anforderungen an die Verifizierung und deren praktische Wirksamkeit gestellt werden. […] 2) Da solche Inspektionen und Kontrollen auch auf unserem Gebiet stattfinden würden, stellt sich nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit die Frage, in welchem Ausmaß und mit welcher Kadenz die Bundesrepublik Deutschland von Inspektionen und etwaigen anderen Kontrollen auf ihrem Territorium betroffen und ob dies internationale Statusfragen nach der Beeinträchtigung der Souveränität aufwerfen würde." Drittens müsse auf Verdachtskontrollen wie auf Inspektionen vor Ort bestanden werden. Weiter legte Rühl dar: „4) Das für ein INF-Abkommen vorgesehene ‚right to match' (das im US-Vertragsentwurf so nicht genannt wird), das aus dem Prinzip gleicher Rechte und Obergrenzen resultiert, muß auch für SRINF gelten. […] 5) Insgesamt erscheint es uns notwendig, in den Verhandlungen keine Tendenz zu einer progressiven Entnuklearisierung der europäischen NATO-Verteidigung entstehen zu lassen". Vgl. Referat 220, Bd. 130085.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 3.

5 Korrigiert aus: „201-1179/85".

6 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 14.

hinweist, alsbald ihre Position zur Problematik der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) festlegen.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus militärstrategischen, rüstungskontrollpolitischen und politischen Gründen:

1) Die HLG prüft gegenwärtig auf der Grundlage eines von den Verteidigungsministern in der NPG am 20./21. März 1986[9] (Würzburg)[10] erteilten Mandats mögliche Veränderungen von Struktur und Umfang des Nuklearpotentials (der NATO in Europa) im Licht der gegenwärtigen Rüstungskontrollverhandlungen. Der NPG in Stavanger/N am 14./15. Mai 1987 soll hierzu ein Interimsbericht vorgelegt werden. Eine Beschlußfassung ist frühestens bei der folgenden NPG-Tagung im Herbst 1987 in den USA (genauer Ort und Termin sind noch offen)[11] zu erwarten. In der HLG sollen die sich stellenden Fragen identifiziert werden. Die zu gebenden Antworten werden von der militärischen Bewertung der Vorschläge von Reykjavik[12] durch die obersten militärischen Befehlshaber im Bündnis abhängen. Der Vorsitzende des Militärausschusses (CMC-General Altenburg) sieht sich zu entsprechendem Bericht verpflichtet, der von britischer und deutscher Seite auf NPG in Gleneagles Herbst 1986[13] angeregt worden war. Bericht wird im wesentlichen auf Bewertung durch SACEUR beruhen und soll nach Billigung durch MC in Frühjahrs-NPG vorgetragen werden.

In diesem Jahr – spätestens aber 1988 – muß entsprechend eines BSR-Beschlusses vom 17. Juli 1985 (vgl. Anlage 2[14]) über eine Nachfolge der 72 Bundeswehr-Pershing Ia (PIa) entschieden werden, deren Einsatzbereitschaft – nach bereits verlängerter Lebensdauer – Anfang der 90er Jahre ausläuft.[15] Die Option, PIa-Nachfolgemodell gemeinsam mit F zu entwickeln, ist vom BMVg geprüft, aber wegen fehlender bündnispolitischer, militärstrategisch-operativer und technischer Voraussetzungen verworfen worden. Die USA verfügen über kein anderes Nachfolgesystem als die PIb.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 21.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für die Kurzfassung der Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 12133 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Korrigiert aus: „20./23. März 1986".

10 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. März 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 63 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 365 f.

11 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO fand am 3./4. November 1987 in Monterey statt.

12 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

13 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 302.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt vermerkte am 17. Juli 1985 zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am selben Tag, in der weiteren Debatte müsse deutlich gemacht werden, „daß es sich bei der Entscheidung um die Nachfolge der PIa bislang noch lediglich um Überlegungen handelt, die als Ziel den Ersatz eines vorhandenen, veraltenden Waffensystems hat, und daß eine Entscheidung, die umfangreicher weiterer Vorarbeiten bedarf, noch nicht gefallen ist. Es muß der Eindruck vermieden werden, daß ein qualitativ neues Waffensystem mit potentiell weiterreichenden Einsatzmöglichkeiten eingeführt würde. Die Brisanz dieser Frage zeigen bereits sowjetische Vorwürfe hinsichtlich des Austausches der PIa durch beabsichtigte ‚westdeutsche Mittelstreckenraketen' […]. Eine frühzeitige öffentliche Debatte über diese Frage muß vermieden werden". Vgl. VS-Bd. 11965 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

15 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

Außerdem hat SACEUR im Rahmen seiner Vorstellungen über die Durchführung des Montebello-Beschlusses[16] den NPG-Ministern in Luxemburg Frühjahr 1985[17] vorgeschlagen, ein reichweitengesteigertes Nachfolgemodell (ca. 250 km) für die Lance zu entwickeln und bis 1995 einzuführen. Dieses Kurzstreckensystem (SNF; bisher ca. 120 km) wird von sechs Bündnispartnern bereitgehalten, und zwar von B, D, GB und USA in D sowie von I und NL.

2) Für die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf ist eine gemeinsame Bündnisposition erforderlich:

– Im Hinblick auf die Verhandlungen über die Eliminierung von LRINF in Europa geht es vor allem um zwei Probleme:
  – die Aufnahme von Begrenzungen (constraints) für die nach westlichem Wunsch in ein INF-Abkommen einzubeziehenden SRINF im Reichweitenband zwischen der SS-23 und der SS-12/22 (ca. 500–925 km). Eine solche Bestimmung war bereits im US-Vertragsentwurf von 1982[18] enthalten, in dem ein Einfrieren (freeze) der Potentiale auf beiden Seiten (damals bei SU nur 100 SS-12/22 (weltweit) und bei USA noch 108 P I a) gefordert wurde. Der von den USA am 4. März in Genf eingebrachte neue Abkommensentwurf[19] sieht gleiche Obergrenzen vor, die dem gegenwärtigen sowjetischen Bestand an weltweit 148 SS-12/22 und 12 SS-23 entsprechen oder auf einem niedrigeren Niveau festgelegt werden könnten.
  – Conversion

    Der amerikanische Vertragsentwurf sieht generell neben der Demontage und Vernichtung der zu reduzierenden Systeme auch deren Umwandlung vor. Die Umwandlung ist nicht mit bestimmten Waffensystemen verknüpft.

    Die gegenwärtige Diskussion über Conversion ist jedoch auf dem Hintergrund amerikanischer Erwägungen zu sehen, die P II in eine P I b umzuwandeln (so VM Weinberger zuletzt in einer Fernsehpressekonferenz am 24. März 1987). Die SU lehnt Conversion entschieden ab.
– Im Hinblick auf die Anschlußverhandlungen über SRINF geht es darum,
  – auf welchem Niveau gleiche Obergrenzen anzustreben sind und
  – welche Systeme einbezogen werden sollen (wir: zusätzliche Einbindung der Scud).

  Die Bundesregierung hat mit dem in ihrer Regierungserklärung vom 18. März 1987[20] erwähnten Ziel von Reduzierungen auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen eine Null-Lösung für SRINF (in der Reichweite von 150–

16 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

17 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27. März 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 82.

18 Zum Entwurf der USA vom 2. Februar 1982 für ein INF-Abkommen vgl. AAPD 1982, I, Dok. 39.

19 Zum Entwurf der USA für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

20 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

1000 km) verworfen. Diese Linie entspricht dem Regierungsbeschluß vom 30. September 1986 (vgl. Anlage 3[21]).

– Vor allem stellt F die Frage, inwieweit nicht bereits im Zusammenhang mit einer LRINF-Null-Lösung eine weitgehende Konkretisierung der Verhandlungsmaterie zu SRINF zu erreichen versucht werden soll. Das Aufstellen eines förmlichen Junktims wird dabei aber vermieden.

3) Im Rahmen der WEU wird im Zusammenhang mit der von Chirac vorgeschlagenen „Charta westeuropäischer Sicherheitsprinzipien“[22] die grundsätzliche Haltung zur „Rolle von Nuklearwaffen für die Sicherheit Europas in der Allianz“ zu verdeutlichen sein über das hinaus, was beim Luxemburger WEU-Ministertreffen[23] festgestellt wurde.

(Aus den sieben Punkten von Luxemburg:

„– Die Strategie der Abschreckung behält auch in der Zukunft ihre Bedeutung für die Sicherheit Europas, nicht zuletzt weil diese Strategie die Sicherheit Europas mit der der Vereinigten Staaten koppelt.

– Diese Koppelung gewährleistet auch das Kontinuum der Abschreckung, in das die konventionellen und die nuklearen Streitkräfte des Bündnisses eingebunden sind.“)

In diesem Zusammenhang drängen die beiden europäischen Nuklearmächte darauf, bestimmte Festlegungen aller sieben europäischen Partner zu treffen, die sich auch direkt auf die Rüstungskontrolldimension auswirken:

– Der von der SU zielstrebig verfolgten Tendenz zu einer fortschreitenden Denuklearisierung Westeuropas, zunächst Entfernung der US-Nuklearwaffen vom Kontinent, später aller Nuklearwaffen, wollen F und GB ein klares europäisches Nein entgegensetzen.

– Die nichtnuklearen Partner sollen dazu bewegt werden,

  – sich den restriktiven, fast prohibitiven Bedingungen für eine Einbeziehung der britischen und französischen Nuklearwaffen in die Rüstungskontrolle anzuschließen; F bewegt die Sorge, daß Druck zu rüstungskontrollpolitischer Einbeziehung auch aus Washington kommen könnte;

  – den Gedanken einer Abschaffung aller ballistischen Systeme (US-Vorschlag von Reykjavik) abzulehnen; dies offenbar auch als Prophylaxe, um von vornherein einem befürchteten sowjetischen Angebot zur Fortschreibung der Null-Lösung im SRINF-Bereich entgegenzuwirken;

  – sich auf weitere Präsenz von US-Nuklearwaffen auf dem europäischen Kontinent festzulegen.

21 Die Position der Bundesregierung zu SRINF wurde bei einem Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner am 30. September 1986 festgelegt. Sie lautete: „Ziel muß es sein, auch die Systeme im Reichweitenband 150–500 km auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren. Die Bundesregierung hält es daher für unverzichtbar, für diesen Bereich die INF-Verhandlungen nach Abschluß eines Zwischenabkommens unverzüglich fortzuführen. Deshalb muß bereits in das INF-Zwischenabkommen eine solche konkrete Weiterverhandlungsverpflichtung aufgenommen werden.“ Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom selben Tag; VS-Bd. 11359 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

22 Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Chirac vom 2. Dezember 1986 vgl. Dok. 23, Anm. 10.

23 Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1986 in Luxemburg vgl. AAPD 1986, II, Dok. 330.

F befürchtet politisch und rüstungskontrollpolitisch einen europäischen „Dominoeffekt“, der von der Bundesrepublik Deutschland ausgeht, weil diese einerseits von der sowjetischen SRINF-Überlegenheit am direktesten bedroht ist und andererseits das Hauptterrain für westliche SRINF-Reduktionen darstellen würde.

Zum Frühjahrstreffen der WEU-AM und -VM[24] wird zwar eine „Charta“ noch nicht vorliegen, wohl aber ein Interimsbericht, der sich mit den Kernelementen europäischer (und atlantischer) Sicherheitspolitik befaßt, die auf die Verhütung eines jeden Krieges abzielt und dabei besonders behandelt

– Abschreckung gegenüber jeglicher Form von Aggression in Europa und die grundlegende Bedingung für seine Sicherheit,
– Zukunft konventioneller Waffen für die Verteidigung Europas,
– Rolle und Perspektive von Nuklearstreitkräften für die Sicherheit Westeuropas in der Allianz[25],
– Rüstungskontrolle und Dialogpolitik.

4) Damit die Bundesregierung konzeptionell zur Meinungsbildung in den Stand gesetzt wird, sollten Auswärtiges Amt und BMVg eine – wenn möglich gemeinsame – Vorlage für den BSR erarbeiten, die möglichst im Mai erörtert werden sollte.

II. StS Rühl hat in seinem Schreiben an StS Ruhfus die Haltung des BMVg zur SRINF-Problematik folgendermaßen verdeutlicht:

– Unterstützung der US-Position zur möglichen Wahrnehmung gleicher Rechte, die auch Option auf Stationierung von SRINF einer zur Ausführung der NATO-Strategie „geeigneten Art und Reichweite entsprechend den verbleibenden sowjetischen Systemen“ umfasse.
– Ausgehend von NATO-Strategie und Bündnisbeschlüssen das Bestreben, die Verteidigung der NATO weniger von den auf dem Gefechtsfeld wirkenden SNF abhängig zu machen und dafür dem Gegner das Eskalationsrisiko aufzubürden.
– Konsultationen über eventuelles Auffüllen niedriger Obergrenzen durch USA, wobei eine P-II-Konversion großen politischen Bedenken begegnet.
– Verhinderung einer Tendenz zu einer progressiven Entnuklearisierung der Verteidigung Europas durch die NATO, da konventionelle Überlegenheit des WP sonst Option zu erfolgreichem Angriffskrieg oder zu Verwendung als politischem Druckmittel gegen Westeuropa bieten könnte.
– Schlußfolgernd Betonung großer strategischer und politischer Bedeutung einer Fähigkeit zur Wahrnehmung gleicher Rechte für die Sicherheit und Unabhängigkeit Westeuropas gegenüber der SU.

III. 1) Aus der Sicht des Auswärtigen Amts sollten folgende Feststellungen der WEU-AM und -VM von Luxemburg den Ausgangspunkt bilden:

24 Die WEU-Ministerratstagung fand am 27./28. April 1987 in Luxemburg statt. Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 17.

25 Der Passus „Rolle … Allianz“ wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „mögliche Entwicklungen der strategischen Arsenale und Abschaffung ballistischer Raketen“.

– Wesentliches Ziel der westlichen Sicherheitspolitik muß sein, jede Art von Krieg – sowohl den nuklearen wie den konventionellen – zu verhindern.
– Die Strategie der Abschreckung behält auch in der Zukunft ihre Bedeutung für die Sicherheit Europas, nicht zuletzt weil diese Strategie die Sicherheit Europas mit der der Vereinigten Staaten koppelt.
– Diese Koppelung gewährleistet auch das Kontinuum der Abschreckung, in das die konventionellen und die nuklearen Streitkräfte des Bündnisses eingebunden sind.

2) Nach Eliminierung der LRINF in Europa und ihrer Reduzierung auf je 100 GK weltweit sieht sich Westeuropa folgendem Potential des WP ausgesetzt:
– Konventionelle Überlegenheit, die durch die geostrategische Asymmetrie zugunsten des Ostens noch akzentuiert wird. Die Probleme, die mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts verbunden sind, sind bekannt. Wir gehen davon aus, daß es kriegsverhütende konventionelle Abschreckung nicht gibt; das hat die Geschichte bewiesen.
– Im nuklearstrategischen Bereich besitzt die SU die Möglichkeit, ihre Systeme (Interkontinentalraketen, U-Boot-Raketen, Fernbomber) gegen Ziele in Europa einzusetzen.
– Die in Asien verbleibenden SS-20 könnten aufgrund ihrer Mobilität binnen weniger Tage gegen europäische Ziele zum Einsatz gebracht werden.
– Mit seinen SRINF (583 Scud, 12 SS-23, 84 SS-12/22 – von 148 SS-12/22 weltweit, davon 48 in Asien und 16 in strategischer Reserve) besitzt der WP weiterhin ein breites Band an Möglichkeiten, um einen Großteil wichtiger militärischer Ziele in NATO-Europa unter Bedrohung zu halten. Dies träfe selbst bei einer Begrenzung oder gar Eliminierung im Reichweitenbereich 500 bis 1800 km im Rahmen eines INF-Abkommens zu.

Die Tatsache, daß einige der SRINF-Systeme (über 300 Scud, 12 SS-23) im europäischen Teil der SU stationiert sind, sowie eine künftige Rückverlegung der insgesamt 48 SS-12/22 aus der DDR und der ČSSR in die SU schmälern das Ausmaß dieser Bedrohung nicht. Sie müssen dem auf Westeuropa gerichteten Streitkräftepotential zugerechnet werden. Die Zuordnung z. B. der SS-12/22 zu den operativ-taktischen Einheiten der SU-Armee sowie deren[26] Reichweite (ca. 925 km) lassen einen Einsatz von SU-Territorium aus als wenig wahrscheinlich annehmen.
– Der WP verfügt ferner über Mittelstreckenflugzeuge größerer und kürzerer Reichweite (Angaben, wieviel von den nuklearfähigen Dual-capable-Flugzeugen – nach US-Daten 3800, die wir in dieser Höhe aber bezweifeln – für die nukleare Rolle vorgesehen sind, sind allerdings kaum möglich), über seegestützte Systeme unter der strategischen Kategorie sowie über Kurzstreckensysteme (SNF, SS-21-Raketen, Artillerie).

  Nicht zuletzt ist auf die Bedrohung durch chemische Waffen des WP zu verweisen und auf dessen Fähigkeit, hierfür auch ballistische Systeme einzusetzen.

3) Angesichts dieser Bedrohung bleibt das Bündnis auch nach Implementierung des jetzt in Aussicht stehenden LRINF-Abkommens auch künftig auf Nuklear-

26 Korrigiert aus: „dessen".

waffen zur Abschreckung jeder Art von Krieg (und ggfs. zu seiner Verteidigung) angewiesen. Folgenden Aspekten der nuklearen Abschreckung ist dabei besonderes Augenmerk zu widmen:

a) Die nukleare Abschreckung durch das Bündnis wird durch das Nuklearpotential der USA getragen.

– Die amerikanischen Nuklearwaffen üben die für die europäische Sicherheit unverzichtbare Funktion der „extended deterrence" aus. Für die Allianz stellt sich angesichts der Geographie aber ein spezielles Koppelungsproblem, das der WP nicht hat. Es wurde im Doppelbeschluß so beschrieben:

  „This situation could give rise to the risk that the Soviets might believe – however incorrectly – that they could use long-range forces to make or threaten limited strikes against Western Europe from ‚a sanctuary' in the Soviet Union. There could be a misperception that without strong theatre-based systems of its own capable of reaching Soviet territory and in an era of parity at the strategic nuclear level, NATO lacked credible and appropriate means of response."[27]

  Mit der SS-20-Rüstung (auf dem Hintergrund strategischer Parität) hat die SU versucht, durch Einführung zweier strategischer Ebenen (global und europabezogen) die Koppelung USA–Europa aufzubrechen. Das Bündnis hat dies mit der Nachrüstung verhindert.

– Wirksame Abschreckung bedingt, dem potentiellen Aggressor ein unkalkulierbares Risiko für dessen Heimatgebiet im Fall eines Angriffs androhen zu können. Hierzu sind die USA mit ihren strategischen Systemen in der Lage. Die Frage, ob die SU es im ausreichenden Maß als wahrscheinlich ansieht, daß der US-Präsident einem selektiven Ersteinsatz von Nuklearwaffen gegen SU-Territorium zustimmt (und damit die Existenz der amerikanischen Nation in die Waagschale wirft), stellt sich letztlich in gleicher Weise unabhängig davon, ob die eingesetzte Waffe dem strategischen Arsenal entnommen oder von Europa aus eingesetzt wird. Andererseits wird eine ausreichende Flexibilität bei der Auswahl des militärischen Mittels (und damit auch die Unkalkulierbarkeit der Reaktion auf einen Angriff) als wichtiges Kriterium für die Glaubwürdigkeit der Strategie angesehen. Für das Bündnis stellt sich daher nach einem Abbau der LRINF die Frage, mit welchen Systemen es SU-Territorium von Westeuropa aus noch erreichen kann. Die hierfür zur Zeit noch verfügbaren F-111-Flugzeuge veralten. Ein Nachfolgesystem ist noch nicht in Sicht. Die Problematik der Substitution abzubauender LRINF wird in der HLG untersucht. Die USA halten sich in bezug auf eine Lösung jedoch bedeckt.

– Die SRINF erfüllen die wichtigen Aufgaben, einen Aufmarsch massierter konventioneller Truppen des WP zu verhindern, wichtige militärische Einrichtungen im Vorfeld der SU unter Bedrohung zu halten sowie einen gegnerischen SRINF-Einsatz abzuschrecken.

27 Vgl. Abschnitt III „The 1979 Decision – Modernization and Arms Control" des Fortschrittsberichts der Special Consultative Group (SCG) der NATO über INF vom 8. Dezember 1983; http://archives.nato.int/progress-report-on-intermediate-range-nuclear-forces-inf-nato-1983-special-consultative-group-scg; isad.

– Mit SNF macht das Bündnis seine Bereitschaft glaubhaft, Nuklearwaffen zu seiner Verteidigung ggfs. auch einzusetzen und einen Konflikt zu eskalieren, um ihn raschestmöglich und mit dem Ziel der Schadensminimierung zu beenden.

b) Die Nuklearstreitkräfte von F und GB leisten einen Beitrag zur Gesamtabschreckung durch das Bündnis, wie der NATO-Rat 1974 in Ottawa festgestellt hat[28], wenn sie auch in erster Linie für die eigene Verteidigung dieser Länder bestimmt sind (last resort). Beide Nuklearmächte haben die Sorge, daß die notwendige Flexibilität zur Implementierbarkeit der Strategie fehlt, wenn die NATO nur auf strategische Systeme angewiesen wäre. Wenn es nur noch auf dem Boden von F und GB Systeme gäbe, die von Europa aus gegen SU-Territorium einsetzbar wären, würden F und GB sicherheitspolitisch weit stärker in die Verantwortung für die nichtnuklearen Bündnispartner genommen werden, als sie es derzeit wünschen und von der gegenwärtigen Struktur ihres Potentials (geringe Eignung zu selektivem Einsatz) her können. Die SU würde daher möglicherweise – was die für einen Ersteinsatz geeigneten selektiven Nuklearoptionen auf europäischem Boden angeht – zu einem Sanktuarium werden. Für die Nuklearpotentiale von F und GB gibt es keine selektiven Einsatzoptionen; diese wären aber erforderlich, wenn die Bündnisstrategie implementierbar bleiben sollte.

c) Ob die Bürde für die europäischen Nuklearmächte tragbar oder untragbar wäre, hinge letztendlich von der Orientierung der US-Politik ab.

Nuklearwaffen haben den Amerikanern erstmals ein Bewußtsein existentieller Bedrohung vermittelt. Der Aufwuchs des sowjetischen Nuklearpotentials hat dieses Bewußtsein in den USA zunehmend verstärkt und dort den verständlichen Wunsch geweckt, diese Bedrohung zu reduzieren. Zwei Bewegungen haben sich dieses Ziel zu eigen gemacht. Eine Gruppe bilden diejenigen, die ein Abrücken von der „extended deterrence“ fordern, wie z. B. die Befürwortung eines „no first use“ (Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz). Ausgehend von der Erkenntnis nicht abänderbarer Verwundbarkeit sind diese bemüht, das eigene Risiko zu verringern. Eine andere Gruppe bilden jene, die den Zustand der Unverwundbarkeit der USA anstreben (Festung Amerika, SDI-Vision). Die Europäer müssen die USA daher davon überzeugen, daß neben militärischen Erwägungen die Koppelung politisch wichtig ist für das Grundverhältnis USA–Europa.

Es kommt hier auf das Interesse an, das die USA an einem freien und zusammenarbeitswilligen Europa haben. Dies wird letztlich auch Rolle und Status der USA als Weltmacht mitbestimmen.

d) Es gilt, die Bündnisposition gemeinsam so zu formulieren, daß sowjetischen Versuchen entgegengewirkt wird, Keile zwischen die Bündnispartner zu treiben. Das SU-Verhalten hat dabei zwei Stoßrichtungen. Die eine zielt darauf ab, die USA von den Europäern zu trennen, die andere will zwischen den Nuklearmächten und den nichtnuklearen europäischen Bündnispartnern differenzieren.

28 Vgl. Ziffer 6 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen, die auf der NATO-Ministerratstagung am 19. Juni 1974 in Ottawa verabschiedet und von den Staats- und Regierungschefs auf der Sitzung des NATO-Rats am 26. Juni 1974 in Brüssel unterzeichnet wurde; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 319. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 340. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, I, Dok. 183 und Dok. 191.

Unterschiedliche Interessenlinien kommen den sowjetischen Absichten entgegen. Das überragende gemeinsame Interesse aller Bündnispartner an einer glaubhaften kriegsverhindernden Strategie sollte aber ermöglichen, dem einen Riegel vorzuschieben.

e) Die jetzt sich erstmals stellende Notwendigkeit, eine einheitliche europäische Position über die „Rolle von Nuklearwaffen für die Sicherheit Europas in der Allianz" zu erarbeiten, sollten wir als Chance begrüßen, einen großen Schritt nach vorn bei der Formulierung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu tun. Dissonanzen zur SRINF-Problematik würden für die Zukunft eine schwere Hypothek bedeuten. Eine Abstimmung zu den nuklearen Fragen unter den Europäern würde hingegen ein engeres sicherheitspolitisches Zusammengehen auch in anderen Bereichen, nicht nur in der Rüstungskontrolle, fördern. Vorhandene Interessennähe zwischen GB und F könnte es dabei erleichtern, das französische Nuklearpotential stärker zum Nutzen der Sicherheit Westeuropas einzubinden. Das Auswärtige Amt sollte daher dafür eintreten, daß die europäischen Bündnispartner gemeinsame Positionen formulieren und ihre kollektive Meinung dann in Washington einbringen.

Ausgehend davon, daß die Sicherheit Europas auch künftig von der durch amerikanische Nuklearwaffen gewährleisteten „extended deterrence" abhängt, ist es wichtig, diese Notwendigkeit als Kernelement gemeinsamer Politik zu vertreten, auch angesichts von möglichen künftigen Abrüstungsofferten der SU, die auf den ersten Blick[29] attraktiv aussehen könnten. Hierzu ist politische Führung gefordert, nicht zuletzt, um in der europäischen Öffentlichkeit das Bewußtsein über die Notwendigkeit von Nuklearwaffen zur Kriegsverhinderung zu schärfen.

V. Das Bündnis (ohne F) hat seinen Bedarf an Nuklearwaffen militär-strategisch zuletzt mit dem Doppelbeschluß (1979)[30] und dem Montebello-Beschluß (1983) definiert, wobei letzterer von der vollen Implementierung der Nachrüstung ausgeht. Die in der Ausarbeitung beider Beschlüsse gezogenen Schlußfolgerungen für die Umsetzung der Strategie haben Aufnahme in die von der NPG 1986 (Gleneagles) verabschiedeten GPG[31] gefunden.

a) Zusammen mit den SNF (Gefechtsfeldwaffen) haben SRINF die militärstrategische Aufgabe,

- die Massierung überlegener Kräfte des Gegners zu erschweren,
- das Unterlaufen nuklearer Abschreckung durch schnelle Entscheidung der konventionellen Schlacht zu verhindern,
- zur Abschreckung gegnerischen Ersteinsatzes gleicher Kategorie beizutragen bzw. die Ausnutzung eines solchen Einsatzes zu verhindern.

Im Zeitalter ungefährer nuklearer Parität sind dies nur noch Hilfsfunktionen der eigentlichen kriegsverhütenden oder kriegsbeendenden Abschreckung, die auf ein Potential zur selektiven und massiven Bedrohung des Aggressors auf seinem eigenen Gebiet angewiesen ist.

29 Korrigiert aus: „auf ersten Blick".

30 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

31 Zu den General Political Guidelines vgl. Dok. 55, Anm. 12.

Die ersten beiden Funktionen der SRINF/SNF würden bei konventionellem Gleichgewicht stark an Bedeutung verlieren, die dritte entfiele bei verifizierbarer Abrüstung in diesem Bereich.

Hinzu kommen zwei eher politisch-psychologische Aufgaben der SRINF/SNF:

– ein minderer, aber nicht unbedeutender Beitrag zur unmittelbaren Abschreckung auch des nicht direkt bedrohten Aggressors aufgrund des Risikos unkontrollierter nuklearer Eskalation bis zu den sein Territorium treffenden Waffen,
– ein Offenlassen der Ebene des nuklearen Ersteinsatzes, wodurch das Risiko einer „extended deterrence" der Nuklearmächte zugunsten ihrer Verbündeten verschleiert wird: bündnisintern eine Verbesserung der Akzeptanz bei Erhalt der Abschreckungswirkung durch Ungewißheit.

Da es nicht darum gehen kann, einen Nuklearkrieg regional auszukämpfen, richtet sich der zahlenmäßige Bedarf nicht nach der Gesamtzahl möglicher Ziele. Anhaltspunkte sind die oben genannten drei militärstrategischen Aufgaben, das Erfordernis einer gewissen Einsatzflexibilität, die geographische Abdeckung in Funktion der Reichweite sowie die Überlebensfähigkeit der Systeme.

SRINF sind kein Ersatz für LRINF, aber eine LRINF-Null-Lösung kann sich dann auf den SRINF-Bedarf auswirken, wenn das Waffensystem der längeren Reichweite de facto auch Aufgaben der kürzerreichenden Kategorie mit abgedeckt hat (z. B. die 108 P II die der weggefallenen 108 P Ia).

Ein anderer Aspekt ist der Ersatz kürzerer Reichweiten durch längere bei gleichbleibendem Aufgabenbereich (z. B. SRINF als Gefechtsfeldwaffen). Hier kann wegen Reichweitenflexibilität bei gleichem Auftrag die Waffenzahl erheblich reduziert werden, wie dies das Bündnis bei dem Montebello-Beschluß und dem Doppelbeschluß deutlich gemacht hat.

b) Zum SRINF-Bedarf ist folgendes zu sagen:

– Der Stand vor Beginn der Nachrüstung (72 deutsche und 108 amerikanische P Ia im Bundesgebiet) ist ein Anhaltspunkt, aber es gibt keine stringente Bedarfsrechnung.
– BMVg hat letztes Jahr einen Rahmen des künftigen SRINF-Bedarfs genannt (200 bis 400), der allerdings vom Reichweitenband 150 bis 1000 km ausging und dabei ein Lance-Nachfolgesystem (über die bisherige Reichweite 120 km erweiterte Reichweite) berücksichtigte (Lance ist derzeit außer in D in fünf weiteren NATO-Ländern stationiert).
– Zumal wenn wir unser Interesse an weiterer Reduzierung der Gefechtsfeldwaffen auch nach einer LRINF-Null-Lösung weiterverfolgen, sprechen militärstrategische Argumente dafür, nicht nur den jetzigen SRINF-Bestand zu erhalten, d.h. die 72 P Ia zu ersetzen, sondern auch zu erweitern. Ob dies bis zum Status quo ante (180) oder gar darüber hinausgehen muß, wäre durch militärische Stellen zu prüfen. Neben militärstrategischen und bündnispolitischen Gesichtspunkten müßte aber auch abgewogen werden, ob die militärische Option so zwingend erforderlich ist, daß sie den politischen Nachteil einer neuen „Nachrüstungsdebatte" aufwiegt.
– In keinem Fall ist aber davon auszugehen, daß es wieder zu einer singulären Dislozierung in D kommen müßte. Unter Berücksichtigung der Reichweite

kommen auch I und T sowie B und NL (Doppel- oder Alarmdislozierung) in Betracht.

– Der NATO-SRINF-Bedarf ist primär an unserem Konzept der nuklearen Abschreckung orientiert. Der entsprechende östliche SRINF-Bestand ist nicht das ausschlaggebende Kriterium. Aus militärstrategischer Sicht sollte daher eine Argumentation vermieden werden, die unseren Bedarf vor allem mit den Disparitäten begründet. Diese Position haben wir bereits im vergangenen Jahr vor Bildung der Position der Bundesregierung vom 30.9.1986 vertreten, sie entspricht auch der Logik des Doppelbeschlusses[32].

D 2 A[33] hat mitgezeichnet.

Richthofen[34]

VS-Bd. 12133 (201)

85

Oberst i. G. Geerdts, Riad, an das Auswärtige Amt

114-2837/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 26. März 1987, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 183 **Ankunft: 28. März 1987, 07.37 Uhr**

Betr.: Rüstungspolitik SAA[2];
hier: Gespräch mit SAA GenStChef[3]

Bezug: MilAtt[4] Riad EB 21/87 (VS-v) vom 25.3.1987[5]

Zeit Vorgang: 25.3.1987

I. Sachverhalt

1) Am 25.3.1987 fand Vorstellungsgespräch mit GenStChef SAA Streitkräfte General al-Hammad statt – später Zeitpunkt war bedingt durch Erkrankung

32 Der Passus „sie … Doppelbeschlusses“ wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek handschriftlich eingefügt.
33 Josef Holik.
34 Paraphe vom 27. März 1987.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 30. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 424 „mit der Bitte um Übernahme“ verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Cappell am 30. März 1987 vorgelegen, der Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Nagel „n[ach] R[ückkehr] z[ur] K[enntnisnahme]“ sowie an Vortragenden Legationsrat Daum „z. K.“ verfügte.
Hat Daum am 30. März 1987 vorgelegen.
Hat Cappell am 31. März 1987 erneut vorgelegen.
2 Zur Frage von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien vgl. zuletzt AAPD 1986, II, Dok. 342.
3 Generalstabschef.
4 Militärattaché.
5 Korrigiert aus: „24.3.1987“.
Oberst i. G. Geerdts, Riad, berichtete, im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung habe er am 23. März 1987 „ein Gespräch mit Sheikh Othman al-Homeidi, Assistant Deputy Minister of Defence

Hammad (Rückgratoperation) und protokollarischen Zwist, entstanden aus ungenügender Personenkenntnis des SAA VgAtt[6] in Bonn[7] (er behauptete, nicht Chef StFüS[8] vorgestellt worden zu sein).

Hammad drückte Hoffnung aus, Bundesregierung sei stärker an Zusammenarbeit interessiert als frühere Regierungen. Zusammenarbeit stelle sich für ihn zunächst in Rüstungslieferungen dar. Ausbildungsunterstützung sehe er nachgeordnet an, zumal GE[9] Sprache eine große Hürde darstelle. Berichte SAA Lehrgangsteilnehmer über Sprachausbildung in GE klängen wenig ermutigend. Ich hatte Ausbildungsunterstützung als zukunftsträchtige Möglichkeit Zusammenarbeit erwähnt. Auf Hinweis Gesprächsangebot StS Dr. Rühl reagierte er geradezu barsch. SAA Regierung habe in Vergangenheit ausreichend Zeit mit Gesprächen vergeudet. SAA wünsche Leo 2; Wunsch sei bis heute unerfüllt.[10] Statt dessen hätten verschiedene Regierungsmitglieder (er nannte BK, Finanz- und Wirtschaftsminister) hinhaltende Erklärungen abgegeben und Material angeboten, das andere Länder in ähnlicher Qualität anböten. GE sei erstes Land gewesen, bei dem Pz[11] angefragt worden sei; ausbleibende Reaktionen habe Anfrage bei FRA, GB, USA und sogar BRA erfordert. SAA wolle Pz unter hiesigen Bedingungen testen; erst dann werde ein Modell ausgewählt. So wisse man schon jetzt, daß US-Pz für hiesige Bedürfnisse zu kompliziert sei. Ich fragte H., ob es denn sicher sei, daß SAA sich für Leo 2 entschieden hätte, falls Bundesregierung Bereitschaft zu Exportgenehmigung gezeigt hätte. H. verneinte nachdrücklich mit Hinweis auf fehlende Testergebnisse in der Wüste. Man wisse von hervorragenden Eigenschaften, die Leo in Mitteleuropa beweise, es sei jedoch ungewiß, ob er sich überhaupt für Wüste eigne. Er ergänzte, „you have to understand Leo 2 is not only a technical problem; it has become a psychologi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 412

and Aviation", geführt. Al-Homeidi habe zur Frage von Rüstungslieferungen erklärt: „Wie er aus Bonn erfahren habe, gebe es keine grundsätzlich neue Haltung Bundesregierung. In Riad sei man letztlich nur interessiert, ob SAA Leo 2 erhalten werde. Die Zusage sei vor langem durch BK Schmidt gegeben worden, BK Kohl habe bei letztem Besuch jedoch nur von Marder, Gepard und anderen Dingen gesprochen." Geerdts teilte weiter mit: „Sheikh Othman al-Homeidi gilt als enger Vertrauter des V[erteidi]g[ungs]Min[isters]. Er ist für Außenbeziehungen und Rüstungsfragen zuständig. Seine Frage nach Leo 2 zeigt, daß Wunsch nach diesem Waffensystem immer noch einen entscheidenden Stellenwert in Gestaltung bilateraler Beziehungen einnimmt. Aus dem übersteigerten Selbstwertgefühl heraus ist es offensichtlich für manchen hohen SAA-Politiker geradezu schmerzhaft, daß jemand sich ähnlich ‚arrogant' verhält wie er selbst – und SAA-Wunsch bisher nicht nachgekommen ist, selbst wenn finanzielle Mittel bereitgestanden hätten. Leo 2 ist somit zunächst ein psychologisches Problem. Wie immer vorläufige Zusage BK Schmidt formuliert gewesen sein mag, sie wurde als verbindlich gewertet, da mündliche Absprachen unter Freunden in hiesiger Mentalität Vertragscharakter tragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 180 bzw. Einzelbericht Nr. 21/87; VS-Bd. 14535 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Verteidigungsattaché.

7 Ibrahim Mohamed al-Hendi.

8 Chef des Stabes im Führungsstab der Streitkräfte war seit 1. Oktober 1986 Siegfried Storbeck.

9 Germany (German).

10 Saudi-Arabien erklärte seit dem Frühjahr 1979 sein Interesse an der Lieferung von Panzerfahrzeugen der Typen „Gepard", „Leopard 1", „Leopard 2" und „Marder". Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 108, und AAPD 1980, I, Dok. 91.
Im Februar 1981 ersuchte Saudi-Arabien die Bundesregierung nochmals um Lieferung von Panzerfahrzeugen der Typen „Gepard", „Leopard 2" und „Marder". Beim Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 bekräftigte die saudi-arabische Regierung ihre Lieferwünsche. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 53 bzw. Dok. 117–119.

11 Panzer.

cal problem ... Wir suchen das direkte Zusammenwirken mit GE, statt dessen wird uns Leo über SPA, TUR oder CAN angeboten; uns wird sogar Testmöglichkeit und somit freie Entscheidungsmöglichkeit vorenthalten. Ohne Leo 2 wird es keine Zusammenarbeit geben". Dies sei übereinstimmende Meinung im VgMin[12].

Auf Hinweis, daß alle Anzeichen für Auswahl FRA U-Boote sprächen, erwiderte H.: Bei technischer Auswertung habe GE Angebot[13] hervorragend (1. Platz) abgeschnitten, Kostenangebot sei jedoch mehr als dürftig gewesen; insbesondere hätten alle Folgekosten gefehlt. Zudem habe BM in Schreiben vom 15.4.1986[14] direkten Kontakt mit Industrie empfohlen, während SAA ausschließlich mit Regierungen verhandeln wolle. GE Exportgenehmigung sei ungewiß gewesen; hingegen hätten alle übrigen konkurrierenden Nationen durch Minister und z. T. Regierungschefs volle Unterstützung U-Boot-Projekt bei Besuchen in SAA zugesagt. Einwurf, daß nun auch Bereitschaft Bundesregierung für Exportgenehmigung und Gesprächsangebot bestehe, verwarf er mit Bemerkung, nun sei es zu spät. Auf hypothetisch gestellte Frage nach einer Chance für GE Boote, falls Haltung Bundesregierung zu Leo-Export sich ändere, erwiderte GenStChef, es könne kein Paket Leo/U-Boote geben, da es voneinander unabhängige Projekte seien.

2) GE Konsortium sucht nun über Mittelsmänner direkten Kontakt zu König[15], um Entscheidung zugunsten GE zu beeinflussen.

II. Beurteilung

1) General al-Hammad blieb trotz erheblicher gesundheitlicher Beeinträchtigung (er kann kaum stehen oder sitzen, kontrolliert Schmerzgefühle bewundernswert) im Amt, da er hohes Ansehen VgMin[16] wie auch König genießt. Äußerungen spiegeln deshalb nicht nur eigenes Meinungsbild wider, sie entsprechen vermutlich einer breiten Strömung in SAA politischer Führung. Gespräch bestätigte

12 Verteidigungsministerium.

13 In einer Aufzeichnung des Referats 424 vom 27. April 1987 wurde dargelegt, „deutsche Unterseeboot-Hersteller, die sich mit mehreren deutschen Baufirmen für das U-Boot-Projekt Saudi-Arabien zu einem Firmenkonsortium zusammengeschlossen haben", hätten „im Dezember 1986 gegenüber Saudi-Arabien ein Angebot über die Lieferung von acht U-Booten und dazugehöriger Infrastruktur (Marinebasis, Schulungszentren, Wohngebäude) abgegeben. Außer dem deutschen Firmenkonsortium haben sich auch Firmen aus den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Italien an der Ausschreibung für das saudische U-Boot-Projekt beteiligt." Der Gesamtwert eines möglichen Auftrags betrage nach Firmenangaben sechs bis acht Milliarden DM. Bundesminister Bangemann habe „Ende März 1987 aufgrund der Entscheidung des Bundessicherheitsrates von Mitte März 1987 dem Firmenkonsortium im Namen der Bundesregierung mitgeteilt, daß es ‚mit den für das Projekt erforderlichen Genehmigungen rechnen könne, sofern nicht eine derartige Änderung der Sach- oder Rechtslage eintritt, daß § 38 Abs[atz] 3 Verwaltungsverfahrensgesetz zur Anwendung kommt'. § 38 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz lautet: ‚Ändert sich nach Abgabe der Zusicherung die Sach- oder Rechtslage derart, daß die Behörde bei Kenntnis der nachträglich eingetretenen Änderung die Zusicherung nicht gegeben hätte oder aus rechtlichen Gründen nicht hätte geben dürfen, ist die Behörde an die Zusicherung nicht mehr gebunden.'" Vgl. VS-Bd. 14535 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

14 Referat 424 vermerkte am 27. April 1987, Bundesminister Wörner habe zum Wunsch Saudi-Arabiens nach Lieferung von U-Booten „bereits Mitte April 1986 seinem saudischen Amtskollegen auf dessen Bitte, die Bundesregierung möge das Projekt der saudischen Regierung unterstützen und die zuständigen Stellen anregen, Angebote abzugeben, mitgeteilt, daß die Bundesregierung dieses Vorhaben unterstützt". Vgl. VS-Bd. 14535 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

15 Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud.

16 Saudi-arabischer Verteidigungsminister war Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud.

im allgemeinen letzte Beurteilung (siehe Bezug). Neu ist das Ablehnen des Gesprächsangebotes StS Dr. Rühl. H. betont zwar, er könne keine offizielle Erklärung abgeben; er wisse sich aber mit der Führung, insbesondere mit Sheikh Othman al-Homeidi, StS für Außenbeziehungen und Rüstung, in dieser Haltung einig. Es ist bemerkenswert, daß H. Leo 2 als besonderes psychologisches Problem für SAA darstellt. SAA Verhaltensweise entspricht der eines verschmähten Liebhabers, dessen Gefühle zutiefst durch die Ablehnung getroffen sind. Es erscheint deshalb auch weiterhin schwierig, Gespräche auf hoher Ebene unter Ausklammern des Themas Leo 2 zu führen.

2) Wenngleich H. betonte, Entscheidung über U-Boote sei noch offen, scheinen die Chancen für GE Angebot nun fast aussichtslos zu sein, wie aus H. Argumentation zu folgern ist. Sie verstärken die in Bezug genannten negativ beeinflussenden Gesichtspunkte (Kompensation Mirage 2000, finanzielles Eigeninteresse Sultans[17]). Nur wenn es gelingen sollte, König unmittelbar von Entscheidung Bundesregierung zu unterrichten oder ihn gegen Vorschlag Sultan zu stimmen, kann noch auf eine Entscheidung zugunsten GE gehofft werden. Dies setzt aber voraus, daß König über Leo 2 weniger emotional denkt als seine Regierung.

[gez.] Geerdts

VS-Bd. 14535 (424)

17 Oberst i. G. Geerdts, Riad, berichtete: „Entscheidung über U-Boot-Projekt liegt nun bei König. Zweifelsfrei schlug V[erteidi]G[ungs]M[inister] FRA-Boote vor. Im Verhältnis zu anbietenden Nationen wurde nur mit FRA-Delegation verhandelt. […] Es stellt sich deshalb Frage, ob Prinz Sultan mit seinem Schreiben an ausgewählte Regierungen nur deshalb zum Wettbewerb einlud, um auf diese Weise eleganter, geschickt verdeckt, von vornherein beabsichtigten Zuschlag an FRA zu verwirklichen. Als Erklärung hierfür bietet sich an, daß er die im vergangenen Jahr möglicherweise als Gesichtsverlust empfundene Entscheidung des Königs zugunsten Tornado-Kaufs an Stelle von Mirage, auf die sich Sultan festgelegt hatte (mündliche Zusage mit als vertraglich empfundener Geltung), wettmachen wollte. Vielleicht sind auch einfach finanzielle Erwartungen aus eigener Familie oder nächster Umgebung zu befriedigen (Sponsor des FRA-Geschäftes sind sein Schwiegersohn Prinz Faisal bin Saud und sein Freund Aggram Oger).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 180 bzw. Einzelbericht Nr. 21/87; VS-Bd. 14535 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

86

Gespräche des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem Außenminister der DDR, Fischer, und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Ost-Berlin

VS-NfD **26./27. März 1987**[1]

Gespräche des Chefs des Bundeskanzleramtes mit DDR-Außenminister Fischer und Generalsekretär Honecker am 26. und 27. März 1987 in Berlin (Ost)[2]; hier: Erörterung von Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle

1) Außenminister *Fischer* erklärte einleitend, die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa habe keinen Zuwachs an Sicherheit gebracht, sondern im Gegenteil neue Gefahren. Da beide deutsche Staaten besonders betroffen seien, sollte ihnen auch daran gelegen sein, daß diese Waffen beseitigt würden. Die Sowjetunion habe jetzt die westliche Position in dieser Frage übernommen. Zwischen der ČSSR und der DDR einerseits und der Sowjetunion andererseits bestehe Einvernehmen, daß die operativ-taktischen Raketen größerer Reichweite, die als Antwort auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen aufgestellt worden sind[3], sofort nach Unterzeichnung eines Abkommens über Mittelstreckenraketen abgezogen werden.

Die beiden deutschen Staaten sollten sich deshalb für den baldigen Abschluß eines separaten Abkommens über Mittelstreckenraketen[4] einsetzen und zugleich ihre Bereitschaft signalisieren, die notwendigen Beiträge zur Verifizierung zu leisten. Beide sollten auch für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über die Verminderung und Beseitigung aller operativ-taktischen Raketen wirken. Auf diesem Gebiet dürfe es nicht zu einer neuen Nachrüstung kommen. In diesem Sinne sollte jeder der beiden deutschen Staaten in seinem Bündnis wirken; die DDR werde das ihrerseits im Warschauer Pakt tun.

Beim Abschluß eines Abkommens über Mittelstreckenraketen werde der Gedanke eines nuklearwaffenfreien Korridors[5] neue Bedeutung erhalten. Die Bundesrepublik Deutschland sollte ihre Position insoweit noch einmal überdenken.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, am 30. März 1987 gefertigt.
Hat Bundesminister Genscher am 31. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 1. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe verfügte.
Hat Elbe am 1. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen vorgelegen.

2 Das Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem Außenminister der DDR, Fischer, fand am 26. März 1987 statt, das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 27. März 1987. Für das Gespräch mit Honecker vgl. auch KOALITION DER VERNUNFT, S. 515–525.

3 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

4 Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987; Dok. 60.

5 Am 3. April 1987 übergab der Außenminister der DDR, Fischer, Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, ein Schreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, an Bundeskanzler Kohl mit

Beide deutsche Staaten sollten sich im übrigen dafür verwenden, daß keine neuen Waffensysteme eingeführt werden, die eine Destabilisierung der militärisch-strategischen Lage in Europa bewirken würden.

Die DDR habe unsere Regierungserklärung[6] aufmerksam verfolgt und einander nahekommende oder sich deckende Positionen festgestellt. Daher schlage die DDR vor, daß beide Staaten gemeinsam oder jeder für sich dafür eintreten, daß

– Fortschritte beim Abbau der strategischen Offensivwaffen gemacht würden,
– ein Wettrüsten im Weltraum verhindert werde,
– der ABM-Vertrag strikt eingehalten würde und die Sowjetunion und USA sich auf einen zehnjährigen Kündigungsverzicht einigten,
– ein umfassender Kernwaffenversuchsstopp vereinbart werde.

Darüber hinaus gebe es weitere Möglichkeiten des Zusammenwirkens. Wichtig sei sicherzustellen, daß ein Abbau der Mittelstreckenraketen nicht durch Maßnahmen auf anderen Gebieten unterlaufen werde. Insofern seien auch Maßnahmen auf dem Gebiet der konventionellen Abrüstung erforderlich. Die DDR schlage daher eine konstruktive Beteiligung beider deutscher Staaten im Rahmen des Wiener Folgetreffens[7] vor, um ein Mandat für diesen Bereich auszuarbeiten. Die beiderseitigen Experten sollten dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen. Beide Seiten sollten auch prüfen, was zur Verhinderung von Überraschungsangriffen durch Auseinanderrücken der militärischen Kräfte an der gemeinsamen Grenze getan werden könne.

Ein Zusammenwirken sei auch im Bereich der chemischen Waffen möglich. AM Fischer verwies hier auf die Beschlüsse des jüngsten Außenministertreffens der Warschauer-Pakt-Staaten; er übergab das Kommuniqué und zwei gemeinsame Erklärungen der Außenminister (Anlage 1[8]). Er hielt ein globales Chemiewaffenverbot bei Verstärkung der Bemühungen der Genfer Konferenz[9] noch 1987 für möglich und bezeichnete es als realistisches Ziel, dann bis 1990 alle Chemiewaffen von deutschem Boden zu entfernen. Beide deutsche Staaten sollten dem Gedanken einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa[10] weiter

Fortsetzung Fußnote von Seite 416

dem Vorschlag, unverzüglich in Verhandlungen über die Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einzutreten. Für den Wortlaut vgl. AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1987, S. 114 f. Vgl. dazu ferner den Artikel „Vorschlag für Verhandlungen über einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa"; NEUES DEUTSCHLAND vom 4./5. April 1987, S. 1.
Am selben Tag überreichte der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek Botschafter Schattmann, Prag, ein gleichlautendes Schreiben des Ministerpräsidenten Štrougal an Kohl. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 379/381 des Legationsrats I. Klasse Burbach, Prag, vom 2. April 1987; Referat 214, Bd. 139659.

6 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

7 Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 106.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für das Kommuniqué der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 24./25. März 1987 in Moskau sowie die Erklärungen der Außenminister vom 25. März 1987 zum Fortgang des KSZE-Prozesses und zur KSZE-Folgekonferenz in Wien bzw. zu einem Verbot chemischer Waffen vgl. Referat 010, Bd. 178918.
Für den Wortlaut des Kommuniqués und der beiden Erklärungen vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1987, D 263–269.

9 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 66, Anm. 11.

10 Am 12. September 1985 schlug der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Bundeskanzler Kohl vor, gemeinsam mit der ČSSR in „Verhandlungen über die Bildung einer von chemischen Waffen

Aufmerksamkeit widmen; die Dreier-Gespräche in Genf sollten fortgesetzt werden.

Die Stockholmer Konferenz habe mit den Beschlüssen über vertrauensbildende Maßnahmen ein positives Ergebnis gehabt.[11] Diese Maßnahmen stellten ein Beispiel für die wirksame Kontrolle militärischer Aktivitäten dar. AM Fischer schlug hierzu einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch vor und gemeinsame Bemühungen um eine Verminderung von Ausmaß und Häufigkeit der auf deutschem Boden stattfindenden militärischen Aktivitäten. Er regte die Aufnahme direkter bilateraler Kontakte auf militärischem Gebiet an.

AM Fischer trat schließlich für eine Zusammenarbeit auch bei anderen Fragen des KSZE-Prozesses ein, insbesondere in dem – nach seiner Meinung bisher vernachlässigten – Bereich des Korbes II[12], ebenso bei Korb III, wo der Vorschlag eines Menschenrechtsforums in Moskau[13] von Bedeutung sei. Insgesamt enthielten die vorliegenden Vorschläge eine Reihe konsensfähiger Elemente.

Zusammenfassend erklärte AM Fischer, daß eine Konzentration auf das gegenwärtig Machbare wichtig sei. Vor allem sollten deshalb beide Staaten alles tun, um die Null-Lösung zu erreichen. Er übergab ein „Non-paper" (Anlage 2[14]), in dem die DDR-Vorschläge zusammengefaßt seien, und drückte die Hoffnung auf eine baldige Antwort aus.

2) In seiner Antwort erklärte Bundesminister *Dr. Schäuble*, man sollte sich in der Tat auf das Nächstliegende und Machbare konzentrieren. Dies sei die Null-Lösung bei Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite. Wir sähen eine Chance, daß ein solches Abkommen rasch abgeschlossen werden könne, und würden weiterhin dafür eintreten.

Die beiden deutschen Staaten nähmen zwar nicht unmittelbar an den Verhandlungen teil; wir stünden aber in intensiven Konsultationen mit unseren Verbündeten. Wir seien auch bereit, unsererseits den notwendigen Beitrag zur Verifizierung zu leisten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 417
freien Zone, die zunächst die Territorien dieser drei Staaten umfassen sollte", einzutreten. Vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 237 f.
Für das Schreiben des Ministerpräsidenten Štrougal vom 12. September 1985 an Kohl, das Botschafter Schattmann, Prag, mit Drahtbericht Nr. 863 vom selben Tag übermittelte, vgl. Referat 222, Bd. 130103.
Kohl unterbreitete Honecker am 27. September 1985 den Vorschlag, „daß unsere Delegationen im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz Gespräche aufnehmen, die noch offene Fragen eines weltweiten CW-Verbotsabkommens zum Gegenstand haben". Vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 264 f.
Für das Schreiben Kohls an Štrougal vom 27. September 1985 vgl. Referat 222, Bd. 130156.

11 Die KVAE endete bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr" am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

12 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt" (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

13 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

14 Dem Vorgang beigefügt. Für das Non-paper („Überlegungen für gemeinsame oder parallele Schritte der DDR und der BRD, um dazu beizutragen, die Chancen zu einem gesonderten Abkommen zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa zu nutzen") vgl. Referat 010, Bd. 178918.

Die Bundesregierung trete für den Abschluß eines derartigen Abkommens ohne unmittelbare Verbindung mit zusätzlichen Bereichen ein. Allerdings stelle sich mit einem Abkommen über Mittelstreckenraketen größerer Reichweite das Problem der Raketen kürzerer Reichweite; dabei gehe es nicht nur um diejenigen, die nach der Nachrüstung aufgestellt worden seien[15], sondern auch um die schon vorher vorhandenen. Das Problem sei um so dringlicher, als auf diesem Gebiet ein erhebliches Ungleichgewicht zu Lasten des Westens stehe. Darüber sollte deshalb unverzüglich verhandelt werden mit dem Ziel einer Begrenzung auf möglichst niedrigem Niveau und dem weiteren Ziel der völligen Beseitigung. Je näher man diesem Ziel komme, desto mehr stelle sich darüber hinaus die Frage des Ungleichgewichts bei der konventionellen Bewaffnung.

Zum Vorschlag nuklearwaffenfreier Zonen verwies BM Dr. Schäuble auf unsere bekannte Position. Solche Zonen könnten nicht durch die Stationierung von Waffen, sondern nur durch die Bedrohung definiert werden. Uns scheine, daß anderenfalls Zonenvereinbarungen ein Gefühl falscher Sicherheit hervorriefen und möglicherweise eher destabilisierend[16] wirkten.

Die Bundesregierung unterstütze den Ansatz von Reykjavik[17], bei den strategischen Waffen zu einer Halbierung zu kommen. Wir befürworteten auch einen zehnjährigen Kündigungsverzicht des ABM-Vertrages. Die Bundesregierung sei stets für eine strikte Auslegung des ABM-Vertrages[18] eingetreten; man dürfe dann aber auch nicht Interpretationselemente einführen, die im Vertrag selbst nicht enthalten sind.

Die Bundesregierung habe sich auch seit geraumer Zeit für einen vollständigen Kernwaffenversuchsstopp ausgesprochen. Jedoch müsse man sich auch hier auf machbare Schritte konzentrieren; insofern unterstützten wir Bemühungen, zunächst Vereinbarungen über die Verifizierung und eine Beschränkung der Zahl der Kernwaffenversuche zu erreichen. In keinem Fall könne ein Kernwaffenversuchsstopp freilich die notwendige Reduzierung dieser Waffen ersetzen; solange es Nuklearwaffen gebe, werde ein dauerhafter Versuchsstopp nur schwer zu erreichen sein.

Mit jedem Fortschritt bei der Reduzierung nuklearer Waffensysteme stelle sich auch das Problem des Gleichgewichts neu. Er habe mit Interesse Ausführungen Honeckers gegenüber Ministerpräsident Späth[19] zur Kenntnis genommen, daß es notwendig sei, auf beiden Seiten die Angriffsfähigkeit zu verringern. Außenminister Fischers Hinweis auf die Wichtigkeit der Vermeidung von Überraschungsangriffen ziele möglicherweise in dieselbe Richtung. Er bezweifle allerdings, ob man dies allein durch geographisches Auseinanderrücken erreichen könne, zumal angesichts der unterschiedlichen geostrategischen Bedingungen. Man müsse aber sehen, daß die Streitkräfte der NATO bereits jetzt lediglich

15 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

16 Korrigiert aus: „destabilisierend als".

17 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

18 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

19 Für das Gespräch des Ministerpräsidenten Späth mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 16. März 1987 in Ost-Berlin vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 506–514.

für eine Verteidigung gerüstet seien; eine konventionelle Angriffsfähigkeit besäßen in Europa allein die Streitkräfte des Warschauer Paktes.

Bei allen Abrüstungsschritten müsse jedenfalls auch das Sicherheitsinteresse der anderen Seite mit bedacht werden. Abrüstungsvorschläge sollten daher nicht auf eine Destabilisierung hinzielen, sondern inhaltlich so beschaffen sein, daß sie selbst bereits einen Schritt zur Vertrauensbildung darstellen.

BM Dr. Schäuble würdigte in diesem Zusammenhang die Stockholmer Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen und wies auf die erstmalige Teilnahme westdeutscher militärischer Beobachter bei Manövern in der DDR hin[20], warnte aber zugleich davor, die Einladung von Manöverbeobachtern mit sachfremden Fragen zu verbinden.

Zur Frage der chemischen Waffen unterstrich BM Dr. Schäuble die Bereitschaft, weiterhin aktiv auf ein weltweites Verbot hinzuwirken, das auch nach unserer Einschätzung noch in diesem Jahr erreichbar sei. Die Dreier-Gespräche in Genf sollen intensiv fortgeführt werden. Nach Abschluß eines Abkommens sei regional ein zeitlich unterschiedlicher Vollzug denkbar; auch wir seien dafür, daß möglichst rasch die chemischen Waffen von deutschem Boden abgezogen würden.

BM Dr. Schäuble drückte ferner Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE aus, um sowohl bei den militärischen wie bei den anderen Fragen Fortschritte zu erreichen. Auf diese Weise könnten auch die bilateralen Beziehungen gefördert werden.

3) Im Verlauf des Gespräches kam AM *Fischer* auf die Frage der nuklearwaffen- und chemiewaffenfreien Zone zurück: Praktisch hätten diese Zonen keinen Nutzen; sie besäßen aber ein politisch-moralisches Gewicht. Wer es mit Abrüstung ernst meine, müsse auch solchen Bestrebungen nähertreten. Über die Erweiterung der Zonen könne man schließlich globale Lösungen vorbereiten. Es sei richtig, daß man nicht falsche Sicherheitsgefühle vermitteln dürfe; man dürfe aber auch niemanden mutlos machen.

Bei Kernwaffenversuchen müsse man sehen, daß die Sowjetunion das tue, was die USA täten. Es wäre nützlich, auf die USA einzuwirken, daß die Versuche zumindest verringert würden.

Hinsichtlich des weiteren Vorgehens liege der DDR daran, daß man jedenfalls nicht hinter Reykjavik zurückfalle. Priorität habe jetzt die Null-Lösung; damit solle aber nicht Schluß sein – der Warschauer Pakt schließe keine Waffenart von weiteren Abrüstungsbemühungen aus. Er selbst sehe allerdings, daß die

20 In der Presse wurde berichtet: „Zum ersten Mal werden sich in dieser Woche Offiziere der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee in Uniform auf dem Territorium der DDR begegnen. Im Rahmen der neuen vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Ost und West werden zwei Oberstleutnante der Bundeswehr am Mittwoch in die DDR fahren, um dort ein Manöver des Warschauer Paktes zu beobachten. Im Raum Gardelegen-Magdeburg-Wittenberg-Lübben-Brandenburg marschieren vom 23. bis zum 30. März 23 500 sowjetische und 1500 DDR-Soldaten mit 500 Panzern auf. Die beiden bundesdeutschen Offiziere werden bis zum Samstag in der DDR bleiben. Auch zur rein nationalen Übung der NVA mit 17 000 Mann vom 10. bis zum 16. April im Gebiet von Cottbus-Wittenberg-Torgau-Görlitz wird Bonn zwei andere Militärbeobachter in die DDR entsenden. Ihr Aufenthalt ist vom 13. bis zum 15. April vorgesehen.“ Vgl. den Artikel „Erstmals Begegnung von Offizieren aus beiden deutschen Staaten“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 23. März 1987, S. 1.

vollständige Beseitigung der Massenvernichtungswaffen für die Welt ein riesiges Problem darstellen werde; dennoch müsse man versuchen, darauf hinzuwirken.

4) BM *Dr. Schäuble* wiederholte noch einmal, daß alle Abrüstungsschritte nur dann wirkliche Fortschritte darstellten, wenn man zu jeder Zeit auf Erhaltung der Stabilität achte. Deshalb müssen auch die Art der Vorschläge und die gesamte Konzeption in sich vertrauensbildend wirken und das legitime Sicherheitsinteresse der anderen Seite immer mit berücksichtigen. Dazu gehöre auch, Wege zu finden, bei denen die Stabilität der West-Ost-Beziehungen und die beiderseitige Fähigkeit, Kriege zu vermeiden, nicht verringert, sondern erhalten wird.

5) Bei der Begegnung mit GS Honecker[21] faßte BM Dr. Schäuble das Ergebnis des Gespräches mit AM Fischer dahin zusammen, daß nach unserer Einschätzung grundsätzliche Übereinstimmung darüber bestehe, möglichst rasch zum Abschluß eines Abkommens über den Abzug von Mittelstreckenraketen größerer Reichweite zu kommen, so wie es in Reykjavik ins Auge gefaßt worden sei. Wir würden unsererseits unseren Beitrag dazu leisten, auch in der Form, daß wir das Nötige für die Verifizierung tun.

Es bestehe auch grundsätzliche Übereinstimmung, unverzüglich, möglichst sofort, in Verhandlungen über den Abbau von Raketen kürzerer Reichweite einzutreten mit dem Ziel einer Beschränkung auf möglichst niedrigem Niveau und dem weiteren Ziel einer schließlichen Beseitigung. Ebenso notwendig sei die Beseitigung des bestehenden Ungleichgewichts im konventionellen Bereich; auch hier seien baldige Verhandlungen erforderlich.

Beide unterstützten das Vorhaben einer 50-prozentigen Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen. Übereinstimmung bestehe ferner darüber, möglichst noch 1987 zu einem weltweiten Übereinkommen zur Beseitigung chemischer Waffen zu kommen.

Wir unterstützten den Ansatz, daß beide Weltmächte für zehn Jahre auf eine Kündigung des ABM-Vertrages verzichten sollten. Die Bundesregierung trete seit langem für die strikte Interpretation dieses Vertrages ein, glaube allerdings nicht, daß Versuche gemacht werden sollten, einzelne Interpretationselemente auszuweiten.

Insgesamt sähen wir Möglichkeiten, daß beide deutsche Staaten gemeinsam oder jeder für sich in seinem Bündnissystem Beiträge zu weiteren Fortschritten in der Abrüstung leisten könne.

6) GS *Honecker* begrüßte ausdrücklich, daß in wichtigen Fragen der Abrüstung eine weitgehende Übereinstimmung bestehe. Die Gespräche darüber sollten weitergeführt und in Einzelfragen vertieft werden. Es sei offensichtlich, daß das Eintreten der Bundesregierung für eine Null-Lösung ohne Wenn und Aber wesentlich zu einem Abkommen über die Mittelstreckenraketen größerer Reichweite beitrage. Wenn man so herangehe, müsse ein Abkommen noch in diesem Jahr möglich sein. Das würde nicht nur für die Lage in Euro-

[21] Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, sprachen am 27. März 1987 auch über die innerdeutschen Beziehungen sowie die 750-Jahr-Feiern in Berlin. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; Bundesarchiv, B 136/20574.

pa, sondern auch für die beiderseitige Zusammenarbeit günstige Wirkungen haben.

Honecker bekräftigte, daß unmittelbar nach Abschluß eines Abkommens über die Mittelstreckenraketen größerer Reichweite die als Reaktion auf die Nachrüstung auf dem Territorium der DDR und ČSSR stationierten Mittelstreckenwaffen abgezogen werden sollten. Er habe stets die Auffassung vertreten, daß diese Waffen nicht mehr Sicherheit, sondern zusätzliche Probleme schafften. Die DDR habe es daher sehr begrüßt, als die Sowjetunion sich zur Auflösung des Pakets bereitgefunden habe. Nun sollte es nicht schwer sein, zu einem Einstieg in die Abrüstung zu kommen.

Mit den Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite stehe – ohne förmliches Junktim – die Problematik der nuklearen Kurzstreckenraketen in Zusammenhang. Hierüber müsse ebenfalls verhandelt werden. Die DDR habe gemeinsam mit der ČSSR hier eine Teillösung in Form einer nuklearwaffenfreien Zone vorgeschlagen und sei gegebenenfalls auch bereit, ihr ganzes Territorium in eine solche Zone einzubeziehen; sie trete aber auch für eine globale Lösung ein. Man solle machen, was machbar sei. Die DDR unterstütze ebenfalls eine 50-prozentige Kürzung der strategischen Waffensysteme. Hinsichtlich der konventionellen Streitkräfte trete sie für Gleichgewichtigkeit ein. Bei den Rüstungen müsse das Schwergewicht mehr auf Verteidigung als auf Angriffswaffen gelegt werden. Insgesamt sei es positiv, daß die beiden deutschen Staaten – „ohne uns überschätzen zu wollen“ – in einigen Grundfragen der Abrüstung übereinstimmten. Solange die Abrüstung nicht in Gang komme, bleibe alles schwierig. Dies sei eine entscheidende Frage der Vertrauensbildung, die letztlich auch für die Zusammenarbeit Bedeutung habe.

Referat 010, Bd. 178918

87

Aufzeichnung des Botschafters Holik

221-376.00/372.00-550/87 VS-vertraulich **27. März 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Trilaterale Konsultationen über MBFR und KRK in London am 24./25.3.1987

Bezug: Vorlage 2a vom 17.2.87 – 221-376.00-248/87 geheim[3]
DB Nr. 1215 vom 12.3.87[4] aus Washington – VS-v[5]

I. Zusammenfassung

Aus den Konsultationen mit GB und US in London zu MBFR, bei der auch KRK erörtert wurde, ist festzuhalten:

1) MBFR

– Der Westen soll an MBFR festhalten, auch als mögliches Druckmittel im Hinblick auf die KRK-Mandatsverhandlungen.
– Intern ist zu überlegen, wie ein „endgame" aussehen sollte. Wir haben es übernommen, einen Entwurf für eine gemeinsame Abschlußerklärung mit einigen Grundsätzen (Parität etc.) zu fertigen; US werden als weitere Option einseitige Erklärung, in der die westliche Haltung wirklich zum Ausdruck kommt, entwerfen.
– Nachdem die NATO in der letzten Runde[6] vor allem Fragen der Verifikation behandelt hat, sollen in der kommenden Runde[7] grundsätzliche Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle in Mitteleuropa in den Vordergrund gestellt werden.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 31. März 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 30. April 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte und handschriftlich vermerkte: „R[ücklauf] v[on] BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 30. April 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 11. Mai 1987 erneut vorgelegen.

3 Für die Aufzeichnung des Botschafters Holik vgl. Dok. 44.

4 Korrigiert aus: „13.3.87".

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde, z. Z. Washington, berichtete, am 10./11. März 1987 hätten in Washington deutsch-amerikanische Konsultationen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) auf Arbeitsebene stattgefunden. Die Gespräche „hatten brainstormartigen Charakter. Es zeigte sich, daß die Administration noch keine gemeinsame Position entwickelt hat, in Einzelfragen, wie z. B. der Einbeziehung von Personal in Reduzierungen, wurden unterschiedliche Auffassungen der Agencies deutlich. Auch deswegen waren die offen geführten Gespräche zu diesem Zeitpunkt nützlich." Es sei gelungen, „wichtige Elemente gemeinsam zu identifizieren". Vgl. VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Zur 41. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 29. Januar bis 19. März 1987 in Wien vgl. Dok. 75.

7 Zur 42. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 14. Mai bis 2. Juli 1987 in Wien vgl. Dok. 198.

– Über westliche Reaktion auf eine mögliche Ankündigung von Gorbatschow in Prag am 3.4.1987[8] über den Abzug einer sowjetischen Division fand ein erster Meinungsaustausch statt, der in der NATO fortgesetzt wird.

2) KRK

– In einem Brainstorming wurden Vor- und Nachteile von fünf Optionen für westliche Vorschläge für die KRK-Verhandlungen erörtert und anhand von gemeinsamen Kriterien Grundlagen für weitere Verfeinerung geschaffen.
– Die HLTF sollte bald den Wiener Unterhändlern präzisere Orientierung für die KRK-Mandatselemente geben.
– Westliche Entwürfe für Mandate für KVAE 1B[9] und KRK sollten den Außenministern bei ihrem Treffen in Reykjavik[10] vorgelegt werden.
– USA bewegen sich bei der Frage des Verhältnisses von KSZE und KRK: Ein Mandat der KRK könnte Teil des WFT-Schlußdokuments[11] werden; für US ist wesentlich, daß N+N kein „droit de regard" über die Verhandlungen der 23 eingeräumt wird.
– Zukünftige KRK-Konsultationen im engeren Kreis sollen um Frankreich und evtl. Italien erweitert werden.

3) Ich habe gelegentlich der Konsultationen Antrittsbesuche bei Derek Thomas (Political Director, FCO), Christopher Mallaby (Deputy Secretary, Cabinet Office), David Nicholls (Deputy Under-Secretary, Policy, MOD), John Boyd (Deputy Under-Secretary, FCO) gemacht. In Gesprächen wurde britisches Interesse sehr deutlich, daß es bei SRINF nicht zu einer Null-Lösung kommen dürfe; es wurde befürchtet, daß ein sowjetisches Angebot einer SRINF-Null-Lösung einigen europäischen Regierungen (gemeint war auch die deutsche) attraktiv erscheinen werde. Ich habe darauf hingewiesen, daß es zu dieser Frage noch keine Position der Bundesregierung und des Bündnisses gebe. Es sei dringend, daß eine westliche Haltung, insbesondere auch durch die HLG, vorbereitet werde; eine Singularisierung müsse vermieden werden.

II. Im einzelnen

1) MBFR

Meiner Feststellung, daß wir MBFR nicht vorzeitig aufgeben sollten, wurde zugestimmt. Wir könnten ein Rüstungskontrollforum nicht aufgeben, ohne sicher zu sein, daß etwas Besseres an seine Stelle trete. Wir könnten eine Fortsetzung von MBFR auch als Hebel im Hinblick auf die KRK-Verhandlungen nutzen, gegenüber dem Osten, aber auch – wie ich implizierte – gegenüber Frankreich. Dies, zumal eine erweiterte MBFR-Verhandlung eine der Optionen des Budapester Appells[12] sei. Eine neue Initiative des Westens oder besonders aktives

8 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. April 1987 in Prag vgl. Dok. 109.

9 Vgl. die Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

10 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

11 Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 106.

12 Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 44, Anm. 10.

Verhandeln sei nicht notwendig, es sei denn, daß der Osten – wider Erwarten – ernsthaft auf den westlichen Vorschlag vom 5. Dezember 1985[13] eingehe.

Man war sich einig, daß wir uns intern darauf vorbereiten müssen, wann und wie die Verhandlungen beendet werden können. Folgende Optionen wurden diskutiert:

– stille Beendigung durch Nichtvereinbarung eines Termins für eine neue Runde,
– einseitige Erklärung der NATO,
– gemeinsame Erklärung beider Seiten mit formalem oder auch materiellem Inhalt,
– Suspendierung.

Während die USA eine Präferenz für einen „stillen Tod", verbunden mit einer deutlichen einseitigen Erklärung des Westens, zeigten, wies GB darauf hin, daß es nützlich sein könnte, die Verhandlungen nur zu suspendieren, um im Falle eines Scheiterns von KRK MBFR wieder aufnehmen zu können.

Vorteil einer gemeinsamen Erklärung wäre es, gegenseitige Schuldzuweisungen zu vermeiden und den KRK-Verhandlungen einen besseren Start zu sichern. In einer verhandelten, gemeinsamen Erklärung kann der Westen jedoch seine Prinzipien nur beschränkt durchsetzen. Letzten Endes hängt es von der Atmosphäre ab, ob sich eine solche Verhandlung zum Schluß lohnt.

Wir erklärten uns bereit, den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung mit einigen Prinzipien, die sich in den Verhandlungen als konsensfähig herausgestellt haben, zu entwerfen; die USA werden eine einseitige Erklärung mit deutlicher westlicher Handschrift für die nächsten Konsultationen im engeren Kreis vorbereiten.

Für die nächste Verhandlungsrunde wird keine östliche Initiative erwartet, die den Westen dazu drängen würde, seine Verhandlungsposition zu ändern, denn die Sowjets dürften kaum interessiert sein, MBFR jetzt noch wieder aufzuwerten. Allerdings wurde auch festgestellt, daß Gorbatschow immer wieder für eine Überraschung gut ist.

Man wurde sich einig, daß der Westen in der nächsten Runde in den Plenarsitzungen vor allem auf grundsätzliche Fragen eingehen und SU-Vorwürfe widerlegen sollte, der Westen mache seinerseits keine Konzessionen oder sei nur an Verifikation interessiert. Falls der Osten sich in der Verifikationsfrage bewegen sollte, kann der Westen dies sehr gut an den Kriterien der Verifikation messen, die er in der letzten Runde ausführlich dargelegt hat. Wir haben betont, daß es auch darum gehe, die Verhandlungen glaubwürdig weiterzuführen. Bei amerikanischen Sprechern wurde die Sorge deutlich, der Westen könne versucht werden, von seinen Verifikationsforderungen im Vorschlag vom 5.12.1985 abzuweichen. Manche Amerikaner sähen es gern, wenn es bereits im Sommer zu einem KRK-Mandat käme, um dann MBFR beenden zu können.

13 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1985, II, Dok. 308 und Dok. 339.

2) KRK

Der offene, brainstormartige Meinungsaustausch war zum ersten Mal nicht von Prozedurfragen dominiert, sondern konnte sich auf Substanz konzentrieren. Ein britisches Arbeitspapier, das auf Elementen, die bei vorhergehenden Konsultationen in Bonn und Washington entwickelt worden waren, aufbaute, ermöglichte eine vertiefte Erörterung von fünf Optionen für westliche Verhandlungsvorschläge:

(1) Reduzierung in Einheiten mit Gerät

Als erster Schritt zur Parität kann eine Anzahl von Einheiten (Brigade-Ebene und darüber) reduziert werden; dabei soll ein hoher Prozentsatz der Reduzierungen auf seiten des WP „stationierte" sowjetische Streitkräfte in Mitteleuropa erfassen. Bei Reduzierung von fünf WP-Divisionen (ca. 70000 Mann) wären auf westlicher Seite mindestens fünf Brigaden (ca. 15000 Mann) zu reduzieren.

Wesentlicher Nachteil dieses Modells ist aus deutscher Sicht, daß es Reduzierung in Einheiten vorsieht; das ist nach Meinung des BMVg als nicht annehmbarer Eingriff in die Struktur und wegen der Schwächung der Vorneverteidigung abzulehnen.

(2) Reduzierung von Einheiten (wie (1)) mit besonderer Regelung vor allem für östliche Panzer

Ziel ist, sowjetische Panzer aus ihrer Vornedislozierung in Mitteleuropa graduell nach Osten zu verschieben (squeeze out). Dem dienen vier gemeinsame Obergrenzen für:

– „stationierte" Panzer in Kampfeinheiten in Mitteleuropa,
– „stationierte" Panzer in ihrer Gesamtheit (also auch in Depots) in Mitteleuropa,
– Gesamtzahl von Panzern auf beiden Seiten in Mitteleuropa,
– Gesamtzahl von Panzern auf beiden Seiten vom Atlantik bis zum Ural.

Dieser neuartige, aber komplizierte Ansatz erscheint attraktiv in Verbindung mit anderen Modellen und bedarf weiterer Prüfung.

(3) Gemeinsame Obergrenzen für Panzer und/oder für weiteres Großgerät

Gemeinsame Obergrenzen für Panzer, aber auch für Schützenpanzerwagen, Artillerie, Hubschrauber und Flugzeuge auf dem Niveau der Seite, die weniger Waffen dieser Kategorie hat. Parität würde für das Gesamtgebiet und nach Regionen hergestellt. Eine Obergrenze von 20000 Panzern würde etwa der Zahl der NATO-Panzer in Kampfeinheiten entsprechen.

Bei einer solchen Obergrenze müßte der WP ca. 30000 Panzer beseitigen.

Das Modell besticht durch seine Einfachheit und käme als Teil eines umfassenden Vorschlags in Frage. US-Vertreter meinten, daß für sie auch eine Obergrenze leicht unterhalb der westlichen Stärke, also asymmetrische, beiderseitige Reduzierungen in Frage kämen.

4) Prozentuale Reduzierung von amerikanisch-sowjetischen Kampfeinheiten auf fremdem Boden

Bei einer Reduzierung um 25 % wären etwa 18000 Kampftruppen und ca. 275–325 Panzer der USA und ca. 75000 bis 85000 Truppen mit etwa 1900 bis 2200 Panzern der SU betroffen.

Da ein westlicher Vorschlag sich nicht allein auf stationierte Truppen konzentrieren sollte, wäre dieser Ansatz als Teil eines umfassenderen Vorschlags weiter zu prüfen.

5) Gemeinsame Obergrenzen für Streitkräfte (Personal und Material) mit amerikanisch-sowjetischen Reduzierungen in Einheiten als Teil des Gesamtvorschlags

Bei einer Kombination der Modelle 3 und 4 könnten die Obergrenzen bei Land- und Luftstreitkräften bei ca. 3 Mio. Mann und 20 000 Panzern – evtl. weiteren Obergrenzen für Großgeräte – gesetzt werden. USA und SU könnten einen Teil der Reduzierungen, die auf NATO bzw. WP entfallen, durch 25-prozentige Verminderung „ihrer Divisionen auf fremdem Boden" übernehmen. Jede Seite würde entscheiden, wie die verbleibenden Reduzierungen zur Erreichung der Obergrenze auf die Bündnispartner aufgeteilt werden sollen. Die Reduzierung könnte in Einheiten oder durch Ausdünnen erfolgen.

Dieser umfassende Ansatz hat den Vorteil, daß er das Ziel klar bestimmt und schrittweise und selektiv verwirklicht werden kann. Bei gleichen Obergrenzen kann auch die Methode prozentualer Reduzierung ohne Nachteil für das bei dem Ziel gleicher Obergrenzen angewendet werden[14]; Reduzierungen in Einheiten und durch Ausdünnen ständen nebeneinander und würden daher die Methode einer Reduzierung für die Bundeswehr nicht präjudizieren.

Diese erste Erörterung zeigte, daß die Identifizierung von Vor- und Nachteilen an konkreten Modellen besonders nützlich ist. Diese – und weitere – Modelle sollen nunmehr in den Hauptstädten sorgfältig geprüft werden. Die Diskussion soll beim nächsten Treffen in engerem Kreis, zu der die USA eine Einladung nach Washington in Aussicht stellten, vertieft werden.

Bei der Diskussion der prozeduralen Probleme trat ich für Konzentration auf die praktischen Fragen ein, die dringend einer Lösung bedürften: Regeln für den Umgang mit N+N in Wien, Behandlung eines KRK-Mandats in WFT-Schlußdokument. Auf meinen Appell erklärten sich die US-Sprecher bereit zur Flexibilität, wenn dabei sichergestellt werde, daß die KRK-Verhandlungen ausschließlich in die Verantwortung der 23 fallen. Unter dieser Voraussetzung würden sie auch von anderen Verbündeten oder N+N geäußerten Auffassungen zum Zusammenhang dieser Verhandlungen mit dem KSZE-Prozeß nicht widersprechen. Ich bat US-Vertreter, sich bei Washington-Besuch Chiracs nächste Woche[15] um konkrete Absprachen in diesem Sinne zu bemühen, und bot für späteren Bedarfsfall Vermittlungsdienste an.

Holik

VS-Bd. 11538 (221)

14 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

15 Ministerpräsident Chirac besuchte die USA vom 28. März bis 1. April 1987.

88

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-2831/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 395
Citissime

Aufgabe: 27. März 1987, 19.06 Uhr[1]
Ankunft: 27. März 1987, 19.52 Uhr

Betr.: SCG/Quint-Sitzung vom 27.3.1987

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) In der Sitzung berichtete Botschafter Glitman über den Verlauf der Sitzungswochen seit der Verlängerung der Runde am 6. März[2] mit folgenden Schwerpunkten:

– Die INF-Verhandlungen hätten sich außerordentlich intensiviert.
– Als schwierigstes Problem stelle sich die SRINF-Frage heraus. Die Problematik sei gekennzeichnet durch Unklarheit der sowjetischen Haltung; Rücknahme noch in Reykjavik[3] und bis zum 27. Februar 1987 am Genfer Verhandlungstisch erklärter sowjetischer Bereitschaft zu „concurrent constraints" in einem LRINF-Abkommen; Betonung separater Verhandlungen über SRINF; Andeutung einer Null-Lösung auch für den Bereich der SRINF von 500 bis 1000 km. Glitman erwartet eine massive sowjetische Propagandawelle zur SRINF-Thematik und zur Frage der Konversion. Unter vier Augen teilte mir Glitman mit, er habe mit den Sowjets die Möglichkeit einer Konversion der PII in USA erörtert, allerdings keine positive Reaktion erhalten.
– Zur Verifikation hätten Sowjets noch keine eigene Position erkennen lassen. Die von ihnen gestellten Fragen hätten jedoch generell sachlichen und weiterführenden Charakter gehabt.
– Glitman erwartet zu Beginn der neuen Runde[4] angesichts entsprechender Äußerungen Vorlage eines sowjetischen Vertragsentwurfs.[5] Dieser werde darüber Klarheit bringen, ob die Sowjets ernsthaft ein INF-Abkommen anstrebten.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.
Hat dem Bereitschaftsdienst am 27. März 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „VLR I Hofstetter tel[efonisch] unterrichtet, der mitteilte, daß er und Bo[tschafter] Dr. Holik bereits vorab über Inhalt unterrichtet waren."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 30. März 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe und Legationsrat I. Klasse Müller verfügte.
Hat Elbe und Müller vorgelegen.

2 Die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf begann am 15. Januar 1987. Vgl. dazu Dok. 41.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Am 23. April 1987 wurden die amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf wieder aufgenommen, und am 5. Mai 1987 begann in Genf die achte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen, nun ohne den Themenbereich INF.

5 Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

– Abgesehen von den beiden vorgenannten Hauptpunkten gebe es noch eine Fülle schwieriger Einzelfragen zu lösen bzw. entsprechende Formulierungen zu vereinbaren.

2) Die Sitzung der „Quint" brachte auf der Grundlage eines von den Delegationsleitern am Vorabend auf persönlicher Basis unternommenen „Brainstorming" eine eingehende Debatte darüber, wie sich der Westen zu dem wahrscheinlichen Fall verhalten sollte, daß die Sowjetunion in irgendeiner Form eine Null-Lösung auch für SRINF im 500–1000 km-Band vorschlägt. Mit einem solchen Vorschlag müsse jederzeit gerechnet werden, entsprechend müsse das Bündnis politisch vorbereitet sein.

3) Ich habe entsprechend der mir während der Sitzung der SCG übermittelten Weisung des Herrn Bundesministers zur Frage der Konversion P II/P I die Erklärung gemäß Anlage (Zitat aus dem Brief des Bundeskanzlers an Präsident Reagan vom 14.2.86[6]) abgegeben. Äußerungen seitens anderer SCG-Delegationen erfolgten nicht.

Bereits vorher (sowohl in der „Quint" als auch in der SCG-Sitzung selbst) hatte ich auf die kritische Bedeutung dieser Frage für die deutsche Öffentlichkeit hingewiesen und dabei Unterstützung seitens anderer basing countries gefunden.

Im Anschluß an vorstehende Erklärung vereinbarte ich mit Holmes, daß dieser Presse gegenüber sich nicht zu Frage der Konversion P II/P I äußern, sondern lediglich erklären solle, daß Konversion neben Zerstörung und Dismantlement eine mögliche Methode zur Beseitigung von LRINF sein könne. An diese Vereinbarung hat sich Holmes in der Pressekonferenz, bei der die Frage der Konversion von Journalisten verschiedentlich angesprochen wurde, gehalten. Er hat insbesondere betont, daß alle drei genannten theoretischen Methoden zu einer völligen und endgültigen Beseitigung der zu eliminierenden LRINF-Systeme zu führen hätten. Auf die Frage, ob Konversion in der SCG-Sitzung angesprochen worden sei, hat er sich ausweichend verhalten.

II. Im einzelnen

Aus den Ausführungen Glitmans ist im einzelnen festzuhalten:

1) Es seien drei Arbeitsgruppen gebildet worden:

(1) über Eröffnungs- und Schlußteil des Abkommens (trifft sich ein- oder mehrfach wöchentlich),

(2) über Reduzierung und Begrenzungen (trifft sich mindestens dreimal wöchentlich),

(3) über Verifikation (trifft sich mindestens dreimal wöchentlich).

Die Sowjets hielten sich im LRINF-Bereich an die Vereinbarungen von Reykjavik. Auf Fragen, warum sie auf 33 SS-20 in Asien bestünden, sei ihre Argumentation schwach und verlegen.

Bei SRINF sei die sowjetische Position und die Richtung, in der sich die Sowjetunion bewegen wolle, undeutlich. Die Verhandler beschränkten sich auf eine Wiederholung des entsprechenden Teils der Gorbatschow-Erklärung vom 28.2.87.[7]

6 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan vgl. Dok. 64, Anm. 14.

7 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 60.

Besonders beunruhigend sei, daß sie die Bereitschaft zu „concurrent constraints“ vom Tisch genommen hätten, obwohl dies seit Jahren Bestandteil der sowjetischen Position gewesen und in Reykjavik erneut bestätigt worden sei. Damit vermindere die Sowjetunion den bisher bestehenden Bereich der Übereinstimmung und behalte sich praktisch die Möglichkeit vor, ihr SRINF-Potential nach einem LRINF-Abkommen bzw. während der SRINF-Folgeverhandlungen zu erhöhen.

Die bisherige sowjetische Position werde durch die Bereitschaft zu Folgeverhandlungen und zum einseitigen Rückzug der in die ČSSR und DDR vorverlegten Systeme[8] ersetzt. Eine Null-Lösung für SRINF im 500–1000 km-Band sei von Karpow bei einem kürzlichen Besuch in Genf in Anwesenheit von Woronzow ausdrücklich als „ernsthafter Vorschlag“ vorgetragen worden.[9] Der sowjetische Militärberater General Medwedew habe kürzlich die Frage aufgeworfen, ob die in Artikel 4 des amerikanischen Vertragsentwurfs[10] vorgesehene offene Zahl für SRINF mit Null ausgefüllt werden solle. Insgesamt scheine die SU bestrebt, einen solchen Vorschlag den USA zuzuschieben.

Für die sowjetische Weiterentwicklung ihrer SRINF-Position sah Glitman folgende drei Möglichkeiten:

– es bei der Gorbatschow-Erklärung vom 28. Februar zu belassen,
– einen Freeze, eventuell im Zusammenhang mit Folgeverhandlungen, anzubieten,
– den Vorschlag Null für SRINF von 500 bis 1000 km in irgendeiner Form einzubringen.

Nur die dritte Möglichkeit würde das Bündnis vor schwierige Probleme stellen. Die erste Möglichkeit sei offensichtlich nicht überzeugend, der zweiten könne der Westen mit seiner traditionellen Position im INF-Bereich (Unterstreichung der Notwendigkeit globaler Gleichheit) begegnen.

Zur Verifikation ließen sowjetische Fragen darauf schließen, daß die Sowjetunion mit der Verifikation der verbleibenden LRINF in declared sites (Artikel 9, Paragraph 4) Probleme haben könnte. Andererseits gebe es sowjetische Äußerungen, die auf die Taktik schließen ließen, die USA durch weitgehende Forderungen nach Verifikation in amerikanischen Fabriken in Verlegenheit zu setzen.

Der Frage, ob die in den USA verbleibenden 100 GK auch in Alaska stationiert werden könnten, habe die Sowjetunion wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

[11]2) Auf der Basis des „Brainstorming“ der Delegationsleiter vom Vorabend habe ich im Anschluß an die Bemerkung Glitmans, das Bündnis müsse auf einen möglichen sowjetischen Vorschlag für das Reichweitenband 500 bis 1000 km vorbereitet sein, folgende Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt:

– Ein solcher Schritt sei für die nahe Zukunft äußerst wahrscheinlich und könne möglicherweise in Etappen erfolgen (etwa zunächst mit dem Vorschlag einer Null-Lösung nur für Europa).

8 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

9 Zu den Äußerungen des sowjetischen Sonderbotschafters Karpow vom 3. März 1987 vgl. Dok. 90.

10 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

11 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 396 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

– Für einen solchen Schritt sprechen neben den entsprechenden sowjetischen Andeutungen die geringe Anzahl der in Frage kommenden Systeme (etwa 120) und die Tatsache, daß die SU mit der Rücknahme des Freeze-Vorschlags und der Separierung von LRINF und Folgeverhandlungen erste Schritte bereits getan habe.
– Eine starke Auffassung habe dahin tendiert, daß das SRINF-Reichweitenband 500 bis 1000 km eher den LRINF verwandt sei, während der Bereich unter der Reichweite von 500 km in strategischer Sicht mehr im Verbund zu den konventionellen Streitkräften stehe.
– Angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses (USA Null) würde eine solche Lösung sowjetisches Potential betreffen.
– Es sei nunmehr äußerst dringlich, daß sich die HLG unter strategischen Gesichtspunkten mit der Frage befasse, ob eine globale Null-Lösung für das Reichweitenband 500 bis 1000 km entweder notfalls akzeptabel oder sogar wünschenswert oder aber unter allen Umständen abzulehnen sei.
– Solange die Sowjetunion den Vorschlag einer globalen Null-Lösung für das SRINF-Band 500 bis 1000 km nicht mache, sei es für das Bündnis schon aus verhandlungstaktischen Gründen wichtig, an seiner bisherigen Position zur Frage der „concurrent constraints" (gleiche globale Obergrenze) festzuhalten und in dieser Frage Geschlossenheit zu bewahren.

Alle Quint-Delegationen stimmten diesen Punkten sowohl als zutreffende Zusammenfassung der Diskussion als auch in sachlicher Hinsicht ausdrücklich zu.

Auf eine belgische Bemerkung, daß eine Null-Lösung im 500–1000 km-Band für die Bundesrepublik Deutschland Probleme schaffe, habe ich erwidert, die Frage der deutschen Pershing I sei eine Frage der Allianz und nicht ein besonderes deutsches Problem. Glitman teilte mit, SU habe bisher Frage der deutschen PI nicht angeschnitten, er erwarte dies aber für den Fall, daß die Sowjets in diesem Bereich eine Null-Lösung vorschlügen.

3) Im DIA Intelligence Briefing wurde das gesamte sowjetische SRINF-Dispositiv (SS-12/22, SS-1/Scud-B, SS-21 und FROG) nach Anzahl, Dislozierung, Reichweite usw. vorgestellt und bewertet. (Gesonderte Aufzeichnung durch RL FüS III 5[12] folgt.) Der DIA[13]-Schlußbewertung „the SRINF Missiles could cover some targets of the SS-20" haben wir widersprochen mit der Begründung, daß die Masse der Allianzschlüsselpunkte (Gefechtsstände, Flugplätze, Depots usw.) besonders in Mitteleuropa in Reichweite nicht nur der SS-12/22 und -23, sondern auch der Scud-B läge. DIA-Briefer erklärte, daß seine Bewertung sich zunächst nur auf die vergleichsweise geringe Anzahl der SS-12/22-Gefechtsköpfe (circa 100 gegenüber 1300 SS-20) bezogen hätte, räumte aber ein, daß ebenfalls die Scud-B NATO-Schlüsselpunkte in Mitteleuropa bedrohe.

[gez.] Hartmann

Anhang:

Federal Chancellor Kohl has stated our position in a letter to President Reagan of 14 February 1986 as follows:

12 Lühr-Onno Oldigs.
13 Korrigiert aus: „DIS".

„Such a request (i.e., the right to demand to ‚convert' the reduced Pershing II into Pershing I) would not be understood in our public opinion and would run the risk to cast doubt on our backing of the NATO-doubletrack-decision[14]."

VS-Bd. 11370 (220)

89

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Schloß Chambord

28. März 1987[1]

Am Samstag, den 28. März 1987, traf der Bundeskanzler im Schloß Chambord mit Präsident Mitterrand zusammen. Es wurde ein etwa 1 1/2-stündiges Gespräch geführt, an das sich ein Arbeitsmittagessen anschloß. Das Gespräch wurde bei einem Spaziergang fortgesetzt.

Präsident *Mitterrand* betonte einführend, daß im Mittelpunkt des Gesprächs Fragen der Abrüstung und europäische Fragen stehen sollten. Es stünde eine Reihe von Begegnungen mit dem Bundeskanzler bevor, die er vorschlage, schon jetzt anzukündigen. Es handele sich um das Treffen in Berlin am 11. Mai[2], die deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Mai 1987 in Paris[3], die beiden Treffen im Juni beim Wirtschaftsgipfel in Venedig[4] und dem Europäischen Rat in Brüssel[5] sowie der gemeinsame Manöver-Besuch am 24. September 1987[6].

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß auch die inoffiziellen Begegnungen weitergeführt werden sollten, und lud den Präsidenten in die Bundesrepublik Deutschland ein. Ein solches Treffen könne im Herbst stattfinden.

14 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 30. März 1987 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor Teltschik und Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung" geleitet.
Hat Teltschik vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1987.

2 In Begleitung von Bundeskanzler Kohl besuchte Staatspräsident Mitterrand am 11. Mai 1987 Berlin (West).

3 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.
Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 9. Juni 1987 in Venedig vgl. Dok. 166.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 vgl. Dok. 193.
Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 30. Juni 1987 in Brüssel vgl. Dok. 189.

6 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz", die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

Der *Präsident* nahm diese Einladung an und fuhr fort, er habe den Quai erklären lassen, daß er sich freuen würde, einen Staatsbesuch in Deutschland zu machen. Er denke an einen Termin in den letzten drei Monaten des Jahres.[7] Der Staatsbesuch könne sich auf etwa zwei Tage erstrecken. Vor Ablauf seiner Amtszeit wolle er, nachdem er 15 bis 20 Staatsbesuche gemacht habe, auch der Bundesrepublik Deutschland einen solchen Besuch abstatten.

Der *Bundeskanzler* betonte, daß der Präsident herzlich willkommen sei. Er werde mit dem Bundespräsidenten sprechen. Der Bundeskanzler schilderte die Lage in Deutschland. Er sei im großen und ganzen zufrieden. Die wirtschaftliche Lage sei besser, als viele das geglaubt hätten. Auf einigen Feldern gebe es Probleme, z. B. in der Werftindustrie und bei der Kohle. Die Kohle sei der einzige Rohstoff, über den wir verfügten. Eine ganze Region sei durch die Kohle geprägt. 160 000 Bergarbeiter arbeiteten noch unter Tage, davon 73 % Ausländer. Ein weiteres Problemfeld sei die Stahlindustrie. Die EG sei in ihrer Stahlpolitik nicht konsequent. Es gebe zu viele Subventionen, wogegen man mit betriebswirtschaftlichen Methoden nicht ankämpfen könne. Das größte Problem sei allerdings die Landwirtschaft. Es brauche drei bis fünf Jahre, bis eine Umstrukturierung erreicht sei. Er glaube, dies sei auch das wichtigste Problem zwischen Deutschland und Frankreich. Die Standpunkte müßten sich hier aufeinander zubewegen. Die Beamten seien ja bereits zu Erörterungen dieser Frage zusammengetroffen.[8] Er wolle sich selbst darum kümmern, daß eine Lösung in naher Zukunft zustande komme.

In den nationalen Fragen sei der Konsens im Deutschen Bundestag leider zurückgegangen. Die Kombination SPD/Grüne führe zu der absurden Lage, daß die Grünen die SPD bestimmten. Ein Konsens sei in der Abrüstungsfrage dringend erforderlich. Jetzt müsse man zunächst einmal abwarten, wie die SPD sich nach Brandt entwickele. Brandt habe ein solches Ende nicht verdient.[9] Vielleicht habe er den richtigen Zeitpunkt verpaßt. Aber er, der Bundeskanzler, glaube, man werde in einem Jahr merken, welche Integrationskraft Brandt hatte. In der SPD werde es noch große Unruhen geben. Er selbst sei zufrieden; er verfüge im Bundestag über eine komfortable Mehrheit. Er glaube, er habe den Rücken innenpolitisch etwas frei. Deshalb wolle er sich jetzt stärker der Europa-, der Außen- und der Sicherheitspolitik widmen.

7 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 19. bis 22. Oktober 1987 zum Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 294.

8 Zu den deutsch-französischen Konsultationen über Agrarfragen vgl. Dok. 73, Anm. 20.

9 Zu dem am 23. März 1987 angekündigten Rücktritt des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt vom SPD-Parteivorsitz wurde in der Presse berichtet: „Früher als geplant hat der SPD-Vorsitzende Brandt eine seit längerem schwelende Führungskrise zu beenden gesucht und am Montag nachmittag während der Parteivorstandssitzung nach dem Verzicht der von ihm vorgeschlagenen Pressesprecherin Mathiopoulos seinen Rücktritt angekündigt. Er bleibt noch bis zu einem Sonderparteitag im Juni an der Spitze der von ihm seit 1964 geführten Partei. Dann soll der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Vogel, zu seinem Nachfolger gewählt werden. […] Der Rücktrittsentschluß wurde von Brandts Stellvertreter Rau am Montagabend bekanntgegeben. Zur Begründung habe Brandt gesagt, ‚daß er angesichts der öffentlich geführten Diskussion, für welche die Reaktion auf die vorgesehene Besetzung des Pressesprechers der SPD nur ein Symptom' sei, nicht die Absicht habe, seine Aufgabe als Parteivorsitzender bis zum Ende seiner Wahlperiode zu erfüllen." Vgl. den Artikel „Brandt tritt vom SPD-Vorsitz zurück. Vogel als Nachfolger nominiert"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. März 1987, S. 1 f.

Der *Präsident* betonte, er habe sich über den Erfolg des Bundeskanzlers bei den Wahlen gefreut.[10] Er unterstrich die freundschaftlichen Beziehungen zu dem Bundeskanzler und das Verständnis bezüglich gewisser Probleme und Ziele wie Abrüstung und europäische Fragen. Er vertraue dem Bundeskanzler voll und könne offen mit ihm reden. Ein solches Vertrauensverhältnis gebe es nicht oft in der Politik.

Der *Bundeskanzler* bestätigte dies.

Der *Präsident* fuhr fort, es sei für ihn eine Garantie für das Fortbestehen der guten deutsch-französischen Beziehungen, zu wissen – unabhängig davon, ob er noch im Amt sei oder nicht –, daß die Bundesrepublik Deutschland noch lange von dem Bundeskanzler regiert werde.

Der Bundeskanzler habe das Problem der Landwirtschaft erwähnt. Er sei hierüber beunruhigt. Man gehe in einer schwierigen Situation in den nächsten Europäischen Rat. Deshalb müßten sich beide Länder einer gemeinsamen Disziplin unterwerfen. Andererseits gebe es konkrete Probleme zu berücksichtigen, die die Lösung schwierig machten. In der Frage der Preise bezüglich landwirtschaftlicher Produkte gebe es einen Riß, der quer durch die französische Regierung gehe. Einige Regierungsmitglieder suchten ein ausgewogenes Arrangement; andere vertreten einen maximalistischen Standpunkt. Er glaube, der Landwirtschaftsminister[11] habe seine Position durch die Kommission noch sich verstärken gesehen. Dies scheine ihm, Präsident Mitterrand, nicht vernünftig. Auch der Außenminister[12], der Europaminister[13] und der Wirtschaftsminister[14] hielten eine solche Position nicht für vernünftig. Aber der Premierminister[15] sowie die Mehrheit seien eher Anhänger der maximalistischen Position. In diese Richtung sei die letzte Abstimmung gegangen. Er sei hierüber besorgt. Die Angelegenheit komme erst im Laufe der kommenden Woche offiziell auf die Ebene des Staatspräsidenten. Die jetzige Mehrheitsposition der Regierung werde die Spannungen erhöhen. Er wolle damit nicht sagen, daß die deutsche Haltung richtig sei. Aber mit einer reinen Kontra-Haltung könne kein Ergebnis erzielt werden. Dann bestehe die Gefahr, daß man sich der Meinung des Europäischen Rats als Schiedsrichter unterwerfen müsse. Dies sei eine schlechte Sache. Er sei aber noch nicht offiziell befaßt und habe daher auch noch keinen Kontakt mit der Regierung aufnehmen können. Deshalb könne man heute in dieser Frage nicht vorankommen. In der kommenden Woche werden ihm jedoch die Akten vorliegen, und er werde Stellung nehmen.

Der *Bundeskanzler* wies auf zwei große Themenbereiche hin, in denen eine besonders enge Abstimmung wichtig sei. Dies seien die Außen- und Sicherheitspolitik – einschließlich der Entwicklung in der Sowjetunion – und Europa. Er halte es für sehr wichtig, daß M. Attali und MD Teltschik eng und diskret zusammenarbeiteten. Bei Besprechungen, die den Agrarbereich betreffen, könnten evtl. Experten hinzugezogen werden. Die deutsch-französische Bindung sei

10 Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.
11 François Guillaume.
12 Jean-Bernard Raimond.
13 Bernard Bosson.
14 Édouard Balladur.
15 Jacques Chirac.

wichtiger denn je für den Rest des Jahrhunderts. Was die Agrarpolitik angehe, unterscheide sich unsere Situation sehr von der französischen. Wir hätten noch 4% Bauern. Diese brauchten wir auch, weil sonst die Landschaft verwahrlose. Es gebe riesige Überschüsse, und die Anzahl der Bauern nehme ab. In der kommenden Woche werde die gesamte Kommission nach Bonn kommen[16], und man werde diese Fragen diskutieren. Die Bauern brauchten drei bis vier Jahre, um sich anpassen zu können. Das Ziel sei es, den bäuerlichen Familienbetrieb zu erhalten. Deutsches Ziel sei es nicht, immer größere Marktanteile für die deutsche Landwirtschaft zu erobern, da wir schon ein wichtiges Industrieland seien. Der Bundeskanzler wolle auch keine Renationalisierung. Es sei ein Problem ganz allgemeiner Natur, daß, wenn die Gemeinschaft alle Politiken zentralisiere, dies nicht funktionieren könne. Man brauche eine föderale Grundstruktur. Die Kommission müsse sich darauf beschränken, den Rahmen zu setzen und die Einhaltung zu überwachen, aber nicht selbst Detailregelungen treffen. Dies sei nicht möglich. Es sei wichtig, sich darüber zu verständigen, wo man in der Landwirtschaftspolitik in vier bis fünf Jahren sein wolle. Er wolle nicht z. B. den Iren etwas wegnehmen; er könne aber nicht in Deutschland Agrarfabriken verhindern, wenn z. B. die Dänen und die Niederländer nicht mitziehen. Es gebe in diesem Zusammenhang noch ein anderes Problem. Das Einkommen der deutschen Bauern sei in den letzten zehn Jahren geringer geworden, während das Einkommen der übrigen Bevölkerung angestiegen sei. Es müsse auf jeden Fall zwischen Deutschland und Frankreich hier eine Verständigung gefunden werden. Auf eine entsprechende Frage des Präsidenten fuhr der Kanzler fort, daß das Zusammentreffen mit der Kommission schon lange verabredet worden sei und nicht im Hinblick auf die jetzt konkret anstehenden Probleme zustande gekommen sei.

Er wolle mit der Kommission über alle Fragen diskutieren. Die Kommission habe eine gigantische Bürokratie. Da seien Impulse besonders wichtig. Im übrigen habe er den Eindruck, wenn man nicht gleich den Vorschlägen der Kommission zustimme, werde man als anti-europäisch abqualifiziert. Für ihn sei klar, daß 1992 der Binnenmarkt erreicht werden müsse.[17] Damit komme auch eine politische Komponente ins Spiel. Die EG könne nicht in dem jetzigen Zustand bleiben. Die politische Integration müsse vorangetrieben werden. Um dies zu erreichen, sei das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich entscheidend. Der Bundeskanzler sprach die in der französischen Öffentlichkeit geäußerten Besorgnisse an, daß die Deutschen evtl. gar nicht Europa wollten oder einen Sonderweg in der Abrüstung gehen würden. Solange er Bundeskanzler sei, werde es so etwas nicht geben. Es müsse aber etwas getan werden, um solchen Meinungen entgegenzutreten. Im letzten halben Jahr sei er sehr mit innenpolitischen Fragen befaßt gewesen. Jetzt gehe es ihm vor allem um zwei Punkte, nämlich um Europa, wobei das Landwirtschaftsproblem nur ein Teil sei. Wenn er das Beispiel einer Medaille wählen wolle, wobei auf der einen Seite der Medaille das deutsch-französische Verhältnis ausgeprägt sei und auf der anderen Seite Europa, so halte er die deutsch-französische Seite dieser Medaille für wichtiger

16 Zur gemeinsamen Sitzung der Bundesregierung und der EG-Kommission am 2. April 1987 vgl. Dok. 92.

17 Vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

als die europäische Seite. Es gebe keine europäische Seite dieser Medaille, wenn es keine deutsch-französische Seite gebe. Um dies irreversibel zu machen, wolle er seine Zeit nutzen. Er wolle den Zug auf ein Gleis stellen, auf dem er auch später weiterfahren müsse. Was die Ostpolitik angehe, so rechne er damit, daß, wenn Gorbatschow bleibe, er auf die Idee kommen werde, mit den Deutschen zu reden und dabei eine Art Rapallo- oder Tauroggen-Gedanken als Köder zu nutzen. Für derartige Versuchungen sehe er bei der deutschen Bevölkerung keine Chance. Im intellektuellen Bereich gebe es aber fellow travellers, die deutschen Neutralismus für möglich hielten. „Die Zeit" gehe immer mehr in Richtung Neutralismus. Ein neues Phänomen sei, daß sowohl im linken als auch neuerdings im rechten Spektrum – nicht die Neonazis – neutralistische Gedanken artikuliert würden. Das sehe man bei der Diskussion um die Änderung der Präambel des Grundgesetzes[18].

Wie die Einheit der Nation hergestellt werden könne, sei völlig offen, sicherlich nicht eine Einheit, wie sie das Bismarck-Reich darstellte. Jetzt aber werde versucht, das europäische Dach wegzunehmen. Dies wäre ein Fehler, wie ihn die Deutschen in den letzten hundert Jahren schon verschiedentlich begangen hätten. Sie säßen wieder zwischen zwei Stühlen. Wie er schon sagte, komme eine solche Entwicklung für ihn nicht in Frage. Es gebe dafür keine Mehrheit, aber man müsse dagegen ankämpfen. Der Bundeskanzler wies zur Beurteilung Gorbatschows auf seine Äußerungen im Bundestag hin[19] und bemerkte, er beobachte Gorbatschow mit skeptischer Sympathie. Bisher habe er nur Worte gemacht, aber noch keine Taten sehen lassen. Er wolle keine demokratische Republik, wie viele meinten, sondern einen leistungsfähigen Kommunismus. Zur Zeit ergieße sich eine ungeheure Welle aus Moskau über die Bundesrepublik Deutschland. Viele Sowjets reisten zu uns, die mit zahlreichen Publizisten redeten, Vorträge hielten usw. Die deutschen Unternehmer seien oft sehr unkritisch und begeistert und lobten Gorbatschow als neuen Menschen. Auch die Rolle der evangelischen Kirche sei undurchsichtig. Die evangelische Kirche sei im übrigen in einer neuen Lage. Früher sei sie fast eine Staatskirche gewesen. Jetzt bildeten die Protestanten zum ersten Mal nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung. Wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Kinderzahl in protestantischen und katholischen Familien verstärke sich diese Entwicklung immer mehr. In der DDR sei sie noch ausgeprägter. Auf 21000 Neugeborene entfielen 14000 Katholiken, und das in der früheren Hochburg des Protestantismus. Für ihn seien jetzt wichtig die Entwicklung in Europa sowie Abrüstung und Entspannung. Die Entspannungspolitik berge auch gewisse Gefahren. Die Menschen fragten sich, wozu man noch die Bundeswehr brauche, wenn Gorbatschow ein friedlicher Mensch sei. Er habe wegen der Geburtenentwicklung die Wehrpflicht erhöhen und mehr Reservisten zu Übungen einziehen müssen.[20] Er glaube, das Wichtigste sei jetzt, klug und gelassen zu sein und eng zusammenzustehen. Die Zeit arbeite für uns.

18 Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

19 Bundeskanzler Kohl äußerte sich unter anderem in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 zu den Reformbemühungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 69.

20 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 25, Anm. 39.

Präsident *Mitterrand* dankte dem Bundeskanzler für seine Ausführungen und bemerkte, er sei ihm mit großem Interesse gefolgt. Der Bundeskanzler habe Recht, wenn er gesagt habe, es gebe Stimmen in Frankreich, die sagten, die Deutschen seien nicht mehr so europäisch wie früher. Die das behaupteten, seien oft selbst keine guten Europäer, und es handele sich um scheinheilige Bemerkungen. Die Mehrheit im Parlament sei wohl nicht mehr so europäisch eingestellt wie früher. Die Bürger seien im Grunde pro-europäischer eingestellt, während das Parlament distanzierter sei. Da das Land europäisch denke, klinge die Sprache, die die Politiker im Munde führten, europäisch. Trotz aller Probleme meine er, daß Fortschritte gemacht werden könnten, z. B. was die Kredite für das Forschungsprogramm angehe. Die französische Regierung habe sich zunächst geweigert, mehr als 3,5 Milliarden ECU zu bewilligen. Jetzt sei sie bei sechs Milliarden angelangt. Also gebe es Fortschritte. Das wirkliche Problem sei die Landwirtschaft. Natürlich wolle er die Interessen der französischen Bauern verteidigen, aber man müsse vernünftig sein. Das Landwirtschaftsproblem bleibe die große Schwierigkeit für die nahe Zukunft. Er freue sich, daß M. Attali und MD Teltschik miteinander diese Fragen besprechen würden. Am besten sei eine Begegnung unmittelbar nach dem Treffen des Bundeskanzlers mit der Kommission.[21]

Der *Bundeskanzler* warf ein, MD Teltschik könne dann auch über seinen Moskau-Besuch[22] berichten.

Präsident *Mitterrand* begrüßte diesen Gedanken und fuhr fort, man müsse die Landwirtschaft zunächst einmal aus dem Gesamtkomplex herausgreifen und besprechen. Im übrigen verlaufe die Entwicklung gut. Deshalb wolle er nicht weiter auf europäische Fragen eingehen.

Der *Bundeskanzler* schlug vor, man solle Druck ausüben, damit die militärische Kooperation sowie die militärpolitische Zusammenarbeit vorankommen. Es könnten hier entschiedenere Fortschritte erzielt werden. Er bat Präsident Mitterrand, seinen Verteidigungsminister[23] entsprechend zu beeinflussen.

Präsident *Mitterrand* sagte dies zu. Jetzt spreche man ja über den Panzerabwehrhubschrauber.[24] Bei den Verhandlungen gehe es jetzt aber wohl mehr

21 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und der Sonderberater des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, Attali, trafen am 6. April 1987 in Bonn und am 10. April 1987 in Paris zusammen. Vgl. dazu ATTALI, Verbatim II, S. 297–299 und S. 302.

22 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, besuchte die UdSSR zusammen mit Ministerialdirigent Kastrup anläßlich der Tagung des „Bergedorfer Gesprächskreises“ am 27./28. März 1987 in Moskau. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 29. März 1987: „MD Teltschik führte am 28.3. ausführliches Gespräch (fast zwei Stunden) mit Woronzow, das in angenehmer Atmosphäre verlief und von sachlicher und interessierter Gesprächsführung auf sowjetischer Seite geprägt wurde.“ Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister habe dargelegt, „der Westen berücksichtige nicht die neue Dynamik sowj[etischer] Außenpolitik. Seinem Eindruck nach würde dies in der Bundesrepublik besser verstanden als in manchen anderen westlichen Staaten. Man wolle sich hier (SU) alter Formen und Methoden entledigen. ‚Es gebe keine Heiligenbilder mehr.‘ Westen müsse mit immer neuen Überraschungen rechnen.“ Weiter informierte Kastl: „W[oronzow] hat mehrfach im Gespräch eindeutig sowj. Bereitschaft erklärt, bei einer Regelung für SRINF zwischen 500 und 1000 km praktisch einseitig die entsprechenden sowj. Systeme abzubauen und zu vernichten, soweit auf westlicher Seite keine entsprechenden Systeme vorhanden sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 929; Referat 213, Bd. 143531.

23 André Giraud.

24 Bundesminister Wörner und der französische Verteidigungsminister Hernu unterzeichneten am 25. November 1983 eine Absichtserklärung zum Bau eines Panzerabwehrhubschraubers (PAH 2).

um die Frage der Verteilung der Aufträge. Was die militärpolitische Zusammenarbeit angehe, so müsse man über den konventionellen Bereich und gleichzeitig auch über den Nuklearbereich sprechen. Im Idealfall sei er sogar für eine deutsch-französische Armee. Es gebe hierfür jedoch Hindernisse, wozu die Erinnerung an den letzten Krieg sowie der Umstand, daß Frankreich eine Nuklearmacht sei, beitragen. Die Sowjetunion beobachte alles argwöhnisch und würde Deutschland und Frankreich daran hindern zu sagen, wir legten alles inklusive des nuklearen Bereichs zusammen. Aber eine ideale Situation bestehe ja nie. Man müsse sich jedoch in dieser Richtung bemühen.

Der *Bundeskanzler* warf ein, es wäre viel gewonnen, wenn man bis Ende des Jahres Fortschritte machen könnte.

Präsident *Mitterrand* stimmte dem zu, zumal er dem Gorbatschow-Vorschlag[25] gegenüber sehr offen sei. Es dürfe nicht der Eindruck vermittelt werden, daß Deutschland und Frankreich ihre Verteidigung aufgeben. Zur Haltung Frankreichs zu dem Gorbatschow-Vorschlag wolle er sagen, daß der erste Reflex französischer Persönlichkeiten eine Zurückweisung der Null-Lösung gewesen sei. Dies sei die Haltung des Ministerpräsidenten, des Verteidigungsministers und von Herrn Barre gewesen. Dann gebe es eine Art von Traum, der besage, Europa brauche keine eigene Verteidigung zu haben und die Pershing II sei der Schlüssel zu unserer Sicherheit. Er könne da sehr klar sprechen, denn er sei ja nach Bonn gekommen und habe im Bundestag sich für die Nachrüstung mit Pershing II ausgesprochen.[26] Er habe dort gesagt, man brauche die Pershing II, weil die Sowjetunion die SS-20 habe. Wenn der SS-20 nichts entgegengesetzt werde, würden die Sowjets weiter aufrüsten. Heute gebe es 260 SS-20 in Europa. Dem stünden nur 108 PII gegenüber. Nicht vergessen werden dürfe, daß die Sowjets über eine erheblich größere Anzahl Raketen kürzerer Reichweite ver-

Fortsetzung Fußnote von Seite 437

Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 122 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 28. November 1983; Referat 012, Bd. 124453.

Ihr folgte am 29. Mai 1984 eine Kooperationsvereinbarung über die Entwicklungsphase. Diese sah für die Bundeswehr ab 1993 212 Hubschrauber vor, die für das Panzerabwehrsystem vom Typ „HOT" und künftige Panzerabwehrflugkörper ausgelegt sein sollten. Für das französische Heer waren ab 1992 75 Hubschrauber in einer Schutz- bzw. Unterstützungsversion sowie ab 1996 140 Hubschrauber mit den Panzerabwehrflugkörpern der dritten Generation (PARS 3) vorgesehen. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 564.

Oberstleutnant i. G. Bühl, Paris, berichtete am 2. März 1987, vorherrschender Eindruck sei, „daß die französische Regierung einen gemeinsamen deutsch-französischen PAH 2 will", das aber „nicht um jeden Preis". Frankreich halte eine „europäische Visionik" für unabdingbar: „‚Man kann sich nicht zugunsten der USA aus der modernsten Technologie abmelden.'" Die französische Rüstungsindustrie habe sich hierfür „mit ihrem ganzen Gewicht" eingesetzt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 476; VS-Bd. 11861 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

Bei ihrem Gespräch am 20. März 1987 einigten sich Bundesminister Wörner und der französische Verteidigungsminister Giraud auf wesentliche Rahmenbedingungen: „volle Nachtkampffähigkeit, zweimotorige Version, Eurovisionik im Mastvisier, Bewaffnung mit PARS 3 (F), HOT/PARS 3 (D). In dem Bestreben, möglichst bis Juli 1987 die Voraussetzungen für Auftragsvergabe zur Entwicklung des PAH 2 zu schaffen, wurde außerdem ein bilateraler, ständiger Ad-hoc-Ausschuß eingerichtet." Vgl. die Aufzeichnung des Referats 209 vom 27. Oktober 1987; Referat 209, Bd. 148873. Vgl. ferner die Gesprächsaufzeichnung; Referat 209, Bd. 148873.

25 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987 vgl. Dok. 60.

26 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 142. Sitzung, S. 8978–8992.

fügten als der Westen. Mit der Null-Lösung hätten die Sowjets das erste Opfer zu bringen. Sie opferten dabei mehr als wir. Wenn sie dabei die Abkoppelung von den USA erreichten, hätten sie ihren größten Erfolg erzielt. Das werde ihnen aber nicht gelingen. Der Westen habe die Null-Lösung vorgeschlagen. Wenn wir nicht riskieren wollten, daß die Sowjets sagen, der Westen wolle keine Abrüstung, müßten wir bei der Null-Lösung bleiben.

Er sei gegen alle Mittelstreckenwaffen sowohl längerer als auch kürzerer Reichweite. Sie fügten den französischen Waffen nichts hinzu, auch nicht die amerikanischen Waffen. Es werde keinen kleinen Nuklearkrieg geben. Wenn es Krieg gebe, werde es einen großen Nuklearkrieg geben. Er habe zu der französischen Regierung gesagt, sie denke an einen Krieg wie 1914. Wenn es eine taktische französische Nuklearrakete gebe, werde sie nicht sehr weit fliegen. Sie werde in Deutschland zu Boden gehen. Solle er, um Deutschland zu retten, Hamburg zerstören und dafür den Dank der Deutschen erwarten? Nach dem Abschuß einer ersten Nuklearrakete werde überall Revolution entstehen. Wenn Hamburg zerstört werde, würden die Sowjets im Gegenzug drei oder vier französische Städte zerstören. Wenn der französische Gegenschlag dann Kiew treffe, werde die Sowjetunion vielleicht Paris, Toulouse, Bordeaux und Lyon zerstören. So sehe das aus, wenn man in den Kategorien von 1914 denke. Dies sei unvernünftig. Er habe zu Präsident Reagan gesagt, selbst wenn wir Mittelstreckenwaffen haben, würden wir sie nicht benutzen. Wenn es zu einem Nuklearkrieg komme, sei die Abschreckungskategorie gescheitert. Inhalt dieser Strategie sei es, einen Krieg zu verhüten. Die Drohung müsse sein, daß ein Krieg total unmittelbar die Sowjetunion treffe.[27] So werde es keinen Krieg geben. Jede andere Überlegung könne nur zu Verrücktheiten führen. Aus diesem Grund sei er für die Null-Lösung. Zu dieser Auffassung gebe es viel Opposition. Er habe mit PM Thatcher diskutiert[28] und ihr ganz klar gesagt, daß die französische Nuklearmacht in den U-Booten liege. Sie seien das zentrale französische System. Frankreich verfüge auch auf dem Plateau d'Albion über 18 Boden-Boden-Raketen, die die Sowjetunion erreichen könnten. Das sei auch ein zentrales System. Was sollten die sog. Euromissiles bedeuten? Das sei ein Wort für die Amerikaner. Sie hätten die Möglichkeit zur Flexibilität. Sie könnten zunächst einmal abwarten und sehen, was sich auf dem Kriegsschauplatz entwickle, und dann überlegen, was sie tun sollten. Die Europäer hätten keine Flexibilität; dazu sei keine Zeit. Ihm sei sehr wichtig, daß die zentralen Systeme der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs als die Garanten der Sicherheit dieser vier Länder betrachtet werden. Es gebe allerdings große Unterschiede. Die Russen hätten 10 000 – 11 000 strategische Raketen; die USA ca. 13 000; Großbritannien 90 und Frankreich 150. Die Sowjetunion und die Amerikaner müßten zunächst einmal sehr ernsthaft die Anzahl ihrer Systeme verringern, ehe Frankreich an eine Verringerung seiner 150 Systeme denke.

Der *Bundeskanzler* warf ein: Einverstanden.

27 An dieser Stelle wurde handschriftlich vermerkt: „Das ist de Gaulle!"

28 Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher trafen am 23. März 1987 auf Schloß Bénouville zusammen.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, der stellvertretende sowjetische Außenminister Woronzow sei von Gorbatschow zu ihm gesandt worden.[29] Er kenne Woronzow gut aus dessen Zeit als sowjetischer Botschafter in Paris.[30] Woronzow habe gesagt, Frankreich und Großbritannien müßten eines Tages über die „Euromissiles" diskutieren. Mitterrand habe ihn unterbrochen und darauf hingewiesen, Frankreich liege auf dem gleichen Kontinent wie die Sowjetunion. Deshalb sehe er alle sowjetischen Waffen als „Euromissiles" an, denn sie könnten Frankreich auslöschen. Wenn die SU wirklich wolle, daß Frankreich alle Raketen abbaue, müsse die Sowjetunion dies auch tun. Woronzow habe erstaunt reagiert. Die SU habe sich daran gewöhnt, mit den USA zu diskutieren. Sie unterschieden zwischen Waffen, mit denen sie sich erreichen könnten, und anderen. Er sei für die Null-Lösung bei Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite. Ihr Bleiben würde uns nichts bringen; bei ihrem Verschwinden verliere die Sowjetunion mehr. Warum schlage Gorbatschow die Null-Lösung vor? Wirtschaftliche Gründe seien hierfür maßgebend, denn er wolle die Verhältnisse in der Sowjetunion verbessern. Daran, ob dies gelinge, hänge vielleicht sogar seine eigene Position. Der Vorschlag habe auch strategische Gründe. Der einzig wirkliche Vorteil, den die PII habe, sei, daß sie das sowjetische Territorium in sechs Minuten erreichen könne. Die sowjetischen Raketen könnten das amerikanische Territorium erst innerhalb von 23 Minuten erreichen. Wenn die Amerikaner auf diesen Vorteil verzichten wollten, so sei dies ihre Angelegenheit. Für die Europäer seien die PII kein Vorteil, weil sie den USA die Möglichkeit geben, einen ersten Schlag durchzuführen. Dies sei für Deutschland und Frankreich nicht interessant.

Für Frankreich und Deutschland sei nur eine Situation interessant, in der weder die eine noch die andere Seite einen Erstschlag führen könne. Man müsse dann natürlich noch diskutieren über die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite, die chemischen Waffen und die Verifikation.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, auch über die konventionellen Waffen.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, man könne keine Null-Lösung machen ohne Kontrolle. Man müsse auch schnell zu Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite kommen. Unterhalb einer bestimmten Reichweite von etwa 200 km sei die Frage nicht mehr ganz so wichtig. Von Bedeutung seien die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite, d. h. mit einer Reichweite von 750

29 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen teilte am 12. März 1987 mit, er sei am Rande einer Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in Brüssel von französischer Seite über den Besuch des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenministers Woronzow vom 6. bis 10. März 1987 in Frankreich informiert worden. Im Gegensatz zum sowjetischen Außenminister Gromyko gelte Woronzow dort als „berechenbar und verläßlich". Woronzow sei „im Quai d'Orsay von AM Raimond und Generalsekretär Ross, im Matignon von Bujon de l'Estang empfangen" worden. Im Vordergrund der Gespräche hätten die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, Friedensbemühungen für den Nahen Osten sowie Afghanistan gestanden. Beim Thema Naher Osten habe sich Woronzow „relativ flexibel gezeigt. Dabei wurde sowjetischer Wunsch deutlich, sich im Nahost-Friedensprozeß zu engagieren, jedoch enge Abstimmung mit den arabischen Staaten zu suchen". Zu Afghanistan habe der Besucher die „sowjetische Bereitschaft zum vollständigen Truppenrückzug bekräftigt, andererseits aber deutlich gemacht, daß SU ‚kein zweites Saigon', namentlich kein Blutbad, nach Truppenabzug zulassen werde". Vgl. den Drahterlaß Nr. 2117; VS-Bd. 13003 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

30 Julij Michajlowitsch Woronzow war von 1983 bis 1986 Botschafter in Frankreich.

und mehr Kilometern, weil diese uns unmittelbar erreichen können. Er habe natürlich nichts dagegen, wenn auch die Kurzstreckenraketen verschwinden würden.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, man müsse sehen, daß diese Waffen, ob sie uns gefielen oder nicht, 40 Jahre lang den Frieden erhalten hätten. Er stimme der Auffassung Präsident Mitterrands zu, daß man der Null-Lösung zustimmen müsse.

Der *Präsident* warf ein, die Null-Lösung störe ihn nicht.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu und fuhr fort, die zweite These sei, daß nach Abrüstungsschritten die Kriegsgefahr nicht wieder vorhanden sein dürfe.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß die zentralen Systeme ja noch vorhanden seien.

Der *Bundeskanzler* führte aus, wenn Reagan und Gorbatschow sich im Herbst zum Abschluß eines Abkommens treffen würden, so brauchen die USA noch ein Jahr, bis das Ratifizierungsverfahren durchgeführt, und noch fünf Jahre, bis der Abbau der Raketen vollzogen sei. Entscheidend und wichtig für uns sei, daß sofort mit Verhandlungen über Raketen kürzerer Reichweite begonnen werde. Wir könnten nicht der Sowjetunion mit ihrer Überlegenheit auf diesem und auf konventionellem Gebiet gegenüberstehen und nichts dagegen tun. Er vermute, daß Gorbatschow eine Null-Lösung für Raketen kürzerer Reichweite vorschlagen werde.

Der *Präsident* stimmte dem zu, bezeichnete dies jedoch als schwieriger.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, Gorbatschow werde versuchen, den Bereich der chemischen und konventionellen Waffen herauszuhalten.

Der *Präsident* stimmte auch diesem Gedanken zu und knüpfte an, wir müßten auf diesem Feld etwas tun, wenn der eventuelle Gegner diese Waffen habe. Das Gleichgewicht beruhe darauf, daß die Sowjets und die Amerikaner über eine etwa gleiche Anzahl strategischer Waffen verfügten und die Möglichkeit hätten, sich gegenseitig zu zerstören. Solange diese Zerstörungsmöglichkeit bestehe, gebe es keinen Krieg, wenn die USA bereit seien, das Bündnis zu verteidigen.

Der *Bundeskanzler* warf ein, vor allem, wenn die USA mit ihren Truppen in Europa präsent seien.

Der *Präsident* stimmte dem zu und sagte, die USA müßten mit Menschen und Waffen in Europa präsent sein. Eine erhebliche Zahl amerikanischer Soldaten müsse in Europa bleiben. Dies sei aber die Entscheidung der Amerikaner. Wir müßten 20 Jahre gewinnen und Europa organisieren.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Der *Präsident* unterstrich, daß ein Zeitraum von 20 Jahren die Perspektive sei, die er anvisiere.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, es sei entscheidend, daß Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten sechs Monaten auch gegenüber den USA ganz eng kooperierten.

Der *Präsident* unterstrich, wenn die USA sagten, wir sind die Verbündeten unserer europäischen Freunde, und wenn Deutschland bedroht werde, setzen wir alle unsere nuklearen Waffen ein, dann werde es keinen Krieg geben.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, gerade dies sei das Problem. Die Amerikaner seien weit weg. Präsident Mitterrand kenne sicher den Vorschlag von Senator Nunn[31], der ein sehr fähiger Mann und auch einer der nächsten Präsidentschaftskandidaten sei. Nunn habe gesagt, jetzt müsse die Null-Lösung verwirklicht werden, aber die USA sollten darauf drängen, daß sofort über Raketen kürzerer Reichweite mit dem Ziel verhandelt werde, einen Vertrag abzuschließen, und zwar möglichst während der Zeit, in der das Ratifizierungsverfahren für die Mittelstreckenraketen längerer Reichweite laufe. Falls dies nicht gelinge, müßten die USA das Recht haben, den bis dahin noch nicht abgebauten Teil der Mittelstreckenraketen längerer Reichweite stehen zu lassen, um zu einem Abschluß zu kommen.

Präsident *Mitterrand* faßte zusammen, der Bundeskanzler wünsche einen Erfolg der Verhandlungen über die Null-Lösung, die Sicherstellung der Kontrolle über den Abbau, sofortige Verhandlungen über die Raketen kürzerer Reichweite und die Kurzstreckenraketen. Die US-Streitkräfte sollten in Europa präsent bleiben. Europa solle sich organisieren.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu; Präsident *Mitterrand* stellte fest, man sei einer Auffassung.

Der *Bundeskanzler* machte zum Zeitablauf noch die Bemerkung, eine Null-Lösung werde wohl im Laufe dieses Jahres erreicht werden. Reagan wolle diesen Erfolg in seiner Amtszeit haben. Die Mehrheit im Kongreß wolle auch die Ratifizierung des Abkommens während der Amtszeit von Präsident Reagan. Die Frage sei, wie schnell Verhandlungen über Raketen kürzerer Reichweite durchgeführt werden könnten. Hier dürfe die Sowjetunion nicht auf Zeit spielen. Dies sei die Überlegung von Senator Nunn. Es sei eine wichtige Überlegung, da sonst der Status quo ante wiederhergestellt sei. Hinzu komme, daß man nicht wisse, wer Präsident Reagan nachfolge. Deshalb brauchten wir eine europäische Alternative.

Er habe mit PM Thatcher abgesprochen, ganz engen Kontakt außerhalb der Administration zu halten. Dieser Kontakt solle durch die persönlichen Mitarbeiter der Regierungschefs gehalten werden, damit die Positionen abgestimmt werden könnten. Die USA stünden unter Erfolgsdruck. Vielleicht hätten sie nicht immer die nötige Gelassenheit.

Der *Präsident* bemerkte, da man in den Zielen einig sei, werde man auch Mittel und Wege finden, sie zu verwirklichen.

Bei dem anschließenden Mittagessen wurde zunächst die für später vorgesehene Pressekonferenz besprochen.

Der *Bundeskanzler* wandte sich dann nochmals der Entwicklung in der Sowjetunion zu. Er sei sich nicht sicher über die Chancen Gorbatschows. Er wisse nicht, ob er vorbehaltlos unterstützt werde. Er sehe noch nicht recht, wie Gorbatschow sich durchsetzen werde. Als Beispiel nannte der Bundeskanzler hier den Gedanken, die Parteifunktionäre in geheimer Wahl zu wählen.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß es immerhin innere Entwicklungen im Kommunismus gebe. Im wirtschaftlichen Bereich klappe es jedoch nicht. In

31 Zu den Vorschlägen des amerikanischen Senators Nunn vom 8. März 1987 vgl. Dok. 83, Anm. 3.

der Sowjetunion hätten sich inzwischen die Enkel installiert. Sie seien der Doktrin treu, wollten sich aber nicht die Köpfe einschlagen. Es sei eine Art Versicherung auf Gegenseitigkeit. Die Geschichte zeige, daß, wenn man die Formen ändere, man auch die Inhalte ändere. Die Sowjetunion werde immer ein sehr autoritäres Regime bleiben. Er glaube an seine Fortdauer. Auch die neue Generation wolle an der Macht bleiben. Sie würden jetzt kommunistische Manager.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, vorher müßten viele Funktionäre abtreten.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß diese Bewegung ja schon eingesetzt habe. Er wünsche, daß Gorbatschow bleibe.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu. Das Tempo der Entwicklung dürfe allerdings nicht zu schnell sein. Der Bundeskanzler bemerkte, aus ungarischen Archiven sei publiziert worden, daß zu Beginn der Revolution von 1956 ein Politbüromitglied[32] die Meinung vertreten habe, Ungarn müsse aus dem Warschauer Pakt austreten. Alle anderen Politmitglieder hätten dies zurückgewiesen und die Befürchtung geäußert, die Russen würden in einem solchen Falle einmarschieren. Neun Tage später habe das gesamte Politbüro einstimmig den Beschluß gefaßt, aus dem Warschauer Pakt auszutreten. Prompt seien dann auch die Russen einmarschiert.[33] Er wolle damit sagen, daß Entwicklungen nach dem Satz „die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los" auch in solchen Ländern eintreten könnten. Deshalb sehe er nicht klar, wie es in der Sowjetunion weitergehen werde. In der russischen Geschichte habe es immer wieder den Versuch der Öffnung nach dem Westen gegeben. Er wolle hier nur Peter den Großen und zwei spätere Zaren nennen. Honecker habe die Rede Gorbatschows im ZK[34] nicht publizieren lassen.

Der *Präsident* bemerkte hierzu, man befürchte wohl destabilisierende Wirkungen. Gorbatschow scheine Werte zu haben. Er hinterlasse den Eindruck von Lebenskraft und Klarheit des Geistes. Er sei nicht mit Tschernenko und Breschnew zu vergleichen. Sie seien Maschinen gewesen. Bei Gorbatschow sei dies anders. Andropow habe er nicht gekannt.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, es werde interessant sein zu beobachten, wie sich die Vorgänge in der Sowjetunion z. B. auf Polen auswirkten.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß die ČSSR schon erklärt habe, sie sei völlig mit Gorbatschow einig, und knüpfte daran die Frage, wie der Bundeskanzler Husák beurteile.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete ihn als sehr durchtrieben und intelligent, aber auch verletzlich. Er habe jetzt Gesundheitsprobleme. Er glaube nicht, daß er noch lange an der Macht bleibe. Es gebe aber auch Stalinisten wie z. B. Bilak. Die Tschechoslowaken seien eines der intelligentesten Völker Europas.

Präsident *Mitterrand* bemerkte, es sei schade, ein Volk so immobilisiert zu sehen. Ceauşescu sei kein angenehmer Mann.

32 Korrigiert aus: „Politbüro".

33 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

34 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf der Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 27. Januar 1987 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 329–393.

Der *Bundeskanzler* warf ein, er sei jedoch leicht zu begreifen. Er sei ein als Kommunist verbrämter Condottiere. Nie habe sich ein Zar so aufgeführt wie er. Jetzt begönnen gerade neue Verhandlungen über die Ausreise von deutschen Volkszugehörigen.[35] In Rumänien lebten 180 000 Deutsche. Wir müßten pro Person 45 000–90 000 DM je nach Ausbildungsstand für die Ausreise zahlen.

Präsident *Mitterrand* bemerkte, Jaruzelski sei noch der sympathischste.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete Kádár als den eindrucksvollsten kommunistischen Führer.

Präsident *Mitterrand* meinte, Jaruzelski sei der liberalste.

Der *Bundeskanzler* stimmte zu, daß die persönliche Freiheit in Polen größer als in Ungarn sei.

Präsident *Mitterrand* fragte nach der politischen Entwicklung in Österreich.

Der *Bundeskanzler* äußerte hierzu, die Entscheidung Österreichs für eine Große Koalition[36] sei vernünftig gewesen. Das Wirtschaftsprogramm sei ganz gut und könne nur mit breiter Mehrheit durchgesetzt werden. Österreich befinde sich jetzt wohl in einer ruhigen Zone nach den Kreisky-Gewittern.

Zum Tschad[37] bemerkte Präsident *Mitterrand*, die Lage dort sei taktisch schwierig gewesen. Das Problem bestehe schon seit mehreren Jahren. Man stehe vor der Schwierigkeit, das Scheitern von Gaddafi zu wollen und gleichzeitig die Erinnerung an die Kolonialzeit zu vermeiden. Deshalb habe er zunächst den 16. Breitengrad als Grenze französischer Interventionen festgelegt. H. Habré habe Zeit gehabt, Staat und Armee zu organisieren.

Er sei der einzige Staatsmann, den es im Tschad gegeben habe und gebe. Jetzt sei er über den 16. Breitengrad vorgerückt und habe praktisch fast das ganze Territorium erobert. Frankreich gewährleiste die Logistik. Er sei froh, daß das Prestige von Gaddafi einen Schlag erhalten habe (der Bundeskanzler drückte seine Zustimmung aus). Er glaube, daß Gaddafi Revanchegefühle hege. Ein Fehlschlag nach außen müsse aber auch Auswirkungen im Innern haben.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß Präsident Mitterrand und er selbst gegen den amerikanischen Angriff auf Libyen gewesen seien.[38] Er habe jedoch innenpolitische Wirkungen gezeitigt. Er hätte dies nicht erwartet, sondern eher mit einer stabilisierenden Wirkung gerechnet.

Der *Präsident* stimmte zu, daß die Stellung Gaddafis hierdurch erschüttert worden sei.

Zum Abschluß kam Präsident Mitterrand noch auf das ERASMUS-Projekt zu sprechen. Mit wenig Geld könne man hier viel tun. Wenn Deutschland um 5 bis 10 Millionen[39] erhöhe, könne Frankreich nicht zurückstehen.[40]

35 Zur Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien vgl. Dok. 334.

36 Nach den Parlamentswahlen in Österreich am 23. November 1986 vereidigte Bundespräsident Waldheim am 21. Januar 1987 eine neue Regierung, die sich unter der Führung von Bundeskanzler Vranitzky aus Vertretern der SPÖ und der ÖVP sowie einem parteilosen Minister zusammensetzte.

37 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 63, Anm. 11.

38 Zum Konflikt zwischen den USA und Libyen im April 1986 vgl. Dok. 9, Anm. 7.

39 Korrigiert aus: „Milliarden".

40 Zum Hochschulprogramm ERASMUS vgl. Dok. 73, Anm. 48.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß wir diese Überlegungen anstellten und etwas tun würden. Die Kommission habe diese Sache nicht gut aufgezogen. Er habe die Angelegenheit jetzt an sich gezogen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

90

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-563/87 geheim **31. März 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Unsere Haltung im Falle eines sowjetischen Angebots einer SRINF-Null-Lösung im Reichweitenband 500 bis 1000 km;
hier: Ihr[3] heutiges (31.3.1987) Gespräch mit BK und BM Wörner[4]

Bezug: Ihre Weisung vom 30. März 1987

Anlg.: 1 (SRINF-Kräftevergleich)[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung für Ihr o. a. Gespräch

I. Aktuelles Problem

Das Bündnis fordert für SRINF im Reichweitenband von 500 bis 1000 km (d. h. Reichweitenband, das am unteren Ende die SS-23, am oberen Ende die SS-12/22 erfaßt) Beschränkungen („concurrent constraints") in einem INF-Abkommen. Diese Beschränkungen sollen das Recht beider Seiten auf gleiche globale Obergrenzen anerkennen. Dabei ist bisher noch nicht an eine beiderseitige Null-Lösung gedacht.

Nach amerikanischer Auffassung muß mit dem sowjetischen Angebot einer Null-Lösung für diese SRINF-Kategorie gerechnet werden.

40 Zum Hochschulprogramm ERASMUS vgl. Dok. 73, Anm. 48.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

2 Hat Bundesminister Genscher am 31. März 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 14. Mai 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 15. Mai 1987 erneut vorgelegen.

3 Hans-Dietrich Genscher.

4 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner am 31. März 1987 hieß es in der Presse: „Die Bundesregierung verfolgt weiterhin das Ziel einer Null-Lösung für weitreichende Mittelstreckenwaffen in Europa und wünscht amerikanisch-sowjetische Anschlußverhandlungen über Raketen kürzerer Reichweiten. Diese Festlegungen gehören […] zu den Ergebnissen einer Besprechung, die Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher und Verteidigungsminister Wörner im Kanzleramt über die Sicherheitspolitik geführt haben." Vgl. den Artikel „Bonn: Ziel-Null-Lösung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. April 1987, S. 2.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11360 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

Wir werden von den USA gedrängt, insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Shultz-Besuch in Moskau (13. bis 15. April 1987)[6], unsere Haltung für den Fall eines sowjetischen Null-Angebots zu konkretisieren.

II. Gegenwärtiger Verhandlungsstand

1) Entwicklung der sowjetischen Verhandlungsposition

a) Bis zum 27. Februar 1987:

Grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit, dem SRINF-Problem in einem INF-Abkommen Rechnung zu tragen. Lösungsvorschlag: „Freeze" in Europa auf der Höhe der gegenwärtigen Bestände, d. h. Festschreiben des sowjetischen Übergewichts.

b) Seit 28. Februar 1987[7]:

Abkehr vom Grundsatz der Einbeziehung des SRINF-Problems in ein INF-Abkommen, statt dessen Vorschlag getrennter SRINF-Verhandlungen.

c) Mögliche künftige Position:

Am 3. März 1987 deutete Karpow in Genf im Beisein von Woronzow die Möglichkeit eines sowjetischen Angebots einer SRINF-Null-Lösung für das Reichweitenband 500 bis 1000 km an. Trotz späteren sowjetischen Abrückens von diesem Vorschlag rechnen die USA mit der Möglichkeit, daß dieser Vorschlag AM Shultz bei seinem bevorstehenden Moskau-Besuch unterbreitet wird.

Offen bleibt die konkrete Ausgestaltung eines derartigen sowjetischen Angebots. In Betracht kommende Möglichkeiten sind:

– globale Null-Lösung (eher unwahrscheinlich);
– europäische Null-Lösung ohne Berücksichtigung der deutschen Pershing I;
– europäische Null-Lösung unter Einbeziehung der deutschen Pershing I.

Für die Einbeziehung der deutschen P I kämen wiederum zwei Alternativen in Frage: entweder volle Anrechnung oder „Freeze" auf dem gegenwärtigen quantitativen und qualitativen Stand.

2) Bündnisposition für SRINF im Reichweitenband von 500 bis 1000 km

Für diese SRINF-Kategorie beharrt das Bündnis seit 1981 auf „concurrent constraints" in einem INF-Abkommen, mit denen das Recht auf gleiche globale Obergrenzen auf der Höhe des gegenwärtigen sowjetischen Bestands oder niedriger festgeschrieben werden soll. An eine Null-Lösung ist dabei bisher noch nicht gedacht. Diese Position fand ihren Niederschlag in Artikel IV des amerikanischen INF-Vertragsentwurfs.[8]

III. Unsere Interessenlage/Option für unsere Haltung

1) Unsere allgemeine Interessenlage

a) Militärstrategische Überlegungen

BM Wörner wird voraussichtlich darauf hinweisen, daß im Bereich zwischen nuklearen Gefechtsfeldwaffen und strategischen Systemen der USA kein nuklea-

6 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.
7 Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987; Dok. 60.
8 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

res Vakuum entstehen dürfe. Insbesondere nach einer LRINF-Null-Lösung werde es erforderlich sein, daß dem Bündnis glaubwürdige Nuklearoptionen zur Verfügung stehen, die sowohl das Kontinuum der Abschreckung als auch die Koppelung zu den strategischen Systemen der USA sicherstellen. Hierzu seien auch ballistische SRINF-Systeme erforderlich (aufgrund ihrer Penetrationsfähigkeit sowie der Möglichkeit ihres selektiven Einsatzes und der schnellen Bekämpfung zeitkritischer Ziele). Speziell aus deutscher Sicht bestehe ein Interesse daran, daß die Reichweite solcher Systeme möglichst weit über die Ostgrenze der DDR hinausreiche.

[9]Demgegenüber wäre allerdings darauf hinzuweisen, daß im Fall einer SRINF-Null-Lösung im Reichweitenband von 500 bis 1000 km

- die gegenwärtige sowjetische Bedrohung in dieser SRINF-Kategorie beseitigt würde,
- die Möglichkeit der Umgehung eines LRINF-Abkommens weitgehend ausgeschlossen wäre,
- die erwartete künftige konventionelle Bedrohung durch zahlreiche zielgenaue sowjetische SRINF jedenfalls in diesem Reichweitenband verhindert würde,
- der Westen im Reichweitenband unterhalb 500 km im Prinzip weiterhin freie Hand behielte.

In diesem Zusammenhang ist ferner von Bedeutung, daß es bisher weder auf nationaler Ebene noch im Bündnis gelungen ist, den abstrakt formulierten militärstrategischen SRINF-Bedarf in konkrete, quantifizierbare militärische „requirements“ umzusetzen.

b) Politische Überlegungen

Für eine positive Antwort auf ein sowjetisches SRINF-Null-Angebot spräche, daß sich unserer Öffentlichkeit gegenüber kaum überzeugende Argumente für eine Ablehnung finden ließen:

Konkrete Folge der Verwirklichung des potentiellen sowjetischen SRINF-Angebots wäre eine einseitige sowjetische Abrüstung (falls deutsche PI nicht einbezogen) oder jedenfalls eine überwiegend sowjetische Abrüstung (bei Einbeziehung deutscher PI, vgl. Anlage). Ein Verzicht auf dieses Angebot ließe sich nicht mehr mit einem generellen Hinweis auf das Ziel gleicher Obergrenzen erklären, zumal wir dieses Ziel in erster Linie unter Hinweis auf das sowjetische Übergewicht begründet haben. Im übrigen kann auch Null eine gleiche Obergrenze sein. Es müßte konkret [10]dargelegt werden, weshalb gleiche Obergrenzen oberhalb Null unserer Sicherheit mehr dienen als einseitige sowjetische Abrüstungsschritte. Das Thema „SRINF-Nachrüstung“ ließe sich nicht mehr umgehen.

Umgekehrt wäre im Falle SRINF-Null dieses Thema und damit auch die Konversionsfrage vom Tisch.

Vor diesem Hintergrund war auf der SCG-Sitzung am 27. März 1987 in Brüssel[11] unter den Bündnispartnern bereits ein allgemeiner Trend dahingehend erkenn-

9 Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 14.
10 Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 15.
11 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) vgl. Dok. 88.

bar, daß eine Ablehnung von „concurrent constraints“ auf Null-Niveau kaum in Frage käme (Frankreich ist in der SCG nicht beteiligt).

2) Konkrete Optionen für unsere Haltung

Für unsere Antwort auf das mögliche sowjetische Angebot kommen grundsätzlich vier Alternativen in Betracht:

a) Beharren auf der gegenwärtigen Bündnisposition, d. h. gleiche globale Obergrenzen oberhalb Null.

Diese Alternative scheidet aus den zuvor dargelegten allgemeinen politischen Erwägungen wohl aus.

b) Verzicht auf „concurrent constraints“ in einem INF-Abkommen und Verlagerung des Problems auf Folgeverhandlungen.

Diese Alternative hätte den Vorteil, daß die Entscheidung über einen Verzicht auf amerikanische SRINF im Reichweitenband von 500 bis 1000 km aufgeschoben wäre.[12]

Dem stünden jedoch gravierende Nachteile gegenüber:

– Diese Alternative hieße Aufgabe der langjährigen Bündnisposition, die zuletzt am 27. März von Präsident Reagan bestätigt wurde, wonach ein INF-Abkommen SRINF-Beschränkungen enthalten muß.[13]
– Sie wäre wie Alternative a) gegenüber der Öffentlichkeit schwer verkäuflich. (Warum Verzicht auf sowjetische Abrüstung?)
– Sie wäre militärstrategisch gefährlich. (Umgehungsmöglichkeit eines LRINF-Abkommens durch unkontrollierten Aufwuchs sowjetischer SRINF-Systeme, insbesondere der SS-12/22.)
– Sie wäre verhandlungstaktisch ungeschickt. (Welcher Hebel stünde dem Westen in Folgeverhandlungen zur Verfügung? Neuer Doppelbeschluß?)

c) Unterstützung einer SRINF-Null-Lösung unter der Bedingung, daß ihre Implementierung die Herstellung konventioneller Stabilität voraussetzt.

Diese Alternative hätte

– politisch den Vorteil eines positiven Eingehens auf das denkbare sowjetische Angebot,
– militärstrategisch den Vorteil, daß wir uns die Möglichkeit künftiger Verteidigungsentscheidungen im gesamten SRINF-Bereich offenhielten.

Auch hier blieben jedoch schwerwiegende Bedenken:

– Es würde sich wieder das politische Problem stellen, das Paradoxon eines jedenfalls temporären Verzichts auf sowjetische Abrüstung zu erläutern.
– Verhandlungstaktischen Druck bei KRK könnte diese Position wohl nur dann entfalten, wenn sie durch eine SRINF-Nachrüstungsentscheidung politischen „Biß“ erhielte.

12 Ende der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 15.

13 Präsident Reagan gab am 27. März 1987 eine Erklärung zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf ab, insbesondere zu den INF-Verhandlungen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 298–300. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 269–271.

– Das vom Bündnis insgesamt und von Ihnen persönlich konsequent abgelehnte Junktim zwischen einem INF-Ergebnis und konventioneller Stabilität würde auf einem Umweg doch noch eingeführt.
– Falls die Feststellung konventioneller Stabilität dem künftigen Ermessen beider Seiten anheimgestellt würde (eine andere Möglichkeit käme wohl nicht in Betracht), so bliebe die Implementierung der SRINF-Null-Lösung für die überschaubare Zukunft ausgeschlossen, so daß letztlich der militärstrategische Nachteil der etwaigen Umgehung eines INF-Abkommens wieder zum Tragen käme.

d) Unterstützung einer SRINF-Null-Lösung im Reichweitenband von 500 bis 1000 km unter gleichzeitigem Hinweis darauf, daß
– damit keine Präzedenzregelung für SRINF bis zur Reichweite von 500 km getroffen würde,
– hinsichtlich letzterer SRINF-Kategorie ein untrennbarer Zusammenhang zur Frage der konventionellen Stabilität bestünde.

Militärstrategischer Nachteil dieser Position wäre der definitive Verlust ballistischer nuklearer Optionen oberhalb der Reichweite von 500 km, der durch das ausdrückliche Offenhalten künftiger Optionen unterhalb von 500 km nur bedingt kompensiert würde.

Dem stünden folgende Vorteile gegenüber:
– in militärstrategischer Hinsicht weitgehender Ausschluß der Umgehung eines INF-Abkommens sowie der erwarteten künftigen konventionellen ballistischen Bedrohung (vgl. oben Seite 4[14]);
– in politischer Hinsicht kein Glaubwürdigkeitsproblem gegenüber der Öffentlichkeit sowie Erledigung der Konversionsproblematik (vgl. oben Seite 5[15]);
– klare Festlegung einer Trennlinie, unterhalb derer der von uns und unseren engsten europäischen Verbündeten abgelehnte Prozeß der Denuklearisierung Europas begänne; damit Abwehr der Gefahr, uns mit weiteren, für unsere Sicherheit unakzeptablen Null-Lösungs-Angeboten auseinandersetzen zu müssen, d. h. Bewältigung eines latenten bündnis- und europapolitischen Konfliktstoffes.[16]

Die Frage einer Einbeziehung der deutschen Pershing I in eine SRINF-Null-Lösung, die im Falle der Alternativen a) bis c) von untergeordneter Bedeutung wäre, erhielte einen höheren Stellenwert: In militärstrategischer Hinsicht wäre eine SRINF-Null-Lösung oberhalb 500 km eher zu „verkraften", wenn die deutschen PI erhalten blieben. Allerdings ist hierbei zu bedenken, daß diese Systeme wohl nur nach Modernisierung[17] für selektive Optionen nutzbar

14 Vgl. Anm. 9.
15 Vgl. Anm. 10 und 12.
16 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Alternative d) stünde auch im Einklang mit Formulierung BK in Brief an P[räsident] Reagan vom 14.2.86: ‚M. E. entspricht es weit mehr der Logik der westlichen Rüstungskontrollpolitik, daß der Westen im Bereich der Flugkörper kürzerer Reichweite das Recht beansprucht, sowjetische Überlegenheit in geeigneter Weise auszugleichen, wenn dies nicht durch Reduzierungen erreichbar ist.'"
Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan vgl. Dok. 64, Anm. 14.
17 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

wären, eine dementsprechende Modernisierung jedoch aus politischen und technischen Gründen wohl nur schwerlich in Frage käme. Politisch müßten wir uns durch die Übernahme erhöhter nuklearer Verantwortung exponieren, technisches Problem wäre die voraussichtliche Schließung der SRINF-Produktionslinien für Systeme oberhalb der Reichweite von 500 km in den USA (so Glitman am 30. März in Bonn[18]).

IV. Die Meinungsäußerung des Bundeskanzlers gegenüber Präsident Reagan wird die amerikanische Haltung in der Substanz weitgehend bestimmen, weil wir als Hauptbetroffene sowohl in sicherheitspolitischer als auch in rüstungskontrollpolitischer Hinsicht angesehen werden.

Die amerikanische Linie für die Gespräche von AM Shultz in Moskau wird laut Aussage Glitmans am 30. März 1987 in Bonn im Laufe dieser Woche in Washington festgelegt. Falls wir unsere Interessen zur Geltung bringen wollen, müßte der Bundeskanzler in den nächsten Tagen an Präsident Reagan schreiben.[19]

Die an sich wünschenswerte Abstimmung mit unseren britischen und französischen Partnern ist vor einem Brief des BK praktisch nicht mehr durchführbar. Deshalb empfiehlt es sich, die europäischen Bündnispartner über dieses Schreiben zu unterrichten und alle Möglichkeiten zu nutzen, sich nachträglich mit ihnen abzustimmen. Gelegenheit dazu bietet

– die Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses am 3.4.1987 in Paris (von deutscher Seite: D 2[20], StS Rühl, Admiral Wellershoff)[21];
– die Absprache BK/MP Thatcher[22] zu einer gemeinsamen Erörterung D–F–GB zu nutzen.[23] Wir sollten uns dabei allerdings für die Erweiterung durch

18 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher legte der amerikanische Sonderbotschafter Glitman dar: „Während dem sowjetischen Vorschlag, die SRINF-Problematik vollständig separaten Verhandlungen zu überlassen, leicht zu entgegnen sei und auch der frühere sowjetische Vorschlag eines ungleichen gegenseitigen ‚freeze' ohne Schwierigkeiten zurückgewiesen werden könne, sei dem Vorschlag einer Null-Lösung für SRINF im Reichweitenband von 500 bis 1000 km nicht so einfach zu begegnen." Genscher führte dazu aus, „daß auch er damit rechne, daß die Sowjets diesen Vorschlag vorlegen würden. Die Frage sei nur wann." Auf die Bemerkung des amerikanischen Botschafters Burt, daß die UdSSR „sicher auf Einbeziehung der ‚deutschen' P I bestehen werde", antwortete Genscher, „daß er nicht sicher sei, da SU wisse, daß P I ein veraltetes System sei". Glitman stimmte zu und legte weiter dar: „Im Falle einer Null-Lösung für SRINF im Reichweitenband von 500 bis 1000 km wären die USA gezwungen, die ‚production line' zu beseitigen". Burt bemerkte dazu: „Die Frage sei in der Tat, wo die Grenze zu ziehen sei. Je tiefer man in der Reichweite gehe, desto schwieriger würden die politischen und militärischen Probleme für die Bundesrepublik Deutschland, da man dem Gefechtsfeld immer näher komme." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11360 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

19 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. April 1987 an Präsident Reagan vgl. Dok. 100.

20 Hermann Freiherr von Richthofen.

21 Bei der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung gehörten zu den Hauptthemen die politisch-strategische Kooperation, die weitere Zusammenarbeit in der WEU, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, das europäische Kräfteverhältnis im konventionellen Bereich, die militärische Zusammenarbeit, Fragen der Interoperabilität in der Gefechtsführung, die Zusammenarbeit in der Ausbildung, Fragen der erweiterten Luftverteidigung sowie der Rüstungskooperation und die Krisenplanung. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Stackelberg vom 6. April 1987; VS-Bd. 12086 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

22 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 23. März 1987 vgl. Dok. 79.

23 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, der Sonderberater des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, Attali, und der außenpolitische Berater von Premierministerin Thatcher, Powell, trafen am 10. April 1987 in Paris zusammen. Vgl. dazu ATTALI, Verbatim II, S. 302.

Italien einsetzen, weil Rom in dieser Frage potentieller Verbündeter für uns ist.

D2 hat mitgezeichnet.

Holik

VS-Bd. 11360 (220)

91

Gespräch der Staatsministerin Adam-Schwaetzer mit dem Kommandanten des afghanischen Widerstands, Haq

340-321.30 AFG **1. April 1987**[1]

Gesprächsvermerk (von Frau Staatsministerin noch nicht genehmigt)

Frau Staatsministerin mit der Bitte um Billigung vorgelegt.

Betr.: Gespräch mit Abdul Haq, einem der Kommandanten des afghanischen Widerstandes, in Bonn am 1.4.1987

Gesprächsdauer: 17.15–17.50 Uhr

Abdul Haq war von Herrn Hemat (Afghanistan-Nothilfe) begleitet, der als Dolmetscher fungierte. Zwei weitere afghanische Begleiter Abdul Haqs beteiligten sich am Gespräch nicht.

Frau *StMin* hieß Abdul Haq und seine Begleitung in der Bundesrepublik Deutschland willkommen. Die deutsche Haltung in der Afghanistan-Frage sei gekennzeichnet von der Verurteilung der sowjetischen Invasion[2], der Sympathie um die Bemühungen des afghanischen Volkes, sein Selbstbestimmungsrecht wiederzuerlangen, und der Solidarität mit den afghanischen Flüchtlingen, für die die humanitäre Hilfe fortgesetzt werde.[3] Die Bundesregierung verfolge mit großer Aufmerksamkeit die laufenden indirekten Gespräche unter Vermittlung von Cordovez in Genf.[4] Sie seien ein wichtiges Zeichen für die Bemühungen der

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Adt am 2. April 1987 gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Zenner am 6. April 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Elias vorgelegen.

2 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

3 Legationsrat I. Klasse Zenner vermerkte am 9. Dezember 1987, daß sich die Leistungen der Bundesregierung zugunsten afghanischer Flüchtlinge von 1980 bis Ende 1986 auf rund 308 Mio. DM summierten. Vgl. dazu Referat 340, Bd. 144618.

4 Seit 16. Juni 1982 fanden in Genf unter der Leitung des VN-Sonderbeauftragten Cordovez „indirekte" Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan zur Beendigung des Afghanistan-Konflikts statt. Die am 25. Februar 1987 wieder aufgenommenen Gespräche wurden am 9. März 1987 erneut unterbrochen. Botschafter Lautenschlager, New York (VN), gab am 10. März 1987 Informationen über eine Pressekonferenz von Cordovez am selben Tag in Genf wieder. Dabei habe Cordovez ausgeführt, „daß die nunmehr abgeschlossene Gesprächsrunde, in deren Mittelpunkt die Frage des Zeitplans für einen Truppenrückzug stand, schwierig, aber ermutigend verlaufen sei. Die unterschiedlichen

interessierten Seiten, eine politische Lösung des Afghanistan-Problems zu suchen. Die Bundesregierung hoffe, daß die Gespräche eine Lösung bringen würden, der das ganze afghanische Volk zustimmen könne.

Abdul Haq äußerte seine Skepsis gegenüber den Cordovez-Gesprächen. Die Sowjetunion habe den angestrebten militärischen Erfolg in Afghanistan nicht erreicht. Jetzt versuche sie, ihr Ziel – die endgültige Beherrschung Afghanistans – in Genf auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Wenn es der Sowjetunion mit einer politischen Lösung ernst sei, solle sie bedingungslos abziehen und den Afghanen die Bestimmung ihres künftigen Schicksals überlassen.

In Genf verhandelten in Wirklichkeit nur Pakistan und die SU, und da ginge es nicht so sehr um Afghanistan, sondern um die Bereinigung des pakistanisch-sowjetischen Verhältnisses.

Frau *StMin* entgegnete, ein vollständiger Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan sei auch das Ziel der Bundesregierung. In diesem Zusammenhang verurteile sie auch die Übergriffe auf pakistanisches Territorium und afghanische Flüchtlingslager in Pakistan, die von afghanischen Regierungsstreitkräften ausgingen.[5]

Im übrigen sei die Bundesrepublik Deutschland in Genf nicht direkt beteiligt. Die Frage nach einer Teilhabe aller relevanten Kräfte an den Genfer Gesprächen sei aber nach ihrer persönlichen Ansicht berechtigt. Friede könne in Afghanistan nur erreicht werden, wenn alle Gruppen des afghanischen Volkes einer Lösung zustimmen könnten. Daher müsse die Beteiligung an den Lösungsbemühungen möglichst breit sein.

Abdul Haq entgegnete, Pakistan stehe unter starkem Druck der SU, und in diesen Zusammenhang gehörten auch der indisch-pakistanische Grenzkonflikt[6],

Fortsetzung Fußnote von Seite 451

Zeitvorstellungen beider Seiten, die zu Beginn der Runde noch 32 bis 33 Monate auseinandergelegen seien, hätten sich bis auf eine Differenz von weniger als einem Jahr angenähert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 476; Referat 340, Bd. 144628.

Am 13. März 1987 präzisierte Lautenschlager nach einem Gespräch mit einem an der Gesprächsrunde in Genf beteiligten Angehörigen des VN-Sekretariats seinen Bericht dahingehend, daß in der Frage des Zeitplans für den Truppenabzug von pakistanischer Seite sieben und von afghanischer Seite 18 Monate vorgeschlagen worden seien. Lautenschlager wertete dies als Fortschritt: „Pakistan, das mit den USA zunächst ein Angebot von sechs Monaten vereinbart habe, sei darüber hinausgegangen (wenngleich die SU mit zehn Monaten gerechnet habe und fest davon überzeugt sei, daß das darunterliegende pakistanische Angebot auf entsprechendem US-Druck beruhe). Andererseits sei auch Kabul, nachdem Schewardnadse vor kurzem noch 22 Monate genannt hatte, weiter entgegengekommen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 520; Referat 340, Bd. 144628.

5 Oberstleutnant i. G. Werner, Islamabad, berichtete am 29. März 1987: „Die Lage an der pakistanisch-afghanischen Grenze in den Gebieten Kurram Agency, North Waziristan und South Waziristan […] hat sich in den vergangenen Wochen laufend verschärft. Grenzverletzungen und Luftangriffe durch afghanische (und/oder sowjetische) Luftfahrzeuge gegenüber Pakistan haben ein bisher nicht gekanntes Ausmaß angenommen." Vgl. den Einzelbericht Nr. 13; Referat 340, Bd. 144638.

6 Seit der Unabhängigkeit Pakistans und Indiens am 14. bzw. 15. August 1947 erhoben beide Staaten Ansprüche auf den Fürstenstaat Jammu und Kaschmir. Nach Ausbruch von militärischen Auseinandersetzungen im Oktober 1947 endete der erste Kaschmir-Krieg nach Vermittlung der Vereinten Nationen am 1. Januar 1949 mit einem Waffenstillstand. Indien kontrollierte seitdem den größeren Teil des Gebiets. 1965 kam es zu einem weiteren indisch-pakistanischen Krieg, der jedoch keine territorialen Veränderungen nach sich zog. Nachdem Indien Ostpakistans Unabhängigkeitsstreben im Bangladesch-Krieg von 1971 gegen Westpakistan auch als Kriegspartei unterstützt hatte, einigten sich Indien und Pakistan im Abkommen von Simla am 2. Juli 1972 auf die Beibehaltung der Waffenstillstandslinie und die Regelung künftiger Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Weg. Dennoch kam es im Grenzgebiet seither immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Unruhestiftung im Inneren Pakistans und die Verschärfung der Lage in den afghanisch-pakistanischen Grenzgebieten. Er fürchte, daß Pakistan unter diesem Druck letztlich nachgeben werde. Er habe Bedenken, daß Pakistan und die USA Afghanistan bereits im Grunde aufgegeben hätten und es jetzt nur noch um die Konsolidierung Pakistans gehe. Deshalb brauche der afghanische Widerstand die Unterstützung auch anderer Länder der freien Welt und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland. Ein Sieg der sowjetischen Politik in Afghanistan werde die ganze Region gefährden.

Frau *StMin* antwortete, sie stimme nicht in allen Punkten mit den eben geäußerten Auffassungen überein. Solche Überlegungen, wie von Abdul Haq angesprochen, gebe es zwischen Pakistan und den USA sicherlich nicht. Die gesamte freie Welt sei sich in der Forderung nach Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts der Afghanen einig. Dies sei auch in den jüngsten Erklärungen der EG-Außenminister[7] und der Demarche der Zwölf gegenüber der SU[8] zum Ausdruck gekommen.

Sie wiederhole, daß sie persönlich für die zurückhaltende Beurteilung der Genfer Gespräche durch den Widerstand ein gewisses Verständnis habe. Jede Gesprächsmöglichkeit müsse aber genutzt werden, um den Abzug der sowjetischen Truppen zu erreichen.

Abdul Haq meinte, bei den Genfer Gesprächen seien die vier wesentlichen Punkte der VN-Resolutionen[9] in Vergessenheit geraten. Dort werde jetzt über die Einsetzung einer Regierung in Afghanistan gesprochen, die Najib und seine Parteigänger einschlösse. Dies sei für den Widerstand, der seit 1978 mit Waffen gegen den Kommunismus kämpfe[10], nicht akzeptabel. Wenn man sich darauf einließe, seien der Tod von einer Million Afghanen und die Opfer von fünf Millionen Flüchtlingen umsonst gewesen.

Frau *StMin* erwiderte, die Bundesregierung sehe als Ziel der Genfer Gespräche die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts des afghanischen Volkes.

7 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 24. Dezember 1985 zu Afghanistan vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 300 f.
Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 5./6. Dezember 1986 in London zu Afghanistan vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 92.
Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 16. März 1987 zu Afghanistan vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 246 f.

8 In seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident übergab der belgische Außenminister Tindemans dem sowjetischen Botschafter in Brüssel, Nikitin, am 23. Februar 1987 ein von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten bei ihrem Treffen am 23. Februar 1987 im Rahmen der EPZ in Brüssel verabschiedetes Non-paper zu Afghanistan. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 134 aus Brüssel (Coreu) vom 24. Februar 1987; Unterabteilung 31, Bd. 141138.
Für das Non-paper vgl. den Drahtbericht Nr. 71 des EPZ-Sekretariats in Brüssel (Coreu) vom 23. Februar 1987; Referat 200, Bd. 134817.

9 Vgl. dazu die Resolution Nr. ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 zu Afghanistan; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 470 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 161 f.
Seit 1980 wurden in der VN-Generalversammlung alljährlich Resolutionen zu Afghanistan verabschiedet. Vgl. dazu zuletzt die Resolution Nr. 41/33 der VN-Generalversammlung vom 5. November 1986; RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 24 f.

10 Am 27. April 1978 fiel Präsident Daud einem Staatsstreich der afghanischen Streitkräfte zum Opfer. Der Revolutionsrat der Streitkräfte rief am 30. April die Demokratische Republik Afghanistan aus und übertrug dem Vorsitzenden der kommunistischen Khalq-Fraktion, Taraki, die Ämter des Präsidenten und Ministerpräsidenten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 145.

Den Ergebnissen der Gespräche könne derzeit noch nicht vorgegriffen werden. Die Bundesregierung tue alles, um eine friedliche Lösung zu unterstützen. Ihr selbst sei dies auf der Basis ihrer Erfahrungen in den Flüchtlingslagern[11] ein persönliches Anliegen. Zu einer friedlichen Lösung gehöre aber auch die Rückkehrmöglichkeit für den Widerstand, und das heiße ein für den Widerstand annehmbares politisches System in Afghanistan.

Abdul Haq entgegnete, das afghanische Volk leiste bewaffneten Widerstand gegen die SU. Dieses Volk sei aber in Genf nicht unmittelbar vertreten. Er frage, ob die Bundesregierung dazu beitragen könne, dem Widerstand unmittelbaren Einfluß auf die Genfer Gespräche zu verschaffen, wie dies Großbritannien und Frankreich bereits zugesagt hätten.

Frau StMin antwortete, die Fortsetzung der Genfer Gespräche sei wichtig. Entscheidend sei ein baldiger Truppenabzug, um das Blutvergießen zu beenden. Die Bundesregierung werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Gespräche fördernd zu begleiten. Eine Lösung müsse für alle Afghanen akzeptabel sein, und alle Gesprächsmöglichkeiten müßten genutzt werden. Dazu gehörten u. U. Gespräche zwischen dem afghanischen Widerstand und der pakistanischen Regierung, um dadurch Gesichtspunkte des Widerstandes in die Genfer Gespräche einzuführen.

Abdul Haq bedankte sich für den Empfang und das Gespräch, merkte aber an, daß seine letzte Frage nach einer politischen Unterstützung des Widerstands durch die Bundesregierung unbeantwortet geblieben sei.

Frau *StMin* wiederholte bei der Verabschiedung die Bereitschaft der Bundesregierung, alles zu unterstützen, was zu einer friedlichen Lösung des Afghanistan-Konflikts beiträgt, und wies in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Erklärung der Zwölf und die Demarche gegenüber Moskau hin.

Referat 340, Bd. 144638

11 Staatsministerin Adam-Schwaetzer war als Mitglied des Deutschen Bundestags Schirmherrin des Afghanistan-Nothilfe e. V., der vom Auswärtigen Amt seit 1984 durch Zuwendungen über CARE Deutschland e. V. finanziell unterstützt wurde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Schweinitz vom 30. Oktober 1986; Büro Staatsminister, Bd. 138268.

92

Gemeinsame Sitzung der Bundesregierung und der EG-Kommission

2. April 1987[1]

Gemeinsame Sitzung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der Bundesregierung unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers am Donnerstag, dem 2. April 1987, in Bonn

(Teilnehmerliste in der Anlage[2])

Der *Bundeskanzler* heißt den Präsidenten und die Mitglieder der Europäischen Kommission noch einmal herzlich willkommen. Es sei für die Bundesregierung eine Freude und Ehre, daß diese gemeinsame Sitzung stattfinde. Er hoffe, daß beide Seiten die Zeit für ein offenes Gespräch nutzen werden.

Nach einer kurzen Ehrung anläßlich des Geburtstages von Herrn Andriessen erklärt der Bundeskanzler, er habe mit Kommissionspräsident Delors sich dahingehend geeinigt, daß er selber zunächst ein grundsätzliches Statement zur Europapolitik der Bundesregierung abgebe. Herr Delors werde hierauf erwidern und gleichzeitig zu der Problematik der Finanzreform[3] überleiten, die zusammen mit der Agrarpolitik und dem Binnenmarkt die Schwerpunktthemen der heutigen Diskussion sein dürften.

Die heutige Begegnung, fährt der Bundeskanzler fort, finde in einer für die Europäische Gemeinschaft sehr kritischen Zeit statt. Ihm sei es daher wichtig, die deutsche Grundsatzposition noch einmal herauszustellen. Diese Bundesregierung sage ein klares und uneingeschränktes Ja zur Europäischen Gemeinschaft. Gleichzeitig gelte es allerdings im Auge zu behalten, daß die Europäische Gemeinschaft nicht mit Europa gleichgesetzt werden dürfe. Zu Europa gehörten auch eine Reihe Länder, die aus bestimmten Gründen nicht Mitglied der Gemeinschaft sein könnten. Insbesondere für die Deutschen sei wesentlich, daß hierzu auch die Länder Osteuropas gehörten, denen der Zutritt zur Gemeinschaft verwehrt sei.

An dem klaren Bekenntnis der deutschen Politik zur europäischen Integration habe sich nichts geändert. Die Deutschen hätten aus der Geschichte gelernt und die politischen Konsequenzen gezogen. Für die überwältigende Mehrheit der Deutschen komme ein Sonderweg zwischen Ost und West, eine Politik des Neutralismus, nicht in Frage. Die Deutschen hätten nicht die Absicht, sich zwischen alle Stühle zu setzen. Wenn man hier und da diesbezüglich etwas anderes lese, so sei dies schlicht falsch.

Die Bundesrepublik Deutschland habe sich unter Konrad Adenauer bereits klar dafür entschieden, daß die Freiheit vor der Einheit Vorrang haben müsse. Eine

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Thiele und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, beide Bundeskanzleramt, gefertigt.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1987.

3 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

Lösung der deutschen Frage in Anlehnung an die Präambel des Grundgesetzes[4] werde nur unter einem europäischen Dach möglich sein. Für die Deutschen gebe es neben den wirtschaftlichen und politischen Argumenten, die für die Integration Europas sprächen und die sie mit anderen Mitgliedstaaten teilten, noch ein zusätzliches Argument, nämlich, daß die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland Teil ihrer Staatsraison sei. Dies sei von großer Bedeutung.

Niemand denke daher an eine Schaukelpolitik. Er unterstreiche dies auch deswegen so nachdrücklich, weil man damit rechnen müsse, daß in den nächsten Jahren entsprechende Angebote gemacht würden. Von interessierter Seite werde ja auch hier und da der Geist von Rapallo[5] beschworen. Er wolle daher noch einmal deutlich sagen, daß es für eine solche Politik keine Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland gebe.

Gleichzeitig bleibe es allerdings unsere Aufgabe, die Folgen der Teilung erträglicher zu machen. Dies versuche die Bundesregierung insbesondere durch Verbesserung der menschlichen Verbindungen zu erreichen. Bei allem, was man tue, um diese Chance auszuschöpfen, vergäßen wir aber nicht, daß wir es mit einer kommunistischen Diktatur zu tun hätten. Auch verwechselten wir nicht die Reformpolitik von Gorbatschow mit wirklicher „Demokratie".

Die deutsche Teilung bringe allerdings auch Sonderprobleme mit, die auch unser Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft beträfen und für die wir um entsprechende Berücksichtigung bäten. Der Bundeskanzler nannte in diesem Zusammenhang insbesondere Berlin und das Zonenrandgebiet.

Die Bundesrepublik Deutschland trete nicht nur für Fortschritte in der wirtschaftlichen, sondern insbesondere auch in der politischen Integration ein. Wir wollten kein Europa, in dem die einen sich nur für den Handel, die anderen für die Verteidigung zuständig fühlten. Dabei müsse man zugestehen, daß wir auch politisch weiter gekommen seien, als man damals nach dem Krieg zu hoffen wagte. Er wolle als Beispiel nur die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses anführen.

Wir müßten uns gleichzeitig darüber im klaren sein, daß die Politik zwischen West und Ost in Bewegung geraten sei. Es sei daher an der Zeit, daß Europa seine Interessen stärker in die Hand nehme. Er nenne nur das Stichwort Reykjavik[6]. Europa müsse daher mit einer Stimme sprechen. Das gelte für die Sicherheitspolitik, aber auch für die internationale Handelspolitik, bspw. in den bevorstehenden GATT-Verhandlungen[7].

4 Für den bis 3. Oktober 1990 gültigen Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

5 Vgl. den Vertrag vom 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Vertrag von Rapallo). Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

6 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

7 Zur „Uruguay-Runde" des GATT vgl. Dok. 42.
Am 25. März 1987 führte Referat 411 aus, daß „12 der 15 Verhandlungsgruppen" seit Mitte Februar 1987 ihre Arbeit aufgenommen hätten und daß die ersten Sitzungen „für die EG befriedigend verlaufen" seien. Bezüglich der Inhalte der künftigen Sachverhandlungen hielt Referat 411 ferner fest: „Im Agrarbereich werden, neben den Exporterstattungen der EG, auch die z. T. in anderem Gewand auftretende Subventions- und Unterstützungspraxis anderer Agrarexportländer in die Diskussion

Er sei der Auffassung, daß die nächsten vier Jahre für den Integrationsprozeß von allergrößter Bedeutung sein werden. Dies werde sich nicht zuletzt an den Fortschritten beim Binnenmarkt erweisen, wobei er überzeugt sei, daß wir den Prozeß der Integration zusätzlich irreversibel machen würden, wenn es gelinge, den Binnenmarkt zu realisieren.

Der Bundeskanzler fuhr fort, er wolle auch offen über einige Vorbehalte gegenüber der deutschen Europapolitik sprechen, die man hier und da aus Brüssel höre. Zunächst wolle er klarstellen, daß niemand von ihm den Satz hören werde, die Deutschen seien der Zahlmeister Europas. Die Bundesregierung stehe dazu, daß sie ihren Beitrag zu leisten habe. Es gehe auch in der bevorstehenden Finanzdiskussion nicht darum, in irgendeiner Form diesen Beitrag zu reduzieren.

Allerdings sei er der Meinung, daß derzeit die Lasten unter den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft nicht gerecht verteilt seien. Um dies zu erkennen, genüge es, sich die vorliegenden Vergleichszahlen vor Augen zu halten. Über dieses Problem müsse daher offen gesprochen werden. Es sei mehr Solidarität mit den wirtschaftlich schwächeren Ländern der Gemeinschaft notwendig, denn er wiederhole noch einmal, zur Zeit seien die Lasten nicht gerecht verteilt.

Er wolle noch einen Punkt aufgreifen, der ihm am Herzen liege. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft hätten eine unterschiedliche nationale Geschichte, und dies habe auch Auswirkungen auf ihre staatliche Organisation gehabt. Viele stünden in einer zentralistischen Tradition. Er sähe mit Sorge, daß auch im Bereich der Europäischen Gemeinschaft die Tendenz, Probleme zentralistisch lösen zu wollen, zugenommen habe. Er glaube aber nicht, daß eine solche Politik Zukunft habe. Dies habe nichts mit „Renationalisierung“ zu tun.

Es gehe vielmehr darum, daß man sich darüber verständige, wie man in der Alltagspraxis Probleme am besten handhabe. Die Bundesrepublik Deutschland sei aufgrund ihres Grundgesetzes ein föderaler Staat. Dieses ursprünglich auf die Alliierten zurückgehende Prinzip habe sich als lebensfähig erwiesen. Abgesehen davon halte er eine gewisse Dezentralisierung für eine grundsätzliche Notwendigkeit. Wenn wir der regionalen Strukturpolitik besonderes Gewicht beimäßen, sei dies keine Marotte der Deutschen.

Im übrigen hoffe er, daß man künftig der Bundesrepublik Deutschland nicht einfach unterstelle, sie verhalte sich antieuropäisch, wenn sie zu dieser oder anderen Fragen einen kritischen Standpunkt einnehme. Dies gelte nicht zuletzt für die Probleme, die sich für uns aus der Agrarpolitik ergäben. Hier gehe es darum, die Sorgen, ja die Verzweiflung eines Teils unserer Bevölkerung ernst zu nehmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 456

einbezogen. Da Verhandlungsergebnisse erst in vier Jahren vorliegen werden, würde in der ergebnislosen Zwischenzeit eine Interimsabsprache im Rahmen der OECD das Verhandlungsklima in Genf verbessern helfen. Zölle haben ihre Bedeutung nicht verloren. Vor dem Hintergrund des ‚Graduierungs‘-Konzepts der IL wird mit linearen Zollsenkungsformeln in der U[ruguay]R[unde] nicht zu rechnen sein. Die EG hat – im Blick auf die Interessen der EL – Bereitschaft erkennen lassen, das Thema ‚tropische Erzeugnisse‘ mit besonderer Priorität zu behandeln. Bei den ‚neuen Themen‘ (Dienstleistungen, Schutz geistigen Eigentums, Investitionen) ist mit umfangreichen Forderungskatalogen der USA zu rechnen, während die EL hier eher eine dilatorische, minimalistische Strategie verfolgen. Die EG ist hier gefordert, zwischen den Extremen zu vermitteln, um eine Blockierung der UR bereits zu Beginn zu verhindern.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160541.

Präsident *Delors* dankt für die Gastfreundschaft und die Möglichkeit, eine Reihe von Zweifelsfragen klären zu können. Diese sehe er wie der Bundeskanzler im Haushaltsbereich, in der föderalen Struktur der Bundesrepublik und in der Gemeinsamen Agrarpolitik. Zunächst wolle er aber zum Ausdruck bringen, daß er wisse, welch hohen Stellenwert die Bundesrepublik Deutschland der europäischen Einigung beimesse.

Dann wolle er die Entwicklung seit Fontainebleau[8] und die Verpflichtungen, die sich aus den einzelnen Etappen ergeben, in Erinnerung rufen. Bis Fontainebleau sei in der Gemeinschaft lange Zeit nicht viel geschehen. Es sei die Pflicht der Kommission, zu verhindern, daß die EG in ähnliche Stagnation zurückfalle.

In Fontainebleau habe man einen langjährigen Familienstreit begraben: Man habe eine Lösung für ein Haushaltsproblem gefunden, das Großbritannien als unerträglich empfunden habe.[9] Gleichzeitig habe man die entscheidenden Impulse für die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal gegeben.[10] Ferner sei der Weg für eine Reform der Agrarpolitik vorgezeichnet und eine Erhöhung der eigenen Einnahmen beschlossen worden[11].

Die zweite wichtige Etappe sei die Verpflichtung gewesen, den großen Binnenmarkt bis 1992 zu schaffen.[12] Diese Festlegung sei ganz wesentlich auf die Unterstützung durch den Bundeskanzler zurückzuführen. Er, Delors, habe jedoch den Eindruck, daß mancher Regierungschef die Folgen dieses Schrittes noch nicht voll akzeptiere. Mancher täte so, als bestünde die EG weiterhin aus sechs Ländern und als gäbe es nur Süditalien als unterentwickeltes Gebiet. Er sei der festen Überzeugung, daß der Binnenmarkt nicht zu erreichen sei, wenn man sich nicht mit den Problemen der weniger entwickelten Regionen beschäftige. Andernfalls würde eine Minderheit von Mitgliedstaaten den Fortschritt zum Binnenmarkt blockieren.

Die nächste Etappe sei die Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte gewesen[13], die wieder nicht ohne die persönliche Intervention des Bundeskanzlers erreicht worden wäre. Jetzt gehe es um die Umsetzung und Anwendung der Akte. Dabei sei es die Pflicht der Kommission, die Regierungen daran zu erinnern, daß sich aus der Akte sowohl institutionelle als auch wirtschaftliche, finanzielle und soziale Verpflichtungen ergäben. Der Rat müsse öfter mit Mehr-

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

9 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

10 Spanien und Portugal traten den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1986 bei.

11 Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 51, Anm. 16.

12 Auf dem Europäischen Rat vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten die Feierliche Deklaration zur Europäischen Union. Darin bekräftigten sie u. a., „die bisher im wirtschaftlichen wie auch im politischen Bereich erzielten Fortschritte auf dem Wege zur Europäischen Union zu festigen“ und die vollständige Verwirklichung des Binnenmarkts voranzutreiben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 185.
Auf dem Europäischen Rat am 28./29. Juni 1985 in Mailand wurde beschlossen, daß der Rat auf der Basis des Weißbuchs der EG-Kommission zur Vollendung des Binnenmarkts vom 14. Juni 1985 ein konkretes Aktionsprogramm bis spätestens 1992 vorlegen solle. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1985, D 456–460. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 177.

13 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

heit entscheiden, die Kommission müsse verstärkt mit der Durchführung von Ratsbeschlüssen betraut werden, was von einigen Mitgliedstaaten, zu denen leider auch die Bundesrepublik zähle, immer wieder behindert werde. Ferner sei es nötig, das Europäische Parlament verstärkt einzuschalten.

Im wirtschaftspolitischen Bereich verfolge die Einheitliche Europäische Akte sechs Ziele, die untrennbar miteinander verbunden seien: die Schaffung des Binnenmarktes, die verstärkte Kohärenz, d.h. mehr Solidarität, eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich von Forschung und Technologie, die Stärkung des EWS, die soziale Dimension und die Schaffung einer europäischen Umweltpolitik.

Für die Bundesrepublik sei der Binnenmarkt das wesentliche Ziel. Er müsse jedoch erneut darauf hinweisen, daß dieses Ziel an einer blockierenden Minderheit von Mitgliedstaaten scheitern werde, wenn nicht die Solidarität verstärkt würde. Die gemeinsame Forschungspolitik sei ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Binnenmarkt, und das gleiche gelte von der Stärkung des EWS. Er habe nie daran geglaubt, daß man Europa über die Währung aufbauen könne, doch er werde weiter für Fortschritte, wie z.B. für die Herstellung eines freien Kapitalmarktes, kämpfen. Auch die soziale Dimension halte er für außerordentlich wichtig, da sich aus unterschiedlichen sozialen Standards erhebliche Wettbewerbsverzerrungen ergeben könnten. Schließlich könne man die deutsche Jugend nur dann an Europa binden, wenn die EG sich auch mit der Umwelt beschäftige.

Als nächstes müßten die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die Mittel zur Umsetzung der EEA geben und die aktuellen Probleme lösen.

Dabei stehe zunächst die Haushaltsdisziplin im Vordergrund. Es sei unmöglich, vom Steuerzahler zusätzliche finanzielle Mittel zu verlangen, wenn nicht strikte Haushaltsdisziplin gelte. Darin sei auch das Europäische Parlament einzubeziehen. Im übrigen befinde sich der Gemeinschaftshaushalt seit 1983 in einem ständigen Defizit. Man habe in jedem Jahr mit unterschiedlichen Tricks versucht, den Haushalt finanzierbar zu halten. Die Kommission habe nun mit ihren jüngsten Vorschlägen eine mittelfristige Perspektive vorgelegt, um der nächsten Kommission eine Wiederholung der Schwierigkeiten und Debatten bei Aufstockungen in kleinen Schritten zu ersparen.

Ferner müsse die Gemeinsame Agrarpolitik angepaßt werden, nicht nur aus Haushaltsgründen, sondern auch wegen der Lage der europäischen Landwirtschaft und wegen der Notwendigkeit der Gesundung der Weltagrarmärkte. Die Anpassung sei schwer, sie habe aber bereits in Fontainebleau begonnen. Jetzt gelte es, die Produktion einzuschränken durch Quoten, durch Mitverantwortungsabgaben und schließlich durch Preissenkungen zur Entmutigung der Produktion.[14] Gerade dieser letzte Punkt werde in Deutschland stark kritisiert, wo doch die Bundesrepublik sich andererseits so stark für die Marktwirtschaft einsetze.

Der zweite Eckpunkt der Agrarvorstellungen der Kommission sei die Verteidigung des Familienbetriebes. Die Kommission habe in dieser Richtung bereits

14 Zur EG-Agrarpolitik vgl. Dok. 73, Anm. 7.

Vorschläge unterbreitet, z. B. bei Milch[15] und Rindfleisch[16] und bezüglich direkter Hilfen für bestimmte Betriebe[17].

Der dritte Punkt sei die Verteidigung der Agrarpolitik gegenüber Drittländern. Die Gemeinschaft könne ihren eigenen Erzeugern nicht laufend Opfer zumuten, wenn sie andererseits, z. B. gegenüber den USA, immer wieder nachgebe.[18]

Bei der Schaffung des Binnenmarktes sei zu berücksichtigen, daß dieser den Mitgliedstaaten zunächst einmal unterschiedliche Vorteile bringe. Er sehe nur die Möglichkeit, entweder Haushaltsüberweisungen an ärmere Mitgliedstaaten vorzunehmen oder auf EG-Ebene wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen, die in den ärmeren Regionen stimulierende Wirkung erzeugten. Die Kommission gehe diesen zweiten Weg. Sie verfolge dabei fünf große Ziele:

– die Anpassung der strukturell rückständigen Regionalwirtschaften,
– die Umstellung der im Niedergang befindlichen Industrieregionen,
– die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit,
– die berufliche Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt,
– die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen.

Dieses Programm sei in nationaler Verantwortung durchzuführen, müsse aber vom Gemeinschaftshaushalt flankiert werden. Nur so sei der gemeinsame Wirtschaftsraum zu schaffen, auf dessen Grundlage man Schritt für Schritt zur europäischen Einigung gelangen könne.

Für all diese Maßnahmen benötige man die notwendigen Mittel. Die Kommission habe einen finanziellen Rahmen von 1,4 % BSP vorgeschlagen. Dies sei ein Vertragsangebot an den europäischen Steuerzahler, der sicher sein müsse, daß bis 1992 nicht mehr von ihm verlangt würde.

BM *Stoltenberg* führt dazu aus, daß wir grundsätzlich bereit seien, ab 1988 die Eigenmittel der Gemeinschaft in dem in Fontainebleau in Aussicht genommenen Ausmaß anzuheben. Zu klären sei allerdings, ob dies bereits auf der Grundlage des Kommissionsvorschlages geschehen könne. In einer ersten Bewertung könne er feststellen, daß der Ausgangspunkt der Kommission, das Bruttosozialprodukt,

15 Im Rahmen der Agrarpreisvorschläge vom 20. Februar 1987 für das Wirtschaftsjahr 1987/88 schlug die EG-Kommission u. a. eine Befreiung von der Mitverantwortungsabgabe für Milchproduzenten aus Bergregionen vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1987, S. 16.

16 Am 16. Januar 1987 legte die EG-Kommission dem EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister u. a. einen Vorschlag für eine Sonderprämie für Mastbetriebe in Höhe von 25 ECU je männliches Rind über neun Monate bis maximal 50 Stück vor, wobei die bestehenden Prämien aufrechterhalten und die Mutterkuhprämien auf 25 ECU je Stück erhöht werden sollten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1/1987, S. 46 f.
Auf seiner Tagung am 9./10. Februar 1987 in Brüssel erließ der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister eine entsprechende Verordnung. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1987, S. 58 und S. 70.

17 Am 22. April 1986 legte die EG-Kommission dem EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister ein Paket soziostruktureller Maßnahmen im Agrarbereich vor, die u. a. einen Ausbau der Zulagen für die Niederlassung von Junglandwirten und die stärkere Förderung von Betrieben in Bergregionen und anderen strukturschwachen Regionen vorsahen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1986, S. 18–21.
Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister beschloß einen Teil dieser Kommissionsvorschläge auf seiner Tagung vom 2. bis 4. März 1987 in Brüssel. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1987, S. 65 f.

18 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA vgl. Dok. 42, Anm. 4.

Chancen für eine gerechtere Verteilung der Lasten eröffne. Wir seien bereit, das System konstruktiv zu prüfen. Er habe jedoch den Eindruck, daß die Analyse bei uns wie in anderen Mitgliedstaaten noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Da die Entscheidung des Rates aber in nicht allzu ferner Zukunft fallen müsse, um den nationalen Parlamenten noch ausreichend Zeit für eine Ratifizierung vor dem 1. Januar 1988 zu geben, vermute er, daß die Erhöhung wohl zunächst nur auf der Basis des gegenwärtigen Systems erfolgen könne.

Zur Höhe der Aufstockung wolle er einen Vorbehalt machen: Wir seien zu der in Fontainebleau in Aussicht genommenen Erhöhung bereit, falls bestimmte Voraussetzungen eingehalten würden. Dazu gehöre einmal die volle Anwendung der vereinbarten Grundsätze zur Haushaltsdisziplin[19]. Er sei dankbar, daß auch Präsident Delors dies in deutlicher Weise hervorgehoben habe. Leider fühlten sich einige Mitgliedstaaten nicht in gleichem Maße an diese Grundsätze gebunden, was immer längere Beratungen in den Räten zur Folge habe.

Zweite Voraussetzung sei die Berücksichtigung vitaler und legitimer Belange der Bundesrepublik in der Agrarpolitik. Hier gingen die Kommissionsvorschläge weit über das hinaus, was für uns akzeptabel sei.[20] Er müsse feststellen, daß wir beim Wohlstandsindikator an zweiter Stelle aller EG-Staaten stünden, bei den Finanzleistungen sogar an erster Stelle, in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen jedoch an der siebten bis neunten Stelle. Diese Diskrepanz sei Parlament und Öffentlichkeit nicht mehr zu vermitteln.

BM Stoltenberg fährt fort, daß wir alle Ausgleichsregelungen beseitigen wollten. Wenn aber ein anderer Mitgliedstaat auf einer solchen Regelung bestehen sollte, müsse auch die Bundesregierung einen eigenen Anspruch geltend machen.

Die von Präsident Delors vorgetragenen Haushaltssorgen teile er voll. Die Eigenmittelerhöhung auf 1,4% habe nicht einmal zwei Jahre gereicht, und von Vizepräsident Christophersen habe er erfahren, daß das Haushaltsdefizit in diesem Jahr noch größer als erwartet sein werde. Dies alles mache eine intensive Diskussion notwendig. Neue finanzwirksame Programme seien auf wenige Prioritäten zu begrenzen. Außerdem müsse man stärker zwischen Rechtsetzungs- und Finanzierungsbefugnissen unterscheiden. Man könne sich sehr wohl fragen, ob eine Rechtsetzungsbefugnis der Gemeinschaft z. B. im Umweltschutz eine Finanzierungskompetenz nach sich ziehen müsse. Er wolle hier Zweifel anmelden. In diesem Zusammenhang wolle er auch darauf hinweisen, daß die Kommission die Diskussion über die Finanzverfassung, die Agrarpolitik und einen verstärkten Ressourcentransfer erheblich erschweren könne, wenn sie versuche, zur Bereinigung der Haushaltsprobleme 1987[21] einen Teil der Gemeinschaftsausgaben auf die Mitgliedstaaten zu verlagern.

19 Der Europäische Rat verabschiedete auf seiner Tagung am 19./20. März 1984 in Brüssel eine Reihe von Grundsätzen zu verstärkter Haushaltsdisziplin. Dazu sollte der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister künftig den maximalen Ausgabenrahmen zur Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken für das folgende Haushaltsjahr festlegen, den Höchstsatz des in Artikel 203 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 geregelten Haushaltsverfahrens einhalten sowie sicherstellen, daß „der Anstieg der auf Dreijahresbasis berechneten Nettoausgaben für die Agrarmärkte unter dem Steigerungssatz der Basis der Eigenmittel bleibt". Vgl. BULLETIN DER EG 6/1984, S. 7. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, I, Dok. 88.

20 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 20. Februar 1987 für die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1987/88 vgl. Dok. 69, Anm. 13.

21 Zur Verabschiedung des EG-Haushalts 1987 vgl. Dok. 73, Anm. 6.

Zur Haushaltsdisziplin weist BM Stoltenberg auf die drastischen Beschränkungen hin, die er im nationalen Bereich habe vornehmen müssen. Das nationale Haushaltswachstum sei über mehrere Jahre auf unter 2% nominal begrenzt worden. Die Gemeinschaft habe in der gleichen Zeit ihren Haushalt um einen Faktor 10 bis 15% gesteigert. Dies sei im Prinzip notwendig. Ein zu großer Unterschied könne allerdings unserer Öffentlichkeit nicht mehr vermittelt werden. Er bitte vor diesem Hintergrund um Verständnis dafür, daß wir auf Prioritäten bestehen müßten. So bejahten wir den Beitrag der Gemeinschaft zur Verringerung der Strukturunterschiede in der Gemeinschaft. Das Ausmaß jedoch müsse der Leistungsfähigkeit der Partner angepaßt sein.

Vizepräsident *Christophersen* kommt auf den jüngsten Eigenmittelvorschlag der Kommission zurück. Er bittet, diesen Vorschlag genau zu prüfen, da er einmal zu einer gerechteren Lastenverteilung führe und zum anderen bis 1992 Sicherheit vor weiteren Nachforderungen biete. Im übrigen bejahe er voll die Notwendigkeit einer funktionierenden Haushaltsdisziplin. Die jetzige Formel sei jedoch unbefriedigend, da sie nur für Zahlungsermächtigungen Geltung besitze.

Im übrigen sei die Kommission nur für den Vollzug des Haushalts zuständig, der in alleiniger Verantwortung von Rat und Parlament aufgestellt werde. Wolle der Rat etwas ändern, müsse er einen Nachtragshaushalt verabschieden, wozu er allerdings die Zustimmung des Parlaments benötige.

Vizepräsident Christophersen weist ferner darauf hin, daß noch erhebliche Verpflichtungen aus der Erweiterung um Spanien und Portugal auf den Gemeinschaftshaushalt zukämen. Außerdem seien die Integrierten Mittelmeerprogramme[22] in Höhe von insgesamt 7 Mrd. ECU zur Zeit erst in Höhe von 10 Mio. ECU ausgeschöpft. Sorgen bereiteten weiter die riesigen Agrarläger, deren Buchwert von 13 Mrd. ECU den Marktwert von 3 bis 4 Mrd. ECU weit überstiege. Gerade das Haushaltsjahr 1987 werde noch sehr problematisch.

BM *Kiechle* stimmt mit der Analyse der Weltagrarmärkte durch Präsident Delors voll überein. Europa könne nicht auf größere Exporte hoffen. Problematisch seien jedoch die drei Ebenen, auf denen die Kommission eine Besserung der Lage in der Gemeinschaft suche. Produktionseinschränkungen seien auch im deutschen Konzept enthalten. Bei der Mitverantwortungsabgabe müsse man jedoch mehr an den Menschen denken. Es müsse auch eine Mitverantwortung der Mitgliedstaaten geben. Die Preissenkungsvorstellungen der Kommission schließlich könnten wir nicht mittragen. Völlig unverständlich für uns sei, daß die Kommission ihre Preisvorstellungen mit den agrimonetären Vorschlägen belastet habe, die für

22 Die Integrierten Mittelmeerprogramme (IMP) wurden auf der EG-Ministerratstagung am 22./23. Juli 1985 in Brüssel beschlossen und traten am 1. August 1985 in Kraft. Die IMP sahen neben der finanziellen Förderung durch die Strukturfonds eine zusätzliche Unterstützung Griechenlands sowie strukturschwacher Mittelmeerregionen in Frankreich und Italien in Höhe von 6,6 Mrd. ECU in der Zeit von 1986 bis 1992 vor. Die Finanzhilfe im Rahmen der IMP umfaßte Zuschüsse in Höhe von 4,1 Mrd. ECU sowie Darlehen der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 2,5 Mrd. ECU. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 61 f., und BULLETIN DER EG 7-8/1985, S. 57 und S. 126 f.
Zum Stand der IMP führte Referat 412 am 20. Februar 1987 aus: „GR[iechenland], F[rankreich] haben je sieben detaillierte Projektvorschläge eingereicht. I[talien] 17 Projektskizzen, die jedoch noch nicht vollständig prüfungsfähig sind". Bis dato sei nur „ein Projekt für GR (Kreta) von der Kommission genehmigt und die Orientierungslinie für ein weiteres behandelt" worden. Somit seien schon jetzt „wesentliche Verzögerungen erkennbar". Vgl. Referat 412, Bd. 168778.

uns unerträglich seien. Diese Vorschläge verletzten zwei grundlegende Prinzipien der Zusammenarbeit, die Solidarität, die es verbiete, ein Problem auf Kosten nur eines Partners zu lösen, und das Gebot, eingegangene Verpflichtungen einzuhalten.

Die Bundesrepublik Deutschland sei zwar ein moderner Industriestaat, doch aus vielen Gründen müßten wir Wert auf das Fortbestehen des landwirtschaftlichen Familienbetriebes legen. Unsere Landwirtschaft weise eine ungünstige Betriebsgrößenstruktur auf, sie müsse deshalb relativ intensiv wirtschaften. In den letzten zehn Jahren seien die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise nominal nirgends so stark zurückgegangen wie in Deutschland. Real hätten wir neben Großbritannien und Irland den stärksten Rückgang. In dieser Zeit seien 280000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ausgeschieden, 200000 Betriebe hätten aufgeben müssen. Das Einkommen liege wie vor zehn Jahren bei 25000 DM je Arbeitskraft. Eine gewisse Einkommensverbesserung 1986, die die EG-Statistik ausweise, sei wenig relevant, weil ihr ein entsprechender Rückgang 1985 gegenüberstehe. Wenn man alle Preisbewegungen seit 1973 zusammenrechne, seien in der Gemeinschaft ganz unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. So seien die Preise in Frankreich in diesem Zeitraum um 60%, in Großbritannien um 66%, in Italien sogar um 200% gestiegen, während sie in der Bundesrepublik um 21% gefallen seien. Davon seien nur 5% durch die Mehrwertsteuerregelung[23] kompensiert worden.

Vor diesem Hintergrund müßten wir kategorisch jede Mengenanpassung über Preisdruck ablehnen. BM Kiechle erläutert die Auswirkungen der Kommissionsvorschläge auf die einzelnen Produktbereiche und lehnt die Vorschläge zum Währungsausgleich entschieden ab. Unabhängig von Auswirkungen auf die Einkommen der Erzeuger werde durch diese Vorschläge künftig jede Realignment-Entscheidung mit den Agrarpreisen befrachtet. Hinzu komme, daß die Kommission mit ihrem Vorschlag gegen das Gentlemen's Agreement des Rates[24] verstoßen habe. Dieses schließe einen Abbau positiver Währungsausgleichsbeträge aus, wenn dadurch die Preise in Landeswährung gesenkt würden. Zur weiteren Begründung zitiert er aus dem Kommissionsschriftsatz an den Europäischen Gerichtshof vom 23. Januar 1987, der die Notwendigkeit des Währungsausgleichs ausdrücklich bestätige.

Zusammenfassend legt BM Kiechle dar, daß die Vorschläge der Kommission zu den Preisen und den flankierenden Maßnahmen wegen ihrer Folgen für die deutsche Landwirtschaft nicht ausgewogen seien. Die Vorschläge zum Währungsausgleich seien für uns nicht einmal eine Diskussionsgrundlage. Wir seien uns bewußt, daß auch die deutsche Landwirtschaft ihren Anteil zur Lösung der Agrarprobleme der Gemeinschaft beitragen müsse. Dies hätten wir in der Vergangenheit u. a. durch den Abbau des Währungsausgleichs bis auf 1,8 bis 2,9%

23 Korrigiert aus: „Mehrsteuerregelung".
Der EG-Rat ermächtigte die Bundesrepublik am 30. Juni 1984, den Landwirten als Kompensation für den sukzessiven Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1988 eine Sonderbeihilfe in Form einer Mehrwertsteuerermäßigung in Höhe von 5% des Kaufpreises eines jeden Agrarerzeugnisses vor Steuern zu gewähren. Für den Wortlaut der Entscheidung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 12. Juli 1984, S. 41. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1984, S. 11 und S. 59.

24 Zum Gentlemen's Agreement vgl. Dok. 74, Anm. 31.

unter Beweis gestellt. Das Ob, das Ausmaß und der Zeitpunkt weiterer Maßnahmen müßten jedoch von der Preis- und Einkommensentwicklung und eventuellen Kompensationen abhängig gemacht werden. Eine Majorisierung der Bundesrepublik stünde im Widerspruch zum Gentlemen's Agreement und würde schwerwiegende Probleme aufwerfen. Die Bundesregierung könne es nicht zulassen, daß ein ganzer Berufsstand in eine wirtschaftliche Randlage gedrängt werde. Wir seien zum Strukturwandel auch bei uns bereit, nicht aber zu einem „Aus" für die deutsche Landwirtschaft.

Vizepräsident *Andriessen* hebt hervor, daß die Gemeinschaft eine strukturelle Änderung der Agrarpolitik benötige. Die Kommission baue bei ihren Vorschlägen auf dem Konzept des Grünbuchs[25] auf. Es sei unvermeidbar, daß eine solche Reform für alle Mitgliedstaaten, also auch und vielleicht in besonderem Maße für die Bundesrepublik Deutschland, Probleme mit sich bringe. Wenn es manchem jetzt zu schnell gehe, dann deshalb, weil in der Vergangenheit zu lange gewartet worden sei. Weitere Gründe für ein schnelles Handeln seien die internationale Lage und die bereits dargestellte Haushaltssituation 1987.

Die Kommissionsvorschläge bauten auf dem Grünbuch auf, d. h. auf einer restriktiven Preispolitik und einer selektiven Intervention auf den Märkten. Dies sei bei einigen Südprodukten, wie z. B. bei Obst und Gemüse, bereits seit längerem üblich und würde nun auf weitere Produkte ausgedehnt. Die Kommission sei sich bewußt, daß daraus Probleme entstünden. Sie sei bereit zu helfen, wie die Zahlung für die Nichtproduktion im Milchbereich beweise.[26] Er begrüße, daß der Agrarrat eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt habe, die Auswirkungen der Kommissionsvorschläge festzustellen und Folgerungen daraus zu ziehen. Was die Zahlen über Einkommensminderungen in der deutschen Landwirtschaft angehe, die BM Kiechle vorgetragen habe, so wolle er hinzufügen, daß es auch Lichtblicke für die deutschen Landwirte gebe. Wenn er die Zahlen über die Jahre im EG-Zusammenhang vergleiche, seien auch positive Entwicklungen festzustellen.

Zu den währungspolitischen Ausführungen BM Kiechles stellt er klar, daß es ohne eine gemeinsame Währung und ohne eine konvergente Wirtschaftspolitik immer wieder Probleme für die nationalen Preise bei der Preisfestsetzung in ECU geben werde. Da 1992 aber für den Binnenmarkt das Zeitziel sei, sei es logisch, für die Agrarpolitik wie auch für die Währungspolitik von diesem Ziel auszugehen.

Was das Switch-over-System[27] angehe, so habe dieses zu inflationären Tendenzen und Produktionsanreizen in den Schwachwährungsländern geführt. Die Kommission habe aus diesem Grund Änderungen vorgeschlagen.

25 Für den Wortlaut der Vorlage der EG-Kommission vom 23. Juli 1985 mit dem Titel „Perspektiven für die gemeinsame Agrarpolitik" vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/3848.

26 Auf Vorschlag der EG-Kommission beschloß der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister auf seiner Tagung vom 8. bis 16. Dezember 1986 in Brüssel eine Reduzierung der Milchproduktionsmenge in zwei Stufen um insgesamt 9,5 % bis 1. April 1988. Zur Linderung bzw. Neutralisierung des Einkommensausfalls der Landwirte beschloß der Rat überdies Kompensationszahlungen von 6 bis 10 ECU je 100 kg Milch in den folgenden sieben Jahren. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1986, S. 96.

27 Am 31. März 1984 führte der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister auf Vorschlag der EG-Kommission das sog. „Switch-over-System" ein, wodurch das Entstehen neuer positiver Währungsausgleichsbeträge bei Vorliegen eines niedrigeren „grünen Kurses" gegenüber dem Leitkurs einer

Bei dem Vorschlag zum Abbau der bestehenden positiven Grenzausgleichsbeträge in der Bundesrepublik bestehe eine widersprüchliche Lage. Zum einen gebe es die Verpflichtung zum Abbau, zum anderen das Gentlemen's Agreement. Da letzteres jedoch in einer Zeit entstanden sei, in der es Preiserhöhungen in ECU gegeben habe, sei die Kommission der Meinung, daß es heute neu interpretiert werden müsse.

Abschließend weist Vizepräsident Andriessen darauf hin, daß bestimmte Situationen Anlaß zu nationalen Hilfsmaßnahmen geben könnten. Deshalb sei einmal ein gemeinschaftlicher Rahmen für derartige Maßnahmen zu schaffen, zum anderen müßte es ein Gemeinschaftsinstrument geben, mit dem in Schwierigkeiten geratenen Bauern geholfen werden könne.

BM *Stoltenberg* stellt fest, daß sowohl die Kommission als auch die Bundesregierung eine Neuorientierung in der Agrarpolitik und eine Beseitigung der Überschußproduktion für notwendig hielten. Unterschiede gebe es bezüglich der Prioritäten, der Wege und des Tempos. Dabei sei jedoch festzustellen, daß die Bundesregierung grundsätzlich nicht langsamer vorgehen wolle als die Kommission. Dies treffe z. B. zu bei den Überlegungen zur Reduzierung der Produktion durch Herausnahme von Flächen und bei der Vorruhestandsregelung. Die Vorschläge der Kommission zur Herausnahme von Flächen seien insbesondere deshalb unbefriedigend gewesen, weil sie eine Festlegung nur auf fünf Jahre vorgesehen hätten, während wir eine Festlegung von mindestens acht bis zehn Jahren für erforderlich hielten. Auch bei der Vorruhestandsregelung müßte eine durchgreifende Regelung getroffen werden, sonst würde die Marktentlastung zu einem „Schlag ins Wasser". Wir stünden also nicht auf der Bremse.

Die Umstellung im Agrarbereich dauere leider länger, als wir gehofft hätten. Dies müsse man bei der Finanzierung anderer Bereiche berücksichtigen. Die Härten für die betroffenen Bauern müßten finanziell in nationaler Verantwortung flankiert werden.

BM Stoltenberg stellt in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Zustimmung der Gemeinschaft zu einer Verlängerung der 5%-Regelung heraus. Das sei ein essentieller Punkt. Diese Maßnahme der Bundesregierung sei eine beachtliche Leistung, die die Bundesrepublik Deutschland erbracht habe, um andere politische Probleme der EG im Jahre 1984 zu lösen.

Er bringt seine Sorgen bezüglich der nicht-ökonomischen Einflüsse auf die Währungsbewegungen zum Ausdruck. Dies treffe im weltweiten Rahmen zu. Er verweist dabei auf die Dollar-Entwicklung und auf das EWS. Das letzte Realignment im EWS sei ökonomisch nicht gerechtfertigt gewesen.[28] Er stellt die unbedingte Notwendigkeit der agrarpolitischen Unabhängigkeit des EWS von währungspolitischen Entscheidungen heraus, da sonst eine brisante Belastung des EWS unvermeidbar sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 464

nationalen Währung zum ECU verhindert werden sollte. Das „Switch-over-System" basierte auf einer Umwandlung von positiven in negative Währungsausgleichsbeträge bei Währungen mit festem Wechselkurs sowie auf der Anwendung (Multiplikation) eines Berichtigungskoeffizienten im Wert von 1,033651 auf die Leitkurse der am EWS teilnehmenden festen sowie frei schwankenden Wechselkurse. Die durch Anwendung des Berichtigungsfaktors geschaffene Parität wurde als „grüner ECU" bezeichnet. Vgl. dazu die Verordnung Nr. 855/84 vom 31. März 1984; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 90 vom 1. April 1984, S. 1–10.

28 Zur Anpassung der Wechselkurse im EWS vgl. Dok. 50, Anm. 22.

Das Gentlemen's Agreement, das 1979 erzielt und 1984 bestätigt worden sei, sei nicht überholt. Auch in Zukunft müsse sichergestellt werden, daß negative Auswirkungen für unsere Bauern durch Realignments ausgeschlossen seien.

Präsident *Delors* führt aus, daß der bäuerliche Familienbetrieb zum Ehevertrag Europas gehöre.

BM Kiechle vermische jedoch die Auswirkungen der Agrarpreisvorschläge und die preisrelevanten Auswirkungen der Währungsausgleichsvorschläge. Dies müsse man sehr genau trennen. Die Bundesrepublik sei nicht schlechter behandelt als andere Mitgliedstaaten. Quoten, Kontingente, die Mitverantwortungsabgabe und die Preisvorschläge hätten in allen Mitgliedstaaten gleiche Konsequenzen. Die Kommission hätte jedoch auch kompensierende Maßnahmen zur Preissicherung vorgeschlagen. Wenn die Bundesregierung nein sage zu den Preissenkungsvorschlägen, dann müsse sie anerkennen, daß mehr Geld zur Verfügung gestellt werden müsse.

Das Gentlemen's Agreement von 1979 sei vor einem völlig anderen Hintergrund getroffen worden. Damals habe die Möglichkeit bestanden, den Währungsausgleichsabbau durch ECU-Preisanhebungen zu korrigieren.

Was die Staats- und Regierungschefs in Fontainebleau beschlossen hätten, könne die Kommission nicht ändern. Zu diesem Beschluß der Regierungschefs gehöre auch die Zustimmung zu der 5%-Ausgleichsregelung in der Bundesrepublik. Er hätte Verständnis für die Position der Bundesregierung. Darüber müßten sich dann aber die Regierungschefs erneut unterhalten.

Zum EWS teile er die Sorgen von BM Stoltenberg und BM Kiechle. Deshalb sei eine Stärkung des EWS unbedingt erforderlich, damit sich auf Dauer dieses Problem nicht mehr stellen könne. Denn eine Währungsverschiebung von 1 bis 2% sei für die betroffenen Landwirte kein Problem, während eine größere Währungsverschiebung von 5% zu einem Problem werden könnte. Er habe mit Ministerpräsident Späth und Ministerpräsident Strauß über die Problematik direkter Einkommensübertragungen zur Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe gesprochen. Es müsse die Möglichkeit der direkten Einkommensübertragung eröffnet werden, ohne die Gefahr der Überschußproduktion zu erhöhen. Deshalb müsse ein gemeinschaftlicher Rahmen für Beihilfen geschaffen werden, der die Situation in den verschiedenen Mitgliedstaaten berücksichtige. Eine Beihilfe von 10 ECU wirke sich z.B. sehr unterschiedlich in den verschiedenen Mitgliedstaaten aus.

Er weist nochmals darauf hin, daß ein Land, das Preissenkungen ablehnt, höhere Ausgaben für die Agrarpolitik provoziere und deshalb mehr Geld zur Verfügung stellen müsse. In diesem Zusammenhang erwähnt er den Konflikt zwischen Nord- und Südländern in der Gemeinschaft und bezeichnet auch unter diesem Aspekt die Kommissionsvorschläge als ausgewogen. Die Gemeinsame Agrarpolitik nutze auch den Südländern.

Vizepräsident *Christophersen* gibt in bezug auf die Äußerungen BM Stoltenbergs und BM Kiechles zur Agrarpolitik seiner großen Sorge über die Haushaltspolitik und die Haushaltsdisziplin Ausdruck.

BM *Kiechle* hebt daraufhin noch einmal hervor, warum die Bundesrepublik sich ungleich behandelt fühle. Der Preisteil der Kommissionsvorschläge wirke im

Grunde für alle Mitgliedstaaten gleich. Die Vorschläge zum Währungsausgleich hätten aber für die deutschen Erzeuger extrem negative Auswirkungen, während sie in Abwertungsländern zu Preiserhöhungen führten. Diese unterschiedlichen Folgen seien für uns unerträglich. Außerdem seien wir nicht gegen Quotenregelungen. Unser Konzept heiße, weniger Menge, dafür bessere Preise. Schließlich sei es für uns weder verständlich noch akzeptabel, daß die Kommission das Gentlemen's Agreement nur bei Preiserhöhungsmöglichkeiten gelten lassen wolle.

Der *Bundeskanzler* faßt die Diskussion zur Agrarpolitik dahin zusammen, daß diese Fragen für uns von existentieller Bedeutung seien. Wir würden alles tun, um die Zukunft des bäuerlichen Familienbetriebes zu sichern. Dies setze großes Verständnis und Solidarität in der Bundesrepublik Deutschland voraus. Er bitte deshalb die Kommission, unsere Gründe sorgfältig in Richtung auf einen tragbaren Kompromiß hin zu würdigen. Wir wollen konstruktiv sein und seien zu jedwedem Gespräch bereit. Daran anschließend leitet der Bundeskanzler zum Binnenmarkt über.

BM *Bangemann* legt dazu dar, daß die von allen angestrebte Kohäsion am ehesten durch eine konvergente Wirtschaftspolitik zu erreichen sei. Auch wenn die wirtschaftlichen und strukturellen Diskrepanzen in der Gemeinschaft sehr groß seien, dürfe kein Junktim zwischen der Herstellung des Binnenmarktes und anderen Maßnahmen aufgestellt werden. Das würde jedwede Weiterentwicklung zunichte machen. Mit den bisherigen Fortschritten könnten wir im großen und ganzen zufrieden sein. Wir müßten jedoch alles tun, um den ehrgeizigen Termin 1992 einzuhalten. Dafür seien nach unserer Meinung vier Punkte von besonderer Bedeutung. Ohne eine Harmonisierung der Mehrwertsteuer und der besonderen Verbrauchssteuern seien die Ziele des Binnenmarktes nicht zu erreichen. Wir seien bereit, die Kommission tatkräftig zu unterstützen und zu Kompromissen beizutragen.

Ebenso wichtig sei der Abbau der Handelshemmnisse. Hier hätten wir dank des neuen Konzepts des Normenverweises[29] bereits gute Fortschritte gemacht. Die Harmonisierung dürfe jedoch nicht zu einer Bürokratisierung führen, die nur Wachstumskräfte binde, statt sie zu stimulieren.

Bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs, einem alten deutschen Anliegen, seien wir bereit, weitere Schritte zu tun.[30] Schließlich bleibe das öffentliche

29 Der EG-Rat auf der Ebene der für den Binnenmarkt zuständigen Minister beschloß auf seiner Tagung am 7. Mai 1985 in Brüssel eine neue Konzeption auf dem Gebiet der technischen Harmonisierung und Normung für EG-Erzeugnisse. Das darin enthaltene neue Konzept des Normenverweises zielte darauf ab, die Schaffung des EG-Binnenmarkts dadurch zu beschleunigen, daß bis zur Ausarbeitung und Verabschiedung einheitlicher europäischer Standards auf nationale Normen verwiesen werden konnte, was dem umgehenden Abbau technischer Handelshemmnisse im grenzübergreifenden Warenverkehr diente. Für den Wortlaut des Beschlusses vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 136 vom 4. Juni 1985, S. 1–9. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 5/1985, S. 11 f. und S. 97.
In einer gemeinsamen Aufzeichnung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft hielt Referat 416 am 12. Mai 1987 fest: „Insbesondere auf deutsches Drängen wird die Kommission in Zukunft bei den technischen Handelshemmnissen keine Harmonisierung mehr der technischen Details anstreben, sondern entweder gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen nationalen Vorschriften oder Verweis auf (internationale) Normen fordern. Diskutiert dazu werden in Brüssel zur Zeit z. B. die Bereiche Maschinen, Spielzeug, Baubedarfsartikel und Funkentstörung." Vgl. Referat 416, Bd. 141865.

30 Am 12. Mai 1987 vermerkte Referat 416 zusammen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs, daß der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanz-

Auftragswesen ein ganz schwerwiegendes Handelshemmnis. Die notwendige Öffnung in diesem Bereich dürfe jedoch nicht zu einer Abschottung nach außen führen. Insgesamt gelte es, die Möglichkeit der Mehrheitsentscheidung zu nutzen. Dabei gingen wir davon aus, daß die Kommission ihre Verpflichtung, ein hohes Schutzniveau vorzuschlagen, sehr ernst nehme.

BM Bangemann drückt die Überzeugung aus, daß der Strukturwandel sich nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen vollziehen werde. Die Bundesregierung hätte sich jedenfalls geweigert, Schwierigkeiten in einzelnen Krisenbereichen wie Schiffbau, Bergbau oder Stahl mit Erhaltungssubventionen zu begegnen. In einer kürzlichen Besprechung mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Stahlindustrie sei es klare Linie gewesen, daß ein Überhang an Kapazitäten abgebaut werden müsse. Dies sei aber nur durchzuhalten, wenn gleichzeitig die damit einhergehenden Sozialprobleme aufgefangen und die entsprechenden Leistungen aufgestockt würden. Nur auf diese Weise seien die bei einem Strukturwandel unter Umständen entstehenden sozialen Unruhen abzuwenden.

Die Regionalpolitik sei eine wichtige Ergänzung dieser Industriepolitik. Sie solle dazu beitragen, Ersatzarbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten zu schaffen. Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang sei, daß es sich für uns nicht nur um eine Bundesangelegenheit handele, sondern daß auch die Länder in diesem Bereich mitwirken wollten und dies nach deutschem Verfassungsrecht auch könnten. Europapolitisch entstünden Schwierigkeiten, wenn eine Region, die nach den Maßstäben eines deutschen Bundeslandes eine Förderung verdiene, die EG-weiten Förderkriterien nicht erfülle. Nach unserer Verfassung hätten wir jedoch für die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland Sorge zu tragen.[31] Deshalb benötigten wir hier einen Freiraum auch für die Länder. Was die aktuellen Gespräche mit Kommissar Sutherland angehe, so habe er hier bereits eine gewisse Flexibilität angedeutet. Es müsse jedoch die Möglichkeit für die Bundesländer bleiben, Hilfe zu gewähren.

Im übrigen seien wir zu einer strengen Beihilfedisziplin bereit. Dies gelte auch für Stahl. Hier bäten wir die Kommission, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Mitgliedstaaten die gleichen strengen Maßstäbe angewendet werden. Dies müsse insbesondere auch für die verstaatlichten Industrien gelten.

Zum Verkehrsmarkt bemerkt BM Bangemann, daß wir zur Liberalisierung bereit seien, jedoch gleichzeitig auf der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen bestehen müßten.

Vizepräsident Lord *Cockfield* bemängelt, daß der Rat mit der Verabschiedung vieler Vorschläge zum Binnenmarkt erheblich in Rückstand geraten sei.[32] Die

Fortsetzung Fußnote von Seite 467

minister am 17. November 1986 in Brüssel „eine neue Richtlinie zur Liberalisierung beschlossen" habe. Die EG-Kommission habe zudem „für das erste Halbjahr 1987 die Vorlage eines weiteren Richtlinienvorschlages angekündigt, mit dem die Liberalisierungsverpflichtungen grundsätzlich auf den gesamten Kapitalverkehr ausgedehnt werden sollen (zweite Stufe)". Vgl. Referat 416, Bd. 141865.

31 Vgl. dazu Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 9.

32 Am 2. Juni 1987 unterrichtete Ministerialdirektor Jelonek über die Ergebnisse des zweiten Fortschrittsberichts der EG-Kommission zur Vollendung des EG-Binnenmarkts vom 11. Mai 1987: „Die KOM zeigt sich insgesamt mit den bisher erzielten Fortschritten unzufrieden. Die Schuld gibt sie dabei weitgehend dem Ministerrat, der bis Mai 1987 insgesamt nur 57 von 112 Vorschlägen verabschiedet habe." Zudem kritisiere die Kommission den Agrar- sowie den Wirtschafts- und Finanzministerrat, die sich mit den im Weißbuch von 1985 unterbreiteten Vorschlägen der EG-Kommission

politische Vision und Verpflichtung, die er im Europäischen Rat spüre, sei bei den Ministern bereits geringer und in den Bürokratien noch weniger vorhanden. Er begrüßt die Ausführungen BM Bangemanns zur Steuerharmonisierung, bekennt sich zu einem hohen Schutzniveau in den künftigen Kommissionsvorschlägen und bittet um die Unterstützung der Bundesregierung bei der Beseitigung der technischen Hindernisse und für die Öffnung des öffentlichen Auftragswesens. Er erklärt sich auch damit einverstanden, daß kein Junktim zwischen Binnenmarkt und Maßnahmen zur Verstärkung der Kohärenz aufgestellt werden dürfe. Notwendig sei jedoch ein paralleler Fortschritt. Dabei gelte es zu verhindern, daß jeder auf Zugeständnisse des anderen warte und sich insgesamt nichts bewege. Die EG sei eine Gemeinschaft zur gegenseitigen Hilfe. Die größte Prosperität in einem Teil müsse allen Partnern zugute kommen. Deshalb trete er mit Nachdruck für eine Öffnung der Märkte für alle Industrien in allen Ländern ein.

Kommissar *Sutherland* legt dar, daß nationale Beihilfen für den Gemeinsamen Markt ähnlich schädlich seien wie technische Handelshemmnisse. Deshalb sei eine strikte Einhaltung der Wettbewerbsregeln wichtig. Die Kommission schätze deshalb das traditionelle deutsche Verständnis sehr und hoffe, daß dies auch weiter Geltung habe. Gerade der Stahlbereich gebe zu großen Besorgnissen Anlaß. Alle Mitgliedstaaten hätten sich auf gemeinsame Regeln geeinigt, doch nicht alle hielten sich daran. Die Kommission habe die feste Absicht, über die strikte Anwendung der Regeln zu wachen.

Was die Regionalbeihilfen angehe, so sei er mit der Bundesregierung völlig einig über die Notwendigkeit eines dezentralisierten Systems, d. h. über die Möglichkeit von Beschlüssen durch Gebietskörperschaften. Gleichwohl bleibe auch hier das Problem, wie und wieviel gezahlt werde. Die Bundesregierung sei stets der beste Alliierte der Kommission gewesen, wenn es darum gehe, Beihilfen abzubauen. Über die aktuellen deutschen Probleme sei er mit BM Bangemann im Gespräch. Er sei sich bewußt, daß die Lösung nicht nur gemeinschaftlichen, sondern auch nationalen Aspekten Rechnung tragen müsse.[33]

Fortsetzung Fußnote von Seite 468

zur Vollendung des Binnenmarkts kaum befaßt hätten. Zu den Bereichen, in denen bisher nur geringe Fortschritte erzielt werden konnten, zählte Jelonek u. a.: Veterinär- und Pflanzenschutzkontrolle, Lebensmittel, Niederlassungsfreiheit, Grenzkontrollen, Aufenthaltsrecht und Steuerharmonisierung („Aufhebung der Steuergrenzen"). Fortschritte habe es hingegen „im Bereich der technischen Harmonisierung und Normen" gegeben, wo sich das „von uns initiierte sog. ‚neue Konzept' als wirksam" erwiesen habe: „statt Detailharmonisierung Verweis auf europäische Normen bzw. gegenseitige Anerkennung von Normen". Vgl. Referat 416, Bd. 141865.

33 In einem Schreiben an Bundesminister Stoltenberg vom 15. Mai 1987 informierte Staatssekretär Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft, über das Gespräch des Bundesministers Bangemann mit EG-Kommissar Sutherland am 7. Mai 1987 zur Konformität der Regionalförderung in der Bundesrepublik mit regional- und wettbewerbspolitischen Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaften. Die Verständigung trage „wesentlichen, von Bund und Ländern gemeinsam verfolgten Anliegen Rechnung" und sei „aus vielen europapolitischen, gesamt- und finanzwirtschaftlichen Gründen einer langwierigen Auseinandersetzung mit der Kommission vorzuziehen". Vgl. Referat 416, Bd. 141918.
Am 20. November 1987 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schürmann: „Die zwischen der Bundesregierung und der EG-Kommission erreichte Verständigungslösung zur Neuordnung der deutschen Regionalförderung kann – nach formeller Zustimmung der EG-Kommission – zum 1.1.1988 in Kraft treten. […] Mit diesem Ergebnis werden die monatelangen intensiven Bemühungen der Bundesregierung um den Erhalt einer substantiellen und eigenständigen – wenn auch hinsichtlich des Fördergebietes und der Fördersätze reduzierten – regionalen Wirtschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich abgeschlossen." Zur Einigung führte

Auf die Problematik der Erhöhung der indirekten Steuern eingehend, stellt BM *Stoltenberg* fest, daß nach seiner Erkenntnis auch die anderen Mitgliedstaaten große Probleme hätten, was Präsident Delors ausdrücklich bestätigt. Er werde bei einem der nächsten Finanzministertreffen mit seinen Kollegen über die Problematik sprechen. Die Bundesregierung sei bereit, hier einen Schritt zu tun, wenn alle dazu bereit seien. Entscheidend sei jedoch, daß, wenn allgemeines Einvernehmen in der EG bestehe, die Umsetzung schnell erfolge. Man könne darüber nicht jahrelang diskutieren.

BM *Warnke* führt zur Verkehrspolitik aus, daß die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen nicht die Vorbedingung für die Liberalisierung sei, doch wir einen Zeitplan für ein paralleles Vorgehen benötigen.

Abschließend bedankt sich der *Bundeskanzler* bei der Kommission für das sehr offene Gespräch. Er sei gewiß, daß beide Seiten viel voneinander lernen konnten. Er regt ein ähnliches Gespräch zu gegebener Zeit in Brüssel an.

Präsident *Delors* dankt für die gute Zusammenarbeit und greift den Gedanken des Bundeskanzlers für eine neue Gesprächsrunde im Herbst dieses Jahres in Brüssel auf.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

93

Gespräche der Staatsministerin Adam-Schwaetzer und des Staatssekretärs Ruhfus mit dem türkischen Staatsminister Bozer

411-420.30 TUR **3. April 1987**[1]

Besuch des türkischen Staatsministers Dr. Ali Bozer in Bonn am 3.4.1987;
hier: Gespräche mit StMin Frau Adam-Schwaetzer und StS Ruhfus

1) Der türkische Staatsminister Dr. Bozer war begleitet von seinem Berater, Botschafter Keskin, dem stellvertretenden Generaldirektor im türkischen Außen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 469

Schürmann ferner aus: „Die Verständigungslösung zur Neuordnung der deutschen Regionalförderung sieht ab 1.1.1988 eine Obergrenze für die gesamte deutsche Regionalförderung in Höhe von 38% (bisher rund 45%) der Bundesbevölkerung vor. Dabei umfaßt das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur' 32,8% (bisher 34,8%) der Bundesbevölkerung, die Gebiete der ergänzenden Landesförderungen umfassen 5,2% (bisher rund 10%) der Bundesbevölkerung. Für zukünftige Sonderprogramme zur Flankierung des Strukturwandels räumt die Kommission allerdings die Möglichkeit ein, die Obergrenze von 38% zu überschreiten." Vgl. Referat 416, Bd. 141918.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Stechow am 8. April 1987 gefertigt und am selben Tag an die Ministerialdirektoren Freiherr von Richthofen, Jelonek und Oesterhelt, die Ministerialdirigenten von Ploetz und Trumpf sowie an das Ministerbüro, das Pressereferat und die Referate 203, 209, 410, 420, 501 und 514 „zur dortigen Unterrichtung" geleitet. Dazu vermerkte von Stechow, der Gesprächsvermerk sei von Staatsministerin Adam-Schwaetzer und Staatssekretär Ruhfus genehmigt worden. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 413, Bd. 144910.

ministerium, Aktan, Botschafter Işcen sowie Botschaftsrat Alanat. Auf deutscher Seite waren neben Frau Staatsministerin Adam-Schwaetzer zugegen Dg 41[2], RL 411[3], stellvertretender RL 411[4], persönlicher Referent[5], Dolmetscherin.

Die Gesprächsdauer betrug 1 Stunde 15 Minuten.

2) Nach einleitenden Willkommensworten betonte StMin *Adam-Schwaetzer* die traditionell guten Verbindungen zwischen der Türkei und Deutschland. Sie erkundigte sich nach den Positionen der Türkei in bezug auf das Verhältnis zur EG sowie den geplanten Schritten bezüglich eines möglichen Beitrittsantrages.

Türkischer StM *Bozer* betonte nach einleitenden Begrüßungsworten Wunsch, daß deutsche Haltung bezüglich Stellung der Türkei in der Gemeinschaft genauso konstruktiv sein möge wie im traditionell guten bilateralen Verhältnis. Er bat um Gelegenheit Darlegung türkischer Haltung im einzelnen zu EG-Beitritt und führte aus:

Bereits im Assoziationsvertrag[6] sei im Gegensatz zu den anderen Abkommen, die die EG mit Drittländern geschlossen habe, das Endziel der Vollmitgliedschaft der Türkei in der Gemeinschaft dargelegt. Deshalb dürfe der türkische Antrag nicht als Überraschung aufgefaßt werden. Er sei nur ein weiterer Schritt in Richtung auf die Zielsetzung des Abkommens. Zwei Fragen stünden bei der derzeitigen Diskussion im Vordergrund, die er beantworten wolle, nämlich:

– Sind die Bedingungen für einen Beitritt, die von der Gemeinschaft verlangt werden, erfüllt oder können sie erfüllt werden?
– Ist der Zeitpunkt richtig gewählt?

Zur Frage des Zeitpunktes sei viel Kritik in der Gemeinschaft zu hören, er sei falsch gewählt, der Beitrittsantrag käme frühzeitig, da die Gemeinschaft Probleme besonders im finanziellen Bereich[7], im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik[8] sowie im Bereich der Verkraftung des Beitritts von drei neuen Mitgliedstaaten[9] habe.

Diese Kritik basiere auf der falschen Analyse, daß der türkische Beitritt in der EG unmittelbar effektiv werde. Türkei wolle der Gemeinschaft nicht von heute auf morgen beitreten, lediglich Antrag solle jetzt bei der Präsidentschaft eingebracht werden und müsse an Kommission zur Analyse so schwieriger Fragen wie der türkischen Wirtschafts- und Sozialstruktur etc. weitergeleitet werden.

2 Jürgen Trumpf.
3 Phil-Heiner Randermann.
4 Andreas von Stechow.
5 Rüdiger Lüdeking.
6 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der EWG und der Türkei vom 12. September 1963 zur Gründung einer Assoziation vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.
Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–432.
7 Zu den Haushalts- und Finanzproblemen der Europäischen Gemeinschaften sowie den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 69.
8 Zur EG-Agrarpolitik vgl. Dok. 73, Anm. 7.
Zur Haltung der Bundesregierung zu den Reform- und Preisvorschlägen der EG-Kommission für die Agrarpolitik vgl. Dok. 92.
9 Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1981 bei, Spanien und Portugal traten am 1. Januar 1986 bei.

Hinzu komme, daß mit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte[10] wohl auch das EP, falls die Akte auf die Türkei anwendbar ist, und danach noch der Rat über den Antrag befinden müßten. Das alles dauere mindestens fünf bis sechs Jahre oder mehr. Dann seien die Voraussetzungen in der Türkei bereits wesentlich besser. Es stelle sich auch Frage, ob Türkei nicht das Recht auf einen Beitrittsantrag aus den Verträgen habe und die Gemeinschaft nicht die Pflicht, diesen Antrag zu prüfen. Türkei habe nicht die Absicht, den Antrag zu forcieren, sei aber natürlich auf gewissen Gebieten sehr sensibel. Es ginge nicht an, daß die Türkei gegenüber der Behandlung der neuen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft diskriminiert werde. Der türkische Antrag sei daher einfach, unschuldig (innocent) und logisch. Antrag werde jetzt gestellt, er solle zur Analyse an die EGK weitergeleitet werden.[11]

Zur Frage der Antragsvoraussetzungen könne er feststellen, daß im wirtschaftlichen Bereich die Türkei seit der Politik Ministerpräsident Özals einen Strukturwandel durchgeführt habe. Im Prinzip seien die nötigen wirtschaftlichen Strukturen für einen Beitritt bereits in der Türkei vorhanden.

Auch die parlamentarische Demokratie sei in der Türkei fest verankert. Es gäbe auf diesem Feld zwei Punkte, bei denen die Kritik an der Türkei nicht ganz ungerechtfertigt sei und die für die Vollmitgliedschaft wichtig seien. Diese seien die türkische Haltung gegenüber den früher handelnden Politikern und Fragen der Menschenrechte. Bezüglich des ersten Punktes sei zu erinnern an die Ereignisse vor 1980[12]. Die Dinge hätten sich darüber hinaus gebessert. Seit den Wahlen vom 6.11.1983[13] gäbe es in der Türkei Demokratie, Menschenrechte, Pressefreiheit und unabhängige Institutionen. Bei den Menschenrechten habe die Türkei darüber hinaus kürzlich die Individualbeschwerde zugelassen[14] und die Oberaufsicht des Europarates nicht behindert. Dies könne in der Studie der Kommission[15] verifiziert werden. Die Türkei sei in der Lage, sich hier zu rechtfertigen, der Rat könne das diskutieren.

10 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.
Die Einheitliche Europäische Akte trat am 1. Juli 1987 in Kraft.

11 Am 14. April 1987 stellte die Türkei einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 136.

12 Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei. Die Regierungsverantwortung lag bei einem „Nationalen Sicherheitsrat“ unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

13 Bei den Wahlen zum türkischen Parlament am 6. November 1983 erzielte die Mutterlandspartei des ehemaligen stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten Özal 45 % der Stimmen und damit die absolute Mehrheit der Mandate. Die neue türkische Regierung unter Ministerpräsident Özal trat am 13. Dezember 1983 ihr Amt an.

14 Am 30. Januar 1987 berichtete Ministerialdirigent von Ploetz: „Türkisches Kabinett hat am 22. Januar 1987 beschlossen, Individualbeschwerde nach Art. 25 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) vor der Kommission des Europarates zuzulassen. AM Halefoğlu hat am 28.1.1987 in Straßburg in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates diesen Schritt mitgeteilt und entsprechende Erklärung beim Generalsekretär hinterlegt.“ Vgl. Referat 203, Bd. 151055.

15 Am 1. Juli 1982 legten Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Norwegen und Schweden bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte Beschwerde gegen die Türkei wegen Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 ein. Am 7. Dezember 1985 billigte die Europäische Kommission für Menschenrechte einen

StM Bozer sprach die Bitte aus, den türkischen Antrag insoweit zu unterstützen, als er innerhalb eines vernünftigen Zeitraumes an die Kommission weiterzuleiten sei. Dabei dürfe die mögliche kritische Haltung eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft[16], die zu erwarten sei, nicht überbewertet werden.

StMin *Adam-Schwaetzer* dankte für die deutlichen Erläuterungen und dafür, daß StM Bozer bereits das Assoziationsabkommen erläutert habe. Die Beziehungen zur Türkei seien alt, die Bundesregierung habe bekanntermaßen erheblichen Anteil an der Wiederbelebung der Assoziation und dem Zusammentreten des Assoziationsrates im September 1986 gehabt.[17] Sie habe mit Besorgnis gesehen, daß türkische Wünsche im Rahmen der Assoziation nicht immer ausreichend berücksichtigt werden konnten. Wichtige Schritte innerhalb der Assoziation, z. B. die Zollunion, seien nicht verwirklicht.[18] Hier gelte es, Akzente für ein näheres Aneinanderrücken der Gemeinschaft und der Türkei zu setzen. Es sei festzuhalten, daß der Assoziationsvertrag auch die Beitrittsvoraussetzungen definiere. Die Dauer der Entwicklung der Integration innerhalb der Gemeinschaft von sechs Staaten im Laufe von 30 Jahren auf zwölf Staaten verdeutliche die großen Probleme und den damit verbundenen zeitlichen Aufwand, dessen die Integration der Gemeinschaft bedürfe. Probleme wie die Gemeinsame Agrarpolitik und die Finanzierungsfragen der Gemeinschaft seien mit immer größerer Schärfe zutage getreten. Die Gemeinschaft habe in den kommenden Jahren nicht nur in der Frage der Eigenfinanzierung[19] und der Lösung der Probleme der GAP, sondern auch bei der Regionalpolitik zum allmählichen Abbau des Nord-Süd-Gefälles ungeheure Aufgaben vor sich. Deshalb könnten wir die Entwicklung nur mit Sorge betrachten, die mit den Erwägungen eines türkischen Beitrittsantrages verbunden seien. Bei dessen Behandlung wären ungeheure zusätzliche Kraftanstrengungen der Gemeinschaft erforderlich. Zum jetzigen Zeitpunkt sähe die Bundesregierung einen Antrag der Türkei als verfrüht an, und zwar nicht nur aus den geschilderten EG-internen Problemen, sondern auch wegen des Erfordernisses der Weiterentwicklung des Assoziationsabkommens.

StM *Bozer* nahm Stellung zum Zeitfaktor des türkischen Beitrittsantrages und führte aus, es sei wahr, daß Assoziationsvertrag nicht erfüllt sei. Dies gelte sowohl für die Türkei als auch für die EG. Es gäbe aufgezwungene Beschränkungen für die türkischen Exporte, es gäbe die Nichtfortführung der Politik der Gemeinschaft im Rahmen der Finanzprotokolle, insbesondere beim 4. Finanzprotokoll[20], es gäbe keine Freizügigkeit, eine Frage, die für D von besonderer

Fortsetzung Fußnote von Seite 472

Bericht, mit dem die Auseinandersetzung auf der Grundlage einer gütlichen Einigung beigelegt wurde. Die türkische Regierung verpflichtete sich, über die Einhaltung der Menschenrechtskonvention in festgelegten zeitlichen Abständen zu berichten. Für den Bericht vgl. Referat 200, Bd. 141792.

16 Griechenland.

17 Zur Sitzung des Assoziationsrats EG–Türkei am 16. September 1986 in Brüssel vgl. Dok. 25, Anm. 29.

18 Referat 411 notierte am 1. April 1987, die Türkei habe „ihre Zölle für gewerbliche Produkte gegenüber der Gemeinschaft z. T. nur um 20 % statt 100 % und z. T. nur um 10 % statt um 40 % gesenkt". Ähnlich sehe es „bei den mengenmäßigen Beschränkungen aus, 40 % anstatt 60 %". Ferner habe die Türkei „die Angleichung ihres Außenzolls an den Gemeinsamen Zolltarif ausgesetzt" sowie „die vereinbarte Präferenzregelung für Agrarprodukte" der Gemeinschaft bisher nicht eingeräumt. Vgl. Referat 413, Bd. 144910.

19 Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 51, Anm. 16.

20 Zum 4. Finanzprotokoll zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei vgl. Dok. 25, Anm. 30.

Wichtigkeit sei und deshalb von der Türkei immer in einem gesonderten Rahmen gesehen wurde und heute auch nicht ausführlich diskutiert werden solle.[21] Es sei festzustellen, daß nicht einmal die im Abkommen vorgesehenen Organe der Assoziation funktionierten. Es habe beim Zusammentreten des Assoziationsrates eine Pause von sechs Jahren gegeben[22], statt des Zusammentretens, das nach der Geschäftsordnung des Assoziationsrates alle sechs Monate stattfinden solle.

Die Türkei habe angesichts dieser Lage nur drei Möglichkeiten:

– Sie könne die Beziehungen zur Gemeinschaft abbrechen, dies sei aber nicht erwünscht, da die Türkei ihren Platz in Europa nicht nur behaupten, sondern ausfüllen wolle.
– Sie könne die prekären Beziehungen zur Gemeinschaft so erhalten, wie sie seien, und versuchen, die Assoziation wieder funktionsfähig zu gestalten. Dies sei aber eine unpräzise und kaum erfolgreiche Politik. Eine solche Politik könne sich die Türkei nicht leisten.
– Sie könne für den Beitritt optieren. Dies wolle sie tun. Welchen Unterschied gebe es zwischen einem Antrag heute und einem Antrag in zwei Jahren? Die erforderliche Studie durch die Kommission und die anschließende Behandlung des Antrages dauerten fünf bis sechs Jahre.

Die von der Gemeinschaft genannten internen Probleme würden auch in Zukunft fortbestehen, sie seien im wesentlichen der Eigendynamik der Gemeinschaft zuzuschreiben. Deshalb wiederhole die Türkei ihre Bitte um Unterstützung des Antrages im Sinne einer Weiterleitung an die Kommission gemäß der Tradition der Gemeinschaft bei anderen Beitrittsanträgen im Sinne einer normalen Prozedur. Die Frage der Vorzeitigkeit des Antrages könne sowohl von der EGK als auch vom Ministerrat noch geregelt werden.

Antrag auf Vollmitgliedschaft könne auf zwei Arten geregelt werden:

– Antrag könne auf EWG-Vertrag[23] beruhen
– oder auf Assoziationsabkommen.[24]

21 Zu den Verhandlungen über die Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 25, Anm. 29.
Referat 411 notierte am 13. März 1987: „Die Gemeinschaft hat sich auf ein gemeinsames Verhandlungsangebot an die Türkei im Allgemeinen Rat am 24.11.1986 geeinigt und das Angebot der Türkei vertraulich übermittelt. Es sieht im wesentlichen eine Verbesserung des Status der bereits in der Gemeinschaft lebenden türkischen Arbeitnehmer vor, gewährt diesen einen auf die erste Generation beschränkten Familiennachzug und stellt sie hinsichtlich arbeitsbezogener Verhältnisse EG-Arbeitnehmern weitgehend gleich. Andererseits schließt es einen unkontrollierten Zuzug neuer türkischer Arbeitnehmer aus. Die Türkei besteht auf Recht auf völlige Freizügigkeit wie im EG-Vertrag. Sie hat das Angebot der Gemeinschaft als unzureichend zurückgewiesen und ein Zusammentreten des Assoziationsrates gefordert, falls die Gemeinschaft nicht zu einer Regelung wie im EWG-Vertrag bereit ist.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144910.

22 Die vorletzte Sitzung des Assoziationsrats EG – Türkei fand am 30. Juni und 1. Juli 1980 in Brüssel auf Ministerebene statt.

23 Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

24 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 24. März 1987 zu den beiden Rechtswegen der Antragsstellung: „Nach Artikel 237 EWG-Vertrag hat der Rat über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen nach Einholung der Stellungnahme der Kommission zu entscheiden. Für den Beschluß, diese Stellungnahme einzuholen, genügt – zum Unterschied von dem späteren Ratsbeschluß über das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen, der einstimmig gefaßt werden muß – einfache Mehrheit, d. h. die

Hier sei letzte Entscheidung noch nicht gefallen. In jedem Falle sei eine Weiterleitung des Antrages an die EGK erforderlich, hier sei deutsche Hilfe vonnöten und Türkei bitte darum (siehe unten).

StMin *Adam-Schwaetzer* erwiderte, daß man sich vielen der türkischen Argumente sicher nicht verschließen könne. Die Gemeinschaft werde immer innere Probleme haben. Die Zusammenführung der Gemeinschaftsstrukturen gehe weiter, es habe sich gezeigt, daß nach einem bestimmten Grad des Zusammenwachsens der Mitgliedstaaten es leichter werde, zusätzliche Probleme anzugehen.

Die Bundesregierung sei für positive bilaterale Beziehungen, insbesondere auch auf dem Gebiet der Wirtschaft. Davon hingen auch immer die Beziehungen zur Gemeinschaft ab. Mit wirtschaftlichen Fortschritten in der Türkei würden auch die Beziehungen zur Gemeinschaft besser werden. Deshalb sei es vernünftig, den Assoziationsvertrag zu entwickeln. Es sei selbstverständlich, daß türkische Bitte an die Bundesregierung weitergeleitet werde. Nach Vorliegen des Beitrittsantrages werde sich Bundesregierung damit befassen.

StM *Bozer* stellte Frage, was geschähe, wenn Präsidentschaft[25] zum Beitrittsantrag Nein sage. Reiche dieses für Zurückweisung oder müsse Antrag an EGK weitergeleitet werden?

StMin *Adam-Schwaetzer* erwiderte, Präsidentschaft müsse so wichtige Frage wohl im Rat besprechen. Was die Form des Antrages beträfe, läge Entscheidung bei türkischer Regierung. Sicher sei, daß Bundesregierung erst entscheiden könne, wenn der Antrag da sei.

Abschließend bedankte sich StM *Bozer* für das offene Gespräch und bat erneut um Unterstützung durch die Bundesregierung bei der Weiterleitung des Antrages an EGK zur Stellungnahme.

3) Beim Mittagessen führte StM Bozer mit StS Ruhfus u. a. Gespräch über Beitrittsantrag und betonte Notwendigkeit der Behandlung des türkischen Antrages auf ordnungsgemäßem Wege. Insbesondere dürfe keine Diskriminierung der Türkei im Verhältnis zu anderen neuen EG-MS eintreten. Es sei klar, daß Prüfung des türkischen Antrages viele Jahre in Anspruch nehmen werde.

StS *Ruhfus* erwiderte, es käme darauf an, Assoziation auszubauen. Dabei gelte es, wechselseitigen Interessen Rechnung zu tragen. Für die Gemeinschaft sei Fortschritt in der Zollunion wesentlich, aber auch türkische Interessen, insbesondere bei Deblockierung des 4. Finanzprotokolls, seien legitim.

StM *Bozer* betonte, daß Entwicklung der Zollunion leider für Türkei nicht mehr ausreichend sei. Längerfristig müsse türkischer Beitrittsantrag von Gemeinschaft behandelt werden.

StS *Ruhfus* sagte Bereitschaft der Bundesregierung zu, weitere Entwicklung türkischer Bemühungen auf diplomatischem Wege aufmerksam zu verfolgen. Türkei würde auf diesem Wege über ihre Bemühungen in anderen Mitgliedstaaten unterrichten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 474

Zustimmung von sieben MS. […] Assoziationsabkommen EG–Türkei enthält in Präambel und Artikel 28 Beitrittsperspektive. Voraussetzung von Artikel 28 (Fähigkeit zur Erfüllung Verpflichtungen aus EWG-Vertrag) liegt allerdings noch nicht vor." Vgl. Referat 413, Bd. 144910.

25 Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

StM *Bozer* betonte, daß Beitrittsantrag demnächst, sicherlich aber vor Jahresende, vorliegen werde.

4) Im Gespräch mit RL 411 betonte türkischer stellvertretender Generaldirektor *Aktan*, daß Beitrittsantrag[26] noch während belgischer Präsidentschaft eingereicht werde. Dieser Antrag werde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nach Art. 237 EWG-Vertrag erfolgen. Erwähnung des Assoziationsvertrages durch StM Bozer sei nicht so zu verstehen, daß türkische Seite ernsthaft erwäge, Antrag nach dieser Vorschrift zu stellen. Erwähnung sei nur erfolgt, um den vielen Einwänden der Gemeinschaftspartner wegen Nichterfüllung der Assoziation Rechnung zu tragen. Für Türkei bestünde gar keine andere Wahl, als Antrag nach Art. 237 zu stellen. Türkei habe von einer Reihe von Mitgliedstaaten erfahren, daß bei diesem Verfahren damit zu rechnen sei, daß Griechenland dem Antrag nicht widersprechen werde, sondern seine Weiterleitung an EGK befürworten werde, weil Griechenland davon ausgehe, daß die Bundesrepublik Deutschland dem Antrag widersprechen werde. Dies habe für Griechenland den Vorteil, die guten bilateralen Beziehungen zwischen einem der besten Alliierten der Türkei, nämlich denen zu Deutschland, zu ruinieren. Türkei lege großen Wert darauf, daß die guten Beziehungen zu uns in dieser Frage nicht gefährdet würden.

Übrige Unterhaltung konzentrierte sich auf Einzelfragen der Assoziation, insbesondere die Problematik eines Antrages nach Art. 237 EWG-Vertrag oder Art. 28 Assoziationsabkommen, sowie die Frage der Implementierung des Assoziationsabkommens, und in diesem Rahmen des Selbstbeschränkungsabkommens im Textilbereich, wo *RL 411* ausführte, daß dieses Selbstbeschränkungsabkommen immerhin dazu geführt habe, daß die türkische Textilindustrie in eine konsolidierte und privilegierte Stellung im Verhältnis zur Gemeinschaft geraten sei, die heute den größten Teil der Exporte der türkischen Textilindustrie in die Gemeinschaft gesichert habe.[27]

Referat 413, Bd. 144910

26 Korrigiert aus: „bei Beitrittsantrag".

27 Referat 411 vermerkte am 8. April 1987: „Trotz Schwierigkeiten im Bereich der Assoziation dürfen ihre Erfolge in einigen Sektoren nicht unbeachtet bleiben. So ist für türkische Erzeugnisse bereits zu einem großen Teil freier Zugang zum EG-Markt eingeräumt worden. […] Im Zusatzprotokoll von 1970 verpflichtete sich die EG zudem, Zölle und Abgaben gleicher Wirkung auf Einfuhren aus der Türkei zu beseitigen. Eine Ausnahme wurde lediglich für die Importe von Baumwollgarn, Baumwollgeweben und Teppichen vereinbart. […] Dennoch hat der konkurrenzfähige türkische Textilsektor in der Gemeinschaft eine hervorragend konsolidierte Stellung. Die Türkei hatte bereits 1985 8,3% der gesamten Textil- und Bekleidungsimporte der Gemeinschaft erreicht. Bei den Zuwachsraten in diesem Sektor liegt sie mit Abstand an der Spitze aller Drittländer. Die Türkei konnte dadurch zum größten Marktlieferanten der EG aufsteigen, wodurch sich die besonderen Beziehungen der Gemeinschaft zur Türkei manifestierten." Vgl. Referat 413, Bd. 144910.

94

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

431-493.15-279/87 VS-geheim **3. April 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Multilateral abgestimmte Exportpolitik auf dem Gebiet der Trägertechnologie[4]

Bezug: Vorlage vom 20. März 1987[5] – Az.: 431-493.15-167/87 VS-geheim[6]

Anlg.: Entwurf eines Schreibens an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses[7]
Dipez 431-493.15-278/87 VS-v[8]
Presseerklärung (Entwurf)[9]

Zweck der Vorlage: Zur Information und der Bitte um Zeichnung des anliegenden Schreibens an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses

1) Der Bundessicherheitsrat hat am 26.3.1987 auf Ihren[10] Vorschlag dem Exportkontrollregime „Trägertechnologie" zugestimmt. Es ist vorgesehen, daß die sieben teilnehmenden Staaten (USA, F, GB, I, J, KAN, D) einander am 7. April 1987 gleichzeitig von der künftigen Anwendung der Richtlinien zur Träger-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blankenstein und Legationsrat I. Klasse Ammon konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 3. April 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 5. April 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ich bitte, ein Hintergrundgespräch zu erwägen. 2) Die Auswahl der Termine im ‚Osterloch' ist nicht sehr glücklich."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. April 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Jelonek verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Anmerk[un]g B[undes]M[inister]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 6. April 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Rücklauf dem Herrn Staatssekretär vorzulegen."
Hat Staatssekretär Ruhfus am 7. April 1987 erneut vorgelegen, der für Jelonek handschriftlich vermerkte: „Wie besprochen Hintergrundgespräch mit 013 abstimmen, low key."
Hat Jelonek am 8. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 431 verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Grolig am 15. Mai 1987 vorgelegen.

4 Zur multilateral abgestimmten Exportpolitik auf dem Gebiet der nuklearfähigen Trägertechnologie vgl. AAPD 1986, II, Dok. 252.

5 Korrigiert aus: „30. März 1987".

6 Ministerialdirigent Pabsch übermittelte eine Beschlußvorlage für den Bundessicherheitsrat zur Verabschiedung eines multilateralen Exportkontrollregimes im Bereich der nuklearen Trägertechnologie. Dazu vermerkte er: „Abteilung 4 bittet nunmehr, die an den Chef BK gerichtete Reinschrift des Schreibens, mit dem die Vorlage dem BSR zugeleitet werden soll, zu unterzeichnen und das Konzept zu paraphieren." Vgl. VS-Bd. 14538 (431); B 150, Aktenkopien 1987.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf des undatierten, nicht abgesandten Schreibens an den CDU-Abgeordneten Stercken vgl. VS-Bd. 14540 (431); B 150, Aktenkopien 1987.

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für den am 2. April 1987 konzipierten Runderlaß Nr. 8/9, der am 7. April 1987 übermittelt wurde, vgl. Referat 431, Bd. 153195.

9 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 14540 (431); B 150, Aktenkopien 1987.

10 Hans-Dietrich Genscher.

technologie per Verbalnote unterrichten.[11] Die öffentliche Bekanntgabe des Regimes ist für den 16. April 1987 vorgesehen. Andere Staaten, die im Besitz dieser Technologie sind (insbesondere SU und China), sollen eingeladen werden, sich dem Regime anzuschließen.[12]

2) Nach über vierjährigen Verhandlungen konnte somit ein unser Interesse berücksichtigendes Ergebnis erzielt werden:

– Das Exportkontrollregime verringert die Gefahr nuklearer Auseinandersetzungen in der Dritten Welt durch Beschränkung der Proliferation der dafür erforderlichen Trägertechnologie. Die Kooperation zwischen den ESA- und NATO-MS auf dem Gebiet der Weltraumtechnik wird hingegen nicht beeinträchtigt.
– Die Bundesrepublik Deutschland ist gleichwertiges Mitglied in dem Klub der sieben Staaten, die sich gegenseitig von der Anwendung des Kontrollregimes ausnehmen: Exporte sensibler Güter und Technologien von einem der sieben Staaten zum anderen werden nicht behindert. Dieser Sonderstatus, der durch ein geheim zu haltendes Aide-mémoire[13] begründet wird, soll nicht auf künftig dem Regime beitretende Staaten ausgedehnt werden.

3) Es wird darauf zu achten sein, daß durch die Bekanntgabe des Exportkontrollregimes keine Mißverständnisse entstehen:

– So könnten Staaten der Dritten Welt das Regime fälschlich als Instrument zur Verhinderung des Transfers von Technologie ansehen. Sollte außerdem das geheime Aide-mémoire bekannt werden (es befindet sich in den Händen der Mörder von Herrn von Braunmühl[14]), könnte der Vorwurf der Gründung eines exklusiven Kartells gegen die Interessen der Dritten Welt erhoben werden. Der SU und China würde unter diesen Umständen eine Beteiligung an dem Regime erschwert werden. Wir werden – ebenso wie unsere Partner – dem durch den Hinweis darauf entgegentreten, daß unsere intensive Zusammenarbeit mit der Dritten Welt auf dem Gebiet der Weltraumtechnik durch das Regime nicht behindert wird.[15] Der weitaus überwiegende Teil der von der Regelung betroffenen Gegenstände und Technologien ist bereits nach den schon jetzt geltenden Ausfuhrbestimmungen genehmigungspflichtig.

11 Abteilung 4 vermerkte am 15. Juli 1987: „Am 7. April 1987 wurde von den sieben Staaten des Weltwirtschaftsgipfels (CAN, D, F, GB, I, J, USA) das Exportkontrollregime zur Trägertechnologie in Kraft gesetzt." Vgl. Referat 431, Bd. 153195.
Für die Richtlinien sowie die Technische Liste des Exportkontrollregimes vgl. Referat 431, Bd. 153195.
Für die Verbalnoten vgl. VS-Bd. 14540 (431) und Referat 431, Bd. 153195.

12 Referat 431 notierte am 23. April 1987: „Die sieben an dem Regime beteiligten Staaten haben am 14.4.1987 u. a. auch die SU und die VR China informiert und diese – als wichtige Hersteller von Trägertechnologie – zu einer Beteiligung an dem Regime eingeladen." Vgl. Referat 431, Bd. 153195.

13 Für das Aide-mémoire in der Fassung vom 4. März 1987 vgl. Referat 431, Bd. 153195.

14 Zur Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl am 10. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 288 und Dok. 335.

15 Referat 431 vermerkte am 23. April 1987: „In der Woche vor Ostern 1987 wurden die wichtigsten Staaten insbesondere der Dritten Welt, mit denen wir auf dem Gebiet der Hochtechnologie kooperieren, über das Exportkontrollregime informiert. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß hierdurch die vereinbarte technologische Kooperation, die ausschließlich friedlichen Zwecken dient, nicht beeinträchtigt werden wird." Vgl. Referat 431, Bd. 153195.

– Eine – von den USA zunächst erwogene – Bekanntgabe des Regimes durch Präsident Reagan hätte in der Öffentlichkeit und bei den betroffenen Regierungen den Eindruck erwecken können, daß eine grundsätzliche und tiefgehende Veränderung der Exportpolitik der sieben Staaten im Bereich der Weltraumtechnik geplant sei. Wir haben daher bei den USA erfolgreich dafür geworben, auf eine Bekanntgabe des Regimes durch den Präsidenten zu verzichten. Die europäischen Staaten, Kanada und Japan beabsichtigen, das Exportkontrollregime durch die Sprecher der jeweiligen Außenministerien bekanntgeben zu lassen. Die USA werden sich diesem Vorgehen voraussichtlich anschließen.

4) Folgende Vorgehensweise wurde zwischen den sieben Staaten ad referendum vereinbart:

4.1) Am 13. April 1987 werden die NATO-Staaten im Rahmen der regelmäßigen Kontakte zwischen den NATO-Vertretungen in Brüssel über das Regime (unter britischer Federführung) unterrichtet. Unsere NATO-Vertretung wird zur Vorbereitung dieses Gesprächs durch das anliegend beigefügte Dipez über das Regime informiert werden.

4.2) Am 14. April 1987 werden die am Regime nicht beteiligten ESA-MS (CH, S, AU, IRL, Finnland) unterrichtet, wobei uns die Federführung für die Information Österreichs zufällt.

4.3) Ebenfalls am 14. April 1987 sollen die SU, China, Israel, Ägypten, Australien und Neuseeland unterrichtet werden. Die SU und China sollen außerdem zur Beteiligung an dem Regime eingeladen werden. Es bleibt jedem der sieben Staaten freigestellt, ob und wie er sich an der Unterrichtung der genannten Staaten beteiligt: Die USA beabsichtigen, die Unterrichtung auf Botschafterebene in Washington durchzuführen. Dabei soll auch die Entsendung von Expertendelegationen (deren Zusammensetzung noch offen ist) nach Moskau und Peking angeboten werden. Es ist beabsichtigt, die hiesigen Botschaften der SU und Chinas durch RL 431[16] über die deutsche Beteiligung an dem Regime zu unterrichten.

4.4) Die USA beabsichtigen, am 9. April 1987 führende Mitglieder des Kongresses über das Regime zu informieren. Um sicherzustellen, daß die Bekanntgabe des Kontrollregimes nicht zu den unter Punkt 3 skizzierten Mißverständnissen führt, wird vorgeschlagen, daß Sie den anliegenden Entwurf eines Schreibens an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses zeichnen.

4.5) Am 15. April 1987 können die übrigen Staaten informiert werden, soweit dies notwendig ist. Eine Beteiligung hieran ist jedoch ins Belieben der jeweiligen an dem Regime beteiligten Regierungen gestellt. Im Hinblick auf unsere technologische Zusammenarbeit mit Brasilien, Argentinien, Indien, Pakistan und Indonesien sollen unsere dortigen Botschaften gebeten werden, die jeweilige Gastregierung über unsere unveränderte Bereitschaft zur technologischen Zusammenarbeit zu unterrichten.

4.6) Die öffentliche Bekanntgabe des Exportkontrollregimes (mit Ausnahme des Aide-mémoire) ist für den 16. April 1987 vorgesehen. Dieses Datum ebenso wie

16 Adolf Ritter von Wagner.

die Elemente der anliegenden Presseerklärung sind durch Konsultationen zwischen den beteiligten Staaten festgelegt worden.

Trumpf

VS-Bd. 14540 (431)

95

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz

3. April 1987[1]

Betr.: Mitteleuropa – eine mögliche Zielvorstellung deutscher Außenpolitik?

I. Zur Fragestellung

Mitteleuropa ist wieder im Gespräch: Seit Anfang der achtziger Jahre gibt es wieder eine kontinuierliche Diskussion über die geistig-kulturelle Identität und das politische Schicksal des mitteleuropäischen Raumes.

Diese Diskussion, mit der ein politischer Begriff wieder zum Leben erweckt wurde, der nach 1945 nur noch historische Reminiszenz zu sein schien, wird über die durch (Mittel-)Europa gehende Grenze zwischen West und Ost geführt: Angestoßen und getragen wurde sie zunächst von Intellektuellen in Ost-Mitteleuropa wie dem Ungarn G. Konrád, den Polen Havel, Michnik und Lipski, sowie von aus Ost-Mitteleuropa stammenden, in den Westen emigrierten Denkern wie dem Tschechoslowaken M. Kundera und den Polen Cz. Miłosz und L. Kołakowski; sie ist in der Folge dann zunehmend aufgenommen worden von deutschen und österreichischen Publizisten und Politikern, und sie findet in den letzten Jahren auch in Westeuropa und in den USA immer größere Aufmerksamkeit.

Es stellt sich damit die Frage, inwieweit der Mitteleuropa-Gedanke eine mögliche Zielvorstellung für unsere Außenpolitik darstellen könnte.

II. Entwicklungsgeschichte des Begriffs

Eine Beantwortung dieser Frage ist nicht denkbar ohne einen – wenn auch notwendigerweise nur kursorischen – Überblick über die Entwicklungsgeschichte des Mitteleuropa-Konzeptes:

1a) Zum politischen Schlagwort gemacht hat Mitteleuropa wohl zuerst Friedrich List, der vor allem eine großräumige wirtschaftliche Einigung des mittleren

[1] Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Peters konzipiert und von Ministerialdirektor Seitz am 3. April 1987 zusammen mit einer Kurzfassung über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 3. April 1987 vorgelegen.
Hat Genscher am 3. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 23. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 23. Juni 1987 vorgelegen.
Vgl. die Kurzfassung; Referat 02, Bd. 178522.

Europas nach dem Vorbild des deutschen Zollvereins vor Augen hat; Ziel war es für ihn, den Wirtschafts- und Siedlungsraum Deutschlands gegen Südosten auszuweiten.[2]

b) In der Folge ist vom Mitteleuropa-Gedanken im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert immer wieder im Zusammenhang mit der deutschen Frage die Rede, wobei er vor allem als Etikett für eine zur Hegemonie tendierende deutsch-österreichische Blockbildung als mitteleuropäische Ordnungsmacht diente. Deutlich wird diese Tendenz vor allem in der Bewegung der Alldeutschen, die 1914 durchsetzten, daß die Schaffung eines „mitteleuropäischen Staatenverbandes" unter deutsch-österreichischer Führung in den Rang eines offiziell approbierten deutschen Kriegsziels erhoben wurde.[3]

c) Verknüpft ist der Mitteleuropa-Gedanke aber vor allem mit dem Namen Friedrich Naumann. In seinem 1915 veröffentlichten Buch „Mitteleuropa" entwarf er ein Programm für die Neugestaltung Europas nach dem Kriege.[4] Ausgangspunkt seiner ordnungspolitischen Vorstellungen war dabei die Überzeugung, daß nur ein strukturiertes Mitteleuropa sich geistig und politisch auf die Dauer gegen Rußland auf der einen, die Westmächte auf der anderen Seite werde behaupten können; zur Führung dieses – für Naumann von Helgoland bis Triest reichenden – Mitteleuropa sah auch Fr. Naumann die Deutschen berufen.

Man täte Naumann sehr Unrecht, wenn man sein Mitteleuropa-Konzept mit dem der Alldeutschen gleichsetzte: Seine eindringlichen Warnungen vor einem großdeutschen Nationalismus und der „deutschen Begabung, sich unbeliebt zu machen", empörten die Alldeutschen nicht weniger als seine Auffassung, daß die eigene kulturelle Identität Mitteleuropas weniger von den Deutschen (als „geschichtlichem Halbfabrikat"), denn vielmehr von den anderen Völkern Mitteleuropas gebildet werde. („Um das Deutschtum herum wächst die Kultur von Mitteleuropa, wächst der Typ Menschen, der zwischen Franzosen, Italienern, Türken, Russen, Skandinaviern, Engländern die Mitte ist. Diesen Mittelpunkt laßt uns suchen.") Aber trotz dieser gravierenden Unterschiede, die es verbieten, die Vorstellungen Naumanns mit den imperialistischen Konzepten der Alldeutschen gleichzusetzen, gibt es zumindest in einem zentralen Punkt eine ideengeschichtlich folgenreiche Ähnlichkeit mit den Vorstellungen der Alldeutschen: die Überzeugung nämlich, daß Mitteleuropa nicht nur gegenüber Rußland, sondern auch gegenüber dem Westen Europas ein geistiges Aliud sei.

d) Nachdem der (aus Böhmen, also Mitteleuropa stammende) Graf Coudenhove-Kalergi[5] in zahlreichen Schriften den Mitteleuropa-Gedanken verworfen und statt dessen den Gedanken eines Paneuropa propagiert hatte[6], entwickelte der nationalsozialistische Pragerdeutsche Abgeordnete Hans Krebs 1931 in seinem

2 Vgl. dazu Friedrich LIST, Schriften, Reden, Briefe, 10 Bde., hrsg. v. Erwin von Beckerath et al., Berlin 1927–1935.

3 Das „Septemberprogramm" des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 9. September 1914 enthielt u. a. das Kriegsziel, einen mitteleuropäischen Zoll- und Wirtschaftsverband unter informeller Führung des Deutschen Reiches zu gründen. Vgl. dazu Ulrich CARTARIUS (Hrsg.), Deutschland im Ersten Weltkrieg. Texte und Dokumente 1914–1918, München 1982, Dok. 126, S. 181 f.

4 Vgl. Friedrich NAUMANN, Mitteleuropa, Berlin 1915.

5 Korrigiert aus: „Coudenhove-Calergie".

6 Vgl. dazu Richard N. COUDENHOVE-KALERGI, Pan-Europa, Wien 1924; DERS., Das pan-europäische Manifest, Wien 1924; DERS., Kampf um Paneuropa, 3 Bde., Wien 1925–1928.

Buch „Paneuropa oder Mitteleuropa?“[7] unter ausdrücklicher Berufung auf Naumann ein weiteres deutsches Mitteleuropa-Konzept, das sich in der Rückschau wie eine Prophezeiung der „Einigung“ Mitteleuropas ausnimmt, die Hitler in pervertierter Form dann vollzog: Seine Forderungen, daß „die kleinen Völkerschaften sich von ihren chauvinistisch verblendeten Einstellungen lösen“ müßten, daß es zu einer „neuen Verzahnung aller völkischen Sprachgrenzen“ in einem Mitteleuropa umfassenden großdeutschen Reich kommen müsse, und seine Ankündigung, daß in einem solchen Reich den unterworfenen Völkern nur das Recht auf nationale Selbstverwaltung zustehen werde, bedeuten eine Verbindung des großdeutschen mit dem mitteleuropäischen Konzept, eine Verbindung zweier unvereinbarer Vorstellungen, vor der Naumann nicht eindringlich genug hatte warnen können.

2) Die hier nur grob skizzierte Entwicklungsgeschichte des – ausschließlich von Deutschen entwickelten – Mitteleuropa-Konzeptes macht bei aller Verschiedenheit der Konzepte im einzelnen eines sehr deutlich: Der Mitteleuropa-Gedanke ist in hohem Maße historisch belastet:

– gegenüber Rußland/der Sowjetunion, weil allen diesen Konzepten der Gedanke zugrunde lag, daß Mitteleuropa die Funktion eines Bollwerks gegenüber dem expansiv nach Westen ausgreifenden östlichen Nachbarn wahrzunehmen habe;
– gegenüber Westeuropa, weil sich der Mitteleuropa-Gedanke hier als ideologische Verbrämung deutschen Hegemonialstrebens darstellte und eine besondere, z.T. höherwertige geistig-kulturelle Identität Mitteleuropas, die von der des Westens verschieden sei, behauptet wurde;
– gegenüber den Völkern Ost-Mitteleuropas, denen sich die deutschen Mitteleuropa-Konzepte (u.U. mit Ausnahme allein des Naumannschen Ansatzes) als Vehikel zum Ausbau der wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands und zur Ausweitung des deutschen Siedlungsraums (List), zur Begründung einer politischen Dominanz Deutschlands über Mitteleuropa (Alldeutsche) oder gar zu einer sie in ihrer staatlichen und kulturellen Identität bedrohenden deutschen Unterdrückungspolitik (Krebs) darstellten.

Wir tun gut daran, diese historische Belastung des Mitteleuropa-Konzeptes sehr sorgfältig in Rechnung zu stellen, weil sie fortwirkt.

III. Die Positionen in der derzeitigen Mitteleuropa-Diskussion

Die resignierte Feststellung eines der besten Kenner des Mitteleuropa-Komplexes, daß nämlich der Begriff Mitteleuropa eine einzige „semantic confusion“ sei, hat auch für die jetzige Diskussion volle Gültigkeit.

1) Die Mitteleuropa-Vorstellungen ost-mitteleuropäischer Publizisten

Von den mitteleuropäischen Publizisten, die sich zum Thema Mitteleuropa geäußert haben, haben der in Budapest lebende ungarische Romancier G. Konrád[8] und der in Paris im Exil lebende Schriftsteller M. Kundera[9] ihre Überlegungen

7 Vgl. Hans KREBS, Paneuropa oder Mitteleuropa?, München 1931.
8 Vgl. dazu György KONRÁD, Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt a.M. 1985.
9 Vgl. dazu Milan Kundera, Un Occident kidnappé, ou La tragédie de l'Europe centrale, in: LE DÉBAT 27 (1983), Nr. 5, S. 3–27; Ders., Un occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas, in: KOMMUNE. FORUM FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE 2 (1984), Nr. 7, S. 43–52.

am klarsten und präzisesten dargelegt. Ihre Positionen können als repräsentativ auch für Stimmen aus Mitteleuropa gelten, auf die hier nicht näher eingegangen wird.

a) G. Konrád:

Folgende Aussagen kennzeichnen den Grundansatz Konráds:

„Im Vergleich zur geopolitischen Realität Osteuropas und Westeuropas existiert Mitteleuropa heute lediglich als eine kulturpolitische Antithese. Da es Mitteleuropa de facto nicht gibt, ist der mitteleuropäische Standpunkt ein blocktranszendenter."

„Mitteleuropäer sein ist eine Haltung, eine Weltanschauung, eine ästhetische Sensibilität für das Komplizierte, die Mehrsprachigkeit der Anschauungsweisen."

„Zu Mitteleuropa gehört eigentlich(!) auch das deutsche Volk, das mehrere Male vergebens versuchte, die umliegenden Völker zu unterwerfen, während die eigene Selbstbestimmung chronisch krank war. Dieser Größenwahnsinn des Deutschen Reiches führte dazu, daß es heute kein Mitteleuropa gibt."

„Es bedarf eines langen Lernprozesses, um die regionale Zugehörigkeit zu einer kulturellen Wirklichkeit werden zu lassen."

b) Kundera

Kunderas Haltung wird durch folgende Zitate umschrieben:

„Was ist Mitteleuropa? Eine unbestimmte Zone kleiner Nationen zwischen Rußland und Deutschland?"

„Das ‚geographische Europa' (vom Atlantik bis zum Ural) war immer in zwei Hälften geteilt, die sich getrennt entwickelten: Das eine war an das antike Rom und die katholische Kirche gebunden, das andere in Byzanz und der orthodoxen Kirche verankert. Nach 1945 verschob sich die Grenze zwischen den beiden Europa mehrere hundert Kilometer nach dem Westen, und verschiedene Völker, die sich immer westlich gefühlt hatten, wachten auf und mußten feststellen, daß sie im Osten waren."

„Deshalb empfanden die Länder Mitteleuropas ihr Schicksal nach 1945 nicht nur als eine politische Katastrophe, es ist auch ein Angriff auf ihre Zivilisation. Der tiefere Sinn ihres Widerstandes ist der Kampf um die Erhaltung ihrer Identität."

Für die leitende Fragestellung sind dabei folgende Gesichtspunkte von Bedeutung:

- Es geht Konrád ebenso wie Kundera primär um die Fortdauer der geistig-kulturellen Zugehörigkeit Ost-Mitteleuropas zum Westen.
- Beide mitteleuropäischen Publizisten räumen Deutschland in ihrem Mitteleuropabild keinen Platz ein (Kundera) bzw. keinen Platz mehr ein (Konrád); statt dessen klingt der Gedanke an, daß Österreich eine Mitteleuropa-Mission habe.
- Das zentrale Motiv beider ist es, dazu beizutragen, daß die 1945 verschüttete Zugehörigkeit Ost-Mitteleuropas zum Westen im Bewußtsein Westeuropas lebendig bleibt bzw. wiederhergestellt wird.

2) Die Positionen deutscher Politiker und Publizisten in der Mitteleuropa-Diskussion

a) Das häufig zu hörende Urteil, auf der linken Seite unseres politischen Spektrums stehe man dem Mitteleuropa-Gedanken aufgeschlossen gegenüber, während auf der rechten Seite des Spektrums Skepsis bis Ablehnung herrsche, erweist sich bei näherer Betrachtung als zu undifferenziert; tatsächlich verlaufen die Allianzen und Fronten vielmehr quer durch die CDU und SPD hindurch:

– CDU
  – Bei der CDU ist vor allem W. Venohr, einer der exponiertesten Vertreter des „neuen deutschen Patriotismus“ und Herausgeber des Buches „Die deutsche Einheit kommt bestimmt“[10], als Befürworter einer aktiven deutschen Mitteleuropapolitik hervorgetreten. In seinem 1984 veröffentlichten Aufsatz „Die deutsche Mittellage. Betrachtungen zur ungelösten deutschen Frage“[11] postuliert er als[12] Ziel deutscher Außenpolitik, Deutschland über eine „Konföderation“ der beiden deutschen Staaten wieder zur europäischen Mitte zu machen.
  – Besonderes Echo gefunden hat der Mitteleuropa-Gedanke bei der Berliner CDU; Regierender Bürgermeister Diepgen definierte kürzlich als Ziel, Berlin bis zum Jahr 2000 zum „geistigen Zentrum in Europas Mitte“ zu machen; daß dahinter der Mitteleuropa-Gedanke steht, verdeutlichte Kultursenator Hassemer, indem er Berliner Projekte zum Thema „Wiederentdeckung Mitteleuropas“ ankündigte.
  – Die Gegenposition wird am schärfsten von Prof. Stürmer artikuliert: In einem Leitartikel in der FAZ vom 10.12.86[13] schrieb er u. a.: „Heute gibt es einen Wunderglauben, daß der Verdrängung der Amerikaner aus der Bundesrepublik alsbald der Rückzug der Sowjets aus der DDR und Polen folgen würde. Der Name dieses Mirakels ist Mitteleuropa (...).“

    „Die neue Suche nach Mitteleuropa ist im westlichen Teil Deutschlands Ausdruck einer intellektuellen Malaise am politischen Status quo (...).“

    „Wo liegt Mitteleuropa? In den Erinnerungen der Kultur überall; nirgends aber vorerst auf den Landkarten der Politik.“[14]

– SPD

  Die weitestreichenden Mitteleuropa-Vorstellungen hat auf deutscher Seite wohl der (der SPD nahestehende) Publizist Peter Bender entwickelt.[15] In einem Vortrag mit dem programmatischen Titel „Notgemeinschaft Mitteleuropa – zum Ende des Ost-West-Konflikts über die Vernetzung der Mitte“, den er

10 Vgl. Wolfgang VENOHR (Hrsg.), Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch Gladbach 1982.

11 Vgl. Wolfgang Venohr, Deutschlands Mittellage. Betrachtungen zur ungelösten deutschen Frage, in: DEUTSCHLAND ARCHIV 17 (1984), S. 820–829.

12 Korrigiert aus: „postuliert als“.

13 Korrigiert aus: „13.12.86“.

14 Vgl. den Artikel von Michael Stürmer, „Gibt es Mitteleuropa?“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Dezember 1986, S. 1.

15 Vgl. dazu Peter BENDER, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin 1981; Ders., Notgemeinschaft Mitteleuropa. Debatte um eine politische Idee, in: EVANGELISCHE KOMMENTARE 20 (1987), Heft 3, S. 135–138; Ders., Mitteleuropa – Mode, Modell oder Motiv, in: NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE 34 (1987), Heft 4, S. 297–304.

Anfang d.J. auf einem von der FES in Berlin(!) veranstalteten Symposion zum Thema „Mitteleuropa“[16] hielt, heißt es u.a.:

„Auch bei uns reden die Leute wieder von Mitteleuropa, weil sie nicht von Ost- und Westeuropa ganz vereinnahmt werden wollen (...).“

„Die Renaissance Mitteleuropas ist zunächst ein Protest gegen die Teilung des Kontinents, gegen die Vorherrschaft der Amerikaner und Russen (...).“

„Wenn die Sozialdemokraten von ‚Selbstbehauptung‘ Europas oder ‚Europäisierung‘ Europas sprechen, dann ist das von der Mitte aus gedacht und nicht vom Atlantik her.“

„Damit wird klarer, was dieses Mitteleuropa politisch ist, nämlich eine Notgemeinschaft der teilungsgeschädigten Länder, und was es werden kann, nämlich eine Interessengemeinschaft zum Abbau der Teilungsfolgen.“

„Es heißt nicht, NATO oder EG verlassen, wenn Bonn sich klarmacht: Es gibt Verbündete nicht nur im Bündnis. Im Wunsch nach Entspannung haben wir mehr mit Belgrad und Stockholm, auch mit Warschau und Ost-Berlin gemeinsam als mit Paris oder London. Beim Bemühen um das ganze Europa stehen uns die Mitteleuropäer näher als Westeuropäer. Daraus kann gemeinsames Handeln folgen; man wird nicht viel bewegen, bei energischer Kooperation, aber vielleicht manches verhindern.“

– Der Mitteleuropa-Gedanke steht auch im Hintergrund, wenn H.-U. Klose, G. Heimann[17] u.a. 1986 als Ziel sozialdemokratischer Entspannungspolitik bestimmten, daß „die 1945 zerstörte europäische Mitte (...) wiederhergestellt werden müsse“.
– Der eigentliche Mitteleuropa-politische Protagonist innerhalb der SPD ist allerdings Bundesgeschäftsführer Glotz, dessen Engagement in dieser Frage offenbar auch sehr persönliche Gründe hat (Herkunft seiner Familie aus Eger). In einem Gesprächskreis über Mitteleuropa, der auf seine Initiative hin am Rand des Nürnberger SPD-Parteitages[18] zusammentrat, soll Glotz nach Mitteilung von Teilnehmern ein überwiegend kulturell gefaßtes Mitteleuropa-Konzept skizziert haben (Tenor: Prag stünde ihm näher als Paris). In schriftlicher Form hat Glotz seine Mitteleuropa-Vorstellungen allerdings bisher, soweit bekannt, nicht entwickelt.

Die Mitteleuropa-Vorstellungen sind auch innerhalb der SPD nicht ohne Widerspruch geblieben:

– Auf dem o.g. Gesprächskreis widersprachen sowohl Th. von der Vring als auch K. Focke Glotz mit großem Nachdruck.
– In einem Aufsatz „Der Traum von der ‚Wiederherstellung der europäischen Mitte‘“ bezeichnete Stobbe das Ziel, die europäische Mitte wiederherzustellen, als einen ahistorischen und illusionären Traum; Konzepte, die auf

16 Vgl. dazu Sven PAPCKE, Mitteleuropa – Kopfgeburt oder politische Chance?, in: ders./Werner Weidenfeld (Hrsg.), Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse, Darmstadt 1988, S. 120–135, hier S. 123.

17 Vgl. dazu Gerhard Heimann, Die europäische Mitte und die Zukunft Berlins, in: NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE 33 (1986), Heft 7, S. 590–593.

18 Der 22. Bundesparteitag der SPD fand vom 25. bis 29. August 1986 in Nürnberg statt.

dieses Ziel hinausliefen, seien „politikunfähig“, da sie die grundlegende Gegebenheit der Existenz der beiden bestehenden Bündnissysteme letztlich leugneten.[19]

„Wer die europäische Mitte wiederherstellen will, läuft Gefahr, mit den Interessen aller europäischen Nationen und insbesondere mit beiden Supermächten zusammenzuprallen. Es ist eine politische Forderung, welche geeignet ist, Mißverständnisse und Mißtrauen auszulösen.“

– Zu erwähnen ist schließlich, daß Habermas in seinem den Historikerstreit[20] auslösenden Artikel vom „geopolitischen Tamtam“ sprach, das das „Gerede von der europäischen Mitte“ für ihn darstelle.[21]

b) Die Mitteleuropa-Konzepte (soweit man überhaupt von Konzepten sprechen kann) der deutschen Befürworter weisen im Vergleich zu den Positionen Kunderas oder Konráds einige verbindende charakteristische Züge auf:

– Deutschland wird in diesen Konzepten ein Platz zugewiesen.
– Es besteht eine unverkennbare Tendenz, den (bei Kundera und Konrád überwiegend geistig-kulturell gefaßten) Mitteleuropa-Begriff im Sinne einer zwischen West und Ost stehenden Interessengemeinschaft zu „politisieren“.
– „Wenn Tschechen, Polen, Ungarn von der Eigenart Mitteleuropas sprechen, betonen sie die Distanz zum sowjetischen Osten und heben die europäische Gemeinsamkeit jenseits der Regime hervor. Wenn in der Bundesrepublik von Mitteleuropa gesprochen wird, ist oft eine gewisse Distanzierung vom Westen gemeint und eine damit verbundene Weiterung der Ostpolitik.“ (F. Bondy)

3) Reaktionen im westlichen Ausland

Die Reaktionen auf die Mitteleuropa-Diskussion im westlichen Ausland erweisen sich bei näherer Betrachtung als eine Reaktion auf die deutschen Beiträge zu dieser Diskussion: Während das Bestreben der ost-mitteleuropäischen Publizisten, über die Wiederbelebung des Begriffs die geistige und kulturelle Zugehörigkeit ihrer Völker zum Westen wieder in das allgemeine Bewußtsein Westeuropas zu heben, mit Verständnis und Sympathie begleitet wird, stoßen die (mehr oder weniger stark „politischen“) Mitteleuropa-Vorstellungen deutscher Politiker und Publizisten auf scharfe Kritik und Ablehnung, insbesondere in Frankreich.

– A. Grosser hat nach Mitteilung eines Teilnehmers an dem Mitteleuropa-Gesprächskreis am Rande des Nürnberger Parteitages der SPD auf die Ausführungen von Glotz mit kaum zu überbietender Schärfe reagiert: Er habe 30 Jahre lang in Frankreich dafür gewirkt, daß auch für die Franzosen Westeuropa nicht am Rhein ende, sondern (erzwungenermaßen) an der Elbe; diesem Wirken werde durch die Glotzsche Trennung Mitteleuropas von Westeuropa der Boden entzogen; wenn die Deutschen entdeckten, daß sie sich Prag

19 Vgl. Dietrich Stobbe, Der Traum von der Wiedererstehung der Europäischen Mitte, in: NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE 33 (1986), Heft 7, S. 586–589.

20 Vgl. dazu Ernst Reinhard PIPER (Hrsg.), „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 295.

21 Vgl. den Artikel von Jürgen Habermas, „Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“; DIE ZEIT vom 11. Juli 1986, S. 40.

näher fühlten als Paris, dann könne Frankreich wiederentdecken, daß es sich Polen historisch näher fühle als Deutschland.

– J. Rovan reagierte auf den o. g. Vortrag Benders wie folgt[22]:

So, wie der Begriff Mitteleuropa in den jüngsten Zeiten wieder aufgetaucht sei, könne er sich „nicht von seiner Unschuld überzeugen".

„Ich kann mich also nicht dem Verdacht verschließen, daß, wenn man den Begriff ‚Mitteleuropa' im Jahre 1987 hervorzieht, im Hintergrund die Idee von einer Alternative zu der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur demokratischen Welt, zur Welt der Bürgerrechte und des Rechtsstaates, mit am Werk sein kann."

„Ich fürchte, daß der Begriff Mitteleuropa heute eine gefährliche Sprengladung gegen die politische Integration des Europas der Freiheit enthält, und damit auch eine wirkliche Bedrohung der in unendlich mühevoller Kleinarbeit seit 1945 mit wachsendem Erfolg angestrebten deutsch-französischen Zusammenarbeit."

„Meiner Ansicht nach gehört Mitteleuropa zu den Dämonen der deutschen Geschichte, die wir in unser aller Interesse dort lassen sollten, wo sie seit 1945 stecken. Lassen wir den Korken auf dieser Flasche."

– Der Leitartikler der Los Angeles Times, Conine, brachte in einem Gespräch mit dem damaligen GK Joetze ähnliche Bedenken zum Ausdruck. („Conine, wie auch andere Amerikaner, reagieren sensibel auf unseren Sprachgebrauch von ‚Mitteleuropa'. Sie sehen darin zumindest eine Tendenz, auf Kosten der atlantischen Loyalität eigene ostpolitische Süppchen zu kochen (...). Conine meinte, es gebe aber heute schon deutsche Politiker, auch konservative, die den Begriff ‚Mitteleuropa' im Sinne einer (sc. vom Westen) getrennten Identität gebrauchten.")

III. Schlußfolgerungen

Aus dem Vorstehenden sind folgende Schlußfolgerungen zu ziehen:

1) Die derzeitige Mitteleuropa-Diskussion entspricht insoweit unserer eigenen, im Sinne der KSZE-Schlußakte[23] ganz Europa im Blick haltenden Europakonzeption, als sie dem Grundansatz der ost-mitteleuropäischen Autoren entsprechend geführt wird: als eine Besinnung darauf nämlich, daß die Völker Ost-Mitteleuropas, die 1945 gegen ihren Willen in den sowjetischen Hegemonialbereich eingegliedert wurden, ungeachtet der Systemgrenze durch Europa unverändert zum „Westen" gehören.

Die Diskussion kann insofern dazu beitragen, das Bewußtsein einer fortdauernden gesamteuropäischen kulturellen Identität wachzuhalten und zu stärken.

2) Dagegen stoßen die (mehr oder minder stark politisch eingefärbten) Mitteleuropa-Vorstellungen, wie sie von einer Reihe deutscher Politiker (vorwiegend aus der SPD) und von Publizisten entwickelt werden, auf schwere Bedenken;

22 Vgl. zum folgenden auch Joseph ROVAN, Mitteleuropa gegen Europa, in: Sven Papcke/Werner Weidenfeld (Hrsg.), Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse, Darmstadt 1988, S. 1–15.

23 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

sie lassen (angesichts der unübersehbaren Tendenz der ost-mitteleuropäischen Stimmen, Deutschland aus ihrem Mitteleuropa auszugrenzen) nicht nur den Sinn für Takt, sondern auch den Sinn für Realität vermissen: Ob auf dem Mitteleuropa-Begriff einmal wieder ein politikfähiges Konzept im Sinne eines „Zwischeneuropas zwischen West- und Osteuropa" gegründet werden kann, wird erst die Zukunft zeigen; auf absehbare Zeit, nämlich solange die Sowjetunion einen großen Teil Mitteleuropas fest in ihrem Hegemonialbereich hält, ist Mitteleuropa nur eine „große, nichttragende Idee" (A. Baring), auf die sich eine realistische Außenpolitik nicht gründen läßt.

3) In unserer offiziellen Politik sollten wir uns dem Begriff gegenüber Zurückhaltung auferlegen:

– Auch wenn man die uns aus dem Westen entgegenschlagende Kritik für unberechtigt und für bei weitem überzogen halten mag, so zeigt sie doch die Sensibilität, mit der unsere westlichen Verbündeten auf alles reagieren, was sich als Anzeichen für eine Suche nach einem deutschen Sonderweg zwischen West und Ost interpretieren läßt. Auch 30 Jahre nach Abschluß der Römischen Verträge[24] gehen wir immer noch auf dünnem Boden.
– In Zweifel geriete nicht nur die Glaubwürdigkeit unserer Westbindung, sondern auch die Glaubwürdigkeit unseres KSZE-Ansatzes, der in Übereinstimmung mit der KSZE-Schlußakte Gesamteuropa im Auge hat. Wir sollten es sorgfältig vermeiden, diesen gesamteuropäischen Ansatz, der in den vergangenen zwölf Jahren seine Lebensfähigkeit und Dynamik unter Beweis gestellt hat, dadurch auszuhöhlen, daß wir den Mitteleuropa-Begriff aufnehmen.

[Seitz][25]

Referat 02, Bd. 178522

24 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

25 Verfasser laut Kurzfassung.

96

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Staatsrat der Volksrepublik China, Zhang Jingfu

6. April 1987[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Staatsrat der Volksrepublik China, Zhang Jingfu, am Montag, den 6. April 1987, 14.30 – 15.30 Uhr

Teilnehmer:

Auf deutscher Seite: Bundeskanzler, VLR I Ueberschaer als Note-taker, Dolmetscher Harald Richter.

Auf chinesischer Seite: Staatsrat Zhang Jingfu, Botschafter Prof. Guo Fengmin, Herr Sheng Shouren, stellvertretender Vorsitzender der staatlichen Wirtschaftskommission, Herr Zheng Hongye, stellvertretender Vorsitzender der zentralen chinesischen Organisation zur Außenhandelsförderung CCPIT[2], Dolmetscher Zhang Xingyuan.

Aus dem Gespräch, das in freundlicher Atmosphäre verlief, ist folgendes festzuhalten:

Nach der Begrüßung übermittelte Staatsrat *Zhang* dem Bundeskanzler die Grüße von MP Zhao Ziyang. Die chinesische Regierung freue sich auf dessen Besuch im Juli d. J.[3] Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sich seinerseits freue, MP Zhao und Deng Xiaoping wiederzusehen.

Seine Reise solle dazu dienen, die Beziehungen weiter zu vertiefen; hierauf habe er ja auch bereits in seiner letzten Regierungserklärung verwiesen.[4] Wie bei

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 9. April 1987 gefertigt und von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 14. April 1987 mit der Bitte um „Billigung des beiliegenden Gesprächsvermerks“ sowie um „Zustimmung zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes und des Bundesministers für Wirtschaft“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Stabreit: „Die von Ihnen erbetene Unterrichtung von KWU-Vorstandsmitglied Dr. Frewer über die deutsch-chinesische Zusammenarbeit bei den die friedliche Nutzung der Kernenergie betreffenden Teilen des Gesprächs ist bereits erfolgt.“
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik.“
Hat Ueberschaer erneut vorgelegen, der für Ministerialdirektor Teltschik handschriftlich vermerkte: „Hat der Bundeskanzler damit dem Votum zugestimmt?“
Hat Teltschik am 29. April 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1987.

2 China Council for the Promotion of International Trade.

3 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

4 In seiner Regierungserklärung am 18. März 1987 im Bundestag führte Bundeskanzler Kohl aus: „Die Volksrepublik China ist für uns ein besonders wichtiger und vertrauenswürdiger Partner geworden. Trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme unserer beiden Länder haben sich ein breiter Konsens in der Bewertung politischer Fragen und zahlreiche gemeinsame Interessen und Zielsetzungen ergeben. Es ist das Ziel der Bundesregierung, das schon jetzt bestehende Netz politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China noch dichter zu knüpfen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 71.

seiner ersten China-Reise im Oktober 1984[5] werde ihn auch diesmal wieder eine Reihe von Repräsentanten führender deutscher Unternehmen begleiten.

Es komme jetzt darauf an, etwas für die weitere Zukunft der gemeinsamen Zusammenarbeit zu tun: Man müsse jetzt junge Bäume für die Generationen nach uns pflanzen. Aus unserer Sicht komme dabei unserer Hilfe bei der Aus- und Fortbildung von Studenten und Praktikanten, den künftigen Führungskräften Chinas, eine große Bedeutung zu.

Auf Frage des Bundeskanzlers berichtete Staatsrat *Zhang*, daß die chinesische Regierung beabsichtige, die bisherige Politik wirtschaftlicher Reformen und der wirtschaftlichen Öffnung zum Ausland unverändert fortzuführen. Architekt dieser Politik sei Deng Xiaoping selbst.

Er habe selbst auch die endgültige Linie festgelegt, wonach Reform und Öffnung fortgeführt werden sollen, man aber unverändert am Gesellschafts- und Wirtschaftssystem des Sozialismus festhalten werde. Mit der Öffnungspolitik wolle man nicht automatisch auch ausländische Gesellschaftssysteme übernehmen. Vielmehr gehe es darum, jetzt eine sozialistische Modernisierung zu betreiben. Deng Xiaoping habe gesagt, daß man nicht an einem abstrakten Bild des Sozialismus festhalten wolle. Auf dieser Grundlage wolle man weiter modernisieren. Jede andere Politik bedeute für ein Land von der Größe und mit der Geschichte Chinas keine Stabilität, sondern Zersplitterung. Man wolle weiterhin das 1-Milliarden-Land China in einem einheitlichen Geist regieren, dessen tragende Säule der Sozialismus sei.

Nach den Erfahrungen seiner jüngeren Geschichte habe sich China 1949 eine Gesellschaftsordnung geschaffen, die es modifizieren, aber nicht ablegen wolle. Vor diesem Hintergrund bereiteten auch die jüngsten innenpolitischen Vorkommnisse keine größeren Sorgen.[6] Manche jungen Leute, denen es an Verantwortungsbewußtsein fehle, sähen in der unterschiedlichen Entwicklungsstufe zwischen China und den entwickelten Industrieländern des Westens eine Folge des sozialistischen Systems. Die unzureichende Entwicklung Chinas sei aber kein gesellschaftliches Problem. Die chinesische Führung müsse die Jugend intensiver darüber aufklären, daß der gegenwärtig unzureichende Entwicklungsstand Chinas nicht systembedingt sei, sondern aufgeholt werden könne.

Generalsekretär Hu Yaobang habe seine Demission einreichen müssen, weil er keinen klaren Standpunkt in dieser Frage bezogen habe. China müsse sich

5 Bundeskanzler Kohl besuchte die Volksrepublik China vom 7. bis 13. Oktober 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

6 Botschafter Fischer, Peking, berichtete am 16. Januar 1987: „GS KPCh Hu Yaobang ist auf erweiterter Politbüro-Sitzung (nicht ZK) am 16.1.1987 als GS zurückgetreten. Er bleibt Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros. Ministerpräsident Zhao Ziyang wurde zum amtierenden GS gewählt. […] Gründe für den dem konservativen Flügel zugestandenen Rücktritt sind: Seit zwei Jahren hat konservativer Flügel Bemühungen der Reformer, Übereinstimmung der Wirtschaftsreform mit marxistischer Ideologie zu beweisen, als Abweichung von reiner Lehre kritisiert. Fehlen klarer Eingrenzung der von Hu Yaobang initiierten Diskussion über politische Reform führte dazu, daß hier und dort auch systemsprengende Forderungen erhoben wurden; Parteiapparat unter Hu Yaobang hat nach Ansicht der Konservativen nicht energisch genug gegengesteuert. Studentendemonstrationen gaben Konservativen Möglichkeit, Reformer zu demonstrativem Opfer zu zwingen […]. Ernennung Zhao Ziyangs zum amtierenden GS deutet darauf hin, daß Konservative keinen Angriff auf gesamte Reformpolitik im Sinn haben. Nach hiesiger Kenntnis unterscheiden sich inhaltliche Positionen Zhao Ziyangs nicht von denen Hu Yaobangs. Wie Hu symbolisiert Zhao Reform- und Öffnungspolitik." Vgl. den Drahtbericht Nr. 123; Referat 341, Bd. 142556.

gleicherweise an der Öffnungs- und Reformpolitik wie auch an den Richtlinien des Sozialismus orientieren. Ein personeller Wechsel bedeute nicht eine Änderung des Inhalts und der Richtung der Reformen. Er bedeute auch nicht eine Änderung der Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, die einer der wichtigsten Partner Chinas sei. China sei sehr an der Zusammenarbeit mit Deutschland und Westeuropa interessiert, da ein starkes und einiges Westeuropa zum Weltfrieden beitrage.

Der *Kanzler* unterstrich seinerseits das deutsche Interesse an einer Fortführung der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik. Jede substantielle Veränderung der chinesischen Grundposition bedeute gleichzeitig auch eine Änderung in der Statik der Weltpolitik. Dies sei für uns angesichts des gemeinsamen großen Nachbarn ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt.

Aus unserer Sicht sei Chinas Politik der schrittweisen Öffnung auch für die künftige Entwicklung des beiderseitigen Verhältnisses wichtig. Er, BK, habe zu MP Zhao[7] gesagt, daß die deutsche Bevölkerung trotz des Unterschieds der Gesellschaftssysteme großen Respekt und große Freundschaft für das chinesische Volk empfinde. Die große Entfernung bedeute heute im Zeitalter der Massenkommunikationsmittel nicht mehr viel. Wir hätten mit China viele gemeinsame Interessen und keine historischen Belastungen, die uns trennen könnten. Wir könnten so ein gutes Stück gemeinsamer Zukunft aufbauen. Schon heute sei die VR China eine der bedeutendsten Mächte der Welt; im 21. Jahrhundert werde sie dies in erhöhtem Maße sein.

Als geteiltes Land an der Nahtstelle zwischen Ost und West benötigten wir Freunde in der Welt und wollten diese Freundschaft auch pflegen. Im Verhältnis zu China sähen wir hier Ansatzpunkte insbesondere im Bereich der politischen und der wirtschaftlichen Beziehungen, wobei bei den letzteren das Prinzip des beiderseitigen Vorteils bedeutsam sei.

Umgekehrt sei es für die Volksrepublik China, die großen Wert auf ihre eigene Unabhängigkeit lege, interessant, mehrere wichtige Partner zu haben. Wir glaubten angesichts des Aufschwungs der deutschen Wirtschaft nach den vergangenen schwierigen Jahren und den Großinvestitionen in Forschung und Technologie, die unser Land unternommen habe, auch für die Zukunft ein für China interessanter Partner sein zu können.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie er die Aussichten für größere deutsch-chinesische Geschäftsabschlüsse beurteile, äußerte Staatsrat *Zhang*, daß in der Vergangenheit einiges ins Stocken geraten sei, aber daß man jetzt einen Neubeginn ins Auge fassen könne.

Als Beispiel nannte er das Petrochemische Kombinat in Nanjing, für das China noch fehlende Ausrüstungen aus Deutschland beziehen wolle.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen in China in der deutschen Wirtschaft große Verunsicherung über das Fortbestehen der bisherigen Kooperationsmöglichkeiten herrsche. Das beste Argument hiergegen seien Taten. Er selbst wolle versuchen, die deutsche Wirtschaft zu weiteren Investitionen in China zu bewegen. Umgekehrt wäre es gut,

[7] Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 152 und Dok. 154.

wenn die chinesische Regierung bis zu seiner China-Reise im Juli d. J. das eine oder andere Großprojekt zum Abschluß bringe.

Staatsrat *Zhang* hob hervor, daß einige in der Vergangenheit verhandelte Projekte sich verlangsamt hätten, weil es der chinesischen Wirtschaft vielfach sowohl an den erforderlichen Mitteln zur Eigenfinanzierung wie auch an den erforderlichen Devisen fehle.

Als Beispiel nannte er die Zusammenarbeit im Bereich des Kernkraftwerkbaus.

Französische Firmen hätten wesentlich früher als die deutsche Kernkraftindustrie begonnen, mit China auf diesem Gebiet zu kooperieren. Der Kontakt mit dem führenden deutschen Unternehmen sei erst später zustande gekommen. China habe dennoch festgestellt, daß die deutsche Technologie besser sei und daß Deutschland vor allem im Bereich der Reaktorsicherheit über sehr hohe Standards verfüge.

Er, Zhang, habe hierüber zwei Gespräche mit Vertretern der KWU geführt und habe auch vor, jetzt Experten zu Gesprächen mit KWU zu entsenden.

Die Zusammenarbeit mit KWU bei dem Großprojekt Sunan habe suspendiert werden müssen. Als Ersatz hierfür habe man KWU dann die Mitarbeit bei der zweiten Baustufe des Kernkraftwerks Qinshan angeboten.[8] Auch hierüber habe man lange verhandelt, leider hätten sich erneut infolge chinesischer Schwierigkeiten bei der Eigenfinanzierung und der bestehenden Devisenknappheit Verzögerungen ergeben. Der Zeitpunkt des Baubeginns sei nach wie vor ungewiß.

Hierüber müsse man mit KWU intensiver reden. Vielleicht könne man den Zeitpunkt des Baubeginns für die zweite Stufe bis zum Besuch des Bundeskanzlers festlegen. Man werde prüfen, ob es möglich sei, beim Besuch des Bundeskanzlers hierüber mit der deutschen Seite zu einem Abschluß zu kommen.

Staatsrat Zhang sprach sodann erneut die Bedeutung der Reaktorsicherheit für die VR China an. China sei vor allem an der Hochtemperatur-Reaktortechnik interessiert, die sicherer sei als die Technik des Druckwasserreaktors. Man könne solche Reaktoren wegen ihres hohen Sicherheitsstandards auch in dicht besiedelten Gebieten errichten. Die chinesische Regierung sei sich darüber im klaren, daß diese Technik nur von den USA oder der Bundesrepublik Deutschland kommen könne. Bei seinem soeben abgeschlossenen Besuch bei der Internationalen Atombehörde in Wien hätten ihm chinesische Experten gesagt, daß es für China vorteilhafter sei, mit der deutschen Industrie zusammenzuarbeiten.

Er, Zhang, könne sich einen gemeinsamen Pilot-Reaktor als Joint-venture vorstellen, bei dem KWU den Nuklearteil und China den konventionellen Teil erstelle. Der Preis der deutschen Zulieferung müsse dabei allerdings niedriger liegen als der der amerikanischen Konkurrenz. Wenn ein solches gemeinsames Pilotprojekt Erfolg habe, könne man vielleicht später gemeinsam solche Hochtemperaturreaktoren erstellen und in China und in der gesamten Welt vertreiben.

[8] Die Botschaft in Peking berichtete am 16. Juni 1987: „Anfang 1986 wurde im Rahmen einer Umorientierung der chinesischen Nuklearpolitik das geplante Projekt Sunan (2 x 1000 MW) aufgegeben. Der laufende siebte Fünfjahresplan sieht statt dessen den Bau von zwei Blöcken à 600 MW an Standort Qinshan (bei Shanghai) vor. Eine durch KWU und das chinesische Nuklearministerium gemeinsam erstellte Feasibility-Studie liegt dem Staatsrat seit November 1986 zur Entscheidung vor. KWU hofft auf Zeichnung eines Memos im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundeskanzlers.“ Vgl. Referat 341, Bd. 142579.

Er habe diese Überlegungen bereits in Hannover anläßlich der Messe[9] mit dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden von Siemens[10] und mit KWU-Vorstandsmitglied Dr. Frewer besprochen.

Dr. Frewer wolle für die chinesische Regierung hierüber ein Memorandum erstellen und dem Bundeskanzler auch selbst darüber berichten.

Als weiter zwischen deutschen Firmen und den zuständigen chinesischen Behörden in Verhandlung befindlich nannte Staatsrat Zhang:

– Die Projekte „Öffentlicher Telefonverkehr“ und „Herstellung integrierter Schaltkreise“ der Firma Siemens.[11]

  Hier hoffe die chinesische Seite auf ein weiterführendes Ergebnis bei dem Besuch des Bundeskanzlers.

– Das Projekt „Nahtloses Röhrenwerk Tianjin“ mit der Firma Mannesmann Demag.[12]

  Mit diesem Projekt könne man auf chinesischer Seite erst etwas anfangen, wenn das Hüttenkombinat Baoshan voll in Betrieb genommen sei.[13] Man stehe daher insoweit nicht unter Zeitdruck.

– Die Projekte „Lufthansa-Center“ und „CAAC[14]-Zentralwerft“ mit Lufthansa.[15]

– Den Ausbau des Hafens Qinhuangdao.

9 Die Hannover Messe fand vom 1. bis 8. April 1987 statt.

10 Hans-Gerd Neglein.

11 Die Botschaft in Peking berichtete am 16. Juni 1987: „Siemens-VR China-Kooperation: Unter dem Rahmen-Vertrag von 1985 z. Z. laufende Hauptprojekte: Joint-venture für E[lektronisches]W[ähl]S[ystem]D[igital] (digitale Vermittlungstechnik) in Peking für Städte, Provinzen, landesweit, Ko-Produktion integrierter Schaltkreise in Wuxi und private digitale Vermittlungstechnik (P[rivate]A[utomatic]B[ranch][E]X[change]).“ Ferner gebe es Verhandlungen über ein Ausbildungszentrum von Siemens in den Bereichen Fernmelde- und Elektrotechnik in Peking. Vgl. Referat 341, Bd. 142579.
Botschafter Hellbeck, Peking, informierte am 26. Juni 1987 über seine Gespräche mit staatlichen Stellen über den Verhandlungsstand verschiedener Großprojekte. Als Ergebnis hielt er fest: Siemens arbeite „zweispurig“. Zum einen erarbeite Siemens aufgrund „chinesischer Einwände z. Zt. neues Preisangebot für den Technologie- und Produkt-Know-how-Transfer“, zum anderen entwerfe Siemens derzeit ein „Memorandum über prinzipielle Entscheidung für Zusammenarbeit Siemens – VR China in der elektronischen Telekommunikation“. Dieses könne beim Besuch des Bundeskanzlers gezeichnet werden, der förmliche Projektvertrag aber wohl erst Ende Oktober. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1509; Referat 341, Bd. 142561.

12 Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 16. April 1987: „Direktor Rohde, Mannesmann Demag, unterrichtet mich soeben von Tianjin kommend wie folgt: Oberbürgermeister Li Ruihuan habe chinesischer Verhandlungsdelegation Weisung gegeben, Gesamtvertrag bis zum BK-Besuch in China zeichnungsreif zu machen. Er habe die Mannesmann-Delegation (Brückner, Rohde) gebeten, Herrn BK dafür zu gewinnen, bei der förmlichen Unterzeichnung in Tianjin zugegen zu sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 953; Referat 341, Bd. 142560.

13 Das Bundesministerium für Wirtschaft notierte am 22. April 1987: „Nahtlosröhrenwerk Tianjin: Auftragserteilung an Mannesmann Demag stehen noch Schwierigkeiten der Mannesmann-Demag-Anlage in Baoshan entgegen.“ Deshalb sei es wichtig, „daß Probleme von Mannesmann Demag in Baoshan bis zum Kanzlerbesuch in Baoshan ausgeräumt sind“. Vgl. Referat 341, Bd. 142560.

14 Civil Aviation Administration of China.

15 Das Bundesministerium für Wirtschaft führte am 22. April 1987 aus: „Lufthansa Beijing Center: Noch nicht entscheidungsreif; auf chinesischer Seite ist die Frage der Garantieübernahme nicht geklärt; auch auf deutscher Seite besteht noch keine Einigung über Projekt. Finanzielle Beteiligung der DEG ist noch nicht entschieden. Lufthansa-CAAC-Werft: Stadium des Projekts ist noch völlig unklar. Seit Oktober 1986 kein erkennbarer Beratungsfortschritt auf chinesischer Seite. Lufthansa gibt sich nach Auskunft BMZ zuletzt wieder etwas hoffnungsvoller. BMZ hat 20 Mio. DM für Ausbildungszentrum bereits zur Verfügung gestellt und wird bei Regierungsverhandlungen Ende Mai diesen Betrag bedingt zusagen (abhängig vom Zustandekommen des Joint-venture).“ Vgl. Referat 341, Bd. 142560.

Für die weitere bilaterale Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet sehe man in China weiterhin gute Chancen für die deutsche Industrie in den Bereichen der Metallurgie und der Petrochemie. Die deutsche Industrie habe sich hier durch Bereitschaft zum Technologietransfer und zur Ausbildung chinesischer Fachkräfte als weitaus hilfreicher erwiesen als die japanische Konkurrenz. Der Bundeskanzler selbst habe mit seinem Engagement eine sehr positive Rolle gespielt.

Der *Bundeskanzler* unterstrich erneut sein Interesse, daß man noch vor seiner Abreise nach Möglichkeit ein Paket künftiger Kooperationsprojekte schnüren solle.

Er beauftragte den Unterzeichneten, MD Teltschik zu bitten, KWU-Vorstandsmitglied Dr. Frewer über den das KWU-Projekt betreffenden Teil des Gesprächs zu unterrichten.

Staatsrat *Zhang* erwähnte, daß man mit der Firma Schloemann-Siemag vereinbart habe, künftig auf dem Walzwerksektor auf Drittmärkten zusammenzuarbeiten. Bestehende industrielle Kooperationsprojekte hätten bereits auf der Hannover Messe ausgestellt, so das VW-Joint-venture „Santana“[16], ein Kooperationsprojekt mit der Firma Wollenberg zur Herstellung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen sowie ein Projekt mit MBB über die gemeinsame Entwicklung eines Passagierflugzeuges[17].

Vor diesem Hintergrund könne er die Aussagen des Bundeskanzlers zu den guten Aussichten der deutsch-chinesischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit aus chinesischer Sicht nur unterstreichen. Das chinesische Hauptproblem bestehe in der mangelnden Ausbildung chinesischer Fachkräfte und in einem am Weltstandard gemessen unzureichenden technologischen Niveau der chinesischen Industrie. Die Durchführung der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik erfordere daher viel Geduld.

Der *Bundeskanzler* schloß das Gespräch mit dem Hinweis, daß die Fortschritte dennoch unübersehbar seien.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

16 Am 10. Oktober 1984 unterzeichneten das Volkswagenwerk und verschiedene chinesische Partner in Peking einen über 25 Jahre laufenden Vertrag zur Gründung der „Shanghai Volkswagen Automotive Corporation Limited“, an der Volkswagen und die chinesische Seite zu je 50 % beteiligt waren. Das Grundkapital des Joint-venture betrug 200 Mio. DM. Vorgesehen war, in einem noch auszubauenden Werk in Anting bei Schanghai ab 1989 20000 Personenwagen vom Typ „Santana“ sowie ab 1990 100000 Motoren zu produzieren. Vgl. dazu den Artikel „Bundeskanzler Kohl trifft Teng Hsiao-ping. ‚Für ein einiges und starkes Europa‘ “; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Oktober 1984, S. 2.
In einer undatierten Aufzeichnung zur Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China hieß es: „In Shanghai wird das VW-Model ‚Santana‘ montiert. Später wollen die Chinesen diesen Wagen selbst bauen. Lediglich das Rohmaterial soll aus der Bundesrepublik Deutschland bezogen werden. Es war das erste ‚Joint-venture‘, das die chinesische Regierung einem ausländischen Automobil-Unternehmen zugesagt hat. (Auch die Montage des ‚Audi 100‘ in Shanghai ist im Gespräch.)“ Vgl. Referat 341, Bd. 142560.

17 Die Botschaft in Peking notierte am 16. Juni 1987: „Flugzeugbau-Kooperation: a) MBB Hamburg steht in intensiver Verhandlung mit chinesischer Flugzeugbau-Corp[oration] für Entwicklung eines künftigen 75–80-Sitzers ‚für den Weltmarkt‘ mit hohem Fertigungsanteil in China. Letter of intent liegt vor; gleichzeitig konkurrierende Verhandlungen C[hina National]A[ero-]T[echnology]I[mport & Export]C[orporation] mit GB-F[irm]a AMB, McDonnell Douglas. Dissens MBB–CATIC noch ziemlich groß, China will billigeres Flugzeug für Binnenflug, MBB fortschrittlicheres Flugzeug für Export.“ Vgl. die Aufzeichnung; Referat 341, Bd. 142579.

97

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

209-360.30-816/87 VS-vertraulich **6. April 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zeichnung des beigefügten Schreibens an Bundesminister Dr. Wörner

Betr.: Rüstungsvorhaben des BMVg;
hier: Unterrichtung des BSR

Bezug: Ihre Weisung auf Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 28.11.1986 – 209-360.30-2516/86 VS-v[4]

Anlg.: 3 (Anlage 2, 3 nur beim Original[5])

1) Mit Bezugsvorlage war vorgeschlagen worden, BM Dr. Wörner um ein Gespräch über die Frage zu bitten, wie eine regelmäßige Unterrichtung des BSR über den Stand von Rüstungsgroßprojekten gewährleistet werden kann.

Sie hatten um Entwurf eines entsprechenden Schreibens gebeten.

2) Ihr erstes Schreiben an BM Dr. Wörner in dieser Sache vom 15.7.1986 nahm das Projekt eines Abstandsflugkörpers (Long Range Stand-Off Missile, LRSOM) zum Anlaß, auf das Interesse des Auswärtigen Amtes hinzuweisen, an außenpolitisch relevanten Vorhaben der Rüstungskooperation stärker beteiligt zu werden.[6]

BM Wörner hatte daraufhin eine Verbesserung der Informationskontakte mit der Rüstungsabteilung des BMVg zugesagt.[7]

Ihre weitere Bitte, nämlich nach Vorlage der jährlichen Fortschreibung des Bundeswehrplans im BSR, hatte er dagegen im Ergebnis abgelehnt.

3) Bereits in Ihrem ersten Schreiben an BM Dr. Wörner in dieser Sache vom 15. Juli 1986 (vgl. die Anlage 3) hatten Sie auf die besondere politische Relevanz der LRSOM-Kooperation wegen der potentiellen Nuklearfähigkeit dieses luftgestützten Flugkörpers mit einer eventuellen Reichweite von 500 km hingewiesen. Die aktuelle Lage bestätigt insofern die Notwendigkeit der frühzeitigen,

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Arnim und Legationsrat I. Klasse von Kittlitz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 10. April 1987 vorgelegen.

3 Hat laut Vermerk Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 29. April 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationssekretär Mafael zur Kenntnisnahme verfügte.
Hat Mafael am 12. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] sechs Wo[chen]."
Hat Legationsrat I. Klasse Fritzsche am 24. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M[afael] n[ach] R[ückkehr]."

4 Für die Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 11860 (209); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6 und 7.

6 Für das am 14. Juli 1986 konzipierte Schreiben des Bundesministers Genscher an Bundesminister Wörner vgl. VS-Bd. 11860 (209); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Für das Schreiben des Bundesministers Wörner vom 18. Oktober 1986 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 11860 (209).

systematischen Abstimmung von Großprojekten der Rüstungskooperation, die aber auf der entsprechenden Ebene in systematischer Form nach wie vor nicht in Gang gekommen ist.

4) Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf unterstreicht die außen- und sicherheitspolitische Bedeutung der Abstimmung von Rüstungsgroßprojekten, aus der sich für den BSR die Notwendigkeit einer umfassenden und systematischen Unterrichtung ergibt.

5) Vorschlag: Zeichnung des als Anlage 1 beigefügten Schreibens an BM Dr. Wörner.

i.V. Ploetz

[Anlage 1]

Sehr geehrter Herr Kollege,

für Ihr Schreiben vom 18. Oktober 1986 danke ich Ihnen.

Die Rüstungskooperation ist ein wichtiges Element in den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Bündnispartnern. Die Entscheidung eines Bündnispartners für oder gegen ein Kooperationsvorhaben kann für die anderen Partner bedeutsame sicherheitspolitische, wirtschaftliche und technologische Rückwirkungen haben, deren außenpolitische Relevanz offenkundig ist.

Auf eventuelle rüstungskontroll- bzw. abrüstungspolitische Implikationen von Rüstungsprojekten habe ich bereits in meinem Schreiben vom 15. Juli 1986 hingewiesen. Das dort angesprochene Projekt und die aktuelle Lage zeigen, wie wichtig eine systematisch enge Abstimmung zwischen den betroffenen Ressorts auf der erforderlichen Ebene bei Großprojekten der Rüstungskooperation ist.

Für die Verbesserung der Informationskontakte, die Sie mit Ihrem Schreiben in Aussicht stellen, bin ich daher dankbar. Solche Kontakte bestehen ja bereits seit jeher zwischen unseren Häusern. Sie finden allerdings in aller Regel nur ad hoc statt und befassen sich mit Einzelfragen. Daher ermöglichen sie nicht die aus meiner Sicht notwendige systematische und geregelte Prüfung von Rüstungsgroßprojekten unter allen relevanten politischen Aspekten.

Zu diesen zählen die potentielle Bedeutung der Projekte für die Beziehungen zu den betreffenden Kooperationspartnern und für das Bündnis ebenso wie europapolitische, technologie- und industriepolitische Gesichtspunkte neben den oft besonders bedeutsamen rüstungskontrollpolitischen Gesichtspunkten.

Da Sie der Auffassung sind, daß eine regelmäßige Beschlußfassung über den Bundeswehrplan nicht das geeignete Mittel zu diesem Zweck ist, halte ich es für notwendig, nach einem anderen geregelten Verfahren dafür zu suchen.

Ich schlage daher ein Gespräch über diese Frage im Laufe der nächsten Wochen vor. Unsere Büros könnten einen Termin dafür abstimmen.[8]

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 11860 (209)

8 Vortragender Legationsrat von Arnim vermerkte am 19. Oktober 1987: „Mit Schreiben vom 24. Mai 1987 hat BM Dr. Wörner geantwortet, daß sich nach seinem Urteil ein geregeltes Verfahren, das

98

Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-2985/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1029
Citissime nachts

Aufgabe: 6. April 1987, 12.09 Uhr[1]
Ankunft: 6. April 1987, 10.37 Uhr

Betr.: US-Botschaft Moskau[2]

Bezug: DE 297 vom 3.4.87 – 213-322.00 SOW/USA[3]

Zur Unterrichtung

1) Besprechungskabine befindet sich – wie AA bekannt – im Erdgeschoß der Kanzlei, im Spinnennetz des gesamten Verkehrs für Bedienstete und Besucher der Botschaft. Wenn Kabine US-AM Shultz zur Verfügung gestellt wird[4], ist aus früheren Erfahrungen mit umfassenden CIA-Sicherungsmaßnahmen (z.B. NATO-Gipfel Bonn 1982[5]) zu rechnen, die die Benutzbarkeit der Kabine sowie

Fortsetzung Fußnote von Seite 496
über die bisherige Form der Befassung des BSR hinausgeht, erübrige. Dabei hat er zugleich die Bereitschaft zu einem Gespräch über diese Frage zu erkennen gegeben." Dieses Gespräch sei für 22. Oktober 1987 vorgesehen: „Es geht um die Frage, ob und wie die bisherige Praxis der interministeriellen Abstimmung von Rüstungsfragen verbessert werden soll. […] Bisher werden andere Ministerien und das Auswärtige Amt vom federführenden BMVg fallweise befaßt. Dabei regelt das BMVg im allgemeinen separat mit dem BMF die Finanzierung, mit dem BMWi Fragen der deutschen Industrie und Beschäftigungspolitik, mit dem BMFT Fragen der Technologiepolitik und mit dem Auswärtigen Amt sowohl Fragen der Rüstungsexportpolitik wie zunehmend Fragen der Rüstungskooperation mit unseren Hauptverbündeten. Insgesamt versucht das BMVg, die Mitsprache einzuschränken, obwohl das BMVg mit der entsprechenden Vergabe der ca. 15 Mrd. DM jährlich, die für Beschaffungen sowie Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, auch politische Wirkung erzielt, die über die Versorgung der Streitkräfte mit Rüstungsmaterial hinausgeht." Vgl. VS-Bd. 11860 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Schrömbgens, Moskau, konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Grunenberg am 6. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Libal verfügte und handschriftlich vermerkte: „Negatives Votum der Botschaft!"
Hat Libal am 6. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Weiß verfügte.
Hat Weiß vorgelegen.

2 Botschafter van Well, Washington, teilte am 2. April 1987 mit, Gesandter Henze habe im amerikanischen Außenministerium erfahren, daß „amerikanische Botschaft in Moskau wahrscheinlich durch sowjetisches Eindringen keine Möglichkeit mehr bietet, abhörsichere Gespräche zu führen und Berichte ohne Gefahr einer Kenntnisnahme durch sowjetische Seite abzuschicken". Deshalb „werde erwogen, ob Delegation für Gespräche und Absetzen von Berichten das Flugzeug von AM Shultz benutzen soll". Daraufhin habe Henze „die Möglichkeit erwähnt, den abhörsicheren Raum unserer Botschaft zu benutzen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1603; Referat 213, Bd. 143569.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken bat die Botschaft in Moskau um Stellungnahme bis 6. April 1987 zu dem mit Drahtbericht Nr. 1603 übermittelten Vorschlag der Botschaft in Washington. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 143569.

4 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 115.

5 Korrigiert aus „1981".
Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. AAPD 1982, I, Dok. 179.

mindestens des Eingangsbereichs der Kanzlei für die Tage der Anwesenheit Shultzens unmöglich machen. CIA wird die Botschaft „besetzen".

2) Botschaft hat zwar eine kleine Kabine, die als Schreib- und Diktierkabine ausgelegt ist und max. drei Personen beengte Möglichkeiten zu Besprechungen bietet. Botschaft kann auf große Kabine für eigene Zwecke nicht verzichten. CIA wird jedoch die Kabine vor Benutzung selbst untersuchen und bis zum Verlassen von AM Shultz keine andere Benutzung als durch Amerikaner zulassen.

3) Es ist nicht auszuschließen, daß CIA bei Untersuchung der Kabine für eigene sie für Ebene diese Zwecke sieben diese manipuliert und präpariert.[6] Botschaft könnte Benutzung nur zustimmen, wenn sichergestellt ist, daß Spezialisten der Fachdienststelle – bei Rückgabe – die Kabine gründlich untersuchen.

4) Lochstreifen können in unserer Kanzlei nur dann gestanzt, verschlüsselt und abgesetzt werden, wenn sichergestellt ist, daß CIA Chiffrier-Raum nicht betritt. Amerikaner müßten dann ihre Texte aus der Hand geben!

5) Aus der Sicht der Botschaft kann es aus all diesen Gründen nicht in ihrem Interesse sein, die Kabine zur Verfügung zu stellen, so sehr uns auch an dieser Hilfsgeste an sich gelegen wäre. Botschaft hat bisher kein amerikanisches Hilfeersuchen – auch nicht sondierend – in dieser Richtung erhalten. Sie entnimmt vielmehr dpa, daß US-Botschaft einen eingeflogenen „Campingbus" auf ihr Gelände gestellt bekommen soll, der es AM Shultz ermöglicht zu telefonieren. Vermutlich wird es sich um eine Besprechungskabine handeln.

Botschaft rät, das auf persönlicher Basis gegebene freundliche Angebot von LPol[7], Washington, nicht weiter zu verfolgen.

[gez.] Arnot

VS-Bd. 13475 (213)

6 So in der Vorlage.

7 Leiter der Politischen Abteilung der Botschaft in Washington war Gerhard Henze.

99

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Herzog

7. April 1987[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem israelischen Staatspräsidenten, Herrn Chaim Herzog, am Dienstag, dem 7. April 1987, in der Zeit von 11.00 bis 14.30 Uhr[2]

Anwesend auf israelischer Seite: der israelische Botschafter in Bonn, Herr Ben-Ari.

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker sowie Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Sie eröffneten das Gespräch außerhalb des Protokolls mit einer persönlich gehaltenen Bemerkung zum deutsch-jüdischen Verhältnis, auf die Präsident Herzog antwortete.

Sie erläuterten Präsident Herzog dann die Lage der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik sei Vorposten der NATO. Sowjetische Panzerarmeen stünden nur sechs Tankstunden von Bonn entfernt, z.B. in Weimar. Dies sei ein Teil der Realität Deutschlands, um so bitterer empfänden wir, wenn sich häufig berechtigte Erinnerungen an die Geschichte mit Fragen der Gegenwart vermengten. Sie wiesen darauf hin, daß die Bundesrepublik im Mittelpunkt einer Desorientierungsoffensive des Ostens stehe, deren Wirkung insbesondere in den Medien zum Ausdruck komme. Für diese Desorientierungsoffensive gebe der Osten gewaltige Summen, über 100 Mio. DM im Jahr, aus. Neben dem bewußten Versuch der Desorientierung seien wir Objekt der Spionage in allen Spielarten, wobei dem Osten die besonderen Verhältnisse innerhalb Deutschlands zugute kämen.

Sie wiesen auf den Fall Guillaume[3] sowie den Fall der Sekretärin von Minister Bangemann[4] hin, die beide über lange Zeit in der Bundesrepublik eine völlig

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 13. April 1987 gefertigt und am 14. April 1987 mit der Bitte „um Genehmigung der Weiterleitung an das Auswärtige Amt“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet.
Hat Schäuble am 28. April 1987 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik.“ Zur Bitte Stabreits um Weiterleitung an das Auswärtige Amt vermerkte Kohl: „Nein.“
Hat Teltschik am 29. April 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Präsident Herzog hielt sich vom 6. bis 10. April 1987 in der Bundesrepublik auf. Am 7. April 1987 führte er ein Gespräch mit Bundesminister Genscher. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178903.

3 Am 24. April 1974 wurde der Referent im Bundeskanzleramt, Guillaume, unter dem Verdacht der geheimdienstlichen Tätigkeit für die DDR verhaftet. Vgl. dazu den Artikel „Mitarbeiter des Bundeskanzlers unter Spionageverdacht“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. April 1974, S. 1.
Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf verurteilte Guillaume und seine Ehefrau Christel am 15. Dezember 1975 wegen gemeinschaftlich begangenen Landesverrats zu 13 bzw. acht Jahren Gefängnis. Vgl. dazu den Artikel „Dreizehn Jahre Gefängnis für Guillaume. Das Gericht tadelt die Bonner Verantwortlichen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Dezember 1975, S. 1.
Nach der Begnadigung durch Bundespräsident Carstens konnte Guillaume im Zuge eines Agentenaustauschs am 1. Oktober 1981 in die DDR zurückkehren. Vgl. dazu den Artikel „Guillaume in die DDR überstellt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Oktober 1981, S. 1.

neue Identität aufgebaut hätten. Eine besondere Rolle spiele dabei die gewaltige Industriespionage, die auch Teil unseres Alltags sei. Dabei gehe die DDR beinahe preußisch vor. Der Staatssicherheitsdienst ließe sich gestohlene industrielle Unterlagen von den Betrieben in der DDR, an die diese weitergegeben würden, bezahlen. Im übrigen gebe es hier sogenannte Einflußagenten, die wir insbesondere in den Gruppen vermuteten, die unsere Republik verändern wollen. Als Bundeskanzler Kiesinger amtierte, dem eine frühere Mitgliedschaft in der NSDAP[5] vorgeworfen wurde, habe es plötzlich eine Welle von Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen[6] gegeben. Wir wüßten heute, daß diese Schmierereien von Agenten des Staatssicherheitsdienstes vorgenommen worden seien, um hier angebliche Beweise für eine neonazistische Gesinnung erbringen zu können. Diese Gesinnung gebe es in Wirklichkeit nicht. Der Nationalsozialismus sei politisch überhaupt nicht relevant. Im übrigen sei es ja bekannt, daß Psychologen behaupteten, 4 oder 5% einer jeden Bevölkerung hochindustrialisierter Staaten gehörten eigentlich in eine Anstalt. Rechtsradikale seien bei uns völlige Outsider. Sie wiesen Präsident Herzog darauf hin, daß Sie selbst das Hauptziel der Rechtsradikalen seien. Unser Problem sei, daß eine Mischung von extremen Rechten und Linken heute in Richtung Neutralismus dränge. Darunter gebe es auch Antisemiten, übrigens auch auf linker Seite. Dies sei nicht verwunderlich, da es in der Sowjetunion noch viel Antisemitismus gebe.

In der Bundesrepublik Deutschland sei inzwischen eine völlig neue Generation herangewachsen. 70% der Bevölkerung hätten keine Erinnerung an Hitler. Es sei ein Fehler gewesen, nach dem Krieg so lange die Geschichte zu verdrängen. Dabei hätten Schuldgefühle eine Rolle gespielt, aber auch die weitverbreitete Auffassung, man müsse nun nicht mehr ständig darüber reden. Es habe darüber hinaus eine allgemeine Abwertung der Geschichtswissenschaft gegeben, die zunehmend durch sogenannte Sozialwissenschaften verdrängt worden sei. Heute gebe es eine Renaissance des Geschichtsbewußtseins.

Dies führe zu der Frage, wo die Bundesrepublik Deutschland stehe. Stehe die Bundesrepublik im Westen und gehe sie mit dem Westen? Oder suche sie mit der DDR eine neutrale Lösung? Die große Waffenanhäufung auf deutschem Boden, die mit erheblichen Belästigungen für die Bevölkerung (z. B. Tiefflieger) verbunden sei, fördere den Prozeß politischen Nachdenkens. Das Problem sei jedoch sehr viel schärfer geworden durch den Amtsantritt Gorbatschows[7], der verglichen mit seinen Vorgängern ein völlig anderer Mann sei. Die von der Sowjetunion eingeleitete psychologische Offensive mache viele Leute betroffen, insbesondere Intellektuelle. Es gebe Leute, die glaubten, er wolle die Sowjet-

4 In der Presse wurde berichtet, daß die Bundesanwaltschaft gegen die unter dem Namen Sonja Lüneburg im Bundesministerium für Wirtschaft tätige, seit dem 2. August 1985 verschwundene Sachbearbeiterin Johanna Olbrich wegen Spionageverdachts ermittle. Vgl. dazu den Artikel „Unbekanntes Ziel"; DER SPIEGEL, Nr. 33 vom 12. August 1985, S. 29 f.

5 Kurt Georg Kiesinger war von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP. Von 1966 bis 1969 hatte er das Amt des Bundeskanzlers inne.

6 Nachdem die Synagoge von Köln am 24. Dezember 1959 mit Hakenkreuzen beschmiert worden war, kam es in der Bundesrepublik in den Wochen danach zu einer Reihe antisemitischer Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen.

7 Michail Sergejewitsch Gorbatschow war seit 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

union demokratisieren. Dies sei natürlich Unsinn, Gorbatschow wolle den Kommunismus modernisieren.

Sie sprachen dann Präsident Herzog auf seine Reise nach Berlin und seinen dortigen Besuch der Gedenkstätte Plötzensee an.[8] Hier sei die Elite Deutschlands hingerichtet worden. Graf Stauffenberg und diejenigen, die mit ihm gehandelt hätten, verfügten heute über höhere Zustimmung im deutschen Volk als gleich nach dem Kriege. Sie führten weiter aus, die Gefühle des deutschen Volkes gegenüber Israel seien positiv. Als Beispiel wiesen Sie darauf hin, daß die Junge Union auch Reisen ins Ausland veranstalte und daß die meisten dieser Reisen nach Israel gingen. Dies bedeute nicht, daß überall Verständnis für alle Schritte israelischer Politik bestehe. Präsident *Herzog* warf hier ein, diese bestehe auch in Israel nicht. *Sie* bezeichneten die Entwicklung der Bundesrepublik als insgesamt gut. Wirtschaftlich gebe es immer wieder einmal Rückschläge. Ärger hätten wir jetzt meist mit den USA. Sie baten Präsident Herzog, als wichtigsten Punkt mit nach Hause zu nehmen, daß die großen Parteien in ihrer Politik gegenüber Israel übereinstimmten. Die Grünen könne man nicht als eine Partei bezeichnen. Es handele sich um eine politische Bewegung, die jedoch nicht bleiben werde. Es sei eine seltsame Mischung von Umweltfanatikern, Protestpotential, bei der es auch einen harten kommunistischen Kern, wohl auch Agenten, gebe. Präsident Herzog könne jedoch davon ausgehen, daß die deutsche Position zu Israel grundsätzlich und übereinstimmend sei.

Sie erwähnten dann den Zentralrat der Juden in Deutschland, der eine wesentliche und wichtige Rolle gespielt habe. Sie wüßten, daß der Zentralrat in Israel nicht unumstritten gewesen sei. Im vorigen Jahr habe es auf der Tagung des Leo-Baeck-Institutes einen großen Streit darüber gegeben. Die Position und die Arbeit des Zentralrates der Juden in Deutschland haben jedoch in Deutschland selbst eine große moralische Wirkung. Präsident *Herzog* erläuterte hier, er würde sich mit jüdischen Gemeinden und mit Vertretern des Zentralrates treffen. *Sie* antworteten darauf, daß Sie dies freue. Sie hätten das Gefühl, daß auch in den USA die Rolle des Zentralrates nicht immer ausreichend gewürdigt werde.

Sie gingen dann noch einmal auf die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik ein. 1982/1983 sei die Wirtschaft darnieder gelegen. Jetzt hätten wir Probleme aus der Weltwirtschaft, und der Dollar-Kurs mache uns zu schaffen. Unsere Exporte gingen zur überwältigenden Mehrheit in den Westen, und hier wiederum in die EG, da uns Wechselkursänderungen direkt träfen. Auch die Schulden der Dritten Welt ließen Wolken am Horizont aufziehen, ebenso wie die protektionistischen Tendenzen in den USA. Dies treffe Sie persönlich, da Sie stets ein Vorkämpfer gegen den Protektionismus gewesen seien. Allerdings hätten wir auch in der EG mit protektionistischen Tendenzen zu kämpfen. Sie seien stets in der EG für Israel eingetreten. Die Japaner verstünden es geschickter als die Länder des Westens, ihren Protektionismus zu verstecken.

Sie wiesen dann darauf hin, daß die deutsche Inflationsrate wohl 1987 erneut bei Null liegen werde. Dies werde den Binnenkonsum beleben. Probleme hätten wir

[8] Präsident Herzog reiste am 9. April nach Berlin (West), wo er u. a. die Gedenkstätte Plötzensee besuchte.

bei einigen „alten“ Industrien wie den Werften und der Stahlindustrie. Sie glaubten jedoch, daß man die Probleme in den Griff bekommen werde, auch das Problem der Arbeitslosigkeit. In der Arbeitslosigkeit gebe es große regionale Unterschiede. Dies ließe erkennen, daß hier die niedrige Mobilität der Menschen bei uns eine Rolle spiele. Diese habe aber wiederum mit dem Schicksal der Menschen in Deutschland zu tun. Wir hätten 13 Millionen Flüchtlinge, die ihre Heimat verloren hätten, aufnehmen müssen. Viele Leute seien vom Krieg sehr viel umhergeworfen worden. Die Deutschen seien in Urlaubszeiten so mobil wie kein anderes Volk. Sie hätten auch die Essensgewohnheiten fremder Länder schnell angenommen. Sie hätten jedoch wenig Lust, von einem Ort an den anderen zu ziehen.

Sie wiesen dann darauf hin, daß das schwierigste Problem Deutschlands zur Zeit die niedrige Geburtenrate sei. Es stehe uns eine dramatische Überalterung bevor, die die Krankenkassen überfordern und die Rentenfrage verschärfen werde. Im Prinzip gebe es jedoch durchaus Grund zum Optimismus.

Sie gingen dann auf die Weltpolitik ein und erläuterten zunächst die deutsche Position in Abrüstungsfragen. Wir seien für die Null-Lösung, dies jedoch nur, wenn am anderen Ende mehr Sicherheit stehe. Die Denuklearisierung Mitteleuropas sei für uns unakzeptabel angesichts des gewaltigen konventionellen Übergewichts der Sowjetunion. Leider werde die konventionelle Rüstung häufig in ihrer Bedeutung übersehen. Die Sowjets wollten keinen Krieg, aber eine psychische Drohung. Unwillkürlich denke man an München. Auch Daladier und Chamberlain hätten den Frieden, das Beste, gewollt.[9] Hitler habe dies als Schwäche gewertet. Gorbatschow sei natürlich nicht Hitler, aber er sei ein sehr machtbewußter Mann. Wir sollten abwarten; worauf es ankomme, seien die Realitäten. Zur Zeit hätten wir ganze Prozessionen von Sowjetrussen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Sowjetunion mache zunehmend Angebote im Abrüstungsbereich. Die Lage werde immer komplizierter. Entscheidend sei letztlich, ob die Sowjetunion bereit sei, ein konventionelles Gleichgewicht herzustellen und insbesondere die Überlegenheit an Panzern abzubauen. Für militärische Operationen sei auch der Raum wichtig. Die Sowjets seien mit ihrem riesigen Raum, dem das schmale Europa vorgelagert sei, in einer strategisch viel günstigeren Position. Was das militärische Kräfteverhältnis anbetreffe, so falle ihm sein Sohn[10] ein, der gerade als Fallschirmjäger ausgebildet sei. Wir hätten 15 000 Fallschirmjäger gegen 150 000 auf sowjetischer Seite.

Trotzdem glaubten Sie, daß wir die besseren Karten in der Hand hätten. Die Sowjetunion sei im System schwächer. Wir müßten Geduld, Mut und Stehvermögen haben. Es gebe keine Chance, Keile zwischen uns und unsere Alliierten zu treiben. Wir stünden vor einer großen geschichtlichen Herausforderung für uns alle.

Präsident *Herzog* dankte Ihnen für Ihre Worte und für den freundlichen Empfang, den Sie ihm bereitet hätten. In allgemeiner Form könne er Ihre Thesen akzeptieren. Er habe früher für Wall Street Journal und die New York Times geschrieben und immer die Bedeutung konventioneller Kriegsführung unter-

9 Für den Wortlaut des Münchner Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.
10 Peter Kohl.

strichen. Man brauche sich auch nur den Iran-Irak-Krieg, der rein konventionell geführt werde, anzusehen. Dort würden sogar chemische Waffen benutzt. Der Irak habe jetzt eine Million Menschen unter Waffen. Man brauche auch nur nach Syrien zu schauen.

Er danke Ihnen auch für die Worte, die Sie hinsichtlich seines Besuches gefunden hätten. Wie Sie wüßten, habe es eine große Diskussion in Israel über diesen Besuch gegeben.[11] Er, der Präsident, habe versucht, diese Diskussion herunterzuspielen, und darauf hingewiesen, daß er in den Fußstapfen von Ben-Gurion wandle. Als die Einladung gekommen sei[12], habe er sie in formal-korrekter Form dem Premierminister weitergegeben. Dieser sei mit ihr ins Kabinett gegangen, und das Kabinett habe einstimmig entschieden. Dann habe jedoch die öffentliche Debatte begonnen, und nicht jeder habe eine mutige Position bezogen. Von Anfang an tapfer an seiner Seite habe Herr Shamir gestanden. Shamir habe gesagt, dies sei einer der wichtigsten Besuche.

Es habe in der Region keine größeren politischen Entwicklungen gegeben, wohl aber im Alltagsbereich. Soeben habe die Kairoer Handelsmesse geschlossen, wo Israel mit einem großen Ausstellungssalon vertreten gewesen sei und viele Aufträge erhalten habe. Viele israelische Staatsbürger, die Mohammedaner seien, gingen nach Mekka. Daß es politisch keine Bewegung gebe, bedeute nicht, daß sich überhaupt nichts weiterentwickle. Es gebe Entwicklungen im Nahen Osten. Das Problem sei, daß oft diejenigen, die mit Israel sprechen wollten, Angst hätten, ermordet zu werden. Unter den Palästinensern gebe es auch Angst, von den Jordaniern nicht ausreichend gedeckt zu werden. Was die Konferenzidee[13] angehe, so kämen auch diejenigen nicht so recht aus ihrer Reserve, die daran teilnehmen würden. In Israel selbst werde die Regierung der nationalen Einheit bis zum Oktober zusammenbleiben müssen. Es gebe zwar Gerede über eine mögliche Wahl im Oktober 1987. Peres würde gerne eine solche Wahl haben. Man sehe aber nicht den Gegenstand, über den diese Wahl ausgefochten werden könne.[14]

Präsident Herzog schilderte Ihnen dann die interne politische Lage Israels. In einem hohen Prozentsatz der Streitfragen gingen die Auseinandersetzungen quer über die Parteilinien. Shamir sei sich sehr des Kampfes in seiner eigenen

11 Botschafter Haas, Tel Aviv, berichtete am 26. November 1986: „Nachdem vor einigen Tagen in israelischer Presse Meldungen über bevorstehenden Staatsbesuch Präsident Herzogs in BR Deutschland erschienen waren, entwickelte sich unter Politikern und in Presse Diskussion über Besuch." Im Gegensatz zu Ministerpräsident Shamir hätten sich „einzelne Knesset-Abgeordnete – besonders Überlebende des Holocausts – zurückhaltend bis ablehnend zu bevorstehendem Besuch" geäußert und z. T. dessen Absage gefordert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1232; Referat 310, Bd. 149589.
In einer Aufzeichnung der Abteilung 3 vom 19. Februar 1987 wurde dargelegt, daß „schon die Besuchsankündigung in Israel heftige Kritik hervorgerufen" habe: „Viele Israelis fürchten, wegen seines Symbolcharakters könne der Besuch von deutscher Seite als Schlußstrich unter die Vergangenheit interpretiert werden; es könne die Versuchung entstehen, ihn als Entlassung aus der historisch geprägten Verantwortung gegenüber den Juden und als Beginn von sich routinemäßig entwickelnden Beziehungen zu betrachten." Vgl. Referat 310, Bd. 149589.

12 Abteilung 7 notierte am 10. April 1986: „Der Bundespräsident hat während seines Staatsbesuchs in Israel im Oktober 1985 den israelischen Staatspräsidenten Herzog zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik eingeladen. Der israelische Staatspräsident hat diese Einladung in einem an den Bundespräsidenten gerichteten Schreiben vom 12.11.1985 […] angenommen." Vgl. Referat 310, Bd. 149588.

13 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

14 Die Wahlen zum israelischen Parlament fanden am 1. November 1988 statt.

Partei bewußt. Er sei einstimmig als Führer bekräftigt worden. Levy, der gegen ihn gekämpft habe, sei als Nummer 2 bestätigt worden. Sharon sei Vorsitzender des Zentralkomitees. Arens sei der Chef des Sekretariats (Generalsekretär). Shamir habe ihn als Kronprinz designiert. Wenn Shamir gehe, werde sich der Kampf zwischen Sharon und Arens abspielen. *Sie* fragten den Präsidenten dann, ob dieser Kampf sich inner- oder außerhalb der Partei abspielen werde. Präsident *Herzog* äußerte, der Kampf werde in der Partei ausgetragen werden, aber öffentlich. Er wisse nicht, ob Shamir weitermachen wolle. In der Zwischenzeit werde Peres den Friedensprozeß vorantreiben. *Sie* wiesen auf die seltsame Lage hin, daß Sie, der nicht gerade als Sozialistenfreund bekannt sei, sehr gute Beziehungen zu Peres, wie im übrigen auch in Spanien zu Premierminister González, unterhielten. Präsident *Herzog* wies in diesem Zusammenhang auf England hin. Er äußerte, wir seien alle viel dichter bei Frau Thatcher als bei Neil Kinnock. Die Regierung der nationalen Einheit habe in Israel ein Wunder bewirkt. Sie habe die Inflation von 450 auf 15% vermindert und dabei kaum Arbeitslosigkeit verursacht.

Auf *Ihre* Frage, ob man in Israel das Wahlrecht ändern werde, antwortete Präsident *Herzog*, man strebe ein System ähnlich wie in Deutschland an. Dieses habe jedoch erst die erste Lesung hinter sich, wenn auch der Rechtsausschuß der Knesset es bereits gebilligt habe. Jetzt müsse die Knesset aber mit qualifizierter Mehrheit (60% der Stimmen) zustimmen. Auf *Ihre* diesbezügliche Frage nach einer 5%-Klausel antwortet Präsident *Herzog*, es liege jetzt ein Antrag vor, die Grenze bei 2,5% zu ziehen. Das größte Problem Israels sei das vorhandene Wahlsystem.

Sie wiesen darauf hin, daß im ersten Bundestag zwölf Parteien vertreten gewesen seien.[15] Die 5%-Klausel sei bei uns entscheidend. Es kämen auch immer mal wieder neue Parteien, aber sie gingen auch wieder. So habe es auch einmal die NPD in Landtagen gegeben.[16] Auch die Grünen würden wieder verschwinden. Präsident *Herzog* wies darauf hin, daß Minister Burg gegen jeden Wechsel sei. Alle kleinen Gruppen, die religiösen Gruppen, die Kommunisten seien gegen eine Änderung des Wahlsystems. *Sie* wiesen darauf hin, daß es sich hier um eine Frage der Zukunft des Landes handele. Allerdings habe man dann auch andere Parteien, die schwerer zu führen seien. Die soziologische Bandbreite werde größer, wenn der Zwang zur Konzentration auf große Parteien wachse. Sie verwiesen darauf, daß die CDU/CSU die Vorsitzenden des Industriellenverbandes[17], des Bauernverbandes[18], des Beamtenbundes[19], der Handwerker[20] etc. enthalte.

15 Am 14. August 1949 fanden die ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag statt.

16 Die am 28. November 1964 durch Fusion der Deutschen Reichspartei mit kleineren Rechtsparteien gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) erzielte bei den Landtagswahlen in Hessen am 6. November 1966 7,9% der Stimmen (acht Mandate), bei den Landtagswahlen in Bayern am 20. November 1966 7,4% (15 Mandate), bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 23. April 1967 6,9% (vier Mandate), bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 23. April 1967 5,8% (vier Mandate), bei den Landtagswahlen in Niedersachsen am 4. Juni 1967 7,0% (zehn Mandate), bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft am 1. Oktober 1967 8,8% (acht Mandate) sowie bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 28. April 1968 9,8% (zwölf Mandate).

17 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie war Tyll Necker.

18 Präsident des Deutschen Bauernverbandes war Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck.

19 Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes war Alfred Krause.

20 Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks war Paul Schnitker.

Sie alle seien CDU-Mitglieder. Wenn bei einer solchen Sachlage in der Partei ein Beschluß herbeigeführt werde, sei der Krach vorprogrammiert. Später im Parlament sei es dann allerdings leichter. Der politische Prozeß sehe nur nicht so gut aus. Man sei wie in einem Floß, immer bis zu den Knien im Wasser, aber es sinke nicht.

Präsident *Herzog* erwiderte, daß in Israel ein großer Wechsel im Gange sei in Richtung auf ein Zweiparteiensystem. Beide Lager seien fast gleich stark. Die Präsidentschaft sei wichtiger geworden. Das Rotationsabkommen[21] sei beinahe zusammengebrochen. Er habe sich als Präsident 36 Stunden bemühen müssen, um beide Seiten wieder zusammenzubringen. Die Jugend insbesondere wünsche eine Änderung des Wahlsystems. In den Gemeinden habe Israel ein System wie bei den französischen Präsidentschaftswahlen. Die Bürgermeister seien infolgedessen auch erstklassige Leute und hätten Kabinettsqualität. Sie seien alle direkt gewählt. Auf *Ihre* Frage, ob Herr Burg Nachwuchs habe, antwortete Präsident *Herzog*, daß er nicht von den Anhängern Burgs beeindruckt sei. Natürlich gebe es Nachwuchs, aber er sei extremer und fanatischer.

Auf *Ihre* Bemerkung, daß es weltweit unter der Jugend einen Fundamentalismus gebe, erwiderte Präsident *Herzog*, dies sei richtig. Burg habe sich um religiöse Fragen gekümmert. Dieses System sei jedoch unter Ministerpräsident Rabin zusammengebrochen. In zwei Wahlen sei die Gruppe von zwölf auf vier Sitze zusammengeschrumpft.[22] Es handele sich um ein Versagen der Burg-Gruppe, die in der Vergangenheit eine Brückenfunktion ausgefüllt habe.

Auf *Ihre* Frage, wie der Präsident die Lage in Ägypten beurteile, ob er sie für stabil ansehe, antwortete Präsident *Herzog*, Mubarak sei kein sehr eindrucksvoller Mann. Im Gespräch mit Mubarak nehme König Hussein stets eine führende Rolle ein. Das Gespräch zwischen Israel und Mubarak sei nie abgerissen.

Sie wiesen dann darauf hin, daß Präsident Reagan, Premierminister Thatcher und Sie selbst im vergangenen Jahr über einen kleinen Marshall-Plan für den Nahen Osten gesprochen hätten.[23] Solange man dort nicht politisch weiter

21 Am 31. August 1984 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler, der Vorsitzende der israelischen Arbeitspartei, Peres, und der bisherige Ministerpräsident Shamir hätten sich am Vortag auf die Bildung einer Koalition geeinigt: „In der ersten Hälfte dieser 50-monatigen Amtszeit soll Peres das Amt des Premierministers bekleiden, während Shamir das Amt des Außenministers übernimmt und in Abwesenheit von Peres interimistisch die Regierungsgeschäfte führt. In der zweiten Hälfte tauschen beide Politiker dann die Posten." Vgl. Referat 310, Bd. 135748.
Am 20. Oktober 1986 übernahm Ministerpräsident Peres das Amt des Außenministers und Außenminister Shamir das Amt des Ministerpräsidenten.

22 Nachdem die Nationalreligiöse Partei unter der Führung von Josef Burg bei den Wahlen zum israelischen Parlament am 17. Mai 1977 9,2 % der Stimmen (zwölf Mandate) erhalten hatte, kam sie bei den Wahlen am 30. Juni 1981 auf 4,9 % der Stimmen (sechs Mandate) und bei den Wahlen am 23. Juli 1984 auf 3,5 % der Stimmen (vier Mandate).

23 Ministerialdirektor Sudhoff informierte am 22. April 1986: „MP Peres wirbt seit Anfang dieses Jahres für die Verwirklichung eines ‚Marshall-Plans für den Nahen Osten', der die Errichtung eines multinationalen Entwicklungsfonds für die Region in Höhe von ca. 30 Mrd. Dollar vorsieht. Aus dem Fonds sollen gemeinsame Projekte zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten finanziert werden. Die Mittel für den Fonds sollen anteilig von den Regierungen der westlichen teilnehmenden Länder (EG, USA, Japan, Kanada) und über den Kapitalmarkt aufgebracht werden. MP Peres schlägt vor, zur Finanzierung die Ersparnisse der Industriestaaten aufgrund des Verfalls der Ölpreise und die zu erwartenden Rückflüsse aus Zinsen- und Schuldendienst durch die Länder der Region zu verwenden. […] Die bisherige Reaktion seitens der europäischen Staaten war zurückhaltend. Die USA haben, trotz eigener Zweifel an der politischen Realisierbarkeit des Plans, die

komme, komme man aber auch wirtschaftlich nicht weiter. Präsident *Herzog* antwortete, er rate, mit der Wirtschaft anzufangen. Auf der Westbank gebe es praktisch schon ein Kondominium. Er verweist auf die Gründung einer jordanischen Bank. Präsident Herzog riet Ihnen, wirtschaftlich zu helfen. In Israel glaube man, es könne auf der Westbank sehr viel mehr getan werden. Israel habe ein Projekt, wo es den Ägyptern im Delta helfe, eine israelische Solarenergieanlage gehe an Ägypten. Peres habe hier einen zentralen Punkt angesprochen. Wenn die Bundesrepublik Deutschland helfen und dieses Projekt fördern könne, würde man dies in Israel willkommen heißen. *Sie* erwiderten, es sei Ihre Position, daß sich mit Mubarak, Hussein und Peres etwas machen lassen müsse. Sie müßten mit dem amerikanischen Präsidenten darüber sprechen. Auf Ihre Frage nach Syrien antwortete Präsident *Herzog*, die Lage dort sei sehr schwierig zu beurteilen. Syrien werde von einer religiösen Sekte beherrscht. Die wirtschaftliche Lage sei schwierig. Assad werde nach Moskau gehen, dem er 10 Mrd. Dollar schulde. Schwierigkeiten habe er jetzt auch mit dem Iran. Wenn König Hussein zu Assad gefahren sei[24], so habe er dies getan, um eine Versicherungs-Police abzuschließen.

Sie äußerten zum Abschluß, daß es nicht schlecht wäre, wenn Herr Peres wieder einmal vorbeikäme.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

100

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim **7. April 1987**[1]

Lieber Ron,

das enge Vertrauen, das wir in der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik in den vergangenen Jahren aufgebaut haben, und die Überzeugung, daß angesichts des Verhandlungsstandes in Genf[2] und des West-Ost-Verhältnisses insgesamt ein Abkommen über Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite in Sicht ist, veranlaßt mich, Ihnen erneut zu schreiben und auch im Hinblick auf den wich-

Fortsetzung Fußnote von Seite 505
Konzeption von MP Peres offiziell positiv aufgenommen. Wie MP Peres sprechen sie sich dafür aus, daß ein europäisches Land die Führung und Koordination übernimmt." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141113.

24 König Hussein hielt sich am 10./11. Februar 1987 in Syrien auf.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 23. Juni 1987 vorgelegen.

2 Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

tigen Besuch von Außenminister Shultz in Moskau[3] die Haltung der Bundesregierung zu einigen Fragen, die im Zusammenhang mit der Mittelstreckenproblematik stehen, nochmals darzulegen.

Die Bundesregierung tritt seit Beginn der INF-Verhandlungen konsequent für die weltweite Beseitigung aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite ein. Die beiderseitige Eliminierung der LRINF-Flugkörper in Europa, wie sie zur Zeit in Genf verhandelt wird, wäre ein entscheidender Schritt zu diesem Ziel. Die amerikanischen Bemühungen, die globale LRINF-Null-Lösung in einem Abkommen zu verwirklichen, finden unsere volle Unterstützung.

Im Hinblick auf Mittelstreckenflugkörper unterhalb der Reichweite von 1000 km befürwortet die Bundesregierung Folgeverhandlungen mit dem Ziel, alle diese Systeme auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren. Sie erwartet deshalb, daß sich die Verhandlungspartner konkret und verbindlich verpflichten, sofortige Folgeverhandlungen, d. h. längstens in sechs Monaten nach Unterzeichnung des Abkommens, über Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite aufzunehmen.

Wir teilen grundsätzlich die Bündnisposition, daß bereits ein Abkommen, in dessen Mittelpunkt die LRINF-Flugkörper stehen, begleitende Beschränkungen („concurrent constraints“) für SRINF-Flugkörper enthalten sollte.

Sollte die Sowjetunion während des Moskau-Besuchs Ihres Außenministers eine Null-Lösung für SRINF-Systeme im Reichweitenband von 500 bis 1000 km vorschlagen, so würden wir es für richtig halten, daß Außenminister Shultz – wie er in seinem Schreiben an Außenminister Genscher am 6. April 1987[4] dargelegt hat – einen solchen Vorschlag weder akzeptiert noch zurückweist (neither to accept it nor to reject it), sondern dazu klärende Fragen stellt. Nach diesem Besuch sollte hierüber im Bündnis vertieft diskutiert werden.

Eine Null-Lösung für SRINF-Flugkörper in der Reichweite zwischen 500 und 1000 km hätte erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Zentraleuropa. Für uns sind daher eingehende Bündniskonsultationen von entscheidender Bedeutung.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Gedanken aus meinem Gespräch mit Botschafter Burt am 3. April 1987[5] wiederholen: Wenn wir eine Auseinandersetzung mit einem eventuellen sowjetischen Vorschlag für eine SRINF-Null-Lösung im Zusammenhang mit einem LRINF-Abkommen vermeiden wollen, könnte ein Verzicht auf constraints eine mögliche Alternative sein.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Kohl

VS-Bd. 14159 (010)

3 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 115.

4 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 14159 (010).

5 Bundeskanzler Kohl unterrichtete den amerikanischen Botschafter Burt am 3. April 1987 über die Position der Bundesregierung zu INF. Vgl. dazu das Schreiben des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, vom 3. April 1987 an Bundesminister Genscher; VS-Bd. 14159 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

101

Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 523
Citissime

Aufgabe: 8. April 1987, 18.00 Uhr[1]
Ankunft: 8. April 1987, 19.04 Uhr

Delegationsbericht Nr. 37

Betr.: KRK;
hier: Stand der 23er-Gespräche nach den sieben Treffen der ersten Runde

1) Die am 17.2. auf westliche Initiative begonnenen Gespräche der 23 Teilnehmerstaaten von NATO und WP zur Erarbeitung eines Mandats über KRK haben in einigen Sach- und Prozedurfragen bereits zu ersten Annäherungen geführt.[2]

Die Gespräche, die jedesmal in einer anderen Botschaft stattfinden, wurden in einer sehr sachlichen Atmosphäre geführt. Unterschiedliche Auffassungen, z. B. zum Ungleichgewicht in Europa, wurden ohne Polemik erörtert.

Während zu Beginn der Gespräche der Westen klar die Initiative hatte, zeigte sich zuletzt der Osten aktiver, dessen Positionen zur Substanz künftiger Verhandlungen z. T. weiter entwickelt sind als die der NATO. Als ungünstig erwies sich die innerwestliche Auseinandersetzung über die Verknüpfung von KRK und KSZE.[3]

2) Annäherungen

Beide Seiten stellten im Lauf der sieben Begegnungen informell fest, daß es in einzelnen Sach- und Prozedurfragen Übereinstimmungen bzw. Annäherungen gibt:

- Schon in den ersten zwei Sitzungen konnten wichtige Verfahrensfragen einvernehmlich geregelt werden, so die Festlegung regelmäßiger Treffen unter wechselndem Vorsitz (gemäß dem französischen Alphabet) jeweils am Montag in verschiedenen Botschaften.
- Es bestand weitgehend Einvernehmen, daß sich künftige Verhandlungen auf die Land- und Luftstreitkräfte der teilnehmenden 23 Staaten in Europa konzentrieren sollen. Auch der WP stellte keine Forderung auf Einbeziehung der Seestreitkräfte.
- Das vom Westen verfolgte Ziel, Herstellung eines stabilen gesicherten Streitkräfteniveaus für ganz Europa sowie die Beseitigung der Fähigkeit zur Durchführung von Überraschungsangriffen, wurde nicht abgelehnt, jedoch soll es gemäß östlicher Auffassung durch Reduzierungen beider Seiten erreicht werden.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Schon am 11. April 1987 vorgelegen.
2 Zum Beginn der Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 44.
3 Zum amerikanisch-französischen Kompromiß in der Frage des Forums für KRK-Verhandlungen vgl. Dok. 21, Anm. 25.

– Der Osten bejahte zumindest verbal die Forderung, Disparitäten abzubauen, wo immer sie bestehen. (Er sieht jedoch Ungleichgewichte weitaus geringer als der Westen und in Teilbereichen auch zugunsten der NATO.)
– Die Notwendigkeit effektiver Verifikationen bis zu Vor-Ort-Inspektionen wurde akzeptiert.
– Weitgehend ähnliche Auffassungen hinsichtlich der Struktur (nicht Substanz) eines Mandats (Ziele, Gegenstand, Prinzipien, Anwendungsgebiet, Verifikation, Teilnehmer).
– Allgemeine Prinzipien wie die Notwendigkeit, Schritt für Schritt vorzugehen und die Sicherheit aller Beteiligten auf jeder Stufe des Verhandlungsprozesses zu gewährleisten, werden bejaht.

3) Unterschiedliche Auffassungen bestehen sowohl in der Prozedur als auch in der Substanz:
– WP drängt auf baldigen Beginn der Textarbeit an einem Mandat, während der Westen wegen der Haltung von F dies bisher verzögert.[4]
– WP hält wohl – auch aus Gründen der Propaganda – an Forderung fest, KRK-Verhandlungen müßten im Rahmen der KSZE unter Teilnahme der N+N stattfinden.[5] (Plädoyer für Teilnahme der N+N an Mandatsgesprächen klingt wie Pflichtübung.)
– WP dringt auf gleichberechtigte Anerkennung des Russischen als Arbeitssprache bei Mandatsgesprächen.

  (Beide Forderungen werden jedoch nicht zu Bedingungen für die Fortführung der Gespräche erhoben.)
– WP geht von annäherndem Gleichgewicht zwischen West und Ost aus und will allenfalls eine Reduzierung der Disparitäten, wo immer sie bestehen. (Er wehrt sich mit Nachdruck gegen westliche These eines massiven konventionellen Übergewichts des WP.)
– Östliche Seite denkt vorrangig an prozentuale Reduzierungen beider Seiten, während der Westen bisher noch keine klare Position hat, ob er auch Reduzierungen der eigenen Streitkräfte in Betracht zieht und ggfs. in welcher Form.

4) Zusammenarbeit der NATO-Staaten

a) NATO-Caucus in Wien arbeitet auf der Grundlage der HLTF-Grundsatzpapiere. Da diese noch nicht für alle Sach- und Prozedurfragen Lösungen enthal-

[4] Referat 221 führte am 16. April 1987 aus: „Meinungsverschiedenheiten zwischen F und den USA erschweren und verzögern […] immer wieder die Vorbereitungen auf die KRK- und die weiteren KVAE-Verhandlungen. Zuletzt war es insbesondere französische Intransigenz, die zu einer noch nicht überstandenen Zerreißprobe geführt hat. Die französische Haltung ist […] unter dem Aspekt zu sehen, daß F zu der Substanz von KRK-Verhandlungen offenbar noch keine präzisen Vorstellungen hat. Insbesondere ist offen, ob F sein Potential überhaupt auf westlicher Seite anrechnen lassen will, ob Reduzierungen für F in Frage kommen und ob F bereit wäre, etwaigen kollektiven Verpflichtungen des Westens zuzustimmen.“ Vgl. Referat 221, Bd. 130152.

[5] Referat 221 notierte am 16. April 1987: „Der Osten plädiert, wie erwartet, gegen den Ausschluß der Neutralen und Ungebundenen. Es ist jedoch offenkundig, daß seine Haltung nur taktisch begründet ist. Er nutzt die westlichen Meinungsverschiedenheiten (zwischen F und USA) und versucht, sich als Sachwalter der Interessen der N+N aufzuspielen.“ Vgl. Referat 221, Bd. 130152.

ten, muß in Wien versucht werden, im Interesse der Allianzkohäsion Kompromisse zu erarbeiten.[6]

NATO-Caucus beginnt erst nach und nach, Zusammenhalt zu entwickeln. Unterschiedliche Herkunft der DL (z.T. aus KSZE oder MBFR, z.T. nur an Montagen aus den Hauptstädten anreisend) erschwert Abstimmungsprozeß über Vorgehen im 23-Rahmen.

Als Belastung für westliche Verhandlungsführung erwiesen sich vor allem folgende Probleme:

– Ungewißheit,
  – ob und wann Paris bereit sein wird, grünes Licht für Mandatsverhandlungen zu geben;
  – ob F überhaupt an KRK-Verhandlungen der „23", d.h. faktisch zwischen den zwei Bündnissen, teilnehmen will;
  – ob US und F sich auf eine sinnvolle Verknüpfung von KRK und KSZE einigen können;
– Frage,
  – ob, wie F es fordert, KRK-Mandat im KSZE-Schlußdokument aufgenommen werden kann;
  – ob KVAE 1b und KRK am gleichen Ort und zu gleicher Zeit stattfinden können.
– Unklarheit, welche Bedeutung „Reduzierungen" im westlichen Stabilitätskonzept haben, d.h., ist auch die NATO ggfs. bereit, wenn auch im geringen Umfang, zu reduzieren?

b) Unsere Delegation

Wir haben uns bemüht, in zahlreichen Einzelgesprächen in den Allianzberatungen sowie im 23-Rahmen für eine konstruktive, auf die jetzt anstehenden Sachfragen konzentrierte Verhandlung zu plädieren. Durch enge Kontakte zu den Delegationen von F und US haben wir versucht, die ständig auftauchenden Meinungsverschiedenheiten zum weiteren Vorgehen zu entschärfen.

In den 23-Gesprächen gehörten wir zu den wichtigsten westlichen Wortführern.

5) Auftreten der WP-Staaten

a) Die Vertreter des WP zeigen sich – anders als zu Beginn der KVAE in Stockholm[7] – sachlich und konstruktiv. Sie bemühen sich, ihre Position auf der Grund-

6 Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), informierte am 9. April 1987 über eine Sitzung des NATO-Caucus am Vortag: „Caucus diskutierte auf der Grundlage eines britischen und eines US-Papiers Frage des ‚Berichts' des Caucus an die HLTF gemäß § 21 HLTF-Bericht. Während US eine Präferenz für einen regulären Bericht – des Caucus – zu erkennen gaben, vertrat F die Auffassung, daß Delegationen jeweils national ihre HLTF-Kollegen unterrichten sollten. Unser Vorschlag fand Zustimmung, ein Papier (Check-List) abzustimmen, das von Caucus-Mitgliedern, die ggf. an HLTF-Sitzung teilnehmen werden, als Grundlage für ihren Vortrag dienen könnte […]. Mehrere Partner drängten darauf, daß Frage der Unterrichtung des Caucus von HLTF grundsätzlich geklärt werden müsse. Aus hiesiger Sicht sollte Lösung ähnlich wie bei KVAE gefunden werden. Tagesvorsitzender oder anderes Caucus-Mitglied informiert HLTF auf Grundlage der Meinungsbildung des Caucus (kein im Detail abgestimmter Bericht)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 526; VS-Bd. 12173 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

lage des Budapester Appells[8] und des Moskauer WP-Kommuniqués[9] sachlich zu präsentieren. Die zahlreichen Fragen des WP in den letzten Sitzungen dienten der Erkundung westlicher Absichten, z.T. auch, um westliche Schwachstellen bloßzulegen.

Wie zu erwarten, spielt die SU die Hauptrolle, läßt aber auch den anderen östlichen DL gewissen Spielraum: So brachten die DL der DDR[10], Polens[11] und ČSSR[12] interessante Substanzbeiträge ein. H zeichnete sich durch faire und ausgleichende Beiträge aus. In Gesprächen am Rande machen Osteuropäer ihr großes Interesse an einem Erfolg der 23er-Gespräche deutlich.

b) Östliche Substanzvorstellungen

WP schlägt Verhandlung über nachstehende Streitkräfte vor:

– Konventionelle Landstreitkräfte, d.h. Kampf- und Kampfunterstützungs- und logistische Truppen, soweit sie in Verbänden und Einheiten organisiert sind, einschließlich der Luftlande- und amphibischen Truppen.

  Diese Beschreibung schließt einen erheblichen Teil der Landstreitkräfte aus. Insofern ist hier eine deutliche Änderung gegenüber den bei MBFR verwendeten Zählkriterien erkennbar. Dies kann sich zum Nachteil für den Westen auswirken, insbesondere im Hinblick auf Umgehungsmöglichkeiten.

– Für den Bereich der Luftstreitkräfte möchte der Osten nur Jagdbomber und implicite auch Aufklärungsflugzeuge einschließen. Alle anderen Elemente laut der östlichen Definition „Luftverteidigungsflugzeuge und Transportflugzeuge“ sollen ausgeschlossen werden. Dieser Ansatz dürfte für den Westen nicht akzeptabel sein, da er einer Umgehung Tür und Tor öffnen würde und auch die für Luftangriff verwendbaren Teile der sowjetischen Heimat-Luftverteidigung und der Jagdfliegerkräfte der Frontluftarmeen ausschließen würde.

– Der Warschauer Pakt fordert die Einbeziehung sog. organischer Atomwaffenträger in Reduzierungen, soweit solche Systeme nicht in anderen Verhandlungen behandelt werden. Konkret meint die Sowjetunion damit die Berücksichtigung nuklearfähiger Artillerie auf Divisions- bzw. Korpsebene sowie der Raketensysteme auf Divisions-, Korps- und Armee-Ebene und analoger Systeme der Luftstreitkräfte.

  Es besteht Übereinstimmung in der Allianz, daß gemäß den Festlegungen im HLTF-Bericht[13] nicht über nukleare Systeme verhandelt werden soll. Es muß allerdings in der Allianz noch geklärt werden, was mit nuklearfähigen

Fortsetzung Fußnote von Seite 510

7 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

8 Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 44, Anm. 10.

9 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 24./25. März 1987 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 263–265.

10 Peter Steglich.

11 Sławomir Dąbrowa.

12 Milan Kadnár.

13 Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 347.

Systemen geschehen soll, die organisch zu Verbänden gehören, die als Ergebnis von Reduzierungen aufgelöst werden.

– Aus Gesprächen am Rande hat die Delegation den Eindruck gewonnen, daß der Warschauer Pakt nicht auf der Einbeziehung nuklearfähiger Systeme bestehen wird. Die Frage, welcher Teil der Luftstreitkräfte in ein Abkommen einzubeziehen ist, bedarf h. E. während der Mandatsverhandlungen voraussichtlich noch nicht der Klärung, da die Formel über einzubeziehende Streitkräfte-Elemente vermutlich „konventionelle Land- und Luftstreitkräfte" lauten wird.

  In den eigentlichen Verhandlungen wird die Definition der einzubeziehenden Streitkräfte-Elemente allerdings eine bedeutende Rolle spielen.

6) Haltung der N+N zu den „23-Gesprächen"

N+N haben sich nicht auf eine gemeinsame Position zu den 23-Gesprächen einigen können. Die meisten N+N respektieren – wenn auch mit Sorge – die Entwicklung dieser Gespräche. Sie fürchten letztlich eine Schwächung des KSZE-Prozesses selbst dann, wenn gemäß französischer Forderung die 23-KRK-Verhandlung in den KSZE-Prozeß integriert würde.

Damit würden die nicht zugelassenen N+N KSZE-Teilnehmer zweiter Klasse. Es dürfte h. E. im westlichen Interesse liegen, möglichst viele „links" zwischen KRK und KSZE durchzusetzen.

7) Ausblick

Angesichts der Tatsache, daß sich die NATO in der Brüsseler Erklärung zu Mandatsgesprächen über KRK[14] bereit erklärt hat, sollten die westlichen Verhandlungsführer von der HLTF ermächtigt werden, in der zweiten Runde ab 11. Mai in eine wirkliche Mandatsverhandlung einzutreten.

Dabei ist h. E. die französische Sorge unberechtigt, daß die Verhandlungen in den fünf Wochen bis zur NATO-Frühjahrskonferenz in Reykjavik[15] so schnell voranschreiten könnten, daß den Ministern nur die Wahl zwischen einem „Ja" und einem „Nein" zu dem vereinbarten Mandatstext bliebe.

Es gilt, gemeinsam mit anderen Partnern, vor allem mit UK, auch auf politischer Ebene auf F und US Einfluß zu nehmen, um eine überzeugendere Verhandlungsführung in Wien zu ermöglichen:

Der Westen kann – vor allem wenn ein KRK-Mandat in ein WFT[16]-Ergebnis einmünden und damit auch das Gesamtergebnis in unserem Sinne beeinflussen soll – die Mandatsverhandlungen nicht künstlich verzögern.

Es bedarf daher baldiger Klärung in Brüssel, wie umfangreich und präzise ein künftiges Mandat sein soll und wie die „links" zwischen KSZE und KRK gestaltet werden können. Auch könnten Fortschritte bei der Erarbeitung von Substanzpositionen für künftige Verhandlungen über KRK und VSBM es einigen Partnern erleichtern, ernsthaften Mandatsverhandlungen zuzustimmen.

14 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

15 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

16 Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 106.

Sollte die NATO-Frühjahrskonferenz grünes Licht für den Abschluß der Verhandlungen geben, könnte h. E. ein befriedigendes Mandat auf der Grundlage des HLTF-Papiers in ein bis zwei Monaten vereinbart werden.

Citron

Referat 221, Bd. 130152

102

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3036/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1684

Aufgabe: 8. April 1987, 19.55 Uhr[1]
Ankunft: 9. April 1987, 02.17 Uhr

Betr.: Shultz-Reise nach Moskau[2];
hier: Rüstungskontrollthemen

Zur Unterrichtung

Gespräche im State Department und bei ACDA bestätigen, daß Rüstungskontrolle zentrales Thema bei dem Moskau-Besuch von AM Shultz sein wird. Shultz hat bisher jedoch nicht die Möglichkeit erhalten, hier substantielle neue Vorschläge zu machen.

1) In bisher drei Gesprächen mit Reagan und Weinberger ist es Shultz nicht gelungen, die amerikanische Haltung in den drei Bereichen der Genfer Verhandlungen[3] weiterzuentwickeln. Bei der konventionellen Rüstungskontrolle erlaubt ihm das Fehlen einer Bündnisposition[4] keine substantiellen Gespräche.

a) Bei den strategischen Waffen hat Weinberger abgelehnt, die amerikanische Forderung nach einem Verbot mobiler Systeme aufzugeben. Damit sind auch die Chancen eines sowjetischen Eingehens auf die Diskussion über Untergrenzen gering. Shultz hat bisher auch keinen Spielraum, bei Untergrenzen amerikanisches Entgegenkommen zu signalisieren. Weinberger hat nicht einmal zugestimmt, daß Shultz die Bereitschaft andeutet, bei ICBM die Untergrenze von 3300 auf 3600 Gefechtsköpfe zu erhöhen.

Zusätzliche Probleme schaffen die Bedenken der Stabschefs (JCS) bei dem Reduzierungszeitraum für strategische ballistische Raketen. Sie glauben neuerdings, daß fünf Jahre zu kurz sind für eine Reduzierung von 50 Prozent.

b) Bei den Defensivwaffen hatten die Genfer Delegationsleiter Kampelman und Lehman versucht, zur Vorbereitung des Moskau-Besuchs die Zustimmung

1 Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Henze, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 9. April 1987 vorgelegen.

2 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 115.

3 Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

4 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Wien vgl. Dok. 101.

Reagans zu einem Brief an Gorbatschow zu erreichen, in dem ein Verzicht auf Kündigung des ABM-Vertrags für siebeneinhalb Jahre sowie die Bereitschaft zur Diskussion über die nach dem ABM-Vertrag erlaubten Aktivitäten[5] angeboten werden sollten. Das hat Reagan ablehnt.

Nach dem jetzigen Stand der Beratungen kann Shultz lediglich einen Verzicht auf Stationierung von SDI-Systemen oder Teilsystemen für fünf Jahre anbieten.

c) Bei INF ist Shultz nach unserer Zustimmung (BK-Brief[6]) jetzt in der Lage, die Aufnahme von SRINF-Beschränkungen in ein Abkommen zu erörtern. Amerikanische Konzessionen kann er hier jedoch nicht anbieten. Er ist auch nicht in der Lage, Bewegung bei einem möglichen sowjetischen Angebot für eine Null-Lösung bei SRINF anzudeuten.

d) Der neue sowjetische Vorschlag, bei nuklearen Teststopps zunächst über eine Begrenzung von Tests zu sprechen, wird vom State Department begrüßt. Pentagon und JCS haben jedoch für Gespräche eine Reihe von Bedingungen genannt. (Tagesordnung muß festgelegt werden; sie muß Aussagen zur Verifikation enthalten; zwischen USA und SU muß Übereinstimmung über Reduzierung offensiver Systeme erzielt sein, die eine parallele Reduzierung vorsieht.)

2) Die restriktive Haltung der Administration läßt befürchten, daß die Moskau-Reise eher Frustration als Fortschritt in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen bringen wird. Unter diesen Umständen ist fraglich, ob die sowjetische Seite einem Gipfel in den USA zustimmen wird, auf den man hier hofft, den man aber selbst nicht ansprechen möchte.

3) Die Haltung der Administration ist auch aus hiesiger Sicht schwer verständlich. Sie dürfte Reagan seinem erklärten Ziel eines substantiellen Rüstungskontrollabkommens nicht näher bringen. Ein INF-Abkommen bleibt zwar weiter möglich. Die Verhandlungen dürften durch die Gespräche in Moskau jedoch kaum vorangebracht werden.

Der Zeitdruck durch den Ablauf der Amtszeit von Reagan[7] dürfte zwar auch auf sowjetischer Seite empfunden werden, verschafft aber der Administration keinen Vorteil.

Ein weitgehend ergebnisloser Besuch dürfte im Kongreß die Bemühungen verstärken, die Administration mehr als bisher auf bestimmte rüstungskontrollpolitische Ziele festzulegen. Wenn die unmittelbaren Auswirkungen auch gering bleiben, sind die negativen Folgen jedoch unübersehbar. Die amerikanische Verhandlungsposition in Genf wird beeinträchtigt. Außerdem könnte der Kongreß auch versuchen, im Rahmen des Haushalts bestimmte Ziele einseitig durchzusetzen (Kürzung oder Streichung von Mitteln für Nukleartests, Kürzung der Mittel für strategische Waffen und die SDI-Finanzierung). Hiervon würde in erster Linie das Pentagon betroffen. Letztlich würde aber auch Reagans Programm einer Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit als Voraussetzung erfolgreicher Rüstungskontrollverhandlungen darunter leiden.

Erklärlich ist die Haltung nur, wenn man davon ausgeht, daß Weinberger jetzt mehr an einer politischen Festlegung künftiger Administrationen als an einer

5 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.
6 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. April 1987 an Präsident Reagan vgl. Dok. 100.
7 Die Amtszeit von Präsident Reagan endete am 20. Januar 1989.

Erhöhung der Mittel zum Ausbau der Verteidigung interessiert ist. Möglicherweise sieht Weinberger hier auch eine Chance, schon jetzt eine Agenda für den Wahlkampf vorzubereiten (bei Haushaltskürzungen Vorwurf an die Demokraten, die nationale Sicherheit nicht ernst genug zu nehmen, Beeinträchtigung amerikanischer und Bündnisinteressen durch Kongreßbeschlüsse zur Festlegung der Administration, Schwächung der amerikanischen Verhandlungsposition).

Shultz wird sich in einem weiteren Gespräch mit Reagan um mehr Flexibilität bemühen. Seine Position ist jedoch, wie auch im State Department eingeräumt wird, nicht sehr stark.

[gez.] van Well

VS-Bd. 13033 (204)

103

Konferenz des Bundesministers Genscher mit Botschaftern in zentralamerikanischen Staaten in San José

9. April 1987[1]

Teilnehmer der Konferenz: BM Genscher[2], Bo[3] Dr. Bensch, Bo Dr. Schober, Bo Dr. Rusnak, Bo Heymer, Bo Nestroy, RL 010[4], RL 013[5], RL 331[6], RL 601[7], LR Breth (Protokollführer).

BM eröffnete die Konferenz und bat die anwesenden Botschafter, zur politischen Situation in ihren jeweiligen Gastländern zu berichten, insbesondere zur Haltung der Regierungen zum Arias-Plan[8].

Bo *Heymer* führte aus, daß Regierung El Salvadors den Arias-Plan als Initiative, die aus der Region kommt, grundsätzlich begrüße, auch deshalb, weil gegen Contadora[9] inzwischen Vorbehalte bestünden; dies vor allem wegen des starken

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Breth, z. Z. San José, am 13. April 1987 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica auf. Vgl. dazu auch Dok. 110.

3 Botschafter.

4 Michael Jansen.

5 Jürgen Chrobog.

6 Peter von Jagow.

7 Werner Kilian.

8 Vgl. das Treffen der Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala) und Duarte (El Salvador) am 15. Februar 1987 in San José; Dok. 37, Anm. 27.

9 Zum Contadora-Prozeß vgl. Dok. 35, Anm. 4.
Referat 331 notierte am 15. Mai 1987: „Seit dem gescheiterten Treffen der Acht (Contadora-Gruppe + Unterstützergruppe – ARG, BRA, PER, URU) mit den Fünf (ZA) auf Außenministerebene [im] Juni 1986 stagniert der Contadora-Prozeß. Die Reise der ‚Rio-Gruppe' (Contadora + Unterstützer + VN-GS und OAS-GS) im Januar 1987 durch ZA brachte keine neuen Ergebnisse". Allerdings seien die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt (San José III) sowie der Viergipfel vom 15. Februar 1987 in San José als „Wiederbelebung des regionalen Friedensprozesses im weiteren Contadora-Zusammenhang" zu sehen. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146575.

Einflusses von Mexiko. Positiv sei vor allem am Arias-Plan, daß demokratische Verhältnisse in den ZA-Staaten als Voraussetzung für eine dauerhafte Lösung der Probleme der Region genannt würden.

Allerdings sei der Plan zu sehr aus der Blickrichtung Costa Ricas konzipiert, die Situation El Salvadors sei zu wenig berücksichtigt. Dies gelte für die vorgesehene Reihenfolge der Schritte für den Friedensprozeß. Ein Waffenstillstand als erster Schritt würde der Guerilla in El Salvador die Möglichkeit geben, sich zu regenerieren. Auch eine Amnestie für Guerilleros sollte nicht am Anfang des Friedensprozesses stehen. Bo Heymer berichtete außerdem über die jüngsten diplomatischen Aktivitäten der salvadorenischen Regierung (Reise Präsident Duartes nach Guatemala[10]). Duarte versuche, durch seine Aktivitäten einer Spaltung der vier zentralamerikanischen Demokratien durch den Arias-Plan entgegenzuwirken.

Auf die Frage des *BM* zur Haltung der US-Regierung zum Arias-Plan führte Bo *Heymer* aus, die amerikanischen Vorbehalte deckten sich weitgehendst mit denen El Salvadors. Die Amerikaner seien der Auffassung, die ZA-Staaten müßten ihre Haltung zum Arias-Plan unter sich abklären. Die US-Regierung erwarte vom bevorstehenden Gipfel in Esquipulas[11] keine großen Ergebnisse, sähe aber das vorgeschlagene ZA-Parlament[12] als wertvolles Gesprächsforum an. Auch die USA sähen die Gefahr, daß die ZA-Demokratie durch den Arias-Plan gespalten würde.

Bo *Bensch* berichtete, der guatemaltekische Präsident Cerezo habe ihn am 7.4.1987 empfangen und dabei etwa folgendes gesagt[13]: Die zwölf EG-Staaten sollten den Gipfel von Esquipulas politisch unterstützen. Der Arias-Plan sei so nicht akzeptabel. Drei Punkte seien aus guatemaltekischer Sicht wichtig:

l) das ZA-Parlament;

2) die Unterstützung der Schwesterparteien in den ZA-Demokratien für die Oppositionsparteien in Nicaragua;

3) ein Abkommen, das die Beendigung der Unterstützung aller subversiven Gruppen zum Inhalt habe (sowohl der Contras in Nicaragua als auch der Guerilla in anderen Staaten).

Er könne natürlich nicht das Ende der US-Hilfe für die Contras[14] versprechen, aber ein derartiges Abkommen würde subversive Abkommen generell ächten und möglicherweise Auftrieb für die Vertreter der Nicht-Militanten im US-Kongreß bedeuten.

Bei seinem kürzlich stattgefundenen Besuch in Nicaragua habe Cerezo mit Präsident Ortega ein offenes Gespräch geführt.[15] Ortega habe geäußert, Nicaragua

10 Präsident Duarte hielt sich am 6./7. April 1987 in Guatemala auf.

11 Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt („Esquipulas II") vgl. Dok. 228.

12 Zu den Vorschlägen des Präsidenten Cerezo („Esquipulas I") vgl. Dok. 35, Anm. 6.

13 Vgl. zum folgenden auch die Aufzeichnung des Botschafters Bensch, Guatemala-Stadt, vom 7. April 1987; Unterabteilung 33, Bd. 146523.

14 Zur „Iran-Contra-Affäre" vgl. Dok. 57, Anm. 5.
Zur Hilfe der USA für die Contras in Nicaragua vgl. Dok. 66, Anm. 40.

15 Präsident Cerezo besuchte Nicaragua am 29. März 1987.

sei wirtschaftlich am Ende und zu Konzessionen, nicht aber zur Kapitulation bereit.

BM erwähnte zur Frage der US-Haltung zum Friedensprozeß in ZA einen Vorfall aus dem Jahre 1984. Bei seinem Besuch habe der damalige Präsident Monge ihm erzählt, die US-Regierung habe ihn schriftlich massiv gedrängt, einen zu dieser Zeit aktuellen Friedensplan der Contadora-Staaten abzulehnen.[16]

Bo *Schober* teilte zur honduranischen Haltung mit, Präsidialminister Arias habe ihm gesagt, Nicaragua könne den Arias-Plan wohl leicht annehmen. Honduras selbst habe technische Mängel am Plan ausgemacht. So sollte unbedingt die bewaffnete Opposition in die Verhandlungen einbezogen werden. Ein Waffenstillstand könne jedenfalls nicht als erster Schritt dekretiert werden, schon deshalb, weil es keinen Kriegszustand gebe. Die übrigen honduranischen Bedenken seien ausräumbar.

Der Außenminister[17] habe gesagt, das Verhältnis des Arias-Plans zum Contadora-Prozeß sollte zunächst geklärt werden, und die bereits durch Contadora erzielten Ergebnisse sollten in den Arias-Plan aufgenommen werden. Nach Auffassung von Präsident Azcona sollten die ZA-Staaten die Befriedung der Region selbst in die Hand nehmen.

Bo *Rusnak* erläuterte, die Haltung Nicaraguas zum Arias-Plan sei zunächst eher ablehnend gewesen; der Plan sei als Machenschaft der USA angesehen worden. Dann habe sich die Haltung etwas aufgelockert. Beim Besuch Präsident Cerezos (Guatemala) habe Präsident Ortega Esquipulas als gute Sache bezeichnet; vor Esquipulas wolle Nicaragua keine abschließende Haltung zum Arias-Plan definieren.

Aus nicaraguanischer Sicht zeige der Plan folgende positive Ansätze:

1) die Regelungen über Abrüstung;

2) der Plan gehe davon aus, daß die Sandinisten legal an der Macht seien;

3) Bestimmungen über Amnestie: Sie bestehe nämlich schon, Nachteile des Plans seien, daß er keine Implementierungsvorschriften enthalte, daß Regelungen für eine Grenzüberwachungskommission fehlten und daß die USA nicht erwähnt seien, ohne die eine dauerhafte Lösung nicht möglich sei.

Der Arias-Plan solle im Rahmen des Contadora-Prozesses geprüft werden. Aus europäischer Sicht gebe es zwei Gründe, den Plan zu unterstützen:

1) weil die Sandinisten ihn (wegen der Bestimmungen über die Sicherheit) nicht ablehnen könnten;

2) weil die innere Opposition in Nicaragua sich an den Plan anhängen werde. Das Neun-Punkte-Programm der sieben nicaraguanischen Oppositionsparteien[18] decke sich weitgehendst mit dem Arias-Plan.

16 Präsident Monge hielt sich vom 4. bis 6. Juni 1984 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 4. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 158.

17 Carlos López Contreras.

18 Für den Wortlaut des Neun-Punkte-Programms von sieben nicaraguanischen Oppositionsparteien vom 5. Februar 1987 mit dem Titel „Propuesta Para Un Compromiso Naçional En Favor De La Paz, La Democracia Y El Desarrollo Independiente De Nicaragua“ vgl. Referat 331, Bd. 136361.
Die Botschaft in Managua notierte dazu am 25. Februar 1987: „Der jüngste Versuch einer ideologisch sehr differenzierten Gruppe von sieben Oppositionsparteien, zur Lösung der nicaraguanischen Krise

Bo *Nestroy* ging auf die Geschichte des Plans ein. Urheber sei Außenminister Madrigal gewesen, der den Plan in die Regierungserklärung von Präsident Arias von Mai 1986 einbauen wollte. Ziel sei gewesen, die Sandinisten aus ihrer durch den Contadora-Prozeß geschaffenen günstigen Situation herauszubringen. Der dann Ende 1986 ausgearbeitete Entwurf des Plans sei konfus gewesen und habe unrealistisch kurze Fristen für wichtige Schritte vorgesehen. Das Ziel sei eine härtere Haltung gegen Nicaragua gewesen mit dem Ziel, die Sandinisten in die Ecke zu treiben. Entweder sollten sie den Plan annehmen oder als intransigent demaskiert werden. Nach Meinung des Botschafters handelte es sich um eine koordinierte Aktion mit Washington, um gemeinsam mehr Druck auf die Nicaraguaner auszuüben. Die öffentliche Meinung in Costa Rica unterstütze eine härtere Haltung gegenüber Nicaragua.

Nach Auffassung Madrigals sei durch die Schwäche der US-Regierung infolge der Ergebnisse der letzten Kongreßwahlen[19] und „Iran-Contragate" auch der Plan geschwächt worden. Präsident Arias habe in dann präsentierter Fassung Versöhnung in den Vordergrund gestellt und Contras aus Verhandlungsprozeß ausgeschlossen (diese müßten jetzt die Waffen niederlegen). Grund für die Haltung Costa Ricas sei auch, daß es wirtschaftlich unter den Spannungen in ZA leide (Flüchtlingszustrom, Probleme des Handelsaustausches).

Auf die Frage des *BM* nach der Haltung der costaricanischen Opposition zum Arias-Plan sagte Bo *Nestroy*, die Opposition (Calderón) unterstütze ihn[20]. Der Plan habe das Ansehen von Präsident Arias stark erhöht, er stehe jetzt in Costa Rica als internationaler Staatsmann da.

Nicht genügend bedacht worden sei, daß der Plan die vier ZA-Demokratien spalten könne. Im Grunde habe es allerdings nie einen Viererblock gegeben, sondern die Tegucigalpa-Gruppe (Costa Rica, Honduras, El Salvador)[21] und Guatemala.

AM Madrigal sehe die Gefahr, daß Nicaragua den Plan an sich reiße und die vier Demokratien trenne, indem es einzelne Staaten in gewissen Punkten zu sich herüberziehe. Das wolle Costa Rica auf keinen Fall mitmachen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 517

durch ein weiteres Angebot eines nationalen Dialogs beizutragen, besteht in dem Neun-Punkte-Vorschlag eines ‚nationalen Übereinkommens', der u. a. Waffenstillstand, Inkraftsetzung aller Grundrechte, Amnestie, Zeitplan für Wahlen, permanenten nationalen Dialog vorsieht. Der Vorschlag, der das bisher für Sandinisten akzeptabelste Gesprächsangebot der Opposition darstellt, wurde 9./10.2. 1987 von Oppositionsvertretern auch den Teilnehmern des San-José-III-Treffens in Guatemala vorgestellt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 69; Referat 331, Bd. 136357.

19 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

20 Korrigiert aus: „unterstütze".

21 Die Tegucigalpa-Gruppe legte am 20. Oktober 1984 in Tegucigalpa (Honduras) auf Basis eines gemeinsamen Abkommens einen Gegenentwurf zu der von Nicaragua unterstützten Fassung der Contadora-Akte vom 7. September 1984 vor. Referat 331 hielt am 5. Januar 1987 fest: „Im Frühjahr 1986 unternahmen die C[ontadora]-Staaten verstärkte Anstrengungen, Einigung auf eine vierte Version der C-Akte zustande zu bringen. Es gelang jedoch nicht, die Differenzen in drei wichtigen Punkten zu überwinden (internationale Manöver, Rüstungsbegrenzung, Verifikation). Der Versuch der C-Staaten, die Unterstützung der Akte am 6. Juni in Panama ohne Einigung auf diese Punkte zu erreichen, scheiterte. Costa Rica, Honduras und El Salvador (‚Tegucigalpa-Gruppe') ließen sich auf die Perspektive einer späteren Einigung zu diesen Punkten nicht ein und lehnten die Unterzeichnung der Akte ab, während Nicaragua, das die Akte vorher abgelehnt hatte, dazu nunmehr bereit war." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146575.

Der *BM* erwähnte in diesem Zusammenhang, der uruguayische Außenminister Iglesias habe ihn bei einem Treffen am 28.3.1987[22] beschworen, sich positiv zum Arias-Plan zu stellen.[23] Dieser sei eine Konkretisierung des Contadora-Prozesses und kein Gegensatz.

Costa Rica spiele in ZA eine positive Rolle und habe eigenes Profil gewonnen. Man müsse akzeptieren, daß ein derartiger Plan am Ende nie so aussehe wie am Anfang und Veränderungen unterliege. Er habe sich in Caracas bereits zu dem Plan geäußert.[24] BM zitierte dann aus dem Entwurf seiner Rede im Parlament die vorgesehenen Passagen über den Arias-Plan.[25] BM bat dann um weitere Meinungsäußerungen zur amerikanischen Haltung.

Bo *Schober* berichtete, der spanische Botschafter in Honduras[26] habe ihm gegenüber die Auffassung vertreten, der Arias-Plan sei vermutlich mit führenden US-Politikern (insbesondere Senator Dodd) abgestimmt worden. In der US-Administration gebe es allerdings verschiedene Auffassungen über das weitere Vorgehen in ZA. Während Sonderbotschafter Habib für weitere Verhandlungen eintrete, sei Abrams eher der Auffassung, Verhandlungen hätten keinen Sinn. Washington habe sich in dieser Frage noch nicht entschieden.

RL 331 wies darauf hin, daß Habib gegenwärtig durch verschiedene Länder der Region reise und sondiere.

Auf die Nachfrage des *BM*, ob Habib in seiner Position offener einzuschätzen sei, antworteten Bo *Schober* und Bo *Nestroy*, dies sei eindeutig der Fall.

Der *BM* erkundigte sich nach den weiteren Aktivitäten der Contadora und der Unterstützungsgruppe; *RL 010* teilte daraufhin den nächsten Tagungstermin mit.[27]

Der *BM* bat dann alle Botschafter, eine Einschätzung der innenpolitischen Situation in ihren Gastländern zu geben.

Bo *Heymer* führte für El Salvador aus, die Lage sei sehr kritisch, besonders wirtschaftlich; die fallenden Kaffeepreise und die Ausgaben für den Bürgerkrieg[28] (Unterhaltung einer 53 000-Mann-Armee) seien kaum noch zu verkraften. Die

22 Korrigiert aus: „29.3.1987".

23 Bundesminister Genscher traf am 28. März 1987 am Flughafen in Frankfurt am Main mit dem uruguayischen Außenminister Iglesias zusammen.

24 Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. April 1987 in Venezuela auf. Bei einem am 8. April 1987 vom venezolanischen Außenminister Consalvi in Caracas gegebenen Mittagessen führte Genscher zum Arias-Plan aus, dieser habe „das Verdienst, das bisher nur allgemein definierte Ziel der pluralistischen Demokratie zu konkretisieren. Mit dem Parteienpluralismus, dem gleichen Zugang zu Medien, neuen Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in allen fünf zentralamerikanischen Staaten nennt er beim Namen, was auch für die sicherheitspolitische Vertrauensbildung in der Region unerläßlich ist. […] Wir werden von Europa aus alles daransetzen, diesen Prozeß zu unterstützen und zu fördern." Vgl. BULLETIN 1987, S. 302.

25 Bundesminister Genscher hielt am 9. April 1987 eine Rede im Parlament in San José. Für den Wortlaut seiner Ausführungen zum Arias-Plan vgl. BULLETIN 1987, S. 304.

26 Fernando González-Camino.

27 Referat 331 führte am 15. Mai 1987 aus: „Die Contadora- und Unterstützungsgruppe hat auf ihrem Außenministertreffen in Buenos Aires (13.4.1987) festgestellt, daß der Plan ein Bestandteil des Contadora-Prozesses sei, und hat ihre Bereitschaft erklärt, den Erfolg des ZA-Gipfels in Esquipulas im Juni, auf dem der Plan erörtert werden soll, durch einen Prozeß der Konsultation und Information zu fördern." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146575.

28 Zum Bürgerkrieg in El Salvador vgl. Dok. 161.

erhöhten Ausgaben könnten wohl nur durch die Notenpresse finanziert werden. Folgen werden die Beschleunigung der Inflation und ein weiteres Absinken der Reallöhne sein. Präsident Duarte stehe unter amerikanischem Druck, eine zweite Abwertung vorzunehmen. Die Rechte im Lande wolle ihn desavouieren.

Duarte stünden noch zwei Jahre Amtszeit zur Verfügung.[29] Zwar unterstützten ihn die USA grundsätzlich, eine Friedenslösung mit der Guerilla sei allerdings in seiner Amtszeit nicht mehr möglich. Auf die Frage des *BM*, ob ein Nachfolger für Duarte in Sicht sei, antwortete Bo *Heymer*, es gebe drei Kandidaten:

– Chávez Mena, den Duarte favorisiere und der Chancen habe, aber wenig Rückhalt in der christdemokratischen Partei;
– Morales Ehrlich;
– ein unabhängiger Kandidat.

Der Kandidat der regierenden christdemokratischen Partei braucht in der Partei eine 2/3-Mehrheit für die Nominierung.

Präsident Duarte könne in der ihm verbleibenden Zeit allenfalls noch die Basis zur Lösung der Probleme des Landes für einen Nachfolger schaffen. Die Guerilla habe kein Interesse am Dialog mit Duarte.

Der Präsident sei ein offener Mensch, der auf die Bevölkerung zugehe und Charisma ausstrahle. Allerdings leide er darunter, daß er den Menschen nicht das geben könne, was sie brauchten und erhofften.

Der *BM* fragte, wie Duarte praktisch vorgehe.

Bo *Heymer* erläuterte, der Präsident spreche mit den Menschen vom Lande, wolle ihnen konkrete Hilfen geben. Er sei nahe bei den Menschen und finde bei seinen Auftritten Widerhall. Auch er wisse, daß die USA ihn nicht aus altruistischen Motiven unterstützten, sondern primär aus strategischen Gründen. Mit Europa sei dies anders.

Der *BM* führte aus, er halte es für richtig, El Salvador zu unterstützen, und fragte, wie das Land wohl 1990 aussehen werde.

Bo *Heymer* meinte, das herrschende System werde aufgrund der amerikanischen Unterstützung wohl auch dann noch bestehen. In diesem Jahr hätten die USA 770 Mio. US-Dollar in das Land gepumpt. Der *BM* fragte, ob es „die Militärs" in El Salvador gebe.

Bo *Heymer* antwortete, das Militär sei als ein Block anzusehen. Früher (vor 1979) habe es die Interessen der einheimischen Oligarchie geschützt, seit dem Putsch[30] sei dies anders. Die Oligarchie alter Prägung gebe es nicht mehr. Ersatzpartner der Armee seien von dort erhalten.[31] Die USA vermittelten die Politik der Regierung an die Militärs. Das Militär habe keinen Anlaß zum Putsch; für Ausrüstung sorgten die Amerikaner, die Privilegien der Offiziere seien gewährleistet.

Bo *Bensch* führte zur Situation in Guatemala aus, zu Präsident Cerezo gebe es keine Alternative; die Oppositionsparteien seien nur Wahlvereine. Die regierenden Christdemokraten organisierten sich wie die PRI[32] in Mexiko als Regie-

29 Die Amtszeit von Präsident Duarte endete am 1. Juni 1989.
30 Zum Sturz des Präsidenten Romero am 15. Oktober 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 298.
31 So in der Vorlage.
32 Partido Revolucionario Institucional.

rungspartei auf Dauer. Das Militär sei loyal zur Regierung. Präsident Cerezo respektiere die Prärogativen des Militärs und mische sich auch nicht in die Methoden der Guerillabekämpfung ein.

Der *BM* fragte, wie der Besuch des Bundespräsidenten in Guatemala aufgenommen worden sei.[33]

Bo *Bensch* berichtete, die Aufnahme sei ausgezeichnet gewesen. Die Bundesrepublik Deutschland werde derzeit in Guatemala als Nr. 1 angesehen. Die deutschen FZ-Zusagen seit dem Amtsantritt von Cerezo[34] beliefen sich immerhin auf 143 Mio. DM (im Vergleich zu 180 Mio. US-Dollar der USA).

Die Guatemalteken seien im Verhältnis zu den USA der Ansicht, diese müßten lernen, mit den zentralamerikanischen Staaten zu sprechen wie mit Partnern, so wie sie es auch im Verhältnis zu Südamerika gelernt hätten.

Guatemala sei derzeit Drehscheibe der internationalen Politik, Beispiele seien die San-José-III-Konferenz im Februar 1987[35], der Besuch des Bundespräsidenten, der Besuch de la Madrids[36] und weiterer mexikanischer Minister.

Der Rückhalt für die Bundesrepublik Deutschland sei gut, auch durch eine starke deutsche Kolonie.

Guatemala sehe sich zumal durch seine Bevölkerungsstärke (ca. 9 Mio. Einwohner) als der wichtigste Staat ZAs.

Bo *Schober* führte über die Situation in Honduras aus, die wirtschaftliche Situation sei schlecht infolge der gefallenen Kaffeepreise und der Entwicklungen im Zuckerexport. Innenpolitisch sei die tiefe Spaltung der regierenden liberalen Partei hervorzuheben. Da der Präsident nach der Verfassung nicht wiedergewählt werden könne, setze der Vorwahlkampf für den Nachfolger schon ca. drei Jahre vor der Wahl ein. Der mögliche neue Mann Callejas sei als dynamisch anzusehen. Der gegenwärtige Präsident Azcona sitze fest im Sattel. Er gelte als unbestechlich und motiviere die Verwaltung. Ein Rückgang der Korruption sei spürbar.

Der *BM* erkundigte sich nach der Präsenz der USA in Honduras.

Bo *Schober* erklärte, nach seiner Einschätzung würden sich die USA auf lange Sicht nicht aus Honduras zurückziehen. Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den USA sei im ganzen auch nicht schlecht. Die vereinzelten Proteste mit „Anti-Gringo"-Parolen kämen überwiegend von linken Splittergruppen und Studenten.

In Kürze ständen Manöver mit amerikanischen Einheiten bevor, bei denen auch modernstes Gerät (z. B. AWACS-Flugzeuge) zur Erprobung käme.

Die Aktivitäten der Contras von honduranischem Gebiet aus ließen nach, allerdings liefen die Nachschubwege weiterhin über das nationale Territorium.

Dagegen werde Regierung nichts unternehmen.

33 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Guatemala vom 25. bis 29. März 1987.

34 Präsident Cerezo trat am 14. Januar 1986 sein Amt an.

35 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 35.

36 Präsident de la Madrid hielt sich vom 8. bis 10. April 1987 in Guatemala auf.

Präsident Azcona gehe davon aus, daß die USA die Contras wohl weiterhin unterstützen müßten.

Bei der finanziellen Zusammenarbeit sei die Tendenz steigend. Der BMZ habe eine Steigerung von 20 auf 30 Mio. DM vorgesehen.

Bo *Nestroy* erläuterte dann die Daten zur finanziellen Zusammenarbeit mit Costa Rica. Für 1987 seien 22 Mio. DM zugesagt. Wegen des Vorbehalts der parlamentarischen Zustimmung zu Krediten hätten FZ-Mittel bisher nicht abfließen können. Dies gelte besonders deshalb, weil bei finanzrelevanten Gesetzen eine 2/3-Mehrheit im Parlament notwendig sei. Die Regierung sei in diesem Falle gezwungen, die Zustimmung der Oppositionspartei im Wege von Verhandlungen zu erreichen.

Bo *Rusnak* erklärte zur Situation in Nicaragua, die Sandinisten hätten in den letzten Monaten außenpolitisch erfolgreich agiert. Sie hätten es verstanden, die USA als den Bösewicht der Region darzustellen (Erfolge bei Abstimmungen in der UNO[37], Auftreten Präsident Ortegas auf der Konferenz der Blockfreien[38], Besuch Pérez de Cuéllar in NIC, Besuch OAS-Vertreter, IPU[39]-Tagung in Nicaragua[40]). Evtl. solle 1989 sogar die Konferenz der Blockfreien in Managua stattfinden.[41]

Auch bezüglich Contadora sei die nicaraguanische Regierung erfolgreich gewesen. Die Sandinisten hätten es geschafft, daß Contadora fast nur noch aus Konsultationen für den Ernstfall bestehe; im übrigen sei der Status quo festgeschrieben. Innen- und wirtschaftspolitisch stehe das Regime vor unlösbaren Problemen. Dennoch komme es nur zu kleineren Demonstrationen. Wirtschaftlich sei das Land zahlungsfähig, die Arbeitslosigkeit (insbesondere die versteckte) hoch. Auf die Frage des *BM* nach dem Anteil der Privatwirtschaft am Wirtschaftsgeschehen antwortete Bo *Rusnak,* offiziell angegeben würde ein Anteil von 50–60%, es käme aber sehr auf die Definition für den privatwirtschaftlichen Sektor an.

BM fragte, woher Nicaragua seine Ausrüstungen beziehe.

37 Referat 331 vermerkte am 3. Februar 1987: „NIC hatte USA im April 1984 vor dem IGH ‚wegen militärischer und paramilitärischer Aktivitäten in und gegen Nicaragua' verklagt. […] Der IGH ist in seiner Entscheidung vom 27.6.1986 dem NIC-Klagebegehren weitgehend gefolgt. Er hat insbesondere entschieden: mit elf gegen vier Stimmen, daß Gerichtsbarkeit gegeben sei; mit zwölf gegen drei Stimmen, daß USA sich nicht auf Selbstverteidigungsrecht berufen könnten; mit zwölf gegen drei Stimmen, daß USA insbes[ondere] durch Unterstützung der Contras völkergewohnheitsrechtliches Gewaltverbot verletzt hätten" und „mit zwölf gegen drei Stimmen, daß USA durch gewaltsame Attacken gegen nic[araguanisches] Territorium völkergewohnheitsrechtliches Gewaltverbot verletzt hätten". Ferner seien die USA mit zwölf gegen drei Stimmen dazu verpflichtet worden, die genannten Rechtsverletzungen einzustellen und Reparationszahlungen an Nicaragua zu leisten. Vgl. die Aufzeichnung; Referat 331, Bd. 136375.
Am 3. November 1986 bestätigte die VN-Generalversammlung mit Resolution Nr. 41/31 das Urteil des IGH. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 23.

38 Die achte Gipfelkonferenz der Bewegung der blockfreien Staaten fand vom 1. September bis 7. September 1986 in Harare statt. Botschafter Rusnak, Managua, berichtete am 10. September 1986, daß laut nicaraguanischen Presseberichten „die Solidarisierung aller blockfreien Länder mit der nic[araguanischen] Sache überwältigend gewesen sei und daß die US-Politik in Zentralamerika und vor allem in Nicaragua eine Abfuhr erhalten habe". Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; Referat 331, Bd. 136373.

39 Korrigiert aus: „IPV".

40 Die 77. Tagung der Interparlamentarischen Union fand vom 27. April bis 2. Mai 1987 in Managua statt.

41 Die neunte Gipfelkonferenz der Bewegung der blockfreien Staaten fand vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad statt.

Bo *Rusnak* sagte, aus Ostblockstaaten, aber auch aus Staaten wie Schweden, Niederlande und Frankreich.

BM fragte nach dem Engagement von Kuba in Nicaragua.

Bo *Rusnak* meinte, Kuba habe etwa 5–6000 Berater und Experten in Nicaragua in verschiedenen Bereichen (z. B. Ausbildung).

BM erkundigte sich nach der Haltung der Regierung zum Arias-Plan und nach dem Spielraum der Regierung bei Entscheidungen.

Bo *Rusnak* erklärte, bei Verhandlungen mit nicaraguanischen Stellen seien regelmäßig Kubaner dabei, auch sowjetische Vertreter wirkten im Hintergrund, wenn auch weniger deutlich. Dies sei aber kein Nachteil für die Verhandlungen, da die Vertreter dieser Länder berechenbar seien.

BM meinte, nach seinem Eindruck wolle die SU keine Konfliktpunkte auf dem amerikanischen Kontinent.

Bo *Rusnak* ergänzte, die Botschafter der Ostblockstaaten seien in diesem Punkt ganz offen. Die westlichen Staaten hätten mit ihrer Politik Nicaragua in die Arme des Ostblocks getrieben. Sie hätten an sich dort keine Interessen.

Wirtschaftlich seien die Sandinisten am Ende, Öl erhielte Nicaragua nur noch aus der Sowjetunion, Lebensmittel aus dem Ostblock. Die Lebensmittelversorgung sei katastrophal, es bedürfe demnächst vermutlich einer verstärkten Repression, um die Unzufriedenheit niederzuhalten. Das Verhältnis zur Amtskirche habe sich seit Eintreffen des neuen Nuntius[42] etwas gebessert, sei im Grunde aber immer noch schlecht.

Die Menschenrechtslage sei unverändert ernst. Die Regierung konzentriere sich in letzter Zeit auf die Unterdrückung der Campesinos.[43]

Auf die Frage des BM nach der Grundstimmung im Lande meinte Bo Rusnak, die Stimmung sei sehr schlecht.

Auf die Frage des *BM*, ob sich die Sandinisten nur noch mit Gewehren an der Macht hielten, erklärte Bo *Rusnak*, dies sei nicht ganz so. Auch bei freien Wahlen hätten die Sandinisten noch Chancen auf einen Sieg, dies um so mehr, als ein Teil der Opposition das Land verlassen hat. Die Bevölkerung reagiere aber nicht mehr so, wie die Regierung es wolle, dies könne bis zu Hungerrevolten führen. Auf die Frage des BM nach der Rolle der Presse antwortete Bo Rusnak, seit Schließung der „Prensa“ könne von einer[44] Presse keine Rede mehr sein. Es gäbe nur noch eine Parteizeitung und einige schwache Provinzblätter.[45]

42 Paolo Giglio.

43 Die Botschaft in Managua informierte am 25. Februar 1987: „Menschenrechtsverletzungen halten nach Informationen der Unabhängigen Menschenrechtskommission C[omisión]P[ermanente de]D[erechos]H[umanos] ungefähr im bisherigen Umfang an. Als qualitativ neues Element werden von CPDH Massenverhaftungen von bis zu 300 Bauern in Konfliktzonen kritisiert.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 69; Referat 331, Bd. 136357.
Referat 331 vermerkte am 23. November 1987: „Nicaragua ist Signatarstaat der bedeutenden Menschenrechtskonventionen, dennoch verharrt die Menschenrechtslage auf ihrem angespannten Niveau. Für Verletzungen sind ebenso aufständische Contras wie sandinistische Regierung verantwortlich zu machen, bei letzterer fast ausschließlich die Organisationen des Innenministeriums wie Polizei, Staatssicherheit, Einwanderungs- und Zensurbehörde.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136392.

44 Korrigiert aus: „ihrer“.

45 Die Botschaft in Managua berichtete am 4. September 1986: „Die zivile Opposition sieht sich in einem politischen Würgegriff, der durch den Eindruck einer sich auf die militärische Eskalation

BM fragte Bo Nestroy, ob Calderón in Costa Rica noch einmal politisch hervortreten werde.

Bo *Nestroy* meinte, wenn Calderón sich nicht der nächsten Wahl stelle, würde er später kaum noch eine Chance für ein Comeback erhalten.

In der Sozialdemokratischen Partei sei das Rennen um den nächsten Kandidaten noch offen, in der christlich-sozialen Partei sehe es anders aus. Möglich sei, daß der Wirtschaftsminister[46] entlassen werde wegen seiner Differenzen mit dem Präsidenten der Zentralbank[47]. Der gewesene Präsident der Zentralbank[48] sei der beste Wirtschaftsfachmann des Landes. Falls er zurückkäme, sei er ein ernstzunehmender Bewerber.

RL331 erkundigte sich nach dem neuen costaricanischen Botschafter in Bonn.

Bo *Nestroy* meinte, es gäbe mehrere Kandidaten. Die Besetzung sei auch ein finanzielles Problem. Jedenfalls sollte der Posten bis zum Besuch von Präsident Arias in der Bundesrepublik Deutschland[49] besetzt werden.[50]

Zum Abschluß berichteten die Botschafter über Einzelfragen aus ihren Ländern.

Ende der Bo-Konferenz: 12:30 h.

Unterabteilung 33, Bd. 146523

Fortsetzung Fußnote von Seite 523

unweigerlich zuspitzenden nationalen Krise und die innenpolitische Verhärtungsstrategie der FSLN geprägt ist. Markanteste Beispiele für letztere sind die Schließung der einzigen Oppositionszeitung ‚La Prensa' (26.6.), Ausweisung von Kirchenvertretern wie generell das verächtliche Ignorieren von Oppositionsanliegen." Vgl. den Politischen Halbjahresbericht; Referat 331, Bd. 136357.

46 Luis Diego Escalante Vargas.

47 Eduardo Lizano Fait.

48 Carlos Manuel Castillo Morales.

49 Zum Besuch des Präsidenten Arias vom 25. bis 28. Mai 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 171, Anm. 50.

50 Botschafter Costa Ricas in der Bundesrepublik war seit 16. September 1987 José Joaquín Chaverri Sievert.

104

Ministerialdirigent von Ploetz an Bundesminister Genscher, z.Z. San José

Dg 20-495/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. April 1987, 14.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2954

Betr.: Deutsch-niederländische sicherheitspolitische Konsultationen am 8.4.1987 in Den Haag

Aus den Konsultationen wird festgehalten:

1) INF[2]

Nach NL-Darlegung besteht über LRINF-Null-Lösung Konsens, in bezug auf Behandlung SRINF „Konfusion". Nach NL-Auffassung soll INF-Abkommen „collateral constraints" für Systeme im Reichweitenband SS-12/SS-22 und SS-23 enthalten. Falls Schewardnadse in diesem Reichweitenband Null-Lösung vorschlägt, ist nach NL-Auffassung gründliches Nachdenken in der NATO notwendig. Es muß auch Frage betreffen, ob bei 500 km der Punkt erreicht ist, an dem für weitere Schritte der Nuklearabrüstung die Herstellung konventioneller Stabilität zur Vorbedingung gemacht werden muß. NL-Seite hält für notwendig, diesen Zusammenhang öffentlich mit großer Deutlichkeit anzusprechen, zumal INF-Abkommen allgemeinen Eindruck deutlich verbesserter West-Ost-Beziehungen vermitteln dürfte. Auf entsprechende deutsche Frage: Im Falle einer Null-Lösung bei LRINF will NL-Regierung die beiden Nuklearaufgaben (F-16 und Orion) beibehalten, auf die sie bei Stationierung der GLCM verzichtet hätte (so bereits AM van den Broek am 8.4. in öffentlichem Interview). Im übrigen Zustimmung zu Shultz-Absicht, SRINF-Null-Vorschlag der SU weder anzunehmen noch abzulehnen, sondern im Bündnis zu konsultieren.

Dg 20 bestätigte Konsens in bezug auf LRINF-Null und sah auch keine „Konfusion" in bezug auf SRINF: Hierzu gebe es grundsätzliche Bündnisposition von 1981[3], die allerdings angesichts einer sowjetischen Politik formuliert worden sei, die ein Unterlaufen befürchten ließ. Heute bestehe Problem darin, daß SU eher Null-Lösungen nach unten fortschreiben wolle. Man werde sehen, was sie gegenüber Shultz vorschlage.[4] Bundesregierung halte für richtig, daß er Vorschläge weder zurückweise noch annehme.[5] Wichtig sei auch, daß er klärende

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.
Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent von Ploetz am 9. April 1987 an Referat 202 „z[ur] K[enntnisnahme]" sowie an Referat 201 weitergeleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 10. April 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Freiherr von Stackelberg am 14. April 1987 vorgelegen.

2 Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

3 Vgl. Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 27 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 342. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, II, Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

4 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 115.

5 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. April 1987 an Präsident Reagan; Dok. 100.

Fragen stelle, denn bisher seien Einzelheiten keineswegs geklärt. Die Bündniskonsultationen könnten dann am 16.4. im NATO-Rat beginnen.

Die Frage des Verhältnisses nuklear/konventionell werde sich auch für die Öffentlichkeit sehr viel klarer stellen, wenn parallel zur Implementierung eines LRINF-Abkommens KRK-Verhandlungen und die SRINF-Verhandlungen liefen.

Auf direkte Frage, ob wir der Ersetzung PIa durch PIb zustimmen würden, erläuterte Dg20: Implementierung eines LRINF-Abkommens müsse durch Abzug der Systeme erfolgen. Jede andere Handhabung mache unsere Politik unglaubwürdig. Eine hiervon völlig zu trennende Frage sei die der Modernisierung der PIa.[6] Wer sie – auf dem Wege über PII-Konversion – mit der Implementierung eines INF-Abkommens verquicke, vermische die Dinge in unzulässiger Weise, riskiere die Neuauflage der Nachrüstungsdiskussion und gefährde damit auch letztlich eine PIa-Modernisierung. Zum Ziel der SRINF-Verhandlungen zitierte Dg20 wörtlich Regierungserklärung vom 18. März[7].

Oberst Fischer (BMVg) erläuterte militärisch-strategische Problematik der Fortschreibung von Null-Lösungen, die Implementierung der Strategie und insbesondere Schwerpunktverlagerung der Abschreckung zu Systemen größerer Reichweite beschweren oder unmöglich machen und damit destabilisierend wirken würden.

NL-Seite stellte Übereinstimmung fest und kündigte Übermittlung eines Briefes des NL-AMs[8] an eigenes Parlament an. Am Rande der Konsultationen wurde auf AM-Interesse an bilateralem Gespräch mit BM verwiesen, in das auch Schwerpunkte niederländischer WEU-Präsidentschaft (ab 1.7.) einbezogen werden sollten, die AM aktiv gestalten wolle.

2) West-Ost-Beziehungen, Gorbatschow

Grundsätzliche Übereinstimmung in der Beurteilung.

NL-Seite rät insgesamt zu „constructive caution“ und sieht im WFT[9] ersten wichtigen außenpolitischen Test für Veränderungen. NL-Zustimmung zu BM-Antworten auf Grundfragen in Davos-Rede[10].

3) West-West-Beziehungen, Zustand der Allianz

NL-Besorgnis über zunehmendes Austrocknen der Bündniskonsultationen durch Hauptstadtkontakte, aber auch durch mangelnde Bereitschaft zur Konsultation und Abstimmung: „Atlantik wird breiter, Dialog ist oft Gespräch zwischen Tauben“.

NL-Seite hält – anders als vor allem F – Reykjavik[11] nicht für traumatische Erfahrung. Man ist nicht grundsätzlich besorgt über stärkeres US-Streben nach Reduzierung nuklearer Verwundbarkeit (SDI, Beseitigung aller ballistischen Raketen). Reduzierte Verwundbarkeit der USA kommt nach NL-Einschätzung

6 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

7 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

8 Hans van den Broek.

9 Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 106.

10 Zur Rede des Bundesministers Genschers vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

11 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

Europa zugute, weil ihre[12] Schutzzusage glaubwürdiger wird. Daher hält NL nicht Strategiedebatte für notwendig, sondern Erörterung aktueller Entwicklungen im Rahmen der Strategie. Schwerpunkte dabei Gewichtsverlagerung von nuklear in Richtung konventionell und, bei strategischen Systemen, von offensiv zu defensiv: Es geht um „transition management".

NL-Verteidigungsminister[13] strebt vertrauliche Bündniskonsultationen im NPG-Rahmen an, da hier Schwerpunkt der Nukleardiskussion. NL-AM lehnt Gedanken einer Wiederholung informellen NATO-AM-Treffens (nach Muster La Sapinière[14]) nicht grundsätzlich ab. Er ist angeblich aber insofern skeptisch, als er nicht zu weiterer Austrocknung der NATO-Konsultationen beitragen will.

4) Frankreich–NATO–WEU

Offenbar bei AM persönlich tiefsitzender Zweifel an Motiven von F für Wiederbelebung der WEU, der im Außenministerium anscheinend geteilt wird: F werde immer dann europäisch, wenn es Probleme mit den USA gebe. Paris wolle nicht europäischer werden, sondern Europa französischer machen. Daher NL-Zurückhaltung gegenüber Formulierung einer „europäischen" Einschätzung von Reykjavik, andererseits aber Bereitschaft „to capitalize on renewed French interest".

Erläuterung des Standes deutsch-französischer sicherheitspolitischer und militärischer Zusammenarbeit[15] fand großes Interesse, ebenfalls Differenzierung zwischen dem sichtbar in Bewegung geratenden Denken auf politischer Ebene und einer Status-quo-orientierten Politik der Bürokratie. Dabei wurde aber deutlich, daß beschriebener tiefsitzender Verdacht NL-Seite auch künftig mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung operieren lassen wird. NL-Seite schien aber beeindruckt zu sein von unserem Argument, daß Prozeß des Nachdenkens in F nicht gefördert wird, wenn WEU-Partner es unseren bilateralen Kontakten überlassen, die wichtigen Fragen zu stellen. NL konzedierten auch, daß wichtigster Beitrag zur Stärkung der konventionellen Verteidigung Europas durch Rückkehr der französischen Armee und Luftwaffe „an die vorderste Linie" gemacht werden könnte. Sie anerkannten unsere diesbezüglichen bilateralen Bemühungen (wenn auch von einer gewissen Nervosität in bezug auf das Sonderverhältnis D–F die Rede war) und billigten unsere Überlegung, im KRK-Zusammenhang auf westlicher Seite die Zonen so zu gestalten, daß zwischen D und F nicht differenziert wird. Den in der HLTF erörterten Gedanken, eine solche westliche Zone auf Benelux und GB zu erweitern, fanden sie richtig, die Idee einer Erstreckung auch auf I (und auf östlicher Seite auf Ungarn) und damit auf das gesamte WEU-Gebiet fanden sie prüfenswert.

5) WEU

a) Reorganisation[16]

NL tritt wie wir für Kollokation aller WEU-Organe in Brüssel ein. Es hält französische Position für schwach, zumal Paris keine wirklichen Verbündeten hat.

12 Korrigiert aus: „seine".

13 Willem van Eekelen.

14 Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 253.

15 Zur deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vgl. Dok 23 und Dok. 31.

16 Zu den Bemühungen um eine Reorganisation der WEU vgl. AAPD 1984, I, Dok. 121, sowie AAPD 1986, I, Dok. 130 und AAPD 1986, II, Dok. 330.

Den Haag teilt daher auch unsere Auffassung, daß wir beim nächsten WEU-Ministerrat[17] das französische Engagement für die WEU an dieser Frage testen sollen. Falls F, was nicht unwahrscheinlich ist, in Luxemburg noch hart bleibt, sollte kein Substanzkompromiß angestrebt, sondern Frage prozedural behandelt werden (Verweisung an Präsidentschaft und GS[18] zwecks Formulierung eines Vorschlags für Herbst-Ministertreffen[19]).

Zur Struktur einer reorganisierten WEU NL-Zustimmung zu unseren Vorstellungen:

– Verstärkung des Generalsekretariats durch einige Personalstellen aus den bisherigen Pariser WEU-Agenturen und damit Schaffung eines Organs, das Beschlußfassung des WEU-Rats substantiell vorbereiten und bei der Ausführung mitwirken kann.
– Ständiger WEU-Rat: keine Anbindung an NATO, sondern – nach PK-Muster – Besetzung durch Politische Direktoren. Damit müßte auch französische Sorge vor zu großer NATO-Nähe in Brüssel ausgeräumt werden.
– Zusammenfassung der aus den Agenturen verbliebenen Personalstellen und Schaffung eines WEU-Forschungsinstituts (gemäß BM-Vorschlag von 1984[20]).

b) Erweiterung

NL-AM ist besorgt, daß wirkliche Revitalisierung durch vorzeitige Erweiterung gefährdet werden könnte. Daher NL-Wunsch, zunächst öffentlich nutzbare Kriterien für Erweiterung zu entwickeln. Außerdem vorher Restrukturierung und Bereinigung des WEU-Vertrags[21] abschließen.

Bei aller Skepsis Verständnis für unsere Argumente, Erweiterungsfrage konstruktiv und mit Verständnis für [22]politische Zusammenhänge anzugehen. Interesse insbesondere für Argument, daß unter Umständen im spanischen Fall WEU-Beitritt[23] zum richtigen Zeitpunkt helfen könnte, spanischen Beitrag zur

17 Die WEU-Ministerratstagung fand am 27./28. April 1987 in Luxemburg statt. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte am 30. April 1987 über den Bericht des Ministerialdirigenten von Ploetz in der Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO in Brüssel über die WEU-Ministerratstagung. Ploetz habe ausgeführt, angesichts „jüngster Entwicklungen im Rüstungskontrollbereich sei Zeitpunkt Treffens besonders günstig gewesen. Es habe gerade wegen Anwesenheit von Außen- und Verteidigungsministern, insbesondere auch Frankreichs, gute Gelegenheit zu nützlichem Gedankenaustausch […] geboten. Minister hätten Entwicklung im Rüstungskontrollbereich als im Interesse der Allianz begrüßt und hätten Notwendigkeit unterstrichen, europäische Komponente NATO zu stärken. Dabei sei auch in Erinnerung gerufen worden, daß NATO-Doppelbeschluß gemeinsam gefaßter, politisch und strategisch gut durchdachter und langfristig angelegter Beschluß gewesen sei." Hauptgesprächspunkte seien die „Fortschreibung der Null-Lösungen", die die Bündnisstrategie gefährde, sowie der Stand der Ost-West-Beziehungen gewesen. Bei dem letzten Punkt sei man „darin einig gewesen, sich Speisefolge nicht von SU diktieren zu lassen". Ferner habe bei allen Ministern „Einigkeit bestanden, daß LRINF-SRINF-Komplex sorgfältig geprüft" werden müsse und „Aufmerksamkeit auf konventionelles Ungleichgewicht und chemische Waffen zu richten" sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 566; VS-Bd. 11912 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

18 Alfred Cahen.

19 Die WEU-Ministerratstagung fand am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag statt.

20 Vgl. die Erklärung des Bundesministers Genscher vom 26. Oktober 1984; BULLETIN 1984, S. 1137 f. Zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 26./27. Oktober 1984 in Rom vgl. AAPD 1984, II, Dok. 290.

21 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

22 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 2955 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

23 Zu einem möglichen WEU-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 23, Anm. 12.

europäischen Verteidigung trotz Nicht-Integration in NATO optimal zu gestalten und gleichzeitig Probleme in bilateralen Verhandlungen Spanien – USA[24] zu überwinden.

Angesichts sonstiger wichtiger Themen für bevorstehende WEU-Ministertagung Übereinstimmung, Erweiterungsfrage in Luxemburg zur weiteren Prüfung an Ständigen Rat zu verweisen.

c) WEU-Charta, Interimsbericht, Kommuniqué

Angesichts dargestellter NL-Skepsis in bezug auf F auch große Zurückhaltung gegenüber Charta-Vorschlag[25].

NL fühlt sich in Skepsis bestätigt durch ernüchterndes Ergebnis der Beratungen des Ständigen Rates und der Politischen Direktoren am Montag in London.[26] Problem wird letztlich darauf zurückgeführt, daß über politische Finalität der WEU-Wiederbelebung keine Einmütigkeit besteht.

NL-Zustimmung, daß politische Homogenität der sieben WEU-MS sehr groß ist, daß die nicht-nuklearen Partner die Europäische Union (unter Einbeziehung von Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik) im Allianzrahmen wünschen, daß GB hierbei heute sehr viel weiter als noch vor einem Jahr folgen kann, und daß F zunehmend erkennt, daß es sich der Kernfrage stellen muß, daß der Prozeß der Meinungsbildung aber bei weitem noch nicht abgeschlossen ist.

Zustimmung auch zur deutschen Linie, zunächst geduldig an dem Interimsbericht für Ministertreffen[27] und dem auf dieser Grundlage abzufassenden Kommuniqué[28] zu arbeiten und dann auf dieser Grundlage eine auf längere Zeit angelegte und daher sorgfältig zu formulierende Charta zu entwickeln. Allerdings Meinungsunterschiede auf NL-Seite insoweit, als Außenministerium Diskussion in WEU auf allgemeine Aspekte beschränken und jede Art von Beschlußfassung der NATO vorbehalten will („WEU ist keine militärische Allianz"), Ver-

24 Zu den amerikanisch-spanischen Stützpunktverhandlungen vgl. Dok. 66, Anm. 41.
Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 21. April 1987, die spanische Seite versuche „im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwei Vorwürfen entgegenzutreten", nämlich, daß die Beziehungen zu den USA gestört seien und die Sicherheit der NATO beeinträchtigt werde. So habe sich der spanische Verhandlungsführer nach der letzten Verhandlungsrunde „eher zurückhaltend" geäußert. Dies sei auch in der spanischen Presse deutlich geworden. Dagegen hätten Mitglieder des US-Kongresses „deutlich gemacht, daß der Kongreß ‚impatient' werde und daß US-Öffentlichkeit immer weniger verstehe, warum man sich nicht aus Europa zurückziehe, obwohl die Europäer dies augenscheinlich wollten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 387; Referat 201, Bd. 143363.

25 Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Chirac vom 2. Dezember 1986 vgl. Dok. 23, Anm. 10.

26 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte am 2. April 1987 dar: „Am 6. April 1987 findet in London eine Sitzung des Erweiterten Ständigen Rats der WEU (Ständige Vertreter, Politische Direktoren der Außenministerien, Leiter der Abteilungen für Militärpolitik der Verteidigungsministerien) statt. Zweck der Sitzung ist es, die Zielsetzung für die Ministertagung der WEU am 28. April d. J. in Luxemburg vorzubereiten. Der Erweiterte Ständige Rat wird folgende Fragen erörtern: TO der Ministertagung; Kommuniqué; Bericht zur europäischen Sicherheit; institutionelle Fragen; Erweiterung". Vgl. VS-Bd. 11914 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

27 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 23. April 1987: „Im Anschluß an ihre Diskussion zu den Implikationen der in Reykjavik erörterten Abrüstungsvorschläge für die Sicherheit Westeuropas während der informellen WEU-Ministerratstagung in Luxemburg am 13. und 14. November 1986 gaben die Minister einen Bericht in Auftrag, der diese Fragen im einzelnen analysieren sollte." Der beigefügte Zwischenbericht sei „eine Darstellung des Diskussionsstandes, jedoch noch kein abschließendes Ergebnis". Vgl. VS-Bd. 11914 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

28 Für den Wortlaut des Kommuniqués der WEU-Ministerratstagung am 27./28. April 1987 in Luxemburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 373–376.

teidigungsministerium aber zu einem konkreteren Ansatz tendiert, der auch Rüstungsbeschaffung und Abstimmung der Verteidigungsplanung einbezieht.

Insgesamt aber NL-Zustimmung, daß Prozeß der Herausbildung einer sicherheitspolitischen Identität Europas nicht die NATO stört, sondern im Gegenteil eine Voraussetzung für Erhaltung ihrer Vitalität ist. Dennoch haben NL offensichtlich Probleme, aus dieser Erkenntnis die Schlußfolgerungen zu ziehen.

d) Zur Vorbereitung NL-WEU-Präsidentschaft möchte NL-Seite eingehend mit uns beraten und noch vor 1. Juli nach Bonn kommen.[29] Wir haben zugestimmt.

NL-Seite will prüfen, inwieweit sie am 25.3.1987 mit B und L abgeschlossene erweiterte Version einer Konvention zur militärischen Kooperation (vor allem Information, Ausbildung, Forschung und Standardisierung der militärischen Ausrüstung betreffend) im WEU-Rahmen als beispielhaft für noch breitere Zusammenarbeit erläutern will.

Nachdem Herstellung eines Streitkräftevergleichs im NATO-Rahmen durch griechisch-türkisches Problem[30] blockiert ist, will NL-Seite auch Überlegung prüfen, ob Abstimmung unter den sieben WEU-Partnern sinnvoll ist, um gemeinsame breite Datenbasis (ergänzend zu nationalen Streitkräftevergleichen, z.B. von GB, USA und D) zu ermöglichen, die vor allem F einbeziehen würde.

6) Konventionelle Verteidigungsfähigkeit

Übereinstimmung, daß nicht mit zusätzlichen Mittelzuweisungen zu rechnen ist. NL-Seite hatte Zweifel, ob gültige Absprache gegenwärtiger Koalitionspartner,

29 Am 30. Juni 1987 fanden in Bonn deutsch-niederländische Konsultationen zur WEU statt. Ministerialdirigent von Ploetz resümierte am 2. Juli 1987: „Am 1. Juli 1987 hat NL für ein Jahr den Vorsitz in der WEU übernommen. Wir hatten NL auf seine Initiative zu bilateralen Gesprächen über die im nächsten Jahr in der WEU zu bewältigende Arbeit eingeladen, um dem Vorsitz unsere Vorstellungen nahezubringen. Dabei ergab sich Einigkeit in allen wesentlichen Fragen. Insbesondere stimmt NL, das bis vor wenigen Monaten der stärkeren Nutzung der WEU noch skeptisch gegenübergestanden hatte, unserer Analyse zu, daß die WEU das geeignete Instrument ist, um der europäischen Stimme bei der Formulierung der Sicherheitspolitik im Bündnis größeres Gewicht zu geben, und daß das sicherheitspolitische Denken in Frankreich seit einigen Monaten so in Bewegung geraten ist, daß Versuche lohnen, Frankreichs Sicherheitspolitik mit Hilfe der WEU in ein multilaterales Konzept der europäischen Sicherheit im Bündnis einzubinden." Vgl. VS-Bd. 11911 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

30 Am 26. März 1987 erläuterte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen: „Den jüngsten griechisch-türkischen Spannungen liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Seit dem 15. März 1987 befindet sich das türkische Meeresforschungsschiff ‚Piri Reis' zu Forschungszwecken in der Ägäis. Das Schiff wird von einem Zerstörer und einem Kanonenboot begleitet. Die Schiffe haben sich nach griechischer Darstellung, die von TUR nicht bestritten wird, am 19. März außerhalb der griechischen Hoheitsgewässer (6 sm) bis auf 12 Seemeilen den griechischen Inseln Limnos, Thassos und der Südspitze der Halbinsel Athos genähert". Sie hätten Forschungsarbeiten vorgenommen: „Die griechische Regierung hat aus diesem Anlaß am 20. März alle Missionschefs der NATO-Mitgliedstaaten zu einem Briefing ins griechische Außenministerium (Vizeminister Kapsis) einbestellt, um die NATO-Regierungen über ‚eine neue, sehr ernste und zu tiefer Besorgnis Anlaß gebende türkische Provokation in der Nordost-Ägäis zu unterrichten'. […] Am 24. März 1987 wurden die Missionschefs der NATO-Staaten im türkischen AM über die türkische Haltung unterrichtet: Die griechischen Angaben über die Bewegung der ‚Piri Reis' in der Ägäis träfen zu. […] TUR sei bereit, von militärischem Begleitschutz abzusehen, sofern griechische Seite […] Behinderungen in Zukunft unterlasse." Forschungstätigkeiten in internationalen Gewässern seien nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 eine „klassische Freiheit". Richthofen bewertete die griechisch-türkischen Spannungen als besorgniserregend. Es liege im Interesse der Bundesrepublik, „frühzeitig darauf hinzuwirken, daß die seit langem schwelenden und jetzt eskalierenden Spannungen zwischen zwei NATO-Partnern in der sensitiven Südost-Region des Bündnisses durch die Aufnahme bilateraler Gespräche […] auf ein für das Bündnis erträgliches Maß reduziert werden". Vgl. Referat 203, Bd. 150966.

Verteidigungsaufwendungen jährlich um zwei Prozent real zu steigern, durchgehalten werden könne.

Daher Einvernehmen, daß bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen erforderlich ist. Unklarheit in bezug auf die dafür dienlichen Mechanismen. NL-Verteidigungsministerium ist in bezug auf Nutzung der WEU weniger zurückhaltend als BMVg. Übernahme von Funktionen aus IEPG wird nicht ausgeschlossen. Persönliches Interesse NL-Verteidigungsministers an Schritten, die zu praktischen, wenn auch unspektakulären Ergebnissen führen, wird unterstrichen.

7) Insgesamt nützliche und sehr offen geführte Konsultation. Eingehende Unterrichtung über deutsch-französische Zusammenarbeit wird sicher zur Beruhigung beitragen. Interesse an Einbeziehung in sicherheitspolitischen Dialog auch auf Ministerebene sollten wir durch baldige Einladung NL-AM – möglichst zu Beginn der WEU-Präsidentschaft – Rechnung tragen.

Ploetz[31]

VS-Bd. 12093 (201)

105

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Butler an die Botschaft in Paris

222-370.45-655/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. April 1987, 17.51 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3026 Plurez

Betr.: Chemische Waffen (CW)[2];
hier: Einbestellung französischen Gesandten[3] durch D2A i.V.[4] am 10.4.1987 wegen neuer französischer Vorstellungen zu CW-„Stocks de Sécurité“

Bezug: DE Nr. 2988 vom 10.4.1987 – 222-370.45-647/87 VS-v[5]

D2A i.V. hat am 10.4.1987 französischem Gesandten deutsche Besorgnis wegen in Genf beabsichtigter Einführung eines Papiers zu CW-„Stocks de Sécurité“ wie folgt erläutert:

1) Französisches Vorhaben, einen Teil der CW-Bestände aus Verifikation herauszunehmen, führe in andere Richtung als derzeitige Diskussion in Genf, die von

31 Paraphe.

1 Durchdruck.
2 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 66, Anm. 11.
3 Daniel Contenay.
4 Rüdiger Hartmann.
5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann unterrichtete die Botschaft in Paris, die französische Seite habe die Bundesrepublik, Großbritannien und die USA am 7. April 1987 in Genf über das französ-

Regelkontrollen bei allen CW-Beständen ausgehe. Französische Vorstellungen ließen nur noch Verdachtskontrollen zu. Die beabsichtigten Vorschläge wirkten der auch unter großen Mühen vom Westen kürzlich erreichten sowjetischen Übernahme westlicher Notifizierungs- und Verifikationsvorstellungen einschl. „on-site verification" der CW-Bestände in unmittelbarem Anschluß an ein CW-Verbotsabkommen entgegen.

2) Französisches Papier berge in sich die Tendenz zur Aufrüstung mit CW, da es allen Konventionsländern für jedenfalls acht Jahre das ausdrückliche Recht auf einen bestimmten Bestand eigener CW zubillige, von dem besonders bisherige Nicht-CW-Staaten Gebrauch machen könnten.

3) Deutsche Seite trete weiterhin nachdrücklich für ein weltweites CW-Verbotsabkommen zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein. Französische Vorschläge würden für uns und für Verhandlungen in Genf schwierige Probleme schaffen, auch im Hinblick auf die Öffentlichkeitswirkung.

4) Wir bäten daher französische Regierung – auch um uns nicht vor die Notwendigkeit einer kritischen öffentlichen Reaktion zu stellen –, ihr Vorhaben noch einmal zu überdenken und zunächst Konsultation im westlichen Rahmen vorzusehen. Der auf Auslandsreise befindliche Bundesminister[6] sei unterrichtet.

5) Französischer Gesandter sagte Weiterleitung an seine Regierung und baldige Unterrichtung über deren Reaktion zu.[7]

Butler[8]

VS-Bd. 11557 (222)

Fortsetzung Fußnote von Seite 531

sische Papier „Contribution française sur les Stocks de Sécurité au cours de la période décennale de Destruction des Stocks d'Armes chimiques" informiert, das sie „noch vor Ostern in die Genfer Abrüstungskonferenz einführen" wolle. Hartmann wies die Botschaft an, umgehend die Besorgnisse der Bundesregierung darzulegen, und erläuterte: „Im Mittelpunkt der französischen Überlegungen steht der Vorschlag, daß alle Staaten einer CW-Konvention zur Aufrechterhaltung eines Sicherheitsgleichgewichts während des zehnjährigen CW-Zerstörungszeitraums zum Zwecke chemischer Abschreckung einen geheimen Vorrat von 1000 Tonnen CW behalten dürfen. Diese Bestände sollen erst im vorletzten und letzten Jahr des Zerstörungszeitraums bekanntgegeben, verifiziert und zerstört werden. Die französischen Gedanken sind, ohne daß dies im Papier gesagt wird, stark von der Sorge bestimmt, daß Westeuropa durch den beabsichtigten US-CW-Abzug bis 1992 CW-frei ist, während auf östlicher Seite ein großes CW-Übergewicht fortbesteht bis zur vollständigen Vernichtung Ende der 90er Jahre." Vgl. VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica auf. Vgl. dazu Dok. 103 und Dok. 110.

7 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 14. Mai 1987, am Vortag hätten in Washington Viererkonsultationen über chemische Waffen stattgefunden: „Hauptthemen waren die Fortschritte bei der Verdachtskontrolle und die kontroversen französischen Vorschläge für geheime CW-Sicherheitsbestände nach Inkrafttreten eines CW-Verbotsabkommens für die Zeit bis zur völligen Vernichtung aller CW zehn Jahre später. […] F löste mit seinem Festhalten am unveränderten Projekt der ‚Security Stocks' eingehende Debatte aus, in der GB und wir mit großem Engagement, USA zurückhaltender, aber in der Sache deutlich, den französischen Plänen entgegentraten." Die französische Seite habe deutlich gemacht, „daß französisches Papier Anfang Juni 1987 in die Abrüstungskonferenz eingeführt werden soll". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2193; VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1987.

8 Paraphe.

106

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 10. April 1987, 21.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 548 **Ankunft: 10. April 1987, 23.41 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 77

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT)[2];
hier: Die zweite Sitzungsperiode (27. Januar bis 10. April 1987)

Zur Unterrichtung

I. Allgemeiner Verlauf

1) Zusammenfassung

Das WFT hat in den vergangenen elf Wochen seine Implementierungs- wie Vorschlagsphase abgeschlossen. Auf dem Verhandlungstisch liegen 138 Konferenzvorschläge für ein Schlußdokument, welche die gesamte thematische Breite der SA[3] abdecken und die in ihrer Fülle, aber auch nach dem Grad der Konkretisierung und nach ihrem normativen Inhalt die in Madrid[4] unterbreiteten Vorschlagstexte deutlich übertreffen.

Die Konferenzziele und thematischen Schwerpunkte der TNS sind sichtbar geworden:

Der westlichen Allianz geht es vordringlich um normative Verbesserungen in der menschlichen Dimension, im wesentlichen um den erneuten Versuch, unsere Anliegen von Ottawa[5], Bern[6] und Budapest[7] festzuschreiben und (nach Möglich-

1 Das von Botschaftsrat Metscher, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20 und 33.

2 Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 in Wien eröffnet. Zur ersten Sitzungsperiode bis 19. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 374.

3 Schlußakte.

4 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

5 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 teilte Vortragender Legationsrat Karkow am 26. Juni 1985 mit, das Treffen habe „sich nicht auf ‚Schlußfolgerungen und Empfehlungen' an die Regierungen einigen können. Der Osten stellte den westlichen Forderungen nach Bekräftigung und Erweiterung der Freiheitsrechte des einzelnen (Religionsfreiheit, Freizügigkeit, Recht von Minderheiten, Recht, sich auf die Schlußakte zu berufen – Monitorgruppen) die Forderung nach ‚gesellschaftlichen' und ‚kollektiven' Rechten (Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, Recht auf adäquaten Lebensstandard, Recht auf Leben in Frieden) entgegen." Zur Bewertung führte Karkow aus: „Die Erfolgsaussichten für Substanzergebnisse künftiger M[enschen]R[echts]-Expertentreffen müssen nüchtern beurteilt werden. Substanzvereinbarungen ohne Zugeständnisse an die vom Osten offensiv vorgetragenen Themen (z. B. aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialrechte) und ohne ‚Hebel' in Gebieten, die den Osten interessieren (Abrüstung), werden nur schwer zustande kommen." Insgesamt aber werde „das westliche Engagement für die MR als wesentliches Anliegen im KSZE-Prozeß und in den West-Ost-Beziehungen" ernst genommen, und die westlichen sowie die N+N-Staaten bildeten „aufgrund gemeinsamer Wertvorstellungen eine weitgehend geschlossene Phalanx im Eintreten für die Menschenrechte". Vgl. den Runderlaß Nr. 51; Referat 212, Bd. 133566.

6 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

keit) auszubauen und zu erweitern. Die inhaltlichen Anliegen werden ergänzt durch den Vorschlag für einen abgestuften Überprüfungsmechanismus (CHD[8]), der vom Westen als das eigene „Flaggschiff", vom Osten eher als „Kampfmaschine" bezeichnet wird. Sinnvolle Möglichkeiten zur Fortentwicklung des Prozesses werden auch im Wirtschaftsbereich – mit Vorrang für unsere West-Ost-Wirtschaftskonferenz[9] – gesehen. Schließlich hält die Allianz – ungeachtet tiefreichender interner Meinungsunterschiede – an dem Ziel fest, den mit der KVAE begonnenen Prozeß fortzusetzen.

Im Bereich der militärischen Sicherheit liegt auch das zentrale östliche Anliegen: Fortsetzung der KVAE und der Beginn von konventionellen Abrüstungsverhandlungen. Die ungelöste Frage von Form und Teilnehmerkreis der KRK-Verhandlungen muß als eines der Schlüsselprobleme des WFT gelten. Erhebliches Prestige verbindet (und riskiert) die SU mit ihrem Vorschlag einer Moskauer Konferenz über humanitäre Zusammenarbeit[10]. Die operative Nutzung des Vorschlags für die westliche Verhandlungsführung bietet sich an, ist aber umstritten.

Bedenken aller Gruppen hat die überhöhte Zahl von über 30 Folgeveranstaltungen ausgelöst, die zu allen Körben vorgeschlagen wurden. Trotz Einigkeit über die Notwendigkeit einer Begrenzung auf etwa sechs bis acht Treffen muß ihre Auswahl den Schlußverhandlungen überlassen bleiben.

Bei der Behandlung der Vorschläge ist das WFT – gemessen an seinem Zeitplan – in den Rückstand getreten: Die seit dem 19. Februar bestehenden Redaktionsgruppen haben noch nicht mit Textarbeiten (im engeren Sinne) begonnen. Vielmehr befindet sich die Konferenz noch in einer Zwischenphase, die der Werbung für die eigenen Texte und der kritischen Auseinandersetzung mit fremden

Fortsetzung Fußnote von Seite 533

7 Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 4. Dezember 1985, die Debatten der rund 800 Delegierten in vier Arbeitsgruppen hätten „neben Vielfalt und Ideenreichtum der teilnehmenden Kulturpersönlichkeiten auch die (tiefen) ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West im Bereich der Kultur sichtbar werden lassen. Während Westen die Rolle des schöpferischen Individuums beim kulturellen Schaffen und bei kultureller Zusammenarbeit und die kulturellen Freiheiten hervorhob, wurden von den WP-Staaten Themen wie ‚Verantwortung des Künstlers für den Frieden und für die Gesellschaft', Kampf gegen die ‚Auswüchse' der Kulturindustrie in Vordergrund gestellt." Die Verhandlungen über ein Schlußdokument seien von sowjetischer Seite am 25. November 1985 abgebrochen worden, und „eine kurzgefaßte, von Ungarn entworfene Schlußerklärung, mit der Teilnehmerstaaten empfohlen wurde, alle in Budapest gemachten Vorschläge dem Wiener KSZE-Folgetreffen (Beginn Nov[ember] 1986) zu unterbreiten, scheiterte schließlich am Widerstand Rumäniens". Die Bundesrepublik habe den Großteil ihrer Ziele erreicht: „Forum gab zahlreichen führenden Persönlichkeiten aus Ost und West reichlich Gelegenheit zu Begegnung und systemübergreifendem Meinungsaustausch. Auf diese Weise und durch unsere offiziellen Beiträge konnten wir die auf Verwirklichung der kulturellen Rechte und Freiheiten, auf mehr Kontakte, mehr bilaterale und vor allem auf mehr gemeinsame Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten ausgerichtete Politik der Bundesregierung deutlich machen." Vgl. den Runderlaß Nr. 104/105; Referat 213, Bd. 139354.

8 Conference on the Human Dimension.
Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

9 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

10 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

Vorschlägen dient. Ungeachtet der Vorschlagsfülle stehen noch immer einzelne Texte zu Randfragen aus, die erst nach der Osterpause[11] eingebracht werden. Immer wieder – zuweilen mit Heftigkeit – flackert auch die Diskussion über Implementierungsmängel auf (überwiegend in Form einer polemischen Auseinandersetzung unter den beiden Großmächten).

Gegen den erklärten Wunsch der Delegationen aller Gruppen bestand der österreichische BK Vranitzky – aus innenpolitischen Gründen – auf der Verlegung des WFT aus der Hofburg in das neue Internationale Konferenzzentrum am Rande Wiens. Dies wird nach der Osterpause zu einer erheblichen organisatorischen Mehrbelastung der Delegationen führen.

2) Die westliche Allianz

Die Allianz war auch in der Vorschlags- und anschließenden Diskussionsphase um Geschlossenheit bemüht, was einen erheblichen Abstimmungsaufwand verlangte. Irritationen zwischen den 12 und den 16 ließen sich nicht immer vermeiden (etwa bei der Formulierung des westlichen CHD-Vorschlags oder im Wirtschaftsbereich), auch nationale Alleingänge in Sonderfragen (wie Wanderarbeit[12]) nicht verhindern. In allen Körben zeigte die westliche Gruppe insgesamt jedoch Solidarität bei der Einführung und Unterstützung der großen Mehrheit ihrer Vorschläge. Sie erarbeitete auch gemeinsame Analysen der Texte der anderen TNS und hat sich damit einheitliche Referenzgrundlagen und Argumentationshilfen für die Redaktionsphase geschaffen.

Das Bild der Geschlossenheit erhielt allerdings einen tiefen Riß durch die Meinungsgegensätze bei der militärischen Sicherheit, die aus dem westlichen Caucus heraus in die Sitzungen der 35 getragen wurden und die vor allem bis heute verhindert haben, daß die Allianz zu einem zentralen Thema des WFT verhandlungsbereit ist. Namentlich F hat – unter Strapazierung von „Mehrdeutigkeiten" der Brüsseler Erklärung[13] und unter Berufung auf höchste Regierungsstellen in Paris – seine Position eines einheitlichen KVAE/KRK-Mandats und dessen Einbettung in die KSZE unmißverständlich vorgetragen, damit die allianzinternen Bemühungen um eine gemeinsame Haltung unterlaufen und nicht nur die Verbitterung der US, sondern die Verärgerung auch der anderen Partner ausgelöst. Die fehlende Verhandlungsbereitschaft des Westens bei der militärischen Sicherheit erweist sich zunehmend als eine Belastung unserer Verhandlungsführung und kann den Beginn sinnvoller Redaktionsarbeiten verhindern.

Die gemeinsame Vorlage und Verteidigung westlicher Vorschlagspakete in den anderen Körben kann im übrigen auch nicht die Unterschiede verwischen, die

11 Karfreitag fiel 1987 auf den 17. April, Ostersonntag war der 19. April 1987.

12 Jugoslawien brachte am 13. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag zur Frage der Wanderarbeiter ein. Für den Vorschlag CSCE/WT.48 und das jugoslawische Arbeitspapier dazu vom selben Tag (CSCE/WT.49) vgl. Referat 212, Bd. 153445.
Einen Vorschlag zum selben Thema legten am 13. März 1987 auch die Türkei und Norwegen vor. Für das Dokument CSCE/WT.119 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

13 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.
Zum amerikanisch-französischen Kompromiß in der Frage des Forums für KRK-Verhandlungen vgl. Dok. 21, Anm. 25.

im Auftreten und den erklärten Konferenzzielen unserer Partner bestehen. Die Argumentationsmuster der Implementierungsphase setzten sich mit Konsequenz in der Vorschlagsphase fort: Eine Reihe unserer Partner – insbesondere US, aber auch CDN und NL – sehen auch die Vorschläge fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt, die östliche Seite zu besserer Implementierung ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen anzuhalten. Sie verengen dabei nicht nur den KSZE-Prozeß auf ein einzelnes (wenn auch wichtiges) westliches Anliegen; sie lassen auch das politische Gespür für bestehende Möglichkeiten gradueller Verbesserungen wie für die Notwendigkeit vermissen, die Konsensfähigkeit von Texten nicht durch überzogene Ansprüche an ihre juristische Genauigkeit zu verhindern.

3) WP-Staaten

Die östliche Seite hat bereits im vergangenen Jahr den Übergang in die Vorschlagsphase gesucht und frühzeitig ihre zentralen Anliegen – Fortsetzung und Erweiterung der KVAE, Moskauer Konferenz zu Korb III und Prager Wirtschaftsforum[14] – eingeführt. Sie mußte darum in der zweiten Sitzungsperiode die Offensive zunächst dem Westen überlassen, um dann mit weiteren eigenen Texten – wenig überzeugend – zu reagieren.

Die östlichen Vorschläge dienen einmal der Untermauerung seit Jahren bekannter Forderungen nach „militärischer Entspannung“ und „neuem Denken in der Sicherheitspolitik“ und haben überwiegend deklaratorischen Charakter. Sie sind „sekundär“ in doppelter Bedeutung: Sie sollen das östliche Verständnis von der KSZE als einer Sicherheitskonferenz verdeutlichen und unterstützen, treten aber offenkundig (auch nach dem eigenen Verständnis ihrer Autoren) hinter den (polnischen) Vorschlag über den Übergang zu Schritten der konventionellen Abrüstung[15] als zweitrangig zurück.

Zum anderen dienen namentlich die Texte zu den sozialen MR der taktischen Entlastung. Sie schaffen ein operatives Gegengewicht und neue Verhandlungsmasse gegenüber dem westlichen Verlangen nach konkreten Verbesserungen bei den klassischen Freiheitsrechten und menschlichen Kontakten.

14 Auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien brachte die ČSSR am 15. Dezember 1986 zusammen mit der DDR, Polen und Ungarn den Vorschlag ein, ein Wirtschaftsforum in Prag einzuberufen, bei dem Vertreter der KSZE-Teilnehmerstaaten und Führungskräfte aus den Bereichen Handel, Industrie, Finanzen, Wissenschaft und Technik „zur Erörterung perspektivischer Entwicklungsrichtungen, neuer Möglichkeiten und Formen der Entwicklung von Handel und industrieller Kooperation sowie eines damit verbundenen Technologieaustausches“ zusammenkommen sollten. Für den Vorschlag CSCE/WT.3 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

15 Polen schlug am 8. Dezember 1986 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien vor, „das im Abschließenden Dokument des Madrider Treffens der KSZE enthaltene Mandat der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa zu ergänzen, so daß es auf der Grundlage der Gleichheit der Rechte, der Ausgewogenheit und Gegenseitigkeit, der gleichen Achtung der Sicherheitsinteressen aller Teilnehmerstaaten die Erwägung und Einleitung von Schritten zur Verminderung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa umfaßt. Diese Schritte werden parallel zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, die bereits unterbreitet wurden oder von jedem der Teilnehmerstaaten unterbreitet werden können, erwogen. Insbesondere werden ihrem Wesen nach neue vertrauensbildende Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung der militärstrategischen Stabilität erwogen, die unmittelbar mit einer Verminderung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen verbunden sind und die Erzielung von Vereinbarungen zu diesen Fragen erleichtern.“ Vgl. den Vorschlag CSCE/WT.1; Referat 212, Bd. 153445.

Die gemeinsamen östlichen Konferenzziele wurden von den AM des WP in einer eigenen KSZE-Erklärung[16] autoritativ formuliert: Ihr Schwerpunkt liegt im Abrüstungsbereich, wo der Übergang zu einem einheitlichen System von VSBM und Reduzierungsmaßnahmen gefordert wird. Einen ähnlich herausgehobenen Platz findet lediglich noch die Moskauer Konferenz zur humanitären Zusammenarbeit.

Die Vorschlagsphase bot aber auch Gelegenheit, Abstand zum eigenen Block zu zeigen, eigenes Profil zu entwickeln und die KSZE sogar als Hebel zur Lösung blockinterner Probleme einzusetzen:

Erstmals in der KSZE-Geschichte hat sich – mit UNG – ein östlicher TNS einem westlichen MR-Vorschlag als Miteinbringer angeschlossen (die Unterstützung des Textes zum Schutz nationaler Minderheiten[17] gilt unmißverständlich der ungarischen Minderheit in RUM). UNG hat im übrigen mehrfach blockübergreifende Initiativen unterstützt. TNS aus allen drei Gruppen stehen auch hinter dem Vorschlag Polens für ein Krakauer Symposium über das gemeinsame kulturelle Erbe[18], zu dem auch wir (gegen einigen Widerstand im westlichen Kreis) unsere Patenschaft erklärt haben. Besonders aktiv mit eigenen Vorschlägen zur gesamten Thematik der SA zeigt sich schließlich die DDR.

RUM überzieht seine (traditionelle) Sonderrolle im eigenen Lager wohl deshalb, weil sein inneres System in Wien zunehmend Gegenstand konkreter Kritik ist. Die Proliferation der eigenen Vorschläge (bislang 15, überwiegend für Folgeveranstaltungen: von INF-Verhandlungen bis zur Situation der Frau) nimmt RUM die Glaubwürdigkeit als ernsthafter Verhandlungspartner.

Die innere Entwicklung der SU – das „neue Denken" unter Gorbatschow – zieht sich leitmotivisch auch durch die Vorschlagsphase. Der eingeleitete Wandel im sowjetischen System fand eine vorsichtige Würdigung auch durch westliche Sprecher. Eine neue Form der Selbstdarstellung (Glasnost nach außen gewandt) bot der sowjetische Vize-AM Kowaljow, der vor dem WFT ausführlich den Prozeß der inneren Umstrukturierung und Demokratisierung erläuterte – was auch bei der Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik zu beachten sei.[19] Das „neue Denken" hindert einzelne sowjetische Delegierte allerdings nicht, in Wien nochmals die Kontroversen vergangener Treffen mit dem Vokabular von gestern austragen zu wollen.

16 Für den Wortlaut der auf der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 24./25. März 1987 in Moskau verabschiedeten Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 265–267.

17 Kanada sowie Belgien, die Bundesrepublik, Dänemark, die Niederlande, Norwegen und die USA brachten am 11. Februar 1987 einen Vorschlag zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten nationaler Minderheiten in die KSZE-Folgekonferenz in Wien ein, dem sich Österreich, Schweden und Ungarn als Miteinbringer anschlossen. Für den Vorschlag CSCE/WT.27 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

18 Am 17. Dezember 1986 brachte Polen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen mit der Bundesrepublik, Dänemark, der DDR, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Malta, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden und Ungarn den Vorschlag „bezüglich eines Symposiums über das kulturelle Erbe der Teilnehmerstaaten der KSZE" ein, das in Krakau stattfinden sollte. Für den Vorschlag CSCE/WT.6 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

19 Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenministers Kowaljow am 30. Januar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien; Referat 212, Bd. 153450.

[20]4) Die N+N-Staaten

Sie werden gemeinhin als eigene Konferenzgruppe angesehen, zeigen in Wien aber so wenig Geschlossenheit und einheitliches Profil, daß ihr Einfluß als „dritte Seite des Verhandlungstisches" (noch) gering ist. Es ist den N+N in den vergangenen elf Wochen insbesondere nicht gelungen, eine einheitliche Haltung zur Frage eines KVAE/KRK-Mandats zu finden. In ihrer Mehrzahl verlangen sie die Wahrung des 35er-Rahmens auch für Abrüstungsverhandlungen, billigen darum nicht den Beginn von Gesprächen unter den beiden Allianzen, hören andererseits mit Unbehagen die ständig erneuerte Versicherung des WP, daß die Rolle der N+N bei KRK unverzichtbar sei. CH hat jedoch bislang (mit der ihr eigenen Standfestigkeit) sowohl eine einheitliche Haltung zu den Treffen der 23 wie einen gemeinsamen Vorschlag zur Fortsetzung der KVAE verhindert.

Aber auch in den anderen Bereichen fehlt es an der erforderlichen Solidarität für gemeinsame Vorschläge. Mit Ausnahme der Texte „Information" und (am Schlußtag) zur „Streitschlichtung" sind es nur einzelne N+N oder kleine Gruppen, die Konferenzvorschläge unterbreitet haben.[21] Malta (zusammen mit JUG und ZYP) schlägt wieder ein Expertentreffen zur Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vor[22]; alle nordischen TNS (NATO-Partner eingeschlossen) legten ein Bündel von vier Vorschlägen zum Umweltschutz[23] vor.

Von besonderer Bedeutung für unsere Anliegen sind Vorschläge von A, CH und SCN zu den menschlichen Kontakten[24], die in einzelnen Bereichen sogar über die westlichen Vorschläge hinausgehen.

VAT zeigt ein erstaunlich hohes Profil – nicht nur mit einem eigenen Vorschlag zur Religionsfreiheit[25], sondern mit kritischen Stellungnahmen auch zu anderen

20 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 549 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

21 Finnland, Jugoslawien, Liechtenstein, Malta, Österreich, San Marino, Schweden, die Schweiz und Zypern unterbreiteten am 13. Februar 1987 einen Vorschlag zum Bereich der Information. So sollten ein besserer, ungehinderter Zugang zu Radio und Fernsehsendungen erzielt und die Arbeitsbedingungen für Journalisten verbessert werden. Für den Vorschlag CSCE/WT.44 vgl. Referat 212, Bd. 153445.
Diese Staaten legten am 10. April 1987 auch ein Dokument zur friedlichen Streitregelung vor. Für den Vorschlag CSCE/WT.125 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

22 Am 13. Februar 1987 führten Malta, Jugoslawien und Zypern auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag ein „über die Abhaltung eines Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der KSZE zur Prüfung von Möglichkeiten und Mitteln, um im Mittelmeerraum im Rahmen des Kapitels der Schlußakte über den Mittelmeerraum die Sicherheit zu festigen und die Zusammenarbeit zu verstärken". Für den Vorschlag CSCE/WT.40 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

23 Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden unterbreiteten am 3. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag „bezüglich der Weiterentwicklung des Umweltschutzes", in dessen Zentrum die Einberufung eines Expertentreffens in Zusammenarbeit mit der ECE stand. Für den Vorschlag CSCE/WT.15 vgl. Referat 212, Bd. 153445.
Weiterhin brachten diese Staaten am selben Tag einen Vorschlag „über die Weiterentwicklung konzertierter Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung im Rahmen der ECE" (CSCE/WT.16) ein, dem sich am 24. März 1987 Kanada als Miteinbringer anschloß, ferner einen Vorschlag „zum Schutz und zur Aufwertung der Meeresumwelt angesichts der Umweltverschmutzung" (CSCE/WT.17) sowie einen Vorschlag „über vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht" (CSCE/WT.18). Vgl. dazu Referat 212, Bd. 153445.

24 Am 19. Dezember 1986 schlugen Österreich und die Schweiz auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eine Reihe von Maßnahmen vor, um „freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage, zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern". Für den Vorschlag CSCE/WT.9 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

25 Der Heilige Stuhl führte am 30. Januar 1987 einen Vorschlag „zur Stärkung des Prozesses der Verwirklichung der Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und des Abschließenden Doku-

Fragen. Der Gastgeber A wahrte in seiner Gruppe weiter eine herausragende Stellung durch breitgestreute Thematik seiner Vorschläge und durch besonnene und entsprechend beachtete Interventionen.

5) Innerdeutsche Aspekte

Das westliche Vorschlagspaket zu den MR und vor allem zu den menschlichen Kontakten enthält wesentliche – deutschlandpolitische – Anliegen, die wir bereits in Ottawa und Bern verfolgt haben. Unter unseren Partnern wächst insoweit das Verständnis für die besondere Betroffenheit der Deutschen, da auch geringfügig erscheinende Verbesserungen nicht nur Einzelfällen, sondern Hunderttausenden von Menschen zugute kommen können.

Die DDR wahrt im Kreis der 35 ihre rechtlichen Positionen zu Ausreisefreiheit und Schießbefehl (wobei sie sich bei der Rechtfertigung des Schießbefehls auf Prinzip III – Unverletzlichkeit der Grenzen – zurückzieht, was niemanden überzeugt). In Kontakten am Rande zeigt sie jedoch Verständnis für einen besonderen Handlungsbedarf im deutschlandpolitisch relevanten Bereich der menschlichen Kontakte – namentlich beim Reiseverkehr.

Das Auftreten der DDR-Delegation ist im übrigen weiterhin dialogbetont und geschäftsmäßig. Sie vermeidet nicht nur ein Eingreifen in polemische West-Ost-Auseinandersetzungen, sondern trägt auch östliche Vorschläge mit Propagandacharakter (etwa zu den einzelnen sozialen MR) oder repressivem Charakter (Grenzen der Religionsfreiheit) nicht mit. Ihre eigenen Vorschläge verfolgen spezifische sicherheitspolitische Interessen (CW- und KW-freie Zonen in Mitteleuropa), reflektieren ihre Anliegen im West-Ost-Handel und sollen dem angestrebten Image (Betonung der Jugend) dienen.

6) Die eigene Delegation

Im Rahmen der allianzinternen Aufteilung (nach Chef-de-file-System) konzentrieren wir uns im humanitären Bereich auf unsere besonderen Anliegen: Freizügigkeit, menschliche Kontakte und Kultur. Wir führten entsprechende westliche Vorschläge im Plenum ein, begründeten sie und erläuterten sie auch gegenüber der Presse. Wir bleiben auch weiterhin in Redaktionsgruppen und späteren Verhandlungen für die Texte verantwortlich.

Auf unsere Initiative gehen gleichfalls zentrale westliche Vorschläge in Korb II zurück. Dies gilt nicht nur für die West-Ost-Wirtschaftskonferenz (für die wir erhebliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit unter den 12 und 16 leisten mußten); zu nennen sind auch Umweltschutz[26], Biotechnologie[27] und Reaktorsicherheit[28].

Fortsetzung Fußnote von Seite 538

ments von Madrid bezüglich der Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten, die Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit wirksam zu gewährleisten", in die KSZE-Folgekonferenz in Wien ein. Für den Vorschlag CSCE/WT.10 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

26 Auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien brachten die EG-Mitgliedstaaten und die USA am 27. Februar 1987 einen Vorschlag zum Umweltschutz ein, in dem die Themenbereiche Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung, „Gefährdung durch Industrieunfälle größeren Ausmaßes", Gift- und Problemmüll sowie „Bewirtschaftung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen" behandelt wurden. Für den Vorschlag CSCE/WT.89 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

27 Zusammen mit Island, Kanada, Norwegen, Ungarn und den USA brachten die EG-Mitgliedstaaten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 3. März 1987 einen Vorschlag zur Biotechnik ein. Sie erachteten es als wünschenswert, „die Qualität und Quantität von Informationen über Gesetze und Vorschriften bezüglich der Sicherheitsaspekte der Gentechnik in Verbindung mit der Einführung

Unsere Entscheidung gegen den Rat einiger Allianzpartner, den Vorschlag von PL und A eines Symposiums zum gemeinsamen kulturellen Erbe in Krakau miteinzubringen, fand ein spontanes Echo unter den osteuropäischen TNS wie PL, UNG, DDR. Diese verstehen besser als Maximalisten im westlichen Kreis, daß auch kleine Schritte im Bereich der Kultur oder Information zur Überwindung der europäischen Spaltung beitragen können.

II. Zu den Körben im einzelnen

1) Bei der Behandlung des Prinzipienkatalogs ist es der westlichen Seite gelungen, fristgerecht ihre Vorschläge einzubringen: Ihr Hauptgewicht liegt (angesichts schwerwiegender östlicher Implementierungsdefizite) auf dem Gebiet der Menschenrechte. Abgesehen vom Terrorismus-Vorschlag[29] beschäftigen sich alle Texte – insgesamt sechs – mit Prinzip VII der SA[30]. Unsere besondere Priorität gilt dem Recht auf Freizügigkeit, dem Schutz nationaler Minderheiten und der Rolle von NGOs. Eine Reihe von Vorschlägen der N+N (zur Religionsfreiheit, Rechtsschutz bei Menschenrechtsverletzungen sowie zur Freizügigkeit) bietet Ansätze für die Entwicklung gemeinsamer Positionen.

Auch auf östlicher Seite liegt das Schwergewicht der Vorschläge im Bereich der Menschenrechte (acht von insgesamt zwölf Texten). Die östliche Taktik ist offenkundig, eigenen Implementierungsmängeln bei klassischen Freiheitsrechten durch stärkere Verankerung der Wirtschafts- und Sozialrechte zu begegnen.

Fragen aus dem Kreis der N+N zum zentralen westlichen CHD-Vorschlag zeigen, daß dessen große Bedeutung für Fortgang des KSZE-Prozesses erkannt worden ist. Sie beweisen auch, daß es hier noch umfangreicher interner Präzisierungen und Anpassungen bedarf, wenn wir wenigstens zunächst im Kreis der N+N Unterstützung finden wollen. Den östlichen TNS dürfte es klar sein, daß prioritäres sowjetisches Anliegen einer Moskauer Konferenz über die humanitäre Zusammenarbeit nur dann Chancen hat, wenn sich Implementierung in diesem Bereich durchschlagend bessert und – wie CHD dies bewirken soll – strukturell im KSZE-Prozeß verankert wird.

Kompromisse bei Texten zu Prinzip VII zeichnen sich bisher nicht ab. WP-Länder werden wohl versuchen, durch Zugeständnisse im Korb III und großzügige Behandlung von humanitären Einzelfällen Veränderungen im Prinzipiellen zu umgehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 539

von in vitro vereinten Nukleinsäuren zu verbessern". Sie kamen überein, im Rahmen der ECE „Mittel und Wege zur Erleichterung von Konsultation und Informationsaustausch zu prüfen, um eine Bestandsaufnahme existierender Sicherheitsbestimmungen vorzunehmen". Für den Vorschlag CSCE/WT/E.5 vgl. Referat 212, Bd. 153448.

28 Belgien, die Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, die Niederlande, Portugal und Spanien brachten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 9. April 1987 einen Vorschlag zur nuklearen Sicherheit ein. Sie riefen alle Staaten dazu auf, „an der Entwicklung grundlegender Sicherheitsprinzipien mitzuwirken und die bestehenden Sicherheitsnormen […], die von der IAEA ausgearbeitet wurden, zu prüfen, um die Anwendung der höchstmöglichen Sicherheitsnormen zu gewährleisten". Für den Vorschlag CSCE/WT/E.8 vgl. Referat 212, Bd. 153448.

29 Am 13. März 1987 führten Großbritannien sowie Belgien, Kanada, die Niederlande, Spanien und die USA einen Vorschlag zur Bekämpfung des Terrorismus in die KSZE-Folgekonferenz in Wien ein. Für den Vorschlag CSCE/WT.116 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

30 Für den Wortlaut von Punkt VII (Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens- Religions- oder Überzeugungsfreiheit) der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917 f.

2) Die militärischen Aspekte der Sicherheit bilden aus mehrfachem Grund eine Besonderheit auf dem WFT:

Es fehlt weiterhin an einem Vorschlag der westlichen Allianz (aber auch der N+N). Zugleich sind aber – neben dem WFT – die (informellen) Treffen der 23 über ein KRK-Mandat angelaufen. Fehlende gemeinsame Positionen der Allianz im förmlichen Rahmen der Konferenz und damit letztlich fehlende Verhandlungsbereitschaft gehen einher mit einer Initiative, über VSBM hinaus das Ziel konventioneller Stabilität auf niedrigem Niveau durch West-Ost-Verhandlungen zu erreichen. Die ungelösten Fragen von Forum und Teilnehmerkreis, d. h. des Verhältnisses zwischen beiden Verhandlungssträngen, führten dazu, daß das östliche Werben für den eigenen Vorschlag zur Erweiterung des KVAE-Mandats wochenlang auf eine „Mauer des Schweigens" traf.

Lediglich F machte mehrfach seine Position – einheitliches KVAE/KRK-Mandat im KSZE-Rahmen – deutlich, während die anderen Partner (darunter wir selbst) erst gegen Rundenende – in vorsichtiger Form und unter Anlehnung an die Sprachregelung der HLTF[31] – ihre Präferenz für den Ausbau und die Erweiterung der Stockholmer Maßnahmen ausdrückten.

Bis in die Schlußwoche spielten auch Fragen der Implementierung eine erhebliche Rolle, nachdem erste Erfahrungen mit der Durchführung des Stockholmer Dokuments[32] vorliegen. Von WP-Staaten (ČSSR, POL, DDR) wurden umfangreiche Darstellungen der Beobachtungspraxis bei den ersten, dem KVAE-Regime unterliegenden Manövern geboten. Westliche und neutrale TNS würdigten den „qualitativen Sprung", verwiesen aber auch auf verbleibenden Raum für Verbesserungen (angesichts festgestellter Schwachstellen).

[33]3) In Korb II wurden Verhandlungsfortschritt und thematische Strukturierung von der Gemeinschaft bestimmt. Auf sie gehen die wesentlichen westlichen Vorschläge zurück; sie ist auch für die RGW-Länder der maßgebliche Verhandlungspartner.

Der Einigungsprozeß in der EG über gemeinsame Vorschläge war oft mühsam und langwierig, was dazu führte, daß die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Wissenschaft gegenüber den anderen Körben in Rückstand gerieten. Der letzte Vorschlag der Gemeinschaft (zur Reaktorsicherheit) konnte erst gestern – einen Tag vor Rundenschluß – eingeführt werden. Seine Verhandlungsgeschichte ist exemplarisch in doppelter Hinsicht: Der Text war bis zum Tag der Einführung unter den EG-Partnern selbst umstritten – die zeitliche Verzögerung und die daraus resultierende Zeitnot führten zu einer eher kursorischen Behandlung unter den 16 und damit zur Verstimmung der anderen westlichen Partner.

31 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, übermittelte am 3. März 1987 die auf der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO am selben Tag vereinbarten „Possible Talking Points for Use in Working Group ‚S'" und teilte mit: „Für die westlichen Unterhändler in der Gruppe ‚S' des WFT wurde eine Sprachregelung zur Frage der westlichen Haltung zur Fortsetzung von VSBM-Verhandlungen vereinbart, die im Eventualfall benutzt werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 295; VS-Bd. 12172 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

32 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

33 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 550 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Die thematischen Schwerpunkte gehen weitgehend auf unsere Initiative zurück:
– West-Ost-Wirtschaftskonferenz (in der Bundesrepublik Deutschland),
– umfassendes Paket zum Umweltschutz.

Die RGW-Länder hatten ihre wichtigsten Vorschläge, namentlich für ein Wirtschaftsforum in Prag, schon frühzeitig eingebracht. Sie mußten gleichfalls auf die Texte der Gemeinschaft warten, um ihrerseits – eher taktisch begründete – Vorschläge zu Einzelfragen (Abbau Handelshemmnisse, Technologieaustausch etc.) nachzuschieben.

Unter den N+N zeigten die nordischen Staaten ein besonderes Profil mit einem weitreichenden Paket zum Umweltschutz. Aktiv mit zahlreichen Vorschlägen zum Umweltschutz und Verkehr zeigt sich auch Gastgeber A.

4) In Korb III hat die Allianz zunächst ihr Vorschlagspaket zu den menschlichen Kontakten eingeführt, das unsere spezifischen Anliegen enthält: Freizügigkeit als Menschenrecht, Fortgeltung von Antragsdokumenten für erneuten Antrag auf Familienzusammenführung, Berücksichtigung familiärer Ereignisse bei Familienbesuchen, Sportaustausch auch auf lokaler/regionaler Ebene, Städtepartnerschaften, Familienzusammenführung im vom Antragsteller gewünschten Zielland, Recht auf gemeinsame Reisen von Familienmitgliedern.

Unsere Anliegen werden auch durch stark westlich orientierte Vorschläge von A, CH und SCN unterstützt, die namentlich zu Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr führen würden: positive Bescheide auch für Reiseanträge entfernterer Verwandter, Verwandtenbesuche ohne Altersbegrenzung, Abschaffung von Zwangsumtausch bei Familienbesuchen.

Die östliche Seite konterte mit (aus Bern und Ottawa) bekannten Vorschlägen – mit Schwerpunkt auf Erleichterung der Einreise. Ihrem Hauptvorschlag – der Moskauer Konferenz über die humanitäre Zusammenarbeit – fehlt es noch an ausreichender inhaltlicher Präzisierung (Dauer des Treffens ungeklärt; fragwürdiger Mandatsumfang).

Wir werben nachhaltig für die innerdeutsche Relevanz der westlichen und neutralen Vorschläge und können dabei unser Vorrecht als am meisten betroffenes Land im westlichen Kreis glaubwürdig geltend machen, gleichzeitig aber verdeutlichen, daß alle von uns unterstützten Anliegen auch anderen benachteiligten oder verfolgten Gruppen (insbesondere den Juden in der SU) zugute kommen.

In den Bereichen Kultur und Information legte die westliche Seite normative Vorschläge zu Kulturaustausch, Erziehung, kulturellen Rechten von Minderheiten und Informationsfreiheit vor. Sie werden ergänzt durch den Vorschlag für ein Informationsforum.[34]

Unsere prioritären Anliegen, Kulturinstitute und kulturelle Minderheiten, sind damit berücksichtigt. Unsere operativen Vorschläge, europäische Kulturhauptstadt, Schriftstellertreffen und geisteswissenschaftliche Foren, stießen demgegenüber auf schwerwiegende Bedenken unserer Partner. Auch fehlte uns hier die Unterstützung durch einen als konsensfähigen Gastgeber interessierten TNS.

34 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

Wir streben an, die Geistes- und Sozialwissenschaften auf dem von I vorgeschlagenen Wissenschaftsforum in Erice[35] zu behandeln.

Die konkreten gleichgerichteten Vorschläge des Westens und der N+N zur Information (Verbreitung, Zugang, Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten) und für ein Informationsforum bieten eine gute Ausgangsposition für die Verhandlungen.

5) Zu Fragen des Mittelmeerraumes liegen zwei Vorschläge mit unterschiedlichem Ansatz und Zielsetzung vor:

Malta (unterstützt von JUG und ZYP) schlägt erneut ein Expertentreffen in Valletta mit umfassender Thematik – unter Einschluß der Sicherheit – vor. Dieser Ansatz wird von den östlichen TNS unterstützt, die auf die „drängenden Sicherheitsprobleme" der Region verweisen. Bescheidener und realistischer ist der westliche (auf E zurückgehende) Vorschlag eines Expertentreffens in Palma de Mallorca für den Schutz der mediterranen Ökosysteme.[36]

6) Bei den Erörterungen über die Folgen der Konferenz gibt es einen deutlichen Meinungsunterschied: Die östlichen TNS treten massiv für eine Beachtung des Rotationsprinzips unter den Gastgebern von Folgeveranstaltungen ein – mit Priorität für diejenigen TNS, die noch kein Treffen ausgerichtet haben. Sie verlangen auch strikte Gleichbehandlung der Gastgeber, d.h. keine unterschiedlichen Bedingungen für einzelne Länder und Städte (Moskau!).

Die westliche Seite lehnt schematische Regeln für die Ortswahl ab, sondern will Art und Thema des Treffens über die besondere Eignung eines Ortes entscheiden lassen.

III. Zu den Aussichten für die nächste Sitzungsperiode folgt eigener Drahtbericht.[37]

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153429

35 Zusammen mit Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Portugal und Spanien brachte Italien auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 18. Februar 1987 den Vorschlag ein, ein „Wissenschaftliches Forum" in Erice abzuhalten. Dort sollten „Probleme von gemeinsamem Interesse bezüglich des derzeitigen Standes der wissenschaftlichen Erkenntnisse und zukünftiger Forschungsziele" erörtert werden. Ferner sollten Maßnahmen zur Entwicklung der Kontakte und des Informationsaustauschs zwischen Wissenschaftlern bzw. wissenschaftlichen Einrichtungen mit dem Ziel einer besseren Koordinierung geprüft werden. Für den Vorschlag CSCE/WT.64 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

36 Spanien sowie Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Griechenland, Italien, Monaco und die Türkei regten am 13. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien ein „Expertentreffen über den Schutz der mediterranen Ökosysteme in Palma de Mallorca" an. Für den Vorschlag CSCE/WT.50/Rev.1 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

37 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), legte am 10. April 1987 dar, mit der Verlängerung des bisherigen Arbeitsplans der KSZE-Folgekonferenz in Wien hätten „West und Ost (gegen den Wunsch der N+N) ein Zeichen für ihren politischen Willen gesetzt, die Konferenz im vorgesehenen zeitlichen Rahmen erfolgreich abzuschließen", auch wenn bislang „in nahezu allen Bereichen" noch Meinungsunterschiede bestünden: „Zu den Gemeinsamkeiten gehört einmal der Wunsch nach Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und nach Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Gestiegen ist zum anderen die Einsicht auf östlicher Seite, daß die menschliche Dimension von zentraler Bedeutung für die Lebensfähigkeit des Prozesses ist." Schwierigkeiten gingen von der fehlenden Einigung in der NATO „auf eine gemeinsame Haltung zum KVAE- bzw. KRK-Mandat und deren Einbeziehung in das WFT und sein Schlußdokument" aus. Dessen ungeachtet strebe die Bundesregierung unverändert „ein substantielles Schlußdokument in dem Sinne an, daß es normative Verbesserungen in der menschlichen Dimension enthalten muß. Sie müssen zu einer besseren Erfüllung beitragen, ohne daß wir

107

Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, an das Auswärtige Amt

114-3096/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 11. April 1987, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 245 **Ankunft: 12. April 1987, 08.29 Uhr**
Citissime

Betr.: Entführungsfall Cordes/Schmidt[2];
hier: Besuch bei Scheich Fadlallah am 11.4.[3] und telefonischer Kontakt mit A. H.[4]
1) Besuchsablauf
2) Bewertung
3) Telefonischer Kontakt mit A. H.
4) Vorschläge

1) Wie verabredet, suchten am 11.4.87 um 8.30 Uhr LR I Krömer und ich Scheich Fadlallah in seiner Wohnung in der Südstadt auf. Das Gespräch dauerte eine knappe Stunde und fand in der üblichen aufgeschlossenen und zuvorkommenden

Fortsetzung Fußnote von Seite 543
maximalistische (etwa systemdestabilisierende) Forderungen stellen. Verbesserungen in der Substanz müssen den Vorrang vor Folgeveranstaltungen haben. Wir wollen die Folgetreffen weder zu einem reinen Überprüfungsmechanismus für den Stand der M[enschen]R[echte] (so einige Partner) noch zu einer Veranstaltungsagentur (so die östliche Seite) machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 551; Referat 212, Bd. 153429.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.
Dazu handschriftlicher Vermerk: „BM-Del[egation] c[i]ti[ssime]."

2 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 34.

3 Ministerialdirigent Schlagintweit ermächtigte am 3. April 1987 die Botschaft in Junieh, sich um ein Gespräch mit dem geistlichen Führer der Hisbollah, Scheich Fadlallah, zu bemühen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2807; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.
Am 9. April 1987 berichtete Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, sein Fahrer habe Fadlallah die Bitte um ein Gespräch zwischen dem 11. und 15. April 1987 übermittelt. Den von Fadlallah genannten Termin am 10. April habe er wegen des Besuchs von Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, abgelehnt: „Bei einem neuerlichen Besuch meines Fahrers bei Fadlallah wurde dann der Besuchstermin für Samstag, den 11.4., um 8.30 Uhr vorgesehen. Obwohl auch dann noch StS Lengl sich im Libanon aufhält, mußte ich diesen Termin akzeptieren, da meinem Fahrer bedeutet wurde, Fadlallah begebe sich anschließend selbst auf eine Auslandsreise." Vgl. den Drahtbericht Nr. 239; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Ali Hamdan.
Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, berichtete am 16. Februar 1987, ein Funktionär der Amal-Bewegung habe sich telefonisch zur Vermittlung im Entführungsfall Cordes und Schmidt angeboten: „A. H. ist ein nicht unbekannter Amal-Funktionär, der seinerzeit eine nicht unerhebliche Rolle bei der Vermittlung zwischen Amal und den Entführern der TWA-Maschine gespielt hat. Daran, daß er Zugang zu Hajj Hamadi hat, besteht kein Zweifel." Vgl. den Drahtbericht Nr. 66; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.
Nach einem ersten Treffen am 23. Februar 1987 in Beirut berichtete Eitel am selben Tag: „In dem Gespräch, das in meinem Wagen stattfand, betonte A. H. seine und der Amal Hilfsbereitschaft und unterstrich mehrfach, daß er sich näher an uns als an den Kidnappern fühle. Letztlich glaube ich, daß er zu beiden Seiten in etwa die gleiche Distanz hat." Hamdan habe erklärt, „daß die Entführer ein Lebenszeichen erst dann aushändigen wollten, wenn sie im Besitz eines konkreten Angebots der Bundesregierung betreffend das Schicksal der beiden Hamadi-Brüder seien". Vgl. den Drahtbericht Nr. 86; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Atmosphäre über einen von Fadlallah gestellten französisch-arabischen Dolmetscher statt.

Ich dankte Fadlallah dafür, daß er uns kurzfristig vor seiner Reise empfangen habe. (Auch bei einem späteren Anlaß, als ich von seiner Reise sprach, ging er auf seine eigenen Reisepläne nicht ein.)

1a) Meine Regierung und auch die Botschaft hätten mit Interesse seine öffentlichen Stellungnahmen zugunsten der in Beirut Verschleppten und gegen das Kidnapping zur Kenntnis genommen. Ich wolle ihm dafür danken. In diesem Zusammenhang stelle sich bezüglich der deutschen Verschleppten das Problem, daß wir seit Monaten ohne jegliche Lebenszeichen seien, was um so beunruhigender sei, als, wie er sicher wisse, Zeitungsberichte gemeldet hätten, daß die deutschen Verschleppten nicht mehr am Leben, insbesondere bei der Besetzung der Fathallah-Kaserne durch die Syrer getötet worden seien.[5]

Fadlallah dankte für die Anerkennung seiner Bemühungen und versicherte, daß bei dem Fathallah-Zwischenfall nur unschuldige Libanesen ums Leben gekommen seien, die sich friedlich in einem Zimmer versammelt hätten (die anti-syrische Nuance war unüberhörbar). Die deutschen Verschleppten seien noch am Leben und, dies wiederholte er mehrfach, es gehe ihnen gut. Ich erwiderte, daß jeder Getötete, ob Libanese, Amerikaner oder Deutscher, zu beklagen sei, daß mich aber, wie er verstehen werde, die Nachricht über das Wohlbefinden der deutschen Verschleppten außerordentlich beruhige. Ich bat ihn, sich dafür einzusetzen, daß auf irgendeinem ihm möglich erscheinenden Wege, am nächstliegenden über mich, den Angehörigen ein Lebenszeichen übermittelt werde. Er erwiderte, die Situation sei außerordentlich kompliziert. Er werde sich zwar, wie schon bisher, weiter bemühen, glaube aber, daß seine diesbezüglichen Bemühungen kaum Erfolg haben würden. Ich erklärte, daß ich sicher sei, daß er dieses humanitäre Anliegen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verfolgen werde.

1b) Ich erläuterte Fadlallah dann, daß die Bundesregierung sich auch seit Monaten um die Herstellung eines Gesprächskanals zu den Geiselhaltern bemühe, daß hierzu die verschiedensten Wege beschritten worden seien, daß aber bis zu dieser Stunde diese nachhaltigen Bemühungen keinen Erfolg gehabt hätten. Ich bäte ihn deshalb darum, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Verantwortlichen eine ihnen geeignet erscheinende Verbindung zur Bundes-

[5] Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, berichtete am 3. März 1987, Ali Hamdan habe beim zweiten Treffen in Beirut am selben Tag mitgeteilt, die Entführten Cordes und Schmidt seien „nicht mehr im Gewahrsam des Clans Hamadi. Sie seien vielmehr nunmehr in Gewahrsam einer Hisbollah-Zelle. Hajj Abdul Hamadi sei nicht mehr im Libanon, sondern für längere Zeit (‚exiled') in Iran. Ursache für dieses ‚Exil' sei seine Verwicklung in den ersten Syrer-Hisbollah-Zwischenfall an der Fathallah-Kaserne in West-Beirut […]. Damals war am 12.2. eine gemischte syrisch-libanesische Patrouille in der Nähe der Fathallah-Kaserne von Hisbollahis festgesetzt und erst nach mehrstündiger Mißhandlung wieder freigelassen worden. Dieser Zwischenfall hat damals berechtigtes Aufsehen erregt und dürfte ursächlich für ein späteres Zuschlagen der Syrer am gleichen Platze gewesen sein: Kurz nach dem syrischen Einmarsch in West-Beirut hat es bei einer Besetzung der Fathallah-Kaserne durch die Syrer einen weiteren Zwischenfall gegeben, bei dem ein Syrer verwundet und 23 Hisbollahis getötet worden sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 102; VS-Bd. 14152 (010); B 150, Aktenkopien 1987.
Am 2. April 1987 berichtete Eitel, am Vortag habe ihm Hamdan telefonisch mitgeteilt: „Hajj Abdul Hadi Hamadi wird in Beirut zurückerwartet. Die Geiselhalter, mit denen er, A. H., inzwischen Kontakt gehabt hat, zögen es vor, mit weiteren Begegnungen bis zum Eintreffen von Hajj Abdul Hadi zu warten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 214; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

regierung aufnähmen. Selbstverständlich stehe hierfür die Botschaft zur Verfügung.

Fadlallah wiederholte, daß die Situation außerordentlich schwierig sei. Der Bruder der beiden in Deutschland inhaftierten Hamadis[6] sei seit dem Einmarsch der Syrer in West-Beirut[7] nicht mehr im Libanon. (Er bestätigte damit stillschweigend, daß dieser nach wie vor eine führende Rolle bei der Verschleppung spielt.) Der Schlüssel für eine Lösung des Problems liege nicht mehr im Libanon, sondern in Teheran. Dieses bedeute nicht, daß der Fall unserer beiden Verschleppten denen der verschleppten Amerikaner, Franzosen und Briten[8] gleichzustellen sei. Mit Deutschland bestünden keine politischen Probleme, aber im Libanon könne in unserer Geiselangelegenheit nichts getan werden.

Ich erklärte, daß die Bundesregierung schon Schritte in Teheran unternommen habe und daß diese Schritte, soweit hier erkennbar, bislang zu keinem Ergebnis geführt hätten. Ich wolle ihm deshalb die Frage stellen, an wen wir uns denn in Teheran wenden sollten. Darauf erwiderte er, Scheich Rafsandjani sei ein guter Mann.[9] Ich könne im übrigen sicher sein, daß auch hier er sich bemühen werde, ohne allerdings mir irgendwelche Hoffnungen auf Ergebnisse seiner Bemühungen machen zu können. Ich bat ihn noch einmal nachdrücklich um eigene Bemühungen.

1c) Dann kam ich auf die Ermittlungsverfahren gegen die Brüder Hamadi zu sprechen. Ich erklärte ihm, daß diese ihren ursprünglichen Fortgang genommen hätten und demnächst in zwei, drei oder einigen Wochen die Phase erreicht haben werden, in welcher darüber zu entscheiden sein werde, ob eine Auslieferung an die USA erfolge oder ob, was die andere Alternative sei, die Verfahren vor deutschen Gerichten eröffnet würden. Soweit ich sie überblickte, spreche die Rechtslage für eine Auslieferung.[10] Schritte, die eine andere Entscheidung herbeiführen wollten, müßten jetzt unternommen werden. Gerade im Hinblick auf diesen drängenden Zeitablauf hätte ich meine Bemühungen um Herstellung eines Kanals in den letzten Wochen so intensiviert. Für solche Schritte gegen eine Auslieferung fehle es aber mangels eines Kontaktes mit den Geiselhaltern

6 Abdul Hadi Hamadi, führendes Mitglied der Hisbollah und älterer Bruder der seit 13. bzw. 26. Januar 1987 in der Bundesrepublik inhaftierten Mohammed Ali Hamadi und Abbas Ali Hamadi.

7 Zum Einmarsch syrischer Streitkräfte in West-Beirut am 22. Februar 1987 vgl. Dok. 52, Anm. 25.

8 Zu den Entführungen amerikanischer, britischer und französischer Staatsangehöriger im Libanon vgl. Dok. 20, Anm. 9–11.

9 Vgl. dazu die Schreiben des Bundesministers Genscher an den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani vom 21. Januar und 24. Januar 1987 sowie dessen mündliche Antwort vom 19. März 1987; Dok. 34, Anm. 9 und 11.

10 Zum Auslieferungsfall Hamadi vgl. Dok. 9.
Ministerialdirektor Oesterhelt analysierte am 21. Januar 1987 für Bundesminister Genscher die Frage der Bindungswirkung des Auslieferungsvertrags vom 20. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik und den USA im Fall Hamadi: „Als Ergebnis ist festzuhalten, daß nach den Vertragsbestimmungen des Auslieferungsvertrages – vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Konfiguration des Falles – eine Auslieferung nicht abgelehnt werden kann. Allerdings könnte gem[äß] Art. 10 des Auslieferungsvertrages die Auslieferung abgelehnt werden, wenn der Verfolgte in der Bundesrepublik Deutschland wegen derselben Straftat verfolgt wird, deretwegen um Auslieferung ersucht wird. […] Theoretisch könnten wir also gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer 2 StGB auch unsererseits gegen Hamadi ein Strafverfahren wegen des Mordes auf dem Flugzeug durchführen. Dies würde allerdings in der Praxis voraussetzen, daß wir von den USA die Beweismittel erhalten. Außerdem müßten wir das Verfahren tatsächlich durchführen und die Strafe vollstrecken.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1819.

an jeglichem Anhaltspunkt dafür, daß eine Nichtauslieferung von den Geiselhaltern honoriert werde. Die Geiselhalter glaubten offenbar, unter keinerlei Zeitdruck zu stehen, was, wie ich ihm gerade erläutert hätte, absolut falsch sei. Es sei deshalb höchst dringlich, den Geiselhaltern verständlich zu machen, daß hier demnächst unwiderrufliche Entscheidungen getroffen würden. Ich wendete mich deshalb an ihn mit der weiteren Bitte, diesen Umstand unbedingt den Geiselhaltern zur Kenntnis zu bringen.

Fadlallah entgegnete, seine Stellung sei nicht einfach. Sie verbiete ihm eine Vermittlerrolle in den Verschleppungsfällen. Ich entgegnete ihm, daß ich mir seines hohen Ranges bewußt sei, aber auch wisse, daß er gerade wegen dieses hohen Ranges darauf rechnen könne, gehört zu werden. Im Hinblick auf die Bedeutung meines Anliegens bäte ich ihn deshalb noch einmal, jedenfalls diese mir außerordentlich wichtig erscheinende Nachricht weiterzugeben. Fadlallah versicherte, er werde alles in seinen Kräften Stehende tun, um diese in der Tat wichtige Nachricht an die Verantwortlichen gelangen zu lassen.

1d) Hieran schloß Fadlallah allgemeinere Ausführungen an. Ihm und den Muslimen sei bewußt, daß Deutschland ein Freund sei. Auch wir seien (offenbar eine Anspielung auf die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs) unterdrückt und bedürften ebenso wie seine Glaubensbrüder der Befreiung. Freundschaft und Interessengleichheit sollten eigentlich verhindern, daß die Taten, auch Verbrechen, einiger Libanesen oder Schiiten die Haltung des deutschen Volkes oder auch nur einiger prominenter Vertreter der Medien negativ gegen den Islam beeinflußten. Man dürfe nicht von einzelnen Tätern auf das ganze Volk schließen. Ich erwiderte ihm, daß in der Tat die Deutschen den Muslimen und auch gerade den Schiiten gegenüber außerordentlich aufgeschlossen seien. Dieses erkenne er an unseren guten Beziehungen zum Iran und zu den libanesischen Schiiten. Leider wirke sich aber bei einem Großteil der deutschen Bevölkerung der Entführungsfall außerordentlich nachteilig aus, wie durch kritische Äußerungen in deutschen Medien bereits, sehr zu meinem Bedauern, belegt werde. Es gelte, weiteren Schaden zu verhindern und den Entführungsfall möglichst schnell gütlich zu beenden. Fadlallah bestätigte dies und sagte, wir täten im übrigen gut daran, den Entführungsfall aus den Medien herauszuhalten. Wir sollten im übrigen uns auch um ein gewisses Verständnis dafür bemühen, daß einzelne Unterdrückte, denen weder der Staat noch sonst eine Institution helfe, zu abzulehnenden, schädlichen, ja verbrecherischen Mitteln der Selbsthilfe griffen, die, wie er auch immer wieder öffentlich bestätigt habe, islamischem Recht und islamischer Tradition völlig zuwiderliefen.

[11]1e) Im Anschluß hieran fragte mich Fadlallah, wie ich mir die Pressebehandlung unseres Besuches bei ihm vorstellte. Ich erwiderte, daß ich generell, so auch bislang, gern über meinen Kontakt mit ihm spräche, daß mir aber Sicherheitserwägungen und seine eigenen, gerade gemachten Ausführungen ratsam erscheinen ließen, nicht meinerseits an die Presse zu gehen. Auf Befragen hin allerdings würde ich unseren Besuch bei ihm selbstverständlich bestätigen. Fadlallah zeigte sich hiermit sehr einverstanden und bat nur darum, in einem solchen Falle zu sagen, daß das Gespräch der Erörterung allgemeinerer Fragen,

[11] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 246 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

darunter auch der Geiselproblematik, gedient habe. Wohl um eine solche Auskunft zu rechtfertigen, fragte er mich dann nach meiner derzeitigen Einschätzung der politischen Lage im Libanon. Ich erwiderte ihm in allgemeiner Form, daß ich bezüglich der innerlibanesischen und der libanesisch-syrischen Gespräche derzeit nicht optimistisch sei. Auf meine entsprechende Frage erläuterte Fadlallah, daß er nicht an einen bevorstehenden Einmarsch der Syrer in die Beiruter Südstadt glaube.

1f) Abschließend resümierte ich noch einmal meine drei Anliegen (Lebenszeichen, Kanal, Weitergabe der Nachricht über die Dringlichkeit) und bat ihn, für den Fall, daß er Nachrichten zu übermitteln habe, mir diese durch meinen ihm bekannten Fahrer zukommen zu lassen. In meiner bevorstehenden Abwesenheit werde der ihm ja nunmehr bekannte Herr Krömer vom Fahrer die Nachrichten entgegennehmen und weiterleiten. Fadlallah wiederholte seine Bemühenszusagen.

2) Bewertung

Fadlallah dürfte nach wie vor gewisse Kontakte zu den Geiselhaltern haben. Für unwahrscheinlich halte ich, daß der Hinweis auf Rafsandjani nur ein Ablenkungsmanöver war. Der Hinweis legt mir vielmehr die Vermutung nahe, daß Teheran unseren Geiselfall an sich gezogen hat. Fadlallah würde danach sozusagen Kontakt mit den Gefängniswärtern haben, während der Gefängnisdirektor in Teheran säße. Ich gehe davon aus, daß er sowohl an die Beiruter Geiselhalter wie auch nach Teheran jedenfalls die Nachricht von der Eilbedürftigkeit weitergeben wird. In jedem Falle hat auch dieses Mal[12] Fadlallah seinen eigenen Einfluß eher zu bescheiden dargestellt. Er sieht sich offenbar (vgl. oben Ziffer 1c) am Ende und d)) auch ungern in der Rolle des nur für die Entführungsfälle zuständigen Mullahs, sondern sähe sich gern auch als politischer Führer anerkannt.

3) Inzwischen habe ich noch einmal A. H. telefonisch erreicht. Bei diesem Gespräch bestätigte er Ausführungen, die er zuvor meinem Fahrer gegenüber getan hatte, nämlich, daß er ein mit Unterschrift und Siegel versehenes Papier über die Minimalvorstellungen der Bundesregierung haben wolle. Ich gab ihm zu verstehen, daß ich gegen jegliche weitere prozedurale Vorleistungen unsererseits sei: Nunmehr seien erst einmal die Geiselhalter am Zuge, und ich bäte ihn dringend, sich um Lebenszeichen und ähnliches zu bemühen. A. H. schien dies zu verstehen und sagte weitere Nachricht zu.

Im Lichte der Ausführungen Fadlallahs scheinen mir auch die immer karger werdenden Informationen und Leistungen von A. H. verständlich. Ich erwarte

12 Ein erstes Gespräch mit Scheich Fadlallah zum Entführungsfall Cordes und Schmidt führte Botschafter Eitel, Beirut, am 23. Januar 1987. Dazu berichtete er am selben Tag: „Fadlallah verurteilte Verschleppungen. Er habe schon versucht, Einfluß zu nehmen, aber Entführung Cordes sei eine persönliche Angelegenheit eines Mannes, der zufällig auch Schiit und Hisbollahi sei. Hisbollah sei selbst nicht involviert. […] Fadlallah warb dann für eine Lösung des Problems ‚auf libanesische Weise', d. h. für den Austausch. In jedem Fall sei es außerordentlich wichtig, Hamadi nicht an die USA auszuliefern. Er selbst verstehe, daß die deutsche Justiz sich mit Hamadi befassen müsse, aber eine Auslieferung an die USA werde die Situation gravierend verändern. Das Gespräch endete mit der Zusicherung, sich auch künftig für die Verschleppten und die Erhaltung der guten Beziehungen einzusetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 40; Referat 310, Bd. 149652.

in absehbarer Zeit eigentlich keine wesentlichen Informationen oder Schritte von ihm.

4) Ich möchte anregen, eine Demarche bei Rafsandjani in Erwägung zu ziehen.[13] Hier werde ich vor meiner Abreise[14] noch einmal telefonischen Kontakt mit A. H. suchen.[15]

[gez.] Eitel

VS-Bd. 14152 (010)

13 Ministerialdirigent Schlagintweit bat die Botschaft in Teheran am 14. April 1987, „möglichst hochrangig" ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani zu übermitteln. Darin teilte Genscher mit: „Die Bundesregierung ist nach dem bestehenden deutsch-amerikanischen Auslieferungsabkommen den USA zur Auslieferung von Ausländern verpflichtet, die von der amerikanischen Justiz wegen Straftaten gesucht werden, die sie gegenüber amerikanischen Staatsangehörigen begangen haben. Dieses Auslieferungsabkommen läßt jedoch in Ausnahmefällen auch die Möglichkeit zu, wegen dieser Straftaten statt einer Auslieferung an die USA gegen die Betroffenen ein Gerichtsverfahren in Deutschland durchzuführen. Die Bundesregierung hat gegenüber den Entführern auf die Möglichkeit hingewiesen, daß von einer Auslieferung von Mohammed Ali Hamadi an die USA abgesehen werden könnte, nachdem die deutschen Geiseln freigelassen worden sind. […] Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie Ihre humanitären Bemühungen, die Sie in Ihrer Botschaft vom 19.3.1987 und in zahlreichen Interviews zum Ausdruck gebracht haben, fortsetzen würden. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, durch die Anwendung rechtlicher Normen eine weitere Eskalation von Terror und Gewalt zu verhindern. Falls Sie es für nützlich erachten, wäre ein Beauftragter bereit, Ihnen die Lage persönlich zu erläutern." Vgl. den Drahterlaß Nr. 196; Referat 310, Bd. 149654.
Botschaftsrat Scheer, Teheran, berichtete am 7. Mai 1987, im iranischen Außenministerium sei am Vortag Rafsandjanis Reaktion auf Genschers Schreiben mitgeteilt worden: „Iran sei ausdrücklich nur dann dazu bereit, in der Angelegenheit mitzuwirken und mit den ‚nicht bekannten Gruppen' Kontakt aufzunehmen, wenn Bundesrepublik Deutschland deren Forderungen entgegenkomme." Auf Rückfrage sei präzisiert worden, „daß damit Bereitschaft Bundesrepublik Deutschlands gemeint sei, Forderungen der ‚nicht bekannten Gruppen' zu erfüllen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 804; Referat 310, Bd. 149654.

14 Botschafter Eitel hielt sich vom 16. bis 28. April 1987 in der Bundesrepublik auf.

15 Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, berichtete am 15. April 1987, er habe Hamdan im Telefongespräch am selben Tag seine Enttäuschung darüber erklärt, „daß die Geiselhalter angesichts der ihnen doch durch ihn, A. H., übermittelten Dringlichkeit nicht reagierten". Hamdan habe dargelegt, „daß man 1) auf die Rückkehr Hajj Abdul Hadis warten wolle und daß 2) möglicherweise unabhängig von dieser Rückkehr eine irgendwie besondere Situation entstanden sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 253; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

108

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Duarte in San Salvador

13. April 1987[1]

Von Herrn Bundesminister noch nicht genehmigt

Besuch des Herrn Bundesministers bei Staatspräsident Duarte in San Salvador am 13.4.1987 (11.45–12.45 h)[2]

An dem Gespräch nahm Vize-AM Maza teil. Auf deutscher Seite: Botschafter Heymer, VLR I Dr. Jansen, VLR I von Jagow, LR Frau Lehnhardt.

Präsident *Duarte* verband mit der Begrüßung seinen Dank für die vielseitige deutsche Hilfe, sowohl im politischen Bereich als auch in der Entwicklungszusammenarbeit und beim Wiederaufbau nach dem Erdbeben[3].

BM übergab einen Brief des Herrn Bundeskanzlers.[4] Er versicherte dem Präsidenten unser Interesse daran, daß er politisch und wirtschaftlich Erfolg habe. Wir seien bereit, dem Land dabei zu helfen, die Heimsuchung des Erdbebens zu überwinden.

Präsident *Duarte* stellte sein Land als ein Leitprojekt der Demokratie nach Überwindung der Diktatur vor. Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, nicht in Gewalt und Totalitarismus zurückzufallen. Dazu brauche ELS die Unterstützung der Demokratien der Welt. Das Land befinde sich in einer Krise, die gegenwärtig vor allem bestimmt werde durch die außergewöhnliche

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 13. April 1987 gefertigt und am 15. April 1987 zusammen mit Vermerken über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Lusinchi am 8. April 1987 in Caracas bzw. mit dem costaricanischen Minister für Siedlungs- und Flüchtlingsfragen, Zumbado Jiménez, am 10. April 1987 in San José „mit der Bitte, die Genehmigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, an das Ministerbüro geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Unterabteilung 33, Bd. 146523.

2 Nach Aufenthalten vom 7. bis 9. April 1987 in Venezuela und vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica besuchte Bundesminister Genscher am 13. April 1987 El Salvador.

3 Am 10. Oktober 1986 wurde El Salvador von einem Erdbeben mit der Stärke 7,5 auf der Richterskala erschüttert. Ministerialdirektor Sudhoff vermerkte am 28. Oktober 1986: „Das Erdbeben vom 10. Oktober 1986 hat vor allem das Zentrum und den Süden der Hauptstadt getroffen. Die Zahl der Todesopfer wird auf fast 1000, die der Verletzten auf ca. 5000 geschätzt. Etwa 40 Regierungsgebäude wurden ganz oder teilweise zerstört, 40 000 bis 50 000 Familien sind obdachlos, öffentliche Infrastruktureinrichtungen stark beschädigt. Die Bundesregierung hat mit Mitteln des Auswärtigen Amts in Höhe von insgesamt 670 000 DM zwei Hilfsflüge der Bundeswehr durchgeführt, mit denen insgesamt 58 Tonnen Hilfsgüter eingeflogen wurden, größtenteils aus Spenden privater Organisationen (ungefähr im gleichen Wert wie die Hilfe aus Bundesmitteln) stammend. […] Das BMZ beabsichtigt Wiederaufbauhilfe in Höhe von mittelfristig 20 bis 30 Mio. DM.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136337.

4 Im Schreiben vom 6. April 1987 an Präsident Duarte erinnerte Bundeskanzler Kohl an den „freundschaftlichen Meinungsaustausch im Sommer 1984“ in Bonn und stellte fest, viele der erörterten Vorhaben seien „inzwischen auf einem guten Wege. Das gilt insbesondere für die Verbesserung der Menschenrechtssituation.“ Kohl fuhr fort: „Bei der Bewältigung der schweren Erdbebenkatastrophe, die insbesondere die Hauptstadt Ihres Landes hart getroffen hat, haben wir uns bemüht, bei der Linderung der Not zu helfen. Die Regierungsverhandlungen über die Entwicklungszusammenarbeit zwischen unseren Ländern im Februar dieses Jahres haben Kooperationsmöglichkeiten aufgezeigt, die mich mit Befriedigung erfüllen.“ Die Bundesrepublik werde weiter die „Bemühungen um die Stabilisierung der Demokratie in El Salvador“ unterstützen. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146523.

Trockenheit, durch die Folgen des Erdbebens und durch das niedrige Preisniveau der traditionellen Exportgüter (Kaffee, Zucker, Baumwolle). Gleichzeitig werde der Bürgerkrieg verstärkt fortgesetzt.

Präsident *Duarte* dankte erneut für die deutsche Hilfe und nannte insbesondere den zugesagten FZ-Zuschuß für das Kinderkrankenhaus Bloom (30 Mio. DM).[5] Er habe diesen Dank vor kurzem auch öffentlich zum Ausdruck gebracht.

BM bekräftigte unsere Bereitschaft, ELS bei der Überwindung seiner Probleme zu helfen. Präsident Duarte genieße bei uns ein hohes Maß an Vertrauen. Es liege in unserem Interesse, daß sein Weg Erfolg habe. Dieses Interesse teilen wir mit den Staaten der EG und letztlich mit allen westlichen Demokratien. Erfolg im Sinne wirtschaftlicher und politischer Stabilität sei nur auf der Grundlage wirklicher sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.

Präsident *Duarte* bemerkte hierzu, genau dieses sei die Absicht seiner Regierung. Er beschrieb die Zusammensetzung seiner Regierung als Koalition derjenigen, die von Anfang an an die Demokratie geglaubt haben. Er habe die loyale Unterstützung der Streitkräfte, die inzwischen den Wert der Demokratie verstehen und wissen, daß mit ihr einhergehen muß die Achtung der Menschenrechte und die Beseitigung von Amtsmißbrauch, der vorher an der Tagesordnung war. Es sei bereits viel erreicht, es gebe freilich auch noch viel zu tun. Das Volk von ELS sei arbeitswillig und bereit zu kämpfen. Er habe die feste Hoffnung, daß die Demokratie im Land nicht wieder rückgängig gemacht werde, und stütze sie auf den Glauben an das Volk, auf den Glauben an die Freunde in Deutschland und Europa und auf den Glauben an Gott.

BM betonte die besondere Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit. Die deutsche öffentliche Meinung beobachte mit großer Aufmerksamkeit die Verwirklichung der Menschenrechte in ELS. In diesem Zusammenhang sei an uns der Fall der 14 Genossenschaftsbauern herangetragen worden, die von der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe betreut werden und kürzlich in der Kooperative San Carlos im Departement Zacatecoluca verhaftet worden seien. Er wäre dankbar, wenn uns die Gründe für die Verhaftung mitgeteilt werden könnten.

Präsident *Duarte* ließ sich daraufhin telefonisch mit Generalstabschef Blandón verbinden und teilte als Ergebnis folgendes mit: Die 14 Genossenschaftsbauern seien am 23.3.1987 nachts gegen 23 Uhr bei einer Versammlung unter freiem Himmel unter sehr verdächtigen Umständen angetroffen worden und unter dem

[5] Botschafter Heymer, San Salvador, berichtete am 14. April 1987, gemäß Weisung des Bundesministers Genscher vom Vortag habe er mit dem salvadorianischen Gesundheitsminister Valdez und der Krankenhausleitung ein „Gespräch über Hilfswünsche für provisorische Kinderstation erdbebengeschädigten Hospitals ‚Benjamin Bloom' geführt: Dabei wurde vorrangiger Bedarf wie folgt angegeben: Ausrüstung für Blutbank und Operationssaal; Bungalow aus vorfabrizierten Bauteilen zur Aufnahme von 100 Kindern, die zur Zeit in einem großen Zelt untergebracht sind, dort bei der in Kürze einsetzenden Regenzeit jedoch nicht mehr ausreichend geschützt sein werden; Medikamente, die dringend benötigt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 87; Referat 331, Bd. 136337.
Ministerialdirigent Schlagintweit legte am 15. April 1987 für Bundesminister Genscher dar: „In den deutsch-salvadorianischen Regierungsverhandlungen über EZ wurde am 13. Februar 1987 vereinbart, daß die deutsche Seite den Wiederaufbau des Krankenhauses in Form eines Zuschusses in Höhe von 30 Mio. DM finanziert. Inzwischen hat ein Baufachmann im Auftrag der KfW das Vorhaben vor Ort geprüft. Er bejaht den Wiederaufbau an Ort und Stelle unter Einbeziehung erhaltenswerter Bausubstanz." Mit einem Baubeginn sei Anfang des Jahres 1988 zu rechnen: „BMZ und KfW behandeln das Projekt mit Vorrang." Vgl. Referat 331, Bd. 136337.

Verdacht der kommunistischen Propagandaverbreitung verhaftet worden. Zwölf von ihnen seien zwei Tage später, am 25.3., auf freien Fuß gesetzt worden, weil keine Verbindung zur Guerilla feststellbar gewesen sei. Zwei der Verhafteten seien dem Richter übergeben worden. Es handle sich um José Luis Calderón, ein Gewerkschafter, der die Versammlung organisiert habe, sowie um Juan Esteban Campos, ein marxistischer Arbeiterführer, der bei der Versammlung zu den Bauern gesprochen habe. Präsident Duarte fügte seinem Bericht hinzu, was er eben mit seinem Anruf erreicht habe, hätte er so noch vor drei Jahren nicht tun können.

BM bat den Präsidenten um seine Bewertung des Arias-Plans[6]. Seinerseits hob er als positive Elemente hervor, daß der Plan bei den demokratischen Grundfreiheiten ansetze und zeigen werde, ob NIC es damit ernst meine. Die Initiative verdiene Unterstützung.

Präsident *Duarte* bezeichnete den Plan als einen Schritt vorwärts im Contadora-Prozeß[7]. Er halte drei Elemente für wichtig: 1) Der Plan spreche die inneren Probleme der Demokratie in jedem Land an, 2) er enthalte ein Programm und verbinde dieses 3) mit Prioritäten und Fristen. Über Einzelfragen müsse man noch diskutieren, aber im Prinzip sei er dafür. Er habe sich allerdings dagegen ausgesprochen, den Plan unter den Vieren fertig zu verhandeln und ihn NIC dann aufzudrängen. So sei die Einladung nach Guatemala (Esquipulas-Gipfel[8]) zustande gekommen.

Den Arias-Plan anzunehmen, werde für mehrere Beteiligte Probleme aufwerfen. NIC müsse sein totalitäres Regime aufgeben und die Unterstützung der Guerilla in ELS aufgeben. Die USA müßten die Hilfe für die Contras beenden.[9] Schwierigkeiten entstünden aber auch für HON und ELS. Hauptproblem sei, wie man garantieren könne, daß NIC seine Verpflichtungen nach innen wie nach außen auch einhalte. Durch alle diese Zweifel entstehe im Vorfeld des Fünfergipfels ein Klima der Ungewißheit. Er, Duarte, verstehe, daß Präsident Arias persönlich dränge und Erfolg haben wolle. Er sei bereit, ihn dabei zu unterstützen. COS verstehe freilich die Probleme der anderen nicht. Nach 100 Jahren Demokratie und ohne eigenes Militär fehle den Costaricanern der Sinn für die Schwierigkeiten des Übergangs, die die anderen haben. Insofern erscheine ihm der Arias-Plan etwas utopisch und unrealistisch. Der Plan müsse an die Bedürfnisse der übrigen ZA-Staaten angepaßt werden, insbesondere im Sicherheitsbereich. Das Problem der militärischen Konfrontation werde in dem Plan bisher kaum behandelt. Über alles dieses werde man noch sprechen müssen.

BM äußerte dazu, immerhin bringe der Plan neue Bewegung in den Prozeß, auch wenn er noch ergänzungsbedürftig ist. Nichts tun bringe auch nichts. Wichtig erscheine ihm, daß über die entscheidenden Fragen nicht hinweggeredet werde. Insbesondere müssen die innerstaatlichen demokratischen Voraussetzungen des Friedensprozesses klar angesprochen werden.

6 Zum Arias-Plan vgl. Dok. 103 und Dok. 110.

7 Zum Contadora-Prozeß vgl. Dok. 103, Anm. 9.

8 Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

9 Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 57, Anm. 5.
Zur Hilfe der USA für die Contras in Nicaragua vgl. Dok. 66, Anm. 40.

Präsident *Duarte* erneuerte seine prinzipielle Zustimmung, insbesondere mit Blick auf den Schwerpunkt des Plans bei der Demokratisierung. Es werde aber nicht möglich sein, alle Fragen, die noch diskutiert werden müssen, in einer einzigen Tagung zu lösen. Wichtig sei, daß überhaupt verhandelt und die Türen nicht geschlossen werden. Der Contadora-Prozeß laufe nun schon vier, der San-José-Prozeß[10] drei Jahre. Man werde auch in Esquipulas nicht von heute auf morgen zu einem Ergebnis kommen können. Der politische Wille dazu sei noch nicht in allen fünf ZA-Staaten vorhanden. Der Arias-Plan sei aber ein wichtiger neuer Schritt auf diesem Weg.

BM schloß mit Erfolgswünschen für El Salvador und für das Gipfeltreffen in Esquipulas und bekräftigte unsere Anteilnahme an allen Bemühungen, die auf Frieden und Zusammenarbeit in ZA gerichtet sind.

Unterabteilung 33, Bd. 146523

109

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-371.76 INF-668/87 geheim **14. April 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Rede von GS Gorbatschow am 10. April 1987 in Prag[4];
hier: Mögliche Reaktion auf den Vorschlag paralleler Verhandlungen über SRINF in der Reichweite von 500 bis 1000 km

Bezug: Vorlage vom 10.4.1987 (nach San José übermittelt[5]) (als Anlage dem Original beigefügt[6])

I. Die Bezugsvorlage kam zu dem Ergebnis, daß der neue Vorschlag Gorbatschows darauf abzielt, die möglichen Schwierigkeiten im Bereich der „concurrent con-

10 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 35.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. April 1987 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 7. Mai 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen." Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 7. Mai 1987 vorgelegen. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 11. Mai 1987 vorgelegen.

4 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 523–542. Für Auszüge vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 280–284.

5 Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica auf. Vgl. dazu Dok. 103 und Dok. 110.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann übermittelte am 10. April 1987 eine erste „Analyse der Rede G[orbatschows] auf der Grundlage von Agenturmeldungen". Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11360 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

straints“ zu umgehen, indem unverzügliche Verhandlungen für den Reichweitenbereich angeboten werden, für den die USA – im Einklang mit der Bündnisposition – „concurrent constraints“ verlangen.

Die USA haben in ersten Stellungnahmen ausweichend, aber nicht negativ auf den neuen sowjetischen Vorschlag reagiert. Präsident Reagan hat in seiner Rede in Los Angeles vom 10.4.1987 von „neuer Ernsthaftigkeit“ der SU gesprochen.[7] AM Shultz hat angemerkt, die SU müsse das Recht der USA anerkennen, ein Gegengewicht zu den 130 Raketen kürzerer Reichweite zu schaffen, die in der DDR, der ČSSR[8] und in der SU selbst stationiert seien.

Die Aufzeichnung untersucht,

– inwieweit der Vorschlag sowjetisches Entgegenkommen enthält,

– welche Haltung die Bundesregierung im Bündnis dazu einnehmen könnte.

Das BMVg ist bisher in die Überlegungen nicht einbezogen worden.

II. Bedeutung des Vorschlags im Hinblick auf westliche Forderungen

1) Positive Elemente

Mit dem neuen Vorschlag ist die SU teilweise westlichen Forderungen entgegengekommen:

– Die SU hat insofern eine Rückkehr zu ihrer Position von Reykjavik[9] vollzogen, als sie den Gedanken eines Freeze für SRINF in der Reichweite von 500 bis 1000 km wieder aufgreift, und zwar als Freeze für die Dauer der Verhandlungen.

– Die SU hat sich auf die USA zubewegt, indem Verhandlungen über einen Ausschnitt der SRINF-Problematik vorgeschlagen werden, der den USA besonders wichtig ist.

  Zwar wird sowjetisches Unbehagen gegenüber dem „right to match“ durch die Formulierung „Absprachen über Toleranzen ... für die Erhöhung und Vervollkommnung (von SRINF seien) unnötig“ zum Ausdruck gebracht. Jedoch schließt das von Gorbatschow genannte Verhandlungsziel (Verringerung und anschließende Beseitigung der auf dem europäischen Kontinent aufgestellten Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km) ein Zwischenergebnis in Form gleicher Obergrenzen nicht aus.

– Der sowjetische Vorschlag nähert sich dem Ministerbeschluß vom 31. März 1987, der sich unter bestimmten Bedingungen für Folgeverhandlungen über alle SRINF bei Zurückstellung der constraints ausgesprochen hat[10], erfüllt allerdings zwei wichtige Bedingungen nicht: eindeutiger Ausschluß der PIa, Einbeziehung der Scud.

7 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vor dem Los Angeles World Affairs Council vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 365–368. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 15. April 1987, S. 1–7.

8 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

9 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner am 31. März 1987 vgl. Dok. 90, Anm. 4.

2) Folgende Probleme bleiben:

– Der vorgeschlagene „freeze“ verhindert zwar – worauf die Kritik des Bündnisses an der von Gorbatschow am 28.2.1987[11] eingenommenen negativen Haltung zu „concurrent constraints“ abgestellt hatte – einen sowjetischen Aufwuchs im 500–1000-km-Band; er schreibt aber auch die sowjetische Überlegenheit fest und mindert den Anreiz für die SU, zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen.

– Ungelöst bleibt das Problem der „conversion“. Es fällt allerdings auf, daß eine eindeutige, ausdrückliche Ablehnung der „conversion“ in der Gorbatschow-Rede fehlt, während dieses Thema noch in den vergangenen Wochen von sowjetischer Seite in der öffentlichen Diplomatie hochgespielt wurde.

  Vielmehr spricht sich GS Gorbatschow nur indirekt gegen eine „conversion“ aus (Absprache über „Toleranzen“ für die Erhöhung und Vervollkommnung unnötig).

– Offenbar sollen in die Verhandlungen auch die deutschen P I a einbezogen werden: „Wir schlagen vor, die Erörterung der Frage über eine Verringerung und anschließende Beseitigung der auf dem europäischen Kontinent aufgestellten Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km zu beginnen“. Auf westlicher Seite gibt es in diesem Reichweitenband nur die deutschen P I a. Es bleibt abzuwarten, ob AM Shultz hierzu präzise Informationen erhält.[12]

– Die sowjetischen Scud, für deren Einbeziehung sich die Bundesregierung am 30.9.1986[13] und 31.3.1987 ausgesprochen hat, werden nicht erfaßt (Reichweite bis 300 km).

– Klärungsbedürftig bleibt die Forenfrage (Zusammenhang mit LRINF-Verhandlungen).

Theoretisch bestehen folgende Optionen einer Reaktion auf den Gorbatschow-Vorschlag:

a) Ablehnung des Vorschlags von parallelen Verhandlungen und Beharren auf der gegenwärtigen Bündnisposition, d. h. gleiche globale Obergrenzen für SRINF von 500 bis 1000 km Reichweite

Der Westen würde damit einen sowjetischen Schritt ablehnen, der Kompromißelemente enthält. Er würde zugleich das Risiko eingehen, daß eine Null-Lösung für LRINF in absehbarer Zeit nicht möglich sein bzw. endgültig scheitern könnte.

Ergebnis: Die Option entspricht nicht den Zielen der Bundesregierung.

b) Westlicher Gegenvorschlag von „concurrent constraints“ auf Null-Niveau bei dem LRINF-Abkommen

11 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 60.

12 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 115.

13 Am 30. September 1986 fand ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner statt. Botschafter Ruth vermerkte dazu am selben Tag, hinsichtlich der Einbeziehung von nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) in die INF-Verhandlungen sei folgender Text erarbeitet worden: „Ziel muß es sein, auch die Systeme im Reichweitenband 150 bis 500 km auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren. Die Bundesregierung hält es daher für unverzichtbar, für diesen Bereich die INF-Verhandlungen nach Abschluß eines Zwischenabkommens unverzüglich fortzuführen. Deshalb muß bereits in das INF-Zwischenabkommen eine solche konkrete Weiterverhandlungsverpflichtung aufgenommen werden.“ Vgl. VS-Bd. 11359 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

Die USA könnten dem Bündnis vorschlagen, der SU im Gegenzug eine Null-Lösung für SRINF in der Reichweite 500 bis 1000 km anzubieten.

AM Shultz hat in seinem Schreiben an BM vom 6.4.1987 implizit für Annahme eines entsprechenden sowjetischen Vorschlags plädiert.[14] Auch Nitze hat sich in diesem Sinne ausgesprochen.[15]

Innerhalb der Administration (insbesondere Pentagon, ACDA) gibt es gegen Folgeverhandlungen und insbesondere die von der Bundesregierung gewünschte Einbeziehung der Scud Widerstand vor allem aufgrund der Sorge, daß ein völliger Abbau bodengestützter Nuklearwaffen bis hinunter zur Reichweite von 150 km das Ergebnis sein würde.

Deshalb könnten die USA versucht sein, ihrerseits durch den Gegenvorschlag einer Null-Lösung im Reichweitenband 500 bis 1000 km Folgeverhandlungen weitgehend die Substanz zu nehmen und gleichzeitig eine deutliche Trennungslinie für den Abbau von Kernwaffen zu etablieren.

Allerdings wurden gegen eine derartige Null-Lösung im Bündnis bereits starke Bedenken geäußert (Beeinträchtigung der Implementierbarkeit der Bündnisstrategie[16]). Er läge auch nicht in der Linie des Ministerbeschlusses vom 31.3.1987.

Aus diesen Gründen ist es trotz dessen rüstungskontrollpolitischer Attraktivität (dadurch würde mit der Konversion ein weiteres gewichtiges Hindernis für ein LRINF-Abkommen entfallen) für die Bundesregierung nicht angezeigt, diesen Vorschlag zu forcieren.

Sollte er von anderer Seite gemacht werden, müßte sichergestellt sein, daß die deutschen PIa nicht in die Verhandlungen einbezogen werden: Nach den im Bündnis vereinbarten Kriterien soll nur über amerikanische und sowjetische Systeme verhandelt werden; strategisch und rüstungskontrollpolitisch sind die PIa auch als Gegengewicht zu den Scud bedeutsam.

c) Modifiziertes Eingehen auf den Vorschlag

Parallelverhandlungen wären unter dem – auch beim Ministerbeschluß vom 31.3.1987 zum Ausdruck gekommenen – Gesichtspunkt von Bedeutung, daß für das Bündnis die Wahrnehmung keiner sicherheitspolitischen Option bei SRINF ausgeschlossen würde. Dies wäre insbesondere für die weitere Entwicklung im konventionellen Bereich wichtig; die sowjetische Haltung im Hinblick auf die Herbeiführung von konventioneller Stabilität in ganz Europa durch Rüstungskontrolle könnte Berücksichtigung finden.

Da Annahme des Vorschlags, so wie er präsentiert wurde, nicht akzeptabel ist (d.h. Verhandlungen unter Einschluß der deutschen PIa bei gleichzeitigem Aus-

14 Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher, das der amerikanische Botschafter Burt am 6. April 1987 übergab, vgl. VS-Bd. 11360 (220).

15 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 3. April 1987, der amerikanische Sonderbotschafter Nitze habe Ministerialdirektor Rühle, Bundesministerium der Verteidigung, am selben Tag in Washington zur Behandlung von SRINF in einem INF-Abkommen erklärt, „wenn conversion oder eine neue Nachrüstung in Westeuropa politisch nicht durchsetzbar sei (er sei sich der diesbezüglichen Probleme bei uns durchaus bewußt), stelle sich die Frage, ob nicht dann Annahme der Null-Lösung auch in diesem Bereich ratsam sei. Auf diese Weise gelinge es, ein sowjetisches Übergewicht in diesem Bereich zu beseitigen, ohne auf westlicher Seite von dem ‚right to match' Gebrauch zu machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1642; VS-Bd. 12167 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

16 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

schluß der ca. 600 sowjetischen Scud, die insbesondere Ziele in der BR Deutschland bedrohen können), kommen aus Sicht der Bundesregierung folgende Optionen in Betracht:

a.a) Bestehen auf Ausschluß der deutschen PIa

Es würde sich dabei um Verhandlungen handeln, die entgegen dem Ministerbeschluß vom 31.3.1987 die Scud nicht einbeziehen. Eine solche Position könnte damit begründet werden, daß die PIa auch ein Gegenstück zu den sowjetischen Scud darstellen.

Für die SU würde das Gegenstück auf westlicher Seite zu den eigenen Systemen fallen[17], da der Westen im Reichweitenband von 500 bis 1000 km außer über die deutschen PIa über keine Systeme verfügt. Zu dem möglicherweise von der SU anvisierten ersten Ergebnis – gleiche Obergrenzen von 72 Systemen – könnte es nicht kommen. Dies könnte sie veranlassen, nun doch ihrerseits einen Null-Vorschlag zu unterbreiten.

Für uns wäre die Lage dann wie oben unter b): Vorschlag, der von anderer Seite kommt, ist schwer zurückzuweisen.

b.b) Verlangen nach Einbeziehung der sowjetischen Scud

Damit wären alle SRINF einbezogen. Dem Ministerbeschluß vom 31.3.1987 wäre insoweit nicht entsprochen, als die deutschen PIa Verhandlungsgegenstand würden; dies stünde auch mit den vereinbarten Bündniskriterien nicht in Einklang.

Zwar hatte die Bundesregierung im Juli 1983 bei den ersten INF-Verhandlungen die Position entwickelt, daß wir im Rahmen von „constraints“ dem Einfrieren der Zahl amerikanischer GK auf PIa-Raketen zustimmen, auch soweit die Trägerraketen unserer Verfügungsgewalt unterliegen. USA griffen dies damals nicht auf.

Es ist aber nicht sicher, daß das BMVg heute in bezug auf SRINF-Verhandlungen zu einer vergleichbaren Position bereit wäre. Es könnte vor allem argumentieren, daß die Einbeziehung der PIa in Verhandlungen die Modernisierung dieser Systeme[18] erheblich erschweren würde.

c.c) Verlangen nach Einbeziehung der Scud und Ausschluß der PIa

Dies wäre die für uns optimale Lösung: Unsere Position, wie sie im Ministerbeschluß vom 31.3.1987 zum Ausdruck kommt, wäre voll gewahrt. Die deutschen PIa wären nicht in den Verhandlungen exponiert. Allerdings könnte die SU auf die Einbeziehung dieser Systeme insistieren. Dem könnte – außer mit dem Hinweis auf die Ablehnung der Einbeziehung nicht-amerikanischer Systeme – entgegengehalten werden, daß es im WP ca. 125 nicht-sowjetische Scud mit sowjetischen GK gibt.

Das Ergebnis könnte sein, daß die SU die Einbeziehung der Scud ablehnt und damit zur Lösung a.a) kommt.

Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Hartmann

VS-Bd. 11360 (220)

17 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „fehlen“.

18 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

110

Botschafter Nestroy, San José, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 100 **Aufgabe: 14. April 1987, 16.30 Uhr**
Citissime **Ankunft: 15. April 1987, 01.25 Uhr**

Betr.: BM-Besuch COS[1]

Bezug: DB Nr. 97 vom 13.4.1987 – Prot 705.00[2];
hier: Vermerk Gespräch BM–Präsident Arias[3]

BM leitete Thema „Arias-Plan" mit Hinweis auf sein jüngstes Gespräch mit AM Iglesias von Uruguay[4] ein. Dieser hätte seine volle Unterstützung für „Plan" dargelegt, die er auch auf Contadora-plus-U-Gruppe-Treffen in Buenos Aires 13.4.87[5] vorbringen werde.

Arias versicherte, COS hätte von Anfang an Contadora unterstützt.[6] Eine der Schwächen von Cont.[7] sei die mangelnde Unterstützung durch Washington: Dort hätte man nicht die Notwendigkeit eingesehen, daß Lösung von außen nach ZA hineingetragen werden solle. Vor allem habe sich dort auch das Mißtrauen gegenüber Mexiko ausgewirkt.

Arias erläuterte den Unterschied zwischen seinem „Plan" und Cont.:

„Plan" sähe Demokratisierung der einzelnen ZA-Länder als Grundvoraussetzung für Problemlösung mit anschließender Friedensregelung. Cont. lege Priorität auf Lösung interner und angeblicher externer Sicherheitsprobleme, danach erst sei Frieden, danach dann erst Demokratisierung möglich.

Für Arias kann es keinen Frieden ohne vorherige Demokratisierung geben: Die Guerilla existiere, weil ihr keine Möglichkeit zu demokratischer, interner Beteiligung an politischer Meinungsbildung und Gestaltung gegeben werde.

Wenn MEX behaupte, es könne nicht in dieser Richtung auf NIC einwirken, da dies Einmischung wäre, so ist das unredlich: MEX, zusammen mit französischem AM[8], hätte unzweideutig von Duarte den Dialog mit der ELS-Guerilla gefordert.

1 Nach einem Aufenthalt vom 7. bis 9. April 1987 in Venezuela besuchte Bundesminister Genscher vom 9. bis 13. April 1987 Costa Rica. Vgl. dazu und zum Arias-Plan auch Dok. 103 und Dok. 108.

2 Botschafter Nestroy, San José, gab einen Überblick über den Besuch des Bundesministers Genscher vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica. Neben der Botschafterkonferenz und dem einstündigen Gespräch mit Präsident Arias habe Genscher ein Gespräch unter vier Augen mit dem costaricanischen Außenminister Madrigal geführt und das Parlament sowie die Deutsche Schule besucht. Ferner habe er „mit Minister Danilo Jiménez Veiga, Sonderberater des Präsidenten u. a. in Flüchtlingsfragen", mit „Präsidialminister Rodrigo Arias Sánchez, dem Bruder und engsten Berater des Präsidenten", mit den dortigen Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten sowie mit dem Erzbischof von San José, Arrieta Villalobos, gesprochen. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146523.

3 Das Gespräch fand am 9. April 1987 in San José statt.

4 Bundesminister Genscher führte am 28. März 1987 ein Gespräch mit dem uruguayischen Außenminister Iglesias am Flughafen in Frankfurt am Main.

5 Zum Treffen der Außenminister der Contadora-Staaten und der Unterstützergruppe vgl. Dok. 103, Anm. 27.

6 Zum Contadora-Prozeß vgl. Dok. 103, Anm. 9.

7 Contadora.

8 Jean-Bernard Raimond.

Arias betonte, er hege keine Zweifel an der Legitimität des NIC-Präsidenten Ortega. Er hatte diesem im „Plan" deshalb keinen Dialog mit den Contras vorgeschlagen, da dies sinnlos gewesen wäre. Zunächst käme nur Dialog mit interner Opposition in Betracht. Die erste Reaktion sei völlig ablehnend gewesen, vor allem als Folge der Verärgerung, daß Ortega nicht nach San José[9] eingeladen worden sei. Nach Studium des Vorschlags hätte NIC-Regime jedoch den Wert des „Plans" erkannt.

Arias unterstrich, der „Plan" sei nicht gegen Cont. gerichtet, liege vielmehr innerhalb der Prinzipien und des Geistes desselben. „Plan" ist jedoch im Hinblick auf interne Aussöhnung und Demokratisierung sowie die Fristenvorschläge konkreter.

Sehr ermutigend seien internationaler Beifall für „Plan", zuletzt nach Senats-Abstimmung 97:1[10], die Schreiben verschiedenster US-Abgeordneter an Reagan.

Arias schob die Gründe nach, weshalb er Ortega nicht zum Gipfel von San José am 15.2.87 eingeladen hätte: Die Gefühle der COS-Bevölkerung gegen NIC-Kommandanten seien so stark negativ ausgeprägt, daß unschöne Demonstrationen in feindlicher Atmosphäre gegen Ortega unvermeidbar gewesen wären. Dies wäre von NIC mit Sicherheit auch zu Lasten von COS propagandistisch ausgeschlachtet worden. Das COS-Volk sähe sich von Sandinisten betrogen.

BM pflichtete bei, „wie wir alle auch".

Arias legte dar, daß z. Z. eine COS-Mission in Managua die Ansichten des Regimes zum „Plan" sondiere. Danach werde er die Chancen für Esquipulas (25./26. Juni[11]) besser einschätzen können.

Arias bemerkte etwas resignierend, die verbale Unterstützung des „Plans" seitens der US-Administration sei nur „lip-service". Deshalb bitte er BM hiermit um seine Unterstützung für „Plan". Diese könne u. a. darin bestehen, daß er in Bonn bei den Christdemokraten werbe, auf die Präsidenten Cerezo und Azcona Einfluß zu nehmen. ELS und HON seien jedoch seine Hauptsorge: Es bestehe tatsächlich die Gefahr einer Spaltung der „Vier". Deshalb bitte er BM auch um Intervention bei ELS-Präsident Duarte.

BM versicherte Arias, er werde bei dem AM-Treffen der EG am 26.4.87[12] und den Gesprächen mit der US-Administration in Washington am 7./8. Mai

9 Zum Treffen der Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala) und Duarte (El Salvador) am 15. Februar 1987 in San José vgl. Dok. 37, Anm. 27.

10 Botschafter van Well, Washington, legte am 3. April 1987 dar, die amerikanische Regierung halte „an bisheriger Doppelstrategie (politischer und militärischer Druck auf NIC) weiterhin ohne Abstriche fest. Dabei werden einerseits die Contras bei ihrem Kampf soweit wie möglich unterstützt; andererseits ist man bemüht, den zweiten Pfeiler dieser Politik, die Verhandlungsschiene, zu aktivieren. Im Mittelpunkt der letztgenannten Bemühungen steht dabei der COS-Friedensvorschlag, dem ungeachtet wichtiger Schwachstellen ein unterstützenswertes Potential zuerkannt wird, NIC entweder einzubinden oder – im Falle von NIC-Verweigerung – als für jedermann sichtbar intransigent in die Ecke zu drängen. Insofern paßt die internationale Zustimmung, einschließlich derjenigen aus dem US-Kongreß (97 zu 1 Abstimmung im Senat), durchaus ins Konzept der Administration." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1628; Referat 204, Bd. 135407.

11 Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

12 Bei der EG-Ministerratstagung am 26./27. April 1987 in Luxemburg wurden u. a. die „Leitlinien für 1987 betreffend die Aufteilung der finanziellen Hilfe für Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas" verabschiedet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4 des Botschafters Ungerer, Brüssel (EG), vom 27. April 1987; Referat 410, Bd. 136088.

87[13] den „Plan“ zur Sprache bringen und für seine Unterstützung werben. BM stellte „Plan“ in den Zusammenhang von Cont., welcher dadurch neue Impulse erhalten könne.

Arias räumte ein, es sei durchaus möglich, daß „Esquipulas“ eine Vorstufe zu einer neuen Cont.-Phase würde.

Auf die Frage des BM zu der Entscheidungsfreiheit des NIC-Regimes gab Arias seiner Meinung Ausdruck, die Kommandanten hingen von Moskau und Havanna ab, dabei evtl. eher von Fidel Castro. Zu den Aussichten des „Planes“ meinte er: Wenn die Kommandanten ihn ablehnten, wären sie entlarvt, wenn sie ihn annähmen, würden sie ihn nicht erfüllen.

BM fragte nach der Haltung Duartes und ob dieser unter Druck der Militärs stünde.

Arias bekräftigte letzteres, der starke Mann sei General Blandón. Duarte hätte ihm (Arias) am 15.2. versichert, daß er im Falle seiner vorbehaltslosen Unterzeichnung des „Planes“ innerhalb 24 Stunden seines Postens enthoben wäre. Hinter Blandon und dem ELS-Militär stünde Washington.

Arias führte weiterhin aus, daß z. Z. alle vier demokratischen ZA-Regierungen untereinander und in NIC sondierten, wie die Aussichten für eine Übereinkunft in Esquipulas stünden.

BM legte dar, daß seiner Meinung nach der „Plan“ zeitlich vorteilhaft vorgelegt worden sei. Die Sowjetunion hatte in Vergangenheit viele Fehler begangen, die sie künftig vermeiden wollte. Sie hatte erkannt, daß die Ergebnisse vieler Unternehmen eher zu Belastungen als zu Erfolgen geführt hätten. Deshalb sei zu vermuten, daß sich Moskau jetzt eher zurückhalten werde. Generalsekretär Gorbatschow wolle Zeit gewinnen. Deshalb sei die „Konjunktur“ für Initiative relativ gut. BM wiederholte, er werde sich beim EG-AM-Treffen und in Washington, aber auch am 13.4.87 bei Duarte für „Plan“ verwenden.

BM ließ sich von Arias über die COS-Wirtschaftslage unterrichten. Arias verhehlte seine Sorgen über die bestehenden und bevorstehenden Schwierigkeiten nicht.

BM schnitt die deutsche FZ mit 52,5 Mio. DM in Pipeline an und unterstrich das Interesse der Bundesregierung, daß die Mittel nach Schaffung der ausstehenden COS-Voraussetzungen möglichst bald zum Einsatz kämen.

Arias wies auf die Härten für die Wirtschaft in COS hin, die aus den unumgänglich zu akzeptierenden Bedingungen des IMF und der Weltbank folgen würden. Es werde ein hoher Preis mit Gefahr für den sozialen Frieden in COS sein. Aber COS hätte keine andere Möglichkeit, als härter zu arbeiten. CBI[14] hätte bisher

13 Zur Verschiebung des Besuchs des Bundesministers Genscher in den USA vgl. Dok. 114, Anm. 2.

14 Caribbean Basin Initiative.
Referat 331 vermerkte am 31. Mai 1985: „Durch ein 1984 beschlossenes Gesetz werden für zwölf Jahre Importe in die USA aus Ländern des karibischen Raums zollfrei eingeführt werden können. Die Entwicklungshilfe für den Raum soll vervierfacht werden. Auf Druck des Senats hat es allerdings erhebliche Ausnahmen von der Zollfreiheit gegeben: Öl (betrifft vor allem Mexiko), Textilien, Schuhe, Lederwaren, Fischkonserven. Der Erfolg der CBI ist bisher eher mäßig, der Handel mit den Ländern des karibischen Raums ist zwar um 18 % gestiegen, die Steigerungsrate liegt jedoch deutlich unter der Steigerung des Gesamthandels, die bei über 30 % liegt. […] Die Präferenzen der Caribbean Basin Initiative kommen allen Ländern Zentralamerikas und

COS keine Erleichterungen gebracht, vielmehr hätte sich in USA ein neuer Protektionismus entwickelt.

Zur Auslandsverschuldung erklärte Arias, COS werde keine neuen Kredite bei Geschäftsbanken aufnehmen, sondern dies nur bei Weltbank und IMF sowie über bilaterale FZ tun. Er sei bestrebt, die COS-Abhängigkeit von AID[15] zu verringern, da eben doch eine gewisse politische Einflußnahme damit verbunden sei.

Arias ließ nunmehr Kulturminister Carlos Francisco Echeverría holen. Dieser trug das Projekt des Baus einer „Plaza de la Democracia" vor und bat BM um finanzielle Unterstützung seitens der Bundesregierung. Zur 100-Jahr-Feier der COS-Demokratie solle 1989 der Platz eingeweiht werden.

BM sagte wohlwollende Prüfung zu, sobald die Vorstellungen über anfallende Aufgaben und Kosten konkreter und der Botschaft zugeleitet worden seien.

[gez.] Nestroy

Unterabteilung 33, Bd. 146523

Fortsetzung Fußnote von Seite 560

der Inselkaribik zugute – mit Ausnahme von Kuba und Nicaragua." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146693.

Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 13. August 1987: „Der Ways-and-Means-Ausschuß des Repräsentantenhauses hat am 5.8.1987 einen Gesetzentwurf zur Revision der ‚Caribbean Basin Initiative' (CBI), der 1983 ins Leben gerufenen Initiative Präsident Reagans zur Verbesserung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Karibik und Zentralamerika, vorgelegt. Der Entwurf (Caribbean Basin Economic Recovery Expansion Act of 1987) ist Resultat eingehender Anhörungen des Kongresses, die durch vielfältige Kritik am ausbleibenden Erfolg der CBI ausgelöst wurden. Kritische Bewertungen waren u. a. auch von führenden Staats- und Regierungschefs der Länder des karibischen Beckens und Zentralamerikas auf der letztjährigen Caribbean-Basin-Konferenz in Miami vorgetragen worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3431; Unterabteilung 33, Bd. 146693.

15 United States Agency for International Development.

111

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-381.00/1 **15. April 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (UNCPICPUNE[3]), Genf, 23.3.–10.4.87

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Die VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie ging am 10.4.1987 in Genf nach einer dreiwöchigen Konferenzdauer ohne substantielles Schlußdokument zu Ende.

I. Vorgeschichte

1) Die Veranstaltung der PUNE-Konferenz geht auf Res 32/50 der GV der VN (1977) zurück.[4] Dem Beschluß lag die wachsende Sorge der EL zugrunde, ihnen könnte der Erwerb von Anlagen und Technologien für die friedliche Nutzung der Kernenergie durch die IL verwehrt werden. Begründet war diese Sorge durch die Formulierung und Verschärfung bestehender nationaler Vorschriften für den Handel mit Nukleargütern sowie die Abstimmung von Richtlinien für den Nuklearhandel im Kreise der nuklearen Hauptlieferländer (sog. Londoner Richtlinien[5]). Diese Aktivitäten waren unter dem Eindruck der Zündung eines nuklearen Explosivkörpers in Indien[6] durchgeführt worden.

2) Die Konferenzvorbereitungen gestalteten sich äußerst schwierig; erst 1983 gelang es, eine Tagesordnung zu vereinbaren, die das Versorgungsinteresse einerseits und die Nichtverbreitungserwägungen andererseits in allseits akzep-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Mann konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 16. April 1987 und erneut am 15. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat Kenntnis."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 19. Mai 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Mann „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Mann erneut vorgelegen.

3 United Nations Conference on the Promotion of International Co-operation in the Peaceful Uses of Nuclear Energy.

4 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 32/50 der VN-Generalversammlung vom 8. Dezember 1977 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVI, S. 502.

5 Auf amerikanische Einladung trat am 23. April 1975 in London eine Konferenz von Vertretern der sieben wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, UdSSR, USA) zusammen, um Maßnahmen zur Verhinderung nuklearer Proliferation zu prüfen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 104.
Auf ihrer vierten Konferenz am 4./5. November 1975 in London verabschiedete die sogenannte „Suppliers' Group" ad referendum Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.
Nach dem Beitritt weiterer Staaten und verschiedenen Textänderungen und -ergänzungen wurden die Richtlinien am 11. Januar 1978 der IAEO übergeben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 171–181.

6 Am 18. Mai 1974 führte Indien einen unterirdischen Atomtest durch. Zur Reaktion der Bundesregierung vgl. AAPD 1974, II, Dok. 228.

tabler Form berücksichtigte. Darüber hinaus wurde von den IL, insbesondere von den USA, sichergestellt, daß Konferenzentscheidungen, die die Substanz der Prinzipiendiskussion betrafen, dem Konsensprinzip unterliegen. Mit dieser Vorentscheidung und dem politischen Willen einiger IL, keine Prinzipien vereinbaren zu wollen, die hinter dem gewachsenen Nichtverbreitungsregime zurückbleiben, war der Ausgang der Konferenz bereits vorgezeichnet.

II. Konferenzverlauf

1) Die mühsame Konferenzvorbereitung zeigte sich auch darin, daß sich die EL erst am Tag der Konferenzeröffnung gegen die Vorbehalte Irans auf einen Kandidaten, den ägyptischen VN-Botschafter in Wien, Mohamed Shaker, für den Konferenzpräsidenten einigen konnten.

2) Die Prinzipiendiskussion im 1. Ausschuß, die auf der Grundlage eines Arbeitspapiers der G77 geführt wurde, bestätigte schon sehr bald, daß konsensfähige Lösungen nicht erreichbar sein würden:

– Von seiten der EL und den Nicht-Mitgliedern des NVV[7] wurde vor allem das souveräne Recht eines jeden Staates zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und zum freien Zugang zur Nukleartechnologie ohne jegliche Diskriminierung betont (Wortführer Brasilien für die G77, Argentinien, Indien, Iran).
– Die IL (USA, Kanada, Australien, Schweden) hingegen legten das Gewicht mehr auf das souveräne Recht der Staaten, über das „Ob“ und „Wie“ ihres Nuklearhandels unter Beachtung von Nichtverbreitungserwägungen zu entscheiden.
– Extremen Vorstellungen, wie der Möglichkeit sog. „peaceful nuclear explosions“ im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, standen
– Forderungen nach einer umfassenden Unterstellung aller friedlichen Kernenergieaktivitäten eines Landes unter IAEO-Sicherungsmaßnahmen und der Verzicht auf Aktivitäten in sensiblen Bereichen des Brennstoffkreislaufs als Voraussetzung für eine internationale Zusammenarbeit unversöhnlich gegenüber.

Als Ergebnis seiner nahezu zweiwöchigen Beratungen konnte der 1. Ausschuß lediglich eine Sammlung in sich widersprüchlicher Prinzipien an das Plenum überweisen.

3) Weniger kontrovers verlief die Arbeit im 2. Ausschuß, dem die Diskussion der Rolle der Kernenergie in allen Anwendungsbereichen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung übertragen war. Der Ausschuß nahm 103 technische Beiträge zu diesem Themenbereich, davon sieben von Experten der Bundesrepublik, und 66 Vorschläge für eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie entgegen. Eine einvernehmliche Verabschiedung wenigstens eines Teils dieser Vorschläge kam jedoch nicht zustande, da einigen der EL diese Arbeit der Konferenz nachrangig zur Prinzipiendiskussion erschien.

4) Der Versuch des ägyptischen Konferenzvorsitzenden, doch noch ein konsensfähiges und substantielles Ergebnis herbeizuführen, konnte bei den unüberbrück-

[7] Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

baren Gegensätzen in der Prinzipiendiskussion nicht gelingen. In dem abschließenden faktischen Konferenzbericht nimmt die Darstellung der Arbeit der Konferenz nur mehr noch eine Seite ein und verweist im wesentlichen darauf, daß die Themen der Konferenz im Rahmen der IAEO weiter zu behandeln sind.

III. Bewertung

1) Verlauf und Ergebnis der PUNE-Konferenz haben unsere Zweifel an dem Sinn und der Zweckmäßigkeit dieser Konferenz bestätigt:

– Die mit der Konferenz ursprünglich verfolgten Ziele waren im Verlauf der nahezu zehnjährigen Vorbereitungszeit entweder obsolet geworden, oder es hatte sich in anderen Foren erwiesen, daß konsensfähige Kompromisse nicht zu erreichen sind.
– Die Sorge der EL, durch das sich etablierende Nichtverbreitungsregime vom Erwerb von Anlagen und Technologien für die friedliche Nutzung der Kernenergie abgeschnitten zu werden, hat sich weitgehend als unbegründet erwiesen. Lediglich in Einzelfällen haben Nichtverbreitungserwägungen Lieferungen von Nukleargütern verhindert. Insgesamt jedoch besteht eine intensive internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Dies hat die PUNE-Konferenz in ihrem 2. Ausschuß belegt – dies wird auch von den meisten EL anerkannt. Die Formulierung neuer Prinzipien für die internationale Zusammenarbeit, die nur unter Aufgabe wesentlicher, auf dem NVV beruhender Positionen zu erreichen gewesen wäre, ist insofern keine Notwendigkeit für den Nuklearhandel.
– Im Herbst 1985 hatten die 132 Mitgliedstaaten während der Dritten Überprüfungskonferenz des NVV[8] die Vertragsziele bekräftigt. Danach konnte niemand erwarten, die PUNE-Konferenz könnte den Ost-West-Konsens in Nichtverbreitungsfragen aufbrechen und Prinzipien unterhalb der im NVV vereinbarten Grundsätze erreichen.
– Genausowenig konnte es überraschen, daß es den EL nicht gelang, im Zusammenhang mit den Fragen des internationalen Nuklearhandels ihre Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu fördern.
– Belastet wurde die Konferenz letztlich auch noch durch die Tatsache, daß mit Irland nunmehr erstmalig ein Staat seine nationale Anti-Kernkraft-Politik aktiv auch in einem multilateralen Gremium durchzusetzen bemüht ist.

2) Für die Bundesregierung kann die in den Medien wiedergegebene Beurteilung eines Scheiterns der PUNE-Konferenz nicht geteilt werden. Wir haben eine Einigung in der Prinzipienfrage weder erwartet noch gewünscht, da eine solche Einigung nur zu Lasten nationaler deutscher Positionen zur Nichtverbreitungspolitik gegangen wäre. Als positives Ergebnis der Konferenz kann von uns festgehalten werden, daß die zentrale Rolle der IAEO für die internationale Zusammenarbeit bestätigt und kein weiterer Mechanismus neben der IAEO etabliert wurde. Wir haben in der Konferenz unsere konstruktive Rolle im internationalen Konzert unterstrichen, die Leistungsfähigkeit unserer Industrie dargestellt und uns als Partner für eine verantwortungsbewußte Zusammenarbeit

8 Die Dritte Überprüfungskonferenz zum Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen fand vom 27. August bis 21. September 1985 in Genf statt.

bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie empfohlen. Neue oder zusätzliche finanzielle Verpflichtungen hat die PUNE-Konferenz für uns nicht erbracht. Der Konsens der Nuklearlieferländer für eine den Zielen der Nichtverbreitung verpflichtete Exportpolitik blieb gewahrt.

3) Die Themen der PUNE-Konferenz werden in der internationalen Diskussion weiterbehandelt. Sie werden insbesondere auf der Vierten NV-Überprüfungskonferenz im Jahre 1990[9] eine Rolle spielen, wenn die Weitergeltung des 1995 auslaufenden NVV diskutiert wird. In dieser Diskussion werden die Forderungen nach einer besseren Ausbalancierung der Rechte und Verpflichtungen der Kernwaffen- und Nichtkernwaffenstaaten in einem nach 1995 weitergeltenden NVV eine befriedigende Antwort finden müssen. Für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie wird aus dem Verlauf und dem Abschluß der PUNE-Konferenz kein Schaden erwachsen.

Jelonek

Referat 431, Bd. 153226

112

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

210-303.B VS-NfD **15. April 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: 750-Jahr-Feier[3];
hier: Lage nach Absage der Teilnahme GS Honeckers am West-Berliner Festakt (30.4.1987)[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu III.

I. 1) Auf Ebene der Bonner Vierergruppe zeigten sich die Alliierten über die mögliche weitere Entwicklung in der Einladungsfrage besorgt. Ihnen lagen aus Ber-

9 Die Vierte Überprüfungskonferenz zum Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen fand vom 20. August bis 15. September 1990 in Genf statt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. April 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 7. Mai 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 9. Mai 1987 vorgelegen.

3 Zu den 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. Dok. 70.

4 Am 13. April 1987 meldete die Nachrichtenagentur ADN, der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, werde nicht an der Eröffnung der 750-Jahr-Feier in Berlin (West) am 30. April 1987 teilnehmen. Begründet wurde dies mit einem am Vortag in der Tageszeitung „Berliner Morgenpost" veröffentlichten Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, vom 4. Juli 1986 an die Ministerpräsidenten der Länder, in dem Diepgen seine Kollegen bat, nicht an den Feiern der DDR teilzunehmen, weil deren „Darstellung Ost-Berlins als Hauptstadt und integraler Teil der DDR" dem Vier-Mächte-Status der Stadt widerspreche. Vgl. den Artikel „Begegnung mit Vertreter des Senats von Berlin (West)"; NEUES DEUTSCHLAND vom 14. April 1987, S. 1.

lin und Belgrad (RBM hielt sich am Absagetag dort auf[5]) Berichte vor, nach denen RBM Diepgen die Entscheidung über seine Teilnahme am Ost-Berliner Staatsakt (23.10.1987) erst im Laufe des Sommers treffen wolle und in diesem Zusammenhang immer noch Hoffnung hege, GS Honecker werde in der Lage und bereit sein, zu einer anderen Gelegenheit im Laufe der 750-Jahr-Feier nach West-Berlin zu kommen. Der Chef der Berliner Senatskanzlei, Stronk, hat heute telefonisch mir gegenüber bestätigt, daß RBM Diepgen „mit der Entscheidung abwarten und bei Gelegenheit die Beratungen mit der Bundesregierung fortsetzen will".

2) Die Alliierten drängen nach der jetzt durch die Absage GS Honeckers geschaffenen Lage auf eine baldige Entscheidung RBM Diepgens. Sie gehen nach ihrem Verständnis der Konsultationen davon aus, daß RBM Diepgen seinerseits nunmehr die Einladung zum Staatsakt ablehnt, wären aber bereit, mit der Bundesregierung und RBM Diepgen gemeinsam Überlegungen anzustellen, wie eine solche Absage positiv in den Zusammenhang eines zu vereinbarenden Besuchs RBM Diepgens einer kulturellen Veranstaltung im Ostteil der Stadt gestellt werden kann.

3) Die Alliierten erwarten, daß ihre Beratungen mit der Bundesregierung auf politischer Ebene bald nach der Osterpause[6] fortgesetzt werden und daß in der Zwischenzeit öffentlich keine Festlegungen erfolgen.

II. Wertung

1) Wir müssen die Haltung der Alliierten sehr ernst nehmen. Sie hatten sich entsprechend dem Wunsch der Bundesregierung unter großen Vorbehalten auf eine Gegeneinladung an GS Honecker eingelassen. Sie würden an der Aufrichtigkeit unserer Haltung in der Einladungsfrage zweifeln, falls wir einen evtl. fortbestehenden Wunsch RBM Diepgens, trotz der Absage Honeckers zum Staatsakt zu gehen, unterstützen würden.

2) Es ist nicht auszuschließen, daß demnächst in die Frage des Berliner Reise- und Besucherverkehrs Bewegung kommt.

In Leipzig hatte GS Honecker RBM Diepgen wissen lassen, daß eine positive Prüfung der Verlängerung der Geltungsdauer der Mehrfachberechtigungsscheine von drei auf sechs Monate im Gange sei.[7] Auch werde die freie Wahl des Übergangs bei Ein- und Ausreisen geprüft. Geprüft werde ebenfalls die Einführung der Zweitagesregelung, obgleich es hier Sicherheitsprobleme gebe.

In Anbetracht dessen wäre daran zu denken, daß ein Besuch RBM Diepgens aus Anlaß einer kulturellen Veranstaltung in Ost-Berlin auch einer Begegnung mit GS Honecker dienen könnte, die gegenüber der Öffentlichkeit in den Zusammenhang mit der Erörterung des Berliner Reise- und Besucherverkehrs zu stellen wäre.

5 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, hielt sich vom 12. bis 14. April 1987 in Jugoslawien auf.

6 Karfreitag fiel 1987 auf den 17. April, Ostersonntag war der 19. April 1987.

7 Für das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, am 15. März 1987 in Leipzig vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 491–498.

3) Bei unseren weiteren Überlegungen wird auch zu berücksichtigen sein, daß nach bisher vorliegenden Informationen

– die Ministerpräsidenten des Saarlands, Hamburgs und Bremens[8] von der DDR bereits zum Staatsakt eingeladen wurden,
– MP Lafontaine eine mündliche Zusage gegenüber GS Honecker gemacht hat[9],
– die DDR bei den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern[10] hinsichtlich ihrer Einladung sondiert,
– weitere Einladungssondierungen nicht auszuschließen sind. Allerdings hat die DDR bisher nicht vor, Politiker aus dem Ausland zum Staatsakt einzuladen.

Offensichtlich auch deshalb kann sich das Kanzleramt bisher nicht entschließen, RBM Diepgen von der Teilnahme am Staatsakt abzuraten.

III. Vorschlag

Es wird vorgeschlagen, daß unmittelbar nach der Osterpause auf politischer Ebene zwischen Bundesregierung und Senat entschieden wird, wie weiter zu verfahren ist. Dabei ist in Rechnung zu stellen:

1) Ein weiteres Hinauszögern der Entscheidung RBM Diepgens hinsichtlich seiner Teilnahme am Staatsakt könnte sowohl das Verhältnis zu den Alliierten als auch die innerdeutschen Beziehungen (möglicher Besuch Honeckers in der Bundesrepublik[11]) belasten.

2) Die Absage Honeckers würde eine Absage Diepgens erleichtern. Negative Auswirkungen in der Berliner Öffentlichkeit könnten durch eine Begegnung Diepgen–Honecker auf anderer Ebene aufgefangen werden.

3) Mit den Alliierten könnte über die Teilnahme RBM Diepgens an einer kulturellen Veranstaltung in Ost-Berlin beraten und aus diesem Anlaß eine Begegnung mit GS Honecker verabredet werden. Dies könnte in den Zusammenhang der Gespräche über Erleichterungen im Berliner Reise- und Besucherverkehr gestellt werden.

4) Sofern innenpolitisch opportun, könnte mit den Länderchefs gesprochen werden, um eine mit Berlin solidarische Haltung einzunehmen.[12]

i. V. Kastrup

Referat 210, Bd. 139174

8 Oskar Lafontaine, Klaus von Dohnanyi und Klaus Wedemeier.

9 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 12. März 1987, Ministerpräsident Lafontaine habe mitgeteilt, daß der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, ihn, Lafontaine, im Vier-Augen-Gespräch am selben Tag in Ost-Berlin zur Teilnahme an den 750-Jahr-Feiern eingeladen habe: „Er habe die Einladung angenommen. Die Einladung weiterer Ministerpräsidenten neben dem Regierenden Bürgermeister werde erwogen. Honecker habe dabei die Namen Späth und Rau erwähnt, weitere Einladungen aber nicht ausgeschlossen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 378; Referat 210, Bd. 139174.
Für das Gespräch vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 471–481.

10 Bernhard Vogel, Lothar Späth und Franz Josef Strauß.

11 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

12 Zur Ausladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, durch die DDR vgl. Dok. 131.

113

Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 683 **Aufgabe: 15. April 1987, 13.30 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 15. April 1987, 12.56 Uhr**

Betr.: Schließung des hiesigen Goethe-Instituts[2];
hier: Gespräch mit StS Mansouri vom 15.4.87

Bezug: DE 159 vom 7.4.87 – 601-640.00 IRN[3]

Auf Weisung

1) Einstündiges schwieriges Gespräch mit StS Mansouri hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

– Schließung des Goethe-Instituts ist endgültig und unwiderruflich.
– Die entsandten Mitarbeiter des Goethe-Instituts müssen Iran verlassen.
– AM ist nur für Entsandte, nicht aber für Ortskräfte zuständig. Dies obliegt anderen Behörden.
– Botschaft kann bisherige Räumlichkeiten des GIs weiterhin mieten, aber nicht mehr als Institutsgebäude verwenden.
– Frage der Verlängerung der Ausreisefrist für Entsandte wird geprüft.

2) StS Mansouri eröffnete Gespräch mit dem Hinweis, iranische Regierung habe in den letzten acht Jahren große Anstrengungen unternommen, insbesondere seit dem Besuch BM Genschers[4], um der Bundesregierung die Dimensionen der irani-

1 Hat Ministerialdirigent Wegner am 16. April 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 601 wie bespr[ochen]: 1) Gebäude halten; 2) Ortskräfte halten; 3) Neuer Ku[ltur]Ref[erent] kümmert sich um 1) und 2); 4) Einbringen in Gesamtvorlage Iran von D 3."

2 Zur iranischen Ankündigung, das Goethe-Institut in Teheran zu schließen, vgl. Dok. 47. Ministerialdirektor Witte vermerkte am 2. April 1987, das iranische Außenministerium habe mit Verbalnote vom 30. März 1987 verlangt, angesichts der Forderung nach Schließung des Goethe-Instituts für die Versetzung des Lehr- und Verwaltungspersonals zu sorgen: „Wenn nunmehr sechs Wochen nach der inkriminierten Fernsehsendung überraschend doch noch die schriftliche Aufforderung zur Tätigkeitseinstellung des Goethe-Instituts erfolgt, ist dies ein Indiz dafür, daß sich in der iranischen Regierung die orthodoxen Kräfte durchgesetzt haben, die über die Ausschaltung des Goethe-Instituts auf generelle Abschottung Irans gegen westliche kulturelle Einflüsse zielen. […] Jedenfalls sind wir jetzt mit einer iranischen Haltung konfrontiert, die als Abbruch der kulturellen Beziehungen bezeichnet werden kann, mit einer Haltung, die nicht im Zorn, sondern nach wochenlangem, reiflichem Überlegen eingenommen wurde." Vgl. B 96 (Referat 601), Bd. 904.

3 Ministerialdirektor Witte bat die Botschaft in Teheran, „nachzufragen, wie die Verbalnote vom 30.3. im einzelnen zu verstehen" sei, und das Unverständnis der Bundesregierung über „diese weitere Verschärfung" zu bekunden. Im Gegenzug werde die Bundesregierung „die Eröffnung des geplanten ‚Hafez-Instituts' in der Bundesrepublik so lange nicht erlauben, wie dem Goethe-Institut in Teheran die Fortsetzung seiner Tätigkeit nicht erlaubt werde". Ferner sollten entsprechende Maßnahmen angekündigt werden, falls die GI-Bediensteten das Land verlassen müßten. Zur internen Information teilte Witte mit, diese Retaliationen hielten sich unter der Schwelle der iranischen Maßnahmen. Doch wolle man „nicht von uns aus die Schließung des GI verfügen" und „vor allem mit Rücksicht auf die in Beirut entführten beiden Deutschen alles vermeiden, was unsererseits zur Verschärfung dieser Affäre beitragen könnte". Vgl. B 96 (Referat 601), Bd. 904.

4 Bundesminister Genscher besuchte den Iran vom 20. bis 22. Juli 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

schen Revolution[5] deutlich zu machen und die Zusammenarbeit in allen Bereichen, auch auf kulturellem Gebiet, zu vertiefen. Die Reaktionen der Bundesregierung in den letzten drei Jahren auf diese iranischen Bemühungen seien nicht ausreichend gewesen. Auch die Botschaft habe bei der Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse in Iran nicht gut gearbeitet.

StS Mansouri ging dann ein auf Aktivitäten von Konterrevolutionären in der Bundesrepublik und auf den Medienvorfall in Italien[6].

Iranische Seite habe sich immer wieder kritisch geäußert über die Gelegenheiten, die wir Konterrevolutionären für ihre Propaganda in der Bundesrepublik Deutschland geboten haben (Vorfall vor zwei Jahren in München, ein weiterer Vorfall vor einem Jahr in Hamburg). Der Medienvorfall in Italien hätte für andere Länder Warnung sein müssen. Trotzdem habe sich anschließend ein ähnlicher Vorfall in der Bundesrepublik zugetragen.

Pressefreiheit, wie wir sie darstellen, sei für iranische Regierung unverständlich. Pressefreiheit werde nur negativ genutzt. Eine gewisse Kontrolle, ähnlich wie in den Niederlanden (Hinweis auf Absetzung dortiger Carrell-Sendung), gäbe es sicherlich.

Paradigmatisch für feste iranische Haltung im allgemeinen sei Irans Stellung zum aufgezwungenen Krieg[7]. Iran nehme schwere Schäden und einen langjährigen Krieg auf sich, um seine Ziele zu erreichen.

Als weiteres konkretes Beispiel führte StS Mansouri ein Gespräch an, das er vor zwei Jahren mit dem schwedischen Botschafter in Teheran[8] geführt habe. Seinerzeit habe die schwedische Regierung an einer ihrer Universitäten iranischen Studenten Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Zur gleichen Zeit hätten schwedische Massenmedien die Islamische Republik Iran beleidigt. Er habe damals dem schwedischen Botschafter gesagt, Iran könne es ertragen, ohne Ärzte auszukommen, würde aber Beleidigungen nicht hinnehmen.

Von unserer zukünftigen Haltung hänge es ab, ob der Schließung des Goethe-Instituts weitere iranische Schritte folgen würden. Positive und konstruktive Haltung unsererseits würde nicht ohne positive Antwort iranischerseits bleiben. Die letzten Maßnahmen der Islamischen Republik Iran sollten die Bundesregierung veranlassen, sich mehr Gedanken über die zukünftigen Beziehungen zu Iran zu machen. Der daraus folgende Nutzen könne größer sein als der jetzt eingetretene Schaden.

Wenn kein neuer Vorfall eintrete, können die übrigen Beziehungen wie bisher weiterlaufen.

5 Zur Revolution im Iran vgl. Dok. 22, Anm. 3.

6 Botschaftsrat I. Klasse Henatsch, Teheran, berichtete am 29. November 1986: „Sendung italienischen Fernsehens vom 22.11., in der es augenscheinlich im Zusammenhang mit US-Waffenlieferungen an Iran zu kritischer und spöttischer Darstellung Khomeinis kam, hat zu ungewöhnlich scharfer iranischer Reaktion geführt". Der italienische Botschafter sei zweimal ins iranische Außenministerium einbestellt worden; dort sei ihm mitgeteilt worden, daß drei Botschaftsmitarbeiter das Land innerhalb einer Woche verlassen müßten und daß das italienische Kulturinstitut geschlossen werde. Das Institutspersonal könne in Teheran bleiben: „Insofern besteht Hoffnung, in einiger Zeit die Programmarbeit wieder aufnehmen zu können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1630; B 96 (Referat 601), Bd. 904.

7 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 22, Anm. 2.

8 Göran Fredrik Bundy.

3) Ich habe weisungsgemäß unser Unverständnis und unsere Enttäuschung zum Ausdruck gebracht und darauf hingewiesen, daß wir schon die frühere iranische Reaktion als überproportional angesehen hätten. Ich habe erneut die Grundlagen unserer Pressefreiheit dargelegt und entschieden zurückgewiesen, daß die Bundesregierung und die Botschaft nicht alles getan hätten, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf allen Gebieten zu verbessern. Um die Beziehungen nicht zu verschlechtern, hätten wir sogar den schwerwiegenden Vorwurf, die Rudi-Carrell-Sendung sei Ausdruck einer faschistischen und rassistischen Politik der Bundesregierung, ohne Gegenmaßnahme hingenommen.

Auf meinen Hinweis, daß eine Eröffnung des Hafez-Instituts in der Bundesrepublik so lange nicht in Frage komme, wie dem Goethe-Institut in Teheran die Fortsetzung seiner Tätigkeit nicht erlaubt werde, und daß sich die Bundesrepublik weitere Gegenmaßnahmen vorbehalten[9] müsse, stellte er lapidar fest, daß iranische Seite dies bereits einkalkuliert habe.[10]

[gez.] Freitag

B 96 (Referat 601), Bd. 904

114

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3160/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 15. April 1987, 19.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1793 **Ankunft: 16. April 1987, 01.56 Uhr**

Betr.: Deutsch-amerikanische Beziehungen;
hier: Gegenwärtige Problemfelder

Zur Unterrichtung

In den deutsch-amerikanischen Beziehungen gibt es gegenwärtig eine Reihe von Problemen, die sich, insbesondere wenn sie zusammengenommen betrachtet

9 Korrigiert aus: „vorhalten".

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kilian bat die Botschaft in Teheran am 15. April 1987 unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Staatssekretärs im iranischen Außenministerium, Mansouri, um Bewertung, „ob damit eine Wiedereröffnung der Zweigstelle für die Dauer der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Iran ausgeschlossen wird". Vgl. den Drahterlaß Nr. 181; B 96 (Referat 601), Bd. 904.
Botschafter Freitag, Teheran, antwortete am 16. April 1987: „Derzeit ist keine Entwicklung absehbar, die die Voraussetzungen für Gespräche über Wiedereröffnung GI schaffen könnte. Hinzu kommt, daß wir die konkreten Erwartungen an unser künftiges Verhalten schon aus verfassungsrechtlichen Gründen (Pressefreiheit) überwiegend nicht erfüllen können." Eine Übergangslösung halte die Botschaft nicht für sinnvoll: „Iran[ische] Seite hat keinen Zweifel daran gelassen, daß vollständige Schließung GI gewollt ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 688; B 96 (Referat 601), Bd. 904.

1 Das von Gesandtem Henze und Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, beide Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 16. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner verfügte und handschriftlich vermerkte: „StS bittet um restriktive Verteilung."
Hat Wagner am 16. April 1987 vorgelegen.

werden, negativ auf das bilaterale Verhältnis auswirken können. Zur Vorbereitung des Besuchs des Bundesministers am 7. Mai[2] möchte ich folgende Übersicht beisteuern.

1) Im außenpolitischen Bereich sind es folgende Problemfelder, auf die die Botschaft im Einzelfall schon aufmerksam gemacht hat.

a) INF/SRINF

Unsere, die bisherige Bündnisposition zur Diskussion stellende Haltung zu der Frage von constraints für SRINF in einem INF-Abkommen hat in Washington Besorgnis ausgelöst. Diese habe ich persönlich bei kürzlichen Begegnungen mit AM Shultz erfahren. Sie kam deutlich in dem Schreiben von AM Shultz an den BM vom 3.4. zum Ausdruck.[3] Man ist hier besorgt, daß der wichtigste europäische Bündnispartner durch Abrücken von gemeinsamen Positionen die amerikanische Verhandlungsposition bei INF in einem entscheidenden Augenblick beeinträchtigen könnte. Die wiederholten Indiskretionen in deutschen Medien zum Brief des Bundeskanzlers an Präsident Reagan[4], noch bevor dieser hier eintraf, haben die Atmosphäre zusätzlich getrübt. Wir sind hierauf verschiedentlich von Angehörigen des Deutschland-Referats und der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department angesprochen worden.

b) Einladung RBM Diepgen zu Feierlichkeiten in Ost-Berlin anläßlich der 750-Jahr-Feiern.[5] Hier wird vom State Department der Vorwurf erhoben, daß wir nicht mit offenen Karten gespielt hätten. Bei dem Szenario einer Einladung des RBM Diepgen und der Gegeneinladung von Honecker hätten wir suggeriert, daß beide nicht angenommen würden. Unter dieser Voraussetzung habe man Skepsis gegen die beiden Besuche zurückgestellt bzw. nicht offen ausgesprochen. Frau Ridgway hatte im Gespräch mit RBM Diepgen mehrfach gesagt, daß amerikanisches Schweigen zu seinen Überlegungen keine Zustimmung bedeute.[6] Die amerikanische Haltung sei noch nicht festgelegt. Sollte der RBM trotz der jetzigen Absage Honeckers dennoch an den Feierlichkeiten in Ost-Berlin teilnehmen, könnte dies hier erhebliche Verstimmung auslösen. Amerikaner sähen dies als Anzeichen für nachlassende Bereitschaft seitens offizieller West-Berliner Stellen, Statusfragen die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Im State Department hat man uns bereits in der Vergangenheit bedeutet, daß Amerikaner ungern in eine Situation geraten würden, in der sich das Bild einer „Arbeitsteilung“ böte, bei der die Amerikaner für die (unpopuläre) Beachtung von Statusfragen, der Berliner Senat für die (populäre) Entwicklung von Kontakten zu Ost-Berlin und der DDR zuständig wären. Man wird in Washington die Entscheidung

2 Bundesminister Genscher verschob seinen zunächst für 7. Mai 1987 geplanten Besuch in den USA wegen der Bundestagsdebatte am 8. Mai auf den 11. Mai 1987. Vgl. dazu den Artikel „Wechselnde Mehrheit im Streit über die Null-Lösung?“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Mai 1987, S. 1. Zu Genschers Aufenthalt in den USA vgl. Dok. 128.

3 Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher, das der amerikanische Botschafter Burt am 6. April 1987 übergab, vgl. VS-Bd. 11360 (220).

4 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. April 1987 an Präsident Reagan vgl. Dok. 100.

5 Zur Frage der Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, am Staatsakt der DDR anläßlich der 750-Jahr-Feier der Stadt vgl. Dok. 131.

6 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, hielt sich vom 1. bis 4. März 1987 in den USA auf. Er führte u. a. Gespräche im amerikanischen Außenministerium. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1120/1121 des Botschafters van Well, Washington, vom 6. März 1987; Referat 012, Bd. 138650.

des RBM um so sorgfältiger beobachten, als kürzlich beschlossen wurde, daß Deputy Secretary Whitehead in diesem Jahr nicht nach Ost-Berlin reisen wird. Man befürchtet hier, die DDR könnte versuchen, bei einem solchen Besuch des stellvertretenden amerikanischen AM in diesem (Jubiläums-)Jahr (Status-)Punkte zu sammeln. Besorgt ist man hier, daß sich – aus amerikanischer Sicht – die Positionen der Bundesregierung auf der einen Seite, der drei Berlin-Mächte auf der anderen Seite auseinanderentwickeln könnten.

Auch die innerdeutschen Kontakte werden in diesem Zusammenhang mit Aufmerksamkeit verfolgt. Einmal ist man nicht ganz sicher, wie weit sie noch koordiniert ablaufen („Föderalisierung der Deutschlandpolitik"). Zum anderen klingt gelegentlich die Sorge an, daß wir im Interesse eines Ausbaus der Beziehungen die Bündnispositionen weniger dezidiert zur Geltung bringen (z. B. bei Rüstungskontrollgesprächen auf hoher Ebene).

c) Politik gegenüber der SU

In verschiedenen Gesprächen mit Angehörigen des State Department und im Kongreß ist uns in letzter Zeit bedeutet worden, daß die Davos-Rede des BM[7] hier nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen ist. Man habe den Eindruck, wir beurteilten den unter Gorbatschow in Gang gekommenen innersowjetischen Prozeß und dessen Darstellung durch die Sowjets insgesamt zu optimistisch an die sowjetische Ausnutzung der Periode der Entspannungspolitik der 70er Jahre mit.[8] Man halte deshalb[9] hier trotz positiver Anzeichen aus Moskau zunächst weiter an Skepsis und Vorsicht fest.

d) Der Fall Hamadi[10]

Die hier als Hinauszögern des Verfahrens betrachtete Handhabung des Falls Hamadi durch die deutschen Justizbehörden, die noch zu keiner Entscheidung über die Auslieferung Hamadis geführt habe, wird zunehmend als Versuch verstanden, unsererseits Zeit zu gewinnen, um mit den Entführern der beiden in Libanon gefangengehaltenen Deutschen ein „Geschäft" zu machen.[11]

Sollte Hamadi ohne Urteil oder ohne Verbüßung einer angemessenen Strafe abgeschoben werden, so daß er der amerikanischen Justiz entginge, müßte mit einer ernsthaften Verstimmung im deutsch-amerikanischen Verhältnis gerechnet werden. In beiden Häusern des Kongresses sind Resolutionen eingebracht worden (Senator D'Amato und Congressman Dyson), die für den Fall ausbleibender Auslieferung Hamadis ernsthafte Konsequenzen für das bilaterale Verhältnis androhen.

2) Im wirtschafts- und handelspolitischen Bereich kommen die bekannten Irritationen hinzu, die ihren Ursprung in dem der Europäischen Gemeinschaft vorgeworfenen Protektionismus und der als mangelhaft angesehenen Bereitschaft der Bundesregierung zu Maßnahmen für die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft haben.

7 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.
8 So in der Vorlage.
9 Korrigiert aus: „Man deshalb".
10 Durchgängig korrigiert aus: „Hamadei".
11 Zum Auslieferungsfall Hamadi sowie zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 107.

a) Protektionismusvorwurf

In den Bereichen Agrarpolitik[12], Flugzeugindustrie (Airbus)[13] und Telekommunikation werden Europäern protektionistische Tendenzen und Verzerrung des freien Wettbewerbs durch Subventionspolitiken vorgeworfen. Diese Vorwürfe werden innenpolitisch von jenen benutzt, die sich für die Verabschiedung einer protektionistisch gefärbten Trade Bill aussprechen. Die Administration hat trotz aller Bekräftigungen des Prinzips der Freiheit des Welthandels große Schwierigkeiten, den protektionistischen Tendenzen im Kongreß entgegenzusteuern. Den Bemühungen der Europäer, um Verständnis für unseren Standpunkt zu werben, sind enge Grenzen gesetzt. Wir müssen mit erheblichen Schwierigkeiten in diesem Bereich rechnen, zumal die Debatte auch zunehmend emotional geführt wird.

Zu einem besonders problembeladenen Bereich wird sich das agrarpolitische Verhältnis EG/USA entwickeln, bei dem aus hiesiger Sicht inzwischen die Bundesrepublik erhebliche Verantwortung trägt. Bisher konnten hier Konflikte kurzfristig entschärft werden. Angesichts der bevorstehenden GATT-Verhandlungen[14] zeichnen sich jedoch auf diesem Feld zunehmend Schwierigkeiten ab. Die Amerikaner werfen der Gemeinsamen Agrarpolitik vor, protektionistisch zu sein, den amerikanischen Anteil auf dritten Märkten durch Exportsubventionen zu schwächen und amerikanische Exporte in die Gemeinschaft ungerecht zu behindern. Besonderen Ärger hat hier die von der Kommission vorgeschlagene Steuer auf pflanzliche Öle und Fette[15] verursacht, von der die amerikanischen Sojabohnen-Exporte empfindlich betroffen würden.

Ausdruck dieser kritischen Haltung gegenüber der EG ist das Scheitern der Bemühungen einer Anzahl von Congressmen aus Anlaß des 30-jährigen Bestehens der EG, die Bedeutung der Gemeinschaft für die Entwicklung eines engen Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und Europa durch eine Resolution des Repräsentantenhauses zu würdigen.

[16]b) Belebung der deutschen Wirtschaft

Schließlich ist unsere mangelnde Bereitschaft, zusätzliche Maßnahmen zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft zu beschließen, um dadurch unsererseits zum Abbau des amerikanischen Außenhandelsdefizits beizutragen, hier wiederholt kritisiert worden. Die an uns gerichteten Erwartungen bleiben unverändert bestehen. Die Tatsache, daß unter den Überschußländern, von denen Maßnahmen zur Bewältigung des amerikanischen Außenhandelsdefizits erwartet werden, Japan aufgrund der kürzlichen Maßnahmen der Administration[17] gegenwärtig in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt ist, dürfte für uns nur vorübergehend Entlastung bedeuten.

3) Es liegt in der Natur der Sache, daß jeder der hier aufgeführten Problembereiche individuell betrachtet und behandelt werden sollte. Wir weisen hierauf

12 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA vgl. Dok. 42, Anm. 4.
13 Zur Kritik der USA an der Subventionierung des Airbus-Programms vgl. Dok. 25, Anm. 11.
14 Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 42.
15 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13.
16 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1794 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
17 Am 17. April 1987 gab Präsident Reagan in Santa Barbara bekannt, die amerikanische Regierung verhänge ab sofort auf die Einfuhr von japanischen Elektronikprodukten mit Halbleitern einen Strafzoll von 100 %. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 383 f.

selbstverständlich auch, wo immer dies erforderlich erscheint, hin und erläutern dabei jeweils unsere Position in der Einzelfrage. Divergieren unsere Positionen im Einzelfall oder setzen wir die Akzente anders, wie das unter Freunden üblich ist, wird das hier nicht falsch verstanden. Unser bilaterales Verhältnis ist stark genug, vorübergehende Irritationen zu ertragen.

Schwierig wird die Situation durch die zunehmende Tendenz in Kongreß und Öffentlichkeit, die Probleme in einen Zusammenhang zu stellen. Damit geraten unsere Verläßlichkeit als Partner und unsere Bereitschaft zur Lastenteilung im weiten Sinn in die Diskussion. Hinzu kommt, daß die Motive unserer Politik hier gelegentlich nicht klar verstanden werden. Dadurch entsteht der Eindruck, daß unsere Haltung nicht immer voll berechenbar ist. Man übersieht dabei, daß die amerikanische Politik selbst – u. a. wegen des komplizierten Zusammenspiels von Kongreß und Administration – in einigen Bereichen der Außenpolitik immer wieder Schwankungen unterliegt, und glaubt, in den Positionen der beiden anderen wichtigen Partner, F und GB, eine vor allem gegenüber der SU stetigere Haltung zu finden.

Die Bedeutung der Bundesrepublik für das Bündnis und die Ost-West-Beziehungen ist dabei insofern ein komplizierender Faktor, als wir mehr Aufmerksamkeit finden. Bei einem kleineren Partner würde man diese Entwicklung gelassener betrachten. Bei uns könnte das längerfristig Anlaß zu Sorgen und zum Überdenken der eigenen Positionen werden, vor allem im Kongreß, der zu stärkeren, teilweise von unmittelbaren und manchmal ungefilterten Reaktionen des Wählers bestimmten Meinungsumschwüngen neigt.

Eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und mehr Kontakte auch im parlamentarischen Bereich können einiges abfangen. Sie reichen jedoch nicht aus. Zur Beseitigung von Irritationen und Vermeidung von Belastungen sind deutliche Gesten notwendig. Auch in Washington erwartet kaum jemand, daß wir unsere Politik ausschließlich an amerikanischen Vorstellungen ausrichten. Wir sollten aber Prioritäten setzen. Meinungsunterschiede in für uns essentiellen Fragen sind in ihrer Wirkung leichter zu bewältigen, wenn wir einerseits hier unsere Haltung und Motive klar vortragen, andererseits zum Abbau von Irritationen in anderen Bereichen bereit sind. Letzteres sollte, soweit möglich, auch gut hier verkauft werden. Vor allem dabei und bei der Betonung von Gemeinsamkeiten kommt einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit besondere Bedeutung zu.

[gez.] van Well

VS-Bd. 13010 (204)

115

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3175/87 geheim
Fernschreiben Nr. 521
Citissime nachts

Aufgabe: 16. April 1987, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 16. April 1987, 19.18 Uhr

Betr.: Ministerrat 16.4.87 mit Bericht Secretary Shultz über Gespräche in Moskau[2]

Zur Unterrichtung

I. An Sitzung nahmen Außenminister von D, DK, E, GB, I, KAN, L, NL, NWG und US teil. Die anderen Länder waren durch Botschafter vertreten.

Sitzung dauerte knapp zwei Stunden und stand unter Zeitdruck.

II. 1) Shultz begann seine Ausführungen mit Hinweis darauf, daß er im Sinne traditioneller Allianzpolitik besonders auch Menschenrechtsfragen („stiff discussion") erörtert habe, ohne jedoch in Einzelheiten zu gehen.

2) Zu Rüstungskontrollfragen außerhalb INF:

– START: Man habe wenig Zeit gehabt. Besondere Arbeitsgruppe habe nützliche Erörterungen geführt (50 Prozent, 6000 Gefechtsköpfe, 16000 Systeme, Zählweise).
– „Defense and space". US hätten Vorschlag unterbreitet, sieben Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten und dann zu dislozieren. Einbringung vertrauensbildender Maßnahmen, die auch von PM Thatcher in Moskau[3] angesprochen worden seien, z. B. Datenaustausch, „open laboratories", Anwesenheit anderer Seite bei Tests.
– Teststopp: Es habe eine interessante Diskussion gegeben, wobei amerikanischerseits angemessenes Verifikationsregime, für welches nationale Mittel nicht ausreichten, unterstrichen worden sei.

  US habe erneut Zusammenarbeit auf Grundlage CORRTEX[4], SU eine andere Methode angeboten. Man wolle beide vergleichen. Ratifikation Verträge von 1974 und 1976[5] wäre nützlich.

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24 und Anm. 31.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 16. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher, das Ministerbüro, das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Botschafter Holik, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen sowie Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Noch nicht endgültig genehmigter Text."
Hat Klaiber am 21. und 23. April 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 und Staatsminister Schäfer verfügte.
Am 21. April 1987 vermerkte die Telegrammkontrolle, es seien Änderungen am Text des Fernschreibens vorgenommen worden. Vgl. Anm. 14, 16–18 und 20.

2 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 102. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, S. 133–246. Vgl. dazu außerdem GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 599–613, und SHULTZ, Turmoil and Triumph, S. 889–895.

3 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher vom 28. März bis 1. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 79, Anm. 5.

4 Continuous Reflectometry for Radius versus Time Experiments.
Zur Funktionsweise von CORRTEX hieß es in der Presse: „Corrtex takes direct measurements of

– Mit CW habe sich besondere Arbeitsgruppe befaßt. Obligatorische Inspektionen seien für Washington unverzichtbar. Erklärung Gorbatschows in Prager Rede[6] hinsichtlich Verifikation bei Vernichtungszentren sei aufgegriffen worden, und man werde darüber erneut Meinungsaustausch führen.
– „Risk reduction centers". Man nähere sich einer Vereinbarung.[7] Weitere Gesprächsrunde solle folgen.

3) Zu INF folgen „speaking notes" als Anhang.[8]

Zusätzlich zu uns amerikanischerseits übermittelten „speaking notes" sagte Shultz:

Fortsetzung Fußnote von Seite 575

nuclear detonations through a cable inserted into the ground close to the blast. Electrical pulses are transmitted to the end of the cable and back. When the nuclear device explodes, the shock wave crushes and shortens the cable, and scientists determine from the electrical pulses how quickly the cable is shortened. This is used to determine how fast the shock wave moves through the ground and, by inference, how large the blast is. The technique requires that American officials go to the Soviet test site to install and monitor the equipment." Vgl. den Artikel „Reagan Plan on Verifying Nuclear Tests Faulted"; THE NEW YORK TIMES vom 13. Januar 1987, S. C 1.

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken (PNET) mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.
Präsident Reagan bat den amerikanischen Senat mit Schreiben vom 13. Januar 1987, das Ratifizierungsverfahren für die beiden „Schwellenverträge" wieder aufzunehmen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 21 f.
Botschafter van Well, Washington, teilte am 20. Februar 1987 mit, der Auswärtige Ausschuß des Senats habe sich am Vortag zwar prinzipiell für eine Ratifizierung der Schwellenverträge ausgesprochen, zugleich aber eine Resolution verabschiedet, „der zufolge die Ratifikation durch das Plenum des Senats erst nach noch herbeizuführender Vereinbarung von verbesserten Verifikationsbestimmungen erfolgen soll. […] Unter diesen Umständen sieht es nicht so aus, als sei mit einer baldigen Ratifikation der Verträge zu rechnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 863; Referat 222, Bd. 162063.

6 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 vgl. Dok. 109.

7 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 8. Mai 1987, die USA und die UdSSR hätten „am 4. Mai 1987 in Moskau nach vier Gesprächsrunden die Errichtung von Zentren der Verringerung des Risikos eines Nuklearkrieges (Nuclear Risk Reduction Centers) vereinbart". Das paraphierte Abkommen solle beim nächsten Außenminister- oder Gipfeltreffen unterzeichnet werden: „Das Weiße Haus hat in einer Presseerklärung die Vereinbarung als eine praktische Maßnahme zur Verringerung des Risikos eines Konflikts zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bezeichnet, und zwar insbesondere von Nuklearkonflikten, die sich aus Versehen, Fehlinterpretation oder Fehlkalkulation ergeben." Im amerikanischen Außenministerium sei mitgeteilt worden: „Es handele sich um einen Vertrag mit zwei technischen Protokollen, dessen Ziel die Verringerung des Kriegsrisikos, nicht die Steuerung eines Konfliktes (crisis management) sei. Zwischen beiden Hauptstädten werde zusätzlich zum Heißen Draht ein unabhängiger Kommunikationsstrang errichtet, der technologisch zwar dem Heißen Draht überlegen, in seiner Bedeutung diesem jedoch nachgeordnet sei. […] Jede Seite errichte eigene Endpunkte (terminals) und stelle sonstiges Gerät. Zentren auf beiden Seiten würden ausschließlich durch Staatsangehörige der eigenen Seite rund um die Uhr besetzt. […] Zum Gegenstand der über die Zentren ausgetauschten Informationen sagte man uns, in erster Linie werde es sich um Nachrichten über Raketentest o. ä. handeln. Der Routinecharakter des Nachrichtenaustauschs wird unterstrichen. Das Abkommen sehe vor, daß über die Zentren auch der Datenaustausch in Ausführung künftiger Rüstungskontrollabkommen erfolgen könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2118; VS-Bd. 11335 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

8 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. die Drahtberichte Nr. 522 und Nr. 523 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 16. April 1987; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. Anm. 1 und 31.
U. a. trug der amerikanische Außenminister Shultz vor, die UdSSR habe eine Null-Lösung auch für SRINF angeboten: „They propose constraints on SRINF (SS-12/-22 and SS-23). The maximum number

– Bei weltweiter LRINF-Null-Lösung, für die man plädiert habe, werde auch sowjetischer Vorbehalt gegenüber Alaska entfallen, der schon aus Gründen westlicher These „gleicher Sicherheit“ für USA und europäische Alliierte nicht akzeptabel sei.
– Er habe im Kreml unterstrichen, daß Konsultationen mit Verbündeten, deren Notwendigkeit sowjetischerseits ironisch kommentiert worden sei, Folge Allianz freier Länder darstelle.
– Frage BM, ob Sowjets 72 deutsche PIa angesprochen hätten, verneinte Shultz. Es liege in unserem Interesse, dies nicht von uns aus zu tun.

III. An Diskussion in Anwesenheit von Shultz, dem von allen gedankt wurde, beteiligten sich aus Zeitmangel in dieser Reihenfolge nur Andreotti, BM, Poos, Howe, Ellemann-Jensen und Clark.

1) Andreotti: Aufgrund des „Elans“ von Reykjavik[9] Hoffnung auf „positive und konkrete Entwicklung der Verhandlungen“. Fortschritte bei Rüstungskontrolle müßten von solchen im Menschenrechtsbereich und bei den „crises régionales les plus aiguës“ begleitet sein.

Betonung, daß in „entscheidend wichtiger Phase“ Ost-West-Beziehungen INF-Abkommen größte Bedeutung beizumessen sei. Null-Lösung im Sinne von Reykjavik und amerikanischen Vorschlags bei Genfer Verhandlungen[10] im Kontext bei SRINF bestehender Ungleichgewichte. Es gelte unter Berücksichtigung von Parität und Globalität Gleichgewichte auf niedrigerem Niveau zu erreichen, die operationellen Forderungen Strategie flexibler Antwort[11] entsprächen. Zwar müßte „Flucht nach vorne“, sofern erforderliche Ausgangsbedingungen nicht gegeben seien, ausgeschlossen werden, doch sei er überzeugt davon, daß die Ungleichgewichte eher mittels Reduzierungen als durch Neudislozierungen zu korrigieren seien.

Wir seien Shultz besonders dankbar dafür, daß er endgültige Haltung Allianz hinsichtlich jüngster sowjetischer Vorschläge nicht präjudiziert habe. Wichtiger denn eh und je sei vertiefte und schnelle Konsultation über alle Aspekte dieser für Bündnissolidarität vitalen Frage.

Man müsse die substantiellen Informationen, die äußerst bedeutsam seien, aufgrund vorangegangener Studien alliierter militärischer Stellen aufmerksam analysieren.

2) BM sprach Shultz Dank sowohl für Gesprächsführung in Moskau als auch für heutige Unterrichtung aus. Besonders zu würdigen sei seine Klarstellung gegenüber SU, daß wir Allianz unabhängiger Staaten seien, die es zu konsultie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 576

would be the current Soviet level, minus those missiles in the GDR and Czechoslovakia, which would be destroyed in one year. They prefer zero SRINF in Europe but could approach this issue on a global basis. They propose immediate negotiations to incorporate all this in a separate SRINF treaty, thus delinking LRINF from SRINF.“

9 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

10 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

11 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

ren gelte. Damit begännen wir heute. Hinweis auf Sitzungen HLG 22. bis 24.4.[12] und SCG 28.4.[13]

Zustimmung SU zu LRINF-Null-Lösung stelle besonderen Erfolg Allianz dar. Es habe sich um westlichen Vorschlag gehandelt, auf den Osten eingegangen sei, nicht umgekehrt. Er liege im Interesse gerade auch der Europäer, die trotz aller Schwierigkeiten (vor allem 1982/83) standhaft geblieben seien.

Als Lehre biete sich an, daß Bündnis auch jetzt absolute Geschlossenheit zu wahren habe. Dies bedeute bei SRINF nicht nur, daß Lösung geschlossen erarbeitet, sondern dann auch geschlossen vertreten werden müsse, widrigenfalls sich unvorhersehbare Nachteile ergeben würden.

Shultz habe mit Recht unterstrichen, daß bei Frage, wie weit wir gehen könnten[14], unsere Strategie zu beachten sei, die Verhinderung nuklearen sowohl wie konventionellen Krieges diene. BK habe in Brief an Präsidenten vom 7.4.87[15] unterstrichen, daß Null-Lösung für SRINF in der Reichweite zwischen 500 und 1000 km erhebliche Auswirkungen auf Sicherheitslage in Zentraleuropa haben könne[16]. Für uns seien daher eingehende Bündniskonsultationen von entscheidender Bedeutung – der brillante Vortrag von Shultz habe drei Alternativen zur Diskussion gestellt, die es gegeneinander abzuwägen gelte. Jede der drei sei ernst zu nehmen.[17] Dabei gehe es auch darum, inwieweit sie implementierbar seien, und nicht nur um[18] verbale Bekundungen. Die Argumente, die Shultz verwende, auch in seinem Brief[19], seien ernst zu nehmen.[20]

BK habe Präsident Reagan gegenüber schon vor mehr als einem Jahr Bedenken gegen Konversion der P II in P Ib geäußert.[21]

Bei Konsultationen komme es darauf an, daß durch Abrüstung nicht weniger, sondern mehr Sicherheit gewährleistet werde.

Diskussion dürfe nicht auf INF verengt werden und habe vielmehr Gesamtlage zu berücksichtigen:

– LRINF-Abkommen müsse unter Dach und Fach gebracht werden, was für Allianz in ihrer Gesamtheit und besonders auch für die Menschen in Europa wesentlich sei.

12 Über das Treffen der High Level Group (HLG) der NATO vom 22. bis 24. April 1987 in Albuquerque vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 25. April 1987, behandelt worden seien „unter Zugrundelegung einschlägiger Vorarbeiten (GB-D-Papier, SHAPE-Bewertungen) die sicherheitspolitischen Auswirkungen der anstehenden INF-Rüstungskontrollvereinbarungen (0/100 GK LRINF-Abkommen und neuer sowjetischer SRINF-Vorschlag), einschließlich möglicher Anpassungen des nuklearen Potentials der NATO zur Sicherstellung glaubwürdiger Abschreckung des Bündnisses". Der Entwurf eines entsprechenden Berichts sei vorgelegt worden. Vgl. VS-Bd. 12129 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

13 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 119.

14 Der Passus „bei Frage … könnten" wurde gestrichen. Vgl. Anm. 1.

15 Korrigiert aus: „8.4.87".
Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 100.

16 Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „werde". Vgl. Anm. 1.

17 Dieser Satz wurde gestrichen. Vgl. Anm. 1.

18 Dieses Wort wurde gestrichen. Vgl. Anm. 1.

19 Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher, das der amerikanische Botschafter Burt am 6. April 1987 übergab, vgl. VS-Bd. 11360 (220).

20 Dieser Satz wurde handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

21 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan vgl. Dok. 64, Anm. 14.

– Zu SRINF müsse Stellung bezogen werden.
– KRK sei dringlich. Hier sei östliche Überlegenheit wesentliches Argument. Mit überflüssigen und zeitraubenden Verfahrensdiskussionen[22] dürfe keine Zeit mehr verloren werden. Dies sei auch für öffentliche Meinung wichtig, der ganz klar vermittelt werden müsse, wie stark sowjetisches Übergewicht sei. Insoweit sei für SU „Stunde der Wahrheit" einzuläuten.
– CW: Hier hätten sich weitgehende Annäherungen ergeben, und er begrüße es sehr, daß Problem auch in Moskau erörtert worden sei. Westen müsse sich auf einhellige Haltung zu Verifikationserfordernissen einigen.
– Schließlich sei es wichtig, neue sowjetische Führung in Rechnung zu stellen. Ost-West-Beziehungen gelte es auf allen Ebenen auszubauen. Besonders komme es auf vertrauensbildende Maßnahmen an. Erarbeitung westlicher Gesamtstrategie müsse vorangetrieben werden.

Zusammenfassend: Bundesregierung sei überzeugt, daß Moskauer Gespräche bedeutsam und wertvoll gewesen seien. LRINF-Abkommen werde wesentlichen Erfolg darstellen. Annäherungen auch bei SRINF-Frage seien zu begrüßen. Nun müßten hier einschlägige Alternativen untersucht werden. Besonders Anstrengungen bei KRK, Abschaffung CW und Vertiefung Ost-West-Beziehungen seien wichtig.

3) Poos bezog sich auf BM. Es habe in Moskau Schritt nach vorn gegeben. Hinweis auf Zusammenhang nuklearer und konventioneller Rüstungskontrolle. Eile sei geboten. Er werde nächste Woche nach Moskau fliegen[23], und heutige Konsultation sei für ihn deshalb ausnehmend wichtig gewesen.

4) Howe: Es komme besonders auf „overall range" an. Äußerst wichtig seien schnelle Konsultationen, von denen nichts in die Presse dringen dürfe.

Wir sollten nicht in zu niedrige Obergrenzen gedrängt werden („not be allowed to be hustled into too low levels"). Keine „Null-Null-Null-Folgen" („zero-zero-zero sequences"). Es gelte, unsere Rechte zu wahren.

Auch bei SRINF seien weltweite Lösungen wesentlich. Wo und in welcher Weise sei Linie zu ziehen? Hinweis auf nukleare Abschreckung und Strategie flexibler Antwort, die eine Kette von Optionen beinhalte, sei willkommen gewesen. Betonung weltweiter Abschaffung CW.

Er warne vor zwei Begriffen:

– „Where to draw the line": Diese Fragestellung beinhalte Gefahr Interpretation, daß es nur um INF gehe, wobei andere Möglichkeiten Abschreckung (z. B. seegestützte Systeme) aus dem Auge verloren werden könnten. Sie impliziere im übrigen fortschreitende Kürzungen in Form von „Salamischeiben".
– „Denuklearisierung" bzw. „kernwaffenfrei": Man laufe damit Risiko, daß derartiges Konzept überhaupt als diskussionswürdig betrachtet werde. Dies bleibe so lange völlig außer Betracht, als SU selbst über Nuklearwaffen verfüge und/oder konventionell (und chemisch) überlegen sei.

Wir hätten Recht und Pflicht, uns zu konsultieren.

22 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.
23 Der luxemburgische Außenminister Poos hielt sich am 21./22. April 1987 in der UdSSR auf.

5) Ellemann-Jensen: Er sei dankbar dafür, daß Shultz volles Problemspektrum angesprochen habe. DK besitze besonderes Interesse an LRINF-Abkommen mit constraints für [24]SRINF. Es gelte, einschlägige sowjetische Überlegenheit im Auge zu behalten. Entgegenkommen Moskaus sei für Öffentlichkeit deshalb sehr attraktiv. Zweifellos ständen vielerlei Interessen auf dem Spiel. Es gelte jedoch, nicht nur Risiken, sondern auch Möglichkeiten („opportunities") zu sehen. Als allererste („very preliminary") Reaktion wolle er äußern, daß wir es uns nicht leisten könnten, ein attraktives Angebot zurückzuweisen.

6) Clark stellte zur Erörterung, ob es nicht angezeigt sein könne, für Konsultationen Schlußdatum zu vereinbaren, damit sich diese nicht lange hinzögen („mechanism of discipline"). Shultz erwiderte, er stimme mit Clark darin überein, daß letzteres keinesfalls geschehen dürfe. Carrington schlug alsbaldiges Ratstreffen nach SCG-Sitzung 28.4. vor.

7) Van den Broek (nach Weggang Shultz zur Pressekonferenz[25]; Nitze blieb im Saal) erinnerte daran, daß Allianz sich bereits 1981 mit Umgehung LRINF-Regelung befaßt und Einigkeit darüber geherrscht habe, entsprechende Systeme zu beseitigen („undo"). Er pflichte BM bei, daß es nicht nur darum gehe, ein niedrigeres Niveau als solches zu vereinbaren, sondern auch darum, Möglichkeiten Abschreckung nicht zu gefährden („not to jeopardize deterrence").

Er stellte Frage nach unseren 72 PIa. Diese stellten mit britischen und französischen Systemen in gewisser Weise vergleichbaren Komplex dar. Was geschehe mit dem Reichweitenband 150 bis 500 km? Müsse nicht auch über die Scuds gesprochen, d. h. Linie statt bei 500 bei 300 km gezogen werden?

Wesentlich sei LRINF-Abkommen. Es solle besser weltweit gültig sein, d. h. auch die restlichen jeweils 100 Sprengköpfe umfassen.

8) Fernández-Ordóñez: Es dürfe kein „schwarzes Loch" geben. Spanien lehne es zwar ab, auf seinem Territorium Nuklearwaffen zu dislozieren, sei jedoch an wirksamer Abschreckung interessiert. Jede Art von Null-Lösung solle weltweit sein. Wesentlich sei Aufklärung Öffentlichkeit.

9) Stoltenberg erwähnte ganz kurz folgende Punkte:

– Unterstützung LRINF-Abkommen,
– Vorsicht bei Zurückweisung Null-Angebots bei in Frage stehenden SRINF,
– Betonung, wichtig sei Rüstungskontrolle im chemischen und konventionellen Bereich (Hinweis auf BM).

10) Französischer Botschafter[26] machte zwei Bemerkungen:

– „Denuklearisierung" dürfe keinesfalls Atomwaffen von Drittstaaten anvisieren,
– Begriff Null-Option schwäche Sinn für allgemeines Ungleichgewicht.

24 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 522 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

25 Für den Wortlaut der Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz bei der Pressekonferenz am 16. April 1987 in Brüssel vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2123, S. 18–20.

26 Gabriel Robin.

Er stellte zwei Fragen:

– Seien in Moskau – im Sinne der Prager Rede Gorbatschows – Systeme mit Reichweiten unterhalb von 500 km erörtert worden? Antwort Nitze: Nur sehr vage und dahin, daß Gefechtsfeldwaffen bei KRK zu erörtern seien.
– Seien nach Behandlung einschlägiger „constraints" SRINF bei primärem INF-Abkommen Nachfolgeverhandlungen überhaupt noch sinnvoll? Keine Antwort von Nitze.

11) Belgischer Botschafter[27] verwies auf Andreotti und BM. Er unterstrich, es dürfe nach Sitzungen HLG und SCG keine Erklärungen gegenüber Presse geben.

12) Griechischer Geschäftsträger betonte Bedeutung Konsultationen und – im Sinne von B – größte Zurückhaltung gegenüber Presse.

IV. Adjutant BM Wörner erbat heute vormittag „unverzügliche Weiterleitung" Berichts an Anschrift WBK[28] V Stuttgart, G 2. Er wäre für Übermittlung noch heute dankbar, da er am 17.4. nach Australien fliegt.[29]

V. Über Pressekommuniqué, dessen Text sich GS von Rat bestätigen ließ[30], und über Pressekonferenz Shultz wird gesondert berichtet.

[gez.] Hansen

[…][31]

VS-Bd. 14157 (010)

116

Bundesminister Wörner an Bundeskanzler Kohl

19. April 1987[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wenn ich Ihnen kurz vor meiner Abreise nach Australien[2] persönlich schreibe, dann nicht, weil ich an Ihrem Wort zweifle, keiner Null-Lösung im Bereich von 500 bis 1000 km zuzustimmen.

27 Juan Cassiers.
28 Wehrbereichskommando.
29 Bundesminister Wörner hielt sich erst vom 21. bis 24. April 1987 in Australien auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 121/122 des Botschafters Schauer, Canberra, vom 27. April 1987; Unterabteilung 34, Bd. 141086.
Zuvor besuchte Wörner am 20./21. April 1987 Malaysia. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Dufner, Kuala Lumpur, vom 21. April 1987; Unterabteilung 34, Bd. 141086.
30 Für den Wortlaut der Pressemitteilung des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington am 16. April 1987 in Brüssel vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2123, S. 20 f.
31 Im Anhang wurden die „INF talking points for N[orth]A[tlantic]C[ouncil]" des amerikanischen Außenministers Shultz übermittelt. Vgl. Anm. 8.

1 Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen.
2 Bundesminister Wörner hielt sich vom 21. bis 24. April 1987 in Australien auf.

Der unmittelbare Anlaß meines Schreibens ist die erkennbare Pressepolitik des Auswärtigen Amts, die ein öffentliches Meinungsbild zu erzeugen versucht, in dem eine Null-Lösung in diesem Bereich als unvermeidlich oder wünschenswert skizziert wird. Es blieben ja die Nuklearwaffen unter 500 km erhalten, damit bliebe die Strategie der flexiblen Antwort[3] fortbestehen.

Es mag sein, daß eine solche Lösung die bequemste und in der öffentlichen Meinung im ersten Moment die populärste wäre. Sie ist allerdings mit unseren Sicherheitsinteressen nicht vereinbar.

Eine genaue Analyse der „talking points" des amerikanischen Außenministers von Brüssel[4] zeigt, daß er sich aus guten Gründen bedeckt hielt und nicht zugunsten einer der drei Alternativen votierte. Die USA seien bereit, jede Lösung zu akzeptieren, wenn sie von der Allianz geschlossen getragen werde.

Ich möchte Ihnen vor unserem gemeinsamen Gespräch[5] noch einmal sagen, für wie bedeutsam ich unsere Entscheidung halte. Wir kommen damit an den Kern unserer Sicherheit. Was wir jetzt entscheiden, bestimmt unsere nationale Überlebens- und Handlungsfähigkeit möglicherweise auf Jahrzehnte hinaus. Ich übertreibe nicht. Dazu kommen einige besorgniserregende Tendenzen im internationalen Umfeld, die man sich als Rahmenbedingungen für unsere Entscheidung vor Augen halten muß. Die Tendenzen in den USA zur Verringerung des konventionellen Engagements in Europa werden stärker. Ob wir sie auf die Dauer bremsen können, steht dahin. Die Europäer werden trotz anderslautender Beteuerungen ihre konventionelle Abwehrkraft kaum steigern. Tritt zum schrittweisen Abbau unseres atomaren Potentials noch das schrittweise Desengagement der Amerikaner, dann gerät unsere Verteidigungslandschaft in eine unheilvolle Schere. Die asymmetrische konventionelle Abrüstung – als einziger denkbarer Ausweg – wird noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte auf sich warten lassen. Das ist ganz offensichtlich auch die taktische Überlegung Gorbatschows. Er versucht, die Abrüstung auf den nuklearen Sektor zu konzentrieren und verschiebt die konventionelle Abrüstung auf den Sankt Nimmerleinstag. Damit lenkt er vom eigentlichen Sicherheitsproblem Europas – dem konventionellen Übergewicht des Warschauer Pakts – ab. Er dagegen kann aus dem Vollen schöpfen, ohne auch nur eine seiner Optionen zu verlieren.

Das „Military Committee" in Brüssel hat inzwischen die militärische Bewertung der Vorschläge abgeschlossen[6] und kommt zum Ergebnis:

„Die Abschaffung der länger- und kurzreichenden Mittelstreckenwaffen untergräbt die Fähigkeit zu wirksamer Ausfüllung der Strategie der flexiblen Antwort."

3 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

4 Zu den Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz im NATO-Ministerrat am 16. April 1987 in Brüssel vgl. Dok. 115.

5 In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Kohl werde am 27. April 1987 „in einem Gespräch mit Außenminister Genscher und Verteidigungsminister Wörner die Haltung der Bundesregierung zu den Genfer Raketenverhandlungen festlegen". Vgl. den Artikel „In Bonn heftiger Streit über Raketen, Abrüstung, Null-Lösungen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. April 1987, S. 1.
Zum Gespräch im Bundeskanzleramt vgl. Dok. 119, Anm. 6.

6 Für den Bericht des Militärausschusses der NATO „Military Implications of Post-Reykjavik Arms Control Proposals (Zero LRINF and Reductions in Strategic Forces)" vom 14. April 1987 vgl. VS-Bd. 11360 (220).

Ich teile diese Auffassung. Auch der Generalinspekteur[7] und der Führungsstab der Bundeswehr kommen zum selben Ergebnis. Dazu tritt das speziell deutsche Sicherheitsinteresse.

Akzeptieren wir eine weitere Null-Lösung im Bereich von 500 bis 1000 km, dann landen wir als Deutsche in der schlechtesten aller Nuklearwelten. Übrig bleiben 600 Warschauer-Pakt-Scud-B-Raketen mit einer Reichweite von 300 km, die faktisch nur die Bundesrepublik Deutschland bedrohen. Auf unserer Seite bleiben dann nur die eigentlichen Gefechtsfeldwaffen und die Lance mit einer Reichweite von 120 km. Deutschland wäre isoliert und zum Schlachtfeld möglicher nuklearer Kriegsführung deklassiert.

Wir hätten uns des wichtigsten und empfindlichsten Elements der Strategie der flexiblen Antwort, nämlich der Mittel zur vorbedachten Eskalation, entledigt. Übrig blieben lediglich Flugzeuge in der konventionell/nuklearen Doppelrolle. Sie könnten Raketen nicht ersetzen. Ihre Eindringfähigkeit ist angesichts starker sowjetischer Luftverteidigung begrenzt. Außerdem brauchen wir sie gerade in der Anfangsphase eines Konflikts dringend in der konventionellen Rolle.

Zwar könnten die USA eine Rakete mit einer Reichweite bis 500 km entwickeln. Ihre Stationierung würde ebenfalls eine Nachrüstungsdiskussion auslösen. Dann wäre es ungleich besser, im Reichweitenbereich 500 bis 1000 km eine begrenzte und reduzierte Zahl Raketen zu haben. Auch die Beibehaltung unserer 72 deutschen Pershing I a – vorausgesetzt, die Sowjets finden sich damit ab, was ich nicht glaube – wäre nur eine Scheinlösung. Sie sind längstens bis 1991 einsatzfähig.[8] Eine Ersetzung durch ein neues Waffensystem verschlänge angesichts der begrenzten Zahl Unsummen. Ich zweifle auch, ob die USA allein wegen uns solche Produktionskapazitäten aufrechterhalten würden, zumal sie sich sicher zur Schließung ihrer Pershing-Produktionsanlagen in einem INF-Abkommen verpflichten müssen.

Angesichts dieser Lage halte ich es für unabdingbar, daß wir im Bereich der kürzerreichenden Mittelstreckenwaffen einen westlichen Gegenvorschlag entwickeln, der geringere Obergrenzen für die USA wie für die Sowjets vorsieht (ca. 80 auf jeder Seite). Shultz hat das als eine Lösung bezeichnet, die auch die Sowjets akzeptieren würden. Das wäre eine deutliche Reduzierung, und das heißt Abrüstung im Bereich von 500 bis 1000 km, ohne uns völlig zu entblößen. Die Stationierung einer so geringen Zahl von Waffen nach dem Abzug aller Pershing II und Cruise Missiles in Europa ließe sich auch der Öffentlichkeit gegenüber unter Hinweis auf die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts rechtfertigen und auch zeitlich günstig plazieren, zumal der Abzug der Marschflugkörper und Pershing II sich bis ins Jahr 1991/92 hinziehen dürfte.

Entschuldigen Sie, wenn ich Sie im Urlaub damit behellige. Ich wollte Sie rechtzeitig mit den Grundlagen meiner Überlegungen vertraut machen.

7 Dieter Wellershoff.
8 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

In der Hoffnung, daß Sie noch einige schöne Kurtage erleben[9], und mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr M. Wörner

PS: Dieses Schreiben ist rein persönlicher Natur. Außer mir kennt es niemand. Ich lege Ihnen noch den Text meines Interviews bei.[10]

Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl

117

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

212-341.81/2 **24. April 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: KSZE-Folgetreffen in Wien[3];
hier: Innerwestliche Interessenunterschiede

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Unabhängig von den üblichen Interessenunterschieden zwischen West und Ost ist der Erfolg des WFT durch innerwestliche Differenzen in Frage gestellt, die im wesentlichen zwei Bereiche betreffen:

– Einstellung zur Substanz eines Schlußdokuments,

– Positionen im Bereich der Sicherheitspolitik.

I. Substanz des Schlußdokuments

Die USA und Frankreich stehen aus unterschiedlichen Gründen einem „normativen“ Schlußdokument, das Textverbesserungen gegenüber der Schlußakte von Helsinki[4] und dem Madrider Dokument[5] enthält, skeptisch gegenüber:

1) Die USA vertreten grundsätzlich die Auffassung, daß es auf verbesserte Implementierung der bestehenden Verpflichtungen ankomme. Sie sehen den Wert von

9 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 8. bis 26. April 1987 für eine Kur in Bad Hofgastein auf.

10 Dem Vorgang nicht beigefügt.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 24. April 1987 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 214 und Wiedervorlage verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 28. April 1987 vorgelegen.

2 Jürgen Sudhoff.

3 Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. auch Dok. 106.

4 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

5 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

KSZE-Konferenzen vor allem in ihrer Funktion als Überprüfungsorgane, die die Praxis der SU in Menschenrechtsfragen strenger Kritik unterziehen. (Die anderen WP-Staaten stehen weniger im Zentrum des US-Interesses.) KSZE-Konferenzen sind daher für die USA vor allem unter innenpolitischen Gesichtspunkten bedeutsam. (Stellvertretender Delegationsleiter ist der stellvertretende Vorsitzende der KSZE-Kommission des Kongresses, Congressman Hoyer.) Sie haben nicht zuletzt eine gewisse „Alibi-Funktion" zur Entlastung gegenüber ethnischen Minderheiten, gerade bei sich intensivierenden amerikanisch-sowjetischen bilateralen Kontakten. Die USA sind daher – jedenfalls gegenwärtig – nicht bereit, für ein substantielles Schlußdokument der Sowjetunion entgegenzukommen, indem sie etwa prinzipiell gegenüber dem Vorschlag der Moskauer Konferenz[6] eine aufgeschlossenere Haltung einnehmen. Die amerikanische Position wird allerdings wie schon in der Vergangenheit durch sowjetische „Gesten" – Erhöhung der Ausreisezahlen für Juden, Freilassung von Dissidenten, Sacharow![7] – beeinflußt. Am Ende der Konferenz wird auch dieses Mal wieder entscheidend sein, wie US-Interessengruppen die „performance" der SU in Menschenrechtsfragen bewerten.

2) Eine Reihe westlicher Staaten – NL, CDN – zeigt große Sympathie für die amerikanische Grundhaltung, würde aber nicht im Alleingang einen Kompromiß ablehnen.

3) Frankreich geht an die KSZE in letzter Zeit sehr legalistisch heran. Es stellt sehr hohe Anforderungen an den Verbindlichkeitsgrad der KSZE-Verpflichtungen, die es wie Rechtsnormen formulieren möchte. Man könnte überspitzt sagen, F versuche, auf dem Wege über die KSZE aus der SU einen Rechtsstaat im westlichen Sinn zu machen. Aus Gesprächen mit französischen Partnern gewinnt man den Eindruck, daß F der Entwicklung in der SU grundsätzlich skeptisch gegenübersteht. Es kann deshalb nicht überraschen, daß F die Moskauer Konferenz kategorisch ablehnt.

F hat verschiedentlich erklärt, daß es ohne „normatives Schlußdokument" mit einem rein formalen „Belgrad-type-Dokument"[8] gut leben kann.

Anders als die USA läßt sich Frankreich durch die sowjetischen „Gesten" nicht milder stimmen.

4) Folgerungen

Wir müssen sowohl gegenüber den USA wie gegenüber Frankreich immer wieder verdeutlichen, wie wir den KSZE-Prozeß sehen. Wir müssen dies auch auf hoher politischer Ebene tun. Die Beamtenebene ist fortwährend unseren Argumenten ausgesetzt; ihr Bewegungsspielraum ist jedoch begrenzt. Auf beide Staaten haben die Positionspapiere, die sowohl im kleinen Kreis wie in der EPZ ausgearbeitet worden sind, und die unsere Haltung stützen, letztlich kaum Einfluß.

6 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

7 Zur Aufhebung der Verbannung des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 25, Anm. 32.

8 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

II. Sicherheitsbereich

Dieser Bereich ist besonders problematisch und droht, den Ablauf des WFT erheblich zu verzögern, wenn nicht Ergebnisse unmöglich zu machen.

1) Schlüsselproblem ist die französische Haltung zur Fortsetzung der KVAE und zu KRK, die unklar bleibt.

F baut formale Hindernisse gegenüber einer westlichen Einigung auf. Sie betreffen die Einbindung von KRK-Verhandlungen in den KSZE-Kontext und sollen verschleiern (oder verhindern?), daß F an Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen teilnimmt. (F fordert sehr viel weitergehende Beteiligung der N+N als nach dem Brüsseler Kompromiß[9] in der westlichen Gruppe vereinbart.)

Diese formalen Hindernisse könnten nur eine erste Bastion sein, hinter der Frankreich sein Zögern verbirgt, sein Potential gemeinsam mit dem der übrigen NATO-Partner in Verhandlungen mit dem Osten einzubeziehen. Generell (d. h. unabhängig von der HLTF-Thematik) scheint Frankreich im Augenblick vor allem daran interessiert, den Status quo im Sicherheitsbereich zu wahren und die französische Sicherheitspolitik nicht zu gefährden.

Nach Analysen unserer NATO-Vertretung fürchtet F im Verlauf der Fortsetzung der KVAE, verbunden mit Maßnahmen im Bereich der konventionellen Rüstung, einen Sog, der letztlich die französischen konventionellen Kräfte der ausschließlichen Verfügungsgewalt Fs entziehen und schließlich auch die Aufrechterhaltung der Force de frappe – politisch – erschweren, wenn nicht unmöglich machen könnte. Dies geht an die Substanz französischen Selbstverständnisses und berührt letztlich seine Sonderstellung in Europa.

Das französische Taktieren ist möglicherweise auch aus dieser Angst vor Änderungen des Status quo erklärbar.

F hat in EPZ-Arbeitsgruppensitzungen (auf Arbeitsebene) deutlich gesagt, daß es die Möglichkeit eines „Scheiterns der KRK-Mandatsgespräche“[10] keineswegs für eine Arbeitshypothese hält.

Es gibt sogar eine These, wonach F sich völlig darüber im klaren ist, daß der westliche Vorschlag im Menschenrechtsbereich (CDH)[11] für die östliche Seite in der gegenwärtigen Form inakzeptabel ist, daß F sich aber mit diesem Vorschlag die Möglichkeit eines negativen Links geschaffen hat, der ihm die Möglichkeit gibt, wie folgt zu argumentieren:

Der Sicherheitsbereich hatte bislang in der KSZE Übergewicht (Stockholmer Konferenz, die drei Jahre gedauert hat[12]). Nun müssen wir auf dem Gebiet der Menschenrechte nachziehen. Akzeptiert der Osten unseren Vorschlag (CDH) nicht, sehen wir keine Möglichkeit, im Bereich der Sicherheit weitere Schritte zu vereinbaren.

9 Zum amerikanisch-französischen Kompromiß in der Frage des Forums für KRK-Verhandlungen vgl. Dok. 21, Anm. 25.

10 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

11 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

12 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

Ähnliche Überlegungen stehen womöglich auch hinter der erstaunlichen Härte, mit der F bislang jedes Eingehen auf den Moskauer Konferenzvorschlag ablehnt.

Es ist nicht anzunehmen, daß der Osten einem substantiellen Schlußdokument zustimmen wird, wenn im Bereich des Korbes I nicht die Weiterführung der KVAE und die Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle vereinbart werden.

Angesichts der Tatsache, daß F möglicherweise elementare Interessen im Spiel sieht und, wenn das der Fall ist, wenig Bewegungsspielraum hat, befindet sich der Westen in einer sehr schwierigen Lage.

2) Folgerungen zu II.

a) Wenn unsere Vermutungen zutreffen, daß F im Sicherheitsbereich derzeit hinhaltend taktiert, besteht die Gefahr erheblicher Verzögerungen im weiteren Ablauf des WFT. Die Möglichkeiten, F – auf Beamtenebene – zu einer beschleunigten Definition seiner Interessen, auch im Hinblick auf die bevorstehende NATO-Ratstagung in Reykjavik[13], zu veranlassen, müssen wir realistisch einschätzen.

Wir sollten daher F baldmöglichst auf hoher politischer Ebene ansprechen und uns Klarheit darüber zu schaffen suchen, was es im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle letztlich zu akzeptieren bereit wäre und was es unter keinen Umständen will. Die Franzosen sind bisher Meister in der Verschleierung ihrer Haltung.

Wir wissen vertraulich, daß auch die Briten erwägen, die Franzosen auf hoher politischer Ebene „beiseite zu nehmen“ und nach ihrer wirklichen Haltung zu fragen.

b) Wir müssen darüber hinaus im westlichen Kreis prüfen, ob es möglich ist, Formulierungen für den Zusammenhang von Verhandlungen über konventionelle Stabilität (zu 23) und einer KVAE Ib inklusive entsprechender Mandate für weitere VSBM- und KRK-Verhandlungen zu finden, denen F zustimmen kann, weil sie ihm seine Optionen für die späteren Verhandlungen offenhalten. Eine solche Lösung hätte den Vorteil, daß, falls der Osten zustimmt, zunächst einmal das WFT erfolgreich zum Abschluß gebracht werden könnte, und, soweit Konsens herstellbar, substantielle Verpflichtungen auch in anderen Bereichen erzielt werden könnten.

III. Viele der WFT-Probleme, u. a.

– Beginn der Redaktionsarbeiten,
– Bewältigung der Vorschlagsflut,
– Einstellung zur Moskauer Konferenz,
– Dauer der Konferenz,

sind Funktionen der beiden genannten Probleme.

Sind diese Probleme grundsätzlich gelöst, sind die Aussichten für ein substantielles Schlußdokument letztlich nicht einmal so ungünstig. Unser Wirtschaftskonferenz-Vorschlag[14] findet starkes östliches Interesse. (Die amerikanische

13 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

14 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

Zurückhaltung ist auch taktisch bedingt. Die USA werden ihre Zustimmung vom sowjetischen Entgegenkommen im Bereich von Korb III abhängig machen.)

Der britische Vorschlag zur Information[15] und der italienische Vorschlag eines wissenschaftlichen Forums[16] sind von der SU positiv aufgenommen worden.

IV. 2A hat mitgezeichnet.

In Vertretung
Kastrup

Referat 214, Bd. 139446

118

Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt

114-3297/87 geheim **Aufgabe: 27. April 1987, 10.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 117 **Ankunft: 27. April 1987, 17.38 Uhr**

Zur Unterrichtung BM[2]

Betr.: Gespräch Matthei mit Präsidium der Christdemokraten in Residenz

Bezug: DB Nr. 112 vom 21.4.87 – Pol 320.10 geheim Tagebuch-Nr. 14/87[3]

Am 24. April traf sich Matthei mit Präsidium CD in Residenz zu mehrstündigem Gespräch. Es war erstes Gespräch eines Juntamitglieds mit Vorstand einer Partei. Auf Bitten beider Seiten war ich die ganze Zeit zugegen. Ohne in Einzelheiten zu gehen, nenne ich wichtigste Ergebnisse:

– Persönliche Annäherung und Suche nach gemeinsamer Vertrauensbasis.
– Darlegung der Standpunkte beider Seiten in sachlicher Form und Suche nach Gemeinsamkeiten.
– Matthei zog scharfe Grenze zur extremen Linken als Voraussetzung künftiger Zusammenarbeit. Militär habe Volksfront 1973 auf Verlangen der überwiegen-

15 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

16 Zum Vorschlag vom 18. Februar 1987 für ein Wissenschaftliches Forum in Erice vgl. Dok. 106, Anm. 35.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 28. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

2 Hat Genscher am 18. Mai 1987 vorgelegen.

3 Korrigiert aus: „Tagebuch-Nr. 14/82“.
Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, unterrichtete über bevorstehende Besuche chilenischer Regierungsmitglieder in der Bundesrepublik sowie über die innenpolitische Lage. Dazu teilte er mit: „Am 24. April 1987 trifft sich Matthei erstmalig bei mir in Residenz mit Gesamtvorstand der Christdemokraten. Dies ist erste Begegnung eines Juntamitglieds mit Gesamtvorstand einer Partei, damit Durchbrechung eines Tabus von beiden Seiten. Bezeichnend für die Person Mattheis, daß er als erster die Initiative ergreift.“ Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

den Mehrheit von Volk und Parteien zerschlagen.[4] Es werde nicht zulassen, daß sie 1989[5] durch Hintertür wieder in die Regierung komme. Betonung der Bedeutung von demokratischen Parteien der Mitte, insbesondere der CD, von deren Verhalten die Zukunft des Landes maßgeblich abhängen werde. Appell an Einheit der Partei und Sammlung aller Parteien der Mitte sowie Bewußtmachen ihrer zentralen Verantwortung.

– Gabriel Valdés und Juan Hamilton stellten jeder für sich die Integrität der Person Mattheis heraus und nannten das Treffen ein historisches Ereignis. Sie drückten auch ihr Vertrauen in die Haltung von General Stange und Admiral Merino aus. Sie appellierten an die historische Verantwortung der vier Junta-Generale. Sie akzeptierten den Zeitplan bis März 1989 als realistische Grundlage für den Übergang. Ganzes CD-Präsidium erkannte an, daß Militärregierung absolut unpolitisch geblieben sei. Sie habe niemals Versuch des Aufbaus einer ideologischen Basis gemacht, z. B. eines faschistischen Staates. Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen daher de facto vorprogrammiert.
– Vereinbart wurde ein Arbeitspapier der CD als Grundlage weiterer Gespräche und mögliches Basispapier für Entscheidungsfindung innerhalb Junta. Versuch der Anlehnung an uruguayisches Modell unverkennbar.
– Beide Seiten einigten sich auf Fortsetzung des Gesprächs.
– Absolute Diskretion wurde vereinbart. Ich bitte um strikte Einhaltung auch von unserer Seite.

[gez.] Kullak-Ublick

VS-Bd. 14150 (010)

4 Am 11. September 1973 wurde Präsident Allende von den chilenischen Streitkräften unter dem Kommando des Generals Pinochet gestürzt.

5 Zum Zeitplan der chilenischen Regierung für die Rückkehr zur Demokratie vgl. Dok. 10, Anm. 9.

119

Botschafter Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-3326/87 geheim
Fernschreiben Nr. 553
Citissime nachts

Aufgabe: 28. April 1987, 18.30 Uhr[1]
Ankunft: 28. April 1987, 18.47 Uhr

Betr.: SCG/Quint-Sitzung am 28.4.1987

Bezug: DB 547 vom 28.4.1987 – I-371.80/31-125/87 geheim[2]

Zur Unterrichtung

I. 1) Botschafter Glitman berichtete zunächst, daß am 27.4.1987 SU LRINF-Vertragsentwurf überreicht habe, von dem US-Seite eine Rohübersetzung angefertigt habe, die allerdings noch der Überprüfung bedürfe und aus diesem Grund jetzt noch nicht verteilt werden könne.[3] Auf meine Bitte sicherte US-Delegation Überlassung des Vertragsentwurfs zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu.

Der gesamte Vertragsentwurf bestehe aus dem eigentlichen LRINF-Vertrag sowie aus einer Vielzahl weiterer Dokumente (u. a. Memorandum über Inspektion und Zerstörung).

2) In einer ersten Bewertung bezeichnete Glitman den Entwurf als sehr einseitig zugunsten der SU. Der Vertragsentwurf der SU befasse sich ausschließlich mit den LRINF, er enthalte keine Bestimmungen zu den SRINF. Botschafter Obuchow habe eine mündliche Erklärung zu den SRINF abgegeben.[4] Die amerikanische Delegation habe die wesentlichen Punkte schriftlich zusammengefaßt. (Diese Zusammenfassung wurde mit Bezugs-DB bereits übersandt.)

3) Glitman hob folgende Punkte aus dem sowjetischen Vertragsentwurf hervor:

– Reduzierung über einen Zeitraum von fünf Jahren in zwei Schritten zu zwei bzw. drei Jahren:
  – Phase 1: Halbierung der beiderseitigen Potentiale.
  – Phase 2: Vollständiger Abbau der LRINF in Europa, in Asien bzw. USA Abbau bis auf 100 GK.

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt, z. Z. Brüssel, konzipiert.
Der Bereitschaftsdienst vermerkte handschriftlich: „Gemäß Rücksprache [mit] stell[vertretendem] RL 220 Herrn VLR Elbe morgen früh persönlich vorzulegen."
Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt am 29. April 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]", Legationsrat I. Klasse Müller und Legationsrat Brose verfügte.
Hat Hofstetter am 4. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Müller und Brose vorgelegen.

2 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), übermittelte einen am 28. April 1987 in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) von amerikanischer Seite verteilten Auszug aus der Erklärung des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation, Obuchow, in der Plenarsitzung am Vortag in Genf. Vgl. dazu VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. auch Dok. 123.

4 Vgl. die Ausführungen des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation, Obuchow, am 28. April 1987 vor der Presse; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV, S. 150.

– Die SU wolle sich das Recht vorbehalten, die in Asien verbleibenden Systeme nach Europa zu Übungszwecken zu verlegen (sowjetische Übungsgelände befänden sich im europäischen Teil der SU).
– Die Annexe und Memoranden zum Vertragsentwurf enthielten zahlreiche Bestimmungen zu „on-site-inspection", einschließlich von Vor-Ort-Inspektionen in den europäischen Stationierungsländern. Viele Bestimmungen blieben klärungsbedürftig.

Auf meine Frage nach den Zähleinheiten für die SRINF im sowjetischen Vorschlag wies Glitman auf folgendes hin:

– Zum einen würden ausdrücklich „US owned warheads for Pershing Ia Missiles" genannt;
– zum anderen enthalte eine Nichtumgehungsklausel im eigentlichen Vertragsentwurf die Bestimmung, daß die USA „Medium-Range Missiles" und deren Komponenten (u.a. Gefechtsköpfe) nicht an Drittstaaten weitergeben dürften. Auch dadurch würden die deutschen PIa berührt.

Auf meine anschließende Frage nach der US-Position zur Erfassung von Gefechtsköpfen bei der Eliminierung der zu reduzierenden Systeme erwiderte Glitman: „We resist any demand to destroy warheads."

II. Ausschließliches Thema der sich anschließenden Aussprache war die SRINF-Problematik.

1) Glitman betonte eingangs mit Nachdruck, daß globale Null-Lösung für SRINF in der Reichweite 500 bis 1000 km im Laufe der Verhandlungen erreichbar sei, obwohl der mündlich vorgebrachte sowjetische Vorschlag hiervon nicht spreche, sondern nur von „equal levels on a global basis", verbunden mit einer Null-Lösung für Europa. In diesem Zusammenhang führte er Äußerungen von GS Gorbatschow gegenüber AM Shultz an, daß beste Obergrenze, auch global, null sei.[5] USA gingen davon aus, daß dies weiterhin gelte.

Die Allianz bleibe unverändert vor die Alternative gestellt, den im Endeffekt auf eine globale Null-Lösung hinauslaufenden sowjetischen Vorschlag zu akzeptieren oder zurückzuweisen. Mit einer eventuellen Zurückweisung müsse die Entschlossenheit verbunden sein, amerikanische Systeme (in Frage komme hier nur die PIb) in Europa zu stationieren.

2) Ich stellte entsprechend Beschluß der Bundesregierung vom 27.4.1987[6] fest, daß die Bundesregierung zu dem Vorschlag von GS Gorbatschow über eine Null-Lösung bei den Mittelstreckenflugkörpern mit einer Reichweite von 500 bis

5 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

6 In der Presse hieß es dazu: „Die Bonner Koalition hat sich nicht auf eine gemeinsame Haltung zu Gorbatschows Vorschlag einigen können, außer den weitreichenden Mittelstreckenwaffen auch die Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 1000 Kilometern zu beseitigen. Deshalb beschlossen Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, Verteidigungsminister Wörner, Kanzleramtsminister Schäuble und Innenminister Zimmermann als Vertreter der CSU bei einer dreistündigen Unterredung am Montag im Bundeskanzleramt, die Entscheidung zu verschieben." Die Bundesregierung werde ihre Stellungnahme „erarbeiten und ins Bündnis einbringen", sobald die UdSSR ihren Entwurf für einen INF-Vertrag vorgelegt habe. Vgl. den Artikel „Genscher spricht von der schwierigsten Situation der Regierung seit 1982"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. April 1987, S. 1.

1000 km[7] ihre Stellungnahme nach Prüfung des von der SU am 27.4.1987 eingeführten Vertragsentwurfs und SRINF-Vorschlags erarbeiten und ins Bündnis einbringen werde.

Ich stimmte Botschafter Glitman darin zu, daß der sowjetische Vertragsentwurf und der mündlich vorgebrachte SRINF-Vorschlag viele Fragen offenließen, die es zunächst zu klären gelte. Gerade angesichts der Tatsache, daß es insbesondere in der sowjetischen Haltung zur SRINF-Problematik überraschend neue Aspekte gebe, sei die eingehende Prüfung des Wortlauts des sowjetischen Vorschlags unumgängliche Voraussetzung für die Festlegung einer nationalen wie späteren Allianz-Position. Hierfür habe sich die Bundesregierung in ihrem Beschluß vom 27.4.1987 bereits ausgesprochen. Ich betonte, daß man sich bei der sehr sorgfältig vorzunehmenden Prüfung des sowjetischen Vorschlags und des Vertragsentwurfs nicht unter Zeitdruck setzen lassen dürfe. Eine solide Entscheidung sei einer überstürzten vorzuziehen.

3) Die USA, unterstützt von den übrigen Quint-Ländern, betonten hingegen die Notwendigkeit einer raschen Positionsbestimmung der Allianz. USA, B, GB, I und NL stimmten darin überein, daß eine die westlichen Sicherheitsinteressen wahrende Positionsbestimmung erschwert werde, je länger man sich damit Zeit lasse, da der Druck sowjetischer Propaganda und auch die Erwartungen der westlichen Öffentlichkeit stärker würden.

Von den meisten Sprechern wurde geltend gemacht, daß die Allianz ihre Position spätestens bis zum Treffen der NPG-Minister[8] festlegen müsse.

4) Auf Vorschlag GB kam es zu einer Erörterung ad referendum über die zwei Alternativen (SRINF-Null-Lösung oder gleiche globale Obergrenzen), an der ich mich nicht beteiligte.

GB nannte sechs Kriterien, die erfüllt sein müßten, damit für das Bündnis eine globale SRINF-Null-Lösung in der Reichweite 500 bis 1000 km akzeptabel sei:

a) Zerstörung nicht nur der SS-12/22, sondern auch der SS-23; unabhängig von der tatsächlichen Reichweite der SS-23 müsse bei der Reichweite 500 km eine Trennlinie gezogen werden,

– oberhalb derer es keine SRINF-Systeme geben dürfe,

– unterhalb derer das Bündnis jedoch alle notwendigen militärischen Optionen wahrnehmen könne.

b) Erfassung ausschließlich sowjetischer bzw. amerikanischer Systeme; keine Einbeziehung von Drittstaaten-Systemen.

c) Globaler Anwendungsbereich.

d) Effektive Verifikation.

e) SRINF-Regelung im Rahmen eines LRINF-Abkommens

Was die sowjetischen Systeme SS-23 und SS-12/22 betreffe, so dürfe nichts Folgeverhandlungen überlassen werden.

7 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. April 1987 in Prag; Dok. 109.

8 Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

f) Gleichzeitig müsse ein deutliches Signal für eine Schwerpunktverlagerung vom nuklearen zum konventionellen Bereich gegeben werden: Reduzierungen im nuklearen Bereich unterhalb der Schwelle von 500 km seien nur tolerierbar, wenn folgende Voraussetzungen gegeben seien:

– Gleichgewicht im konventionellen Bereich, geschaffen nicht nur durch Rüstungskontrolle, sondern auch durch Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses;
– Abschluß eines CW-Verbotsabkommens;
– im Sinne der Aufrechterhaltung der Strategie der „flexible response“[9] Modernisierung des nuklearen Potentials des Bündnisses unterhalb der Reichweite von 500 km.

Diesen Kriterien stimmten USA, B, GB, I und NL grundsätzlich zu.

Botschafter Glitman betonte nachdrücklich, unterstützt von GB, daß in der Frage rüstungskontrollpolitischer Beschränkungen für Nuklearsysteme unterhalb einer Reichweite von 500 km eine Null-Lösung nicht in Frage komme. Vielmehr müsse sich das Bündnis alle Optionen offenhalten, ein militärisches Gegengewicht vor allem zu den sowjetischen Scud zu schaffen, wobei die Reichweite voll ausgeschöpft werden müsse.

5) Bei der Erörterung der Frage, ob das Bündnis eine globale Null-Lösung für SRINF in der Reichweite 500 bis 1000 km ablehnen solle, machte Glitman nochmals unmißverständlich klar, daß in diesem Falle die USA davon ausgehen, daß PIb in Europa stationiert würden.

Die anschließende Aussprache ergab jedoch, daß weder B noch I und NL bereit sind, die politischen Konsequenzen einer Stationierung zu tragen (belgischer Vertreter sprach von selbstmörderischem Unterfangen). GB verhielt sich rezeptiv und ausweichend.

III. Im Zusammenhang mit der Erörterung der SRINF-Frage spielte die deutsche PIa eine herausgehobene Rolle.

1) Italienischer Vertreter entwickelte den Gedanken, daß etwaige globale Obergrenzen oberhalb von Null (etwa in Höhe von 50 bzw. 60 Flugkörpern) ausschließlich durch die deutsche PIa ausgefüllt werden könnten.

Dieser auf persönlicher Basis vorgebrachte Vorschlag wurde von den USA entschieden zurückgewiesen. Eine derartige Ausgestaltung der Option des „right to match“ laufe de facto auf Akzeptanz einer alten sowjetischen Forderung hinaus, daß dem sowjetischen Nuklearpotential in Europa ein NATO-Nuklearpotential gegenüberstehe. Dies sei für die USA nicht hinnehmbar.

2) Glitman betonte, daß jegliche Einbeziehung der deutschen PIa in ein amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen völlig unakzeptabel sei; insofern sei der sowjetische Vorschlag in der jetzigen Ausgestaltung ein „non-starter“:

– Die Einbeziehung der deutschen PIa werde die Drittstaatendiskussion erneut entfachen, nachdem es dem Bündnis gelungen sei, langjährige entsprechende sowjetische Forderungen abzuwehren.

9 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

– Eingehen auf sowjetische Forderung nach Einbeziehung der PIa würde Forderungen auch auf anderen nuklearen Bereichen nach sich ziehen (amerikanische Gefechtsköpfe auf britischen Trident, amerikanische Bomben auf NATO-Flugzeugen, beispielsweise F-16). Die USA würden niemals hinnehmen, daß der „established pattern of co-operation" zwischen USA und BR Deutschland (PIa) bzw. USA und GB (SLBM) durch ein Abkommen mit der SU behindert würde.

Im Bereich der Flugkörper sei PIa das einzig geeignete und verfügbar bleibende Gegengewicht zu den Scud.

Glitman erklärte, daß es notwendig sei, so rasch wie möglich auf den sowjetischen SRINF-Vorschlag zu reagieren. Dabei wolle er den Sowjets zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt klarmachen, welche Elemente des sowjetischen SRINF-Vorschlags nicht akzeptabel seien, dies gelte insbesondere für die Einbeziehung der deutschen PIa.

Glitman bat mit Nachdruck darum, daß die Bundesregierung rasch ihre Position hinsichtlich der SRINF-Frage insgesamt den USA mitteile, vorrangig jedoch zu der Frage, ob auch aus deutscher Sicht die PIa weiterhin kein Verhandlungsgegenstand in Genf sein könne.

General Hüttel war an der Abfassung des Berichts beteiligt.

[gez.] Holik

VS-Bd. 11370 (220)

120

Gesandter Vestring, Wien, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 586 **Aufgabe: 28. April 1987, 17.30 Uhr**
Citissime **Ankunft: 28. April 1987, 19.10 Uhr**

Betr.: US-Einreiseverbot für österreichischen Bundespräsidenten Waldheim[1]

1) Wie eine Bombe schlug die Nachricht von der Entscheidung des amerikanischen Justizministers ein, das österreichische Staatsoberhaupt Kurt Waldheim auf die sog. „Watchliste" zu setzen.

1 Zu den Vorwürfen gegen Bundespräsident Waldheim wegen seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg vgl. AAPD 1986, I, Dok. 166.
Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 27. April 1987, das amerikanische Außenministerium habe am selben Tag eine „gemeinsame Erklärung des State Department und des US-Justizministeriums abgegeben, nach dem die USA ein Einreiseverbot gegen Kurt Waldheim ‚als Individuum' verhängt haben. Er sei auf die Sichtvermerks- und Einreise-Sperrliste gesetzt worden." Die Entscheidung beruhe „auf Para[graph] 212 des US Immigration and Nationality Act, der eine Liste von 33 Kategorien von Ausländern enthält, denen die Einreise zu verweigern ist. Die Liste geht von Geisteskranken über Straftäter, Prostituierte, Kommunisten und Spione bis zur 1979 hinzugefügten Kategorie 33, die Ausländer betrifft, die in irgendeiner Weise etwas mit NS-Verfolgungsmaßnahmen zu tun hatten. […] Ob ein Ausländer unter die Bestimmungen der Kategorie 33 fällt, wird von der Sondereinheit des Justizministeriums für NS-Straftäter, dem Office of Special Investigation (OSI), festgestellt.

In ersten Stellungnahmen äußerten die führenden österreichischen Politiker Bestürzung und Unverständnis. Aus der Präsidentschaftskanzlei wurde offiziell keine Erklärung abgegeben. Man warte zuerst den Wortlaut der amerikanischen Entscheidung und die offizielle Reaktion der Bundesregierung ab. Bei einem Essen für Abgeordnete am Abend ging Bundespräsident Waldheim in einer Tischrede kurz auf die amerikanische Entscheidung ein: „Wenn die Amerikaner konsequent wären, müßten sie alle noch lebenden Angehörigen der deutschen Wehrmacht auf ihre Liste setzen." Waldheim erwarte eine angemessene Erklärung der Regierung. Diese wird am Ende der heute stattfindenden routinemäßigen Kabinettssitzung erwartet. Vor den in Wien akkreditierten Militärattachés, für die Waldheim einen lang vorher geplanten Empfang gab, drückte er Empörung aus. Die Entscheidung sei auch eine Beleidigung des österreichischen Volkes. Es werde niemandem gelingen, den Präsidenten vom Volk zu trennen. Er werde die Situation mit Festigkeit durchstehen.

2) BK Vranitzky und AM Mock informierten am späten Nachmittag gemeinsam das Staatsoberhaupt. Der kurz vor seiner Ausreise stehende österreichische Botschafter in Washington, Klestil, wurde zur Berichterstattung einberufen.

BK Vranitzky sprach von einer ernsten Angelegenheit, die tiefste Bestürzung ausgelöst habe. Man müsse jedoch bei aller „Bestürzung und der damit verbundenen Kränkung" mit Besonnenheit an die Sache herangehen, schließlich seien die USA ein Signatarstaat des Staatsvertrages[2]. Er erinnerte daran, daß auf den Tag genau vor 42 Jahren Österreich von den Amerikanern befreit worden sei.

Für Vizekanzler Mock (ÖVP) ist der Beschluß eine schwere Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen den USA und Österreich: „Diese Vorgangsweise ist angesichts der ausgezeichneten Beziehungen zu den USA um so bedauerlicher." Er habe größte Bestürzung ausgelöst, er müsse sie schärfstens zurückweisen. Das Staatsoberhaupt sei demokratisch gewählt: „Wir erwarten, daß dies auch weltweit respektiert wird."

Der FPÖ-Obmann Haider nannte den US-Beschluß einen „unzulässigen kollektiven Schuldvorwurf gegen die gesamte Soldatengeneration in Österreich". Innenminister Blecha (SPÖ), der gestern in Brüssel mit US-Justizminister Meese in Brüssel zusammentraf, sprach von einem „wirklichen Schock" und einem „schweren Schlag gegen einen von allen Österreichern akzeptierten Bundespräsidenten".

3) Bewertung

Die amerikanische Entscheidung wird hier mehrheitlich nicht als der Schuldspruch des Kurt Waldheim empfunden, sondern des demokratisch gewählten Staatsoberhaupts Österreichs. Deshalb fühlt sich ganz Österreich davon betroffen, nicht nur die, die ihn im vergangenen Jahr in Kenntnis seiner Vergangenheit gewählt haben.[3]

Fortsetzung Fußnote von Seite 594

Diese Entscheidung war bereits vor längerer Zeit getroffen worden. Justizminister Meese hatte sich jedoch bisher gesträubt, dem Befund des OSI entsprechend zu entscheiden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1921; Referat 203 (202), Bd. 140550.

2 Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

3 Kurt Waldheim gewann am 8. Juni 1986 die Stichwahl zum Amt des österreichischen Bundespräsidenten mit 53,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Das Ereignis ist deshalb von so tiefgreifender Bedeutung, weil der „Schuldspruch" brutal in die mit der Wahl Waldheims begonnene Vergangenheitsbewältigung eingriff, die die österreichische Darstellung, sich als erstes Opfer der deutschen Aggression statt als Mittäter zu präsentieren[4]. Es ist nunmehr eher unwahrscheinlich, daß die Situation vorerst zu neuer Nachdenklichkeit führt, eher zu einem Rückfall in alte Denkschemata.

Man muß sich nur erinnern, daß der erfolgreichste Spruch der ÖVP in der Wahlkampagne für Waldheim war: „Jetzt erst recht Waldheim".

Hinweise, daß die Anti-Waldheim-Kampagne vom Jüdischen Weltkongreß inszeniert wurde, waren dabei sehr erfolgreich, da sie sich auf einen verbreiteten Antisemitismus stützen konnten.

Weil die Vergangenheit und Gegenwart ganz Österreichs betroffen ist, wird sich vorläufig auch keine Partei den nationalen Empfindungen entziehen können. Schulterschluß der Parteien mit dem Bundespräsidenten ist unvermeidbar. Dies gilt auch für die SPÖ, die in der Großen Koalition mit der ÖVP zusammensitzt. Man versteht, weshalb Waldheim nach den Parlamentswahlen vom November vergangenen Jahres starkes Interesse bekundete, daß nicht eine Mitte-Rechts-Koalition ÖVP/FPÖ, sondern eine SPÖ/ÖVP-Koalition gebildet wurde, die jeder Reaktion der Linken gegen ihn Grenzen setzen würde.[5]

So kann sich Waldheim jetzt auf eine Woge parteiübergreifender nationaler Empfindungen stützen, die ihn offener Kritik entzieht und seinen Präsidentensessel sichert. Wie lange dies durchzuhalten ist, hängt zuallererst davon ab, ob die Große Koalition in der Wahlperiode mit Erfolg zusammenarbeitet, und in geringerem Maße, ob es längerfristig möglich sein wird, den internationalen Boykott Waldheims zu lockern.

Die außenpolitischen Folgen für Österreich sind gravierend. Hatte die Waldheim-Diskussion Österreichs Ansehen in der Welt bereits verschlechtert, so muß man nun befürchten, daß der amerikanische Schuldspruch Waldheim das Kainsmal aufdrückt, das ihn international vollends zum Paria, seine Isolierung dauerhaft macht und seinem Land nachhaltigen Schaden zufügt. Die Ironie der Geschichte will es, daß Österreich diesen Schlag von der westlichen Vormacht zu einer Zeit einstecken muß, in der es sich von der teilweise anti-amerikanischen Drittwelt-Politik der Ära Kreisky entschieden abgewandt und sich mit Bundeskanzler Vranitzky voll Europa und dem Atlantik zugewandt hat.

4) Aufgabe der österreichischen Außenpolitik wird es sein, den Schaden für Österreich zu begrenzen. Die Aufgabe wäre gewiß leichter, wenn man sich von Waldheim wenigstens eine Handbreit distanzieren könnte, doch lassen die innenpolitischen Zwänge keinen Freiraum. Sollte sich Waldheim nicht doch noch nach angemessener Wartezeit zum Rücktritt entschließen, muß man befürchten, daß Österreich noch auf Jahre hinaus sein Gefangener sein wird. Man muß

4 So in der Vorlage.

5 Die Parlamentswahlen in Österreich fanden am 23. November 1986 statt. Von den abgegebenen gültigen Stimmen erhielt die SPÖ 43,1%, die ÖVP 41,3%, die FPÖ 9,7% und Die Grüne Alternative 4,8%.
Am 26. November 1986 beauftragte Bundespräsident Waldheim den amtierenden Bundeskanzler Vranitzky mit der Regierungsbildung.

annehmen, daß er von den meisten westlichen Staaten weiter boykottiert wird. Dies zeigt sich am deutlichsten in der internationalen Besuchsdiplomatie. Trotz erheblicher Anstrengungen des österreichischen Außenministeriums ist es bisher nicht gelungen, Waldheim Einladungen zu verschaffen. Ausnahmen sind Jordanien (Waldheim-Besuch Anfang Juni[6]) und Ägypten (noch kein Termin). Dabei gibt man im österreichischen Außenministerium zu, daß es Waldheims Ansehen nichts nutzt, ja von Schaden ist, wenn er als erstes ein arabisches Land besucht.

5) Mit Spannung sieht man nun dem ersten offiziellen USA-Besuch von BK Vranitzky entgegen, der in vier Wochen stattfinden soll. Für den 21. Mai ist ein Termin mit Präsident Reagan vorgesehen.[7] Daß Vranitzky wegen der Belastung der Beziehungen mit Amerika den Besuch absagt, kann man sich nicht vorstellen, dafür sind für Österreich die Beziehungen zu den USA zu wichtig. Die Österreicher werden den Besuch überaus sorgfältig beobachten und unter parteitaktischen Gesichtspunkten auswerten, wie Vranitzky sich zum Waldheim-Fall äußern wird. Spielraum hat er nicht. Pressebericht und Bericht über Erklärung der österreichischen Bundesregierung folgen alsbald.[8]

[gez.] Vestring

Referat 203 (202), Bd. 140550

6 Bundespräsident Waldheim hielt sich vom 1. bis 4. Juli 1987 in Jordanien auf.

7 Bundeskanzler Vranitzky besuchte die USA vom 19. bis 24. Mai 1987.

8 Gesandter Vestring, Wien, übermittelte am 28. April 1987 die Erklärung der österreichischen Bundesregierung vom selben Tag. Darin wurde dargelegt, die Anschuldigungen gegen Waldheim seien unbewiesen und würden zurückgewiesen, die von der amerikanischen Regierung getroffene Maßnahme werde bedauert: „Die Erklärung ist erkennbar maßvoll und stellt das Minimum dar, was von der Regierung im Lande erwartet wurde: statt Protest nur Ausdruck des Bedauerns und Ankündigung, daß man über weiteres Vorgehen nach ruhiger Überlegung entscheiden werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 587; Referat 203 (202), Bd. 140550.

121

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Warschau, an das Auswärtige Amt

114-3370/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 743
Citissime

Aufgabe: 30. April 1987, 24.00 Uhr[1]
Ankunft: 1. Mai 1987, 00.50 Uhr

Bitte auch StS[2] und BM vorlegen

Betr.: Politische Konsultationen von Herrn D2 in Warschau[3];
hier: Gespräch mit Abteilungsleiter Kucza im ZK vom 30.4.1987

1) Am 30.4.1987 hat MD v. Richthofen ein einstündiges Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ZK, Kucza, geführt, an dem von polnischer Seite der Gesandte Kulski und Frau Michalowska und auf unserer Seite ich[4] teilgenommen haben.

2) Die Hauptpunkte des Gespräches lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

2.1) Zusammenhang Wirtschaftsbeziehungen und humanitäre Fragen

Kucza plädiere, ähnlich wie Olechowski, für größere Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland, des größten westlichen Handelspartners und Gläubigers der VR Polen, um Polen ökonomisch-finanziell den „Durchbruch" aus seiner schwierigen Wirtschaftslage zu ermöglichen. Er ließ erkennen, in einem solchen Falle könne Polen[5] auf dem Gebiet der Ausreisen, des Jugendaustausches und der Kriegsgräberfürsorge großzügiger verfahren. Diese Linie – so Kucza – sei auf höchster Ebene abgesichert.

2.2) In diesem Zusammenhang erklärte Kucza, daß Polen während der letzten schwierigen Jahre und in seiner wirtschaftlichen Zwangslage sich auf die SU habe umorientieren müssen. Man habe die vertraglichen Beziehungen ausgebaut, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000 festgelegt.[6] Polen werde also den Durchbruch in jedem Falle schaffen und mit dem

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.
Hat dem Bereitschaftsdienst am 1. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM zunächst nicht vorzulegen (Weis[un]g Klaiber). StS vorgelegt."

2 Jürgen Sudhoff.

3 Die von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen geführten Direktorenkonsultationen mit Polen fanden am 29./30. April 1987 in Warschau statt. Vgl. dazu auch Dok. 122.

4 Franz Pfeffer.

5 Korrigiert aus: „solchen Falle Polen".

6 Beim Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow vom 13. bis 15. Oktober 1986 in Polen wurden mehrere polnisch-sowjetische Abkommen über Joint-ventures, Direktkooperationen und über den Handel mit Konsumgütern abgeschlossen. Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete dazu am 22. Dezember 1986, der stellvertretende Vorsitzende der polnischen Planungskommission, Kubiczek, habe in der Presse „Zielrichtung und Modalitäten der neuen Formen polnisch-sowjetischer Wirtschaftsbeziehungen" erörtert: „Das Abkommen über direkte Kooperationen im Bereich von Industrie, Wissenschaft und Technologie schaffe neben der Regierungszusammenarbeit eine neue parallele Ebene der Wirtschaftsbeziehungen. Die Industrieministerien beider Seiten hätten eine vorläufige Liste von ca. 200 geeigneten Betrieben und Organisationen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2081; Referat 214, Bd. 139746.

Schuldenabbau nach längerer Zeit beginnen können, aber wesentlich langsamer, wenn unsere Hilfe nicht verstärkt werde.

2.3) Zum Abbau der Mittelstreckenraketen machte Kucza deutlich, daß die Einigung auf eine Null-Lösung in Europa (mit dem Verbleib von je 100 Waffen auf beiden Seiten) die Möglichkeit schaffe, mit anderen Partnern ein rüstungspolitisches Geschäft zu machen.

2.4) Kucza hält baldige Fortführung der bilateralen rüstungskontrollpolitischen Konsultationen (D2A[7]) für sehr wünschenswert.[8]

2.5) Der Gedanke, im Aspen-Institut ein „Brainstorming" über die möglichen wirtschaftlichen Hilfen für Polen zu veranstalten, fiel bei Kucza auf fruchtbaren Boden.[9]

3) Im einzelnen

D2 berichtete über den Verlauf der Konsultationen mit VAM Olechowski. Dabei hob er vor allem die Felder hervor, auf denen wir glaubten, Fortschritte erzielen zu können. Bei der Erwähnung der Terminplanung für den Besuch des Sejm-Marschalls Malinowski[10] erwähnte Kucza mit besonderer Befriedigung, daß der chinesische MP Anfang Juni nach Warschau kommen werde[11]. Dieser Besuch interessiere ihn auch persönlich besonders, weil er die Aufnahme der zwischenparteilichen Beziehungen[12] eingefädelt habe.

Zum bilateralen Verhältnis meinte Kucza, er sei nach unserer Regierungserklärung[13] besorgt gewesen, weil das Thema Polen zwar in ihr einen Platz gefunden habe, aber eigentlich nur die Beziehungen auf gesellschaftlicher Basis angesprochen worden seien.

D2 stellte dazu klar, in der Regierungserklärung seien unsere Vorstellungen über den Ausbau der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern auf der Grundlage der Verträge und der Schlußakte von Helsinki[14] ausführlich dargestellt. Das gehe die Regierung an, aber es gehe auch die Menschen unmittelbar an. Deshalb wollten wir z. B. den Jugendaustausch fördern.

7 Josef Holik.

8 Botschafter Ruth führte mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Olechowski und dem Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, Dąbrowa, am 28./29. August 1986 in Warschau bilaterale Rüstungskontrollkonsultationen. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Ruth vom 2. September 1986; Referat 214, Bd. 139742.

9 Zum Seminar des Aspen-Instituts „Polen – innere und äußere Entwicklung" vom 9. bis 12. September 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 263, Anm. 37.

10 Der Vorsitzende des polnischen Sejm, Malinowski, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 29. Juni 1987. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 25. Juni 1987 vgl. Dok. 182.

11 Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte Polen vom 4. bis 8. Juni 1987.

12 Botschafter Fischer, Peking, berichtete am 4. Oktober 1986 über den Besuch des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 28. bis 30. September 1986 in der Volksrepublik China: „Erste Reise osteuropäischen Staats- und Parteiführers nach Peking seit Bruch Chinas mit der SU zu Beginn der 60er Jahre verdeutlicht weitgehende Normalisierung der Beziehungen zwischen China und Staaten Osteuropas. […] Besuch hat gezeigt, daß neben Ausbau bilateraler Beziehungen auf verschiedenen Gebieten Gedankenaustausch zwischen China und sozialistischen Staaten über Fragen der Reformpolitik zunehmend an Bedeutung gewinnt. Thematik dürfte auch im Rahmen de facto wiederhergestellter Parteikontakte besondere Beachtung finden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2512; Referat 214, Bd. 139730.

13 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

14 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Kucza insistierte, eine Regierungserklärung zu Beginn einer Legislaturperiode habe programmatischen Charakter. Er habe immer wieder, z. B. in Loccum[15] und beim letzten Deutsch-Polnischen Forum[16], gehört, Polen bilde für uns einen Schwerpunkt. Wir hätten lange Zeit bis zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen gebraucht[17], deshalb gebe es vieles in der Infrastruktur nachzuholen. Der Vergleich zu den Ausführungen in der Regierungserklärung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen und denjenigen zwischen der Bundesrepublik und der DDR lasse die Frage entstehen, ob Polen wirklich den gleichen Stellenwert für uns habe.

D 2 betonte, daß unsere bilateralen Beziehungen in die West-Ost-Beziehungen einzuordnen seien. Unsere Beziehungen zur Statusmacht SU seien für uns von zentraler Bedeutung und das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR von besonderer Qualität, da es sich ja um zwei Staaten einer Nation handele; das erwarte auch die Bevölkerung. Beides finde deshalb einen besonderen Ausdruck in der Regierungserklärung. Daraus dürfe nicht der Schluß gezogen werden, daß wir das deutsch-polnische Verhältnis geringer einschätzten.

Kucza leitete dann zu den Wirtschaftsbeziehungen über. Die letzten Jahre seien sehr schwierig für Polen gewesen. In seiner Zwangslage habe Polen eine Umorientierung vornehmen müssen. Es habe seine Beziehungen zur SU in großem Stile ausgebaut. Frühere Verträge würden mit mehr Leben erfüllt. Die Integration schreite fort. Es gebe ein Abkommen für die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000. Soeben habe man eine Deklaration über die ideologische und kulturelle Zusammenarbeit unterschrieben.[18] Diese Reorien-

15 In der Akademie Loccum fand vom 20. bis 22. September 1985 eine Tagung zum 20. Jahrestag der Denkschrift der Evangelischen Kirchen Deutschlands vom 1. Oktober 1965 über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ statt. Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 20. September 1985 in Loccum, an dem auch der polnische Stellvertretende Außenminister Kucza teilnahm; AAPD 1985, II, Dok. 253.

16 Referat 214 vermerkte im April 1987: „Nach den Tagungen des Deutsch-Polnischen Forums in Bonn (1977), Allenstein (1979), Darmstadt (1980) fand, nach fünfjähriger Unterbrechung – z. T. politisch bedingt –, im November 1985 in Krakau die IV. Tagung statt. Der anfängliche Verlauf enttäuschte, insbesondere aufgrund alter Argumentationen und Vorwürfe zu Rechtsfragen, während perspektivische Beiträge der deutschen Delegation weitgehend unbeantwortet blieben. Gegen Ende besserte sich das Bild und erlaubte Konsensformulierungen für einige weiterführende Vorschläge auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und humanitärem Gebiet.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139694.
Das V. Deutsch-Polnische Forum fand vom 8. bis 10. Mai 1987 in Kiel statt.

17 In Artikel III Absatz 1 des Warschauer Vertrags vom 7. Dezember 1970 verpflichteten sich die Bundesrepublik und Polen, „weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ zu unternehmen. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 363.
Anläßlich des Besuchs des polnischen Außenministers Olszowski am 13./14. September 1972 wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekanntgegeben. Vgl. dazu BULLETIN 1972, S. 1553 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 266, Dok. 267 und Dok. 273.

18 Beim Besuch des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski am 21./22. April 1987 in der UdSSR unterzeichneten dieser und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, eine „Erklärung über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ideologie, der Wissenschaft und Kultur“. Dazu berichtete Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, am 24. April 1987, die Erklärung sei „eine in der sozialistischen Staatenwelt bislang unbekannte Art von Dokument“. Sie sei „vor allem eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit auf zahlreichen Gebieten mit wenig konkreten Entscheidungen. Ihre prinzipiellen Aussagen zum Ziel und zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit wie auch zu den einzelnen Themen (Geschichte) verleihen ihr gleichwohl eine große Bedeutung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1264; Referat 213, Bd. 143566.
Für den deutschen Wortlaut der Erklärung vgl. OSTEUROPA 38 (1988), A 249–256.

tierung sei heute schon ein Faktum. Diese Lösung könne Polen helfen, um die Folgen der schwierigen Phase zu überwinden. Polen wolle seinen Schuldenberg abbauen. Man müsse ihm aber die Möglichkeit geben, seine Wirtschaft so zu modernisieren, daß es nach einer gewissen Zeit mit der Rückzahlung beginnen könne.

D2 begrüßte, daß durch die Reformpolitik bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit uns und dem Westen geschaffen würden (Jointventures, Unternehmenskooperationen). Wir hätten große Anstrengungen unternommen, um im Pariser Club zu akzeptablen Lösungen zu kommen.[19] Es gehe uns darum, die Sperrung der 100-Millionen-Hermes-Bürgschaft aufzuheben.[20] Die Voraussetzungen dafür müßten aber von Polen geschaffen werden.

Graf Korff komme demnächst zu einem bilateralen Vorgespräch nach Warschau.[21]

Wir wollten die Wirtschaftsbeziehungen voranbringen. Er werde dem Herrn BM über die Konsultationen vortragen. Er habe die von Herrn Olechowski ihm genannten polnischen Grundsatzerklärungen gelesen (gemeint Rede Orze-

19 Referat 422 legte am 13. April 1987 dar, die Bundesregierung habe aufgrund multilateraler Vereinbarungen im Rahmen des Pariser Clubs bisher drei bilaterale Umschuldungsabkommen mit Polen über die Fälligkeiten der Jahre 1981, 1982–1984 und 1985 (Polen I, II und III) abgeschlossen. Seit Frühjahr 1986 seien die Umschuldungsverhandlungen Polens mit dem Pariser Club ins Stocken geraten. Polen sei am 31. März 1987 mitgeteilt worden, daß die Gläubiger zu einem erneuten Treffen im Pariser Club bereit seien, „sobald Polen 50 % der Rückstände per 30.3.1987 aus den Abkommen aus Polen I“ gezahlt habe: „Die Bundesrepublik Deutschland ist der größte staatliche Gläubiger Polens (ca. 20 % der Forderungen). Das Obligo des Bundes aus der Übernahme von Ausfuhrbürgschaften (4,54 Mrd. DM) und ungebundenen Finanzkrediten (3,45 Mrd. DM) beträgt 8 Mrd. DM (davon bisher entschädigt ca. 4,2 Mrd. DM). Darin ist nicht der sog. Jumbo-Kredit über 1 Mrd. DM (1975) enthalten, der zu 40 % entschädigt ist.“ Vgl. Referat 422, Bd. 148953.

20 Referat 422 legte am 13. April 1987 dar: „Im März 1986 war der polnischen Seite im Rahmen der Tagung der deutsch-polnischen Gemischten Kommission die Einrichtung eines DM 100-Mio.-Plafonds für die Verbürgung von Polen-Geschäften zugesagt worden. Die polnische Seite hatte auf diese Maßnahme besonderen Wert gelegt, weil darin – auch mit Signalwirkung für andere Gläubiger – die angestrebte Normalisierung der Finanzbeziehungen zu den westlichen Gläubigerländern sichtbaren Ausdruck fand. Aufgrund der schon bald danach aufgelaufenen Rückstände aus Umschuldungsabkommen sah sich der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß aus haushaltsrechtlichen Gründen (konkrete Gefahr des Schadenseintritts) gezwungen, die Zustimmung zu neuen Deckungen bis zur Regelung der Überfälligkeiten zu verweigern. Deshalb sind bisher nur Deckungszusagen für zwei Geschäfte mit Auftragswerten von zusammen 7,3 Mio. DM gegeben worden.“ Vgl. Referat 422, Bd. 148953.

21 Referat 422 teilte Referat 214 am 28. April 1987 mit, voraussichtlich reise „der deutsche Delegationsleiter im ‚Pariser Club‘ (Graf Korff/BMWi)“ in Bälde nach Warschau, um dort „nach realistischen Möglichkeiten für eine Einigung im ‚Pariser Club‘ zu suchen“. Dadurch solle „eine Belastung der nächsten Tagung der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission Ende Mai in Warschau mit der Umschuldungsproblematik vermieden werden, für die zunächst im multilateralen Rahmen des ‚Pariser Clubs‘ eine Regelung gefunden werden muß, bevor die staatlich verbürgten deutschen Handelsforderungen bilateral umgeschuldet werden können“. Vgl. Referat 422, Bd. 148953.
Regierungsdirektor Graf von Korff-Schmising, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Warschau, berichtete am 11. Mai 1987, er habe in den Gesprächen am selben Tag „das Umschuldungsangebot des Pariser Clubs von Januar und März 1987 (Aufrechterhaltung der Abkommen 1981 bei Flexibilität hinsichtlich der Zahlung der aufgelaufenen Rückstände; vollständige Rekonsolidierung der Abkommen 1982–1984, 1985 sowie Konsolidierung der originären Fälligkeiten 1986 und 1987)“ erörtert. Die polnische Seite habe auf die sich verschlechternde Wirtschaftsentwicklung des Landes verwiesen: „Die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Banken hätten sich nur mit größten Schwierigkeiten bisher erfüllen lassen. Polen müsse daher auf einer langfristigen Lösung (gemeint ist die Umschuldung aller Zahlungsverpflichtungen bis in die 90er Jahre) sowie einer Reduzierung der z. T. exorbitant hohen Zinsen aus 1981 bestehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 820; Referat 422, Bd. 148953.

chowski[22] vor dem Sejm vom 18. März 1987 und Interview Jaruzelski in der „Gazeta Lubuska“[23]). Es gebe Grundsatzpositionen, in denen wir nicht übereinstimmten. Wir wollen uns deshalb auf das Machbare konzentrieren.

Zu unserer Einschätzung der Gorbatschowschen Reformpolitik verweise er auf die Rede des BM in Davos.[24] Wir nähmen diese Politik ernst. Nun frage sich, wie stark die Gruppen seien, die diese Politik mittrügen. Sicher gehöre dazu die technische Intelligenz, auch das Militär. Aber in einem großen Lande sei es schwierig, diese Politik umzusetzen, und es gebe ja offensichtlich Hemmnisse in mittleren Etagen. Wir wollten keine Hindernisse in den Weg legen, im Gegenteil Gorbatschow ermutigen, diesen Weg fortzusetzen. Die polnische Führung setze offenbar uneingeschränkt auf diesen Kurs.

[25]Herr Kucza erklärte, er wolle noch einmal auf die Wirtschaftsfragen zurückkommen. Die Bundesrepublik Deutschland sei der größte westliche Handelspartner Polens und auch der größte Gläubiger. Sie verfüge über einen sehr großen Handelsbilanzüberschuß. Bei politischem Willen müsse es „ökonomisch-finanziell möglich sein, einen Durchbruch für Polen zu erreichen“.

Polen werde diesen Durchbruch mit Hilfe der SU durch Heranführung seiner Produkte an das Weltniveau erreichen, aber es werde lange dauern. Es würde sehr viel schneller gehen, wenn die Bundesrepublik Deutschland mehr tun könnte.

D2 entgegnete, in westlichen Kreisen sei man verhältnismäßig ratlos gegenüber dem polnischen Wirtschaftsdilemma. Die Fehler der 70er Jahre dürften nicht wiederholt werden. Welches Konzept habe die polnische Führung?

Kucza: Vize-Premier Szałajda habe eine Projektliste übergeben.[26] In Hannover sei erneut über sie gesprochen worden.[27] Polen wolle keine Finanzkredite, sondern liefergebundene Kredite, die für beide Seiten von Interesse seien.

22 Korrigiert aus: „Olechowski“.
Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 19. März 1987: „Sejm-Erklärung des polnischen AM Orzechowski, die das Jahr 1986 selbstbewußt als eine Periode ‚verstärkter Aktivitäten und zahlreicher Errungenschaften‘ polnischer Außenpolitik bilanziert, liegt im bilateralen deutsch-polnischen Teil auf der bisherigen Linie und enthält keine wirklich überraschenden und neuen Akzente. […] Den auf Dialog und Zusammenarbeit ausgerichteten Äußerungen haftet ein Beigeschmack an: Positive Zeichen und konstruktive Vorschläge gibt es – nach Orzechowskis Lesart – nur auf polnischer Seite, Fortschritte im bilateralen Verhältnis hängen von unserem Verhalten ab. Die politische Führung Polens erwartet von der Bundesregierung eine Befreiung der bilateralen Beziehungen von ‚politisch-juristischem Ballast‘ und konstruktive Vorschläge (als wenn es die nicht gäbe), ohne selbst erkennbar Bewegung zu zeigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 466; Referat 214, Bd. 139730.

23 Botschafter Pfeffer, Warschau, informierte am 22. April 1987: „Jaruzelski hat der ‚Gazeta Lubuska‘, die in Zielona Góra (Grünberg) erscheint, am 17.4.1987 ein Interview gegeben, das am 21.4. in englischer Fassung im PAP-Dienst erschienen ist.“ Staatsratsvorsitzender Jaruzelski habe erklärt, bei den deutsch-polnischen Beziehungen könne noch nicht von einer positiven Bilanz gesprochen werden. Andererseits habe er „Polens konstruktiven Willen zur Entwicklung guter Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland“ betont. Pfeffer resümierte: „Im großen und ganzen ist dies die Linie, die Jaruzelski uns gegenüber seit längerem einnimmt (Für und Wider).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 660; Referat 214, Bd. 139705.

24 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

25 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 745 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

26 In der Sitzung der deutsch-polnischen Gemischten Kommission am 10./11. März 1986 in Bonn übergab die vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda geführte polnische Delegation eine Liste von Kooperationsprojekten, „über die mit deutschen Firmen z. Z. verhandelt wird“. Vgl. das Protokoll der Sitzung; Referat 421, Bd. 140334. Zu Szałajdas Besuch vgl. auch AAPD 1986, I, Dok. 66.

D 2 erwiderte, man müsse ein Signal an die deutsche Wirtschaft geben. Wir wünschten, daß die 100-Millionen-Hermes-Bürgschaft haushaltsrechtlich entsperrt werde, doch müsse Polen dann die Voraussetzungen im Pariser Club schaffen. Die Wirtschaftsbeziehungen müßten eingebettet werden in die Gesamtbeziehungen. Wir seien, mit Unterstützung aller Fraktionen des Bundestages, daran interessiert, bei Ausreisen und Familienzusammenführung, beim Jugendaustausch und bei der Kriegsgräberfürsorge Fortschritte zu erzielen.

Kucza ließ erkennen, daß die polnische Seite bei größerer wirtschaftlicher Hilfe von unserer Seite bereit ist, in den genannten humanitären Fragen großzügiger zu verfahren. Dies sei eine Entscheidung der polnischen Führung.

Zur Frage der neuen Politik in der SU, so fuhr Kucza fort, sei zu bemerken, daß die seit längerem in Gang befindliche polnische Erneuerung und Demokratisierung im wirtschaftlichen und politischen Bereich[28] mit der von Gorbatschow gewiesenen Linie (27. Parteitag[29]) sich im Gleichklang befinde. Die Unterstützung sei also selbstverständlich, man hoffe sogar auf neue Impulse. Andere Partnerstaaten, überrascht, seien noch nicht ganz soweit. Daß nicht alle alles übernehmen, sondern jeder mit seiner Erfahrung das sozialistische System bereichere, sei gleichzeitig ein Gegenbeweis gegen die oft gehörte westliche These, im Osten gehe alles nur nach Moskaus Leitung.[30]

Die polnische Führung sei auch sicher, daß Gorbatschow sich halten werde. Die Gruppen, die ihn unterstützten, seien stark. Fast die ganze Bevölkerung stehe hinter ihm. Das sowjetische Politbüro habe auch das Modell des polnischen Politbüros nachgeahmt und reise nun in die Provinz. In größeren und kleineren Betrieben, in der Landwirtschaft und in der Verwaltung habe man dabei ein fast einheitliches „Bild der enthusiastischen Zustimmung“ vorgefunden.

Auf Herrn v. Richthofens Einwurf, es könne doch noch keine Erhöhung des Lebensstandards spürbar sein, meinte Kucza, eine Welle der Hoffnung gehe durch die SU. Man wolle die kritische Auseinandersetzung. Eine breite Basis sei für scharfe Ahndung von Disziplinlosigkeiten.

Auf die Frage von D 2, ob dadurch nicht die Funktionärsschicht verunsichert werde: Das dürfe man nicht verallgemeinern. Die „echten, bescheidenen Kommunisten“ fühlten sich in ihrer eigenen Haltung bestätigt. Im kulturellen Bereich zeige man neue Filme und Theaterstücke und setze sich mit Tabus auseinander. Die Erkenntnis wachse, daß „nicht das System, sondern falsche Anwendungen“ die Schwierigkeiten hervorgerufen hätten.

Als Indiz für die öffentliche Zustimmung führte Kucza den stehenden Applaus im Bolschoi-Theater für Jaruzelski und Gorbatschow an.

Fortsetzung Fußnote von Seite 602

27 Bundesminister Bangemann und der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Szalajda führten am 1. April 1987 ein Gespräch am Rande der Hannover Messe.

28 Korrigiert aus: „Ebene“.

29 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

30 Vgl. dazu u. a. das Interview mit der Zeitschrift „Stern“, in dem das Mitglied des ZK der SED, Hager, am 20. März 1987 mit Blick auf die Reformen in der UdSSR erklärte: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Das vom „Stern“ am 9. April 1987 veröffentlichte Interview wurde am folgenden Tag auch in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ abgedruckt. Vgl. den Artikel „Kurt Hager beantwortete Fragen der Illustrierten ‚Stern‘“; NEUES DEUTSCHLAND vom 10. April 1987, S. 3.

Wer sich nicht schnell genug umstellen könne, werde allerdings seinen Posten verlieren. Die Jugend jedenfalls sei „Feuer und Flamme“ für den neuen Kurs und sehe in ihm ihre persönliche Zukunft.

D2 stellte die Frage, wie weit sich dies auf die sowjetische Außenpolitik auswirken werde.

Kucza sah die Bestätigung schon in deren großen Aktivität. Alle Initiativen kämen jetzt vom Osten.

D2 wies auf die westlichen Initiativen hin. Durch den Doppelbeschluß von 1979[31] sei vieles in Gang gekommen. Der Westen sei auch weiter sehr aktiv. Wir stünden ohne Wenn und Aber zur Null-Lösung. Besser noch wäre es, wenn auch die letzten 100 Mittelstreckenraketen auf jeder Seite beseitigt würden. Wir begrüßten es sehr, daß ein Abkommen in Reichweite gerückt sei. Auf den Hinweis Kuczas über die große Elastizität der sowjetischen Politik erwiderte D2, daß wir die sowjetischen Vorschläge[32] genau prüfen müßten. Die Texte zu LRINF lägen uns noch nicht vor. Zu den kürzeren Reichweiten gebe es nur mündliche sowjetische Erklärungen. Sie entsprächen wegen mangelnder Globalität nicht den westlichen Interessen (Transportfähigkeit). Auch die Drittstaatensysteme seien nicht ausgeklammert. Wir würden auch diese Vorschläge zügig, aber sorgfältig prüfen, eine Stellungnahme der Bundesregierung erarbeiten und diese in das Bündnis einbringen.

Kucza: „Wenn man hier in Europa bei den Mittelstreckenraketen die Null-Lösung erzielt, verschafft uns dies die Möglichkeit, mit anderen Partnern ein rüstungskontrollpolitisches Geschäft zu machen.“

D2 betonte, daß die Verifikation einfacher wäre, wenn die LRINFs ganz abgeschafft würden. Verifikationssysteme seien sehr teuer. Wir würden auch die Null-Lösung in Europa akzeptieren, aber Ziel sollte die vollkommene Null-Lösung sein.

Kucza: Das sei auch das strategische Ziel der Sowjetunion.

D2: Eigentlich sei die ganze Rüstungskontrolle vom falschen Ende aufgezäumt. Eigentlich hätte man wegen des östlichen Übergewichts mit der konventionellen Abrüstung beginnen müssen.

Kucza: Auch die polnischen Interessen zielten in diese Richtung.

D2: Es gehe nicht nur um die Herstellung der Parität, sondern auch darum, daß beide Seiten nur eine Defensivfähigkeit hätten. Schließlich sollen die chemischen Waffen weltweit eliminiert werden.

Kucza stimmte zu und bemerkte, daß Polen hier federführend für den Pakt in Genf sei.

Kucza hielt es für einen guten Gedanken, daß Herr D2A bilaterale Abrüstungskonsultationen mit der polnischen Seite führt.

31 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

32 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. Februar 1987 in Prag; Dok. 109.
Vgl. dazu auch den Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag; Dok. 119 und Dok. 123.

Abschließend trug D2, wie im Delegationsgespräch[33], unsere Vorstellungen zur Weiterführung des KSZE-Prozesses vor.

Kucza erklärte, daß es hoffentlich zum Kulturform in Krakau[34] kommen werde.

D2 verwies auf unsere Miteinbringerschaft und auf unseren Vorschlag einer KSZE-Wirtschaftskonferenz[35].

Schließlich informierte er Herrn Kucza über den Plan eines Brainstorming im Rahmen des Aspen-Instituts über das Thema, wie Polen wirtschaftlich geholfen werden könnte.

Kucza äußerte, daß er diesen Plan für gut halte.

[gez.] Richthofen

VS-Bd. 13501 (214)

33 Ein (zweites) Delegationsgespräch, bei dem internationale Themen erörtert wurden, fand am 30. April 1987 statt. Vgl. dazu das am 7. Mai 1987 mit Schriftbericht Nr. 831 des Gesandten Bauch, Warschau, übermittelte Protokoll; Referat 214, Bd. 139716.

34 Zum polnischen Vorschlag vom 17. Dezember 1986 für ein Kulturforum in Krakau vgl. Dok. 106, Anm. 18.

35 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

122

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

4. Mai 1987

Unter Verschluß – Persönlich – Vertraulich

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Politische Direktoren-Konsultationen mit Polen[3];
hier: Vieraugengespräch mit Vize-Außenminister Olechowski am 29. April 1987, 17.30 bis 18.40 Uhr

1) Am Rande des den bilateralen Fragen gewidmeten ersten Delegationsgesprächs der deutsch-polnischen Konsultationen auf Direktorenebene am 29. April 1987 schlug Vize-Außenminister Olechowski (VAM) vor, daß die beiden Delegationsleiter sich zurückziehen sollten, um ein Glas Whisky zu trinken. Daraufhin führte ich mit VAM ein gut einstündiges Gespräch unter vier Augen, das von beiden Seiten mit großer Offenheit, aber auch mit dem Willen und der Bereitschaft geführt wurde, in den deutsch-polnischen Beziehungen einen Schritt voran zu machen. Das Gespräch wurde von uns beiden ohne vorbereitete Gesprächsunterlage und ohne Notizen geführt.

VAM leitete das Gespräch damit ein, daß er seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gab, daß die bilateralen Beziehungen auch nach dem Besuch von Außenminister Orzechowski im April 1986 in Bonn[4] nicht aus der Passivität heraus-

1 Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe D 2 gebeten, eine breite Analyse unter der Fragestellung 1) Was erwarten wir von den Polen? 2) Was können wir den Polen bieten? vorzulegen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein Doppel für StS R[uhfus] gefertigt."

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 13. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich für „D 2 i. V." vermerkte: „Hat BM für Hausbesprechung vorgelegen."
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 14. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte.
Hat Kastrup am 19. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Derix vorgelegen, der zum Vermerk von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich notierte: „Gegenstandslos durch Besprechung bei BM am 8.5.87."

3 Die von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen geführten Direktorenkonsultationen mit Polen fanden am 29./30. April in Warschau statt. Vgl. dazu auch Dok. 121.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix legte Richthofen am 4. Mai 1987 fünfzehn Aufzeichnungen über dessen Gespräche in Warschau vor „mit der Bitte um Billigung von Inhalt und Verteiler". Dazu teilte er mit: „Die Vermerke zu den internationalen Themen werden gesondert vorgelegt." U. a. faßte Derix die Delegationssitzung am 29. April 1987 zusammen, in der Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in Politik und Wirtschaft erörtert wurden. Die weiteren Aufzeichnungen behandelten in erster Linie das polnische Interesse am Abschluß eines Investitionsförderungsvertrags, das Interesse der Bundesregierung am Austausch von Militärattachés, Wiedergutmachungsfragen, die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, die Kulturbeziehungen, die Errichtung von Generalkonsulaten sowie Fragen der Aussiedlung und Familienzusammenführung. Zusätzlich wurde Richthofens Gespräch mit dem polnischen Außenminister Orzechowski am 30. April 1987 in Warschau dokumentiert. Vgl. Referat 214, Bd. 139716.
Am 7. Mai 1987 übermittelte Gesandter Bauch, Warschau, zudem das Protokoll des zweiten Delegationsgesprächs am 30. April 1987, bei dem internationale Themen erörtert wurden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 831; Referat 214, Bd. 139716.

4 Der polnische Außenminister Orzechowski besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 9. April 1986. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 91 und Dok. 93.

gekommen seien. Er habe den Eindruck, daß auch die Bundesregierung mit diesem Zustand nicht zufrieden sei. VAM unterstrich sodann den hohen Wert, den die Bundesrepublik Deutschland für Polen als wichtigster westlicher Wirtschaftspartner, aber auch als Gesprächspartner in Europa kraft ihrer politischen Stellung in der EG habe. Er bekräftigte das Interesse seiner Regierung, in den bilateralen Beziehungen einen großen Schritt nach vorne zu tun. Der kürzliche Besuch von Staatspräsident Herzog in der Bundesrepublik Deutschland habe gezeigt, daß auch im deutsch-israelischen Verhältnis trotz der aus der Vergangenheit herrührenden Belastungen eine Entwicklung nach vorn möglich sei.[5] Das sollte auch in den deutsch-polnischen Beziehungen der Fall sein können. Eine solche Entwicklung läge nicht nur im bilateralen, sondern auch im europäischen Interesse.

Ich verwies auf das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einer Verständigung mit dem polnischen Volk und an der Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen im Gesamtkontext der West-Ost-Beziehungen und bestätigte, daß auch wir mit dem gegenwärtigen Zustand der Beziehungen unzufrieden seien. Wir hätten eine Reihe von Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Beziehungen gemacht, stünden aber auch vor der Frage, wie die Schwierigkeiten überwunden werden könnten, Ansätze für die Weiterentwicklung in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu finden.

VAM erklärte, der polnischen Regierung gehe es in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen nicht nur darum, den rückläufigen Trend im Warenaustausch umzukehren und im Pariser Club eine Umschuldungsregelung zu finden, sondern die Modernisierung der polnischen Exportindustrie zu erreichen, um durch höhere Exporterlöse die Schulden aus den 70er Jahren abtragen zu können. Der Westen erwarte von Polen, daß es über die Hälfte seiner Exporterlöse zu Umschuldungszwecken zur Verfügung stelle. Das sei angesichts der Modernisierungsnotwendigkeiten seiner Exportindustrie nicht verkraftbar. Polen erwarte von der Bundesrepublik Deutschland als ihrem wichtigsten westlichen Wirtschaftspartner einen substantiellen Beitrag durch Ausbau der Wirtschaftskooperation. Polen sei dabei nicht an ungebundenen Finanzkrediten interessiert – dafür hoffe man den Beitritt zum INF[6] nutzen zu können –, sondern an Unternehmungskooperation und der Lieferung von Investitionsgütern zur Modernisierung des Maschinenbaus, der Elektroindustrie und der industriellen Verarbeitung von Agrarprodukten. Polen würde es begrüßen, wenn die haushaltsrechtliche Sperre der Deckungsmöglichkeiten im Rahmen des 100-Mio.-Plafonds für Polen-Geschäfte[7] aufgehoben werden könnte. Dies könne aber nur als erster Schritt betrachtet werden, da dieser Deckungsrahmen für die dringend benötigte Modernisierung der polnischen Exportindustrie und die damit verbundene Steigerung der Deviseneinnahmen nicht ausreichen würde. Aus vielen Gesprächen, die er als Botschafter der VR Polen[8] mit deutschen Wirtschaftsführern geführt

5 Zum Besuch des Präsidenten Herzog vom 6. bis 10. April 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 99.

6 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „IWF".
Polen, das bereits von 1946 bis 1950 dem IWF angehört hatte, trat dem IWF am 12. Juni 1986 erneut bei.

7 Zur Sperrung des Plafonds von 100 Millionen DM für Geschäfte mit Polen vgl. Dok. 121, Anm. 20.

8 Tadeusz Olechowski war von 1983 bis 1986 polnischer Botschafter in der Bundesrepublik.

habe, wisse er, daß auch große deutsche Unternehmen ohne Hermes-Bürgschaften zu Investitionsgüterlieferungen auf Kreditbasis nicht bereit seien.

Ich wies darauf hin, daß die Erfüllung derartiger polnischer Erwartungen, zu der ich mich verständlicherweise hier nicht verbindlich äußern könnte, innenpolitisch bei uns in jedem Falle voraussetze, daß auch die polnische Regierung der Bundesregierung in den für sie wichtigen Bereichen der bilateralen Beziehungen entgegenkomme. Ich wies dabei insbesondere auf die Frage der Ausreisen und Familienzusammenführungen[9] sowie auf die Kriegsgräberfürsorge[10] hin.

VAM erwiderte, zwischen der Modernisierung der polnischen Exportindustrie in Schlesien und der Genehmigung der Ausreisen von ethnisch Deutschen bestehe insofern ein Zusammenhang, als mit der Schaffung maschineller Arbeitsplätze Arbeitskräfte freigesetzt und damit die Genehmigung zur Ausreise von Ausreisewilligen erleichtert werde. Er erklärte die Bereitschaft der polnischen Regierung, der Bundesregierung im Gegenzuge zu der von der polnischen Regierung erwarteten Unterstützung bei der Modernisierung der polnischen Exportindustrie in der Frage der Pflege deutscher Kriegsgräber, der Einrichtung eines deutsch-polnischen Jugendwerkes[11] und der Erhöhung der Ausreisezahlen entgegenzukommen. Was die Ausreisen angehe, so wolle sich Polen nicht, wie z. B. Rumänien, die Ausreisen „abkaufen" lassen[12] und lehne ein „Kopfgeld" entschieden ab. Die polnische Regierung könnte sich dagegen zu einem Entgegenkommen bei den Ausreisen verstehen, wenn die deutsch-polnische Wirtschaftskooperation in dem von ihr beschriebenen Sinne ausgebaut werden könnte.

VAM wies darauf hin, daß er noch in seiner Eigenschaft als Botschafter der VR Polen BM Bangemann vor einem Jahr eine Liste mit geeigneten Vorhaben über-

9 Vortragender Legationsrat Weiß vermerkte am 5. Mai 1987 zum Stand von Ausreisen und Familienzusammenführungen aus Polen: „Leichter Anstieg legaler Ausreise (1985: 2571; 1986: 4144), weitere Zunahme ‚illegaler' Ausreise (1985: 19504; 1986: 23044). Letztere bedingt tragische Familientrennungen bei Wartezeiten von rd. fünf Jahren, z.B. 1317 reine Kinderfälle (Minderjährige)." Vgl. Referat 214, Bd. 139712.

10 Ministerialdirigent Hellbeck legte am 12. August 1986 dar, in Polen seien vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) rund 300000 Kriegsgräber von geschätzten 468000 im Zweiten Weltkrieg in Polen gefallenen Deutschen erfaßt: „Aus dem Ersten Weltkrieg sollen in Polen etwa 400000 deutsche Gefallene bestattet sein. Die Unterlagen hierüber sind lückenhaft. Bis auf etwa 8000 Gräber, die von Privatpersonen – und zwar von meist deutschen Staats- und Volksangehörigen – betreut werden, können alle anderen deutschen Soldatengräber als nicht gesichert angesehen werden. Alle Bemühungen der Bundesregierung zur Herstellung von Gesprächskontakten zwischen dem VDK und den zuständigen polnischen Stellen zur Erörterung von Fragen der Erfassung und Pflege von deutschen Kriegsgräbern sind immer wieder an der ablehnenden Haltung der polnischen Regierung gescheitert." Vgl. Referat 214, Bd. 139775.

11 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, bat das Auswärtige Amt mit Schreiben vom 21. Februar 1985 um eine mit dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit abgestimmte Stellungnahme, welche operativen Schritte die Bundesregierung unternehmen könne, um die von Bundeskanzler Kohl mehrfach öffentlich geforderte Gründung eines Jugendwerks mit Polen nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerks zu ermöglichen. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139774.
Die polnische Regierung lehnte Kohls Vorschlag zur Gründung eines gemeinsamen Jugendwerks am 9. Juli 1985 ab und verwies auf die Notwendigkeit, die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission zu verwirklichen: „Mit der Erweiterung des Jugendaustausches sei nicht zu vereinbaren, wenn die westdeutsche Jugend auf Grund ‚revisionistischer Karten und Namen' erzogen und in die Vertriebenenverbände einbezogen werde." Vgl. die dpa-Meldung vom 9. Juli 1985; Referat 214, Bd. 139774.

12 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

geben habe. Zuletzt habe Vize-Ministerpräsident Szałajda BM Bangemann in Hannover erneut eine Vorschlagsliste überreicht.[13]

VAM schlug vor, die Möglichkeiten einer Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland bis zur Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission unter Leitung von BM Bangemann und Vize-MP Szałajda am 25./26. Mai 1987 in Warschau[14] zu klären. Dies würde es der polnischen Regierung ermöglichen, die o. a. genannten sensitiven Fragen bis zum Besuch des Herrn Bundesministers im Juli in Warschau zu klären und anläßlich des Besuches entsprechende Zusagen zu geben. Er wäre bereit, zur Vorbereitung dieser Gespräche im Juni zu politischen Konsultationen nach Bonn zu kommen. Bis dahin schlage er vor, sich über den polnischen Gesandten Kulski in Köln und Botschafter Pfeffer gegenseitig auf dem laufenden zu halten.

Ich dankte VAM für die offene Ansprache und unterstrich das Verständnis für die erheblichen Schwierigkeiten, denen sich Polen bei der Erfüllung seiner Auslandsverbindlichkeiten gegenübersähe. Die Bundesregierung werde sich auch weiterhin für eine allseits akzeptable Lösung des Schuldenproblems im Pariser Club einsetzen.[15] Um diese Bereitschaft zu unterstreichen, werde – wie bereits im Delegationsgespräch angekündigt – unser Delegationsleiter im Pariser Club, Graf Korff/BMWi, voraussichtlich in der Woche ab 4.5. zu bilateralen Gesprächen nach Warschau reisen, um nach realistischen Möglichkeiten für eine Einigung im Pariser Club zu suchen.[16] Dazu seien aber größere polnische Anstrengungen als bisher dort angeboten notwendig. Eine Regelung der Rückstände aus dem Abkommen von 1981 würde die Wiedereröffnung der Deckungsmöglichkeiten im Rahmen des 100-Mio.-DM-Plafonds für Polengeschäfte ermöglichen, der aus haushaltsrechtlichen Gründen eingestellt werden mußte. Zu den darüber hinausgehenden polnischen Vorstellungen könnte ich mich nicht äußern, würde sie aber unverzüglich dem Herrn Bundesminister in Bonn vortragen. Auch müsse die Leitung des BMWi damit befaßt werden.

VAM erwiderte, daß die polnische Regierung große Hoffnungen in BM Genscher und BM Bangemann setze.

Wir verabredeten, daß der polnische Gesandte Kulski mich in etwa 10 Tagen aufsuchen wird, um von mir eine erste Reaktion zu bekommen, und die Angelegenheit im übrigen im kleinsten Kreis zu behandeln.[17]

13 Bundesminister Bangemann und der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Szałajda führten am 1. April 1987 ein Gespräch am Rande der Hannover Messe.

14 Zur Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission vgl. Dok. 182, Anm. 16.

15 Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 121, Anm. 19.

16 Zu den Gesprächen des Regierungsdirektors Graf von Korff-Schmising, Bundesministerium für Wirtschaft, am 11. Mai 1987 in Warschau vgl. Dok. 121, Anm. 21.

17 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen führte am 12. Mai 1987 ein Gespräch mit dem polnischen Gesandten Kulski. Dabei teilte Richthofen mit, daß Bundesminister Genscher am Besuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. bis 11. Juli in der UdSSR teilnehmen werde und daher nicht „den von polnischer Seite genannten Besuchstermin (6. bis 8. Juli)“ wahrnehmen könne. Große Bedeutung messe die Bundesregierung der Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission am 25./26. Mai 1987 in Warschau bei. Allerdings seien die Perspektiven auf eine gute Entwicklung nachhaltig gestört durch die Veröffentlichung polnischer Reparationsforderungen im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Durch die Veröffentlichung gebe es keine der im Vier-Augen-Gespräch behandelten Perspektiven. […] In der Sache weise er darauf hin, daß die Forderung von polnischer Seite immer wieder erhoben und von uns zurückgewiesen worden sei. Die polnische Seite

2) VAM bekräftigte das große Interesse der polnischen Regierung am Besuch des Herrn Bundesministers im Juli 1987 in Warschau zu den von ihm vorgeschlagenen Daten (6. bis 8. oder 13. bis 15. Juli 1987). Nach dem polnischen Nationalfeiertag am 22. Juli wäre ein Besuch im Hinblick auf die beginnenden Ferien nicht mehr zweckmäßig und könnte dann erst für September ins Auge gefaßt werden. Der September sei jedoch erfahrungsgemäß wegen der Generalversammlung der Vereinten Nationen[18] mit Terminen überfrachtet. Er bekräftigte die polnische Bereitschaft zu höchstrangiger protokollarischer Wahrnehmung durch General Jaruzelski, den polnischen Ministerpräsidenten[19] und Sejm-Marschall Malinowski. Die polnische Regierung hoffe, daß der Besuch des Herrn Bundesministers die Beziehungen nach vorne bringen werde. Beim letzten Mal habe es einige kritische Entwicklungen gegeben.[20]

Ich begrüßte die Bereitschaft zu hochrangiger protokollarischer Wahrnehmung und gab im übrigen meiner Hoffnung Ausdruck, daß es dieses Mal keine kritischen Entwicklungen geben werde. Was den Termin angehe, so könnten wir – wie schon im Delegationsgespräch ausgeführt – vor der Einigung über den Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in der Sowjetunion keine Terminfestlegung treffen.[21] Ich bäte dafür um Verständnis.

VAM kam im weiteren Verlauf des Gesprächs auf die Ausgestaltung des Besuches zurück. Ich machte ihm deutlich, daß wir es nicht für angezeigt hielten, hierüber Gespräche zu führen. VAM meinte daraufhin, er wolle von sich aus sagen, daß sich der Herr Bundesminister begleiten lassen könne, von wem er wolle, und daß sich bei westlichen Ministerbesuchen hinsichtlich des Treffens mit Vertretern der Opposition ein gewisses Pattern herausgebildet habe, das die Regierung zwar nicht lauthals begrüße, aber toleriere, wenn derartige Treffen nicht demonstrativ herausgestellt würden. Dasselbe gelte für den Besuch des Grabes des polnischen Priesters Popiełuszko[22]. Auf meinen Hinweis, daß wir hier natürlich auch nichts verschweigen wollten oder könnten, meinte VAM, daß eine Presseberichterstattung über diese Punkte, die nicht überzogen und demonstrativ sei, natürlich nicht ausgeschlossen werde. VAM insistierte sodann von sich aus weiter, nach seinen früheren Gesprächen mit meinem Vorgänger,

Fortsetzung Fußnote von Seite 609

habe auf Reparationen verzichtet, wir seien an das Londoner Schuldenabkommen gebunden. Er stelle nochmals fest, daß die Indiskretion nicht von uns stamme. Er habe in seinen Warschauer Gesprächen gute Übereinstimmung mit VAM Olechowski erzielt. Bevor er habe anfangen können, tätig zu werden, sei die Veröffentlichung gekommen. In dieser Lage könne er niemanden mobilisieren. Er könne nicht mit Leuten sprechen, wenn der Eindruck entstehe, wir müßten im Büßergewand daherkommen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139707. Vgl. ferner den Artikel „Teurer Prüfstein"; DER SPIEGEL, Nr. 20 vom 11. Mai 1987, S. 40 f.

18 Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

19 Zbigniew Messner.

20 Bundesminister Genscher hielt sich zuletzt am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.
Ein für den 21. bis 23. November 1984 vorgesehener Besuch Genschers in Polen wurde kurzfristig abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

21 Am 13. Mai 1987 gab das Bundespräsidialamt bekannt, daß Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker vom 6. bis 11. Juli 1987 die UdSSR besuchen werde. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 390.
Zum Besuch Weizsäckers, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, vgl. Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

22 Am 19. Oktober 1984 wurde der polnische Priester Popiełuszko entführt und am 30. Oktober 1984 ermordet aufgefunden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 292.

Herrn Dr. von Braunmühl, über einen sehr sensiblen Punkt, trotz meiner Absage über Einzelheiten der Besuchsausgestaltung zu reden, zu sprechen. Dies sei der Besuch eines deutschen Kriegsgrabes aus dem Zweiten Weltkrieg. Ein solcher Besuch wäre in und außerhalb von Warschau für die heutige Bevölkerung von Warschau nach allem, was dort seitens der Wehrmacht geschehen sei, noch immer nicht erträglich. Dagegen wäre ein Besuch eines deutschen Kriegsgrabes aus dem Ersten Weltkrieg möglich. Ein solches Grab befinde sich in der Nähe von Warschau, in Lobitsch. Von sich aus fügte VAM hinzu, die Lage in der Sowjetunion, wo BM Genscher ein Kriegsgrab aus dem Zweiten Weltkrieg habe besuchen können[23], sei mit der Lage in Warschau nach der Beteiligung deutscher Soldaten an der Niederschlagung des Aufstandes von Warschau nicht vergleichbar.

Ich erwiderte, daß ich nicht in der Lage sei, hierüber zu sprechen. Für die von VAM angesprochenen Fragen gebe es einen Rahmen, in dem wir uns bewegen würden. Es sei nicht unsere Absicht, dabei demonstrativ vorzugehen. Bei der „Welt" gebe es im übrigen einen neuen Chefredakteur[24]. Hinsichtlich des Besuches eines deutschen Soldatengrabes aus dem Zweiten Weltkrieg bäte ich, unser Gespräch als ein Nicht-Gespräch anzusehen. Den mir von ihm vorgetragenen Standpunkt würde ich dem Herrn Bundesminister vortragen. Er wisse, daß dies auch für uns eine sehr schwierige Frage sei.

3) Auf meine Frage nach dem Gesundheitszustand von Botschafter Nestorowicz und dem Zeitpunkt seiner Rückkehr nach Bonn erklärte VAM, der Botschafter selbst hoffe, in Kürze nach Bonn zurückkehren zu können, seine Ärzte seien aber pessimistischer. Man habe daher Erwägungen über seine Nachfolge angestellt und werde in den nächsten zwei Wochen eine Entscheidung treffen und die Bundesregierung unterrichten.

4) Im Zusammenhang mit den sensitiven Fragen, die einer Lösung zugeführt werden sollen, nannte ich gegen Ende des Gesprächs den Wunsch nach einer Gedenkausstellung aus der Bundesrepublik Deutschland in Auschwitz[25] sowie den Wunsch nach Anbringung einer Gedenktafel an den Kreisauer Kreis in Schloß Kreisau[26]. VAM nahm beide Wünsche zur Kenntnis.

[23] Zum Auftakt seines Besuchs in der UdSSR vom 20. bis 22. Juli 1986 legte Bundesminister Genscher am Vormittag des 21. Juli 1986 in Moskau Kränze auf dem deutschen Kriegsgefallenenfriedhof in Ljublino und am Grabmal des unbekannten Soldaten nieder. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 208.

[24] Manfred Schell.

[25] Zur Initiative der Bundesregierung, im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz eine ständige Gedenkausstellung der Bundesrepublik einzurichten, vgl. AAPD 1986, II, Dok. 217.

[26] Botschafter Pfeffer, Warschau, informierte am 14. Oktober 1985, daß das Vorhaben, in Kreisau eine Tafel zum Gedenken an die Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis" anzubringen, seit 1980 im Gespräch sei. Das polnische Außenministerium habe indes „große Zurückhaltung" erkennen lassen. Dies gelte auch für das Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, „das Anwesen zu restaurieren und dort eine Begegnungsstätte einzurichten". Ein Schreiben der Stiftung an den polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski vom Herbst 1984 sei unbeantwortet geblieben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1576; Referat 214, Bd. 133068.
Vortragender Legationsrat Weiß unterrichtete die Botschaft in Warschau am 27. März 1987, wie beim IV. Deutsch-Polnischen Forum vom 21. bis 25. November 1985 in Krakau vereinbart, habe ein wissenschaftliches Kolloquium zum Kreisauer Kreis am 20./21. März 1987 in Bonn stattgefunden: „Trotz negativen Verlaufs hat das Kolloquium immerhin gezeigt, daß die Polen sich jetzt offensichtlich mit der Thematik Kreisauer Kreis ernsthafter und sachlicher befassen als zuvor." Vgl. den Drahterlaß Nr. 242; Referat 214, Bd. 139766.

5) Im Zusammenhang mit dem polnischen Wunsch nach Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen unterrichtete ich VAM über das geplante Seminar im Aspen Institute, auf dem über Ansatzpunkte für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessierter westlicher Staaten mit Polen gesprochen werden soll.[27] VAM zeigte sich interessiert und sagte zu, Teilnahme polnischer Vertreter zu prüfen, betonte aber ausdrücklich, daß ein solches Seminar nicht das sei, was die polnische Regierung unter einem großen Sprung nach vorne verstehe, wenngleich eine solche Diskussion mit westlichen Partnern nützlich sein könne.

6) VAM stimmte der Übergabe von 25 Ausreisefällen und eines Falles der Entlassung aus der polnischen Staatsangehörigkeit durch RL 214[28] an den stellvertretenden Abteilungsleiter Jędrys zu.

7) Im Zuge des Gesprächs unterrichtete ich VAM über Stand und Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen.

Richthofen

Referat 214, Bd. 139716

123

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-778/87 geheim **5. Mai 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Sowjetischer INF-Vertragsentwurf vom 27.4.1987 (liegt dem Original bei[3])

Anlg.: 1 (nur beim Original)

I. Kurzfassung

1) Der von der SU am 27. April 1987 in die Genfer Verhandlungen eingebrachte Entwurf eines „Treaty between the USSR and the USA on the elimination of Soviet and US Medium Range Missiles in Europe and on other measures for the limitation and reduction of Medium Range Missiles of the USSR and the USA“

27 Zum Seminar des Aspen-Instituts „Polen – innere und äußere Entwicklung“ vom 9. bis 12. September 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 263, Anm. 37.

28 Christoph Derix.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 5. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ausf[ertigung] 4 ging an StS R[uhfus] über RL 014.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 3. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt am 4. November 1987 erneut vorgelegen.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag bzw. zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) am 28. April 1987 in Brüssel vgl. auch Dok. 119.

wurde uns am 4. Mai 1987 von der hiesigen amerikanischen Botschaft in einer englischen Fassung zur Verfügung gestellt.

Der Abkommensentwurf gliedert sich in eine Präambel und 13 Artikel.

Nach sowjetischer Auffassung ist der o.g. Entwurf Teil eines Vertragswerkes, das ferner die folgenden Instrumente als integrale, gleichermaßen ratifizierungspflichtige Bestandteile umfassen soll:

– „Agreed Statements and Common Understandings" (auch dieses Dokument wurde am 27. April 1987 von der SU in Genf eingeführt, es wurde uns ebenfalls von der hiesigen amerikanischen Botschaft überlassen).
– Ein „Memorandum of Understanding", in dem die „relevanten Daten der dislozierten und nicht dislozierten Mittelstreckenflugkörper und deren Abschußvorrichtungen" enthalten sind (dieses Dokument wurde noch nicht in die Verhandlungen eingeführt).
– Ein „Protocol on Conducting Inspections" (noch nicht in die Verhandlungen eingebracht).
– Ein „Protocol on Dismantlement or Destruction" (gleichfalls in Genf noch nicht vorgelegt).

2) Zusammenfassend ist hervorzuheben:

– Bestimmungen für SRINF sind – anders als im amerikanischen Entwurf[4] – nicht Bestandteil des sowjetischen Vertragsentwurfes.
– Er enthält ferner (ebenso wie der amerikanische Vertragsentwurf) keine Weiterverhandlungsverpflichtung für SRINF, wie sie in Reykjavik[5] vereinbart wurde.
– „Conversion" als Instrument der Eliminierung ist nicht vorgesehen.
– Ebenfalls nicht vorgesehen ist die Zerstörung der Gefechtsköpfe für LRINF.
– Die Stationierung amerikanischer Systeme in Alaska ist nicht zulässig.
– Die Nichtumgehungsklausel verbietet die Weitergabe von Mittelstreckenraketen oder deren Komponenten (einzelne Stufen, Wiedereintrittskörper, nukleare Gefechtsköpfe) an Drittstaaten.
– Die SU beansprucht das Recht, in Übungsgebiete im europäischen Teil der SU weiterhin eine bestimmte Zahl von SS-20 zu verbringen.
– Die Dislozierungsbeschränkungen für die im asiatischen Teil der SU verbleibenden Mittelstreckensysteme schließen nach Angaben des BMVg[6] nicht aus, daß SS-20 das Territorium der BR Deutschland erreichen können[7].
– Bei den Verifikationsbestimmungen fehlt das Instrument der mandatorischen Verdachtskontrolle.
– Die Verifikationsbestimmungen sehen Vor-Ort-Inspektionen in Drittstaaten, in denen amerikanische Mittelstreckenflugkörper dislozíert sind, vor.

4 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.
5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.
6 Die Wörter „nach Angaben des BMVg" wurden von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt.
7 An dieser Stelle wurde folgender Passus von Botschafter Holik gestrichen: „sofern sie in Nordsibirien stationiert werden".

3) Eine Analyse der Präambel, der zentralen Elemente der 13 Artikel des Vertragsentwurfes sowie der „Agreed Statements and Common Understandings" kommt im einzelnen zu folgenden Ergebnissen:

III. Die Präambel

1) Die Präambel stellt den Gedanken der weltweiten Abschaffung der Nuklearwaffen in den Vordergrund. Sie verstärkt darüber hinaus den bereits in der Überschrift des Vertragsentwurfes zum Ausdruck gekommenen Eindruck, als handele es sich um ein europaspezifisches und nicht um ein weltweites INF-Abkommen.

In der Präambel heißt es, daß beide Parteien das INF-Abkommen als einen ersten Schritt auf dem Weg der Befreiung Europas von den Nuklearwaffen und als eine wichtige Maßnahme betrachten, die auf die Eliminierung der Nuklearwaffen in der ganzen Welt abziele.

Die Festschreibung der von der SU in der Öffentlichkeit mit Nachdruck erhobenen Forderung eines kernwaffenfreien Europas ist für uns nicht akzeptabel.

2) In der Präambel wird im übrigen Bezug genommen auf die gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärungen vom 8. Januar 1985[8] und vom 21. November 1985[9]. Dabei werden die von AM Shultz und seinem damaligen Amtskollegen Gromyko vereinbarten und beim Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow im November 1985 bekräftigten Verhandlungsziele in unkorrekter Weise wiedergegeben.

Während es in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8. Januar 1985 heißt, daß es das Ziel der Verhandlungen sein wird, „ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde selbst zu beenden und zugleich die Kernwaffen zu begrenzen und zu verringern sowie die strategische Stabilität zu stärken", liest sich die Präambel wie folgt: Beide Seiten seien geleitet „von dem Ziel, das nukleare Wettrüsten zu beenden und die strategische Stabilität sowohl in Europa als auch außerhalb Europas zu stärken".

Schließlich beruft sich die Präambel auf die in Reykjavik erzielten Absprachen, die in dem INF-Abkommen implementiert werden.

IV. Die Artikel

1) Art. 1 nennt das Vertragsziel, wobei wiederum der europäische „Charakter" des Abkommens hervorgehoben und der Gedanke einer nuklearwaffenfreien Welt betont wird.

Daß es sich bei dem Abkommen um eine Vereinbarung mit weltweit geltenden Bestimmungen handelt (auch der sowjetische Vertragsentwurf selbst enthält zahlreiche und detaillierte Bestimmungen, die sich nicht auf Europa beziehen), geht aus dem Text des Art. 1 überhaupt nicht hervor.

8 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

9 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Dort heißt es vielmehr, daß beide Parteien – als ersten Schritt auf dem Weg der vollständigen Befreiung Europas von Nuklearwaffen und als wichtige Maßnahme mit dem Ziel, Nuklearwaffen in der ganzen Welt zu zerstören – ihre Mittelstreckenflugkörper in Europa zerstören und solche Systeme in Europa in Zukunft nicht stationieren werden.

Recht lapidar wird hinzugefügt, daß weitere Maßnahmen ergriffen werden sollen, Mittelstreckenflugkörper zu begrenzen und zu reduzieren. Eine konkrete Weiterverhandlungsverpflichtung über die im asiatischen Teil der SU und in den USA verbleibenden Mittelstreckenflugkörper enthält der Vertragsentwurf nicht.

2) Art. 2 nennt die Vertragsgegenstände: Begrenzungen und Reduzierungen sollen angewandt werden auf Mittelstreckenflugkörper und deren Abschußvorrichtungen.

Daraus ergibt sich, daß – wie auch im amerikanischen Vertragsentwurf – die Gefechtsköpfe nicht reduziert und zerstört werden sollen.

3) Art. 3 enthält die folgenden Definitionen:

a) Mittelstrecken-FK[10] werden definiert als landgestützte ballistische Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 1000 und 5500 km (amerikanischer Entwurf: Reichweite zwischen 1800 und 5500 km).

b) Mittelstrecken-FK und ihre Abschußvorrichtungen gelten als dislozíert, wenn sie in Dislozierungsgebieten stationiert sind (amerikanischer Vertragsentwurf identisch).

c) Mittelstrecken-FK und ihre Abschußvorrichtungen gelten als nicht dislozíert, wenn sie sich außerhalb von Dislozierungsgebieten befinden (amerikanischer Vertragsentwurf: identisch).

d) Als existierende Typen von Mittelstrecken-FK werden genannt die SS-4 und SS-20 bzw. die PII und der Marschflugkörper BGM-109G (amerikanischer Vertragsentwurf: identisch).

4) Art. 4 enthält die Reduzierungsbestimmungen für Europa.

a) Innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages sollen die dislozierten und nicht dislozierten Mittelstrecken-FK und deren Abschußvorrichtungen, über die die SU und USA in Europa verfügen, eliminiert sein. (Nach dem amerikanischen Vertragsentwurf sollen die Reduzierungen entweder am 31. Dezember 1991 oder innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages abgeschlossen sein.)

b) Die Reduzierungen sollen in zwei Schritten erfolgen (nach amerikanischem Vertragsentwurf in drei Phasen):

– Während der ersten Phase (Dauer: drei Jahre) sollen die bei Inkrafttreten des Vertrags dislozierten Mittelstreckenflugkörper und ihre Abschußvorrichtungen auf beiden Seiten in Europa um 50 % reduziert werden.

  Dies würde nach Abschluß der ersten Reduzierungsphase zu ungleichen Obergrenzen sowohl hinsichtlich der Flugkörper als auch der Nukleargefechtsköpfe auf solchen Flugkörpern führen. Legt man die gegenwärtigen Zahlen zugrunde, so ergäben sich folgende Obergrenzen:

10 Flugkörper.

– für die SU in Europa – 135 SS-20-Flugkörper und 56 SS-4-Flugkörper mit zusammen 461 GK,
– für die USA in Europa – 54 P-II-Flugkörper und 104 GLCM-Flugkörper mit zusammen 158 GK.

(Demgegenüber sieht der amerikanische Vertragsentwurf bereits nach Abschluß der ersten Reduzierungsphase gleiche globale Obergrenzen für GK vor, verbunden mit gleichen GK-Obergrenzen für Europa und den asiatischen Landesteil der SU bzw. das Territorium der USA, deren Höhe in den Verhandlungen noch zu vereinbaren ist.)

– Nach Abschluß der zweiten Reduzierungsphase sollen alle dislozierten und nicht dislozierten Mittelstrecken-FK und deren Abschußvorrichtungen in Europa eliminiert sein.

5) Art. 5 nennt die Bestimmungen, die außerhalb Europas gelten sollen.

a) Ziffer 1) von Art. 5 sieht vor, daß fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages die Zahl der im asiatischen Teil der SU bzw. auf dem Territorium der USA dislozierten Mittelstrecken-FK nicht die Zahl dislozierter Mittelstrecken-FK überschreiten darf, „deren Gesamtzahl an Gefechtsköpfen 100 ist".

Diese Bestimmung dürfte dahingehend zu interpretieren sein, daß – ähnlich wie im amerikanischen Vertragsentwurf – Maßstab für die Zahl der erlaubten Flugkörper 100 GK sind. Die Zahl der Flugkörper ergibt sich daraus, wieviel Flugkörper für diese 100 GK erforderlich sind.

Für die SU würde das beispielsweise bedeuten: 33 SS-20 plus 1 SS-4, für die USA zusammen 100 P II und GLCM.

b) Die Bestimmungen des Art. 4 werden analog auch in Art. 5 angewandt:

– Reduzierung in zwei Phasen, wobei nach Abschluß der Phase 1 (Dauer: drei Jahre) die SU ihre im asiatischen Landesteil gegenwärtig dislozierten SS-20 um 50% reduzieren muß. Dies würde bedeuten, daß drei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages die SU im asiatischen Landesteil noch über ca. 85 SS-20 mit insgesamt 255 GK verfügen dürfte.
– Die USA dürften demgegenüber auf ihrem Territorium nur die Hälfte der nach Phase 2 erlaubten GK auf LRINF (= 100), also nur 50 GK auf LRINF stationieren.

6) Art. 6 enthält geographische Dislozierungsbeschränkungen für die außerhalb Europas stationierten Systeme:

– Beide Seiten sollen ihre Mittelstrecken-FK nicht in einer Weise dislozieren, daß sie das Territorium der jeweils anderen Vertragspartei erreichen können;
– die SU verpflichtet sich, ihre Mittelstrecken-FK im asiatischen Landesteil nicht westlich des 80. Längengrades östlicher Länge zu stationieren.

Die erste Bestimmung läuft für die USA auf ein Stationierungsverbot in Alaska hinaus. Die USA haben hierzu bereits erklärt, daß dies für sie nicht annehmbar sei, auch wenn eine Stationierung in Alaska nicht beabsichtigt sei.[11]

11 Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze bei den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über Abrüstung am 5./6. September 1986 in Washington; AAPD 1986, II, Dok. 241.

Die zweite Bestimmung würde theoretisch nicht ausschließen, daß SS-20[12] das Territorium der Bundesrepublik Deutschland erreichen könnten.

Deshalb sieht der amerikanische Vertragsentwurf eine Bestimmung vor, daß die SU im asiatischen Landesteil ihre SS-20 nur in einer Distanz von dem Territorium der NATO-Staaten in Europa dislozieren darf, die mindestens so groß sein muß, daß sie der Strecke von Nowosibirsk bis zum nächstgelegenen Punkt auf dem Territorium eines europäischen NATO-Staats entsprechen muß. Dadurch sei, wiederholten amerikanischen Erklärungen zufolge, sichergestellt, daß NATO-Europa mit Ausnahme von Teilen Norwegens und der Türkei nicht von den SS-20 aus Asien erreicht werden kann.

7) Art. 7 sieht folgende Eliminierungsbestimmungen vor:

– Mittelstrecken-FK und deren „launcher" sowie „associated support structures and equipment" sollen demontiert oder zerstört werden.
– Die Demontage oder Zerstörung muß in festgelegten Gebieten durchgeführt werden.

Wie zu erwarten, fehlt das Instrument der Umwandlung (conversion), das im amerikanischen Vertragsentwurf neben „destruction" und „dismantlement" die dritte Möglichkeit der Reduzierung ist. Dadurch soll die Umwandlung der PII in eine PIb ausgeschlossen werden.

Hervorzuheben ist, daß, ebenso wie im amerikanischen Vertragsentwurf, die Zerstörung der Gefechtsköpfe für LRINF nicht vorgesehen ist, während nach der in Genf unterbreiteten Version des sowjetischen Vorschlags einer SRINF-Null-Lösung die Gefechtsköpfe für SRINF, einschließlich der für die deutschen PIa bestimmten, zerstört werden sollen.

8) Art. 8 enthält ein Entwicklungs-, Test- und Dislozierungsverbot für neue Typen von Mittelstrecken-FK.

Die Modernisierung bestehender Typen von Mittelstrecken-FK wird hingegen keinerlei Beschränkungen unterworfen.

Dadurch wird die Bestimmung des Art. 8 sinnentleert, da die SU sich immer darauf berufen könnte, daß es sich um eine modernisierte Version, nicht aber um die Entwicklung eines neuen Raketentyps handele, wie sie dies bei der SS-25 bereits getan hat.

9) Art. 9 beinhaltet die Nichtumgehungsklausel des sowjetischen Vertragsentwurfes.

Sie legt fest, daß die Vertragsparteien keine Mittelstrecken-FK oder deren Komponenten an Drittstaaten weitergeben dürfen.

In einem „common understanding" zu diesem Artikel werden die Komponenten als die einzelnen Stufen, die Wiedereintrittskörper einschließlich der Gefechtsköpfe, definiert. Botschafter Glitman hat bei der letzten SCG-Sitzung am 28.4. 1987 die entschiedene amerikanische Ablehnung der Nicht-Umgehungsklausel deutlich gemacht. Sie sei für die USA nicht akzeptabel, da damit ein negativer

12 An dieser Stelle wurde folgender Passus von Botschafter Holik gestrichen: „wenn sie etwa in Höhe des Polarkreises stationiert würden".

Präzedenzfall im Hinblick auf die nukleare Kooperation der USA mit GB geschaffen würde.

10) Art. 10 enthält die „basic elements" der Verifikationsbestimmungen.

a) Ziffer 1 von Art. 10 legt grundsätzlich fest, daß sich beide Parteien zum Zwecke der Überprüfung der Einhaltung der Vertragsbestimmungen

– nationaler technischer Mittel,
– Vor-Ort-Inspektionen und
– „kooperativer Maßnahmen" (dieser Begriff wird nicht erläutert)

bedienen können.

b) Anschließend heißt es, daß die Verifikationsbestimmungen folgende Elemente umfassen sollen:

– einen umfassenden Datenaustausch;
– „Beobachtung", einschließlich der Beobachtung vor Ort, der Reduzierungen der Mittelstreckenflugkörper;
– die „effektive Beobachtung" der verbleibenden Mittelstreckenflugkörper, der Abschußvorrichtungen und der „associated support structures and equipment", „auch durch Beobachtung vor Ort, sofern notwendig".

Es fällt auf, daß das Recht auf Vor-Ort-Inspektionen eingeschränkt ist. Vor-Ort-Inspektionen dürfen nur durchgeführt werden, sofern sie notwendig seien. Wann die Notwendigkeit gegeben ist, geht aus dem Vertragsentwurf nicht hervor.

c) Ziffer 2 von Art. 10 legt u. a. fest, daß die im Memorandum of Understanding genannten Daten fortgeschrieben werden sollen.

d) Ziffer 3 verpflichtet die Vertragsparteien, die nationalen technischen Mittel der anderen Vertragspartei nicht zu stören (so auch im amerikanischen Vertragsentwurf).

Ferner ist grundsätzlich die Anwendung von Verschleierungsmaßnahmen verboten. Jedoch sind Verschleierungsmaßnahmen, die in Verbindung stehen mit „einem normalen Training in den Dislozierungsräumen", gestattet. (Auch der amerikanische Vertragsentwurf sieht ein grundsätzliches Verbot der Anwendung von Verschleierungsmaßnahmen vor, die eben genannte Ausnahmeregelung ist dort ebenfalls enthalten.)

e) Ziffer 4 enthält Ausführungsbestimmungen zu den Vor-Ort-Inspektionen:

– Grundsätzlich dürfen auf dem Territorium der Vertragsparteien und der Stationierungsländer amerikanischer Mittelstreckenflugkörper Vor-Ort-Inspektionen
  – in Gebieten vorgenommen werden, in denen die Mittelstreckenflugkörper und ihre launcher demontiert oder zerstört werden sollen,
  – in Testgebieten und Militärbasen einschließlich solcher, die sich in Drittstaaten befinden,
  – in Ausbildungsstätten sowie
  – in Lager- und Produktionsstätten, unabhängig davon, ob diese sich in Privatbesitz befinden oder Staatseigentum sind.
– Ferner ist vorgesehen, daß der gesamte Prozeß der Demontage oder Zerstörung an festzulegenden Orten mandatorischen Vor-Ort-Inspektionen unterliegt.

– Schließlich soll auch in den Dislozierungsräumen eine bestimmte, noch zu vereinbarende Anzahl von Vor-Ort-Inspektionen durchgeführt werden dürfen.

  Im Gegensatz zum amerikanischen Vertragsentwurf enthält der sowjetische weder

  – das Verbot der Verschlüsselung von Telemetriedaten noch
  – das Instrument der mandatorischen Verdachtskontrolle.

  Es ist zu erwarten, daß die USA darauf drängen werden, die letztgenannten Elemente in die Verifikationsbestimmungen des INF-Vertrages aufzunehmen. Wie weit sich die SU dem widersetzen wird, bleibt abzuwarten. Sie dürfte wohl weniger Einwände gegen das Verbot der Verschlüsselung von Telemetriedaten erheben als gegen das Instrument der mandatorischen Verdachtskontrolle.

11) Art. 11 setzt ein Konsultativgremium analog zur SCC[13] ein (auch im amerikanischen Vertragsentwurf vorgesehen).

12) Art. 12 legt fest, daß der Vertrag in Kraft bleiben wird, bis er durch das Inkrafttreten eines Folgeabkommens ersetzt wird. Dieser Artikel enthält ferner eine Rücktrittsklausel, die nahezu wortgleich ist mit den entsprechenden Klauseln im ABM- und SALT-II-Vertrag[14] (all diese Bestimmungen sind auch im amerikanischen Vertragsentwurf enthalten).

13) Art. 13 legt die Ratifizierungsbestimmungen fest.

V. Die „agreed statements“ und „common understandings“

1) Im Anhang zum eigentlichen Vertragsentwurf hat die SU eine Vielzahl von „agreed statements“ und „common understandings“ zu den einzelnen Vertragsartikeln zusammengefaßt. Diese „agreed statements“ und „common understandings“ sollen einen integralen Bestandteil des Vertrages bilden.

Mit diesem Verfahren kehrt die SU zur Praxis des SALT-II-Vertrages zurück, bei dem ebenfalls zwischen beiden Seiten solche Erklärungen außerhalb des Vertragstextes vereinbart und von Präsident Carter und GS Breschnew unterzeichnet wurden.

2) Die „common understandings“ und „agreed statements“ enthalten eine Bestimmung, die für uns unakzeptabel ist.

In einem „agreed statement“ zu Art. IV ist vorgesehen, daß jede Partei über ein Übungsgebiet für Testzwecke und mehrere „educational establishments“ (der Begriff wird nicht definiert) verfügen darf. Diese Einrichtungen dürfen sich nur auf den Territorien der Vertragsparteien befinden, darüber hinaus unterliegen sie keinerlei geographischen Beschränkungen.

13 Standing Consultative Commission.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

In Ausführung dieser grundsätzlichen Bestimmungen beansprucht die SU für sich das Recht, im europäischen Teil der UdSSR das Übungsgebiet in der Nähe von Kapustin Jar (unweit von Wolgograd) aufrechtzuerhalten bzw. über „educational establishments“ im europäischen Teil der SU weiterhin verfügen zu können. Dort sollen „zu jeder gegebenen Zeit“ eine bestimmte, noch zu vereinbarende Anzahl von Mittelstreckenflugkörpern und deren launcher verbleiben dürfen. Die dort befindlichen LRINF-Systeme werden ausdrücklich von den Vertragsbestimmungen der Art. 4 und 6 ausgenommen.

3) Die „agreed statements“ und „common understandings“ umfassen ferner folgende Elemente:

a) Definitionen der im Vertragsentwurf genannten Begriffe wie „ground-launched ballistic missile“, „ground-launched cruise missile“, „launcher“, „deployment area“, „medium-range missile components“.

b) Zählregeln, wie sie auch im amerikanischen Vertragsentwurf, dort allerdings in einem Artikel des Vertrags selbst, enthalten sind.

Wie im amerikanischen Vertragsentwurf sind sie eine Konkretisierung des Grundsatzes, daß Testergebnisse eines Systems ausnahmslos für alle Systeme desselben Typs gelten. (Dieses Prinzip wurde erstmals im SALT-II-Vertrag angewandt.)

c) Festgelegt wird ferner, daß sich die Mittelstreckenflugkörper und deren Abschußvorrichtungen nur in

– den festgelegten Dislozierungsräumen oder
– in Örtlichkeiten wie Produktions- und Lagerstätten, in Übungsgebieten, Reparaturbetrieben etc. oder
– im Transit befinden dürfen.

(Auch der amerikanische Vertragsentwurf enthält entsprechende Bestimmungen.)

d) Festgelegt wird ferner, daß, wie auch im amerikanischen Vertragsentwurf, die nicht dislozierten Mittelstreckenflugkörper und deren launcher nicht eine bestimmte, noch zu vereinbarende Vomhundertzahl der dislozierten Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen überschreiten dürfen.

D 2 i. V.[15] hat mitgezeichnet.

Holik

VS-Bd. 11361 (220)

15 Die Abkürzung „i. V.“ wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt.

124

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

Geheim **5. Mai 1987**[1]
Schriftbericht Nr. 810

Betr.: INF-Abkommen;
hier: Bedeutung von 100 nuklearen GK auf LRINF in Ostasien und in den USA

Anlg.: 1[2]

Zur Unterrichtung

I. Entwicklung der Verhandlungspositionen

1) Am 18.11.1981 machte Präsident Reagan nach intensiven Bündniskonsultationen öffentlich den Vorschlag, als Ziel der INF-Verhandlungen den weltweiten Verzicht der USA und der Sowjetunion auf LRINF zu vereinbaren.[3] Von diesem Zeitpunkt an verfolgten die USA trotz aller Variationen der taktischen Verhandlungspositionen als Ziel eine globale Null-Lösung für LRINF.

Die Sowjetunion verschloß sich in ihrer Verhandlungsposition lange einer weltweiten Lösung des LRINF-Problems. Zum ersten Mal wurde allerdings beim „Waldspaziergang-Modell" faktisch eine weltweite Parität ins Auge gefaßt (allerdings ohne PII).[4]

Noch in ihrem INF-Vertragsentwurf vom 15. Mai 1986[5] klammerte die Sowjetunion die SS-20 im Fernen Osten aus: „Die sowjetische Darstellung wies jede Verbindung ... zu den sowjetischen LRINF-Raketen SS-20 in Ostasien ... als

1 Der Schriftbericht wurde von Oberst i. G. Loquai, Brüssel (NATO), konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 8. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann „z[ur] K[enntnisnahme]" sowie den Umlauf in Referat 220 verfügte.
Hat Holik und Hartmann am 8. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe und den Legationsräten I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie Legationsrat Brose vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für die Karte „Soviet SS-20 Missiles Coverage" vgl. VS-Bd. 11361 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Vor den Mitgliedern des National Press Club führte Präsident Reagan am 18. November 1981 in Washington aus, die USA seien bereit, auf die Dislozierung von Pershing-II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern in Europa zu verzichten, sollte die UdSSR ihre SS-4-, SS-5- und SS-20-Raketen abbauen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1065. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 657. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 62.
Dieser Vorschlag einer Null-Lösung wurde vom Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in der am 30. November 1981 beginnenden ersten Verhandlungsrunde in Genf präzisiert. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

4 Zum Gespräch des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang") vgl. AAPD 1983, I, Dok. 22 und Dok. 93.

5 Zu dem am 15. Mai 1986 bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf eingeführten sowjetischen Entwurf für ein INF-Abkommen erklärte der amerikanische Sonderbotschafter Glitman im Ständigen NATO-Rat in Brüssel, dies sei der in Vertragsform gebrachte sowjetische Vorschlag vom 15. Januar 1986: „Er sei weder, wie Sowjetunion behaupte, wichtiger neuer Schritt noch angemessene Antwort auf amerikanische Vorschläge. Er falle in bestimmten Fragen (Geographie, Freeze in Asien, SRINF, Verifikation) sogar hinter bisherige sowjetische

künstlich zurück. Die SS-20 in Ostasien hätten die ausschließliche Funktion, die Sicherheit der UdSSR gegenüber der von den amerikanischen nuklearen Mitteln im Fernen Osten ausgehenden Bedrohung zu gewährleisten, und könnten deshalb nicht in ein Abkommen über Mittelstreckensysteme in Europa eingeschlossen werden." (L. Rühl, Mittelstreckenwaffen ..., S. 342[6])

Erstmals wurden die ostasiatischen Systeme für eine formale Einbeziehung in einen INF-Vertrag von der Sowjetunion im September 1986 außerhalb der Genfer Verhandlungen angeboten. Die Zahl der sowjetischen SS-20 im Fernen Osten sollte danach bei 171 SS-20 eingefroren werden.[7]

Im Gegenzug schlugen die USA der Sowjetunion vor, innerhalb eines Gesamtpakets die Zahl der SS-20 Gefechtsköpfe in Ostasien auf 100, d.h. die Zahl der Systeme auf 33 zu verringern.

Am 11./12.10.86 in Reykjavik[8] wurde dann diese Zahl als Element einer INF-Vereinbarung von beiden Seiten akzeptiert.

2) Die Sowjetunion hat damit eine lange Zeit hartnäckig aufrechterhaltene Verhandlungsposition aufgegeben. Sie hat zugestimmt

– dem globalen Ansatz eines INF-Abkommens,
– einer globalen LRINF-Parität mit den USA,
– einer erheblichen Reduktion der SS-20 in Fernost.

Damit setzte sich die Sowjetunion auch in Widerspruch zu ihrer Argumentation, die sie noch am 15. Mai 1986 vertreten hatte.

Bemerkenswert ist nicht nur das Ausmaß, in dem sich die Sowjetunion der amerikanischen Position genähert hat, sondern auch die Geschwindigkeit, mit der dies erfolgte.

Noch nicht gelungen ist es, das westliche Modell der Null-Lösung, so wie es 1981 formuliert worden war, d.h. die weltweite Null-Lösung, durchzusetzen. Doch sind die derzeitigen Zahlen nicht weit von diesem Modell entfernt. Das amerikanische Ziel, eine gesamte Kategorie von Nuklearwaffen zu eliminieren, wird bei einem Restpotential von SS-20 allerdings nicht erreicht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 621

Position zurück." Vgl. den Drahtbericht Nr. 711 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 16. Mai 1986; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.
Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 23. Mai 1986 Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach trotz der Einschätzung, der sowjetische Vertragsentwurf stelle nur „eine sehr getreue Wiedergabe" früherer Vorschläge dar, in der amerikanischen Regierung erörtert werde, „ob sowjetischer Entwurf als Arbeitsgrundlage für Genf akzeptiert werden solle. Vorstellung sei, daß von amerikanischer Seite Diskussion des sowjetischen Textes dazu genutzt werden könne, Sowjets zu Erörterung konkreter Verifikationsregelungen zu veranlassen. Von amerikanischer Seite würden natürlich die Inhalte des amerikanischen Vorschlags vom Februar 1986 in die Textdiskussion eingebracht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2212; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Vgl. Lothar RÜHL, Mittelstreckenwaffen in Europa: ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik, Baden-Baden 1986.

7 Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetischen Expertengespräche über Abrüstung am 5./6. September 1986 in Washington; AAPD 1986, II, Dok. 241.

8 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

II. Bewertung der Bedeutung der Restgröße

1) Für die weitere Zielbestimmung der Rüstungskontrollpolitik und die Definition unserer Sicherheitserfordernisse ist es erforderlich, die politische, strategische und betriebswirtschaftlich-organisatorische Qualität der Restgröße von 100 LRINF-Gefechtsköpfen zu bestimmen. Dabei kommt es auch darauf an, sich von verhandlungstaktischer Rhetorik zu lösen und die Qualität auch in die Zukunft hinein zu bewerten.

2 a) Politisch-strategisch

[1)] Ganz gleich, wo die verbleibenden SS-20 innerhalb der Sowjetunion stationiert sind, werden sie aufgrund der Reichweite des Waffensystems entweder den nordamerikanischen Kontinent oder das Gebiet europäischer NATO-Staaten erreichen können. Geht man von einer Stationierung im Bereich Nowosibirsk aus, so können damit erhebliche Teile NATO-Europas abgedeckt werden (vgl. Anlage). Die in der öffentlichen Argumentation so oft als besonders gefährlich angeführte Verlegbarkeit der SS-20 ist von daher von geringer realer Bedeutung. Um Ziele in Europa abzudecken, braucht die Sowjetunion ihre verbleibenden Systeme nicht nach Westen zu verlegen.

Eine solche Maßnahme könnte sehr schnell identifiziert werden und gäbe so den USA Warnindikationen und Zeit für eigene Gegenmaßnahmen.

Hinzu kommt, daß die Sowjetunion durch eine Westverlegung dieser Systeme keine zusätzlichen Optionen gewinnen würde, die sie durch ihre „operativ-taktischen" oder ihre strategischen Systeme nicht ohnehin schon hätte, ohne die Nachteile einer Westdislozierung in Kauf nehmen zu müssen.

Andererseits wird der Einsatz der SS-20 von ihrem fernöstlichen Standort gegen Ziele in Europa wohl praktisch kaum von einem Einsatz strategischer Systeme zu unterscheiden sein. Die Sowjetunion müßte jedenfalls damit rechnen, daß dies vom Westen als strategischer Schlag perzipiert wird.

Stellt man diese Gesichtspunkte in Rechnung, so ergibt sich, daß die verbleibenden Systeme der Sowjetunion im Verhältnis zu Europa keine zusätzlichen politischen und strategischen Optionen bieten, insbesondere bilden diese Systeme keine eigenständige eurostrategische Option.

2) Im Verhältnis zu Asien

Im Gegensatz zu ihrer deklaratorischen Politik weist das Insistieren der Sowjetunion auf einer Restgröße von SS-20 in Fernost den eigentlichen politisch-strategischen Zweck dieser SS-20 im Verhältnis zu ihren asiatischen Nachbarn aus. Die SS-20 ist ja nicht nur eine „eurostrategische Waffe", sondern sie eröffnet auch die Option für die Sowjetunion, ohne Rückgriff auf globalstrategische Systeme Ziele in China, Japan und anderen asiatischen Ländern abzudecken. Damit ist dieses Waffensystem für die Sowjetunion auch im Verhältnis zu ihren asiatischen Nachbarn ein regionalstrategisches und -politisches Drohpotential, dessen politische Wirkungen gegen Staaten, die nicht oder weniger stark als Westeuropa durch ein Bündnis mit den USA abgeschirmt werden, noch schwerwiegender sein können. Im Verhältnis zu China könnte die SS-20 auch militärisch die Funktion haben, das konventionelle Kräfteverhältnis zu kompensieren.

Die verbleibende Restgröße erhält zwar im Prinzip diese politisch-strategische Funktion, sie reduziert sie jedoch erheblich in ihrem Ausmaß. Insbesondere

gegen die VR China könnte die Sowjetunion, wenn sie nicht auf globalstrategische Systeme zurückgreifen möchte, gegen eine relativ schwache Flugabwehr mit Flugzeugen Nuklearoptionen ausüben.

Welche Bedeutung könnte nun die verbleibende Restgröße von SS-20 für die Sowjetunion im Verhältnis zu ihren asiatischen Nachbarn haben?

Die Sowjetunion hat asiatische SS-20, die für die Zielabdeckung in Europa lediglich eine zusätzliche Redundanz sind, in eine europäische LRINF-Paritätsgleichung einbezogen, sie hat ferner die verbleibenden SS-20, die im Verhältnis zu den USA keine zusätzlichen strategischen Optionen eröffnen, in eine Paritätsgleichung mit den USA eingebracht. Beides sind Nachteile für die Sowjetunion, wenn man davon ausgeht, daß die asiatischen Systeme primär gegen die asiatischen Nachbarn, insbesondere gegen die VR China, gerichtet waren.

Das Beharren auf einer Restgröße SS-20 kann vor diesem Hintergrund wohl als ein Versuch gedeutet werden, über eine politische Restgröße zu verfügen. Eingesetzt werden könnte dieses politische Potential als Verhandlungsmasse für die Normalisierung der Beziehungen der Sowjetunion zur VR China oder ganz allgemein als Möglichkeit, ihre Eliminierung als ein Zeichen des Bestrebens der Sowjetunion darzustellen, ihre Beziehungen zu asiatischen Nachbarn zu verbessern.

Allerdings kann ein derartiger politischer Einsatz für die Sowjetunion nicht ohne Risiko sein. Die asiatischen SS-20 können auch als politische Hypothek die Beziehungen belasten. Je länger die Sowjetunion diese Systeme behält, desto geringer ist der politische Wert dieser Restgröße. Bei nüchterner Abwägung ihrer politischen Interessen könnte die Sowjetunion zu der Erkenntnis kommen, daß die Eliminierung dieser Systeme zu einem frühen Zeitpunkt ihr im Verhältnis zu ihren asiatischen Nachbarn den größten politischen Profit bringt.

b) Organisatorisch-betriebswirtschaftlich

Die Sowjetunion könnte 33 SS-20-Flugkörper behalten. Das sind weniger als normalerweise in der operativ-taktischen Grundeinheit einer Division (45) zusammengefaßt sind. Bezogen auf das Einzelsystem sind die laufenden Kosten für die operative Indiensthaltung bei derart geringen Stückzahlen hoch. Die SS-20 ist heute mehr als zehn Jahre alt, eine vollständige Neuentwicklung dürfte sich für eine so geringe Zahl nicht lohnen. In welchem Maße die erkennbaren Erprobungen von Modifikationen zu entscheidenden Systemverbesserungen führen, ist sehr schwer zu beurteilen.

Geht man davon aus, daß für die Erhaltung des Ausbildungsstandes auch das Üben „eines scharfen Schusses“ erforderlich ist, so wird sich hierdurch die Zahl der Raketen im Laufe der Zeit verringern und mit jeder SS-20 die Zahl der zielfähigen Gefechtsköpfe um drei. Ein Nachbau der verschossenen Raketen wäre unverhältnismäßig teuer; da die USA sich eine solche Option nicht erhalten werden, dürften sie einem Recht der Sowjetunion auf Nachbau kaum zustimmen.

Das heißt, ökonomisch ist die Restgröße teuer. Je länger die SS-20 in Dienst gehalten wird, desto mehr eliminiert sie sich selbst durch Veralterung und Ausbildungsverbrauch. Diesen Überlegungen kann sich die Sowjetunion nicht völlig verschließen.

Hinzu kommt, daß die USA, was die verbleibenden Systeme betrifft, in einer besseren Situation sind. Die USA können 100 Flugkörper behalten. Dies eröffnet

die Möglichkeit der organisatorischen Zusammenfassung in vernünftigen Betriebsgrößen (z. B. umfaßt eine P-II-Brigade 36 Systeme). Außerdem sind die US-Systeme „jünger" und schon dadurch moderner. Sie können auch von daher länger in Dienst gehalten werden als die SS-20. Zudem ist zu berücksichtigen, daß beim Verschuß für Ausbildungszwecke den USA ein Träger für lediglich einen Sprengkopf verlorengeht. Das heißt, beim angenommenen Verschuß von ca. 20 Systemen, in einer gewissen Zeit verfügen die USA danach noch über 80 Gefechtsköpfe auf LRINF, die Sowjetunion noch über 39. Die USA können ferner durch eine Mischung von Cruise Missiles und P II ein betriebswirtschaftliches und operativ-strategisches Optimum bestimmen.

An dieser Stelle sei auch auf die Frage der Stationierung von Systemen in Alaska eingegangen. Betriebswirtschaftlich wäre eine solche Stationierung teuer, der Aufbau der Infrastruktur und der Unterhalt der Systeme würden hohe Kosten verschlingen. Die dort stationierten Systeme würden den USA keine zusätzlichen Optionen gewähren. Die Frage ist daher von ausschließlich politischer Bedeutung. Ein Verzicht der USA auf die Stationierung in Alaska könnte als implizite Anerkennung der sowjetischen Definition von strategischen Waffen gedeutet werden.

Insgesamt bedeutet dies, daß die LRINF-Restgröße der USA im Verhältnis zu der sowjetischen den höheren Wert hat. Sie belastet nicht die politischen Beziehungen zu Drittstaaten, ist organisatorisch-betriebswirtschaftlich ökonomischer und hat das größere Zukunftspotential. Auch von daher könnte die Sowjetunion ein Interesse daran haben, die Restkategorien in absehbarer Zeit zu eliminieren.

c) Rüstungskontrollpolitisch

Durch Indiensthalten einer Restgröße von LRINF müssen die Infrastruktur, die Logistik und die Ausbildung für diese Systeme erhalten bleiben. Dies schafft auf beiden Seiten Verifikationsprobleme und Vorkehrungen gegen Vertragsverletzungen, die bei einer globalen Null-Lösung nicht in diesem Ausmaße entstehen würden. Die USA haben ein Modell für technische Vorortüberprüfungen entwickelt, das teuer ist (Installation mehrere 100 Mio. Dollar; laufender Betrieb im Zig-Millionen-Bereich) und nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der Reziprozität seiner Anwendung den USA ein wohl unzumutbares Kontrollregime an Produktionsstätten und logistischen Einrichtungen auferlegen würde. Der Sowjetunion sind diese technischen Vorstellungen der USA noch nicht bekannt.[9]

Es ist nicht auszuschließen, daß die Verifikationsprobleme dazu beitragen könnten, die Sowjetunion zu veranlassen, der Eliminierung der Restgröße von LRINF zuzustimmen.

III. Als Fazit ergibt sich aus den bisherigen Überlegungen: Die Restgröße von 100 LRINF-Gefechtsköpfen schafft der Sowjetunion keine langfristigen, politisch verwertbaren Optionen sowohl im Verhältnis zu den USA und Europa als auch in Beziehung zu ihren asiatischen Nachbarn. Strategisch sind diese Systeme gegenüber Europa kaum von eigenständiger Bedeutung, im asiatischen Rahmen von begrenztem Wert. Organisatorisch-betriebswirtschaftlich ist der Wert des

[9] Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter durch Fragezeichen hervorgehoben.

US-Restpotentials, insbesondere in einer längerfristigen Betrachtung, höher anzusetzen als der des sowjetischen, das sich schneller und früher selbst entwertet. Rüstungskontrollpolitisch kompliziert dieses Restpotential ein praktikables und akzeptables Verifikationssystem in erheblichem Maße.

Aufgrund dieser Bewertung ergibt sich als Folgerung, daß die Sowjetunion schon bald eine Eliminierung dieser Systeme anbieten könnte. Die USA sollten dafür keinen zu hohen politischen Preis zahlen, wenn überhaupt, da der amerikanische Restbestand politisch und betriebswirtschaftlich höher zu bewerten ist als der sowjetische. Ganz unabhängig von diesen Kosten-Nutzen-Überlegungen erscheint es jedoch opportun, daß die USA ihre bisherige Linie als verhandlungstaktische Position im Verhältnis zur Sowjetunion weiterverfolgen, weil sie politisch daraus in mehrfacher Hinsicht Kapital schlagen können.

Hansen

VS-Bd. 11361 (220)

125

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Martens

6. Mai 1987[1]

Der *Bundeskanzler* heißt MP Martens herzlich willkommen und erkundigt sich nach der Entwicklung in Belgien.

MP *Martens* legt dar, daß er sich morgen einer schwierigen Abstimmung im belgischen Parlament gegenübersieht. Es handele sich um ein Nachhutgefecht wegen des im Oktober vergangenen Jahres abgesetzten Bürgermeisters von Fouron, der inzwischen zum Beigeordneten gewählt worden sei und, da der vom König[2] ernannte Bürgermeister sein Amt nicht angenommen habe, faktisch nach wie vor der Gemeinde vorstehe. In dieser Sache lägen dem Parlament zwei Anträge vor, davon einer der flämischen CVP, den diese zurückziehen müsse, wenn man nicht in eine Lage kommen wolle, die ihn, Martens, zum Rücktritt zwingen würde.[3]

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 7. Mai 1987 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „über Herrn Chef BK“ an Bundeskanzler Kohl geleitet mit der Bitte um „Weisung, ob BM Wörner und BM Genscher Durchdruck des von Ihnen gebilligten Vermerks erhalten sollen“.
Hat Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, am 7. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik.“ Bezüglich einer Weiterleitung an die Bundesminister entschied Kohl: „Nein.“
Hat Teltschik am 11. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Stabreit am 12. Mai 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Baudouin.

3 Botschaftsrat I. Klasse Repges, Brüssel, berichtete am 6. Mai 1987, am kommenden Tag werde im belgischen Parlament über den Antrag der flämischen Christlichen Volkspartei abgestimmt, den amtie-

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei ja eine groteske Lage, wenn man bedenke, daß wir derzeit in der europäischen und in der Weltpolitik vor dramatischen Entwicklungen stünden, und es mehr denn je auf eine Zusammenarbeit der vernünftigen Kräfte ankomme, abgesehen davon, daß Ministerpräsident Martens einer der erfolgreichsten Regierungschefs von Belgien sei.

MP *Martens* erläutert kurz die Lage in seiner Partei. Hieran schließt sich eine Diskussion über die Erfahrungen mit der Trennung des Amtes von Partei- und Regierungschef in beiden Ländern an.

Der *Bundeskanzler* gibt sodann einen Überblick über die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Er erläutert zunächst die Bedeutung der einzelnen bevorstehenden Landtagswahlen.[4] Insbesondere auf Hamburg blicke man mit Spannung, denn hier stelle sich die Frage, ob die seit dem Kriege von der SPD regierte Hansestadt diesmal an die CDU falle oder nach einem wahrscheinlichen Verlust der absoluten Mehrheit der SPD praktisch unregierbar werde.

Die Gesamtlage in der Bundesrepublik Deutschland sei gut. Natürlich spürten auch wir die Auswirkungen der Probleme der Weltwirtschaft, insbesondere des gefallenen Dollar-Kurses. Sorge bereite auch das zunehmende regionale Gefälle in der wirtschaftlichen Entwicklung, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen Nord und Süd zeigten. In den Küstenregionen gebe es beispielsweise eine hohe Arbeitslosigkeit zwischen 15 und 18%. Im Raum Stuttgart gebe es 40000 offene Stellen.

Die Arbeitslosenzahlen seien im letzten Monat um 200000 heruntergegangen. Aber wir hätten immer noch einen hohen Sockel von über 2 Mio. Arbeitssuchenden. Die Bundesregierung sei fest entschlossen, den Konsolidierungskurs fortzusetzen. Er denke nicht daran, den Haushalt über 2,3 bis 2,4% hinaus zu erhöhen. Ein wichtiger Impuls werde von dem Steuerpaket ausgehen, das ein Volumen von rund 45 Mrd. DM haben werde.

Sorge bereite auch die Explosion der Gesundheitskosten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundeskanzler erläutert dies anhand einzelner Zahlenbeispiele und erklärt, es müsse der Versuch gemacht werden, auf eine stärkere Eigenbeteiligung hinzuwirken.

Ein weiteres langfristiges Problem sei die Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland, die zu den niedrigsten der Welt zähle. Hieraus ergäben sich gravierende Probleme für die Rentenversicherung, zwar nicht im jetzigen Zeitpunkt, aber spätestens in den Jahren 2015 bis 2020.

Fortsetzung Fußnote von Seite 626

renden Bürgermeister von Voeren, Happart, abzusetzen: „Antrag wird außer von Antragssteller nur von flämischen Sozialisten und flämischer Volksunie unterstützt, nicht aber von Koalitionspartnern und auch nicht von wallonischen Sozialisten. Verwerfung Antrags könnte Sturz der Regierung bedeuten. […] Zur Abstimmung steht außer dem Antrag der CVP noch ein Antrag der beiden französischsprachigen Regierungsparteien auf bloße Kenntnisnahme und Übergang zur Tagesordnung. Über diesen Antrag muß aus Gründen der Geschäftsordnung zuerst abgestimmt werden. Geht er durch, ist die Regierung gerettet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 248; Referat 203 (202), Bd. 140569.
Am 8. Mai 1987 informierte Repges: „Kammer hat mit Stimmen der Koalitionspartner beschlossen, Antrag CVP zur Kenntnis zu nehmen und darüber zur Tagesordnung überzugehen. Sie hat damit der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 258; Referat 203 (202), Bd. 140569.

4 Am 17. Mai 1987 fanden in Rheinland-Pfalz Wahlen zum Landtag und in Hamburg Wahlen zur Bürgerschaft statt. Vgl. dazu Dok. 138, Anm. 3.

Der Bundeskanzler leitet sodann zu den Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik über. Man befinde sich in einem wichtigen weltpolitischen Abschnitt. Er betrachte die Entwicklung in der Sowjetunion mit skeptischer Sympathie, mit Sympathie, weil er Gorbatschow Erfolg wünsche, aber er sei gleichzeitig sehr im Zweifel darüber, ob sich ein Erfolg einstellen werde. Tatsächlich habe sich in der Sowjetunion bisher nicht viel getan, aber man müsse sehen, daß auch verbale Ankündigungen Dinge verändern könnten. Daß es Änderungen gebe, sehe man am besten in den anderen Ländern des Warschauer Paktes. Bedenklich sei allerdings die Art und Weise, wie viele Leute im Westen die Entwicklung beurteilten. Es sei ein Irrtum zu glauben, Gorbatschow wolle wirkliche Demokratie durchsetzen.

Er habe vor wenigen Tagen mit dem sowjetischen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister Murachowskij, der ein enger Freund Gorbatschows sei, gesprochen.[5] Dieser habe ihm beredt die ins Auge gefaßten Veränderungen der sowjetischen Landwirtschaftspolitik geschildert. Er habe große Zweifel, daß diese Veränderungen tatsächlich durchsetzbar seien. Dessen ungeachtet sei die Bundesregierung bereit, im wirtschaftlichen, aber auch im kulturellen Bereich mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, wobei bemerkenswert sei, daß man in Moskau sich sehr um die Beziehungen zu uns bemühe, obschon er selbst gleichzeitig von dort beschimpft werde.

Auf die Probleme der Abrüstung eingehend, erklärt der Bundeskanzler, es mißfalle ihm sehr, daß ein großer Teil der Diskussion unter innenpolitischen Vorzeichen geführt werde. Dies gelte z. B. auch für die britische Premierministerin Thatcher, die vor Wahlen im Juni stehe.[6] Es gelte aber auch für die Vereinigten Staaten, die versuchten, mit Hilfe von Abrüstungsvereinbarungen von Irangate[7] wegzukommen. Dies sei insgesamt nicht gut, denn es gehe hier um schicksalhafte Fragen. Abrüstung sei kein Selbstzweck – wie viele Leute annähmen –, sondern am Ende von Abrüstung müsse es mehr Sicherheit geben.

Der Bundeskanzler weist nachdrücklich darauf hin, daß er immer für eine Null-Lösung bei Mittelstreckensystemen über 1000 km Reichweite gewesen sei. Der jetzt vorliegende Vertragsentwurf[8] müsse noch sorgfältig geprüft werden, aber

5 Bundeskanzler Kohl führte am 4. Mai 1987 ein Gespräch mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij, in dessen Mittelpunkt die bilateralen Beziehungen standen, insbesondere die Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung. Zudem wurden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle erörtert. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

6 Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.

7 Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 66, Anm. 40.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 30. April 1987: „Am 5. Mai werden die beiden Untersuchungsausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus gemeinsame öffentliche Anhörungen in der Iran-Contra-Affäre beginnen. Die Anhörungen werden sich voraussichtlich bis in den Sommer hinein erstrecken und große Aufmerksamkeit der Medien finden. Für den Präsidenten und die Administration bergen die Zeugenaussagen, insbesondere von Poindexter und North, potentiellen Sprengstoff. […] An die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse im Sommer werden sich im Herbst die Ergebnisse der Arbeiten des unabhängigen Untersuchungsrichters Walsh anschließen. Auch die Ergebnisse dieser Untersuchungen bergen potentielle Gefahren für die Regierung. Selbst wenn die Regierung mit einem blauen Auge aus den Untersuchungen herauskommen sollte, ist doch mit Beschneidung ihrer Bewegungsmöglichkeiten bei der Auslandshilfe zu rechnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1962; Referat 204, Bd. 135394.

8 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.
Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

er gehe davon aus, daß man noch in diesem Jahr einen Vertrag über diese Systeme abschließen könne. Nach der Ratifizierung durch den amerikanischen Kongreß voraussichtlich im nächsten Jahr werde man dann fünf Jahre lang die entsprechenden Raketen abbauen, so daß man bis 1994 das Abkommen umgesetzt haben könne.

Eine ganz andere Problematik stelle der Vorschlag dar, die Null-Lösung auch auf Raketen der Reichweite zwischen 500 und 1000 km zu erstrecken. Käme es hierüber zu einer Vereinbarung zwischen der Sowjetunion und den USA, so würden sich für uns sehr schwierige Probleme stellen. Es gebe Stimmen in den USA, die im Gefolge einer solchen doppelten Null-Lösung für die Verstärkung und Modernisierung der Systeme unter 500 km Reichweite auf westlicher Seite plädierten. Dies würde insbesondere die Bundesrepublik Deutschland treffen, auf deren Territorium diese Systeme stationiert seien. Dies sei für ihn nicht hinnehmbar, denn dann seien wir nicht nur bei den konventionellen Waffen, sondern auch bei den atomaren Gefechtsfeldwaffen singularisiert.

Er wolle noch einmal klarstellen, daß die Bundesregierung im Wort stehe, was die Null-Lösung bei den Mittelstreckensystemen mit einer Reichweite über 1000 km betreffe. Bei den Mittelstreckensystemen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km müsse man sich auf gemeinsame Obergrenzen einigen. Er sei auch bereit, die Möglichkeit einer Vereinbarung bei Systemen mit einer Reichweite unter 500 km zu prüfen. Unter keinen Umständen dürfe aber die Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich singularisiert werden.

Im übrigen wolle er daran erinnern, daß die Sowjetunion bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000 km Reichweite unterschiedliche Vorschläge auf den Tisch gelegt habe. So habe Gorbatschow beispielsweise in Prag die Beseitigung dieser Systeme auf Europa beschränkt.[9] Dies sei schon wegen der nach wie vor gegebenen Möglichkeit, Raketen kurzfristig heranzuschaffen, äußerst problematisch. Später habe die Sowjetunion die Pershing Ia der Bundeswehr einbezogen.[10]

Er habe über diese Fragen intensive Gespräche mit dem französischen Premierminister Chirac geführt[11] und werde hierüber Anfang nächster Woche auch mit Staatspräsident Mitterrand[12] sprechen, wobei es zwischen beiden in der Sicherheitspolitik keine Auffassungsunterschiede gebe. Frankreich unterstütze die deutsche Position. Wir stünden ferner in Gesprächen mit den Briten, und er

9 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 vgl. Dok. 109.

10 Vgl. dazu die Äußerungen des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation in Genf, Obuchow, vom 28. April 1987; Dok. 119.

11 Bundeskanzler Kohl sprach am 3. Mai 1987 in Straßburg mit Ministerpräsident Chirac. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14150 (010).
Ministerialdirigent von Ploetz notierte am 8. Mai 1987, im Gespräch mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am selben Tag habe sich Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen nach Kohls Gespräch mit Chirac erkundigt. Teltschik habe mitgeteilt, „daß Chirac die Null-Lösung, mit der er zunächst Probleme hatte, nicht mehr in Frage stellt. Es ist ein deutsches Verdienst, daß nunmehr alle Europäer die LRINF-Null-Lösung unterstützen. Bei SRINF war Chirac gegen Null. Seine Präferenz sind Obergrenzen, wobei er über Zahlen mit sich reden läßt. Es ist aber klar geworden: Sowohl Mitterrand als auch Chirac tragen jede deutsche Entscheidung in dieser Frage mit.“ Vgl. VS-Bd. 12086 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

12 Bundeskanzler Kohl begleitete Staatspräsident Mitterrand bei dessen Besuch in Berlin (West) am 11. Mai 1987.

würde es sehr begrüßen, wenn sich auch mit Belgien eine gemeinsame Position finden lasse.

Die Europäer dürften nicht zum Spielball der beiden Weltmächte werden. Dies sei bekanntlich die Furcht von Konrad Adenauer gewesen. Er wolle ausdrücklich sagen, daß er diese Sorge bezüglich des jetzigen amerikanischen Präsidenten[13] nicht habe. Aber man müsse immer daran denken, daß man es bald mit einem anderen Präsidenten zu tun haben werde[14], und wenn man an 1993/1994 denke, möglicherweise mit dessen Amtsnachfolger. Jetzt komme es darauf an, daß die Europäer ihre Zusammenarbeit verstärkten. Hierbei böten sich konkrete und pragmatische Maßnahmen an. Er könne sich beispielsweise vorstellen, daß man einen integrierten militärischen Verband aufstelle, der französische, deutsche und auch belgische Truppen umfasse.[15]

MP *Martens* erwidert, er sei eigentlich über die derzeitige Entwicklung erstaunt. Als er 1979 Bundeskanzler Helmut Schmidt in Bonn aufgesucht habe, habe dieser prophezeit, die Europäer würden in den nächsten Jahren ausschließlich mit Fragen der Nachrüstung konfrontiert sein.[16] Dann sei es zum NATO-Doppelbeschluß[17] gekommen, den man mit einem großen politischen Kraftaufwand durchgesetzt habe. Schon damals habe er nachdrücklich die Null-Lösung verteidigt.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers verdeutlicht MP Martens, daß er selbstverständlich nur eine Null-Lösung bei Mittelstreckensystemen über 1000 km Reichweite im Auge habe. Dabei sei man zunächst davon ausgegangen, daß auch bei einer Null-Lösung beide Seiten immer noch eine begrenzte Zahl von INF-Systemen behielten. Jetzt gehe es buchstäblich um eine radikale Null-Lösung.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, damit habe er kein Problem.

MP *Martens* fährt fort, auch er habe damit kein Problem, soweit es sich um Systeme über 1000 km Reichweite handele. Um es noch einmal zu verdeutlichen: Die belgische Position sei, daß man über die Mittelstreckensysteme größerer Reichweite (LRINF) ein Abkommen schließe, aber gleichzeitig erkläre, daß man nach angemessener Zeit (dans un délai raisonnable) auch über die anderen Bereiche – die Systeme kürzerer Reichweite (SRINF) sowie die chemischen und konventionellen Waffen – verhandeln müsse. Dies entspreche dem, was AM Tindemans seinerzeit im Kabinett dargelegt habe, wobei klar gewesen sei, daß man ein Abkommen über Mittelstreckensysteme mit größerer Reichweite nicht durch ein Junktim habe behindern wollen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, diese Erläuterungen höre er mit großem Interesse. Sein Eindruck sei, daß sowohl die Amerikaner als auch die Sowjetrussen eine Vereinbarung anstrebten, in der beide Fragen – LRINF und SRINF – geregelt

13 Ronald W. Reagan.

14 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

15 Vgl. dazu den Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade; Dok. 211.

16 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Martens am 12. Juni 1979 vgl. AAPD 1979, I, Dok. 176.

17 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

werden sollten. Er habe daher Präsident Reagan einen Brief geschrieben, in dem er noch einmal ausdrücklich die Null-Lösung bei den Mittelstreckensystemen über 1000 km unterstützt habe.[18] Er sei aber weder für ein Junktim noch für eine Salami-Taktik, die schließlich die derzeitige NATO-Strategie der flexible response[19] in Frage stellen würde.

Auf eine entsprechende Frage von MP Martens erläutert der Bundeskanzler, daß die Pershing I a die Weichselübergänge erreichen könne.

Der Bundeskanzler stellt sodann noch einmal klar, daß er es aus deutscher Sicht nicht akzeptieren könne, wenn wir am Ende des Abrüstungsprozesses nur noch zwei Arten von Systemen hätten: auf der einen Seite die Interkontinentalraketen, über deren Einsatz der amerikanische Präsident entscheide, zum anderen die Gefechtsfeldwaffen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stationiert seien.

Der Bundeskanzler plädiert noch einmal für eine möglichst enge Zusammenarbeit der Europäer. Hierin wolle er ausdrücklich Belgien einschließen und direkten Kontakt mit MP Martens halten. Das gelte auch für die jeweiligen Berater.

MP *Martens* erklärt, er wolle noch einmal die Motive für die belgische Haltung erläutern. Seine Sorge sei, daß man bei einer Null-Lösung im Bereich der Mittelstreckensysteme über 1000 km Gefahr laufe, daß sich in allen anderen Bereichen – d. h. bei den Raketen kürzerer Reichweite, den chemischen und konventionellen Waffen – das bestehende Ungleichgewicht noch deutlicher bemerkbar mache. Deshalb hätten sich einige Leute ursprünglich dafür ausgesprochen, daß man ein Abkommen haben müsse, das alle Bereiche umfasse, um eben dieses Ungleichgewicht zu vermeiden. Diese Auffassung habe man sich aber schließlich nicht zu eigen gemacht. Vielmehr sei man zu der Auffassung gelangt, daß man eine Null-Lösung bei den LRINF anstreben solle und zu gegebener Zeit die anderen Fragen im Wege von Verhandlungen regeln müsse. Er stelle fest, daß in diesem Punkt Einvernehmen bestehe. Dies sei auch deswegen wichtig, weil er aufgrund ihm zugegangener Berichte und Informationen den Eindruck gehabt habe, die Bundesregierung wolle alle Fragen gleichzeitig regeln und damit eine Null-Lösung bei LRINF blockieren.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei ganz und gar nicht der Fall. Er trete ohne Wenn und Aber für eine Null-Lösung bei den Mittelstreckensystemen größerer Reichweite ein. Es gebe zwar einige Bundestagsabgeordnete, die andere Vorstellungen in diesem Punkt hätten. Diese teile er jedoch nicht. Er halte sich an das, was er in den Bundestagswahlen[20] versprochen habe.

Im übrigen sei es für ihn kein Dogma, ob in dem ins Auge gefaßten Vertrag auch andere Fragen geregelt werden. Wenn es in der zur Verfügung stehenden Zeit gelinge, eine Vereinbarung über LRINF mit einer Regelung über Obergrenzen bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000 km zu verbinden, so habe er dagegen nichts einzuwenden. Hierdurch dürfe aber unter keinen Umständen ein LRINF-Abkommen blockiert werden.

18 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. April 1987 vgl. Dok. 100.
19 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.
20 Zu den Bundestagswahlen am 6. März 1983 bzw. am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5 und 6.

Er hätte andererseits gehört, daß die belgische Regierung für eine Null-Lösung auch bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000 km eintrete. Die entsprechende Information sei ihm noch heute morgen übermittelt worden.

MP *Martens* erwidert, das treffe nicht zu. Die belgische Regierung habe über diese Frage überhaupt noch nicht diskutiert und ihre Haltung in dieser Frage infolgedessen auch noch nicht festgelegt. Er wiederhole daher noch einmal, daß man sich auf belgischer Seite lediglich dahingehend verständigt habe, daß in angemessener Zeit (dans un délai raisonnable) auch über die SRINF verhandelt werden müsse, ohne sich inhaltlich, also hinsichtlich einer Null-Lösung, festzulegen.

Dies sei im übrigen auch nicht denkbar, denn die liberalen Kabinettsmitglieder, insbesondere Vizepremierminister Gol, seien entschieden gegen eine Null-Lösung bei SRINF.

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies sei für ihn eine äußerst wichtige Mitteilung. Er habe bisher davon ausgehen müssen, daß nur Frankreich unsere Position unterstütze. Wenn auch Belgien sich dazugeselle, dann könnte es auch gelingen, die Italiener dafür zu gewinnen, um damit eine europäische Position zu erarbeiten, die man den USA präsentieren könne.

Er wolle allerdings in diesem Zusammenhang offen die Frage stellen, ob Belgien auch bereit sei, die möglichen Konsequenzen aus dieser Haltung zu ziehen. Das bedeute insbesondere, ob Belgien auch entsprechende Systeme in seinem Land stationieren werde, wenn es bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000 km zu einer Vereinbarung über gemeinsame Obergrenzen komme.

MP *Martens* erwidert, daß in Belgien zur Zeit noch die Stationierung der Cruise Missiles in Gange sei. Man habe bereits 16 Systeme stationiert, müsse also noch 32 Cruise Missiles installieren, für die man derzeit die Infrastrukturmaßnahmen treffe.

Der *Bundeskanzler* stellt folgende Hypothese auf: Man einigt sich auf eine Null-Lösung bei Mittelstreckensystemen über 1000 km Reichweite, die dann bis 1994 abgezogen würden, und bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000 km Reichweite einigt man sich auf eine Obergrenze von 80 modernisierten Pershing I a mit einer Reichweite von 720 km. Er wolle ganz offen die Frage stellen, ob Belgien in diesem Fall bereit sei, 15 solcher Systeme bei sich zu stationieren, wobei 50 modernisierte Pershing I a in der Bundesrepublik Deutschland und weitere 15 in Italien stationiert würden.

MP *Martens* erwidert, wenn er weiter in seinem Amt bleibe, könne er eine solche Lösung verteidigen. Allerdings werde er mit Sicherheit ähnliche Schwierigkeiten wie bei der Stationierung der Cruise Missiles haben. Das fange in der eigenen Partei an. Völlig ausgeschlossen sei es, eine solche Möglichkeit ins Auge zu fassen, wenn in Belgien eine Regierung unter Beteiligung der Sozialisten im Amt sei. Allerdings würde eine solche Regierung dann auch nicht unter seiner Führung stehen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man müsse sich im klaren darüber sein, daß eine solche Entscheidung von den Amerikanern schon jetzt verlangt werde.

Auf eine entsprechende Frage von MP Martens stellt der Bundeskanzler klar, daß zur Zeit 72 Pershing I a in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind.

MP *Martens* erklärt weiter, es sei offensichtlich, daß es sich hier um eine äußerst wichtige Frage – auch für Belgien – handele. Er könne allerdings – auch aufgrund von Umfragen – sagen, daß seine Position zur Zeit im Lande, auch in der eigenen Partei, sehr stark sei. Er hätte immerhin die Schlacht mit den Cruise Missiles gegen die öffentliche Meinung gewonnen, und außerdem könne er in dieser Frage auf die Liberalen zählen.

MP Martens erläutert in diesem Zusammenhang das Ergebnis der jüngsten Sozialwahlen in Belgien, bei denen die christlichen Gewerkschaften über ihre sozialistischen Konkurrenten einen beachtlichen Erfolg davongetragen hätten. Dies sei auch ein Politikum, denn die sozialistischen Gewerkschaften hätten diese Wahlen ausdrücklich zum Votum über die Politik der jetzigen Regierung erklärt.

MP Martens legt Wert darauf, noch einmal festzustellen, daß es nicht zutreffe, daß die belgische Regierung sich auf eine Null-Lösung bei SRINF festgelegt habe.

Der *Bundeskanzler* begrüßt diese Klarstellung ausdrücklich und spricht sodann mit Ministerpräsident Martens ab, wie man gegenüber der Presse argumentieren wolle.

Der Bundeskanzler schlägt sodann vor, daß er im Herbst gemeinsam mit Ministerpräsident Martens die belgischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland besucht.

MP *Martens* begrüßt diesen Vorschlag ausdrücklich.[21]

Der *Bundeskanzler* schneidet kurz die Frage des Umschuldungsproblems von Zaire an. Präsident Mobutu habe ihn kürzlich aufgesucht und um Unterstützung bei den für den 18. Mai vorgesehenen Verhandlungen gebeten.[22]

MP *Martens* erklärt, auch Belgien unternehme Anstrengungen, um Mobutu zu helfen, wolle aber in dieser Frage keine Initiative ergreifen.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, daß MP Martens ihm zu dieser Frage eine kurze Mitteilung zukommen läßt.

MP *Martens* sagt dies zu.[23]

21 Am 29. September 1987 besuchten Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Martens die belgischen Streitkräfte in Köln. Vgl. dazu den Artikel „Martens und Kohl bei Belgiens Soldaten in der Bundesrepublik“; DIE WELT vom 30. September 1987, S. 5.

22 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu am 4. März 1987 vgl. Dok. 63. Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte in einer Aufzeichnung vom 3. Juni 1987: „Am 18.5.1987 fanden im Rahmen des Pariser Clubs Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Kanada, Frankreich, Italien, Japan, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz, den USA und Großbritannien und einer zairischen Delegation unter Leitung von Finanzminister Nyembo Shabani über die Umschuldung von Zahlungsverpflichtungen des Zaire statt. Die Verhandlungen endeten mit der Unterzeichnung eines Schuldenprotokolls, das folgende Lösung vorsieht: 100 % der Tilgungs- und Zinsrückstände per 31.3.1987, 100 % der Tilgungs- und Zinsfälligkeiten zwischen 1.4.1987 und 14.5.1988 werden umgeschuldet. Betroffen sind Forderungen aus Kreditverträgen mit einer Laufzeit von über einem Jahr und Abschlußdatum vor dem 30.6.1983. Betroffen sind ferner Zahlungsverpflichtungen aus bilateralen Umschuldungsabkommen […]. Rückzahlung in neun Jahren nach sechs Freijahren.“ Ferner wurde dargelegt: „Diese Konditionen bleiben in mehrfacher Hinsicht hinter dem Umschuldungsantrag Zaires zurück, der einen längeren Konsolidierungszeitraum (bis Ende 1988), die Rekonsolidierung auch des Pariser Protokolls vom 15.5.1986 sowie einen Rückzahlungszeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren vorsah.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149451.

Der *Bundeskanzler* geht sodann auf EG-Fragen ein und schlägt vor, daß man vor dem bevorstehenden Gipfel Ende Juni 1987 in Brüssel[24] noch einmal Kontakt aufnimmt. Er wolle alles tun, um MP Martens die Durchführung dieses Gipfels zu erleichtern.

Der Bundeskanzler erwähnt sodann die laufenden Agrarverhandlungen und äußert die Bitte, daß der belgische Landwirtschaftsminister[25] auf unsere essentiellen Interessen Rücksicht nimmt, wenn er ein Kompromißpaket schnürt.

MP *Martens* erklärt, er werde in jedem Fall vor dem Europäischen Rat noch mit allen Regierungschefs Kontakt aufnehmen.

MP Martens kommt sodann noch einmal auf das Problem der Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite zu sprechen. Für ihn stelle sich die Frage, in welchem Gremium man hierüber sprechen soll. An sich böte sich hierfür die NATO an.

Der *Bundeskanzler* erwidert, es sei wichtig, daß man über diese Fragen auf politischer Ebene spreche. Er werde in den nächsten 14 Tagen die Position mit Frankreich abklären – obschon man sich im Prinzip schon heute einig sei. Ihm sei es sehr wichtig, daß Belgien einbezogen werde, denn Belgien habe in den Fragen der Sicherheitspolitik immer eine klare Position eingenommen. Leider sei die italienische Regierung derzeit nur bedingt handlungsfähig.[26] Die Briten seien, nachdem sein maßgeblicher Berater entsprechende Gespräche in London geführt habe, nachdenklicher geworden.

Im übrigen sei es erstaunlich, daß es in den USA Leute gebe, die praktisch die Argumente der Friedensbewegung benutzten, die bei der Diskussion über die Nachrüstung auf die Interkontinentalpotentiale hingewiesen hätten. Ebenso erstaunlich sei, daß ein Mann wie Helmut Schmidt dafür plädiere, die konventionellen Streitkräfte zu verstärken und bspw. die Bundeswehr von 12 auf 15 Divisionen aufzustocken.[27] Dies sei ein absurder Gedanke, denn dann müsse

Fortsetzung Fußnote von Seite 633

23 Mit Schreiben vom 11. Mai 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, legte der belgische Botschafter Van Ussel die Haltung seiner Regierung zur Umschuldung für Zaire dar. Belgien habe „keine Einwände gegen eine Konsolidierung über 18 Monate statt über 12 Monate, d. h. vom 31. März 1987 bis zum 31. September 1988. Belgien ist bereit, eine Deckung von 100 % zu akzeptieren." Die Anstrengungen sollten sich auf die Tilgungsfrist konzentrieren, die maximal 15 Jahre, davon sechs tilgungsfreie, umfassen könne. Aus gesetzlichen und budgetären Gründen sei für Belgien jedoch die Gewährung eines Zinszuschusses für die Moratoriumszinsen ausgeschlossen; diese müßten sich weiterhin an Marktkonditionen orientieren. Vgl. Referat 422, Bd. 149451.

24 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 29./30. Juni 1987 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 193.

25 Paul De Keersmaeker.

26 Die Botschaft in Rom vermerkte am 8. Mai 1987: „Die Krise des zweiten Kabinetts Craxi, ausgelöst mit dessen Rücktritt am 3.3.1987, ist nach 56-tägiger Dauer am 28.4.1987 erwartungsgemäß mit der Anberaumung vorgezogener Neuwahlen für den 14.6.1987 durch Staatspräsident Cossiga zu Ende gegangen. Ihr letzter Akt war die Vertrauensabstimmung in der Abgeordnetenkammer am 28.4., bei der das gegenwärtig amtierende sechste Kabinett Fanfani eigenem Wunsch entsprechend unterlegen war und daraufhin seinen Rücktritt eingereicht hatte. Es wird kraft Auftrags des Staatspräsidenten als geschäftsführende Regierung bis zur Bildung einer neuen, aus den Wahlen vom 14.6. hervorgegangenen Regierung im Amt bleiben und auch international wichtige Termine wahrnehmen wie den für 8./9.6. angesetzten Weltwirtschaftsgipfel in Venedig." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140513.

27 In einem Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit" nahm der ehemalige Bundeskanzler Schmidt zugunsten einer doppelten Null-Lösung in einem INF-Vertrag Stellung und widersprach der Argumentation, damit würde der Strategie der flexiblen Antwort der Boden entzogen. Das Ausmaß der sowjetischen Überlegenheit werde übertrieben. Die Streitkräfte Polens, der ČSSR und der DDR seien

man die Wehrpflicht auf 24 oder gar 28 Monate ausdehnen. Außerdem sei ein solches Vorhaben überhaupt nicht zu bezahlen. Hinzu komme, daß eine noch stärkere Bundeswehr psychologisch im Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn nicht gut sei.

Es komme jetzt darauf an, die militärpolitische Zusammenarbeit in Europa, vor allem mit Frankreich, aber auch mit Belgien und Italien – und falls dies gewollt werde, mit den Niederlanden – zu intensivieren.

Dies sei auch deswegen wichtig, weil man die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft in Richtung auf eine Politische Union heute eher skeptisch beurteilen müsse. Es gebe zwar auch erfreuliche Entwicklungen wie bspw. die, daß Norwegen sich möglicherweise bald der EG anschließen wolle.[28]

MP *Martens* wirft ein, er habe aus einem Gespräch mit der norwegischen Premierministerin Brundtland einen anderen Eindruck gewonnen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, seine Prognose sei, daß die Norweger sich im nächsten Jahr in einem Referendum für einen Beitritt aussprechen würden. Dies werde auch Rückwirkungen auf Schweden haben, wo sich in dieser Frage eine interessante Diskussion anbahne.

Er werde in den nächsten Jahren alles tun, um die Luxemburger Beschlüsse[29] umzusetzen. Dennoch sehe er noch nicht, daß dies in einer politischen Integration münde. Die politische Integration sei aber das entscheidende Ziel. Deswegen solle man jetzt verstärkt bei der militärstrategischen Zusammenarbeit ansetzen.

MP *Martens* stimmt diesen Überlegungen zu.

Der *Bundeskanzler* erklärt abschließend, es sei für ihn außerordentlich wichtig, diese Dinge in seiner Amtszeit voranzubringen, denn er wolle die Entwicklung – auch für die Bundesrepublik Deutschland – irreversibel machen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

Fortsetzung Fußnote von Seite 634

im Fall eines sowjetischen Angriffs „sehr unzuverlässige Hilfstruppen", die eher „sowjetischer Bewachung bedürfen, damit sie nicht ihren eigenen nationalen Instinkten und Interessen folgen". Zudem hätten die konventionellen Streitkräfte der NATO, besonders der Bundeswehr, einen hohen Kampf- und Abschreckungswert: „Er könnte noch beträchtlich gesteigert werden, wenn die konventionellen französischen, deutschen und Benelux-Streitkräfte integriert würden […]. Auf jeden Fall reichen diese Streitkräfte aber heute schon aus, um eine rationale Kreml-Führung von jedem Gedanken an einen konventionellen Angriff auf Westeuropa abzubringen." Vgl. den Artikel „Null-Lösung: Im deutschen Interesse"; DIE ZEIT vom 8. Mai 1987, S. 3.

28 Botschafter Hofmann, Oslo, berichtete am 26. Mai 1987: „Der Bericht Nr. 61 (das sog. Europa-Weißbuch), den die Regierung am 22.5.1987 dem Storting zugeleitet und der Öffentlichkeit bekanntgemacht hat, ist Ausdruck der Bedeutung, den alle norwegischen Parteien der EG und der europäischen Zusammenarbeit beimessen. Das Europa-Weißbuch war seit Jahren im Gespräch. Alle Regierungen hatten aber bisher gezögert, das Europa-Thema der norwegischen Öffentlichkeit nach dem Referendum von 1972 erneut zur Diskussion zu stellen." Auch im Weißbuch werde das Thema EG-Beitritt ausgeklammert: „Das Europa-Weißbuch ist eher eine sachliche Zustandsbeschreibung der EG-Entwicklung und der norwegischen Beziehungen zu Europa denn eine breite Diskussionsgrundlage des Europa-Themas, einschließlich eines norwegischen EG-Beitritts." Vgl. den Schriftbericht Nr. 394; Referat 410, Bd. 136035.

29 Die Einheitliche Europäische Akte wurde am 17. Februar 1986 in Luxemburg bzw. am 28. Februar 1986 in Den Haag unterzeichnet. Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

126

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow

220-371.76 INF-796/87 VS-vertraulich **6. Mai 1987**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Teilnehmer:

Auf deutscher Seite: Bundesminister, StS Dr. Sudhoff, D2[2], D2A i.V.[3], RL 220[4], VLR I Dr. Klaiber, VLR Bettzuege, VLR Hartmann als Dolmetscher.

Auf sowjetischer Seite: Erster Stellvertretender Außenminister Woronzow, Botschafter Kwizinskij, Herr Beljakow als Dolmetscher.

Nach der Begrüßung durch den Bundesminister führt *Woronzow* aus, er sei gebeten worden, dem Bundesminister die Grüße von GS Gorbatschow und AM Schewardnadse zu überbringen. GS Gorbatschow verfolge die Tätigkeit des Bundesministers mit großem Interesse und kenne die Stellungnahmen des Ministers so gut, daß er nicht auf Papiere zurückgreifen müsse. AM Schewardnadse sei sehr daran interessiert, bald ein Gespräch mit dem Bundesminister zu führen. Da der Bundesminister den Bundespräsidenten nach Moskau begleiten werde[5], könne das Gespräch bei dieser Gelegenheit stattfinden, wenn es nicht bereits früher zu einem Außenministertreffen komme, das die SU in Wien im Zusammenhang mit der konventionellen Rüstungskontrolle vorschlage.

Bundesminister dankt für die Grüße und bittet, sie zu erwidern. Auch er lese die Erklärungen von GS Gorbatschow mit großem Interesse und brauche ebenfalls keine Papiere, um sich an sie zu erinnern. Auch er freue sich auf die Begegnung in Moskau anläßlich des Staatsbesuchs.

Zu dem von Woronzow erwähnten Außenministertreffen stellt Bundesminister die Frage, in welcher Form ein solcher Vorschlag gemacht werde.[6]

Woronzow: Auch hierüber wolle er mit dem Bundesminister sprechen. Auf sowjetischer Seite sei man beunruhigt, daß wir noch nicht über konventionelle Waffen verhandelten. Der Westen rede zwar viel von baldigen Verhandlungen, gleich-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 7. Mai „über Herrn D2A i.V." an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Billigung des Herrn Bundesministers einzuholen".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11361 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Hermann Freiherr von Richthofen.

3 Rüdiger Hartmann.

4 Rolf Hofstetter.

5 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

6 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Offenbar bezog sich Woronzow auf den in Prag gemachten Vorschlag Gorbatschows für Ministerkonferenz aller KSZE-Staaten zu Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Wien."
Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. April 1987 in Prag vgl. Dok. 109.

wohl gebe es diese noch nicht. Die SU sei zur Aufnahme der Verhandlungen bereit und habe bereits Vorschläge unterbreitet und Ideen entwickelt.

Bundesminister führt aus, daß die Wiener Mandatsgespräche wichtig seien.[7] In der Perspektive nuklearer Abrüstung erhalte konventionelle Stabilität erhöhte Bedeutung. Es gehe um die Frage, wie Übergewichte, wo sie vorhanden seien, beseitigt werden könnten.

Woronzow erwidert, daß ein Mandat nicht restriktiv sein solle. Man brauche die Möglichkeit, über alles zu verhandeln, was nach nuklearen Rüstungskontrollabkommen übrig bleibe. Man solle nicht lange um die Mandatsfrage „tanzen", sondern mit den Verhandlungen beginnen.

Der eigentliche Anlaß seines heutigen Besuchs sei es, den Bundesminister und den Bundeskanzler im Auftrag der sowjetischen Führung über die jüngsten Entwicklungen in den Genfer Verhandlungen zu unterrichten.[8] Es gehe hier um Fragen, die unsere beiden Länder gleichermaßen beträfen.

Die jüngste intensive Erörterung des Fragenkomplexes habe anläßlich des Besuchs von AM Shultz in Moskau[9] stattgefunden.

GS Gorbatschow und die sowjetische Führung hätten diesen Besuch als nützlich betrachtet, auch wenn die Sowjets nicht auf alle Fragen Antworten erhalten hätten. Shultz habe gesagt, daß die USA zunächst mit ihren Verbündeten beraten wollten. Dies sei verständlich. Auch die SU habe ihre Verbündeten konsultiert.

Seine wichtigste Aufgabe sei es heute, uns das sowjetische Herangehen an die Probleme näherzubringen, damit wir es besser verstünden. GS Gorbatschow und der sowjetischen Führung gehe es darum, zu einem Durchbruch bei der Beendigung des Wettrüstens zu kommen. Es habe sich so ergeben, daß sich die INF-Positionen beider Seiten so angenähert hätten, daß ein Durchbruch in diesem Bereich möglich sei, ohne daß sich die SU gerade dieses Thema ausgesucht habe. Zum ersten Mal bestehe die historische Möglichkeit, mit der Verschrottung eines Bestandteils der nuklearen Arsenale zu beginnen. Es handele sich um erhebliche Reduzierungen einer wichtigen Komponente der Nuklearwaffenpotentiale, bei der SU um die Verschrottung von 1200 GK, bei den USA um 400 GK. Gemessen am riesigen Gesamtumfang der Nuklearwaffen beider Seiten sei dies zwar nur ein geringer Prozentsatz, aber auch keine Kleinigkeit. Vor allem dürfe man den enormen psychologischen Durchbruch, den ein solches Abkommen zur Folge haben werde, nicht außer acht lassen. Damit würde sich u. a. die praktische Möglichkeit für die Verschrottung der Raketen ergeben. Die bestehende Chance dürfe vor allem deswegen nicht verpaßt werden, weil eine weitere Erhöhung des Rüstungsniveaus das Überleben der Menschheit gefährde. Jetzt gebe es 60000 Nuklearwaffen, am Ende des Jahrhunderts würden es 100000 sein.

In diesem Lichte gehe die SU an die Genfer Verhandlungen heran. Mit dem Abschluß eines Abkommens über nukleare Mittelstreckenwaffen, das zu deren

7 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

8 Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Woronzow führte am 6. Mai 1987 auch ein Gespräch mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 130126.

9 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

vollständiger Beseitigung in Europa führe, müsse der Anfang gemacht werden. Die USA hätten die Auffassung vertreten, daß hierfür auch das Problem der operativ-taktischen Raketen gelöst werden müsse. Das sei keine Idee der SU gewesen, aber die SU sei zu einer solchen Lösung bereit. Als Shultz diese Frage aufgeworfen habe, habe er eine deutliche Antwort bekommen. Die SU habe erklärt, daß sie, wenn die USA bereit seien, auf diese Waffen zu verzichten, ihrerseits auf diese Systeme verzichten werde. Wenn hingegen nach amerikanischer Auffassung diese Raketen nicht vernichtet werden sollen, dann sollten sie eben nicht vernichtet werden. Der SU gehe es vordringlich um das Zustandekommen eines LRINF-Abkommens. Verschiedene Varianten seien denkbar. Man könne z. B. in einem Mittelstreckenabkommen niederlegen, daß auch die Raketen kürzerer Reichweite vernichtet würden. Möglich sei auch, in einem getrennten Protokoll festzulegen, was wann vernichtet werden solle. Schließlich könne man über die Raketen kürzerer Reichweite auch getrennte Verhandlungen beginnen und festlegen, daß diese zu einem bestimmten Zeitpunkt abzuschließen seien. Zu all dem sei die SU bereit, weil sie den baldigen Abschluß eines INF-Abkommens wolle.

Man habe begonnen, diese verschiedenen Varianten mit den USA zu diskutieren, die dazu aber nicht willens seien, weil sich ihre Verbündeten noch keine Meinung gebildet hätten. Die SU sei bereit abzuwarten, bis sich eine kollektive Meinung der Verbündeten herausgebildet habe. Dabei dürfe man aber den vorgegebenen Zeitrahmen nicht außer Betracht lassen.

Amerikanische Senatoren, die Genf besucht hätten, hätten sowohl der amerikanischen als auch der sowjetischen Verhandlungsdelegation gesagt, daß der Senat nur bis Dezember d. J. ein Abkommen zur Ratifikation entgegennehmen könnte, weil dann der Wahlkampf beginne.[10] Wenn das Jahr 1987 ungenutzt verstreiche, müsse man auch 1988 abschreiben, da ein neuer Präsident üblicherweise die ersten neun Monate in Ruhe gelassen werden wolle.

Das sowjetische Interesse beschränke sich nicht auf den INF-Bereich. Der SU liege sehr an einem Abkommen über die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Systeme und die strikte Einhaltung des ABM-Vertrages. Die USA beabsichtigten, in dieser Woche einen Vertragsentwurf über die Halbierung der strategischen Systeme einzubringen.[11] Es gebe aber keine Anzeichen dafür, daß die USA auch einen Vorschlag zur Begrenzung der Weltraumwaffen machten. Gleichwohl begrüße es die SU, wenn die USA einen ernsthaften START-Vorschlag machen würden. Die SU bereite einen eigenen Vertragsentwurf vor. Dieser Entwurf werde die unzertrennliche Verbindung zwischen der Reduzierung strategischer Systeme und der Einhaltung des ABM-Vertrages vorsehen. Wenn die USA bereit seien, über diesen Gesamtkomplex dieses Jahr ein Abkommen abzuschließen, werde es an der sowjetischen Bereitschaft nicht fehlen.

Ein weiterer wichtiger Bereich der Rüstungskontrolle, an den man AM Shultz erinnert habe, sei die Einstellung der Nukleartests. Von sowjetischer Seite seien Verhandlungen über alle Fragen im Zusammenhang mit der Einstellung atoma-

10 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

11 Zum Entwurf der USA vom 8. Mai 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 143.

rer Versuche vorgeschlagen worden. In diesem Bereich sei der „Enthusiasmus" von Shultz am geringsten gewesen.

Bundesminister dankt für die umfassende Darstellung der konzeptionellen sowjetischen Vorstellungen zur Abrüstung. Er begrüße es, daß die SU zu substantiellen Gesprächen mit den USA über die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Systeme bereit sei. Auch dieser Bereich sei für uns sehr wichtig. Wir hätten nie einen Zweifel daran gelassen, daß es eine Wechselbeziehung zwischen Offensiv- und Defensivsystemen gebe. Wir würden es begrüßen, wenn beide Seiten hierüber zu einer Verständigung kämen.

Natürlich gelte dem Mittelstreckenbereich unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir hätten uns gewünscht, daß ein INF-Abkommen bereits zu einem früheren Zeitpunkt zustande gekommen wäre, und träten jetzt dafür ein, daß es so bald wie möglich abgeschlossen werde. Ein solches Abkommen hätte positive Auswirkungen auf die Abrüstung und die Vertrauensbildung.

Die Lösung, wie sie in Reykjavik[12] in Aussicht genommen worden sei und wie sie im amerikanischen Vertragsentwurf[13] ihren Niederschlag gefunden habe, unterstützten wir. Wenn wir zu entscheiden hätten, würden wir für die globale Null-Lösung eintreten.

Er stimme Woronzow zu, daß die Beseitigung einer Waffenkategorie eine neue Dynamik auslösen und den Hoffnungen der Menschen entsprechen würde.

Mit den beiden Vertragsentwürfen[14], die es zu „verheiraten" gelte, liege in Genf eine umfangreiche Verhandlungsmasse auf dem Tisch.

Was die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite angehe, so sei der SU bekannt, daß die USA ihren Vorschlag mit ihren Verbündeten abstimmen. Wir fragten uns, warum die SU ihre Vorstellungen nicht in Form eines Vertragsentwurfes präzisiert habe. Er habe sich für eine ernsthafte Prüfung des sowjetischen Vorschlages eingesetzt, die zur Zeit stattfinde.

Die sowjetischen Äußerungen in Genf[15] seien nicht völlig identisch mit dem, was AM Shultz in Moskau gesagt worden sei. Eine Erläuterung hierzu wäre hilfreich.

Woronzow: Im Laufe der langen Gespräche von Shultz in Moskau, vor allem mit GS Gorbatschow, habe die SU eine globale Null-Lösung für Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite vorgeschlagen, d.h. für die Systeme mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km. AM Shultz habe gesagt, daß diese Variante den USA nicht passe. Die USA müßten über eine Anzahl dieser Systeme verfügen. Deswegen gebe es zwei Vorschläge:

1) Globale Null-Lösung.

2) Null in Europa und eine gewisse Zahl in anderen Teilen der Welt, nach dem Muster der für LRINF ins Auge gefaßten Lösung.

12 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

13 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

14 Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

15 Vgl. dazu die Äußerungen des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation in Genf, Obuchow, vom 28. April 1987; Dok. 119.

Wenn die globale Null-Lösung für Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite dem Westen besser passe, bleibe es dabei.

Bundesminister bemerkt, daß die USA auch öffentlich gesagt hätten, daß die SU in dieser Frage in Genf von der anläßlich des Shultz-Besuchs in Moskau eingenommenen Position abgewichen sei.

Woronzow erwidert, daß die sowjetische Delegation in Genf deutlich gemacht habe, daß es die erwähnten zwei Möglichkeiten gebe.

Bundesminister wirft die Frage auf, ob nur amerikanische und sowjetische Systeme betroffen seien. In Moskau sei man sich einig gewesen, daß es sich nur um amerikanische und sowjetische Systeme handeln könne.

Woronzow: Soweit es um Raketen gehe, sei dies vollkommen richtig. In der Tat gehe es nur um amerikanische und sowjetische Raketen. Er wisse, warum der Bundesminister diese Frage stelle. Von sowjetischer Seite sei nie die Frage der Einbeziehung deutscher Raketen gestellt worden. Diese Raketen seien deutsch. Alles Amerikanische, was zu diesen Raketen gehöre, müsse jedoch beseitigt werden. Die GK für die deutschen Raketen gehörten den USA und müßten vernichtet werden.

Bundesminister fragt, ob GK überhaupt Gegenstand der Verhandlungen seien.

Woronzow bejaht dies. Man spreche ja auch von 100 GK in Asien und in den USA.

Bundesminister führt aus, daß die USA uns unterrichtet hätten, daß die deutsche PI in Moskau nicht angesprochen worden sei.[16]

Woronzow: Dies sei richtig. Man habe nur über das gesprochen, was den USA und der SU gehöre. Im Falle eines INF-Abkommens werde die SU 1200 GK beseitigen. Falls die 72 amerikanischen GK für die deutschen PI weiterbestehen würden, würde es auf amerikanischer Seite nicht Null geben.

Er wolle hier noch einmal sagen, daß es keine sowjetische Idee gewesen sei, die Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite in ein Abkommen einzubeziehen. Dieses Thema habe der Westen auf den Tisch gebracht. Die SU sei auch zu einem Abkommen ohne eine Lösung dieser Frage bereit. GS Gorbatschow habe bereits die einseitige Verpflichtung übernommen, im Falle einer europäischen LRINF-Null-Lösung die in der ČSSR und der DDR stationierten Systeme[17] nicht nur abzuziehen, sondern zu vernichten. Vielleicht werde eine solche Lösung ausreichen.

Bundesminister: Zweck der vom Westen vorgeschlagenen „constraints“ sei es gewesen, einen Aufwuchs durch neue sowjetische Systeme zu verhindern. Der SU sei bekannt, daß wir uns im Augenblick im Prozeß der Meinungsbildung befänden. Dafür seien die beiden von ihm gestellten Fragen von erheblicher Bedeutung. Wenn wir von einer sorgfältigen Prüfung sprächen, sei dies keine leere Formel. Wir nähmen den sowjetischen Vorschlag ernst und würden ihn gründlich prüfen.

16 Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Außenministers Shultz am 16. April 1987 im NATO-Ministerrat; Dok. 115.

17 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

Auch das Gebiet der konventionellen Waffen sei für uns von besonderer Wichtigkeit. Bei den chemischen Waffen träten wir für den baldigen Abschluß eines Verbotsabkommens ein, den wir noch in diesem Jahr für möglich hielten.

Er betrachte es als eine positive Entwicklung, daß über die ganze Palette des Kräfteverhältnisses gesprochen werde.

Wir wünschten, daß es 1987 zu einem INF-Abkommen und weiteren Regelungen in anderen Bereichen komme. Dabei machten wir uns über die Komplexität der konventionellen Rüstungskontrolle keine Illusionen.

Wenn man unsere geographische Lage betrachte, werde die erhebliche Bedeutung der Raketen kürzerer Reichweite, auch der unterhalb von 500 km, klar, wo es beträchtliche sowjetische Bestände gebe.

Woronzow: Das nukleare Krebsgeschwür müsse aus Europa entfernt werden. Er teile nicht die Auffassung, daß Nuklearwaffen in Europa den Krieg verhinderten. Es sei die menschliche Vernunft, die gegen einen Krieg in Europa spreche.

Bundesminister: Vielleicht hätten die Nuklearwaffen dazu beigetragen, die menschliche Vernunft zu schärfen. 1914, wo von einem Gleichgewicht ausgegangen werden konnte, sei es zum Krieg gekommen. Nuklearwaffen führten dazu, daß wir uns bewußt seien, daß wir zum Überleben aufeinander angewiesen seien.

Woronzow: Er persönlich habe Angst davor, daß auch nach Tschernobyl[18] die Menschheit von einer weiteren Prüfung nicht verschont bleibe. Er denke an die zufällige Explosion einer Atombombe. Daher lieber jetzt mit der Abrüstung beginnen.

Bundesminister: Das wollten wir auch.

Bei der am Gründonnerstag stattgefundenen NATO-Ratssitzung[19] habe er den Eindruck gehabt, daß eine zweite Null-Lösung möglich sei, bei der die deutschen PI in ihrer Gänze nicht erfaßt würden. Daher seien wir über die sowjetische Erklärung in Genf erstaunt gewesen.

Es sei der SU bekannt, daß diese Systeme als Drittstaatensysteme gesehen würden. Im übrigen sei in diesem Zusammenhang auch die enorme sowjetische Überlegenheit im Bereich unterhalb von 500 km zu berücksichtigen.

Er bitte, der sowjetischen Führung zu übermitteln, daß wir die sowjetische Auffassung mit Ernst und Gewissenhaftigkeit prüften.

Er wolle einige allgemeine Bemerkungen anschließen: Den Besuch des Bundespräsidenten in der SU hielten wir für ein bedeutsames Ereignis. Es sei auch ein Fortschritt, daß die Ressortabkommen unterschrieben worden seien.[20] Für

18 Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

19 Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 16. April 1987 in Brüssel vgl. Dok. 115.

20 Am 22. April 1987 wurde in Moskau von Bundesminister Riesenhuber ein deutsch-sowjetisches Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Am folgenden Tag wurde von Bundesministerin Süssmuth in Moskau ein Abkommen mit dem Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 398–402 und S. 403–406.
Am 4. Mai 1987 unterzeichneten Bundesminister Kiechle und der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Murachowskij in Bonn ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 407–411.

uns gelte, was in der Regierungserklärung[21] stehe. Das deutsch-sowjetische Verhältnis habe eine zentrale Bedeutung. Wir wollten die Ost-West-Beziehungen nicht auf die Abrüstung beschränken. Ernsthafter Dialog und vertiefte Zusammenarbeit kämen auch der Abrüstung zugute. Auf allen Gebieten sollten wir konstruktiv zusammenarbeiten und dafür auch die bilateralen Kontakte nutzen.

Woronzow: Er werde die Worte des Bundesministers an die sowjetische Führung weiterleiten. Er sei sicher, daß sie dort mit großer Genugtuung aufgenommen würden. In Moskau stelle man mit Befriedigung fest, daß nach einer Periode des Stillstands eine Phase aktiver Entfaltung der Beziehungen stattfinde. Der Besuch des Bundespräsidenten und des Bundesministers werde ein wichtiger Schritt sein, dem weitere folgen würden. Im Hinblick auf die Lage in Europa trügen die SU und die Bundesrepublik Deutschland eine große Verantwortung. Daher seien auch die Konsultationen zwischen beiden Ländern besonders wichtig. Er selbst stehe auch in Zukunft für weitere Konsultationen zur Verfügung.

Die SU werde jeden Vorschlag, der von deutscher Seite gemacht werde, ernsthaft prüfen. Botschafter Kwizinskij, der „Ehrenmitglied" der Genfer Delegation geblieben sei, sei ebenfalls zu Gesprächen mit uns bereit.

Für die heute diskutierten schwierigen Verhandlungsfragen müsse eine Lösung gefunden werden und sie werde auch gefunden werden.

Abschließend dankt Woronzow für das interessante Gespräch, dessen Inhalt ihm bei seiner Arbeit helfen werde.

VS-Bd. 11361 (220)

21 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

127

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3460/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 606
Citissime

Aufgabe: 6. Mai 1987, 19.30 Uhr[1]
Ankunft: 6. Mai 1987, 19.44 Uhr

Betr.: Konsultationen im Bündnis über Genfer Verhandlungen US/SU;
hier: Sitzung Rats am 6.5.1987 mit Glitman über INF-Verhandlungen

Bezug: DE 3601 vom 6.5.1987 – 220-371.16 INF-781/87 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) In seinen einleitenden Bemerkungen kennzeichnete Glitman Verhandlungsatmosphäre als positiv, SU arbeite ernsthaft auf ein Abkommen hin und mache keine unnötigen Schwierigkeiten bei Einzelproblemen. Beide Seiten hätten die Absicht, Verhandlungsrunde[3], die Glitman als entscheidende bezeichnete, ohne Unterbrechung bis zu einem Ergebnis fortzuführen.

Probleme lägen vor allem in folgenden Fragen:

– Zeitplan für die Reduzierungen,
– verbleibende LRINF-Systeme,
– Verifikation sowie
– SRINF.

Angesichts Umfangs angestrebten Abkommens (rd. 100 Seiten Text), gebe es jedoch noch viel Arbeit. Man brauche Zeit. Geschlossene Haltung Allianz sei jetzt besonders wichtig. Er betonte, daß Bündnis auch nach Abkommen Aufgabe erfüllen müsse, für ausreichende, auch nukleare Abschreckung zu sorgen und die dafür notwendigen Entscheidungen zu treffen.

2) In Aussprache, an der sich alle Bündnispartner beteiligten, plädierten I, NL, NWG, E[4], GR, DK, KAN, B, TUR und L für eine doppelte Null-Lösung für LRINF und SRINF unter den von Shultz in seinem Schreiben vom 7. April an Außenminister des Bündnisses[5] genannten Bedingungen. Ihre Meinung ließen offen:

1 Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Lohse und Oberst i. G. Loquai, beide Brüssel (NATO), konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 7. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie Legationsrat Brose, ferner an Referat 201, Botschafter Holik und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann verfügte.

2 In Vorbereitung der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 6. Mai 1987 übermittelte Botschafter Holik der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel eine Sprachregelung. Vgl. dazu den am 5. Mai 1987 konzipierten Drahterlaß Nr. 3601; VS-Bd. 11361 (220).

3 Am 23. April 1987 wurden die am 26. März 1987 unterbrochenen INF-Verhandlungen im Zuge der siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf fortgesetzt.

4 Korrigiert aus: „F."

5 Vgl. das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher, das der amerikanische Botschafter Burt am 6. April 1987 übergab; VS-Bd. 11360 (220).

GB (nannte allerdings bereits Kriterien für etwaige Akzeptanz für SRINF-Null-Lösung), F, P und ISL. US äußerte sich zu dieser Frage nicht.

Deutsche PIa wurden von mehreren Bündnispartnern angesprochen. Einigkeit bestand darüber, daß diese Systeme nicht in Verhandlungen einbezogen werden dürften. Kritische Fragen zur Drittstaatenqualität dieser Systeme stellten DK und TUR. Glitman erläuterte und begründete US-Position, die Einbezug dieser Systeme in Verhandlungen nicht zulasse.

Aus einem am 5. Mai mit Woronzow geführten Gespräch hat Glitman Eindruck gewonnen, daß sowjetische Position hinsichtlich Globalität SRINF-Lösung nach wie vor die sei, wie sie Gorbatschow Shultz in Moskau[6] vorgetragen habe (globale Null-Lösung für SRINF). Die davon abweichenden SRINF-Überlegungen von Obuchow in Genf[7] habe Woronzow als sowjetischen Versuch bezeichnet, auf Reaktion von Shultz und der Bündnispartner einzugehen. (Woronzow: „Base your response on the offer you got in Moscow.“)

Hinsichtlich Dringlichkeit Bündnisentscheidung bestand Übereinstimmung, daß sich Allianz angesichts Schwierigkeit und Bedeutung Fragen notwendige Zeit nehmen müsse. Allerdings gebe es hier Grenzen schon wegen Erwartungshaltung in Öffentlichkeit. Es dürfe auch nicht Eindruck entstehen, als ob Bündnis nicht entscheidungsfähig sei. KAN, NWG und B drängten auf baldiges Ergebnis und sahen gewissen Zeitdruck.

II. Glitman im einzelnen

1) Er wertete es als positiv, daß SU Bereitschaft gezeigt habe, eine Reihe von Formulierungen aus dem US-Entwurf[8] zu übernehmen.

2) Ein eher geringfügiges Problem sei Frage der Struktur Abkommens. US wünschten ein umfassendes Abkommen mit drei zusätzlichen Teilabkommen für Daten, Eliminierung und Verifikation, während SU ein kurzes, der Öffentlichkeit präsentierbares Basisabkommen mit technischen Anlagen vorziehe.[9]

3) Ausführlich sprach Glitman Problem verbleibender LRINF-Systeme an, d. h.

– von sowjetischer Seite weiterhin zu nutzen gewünschte Produktionsstätten sowie Ausbildungs- und logistische Einrichtungen in Europa. Dieser Wunsch erfordere Anwesenheit gewisser Anzahl von SS-20 in Europa. Glitman habe auf gleiches Recht für US bestanden, falls SU diese Forderung aufrechterhalte.
– Forderung SU, daß Stationierung so erfolgen müsse, daß durch verbleibende Systeme Territorium Vertragspartner nicht erreicht werden könne.
– Verifikation von SU gewünschter Modernisierungsmöglichkeit, wenn gleichzeitig Neuentwicklungen verboten seien (wo hört Modernisierung auf und wo beginnt Neuentwicklung?).
– Interessen Bündnisses am ehesten gerecht werdende Stationierung in Asien. Glitman sagte, wegen der Reichweite SS-20 sei indessen kein Stationierungs-

6 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

7 Vgl. die Äußerungen des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation in Genf, Obuchow, vom 28. April 1987; Dok. 119.

8 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

9 Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

platz denkbar, von dem aus kein Bündnispartner oder Japan getroffen werden könnte.

– Verpflichtung zu Follow-on-Verhandlungen.

Woronzow habe in erwähntem Gespräch allerdings angedeutet, daß in Frage Beibehaltung dieser Systeme SU noch nicht das letzte Wort gesprochen habe. Problem sei auch Frage der Bewertung durch internationale Öffentlichkeit. Glitman meinte, Bündnis, aber auch China und Japan sollten Druck auf SU verstärken, in dieser Frage nachzugeben. Mehrere Partner unterstützten diese Auffassung.

4) Bei Verifikation bestünden folgende Hauptprobleme hinsichtlich Vor-Ort-Inspektion:

– SU möchte Test- und Ausbildungsstätten einbeziehen,

– US verlangten diese zur vorherigen Datenverifikation,

– US verlangten Verdachtsinspektion.

5) Zur Haltung SU zu SRINF erklärte Glitman, er glaube, daß sowjetische Absichten auf globale Null-Lösung zielten. Woronzow habe auch Kampelman gesagt, Grund für Abweichung von Gorbatschows Vorschlag gegenüber Shultz durch Obuchow in Genf sei gewesen, auf Bedenken von Shultz und der Verbündeten der US einzugehen. SU wäre auch damit einverstanden, wenn SRINF in Abkommen überhaupt nicht behandelt würden. Glitman habe betont, es könne nur globale Null-Lösung oder gleiche globale Obergrenze geben. Einbeziehung PIa sei ausgeschlossen. US hätten im übrigen aufgrund sorgfältiger Recherchen festgestellt, daß SU in bisheriger Verhandlungsgeschichte PIa niemals erwähnt habe. Es sei erkennbar, daß SU sich hier in günstiger Verhandlungsposition zu befinden glaube und gelassen auf Antwort Bündnisses warten könne.

III. 1) Aus Aussprache wird zusätzlich zu I. 2) folgendes festgehalten:

SRINF

I: Zum Ausgleich der Scud-Bedrohung sollten PIa einsatzbereit gehalten werden („keep operational").[10] Dies sei allerdings eine von Bundesregierung zu treffende Entscheidung.

GR: Es sei mit bisheriger Bündnispolitik nicht vereinbar, Null-Lösung für SRINF abzulehnen. Andere Position würde in Öffentlichkeit nicht verstanden werden. Es dürfte auch keine zusätzlichen Nuklearwaffen geben.[11]

Auf Frage F erläuterte Glitman, bei SRINF über Null sei SU mit folgenden Lösungen einverstanden:

– globale Null-Lösung,

– gleiche Anzahl (wie viele noch offen) von Systemen in SU (Asien) und USA,

– Nichtbehandeln Themas.

Nicht akzeptabel sei für SU vertragliche Lösung, mit der amerikanische SRINF-Nachrüstung legitimiert würde.

10 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. Dok. 144 und Dok. 145.
11 So in der Vorlage.

2) Auf die von DK und TUR gestellten kritischen Fragen zur deutschen PIa (Sind diese überhaupt Drittstaaten-Systeme? Gibt es mehr als drei Nuklearmächte im Bündnis?) warnte Glitman vor Gefahr, gelöstes Drittstaaten-Problem erneut durch Erörterung dieser Fragen gegenüber SU aufzuwerfen. Etwa ein Drittel bisheriger Verhandlungszeit habe man dafür gebraucht, um entsprechende Ansprüche SU abzuwehren. Er wies auf schwerwiegende, in allen Einzelheiten noch gar nicht absehbare Konsequenzen hin, falls man auf sowjetische Forderung für PIa einginge (britische Trident, Flugzeuge mit Doppelrolle).

3) GB wiederholte Voraussetzungen, die für Annahme einer Null-Lösung für SRINF gefordert werden müßten:

– Einbeziehung SS-23,
– globale Lösung,
– ausreichende Verifikation,
– einheitliches Abkommen für beide Bereiche,
– Ausschluß von Drittstaatensystemen,
– keine weiteren Abrüstungsschritte für Systeme unterhalb von 500 km (SS-23), solange konventionelle Stabilität nicht hergestellt ist und CW-Abkommen geschlossen wurde.

E erwähnte in diesem Zusammenhang, daß Karpow in Madrid gesagt habe, falls die Scud in Verhandlungen einbezogen werden sollten, würde dies Einbeziehung der amerikanischen nicht-nuklearfähigen Flugzeuge erfordern.[12]

4) GB äußerte ferner, wenn Bündnis entscheiden sollte, PIb zu stationieren, müsse diese Entscheidung durchgeführt werden, und sie könnte nicht später zugunsten einer Null-Lösung aufgegeben werden.

5) Auf entsprechende Frage wies Glitman darauf hin, daß es auch im WP sowjetische Sprengköpfe auf Systemen von nicht-sowjetischen Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten gebe (z. B. Scud). Woronzow habe hinsichtlich der PIa gesagt, daß diese für die SU keine Bedeutung hätten, solange die US dafür keine Sprengköpfe bereitstellten. GB erwähnte aus Konsultationen mit Bessmertnych, dieser habe bemerkt, die PIa sei kein Problem, wenn sich Verhandlungen auf das bezögen, was beide Seiten besäßen.[13]

12 Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow führte am 27. April 1987 Gespräche im spanischen Außenministerium und Ministerpräsidentenamt. Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 30. April 1987, laut Informationen des Außenministeriums habe sich Karpow „sehr hart und kritisch gegenüber den USA geäußert, die Europäer dagegen eher geschont". Details über den Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag habe Karpow nicht mitgeteilt, den amerikanischen Verzicht auf LRINF-Stationierung in Alaska jedoch als sowjetische Bedingung für das Abkommen bezeichnet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 427; Referat 220, Bd. 144767.

13 Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Bessmertnych führte am 29. April 1987 in London Gespräche mit Premierministerin Thatcher und Staatsminister Renton. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete, laut britischem Außenministerium habe Bessmertnych den Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag erläutert: „SU hätte bestätigt, daß Pershing Ia bei den SRINF einbezogen werden müßten und trotz der britischen Einwände, die u. a. darauf abzielten, daß es schwierig sei, auch Teile von Systemen in die Verhandlungen mit einzubeziehen, daran festgehalten. Allerdings sei auch gewisses Verständnis für westliche Position erkennbar gewesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 784; VS-Bd. 11302 (220); B 150, Aktenkopien 1987.
Diese Position bestätigte Bessmertnych auch bei seinem Besuch in Ottawa am 1. Mai 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 290 des Botschafters Behrends, Ottawa, vom 7. Mai 1987; Referat 201, Bd. 143359.

6) Verbleibende LRINF-Systeme

Bündnispartner stimmten US zu, daß Ziel globale Lösung sein müsse, daß Abkommen an dieser Forderung jedoch nicht scheitern dürfe. Auf Frage nach sowjetischen Motiven für Beibehaltung erklärte Glitman, hierfür gebe es keine militärischen oder strategischen Begründungen. Die entsprechenden sowjetischen Behauptungen (Ausgleich gegen US-Basen im Pazifik und Flugzeugträger) seien „lächerlich". Die wirklichen Gründe seien politischer Natur: Druckmöglichkeit gegenüber China und Japan. Die von E, KAN, B, GB und NL erwähnten Einlassungen von Karpow, Bessmertnych und Rodionow in jeweiligen Hauptstädten stützen diese Bewertung.[14] Lediglich in Madrid hat Karpow noch Korea erwähnt, allerdings nicht China.

7) Ich habe mich gemäß Bezugsweisung geäußert. Einschlägige Fragen waren bereits von Glitman beantwortet worden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11361 (220)

128

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington

11. Mai 1987[1]

Auf amerikanischer Seite nahmen teil: Verteidigungsminister Weinberger, Dr. Iklé, Richard Perle, Frank Gaffney.

Auf deutscher Seite nahmen teil: BM[2], VLR I Dr. Jansen, VLR I Chrobog, VLR I v. Moltke, VLR I Weber, VLR Elbe.

BM erkundigte sich nach der Einschätzung der Genfer Verhandlungen[3] durch Verteidigungsminister Weinberger.

14 Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow hielt sich anläßlich der kanadisch-sowjetischen Abrüstungskonsultationen am 5./6. März 1987 in Ottawa auf. Botschafter Behrends, Ottawa, teilte mit, laut kanadischem Außenministerium habe sich Karpow primär zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf geäußert. Offenbar sei die sowjetische Haltung zu SRINF noch nicht festgelegt. So habe Karpow einerseits davon gesprochen, die sowjetischen SS-12 und SS-23 würden aus der ČSSR und der DDR abgezogen, andererseits davon, daß sie in die Zerstörung der LRINF eingeschlossen werden könnten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 149; Referat 213, Bd. 143562.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe am 12. Mai 1987 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 11. Mai 1987 in den USA auf. Dort führte er auch Gespräche mit Präsident Reagan, Vizepräsident Bush, dem amerikanischen Außenminister Shultz sowie Mitgliedern des Senats und Repräsentantenhauses. Vgl. dazu den von Ministerialdirigent von Ploetz am 13. Mai 1987 gefertigten Sprechzettel für die Kabinettssitzung am folgenden Tag; Referat 204, Bd. 135400.

3 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 127.

Weinberger erwiderte, er stimme mit dem Präsidenten überein, eine globale Null-Lösung bei den LRINF anzustreben. Anderenfalls gebe es keine Ausgewogenheit. Wenn auf jeder Seite 100 Systeme blieben, müßten die amerikanischen Systeme in Alaska stationiert werden, was finanziell aufwendig sei. Für einen solchen Fall könne mit einer Mittelzuweisung durch den Kongreß erst nach fünf Jahren gerechnet werden. Ein Recht zur Dislozierung bedeute noch nicht, die Dislozierung vollziehen zu können, da sie mit Kosten verbunden sei. Wegen des unterschiedlichen politischen Systems habe es die Sowjetunion in dieser Hinsicht leichter. Dies sei ein wichtiger Aspekt.

Vorrangiges Ziel der SU sei es, die Pershing II loszuwerden, denn allein die Pershing II stelle eine wirksame Bedrohung sowjetischen Territoriums dar. Aus diesem Grund sei die SU zu Zugeständnissen bereit. Hier ergebe sich ein Ansatzpunkt, eine Verbindung zu anderen Rüstungskontrollabkommen herzustellen. Wenn die Bedrohung durch die Pershing II eliminiert sei, werde das sowjetische Abrüstungsinteresse nachlassen. Der Westen solle sich daher bemühen, für die Aufgabe der Pershing II so viel wie möglich zu erreichen und solle insbesondere auf einer globalen Lösung bestehen.

BM äußerte seine grundsätzliche Präferenz für eine globale LRINF-Lösung, betonte aber, mit der angestrebten Vereinbarung auf der Grundlage der Reykjavik-Prinzipien[4] leben zu können.

Weinberger führte aus, daß es zu SRINF noch keine offizielle Position der Administration gebe. Dies habe ihm der Präsident bestätigt. Er selbst würde Gleichheit auf einem anderen Niveau als Null vorziehen. Der Präsident beabsichtige nicht, auf eine frühe Entscheidung zu drängen. Er werde das Thema bei dem Treffen der Verteidigungsminister in Oslo[5] ansprechen. Er habe Verständnis für die deutschen Bedenken hinsichtlich der Singularisierung der Bedrohung.

BM stellte die Entwicklung im LRINF-Bereich als einen großen Erfolg der gemeinsamen Haltung in der Vergangenheit heraus. Hinsichtlich der SRINF müsse zwischen den Systemen mit einer Reichweite zwischen 150 bis 500 und solchen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km unterschieden werden. Die Bundesregierung prüfe zur Zeit sehr sorgfältig die Lösungsmöglichkeiten im SRINF-Bereich.[6] Die amerikanische Seite solle nicht auf eine frühe Entscheidung drängen. Wir brauchten Zeit zur Prüfung des Problems. Es gehe auch darum, die Auffassung anderer Partner einzuholen und ein klares Bild über die Vorstellungen der SU zu erhalten, die sich zu diesem Thema bisher unterschiedlich geäußert habe. BM erläuterte die unterschiedlichen Positionen von

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

5 Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

6 Bei einem Koalitionsgespräch führender Politiker von CDU, CSU und FDP am 6. Mai 1987 konnte keine Einigung hinsichtlich der Haltung der Bundesregierung zur doppelten Null-Lösung für INF längerer und kürzerer Reichweite erzielt werden. Vgl. dazu den Artikel „Wechselnde Mehrheit im Streit über die Null-Lösung?"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Mai 1987, S. 1 f.
In der Debatte des Bundestags am 7. Mai 1987 wurden die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung deutlich. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 10. Sitzung, S. 524–565.

Gorbatschow, Obuchow und Woronzow hinsichtlich der Obergrenzen im SRINF-Bereich und der Einbeziehung der PIa. BM wies auf die Entscheidung der Minister vom 30.9.1986 hin, die Folgeverhandlungen für Systeme im Reichweitenband von 150 bis 500 km vorsehe.[7] Ohne der endgültigen deutschen Position vorzugreifen, könne er jetzt schon feststellen, daß eine Null-Lösung für Europa im SRINF-Bereich nicht annehmbar sei. Hinsichtlich der Einbeziehung der PIa habe Woronzow bei seinem Besuch am 6.5. eine gewisse Flexibilität gezeigt.[8]

BM fragte Weinberger, ob eine Trennung der Verhandlungsbereiche LRINF und SRINF möglich sei, ob Folgeverhandlungen möglich seien.

Weinberger führte hierzu aus, daß es noch keine endgültige Position der Administration gebe. Da es der SU um die Beseitigung der Pershing II gehe, müsse man berücksichtigen, daß ein LRINF-Abkommen dann ihr Interesse an einer SRINF-Lösung wegnehme. Es sei zu erwägen, ein LRINF-Abkommen erst nach einer SRINF-Einigung zu unterzeichnen.

Weinberger betonte erneut die Notwendigkeit, die Chance einer globalen Null-Lösung im LRINF-Bereich zu ergreifen. Hinsichtlich der SRINF gebe es die Möglichkeit, daß jede Seite 80 Systeme behalten könne. Die SU werde nicht mehr bereit sein, mit sich reden zu lassen, sobald die Pershing II beseitigt worden sei. Die Pershing II sei somit ein Mittel, die Sowjets am Verhandlungstisch zu halten.

BM erkundigte sich nach der Einschätzung des Prozesses der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa.[9]

Weinberger führte aus, daß er sich frage, welcher Anreiz für die SU in diesem Bereich bestehe. In jedem Fall müsse konventionelle Rüstungskontrolle zu asymmetrischen Reduzierungen führen. Es gehe darum, möglichst viele „links" herzustellen, bevor das Hauptinteresse, nämlich die Beseitigung der Pershing II, befriedigt sei. Dies sei jedoch nicht die vorherrschende Meinung in Washington.

BM stellte die Frage, wie wir mit dem Prozeß der konventionellen Rüstungskontrolle beginnen sollten.

Weinberger führte aus, daß er den KSZE-Rahmen nicht für ein gutes Format der Verhandlungen halte. Er bedauere die französische Position. Ein Staat wie Albanien dürfe nicht bei Verhandlungen über Sicherheit mitbestimmen können. (*BM* warf ein, daß Albanien nicht am KSZE-Prozeß teilnehme.) Nur Block-zu-Block-Verhandlungen würden den richtigen Rahmen herstellen. Anderenfalls habe man keine Kontrolle über den Verhandlungsablauf. Die Argumente Frankreichs hätten ihn nicht überzeugt.

BM betonte leichte Präferenz für die französische Position. Wir könnten jedoch mit beiden Ansätzen leben. Es müsse jedoch in jedem Fall eine Situation vermieden werden, daß diese Streitfrage die Verhandlungen blockiere, da man sich anderenfalls dem sowjetischen Vorwurf aussetze, Fortschritte in der Sache zu verhindern.

7 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner am 30. September 1986 vgl. Dok. 84, Anm. 21.

8 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 126.

9 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

Weinberger wies darauf hin, daß bloße Streitkräftereduzierungen große Schwierigkeiten für die Verifikation aufwerfen. Die SU könne ohne weiteres 100 000 Soldaten zu Bauern machen und umgekehrt.

BM wies darauf hin, daß wir bei Streitkräftereduzierungen demobilisieren müßten.

Weinberger bezeichnete die 330 000 amerikanischen Soldaten in Europa als ein Schlüsselproblem. Reduzierungen müßten in jedem Fall asymmetrisch erfolgen. Bei der Reduzierung von Waffen müsse auf die militärische Effektivität solcher Schritte abgestellt werden; sie dürfe nicht dazu führen, daß die SU überalterte Panzer ausmustere und ihre hochmodernen Panzer behalte. Man müsse wirksame Reduzierungen anstreben. Allerdings müsse auch die Frage gestellt werden, wieviel wirksame Abschreckung übrig bleibe. Bei der konventionellen Rüstungskontrolle sei es auch erforderlich, die Unterschiede in den politischen Systemen zu berücksichtigen.

BM erkundigte sich nach den Aussichten eines Abschlusses eines CW-Abkommens.[10]

Weinberger zeigte sich besorgt über das Ungleichgewicht bei den chemischen Waffen, insbesondere aber über die sowjetischen CW-Kapazitäten.

BM wies darauf hin, daß uns die CW-Bedrohung mit großer Sorge erfülle, da wir schließlich unmittelbar betroffen seien; wir konzentrierten uns daher auf den baldigen Abschluß eines CW-Abkommens in Genf.

Weinberger erinnerte daran, daß Vizepräsident Bush 1984 einen amerikanischen Vertragsentwurf für ein CW-Abkommen in Genf eingeführt habe.[11] Chemische Waffen seien ein sehr emotionaler Gegenstand in den USA. Es falle schwer, Mittel zu beschaffen; dies gelte sowohl für die Zerstörung alter als auch für die Beschaffung neuer binärer Waffen. Er wies noch einmal auf die deutliche sowjetische Überlegenheit im Bereich chemischer Waffen hin.

BM erkundigte sich nach den Aussichten von Rüstungskontrollvereinbarungen.

Weinberger führte aus, daß es ein LRINF-Abkommen noch in diesem Jahr geben könne und daß die SRINF-Frage in Grundzügen geregelt werden könne. Den Abschluß eines CW-Abkommens halte er nicht für wahrscheinlich.

BM erkundigte sich nach dem Zeitplan für ein INF-Abkommen.

Weinberger sagte, daß es keinen Zeitplan gebe. Er gehe davon aus, daß die Demokraten ein INF-Abkommen nicht blockieren würden. Die amerikanische Seite stünde nicht unter Zeitdruck und übe auch keinen solchen Druck aus. Es gehe darum, eine gemeinschaftliche Position mit den Alliierten zu finden. Dies werde sicherlich nicht so lange dauern, wie es nötig sei, „to reach a Japanese consensus“. Weinberger wies abschließend noch einmal auf die Notwendigkeit hin, eine ausreichende Abschreckung beibehalten zu müssen.

Referat 204, Bd. 135400

10 Zu den Verhandlungen über chemische Waffen in Genf vgl. Dok. 66, Anm. 11.

11 Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs der USA vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

129

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek

214-321.11 TSE **12. Mai 1987**[1]

Von BM noch nicht gebilligt.

Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek in der Bundesrepublik Deutschland vom 11. bis 13. Mai 1987;
hier: Delegationsgespräch unter der Leitung der Außenminister am 12. Mai 1987, 16.00 bis 18.00 Uhr

BM begrüßte eingangs die tschechoslowakische Delegation und drückte seine Genugtuung über den Besuch aus, der in einer wichtigen Zeit stattfinde.

AM verwies auf die Tatsache, daß dies sein siebter Besuch sei. Er würdigte die Offenheit der Gespräche. Der Besuch finde zu einem geeigneten Zeitpunkt statt, was man bei der Absprache nicht habe voraussehen können. In Fortsetzung des Pakets von Reykjavik[2] habe Gorbatschow eine Reihe von Vorschlägen in Prag[3] und Moskau[4] gemacht. Es bestehe nunmehr die historische Chance eines ersten Schrittes zur Abrüstung. Der erste Schritt sei immer am schwersten. Wenn er gelinge, könnte das die politische Atmosphäre in der Welt und bei der Abrüstung beeinflussen. In einigen Bereichen (chemische Waffen) seien die Verhandlungen so weit, daß man sie in ein Abkommen gießen könne. Die Nachkriegsentwicklung könnte einen Meilenstein erleben.

In dieser Situation sollten alle realistischen Politiker die Neben- und Prestigefragen beiseite stellen. Die neue sowjetische Politik der Demokratisierung und der inneren Reformen sei eine realistische Politik, die der aktuellen Situation entspreche, und keine konjunkturelle Propaganda. Die ČSSR unterstütze diese Politik voll. Die westeuropäischen Staaten ließen unterschiedliche Reaktionen erkennen. Die ČSSR wisse aber den realistischen Standpunkt von BM zu schätzen.

Das Ziel solle nun ein Abkommen über LRINF sein ohne Junktim mit SRINF und konventioneller Rüstungskontrolle. BM sei soeben aus Washington zurück-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 14. Mai 1987 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirigent Kastrup an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Genehmigung von BM zu Inhalt und Verteiler herbeizuführen".
Hat Kastrup am 14. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 14. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kann unter üblichem Vorbehalt ‚von BM noch nicht gebilligt' verteilt werden. Siehe Änderung zu Verteiler und zu S. 7." Vgl. Anm. 29 und 32.
Hat Derix am 15. Mai 1987 erneut vorgelegen, der den Umlauf in Referat 214 und die Wiedervorlage verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 18. Mai 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 214, Bd. 139639.

[2] Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

[3] Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. April 1987 in Prag vgl. Dok. 109.

[4] Zu den Abrüstungsvorschlägen, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dem amerikanischen Außenminister Shultz bei dessen Besuch vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR unterbreitete, vgl. Dok. 115.

gekehrt, wo er zu diesen lebenswichtigen Fragen Konsultationen mit der amerikanischen Regierung gehabt habe.[5]

BM: Mit seinem Hinweis auf den wichtigen und günstigen Gesprächszeitpunkt habe er auf die West-Ost-Beziehungen angespielt. In Europa habe es immer dann Fortschritte gegeben, wenn das Verhältnis US–SU auf gutem Wege gewesen sei. Anders wären die Ostverträge[6], der Grundlagenvertrag mit der DDR[7], das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin[8] und die Schlußakte von Helsinki[9] kaum möglich gewesen. Der gegenwärtige Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen solle von den europäischen Staaten genutzt werden. Die damals geschlossenen Abkommen hätten, wie die Entwicklung der letzten 15 Jahre gezeigt habe, auch in Phasen der Abkühlung des Verhältnisses US–SU Bestand gehabt. Die Lehre daraus sei, heute wieder große Schritte zu tun, auch in bezug auf Fragen, die damals nicht lösbar gewesen seien.

Der KSZE-Prozeß habe deutliche Schwerpunkte bei sicherheitspolitischen Aspekten. Bei den CW sei der Abschluß eines Abkommens noch in diesem Jahr möglich.

Bei Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite über 1000 km zeichne sich eine Lösung ab, wie wir sie immer gewollt hätten. SRINF betreffe unsere beiden Länder besonders. Die Bundesregierung sei dabei, in dieser Frage ihre Position zu formulieren.[10] Bei LRINF sei eine Vereinbarung zum Greifen nahe. Deshalb seien jetzt Verantwortung und Augenmaß nötig.

Was die Entwicklungen in der SU angehe, so habe er sich in seiner Rede in Davos[11] damit befaßt. Er würde diese Rede heute noch genauso halten. Ihm sei es darum gegangen, im Westen eine Diskussion über die Entwicklungen in der SU in Gang zu setzen. Wir alle hätten die Verantwortung, zur Neugestaltung der internationalen Beziehungen beizutragen. Die Bundesregierung wolle ihre Beziehungen zu den WP-Staaten weiter verbessern. In der Regierungserklärung[12] werde auf die zentrale Bedeutung der Beziehungen zur SU hingewiesen. Das sei objektiv so. Vor diesem Hintergrund wollten wir auch die Beziehungen zum Nachbarland ČSSR ausbauen.

5 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11. Mai 1987 in den USA vgl. Dok. 128.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

8 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

10 Zur Kontroverse innerhalb der Bundesregierung über eine doppelte Null-Lösung vgl. Dok. 128, Anm. 6.

11 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

12 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

BM schlug sodann vor, daß die Delegationsleiter der Expertengespräche über die Ergebnisse der Konsultationen zu den bilateralen Fragen berichten (hierzu gesonderte Vermerke[13]).

AM sprach im Anschluß an die Berichte Einladung an BM zum Besuch der ČSSR aus. Termin solle auf gewohntem Wege vereinbart werden. Jährliche Besuchsfrequenz habe sich bewährt. Bei morgigem Gespräch mit BK[14] werde er auch Einladung an diesen bestätigen. Unsere Kulturwoche in der ČSSR solle unter der Schirmherrschaft beider AM stattfinden.[15] Hinsichtlich der Beteiligung von Künstlern aus Berlin (West) werde die ČSSR uns im Rahmen des VMA entgegenkommen. Hinsichtlich der Störungen der Deutschen Welle wolle seine Seite eine Lösung auf der Basis des gegenseitigen Vorteils suchen. Unsere Anliegen bei der Kriegsgräberfürsorge und Archivbenutzung werde man der tschechoslowakischen Führung vorlegen. Auch hinsichtlich der Verbesserung der Unterbringung unserer Botschaft (Anmietung Orangerie) werde er sich um Lösung bemühen. Hinsichtlich der humanitären Fälle wolle man so wie bisher vorgehen. Frühere Fälle seien großzügig gelöst worden.

AM wandte sich sodann wieder internationalen Fragen zu. Er stimme zu, daß sich die Beziehungen US–SU in günstigem Lichte entwickelten. Leider komme das sehr spät. Jeder US-Präsident betrete das Weiße Haus als Antikommunist und -sozialist und schwenke erst auf der Hälfte seiner Amtsperiode auf einen realistischeren Kurs der Zusammenarbeit ein.

Den Ausführungen von BM zu CW stimme er zu.

Im Abrüstungsbereich habe die SU eine ganze Serie von Initiativen gestartet, die kein Gebiet abseits lasse. Die Vorschläge der WP-Staaten seien nicht auf Sicherung einer Überlegenheit aus, sondern auf ein vernünftiges Verteidigungsmaß. Sie zielten auf alle Bereiche (strategische Waffen, Mittelstreckenraketen, konventionelle Rüstung, ABM).

Die Terminologie in Ost und West sei in der Raketenfrage uneinheitlich. Unter Mittelstreckenraketen verstehe seine Seite solche mit einer Reichweite über 1000 km. Darunter spreche man von operativ-taktischen Raketen. Der Osten habe bei INF Gleichstand auf globaler Grundlage vorgeschlagen, wobei die Systeme

13 Legationsrat I. Klasse Buchholz fertigte am 15. Mai 1987 insgesamt neun Aufzeichnungen über die Berichte aus den Expertengesprächen am 12. Mai 1987. Diese betrafen erstens die Terminfrage für die bilateralen Konsultationen über Rechts- und Konsularangelegenheiten, zweitens Haftbedingungen für deutsche Staatsangehörige in der ČSSR, drittens humanitäre Fälle bzw. allgemeine Rechts- und Konsularangelegenheiten, viertens die gemeinsamen Kulturbeziehungen, insbesondere den Austausch von Kulturinstituten und die geplante Kulturwoche, fünftens den Ausbau von Städtepartnerschaften, sechstens die Störung der tschechisch- bzw. slowakischsprachigen Sendungen der Deutschen Welle, siebtens den Jugendaustausch, achtens Fragen des Archivzugangs in beiden Ländern und neuntens Liegenschaftsfragen der Botschaft der Bundesrepublik in Prag. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139639.

14 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 13. Mai 1987 vgl. Dok. 132.

15 Ministerialdirektor Witte legte am 11. Mai 1987 für Bundesminister Genscher dar, die zweite Kulturwoche der Bundesrepublik in der ČSSR werde vom 12. bis 18. Oktober 1987 „in Prag, Preßburg und auf tschechoslowakischen Wunsch ebenfalls in Kaschau (unter Berücksichtigung der Städtepartnerschaft Wuppertal/Kaschau) und Ostrau“ stattfinden. Statt des von tschechoslowakischer Seite gewünschten offiziellen Besuchs des Bundesministers solle Genscher wegen möglicher Präjudizwirkungen besser „inoffiziell an einer Veranstaltung der Kulturwoche teilnehmen“. Vgl. Referat 214, Bd. 139684.

in Europa vernichtet werden sollten. Wegen der westlichen Befürchtungen einer SU-Überlegenheit bei operativ-taktischen Raketen habe der Osten auch hier einen Vorschlag gemacht. Die WP-Vorschläge beinhalten hinsichtlich der Verifikation strengste Kontrollen und Inspektionen vor Ort.

Der Budapester Vorschlag[16] trage dem westlichen Bedenken wegen östlicher Überlegenheit bei konventionellen Waffen Rechnung. Er habe aber manchmal das Gefühl, daß der Westen so tue, als gebe es diesen Vorschlag nicht. Auf die vorgeschlagenen Begegnungen habe der Westen nicht geantwortet. Das werfe die Frage nach der Glaubwürdigkeit der NATO-Staaten auf.

Die Regierungserklärung des BK habe man studiert und auch die Akzente verzeichnet. Auf die SU sei man nicht eifersüchtig. Seine Seite habe aber eine klarere Position bei der Null-Lösung erwartet. Der sowjetische Vorschlag einer Null-Lösung[17] sei rational und berücksichtige alle Probleme.

Der US-Vorschlag[18] sehe einen anderen Zeitplan vor. Seine Seite verstehe nicht ein bestimmtes Kalkül unserer Seite bei den taktischen Raketen, da die ČSSR, sobald das Abkommen über Mittelstreckenraketen unterzeichnet sei, mit der SU eine Vereinbarung über den Abzug der als Antwort auf die amerikanische Nachrüstung dort stationierten Raketen abschließen werde. Von großer Bedeutung sei, daß die Reduzierung der taktischen Systeme dem Appell von Budapest entspreche.

Sorge bereite auch, daß die NATO Pläne für ein Anti-Raketen-System in Westeuropa in Verbindung mit SDI vorbereite. Das werde zu großen Komplikationen zwischen WP und NATO führen und stehe nicht im Einklang mit den Erklärungen der NATO-Länder zur Einhaltung des ABM-Vertrages. Die Bereitschaft der SU, ihre operativ-taktischen Systeme in Europa zu reduzieren und zu vernichten, mache die Entwicklung eines Anti-Systems gegenstandslos. Andernfalls setze man sich dem Verdacht aus, kein Abkommen über INF zu wollen.

Bei MBFR müsse man nachdenken, mit welchen konkreten Ergebnissen die Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden könnten.

Die zweite Runde des Wiener KSZE-Folgetreffens[19] sei weniger konfrontativ verlaufen. Im Korb I seien von östlicher Seite zwölf Vorschläge zu militärischen Aspekten der Sicherheit vorgelegt worden. NATO und N+N hätten dazu keinen Vorschlag gemacht. Die Konsultationen der 23[20] würden als gut angesehen, könnten aber nicht die Problematik im Korb I ersetzen. Im übrigen müßten hier auch die N+N-Staaten eingebunden werden.

Im Korb II gebe es den tschechoslowakischen und den deutschen Vorschlag einer Wirtschaftskonferenz.[21] Beide sollten nicht in Konkurrenz zueinander stehen.

16 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest vgl. Dok. 44, Anm. 10.

17 Vgl. den Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag; Dok. 119 und Dok. 123.

18 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

19 Am 10. April 1987 endete die am 27. Januar 1987 eröffnete zweite Runde der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien. Vgl. dazu Dok. 106.

20 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

21 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.
Zum Vorschlag der ČSSR, der DDR, Polens und Ungarns vom 15. Dezember 1986 für ein Wirtschaftsforum in Prag vgl. Dok. 106, Anm. 14.

Vielleicht könne man einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten (vierwöchiges Wirtschaftsforum in Prag, danach dreitägige Wirtschaftskonferenz in der Bundesrepublik). Gorbatschow habe in Prag die Idee eines Forums in der ČSSR unterstützt. Sein Land könne hier auf die Unterstützung durch alle WP-Staaten und manche aus dem Kreise der N+N zählen.

In Korb III habe die SU den Vorschlag gemacht, Probleme bei den Menschenrechten in Moskau zu erörtern.[22] Sein Land sei bereit, alle Fragen der Menschenrechte ohne Tabu einzuschätzen. Die Einhaltung der Menschenrechte dürfe aber nicht als Knüppel mißbraucht werden. Die Zusammenarbeit der beiden Delegationen in Wien sei gut. Die ČSSR würde es begrüßen, wenn das WFT Ende Juli abgeschlossen werden könne.

AM setzte sich sodann für TSL/DDR-Vorschlag zu chemiewaffen- und atomwaffenfreier Zone[23] ein. Trilaterale Kontakte in Genf seien nützlich, trügen aber nicht zur Realisierung dieses Vorschlags bei.

In der Nahost-Problematik seien Fortschritte in der Frage einer internationalen Konferenz[24] erzielt worden. Nur eine gut vorbereitete Konferenz könne aber ihre Aufgaben erfüllen. Die ständigen Sicherheitsratsmitglieder könnten zur Vorbereitung ein Komitee einrichten.

In Afghanistan, wo er vor kurzem gewesen sei[25], könne der Prozeß der nationalen Versöhnung schnell vonstatten gehen, wenn die Einmischungen von außen unterbunden würden.

Die AM der Frontlinienstaaten[26] seien kürzlich in Prag gewesen und hätten dort auf eine steigende Aggressivität des Apartheidregimes[27] in Südafrika hingewiesen.[28]

In Mittelamerika sei der Contadora-Prozeß eine gute Grundlage für die Regelung der Probleme. Die USA müßten aber aktiv mitarbeiten.

[29]*BM* erklärte in seiner Erwiderung, wir begrüßten die in Reykjavik erzielten Ergebnisse. Wir hätten uns gewünscht, daß die beiden Großmächte dem Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung ihrer strategischen Potentiale nähergekommen wären. Befriedigt seien wir, daß sich bei INF größerer Reichweite eine

22 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

23 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 10.
Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5.

24 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

25 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich vom 26. bis 30. April 1987 in Afghanistan auf. Botschaftsrat I. Klasse Massmann, Kabul, teilte am 9. Mai 1987 mit, der Besuch habe „die engen Beziehungen zwischen der ČSSR und dem Kabuler Regime bekräftigt. Dazu gehört ein schon vor der April-Revolution (1978) eingeleitetes relativ starkes Engagement der ČSSR im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit." Vgl. den Schriftbericht Nr. 163; Referat 214, Bd. 139649.

26 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

27 Korrigiert aus: „Antiapartheidregimes".

28 Eine Delegation der Außenminister der Frontlinienstaaten unter Leitung des sambischen Außenministers Mwananshiku hielt sich am 22. April 1987 in der ČSSR auf.

29 Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

Lösung im Sinne einer Null-Lösung für Europa abzeichne. Hier gelte es, schnell zu Ergebnissen zu kommen.

Bei den Mittelstreckenraketen zwischen 500 und 1000 km liege der sowjetische Vorschlag auf dem Tisch. Unsere Seite prüfe diesen Vorschlag mit den europäischen Partnern. Hierüber habe er auch in Washington intensiv gesprochen.

Regelungsbedarf bestehe auch bei Raketen mit einer Reichweite zwischen 150 und 500 km. Hier habe die SU wegen ihrer über 600 Scuds Überlegenheit. Deshalb seien hier Nachverhandlungen nötig.

Zu den angeblichen NATO-Plänen für ein europäisches SDI-Programm meinte BM, solche Pläne existierten nicht; diesbezügliche östliche Befürchtungen seien daher völlig abwegig.

Bei den chemischen Waffen sei in diesem Jahr eine Einigung möglich, und wir wollten sie. Wir würden uns deshalb auch nicht mit regionalen Lösungen aufhalten, deren Verifikation kaum lösbar sei.

Bei den konventionellen Waffen hätten D und F in Halifax[30] die Initiative ergriffen. Zwischen F und US seien noch Meinungsverschiedenheiten zur Form zu überwinden; deshalb habe es noch keine Äußerungen zur Substanz gegeben.

Im übrigen dürfe das West-Ost-Verhältnis nicht auf die Abrüstung verkürzt werden. Deshalb seien der KSZE[31]-Prozeß und das WFT von großer Bedeutung. Wir wollten breitere Kooperation. Die Schlußakte sei erst der Anfang der Möglichkeiten.[32]

Zur Wirtschaftskonferenz müsse man prüfen, ob der deutsche und der tschechoslowakische Vorschlag „verheiratet“ werden könnten. Zum sowjetischen Vorschlag einer Konferenz über Menschenrechte in Moskau habe er sich in seiner Rede beim WFT[33] geäußert. Diese Rede gebe unsere Position wieder. Wir hoffen im übrigen auf ein substantielles Schlußdokument.

Hinsichtlich Afghanistans seien wir skeptisch, weil wir viele Erklärungen gehört hätten. Aber immer sei dort noch Krieg. Unsere Seite unterstütze die Bemühungen der Islamischen Konferenz[34]. Die SU müsse ihre Truppen zurückziehen.

Im Nahen Osten habe die Frage einer internationalen Konferenz, für die sich die EG-Länder eingesetzt hätten, Dynamik erhalten. Die Frage müsse auch in Israel zur Entscheidung geführt werden.

30 Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

31 Korrigiert aus: „KSE“.

32 Ende der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

33 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.

34 In Kuwait-Stadt fand vom 26. bis 29. Januar 1987 die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holubek legte am 13. Februar 1987 dar, dabei sei die seit 1981 von der OIC vertretene Position bekräftigt worden: „Besorgnis über Andauern der sowjetischen Besetzung Afghanistans, Forderung nach Abzug ‚aller fremden Truppen‘. Allerdings wurde auf Betreiben von Süd-Jemen, Libyen, Syrien und Algerien gegenüber den früheren Resolutionen die Forderung nach einem ‚sofortigen, vollständigen und bedingungslosen‘ Abzug aufgegeben.“ Vgl. Referat 300, Bd. 195826.

Die letzten Wahlen in Südafrika seien sehr entmutigend.[35] Jetzt sei dort noch mehr Inflexibilität zu erwarten. Er sei sehr pessimistisch, was die Zukunft von Südafrika angehe. Unaufhaltsame Entwicklungen könne man vielleicht verzögern; aber schließlich brächen sie sich Bahn. Das könne zum Rassenkrieg führen. Mandela sei immer noch ein Symbol der Freiheit; er verliere aber an Autorität unter den radikalen jungen Leuten. Die Weißen seien dabei, ihre letzte Chance zu verspielen.

Der Contadora-Prozeß werde von uns unterstützt. Die Gefahr einer Eskalation habe in dieser Region vermieden werden können. Deshalb sei die Lage dort weniger dramatisch als in Nahost und Südafrika.

Es gebe Licht und Schatten. Wir seien aufgerufen, für mehr Licht zu sorgen und dazu einen Beitrag zu leisten.

Referat 214, Bd. 139639

130

Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, z. Z. Lyon, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 12 **Aufgabe: 12. Mai 1987, 15.00 Uhr**
Ankunft: 12. Mai 1987, 16.52 Uhr

Betr.: Barbie-Prozeß[1];
Bericht Nr. 2

1) Äußerer Rahmen des Prozesses

Zunächst verdient hier die Stadt Lyon Erwähnung. Man hat die Chance, im Mittelpunkt der Medienbeobachtung zu stehen, ungeachtet des düsteren Anlasses genutzt. Unter der heutigen Schlagzeile „eine Stadt im Besucherstrom“

35 Am 6. Mai 1987 fanden in Südafrika Parlamentswahlen statt. Botschaftsrat I. Klasse Ziefer, Pretoria, berichtete am 7. Mai 1987: „Knapp zehn Prozent der südafrikanischen Bevölkerung – die drei Millionen wahlberechtigten Weißen – hatten am 6. Mai die Chance und die Verantwortung, die zukünftige innenpolitische Entwicklung und damit das langfristige Schicksal Südafrikas zu bestimmen. Auf der Basis der zur Stunde vorliegenden Ergebnisse (159 von 166 Wahlkreise) haben die weißen Wähler bei einer für S[üd]A[frika] hohen Wahlbeteiligung von etwas unter 70 Prozent der seit 39 Jahren allein und ununterbrochen regierenden National Party (NP) einen überwältigend bestätigenden Wahlsieg gegeben. Eindeutige Verlierer sind die Parteien ‚links‘ von der NP.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 242; Referat 320, Bd. 155981.

1 Am 19. Januar 1983 nahm die bolivianische Polizei den unter dem Namen Klaus Altmann in Bolivien lebenden ehemaligen SS-Hauptsturmführer Barbie fest. Am 4. Februar 1983 wurde Barbie wegen Verstoßes gegen die bolivianischen Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen des Landes verwiesen und nach Frankreich abgeschoben, das einen Auslieferungsantrag gestellt hatte. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 41.
Ministerialdirektor Oesterhelt legte am 25. März 1987 dar, der Prozeß gegen Barbie beginne am 11. Mai 1987 in Lyon: „Barbie werden verschiedene, nach französischem Recht nicht der Verjährung unterliegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. […] Die deutsche Justiz

leidet Lyon nicht und hat für die zahlreich Angereisten ein freundliches „meet Lyon“ aufgeboten.

Der äußere Rahmen des Prozesses selbst ist jedoch eine bewußte und gewollte Aussage zur Sache: Man blieb unter großem Aufwand an Kosten und Mühen im Justizpalast, in klassischer Gerichtsatmosphäre, um augenfällig zu machen, daß es sich um einen Strafprozeß und nicht um eine Vorstellung handelt. Der Vorsitzende Richter[2] macht nicht den Eindruck, als ob er ein anderes Textbuch als die Strafprozeßordnung zuließe. Die Organisation und die Einrichtungen für Hunderte von Journalisten und Prozeßbesuchern, der enorme Polizeischutz, die reibungslose Platzzuweisung nach intensiver, aber mit größter Höflichkeit durchgeführter Kontrolle zeugen von optimaler Vorarbeit. Bequemlichkeit allerdings wird nicht geboten: Kleine Stühle in engen Reihen, harte Holzsitze tragen zur Konzentration bei. Andere Einrichtungen, die über zwei Etagen steiler, steinerner und stark begangener Wendeltreppen zu erreichen sind, rechtfertigen die Bezeichnung Lyons als Hauptstadt von Gallien in vorrömischer und wasserarmer Zeit.

2) Zum Verfahren

Das Gericht setzt sich aus drei Richtern und neun Geschworenen (fünf Männer und vier Frauen) zusammen. Der Vorsitzende und der Anklagevertreter[3] (dem Alter nach die Senioren) genießen in Fachkreisen einen ausgezeichneten Ruf. Der Staatsanwalt, aus Lyon stammend, ist eine in der Stadt weithin bekannte Erscheinung. Er wurde noch unter der sozialistischen Regierung in sein Amt berufen.

Dem Angeklagten Barbie steht mit Maître Vergès nur ein Verteidiger zur Seite. Über die schillernde Persönlichkeit von Vergès ist in den Medien ausführlich berichtet worden, so daß Wiederholungen überflüssig sind. Im Abdallah-Prozeß[4] war er als Verteidiger eher schwach. Um so mehr will er im Barbie-Prozeß zum Zuge kommen und wird nicht müde, in breitester Öffentlichkeit anzukündigen, daß er eher Angriff als Verteidigung beabsichtigt. Sein Vorbringen erscheint weder seriös noch aussichtsreich, soweit er Nichtigkeit des Verfahrens auf Unzulässigkeit der Auslieferung stützen, Verjährung und Nicht-Rückwirkung von Gesetzen

Fortsetzung Fußnote von Seite 657

(Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg und Zentrale Stelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern bei der Staatsanwaltschaft Köln) beabsichtigt nicht, den Prozeß gegen Barbie durch Entsendung von Beamten zu beobachten. Das GK Lyon, das nur mit einem höheren Beamten besetzt ist, hat in Abstimmung mit Abteilung 1 die Weisung erhalten, über den Prozeß zusammenfassend zu berichten.“ Das Auswärtige Amt bemühe sich, „einen Strafrechtler im Sonderauftrag für acht Wochen für die Beobachtung des Prozesses zu gewinnen“. Bis dahin werde das Generalkonsulat personell verstärkt werden müssen. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1626.
Am 11. Mai 1987 unterrichtete Oesterhelt das Generalkonsulat in Lyon, Botschaftsrätin I. Klasse Kotzebue, Paris, solle bis auf weiteres den Prozeß gegen Barbie vor Ort beobachten. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 3775; B 83 (Referat 511), Bd. 1626.

2 André Cerdini.

3 Pierre Truche.

4 In der Presse hieß es: „Georges Ibrahim Abdallah, der Anführer der prosyrischen Terrororganisation ‚Bewaffnete Revolutionäre Libanesische Fraktionen‘ (Farl), ist am Wochenende von einem Sondergericht in Paris zur Höchststrafe, lebenslanger Freiheitshaft, verurteilt worden.“ Abdallah sei der Beihilfe zur Ermordung eines amerikanischen und eines israelischen Diplomaten im Frühjahr 1982 in Paris für schuldig befunden worden. Vgl. den Artikel „Abdallah lebenslang ins Gefängnis“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. März 1987, S. 1.

geltend machen will oder gar für die algerische Résistance missioniert und das damalige Vorgehen der Franzosen mit demjenigen der Deutschen gegen die französische Résistance in Parallele setzt. Damit wird er für seinen Mandanten nichts gewinnen. Vielmehr wird es, wenn überhaupt noch, auf harte Tatsachen, die Widerlegung der gegen Barbie zusammengetragenen Beweise ankommen.

Die Anklage lautet auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere Beteiligung an der Deportation und damit Schuld am späteren Tod der 41 jüdischen Kinder aus dem Heim von Izieu im April 1944, Mitwirkung bei der letzten Deportation in Vernichtungslager im August 1944 sowie Mißhandlung von Widerstandskämpfern und Verfolgten.[5]

Prozeßbeteiligte sind ferner über 100 Nebenkläger (parties civiles), Einzelpersonen, jüdische Organisationen, die von 40 Anwälten (darunter Serge Klarsfeld) vertreten werden. Wesentliches Recht der parties civiles ist die Ergänzung der Anklage.

Prozeßdauer wird auf etwa zwei Monate veranschlagt.

3) Prozeßgeschehen

Die Eröffnung des Hauptverfahrens begann eindrucksvoll mit dem Einzug der Richter, die in ihren roten Roben zwischen Marmorsäulen unter riesigen goldenen Lettern „Cour d'assises" Platz nahmen. Es ist jedoch die Gegenwart der Opfer – der Toten und der Lebenden als letzte Zeugen –, die die Frage nach dem Sinn einer Rückversetzung um 43 Jahre unangemessen erscheinen läßt und dem Beobachter für einen Augenblick die metaphysische Dimension dieses Prozesses öffnet. Der Anblick von Barbie führt allerdings sogleich wieder ins Eindimensionale. Er wirkt blaß, vermittelt jedoch psychisch den Eindruck entspannter, fast arroganter Teilnahme am Verfahren. Er sorgte mit selbstbewußtem Vortrag für die erste Überraschung, als er, von der Gegenseite heftig bestritten, auf dem Namen „Klaus Altmann" für sich bestand.

Im übrigen umfaßt das Prozeßgeschehen die „remise en place", die Konstituierung des Gerichts und der parties civiles. Lediglich die Anträge auf Zulassung neuer Nebenkläger gaben Anlaß zum Austausch von Argumenten zur Frage der Verjährung und Verbrauch von Urteilen und Strafanspruch gegen Barbie aus den 1952 und 1954 in Abwesenheit ergangenen Entscheidungen.[6] Das Gericht wies diese Anträge zurück.

5 In der Presse wurde berichtet, die französische Anklage gegen Barbie werde sich „auf drei Verbrechensfälle ‚gegen die Menschlichkeit' konzentrieren, die nach französischem Recht, anders als die klassischen Kriegsverbrechen wie etwa Folterung, nicht verjähren können: Am 9. Februar 1943 ordnete Barbie, heute 70, eine Razzia mit dem Ziel an, das ‚Comité lyonnais de l'Union Générale des Israélites de France' (UGIF) zu liquidieren; 86 Menschen wurden deportiert, die meisten später in Konzentrationslagern getötet; am 6. April 1944 löste ein Sonderkommando Barbies das jüdische Kinderheim in Izieu (Ain) auf. 41 Mädchen und Jungen im Alter von drei bis 13 Jahren wurden ins KZ verschleppt, ebenso zehn Angestellte, nur wenige überlebten; am 11. August 1944 gab Barbie Befehl, 650 Franzosen mit dem Zug in die Lager von Auschwitz und Ravensbrück zu schaffen. Es war […] ‚der letzte Eisenbahntransport von Deportierten, der Lyon verließ'. Es war offenbar auch die letzte Amtshandlung des ‚fleißigen und umsichtigen Mitarbeiters' (Personal-Bericht Nummer 36223) von SS-Chef Heinrich Himmler in Frankreich. Danach setzte Barbie sich in die Heimat ab, um in den Lazaretten von Baden-Baden und Halberstadt eine Verletzung auszukurieren." Vgl. den Artikel „50 DM, 10 pkg. Cig."; DER SPIEGEL, Nr. 42 vom 15. Oktober 1984, S. 106 f.

6 Französische Militärtribunale verurteilten Klaus Barbie in Abwesenheit mehrfach zu Tode, so am 16. Mai 1947, am 28. November 1952 und am 24. November 1954.

Unter den für die Vernehmung von Zeugen vorgesehenen Terminen sind zu erwähnen: 19. Mai (Staatsanwälte aus Ludwigsburg und Köln[7]); 9. Juni (General a. D. Bastian); 12. Juni (Professor Scheffler); 11. Juni (Chaban-Delmas).

Verlesung der Anklage beherrschte das weitere Prozeßgeschehen.

Nur für Barbie selbst, der Deutsch spricht, wird übersetzt.

4) Media und Öffentlichkeit

Der Barbie-Prozeß ist in Frankreich ein Medienereignis ersten Ranges: laufende Berichterstattung im Fernsehen, in sämtlichen Zeitungen, ungeachtet ihrer politischen Couleur. Diese breite Berichterstattung illustriert sich naturgemäß aus der damaligen Zeit, und so sieht ganz Frankreich täglich Kinder in Deportationszügen und Bilder aus Konzentrationslagern. Niemand bezieht das auf die Bundesrepublik, aber „die Deutschen" sind nun einmal mit dieser Vergangenheit behaftet, und die Reaktion unserer Media auf den Prozeß wird aufmerksam registriert. Zwar nicht vergleichbar, gilt das auch für andere: Für die Amerikaner – Rekrutierung Barbies nach Kriegsende, für die Südamerikaner – nur allzu bereitwillige Aufnahme ehemaliger Nazis, und auch für die Franzosen – Verhalten zur Barbie-Zeit.

Im Resümee des ersten Prozeßtages schwanken die Media zwischen Dämonisierung und Banalisierung des Prozesses. Für das eine gibt Barbie nichts her, und gegen das andere spricht das Grauen der Vergangenheit.

Sonst haben Fernsehen und Zeitungen Lebenslauf, Anklagevorwürfe und Philosophien zum Barbie-Prozeß ad nauseam ausgebreitet, wobei von vorprozessualer Zurückhaltung nichts zu spüren ist. Es wirkte fast rührend, als der Vorsitzende die künftigen Zeugen aus der Hauptverhandlung ausschloß, obwohl jeder von ihnen seine Aussage längst öffentlich gemacht hat. Verteidiger sowie Anwälte der Nebenkläger lassen gleichfalls kein Interview aus und legen sich in der Darlegung ihrer Argumentation, ihrer Prognosen, ihrer Auffassung der Person des Angeklagten nicht die geringsten Hemmungen auf. Das ist in der Medienberichterstattung in Sachen Barbie eigentlich das Bemerkenswerteste.

Beherrscht der Barbie-Prozeß als Medienereignis die Öffentlichkeit, so sagt das noch nichts über das wirkliche öffentliche Interesse aus. Die Medien können wohl Interesse wecken, aber sie können es nicht herstellen. Beginnt man örtlich, war die Publikumsteilnahme vor dem Gerichtsgebäude nicht groß. Sie ist noch geringer, wenn man die Vertreter jüdischer Vereinigungen insofern nicht einrechnet. Letzteren ist von der Stadt Lyon Aufstellung eines Mahnmals zum Gedenken an den Holocaust gestattet worden, in dem eine Ausstellung eingerichtet ist, die zugleich auch als Kristallisationspunkt für Versammlungen dient. Sie wurde von jüdischen Schulkindern eingeweiht und fand breiten Niederschlag in der Lokalpresse.

Das offizielle Frankreich war bei der Eröffnung für etwa zwei Stunden durch den Lyoner Bürgermeister[8], Prominenz aus der Stadtverwaltung, Ex-Minister Hernu und Minister Michel Noir vertreten.

7 Ministerialrat a. D. Schätzler, z. Z. Lyon, berichtete am 20. Mai 1987 über die Aussagen des Leiters der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, Streim, und des Kölner Staatsanwalts Holtfort im Barbie-Prozeß. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 21; Referat 203 (202), Bd. 151121.

8 Francisque Collomb.

Im übrigen dürfte man jedoch nicht fehlgehen, echtes Interesse nur bei Betroffenen, bei historisch-politisch Interessierten, darunter aber auch viel Jugend, zu vermuten. Die breite Bevölkerung hat sicher nichts für Barbie übrig und gegen seine Bestrafung wenig einzuwenden, zu emotionaler Teilnahme am Prozeßgeschehen ist man jedoch nicht aufgelegt – es sei denn, dieses lieferte wider Erwarten einige Sensationen. Ein triviales Beispiel bietet bereits der erste Prozeßtag: Nach Einführung des Angeklagten, mit Beginn der stundenlangen Vorlesung der Anklageschrift wurde es leer – die überlebenden Opfer blieben mit Barbie und dem Gericht allein.

[gez.] Kotzebue

B 83 (Referat 511), Bd. 1626

131

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 12. Mai 1987, 15.18 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 762 **Ankunft: 12. Mai 1987, 18.07 Uhr**

Betr.: Ausladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, von Ost-Berliner Veranstaltungen zur 750-Jahr-Feier[2]

Zur Unterrichtung

1) Unter westlichen Diplomaten in Ost-Berlin ist es einhellige Auffassung, daß die Ausladung des Regierenden Bürgermeisters aufgrund sowjetischer Einwirkung erfolgt ist. Schon seit einiger Zeit, insbesondere seit Honecker seine Teil-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee am 13. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach sowie die Wiedervorlage verfügte.
Hat Lambach am 13. Mai 1987 vorgelegen.

2 Am 4. Mai 1987 hieß es in der Tageszeitung „Neues Deutschland", die Bundesregierung habe die Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Internationalen Congress Centrum in Berlin (West) „als Vorwand für eine neue Demonstration ihrer Politik der Nichtanerkennung der Realitäten" benutzt, „die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstanden sind und völkerrechtlich durch die Verträge der BRD mit der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Staaten verankert wurden.[…] Der Regierungschef der BRD sprach erneut von der ‚offenen deutschen Frage' und demonstrierte damit die Beibehaltung des alten, längst gescheiterten Kurses Bonns auf Änderung der Staatsgrenzen in Europa. […] Noch weiter ging der Westberliner Regierende Bürgermeister Diepgen, der entgegen dem Vierseitigen Abkommen in seiner Rede direkt von der ‚Zugehörigkeit' von Berlin (West) zur BRD sprach." Vgl. den Artikel „Bonn nutzt Berlin-Feierlichkeiten zur Nichtanerkennung der Nachkriegswirklichkeit"; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. Mai 1987, S. 2.
Der Sprecher des Außenministeriums der DDR, Meyer, erklärte am 6. Mai 1987 unter Bezugnahme auf die Ansprache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Westteil der Stadt, Diepgen habe durch Verleumdung der DDR den Boden für gemeinsame Feiern verlassen: „Es ist offensichtlich, daß angesichts seiner Haltung, die von der breiten Öffentlichkeit in der DDR und darüber hinaus abgelehnt wird, eine Teilnahme von ihm an Veranstaltungen in der Hauptstadt der DDR zur Zeit nicht vorstellbar ist." Vgl. den Artikel „Zu den Ausfällen Diepgens"; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. Mai 1987, S. 1.

nahme an der Eröffnungsveranstaltung in Berlin (West) absagte[3], war zu erkennen, daß die Sowjets die zunehmenden Kontakte innerhalb Berlins im Jubiläumsjahr mit Mißtrauen beobachteten. Sie scheinen dann den Ablauf der Eröffnungsveranstaltung zum Vorwand genommen zu haben, diese Bewegungen innerhalb Berlins zunächst einmal, wenn nicht endgültig, zu stoppen.

Als Aufhänger dafür diente die Rede Diepgens vom 30. April, namentlich sein Bekenntnis zur Einheit Berlins[4], das jetzt von fast allen DDR-Gesprächspartnern mit Schärfe kritisiert wird, nachdem die Rede in der ersten Stellungnahme des ND zu der Eröffnungsveranstaltung nicht einmal erwähnt worden war. Staatssekretär Löffler sagte mir bei einem Empfang, wenn Diepgen öffentlich von den beiden „Stadthälften" spreche bzw. einer Wiederherstellung der Einheit Berlins das Wort rede, dann seien die Voraussetzungen für eine gegenseitige Teilnahme an offiziellen Veranstaltungen nicht mehr gegeben. Andere Gesprächspartner äußerten sich ähnlich. Tatsächlich sind jedoch die Berlin-Positionen der Bundesregierung und des Senats von Berlin der DDR seit langem bekannt. Sie hatten bis vor kurzem den Bemühungen um gegenseitige Teilnahme im Rahmen der 750-Jahr-Feier nicht entgegengestanden. Sie dürften daher auch nicht der wahre Grund für die Ausladung Diepgens gewesen sein. Wahrscheinlich fürchteten die Sowjets, die Kontrolle über die zunehmenden Kontakte in Berlin zu verlieren, zumindest scheinen sie bei der Einschätzung ihrer Wirkungen unsicher geworden zu sein. Das allein erklärt aber noch nicht die rücksichtslose Art ihres Eingreifens. Manche Beobachter nehmen an, daß es in der letzten Zeit erhebliche Mißverständnisse zwischen Ost-Berlin und Moskau gegeben haben muß, die sich vielleicht nicht nur auf die 750-Jahr-Feier beziehen. Jedenfalls kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Ausladung Diepgens zugleich eine scharfe Warnung an die Adresse Honeckers ist, keine eigenmächtige Berlin- und Deutschlandpolitik zu betreiben.

Ein sowjetischer Diplomat kommentierte die Vorgänge ironisch so: Honeckers Politik gegenüber der Bundesrepublik und Berlin-West sei für ihn ohne Risiko. Wenn er Erfolg habe, sei das sein persönlicher Verdienst. Habe er keinen Erfolg, werde den Sowjets die Verantwortung dafür zugeschoben. Deutlicher kann man die kritische Distanz der Sowjets zu Honecker kaum zum Ausdruck bringen.

2) Die jüngsten Vorgänge deuten zunächst einmal darauf hin, daß die sowjetische Berlin-Politik auch unter Gorbatschow unverändert ist. Hoffnungen auf größere Flexibilität der sowjetischen Seite haben sich nicht bewahrheitet. Allerdings muß man annehmen, daß die Bestrebungen Honeckers, die über bisherige Verhaltensweisen hinausgingen, für eine gewisse Zeit die sowjetische Billigung gehabt haben. Dann scheint sich jedoch in Moskau wieder die alte starre Linie der Gromyko-Zeit durchgesetzt zu haben. Die neuerliche Hervorhebung, daß West-Berlin eine „selbständige politische Einheit" sei, geht dabei zu Lasten der DDR, die, wenn auch meist verdeckt, West-Berlin als ein unter fremder Besetzung stehendes, ihr aber zugehöriges Gebiet betrachtet.

3 Zur Absage des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, einer Teilnahme an der 750-Jahr-Feier in Berlin (West) am 30. April 1987 vgl. Dok. 112.

4 Für den Wortlaut der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Internationalen Congress Centrum in Berlin (West) vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 42–45.

Es bleibt abzuwarten, ob auf sowjetischer Seite Ansätze für ein neues Herangehen an die Berlin-Problematik schon endgültig aufgegeben sind. Nach der Art des sowjetischen Vorgehens zu urteilen, ist allerdings in der nächsten Zeit kaum mit neuer Bewegung zu rechnen.

3) Wie wir aus einer allgemein gut informierten Quelle hören, soll Honecker in einer Besprechung über die Ausladung Diepgens geäußert haben: Hätte er, Honecker, an der Eröffnungsveranstaltung in West-Berlin teilgenommen, wäre diese anders verlaufen, und der Bundeskanzler und der Regierende Bürgermeister hätten auch nicht die gleichen Reden gehalten.[5] Das wirkt wie eine Rechtfertigung Honeckers gegenüber Kritikern seiner Politik. Tatsächlich dürfte ihm im eigenen Parteiapparat, wie schon seinerzeit bei der Absage seines Besuchs in der Bundesrepublik[6], aber auch bei anderen Anlässen, mangelhafte Abstimmung mit Moskau zum Vorwurf gemacht werden. Ganz allgemein scheint die Distanz zwischen der SED-Führung und der Führung der KPdSU in letzter Zeit noch größer geworden zu sein.

Angesichts der jüngsten Vorgänge wird man konstatieren müssen, daß die Stellung des bald 75-jährigen Generalsekretärs der SED schwächer wird. Seine Position scheint aber nach wie vor nicht gefährdet. Der Sowjetunion garantiert er Stabilität. In der eigenen Partei ist sein Ansehen groß. Im Ausland verfügt er über ein beträchtliches Vertrauenskapital. In der Bevölkerung der DDR ist er trotz vieler Mißstände populär. Gerade seine Bemühungen um mehr Kontakte und Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) werden mit großer Sympathie und Anteilnahme verfolgt. Dieses Verständnis dürfte auch durch die jüngsten Fehlschläge nicht gelitten haben. Zu denken gibt aber, daß die Störungen im Verhältnis zu Moskau nicht nachlassen.

3) Bei der Ausladung Diepgens müssen sich die Sowjets wie auch die DDR-Führung im klaren darüber gewesen sein, daß das deutsch-deutsche Klima von diesem rücksichtslosen Vorgehen gegenüber dem Regierenden Bürgermeister nicht unberührt bleiben kann. Erste Anzeichen für eine gewisse Abkühlung sind in den Medien der DDR schon zu spüren. Vielleicht sehen die Sowjets eine Dämpfung der neuen Bewegung im deutsch-deutschen Verhältnis, die sich auf der Leipziger Messe[7] und dann bei dem Schäuble-Besuch[8] angekündigt hatte, nicht ungern. Dabei könnte eine Rolle spielen, daß die Initiativen der DDR mit der sowjetischen Seite nicht ausreichend abgestimmt waren. Es kann auch sein, daß die Sowjets auch diesmal wieder den Eröffnungszug gegenüber Bonn für sich beanspruchen und keine besonderen deutsch-deutschen Aktivitäten vor dem Besuch des Bundespräsidenten in Moskau[9] wünschen. Auf der anderen

5 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Festakt zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Internationalen Congress Centrum in Berlin (West) vgl. BULLETIN 1987, S. 357–359.

6 Zur Absage des für 1983 geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 123.
Zur Absage des für 1984 geplanten Besuchs vgl. AAPD 1984, II, Dok. 232.

7 Die Leipziger Messe fand vom 15. bis 21. März 1987 statt.

8 Zum Besuch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, am 26./27. März 1987 in der DDR vgl. Dok. 86.

9 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

Seite ist anzunehmen, daß der DDR an einer anhaltenden Trübung des deutsch-deutschen Verhältnisses nicht gelegen ist. Die jüngsten Äußerungen Honeckers bei einer Schriftstellerbegegnung in Ost-Berlin[10] wie auch die freundlich akzentuierte Eröffnung der „Duisburger Akzente" unter Anwesenheit des DDR-Kulturministers[11] ließen das deutlich erkennen. Die anhaltende Abrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland, deren Beurteilung der DDR schwerzufallen scheint, wird die DDR-Führung jedoch zur Vorsicht und Zurückhaltung mahnen. Hiesige sowjetische Gesprächspartner machen keinen Hehl daraus, daß die scharfe Reaktion Moskaus auf die West-Berliner Eröffnungsveranstaltung am 30. April[12] auch mit der unentschiedenen Haltung Bonns zu den Abrüstungsverhandlungen zu tun hat. Ein direkter Zusammenhang ist bisher aber nicht hergestellt worden. Absichten, auf die Bundesregierung Druck auszuüben, sind bisher nicht zu erkennen.

5) Fazit

Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß die jüngsten Vorgänge bei der 750-Jahr-Feier in Berlin zu einer ernsthaften Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen führen werden. Die Abrüstungsdiskussionen in der Bundesrepublik Deutschland scheinen jedoch in der DDR-Führung Unsicherheit ausgelöst zu haben, die vorübergehend zu größerer Zurückhaltung gegenüber der Bundesregierung führen kann. Der normale Fortgang der praktischen Zusammenarbeit einschließlich der laufenden Verhandlungen dürfte davon aber nicht berührt werden. Unklar ist die weitere Entwicklung der Situation in Berlin. Ein offizielles Auftreten des Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin scheint vorerst und vielleicht auf längere Zeit ausgeschlossen. Ob inoffizielle Aktivitäten des Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin, z. B. der Besuch von Ausstellungen und Konzerten,

10 Am 6./7. Mai 1987 fand in Ost-Berlin auf Einladung des Schriftstellerverbandes der DDR unter dem Motto „Berlin – ein Ort für den Frieden" ein Gespräch von mehr als 60 Autoren statt. Am 7. Mai 1987 wurden die Teilnehmer vom Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, empfangen. Vgl. dazu die Artikel „Engagierter Meinungsaustausch über gemeinsame Verantwortung für Frieden"; NEUES DEUTSCHLAND vom 6. Mai 1987, S. 2; „Schöpferische Debatte von Autoren aus aller Welt zur Hauptfrage der Gegenwart"; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. Mai 1987, S. 1. Vgl. ferner den Artikel „Freundschaftliches Treffen mit Schriftstellern im Staatsrat"; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Mai 1987, S. 1.

11 Der Minister für Kultur der DDR, Hoffmann, informierte auf einer Pressekonferenz am 7. Mai 1987 in Duisburg über die Präsentation seines Landes auf den am folgenden Tag eröffneten Kulturwochen „Duisburger Akzente", die sich dem Thema „Kultur und Kunst aus der Deutschen Demokratischen Republik. Erbe und Gegenwart" widmeten. Dazu hieß es: „An mehr als 100 Veranstaltungen bis Ende Mai – Theateraufführungen, Konzerte, Ausstellungen, Schriftstellerlesungen, Filmvorführungen, Kolloquien und Vorträge – sind etwa 800 Künstler aus der DDR beteiligt. Damit solle, so unterstrich der Minister, Charakteristisches, Wesentliches über Reichtum, Vielgestaltigkeit und Qualität der sozialistischen deutschen Nationalkultur ausgesagt werden." Vgl. den Artikel „Pressekonferenz in Duisburg mit DDR-Kulturminister"; NEUES DEUTSCHLAND vom 9./10. Mai 1987, S. 4.

12 Am 4. Mai 1987 veröffentlichte die Tageszeitung „Neues Deutschland" einen Artikel der sowjetischen Tageszeitung „Prawda", worin die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, bei der Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Internationalen Congress Centrum in Berlin (West) verurteilt wurden. Vgl. dazu den Artikel „Entgegen den Erfordernissen der Zeit"; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. Mai 1987, S. 2.
Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, erklärte am 5. Mai 1987, daß Berlin (West) „eine selbständige politische Einheit" sei, sich in der Bundesrepublik aber offensichtlich manche nicht mit dieser Regelung im Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 abfinden könnten: „Leider müssen wir feststellen, daß in den Reden Kohls und Diepgens die Phrasen über ein einheitliches Berlin wiederholt wurden, darüber, daß das Land Berlin zur BRD gehört. Man erlaubte sich auch grobe Ausfälle gegen die Deutsche Demokratische Republik." Vgl. den Artikel „UdSSR-Sprecher zum Auftreten Kohls in Berlin (West)"; NEUES DEUTSCHLAND vom 6. Mai 1987, S. 1.

weiterhin möglich sind, bleibt abzuwarten. Mindestens dürfte dies für den Augenblick schwieriger geworden sein.[13] Die Erörterung von Verbesserungen im Reise- und Besuchsverkehr ist offenbar abgebrochen und der Gebietsaustausch vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt worden. Im Zusammenhang betrachtet, deuten diese Eingriffe auf einen zeitweiligen Stillstand in den politischen Kontakten zwischen Ost- und West-Berlin hin. Ich neige aber zu der Auffassung, daß dieser Zustand nicht von Dauer ist.

[gez.] Bräutigam

Referat 210, Bd. 139169

132

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek

13. Mai 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Herrn Bohuslav Chňoupek, Mittwoch, 13. Mai 1987, 9.40–10.20 Uhr[2]

Der Herr *Bundeskanzler* (BK) begrüßt AM Chňoupek (Ch.). Er erkundigt sich nach dessen Eindrücken von der gestrigen Rheinfahrt, die er – BK – als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz früher auch häufig mit ausländischen Gästen unternommen habe.

Chňoupek zeigt sich sehr beeindruckt (folgt Exkurs über Reinhaltung des Rheins).

BK drückt sodann die Hoffnung aus, daß im Zuge der allgemeinen internationalen Entwicklung sich auch die Beziehungen zwischen ČSSR und Bundesrepublik Deutschland weiter verbessern. Er hoffe, daß die Gesamtentwicklung über die aktuellen Abrüstungsfragen hinaus zu einer breiten Intensivierung der West-Ost-Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen führen werde. Das Genfer

13 Am 21. Oktober 1987 besuchte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, einen evangelischen Gedenkgottesdienst in der Marienkirche in Ost-Berlin. Er führte ein Gespräch mit dem ebenfalls teilnehmenden Bürgermeister von Ost-Berlin, Krack.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 13. Mai 1987 gefertigt. Am 19. Mai 1987 übersandte Kaestner den „von dem Herrn Bundeskanzler genehmigten Vermerk“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers und des Herrn Staatssekretärs“.
Hat Legationssekretär Köhler am 19. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung u. a. an das Referat 214 „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Buchholz am 19. Mai 1987 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 214 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 19. Mai 1987 vorgelegen.

2 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich vom 11. bis 13. Mai 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 129.

Kommuniqué Reagan/Gorbatschow[3] sei insoweit vorbildlich, weil es den Blick nicht auf die Abrüstungsthemen verenge, sondern der Verbesserung der Beziehungen auf breiter Front den Weg bereitet habe. Genau dazu sei auch die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der ČSSR bereit, auf wirtschaftlichem, humanitärem, sportlichem und kulturellem Gebiet.

Den gegenwärtigen günstigen Stand der Genfer Abrüstungsverhandlungen gelte es zu nutzen, noch in diesem Jahr zu einem Abkommen zu gelangen, das auf einem Gipfel Reagan/Gorbatschow, etwa im September, bekräftigt werden könne. Er habe gestern telefonisch Präsident Reagan versichert, die Bundesregierung werde alles in ihren Kräften Stehende tun, um diese Entwicklung zu unterstützen.

Er, BK, habe allen sowjetischen Gesprächspartnern verdeutlicht, daß es darum gehe, noch mit diesem Präsidenten einen Vertrag zu schließen und die Ratifikation durchzuführen. Sonst entstehe eine dreijährige Pause – eine neue Administration brauche mindestens zwölf Monate zur Einarbeitung. Auch sei heute nicht ersichtlich, welcher der augenblicklichen Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf[4] erfolgreich sein werde. Selbst wenn man einen Vertrag noch 1987 abschließe und dann die fünfjährige Abbaufrist in Rechnung stelle, sei man schon in der Amtszeit des übernächsten Präsidenten angelangt.

In der Sache sei unsere Position hinsichtlich der Mittelstreckenraketen mit Reichweiten über 1000 km völlig klar. Unser Problem liege nicht nur bei den Reichweiten zwischen 500 und 1000 km, sondern auch bei den Reichweiten darunter. Gerade letzteres Gebiet interessiere die Deutschen mehr als andere – aber in Prag müsse man ja aus naheliegenden Gründen die Dinge ähnlich sehen.

Was die chemischen Waffen angehe, so sei der gegenwärtige Stand für uns nicht akzeptabel.

Im konventionellen Bereich hätten wir spezielle Fragen an die SU, u. a. nach den sowjetischen Divisionen, die – wo auch immer – außerhalb der sowjetischen Grenzen stationiert seien.

Seine – BK – Position sei klar: Er wolle hilfreich sein, aber nicht miterleben, daß nach der Salami-Taktik für uns existentielle Fragen nicht oder unbefriedigend angesprochen würden. Man solle jetzt den wichtigsten Teil des INF-Vertrages abschließen, statt die Angelegenheit mit zu vielen weiteren Dingen zu überladen und dann angesichts der Terminlage ein Risiko einzugehen.

Was die bilateralen Beziehungen angehe, so sei die Bundesregierung bereit, sie auf breiter Front zu aktivieren. Als Beispiel wolle er sein Schreiben an Staatspräsident Husák zum Jugendaustausch[5] nennen. Gerade dieser sei mit Ländern

3 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

4 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt.

5 Mit Schreiben vom 11. Juli 1986 wies Bundeskanzler Kohl Präsident Husák darauf hin, daß im Vorjahr „rd. 475 000 Bürger der Bundesrepublik Deutschland in die ČSSR und rd. 154 000 tschechoslowakische Staatsangehörige in die Bundesrepublik“ gereist seien. Diese Entwicklung gelte es, auch im Sinne der KSZE-Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975, voranzutreiben: „Mein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Jugendaustausch. Die nachrückende Generation soll das von unserer Generation begonnene Werk der Verständigung fortsetzen. Dazu gehört, daß sie in einem Alter, das ihre Persönlichkeit auf Dauer prägt, den Nachbarn aus eigener Anschauung kennenlernt.“ Eine entsprechende

wichtig, die durch die Geschichte mit uns in einem besonders belasteten Verhältnis stünden: Polen, aber auch die ČSSR.

BK bittet, Staatspräsident Husák seine Grüße zu übermitteln.

Chňoupek dankt für die Gelegenheit zum Gespräch und berichtet über bisherigen Verlauf seines Besuchs, der sein siebter offizieller Besuch der Bundesrepublik Deutschland sei. Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen[6] habe man beachtliche Arbeit geleistet.

Ch. übermittelt sodann herzliche Grüße von Staatspräsident Husák, der seine Einladung an den Bundeskanzler zu einem offiziellen Besuch der ČSSR bestätige.[7] Dieser Besuch werde ein Meilenstein sein und den guten Stand der Beziehungen zwischen den benachbarten Ländern verdeutlichen. Auch die ČSSR erstrebe die Verbesserung der Beziehungen, gestützt auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Er – Ch. – wolle BK aufrichtig sagen, daß er vorgehabt habe, einen Terminvorschlag mitzubringen, Staatspräsident Husák sei aber im Augenblick durch die bevorstehende Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes[8] voll in Anspruch genommen, danach werde er den spanischen König zu einem offiziellen Besuch empfangen[9] und seinerseits Jugoslawien und Griechenland Staatsbesuche abstatten.[10] Bei dieser Lage erscheine es ihm – Ch. – am günstigsten, den Besuch des Bundeskanzlers im letzten Quartal dieses Jahres zu verwirklichen. Diesen Termin könne er jedoch zur Zeit nur inoffiziell nennen.[11]

Mit BM Genscher – so Ch. weiter – habe man detailliert über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen gesprochen. Vor allem im Bereich der Wirtschaft

Fortsetzung Fußnote von Seite 666

Vereinbarung solle am besten im Rahmen des bilateralen Kulturabkommens erarbeitet werden. Vgl. Referat 214, Bd. 139689.
Im Gespräch mit dem Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenminister, Kadnár, am 12. Mai 1987 wies Ministerialdirigent von Ploetz auf die noch ausstehende Antwort auf das Schreiben Kohls hin. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Buchholz vom 15. Mai 1987; Referat 214, Bd. 139639.

6 Die Bundesrepublik und die ČSSR nahmen am 11. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 412.

7 Referat 214 vermerkte am 16. Juli 1985: „Staatspräsident Husák hat während des Besuchs 1978 den Bundeskanzler zu einem Besuch der ČSSR eingeladen. Im Juli 1984 hat BM AM Chňoupek Botschaft zukommen lassen, in der Bereitschaft des BK signalisiert wird, im Laufe des Jahres 1985 die ČSSR zu besuchen." Vgl. Referat 214, Bd. 139630.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, bat Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach mit Schreiben vom 2. April 1987, nachdem eine Konkretisierung des Termins für den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der ČSSR noch immer ausstehe, solle das Auswärtige Amt Außenminister Chňoupek wissen lassen, „daß wir entsprechende Terminvorschläge von tschechoslowakischer Seite anläßlich seines Besuchs begrüßen würden". Vgl. Referat 214, Bd. 139630.

8 Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

9 König Juan Carlos hielt sich vom 8. bis 10. Juli 1987 in der ČSSR auf.

10 Präsident Husák besuchte Jugoslawien vom 21. bis 23. September 1987.

11 Der tschechoslowakische Botschafter Spáčil nannte Ministerialdirigent von Ploetz am 4. September 1987 den 23./24. November bzw. 14./15. Dezember 1987 als Terminvorschlag für einen Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der ČSSR. Ploetz verwies auf den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987, durch den sich die Prüfung des Vorschlags verzögern könne. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139630.
Bundeskanzler Kohl besuchte die ČSSR am 26./27. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

biete der tschechoslowakische Reformkurs neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit (Durchbrechung des Außenhandelsmonopols zugunsten großer Betriebe, Dezentralisierung der Verantwortung). Dies alles schaffe optimale Voraussetzungen für breitere Zusammenarbeit. Hinzu komme, daß die ČSSR, wenn auch mit Mühe, ihre Pläne erfülle und im Gegensatz zu gewissen Ländern nicht verschuldet, sondern ein solider Partner sei. In diesem Jahr würden Tage der deutschen Kultur in vier tschechoslowakischen Großstädten den Höhepunkt bilden, beide AM hätten die Schirmherrschaft über diese Veranstaltungen übernommen.[12]

Die ČSSR begrüße die im Brief des BK an Staatspräsident Husák enthaltenen Vorschläge über die Verstärkung des Jugendaustausches. Bereits heute sei mehr als die Hälfte der 500 000 Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland im jugendlichen Alter.

Auf humanitärem Gebiet löse die ČSSR jährlich etwa 400 bis 500 Fälle der Familienzusammenführung aufgrund des Briefwechsels zum Prager Vertrag[13] („großzügige Lösung“). So werde man auch in Zukunft verfahren.

Insgesamt sei die Bilanz seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1973 deutlich positiv.

Ch. wertet das Timing seines Besuchs als sehr gut gewählt, man befinde sich in einer Situation, die man als historisch[14] bezeichnen könne. Betrachte man die Nachkriegsentwicklung, den Kalten Krieg, die Dialogversuche Chruschtschow/Kennedy, die Ereignisse der 70er Jahre, so zeichne sich die gegenwärtige Etappe dadurch aus, daß man von Konfrontation, Visionen und Romantik zu konkreten Schritten übergehe. Wir stünden an einem Meilenstein der Ost-West-Beziehungen, insbesondere was die Vertrauensbildung angehe.

In der Frage eines Abkommens über Mittelstreckenraketen bestehe objektiv ein Druck des Kalenders. Man müsse die USA nehmen, wie sie sind. Gebe es jetzt kein Abkommen, so verliere man drei bis vier Jahre. Deshalb habe man auch von tschechoslowakischer Seite – wie BK – erklärt, man wolle sich nicht in interne amerikanische Angelegenheiten einmischen und mit Präsident Reagan abschließen. In diesem Sinn habe der WP beschlossen, den Dialog zu führen: in Genf – Reykjavik – Moskau (Shultz-Besuch[15]). Diese Haltung der östlichen Seite zeige Früchte: Aufschnürung des Pakets von Reykjavik[16] – SRINF-Angebot GS Gorbatschows in Prag[17] und seine diesbezüglichen Ergänzungen gegenüber AM Shultz.

Mit alledem sei eine gute Grundlage für ein Abkommen geschaffen. Paradox sei allerdings, daß heute Washington und Moskau abschlußwillig seien, die Europäer

12 Zur Kulturwoche der Bundesrepublik in der ČSSR vom 12. bis 18. Oktober 1987 vgl. Dok. 129, Anm. 15.

13 Für den Wortlaut des Briefwechsels zwischen Bundesminister Scheel und dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek vom 11. Dezember 1973, der dem Vertrag vom selben Tag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR beigefügt war, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 995 f. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

14 Korrigiert aus: „man historisch“.

15 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

16 Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987; Dok. 60.

17 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 vgl. Dok. 109.

aber zögerten und verschiedene Meinungen verträten. Man begrüße es, daß aus Bonn realistische Stimmen zu vernehmen seien, weil es eben um eine historische Chance gehe. Der erste Schritt sei bekanntlich immer der schwerste. Gelinge er, könne er das Klima auf der Welt im Sinne einer Kettenreaktion verbessern. Dann könnten auch Abkommen abgeschlossen werden, die technisch bereits fertig verhandelt seien, wo jedoch der politische Wille fehle: etwa über chemische Waffen.

Insgesamt sei der Vorschlag GS Gorbatschows für die Mittelstreckenraketen ein Prüfstein für politische Weitsicht und Realismus, insbesondere in Westeuropa.

Von AM Schewardnadse habe er erfahren, daß dieser mit AM Shultz bereits die Möglichkeit eines weiteren AM-Treffens ins Auge gefaßt habe, um einen Gipfel im Herbst vorzubereiten. Dort könne man die Sache zum Abschluß bringen.

Gegenüber AM Genscher habe er die von GS Gorbatschow in Prag vorgetragene Haltung zu SRINF erläutert: parallele Verhandlungen ohne Rücksicht auf die Mittelstreckenraketen längerer Reichweite. Wenn eine Einigung gelinge, dann solle alles in diesem Bereich liquidiert werden, auch die in der ČSSR und in der DDR als Antwort auf die Pershing II stationierten Raketen.[18]

Dann blieben nur noch Kurzstreckenraketen. Hier befänden sich in der Tat – wie BK ausgeführt habe – die ČSSR und die Bundesrepublik Deutschland in der gleichen Lage. Diesen Bereich erfasse der WP-Vorschlag von Budapest[19] („weder Bibel, noch Koran, noch Talmud") – man könne und müsse über ihn verhandeln. Die Antwort des Westens, die in Halifax[20] und Brüssel[21] erteilt worden sei, reiche nicht aus. Auf die vorgeschlagenen Treffen der Oberkommandierenden von NATO und WP[22] sowie der Generalsekretäre[23] sei der Westen überhaupt nicht eingegangen.

Die KRK-Gespräche in Wien seien bisher nicht schlecht gelaufen, jedoch müßten Verhandlungen über diesen Bereich Bestandteil des gesamteuropäischen Prozesses sein.[24] Die N+N seien höchst interessiert. Man sei sich durchaus bewußt, daß es hier Probleme mit F gebe.

Er – Ch. – versichere dem Bundeskanzler, daß es Spielraum für Verhandlungen gebe. Insbesondere wolle er auf die auf dem 27. Parteitag der KPdSU[25] auf Vorschlag von GS Gorbatschow gebilligte Formel hinweisen, daß eine „Militärdoktrin des vernünftigen Maßes" formuliert werden müsse.

Jetzt sei es an der Zeit, Prestigefragen, alle Arten von Junktim, alle Kalküls oder Spekulationen, was die „Bolschewiken" mit ihren Vorschlägen zu gewinnen trachten, beiseite zu schieben. Man müsse auf Propaganda verzichten und nach vorn blicken. Dabei gelte insbesondere, was BK gesagt habe: Die Ost-West-

18 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

19 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest vgl. Dok. 44, Anm. 10.

20 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

21 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

22 Bernard W. Rogers und Viktor Kulikow.

23 Lord Carrington und Herbert Krolikowski.

24 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

25 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

Beziehungen dürften nicht auf Abrüstung verengt werden. Es komme auf breiten Dialog an (folgt Exkurs KSZE).

Abschließend erinnert Ch. an die tschechoslowakischen und DDR-Vorschläge hinsichtlich einer chemie- und kernwaffenfreien Zone.[26] Er wertet positiv, daß inzwischen in Genf Dreier-Gespräche stattfinden.[27] GS Gorbatschow habe in Prag diese Vorschläge unterstützt und u. a. mitgeteilt, die SU habe mit dem Bau einer Anlage zur CW-Vernichtung begonnen.

BK dankt für Grüße und Einladung Staatspräsident[28] Husáks. Über den Termin für seinen Besuch könne man direkte Verbindung aufnehmen. Hier gebe es keine Prestigefrage.

Er mache aber keinen Hehl daraus, daß er gern nach Prag kommen werde, er habe sich viel mit der Geschichte des Landes beschäftigt und von seiner Frau[29] und seinen Söhnen[30], die die ČSSR privat bereist hätten, viel von den Schönheiten des Landes und der Stadt Prag erzählt bekommen. Deshalb wolle er gern bei einem Besuch einen „privaten Tag" einplanen. Gehe man nur von Sitzungszimmer zu Sitzungszimmer, bekomme man kein Gespür für Land und Leute.

Der Wertung Ch.s über den positiven Stand der bilateralen Beziehungen könne er nur zustimmen.

Ch. sei bei Kriegsende 20, er 15 Jahre gewesen – beide hätten die Leiden des Krieges in der eigenen Familie erlebt und die Nachkriegsentwicklung bewußt verfolgt: Er – BK – habe das Gespür, daß es jetzt eine Chance gebe, wenn man auch nicht genau wisse, wohin sie führen werde.

Was GS Gorbatschow in seinem Land unternehme – und der erste Stellvertretende MP Murachowskij[31] habe ihm von großen Visionen für die sowjetische Agrarpolitik berichtet –, betrachte er – BK – mit skeptischem Optimismus:

– Skeptisch, weil er als Realist heute nicht sagen könne, ob das von GS Gorbatschow Geplante gelinge,
– Optimismus, weil er hoffe, daß GS Gorbatschow weiterkomme.

26 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 10.
Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5.

27 Eine erste Runde von Gesprächen über chemische Waffen mit den Delegationen der DDR und der ČSSR bei der Genfer Abrüstungskonferenz fand am 11. Februar 1986 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 154 des Botschafters Wegener, Genf (CD), vom selben Tag; Referat 222, Bd. 130156.
Weitere trilaterale Gesprächsrunden folgten am 20. Juni und 5. September 1986. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1029 von Wegener vom 20. Juni 1986; Referat 222, Bd. 130104, sowie den Drahtbericht Nr. 1487 des Botschafters von Stülpnagel, Genf (CD), vom 5. September 1986; Referat 222, Bd. 130156.
Am 27. März 1987 berichtete Stülpnagel: „Einziger TOP der am 26.3.1987 vereinbarungsgemäß auf Expertenebene fortgesetzten trilateralen CW-Konsultationen mit der DDR und turnusgemäß einladender ČSSR waren technische Aspekte der Nichtherstellungsproblematik." Vgl. den Drahtbericht Nr. 742; Referat 222, Bd. 130156.

28 Korrigiert aus: „Staatssekretär".

29 Hannelore Kohl.

30 Peter und Walter Kohl.

31 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij am 4. Mai 1987 vgl. Dok. 125, Anm. 5.

Die SU sei unser wichtigster Nachbar, für uns von schicksalhafter Bedeutung, entscheidend für das Klima in den Beziehungen zwischen Ost und West.

Sein Traum sei, daß das, was mit Frankreich gelungen sei, auch mit dem Osten gelingen werde. Er sei mit Staatspräsident Mitterrand in Verdun zusammengetroffen[32] – Ch. werde sich an die Bilder[33] erinnern –, dies sei seine Vision, wie er auch die Beziehungen in Richtung Osten weiterentwickeln wolle.

Insgesamt gelte: Mit dem Aufrechnen der Vergangenheit sei es nicht getan. Man dürfe die Geschichte nicht vergessen – nur wer sie präsent habe, könne aus ihr lernen. Aber man müsse einen Schlußstrich in dem Sinn ziehen, daß man es in Zukunft besser mache. Wichtige Weichen würden jetzt gestellt. In der Geschichte gebe es Zeiträume, in denen Entscheidungen vorbereitet würden, dann kurze Perioden, in denen die Entscheidungen fielen, dann lange Phasen, wo die Völker die Entscheidungen erlebten oder erlitten. Jetzt sei die Zeit, in der Entscheidungen fielen – und es sollten Entscheidungen zum Guten sein!

BK verabschiedet Ch. mit erneuten Grüßen an Staatspräsident Husák.

Referat 214, Bd. 139639

133

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

13. Mai 1987[1]

Betr.: Vorsprache des sowjetischen Botschafters Kwizinskij am 13.5.1987

Botschafter Kwizinskij suchte mich am 13.5.1987 auf seinen Wunsch im Auswärtigen Amt auf, um zwei Demarchen zur Europäischen Verteidigungsinitiative und der Gefahr der Herstellung von Atomwaffen durch Pakistan vorzutragen. Bei dieser Gelegenheit überbrachte er eine Antwort aus Moskau zur Errichtung der Generalkonsulate in Kiew und München.

1) Europäische Verteidigungsinitiative[2]

Botschafter Kwizinskij trug auf der Grundlage vorbereiteter Notizen in russischer Sprache auf Deutsch folgendes vor:

32 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 auf dem Schlachtfeld vor Verdun der Toten der beiden Weltkriege. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 242.

33 An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Oh Gott!“

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 15. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir müssen Notwendigkeit der Antwort prüfen!“
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 20. Mai 1987 erneut vorgelegen, der für Heyken handschriftlich vermerkte: „Die Sowjets haben in Paris weder wegen E[uropäischer]V[erteidigungs]I[nitiative] noch wegen Pakistan interveniert.“
Hat Heyken am 21. Mai 1987 erneut vorgelegen.

2 Zur Entwicklung eines ATBM-Systems im Zuge einer erweiterten Luftverteidigung der NATO vgl. Dok. 72.

Ausgehend von einigen Äußerungen offizieller Persönlichkeiten einer Reihe von Mitgliedstaaten der NATO und einigen Pressemitteilungen wird in verschiedenen Organen der NATO und führenden Mitgliedstaaten der NATO an Anti-Raketen-Plänen zur Verteidigung Westeuropas gearbeitet, die in engem Zusammenhang mit dem SDI-Programm stehen. Es ist klar, daß diese Pläne, sollten sie verwirklicht werden, eine neue Richtung beim Rüstungswettlauf auf dem europäischen Kontinent eröffnen könnten. Sie würden die Bemühungen zur Festigung der Sicherheit und Stabilität in Europa durch Herstellung eines niedrigeren Niveaus der militärischen Konfrontation unterminieren. Sie würden darüber hinaus zusätzliche Komplikationen in den Beziehungen zwischen den beiden militärisch-politischen Bündnissen und in den Verhandlungen unter den europäischen Staaten insgesamt schaffen. Die im Kontext des amerikanischen SDI-Programms durchzuführenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Schaffung von ABM-Verteidigung für Westeuropa sind ein Versuch, den sowjetisch-amerikanischen ABM-Vertrag von 1972 zu umgehen.

Diese Handlungen sind kaum in Einklang zu bringen mit den fast einmütigen Äußerungen der westeuropäischen NATO-Mitglieder, die für die Erhaltung des ABM-Vertrages plädieren und gegen dessen weite Auslegung[3] eintreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Realisierung des Plans der Schaffung der westeuropäischen Anti-Raketen-Verteidigung, gekoppelt mit dem amerikanischen SDI-Programm, die westlichen Bemühungen um Verringerung der militärischen Gefahr in Europa, zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens und zur Förderung der gegenseitigen Transparenz in den Beziehungen zwischen beiden Teilen des europäischen Kontinents in hohem Maße unterminieren würde. Es ist klar, daß die Schaffung eines Teils des amerikanischen ABM-Systems in Westeuropa vitale Interessen der Sicherheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten berühren und sie veranlassen würde, nach einer Antwort auf diese Versuche, militärisch-strategische Überlegenheit der NATO herbeizuführen, zu suchen. Es gibt noch eine weitere Seite des Problems: Zur Begründung dieser Pläne beruft man sich auf die Notwendigkeit, militärische Objekte auf dem Territorium der westeuropäischen Länder der NATO, darunter die dort stationierten Pershing II und Cruise Missiles der USA, vor sowjetischen Mittelstreckenraketen und operativ-taktischen Raketen zu schützen. Aber im Ergebnis der Initiativen, wie sie in der Erklärung von Generalsekretär Gorbatschow vom 28.2.1987[4] und in seiner Rede auf der Kundgebung in Prag am 10.4.1987[5] sowie in Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 14.4.87[6] dargelegt sind, eröffnet sich die Perspektive der Herbeiführung eines Abkommens über völlige Liquidierung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa sowie der operativ-taktischen Raketen und der taktischen Raketen des Gefechtsfeldes. Diese Perspektiven werden in ganz Europa und außerhalb begrüßt. Man kann sagen, daß dadurch eine neue positive Atmosphäre, eine neue Dynamik im Herangehen an die Fragen der Abrüstung entstanden ist. Dazu gehört die im

3 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.
4 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Februar 1987 vgl. Dok. 60.
5 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vgl. Dok. 109.
6 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

Ergebnis der Verhandlungen mit AM Shultz in Moskau erreichte prinzipielle Übereinkunft, gemeinsam die Arbeiten zu beschleunigen und ein INF-Abkommen zu realisieren. Die Bereitschaft der Sowjetunion, in dem INF-Abkommen die Verpflichtung mit aufzunehmen, binnen einer relativ kurzen und genau definierten Frist die operativ-taktischen Raketen in Europa zu liquidieren[7], sowie der sowjetische Vorschlag, auch die taktischen Gefechtsraketen zu verschrotten, machen, wie es uns scheint, Pläne zur Schaffung neuer Waffen gegenstandslos, von denen man behauptet, daß sie die entsprechenden sowjetischen Raketen abfangen sollen. Wenn die Arbeiten am westeuropäischen ABM-System nichtsdestoweniger fortgeführt werden sollten, so wird dies zwangsläufig den Verdacht hervorrufen, daß die weiteren Absichten derjenigen, die diese Arbeiten entfalten, andere und ihre Beteuerungen unaufrichtig seien, nämlich an einer Vereinbarung über Mittelstreckenraketen und Raketen kürzerer Reichweite interessiert zu sein.[8] Aus all dem folgt unserer Meinung nach die Schlußfolgerung, daß die Pläne der Schaffung des westeuropäischen ABM-Systems und die Handlungen zur Realisierung dieser Pläne ernsthafte negative Konsequenzen nach sich ziehen können. Es ist jetzt besonders wichtig, ein abgewogenes, umsichtiges Herangehen an den Tag zu legen und keine einseitigen Hindernisse auf dem Wege zur Befreiung Europas von der nuklearen und Raketenbedrohung zu errichten. Ist denn nicht klar, daß die Linie, die das Ziel der Schaffung der Anti-Raketen-Verteidigung für Westeuropa verfolgt, konträr ist zu den durch beide Seiten publik gemachten Zielen der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen?

Geleitet von dem neuen politischen Denken, welches auf realistische, gegenseitig annehmbare Lösungen komplizierter Probleme ausgerichtet ist, mißt die Sowjetunion dem Abbau der militärischen und politischen Konfrontation in Europa und der Entwicklung gutnachbarlicher Zusammenarbeit zwischen allen Staaten des europäischen Kontinents eine historische Bedeutung bei. Wie wir meinen, ist es unser Recht, von Westeuropa auf diesem Gebiet Entgegenkommen zu erwarten und nicht Schritte, die in die entgegengesetzte Richtung führen.

Die Aktivität, mit der die Bundesregierung die praktische Beteiligung der führenden militärischen internationalen Konzerne nicht nur am amerikanischen SDI-Programm[9], sondern auch bei der Durchführung von eigenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu Zwecken der Schaffung der Anti-Raketen-Verteidigung für Westeuropa fördert, ruft bei der sowjetischen Seite das Gefühl der Besorgnis hervor, insbesondere in bezug auf das militärische, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Potential Ihres Landes, dessen Rolle bei der Gestaltung der politischen Situation sowohl in der NATO als auch auf dem europäischen Kontinent bekannt ist. Die Bundesrepublik Deutschland würde sich an neuen Schritten zur Anhäufung von ernsten Rüstungen beteiligen und übernähme damit die Verantwortung für eine Entwicklung, die dann stattfinden würde trotz ihrer eigenen Erklärungen über Bestrebungen zur Entwicklung eines fruchtbaren politischen Dialogs und der breit angelegten Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

7 Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.
8 So in der Vorlage.
9 Zur Beteiligung nicht-amerikanischer Unternehmen am SDI-Programm vgl. Dok. 150.

Auf meine Frage, ob die sowjetische Regierung diese Demarche auch in anderen NATO-Ländern durchführe, erwiderte Botschafter Kwizinskij, daß dies so vorgesehen sei, daß aber die in den anderen Hauptstädten der NATO-Mitglieder vorgetragenen Demarchen im Text variierten gemäß der Rolle, die die einzelnen Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Europäischen Verteidigungsinitiative spielten.[10]

Zu der Mitteilung von Botschafter Kwizinskij äußerte ich mich wie folgt:

Die Bundesregierung behalte sich eine Stellungnahme vor und werde auf die Angelegenheit zurückkommen. Schon jetzt würde ich jedoch auf die bekannte Haltung der Bundesregierung hinweisen, daß der ABM-Vertrag, bei dem sie nicht Vertragspartei sei, strikt eingehalten werden müsse. Es sei selbstverständlich, daß das, was die NATO zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit glaube unternehmen zu müssen, im Einklang mit dem ABM-Vertrag und den anderen einschlägigen internationalen Abkommen stehe. Forschungsarbeiten seien unter dem ABM-Vertrag bekanntlich zulässig – die Sowjetunion betreibe sie auch. Die Bundesregierung trete, wie Botschafter Kwizinskij wisse, für die Herstellung militärischer Stabilität auf niedrigerem Niveau und insbesondere für einen Erfolg der Genfer INF-Verhandlungen ein. Solange die Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen jedoch bestehe, müsse die NATO das zur Verteidigung ihrer Mitglieder Erforderliche unternehmen. Mir sei bekannt, daß auch die Sowjetunion wirksame Maßnahmen zur Abwehr von Raketen und Cruise Missiles getroffen habe. Die NATO werde den ABM-Vertrag selbstverständlich strikt einhalten.[11] Zur Klärung der Begriffe wollte ich im übrigen anmerken, da Botschafter Kwizinskij auch von der Verhandlung über taktische Nuklearwaffen gesprochen habe, daß Gegenstand der INF-Verhandlungen die Mittel-

10 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 19. Mai 1987 mit, von griechischer und spanischer Seite sei über sowjetische Demarchen „gegen von NATO geplantes ‚Anti-Tactical Ballistic Missile Defence System'" berichtet worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 676; Referat 201, Bd. 143480.
Hansen ergänzte am 26. Mai 1987, die USA hätten am Vortag in der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO ein Papier vorgelegt, das die sowjetische Demarche gegen die ATBM-Planungen der NATO behandle: „Aussprache ergab, daß ähnliche Demarchen in Kopenhagen, Ottawa, Madrid, Brüssel und Washington vorgenommen worden sind. Art und Weise sowie Ebene (unterhalb Botschafter) sprechen dafür, daß SU Angelegenheit nicht sehr hoch hängen wolle. Allerdings sei erkennbar, daß SU Arbeiten im Bündnis zu AT[B]M genau verfolge." Vgl. den Drahtbericht Nr. 725; Referat 201, Bd. 143480.

11 Unter Verweis auf die sowjetische Demarche vom 13. Mai 1987 legte Vortragender Legationsrat von Arnim am 22. Mai 1987 dar, die USA hätten „im Anschluß an das deutsch-amerikanische SDI-MoU Aufträge an deutsche Unternehmen vergeben, eine ‚europäische SDI-Architektur' zu entwickeln. Es handelt sich dabei um Studien, die die gegenwärtige und nach der Technologieentwicklung in den nächsten Jahrzehnten zu erwartende Bedrohung Westeuropas durch sowjetische ballistische Flugkörper mit Reichweiten unter 5000 km, insbesondere durch die SS-20, -21, -22 und -23, und die Möglichkeiten ihrer aktiven Bekämpfung mit Abwehrraketen und den dazu gehörigen Führungssystemen untersuchen sollen." Zudem würden sich die USA bemühen, westeuropäische Regierungen zur Mitarbeit an einem Verteidigungssystem gegen ballistische Raketen taktischer Reichweite zu gewinnen. Bezüglich der Vereinbarkeit der Entwicklung und Erprobung von Anti-Tactical-Missile-Systemen mit dem ABM-Vertrag wies Arnim darauf hin, daß die Bundesrepublik selbst durch den Vertrag nicht gebunden sei, ihn daher auch nicht verletzen könne. Zudem gehe es um die Abwehr taktischer, nicht strategischer ballistischer Systeme. Gleichwohl sei der ABM-Vertrag „insofern eine Schranke, als er ein Verbot des Transfers von ABM-Technologien enthält. Die für die Abwehr von strategischen Flugkörpern geeignete Technologie sowohl der Abwehrflugkörper als auch der Zielerfassungssysteme ist der zur Abwehr von SRBM geeigneten Technologie jedenfalls stark verwandt. Deshalb haben wir z. B. in dem deutsch-amerikanischen SDI-MoU darauf geachtet, daß die USA die Verantwortung dafür trifft, daß die Zusammenarbeit sich im Rahmen des ABM-Vertrages hält." Vgl. VS-Bd. 13478 (213); B 150, Aktenkopien 1987.

streckenraketen größerer und die Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite im Reichweitenband zwischen 1000 und 500 km seien. Über atomare Gefechtsfeldwaffen gebe es keine Verhandlungen.

Botschafter Kwizinskij erwiderte, darüber könne man unschwer in Wien verhandeln, wenn der Westen dort nur konstruktiver sein würde.

Ich entgegnete, daß die in Wien laufenden Gespräche über ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa[12] nach unserer Auffassung Nuklearwaffen nicht einschließen.[13]

2) Botschafter Kwizinskij trug sodann zu Pakistan – wiederum aufgrund vorbereiteter Notizen in russischer Sprache – auf Deutsch folgendes vor:

Es gebe immer neue Beweise über das Interesse der Führung in Pakistan an der Herstellung von Atomwaffen. Trotz der Propaganda im Lande und in der internationalen Arena, daß das pakistanische Atomprogramm angeblich friedlich ausgerichtet sei, seien der gesamte politische Kurs und die Ausrichtung des Forschungsprogramms eindeutig auf die Entwicklung eigener Atomwaffen ausgerichtet.[14] Die Erklärungen zahlreicher Persönlichkeiten und das ambitionierte und emotionale Herangehen an das Problem machten deutlich, daß Pakistan seiner Verantwortung auf diesem Gebiet nicht nachkomme, und lasse die Sowjetunion glauben, daß die Gefahr, daß Atomwaffen in Pakistan hergestellt werden, immer gravierender wird. In Moskau habe die Erklärung von Zia ul-Haq dahingehend Besorgnis hervorgerufen, daß Pakistan eigene Atomwaffen produzieren könne, wenn das von ihm gewünscht werde.

Über die militärische Zielsetzung der Forschungsarbeiten auf atomarem Gebiet legten Erklärungen der pakistanischen Wissenschaft und Veröffentlichungen der örtlichen Presse Zeugnis ab. In diesen werde besonders betont, daß Pakistan zu den ersten zehn Staaten der Erde gehöre, die die Atomtechnik völlig gemeistert und ein hohes wissenschaftlich-technisches Niveau auf dem Gebiet der Anreicherung und Gewinnung von sauberem Uran zu 3/5 und Plutonium zu 3/9 erreicht haben. Die Qualität der der Sowjetunion vorliegenden Informationen erlaube es, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß Pakistan das militärische Atomprogramm seit 1972 verwirkliche und seit 1984 daran gehe, atomare Sprengladungen direkt zu entwickeln. Die Arbeiten der pakistanischen Regierung liefen im wesentlichen in zwei Richtungen: die Sammlung von Plutonium und die Produktion von hochrangigem Uran. Diesen beiden Richtungen entspreche die im Lande bestehende Struktur der Atomenergie-Industrie:

12 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

13 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen unterrichtete die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 12. Juni 1987 über die Demarche des sowjetischen Botschafters Kwizinskij am 13. Mai 1987. Das Auswärtige Amt beabsichtige, „die Demarche auf Arbeitsebene nach angemessener Frist abschließend zu beantworten". Diese Antwort solle in der NATO konsultiert werden, da in anderen Hauptstädten ähnliche sowjetische Vorstöße unternommen worden seien und es sich „bei den Überlegungen um die Notwendigkeit der Erweiterung der Luftverteidigung um eine Bündnisaufgabe handelt". In der Antwort solle als Element enthalten sein, daß die Organisation der Verteidigung „unsere eigene Angelegenheit" sei, daß der bilaterale amerikanisch-sowjetische ABM-Vertrag nicht dritte Staaten binde, die ihn daher auch nicht verletzen könnten, und daß bezüglich des Westeuropa bedrohenden Flugkörperpotentials der Grundgedanke gelte, „daß Notwendigkeit und Umfang von Verteidigungsmaßnahmen durch eine drastische Verringerung von Offensivwaffen beeinflußt werden könnten". Vgl. den Drahterlaß Nr. 4778; Referat 201, Bd. 143480.

14 Zum pakistanischen Nuklearprogramm vgl. Dok. 66, Anm. 37.

– Energetischer Meiler KANUPP[15] in Karachi,
– Forschungsreaktor Parr,
– Anlage zur Herstellung von Uranhexafluorid[16],
– Anlage zur Produktion von schwerem Wasser,
– Anlage zur Anreicherung von Sichal,
– Werk zur Umwandlung von Uranhexachlorid in Urandioxid[17],
– Anlage in Kahuta zur Anreicherung, die Pakistan gestatte, bis zu 45 kg Uran zu gewinnen, das bis zu 93 Prozent angereichert sei.
– Bei Rawalpindi wurde eine Versuchsanlage in Betrieb genommen zur Verarbeitung verstrahlter Energiestäbe mit einer Produktionskapazität von 15 bis 20 kg Plutonium pro Jahr.
– Geplant ist die Inbetriebnahme eines Werkes zur Bearbeitung verstrahlter Energiestäbe in Tschaschuan, die die Möglichkeit der Plutoniumproduktion in Pakistan beträchtlich steigern würde.

Hauptlieferanten der Ausrüstungen, die von Pakistan zur militärischen Verwendung benutzt werden, sind Privatfirmen der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande, Englands und Kanadas. So habe z. B. im Oktober 1986 die westdeutsche Firma Interatom ohne jeden Vorbehalt ihr Einverständnis gegeben, an Pakistan Teile von Hochtemperatur-Reaktoren zu liefern.[18] Ein Teil der erforderlichen Technologie werde von Pakistan im Westen illegal erworben. Es gebe außerdem zuverlässige Informationen über pakistanische Importe aus den USA von Kreitonen.[19] Die in letzter Zeit bekannt gewordenen Tatsachen seien beunruhigend, darunter, daß im Januar d. J. die Inspektoren der IAEO festgestellt haben, daß im Atommeiler KANUPP[20] die Kontrollvorschriften der IAEO nicht erfüllt worden seien. Die Gründe der Nichterfüllung sind bis jetzt nicht aufgeklärt. Zur Zeit befinden sich in dem kombinierten Pool der verstrahlten Energiestäbe bis zu 6000 Energieeinheiten, die ca. 276 kg Plutonium beinhalten. Nach Informationen, die die sowjetische Seite bekommen habe, und nach ihrer Zusammenstellung von bekanntgewordenen Tatsachen könne man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß Islamabad unter Hochdruck Objekte mit vollem nuklearem Zyklus baue, darunter deren sensitive Stadien, was durch keinerlei Erfordernisse der Entwicklung der friedlichen Kernenergiegewinnung bedingt sei, und die dem Ziel dienen, materielle Basis und Infrastruktur für die Produktion von Atomwaffen zu schaffen. Das Erscheinen von Atomwaffen in Pakistan würde eine ganz neue Situation in Süd- und Südwest-Asien schaffen und gefährliche Folgen für die Erhaltung des Frie-

15 Korrigiert aus: „Kanugt“.
Karachi Nuclear Power Plant.
16 Korrigiert aus: „Uran-Hexaturid“.
17 Korrigiert aus: „Uranduoxyd“.
18 Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte Referat 431 mit Schreiben vom 16. Juni 1987 mit: „Im Gegensatz zu den Äußerungen des sowjetischen Botschafters Kwizinskij hat die Fa. Interatom gegenüber Pakistan eindeutig erklärt, daß eine Lieferung von Hochtemperaturreaktoren insbesondere deswegen nicht möglich sei, weil Pakistan dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht beigetreten sei.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153269.
19 So in der Vorlage.
20 Korrigiert aus: „Kanup“.

dens in Asien und in der ganzen Welt haben. Die sowjetische Botschaft wende sich an mich als offiziellen Vertreter des Landes, welche Verbindungen zu Pakistan auf dem nuklearen Gebiet unterhalten habe und weiter unterhalte. Die sowjetische Regierung fordere die Bundesregierung auf, Zurückhaltung bei der Wahrnehmung dieser Verbindungen an den Tag zu legen und entsprechend auf Pakistan ihrerseits einzuwirken.

Auf meine Frage, ob die sowjetische Regierung sich auch an die anderen Mitglieder des Londoner Clubs[21] wende und ob sie ihrerseits auf Pakistan eingewirkt habe, antwortete Botschafter Kwizinskij, daß beides der Fall sei.[22]

Ich dankte Botschafter Kwizinskij für seine Mitteilung, die wir prüfen und auf die wir zurückkommen würden. Die Bundesregierung erteile Ausfuhrgenehmigungen von Kernkraftwerkseinrichtungen nur im Rahmen der Londoner Richtlinien[23], wenn internationale Kontrollen sichergestellt seien. Im Falle des Bekanntwerdens illegaler Ausfuhren würden die strafrechtlichen Ermittlungsbehörden eingeschaltet.

Botschafter Kwizinskij erklärte, der sowjetischen Regierung käme es mit dieser Demarche darauf an, zu verhindern, daß Pakistan die Mitglieder des Londoner Clubs vor vollendete Tatsachen stelle. Das zu verhindern, sollten alle politischen und technischen Möglichkeiten ausgenutzt werden.[24]

3) Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München[25]

Botschafter Kwizinskij berichtete, er habe das Ergebnis seines Gespräches mit

21 Zum Nuclear Suppliers' Club gehörten die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, die UdSSR und die USA.

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner vermerkte am 26. Mai 1987, in der Sitzung der EPZ-Arbeitsgruppe „Nichtverbreitung" am 20./21. Mai 1987 hätten Großbritannien und die Niederlande mitgeteilt, „sowjetische Botschafter hätten in Den Haag und in London ebenfalls (wie in Bonn) wegen Zusammenarbeit mit PAK demarchiert. NL hat bereits geantwortet und sowjetische Verantwortung wegen sowjetisch-indischer Zusammenarbeit hervorgehoben. UK wird erst nach Wahlen antworten." Vgl. Referat 431, Bd. 153269.

23 Zu den Richtlinien der Nuclear Suppliers' Group für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 111, Anm. 5.

24 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner unterrichtete die Botschaften in Islamabad, London, Moskau, Neu Delhi und Washington sowie die Ständige Vertretung bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf am 17. Juli 1987, in Beantwortung der sowjetischen Demarche vom 13. Mai 1987 habe Ministerialdirigent Pabsch der sowjetischen Botschaft am Vortag ein Non-paper übergeben. In diesem werde dargelegt, die Bundesregierung betrachte „die zunehmenden nuklearen Aktivitäten auf dem indischen Subkontinent mit großer Sorge […] Die Bundesregierung arbeite weder mit Indien noch mit Pakistan im nuklearen Bereich zusammen. Sie würde Lieferungen von Kernmaterial oder Kernanlagen ohne umfassende internationale Kontrollen durch die Internationale Atomenergie-Organisation nicht zulassen. Sie hat entsprechende Wünsche aus der Region negativ entschieden." Ausfuhrgenehmigungen würden auch an private Firmen nicht erteilt: „Falls die Bundesregierung von illegalen, d. h. ohne Ausfuhrgenehmigung vorgenommenen Lieferungen erfährt, setzt sie ein entsprechendes Ermittlungsverfahren in Gang, welches stets zu strafrechtlicher Ahndung führt, wenn sich der Verdacht erhärten läßt. Ein solches Ermittlungsverfahren ist z. Zt. wegen vermutlich illegaler Ausfuhren nach Pakistan anhängig." Die Bundesregierung bitte nachdrücklich, die Angaben hinsichtlich angeblicher Lieferungen von Privatfirmen „zu präzisieren, damit entsprechende Nachforschungen eingeleitet werden können". Vgl. den Schrifterlaß; Referat 431, Bd. 153269.

25 Am 22. Juli 1986 unterzeichneten Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse in Moskau das Protokoll zur Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in München und eines Generalkonsulats der Bundesrepublik in Kiew. Alle damit zusammenhängenden Fragen, einschließlich des Zeitpunkts der Eröffnung, sollten durch einen weiteren Notenwechsel geregelt werden. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 210.

Staatssekretär Meyer-Landrut über die Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München nach Moskau weitergegeben.[26] Moskau sei mit dem Ergebnis dieses Gespräches einverstanden, nämlich für das Generalkonsulat Kiew den Amtsbezirk Ukraine, „wie sie ist", und für das Generalkonsulat München den Amtsbezirk Bayern vorzusehen. In den Noten über die Errichtung der Generalkonsulate sollte ein Zusatz aufgenommen werden, daß die Möglichkeit der Erweiterung der Amtsbezirke nicht ausgeschlossen sei.

Ich begrüßte diese Mitteilung und stellte fest, daß sie dem von uns gewünschten Ergebnis entspreche.

Botschafter Kwizinskij führte weiter aus, im Hinblick auf die Begrenzung der beiden Amtsbezirke auf die Ukraine bzw. Bayern sei die sowjetische Seite damit einverstanden, die vorgesehene Personalstärke von 35 auf 27 Mitglieder zu senken.

Ich begrüßte diese Mitteilung.

Botschafter Kwizinskij schlug vor, daß Gesandter Jelisarjew sich in den nächsten Tagen mit Botschafter Lewalter zur Fortsetzung der Verhandlungen in Verbindung setze. Er werde Jelisarjew bitten, einen Notenentwurf zu fertigen und Botschafter Lewalter zu übergeben. Die sowjetische Seite strebe den Austausch der Noten bei dem Besuch von Außenminister Schewardnadse im Herbst in Bonn[27] an. In dem Notenwechsel könnte als „Richtfrist" für die Eröffnung der Konsulate etwa die Mitte nächsten Jahres vorgesehen werden. Die übrigen kleineren Punkte sollten großzügig gelöst werden. Was den Zugang zum Generalkonsulat Kiew angehe, so könne diese Frage nicht isoliert von den anderen Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in der Sowjetunion betrachtet werden. Eine isolierte andere Lösung für Kiew sei nicht möglich.[28]

Ich erklärte mich mit dem von Botschafter Kwizinskij vorgeschlagenen Procedere einverstanden und unterstrich, daß auch wir an die Lösung der noch offenen Fragen nicht kleinlich herangehen wollten. Die Frage des Zugangs sei für uns allerdings eine wichtige Frage; das, was Botschafter Kwizinskij über eine Behandlung dieser Frage für alle Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in der Sowjetunion gesagt habe, sei zu bedenken.

Botschafter Kwizinskij teilte im übrigen mit, daß die Anlaufstelle für das Generalkonsulat in Kiew kein Diplomatenbüro, sondern das eigene Außenministerium der Unionsrepublik sei. Der Außenminister sei Mitglied des Minister-

26 Staatssekretär Meyer-Landrut legte dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij am 27. März 1987 zur Frage des Amtsbezirks der künftigen Generalkonsulate in Kiew und München dar, dieser solle „entweder Ukraine hier und Bayern da oder Ukraine plus weitere Gebiete und Bayern plus Baden-Württemberg" umfassen, insbesondere das Gebiet um Kursk, „weil sich dort ein großes langjähriges deutsches Projekt mit deutschen Technikern befinde". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 143542.

27 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die Bundesrepublik erst vom 17. bis 19. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

28 Anknüpfend an ihre Gespräche vom 10. November 1986, 4. Dezember 1986 und 15. April 1987, erörterten Botschafter z. b. V. Lewalter und der sowjetische Gesandte Jelisarjew am 21. Mai 1987 erneut Fragen bezüglich der Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München. Dabei übergab Jelisarjew sowjetische Entwürfe für ein Protokoll über den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen bzw. für eine entsprechende sowjetische Note. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationssekretärs Lucas vom 25. Mai 1987; Referat 213, Bd. 143542.

rates der Unionsrepublik, und das Generalkonsulat habe damit unmittelbaren Zugang zur Regierung dieser Unionsrepublik.

Ich dankte Botschafter Kwizinskij für diese Klarstellung.

4) Verschiedenes

Ich teilte Botschafter Kwizinskij unsere Absicht mit, nach Billigung einer entsprechenden Vorlage durch den Herrn Bundesminister eine Erhöhung des Personalbestandes beider Botschaften vorzuschlagen.

Botschafter Kwizinskij bedankte sich für diese Mitteilung. Eine Erhöhung des Personalbestandes würde es ihm ermöglichen, einen zusätzlichen Wirtschaftsgesandten und eine Verstärkung der Konsularabteilung der Botschaft zu erhalten. Die Visaanträge in die Sowjetunion hätten gewaltig zugenommen und könnten mit dem vorhandenen Personalbestand der Konsularabteilung nicht mehr bewältigt werden.

Botschafter Kwizinskij teilte mit, daß ihm Vize-Außenminister Petrowskij[29] schriftlich mitgeteilt habe, er sehe nach dem Besuch des Ersten Stellvertretenden Außenministers Woronzow in Bonn[30] und nach den Konsultationen über chemische Waffen mit Herrn Nasarkin[31] derzeit keinen Bedarf für die für Mitte Mai vorgesehenen Abrüstungskonsultationen mit D2A[32], da in den genannten Gesprächen alles gesagt worden sei.

Ich stellte mit Befriedigung fest, daß der Absage von Vize-Außenminister Petrowskij zu den Abrüstungskonsultationen in Bonn keine politischen Gründe unterlägen, und wies auf die Bedeutung und unser Interesse an laufenden Abrüstungskonsultationen gerade mit der Sowjetunion hin. Unser unausgesprochenes Verständnis war, daß die Konsultationen mit Vize-Außenminister Petrowskij bei Gesprächsbedarf durchgeführt werden sollten.

Ich begründete – vorbehaltlich der Entscheidung über die Begleitung des Herrn Bundespräsidenten bei seinem Staatsbesuch in der Sowjetunion[33] – mein Interesse, die Konsultationen mit Herrn Bondarenko Anfang Juli in Moskau fortzusetzen.

Botschafter Kwizinskij sagte entsprechende Unterrichtung zu.

29 Durchgängig korrigiert aus: „Petrowsky".

30 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenministers Woronzow am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 126.

31 Botschafter Holik und Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann führten am 30. März 1987 Konsultationen mit dem Leiter der sowjetischen Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD), Nasarkin. Hartmann vermerkte am folgenden Tag: „Es wurde sehr deutlich, daß es Nasarkin, der dem Abschluß eines CW-Verbots große Dringlichkeit verlieh, vor allem um die Verhinderung des Beginns der US-Binärproduktion ging. Seine Offenheit bei der Erörterung der Verdachtsinspektion sowie der Nichtherstellungskontrolle und seine Bereitschaft, Lösungsmöglichkeiten ohne Rücksicht auf bisher gehaltene Positionen freimütig zu diskutieren, zeigten, daß ihm daran gelegen war, sich als ernsthaft am Verhandlungsfortschritt interessiert darzustellen." Vgl. Referat 222, Bd. 162061.

32 Abrüstungskonsultationen, insbesondere über chemische Waffen, zwischen Botschafter Holik und dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Petrowskij waren für 25. bis 27. Mai 1987 vorgesehen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1300 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler vom 20. Februar 1987; Referat 222, Bd. 162061.

33 Zu den Vorbereitungen für den Besuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. bis 11. Juli 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 177.
Zum Besuch Weizsäckers, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, vgl. Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

In diesem Zusammenhang erinnerte ich Botschafter Kwizinskij an die in meinem Gespräch mit Herrn Bondarenko[34] vorgeschlagenen Konsultationen der Leiter der Rechtsabteilungen und der Regionalbeauftragten bzw. von D3 über Regionalfragen, auf die wir bisher noch keine Antwort bekommen hätten.

Botschafter Kwizinskij sagte Rückfrage in Moskau zu. In diesem Zusammenhang erwähnte er, daß sein Besuch bei D6[35] noch ausstehe, den er bald machen wolle.

Botschafter Kwizinskij fragte mich nach der Entscheidung der Bundesregierung in Sachen INF.

Unter Bezugnahme auf die Reise von BM nach Washington[36], die Reise des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU nach Paris[37] und von MdB Rühe nach London[38] wies ich darauf hin, daß die Bundesregierung und die sie tragende Regierungskoalition zügig auf eine Entscheidung dieser Frage hinarbeiten. Da die Bundesrepublik Deutschland durch SRINF-Problematik besonders betroffen sei, sei jedoch eine gründliche Prüfung und Abwägung im Interesse der Sicherheit des Landes erforderlich.

Auf die Frage von Botschafter Kwizinskij, ob sich die Entscheidung bis Anfang Juni hinausschieben werde, erwiderte ich, daß ich mich nicht in der Lage sähe, gegenwärtig einen Zeitpunkt zu nennen. Er könne jedoch versichert sein, daß wir die Entscheidung nicht verzögern wollten, sondern um eine zügige Entscheidung bemüht seien.

Botschafter Kwizinskij wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Erste Stellvertretende Außenminister Woronzow in seinen Gesprächen in Bonn auf die Möglichkeit einer Abkopplung der SRINF-Problematik hingewiesen habe, um den Abschluß des LRINF-Abkommens zu erleichtern.

34 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am 31. Oktober 1986 in Moskau vgl. AAPD 1986, II, Dok. 313.

35 Barthold Witte.

36 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11. Mai 1987 in den USA vgl. Dok. 128.

37 Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 15. Mai 1987, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Dregger, habe am 13./14. Mai 1987 in Paris die Haltung seiner Fraktion zur doppelten Null-Lösung erörtert. Dabei habe Dregger „die vitale Bedeutung eines deutsch-französischen Schulterschlusses gegenüber den Vorschlägen von Generalsekretär Gorbatschow“ betont, um einer Singularisierung der Bundesrepublik vorzubeugen, und ein gemeinsames französisch-britisch-deutsches Abrüstungskonzept für Europa gefordert. Dieses solle beinhalten: „Null bei atomaren Waffen der ‚Weltmächte‘ über 1000 km Reichweite (LRINF), Reduzierung der Atomwaffen unter 1000 km bis 500 km Reichweite (SRINF) auf gleiche Obergrenzen mit niedrigerem Niveau, z. B. auf 50 Prozent; weltweite Null-Lösung bei chemischen Waffen; gleiche Obergrenzen bei konventionellen Waffen, insbesondere bei Panzern, Flugzeugen und Artillerie; erst dann: weitere Verhandlungen über die verbleibenden Nuklearwaffen. […] Sämtliche Gesprächspartner waren gegenüber den von MdB Dregger vorgeschlagenen Elementen eines Abrüstungskonzepts für Europa aufgeschlossen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1094; VS-Bd. 13003 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

38 Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Rühe, führte am 13. Mai 1987 in London Gespräche im britischen Außen- und Verteidigungsministerium, u. a. mit Außenminister Howe. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 14. Mai 1987 mit, Rühes Ziel sei es gewesen, „sich über die Haltung der britischen Regierung zu dem geplanten Abkommen über LRINF und SRINF zu informieren und über den Stand der Überlegungen seiner Fraktion zu berichten“. In einem Pressegespräch in der Botschaft habe Rühe erklärt: „Mit GB bestehe Einigkeit über den Fragenkomplex der LRINF. Zu SRINF bemerkte Rühe, daß die britische Seite ihm bedeutet habe, daß ihre Haltung noch ‚nicht festgelegt‘ sei. Man habe ihm zu verstehen gegeben, daß die Haltung der Bundesregierung zu diesem Problemkomplex ‚wichtig, wenn nicht ausschlaggebend‘ auch für die Formulierung der britischen Haltung sei. Auf die Frage eines Journalisten, ob dies eine englische Formulierung oder seine Zusammenfassung der Gesprächseindrücke sei, verwies Rühe auf das letztere.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 867; Referat 011, Bd. 138457.

Ich erwiderte, daß sich unsere Prüfung auch auf die Möglichkeit einer SRINF-Lösung erstrecke. Nach dem Grundsatz „das Machbare tun" sei es auch ein Konzept, das heute Mögliche zu tun. Der amerikanische Vertragsentwurf sehe im übrigen eine Verbindung von LRINF und SRINF vor.[39]

Botschafter Kwizinskij erwiderte, Generalsekretär Geißler habe ihm gesagt, dies sei ein Fehler.

Demgegenüber wies ich darauf hin, daß es sich bei der von mir genannten Verbindung um eine seit 1981 bestehende Bündnisposition handele, die man nicht ohne weiteres negieren könne.

Ich versicherte Botschafter Kwizinskij abschließend, daß die notwendigen Sondierungen und Prüfungen von uns zügig weitergeführt würden.[40]

Richthofen

VS-Bd. 13478 (213)

134

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Sassou-Nguesso

14. Mai 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Staatspräsidenten der Volksrepublik Kongo, Sassou-Nguesso, am Donnerstag, den 14. Mai 1987[2]

Das Gespräch, das um 12.15 Uhr begann und beim Mittagessen im kleinen Kreise fortgesetzt wurde, dauerte insgesamt zwei Stunden.

39 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

40 Vgl. dazu die Koalitionsvereinbarung vom 1. Juni 1987; Dok. 155, Anm. 10.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Regierungsdirektor Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, am 15. Mai 1987 gefertigt.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 20. Mai 1987 einen „Durchdruck der vom Bundeskanzler gebilligten obigen Aufzeichnung zur Kenntnis Ihres Hauses".
Hat Legationssekretär Köhler am 21. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit, Ministerialdirigent Sulimma und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ganns „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte. Ferner verfügte er die Weiterleitung u. a. an Ministerialdirektor Jelonek, Botschafter Massion und Referat 400.
Hat Jelonek vorgelegen.
Hat Massion am 22. Mai vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Büro D 4: B[itte] S[eite] 1 beschaffen und vorheften."
Hat Jelonek erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 400 verfügte und handschriftlich für Referat 412 vermerkte: „S. 6 b. beachten für W[elt]W[irtschafts]G[ipfel]." Vgl. Anm. 10 und 14. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 412, Bd. 130565.

2 Präsident Sassou-Nguesso hielt sich am 14./15. Mai 1987 in der Bundesrepublik auf. Ministerialdirigent Sulimma teilte am 20. Mai 1987 mit: „Bundespräsident von Weizsäcker begrüßte Präsident Sassou-Nguesso mit militärischen Ehren und empfing ihn zu einem Gespräch. Ein Meinungsaustausch

Auf deutscher Seite nahmen an dem Gespräch auch BM Klein, Staatssekretär Dr. Sudhoff, Botschafter Kalscheuer und auf kongolesischer Seite drei Minister teil.

Der *Bundeskanzler* begrüßte eingangs den Gast als Staatspräsidenten der Volksrepublik Kongo und als derzeitigen Vorsitzenden der Organisation für Afrikanische Einheit.[3] Er stellte die Gesprächsteilnehmer auf deutscher Seite vor und meinte, daß beide – er und der Präsident – als nicht gelernte Diplomaten ein offenes und direktes Gespräch führen sollten.

Der Bundeskanzler würdigte den positiven Stand der bilateralen Beziehungen. Es sei feste Absicht der Bundesregierung, diese weiterzuentwickeln und zu vertiefen. Die Bundesregierung, die Länder Europas seien sich Afrikas als wichtigen Nachbarkontinent voll bewußt. Der verlorene Erste Weltkrieg und der damit verbundene Verlust aller damaligen Kolonien in Afrika habe für uns den Vorteil, unbefangener als andere über die Probleme dieses Kontinents sprechen zu können.

Er unterstrich das große deutsche Interesse, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiterzuentwickeln; dies gehe aber nur im Wege der wechselseitigen Schaffung der hierzu nötigen Voraussetzungen. Wir seien bereit, auch weiterhin Kapitalanlagegarantien für private Investitionen zu schaffen, andererseits seien Investitionen aber auch eine Sache des Vertrauens, d.h. des Investitionsklimas.

Der Bundeskanzler schlug vor, sich zunächst dem bilateralen Bereich zuzuwenden und das Gespräch über die ebenso wichtigen afrikapolitischen Themen auch während des Mittagessens fortzusetzen. Er sehe die heutige Begegnung als Beginn einer Intensivierung bilateraler Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Der Bundeskanzler ging kurz auf den Stand der Ost-West-Beziehungen ein und ihre Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland als geteiltes und am meisten davon betroffenes Land. Jede Möglichkeit einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sei für uns von größter Bedeutung.

Der *Präsident* dankte in sehr herzlichen Worten für den freundschaftlichen Empfang in Bonn und die Gelegenheit für den Erfahrungsaustausch. Auch er sehe im Bereich der bilateralen Beziehungen „keine Wolken“. Beide Seiten hätten den Willen, sie weiterzuentwickeln.

Er erklärte, die Welt sei an einem Krisenpunkt und in einer Sackgasse angelangt. Es müsse Menschen guten Willens geben, um aus dieser akuten Krise herauszukommen. In diesem Zusammenhang komme den Beziehungen der Bundes-

Fortsetzung Fußnote von Seite 681

mit dem Bundeskanzler sowie ein von ihm gegebenes Arbeitsessen in kleinem Kreis schlossen sich an. In einer ausführlichen Unterredung mit BM Genscher (inkl. Mittagessen) wurden afrikapolitische Fragen erörtert. Präsident Sassou-Nguesso traf des weiteren mit BM Klein, PStS Würzbach im BMVg (Ausstattungshilfe) und StS Schlecht (Probleme der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen) im BMWi zusammen. In einem Rundgespräch mit Vertretern der Wirtschaft warb der Gast für deutsche Investitionen in der VR Kongo.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5; Referat 321, Bd. 154355.

3 Referat 321 legte am 15. April 1987 dar, mit Präsident Sassou-Nguesso besuche erstmals ein Staatsoberhaupt der Volksrepublik Kongo die Bundesrepublik. Sassou-Nguesso sei „seit Juli 1986 Vorsitzender der Organisation für Afrikanische Einheit und damit Sprecher des afrikanischen Kontinents. Die gleichzeitige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die aktive Rolle der VR Kongo in der Blockfreien-Bewegung verleihen der Stimme des Landes derzeit daher ein besonderes Gewicht.“ Vgl. Referat 321, Bd. 154355.

republik Deutschland zu Afrika und auch dem Verhalten der übrigen westlichen Länder zum afrikanischen Kontinent eine gewisse Signalwirkung zu. Der Präsident sprach von einem erforderlichen Akt der Solidarität Europas gegenüber Afrika.

Diese treffe auch zu für die bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Kongo und der Bundesrepublik Deutschland.

Der Präsident würdigte die bereits in den vergangenen Jahren geleistete Hilfe für sein Land, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft. Die Art der Hilfe sei auch modellhaft für Afrika. So sei ein gemeinsames deutsch-kongolesisches Entwicklungsprojekt (Landfunkprojekt zur Ausbildung von Bauern[4]) von der UNESCO prämiert worden. Entwicklungsschwerpunkte seien Landwirtschaft, Viehzucht und Infrastruktur. In diesen Bereichen könnten Fortschritte erzielt werden: Nur 2% der Nutzfläche seien bisher kultiviert, der Boden sei fruchtbar.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach dem Anteil der Bevölkerung auf dem Lande erläuterte der Gast die Probleme der Landflucht und die Notwendigkeit, diese durch verstärkte Förderung des landwirtschaftlichen Sektors zu verhindern.

Ausführlich widmete sich der Präsident dem Problem der Holz- und Forstwirtschaft seines Landes. Die VR Kongo sei das erste afrikanische Land, in dem die Abholzung von Eukalyptusbäumen mit sofortiger Wiederaufforstung verbunden worden sei. Das Land habe ca. 20 Mio. Hektar Waldbestand als Reserve; dies sei ein wichtiges Aktivum für die weitere Entwicklung der VR Kongo.

Der Präsident würdigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Pionierleistungen deutscher Unternehmen bei der Erschließung des Waldreichtums seines Landes. Diese Unternehmen hätten in ihrer schwierigen und angesichts der Entfernungen auch risikobehafteten Arbeit die volle Unterstützung seiner Regierung.

Der Ausbau der Flußschiffahrt und der Landtransportwege einschließlich der Eisenbahn sei bereits ein wichtiger Bestandteil der bilateralen Entwicklungskooperation. Gerade wegen der besonderen Bedeutung für den Export tropischer Hölzer dankte der Präsident für diese Hilfe und bat, diese fortzuführen.

Auf Fragen des Bundeskanzlers erläuterte der Präsident die Partnerstruktur für deutsche Unternehmen der Holzwirtschaft auf kongolesischer Seite.

BM *Klein* bat den Präsidenten, sich der besonderen Probleme des deutschen Unternehmens Feldmeyer[5] in besonderer Weise anzunehmen.[6]

4 Referat 604 vermerkte am 13. April 1987, die Friedrich-Naumann-Stiftung sei „seit 1978 mit dem Projekt ‚Radio Rurale' zur Förderung des kongolesischen Landfunks in der Volksrepublik Kongo vertreten". Für den Zeitraum bis 1988 sei ein Fördergesamtvolumen von 920 000 DM projektiert. Vgl. Referat 321, Bd. 154355.

5 Durchgängig korrigiert aus: „Feldmann".

6 Die in Bremen ansässige Firma Hinrich Feldmeyer GmbH teilte am 12. Mai 1987 mit, sie sei „seit 20 Jahren in der kongolesischen Holzwirtschaft durch ihre Tochtergesellschaft, die Congolaise Industrielle de Bois (C.I.B.), in Brazzaville und Pokola (Nordkongo) engagiert. Die Gesamtinvestitionen betragen bis heute ca. 8 Milliarden F[ranc de la] C[oopération]F[inancière en]A[frique Centrale] (ca. DM 53 Millionen)." In den letzten drei Jahren habe die kongolesische Regierung „diverse Steuern, Taxen, Exportabgaben für Holz ständig erhöht. Ferner hat der Kongo als einziges Tropenholz exportierendes Land der Welt für den Holzexport ein Staatsmonopol errichtet (Office Congolais de Bois, OCB), welches für die Produzenten seit zwei Jahren die Preise blockiert hat und selbst erhebliche Beträge zu Lasten des Produzenten einkassiert. […] Zusätzlich zu einer unvernünftig hohen Besteuerung und Tarifierung (Transport) gibt es im Lande ‚organisierten' Diebstahl (1986 wurden

Der *Präsident* erläuterte hierauf die von seiner Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Förderung des Forstsektors in seinem Lande (u. a. im Bereich der Steuern, Abgaben, Zölle, Transporttarife). Die ausländischen Firmen seien hiermit im allgemeinen zufrieden; die Probleme der Firma Feldmeyer seien besonderer Art, man werde sie in direktem Kontakt zu klären versuchen.

Der Präsident faßte abschließend nochmals zusammen, daß sein Land solidarische Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in den Bereichen produktiver Investitionen, der Landwirtschaft, Holz- und Forstwirtschaft, des Transportwesens (einschließlich Eisenbahn und Hafenausbau) bedürfe.

Der Präsident kam dann ausführlich auf die IMF-Politik seinem Land gegenüber zu sprechen. IMF-Auflagen zwängen seine Regierung, heute mit einem um die Hälfte reduzierten Budget auszukommen. Dem Land fehlten damit die nötigen Mittel zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Das Land könne die derzeit dramatische Lage ohne Unterstützung von außen nicht überstehen.[7]

Der Präsident erwähnte in diesem Zusammenhang die vom IMF erzwungene Zurückstellung des Projektes Kurzwellensender PK Rouge; das Projekt sei für die Regierung nach wie vor äußerst vordringlich (zur Erreichung der weit verstreuten Landbevölkerung).[8] Seine Regierung sei daran interessiert, zu klären, wie die dadurch entstehenden Mehrkosten getragen und die Hermes-Garantien verlängert werden könnten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 683

der Firma 10 000 cbm Holz in einem Wert von 200 Mill. F CFA (= DM 1,3 Mill[ionen]) gestohlen, ohne daß die Regierung interveniert.)" Da die kongolesische Regierung auch schriftliche Verpflichtungen nicht eingehalten habe, habe sich die Firma Feldmeyer entschlossen, „Ende d. M. die Produktion im Wald und in zwei Sägewerken stillzulegen, ca. 400 Mitarbeiter vorübergehend nicht weiter zu beschäftigen (chômage technique) und nur unter Bedingungen weiterzuarbeiten, welche die Rentabilität des Unternehmens garantieren (bestehende Verpflichtung der kongolesischen Regierung durch Vertragsklauseln)". Ein Katalog dieser Bedingungen werde Präsident Sassou-Nguesso am 15. Mai 1987 auf Schloß Gymnich übergeben. Vgl. das Fernschreiben Nr. 152; Referat 321, Bd. 154355.

7 Botschafter Kalscheuer, Brazzaville, berichtete am 12. Juni 1986, das kongolesische Parlament habe die durch Wirtschaftskrise und Verschuldung erzwungene Revision des Haushalts 1986 verabschiedet, der die Staatsausgaben um insgesamt 43 % senke: „Nunmehr haben die kongolesische Regierung und IWF eine Umschuldung vereinbart. Die getroffene Vereinbarung soll auf eine Laufzeit von 20 Monaten abgestellt sein und im Juli 1986 in Kraft gesetzt werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 212; Referat 321, Bd. 154359.
Referat 422 vermerkte am 15. April 1987: „Mit ihren im ‚Pariser Club' versammelten staatlichen Gläubigern hat die VR Kongo am 18. Juli 1986 eine multilaterale Umschuldungsregelung getroffen, die einen Zahlungsaufschub für Fälligkeiten zwischen 1.8.1986 und 31.3.1988 in Höhe von insgesamt ca. 359 Mio. Dollar vorsieht; der Anteil der Bundesrepublik Deutschland hieran beträgt ca. 7,8 Mio. Dollar." Ein bilaterales Abkommen zur Umsetzung des multilateralen Protokolls sei am 5. Dezember 1986 in Brazzaville unterzeichnet worden. Inzwischen könne die Notwendigkeit einer Anschlußumschuldung nicht mehr ausgeschlossen werden. Vgl. Referat 422, Bd. 149201.

8 Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte dem Bundesministerium der Finanzen am 27. Mai 1987 mit: „Das deutsche Konsortium AEG/PSB General Contractor hat 1984 die kongolesische Ausschreibung über eine landesweite Kurzwellen-Rundfunkversorgung (Projekt ‚PK Rouge') gewonnen. Das Projekt mit einem Auftragswert von rd. 30 Mio. DM wurde vom I[nter]M[inisteriellen]A[usfuhrgarantieausschuß] in Deckung genommen. In der Folge hat sich die kongolesische Wirtschaftslage aufgrund des Ölpreisverfalls verschlechtert. Die VR Kongo sah sich gezwungen, mit IWF und Weltbank ein Programm zur Stabilisierung der kongolesischen Wirtschaftslage zu vereinbaren. Im Rahmen dieser Politik mußte die kongolesische Regierung auf Druck des IWF verschiedene Projekte zurückstellen", darunter das Projekt „PK Rouge". Beim Besuch des Präsidenten Sassou-Nguesso habe die kongolesische Seite die Verwirklichung des Projekts für 1988 zugesagt und die Bundesregierung Kontaktaufnahme mit dem IWF in dieser Frage in Aussicht gestellt. Das Bundesministerium für Wirtschaft bat um eine Unterrichtung des IWF. Vgl. den Schnellbrief; Referat 321, Bd. 154357.

Nach Klärung verschiedener Details dieses Projektes erklärte der *Bundeskanzler* dem Präsidenten die Bereitschaft der Bundesregierung, in diesem Falle hilfreich sein zu wollen.[9]

BM *Klein* unterstrich ebenfalls die Entschlossenheit der Bundesregierung, in Würdigung des Muts der Regierung der VR Kongo, den Empfehlungen des IMF Folge zu leisten, Hilfe bei der Abfederung der IMF-Auflagen zu leisten, ohne diese damit jedoch unterlaufen zu wollen. Er ergänzte, daß aus hiesiger Sicht das Rangierlokomotiven-Projekt für die VR Kongo noch wichtiger sei. Man werde versuchen, auch dieses Projekt über die IMF-Auflagen hinüberzuretten.

Der *Bundeskanzler* bat BM Klein, sich in beiden Fällen um eine Lösung zu bemühen.

Wir hatten, fuhr der Bundeskanzler fort, die politische Entwicklung, den politischen Kurs der VR Kongo mit großem Interesse verfolgt; den Kurs nach Unabhängigkeit und Blockfreiheit. Dies sei uns sympathisch. Es gebe genügend Länder, auch in der Nachbarschaft der VR Kongo, bei denen man dies nicht sagen könne.

Wir wüßten auch um die beachtlichen Anstrengungen, den Empfehlungen des IMF zu folgen, um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gesundung zu schaffen; auch dies mache uns die Politik des Landes sympathisch.

Auch die Bundesregierung habe beim Regierungsantritt vor mehr als vier Jahren vor dem Problem gestanden, bittere Entscheidungen zu treffen und Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Dies sei auch hier nicht populär gewesen.

Der Bundeskanzler schlug an dieser Stelle vor, das Gespräch beim Mittagessen fortzusetzen.

Der Bundeskanzler bat den Präsidenten um eine Bewertung der zentralen Probleme des afrikanischen Kontinents.

Der *Präsident* kam nochmals auf seine Eingangsbemerkungen zurück und bezeichnete die Lage vieler Länder der Dritten Welt und insbesondere die Afrikas als Drama. Wie könne bei dem Leid eines so großen Anteils der afrikanischen Bevölkerung von Frieden und Entwicklung gesprochen werden?

Alle Länder dieses Kontinents seien auf eine Zusammenarbeit mit dem IMF angewiesen. Preisverfall für Rohstoffe (der Präsident zählte eine Reihe für Afrika besonders wichtiger Rohstoffe auf) und die anhaltende Dürre in der Sahelregion ließen wiederum eine Dürreperiode mit entsprechender Hungerkatastrophe befürchten, so wie in Äthiopien und in Sudan.

9 Vortragender Legationsrat Lutz unterrichtete die Botschaft in Brazzaville am 17. August 1987: „AEG hat inzwischen Antrag auf Übernahme der durch Verschiebung der Lieferzeiten entstehenden Mehrkosten gestellt. I[nter]M[inisterieller]A[usfuhrgarantieausschuß] hat dem unter der Voraussetzung, daß hierüber separate Zusatzverträge geschlossen werden, grundsätzlich zugestimmt. Damit erhöht sich zu verbürgender Gesamtwert um 8 878 900 DM auf 39 005 900 DM. Entscheidung wurde auch im Hinblick auf Gespräche von Staatspräsident Sassou-Nguesso mit BK Kohl während des Staatsbesuches in Deutschland getroffen.“ Die Entscheidung sei nicht unproblematisch, da im kongolesischen Staatshaushalt 1988 keine Mittel für das Projekt vorgesehen seien und „somit weitere Kostensteigerungen infolge ständiger Verschiebung“ drohen würden. Zudem habe der IWF bestritten, Empfehlungen über einzelne Investitionsvorhaben gegeben zu haben: „Dies erweckt den Verdacht, daß kongolesische Regierung Einwände des IWF gegen das Projekt nur als Vorwand benutzt hat.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 321, Bd. 154357.

Afrika erwarte daher die Solidarität Europas, und dies auch im eigenen Interesse Europas. Der Präsident erwähnte nochmals die Bereiche, von denen er glaube, daß die afrikanischen Länder der Unterstützung bedürften: Stabilisierung der Rohstoffpreise, Stabilisierung der Wechselkurse, Hilfe bei der Lösung der Schuldenprobleme, Abwendung nicht tragbarer IMF-Auflagen (der Präsident erwähnte die Gefahr von Unruhen und Meutereien; der IMF verlange Unmögliches im sozialen Bereich).

[10]Der Präsident erwähnte, daß er als OAE-Vorsitzender an alle Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels[11] ein Schreiben gerichtet habe mit der dringenden Bitte, sich aus Anlaß dieses Treffens der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Afrikas anzunehmen.[12] Afrika erhoffe Hilfe in dieser historischen Stunde.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß dieses Schreiben bisher noch nicht eingegangen sei, und bat den Präsidenten um konkrete Beispiele „unerträglicher" und „unverständlicher" IMF-Auflagen.

Der *Präsident* nannte die IMF-Verfügung an sein Land, unrentabel produzierende Staatsbetriebe zu schließen. Dies führe zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit und Verelendung der betroffenen Familien. So seien eine Raffinerie und eine Zuckerfabrik geschlossen worden, weil deren Produktionskosten über dem Weltmarktpreis lagen; das Land sei angehalten worden, die entsprechenden Produkte zu importieren. Der Präsident erklärte, in solchen Maßnahmen keinen Sinn sehen zu können. Er zweifle auch, ob es Sache des IMF sein könne, in dieser Art in die inneren Fragen eines Landes einzugreifen. Ein anderer Fall sei die Forderung an ein westafrikanisches Land, den Kakaopreis zur Ankurbelung der Produktion zu erhöhen, verbunden aber mit der Forderung, den Export wegen des niedrigeren Weltmarktpreises zu subventionieren.

Der *Bundeskanzler* erklärte (zum Schreiben des OAE-Vorsitzenden), daß sich der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig mit dem Problem Afrika wird beschäftigen müssen.

Der *Präsident* kam dann auf die Lage im südlichen Afrika, insbesondere in der Republik Südafrika, zu sprechen. PM Thatcher habe ihm bei seinem letzten Gespräch erklärt, es gebe ermutigende Zeichen zu einem Wechsel in der Mentalität der Weißen; man müsse die Wahl abwarten, die ein Signal für die Zukunft geben werde. Nun hätten aber diejenigen, die keinen Wechsel wollten, ihre Position noch verstärken können, und die, die einen Wechsel wollten, seien aber ohne Einfluß.[13] Aus der Sicht des Präsidenten könne die nicht rechtzeitige Beseitigung der Apartheid zu einer nicht mehr umkehrbaren Situation führen.[14]

Der *Bundeskanzler* erklärte, seine Position hierzu sehr offen darstellen zu wollen.

10 Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

11 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

12 Mit der Bitte um einen Antwortentwurf übersandte Regierungsdirektor Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 19. Juni 1987 das am 12. Juni 1987 im Bundeskanzleramt eingegangene Schreiben vom 5. Mai 1987, „mit dem Präsident Sassou-Nguesso als OAE-Vorsitzender bittet, die aktuellen Wirtschaftsprobleme Afrikas auf dem Venedig-Gipfel entsprechend zu berücksichtigen". Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 150155.

13 Zu den Wahlen in Südafrika am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 129, Anm. 35.

14 Ende der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

Ihm sei selten im politischen Leben so viel Heuchelei begegnet wie in der Frage der Sanktionen gegen Südafrika.[15] Auch bei der EG-Diskussion darüber sei dies der Fall gewesen; den meist starken Worten, mit denen in der Öffentlichkeit auch schnell politischer Gewinn zu erzielen war, seien keine Taten gefolgt. Er habe sich an dieser Diskussion nicht beteiligt.

Er, der Bundeskanzler, sei kein Freund der Apartheid. Es sei auch ein schwerer Fehler, das Rad der Geschichte anhalten zu wollen; es drehe sich weiter, und es gehe daher nur darum, es vernünftig in Bewegung zu halten.

Der Bundeskanzler räumte ein, daß seine Sicht der Dinge viel Geduld erfordere und wohl schwieriger zu vermitteln sei, jedenfalls sich nicht so gut auf dem Markt verkaufen lasse wie andere Meinungen.

Der Bundeskanzler erwähnte dem Präsidenten gegenüber die verschiedentlichen Verurteilungen der Politik der Bundesregierung gegenüber Südafrika durch die Organisation für Afrikanische Einheit[16]; er sei von der Vergabe schlechter Noten an die Adresse der Bundesregierung jedoch nicht beeindruckt.

Der Bundeskanzler führte hierzu einige Argumente an:

Einmal stelle die Bundesregierung 1987 ca. 44% der Gesamtzusagen der Entwicklungshilfe allein für den afrikanischen Kontinent bereit; Afrika sei damit die stärkste Empfängergruppe. Zu berücksichtigen dabei sei, daß wir nicht wie Frankreich mit den frankophonen Ländern und Großbritannien mit dem Commonwealth besondere historische Interessen in Afrika hätten.

Für die Bundesrepublik Deutschland sei es wichtig, in Afrika präsent zu sein.

Der erste Grund hierfür sei der der Menschlichkeit. Wir seien eines der reichsten Länder der Welt, die Nachkriegszeit und die in dieser Lage erfahrene Hilfe von außen seien nicht vergessen; Solidarität und mitmenschliche Hilfe seien eine der Grunderfahrungen seiner Politik.

Einen zweiten Grund habe der Präsident bereits selbst genannt; eine Welt mit einer Auseinanderentwicklung reicher und armer Länder könne nicht funktionieren; dies könne nicht gut gehen. Ein Miteinander sei wichtiger als ein Gegeneinander.

Drittens gehöre die Bundesrepublik Deutschland zu den wichtigsten Exportländern der Welt; zur Zeit sogar mit 38% der produzierten Güter und Dienstleistungen größtes Exportland der Welt. Wenn die Dritte Welt nicht kaufen könne, so könne auch nicht produziert werden. Dies sei die Philosophie für Venedig.

Der Bundeskanzler ging sodann dazu über, diese Überlegungen auf die Lage in der Republik Südafrika zu übertragen. Die Verhältnisse in diesem Lande müßten

15 Zur Haltung der Bundesregierung zu Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 54, Anm. 38, und Dok. 164, Anm. 22.

16 Vom 25. Februar bis 4. März 1986 fand in Addis Abeba die OAE-Ministerratstagung statt, bei der eine zunächst erwogene namentliche Verurteilung der Bundesrepublik und Großbritanniens wegen ihrer Haltung zu Südafrika schließlich nicht erfolgte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 184 des Botschaftsrats I. Klasse Fett, Addis Abeba, vom 3. März 1986; Unterabteilung 32, Bd. 138064.
Die OAE-Ministertagung vom 23. Februar bis 1. März 1987 in Addis Abeba verurteilte die Bundesrepublik, Großbritannien und die USA wegen ihrer ablehnenden Haltung zu Sanktionen gegenüber Südafrika in der Abstimmung im VN-Sicherheitsrat am 20. Februar 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 135 des Botschafters Oldenkott, Addis Abeba, vom 2. März 1987; Referat 322, Bd. 150156.

geändert werden, sie seien so nicht länger haltbar, aus menschlichen, aber auch aus Gründen der Vernunft.

Der Bundeskanzler betonte, daß er das Ergebnis der Wahl anders interpretiere als viele andere: Einen grundlegenden Fehler sehe er in der falschen Einschätzung des Charakters der dominanten weißen Bevölkerungsgruppen, der Briten, Deutschen und Niederländer. Sie seien verschieden, aber identisch in einem: Wenn man sie unter Druck setze, und dies in extremer Weise, erreiche man mit Sicherheit das Gegenteil.

Der Bundeskanzler verglich diese Politik und Verhaltensweise mit der Forderung Präsident Roosevelts im Jahre 1944 nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands[17]; dies habe Millionen Menschen das Leben gekostet. Den Deutschen sei damals eine andere Alternative, als weiterzumachen, kaum geblieben.

Dies sei auch letztlich der Grund, warum er, der Bundeskanzler, gegen Sanktionen sei. Es sei eben ein Irrtum, die Leute in der Wagenburg durch Druck von außen – der ja im Ergebnis kein Druck sei, da er das Gegenteil bewirke – zur Vernunft zu bringen.

Der Bundeskanzler erläuterte dem Gast die Auswirkungen von Sanktionen auf die schwarze Bevölkerung, die Umgehungsmöglichkeiten von Boykottmaßnahmen dieser Art.

Im Ergebnis der Wahl zeige sich, erläuterte der Bundeskanzler, eine nationalistische Welle, eine Resignation der Leute der Mitte und der Vernunft; rd. eine Million Nichtwähler zeigen dies deutlich, einer der interessantesten Aspekte des Wahlergebnisses. Gewonnen hätte lediglich der rechte Flügel.

Der Bundeskanzler erläuterte sodann die hieraus zu ziehenden Konsequenzen: Diese seien nicht, die Hände in den Schoß zu legen. Es müßte weiter auf allen möglichen und denkbaren Ebenen und mit aller Energie Einfluß geltend gemacht werden, um Präsident Botha klarzumachen, daß er nur noch wenig Zeit habe (drei bis vier Jahre, evtl. weniger, evtl. mehr, sicher aber nicht bis zum Jahre 2000), um eine evolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft auf den Weg zu bringen. Die Alternative sei Revolution.

Diese wäre dann nicht mit der Form der Entkolonialisierung in anderen Ländern (z.B. Unabhängigkeit Algeriens) zu vergleichen. Die Weißen hätten dort Heimatrecht und würden daher nicht freiwillig gehen. Die Konsequenz wären ein Bürgerkrieg und ein Blutbad ungeahnten Ausmaßes – bei dem den Schwarzen niemand helfen würde. Dies rechtzeitig zu erkennen, gebiete die Klugheit der Geschichte.

Der Bundeskanzler erläuterte abschließend einige beabsichtigte Maßnahmen der Bundesregierung. Wichtig sei, eine Veränderung der Lage vor Ort zu erwirken. Er sei gerade dabei, bei der deutschen Industrie Geld zu sammeln; die Bundesregierung werde dann einen gleich hohen Betrag dazulegen. Hiermit soll in großem Umfang die Aus- und Fortbildung Schwarzer gefördert werden; Botha werde nicht riskieren, dies zu verhindern.

17 Die Formel „unconditional surrender“ verkündete Präsident Roosevelt am 24. Januar 1943 in der Pressekonferenz zum Abschluß der Konferenz vom 14. bis 24. Januar 1943 in Casablanca mit Premierminister Churchill, wo das weitere militärische Vorgehen abgesprochen und wichtige Kriegsziele formuliert wurden. Für den Wortlaut vgl. FRUS, Washington and Casablanca, S. 726–731, bzw. DzD I/4, S. 129.

Parallel dazu müsse Botha unentwegt vor die Entscheidung gestellt werden, rechtzeitig das Notwendige zu tun; nicht zu spät und zu wenig, wie in der Vergangenheit.

Der Bundeskanzler betonte, daß er in der Beurteilung der Rassendiskriminierung und der Apartheid mit dem Präsidenten weitgehend übereinstimme. Er sehe nur die Notwendigkeit, zu deren Überwindung einen anderen Weg einzuschlagen, einen Weg, der ehrlich und später verantwortbar sei.

Der *Präsident* stellte fest, daß ihn diese Ausführungen tief bewegt hätten. Er bat aber auch um Verständnis für das Verhalten und die Motivation Schwarzer. Wer akut an Hunger leide, bei dem komme der Appell, vernünftig zu sein und abzuwarten, nur schwer an. Die Schwarzen Südafrikas lebten heute in diesem Lande und seien jetzt Opfer der Apartheid, und sie meinten, man müsse heute und nicht irgendwann in der Zukunft dagegen etwas tun. Der Protest der Schwarzen reiche zeitlich weit zurück. Man habe am Anfang vorsichtig nur zu Steinen gegriffen, erst jetzt zu Waffen.

Der *Bundeskanzler* dankte dem Gast nochmals für das offene Gespräch über bilaterale und vor allem über die afrikapolitischen Themen. Er habe in weiten Bereichen Übereinstimmung feststellen können und hoffe auf eine Fortsetzung dieser Art der Gespräche. Er bat um Unterrichtung, falls er im bilateralen Bereich oder in Afrika betreffenden Fragen etwas tun könne.

Referat 412, Bd. 130565

135

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros der USAP, Havasi

15. Mai 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär (Wirtschaft) der USAP, Ferenc Havasi, Freitag, 15.5.1987, 11.00 Uhr bis 12.40 Uhr

Lage in der Sowjetunion

Der *Bundeskanzler* hieß Havasi herzlich willkommen und erkundigte sich nach dem Befinden von Kádár.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 18. Mai 1987 gefertigt.
Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, legte die Aufzeichnung am folgenden Tag mit zwei weiteren Aufzeichnungen über die Gesprächsteile „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ sowie „Ostpolitik/NSWP-Staaten“ über Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, Bundeskanzler Kohl vor mit der Bitte um Genehmigung und Zustimmung zur „Weitergabe an das Auswärtige Amt – z. Hd. des Staatssekretärs“. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

Havasi bedankte sich für das Gespräch und berichtete, daß Kádár am 26. Mai 75 Jahre alt werde. An diesem Tage werde er in Ungarn gefeiert werden. Es sei ja bekannt, daß es vielfältige Gerüchte über einen möglichen Rücktritt von Kádár gebe. Es spreche jedoch vieles dafür, daß dieser im Amt bleiben werde, auch wenn es für ihn menschlich sicherlich nicht einfach sein werde, diese Entscheidung zu treffen. Die internationale Akzeptanz wie die wirtschaftliche Lage Ungarns sprächen jedoch dafür. Vor allem richte sich die Erwartung an ihn, die ungarische Führung zu verjüngen. Kádár verfüge innerhalb der Führung, im ZK und im Parlament über eine hohe persönliche Autorität. Für ihn sei es deshalb leichter, solch schwierige Entscheidungen zu treffen als für andere. Sein Name sei gewissermaßen ein Markenzeichen für Ungarn.[2]

Wenn jetzt in Ungarn ein Wechsel an der Spitze vollzogen würde, würde dies dazu führen, daß die Partner Ungarns auf Wartestellung gingen, bis sie in der Lage seien, die neue Führung einzuschätzen. Ungarn könne sich eine solche Entwicklung nicht leisten. Als Ligatschow in Ungarn gewesen sei[3], habe er ebenfalls nach der Zukunft von Kádár gefragt.

Der *Bundeskanzler* bat Havasi um eine Einschätzung von Ligatschow, ob es zuträfe, daß dieser ein neuer Suslow sei. *Havasi* verneint diese Frage. Nach seiner Einschätzung sei dieser viel mehr ein Puritaner. Ligatschow sei in Ungarn eine angenehme Enttäuschung gewesen. Persönlich wirke er wie ein Seminarist. Ungarn sei für Ligatschow neu gewesen. Er sei noch nie zu Besuch gewesen. Er habe während seines Besuches die ungarischen Reformen eingehend studiert. Sie hätten ursprünglich befürchtet, daß Ligatschow die privatwirtschaftlichen Segmente in Ungarn nicht begreifen und akzeptieren werde. Tatsächlich sei Ligatschow jedoch auf die ungarische Entwicklung neidisch gewesen und habe ständig seinen Botschafter[4] gefragt, warum es dies alles nicht auch in der Sowjetunion gebe; z. B. private Pachtrestaurants, Privatmärkte und anderes mehr. Er habe auch Touristen aus Österreich und Deutschland auf der Straße befragt. Die ungarische Führung hätte ihm vorher Zahlen über die Entwicklung des Tourismus in beiden Richtungen genannt. Man habe ihm gesagt, daß, bezogen auf die zehn Millionen Einwohner Ungarns, so viele Touristen jährlich das Land besuchten, als wenn die Sowjetunion über 500 Millionen Einwohner verfügen würde.

Havasi schilderte Ligatschow als einen Mann, der von dem Enthusiasmus der alten Bolschewiken geprägt sei. Dieser Enthusiasmus sei nicht besonders gut

2 Beim Plenum des ZK der USAP am 23./24. Juni 1987 und der Sitzung des ungarischen Parlaments am 25./26. Juni 1987 erfolgten zahlreiche Änderungen in der Staats- und Parteiführung. Ministerpräsident wurde der bisherige Erste Sekretär der USAP in Budapest, Grósz; auch das Mitglied des ZK der USAP, Havasi, wurde abgelöst. Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix erläuterte am 26. Juni 1987: „Mit Havasi wurde der hervorragende Vertreter der ungarischen Wirtschaftspolitik abberufen. Er mußte offenbar als Sündenbock für die schwierige Wirtschaftslage herhalten." Die Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik seien noch nicht absehbar, doch sei keine radikale Wende zu erwarten. Vgl. Referat 214, Bd. 139466.

3 Der Sekretär des ZK der KPdSU, Ligatschow, hielt sich vom 22. bis 26. April 1987 in Ungarn auf. Botschaftsrat I. Klasse Meincke, Budapest, berichtete am 28. April 1987, auffallend sei gewesen, welch großes Interesse Ligatschow „an einer Unterstützung des Umgestaltungsprozesses durch Ungarn immer wieder zum Ausdruck brachte". Allerdings habe Ungarn im Konflikt mit Rumänien keine Unterstützung erhalten, da Ligatschow verkündet habe, „daß die SU keine Schiedsrichterrolle übernehmen wolle". Vgl. den Drahtbericht Nr. 495; Referat 214, Bd. 139504.

4 Boris Stukalin.

fundiert, vielmehr etwas naiv. Z. B. habe man über die Probleme beim RGW gesprochen. Ligatschow habe gefordert, daß die Arbeitsteilung innerhalb des RGW verstärkt und die nationalen Volkswirtschaftspläne internationalisiert werden sollten. Die ungarische Führung hätte ihm gesagt, daß dies nicht möglich sei, weil die Interessen nicht übereinstimmen würden. Außerdem gebe es keine gemeinsame Währung, und auch andere Voraussetzungen würden fehlen.

Ligatschow habe darum gebeten, daß man ihm das Konzept des ungarischen Modells zusende. Es sei ihm gesagt worden, daß solche Unterlagen schon 1972 nach Moskau gesandt worden seien, jedoch ohne Wirkung geblieben seien.

Die Bedeutung von Ligatschow zeige sich darin, daß er die Sitzungen des Zentralkomitees leite, während Gorbatschow dem Politbüro vorsitze. Ligatschow sei ein Anhänger von Gorbatschow und verteidige dessen Positionen in allen Bereichen. Sicherlich seien seine Positionen etwas dogmatischer als die von Gorbatschow. Dennoch könne man sagen, daß er vorbehaltlos hinter Gorbatschow stünde.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß es vielfältige Diskussionen im Westen gäbe, daß Ligatschow gewissermaßen der Treuhänder des dogmatischen Flügels sei. Dies hätte man auch in Ungarn gehört, erwiderte *Havasi*. Dieser Eindruck hätte sich jedoch bei einem Besuch Ligatschows in Ungarn nicht bestätigt. Sicherlich sei er der Leiter des Apparates und für die Republiken verantwortlich. Dazu brauche er Härte. Er habe aber persönlich Gorbatschow bei der Lösung der personellen Probleme geholfen.

Der *Bundeskanzler* berichtete über sein Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Murachowskij.[5] Dieser habe erläutert, daß er alles in der sowjetischen Landwirtschaft ändern wolle. An diesem Gespräch habe auch der für die Landwirtschaft Verantwortliche aus der Ukraine teilgenommen. Man wisse ja, daß dort kein besonderer Freund von Generalsekretär Gorbatschow die Parteiführung in der Hand habe. *Havasi* nickte zustimmend. Der *Bundeskanzler* berichtete über seinen Besuch bei dem Parteivorsitzenden der Ukraine, Schtscherbitzkij[6].

Havasi erklärte, daß Murachowskij zu dem progressiven Flügel gehören solle. Es sei wichtig, daß die Sowjetunion jetzt bereit sei, 120 ha für die private Bewirtschaftung von Familien zu akzeptieren. Dieser Boden werde an Familien verpachtet, denen gleichzeitig Saatgut, Dünger und Maschinen zur Verfügung gestellt würden. Ein solches Familienunternehmen müsse einen Vertrag mit der Kolchose über die Quote der Ablieferungen schließen. Der Rest stünde zur freien Verfügung. Dieses System werde sich sicher bewähren und folge dem ungarischen Modell.

Der *Bundeskanzler* fragte Havasi, wie er die Position von Generalsekretär Gorbatschow selbst beurteile. *Havasi* antwortete, daß er persönlich glaube, daß Gorbatschow fest im Sattel säße. Der *Bundeskanzler* fragte nach der Rolle von

5 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij am 4. Mai 1987 vgl. Dok. 125, Anm. 5.

6 Bundeskanzler Kohl hielt sich anläßlich seines Besuchs in der UdSSR vom 4. bis 7. Juli 1983 am 6./7. Juli 1983 in der Ukraine auf. Mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Schtscherbitzkij, sprach er über Fragen der Rüstungskontrolle, die wirtschaftliche Situation der Ukraine und den Zweiten Weltkrieg. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Gromyko, vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. *Havasi* verneinte, daß Gromyko noch eine wichtige Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik spiele. Gorbatschow respektiere Gromyko, weil dieser ihn unterstützt habe, Generalsekretär zu werden. Gromyko selbst hätte das Angebot gehabt, Generalsekretär zu werden, habe jedoch auf den jüngeren Gorbatschow verwiesen.

Havasi faßt zusammen: Die Sowjetmenschen möchten die „Umgestaltung" auch am Warenangebot sehen. Man habe akzeptiert, daß man persönliche Konsequenzen ziehen müsse, daß gewisse Personen von ihren Ämtern abgelöst werden müßten, daß das System in gewissem Maße geändert werden müsse.

Nunmehr aber erwarteten die Leute greifbare Erfolge – diese aber seien, insbesondere was die Versorgung der Menschen angehe, noch nicht sichtbar, weil man bestehende Strukturen, etwa im Bereich der Ministerien, zerstört habe.

BK pflichtet bei: Gorbatschow unternehme ein ungeheures Experiment. Rational müsse man sich sagen, daß es in vielen Punkten nicht funktionieren könne.

Nun gebe es aber – nicht nur bei uns – zwei Positionen, die er beide für abwegig halte:

– Zu behaupten, es sei nichts passiert, und eine Checkliste[7] zu präsentieren, die abgehakt werden müsse, bevor man Änderungen zur Kenntnis nehme.
– Zu glauben, es sei schon alles passiert – dies stimme natürlich auch nicht.

Worte seien keine Taten, aber man könne damit unumkehrbare Prozesse in Gang setzen. So auch bei Gorbatschow: Er habe sich mit Worten derart engagiert, daß es kein Zurück mehr gebe, ohne daß er sein Prestige völlig verliere.

Gorbatschows Politik sei nicht so sehr aus der kommunistischen Ideologie als aus der russischen Geschichte zu verstehen. Es gehe um eine Revolution von oben, wie sie Peter der Große im 18. Jahrhundert und zwei seiner Nachfolger im 19. Jahrhundert versucht hätten: Die beiden letzteren seien bekanntlich ermordet worden, und zwar von denen, die eigentlich Nutznießer der Reformen hätten sein sollen.[8]

Nach Stalin habe es keinen Generalsekretär gegeben, der so grundlegende Reformen versucht habe, auch nicht Chruschtschow: Dieser habe zwar in der Wirtschaftsphilosophie Libermans[9] das Rüstzeug gehabt, sei jedoch zu sprunghaft gewesen. Jetzt seien die Schüler Libermans am Werk! *Havasi* wirft ein: Bogomolow.

BK fährt fort, nach dem Abtreten der „alten Garde" habe es Gorbatschow in der Führungsebene leichter, er müsse aber das ganze Land total ändern.

7 Korrigiert aus: „Scheckliste".
8 Zar Paul I. wurde am 24. März 1801 ermordet, sein Urenkel Alexander II. am 13. März 1881.
9 In einem Artikel über staatliche Planvorgaben, Gewinne und Prämien sprach sich Jewsei Liberman am 9. September 1962 für eine größere Freiheit der Betriebe bei der Umsetzung staatlicher Planvorgaben aus. Durch Beteiligung der Betriebe an Gewinnen sowie die Vergabe von Prämien an die Beschäftigten sollte zudem deren Interesse an einer Erhöhung der Gewinne gesteigert werden. Für den deutschen Wortlaut des Artikels „Plan, pribyl', premija" vgl. OST-PROBLEME 14 (1962), Heft 21, S. 661–664.

Gorbatschows Ausgangslage sei anders als etwa die Ungarns: Dort habe die schreckliche Tragödie von 1956[10] die Reformen ausgelöst. Er sehe es als größte Leistung GS Kádárs an, daß er mit ungeheurem Mut – damals der meist gehaßte Mann in seinem Lande – Konsequenzen gezogen habe. Aber sein Bild in der Geschichte sei heute ganz anders.

Ob Gorbatschow ein Mann dieser Art sei, wisse er – BK – nicht. Er sei sicher ein sehr intelligenter Mann, doch komme es weniger auf Intelligenz als auf den Charakter an. Mit der Beurteilung Staatspräsident Mitterrands, der 17 Stunden mit Gorbatschow unter vier Augen und im kleinen Kreis mit Ehefrauen[11] zusammengewesen sei[12], stimme er überein: Man dürfe Gorbatschow nicht als Einzelperson, man müsse auch das Ehepaar Gorbatschow würdigen – interessanterweise gelte dasselbe für den amerikanischen Präsidenten!

Mit Staatspräsident Mitterrand stelle er – BK – sich hinsichtlich Gorbatschows die gleiche Frage: Wird er durchhalten? Dies wäre natürlich in unserem Interesse. Er – BK – habe Präsident Reagan von Anfang an geraten zu versuchen, mit GS Gorbatschow etwas zu bewegen. (Exkurs über Gespräche vor und nach dem Genfer Gipfel[13].) Reagan, der im Gegensatz zu Gorbatschow kein Intellektueller sei und sich in einem einfachen Koordinatensystem des persönlichen Vertrauens bewege, habe ihm im Ergebnis recht gegeben: „The chemistry is right."

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

10 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

11 Raissa Gorbatschowa und Danielle Mitterrand.

12 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 200.

13 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen sich vom 19. bis 21. November 1985 in Genf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

136

Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Jelonek und Freiherr von Richthofen

420-420.30/1 TUR VS-NfD **15. Mai 1987**[1]
203-321.15 TUR VS-NfD

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Deutsch-türkische StS-Gespräche;
hier: Weiteres Vorgehen nach Eingang des EG-Beitrittsantrages der Türkei[4]

Bezug: Vorlage vom 9.10.1986 – 420-420.30/1 TUR[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu II. 2)–5)

I. Am 14.4.1987 hat die Türkei ihren angekündigten Antrag auf EG-Beitritt gestellt. Dieser Antrag wurde vom AM-Rat am 27.4.87 gemäß Art. 237 EWG-Vertrag[6] zur Prüfung an die EG-Kommission überwiesen. Damit ist für die deutsch-türkischen StS-Gespräche eine neue Lage eingetreten, da wir auf der Parallelität dieser Gespräche zu den Freizügigkeitsverhandlungen EG–Türkei im Rahmen des Assoziationsabkommens[7] bestanden haben. Dabei sind wir davon

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Siemes und Legationsrat Amelung konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 27. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe beigefügte Bemerkungen und Anmerkungen in der Vorlage."
Im Begleitvermerk notierte Ruhfus am selben Tag für Bundesminister Genscher: „1) Ich empfehle, daß das AA sich dafür einsetzt, daß grünes Licht gegeben wird für Expertengespräche über Rüstungssonderhilfe und Industrialisierungshilfe. 2) Dabei sollte der Türkei zu verstehen gegeben werden, daß wir auch nach der durch den Beitrittsantrag geschaffenen neuen Lage an Ihren Absprachen mit Präsident Evren und AM Halefoğlu festhalten (keine abträglichen Auswirkungen für D in der Freizügigkeitsfrage). 3) Für dieses Vorgehen sollten wir zunächst Einverständnis des Bundeskanzlers einholen und dann die Ressorts durch StS-Besprechung einbinden. 4) Die Entscheidung ist eilbedürftig, da die Türken und auch BMVg und BMF auf baldige Aufnahme der Expertengespräche drängen." Vgl. Referat 413, Bd. 145102.

3 Hat Bundesminister Genscher am 5. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 5. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Höynck an Referat 420 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 9. Juni 1987 vorgelegen.
Hat in Vertretung von Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 9. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Höynck am 10. Juni 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk des Staatssekretärs Ruhfus vom 27. Mai 1987; Referat 413, Bd. 145102.

4 Vgl. dazu die Gespräche der Staatsministerin Adam-Schwaetzer und des Staatssekretärs Ruhfus mit dem türkischen Staatsminister Bozer am 3. April 1987; Dok. 93.

5 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup zur zweiten Runde der Staatssekretärsgespräche mit der Türkei am 6./7. Oktober 1986 in Ankara vgl. AAPD 1986, II, Dok. 274.

6 Für den Wortlaut von Artikel 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

7 Zum Assoziationsabkommen zwischen der EWG und der Türkei vom 12. September 1963, zu den Verhandlungen über die Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der EG-Mitgliedstaaten und zum Verhandlungsangebot der Europäischen Gemeinschaften vom 27. November 1986 vgl. Dok. 25, Anm. 29, und Dok. 93, Anm. 21.

ausgegangen, daß eine Wiederbelebung des Assoziationsabkommens, flankiert durch deutsche Sonderhilfen, es der Türkei auch innenpolitisch ermöglicht, die Wanderung türkischer Arbeitskräfte in den EG-Raum, hier insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland, gleichsam auf Null zu halten. Diesbezügliche Wünsche der Bundesregierung (BK-Gespräche mit MP Özal[8] und BM-Gespräche mit AM Halefoğlu[9]) haben die Türken bis heute im wesentlichen[10] honoriert.

In der zweiten StS-Runde im Oktober 1986 in Ankara war ein Mandat zur Aufnahme von Expertengesprächen über unser Angebot in den Bereichen Rüstungssonderhilfe und Industrialisierungshilfe im Frühjahr 1987 erteilt worden. Die Türkei drängt nun auf Aufnahme dieser Gespräche. Andererseits ist zur Zeit aber nicht klar, ob und ggfs. wann die EG–Türkei-Gespräche im Rahmen des Assoziationsverhältnisses fortgesetzt werden können. Damit stellt sich die Frage, ob wir an einer strikten Parallelität der bilateralen Gespräche mit denen im Rahmen des Assoziationsverhältnisses noch festhalten sollen.

Konkret ist zu entscheiden, entweder die Expertengespräche aufzunehmen, zügig zu Ende zu führen und nach deren Abschluß im Herbst 1987 eine dritte StS-Runde durchzuführen oder die Aufnahme der Expertengespräche hinauszuzögern, sei es auf unbestimmte Zeit oder so lange, bis die türkische Haltung zu dem Angebot der EG über die Freizügigkeitsfrage im Rahmen des Assoziationsabkommens deutlich wird.

Bei dieser Entscheidung sollten wir uns weiter an dem Ziel orientieren, daß die Türkei auch nach dem Beitrittsantrag unsere besondere Problematik bei der Freizügigkeit berücksichtigt. Dies ist nur zu erreichen, wenn wir uns weiterhin aktiv einsetzen für ein gutes bilaterales Verhältnis mit der Türkei. Das bedeutet, daß wir das von uns unterbreitete Angebot aufrechterhalten sollten. Dabei dürfen wir allerdings nicht den Eindruck erwecken, daß wir uns für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entschieden haben. Dabei wäre ferner auf den Zweck dieses Angebots bezüglich des türkischen Verhaltens in der Freizügigkeitsfrage ausdrücklich hinzuweisen.

II. 1) Zur Ausgangslage

1.1) Rüstungssonderhilfe

a) Wir haben der Türkei im Rahmen der zweiten StS-Runde angeboten, ihr eine Rüstungssonderhilfe in Form der unentgeltlichen Abgabe von 150 Leopard-1-

8 Ministerpräsident Özal hielt sich am 16. April 1985 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. AAPD 1985, I, Dok. 92.
Kohl besuchte die Türkei vom 9. bis 11. Juli 1985. Für das Gespräch mit Özal am 9. Juli 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 185.
Ein weiteres Gespräch führten Kohl und Özal am Rande der Konferenz der Europäischen Demokratischen Union, die vom 17. bis 20. September 1986 in Wien stattfand. Vgl. dazu den Artikel „EDU-Parteikonferenz in Wien"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. September 1986, S. 3.

9 Vgl. dazu die Zusagen der türkischen Regierung gegenüber Bundesminister Genscher bei dessen Besuch am 6./7. März 1984 in der Türkei sowie das deutsch-türkische Regierungsgespräch am 5. September 1984; AAPD 1984, I, Dok. 77, bzw. AAPD 1984, II, Dok. 229.
Im Gespräch mit dem türkischen Außenminister Halefoğlu am 27. Mai 1986 in Ankara betonte Genscher, man müsse „den Eindruck vermeiden, als ob das im Zusammenhang mit der EG-Assoziierung diskutierte Problem der Freizügigkeit im Rahmen dieses Staatsbesuchs gelöst werden könne". Halefoğlu habe dem zugestimmt: „AM betonte, beide Seiten stimmten überein, nichts zu tun, was der anderen Seite schaden könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1002 des Ministerialdirigenten von Ploetz, z. Z. Ankara, vom 27. Mai 1986; Referat 206 (203), Bd. 151040.

10 Die Wörter „im wesentlichen" wurden von Staatssekretär Ruhfus handschriftlich eingefügt.

Panzern zu gewähren. Krauss-Maffei bedarf dringend neuer Aufträge (hier Instandsetzung und Umrüstung der 150 Leopard 1). Andernfalls drohen bereits ab 1988 Entlassungen. Aus haushaltstechnischen Gründen bedeutet dies, daß die Gespräche über dieses Projekt mit der türkischen Seite bis Ende 1987 weitgehend abgeschlossen sein müßten. Die Finanzierung des Vorhabens ist inzwischen durch Einstellung einer VE[11] in Höhe von 274 Mio. DM in den Einzelplan 014 für 1988 gesichert.

b) Darüber hinaus wurde der Türkei angeboten, für die Teilfinanzierung einer Koproduktion von gepanzerten Gefechtsfeldfahrzeugen eine Hermes-Bürgschaft in Höhe von 250 Mio. DM zu gewähren. Krauss-Maffei hat bereits eine Hermes-Bürgschaft zur Deckung der vollen Investitionskosten (1,2 Mrd. DM) beantragt. BMVg hat ein starkes Interesse am Zustandekommen dieser Kooperation.[12] Eine Überprüfung unserer Möglichkeiten zur Erhöhung der Bürgschaftszusage könnte in absehbarer Zeit erforderlich werden, da KM dabei im Wettbewerb mit starken britischen und US-Konkurrenten steht.

1.2) Industrialisierungshilfe

Die Mittel für die angebotene Sonderindustrialisierungshilfe (150 Mio. DM in drei Jahrestranchen) sind bereits im Haushalt des BMZ vorgesehen.

2) Weitere Behandlung der Freizügigkeitsfrage

2.1) Wie MP Özal dem BK am 21.4.1987 schrieb, will die Türkei die Frage der Freizügigkeit nun im Rahmen des Beitrittsprozesses weiterbehandeln. Dies könnte bedeuten, daß sie dieses Thema im Rahmen der Assoziation einstweilen ruhen läßt. Nach Informationen der Botschaft beabsichtigt die Türkei aber, zumindest die Frage der Situation der in der EG lebenden Türken auch im Rahmen der Assoziation mit der EG weiterzuverfolgen. Dies würde in der Sache ein Verhandeln über das im November 1986 von der EG im Rahmen der Freizügigkeitsgespräche unterbreitete entsprechende Angebot bedeuten.

2.2) In unserem Interesse liegen minimale Konzessionen zur Freizügigkeit als EG-Position.

3) Weitere Behandlung unseres bilateralen Angebots

3.1) Unsere ursprüngliche Absicht, im Gegenzug zu unseren Sonderleistungen eine endgültige Regelung der Freizügigkeitsfrage zu erreichen, war ohnehin angesichts der Vertragslage auf der Basis des überreichten Angebots kaum zu verwirklichen und[13] ist nun durch den Beitrittsantrag überrollt. Unser Angebot kann nicht bis zu eventuellen Beitrittsverhandlungen (die wir gar nicht wollen) in der Schwebe bleiben.

3.2) Ein langjähriges in der Schwebe Halten müßte von türkischer Seite praktisch als Rücknahme des Angebots verstanden werden. Dies würde zu einer schwerwiegenden Belastung der bilateralen Beziehungen führen, zumal die türkische Regierung bereits unsere starken Vorbehalte gegen die prozedurale Behandlung ihres Beitrittswunsches nicht verstanden hat. Hinzu kommt, daß BK in seinem

11 Verpflichtungsermächtigung.

12 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich: „StS Timmermann (BMVg) hat am 16.5. großes Interesse des BMVg deutlich gemacht."

13 Der Passus „war ohnehin … verwirklichen und" wurde von Staatssekretär Ruhfus gestrichen.

Gespräch mit MP Özal im Jahre 1985, auf das die StS-Gespräche zurückgehen, keinen direkten Zusammenhang mit der Freizügigkeitsfrage hergestellt hat. Es könnte den von türkischer Seite bisher demonstrierten „good will", den wir durch unsere Angebote erneuern bzw. stärken wollten, in Frage stellen und der Türkei einen Vorwand liefern, ihre bisher gezeigte Rücksichtnahme auf unsere Interessen in der Freizügigkeitsfrage, sei es im Rahmen der Assoziation, sei es im Rahmen von Beitrittsverhandlungen, aufzugeben.

Wir haben außerdem ein erhebliches Eigeninteresse an einer zügigen Einigung mit der Türkei über die Rüstungssonderhilfe. Abgesehen von industrie- und arbeitsmarktpolitischen Erwägungen bestand schon vor Aufnahme der bilateralen StS-Gespräche im Dezember 1985[14] Einvernehmen zwischen den Ressorts über die sicherheits- und bündnispolitische Bedeutung einer neuen Sonderhilfe unabhängig vom Ergebnis der[15] Freizügigkeitsverhandlungen.

3.3) Im Ergebnis sprechen alle vorstehenden Argumente dafür, daß wir unser bilaterales Hilfsangebot aufrechterhalten und den Zusammenhang des Angebots mit der Freizügigkeitsfrage neu definieren.

4) Zukünftige Verbindung unseres Angebots mit der Freizügigkeitsfrage

4.1) Wir befinden uns jetzt in erheblich günstigerer Lage als zu der Zeit, als wir den Gedanken der Parallelität eingeführt haben. Im Gegensatz zu damals

– stehen wir nicht mehr unter dem Druck des Fristablaufs zum 30.11.1986;
– können wir uns der Unterstützung der anderen EG-MS in der Freizügigkeitsfrage aus dem Assoziationsabkommen inzwischen sicher sein.

4.2) Es kommt jetzt für uns darauf an, zu verhindern, daß die Türkei das Freizügigkeitsproblem hochspielt, bevor in einigen Jahren Klarheit über die weitere Behandlung des türkischen Beitrittsantrages geschaffen wird. Dieses Ziel sollten wir der Türkei gegenüber ausdrücklich erwähnen, ohne es zum Gegenstand förmlicher Absprachen zu machen.

5) Weiteres Vorgehen

5.1) Da es darum geht, die gegenwärtige Unsicherheit über das weitere türkische Verhalten möglichst bald in die von uns gewünschte Richtung zu lenken, teilen wir der Türkei möglichst bald mit, daß – und aus welchem Grund (Ziffer 4.2.) – wir unser Angebot aufrechterhalten und zur Vereinbarung eines baldigen Termins für die Expertengespräche bereit sind.[16]

5.2) Wenn Sie diesem Vorgehen zustimmen, sollten wir jedoch erst dann an die türkische Seite herantreten, wenn das Bundeskanzleramt uns sein Einverständnis dazu mitgeteilt hat. Dabei wird seitens BK auch zu entscheiden sein, ob die Ressorts vorab nochmals zu befassen sind. (BMZ und BMVg sind zu umgehender Aufnahme der Expertengespräche bereit, andere Ressorts – namentlich BMF,

14 Zur ersten Runde der Staatssekretärsgespräche mit der Türkei am 5./6. Dezember 1985 in Bonn vgl. AAPD 1985, II, Dok. 338.

15 Korrigiert aus: „unabhängig der".

16 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Grundlage bleiben Absprachen BM – Evren und BM – Halefoğlu: ‚Türkei wird alles tun, um in Freizügigkeitsfrage abträgliche Auswirkungen für D[eutschland] zu vermeiden.'"
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren am 20. November 1982 in Ankara vgl. AAPD 1982, II, Dok. 314.

BMI, BMA – werden möglicherweise Widerspruch einlegen, weil sie die Parallelität enger auslegen.)[17]

Jelonek
Richthofen

Referat 413, Bd. 145102

137

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Freiherr von Stenglin

514-516.80/2 **15. Mai 1987**[1]

Betr.: Gespräch des Koordinators des UNHCR für Flüchtlingsfragen in Europa und Nordamerika, Widgren, mit Staatssekretär Sudhoff und Dg 23[2] am 7. Mai 1987

An den beiden getrennt geführten Gesprächen nahmen von UNHCR-Seite, neben Herrn Widgren, Herr van Rooyen, UNHCR-Repräsentant in Bonn, Herr van Leeuwen, stellvertretender Leiter des UNHCR-Regionalreferats Europa und Nordamerika, und von seiten des Auswärtigen Amtes auch Referatsleiter 231[3] und VLR von Stenglin, Referat 514, teil.

Aus den Gesprächen ist folgendes festzuhalten:

1) Staatssekretär Sudhoff sprach sich anerkennend im Hinblick auf die Arbeit des UNHCR aus und betonte unseren Wunsch nach einer Fortsetzung der engen Zusammenarbeit.[4] Er erläuterte die unveränderten Grundprinzipien unserer Asyl- und Flüchtlingspolitik, wobei er auf die hohen Belastungen der Bundes-

17 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich befürworte vorherige Befassung der beteiligten Ressorts durch StS-Besprechung. Wir können BMI und BMA in diesen wichtigen Fragen nicht übergehen. StS Neusel (BMI) zeigte persönliches Verständnis für das unter 4.2. und 5.1. der Aufzeichnung vorgeschlagene Vorgehen."

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Giesder am 18. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seiwert verfügte.
Hat Seiwert vorgelegen.

2 Hans-Peter Bazing.

3 Manfred Giesder.

4 Ministerialdirigent Bazing notierte am 15. April 1987: „Die Beziehungen zwischen der Bundesregierung, vor allem dem Bundesministerium des Innern, und dem UNHCR sind in den letzten Jahren nicht immer frei von Spannungen gewesen. So führte 1983 die Veröffentlichung eines sehr kritischen UNHCR-Berichtes über Asyl-Unterkünfte in der Bundesrepublik Deutschland zu Irritationen und zu einer mehrmonatigen Verschiebung des Besuchs des damaligen Hochkommissars Poul Hartling. Seit Jahren nimmt kein Vertreter des Bundesinnenministeriums an den jährlichen Sitzungen des UNHCR-Exekutivrates teil. […] Die Bundesrepublik Deutschland hat als wichtiges Aufnahmeland für Asylbewerber und als drittgrößtes Geberland nach USA und Japan an einem guten Verhältnis zum UNHCR ein eigenes Interesse." Vgl. Referat 231, Bd. 148299.

republik Deutschland in den letzten 11/2 Jahren durch den Massenzustrom von Wirtschaftsflüchtlingen hinwies. Da die Grenzen des Zumutbaren für ein dichtbesiedeltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland erreicht worden seien, hätte die Bundesregierung Gegenmaßnahmen ergreifen müssen.[5] Diese richteten sich aber nicht gegen die wirklich Verfolgten. Im Gegenteil, sie dienten ihrem Schutz. Bundesregierung sehe nämlich die Gefahr, daß der traditionell große Goodwill und das Mitgefühl der deutschen Öffentlichkeit für Flüchtlinge durch den Massenzustrom der Nichtverfolgten Schaden leiden könnten, was unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Herr Widgren betonte, daß er und der UNHCR[6] Verständnis für die Handlungsweise der Bundesregierung wie auch der anderen westeuropäischen Regierungen haben. Aufgrund des Massenansturmes des vergangenen Jahres auf ihre Grenzen habe die Bundesregierung unter großem Druck handeln müssen, wobei sie keinen Spielraum gehabt habe. Diese schwierige Lage habe er als der für Flüchtlingsfragen in der schwedischen Regierung Verantwortliche selbst erlebt.[7] Er habe aber auch erkennen müssen, daß durch die ergriffenen Abwehrmaßnahmen seines Landes die Beziehungen zu befreundeten Staaten, selbst zu einem so eng befreundeten Nachbarn wie Dänemark, in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Dies zeige die Notwendigkeit, nach einer Phase der nationalen Alleingänge im Flüchtlingsbereich nun zu einer Phase der engen Zusammenarbeit und Abstimmung zu kommen. Diese Erfahrungen hätten ihn bestärkt, das ihm vom UNHCR angebotene Amt am 1. April d.J. zu übernehmen. Er sehe seine Aufgabe in erster Linie darin, den in Bern-Gerzensee im Februar d.J. wieder in Gang gekommenen Konsultationsprozeß innerhalb der europäischen und nordamerikanischen Hauptaufnahmeländer zu unterstützen.[8] Dabei verstehe er seine

5 Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 26. August 1986; Dok. 38, Anm. 17.

6 Jean-Pierre Hocké.

7 Vor seiner Ernennung zum Koordinator für Flüchtlingsfragen in Europa und Nordamerika durch den UNHCR am 1. April 1987 war Jonas Widgren seit 1982 Staatssekretär im für Einwanderungsfragen zuständigen schwedischen Arbeitsministerium.
Legationsrat I. Klasse Kolb, Stockholm, berichtete am 30. Juni 1987, in Schweden spitze sich die Lage im Asylbereich zu. Die für Ausländerfragen zuständige Behörde rechne bis Jahresende mit ca. 18500 Asylsuchenden, wobei „sich der eigentliche Asylantenansturm 1986 erst in den Monaten Juni–September abspielte, z.T. mit einer Verdreifachung der Zahlen der Monate Januar–Mai. Hält Schweden seinen bisherigen Anerkennungs- bzw. Duldungsstandard von fast 90 Prozent aufrecht, würde dies einen enormen weiteren Zustrom bedeuten, womit die Aufnahmekapazitäten des Landes möglicherweise überschritten werden." Laut Behördenmitteilung verbreite sich in der Bevölkerung zwar Unbehagen, „aber der politische Wille zu restriktiverer Handhabung der rechtlichen Möglichkeiten fehle. Eine solche Handhabung sei nur punktuell im Falle Polens gelungen, wo eine rigorose Verweigerungspraxis zu einem weitgehenden Rückgang der Antragssteller geführt habe". Vgl. den Drahtbericht Nr. 193/194; Referat 514, Bd. 190565.

8 Am Konsultativtreffen der Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen vom 13. bis 17. Februar 1987 in Bern-Gerzensee nahmen neben dem UNHCR Vertreter Australiens (Beobachter), Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Schwedens und der Schweiz teil. Legationsrat I. Klasse Freiherr von Stenglin notierte dazu am 9. März 1987: „Die vorangegangenen Treffen von Stockholm und Den Haag waren im Zusammenhang mit den Folgen der ersten großen Flüchtlingswelle aus der Dritten Welt Anfang der 80er Jahre zustande gekommen." Das jüngste Treffen in Bern-Gerzensee habe drei Schwerpunkte gehabt: „iranische Flüchtlinge in der Türkei; Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und die Kontrolle illegaler Einreisen (‚irregular movements'); Rolle der Entwicklungshilfe bei der Bekämpfung der ‚irregular movements'." Dafür seien Arbeitsgruppen gebildet worden, in denen die jeweiligen „working papers" überarbeitet worden seien. Die so entstandenen Papiere seien „den Regierungen der Teilnehmerstaaten vorzulegen und als Grundlage für weitere Gespräche zwischen den Teil-

Aufgabe nicht als Kritiker der europäischen Regierungen, sondern als Katalysator des europäischen Konsultationsmechanismus und als Berater in Flüchtlingsfragen, der für die Nöte und Zwangslagen der Regierung aufgrund seiner eigenen Erfahrung Verständnis habe.

StS Sudhoff regte an, diese Haltung dem BMI beim anschließenden Gespräch mit StS Neusel eingehend zu verdeutlichen. Man müsse Verständnis für den BMI haben. Dieser sei in einer schwierigen Lage, da er die ganze Last der politischen Verantwortung im Flüchtlings- und Ausländerbereich gegenüber den Bundesländern und der deutschen Öffentlichkeit zu tragen habe.[9]

StS Sudhoff äußerte die Überzeugung, daß der Hochkommissar bei seinem bevorstehenden Deutschlandbesuch (entweder noch im Juni oder kurz nach der Sommerpause), den er sehr begrüße, sich selbst ein Bild von der Haltung der politischen Führung der Bundesrepublik Deutschland und ihres festen Willens, Verfolgten auch weiterhin Zuflucht zu gewähren, machen werden könne. Der Bundesminister sei zu einem Gespräch bereit.

2) In dem vorangegangenen Gespräch mit Dg 23 erläuterte Herr Widgren im einzelnen seine Vorstellungen für die künftige Arbeit des UNHCR in Europa. Es gehe um eine Rückkehr zur Normalität in den Konsultationen. Gerzensee habe die Sache wieder in das richtige Gleis gebracht, die Irritationen des vergangenen Jahres seien beseitigt. Herr Widgren erläuterte sehr eingehend die Vorstellungen des UNHCR zum Thema „Iraner in der Türkei".[10] Die von den Konsultativstaaten in Gerzensee erarbeitete Paketlösung müsse nunmehr der türkischen Regierung unterbreitet werden. Es gehe dem UNHCR nicht um große Lösungen, sondern um eine Lösung der kleinen Schritte. Auch müsse erst noch herausgefunden werden, was die Türkei wirklich wolle. Die Türken hätten sich bisher sehr bedeckt gehalten. Für die türkische Seite böte die Paketlösung den Vorteil einer

Fortsetzung Fußnote von Seite 699

nehmerstaaten zu verwenden. Hinsichtlich der Iraner in der Türkei wurde vereinbart, die Position der Türkei zu dem in dem erarbeiteten Papier enthaltenen Paketvorschlag (Übernahme einer begrenzten Zahl von iranischen Flüchtlingen durch europäische Staaten, Nichtabschiebung in den Iran, Kontrolle der ‚irregular movements', Rücknahme illegal eingereister Iraner durch die Türkei) in Erfahrung zu bringen und je nach Reaktion aus Ankara testweise mit der Implementierung zu beginnen." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151029.

9 Ministerialdirigent Bazing vermerkte am 12. Mai 1987, der Leiter des UNHCR-Büros in Bonn, van Rooyen, habe ihm am selben Tag telefonisch mitgeteilt, „daß das Gespräch von Widgren mit StS Neusel am Nachmittag des 7.5. außerordentlich positiv verlaufen sei. Aus dem zunächst geplanten Höflichkeitsbesuch von 20 Minuten sei ein Gespräch von eineinhalb Stunden geworden, in dem die wichtigsten Probleme offen und ‚tiefgehend' erörtert worden seien. Eines der hoffnungsvollen Ergebnisse der Begegnung sei, daß StS Neusel auf die Bitte von Herrn Widgren, das BMI möchte sich intensiver als bisher an vom UNHCR initiierten Gesprächen beteiligen, zustimmend reagierte." Vgl. Referat 231, Bd. 148299.

10 Legationssekretär Meyer, Ankara, berichtete am 14. Mai 1987, die Situation der auf rund 1,5 Millionen geschätzten iranischen Flüchtlinge in der Türkei habe sich drastisch verschlechtert: „Seit Anfang 1987 seien dem UNHCR 608 Fälle von ‚Rückschiebungen' berichtet worden, wovon 80 bestätigt seien, es sich bei zwölf um vom UNHCR anerkannte Flüchtlinge und bei vier um bereits von einem Aufnahmestaat akzeptierte Flüchtlinge gehandelt habe. Als konkreter Anlaß für eine ‚Rückschiebung' reiche bereits das Fehlen irgendwelcher Dokumente, die bei einer illegalen Einreise in die Türkei meist nicht vorhanden seien. Als Gründe für die gewandelte türkische Vorgehensweise werden vor allem sicherheitspolitische Erwägungen vermutet, insbesondere die zunehmende Sorge vor einer fundamentalistischen Infiltration." Entgegen der bisherigen Berichterstattung sei nunmehr „von einer zunehmenden Gefährdung iranischer Flüchtlinge in der Türkei" auszugehen: „Es muß daher mit einem Anstieg dringender Asylfälle gerechnet werden, über deren Übernahme in kürzester Zeit entschieden werden muß." Vgl. den Drahtbericht Nr. 577; Referat 206 (203), Bd. 151029.

gewissen Entlastung, besonders im Hinblick auf Problemfälle. Für die europäischen Staaten sei dagegen die Verpflichtung der Türkei, die illegale Ausreise von Iranern stärker zu kontrollieren, von Bedeutung, daneben auch die Möglichkeit, Iraner, die nicht durch das Anerkennungsverfahren des UNHCR gegangen sind und illegal in die westeuropäischen Staaten eingereist sind, wieder zurückzunehmen. Man hoffe auch, daß die Türkei von ihrer gelegentlichen Praxis, Iraner an der Grenze zurückzuweisen, abgehe und dem UNHCR eine Prüfung der Fluchtfälle an der Grenze gestatte. Die ganze Angelegenheit sei ein Testfall, der vorerst nur einige hundert Personen betreffe, die in westeuropäischen Ländern untergebracht werden sollten. Sollte dieser Test erfolgreich verlaufen, könne man an weitere Übernahmelösungen denken, auch im Zusammenhang mit anderen Problemländern wie Sri Lanka.

Dg23 bat um Verständnis für die Lage der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Schwierigkeiten, mit denen wir übrigens nicht allein stünden (siehe Gespräche am Rande des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten in der Schweiz[11]), beruhten darauf, daß etwa 50% der „Flüchtlinge" sich die Bundesrepublik Deutschland als Ziel ausgewählt hätten. Er wies auf die bekannte Haltung der Bundesregierung hin, sich derzeit wegen der nach wie vor starken Einreise von Wirtschaftsflüchtlingen nicht an derartigen Kontingentlösungen zu beteiligen. Wir seien aber bereit, in den entsprechenden Gremien (etwa in den bevorstehenden Konsultationen in Genf) aktiv mitzuarbeiten. Herr Widgren äußerte Verständnis für unsere Haltung. Er begrüßte unsere Absicht, auch weiterhin in den Konsultationen in Genf mitzuwirken. Die vom hiesigen Vertreter des UNHCR vor einiger Zeit erhobene Forderung nach Beteiligung an der Kontingentlösung wenigstens durch Übernahme einiger Iraner aus der Türkei wurde von Herrn Widgren nicht aufgegriffen. Die deutsche Seite wies in dem Gespräch im übrigen darauf hin, daß die Bundesregierung auch weiterhin Iraner aus der Türkei im Wege der Einzelfallprüfung übernehme, deren Abschiebung in den Iran drohe und die im Iran erheblich gefährdet seien.

Hinsichtlich des geplanten Besuches des Hochkommissars in Bonn wurde die wegen der vielen Kontaktwünsche (u. a. drei Bundesminister) nicht einfache Terminfrage erörtert. Es bestand Einvernehmen, daß die zweite Junihälfte oder die Zeit kurz nach Ende der Sommerpause in Frage kommt. Auf Bitten von Dg23 sagte die UNHCR-Seite zu, die Terminvorstellungen des Hochkommissars für die ins Auge gefaßte Zeit sofort zu übermitteln. Von UNHCR-Seite wurde auch darauf hingewiesen, daß Herr Hocké ein Interesse daran habe, mit verschiedenen Bundestagsausschüssen zusammenzutreffen. Aus diesem Grunde käme der Besuch nur außerhalb der sitzungsfreien Zeit in Frage.[12]

gez. v. Stenglin

Referat 231, Bd. 148299

11 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte die Schweiz vom 4. bis 6. Mai 1987.

12 Botschafter Dannenbring, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 25. Mai 1987 mit, bei einer Voranfrage habe der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Hocké, Einverständnis mit einem Besuch im September bekundet, aber „zugleich erklärt, er hoffe auf Besuchstermine bei BM, BMZ, BMI, Gespräche mit zuständigem Bundestagsausschuß, aber auch mit Bundespräsident und Bundeskanzler. Schließlich hoffe er, daß auch Zeit bleibe, Flüchtlingsunterkünfte zu sehen." Angesichts

138

Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem amerikanischen Botschafter Burt

VS-NfD **18. Mai 1987**[1]

Herrn Chef BK[2] mit der Bitte um Billigung.

Ergebnisvermerk über Ihr heutiges Gespräch mit Botschafter Burt, begleitet von Botschaftsrat Grobel

Botschafter *Burt* dankt einleitend für die Möglichkeit zu dem Gespräch und stellt die Frage nach einer Bewertung der Ergebnisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Hamburg.[3]

BM *Schäuble* führt erläuternd aus und weist zusammenfassend darauf hin, daß – selbst im Falle eines unerwarteten Verlustes der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein[4] für die Union – die Mehrheit im Bundesrat in dieser Legislaturperiode für diese gesichert sei.

Botschafter *Burt* erläutert dann die beiden Anliegen seines Besuches. Zum einen sei er überrascht zu hören, daß im Fall Hamadi noch wichtige Entscheidungen offenstünden.[5] Botschaftsrat Grobel sei zwar von VLR I Ueberschaer über die Reise StS Neusels nach Damaskus unterrichtet[6]; seine Frage richte sich nach dem derzeitigen Sachstand.

Fortsetzung Fußnote von Seite 701

des zeitgleichen Besuchs des IKRK-Präsidenten Sommaruga mit ähnlichem Programm empfahl Dannenbring einen späteren Besuchstermin. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1104; Referat 231, Bd. 148299.
Hocké besuchte die Bundesrepublik vom 3. bis 5. November 1987. Am 3. November 1987 führte er ein Gespräch mit Bundesminister Genscher. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 231, Bd. 148299. Für Hockés Gespräch mit Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, am 5. November 1987 vgl. Dok. 307.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialrat Popp, Bundeskanzleramt, am 18. Mai 1987 gefertigt.
Hat Popp am 29. Mai 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: 1) H[err] ChBK hat Billigung erteilt. 2) H. A[bteilungs]L[eiter] 2 z[ur] K[enntnisnahme] u[nd Referat] 212, H. G[ruppen]L[eiter] 21".
Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 29. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

2 Wolfgang Schäuble.

3 Bei den Wahlen zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 17. Mai 1987 erhielt die CDU 45,1% der abgegebenen gültigen Stimmen, die SPD 38,8% und die FDP 7,3%. Die Grünen kamen auf 5,9%. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bildete Ministerpräsident Vogel (CDU) am 23. Juni 1987 eine Koalitionsregierung mit der FDP.
Bei den Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg am selben Tag erzielte die SPD 45,0% der abgegebenen gültigen Stimmen, die CDU 40,5%, die Grün-Alternative Liste 7% und die FDP 6,5%. Der seit 24. März 1987 nur noch geschäftsführend amtierende Erste Bürgermeister von Dohnanyi (SPD) bildete am 2. September 1987 eine Regierung aus SPD und FDP.

4 Die Wahlen zum Landtag von Schleswig-Holstein fanden am 13. September 1987 statt. Vgl. dazu Dok. 246, Anm. 3.

5 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon sowie zum Auslieferungsfall Hamadi vgl. Dok. 107.

6 Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, hielt sich vom 11. bis 14. Mai 1987 in Syrien auf. Neusel, z. Z. Damaskus, berichtete am 12. Mai 1987, er habe gegenüber dem syrischen Verteidi-

Zum anderen möchte er gerne Fragen zu den aktuellen Raketenabrüstungsverhandlungen ansprechen.

BM *Schäuble* berichtet über den Besuch von StS Neusel und VLR I Ueberschaer in Damaskus, währenddessen sich die syrischen Gesprächspartner zwar sehr bemüht gezeigt hätten, jedoch vor dem Hintergrund des Besuchs des syrischen Außenministers in Teheran[7] zu erkennen gegeben hätten, für die Freilassung der Geiseln derzeit wenig konkret tun zu können. Gleichwohl sei dieser Besuch nützlich gewesen, um Syrien unsere Position zu verdeutlichen, die nur die Auslieferung Hamadis oder die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen ihn in der Bundesrepublik, keinesfalls jedoch einen Austausch zuließe.

Im Arbeitsstab sei heute die Entscheidung getroffen worden, daß am kommenden Mittwoch[8] die Herren Wischnewski und Ueberschaer nach Teheran reisen werden, um über den Kontakt zu Tabatabai[9] die iranische Regierung für konkrete Schritte zur Freilassung der deutschen Geiseln im Libanon zu gewinnen. Es habe lange gedauert, bis sich Iran bereit erklärte, für diese Reise die erforderlichen Visa zu erteilen.[10] Herr Wischnewski werde eine Botschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Jenninger, an den iranischen Parlamentspräsiden-

Fortsetzung Fußnote von Seite 702

gungsminister Tlass „deutlich gemacht, daß eine substantielle Hilfe Syriens in der Entführungsfrage erheblich zu einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen beitragen könne". Vgl. den Drahtbericht Nr. 382; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.
Am 13. Mai 1987 informierte Neusel, z. Z. Damaskus, daß ein ausführliches Gespräch mit dem Chef des syrischen Heeresnachrichtendienstes, Duba, am Vortag „bisherige Informationen über Hintergrund der Entführung, Lage der Geiseln, Forderungen der Entführer nach Austausch sowie Spannungsfeld syrischer, iranischer und Familienclan-Interessen" bestätigt, darüber hinaus aber „wenig neue Erkenntnisse, die zur Lösung der Geiselfrage dienen könnten", erbracht habe: „Nach wie vor gesichertes Wohlergehen von Cordes und Schmidt wird nach syrischer Darstellung durch Bedrohung der Entführergruppe mit schwersten Repressalien (‚Ausrottung') durch syrische Stellen gewährleistet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 384; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

7 Der syrische Außenminister al-Scharaa hielt sich am 12. Mai 1987 im Iran auf.

8 20. Mai 1987.

9 Staatssekretär Kinkel, Bundesministerium der Justiz, vermerkte am 29. April 1987 in einem Schreiben an Bundesminister Genscher, im Entführungsfall Cordes und Schmidt habe der Persönliche Beauftragte des Ayatollah Khomeini, Tabatabai, „gegen den die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf ein Ermittlungsverfahren wegen der Einfuhr von Betäubungsmitteln führt und gegen den wegen dieses Delikts ein Haftbefehl besteht, seine Hilfe zur Befreiung der Entführten angeboten. Er ist bereit, seine schwägerschaftlichen Beziehungen zu Khomeini zu nutzen, um zu erwirken, daß die Entführer die Geiseln freilassen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß vor allem der gegen ihn bestehende Haftbefehl aufgehoben und später das Ermittlungsverfahren gegen ihn eingestellt wird. Der Arbeitsstab ist überzeugt, daß dieser Weg unter Berücksichtigung der akuten Lebensbedrohung für die Entführten unter allen Umständen im Rahmen des rechtlich Möglichen genutzt werden muß." Vgl. Referat 310, Bd. 149654.
Zum „Fall Tabatabai" vgl. AAPD 1983, I, Dok. 29.

10 Botschaftsrat Scheer, Teheran, berichtete am 13. Mai 1987, er habe dem amtierenden Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium, Abu Talebi, mitgeteilt, „daß Bundesregierung großes Interesse an möglichst umgehendem Zustandekommen Besuchs MdB Wischnewski habe und dankbar für Ermöglichung Gesprächs mit Parlamentspräsident Rafsandjani" sei, dem ein Schreiben von Bundestagspräsident Jenninger übergeben werden solle. Abu Talebi habe geantwortet, „daß iran[ische] Regierung dies nur realisieren könne, wenn Bundesregierung vorher ihre Bereitschaft erkläre, auf die Forderungen der Iran nicht bekannten Entführer einzugehen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 848; Referat 310, Bd. 149654.
Scheer teilte am 20. Mai 1987 mit: „Nachdem Sondierungen Botschaft bei Protokoll iran. AMs zu Verfahren bei Einreise Delegation, Sicherheitsmaßnahmen u. ä. bis 19.5. Dienstschluß ohne definitives Ergebnis geblieben waren, rief mich am 19.5. abends Mitarbeiter Protokolls an und teilte mir mit, daß Einreise Delegation sowie Botschafter Dr. Freitag und Frau am 20.5. spätabends über VIP-Lounge, Flughafen Teheran, vorgesehen sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 892; Referat 310, Bd. 149654.

ten Rafsandjani überbringen, in der das humanitäre Anliegen der Befreiung der beiden Deutschen dargestellt ist.[11] Auch bei der Reise von Herrn Wischnewski wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß für die Bundesregierung ein Austausch nicht in Betracht kommt.[12]

Bei dieser Reise sei die Wahl auf Herrn Wischnewski gefallen, weil er über umfangreiche Kontakte im arabischen Raum verfügt und zum anderen die Entscheidung der früheren Bundesregierung verkörpert, Erpressungsversuchen im Fall der Entführung Schleyers[13] nicht nachzugeben.

Die Ergebnisse dieser Reise sollten zunächst abgewartet werden, da dann aus heutiger Sicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft erscheinen, die deutschen Geiseln zu retten. Realistische Möglichkeiten für weitere Schritte sehe er nicht. Sollte auch diese Reise zu keinen kurzfristig greifbaren Ergebnissen führen, müsse die Entscheidung über entweder die Auslieferung oder die Eröffnung eines Verfahrens gegen Hamadi in der Bundesrepublik getroffen werden.

Botschafter *Burt* erkundigt sich, ob für diese Entscheidung bereits ein konkretes Datum ins Auge gefaßt sei, ob dies für Ende Mai zu erwarten sei.

BM *Schäuble* erläutert dazu, vom Enddatum ausgehend: Nach unseren Gesetzen ist eine maximale Dauer der Untersuchungshaft von sechs Monaten zulässig. Hamadi wurde am 14. Januar 1987 verhaftet[14], also läuft diese Frist mit dem 14. Juli d. J. ab. Da Hamadi nicht freigelassen werden soll und man der Dauer des förmlichen Verfahrens Rechnung tragen müsse, ist mit der Entscheidung gegen Ende Mai zu rechnen. Sollte es zu einer Anklage hier kommen, werde sie auf Mord und Flugzeugentführung und nicht auf den Hamadi jetzt zur Last gelegten unerlaubten Sprengstoffbesitz lauten.

Wie diese Entscheidung letztlich ausfallen werde, läßt sich jedoch noch nicht verbindlich abschätzen. Zunächst sollten noch die Ergebnisse der Reisen und unserer Bemühungen abgewartet werden, die Haltung der Bundesregierung deutlich zu machen.

Es bestehe nach wie vor zum einen die Meinung, eine Auslieferung sei dann mit weniger weiteren Risiken behaftet, wenn die Geiseln nicht frei kommen. Zum anderen wird demgegenüber die Gefahr für das Leben der Geiseln geringer eingeschätzt, solange die Auslieferung nicht vollzogen werde.

Botschafter *Burt* dankt für diesen Bericht und die Klarstellungen.

11 Das Schreiben des Bundestagspräsidenten Jenninger an den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani wurde der Botschaft in Teheran von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 18. Mai 1987 übermittelt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 230; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.
Im Entwurf des Schreibens hieß es, der SPD-Abgeordnete Wischnewski wolle sich in Teheran „für Fortschritte bei den Bemühungen um die Befreiung der beiden im Libanon festgehaltenen Deutschen" bemühen, von denen seit vier Monaten jedes Lebenszeichen fehle. Er, Jenninger, bitte Rafsandjani, der von Bundesminister Genscher wiederholt über den Vorgang unterrichtet worden sei, sich dafür einzusetzen, „damit die widerrechtliche Entführung von Herrn Cordes und Herrn Schmidt möglichst bald beendet wird". Vgl. Referat 310, Bd. 149654.

12 Zum Aufenthalt des SPD-Abgeordneten Wischnewski im Iran vgl. Dok. 153.

13 Zu den Aktivitäten des Staatsministers Wischnewski, Bundeskanzleramt, im Zusammenhang mit der Entführung des Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Schleyer, vgl. AAPD 1977, II, Dok. 260, Dok. 266, Dok. 288 und Dok. 293.

14 So in der Vorlage.
Mohammed Hamadi wurde am 13. Januar 1987 verhaftet. Vgl. dazu Dok. 9.

BM *Schäuble* sagt weiteren Bericht zu, falls die bevorstehende Reise nach Damaskus zu konkreten Ergebnissen führe.

Botschafter *Burt* berichtet über ihm zugegangene Nachrichten aus dem Nahen Osten, denen zufolge die betroffenen Firmen ihrerseits tätig geworden seien.

BM *Schäuble* berichtet dazu aus den bisherigen Erfahrungen seinen Eindruck des kooperativen Verhaltens der Firmen, die nichts Wesentliches verschwiegen. Im übrigen müsse man bei vielen Gerüchten immer Korruption und Geldforderungen Interessierter mitberücksichtigen.

Botschafter *Burt* spricht sodann den kürzlichen Besuch von BM Genscher in Washington an und bittet die Tatsache, daß Außenminister Shultz ihm gegenüber dieses Thema nicht angesprochen habe, nicht so zu verstehen, als würde dieser Angelegenheit keine vorrangige Bedeutung mehr beigemessen.[15] Das Gegenteil sei der Fall, man habe sich bei den genannten Gesprächen in der Kürze des Besuchs lediglich auf die aktuellen Abrüstungsfragen konzentriert.

Botschafter *Burt* greift sodann das Thema der Mittelstreckenwaffen auf und berichtet dazu über ein gestern geführtes Gespräch mit MD Teltschik.

Bekanntlich vertrete die Administration die Auffassung, den Europäern sollte die Zeit gelassen werden, um selbst einen Konsens zu finden. Dies habe ja auch Präsident Reagan in dem kürzlichen Telefongespräch mit dem Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht. Persönlich habe er jedoch im Licht der Ergebnisse der NATO-Tagung in Stavanger[16] und nach jüngsten Äußerungen aus Paris und London den Eindruck gewonnen, daß es kurzfristig zu keinem europäischen Konsens kommen werde. Vielmehr müsse wohl zusätzlich etwas geschehen, um hier weiterzukommen. Ein Hinweis hierfür sei auch die gestrige Aussage von BM Genscher, der das Ergebnis der beiden Landtagswahlen als Bestätigung seines Standpunktes interpretierte.

Damit stelle sich ihm die Frage, ob bzw. wie er oder Washington hilfreich sein können, eine Lösung zu finden. Dabei denke er auch an den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Venedig[17], der sonst ohne greifbare Ergebnisse in den Abrüstungsfragen bliebe. Dazu gebe er zu erwägen, ob vor den Treffen in Venedig vermittelnde Gespräche zwischen Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik auf der Ebene von BM Schäuble geführt werden könnten, um eine einheitliche europäische Linie zu finden.

BM *Schäuble* antwortet, dies sei keine leichte Frage, da er nach wie vor von der Richtigkeit der Idee überzeugt sei, Detailfragen des Abbaus der Waffensysteme kürzerer Reichweite nicht parallel zu den in Reykjavik[18] getroffenen Vereinbarungen zu verhandeln. So bedeute die Erklärung des Bundeskanzlers vom vergangenen Freitag[19] keine Positionsänderung, sondern zeige eine andere Perspektive auf. Es gehe auch nicht um die Frage von mehr oder weniger Unter-

15 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11. Mai 1987 in den USA vgl. Dok. 128.

16 Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

17 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

18 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

19 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1987 vgl. Dok. 141.

stützung des Vorschlages einer doppelten Null-Lösung. Eigentliches Anliegen sei vielmehr die Verringerung der Risiken, die sich für die Bundesrepublik insgesamt ergeben. Dies mache komplizierte Verhandlungen erforderlich. Dabei gehe es auch darum, ob die Pershing Ia in der modernisierten Version jetzt ausgeklammert werden können.

Er sehe, daß sich die Deutschen im weiteren Prozeß in den Fragen der Stationierung wie auch der Bedrohung in der NATO singularisiert fühlen könnten. Der Bundeskanzler wolle dies nicht, sehe jedoch ebenso wie BM Wörner diese Gefahr. Deshalb gebe er nochmals zu bedenken, als einen ersten Schritt rasch den Abschluß der Verhandlungen der Waffensysteme mit einer Reichweite über 1000 km anzustreben. Dabei wisse er, daß dies aus dem Verständnis Washingtons heraus schwierig sei.

Botschafter *Burt* weist unter Bezug auf das mit MD Teltschik zur Abkopplungsfrage geführte Gespräch auf zwei Probleme hin. So müßte jede Vereinbarung über die Waffensysteme der Reichweite von mehr als 1000 km auch die Systeme der kürzeren Reichweiten mit berücksichtigen. Der Abbau von Pershing II und Cruise Missiles biete die Chance, um auf sowjetischer Seite den Abbau aller Systeme der Reichweite bis zu 500 km zu erreichen. Auf diesen Vorteil verzichten zu sollen, sei in Washington nur schwer zu verdeutlichen. Im übrigen gelte dies auch für Großbritannien und andere NATO-Mitgliedstaaten.

Persönlich sehe er – sofern die Allianz dem zustimme – als Lösungsmöglichkeit, die Kurzstreckenwaffen unter der Bedingung der Modernisierung der 72 deutschen Pershing Ia[20] in die Verhandlungen einzubeziehen, wobei diese auch NATO-Systeme werden könnten.

BM *Schäuble* merkt an, daß dies dem von BM Wörner in Stavanger vertretenen Standpunkt nahekomme.

Botschafter Burt sieht in der Bedingung der Modernisierung der deutschen Pershing-Raketen eine Stärkung der Verhandlungsposition bei den Mittelstreckenwaffen.

BM *Schäuble* erwartet, daß die Sowjetunion sich gegen eine Null-Lösung aussprechen werde, wenn die 72 deutschen Pershing-Raketen modernisiert oder im Sinne von Drittstaaten-Systemen ausgeklammert werden sollten. Vielleicht werde sie dies sogar in den Verhandlungen in Genf akzeptieren; dann müsse jedoch damit gerechnet werden, daß sie über die Beeinflussung der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik den Druck auf die Bundesregierung massiv zu verstärken versuche.

Als eine mögliche Alternative erscheine denkbar, daß – mit Ausnahme der 72 deutschen Pershing-Raketen – weitere Verhandlungen über den Abbau der Kurzstreckenwaffen mit dem Vollzug der Vereinbarungen zu den weiterreichenden Systemen verknüpft werden. So habe Senator Nunn den Gedanken eingebracht, daß in den geschätzten fünf Jahren, die nach Vertragsabschluß zur völligen Zerstörung der weiterreichenden Systeme erforderlich erscheinen, konkrete Vereinbarungen über die Reduzierung der chemischen und konventionellen Waffen getroffen werden könnten, die unsere Lage verbesserten.[21] Vielleicht wäre auch

20 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. Dok. 144 und Dok. 145.
21 Zu den Überlegungen des amerikanischen Senators Nunn vgl. Dok. 83, Anm. 3.

dies ein in der NATO diskussionswürdiger Denkansatz, wie unsere Gefährdung verringert werden kann, da bis dahin ja sonst kein Gleichgewicht der konventionellen Waffen erreichbar erscheint. Dazu weist er auf Wiederholungen in der öffentlichen Diskussion hin.

Botschafter *Burt* fragt nach den konkreten Verhandlungszielen innerhalb des angenommenen fünfjährigen Zeitraumes und weist darauf hin, daß Senator Nunn insbesondere an das Gleichgewicht der konventionellen Waffen gedacht habe.

BM *Schäuble* spricht sich für anzustrebende konkrete Zwischenschritte und -ergebnisse aus und weist auf die Bedenken des Denkansatzes hin, der im Vorschlag von Senator Nunn enthalten sei. Es gehe ihm darum, wie Bewegung in die weiteren Verhandlungen innerhalb der NATO gebracht werden könne.

Botschafter *Burt* stellt dazu die Frage, ob die Bundesregierung unter diesen Voraussetzungen ihr Ja zu der doppelten Null-Lösung erklären könne.

BM *Schäuble* vertritt als persönliche Meinung, ja sagen zu können, wenn sichergestellt werden kann, daß in den fünf Jahren die Lösung für die Ungleichgewichte der Waffen mit einer Reichweite von weniger als 500 km erreicht wird. Er weist dazu auf das Bild der Brandmauer hin, die so für die Bundesrepublik Deutschland schwer erträglich sei.

Botschafter *Burt* fragt nach, ob dies bedeute, daß sich die Bundesregierung mit der doppelten Null-Lösung einverstanden erklären könne, wenn neue Verhandlungen über den Abbau des Ungleichgewichts der konventionellen Waffen und Kurzstreckensysteme verbindlich zugesagt werden.

BM *Schäuble* erläutert dazu die Intention der Erklärung des Bundeskanzlers am 15. d. M.

Botschafter *Burt* erkundigt sich, ob BM Schäuble einen europäischen Konsens denkbar halte, der die Modernisierung der Pershing Ia oder vergleichbarer amerikanischer Systeme beinhalte.

BM *Schäuble* erscheint eine dahingehende Vereinbarung realisierbar, wenn damit auch eine Perspektive für die kurzen Reichweiten einschließlich der nuklearen Gefechtsfeldwaffen und konventionellen Ungleichgewichte enthalten sei.

Botschafter *Burt* ergänzt seine Frage, ob diese Einschätzung auch dann gelte, wenn alle derartigen Systeme in der Bundesrepublik stationiert würden.

BM *Schäuble* erklärt dies als zweitschlechteste gegenüber der schlechtesten Lösung, alle Systeme unter deutscher Verantwortung auf deutschem Boden vorzusehen. Besser erschiene demgegenüber eine Mischung unter Einbeziehung anderer Staaten und der Stationierung in dafür in Frage kommenden Ländern. Vielleicht ließen sich diese Elemente auch so verbinden, daß deutsche Waffensysteme in solche der NATO umgewandelt werden.

Dies erscheine ihm als wichtiges Faustpfand, um in den Verhandlungen über die Kurzstreckenwaffen Fortschritte zu erzielen.

Botschafter *Burt* skizziert dazu einen Drei-Stufen-Vorschlag gegenüber der Sowjetunion, den er bereits mit MD Teltschik erörtert habe:

1) Doppelte Null-Lösung bei Kurzstrecken INF unter der Bedingung der Modernisierung der 72 Pershing Ia als NATO-Programm. Hierzu werde die Sowjetunion voraussichtlich nein sagen.

2) Gemeinsame Obergrenzen 80:80 für alle Systeme unter amerikanischer bzw. deutscher oder auch gemischter Verfügungsgewalt.

BM *Schäuble* merkt hierzu an, daß er eine Festlegung von Obergrenzen im Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion für nicht akzeptabel hält.

Botschafter *Burt* modifiziert daraufhin das Verhandlungsverhältnis in NATO – Sowjetunion.

3) Neue Verhandlungen nach Ablauf von sechs Monaten mit folgenden Optionen:

a) Einbeziehung aller Reichweiten von 0 bis 1000 km,

b) Reduzierung aller Elemente,

c) bei Einbeziehung der NATO-Systeme von 0 bis 1000 km deren Modernisierung.

Dabei erscheine ihm für die Erörterung des Gedankens der Abkoppelung die Aussage zum festen Willen der Modernisierung wesentlich.

BM *Schäuble* fügt an, daß für uns auch die Wirkung auf die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung sei. Diese Diskussion sollte nicht nur auf die doppelte Null-Lösung begrenzt sein. So sei es wesentlich, im öffentlichen Verständnis die Notwendigkeit des Fortbestehens eines Sicherheitspaktes positiv aufrechtzuerhalten. Wie die öffentliche Diskussion seit Ende der 70er Jahre zeige, trete das Bewußtsein dieser Notwendigkeit zunehmend zurück. Deshalb müsse darauf geachtet werden, daß neben der positiven Bewertung der Chancen, kurzfristig zu Abrüstungsvereinbarungen zu kommen, auch der besonderen strategischen Lage der Bundesrepublik und den daraus resultierenden Sicherheitserfordernissen gefolgt werde.

Dies erkenne sicherlich auch die Sowjetunion, die mit ihren Vorschlägen eine Chance zu nutzen sucht. Das bedeute, daß man die öffentliche Wirkung von Vorschlägen etwas getrennt von der tatsächlichen Verhandlungslage sehen sollte. Gorbatschow unterbreite ja auch nur Vorschläge, nutze deren große öffentliche Resonanz, und in den konkreten Verhandlungsergebnissen bleibe die Sowjetunion merklich dahinter zurück.

Botschafter *Burt* fragt nach, wie daraufhin in den nächsten Wochen eine einvernehmliche Haltung erreichbar erscheine.

BM *Schäuble* sagt zu, dazu weitere Gespräche u. a. mit MdB Rühe und MD Teltschik zu führen. Er habe bisher noch nicht mit Frankreich bzw. Großbritannien gesprochen, sehe jedoch, daß Frankreich unsere Sorgen verstehe. Er werde sich dann gerne wieder mit Botschafter Burt in Verbindung setzen.

Botschafter *Burt* begrüßt dies und bemerkt, daß ihm die Haltung Washingtons theoretisch erscheine, Europa werde sich einigen. Ihm erscheint es notwendig, daß Washington in diesem Prozeß nachhelfe.

BM Schäuble gibt abschließend zu bedenken, daß die Lage Frankreichs und Großbritanniens schon deshalb unterschiedlich sei, weil sie eigene Nuklear-Streitkräfte unterhalten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

139

Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl

18. Mai 1987[1]

Lieber Helmut,

ich weiß nicht, was es mit der „Bild-Geschichte“ vom Sonntag auf sich hat.[2] Für mich hat sich nichts geändert, meine Freundschaft zu Dir besteht fort.

In der täglichen Zusammenarbeit wünsche ich mir den engsten Schulterschluß mit Dir, das muß in aller Offenheit und vollem Vertrauen geschehen. Ich will das. Du kannst Dich auch in Zukunft auf mich verlassen, nicht nur wegen unseres persönlichen Verhältnisses, auch wegen der Verantwortung, die wir tragen.

Ich wünsche mir, daß wir uns öfter in Ruhe sprechen können.

Dein
Hans-Dietrich Genscher

Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl

1 Handschreiben.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Privatakte“ und „erl[edigt]“.

2 In der Wochenzeitung „Bild am Sonntag“ wurde am 17. Mai 1987 über die Spannungen in der Regierungskoalition berichtet. Bundesminister Genscher sei es gelungen, in der Frage der Mittelstrecken kürzerer Reichweite sich und seine Partei als Vertreter der Entspannung, den Bundeskanzler und die Unionsparteien dagegen als Gegner der Abrüstung erscheinen zu lassen: „Kohl: ‚Dieses Spiel macht der Genscher nicht noch einmal mit uns‘. Ein Vertrauter des Kanzlers: ‚Da ist Porzellan zerschlagen worden, das nicht mehr zu kitten ist. Es ist einfach unanständig, uns wegen parteitaktischer Vorteile in die Ecke der Friedensstörer stellen zu wollen.‘“ Aus diesem Grund habe das Bundeskanzleramt die Erklärung Kohls vom 15. Mai 1987 zu INF ohne Mitwirkung des Auswärtigen Amts erarbeitet. Doch es gebe seit längerem Spannungen: „Da weigern sich Kanzleramt und Auswärtiges Amt, ihre Analysen und diplomatischen Papiere auszutauschen. […] Da wird plötzlich ein Brief von Premierministerin Thatcher gezielt der Öffentlichkeit zugespielt, in dem sich die Eiserne Lady (Wahlkampf steht in Großbritannien an) für die doppelte Null-Lösung ausspricht. War diese Indiskretion ein gezielter Schuß des Auswärtigen Amtes gegen das Kanzleramt? Genscher sagt: ‚Ich habe den Brief nicht; ich bin genauso überrascht wie alle anderen…‘ Wer Kohl kennt, der weiß: Der Kanzler vergißt nie; er hat ein Gedächtnis wie ein Elefant – und wenn’s sein muß, kann er auch trampeln wie ein Elefant.“ Vgl. den Artikel „Raketen: So leidet die Freundschaft Kohl/Genscher“; BILD AM SONNTAG vom 17. Mai 1987, S. 7.

140

Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1110 **Aufgabe: 18. Mai 1987, 16.35 Uhr**
Ankunft: 18. Mai 1987, 17.55 Uhr

Betr.: Barbie-Prozeß (erste Woche)[1]

Schlußbericht der Botschaft Paris. Ab 15.5.1987 wurde[2] Beobachtung von Herrn Ministerialrat a. D. Schätzler (BM der Justiz) übernommen.[3]

1) Historisch-politische Aspekte

Der Prozeß hat keine Auswirkungen auf das heutige deutsch-französische Verhältnis. Dafür sprechen die Berichterstattung sämtlicher Medien und die Äußerungen führender Politiker, wie z. B. das bereits erwähnte Fernsehinterview von Delors, in dem dieser jeden Gegenwartsbezug des Prozesses ablehnte. Wie von Journalisten zu erfahren war, hat der frühere französische Außenminister Dumas, als Anwalt Vertreter der Nebenkläger, gesagt, der Besuch von Mitterrand in Berlin[4] am Tage der Prozeßeröffnung sei „une coïncidence, mais un signe" gewesen.

Davon zu trennen ist unsere Erblast nationalsozialistischer Untaten, Gegenstand dieses Prozesses und durch und mit ihm in der Erinnerung der französischen Öffentlichkeit wachgehalten. In diesem Rahmen gehört die Tendenz, die Bundesrepublik Deutschland in der einen oder anderen Form mit der Vergangenheit in Verbindung zu bringen, so z. B. mit Hinweisen auf den Ursprung des BND im SS-Nachrichtendienst und die empfindliche Reaktion auf jede Äußerung von deutscher Seite zum Prozeß.

Résistance und Kollaboration sind nicht nur historische Ereignisse, sondern in Frankreich auch heute noch politisch lebendig. Deshalb hält die große Unbekannte – ob der Barbie-Prozeß zur Aufhellung der Schatten noch nicht bewältigter Vergangenheit beitragen wird – die Öffentlichkeit in Spannung. Vermutlich könnte Barbie etwas zum nie geklärten Verrat an Jean Moulin, dem Exponenten linken Widerstandskampfes, sagen. Befürchtet wird jedoch, daß, wenn hier etwas gesagt wird, sich die Verteidigung in einer Weise über Résistance und Kollaboration ausläßt, die es den vorwiegend zum linken Spektrum gehörenden Anwälten der Nebenkläger geraten erscheinen läßt, Eingehen darauf prozeßtaktisch abzublocken.

1 Zur Eröffnung des Prozesses gegen Klaus Barbie vgl. Dok. 130.

2 Korrigiert aus: „ist".

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch unterrichtete am 19. Mai 1987 das Generalkonsulat in Lyon über den Personalwechsel bei der Beobachterstelle für den Prozeß gegen Klaus Barbie: „Neben dem eigentlichen Prozeßgeschehen ist auch das politische Umfeld von Interesse. Es wird deshalb gebeten, auch insoweit über anfallende Erkenntnisse (z. B. Presseerklärungen, sonstige Erklärungen von politischer Seite, Demonstrationen u. ä.) zu berichten." Vgl. den Drahterlaß; B 83 (Referat 511), Bd. 1626.

4 Anläßlich des 750. Stadtjubiläums besuchte Staatspräsident Mitterrand in Begleitung von Bundeskanzler Kohl am 11. Mai 1987 Berlin (West).

2) Rechtliche Aspekte

Interessant und nicht ungefährlich ist die ständige Betonung der sogenannten Nürnberger Statuten – Verbrechen gegen die Menschlichkeit[5] – als Grundlage der Anklage und der auch vom Kassationshof gestützten Rechtsauffassung, daß nach dem Beschluß der Vereinten Nationen vom 13.2.1946[6] (französisches Gesetz von 1964) Personen, die dieser Verbrechen verdächtig sind, auch zweifelhaftem Zugriff unterliegen und zur Aburteilung in den Staat zurückgeschafft werden (soient renvoyées), wo die Verbrechen begangen worden sind. Im Hinblick auf manche Staaten könnten sich hier Perspektiven öffnen, die nichts Beruhigendes haben, ungeachtet der Versicherungen, daß NS-Täter Fälle sui generis seien. Von Eichmann[7] zu Barbie hat sich die Schwelle immerhin beträchtlich gesenkt.

3) Überrechtliche Aspekte

Darum geht es letztlich. Alles Juristische, die Manipulationen des Verteidigers, die Prozeßtricks, müssen vor den Toten und den Überlebenden zurücktreten. Maßgeblich ist die Sühne für den Tod unschuldiger Menschen, die 41 Kinder von Izieu – Dreijährige, die nach Auschwitz verladen wurden. Wenn von ihnen gesprochen wird, erhält der Prozeß seine eigentliche Dimension.

4) Ambiente

Der Vorsitzende des Schwurgerichts[8] hat die unmittelbare Verhandlungsführung sicher in der Hand – absolute Neutralität vermittelnd. Allerdings kann auch er nicht den großen Saal mit seinem ständigen Kommen und Gehen, dem zahlreichen Publikum und den Journalisten beherrschen. Insofern läuft das Prozeßgeschehen in ständiger Unruhe ab.

Faszinierend für den nicht französischen Beobachter ist die Rhetorik, insbesondere der Anwälte: stets in freier Rede, durchsetzt mit historischen und literarischen Aperçus, brillant und fließend, wenn auch sehr ausführlich.

Das Ambiente ist vor allem vom totalen Gegensatz zwischen Verteidiger und Vertretern der Nebenkläger beherrscht, geschürt und genossen von Maître Vergès. Da er allein die Verteidigung führt, bestimmt er die Atmosphäre dieses Prozesses. Für die Medienberichterstattung steht er und nicht der Angeklagte im Mittelpunkt.

Kein deutscher Verteidiger könnte es in einem NS-Prozeß wagen, derart offen nicht nur seinen Mandanten zu verteidigen, sondern sich zu ihm und – fast – zu seiner Vergangenheit zu bekennen. Maître Vergès kann das, da seine Zugehörigkeit zur Résistance und seine (halb)asiatische Abkunft die in diesem Prozeß auf

5 Vgl. Artikel 6 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshof vom 6. Oktober 1945; TRIALS OF WAR CRIMINALS BEFORE THE NUERNBERG MILITARY TRIBUNALS UNDER CONTROL COUNCIL LAW Nr. 10, Bd. I, Washington D. C. 1950, S. XI f.

6 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 3/I der VN-Generalversammlung vom 13. Februar 1946 zur Auslieferung und Bestrafung von Kriegsverbrechern vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 1, S. 5 f.

7 Vom 11. April bis 14. August 1961 fand in Jerusalem der Prozeß gegen den früheren SS-Obersturmbannführer und Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten" im Reichssicherheitshauptamt, Eichmann, statt, der 1960 vom israelischen Geheimdienst aus Argentinien entführt worden war. Am 11. Dezember wurde Eichmann für schuldig befunden, am 15. Dezember 1961 zum Tode verurteilt und am 31. Mai/1. Juni 1962 hingerichtet. Vgl. dazu AAPD 1962, II, Dok. 218.

8 Pierre Truche.

der Hand liegenden Angriffe abprallen lassen. Seine Abkunft führt er Vertretern jüdischer Opfer gegenüber besonders gern ins Treffen mit dem Hinweis, er wisse selbst, was rassische Diskriminierung bedeute.

Seine Taktik ist Ablenkung von der Hauptsache und Abstreiten jeder Schuld seines Mandanten.

Sein Vorgehen ist Provokation der Nebenkläger. Jede Geste, jedes Wort ist darauf angelegt, deren Anwälte derart zu reizen, daß diese sich – die nach ihrem Selbstverständnis allein den guten Kampf kämpfen – in blinden Ärger oder spontane Ausbrüche treiben lassen, so daß Maître Vergès sie in aller Ruhe durch den Vorsitzenden zur Ordnung rufen lassen kann. In diesen Zusammenhang gehört auch die Entfernung von Barbie.[9] Die Anwälte, vor allem Vertreter jüdischer Gruppen, wissen sehr wohl, daß damit die Dramatik aus dem Prozeß genommen wird und dieser seinen Charakter verliert, wenn ihr Gegenüber nur Maître Vergès ist und nicht der Angeklagte, dem sie wenigstens ein Zeichen der Reue und Teilnahme entreißen möchten. Sie wollen daher unter allen Umständen die Anwesenheit des Angeklagten – die der Vorsitzende nach seinem Ermessen erzwingen kann – durchsetzen.

Ihre Anträge lassen erkennen, daß sie auch Druck nicht scheuen. Die Entscheidung des Vorsitzenden deutet darauf hin, daß er Barbie unter „gewissen Umständen" – voraussichtlich zur Gegenüberstellung mit einzelnen Zeugen – vorführen lassen wird.

5) Media und Öffentlichkeit

Durch die Steigerung der Berichterstattung, Vorwegnahme der Aussagen, durch Interviews aller wichtigen Beteiligten in den Medien vor und zum Beginn des Prozesses wurde ganz Frankreich darauf eingestimmt. Dabei wurde die Reaktion in der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam registriert.

Dann folgte der Abfall, verstärkt durch das Fernbleiben von Barbie.

Breite Berichterstattung wird sich künftig wohl auf Zusammenfassungen und besonderes Geschehen konzentrieren, z. B. Zeugenaussagen über besonders bewegende Ereignisse oder über Grausamkeiten, die dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht werden. Barbie, Abbild des „Dritten Reichs im Rentenalter", läßt keine Gemütsbewegung erkennen, überläßt es seinem Anwalt, den Prozeß vom eigentlichen Thema abzulenken. Wenn sich das Ambiente der ersten Woche nicht ändert, kann man nur Mitgefühl für die verwirrt und erstaunt am Hin und Her des Prozesses teilnehmenden Überlebenden haben.[10]

[gez.] Kotzebue

B 83 (Referat 511), Bd. 1626

9 Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, z. Z. Lyon, berichtete am 13. Mai 1987, Klaus Barbie habe am selben Tag dem Gericht erklärt, er sei „bolivianischer Staatsbürger, der illegal ausgewiesen worden" sei. Er lehne eine weitere Prozeßteilnahme ab: „Nach Aufnahme eines formellen Protokolls entband das Gericht den Angeklagten vom persönlichen Erscheinen. Er wird künftig jeden Tag erneut befragt werden, ob er anwesend sein wolle, ebenso wie er jeden Abend die Sitzungsprotokolle erhält. Das Gericht könnte ihn zwangsweise vorführen lassen, allerdings wird von dieser Möglichkeit in der Regel kein Gebrauch gemacht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 17; Referat 203 (202), Bd. 151121.

10 Zum Abschluß des Prozesses gegen Klaus Barbie am 4. Juli 1987 vgl. Dok. 202.

141

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 18. Mai 1987, 11.47 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2228 **Ankunft: 18. Mai 1987, 17.58 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Erklärung des Bundeskanzlers zur Abrüstung vom 15.5.1987[2]; hier: Amerikanische Reaktion

Bezug: Plurez Nr. 3950 vom 17.5.87[3]
DB Nr. 2214 vom 15.5.87 – Pol 371.76

Auf Weisung

Die Erklärung des Bundeskanzlers hat hier zunächst gewisse Unsicherheit geschaffen über die Entwicklung der deutschen Haltung. Man vermutet einen Zusammenhang mit der britischen Erklärung zu INF vom 14.5.[4]

Die Erklärung wird aber auch vor dem Hintergrund der Landtagswahlen[5] gesehen, bei deren Ergebnis man sich fragt, welchen Einfluß die Diskussion über Kurzstreckenwaffen hatte und ob die Wahlen Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Haltung der Bundesregierung haben.

Die Haltung der Administration ist weiter unverändert. Im State Department gibt es Überlegungen, das Gespräch mit uns durch weitere Besuche fortzusetzen (Möglichkeit einer Reise Nitzes nach Bonn).

1) Der Hinweis in der Erklärung des Bundeskanzlers auf die Notwendigkeit, über Waffen von 0 bis 1000 km Reichweite zu verhandeln, hat hier Unsicherheit geschaffen, weil man bisher davon ausgegangen war, daß auch wir nicht

1 Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Henze und Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, beide Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 19. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe sowie die Legationsräte I. Klasse Mülmenstädt und Müller verfügte.
Hat Mülmenstädt vorgelegen.

2 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BULLETIN 1987, S. 413 f.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann übermittelte die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1987 und bat, bis 18. Mai 1987 über Reaktionen des Gastlandes zu berichten. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 144772.

4 Am Rande der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Stavanger erklärte der britische Verteidigungsminister Younger am 14. Mai 1987, Großbritannien stimme unter bestimmten Bedingungen einer Eliminierung sowjetischer und amerikanischer SRINF zu, wenn die NATO mit anderen Systemen die nukleare Abschreckung funktionsfähig halte. In der Presse hieß es: „Mr. Younger also cited the need to eliminate chemical weapons and ensure greater East-West balance in conventional forces. Mr. Younger's remarks appeared to leave West Germany as the main obstacle to reaching a common NATO view on whether to accept the banning of shorter-range nuclear missiles." Vgl. den Artikel „NATO ministers oppose ‚double-zero' arms pact"; THE WASHINGTON TIMES vom 15. Mai 1987; Referat 220, Bd. 144772.
Eine ähnliche Erklärung veröffentlichte am selben Tag das britische Außenministerium. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 871 des Botschafters Freiherr von Wechmar, London, vom 15. Mai 1987; Referat 220, Bd. 144772.

5 Zu den Wahlen am 17. Mai 1987 in Rheinland-Pfalz und in Hamburg vgl. Dok. 138, Anm. 3.

über Gefechtsfeldwaffen verhandeln wollen. Im State Department sieht man einen Zusammenhang mit Überlegungen von Botschafter Burt, die AM Shultz zurückgewiesen hatte.

Wie wir von verschiedenen Gesprächspartnern hören (Linhard, Thomas, Hawes und einigen ihrer Mitarbeiter), wird hier die Forderung, „Waffen aller Reichweiten zwischen 0 und 1000 km" einzubeziehen, als problematisch erachtet. Administration vertritt bekanntlich die Auffassung, daß Verhandlungen über den Bereich unterhalb von 500 km vermieden werden sollen, damit nicht der von den Europäern befürchtete Trend zur Denuklearisierung eintritt.

Festgehalten wird, daß der Bundeskanzler nicht auf Einbeziehung der Kurzstreckenwaffen insgesamt in ein LRINF-Abkommen besteht (möglicherweise unterstützt das einzelne Überlegungen auf Beamtenebene über die Frage, ob ein LRINF-Abkommen ohne SRINF-Beschränkungen nicht doch akzeptabel sein könnte).

2) Die Haltung der Administration, nicht über Systeme unter 500 km Reichweite zu verhandeln, ist unverändert (Linhard, NSC).

Zu gleicher Zeit macht man uns in vorsichtiger Form darauf aufmerksam, daß es für die Bundesregierung eine mißliche Lage wäre, wenn ihr vorgeworfen werden könnte, daß der Abschluß eines Abkommens über Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite an ihrer Haltung zur Behandlung von Waffen anderer Reichweiten scheiterte. Unser Hinweis auf die Befürwortung eines Abkommens über LRINF, wie sie vom Bundeskanzler in seiner Erklärung erneut bekräftigt worden sei, zeigt dabei keine allzu große Wirkung.

3) Thomas bestätigte, daß man die Bundesregierung nicht unter zeitlichen Druck setzen will. Er deutete jedoch an, daß es nützlich sein könnte, die auf verschiedenen Ebenen geführten Gespräche fortzusetzen. Dazu könnte nach seiner Ansicht ein Besuch von Nitze in Bonn geeignet sein. Sein Ergebnis würde, so Thomas, in die hiesigen, noch nicht abgeschlossenen Überlegungen einfließen.

4) Thomas wiederholte, daß aus seiner Sicht die Sorge unbegründet ist, daß ein LRINF-Abkommen mit einer Null-Lösung für SRINF die Bundesregierung in eine isolierte Lage bringen würde (singularity). Damit stelle man nicht nur die Grundgedanken einer gemeinsamen Strategie des Bündnisses in Frage, sondern übersehe auch, daß die USA durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen (und vieler amerikanischer Zivilisten) in der Bundesrepublik eng an uns gekoppelt (coupled) seien.

5) Gesprächspartner im State Department sehen einen Zusammenhang zwischen der Erklärung und den Landtagswahlen.

Die ausstehende Einigung innerhalb der Bundesregierung zur Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag einer Null-Lösung bei SRINF[6] wird hier auch als ein Grund für das Ergebnis der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Hamburg erklärt, bei denen Stimmverluste für die CDU und Stimmgewinne für die FDP als Ausdruck für eine Unterstützung der Position der FDP in der Frage der Verhandlungen über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen gesehen werden. Aus der hiesigen Interessenlage gesehen, neigt vor allem die Presse dazu, den

6 Zur Kontroverse innerhalb der Bundesregierung vgl. Dok. 128, Anm. 6, und Dok. 139, Anm. 2.

Einfluß lokaler Gründe zu unterschätzen. Im State Department ist man sich darüber im klaren, daß es entscheidend weiterhin auch auf die Meinungsbildung innerhalb der größeren Koalitionspartei ankommt.

6) Zum Teil wird auch ein Zusammenhang mit der britischen Erklärung gesehen. Diese hat auch, abgesehen von der Tatsache, daß die Erklärung sich mit der amerikanischen Haltung deckt, vor dem Hintergrund der britischen Wahlen[7] (die aus amerikanischer Sicht wichtiger sind als die deutschen Landtagswahlen) Verständnis gefunden.

7) Reservierte Haltung der Administration gegenüber Erklärung des Bundeskanzlers schlägt sich in Pressemeldungen seit Samstag nieder. Hervorgehoben werden Veränderungen in unserer Position (New York Times vom 16.5.: „Reversal“[8], Wall Street Journal vom 18.5.: „Departure from previous Statements“; die gleiche Zeitung zitiert einen NATO-Beamten: „the Germans can't make up their minds, they are making everyone pay for their neurosis“[9]). Ergebnis der Landtagswahlen vom Wochenende wertet Washington Post vom 18.5.[10] als Schlag für den Kanzler und Ausdruck der Unterstützung der Wähler für einen den Abschluß eines LRINF/SRINF-Abkommens unterstützenden Kurs.[11]

[gez.] van Well

Referat 220, Bd. 130134

7 Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.

8 Vgl. den Artikel „Kohl Urges Broadening Of Any Short-Range Missile Accord“; THE NEW YORK TIMES vom 16. Mai 1987, S. 4.

9 Vgl. den Artikel „Disarray Grows Within NATO On Arms Policy“; THE WALL STREET JOURNAL vom 18. Mai 1987, S. 23.

10 Vgl. den auf 18. Mai 1987 datierten Artikel „Kohl Eases Stance on Missiles Plan“; THE WASHINGTON POST vom 19. Mai 1987, S. A 21 und S. A 25.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann resümierte am 19. Mai 1987: „Eine Auswertung der Reaktionen auf die Erklärung des BK zur Abrüstung vom 15.5 aus 28 europäischen Hauptstädten, der DDR, den USA, Kanada, der NATO-Vertretung und der KRK-Delegation in Wien ergibt ein Bild der Unsicherheit und Verwirrung. Während die Presse dieses in aller Deutlichkeit erkennen läßt, zeigen die wenigen offiziellen Äußerungen große Zurückhaltung. Soweit die Botschaften – über die Weisung hinausgehend – Gespräche mit Vertretern des Gastlandes führten, bestätigen diese durchgehend die von der Presse vermittelte kritische Rezeption der Erklärung des BK im Ausland.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144772.

142

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

Dg 20/201-371-736/87 geheim **19. Mai 1987**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: INF;
hier: Weisung BM vom 19. Mai 1987

Anlg.: 2

1) Bei Ihren Gesprächen in Washington[3] ist klargeworden, daß AM Shultz die LRINF-Null-Lösung (möglichst global) so schnell wie möglich finalisieren und – soweit möglich – ebenfalls auf globaler Basis in den SRINF-Bereich ausdehnen will. Ein solches Abkommen soll nicht nur den Weg freimachen für einen wichtigen abrüstungspolitischen Erfolg des amerikanischen Präsidenten[4]. Sie soll auch – vor allem gegenüber dem konservativen Amerika – den Beweis dafür liefern, daß die maßgeblich von Shultz mitformulierte Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahre richtig war. Ohne ein solches Abkommen könnte Abrüstung als Prozeß ihre Glaubwürdigkeit einbüßen. Shultz ist in seinem Engagement für einen ersten konkreten Abrüstungsschritt im nuklearen Bereich aber auch konsequent in seiner Politik (Chicago-Rede vom 17.11.1986[5]), die Welt weniger nuklear zu machen und die NATO-Abschreckung zunehmend stärker konventionell abzustützen.

INF eignet sich als „Modellprojekt" für nukleare Abrüstung aus Washingtoner Sicht besonders, weil

– die strategische Notwendigkeit von bodengestützten LRINF-Flugkörpern von vielen ohnehin schon bei der Nachrüstung verneint wurde, der Verzicht auf sie daher keine Einbuße an Sicherheit darstellt;
– keine vitalen amerikanischen Interessen berührt werden, es sei denn in dem – positiven – Sinn, daß der Umfang des nuklearen Risikos in Europa kontrollierbarer gemacht wird.

1 Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 20. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kopie für StS gefertigt."

2 Hat Bundesminister Genscher am 21. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 15. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 15. Juni 1987 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 16. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ohne Anl[agen]!"
Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 17. Juni 1987 vorgelegen.

3 Bundesminister Genscher hielt sich am 11. Mai 1987 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 128.

4 Ronald W. Reagan.

5 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2118, S. 31–35.

Die Entschlossenheit von Shultz, der inzwischen in Fragen der INF-Rüstungskontrollpolitik in Washington eine unbestrittene Führungs- und Sprecherrolle in der Administration übernommen hat, wird auch in der Behandlung des sowjetischen SRINF-Null-Vorschlages[6] deutlich: Die Aufforderung an die Europäer, jede von Null abweichende Position mit einer Stationierungszusage zu verbinden, soll – gegenüber Konservativen im eigenen Lande und gegenüber dem Pentagon – einer möglichen Argumentation die Grundlage nehmen, eine andere als die SRINF-Null-Lösung sei realistisch.

Offenbar ist der Administration aber bewußt, daß der gewählte Weg nicht ohne Risiko ist. Deshalb läßt man dem europäischen Meinungsbildungsprozeß Zeit, obwohl die Zeichen der Ungeduld in Washington unübersehbar sind. Der maßgebliche Grund für die Washingtoner Langmut liegt in der Erkenntnis, daß europäischer Widerspruch gegen ein LRINF/SRINF-Null-Abkommen die Aussichten auf Zustimmung des Senats dramatisch verschlechtern, wenn nicht zunichte machen würde. Besondere Bedeutung mißt Shultz zu Recht der Auffassung der Bundesrepublik Deutschland bei, wobei es – angesichts der internen Meinungsbildung bei uns[7] – besonders auf die Haltung des Bundeskanzlers und seiner Fraktion ankommt.

2) In dieser Situation kommt es darauf an, daß wir eine Position national formulieren und dann zum Gegenstand europäischen Konsenses machen, die folgenden Gesichtspunkten Rechnung trägt:

– Der Westen braucht zur kriegsverhütenden Abschreckung Nuklearwaffen mehr als der Osten. Dies hängt mit dem Kräfteverhältnis zusammen, aber nicht nur, da es nicht nur um den Ausgleich des konventionellen Übergewichts des WP, sondern um die Androhung eines nicht kalkulierbaren Risikos für den Angreifer geht. Deshalb kann auch bei ausgeglichenem konventionellem Kräfteverhältnis kriegsverhütende Abschreckung nur durch eine Kombination von Nuklearwaffen und konventionellen Waffen hergestellt werden.

  Militärstrategisch betrachtet kommt es nicht darauf an, in jeder Kategorie nuklearer Waffen gleich viele wie der WP zu besitzen, sondern nur insgesamt land-, luft- oder seegestützt genügend, um die Eskalationsdrohung glaubhaft zu erhalten.

  Anmerkung: Daraus folgt auch, daß eine Konzentration der Betrachtung auf bodengestützte Systeme, z. B. zur Begründung einer „Sonderbedrohung", die strategische Analyse verfälscht, da es für die Beurteilung der Bedrohung auf das Zusammenwirken aller nuklearen Waffensysteme des WP ankommt, die – auch ohne bodengestützte LRINF/SRINF-Flugkörper – unsere Nachbarn voll erfaßt (Anlage 1).[8]

  Vor allen Dingen aber führt der argumentative Ansatz an der Bedrohung weg vom strategischen Zweck westlicher Nuklearwaffen, der eben nicht primär im Aufwiegen östlicher Nuklearwaffen, sondern in gesicherter Eskalationsfähigkeit besteht.

6 Zu den Abrüstungsvorschlägen, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dem amerikanischen Außenminister Shultz bei dessen Besuch vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR unterbreitete, vgl. Dok. 115.

7 Zur Kontroverse innerhalb der Bundesregierung vgl. Dok. 128, Anm. 6, und Dok. 139, Anm. 2.

8 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 17.

– Die Präsenz amerikanischer konventioneller und nuklearer Streitkräfte in Europa ist auf absehbare Zeit unverzichtbar. Nur so ist die Verkoppelung der Sicherheit Europas und Amerikas in sowjetischen Augen glaubwürdig.
– Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik muß die Sicherheit erhöhen: Eine weitere Fortschreibung von Null-Lösungen steht im Widerspruch zu der Logik unserer Strategie. Andererseits gilt aber auch: Die pauschale Ausklammerung von Nuklearsystemen bestimmter Reichweiten aus Rüstungskontrollverhandlungen steht im Widerspruch zur Logik unserer Rüstungskontrollpolitik, die integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik ist.
– Angesichts der geographischen Asymmetrie wirken sich Abrüstungsschritte, selbst wenn sie gleichgewichtig oder zugunsten des Westens asymmetrisch sind, unterschiedlich auf die Sicherheit beider Seiten aus. Wenn deshalb Maßnahmen zur Stärkung der Abschreckung und/oder der europäisch-amerikanischen Koppelung für notwendig gehalten werden, muß hierüber innerhalb des Bündnisses im Zusammenhang mit der Entscheidung über LRINF/SRINF-Null die Meinungsbildung vorangebracht werden. Dies setzt voraus, daß wir und unsere europäischen Partner unsere Interessen gemeinsam und klar definieren.

Als Anlage 2 wird daher der Entwurf eines möglichen Beschlusses vorgelegt, der diesen Gesichtspunkten Rechnung tragen soll.

Richthofen

Anlage 1[9]

Betr.: Nukleare Bedrohung NATO-Europas nach einer doppelten Null-Lösung

Nach einer doppelten Null-Lösung würden von landgestützten Nuklearwaffen des WP mit bis zu 500 km Reichweite die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Griechenland voll, Benelux und Türkei teilweise sowie Norwegen, Frankreich und Italien marginal bedroht.

Die Bedrohung durch seegestützte taktische Kernwaffen des WP geht über diesen geographischen Bereich nur dann hinaus, wenn der schwimmende Träger die geschützten Heimatgewässer verläßt, und sie ist vom Umfang her begrenzt (in Europa ca. 150 Systeme mit Reichweiten um 500 km).

Der größere Teil NATO-Europas bleibt bedroht durch 2000 nuklearfähige und entsprechend dislozierte mittlere Bomber und Jagdbomber mit Reichweiten zwischen 1100 und 8000 km (2500 km decken ganz NATO-Europa ab, aber auch 1100 km reichen für den größeren Teil von UK, Frankreich und Italien).

Schließlich deckt das interkontinentalstrategische Potential der SU auch ganz Europa ab: ca. 2500 Träger (ICBM, SLBM, schwere Bomber) mit ca. 10 700 Sprengköpfen.

9 Diese Angabe wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

Die Bedrohung durch sowjetische SLCM ist bisher gering (ca. 100 SLCM mit Reichweiten von 2000 bis 3000 km im europäischen Raum), kann künftig aber stark ansteigen.

Daerr

Kernwaffen des WP, die auch nach einer doppelten Null-Lösung größere Teile Großbritanniens, Frankreichs und Italiens (also insgesamt den größeren Teil NATO-Europas) bedrohen.

1) Nuklearfähige Flugzeuge (dual capable aircraft) des WP in Europa:

	Trägersystem	Reichweite	Sprengköpfe/ Bomben
Mittlere Bomber: (SU-Luftwaffe) Backfire Badger Blinder	320	3500 bis 8000 km	1–2 Bomben oder ALCM oder Abstandswaffen
Mittlere Bomber (SU-Marineflieger) Typen s.o.	240	s.o.	s.o.
SU-Jagdbomber (Su-7, -17, -24; MiG-21, -27)	1200	1100 bis 2000 km	i.d.R.: 1 Bombe
Jagdbomber (übrige WP-Staaten) Su-7, -20; MiG-23	240	1100 bis 1500 km	i.d.R.: 1 Bombe
[gesamt]	2000		

Anmerkung: Zahl der Bomben/Sprengköpfe (auf ALCM und Abstandswaffen) nicht bekannt. Kann sowohl höher als auch niedriger sein als die Zahl der nuklearfähigen Flugzeuge.

2) Seegestützte taktische Kernwaffen

	Trägersystem	Reichweite (km)	Sprengköpfe
24 SLBM	SS-N-5	1400	je 1
130 SLCM	SS-N-3	450	"
50 "	SS-N-7	100	"
140 "	SS-N-9	120	"
80 "	SS-N-12	550	"
50 "	SS-N-19	550	"
474			

Anmerkung: Neue strategische SLCM bisher ca. 100 in Europa, Reichweite 2–3000 km, 1 SK[10].

3) Interkontinentalstrategische Kernwaffen

	Trägersystem		Reichweite		Sprengköpfe/ Bomben
ICBM	448	SS-11			448
	60	SS-13	9000 bis		60
	150	SS-17	13000 km		600
	308	SS-18			3080
	360	SS-19			2160
	72	SS-72			72
[gesamt]	1398	ICBM			6420
SLBM	304	SS-N-6			304
	292	SS-N-8	2400 bis		292
	12	SS-N-17	8300 km		12
	224	SS-N-18			1568
	80	SS-N-20			720
	32	SS-N-23			320
[gesamt]	944	SLBM			3216
Bomber	40	Bear H	12000 km	bis zu	800 ALCM
	100	Bear	"		200 Bomben
	20	Bison	1100 km		80 Bomben
Insgesamt	2502	Träger			10716 SK/Bomben

Anlage 2

1) Die gültige Strategie der flexiblen Erwiderung[11] und die zu ihrer Ausführung 1986 vereinbarten Allgemeinen Politischen Richtlinien (GPG) für den Einsatz von Nuklearwaffen[12] sollten gültig bleiben: Dies würde es uns erlauben, die Umsetzung der im Montebello-Beschluß[13] angelegten und in den GPG bestätigten Schwerpunktverlagerung bei der Abstützung auf Nuklearwaffen von solchen kurzer auf solche längerer Reichweite weiter voranzutreiben.[14]

10 Sprengkopf.
11 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.
12 Zu den General Political Guidelines (GPG) vgl. Dok. 55, Anm. 12.
13 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.
14 Der Passus „bei der Abstützung … voranzutreiben“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier ist zu klären, ob das landgestützte Systeme sein müssen, m. E.: Nein.“

2) Die Wirksamkeit der gültigen Bündnisstrategie der flexiblen Erwiderung, zu der es in absehbarer Zeit keine Alternative gibt, setzt weiterhin ausgewogene konventionelle und nukleare Streitkräfte voraus. Gemeinsam im Bündnis beschlossene Modernisierungsmaßnahmen müssen konsequent und unter Beachtung der sich aus Sicherheits- und Risikogemeinschaft ergebenden Forderung nach angemessener Lastenteilung unter den Bündnispartnern durchgeführt werden.

Konkretisierung muß BMVg vorschlagen. Aus unserer Sicht sollten im Vordergrund stehen:

– Abstandsflugkörper ASM[15] (bei Addition der Flugkörperreichweite von etwa 400 km mit der des Flugzeuges ergibt sich große Flexibilität; dies erlaubt auch breite Beteiligung im Bündnis);
– Lance-Nachfolge[16] (Modernisierung, d. h. Ersatz 1:1; auch als Hebel für Anschlußverhandlungen).[17]

3) Die Bundesregierung erklärt ihr Einverständnis mit einem amerikanisch-sowjetischen Abkommen, das die völlige Eliminierung amerikanischer und sowjetischer landgestützter Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite aus Europa und möglichst auch global sowie die globale Eliminierung aller amerikanischen und sowjetischen landgestützten Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite vorsieht unter der Voraussetzung,

a) daß dieses Abkommen Systeme dritter Staaten ausschließt (deutsche PIa sollte hier nur subsumiert werden, wenn wir zur Modernisierung entschlossen sind[18], für die realistischerweise nur die Konversion der PII in Betracht gezogen werden kann[19] – andere Systeme sind nicht verfügbar in den USA);

b) daß SACEUR auch künftig – durch entsprechende neue Assignierung – über ausreichende Optionen zur Erfüllung seines Auftrages im Rahmen der gültigen Strategie verfügt und daß hierfür auch in Betracht gezogen werden z. B.

– SLCM,
– ALCM (die hier besonders deutlich sichtbare Verzahnung zwischen den SACEUR zugewiesenen Mitteln und dem amerikanischen strategischen Potential hätte stark koppelnde Wirkung, ohne die Bedrohung der SU wesentlich zu verändern, zumal wenn rotierende Stationierung vorgesehen wird);
– Modernisierung und Bestandserhöhung von F-111[20];

15 Air-to-Surface Missile.
Die Wörter „Abstandsflugkörper ASM“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

16 Zur Frage eines Nachfolgesystems für das nukleare Kurzstreckensystem „Lance“ vgl. AAPD 1986, II, Dok. 318.

17 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Im Sinne der Anmerkung auf S. 3 der Ministervorlage, die spiegelbildlich auch für die westliche Abschreckung gilt, d. h. Ziffer 2 sollte Ausbau der SU geltenden Abschreckung sein (Ausbau der NATO-Assignierung + Modernisierung (s[iehe] 3 b).“ Vgl. Anm. 8.

18 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

19 Der Passus „für die realistischerweise … kann“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wegen des Briefs des BK von 1986 mit der Ablehnung der Konversion ist zweifelhaft, ob ein INF-Abkommen zustande kommt, das die Konversion erlaubt.“

20 Der Passus „b) daß SACEUR … F-111“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

c) daß der im Rahmen des Doppelbeschlusses 1979[21] gewählte Ansatz, Lösungen im Rüstungskontrollbereich schrittweise anzustreben, energisch weiterverfolgt und dabei kein Bereich der Rüstungen ausgenommen wird. Die SCG sollte daher den Auftrag erhalten, möglichst umgehend einen rüstungskontrollpolitischen Ansatz für die Behandlung der noch außerhalb von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen gebliebenen Nuklearsysteme zu erarbeiten, der den Sicherheitsinteressen der Allianz Rechnung trägt. Angesichts der Mobilität und geringen Größe dieser Systeme sollte ein solcher Ansatz insbesondere dem Erfordernis zuverlässiger Verifizierbarkeit Aufmerksamkeit schenken;

d) daß angesichts der Tatsache, daß nukleare Abrüstung das Problem des konventionellen Ungleichgewichts in Europa verschärft, ohne Verzug verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um ein nachprüfbares, umfassendes und stabiles Gleichgewicht konventioneller Streitkräfte auf niedrigerem Niveau zu erreichen, wobei dem Abbau der konventionellen Überlegenheit des WP, insbesondere seiner Fähigkeit zu Überraschungsangriff und raumgreifender Offensive, besondere Bedeutung zuzumessen ist;

e) daß zügige Fortschritte in den laufenden Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen angestrebt werden.

VS-Bd. 12167 (201)

143

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3659/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Mai 1987, 19.01 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2264 **Ankunft: 20. Mai 1987, 01.17 Uhr**

Betr.: Genfer Verhandlungen;
hier: START, Weltraum, ABM-Vertrag

Bezug: DE Nr. 3847 vom 13.5.87 – 220-370.00 SB VS-NfD[2]

1a) Im State Department (Politisch-Militärische Abteilung) war zum Vertragsentwurf für den Bereich START vom 8.5. zu erfahren, daß dieser keine für uns

21 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

1 Ablichtung.
Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 20. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe und Legationsrat I. Klasse Müller „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte. Ferner verfügte er die Wiedervorlage.
Hat Elbe und Müller vorgelegen.
Hat Hofstetter erneut vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter bat die Botschaft in Washington „um Bericht zum Stand der Genfer Verhandlungen in den Bereichen START und Weltraum sowie zur Entwicklung der

neuen oder in irgendeiner Weise unbekannten Positionen enthalte. Es sei derzeit nicht daran gedacht, den Text des Entwurfes den Verbündeten zu übergeben, da man für START die Konsultationserfordernis für geringer ansehe als im INF-Bereich.

Ein konkreter sowjetischer Vorschlag über Schlüsselbestimmungen einer Vereinbarung über strategische Offensivsysteme und die Konsolidierung des Systems des ABM-Vertrages, wie in der im Bezugs-Erlaß erwähnten TASS-Meldung beschrieben, sei von sowjetischer Seite nicht eingebracht worden, es sei jedoch in den Verhandlungen ein gewisses Element von möglicher Konzessionsbereitschaft in der sowjetischen Position erkennbar geworden. Es werde derzeit geprüft, welche Auswirkungen die sich andeutenden Veränderungen in der sowjetischen Position haben könnten. Diese Veränderungen deuteten sich beispielsweise in der Begriffswahl an, es würden von sowjetischer Seite wieder zunehmend die Begriffe des ABM-Vertrages verwendet, beispielsweise werde in sowjetischen Vorschlägen jetzt wieder von Komponenten gesprochen, wie es dem ABM-Vertrag entspricht.

Zur Frage seegestützter Marschflugkörper (SLCM) gebe es bisher keine sowjetischen Vorschläge, es sei aber angekündigt worden, daß der sowjetische Vertragsentwurf zu START, der sich in Vorbereitung befinde, auch dazu einen Vorschlag enthalten werde. Die amerikanische Position zu SLCMs sei unverändert, man sei bereit, auch über diese Systeme zu sprechen. Wie in Reykjavik[3] vereinbart, sollten sie nicht Teil der 1600 Systeme und 6000 Sprengköpfe sein, die als Ergebnis eines 50-prozentigen Reduzierungsabkommens im START-Bereich vorgesehen sind.

b) Zum Junktim START–Weltraumfragen wurde uns gesagt, daß man in der Tat der Meinung sei, daß eine Abschwächung der Verbindung beider Bereiche sich möglicherweise andeute. Dies ergebe sich z. B. aus der Tatsache, daß die sowjetische Seite darüber gesprochen habe, Weltraumfragen in einen START-Vertrag miteinzubeziehen, und damit Flexibilität angedeutet habe. Auch die sowjetischen Vorschläge zur Definition erlaubter BMD[4]-Aktivitäten ließen sowjetische Konzessionsbereitschaft erkennen.

Zum amerikanischen Angebot einer Festschreibung des ABM-Vertrages bis Ende 1994 räumte man im State Department ein, daß dies für die SU vermutlich ein zu kurzer Zeitraum sein würde, um ihren Vorstellungen über die Berechenbarkeit der Entwicklung von SDI zu entsprechen. Die Studie des Pentagon zur technischen Entwicklung von SDI im Lichte des ABM-Vertrages gehe davon aus, daß bei Anwendung der weiten Interpretation[5] eine SDI-Stationierung etwa 1996 möglich werde. Wenn man sich an die enge Interpretation halten müsse, wäre nach dieser Studie schon 1989 eine Situation gekommen, in der die weitere

Fortsetzung Fußnote von Seite 722

inneramerikanischen Debatte um den ABM-Vertrag". Neben der Frage, ob die amerikanische Regierung ihren Entwurf vom 8. Mai 1987 für einen START-Vertrag zur Verfügung stelle, interessiere besonders die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 8. Mai 1987, der zufolge die UdSSR am 5. Mai 1987 einen Vorschlag eingebracht habe, „die Schlüsselbestimmungen eines Abkommens über einige große Abrüstungsprobleme, einschl[ießlich] der strategischen Offensivrüstungen und der Konsolidierung des Systems des Raketenabwehrvertrages, zu vereinbaren". Vgl. Referat 220, Bd. 130126.

3 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Ballistic Missile Defense.

5 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

Einhaltung des Vertrages mit der SDI-Entwicklung nicht mehr vereinbar sei. Allerdings müßten diese Untersuchungsergebnisse wohl als Versuch angesehen werden, die Rolle von SDI gegenüber den Verhandlungen „robuster" zu machen.

Grundsätzlich ist es weiterhin die Verhandlungsweisung an die Genfer Delegation, sich nicht mit der Sowjetunion auf Verhandlungen über umstrittene Fragen der Interpretation des ABM-Vertrages einzulassen.

Dies habe jedoch bisher wenig praktische Auswirkungen gehabt, da die SU von sich aus das Thema nicht angesprochen habe. Die bisherige Haltung der SU sei gewesen, daß weder die enge noch die weite Interpretation des ABM-Vertrages für sie im Vordergrund stehen könne, weil sie die amerikanischen SDI-Aktivitäten als solche für ABM-vertragswidrig angesehen und deswegen eine Regelung angestrebt habe, die die weitere SDI-Entwicklung verhindern würde. Hier deute sich in der gegenwärtigen Runde eine gewisse Veränderung an. Sowjetische Seite sage nicht mehr, daß die SDI-Forschung, die gegenwärtig betrieben werde, gegen den Vertrag verstoße. Dies deute man auf amerikanischer Seite als mögliche Konzessionsbereitschaft.

2) Die Studie des State Department zu Verhandlungsgeschichte und Ratifikationsprozeß des ABM-Vertrags wurde Botschaft heute zugänglich gemacht. Ein dritter Teil, der sich mit der Vertragsanwendung beschäftigt, befindet sich gegenwärtig noch in Erarbeitung. Es wird bis Ende d. M., möglicherweise auch noch länger dauern, bis er verfügbar wird. Die sehr umfangreichen beiden ersten Teile der Studie werden mit nächstem Kurier übermittelt. Die Untersuchung, soweit sie bisher vorliegt, führt Gründe an, die eine weite Interpretation des ABM-Vertrages zulässig erscheinen lassen. Es wird im State Department aber deutlich darauf hingewiesen, daß zwar die politische Wunschlinie des Präsidenten[6] in Richtung auf die weite Interpretation ginge, daß die politische Realität ihn jedoch in der Durchsetzung dieses Wunsches stark behindere. Sowohl die Lage im Kongreß (Haushaltsberatungen) als auch sein Interesse am Zustandekommen eines Gipfeltreffens dürften den Präsidenten letztlich daran hindern, sich für die Durchsetzung der weiten Interpretation des Vertrages zu entscheiden.[7]

Die vorher mit dem State Department nicht abgestimmte Pentagon-Studie sei, wie berichtet, abgeschlossen und liege im Weißen Haus vor. Im Auftrag von Senator Wallop sei eine praktisch identische Studie gefertigt worden, die sich lediglich durch das Weglassen der Empfehlungen von Verteidigungsminister Weinberger an den Präsidenten unterscheide. Diese Studie liege derzeit auch dem State Department vor, das ihr bisher noch nicht zugestimmt habe. Man empfinde diese als ausgesprochen problematisch, halte die Ergebnisse für irreführend und die Analyse für nicht ausreichend. Deswegen sei die Studie bisher

6 Ronald W. Reagan.

7 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 10. August 1987: „Der dritte Teil des Sofaer-Berichtes über die Implementierung des ABM-Vertrages ist auch bis zum Beginn der jetzigen Sitzungspause des Kongresses diesem nicht vom State Department übersandt worden. […] Vertraulich sagte man uns, wie auch die vorhergehenden beiden Teile der Studie komme der dritte Teil der Untersuchung Sofaers zu dem Ergebnis, daß der Übergang zur weiten Auslegung des Vertrages rechtlich zulässig sei." Allerdings scheine der amerikanischen Regierung nicht „an einer baldigen Entscheidung in der Interpretationsfrage gelegen" zu sein, da dies im Kongreß die „Unterstützung für die Erhöhung der SDI-Mittel für das Haushaltsjahr 1988/89 und für angestrebte Rüstungskontrollvereinbarung mit der Sowjetunion" gefährden könne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3371; Referat 201, Bd. 143471.

nicht verwendbar und könne auch nicht weitergegeben werden.[8] Es sei abzuwarten, ob das Weiße Haus sich dazu entschließe, die Bedenken des State Department zu übergehen oder die Studie zur Ergänzung an das Pentagon zurückgehen lasse. Es sei dadurch nicht abzusehen, wann eine Entscheidung über erneute Konsultationen mit den Verbündeten falle, es sei eher damit zu rechnen, daß dies erst nach dem NATO-Außenministertreffen in Reykjavik (11./12.6.)[9] der Fall sein werde.

[gez.] van Well

VS-Bd. 11283 (220)

144

Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff

20. Mai 1987[1]

Herr Minister

Die Einsatzbereitschaft der PIa bis 1991/92[2] läßt sich nur im Wege des „Kannibalismus“ bewirken mit dem Ergebnis, daß immer weniger Systeme zur Verfügung stehen: 1992 werden ca. 36 geblieben sein, wenn überhaupt.

Zu diesem Zeitpunkt aber stände die PIb, sollte sie beschlossen werden, noch nicht zur Verfügung. Laut Vorschlag SACEUR soll sie bis 1995 eingeführt werden.[3]

8 Die amerikanische Botschaft in Bonn übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter mit Schreiben vom 27. Mai 1987 eine vom amerikanischen Außenministerium erstellte Kurzzusammenfassung des Berichts des amerikanischen Verteidigungsministeriums, der dem Kongreß am 20. Mai 1987 auf dessen Anforderung übersandt worden war („Effect on the Strategic Defense Initiative (SDI) Program if the President were to broad interpretation of the Anti-Ballistic Missile (ABM) Treaty“). Vgl. dazu Referat 431, Bd. 153221.

9 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

1 Handschriftliche Aufzeichnung.
Hat Bundesminister Genscher am 21. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] StS S[udhoff].“

2 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. auch Dok. 145.

3 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 24. April 1987, Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), habe ihm „mit der Bitte um Quellenschutz“ mitgeteilt, er, Hansen, habe Einsicht nehmen können in ein am 23. April 1987 übermitteltes Schreiben des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, an den Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, Altenburg, vom 21. April 1987. Rogers komme darin zu dem Schluß: „Wenn die 72 deutschen PIa blieben und modernisiert würden, gehe die zweite Null-Lösung in Ordnung. Wenn dies nicht der Fall sei, müsse die von Shultz am 16. April im NATO-Rat erwähnte Alternative erwogen werden, daß die USA eine globale SRINF-Obergrenze bei etwa 80 ausnützen, nachdem die SU ihr Potential im Zusammenhang mit der LRINF-Null-Lösung auf dieses Niveau abgesenkt hat. Wenn dies nicht möglich sei, müsse Scud in die Verhandlungen einbezogen werden und ein Junktim zu SNF hergestellt werden (hier präzisierte Hansen nicht, ob Einbeziehung Scud in LRINF-Abkommen oder Anschlußverhandlungen). In jedem Fall werde die Modernisierung der bleibenden Nuklearmittel, insbesondere von Lance und die Einführung einer flugzeuggestützten Abstandswaffe, wichtig.“ Alle diese Rüstungskontrollregelungen sollten nach Auffassung von SHAPE weltweit gelten. Vgl. VS-Bd. 12167 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Dieser Vorschlag SACEUR beruht auf der Annahme, daß die Überlappung durch die P II erfolgt. Diese aber wird in einem LRINF-Abkommen abgebaut werden. Folglich entstünde zwischen 1991/92 und 1995 eine „Deckungslücke“ in diesem Bereich.[4]

Dieses Faktum wird irgendwann in der politischen Diskussion auftauchen!

Sudhoff

VS-Bd. 14159 (010)

145

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek

201-363.30-743/87 geheim **20. Mai 1987**[1]

Betr.: Pershing I a (P I a);
hier: Auslaufen der Einsatzbereitschaft[2]

Bezug: Mündliche Anforderung des Ministerbüros vom 20.5.1987

Anlg.: 1) Vermerk des Referats 201 vom 26.1.1987
– 201-363.30-80/87 geheim[3]
2) Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 22.11.1985[4] mit Anlagen
– 201-363.30 1860/85 geheim[5]
3) SHAPE-Vortrag zu „Nuclear Stockpile Ageing“ auf 40. NPG-Tagung in Gleneagles (Oktober 1986[6]) – Auszug aus 201-1783/86 geheim[7]
(Anlagen nur beim Original)

1) Die Frage der P I a-Nachfolge wird seit mindestens fünf Jahren innerhalb der Bundesregierung (bzw. ihrer Vorgängerinnen) diskutiert (siehe im einzelnen hierzu Anlage 1). Dabei war man zunächst davon ausgegangen, daß die Einsatz-

4 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher mit Fragezeichen hervorgehoben.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 20. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent von Ploetz und Staatssekretär Sudhoff an das Ministerbüro verfügte.
Hat Ploetz am 20. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Sudhoff am 20. Mai 1987 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 28. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] StS S[udhoff].“

2 Vgl. dazu auch Dok. 144.

3 Dem Vorgang beigefügt. Referat 201 informierte über den Stand der Überlegungen zur Nachfolge der Pershing I a. Vgl. dazu VS-Bd. 12129 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Korrigiert aus: „22.5.1985“.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte Bedenken gegen eine Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 3. Oktober 1985 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 4. Oktober 1985 dar. Fraglich bleibe, „ob die Gründe für einen Ausschluß von Marschflugkörpern (keine konventionelle Einsetzbarkeit, kein ausreichendes europäisches/deutsches Know-how) aus den weiteren Überlegungen für eine P I a-Nachfolge überzeugen und ob gegen eine spätere Entscheidung (1987) zugunsten der P I b, worauf eine Lösung unter Verwendung vorhandener Komponenten letztlich hinausläuft, keine

bereitschaft der PIa grundsätzlich nur bis 1987 möglich sei. Der BSR hat sodann auf der Grundlage einer entsprechenden Empfehlung des BM der Verteidigung im Juli 1985 beschlossen, die Lebenszeit der PIa bis 1992 zu verlängern bei sich allmählich reduzierendem Umfang bis auf wenigstens 36 Systeme. Diese Reduzierung würde daraus folgen, daß der Ersatzteilvorrat, der zur Indiensthaltung des Systems erforderlich ist, nicht mehr ergänzt werden kann (Auslaufen der Produktionslinie), vielmehr abnehmen wird.[8] Nach Abzug der amerikanischen PIa gibt es hier auch nicht mehr die Möglichkeit gegenseitiger Unterstützung für die deutschen PIa.

2) Konkrete Aussagen zum Zeitpunkt eines Auslaufens der Indiensthaltung deutscher PIa-Systeme sind in der BSR-Vorlage des BMVg vom 3.10.1985 (siehe Anlage zu Anlage 2; dort Seite 2 oben[9]) enthalten. Diese Vorlage hat BM Wörner für seinen Vortrag im BSR am 4.10.1985 gedient. Der BSR hatte seinerzeit einem Technologie- und Experimentalprogramm zur Eingrenzung der technischen, wirtschaftlichen und finanzplanerischen Risiken und Konzeptauswahl eines PIa-Nachfolgesystems sowie der Aufnahme von Gesprächen mit der amerikanischen Seite zugestimmt.[10]

3) Aus NATO-Dokumenten liegen hier keine konkreten Zeitangaben (bestimmte Jahreszahl) für ein Auslaufen der PIa vor. Jedoch gibt es vielfach Hinweise darauf, daß die zuständigen militärischen Stellen im Bündnis davon ausgehen, daß dieser Zeitpunkt spätestens Anfang der 90er Jahre liegen wird. So hat SACEUR in seiner Nuclear Weapons Requirement Study (NPG-Tagung in Luxemburg Frühjahr 1985[11]) vorgeschlagen, bis 1995 die PIb (als Nachfolge für die PIa) einzuführen. Dem wird die Annahme zugrunde liegen, daß die PIa vorher, also Anfang der 90er Jahre, ausläuft.[12]

4) Zur Alterung des nuklearen Potentials der NATO in Europa hat SHAPE im übrigen auf der 40. NPG-Tagung[13] einen Vortrag gehalten (siehe Anlage 3). Darin wird nochmal hervorgehoben, daß Waffensysteme nach einer gewissen

Fortsetzung Fußnote von Seite 726

politischen Gründe sprechen". Das Verteidigungsministerium argumentiere für eine Kooperation mit den USA statt mit Westeuropa, weil sich sonst ein dominierender Anteil der Bundesrepublik ergeben würde: „Unter dieser Voraussetzung würde eine deutsch-französische Kooperation Fragen aufwerfen in bezug auf die Haltung der Bundesregierung zur Aufhebung der früheren WEU-Beschränkungen (bisher keine Absicht zur Entwicklung weiterreichender Flugkörpersysteme) sowie im Hinblick auf den Status der Bundesrepublik Deutschland als Nichtnuklearmacht (Sonderrolle für D, da andere Gewichtsverteilung als bei einer Kooperation mit den USA wahrscheinlich und F außerhalb der NATO-Militärintegration)." Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

6 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 302.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.

8 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Angeblich – präzise Aussagen werden nicht gemacht – sind derzeit noch ca. 65 PIa einsetzbar."

9 Für die Vorlage des Bundesministeriums für Verteidigung vom 3. Oktober 1985 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 4. Oktober 1985 vgl. VS-Bd. 12047 (201).

10 An dieser Stelle ergänzte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Nach mdl. Auskünften des BMVg besteht kein Kooperationsansatz mit F beim PIa-Einsatz (BSR hatte Prüfungsauftrag gegeben)."

11 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. AAPD 1985, I, Dok. 82.

12 An dieser Stelle ergänzte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Die Studie liegt schriftlich nur im BMVg vor."

13 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „(Okt. 86)".

Zeitspanne nicht mehr einsatzbereit gehalten werden können oder dieser Zeitraum allenfalls zu unvertretbaren Kosten noch verlängert werden könnte (S. 13+15). Für die PIa wird eine abnehmende Zuverlässigkeit bereits bis 1988 angenommen (S. 7). Enddaten der Indiensthaltung waren auf einem den Vortrag begleitenden Lichtbild enthalten (S. 14), sind im Text aber nicht wiedergegeben. Da ein zwingender Abbau der PIa in den 90er Jahren erwartet wird (S. 9), wird die PIa jetzt in einem Alter gesehen, in dem Modernisierung oder Ersatz vernünftig („prudent“) sei. Diese Einschätzung geht von der Erkenntnis aus, daß sich Auslaufen eines alten und Einführung eines neuen Waffensystems grundsätzlich überschneiden sollten, um nicht im Zeitraum des Systemwechsels/-ersatzes geringere Sicherheit in Kauf zu nehmen.

Adamek

VS-Bd. 12129 (201)

146

Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud in Paris

010-1039/87 VS-vertraulich **21. Mai 1987**[1]

49. Deutsch-französischer Gipfel Paris;
hier: Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister am 21.5., 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundesminister Genscher, Bundesminister Dr. Wörner, StS Dr. Rühl, MD Dr. von Richthofen, Frau Bouverat (Dolmetscherin).

Teilnehmer auf französischer Seite: AM Raimond, VM Giraud, Politischer Direktor Noiville, Monsieur de la Fortelle, Dolmetscher.

1) AM *Raimond* berichtete auf Wunsch der deutschen Seite über die Gespräche von PM Chirac in Moskau.[2] In bezug auf die Rüstungskontrolle und Abrüstung

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Paris, am 21. Mai 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 25. Mai 1987 vorgelegen.

2 Ministerpräsident Chirac hielt sich vom 14. bis 16. Mai 1987 in der UdSSR auf. Für Auszüge aus seinem Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 15. Mai 1987 vgl. GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 649–651.
Botschafter Schoeller, Paris, bilanzierte am 19. Mai 1987: „In Paris sind nach der besonders ungünstigen Ausgangslage (wechselseitige Ausweisungen, weitgehende Widerstandshaltung gegenüber nuklearer Abrüstung) die Aussichten des Besuchs so gering eingeschätzt worden, daß Ch[irac] ihr Ergebnis jetzt als Erfolg verbuchen kann. Er hat die französischen Sorgen wegen der westlichen Bedrohungslage infolge der Ungleichgewichte im nuklearen, im konventionellen und im CW-Bereich deutlich angesprochen, ohne Positionen zu beziehen, die einen konstruktiven Fortgang des Verhandlungsprozesses von der Seite her stören könnten. Insbesondere hat er die Abrüstung von LRINF nicht

habe PM GS Gorbatschow die französische Position erläutert und die Solidarität Frankreichs mit der Bundesrepublik Deutschland unterstrichen. Grundsätzlich würde Frankreich die Position der Bundesregierung akzeptieren. Der Bericht von AM Raimond entsprach im wesentlichen dem Schreiben von PM Chirac an den Bundeskanzler über seine Moskau-Reise.

Auf Frage von BM *Genscher*, ob sich Gorbatschow zu sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen und zu Afghanistan geäußert habe, erwiderte AM *Raimond*, daß die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen im einzelnen nicht behandelt wurden und, abgesehen von der Tischrede Chiracs[3], über Afghanistan nicht gesprochen wurde.

Ryschkow habe lediglich auf der Fahrt zum Flughafen daran Kritik geübt, daß AM Raimond kurz zuvor in Pakistan[4] mit sieben Vertretern des afghanischen Widerstandes zusammengetroffen sei.

Auf Frage von BM *Wörner*, was Gorbatschow zu den Reformen, den Widerständen und den Erfolgen seiner Reformpolitik gesagt habe, erwiderte AM *Raimond*, Gorbatschow habe als Termin für eine Bilanz seiner Reformpolitik das Jahr 1990 genannt. Dies entspreche seiner eigenen Einschätzung, daß eine Analyse der Reformpolitik nach etwa zwei bis drei Jahren sinnvoll sei.

Auf die weitere Frage von BM *Wörner* nach den Beziehungen Gorbatschows zum sowjetischen Militär berichtet AM *Raimond*, Gorbatschow habe nicht besonders über sein Verhältnis zur Armee gesprochen und scheine keine besonderen Probleme mit dem Militär zu haben.

BM *Genscher* stellte fest, daß Gorbatschow seine Reformpolitik ideologisch begründen müsse, um zu unterstreichen, daß er nicht von der reinen Lehre abweiche. Es bestand Übereinstimmung, daß nach den ersten drei Jahren der Zeitpunkt kommen werde, wo Gorbatschow an die Wurzeln des Systems gehen müsse, wenn sich seine Reformpolitik nicht festlaufen solle.

Raimond unterstrich, daß PM Chirac von den Gesprächen mit Gorbatschow, den er zuvor nicht kannte, sehr beeindruckt gewesen sei. Die Gespräche auch mit Ryschkow seien im Unterschied zu früher sehr konkret und sehr offen gewesen.

BM *Genscher* dankte für den für die Bundesregierung interessanten Bericht.

2) Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa

BM Genscher wies darauf hin, daß für die Bundesrepublik Deutschland angesichts ihrer geographischen Lage und der Lastenteilung im Bündnis die konventionellen Fragen eine erhebliche Rolle spielen. Angesichts der Überlegenheit des Warschauer Paktes und der geographischen Disparitäten werde die Bundes-

Fortsetzung Fußnote von Seite 728

in Frage gestellt und zu SRINF keine spezifisch franz[ösischen] Positionen bezogen, sondern auf den Prozeß der notwendigen westlichen Entscheidungsfindung verwiesen. Allerdings hat Gorbatschow erneut erfahren, daß die Force de frappe im aktuellen Verhandlungsprozeß nicht zur Debatte stehen könne. Respekt erntet hier bei allen politisch maßgeblichen Kräften und in der öffentlichen Meinung das Eintreten für humanitäre Anliegen (gerade auch der ausreisewilligen Juden), die unerschrockene Geste gegenüber den Dissidenten und die kritische Erwähnung des SU-Verhaltens in Afghanistan und Kambodscha." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1137; Referat 213, Bd. 143558.

3 Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Chirac am 14. Mai beim Abendessen im Kreml vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Mai/Juni), S. 28–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 554–557 (Auszug).

4 Der französische Außenminister Raimond hielt sich vom 6. bis 8. Mai 1987 in Pakistan auf.

regierung gefragt, was geschehe, um die Gespräche in Wien über konventionelle Rüstungskontrolle[5] voranzubringen. Dabei komme sie in eine schwierige Phase, weil sie angesichts der Prozedurstreitigkeiten über den Fortgang der Verhandlungen nichts berichten könne. Unter Hinweis auf die deutsch-französische Initiative von Halifax[6] und die Brüsseler Entscheidung im Dezember 1986[7] bat BM Genscher um französische Äußerungen zu seinem Brief an AM Raimond vom 20.5. und dem diesem Schreiben beiliegenden britischen Vermittlungsvorschlag.[8]

AM *Raimond* gab zu dem Brief[9] folgende Antwort: Er habe gestern mit Präsident Mitterrand gesprochen. Bei den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa bestünden zwischen den USA und Frankreich grundsätzliche Auffassungsunterschiede und keineswegs nur Streitigkeiten zwischen den Experten in HLTF. Präsident Mitterrand habe entschieden, daß PM Chirac Präsident Reagan schreibe und ihn daran erinnere, daß die französische Position keine Verfahrens-, sondern eine Grundsatzposition sei. Chirac solle Reagan bitten, seine Vorbehalte gegen eine Verbindung von KRK und KSZE aufzugeben. Wenn Präsident Reagan eine Anzahl von Bedenken ausräume, könnten F, GB und D zu dritt oder F, GB, D, USA und IT zu fünft über die noch offenen Einzelheiten sprechen, um unterhalb der politischen Ebene bis zum 3. oder 8. Juni zu einer Lösung zu kommen. Präsident Mitterrand und PM Chirac verträten hierzu die gleiche Haltung. Chirac werde in den nächsten Tagen an Präsident Reagan

5 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

6 Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

7 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

8 Vgl. dazu das dem Schreiben des britischen Außenministers Howe vom 23. April 1987 an Bundesminister Genscher beigefügte britische Papier „Follow-up to CDE and Conventional Stability Talks: Elements of an Agreed Approach"; VS-Bd. 11541 (221).
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann informierte Bundesminister Genscher am 24. April 1987, Howe schlage eine gemeinsame Vermittlungsaktion vor, „um den französisch-amerikanischen Streit über das Verhältnis zwischen KRK und KSZE/KVAE zu überwinden". Howes Überlegungen würden sich weitgehend mit denen der Bundesregierung decken; lediglich drei Änderungen seien sinnvoll: „Wir sollten klarstellen, daß der Westen alles daran setzen sollte, die KRK-Mandatsverhandlungen und die Verhandlungen über ein Abschlußdokument des WFT (inkl. über einen Beschluß zur Fortsetzung der KVAE) zu synchronisieren und, wenn irgend möglich, zeitlich zusammen abzuschließen. Auch für die späteren eigentlichen Verhandlungen sollte eine gewisse Parallelität von Verhandlungen über konventionelle Stabilität zu 23 und VSBM-Verhandlungen zu 35 zumindest nicht ausgeschlossen werden. Die Einschränkung einer Möglichkeit für die N+N, ihre Ansichten und Interessen zur Geltung zu bringen, sollte nicht mit dem Arrangement verglichen werden, in dessen Rahmen die nicht teilnehmenden Mittelmeerstaaten bei der KSZE auftreten können. Die N+N könnten diese sehr schwache Form der Beteiligung als eher kränkend empfinden." Vgl. VS-Bd. 11538 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Mit Schreiben vom 29. Mai 1987 an NATO-Generalsekretär Lord Carrington teilte Bundesminister Genscher mit, der britische Außenminister Howe und er hätten sich auf einen Vorschlag verständigt, um die amerikanisch-französischen Differenzen „durch eine pragmatische Lösung des Verhältnisses zwischen Verhandlungen über konventionelle Stabilität und der KSZE zu überwinden". Genscher übermittelte den Wortlaut des Schreibens, das er „vergangene Woche Jean-Bernard Raimond und George Shultz unterbreitet" habe. Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde vom 29. Mai 1987 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; VS-Bd. 11538 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

schreiben.[10] Was die Einführung von Elementen für die Verhandlung der Mandate in den KRK-Gesprächen zu 23 bzw. den Gesprächen über vertrauensbildende Maßnahmen zu 35 in Wien angehe, sei der französische Vertreter in der HLTF angewiesen, in der Sitzung am 22.5.[11] die Verhandlungen mit dem Ziel fortzusetzen, diese Elemente ab Montag, den 25.5., in Wien einzubringen.

Bei den Elementen für die Mandatsgespräche zu KRK sei noch eine Frage zu klären, nämlich die Verbindung zwischen konventionellen und nuklearen Waffen. F sei absolut gegen eine Vermengung beider Waffenarten wegen der nuklear und konventionell verwendbaren Waffen. Die Frage des Verhandlungsforums müsse bis nach dem Briefwechsel Chirac–Reagan offen bleiben. F verlange, daß sich das Mandat für die vertrauensbildenden Maßnahmen auch auf das Mandat für KRK beziehe.

Zu dem Schreiben von BM Genscher erklärte AM *Raimond*, daß er in drei Punkten mit BM einig sei:

– Die 23 bleiben 23;
– die N+N-Staaten haben kein droit de regard auf die Verhandlungen über konventionelle Stabilität;
– der Zeitplan für die KSZE sollte keine Verpflichtung enthalten, in den KRK-Verhandlungen zu Ergebnissen zu kommen.

AM Raimond fuhr fort, er habe jedoch vier Fragen, die in dem Schreiben von BM nicht behandelt seien:

– F wünsche zwei getrennte Verhandlungen im Rahmen der KSZE (eine Konferenz mit zwei Verhandlungen);
– gleicher Beginn im gleichen Rahmen;
– das Schlußdokument von Wien solle die Mandate für die 23 und die 35 einschließen, ohne daß der von den 23 vereinbarte Text von den 35 in Frage gestellt werde;
– gemeinsame Sitzung der Verhandler der 23 und der 35 regelmäßig zur gegenseitigen Information.

10 Botschafter Holik vermerkte am 3. Juni 1987, die französische Regierung habe ihre Haltung statt in einem Schreiben des Ministerpräsidenten Chirac an Präsident Reagan in einem Schreiben des französischen Außenministers an seinen amerikanischen Kollegen Shultz dargelegt, dessen Text die USA vertraulich übermittelt hätten: „Statt wie bisher von ‚einem Mandat' spricht Raimond jetzt von zwei Mandaten. Allerdings ist weiterhin von ‚einer Konferenz' die Rede – was für die USA kaum akzeptabel ist (insbesondere vor dem Hintergrund der französischen Versuche, Kompromisse einseitig umzuinterpretieren). Die französischen Vorstellungen zum ‚link' gehen teilweise beträchtlich über die Vorschläge im britisch-deutschen Vermittlungspapier hinaus". Das Schreiben mache „die extreme Sensibilität Frankreichs gegen eine Einbeziehung von Nuklearwaffen, sei es auch über den Umweg von Dual-capable-Systemen, deutlich. Für Frankreich ist das Anliegen, zwischen Nuklearwaffen und KRK-Verhandlungen eine vertikale ‚Brandmauer' einzuziehen, so wichtig, daß es deswegen den Ausschluß der gesamten Luftstreitkräfte aus den KRK-Verhandlungen verlangt. Frankreich geht es offensichtlich vorrangig darum, eine Entwicklung auszuschließen, die mittelfristig zu einer Erfassung der Force de frappe in Rüstungskontrollverhandlungen führen könnte. Die Abschirmung der Force de frappe ist für F viel wichtiger als die Anbindung von KRK an die KSZE." Vgl. VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, berichtete am 22. Mai 1987, die Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am selben Tag habe aufgrund fortdauernder amerikanisch-französischer Differenzen über den „Link KRK–KSZE" kein Ergebnis erbracht: „Das Sitzungsklima war durch gegenseitige persönliche Angriffe d'Aboville–Ledogar stark belastet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 710; VS-Bd. 12173 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

BM *Genscher* dankte und stellte fest, daß D und F in der Substanz ganz nah beieinander seien. Sein Brief habe eine Einigung zwischen F und USA erleichtern wollen. Es handele sich nicht um ein Problem zwischen D und F. Da die Einigung zwischen USA und F für uns aber dringlich sei, sei uns sehr daran gelegen, daß die Schwierigkeiten rasch überwunden würden.

BM *Wörner* fragte, ob es Meinungsverschiedenheiten in der Substanz dieser Verhandlung gebe und ob er eine klare Vorstellung habe, was am Ende dieser Verhandlung stehen solle.

AM *Raimond* erwiderte, die einzigen Meinungsverschiedenheiten, die sich zeigen würden, lägen bei einem möglichen Abgleiten der KRK-Verhandlungen in Richtung auf einen Einschluß nuklearer Waffen, wogegen F wegen des zusätzlichen Risikos sei. Er schließe nicht aus, daß Gorbatschow solche Vorschläge im Zusammenhang mit dem Rückzug von Truppen machen könnte.

Er könnte versucht sein, auf diese Weise zu einer Eliminierung französischer Atomsprengköpfe zu kommen. Hierzu gebe es eine strikte Weisung des Präsidenten.

VM *Giraud* wies auf die unterschiedlichen Zwecke konventioneller und nuklearer Waffen hin. Nukleare Waffen seien ausschließlich dazu da, Kriege zu verhüten (eine eingesetzte Nuklearwaffe ist eine schlechte Waffe).

BM *Genscher* wies darauf hin, daß diese Frage auch ein Kernpunkt der Diskussion in der Bundesrepublik sei. Die Strategie der Abschreckung diene der Kriegsverhütung. Es gäbe aber auch eine andere Meinung, die sage, es gelte, damit Übergewichte im konventionellen Bereich auszugleichen, was nicht unsere Position sei.

AM *Raimond* stimmte dem zu. BM *Wörner* und VM *Giraud* wiesen darauf hin, daß der Ausgleich von Übergewichten im konventionellen Bereich nur eine Funktion der Abschreckung, aber nicht die wünschenswerte sei. Die wünschenswerte sei, Kriege zu verhüten. BM *Wörner* wies darauf hin, daß er von Anfang an der Auffassung heftig widersprochen habe, es gäbe eine konventionelle Abschreckung.

Zur Substanz der KRK-Verhandlungen, die stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rücken würden, wies BM Wörner auf die Notwendigkeit hin, das große Übergewicht der anderen Seite in den Hauptwaffenarten zu beseitigen. Er sehe die Hauptschwierigkeit in der einseitigen oder jedenfalls unproportional hohen Reduktion der anderen Seite, wo der Westen nicht viel anzubieten habe.

AM *Raimond* entgegnete, dies sei der Grund, warum der Westen von konventioneller Stabilität spreche.

BM *Genscher* wies auf die geringe Flexibilität des Westens hinsichtlich konventioneller Reduktionen hin, daß wir gerade soviel Waffen haben, wie wir zur Verteidigung brauchen. Daher könne der Westen nur geringe Prozentsätze reduzieren, während auf östlicher Seite sehr viel eliminiert werden müsse.

3) INF-Verhandlungen

Auf Bitten von AM Raimond berichtete Genscher über die prozedurale Entscheidungslage in der Bundesrepublik:

Am 1.6. Gespräche der Regierung mit den Vorsitzenden der Regierungsparteien[12], am 4.6. Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag[13] einschließlich einer Antwort, wie es die Bundesregierung mit den Reichweiten zwischen 1000 und 500 km halte.

BM Genscher wies darauf hin, daß der Bundeskanzler in seiner Erklärung vom 15.5.[14] auch zu der rüstungskontrollpolitischen Erfassung der nuklearen Systeme unterhalb 500 km Reichweite Stellung genommen habe. F müsse wissen, daß die deutsche Seite, gleich wie man die Frage der zweiten Null-Lösung betrachte[15], darin übereinstimme, daß auf eine erste oder zweite Null-Lösung keine dritte Null-Lösung folgen darf. Wir könnten nicht akzeptieren, daß über die nuklearen Systeme unterhalb 500 km Reichweite niemals verhandelt werden dürfe. Dabei sprechen wir jedoch nicht von einer dritten Null-Lösung. Man müsse die notwendigen Formen finden, daß auch solche Systeme Gegenstand von Verhandlungen werden. Wie dies im einzelnen aussehe, brauche jetzt nicht beantwortet zu werden. Wir können uns nicht mit Erklärungen einverstanden erklären, die solche Verhandlungen ausschließen würden. Keiner der Verbündeten müsse besorgt sein, daß die Bundesregierung eine dritte Null-Lösung anstrebe.

BM *Wörner* stimmte BM Genscher zu und äußerte zwei zusätzliche Gedanken:

– Wie immer man sich im Reichweitenband zwischen 1000 und 500 km entscheiden werde, wie immer die Einigung hierüber in der Koalition ausfallen werde, es werde keine dritte Null-Lösung geben.
– Ebenso klar sei, daß wir keine Vorstellung akzeptieren können, daß im Reichweitenband von 500 bis 0 km, was Flugkörper anbelangt, überhaupt keine Verhandlungen geführt werden. Eine solche Haltung wäre politisch unklug und im eigenen Lande nicht durchzuhalten. Obwohl man sehen müsse, daß Gorbatschow über große Möglichkeiten verfüge, attraktive Angebote zu machen, können wir uns mit einer Brandmauer bei 500 km nicht abfinden.

BM Wörner gab dann einen Bericht über die Beratungen der NPG in Stavanger.[16] Er habe als Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland klargemacht, daß es mit den Interessen der Bundesrepublik nicht vereinbar wäre, alle Raketensysteme über 500 km abzuräumen, bei 500 km Schluß zu machen und das Gleichgewicht im Bereich von 500 bis 0 km durch Stationierung neuer Waffensysteme zur Auffüllung bis zur Höhe der östlichen Obergrenzen herzustellen. Man könne dem deutschen Volk nicht klarmachen, daß man auf die Raketen verzichte, die über Deutschland hinausreichen, und im Reichweitenband der Systeme, die nur deutsches Gebiet erreichen, künftig nachrüste. Dies sei für uns aus deutscher Sicht betrachtet ein sehr vitaler Punkt. BM Wörner wies ferner darauf hin, daß der Bundeskanzler in seiner Erklärung vom 15.5. bewußt auf das gesamte Kräfteverhältnis hingewiesen habe. Man dürfe Moskau

12 Zum Koalitionstreffen am 1. Juni 1987 vgl. Dok. 155, Anm. 10.

13 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928.

14 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1987 vgl. Dok. 141.

15 Zur Kontroverse innerhalb der Bundesregierung vgl. Dok. 128, Anm. 6, und Dok. 139, Anm. 2.

16 Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

nicht erlauben, willkürlich einzelne Bereiche für Verhandlungen herauszuziehen, die der SU passen, ohne das gesamte Kräfteverhältnis zu berücksichtigen. Zentraler Punkt des WEU-Kommuniqués von Luxemburg[17] sei die Feststellung, daß Reduzierungen in einem Bereich nicht die Ungleichgewichte in anderen Bereichen vergrößern dürfen.

VM *Giraud* erwiderte, die deutschen Besorgnisse würden auf französischer Seite geteilt. Chirac habe in Moskau ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die strategischen Waffen Europa ebensogut treffen könnten wie die INF. Deshalb wäre es normal, auch diese Waffen zu reduzieren.

Man könne das in einer Form tun, die nicht als Vorbedingung erscheine, und es sei gut, ständig an das Gesamtkräfteverhältnis zu erinnern. Aus den Ausführungen von BM Wörner wolle er zwei Punkte hervorheben:

– daß die Bundesrepublik nicht in eine dreifache Null-Lösung fallen wolle,
– daß es für die Bundesrepublik sehr bedrohlich sei, wenn die Brandmauer dort gezogen würde, wo nur Waffen verbleiben, die Deutschland treffen.

Dies könnte dadurch vermieden werden, daß die Brandmauer etwas weiter oben gezogen wird und, ohne weitere Verhandlungen auszuschließen, die SRINF teilweise reduziert werden. Die Schwierigkeiten, vor denen wir stünden, seien von den USA aufgeworfen worden durch das right to match.

Die Frage sei, ob man das right to match auch ausüben und stationieren müsse, um ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau herzustellen. Es sei Sache der europäischen Regierungen, das zu akzeptieren oder zu vermeiden. Wenn diese stationieren wollten, gäbe es keine Probleme, daß die USA dazu bereit seien.

Wenn sie nicht stationieren wollten, könnten sie den USA erklären, daß sie das right to match während einer gewissen Zeitspanne nicht ausüben wollten, um abzuwarten, ob es in der Zwischenzeit Abrüstungsergebnisse bei START oder bei den chemischen Waffen gäbe.

BM *Genscher* wies darauf hin, daß BM Wörner und er an diesem Tisch keine Meinungen vortragen wollten, die nicht übereinstimmten.

Ganz gleich, was zwischen 500 und 1000 km Reichweite geschehe, gäbe es seit längerer Zeit eine feste Position der Bundesregierung, daß in keinem Fall unter 500 km nicht reduziert werden dürfe. Es sei klar, daß wir keine dritte Null-Lösung wollten.

Aber es müßten Verhandlungen vorgesehen werden, über deren Rahmen, Ort und Inhalt später entschieden werden könne.

AM *Raimond* erklärte, mathematisch gäbe es nur einen Ausweg, nämlich die zweite Null-Lösung abzulehnen und nicht zu sagen, was darunter sein solle. Der Westen müsse aus der sowjetischen Logik heraustreten.

BM *Genscher* stellte klar, daß die Haltung der Bundesregierung nicht erst eine Reaktion auf die amerikanischen Vorschläge sei, sondern schon zu einem Zeitpunkt gefaßt wurde, als sich die USA noch nicht damit befaßt hatten.

AM *Raimond* trat erneut dafür ein, eine eigene westliche Logik zu entwickeln und das zu tun, was zum eigenen Schutz notwendig sei. Man dürfe nicht auf

17 Für den Wortlaut des Kommuniqués der WEU-Ministerratstagung am 27./28. April 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 373–376. Vgl. dazu ferner Dok. 104, Anm. 17.

eine Strategie verzichten, die das Verdienst habe, die Bundesrepublik in starkem Maße zu schützen. F sei mit D im Interesse der Kohäsion Europas befreundet.

AM Raimond warb dann erneut für die Option einer Lösung gleicher Obergrenzen auf niedrigem Niveau (80 Systeme) bei SRINF zwischen 1000 und 500 km.

BM *Genscher* und BM *Wörner* hielten dem entgegen, daß wir keine neue Nachrüstungsdebatte in der Bundesrepublik wollten, und wiesen im übrigen auf die noch offene Meinungsbildung in der Koalition hin.

VM *Giraud* erwiderte, nur die amerikanischen Verhandlungsführer verlangten eine Stationierung. Die Europäer sollten den Amerikanern sagen, daß sie keine Stationierung forderten, weil sie hofften, daß der Abrüstungsprozeß voranschreite.

BM *Wörner* und BM *Genscher* erwiderten, daß die USA dies nicht akzeptieren würden.

AM *Raimond* erklärte, daß es die Position von F sei, der Bundesregierung so weit wie möglich zu helfen in einer Lage, in der sie Probleme habe. BM *Genscher* erwiderte, die Bundesregierung habe es sehr zu schätzen gewußt, daß Präsident Mitterrand und PM Chirac die solidarische Haltung von F mit der Bundesrepublik Deutschland unterstrichen haben. Dies sei für uns wichtig und werde sehr hoch geschätzt.

VM *Giraud* übergab BM Genscher auf dem nachfolgenden Empfang im Palais Beauharnais ein Non-paper mit fünf Punkten, das als Anlage beigefügt ist.[18]

VS-Bd. 14150 (010)

147

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac in Paris

22. Mai 1987[1]

Deutsch-französische Konsultationen in Paris am Freitag, dem 22. Mai 1987[2]; hier: Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand und PM Chirac

Während der letzten 15 Minuten nahmen AM Genscher und AM Raimond[3] an dem Gespräch teil.

18 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 26. Mai 1987 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik“ und „erl[edigt]“.

2 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Mai 1987 in Paris vgl. auch Dok. 146.

3 Korrigiert aus: „Raymond“.
Im zeitgleich geführten Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister wurden Fragen der EG-Agar- und Finanzpolitik, der Sitz des Europäischen Parlaments, die

Auf Frage von Präsident Mitterrand berichtete der *Bundeskanzler* zunächst kurz über die Situation der SPD.[4] Er bemerkte, er sei entschieden für eine starke SPD. Das Land brauche zwei große Parteien, von denen jede fähig sei, im Bedarfsfall an die Stelle der anderen zu treten.

Präsident *Mitterrand* knüpfte an die Besprechungen des Vorabends an und erkundigte sich nach dem Sachstand.

Der *Bundeskanzler* wies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende Pressekonferenz[5] hin und kündigte an, er wolle angesichts der Diskussion Ausführungen dazu machen, daß ein deutscher Sonderweg nicht möglich sei. Er kenne keine ernsthafte Kraft, die hinter einem Bemühen um Neutralität stehe. Es gebe für die Bundesrepublik Deutschland keine Alternative zu Europa und zur deutsch-französischen Freundschaft. Bei vielen sei in den letzten Monaten die Meinung gestärkt worden, daß die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich immer wichtiger werde. Dies bedeute kein Mißtrauen gegenüber anderen. Er sei bereit, große Schritte bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu machen. Er wolle hier nur die Sicherheitspolitik nennen. Er glaube, die Zeit sei reif für entschiedene Fortschritte bei der militärischen Zusammenarbeit und ähnlichen Fragen. Im Hinblick auf die internationale Lage bemerkte er, daß er erwarte, GS Gorbatschow werde einen neuen Versuchsballon steigen lassen, wie dies schon Rapacki[6] und andere früher getan hätten.

PM *Chirac* führte aus, er sei für eine stete Verstärkung der deutsch-französischen bilateralen Zusammenarbeit. Heute gebe es aber ein großes Problem, nämlich die Landwirtschaft. Man könne schon fast von einer Krise sprechen. Ein ausgewogener Kompromiß werde gesucht; bisher habe man aber noch keine Lösung finden können.[7] Auch die Besprechungen der vergangenen Nacht hätten

Fortsetzung Fußnote von Seite 735

Nachfolge des Generalsekretärs der EG-Kommission, Noël, die Vorbereitung des 25. Jahrestags des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 sowie die Lage am Persischen Golf erörtert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff vom 23. Mai 1987; Referat 202, Bd. 151082.

4 Zum Rücktritt des SPD-Parteivorsitzenden Brandt vgl. Dok. 89, Anm. 9.

5 Zur gemeinsamen Pressekonferenz des Staatspräsidenten Mitterrand und des Bundeskanzlers Kohl am 22. Mai 1987 in Paris vgl. das Transkript vom selben Tag; Referat 202, Bd. 151082.
Für den Wortlaut von Mitterrands Ausführungen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Mai/Juni), S. 44–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 14 vom 3. Juni 1987, S. 1–6.

6 Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki der VN-Generalversammlung in New York den Vorschlag, eine aus Polen, der ČSSR und den beiden Teilen Deutschlands bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14. Februar 1958 erläuterte Rapacki seine Vorstellungen ausführlich in einem Memorandum. Eine modifizierte Version des Rapacki-Plans, in der als erste Stufe ein Einfrieren des Atomwaffenpotentials im Vertragsgebiet und als zweite Stufe eine Denuklearisierung sowie Truppenreduzierungen vorgesehen waren, wurde am 4. November 1958 vorgelegt. Für den Wortlaut der Vorschläge vgl. DzD III/3, S. 1681–1686. Vgl. dazu ferner DzD III/4, S. 529–533 und S. 1859 f.
Eine Neufassung der Vorschläge wurde am 28. März 1962 vorgelegt. Vgl. dazu AAPD 1962, I, Dok. 143.

7 Zur Agrarpolitik beider Länder notierte Ministerialdirigent Trumpf am 15. Mai 1987: „Während F das Potential seiner wettbewerbsfähigen und exportorientierten Landwirtschaft voll ausschöpfen will und folglich Produktionsbegrenzung durch Flächenstillegung ablehnt, will D die Erhaltung seiner wettbewerbsschwachen bäuerlichen Landwirtschaft durch Produktionsbegrenzung (Flächenstillegung u. a.) erreichen und durch Orientierung an Binnenmarktnachfrage außenhandelspolitische Probleme vermeiden. Während F eine realistische marktgerechte Preispolitik akzeptiert und auch Preissenkungen zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit auf Exportmärkten hinnimmt, lehnt D Preissenkungen als Mittel zur Produktionsbegrenzung ab, weil dadurch die bäuerlichen Einkommen sinken. Während F

keine Einigung gebracht. Er fürchte die politischen Auswirkungen einer solchen Lage.

Der *Bundeskanzler* warf ein, es müsse unbedingt versucht werden, vor dem nächsten Europäischen Rat[8] zu einer Lösung zu kommen.

PM *Chirac* erklärte dies für unbedingt erforderlich.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß weiter verhandelt werden müsse. Bei uns ergebe sich ein Problem aus der aktuellen Lage. Man könne sie an dem Ergebnis der Landtagswahlen des vergangenen Sonntag in Rheinland-Pfalz erkennen.[9] Es habe eine um 14% geringere Wahlbeteiligung gegeben. Zwar habe er immer in Rechnung gesetzt, daß man auf dem Weg, den wir gehen müßten, politische Opfer bringen müsse. Die CDU habe jedoch bis zu 10% verloren. Die Lage sei sehr schwierig; ein Kompromiß müsse gefunden werden. Es sei klar, daß der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich im Agrarrat eine zentrale Bedeutung zukomme. Am schwierigsten sei die Zeitfrage. Er sehe nur die Möglichkeit, permanent mit dem Ziel weiterzuarbeiten, vor dem Europäischen Rat zu einer Lösung zu kommen.

PM *Chirac* betonte, dies sei auch die französische Meinung. Frankreich wolle die Hälfte des Weges gehen und den Deutschen entgegenkommen.

Der *Bundeskanzler* wies auf die schwierige Lage von BM Kiechle hin, der unter starkem Druck sei. Er, der Bundeskanzler, habe schon Überlegungen zur Prozedur angestellt. Er wolle evtl. zu dem nächsten Gespräch zwischen der deutschen und französischen Seite MP Albrecht mit einem persönlichen Auftrag von ihm hinzu bitten. Niedersachsen sei ein großes Agrarland, in dem es große und kleine landwirtschaftliche Betriebe gebe. Anders als im südlichen Deutschland seien in Niedersachsen verschiedene Agrarstrukturen vertreten. MP Albrecht verfüge auch aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Generaldirektor der Kommission in Brüssel[10] über besondere Erfahrungen.

PM *Chirac* bezeichnete diesen Gedanken des Bundeskanzlers als sehr gute Idee.

Präsident *Mitterrand* kam auf die Pressekonferenz zurück und führte aus, man erwarte dort mehr als nur die Verkündung von Wartepositionen.

PM *Chirac* warf ein, es sei bekannt, daß es im Grunde zwischen D und F keine echten Schwierigkeiten gebe außer dem Landwirtschaftsproblem.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß der nächste Europäische Rat bereits in fünf Wochen tage. Dort würden auch schwierige Landwirtschaftsfragen zur Sprache kommen, die sich nicht auf das Verhältnis Deutschland/Frankreich, sondern vielmehr USA/EG beziehen würden. Es wäre gut, wenn bis Ende Juni, etwa eine Woche vor der Tagung des Europäischen Rats, eine Lösung gefunden

Fortsetzung Fußnote von Seite 736

die Aufkaufgarantie (Intervention) nur als Sicherheitsnetz ansieht, betrachtet D sie als Marktersatz. […] Während D als erstes Industrieexportland in EG und weltweit (zuletzt BM Bangemann beim OECD-Ministerrat 12./13.5.1987) stets mehr Marktwirtschaft fordert und im Agrarbereich das Gegenteil praktiziert, akzeptiert F als erstes Agrarexportland der EG mehr Marktwirtschaft im Agrarbereich und hält uns unsere Widersprüchlichkeit vor." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151104.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. Dok. 193.

9 Zu den Wahlen zum rheinland-pfälzischen Landtag am 17. Mai 1987 vgl. Dok. 138, Anm. 3.

10 Ernst Albrecht war von 1969 bis 1971 Generaldirektor für Wettbewerb bei der EG-Kommission in Brüssel.

werden könnte, auch um nicht die öffentliche Meinung zu lange hinhalten zu müssen.[11]

Der *Bundeskanzler* machte zur Pressekonferenz die Bemerkung, es müßten heute drei Punkte behandelt werden, nämlich die Abrüstungsproblematik, die Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels in Venedig[12] und die Agrarpolitik. Er teile die Auffassung des Premierministers, daß man ehrlich sein müsse. Man müsse die hervorragenden Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich unterstreichen und hinzufügen, es gebe ein Problem, nämlich die unterschiedlichen Auffassungen in der Agrarpolitik. Es müsse vor dem nächsten Europäischen Rat ein Kompromiß gefunden werden. Wir befänden uns mitten in der Arbeit hieran.

PM *Chirac* fügte hinzu, damit dies gelinge, müsse man sich heute auf ein bindendes Arbeitsprogramm festlegen. Die Landwirtschaftsminister[13] sollten beauftragt werden, sich einen ganzen Tag zusammen mit Fachleuten und MP Albrecht zu treffen. Dies könne informell und freundschaftlich geschehen. In dieser Besprechung müsse ein Kompromiß gefunden werden. Dazu müsse die politische Weisung gegeben werden, daß jede Seite die Hälfte des Wegs zu gehen habe.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Präsident *Mitterrand* bezeichnete dieses Vorgehen als den einzig möglichen Weg.

Der *Bundeskanzler* bemerkte noch zu diesem Thema, auf deutscher Seite werde es sich um vier bis fünf Personen handeln, die sich ein bis zwei Tage treffen und die Fragen durchgehen könnten. Heute solle man in der Pressekonferenz nur darauf hinweisen, daß es intensive Gespräche gegeben habe und daß die Schwierigkeiten im landwirtschaftlichen Bereich aus den unterschiedlichen Strukturen der Landwirtschaft in den beiden Ländern herrührten. Man werde hart arbeiten, um vor dem Europäischen Rat zu einer Lösung zu kommen.

Präsident *Mitterrand* stellte die Frage nach weiteren Problemen.

PM *Chirac* nannte die Finanzierung der Gemeinschaft.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß hier weitgehend Einigkeit bestehe.

PM *Chirac* bejahte dies.

Präsident *Mitterrand* stellte die Frage, auf welcher Grundlage dies der Fall sei.

PM *Chirac* führte aus, eine eigentliche Basis sei nicht festgelegt. Man habe nur gesagt, man wolle zu einer vernünftigen Lösung kommen, aber nicht so weit gehen, wie die Kommission dies vorgeschlagen habe.[14] Dieser Meinung seien auch andere Mitgliedstaaten. Man sei sich über eine Erhöhung auf 1,6% vom 1. Januar 1988 an einig. Da aber Geld fehle, habe dies auch Auswirkungen auf die für die Landwirtschaft verfügbaren Mittel. Bei Einführung einer Fettsteuer[15] könne man zwei Milliarden einsparen. Hierüber bestehe aber keine Einigkeit.

Präsident *Mitterrand* bestätigte, daß dies der Fall sei.

11 Vgl. dazu die EG-Ministerratssitzung am 27./28. Juni 1987 in Brüssel; Dok. 186.

12 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

13 François Guillaume (Frankreich) und Ignaz Kiechle (Bundesrepublik).

14 Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket"); Dok. 51 und Dok. 69.

15 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Frage als zentrales Problem. Es werde dies der schwierigste Punkt bei den Verhandlungen in Venedig sein. Man werde dort über zwei Probleme aus dem Bereich der Wirtschaft sprechen. Dies sei einmal die Situation der Schuldnerländer. In Lateinamerika und Afrika habe man eine sehr schlechte Meinung über die Industrieländer. Diese sei zum Teil berechtigt, zum Teil nicht. Man müsse überlegen, was wir, die aus der Sicht der Entwicklungsländer die ganz Reichen seien, tun könnten.[16] Ein zweites Problem sei die Wirtschaftspolitik. Hier sei vor allem der Dollarkurs-Verfall zu nennen, der sich katastrophal für den Export auswirke. Er habe den Eindruck, die USA wollten den Kurs noch weiter absacken lassen. Die Folge hiervon wäre die Gefahr einer Rezession und von Inflation. Wenn der Dollar nicht noch weiter verfalle, werde es im großen und ganzen gut weitergehen. Bei jedem Gipfel würden Erklärungen gegen den Protektionismus abgegeben; was aber habe sich inzwischen entwickelt?

Präsident *Mitterrand* führte aus, die US-Haltung sei bekannt. Wenn es aber nicht zu einer Fettsteuer komme, werde ein ungeheuer großes Defizit die Folge sein.

PM *Chirac* meinte, im Bereich Olivenöl werde es eine Explosion geben.

Präsident *Mitterrand* bezeichnete die von Chirac angesprochene Frage als weiteres Problem, das sich innerhalb der Gemeinschaft und im Verhältnis zu den USA stelle. Die Stellungnahme zur Fettsteuer werde Auswirkungen auf die Gemeinschaft haben. Eine Ablehnung werde von der Kommission als mangelnder Wille angesehen werden, die Gemeinschaft zu finanzieren. In der Plenarsitzung würde hierüber berichtet werden.[17] Zur Frage der Abrüstung werde es Berichte von BM Wörner und Minister Giraud geben. Er wolle nicht drängen, aber es gebe ein gewisses Problem mit der Presse. Zu den Landwirtschaftsfragen könnten wir nur erklären, daß sie später geregelt werden. Zu den Finanzfragen müßten wir das gleiche sagen. Auch für Abrüstung gelte dies. Es sei zwar abgesprochen, daß die französische Seite Deutschland Zeit lassen wolle, um seine Haltung zu klären. Aber das Problem müsse so eingegrenzt und dargelegt werden, daß es verständlich werde. Die Antworten und Lösungen hingen nicht oder nur im geringen Maße von Deutschland und Frankreich ab. Die Schwierigkeit sei wohl, daß sich die Problematik auf die Frage der 72 PIa konzentriere. Mit der ersten Null-Lösung für Raketen mit einer Reichweite von über 1000 km gebe es keine Schwierigkeiten, abgesehen davon, daß die Europäer diese Null-Lösung mit weltweiter Geltung möchten. Für die zweite Null-Lösung, nämlich für die Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 1000 km, gebe es unterschiedliche Tendenzen. Die allgemeine Richtung[18] sei bekannt. Es sei bekannt, daß die

16 Zur Verschuldungskrise vgl. Dok. 62.

17 In der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 22. Mai 1987 erklärte der französische Außenminister Raimond: „Bei der Erörterung von Agrarmarktfragen habe man festgestellt, daß sich in der strittigen Frage des Grenzausgleichs Fortschritte abzeichneten. Bei der Fettsteuer seien die Positionen demgegenüber unverändert. Weiterer Dialog und noch besseres Verständnis der jeweiligen Positionen seien wünschenswert. Man müsse unbedingt zu gemeinsamer Haltung gelangen. In diesem Zusammenhang habe man die Arbeit der nach dem Frankfurter Gipfel eingesetzten Arbeitsgruppe begrüßt und deren Fortsetzung, evtl. auch in erweitertem thematischen Rahmen, empfohlen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1181 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 25. Mai 1987; Referat 202, Bd. 151082.

18 Korrigiert aus: „o-chtung".

Europäer Reagan und Gorbatschow nicht aufhalten könnten. Aber es gebe den Sonderfall der 72 PIa. Die französische Seite sage, die Deutschen müßten die Entscheidung treffen, die französische Seite wolle sie nicht in Schwierigkeiten bringen. Der Bundeskanzler habe die Frage der dritten „Null-Lösung" aufgebracht, nämlich die Frage der Null-Lösung für Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 0 bis 500 km.[19]

PM *Chirac* fügte hinzu, diese Frage sei verbunden mit der Frage nach der Abschaffung der chemischen Waffen und der Reduzierung der konventionellen Waffen. Er habe den Bundeskanzler sagen hören, die Kurzstreckenraketen könnten später berücksichtigt werden. Bis Anfang Juni müsse eine klare Linie vorhanden sein.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, das Grundproblem sei, daß die deutsch-französischen Konsultationen so normal geworden seien, daß nicht immer Spektakuläres geschehen könne. Bei zwei Konsultationen im Jahr, und jetzt der 49. Konsultation, handele es sich praktisch um ein ständiges Gespräch in Form einer gemeinsamen Kabinettssitzung. Die Presse erwarte jedoch etwas Spektakuläres von jeder Begegnung. Er faßte nochmals zusammen, worüber heute in der Pressekonferenz gesprochen werden könne; nämlich

– Abrüstung, wobei ein möglichst enger Schulterschluß mit den europäischen Freunden, d. h. in Wirklichkeit mit Frankreich und Großbritannien, erzielt werden müsse;
– Hinweis, daß die deutsch-französischen Beziehungen weitgehend problemfrei seien mit Ausnahme der aktuellen Schwierigkeiten in den Agrarfragen. Hier würde man hart arbeiten, damit spätestens in vier Wochen, also eine Woche vor dem Europäischen Rat, eine Übereinstimmung gefunden sei.
– Bemerkungen zu Venedig. Hier rate er dazu anzukündigen, daß die Lage der Schuldnerländer in Lateinamerika und Afrika angesprochen werden solle. Wir müßten uns davor hüten, in Venedig als Politiker zu erscheinen, die nur ihre eigenen Probleme sehen.

PM *Chirac* erklärte sich hiermit einverstanden. Er wolle nur eine kleine Reserve bezüglich des Landwirtschaftsproblems machen. Was Deutschland und Frankreich auf diesem Gebiet trenne, müßte vor dem Wirtschaftsgipfel in Venedig geregelt sein. Dies wäre besser als erst vor dem Europäischen Rat.

BM *Genscher* äußerte Zweifel daran, daß die Minister in dieser Frage zu einem Ergebnis kommen könnten.

Präsident *Mitterrand* erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Einigung über die Milchquoten-Regelung in London.[20] Der Rat sei dort auf der Grundlage eines Einverständnisses auseinandergegangen. Die Regelung des letzten Punktes sei den Landwirtschafts- und Finanzministern überlassen worden. Am nächsten Morgen sei von der Einigung nichts mehr übrig gewesen. Für Venedig liege die Angleichung des Währungssystems noch auf dem Verhandlungstisch. Das Problem werde um so dringlicher, als die Bewegungen sich bis Anfang Juni

19 Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1987; Dok. 141.

20 In London fand am 5./6. Dezember 1986 eine Tagung des Europäischen Rats statt. Im Anschluß traf der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister bei seiner Tagung vom 8. bis 16. Dezember 1986 in Brüssel Beschlüsse zur Reduzierung der Milchproduktionsmenge. Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 26.

möglicherweise weiter verstärken würden. Das restliche Programm für Venedig sei unproblematisch, wie z. B. Terrorismus und AIDS. Mehrere Teilnehmerstaaten legten Wert auf die Behandlung der Probleme der Entwicklungsländer. Es sei auch nicht vermeidbar, daß am Rande des Gipfels über Abrüstung gesprochen werde. Probleme könnten allerdings auch bezüglich der Tagesordnung des GATT auftreten. Es gebe ja regelmäßig eine US-Offensive, die Landwirtschaftsprobleme auf der Tagesordnung des GATT prioritär behandeln wolle. Frankreich sage dazu nur unter der Bedingung ja, daß alle Protektionismusprobleme gleichzeitig besprochen werden. Beunruhigend sei ferner die Absicht der USA, die militärische und politische Allianz neu zu formieren. Ansätze hierzu habe es bei den USA bei dem Treffen von Williamsburg[21] gegeben. Der Grundgedanke der USA sei eine Unteilbarkeit der Interessen der Sieben, und daher rühre das Bestreben, alles in einen Topf zu werfen. Frankreich sage, Japan sei sein natürlicher Freund. Es könne aber nicht zustimmen, daß das Atlantische Bündnis ausgedehnt werde. Wie diese Problematik in Venedig auftauchen werde, sei natürlich bis jetzt noch nicht ganz klar. Er befürchte jedoch, daß es sich so abzeichne und ein amerikanischer Entwurf präsentiert werde, der plötzliche schwierige Diskussionen auslösen könnte.

Der *Bundeskanzler* betonte, daß dies nicht die deutsche Position sei. Er habe dem deutschen Sherpa[22] gesagt, Venedig werde schwierig genug werden. Es stehe unter einem ungünstigen Stern. In Großbritannien und in Italien seien Wahlen.[23] Die Gefahr, daß der Gipfel zu einer Wahlkampfveranstaltung werde, sei sehr groß. Auch die Gefahr, daß die Gipfel an Prestige verlören, steige von Mal zu Mal. Dies sei gefährlich, weil viele Menschen in der Welt auf die Gipfelländer als Hoffnungsträger schauten. Deshalb sei es sehr wichtig, nur wenige Themen ausführlich zu behandeln. Es sei nicht günstig, Gemeinsamkeiten zu schildern, die keine seien. In wenigen Stunden könnten nicht alle Probleme dieser Erde behandelt werden. Er wolle keine Tendenz unterstützen, die alles Mögliche zusammenfasse. Er habe schon zum Ausdruck gebracht, daß man sich vor einer Überfrachtung der Tagesordnung hüten müsse.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß es gut sei, in wichtigen Punkten eine vergleichbare Haltung einzunehmen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, er sehe hier kein Problem.

Präsident *Mitterrand* drückte die Befürchtung aus, daß seine pessimistische Auffassung zu Venedig durchaus berechtigt sein könnte. Er sehe das Problem, daß Dinge gesagt würden, die schon sehr oft gesagt worden seien.

Der *Bundeskanzler* sprach kurz den Punkt Airbus an und wies darauf hin, daß die deutsche Position seit langem klar sei. Nachdem London und Paris nun ihre Beschlüsse gefaßt hätten, werde auch auf einer der nächsten Kabinettssitzungen die Entscheidung der Bundesregierung fallen.[24]

21 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

22 Horst Köhler.

23 Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.
In Italien fanden am 14./15. Juni 1987 vorgezogene Wahlen zur Abgeordnetenkammer und zum Senat statt.

24 Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 6. Mai 1987 dar, daß Airbus Industrie eine Erweiterung seiner bislang auf Flugzeuge für Kurz- und Mittelstrecken beschränkten Produktpalette

Präsident *Mitterrand* bemerkte, daß bei den Konsultationen die großen Weltprobleme auf dem Tisch seien, daß jedoch die bilateralen Fragen nicht vernachlässigt werden dürften. Hierüber hätten die Minister sicher gesprochen. Der Bundeskanzler habe bemerkt, es könne nicht jedes Mal Spektakuläres geschehen. Dennoch sollten auch konkrete Ergebnisse am Ende der Konsultationen stehen. Es wäre schade, wenn dies nicht der Fall sei. Er wolle hier nur den Hochgeschwindigkeitszug nennen, wo immer noch einige Fragen offen seien.[25] Der Bundeskanzler habe den Airbus erwähnt. Auch hier seien einige Punkte entscheidungsreif. Es sei richtig, daß man nicht alles regeln könne, aber ein- oder zweimal im Jahr sollten die Dinge entschieden werden, die entscheidungsreif seien. Sonst frage sich der Bürger, wie es mit den Fortschritten stehe, die ihn unmittelbar betreffen. Es wäre gut, wenn man diesen Weg gehen könne.

Der *Bundeskanzler* stimmte Präsident Mitterrand zu. Er glaube, daß die Verkehrsminister sich geeinigt hätten bezüglich des Hochgeschwindigkeitszuges

Fortsetzung Fußnote von Seite 741

(A 300, A 310, A 320) in den Langstreckensektor betreibe, einerseits mit einem vierstrahligen Langstreckenflugzeug (A 340-200), andererseits mit einem zweistrahligen Mittelstreckenflugzeug (A 330). Der offizielle Programmstart stehe trotz Zustimmung des Aufsichtsrats vom 13. März 1987 noch aus, denn 68 Bestellungen und 60 Optionen für beide Versionen müßten noch bestätigt werden. Zum „Stand der regierungsseitigen Meinungsbildung in Paris, London und Bonn über die Förderung des Projekts" wurde vermerkt, am 10. April 1987 habe in Paris ein Treffen bei Ministerpräsident Chirac stattgefunden über die Empfehlung des französischen Verkehrsministeriums zur Unterstützung des Projekts mit 8,1 Milliarden Francs, was einer Förderquote von 90 % entspreche: „Eine endgültige Entscheidung im Kabinett ist für den 13. Mai 1987 vorgesehen. In Großbritannien ist die Prüfung des im Oktober 1986 von British Aerospace eingereichten Förderantrags noch im Gang. BAe hat 750 Mio. Pfund beantragt. Das entspricht 90 % der Entwicklungskosten einschließlich der sog. educational costs (= Serienanlaufkosten)." Vgl. Referat 411, Bd. 160436.

Botschaftsrat Eckert, London, übermittelte am 14. Mai 1987 die Erklärung des britischen Industrie- und Handelsministers Channon vom Vortag, der im britischen Unterhaus und vor der Presse bekanntgegeben hatte, die britische Regierung unterstütze die Teilnahme von British Aerospace an den Airbus-Projekten A 330 und A 340 mit 450 Millionen Pfund Sterling. Vgl. dazu die Fernkopie Nr. 131; Referat 411, Bd. 160436.

25 Referat 423 notierte am 13. Januar 1986, daß Frankreich bereits Mitte der siebziger Jahre mit dem Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Paris und Lyon begonnen habe, die seit 1981 mit dem auf konventioneller Technik beruhenden TGV befahren werde. Auch in der Bundesrepublik werde an einem hochgeschwindigkeitsfähigen Schienennetz gearbeitet, allerdings für den zahlreiche neue Technologien einsetzenden ICE, dessen Prototyp im November 1985 vorgestellt worden sei: „Die Industrien verstehen sich bisher bei der Entwicklung des Hochgeschwindigkeitszuges grundsätzlich als Konkurrenten. […] Eine gewisse Wende in der Zusammenarbeit hat es erst gegeben, als auf dem D-F-Gipfel 1983 die Regierungschefs initiativ den politischen Anstoß zu einer Inangriffnahme von Studien zur Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln gaben (später auf Wunsch NLs Amsterdam einbezogen)." Vgl. Referat 423, Bd. 159935. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 71.

Am 18. Februar 1987 hielt Referat 423 fest: „Am 22. Dezember 1986 haben die Verkehrsminister Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und der Niederlande in Anwesenheit ihrer luxemburgischen und britischen Kollegen den Prüfungsbericht der Expertengruppe über die Errichtung der Schnellbahnstrecke entgegengenommen (Kostenschätzung je nach Technologie und Trasse 5,4 bis 10,4 Mrd. DM und Nettoinvestitionen für neue Hochgeschwindigkeitszüge 750 Mio. bis rd. 1 Mrd. DM)." Die Rentabilität des Projekts sei durch die britisch-französische Entscheidung vom 20. Januar 1986 für eine Eisenbahnverbindung unter dem Ärmelkanal weiter erhöht worden: „Zur Auswahl der optimalen Streckenvariante und zur Entscheidung über die finanziell rechtliche Gestaltung des Projekts wurde eine neue gemeinsame Arbeitsgruppe der Verkehrsministerien eingesetzt, der GB als assoziiertes Mitglied angehört. Diese AG soll die Voraussetzungen für eine abschließende politische Entscheidung der jeweiligen Kabinette bis spätestens Herbst 1987 schaffen." Vgl. Referat 423, Bd. 176664.

und wies auf das deutsche Interesse an der Streckenführung Paris–Brüssel–Köln hin. Die Diskussion über die Breite der Wagen betrachte er als absurd.[26]

Das Gespräch endete nach ca. 1 Stunde Dauer.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

148

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem thailändischen Außenminister Siddhi

342-321.11 THA **22. Mai 1987**[1]

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.

Gespräch BM/Thai-AM am 22.5.1987 von 18.00 bis 18.45 Uhr im Gästehaus Kiefernweg in Bonn[2]

Anwesend: BM, AM Siddhi, Botschafter Kosol, D3[3], RL 342[4], VLR Ischinger, Dolmetscher Weber.

1) AM *Siddhi* berichtete zunächst von seiner Osteuropa-Reise[5], die er und sein Vize-AM[6] durch Reisen in ASEAN-Hauptstädte vorbereitet hätten, so daß er als Vertreter der ganzen ASEAN mit den Sowjets über Kambodscha habe sprechen können.[7] Sowjet-AM Schewardnadse sei seinerseits vorher in Thailand, Austra-

26 In der anschließenden Plenarsitzung berichtete Bundesminister Warnke über sein Gespräch mit dem französischen Verkehrsminister Douffiagues: „Man habe feststellen müssen, daß das rollende Material von D[eutscher]B[ahn] und S[ociété]N[ationale des]C[hemins de fer]F[rançais] sich dadurch unterscheide, daß es einmal 2,89 m, ein andermal 3,02 m breit sei. Dieser widersinnige Unterschied sei wohl nur durch ‚nationale Eisenbahnideologie' erklärbar. Damit gelte es Schluß zu machen. Der politische Wille sei erforderlich, in einem ersten Schritt in den kommenden Jahren hier zu einheitlichen Maßen zu kommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1183 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 25. Mai 1987; Referat 202, Bd. 151082.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens am 29. Mai 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 5. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 342 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte unter Genehmigungsvorbehalt verteilen."
Hat Ahrens erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „V[er]t[eilung] z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]."

2 Der thailändische Außenminister Siddhi hielt sich am 22./23. Mai 1987 in der Bundesrepublik auf.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Geert-Hinrich Ahrens.

5 Der thailändische Außenminister Siddhi besuchte die UdSSR vom 10. bis 14. Mai 1987. Anschließend hielt er sich vom 14. bis 17. Mai in Polen, vom 17. bis 20. Mai in der DDR und vom 20. bis 22. Mai 1987 in der ČSSR auf.

6 Prapass Limpabandhu.

7 In der biographischen Notiz, die am 21. Mai 1987 mit weiteren Gesprächsunterlagen von Ministerialdirigent Sulimma vorgelegt wurde, hieß es: „Der Kambodscha-Konflikt hat die Rolle AM Siddhis innerhalb der ASEAN herausgehoben. Obwohl die Präsidentschaft ähnlich wie bei der EG rotiert, ist der thailändische Außenminister inoffizieller Sprecher der Gruppe. Thailand als ‚Frontstaat' billigt man eine führende Rolle bei der ideologischen Abwehr der vietnamesischen Expansion zu. Dennoch

lien und Indonesien gewesen und habe auch Phnom Penh, Laos und Hanoi besucht.[8] Kurz nach ihm, Siddhi, habe er den vietnamesischen Generalsekretär empfangen.[9]

Die Gespräche in Moskau hätten sich auf Kambodscha[10] konzentriert. Die „message" sei, daß die Sowjets als Folge von Wladiwostok[11] offenbar fühlten, daß eine politische Lösung erreichbar sei. (Einwurf *Minister*: „Ist das ernst gemeint?" *Antwort*: „Sehr ernst".) Er habe den Sowjets den Thai-Standpunkt klargemacht. Sie gäben viel Wirtschaftshilfe an Vietnam, aber es habe sich doch nur eine „No-win-Lage" ergeben. Das Hauptkriterium in Kambodscha sei die politische Lösung. Diese setze den Rückzug der vietnamesischen Truppen voraus. Aber wie sei der herbeizuführen? Schewardnadse habe bei seinem Besuch in Bangkok eine gewisse Parallele zu Afghanistan gezogen und von Waffenstillstand und nationaler Versöhnung gesprochen. Aber das kambodschanische Volk müsse gehört werden. Die Sowjets hätten dazu gesagt, die nationale Versöhnung habe schon seit langem begonnen, aber es gebe auswärtige Einmischung. Sihanouk sei möglicher Gesprächspartner, aber nicht die Pol-Pot-Clique. Die Sowjets hätten freilich hinzugesetzt, nicht alle Roten Khmer seien Faschisten. Er, Siddhi, habe für den Beginn der Verhandlungen vorgeschlagen, daß die Koalition mit den Vietnamesen reden solle, deren Delegation Heng-Samrin-Vertreter enthalten könne. Möglicherweise komme es aber auch zu einem Treffen zwischen Sihanouk und Hun Sen, denn offenbar tue sich einiges, nachdem Sihanouk für ein Jahr als Oberhaupt der Koalition zurückgetreten sei, offenbar um sich Freiheit für Kontakte zu verschaffen[12]. Die Sowjets hätten behauptet, Hun Sen und Heng

Fortsetzung Fußnote von Seite 743

empfindet man ihn trotz seiner Direktheit nur bedingt als Einpeitscher. Noch immer ist es Siddhi gelungen, seine Kollegen in ASEAN, wenigstens nach außen, auf die thailändische Linie einzuschwören und Abweichler (Indonesien) zurückzuholen." Vgl. Referat 342, Bd. 144584.

8 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Thailand am 2. März 1987, Australien vom 3. bis 5. März 1987, Indonesien vom 5. bis 8. März 1987, Laos vom 8. bis 10. März, Kambodscha am 10./11. März 1987 und Vietnam vom 11. bis 13. März 1987.

9 Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, Nguyen Van Linh, hielt sich vom 17. bis 22. Mai 1987 in der UdSSR auf.

10 Referat 342 legte im April 1987 dar: „Die Lage in Kambodscha ist unverändert: 140 000 vietnamesischen Besatzungssoldaten stehen drei Widerstandsgruppen gegenüber, von denen die Roten Khmer (35 000–40 000 Mann) die schlagkräftigsten sind. Chancen für einen militärischen Sieg hat trotz vietnamesischer Überlegenheit keine der beiden Seiten. Neue Ansätze für eine politische Lösung sind nicht sichtbar. Vietnam ist nicht bereit, über den Acht-Punkte-Vorschlag des Widerstands vom März 1986 zu sprechen, da er Weiterbestehen und Mitsprache der Khmers Rouges voraussetzt (Vorschlag sieht u. a. vor: vietnamesischer Teilabzug vor Verhandlungsbeginn, Bildung einer Vier-Parteien-Regierung unter Einschluß des provietnamesischen Heng-Samrin-Regimes, Wahlen unter VN-Aufsicht, Neutralisierung Kambodschas, Nichtangriffspakt mit Vietnam)." Vgl. Referat 342, Bd. 144584. Zum Kambodscha-Konflikt vgl. ferner Dok. 251.

11 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

12 Der frühere König und Staatschef Sihanouk verkündete am 7. Mai 1987, ein Jahr lang seine Tätigkeit als Vorsitzender der Koalition der drei kambodschanischen Widerstandsgruppen auszusetzen. Botschaftsrat I. Klasse Fröwis, Bangkok, teilte am 18. Mai 1987 mit: „Politische Beobachter in Bangkok sind der Meinung, daß Sihanouk die wiederholten Angriffe der Khmer Rouges auf die Widerstandskämpfer der A[rmée]N[ationale]S[ihanoukiste] nur als Vorwand benutzt hat, um die Funktionen als Präsident der Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea für die Dauer eines Jahres niederzulegen. In Wirklichkeit dürfte es sich um einen Schachzug handeln, damit er als ‚Privatmann' mit Hun Sen und anderen Vertretern des Heng-Samrin-Regimes zusammentreffen kann. In Wahrheit behält Sihanouk jedoch seinen Status und sein Ansehen als Präsident der Koalitionsregierung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 871; Referat 342, Bd. 137119.

Samrin hätten gute Absichten gegenüber Thailand und seien sogar bereit, Flüchtlinge zurückzunehmen. Bisher hätten sie aber, so habe er, Siddhi, eingewandt, wenig zurückgenommen. Nach seinem, Siddhis, Eindruck wollten die Vietnamesen jetzt eine politische Lösung wegen ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die SU sei mit der Verwertung ihrer Entwicklungshilfe durch Vietnam unzufrieden. Er habe den Russen gesagt, daß sie selbst nach der Verdoppelung ihrer Entwicklungshilfe an Vietnam einen Krieg ohne Ende haben würden. Sie sollten den Vietnamesen diese Botschaft übermitteln. Daraufhin habe Schewardnadse gesagt, nur die Heng-Samrin-Administration sei legal. Er, Siddhi, habe geantwortet, Thailand anerkenne sie nicht, es handele sich auch um Rote Khmer, die mit Gewalt eingesetzt worden seien, und die das Territorium Thailands verletzten. Die Vietnamesen befänden sich zwei Kilometer innerhalb Thailands[13], darüber solle Schewardnadse mit ihnen reden, damit sie abzögen.

AM *Siddhi* fuhr fort, bei seiner Rückkehr würden ihn der indonesische AM Mochtar[14] in Bangkok erwarten, der bald nach Vietnam reisen werde[15], sowie der australische AM Bill Hayden[16]. Die Sowjets seien protokollarisch ihm gegenüber sehr aufmerksam gewesen und hätten ihm z. B. ein Sonderflugzeug nach Tbilissi gestellt. Schewardnadse sei ein „nice fellow" und nicht so unangenehm wie etwa Kapiza[17]. Es habe einen offenen Austausch gegeben. Man habe mehr als fünf Stunden gesprochen, allerdings habe er Gorbatschow nicht gesehen. Für den vietnamesischen Generalsekretär sei Gorbatschow freilich zurückgekommen. Dafür habe er ein Gespräch mit Gromyko gehabt. Gromyko habe gesagt, die Anwesenheit der Vietnamesen sei notwendig, da Pol Pot sehr schlecht sei. Er, Siddhi, habe die vietnamesischen Übergriffe auf Thai-Territorium erwähnt und habe gesagt, Thailand wolle eine politische Lösung und ein blockfreies, unabhängiges und neutrales Kambodscha. Daraufhin habe Gromyko gesagt, dabei handele es sich um eine gute Formel. Daraus schließe er, Siddhi, daß die Sowjets allmählich einsichtig zu werden begännen. Sie hätten einen Dialog in der Region sowie zwischen China und Vietnam empfohlen. Daraufhin habe er ihnen gesagt, es handele sich um ein internationales Problem, bei dem auch die Sowjets eine konstruktive Rolle spielen könnten.

Gegen Ende des Gesprächs kam Siddhi noch einmal auf seinen Besuch in Moskau, sagte, die Sowjets hätten ein Kulturabkommen gewünscht, doch habe

13 Referat 342 vermerkte am 21. Mai 1987: „An der thai-kambodschanischen Grenze ist es zu schweren Gefechten mit vietnamesischen Truppen gekommen, die ‚Hügel 500' auf Thai-Hoheitsgebiet besetzt halten. Z. Zt. wird im EPZ-Rahmen auf Direktorenebene eine Vietnam verurteilende öffentliche Erklärung beraten, um die ASEAN gebeten hatte. Wir unterstützen die Thai-Position, haben aber von einer eigenen entsprechenden Erklärung abgesehen, weil einer gemeinsamen EG-Erklärung mehr Gewicht zukommt und wir diese nicht vorwegnehmen oder unterlaufen wollen." Vgl. Referat 342, Bd. 144584.

14 Korrigiert aus: „Mokhitar".

15 Der indonesische Außenminister Mochtar hielt sich vom 27. bis 29. Juli 1987 in Vietnam auf.

16 Botschafter Broudré-Gröger, Hanoi, berichtete am 19. Mai 1987: „Wie bekannt wurde, wird zeitgleich mit AM Mochtar, der auf der Rückreise von Gesprächen in Washington in Bangkok Station macht, auch AM Hayden in Bangkok politische Gespräche führen. Während Mochtar mit dem Thai-Außenminister Siddhi zusammentreffen will, um auf dem Hintergrund dessen Informationen nach seinem Besuch in Moskau zu entscheiden, ob es bei der geplanten Reise im Juni nach Hanoi bleiben wird, könnte Hayden, neben bilateralen Themen, vielleicht verdeutlichen wollen, daß Australien früher oder später unabhängig von der ASEAN-Politik sich mit den Realitäten in Indochina ‚konstruktiv' auseinandersetzen werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 258; Referat 342, Bd. 137119.

17 Korrigiert aus: „Kapica".

Thailand ein solches mit keinem sozialistischen Land, und hätten MP Prem eingeladen. Man habe eine gemeinsame Presseerklärung abgegeben. Er, Siddhi, habe den ASEAN-Standpunkt ohne Zweifel den Sowjets besser klargemacht. Noch notwendiger sei dies in Polen, der DDR und der ČSSR, weil die das Problem bisher noch nicht verstanden hätten. (Einwurf *BM*: „Deshalb sind wir sehr für einen engen Dialog, der auch einen gewissen Einfluß auf den Entscheidungsprozeß erlaubt. Ich wiederhole, diese Staaten sollen ihre Information nicht nur aus der SU, der VR China und Vietnam beziehen.") *Siddhi* erwähnte noch, daß der chinesische stellvertretende MP zugleich mit ihm in Moskau gewesen sei[18], und daß Vize-AM Rogatschow zunächst mit ihm nach Tbilissi gereist und dann in die Verhandlungen mit den Chinesen gegangen sei.

2) Das zweite Thema des Gesprächs waren die Abrüstungsverhandlungen. Dabei war nicht immer klar erkennbar, auf welches osteuropäische Land sich der Thai-AM jeweils bezog. Er sagte, er habe sich in seinen Gesprächen für die doppelte Null-Lösung ausgesprochen. In der DDR habe man ihm gesagt, in der Bundesregierung sei man „divided", nur AM Genscher sei für die doppelte Null-Lösung. (Einwurf *BM*: „I am not divided.") Die Russen hätten auch eine nuklearfreie Zone in Südostasien vorgeschlagen, er habe aber geantwortet, dies gehe nicht, solange das Kambodscha-Problem nicht gelöst sei. Gesprochen habe man auch über MBFR, wozu ihm ein neuer Vorschlag in der nächsten VN-Rede der Sowjets angekündigt worden sei. Die DDR habe eine eigene Initiative, nämlich einen nuklearwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa.[19] (Einwurf *BM*: „Dafür sind wir nicht, wir sind für eine Lösung, die ganz Europa umfaßt und sich auch auf diejenigen von 500 bis 1000 km Reichweite bezieht." Demnächst werde ein Gipfeltreffen in Ost-Berlin[20] über Abrüstung beraten.) *Siddhi* meinte daraufhin, auch die 100 Mittelstreckenraketen in Asien müßten weg.

Der *BM* erklärte, in Reykjavik[21] sei ursprünglich von einer INF-Null-Lösung in Europa und von einem Rest von global je 100 Mittelstreckenraketen die Rede gewesen. Jetzt hätten die USA, von uns unterstützt, eine globale Null-Lösung vorgeschlagen, die auch im Interesse Thailands sei, weshalb er anrege, daß Thailand sie unterstützen möge.

Als AM *Siddhi* daraufhin die chemischen Waffen erwähnte, erwiderte *BM*, das Problem sei definiert, die Lösungen lägen auf dem Tisch, es fehle jetzt am guten Willen. Ein Problem sei der konventionelle Bereich, da der WP weit mehr Panzer, Artillerie, Flugzeuge und Hubschrauber habe als die NATO. Wir brauchten

18 In Moskau fand am 12./13. Mai 1987 die zweite Tagung der sowjetisch-chinesischen Kommission für wirtschaftliche, kommerzielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt, die auf chinesischer Seite vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin geleitet wurde. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 1509 der Botschaft in Moskau vom 20. Mai 1987; Referat 213, Bd. 143556.

19 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 10.
Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5.

20 In Ost-Berlin fand am 28./29. Mai 1987 die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

21 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

jetzt Verhandlungen, aber es gebe noch keine Einigung innerhalb des Westens über die Verhandlungsformel. Die Franzosen wollten als Rahmen die KVAE, etwa 35 Staaten, während die USA die Verhandlungen im Rahmen von NATO und Warschauer Pakt führen wollten. Wir könnten mit beidem leben, hielten aber den französischen Vorschlag für besser. Die Russen, die einen Vorschlag gemacht hätten[22], tadelten den Westen, daß kein Gegenvorschlag komme. Es werde immer schwieriger, dies im Parlament und in der Öffentlichkeit zu erklären. Dieses Thema sei eines der Hauptthemen mit den Franzosen gestern und heute in Paris[23] gewesen und vorletzte Woche auch mit den Amerikanern in Washington[24].

Der BM erklärte sodann, er denke, in der SU gebe es wirklich eine neue Führung, die die Probleme in der Wirtschaft und mit der Effizienz in der Administration besser sehe. Sie wolle modernisieren, die SU nach innen und außen öffnen, dies sei in unserem Interesse. Er habe in seiner Rede in Davos vor wenigen Wochen gesagt, wir sollten Gorbatschow beim Wort nehmen.[25]

Siddhi erklärte, dies sei zweifellos gut, doch möchte er Verwirklichung sehen. Er übergab sodann eine Kopie der Rede von DDR-AM Fischer, der trotz einer Lungenentzündung mit ihm drei Stunden gesprochen und gegessen habe, sowie persönliche Notizen.[26] Der *BM* nahm die Überlassung der Unterlagen als Beweis großen Vertrauens. *Siddhi* sagte darauf, dies sei besser, da er möglicherweise einiges vergessen habe. Er habe den Eindruck, die SU habe sich sehr geändert, und alle in Osteuropa redeten jetzt von Reformen. (*BM*: Die Osteuropäer fügten aber oft hinzu, sie brauchen nicht dasselbe zu tun.[27]) *Siddhi* meinte, der DDR-Vize-Außenminister[28] habe sehr den Willen der DDR zur Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland betont, ungleich Fischer. In gewisser Weise habe er sich ähnlich wie der BM geäußert, und er, Siddhi, habe daraus entnommen, daß Deutschland wiedervereinigt werden solle. In der DDR habe er im übrigen gehört, man brauche dort keine Reform, da man ohnehin schon besser sei. Auch die Tschechen hätten ihm erklärt, sie stünden finanziell besser da und hätten keine Währungsprobleme.

Der *BM* sagte, Polen habe aber große wirtschaftliche und finanzielle Probleme. Die Polen unterstützten in besonderem Maße Gorbatschows Reformen. Als *Siddhi* daraufhin erwähnte, man habe ihm von dem Drei-Punkte-Vorschlag

22 Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 11. Mai 1987, ein Mitarbeiter der ungarischen KRK-Delegation habe ihm „vertraulich noch nicht endgültig fixierte östliche Mandatselemente" in russischer Sprache mit der Bitte um Stellungnahme zukommen lassen. Es sei seitens der Warschauer-Pakt-Staaten daran gedacht, die Mandatselemente in Bälde in die Gespräche mit den NATO-Mitgliedstaaten einzuführen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 633; VS-Bd. 12173 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

23 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Mai 1987 vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

24 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11. Mai 1987 in den USA vgl. Dok. 128.

25 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

26 Für den Wortlaut der Rede des Außenministers der DDR, Fischer, beim Abendessen mit dem thailändischen Außenminister Siddhi am 18. Mai 1987 vgl. AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1987, S. 167 f.

27 Vgl. dazu die Aussage des Mitglieds des ZK der SED, Hager; Dok. 121, Anm. 30.

28 Harry Ott.

Jaruzelskis über Abrüstung in Europa erzählt[29], erwiderte der *BM*, der polnische Vorschlag stehe in einer Tradition mit dem Rapacki-Plan[30]. Der wirkliche Vorschlag werde aber wohl erst nächste Woche kommen, da die Polen ohne die SU diesen ohnehin kaum geäußert hätten.

Siddhi sagte, bei INF hätten die Osteuropäer ihm erzählt, sie seien von den Sowjets konsultiert worden. Daraufhin berichtete der *Bundesminister* von einem Besuch, den er 1983 erst zusammen mit dem Bundeskanzler Moskau[31] und dann drei Tage später Sofia abgestattet habe.[32] Dabei hätten ihm die Bulgaren gesagt, sie wüßten über die deutsch-sowjetischen Gespräche nur, was in der Zeitung gestanden habe. Dies sei nun wohl anders. In Genf habe die SU den Amerikanern gesagt, sie habe sich mit ihren Alliierten abgestimmt, ob die Amerikaner dies auch schon besorgt hätten.

4) Zum Abschluß erwiderte *Siddhi* auf eine Frage nach dem Befinden des thailändischen MP Prem, diesem gehe es gut, doch werde er von der Opposition attackiert. Er, Siddhi, müsse zurück. Er müsse sich auch mit einem sehr schwierigen Copyright-Gesetz mit USA-Bezug beschäftigen. Es sei nicht gut, zugleich Parteiführer und Außenminister zu sein, wann immer er im Ausland sei, passiere zu Hause etwas.

Referat 342, Bd. 144584

29 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 7. Mai 1987, Staatsratsvorsitzender Jaruzelski werde laut polnischer Vorabinformation am folgenden Tag einen Vorschlag zur Abrüstung und Vertrauensbildung präsentieren: „Die Initiative bezieht sich auf Mitteleuropa, wird allerdings in die Perspektive eines Abrüstungsprogramms in ganz Europa gestellt. Der Vorschlag soll außer dem MBFR-Raum auch Ungarn und Dänemark einbeziehen und auf ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural ausdehnbar sein. Materiell schlägt Polen vor: graduellen Abzug aller Kernwaffen aus der Zone, stufenweisen Abzug konventioneller Waffen ‚der größten Schlagkraft' und gefährlicher ‚Angriffswaffen', Diskussion über militärische Doktrinen, weitgehende VSBM, Konsultationssystem und Verifikation. Als Ziele nennt polnisches Papier: Wahrung des militärischen Gleichgewichts, Herstellung eines Rüstungsniveaus, das Überraschungsangriffe unmöglich macht." Insgesamt sei der Vorschlag negativ zu werten: „Sein Hauptakzent zielt – konträr zu unseren Interessen – in Richtung auf die Schaffung einer KWFZ in Mitteleuropa. Er lenkt von dem ab, was aus unserer Sicht die derzeit prioritäre Aufgabe in der konventionellen Rüstungskontrolle ist, nämlich von der Anbahnung von Verhandlungen über konventionelle Stabilität in ganz Europa." Vgl. Referat 220, Bd. 144828.
Für die englischsprachige Fassung der Rede Jaruzelskis am 8. Mai 1987 in Warschau vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV, S. 153 f. (Auszug). Für den deutschen Wortlaut vgl. POLENS GEGENWART, Nr. 5/1987, S. 30–38.

30 Zu den Rapacki-Plänen vgl. Dok. 147, Anm. 6.

31 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

32 Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 17. Juli 1983 in Bulgarien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 218 und Dok. 219.

149

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Daum

424-411.10 IRN-408/87 VS-vertraulich **22. Mai 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Verhandlungen Argentiniens mit Iran über den Bau von TAM-Panzern in Iran

Bezug: Ihre Frage zum Bericht des BND vom 13.5.1987
014-StS-650/87 VS-v

Anlg.: Bezugsbericht (nur bei Original)[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Der argentinische Kampfpanzer TAM[4] (28 bis 30 t) wurde von Thyssen-Henschel für Argentinien entwickelt. Das Fahrwerk ist vom Marder abgeleitet. Der TAM ist mit einer von Argentinien entwickelten 105-mm-Kanone ausgerüstet.

Die Bundesregierung hatte 1974 die Ausfuhr von Fertigungsunterlagen und ab 1978 in größerem Umfang die Ausfuhr von Wannen und Motoren sowie von Ketten, Endantrieben und Laufwerksteilen genehmigt.[5] Der BSR hatte am 1.7. 1981 entschieden, daß Zulieferungen im Rahmen von 512 von Argentinien zu produzierenden Einheiten genehmigt werden können. Ausgeschlossen waren Zulieferungen von Teilen, die Kriegswaffeneigenschaft (z. B. Kanone) besitzen.[6]

Das AA hatte sich intensiv darum bemüht, von der argentinischen Regierung eine Endverbleibserklärung für die in Argentinien gefertigten Panzer oder wenigstens eine Zusage, daß der Weiterexport nicht ohne Zustimmung der Bundesregierung vorgenommen wird, zu erhalten. Die argentinische Regierung zeigte ein gewisses Verständnis für unsere restriktive Rüstungsexportpolitik, hat jedoch eine ausdrückliche Zusicherung in dem von uns gewünschten Sinne nicht abgegeben.

Sie hat lediglich anläßlich jeder Zulieferung folgendes Zertifikat ausgestellt:

... erklärt hiermit, daß das Material für den ausschließlichen Gebrauch der argentinischen Armee bestimmt ist ...

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daum und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 25. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Dg 42 n[ach] R[ückkehr]."
Hat Ministerialdirigent Höynck am 2. Juni 1987 vorgelegen. Vgl. Anm. 7.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.

4 Tanque Argentino Mediano.

5 Zu Fragen des Rüstungsexports im Zusammenhang mit dem TAM-Panzer vgl. AAPD 1977, II, Dok. 177.

6 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 1. Juli 1981 vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs von Staden vom selben Tag; VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

2) Danach bedürfte der Aufbau einer TAM-Produktionsstätte durch Argentinien in Iran keiner Zustimmung der Bundesregierung. Die eventuelle Weitergabe der von Thyssen-Henschel gelieferten Unterlagen ist genehmigungsrechtlich nicht zu verhindern.[7] Eine andere Frage ist, ob Thyssen-Henschel die Weitergabe privatrechtlich verhindern kann. Auch bei der evtl. Zulieferung von Einzelteilen ist nicht feststellbar, ob es sich um die von Thyssen-Henschel gelieferten TAM-Einzelteile handelt. Vermutung liegt nahe, daß Argentinien inzwischen selbst die TAM-Einzelteile herstellen kann.

Daum

VS-Bd. 14531 (424)

7 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu Fragezeichen. Handschriftlich vermerkte Ruhfus für Ministerialdirigent Höynck: „Hier müssen wir in Zukunft besser aufpassen."
Zu dieser Bemerkung vermerkte Höynck am 2. Juni 1987 handschriftlich: „D. h. z. B. Auflagen bei Genehmigung der Ausfuhr von Fertigungsunterlagen?"
Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Daum am selben Tag handschriftlich: „Ja – aber rechtlich schwierig!" Ferner verfügte Daum: „C[appell]/W[arnken] z[ur] K[enntnisnahme]."
Hat Legationsrat I. Klasse Cappell am 3. Juni 1987 erneut vorgelegen.
Hat Legationssekretär Warnken am 3. Juni 1987 vorgelegen.

150

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-371.80 SDI **25. Mai 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: SDI;
hier: US-Gesetzgebungsvorhaben zur Einschränkung der Vergabe von SDI-Verträgen an ausländische Auftragnehmer

Bezug: Ihre handschriftliche Weisung auf Schreiben des amerikanischen Botschafters vom 22.5.1987, mit dem ein Schreiben von AM Shultz übermittelt wurde[4] (Antwortentwurf wird getrennt vorgelegt)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Im Rahmen der Beratungen über den Verteidigungshaushalt 1988 nahm das US-Repräsentantenhaus am 12.5.1987 ein Amendment des Abgeordneten AuCoin (D-Oregon) an, wonach das US-Verteidigungsministerium künftig keine SDI-Forschungsaufträge mehr an ausländische Auftragnehmer vergeben darf. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz soll nur dann möglich sein, wenn der US-Verteidigungsminister schriftlich dem Kongreß bestätigt, daß der Auftrag

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationsrat I. Klasse Grolig konzipiert.
Dazu maschinenschriftlicher Vermerk: „Zeitpunkt der Vorlage: 25.5., 16.00 [Uhr]. Für Rückfragen: LR I Grolig."

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 25. Mai 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 26. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine von mir vorausgesagte Entwicklung."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 22. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Jelonek, Ministerialdirigent Pabsch und Referat 431 verfügte.
Hat Jelonek am 23. Juni 1987 erneut vorgelegen.
Hat Pabsch am 23. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 24. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ammon sowie an Legationsrat I. Klasse Grolig „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Ammon vorgelegen.
Hat Grolig am 29. Juni 1987 erneut vorgelegen.

4 Ministerialdirektor Jelonek faßte am 27. Mai 1987 das Schreiben des amerikanischen Außenministers an Bundesminister Genscher zu Bestrebungen des amerikanischen Kongresses zusammen, die Vergabe von SDI-Forschungsaufträgen an ausländische Auftragnehmer einzuschränken. Shultz habe betont, „daß der amerikanischen SDI-Politik die Überzeugung der Unteilbarkeit amerikanischer und alliierter Sicherheiten zugrunde liegt, die Vereinigten Staaten weiterhin mit uns eng bei der SDI-Forschung zusammenarbeiten wollen, die SDI-Forschungszusammenarbeit sowohl für die USA als auch die teilnehmenden Staaten von großem Vorteil ist, die von dem Kongreßabgeordneten AuCoin und Senator Glenn eingebrachten Amendments in krassem Widerspruch zu Geist und Zweck des SDI-MoU stehen, die industrielle Kooperation insbesondere im Verteidigungsbereich weitgehend von der Haltung der Regierungen abhängt, die Amendments den gemeinsamen Anstrengungen zur Gewährleistung kosteneffizienter Verteidigungsausgaben widersprechen, die Amendments den Anstrengungen von Senator Nunn und anderer Kongreßmitarbeiter um eine verstärkte Verteidigungszusammenarbeit zuwiderlaufen, die US-Regierung sich weiterhin den Amendments widersetzen wird". Auffällig sei, daß Shultz keine Prognose über die Annahme des Glenn-Amendments im Senat gebe, aber einräume, daß es im Fall der Annahme Gesetz würde. Vgl. Referat 431, Bd. 153221.

nicht in hinreichender Qualität und nicht zum gleichen oder zu einem geringeren Preis in den USA ausgeführt werden kann („... if such contract cannot be competently performed by a United States firm at a price equal or less than the price ...“).

Im Senat hat Senator Glenn ein gleichlautendes Amendment eingebracht, über das noch beraten werden muß.

Damit steht das im letzten Jahr im Kongreß letztlich gescheiterte „Glenn-Amendment“ (GA)[5] erneut zur Diskussion.

2) Auch die Begründung stimmt weitestgehend mit der aus dem letzten Jahr bekannten überein:

– Die Administration versuche nur, mit der Vergabe von SDI-Forschungsaufträgen die Unterstützung der gegenüber SDI zurückhaltenden Alliierten zu „kaufen“.
– Das SDI-Forschungsvorhaben müsse dem Auf- und Ausbau der eigenen Forschung dienen und dürfe nicht Wettbewerbern zugute kommen, auch wenn es sich um Alliierte handle.
– Es gelte, SDI-Forschungsgelder in den USA zu halten und wann immer möglich der eigenen vernachlässigten Forschung zukommen zu lassen.
– Viele Verbündete hätten eine zwiespältige, wenn nicht sogar feindliche Haltung gegenüber dem SDI-Vorhaben eingenommen, nach Reagans Angebot zu einer Teilnahme[6] aber ihren Widerstand verringert.

In diesem Zusammenhang nimmt Glenn ausdrücklich auf die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Bezug, die – um den Widerstand gegen eine Beteiligung an der SDI-Forschung zu überwinden – die großen von SDI zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile hervorgehoben habe. Die Zuständigkeit des Wirtschaftsministers und nicht des Verteidigungsministers für das SDI-Forschungsprogramm auf deutscher Seite sei für die Art des deutschen Interesses an SDI bezeichnend.

II. Bewertung

1) Das erneut eingebrachte Amendment widerspricht der Zielsetzung der Vereinbarung im deutsch-amerikanischen Memorandum of Understanding (MoU) vom 27. März 1986 über die SDI-Forschungszusammenarbeit, in dem die amerikanische Regierung erklärt hat, sich bemühen zu wollen, es deutschen und

5 Am 13. Oktober 1986 informierte Ministerialdirektor Jelonek: „Das am 9.8.1986 im Senat mit großer Mehrheit angenommene Glenn-Amendment zum Verteidigungsausgabengesetz 1987 ist am 9.10.1986 vom Vermittlungsausschuß mit elf zu vier Stimmen gestrichen worden.“ Die von Senator Glenn angekündigte „Neueinbringung des Amendments in geänderter Form, wonach maximal nur bis zu 3 % aller SDI-Aufträge eines Haushaltjahrs an ausländische Firmen vergeben werden dürfen, erfolgte nicht“. Vgl. VS-Bd. 13175 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Mit Schreiben vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner bat der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger um Rückmeldung innerhalb von 60 Tagen, ob Interesse an einer Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm bestehe und welche Forschungsfelder dafür in Frage kämen. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 151241.
Neben den NATO-Mitgliedstaaten waren auch Australien, Israel und Japan Adressaten des Schreibens. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram vom 11. April 1985; Referat 201, Bd. 151241.
Das Schreiben an die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten wurde am 29. März 1985 veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 560 f.

amerikanischen Firmen zu ermöglichen, sich zu gleichen Bedingungen um SDI-Forschungsaufträge zu bewerben.[7] Es beschränkt auch die Möglichkeiten, durch die Forschungszusammenarbeit größere Einsicht in das amerikanische SDI-Programm zu gewinnen und an dem davon erwarteten Fortschritt teilzuhaben, die ein erklärtes Motiv für den Abschluß des MoU auf deutscher Seite waren.

Das Amendment steht ferner im Widerspruch zu dem „Zweibahnstraßenabkommen" vom 17.10.1978, auf das das SDI-MoU ausdrücklich Bezug nimmt.[8] Der in dem Zweibahnstraßenabkommen festgeschriebene amerikanische Verzicht auf die „Buy-American"-Klausel würde durch das Amendment für den Bereich von SDI-Forschungsaufträgen wieder zurückgenommen werden.

2) Die Botschaft hat auf der Basis der bereits im letzten Jahr entwickelten Argumentation (vgl. Ziffer II.1) gegen das erneut eingebrachte Glenn-Amendment interveniert.

– Botschafter van Well hat sich in persönlichen Schreiben an 23 Senatoren, die im Verteidigungsbereich über Einfluß verfügen, gegen das GA gewandt und nachdrücklich auf unsere Bedenken hingewiesen.
– Botschafter van Well hat in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Verteidigungsminister Taft das Amendment zur Sprache gebracht. Dieser erklärte, das Pentagon werde entsprechende Schritte gegen das GA unternehmen.[9]

Auch GB hat sich wegen des GA schriftlich an 13 Senatoren gewandt.

3) Gegenwärtig ist noch nicht absehbar, ob und wann das GA im Plenum des Senats beraten werden wird, da die Beratungen über den Verteidigungshaushalt gegenwärtig von den in der Minderheit befindlichen Republikanern durch die Filibuster-Taktik aufgehalten werden. Sollte es allerdings zu einer Abstimmung über das GA im Senat kommen, muß mit einer Mehrheit für das GA gerechnet werden. Da – anders als im letzten Jahr – das Repräsentantenhaus dem GA bereits zugestimmt hat, wäre eine weitere Beratung im Vermittlungsausschuß, wo das GA im letzten Jahr schließlich scheiterte, nicht mehr möglich.

4) Senator Nunn soll beabsichtigen, im Falle einer Abstimmung das GA durch einen weiteren Zusatzantrag abzuschwächen. Dabei besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß das GA als Zusatz zu dem Verteidigungshaushaltsgesetz zusammen mit diesem Gesetz scheitert: Die Dauerdebatte über den Verteidigungshaushalt ist durch die unterschiedlichen Auffassungen zwischen der demokratischen Mehrheit und der Reagan-Administration in der Frage einer weiten oder engen Auslegung des ABM-Vertrages[10] im Zusammenhang mit dem SDI-Forschungsvorhaben bedingt. Laut Botschaft Washington schätzen Fachleute die Wahrscheinlichkeit einer Einigung im Rahmen der Debatte im Senat als

7 Die Bundesrepublik und die USA unterzeichneten am 27. März 1986 Vereinbarungen über die Beteiligung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Bundesrepublik an der SDI-Forschung. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 84.

8 Für die am 17. Oktober 1978 von Bundesminister Apel und dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown unterzeichnete Vereinbarung über Grundsätze der gegenseitigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, Fertigung, Beschaffung und der logistischen Unterstützung von Wehrgerät vgl. VS-Bd. 9563 (201).

9 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2219 des Botschafters van Well, Washington, vom 15. Mai 1987; Referat 431, Bd. 153221.

10 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

nicht sehr groß ein. Da es sich dabei um eine wichtige Frage handelt, geht man davon aus, daß Reagan einer Abstimmungsniederlage im Senat ein Veto entgegensetzen würde, für dessen Zurückweisung sich dann im Senat möglicherweise nicht die erforderliche Mehrheit finden könnte. Damit wäre dann auch das GA – zumindest, was das Haushaltsgesetz (Authorization Bill) betrifft – gescheitert.

5) In Ihrer Antwort an AM Shultz – Antwortentwurf wird getrennt vorgelegt – sollten Sie die von amerikanischer Seite gegebene Einschätzung der Amendments, die dem SDI-Memorandum of Understanding zuwiderlaufen, bestätigen und die Bemühungen der Administration begrüßen, den Amendments entgegenzutreten.[11] Mehr wird man im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen können, weil die Administration allein wegen der geänderten Mehrheitsverhältnisse im Senat das GA nicht wird zu Fall bringen können.

III. Auftragslage

Nach der offiziellen Statistik der SDIO wurden folgende SDI-Forschungsaufträge vergeben (Stand 27. Februar 1987):

Land	Zahl der Verträge	Gesamtvolumen in Mio. $
Großbritannien	24	29,963
Bundesrepublik Deutschland	17	48,336
Israel	6	10,653
Italien	11	2,249
Frankreich	4	3,408
Kanada	2	0,420
Belgien	1	0,094
Niederlande	1	0,043
insgesamt	66	95,166

Auffällig dabei ist, daß sich die Gesamtsumme der an ausländische Auftragnehmer vergebenen Forschungsaufträge einschließlich der Optionen gegenüber Oktober 1986, dem Zeitpunkt der erstmaligen Einbringung des GA, nicht mehr nennenswert erhöht hat. Verglichen mit dem allein für das Haushalts-

11 Ministerialdirektor Jelonek legte Bundesminister Genscher am 27. Mai 1987 den Entwurf eines Antwortschreibens an den amerikanischen Außenminister Shultz vor, das zum Ausdruck bringen sollte: „den Dank der Bundesregierung für die ablehnende Haltung der US-Regierung zu den Amendments, die Besorgnis der Bundesregierung angesichts der Amendments, die Unvereinbarkeit der Amendments mit Geist und Zweck des deutsch-amerikanischen SDI-MoU, den Willen zu transatlantischer Kooperation und Hinweis auf Gesamtbeziehungen, das Bemühen unserer Botschaften, durch geeignete Kontakte die Amendments zu verhindern, die Hoffnung, daß die Amendments nicht oder allenfalls in wesentlich abgeschwächter Form wirksam werden". Vgl. Referat 431, Bd. 153221.
Das Schreiben Genschers samt englischer Höflichkeitsübersetzung wurde von Vortragendem Legationsrat Blankenstein am 22. Juni 1987 mit der Bitte um Weiterleitung an die Botschaft in Washington übermittelt. Vgl. dazu den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 153221.

jahr 1987 verfügbaren SDI-Budget von ca. 3,5 Mrd. $ sind die an ausländische Auftragnehmer seit Beginn des SDI-Forschungsprogramms insgesamt vergebenen Aufträge in Höhe von nur 95,166 Mio. $ noch nicht einmal eine „quantité négligeable".

Dg20[12] hat mitgezeichnet mit der Empfehlung, sich in Washington im weiteren Vorgehen eng mit GB und Israel abzustimmen.

Jelonek

Referat 431, Bd. 153221

151

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt

514-516.80 **25. Mai 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Harmonisierung der Asylpolitik in Europa;
hier: Zwischenbilanz nach sechs Monaten

Bezug: Weisung Herrn Staatssekretärs vom 10.4.1987[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die Koalitionsvereinbarung zum Punkt Asyl lautet: „Es wird angestrebt, das Asylrecht auf europäischer Ebene zu harmonisieren."[5] Schon während der Asyldiskussion im Sommer 1986 hatte das Bundeskabinett – neben einem innerstaatlichen Maßnahmenkatalog[6], der zunächst im Mittelpunkt stand – beschlossen, die europäische Harmonisierung von Asylrecht und Asylpolitik besonders zu fördern. Auch die Besprechung des Bundeskanzlers mit den Vor-

12 Hans-Friedrich von Ploetz.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus und Vortragendem Legationsrat Plischka konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 27. Mai 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus verfügte und handschriftlich vermerkte: „Die Fortschritte sind zu begrüßen."
Hat Müller-Chorus am 15. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Plischka verfügte.
Hat Plischka erneut vorgelegen.

3 Die Wörter „Herrn Bundesminister" wurden von Staatssekretär Ruhfus gestrichen.

4 Auf einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt vom 6. April 1987 zum selben Thema vermerkte Staatssekretär Ruhfus am 10. April 1987 handschriftlich: „Sehr interessant. Empfehle nach Schengen am 28.4. konzentrierte, kurze Gesamtdarstellung für BM". Vgl. Referat 514, Bd. 190557.

5 Vgl. die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP für die 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestags; CDU-DOKUMENTATION 9/1987 vom 12. März 1987, S. 32; http://www.kas.de/wf/doc/kas_26810-544-1-30.pdf?110826092559.

6 Zu den Beschlüssen der Bundesregierung vom 26. August 1986 vgl. Dok. 38, Anm. 17.

sitzenden der Parteien und Fraktionen am 25.9.1986[7] führte zu Übereinstimmung über die „europäische Dimension" des Asylrechts. Inzwischen zeigen die Erörterungen im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses im Asylbereich absehbare erste Ergebnisse.

Die Harmonisierungsbemühungen laufen auf verschiedenen europäischen Ebenen und decken entsprechend verschiedene Regelungsmaterien:

– Die Zusammenarbeit der EG-Innen- bzw. Justizminister (TREVI[8]) zielt auf die Harmonisierung der Regelungen zur Vermeidung des Mißbrauchs des Asylrechts (z. B. betreffend Fluglinien, Transitregelungen, Informationsaustausch).
– Die Zusammenarbeit im engeren Kreis des Übereinkommens von Schengen[9] (D, F, Benelux) regelt wegen des beabsichtigten Fortfalls der internen Grenzkontrollen die Frage, welcher Mitgliedstaat für die Durchführung von Asylverfahren zuständig sein soll.
– Das Europäische Parlament faßte mit großer Mehrheit eine Entschließung zu humanitären Mindeststandards der Asylpolitik.
– Im Europarat (CAHAR[10]-Ausschuß) mit dem Vorzug eines weiten Teilnehmerkreises wird die langjährige Arbeit an Vertragstexten intensiviert.
– Auf UNHCR-Initiative befassen sich regelmäßige Konsultativtreffen der westlichen Hauptaufnahmeländer[11] vor allem auch mit der Lage bestimmter Flüchtlingsgruppen (z. B. Iraner in der Türkei, Tamilen).

Mit den europäischen Partnern verbindet uns eine gemeinsame Asyltradition, die gemeinsame Rechtsgrundlage der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951[12] einschließlich des Protokolls von 1967[13] sowie ein gemeinsames Interesse daran, durch eine Harmonisierung in Europa innenpolitischen wie außenpolitischen

7 Über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Regierungschefs der Länder und den Vorsitzenden von Parteien und Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP am 25. September 1986 hielt Staatssekretär Ruhfus in einem Schreiben an Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, am 1. Oktober 1986 fest, es sei vereinbart worden, „daß Beauftragte der Innenministerkonferenz der Länder mit dem Auswärtigen Amt die Aktualisierung der Lageberichte des Auswärtigen Amts über die Möglichkeit der Abschiebung von Ausländern in die jeweiligen Herkunftsländer erörtern. Dabei soll eine gemeinsame Bewertung angestrebt werden, einerseits zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern, andererseits auch zwischen den einzelnen Bundesländern." Das Auswärtige Amt stehe zu „der von Bundesminister Schäuble angesprochenen Überprüfung der Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder von 1966 und 1985 über die Abschiebung von Ostblockflüchtlingen" zur Verfügung. Vgl. Referat 514, Bd. 190553.

8 TREVI, Abkürzung für „Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale", ist der auf einem Beschluß des Europäischen Rats vom 1./2. Dezember 1975 in Rom beruhende Zusammenschluß der Innen- bzw. Justizminister der EG-Mitgliedstaaten zur Terrorismusbekämpfung auf polizeilichem und justiziellem Gebiet. Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. AAPD 1975, II, Dok. 367.

9 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Übereinkommen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81, bzw. EUROPA-ARCHIV 1991, D 3–9.

10 Comité ad hoc d'experts sur les aspects juridiques de l'asile territorial, des réfugiés et des apatrides.

11 Zu den Konsultativtreffen der westlichen Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen vgl. Dok. 137, Anm. 8.

12 Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589.

13 Für den Wortlaut des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298.

Druck in dieser wesentlich vom Nord-Süd-Gefälle bestimmten Frage zu neutralisieren.

2) Auf deutsche Initiative nahm zunächst der Europäische Rat das Asylthema am 6.12.1986 auf.[14] Er bekräftigte die gemeinsame Asyltradition und nannte als Gegenstand einer abgestimmten Politik die Verhinderung des Mißbrauchs des Asylrechts zu Zwecken illegaler Einwanderung.

Die TREVI-Ministerrunde verabschiedete am 28.4.1987[15] folgende Leitlinien zur Harmonisierung (nationaler) Mißbrauchskontrollen:

– Inpflichtnahme der Verkehrsgesellschaften, Sanktionen bei Beförderung ohne Papiere,
– Visumsregelungen gegenüber Problemländern, einschließlich Transitvisumspflicht,
– Verstärkung der Außengrenzkontrollen, bei Einführung von Sonderwegen für Gemeinschaftsbürger,
– Regelung der Verantwortlichkeit bei Asylantrag in verschiedenen Staaten, Abschiebung bei negativem Asylverfahren,
– gemeinsame Lageberichte über die Situation in Verfolger- und Transitländern, Informationsaustausch über Schlepperorganisationen.

Die Empfehlungen lassen unterschiedlichen nationalen Rechtsordnungen und Interessengesichtspunkten Raum. Im Prinzip aber haben sich auch solche Länder nicht gegen die Empfehlungen gewandt, die bisher kein Asylproblem kannten.

Die EG-Partner waren nicht von vornherein Anhänger einer Harmonisierung der Asylpolitik. Auch EG-Kommissar Lord Cockfield reagierte gegenüber unserem ersten Vorstoß zu einer Kommissionsinitiative zurückhaltend. Die anderen sahen den Zustrom nach Europa zunächst als Problem der Deutschen (Art. 16 GG[16], Berlin[17]). Inzwischen haben auch sie erfahren, daß das Problem massenweisen Mißbrauchs in Folge leichten Transports in Großflugzeugen sie ebenso berührt wie uns. Die Kommission wurde an den TREVI-Konsultationen beteiligt und dringt nunmehr ihrerseits – aus der Perspektive der Freizügigkeit und Binnenmarktvollendung – auf zügige Fortschritte.

3) Zu einem Motor der Harmonisierung wurde die Zusammenarbeit der Vertragspartner von Schengen auch im Asylbereich. Hier bot bereits der Schengener Vertrag von 1985 eine Rechtsgrundlage. Die für 1990 vorgesehene Abschaffung der Binnengrenzkontrollen bedingt eine Einigung über die Verteilung der Verantwortung im Asylbereich. Zudem gehören alle Schengener Partner zum Kreis der hauptbetroffenen Asylaufnahmeländer in Europa. Die Zentrale Verhandlungskommission verabschiedete am 28.4.1987 konkrete Vorschläge, die in einen Staatsvertrag der Schengener Partner aufgenommen werden sollen:

14 Am 5./6. Dezember 1986 fand in London eine Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu die Schlußfolgerungen des Vorsitzes; BULLETIN DER EG 12/1986, S. 7–12.

15 Die Konferenz der Innen- und Justizminister der EG-Mitgliedstaaten im TREVI-Rahmen fand am 28. April 1987 in Brüssel statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1987, S. 67 f.

16 Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

17 Zur Einreise von Asylbewerbern über den Flughafen Berlin-Schönefeld nach Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 220 und Dok. 228.

– Prinzip der exklusiven Zuständigkeit eines einzigen Staates für einen Asylantrag. Ein Asylsuchender soll nur in einem Vertragsstaat ein Asylverfahren durchführen können. Allerdings kann jeder Vertragsstaat aufgrund seiner Souveränität bzw. Rechtsordnung in Ausnahmefällen gleichwohl das Asylverfahren durchführen und Asyl gewähren.
– Kriterien zur Bestimmung des für einen Asylantrag zuständigen Staates: Visumserteilung oder Grenzübergang.
– Wiederaufnahme des Asylbewerbers durch den zuständigen Staat: Der für die Durchführung des Asylverfahrens zuständige Vertrauensstaat soll den Bewerber auf sein Hoheitsgebiet übernehmen, wenn er sich auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates befindet, der den zuständigen Staat um die Übernahme ersucht.

Die Harmonisierung soll nicht nur eine Praxis des gegenseitigen Zuschiebens von Asylantragstellern und den Asyltourismus der „Asylbewerber" unterbinden, sie soll ebenso den echten Flüchtlingen die tatsächliche Behandlung ihres Gesuchs jedenfalls durch einen Staat und auch die Reisefreiheit im Schengener Gebiet sichern.

Die Visa-Harmonisierung als Voraussetzung für den völligen Grenzabbau ist bereits seit längerer Zeit im Rahmen des Vertrags von Schengen thematisiert und hat Konkretisierung in einem mehrjährigen Harmonisierungsprogramm gefunden.

BM Justiz prüft zur Zeit die Frage, welche Auswirkungen sich aus Artikel 16 GG im Fall der nach dem Schengener Abkommen letztendlich angestrebten Verlagerung der Kontrollen von den Binnen- an die Außengrenzen ergeben.

4) Die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12.3.1987 zum Asylrecht auf der Grundlage des Berichts des Abgeordneten Vetter (DGB)[18] äußert sich u. a. positiv zur rechtlichen Ausdehnung des Flüchtlingsschutzes auf De-facto-Flüchtlinge, kritisiert restriktive Abschottungsmaßnahmen der europäischen Regierungen und spricht sich für die Einsetzung eines europäischen Asylbeauftragten aus.

Die Entschließung steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Bemühungen im Rahmen von TREVI und Schengen. Während sie die humanitären Grundlagen und Verpflichtungen betont, fühlen sich letztere einer Politik verpflichtet, die die einzelstaatlichen Mißbrauchskontrollen untereinander abstimmt. Die Ziele ergänzen sich jedoch auch und setzen gemeinsam einen Rahmen für die „europäische Harmonisierung des Asylrechts".

Die Entschließung des Europäischen Parlaments wurde am 21.5.1987 im Bundestag debattiert (ohne Stellungnahme des BM des Innern).[19] Bei einer TREVI-

18 Das Europäische Parlament nahm am 12. März 1987 einen Entschließungsantrag zum Bericht des SPD-Abgeordneten Vetter im Namen des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte zu den Fragen des Asylrechts an. Vgl. dazu AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 99 vom 13. April 1987, S. 133, S. 138–141 und S. 167–171.
Für den Bericht (Auszüge) vgl. Heinz Oskar VETTER (Hrsg.), Ein Mensch wie Du und ich – Flüchtlinge in der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1987.

19 Zum Punkt „Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: Entschließung zu den Fragen des Asylrechts (Drucksache 11/147)" vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 13. Sitzung, S. 822–827.

Runde am 13.3.1987 wurde die Resolution kurz angesprochen und vom belgischen Vorsitzenden[20] ohne Widerspruch vermerkt, daß sie den Auftrag des Europäischen Rates und der TREVI-Ministerrunde nicht berühre.

5) Im Europarat (CAHAR-Ausschuß) wird zur Zeit eine „Vereinbarung über die Staatenverantwortlichkeit bei der Prüfung von Asylverfahren" ausgearbeitet. Sie ist den Bemühungen der Schengener Partner verwandt, sieht aber auch einen Ausgleich zwischen den Staaten bei übermäßiger Belastung vor.[21]

6) Die „Konsultativtreffen" der westeuropäischen Hauptaufnahmeländer unter Beteiligung des UNHCR können als komplementärer Rahmen der im EG- und Schengener Kreis erörterten Maßnahmen für die nordischen Staaten und die Alpenländer dienen. Diese zeigen Interesse an der „Mißbrauchsvermeidungs-Harmonisierung". Zugleich werden auf Initiative des UNHCR spezifische Flüchtlingsprobleme in einzelnen Ländern aufgegriffen (z. B. Problem iranischer Flüchtlinge in der Türkei[22]). Einige bisher weniger betroffene Aufnahmestaaten haben die Übernahme in einer Größenordnung von 1500 bis 2000 Asylbewerbern in Aussicht gestellt.

Oesterhelt

Referat 514, Bd. 190558

20 Joseph Michel.

21 Ministerialdirektor Oesterhelt vermerkte am 6. April 1987: „Auf Initiative der Bundesregierung ist der CAHAR-Ausschuß zu einer Sondersitzung auf der Ebene hoher Beamter zusammengetreten. Hierbei wurden erstmals auch Fragen der Bekämpfung der unkontrollierten Einreise und des Asylmißbrauchs sowie der S[icht]V[ermerks]-Harmonisierung erörtert." Vgl. Referat 514, Bd. 190557.
Das Komitee der Ministerbeauftragten des Europarats nahm bei der Sitzung vom 19. bis 27. Mai 1987 in Straßburg vom Bericht des CAHAR-Ausschusses über dessen Sitzung vom 31. März bis 3. April 1987 in Straßburg Kenntnis und forderte den Ausschuß auf, vorrangig den Entwurf eines Übereinkommens über die Verantwortlichkeiten bei der Prüfung von Asylgesuchen fertigzustellen. Vgl. dazu die Anlage Nr. 5 zum Schriftbericht Nr. 287 der Ständigen Vertretung beim Europarat in Straßburg vom 2. Juni 1987; Referat 200, Bd. 141808.
Für den „Meeting Report" des CAHAR vom 22. April 1987 vgl. Referat 200, Bd. 141808.

22 Zur Lage der iranischen Flüchtlinge in der Türkei vgl. Dok. 137, Anm. 10.

152

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

230-381.47 IRK/IRN-382I/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 25. Mai 1987, 16.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 285

Betr.: Iran-Irak[2];
hier: Einsatz von CW im Golf-Konflikt

Bezug: DB 1031 vom 15.5.1987 – Pol 381.47 IRK/IRN[3]

Nachstehend wird ein am 18.5.1987 erstellter Sachstand zum Verdacht der Beteiligung deutscher Firmen am irakischen Programm zur Herstellung chemischer Waffen mitgeteilt:

1) Es besteht kein vernünftiger Zweifel daran, daß es sich bei der großen militärisch gesicherten chemischen Fabrik (Fläche ca. zehnmal die der BASF in Ludwigshafen) in der irakischen Wüste in der Nähe von Samarra um die irakische Produktionsstätte für chemische Kampfstoffe handelt.

Ferner deuten zahlreiche Indizien darauf hin, daß der bei Fallujah (in der Wüste südlich von Samarra) entstehende noch größere neue Komplex ebenfalls eine Fabrikationsanlage für chemische Kampfstoffe ist. Nach deren Fertigstellung dürfte der Irak über das größte CW-Produktionspotential außerhalb des Ostblocks verfügen.

2) Am Bau der Anlage Samarra bzw. mit Zulieferungen dafür waren auch deutsche Firmen beteiligt, u. a.:

– Kolb/Pilot Plant,
– eine Baufirma aus Rheinland-Pfalz,

1 Durchdruck.

2 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 22, Anm. 2.
Botschafter Fiedler, Bagdad, bilanzierte am 25. Mai 1987: „Zwar haben die iran[ischen] Str[eit]-kr[äfte] auch in diesem Jahr in mehreren Offensiven wieder Geländegewinne erzielen können. Der entscheidende Durchbruch blieb ihnen jedoch wiederum versagt. […] Der irak[isch]-iran. Krieg hat bisher weitaus mehr Opfer gebracht als alle Nahost-Kriege zusammen und jeder andere Konflikt nach Weltkrieg II. Er stellt darüber hinaus einen Faktor der Unsicherheit für die ganze Region dar. […] Der Golfkrieg ist im Vergleich zum Nahost-Konflikt gegenwärtig der gefährlichere, weil er ein offener ist und von seinem Ausgang nicht nur diese Region, sondern im Falle eines iran. Sieges die ganze islamische Welt betroffen wird. Auch Europa würde nicht von den Auswirkungen verschont bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 484; Referat 311, Bd. 139979.

3 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete, die Ergebnisse einer BBC-Dokumentation „Secrets of Samarra“ über den Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak, die der Iran den Mitgliedern des VN-Sicherheitsrats mittels Videoband übermittelt habe, seien besorgniserregend: „Die Sendung dokumentiert u. a. anhand von Satellitenfotos, daß Irak eine sehr große, angeblich geheime CW-Produktionsstätte (‚Samarra‘) errichtet. An dem Aufbau (‚zivile‘ Anteile) sollen sich nach dem Dokumentationskommentar auch deutsche Firmen beteiligt haben (genannt werden Preussag, Herbiger, Hammer). Westeuropäische, darunter deutsche Firmen sollen direkt oder indirekt CW-Komponenten an den Irak geliefert haben (genannt: KBS, NL; Melchemie, NL; Karl Kolb, D; Quast, D; Montedison, I; Artochemie, F). Deutsche Experten sollen Irak beim Aufbau von CW-Produktionskapazitäten geholfen haben.“ Die Ständige Vertretung bat um Sprachregelung, falls die Dokumentation im Rahmen der Vereinten Nationen thematisiert werden sollte. Vgl. Referat 230, Bd. 158096.

– eine Lüftungsfirma aus Hanau,
– die Firma Preussag.

Bei dieser Aussage handelt es sich um vorläufige, noch nicht endgültige Feststellungen aufgrund mehrerer kürzlich vorgenommener Betriebsprüfungen. Die endgültigen Ergebnisse liegen etwa in einem Monat vor, danach ist beabsichtigt, sie im Ressortkreis zu bewerten.

3) Derzeit läßt sich deshalb mit endgültiger Sicherheit weder feststellen,
– ob die Lieferungen gegen deutsches Ausfuhrrecht verstießen,
– noch ob den Firmen bewußt war, daß sie nicht für eine normale Chemiefabrik (= Pflanzenschutzmittel-Fabrikation) lieferten, sondern sich an der Errichtung einer Fabrik zur Herstellung chemischer Kampfstoffe beteiligten.

4) Das Auswärtige Amt nimmt diesen Komplex sehr ernst:

a) Auf sein Drängen hin fanden die genannten Betriebsprüfungen statt.[4] AA wird auch weiterhin auf sorgfältiger Aufklärung der Verdachtsmomente bestehen.

b) Weiter stellt sich die Frage einer Überprüfung und Ergänzung unserer Ausfuhrkontrollbestimmungen. Dies ist auch Gegenstand der Erörterungen in der „Australischen Initiative" zu CW[5] und von gleichgerichteten Anstrengungen im Rahmen der EPZ.

c) Darüber hinaus wird man auch neue Wege gehen müssen, um weitere Lieferungen zu verhindern. Hierbei geht es insbesondere um eine klarere Unterrichtung deutscher Firmen, wobei man sich auch nicht scheuen sollte, den Irak deutlicher als bisher zu nennen. Das Ergebnis der jüngsten UN-Mission zur Überprüfung des Einsatzes von CW im Golfkrieg bleibt abzuwarten.[6]

Vollers[7]

VS-Bd. 13036 (230/231/232)

4 Zur Betriebsprüfung bei den Firmen Kolb und Pilot Plant vgl. Dok. 36, Anm. 7.

5 Zur „Australischen Initiative" vgl. Dok. 45.

6 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 13. Mai 1987, der am selben Tag vorgelegte, „(auf 8.5.1987 datierte) Bericht des Experten-Teams der VN über CW-Einsätze im Golf" komme zum Ergebnis, „daß von irak[ischen] Streitkräften CW gegen iran[ische] Streitkräfte eingesetzt wurden, wobei auch Zivilisten im Iran zu Schaden gekommen sind. Auch auf seiten der irak. Streitkräfte sei es zu CW-Verletzungen gekommen, wobei deren Ursache jedoch nicht festgestellt werden konnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 991; Referat 230, Bd. 158096.
Der Bericht S/18852 „Report of the mission dispatched by the Secretary-General to investigate allegations of the use of chemical weapons in the conflict between the Islamic Republic of Iran and Iraq" vom 8. Mai 1987 wurde am 13. Mai 1987 mit Fernkopie Nr. 388 des Legationsrats I. Klasse Steiner, New York (VN), übermittelt. Vgl. Referat 230, Bd. 158096.

7 Paraphe.

153

SPD-Abgeordneter Wischnewski, z. Z. Teheran, an das Auswärtige Amt

114-3721/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 929
Citissime

Aufgabe: 25. Mai 1987, 10.00 Uhr[1]
Ankunft: 25. Mai 1987, 11.29 Uhr

Betr.: Geiseln im Libanon[2];
hier: Gespräche mit Rafsandjani und T.[3] am 24.5.87[4]

Bezug: DB 916 vom 22.5.87 – Pol 530.36 LIA[5]

Zur Information

I. Gespräch mit Parlamentspräsident Rafsandjani am 24.5. gab Gelegenheit zu Erörterung der bilateralen Beziehungen und zu ausführlicher Darstellung des Entführungs- und Auslieferungskomplexes.

Rafsandjani erläuterte die mehrfachen iranischen Bemühungen um humanitäre Unterstützung der Bundesregierung, die bisher allerdings keine Bereitschaft der Entführer zur Freilassung der Geiseln auf der Grundlage der von der Bundesregierung angebotenen Konditionen erbracht hätten. Rafsandjani erklärte sich auf meine Bitte bereit, ein weiteres Mal auf Entführergruppe in unserem Sinne einzuwirken. Er machte jedoch zugleich deutlich, daß dies das letzte Mal sein müsse, da der Iran sich nicht Verdächtigungen in den internationalen Medien aussetzen wolle und könne, selbst etwas mit der Geiselnahme zu tun zu haben. Bei anschließender Erörterung des Gesprächsverlaufs in der Residenz bewertete T. diesen aufgrund unserer Schilderungen und seines Hintergrundwissens verhältnismäßig positiv: Er habe jetzt grünes Licht der höchsten geistlichen wie staatlichen Autoritäten des Iran, mit seinen Bemühungen bei der Entführergruppe um Freilassung der Geiseln zu beginnen. Seine Einschätzung der Erfolgsaussichten innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit ist optimistisch.

Im einzelnen

1) Einstündiges Gespräch mit Rafsandjani in dessen Arbeitszimmer im Parlamentskomplex fand in freundschaftlicher, aufgeschlossener Atmosphäre statt.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 25. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat Worbs „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte und um Wiedervorlage bat.

2 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 138.

3 Sadegh Tabatabai.

4 Der SPD-Abgeordnete Wischnewski und Vortragender Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, hielten sich vom 20. bis 25. Mai 1987 im Iran auf.

5 Korrigiert aus: „Pol Tepmey LIA“.
Der SPD-Abgeordnete Wischnewski und Vortragender Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, z. Z. Teheran, berichteten, der Persönliche Beauftragte des Ayatollah Khomeini, Tabatabai, habe am 21. Mai 1987 „die Chancen zur Lösung der Geiselfrage im Sinne der Vorstellungen der Bundesregierung als gut“ bezeichnet, weil diese die Billigung durch Khomeini gefunden hätten. Durch ein Gespräch Wischnewskis mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani solle „Unterstützung auch auf staatlicher iran[ischer] Ebene gesichert werden“. Zur Lösung der Geiselfrage sei Tabatabai bereit, auch selbst in den Libanon zu reisen. Vgl. VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Von deutscher Seite nahmen noch Botschafter Freitag und VLR I Ueberschaer, von iranischer Seite der amtierende Leiter der Westeuropa-Abteilung im hiesigen AM, Abu Talebi, teil.

Nach Eröffnung des Gesprächs durch Übergabe der Botschaft des Bundestagspräsidenten[6] und Übermittlung der Grüße der Bundesregierung – insbesondere des Bundeskanzlers und BM Genschers – ging ich zur Einstimmung zunächst auf die bilateralen Beziehungen ein. U. a. legte ich den Wunsch der Bundesregierung nach freundschaftlichen Beziehungen mit dem Iran in allen Bereichen und unsere Bereitschaft, hierzu nach Kräften beizutragen, dar.

Im Hinblick auf den Golfkrieg[7] sprach ich unseren dringenden Wunsch nach baldiger Herstellung eines dauerhaften Friedens aus. Ich unterstrich die Neutralität der Bundesregierung, die sie aber nicht an klaren Stellungnahmen zu wesentlichen Fragen hindere (Kriegsbeginn durch Irak, Verurteilung von Angriffen gegen die Zivilbevölkerung in aller Welt, daher auch Verurteilung des Einsatzes von C-Waffen und der Bombenangriffe gegen zivile Ziele durch den Irak).

Anschließend sprach ich das Problem der Schiffahrt im Persischen Golf[8] an (Verständnis für den iranischen Wunsch, den Golf nicht zum Schauplatz von Ost-West-Auseinandersetzungen zu machen; Verbot des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb der NATO durch das Grundgesetz[9]).

Nach Würdigung der positiven Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen und der Verdeutlichung unseres Wunsches nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz sprach ich den Carrell-Zwischenfall[10] an. Ich bezeichnete ihn als zutiefst bedauerlich und unterstrich die Nichtbeteiligung der Bundesregierung und ihre anschließenden Bemühungen um eine Beilegung und verurteilte schließlich die Karikierung eines geistlichen Oberhauptes, das in der islamischen Welt hohe Verehrung genießt.

Die iranischen Vergeltungsmaßnahmen habe ich als sehr bedauerlich bezeichnet, darauf hingewiesen, daß von deutscher Seite keine Gegenmaßnahmen erfolgt sind, und im Interesse der Gesamtbeziehungen um Überprüfung gebeten.

Im Hinblick auf die hohe Anzahl (1,5 Mio.) von Moslems in der Bundesrepublik habe ich empfohlen, den Dialog über Religionsfragen auf Instituts- oder anderen Ebenen zu vertiefen.

6 Korrigiert aus: „Bundespräsidenten".
Zum Schreiben des Bundestagspräsidenten Jenninger vgl. Dok. 138, Anm. 11.

7 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 152, Anm. 2.

8 Referat 311 legte am 3. Juni 1987 dar, der irakisch-iranische Krieg beeinträchtige die Schiffahrt im Persischen Golf: „In nennenswertem Ausmaß ist sie allerdings erst betroffen, seitdem Irak 1984 den sog. Tankerkrieg begann, d. h. iranische Öltanker und Ölverladeanlagen beschoß. […] Ein neues Element bedeutet die unmittelbare Einschaltung der Großmächte in die Sicherheit der Golfschifffahrt im Mai 1987 (Vercharterung von drei sowjetischen Tankern an Kuwait, US-Beflaggung – samt militärischem Schutz durch USA – für elf kuwaitische Tanker, Beschädigung eines sowjetischen Frachters, Beschießung der US-Fregatte ‚Stark'). Dadurch stiegen die Spannungen im Golf und in der Region. Irak sah seinen Wunsch in Erfüllung gehen, den Konflikt zu internationalisieren, Iran hingegen eine Kräfteverschiebung zugunsten des Gegners sowie die Gefahr, daß die Großmächte einseitig gegen Iran in den Krieg eingreifen. Die amerikanischen und sowjetischen Schutzmaßnahmen wirken sich nur zum Vorteil Iraks aus, der immerhin für 60 % der Angriffe auf Golfschiffahrt verantwortlich ist, und sind ausschließlich gegen Iran gerichtet." Vgl. Referat 311, Bd. 139991.

9 Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

10 Zu den Folgen der ARD-Sendung „Rudis Tagesshow" vom 15. Februar 1987 für die Beziehungen der Bundesrepublik zum Iran vgl. Dok. 46, Dok. 47 und Dok. 113.

Nach Darlegung meiner Sicht der bilateralen Beziehungen habe ich aufgrund der mir übergebenen Sprachregelung die Haltung der Bundesregierung in der Entführungs- und Auslieferungsfrage ausführlich erläutert. Ich habe dabei auf den Rat von Sheikh Fadlallah[11] und auf die Botschaften von BM Genscher an Rafsandjani[12] verwiesen. Ich habe mit dem Zeitdruck und die beiden der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Optionen wiederholt und mit aller Deutlichkeit hingewiesen.[13]

In seiner Antwort dankte Rafsandjani zunächst für die persönliche Botschaft des Bundestagspräsidenten[14] und für die Grüße der Bundesregierung. Er äußerte sich positiv zu meinen Stellungnahmen zum Golfkrieg und erinnerte an die mutige Aussage von BM Genscher zur Urheberschaft des Irak.[15]

Die bilateralen Beziehungen bezeichnete er – besonders im Bereich der Wirtschaft – als gut und ausbaufähig. Für die Äußerungen zum Carrell-Zwischenfall sprach er seinen Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich unsere Haltung positiv auf die Beziehungen insgesamt auswirken werde.

Der Iran wünsche auch einen Ausbau der kulturellen Beziehungen auf einer gerechten Grundlage.

Negativ äußerte sich Rafsandjani hingegen zu den von den deutschen Behörden geduldeten Aktivitäten der Konterrevolutionäre auf deutschem Boden. Die Konterrevolutionäre fänden auch Zugang zu Parlamentariern und politischen Führern. Die deutschen Behörden könnten die Aktivitäten der Volksmujahedin sicherlich nach deutschem Recht unterbinden, täten dies aber nicht. Er sehe einen Widerspruch darin, daß man auf deutscher Seite einerseits den Terrorismus bekämpfe, ihn andererseits aber offen dulde.

Die Aufnahme eines verstärkten Dialogs mit den Moslems in Deutschland begrüßte Rafsandjani, verwies aber zugleich darauf, daß man dieser religiösen

11 Zum Gespräch des Botschafters Eitel mit Scheich Fadlallah vgl. Dok. 107.

12 Zu den Schreiben des Bundesministers Genscher vom 21. Januar bzw. 24. Januar 1987 sowie vom 14. April 1987 an den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani vgl. Dok. 34, Anm. 9, und Dok. 107, Anm. 13.

13 So in der Vorlage.

14 Korrigiert aus: „Bundespräsidenten".
Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 30. Mai 1987, im iranischen Außenministerium sei ihm am selben Tag „die nachstehende mündliche Antwort-Botschaft von Parlamentssprecher Rafsandjani an Bundestagspräsident Dr. Jenninger" mitgeteilt worden, deren Text die Dolmetscherin der Botschaft wie folgt mitgeschrieben habe: „Auf Bitten von S. E. Herrn Genscher haben wir unsere Freunde im Libanon aufgefordert, sich zu bemühen und einen Weg zu finden, der zur Freilassung der deutschen Geiseln führt. Nach einiger Zeit hat man uns mitgeteilt, daß die Geiselnehmer die Freilassung von zwei Arabern fordern, die in Deutschland inhaftiert sind. Bei der nächsten Kontaktaufnahme nach Erhalt des zweiten Briefes von Herrn Genscher wurde festgestellt, daß außer Freilassung dieser Personen kein anderer Vorschlag akzeptabel ist. Identität der Geiselnehmer und der Personen, deren Freilassung gefordert wird, ist uns nicht bekannt. Es scheint, daß wir z. Zt. nichts anderes unternehmen können. Aus humanitären Gründen, weil wir dieses Problem für Ihr Land lösen möchten, und insbesondere weil Herr Genscher der erste Außenminister eines westlichen Landes war, der vor einigen Jahren öffentlich erklärt hat, daß das irakische Regime der Initiator und Aggressor des Krieges sei, liegt uns daran, daß die Bemühungen zu einem positiven Ergebnis führen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 977; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

15 Im Gespräch mit dem iranischen Parlamentspräsidenten am 21. Juli 1984 in Teheran erklärte Bundesminister Genscher auf eine entsprechende Frage Rafsandjanis, die Bundesregierung habe „nie einen Zweifel daran gelassen, daß Irak den Krieg begonnen habe". Vgl. AAPD 1984, II, Dok. 201.

Minderheit – ähnlich wie bei den armenischen Christen und jüdischen Minderheiten im Iran – keine eigenen Parlamentssitze einräume.

Anschließend kam Rafsandjani auf die Entführungsfrage zu sprechen.

Er habe sich nach Erhalt der ersten Botschaft von BM Genscher wegen dessen so positiver Haltung zum deutsch-iranischen Verhältnis sehr gern bereit erklärt, der Bundesregierung zu helfen. Der Iran habe in der Folge seine Freunde im Libanon um Nachforschungen nach den Vermißten gebeten. Es habe jedoch sehr lange gedauert, bis man eine Nachricht erhalten habe. Seine Beauftragten hätten mitgeteilt, daß die Entführer für eine Freilassung der Geiseln außer der Herausgabe der Brüder Hamadi[16] keine weiteren Forderungen stellten.

Durch die zweite Botschaft von BM Genscher habe er, Rafsandjani, erfahren, daß die Bundesregierung bereit sei, sich für eine Freilassung der Geiseln zur Nichtauslieferung von Mohammed Ali Hamadi zu verpflichten. Auf diese von ihm weitergeleitete zweite Botschaft hätten die Entführer negativ reagiert: Sie seien nicht mehr bereit, mit der Bundesregierung zu reden, da diese sie nur irreführen wolle. Auf erneute Intervention von iranischer Seite, daß man zur Behebung der deutschen Probleme beitragen wolle, hätten die Entführer geantwortet, daß eine Nichtauslieferung an USA das Problem nicht löse und daß sie nur an der Aufrechterhaltung des Kontakts interessiert seien, wenn ein Austausch geplant sei.

Rafsandjani unterstrich dann, daß der Iran keinerlei eigenes Interesse in der Geiselfrage habe, sondern ehrlich auf die Freilassung der beiden Deutschen Wert lege. Im Iran kenne man die Identität der Entführer nicht und wisse auch nicht, welcher Gruppierung Mohammed Ali Hamadi angehöre. Die Beauftragten des Iran im Libanon hätten aber versichert, daß die Entführer es mit ihren Austauschplänen ernst meinten. Nach seiner persönlichen Vermutung könne das Problem durch einen Prozeß in Deutschland und anschließende Ausweisung von Mohammed Ali Hamadi gelöst werden. Bei entsprechender deutscher Bereitschaft könnten die Garantien hierfür von dritter Seite gestellt werden.

Im übrigen lege der Iran größten Wert darauf, nicht in tendenziösen Pressedarstellungen als Vermittler genannt zu werden.

So sei es für die iranische Seite sehr unerfreulich, daß im deutschen Fernsehen vom 23.5. mein Besuch in Teheran im Zusammenhang mit der Geiselfrage genannt worden sei.[17]

Die iranische Seite sei bereit, erneut die deutsche Haltung an die Entführergruppe im Libanon weiterzuleiten. Dies sei jedoch ein letzter Schritt. Weitere

16 Durchgängig korrigiert aus: „Hamdei".

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter informierte die Botschaften in Damaskus, Junieh, Teheran und Washington am 22. Mai 1987, die Presseagentur dpa „meldete am 22.5. um 14.00 Uhr OZ, MdB Wischnewski werde am Wochenende Teheran besuchen. […] Hier wird unter Hinweis auf Nachrichtensperre kein Kommentar abgegeben. Bitte dort ebenso verfahren." In der dpa-Meldung hieß es: „Wie aus zuverlässiger Bonner Quelle verlautete, wird Wischnewski, der wegen seiner guten Verbindungen zu den Arabern ‚Ben Wisch' genannt wird, ‚unter Umständen' schon an diesem Wochenende zu einer Blitzreise nach Iran fliegen. […] Die Mission Wischnewskis werde ‚unter strengster Geheimhaltung laufen', wurde von zuständiger Seite erläutert. Sie werde ‚in jedem Fall und von jeder Stelle mit Sicherheit dementiert', hieß es. Wischnewski soll nach dpa-Informationen schon vor etwa zwei Wochen zusammen mit dem Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Hans Neusel, einen Flug nach Teheran geplant haben. Damals hätten aber die Iraner keine Visa erteilt". Vgl. den Runderlaß Nr. 4178; Referat 310, Bd. 149654.

Besuche und weiteren Schriftverkehr wünsche man nicht, um jeden Eindruck einer Beteiligung des Iran an der Geiselnahme zu vermeiden.

Ich habe Rafsandjani den Dank der Bundesregierung für die bisher gewährte Hilfe ausgesprochen, gebeten, die bisherigen humanitären Bemühungen fortzuführen, und erklärt, daß die Bundesregierung wisse, daß der Iran nicht nur an der Geiselnahme nicht beteiligt sei, sondern uns mit seiner Hilfe einen großen Dienst erweise.

Mein Angebot an Rafsandjani, ihm noch ein Non-paper zur Verdeutlichung des Sachverhalts und der Rechtsposition der Bundesregierung zu übersenden, nahm dieser zustimmend zur Kenntnis.

2) Bei einer anschließenden gemeinsamen Erörterung in der Residenz, an der T. teilnahm, bewertete dieser den Gesprächsverlauf als positiv. Er, T., habe jetzt grünes Licht der höchsten geistlichen und staatlichen Instanzen des Iran für seine Vermittlertätigkeit.

Die Schwester von Musa Sadr[18] habe ihre für Montag[19] geplante Reise in den Libanon zunächst verschoben, um den Ausgang unseres Gesprächs mit Rafsandjani abzuwarten. Sie werde am 27.5. in den Libanon reisen, um dort Botschaften höchster iranischer Instanzen an Berri, Fadlallah und den Hamadi-Clan zu überbringen. Als Verantwortliche der Musa-Sadr-Stiftung im Libanon habe sie dort außerordentlichen Einfluß.[20]

Er, T., werde ihr selbst über Damaskus nach Beirut folgen, sobald sie dies für zweckmäßig halte. Er werde uns zu gegebener Zeit bitten, unsere Botschaften in Syrien und Libanon zu unterrichten.

Auf Frage erklärte T., daß er selbst an die Verantwortlichen des Clans heranzutreten beabsichtige und sie – unter Hinweis auf die Unterstützung durch die höchsten geistlichen und staatlichen Autoritäten des Iran – zur Herausgabe der Geiseln auffordern werde. Es werde dies eine schwierige Überzeugungsarbeit sein, die er jedoch rechtzeitig erfolgreich abzuschließen hoffe. Nach dem so positiven Ausgang der ersten und wichtigsten Schritte im Iran hoffe er auf eine ähnlich günstige weitere Entwicklung im Libanon.

Ich habe T. empfohlen, über unsere Botschaften oder direkt mit mir und Ueberschaer Kontakt zu halten, und erläuterte, daß ich jederzeit bereit sei, mit ihm im Libanon oder wo sonst erforderlich zusammenzutreffen.

T. bat uns abschließend, ihm für seine weitere Mission „die Daumen zu drücken".

18 Rabab al-Sadr.
Das Oberhaupt des Obersten Islamisch-Schiitischen Rats im Libanon, Musa al-Sadr, verschwand 1978 bei einem Aufenthalt in Libyen. Auf iranische Bitten stellte das Auswärtige Amt 1980 Nachforschungen über dessen Verbleib an. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 275.

19 25. Mai 1987.

20 Der Bundesnachrichtendienst teilte am 29. Mai 1987 mit, Rabab al-Sadr sei eine angeheiratete Tante des Persönlichen Beauftragten des Ayatollah Khomeini, Tabatabai. Nach Informationen aus dem Jahr 1985 sei sie „eine prominente Figur in den schiitischen Bevölkerungskreisen des Libanon" und gehöre dem libanesischen Obersten Schiitischen Rat an, dessen Bedeutung seit dem Verschwinden seines Vorsitzenden Musa al-Sadr in dem Maße abgenommen habe, wie jener der Hisbollah angewachsen sei: „Von einer Einflußnahme des Obersten Schiitischen Rates auf die Hisbollah kann daher nicht gesprochen werden. 1985 war Frau Rabab al-Sadr eine zentrale Persönlichkeit innerhalb der Amal-Bewegung des Nabih Berri". Vgl. das Fernschreiben Nr. 708; Referat 310, Bd. 149654.

[21]II. Bewertung

Gespräch mit Rafsandjani kann insgesamt als weiterführend bewertet werden. Gewährung des Gesprächstermins, Möglichkeit zu ausführlicher Darstellung des Sachstandes und unserer Positionen, freundliche Gesprächsatmosphäre, Darstellung bisheriger iranischer Bemühungen und Bereitschaft zu einer weiteren Initiative ergeben insgesamt positive Grundtendenz. Aufgeschlossenheit des von T. als nach Khomeini „stärkster politischer Figur im Iran" bezeichneten Rafsandjani wird jedoch nicht bis zur Bereitschaft zu aktivem, auch nach außen erkennbarem Engagement iranischer Regierungsstellen führen. Um jeden Anschein einer Verstrickung des Iran in die Entführungsaffäre zu vermeiden, ist Rafsandjani vielmehr deutlich bemüht, iranische Einflußmöglichkeiten im Libanon nach außen hin herunterzuspielen.

Es dürfte jedoch davon auszugehen sein, daß die Bemühungen auf der nunmehr eröffneten inoffiziellen Schiene von T. auch die offizielle iranische Deckung und auch Unterstützung haben. Nach übereinstimmender Bewertung von T. und offiziellen syrischen Stellen (Tlass, Ali Duba[22]) hat der Iran maßgebliche Beratungs- und Einflußmöglichkeiten auf schiitische Entführergruppen im Libanon.

Von T. übernommene und von höchster Stelle abgesegnete Mission läßt erkennen, daß iranische Führung nur Wege akzeptiert, von denen sie sich – auch aus innenpolitischen Gründen – jederzeit ohne Gesichtsverlust distanzieren kann.

Ob Optimismus von T. gerechtfertigt ist, entzieht sich z. Zt. noch hiesiger Erkenntnis. Mit Sicherheit ist aber indirekte Unterstützung höchster religiöser und staatlicher Instanzen des Iran, für die eine Reihe von Anzeichen sprechen, entscheidende Voraussetzung jeder Einwirkungsmöglichkeit auf den Clan. Andererseits lassen deutliches, nicht zuletzt durch Eigeninteresse motiviertes Engagement von T. und sein Optimismus Entfaltung entsprechender Dynamik bei seinen Aktionen erhoffen.[23]

[gez.] Wischnewski

VS-Bd. 13617 (310)

21 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 930 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Vgl. dazu die Gespräche des Staatssekretärs Neusel, Bundesministerium des Innern, mit dem syrischen Verteidigungsminister Tlass und dem Chef des syrischen Heeresnachrichtendienstes, Duba; Dok. 138, Anm. 6.

23 Botschafter Freitag, Teheran, verwies am 26. Mai 1987 „im Anschluß an die von BM a. D. Wischnewski in Teheran geführten Gespräche" darauf, falls die Bundesregierung die Haltung Irans würdigen wolle, böten sich „Maßnahmen zur Verbesserung unseres bekannten ‚Sündenregisters'" an, insbesondere „a) Freizügigkeit der iran[ischen] Oppositionsgruppen, insbesondere der Mujahedin-E-Khalq, in der Bundesrepublik Deutschland, b) negatives Medienbild Irans in der BR Deutschland, c) Ausschluß des Nachzugs der Ehefrauen von in der BR Deutschland studierenden iran. Studenten, d) Aufhebung des Transitprivilegs für iran. Staatsangehörige, einschließlich der Inhaber von offiziellen und diplomatischen Pässen". Allerdings sollten entsprechende Schritte „nicht in einem ausdrücklichen Zusammenhang mit unserem Anliegen in der Geiselfrage gestellt werden, schon um den Eindruck zu vermeiden, als sähen wir uns jeweils zu direkten Gegenleistungen für offizielle iran. Schritte in der Angelegenheit verpflichtet". Vgl. den Drahtbericht Nr. 943; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

154

Aufzeichnung des Oberstleutnants i.G. Graf von Pfeil

02-323/87 geheim **26. Mai 1987**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Minister[2]

Betr.: Bedrohungsanalyse 1987

Anlg.: 2[3]

1) Zweck der Vorlage

Den Veränderungen sowjetischer Politik sind die Veränderungen und Trends der von den sowjetischen Streitkräften ausgehenden Bedrohung gegenüberzustellen. Nicht zuletzt sind sie ein wesentlicher Indikator für die Absichten des Kremls.

Nachfolgend werden die wichtigsten Punkte aus der jährlichen Bedrohungsanalyse zusammenfassend aufgezeigt (NATO, BMVg, BND).

2) Militärpolitische Zielsetzung

Die langfristige militärpolitische Zielsetzung des Warschauer Paktes ist nach einhelliger Beurteilung im Bündnis unverändert:

– Eindämmung der Macht der USA,
– Abkoppelung der USA von Europa,
– Schwächung der westlichen Staaten.

Der Warschauer Pakt sucht diese Ziele politisch unter Einbezug des Gewichtes seines Streitkräftepotentials durchzusetzen.

3) Militärdoktrin

In Lehre und Ausbildung der Streitkräfte gelten folgende wesentliche Grundsätze:

– Krieg, auch der Nuklearkrieg, bleibt ein Mittel der Politik.
– Die militärische Entscheidung ist auf dem Territorium des Gegners herbeizuführen.
– Oberstes Gebot ist die Erringung des Sieges.
– Das Überraschungsmoment muß genutzt werden, und hierfür ist auch vor präemptiven Aktionen nicht zurückzuschrecken.[4]

1 Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Juni 1987 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 26. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]-V[orlage]."
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 26. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte „mit der Bitte um WV mit Stellungnahme zu den Randbemerkungen des BM".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 30. Juni 1987 vorgelegen.
Für die Stellungnahme des Ministerialdirektors Seitz zu Genschers Fragen vgl. Dok. 192.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8 und 10.

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Wandel von der massiven nuklearen zur konventionellen Option hat vorrangige Bedeutung erlangt.

Unter Führung der Sowjetunion werden die Streitkräfte des Warschauer Paktes in Gliederung, Dislozierung, Logistik und Ausbildung darauf ausgerichtet, die nukleare Eskalation der NATO

– durch überraschende und
– blitzartige

Operationen unterlaufen zu können.

Daher kommt der Verteidigungsfähigkeit der NATO und insbesondere ihrer Abschreckungsfähigkeit besondere Bedeutung zu, um nicht einer Kriegsführungsstrategie das Tor zu öffnen.

4) Kräfte

4.1) Konventionelle Kräfte allgemein

Die konventionellen Optionen der Streitkräfte des Warschauer Paktes und besonders der Sowjetunion werden gezielt gefördert durch

– rasante Verbesserung von Führungsstrukturen und Führungsmitteln, dazu stehen leistungsstarke, eng vermaschte und redundante Systeme zur Verfügung, deren herausragende Eigenschaft der schnelle Übergang vom Frieden zum Kriegsbetrieb ist.[5]
– Der WP verfügt über das größte vollmotorisierte Heer der Welt (218 sowjetische und 66 Divisionen der Verbündeten). Von den sowjetischen Divisionen sind 86 Divisionen (Kategorie A/B) und 15 selbständige Brigaden (A) voll einsatzbereit, 117 Divisionen (Kategorie C) teilweise einsatzbereit und 15 Divisionen sind Mob-Divisionen.
– Die qualitative Verbesserung und die Einführung neuer Waffensysteme in diesen Divisionen gehen ungebremst weiter. Darin wird deren konventionelle Schlagkraft stetig erhöht.
– Dislozierung der Truppen und die logistische Bevorratung sind fast optimal zu nennen. (Dislozierung entspricht der operativen Planung, Ausbau des Verkehrsnetzes, Einsatz von modernster EDV, Standardisierung, hohe Lagerbestände).[6]

4.2) Nukleare Kräfte allgemein

Im Bereich der nuklearen Waffensysteme streben die Sowjets entweder durch Modifizierung eingeführter Systeme oder durch Einführung von Nachfolgemodellen folgende Ziele an:

– Fähigkeit zur Bekämpfung gehärteter Silos,
– gesteigerte Überlebensfähigkeit durch Mobilität oder Härtung,
– verbesserter CEP[7] (Treffgenauigkeit),

Fortsetzung Fußnote von Seite 768

4 Zum Passus „Krieg, auch der … zurückzuschrecken“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kann das durch Zitate belegt werden?“

5 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ist WP hier überlegen?“

6 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ist WP hier überlegen?“

7 Circular Error Probable.

– erhöhtes Wurfgewicht,
– Erhöhung der Zahl der Gefechtsköpfe (MIRV),
– verbesserte Zuverlässigkeit,
– verkürzte Reaktionszeit.

5) Materielle Ausstattung

5.1) Strategische nukleare Waffensysteme

Eine Übersicht der im Dienst befindlichen Systeme ist der Anlage 1[8] zu entnehmen.

Die Sowjetunion wird ab 1989 ihre SS-18-Raketen von MOD 4 auf MOD 5 umrüsten. Diese 5. Modifizierung beinhaltet voraussichtlich folgende Verbesserungen:

– Steigerung des Wurfgewichtes um 20% (von 7600–8000 auf 9700 kg).
– Steigerung der Anzahl der Gefechtsköpfe pro Rakete von zehn auf maximal 14.
– Verbesserter CEP von 250–270 m auf 150–200 m.

Die Erprobung der SS-X-24 ist fortgeführt worden. Mit der Einführung dieser neuen Rakete wird in der Schienenversion noch 1987 gerechnet.

Die SS-X-24 ersetzt voraussichtlich die SS-17 bzw. SS-19 (SS-17 vier Gefechtsköpfe, SS-19 sechs Gefechtsköpfe, SS-24 zehn Gefechtsköpfe[9]). Der SS-X-24 kommt als „Silokiller" besondere Bedeutung zu. Die SS-25 ist als mobiles System (wie SS-20) und wegen ihrer Reichweite (10500 km) besonders bedrohend. Das Ansteigen des Bestandes (z. Zt. 90), evtl. auf Kosten älterer Systeme, wäre gefährlich.

5.2) Landstreitkräfte

Die konventionelle Bedrohung im Kommandobereich Europa-Mitte ist der Anlage 2[10] zu entnehmen.

Dem Kommandobereich AFCENT stehen 26000 Panzer gegenüber, von denen 50% über einen verbesserten Panzerschutz verfügen. Diese Umrüstungsmaßnahme bedeutet eine wesentliche Kampfwertsteigerung und stellt die Panzerabwehr der NATO vor schwere Probleme[11].

In den Gruppen der Truppen ist der Bestand an alten Panzern auf 20% abgesunken, d. h. daß T-64, T-72, T-80 überwiegen. Davon sind wiederum 30% zu den modernsten Versionen zu zählen (T-64 B und T-80).

Seit 1970 hat sich die Zahl der Artilleriegeschütze im Bereich Europa Mitte verdreifacht. Allein seit 1981 sind 3000 neue Geschütze hinzugekommen. Seit 1970 werden zudem vorwiegend statt gezogener Geschütze Selbstfahrlafetten zugeführt. Durch den Einsatz datenverarbeitender Feuerleitanlagen ist die Flexibilität und die Leistungsfähigkeit der WP-Artillerie erheblich gesteigert

8 Dem Vorgang beigefügt. Für die Tabelle „Leistungsvergleich sowjetischer Interkontinentalraketen" vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Zur sowjetischen SS-24 vgl. Dok. 229.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für die Tabelle „Die konventionelle Bedrohung im Kommandobereich Europa-Mitte" vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

11 Die Wörter „vor schwere Probleme" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Welche?"

worden. Die TNF-Systeme FROG, Scud, SS-21 sind zudem auch konventionell einsetzbar.

Führungs-, Fernmelde- und Aufklärungstruppen sind mit einer neuen Gerätegeneration ausgestattet worden.

Die Kriegserfahrung in Afghanistan und wahrscheinlich auch im Golfkrieg mit sowjetischem Gerät führt zu zahlreichen Modifikationen. Damit erhalten die Streitkräfte einen hohen Modernisierungsgrad, und die Einführung neuartigen Geräts kann hinausgeschoben werden.

Dies erlaubt modernes Großgerät, das kontinuierlich aus der Produktion kommt, nunmehr auch den Divisionen der Kategorie C zuzuführen.

Reorganisation und Modernisierung der Landstreitkräfte kommen erst in zweiter Linie den NSWP-Staaten zugute, an der Spitze der NVA.

5.3) Luftstreitkräfte

Fast alle Jagdbombergeschwader sind mittlerweile mit Flugzeugen der dritten Generation ausgestattet (Fencer = SU-24). Diese Flugzeuge zeichnen sich durch eine höhere Waffenzuladekapazität und verdoppelte Eindringtiefe aus.

Jede Armee verfügt über 40 Kampfhubschrauber Hind (Mi-24). Insgesamt verfügt die Sowjetunion über 1300 Kampfhubschrauber.

In den Raum Liegnitz sind zwei zusätzliche Jabo-Regimenter verlegt worden.

Der Bombertyp Bear (H) ist mit einem weitreichenden Cruise Missiles[12] ausgerüstet worden (AS-15-Kent; 2500–3500 km Reichweite).

Die Foxbat F ist mit einer neuen Antiradarrakete versehen worden (AS-11). Diese Flugzeuge sind damit eine wesentliche Gefahr für die westlichen Radarstationen und damit für die Luftverteidigung.

Weitere Regimenter wurden von dem Transportflugzeug Cub auf Candid umgerüstet. Damit verfügen die Luftarmeen über eine erheblich vergrößerte Transportkapazität.

Die Ausrüstung mit neuesten Luftabwehrraketen aller Kategorien ist kontinuierlich fortgesetzt worden. Das ABM-System um Moskau hat weitere Verbesserungen erfahren.

5.4) Seestreitkräfte

Erstmalig in der Geschichte der sowjetischen Marine befindet sich ein nuklear angetriebener Flugzeugträger in der Ausrüstung. Die NATO rechnet mit insgesamt zehn Flugzeugträgern in den nächsten 20 Jahren.

Die sowjetische Marine hat 1986 56 neue Boote und Schiffe in Dienst gestellt. Damit wird der seit langem beobachtete Jahresdurchschnitt von 51 Einheiten eingehalten.[13]

Die quantitative und qualitative Steigerung der sowjetischen Seestreitkräfte hält unvermindert an. Der Akzent liegt auf der nuklearen Komponente der Seestreitkräfte, die Vorrang hat.

12 So in der Vorlage.

13 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ist das Marineprogramm unverändert geblieben?“

Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre wird damit gerechnet, daß die Zielgenauigkeit der SLBM so gesteigert worden ist, daß sie gehärtete Ziele vernichten können.[14]

Ferner hat sich die Schlagkraft der See-Luftstreitkräfte durch Zuführung von Backfire (Bomber), Reichweite 3077 km, und durch Fencer erhöht. Dies hat besondere Bedeutung für die Ostsee, für den Bereich des Nordkaps und die Nordsee.

5.5) Luftabwehr

Der Warschauer Pakt verfügt über eine hervorragende Luftabwehr im oberen und mittleren Bereich, während im Niedrigbereich einige Schwächen festzustellen sind.

Jede MOT-Schützendivision verfügt derzeit über 1300 Flugabwehrraketen!

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß von Rohrwaffen immer mehr auf Raketen umgerüstet wird.

Die Abwehrsysteme der Landesverteidigung haben eine Reichweite von 300 km und können von ihren vorgeschobenen Positionen in der DDR und in der Tschechoslowakei die gesamte Bundesrepublik abdecken. Die bedeutet z. B., daß AWACS-Flugzeuge abgeschossen werden können.

Die im Einsatz befindlichen Flugzeuge der Jagdfliegerverbände

– Foxhound (MiG-31) }
– Fulcrum (MiG-29) und } 4. Generation
– Flanker (SU-27) }

verfügen über eine look down/shoot down-Fähigkeit.[15]

Die Jagdfliegerverbände sind damit in der Lage, Flugzeuge und Cruise Missiles in niedrigen Höhen zu bekämpfen.

5.6) Raumfahrt

Erstmals konnte festgestellt werden, daß die Sowjetunion über elektronische Bildaufklärungssatelliten mit Echtzeitübertragung verfügt. Das System ist noch nicht vollendet, dürfte aber dieses Jahr seine volle Einsatzbereitschaft rund um die Uhr erreichen.

6) Verteidigungshaushalt

1986 ist das Bruttosozialprodukt der Sowjetunion um 4% gestiegen. Dies ist das schnellste Wachstum in den letzten zehn Jahren. Der Verteidigungshaushalt entspricht ca. 13–16% des BSP.

Die Verbündeten der Sowjetunion haben eine derartig gute[16] Entwicklung nicht vorzuweisen. Die Modernisierung ihrer Streitkräfte wird daher nicht so schnell fortschreiten können.

Hervorzuheben ist, daß die Sowjetunion 1987 ihren Verteidigungshaushalt im offiziellen Staatshaushalt um 4% gesteigert hat.

14 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Warum werden die Kreuzer der Kirov-Klasse nicht erwähnt? Wie viele gibt es? Wie viele wird es geben?“

15 Fußnote in der Vorlage: „Ziele auf Gegenkurs können von oben und unten bekämpft werden.“

16 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was sagt ein Vergleich in absoluten Zahlen aus?“

7) Technologische Entwicklungstendenzen

Ständige Modifikation an Waffen und Systemen, die aus der Erfahrung der gegenwärtigen Konflikte resultieren, haben Vorrang vor der Einführung neuer Geräte.

Die Entwicklung von Laserwaffen hat Priorität. Einsatzbereite Laserwaffen werden noch vor Ende dieses Jahrzehnts erwartet, wenn sie auch nur begrenzte Wirkungen haben.

Im Rahmen des legalen und illegalen Technologietransfers werden alle Möglichkeiten westlicher Technik zum eigenen Nutzen für den militärischen Gebrauch untersucht und ggfs. umgesetzt. Das spart erhebliche eigene Entwicklungskosten.

8) Operative und taktische Aspekte

Das sowjetische operative und taktische Konzept, dem Bewaffnung und Gliederung der Streitkräfte untergeordnet sind, sieht den Erfolg im Zusammenwirken aller Teilstreitkräfte garantiert.

Der Erfolg soll bereits in der Anfangsphase eines Krieges erzwungen werden.

Dazu sind

– Überraschung und
– das Überziehen des gesamten gegnerischen Gebietes mit Kampfhandlungen von Anfang an die entscheidende Grundlage.

Das Gefecht der verbundenen Waffen wird heute bereits auf Regimentsebene geführt und sich in absehbarer Zeit auf Bataillonsebene verlagern. Dies erfordert selbständiges Handeln und ein gewisses Maß von Auftragstaktik auch auf unterer Ebene.

Die Kriegsvorbereitungen sollen möglichst kurz sein und die Entscheidung möglichst schnell auf dem Gefechtsfeld erzwungen werden.

Diese Grundsätze, die materielle Ausstattung und die günstige Dislozierung der Streitkräfte verkürzen bereits jetzt die Warnzeit für die NATO. Damit wird eine zeitgerechte Reaktion immer schwieriger.

9) Bewertung

Die drei Faktoren

– materielle Überlegenheit,
– die geostrategischen Vorteile und
– der Mangel an Transparenz,

sollten keine Änderungen eintreten, geben den Streitkräften der Sowjetunion in absehbarer Zeit die Fähigkeit zur Führung eines konventionellen strategischen Überraschungsangriffes in Europa. Dabei bleiben der Sowjetunion trotz Rüstungskontrollabkommen alle nuklearen Fähigkeiten erhalten!

Die Rüstungskontrollpolitik wird sich daher auf den Abbau der Invasionsfähigkeit des Warschauer Paktes konzentrieren müssen. Ihr wirklicher Abbau ist der entscheidende Schritt in der Abrüstung.

Bisher konnte sich Generalsekretär Gorbatschow aufgrund der Gegebenheiten der Gefolgschaft seiner Marschälle sicher sein, da ideologische und politische Zielsetzung sowie militärische Optionen im Einklang stehen. Der Abbau konventioneller Streitkräfte dagegen könnte in Politbüro und Armee vermehrten Wider-

stand auslösen, da dies die Aufgabe von Optionen für die sowjetischen Streitkräfte bedeutet.

Für 1986 stellt das Bündnis trocken fest:

„Trotz sowjetischer Friedenspropaganda und rüstungskontrollpolitischer Initiativen hat die Schlagkraft der Streitkräfte des Warschauer Paktes 1986 tatsächlich zugenommen."

Graf von Pfeil

VS-Bd. 14049 (02)

155

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3789/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. Mai 1987, 15.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 731 **Ankunft: 27. Mai 1987, 16.24 Uhr**

Betr.: DPC-Ministerkonferenz am 26./27. Mai 1987[2];
hier: TOP II – Erklärungen in der Sitzung mit beschränktem Teilnehmerkreis

Zur Unterrichtung

US-VM Weinberger zu den Genfer Verhandlungen:

Die SU zeige allgemeine Bereitschaft, eine Verifikationsvereinbarung abzuschließen, ihre Vorschläge hätten aber nach wie vor allgemeinen Charakter und entsprächen nicht dem US-Erfordernis nach detaillierten Regelungen. Einige US-Vorschläge, z.B. die Überprüfung von Flugtests, habe die SU abgelehnt. In bezug auf die Globalität eines LRINF-Abkommens sei man sich nicht nähergekommen. Die öffentlichen Äußerungen zu Bedingungen für die Begrenzung von SS-20 in Asien ließen eine weltweite Eliminierung noch wichtiger erscheinen. Die USA hätten aber den Eindruck, daß Gorbatschow dringend an einem Abkommen interessiert sei. Hierzu bedürfe es langer und geduldiger Diplomatie. Wenn die Allianz geschlossen und fest bleibe, werde sich aller Voraussicht nach ein gutes Abkommen erreichen lassen.

Die USA hielten an der „flexible response"[3] fest, einschließlich der Rolle nuklearer Waffen. Die USA seien bereit, das nukleare Arsenal zu modernisieren und anzupassen, um es flexibel und überlebensfähig zu erhalten. Gleichermaßen

1 Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, z.Z. Brüssel, und Kapitän zur See Fischer, Brüssel (NATO), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

2 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand in Brüssel statt. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 728 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 27. Mai 1987; VS-Bd. 11867 (209); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu ferner Hansens Drahtbericht Nr. 735/736 vom selben Tag; VS-Bd. 11425 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

erforderlich sei die Verbesserung konventioneller Verteidigungsfähigkeit. Es gelte unverändert, Abhängigkeit von einem zu frühen Nukleareinsatz zu vermeiden. An der US-Präferenz, bei 500 km eine Linie zu ziehen, unterhalb derer keine Rüstungskontrolle stattfinde, habe sich nichts geändert, obwohl es unter 500 km in der Tat ein Raketen-Ungleichgewicht gebe.

Es sei US-Ziel, die deutsche PI aus den Genfer Verhandlungen herauszuhalten. Ihre Modernisierung wurde von der Allianz unterstützt.[4] Insgesamt müsse der Westen offensiver vorgehen und auch die Öffentlichkeit für vielleicht unpopuläre Modernisierungsmaßnahmen gewinnen. Hierfür hätten die INF-Stationierungsländer ein gutes Beispiel gegeben.

Zum konventionellen Ungleichgewicht:

Es sei offensichtlich, daß konventionelle Streitkräfte nicht den Abschreckungszweck von Nuklearwaffen übernehmen könnten. Doch müßten konventionelle Kräfte in ausreichendem Maße vorhanden sein. Die USA träten für konventionelle Rüstungskontrolle ein, aber angesichts der damit verbundenen zahlreichen Unsicherheiten dürfe sich die Allianz nicht allein auf KRK verlassen. Es sei klar, daß die SU mit den INF-Verhandlungen das Ziel nuklearer Abrüstung verfolge, um dann ihre konventionelle Dominanz auszuspielen. Die Allianz müsse daher den politischen Willen aufbringen, die konventionelle Balance zu ihren Gunsten wieder ins Lot zu bringen, man dürfe nicht vergessen, daß die SU ihre eigenen Ziele verfolge.

Von der Nützlichkeit von „Glasnost“ sei er, Weinberger, dann überzeugt, wenn die Mauer in Berlin beseitigt werde.

Die SU habe im Februar und März dieses Jahres Raketen im Pazifik getestet und damit gegen bestehende Verträge verstoßen.

Auf KRK zurückkommend, erläuterte Weinberger, Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa würden länger dauern und sich schwieriger gestalten als MBFR. Die Allianz müsse Maßnahmen durchsetzen, die zu einem echten Abbau des sowjetischen Militärpotentials führten und vor allem die Angriffsfähigkeit der SU begrenzten. KRK sei dennoch von enormer Bedeutung.[5] Die unnötigen Verzögerungen bei der Willensbildung auf westlicher Seite seien höchst bedauerlich. Es gelte, so schnell wie möglich substantielle Verhandlungen anzustreben, denn die konventionelle Lücke weite sich aus. Die französisch-amerikanische Prozeduraldebatte müsse beendet werden.

Bei CDI[6] komme es auf die Erzielung von sichtbaren Fortschritten an, auch wegen der Wirkung in der Öffentlichkeit. Die Frage eines US-Truppenabzuges aus Europa sei z. Z. unter Kontrolle. Die Allianz müsse aber deutlich machen, daß sie auf konventionellem Gebiet etwas bewirke und daß auf eine gleichmäßigere Lastenteilung hingearbeitet wird. Die US-Öffentlichkeit wolle in Europa Taten sehen.

4 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

5 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

6 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO verabschiedete am 22. Mai 1985 in Brüssel ein Programm zur Stärkung der konventionellen Verteidigung für die Jahre 1987 bis 1992 („Conventional Defence Improvements“). Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 141.

Die sog. „low-cost measures“ böten entscheidende Möglichkeiten zur Stärkung konventioneller Verteidigung. Als Beispiele nannte er: Sperren entlang von Transitstraßen und Beeinflussung der öffentlichen Meinung in osteuropäischen Ländern (Stichwort: Friedenserhaltung); SU käme dafür nicht in Frage, denn dort gebe es keine öffentliche Meinung. Die europäischen Partner seien aufgefordert, weitere low-cost measures vorzuschlagen.

Die Lage im Persischen Golf sei gefährlich.[7] Westliche Interessen stünden auf dem Spiel. US-Schiffe und Flugzeuge würden sich in Zukunft besser verteidigen. Die USA könnten alleine den Schutz des Golfes nicht übernehmen. Die USA schützen hier die gesamten westlichen Interessen, erwarteten aber, daß sich – neben GB und F – auch andere Partner an dieser „Out-of-area“-Tätigkeit beteiligten.

BM Wörner würdigte die Erklärungen des Vorsitzenden des Militärausschusses[8] und von US-VM Weinberger.

INF-Fragen seien in Stavanger[9] ausführlich erörtert worden. Diese Diskussion sollte jetzt nicht wiederholt werden. Die Bundesregierung werde am 1. Juni eine interne Kompromißlösung beschließen.[10] Der Bundeskanzler werde darüber am 4. Juni eine Regierungserklärung abgeben.[11] Die Verbündeten würden unmittelbar vorher unterrichtet.

Er stimme Weinberger darin zu, daß es bei der Abschreckung in erster Linie auf die nukleare Komponente ankomme. Wir seien derzeit in Gefahr, uns zu sehr auf nukleare Abrüstung zu konzentrieren und damit einem sowjetischen Ziel zu folgen. Westliches Interesse müsse es sein, die Bedeutung der konventionellen Bedrohung herauszustellen und es Gorbatschow nicht länger zu gestatten, die Allianz über nuklearen Fragen zu spalten. Es gelte, die Glaubwürdigkeit der „flexible response“ zu erhalten und ihre Wirksamkeit nicht weiter zu beschneiden.

Es komme jetzt darauf an, unserer Öffentlichkeit diese sowjetische konventionelle Überlegenheit – insbesondere beim militärischen Hauptkampfgerät – zu verdeut-

7 Zur Lage der Schiffahrt im Persischen Golf vgl. Dok. 153, Anm. 8.

8 Wolfgang Altenburg.

9 Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

10 Über das Treffen am 1. Juni 1987 im Bundeskanzleramt, an dem Bundeskanzler Kohl, die Vorsitzenden von CSU und FDP, Strauß und Bangemann, die Bundesminister Genscher, Klein, Schäuble und Wörner sowie die Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, der FDP-Fraktion, Mischnick, und der CSU-Landesgruppe, Waigel, teilnahmen, hieß es in der Presse, die Koalition habe sich „darauf verständigt, neben einer Beseitigung der weitreichenden Mittelstreckenraketen auch eine überall geltende Vereinbarung der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion über die Abschaffung der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite zu befürworten. Allerdings dürften die 72 Bundeswehrraketen des Typs Pershing I a nicht zu Verhandlungsgegenständen gemacht werden. Eine ‚Brandmauer‘, wie sie westliche Verbündete als Sperre gegen weitere Verhandlungen nach einer doppelten Null-Lösung ins Gespräch gebracht hatten, lehnt die Bonner Koalition ab. Statt dessen spricht sie sich für Verminderungen der atomaren Systeme mit Reichweiten zwischen null und tausend Kilometern und damit gegen eine Nachrüstung mit solchen Waffen auf deutschem Gebiet aus.“ Vgl. den Artikel „Die Bundesregierung für ‚mehr Stabilität mit weniger Waffen in Europa‘“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Juni 1987, S. 1 f.
Für den Wortlaut der Koalitionsvereinbarung vgl. den Artikel „Beschluß zum Koalitionsgespräch beim Bundeskanzler“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Juni 1987, S. 2.

11 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928.

lichen. Diese sowjetische Überlegenheit sei die Hauptursache für die Unsicherheit in Europa. Sowjetische Invasionsfähigkeit verbunden mit geographischer Asymmetrie stelle die zentrale Bedrohung für das freie Europa dar.

Wenn wir die Nuklearschwelle anheben wollten, müsse mehr für die konventionelle Verteidigungsfähigkeit der Allianz geschehen. Die SU ziele darauf ab, die Allianzstrategie konventionell zu unterminieren. Angesichts der wachsenden Aussichten für nukleare Abrüstung erhalte das konventionelle Ungleichgewicht in Europa eine neue Dimension. Zwar glaube er nicht, daß die SU einen Krieg in Europa zu führen beabsichtige. Alles deute aber darauf hin, daß sie im Falle eines Konflikts von der Führbarkeit eines auf Europa begrenzten konventionellen Krieges, ohne Einsatz von Nuklearwaffen, ausgehe. Zur Korrektur des konventionellen Ungleichgewichts stünden der Allianz weder Geld noch Menschen in ausreichender Zahl zur Verfügung. Deshalb müsse ein ernsthafter Versuch mit Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa gemacht werden, auch wenn das Beispiel MBFR zeige, daß dies langwierig und schwierig wird. Die SU gebe in Einzelbereichen Disparität zu, behaupte aber das Bestehen einer ungefähren Gesamtbalance. In dieser Situation sei es wichtig, auf wirksame Verifikation und auf eine gegenseitige, umfassende Information zu drängen. Gorbatschow müsse für mehr Offenheit und Transparenz im militärischen Bereich beim Wort genommen werden. Nur Transparenz könne eine stabile Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen bilden.

Die Allianz müsse der Öffentlichkeit die Problematik des konventionellen Ungleichgewichts verdeutlichen. Das Problem sei, daß die SU in jedem Bereich militärisch überlegen sei. Sie könne sich daher selektive Angebote an den Westen leisten. Mit einer neuen Kostprobe müsse bei der Tagung des „Politischen Beratenden Ausschusses" des WP in Berlin (Ost) am 28./29. Mai[12] gerechnet werden. Daher sei die Erarbeitung eines westlichen Gesamtkonzepts für KRK so wichtig. Hier müsse die Allianz zunächst einseitige Schritte der SU verlangen. Die Allianz könne jetzt nicht hinter ihre Erklärungen von Halifax[13] und Brüssel[14] zurückfallen. Die westlichen Unterhändler in Wien benötigten dringend ein westliches Substanzkonzept und einen Mandatsentwurf. Auf dem deutsch-französischen Gipfel am 21./22. Mai habe die deutsche Seite versucht, Frankreich von der Notwendigkeit aktiver Mitarbeit zu überzeugen.[15] Nach seiner Meinung gebe es im französisch-amerikanischen Prozedurstreit Raum für einen Kompromiß. Der augenblickliche Zustand sei nicht akzeptabel. Die Allianz mache sich praktisch lächerlich. Der Osten frage ständig nach den in Halifax versprochenen „bold new steps". Alle Partner seien aufgerufen, auf Frankreich und USA einzuwirken. Letztlich hänge auch der Ausgang des Wiener KSZE-

12 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

13 Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

14 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

15 Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

Folgetreffens davon ab, daß die Allianz über ein überzeugendes Konzept im militärischen Bereich verfüge, ihre Uneinigkeit überwinde und wieder handlungsfähig werde. Dies sei Voraussetzung für ein offensives westliches Vorgehen in der Frage der Menschenrechte, der menschlichen Kontakte und der Information. Auf diesen Gebieten müsse der Osten Konzessionen machen, was dann auch zu einer Verbesserung der West-Ost-Beziehungen beitragen werde.

I-VM Gaspari

Er stimme BM Wörner zu, daß das konventionelle Ungleichgewicht das vordringliche Problem für die Sicherheit Europas bilde. Die von ihm hierzu im Parlament genannten Zahlen hätten die italienische Öffentlichkeit beeindruckt. Italien sei bereit, sich an einer Lastenteilung zu beteiligen, auch im Hinblick auf die Stimmung im US-Kongreß, doch könne nicht alles gleichzeitig in Angriff genommen werden. Italien habe in letzter Zeit seine Verteidigungsausgaben erhöht; sie lägen nahe bei der in der Allianz beschlossenen Zahl.

Zu INF unterstütze Italien die US-Verhandlungsposition in Genf. Im übrigen sei es überzeugt, daß die Glaubwürdigkeit der „flexible response" erhalten bleiben müsse – schon angesichts der sowjetischen konventionellen Überlegenheit. Die deutschen P I a sollten einsatzbereit bleiben. Italien fördere das Ziel der Globalität, Parität [16]auf niedriger Ebene, wirksame Verifikation, Nichtumgehung.

B-VM de Donnea

Den Ausführungen von BM Wörner zu KRK stimme er zu. Die SU baue ihr konventionelles Potential, einschließlich ihrer Flotte, weiter aus. Was sich außerhalb des NATO-Gebietes[17] abspiele, gewinne immer größere Bedeutung für Europa. Es sei richtig, daß die SU ihre konventionelle Überlegenheit in Europa abbauen müsse, aber es sei sicher nicht leicht, sie zu asymmetrischen Reduzierungen zu veranlassen. Der Gefahr einer schleichenden Finnlandisierung Europas müsse begegnet werden. Leider fehle der Allianz noch immer ein Substanzkonzept für Rüstungskontrolle im konventionellen Bereich. Prozedurfragen seien sekundär. Er wünsche den deutschen und britischen Vermittlungsversuchen in der französisch-amerikanischen Auseinandersetzung Erfolg. Es gelte, Einheit und Initiative für die Allianz zurückzugewinnen. Ohne Frankreich könne aber nicht über konventionelle Stabilität in Europa verhandelt werden.

NL-VM van Eekelen

– hob die Bedeutung der Out-of-area-Einsätze, insbesondere US/GB/F, zum Schutz von Interessen aller NATO-Partner hervor. Dabei seien einige Partner sicher besser in der Lage dazu, während andere lediglich „Lücken füllen" könnten;
– wies darauf hin, daß eine zu starke Betonung des Nuklearen das Sicherheitsproblem vom falschen Ende her zu lösen versuche. Eine LRINF-Raketen-Null-Lösung sei akzeptabel, Reduzierung von SRINF bis zu einem gewissen Punkt ebenfalls. Jetzt allerdings gelte es deutlich zu machen, daß weitere Reduzierungen bei nuklearen Waffen erst möglich seien, wenn die konventionellen Ungleichgewichte abgebaut seien.

16 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 732 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
17 Zur Festlegung des Bündnisgebiets in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

Er unterstützte die US-Position – in jedem Fall solle die deutsche P I a nicht einbezogen werden. Die Frage sei, was tun, wenn die Sowjets nicht akzeptierten, dafür sähe er folgende Möglichkeiten:

- Die Ablehnung der Sowjets nicht zu akzeptieren und auf der Position zu beharren,
- den Rahmen der Verhandlung zu erweitern, z. B. unter Einbeziehung der Scud,
- auf die Position von Reykjavik[18] zurückzufallen (das wäre nicht die schlechteste Lösung), d. h. gleiche Obergrenzen auf niedrigem Niveau.

In jedem Fall gelte es Modernisierung der verbleibenden INF als Erfordernis zu bestätigen.

- machte in Hinsicht auf konventionelle Verteidigung deutlich, daß CDI/CMF[19] wesentliche Grundlage für NL konventionelle Verteidigungsanstrengungen sei; Strategie und Rüstungskontrolle müsse in einen Gesamtrahmen eingepaßt werden; was entscheidend sei, sei die Invasionsfähigkeit des WP zu reduzieren.

  Das Problem F in KRK sei schwierig zu lösen, nichts sei kühn, neu oder ein Fortschritt. Wir müßten versuchen, ein Konzept zu formulieren, das eine konstruktivere Basis zur Übereinstimmung mit F böte. Frage bleibe, ob es sich nur um eine mehr prozedurale oder nicht vielmehr um eine grundsätzliche und substantielle Auseinandersetzung handle.

NWG-VM Holst

In der Rüstungskontrollpolitik des Bündnisses gehe es um Klarheit und Harmonisierung der Konzepte.

Für die Allianz stellten Nuklearwaffen politische Waffen für die Abschreckung dar. Allianzziel sei weniger ihr Kriegseinsatz. Deshalb könne die Allianz ruhig die Vorteile einer doppelten Null-Lösung bei LRINF und SRINF hervorheben.

Entscheidend sei, das zu definieren, was für die Friedenswahrung in Europa notwendig sei. Ein „piecemeal approach“ helfe hier nicht weiter. Zunächst sollte die doppelte Null-Lösung vereinbart werden. Dann müsse das Problem der konventionellen Disparität in Europa angegangen werden mit dem Ziel, die Invasionsfähigkeit des WP und seine Fähigkeit zu raumgreifenden Operationen abzubauen. Die allianzinterne Blockierung in der HLTF sei eine Katastrophe. Frankreich müsse aber an KRK teilnehmen.

Norwegen plädiere für die doppelte Null-Lösung. Bei LRINF sei Globalität wünschenswert, bei SRINF Bedingung. Danach müsse zunächst konventionelle Stabilität in Europa erreicht werden, bevor weitere Schritte bei nuklearer Abrüstung unternommen werden. Auch sei die weltweite Abschaffung chemischer Waffen dringlich.

18 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

19 Conventional Defence Improvements/Conceptual Military Framework.

Eine SRINF-Null-Lösung verhindere eine Umgehung, baue Bedrohung ab, mache die Aufstellung neuer Systeme überflüssig. Sie sei im Doppelbeschluß bereits angelegt gewesen.

Die deutsche PIa stelle ein besonderes Problem dar. Man müsse damit rechnen, daß die SU sie einbeziehen, auf jeden Fall aber ihre Modernisierung verhindern wolle.

Die für die Allianz schlechteste Lösung wäre es, wenn westliches Beharren auf der Modernisierungsmöglichkeit für die PIa ein INF-Abkommen blockiere, eine Modernisierung dann aber an der Reaktion der Öffentlichkeit scheitere. Er glaube, daß die SU ein INF-Abkommen wünsche, dies aber nicht um jeden Preis. Schließlich seien auch die Verifikationsprobleme noch nicht gelöst.

Insgesamt sei es wichtig, daß die Allianz eine überzeugende und geschlossene Rüstungskontrollpolitik entwickele.

GB-Botschafter Alexander

An der Gültigkeit und Glaubwürdigkeit der „flexible response" einschließlich der in ihr vorgesehenen Rolle der Nuklearwaffen dürfte kein Zweifel aufkommen, auch wenn es stets Allianzbemühen sei, die Nuklearschwelle anzuheben. Die Glaubwürdigkeit der Abschreckung beruhe vor allem auf Nuklearwaffen, auch wenn ausreichende konventionelle Stärke dazugehöre. Die konventionelle Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses müsse daher erhalten und verbessert werden. Großbritannien sei auch künftig zu entsprechenden Verteidigungsleistungen bereit. CDI sei bedeutsam. Der allianzinternen Ressourcenbündelung komme wachsende Bedeutung zu.

Bei KRK mangele es dem Bündnis an einem Konzept, das strategische und abrüstungspolitische Erfordernisse miteinander verbinde. Rüstungskontrolle sei letztlich auch ein Mittel, um der Öffentlichkeit das bestehende Ungleichgewicht in Europa deutlich zu machen und auf die Glaubwürdigkeit unserer Verteidigung nach innen und außen hinzuweisen. Dazu gehöre auch die Darlegung, daß Gorbatschow nationale, sowjetische Ziele verfolge.

Es sei vordringlich, die Probleme zu lösen, die Fortschritte in der HLTF blockierten. Diese Probleme beträfen das gesamte Bündnis und nicht nur zwei Mitglieder. Vordergründig gehe es um Prozedurfragen. Wenn die Allianz hier keine Lösung fände, müsse man für die im Grunde schwierigeren Substanzfragen das Schlimmste befürchten. Die Allianz müsse sich klar werden, was sie bei KRK in der Sache wolle. Man könne Reduzierungen nicht nur von der SU verlangen. Das werde unsere eigene Öffentlichkeit nicht mitmachen. Zu übertriebenem Optimismus bestehe ohnehin kein Anlaß. Das zeigten die MBFR-Verhandlungen, bei denen seit ca. zwei Jahren die Verifikationsproblematik im Vordergrund stehe. Deshalb seien wirksame Verifikationsregelungen in einem INF-Abkommen von besonderer Bedeutung.

GR-Botschafter Zacharakis

Griechenland trete für nukleare Abrüstung auf das niedrigst mögliche Niveau ein. Es plädiere für die doppelte Null-Lösung, bei der es Globalität für wünschenswert halte. Eine doppelte Null-Lösung bedeute Abbau sowjetischer Bedrohung. Wenn in einigen Bereichen nuklear abgerüstet werde, sollte nicht in anderen Bereichen nuklear aufgerüstet werden, weder qualitativ noch quantitativ.

Das konventionelle Ungleichgewicht in Europa sollte durch KRK abgebaut werden. Westliche Kompensationen sollten nur da erfolgen, wo sie unumgänglich seien.

P-VM de Almeida

Die „flexible response“ bilde die Säule des westlichen Abschreckungskonzepts; an ihr dürfe nicht gerüttelt werden. Deshalb sollten Verhandlungen über INF und KRK Hand in Hand erfolgen.

E-VM Serra

Bei KRK befinde sich Allianz in einer lächerlichen Situation gegenüber der SU und der eigenen Öffentlichkeit. KRK sei aber ohne Frankreich nicht möglich. Die Allianz müsse sich bemühen, die unterschiedlichen Standpunkte Frankreichs und der USA einander anzunähern. Wenn sich das Bündnis endgültig schlüssig sei, welches Verhandlungsziel es gegenüber der SU anstrebe, könnte sich das Prozeduralproblem u. U. von selbst lösen. Er stimme zu, daß die östliche Überlegenheit abgebaut werden müsse.

Bei INF fördere Spanien die doppelte Null-Lösung, weil sie mehr Sicherheit für die Allianz schaffe. Spanien unterstütze die US-Position in Genf.

US-VM Weinberger

Es treffe zu, daß KRK nicht nur ein bilaterales F–US-Problem sei. Im Dezember habe sich die Allianz in der HLTF auf eine gemeinsame Haltung geeinigt, die F inzwischen verlassen habe. Die USA seien mit einer Unterrichtung der KSZE einverstanden, aber nicht mit mehr.

Das von der Allianz anzustrebende KRK-Ziel müsse ein stabiles konventionelles Gleichgewicht sein. Dies bedeute asymmetrische östliche Reduzierungen mit wirksamer Verifikation. Hieran müßte auch Frankreich großes Interesse haben. Dieses Allianzziel dürfe aber nicht von der KSZE und nicht von den Neutralen und Ungebundenen abhängig gemacht werden.

Die USA seien für eine Teilnahme Frankreichs. F sei z. Zt. aber intransigent. Die AM Genscher und Howe versuchten zu vermitteln.[20] Ihre Vorschläge liefen aber darauf hinaus, daß die USA den Boden der bisherigen Allianzvereinbarung verlassen. Die USA würden es lieber sehen, wenn die übrigen Partner F zu überzeugen versuchten, daß der KSZE-Rahmen nicht der Richtige ist. Es gebe drei Möglichkeiten:

– zu versuchen, mit F zu einer Lösung zu kommen,
– dann bald mit KRK-Verhandlungen zu beginnen,
– notfalls ohne F die Verhandlungen zu beginnen in der Überzeugung, daß F sich anschließe.

Bei der INF-Vereinbarung arbeiteten die USA weiter auf Globalität bei LRINF hin. Die USA wünschten ein gutes Abkommen, das die sicherheitspolitische Situation verbessere, nicht ein Abkommen um jeden Preis.

20 Vgl. dazu das Schreiben des britischen Außenministers Howe vom 23. April 1987 an Bundesminister Genscher und das Schreiben Genschers vom 20. Mai 1987 an den französischen Außenminister Raimond; Dok. 146, Anm. 8 und 9.

BM Wörner bat abschließend, zu den Themen PIa und SRINF nicht öffentlich zu spekulieren und keine hypothetischen Überlegungen anzustellen. Dies werde die Entscheidung der Bundesregierung erleichtern. Andernfalls müsse mit schädlichen Reaktionen der Öffentlichkeit und der SU gerechnet werden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11331 (220)

156

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1701 **Aufgabe: 31. Mai 1987, 15.25 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 31. Mai 1987, 14.18 Uhr**

Betr.: Sowjetische Reaktion auf die Landung eines deutschen Sportflugzeuges auf dem Roten Platz am 28. Mai 1987[2]

Zur Unterrichtung

Die Tatsache, daß ein kleines Sportflugzeug, noch dazu ein deutsches, in den sowjetischen Luftraum eindringen konnte und dann auch noch mitten auf dem Heiligtum der Nation, dem Roten Platz, zwischen Kreml, Leninmausoleum und Basiliuskathedrale, landete, hat hier wesentlich tiefer getroffen, als dies umgekehrt in der sehr viel lockereren Umgebung einer westlichen Gesellschaft vorstellbar ist.

1) Die erste Reaktion war ein sei es verblüfftes, sei es entsetztes Schweigen. Der nächste Schritt war um so einschneidender. Verteidigungsminister Sokolow und der Oberkommandierende der Luftverteidigung, Koldunow, wurden nach Beratung im Politbüro ihrer Ämter enthoben. Im Falle Sokolows wurde dies in einer kurzen und dürren Meldung über die Berufung seines Nachfolgers und seine „Pensionierung" bekanntgegeben, die keinen ausdrücklichen Bezug zu dem Flugzeugzwischenfall herstellt. Um so deutlicher war die lange und geharnischte Kritik an den Versäumnissen der Luftverteidigung, mit der die Ablösung Koldunows begründet wird.[3]

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Neubert, Moskau, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 1. Juni 1987 vorgelegen.

2 Zur Landung von Mathias Rust mit einem Sportflugzeug im Zentrum von Moskau vgl. auch Dok. 157.

3 In der 19-Uhr-Sendung des Zentralen Sowjetischen Fernsehens hieß es am 30. Mai 1987, das Politbüro der KPdSU habe die Umstände der Verletzung des sowjetischen Luftraums durch den Flug von Mathias Rust am 28. Mai 1987 erörtert. Dessen Aktion „bezeugt ernste Mängel in der Organisation der Kampfüberwachung zum Schutz des Luftraums des Landes, das Fehlen der notwendigen Wachsamkeit und Disziplin, große Versäumnisse in der Truppenführung seitens des Verteidigungsministeriums der UdSSR. Wegen Schlamperei und Unorganisiertheit in der Unterbindung der genannten Verletzung, wegen Fehlens der notwendigen Kontrolle über die Aktionen der Luftraumverteidigungstruppen hielt es das Politbüro für notwendig, den Genossen Koldunow aus dem Amt des Oberkommandierenden der Luftverteidigungstruppen zu entlassen. Es wurde der Beschluß

Die offizielle Version suggeriert, daß die Maschine ab Einflug in den sowjetischen Luftraum erkannt wurde, daß lediglich die Entscheidungen und/oder Maßnahmen „danach" fehlerhaft waren. Inwieweit dies zutrifft und welche gravierenden Versäumnisse den Zorn des Politbüros erregt haben, dürfte – wenn überhaupt – erst die Zukunft offenlegen. Allein die harte Sprache der TASS-Meldung zeigt, wie tief die Empörung sitzt: „unerträgliche Sorglosigkeit und Unentschlossenheit ... ernsthafte Mängel beim Schutz des Luftraums des Landes ... Mangel an Wachsamkeit und Disziplin ... größere Pflichtvergessenheit seitens des Verteidigungsministeriums in der Führung der Streitkräfte ...".

Im Fall Koldunow ist der Zusammenhang Fehlverhalten/Ablösung unmittelbar, die Härte der Reaktion des Politbüros mag auch damit zusammenhängen, daß gerade in der Luftverteidigung (Fall der KAL-Maschine[4]) schon früher nicht nur sachlich katastrophale, sondern auch politisch außerordentlich belastende Mängel zu Tage getreten waren.

Im Falle Sokolow wird kein unmittelbarer Zusammenhang hergestellt, er ist dennoch augenfällig. Die Frage ist daher, ob Sokolow, der am Abend der „Landung" mit Gorbatschow in Berlin war[5], wirklich für das Fehlverhalten der Luftverteidigung verantwortlich gemacht werden kann, oder ob hier eine allgemeine politische Unzufriedenheit mit seiner Person oder Amtsführung aus einem im Vergleich zu den Konsequenzen minderrangigen Anlaß durchgebrochen ist. Der Eindruck einer gewissen Überreaktion ist nicht ganz von der Hand zu weisen, womit die Frage der Reaktion in den Streitkräften auf diese Ablösung sich stellt. Sie waren bisher nicht mit einem Vollmitglied im Politbüro vertreten – im Gegensatz zum KGB. Die politische Einstufung seines Nachfolgers wird zeigen, welchen Kurs die Parteiführung bei der Gestaltung ihres Verhältnisses zu den Streitkräften einzuschlagen gedenkt. Immerhin deutet die harsche Kritik an Koldunow und an der Institution Verteidigungsministerium (s. oben) darauf hin, daß die Streitkräfte jetzt erstmal an einem „Besserungsnachweis" werden arbeiten müssen.

2) Die spektakuläre Ablösung findet ihre Erklärung zumindest teilweise auch in der Stimmung im Lande: In der Frage des Schutzes des „Vaterlandes", der Souveränität und solcher nationalen Heiligtümer wie dem ehemals (und immer noch) „heiligen Moskau" und dem Herzen dieses Heiligtums, dem Roten Platz, herrscht hier eine für unsere heutigen Maßstäbe geradezu archaisch anmutende „vaterländische" Mentalität. Jede Publikation zu einem solchen Thema zeigt es. Diese Mentalität wird auch von Staats wegen mit Hingabe und geradezu religiösem Eifer gepflegt. Dies zeigt sich auch darin, daß man mit „heiligen

Fortsetzung Fußnote von Seite 782
gefaßt, die Leitung des Verteidigungsministeriums der UdSSR zu festigen." Vgl. die „Ostinformation" des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 1. Juni 1987; Referat 213, Bd. 139416.

4 Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Passagierflugzeug der südkoreanischen Fluglinie KAL mit 269 Menschen an Bord, das sich auf einem Linienflug von New York über Anchorage nach Seoul befand, von sowjetischen Jagdflugzeugen westlich der Insel Sachalin abgeschossen, nachdem es den sowjetischen Luftraum durchflogen hatte. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256, Dok. 258, Dok. 261 und Dok. 264.

5 In Ost-Berlin fand am 28./29. Mai 1987 die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.
In der Sitzung am 29. Mai 1987 wurde die Landung von Mathias Rust in Moskau erörtert. Vgl. dazu http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic01ce.html?lng=en&id=17112&navinfo=14465.

Dingen“ keine frevelhaften Scherze treiben darf. Damit erklärt sich auch, daß diese Großmacht, unbeschadet des Jahrhunderts, in dem wir leben, nicht in der Lage ist, dem Abenteuerflug eines Neunzehnjährigen in einem Sportflugzeug eine sportliche, menschliche, geschweige denn humorvolle Seite abzugewinnen. Dies wurde auch deutlich aus der Gesprächsführung Bondarenkos, der zwar keine Kritik an der Bundesregierung übte, aber die „Souveränitätsverletzung“ auch persönlich durchaus ernst zu nehmen schien.[6]

3) Das Zusammenwirken in der Tat beschämender sachlicher Mängel der Luftverteidigung, die vaterländische Mentalität und konsequente Humorlosigkeit in heiligen Dingen haben in diesem Fall auch die viel beschworene Glasnost in Mitleidenschaft gezogen. Obwohl die Maschine am Donnerstag gegen 19.00 Uhr auf dem dicht bevölkerten Roten Platz landete, brauchte TASS 25 Stunden für eine erste gequälte Fünf-Zeilen-Meldung. Das SAM brauchte rund 48 Stunden, bis es sich für ein Gespräch mit mir hinreichend gewappnet fühlte.[7] Die erste Reaktion der Behörden war, die Bundesflagge und das Kennzeichen „D“ an dem Flugzeug mit Farbe zu überpinseln und dergestalt ein behelfsmäßiges Feigenblatt vor der „Schande der Luftverteidigung“ anzubringen. Dann mußte der Schandfleck beseitigt werden, das Flugzeug wurde in der Nacht abtransportiert. Nachdem man den Vorfall nicht ganz verschweigen konnte, versucht man zumindest nicht das ganze Ausmaß der Blamage publik werden zu lassen: Nachdem man schon zugeben mußte, daß es sich um ein einmotoriges, kleines Sportflugzeug handelte, verschweigt man aber verkniffen, daß der Pilot ein neunzehnjähriger Sportflieger mit knapp vierzig Flugstunden ist, der seinen Flugschein erst seit einem Jahr hat, und daß die Landung auf dem Roten Platz erfolgte (obwohl es „alle“ gesehen haben und weiter erzählen...). Vielleicht wird, wenn die große Nation sich von ihrem Schreck erholt hat, auch in Sachen Glasnost etwas nachgebessert.

4) Man muß dem Gastland freilich zugute halten, daß in diesem Fall mehr schiefgegangen ist, als der durchaus natürliche Stolz so ohne weiteres hinnehmen kann: Da wird Souveränität und Luftraum verletzt von einem Sportflugzeug, einem 19-jährigen Piloten, noch dazu einem Deutschen. Das ganze aus Richtung Norden von Finnland her, und während der ganzen Strecke von fast 1000 km und vier bis fünf Flugstunden merkt es entweder niemand oder ist nicht in der Lage, irgend etwas Sinnvolles zu unternehmen. Beide Alternativen sind nicht schmeichelhaft. Landung in Moskau, auf dem Roten Platz. Nach Presseberichten hat der Pilot sich dort noch ca. zwei Stunden mehr oder weniger frei bewegt, mit Touristen gesprochen und Autogramme verteilt. Dann dauerte es eine Weile, bis Pinsel und Farbe zu stellen waren (s. o. Operation Feigenblatt), dann wurde der junge Mann immerhin in Gewahrsam genommen, aber das

6 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 30. Mai 1987, der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium habe ihm am selben Tag „‚den entschiedenen Protest‘ der sowj[etischen] Regierung wegen der Verletzung des sowj. Luftraums durch Herrn Rust“ übermittelt. Allerdings habe Bondarenko der Bitte um konsularische Betreuung von Rust zugestimmt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1698; Referat 213, Bd. 139416.

7 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 29. Mai 1987 mit: „Nachdem 3. Europ[äische] Abt[eilung] des SAM für Botschaft heute ganzen Nachmittag nicht erreichbar war (auch Bondarenko nicht für mich), konnte schließlich um 18.00 Uhr kurze Verbalnote übergeben werden“. Es sei die Bitte um Information und Zusammentreffen mit dem Piloten, seine Freilassung und Rückgabe des Flugzeugs geäußert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1695; Referat 213, Bd. 139416.

Flugzeug stand bis 4 Uhr früh – fast neun Stunden – als Mahnmal Vernachlässigung vaterländischer Pflichten (s. Politbüroäußerungen) unweit des Leninmausoleums.

Dies alles zusammen war zu viel. Allerdings nur für die Mentalität, wie sie hier noch immer vorherrscht. Insofern ist die sowjetische Reaktion durchaus typisch und folgerichtig und zeigt, wie groß die Aufgabe der Perestroika auch in dieser Hinsicht ist.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 139416

157

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1716 **Aufgabe: 1. Juni 1987, 19.13 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 1. Juni 1987, 17.54 Uhr**

Betr.: Haftfall Mathias Rust[2], geb. 1.6.1968[3] in Hamburg, wohnhaft Wedel[4]/Holstein, Paß Nr. G 7344972

Zur Unterrichtung

I. 1) LRK[5] nahm in Begleitung von Sachbearbeiter und Dolmetscherin Haftermin mit Herrn Rust am 1.6. von 15.00 bis 15.50 Uhr im Lefortowo-Gefängnis wahr. Er hatte Gelegenheit, mit Herrn Rust von 15.10 bis 15.40 Uhr zu sprechen. Er beabsichtigt, Herrn Rust am 15. oder 16. Juni 1987 wieder zu besuchen.

2) Im Vorgespräch bestätigte KGB-Untersuchungsführer Dobrowolski Vorwürfe gegen Herrn R., wie sie mir vom SAM übermittelt worden waren. KGB ermittelt wegen Verletzung der internationalen Flugregeln, Flug in sowjetisches Hoheitsgebiet ohne Erlaubnis, Überflug sowjetischen Territoriums und Landung in Moskau, Gefährdung von Sowjetbürgern und Gästen der SU, als Straftat strafbar gemäß Paragraph 84 StGB der RSFSR. Auf Rückfrage bestätigte er, daß derzeit kein unter einen anderen Paragraphen fallender Tatbestand Gegenstand der Untersuchung sei.

Zur Ermittlungsdauer: Nach sowjetischem Recht habe Ermittlungsbehörde das Recht, Ermittlungen zwei Monate zu führen, bevor förmlich eine Verlängerung der Ermittlungsdauer beantragt wird. Auf Frage nach einer Verkürzung der

1 Hat Bundesminister Genscher am 3. Juni 1987 vorgelegen, der für Staatssekretär Sudhoff handschriftlich vermerkte: „Läßt die Schilderung des Gesprächsverlaufs Rückschlüsse auf Einwirkungen zu?“ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 3. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Sudhoff verfügte.

2 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 156.

3 Korrigiert aus: „11.01.1968“.

4 Korrigiert aus: „Wabel“.

5 Leiter der Rechts- und Konsularabteilung war Gerhard Enver Schrömbgens.

Ermittlungszeit, da Tatgeschehen nicht komplex sei, ging er nicht ein, meinte aber, zwei Monate würden wohl reichen.

3) Herr Rust machte einen ruhigen, gefaßten Eindruck, der sich über das Geschehene und seine Folgen völlig klar war. Er hatte seit seiner Verhaftung den Beistand der Botschaft nicht erbeten und zeigte sich über den Besuch von LRK weder erfreut, noch war er abweisend. Er schien gesund und geistig präsent. LRK überbrachte die Grüße der Eltern, erwähnte das Presseecho in West und Ost, die für die SU ernste innenpolitische Seite sowie mögliche Belastungen der Tat für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Herr R. erklärte, sich mit diesen Folgen befaßt zu haben. Ihm sei bewußt gewesen, eine Straftat nach sowjetischem Recht zu begehen. Auch wisse er, daß das Strafmaß davon abhänge, für wie schwer das Gericht die Tat halte, insbesondere, wenn es sie als Angriff auf das Land werte. Ihm sei gesagt worden, er könne mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug, Geldstrafe sowie Konfiszierung des Flugzeugs bestraft werden. LRK erläuterte ihm die Strafbarkeit auch nach deutschem Recht – unter Wahrung des Grundsatzes ne bis in idem. Herr R. erklärte, er wisse, daß er möglicherweise seinen Wunsch, Fluglehrer zu werden, nicht werde erfüllen können. Zum Motiv befragt: Er habe sich mit der Tat nicht in den Vordergrund rücken, sich nicht beweisen, sich auch nicht in Öffentlichkeit produzieren wollen: „Ich hatte ein politisches Motiv. Ich bin ein Mittel." Auf Frage: Er habe keine Hintermänner. Um nähere Erläuterung zum Motiv befragt, erklärte er, nichts weiter dazu sagen zu wollen. Er bestätigte die Flugroute Sylt–Reykjavik–Helsinki und Flug Richtung Osten. Er sei allein geflogen, zumal er drei Sitze ausgebaut habe, um Reisegepäck, Schlafsack, Isoliermatte, Öl für das Flugzeug, Kocher, Kleidung – aber keine wertvollen Gegenstände – mitzunehmen. Er sei zuvor weder in Moskau noch überhaupt jemals im Ostblock gewesen.

Bei der Unterrichtung, daß seine Eltern mit dem „Stern" eine vertragliche Vereinbarung abgeschlossen haben, sowie bei der Nachricht, daß auch die „Quick" für die Verwertung seines Fluges – falls ihr exklusiv zur Verfügung gestellt – eine Summe zahlen werde, wurde LRK vom Verhandlungsführer unterbrochen mit der Bemerkung, Herr R. könne darüber nach Freilassung entscheiden. Herr R. äußerte sich nicht, schien jedoch damit einverstanden und keine Eile mit einer Entscheidung zu haben. (Er gab also kein Einverständnis und keine Vollmacht, worum seine Eltern in einem mir zugegangenen Telex gebeten haben.)

Zu Essen, Trinken, an Kleidung habe er genug. Das mitgebrachte „Studentenfutter", Gummibärchen, etwas Leberpastete sowie 10,- Rubel für kleinere Einkäufe im Gefängnisladen nahm er an. Wünsche, auch nach Lesestoff, hatte er noch nicht.

Den Vorschlag, ihn in ca. 14 Tagen wieder zu besuchen, akzeptierte er, ohne jedoch ein besonderes Verlangen danach zu zeigen. Den Hinweis, daß der Besuch wichtig erscheine, zumal ihm bis zur Klageerhebung kein Anwalt zustehe, nahm er ohne Reaktion auf. Er bat, seinen Eltern auszurichten, er habe sich über die Wünsche (im Telex vom 31.5. an mich) gefreut. Er bat, sie und den Bruder zu grüßen. Es gehe ihm gut.

Er habe bei seinem Arbeitgeber, Fa. Schneider Computertechnik, bis 8.6. Urlaub genommen. LRK sagte ihm zu, Arbeitgeber werde von seiner augenblicklichen Unabkömmlichkeit unterrichtet (bitte von dort veranlassen).

4) In Abschlußgespräch mit Untersuchungsführer, das ohne Herrn R. geführt wurde, beschwerte sich LRK darüber, daß dieser ihn während des Gesprächs immer wieder zur Eile und zur Kürze gedrängt hatte. Sodann übermittelte er den Vorschlag zum weiteren Prozedere gemäß Nr. 4 des DB 1698 vom 30.5.1987.[6] Der Verhandlungsführer versprach, ihn den hierfür kompetenten Personen weiterzuleiten, nachdem er nochmals deutlich gemacht hatte, daß die SU mit einer Strafverfolgung völlig legal handele und kein internationales Recht verletze. Abschließend stimmte er einem weiteren Treffen mit Herrn R. zu. Es ist für den 15. oder 16. Juni vorgesehen.

II. Herr Rust machte den Eindruck, den Plan in vollem Bewußtsein aller, insbesondere seiner strafrechtlichen und beruflichen Folgen durchgeführt zu haben. Das Schweigen über sein Motiv ist schwer zu deuten. An der Richtigkeit seiner diesbezüglichen Aussage bestehen aber keine Zweifel: Als er das Bündel Zeitungsausschnitte der Wochenendpresse sah, das ihm Mitarbeiter zeigte, ging zwar ein kleines Lächeln über das Gesicht. Er zeigte jedoch keinen Triumph und keine Befriedigung.

Verwunderlich ist seine Erklärung, ein „Mittel“ sein zu wollen, Hintermänner jedoch nicht zu haben.

R. vermittelte den Eindruck eines sensiblen, intelligenten Menschen. Darauf deutet auch die Bemerkung des Verhandlungsführers kurz vor Begegnung mit Herrn Rust hin, wir sollten ihn nicht verwirren. Herr R. zeigt sich jedoch durchgehend ausgesprochen „cool“.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 139416

6 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete, er habe am 30. Mai 1987 ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, über den Haftfall Mathias Rust geführt. Dieser habe zugesagt, Angehörige der Botschaft könnten Rust am 1. Juni 1987 im Gefängnis besuchen. Meyer-Landrut teilte weiter mit, über den Besuch werde unverzüglich informiert: „Soweit sich in dem Gespräch keine neuen Gesichtspunkte ergeben, schlage ich vor, gegenüber der sowj[etischen] Seite das folgende Prozedere vorzuschlagen: Die sowj. Behörden führen ihre Untersuchung zu Ende (soweit nicht bereits geschehen). Die sowj. Behörden überstellen Herrn Rust über die Botschaft an die d[eu]t[schen] Behörden, die ihrerseits die nach Lage des Falls gebotenen rechtlichen und administrativen Schritte einleiten. Die sowj. Behörden stellen den zuständigen dt. Behörden die dafür erforderlichen Informationen bzw. sowj. Untersuchungsergebnisse zur Verfügung. Da aus B[ondarenko]s Ausführungen zu entnehmen ist, daß die SU Herrn Rust nur der Luftraumverletzung und der Gefährdung des Luftverkehrs beschuldigt und keine weitergehenden Vorwürfe erhebt, sollten wir versuchen, das weitere Vorgehen gegen Herrn Rust wegen evtl. Rechtsverstöße soweit irgend möglich und so schnell wie möglich in die Bundesrepublik zu verlagern. Obiges Prozedere erscheint mir dafür ein geeigneter Ausgangspunkt.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139416.

158

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow

2. Juni 1987[1]

Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien und Generalsekretärs der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Todor Schiwkow, Bonn, 2.–5.6.1987;
hier: Gespräch Bundeskanzler/Schiwkow im erweiterten Kreise, 2.6.1987, 16.10 Uhr–16.50 Uhr

Der Herr Bundeskanzler (BK) und Staatsratsvorsitzender Schiwkow (S.) setzten ihr Gespräch in einem um die beiderseitigen Außenminister und Botschafter[2] erweiterten Kreis fort.

Auf Bitten des BK referiert BM *Genscher* (BM) über seine Gespräche mit AM Mladenow (M.)[3]:

– Bulgarien bitte um unsere Unterstützung seiner Vollmitgliedschaft im GATT.[4] Wir stünden dem aufgeschlossen gegenüber, weil der Übergang vom Beobachterstatus zur Vollmitgliedschaft in der Logik der Entwicklung liege.
– Die gleiche aufgeschlossene Haltung gelte für die Verbesserung der Beziehungen Bulgariens zur EG.[5]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 3. Juni 1987 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat Schäfers, Bundeskanzleramt, am 9. Juni 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amts“ übermittelt.
Hat Legationssekretär Köhler am 10. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Kastrup und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte.
Hat Ministerialdirigent Ploetz am 10. Juni 1987 in Vertretung von Richthofen vorgelegen.
Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal am 11. Juni 1987 in Vertretung für Kastrup vorgelegen.
Hat Derix am 11. Juni 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 214, Bd. 139470.

2 Georgi Evtimov (Bulgarien) und Hans Alfred Steger (Bundesrepublik).

3 Bundesminister Genscher und der bulgarische Außenminister Mladenow trafen am 2. Juni 1987 zu einem Gespräch zusammen. Themen waren die bilateralen Beziehungen, u. a. ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Beziehungen zwischen Bulgarien und den Europäischen Gemeinschaften, der Antrag Bulgariens auf Vollmitgliedschaft im GATT sowie eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139470.

4 Referat 411 notierte am 7. Mai 1987, Bulgarien habe am 8. September 1986 „einen Antrag auf Vollmitgliedschaft im GATT gestellt und sich dabei selbst als ‚developing economy‘ bezeichnet. Am 16.10.86 hat BUL die Vertragsparteien um die Einsetzung einer GATT-Arbeitsgruppe zur Prüfung seines Antrages gebeten. […] Wir begrüßen grundsätzlich den bulgarischen Antrag. Diese handelspolitische Frage fällt jedoch in die Kompetenz der Gemeinschaft, die hierüber zuletzt im Oktober 1986 im handelspolitischen Ausschuß gemäß Art. 113 EWG-Vertrag beraten hat. Dort ist Übereinstimmung erreicht worden, daß sich die EG gegenüber dem Beitrittswunsch aufgeschlossen zeigen solle. Nicht einverstanden ist die EG mit dem bulgarischen Wunsch, seinen Status als Entwicklungsland im GATT festzuschreiben (damit ist eine weitgehende Befreiung vom Prinzip der Reziprozität und der Meistbegünstigung, z. B. IL-Zollpräferenzen für EL, verbunden).“ Vgl. Referat 411, Bd. 144374.

5 In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 11. August 1987 wurde dargelegt: „Bulgarien hat mit der EG Sektorabkommen für Textilprodukte, Stahl sowie Schaf- und Ziegenfleisch geschlossen. EG

– Die bulgarische Seite habe ihr Interesse am baldigen Abschluß eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bekräftigt; die prinzipielle Frage (Berlin) werde nach dem Vorbild des 1986 mit der SU geschlossenen WTZ-Abkommens[6] geregelt werden können. Er – BM – habe auch unser positives Interesse unterstrichen, jedoch darauf hingewiesen, daß man – genau wie im Fall der SU – nicht über eine „leere Hülse" reden, sondern zusammen mit dem Abschluß eines WTZ-Abkommens bereits konkrete Projekte vereinbaren wolle. Deshalb sei als nächster Schritt eine Einladung deutscher Wissenschaftler sowie Vertreter des zuständigen Ressorts nach Bulgarien vorgesehen, die dort konkrete Felder der Zusammenarbeit erkunden sollten; anschließend eine Einladung bulgarischer Wissenschaftler und Regierungsvertreter in die Bundesrepublik Deutschland.
– Zu von ihm – BM – angesprochenen humanitären Fällen habe M. großzügige Behandlung zugesichert.[7]

Mladenow bestätigt diese Darstellung.

Schiwkow wirft ein, er werde sich sofort nach Rückkehr nach Bulgarien dafür einsetzen, daß diese Leute in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen könnten, natürlich nur, wenn sie tatsächlich Bulgarien verlassen wollten.

BK dankt für diese Bereitschaft.

BM betont, es gehe nicht nur um Ausreisen, sondern auch um Begnadigung in Haftfällen.

Mladenow würdigt zusammenfassend die bilateralen Beziehungen als gut: Es gebe keine Probleme, die größere Kopfschmerzen bereiteten.

Im Gespräch der beiden AM sei ferner – so M. weiter – über das WFT[8] und die zu Korb II gemachten Vorschläge gesprochen worden. Bulgarien schlage ein

Fortsetzung Fußnote von Seite 788

gewährt BUL Meistbegünstigung autonom mit Einschränkungen; BUL bemüht sich seit 1977 um die Aufnahme in das EG-Schema der Allgemeinen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer. D unterstützt diesen Antrag, während KOM und Mehrheit der MS ihn ablehnen. Bulgarien will auch den Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der EG (KOM ist gegen Kooperationsteil)." Vgl. Referat 411, Bd. 144308.

6 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.
Zur Unterzeichnung des Abkommens und zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

7 Im Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 2. Juni 1987 übergab Bundesminister Genscher eine Liste mit Härtefällen, für die er um „wohlwollende Prüfung" bat. Insbesondere wies er auf den „Haftfall Ohnesorge und den angegriffenen Gesundheitszustand des Häftlings" hin und bat um eine „humanitäre Entscheidung". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139470.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch notierte am 22. Dezember 1987: „Der 1984 in Bulgarien verhaftete und dort wegen angeblicher Spionage zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte deutsche Staatsangehörige Ohnesorge hatte sich am 15.12.1987 im Gefängnis von Stara Sagora mit Reinigungsmitteln übergossen und angezündet. Er ist am 17.12.1987 seinen schweren Verbrennungen (60%) erlegen. BM hatte am 16.12.1987 an den bulgarischen AM ein Schreiben mit der Bitte gerichtet, O[hnesorge] den Transport nach D zu ermöglichen. Als Botschafter Lewalter dieses Schreiben in Sofia übergab, erklärte man ihm, die bulgarische Seite habe unabhängig davon bereits gehandelt und wolle O. ausfliegen lassen. Referat 511 hatte noch am 16.12. den Transport mit einem Spezialflugzeug des Deutschen Roten Kreuzes in die Wege geleitet; der Transport kam jedoch nicht zustande, da sich am 16.12. abends herausstellte, daß O. nicht transportfähig war." Vgl. Referat 214, Bd. 139481.

8 Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 179.

europäisches Umwelttreffen auf Expertenebene in Sofia vor[9] und habe dazu Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland erbeten.

BK glaubt, daß eine Vertiefung der Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technischen Bereich – und zwar nicht verbal, sondern tatsächlich – eine sehr gute Sache sei. Gerade hier sei man auf Offenheit angewiesen – und wir verfolgten eine Politik der offenen Tür. Dies gelte – wie vorher unter vier Augen besprochen – gegenüber der Welt insgesamt, zu einzelnen fortschrittlichen Ländern wie Japan, aber auch im Verhältnis zu unseren Partnern in Europa. Dabei werde man nicht vergessen, wer in den vergangenen Jahrzehnten uns gegenüber die Tür offengehalten habe. Es sei deshalb logisch, daß man jetzt in der deutsch-bulgarischen Zusammenarbeit einen großen Schritt aufeinander zugehe.

Schiwkow bestätigt, er komme mit gleichen Absichten und Gefühlen: Jetzt könne man, ohne großen Lärm, einen großen Schritt nach vorn machen.

BK bestätigt, dies sei auch unser Wunsch: vernünftige Fortschritte ohne großes Geschrei.

Schiwkow erinnert daran, daß die Geschichte die Entwicklung zwischen beiden Ländern vorausbestimmt habe: Die Bulgaren würden nicht zu Unrecht die „Preußen des Balkans" genannt. Heute seien wir in den bilateralen Beziehungen an einem Punkt angekommen, wo es keine strittigen Fragen gebe. Die künftige Partnerschaft müsse nun so aussehen, daß jeder nicht nur den eigenen, sondern auch den Standpunkt des Partners berücksichtige.

BK regt an, S. möge nach Rückkehr nach Sofia GS Honecker über den Stand der Beziehungen und über die hier geführten Gespräche unterrichten – als gutes Beispiel für einen eigenen Besuch. Natürlich hätten wir – anders als im Fall Bulgariens – mit der DDR eine Reihe von Problemen, nichtsdestoweniger könne man vernünftig darüber reden – und eine Lösung wäre nicht nur im Interesse der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, sondern auch anderer Länder.

Schiwkow bestätigt, daß GS Honecker seinen – S. – Besuch in der Bundesrepublik Deutschland mit großer Aufmerksamkeit verfolge. In Ost-Berlin habe Honecker ihn auf sein Welt-Interview[10] angesprochen – ihm aber kein „Beglaubigungsschreiben" mitgegeben.[11]

BK bittet S. als Doyen der Staats- und Parteichefs des Warschauer Paktes, seine Bonner Erfahrungen auch an Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski und an seinen

9 Bulgarien schlug am 17. Dezember 1986 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien die Einberufung eines „ökologischen Forums" der KSZE-Teilnehmerstaaten vor. Am 31. März 1987 legte Bulgarien zudem eine Arbeitsunterlage zum Mandat des Forums vor. Es sollten „subsidiäre Arbeitsorgane" zur Behandlung folgender Themen gebildet werden: Bekämpfung der Luftverschmutzung, Verhinderung der Wasserverschmutzung, Schutz der Meeresumwelt, Bekämpfung der Bodenverschlechterung, Schutz der Wälder, Schutz und Erhaltung der vorhandenen genetischen Ressourcen, Fragen im Zusammenhang mit den möglichen Folgen von Industrieunfällen sowie mit der Reinigung und dem Transport von Giftstoffen und der Beseitigung von Sonderabfall. Für die Vorschläge CSCE/WT.4 bzw. CSCE/WT.4/Add.1 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

10 Vgl. den Artikel „Schiwkow: Es darf kein mechanisches Kopieren fremder Reformerfahrungen geben"; DIE WELT vom 27. Mai 1987, S. 6 f.

11 Staatsratsvorsitzender Schiwkow hielt sich anläßlich der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin auf. Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

Kollegen in Prag[12] weiterzugeben – gerade in Prag gebe es leider immer noch dicke Mauern.

Schiwkow hält – „in meiner Eigenschaft als Doyen" – die Gespräche in Bonn für einen Glücksfall und bekräftigt seine Überzeugung, daß sie sich weiter günstig auswirken werden.

BK unterstreicht unser Interesse an Verstärkung der Zusammenarbeit im Umweltschutz (Exkurs über Waldsterben, insbesondere an der bayerisch-tschechischen Grenze). Desgleichen sei Reaktorsicherheit kein nationales, sondern ein internationales Problem: Der „Störfall" in Tschernobyl[13] habe für uns Folgekosten von 600 Mio. DM verursacht – eine Summe, für die man sehr viel für die Sicherheit von KKW hätte tun können.

Schiwkow betont die Wichtigkeit des Umweltschutz-Themas auch für Bulgarien, obwohl hier negative Erscheinungen wie das Waldsterben noch nicht das bedrohliche Tempo wie in anderen Teilen Europas angenommen hätten. Dennoch lege Bulgarien nicht zuletzt aus humanitären Gründen großen Wert auf breite Zusammenarbeit, sowohl international als auch im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, die, soweit er unterrichtet sei, auf dem Gebiet der Umwelttechnologien eine führende Stellung einnehme.

BK erkundigt sich, ob die beiden AM über Kulturbeziehungen gesprochen haben.

BM erwidert, der Bundespräsident habe unser Interesse an der Errichtung eines Kulturinstituts in Sofia unterstrichen.[14]

Schiwkow erwidert, auch auf kulturellem Gebiet müsse man zu breiter Zusammenarbeit auf hohem Niveau übergehen. Bulgarien habe nichts dagegen, daß – auf Basis der Gegenseitigkeit – ein Kulturzentrum in Sofia errichtet werde. Natürlich wisse man, daß Kulturzentren besondere Regeln beachten müßten (keine Propaganda). Bereits zu Lebzeiten seiner Tochter[15] habe sich Bulgarien auf kulturellem Gebiet der Welt geöffnet. Diese Linie gelte noch heute. Es gebe keine Ängste und Hindernisse. Die Menschen seien reif genug zu prüfen, was gut für sie sei und was nicht.

BK hält Errichtung von Kulturinstituten für eminent wichtig. Entgegen der Tendenz, sich in den internationalen Beziehungen auf die wirtschaftlichen Elemente zu konzentrieren, müsse es darum gehen, die Beziehungen der Völker untereinander zu entwickeln. Dies gelte beispielsweise auch zwischen Deutschen und Russen. Die Beziehungen beider Völker seien überwiegend nicht durch Krieg

12 Gustáv Husák.

13 Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

14 Im Gespräch mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow am 2. Juni 1987 legte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker dar: „Es gehe nicht darum, mit seiner Kultur beim anderen Propaganda zu betreiben. Wichtig sei es, die Bedeutung zu erkennen, die die Kultur im anderen Land habe. Er hoffe, daß es im kulturellen Bereich zwischen beiden Ländern weitere Fortschritte gebe. Wie er höre, seien über die Frage von Kulturinstituten Gespräche im Gange." Schiwkow erwiderte, „man sei zu einer breiten Kooperation bereit. Man müsse sich darüber unterhalten, wie man in Europa den Kulturaustausch fördern und Hindernisse überwinden könne. Es gebe keinen Grund, warum die beiden Außenminister dies nicht weiterverfolgten. Was die Frage des Kulturinstitutes angehe, so werde man sich das überlegen. Hier stelle sich auch die Frage der Reziprozität, ob Bulgarien in allen Bundesländern Kulturinstitute errichten könne. Seine Tochter habe sich schon vor Jahren für eine expansive bulgarische Kulturpolitik eingesetzt." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139470.

15 Ljudmila Schiwkowa.

geprägt gewesen, sondern durch kulturellen Austausch auf allen Gebieten befruchtet worden. Dies müsse man wieder aktivieren.

BK erinnert sodann an die Genfer Erklärung von Präsident Reagan und GS Gorbatschow[16], man müsse die Beziehungen auf allen Gebieten verbessern. Natürlich seien Waffen wichtig, aber sie seien vor allem dann gefährlich, wenn hinter ihnen ein aggressiver Geist stehe oder Mißtrauen schwele. Dieses hänge aber oft damit zusammen, daß die Völker sich nicht kennen. Das deutsch-französische Beispiel belege, in welch relativ kurzer Zeit der Wandel von Erbfeindschaft zu Freundschaft möglich sei. Bereits seine Kinder[17] würden die Schulbücher nicht mehr verstehen, die er – BK – zu diesem Thema noch habe lesen müssen. Kulturbeziehungen seien heute so wichtig, weil sie Menschen nicht nur im Verstand, sondern im Herzen ansprechen.

Schiwkow ist voll einverstanden. Wir lebten in einer neuen Zeit: Die Übertragung von Fernsehprogrammen über Satellit fördere die gegenseitige Kenntnis der Menschen über ihre Probleme, ihre kulturellen Werte. Man könne Völker heute nicht einschließen, sie brauchten keine Aufpasser, die über das ihnen Zuträgliche entschieden.

Bulgarien verhalte sich in diesem Sinn auch gegenüber den Entwicklungen in der Sowjetunion. Man sei der Meinung, daß sich nicht alles so hätte abspielen sollen, wie es sich tatsächlich entwickle, aber man präsentiere dem bulgarischen Volk das ganze Bild, auch (bisher verbotene) Schauspiele und Bücher.

S. stellt abschließend fest, es gebe keine Hindernisse, die kulturellen Beziehungen, aber auch die wirtschaftlichen Beziehungen und die beiderseitigen politischen Konsultationen auszubauen.

BK ergänzt: die sportlichen Beziehungen.

Schiwkow erwidert scherzhaft, die Bundesrepublik möge überlegen, statt Ungarn nunmehr Bulgarien den ersten Platz in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern einzuräumen.

Ende des Gesprächs: 16.50 Uhr.

Referat 214, Bd. 139470

16 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

17 Peter und Walter Kohl.

159

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Morr

201-360.90-811/87 geheim **2. Juni 1987**[1]

Betr.: US-Forderungen nach Unterstützung im Golf[2]

1) Ein Einsatz von Bundesmarine oder anderen Teilen der Bundeswehr im Persischen Golf kommt für uns aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in Betracht: Nach Art. 87a GG ist ein Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen vom GG speziell geregelten Fällen zulässig (z. B. Katastrophenhilfe).[3]

2) Etwaige Beteiligungen an Einsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets[4] – wozu der Persische Golf zählt – richten sich nach den für die sogenannte Out-of-area-Problematik entwickelten Grundsätzen. Einschlägig ist hierzu der Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3.11.1982. Ausgangspunkt waren auch seinerzeit amerikanische Forderungen im Zusammenhang mit strategischen Planungen für Südwestasien (infolge sowjetischer Afghanistan-Invasion[5]).

Seinerzeit stellte der BSR fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten bereit, sich kooperativ an Maßnahmen im Zusammenhang mit RDJTF[6]-Planungen zu beteiligen. Sie geht davon aus, daß vor einer eventuellen Einleitung von Maßnahmen sowohl im Rahmen des Bündnisses als auch bilateral eingehend konsultiert wird. Rechtzeitige Unterrichtung über entsprechende amerikanische Planungen könnte unsere Meinungsbildung und Beschlußfassung im Bedarfsfalle erleichtern und beschleunigen. Unsere Beteiligung kann umfassen:

– Gewährung von Überflug- und Zwischenlanderechten für US-Streitkräfte bei Verlegung in Einsatzgebiete im Nahen und Mittleren Osten (in Fortführung einer schon bisher geübten Praxis: Einzelfallentscheidung bei konkretem amerikanischen Ersuchen). Im Einklang mit den Grundsätzen der Solidarität und Lastenteilung im Bündnis wird darauf zu achten sein, daß auch andere

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 3. Juni 1987 vorgelegen, der für Referat 311 handschriftlich vermerkte: „Beitrag von Ref[erat] 201 für St[ellung]N[ahme] zu Golf-Beitrag."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 11. Juni 1987 vorgelegen.

2 Kapitän z. S. Gerhardt, London, teilte am 2. Juni 1987 mit: „Britische Zeitungen berichteten am 29.5. 87 über amerikanische Forderungen nach stärkerer alliierter Beteiligung am Schutz der Schifffahrtslinien im Persischen Golf. ‚Times' schrieb, daß US-Administration die Initiative einiger Kongreßabgeordneter begrüße, alliierte Nationen, die Öl aus dem Golf bezögen, einen Teil der Kosten für den Schutz der Tanker durch die USA zahlen zu lassen. An anderer Stelle dieses Artikels wurden im Zusammenhang mit Äußerungen von Senator Dole Deutschland und Japan direkt angesprochen: ‚He called on allied nations either to help in patrolling the Golf or in case of West Germany and Japan, to pay a fee to protect vessels carrying oil for them'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 972; VS-Bd. 13651 (311); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Artikel 87a des Grundgesetzes wurde mit dem Siebzehnten Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 geändert. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

4 Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

5 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

6 Rapid Deployment Joint Task Force.

hierfür in Betracht kommende Bündnispartner der Durchführung entsprechender Maßnahmen auf ihrem Territorium zustimmen.

– Gewährung von Wirtschafts- sowie Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe an Länder der Region nach den von der Bundesregierung festgelegten oder festzulegenden Richtlinien.
– Verpflichtung im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Bereitstellung von ziviler See- und Lufttransportkapazität für die Zuführung externer Verstärkungskräfte nach Europa sowie zur Beteiligung an deren Sicherung, sofern hierfür vorgesehene US-Kapazitäten wegen eines gleichzeitigen Einsatzes in SWA[7] nicht verfügbar sind.
– Beiträge zur NATO-Infrastruktur im Rahmen der von der Bundesregierung bisher eingegangenen finanziellen Verpflichtungen und Unterstützung bei der Einräumung von Prioritäten für NATO-Infrastrukturprojekte, die auch der Unterstützung der US-Eingreiftruppe dienen können.
– Bereitschaft, uns an weiteren, noch nicht identifizierten Kompensationsmaßnahmen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu beteiligen. Sobald derartige Kompensationsforderungen an die Bundesrepublik Deutschland konkret gestellt werden, wird eine ergänzende Befassung des BSR notwendig werden.
– Bereitschaft zur Fortführung von Flottenbesuchen gerade auch im Raum SWA zur weiteren Förderung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit den Ländern der Region.
– Unterstützung aller Bemühungen in den NATO-Gremien, die auf die Entwicklung eines abgestimmten sicherheitspolitischen Konzeptes für Eventualfälle außerhalb des NATO-Vertragsgebietes abzielen (nicht beschränkt auf SWA)."

3) Was von den seinerzeitigen BSR-Beschlüssen gegenwärtig aktualisiert werden kann, bedarf der Abstimmung im Ressortkreis (vor allem BMVg, BMWi, BMF) und entsprechender politischer Billigung.

Aus Sicht von Referat 201 müßten amerikanische Wünsche zumindest ohne A-limine-Abweisung geprüft werden, da ansonsten Wiederbelebung Truppenabzugsdiskussion zu erwarten ist.[8]

Morr

VS-Bd. 13651 (311)

7 Südwestasien.

8 Ministerialdirigent von Ploetz teilte der Botschaft in Washington am 25. Juni 1987 mit, zur Zeit werde die Frage untersucht, „auf welche Weise wir Amerikaner bei deren Golf-Engagement entlasten können". Es werde vor allem an folgende Möglichkeiten gedacht: „Maßnahmen, die die Amerikaner in Europa bzw. innerhalb des NATO-Vertragsgebiets entlasten. Das kann auch – im NATO-Gebiet – militärische Beiträge beinhalten (compensation); politische und ökonomische Beiträge, die auch öffentlich erkennbar unsere Solidarität mit dem wichtigsten Bündnispartner zum Ausdruck bringen (burden sharing)." Ploetz bat um „Anregungen der Botschaft" und Berücksichtigung der „Entwicklung der öffentlichen Meinung". Vgl. den Drahterlaß Nr. 563; VS-Bd. 12080 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 29. Juni 1987: „Politische Maßnahmen könnten vor allem dann weite Zustimmung finden, wenn sie dazu beitragen, die Präsenz der amerikanischen Schiffe im Golf überflüssig oder weniger dringlich zu machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2812; VS-Bd. 13029 (204); B 150, Aktenkopien 1987.
Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

160

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-321.00 SOW **3. Juni 1987**[1]

Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung[2]

Betr.: Gorbatschow und die militärische Führung der SU im Lichte der Affäre Rust[3]

I. Die Affäre Rust hat eklatante Schwächen bei der sowjetischen Luftabwehr enthüllt und in der SU Schockwirkungen ausgelöst. Entsprechend dramatisch waren die personellen Konsequenzen, für die Präzedenzfälle zu finden schwerfällt. Zurückliegende spektakuläre Fälle von Entlassungen (z.B. des verantwortlichen Ministers nach dem Fährunglück im Schwarzen Meer im Sommer 1986[4]) waren qualitativ anders gelagert. Allerdings hatte Gorbatschow sich in den letzten Monaten immer offener dazu bekannt, daß im Interesse eines erfolgreichen Erneuerungskurses aus Fehlleistungen Konsequenzen auf allen Ebenen, einschließlich des Politbüros, gezogen werden müßten.

Trotz der Demütigung, der sich die sowjetische Führung durch den jungen Deutschen ausgesetzt sah, wäre die Bestrafung der Verantwortlichen wohl nicht so hart ausgefallen, wären nicht zwei Dinge zusammengekommen:

– zum einen die offenbar seit längerem aufgestaute Unzufriedenheit mit Mängeln bei den Streitkräften, die in der letzten Zeit immer vernehmlicher wurde;
– zum anderen die Entschlossenheit und Fähigkeit Gorbatschows, ein Exempel zu statuieren und im Politbüro eine derart weitreichende personalpolitische Entscheidung durchzusetzen.

Der Zorn entlud sich über das Militär, einer mächtigen, traditionell verschlossenen Kaste, die unter Breschnew äußerst privilegiert behandelt wurde und in mancher Hinsicht ein Eigenleben auf Kosten der Bevölkerung und der industriellen Entwicklung des Landes führen konnte, wenngleich der einfache Soldat unter spartanischen Bedingungen seinen Dienst zu tun gewohnt ist. Die harte Sprache der TASS-Verlautbarung vom 31.5. zeigte die tiefe Empörung: „Unerträgliche Sorglosigkeit und Unentschlossenheit … ernsthafte Mängel beim Schutz des Luftraums des Landes … größere Pflichtvergessenheit seitens des Verteidigungsministeriums in der Führung der Streitkräfte“ etc. Hier ging es nicht um einzelne Personen, sondern die Institution selbst.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.
Hat Heyken am 4. Juni 1987 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 3. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Analyse für Mappe Staatsbesuch.“

3 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 157.

4 Am 31. August 1986 kam es im Schwarzen Meer zur Kollision eines Passagierschiffs mit einem Frachtschiff. Am 5. September 1986 wurde gemeldet, die sowjetischen Behörden gingen von insgesamt 398 Todesopfern aus. Vgl. dazu die Meldung „Kapitäne festgenommen“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5. September 1986, S. 1.
Der sowjetische Minister für Hochseeschiffahrt, Guschenko, wurde am 28. September 1986 von seinem Amt entbunden.

Ein wichtiger innenpolitischer Aspekt besteht darin, daß der GS durch sein hartes Vorgehen gerade gegen die Militärs eindrucksvoll die Glaubwürdigkeit seines „Perestroika"-Konzepts unterstreichen kann. Er setzte damit gegenüber einer überwiegend noch zögernden Bevölkerung ein wichtiges Signal, d.h. erneut eine Art Garantieerklärung gegen eine Restauration der alten Verhältnisse.

II. 1) Die Ablösung des sowjetischen Luftabwehrchefs Koldunow (64), eines der erfolgreichsten Jagdflieger des Zweiten Weltkrieges, war angesichts der Sachlage sicher geboten. Hinzu kam möglicherweise die Erinnerung an den in seine Amtszeit fallenden Abschuß des südkoreanischen Jumbo Anfang September 1983.[5] Während die Luftabwehr damals zumindest in militärischer Hinsicht für ein gegen die SU gerichtetes weltweites Entsetzen verantwortlich war, ist sie nunmehr verantwortlich dafür, daß die SU sich sicherheitspolitisch blamierte.

Koldunow könnte Gorbatschow schon seit längerem ein Dorn im Auge gewesen sein. Seine gelegentlichen öffentlichen Äußerungen (z.B. anläßlich des Tages der Luftabwehrstreitkräfte) klangen immer einen Strich zu martialisch und gelegentlich großsprecherisch. Die Leistungsfähigkeit der von ihm befehligten Luftabwehr entsprach offenbar nicht seinen Versicherungen. Ob er in das von Gorbatschow propagierte Kaderprofil der „Perestroika" paßte, erscheint fraglich.

2) Noch stärker werden die politischen Hintergründe der Politbüro-Entscheidung an der Pensionierung Sokolows (75) deutlich, der erst im Dezember 1984 ernannt worden war. Der bis dahin relativ unbekannte Sokolow, der eine gewisse Farblosigkeit nie hatte ablegen können, galt stets als Übergangsfigur. In seinen nicht sehr zahlreichen öffentlichen Äußerungen hinterließ er eher den Eindruck, daß er dem Abrüstungskurs des GS mehr als zögerlich gegenüberstand. Während der GS mit seinen Vorschlägen immer stärker die Zukunft einer nicht-nuklearen Minimalabschreckung abtastete, erklärte Sokolow z.B. vor dem 27. Parteitag (Februar 1986[6]) die strategischen Nuklearstreitkräfte zum Herzstück der Roten Armee.[7] Während Gorbatschow zur Reduzierung der Rüstungsbelastung aufrief, hielt Sokolow an Formeln seines Vorgängers Ustinow fest, mit welchen der sowjetischen Verteidigungsbereitschaft höchster Rang eingeräumt werden sollte.

Manches spricht dafür, daß der GS die Gelegenheit nutzte, Sokolow loszuwerden. Daher reicht es nicht aus, dessen Pensionierung in erster Linie als Überreaktion der Führung zu deuten.

III. Die Ernennung von Armeegeneral Jasow (63), der erst im Februar 1987 im Range eines Stellvertretenden Verteidigungsministers das Personalwesen der Roten Armee übernommen hatte, setzt ein unüberhörbares Signal der politischen Führung zur Durchsetzung der „Perestroika" in den sowjetischen Streitkräften:

5 Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Passagierflugzeug der südkoreanischen Fluglinie KAL mit 269 Menschen an Bord, das sich auf einem Linienflug von New York über Anchorage nach Seoul befand, von sowjetischen Jagdflugzeugen westlich der Insel Sachalin abgeschossen, nachdem es den sowjetischen Luftraum durchflogen hatte. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256, Dok. 258, Dok. 261 und Dok. 264.

6 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

7 Zur Rede des sowjetischen Verteidigungsministers Sokolow am 1. März 1986 vgl. den Artikel „Ideenreichtum und Tatkraft für die Politik zum Wohle des Volkes"; NEUES DEUTSCHLAND vom 3. März 1986, S. 3.

– Die Umgehung von höheren militärischen bzw. Parteirängen (z. B. Achromejew, Kulikow) infolge der Ernennung Jasows zeigt, daß mit folgendem Grundsatz der „Perestroika" auch in den Streitkräften ernst gemacht werden soll: Effektivität geht vor Anciennität. Dies ist durchaus ein wichtiges Zeichen für die nachrückende Generation von Offizieren.
– Das Prinzip der Verantwortlichkeit der Führungsebene wurde vom Politbüro klar unterstrichen. Im Lichte der TASS-Verlautbarung könnte man das Übergehen der Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister[8] bei der Ernennung als gezielte Strafreaktion bewerten.

Andererseits zeigte die sowjetische Führung mit der erneuten Ernennung eines Militärs gegenüber der Roten Armee auch eine gewisse Rücksichtnahme. Bei der Ernennung des Zivilisten Ustinow zum Verteidigungsminister im Frühjahr 1976 hatte es anfänglich deutlichen Unmut gegeben, so daß man schon bei dessen Nachfolger Sokolow zur überwiegend geübten Praxis zurückkehrte, einem Mann der Truppe das Amt zu übertragen.

Das bevorstehende ZK-Plenum (möglicherweise Anfang Juli) wird vermutlich mit einer Entscheidung zum Parteirang des neuen Verteidigungsministers (bisher ist er lediglich ZK-Kandidat!) eine Aussage zur zukünftigen Stellung der Streitkräfte im politischen Leben der SU machen.[9] Mit Gewißheit wird aber die unbestrittene, starke Führungsrolle der Partei gegenüber dem militärischen Apparat bestätigt werden.

Jasow, der möglicherweise als Oberkommandierender in Fernost im Juli 1986 (Wladiwostok[10]) mit Gorbatschow zusammengetroffen ist, erscheint aufgrund seines Alters auf den ersten Blick ebenfalls eher als ein Übergangskandidat. Andererseits gibt es in seinen bisherigen spärlichen Äußerungen Hinweise, die ihn bereits unter Andropow als Befürworter stärkeren Effizienzdenkens in der Armee ausweisen. Auch seine erst kürzliche Ernennung zum Personalchef deutet darauf hin, daß Gorbatschow ihm in dieser Hinsicht Vertrauen entgegenbringt. Die personelle Umgestaltung, die bei den Streitkräften vor einiger Zeit begonnen hatte, dürfte somit weitergehen.

Aus der Sicht des militärischen Apparats dürfte Jasows Ernennung insgesamt jedoch als eine weitere Schwächung der früher so einflußreichen Stellung der Roten Armee im sowjetischen Entscheidungsgefüge eingestuft werden. Bei der Einschätzung der weiterreichenden Konsequenzen einer derartigen Gewichtsverlagerung ist aber Zurückhaltung angebracht. Sowjetische Militärs werden

8 Sergej Fjodorowitsch Achromejew, Wiktor Georgijewitsch Kulikow und Pjotr Georgijewitsch Luschew.

9 Zur Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 25./26. Juni 1987 vermerkte Referat 213 am 30. Juni 1987: „In politischer Hinsicht kann der Verlauf des ZK-Plenums als Erfolg für Gorbatschow betrachtet werden. Dafür sprechen sowohl die personellen Veränderungen als auch der Beschluß, für den 28. Juni kommenden Jahres eine Allunions-Parteikonferenz, letztlich eine Art Zwischenparteitag, einzuberufen. Das Plenum billigte die politische und praktische Tätigkeit des Politbüros und verwies ausdrücklich auf die Notwendigkeit, die Linie der ‚Demokratisierung' noch energischer und konsequenter weiterzuverfolgen." Die „jüngsten personellen Veränderungen bei den Streitkräften" seien bestätigt worden: „Der neue Verteidigungsminister, Armeegeneral Jasow, ersetzte seinen Vorgänger, Marschall Sokolow, auch als Kandidat des Politbüros. Die Vertretung der Streitkräfte im Politbüro bleibt damit auf der Ebene, wie sie seit dem Tode Ustinows im Dezember 1984 galt (kein volles Stimmrecht)." Vgl. Referat 213, Bd. 143517.

10 Vgl. die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Juli 1986; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

es möglicherweise zwar etwas schwerer haben, die Notwendigkeit der hohen Verteidigungslasten zu begründen, solange sie nicht eine effektivere Nutzung des verfügbaren Potentials nachweisen. Ob und gegebenenfalls inwieweit dies Auswirkungen auf die zentralen Ressourcenzuweisungen haben wird, bleibt angesichts eines bisher ungebremsten militärischen Beschaffungsprogramms abzuwarten.

Heyken

Referat 213, Bd. 143531

161

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma

331-321.00 ELS-636/87 geheim **3. Juni 1987**[1]

Über den Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit Bitte um Entscheidung zu III. und Vorschlag der Weiterleitung an ChBK[4]

Betr.: Bürgerkrieg in El Salvador;
hier: Ersuchen der salvadorianischen Guerilla

Bezug: StS-Vorlage vom 20.2.1987 (in der Anlage beigefügt)[5]

I. Sachstand

Die salvadorianische Guerillaorganisation FMLN/FDR[6] bittet die Bundesregierung um Gewährung von „guten Diensten" beim Organisieren von Geheimtreffen mit der Gegenseite auf deutschem Boden.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow und Legationsrat I. Klasse Piecha konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 4. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im gegenwärtigen Zeitpunkt besteht keine Veranlassung, B[undes]K[anzler]Amt einzuschalten."

3 Hat Bundesminister Genscher am 8. Juni 1987 vorgelegen, der Staatssekretär Sudhoff um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rückspr[ache] StS bei BM" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 9. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 4. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."
Hat Zeisler am 6. Juli 1987 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 331 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 6. Juli 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Gespräch mit Präs[ident] Duarte am 5.7.87 hat BM entschieden: Der Brief der FMLN/FDR wird nicht beantwortet. Wir verhalten uns passiv."

4 Wolfgang Schäuble.
Die Wörter „und Vorschlag … ChBK" wurden von Staatssekretär Sudhoff in Klammern gesetzt.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Sudhoff vermerkte für Bundesminister Genscher, der FDP-Abgeordnete Schäfer habe am 17. Februar 1987 ein Gespräch „mit dem Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der salvadorianischen Guerillaorganisation FMLN/FDR", Samayoa, geführt. Dieser habe angeregt, „den gegenwärtigen Stillstand des ‚nationalen Dialogs' in El Salvador (ELS) durch eine Begegnung von Vertretern seiner Organisation mit den ‚verschiedensten Kräften' seines Landes auf deutschem Boden zu

1) Das Ersuchen ist am 2.6.1987 im Länderreferat in einem Gespräch mit dem Führungsmitglied der Organisation, Salvador Samayoa, und dessen Verbindungsmann in Paris, Oscar Bonilla, vorgebracht worden. Der letzte Kontakt auf Arbeitsebene fand im Februar 1987 statt und hatte humanitäre Fragen zum Gegenstand (Behandlung von Schwerverletzten). S. bezog sich jetzt auf Sondierungen bei MdB Schäfer, die er, vor dessen Ernennung zum StM, im Februar 1987 unternommen hatte und die nach seiner Darstellung konstruktive Aufnahme gefunden hätten (Bezugs-Vorlage).

2) S. übergab einen an StM Schäfer gerichteten Brief (Anlage[7]). Ersucht wird darin um gute Dienste bei der Organisation einer Runde von drei Geheimtreffen[8] in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den Guerillafronten FMLN/FDR einerseits und andererseits Vertretern

– des Oberkommandos der Streitkräfte,
– der christdemokratischen Partei und
– des privaten Unternehmertums von El Salvador.

Das Ersuchen ist unterzeichnet von den Führern beider Fronten, Hándal (FMLN) und Zamora (FDR).

3) S. fügte erläuternd hinzu, Zweck seiner Mission sei, das Einverständnis der Bundesregierung mit dem Stattfinden der Geheimtreffen auf deutschem Territorium zu erreichen.

Die Bundesrepublik Deutschland sei ausgewählt worden wegen:

– ihres Engagements für Zentralamerika,
– ihres engen Verhältnisses zu den USA,
– ihrer guten Beziehungen zu Regierung, Parteien und sozialen Gruppen in ELS.

Staaten in ZA oder LA kämen für geheime Gespräche in der jetzigen Phase nicht in Betracht, da sie entweder nicht vertrauenswürdig seien und Diskretion dort erfahrungsgemäß nicht zu gewährleisten sei. Die Guerilla lehne deshalb Panama ab, die andere Seite Mexiko.

S. erklärte, seine Seite sei sich bewußt, daß die Aktion nicht hinter dem Rücken der Regierung Duarte unternommen werden könne und daß zu gegebener Zeit Washington unterrichtet werden würde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 798
überwinden". Sudhoff empfahl, den Vorschlag abzulehnen: „Die FMLN/FDR ist offensichtlich in Ausnutzung der prekären Lage der Regierung – charakterisiert durch Parlamentsstreik, Wirtschaftskrise und Verlust persönlichen Ansehens Präsident Duartes – um politische Aufwertung im Ausland bemüht. […] Der Versuch, mit den ‚verschiedensten Kräften' in ELS ins Gespräch zu kommen, zielt darauf ab, die Regierung zu umgehen. Deren bisherige eigene Ansätze zu einem nationalen Dialog (1984 und 1986) sind gescheitert. […] Vertreter der FMLN/FDR sind im Auswärtigen Amt bisher nur auf Arbeitsebene und im Zusammenhang mit der Behandlung verwundeter Guerilleros in der Bundesrepublik Deutschland empfangen worden. Das letzte Gespräch hat am 16.2.87 stattgefunden. Die FMLN/FDR hat diesen humanitären Kontakt vorzeitig an die Öffentlichkeit gebracht". Vgl. Referat 331, Bd. 136338.

6 Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional/Frente Democrático Revolucionario.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben vom 29. Mai 1987 vgl. VS-Bd. 13662 (331); B 150, Aktenkopien 1987.

8 Die Wörter „drei Geheimtreffen" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Also nicht mit Regierungsvertretern."

Inhaltlich sollen die Gespräche ohne Vorbedingungen stattfinden zu allen Themen von Interesse (also nicht lediglich über Vorschläge der Guerilla). Der kürzlich öffentlich vorgelegte 18-Punkte-Vorschlag der Guerilla betreffe nur einen Teilbereich (Humanisierung des Bürgerkriegs).[9] Hauptmotiv der Guerilla sei, die schreckliche Vision eines Bürgerkriegs zu vermeiden, der die 90er Jahre ausfüllt.

Künftige Kontakte werden über Bonilla in Paris, nicht über das Informationsbüro in Bonn erbeten.

Angesichts des Umfangs der beteiligten Lager seien private Vermittlungen nicht erwünscht.

4) RL 331[10] stellte klar, daß der für uns maßgebende Partner die Regierung von ELS sei.[11] Unsere ZA-Politik sei auf Schaffung des regionalen Friedens auf dem Wege von Verhandlungen ausgerichtet. Die zentrale Bedeutung des Dialogs in den einzelnen Ländern zur Erreichung dieses Ziels sei uns bewußt. Das Auswärtige Amt werde prüfen, was auf das Vorbringen der FMLN/FDR geantwortet werden könne, benötige dazu aber Zeit.

II. Optionen

A. Ablehnung ohne vorherige Beteiligung von Präsident Duarte.

B. Unterrichtung von Präsident Duarte mit dem Hinweis, daß wir keine Hilfestellung leisten wollen.

C. Unterrichtung von Präsident Duarte mit Erklärung unserer Bereitschaft, beim Zustandekommen einer Aktion dieser Art zu helfen, wenn er das wünscht.

III. Vorschlag: Option C

Abteilung 3 schlägt im einzelnen vor:

(1) den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten[12],

(2) Botschafter Heymer anzuweisen,

– Präsident Duarte persönlich über das Ersuchen der FMLN/FDR zu unterrichten,
– dazu erläuternd zu erklären,
  – ein Tätigwerden der Bundesregierung komme nur bei vollem Einverständnis der Regierung von El Salvador in Betracht,

9 Botschafter Heymer, San Salvador, informierte am 3. Juni 1987, Ende Mai habe die FMLN/FDR Präsident Duarte erneut Vorschläge „für eine Vereinbarung über die Humanisierung und Reduzierung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen des Bürgerkriegs sowie die Wiederaufnahme des Dialogs über eine politische Gesamtlösung des Konflikts zugeleitet". Den Großteil des betreffenden Dokuments nehme der 18 Punkte umfassende Vorschlag zur Humanisierung des Bürgerkriegs ein, „der im wesentlichen folgendes besagt: Die Streitkräfte stellen den Luftkrieg und die Benutzung weitreichender Artillerie ein und lassen die uneingeschränkte Wiederansiedlung der Bauern in den Konfliktzonen sowie den Handel, die Versorgung und den Verkehr dorthin zu. Beide Seiten verzichten auf die Benutzung von Minen. Dann wird die Guerilla ihre Angriffe auf die wirtschaftliche Infrastruktur des Landes einstellen." Duarte habe die Vorschläge abgelehnt. Heymer resümierte, diese hätten vermutlich „rein taktische Ziele verfolgt". Vgl. den Schriftbericht Nr. 279; Referat 331, Bd. 136335.

10 Peter von Jagow.

11 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

12 Der Passus „(1) … unterrichten" wurde von Staatssekretär Sudhoff in Klammern gesetzt.

– wenn sich die Regierung die Bitte um gute Dienste bei der Durchführung von Treffen mit der FMLN/FDR zu eigen machen wolle, würde sich die Bundesregierung dem nicht verweigern.

(3) Zeitlich dürfen solche Treffen nicht vor dem Besuch von Präsident Duarte in Bonn (7. Juli 1987)[13] stattfinden.

(4) Falls Duarte zustimmt, ist Washington zu unterrichten.

IV. Begründung

1) Für die ablehnenden Optionen A und B läßt sich anführen, daß deutsches Tätigwerden folgende Risiken in Kauf nehmen muß:

– Die Aktion kann vorzeitig bekannt werden.

– Die FMLN/FDR könnte versuchen, die Treffen zur Desavouierung der Regierung Duarte zu mißbrauchen und vor allem die eigene politische Aufwertung zu betreiben. Sie würde damit der mit dem Arias-Plan[14] beabsichtigten Austrocknung (Einstellung der Hilfen für Aufständische) entgegenarbeiten können.

– Es ist unwahrscheinlich, daß es in den geplanten Treffen gelingen könnte, die bisher bestehenden sachlichen Gegensätze zu überwinden. Dissens würde also im Ergebnis bestehen bleiben.

– Durch das Ergebnis des ZA-Gipfels in Guatemala („Esquipulas"), 25. Juni 1987[15], könnte eine neue Lage entstehen.

– Ungewißheiten der Aufnahme in Washington.

2) Für die vorgeschlagene Option C spricht:

Nach den USA sind wir die Hauptstütze der Regierung Duarte. Anders als jene sind wir für alle Seiten unverdächtig. Wir haben erkennbar keine Macht- oder substantiellen Sicherheitsinteressen in der Region. Abhängigkeiten zu uns sind nicht entstanden. Anders als die USA haben wir auch gangbare Kontakte zur Guerilla unterhalten (humanitäre Hilfe für Verwundete in Absprache mit der Regierung, Kirchenkontakte). Wenn auch ein Erfolg der vorgeschlagenen Gespräche völlig offen ist, so ist doch so gut wie sicher, daß außer uns kein anderes Land die in Frage kommenden Dienste leisten kann. Niemand hat in der Summe die Qualität der Beziehungen, die wir zu den Akteuren in ELS unterhalten.

Anders als in der Bezugsvorlage zugrunde gelegt, wissen wir jetzt, daß die Guerilla zwar politische Aufwertung will, nicht aber die unmittelbare Aushebelung der Regierung.[16] Im gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint die Guerilla poli-

13 Präsident Duarte besuchte die Bundesrepublik vom 5. bis 12. Juli 1987. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Juli 1987 vgl. Dok. 201.

14 Zum Vorschlag eines Friedensabkommens für Zentralamerika des Präsidenten Arias vom 15. Februar 1987 vgl. Dok. 103, Dok. 108 und Dok. 110.
Zur Unterzeichnung des Abkommens auf der Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

15 Ministerialdirigent Sulimma notierte am 16. Juni 1987: „Das Gipfeltreffen der fünf ZA-Staaten, das für den 25./26. Juni in Guatemala geplant war, findet zu dieser Zeit nicht statt. Erste Versuche, den Termin zu retten, sind fehlgeschlagen. Fieberhaft laufende Bemühungen um eine Ersatzplanung sind noch nicht abgeschlossen. Die Initiative zur Verschiebung ist von Präsident Duarte, ELS, ausgegangen. Seine Begründung: zu wenig Vorbereitung. Bevor nicht durch die Außenminister ein Minikonsens als Ausgangspunkt des Gipfels erreicht sei, habe ein solches Gipfeltreffen keinen Sinn." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146577.

16 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Fragezeichen hervorgehoben.

tisch und militärisch eher stärker als vor einem Jahr. Sie ist praktisch landesweit tätig und zu spektakulären Schlägen in der Lage. Im demokratischen System von ELS kann sie stärker mit Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen als die Contras in NIC.

Regionale Friedensansätze (San-José-Prozeß[17], Arias-Plan), die wir tragen oder unterstützen, setzen auf Herstellung des äußeren Friedens zwischen den Staaten durch Herstellung des inneren Friedens in den Staaten. Neben NIC ist ELS der entscheidende Prüfstein für diese Philosophie. Ohne Frieden in NIC und ELS kann es keinen regionalen Frieden geben.

Arbeitskontakte mit der Guerilla dienen auch dem Schutz deutscher Staatsangehöriger in ELS. Deshalb sollten wir das Ersuchen nicht von vornherein ablehnen.

Sulimma

VS-Bd. 13662 (331)

162

Botschaftsrat Schrömbgens, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-3912/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. Juni 1987, 21.14 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1753 **Ankunft: 3. Juni 1987, 19.55 Uhr**

Betr.: Sicherheit auf dem Neubau[2];
hier: Begehung der Kanzlei mit US-Sicherheitsexperten Riller

Bezug: DE 118-260 GV 20 MOSK Neubau vom 1.6.1987, Tagebuch-Nr. 274/87 VS-v[3]

Zur Unterrichtung

1) Begehung der Kanzlei durch stellvertretenden Sicherheitsbeauftragten der Botschaft, BR Schrömbgens, Herrn Schmieder sowie US-Sicherheitsexperten

17 Am 28./29. September 1984 fand in San José die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.
Zur dritten Konferenz am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 35.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 4. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Ohlraun „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte sowie für Legationsrat Engel handschriftlich vermerkte: „1 Ex[emplar] [an] BND, 1 Ex. [an] 111(?).“
Hat Engel vorgelegen, der die Weiterleitung an den BND sowie an Oberamtsrat Lorisika „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Ohlraun vorgelegen.
Hat Lorisika am 4. Juni 1987 vorgelegen.

2 Referat 111 notierte am 16. März 1984, am selben Tag sei in Moskau nach dreijährigen Verhandlungen der Baudurchführungsvertrag für den Botschaftskomplex in Moskau mit Kanzlei, 120 Wohnungen, Schule und Mehrzweckhalle durch die Bundesbaudirektion unterzeichnet worden: „Baubeginn 1. April 1984. Geplante Bauzeit fünf Jahre. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß auch die

Riller erfolgte am 2.6.1987 von 15.15 Uhr bis 16.15 Uhr. Sie umfaßte einen Rundgang auf dem Dach, dem zweiten Obergeschoß (Botschafterzimmer etc.) und dem Kellergeschoß. Herr R. fragte interessiert, gab aber auch bereitwillig über die Erfahrungen auf dem US-Neubau Auskunft.[4]

2) Sein Hauptinteresse galt der Art der Metallgitterkonstruktionen, ihrem Bau, der Art der Verbindung untereinander. US hatten Erfahrung gemacht, daß Verstärkungsstahl im Beton durchgehend in den Außenwänden verschweißt, in den Innenwänden und -decken mit Draht verbunden war. US vermuten derzeit, daß diese Art der Verarbeitung mit der Möglichkeit der Nutzung der Eisenstäbe als „Mikrophon" oder Antenne bei Ansprache durch Mikrowellen zu tun haben könnte. Dabei werde davon ausgegangen, daß dieses System eher zum Abfangen von elektronischen Strahlungen durch Geräte als der Erfassung menschlicher Stimmen gedacht und geeignet sei. Er riet, die Abstände der einzelnen verschweißten und verdrahteten Stäbe innerhalb der Eisenkonstruktionen zu vermessen.

Während bei unserem Neubau Eisenkonstruktionen mit Rundstahl und Flachstahlverbindungen vorzufinden sind, wurden auf US-Neubau nur Rundstahlverbindungen gefunden.

3) Auf seine Frage, ob wir einen Unterschied in Konstruktion oder Arbeitsweise bei Arbeiten an sicherheitsrelevanten („sensitive") Stellen des Neubaus (Leitungsetage etc.) festgestellt hätten, gab Herr S. verneinende Auskunft.

4) Mit Interesse nahm R.[5] davon Kenntnis, daß unser Neubau eine dünne Klinkerverblendung mit nur einer Ziegelschicht erhält. Der US-Neubau hat eine

Fortsetzung Fußnote von Seite 802
sowjetische Seite ihr Bauvorhaben auf der Viktorshöhe in Bonn-Bad Godesberg beginnen kann. […] Hiermit wurde die Weisung des Herrn Bundesministers ausgeführt, bei dem Baubeginn auf strikte Reziprozität zu achten." Vgl. Referat 213, Bd. 139320.
Gesandter Arnot, Moskau, informierte am 14. April 1987: „Der Rohbau für das Kanzleigebäude soll im Herbst 1987 fertiggestellt sein. Falls keine neuen Schwierigkeiten auftreten, soll die sowjet[ische] Seite im März 1989 mit sämtlichen Arbeiten fertig sein. Die restlichen Ausbauarbeiten durch die Firma Hochtief sollen im Jahre 1990 abgeschlossen sein. Bei Erfüllung dieses Planes können sämtliche Gebäude Ende 1990 benutzt werden. Die Bewachung der Baustelle wird von 20 BGS-Beamten durchgeführt. Hierfür wurde außerdem eine Fernsehüberwachungsanlage für 2,0 Mio. DM installiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1144; Referat 213, Bd. 143544.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Weber teilte der Botschaft in Moskau mit: „US-Partnerdienst hat gegenüber Fachstelle angeregt, daß US-Sicherheitsexperte, der sich noch bis 3.6. in Moskau befindet, noch einmal unsere Baustelle gemeinsam mit Sicherheitsingenieur Schmieder besichtigt. Es wird gebeten, dieses Vorhaben zu unterstützen und die notwendige organisatorische Hilfestellung zu leisten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 542; VS-Bd. 14219 (118); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 30. April 1987: „Das ‚Senate Committee on Intelligence' hat sich am 29.4. einmütig dafür ausgesprochen, den Neubau der US-Botschaft in Moskau nicht zu beziehen und ihn wieder abzureißen. Er sei von sowjetischer Seite derart mit Abhör[an]lagen versehen, daß zu ihrer Auffindung nach Ansicht von Experten mindestens fünf Jahre benötigt würden. Das Committee empfiehlt, eine neue entsprechende Regierungsvereinbarung mit den Sowjets abzuschließen, die den US-Sicherheitsanforderungen genüge. Solange der Botschaftsneubau in Moskau nicht bezogen sei, könne den Sowjets der Bezug der neuen Kanzlei in Washington nicht erlaubt werden. Ferner wurde von zwei Senatoren gestern eine Resolution eingebracht, wonach der Präsident angewiesen werden soll, die mit den Sowjets 1969 und 1972 abgeschlossenen Vereinbarungen zur Errichtung neuer Botschaftsgebäude für ungültig zu erklären und das neue sowjetische Kanzleigebäude in Washington vom höchsten Punkt Washingtons (Mount Alto, 350 Fuß über N[ormal]N[ull]) an einen anderen Platz umzuquartieren, der nicht höher als 150 Fuß über NN liege." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1986; Referat 213, Bd. 143544.

5 Korrigiert aus: „B."

dicke (offenbar ca. 60 cm dicke) Ziegelschicht aus sowjetischen Steinen an der Außenmauer, auf der zuäußerst eine Lage amerikanischer Klinker aufgesetzt ist. Innerhalb der sowjetischen Ziegelschicht fanden sich – verbunden mit den tragenden Betonsäulen – per Etage und Säule etwa je drei Metallschleifen, von denen daher mehrere Hundert rund um das Gebäude zu vermuten sind. Die Schleifen sind entweder mit einem die Säule umfassenden Metallband oder mit dem Säulenmetallkern verbunden. Dieser Metallkern, der einen größeren Teil des Innenraums der Säule einnimmt, ist aus zwei Teilen zusammengeschweißt, wobei sich in der Naht mehrere Kabel gefunden haben (Herr Schmieder bringt Skizzen von der Hand Herrn Rillers mit und wird das hier Dargestellte fachmännisch erläutern). In anderen Säulen wurden Koaxialkabel von Unterarmstärke mit einer möglichen Bandbreite von 50 MHz gefunden.

5) Bei Besichtigung der Innenräume regte er an, die sowjetischen Ziegelsteine, mit denen die Innenwände errichtet sind, auf Dämpfungsverhalten („attenuation“) für Mikrowellen zu untersuchen. Erste US-Ergebnisse deuteten darauf hin, daß die Reaktion der sowjetischen Ziegel anders als die amerikanischer Ziegel sei. Offenbar käme man bei sowjetischen Ziegeln mit weniger Mikrowellen-Strahlungsenergie aus. Herr Schmieder wird einen wahllos gegriffenen Ziegel mitnehmen.

6) Derzeit untersuchten US-Experten neben den Wänden auch die von amerikanischen Firmen gelieferten Fenster. Anlaß ist offenbar die Erkenntnis, daß die Sowjets bei Lieferung von Fenstern an ihren Botschaftsneubau in Washington (durch denselben amerikanischen Lieferanten, dessen Firmenpräsident ein Exilrusse ist) besondere Wachsamkeit an den Tag legten und jedes Stück einzeln zwischen Anlieferung und Einbau untersuchten (teilweise auch zerlegten). Bei Erläuterung der sowjetischen Baumethoden in Washington erwähnte R. auch, daß Sowjets keinerlei Unsauberkeit wie z. B. das Wegschmeißen von Zigarettenkippen, Liegenlassen von Gegenständen etc. duldeten. Bei Beton-Gießarbeiten stoppten sie andere Arbeiten und zogen ihre bis zu zwölf Beobachter um die Betonpumpe zusammen. Bei Fundamentarbeiten zahlten sie die amerikanischen Firmen vertragsgemäß für die in Auftrag gegebenen Arbeiten, ließen diese jedoch nicht durch die Firmen ausführen, sondern gossen selbst. Bereits bei Ausschreibung der Arbeiten war aufgefallen, daß die Pläne, anhand deren die Ausschreibung stattfand, nach Vergabe des Auftrags und erst kurz vor Beginn der Arbeiten gegen die „echten“ Pläne ausgetauscht wurden.

7) Zum Abschluß der Begehung sagte R. auf unsere Bitte zu, daß wir binnen der nächsten drei Wochen Gelegenheit bekämen, den US-Neubau zu besichtigen.

[gez.] i. A. Schrömbgens

VS-Bd. 14219 (118)

163

Botschafter Holik an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

220-371.76 INF-985/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 4. Juni 1987, 19.48 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4563 Plurez
Citissime nachts

Betr.: Ratskonsultationen am 5.6.1987

Sie werden gebeten, sich bei den Ratskonsultationen am 5.6.1987 auf folgender Linie zu äußern:

1) Die Bundesregierung hat sich mit ihrer Erklärung vom 4.6.1987[2] für eine Null-Lösung für SRINF in der Reichweite von 500 bis 1000 km ausgesprochen, sofern die in der Allianz vereinbarten Kriterien erfüllt sind:

– globaler Anwendungsbereich,
– effektive Verifizierbarkeit,
– Erfassung ausschließlich amerikanischer und sowjetischer Systeme,
– integraler Bestandteil einer INF-Vereinbarung.

In Übereinstimmung mit der langjährigen Bündnisposition sind wir der Auffassung, daß die 72 Flugkörper vom Typ Pershing I a der Bundeswehr nicht Gegenstand der laufenden Verhandlungen sind und auch nicht werden können.

2) Im Bündnis bestand Einvernehmen, daß auch die Flugkörper-Systeme unterhalb einer Reichweite von 500 km rüstungskontrollpolitisch erfaßt werden müssen.

– Im NATO Ministerial Final Communiqué vom 12.12.1986 heißt es: „They stress that an INF agreement must not neglect the existing imbalances in shorter-range US and Soviet INF missiles and must provide for a commitment to follow-on negotiations on these missiles.“[3]
– AM Shultz hat sich am 7.10.1986 in einer Pressekonferenz[4] zu dieser Frage wie folgt geäußert: „So no doubt, any interim agreement that we would reach

1 Durchdruck.
Das von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipierte Fernschreiben wurde nachrichtlich an die Botschaften in London, Moskau, Paris und Washington sowie das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium der Verteidigung übermittelt.
Hat Staatssekretär Sudhoff, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter vor Abgang am 4. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Hofstetter am 5. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Müller und Legationsrat Brose „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Müller und Brose vorgelegen.

2 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928.

3 Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 75.
Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

4 Für den Wortlaut der Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers Shultz in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2117, S. 2–7.

would have to make provision for subsequent negotiations to continue on the road that we are seeking to get to. Of course, that includes the shorter-range ballistic missiles that Chancellor Kohl is worried about, and rightly so."

– Unmittelbar nach dem Treffen von Reykjavik hat AM Shultz am 13.10.1986 im NATO-Rat[5] ausgeführt: „There might also have been an immediate commitment to negotiate on short-range missiles, with a view to reducing their numbers and eventually, eliminating them."
– Auch bei den Wiener Gesprächen zwischen AM Shultz und AM Schewardnadse[6] wurde das Thema der Folgeverhandlungen angesprochen. Botschafter Glitman berichtete hierüber am 14.11.1986 im NATO-Rat[7] wie folgt: „At Vienna, we also indicated to the Soviets that, in the context of follow-on talks, we were willing to consider reduction in SRINF missile systems with ranges down to 150 kms, i.e. the NATO force paper definition of SRINF."
– Noch am 27.3.1987 bekräftigte die SCG[8] die Bereitschaft des Westens zu Folgeverhandlungen: „Furthermore, the Group reaffirmed NATO's long-held position requiring equal global constraints, as part of the initial INF treaty between the US and the Soviet Union, on their shorter-range INF missile systems that would undermine the effectiveness and viability of an lNF agreement, this to be followed by subsequent negotiations on shorter-range missile systems."

3) Im Einklang mit diesen Aussagen hat sich die Bundesregierung dafür ausgesprochen, daß die noch in Europa vorhandenen amerikanischen und sowjetischen bodengestützten nuklearen Systeme in einem Reichweitenbereich zwischen 0 und 500 km in Verhandlungen Schritt für Schritt im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen deutlich und überprüfbar reduziert werden.

4) Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 4.6.1987 mit aller Entschiedenheit erklärt, daß eine bedingungslose Annahme des sowjetischen Null-Lösungs-Vorschlags für den Bereich von 500 bis 1000 km für die Bundesregierung nicht in Frage kommen konnte. Das Ergebnis wäre für unser aus geographischen Gründen ohnehin exponiertes Land schwer erträglich.

Er fügte hinzu: „Ich will hier in aller Klarheit feststellen, daß … bei Beseitigung der landgestützten Flugkörper zwischen 500 km und 1000 km Reichweite die Sorge über das Ungleichgewicht bei den Systemen unterhalb 500 km wächst. Wir wollen und können einen solchen Zustand nicht auf Dauer hinnehmen. Wir drängen deshalb nachdrücklich auf die Fortsetzung des Abrüstungsprozesses".

5 Der amerikanische Außenminister Shultz unterrichtete den Ständigen NATO-Rat am 13. Oktober 1986 in Brüssel über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

6 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 5./6. November 1986 bei der Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 53, Anm. 9.

7 Die amerikanischen Sonderbotschafter Glitman, Kampelman und Lehman unterrichteten den Ständigen NATO-Rat am 14. November 1986 in Brüssel über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 329.

8 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel im kleinen Kreis (Quint) vgl. Dok. 88.

Wir haben ein fundamentales Interesse an der rüstungskontrollpolitischen Erfassung sowjetischer Systeme unterhalb einer Reichweite von 500 km. Einen rüstungskontrollpolitischen Freiraum in diesem Bereich können wir nicht akzeptieren. Deshalb ist der Gedanke einer Brandmauer bei 500 km, unterhalb derer keine weiteren rüstungskontrollpolitischen Schritte möglich sein sollen, für uns nicht hinnehmbar. Eine Brandmauer widerspräche im übrigen auch den von mir zitierten NATO-Erklärungen und US-Aussagen.[9]

In diesem Zusammenhang sind zwei Punkte hervorzuheben:

– Nach Auffassung der Bundesregierung kann es in diesem Bereich keine dritte Null-Lösung geben. Bereits am 30.9.1986 beschloß die Bundesregierung, daß das Ziel der Folgeverhandlungen gleiche Obergrenzen auf niedrigem Niveau sein sollen.[10] In der Regierungserklärung vom 4.6.1987 hat BK Kohl dies bekräftigt und vor dem Deutschen Bundestag ausgeführt: „Lassen Sie mich mit aller Klarheit feststellen: Bestrebungen, die die völlige Abschaffung von Nuklearwaffen in Europa zum Gegenstand haben, können … von uns nicht geteilt werden."

– Es ist unbestreitbar, daß zwischen Nuklearwaffen in einer Reichweite von weniger als 500 km und dem konventionellen Kräfteverhältnis ein enger Zusammenhang besteht.

  Es ist für uns aber unannehmbar, Verhandlungen über nukleare Systeme unterhalb einer Reichweite von 500 km von Ergebnissen bei der konventionellen Rüstungskontrolle und bei den chemischen Waffen abhängig zu machen.

5) Die rüstungskontrollpolitische Erfassung von nuklearen Systemen unterhalb einer Reichweite von 500 km liegt im Sicherheitsinteresse des Westens. Es geht hier um Systeme, bei denen die SU ein erdrückendes Übergewicht hat. Die mehreren hundert sowjetischen Scud-Raketen bedrohen nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die Truppen der Verbündeten und eine Vielzahl von militärischen Einrichtungen der NATO auf unserem Territorium sowie andere europäische Bündnispartner.

6) Es sollte nicht vergessen werden, daß der Gedanke von Folgeverhandlungen ein gemeinsames westliches Anliegen war. Die Sowjetunion hat hierauf in Reykjavik positiv reagiert. Seitdem haben die Sowjetunion und der WP mehrfach in öffentlichen Erklärungen die Bereitschaft bekräftigt, auch über Nuklearwaffen unterhalb einer Reichweite von 500 km Verhandlungen mit dem Westen zu führen. Es würde in unserer Öffentlichkeit nicht verstanden werden, insbesondere im Hinblick auf die massive sowjetische Überlegenheit in diesem Bereich, wenn der Westen ein eigenes Anliegen fallen ließe und sich der rüstungskontrollpolitischen Erfassung dieser Systeme verweigern würde.

7) Wir wissen, daß es im Zusammenhang mit der rüstungskontrollpolitischen Erfassung solcher Systeme offene Fragen gibt. Wir halten es daher für erforderlich, daß die Allianz, gestützt auf militärischen Rat, eine Position erarbeitet. Eine Reihe nützlicher militärischer Expertisen liegt bereits vor. Insbesondere

9 Dieser Satz wurde handschriftlich eingefügt.

10 Die Position der Bundesregierung zu SRINF wurde bei einem Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner am 30. September 1986 festgelegt. Vgl. dazu Dok. 84, Anm. 21.

die „SHAPE study of the military implications of potential arms control agreements as they affect SACEUR's ability to implement the strategy of flexible response[11], Part 2: SRINF/SNF systems" ist hier zu nennen.

Uns erschiene die SCG, die sich im gesamten Verlauf der INF-Verhandlungen als hervorragendes Konsultationsgremium bewährt hat, als geeignetes Organ hierfür. Wir stehen aber auch Vorschlägen, die Probleme, die im Zusammenhang mit der rüstungskontrollpolitischen Erfassung von Nuklearsystemen unterhalb einer Reichweite von 500 km stehen, in einem anderen Rahmen zu erörtern, aufgeschlossen gegenüber.

8) Wir schlagen vor, daß die Allianz in Reykjavik[12] ihre Bereitschaft signalisiert, im Rahmen eines kohärenten Gesamtkonzepts der Rüstungskontrolle und Abrüstung auch über deutliche und überprüfbare Reduzierungen der amerikanischen und sowjetischen landgestützten nuklearen Systeme mit einer Reichweite von weniger als 500 km mit dem Ziel gleicher Obergrenzen auf niedrigem Niveau zu verhandeln.

9) Diese Weisung ist mit BMVg und BK abgestimmt.[13]

Holik[14]

VS-Bd. 11362 (220)

11 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

13 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 5. Juni 1987 über die Konsultationen im Ständigen NATO-Rat am selben Tag mit Vertretern der amerikanischen Regierung: „Verabredungsgemäß fand nach Erklärungen Kampelmans, Glitmans, Lehmans und Coopers keine Aussprache über Stand Genfer Verhandlungen statt, sondern über Frage, wie noch bestehende Differenzen im Bündnis über an doppelte Null-Lösung zu stellende Bedingungen ausgeräumt werden können, d. h. Frage der Folgeverhandlungen über Systeme unter 500 km Reichweite und Problem der deutschen P I a." Er, Hansen, habe die Diskussion „gemäß Bezugsweisung" eröffnet: „Alle Bündnispartner sprachen sich für Ausschluß deutscher P I a aus Genfer Verhandlungen aus. Allerdings ließen NWG, DK und GR erkennen, daß sie andere Haltung einnehmen könnten, falls an dieser Frage INF-Abkommen zu scheitern drohe. […] Auf der anderen Seite stimmte eine Reihe von Bündnispartnern Nachfolgeverhandlungen für den Bereich unter 500 km zu, deren Aufnahme nicht an Ergebnisse von Verhandlungen zu CW, START und konventionellen Waffen geknüpft wird, sondern eine sicherheitspolitische Gesamtorientierung des Bündnisses über die einzuschlagende Marschroute nach einer doppelten Null-Lösung zur Voraussetzung macht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 795; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

14 Paraphe.

164

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in Venedig

D 2/204-321.00 **8. Juni 1987**[1]

Deutsch-amerikanische Beziehungen;
hier: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Reagan am Rande des Weltwirtschaftsgipfels[2] am 8.6.1987 von 14.15 bis 14.45 Uhr

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Außenminister Shultz; Finanzminister James Baker; Stabschef Howard Baker; Sicherheitsberater Carlucci; Personal Representative Allen Wallis; Assistant Secretary Mrs. Ridgway; Duberstein, NSC; Dolmetscher u. a.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundesminister Genscher; Bundesminister Stoltenberg; Staatssekretär Tietmeyer; Staatssekretär Ost; MD Teltschik (BK); MD von Richthofen (AA); MD Holik (AA); MDg Neuer (BK); Dolmetscher VLR I Weber.

Nach freundlicher Begrüßung und Austausch über die gute Atmosphäre Venedigs in Gegenwart der Presse eröffnete Präsident *Reagan* das offizielle Gespräch mit der INF-Problematik. Es sehe so aus, daß sich die NATO über die SRINF-Frage einigen werde. Mrs. Thatcher habe mit der doppelten Null-Lösung bis zu 500 km Reichweite keine Probleme. Der nächste Schritt in den Verhandlungen über die Rüstungskontrolle und Abrüstung müsse die 50-prozentige Reduzierung der strategischen nuklearen Waffen sein. Darüber hinaus sollten die Verhandlungen über die chemischen Waffen[3] und die konventionelle Abrüstung[4] vorangebracht werden.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, er wolle offen über die Gesamtproblematik sprechen. Diese sei für die Bundesrepublik Deutschland nicht einfach. Er sei von

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 8. Juni 1987 in Venedig gefertigt.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz vorgelegen.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.
Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone und Staatspräsident Mitterrand am 8. bzw. 9. Juni 1987 am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 165 und Dok. 166.

3 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 66, Anm. 11.
Dazu fand am 27. Mai 1987 im Auswärtigen Amt eine Ressortbesprechung statt. Vortragender Legationsrat Reyels notierte am 1. Juni 1987: „AA zeichnete Verhandlungsablauf des letzten Jahres unter Nennung der wesentlichen Bewegungen nach und wies darauf hin, daß angesichts der relativ positiven Bilanz in weiten Bereichen (Nennung von Produktionsstätten – Anerkennung westlichen Matrix-Systems – Nennung der CW-Bestände und ihrer Lagerorte innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten der Konvention […]) nicht außer acht gelassen werden darf, daß eine Reihe wichtiger Probleme fortbesteht. Darunter sind eine Vielzahl von Einzelfragen bei der Nichtherstellungskontrolle, die Ausarbeitung von Zeitplänen für die Zerstörung von chemischen Waffen und die Ausgestaltung der internationalen Vertragsorganisation […]. Ein zeitlicher Rahmen für den Abschluß der Verhandlungen sei deshalb nicht abzustecken: Selbst wenn die Frage der Verdachtskontrolle zuverlässig gelöst würde, bedürfte es noch einiger Zeit, um auch in den übrigen Bereichen zu konsensfähigen Texten zu gelangen. Sicher sei jedoch, daß von der Lösung der Verdachtskontrolle erheblicher politischer Druck ausginge, die Verhandlungen bald zu beenden.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162042.

4 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

vornherein für die Null-Lösung bei den LRINF mit einer Reichweite über 1000 km eingetreten. Das deutsche Problem sei auch nicht die Null-Lösung für die Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km. Enormen politischen Druck gebe es aber, was die Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 0 bis 120 und von 120 bis 500 km betreffe. Am Samstag[5] werde eine große Demonstration in Bonn stattfinden.[6] Die Demonstranten seien die gleichen, die auch gegen die Stationierung der PII auf die Straße gegangen seien. Sie stellten die Frage, warum man nicht eine dreifache Null-Lösung akzeptiere, wenn man schon eine doppelte Null-Lösung akzeptiert habe. Die Sowjetunion unternehme alles, um diese Stimmung zu entfachen. Es gebe jetzt ein zusätzliches Argument, das es bisher nie gegeben habe, nämlich daß alle Raketen zwischen 0 und 500 km Reichweite im wesentlichen nur die Deutschen beträfen. Man müsse sich darüber im klaren sein, was man wolle. Man dürfe nicht nur auf Gorbatschow reagieren, sondern müsse ein eigenes Konzept haben. Für uns seien die Frage der chemischen Waffen, die konventionelle Abrüstung und die interkontinentalen Raketen wichtig. Man müsse die psychologische Lage in der Bundesrepublik Deutschland vor Augen haben. Deshalb habe er so auf dem Verbleib der 72 PIa bestanden.[7] Er wolle die dringende Bitte äußern, auf diesem Standpunkt zu beharren.

Präsident *Reagan* erwiderte, die Amerikaner hätten den Sowjets klargemacht, daß sie mit ihnen verhandelten und nicht mit Dritten. Die Frage der 72 PIa sei jetzt vom Tisch.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, die Idee der „Brandmauer“ werfe für uns psychologische Probleme auf. Eine Null-Lösung für Raketen mit einer Reichweite über 500 km und eine Vermehrung der Kurzstreckenraketen sei für uns nicht möglich. Es ginge auch nicht, daß über die Raketen über 500 km keine Reduzierungsverhandlungen stattfinden würden.

Er sei sich in seinem Urteil über Gorbatschow sicher; er beobachte, was Gorbatschow wirklich mache. Er habe gegenüber Präsident Reagan am Telefon erklärt, er wünsche, daß Präsident Reagan Erfolg habe und daß in diesem Jahr der Vertrag unterzeichnet werde. Der Vertrag solle auch nicht überfrachtet werden. Man müsse aber ein gemeinsames Konzept für die Zeit danach haben. In einem Punkt seien die deutschen Interessen anders als die von Margaret Thatcher, z. B. was die Raketen mit einer Reichweite von 0 bis 500 km angehe. Hier seien nur die Deutschen betroffen. Von der Insel Großbritannien sehe sich das anders an als von Deutschland aus. Er verstehe, daß Mrs. Thatcher diesen Standpunkt im Wahlkampf[8] vertrete. Ihm gehe es jedoch um die Zeit nach den

5 13. Juni 1987.

6 In der Presse wurde berichtet: „Trotz wechselhaften Wetters haben am Samstag mehr als 100 000 Menschen im Bonner Hofgarten für Frieden und rasche weltweite Abrüstung demonstriert. Auf der Kundgebung, die unter das Motto ‚Den ersten Schritt tun – Atomraketen verschrotten‘ gestellt war, riefen die Redner zum Abbau atomarer wie konventioneller Waffen auf. Einen Tag vor seiner Wahl zum neuen SPD-Vorsitzenden forderte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel, alte Feindbilder zu überwinden. […] Die Friedensdemonstration im Hofgarten verlief friedlich. Während des Grußworts Vogels warfen aber einige Vermummte mit Tomaten und Eiern auf den Redner.“ Vgl. den Artikel „Mehr als 100 000 auf Bonner Friedenskundgebung“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15. Juni 1987, S. 1.

7 Vgl. die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928. Vgl. dazu ferner Dok. 163.

8 Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.

Wahlen; es müsse ein Gesamtkonzept entwickelt werden. Er bitte, daß die Außenminister das in Reykjavik[9] tun. Er werde an seinem Standpunkt festhalten und sich nicht durch Demonstrationen beeindrucken lassen.

Präsident *Reagan* erwiderte, daß die INF-Frage praktisch gelöst sei. Die Sowjets hätten in Reykjavik[10] der 50-prozentigen Reduzierung der strategischen nuklearen Waffen grundsätzlich zugestimmt. Dies könne zur tatsächlichen Eliminierung der strategischen nuklearen Waffen um 50 % führen.

Der Widerstand einiger Leute gegen die Reduzierung der nuklearen Raketen unter 500 km Reichweite werde damit begründet, daß die Sowjets über eine enorme konventionelle Überlegenheit verfügen und keinen Grund hätten, diese abzubauen, wenn zuvor die Kurzstreckenraketen eliminiert wären. Deshalb sollte man zuerst über die konventionellen und chemischen Waffen verhandeln. Die Sowjets hätten dann keinen Grund, Verhandlungen zu verweigern.

Der *Bundeskanzler* unterstrich erneut das große psychologische Problem, das sich uns in bezug auf die Kurzstreckenraketen stelle. Wenn wir in die Lage kämen, daß über Raketen mit einer Reichweite zwischen 0 und 500 km erst dann verhandelt werde, wenn die Sowjetunion dies wolle, könne dies noch zehn Jahre dauern. Man müsse das Verhandlungskonzept als ein Ganzes sehen.

Außenminister *Shultz* erklärte, der Bundeskanzler mache auf etwas aufmerksam, was allen bewußt sei. Er träte für eine umfassende Strategie (comprehensive strategy) ein, um Aggressionen abzuschrecken. Das INF-Abkommen sei Teil und nicht Zweck dieser Strategie.

In den Erörterungen in Brüssel am 5.6.[11] sei ein Text entwickelt worden (den er wörtlich vorlas; Ziffer 3 der Anlage zu DB 789[12] vom 5.6.87 aus NATO Brüssel, 010-1147/87[13] geheim). Darin seien alle vier Punkte aufgeführt: die 50-prozentige Reduzierung der strategischen nuklearen Waffen, die weltweite Beseitigung der chemischen Waffen, die Herstellung eines stabilen sicheren Niveaus konventioneller Kräfte, gerichtet auf die Beseitigung der Disparitäten in ganz Europa, und die bedeutsamen und verifizierbaren Reduktionen amerikanischer und sowjetischer landgestützter nuklearer Raketensysteme einschließlich solcher kurzer Reichweite mit dem Ziel der Herstellung gleicher Obergrenzen auf niedrigem Niveau.[14] Dies zeige, daß alles miteinander verbunden sei. Die Formel trage dem deutschen psychologischen Problem Rechnung.

Bundesminister *Genscher* erklärte, wir könnten damit leben; wenn die Vereinigten Staaten das mit uns gemeinsam so vorstellten, dann würden wir uns auch durchsetzen.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, dieser Text sei in Ordnung; er wolle in diesem Kreise etwas sagen, was er nicht öffentlich erklären würde. Ein psychologisches

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

10 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

11 Zu den Konsultationen im Ständigen NATO-Rat vgl. Dok. 163, Anm. 13.

12 Korrigiert aus: „1789“.

13 Korrigiert aus: „010/147/87“.

14 Für den Drahtbericht Nr. 789 des Botschafters Holik, z. Z. Brüssel, vgl. VS-Bd. 12096 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Problem stecke in der 4. Ziffer (Kurzstreckenraketen). Bei uns sei die Lage so, daß die traditionellen Freunde der Vereinigten Staaten fragten, ob Washington uns noch verstehe. Er möchte hierzu ja sagen, wenn es keine „Brandmauer" gebe, sondern ein Gesamtkonzept. Wenn dies so akzeptiert würde und Präsident Reagan am Donnerstag oder Freitag[15] im Zusammenhang mit seinem Besuch in Berlin[16] einer deutschen Zeitung ein Interview gebe, in dem er seinen Standpunkt in dieser Weise deutlich mache, wäre dies sehr hilfreich für uns. Präsident Reagan sagte dies zu.[17] Stabschef *Baker* und Sicherheitsberater *Carlucci* übernahmen die Ausführung.

Präsident *Reagan* sagte, er wolle noch eine Bemerkung zu Gorbatschow machen. Er habe ihm auf Russisch erklärt: „trust but verify" (vertraue, aber verifiziere). Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Präsident *Reagan* fuhr ferner fort, hinsichtlich der konventionellen Waffen habe er Gorbatschow gesagt, er (Reagan) sei überzeugt, daß Gorbatschow große wirtschaftliche Probleme durch die Aufrüstung habe. Entweder Gorbatschow reduziere, oder es gebe einen Rüstungswettlauf, den er nicht gewinnen könne. Die Amerikaner würden das Notwendige stets tun. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob es ein Gipfeltreffen im Herbst gebe, antwortete Präsident *Reagan*, er sei geneigt, ja zu sagen; er habe das Gefühl, bevor der Herbst vorüber sei, werde es zu einem Gipfeltreffen kommen.[18] Der *Bundeskanzler* unterstrich die Bedeutung eines Gipfeltreffens für die Bundesrepublik Deutschland und erklärte, wir wollten beim Zustandekommen hilfreich sein, weil das Gipfeltreffen das Gesamtklima im Ost-West-Verhältnis positiv beeinflussen werde. Alle Staaten Osteuropas wollten ein Gipfeltreffen, das für sie sehr wichtig sei. Der Bundeskanzler erwähnte in diesem Zusammenhang Ungarn, Bulgarien und die DDR.

Außenminister *Shultz* wies auf die noch beträchtlichen Probleme bei den Fragen mit den INF-Verhandlungen hin; er hielt jedoch ein Abkommen für wahrscheinlich. Weitere Ergebnisse für ein Gipfeltreffen könnten die Errichtung eines nuklearen Warnungszentrums, die Einigung auf die Ergebnisse bei den Nukleartests und mögliche Ergebnisse bei den chemischen Waffen sein. Darüber hinaus drängten die USA stark auf Verbesserungen bei den Menschenrechten und die Lösung regionaler Fragen, insbesondere Afghanistan. Das Ganze könnte ein vernünftiges Paket für den Gipfel abgeben. Größere Bedeutung komme den strategischen Waffen zu. Hier drängten die Amerikaner stark. Präsident *Reagan* erklärte, die Folgen von Tschernobyl[19] hätten Gorbatschow sicherlich nachdenklich gemacht, und er habe verstanden, daß keiner einen Nuklearkrieg überleben würde.

Der *Bundeskanzler* führte aus, er glaube, Gorbatschows Politik sei von Gorbatschows Standpunkt aus logisch. Gorbatschow habe ein schlechtes Erbe angetreten. Er versuche jetzt, ein ineffizientes System effizienter zu machen. Ob dies gelinge, sei eine offene Frage. Er brauche jetzt Erfolge. Wenn Gorbatschow keine

15 11. oder 12. Juni 1987.

16 Präsident Reagan besuchte Berlin (West) am 12. Juni 1987. Vgl. dazu Dok. 168.

17 Vgl. den Artikel „‚Zur Strategie der Allianz gibt es keine Alternative'"; DIE WELT vom 12. Juni 1987, S. 5. Vgl. ferner PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 632–634.

18 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

19 Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet haben werde, könne niemand sagen, wie es in der Sowjetunion weitergehen werde.

Präsident *Reagan* bedankte sich bei dem Bundeskanzler für dessen Brief zu Agrarfragen, insbesondere was die Einschränkung der Überproduktion durch Kürzung von Subventionen und was die Fettsteuer angehe.[20]

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß die Bundesrepublik Deutschland dafür einen hohen Preis zahle. Er sei strikt gegen eine Fettsteuer.[21] Präsident Reagan wisse, daß er sich an Zusicherungen halte. Es gebe viele Probleme in der EG. Wenn er heute ja zu einer Fettsteuer sage, seien 50% seiner Probleme in der Gemeinschaft gelöst. Außer der Bundesrepublik seien noch zwei weitere Länder gegen die Fettsteuer. Er hoffe, daß es ihm nicht gehe wie bei den Sanktionen gegen Südafrika. Zuerst seien drei EG-Länder gegen Sanktionen gewesen, dann sei die Bundesrepublik Deutschland allein dagestanden.[22] Seine Position sei sehr klar; er werde nichts tun, was die Probleme des Präsidenten im Kongreß verschärfe. Das Schlimmste diesseits und jenseits des Atlantiks wäre Protektionismus. In der Bundesrepublik Deutschland hätten wir eine besonders schwierige Lage in der Agrarpolitik. 15 Jahre lang sei in der Landwirtschaftspolitik ein falscher Kurs gesteuert worden. Es dauere drei bis vier Jahre, bis dies berichtigt werden könne. Bei jeder Landtagswahl erleide er dafür Rückschläge.

20 Am 3. Juni 1987 schrieb Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan: „Ihre Sorge um die Situation der Landwirtschaft teile ich voll. Die tiefe Krise, in der sich die Agrarwirtschaft weltweit befindet, verlangt umfassende Maßnahmen zur Anpassung der nationalen Agrarpolitiken. Die kostspielige weltweite Überschußproduktion bei Agrarerzeugnissen wie Getreide, Rindfleisch, Milchprodukten und Zucker muß abgebaut und der Subventionswettlauf beendet werden. Dies schafft zugleich die Voraussetzungen für ein besseres Funktionieren der Weltagrarmärkte. […] In diesem Zusammenhang darf ich erneut feststellen, daß die Bundesregierung die Einführung einer sogenannten Fettabgabe in der Europäischen Gemeinschaft weiterhin mit Nachdruck ablehnen wird." Vgl. Referat 204, Bd. 135399.

21 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13.
In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 26. Mai 1987 wurde vermerkt: „Die USA haben mit Nachdruck mehrfach (Demarchen, zuletzt in Bonn am 14.5.87) unterstrichen, daß die Einführung der F[ett]A[bgabe] wie ein Einfuhrhemmnis bei Soja wirken würde (Sojaimporte der EG aus den USA 1986: 3,5 Mrd. DM). Retorsionsmaßnahmen im Agrarsektor wie im gewerblichen Bereich wurden für diesen Fall angekündigt. Auch Kanada würde Retorsionsmaßnahmen ergreifen. Weitere Kritik gegen die Einführung einer FA äußerten die ASEAN- und AKP-Staaten, Norwegen, Argentinien, Australien, Chile und Peru. Entwicklungsländer, die z. Z. 40% der Pflanzen- und Seetierfett-Lieferungen in die EG bestreiten, wären besonders hart getroffen." Die „bisherige Befassung des Rates (Allgemeine Fragen, Landwirtschaft)" habe ergeben, daß sich die Bundesrepublik, Dänemark, Großbritannien, die Niederlande und Portugal gegen die Vorschläge der EG-Kommission ausgesprochen hätten: „Eine Sperrminorität ist damit gegen die FA gegeben." Vgl. Referat 411, Bd. 131367.

22 In einer Erklärung im Anschluß an die EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel wurde mitgeteilt, „daß die Zwölf nunmehr restriktive Maßnahmen gemäß den Schlußfolgerungen von Den Haag treffen sollen. Dazu gehören das Verbot neuer Investitionen sowie das Verbot der Einfuhr von Eisen, Stahl und Goldmünzen aus Südafrika. […] Die meisten Partnerländer wären bereit, ein Einfuhrverbot für Kohle aus Südafrika zu verhängen, wenn hierüber Einvernehmen erzielt werden sollte. Der Vorsitz wird sich in dieser Frage weiterhin um einen Konsens auf der Grundlage der Erklärungen des Europäischen Rates von Den Haag bemühen." Vgl. BULLETIN DER EG 9/1986, S. 92.
Referat 320 vermerkte am 16. März 1987, die Bundesregierung habe die Beschlüsse vom 16. September 1986 „trotz ihrer grundsätzlichen Skepsis gegenüber Sanktionen" mitgetragen, weil sie „die Handlungsfähigkeit der Europäer nicht gefährden wollte". Eine umfassende Wirtschaftsblockade werde aber „zuerst und vor allem die schwarzen Südafrikaner treffen". Auch könnte Südafrika Gegenmaßnahmen ergreifen, welche die gesamte Region in einen „unheilvollen Destabilisierungssog" ziehen würden. Vgl. Referat 320, Bd. 156074.

Präsident *Reagan* wies auf die Uruguay-Runde[23] hin, in der alle diese Fragen auf den Tisch gelegt werden. Er äußerte die Meinung, daß die Runde erfolgreich verlaufen werde. Die Lage könne geändert werden.

Der *Bundeskanzler* beendete das Gespräch nach Ablauf der dafür vorgesehenen Zeit. Präsident *Reagan* gab sich sehr freundschaftlich und ließ die Begegnung in gelöster Atmosphäre ausklingen.

VS-Bd. 13010 (204)

165

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Venedig

8. Juni 1987[1]

Gespräch des Bundeskanzlers mit Premierminister Nakasone am Montag, den 8. Juni 1987[2]

Anwesend waren auf japanischer Seite: stellvertretender Regierungssprecher Watanabe; Sherpa, Herr Kitamura; Abteilungsleiter für Europa im AM, Hasegawa; Chef des Planungsstabes, Arai; Dolmetscher: Herr Nakane.

Auf deutscher Seite: StS Dr. Tietmeyer; StS Ost; MD Teltschik; MDg Dr. Neuer als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* begrüßte Premierminister Nakasone und bemerkte einleitend, er wolle mit ihm die Frage des Abrüstungsprozesses besprechen.

23 Zu den GATT-Verhandlungen vgl. Dok. 92, Anm. 7.
In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 10. Juni 1987 wurde vermerkt, das multilaterale Welthandelssystem stehe an einem Wendepunkt: „Wenn es nicht gelingt, der zunehmenden Aufweichung der GATT-Disziplin und den protektionistischen Vorstößen in den Mitgliedsländern Einhalt zu gebieten sowie die GATT-Regeln den neuen weltwirtschaftlichen Verhältnissen (Wachstum des Dienstleistungssektors) anzupassen, würde das GATT rapide an Bedeutung verlieren und einem entfesselten Protektionismus, Bilateralismus und Sektorialismus weichen. […] Ein Scheitern der U[ruguay]-R[unde] würde die Bundesrepublik Deutschland besonders treffen: Der Anteil der direkt oder indirekt (Vorleistungen) von der Ausfuhr ausgelösten Produktion an der Bruttoproduktion beträgt derzeit 29 %, ein Viertel der Erwerbstätigen ist direkt oder indirekt für die Ausfuhr tätig. Die IL werden die Interessen der EL an der Runde (Zölle, Agrarhandel, Textilien und Bekleidung, tropische Erzeugnisse) nicht vernachlässigen dürfen, wollen sie nicht Bremsmanöver in den Bereichen provozieren, deren Liberalisierung für die IL interessant ist (Dienstleistungen und andere neue Themen).“ Vgl. Referat 411, Bd. 160541.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 9. Juni 1987 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik.“
Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 11. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] GL 21 z[ur] K[enntnisnahme], dann z[u] d[en] A[kten].“
Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 8. bis 10. Juni 1987 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig auf. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 171 und Dok. 176.
Für die Gespräche Kohls mit Präsident Reagan und Staatspräsident Mitterrand am 8. bzw. 9. Juni 1987 am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 164 und Dok. 166.

PM *Nakasone* erklärte sich hiermit einverstanden und bat den Bundeskanzler um Darstellung seiner Position.

Der *Bundeskanzler* führte aus, man könne nur über Abrüstung sprechen, wenn man gleichzeitig die sowjetische Politik beurteile. Dort seien die Dinge im Fluß. Gorbatschow versuche, vieles in Bewegung zu bringen. Was für Erfolge er haben werde, könne man jetzt noch nicht sagen. Wichtig sei es, die sowjetische Politik aufmerksam zu beobachten und klug auf die Entwicklung dort zu reagieren. Im Westen, insbesondere in Europa, würden zwei Positionen vertreten, die beide falsch seien.

Nach der einen Meinung habe sich in der Sowjetunion überhaupt nichts geändert. Nach der anderen Auffassung habe sich dort seit Gorbatschow alles geändert. Der Bundeskanzler leitete zu Abrüstungsfragen über und bemerkte, er sei schon immer für eine Null-Lösung für Mittelstreckenraketen mit längerer Reichweite gewesen. Er habe dies versprochen und habe sein Versprechen gehalten. Er wolle keinen Hehl daraus machen, daß er es für falsch halte, nicht eine globale Null-Lösung für die Mittelstreckenraketen längerer Reichweite vorzusehen und 100 Systeme auf beiden Seiten beizubehalten. Er glaube, mit dieser Auffassung stimme er mit Ministerpräsident[3] Nakasone überein. Es scheine, die USA seien bereit, bei diesem Punkt einen Kompromiß zu schließen. Die doppelte Null-Lösung habe für uns große psychologische Probleme. Bei einer doppelten Null-Lösung würde bei uns die Frage gestellt werden, warum man nicht eine dreifache Null-Lösung verwirkliche, d. h., warum nicht auch eine Null-Lösung für die Kurzstreckenraketen. Dies sei für uns ein innenpolitisches Problem. Die Friedensbewegung und deren Sympathisanten – der gleiche Personenkreis, der 1983 gegen die Stationierung gekämpft habe – würden hierfür auf die Straße gehen. Heute applaudierten sie den USA und morgen würden sie die dreifache Null-Lösung verlangen. Er hoffe, daß die USA ihre Zusage einhalten, die 72 PIa außerhalb der Verhandlungen zu halten und sich für ein weltweites Verbot der chemischen Waffen und die konventionelle Abrüstung unter Beseitigung der Disparitäten[4] einsetzen werden. Er sei für den baldigen Abschluß eines Vertrags über die Begrenzung der Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite. Dieser Vertrag dürfe nicht überfrachtet werden. Man dürfe sich aber auch von der sowjetischen Seite nicht so unter Zeitdruck setzen lassen, daß sie die Bedingungen diktiere. Gorbatschow habe die Wahltermine genau vor Augen. Vor jeder Wahl plaziere er einen neuen Vorschlag. Es sei jedoch sehr bedenklich, innenpolitische Fragen mit der Sicherheitsproblematik zu verknüpfen.

PM *Nakasone* dankte dem Bundeskanzler für seine Ausführungen.

Er sei für eine Null-Lösung betreffend die Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite auf globaler Basis. Asien und Europa müssen gleich behandelt werden. Was die Systeme einer Reichweite unter 500 km angehe, sei die japanische Haltung, daß zuerst innerhalb der NATO zusammen mit der Frage der konventionellen Abrüstung und des Verbots chemischer Waffen eine Konzeption gefunden werden müsse. Zwischen den USA und der Sowjetunion werde die Frage diskutiert, die Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite

3 Korrigiert aus: „Präsident".
4 Korrigiert aus: „Disponitäten".

in Europa auf Null zu reduzieren, in Asien jedoch 100 sowjetische Systeme beizubehalten. Die Amerikaner wollten 100 Systeme in Alaska aufstellen. Er habe schon die Position eingenommen, die Null-Lösung für Europa zu akzeptieren unter Beibehaltung bzw. Stationierung von 100 Systemen in Asien und Alaska. Auch wenn die japanische Seite hiermit einverstanden sei, so nur unter der Bedingung, daß es sich nicht um eine endgültige Regelung handele. Die Frage sei auch, wie und wo die 100 Systeme im asiatischen Teil der Sowjetunion stationiert werden sollten. Auch sie müßten auf Null reduziert werden. Er sehe ein großes Problem in der Verifikation.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete die Verifikationsfrage als große Klippe, zumal die Sowjetunion sich das Recht vorbehalten wolle, die Systeme im europäischen Teil der Sowjetunion zu testen. Hier stecke ein gewaltiger Pferdefuß.

PM *Nakasone* bemerkte, dies sei für ihn ebenfalls klar; deshalb plädiere er für eine globale Null-Lösung. Eine zweite Frage, auf die er den Bundeskanzler ansprechen wolle, sei die Frage der Sicherung der Schiffahrt im Persischen Golf.

Der *Bundeskanzler* unterstrich das deutsche Interesse an der Offenhaltung der Straße von Hormuz. Wir seien auch im höchsten Maße an einer Beendigung des Krieges zwischen Iran und Irak interessiert. An diesem Konflikt seien wir in keiner Weise beteiligt, auch nicht mit Waffenlieferungen. Er sehe die Gefahr des Fundamentalismus. Jetzt sei es wichtig, die Position des Generalsekretärs der Vereinten Nationen[5] zu unterstützen, um zu einem Friedensschluß zu kommen. Alle politischen Mittel, über die man verfüge, müßten jetzt eingesetzt werden. Die Entsendung von Truppen oder Schiffen sei für uns wegen der Bestimmungen unseres Grundgesetzes nicht möglich.[6]

PM *Nakasone* stellte die Frage, ob wir an eine finanzielle Unterstützung dächten.

Der *Bundeskanzler* fuhr in seinen Erläuterungen fort und führte aus, wir könnten zwar keine Kriegsschiffe in den Golf entsenden, wie das von einigen in den USA in die Diskussion gebracht worden sei, aber wir könnten im Wege der Arbeitsteilung in der NATO helfen. Den einzelnen Mitgliedsländern der NATO obliege die Sicherung bestimmter Schiffahrtswege. Was er für möglich und richtig halte, sei die zusätzliche Unterstützung der Vereinigten Staaten im Bereich des Atlantiks. Dann würden US-Schiffe für den Golf frei. Wenn wir dies täten, würde dies eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung bedeuten. Er halte aber ein solches Vorgehen für absolut korrekt. Deutschland beziehe zur Zeit ca. 6–8% seiner Erdölimporte über die Straße von Hormuz. Er wolle nochmals betonen, wie wichtig es sei, die Position des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu unterstützen. Die Wahrheit sei, daß viele durch ihre Waffenlieferungen zur Fortdauer des Konflikts beigetragen hätten.

PM *Nakasone* wies darauf hin, daß die japanische Verfassung den Einsatz von Kriegsschiffen außerhalb der japanischen Gewässer untersage.[7] Japan beziehe

5 Javier Pérez de Cuéllar.

6 Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

7 Vgl. Artikel 9 der japanischen Verfassung vom 3. November 1946, in dem Japan für alle Zeiten auf Krieg und die Androhung oder Anwendung von Gewalt zur Lösung internationaler Streitfragen und daher auf die Aufstellung von Land-, See- und Luftstreitkräften verzichtete; CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 512.

ca. 55% seiner Erdölimporte aus dem Golf. Japan sei der größte Bezieher von Erdöl aus dieser Region. Deshalb prüfe er, was im Rahmen der japanischen Verfassung möglich sei. In Frage käme z. B. eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Golf-Staaten oder die Aufstockung der Ölreserven. Wenn im Rahmen der Vereinten Nationen eine internationale Vereinbarung bezüglich der Sicherheit der Schiffahrt im Golf abgeschlossen würde, könne Japan vielleicht auch hierzu einen finanziellen Beitrag leisten. Die Lage Japans sei zwar von der deutschen Lage verschieden, weil Japan vom Golföl stärker abhängig sei. Sie sei aber insofern mit der deutschen Lage vergleichbar, weil beide Staaten keine Kriegsschiffe in den Golf entsenden könnten. PM Nakasone schlug vor, die Konsultationen über diesen Komplex fortzusetzen.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich hiermit einverstanden.

PM *Nakasone* sprach das Deutsch-Japanische Zentrum in Berlin an.[8] Die Eröffnung sei für November 1987 vorgesehen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete dies als eine sehr gute Sache.

PM *Nakasone* fuhr fort, die Eröffnungsfeier werde am 8. November 1987 stattfinden. Aus diesem Anlaß werde Prinz Hiro, der älteste Sohn des Kronprinzen, nach Berlin reisen.[9] Diese Information sei noch streng vertraulich. Die deutsche Seite habe zuvor eine Einladung an das Kronprinzenpaar[10] gerichtet. Das Kronprinzenpaar habe sie leider nicht annehmen können, da es eine wegen Erkrankung des Kronprinzen verschobene Reise in die USA im Herbst nachholen müsse. Statt dessen werde der Enkel des Kaisers[11], der künftige Kronprinz, nach Berlin reisen. Er halte es für einen Beitrag zur Entwicklung der deutsch-japanischen Beziehungen, wenn Prinz Hiro aus diesem Anlaß Berlin besuche.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich.

PM *Nakasone* betonte das Interesse der japanischen Bevölkerung an der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu Deutschland. Was die wirtschaftlichen Fragen angehe, habe die japanische Regierung kürzlich einen Maßnahmenkatalog veröffentlicht. Ein Nachtragshaushalt von 5 Billionen Yen sei vorgesehen. Es sei auch vorgesehen, daß Japan in den nächsten drei Jahren 500 Millionen

8 In ihrem Gespräch am 1. November 1983 in Tokio bestätigten Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Nakasone ihre Absicht, das Grundstück der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin (West) zur Errichtung einer deutsch-japanischen Begegnungsstätte zu nutzen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 323.
Zum Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB) vermerkte Referat 341 am 29. Oktober 1987: „Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Nakasone wurde das JDZB als private Stiftung deutschen Rechts am 15. Januar 1985 in Berlin gegründet. Zweck der Stiftung ist, ‚die japanisch-deutsche und internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Kultur sowie ihres Zusammenhanges mit dem Wirtschaftsleben zu fördern und zu vertiefen'. […] Das Auswärtige Amt stellt den GS Graf Brockdorff. Es ist im Stiftungsrat gegenwärtig durch StS Sudhoff und Botschafter Dr. Hallier vertreten. […] Gemäß den Vereinbarungen übernehmen Japan die Kosten für den Wiederaufbau der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin (ca. 40 Mio. DM – davon werden ca. 25% durch den jap[anischen] Wirtschaftsdachverband Keidanren aufgebracht), der Senat von Berlin das Stiftungskapital (15 Mio. DM), beide Seiten anteilig je zur Hälfte die laufenden Kosten (ca. 4 Mio. DM jährlich bei Vollbetrieb)." Vgl. Referat 341, Bd. 142638.

9 Prinz Naruhito (Prinz Hiro) hielt sich ab 7. November 1987 zu einem dreitägigen Besuch in der Bundesrepublik bzw. in Berlin (West) auf.

10 Akihito und Michiko.

11 Hirohito.

Dollar an die Länder südlich der Sahara zahle. Für die Beschaffung von Stellen im öffentlichen Bereich sei im Nachtragshaushalt ein Betrag von 1 Mrd. Dollar vorgesehen. Was die Marktöffnung angehe, sei schon viel getan worden. Japan werde weiterhin sein Bestes versuchen.

Der *Bundeskanzler* führte aus, die deutsche Seite habe alles, was sie auf den letzten Gipfeln versprochen habe, eingelöst. Nach der Verabschiedung eines weiteren Gesetzes, das eine Steuersenkung in Höhe von 28 Mrd. DM vorsehe, und einer weiteren Steuersenkung hätten wir bis zum 1.1.1990 insgesamt Steuersenkungen in Höhe von 50 Mrd. DM vorgenommen.[12]

Als er 1982 Bundeskanzler geworden sei, habe er eine katastrophale Haushaltslage vorgefunden. Der Haushalt sei mit dramatischen Maßnahmen einigermaßen in Ordnung gebracht worden. Dann habe er die Steuersenkungen in Angriff genommen. Steuersenkungen dieses Ausmaßes habe es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben. Sie machten ca. 2,5% des BSP aus. Auch der Geldwert sei stabil. Die Inflationsrate betrage Null oder 0,2%. In den letzten 20 Monaten habe es gewaltige Probleme mit dem Dollar-Kurs gegeben. Er sei von etwa 2,70 DM auf 1,80 DM abgesunken. Dies habe erhebliche Erschwernisse für den deutschen Export bedeutet. Deutschland sei an monetärer Stabilität sehr interessiert. Er werde auf keinen Fall den Fehler seines Vorgängers[13] wiederholen, der eine Politik gemacht habe, deren Folgen er, der Bundeskanzler, habe tragen müssen, nämlich eine hohe Inflationsrate. Die Binnenkonjunktur laufe gut. Er glaube, wir könnten dieses Jahr in die Nähe des gesetzten Zieles kommen. Das Grundproblem bei den USA bestehe in dem hohen Haushaltsdefizit und im Herunterreden des Dollar. Er verstehe auch nicht die jüngste Äußerung des neuen amerikanischen Notenbankchefs Greenspan, der für 1989 eine Rezession vorhersehe.[14] Dabei habe man schon von Erhard gelernt, daß 50% der Beeinflussung einer modernen Volkswirtschaft in Psychologie bestehe. Was jetzt gebraucht werde, sei ein realistischer Optimismus und nicht Pessimismus.

PM *Nakasone* stimmte dem Bundeskanzler zu. Japan habe ebenfalls die Vereinigten Staaten aufgefordert, ihren Schuldenberg abzubauen. Wenn dies nicht geschehe, werde es weiterhin Schwierigkeiten mit dem Dollar-Kurs geben.

Der *Bundeskanzler* wiederholte, die Sieben müßten nur das durchführen, was sie in Williamsburg[15], London[16], Bonn[17] und Tokio[18] beschlossen hätten. Wenn jedes

12 Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.
Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

13 Helmut Schmidt.

14 In der Presse wurde berichtet: „The selection of Alan Greenspan, installing ‚Dr. Pain' at the Federal Reserve, is the reaction of a caretaker administration more interested in damage control than its long-range economic strategy. Dr. Greenspan is an odd choice for an administration consecrated to economic growth. While his ideological orientation has grown indistinct over 20 years as a national economic headliner, Greenspan has consistently tilted toward austerity. He has publicly predicted a post-election recession in 1989 and privately added that it might be necessary." Vgl. den Artikel „Why Greenspan?"; THE WASHINGTON POST vom 5. Juni 1987, S. A 27.

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

16 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 170 und Dok. 171.

17 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 112 und Dok. 113.

18 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

Mitgliedsland seine Hausaufgaben mache, komme alles in Ordnung. Er wolle keine Experimente machen. Er brauche viel politische Kraft, um die Steuersenkungen durchzuführen. Der Bundeskanzler machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die in dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland dadurch entstünden, daß die Bundesländer finanziellen Beschlüssen zustimmen müßten. Ende dieses Jahres seien seit seinem Regierungsantritt 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Es gebe bei uns jedoch zu viele Arbeitslose, die dies nicht wirklich seien. Das System müßte geändert werden; dies sei jedoch sehr schwierig. Ein weiteres Problem sei der Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen. Die Kosten müßten gesenkt werden. Diese Frage müsse bis zum kommenden Winter geregelt sein, damit bis zu den nächsten Bundestagswahlen im Jahre 1990 die Auswirkungen zu spüren seien.

PM *Nakasone* dankte dem Bundeskanzler für das positive Gespräch und verabschiedete sich.

Das Gespräch endete nach 45 Minuten Dauer.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

166

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Venedig

Geheim **9. Juni 1987**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand am 9. Juni 1987 von 8.35 bis 9.15 Uhr in Venedig[2]

Teilnehmer: Jacques Attali, Berater des Präsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Frau Stoffaës, Dolmetscherin; Frau Siebourg, Dolmetscherin.

Präsident *Mitterrand* und *Bundeskanzler* äußerten sich besorgt über die gemeinsame Diskussion der Staats- und Regierungschefs am gestrigen Abend.[3] Präsident *Mitterrand* sprach von ein bis zwei tragischen Stunden, die man zusammen verbracht habe. Sie seien ihm wie eine Apokalypse vorgekommen. Er sei sehr besorgt gewesen.

Präsident Mitterrand erinnerte den Bundeskanzler noch einmal an seine gestrigen Ausführungen zu Fragen der NATO-Strategie. Er habe in dem Kreis der Staats- und Regierungschefs bewußt eine andere These entwickelt als der ameri-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 9. Juni 1987 gefertigt.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 8. bis 10. Juni 1987 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig auf. Für die Gespräche Kohls mit Präsident Reagan und Ministerpräsident Nakasone am 8. Juni 1987 am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 164 und Dok. 165.

3 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

kanische Präsident[4], weil er nicht an die Strategie der flexible response[5] glaube. Ein nuklearer Erstschlag müsse sowjetisches Territorium so treffen, daß die Sowjetunion nur noch vor der Alternative stünde, ihre eigenen strategischen Systeme einzusetzen. Flexible response dagegen heiße, daß ein nuklearer Krieg nach Europa geholt werde, und dieser werde in der Bundesrepublik Deutschland beginnen. Nur wenn das sowjetische Territorium selbst bedroht werde, könne man von einer wirklichen Abschreckung sprechen.

Margaret Thatcher sei über seine Ausführungen erstaunt gewesen. Er sei jedoch davon überzeugt, daß die strategischen Systeme die einzig wirksamen Waffen seien. Dagegen seien die nuklearen Mittelstreckensysteme von keinem großen Nutzen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sehr ähnlich denke. Man müsse jedoch die psychologischen Wirkungen bedenken, wenn man über diese Fragen öffentlich diskutiere. Der eigentliche Fehler läge bereits bei der ersten Null-Lösung.

Präsident *Mitterrand* erinnerte daran, daß INF keinen anderen Sinn und Zweck gehabt haben, als die SS-20 zu neutralisieren. Dies sei gelungen, und damit sei es auch gut. Wenn allerdings die Sowjetunion solche Systeme aufrüste, dann müsse dies der Westen auch tun.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete als wichtigste Schlußfolgerung aus der Diskussion der letzten Monate die Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gelte im besonderen für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Er verstünde sie jedoch nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zur Zusammenarbeit innerhalb der Allianz.

Präsident *Mitterrand* erklärte sich bereit, ein solches Gespräch über eine engere Zusammenarbeit zu führen.[6]

Der *Bundeskanzler* leitete auf die bevorstehenden Gespräche der Staats- und Regierungschefs über. Im Mittelpunkt der heutigen Gespräche sollten aus seiner Sicht zwei Themen stehen: die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industrieländer und die Verschuldungsproblematik der Dritten Welt.

Präsident *Mitterrand* stimmte zu. Er beklagte, daß die USA ständig viele Forderungen aufstellten: Japan solle nicht zuviel exportieren; die Bundesrepublik Deutschland solle ihre Wirtschaft stimulieren, während die USA selbst keinerlei Anstrengungen unternehmen würden. Dabei wäre es besonders wichtig, wenn die USA endlich ihr Außenhandelsdefizit regeln würden. Alle anderen Probleme, z. B. Zinsentwicklung usw., hingen davon ab. Die Frage des amerikanischen Außenhandelsdefizits sei gewissermaßen das Oberproblem. Darüber müsse heute geredet werden, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Präsident *Mitterrand* fuhr fort: Solange der amerikanische Haushalt nicht korrigiert würde, bliebe alles beim alten. Die Amerikaner versuchten nie, das Problem direkt zu lösen. Auch die Japaner würden sich ständig ihren Verpflichtungen entziehen. Sie verbinden das mit ihrer entwaffnenden Höflichkeit.

Also werde man sich heute wieder zusammensetzen wie so häufig. Dies sei ja auch ganz nett.

4 Ronald W. Reagan.
5 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.
6 Zu den deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 24. Juli 1987 vgl. Dok. 223.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß man heute auch über die Äußerungen des neuen Vorsitzenden der Federal Reserve Bank, Greenspan, sprechen müsse, der bereits eine Rezession für die nächsten zwei Jahre angekündigt habe.[7] Mit solchen Äußerungen rede man sie geradezu herbei.

Präsident *Mitterrand* sprach noch einmal die Frage der deutsch-französischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich an. Am 24. September 1987 werde man sich anläßlich des deutsch-französischen Manövers „Kecker Spatz" treffen.[8] Er schlage vor, daß sie beide noch einmal vorher zusammenkommen und über weitere Schritte in der militärischen Zusammenarbeit sprechen sollten. Diese Gespräche und Kontakte sollen diskret sein. Der *Bundeskanzler* und Präsident *Mitterrand* vereinbarten, daß Attali und Teltschik dieses Gespräch vorbereiten sollten.[9]

Präsident *Mitterrand* fügte hinzu, daß sie mit diesen Gesprächen sicher keine Revolution auslösen würden. Wichtig sei, Bewegung anzudeuten und jetzt einen Schritt weiter zu gehen, um damit die Gesamtrichtung anzugeben. Beide Seiten sollten die Möglichkeiten für die Integration der Armeen untersuchen. Man sollte jetzt kleine, aber bedeutsame Schritte tun.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sich als Modell die Integration einer gemeinsamen Division vorstellen könne.[10] Er werde mit seiner Regierung darüber sprechen, fuhr Präsident *Mitterrand* fort. Er habe mit dem Premierminister[11] schon öfters darüber gesprochen. Dieser sei nicht dagegen, aber wohl Teile seiner Regierung. Präsident Mitterrand bekräftigte noch einmal, daß er entschlossen sei, die Dinge jetzt voranzutreiben.

Wir sollten jetzt ein gemeinsames Signal setzen, erklärte der *Bundeskanzler*. Lassen Sie uns an dieser Sache weiterarbeiten, beendete Präsident *Mitterrand* das Gespräch.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

7 Zu den Äußerungen des designierten Präsidenten der amerikanischen Notenbank, Greenspan, vgl. Dok. 165, Anm. 14.

8 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz", die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

9 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 30. Juni 1987 am Rande der Tagung des Europäischen Rats in Brüssel zusammen. Vgl. dazu Dok. 189.

10 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

11 Jacques Chirac.

167

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim

209-360.91 ISR-1323/87 geheim **9. Juni 1987**

Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung[1]

Betr.: Rüstungskooperation mit Israel[2]

Bezug: Ihre Frage auf dem DB Nr. 555 vom 27.5.1987 aus Tel Aviv

Anlg.: 1 (DB der Botschaft Tel Aviv – Nr. 555 – 209-360.91 ISR-1218/87 VS-v vom 27.5.1987) – nur beim Original[3]

1) Angesichts der Vertraulichkeit der Kontakte zwischen verschiedenen Vertretern der Bundesregierung und israelischen Vertretern in rüstungsrelevanten Fragen ist es auf Arbeitsebene nicht möglich, einen sicheren Überblick über Gegenstand und Tragweite dieser Kontakte zu gewinnen. Anhand der z. T. vorliegenden Berichterstattung unseres Militärattachés in Tel Aviv[4] sowie Gesprächen in der Rüstungsabteilung des BMVg ergibt sich folgendes Bild.

2) Zwischen deutschen und israelischen amtlichen Stellen gibt es seit etwa 20 Jahren einen Informationsaustausch über militärisch relevante Technologien. Dabei geht es zum einen um den Erwerb von Beutematerial der Israelis, also von Rüstungsgütern mit Ursprung im WP. Dies scheint weitgehend über den BND abgewickelt zu werden. Näheres ist darüber nicht bekannt.

Zum anderen geht es um die Gewinnung von Informationen über die Kriegserfahrung der Israelis mit Waffen und Technologien, die auch in den Armeen des Bündnisses verwendet werden. Dabei versucht die Bundeswehr nicht nur technische Informationen zu gewinnen, sondern auch Aufschluß über die für den

1 Hat Staatssekretär Sudhoff am 10. Juni 1987 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat von Arnim handschriftlich vermerkte: „B[itte] Anruf."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 10. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS R[uhfus] hat 3. Ausfertigung erhalten."
Hat Arnim am 15. Juni 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt." Weiter notierte er: „Wir müssen darauf achten, daß das BMVg die entsprechenden politischen Entscheidungen einholt, bevor es die existierende Kooperation auf eine Vertragsbasis irgendeiner Art stellt." Ferner verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Vorwerk und Legationssekretär Mafael.
Hat Vorwerk vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Schwer, wenn sich alles ohne unser exaktes Wissen abspielt."
Hat Mafael am 17. Juni 1987 vorgelegen.

2 Zur Rüstungskooperation der Bundesrepublik mit Israel vgl. zuletzt AAPD 1986, II, Dok. 232.

3 Dem Vorgang beigefügt. Oberstleutnant i. G. Klenner, Tel Aviv, berichtete, Staatssekretär Timmermann, Bundesministerium der Verteidigung, habe Israel vom 10. bis 13. Mai 1987 auf Einladung des Generaldirektors im israelischen Verteidigungsministerium, Ivri, besucht: „Israelischerseits zielte der Besuch auf eine Bestandsaufnahme bestehender Rüstungskooperation und eine Konkretisierung und Intensivierung bestimmter Schritte der Zusammenarbeit bei einzelnen Projekten. Die israelische Seite erhofft sich neue Impulse der Zusammenarbeit mit dem aus israelischer Sicht zur Zeit wichtigsten Kooperationspartner in Europa. Die israelischen Erwartungen sind vermutlich erfüllt worden, der Besuch wird als erfolgreich bewertet." Staatssekretär Sudhoff notierte auf dem Drahtbericht: „Welche Kooperationen im Rüstungsbereich gibt es?" Vgl. VS-Bd. 11926 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Dietmar Klenner.

Einsatz am besten geeignete militärische Taktik. Neben der Rüstungsabteilung des BMVg sind hieran auch die Führungsstäbe der Bundeswehr interessiert.

3) Seit einigen Jahren hat sich der Informationsaustausch erheblich intensiviert. BM Dr. Wörner[5], StS Dr. Rühl[6], StS Prof. Dr. Timmermann sowie die MD Dr. Schnell und Dr. Runge aus der Rüstungsabteilung sind zu Besuch in Israel gewesen. Dort wurden ihnen israelische Rüstungsgüter vorgeführt. Auf der Arbeitsebene hat es daneben wohl eine Reihe von Kontakten der Spezialisten aus dem Bundeswehrbeschaffungsamt und den Erprobungsstellen der Bundeswehr mit israelischen Experten gegeben.

4) Diesen Kontakten liegen bisher weder ein Rahmenabkommen über Rüstungskooperation noch jeweils projektbezogene Einzelabkommen zugrunde, wie sie vom BMVg in großer Zahl mit fremden Staaten geschlossen werden. Es handelt sich bisher lediglich um einen informellen, in einigen Technologiebereichen jedoch wohl intensiven Informationsaustausch.

5) Die für beide Teile offenbar interessanten Bereiche sind die der Drohnen und der intelligenten Munition.

a) Die Zusammenarbeit im Bereich der Drohnen, also von relativ langsam fliegenden, unbemannten Flugzeugen für verschiedene Zwecke, hat sich zunächst Ende der 60er Jahre als reine Industriekontakte entwickelt, als Dornier auf eigene Initiative begann, Drohnen für Aufklärungszwecke zu entwickeln. Diese Kontakte der Industrien waren so eng, daß es den Israelis gelang, mit Hilfe der erworbenen Kenntnisse Aufklärungsdrohnen zu entwickeln, die sie insbesondere während der Invasion des Libanon 1982[7] erfolgreich eingesetzt haben. Seit wenigen Jahren entwickeln nun MBB und Dornier im Auftrag des BMVg Drohnen mit erheblich größeren Reichweiten nicht nur als Aufklärungs-, sondern auch als Kampfdrohnen, z. B. zur Bekämpfung von Radarstationen. Israel ist an dieser Technologie offenbar besonders interessiert.

b) Im Munitionsbereich gibt es einen Austausch von Lizenzen[8] zwischen deutschen (Rheinmetall, Diehl) und israelischen Unternehmen. Die Israelis sind offenbar relativ weit bei der Entwicklung von endphasengelenkter „intelligenter" Munition verschiedener Art (Bomben, Granaten, Flugkörper). Hier gibt es ein deutsches Interesse.

c) Aufbauend auf einem langjährigen Informationsaustausch über Panzertechnologie, hat sich Israel Anfang der 80er Jahre stark um die Technologie der 120-mm-Glattrohrkanone des Leopard 2 bemüht. Der BSR hat die erforderliche Genehmigung jedoch versagt. In letzter Zeit geht es vermehrt um sogenannte „aktive" Zusatzpanzerungen, die die Israelis offenbar z. T. auf der Basis deutscher Technologien erfolgreich eingesetzt haben, wo aber nach wie vor ein deutscher Vorsprung zu bestehen scheint.

5 Bundesminister Wörner besuchte Israel vom 6. bis 10. April 1986. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 98.

6 Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, hielt sich vom 8. bis 15. Dezember 1984 in Israel auf.

7 Korrigiert aus: „1983".
Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

8 Die Wörter „Austausch von Lizenzen" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In welcher Richtung? KWKG? AWG? frei?"

6) Von diesem Informationsaustausch zu unterscheiden ist der Wunsch der Israelis, moderne U-Boote für ihre Marine zu erwerben (Projekt „Dolphin“). Sie haben zunächst versucht, mit amerikanischer Militärhilfe finanzierte U-Boote mit konventionellem Antrieb in den USA bauen zu lassen. Das Pentagon hat diesen Wunsch jedoch immer abgeblockt, weil in den USA seit Jahrzehnten nur noch nuklear angetriebene U-Boote gebaut werden. Die US-Marine will verhindern, daß in den USA erneut eine Kapazität für konventionell angetriebene U-Boote entsteht, weil sie befürchtet, daß sie dann selbst gezwungen werden könnte, – erheblich billigere – konventionelle U-Boote zu beschaffen.

Das Pentagon hat deshalb versucht, ausländische Hersteller, die konventionelle U-Boote bauen, für den Verkauf ihrer Technologie an Israel zum Bau der Boote dort, finanziert mit US-Militärhilfe, zu gewinnen. Seit einiger Zeit gibt es hierzu offenbar intensive Kontakte von Amerikanern und Israelis mit HDW, über die die Bundesregierung (BMVg, ChBK, AA, auf Leitungsebene) wohl unterrichtet ist.

Dieses Projekt stagniert jedoch seit einiger Zeit, weil Israel bisher die Masse der US-Militärhilfe für die Produktion eines in Israel entwickelten neuen Jagdflugzeuges („Lavi“) verwenden will, so daß für die U-Boot-Wünsche der Marine nicht genügend Mittel zur Verfügung stünden. Das Pentagon versucht allerdings offenbar massiv, die Israelis zur Aufgabe des „Lavi“-Projekts zu veranlassen, weil es keine weitere Konkurrenz zu amerikanischen Flugzeugmustern wünscht und das „Lavi“-Projekt offenbar besonders teuer würde.

Vor diesem Hintergrund rechnet sich die deutsche U-Boot-Industrie deshalb nach wie vor Chancen aus.

7) Bei den Projekten, welche die Israelis bei dem Besuch von StS Prof. Dr. Timmermann als für die Kooperation[9] mit uns besonders interessant bezeichnet haben, geht es um folgendes:

– PzH 90, Panzerhaubitze 90, die deutsche Entwicklung einer modernen Panzerhaubitze.
– Anti-Radar-Drohne (siehe oben).
– Aufklärungs-Drohne (FLIR), „Forward-Looking-Infra-Red“, eine mit einem in Flugrichtung blickenden Infra-Rot-Sensor ausgerichtete Drohne. (Das Ziel muß so nicht überflogen werden.)
– AMGB, „Advanced Modular Glide Bomb“, eine Technologie für zielsuchende Bomben.
– „Top Attack Technology“. Panzer sind vor allem von vorn und an den Seiten stark gepanzert. Verwundbarste Stelle ist das Turmdach. Deshalb werden Raketen entwickelt, die Panzer „von oben“ angreifen.
– ADMs[10], Barak, ATM[11]-Technologie, also Flugkörper gegen Flugkörper (nicht gegen ballistische Raketen).
– Stratus, ein Zeppelin für Aufklärung und elektronische Kampfführung.

9 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt ‚Kooperation‘?“
10 Atomic Demolition Munition.
11 Anti-Tactical Missile.

– Delila, Täuschkörper, mit denen Radar gestört wird.
– 60-mm-Kanone, eine moderne Kanone.
– Dolphin (siehe oben).

8) Auf Arbeitsebene wird im BMVg vermutet, der neue israelische Gesandte werde nicht nur zum Erwerb deutschen Know-hows entsandt, sondern solle auch versuchen, dem israelischen Rüstungsexport den NATO-Markt in Europa zu öffnen, da dies z. B. von Paris oder London wegen der starken nationalen Industrien schwerer sei. Im übrigen scheinen Israelis unserem Militärattaché in Tel Aviv zu verstehen gegeben zu haben, die Entsendung von Herrn Miron sei in Bonn vorgeklärt worden.[12]

v. Arnim

VS-Bd. 11926 (209)

168

Legationsrat I. Klasse Ulrich an Bundesminister Genscher, z. Z. Reykjavik

210-362.05 VS-NfD **Aufgabe: 10. Juni 1987, 09.18 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 29
Citissime nachts[2]

Betr.: Vierertreffen über Deutschland- und Berlin-Fragen am 11.6.1987[3]

Hiesiger US-Botschafter[4] übermittelte am 9.6. folgenden Text einer Botschaft von AM Shultz an BM:

„As you know the President has sent letters to Prime Minister Thatcher, President Mitterrand and Chancellor Kohl informing them about various components of a Berlin Initiative which the President will refer to in his June 12 speech at the Brandenburg Gate.[5] Ambassador Burt has also been discussing the idea of a Berlin Initiative with your colleagues in Bonn.

12 Zur Rüstungskooperation der Bundesrepublik mit Israel vgl. ferner Dok. 265.

1 Durchdruck.
2 Das Wort „nachts“ wurde handschriftlich eingefügt.
3 Für das Gespräch der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Reykjavik vgl. Dok. 170.
4 Richard R. Burt.
5 In seiner Rede vor dem Brandenburger Tor führte Präsident Reagan aus: „There is one sign the Soviets can make that would be unmistakable, that would advance dramatically the cause of freedom and peace. General Secretary Gorbachev, if you seek peace, if you seek prosperity for the Soviet Union and Eastern Europe, if you seek liberalization: Come here to this gate! Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!“ Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 635. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 412.

We wish to work closely with all of you to fashion a realistic proposal to present to the Soviets. I think it might be appropriate for us to discuss this Initiative briefly at our meeting in Reykjavik on Berlin matters on June 11. I understand that our Political directors and Berlin experts will discuss it prior to our meeting.

Soon after Reykjavik we should begin to develop an agreed position and specific proposals to put to the Soviets.

We also anticipate press inquiries about the Berlin Initiative subsequent to the President's speech. Our own intention is to respond only in the most general terms along the following lines:

In his June 12 speech at the Brandenburg Gate President Reagan challenges the Soviets to lower the barriers that divide Europe and particularly Berlin. He suggests possible steps to open up East-West contacts within Berlin to expand Berlin's role as world meeting place and to improve the vital air access to and from West Berlin, developing West Berlin as an aviation hub.

The speech speaks for itself. We are consulting with our British, French and German allies.

As the President said in his speech, we call on the other side to join with us in overcoming barriers and opening Berlin still further to all of Europe, East and West.

I hope this approach is agreeable."[6]

Ulrich[7]

Referat 210, Bd. 145177

6 Zum Fortgang der Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 342.
7 Paraphe.

169

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac

11. Juni 1987[1]

Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Chirac am Donnerstag, den 11. Juni 1987[2]

Teilnehmer auf französischer Seite: PM Chirac; Finanzminister Balladur; Herr Bujon de l'Estang; Herr Trichet, Mitarbeiter von M. Balladur; Herr Rodeau, Berater von PM Chirac in Wirtschaftsfragen; Dolmetscher: Herr Weiser.

Auf deutscher Seite: BM Stoltenberg; BM Schäuble; StM Stavenhagen (trat später hinzu); MD Teltschik; MDg Dr. Neuer als Note-taker; Dolmetscherin: Frau Schiller (BMWi).

PM *Chirac* bemerkte auf Aufforderung des Bundeskanzlers einführend, daß drei Themen zur Diskussion stünden, und zwar die Agrarprobleme, Haushalt sowie Wirtschafts- und Währungsprobleme im weiteren Sinne. Am 12. Juni würden die Landwirtschaftsexperten in Bonn zusammentreten. Er wolle die gegenwärtige Situation einmal aufzeigen. Zwischen Deutschland und Frankreich bestünden erhebliche Meinungsunterschiede in allen genannten Punkten. Dies zu einer Zeit, wo die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ausgezeichnet seien. Es müsse eine Lösung für die anstehenden Probleme gefunden werden. Frankreich könne die halbe Wegstrecke den Deutschen entgegengehen. Kiechle tue sich jedoch schwer. Er verstehe seine Schwierigkeiten. Andererseits müsse man jedoch auf deutscher Seite einsehen, daß die Franzosen nicht einseitig entgegenkommen könnten. Er wisse, daß die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Herbst seien.[3] In Frankreich stünden in naher Zukunft die Präsidentschaftswahlen an.[4]

Deshalb appelliere er nochmals an die deutsche Seite, Frankreich auf halbem Wege entgegenzukommen. Besonders drei Probleme stellten sich, nämlich die Frage des Währungsausgleichs, in der Frankreich Vorschläge gemacht habe[5],

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 15. Juni 1987 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen]."
Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 16. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] GL 21 z[ur] K[enntnisnahme]. 1 Kopie an BM Stoltenberg."
Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 19. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]" verfügte.
Hat Bitterlich vorgelegen.

2 Ministerpräsident Chirac hielt sich am 11. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf.

3 Zu den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag am 13. September 1987 vgl. Dok. 246, Anm. 3.

4 In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

5 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 21. Mai 1987, bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 20. Mai 1987 in Brüssel habe Frankreich eine Lösung für das künftige System der Währungsausgleichsbeträge bzw. den Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge vorgeschlagen, „die eine geringe Erhöhung der Freimarge auf 1,5% (von 1,0%), einen Teilabbau innerhalb 12–18 Monaten nach festen Regeln und den verbleibenden Restabbau durch Ratsentscheidung binnen 24–30 Monaten vorsieht. Zwar will BML hierauf nicht eingehen, doch sollten hier weitere Möglichkeiten der Verständigung gesucht werden." Vgl. Referat 416, Bd. 141990.

die Fettsteuer[6] und die Agrarpreise[7]. Es sei eine sehr schlechte Lösung, wenn man diese Fragen auf dem Europäischen Rat[8] behandeln wolle. Eine zweite Möglichkeit sei, daß es keine neuen Agrarpreise gebe. Diese Lösung sei besser als eine unvernünftige Einigung. Er wolle nochmals wiederholen, daß jeder den halben Weg gehen müsse. Die Einzelheiten könnten auf dem Treffen der Landwirtschaftsexperten am folgenden Tag erörtert werden.

BM *Stoltenberg* bemerkte, der Konflikt um die agrimonetären Fragen und die übrigen Fragen aus dem landwirtschaftlichen Bereich seien verbunden. Für uns sei dies alles eine schwierige innenpolitische Frage. Die Vorschläge zur Senkung des Getreidepreises könnten nicht mit der Frage der Währungsausgleichsbeträge verbunden werden.

PM *Chirac* erklärte, er sei bereit, sich den deutschen Vorschlägen betreffend Getreide anzuschließen.[9] BM *Stoltenberg* fuhr fort, er sei bereit, ein System der Währungsausgleichsbeträge zu akzeptieren, das keine oder nur sehr geringe Auswirkungen auf die Preise habe. Es handele sich hier um ganz prinzipielle Fragen. Eine Mehrheitsentscheidung zur Preissenkung, wie die Kommission und die belgische Präsidentschaft[10] sie vertreten, und der gleichzeitige Abbau der Grenzausgleichsbeträge seien innenpolitisch für uns nicht tragbar. Auf längere Frist könne man ein neues System des Währungsausgleichs anstreben; nicht jedoch jetzt in Verbindung mit einer Preissenkung. Es sei beunruhigend, daß die Kommission und die Mehrzahl der Minister im Agrarrat eine Entscheidung über ein neues System für die Grenzausgleichsbeträge herbeiführen wollten. 1984 sei das jetzige System eingeführt worden.[11] Damals hätten wir uns hierzu unter erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten bereit erklärt. Es sei eine Verbesserung gegenüber dem alten System gewesen, sei jedoch befristet. Die neuen Vorschläge seien sehr beunruhigend. Insbesondere, daß man jetzt ohne Befassung der Finanzminister kurzfristig eine Frage entscheiden wolle, die mit der Problematik des Europäischen Währungssystems zusammenhänge. Drei Punkte seien zu beachten. Zum ersten, was die Agrarpreisentscheidung angehe, seien wir zwar prinzipiell gegen Preissenkungen; eine begrenzte Kompromißmarge sei jedoch vorhanden. Dies sei aber nur vorstellbar, wenn nicht gleichzeitig ein Abbau der Grenzausgleichsbeträge erfolge.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß unser Problem auch die Terminfrage sei.

BM *Stoltenberg* fuhr fort, man könne nicht ohne ausreichende Erörterung kurzfristig ein neues System für die Zukunft einführen. Es sei besser, das jetzige System für ein oder zwei Jahre zu verlängern.

PM *Chirac* erwiderte, er fürchte, eine solche Lösung wäre auch für Deutschland gefährlich. Deutschland sei in Fontainebleau[12] Verpflichtungen eingegangen.

6 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

7 Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Agrarprodukte sowie zu ihren Vorschlägen im agrimonetären Bereich vgl. Dok. 69, Anm. 13.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. Dok. 193.

9 Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Getreide sowie zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 183, Anm. 12.

10 Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

11 Vgl. das Gentlemen's Agreement von 1979 bzw. 1984; Dok. 74, Anm. 31.

12 Zu den EG-Eigeneinnahmen bzw. zu den Beschlüssen des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 25, Anm. 6.

Dort sei D eine Ausnahmeregelung bezüglich der Vorsteuerpauschale zugestanden worden.[13] 1988 werde es einen massiven Druck der deutschen Bevölkerung für eine Verlängerung geben. Alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft seien gegen die Verlängerung. Wenn vorher keine Einigung erfolgt sei, hätte die Bundesregierung keine Aussicht, auch nur einen Teil dieser Regelung zu verlängern. Er sehe also die Gefahr, daß Deutschland im Dezember 1988 seine jetzige feste Haltung des Jahres 1987 teuer würde zu stehen kommen. Für Frankreich hätten die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich allererste Priorität. In Fragen der Abrüstung und der Europapolitik habe Frankreich darauf verzichtet, seinen eigenen Standpunkt durchzusetzen. In allen wichtigen Fragen habe sich Frankreich nahe der deutschen Position gehalten. Er sei für eine verstärkte Solidarität. Je schlechter die europäische Solidarität funktioniere, desto wichtiger sei das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Wegen eines kleinen Vorteils, der etwa 4% der deutschen Bevölkerung zugute komme, gehe die Bundesregierung das Risiko einer Krise ein, die von der französischen Bevölkerung und auch in den Mitgliedstaaten sehr schlecht aufgenommen würde. Deutschland sei isoliert. Deutschland sage nur nein. Dies sei keine gute Politik.

Herr *Rodeau* führte aus, in welchen Fragen die französische Seite uns entgegengekommen sei, und nannte hier u. a. Getreide, wo Frankreich den deutschen Standpunkt unterstützt habe. Auch in der Frage der Grenzausgleichsbeträge habe Frankreich nicht die Position der Kommission übernommen. Er faßte zusammen, Frankreich sei mehr als die Hälfte des Weges gegangen.

BM *Stoltenberg* bemerkte, dies eröffne eine Chance. Man komme aber zu sehr in Details. Er wolle nur noch bemerken, um sich zu treffen, müsse man uns noch in der Frage des Feuchtigkeitsgehalts des Getreides entgegenkommen.

PM *Chirac* wies darauf hin, daß es sich um eine politische Frage handele. Was die Währungsausgleichsbeträge angehe, könne Frankreich uns nicht weiter entgegenkommen. Was das Getreide angehe, sei er bereit, den deutschen Standpunkt gegen alle anderen zu akzeptieren. Dies gelte für den Feuchtigkeitsgehalt. Zur Frage der Fettsteuer wolle er bemerken, daß sie vom Verbraucher gezahlt werde und deshalb nicht gegen das GATT verstoße. Sie bringe zwei Milliarden ECU Einnahmen. Er stellte die Frage, ob die Bundesregierung, wenn sie die Steuer ablehne, bereit sei, die zwei Milliarden ECU zu finanzieren.

BM *Stoltenberg* fuhr zur Frage des Währungsausgleichs fort, man müsse feststellen, daß die Position der deutschen Landwirtschaft sich seit Fontainebleau nachhaltig verschlechtert habe. Dies sei nicht das Problem einer Landtagswahl. Weit über die 4% der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung hinaus berühre diese Frage die Grundlage der Koalition. Es sei nicht vorstellbar, diese Frage in Verbindung mit den jetzigen Verhandlungen zu lösen. Denkbar sei ein Abkommen über den graduellen Abbau über einen längeren Zeitraum hinweg.

[13] Der EG-Rat ermächtigte die Bundesrepublik am 30. Juni 1984, den Landwirten als Kompensation für den sukzessiven Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1988 eine Sonderbeihilfe in Form einer Mehrwertsteuerermäßigung in Höhe von 5% des Kaufpreises eines jeden Agrarerzeugnisses vor Steuern zu gewähren. Für den Wortlaut der Entscheidung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 12. Juli 1984, S. 41. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1984, S. 11 und S. 59.

PM *Chirac* erklärte sich hiermit nicht einverstanden. Er bemerkte, Frankreich brauche sofort einen Erfolg. Das Einkommen der französischen Bauern sinke. Er wolle eine weitere Konzession machen. Er sei bereit zu akzeptieren, daß die Bundesregierung den Bauern eine Ausgleichshilfe als „soziale Hilfe" gewähre, d. h. keine Hilfe steuerlicher Art. Mit anderen Worten eine Hilfe, die nicht die Marktbedingungen verfälsche.

BM *Stoltenberg* faßte die Differenzen mit Frankreich bezüglich der Währungsausgleichsbeträge dahingehend zusammen, daß die deutsche Seite einen Abbau über einen längeren Zeitraum hinaus akzeptiere, Frankreich jedoch sofort mit dem Abbau beginnen wolle.

Der *Bundeskanzler* verwies auf die Zusammenkunft der Landwirtschaftsexperten des folgenden Tages. Er wolle bemerken, daß er nichts von einer Gipfelstrategie halte. Der Europäische Rat würde mit einer immer größeren Anzahl von Tagesordnungspunkten belastet. Er wolle an dieser Stelle nochmals ganz ausdrücklich unterstreichen, daß er die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich für ganz besonders wichtig halte.

BM *Stoltenberg* bemerkte zur Frage der Fettsteuer, als Finanzminister sei es ihm natürlich sympathisch, wenn die EG Eigeneinnahmen bekomme. Er fürchte jedoch, daß, auch wenn man die Fettsteuer als Verbrauchssteuer ausgestalte, die Einführung gefährliche Auswirkungen im US-Kongreß haben werde. In der Währungspolitik habe das Louvre-Abkommen[14] eine ganz entscheidende Bedeutung. Die Zusammenarbeit nach diesem Abkommen müsse fortgesetzt werden. Sollte im Kongreß eine Entscheidung in Richtung Protektionismus im Juli fallen, sei die Frage, ob der Präsident[15] noch die erforderliche Stimmenzahl erhalten werde, um sein Veto halten zu können. Deshalb habe er Reserven zur Fettsteuer.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob die Fettsteuer für die französische Seite sehr wichtig sei.

PM *Chirac* bejahte diese Frage. Es seien schon große Anstrengungen zur Reduktion der Produktion von Fetten gemacht worden. Es fehlten aber ca. 5 Milliarden ECU. Die Beiträge der Mitgliedstaaten dürften nicht in unvernünftiger Weise erhöht werden. Die Beitrittsanträge Spaniens und Portugals[16] seien schlecht verhandelt worden. Man habe aus politischen Gründen ein schnelles Ergebnis erzielen wollen. Jetzt müßten wir mit einem explosiven Anwachsen der Olivenölproduktion rechnen. Allein hierfür würden Milliarden-Beträge gebraucht. Man dürfe die Dinge nicht treiben lassen. Er sehe natürlich auch den Nachteil wie BM Stoltenberg, den amerikanischen Kongreß durch die Einführung einer Fettsteuer zu verärgern.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, der Kongreß wolle die Problematik nicht verstehen.

14 Zur Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der USA vom 22. Februar 1987 (Louvre-Abkommen) vgl. Dok. 50.

15 Ronald W. Reagan.

16 Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Am 17. Oktober 1978 wurden die Beitrittsverhandlungen förmlich eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1977, S. 8–10, bzw. BULLETIN DER EG 10/1978, S. 7–11. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 318.
Spanien beantragte am 28. Juli 1977 den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Am 5. Februar 1979 wurden die Beitrittsverhandlungen förmlich eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7 - 8/1977, S. 6 f., bzw. BULLETIN DER EG 2/1979, S. 22–27.
Portugal und Spanien traten den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1986 bei.

BM *Stoltenberg* fuhr fort, natürlich müßten wir unsere Interessen gegen die USA vertreten. Wenn sich jedoch die protektionistischen Kräfte gegen den Präsidenten durchsetzen und die in dem Louvre-Abkommen vereinbarte Zusammenarbeit scheitere, könne die Weltwirtschaft auf einen schlimmen Weg geraten, und eine rezessive Entwicklung sei möglich. Die Fettsteuer könnte hierfür die Weichen stellen.

PM *Chirac* erklärte sich bereit, an dem Kommissionsvorschlag Abstriche zu machen. Grundsätzlich müsse jedoch die Fettsteuer eingeführt werden.

Der *Bundeskanzler* fragte, an welche Abstriche PM Chirac denke.

PM *Chirac* erläuterte, die Fettsteuer solle als Verbrauchssteuer eingeführt werden. Die Höhe sei diskutabel und könne variiert werden. Die Olivenüberschüsse seien so enorm, daß allein in vier Jahren für die Oliven fünf Milliarden ECU ausgegeben werden müßten. Zumindest sollte das Prinzip einer Fettsteuer kreiert werden. Dies könnte im Laufe des Jahres nach einer Entscheidung des Kongresses erfolgen, d.h., die Einführung einer Steuer könne zu einem späteren Zeitpunkt und mit einem niedrigeren Satz beschlossen werden. Es könne eine prozentuale Steuer sein, also keine absolute.

BM *Stoltenberg* bezeichnete diese Frage als schwerwiegend. Er wolle nochmals feststellen, daß sich eine gemeinsame Position in der Getreidepreisfrage erzielen lasse. Dies gelte wohl auch für den Abbau der Grenzausgleichsbeträge.

PM *Chirac* warf ein, die französische Seite könne aber der deutschen Seite hier nicht weiter entgegenkommen.

BM *Stoltenberg* fuhr fort, es sei jedoch nicht annehmbar, daß im Juni unter Umständen mit einer Mehrheit die Vorschläge der Kommission für ein neues System des Währungsausgleichs verabschiedet würden. Eine Abstimmung ohne eine gründliche Diskussion der Auswirkungen auf die Währungsfragen sei nicht möglich.

BM *Schäuble* schlug Konzentration auf die aktuellen Probleme vor, nämlich Getreidepreise, Abbau der bestehenden Grenzausgleichsbeträge und die Fettsteuer. Die Diskussion über das zukünftige System des Währungsausgleichs solle man zurückstellen. Es sei schwer für uns, alle anstehenden Probleme in diesem Jahr zu lösen.

BM *Stoltenberg* wiederholte, die Bundesregierung könne dem Vorschlag der Kommission in dieser Form nicht zustimmen. Dies erschwere auch unsere Lage im Hinblick auf das Europäische Währungssystem. Es bestehe hier ein klarer Zusammenhang. Vor der Sommerpause könne dies nicht entschieden werden.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob es einen Grund dafür gebe, daß man so schnell entscheiden müsse.

PM *Chirac* erwiderte, die französische Seite habe das Gefühl, daß die französische Position von der Kommission und zehn Mitgliedstaaten vertreten werde. Er habe den Eindruck, viele Schritte gemacht zu haben. Der deutsche Landwirtschaftsminister habe sich jedoch nicht bewegt. Er habe immer nur „njet“ gesagt. Dies schaffe ein Unbehagen (malaise). Die deutsche Seite müsse sich bewegen. Es könnte sonst hieraus eine deutsch-französische Krise entstehen. Für Frankreich gebe es zwei Strategien: Einmal könne sich F auf die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten stützen und Deutschland isolieren. Dies sei eine

schlechte Strategie. Die andere Strategie sei, daß Deutschland etwas anbiete. Dies wäre vernünftig. Die Bundesregierung dürfe nicht vergessen, daß in ca. 18 Monaten Deutschland Demandeur sein werde betreffend die Vorsteuerpauschale. Vielleicht komme Deutschland heute mit einem Veto durch. Es habe jedoch dann keine Chance, in 18 Monaten bezüglich der Mehrwertsteuer Konzessionen zu erhalten.

Der *Bundeskanzler* fragte, wie sich PM Chirac den Ausgleich für die Bauern im sozialen Bereich vorstelle.

PM *Chirac* führte hierzu aus, alle wettbewerbsneutralen nationalen Maßnahmen, die die Preise unbeeinflußt ließen, seien akzeptabel.

BM *Stoltenberg* bemerkte, bezüglich der Grenzausgleichsbeträge und der Getreidepreise könne eine Lösung erzielt werden. Die Frage der Fettsteuer müßte man noch prüfen. Es dürfe jedoch kein Junktim mit einem neuen System des Währungsausgleichs hergestellt werden. Die Finanzminister hätten diese Frage noch nicht besprochen. Hierzu brauche man Zeit. Man könne eine Lösung im zweiten Halbjahr versuchen.

BM *Schäuble* fügte hinzu, wenn die aktuellen Probleme jetzt gelöst würden, könne man die Frage des Währungsausgleichs auf später vertagen.

Auch der *Bundeskanzler* setzte sich dafür ein, vor dem nächsten Europäischen Rat die aktuellen Fragen zu lösen und in der zweiten Jahreshälfte die Frage des neuen Systems des Währungsausgleichs zu erörtern.

PM *Chirac* führte aus, er sehe, daß der Kommissionsvorschlag für D schwer akzeptabel sei. Deshalb habe Frankreich einen anderen Vorschlag ausgearbeitet. Es wolle ein System vorschlagen, das zwar definitiv, jedoch für Deutschland akzeptabel sei. Es solle am folgenden Tag in der Expertengruppe erörtert werden. In den agrimonetären Fragen könne Frankreich sich noch etwas dem deutschen Standpunkt annähern.

BM *Schäuble* wies darauf hin, daß eine Neuordnung des Währungsausgleichssystems jetzt für uns eine zu starke Belastung sei.

PM *Chirac* äußerte die Auffassung, er glaube nicht, daß das neue System, das F vorschlage, eine Belastung für Deutschland wäre. Es würde den deutschen Bauern nicht treffen.

Der *Bundeskanzler* schlug eine Paketlösung, aber mit einem zeitlichen Unterschied von einigen Monaten, vor.

PM *Chirac* erklärte dies für möglich, bat jedoch darum, zunächst einmal den neuen französischen Vorschlag zu prüfen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete die bisherige Diskussion als nützlich, sie habe eine Reihe neuer Perspektiven eröffnet. Morgen werde man in der Expertengruppe weitersehen. Man sei sich einig über das Ziel, eine Diskussion dieser Fragen auf dem Europäischen Rat zu vermeiden.

Minister *Balladur* wies darauf hin, daß die Kommission nicht gleichzeitig die Gemeinschaftsausgaben ständig erhöhen könne und wir die nationalen öffentlichen Ausgaben einschränken müßten. Bezüglich der 1988 anstehenden Probleme seien wir in vielen Punkten einer Meinung. Die wichtige Frage eines[17]

[17] Korrigiert aus: „und eines".

ähnlichen deutschen Wunsches für den Fall, daß der britische Ausgleich[18] erhalten bleibe, bleibe jedoch noch offen.

BM *Stoltenberg* bemerkte, die Finanzlage der Gemeinschaft sei so kritisch, daß man darauf achten müsse, keine politische Krise hieraus entstehen zu lassen. Die Kommission reklamiere den Bankrott und produziere dennoch ständig neue ausgabenwirksame Programme.

Der *Bundeskanzler* gab seiner Sorge darüber Ausdruck, daß der Schlüssel für das Aufkommen der Gemeinschaftseinnahmen nicht mehr stimme. Er wolle nicht weniger bezahlen, halte jedoch den Schlüssel für änderungsbedürftig.

PM *Chirac* wies darauf hin, daß mit Ausnahme der Frage des Ausgleichs auch GB dem deutsch-französischen Standpunkt nahe sei. Der Druck der ärmeren Länder auf die Kommission, die Ausgaben, die ihnen zugute kommen, zu erhöhen, wachse jedoch. Er wolle zusammenfassend sagen, daß morgen die Experten die Einzelheiten erörtern würden, daß unser Ziel sei, eine Krise zu vermeiden und diese Fragen nicht auf dem Europäischen Rat zu diskutieren[19].

Der *Bundeskanzler* bemerkte, wenn dies erforderlich sei, wolle er gerne nochmals mit PM Chirac telefonieren.

PM *Chirac* wiederholte, die französische Seite habe alle Konzessionen bereits gemacht; die deutsche Seite habe noch nicht angefangen, Konzessionen anzubieten. Es bleibe noch das Währungsproblem. Die Bundesbank habe keinen Sinn für Fair play. Es müsse Solidarität geübt werden, oder es könne kein EWS geben. Wenn man wie bisher noch lange weiterverfahre, werde das EWS verschwinden.

BM *Stoltenberg* bemerkte hierzu, er müsse zugunsten der Bundesbank sagen, daß sie sich an das Übereinkommen der Notenbanken von 1979 halte.[20] Dieses Abkommen habe immer noch Bestand. Im übrigen werde am Montag über diese Fragen gesprochen werden.

Der *Bundeskanzler* betonte die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns.

Das Gespräch endete nach etwa zwei Stunden Dauer.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

18 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

19 Korrigiert aus: „nicht zu diskutieren".

20 Die Zentralbanken der EWG-Mitgliedstaaten schlossen am 13. März 1979 ein Abkommen über die Funktionsweise des EWS. Für den Wortlaut vgl. Rainer HELLMANN, Das Europäische Währungssystem. Kritische Einführung mit Dokumentation, Baden-Baden 1979, S. 150–160.

170

Gespräch der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Reykjavik

11. Juni 1987[1]

Vierergespräch im Rahmen des Deutschland-Berlin-Treffens der Außenminister von F, GB, USA und D mit den Politischen Direktoren (Noiville, Fretwell, Ridgway und D2[2]) sowie den Abrüstungsbeauftragten (D2A[3], d'Aboville, Brian Fall) am 11. Juni 1987 in Reykjavik von 9.00 bis 10.30 Uhr

Anlg.: 2[4]

Nach der Erörterung der Berlin- und Deutschlandfragen besprachen die Minister beim Frühstück die offenen Punkte des Entwurfs der Erklärung der Ministertagung des Nordatlantikrats in Reykjavik.[5]

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 16. Juni 1987 gefertigt, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke „zur Schlußverfügung" verfügte.
Hat Ploetz am 29. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 30. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Moltke „n[ach] R[ückkehr]" sowie an Referat 201 „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 3. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Moltke am 20. Juli 1987 und erneut am 27. Juli 1987 vorgelegen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.
Richthofen leitete die Gesprächsaufzeichnung am 19. Oktober 1987 an Ministerialdirigent Jansen. Dazu vermerkte er: „Auf den dem Vermerk als Anlage beigefügten französischen Textentwurf für das NATO-Kommuniqué wird hingewiesen. Das darin erwähnte ‚assessment' dürfte das sein, worauf AM Raimond BM in dem heutigen Vier-Augen-Gespräch hingewiesen hat. Ziel der französischen Initiative war, bezüglich neuer Verhandlungsgegenstände im Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereich eine Pause eintreten zu lassen. Dies bezog sich insbesondere auf die bodengestützten Nuklearraketen mit einer Reichweite von unterhalb 500 km."
Hat Jansen am 20. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 21. Dezember 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Richthofen verfügte.
Hat Richthofen am 8. Januar 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Moltke „z[ur] Schlußverf[ügung]" verfügte.
Hat Moltke am 11. Januar 1988 erneut vorgelegen, der für Angestellten Kunkel vermerkte: „Bitte zur entspr[echenden] VS-Akte nehmen." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Hermann Freiherr von Richthofen.

3 Josef Holik.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8 und 10.

5 Ministerialdirigent von Ploetz übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 3. Juni 1987 den Entwurf der Bundesrepublik für die „INF-Passage" der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987. Darin hieß es: „We therefore welcome the possibility of a U.S.-Soviet agreement on LRINF providing for the elimination of American and Soviet land-based LRINF in Europe and the limitation to 100 warheads in Asia and the United States. We reaffirm that our ultimate objective remains the total elimination of all such LRINF. We support the global and effectively verifiable elimination of all U.S. and Soviet SRINF missiles with a range between 500 and 1000 kms as an integral part of an INF agreement. We agree upon the necessity that the U.S. and Soviet land-based nuclear systems with a range between zero and 500 kms be tangibly and verifiably reduced through negotiations in conjunction with the establishment of conventional stability

Nach einer Einführung durch AM Howe stellte AM *Shultz* die amerikanische Haltung zur Nichteinbeziehung der deutschen PIa in die Genfer INF-Verhandlungen dar: Zur Vermeidung von Mißverständnissen legten die USA Wert auf eine korrekte Darstellung der Problematik: Bei der deutschen PIa handele es sich um ein „cooperative system" der USA und der Bundesrepublik Deutschland; die USA praktizierten eine derartige Zusammenarbeit auch mit anderen Staaten. Derartige kooperative Systeme seien nicht Teil der Genfer Verhandlungen, die allein über amerikanische und sowjetische Systeme geführt würden. Die USA betrachteten die PIa nicht als ein Drittstaatensystem. Die PIa liege in Genf nicht auf dem Verhandlungstisch; sie habe auch in den INF-Verhandlungen von 1981 bis 1983[6] nicht auf dem Verhandlungstisch gelegen und sei auch danach weder in Genf noch in Reykjavik[7] noch in Moskau Gesprächsgegenstand gewesen. Er stelle dies so ausführlich dar, weil er bemerkt habe, daß manche bezüglich der PIa von einem Drittstaatensystem sprächen.

BM bat AM Shultz, die amerikanische Position zur PIa in der Sitzung der NATO-Außenminister zu wiederholen.

AM *Howe* verteilte sodann den als Anlage beigefügten Wortlaut der INF-Passage für die Erklärung des Nordatlantikrats[8], der von den Abrüstungsbeauftragten von GB, US und D in Venedig[9] ausgearbeitet worden war. Er wies darauf hin, daß GB mit dem Text noch Probleme habe und sich insbesondere an den Worten „step by step" stoße.

AM *Raimond* erklärte, er sehe diesen Text zum ersten Mal und müsse die Position der französischen Regierung vorbehalten; er führte zum letzten Absatz einen französischen Vorschlag über die Befassung des NATO-Rats mit der Prüfung eines Gesamtkonzeptes ein (Anlage 2[10]).

BM erklärte, D habe in Venedig einen Vorschlag auf der Grundlage der Entscheidung der Regierungskoalition vom 1.6.1987[11] eingeführt, auf dessen Basis der von GB verteilte Text entstanden sei, dem er schließlich zugestimmt habe. Er könne weitere Änderungen nicht akzeptieren. Das gelte insbesondere auch für das schrittweise Herangehen im Zusammenhang mit der konventionellen Rüstungskontrolle. Künftige Verhandlungen über die bodengestützten amerikanischen und sowjetischen nuklearen Flugkörper kürzerer Reichweite unterhalb

Fortsetzung Fußnote von Seite 834

and the worldwide elimination of chemical weapons." Vgl. den Drahterlaß Nr. 70; VS-Bd. 12096 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 174.

6 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

Am 24. November 1983 erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, daß die UdSSR nicht weiter an den Verhandlungen teilnehmen werde. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.

7 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für den britischen Textentwurf („Ergebnis Vierergespräch 11.6.") vgl. VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

9 In Venedig fand vom 8. bis 10. Juni 1987 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu Dok. 171 und Dok. 176.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für den französischen Textentwurf vgl. VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

11 Vgl. dazu die Koalitionsvereinbarung vom 1. Juni 1987; Dok. 155, Anm. 10.
Vgl. dazu ferner die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Juni 1987; Dok. 163.

500 km bedeuteten nicht sofortige Verhandlungen. Es werde vielmehr dem NATO-Rat obliegen, über das richtige Herangehen an dieses Problem zu entscheiden. Wir könnten jedoch keine Sequenz akzeptieren. Für uns sei ein Herangehen Hand in Hand mit dem Verbot chemischer Waffen und der Herstellung konventioneller Stabilität in Europa wesentlich. Der Deutsche Bundestag habe entsprechend entschieden[12], und er habe keinen Spielraum für eine andere Entscheidung. Es sei der stärkeren Partei in der Regierungskoalition nicht leichtgefallen, in der Frage der doppelten Null-Lösung nachzugeben, was sie zugunsten der Geschlossenheit des Bündnisses und des Rüstungskontrollprozesses getan habe. Nun bitte er um ein Entgegenkommen der Partner bei diesem deutschen Anliegen. AM *Howe* erwiderte, die Worte „step by step" sollten zum Ausdruck bringen, daß die Entscheidung über die Kurzstreckenraketen abhängig sei vom Verschwinden der chemischen Waffen und der Beseitigung des konventionellen Ungleichgewichts zugunsten des Warschauer Pakts. Die Einfügung der Worte „step by step" im vierten Anstrich würde demgegenüber parallele Verhandlungen über Kurzstreckenraketen bedeuten, was für GB nicht akzeptabel sein würde.

AM *Shultz* analysierte die sowjetische Haltung. SU wolle die P II wegbringen. Er wies auf die Gefahr hin, daß die sowjetische Propaganda auf vollständige Beseitigung auch der Raketen unterhalb von 500 km Reichweite drängen und die öffentliche Meinung sich dies zu eigen machen würde. Die USA seien dem Abschluß eines INF-Abkommens zur Beseitigung gewisser Systeme nahe, auch liege ein amerikanischer Vertragsentwurf über die 50-prozentige Beseitigung der strategischen Waffen auf dem Tisch[13], wobei über einige Elemente desselben bereits Einvernehmen bestehe; die Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen[14] würden fortgesetzt, und es gebe eine lange Geschichte der Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Waffen im Rahmen von MBFR, mit der Hoffnung, diese Verhandlungen mit einem weiteren geographischen Konzept und Beteiligung weiterer Staaten fortzusetzen. Das alles schreite voran. Bevor man an die zusätzliche Beseitigung nuklearer Waffen herangehe, sollte man zunächst einmal das verdauen, was sich bereits im Verhandlungsprozeß befinde. Er erkenne den Standpunkt der Bundesrepublik voll an, daß von den sowjetischen Raketen kürzerer Reichweite unterhalb 500 km eine besondere Bedrohung auf deutsches Gebiet ausgehe. Die USA stimmten zu, daß ein Ungleichgewicht in dem Reichweitenband unterhalb 500 km zugunsten der Sowjetunion bestehe. Die Sorgen in Europa richteten sich aber auch darauf, daß die nukleare Fähigkeit des Bündnisses nicht ausgehöhlt werde und daß eine Art von Versicherung erhalten bleiben müsse. In Deutschland bestehe ein intensives politisches Gefühl für Sicherheit und die Konsequenzen, falls es in Europa keine

12 Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP brachten am 3. Juni 1987 im Bundestag einen Entschließungsantrag ein, in dem es hieß: „Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, daß die noch in Europa vorhandenen amerikanischen und sowjetischen bodengestützten nuklearen Systeme in einem Reichweitenbereich zwischen 0 und 1000 km in Verhandlungen Schritt für Schritt im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen deutlich und überprüfbar reduziert werden." Vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/405.
Der Antrag wurde am 4. Juni 1987 mit 232 zu 189 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 976 f.

13 Zum Entwurf der USA vom 8. Mai 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 143.

14 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 3.

nuklearen Waffen und demzufolge keine flexible Antwort[15] mehr gebe. Gleichzeitig gebe es Angst vor den nuklearen Waffen. Er glaube nicht, daß die Auffassungen so weit auseinandergingen, und man sollte deshalb nach geeigneten Worten für eine gemeinsame Aussage über diese Frage suchen. In der Substanz sei man einer Meinung.

AM *Raimond* erklärte, es gebe zwei Probleme zu lösen: den Verhandlungsrahmen für KRK/KVAE II sowie die Folgeverhandlungen über die Raketen kürzerer Reichweite nach einer doppelten Null-Lösung. Nach seiner Auffassung sei das „Step-by-step"-Problem nicht lösbar. AM Shultz habe die entscheidenden Gesichtspunkte gut herausgearbeitet. Dem Bündnis sei es gelungen, innerhalb kürzester Zeit Einigung über eine Reihe von Punkten, darunter insbesondere über die doppelte Null-Lösung, zu erzielen. Das Problem der Deutschen sei allen bewußt. Andererseits gehe es um nukleare Waffen, die auf dem Kontinent bleiben sollen. Man müsse sich im Bündnis über eine Pause einig werden. Alle Probleme, die sich nach der Einigung auf die doppelte Null-Lösung stellen, sollten später angegangen werden. In der NATO-Erklärung sollten alle mehrdeutigen Formulierungen vermieden werden. Es sollten jetzt keine Konzepte vereinbart werden, die als Einigung auf neue Verhandlungen über die Raketen unterhalb 500 km interpretiert werden könnten. Er empfehle eine Denkpause bis zur NATO-Ratstagung im Dezember.[16]

BM widersprach. Er wies darauf hin, daß der letzte Absatz des Papiers von zukünftigen Verhandlungen spreche. Das treffe genau den Punkt von AM Raimond. Jeder der anwesenden Außenminister wisse, daß es nicht die Absicht der Bundesregierung sei, eine dritte Null-Lösung anzusteuern. Deshalb hätten wir „common ceilings at low levels" als Ziel der zu vereinbarenden Reduzierungen vorgeschlagen.

Er könne keiner Erklärung des Nordatlantikrats ohne Erwähnung der Raketen mit einer Reichweite unterhalb 500 km zustimmen. Die Worte „step by step" könnten in den vierten Anstrich eingefügt werden. Darauf habe er bereits in Venedig hingewiesen, eine andere Haltung könne und wolle er nicht einnehmen. Die Erwähnung der Raketen unterhalb 500 km Reichweite ändere für GB, F und US nichts. Die kleine Zahl westlicher nuklearer Systeme unterhalb 500 km Reichweite werde dadurch nicht berührt.

AM *Shultz*: Wenn dies so im Kommuniqué stände, werde er der Presse gegenüber sagen, wir stünden zusammen, arbeiteten an einer laufenden Verhandlung und verfolgten innerhalb der NATO unsere Gesamtstrategie und schlössen dabei andere Verhandlungen nicht aus, ohne darüber entscheiden zu müssen, was viel zu früh wäre. Verhandlungen bedürften sorgfältiger Vorbereitung. Wir wollten keine Erwartungen wecken. Für US sei es jedoch nicht akzeptabel, im letzten Absatz über die Grundlage und die Bedingungen künftiger Verhandlungen über Raketen mit kürzerer Reichweite zu sprechen, bevor die laufenden Genfer Verhandlungen nicht abgeschlossen seien. Erforderlich sei ein schrittweises Vorgehen im Zusammenhang mit der Herstellung konventioneller Stabilität. Es reiche aus zu sagen, daß es sich dabei um laufende Verhandlungen handele,

15 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.
16 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

Hand in Hand mit denen ein schrittweises Herangehen an die andere Frage vorgenommen werde, über das später entschieden werden könne.

BM insistierte und hielt die Darstellung von AM Shultz insgesamt für richtig. Für die Bundesregierung könne es aber keine Bedingung in dem Sinn geben, daß erst nach Lösung der Probleme in den anderen Bereichen Verhandlungen über Systeme unterhalb 500 km in Frage kämen.

AM *Howe* erklärte, daß er der Diskussion über das spezielle deutsche Problem mit großer Aufmerksamkeit gefolgt sei. Die britische Sorge bestehe darin, daß es parallel zu den anderen Verhandlungen Verhandlungen über die Raketen unterhalb 500 km Reichweite geben soll. Die Worte „in conjunction with" im letzten Absatz trügen den deutschen Bedenken Rechnung. GB sage dazu nicht „niemals". Das Konzept eines „step by step of conventional and nuclear forces" sollte dagegen herausgelassen werden. Der übrige Text gebe uns, was wir brauchten: daß diese Frage „under active consideration" in künftigen Verhandlungen stehe.

AM *Raimond* bat darum, zu vermeiden, die Verhandlungen über Raketen unter 500 km Reichweite mit der doppelten Null-Lösung zu verbinden. Gegenwärtig sollte man nach der doppelten Null-Lösung haltmachen, auch wenn man die Lösung in den anderen Bereichen nicht als Bedingung für Verhandlungen im Bereich unter 500 km ansehe.

BM wies darauf hin, daß es in der Bundesrepublik Deutschland ernstzunehmende Leute gebe, die der Auffassung seien, man solle bei der 50-prozentigen Reduzierung von START haltmachen und im übrigen mit Verhandlungen über die Raketen mit einer Reichweite unterhalb 500 km beginnen. In dem vorliegenden Text werde in den ersten drei Anstrichen von laufenden Verhandlungen und im vierten Anstrich von künftigen Verhandlungen gesprochen. Wir könnten jedoch keine Bedingung akzeptieren. AM Raimond wisse, daß die in den ersten beiden Anstrichen genannten Verhandlungen bald zum Abschluß gebracht werden könnten, wenn die USA und die Sowjetunion dies beide wollten. Wir könnten jedoch mit Folgeverhandlungen über die Raketen unterhalb 500 km Reichweite nicht warten, bis die konventionelle Stabilität erreicht sei. Für uns gehe es dabei um eine substantielle und nicht um eine taktische Frage. Dies habe der Bundeskanzler Präsident Reagan auch deutlich gemacht.[17] Die Einfügung der Worte „step by step" im letzten Anstrich könne keinerlei Probleme aufwerfen. Er bitte seine Kollegen darum, nicht zu unterschätzen, was in der Bundesrepublik Deutschland vor sich gehe. Der Text gehe auf britischen Vorschlag zurück und lehne sich an die Erklärung der Bundesregierung vom 1.6. an. Anderen Formulierungen könne er nicht zustimmen.

AM *Raimond* erwiderte, F sage weder, daß man erst Abkommen über die anderen Dinge schließen müsse, noch daß F eine Sequenz wolle, sondern es sage, daß das Bündnis jetzt über die Dinge entscheiden solle, die auf dem Tisch lägen, und die andere Frage jetzt nicht entscheiden brauche.

BM wies darauf hin, daß der Einwand von AM Raimond durch den letzten Absatz des Papiers abgedeckt sei.

17 Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 8. Juni 1987 in Venedig; Dok. 164.

AM *Shultz* stimmte dem zu.

AM *Raimond* erwiderte, F habe dazu eine eigene Formulierung (siehe Anlage 2), die diesen globalen Ansatz für die nächste Sitzung des NATO-AM-Rats vorsehe.

BM erklärte, er könne französischen Vorschlag nicht annehmen und bäte statt dessen, den britischen Textvorschlag von Venedig anzunehmen. Die Bundesregierung trage die Hauptlast der westlichen Sicherheit. Die Bundesregierung habe früher nur Probleme mit den Linken gehabt, jetzt habe sie auch Probleme mit der rechten Seite. Er bäte, die Bundesregierung auf diesem Gebiet nicht zu überfordern. Für ihn sei nunmehr ein Punkt in den Gesprächen erreicht, über den er nicht hinausgehen könne. Er habe lange mit dem Bundeskanzler auf dem Hintergrund der in Paris[18] und Venedig geführten Gespräche diskutiert. Wenn AM Raimond den Vorschlag von Venedig im Sinne der Ausführung von AM Shultz lese, dann müsse er erkennen, daß seine Sorgen abgedeckt seien. Der Bundeskanzler habe der jetzt vorgeschlagenen Lösung zugestimmt. Er bäte, dem Textvorschlag zuzustimmen.

AM *Raimond* erklärte daraufhin, daß er den Vorschlag nach Paris zur Annahme senden müsse und jetzt nicht zustimmen könne.

AM *Shultz* erklärte, er könne nicht verstehen, warum der Text nicht für alle akzeptabel sein solle. Was hier am Tisch gesagt worden sei, stehe nicht im Widerspruch zu dem von den Experten ausgearbeiteten Text.

AM *Raimond* erwiderte, er habe diesen Text niemals vorher gesehen und müsse daher zunächst Paris damit befassen. Er empfehle einen globalen Ansatz, der aber kein Mandat für Verhandlungen über Systeme unter 500 km enthalten solle.

AM *Howe* sprach sich dafür aus, die Angelegenheit auf der Sitzung des NATO-Rats weiter zu diskutieren. Er bäte darum, die Worte „step by step" zu streichen, da sie im Zusammenhang mit dem vierten Anstrich im Sinne paralleler Verhandlungen ausgelegt werden würden.

AM *Shultz* setzte sich für eine Streichung der Worte „step by step" ein, die an der vorgesehenen Stelle zu Beginn der Erklärung eher dem britischen als dem deutschen Anliegen Rechnung tragen; die deutsche Seite sollte, wenn GB dies benötige, daher auch ohne diese Worte mit dem Text leben können. Im ersten Teil der Passage seien die Elemente niedergelegt, über die gegenwärtig verhandelt werde; das Problem der Kurzstreckenraketen werde dem hinzugefügt. Der zweite Absatz der Erklärung besage, daß das Bündnis im Lichte dessen ein Gesamtkonzept der Abrüstung prüfen werde. Er bäte jedoch, die Worte „on what basis and under what conditions" zu streichen.

BM stimmte nach Telefonat mit Bonn der Streichung der Worte „step by step" und des Satzes „and in particular to consider on what basis and under what conditions" im zweiten Satz zu.

AM *Howe* erklärte ebenfalls sein Einverständnis.

AM *Raimond* stimmte dem ersten Teil der Passage zu und machte unter Bezugnahme auf den französischen Gegenvorschlag zum zweiten Teil einen Vorbehalt.

18 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Mai 1987 vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

AM Raimond stellte klar, daß Frankreich den ersten Teil der Passage nicht selbst mittragen werde und bitte, die Formulierung „the countries concerned" entsprechend dem Vorgehen bei den Aussagen zum NATO-Doppelbeschluß von 1979[19] zu verwenden. Den zweiten Teil der Passage dagegen würde F voll mit der Formulierung „we" mittragen.

Das Gespräch wandte sich dann der Mandatsfrage für die KRK und KVAE-II-Verhandlungen in Wien zu.[20]

AM *Shultz* stellte fest, daß er sich mit AM Raimond darin einig sei, daß die Verhandlungen der 23 autonome Verhandlungen in diesem Kreise darstellten und sich Amerikaner und Franzosen in der Gesamtfrage sehr nahe seien. Er sei zu einer Aussage in der Erklärung bereit, daß beide Verhandlungen im Rahmen der KSZE stehen. In diesem Rahmen sollte dann das Verhältnis der KRK und KVAE-II-Verhandlungen im einzelnen beschrieben werden.

AM *Howe* lobte die gute Arbeit, die die Experten in der HLTF am Vorabend geleistet hätten.

AM Howe brachte sodann die britischen Bedenken gegen die Einführung eines „security stock" bei chemischen Waffen durch Frankreich in Genf zum Ausdruck.[21] Er bat darum, daß die Experten in Genf in dieser Frage zu einer Klärung kommen, bevor F einen Text in die Verhandlungen einbringe.

AM *Raimond* erwiderte, F habe die Einbringung bereits verschoben und habe auch eine Reihe der Argumente berücksichtigt, die in der Expertenrunde in Washington am 13. Mai 1987 vorgetragen worden seien. Im Hinblick auf die vorherige Ankündigung der Einführung eines Textes zu den „security stocks" könne F jedoch nicht länger mit der Einbringung warten. Er sei bereit, eine weitere Verschiebung bis Dienstag, den 16.6.1987, zu veranlassen, damit die Experten in Genf sich den französischen Text am Montag, den 15.6.1987, ansehen könnten. F sei bereit, für die „security stocks" „challenge inspections" vorzusehen.

AM *Shultz* bemerkte, die französische Idee habe für sich genommen zwar einen gewissen Appeal, doch bliebe das Bedenken, daß sich andere Staaten wie Sri Lanka dieser Idee bemächtigen könnten und dadurch eine unnötige Proliferation eintrete.

AM *Raimond* erwiderte, daß ausschließlich die Sowjetunion über große Bestände an chemischen Waffen verfüge, die über einen längeren Zeitraum abgebaut würden. Während dieser Zeit müsse F über einen gewissen Sicherheitsvorrat an chemischen Waffen verfügen, um keiner einseitigen Bedrohung durch die Sowjetunion ausgesetzt zu sein. F sei den Bedenken der Partner insoweit entgegengekommen, als es zugestimmt habe, derartige Vorräte an chemischen Waffen unter internationale Überwachung zu stellen.

19 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

20 Die an den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten legten am 27. Juli 1987 einen Mandatsentwurf vor. Vgl. dazu Dok. 216.

21 Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock") bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

AM *Howe* erklärte, dieses öffne die Tür für den Erwerb von Sicherheitslagern an CW durch andere Staaten.

AM *Raimond* erwiderte, dies sei eine Frage der Präsentation.

VS-Bd. 13031 (204)

171

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. BM-Delegation, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 3
Citissime

Aufgabe: 11. Juni 1987, 01.05 Uhr[1]
Ankunft: 11. Juni 1987, 07.46 Uhr

Betr.: Weltwirtschaftsgipfel[2];
hier: Sitzung der Außenminister am 9.6.87, 10.30–12.45 Uhr

Vorbehaltlich der Genehmigung durch den Herrn Bundesminister wird über die Arbeitssitzung der Außenminister in Venedig am 9. Juni der nachstehende Vermerk durchgegeben.

I. Zusammenfassung

Außenminister erörterten in Arbeitssitzung unter Vorsitz von AM Andreotti in konstruktivem und kooperativem Geist regionale Fragen, Terrorismus- und Drogenbekämpfung sowie Arbeitsreform der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen. Dabei wurde weitgehende Übereinstimmung der europäischen Außenminister sichtbar. Es wurde Einvernehmen erzielt, eine Reihe von Punkten in der Zusammenfassung des Vorsitzes festzuhalten, insbesondere auf kanadischen Wunsch Sorge über weitere Entwicklung in Südafrika.

Ost-West-Beziehungen wurden mit Rücksicht auf Behandlung beim Dinner der Staats- und Regierungschefs am 8.6. nicht diskutiert.

II. Im einzelnen

1) Afghanistan

AM Shultz stellte eingangs fest, daß sowjetische Besetzung Afghanistans[3] die Ost-West-Beziehungen nach wie vor belaste. Er sprach sich für Beibehaltung bisheriger Politik gegenüber Sowjetunion aus. Westliche Strategie sei tragfähig: Aufrechterhaltung des Drucks auf SU, Truppen aus Afghanistan rasch und voll-

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24 und 46.
Hat Vortragendem Legationsrat Wagner vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 15. Juni 1987 vorgelegen.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. auch Dok. 176.

3 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

ständig abzuziehen und neutrales und blockfreies Afghanistan wiederherzustellen, Unterstützung der Bemühungen der VN und zugleich Unterstützung Pakistans. Zeitpunkt für sowjetischen Truppenrückzug sei in Verhandlungen von USG[4] Cordovez zwar verkürzt worden, aber noch immer zu lang.[5] SU sei sich zwar darüber im klaren, daß sie versuchen sollte, aus Afghanistan herauszugehen, habe dazu aber noch unrealistische Vorstellungen, insbesondere was die nationale Versöhnung unter dem gegenwärtigen Regime angehe. Dafür könnte afghanischer König[6] durch VN-GS[7] sinnvoll eingesetzt werden. Allerdings dürften Sowjets ihn nicht zu stark umarmen. AM Andreotti berichtete, SU würde sich nach Auffassung im Römer Exil lebenden Königs unter zwei Bedingungen aus Afghanistan zurückziehen: keine Niederlage und keine Massenexekution von Kollaborateuren. Pakistan habe sich für seine Rolle bei der Lösung des Afghanistan-Problems ausgesprochen. Es bleibe zu prüfen, inwieweit König Wunschdenken erliege. Zu den Extremisten des Widerstandes habe er keine Beziehungen. AM Howe sah Gratwanderung, König zur Rückkehr zu bewegen, ohne seine Stellung zu untergraben.

F und GB unterstrichen, daß Afghanistan für SU auch eine Frage des Einflusses in der Region sei. Rückzug aus Afghanistan sei demzufolge nicht nur eine Frage der Gesichtswahrung. Test für Tragfähigkeit einer Problemlösung werde Bereitschaft der Flüchtlinge zur Rückkehr nach Afghanistan sein. Sowjetische Absicht zum Rückzug aus Afghanistan sei ernst gemeint. Das Problem der Hinrichtung von Kollaborateuren müsse man ernst nehmen. Westen solle SU ermutigen, in richtige Richtung zu gehen, und mit ihr im Gespräch bleiben.

BM wies auf die entscheidende Rolle Pakistans für die Lösung des Konfliktes hin. SU verfolge gegenüber Pakistan Doppelstrategie, einerseits Ausübung von Druck auf Pakistan, andererseits werde PAK von ihr umworben. Pakistan sei durch große Zahl von Flüchtlingen und Operationen des Widerstandes stark belastet. Bundesregierung unterhalte ungeachtet aller Vorbehalte gegenüber internem PAK-Regime gute Beziehungen zu Pakistan. Sichtbare Unterstützung Pakistans durch wichtigste westliche Staaten wäre nützlich, um indirekt mäßigenden Einfluß auf SU auszuüben. Dies fand allgemeine Zustimmung.

4 Under-Secretary General.

5 Zu den „indirekten“ Gesprächen zwischen Afghanistan und Pakistan vgl. Dok. 91, Anm. 4. Im Hinblick auf eine Wiederaufnahme der Gespräche berichtete Botschafter Berendonck, Islamabad, am 6. Mai 1987: „1) Der Haltung Pakistans kommt bei den Bemühungen um eine Lösung des Afghanistan-Problems eine Schlüsselrolle zu. Sie ist im wesentlichen auf drei Umstände zurückzuführen: Der afghanische Wiederstand ist ohne Pakistan als Nachschub-, Ausbildungs- und Zufluchtsbasis langfristig nicht überlebensfähig. Der Widerstand selbst vermag seine militärische Stärke innerhalb Afghanistans nicht außenpolitisch wirksam umzusetzen. Der Iran überläßt die Verhandlungsführung Pakistan und beharrt auf seiner ‚splendid isolation‘. 2) Die Verhandlungsmarge Pakistans ist allerdings begrenzt. Zwar besitzt der Widerstand keine eigene außenpolitische Vertretung. Pakistan kann aber andererseits bei einer Lösung sich nicht über den Widerstand hinwegsetzen, ohne daß es schwer kalkulierbare Risiken für die eigene Sicherheit auf sich nimmt“. In dieser Situation sei es unwahrscheinlich, daß Pakistan sich bereit finde, „an dem sowjetisch inspirierten ‚nationalen Versöhnungsprogramm‘ zur Konsolidierung des Nadschibullah-Regimes mitzuwirken“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 473; Referat 340, Bd. 144621.

6 Mohammed Zahir Schah.

7 Javier Pérez de Cuéllar.

2) Kambodscha[8]

AM Kuranari trug vor, daß sich Situation seit WWG 1986[9] nicht geändert habe. Er sprach sich dafür aus, auf SU und Vietnam Einfluß zur Lösung der Kambodscha-Frage zu nehmen, woran ASEAN sehr interessiert sei. Westen könne z. B. anbieten, beim Aufbau zu helfen. Noch habe sich Haltung der SU gegenüber Kambodscha trotz Erklärung von Wladiwostok[10] und Schewardnadse-Besuch in der Region[11] nicht geändert. Versuche der SU, Beziehungen zu China ohne Lösung Kambodscha-Frage zu verbessern, seien gescheitert.

AM Shultz stimmte JAP zu. Westliche Strategie, Vietnam wirtschaftlich und diplomatisch zu isolieren, das kambodschanische Volk zu unterstützen und mit den ASEAN-Staaten auch zur Lösung der Flüchtlingsfragen zusammenzuarbeiten, sei richtig. Westen sei einig in Bereitschaft, in Dialog bzw. Verhandlungen einzutreten, wenn sich Chancen dafür zeigen, gleichzeitig sei der Druck auf SU aufrechtzuerhalten. Der Öffentlichkeit sollte Problem stärker bewußt gemacht werden. SU habe Problem erfolgreich unter öffentlicher Bewußtseinsschwelle gehalten. Anhebung könnte Lösung erleichtern. Er glaube, daß krasser Unterschied zwischen Lebensverhältnissen in Jakarta und Bangkok einerseits und Hanoi andererseits Schewardnadse nicht unbeeindruckt gelassen habe. Sowjetische Haltung in Kambodscha-Frage werde aber auch von Interesse an Marinestützpunkten bestimmt. China komme wichtige Rolle zu. US habe mit China in dieser Frage mehrfach konsultiert.

AM Raimond war in seinen Gesprächen in Peking[12] beeindruckt von dem großen Wert, den China dem Widerstand der Khmer Rouge beilege, ohne den es nicht glaube auskommen zu können. Es bestehe kein Zweifel, daß neue Führung in SU über Lösung des Problems nachdenke, bestehende Hindernisse aber nicht überwinden könne. AM Shultz stimmte dem im Hinblick auf Cam Ranh Bay zu.[13]

AM Howe hielt es für wesentlich, den Druck auf die SU aufrechtzuerhalten. Er wies darauf hin, daß Vietnam ein ungeheures Problem für die SU darstelle, weil Sozialismus dort überhaupt nicht funktioniere. Er wandte sich an die anderen Teilnehmer, insbesondere JAP, mehr vietnamesische Boatpeople von Hongkong zu übernehmen. AM Shultz wies auf allgemeine Natur des Flüchtlingsproblems in der Region hin. Problem nehme trotz sinkender Gesamtzahl zu.

AM Raimond wies auf französisches Schiff zur Rettung von Boatpeople hin.

8 Zur Lage in Kambodscha vgl. Dok. 148, Anm. 10.

9 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

10 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

11 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Thailand am 2. März 1987, Australien vom 3. bis 5. März, Indonesien vom 5. bis 8. März, Laos vom 8. bis 10. März, Kambodscha am 10./11. März und Vietnam vom 11. bis 13. März 1987.

12 Der französische Außenminister Raimond besuchte die Volksrepublik China vom 3. bis 5. Mai 1987.

13 Referat 213 erläuterte am 14. Mai 1986, ein Drittel der sowjetischen Kriegsmarine operiere im Pazifik mit dem Ziel des Aufbaus eines Gegengewichts zur amerikanischen Marinepräsenz sowie zur Sicherung gegen Japan und die Volksrepublik China: „Hinzu kommt die Bedrohung des nördlichen und westlichen Pazifik durch SS-20 und Backfire-Bomber (Stationierung in Cam Ranh Bay, Vietnam)." Insgesamt habe sich „die Fähigkeit der SU zu weitreichenden See-Operationen nicht zuletzt durch Nutzungsmöglichkeiten vietnamesischer Häfen verstärkt (zuletzt weiterer Ausbau von Cam Ranh Bay)". Vgl. Referat 213, Bd. 139328.

3) Sowjetische Politik in Asien und im Pazifik

AM Kuranari trug vor, sowjetisch-chinesische Beziehungen seien nicht allzu gut. Sowjetische Vorstellungen über Vertrauensbildung in der Region schienen auf Neuformulierung alten Breschnew-Vorschlages[14] hinauszulaufen.

Vertrauensbildung brauche Zeit. SU verstärke ihre Aktivitäten im asiatischen Raum. SU versuche auch, in das im pazifischen Raum entstandene Vakuum tiefer einzudringen. Sie nutze dabei wirtschaftliche Schwächen und mangelnde politische Stabilität kleiner Inselstaaten aus. Als Gegengewicht wäre Verstärkung westlicher Unterstützung und Ausbau der Beziehungen zu diesen Staaten durch die westlichen Länder notwendig. Der aktuelle Konflikt auf den Fidschi-Inseln sei auf Spannungen zwischen der Urbevölkerung und der indischen Bevölkerungsmehrheit zurückzuführen.[15] Die Foren des pazifischen Raums seien z. Zt. nicht funktionsfähig. Dafür sei Stabilität von Fidschi entscheidend. AM Shultz bezeichnete Pazifik-Reise von AM Kuranari[16] als sehr wichtig und sprach sich dafür aus, die besonderen Belange der Inselstaaten ernst zu nehmen. US habe mit Fidschi-Regierung gesprochen, um eigene Mitarbeit in Region anzustacheln. Westen solle Präsenz im Südpazifik verstärken. Generalgouverneur auf Fidschi[17] würde Zusammenarbeit sehr begrüßen.

AM Howe teilte japanische Einschätzung, daß Konflikt auf den Fidschis nichts mit Ost-West-Politik zu tun habe. GB wolle sich aus dieser internen Auseinandersetzung heraushalten. Es bestehe die Chance, die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. Es sei wichtig, alles zu tun, um Expansionsdrang der SU zu bremsen und auch Libyen aus dem Südpazifik herauszuhalten.[18] Schon bescheidene westliche Hilfe könne westliche Interessen fördern. Dazu könne auch der Abschluß von Fischereiabkommen gehören. AM Raimond stimmte dem zu

14 Am 7. Juni 1969 schlug der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, auf der Dritten Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau erstmals die Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit in Asien vor. Für den Wortlaut der Äußerungen vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Juni 1969, S. 6.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ahrens legte am 20. Mai 1987 dar: „Vor einem Monat wurde in Fidschi das seit der Unabhängigkeit 1970 regierende, melanesisch bestimmte Kabinett Mara in demokratischen Wahlen durch das indisch bestimmte Kabinett Bavadra abgelöst. Dies veranlaßte am 14. Mai 1987 den Oberstleutnant der nahezu ausschließlich melanesischen 2500-Mann-Armee, Rabuka, in Abwesenheit des Oberbefehlshabers zu putschen, das Kabinett Bavadra festzusetzen, ein von ihm geführtes Regime mit dem früheren PM Mara als Außenminister einzusetzen und eine neue Verfassung anzukündigen, die die seit 1879 von den Engländern als Zuckerarbeiter ins Land gebrachten Inder, 49% der Bevölkerung, weitgehend entrechten würde. Der (melanesische) Generalgouverneur, Vertreter des Staatsoberhaupts, Elizabeth II., versagte dem Putschistenregime nach einigem Hin und Her die Anerkennung, übernahm formell die Macht und kündigte Neuwahlen mit anschließender Verfassungsänderung an." Vgl. Referat 342, Bd. 144479.

16 Der japanische Außenminister Kuranari besuchte am 13./14. Januar 1987 Fidschi, am 15. Januar Vanuatu und am 15./16. Januar 1987 Papua-Neuguinea.

17 Ratu Sir Penaia Ganilau.

18 In einer Aufzeichnung des Referats 342 vom Mai 1987 wurde erläutert: „Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Vanuatu (zweites Halbjahr 1986) hat Libyen seine Aktivitäten im Südpazifik verstärkt (paramilitärische Ausbildung von Kanaken und Vanuatern, Veranstaltung einer Pazifikkonferenz in Sirte/Libyen vom 18. bis 21.4.1987). Gaddafi dürfte es dabei vor allem um einen Propagandaerfolg zu Lasten der USA und Frankreichs gehen. Zielgruppen dieser Aktivitäten, die nicht überschätzt werden sollten, sind in erster Linie ethnische und islamische Minderheiten (Kanaken in Neukaledonien, Aborigines in Australien, Maoris in Neuseeland und Muslims in Tonga)." Vgl. Referat 342, Bd. 137280.

und sprach sich ebenfalls für verstärktes westliches Engagement in der Region aus. Die Entwicklung dieser Inseln sei sehr wichtig. Frankreich denke an eine Verstärkung seiner diplomatischen Vertretungen. Staaten dieser Region schienen auf westliche Einflüsse überaus empfindlich zu reagieren.

AM Clark wies auf lange Abgeschlossenheit dieser Inseln und auf Identitätsprobleme hin, die zu großer Empfindlichkeit führten.

4) Südafrika

Obwohl AM Andreotti Diskussion unter Hinweis auf Erörterung der Staats- und Regierungschefs vermeiden wollte, unternahm AM Clark Versuch, eine Erklärung über Südafrika der Außenminister, zumindest aber eine starke Passage in der Zusammenfassung der Präsidentschaft durchzusetzen. Niemand werde es verstehen, wenn WWG Venedig zu den gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Südafrika schwiege. Änderung des Regimes in Südafrika entspreche doch gemeinsamen Anliegen.

Die Sieben hätten auch gemeinsame Zielvorstellungen über die Gestaltung der Gesellschaftsordnung in Südafrika. Gipfelerklärung könnte bei schwarzer Bevölkerung zur Mäßigung führen, wohingegen Verschweigen zur weiteren Polarisierung der Extreme führen werde. Ermutigung wäre für alle wichtig, die Kampf gegen Apartheid an Ort und Stelle führten. Schweigen würde schwarze Führer glauben machen, keine Unterstützung zu haben. Außenminister sollten deutlich machen, daß sie Entwicklung in Südafrika weiter verfolgten und sich verständigen, Thema z. B. am Rande der VN-GV[19] weiter zu verfolgen.

AM Andreotti unterrichtete über Beschluß der Staats- und Regierungschefs, von Gipfelerklärung über Südafrika aus guten Gründen abzusehen. AM Howe bezeichnete diesen Beschluß als weise und sprach sich gegen eine Institutionalisierung der Erörterung über Südafrika auf WWG aus. Vielleicht sollte sich eine besondere Gruppe mit diesen Fragen befassen und sie regelmäßig überprüfen. Wir hätten noch einen weiten Weg vor uns. Folgendes sei wichtig: Westliche Länder sollten ständigen Druck auf Südafrika (auch auf neuen Wegen) im Sinne gemeinsam angestrebter Lösungen aufrechterhalten und positive Maßnahmen fortsetzen. Gelegenheit für gemeinsames Handeln sei in dem VN- und im EPZ-Rahmen gegeben. AM Howe sprach sich weiter für den Abbau der Spannungen zwischen Südafrika und den Frontlinienstaaten[20] aus, die für beide Seiten schädlich seien. Er wies ferner auf die negativen Auswirkungen von Sanktionen auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung hin. Für eine Kommentierung der Lage in Südafrika nach den Wahlen[21] sei es noch zu früh.

AM Kuranari und AM Shultz sprachen sich für die Einbeziehung Südafrikas in die Zusammenfassung der Präsidentschaft aus. AM Andreotti trat dafür ein, auf den ANC Druck auszuüben, für eine bestimmte Zeit eine Waffenruhe einzuhalten. Er wies auf den Circulus vitiosus hin, daß der ANC nicht verhandeln wolle, weil Mandela noch immer inhaftiert sei, umgekehrt aber die Regierung Gespräche verhindere, indem sie Mandela nicht freilasse. AM Howe stimmte diesem Ge-

19 Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

20 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

21 Zu den Parlamentswahlen am 6. Mai 1987 in Südafrika vgl. Dok. 129, Anm. 35.

danken zu. Es wäre schön, wenn eine Initiative zur Waffenruhe von schwarzer Seite käme und Botha gezwungen wäre, sie anzunehmen. Botha würde aber wohl argumentieren, Waffenruhe garantiere keinen ewigen Frieden. Es wäre gut, wenn beide Seiten dafür aufgeschlossen wären.

AM Kuranari berichtete über sein Gespräch mit Oliver Tambo in Tokio.[22] Die schwarze Bevölkerung zeichne sich durch sprachliche und kulturelle Vielfalt aus und habe unterschiedliche Ansatzpunkte. Es sei notwendig, die Apartheid in Südafrika zu beenden und die Gewalttätigkeiten einzustellen. Westliche Länder müßten Geduld haben und ihre Solidarität auch gegenüber der schwarzen Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

AM Tindemans betonte die Bedeutung der Verkehrsverbindungen in Zentral- und Ostafrika und ihrer Verbesserung und wies auf die Notwendigkeit der Stärkung der Volkswirtschaften in den Frontlinienstaaten hin.

EG habe mit diesen entsprechende Kontakte aufgenommen. BM erklärte, was AM Tindemans über die Verbesserung der Infrastruktur gesagt habe, könne man nur unterstreichen. Nach dem Ausgang der Wahlen in Südafrika stünde man vor einer Radikalisierung auf beiden Seiten, weil die Regierung nicht bereit sei, die Mindestvoraussetzungen für einen Dialog mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu schaffen, wozu u. a. die Freilassung Mandelas und die Aufhebung des Verbotes des ANC gehören würden. Das Wahlergebnis sei nicht auf Abschaffung der Apartheid und evolutionäre Reformen in Südafrika gerichtet. Botha werde das Wählermandat vielmehr nutzen, um seine „Reformpolitik" fortzusetzen. Dies sei nicht die Zeit, um in Südafrika große Wirkungen zu erreichen.

BM sprach sich dafür aus, daß der Vorsitz in seiner Zusammenfassung der Außenministergespräche die große Sorge zum Ausdruck bringe, mit der diese über die Entwicklung in Südafrika gesprochen hätten. Er warne davor, Erwartungen zu wecken, als verfügten die Sieben über den großen Zauberschlüssel zur Lösung der Probleme. Er wolle nicht ausschließen, daß eine Grundsatzerklärung zu Südafrika zu einem späteren Zeitpunkt notwendig werden könnte. Zur Zeit sehe er keine Möglichkeit, eine Entwicklung in die richtige Richtung in Südafrika in Gang zu setzen. Von Oliver Tambo habe auch er einen positiven Eindruck gewonnen.[23]

AM Andreotti bezeichnete die Aussprache über Südafrika als gut und wichtig. Er sehe darin einen Akt der Solidarität.

[24]5) Nahost

AM Tindemans berichtete über die Nahost-Erklärung der Zwölf vom 23. Februar[25], die ein Vakuum gefüllt habe. Von seiner Nahost-Reise im Auftrag der

22 Der Vorsitzende des ANC, Tambo, traf am 20. April 1987 in Tokio zu Gesprächen mit Ministerpräsident Nakasone und dem japanischen Außenminister Kuranari zusammen.

23 Der Vorsitzende des ANC, Tambo, hielt sich vom 7. bis 9. April 1986 auf Einladung der SPD in der Bundesrepublik auf und führte am 9. April 1986 ein Gespräch mit Bundesminister Genscher. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 133, Anm. 8.

24 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

25 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1987 in Brüssel zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f. Vgl. dazu ferner Dok. 52.

Zwölf[26] habe er den Eindruck mitgebracht, daß die Vertretung der Palästinenser in einer Nahost-Friedenskonferenz[27] ohne Zweifel die schwierigste Frage war. Die zweite große Schwierigkeit liege beim Verhandlungsmandat der multilateralen Konferenz, die kein Recht haben würde, den Konfliktparteien bestimmte Lösungen aufzuzwingen. Israel sei in der Konferenzfrage gespalten, Peres sei für die Konferenz, Shamir dagegen. Die Zwölf seien einig, zunächst eine Lösung in Israel abzuwarten und zu sehen, wie die arabische Welt darauf reagiere. Das Gipfeltreffen der arabischen Staaten[28] könnte eine arabische Delegation fordern. Die Zwölf sollten die Entwicklung weiter aus nächster Nähe verfolgen. Dabei sei der Gedanke einer Wirtschaftskonferenz und einer politischen Konferenz interessant. Die Krise im Persischen Golf stehe im engsten Zusammenhang mit Nahost. Es wäre gut, wenn sich der Gipfel mit Irak/Iran befassen werde.

AM Shultz versicherte, daß sich die USA ständig um eine Lösung des Nahost-Konflikts bemühen, der zu den wichtigsten, frustrierendsten und explosivsten regionalen Fragen gehöre. In den letzten Jahren habe es einige Fortschritte in der Entwicklung der Lage im Nahen Osten gegeben, Hauptelement im Friedensprozeß im Nahen Osten sei das Verhältnis zwischen Ägypten und Israel. Wichtig sei auch das jordanisch-israelische Verhältnis, auch die Verbesserungen auf der Westbank trotz fortbestehender Spannungen (Einsetzung arabischer Bürgermeister[29], Errichtung der Cairo Amman Bank[30]). Die bestehenden Probleme könnten nur im Wege direkter Verhandlungen gelöst werden. Der jordanische König[31] benötige ein Mandat der Palästinenser. Die PLO habe ihm das Mandat entzogen. Die PLO habe sich damit für eine Teilnahme an der Konferenz disqualifiziert. Über das, was über bilaterale Fragen hinausgehe, müsse im Rahmen der VN verhandelt werden. Die SU nutze die Lage, um die Stimmung abzuklären. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Auffassungen in Israel sei zur Zeit in der Konferenzidee kein Fortschritt zu erzielen. Die internen Auseinandersetzungen in Israel könnten auf diplomatischem Wege nicht gelöst werden. Dennoch müsse

26 In seiner Funktion als EG-Ratspräsident besuchte der belgische Außenminister Tindemans vom 14. bis 16. April 1987 Jordanien, am 16. April Ägypten und am 17./18. April 1987 Saudi-Arabien. Vom 9. bis 11. Mai 1987 hielt sich Tindemans in Israel auf.

27 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

28 Vom 8. bis 11. November 1987 fand in Amman eine außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga statt. Vgl. dazu Dok. 329.

29 Botschafter Bartels, Amman, berichtete am 10. Dezember 1985: „Der neue Bürgermeister von Nablus, Zafer al-Masri, bestritt vor hiesiger Presse, daß israel[isches] ‚endorsement' seiner Ernennung etwas mit israel. Angebot einer Selbstverwaltung für Palästinenser zu tun habe. Weiterhin gelte auf der Westbank jordan[isches] Kommunalrecht, das den Stadträten und Bürgermeistern keine politischen Aufgaben einräume. Sollte Israel dieses Recht abändern wollen, stehe er nicht mehr zur Verfügung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 723; Referat 310, Bd. 149610.
Gesandter Wallau, Washington, informierte am 12. Dezember 1985 über die Haltung der amerikanischen Regierung. Diese beurteile die Annahme, Ministerpräsident Peres wolle mit der Ernennung arabischer Bürgermeister Druck auf König Hussein ausüben, als „eher unrealistisch – auch wenn sich ein Gesprächspartner hier etwas nuancierter ausdrückte, indem er betonte, vorrangiges Ziel von MP Peres sei das Zustandekommen direkter Verhandlungen mit Jordanien. Peres wolle mit der Ernennung arabischer Bürgermeister in erster Linie sein Versprechen zu verbesserter Lebensqualität in den besetzten Gebieten einlösen, und zwar auch in der Hoffnung, daß sich diese Politik bei der Weiterverfolgung des Nahost-Friedensprozesses positiv auswirkt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5720; Referat 310, Bd. 149610.

30 Eine Zweigstelle der Cairo Amman Bank wurde am 3. November 1986 in Nablus eröffnet.

31 Hussein ibn Talal al-Haschemi.

man an dem Konferenzprojekt weiterarbeiten. Die USA wollten mit den Sowjets in den nächsten Regionalkonsultationen über die generellen Auswirkungen einer Konferenz sprechen.[32] Vielleicht bringe man die Sache voran, wenn man Shamir anschließend klarmachen könnte, daß es für ihn nicht ohne Bedeutung wäre, wenn die SU 30000 jüdische Bürger ausreisen ließe. Wir dürften jetzt nicht aufgeben, sondern müßten uns inständig weiter bemühen. Dabei sollte man auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Komponente im Auge haben. Es gelte, den Palästinensern auf der Westbank zu helfen. Es müsse überlegt werden, welche Hilfe sinnvoll geleistet werden könnte, z.B. Zurverfügungstellung direkt verfügbarer Mittel.

AM Howe sprach sich dafür aus, das Thema Nahost auf der Tagesordnung der Gespräche mit der Sowjetunion zu belassen. BM erklärte, die Entwicklung in Israel erinnere ihn an die Entwicklung in der Bundesrepublik vor Abschluß der Ostverträge[33]. Damals habe es auch bei uns eine geteilte Meinung über das Verhältnis zum Osten gegeben. Am Ende werde sich in Israel Auffassung durchsetzen, die in Richtung auf Verbesserung der Verhältnisse gehe. Diesen Prozeß könne man durch Einwirkung von außen nicht beschleunigen. Unsere Länder müßten ihre Hilfe auf bestimmten Gebieten verstärken. Eine Teilnahme der SU an einer Nahost-Friedenskonferenz sei schon im Hinblick auf eine Teilnahme der Syrer unvermeidlich. Die Sowjets sollten darauf hingewiesen werden, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen und die humanitären Fragen zu lösen. Die Person und Mitverantwortung des jordanischen Königs müsse gestärkt werden, um Verhandlungsbereitschaft auf seiten der Palästinenser zu erlangen.

AM Andreotti wies auf die Zunahme der Ausreisen sowjetischer Juden in den letzten Monaten hin, die zeige, daß doch gewisse Beziehungen zwischen Israel und der SU bestünden. Er halte das Problem einer sowjetischen Teilnahme an der Konferenz letztlich für lösbar. AM Andreotti wies ferner auf den Libanon hin, wo sich eine neue Lage gebildet habe und das alte Gleichgewicht zwischen christlichen und moslemischen Parteien zerstört sei, was sich bei Neuwahl des Präsidenten[34] auswirken werde. In Israel wachse der Wunsch, etwas zu schaffen, das den Frieden mit den Nachbarstaaten fördere.

32 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 16. Juli 1987: „Nach amerikanischer Darstellung waren die Möglichkeiten einer internationalen Friedenskonferenz Hauptthema der sowjetisch-amerikanischen Nahost-Konsultationen von Poljakow und Murphy am 6. und 7.7.87 in Genf. Sowjetische Seite habe nur wenig Veränderung in Sachpositionen, aber gegenüber früheren Gelegenheiten verstärktes Interesse für das Thema Friedenskonferenz und eine offenere Gesprächshaltung gezeigt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3040; Referat 204, Bd. 135406.

33 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

34 Die Amtszeit des Präsidenten Gemayel endete am 22. September 1988.

AM Raimond hielt es für verfrüht, Israel jetzt zu drängen. Für die Konferenz müsse man eine sehr flexible Formel finden. Die Rolle der SU in bezug auf die jüdische Auswanderung laufe in eine gewisse Richtung. Es bestehe Einvernehmen, Jordanien wirtschaftlich zu unterstützen, doch sei direkte Hilfe vielleicht schwieriger.

AM Tindemans berichtete über ein Gespräch mit dem israelischen Generalstabschef[35], der vor neuer Form ungezielten Terrorismus gewarnt habe, was auf lange Sicht untragbar wäre.

6) Iran–Irak

AM Howe gab seiner Zufriedenheit Ausdruck, daß der Text zum Golf gebilligt werde.[36] Er unterstrich die Bedeutung der Gespräche mit der SU im Kreise der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die deutlich machten, daß es um die Freiheit der Schiffahrt im Golf und nicht um den Ost-West-Gegensatz in dieser Region gehe. Die Präsenz der Royal Navy im Golf sei in den letzten Monaten verstärkt worden.

AM Raimond beteuerte die französische Präsenz im Golf und die gute Zusammenarbeit zum Schutz der Schiffahrt. Mit dem Erklärungstext sei er sehr zufrieden. AM Kuranari wies auf die Intensivierung der Angriffe auf Schiffe im Golf seit 1984 hin. Japan habe den USA seine Anteilnahme zum Tode der 37 Seeleute der Fregatte Stark ausgesprochen.[37] Den Bemühungen des Sicherheitsrats zur Beendigung des Krieges komme große Bedeutung zu. Japan wäre bereit, einen Beitrag zum Wiederaufbau im Irak und im Iran nach Beendigung des Krieges zu leisten. Japan könne zwar zur Gewährleistung der sicheren Durchfahrt der Schiffe im Golf keinen eigenen militärischen Beitrag leisten, wäre aber bereit, sich finanziell zu beteiligen. Die SU betreibe im Golf eine Doppel-Diplomatie. Er werde am 14.6. den Iran besuchen und wäre für Ratschläge zur Gesprächsführung dankbar. AM Shultz stellte zum Begriff „effective measures“ im Erklärungstext fest, damit sei bezweckt, die Partei, die sich nicht an den Waffenstillstand halte, mit Sanktionen, z. B. mit Embargo von Kriegsmaterial, zu belegen. Ob die Sowjetunion das unterstützen werde, sei fraglich.

Unklar sei auch, wie sich China dazu stellen werde. BM wies auf die Tatsache hin, daß sich unter den Sieben drei ständige und drei nicht-ständige Mitglieder des Sicherheitsrates befinden.[38] Die Bundesregierung sei nicht in vollem Um-

35 Dan Schomron.

36 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 9. Juni 1987 zum irakisch-iranischen Krieg und zur freien Schiffahrt im Persischen Golf vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 344 f.

37 Kapitän z. S. Kamper, Washington, berichtete am 18. Mai 1987: „Pentagon bestätigt Pressemitteilungen, daß gestern um 21.00 Uhr Ortszeit USS Stark (FFG-31) von einer Exocet-Rakete einer irakischen Mirage F 1 C getroffen wurde. Die Rakete habe eine voll besetzte Abteilung getroffen. Die Medien sprechen von drei Toten und 25 Vermißten, die Zahl der Toten nehme zu […]. Auf dem Schiff seien mehrere Brände ausgebrochen. Diese seien unter Kontrolle. Der Standort der Fregatte zum Zeitpunkt des Angriffs sei 85 Meilen nordöstlich Bahrains gewesen. Die USS Stark sei derzeit mit eigener Kraft auf dem Weg nach Bahrain unterwegs und werde dort gegen Mitternacht eintreffen. Die USS La Salle laufe der USS Stark entgegen. Während das State Department scharf protestiert habe, versuche das Pentagon, den Fall als Versehen (mishap, hit by accident) herunterzuspielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2242; Referat 311, Bd. 139979.

38 Neben Frankreich, Großbritannien und den USA, die mit einem ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat vertreten waren, gehörten 1987/88 auch die Bundesrepublik, Italien und Japan dem VN-Sicherheitsrat an.

fang über die Gespräche der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates über eine Beendigung des Krieges zwischen Irak–Iran unterrichtet. Es liege aber im gemeinsamen Interesse, sich durch koordinierte Bemühungen aller hier vertretenen SR-Mitglieder für wirksame Maßnahmen des Sicherheitsrates zur Beendigung des Krieges einzusetzen und dafür auch die anderen Mitgliedstaaten der EG zu gewinnen. Er sage dies mit Blick auf die hier vertretene Präsidentschaft der EG[39].

AM Tindemans nahm dies auf und unterstützte die Ausführungen von BM in vollem Umfang. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Besuch des iranischen Vize-Außenministers Larijani in Bonn und Brüssel[40], demgegenüber BM und er koordinierte Linie vertreten hätten.

7) Lateinamerika

AM Andreotti trug zur Lage in Südamerika vor und legte dabei einen Schwerpunkt[41] auf die Entwicklung in Argentinien. Die von Alfonsín nach der Offiziersrevolte[42] zugesagte Nichtverfolgung von Menschenrechtsverletzungen von Angehörigen der Streitkräfte während der Militärdiktatur[43] gebe Anlaß zur

39 Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

40 Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok notierte am 1. Juni 1987, der gegenwärtige Besuch des stellvertretenden iranischen Außenministers Larijani sei „der erste Besuch eines hochrangigen Vertreters des iranischen Außenministeriums in Bonn nach der Revolution 1979". Vgl. Referat 311, Bd. 139996.
Am 3. Juni 1987 unterrichtete Strenziok, Larijani unternehme eine Europareise, „die ihn nach Bonn und Rom geführt hat. Letzte Etappe wird Brüssel sein. In Bonn führte er am 1.6. Gespräche mit StS Sudhoff, BM Genscher und dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, Dr. Stercken. Am 2.6. wurde er vom Bundeskanzler empfangen, dem er eine Botschaft des iranischen MP Mussawi überbrachte. Anschließend sah er die BM Schäuble und Bangemann. […] In den Gesprächen wurden teilweise auch bilaterale Fragen sowie die iranische Haltung zu den Bemühungen des SR um eine Beendigung des irakisch-iranischen Krieges behandelt. Erklärter Zweck der Mission L[arijani]s aber war es, die Bundesregierung und andere europäische Regierungen auf die gefährliche Zuspitzung der Lage im Golf durch die Interventionen der Supermächte hinzuweisen, deren Brisanz den eigentlichen Krieg zwischen Iran und Irak in den Schatten stelle. […] L. führte aus, Irak habe mit dem Tankerkrieg begonnen, um Iran wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Einige andere Staaten wie vor allem F hätten IRK dabei mit Waffen unterstützt." Eine „Ausweitung und Internationalisierung des Konflikts" müsse, so Larijani, vermieden werden. Bundesminister Genscher habe erwidert, die Bundesregierung habe „das gleiche Interesse an Sicherheit und Stabilität im Golf wie Iran" und wolle ebenfalls eine Internationalisierung des Konflikts verhindern. Vgl. den Runderlaß Nr. 4523; Referat 311, Bd. 139996.

41 Korrigiert aus: „Standpunkt".

42 Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, informierte am 7. Mai 1987: „Osterkrise offenbarte nicht nur ernste Spannungen zwischen Militärs und zivilen Verfassungsorganen, sondern auch horizontalen Bruch zwischen mittleren Offiziersrängen und Generalität des Heeres. Krise entsprach nicht den aus der Vergangenheit bekannten Mustern: kein Versuch der auf unverbrüchlichen Gehorsam gestützten militärischen Führung, verfassungsmäßige Staatsorgane zu stürzen oder ihnen politische Maßnahmen in militärfernen politischen Fragen abzunötigen, sondern eine – auch gegen Heeresführung gerichtete – Meuterei jüngerer Offiziere in eigener Sache: Beendigung der ‚Diffamierung' der Streitkräfte und der Menschenrechtsprozesse gegen die Befehlsempfänger" in der Zeit der Militärherrschaft von 1976 bis 1983. Vgl. den Drahtbericht Nr. 565; Referat 330, Bd. 136729.

43 Am 30. Mai 1987 teilte Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, mit: „Argentinischer Senat hat heute morgen gegen 6.00 Uhr das am 13.5. von der Regierung eingebrachte und am 15./16.5. vom Abgeordnetenhaus unverändert gebilligte Gesetz über die Gehorsamspflicht im Grundsatz verabschiedet, allerdings Straffreiheitsgrenze innerhalb militärischer Hierarchie noch weiter nach oben verschoben. Version des Senats unterstellt nunmehr auch zugunsten der Obristen und Brigadegenerale […], im Rahmen der Gehorsamspflicht rechtmäßig gehandelt zu haben. Änderungsvorschlag gegenüber ursprünglichem Entwurf kam in letzter Minute vom Präsidenten selbst,

Sorge über die künftige innere Entwicklung Argentiniens. Es sei nicht auszuschließen, daß jüngere Offiziere, die von dieser Regelung begünstigt würden, später in politische Führungspositionen gelangten. Er sprach sich dafür aus, Alfonsín zu helfen, damit die demokratische Richtung in Argentinien erhalten bliebe.

Zur Entwicklung in Peru verwies AM Andreotti auf die jüngsten Gefängnisrevolten und Streiks innerhalb der Staatspolizei, bei denen jeweils das Heer eingreifen mußte.[44] Dies bedeute eine latente Gefahr für die Demokratie. Die vier Staaten Südamerikas, die jetzt in der Rio-Gruppe enger zusammenarbeiten wollten[45] und die bereits 1983 beschlossen hätten, die Contadora-Gruppe zu unterstützen, hätten sicher noch nicht viel Kohärenz erreicht. Ein Bindemittel sei das Problem der starken Verschuldung, ein wirtschaftliches Problem mit politischer Rückwirkung.

Unbeschadet der Lösung dieses Problems sollte jedoch die Tendenz der Zusammenarbeit der demokratischen Staaten Südamerikas unterstützt werden, um den demokratischen Kräften, die dort starken Risiken ausgesetzt seien, eine Chance zu geben, sich durchzusetzen.

[46]8) Zentralamerika

BM führte die Diskussion mit einem Beitrag über die Haltung der Zwölf zur Entwicklung in Zentralamerika ein, ausgehend vom Europäischen Rat in Stuttgart 1983[47], der das große Interesse der Zwölf an den Entwicklungen in Zentralamerika herausgestellt habe.

Die Staats- und Regierungschefs hätten damals ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die Probleme nur durch eine politische Lösung bewältigt werden könnten, die in der Region selbst ihren Ursprung habe und die die Grundsätze der Nichteinmischung und Unverletzlichkeit der Grenzen bei Wahrung von Demokratie und Menschenrechten beachtet. Die Lage habe sich seitdem nicht verbessert. Die Gefährdung habe eher zugenommen. Von Nicaragua gehe eine Entwicklung aus, die die Destabilisierung in die Nachbarstaaten hineintrage, auch eine solche passiver Art, wie sie die Flüchtlinge aus Nicaragua in Costa Rica darstellten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 850

der bis dahin stets beteuert hatte, zu weiteren Zugeständnissen an Militärs unter keinen Umständen bereit zu sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 651; Referat 330, Bd. 136729.

44 Botschafter von Vacano, Lima, berichtete am 19. Mai 1987: „Am Freitag, den 15.5.1987, gegen 9.00 Uhr trat die peruanische Polizei in einen unbefristeten Streik ein. Anlaß dazu waren Forderungen nach verbesserter Bezahlung, deren Erfüllung von der Regierung verschleppt worden war, und nach anderen materiellen Verbesserungen. Am Streik beteiligten sich rasch praktisch alle in Lima und Callao stationierten Einheiten aus allen drei Zweigen der Polizei – Guardia Civil, Kriminalpolizei und Guardia Republicana – bzw. sie erklärten sich mit den Streikenden solidarisch." Im Verlauf des Streiks „geriet auch der Staatspräsident auf einer Fahrt durch das Zentrum von Lima in eine demonstrierende Menschenmenge, aus der heraus sein Wagen mit Steinen beworfen und Luftschüsse abgefeuert wurden". Danach sei beschlossen worden, dem Streik durch Einsatz von Militär ein Ende zu bereiten. Die Streitkräfte hätten zivile Ordnungs- und Sicherheitsfunktionen übernommen. Die Lage habe sich danach wieder normalisiert. Vgl. den Schriftbericht Nr. 536; Referat 330, Bd. 143824.

45 Am 18. Dezember 1986 schlossen sich die Staaten der „Contadora-Gruppe" (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) in Rio de Janeiro mit Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay zur „Rio-Gruppe" zusammen.

46 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

47 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

Dies zeige, wie wichtig es sei, auf die Überwindung der Probleme hinzuarbeiten. Mit dem San-José-Prozeß[48] sollte der Weg in diese Zukunft geebnet werden. Dieser Prozeß werde aber die Grundfragen allein nicht lösen können. Wir stünden jetzt vor dem Gipfeltreffen in Guatemala.[49] Präsident Arias von Costa Rica habe auf seiner Europareise auch Bonn besucht und seinen Friedensplan vorgestellt.[50] Dieser Plan sei für uns attraktiv, weil er Nicaragua vor der Weltöffentlichkeit dazu zwinge, Farbe zu bekennen bei der inneren Öffnung, nachdem die Welt acht Jahre lang getäuscht werden konnte. Arias habe als Präsident von Costa Rica die Grundfrage in Zentralamerika zurückgeführt auf ein Ja oder Nein zum demokratischen Prozeß. Die Contadora-Staaten unterstützten dies. Die EPZ werde sich bis zum 20.6. damit zu befassen haben. Er wäre interessiert zu hören, wie die USA die Arias-Initiative einschätzen.

AM Shultz versicherte, daß die USA diese Initiative insofern unterstützen, als sie Bewegung in die demokratischen Staaten Zentralamerikas bringe. Die demokratischen Staaten Zentralamerikas sagten in eigenem Namen, was sie wollten. Arias habe Recht mit seiner Feststellung, daß solange ein kommunistisches Regime in Nicaragua existiere, es keine Stabilität in Zentralamerika geben werde. Die Regierungen von Honduras und El Salvador seien von der Frage des Wandels ebenfalls betroffen. Die Regierung in Nicaragua müsse sich bereit finden, mit den Menschen selbst ins Gespräch zu kommen. Das bedeute, daß sie auch mit den Contras sprechen müsse.

9) China – Korea – Philippinen

AM Kuranari trug zu China, Korea und den Philippinen vor. Er wies insbesondere auf den Generationskonflikt in China hin, der jedoch die Weiterführung der Reformpolitik – wenn auch mit verminderter Geschwindigkeit – nicht in Frage stelle. Die Beziehungen Chinas zu Japan seien nicht schlecht. Hauptproblem Chinas sei die Überbevölkerung. China schaue, wie der Inselstaat Japan damit fertig werde. Auf der koreanischen Halbinsel könnten die Olympischen Spiele eine wichtige Rolle für die zukünftige Entwicklung spielen.[51] Es sei

48 Am 28./29. September 1984 fand in San José die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.
Zur dritten Konferenz am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 35.

49 Zum Vorschlag eines Friedensabkommens für Zentralamerika des Präsidenten Arias vom 15. Februar 1987 vgl. Dok. 103, Dok. 108 und Dok. 110.
Zur Unterzeichnung des Abkommens auf der Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

50 Präsident Arias besuchte die Bundesrepublik vom 25. bis 28. Mai 1987. Am 26. Mai 1987 führte er ein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl. Dabei bat Kohl „um eine offene Analyse der Chancen nach einer politischen Wende in Nicaragua". Arias „verdeutlichte seine Skepsis: Es handele sich um eine marxistische Ideologie, und diese werde die politische Macht nicht aufs Spiel setzen. Ortega selbst habe ihm auf eine Frage dies direkt bestätigt, d. h. keine Bereitschaft, die Macht wieder freiwillig aus den Händen zu geben. Ziel seines Vorschlages bzw. der vier ZA-Staaten sei, Nicaragua zu zwingen, Farbe zu bekennen. Nicaragua habe in den letzten acht Jahren nie die Wahrheit gesagt, die Sandinisten [haben] Demokratie und Pluralismus in Wirklichkeit nie im Sinne gehabt. Politisch habe man verstanden, sich vom Westen und Osten wirtschaftlicher und politischer Unterstützung zu versichern." Kohl bat Arias, „er möge dies offen und weltweit vor dem Fernsehen so darstellen. […] Betroffen seien letztlich die Menschen Nicaraguas, denen für eine ganze Generation die Chance auf Glück und Freiheit vorenthalten werde." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

51 Vom 17. September bis 2. Oktober 1988 fanden die Olympischen Sommerspiele in Seoul statt.

notwendig, den Dialog zwischen Nordkorea und Südkorea zu fördern. Beide Seiten seien gezwungen zusammenzuarbeiten, um die Olympischen Spiele erfolgreich zu gestalten. Für die Entwicklung ausgewogener Beziehungen Japans zu Nord- und Südkorea sei ein pragmatischer Ansatz entscheidend. In Nordkorea werde der Machtwechsel von Kim Il-sung zu seinem Nachfolger[52] vorbereitet, wenn er sich auch nicht in naher Zukunft vollziehen werde. In Südkorea sei der Tod eines Studenten aufgrund von Folterungen ein ernstes Hindernis auf dem Weg zur Demokratie.[53] Zwischen Nord- und Südkorea bestünden noch immer sehr starke Spannungen. Auf den Philippinen habe sich die wirtschaftliche Entwicklung verbessert. Der Ausgang der Senatswahlen sei positiv zu bewerten.[54] Das Aufbaustreben der Regierung müsse unterstützt werden, sonst führe die Frustrierung des Volkes zur Explosion. Japan unterstütze Frau Aquino und ihren wirtschaftlichen Kurs.

AM Shultz dankte für die gute zusammenfassende Darstellung, mit der er sehr einverstanden sei. Die Olympischen Spiele in Korea sollten unterstützt werden. Der Wandel auf den Philippinen sei bemerkenswert. Es sehe so aus, daß es 1987 ein reales Wachstum von vier von Hundert geben werde. Die Kommunisten seien ein Test für Frau Aquino.[55] Sicherlich habe sie nicht die militärische Kapazität, die Kommunisten zu bekämpfen. Doch auch der Kardinal[56] befürworte es, gegen die Rebellen mit den Mitteln der Macht vorzugehen. Frau Aquino sei es durch geschickte Politik gelungen, eine halbwegs tragfähige Politik auf den Philippinen wieder herzustellen. Die eingeschlagene Richtung sei trotz großer Probleme gut.

52 Kim Jong-il.

53 Am 13. Januar 1987 kam der Student Pak Chong Chol bei Folterungen durch die südkoreanische Polizei ums Leben. Botschafter Kleiner, Seoul, berichtete am 6. Februar 1987: „In der Zeit vom 26. bis 28.1.1987 traten die Nationalversammlung und einige ihrer Ausschüsse zu Sondersitzungen zusammen. Die Opposition bezweifelte die Richtigkeit des Ergebnisses der polizeilichen Untersuchungen des Todes von Pak Chong Chol (Zeitpunkt der Festnahme, Zahl der an den Folterungen beteiligten Polizeibeamten, Anwendung auch der elektrischen Folter). […] Bisher war es feste Tradition der kor[eanischen] Behörden, jeden Vorwurf, ein Festgenommener sei gefoltert worden, zu negieren". Dies sei jetzt nicht mehr möglich: „Da man sich nun auf einen von den Behörden zugegebenen grausamen Fall berufen kann, sehen sich alle diejenigen Kräfte im Lande angespornt, die schon seit vielen Jahren für einen besseren Schutz der Menschenrechte eintreten, ihren Kampf mit noch größerem Eifer fortzuführen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 42; Referat 341, Bd. 142693.

54 Botschafter Scholz, Manila, berichtete am 21. Mai 1987 über die Kongreßwahlen auf den Philippinen am 11. Mai: „Bis gestern abend hatte die staatliche Wahlkommission ca. 45 Prozent aller Stimmen ausgewertet. Für den Senat ergab diese Zwischenbilanz 22 Sitze für die Regierungskoalition und zwei für die oppositionelle G[rand]A[lliance for]D[emocracy]". Die Wahlen hätten Präsidentin Aquino voll bestätigt. Schon jetzt von einem Abschluß des politischen Konsolidierungsprozesses zu sprechen, erscheine aber verfrüht: „Die hierzulande überaus wichtigen Lokalwahlen von Gouverneuren und Bürgermeistern stehen noch bevor." Vgl. den Drahtbericht Nr. 300; Referat 342, Bd. 137238.

55 Im Politischen Halbjahresbericht für die Philippinen nach dem Stand vom 1. März 1987 legte Botschafter Scholz, Manila, dar: „Zum Jahreswechsel verhandelte die Regierung während eines zweimonatigen Waffenstillstands mit dem Verband der landesweiten linken Rebellen (Kommunisten) N[ational]D[emocratic]F[ront]. Die Regierung wollte sondieren, ob die NDF als legitime Opposition in die Staatsgestaltung einzubeziehen und damit Frieden im Lande zu sichern wäre. Streitkräfte und USA hiergegen ohnehin mißtrauisch –, nutzte NDF die Zeit der Gespräche zur Öffentlichkeitsarbeit, brach aber die Verhandlungen dann ab und kehrte in den Untergrund zurück. Bewaffnete Auseinandersetzungen mit Toten halten an." Vgl. den Schriftbericht Nr. 194 vom 2. März 1987; Referat 342, Bd. 137240.

56 Erzbischof von Manila war Jaime Lachica Kardinal Sin.

AM Kuranari wies auf die vielfältigen Wirtschaftsprobleme der Region hin: Protektionismus, Unterentwicklung, Verschuldung. Viele Probleme stünden der Entwicklung der Region entgegen. Japan sei das einzige asiatische Land, das am WWG teilnehme, und deshalb von ASEAN aufgefordert worden, die Botschaft zu überbringen. Er bitte, dies in der Zusammenfassung der Präsidentschaft zum Ausdruck zu bringen. AM Shultz erklärte, auch er sei gebeten worden, für ASEAN einzutreten. Die Überwindung der offenen Fragen sei anzustreben.

10) Vereinte Nationen

AM Andreotti wies auf die bekannten Haushaltprobleme der VN und die anstehenden Wahlen der Generaldirektoren der FAO[57], UNESCO[58] und WHO[59] hin. Es sei erforderlich, eine vernünftige Nachfolgeregelung zu erreichen, vor allem bei der UNESCO, um es USA und GB zu ermöglichen, wieder in die Organisation zurückzukehren.[60] Dies sei nicht nur eine Frage der Personen, sondern auch des Programms. Die UNESCO sollte ihr altes Gewicht zurückerhalten[61].

AM Shultz bezeichnete die Arbeitsreform der VN als wichtig. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Bemühungen des VN-GS hin, die Besetzung von Stellen einzufrieren, besonders solcher, die die SU und die Ostblockstaaten besetzen könnten. Gleichwohl würden von diesen Staaten Nachfolger entsandt. Die USA hätten sich scharf dagegen gestellt.

AM Howe zeigte sich befriedigt, daß die Gründe, die GB zum Verlassen der UNESCO geführt hätten, jetzt eine breite Anerkennung fänden. AM Clark stellte fest, das Ansehen des VN-Systems habe schwere Einbußen erlitten.

11) Terrorismusbekämpfung

Die Außenminister begrüßten die Verabschiedung der Erklärung zur Terrorismusbekämpfung.[62] AM Shultz sehe vor allem Möglichkeiten zur praktischen

57 Referat 232 notierte in einer Aufzeichnung vom 25. Juni 1987, die Amtszeit des bisherigen Generaldirektors der FAO, Saouma, ende im Herbst 1987. Neuwahlen fänden während der FAO-Konferenz vom 7. bis 26. November 1987 in Rom statt. Folgende Kandidaturen lägen bislang vor: „Gonzalo Bula Hoyos (Kolumbien), kolumbianischer Botschafter bei der FAO, seit 1983 Vorsitzender der Gruppe 77 bei der FAO; Moise Christophe Mensah (Benin), Beigeordneter Präsident des IFAD; Edouard Saouma (Libanon), amtierender Generaldirektor der FAO (Kandidatur für eine dritte Amtsperiode).“ Die Bundesregierung habe sich noch nicht auf einen Kandidaten festgelegt: „Während das BML offenbar einer Wiederwahl Saoumas eher zuneigt, tendieren das Auswärtige Amt und das BMZ eher zu Mensah. Mensahs Wahl würde eventuelle Chancen M'Bows, ein drittes Mal zum Generaldirektor der UNESCO gewählt zu werden, stark beeinträchtigen, da man der afrikanischen Gruppe kaum mehr als zwei Generaldirektorenposten im VN-System (G[eneral]D[irektor] der WMO ist der Nigerianer Obasi) zugestehen wird.“ Vgl. Referat 232, Bd. 135143.

58 In einer Aufzeichnung des Referats 232 vom 25. Juni 1987 wurde dargelegt, die Amtszeit des bisherigen Generaldirektors der UNESCO, M'Bow, ende im Herbst des Jahres. Das Auswärtige Amt wolle ihn „nicht für eine dritte Amtsperiode wiedergewählt sehen“. M'Bow habe im Oktober 1986 erklärt, er strebe keine dritte Amtszeit an: „Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß er sich gleichwohl zu einer dritten Kandidatur entschließt, wenn er hierfür Chancen sieht. Unsere Kriterien für einen neuen G[eneral]D[irektor] der UNESCO sind: Nichtzugehörigkeit zur derzeitigen Führungsmannschaft der UNESCO; Bereitschaft, den Reformprozeß fortzuführen; Fähigkeit, USA und GB mittelfristig zum Wiedereintritt zu bewegen; hervorragende administrative Befähigung; Garant für unsere politischen Grundanliegen.“ Vgl. Referat 232, Bd. 135143.

59 Generaldirektor der WHO war bis 21. Juli 1988 Halfdan T. Mahler.

60 Die USA traten mit Wirkung vom 1. Januar 1985 aus der UNESCO aus, Großbritannien trat mit Wirkung vom 1. Januar 1986 aus.

61 Korrigiert aus: „zurückbehalten“.

62 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 9. Juni 1987 zur Terrorismusbekämpfung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 345 f.

Zusammenarbeit und stellte fest, daß die Lage heute besser sei als vor einem Jahr.

12) Drogenbekämpfung

AM Shultz wies auf die Problematik des Drogenverkehrs hin. Ein Land wie Kolumbien werde davon sehr stark okkupiert, ohne das Problem wirklich unter Kontrolle bringen zu können. Die Bedeutung, die die USA diesem Problem beimessen, zeige sich an der Teilnahme von Mrs. Reagan an einer Drogen-Konferenz in Stockholm[63] während des WWG in Venedig. Am 17.6. beginne die Weltdrogenkonferenz in Wien.[64]

AM Andreotti unterstrich die Bedeutung dieser Konferenz.

[gez.] Richthofen

Referat 204, Bd. 135415

63 In der Presse wurde berichtet: „Hours after she broke her silence on the Iran-contra arms sale scandal to say she does not think it will ruin her husband's presidency, Nancy Reagan was greeted here today by demonstrators protesting U.S. policy in Central America and chanting ‚Nancy go home' before she was cheered at an antidrug concert. […] Her remarks about the Iran-contra arms sales – her first since congressional hearings on them began in May – were made in response to questions in an impromptu press conference aboard Executive One, the presidential backup plane, on her way here to visit anti-drug-abuse programs for three days." Vgl. den Artikel „Protesters Greet First Lady in Sweden"; THE WASHINGTON POST vom 9. Juni 1987, S. C 1 f.

64 Die VN-Konferenz über Drogenmißbrauch und illegalen Drogenhandel fand vom 17. bis 26. Juni 1987 statt. Botschafter Zeller, Wien (Internationale Organisationen), informierte am 29. Juni 1987: „138 Länder nahmen an der Konferenz teil und waren im Plenum der Konferenz bei Abgabe ihrer nationalen Erklärungen fast ausschließlich durch Minister vertreten. Für die Bundesrepublik Deutschland war die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Frau Prof. Dr. Rita Süssmuth, nach Wien gekommen. Sie hielt vor dem Plenum der Weltdrogenkonferenz eine vielbeachtete Ansprache über die Ziele und Maßnahmen der deutschen Drogenpolitik." Der Verlauf der Konferenz sei positiv zu bewerten. Das Hauptergebnis bestehe darin, daß ein „auch unseren Ansprüchen genügender weltweiter Standard für Maßnahmen der Drogenbekämpfung aufgestellt wurde. Dies ist vor allem für diejenigen Länder wichtig, die erst seit wenigen Jahren mit Drogenproblemen konfrontiert sind und nach einer zweckmäßigen Strategie noch suchen. Für uns ist wichtig, daß wir durch diese Harmonisierung in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten weiterkommen, wenn und soweit diese sich an dem beschlossenen Standard orientieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 351; Referat 231, Bd. 148264.

172

Botschafter Montfort, Rabat, an das Auswärtige Amt

114-3922/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 161
Citissime

Aufgabe: 11. Juni 1987, 09.30 Uhr[1]
Ankunft: 11. Juni 1987, 11.53 Uhr

Betr.: Deutsche Haltung in Westsahara-Frage[2]

Bitte um Weisung

1) Vom 3. bis 5. Juni 1987 hielt sich Staatssekretär Manfred Baden vom BMA zu Gesprächen in Rabat auf. Er folgte einer Einladung des hiesigen Arbeitsministers, Hassan Abbadi, der im Februar d. J. in Bonn[3] und jetzt sein Hauptgesprächspartner war. Außerdem sprach er mit StS Cherkaoui vom Außenministerium, dem ersten stellvertretenden Parlamentspräsidenten Mohammed Jalal Essaid und dem Minister für berufliche Bildung, Mohamed Kabbaj.

2) Seine Gespräche standen im Zusammenhang mit der Anwesenheit von 52 000 marokkanischen Arbeitskräften und ihren Angehörigen in der Bundesrepublik. Die Gespräche von StS Baden haben zur Intensivierung der deutsch-marokkanischen Regierungskontakte wesentlich beigetragen.

3) Eine politische Frage bedarf jetzt der Klärung. Im Hinblick auf das bilaterale Sozialversicherungsabkommen[4] erläuterte StS Baden, diese Vereinbarung bedürfe in zweierlei Hinsicht der Ergänzung. Abgesehen von einer Anpassung des Mindestalters der Betroffenen müsse der territoriale Geltungsbereich der Vereinbarung klar definiert werden, und zwar dahingehend, daß die Westsahara zu Marokko gehörend eingeschlossen werde.[5] Die marokkanische Seite war über diesen deutschen Wunsch naturgemäß hocherfreut.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 11. Juni 1987 vorgelegen.

2 In der Länderaufzeichnung für Marokko nach dem Stand vom Februar 1987 teilte Botschafter Montfort, Rabat, mit: „Das größte Problem Marokkos und zugleich seine schwerste Last ist der fortdauernde Westsahara-Konflikt. Vordergründig geht es um die Frage, wem von Rechts wegen die Souveränität über die durch den Madrider Vertrag vom 14.11.1975 von Spanien preisgegebenen Westsahara-Territorien zusteht. Seit dem Ausscheiden Mauretaniens aus dem Konflikt am 5.8.1979 beansprucht Marokko das gesamte Westsahara-Territorium für sich. Diese Position vertritt Marokko mit außerordentlicher Festigkeit, was ihm große politische Schwierigkeiten auf internationalem Feld einbringt. Auf der OAE-Gipfelkonferenz in Nairobi vom 28.6.1981 erklärte sich König Hassan schließlich bereit, einer ‚kontrollierten Volksabstimmung' der Westsahara-Bevölkerung zuzustimmen. […] Militärisch konnte Marokko seine Position durch die Errichtung immer weiter vorgeschobener Befestigungswälle wesentlich verbessern, die weitgehend parallel zur algerischen und mauretanischen Grenze verlaufen. Vereinzelte Angriffe der Polisario-Front vermögen nicht mehr, die Beherrschung des umschlossenen Gebiets in Frage zu stellen. […] Das Verhältnis zu Algerien bleibt über den Westsahara-Konflikt gespannt. Ansätze zu einer Normalisierung sind in den ersten Anfängen steckengeblieben." Vgl. den Schriftbericht Nr. 150 vom 13. Februar 1987; Referat 311, Bd. 140020.

3 Der marokkanische Arbeitsminister Abbadi besuchte die Bundesrepublik vom 8. bis 10. Februar 1987.

4 Die Bundesrepublik und Marokko schlossen am 25. März 1981 ein Abkommen über Soziale Sicherheit und am 19. April 1984 eine Vereinbarung über dessen Durchführung. Für den Wortlaut des Abkommens und der Vereinbarung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 552–574.

5 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 4. März 1987 wurde vermerkt, der marokkanische Arbeitsminister Abbadi habe bei seinem Besuch in der Bundesrepublik im Vormonat die Frage der Ratifikation des bilateralen Sozialversicherungsabkommens angesprochen:

4) Auf meinen Hinweis gegenüber StS Baden, die Bundesregierung ergreife in der Westsahara keine Partei und mache die völkerrechtliche Frage der Zukunft dieses Gebiets vom Ergebnis eines Referendums der Sahara-Bevölkerung abhängig, entgegnete StS Baden, er halte sich hier streng an eine Sprachregelung des Auswärtigen Amts.

5) Ich bitte um fernschriftliche Unterrichtung, was StS Baden für seine Gespräche in Marokko vom Auswärtigen Amt mitbekommen hat. Ich werde sicher auf diesen Punkt angesprochen und halte ihn insbesondere im Hinblick auf den Besuch des Bundesinnenministers vom 17. bis 20. Juni[6] für dringend klärungsbedürftig.[7]

6) In den hiesigen Öffentlichkeitsmedien, die den Baden-Besuch gestreift haben, wurde seine Stellungnahme zur Westsahara bisher nicht erwähnt.

[gez.] Montfort

VS-Bd. 12999 (200)

Fortsetzung Fußnote von Seite 856

„Seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung ist zugesagt worden, im Hinblick auf die zwischenzeitlich geänderte Rechtslage (Herabsetzung der allgemeinen Altersgrenze für das Kindergeld von 18 auf 16 Jahre und damit unter die Abkommensaltersgrenze von 18 Jahren) sich mit den zu beteiligenden Bundesressorts mit dem Ziel der Ratifikation des Abkommens nach den noch vorzunehmenden Änderungen in Verbindung zu setzen." Zudem sei unklar, wie das marokkanische Hoheitsgebiet in dem Abkommen bezeichnet werden solle. Vgl. Referat 311, Bd. 140026. Vortragender Legationsrat Mulack notierte am 9. April 1987, das Hoheitsgebiet Marokkos solle so umschrieben werden, „daß darin nicht das umstrittene Gebiet der ehemaligen spanischen Westsahara miteinbezogen ist". Vgl. Referat 311, Bd. 140026.

6 Botschafter Montfort, Rabat, berichtete am 23. Juni 1987: „Im Vordergrund des Zimmermann-Besuches stand der Abschluß einer Ressortvereinbarung über polizeiliche Zusammenarbeit. Nach zähen dreistündigen Verhandlungen der deutschen Delegation […] mit Mitarbeitern von Innenminister Basri konnten BM Zimmermann und Minister Basri die Vereinbarung vor Fernsehkameras feierlich unterzeichnen. Die MRO-Seite hatte darauf allergrößten Wert gelegt, um darzutun, wie eng die Verbindung zur Bundesrepublik Deutschland ist. Diese Vereinbarung über polizeiliche Zusammenarbeit umfaßt drei Einzelbereiche: Bekämpfung des Terrorismus, Kampf gegen organisierte Kriminalität und Maßnahmen gegen illegalen Rauschgifthandel. Sie ist wesentlich konkreter als frühere Abmachungen, die Marokko mit Italien und Spanien abgeschlossen hat. U. a. wird die Tätigkeit des Rauschgiftverbindungsbeamten der Botschaft festgeschrieben, der bereits seit eineinhalb Jahren erfolgreich arbeitet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; Referat 311, Bd. 140020.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok teilte der Botschaft in Rabat am 12. Juni 1987 mit: „Hier ist nicht festzustellen, ob und von wem StS Baden die von ihm erwähnte Sprachregelung des AA erhalten hat. In jedem Fall muß es sich um ein Mißverständnis handeln. Haltung der Bundesregierung in Westsahara-Frage bleibt unverändert: keine Anerkennung des marokkanischen Anspruchs auf territoriale Zugehörigkeit zum Staatsgebiet MRO vor Bestätigung eines solchen Anspruchs durch Volksbefragung in dem betroffenen Gebiet. Die Äußerung StS Badens muß daher, sollte MRO-Seite in irgendeiner Form darauf zurückkommen, richtiggestellt werden." Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 140026.

173

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3947/87 geheim
Fernschreiben Nr. 2562
Citissime

Aufgabe: 11. Juni 1987, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 12. Juni 1987, 15.05 Uhr

Betr.: Amerikanischer INF-Vertragsentwurf[2];
hier: Inspektionsprotokoll

Bezug: DE Nr. 4717 vom 10.6.87[3]

Am 11.6. fand erste Gesprächsrunde über amerikanischen Entwurf des Inspektionsprotokolls[4] zwischen Vertretern der Quint[5] und Repräsentanten der Administration unter Leitung des stellvertretenden Leiters der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department, General Burns, statt.

Alle Teilnehmer betonten Vorläufigkeit ihrer Kommentare aufgrund kurzer zur Verfügung stehender Zeit seit Aushändigung des Textes. Alle Vertreter der Stationierungsländer machten deutlich, daß für sie Berücksichtigung ihrer Souveränitätsrechte von entscheidender Bedeutung sei. Es wurde kritisiert, daß das amerikanische Papier über Verification Arrangements[6] keine Auskunft über alternative Modelle gibt, die als rechtliche Konstruktionen in Frage kommen könnten.

Amerikanischerseits wurde das vorgelegte Modell verteidigt, es wurde zugestanden, daß alle Vertretungs- und Beteiligungsansprüche der Stationierungsländer durch entsprechende Formulierungen in dem sowjetisch-amerikanischen Vertrag Berücksichtigung finden müßten. USA stellen sich eine Sechs-Parteien-Vereinbarung mit den Stationierungsländern vor, die in möglichst einheitlicher Weise die zu beachtenden Verfahren und Regelungen festlegt. Die juristische Qualität einer solchen Vereinbarung müsse gemäß Wünschen der Stationierungsländer vereinbart werden. Die USA hätten diesbezüglich keine Präferenzen (grundsätzlich dürfte ihnen daran gelegen sein, das Verfahren so einfach wie möglich zu gestalten). Es wurde darum gebeten, unsere Vorstellungen und ggfs. verfassungs-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 12. Juni 1987 vorgelegen.

2 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

3 Für das Gespräch zwischen Vertretern des kleinen Kreises der Special Consultative Group (SCG) der NATO (Quint) mit Vertretern der amerikanischen Regierung am 11. Juni 1987 in Washington über den Entwurf der USA für ein Inspektionsprotokoll im INF-Vertrag übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter der Botschaft in Washington am 10. Juni 1987 einen Fragenkatalog. Die erste Frage betraf den Anhang zum Entwurf des Protokolls („Verification Arrangements Among the U.S. and the Allied Basing Countries"), die zweite Frage die Verdachtskontrollen, die dritte „Einzelfragen zu Definitionen" und die vierte die Inspektionsquoten. Vgl. VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Für das undatierte amerikanische Papier „INF Inspection Protocol: Protocol Between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics Regarding Inspection and Monitoring Relating to the Treaty on the Limitation and Reduction of Intermediate-Range Nuclear Missiles" vgl. VS-Bd. 11362 (220).

5 Belgien, Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Niederlande.

6 Für das undatierte amerikanische Papier „Verification Arrangements Among the U.S. and the Allied Basing Countries" vgl. VS-Bd. 11362 (220).

rechtlich bedingt zu beachtende Punkte beim nächsten Treffen vorzulegen. Dieses wurde für Donnerstag, den 18.6., vereinbart.

Unsere Anregung eines Expertentreffens möglichst in Brüssel wurde von niederländischer Seite unterstützt. UK meinte, man sollte zunächst soviel Punkte wie möglich vor Ort klären. US reagierte mit der Idee, ein Expertentreffen in Verbindung mit einer SCG-Sitzung in der letzten Juli-Woche in Erwägung zu ziehen.

Von amerikanischer Seite wurde betont, daß es selbstverständlich sei, daß alle Souveränitätsrechte der Stationierungsländer Berücksichtigung fänden. Die konkretesten Aussagen dazu machte UK, das insbesondere verlangte:

– das Recht, ein Veto gegen bestimmte sowjetische Inspektoren einzulegen;
– ausreichend frühzeitige Unterrichtung über Eintreffen und Zusammensetzung des Inspektionsteams;
– Empfang und Begleitung durch eigene Vertreter bis zum Inspektionsort;
– dortige Anwesenheit während der Inspektion als Beobachter;
– eigene Vertreter bei allen Luftbewegungen im eigenen Territorium;
– Festlegung der Flugrouten;
– Einspruchsmöglichkeit bezüglich der mitgeführten Hilfsmittel für Inspektionen.

Der britische Vertreter monierte, daß der Vertrag einen rein bilateralen Charakter aufweise, er zeigte sich aber von der amerikanischen Erläuterung befriedigt, daß dies, wie oben dargelegt, die Berücksichtigung der Rechte der Stationierungsländer in keiner Weise einschränken solle. Amerikanische Seite betonte, daß es sich um einen ersten Entwurf handele, daß man alle Ergänzungen anbringen werde, die die Berücksichtigung der von den Stationierungländern geforderten Beteiligungsrechte notwendig mache, daß man aber andererseits davon überzeugt sei, daß ein bilateraler Vertrag US–SU, der die Stationierungsländer nicht unmittelbar binde, wie im[7] US-Papier vorgeschlagen, große Vorteile biete.

Besonderen Wert auf die Betonung der eigenen Souveränität legte belgischer Vertreter, der auf die Schwierigkeiten hinwies, die sich durch die verfassungsrechtlichen Aspekte der belgischen Nationalitätenprobleme ergeben könnten. Auch italienischer Vertreter legte großen Wert darauf, daß der öffentliche Eindruck des Inspektionsregimes ein Übergehen eigener Souveränitätsrechte nicht aufkommen lassen dürfe.

Der Vertreter der ACDA betonte, daß das amerikanische Konzept insbesondere deshalb gewählt worden sei, um sicherzustellen, daß sich die SU nicht aus ihrer Verantwortung durch Verweis auf östliche Stationierungsländer und deren Kompetenzen herausreden können dürfe. Die SU dürfe ihre Verantwortung für die Vertragserfüllung auf keinen Fall abwälzen. Die amerikanische Seite werde in der Vertragskonstruktion „act as an agent“ für die Stationierungsländer. Es sei dadurch umgekehrt klargestellt, daß die Verantwortung für Vertragserfüllung eindeutig bei den USA und nicht bei den Stationierungsländern liegen werde.

In einem Punkt-für-Punkt-Durchgang durch den Protokolltext wurden im wesentlichen sprachliche Unklarheiten diskutiert, wobei sich die britische Seite durch

7 Korrigiert aus: „binde, im“.

eine große Anzahl von Detailfragen hervortat. Zu den im Bezugserlaß aufgeworfenen Fragen ist zu sagen:

1) Die Rechte des Stationierungslandes gegenüber den Inspektoren sollen sicherstellen, daß das Stationierungsland gegen Inspektoren vorgehen kann, die beispielsweise die vereinbarten Inspektionsrouten verlassen, ohne dabei auf die Unterstützung der USA angewiesen zu sein.

Inspektionsbedarf der USA besteht nur in den östlichen Stationierungsländern, also SU selbst, DDR und ČSSR. Inspektionen in anderen WP-Staaten sind nicht vorgesehen.

[2)] Eine Präzisierung der noch ausstehenden Bestimmungen gemäß Artikel V Ziffer 1 war nicht zu erhalten. Die amerikanischen Überlegungen dazu würden vermutlich erst gegen Ende des Monats abgeschlossen werden. Vertretung wird sich bemühen, zwischenzeitlich außerhalb der formellen Sitzungen zum derzeitigen Stand der Überlegungen mehr in Erfahrung zu bringen.

[3)] Mit der Formulierung des letzten Satzes von Artikel I Ziffer 13 (launcher in transit) soll sichergestellt werden, daß ein Land nicht nur dadurch zum Stationierungsland wird, weil sich Systeme im Transit befinden; unsere Frage wird die amerikanische Seite jedoch zum Anlaß nehmen, die Klarheit dieser Bestimmung durch Umformulierung zu verbessern zu suchen.

[4)] Die Frage der Inspektionsquoten wurde nicht vertieft behandelt, von britischer Seite wurde geäußert, daß man der Regelung der Inspektionsmodalitäten bei weitem den Vorrang zumesse. Die Zahl der Inspektionen sei dann nicht als großes Problem anzusehen. I meinte, daß ein Maximum von drei Inspektionen pro Stationierungsland pro Jahr als Maximum anzusehen sei.

Um Weisung[8] für die durch uns in der Sitzung am 18.6.[9] aufzugreifenden Punkte wird gebeten.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11362 (220)

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter teilte der Botschaft in Washington am 16. Juni 1987 mit: „Nach US-Entwurf werden Inspektionsrechte und -pflichten, auch soweit sie Stationierungsländer betreffen, bilateral zwischen US und SU begründet. Grundfrage für uns ist, wie gewährleistet werden kann, daß souveräne Rechte der Stationierungsländer gewahrt werden und wie die Stationierungsländer sich zur Wahrung ihrer Rechte – etwa bei mißbräuchlichem Verhalten sowjetischer Inspektoren – auf eine zwischen ihnen und der SU bestehende Rechtsgrundlage beziehen können. […] Für die Form, in der solche Rechtsbeziehungen begründet werden, sehen wir zwei Möglichkeiten: a) In das amerikanisch-sowjetische Verifikationsprotokoll wird ein Verweis auf die mit den Stationierungsländern geschlossenen Durchführungsabkommen aufgenommen. Die SU müßte von den zwischen den USA und den fünf westlichen Stationierungsländern geschlossenen Abkommen Kenntnis nehmen und sich gleichzeitig auch den Stationierungsländern gegenüber zu deren Einhaltung verpflichten. b) Abschluß eines multilateralen Abkommens über Durchführungsbestimmungen zum Inspektionsprotokoll, das von USA, SU, westlichen und östlichen Stationierungsländern gemeinsam geschlossen würde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4861; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 19. Juni 1987: „Die dritte Sitzung der hiesigen Quint-Gruppe unter Leitung des Direktors der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department, Allen Holmes, fand am 18.6. statt. Kurz davor wurde der Entwurf eines Sechs-Parteien-Abkommens über Fragen der Inspektion im Zusammenhang mit dem abzuschließenden sowjetisch-amerikanischen INF-Abkommen übergeben. In der Sitzung betonten NL und I ihre Präferenz für ein multilaterales Abkommen als Alternative zum amerikanischen Vorschlag. GB verwies darauf, daß der Prüfungsprozeß noch nicht abgeschlossen sei, es sich hier aber in erster Linie um ein politisches und nicht

174

Botschafter Hansen, z. Z. Reykjavik, an das Auswärtige Amt

114-3956/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 12. Juni 1987, 14.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 64 **Ankunft: 12. Juni 1987, 19.25 Uhr**
Citissime

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz 11./12.6.1987 in Reykjavik;
hier: Sitzung im kleinsten Kreis am 11.6. nachmittags

Zur Unterrichtung

1) Teilnahme aller AM sowie NATO-Botschafter und Politischer Direktoren Außenministerien.

2) In dreistündiger Sitzung wurden in dieser Reihenfolge vor allem erörtert:

– Auswirkungen wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen auf West-Ost-Verhältnis und damit zusammenhängende Fragen,
– Gesamtkonzept Bündnisses für Rüstungskontrolle und Abrüstung,
– kanadisches Weißbuch zu Sicherheitsfragen,
– spanischer Beitrag zur Allianz sowie
– Erfahrungen bei jüngsten Besuchen AM in SU und anderen WP-Ländern.

Im einzelnen:

3) Shultz eröffnete Diskussion mit allgemeinen Ausführungen über weltweite neue Entwicklungen und deren Konsequenzen für Allianzpolitik. Er ging auf erhebliches amerikanisches Handelsbilanzdefizit letzter Jahre ein, das sich jedoch schnell vermindern werde. US-Wirtschaft müsse stärkere Absatzanstrengungen im eigenen Land unternehmen, wodurch Einfuhren abgeschwächt und Defizit von 160 Mrd. Dollar jährlich ausgeglichen oder sogar positive Bilanz erreicht werden könne. Ausfuhrländer hätten sich dem anzupassen und Binnenkonjunktur entsprechend zu verstärken.

Er unterstrich neue Dimension von Technologie und Wissenschaft, womit u. a. verminderte Nachfrage nach herkömmlichen Rohstoffen (Bauxit, Kupfer, Nickel,

Fortsetzung Fußnote von Seite 860
um ein juristisches Problem handle. […] Die Sitzung hat gezeigt, daß USA großes Interesse an baldigem Fortschritt einer Vereinbarung mit den Stationierungsländern hat, weil sie ohne eine solche den INF-Vertrag mit der Sowjetunion nicht abschließen kann. Andererseits ist die Erarbeitung der entsprechenden Bestimmungen noch in vielen Punkten unausgereift […]. Die amerikanische Sorge, der Sowjetunion durch direkte Vertragsbeziehungen zu den Stationierungsländern eine Hintertür in ihrer Verantwortung zur Vertragserfüllung gegenüber den USA einzuräumen, ist sehr groß." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2667/2668; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.
Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 17. Juni 1987 vorgelegen, der um Wiedervorlage bat und die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Freiherr von Stackelberg, Legationsrat I. Klasse Burkhardt und Legationssekretär Klepsch verfügte.
Hat Stackelberg und Burkhardt am 19. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Klepsch am 22. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Bertram erneut vorgelegen.

Stahl usw.) einhergehe, die durch synthetische Erzeugnisse ersetzt würden. Hier könnten sich für bestimmte Entwicklungsländer erhebliche Probleme stellen. Ferner wies er auf die stürmische Entwicklung in der Biotechnologie, die strukturelle Veränderungen in der Agrarwirtschaft und Vermeidung von Überproduktion erfordere, sowie auf neue „managerial practise" und Fortschritte in Informatik hin.

Diese neuen Entwicklungen seien regierungsseitig nur schwer zu steuern. Sie hätten erheblichen Einfluß auf Außenpolitik sowie im militärischen Bereich. Hier sei der Westen mit seinen offenen Gesellschaften im Vorteil. China habe dies seit längerem erkannt und öffne sich nach innen und außen, um Schritt halten zu können. Auch Gorbatschow habe sich dieser Problematik zu stellen. Spätestens habe ihn Tschernobyl[2] lehren[3] müssen, daß es nicht länger möglich sei, eigenen …[4] Stand über wichtige Entwicklungen im Unklaren zu lassen. Trotz aller damit verbundenen Vorteile für westliche Gesellschaften gehe dieser Trend mit weltweiten Machtverschiebungen zuungunsten USA, Westeuropas, aber auch SU einher. Im Jahre 2000 werde China hinsichtlich des Gesamtvolkseinkommens weltweit an vierter Stelle stehen. Es würden mehr und mehr „centres of excellence" entstehen, in denen wissenschaftliche Spitzenleistungen erbracht würden, wie z. B. im Bereich der Stockleiter.

Damit verbunden würden sich zunehmend Spannungen im religiösen und ethnischen Bereich ergeben. Beispiel: Sri Lanka. Diese gewaltigen Änderungen würden besonders Auswirkungen auf SU haben.

Was sei zu tun? Wie müsse man auf diese Spannungen und Chancen reagieren, wie sich verteidigen? Welche Schlußfolgerungen seien für Waffenmodernisierungen, Rüstungskontrolle, Ressourcenstrategie zu ziehen? Die Art der Antwort sei sehr wesentlich. Friedliche und dauerhafte Beziehungen mit SU seien wichtig. Gorbatschow spüre diese Veränderungen und versuche, sich ihnen anzupassen. Unabhängig von seiner Person habe SU auf Dauer ohnehin keine andere Wahl.

Weiteres Stichwort dieser von Shultz offenbar aus dem Stegreif vorgetragenen Betrachtungen war gesteigerte „Out-of-area"-Problematik, deren weltweite Herausforderungen („global challenges") Auswirkungen auf Allianz haben würden. Gleichwohl werde Europa nach wie vor im Mittelpunkt stehen. Hier sei die Gefahr, daß Konfrontation zum Weltkrieg werde, am größten und Abschreckung am meisten geboten.

INF-Abkommen werde Wendepunkt darstellen. Es stelle wesentlichen Erfolg Bündnisses dar. Obwohl Präsident[5] längerfristig von Kernwaffen abgehen wolle, sei deren Existenz für absehbare Zukunft unerläßlich und nukleare Abschreckung und Strategie flexibler Antwort[6] nicht zu ersetzen. Amerikanische Nuklearpotentiale würden in Europa verbleiben. Auf beiden Seiten gebe es hier nach wie vor eine „schockierend große Zahl". Unser Vorgehen bei INF sei richtig gewesen. Es gelte, stark zu bleiben und Bündniseinheit zu wahren, realistisch und wachsam zu sein. Dann werde sich Erfolg einstellen.

2 Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.
3 Korrigiert aus: „lernen".
4 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.
5 Ronald W. Reagan.
6 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

Die bei INF bewährte Strategie müsse auch im konventionellen Bereich angewandt werden. Hier sei Rüstungskontrolle sehr wichtig. Es gehe jedoch auch um Verbesserungen vorhandener Waffen, worüber nicht nur geredet werden dürfe. Auch insoweit seien aus INF die Lehren zu ziehen. Der Westen besitze die notwendigen Mittel. Wir hätten eineinhalbmal mehr Menschen und das zweieinhalbfache Sozialprodukt des Ostens. Das müsse systematischer genutzt werden. Bisher würden wir trotz dieser unserer Überlegenheit vom Osten hinsichtlich Effizienz in den Schatten gestellt („outproduced"). Es gebe viel zu tun.

Shultz unterstrich Wichtigkeit von KSZE. Es gelte auf Implementierung Menschenrechten zu bestehen. Letztlich liege dies auch im Interesse SU. Für von dieser vorgeschlagenen Menschenrechtskonferenz in Moskau[7] müßten wir hohen Preis fordern und, falls dieser nicht entrichtet wird, ablehnen. Uns genügten keine Worte. Entscheidend für uns sei das sowjetische Verhalten.

Hinweis auf Afghanistan und andere Drittwelt-Probleme sowie auf Schwierigkeiten SU mit ihren Alliierten.

Auch beim Terrorismus hätten wir Fortschritte gemacht, deren Momentum aufrechtzuerhalten sei. NATO sei in fast vier Jahrzehnten ihres Bestehens erfolgreichste Allianz aller Zeiten gewesen. Sie beinhalte enorme Chancen, aber auch Probleme.

BM Genscher pflichtete Shultz bei. Bündnis habe nicht an Lebenskraft verloren, sondern an Vitalität gewonnen. Dies liege nicht nur an sowjetischer Herausforderung, sondern an genuiner Übereinstimmung Partner in zentralen Fragen der Menschenrechte und Kriegsverhütung. Ökonomische und technologische Entwicklungen zeigten, daß es um mehr als nur militärische Probleme gehe. Wirtschaftliche und damit soziale Stabilität stellten wesentliche Elemente Friedenssicherung dar. Es gelte, sich auch Problemen Dritter Welt zu stellen. Tatsache, daß wir zunehmend Informationsgesellschaft und daß Monopolstrukturen unhaltbar würden, bedeute: Allianz nehme diese Herausforderung an, und als …[8] offener Gesellschaften sei sie dazu besser in der Lage als WP-Länder. Die neuen Entwicklungen im Osten seien nicht nur auf derzeitige Führung, die dortige Gesellschaftsordnung effizienter machen wolle, zurückzuführen. Hier hätten sich wirtschaftliche und technische Zwänge zur Öffnung ergeben. Man habe nur die Wahl zwischen dieser und Rückfall.

Die von Shultz aufgezeigte Entwicklung beinhalte für Osten größere Probleme als für uns. Wir hätten keinen Anlaß zu Kleinmütigkeit, falls wir engen Schulterschluß praktizierten. Unsere politische Strategie, wie sie im Doppelbeschluß[9] implementiert worden sei, habe sich bewährt. Es gelte, stark und konsequent zu bleiben. Was jetzt in Genf[10] verhandelt werde, beruhe auf westlichem, nicht

7 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

8 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

9 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

10 In Genf fanden die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen statt. Zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 127.

auf östlichem Konzept. Dies treffe auch für CW, VSBM und KRK zu. Unsere Konzeption müsse weiterentwickelt werden, gerade auch im Zusammenhang mit KSZE-Prozeß. Er könne Shultz nur darin beipflichten, daß Menschenrechte wichtig seien. Auch hinsichtlich Afghanistans stimme er zu. Beendigung des Krieges sei von entscheidender Bedeutung. In Genf müsse amerikanische Verhandlungsposition nachhaltig von uns unterstützt werden (was, wie man wisse, in BR Deutschland gewisse Probleme aufgeworfen habe). Dieses Konzept gelte nicht nur für INF, sondern auch für START, CW und KRK. Beim heutigen Mittagessen habe es von allen Partnern Unterstützung dafür gegeben, daß 72 deutsche PIa kein Gegenstand Genfer Verhandlungen seien und nicht sein könnten. Dies sei eine wichtige gemeinsame westliche Position.

Er wolle noch einmal betonen, daß wir keinen Anlaß zu Kleinmut hätten. NATO sei auch künftig in der Lage, alle Probleme zu meistern. Man dürfe nicht nur reagieren, sondern müsse eigenes Konzept entwickeln und weiterverfolgen.

AM Clark pflichtete Shultz und BM grundsätzlich bei. Er wies jedoch auf Vorteile SU hinsichtlich Öffentlichkeitsarbeit hin. Hier ergäben sich häufig schwierige Probleme, die wir anpacken müßten. Tatsache, daß westliche Öffentlichkeit auf Kernwaffen angewiesene Strategie flexibler Reaktion häufig nicht verstehe, mache ihm Sorgen. Ähnliche Fragen stellten sich in anderen Bereichen, etwa der Agrarpolitik. Freiheitliche Systeme erlaubten häufig auch Hinnahme von Eigennutz. Unsere Gesellschaften müßten besser informiert werden. (Einwurf Carrington: NATO benötige für Informationspolitik mehr Mittel.) Er stimme BM zu, daß zu Kleinmut kein Anlaß besteht. Er meine jedoch, daß sich Rat auf Ebene StV auch mit von ihm angesprochenen Problemen, vor allem im Informationsbereich, stärker als bisher befassen müsse.

[11]AM Howe stimmte Clark zu. Es gelte, gemeinsame Antworten auf geschickte Öffentlichkeitsarbeit Gorbatschows zu formulieren. Man müsse ihn beim Wort nehmen, auch hinsichtlich Menschenrechten und Drittweltpolitik. Beziehungen SU zu anderen WP-Staaten hinsichtlich Glasnost müßten analysiert und ihre Schwierigkeiten genutzt werden. Zu vieles sei bei uns „ritualisiert". Bei derartigen Treffen verwenden wir übermäßig Zeit auf Kommuniqués. KRK- und – soweit noch erforderlich – INF-Probleme müßten bei dieser Sitzung gelöst werden. Die von Shultz ausgelöste …[12], die weitgehend auf Meinungsaustausch von Shultz und BM in Venedig[13] beruhte, wurde im wesentlichen von diesen beiden bestritten. Sie eröffnete hinsichtlich Allianz-Philosophie wichtige neue Perspektiven, wurde jedoch durch Einführung britischen Papiers für Kommuniqué-Passage hinsichtlich Gesamtkonzepts Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik abgebrochen.[14]

11 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 65 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

12 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

13 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. Juni 1987 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig auf. Der amerikanische Außenminister Shultz begleitete Präsident Reagan bei dessen Besuch vom 3. bis 11. Juni 1987 in Italien und im Vatikan.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

14 Zum britischen Papier bzw. zum Gespräch der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 11. Juni 1987 in Reykjavik vgl. Dok. 170.

4) Dieses Papier beruhte im wesentlichen auf dreiseitigen Gesprächen mit US und GB, in welche dann auch F eingeschaltet worden war.[15] Dabei stellte Problem Nachfolgeverhandlungen über nukleare, in Europa stationierte landgestützte amerikanische und sowjetische ballistische Systeme unter 500 km wesentliches Element dar. Obwohl es uns gelang, weitestgehend unsere Vorstellungen zur Geltung zu bringen, war Verabschiedung trotz längerer Erörterung aufgrund eines französischen Vorbehalts noch nicht möglich, da AM Raimond hierzu Weisung aus Paris einzuholen für erforderlich hielt. Siehe hierzu DB, Sitzung am 12.6.[16]

5) AM Clark machte längere Ausführungen über kürzliches kanadisches Weißbuch zu Sicherheitsfragen.[17] Es stelle das erste Dokument dieser Art seit 16 Jahren dar, und er sei dankbar dafür, daß es im Bündnis ernsthafte und positive Aufnahme gefunden habe. Clark unterstrich, daß kanadische Sicherheit absolut untrennbar von derjenigen Europas sei. Nach dem Regierungswechsel[18] habe man die dort stationierten Truppen verstärkt.

Es sei jedoch notwendig gewesen, auch pazifische Region, Arktis und arktischen Ozean in Rechnung zu stellen. Nicht zuletzt Modernisierung der Flotte (u. a. sechs neue Fregatten, Modernisierung von drei Zerstörern und Bau von zehn bis zwölf nuklear betriebenen U-Booten, Hubschrauber zur Bekämpfung von U-Booten, neue Minenbekämpfungsfazilitäten), Verstärkung des Engagements bei NORAD[19], z. B. durch AWACS-Flugzeuge. Man versuche, Glaubwürdigkeit kanadischer Präsenz in Europa zu erhöhen (neue Kampfpanzer, mehr Truppen, zusätzliche Lufttransportkapazitäten). Mindestens zweiprozentiges jährliches Wachstum Verteidigungshaushalts mit zusätzlichen Erhöhungsmöglichkeiten.

N-AM Stoltenberg wies auf Problem CAST-Brigade hin.[20] Man begrüße es jedenfalls, daß Kanada sich hier Schwierigkeiten bewußt sei, weswegen Weißbuch

15 Mit Drahtbericht Nr. 773 übermittelte Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), am 4. Juni 1987 das britische Papier „INF Arms Control and European Security Declaration Adopted by Foreign Ministers at Reykjavik". Vgl. VS-Bd. 12096 (201).
Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 9. Juni 1987: „In soeben beendeter einstündiger Unterredung GS mit Botschaftern D, GB und US habe ich betont, daß am 5.6. zu dritt erarbeiteter Text unsererseits bereits erhebliches Entgegenkommen darstelle und daß uns weitere Flexibilität keinesfalls möglich sei. GS meinte, GB werde einlenken müssen, um so mehr, als D und US auf höchster Ebene Einigung erzielt hätten." Hansen informierte ferner, ein weiteres Problem „stelle Art der Einschaltung von F möglichst vor morgiger Ratssitzung StV dar. Ich habe Bereitschaft erklärt, mit französischem Kollegen zu sprechen. Botschafter GB bat jedoch darum, dies erst zu tun, wenn allgemeines grünes Licht seitens London vorliege." Vgl. den Drahtbericht Nr. 798; VS-Bd. 12096 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

16 Botschafter Hansen, z. Z. Reykjavik, berichtete über die NATO-Ministerratstagung, in der „Sitzung im kleinsten Kreis am 12.6. vormittags" sei eine Einigung über die Erklärung erzielt worden. Der amerikanische Außenminister Shultz habe dem stellvertretenden NATO-Generalsekretär Guidi seinen Dank für die Arbeit ausgesprochen, „die mit manchen Frustrationen verbunden gewesen sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 66 vom 12. Juni 1987; VS-Bd. 12096 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384.

17 Für den Wortlaut des Verteidigungsweißbuchs der kanadischen Regierung vom 5. Juni 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 483–494 (Auszug).

18 Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Trudeau am 30. Juni 1984 übernahm der neue Vorsitzende der Liberalen Partei, Turner, das Amt des Regierungschefs. Die Parlamentswahlen am 4. September 1984 erbrachten einen Wahlsieg der Fortschrittlichen Konservativen Partei, in deren Folge ihr Vorsitzender Mulroney am 17. September 1984 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm.

19 North American Aerospace Defense Command.

20 Botschafter Behrends, Ottawa, berichtete am 20. März 1987, er habe am Vortag ein Gespräch mit dem kanadischen Verteidigungsminister Beatty über die kanadische CAST-Brigade in Norwegen

auch von Notwendigkeit Ersatzes spreche. Appell auch an andere Bündnispartner, sich dessen bewußt zu sein. Clark meinte hierzu, daß CAST-Brigade[21] Aufgaben in NWG nicht mehr leisten könne, wie dies auch bei Manövern deutlich geworden sei. Er sei für aufgeschlossene Einstellung NWG dankbar. GS lobte Weißbuch als vorbildlich.

6) AM Fernández-Ordóñez ging auf militärischen Beitrag E zu Allianz ein, der möglich sei, obwohl sein Land formal ja außerhalb militärischer Integration bleibe:

– Teilnahme an Planungsmechanismen, womit Rationalisierung spanischer Verteidigungspolitik verbunden sei. Man werde im Sommer hierzu Papier vorlegen.
– Militärische Beiträge zum Bündnis durch „coordination agreements" im Rahmen von MC 299[22]. Hinsichtlich Zusammenarbeit im Bereich Luftverteidigung werde spanisches Team in Kürze SHAPE besuchen.
– Mitwirkung an Übungen und Manövern. Bisher schon „Dogfish", künftig auch „Ocean Safari". Beteiligung an einschlägiger Planungskonferenz bei SHAPE.
– Noch in diesem Jahr Zeichnung der verwaltungsmäßigen „complementary agreements".

Dank an GS, IS[23], IMS[24] und drei MNCs[25].

7) Auf Bitten von Shultz berichteten mehrere AM über unmittelbare Eindrücke kürzlicher Besuche in Moskau, Warschau und Sofia.

Halefoğlu: Gorbatschow, der im Politbüro nunmehr weitgehende Mehrheit besitze, sei Vertreter neuer Generation. Er betreibe zusammen mit seiner Ehefrau[26] geschickte Öffentlichkeitspolitik. Relevanz von Glasnost, wobei Tschernobyl wichtige Rolle gespielt habe. Hinweis darauf, daß verschiedene ausländische Sender nicht mehr gestört werden. Allerdings sei mit wirklicher Demokratisierung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Man wolle Konsumgüterindustrie stärken, was wichtiger Grund für Rüstungskontrollbemühungen darstelle. Immer

Fortsetzung Fußnote von Seite 865

geführt: „Zu der von Kanada beabsichtigten Aufgabe des Verstärkungsauftrags in Nordnorwegen führte Beatty aus, dieser Auftrag sei militärisch unglaubwürdig und trage daher nicht zur Abschreckung bei. Die Übung ‚Brave Lion' habe gezeigt, daß die Transportzeit der CAST-Brigade mindestens 21 Tage betrage, die CAST-Brigade vor Ausbruch von Feindseligkeiten in Nordnorwegen eintreffen müsse, weil [sie] nicht in der Lage sei, unter Kriegsbedingungen zu landen, und Kanada nicht in der Lage sei, die Brigade in Nordnorwegen zu versorgen. Kanada habe den Verstärkungsauftrag 1968 als Kompensation für die drastische Reduzierung der in Deutschland stationierten kanadischen Streitkräfte durch die Regierung Trudeau übernommen. Die damalige Verpflichtung Kanadas sei politische Kosmetik gewesen; militärisch sei sie nie sinnvoll gewesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 172; VS-Bd. 12113 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

21 Korrigiert aus: „hierzu, CAST-Brigade".

22 Für die Military Decision Nr. 299 des NATO-Militärausschusses vom 8. Mai 1985 („A Report by the Military Committee to the Defence Planning Committee on the Conceptual Military Framework for NATO Defence Long Term Planning") vgl. VS-Bd. 15100 (201).

23 Internationaler Stab.

24 International Military Staff.

25 Major NATO Commanders.
Lee Baggett (Supreme Allied Commander Atlantic, SACLANT), Nicholas Hunt bzw. seit Mai 1987 Julian J. R. Oswald (Commander in Chief Allied Command Channel, CINCHAN) und Bernard W. Rogers (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR).

26 Raissa Gorbatschowa.

noch geschlossene Gesellschaft, die zu öffnen wir helfen müßten. Gromyko habe sich wie früher eingelassen, was immerhin bedeute, daß man auch jenseits von Sprachregelungen Meinungen äußern dürfe. Türkei sei sich russischen Drangs nach warmen Meeren seit jeher bewußt. Afghanistan sei vielleicht als erster Schritt auf Weg zum Indischen Ozean konzipiert gewesen. Hinweis darauf, daß SU Bulgarien an Verfolgung türkischer Minderheit nicht hindere. Betonung Wichtigkeit Rüstungskontrolle im nuklearen Bereich auf niedrigstmöglichem Niveau. Allianz sei auf richtigem Wege, auf dem, sofern es in unserem Interesse liege, fortgeschritten werden müsse.

Raimond[27]: Gorbatschow verfolge in der Tat Reformpolitik. Nicht zuletzt neuer Vierjahresplan, der 1990 beginne, werde erweisen, inwieweit man wirtschaftliche Umstellungen vorzunehmen bereit sei. Bei Menschenrechten gewisse Fortschritte. Bei Frühstück mit Refusniks sei von diesen jedoch geltend gemacht worden, daß es insoweit noch erhebliche Widerstände gebe. Hinweis auf Öffnungsprobleme in anderen WP-Ländern, z. B. Polen, das er im April besucht habe.[28] In SU gebe es nationalen politischen Grundkonsens, der bei anderen WP-Ländern im Verhältnis zu Moskau fehle. Deswegen seien dort Entwicklungen stärker durch Destabilisierungsprozesse gefährdet. Chirac habe in Moskau klargemacht, daß es hinsichtlich Öffnung noch andere Probleme als im Rüstungskontrollbereich gebe. SU wolle Afghanistan verlassen, dessen Invasion[29] man als Irrtum erkannt habe, wobei sich jedoch Problem stelle, wer dort nach Rückzug Macht ausübe.

Poos: Er habe im April mit Schewardnadse, Ryschkow und Woronzow mehr als zehn Stunden gesprochen[30], wobei Ryschkow der „härteste und rückständigste" gewesen sei. Man wolle kein neues System, sondern das alte effizienter machen. Hinweis darauf, daß westliche Staatsmänner unzensiert im sowjetischen Fernsehen zu Wort kommen könnten. Fortschritte im Menschenrechtsbereich. Bei Zusammentreffen mit Widerständlern hätten diese betont, daß es noch viele politische Gefangene gebe. Er habe Liste mit Namen präsentiert, die anzunehmen Schewardnadse sich nicht geweigert habe. Von ihm sei allerdings unterstrichen worden, in Frage stehende Personen hätten gegen Gesetze verstoßen. Antwort sei zugesagt worden, doch habe man seither nichts mehr darüber gehört. Wir sollten auf Globalität Öffnungsprozesses insistieren. Es gehe nicht nur um Abrüstung, sondern etwa auch um KSZE-Fragen. GS habe bei heutiger Eröffnungssitzung zu Recht drei Schlüsselbegriffe betont: Realismus, Wachsamkeit, geistige Offenheit.

Tindemans: Bei seinem Besuch in Warschau[31] habe Jaruzelski Gorbatschow ausdrücklich gelobt und unterstrichen, Beziehungen beider Länder seien niemals so gut gewesen wie jetzt. Er habe schlechte Wirtschaftslage beklagt und moniert, daß mangelndes westliches Entgegenkommen Polen zwinge, seinen

27 Der französische Außenminister Raimond begleitete Ministerpräsident Chirac bei dessen Besuch vom 14. bis 16. Mai 1987 in der UdSSR. Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 2.

28 Der französische Außenminister Raimond besuchte Polen vom 10. bis 12. April 1987.

29 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

30 Der luxemburgische Außenminister Poos hielt sich am 21./22. April 1987 in der UdSSR auf.

31 Der belgische Außenminister Tindemans besuchte Polen vom 17. bis 19. Mai 1987.

Handel stärker auf SU einzustellen. Bitte um Hilfe bei Schuldenregelung im Pariser Club.[32]

Andreotti: In Moskau[33] habe er darauf hingewiesen, daß Zustandekommen Nahost-Konferenz[34] durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel erleichtert würde. Bemerkenswerterweise sei ihm geantwortet worden, dieses Problem sei ohne größere Schwierigkeiten zu lösen. Bei Entbannung Sacharows[35], der von Gorbatschow sogar Geschenk erhalten habe, werde er an Behandlung von Benedetto Croce in faschistischer Zeit erinnert, dem zur Imagepflege die Herausgabe einer – vergleichsweise harmlosen – philosophischen Zeitschrift gestattet worden sei. Bei Besuch in Sofia[36] habe man „neue Politik" SU ironisch damit abgetan, diese werde in Bulgarien schon lange praktiziert. Bei kürzlichem Aufenthalt Jaruzelskis in Rom[37], der auch im Quirinal Gespräche geführt habe, sei von diesem bemerkt worden, es komme bei einem Stock nicht so sehr auf dessen Gewicht, sondern auf mangelnde Kraft und Reflexvermögen dessen an, der ihn gebrauche.[38] In Polen unterscheide sich Lage schon wegen „katholischer Identität" von derjenigen anderer WP-Länder.

8) GS dankte E dafür, daß es für Frühjahrskonferenz 1988 in Madrid Gastgeberrolle zu übernehmen bereit sei.[39]

9) Sitzung diente allgemeinem Meinungsaustausch, der neuen politischen Herausforderungen Bündnis angesichts Entwicklungen in Osteuropa und weltweit Rechnung trug. Dabei ergab sich Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen.

Angesichts bis zum Abend im kleinen Kreis noch nicht voll gelöster Probleme im KRK-Bereich zwischen F und US[40] hatte sie – von Erörterung INF-Frage (s. Ziffer 4) abgesehen – noch keinen operativen Charakter.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12096 (201)

32 Zur Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 121, Anm. 19 und 21.

33 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich am 26./27. Februar 1987 in der UdSSR auf.

34 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

35 Zur Aufhebung der Verbannung des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 25, Anm. 32.

36 Der italienische Außenminister Andreotti besuchte Bulgarien am 13./14. Februar 1987.

37 Staatsratsvorsitzender Jaruzelski hielt sich vom 12. bis 15. Januar 1987 in Italien und im Vatikan auf.

38 So in der Vorlage.

39 Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Juni 1988 in Madrid statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

40 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien sowie den Differenzen zwischen Frankreich und den USA vgl. Dok. 101.
Botschafter Holik, z. Z. Reykjavik, berichtete am 11. Juni 1987: „Am Rande der NATO-Ministerkonferenz in Reykjavik ist es im Fünferkreis – mit unserer aktiven Mitwirkung – gelungen, Einigung über die zwischen den USA und Frankreich umstrittenen Fragen zum Verhältnis der angestrebten KRK-Verhandlungen zum KSZE-Prozeß und zur KVAE zu erzielen." In einem Papier werde dazu festgehalten: „A) The negotiations on CSBMs and the negotiations on conventional stability should take place within the framework of the CSCE process. The conventional stability negotiations will be limited to the 23 countries belonging to the two alliances. B) Neither the mandate agreed by the 23, nor the negotiating process, nor the results should be susceptible to [amendment] by the 35. C) The decision taken by the alliance last December, that a situation must not develop in which the negotiations on conventional stability take place in the absence of negotiations on CSBMs, is confirmed. D) The two distinct negotiations, at 23 on stability and at 35 on confidence and security-building measures, should each be the subject of a separate mandate. Both should figure in the Vienna CSCE final document." Vgl. den Drahtbericht Nr. 7; VS-Bd. 11539 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

175

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz

02-328/87 geheim **16. Juni 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Französische Ziele und Interessen in der Sicherheits- und Abrüstungspolitik

I. Entsprechend einer Umfrage von Louis Harris für das französische Wochenmagazin „L'Express" (24. April 1987)[4] sprechen sich 51% der französischen Bevölkerung dafür aus, daß die französische Abschreckungsstreitmacht den Schutz des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland sichern sollte.

Dieses Ergebnis macht den Prozeß des Umdenkens in Frankreich über die Grundpositionen der eigenen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik deutlich. Es wird eine Entwicklung sichtbar, die auf die Überwindung der Politik de Gaulles einer strikten Unabhängigkeit und Entscheidungsautonomie in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen hinausläuft.

1) Diese Suche nach einem neuen sicherheitspolitischen Konzept Frankreichs wird erstens bestimmt durch das Ziel, den Status quo einer nuklearen Welt zu erhalten, d.h. die Aufrechterhaltung des auf nuklearer Abschreckung beruhenden Verhältnisses zwischen West und Ost.

VM Giraud in „Die Welt" vom 21.5.87[5]: „Frankreich will den Frieden wie die anderen Staaten Westeuropas auch, das heißt das Gleichgewicht durch Abschreckung."[6]

PM Chirac vor dem IHEDN[7] am 12.9.1986[8]: „Es wäre unvernünftig zu glauben, es gebe für unser Land – noch auf lange Zeit – eine Alternative zur atomaren Abschreckung."

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Gerdts konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein interessantes Papier!"

3 Hat Bundesminister Genscher am 20. und 21. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]". Ferner bat Genscher die Staatssekretäre Ruhfus und Sudhoff, die Staatsminister Adam-Schwaetzer und Schäfer, Ministerialdirektor Bertele, Botschafter Holik und Ministerialdirektor Seitz sowie „gelegentl[ich]" Ministerialdirigent von Ploetz um Rücksprache.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 22. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Seitz verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 22. Juni 1987 vorgelegen, der die VS-Registratur bat, je eine Ablichtung zu fertigen für Ruhfus und Sudhoff, Adam-Schwaetzer und Schäfer sowie Bertele, Holik und Ploetz.
Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 15. Juli 1987 erneut vorgelegen.

4 Vgl. die Artikel „Défense: les Français croient en l'Europe" und „Quelle défense voulez-vous?"; L'EXPRESS vom 24. April 1987, S. 5–7 bzw. S. 8f.

5 Korrigiert aus: „20.5.87".

6 Vgl. den Artikel „‚Die Abrüstung sollte bei den Arsenalen der Großen beginnen'"; DIE WELT vom 21. Mai 1987, S. 6.

7 Institut des Hautes Études de Défense Nationale.

8 Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Chirac in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (September/Oktober), S. 19–23. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 32–37 (Auszug).

AM Raimond vor der Atlantik-Konferenz am 7.11.1986[9]: „Es wird unmöglich sein, die nukleare Abschreckung noch in unserer Lebenszeit abzulegen."

2) Der zweite wesentliche Faktor, der die Umbruchphase in der französischen Sicherheitspolitik bestimmt, ist das Bemühen Frankreichs, seinen Wunsch nach weitestgehender Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit mit der Notwendigkeit zu einer Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, zu harmonisieren.

Frankreich gründet auf den Besitz nuklearer Streitkräfte

– nicht nur seine Sonderrolle als hervorgehobene Mittelmacht und
– die Sicherheit seines nationalen Territoriums und den Schutz seiner vitalen Interessen,
– sondern auch seine Unabhängigkeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Eine Reihe von Veränderungen im politischen und militärstrategischen Umfeld haben aber dazu geführt, daß F seine Unabhängigkeit in der Sicherheitspolitik einschränken muß, um seine Sonderrolle als hervorgehobene Mittelmacht und die Sicherheit seines Territoriums weiterhin garantieren zu können. Die Frage, wieviel Unabhängigkeit aufgegeben werden kann und soll, hat die französische Strategiedebatte ausgelöst.

3) Zu den Faktoren, die das politische und militärstrategische Umfeld verändert haben, gehören:

– eine befürchtete Schwächung der amerikanischen Nukleargarantie für Europa, die Frankreich
  – in einem Abzug amerikanischer Nuklearwaffen aus Europa (Entkoppelung) und
  – in einem möglichen, auf Defensivstrukturen angelegten Wandel des strategischen Verhältnisses zwischen USA und SU (SDI)

  sieht;
– eine verstärkte Bedrohung in Europa durch den Aufwuchs und die Modernisierung sowjetischer nuklearer und konventioneller Streitkräfte, der auf der anderen Seite ein schwindendes Bedrohungsgefühl in Teilen Westeuropas in der Gorbatschow-Ära gegenübersteht;
– die Sorge vor einem Abdriften der Bundesrepublik Deutschland in einen „nationalen Neutralismus", die sich vor allem speist aus
  – einer auf Dynamik angelegten deutschen West-Ost-Politik und[10]
  – einer deutschen Friedensbewegung;
– das beschleunigte Tempo der technologischen Entwicklung (SDI), das Frankreich aus eigenen Kräften nicht mehr mithalten kann und das bei einer Modernisierung der eigenen Streitkräfte zu einer unerwünschten Abhängigkeit von den USA führen könnte.

9 Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Raimond in Saint-Paul-de-Vence vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (November/Dezember), S. 27–30.

10 Der Passus „einer … und" wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Fragezeichen hervorgehoben.

– Abrüstungsverhandlungen in Europa im nuklearen (LRINF/SRINF) sowie im konventionellen (KRK) Bereich, durch die Frankreich seine eigenen Streitkräfte bedroht sieht.

4) Als Reaktion auf diese Entwicklungen zeichnet sich vorläufig eine Doppelstrategie der französischen Politik ab:

– Die europäischen Partner, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, sollen in eine intensivierte Zusammenarbeit zur Verwirklichung der französischen Interessen eingebunden werden (Stärkung des europäischen Pfeilers, WEU, deutsch-französischer Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung).
– Dieser auf Dynamik angelegten Kooperationspolitik steht eine auf Beharren bzw. Bremsen angelegte Politik im Abrüstungsbereich gegenüber.

II. Entwicklungen in der französischen Strategiedebatte

Die Argumente und Überlegungen der Strategiedebatte in Frankreich stellen die Grundpositionen der bisherigen französischen Verteidigungspolitik de Gaullescher Prägung in Frage, die die strikte Unabhängigkeit und Entscheidungsautonomie Frankreichs in verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen und der Beschränkung der Aufgabe seiner Nuklearwaffen auf die Sanktuarisierung des eigenen Territoriums postulieren.

1) Aus offiziellen französischen Äußerungen wird deutlich, daß die enge Fixierung auf die französischen Sicherheitsinteressen aufgegeben und die Existenz gemeinsamer Sicherheitsinteressen im europäischen Rahmen akzeptiert wird. U. a. hat dies PM Chirac in seiner Rede vor dem IHEDN (12.9.86) zum Ausdruck gebracht: „Frankreich (wird) sich mehr und mehr der europäischen Dimension seiner Sicherheit bewußt." Ausfluß dieses Umdenkens ist u. a. Chiracs Vorschlag zur Formulierung einer gemeinsamen Sicherheitscharta[11] und die erklärte französische Absicht zur Stärkung des europäischen Pfeilers.

Mit dieser erweiterten Definition der französischen Sicherheitsinteressen zeichnet sich ebenfalls eine Abkehr vom Glacis-Denken gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ab: Französische Politiker haben wiederholt die gemeinsamen Interessen Fs und Ds bestätigt und die Sicherheitsschwelle Frankreichs an die Grenze des Nachbarn verlegt.

– VM Hernu in Münsingen am 20.6.1985.[12] In einem Interview mit dem DLF am 21.7.1985 bestätigte Hernu noch einmal, daß er als erster französischer Verteidigungsminister die gemeinsamen Sicherheitsinteressen Fs und Ds zum Ausdruck gebracht habe.
– In der Folgezeit sprach u. a. PM Chirac von der „Komplementarität bei den Sicherheitsinteressen", die beiden Ländern gemein sind (IHEDN 12.9.86). In derselben Rede stellte er fest, „wenn über das Überleben der Nation an ihren

11 Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Chirac vom 2. Dezember 1986 vgl. Dok. 23, Anm. 10.

12 Um die gemeinsamen Sicherheitsinteressen Frankreichs und der Bundesrepublik zu verdeutlichen, verwies der französische Verteidigungsminister Hernu am 20. Juni 1985 in Münsingen anläßlich der deutsch-französischen Übung „Alliance" auf die Anwesenheit von 50 000 französischen Soldaten in der Bundesrepublik, die Rüstungskooperation beider Staaten und die Tätigkeit des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung. Vgl. dazu den Auszug aus der Rede; Referat 201, Bd. 143386.
Der volle Wortlaut der Rede wurde am 2. August 1985 von Oberstleutnant i. G. Maginot, Paris, übermittelt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1777; Referat 201, Bd. 143331.

Grenzen entschieden wird, so wird über die Sicherheit der Nation an den Grenzen der Nachbarländer entschieden".

– Eine fast gleichlautende Formulierung findet sich ebenfalls im Einführungstext des Programmgesetzes von 1986[13].
– Der perspektivische Bericht des deutsch-französischen Ausschusses[14] stellt einleitend die Gemeinsamkeit der Sicherheitsinteressen fest.
– Das sich abzeichnende erweiterte Sicherheitsverständnis der französischen Politik findet eine breite Unterstützung in der französischen Öffentlichkeit. Nach der Louis-Harris-Umfrage halten 78% der Befragten eine gemeinsame europäische Verteidigung eines Tages für möglich.

2) Im konventionellen Bereich wird eine Vornestationierung französischer Streitkräfte als sichtbarer Ausdruck des Einbezuges Deutschlands in die französischen Sicherheitsinteressen von der französischen Regierung derzeit noch abgelehnt. Als Argumente werden vorgebracht: Vermeidung eines automatischen Einbezugs französischer Streitkräfte in Verteidigungsoperationen; Wahrung der souveränen Entscheidungsautorität des Präsidenten; notwendige Unkalkulierbarkeit eines französischen Waffeneinsatzes für den Gegner. Es wird die quasi Reintegration in die NATO[15] durch eine Eingliederung in die Vorneverteidigung befürchtet.

Unter den politischen Parteien hingegen spricht sich die UDF offen dafür aus, daß Frankreich im Konfliktfall neben seinen Verbündeten an der Front kämpfen sollte (Weißbuch der UDF 1985).

Diese Position wird noch einmal bestätigt in einem Memorandum, das eine von der UDF initiierte Gruppe hochrangiger Militärexperten (Groupe Renouveau Défense) am 10.5.1987 veröffentlichte. (Diese Gruppe wird geleitet von dem ehemaligen Generalsekretär des Quai d'Orsay, Botschafter Soutou, und dem ehemaligen Generalstabschef Méry; ihre Mitglieder setzen sich aus Generälen und Botschaftern im Ruhestand zusammen.) In ihrem Memorandum wird u.a. gefordert, daß F offiziell erklärt, seine Verteidigung beginne an der Elbe, und daß F im Planungsausschuß der NATO seinen Platz einnehme, ohne daß dies eine Reintegration in die NATO bedeute.

Im politisch-akademischen Umfeld zählt Pierre Lellouche (stellvertretender Direktor des einflußreichen IFRI[16]) zu den engagiertesten Befürwortern einer französischen Vornestationierung. Sein Vorschlag sieht die Stationierung des II. französischen Korps und zweier Divisionen der FAR an der Elbe vor.

In der Louis-Harris-Umfrage sprachen sich 63% der befragten Franzosen für eine Teilnahme der französischen konventionellen Streitkräfte am Schutz der Bundesrepublik Deutschland aus.

3) Im nuklearen Bereich hatte es bereits unter Präsident Giscard d'Estaing Ansätze gegeben, die Schutzfunktion der eigenen Nuklearstreitkräfte über die

13 Zum Programmgesetz zur französischen Verteidigungspolitik vgl. Dok. 23, Anm. 6.
14 Zum „Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung an die Außen- und Verteidigungsminister" vgl. AAPD 1986, II, Dok. 281, besonders Anm. 7. Für den Bericht vgl. VS-Bd. 12083 (201).
15 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.
16 Institut français des relations internationales.

ausschließliche Sanktuarisierung des französischen Territoriums hinaus zu erweitern. Neben den Schutz des französischen Territoriums wurde zusätzlich der Schutz der „vitalen Interessen" Fs als Aufgabe der Nuklearstreitkräfte gestellt:

PM Chirac (unter Giscard) hatte 1975 bei der Indienststellung der ersten Pluton-Raketen festgestellt: „Wir (dürfen) uns nicht damit begnügen, unser eigenes Gebiet ‚sakrosankt' zu machen, sondern müssen über unsere Grenzen hinausschauen."

Präsident Giscard d'Estaing brachte 1979 den Ausdruck des „erweiterten Sanktuariums" in die Debatte.

PM Mauroy definierte 1981 als Aufgabe der französischen Abschreckungsmacht, „einen Gegner präventiv von einer Aggression gegen unsere lebenswichtigen Interessen und in erster Linie gegen unser Staatsgebiet abzuhalten".

Allerdings hat diese Entwicklung in der offiziellen französischen Politik bis heute noch nicht zu einer eindeutigen Aussage des Einschlusses der Bundesrepublik Deutschland in die „vitalen Interessen" Frankreichs geführt. Nach wie vor wird argumentiert, daß die Unbestimmtheit der vitalen Interessen das Risiko für den Gegner erhöhe.

Eine Nukleargarantie in Form einer „extended deterrence" könnte F allerdings aufgrund der Struktur und Qualität seiner derzeitigen Nuklearwaffen heute auch noch nicht geben. Eine solche Möglichkeit könnte sich erst nach Durchführung des geplanten nuklearen Modernisierungsprogramms ergeben.

Unter den Politikern herrscht weitgehend Übereinstimmung, daß die Unabhängigkeit der strategischen Nuklearstreitkräfte – Einsatzplanung, Verfügungsgewalt – unangetastet bleiben muß und auch eine Ausweitung der Nukleargarantie nicht als realistisch betrachtet werden kann. PM Chirac erklärte vor dem IHEDN, daß man „sich nicht in unergiebigen Debatten über eine eventuelle Ausdehnung unserer atomaren Garantien verlieren solle!"

Dagegen steht, daß sich 51% der befragten Franzosen dafür aussprachen, daß die französische Abschreckungsstreitmacht den Schutz des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland sichern solle.

Die Diskussion über die nuklearen Streitkräfte ist jedoch im Bereich der prästrategischen/taktischen Nuklearwaffen in Bewegung geraten. Die unterschiedlichen Positionen gruppieren sich um zwei verschiedene Auffassungen über den Einsatzmodus dieser Waffensysteme:

– als prästrategische oder
– als taktische Waffen.

Präsident Mitterrand hat diese Diskussion für die derzeitige offizielle Politik in dem Sinne entschieden, daß diese Nuklearsysteme kürzerer Reichweite als prästrategische Systeme eingebunden sind in die Gesamtheit der Abschreckungsstreitkräfte und als letzte Warnung (ultime avertissement) vor einem generellen nuklearen Schlag eingesetzt werden. Diese Definition wird von der Sozialistischen Partei mitgetragen.[17]

17 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gibt es dafür Belege?"

Demgegenüber tendieren PM Chirac und VM Giraud dazu, diese Systeme als taktische Nuklearwaffen im Sinne einer Feuerunterstützungswaffe zu definieren, die die Aufgabe haben, die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes auszugleichen.

Die von Mitterrand vertretene Position bedeutet eine engere Anbindung der prästrategischen an die strategischen Systeme und läßt damit einen geringeren Spielraum für Kooperationsvorhaben im prästrategischen Bereich. Dennoch hat sich der Präsident in der gemeinsamen Gipfelerklärung vom 28.2.1986 bereit erklärt, den Bundeskanzler über den eventuellen Einsatz der prästrategischen Waffen zu konsultieren.[18] Entsprechend der engen Definition der prästrategischen Systeme wird diese Bereitschaft aber mit den bekannten Einschränkungen versehen: Notwendigkeit zur schnellen Entscheidung und der ausdrückliche Hinweis, daß Entscheidungen in dieser Sache nicht teilbar sind.

Mit großer Zurückhaltung wird die Frage deutsch-französischer Konsultationen über die Einsatzbedingungen prästrategischer Systeme noch in der RPR und der Sozialistischen Partei (PS) behandelt, wobei die PS allerdings eine wachsende Bedeutung der französischen Nuklearstreitkräfte neben den amerikanischen für die Sicherheit Europas anerkennt (PS, La Sécurité de l'Europe, 1985[19]).

Die Linie, die offenbar von Chirac und Giraud bevorzugt wird, wird in vollem Umfang von der UDF vertreten, die die taktischen Nuklearwaffen als potentielle Systeme für das Auskämpfen der Schlacht ansieht. Für die UDF „ist es klar, daß der Einsatz der französischen taktischen Nuklearwaffen nur in enger Verbindung mit unseren Alliierten, insbesondere den Deutschen, vorstellbar ist" (Weißbuch 1985, S. 124). Die von der UDF ins Leben gerufene Gruppe von Militärexperten stellt dazu fest, daß F in Abstimmung mit seinen Verbündeten sein strategisches Konzept auf die Abschreckung im vorderen Bereich ausdehnen solle. Innerhalb der Regierung befürwortet Minister Bosson ausdrücklich einen Dialog zwischen F und D unter Einschluß von GB „über die Modernisierung unserer Atomwaffen und über die Doktrin des Einsatzes dieser Waffen" (Interview in France Inter, 18.5.1987).

18 Für den Wortlaut der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik" zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den Konsultationen vgl. ferner AAPD 1986, I, Dok. 61.

19 Über das „Positionspapier des PS-Exekutivbüros" vom 2. Juli 1985 teilte Botschafter Schoeller, Paris, am 4. Juli 1985 mit, darin werde eine positive Bilanz der Entspannungspolitik gezogen, allerdings auch „von einer langfristigen Verhärtung der Ost-West-Konfrontation und des Wettkampfes der beiden Großmächte um politischen Einfluß und um Rüstungsvorsprung" ausgegangen. Europa müsse „angesichts zunehmenden Rückgangs der Glaubwürdigkeit des US-Engagements schrittweise – im Rahmen des Bündnisses – zu mehr europäischer Solidarität, insbesondere zu mehr Selbständigkeit in der regionalen Nuklearabschreckung und klassischen Verteidigungsfähigkeit finden. Frankreich habe ein ‚intérêt essentiel' daran, daß sich sein Abschreckungspotential und seine Verteidigung zugunsten des ganzen westlichen Europas auswirkten, in erster Linie zugunsten der Bundesrepublik Deutschland." So müsse Frankreich „den Schutzbereich seiner Abschreckung über das eigene Territorium hinaus auf ganz Westeuropa ausdehnen. […] Dabei müsse die Entscheidung über den Einsatz der Nuklearwaffen eine unabhängige französische bleiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1569; Referat 201, Bd. 143331.
Für eine Zusammenfassung des Positionspapiers mit dem Titel „Die Sicherheit Europas" vgl. den Drahtbericht Nr. 1584/1585 des Brigadegenerals von Wietersheim, Paris, vom 5. Juli 1985; Referat 201, Bd. 143331.

Auf derselben Linie entwickelt auch Pierre Lellouche seine Vorstellungen, indem er vorschlägt, daß F und D die Einsatzdoktrin für taktische Nuklearwaffen im Rahmen einer bilateralen nuklearen Planungsgruppe bei einer möglichen Beteiligung GBs harmonisieren.

Die Einsatzentscheidung wird aber auch bei den Befürwortern kooperativer Ansätze für die taktischen Nuklearsysteme dem französischen Präsidenten zugeordnet.

III. Unsere Interessen

Die von Frankreich angestrebte Politik einer intensiveren Zusammenarbeit mit uns und im westeuropäischen Rahmen im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist aufgrund der noch laufenden Strategiediskussion bislang noch ohne klare Konturen geblieben. In der offiziellen Politik bleibt der Konflikt zwischen dem nach wie vor bestehenden Wunsch nach Aufrechterhaltung der eigenen Unabhängigkeit und dem wiederholt erklärten Bekenntnis zur Solidarität mit den Partnern weiterhin ungelöst. Das Kohabitationsverhältnis in Paris läßt weiterreichende Entscheidungen in der deutsch-französisch-europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vor den Präsidentschaftswahlen im März 1988[20] wenig wahrscheinlich erscheinen.

Das französische Bemühen um eine neue Gestaltung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sollte und wird von uns zu einem Einwirken auf den französischen Umdenkungsprozeß im Sinne unserer Ziele und Vorstellungen genutzt.

Unser Interesse richtet sich darauf, im Rahmen einer deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft Frankreich unterhalb der Ebene einer vollen und formalen Reintegration in die NATO so eng wie möglich in das Konzept der Vorneverteidigung und die Strategie der flexiblen Reaktion[21] einzubinden. Der Erfüllung dieses generellen Ziels dient die Verfolgung der folgenden einzelnen Ziele:

1) Im nuklearen Bereich:

– die gemeinsame Entwicklung von politischen Richtlinien für die Bedingungen des Einsatzes französischer prästrategischer Nuklearwaffen in Anlehnung und im Sinne der in der NATO vereinbarten General Political Guidelines (GPG[22]);
– Konsultationen über die Zielplanung der prästrategischen Systeme;
– die Einrichtung eines Konsultationsmechanismus für die Freigabe prästrategischer Waffen;
– eine klare Ausweitung der „vitalen Interessen“ auf das Territorium der Bundesrepublik Deutschland in der deklaratorischen Politik Frankreichs, ohne damit jedoch eine Nukleargarantie von Frankreich zu fordern.[23]

2) Im konventionellen Bereich:

Ein engeres Einbinden der I. Französischen Armee und der schnellen Eingreiftruppe (FAR) in das NATO-Konzept der Vorneverteidigung in Form von Absprachen zwischen französischen und NATO-Stäben, die zu einem quasi Einsatzauto-

20 Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.
21 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.
22 Zu den General Political Guidelines vgl. Dok. 55, Anm. 12.
23 Der Absatz „1) Im nuklearen … zu fordern“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dazu R[ücksprache].“

matismus im Rahmen der Vorneverteidigung führen. Zu den Schritten, die zu diesem Ziel führen, gehören:

– die Lockerung bzw. Aufgabe der Selbstbeschränkungen, denen Frankreich den Einsatz seiner Streitkräfte im Rahmen einer Verteidigung in Europa-Mitte unterworfen hat:
  – Aufgabe der Rolle einer reinen operativen Reserve, wie sie im Rahmen der Einsatzplanung für die I. Armee in den CINCENT-Operationsplänen seit 1982 definiert ist, zugunsten einer Vornestationierung französischer Verbände;
  – eine grundsätzliche Aufgabe der Bestimmung, daß östlich der Linie Rotterdam–Dortmund–München keine französischen Streitkräfte eingesetzt werden können. Diese Bestimmung ist Teil des Valentin-Ferber-Abkommens von 1974[24], das eine der vertraglichen Regelungen des Einsatzes französischer Streitkräfte im Rahmen der Verteidigung Europa-Mitte ist. De facto wurde diese Bestimmung von Frankreich bereits 1986 bei einer Heeresübung durchbrochen und wird im Rahmen des Manövers „Kecker Spatz" 1987[25] ebenfalls keine Anwendung finden. Frankreich hat sich aber bisher zu einer grundsätzlichen Streichung dieser Klausel nicht bereit gefunden;
  – ein Einbezug der FAR in die Operationsplanung, wie dies für die I. Armee im Rahmen der CINCENT-Planung bereits geschehen ist.
– Weiterhin sollte die Einrichtung eines deutsch-französischen Sicherheitsraumes erreicht und nach außen deutlich dokumentiert werden
  – mit der Durchführung von deutsch-französischen Manövern mit Großverbänden in der Bundesrepublik Deutschland, wie sie im September dieses Jahres mit der Übung „Kecker Spatz" mit dem Einsatz der FAR durchgeführt werden;
  – durch die Vereinbarung von Operationsplänen, die mit dem Einbinden des französischen Territoriums den fehlenden tiefen Raum der Verteidigung in Europa-Mitte schaffen;
  – durch den Einbezug des französischen Territoriums in die logistische Planung und
  – durch das Abhalten gemeinsamer Manöver in Frankreich.
– Weitere operative Zielsetzungen wie etwa
  – eine gemeinsame Truppen- und Führerausbildung,
  – eine Verbesserung der Interoperabilität der Streitkräfte, des Materials, der operativen und logistischen Verfahren und
  – eine Intensivierung der Rüstungskooperation

  sind bereits in den „perspektivischen Bericht" von 1986 eingegangen.

24 Am 3. Juli 1974 trafen der Befehlshaber der französischen I. Armee, Valentin, und der Oberbefehlshaber der Alliierten Truppen in Mitteleuropa (CINCENT), Ferber, eine Übereinkunft. Diese erweiterte die Vereinbarung zwischen dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Lemnitzer, und dem Chef des französischen Generalstabs, Ailleret, von 1967, die den Einsatz französischer Truppen in der Bundesrepublik im Verteidigungsfall regelte. Die Übereinkunft von 1974 bezog die französische I. Armee ein und regelte deren Zusammenwirken mit den NATO-Verbänden. Zur Vereinbarung von 1967 vgl. AAPD 1967, III, Dok. 330. Für das Abkommen von 1974 vgl. VS-Bd. 12211 (201).

25 Zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz" vom 17. bis 24. September 1987 vgl. Dok. 276.

III. Die französische Abrüstungspolitik

An dem französischen Taktieren im Zusammenhang mit den KRK-Konsultationen wird deutlich, daß Frankreich auf dem Hintergrund der noch andauernden Strategiedebatte konkrete Abrüstungsschritte in Europa eher als gefährlich anzusehen scheint. Dabei wird die französische Haltung vor allem von zwei Erwägungen geprägt:

- auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen
  - die allgemeine Sorge, daß es Gorbatschow mit seiner „neuen Politik" gelingen könnte, D de facto mehr und mehr aus dem Bündnis herauszulösen;
  - die Sorge, daß in D die Abrüstung an die Stelle von Verteidigungsanstrengungen tritt;
- auf die eigenen Streitkräfte bezogen
  - die Befürchtung, daß Abrüstungsverhandlungen in Europa im nuklearen wie konventionellen Bereich den Fortbestand der eigenen Streitkräfte gefährden;
  - die Befürchtung, daß KRK-Verhandlungen von der SU dazu benutzt werden, die hochtechnologische Weiterentwicklung, d.h. die Modernisierung der Waffen, zu beschränken oder gar weitestgehend zu verhindern.

Es sieht so aus, als ob Frankreich bislang an dem KRK-Prozeß teilgenommen hat, um nicht als abrüstungsfeindlicher Einzelgänger abgestempelt zu werden. Es ist Frankreich jedoch nicht gelungen, seine Interessen klar zu definieren und eine Verhandlungsposition zu entwickeln, die ein Steuern des Verhandlungsablaufs erlaubt, ohne Frankreich als Blockierer darzustellen:

1) Rücknahme bereits vereinbarter Verhandlungspositionen

Auch nachdem in der prozeduralen Foren-Frage jetzt ein Kompromiß vereinbart werden konnte[26], sind die substantiellen Fragen bezüglich des Mandates weiterhin ungelöst.

Die Distanzierungen von bereits im westlichen Kreis vereinbarten Verhandlungspositionen zu KRK machen die gegensätzliche Interessenlage zu uns besonders augenfällig.

- Der Ausschluß taktischer Flugzeuge und der Artillerie (beides dual einsetzbare Waffensysteme) dokumentiert die französische Sorge, die eigenen Nuklearstreitkräfte in Verhandlungen zur Disposition stellen zu müssen.
- Die Weigerung, bei einem Verhandlungsansatz gleicher Obergrenzen die französischen Streitkräfte auf westlicher Seite anrechnen zu lassen, macht deutlich, daß Frankreich seine vergleichsweise schwachen konventionellen Kräfte in ihrer Substanz bedroht sieht (französische Divisionen umfassen knapp die Hälfte der Truppenstärke deutscher Divisionen; sinkende Ausgaben für konventionelle Streitkräfte).
- Die Ablehnung des westlichen Verhandlungsansatzes, mögliche Reduzierungen nach dem Prinzip der Kollektivität vorzunehmen, entspricht ebenfalls dem

26 Zur Einigung über das Verhältnis der Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) zum KSZE-Prozeß vgl. Dok. 174, Anm. 40.

französischen Bestreben nach nationaler Entscheidungsautonomie und dem Erhalt seiner konventionellen Streitkräfte.

2) Wir können auf ein konstruktives Mitwirken Frankreichs an der KRK nur hoffen, wenn es uns gelingt, F deutlich zu machen, daß auch wir ein Interesse an der Erhaltung der französischen nuklearen und konventionellen Streitkräfte und dem von ihnen geleisteten Beitrag für unsere Sicherheit haben. Wir sollten darauf hinweisen, daß wir gerade durch die von uns beabsichtigte Verzahnung der deutschen und französischen konventionellen Streitkräfte und unseren Wunsch nach einem engeren Abstimmungsmechanismus für die prästrategischen Waffen eine Stärkung unserer gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit anstreben.

Wir müssen F davon überzeugen, daß wir einen Doppelansatz verfolgen: Erhaltung der militärischen Verteidigungsfähigkeit verbunden mit Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen. Auf diese Weise sollte der französischen Sorge vor einem Abrüstungssog in Europa, der die Verteidigungsfähigkeit des Westens gefährdet, entgegengewirkt werden.

Auf dieser Grundlage könnte bei F die Bereitschaft geschaffen werden, unsere Rüstungskontrollpolitik mitzutragen.

Seitz

VS-Bd. 14049 (02)

176

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker

VS-NfD **16. Juni 1987**[1]

Fernschreiben Nr. 34/35 Ortex

Zum Wirtschaftsgipfel von Venedig vom 8. bis 10. Juni 1987[2]

I. Vom 8. bis 10. Juni 1987 trafen sich in Venedig die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrienationen[3] und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft (belgische Präsidentschaft[4] und EGK-Präsident[5]) zum 13. Wirtschaftsgipfel.

Auf deutscher Seite nahmen neben Bundeskanzler Kohl die Bundesminister Genscher, Stoltenberg und Bangemann teil.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt am 22. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Wagner am 23. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Gerhardt erneut vorgelegen.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. ferner Dok. 171.

3 Amintore Fanfani (Italien), Helmut Kohl (Bundesrepublik), François Mitterrand (Frankreich), Brian Mulroney (Kanada), Yasuhiro Nakasone (Japan), Ronald W. Reagan (USA) und Margaret Thatcher (Großbritannien).

4 Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

5 Jacques Delors.

Im Zentrum des Treffens standen Wirtschaftsfragen:

– makroökonomische Politik und Wechselkurse,
– multilaterale Überwachung und wirtschaftspolitische Abstimmung,
– Handel,
– Landwirtschaft,
– Entwicklungsländer und Verschuldung sowie
– Umwelt

Im außenpolitischen Bereich standen West-Ost- und Abrüstungsfragen sowie Regionalprobleme im Mittelpunkt.

Neben einer „Wirtschaftserklärung von Venedig" wurden weitere gesonderte Erklärungen zu

– West-Ost-Beziehungen,
– Terrorismus,
– Lage am Persischen Golf,
– AIDS,
– Drogen,

verabschiedet.[6]

Der Gipfel fand unter nicht ganz einfachen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen statt (Wahlen in GB[7] und Italien[8], zu erwartender Regierungswechsel in Japan[9], Wahlperspektiven in F[10] und USA[11] einerseits und nachlassendes Wachstum, unsichere Wechselkurse, Protektionismus, Verschuldung andererseits).

Dennoch brachte der Gipfel positive Ergebnisse. In allen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen war eine bemerkenswerte Übereinstimmung festzustellen, sowohl in der Analyse als auch in den daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen und den zu ergreifenden Maßnahmen.

Ministerpräsident Fanfani bedankte sich als Gastgeber des Wirtschaftsgipfels für die zahlreichen Zuschriften wichtiger Staatsmänner und Staatengruppen.

II. Wirtschaftsthemen

1) Makroökonomische Politik und Wechselkurse

Entgegen manchen vor dem Gipfel in den Medien gehegten Erwartungen gab es keine an uns gerichteten Forderungen nach zusätzlichen Maßnahmen zur Ankurbelung unserer Binnenkonjunktur.

Der Bundeskanzler konnte darauf hinweisen, daß

– im Gefolge der Wechselkursanpassungen der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß bereits voll im Gang ist: Unser realer Außenhandelsüberschuß geht

6 Für den Wortlaut der Erklärungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 343–353.
7 In Großbritannien fanden am 11. Juni 1987 Parlamentswahlen statt. Am 13. Juni 1987 wurde eine neue Regierung unter Premierministerin Thatcher gebildet.
8 In Italien fanden am 14./15. Juni 1987 Parlamentswahlen statt. Am 29. Juli 1987 wurde eine neue Regierung unter Ministerpräsident Goria gebildet.
9 In Japan kam es am 6. November 1987 zu einem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten.
10 In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.
11 In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

bereits seit eineinhalb Jahren deutlich zurück. In Preisen von 1985 weist unsere Leistungsbilanz in den ersten vier Monaten dieses Jahres praktisch keinen Überschuß mehr auf;

– das Wachstum der Inlandsnachfrage beträchtlich höher über dem Wachstum des BSP liegt. Im ersten Quartal 1987 sind die Inlandsnachfrage um 4,2%, das Bruttosozialprodukt um 2,4% gestiegen. Die Steuerreform[12], die zwischen 1986 und 1990 Nettoentlastungen von rd. 50 Mrd. DM bringen wird, dürfte diese Tendenz verstärken;

– alle Konjunkturdaten im April einen ermutigenden Aufwärtstrend für das zweite Quartal 1987 signalisieren.

Unser Beitrag zur Lösung der internationalen Wirtschaftsprobleme wurde voll anerkannt.

Die Sieben waren sich weiter einig, daß es seit dem Wirtschaftsgipfel in Tokio[13] eine Reihe positiver Entwicklungen gegeben hat:

– Das Wachstum setzt sich im fünften Jahr fort,

– die durchschnittlichen Inflationsraten haben sich verringert,

– unter den führenden Währungen ist es zu Wechselkursänderungen gekommen, die im großen und ganzen den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechen und zu einem Abbau der internationalen Ungleichgewichte[14] beitragen.

Weitere substantielle Verschiebungen bei den Wechselkursen könnten Bemühungen um eine Steigerung des Wachstums und Erleichterung der Anpassungen vereiteln.

Trotz der insgesamt positiven Bilanz waren sich die Teilnehmer aber auch darin einig, daß es in einigen Teilnehmerländern weiterhin Probleme gibt, die noch gelöst werden müssen, z.B. außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, hohe Arbeitslosigkeit, große staatliche Defizite, hohe reale Zinsen, Handelsbeschränkungen und protektionistischer Druck sowie eine anhaltende Schwäche vieler Rohstoffmärkte mit daraus resultierenden Problemen für die Entwicklungsländer.

2) Multilaterale Überwachung (surveillance) und wirtschaftspolitische Abstimmung

Die Sieben vereinbarten vor diesem Hintergrund eine weitere Verbesserung der Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitiken. Sie bestätigten die von den sieben Finanzministern[15] erreichten Vereinbarungen, wonach mit Hilfe des IWF die Überwachung der sieben Volkswirtschaften anhand von Wirtschaftsindikatoren (einschließlich der Wechselkurse) gestärkt werden soll, vor allem durch

– Aufstellung mittelfristiger Ziele und Prognosen sowie

– Verwendung von wirtschaftlichen Indikatoren.

12 Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.
Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

13 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

14 Korrigiert aus: „Gleichgewichte".

15 James Baker (USA), Édouard Balladur (Frankreich), Giuseppe Guarino (Italien), Kiichi Miyazawa (Japan), Nigel Lawson (Großbritannien), Gerhard Stoltenberg (Bundesrepublik) und Michael Wilson (Kanada).

3) Handel

Vor dem Hintergrund des zunehmenden protektionistischen Drucks bekannten sich die Teilnehmer uneingeschränkt zu den in der Ministererklärung zur Uruguay-Runde bekräftigten Grundsätzen des „stand still" und des „roll back".[16]

Kanada, Japan, USA und die EG kündigten an, in den kommenden Monaten bei den GATT-Verhandlungen in Genf[17] einen breit gefächerten Katalog substantieller Vorschläge vorlegen zu wollen.

BK Kohl unterstrich nachdrücklich, daß es für uns – als einer der führenden Handelsnationen der Welt – zum Erfolg der neuen GATT-Runde keine Alternative gebe.

4) Landwirtschaft

Die Teilnehmer unterstrichen den Ernst der Agrarüberschuß- und -subventionsproblematik und bekräftigten die im Ministerkommuniqué der OECD vom 13. Mai 1987[18] erreichte Strategie zu ihrer Überwindung.

Auch zur Frage der notwendigen agrarpolitischen Anpassungen wollen die Teilnehmerstaaten in den nächsten Monaten bei den GATT-Verhandlungen umfassende Vorschläge einbringen. Die Sieben beschlossen, auf dem nächsten Gipfel in Toronto[19] die erzielten Fortschritte und die noch zu lösenden Aufgaben zu überprüfen.

5) Entwicklungsländer und Verschuldung

Mit besonderem Ernst widmeten sich die Staats- und Regierungschefs den Problemen der hochverschuldeten Entwicklungsländer, die Anlaß zu wirtschaftlicher und politischer Besorgnis geben.

Im Hinblick auf die Hauptschuldnerländer mit mittleren Einkommen gebe es für die gegenwärtige wachstums- und einzelfallorientierte Strategie keine sinnvolle Alternative.

Die Probleme einiger der ärmsten Länder, vor allem südlich der Sahara, seien beispiellos schwierig und bedürften einer besonderen Behandlung. Der Bundeskanzler wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß für diese Länder weitergehende, zusätzliche Hilfsmaßnahmen notwendig seien. Die zuständigen internationalen Finanzinstitutionen – insbesondere IWF und Pariser Club – wurden aufgefordert, entsprechende Vorschläge (längere Tilgungsfristen und tilgungsfreie Jahre, Aufstockung der Strukturanpassungsfazilität für drei Jahre) zügig zu beraten und diese Gespräche noch in diesem Jahr zu einem Abschluß zu bringen.

Der Bundeskanzler hat die aktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland bei diesen Beratungen besonders unterstrichen.[20] In diesem Zusammenhang hat der

16 Auf der GATT-Ministerkonferenz vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este gingen die Teilnehmerstaaten die politische Verpflichtung ein, keine neuen protektionistischen Maßnahmen im Außenhandel zu ergreifen. Ferner verpflichteten sie sich zum Abbau GATT-widriger Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 268.

17 Zu den GATT-Verhandlungen vgl. Dok. 164, Anm. 23.

18 Für den Wortlaut des Kommuniqués der OECD-Ministertagung am 12./13. Mai 1987 in Paris vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 305–313.

19 Der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto fand vom 19. bis 21. Juni 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

20 Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels am 10. Juni 1987 in Venedig; BULLETIN 1987, S. 515 f.

Bundeskanzler darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesrepublik Deutschland den meisten dieser Länder ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus EH-Krediten erlassen (4,2 Mrd. DM) hat.[21] Sie habe damit mehr als die Hälfte der gesamten Schuldenerlasse aller Industrieländer gewährt.

III. Politische Themen

1) Wie bei allen früheren Wirtschaftsgipfeln nahmen auch in Venedig aktuelle politische Fragen einen breiten Raum ein. Während die Staats- und Regierungschefs sich, vor allem am ersten Abend, ausführlich mit den West-Ost-Beziehungen, einschließlich Rüstungskontrollfragen und Bewertung der Politik Gorbatschows, sowie mit Südafrika und der Golfregion befaßten, erörterten die Außenminister in getrennten Sitzungen eine breite Palette von Regionalfragen. Bei den West-Ost-Fragen war insgesamt ein hohes Maß an grundsätzlicher Übereinstimmung in der Bewertung der politischen Lage und in der Notwendigkeit einer gemeinsamen westlichen Strategie festzustellen. Positiv ist das seit Williamsburg 1983[22] offen dokumentierte Interesse Japans an einer Ganzheit-Betrachtung der West-Ost-Beziehungen und die Bereitschaft, die gemeinsamen Werte des Westens mitzutragen, zu verzeichnen. Die Einbindung Japans in die westlichen Interessen und Überlegungen ist, nicht nur wegen der wachsenden weltpolitischen Bedeutung des asiatischen Raums und des Pazifiks, ein wichtiger Aspekt des Gipfels. Sie dient auch der Weiterentwicklung des strategischen Dreiecks USA–Europa–Japan.

In zahlreichen Demarchen bei den Regierungen der Teilnehmer des WWG (Südkorea, Sri Lanka) und in Schreiben an die Regierungschefs (ANC-Präsident Oliver Tambo[23]; südafrikanischer Präsident Botha[24]; VN-Generalsekretär de Cuéllar[25];

21 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit notierte am 26. November 1987: „Bisheriger Schuldenerlaß, basierend auf Kabinettsbeschluß vom 4.10.1978 in Ausführung einer UNCTAD-Resolution, beträgt DM 4,2 Mrd. DM, d.h. DM 3,6 Mrd. Verzicht auf Tilgungen und DM 0,6 Mrd. Verzicht auf Zinsen. Er galt 24 der am wenigsten entwickelten Länder (LDC), wovon mit DM 2,8 Mrd. allein 20 LDC in Subsahara-Afrika betroffen waren." Vgl. Referat 422, Bd. 148936. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 243.

22 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke informierte am 22. Juni 1987 über das Schreiben des Vorsitzenden des ANC, Tambo, vom 4. Juni 1987 an Bundeskanzler Kohl: „In dem im Ton moderaten Schreiben ruft Tambo die westlichen Staaten auf, zusammen mit den Ländern Afrikas, der UNO und der Blockfreien-Bewegung Anstrengungen zu unternehmen, das Apartheid-Regime in Südafrika zu beenden. […] In seinem Schreiben unterstreicht Tambo seine Überzeugung, daß ein Wandel in Südafrika nicht ohne intensiven und anhaltenden Druck gegenüber dem Apartheid-Regime möglich sei. Die internationale Gemeinschaft müsse deshalb umfassende Sanktionen gegenüber Südafrika verhängen." Vgl. den Runderlaß Nr. 4951; Referat 320, Bd. 156081.

24 Präsident Botha schrieb am 25. Mai 1987 an Bundeskanzler Kohl: „I am determined to bring to fruition in the reasonable possible time the goals which my government and I have set ourselves. But, we need the understanding of the major democracies: If they could assist in efforts to break the cycle of violence and promote dialogue we should welcome it. If they could assist in promoting the concept of a genuine democracy based on the participation in government of all our communities, on the protection of minority rights and taking into account the diversity of our society, we should welcome it. If they could endorse the principle that it is for South Africans alone to define the provisions of the new South African constitution, we should welcome it also. It would be constructive if a clear message could be sent from Venice to the perpetrators of violence to the effect that their reprehensible deeds will not be countenanced by the civilized world." Vgl. Referat 412, Bd. 130566.

25 VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar richtete am 27. Mai 1987 ein Schreiben an Bundeskanzler Kohl: „When I sent a message to the Tokyo summit last year, there were grounds for optimism regarding the international economic situation. […] Since the Tokyo summit, progress has indeed been made in harmonising policies and reducing imbalances. Nevertheless, major problems persist, generating

Präsident von Uruguay, Sanguinetti[26]; Präsident von Bangladesch, Ershad[27]; ASEAN-Staaten[28]; argentinischer Präsident Alfonsín; Präsident des Kongo für die OAU[29]) vor dem Treffen kam die Bedeutung zum Ausdruck, die dem Wirtschaftsgipfel in politischer Hinsicht in der ganzen Welt beigemessen wird.

2) Die Teilnehmer des WWG verabschiedeten drei gemeinsame Erklärungen:

a) zu den West-Ost-Beziehungen,

b) zum Terrorismus,

c) zum Krieg Irak–Iran und zur Freiheit der Schiffahrt im Golf.

a) Die West-Ost-Beziehungen standen im Mittelpunkt der politischen Diskussionen.

Weitgehende Einigkeit bestand in der Beurteilung der Politik Gorbatschows: Positive Ansätze für Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik der SU, die Chancen für Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen schaffen, wurden anerkannt.

Die West-Ost-Erklärung begrüßt diese neuen Ansätze und bekräftigt die Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit. Sie hebt hervor, daß die SU an ihren Taten und nicht an Worten gemessen wird und daß die Entwicklung stabiler, konstruktiver Beziehungen auch von dem Verhalten der SU in anderen wichtigen Fragen wie Menschenrechte, Durchlässigkeit der Grenzen, Afghanistan abhängt. Sie bekräftigt die Bemühungen um Abrüstung und Stabilisierung der Sicherheit auf niedrigerem Rüstungsniveau, aber gleichzeitig auch die Notwendigkeit zur Wachsamkeit und zu glaubwürdiger, effektiver Verteidigung.

Fortsetzung Fußnote von Seite 882

uncertainties. These are reflected in the international financial markets, and growth forecasts have recently had to be revised downwards. In these circumstances, I feel I must join the appeals already made to you to take additional steps to co-ordinate fiscal and monetary policies and to remove trade barriers." Vgl. Referat 412, Bd. 130566.

26 Legationsrat Schmidt analysierte am 3. Juni 1987 das Schreiben des Präsidenten Sanguinetti vom 24. Mai 1987 an die am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu den Verschuldungsproblemen der lateinamerikanischen Staaten und hob als positiv hervor, „daß der vorliegende Brief sich zur gemeinsamen Verantwortung von Schuldnern und Gläubigern bekennt, unser Prinzip der einzelfallbezogenen Schuldenstrategie aufgreift, die früher vertretene Idee eines ‚politischen Dialogs' (im Sinne einer Globallösung des Verschuldungsproblems) nicht wieder aufgreift und insgesamt in der guten Tradition der Äußerungen der Cartagena-Staaten zur Verschuldung nicht auf Konfrontation, sondern Kooperation ausgerichtet ist". Vgl. Referat 412, Bd. 130566.

27 Legationsrat I. Klasse Protz, Dhaka, informierte am 1. Juni 1987 über das Schreiben des Präsidenten Ershad vom 25. Mai 1987 an Bundeskanzler Kohl: „Nach einleitenden Bemerkungen zur Weltwirtschaftslage (Ziff[er] 2) beschreibt Ershad wirtschaftliche Situation BANs, wobei er auf Schwierigkeiten bei Implementierung Anpassungs- und Stabilisierungsmaßnahmenpakets aufgrund gesunkener Exporterlöse und verringerten Hilfezuflusses hinweist. In Ziff. 4 bittet Ershad, den besonderen Problemen der LDCs Rechnung zu tragen. In Ziff. 5 wird geschmälerte Ressourcenbasis der multilateralen Geber beklagt; in diesem Zusammenhang Bitte, mittelfristiges strukturelles Anpassungsprogramm BANs durch Bereitstellung zusätzlicher, schnell auszahlbarer Mittel zu unterstützen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat 412, Bd. 130566.

28 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 29. Juni 1987, mit Schreiben vom 26. Mai 1987 habe der stellvertretende Außenminister von Singapur, Wong Kan Seng, in seiner Eigenschaft als geschäftsführender Vorsitzender des Ständigen ASEAN-Komitees ein Memorandum an Bundesminister Genscher übersandt: „Darin bringen die ASEAN-Staaten ihre Besorgnis u. a. über die fortgesetzte Krise der Weltwirtschaft, das Verschuldungsproblem, den Protektionismus sowie den Verfall der Rohstoffpreise zum Ausdruck und bitten um die Unterstützung der Gipfelstaaten." Vgl. Referat 412, Bd. 130566.

29 Zum Schreiben des Präsidenten Sassou-Nguesso vom 5. Mai 1987 vgl. Dok. 134, Anm. 12.

Mit zurückhaltendem Optimismus wurden die Chancen für ein INF-Abrüstungsabkommen noch in diesem Jahr bewertet. Die Frage weiterer Abrüstungsschritte in anderen Bereichen (strategische Systeme, CW-Verbot, Herstellung konventioneller Stabilität in Europa sowie Folgeverhandlungen über landgestützte Nuklearwaffen mit Reichweite 500–0 km) wurde eingehend diskutiert. Eine abschließende Meinungsbildung blieb dem NATO-AM-Treffen in Reykjavik[30] vorbehalten. Wir bekräftigten unsere Position auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 4. Juni[31] und lehnten in diesem Zusammenhang eine „Brandmauer" für die erwähnten Folgeverhandlungen ab.

b) Die Terrorismus-Erklärung fügt sich in die Reihe früherer WWG-Erklärungen ein. Sie geht auf ein Mandat des Tokio-WWG zurück, die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit der Zivilluftfahrt effektiver zu gestalten.[32] Wie schon bei früheren Gelegenheiten scheiterte der amerikanische Versuch, die transatlantische Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung zu institutionalisieren, an dem Widerspruch Frankreichs, das es ablehnt, den Sieben eine weltweite Kompetenz zur Terrorismusbekämpfung zuzugestehen.

c) Die Erklärung zum Golf kam auf Wunsch der USA zustande, die neben dem politischen Signal an die kriegführenden Parteien in der Golfregion auch eine innenpolitische Entlastung gegenüber dem Druck des Kongresses und der Öffentlichkeit auf europäische Lastenteilung anstreben. Konkrete Maßnahmen der Lastenteilung oder Unterstützung wurden nicht erörtert. Der Bundeskanzler hat deutlich gemacht, daß wir uns der gemeinsamen Solidarhaftung nicht entziehen wollen. Da eine Entsendung von Kriegsschiffen oder Soldaten außerhalb des NATO-Bereichs vom Grundgesetz nicht erlaubt würde[33], müßten wir bereit sein, die USA – falls erwünscht – im NATO-Rahmen zu entlasten, wenn sie sich für die Gesamtheit im Golf engagierten. Die Erklärung unterstreicht das gemeinsame Interesse an der Region und die Notwendigkeit neuer konzentrierter internationaler Anstrengungen zur Beendigung des Krieges, bei denen dem VN-GS eine Schlüsselrolle eingeräumt wird.

3) Eine von MP Mulroney mit Nachdruck gewünschte Erklärung zu Südafrika wurde mehrheitlich in der gegenwärtigen Phase als wenig opportun abgelehnt (zum Hintergrund: KAN ist 1988 Gastgeber des nächsten WWG sowie der Gipfeltreffen des Commonwealth[34] und der frankophonen Staaten[35] und hat auch von daher ein Interesse daran, eine aktive Rolle in bezug auf Südafrika zu dokumentieren). MP Fanfani bezog als Kompromiß in seine mündliche, zusammenfassende Schlußerklärung zur politischen Diskussion einen abgestimmten Text ein. Dieser fordert Beseitigung der Apartheid und statt dessen eine neue demo-

30 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

31 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928. Vgl. dazu ferner Dok. 163.

32 Vgl. Ziffer 2 und Ziffer 5 der „Erklärung zum Internationalen Terrorismus" der am Weltwirtschaftsgipfel in Tokio teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 5. Mai 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 311 f.

33 Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

34 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten fand vom 13. bis 17. Oktober 1987 in Vancouver statt.

35 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der frankophonen Staaten fand vom 2. bis 4. September 1987 in Québec statt.

kratische, nichtrassische Regierungsform. Die Aufnahme eines echten Dialogs zwischen den Vertretern aller Gesellschaftsgruppen in Südafrika wird als dringend notwendig bezeichnet. Gleichzeitig wird die Bedeutung der Hilfe für die Opfer der Apartheid und die Bemühungen der SADCC[36]-Staaten zur Entwicklung ihrer Volkswirtschaften unterstrichen.

Präsident Botha hatte in einem Schreiben an BK Kohl und mit zusätzlichen Demarchen bei den Regierungen darauf hinzuwirken versucht, daß jede Form der Stellungnahme unterbleibt.

4) In den eingehenden Beratungen der Außenminister standen Regionalprobleme im Vordergrund:

Afghanistan (Druck zur baldigen Erklärung des Selbstbestimmungsrechts der Afghanen und des Abzugs der sowjetischen Truppen), Kambodscha (Anwesenheit von Truppen Hindernis für Frieden und Stabilität in der Region), Korea (Hoffnung auf Schaffung eines günstigeren Klimas für einen offeneren Dialog zwischen Nord und Süd durch die Olympiade 1988[37]), Unterstützung der Pazifik-Inselstaaten sowie der Philippinen bei ihren Reformbemühungen, der Nahe Osten (Friedensprozeß, besetzte Territorien, Lage im Libanon), Südamerika (Förderung des Demokratisierungsprozesses und regionaler Integrationsbemühungen), Mittelamerika (Hoffnung auf positive Beiträge des Guatemala-Gipfels[38] für Lage).

Die Finanzprobleme der VN und die Lage in China, vor allem die Entwicklung der Wirtschaftsreformen, wurden ebenfalls erörtert.

IV. Weitere Themen

1) Umwelt. Dieses Thema war zuerst von BK Kohl auf dem Gipfel in Williamsburg (1983) eingeführt worden. Auch seine Behandlung in Venedig erfolgte u. a. auf unsere Initiative. Die Teilnehmer waren sich einig, daß eine weitere Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der Lösung von Umweltproblemen mit weltweiten Auswirkungen notwendig sei, und bekannten sich zur eigenen Verantwortung der sieben Teilnehmerstaaten bei der Förderung von entsprechenden Bemühungen.

2) AIDS. Auch die Beratungen über eine erweiterte und verbesserte internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von AIDS erfolgten u. a. auf unsere Initiative. Die Teilnehmer waren sich einig, daß hierbei der WHO eine zentrale Rolle zukommt.

3) Drogen. Auf Initiative der USA wurde eine Erklärung zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs abgegeben, die die Bedeutung der vom 17. bis 26. Juni in Wien stattfindenden VN-Drogenkonferenz[39] unterstreichen und ihre Ziele unterstützen soll.

Der nächste Wirtschaftsgipfel wird 1988 in Kanada stattfinden.

[gez.] Stoecker

Referat 421, Bd. 163460

36 Southern Africa Development Coordination Conference.
37 Vom 17. September bis 2. Oktober 1988 fanden die Olympischen Sommerspiele in Seoul statt.
38 Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.
39 Zur VN-Konferenz über Drogenmißbrauch und illegalen Drogenhandel vgl. Dok. 171, Anm. 64.

177

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-321.00 VS-NfD **17. Juni 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Weiterleitung an das Bundespräsidialamt

Betr.: Politische Rahmenbedingungen und Ziele des Staatsbesuchs des Herrn Bundespräsidenten in der Sowjetunion[4]

I. Überblick

Der Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in der Sowjetunion findet zu einem politisch außerordentlich günstigen Zeitpunkt statt. Der Dialog mit den Sowjets ist so substantiell und so aussichtsreich wie nie zuvor in den vergangenen sechs Jahren. Die gegenwärtige Konstellation wird von folgenden, auch für das deutsch-sowjetische Verhältnis potentiell bedeutsamen Entwicklungen bestimmt:

– dem Reformkurs Gorbatschows in der Sowjetunion, der eine größere Bereitschaft zur argumentativen Auseinandersetzung mit dem Westen einschließt;
– der Intensivierung der Verhandlungen über Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung und der damit verbundenen Annäherung zwischen den beiden Weltmächten und Bündnissen in wichtigen Fragen;
– dem wachsenden Interesse der SU an Westeuropa und am westeuropäischen Einigungsprozeß;
– der Überwindung der im letzten Herbst eingetretenen Stagnation in den deutsch-sowjetischen Beziehungen zugunsten eines Wiederanknüpfens an die beim Besuch von BM Genscher in Moskau im Juli 1986[5] getroffenen Absprachen;
– der Weiterführung des KSZE-Prozesses (Wiener Folgetreffen).

Unter diesen Umständen sollte es unser Ziel sein, das gegenwärtig (im Vergleich zu früher) relativ stärkere Interesse und die größere Aufgeschlossenheit der

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Libal konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. Juni 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 20. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 22. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 25. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte.
Hat Heyken am 26. Juni 1987 erneut vorgelegen.

4 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

5 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

Sowjets gegenüber westlichen Auffassungen maximal zu nutzen und mit den Sowjets einen vertieften Dialog über die grundsätzlicheren Fragen des West-Ost-Verhältnisses und der bilateralen Beziehungen zu führen. Dies sollte auch im Hinblick darauf geschehen, daß ein solcher Besuch eine seltene Gelegenheit bietet, die sowjetische Öffentlichkeit direkt anzusprechen. Nach dem Beispiel von MP Chirac[6] und PM Frau Thatcher[7] sollten wir die sowjetische Führung und Öffentlichkeit auch mit kontroversen Auffassungen konfrontieren. Eine Verdeutlichung unserer Grundsatzpositionen in Schlüsselfragen des West-Ost-Verhältnisses (Sicherheit, Abrüstung, Menschenrechte, „europäisches Haus") durch den Herrn Bundespräsidenten in Moskau wird auch in der Bundesrepublik Deutschland selbst mit Aufmerksamkeit registriert werden und damit einen notwendigen Kontrapunkt zu den propagandistischen Bemühungen der Sowjets in unserer eigenen Öffentlichkeit setzen.

II. Der internationale Rahmen

1) Die Reformpolitik Gorbatschows steht in mehrfacher Hinsicht in einer Wechselbeziehung mit der weiteren Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses.

Zum einen wird sie von sowjetischer Seite gezielt dazu benutzt, um das Bild der SU im Westen zu verbessern. Zugleich wird der sowjetischen Öffentlichkeit eingeredet, der Westen oder zumindest konservative Kreise des Westens seien aus Furcht vor einem Erfolg des Sozialismus an einem Scheitern der Reformpolitik des GS interessiert.

Von unserem Standpunkt aus betrachtet, haben wir jedes Interesse daran, den Reformprozeß in der SU zu ermutigen, weil wir uns von ihm langfristig eine Öffnung der Sowjetunion nach außen und ein weniger konfrontatives Verhalten gegenüber der Umwelt versprechen. Dieses Interesse muß jedoch in einer Weise bekundet werden, die in unserer eigenen Öffentlichkeit keine Illusionen über das Ausmaß der tatsächlichen Veränderungen fördert.

Unsere Linie sollte es also sein,

- unsere Sympathie für die Entwicklungen in der SU deutlich zu erkennen zu geben,
- durch gezieltes Fragen den Umfang und die Tragweite der vorgesehenen Reformen auszuloten,
- durch Bekräftigung unserer eigenen Grundsätze für Freiheit und pluralistische Demokratie die Begrenztheit der bisherigen sowjetischen Reformpolitik aus unserer Sicht zu markieren
- und damit zu signalisieren, daß wir an die Zustände in der SU, gerade im Hinblick auf die Stichworte Menschenrechte und Demokratisierung, weiterhin einen strengen Maßstab anlegen werden;
- der SU klarzumachen, daß ihr Verhalten in allen Bereichen, von den Menschenrechten bis zur Rüstungskontrolle, entscheidend für Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen ist.

6 Ministerpräsident Chirac besuchte die UdSSR vom 14. bis 16. Mai 1987. Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 2.

7 Premierministerin Thatcher besuchte die UdSSR vom 28. März bis 1. April 1987. Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 5.

In diesem Zusammenhang sollten wir der sowjetischen Seite auch eine Vorstellung unserer Erwartungen hinsichtlich der weiteren Zukunft der Industriegesellschaften vermitteln und sie darauf ansprechen, daß wir in Zukunft auch sowjetische Antworten auf die Probleme der technologischen Revolution, der Informationsgesellschaft und der Umweltbelastung erwarten.

2) Die jüngsten Entwicklungen im Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten bringen für unser bilaterales Verhältnis zur SU insofern eine Entlastung, als die sicherheitspolitischen Irritationen der letzten Jahre viel von ihrer Schärfe verlieren können. Angesichts der verbesserten Chancen für positive Ergebnisse bei den sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollverhandlungen hat auch die ständige sowjetische Forderung, wir sollten gegenüber den USA eigenständigere Positionen in der Sicherheits- und Abrüstungspolitik vertreten, an Gewicht eingebüßt, ohne allerdings aufgegeben worden zu sein. SDI und unsere Haltung dazu sind gegenwärtig kein besonders aktuelles Thema, könnten aber nach Abschluß eines INF-Abkommens wieder aktuell werden. Die Hauptstoßrichtung der sicherheitspolitischen Diskussion zwischen den Sowjets und uns könnte sich nunmehr auf das Feld der konventionellen Rüstung verlagern.

In einigen Bereichen hat sich die Sowjetunion westlichen Vorstellungen, für die gerade wir uns eingesetzt haben, geöffnet (Verifikation, Erörterung von Militärdoktrinen), so daß es an uns liegt, unsere Ziele mit Nachdruck weiter zu vertreten: Stabilität auf niedrigem Niveau, insbesondere Abbau von Invasionskapazitäten. Wir sollten bei der Gesprächsführung auch nachdrücklich unsere Auffassung zur Geltung bringen, daß Abrüstung allein, ohne begleitende politische Vertrauensbildung, kein Allheilmittel für das West-Ost-Verhältnis ist und daß unter den obwaltenden Umständen die Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung legitimer Bestandteil unserer Sicherheitspolitik bleibt.

3) Gorbatschow hat eine Aktivierung der sowjetischen Westeuropapolitik eingeleitet, die, nach einem gewissen Zögern auf sowjetischer Seite, schließlich auch der Bundesrepublik Deutschland zugute gekommen ist (Aufgabe des Versuchs, uns bei dieser Politik zu umgehen). Mit dem Ausbau der bilateralen Kontakte der SU zu einzelnen westeuropäischen Ländern (jüngste Besuche von MP Chirac und PM Thatcher) geht eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber den westeuropäischen Integrationsprozessen einher. Zugleich verfolgt Gorbatschow mit der Vorstellung vom „gemeinsamen Haus Europa“[8] eine im Vergleich zu früher wesentlich subtilere Strategie, Ansatzpunkte für eine die USA ausschließende und eine sowjetische Führungsrolle begünstigende gesamteuropäische Solidarität und Zusammenarbeit zu finden. Diese sowjetische Politik erleichtert es uns zwar, als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft aufzutreten und europäische Belange anzusprechen, verlangt von uns andererseits aber auch, gerade in Moskau den engen Schulterschluß mit unseren westeuropäischen Verbündeten zu markieren und in der Artikulation westeuropäischer Belange gegenüber der SU nicht hinter den von Chirac und Frau Thatcher gesetzten Standards zurückzufallen. Die Tatsache, daß wir im ersten Halbjahr 1988 die Präsidentschaft in der EG ausüben werden, erhöht noch die Bedeutung unseres Auftretens als Mitglied dieser Gemeinschaft gegenüber der SU.

8 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

In der Gesprächsführung sollten wir auch, ausgehend vom KSZE-Prozeß, unsere Vorstellungen von einer europäischen Friedenspolitik mit dem Ziel der Überwindung der Teilung Europas und der Spaltung Deutschlands darlegen.

4) Gegenüber der Dritten Welt taktiert Gorbatschow ebenfalls einfallsreicher und flexibler als früher. In konzeptioneller Hinsicht fallen neue Akzente bei der Theorie der friedlichen Koexistenz auf: eine größere Distanz zur Gewaltanwendung durch revolutionäre Befreiungsbewegungen im nuklearen Zeitalter und eine stärkere Hervorhebung sachbezogener Zusammenarbeit im Zeichen von Interdependenz und globalen ordnungspolitischen Kriterien. Die gegenwärtig zu beobachtende vorsichtige, weniger offensiv als früher wirkende Konsolidierungspolitik schließt jedoch weiterhin die – notfalls auch militärische – Absicherung strategisch bedeutsamer Positionsgewinne und Sonderbeziehungen nicht aus (z. B. in Afghanistan).

Unsere Gesprächsführung gegenüber der sowjetischen Seite sollte sich an folgenden für uns vorrangigen Gesichtspunkten orientieren:

– keine Übertragung des Ost-West-Konflikts auf die Dritte Welt, insbesondere keine gewaltsame Einmischung in Regionalkonflikte unter ideologischen Vorzeichen und zur Erlangung einseitiger Vorteile; die sowjetische Bereitschaft zu friedlichem Ausgleich muß sich auch in ihrem Verhalten in der Dritten Welt bewähren (insbesondere in Afghanistan);
– größerer Beitrag der SU als entwickelter Industrienation des „Nordens“ zur Linderung der Not und zur Lösung der Entwicklungsprobleme in der Dritten Welt.

Zugleich sollten wir nach den sowjetischen Vorstellungen und Absichten bezüglich einer Regelung des Nahost-Konflikts und des Golfkrieges fragen.

III. Das bilaterale Verhältnis

Im bilateralen Verhältnis ist der aufsteigende Trend unübersehbar. Der plötzliche Wettersturz vom Spätherbst 1986 blieb Episode, auch wenn ihre Überwindung großer Anstrengungen bedurfte und manche Reizungen fortwirken mögen. Entscheidend ist, daß der Staatsbesuch nicht erst die Voraussetzung für eine Erwärmung der bilateralen Beziehungen schafft, sondern die Erwärmung bereits eingetreten ist. Ein besonders deutliches Zeichen für das wachsende Interesse der Sowjets an der Normalisierung der Beziehungen war die Tatsache, daß sie anfängliche Bedenken wegen der Abfolge der im Februar/März grundsätzlich vereinbarten Besuche von sich aus fallen ließen.

Wollten sie noch Mitte März einer Schlußzeichnung der drei offenen Ressortabkommen[9] vor dem Staatsbesuch nicht näher treten, so legten sie nur wenige Wochen später großen Wert auf eine baldige Abwicklung der damit verbundenen Ministerbesuche, einschließlich der Reise des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij nach Bonn.[10] Ferner erklärten sie sich mit einer baldigen Unterzeichnung des Umweltschutzabkommens einverstan-

9 Zu den am 22./23. April bzw. 4. Mai 1987 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Ressortabkommen vgl. Dok. 126, Anm. 20.

10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij am 4. Mai 1987 vgl. Dok. 125, Anm. 5.

den.[11] Auf sowjetische Anregung hin kam es auf Arbeitsebene zu Gesprächen über Berlin-Fragen. Ferner zeigten die Sowjets Interesse an Konsultationen über außereuropäische Fragen.

Bei den bisherigen Besuchsvorbereitungen zeigt sich die sowjetische Bereitschaft, dem Staatsbesuch einen angemessenen politischen Rang einzuräumen und ihn zu einem herausragenden Ereignis in den bilateralen Beziehungen zu machen.

Mithin deutet alles darauf hin, daß die SU sich nunmehr definitiv auf die CDU/FDP-Koalition in Bonn eingestellt hat, mit der BR Deutschland die Beziehungen ausbauen und beschleunigt das verwirklichen möchte, was beim letztjährigen Moskau-Besuch von BM Genscher vereinbart wurde.

Bislang hat auch der Fall Rust[12] diese positive Entwicklung nicht beeinträchtigen können.

Die Änderung der sowjetischen Haltung uns gegenüber beruht höchstwahrscheinlich auf einer doppelten Erkenntnis: daß eine aktive Westeuropapolitik nicht um uns herum geführt werden kann und daß der Versuch, an der Bundesregierung vorbei auf die deutsche Öffentlichkeit einzuwirken, nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt hat. An der sowjetischen Interessenlage uns gegenüber ändert dies grundsätzlich nichts: Hauptziel bleibt, die Deutschen zu einer uneingeschränkten Anerkennung des territorialen und politischen Status quo in Mitteleuropa zu bewegen und die sicherheitspolitischen Bindungen an das westliche Bündnis, insbesondere die USA, zu lockern.

Dem können wir durch den Hinweis begegnen, daß das Gewicht, das wir in den Verhandlungen mit der SU haben, auf unserer festen Verankerung im atlantischen Bündnis und in der EG beruht, daß wir an der Einheit der Nation festhalten und eine Lösung der deutschen Frage allein durch friedlichen Wandel im europäischen Rahmen anstreben.

IV. Unsere Interessen und Ziele

1) Gemessen an dieser Ausgangslage sowie angesichts des dem Grunde nach komplizierten deutsch-sowjetischen Verhältnisses darf sich der Staatsbesuch nicht auf Atmosphäre und Protokoll beschränken. Vielmehr kommt ihm eine spezifische politische Bedeutung zu. Auch wir sind daran interessiert, an die Aussprache von BM Genscher mit GS Gorbatschow anzuknüpfen und den „seriösen Meinungsaustausch, der auf die Verbesserung der Situation gerichtet" ist, fortzusetzen. Der Staatsbesuch bietet dazu eine weitere Chance, die wir mit Zuversicht nutzen können, dies um so mehr, als die BR Deutschland in den letzten Monaten öffentlich bereits erhebliche Beiträge zu einer konstruktiven Bewertung der Gorbatschowschen Politik geleistet hat. Der Einbruch der bilateralen Beziehungen in der Folge des Newsweek-Interviews vom letzten Oktober[13] sollte kein Tagesordnungspunkt mehr sein. Vielmehr sollte die Weiter-

11 Zur Frage der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 268, Anm. 34.

12 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.

13 Am 27. Oktober 1986 veröffentlichte das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" ein Interview mit Bundeskanzler Kohl. Auf die Frage „How do you judge Gorbachev and his intentions?" antwortete Kohl: „I'm not a fool: I don't consider him to be a liberal. He is a modern communist

führung der Gesamtbeziehungen auf der Grundlage von folgenden Elementen angestrebt werden: dem Moskauer Vertrag[14], dem Vier-Mächte-Abkommen[15] und der KSZE-Schlußakte[16] sowie dem in den 70er Jahren bis hin zu Afghanistan erreichten bilateralen Stand, auf der Grundlage des Moskau-Besuchs von BM Genscher vom Juli 1986 sowie der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. März[17].

2) Konkret könnte folgendes angestrebt werden:

a) Diskussion über

– die beiden Systeme in West und Ost (Frau PM Thatcher machte dies zu einem Schwerpunkt);
– Europa (Gorbatschow hat zuletzt in seiner Prager Rede vom 10.4.[18] hierzu Grundsätzliches gesagt);
– Gesamtkonzept der West-Ost-Beziehungen;
– Abrüstung, insbesondere Denuklearisierung Europas und konventionelle Abrüstung;
– KSZE-Prozeß und Wiener Folgetreffen;
– bilaterale Beziehungen und Berlin;
– Konsultationen über internationale Fragen.

b) Der Bundespräsident könnte – neben einer Gegeneinladung an Gromyko – die Einladung des Bundeskanzlers an Gorbatschow bestätigen und damit die Reise Gorbatschows in die BR Deutschland der Verwirklichung näherbringen.[19]

c) Inkraftsetzung des Pakets wissenschaftlich-technisches Abkommen[20], d. h. Unterzeichnung des Schlußprotokolls durch BM Genscher und Schewardnadse.

Fortsetzung Fußnote von Seite 890

leader who understands public relations. Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too." Vgl. den Artikel „Kohl to Reagan: ‚Ron, Be Patient'"; NEWSWEEK, Nr. 43 vom 27. Oktober 1986, S. 20. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 308, Dok. 310 und Dok. 339.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

15 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

16 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

17 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

18 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 109.

19 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4.

20 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.
Zur Unterzeichnung des Abkommens und zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

d) Erhöhung der Ausreisezahlen (Sagladin Ende März zu Dg21[21]: neue Ausreiseverordnung[22] nicht das letzte Wort) und Verbesserung der Lage der Deutschen in der SU.

e) Begnadigung von Rudolf Heß[23] (allerdings ist die Iswestija über Ostern entsprechenden Vermutungen scharf entgegengetreten).

f) Einstellung der Störungen der Deutschen Welle[24] (anläßlich des Besuchs von PM Thatcher wurde britisch-sowjetische Vereinbarung über gegenseitiges Nichtjamming unterzeichnet).

g) Kulturinstitut in Moskau[25] (Sagladin machte Ende März gegenüber MD Teltschik und MDg Kastrup ermutigende Äußerungen).

h) Jugend-und Schüleraustausch (in diesem Frühjahr verbesserte Realisierung, konstruktive Haltung Sagladins gegenüber MdB Rühe Ende März[26]).

i) Reisen in das nördliche Ostpreußen (auch hier gewisse Flexibilität Sagladins gegenüber MdB Rühe).

21 Dieter Kastrup.
Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und Ministerialdirigent Kastrup besuchten die UdSSR anläßlich der Tagung des „Bergedorfer Gesprächskreises“ am 27./28. März 1987 in Moskau. Vgl. dazu Dok. 89, Anm. 22.

22 Zu der am 1. Januar 1987 in Kraft getretenen sowjetischen Verordnung über die Ein- und Ausreise vgl. Dok. 43, Anm. 15.

23 Rudolf Heß beging am 17. August 1987 Selbstmord. Vgl. dazu Dok. 231.

24 Die Referate 603 und 213 legten am 22. Juni 1987 in einer gemeinsamen Aufzeichnung dar: „Die von der Deutschen Welle ausgestrahlten Kurzwellensendungen in russischer Sprache werden seit 1968 dauernd gezielt gestört. Demgegenüber ist ein ungehinderter Empfang der Sendungen von Radio Moskau in ganz Europa möglich.“ Die Bundesregierung habe stets „insbesondere unter Hinweis auf Art. 19 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie auf die Schlußakte von Helsinki bei der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Bulgarien gegen die Störung von Sendungen der Deutschen Welle protestiert“. Seit Januar 1987 habe die UdSSR „die Jamming-Operationen gegen die russischsprachigen Sendungen von BBC“ eingestellt, seit Ende Mai 1987 auch gegen Sendungen der Voice of America: „Zu den weiterhin gestörten Sendern gehören neben der Deutschen Welle Radio Liberty und Kol Israel. […] Eine Prüfung der relevanten Sendemanuskripte der DW durch das Auswärtige Amt ergab, was die journalistische Sorgfaltspflicht betrifft, daß die sowjetischen Vorwürfe weitestgehend gegenstandslos waren. Andererseits war die Absicht, nicht nur mit Informationen, sondern auch mit Kritik und Polemik in die SU hineinzuwirken, unverkennbar. Diesen Umstand müssen wir bei der sowjetischen Meinungsbildung in Rechnung stellen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143617.

25 Ministerialdirektor Witte vermerkte am 21. Juli 1987, in der Frage der Errichtung eines Kulturinstituts der Bundesrepublik in Moskau sei die Bundesregierung „Demandeur“. Die UdSSR „braucht kein solches Institut bei uns, da sie ihre Angebote jederzeit über viele Partner unterbringen kann“. Vgl. Referat 213, Bd. 143612.

26 Anläßlich der Tagung des „Bergedorfer Gesprächskreises“ am 27./28. März 1987 in Moskau besuchte der CDU-Abgeordnete Rühe vom 26. bis 30. März 1987 die UdSSR. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 31. März 1987: „Gespräch MdB Rühe (R.) mit Erstem Stv. Leiter Internationaler ZK-Abteilung, Sagladin (S.), am 30.3. (50 Min.) gab Gelegenheit zu gedrängtem Meinungsaustausch (in Deutsch ohne Dolmetscher) in positiver Atmosphäre über Reihe von Themen: bilaterale Beziehungen, sowjet[ische] Innenpolitik, Rüstungskontrolle, Afghanistan, Einladung der CDU/CSU-Fraktion durch den Obersten Sowjet. S. ging bereitwillig auf alle, auch kritische Fragen R.s ein. […] R. wies auf Ungleichgewicht hin: Nur rund 25 000 Sowjetbürger jährlich in die BR Deutschland, aber etwa zehnmal so viele Deutsche in umgekehrte Richtung. Er erwähnte Schulklasse aus seinem Wahlbezirk, die in SU war und jetzt gern sowjet. Schulklasse als Gäste empfangen würde. S. daraufhin: Schicken Sie uns einen Brief. S. nahm Schreiben eines aus Königsberg stammenden Herrn (der jetzt in R.s Wahlkreis lebt), der seine Heimatstadt gern wiedersehen möchte, entgegen und sagte Prüfung zu.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 955; Referat 011, Bd. 138457.

j) Verbesserung des Informationsaustausches: gemeinsame Fernsehauftritte, Fernsehbrücken usw., Erhöhung der Auflage von „Guten Tag“[27], Vortragsprogramme in der SU (Follow-up zu Ihrem Vorschlag vom Juli 1986, vergleiche auch Gespräch Rühe/Sagladin sowie britisch-sowjetische Vereinbarungen).

Hinzu kommen Dauerthemen wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit (neue Formen der Zusammenarbeit) und Berlin-Fragen (Seeschiffahrtsabkommen[28], Zwei-Jahres-Kulturprogramm[29], Rechtshilfe[30], Vereinbarung EG/RGW[31]).

27 In der Presse wurde berichtet: „Und die Sowjet-Union bewegt sich vielleicht doch: Von dieser Woche an können Bürger der UdSSR in 24 Großstädten eine Zeitschrift kaufen, die – entgegen Lenins 61 Jahre lang gültiger Order – unzensiert ist. Sie brauchen dafür nur 40 Kopeken anzulegen, einen halben Stundenlohn (1,20 Mark). Das ganz legale Wochenblatt gibt es am Kiosk, heißt ‚Guten Tag‘ und kommt – in russischer Sprache – aus dem Westen: Herausgeber und Finanzier mit rund einer Million Mark im Jahr ist das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.“ Die Auflage liege bei 30 000 Exemplaren. Vgl. den Artikel „Wie du und ich“; DER SPIEGEL, Nr. 28 vom 9. Juli 1979, S. 93.

28 Vortragender Legationsrat Rau notierte: „Dg 42 hat am 21. Dezember 1987 Herrn MD Hoffmann, Leiter der Abteilung Seeverkehr im BMV, zu einem Gespräch über das deutsch-sowjetische Seeschiffahrtsabkommen empfangen. MD Hoffmann führte aus, daß aus Sicht des BMV großes Interesse am baldigen Zustandekommen des deutsch-sowjetischen Seeschiffahrtsabkommens bestehe. Dabei spielten die Überlegungen eine Rolle, daß mit dem Abkommen eine ausgeglichenere Ladeaufteilung zwischen den beiden Ländern erreicht werden könne (derzeitige Aufteilung: 35 % D, 65 % SU); daß eine deutsche Beteiligung am umfangreichen Drittmarktverkehr der Sowjetunion möglich werde, der vor allem Fernost, Mittelamerika und Ostafrika bediene; und daß aus EG-Sicht positiv zu bewerten sei, wenn die für uns günstigen Rahmenbedingungen des Abkommens festgeschrieben würden. Dg 42 stellte fest, daß das Auswärtige Amt die Lage ähnlich beurteilt. Eine realistische Betrachtung zeige, daß die anstehenden internen Probleme nicht mehr auf Beamtenebene, sondern nur noch politisch zu lösen seien. Daher müsse auf hoher Ebene eine Positionsabstimmung zur Berlin-Einbeziehung vorgenommen werden. Konkret bedeutet dies, daß BM Warnke die Angelegenheit mit BM Schäuble aufnehme, danach mit Senator Scholz oder auch RBM Diepgen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom selben Tag; Referat 213, Bd. 143598.

29 Zum deutsch-sowjetischen Kulturprogramm vgl. Dok. 8, Anm. 11.
Vortragender Legationsrat Ehni übermittelte der Botschaft in Moskau am 4. Juni 1987 „Anlage B zu unserem Entwurf eines Zwei-Jahres-Durchführungsprogramms im Rahmen des Kulturabkommens von 1973“. Sie umfasse die Vorhaben der Bundesrepublik im Kulturbereich in der UdSSR für die Jahre 1988 und 1989: „Es handelt sich um unseren dritten Entwurf der Anlage B, den wir jetzt übergeben (erster Entwurf im Oktober 1986, zweiter im Januar 1987), während sowjetische Seite noch nicht einmal den ersten Entwurf einer entsprechenden Liste kultureller Vorhaben […] mitgeteilt hat. Hier hat die sowjetische Seite noch Nachholbedarf, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Kulturverhandlungen/Sitzung des Gemischten Ausschusses.“ Vgl. das Schreiben; Referat 213, Bd. 143612.

30 In einer Aufzeichnung des Referats 512 vom 2. April 1987 wurde dargelegt: „Die Bundesregierung hat der SU seit 1978 wiederholt vorgeschlagen, das Problem der Einbeziehung Berlins dadurch zu lösen, daß RH-Ersuchen nicht mehr wie bisher auf diplomatischem Wege, sondern im Direktverkehr zwischen den obersten Justizbehörden beider Seiten übermittelt werden, ein Weg, den das maßgebliche Haager Zivilprozeßübereinkommen von 1954 zuläßt, und der die unterschiedlichen Standpunkte in der Berlin-Frage unberührt läßt.“ Die UdSSR habe sich dazu bislang nicht bereit gefunden: „Für die Einführung des Direktverkehrs im RH-Verkehr in Zivilsachen würde eine formlose Absprache genügen. Allerdings muß Berlin ausdrücklich einbezogen werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143608.

31 Zu den Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 66, Anm. 25.
Referat 411 notierte am 9. Juli 1987, nach den Expertengesprächen am 19./20. März 1987 in Genf über eine Gemeinsame Erklärung sei noch kein neuer Termin für deren Fortsetzung anberaumt worden. Schwierigkeiten bereite weiter die Einbeziehung Berlins: „Der RGW bestreitet die juristische Notwendigkeit einer entsprechenden Klausel in bloßer Erklärung. Gegenargument der EGK: Gemeinsame Erklärung hat als Bezugsgrundlage für mögliche weitere Vereinbarungen konstitutiven Charakter; deshalb Geltungsbereichsklausel im Standardwortlaut nötig. SU versucht zur Zeit, bilateral mit uns auf einvernehmliche Änderung der Klausel in Richtung auf Frank-Falin-Formel

Die Gespräche des Herrn Bundespräsidenten und des Bundesaußenministers sollten auf hoher Ebene ein derart starkes Momentum in den bilateralen Beziehungen schaffen, daß es leichter wird, bei den konkreten Einzelprojekten den immer wieder hemmenden bürokratischen Widerstand auf sowjetischer Seite zu überwinden.

V. Zum Programm

Das Programm wird der politischen Bedeutung des Besuches angemessen sein. Es ist zumindest ein ausführliches Gespräch mit GS Gorbatschow vorgesehen, außerdem ein Gespräch mit dem Gastgeber, Staatsoberhaupt Gromyko. Der Besuch in Leningrad wird den mit dem Krieg zusammenhängenden Aspekten des deutsch-sowjetischen Verhältnisses, aber auch der kulturellen Tradition des Landes (Puschkin) Rechnung tragen, der Besuch in Nowosibirsk einschließlich Akademgorodok mehr zukunftsorientiert sein. Auf Begegnungen mit Vertretern der sowjetischen Jugend, der Wissenschaft, der Presse (Glasnost) und des kulturellen Lebens legen wir besonderen Wert.

Das Programm wird auch Punkte weniger offiziellen Charakters enthalten, die unsere Sympathie für jene Kräfte verdeutlichen sollen, die sich besonders aktiv für eine geistige und kulturelle Öffnung ihres Landes einsetzen (möglicherweise Begegnung mit Sacharow) oder die durch Verwandtschaft bzw. Sprache, Kultur und Glaube mit den Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland verbunden sind (Treffen mit ausreisewilligen Deutschen in der Botschaft sowie Sowjetbürgern deutscher evangelischer Gemeinde in Nowosibirsk).

Richthofen

Referat 213, Bd. 143531

Fortsetzung Fußnote von Seite 893

hinzuwirken (wäre wegen unterschiedlicher Auslegung des Vier-Mächte-Abkommens Verschlechterung). Im Festhalten an der (bereits in mehreren Sektorabkommen mit RGW-MS verankerten) bisherigen Praxis der Berlin-Einbeziehung in EG-Vereinbarungen besteht in Brüssel ebenso Einvernehmen wie darüber, daß das System des innerdeutschen Handels durch den Normalisierungsprozeß auf europäischer Ebene nicht beeinträchtigt werden darf." Vgl. Referat 411, Bd. 144308.

178

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

201-360.45-887/87 geheim **19. Juni 1987**[1]

Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 6[2]

Betr.: Amerikanisch-ägyptische Übung „Bright Star", Juli/August 1987;
hier: Antrag der US-Luftwaffe zur eventuellen Betankung von US-Transport-Flugzeugen auf dem Flughafen Köln/Bonn

Bezug: FS der US-Air Force Ramstein vom 14. Mai 1987[3]

Anlg.: 1 (nur beim Original)

1) Mit anliegendem Fernschreiben vom 14. Mai 1987 (Eingang im BMVg – FüLV – am 18. Mai 1987) hat das Hauptquartier der US-Luftwaffe Europa in Ramstein beim BMVg um die Bereitstellung von Flugzeug-Treibstoff auf dem Flughafen Köln/Bonn in der Zeit vom 4. Juli bis 9. August 1987 im Rahmen der bevorstehenden amerikanisch-ägyptischen Übung „Bright Star" gebeten. Aus dem Fernschreiben ergibt sich, daß an die Betankung von insgesamt 69 Flugzeugen mit insgesamt 825 000 US-Gallonen Treibstoff (3 118 500 Liter) gedacht ist. Andere Meldungen über die bevorstehende Übung „Bright Star" liegen nicht vor.

2) Beim Führungsstab der Luftwaffe wurde die politische Bedeutung der eingegangenen Meldung zunächst nicht erkannt und daher dem Auswärtigen Amt zur Stellungnahme erst am 10. Juni 1987 vorgelegt. Rückfragen auf Arbeitsebene bei der US-Botschaft ergaben, daß der Vorgang dort unbekannt war.

3) Bei der Übung „Bright Star" handelt es sich um eine regelmäßig alle zwei Jahre durchgeführte militärische Übung der Amerikaner, die zusammen mit den Streitkräften Ägyptens, des Oman und anderer westlich orientierter Nahost-Staaten durchgeführt wird. Ziel der Übung ist die Überprüfung der schnellen Einsatzbereitschaft amerikanischer und nahöstlicher Streitkräfte im Krisenfall unter Einsatz der amerikanischen Rapid Deployment Joint Task Force (RDJTF). Im Rahmen dieser Übung findet eine umfangreiche Verlegung amerikanischer Transport- und Kampfflugzeuge aus den USA in den Nahen Osten statt, wobei regelmäßig auch westeuropäische Flugplätze zu Zwischenlandungen und Betankungen genutzt werden. Bei der letzten „Bright-Star"-Übung im Jahr

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram und Vortragendem Legationsrat Freiherr von Stackelberg konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich stimme gemäß Votum D 2/Dg 20 zu."
Dazu vermerkte Bundesminister Genscher, dem die Aufzeichnung am 26. Juni 1987 vorlag, handschriftlich: „r[ichtig]". Ferner notierte Genscher: „US-Botschaft ist auch darauf hinzuweisen, daß seit Hinweis auf Arbeitsebene immer noch nichts geschehen ist."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 26. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 26. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Sudhoff erneut vorgelegen.
Hat Richthofen am 29. Juni 1987 erneut vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für das Fernschreiben vgl. VS-Bd. 12075 (201).

1985[4] waren Zwischenlandungen auf den Azoren, in Spanien, Großbritannien sowie in Ramstein und Rhein-Main Air Base vorgesehen. Für die diesjährige Übung liegen Erkenntnisse über Flugplätze, die außer Köln/Bonn benutzt werden sollen, nicht vor. Angesichts der relativ begrenzten Zahl vorgesehener Zwischenlandungen in Köln/Bonn ist jedoch davon auszugehen, daß auch andere europäische Bündnispartner in die Übung einbezogen werden.

4) Das bei der Genehmigung von Zwischenlandungen auf deutschem Territorium im Rahmen der amerikanischen „Bright-Star"-Übungen einzuhaltende Verfahren ergibt sich aus dem BSR-Beschluß vom 3.11.1982.[5] Darin ist festgelegt, daß die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten bereit ist, sich kooperativ an Maßnahmen, die im Zusammenhang mit RDJTF-Planungen stehen, zu beteiligen. Ausdrücklich werden in diesem Zusammenhang Überflug- und Zwischenlanderechte für US-Streitkräfte bei Verlegung in Einsatzgebiete im Nahen und Mittleren Osten genannt. Unsere Zustimmung in jedem Einzelfall steht jedoch unter folgenden Vorbehalten:

– eingehende Konsultationen sowohl im Rahmen des Bündnisses als auch bilateral vor einer eventuellen Einleitung von Maßnahmen;
– rechtzeitige Unterrichtung über entsprechende amerikanische Planungen;
– hierbei insbesondere Beachtung, daß im Einklang mit den Grundsätzen der Solidarität und Lastenteilung im Bündnis auch andere hierfür in Betracht kommende Bündnispartner der Durchführung entsprechender Maßnahmen auf ihrem Territorium zustimmen (Vermeidung der Singularisierung).

Im Sinne dieser Regelung wurden in der Vergangenheit bevorstehende amerikanische Übungen im Nahen und Mittleren Osten durch förmliches Schreiben der US-Botschaft an das Auswärtige Amt (RL 201) angekündigt und um Zustimmung zu den geplanten Zwischenlandungen gebeten. Im Benehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem BMVg haben wir unsere Zustimmung stets erteilt, dabei aber deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir Wert legen auf

– diskrete Behandlung,
– Diversifizierung der Streckenführung unter Einschluß auch anderer europäischer Bündnispartner,
– rechtzeitige Unterrichtung in künftigen Fällen.

Aufgrund der stets nur kurzfristigen Unterrichtung haben wir vom Erfordernis der eingehenden Konsultation dabei abgesehen.

5) Wir haben auf Arbeitsebene der US-Botschaft – die über den gesamten Vorgang keinerlei Kenntnis hatte – mitgeteilt, daß das von der US Air Force in Ramstein gewählte Verfahren weder der bisherigen Praxis noch dem Erfordernis der rechtzeitigen, eingehenden Konsultation noch der politischen Bedeutung des Vorgangs entspricht.[6] Die US-Botschaft hat zugesagt, entsprechende Schritte nachzuholen und uns insbesondere über die Modalitäten des geplanten Transits (Frage

4 Korrigiert aus: „1975".
Zur Frage der Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik für die militärische Kooperation der USA mit Staaten des Nahen und Mittleren Ostens vgl. AAPD 1985, I, Dok. 3.

5 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. Dok. 159.

6 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wann?"

der Beteiligung anderer Bündnispartner; Klärung der Frage, warum Köln/Bonn und nicht Ramstein oder Rhein-Main angeflogen werden soll) zu unterrichten.

Inzwischen hat die US-Botschaft nach Rücksprache mit Ramstein wissen lassen, daß eine förmliche Unterrichtung des Auswärtigen Amts bisher deshalb unterblieben ist, weil eine politische Entscheidung darüber, ob Zwischenlandungen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen werden sollen, noch nicht gefallen sei. Rein vorsorglich, wegen des damit verbundenen Zeitaufwandes, habe man durch entsprechenden Antrag im BMVg Vorbereitungen für den Fall treffen wollen, daß Zwischenlandungen bei uns für erforderlich gehalten werden. Auf entsprechende Frage wurde weiter mitgeteilt, daß die von früheren Übungen abweichende Eventualeinplanung von Köln/Bonn statt Ramstein und Rhein-Main wegen derzeitiger Überbeanspruchung der beiden Militärflugplätze erfolge.

6) Es wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

a) Wir teilen dem BMVg – vorbehaltlich der Zustimmung Bundeskanzleramt (StS Dr. Rühl vom BMVg hat bereits zugestimmt) – unser Einverständnis mit, die notwendigen Vorbereitungen zur Auftankung der amerikanischen Transportflugzeuge in Köln/Bonn einzuleiten.

b) Wir bitten die US-Botschaft erneut mit Nachdruck, das in der Vergangenheit bewährte förmliche Verfahren nachzuholen, damit die Bundesregierung Gelegenheit erhält, rechtzeitig eine Entscheidung zu treffen. Wir teilen der Botschaft dabei mit, daß Gegenstand des Antrags auch eine Eventualfall-Planung sein kann, d. h. der Antrag vor endgültiger amerikanischer Entscheidung über die zu wählende Flugstrecke gestellt werden kann.

c) Wir bestellen den Leiter der Politischen Abteilung der Botschaft[7] ein (Ebene Dg 20[8]/RL 201[9]) und erläutern erneut auf der Grundlage des BSR-Beschlusses vom 3.11.1982 die Voraussetzung für unsere Mitwirkung bei amerikanischen Out-of-area-Einsätzen im Nahen Osten.

7) Wegen der umfänglichen Vorbereitungen von seiten des BMVg (FüL) ist Eile geboten.

Anmerkung Dg 20: Ich folge dem Votum von Ref. 201 nicht: Nach den im Irangate-Zusammenhang[10] bekanntgewordenen Vorgängen haben wir besonderen Anlaß, auf Beachtung der Verfahren zu achten. Daher sollten wir nur gemäß Ziffer 6c) verfahren, alles weitere von Beachtung des Verfahrens abhängig machen.[11]

Ich teile das Votum von Dg 20.[12]

Richthofen

VS-Bd. 12075 (201)

7 Olaf Grobel.

8 Hans-Friedrich von Ploetz.

9 Johann-Georg Dreher.

10 Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 125, Anm. 7.

11 Der Passus „Ich … machen“ wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt. Zu dem Satz „Daher … machen“ vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „r[ichtig]“.

12 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Am 2. Juli 1987 informierte Ministerialdirigent von Ploetz die Botschaft in Washington: „1) Sachverhalt: US Air Force suchte auf technischer Ebene Betankung US-amerikanischer Transitflüge in

179

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

212-341.81 **22. Juni 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Stand des Wiener Folgetreffens

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Bisheriger Verlauf

1) Das Wiener Folgetreffen hat die Erfüllungsdebatte und die Phase der Einbringung von Vorschlägen abgeschlossen und steht an der Schwelle der Redaktionsphase.

In der Erfüllungsdebatte sind alle für uns besonders wichtigen Themen wie Familienzusammenführung, Familienbesuche, religiöse und kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten eingehend behandelt worden.

In der Vorschlagsphase haben wir die westlichen Vorschläge intern in EG und Bündnis abgestimmt und eingebracht.

2) Der Übergang in die Redaktionsphase, d.h. Verhandlungen über verbindliche Texte für ein Schlußdokument, die an sich bereits im Februar hätte beginnen sollen, vollzieht sich nur langsam. Haupthindernis war bislang das Fehlen westlicher Mandatsentwürfe für die Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung (KVAE) einerseits und konventionelle Stabilität andererseits. Die östliche Seite suchte zwar durch öffentlich wirksame prozedurale Initiativen den Anschein von Verhandlungsbereitschaft zu erwecken, ließ aber in der Sache in keinem der Körbe eine Bewegung zu, solange die westlichen Vorschläge im

Fortsetzung Fußnote von Seite 897

Köln, nicht in Frankfurt am Main oder Ramstein, sicherzustellen. Daraufhin haben wir gegenüber US-Botschaft auf übliches Verfahren verwiesen. Botschaft hat dann dem Verfahren entsprechend gehandelt, aber mit kurzer Frist. 2) Entscheidung: Wir haben Antrag zugestimmt und in einem Gespräch Dg 20 – Botschaftsrat Grobel folgende Punkte gemacht: a) wurde Bezug genommen auf Gespräch Dg 20 mit Deputy Assistant Secretary Bodde, in dem im Widerspruch zu dem vereinbarten Verfahren erfolgte Nutzung von Einrichtungen der US Air Force im Bundesgebiet bei der Lieferung militärischer Ausrüstung an Iran angesprochen und gerügt worden war. […] b) Vor diesem Hintergrund erläuterte Dg 20 auf Grundlage des Bundessicherheitsratsbeschlusses vom 3. November 1982 die Voraussetzungen, unter denen die Bundesregierung Überflug und Zwischenlanderechte für US-Streitkräfte bei Verlegung in Einsatzgebiete im Nahen und Mittleren Osten gewährt: In Fortführung der bisherigen Praxis werde Einzelfallgenehmigung bei konkreten amerikanischen Ersuchen erteilt, wobei wir im Einklang mit den Grundsätzen der Solidarität und Lastenteilung im Bündnis auf entsprechende Beteiligung anderer Bündnispartner achteten. Wichtig sei korrekte und frühzeitige Konsultation." Vgl. den Drahterlaß Nr. 588; VS-Bd. 12080 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Juni 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 26. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bitte, entsprechend den Anmerkungen zu verfahren." Vgl. Anm. 8, 16, 19, 20 und 24.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 26. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Kastrup und Referat 212 verfügte.
Hat Richthofen am 29. Juni 1987 erneut vorgelegen.

Sicherheitsbereich fehlten. Es kommt deshalb darauf an, die Einführung westlicher Mandatsvorschläge – nach der auf der NATO-Ratstagung in Reykjavik[4] erfolgten innerwestlichen Einigung – nunmehr so zügig voranzutreiben, daß es noch vor der am 31.7. beginnenden Sommerpause zur Redaktion erster Elemente eines Schlußdokuments kommen kann.

Wenn sich der Beginn der Redaktionsarbeiten auf den Herbst verschieben würde, wäre es ungewiß, ob das Folgetreffen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden kann.

(Die östliche Seite droht sogar, die Einwilligung in eine Verlängerung des Folgetreffens über das ursprüngliche Zieldatum des 31.7. hinaus zu verweigern, wenn keine westlichen Texte zur Sicherheit vorliegen.)

II. Einzelne Verhandlungsbereiche

1) Korb I – Prinzipienkatalog

Hier geht es dem Westen um Verbesserungen bei den Menschenrechten. Seinem Hauptvorschlag zur menschlichen Dimension[5] gegenüber, der ein abgestuftes Verfahren zur verbesserten Durchführung und Überprüfung der Durchführung übernommener Verpflichtungen durch bilaterale Konsultationen, Roundtables, Ad-hoc-Treffen und Konferenzen vorsieht, verhält sich der Osten abwartend mit deutlich negativer Tendenz.

Sein Grundargument geht dahin, die Entwicklung bei den Menschenrechten hänge von Fortschritten bei der politischen Zusammenarbeit, der Entspannung und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ab. Kontroll- und Verpflichtungsmechanismen zur Verbesserung der Implementierung der Menschenrechte seien deshalb nicht akzeptabel.

Wir stehen hier vor der Notwendigkeit, der sowjetischen Prämisse – je mehr Entspannung, desto mehr Implementierung der Menschenrechte – entgegenzuwirken. (Umgekehrt wird das Argument richtig: Die bessere Verwirklichung der MR fördert die Entspannung.) Wir müssen außerdem unseren Vorschlag für die neutralen und ungebundenen Staaten akzeptabel machen.

Der Osten wird seine Haltung zum westlichen Vorschlag letztlich von der westlichen Reaktion auf den östlichen Vorschlag einer Konferenz über humanitäre Zusammenarbeit in Moskau[6] abhängig machen.

Der Versuch des Westens, einzelne der Prinzipien im Vergleich zur Helsinki-Schlußakte[7] zu präzisieren und zu verbessern, z. B. bei der Freizügigkeit, der Religionsfreiheit und dem Minderheitenschutz, begegnen dem massiven Widerstand des Ostens.[8]

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

5 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

6 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

7 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

8 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das muß Gegenstand auch öffentlicher Diskussion werden."

2) Korb I – Militärische Sicherheit

Die östliche Seite hat positiv auf das Ergebnis der NATO-Frühjahrstagung reagiert, erwartet aber seine rasche Umsetzung in westliche Konferenzvorschläge über die Fortsetzung der KVAE sowie über (autonome) KRK-Verhandlungen.

(Solange diese fehlen, wollen sowohl westliche Partner (wie US, KAN, NL) den Beginn von Redaktionsarbeiten – etwa über die Bewertung von Stockholm[9] – aufschieben, als auch die Warschauer-Pakt-Staaten nicht ernsthaft an den westlichen Verhandlungswillen glauben.)

Die entsprechenden Arbeiten in der HLTF dürfen weder verzögert noch erneut Opfer von Kontroversen zwischen US und F werden.[10]

3) Korb II – Wirtschaftsbereich

Im Korb II sind eine Vielzahl von Vorschlägen eingebracht worden, darunter (vor allem von uns) eine Reihe wichtiger und zukunftsweisender wie

– Ost-West-Wirtschaftskonferenz[11],
– Umweltschutz[12],
– Reaktorsicherheit[13],
– Biotechnologie[14].

Verhandlungen im Sinne eines gegenseitigen Nehmens und Gebens über verbindliche Texte haben noch nicht begonnen.

Die Osteuropäer versuchen immer wieder, Fortschritte in den für sie besonders interessanten Bereichen Handel sowie wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit anzumahnen und zugleich durch taktische Schachzüge dem Westen die Verantwortung für die Verzögerung der Redaktionsarbeit zuzuschieben. Auf der anderen Seite zeigen sie sich in den für ganz Europa bedeutsamen Fragen wie Umweltschutz zu keinerlei Bewegung bereit.

Der Westen ist sich über die in Korb II einzuschlagende Linie nicht immer einig. Mit uns sehen die meisten Partner den Wirtschaftsbereich als Mittel zur Vertiefung der Kooperation in Europa. Wir streben deshalb nach behutsamen, die Entwicklung in Korb III berücksichtigenden Fortschritten (wobei wir pragmatisch von GB und fallweise auch (teils erst nach Einschaltung der Hauptstädte) von F unterstützt werden). Einzelne westliche Delegationen (vor allem USA und KAN, innerhalb der EG aber auch NL) scheinen grundsätzliche Vorbehalte gegen eine Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern zu haben. Sie sind offenbar zu einer Bewegung in Korb II allenfalls im Gegenzug zu Fortschritten im Bereich der Menschenrechte bereit.

9 In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet, die nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ endete. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

10 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien sowie den Differenzen zwischen Frankreich und den USA vgl. Dok. 101.

11 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

12 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten und der USA vom 27. Februar 1987 zum Umweltschutz vgl. Dok. 106, Anm. 26.

13 Zum Vorschlag vom 9. April 1987 zur nuklearen Sicherheit vgl. Dok. 106, Anm. 28.

14 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 3. März 1987 zur Biotechnik vgl. Dok. 106, Anm. 27.

Die noch unentschlossene Haltung einiger Partner zeigt sich exemplarisch bei der von uns initiierten, formell von der EG vorgeschlagenen Ost-West-Wirtschaftskonferenz. (Insbesondere USA und KAN, aber auch CH, stehen diesem Vorhaben weiterhin skeptisch gegenüber.) Der Osten hält weiterhin an seinem Alternativvorschlag eines „Wirtschaftsforums Prag“[15] fest.[16]

Insgesamt scheint Korb II von einer Einigung noch weit entfernt. Bewegung ist allenfalls nach Fortschritten in Korb I – Sicherheit, Prinzipien, Menschenrechte – zu erwarten.

4) Korb III – Menschliche Kontakte

Der Westen wirbt nachhaltig für sein Vorschlagspaket.[17] Es enthält alle deutschen Anliegen. Freizügigkeit als Menschenrecht, Fortgeltung von Antragsdokumenten für erneuten Antrag auf Familienzusammenführung, Berücksichtigung familiärer Ereignisse bei Familienbesuchen, Recht auf gemeinsame Reisen von Familienmitgliedern, Familienzusammenführung im vom Antragsteller gewünschten Zielland, Städtepartnerschaften und Sportaustausch.

Zu diesen Themen liegen auch parallele Vorschläge der Neutralen und Nichtgebundenen vor, die zum Teil sogar weitergehende Maßnahmen vorsehen (für uns wichtig: Bewilligung auch von Reisen entfernterer Verwandter, Abschaffung des Zwangsumtauschs bei Familienbesuchen, Verwandtenbesuche ohne Altersbegrenzung).

Die Erfolgschancen für die Durchsetzung unserer Anliegen können noch nicht realistisch eingeschätzt werden.

Bei weniger betroffenen westlichen Partnern besteht die Tendenz zu maximalistischen Verhandlungspositionen, die nicht konsensfähig sind.

5) Korb III – Kultur

Die westlichen Vorschläge zur Kultur verfolgen das Ziel, die Kontaktmöglichkeiten von Künstlern und Wissenschaftlern über die Grenzen hinaus zu verbessern und die Kenntnis anderer Kulturen grenzüberschreitend zu fördern. Sie beruhen im wesentlichen auf dem westlichen Entwurf eines Abschlußpapiers von Budapest[18]. Für uns sind die Errichtung von Kulturinstituten und der Schutz der kulturellen Rechte von Minderheiten prioritär.

15 Zum Vorschlag der ČSSR, der DDR, Polens und Ungarns vom 15. Dezember 1986 für ein Wirtschaftsforum in Prag vgl. Dok. 106, Anm. 14.

16 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier müssen wir hart bleiben.“

17 Zusammen mit Irland brachten die NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Türkei auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 10. Februar 1987 einen Vorschlag ein, in dem das „Recht des einzelnen auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb der Grenzen eines jeden Staates und auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch aus seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land“ betont wurde. Für den Vorschlag CSCE/WT.22 vgl. Referat 212, Bd. 153445.
Am selben Tag bekundeten Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Kanada, Spanien und die USA ihre Absicht, „Gesuche in bezug auf Kontakte und regelmäßige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Bindungen, auf Familienzusammenführung und auf Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten wohlwollend zu behandeln“. Entsprechende Gesuche sollten grundsätzlich innerhalb eines Monats genehmigt werden. Für den Vorschlag CSCE/WT.23 vgl. Referat 212, Bd. 153445.
Ebenfalls am 10. Februar 1987 schlugen Belgien, die Bundesrepublik, Irland, Italien, Kanada, die Niederlande, Norwegen, die Türkei und die USA ein Maßnahmenpaket für Reiseerleichterungen vor. Für den Vorschlag CSCE/WT.24 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

18 In Budapest fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 das Kulturforum der KSZE statt. Vgl. dazu Dok. 106, Anm. 7.

Weitere von uns verfolgte operative Kulturvorschläge (Hauptstadt der europäischen Kultur, Schriftstellertreffen, geisteswissenschaftliches Forum) stießen bei unseren westlichen Partnern auf grundsätzliche Bedenken, da diese – im Interesse der Implementierung – normative Texte für vorrangig gegenüber Folgeveranstaltungen ansehen und sie deren Zahl beschränken wollen.[19] Da unter den Folgeveranstaltungen für uns die Wirtschaftskonferenz Vorrang hat, mußten wir unsere Initiativen für das WFT zurückstellen[20], wollen sie aber beim nächsten Folgetreffen weiter verfolgen. Die Sozialwissenschaften als Gegenstand unseres Vorschlags eines geistes- und sozialwissenschaftlichen Forums haben in das (von I vorgeschlagene) Wissenschaftsforum in Erice[21] in gewissem Umfang Eingang gefunden.

6) Korb III – Informationsfreiheit

Dem westlichen Vorschlag zur Informationsfreiheit[22] geht es um den Abbau der Hindernisse im Informationsaustausch und insbesondere um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Journalisten. Wesentliches Element dieses Vorschlags ist auch die Beendigung der Störung von Radiosendungen.

7) Korb III – Moskauer Konferenz

Hauptanliegen der osteuropäischen Staaten in Korb III ist der sowjetische Vorschlag einer Konferenz über humanitäre Fragen in Moskau. Die Konferenz soll sowohl Menschenrechtsfragen als auch den gesamten Korb III abdecken. Die Sowjetunion hat dieses viel zu umfassende Mandat bisher nicht eingegrenzt.

Der BM hat in seiner Eröffnungsrede[23] erklärt:

Wenn die Implementierung des schon Vereinbarten durch eine solche Konferenz nicht aufgeschoben wird, wenn diese Konferenz unter angemessenen Umständen stattfinden kann, und wenn es gelingt, das Mandat dafür genügend konkret und in der Sache weiterführend zu formulieren, dann kann eine solche Konferenz im Interesse der Menschen nützlich sein.

Eine Reihe westlicher Partner[24] steht dem Moskauer Vorschlag skeptischer gegenüber als wir. (Sie befürchten östlichen Prestigegewinn und glauben, daß die westliche Öffentlichkeit nicht verstehen würde, wenn gerade in Moskau eine Konferenz zu diesen Fragen durchgeführt würde.) Wir wollen den Moskauer Vorschlag, den GS Gorbatschow selbst bei mehreren Gelegenheiten erwähnt hat, nutzen, um östliche Gegenleistungen (Erhöhung der Ausreisezahlen, Verbesserungen im Bereich des Korbes III) zu erzielen. Westen ist sich dabei einig, daß

19 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Wer lehnt die Hauptstadt europ[äischer] Kultur ab?"

20 Der Passus „mußten … zurückstellen" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Haltung kann ich nicht billigen. Ich bitte, sofort unsere Vorschläge aufzunehmen."

21 Zum italienischen Vorschlag vom 18. Februar 1987 für ein Wissenschaftliches Forum in Erice vgl. Dok. 106, Anm. 35.

22 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum" vgl. Dok. 65, Anm. 9.

23 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.

24 Die Wörter „Eine Reihe westlicher Partner" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer?"

nicht die gesamte Materie des Korbes III in Moskau erörtert werden könnte, sondern allenfalls Teilbereiche.

Entgegen der westlichen Einigung in Wien, die dahin ging, die westliche Haltung offenzuhalten, um östliches Wohlverhalten herbeizuführen, erklärt F kategorisch, daß eine Konferenz zu Menschenrechtsfragen in Moskau nicht in Betracht komme.

Die französische Haltung gibt in ihrer Rigidität Rätsel auf. Es ist kaum anzunehmen, daß die Franzosen sich nicht darüber im klaren sein sollten, daß bei einer „A-limine"-Ablehnung des Moskauer Konferenzvorschlags die Chancen einer Annahme unseres Vorschlags zur menschlichen Dimension gleich Null sind.

Man muß sich fragen, ob das französische Taktieren in diesem Bereich nicht auch dem einen Ziel dient, Verhandlungen über konventionelle Stabilität zumindest hinauszuzögern.

Nachdem F die erste – formale – Bastion geräumt und einem Kompromiß in der Frage der Verknüpfung von KRK und KSZE zugestimmt hat[25], baut es nun die zweite Verteidigungslinie auf, um später wie folgt argumentieren zu können:

Fortschritte in der KSZE müssen in allen Körben balanciert erfolgen. Die Sicherheit hat einen Vorsprung (KVAE Stockholm), nun müssen wir im Menschenrechtsbereich nachziehen. Wenn Moskau die CDH[26] ablehnt, sehen wir keine Möglichkeit, das Ungleichgewicht weiter zu erhöhen, indem wir im Bereich der Sicherheit mit KRK beginnen.

Die Voraussetzung für die Ablehnung von Fortschritten im MR-Bereich würde F dabei durch Ablehnung der Moskauer Konferenz selbst schaffen.

III. Ausblick

In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen:

– durch Vorlage westlicher Vorschläge im Sicherheitsbereich die eigentliche Redaktionsphase so schnell wie möglich in Gang zu setzen;
– ein Schlußdokument auszuhandeln, das Verbesserungen im Verhältnis zur KSZE-Schlußakte und dem Abschließenden Dokument von Madrid[27] besonders für uns im Bereich der menschlichen Dimension (menschliche Kontakte) enthält (und hierzu den westlichen Vorschlag zu überarbeiten, Unterstützung der N+N zu gewinnen und die Aussicht auf eine Moskauer Konferenz in irgendeiner Form aufrechtzuerhalten).

Welche der westlichen und speziell unserer eigenen Vorschläge letztlich Eingang in ein Schlußdokument finden, ist heute noch nicht abzusehen. Die Konferenz arbeitet nach dem Prinzip der Einstimmigkeit (Konsensprinzip). Das Schlußpaket, das erfahrungsgemäß erst in den letzten Wochen – wenn nicht Tagen – ausgehandelt wird, muß für alle 35 Staaten akzeptabel sein. Jede Seite wird daher geben müssen, wenn sie nehmen will.

25 Zur Einigung über das Verhältnis der Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) zum KSZE-Prozeß vgl. Dok. 174, Anm. 40.

26 Conférence sur la dimension humaine bzw. Conference on the Human Dimension.

27 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

Für uns kommt es darauf an, frühe Festlegungen (z. B. an die Mindestanforderungen an ein Schlußdokument) zu vermeiden, Maximalforderungen z. B. im Bereich der Menschenrechte im westlichen Kreis abzubauen, unsere Partner vom Nutzen auch kleiner Fortschritte zu überzeugen, die Notwendigkeit von Geduld und Beharrlichkeit im KSZE-Prozeß zu unterstreichen und den Fortgang des KSZE-Prozesses (Vereinbarung des nächsten Folgetreffens) sicherzustellen.

Richthofen

Referat 212, Bd. 158440

180

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-1094/87 geheim **22. Juni 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung von Ziffer III

Betr.: Informeller Schritt der SU, die globale LRINF- und SRINF-Null-Lösung zu akzeptieren

Anlg.: 1

I. Sachverhalt

1) Botschaftsrat O. Grobel von der hiesigen amerikanischen Botschaft suchte am 22.6.1987 D2A i.V.[4] auf und übergab ihm das als Anlage beigefügte Papier.[5]

2) Das Papier hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

a) Die SU hat informell zu erkennen gegeben, daß sie zu einer globalen LRINF- und SRINF-Null-Lösung bereit sei, sofern die USA die PII und GLCM tatsächlich vernichten und darauf verzichten würden, diese Systeme umzuwandeln (convert).

b) Die USA beabsichtigen, auf diesen informellen Schritt gleichfalls informell ihre Bereitschaft zu erklären, folgende Lösung in Erwägung zu ziehen:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Juni 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 23. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 25. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 26. Juni 1987 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]“ und Vortragenden Legationsrat Wagner „n[ach] E[rmessen]“ verfügte.
Hat Hofstetter erneut vorgelegen.
Hat Wagner am 30. Juni 1987 vorgelegen.

4 Rüdiger Hartmann.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte amerikanische Papier vgl. VS-Bd. 11362 (220).

– Zerstörung/Demontage amerikanischer LRINF- und SRINF-Flugkörpersysteme,
– keine Umwandlung amerikanischer LRINF- und SRINF-Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen,
– keine Weitergabe bestehender amerikanischer LRINF- oder SRINF-Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen an Dritte, einschließlich die Bundesrepublik Deutschland.

Voraussetzung hierfür ist, daß die SU folgenden Punkten zustimme:
– weltweite Eliminierung von LRINF-Flugkörpersystemen,
– weltweite Eliminierung von SRINF-Flugkörpersystemen,
– Eliminierung von SRINF-Flugkörpersystemen als integraler Bestandteil eines INF-Abkommens,
– strikte und wirksame Verifikationsbestimmungen,
– Anwendung des INF-Vertrags auf LRINF- und SRINF-Systeme nur der USA und der SU.

c) Wie sich aus dem US-Papier ergibt, hat über die PIa offensichtlich bereits eine von amerikanischer Seite initiierte Diskussion stattgefunden.

Auf die amerikanische Frage, ob die SU Einsprüche erheben würde gegen die Beibehaltung bestehender deutscher PIa mit amerikanischen GK, hätten die Sowjets mehrdeutig geantwortet.

Die USA erklärten in diesem Zusammenhang, daß sie im Rahmen des bestehenden Kooperationsprogramms das Recht hätten, neue PIb für die Bundesrepublik Deutschland zu produzieren, falls die Bundesregierung entscheide, die deutschen PIa zu modernisieren.

Die USA beabsichtigen außerdem, deutlich zu machen, daß sie sich das Recht vorbehalten wollen, die bestehende Form der Zusammenarbeit mit der BR Deutschland hinsichtlich der Pershing-Flugkörpersysteme fortzuführen.

3) Bei dem sowjetischen Vorgehen handelt es sich um einen informellen Schritt außerhalb der Verhandlungen und (noch) nicht um einen Verhandlungsvorschlag.

Offenbar sind auch der hiesigen amerikanischen Botschaft nähere Einzelheiten dieses Schrittes (wer? wann? wo?) nicht bekannt.

BR Grobel erklärte, die USA würden alle SCG-Staaten sowie Australien und Japan über den sowjetischen Schritt unterrichten.

Er bat nachdrücklich um strengste Vertraulichkeit.

II. Bewertung

1) Mit ihrem Eingehen auf die globale Null-Lösung für LRINF kommt die SU einer seit 1981 erhobenen westlichen Forderung nach, und zwar in einer seriösen Form, die das Interesse auch der SU an einem Abkommen deutlich macht. Auch nach dem Gipfeltreffen von Reykjavik[6] haben wir und die übrigen Bündnispartner der USA (zuletzt beim Treffen der NATO-AM in Reykjavik am 11. und 12.6.1987[7]) an die SU appelliert, die weltweite Beseitigung aller amerikani-

6 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.
7 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

schen und sowjetischen LRINF in einem Schritt zu vollziehen. Eine solche Lösung hat folgende Vorteile:

– Erleichterung der Verifikation,
– Fortfall des bisher ungelösten Alaska-Problems,
– keine Übungen mit LRINF im europäischen Teil der SU (so sowjetischer Vertragsentwurf[8]),
– keine neuen Typen von LRINF bzw. modernisierten Systemen.

2) Mit ihrer Bereitschaft zu einer globalen SRINF-Null-Lösung kehrt die SU zu ihrem ursprünglichen Vorschlag zurück, den GS Gorbatschow AM Shultz bei seinem Besuch in Moskau vom 13. bis 15.4.1987[9] unterbreitet hatte. In öffentlichen Erklärungen wie auch in Genf am Verhandlungstisch war die SU seitdem von diesem Vorschlag abgerückt (nur europäische SRINF-Null-Lösung).

Die jetzige Position trägt einem Anliegen Rechnung, für das sich die NATO-AM bei ihrem Treffen in Reykjavik ausgesprochen haben.

3) Die amerikanische Bereitschaft, auf die Umwandlung (conversion) von LRINF-Flugkörpern zu verzichten, entspricht einem deutschen Anliegen. Bereits in seinem Schreiben vom 14.2.1986 hat BK Kohl gegenüber Präsident Reagan erklärt: „Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang auf amerikanische Überlegungen zu sprechen zu kommen, die schon früher im Bündnis vorgetragen wurden und die Botschafter Nitze wiederholt hat. Es geht um die Absicht, im Zusammenhang mit der Reduzierung oder Beseitigung von Pershing-II-Systemen das Recht zu verlangen, die reduzierten Pershing II in Pershing Ib umzuwandeln. Ein solches Verlangen würde in unserer Öffentlichkeit nicht verstanden werden und liefe Gefahr, unser Eintreten für den NATO-Doppelbeschluß nachträglich ins Zwielicht zu bringen.“[10]

4) Bezüglich der deutschen PIa mit ihren amerikanischen Gefechtsköpfen scheint sich die SU – im Gegensatz zu ihren öffentlichen Erklärungen – nicht festgelegt zu haben. BR Grobel sah sich außerstande zu erläutern, was „ambiguous“ bedeutet.

5) Was die Modernisierung der PIa betrifft, so haben die USA in ihrer Argumentation gegenüber der SU auf ihr Recht hingewiesen, im Rahmen bestehender Kooperationsprogramme mit der Bundesrepublik Deutschland neue PIb für die Bundeswehr zu produzieren, falls sich die Bundesregierung für die Modernisierung dieses Waffensystems entscheide.

Mit diesem Hinweis haben die USA signalisiert, daß es bei der Neuproduktion von PIb letztlich auf die Entscheidung der Bundesregierung ankommen werde.

Die USA beabsichtigen außerdem, in zukünftigen Stellungnahmen klarzumachen, daß sie „the established pattern of cooperation with the FRG regarding the Pershing missile systems“ fortsetzen wollen.

6) Angesichts sowjetischer Forderung in der Öffentlichkeit, die amerikanischen Sprengköpfe der PIa einzubeziehen (dadurch würde die Modernisierung der Flug-

8 Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.
9 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.
10 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan vgl. Dok. 64, Anm. 14.

körper und Abschußvorrichtungen gegenstandslos), wird es nicht zu verhindern sein, daß diese Thematik – auch in der öffentlichen Diskussion – eine zentrale Frage bleibt.

Unser Interesse muß es sein,

– hinsichtlich der vorhandenen PIa auf die amerikanische Verhandlungsposition hinzuweisen, die von allen Bündnispartnern unterstützt wird;
– in der Frage einer eventuellen Modernisierung dieser Waffensysteme
  – klarzustellen, daß „established pattern of cooperation" der USA mit ihren Verbündeten ein Grundsatz ist, der über die PIa-Modernisierungsfrage hinausgeht (Trident-Zusammenarbeit GB/USA) und daher das ganze Bündnis betrifft,
  – darauf hinzuwirken, daß die Frage einer eventuellen Modernisierungsentscheidung nicht in unmittelbaren Zusammenhang mit dem vorgesehenen Abkommen gebracht wird: Das Recht „to continue the established pattern of cooperation with the FRG regarding the Pershing missile systems", das sich die USA in jedem Falle vorbehalten wollen (vgl. letzter Satz des US-Papiers), schließt die Möglichkeit einer späteren Modernisierung ein, ohne sie jetzt schon zu präjudizieren, sowie
  – deutlich zu machen, daß eine zukünftige PIa-Modernisierung nicht eine deutsche, sondern ebenfalls eine Bündnisangelegenheit ist.

III. Es wird angeregt, das anliegende Papier dem BK und BMVg zur Verfügung zu stellen.

Holik

VS-Bd. 11362 (220)

181

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-4121/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 23. Juni 1987, 18.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2709 **Ankunft: 24. Juni 1987, 01.00 Uhr**

Betr.: Amerikanische Afghanistan-Politik;
hier: in Hauptstädten übergebenes Non-paper zu vermehrter internationaler Unterstützung des afghanischen Widerstandes

Bezug: 1) DE Nr. 4715/4716 vom 10.6.87 – 340-322.00 AFG Tagebuch-Nr. 659/87 VS-v[2]
2) DBe Islamabad 628, 636 vom 15. und 16.6.87 – Pol 320.25 VS-v[3]

Zur Unterrichtung

Votum:

Ungeachtet der bei einem umfassenden Konzept allgemein und auch in diesem Fall stets möglichen Kritik an einzelnen Aspekten sollten wir nach Meinung der Botschaft die in dem Non-paper übermittelten Vorstellungen und Vorschläge so weitgehend wie möglich unterstützen. Wir sollten unsere Unterstützung ggf. auch gegenüber anderen angesprochenen Staaten deutlich machen.

Der amerikanische Ansatz ist aktuell, wichtig und grundsätzlich richtig: Gerade jetzt geht es darum, dem im Hinblick auf seine politische Reife und Performance bisher sehr unbefriedigenden Widerstand soweit wie möglich zu helfen, zunehmend politik- und regierungsfähig zu werden. Amerikanische Vorstellungen sind nicht-militärisch und nicht-konfrontativ gegenüber der SU und damit der von uns angestrebten politischen Lösung eher förderlich, als daß sie ihr im Weg stehen könnten. Alles in allem: Zwar ist mit dem amerikanischen Konzept keine Erfolgsgarantie verbunden, es ist aber den Versuch, zumindest eine eingehende Prüfung, wert.

Abgesehen von den sachlichen Zielsetzungen ist mit dem US-Konzept auch die Notwendigkeit zu verstärkter Abstimmung unter Verbündeten verbunden. Dies

1 Das von Botschaftsrat Kaul, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6.
Hat Legationsrat I. Klasse Zenner am 17. Juli 1987 vorgelegen.

2 Für die Drahterlasse, mit denen das von der amerikanischen Botschaft übergebene Non-paper zur Afghanistan-Politik der USA übermittelt wurde, vgl. VS-Bd. 13665 (340).

3 Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Islamabad, berichtete am 15. Juni 1987: „Den amerikanischen Bemühungen, der Siebener-Allianz afghanischer Exilparteien politisch den Rücken zu stärken, ist zuzustimmen. Sie liegen auf der Linie der Afghanistan-Politik der Zwölf." Die „Übertragung von humanitären Mitteln" bringe aber Schwierigkeiten mit sich: „Das vom US-Kongreß beschlossene 50-Mio.-Dollar-Programm steht – wie jede humanitäre Hilfe innerhalb Afghanistans – vor dem Problem, vertrauenswürdige Partner zu finden. Eine globale Übertragung der Hilfe an die Siebener-Allianz wäre nur sinnvoll, wenn die Siebener-Allianz eine einheitliche Struktur aufweisen würde. Der umgekehrte Weg, über die Hilfe die Einheit der Siebener-Allianz herbeizuführen, erscheint zumindest problematisch." Vgl. den Drahtbericht Nr. 628; VS-Bd. 13665 (340); B 150, Aktenkopien 1987.
Am 16. Juni 1987 informierte Gehl, die pakistanische Regierung lehne den amerikanischen Vorschlag einer Geberkonferenz ab: „Pakistan müsse auf die Empfindsamkeiten der Sowjetunion Rücksicht nehmen. Grundsätzlich sollte die humanitäre Hilfe möglichst unauffällig gegeben werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 636; VS-Bd. 13665 (340); B 150, Aktenkopien 1987.

ist eine primär prozedurale Frage, die so oder so gehandhabt werden kann. Von den USA zu Teil 2 ihrer Vorschläge (verstärkte Zusammenarbeit mit den vier Arbeitsausschüssen der Siebener-Koalition) ins Spiel gebrachte Geberkonferenz könnte hierfür in der Tat eine zweckmäßige Lösung sein. Jedenfalls sollte Vorschlag wegen der in erster Reaktion sichtbaren PAK-Vorbehalte (siehe Bezug 2), die nicht notwendig das letzte Wort sein müssen, nicht von vornherein negativ beurteilt werden. Vielmehr sollten hier nähere Erkundigungen eingeholt und auch die Meinung der übrigen angesprochenen Partner berücksichtigt werden.

Im einzelnen:

(Nachfolgende Zehn-Punkte-Stellungnahme berücksichtigt zusammenfassend verschiedene Gespräche im State Department in den letzten Monaten, bei denen wir u. a. auch mit den Verfassern des US-Papiers gesprochen haben.)

1) Seit Jahresbeginn ist vor allem durch die offensive und dynamische Politik Moskaus zunehmend die Frage der nationalen Versöhnung als Schlüsselfrage in den Vordergrund getreten. Dabei geht es auch um eine Übergangsregierung, ihre Strukturen und Zusammensetzung aus Gruppierungen, die als Träger politischer Macht in AFG in Frage kommen.

Auf amerikanischer Seite hat man diese Entwicklung zunächst nur zögernd und mit spürbarer Skepsis anerkannt. USA haben statt dessen weiterhin die Frage des Truppenabzugs zum Hauptthema gemacht. In den letzten Monaten ist jedoch auch in der Administration zunehmend die Auffassung spürbar geworden, die Frage der nationalen Versöhnung sei das „zentrale und richtige" Thema (vgl. etwa DB 2511 vom 5.6.87 – Pol 322 AFG[4]).

2) Zugleich ist damit die Frage nach einer valablen und glaubwürdigen Alternative zu den von Moskau gestützten Machthabern in Kabul noch akuter geworden. Letztere konnten sich dank der sowjetischen Unterstützung und Machtmittel während sieben Jahren der Besetzung erhebliche Startvorteile für das anstehende politische Ringen um die weitere Zukunft von AFG verschaffen, dies auch in Form politischer und internationaler Erfahrung. Solange AFG-Konflikt primär militärisch und keine Lösungsmöglichkeit in Sicht war, fiel dies jedoch weniger ins Gewicht.

3) Durch Entwicklung der letzten Zeit ist Widerstand damit auch aus US-Sicht wie nie zuvor gefordert: Wenn es vorangehen und „nationale Versöhnung nicht im östlichen Sinne ausgehen soll, muß Widerstand eine tragende politische Rolle mit dem entsprechenden Stehvermögen ausfüllen können".

4) Dies ist der Kern der derzeitigen US-Besorgnisse und zugleich das auslösende Motiv für die amerikanische Initiative:

Intern geben sich US-Partner über schlechte Verfassung des Widerstands in – politischer – Hinsicht keinen Illusionen hin. Die gängige Formel, die man im State Department immer wieder zu hören bekommt, lautet: Während die militärische Performance unter den gegebenen Umständen „gut bis sehr gut" sei, sei

4 Botschafter van Well, Washington, berichtete über die Gespräche des Staatsministers Schäfer am Vortag im amerikanischen Außenministerium. Seine Gesprächspartner hätten dargelegt: „In der AFG-Frage habe sich in letzter Zeit eine bedeutsame Entwicklung vollzogen. Der Blick richte sich nunmehr auf die Frage der nationalen Versöhnung und die einer Übergangsregierung. Es sei klar, daß der Widerstand hierbei eine zentrale Rolle spielen müsse." Vgl. Referat 204, Bd. 135408.

die politische Performance miserabel (very poor). Gemeint ist damit nicht nur die Brüchigkeit der Siebener-Koalition einschließlich ihrer notorischen Streitereien und Eifersüchteleien, sondern auch ihre trotz der intensiven Hilfe von vielen Seiten fortbestehende Unfähigkeit, sich stärkere internationale Anerkennung und Legitimität zu erwerben.

Wie in den Hauptstädten übergebenes US-Papier verdeutlicht, haben USA daraus den Schluß gezogen, dem Widerstand auch politisch noch stärker unter die Arme zu greifen. Es handelt sich dabei nach unserem Eindruck um Bemühungen, die weit über routinehafte Überlegungen hinausgehen, mit denen vielmehr auch die Spitze des State Department befaßt worden ist. Ein wichtiges amerikanisches Motiv für internationale Unterstützung dieser Bemühungen auch durch uns und die anderen angesprochenen Staaten findet sich in direkter Sprache am Ende des Arbeitspapiers: Moskauer Propaganda entgegenzuwirken, Widerstand und Siebener-Koalition seien lediglich „Kreaturen der USA".

5) Amerikanisches Konzept, den Widerstand zu der erstrebten und im gesamtwestlichen Interesse liegenden „kohärenten politischen Kraft" zu machen bzw. seine Politikfähigkeit und letztlich Fähigkeit zur Übernahme von Regierungsverantwortung zu stärken, besteht im wesentlichen aus drei Elementen (deren beiden erste in dem US-Papier dargelegt sind, während das dritte, ebenfalls wichtige, nur anklingt):

– Unterstützung des Widerstands zugunsten eines besseren internationalen Profils und größerer internationaler Sichtbarkeit, siehe Abschnitt „international exposure";
– bedürfnis- und infrastrukturorientierte humanitäre Hilfe über die vier Arbeitsausschüsse der Siebener-Koalition für Erziehung, Gesundheit, Landwirtschaft und Versorgung (commodity supply), siehe Abschnitt „humanitarian aid";
– kontinuierlicher und intensiver Dialog mit den Führern der Siebener-Koalition und dem Ziel, diesen die Notwendigkeit von Zusammenhalt und gemeinsamem Vorgehen zu verdeutlichen.

6) Auf Fragen wurde uns bestätigt, daß letztlich alle drei Vorgehensweisen demselben Ziel der – politischen – Stärkung des Widerstands dienen. Zugleich sehen US-Partner wichtige Unterschiede:

– Während die Bemühungen um „stärkeres internationales Profil" und der politische Dialog mit der Siebener-Koalition auf eine Einflußnahme „von oben nach unten" hinausliefen, gehe es bei der Beförderung der bedürfnis- und problemorientierten Arbeit der vier Wohlfahrtsausschüsse der Siebener-Koalition sozusagen um einen Prozeß „von unten nach oben", d. h. um Arbeit an der Basis und um Infrastrukturmaßnahmen, von deren gemeinsamer Bewältigung und damit gemeinsam erreichten praktischen Vorteilen erhebliche integrierende Wirkungen ausgingen.
– Aus US-Sicht habe sich insbesondere der letzte Ansatz als wirksam erwiesen, während der politische Dialog mit den Führern des Widerstands wenig bringe (less efficient) und häufig frustrierend verlaufe.

Folgerichtig liegt daher der Schwerpunkt der mit dem Non-paper übermittelten US-Initiative in diesem Bereich. So wichtig die im ersten Teil des Papiers erbetene verstärkte politische Unterstützung (insbesondere durch hochrangige

Wahrnehmung der Sprecher der Koalition in den Hauptstädten verbündeter Staaten) sei, so wurde uns klar gesagt, daß amerikanische Seite parallelen Maßnahmen humanitärer Hilfe über die Ausschüsse des Widerstands letztlich noch größere Bedeutung beimesse.

7) Amerikanische Seite ist sich dabei der Beschränkungen und des Kompromißcharakters ihres Programms humanitärer Hilfe wohl bewußt. Die ideologischen Differenzen zwischen den sieben Gruppierungen des Widerstands (sichtbar etwa in der Königsfrage[5]) können auch nach ihrer Erfahrung hierdurch nicht aufgehoben, sondern allenfalls zurückgedrängt werden. Aus amerikanischer Sicht ist jedoch das humanitäre Motiv an sich bereits hinreichend. Darüber hinaus meinen US-Partner, es sei legitim, daß westliche Geberstaaten mit dem positiven Anreiz von Hilfeleistungen und den dynamischen Effekten einer aus der Sache und den Bedürfnissen heraus geborenen gemeinsamen Verwaltungs- und Verteilungstätigkeit (als Ansätze gouvernementaler Aktivitäten) rechnen. Schließlich liegt Annahme nahe, daß USA dabei sogar gewisse Sickerverluste einkalkulieren.[6] Auf den Vorhalt, daß dies „nicht ideal" sei, reagieren sie mit Gegenfrage: Was wäre die Alternative?

8) Was die in erster Reaktion übermittelten PAK-Vorbehalte gegen eine Geberkonferenz angeht, gilt zunächst folgendes:

– Es ist nicht sicher, wie bestimmt die US-Vorstellungen zu diesem eher prozeduralen Punkt sind bzw. ob USA wirklich hierauf festgelegt sind.
– Noch weniger sicher ist, daß USA anstelle einer sachlichen Abstimmung mittels eines Treffens primär auf ein Ereignis mit möglichst viel publicity zugunsten des Widerstandes abzielen.

Andererseits: Selbst wenn sich bei den weiteren Sondierungen ergeben sollte, daß es den USA auch auf eine angemessene öffentliche Wirkung ankommt, so sind die pakistanischen Bedenken gleichwohl nicht völlig überzeugend. Im Gegenteil würden sie erneut ein ungünstiges Licht auf PAK-Festigkeit werfen und nicht nur amerikanische Partner erneut in dem Verdacht bestärken, PAK-Seite neige zu übergroßer Rücksichtnahme auf Moskau.

Denn angesichts etwa von

– erneut heftigen Kämpfen in Afghanistan mit schweren Verlusten[7] (Afghanistan-Referent: „the usual summer fighting season"),

5 Zur Frage, ob der ehemalige König Zahir Schah bei der Lösung des Afghanistan-Konflikts eine Rolle spielen könne, vermerkte Ministerialdirektor Schlagintweit am 26. Mai 1987: „Die Sieben-Parteien-Allianz in Peshawar ist in dieser Frage gespalten. Die einflußreichen fundamentalistischen Gruppen geben dem König wegen seiner ‚Unfähigkeit' und ‚Schwäche' eine nicht geringe Schuld an der Entwicklung in Afghanistan, die zur heutigen Lage führte, und lehnen ihn daher ab. Die Traditionalisten hingegen halten die Einbeziehung des Königs in einen Lösungsprozeß für durchaus möglich. […] Zuletzt trafen die kontroversen Auffassungen auf einer Versammlung der Siebener-Allianz am 4.5.1987 in Peshawar aufeinander. […] Der Widerstand in Afghanistan dürfte in seiner Einstellung analog der Haltung der Siebener-Allianz gespalten sein. Genauere Informationen darüber gibt es nicht. Unter den afghanischen Flüchtlingen in Pakistan gibt es starke Sympathien für den König. Dafür dürfte die Hoffnungslosigkeit ihrer Existenz und eine daraus resultierende verklärende Erinnerung an die Vergangenheit maßgeblich sein." Vgl. Referat 213, Bd. 143551.

6 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2710 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

7 Referat 340 vermerkte im Juli 1987: „Der Krieg und die mehr als siebenjährige Besetzung des Landes durch eine rd. 120 000 Mann umfassende sowjetische Interventionsarmee bestimmen weiterhin die

– AFG-Luftangriffen auf pakistanische Grenzdörfer mit 200 Toten und verletzten Zivilisten im Mai[8],

ist schwer verständlich, wieso eine Geberkonferenz über „humanitäre Hilfe" einen unerträglich provokativen Charakter haben soll oder den derzeit ohnehin erneut stagnierenden diplomatischen Prozeß beeinträchtigen könnte.

9) Darüber hinaus geht es um ein wichtiges sachliches Anliegen, bei dem man durchaus der Auffassung sein kann, der Westen könne ihm jetzt noch weniger ausweichen als früher. Wie US-Partner müssen wir sehen, daß es sich dabei auch um einen Wechsel auf die Zukunft, möglicherweise mittel- oder langfristige Bemühungen handelt, bei denen ein Erfolg zudem nicht garantiert werden kann. Dies ist nichts Ungewöhnliches (vgl. etwa die Hilfe für die demokratischen sozialistischen Parteien in Portugal und Spanien, die demokratischen Erziehungsprogramme der politischen Stiftungen in ZA usw.). Verbalismus und Untätigkeit sind aber keine Alternative.

10) US-Haltung war in der Vergangenheit bekanntlich zuweilen von konfrontativen und eine kooperative Lösung nahezu ausschließenden Tendenzen bestimmt. Dies hat auch für uns solidarisches Vorgehen mit der westlichen Führungsmacht nicht immer erleichtert.

Ungeachtet der anhaltenden militärischen Unterstützung des Widerstands durch USA ist dringliche Bitte an Verbündete um[9] verstärkte Bemühungen zur Stärkung der Politik und Regierungsfähigkeit des Widerstands auch deutliches Indiz, daß nunmehr auch USA eine politische Lösung nicht mehr ausschließen und es für notwendig halten, sich stärker darauf einzustellen. Nicht zuletzt wir haben auf den verschiedenen Ebenen hierzu beigetragen. Im Einklang damit wollen wir eine Lösung, welche das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes wiederherstellt und zugleich verhindert, daß die neutralen und prowestlichen Kräfte nach kurzer Zeit aus Schwäche an die Wand gedrückt werden können. Daher sollten wir uns dem hierfür Nötigen und uns Möglichen nicht verschließen. Vorstellbare bürokratische Mäkeleien oder ein Zerreden der US-Vorstellungen auch von anderer Seite sollten wir zumindest so lange mit abblocken, bis ein überzeugenderes Konzept für den politischen Aufbau des Widerstands präsentiert wird.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 13665 (340)

Fortsetzung Fußnote von Seite 911

Situation in Afghanistan. Seit 1985 intensivierte Operationen im Landesinnern durch den verstärkten Einsatz von Kampfhubschraubern und sowjetischen Kommandoeinheiten sowie durch die Verminung und die Bombardierung der Nachschublinien der Mujahedin bedrängten den Widerstand. Dieser stellte sich jedoch durch eine verbesserte Koordinierung der einzelnen Gruppen innerhalb Afghanistans auf die sowjetische Taktik ein. Mit dem Einsatz moderner Luftabwehrraketen kann er auch sowjetischen Hubschraubern und Tiefflliegern effizienter begegnen. Ihr vorrangiges Ziel, eine Versiegelung der Grenzen zu den Nachbarstaaten Iran und Pakistan, erreichte die Sowjetunion bisher nicht." Vgl. Referat 340, Bd. 144634.

8 Zu den Luftangriffen auf pakistanisches Territorium vgl. Dok. 91, Anm. 5.
Oberstleutnant i.G. Werner, Islamabad, berichtete am 7. Mai 1987 zur Lage an der afghanisch-pakistanischen Grenze, seit Jahresbeginn seien 181 Zwischenfälle registriert worden. Bei Luftraumverletzungen bzw. Luftangriffen, Artillerie- und Raketenangriffen sowie Bomben- bzw. Sprengstoffanschlägen seien 401 Menschen getötet und 1213 Menschen verwundet worden. Vgl. dazu den Einzelbericht Nr. 21/87; Referat 340, Bd. 136902.

9 Korrigiert aus: „und".

182

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des polnischen Sejm, Malinowski

25. Juni 1987[1]

Gespräch des Bundeskanzlers mit Sejm-Marschall Roman Malinowski, Bonn, 25. Juni 1987, 14.10 Uhr bis 15.00 Uhr[2]

Der *Bundeskanzler* (BK) begrüßt Sejm-Marschall Malinowski (M.) und seine Delegation und führt sodann aus:

Das deutsch-polnische Verhältnis sei durch die jahrhundertelange Geschichte geprägt: Durch die Schrecken der jüngeren Vergangenheit werde häufig übersehen, daß Deutsche und Polen über Jahrhunderte friedlich miteinander gelebt hätten. Polen sei unser mitteleuropäischer Nachbar, die polnische Nation groß und stolz.

In 13 Jahren gehe unser Jahrhundert zu Ende – es sei ein Gebot der Klugheit, aus der Geschichte dieses Jahrhunderts zu lernen.

Die Deutschen hätten in ihrer langen Geschichte immer nach beiden Seiten, nach Frankreich und nach Polen hin, Probleme gehabt – und umgekehrt. Aber 1832 seien auf dem Hambacher Schloß Deutsche, Franzosen und Polen miteinander für die Freiheit eingetreten.

40 Jahre nach Kriegsende seien die deutsch-französischen Beziehungen so eng wie nie zuvor in der Geschichte. Mit F hätten wir Geschichte „aufgearbeitet", nicht um zu verwischen oder zu vergessen, sondern um zu lernen. Sein Wunsch sei, daß das gleiche mit Polen gelingen möge. Es werde schwieriger sein wegen unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und wegen der Teilung Deutschlands – man müsse es aber versuchen.

In Polen habe man – so sein Eindruck – Angst, daß sich die Geschichte wiederholen könne. Sie werde aber nicht wiederkehren, weil im Atomzeitalter Krieg und Gewalt keine Mittel der Politik mehr seien.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 29. Juni 1987 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, über Ministerialdirektor Teltschik und Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Genehmigung" geleitet.
Hat Teltschik vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix notierte am 1. Juli 1987, Bundeskanzler Kohl habe entschieden, daß der Vermerk über das Gespräch „vom Kanzleramt nicht an andere Ressorts gegeben wird. Der Grund dafür liegt in dem Umstand, daß BK gegenüber Malinowski einige Bemerkungen mit einer gewissen innenpolitischen Brisanz gemacht hat: Einige Politiker wählten aus Gründen der Innenpolitik starke Worte. Das führe aber nicht weiter. Er, BK, trete dafür ein, ruhig miteinander zu reden. Nach dem Kriege hätten sich die Flüchtlinge in Verbänden zusammengeschlossen. Dabei gebe es Intelligente und weniger Intelligente. Die Bundesregierung stehe zur Geltung des Warschauer Vertrages. Pacta sunt servanda. Eine Umfrage habe ergeben, daß 81% unserer Bevölkerung dagegen seien, die Oder-Neiße-Grenze zu verändern. Unter den Vertriebenen liege der Prozentsatz bei 87% (sic!)." Vgl. VS-Bd. 13501 (214); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Der Vorsitzende („Marschall") des polnischen Sejm, Malinowski, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 29. Juni 1987 auf Einladung des Bundestagspräsidenten Jenninger.

Jetzt gebe es eine echte Chance, noch in diesem Jahr zu einem ersten Abrüstungsvertrag zu kommen. Er – BK – werde alles tun, daß dies gelinge. In Venedig[3] und Reykjavik[4] sei ein umfassendes Programm für Abrüstung und Rüstungskontrolle vereinbart worden. Doch dürfe der Blick nicht auf diese Gebiete verengt werden. Wie bereits im Kommuniqué Reagan/Gorbatschow nach dem Gipfeltreffen Genf[5] festgestellt, gehe es um Verbesserung der Beziehungen auf allen Gebieten, in der Wirtschaft, bei humanitären Fragen, in Sport und Kultur. Dies dürfe nicht den Weltmächten allein überlassen bleiben, sondern gehe alle an.

Zudem wisse niemand, wie die Dinge in Moskau weitergehen werden.

Malinowski wirft ein: Das wird gut werden!

BK entgegnet, er halte sich lieber an die in langer Geschichte bewiesene polnische Einstellung: abwarten, was aus Moskau kommt. Er hoffe, daß M. recht behalte – er selbst wahre eine Mischung von Skeptizismus und Optimismus.

Die SU – so BK weiter – sei unser wichtigster osteuropäischer Nachbar. Die tatsächlichen Beziehungen – er wolle nicht von Propaganda reden – seien viel besser geworden. Daß Gorbatschow vom „gemeinsamen Haus Europa“[6] spreche, gefalle ihm gut, wenn man damit gleiche Vorstellungen verbinde: Für ihn habe ein Haus Türen und Fenster, die nur Sinn machten, wenn man sie öffne.

Mit den anderen Staaten des Warschauer Paktes seien unsere Beziehungen unterschiedlich: Bei einigen gebe es keine geschichtliche Belastung (Ungarn, Bulgarien), an Polen seien in deutschem Namen schreckliche Dinge geschehen und nachher – als Revanche – umgekehrt. Sein Rat an alle – und er nehme sich nicht aus – sei, dies nicht zu vergessen oder unter den Tisch zu schieben, sondern daraus zu lernen. Deshalb sei er offen für vernünftige und kluge Zusammenarbeit. Er habe einen Traum: In den bald beginnenden Sommerferien würden Hunderttausende junge Franzosen bei uns zu Gast sein, Hunderttausend junge Deutsche in Frankreich. Er – BK – wünsche, daß ebenso viele junge Deutsche nach Polen reisten und junge Polen zu uns kämen.[7] Schließlich lebe man in der Mitte Europas, und EG-Europa sei nicht das ganze Europa.

Wichtig sei, in der Sprache behutsam miteinander umzugehen. Die Gefühle der Menschen der älteren Generation seien aus der Geschichte verletzt. Dies müsse man verstehen. Er sehe die besondere Aufgabe seiner Generation darin, Brücken des Verständnisses zwischen der jüngeren und der älteren Generation zu finden, und zwar nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch im Verhältnis zu den Nachbarn.

Einige Politiker wählten aus Gründen der Innenpolitik starke Worte – dies führe aber nicht weiter, er – BK – sei dafür, ruhig miteinander zu reden. In diesem Sinn freue er sich über den Besuch M.s.

3 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

5 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

6 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

7 Vgl. dazu den Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl zur Gründung eines deutsch-polnischen Jugendwerks; Dok. 122, Anm. 11.

Malinowski dankt für den herzlichen Empfang und übermittelt Grüße vom Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski, der sein Moskauer Gespräch mit BK[8] in guter Erinnerung habe. (*BK*: „Ein sehr ernstes, sehr interessantes Gespräch.")

Malinwoski knüpft an auf BKs Ausführungen zum Ost-West-Verhältnis: In der SU, in Polen und in anderen WP-Staaten – so Malinowski – zeichneten sich große Veränderungen ab. Was nach außen getan und vorgeschlagen werde, hänge eng und organisch mit dem zusammen, was innen geschehe. Derartige Entwicklungen gingen nicht ohne bestimmte Widerstände ab, wollten durchgesetzt werden – aber das Bedürfnis zur Weiterentwicklung werde von niemandem bestritten. Es könne Stagnationen oder Rückschläge geben – aber die Tendenz zeige eindeutig nach oben. Diese Entwicklung biete große Chancen für die ganze Welt. MP Fanfani habe GS Gorbatschow gesagt[9]: „Was Sie in der Sowjetunion machen, enthält große Hoffnungen und Chancen für die Menschheit" – dem könne er nur beipflichten. Die jetzige historische Chance gelte es aktiv zu nutzen, es könne geschehen, daß sie sich nicht wiederhole. „Nutzen" bedeute, diese Veränderungen zu unterstützen und zu fördern. Auch seitens des Warschauer Pakts gelte hierfür ein breiter, nicht auf Abrüstung und Rüstungskontrolle begrenzter Ansatz: Dies habe das jüngste WP-Kommuniqué in Ost-Berlin[10] verdeutlicht.

Das bilaterale Verhältnis habe eine besondere Dimension: Was wir miteinander gestalteten, habe nicht nur bilateralen Charakter, sondern Einfluß auf Europa und die Ost-West-Beziehungen insgesamt.

Ausdrücklich begrüße er, was BK in der Regierungserklärung vom 18. März[11] ausgeführt habe: Bekenntnis zur Normalisierung mit Polen und den anderen sozialistischen Staaten auf Grundlage der unterzeichneten Verträge und der KSZE-Schlußakte[12]. AM Orzechowski habe zum gleichen Zeitpunkt im gleichen Geist vor dem Sejm geantwortet[13], kurz darauf auch General Jaruzelski in seinem Interview mit Gazeta Lubuska[14]: „Wir müssen die Kapitel der Vergangenheit abschließen und nach vorn gehen." Gestützt auf die genannten Verträge müßten wir versuchen, die vorhandenen Gräben zuzuschütten. Dabei gehe es nicht so sehr um schöne Worte, sondern um konkretes Handeln.

Auch polnischerseits sei man für Entwicklung der Beziehungen in allen Bereichen. Auf wirtschaftlichem Gebiet habe die kürzliche Tagung der Gemischten

8 Bundeskanzler Kohl hielt sich anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf bei dieser Gelegenheit mit Ministerpräsident Jaruzelski in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 67, Anm. 12.

9 Der Vorsitzende des italienischen Senats, Fanfani, traf am 24. Februar 1987 in Moskau mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammen.

10 Am 28./29. Mai 1987 fand in Ost-Berlin die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

11 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

13 Zu den Ausführungen des polnischen Außenministers Orzechowski am 18. März 1987 vgl. Dok. 121, Anm. 22.

14 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Originalzitat: ‚Wir wollen nicht endlos, von Generation zu Generation, die Rechnungen aus den Jahren der Hitlerverbrechen herumschleppen.'"
Zum Interview des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 17. April 1987 vgl. Dok. 121, Anm. 23.

Kommission (BM Bangemann) Tendenzen für die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und Lösung der Verschuldungsproblematik[15] aufgezeigt.[16]

Im humanitären Bereich stellten sich große Probleme, im Zusammenhang mit der Herkunft der Menschen, mit den Gräbern, die sie in der alten Heimat zurückgelassen haben. Die Gefühle dieser Menschen dürfe man nicht für politische Zwecke ausnutzen, wie dies am vergangenen Wochenende geschehen sei (Schlesier-Treffen[17]): Denn dies richte sich gegen den Geist unserer Verträge. Er wisse zwar, daß dies Randerscheinungen seien, bitte aber um Verständnis für die Sensibilität der Menschen in Polen. Schließlich sei jeder vierte oder fünfte Pole im Krieg umgekommen, und jede Familie habe Opfer zu beklagen. Um so wichtiger sei, das Geflecht des Vertrauens zu erhalten und zu stärken.

Hier und da werde die Idee geäußert, an einem historischen Platz einen Handschlag auszutauschen. Dabei dürfe es nicht nur um eine spektakuläre Geste gehen. Wenn es aber gelinge, die existierenden Gräben zuzuschütten, dann wäre diese Geste als Krönung des Prozesses denkbar.

Er – Malinowski – sei sowohl persönlich wie offiziell zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland. Er habe Gespräche in sehr guter und sachlicher Atmosphäre geführt und eine Reihe von positiven Impulsen für die Entwicklung der Beziehungen eingebracht: Er habe Bundestagspräsident Jenninger zu einem Gegenbesuch nach Warschau eingeladen und mit ihm den Austausch von Parlamentsdelegationen als ständige Einrichtung vereinbart. Man wolle auch den Austausch zwischen Parlamentsausschüssen, und zwar nicht nur der Auswärtigen Ausschüsse, voranbringen. So habe er den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, MdB Wissmann, zu einem Polen-Besuch eingeladen. Die Fraktion seiner Partei, der Vereinigten Bauernpartei, wolle gern Beziehungen zur Fraktion der CDU/CSU aufnehmen, so wie sie bereits mit der ÖVP bestünden.

Ende März 1988 werde in Warschau der Kongreß seiner Partei stattfinden, im Anschluß daran ein Treffen mit ausländischen Partnerparteien. In diesem Zusammenhang wolle er BK – als Vorsitzendem der CDU – auch eine Einladung an seine Partei aussprechen.

15 Zur Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 121, Anm. 19 und 21.

16 Die siebte Tagung der Gemischten Regierungskommission der Bundesrepublik und Polens zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit fand am 25./26. Mai 1987 in Warschau statt. Ministerialdirigent Trumpf vermerkte am 2. Juni 1987: „Wichtigstes Thema der in offener und freundlicher Atmosphäre verlaufenen Tagung war erwartungsgemäß das sich aus der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen polnischer Verschuldung, Umschuldung, Schuldendienstkapazität, Exportfähigkeit, Gewährung neuer Kredite und Importen westlicher Technologie ergebende Finanzierungsproblem. Beide Seiten stimmten darin überein, daß der Schlüssel zur Verbesserung der polnischen Finanzsituation bei längerfristigen und tragfähigen Umschuldungsregelungen im Rahmen des Pariser Clubs liegt. BM Bangemann erklärte unsere Bereitschaft, im Pariser Club für entsprechende neue Überlegungen einzutreten, und legte hierfür ein Konzept vor, das die Rekonsolidierung der bisher mit Polen geschlossenen Abkommen einschließlich Polen I (1981) unter Einbeziehung der Fälligkeiten bis einschließlich erstes Quartal 1988 beinhaltet. Die Folge einer solchen Umschuldungsregelung würden u. a. neue Fälligkeiten mit für die polnische Seite günstigeren Zinssätzen sein. Eine entsprechende Lösung würde es uns erlauben, den Haushaltsausschuß des Bundestages mit der Frage zu befassen, ob der Rest des im vergangenen Jahr wegen ungeregelter Fälligkeiten gesperrten 100 Mio.-DM-Bürgschaftsrahmens wieder zur Verfügung gestellt werden kann." Vgl. Referat 421, Bd. 140335.

17 Das „Deutschlandtreffen" der Landsmannschaft Schlesien fand vom 19. bis 21. Juni 1987 in Hannover statt.

Er sei erfreut über die Gründung deutsch-polnischer Parlamentariergruppen in beiden Parlamenten.[18] Schließlich habe er Bundestagspräsident Jenninger angekündigt, daß man polnischerseits vorschlagen werde, im Rahmen der KSZE ein Treffen der Parlamentspräsidenten der Teilnehmerstaaten einzuberufen – eine erste Sondierung beim Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Jim Wright, habe ein positives Echo gebracht. Ein derartiges Treffen könne genauso zur Vertrauensbildung beitragen wie der Abschluß von Abrüstungsverträgen. Auf Vertrauensbildung ziele auch der Jaruzelski-Plan[19], den er aufmerksamer Prüfung empfehle.

Insgesamt gelte es, sich stärker auf die gemeinsamen Probleme zu konzentrieren: Die Interdependenz wachse, die Globalisierung der Probleme nehme zu. Es gelte, das „gemeinsame Haus Europa" zu stärken. Neben der nationalen Option – die auch künftig zu respektieren sei – müsse man die europäische Option sehen. Dazu gehöre wirtschaftliche, technische und ökologische Sicherheit. Unsere bilateralen Beziehungen seien auch unter diesem Aspekt wichtig.

BK erwidert, was Malinowski gesagt habe, sei ihm sehr sympathisch. Zunächst danke er für die Grüße von General Jaruzelski und erwidere sie – er hoffe, ihn in absehbarer Zeit wiederzutreffen.

Konrad Adenauer habe in seiner ersten Regierungserklärung 1949[20] unserem Land das Ziel gesetzt, sich mit den Kriegsgegnern von gestern auszusöhnen, insbesondere mit Frankreich, Polen und Israel. Mit Frankreich sei das Werk der Verständigung und Versöhnung schon gelungen, mit Israel weit fortgeschritten.

Mit Polen sei man noch nicht so weit. Er finde, 38 Jahre nach dieser Regierungserklärung sei nun der Zeitpunkt gekommen, kräftige Schritte voran zu machen. Dies sage er bewußt auch als Parteivorsitzender. Einige Polen meinten, die Identität der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland sei bei den Sozialdemokraten zu finden. Die SPD sei in der Tat eine große Partei mit großer Tradition, aber wenn ein Gesprächspartner M.s, MdB Bahr, nunmehr Gorbatschow mit Peter dem Großen vergleiche[21], dann könne das einem Polen eigentlich nicht

18 Der Vorsitzende der polnisch-deutschen Parlamentariergruppe im Sejm, Bejger, richtete am 10. Oktober 1987 ein Schreiben an den Vorsitzenden der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Koschnick, in dem er darlegte: „Um die Wahl der Schwerpunkte der uns erwartenden Aktivitäten zu beschleunigen, schlage ich vor, daß wir uns im November des Jahres in Warschau treffen. Gleichzeitig lade ich eine Abordnung der Deutsch-Polnischen Parlamentarischen Gruppe im Bundestag im Dezember des Jahres anläßlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Grundlagen der Normalisierung ihrer Beziehungen nach Warschau ein." Vgl. Referat 214, Bd. 139694.
Koschnick hielt sich vom 25. bis 27. November 1987 in Polen auf, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Er vermerkte, daß die erste Begegnung zwischen den beiden Parlamentariergruppen vom 22. bis 25. Februar 1988 in Bonn stattfinden solle. Vgl. dazu seine Aufzeichnung vom 1. Dezember 1987; Referat 214, Bd. 139694.

19 Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

20 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

21 In der Presse wurde berichtet: „Der SPD-Abgeordnete Bahr hat den sowjetischen Parteichef Gorbatschow und dessen ‚Reformprogramm' in eine Reihe mit dem russischen Zaren Peter dem Großen und dessen Reformen gestellt. Was sich Gorbatschow vorgenommen habe, sei mit dem Programm Peters zu vergleichen. Der habe seinerzeit allerdings 30 Jahre gebraucht und doch nicht alles geschafft, was er sich vorgenommen hatte, sagte Bahr am Dienstag in Bonn." Vgl. den Artikel „Bahr vergleicht Gorbatschow mit Peter dem Großen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Juni 1987, S. 1.

gefallen. Andererseits müsse er daran erinnern, daß die polnischen Abgeordneten im Reichstag des Kaiserreichs nicht bei den Sozialdemokraten, sondern bei einer der Mutterparteien der CDU/CSU, dem Zentrum, hospitiert hätten. Dies gehöre zur Tradition seiner Partei!

Natürlich gebe es die Probleme, die M. als sensibel bezeichnet habe. Zu Recht habe er über die Millionen Toten gesprochen, es gebe Wunden, die nicht über Nacht heilten.

Der Zweite Weltkrieg sei Schuld Hitlers gewesen: Er habe ihn im deutschen Namen begonnen. Wahr sei aber auch, daß Hitler nicht vom Himmel gefallen sei und die Geschichte nicht erst 1933 beginne. Dies entschuldige weder Hitler noch die Deutschen. Aber der Frieden von Saint-Germain[22] und der von Versailles[23] seien Dummheiten der Weltgeschichte gewesen.

Malinowski wirft ein, die deutsch-polnischen Beziehungen seien nicht nur Sache des Verstandes, sondern auch der Emotionen. *BK* fährt fort, er versuche, aus der Geschichte heraus Entscheidungen zu begreifen. M. habe zu Recht von Symbolen gesprochen. Er erinnere an seine Begegnung mit Staatspräsident Mitterrand in Verdun[24]: Verdun sei für Deutsche und Franzosen nicht nur der Inbegriff des Kriegsirrsinns, sondern von sehr persönlicher Bedeutung für ihn, weil sein Großvater im Ersten Weltkrieg dort gekämpft habe, und für Mitterrand, weil er 1940 dort verwundet und gefangen worden sei. Heute sei es Symbol der Versöhnung.

Wenn es möglich werde, zwischen Deutschen und Polen auch ein solches Signal zu setzen, sei dies sehr wichtig, es müsse aber glaubwürdig sein!

Malinowski: Dieses Symbol könne man dann setzen, wenn Gräben überwunden seien – sonst sei es in der Tat nur eine spektakuläre Geste.

BK entgegnet, die Zeit müsse dafür reifen.

BK erinnert sodann an die bei uns lebenden 13 Mio. Flüchtlinge. Daß diese sich in Verbänden zusammenschlössen, sei ganz natürlich. Daß bei Treffen dieser Verbände intelligente und weniger intelligente Reden gehalten würden, ebenfalls. Wichtig aber sei, daß diese Flüchtlinge schon Anfang der 1950er Jahre in ihrer Stuttgarter Charta[25] auf Krieg und Gewalt als Mittel der Politik verzichtet hätten. Dies gälte in jeder Weise, auch in Grenzfragen. Die Bundesrepublik Deutschland als Staat habe daraus im Warschauer Vertrag[26] die Konsequenz

22 Für den Wortlaut des Vertrags vom 10. September 1919 zwischen Österreich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Saint-Germain) vgl. STAATSGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1920, S. 995–1245.

23 Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 688–1349.

24 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 auf dem Schlachtfeld vor Verdun der Toten der beiden Weltkriege. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 242.

25 In der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" vom 5. August 1950 hieß es: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat." Vgl. DzD II/3, S. 272 f.

26 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

gezogen: Dieser Vertrag gelte, gleichgültig welche Partei die Bundesregierung stelle. Pacta sunt servanda!

Wichtig – so BK weiter – sei, nun auf der Straße der Vernunft voranzukommen. Unvernünftig sei, daß seit Ludwig Erhard kein Bundeskanzler mit den Vertriebenen gesprochen habe. Was er – BK – zu ihnen gesagt habe[27], werde kein vernünftiger Mensch als Revanchismus bezeichnen. Und für seine Linie habe er bei diesen Menschen riesige Mehrheiten. Aber er bleibe dabei: Man müsse das Volk zusammenbringen, nicht teilen.

M. könne aus bei uns veröffentlichten Umfragen entnehmen, daß 81% unserer Bevölkerung dafür seien, daß die Oder-Neiße-Grenze nicht verändert werde. Bei den Vertriebenen und ihren Kindern liege der Prozentsatz bei 87%. Was könne M. als Pole von einem Land mehr erwarten, das ein Drittel seines Staatsgebiets verloren habe?

Dies sei die Linie der deutschen Politik, die Linie der CDU. Auch in der Geschichte müsse man die Geduld haben, das Gras wachsen zu lassen. Man müsse vernünftig sein, aufeinander zugehen, irritierende Bemerkungen vermeiden.

Bei uns und anderswo gebe es natürlich manche, die die besondere geographische Position – so wolle er es ausdrücken – Polens nicht begriffen. Er wolle die Polen nicht in Verlegenheit bringen, aber dennoch hoffe er, daß Deutsche und Polen sich trotz aller Rückschläge aufeinander zubewegten. Vielleicht käme man doch zu einem besseren Einvernehmen – dies wäre für ihn eine große Genugtuung.

Malinowski pflichtet bei: Dies wollten die Polen auch.

BK bittet M. in Warschau zu übermitteln, in der Bundesrepublik Deutschland dächten eine Menge Leute so wie er (BK). Es sei gut, daß man polnischerseits jetzt versuche, mit allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen Kontakte herzustellen (BK erwähnt u. a. Warschau-Reisen von MdB Rühe und Wissmann). Er – BK – sei dringend interessiert, daß dieser Austausch sich verstärke.

Auch er selbst würde sich freuen, das Gespräch mit M. in Warschau fortzusetzen. Dabei würde er es besonders begrüßen, sich ohne Presse und Protokoll mit polnischen Abgeordneten auszusprechen, wo man jetzt stehe und wie es weitergehen solle.

Er wiederhole, für ihn wäre es eine glückliche Sache, wenn er die deutsch-polnischen Beziehungen in seiner Amtszeit ein Stück auf dem von Konrad Adenauer 1949 vorgezeichneten Wege voranbringen könnte.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

27 Vgl. dazu die Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Treffen der Landsmannschaft Schlesien am 16. Juni 1985 in Hannover; BULLETIN 1985, S. 577–583.

183

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl sowie der Bundesminister Genscher und Kiechle mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors, und Vizepräsident Andriessen

26. Juni 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Kommissionspräsident Delors am Freitag, den 26. Juni 1987, 10.15 Uhr bis 12.15 Uhr

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, BM Genscher (ab 11.00 Uhr), BM Kiechle (ab 11.00 Uhr), StM Stavenhagen, StS Kittel (ab 11.00 Uhr), MD Teltschik, VLR I Dr. Hartmann als Note-taker.

Auf seiten der Kommission: Kommissionspräsident Delors, VP Andriessen (ab 11.00 Uhr), Herr Burghardt.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit grundsätzlichen Bemerkungen über die deutsche Europapolitik. Er weist insbesondere auf die Bedeutung der Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992[2] hin. Dieses Datum sollten wir festhalten. Der Bundeskanzler erläutert kurz die schwierige Finanzlage in der Bundesrepublik Deutschland und seine Einschätzung des Konjunkturverlaufs. Er weist darauf hin, daß die derzeitige Stahlkrise auch Mißstimmung gegen die EG erzeugt.

Der Bundeskanzler macht deutlich, daß er fest entschlossen sei, auf dem Weg der Integration weiterzumachen. Dies sei auch im Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Entwicklung zu sehen. Der Bundeskanzler unterstreicht die Notwendigkeit einer noch engeren sicherheitspolitischen Bindung an Frankreich.

Auf die anstehenden EG-Fragen eingehend, schlägt der Bundeskanzler vor, die Frage der Finanzreform[3] in der Weise anzugehen, daß es gelingt, spätestens in einem Jahr sich über ein neues Finanzsystem zu einigen, damit dieses dann zum 1. Januar 1989 in Kraft treten kann. Das liefe praktisch auf eine Verabschiedung noch unter der deutschen Präsidentschaft[4] hinaus.

Der Bundeskanzler begrüßt den Vorschlag der Kommission, in einem künftigen Finanzsystem die Wohlstandsindikatoren stärker zu berücksichtigen. Dabei stehe für uns außer Frage, daß die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor am meisten in die EG-Kasse zahlen werde. Die jetzige Lastenverteilung könne allerdings so nicht hingenommen werden. Der Bundeskanzler weist hierbei aus-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt.

2 Vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

3 Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket"); Dok. 51 und Dok. 69.

4 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

drücklich auf eine ihm vorliegende Tabelle der Wohlstandsindikatoren und der Nettosalden hin. Er sei sich allerdings im klaren darüber, daß es hierüber zu schwierigen Auseinandersetzungen vor allem mit Großbritannien kommen werde. Er komme aber gegenüber dem Bundestag in eine unmögliche Lage, wenn der britische Ausgleich[5] so fortgeschrieben werde. Wenn man dem Vorschlag der Präsidentschaft folge, der für GB weiter einen Ausgleich vorsähe, müsse er sagen, daß dann auch wir auf einem Ausgleich bestehen müßten.

StM *Stavenhagen* trägt sodann auf Wunsch des Bundeskanzlers die deutsche Position zu weiteren Einzelfragen vor.

Zum Haushalt 1987[6] erklärt StM Stavenhagen, die Kommissionsvorschläge seien hier im wesentlichen akzeptabel bis auf die Frage eines Regierungsabkommens. Dies bedeute:

– Umstellung der Zahlungen vom Vorschuß- auf das Erstattungssystem,

– Verwendung der freien Spitze von MwSt.-Eigenmitteln,

– notfalls Übertragung des Restdefizits aus 1987 auf den Haushalt 1988.

Für den Haushalt 1988[7] seien wir bereit, die in Fontainebleau[8] eingegangene Verpflichtung einer Erhöhung des MwSt.-Eigenmittelplafonds um 0,2% mitzutragen.

Auf entsprechende Rückfrage von Präsident Delors bestätigt StM Stavenhagen ausdrücklich, daß das mögliche Restdefizit aus 1987 auf 1988 übertragen werden soll.

StM Stavenhagen bestätigt ebenfalls noch einmal, daß wir auf dem bevorstehenden ER[9] eine Grundsatzentscheidung über das neue System herbeiführen wollen,

5 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

6 Zum EG-Haushalt 1987 vgl. Dok. 73, Anm. 6.
In einer interministeriellen Aufzeichnung vom 25. Juni 1987 wurde dargelegt: „Nach dem von der KOM vorgeschlagenen Nachtragshaushalt ist für 1987 im EG-Haushalt mit einem Gesamtfehlbetrag von 4913 bis 6013 Mio. ECU zu rechnen. Er resultiert aus dem Defizit 1986 (Mindereinnahmen Zölle und Abschöpfungen) in Höhe von 820 Mio. ECU sowie aus zu erwartenden Mindereinnahmen 1987 in Höhe von 1313 Mio. ECU. Außerdem rechnet die KOM mit zusätzlichen Agrarmarktausgaben gegenüber dem Haushaltsansatz 1987 von 2800 bis 3900 Mio. ECU. […] Die KOM hat vorgeschlagen, den Posten Mindereinnahmen 1986 und 1987, vermindert um 627 [Mio.] ECU noch freie MWSt-Eigenmittel bis zur 1,4%-Grenze, also insgesamt 1506 Mio. ECU, durch zusätzliche Finanzbeiträge der MS zu decken (deutscher Anteil über 800 Millionen DM). Die Deckung der zusätzlichen Agrarmarktausgaben soll durch Übergang der Zahlungsweise von Vorschüssen auf nachträgliche Erstattung an die MS erfolgen (Entlastung der EG-Kasse um ca. zwei Monatszahlungen).“ Vgl. Referat 412, Bd. 168703.

7 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 14. Juli 1987: „Die KOM hat der Haushaltsbehörde (Rat und EP) am 15.6.1987 den Vorentwurf für den Haushaltsplan 1988 vorgelegt. Der Haushaltsrat wird sich am 23. Juli erstmals damit befassen. Der Rat muß dem EP den Entwurf des Haushaltsplans bis zum 5. Oktober vorlegen (Art. 203 (4) EWG-V[ertrag]). […] Die KOM hat ihren Vorentwurf auf der Grundlage des vorgeschlagenen neuen Finanzierungssystems aufgestellt (traditionelle Eigenmittel + 1,4% der MWSt-Bemessungsgrundlage + 0,43% des BSP als Finanzbeiträge). Der Juristische Dienst des Rates hat am 8. Juli gutachtlich geäußert, daß der Rat bei seinem Entwurf des Haushalts 1988 noch nicht das neue Finanzierungssystem antizipieren könne. Statt dessen müsse zunächst nach dem geltenden Eigenmittelsystem (1,4% MWSt) finanziert werden. Nach Verabschiedung eines neuen Finanzierungsplafonds kann der Haushalt dann entweder durch ein Berichtigungsschreiben der KOM oder durch einen Nachtragshaushalt nach oben korrigiert werden.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136153.

8 Zu den EG-Eigeneinnahmen bzw. zu den Beschlüssen des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 25, Anm. 6.

das Mitte 1988 verabschiedet werden soll, damit es zum 1. Januar 1989 in Kraft treten kann.

Der *Bundeskanzler* erklärt, es komme jetzt darauf an, in Brüssel einen klaren Zeitplan in dieser Frage zu beschließen.

Präsident *Delors* erklärt, er gehe also davon aus, daß die von der Kommission vorgeschlagene Methode für das neue Finanzierungssystem im Prinzip akzeptabel sei. Er müsse allerdings darauf hinweisen, daß eine stärkere Belastung der kleineren Mitgliedstaaten eine äußerst delikate Angelegenheit sei. Aber man könne hierüber diskutieren.

StM *Stavenhagen* fährt fort, wir seien uns darüber im klaren, daß ein Verzicht auf die Fettabgabe[10] auch Konsequenzen für den Haushalt habe. Er wolle daher noch einmal betonen, daß wir bereit seien, für eine ausreichende Dotierung des Haushalts 1988 zu sorgen.

Im übrigen seien wir auch bereit, eine Anleihe in einem klar begrenzten Rahmen für den Abbau der Lagerbestände zu schaffen. Auch dies werde dem Haushalt zugute kommen und gleichzeitig psychologische Auswirkungen auf den Markt haben.

Der *Bundeskanzler* betont, daß es sich hierbei um eine Ausnahmeregelung handeln soll.

StM *Stavenhagen* fährt fort, hinsichtlich der Ausstattung der Strukturfonds seien wir uns darüber im klaren, daß hier etwas getan werden müsse, um den südlichen Mitgliedstaaten entgegenzukommen. Wir sähen allerdings nicht die Möglichkeit einer realen Verdoppelung des Strukturfonds, andererseits könne man nicht bei einer bloßen Fortschreibung im Rahmen der Höchstsätze stehenbleiben. Eine Lösung müsse dazwischen liegen.

Zu den Haushaltsungleichgewichten erklärt StM Stavenhagen, dies sei ein außerordentlich schwieriger Punkt. Es müsse gelingen, ein festes degressives Element bei den Korrekturmechanismen einzubauen, das klar ein Auslaufen der Ausgleichszahlungen definiere. Das Auslaufen könne mit dem Zustandekommen des Binnenmarktes zusammenfallen. StM Stavenhagen fährt fort, hinsichtlich der Haushaltsdisziplin müsse man berücksichtigen, daß die Gemeinschaft bei den Agrarausgaben auch auf unvorhergesehene Ereignisse, bspw. den Verfall des US-Dollars, flexibel reagieren könne.

Der *Bundeskanzler* ergänzt, er wolle noch einmal klarstellen, daß unsere Vorschläge im Finanzbereich sich nur dann realisieren ließen, wenn die Agrarfragen in einem Sinne gelöst würden, daß er dies in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Landwirtschaft vertreten könne.

Präsident *Delors* erklärt, er verstehe den Bundeskanzler so, daß der Europäische Rat Orientierungen in den angeschnittenen Fragen geben solle. Dies sei auch seine Meinung.

Zum Haushaltsdefizit 1987 erklärt Präsident Delors, er sähe eine Übertragung auf 1988 nicht gerne. Den Vorschlag einer Anleihe zum Abbau der Lager nehme er mit Interesse zur Kenntnis. Allerdings sei es nicht gut, wenn der Haushalt

Fortsetzung Fußnote von Seite 921

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. Dok. 193.

10 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

künftig durch Kredite finanziert werde. Was die Haushaltsdisziplin angehe, so werde es hier erhebliche Schwierigkeiten mit GB geben. Nach seinem Eindruck wolle GB nur dann einer Erhöhung der Eigenmittel zustimmen, wenn die Agrarpolitik radikal geändert werde. Frau Thatcher habe eine rein budgetäre Vorstellung für den Bereich der GAP. So sei sie bspw. der Auffassung, daß man die Zahlungen aus der Gemeinschaftskasse einstellen müsse, wenn diese im Laufe des Jahres erschöpft sei.

Es sei für ihn schwierig, die verschiedenen Wünsche und Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Auf der einen Seite wollten die Südstaaten die Verdoppelung der Strukturfonds, gleichzeitig bestehe GB auf strikter Einhaltung der Haushaltsdisziplin, schließlich lägen Deutschland und Frankreich miteinander im Streit über die Agrarpreise.[11]

In der Tat sei ein Kernpunkt der Diskussion, wie man die Gemeinsame Agrarpolitik im Haushalt verankern könne. Es dürfte selbstverständlich die Philosophie der GAP nicht in Frage gestellt werden. Er appelliere daher an die Bundesregierung, sich mit F in den Agrarfragen zu einigen. Er könne von F nicht erwarten, daß es gleichzeitig auf die Fettabgabe verzichte und dem Abbau des positiven Währungsausgleichs zustimme. F müsse auch sein Gesicht wahren können. Die deutschen Anliegen seien aus seiner Sicht durchaus legitim, und er habe sich daher auch dafür eingesetzt, daß die Frage des Währungsausgleichs von den Finanzministern behandelt werde.

An dieser Stelle treten Vizepräsident Andriessen sowie BM Kiechle und BM Genscher hinzu.

Auf Bitten des Herrn Bundeskanzlers stellt VP *Andriessen* kurz die agrarpolitischen Probleme aus seiner Sicht dar.

VP Andriessen erklärt, man befinde sich in einer schwierigen Lage. Bei der Fettsteuer würde eine Minderheit der MS dieselbe nicht akzeptieren (wobei Andriessen klarstellt, daß es sich in Wirklichkeit nicht um eine Steuer handelt), eine andere Gruppe sei dabei, die Produktion im Öl- und Fettbereich anzukurbeln. Beim Währungsausgleich gebe es zwei Probleme, einmal, wie das künftige System ausgestaltet werden solle, zum anderen, wie man mit dem derzeitigen positiven und negativen Währungsausgleich verfahren soll. Beim negativen Währungsausgleich gebe es eine qualitative Mehrheit für den Kommissionsvorschlag, auch beim positiven Währungsausgleich könne der Kommissionsvorschlag die Basis für eine Verständigung bieten. Es sei klar, daß F und D in dieser Frage Gegenspieler seien.

Im Preispaket schafften die Kommissionsvorschläge für Getreide und Raps[12] große Schwierigkeiten für D. Hier habe der deutsche Landwirtschaftsminister sein vitales Interesse deutlich gemacht, also mit einem Veto gedroht.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac am 11. Juni 1987; Dok. 169.

12 Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Agrarprodukte vgl. Dok. 69, Anm. 13.
In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 9. Juni 1987 wurde vermerkt: „Getreide: Kommission schlägt Senkung des Futtergetreidepreises um 2,6%, die Verkürzung des Interventionszeitraumes auf die Monate Februar bis Mai, Verringerung der monatlichen Zuschläge und Festsetzung des Höchstfeuchtigkeitsgehaltes auf 14% vor. Gesamtwirkung: rd. 11,5% Preissenkung. […] Unsere Haltung: Wir bestehen auf erntenahem Beginn

Er sei sich noch nicht im klaren darüber, wie man in dieser Frage verfahren könne. Sicher sei jedoch, daß man sich über zwei Probleme heute und morgen nicht einigen könne:

– über die Fettabgabe,

– über das künftige System für den Währungsausgleich.

Über beide Fragen habe er ausführlich mit BM Kiechle gesprochen. Seiner Meinung nach müsse es gelingen, eine Entscheidung über diese beiden Punkte zu verschieben. Was die Fettabgabe betreffe, könne die Kommission aufgefordert werden, hierüber einen Bericht bis zum Jahresende zu erstellen. Dies gebe ihr Zeit, über diese Frage auch mit anderen Interessenten – den USA und den ASEAN-Staaten – zu sprechen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er wolle mit aller Deutlichkeit sagen, daß eine Fettabgabe katastrophale Auswirkungen habe. Der Bundeskanzler weist auf die komplexe innenpolitische Lage in den USA hin und erklärt, man müsse damit rechnen, daß der Beschluß über eine Fettabgabe dort irrationale Reaktionen auslösen werde. Im übrigen gebe es in dieser Frage unterschiedliche Interessen. Deutschland würde bspw. wegen seiner hohen Industrieexporte durch mögliche notwendige Gegenmaßnahmen mehr betroffen als andere MS.

VP *Andriessen* bestätigt, die Kommission wolle keine endgültige Entscheidung in dieser Frage herbeiführen. Er müsse allerdings gleichzeitig darauf hinweisen, daß es zu einer massiven Produktionserhöhung bei Fetten und Ölen kommen werde, wenn man die Fettabgabe nicht einführe. Dies werde dann auch die Importe der USA und andere Drittländer negativ beeinflussen. Dies müsse auch den USA klargemacht werden können. Im übrigen müsse man auch Frankreich die Möglichkeit geben, in dieser Frage sein Gesicht zu wahren. Dies sei am ehesten durch eine Verschiebung im Sinne seines Vorschlages zu erreichen. Gleichzeitig könne man, wie schon gesagt, die Entscheidung über das künftige Währungsausgleichssystem verschieben.

Auf eine entsprechende Frage des *Bundeskanzlers*, ob dieser Vorschlag realistisch sei, erklärt VP *Andriessen*, man könne es immerhin versuchen, auch wenn ein solcher Beschluß F nicht leichtfallen werde.

Präsident *Delors* erklärt, es sei taktisch wichtig, daß auf dem ER ein Streit zwischen F und D vermieden werde. Wenn man dem Vorschlag von Andriessen folge, den er mit Chirac und Balladur erörtern wolle, bliebe als einziger Streitpunkt im Agrarbereich nur noch der Getreidepreis.

VP *Andriessen* erinnert daran, daß auch BM Stoltenberg vorgeschlagen habe, eine Entscheidung über das künftige Währungsausgleichssystem auf die zweite Hälfte dieses Jahres zu verschieben.

Er wolle darauf hinweisen, daß es in dieser Frage eine Mehrheit gegen D gebe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 923

(September) der Intervention (wegen mangelndem Lagerraum bei einem Großteil der Erzeuger), einer befriedigenden Höchstfeuchtigkeitsregelung (möglichst 15,5%) und einer allenfalls gemäßigten Senkung des Ankaufspreises (maximal 4%). Raps: Kommission schlägt Preissenkung für Nicht-00-Raps um 3%, Wegfall der Begrenzung der Preissenkung von 5% bei Überschreiten der Garantiemenge, Verkürzung des Interventionszeitraumes wie bei Getreide und Wegfall der monatlichen Zuschläge vor. Gesamtwirkung: rd. 30% Preissenkung." Vgl. Referat 416, Bd. 142000.

BM *Kiechle* resümiert die Vorstellungen der Kommission dahingehend, daß die Problematik Fettabgabe und künftiges Währungssystem jetzt nicht vom Tisch genommen werde. Über beides werde man erst später befinden, wobei die Kommission zur Problematik der Fettabgabe einen Bericht erstellen werde. Er frage sich allerdings, ob der 1. Januar 1988 – der von VP Andriessen erwähnt wurde – realistisch sei.

BM Kiechle greift sodann die Frage des bestehenden positiven Währungsausgleichs auf und erklärt, für uns sei wichtig, daß mit einer Lösung in dieser Frage die Zusicherung des Rates verbunden sei, daß wir den bisherigen Ausgleich in Höhe von 5% Vorsteuerpauschale[13] über den 31. Dezember 1988 hinaus fortsetzen könnten. Die Kommission habe zu erkennen gegeben, daß sie einer Fortsetzung auf der Basis der Mehrwertsteuer nur ungern folgen würde. Wenn dies nicht gehe, dann solle zumindest das Volumen des bisherigen Ausgleichs erhalten bleiben, wobei die Modalitäten noch später festzulegen wären.

VP *Andriessen* wirft ein, hier gebe es Schwierigkeiten. Die Kommission sei der Meinung, man solle die Frage in anderer Weise behandeln. Beispielsweise könne man sagen, daß über die Modalitäten vor dem 1. April 1988 entschieden werde, wobei hierunter auch das Volumen falle. Jeder im Rat wisse dann, was gemeint sei. Man solle das Problem aber besser nicht deutlich ansprechen, sondern es der Kommission überlassen, am Ende eine entsprechende interpretative Erklärung abzugeben.

Der *Bundeskanzler* legt noch einmal dar, daß wir bereit seien, in der Finanzfrage einen großen Schritt nach vorne zu tun. Er wiederholt noch einmal die – bereits gegenüber Kommissionspräsident Delors erläuterten – deutschen Vorschläge und stellt fest, es gebe für uns einen Zusammenhang zwischen unserer Bereitschaft, das Finanzierungssystem auf eine neue Grundlage zu stellen, und den Agrarproblemen, einschließlich der Fortführung der Vorsteuerpauschale.

BM *Genscher* ergänzt, die Bundesregierung habe eine sehr weitgehende Entwicklung in der Finanzfrage angedeutet. Wenn sie sich in dieser Weise nach vorne bewege, könne sie auch erwarten, daß unsere speziellen Interessen im Agrarbereich berücksichtigt würden. Dies müsse jeder wissen. Er würde es begrüßen, wenn die Kommission in diesem Punkt auf unserer Seite sei.

BM *Kiechle* erklärt, er schlage vor, daß der ER zu dem Problem des Volumens ein klares Wort sage.

VP *Andriessen* erwidert, dies sei auch technisch eine sehr schwierige Materie. Wenn man sie auf dem ER behandle, fürchte er, daß es zu Mißverständnissen komme.

BM *Kiechle* erklärt, wir benötigten nur einen Satz, der dem Sinne nach lauten könnte: Die Bundesregierung sei bereit zum Abbau des positiven Währungs-

[13] Der EG-Rat ermächtigte die Bundesrepublik am 30. Juni 1984, den Landwirten als Kompensation für den sukzessiven Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1988 eine Sonderbeihilfe in Form einer Mehrwertsteuerermäßigung in Höhe von 5% des Kaufpreises eines jeden Agrarerzeugnisses vor Steuern zu gewähren. Für den Wortlaut der Entscheidung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 12. Juli 1984, S. 41. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1984, S. 11 und S. 59.

ausgleichs. Dies begrüße der Gipfel und sage gleichzeitig zu, daß die Kompensation im bisherigen Umfang weitergeführt werden könne.

Präsident *Delors* erinnert an das „Gentlemen's Agreement“[14], das zwar in dieser Form nicht mehr angewendet werden könne, aber im Sinne des Gentlemen's Agreement könne man sich doch auf eine Formel einigen, wonach bei einem Abbau des positiven Währungsausgleichs eine nationale Kompensation ins Auge gefaßt werde. Dies wäre doch ein Erfolg für die deutsche Seite.

VP *Andriessen* erklärt, er schließe nicht aus, daß es möglich sei, das Volumen beizubehalten, frage sich aber, ob man das explizit sagen müsse. Seiner Meinung nach genüge eine interpretierende Erklärung der Kommission.

Auf eine entsprechende Frage von BM Genscher ergänzt VP Andriessen, diese Frage könne im Agrarrat und brauche nicht auf dem ER behandelt werden.

Präsident *Delors* erklärt, man brauche eine Formel, die ehrlich sei und wiederholt, daß man sich zumindest an die Prinzipien des Gentlemen's Agreement halten müsse, bis man eine neue Formel gefunden habe.

BM *Kiechle* legt sodann die deutschen Probleme bei Getreide und Raps dar. Um eine Regelung mittragen zu können, brauche die deutsche Seite eine Modifizierung der letzten Vorschläge der Kommission. Dies sei wichtig, um später auch die Zustimmung des Bundestages für höhere finanzielle Zuwendungen an die EG zu erhalten.

Auf die Problematik des Getreidepreises eingehend, schlägt BM Kiechle vor, den Ankaufspreis nicht, wie die Kommission vorschlägt, auf 93%, sondern auf 96% zu reduzieren. Dann benötige die deutsche Seite 1% mehr Feuchtigkeitszuschlag. Bei Raps solle man sich im Ergebnis auf eine Preissenkung von höchstens 10% verständigen.

VP *Andriessen* erwidert, 96% bei Getreide sei für die Kommission eine außerordentlich schwierige Sache. Hier müsse sie auch an ihre Glaubwürdigkeit denken. Bei der Frage der Feuchtigkeit sehe das anders aus. Er schlage daher vor, daß sich D einfach überstimmen lasse (ohne ein förmliches Veto einzulegen).

VP Andriessen weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Rapsanbau in D und F erheblich ausgeweitet worden sei. Wenn man daher nichts tue, um die Produktion in diesem Bereich in den Griff zu bekommen, habe das katastrophale Folgen für den Haushalt. Infolgedessen müsse man weiter gehen, als BM Kiechle vorschlage.

BM *Kiechle* wirft ein, ob man den Raps um 5% oder um 10% senke, werde doch an der bisherigen Produktionsmenge nichts ändern. Hier könne man nur dann eine Änderung erreichen, wenn man auf Hektarprämien umstelle.

Wenn man jetzt mit einer 15-prozentigen Preissenkung komme, schaffe das ungeheure Probleme. Es gebe hier auch ein Recht der Landwirte auf Vertrauensschutz. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß für F 15% in Wirklichkeit nur 10% bedeuteten, weil die französischen Landwirte über den Grenzausgleich 5% erhielten. Man brauche also ein anderes Konzept für die Mengenreduktion.

Unsere politischen Probleme würden nicht dadurch gelöst, daß wir uns überstimmen ließen. Er wolle noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß die

14 Zum „Gentlemen's Agreement“ vom April 1979 vgl. Dok. 74, Anm. 31.

Bundesregierung sich auch vor dem Bundestag verantworten müsse, den sie für unsere Finanzvorstellungen gewinnen wolle.

VP *Andriessen* erklärt, wenn man bei Getreide viel mache, verliere man die Unterstützung von NL und GB.

BM *Kiechle* erwidert, die hätten auch nicht die gleichen Probleme.

VP *Andriessen* wiederholt, die Preissenkung bei Getreide auf 96% sei keine glaubwürdige Politik.

BM *Kiechle* wirft ein, er könne sich mit 93% nicht abfinden. Im übrigen sei dies nicht nur ein deutscher Wunsch, sondern DK und F hätten ähnliche Probleme. 2% oder auch 3% seien doch letzten Endes nicht entscheidend. Er könne äußerstenfalls auch 95% akzeptieren.

VP *Andriessen* erwidert, er nehme die deutschen Vorstellungen zur Kenntnis. Mehr könne er heute nicht sagen.

BM *Kiechle* weist anhand von Zahlen darauf hin, wie nachteilig sich der Weizenpreis für die deutschen Bauern entwickelt habe. Sie hätten 1980 429 DM erzielt, heute – 1987 – liege der Preis für sie bei 430 DM. Demgegenüber hätten die Franzosen 1980 911 FF erzielt, heute würden ihnen 1207 FF gezahlt.

VP *Andriessen* wirft ein, man könne nicht mit diesen Zahlen operieren, sondern müsse die Kaufkraft vergleichen.

Der *Bundeskanzler* stellt noch einmal klar, daß wir in eine außerordentlich schwierige Lage kämen, auch im Deutschen Bundestag, wenn es nicht gelinge, sich auf eine vernünftige Lösung zu einigen.

Präsident *Delors* erklärt abschließend, es sei nicht möglich, alle Fragen der Gemeinsamen Agrarpolitik jetzt konkret zu beantworten.

Was die Lage auf dem ER angehe, so müsse man sich vor Augen halten, daß dort die Südländer als Einheitsfront auftreten würden. Andererseits erwarte er von Frau Thatcher, daß sie praktisch zu allem nur nein sagen werde. Frankreich sei in einer Lage, die hier wohl bekannt sei. Es werde also auf dem bevorstehenden ER entscheidend auf D ankommen, wenn man einen Erfolg haben wolle.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

184

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch

424-411.10 CHN-464/87 geheim **26. Juni 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Rüstungskooperation mit der Volksrepublik China;
hier: BSR-Sitzung am 3.7.1987[4]

Bezug: FS ChBK vom 23.6.1987 Nr. 841 und Nr. 851 vom 25.6.1987[5]

Anlg.: 1) Bezugs-FS (nur bei Original)
2) Entwurf Schreiben an ChBK[6]

Zweck der Vorlage: Billigung und Zeichnung des beigefügten Schreibens an ChBK

I. Mit Bezugs-FS hat ChBK AA um eine mit BMVg abgestimmte Vorlage zu TOP 3 der Tagesordnung „Rüstungskooperation mit der Volksrepublik China" gebeten und auf BSR-Beschluß vom 3.6.1985 hingewiesen.[7] Danach hatte der BSR beschlossen, die Frage der Rüstungskooperation mit der VR China auf einer der nächsten Sitzungen im politischen Gesamtzusammenhang zu erörtern. Dabei sollte ein politisches Konzept erarbeitet werden, das sowohl den langfristigen Perspektiven der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit als auch den vielschichtigen geopolitischen Aspekten Rechnung trägt. Wir hatten bisher die Diskussion im COCOM über Ausfuhrerleichterungen für Rüstungsgüter in die VR China abwarten wollen. Diese Diskussion wurde im März 1987 abgeschlossen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 1. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 1. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „K[enntnis] g[enommen]."

3 Hat Bundesminister Genscher am 1. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Genscher am 2. Juli 1987 erneut vorgelegen, der die Staatssekretäre Ruhfus und Sudhoff um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 3. Juli 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 424 verfügte und handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] hat stattgefunden am 3.7."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 6. Juli 1987 erneut vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Cappell am 6. Juli 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] 20.7.87 (liegt Protokoll BSR-Sitz[ung] vor?)."

4 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats vgl. Dok. 197.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Fernschreiben vgl. VS-Bd. 14530 (424).

6 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich: „Absendung eilt wegen BSR-Termin."
Dem Vorgang beigefügt. Für den undatierten Entwurf des Schreibens an Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, bzw. die undatierte Vorlage des Auswärtigen Amts zu Fragen der rüstungspolitischen Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China vgl. VS-Bd. 14530 (424); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu auch Referat 424, Bd. 135901.

7 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 3. Juni 1985 vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 4. Juni 1985; VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1985. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, I, Dok. 143.

Aktueller Anlaß ist der dem BMWi vorliegende Antrag der Firma MBB auf Genehmigung der Lieferung von 20 Kampfhubschraubern Bo 105/PAH bewaffnet mit Panzerabwehrraketen TOW, alternativ mit HOT oder Helitow.[8] Dieser Antrag wird unter Top „Verschiedenes" aufgrund einer vom BMWi zu fertigenden BSR-Vorlage behandelt. Eine Entscheidung über diesen Antrag erscheint angesichts des bevorstehenden Besuchs des Bundeskanzlers in der VR China vom 12. bis 19.7.1987[9] dringend. Es ist nicht auszuschließen, daß BK während des Besuchs auf diesen Antrag von chinesischer Seite angesprochen wird.

II. Der Panzerabwehrhubschrauber Bo 105/PAH der Fa. MBB ist Kriegswaffe. Nach dem KWKG[10] besteht kein Anspruch auf die Erteilung einer Genehmigung. Gemäß Nr. 15 der rüstungsexportpolitischen Grundsätze werden Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in Länder der Länderliste C (das sind kommunistische Länder) nicht genehmigt.[11] Ausnahmen sind nur mit Zustimmung aller COCOM-Mitglieder möglich. Eine ausnahmsweise Genehmigung ist gemäß Nr. 9 der rüstungsexportpolitischen Grundsätze nur möglich, wenn vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland dafür sprechen.

COCOM hat dem Antrag zugestimmt.

Von BMWi und BMVg sind keine Bedenken zu erwarten.

III. Folgende Gründe sprechen für eine Genehmigung:

1) BSR hatte am 4.10.1985 Genehmigung zur Vorführung eines Panzerabwehrhubschraubers mit Waffenanlage durch Fa. MBB in der VR China zugestimmt.[12] Obwohl MBB gemäß BSR-Beschluß ausdrücklich in der Genehmigung des BMWi vom 10.12.1985 darauf hingewiesen wurde, daß diese Entscheidung die Genehmigung etwaiger Folgelieferungen oder etwaiger Vorführungen in anderen Ländern nicht präjudiziert, hat MBB sich bereits auf Präjudizwirkung dieser Genehmigung für Folgelieferungen berufen.

2) BSR hatte am 13.5.1986 beschlossen, daß BMWi Antrag der Fa. MBB auf Genehmigung der Lieferung von 20 Panzerabwehrhubschraubern Bo 105/PAH bewaffnet mit TOW-, HOT- oder Helitow-Raketen im COCOM einbringt.[13] Dar-

8 Zum Antrag von MBB vgl. AAPD 1985, II, Dok. 223.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Volksrepublik China vgl. Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

10 Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452.

11 Für den Wortlaut von Ziffer 15 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

12 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 4. Oktober 1985 notierte Botschafter Ruth am selben Tag: „Der BSR-Beschluß über die Genehmigung der Ausfuhr eines Vorführhubschraubers wurde formalisiert. BM Wörner berichtete, daß das beteiligte Werk MBB an das Verteidigungsministerium herangetreten sei, ihm einen Hubschrauber zur Vorführung zur Verfügung zu stellen, da es selbst derzeit nicht über ein solches Exemplar verfüge. BM Wörner schlug vor, der Bitte der Firma stattzugeben unter der Voraussetzung, daß die Firma ein Exemplar von der Bundeswehr erwirbt; daß die militärischen Zeichen entfernt werden. Der Bundeskanzler gab seiner Verwunderung über dieses Ansinnen der Firma Ausdruck. Er wies darauf hin, daß es unmöglich sei, einen Antrag zu stellen, ohne auch die Lieferung gewährleisten zu können. Der Bundeskanzler bat, dies der Firma zu sagen, hielt aber angesichts der Dringlichkeit der Angelegenheit den Vorschlag von BM Wörner für angemessen." Vgl. VS-Bd. 11285 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

13 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 13. Mai 1986 legte Vortragender Legationsrat Bertram am 28. Mai 1986 dar: „BM Dr. Wörner berichtet über die Bemühungen der Firma MBB, Panzerabwehr- und Verbindungshubschrauber vom Typ Bo 105 an die Volksrepublik China zu verkaufen.

aus könnten Firma wie COCOM-Partner folgern, daß einer nationalen Genehmigung grundsätzlich nichts im Wege steht.

3) COCOM hat inzwischen Verfahrenserleichterungen für den Export nahezu aller Rüstungsgüter (Ausnahme: hochsensitive Güter und Technologien der Rüstungsproduktion) nach China beschlossen. Danach soll der Export von Rüstungsgütern nach China trotz nach wie vor bestehenden Vetorechts von den COCOM-Partnern wohlwollend beurteilt werden. In den letzten beiden Jahren hat sich gezeigt, daß unsere COCOM-Partner und Verbündeten bereit sind, Rüstungsmaterial in erheblichem Umfang an China zu liefern, dabei jedoch nach wie vor gewisse Grenzen einhalten.

Beispielsweise genehmigten:

– die USA Artilleriezünder und Technologie (37 Mio. $),
– GB Seeminen (2,5 Mio. $),
– F Torpedosysteme (2,5 Mio. $),
– Italien Raketen,
– F Seekampfausrüstungen (90 Mio. $),
– USA Radarsysteme (62 Mio. $),
– GB Radarsystem (3,8 Mio. $),
– Kanada Technologie für Schleudersitze (0,9 Mio. $),
– USA Zielgeräte für Flak (3 Mio. $),
– USA militärische Avionik (550 Mio. $).

COCOM besteht nach wie vor darauf, höchstsensitive Waffen den Chinesen nicht oder nur mit Einschränkung zugänglich zu machen.

4) China ist ein Faktor der Stabilität in der Region. China ist mit seiner unabhängigen Außenpolitik ein wesentliches Element des Ausgleichs und einer gleichgewichtigen Entwicklung in Asien und in der Welt. Es liegt daher in unserem Interesse, die Stabilität Chinas durch wirtschaftlichen Austausch vor allem auf dem Gebiet der zivilen Spitzentechnologie tatkräftig zu fördern, wobei mittelbar auch seine Verteidigungskraft gestärkt würde.

IV. Folgende Gründe sprechen gegen eine Genehmigung:

1) Die Lieferung von Kriegswaffen nach China und generell in kommunistische Länder wurde bisher nicht genehmigt.

Die Entscheidung über Voranfrage der Firma HDW vom 16.10.1984 zu den Genehmigungsaussichten einer Lieferung von U-Booten des Typs 209 nach China hatte BSR am 5.3.1985 zurückgestellt[14], da U-Boot-Lieferungen eine neue Dimen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 929

Die Firma sei mit der Bitte an ihn herangetreten, ihre Bemühungen durch Empfang einer chinesischen Delegation bei einer deutschen Heeresfliegereinheit und durch die Entsendung eines deutschen Heeresfliegeroffiziers zu Vorträgen nach China zu unterstützen. […] Der BSR beschließt nach kurzer Aussprache: Der Bundesminister der Verteidigung wird ermächtigt, eine chinesische Delegation bei Heeresfliegern der Bundeswehr zu empfangen und einen Heeresfliegeroffizier nach China zu entsenden. Der Bundesminister für Wirtschaft prüft, ob COCOM Einwände gegen die Lieferung von Hubschraubern Bo 105 nach China erhebt. Über die Erteilung einer Liefergenehmigung wird erst entschieden, wenn das Ergebnis der COCOM-Anfrage vorliegt." Vgl. VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1986.

14 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 5. März 1985 bzw. zu möglichen Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. März 1985: „Auf Aufforde-

sion der Zusammenarbeit mit China darstellten, die eine sorgfältige politische Prüfung erforderlich machten. Insbesondere seien amerikanische und sowjetische Interessen in Rechnung zu stellen.

Wir hatten ferner Voranfrage von 1986 zur Lieferung von Minenräumgeräten und Torpedos abschlägig beschieden. Gegenüber der britischen Anfrage auf Zustimmung zur britischen Lieferung der Feldhaubitze FH-70 aus deutsch-britisch-italienischer Koproduktion haben wir bisher Bedenken erhoben. BMVg hat britische Seite negativ beschieden. F hatte Genehmigung zur Lieferung von 7000 Panzerabwehrraketen HOT aus deutsch-französischer Koproduktion und Lizenzproduktion erteilt. Wir hatten von formellen Konsultationen trotz Bedenken abgesehen. Das Geschäft kam nicht zustande.

Die Genehmigung der Vorführung des Bo 105/PAH stand ausdrücklich unter dem Vorbehalt einer gesonderten politischen Entscheidung der Bundesregierung im Falle einer geplanten Lieferung der Panzerabwehrhubschrauber. Dies wurde der chinesischen Regierung auch mitgeteilt.

2) Auch bei der Genehmigung sonstiger Rüstungsgüter waren wir zurückhaltend: Genehmigt haben wir – nach Zustimmung COCOM –

– eine Munitionsfüllanlage,
– U-Boot-Fahrbatterien,
– magnetische Selbstschußanlagen für Schiffe,
– 18 Stahlrohlinge für Geschützrohre.

Abgelehnt wurde Antrag zur Lizenzübertragung für die Herstellung von Geschützrohlingen (Kal. 120 mm), Voranfrage zur Umrüstung Kampfpanzer T-59 wurde zurückgestellt.

3) Zu bedenken ist auch, daß die weitere Entwicklung Chinas nach den innenpolitischen Veränderungen vom Beginn dieses Jahres[15] durch erhebliche Unsicherheitsfaktoren belastet ist. Dies ist u. a. auch der Grund, warum sich die COCOM-Partner eine Änderung der Verfahrenserleichterung für Rüstungsgüterexporte nach China im Falle einer gegenläufigen Entwicklung Chinas vorbehalten haben. Eine über den Einzelfall hinausgehende, grundsätzliche Entscheidung ist deshalb vorläufig nicht möglich.

4) Zusätzlich gibt es gegenwärtig Spannungen an der indisch-chinesischen Grenze, in deren Verlauf Kampfhubschrauber nach Tibet verlegt wurden.[16] Indien

Fortsetzung Fußnote von Seite 930

rung präzisierte ich die Position: keine Kriegswaffen, flexibel bei Dual-purpose-Material; d. h. keine U-Boot-Lieferungen. Trotz Einwendungen BMVg (Hinweise auf Indien/Indonesien) und BMWi blieb es bei dieser Beschlußlage." Vgl. VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

15 Zum Rücktritt des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Hu Yaobang, am 16. Januar 1987 vgl. Dok. 96, Anm. 6.

16 Oberst i. G. Dietrich, Peking, übermittelte am 15. Mai 1987 Informationen aus vertraulichen Gesprächen: „Pakistanische wie nepalesische Seite halten Lage im Osthimalaya/chin[esisch]-indischen Grenzstreit für kritisch. Chancen für Ausbruch eines größeren Konflikts 50:50. Verschiedentlich soll es schon zum Schußwechsel gekommen sein. Indische Truppen hätten sieben Punkte nördlich McMahon-Linie besetzt. China habe am 6.5.87 in scharfer Form protestiert und auf Rücknahme dieser Truppen bestanden. Falls Indien nicht nachgebe, sähe China sich möglicherweise zu entsprechender Reaktion gezwungen. China müsse möglicherweise auch präventiv schlagen, wenn es erkenne, daß IND seinerseits größere Operationen beabsichtige. Indien habe im Grenzbereich Osthimalaya zehn bis zwölf Divisionen zusammengezogen und Einheiten der Luftstreitkräfte dorthin verlegt […]. Demgegenüber dürften CH[inesische]V[olksrepublik]-Kräfte inzwischen auf fünf bis sieben Divisionen

könnte unsere Genehmigung als einseitige Unterstützung Chinas mißverstehen. Allerdings hat Indien die Mirage 2000.

5) In Rechnung zu stellen ist schließlich, daß die von uns angestrebte, breit angelegte Zusammenarbeit mit China im Hochtechnologiebereich weder die Lieferung von Kriegswaffen noch sonstigen qualitativ hochwertigen Rüstungsgütern erfordert.

6) Regionalpolitisch

Berücksichtigt werden muß das japanische Interesse und das Interesse der ASEAN-Staaten und der anderen Anrainerstaaten, insbesondere Indiens, die chinesische Rüstung in Grenzen zu halten. Japan hat den großzügigeren COCOM-Regeln zugestimmt, wenn auch mit Zögern. Unsere Zustimmung zur Lieferung von Rüstungsgütern nach China könnte als Signal mißverstanden werden, wir seien bereit, zur Stärkung der militärischen Macht Chinas beizutragen. Auch hier ist darauf zu achten, daß das Kräfteverhältnis in der Region nicht wesentlich verändert wird. Japan könnte die Lieferung von 20 Kampfhubschraubern als Beginn einer deutsch-chinesischen Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung ansehen.

7) Ostpolitisch

Abteilung 2 führt hierzu aus:

a) In den letzten Jahren haben wir eine Zusammenarbeit mit China in sicherheitsrelevanten Bereichen trotz prinzipieller Zurückhaltung auch unter dem Gesichtspunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht völlig ausgeschlossen. Dabei spielte neben der relativen „Unschädlichkeit“ von Projekten vor allem die Erwägung eine Rolle, daß unsere Zurückhaltung von Moskau in einer Phase kühler politischer Beziehungen – 1984 bis Mitte 1986 – nicht berücksichtigt wurde. Unstreitig war aber stets, daß die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses für unsere nationalen Interessen von größerer Bedeutung ist als das deutsch-chinesische Verhältnis und daß wir uns daher in unserem Kurs gegenüber China nicht so weitgehend festlegen sollten, daß uns eine Anpassung an positive Entwicklungen im deutsch-sowjetischen Verhältnis wesentlich erschwert werden könnte. Diese Feststellung hat heute besondere Aktualität. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 18. März[17] den deutsch-sowjetischen Beziehungen „zentrale“ Bedeutung zugesprochen.

b) Der vorliegende Antrag, der waffentechnisch und finanziell über bisher genehmigte Anträge erheblich hinausgeht, fällt in eine Entwicklungsphase der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die wir als aussichtsreich einschätzen und entsprechend gestalten wollen. Die Konsequenz hieraus kann nur darin bestehen, die politische Tragweite der Entscheidung zu allererst an den Rückwirkungen auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu messen. Dabei sind folgende Gesichtspunkte besonders wichtig:

– Die Genehmigung des Antrags würde Präzedenzwirkung haben und faktisch eine Berufungsgrundlage für mit Sicherheit zu erwartende weitere Anträge

Fortsetzung Fußnote von Seite 931
angewachsen sein. China habe seine Truppen auch in Aksai Chin verstärkt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1153; Referat 341, Bd. 142571.

17 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

darstellen. In dieser Perspektive liegt der besondere qualitative Aspekt, der zukünftig in ihrem Ausmaß derzeit allerdings unkalkulierbare Belastungen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses erwarten läßt.

– Der mögliche Hinweis auf die Rüstungsexportpolitik anderer Westeuropäer oder der USA gegenüber der VR China berücksichtigt nicht oder zu wenig das grundsätzlich andere „Problemprofil" dieser Staaten im jeweiligen Verhältnis zur SU. Unser Verhältnis zur SU ist – nicht nur historisch – von eigener Qualität.
– Unterschwellige anti-chinesische Emotionen könnten sich mit unterschwelligen anti-deutschen Emotionen in Moskau in kritischer Weise verknüpfen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen stärker belasten, als es von vielen Beobachtern angenommen wird.
– Nicht richtig wäre auch der Hinweis, daß die SU bisher nicht negativ reagiert habe. So hat Botschafter Semjonow am 10.1.1986[18] gegenüber BM die Auflockerung der COCOM-Regeln gegenüber China kritisch angesprochen.[19]

c) Im Hinblick auf unser vorrangiges Interesse an einer möglichst positiven Gestaltung des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten in der SU[20] sollte die Entscheidung möglichst auch nicht unter den Druck des BK-Besuchs in die VR China (12.–19.7.) gestellt werden. Falls eine BSR-Entscheidung am 3.7. – also am Vorabend des Staatsbesuchs Sowjetunion – positiv ausginge, müßten wir mit einem raschen Bekanntwerden in der Öffentlichkeit rechnen. Neben dem Gründungsakt zur Kulturstiftung[21] und – möglicherweise – dem Fall Rust[22] käme somit eine weitere Belastung hinzu.

8) Der erstmaligen Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen nach China käme erhebliche Präjudizwirkung zu. Exporte von Waffen, die qualitativ nicht höher zu bewerten wären als der Panzerabwehrhubschrauber Bo 105/PAH mit Waffenanlage TOW, HOT oder Helitow, müßten genehmigt werden. Immerhin ist der Panzerabwehrhubschrauber Bo 105/PAH das beste rein deutsche Produkt einer panzerbrechenden Waffe. In der Praxis dürfte es jedoch schwierig sein zu entscheiden, ob eine Waffe qualitativ höher oder niedriger als der Panzerabwehrhubschrauber einzustufen ist. Eine Genehmigung der Lieferung von Panzerabwehrhubschraubern wäre demnach mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren behaftet, was unsere künftige Rüstungsexportpolitik gegenüber China angeht.

V. Die Abwägung ergibt, daß das Auswärtige Amt aus rüstungsexportpolitischen, ostpolitischen und regionalpolitischen Gründen Bedenken gegen die Erteilung einer Genehmigung erheben sollte.

18 Korrigiert aus: „13.1.1986".

19 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 10. Januar 1986 stellte der sowjetische Botschafter Semjonow die Frage: „Wenn die Bundesregierung die Wirkung der COCOM-Listen für China aufhebe, solle dies als Politik der Ungleichbehandlung angesehen werden?" Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178902.

20 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

21 Zur Kulturstiftung der Länder vgl. Dok. 8.

22 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.

Die von ChBK geforderte Vorlage des AA zur Grundsatzdiskussion ist als Anlage dem Schreiben an ChBK beigefügt. Sie enthält lediglich einen Argumentationskatalog, um die Diskussion im BSR nicht zu präjudizieren.

D 2[23] und D 3[24] haben mitgezeichnet.

Pabsch

VS-Bd. 14530 (424)

185

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Peres

310-321.11 ISR VS-NfD **28. Juni 1987**[1]

Der BM traf am 28.6. zu einem Abendessen im kleinen Kreis mit dem israelischen AM Peres zusammen.[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: D 3[3], VLR I Weber, VLR Ischinger.

Auf israelischer Seite: Botschafter Ben-Ari, Kabinettschef Savir.

Auf Bitte des BM erläuterte *Peres* die Lage in Israel. Nach wie vor bilde der Friedensprozeß die wichtigste Frage im Lande. Das Kabinett sei im Verhältnis 5:5 geteilt. In Knesset seien von 120 Abgeordneten 59 für die Linie von Peres. Mit einem Drusen, der aber wackele, hätte man 60. Auf der anderen Seite stünden 46 Likud-Abgeordnete und 14 Religiöse, die gekauft werden können. Dazu sei seine Partei allerdings nicht bereit. Gegenwärtig zeichne sich die Möglichkeit ab, daß die Techija-Partei von Geula Cohen sich spalte. Dann gebe es evtl. eine Mehrheit für neue Wahlen. Er würde es vorziehen, den Friedensprozeß mit der Likud-Partei weiterzuführen. Dafür gebe es aber keine Chance.

Israel stehe vor zwei Kalenderproblemen, dem Parlaments- und Parteienkalender und dem Friedenskalender. Letzterer sei wesentlich dringender. Die Vorbereitung

23 Hermann Freiherr von Richthofen.

24 Reinhard Schlagintweit.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit am 30. Juni 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 1. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klaiber „n[ach] R[ückkehr]“ und Vortragenden Legationsrat Elbe verfügte sowie um Wiedervorlage bat. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Von BM noch nicht genehmigt.“
Hat Jansen am 2. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Elbe vorgelegen.
Hat Klaiber am 6. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Ischinger am 10. Juli 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[Ablichtung] liegt BM vor.“

2 Der israelische Außenminister Peres hielt sich am 28./29. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf.

3 Reinhard Schlagintweit.

der amerikanischen Parlamentswahlen[4] und der israelischen Wahlen im Herbst 1988[5] werde die Aussichten auf Fortschritte ab Anfang nächsten Jahres stark vermindern. Dann würde die SU die Möglichkeit sehen, allein aktiver zu werden.

Es bestehe die Gefahr, daß König Hussein die Geduld verlieren würde, wenn es vor 1989 keine Aussicht auf Bewegung gebe. Die Araber würden versuchen, auf einer Gipfelkonferenz Husseins Bewegungsfreiheit zu beschränken. Daher wolle er, Peres, bald handeln. Die SU sei im Nahen Osten aktiver denn je geworden seit Bandung[6]. Sie wolle sich in den Friedensprozeß einschalten und außerdem zwischen Syrien und Irak sowie zwischen Syrien und der PLO Frieden stiften. Auch dies könne König Hussein isolieren. Innenpolitisch sei König Husseins Lage stabil. Wirtschaftlich stehe es aber schlecht. Mit verminderten Einnahmen und verminderten saudischen Zuschüssen müsse er moderne Streitkräfte unterhalten. Daher versuche er sich als Friedensstifter im arabischen Lager. Das habe seine Stellung zwar gefestigt, aber Arafat sei „hinter ihm her".

Er, Peres, habe Ägypten und Jordanien darauf aufmerksam gemacht, daß es in wenigen Jahren 100 Mio. Ägypter, 100 Mio. Türken, 100 Mio. Iraner, 30 Mio. Iraker geben werde. Diese drohten, gemäßigte kleine Staaten in ihrer Mitte zu zerdrücken. Die einzige Möglichkeit, dem zu begegnen, sei Friede und die Einsparung von Rüstungsausgaben zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung.

Auch in Syrien sei die wirtschaftliche Lage schlecht. Die Russen hätten zwar umgeschuldet, wollten aber kein neues Geld geben. Assad sei selbstherrlich geworden und schalte zunehmend seinen Sohn[7] ein, u.a. um seinen Bruder Rifaat nach Damaskus zurückzuholen. Es sei auffällig, daß Syrien nicht mehr von militärischer Parität mit Israel spreche und die Rüstungsanstrengungen reduziert habe.

Daraus gehe hervor, daß man außer einer internationalen Konferenz auch eine Wirtschaftskonferenz, wenn auch mit anderer Zusammensetzung und anderen Regeln, brauche. Teilnehmer könnten die Zwölf, die USA, Japan, Kanada sein, Vorbereitung in New York.

Eine große Frage bleibe, wo stehen die Russen hinsichtlich des Friedensprozesses? Die USA seien der Ansicht, Moskau sei flexibler geworden. In einigen Fragen sei diese Flexibilität noch nicht sehr weit entwickelt. Die Israelis seien der Ansicht, daß die Russen nicht wirklich ihre Positionen geändert haben, daß aber Positionen negotiabel geworden seien. Die Erklärung anläßlich des Kaddoumi-Besuches[8] habe ganz den alten Stil gezeigt. Er, Peres, habe den Russen die Ergebnislosigkeit ihrer Dritte-Welt-Politik am Beispiel Kubas deutlich gemacht, wo sie nichts für ihre großen Aufwendungen erhalten hätten. Mögliche positive

4 In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5 In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

6 Vom 18. bis 24. April 1955 fand in Bandung die Asiatisch-Afrikanische Konferenz statt. Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués sowie der Erklärung über die Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7563–7567.

7 Basil al-Assad.

8 Am 22./23. Juni 1987 hielt sich eine Delegation des Exekutivkomitees der PLO in der UdSSR auf, die vom Leiter der Politischen Abteilung, al-Kaddumi, angeführt wurde.

Veränderungen der sowjetischen Haltung hätten sich nach dem Besuch Assads in Moskau[9] wieder verhärtet. Assad hätte Gorbatschow gesagt, er würde die Araber verlieren, wenn er Israel entgegenkäme.

Die Vereinigten Staaten (Murphy) würden in den nächsten Tagen Gespräche mit Poljakow führen und klare Fragen stellen. Wenn die SU nicht klar antworte, würde das die Radikalen begünstigen.

Der Minister erläuterte dann sein Übereinkommen mit König Hussein über den Charakter einer internationalen Konferenz[10]. Er habe König Hussein davon überzeugen können, die Bedingung aufzugeben, daß bei Meinungsverschiedenheiten in den regionalen Gremien die Konferenz angerufen werde. Dies würde ohnehin nichts bringen. Außerdem habe er dargelegt, daß Israel nicht bereit sei, eine eigene palästinensische Delegation zu akzeptieren, sondern nur eine gemischte jordanisch-palästinensische. Er habe vorgehabt, dieses Übereinkommen als amerikanisches Papier veröffentlichen zu lassen. Zu seiner großen Enttäuschung habe sich Shultz dem entzogen.

Unter den gegenwärtigen Umständen denke er an folgende Taktik:

a) Israel müsse davon unterrichtet werden, daß die Möglichkeit einer internationalen Konferenz fortbestehe.

b) Die Kontakte mit der SU müßten fortgeführt werden. Dabei sei es wichtig zu zeigen, daß Israel nicht allein stehe.

Er habe vor allem mit Mrs. Thatcher gute Gespräche geführt.[11] Im Anschluß habe sie eine Erklärung abgegeben, die ganz seinen Wünschen entsprochen habe. Die Amerikaner hätten erklärt, sie würden bei ihrer Linie bleiben. Auch die Franzosen seien hilfreich, wenn auch ihre Äußerungen eine Mischung aus Politik und Literatur darstellten.

Peres kam wieder auf die Frage der Haltung der SU zurück. Was passiere, wenn die SU zu den vorliegenden Konferenzvorschlägen, so wie er sie mit König Hussein abgesprochen habe, nein sage. Bisher beschränke sie sich auf allgemeine Formulierungen wie: Eine Konferenz solle nicht das Recht haben, Lösungen aufzuerlegen, sie solle eine wichtige dynamische Rolle spielen und sie müsse umfassend sein. Letzteres gehe, schon wegen der Schwierigkeiten einer Lösung für Libanon, nicht.

Daher sei der Augenblick gekommen, die erwähnte wirtschaftliche Alternative zu finden. Eine solche Konferenz sei geeignet, eine Rückfallposition aufzubauen. Das große Problem der Araber sei nicht Israel, sondern die Geburtenrate. Die Araber reagierten hierauf mit Fundamentalismus und Extremismus.

Das Ziel seiner Reise sei es, auch Israel zu zeigen, daß es nicht allein stehe. Er habe auch mit dem Kanzler über eine Wirtschaftskonferenz gesprochen.[12] In New

9 Präsident Assad besuchte die UdSSR vom 23. bis 25. April 1987.

10 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

11 Der israelische Außenminister Peres besuchte Großbritannien am 22./23. Juni 1987.

12 Bundeskanzler Kohl führte am 28. Juni 1987 in Ludwigshafen ein Gespräch mit dem israelischen Außenminister Peres. Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, vermerkte am 29. Juni 1987, bei dem Gespräch seien „keine Note-taker zugegen" gewesen. Vor der Presse habe Kohl anschließend bemerkt, „eine parallele Unterstützung des Friedensprozesses sei im wirtschaftlichen Bereich erforderlich". Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

York sollte eine wirtschaftliche Planungsgruppe geformt werden. Die Finanzen müßten öffentlich und privat aufgebracht werden. Die Araber sollten weniger Geld für Waffen, mehr für Ernährung ausgeben.

Ein wichtiges Projekt sei die Errichtung einer Solaranlage in Eilat (35 MW). Ein Teil, vor allem die Spiegel, stamme aus Deutschland. Israel habe diese Anlage schon jetzt zum Teil verkauft. Die Amerikaner seien bereit mitzufinanzieren. Die Kosten betrügen 70 Mio.$. 30 Mio.$ träfen davon auf die deutschen Spiegel. Ägypten wolle diese Anlage unbedingt haben. Solche Projekte könnten die Vorstellungskraft der Menschen wecken.

Peres machte dann längere Ausführungen über die innenpolitische Lage in der SU, Gorbatschow und seine Schwächen.

BM erklärte: Gorbatschow wisse, daß er sein System ändern müsse, und er bereite sein Land darauf vor. Er werde in einer Woche mit dem Bundespräsidenten in die SU reisen.[13] Er habe gehört, daß die Ausreisezahlen von Deutschen und Juden aus der SU sich parallel nach oben entwickelten. Das zeige, daß es sich bei der SU um eine Prinzipienfrage handele.

Peres: Und der Einwirkung auf die öffentliche Meinung im Westen.

BM sagte, er glaube, die SU werde versuchen, sich in eine internationale Konferenz einzuschalten. Sie wolle zeigen, daß sie ein verantwortungsvoller Partner der internationalen Gesellschaft sei und daß eine Zusammenarbeit der Supermächte in der Dritten Welt möglich sei. Er halte es nicht für ausgeschlossen, daß sie auch die PLO in diesem Sinne beeinflusse.

Peres fragte, was geschehe, wenn die SU dabei zwischen Jordanien und der PLO wählen müsse.

BM: Dann wird es schwierig.

Zur Frage der Palästinenser sagte *Peres*: Praktisch alle Palästinenser unter 30–35 Jahren identifizierten sich mit der PLO. Er würde das an ihrer Stelle auch tun. Später aber wendeten sie sich dem König zu. Denn nur er könne etwas für sie tun. Die Palästinenser hätten nie Unabhängigkeit gekannt. Unter israelischer Herrschaft hätten sie sich an die Demokratie gewöhnt. Wirtschaftlich gehe es ihnen ausgezeichnet.

BM fragte, was die Absichten König Husseins hinsichtlich der Westbank seien.

Peres antwortete: Am liebsten möchte er sie ganz zurückhaben. Er hätte ihren Verlust nie verschmerzt. Er wisse aber, daß das nicht gehe. Daher denke er an eine Art Konföderation zwischen Jordanien, Palästina und Israel, eine Art gemeinsames Kind, ein Joint-venture. Er könne visionär denken und wisse, daß eine Verbindung zwischen Jordanien und Israel beiden Seiten gut tue. Es laufe auf eine Aufteilung der Regierungs- und Verwaltungsaufgaben in den besetzten Gebieten hinaus.

BM erklärte: Auch er sei der Ansicht, daß man wegen einer internationalen Konferenz unter Zeitdruck stehe.

13 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

Peres sagte, er wäre dankbar, wenn er dies auch öffentlich sagen würde. Die Hauptsache sei nicht die Konferenz, sondern Verhandlungen. Die SU müsse ihre Haltung ändern, diplomatische Beziehungen aufnehmen, Juden ausreisen lassen. Und man müsse an die wirtschaftlichen Aspekte, an eine Konferenz oder ähnliche Pläne denken, um den Menschen eine Hoffnung zu geben.

Peres erwähnte, daß der Bürgermeister von Bethlehem eine Kanalisation bauen lassen wolle. Die Kosten betrügen 5 Mio. $, eine komme von Deutschland, eine von den USA, drei von Israel. Freij hoffe, daß ihm dies direkt gegeben werde. (Der israelische Botschafter warf ein, daß Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt sich hierum kümmere.) Er mache nochmals auf die Bedeutung der Solaranlage aufmerksam.

Peres bat, daß der Europarat am 29./30.[14] eine Erklärung zur internationalen Konferenz abgebe. Das würde sehr helfen.

BM sagte, wenn GB und F das unterstützen, würden wir das auch tun.

Abschließend sagte *Peres*, es wäre Zeit, daß der BM Israel besuchen würde. Der *BM* stimmte zu. Dafür käme das letzte Viertel des Jahres in Frage[15], nach der VN-Vollversammlung[16].

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Referat 010, Bd. 178903

14 Zur Tagung des Europäischen Rats in Brüssel vgl. Dok. 193.

15 Bundesminister Genscher besuchte Israel am 23./24. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

16 Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

186

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2046 **Aufgabe: 28. Juni 1987, 20.00 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 28. Juni 1987, 20.10 Uhr**

Betr.: Europäischer Rat am 29./30.6.1987[2];
hier: Ergebnis des Konklaves der Außenminister am 27./28.6.1987 in Brüssel

Zur Unterrichtung auch für Ministergespräch am 29.6., 9.00 Uhr[3]

I. Zusammenfassung

1) Aufgrund der Erörterungen der AM am 27.6.1987 hat Präs.[4] „Leitlinien für die Arbeit des Europäischen Rates" erarbeitet, die in der Form von Schlußfolgerungen des Vorsitzes die Hauptthemen des Delors-Pakets[5] behandeln und einige Verfahrensempfehlungen zur weiteren Behandlung sowohl des Delors-Pakets (Inkraftsetzung der wesentlichen Beschlüsse schon für HH-Jahr 1988) sowie der offenen Agrarprobleme (Preise, Fettsteuer[6], agrimonetäre Fragen[7]) und des Nachtragshaushaltes 1987[8] enthalten. Der Text dieser Leitlinien mit den dazu deutscherseits geforderten Änderungen und Ergänzungen liegt in Bonn vor und wird von AA – soweit erforderlich – an die Ressorts verteilt.

Da sich alle Del.[9] auf der Schlußsitzung am 28.6. mehr oder weniger kritisch zu diesen Leitlinien äußerten, sagte Präs. zu, ihr Papier im Lichte der dazu gemach-

1 Das von Ministerialrat Artopoeus, Brüssel (EG), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18 und 20.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 28. Juni 1987 vorgelegen.

2 Zur Tagung des Europäischen Rats in Brüssel vgl. Dok. 193.

3 Ministerialdirektor Jelonek notierte am 24. Juni 1987, Ministergespräche bei Bundeskanzler Kohl würden am 24. Juni abends sowie am 29. Juni morgens stattfinden. Ausgangspunkt der Gespräche sollte „das in der Gesprächsrunde am 12.6. erzielte Einvernehmen sein, daß wir nur im Gesamtzusammenhang von Agrarfragen, Finanzierung der Haushalte in den Jahren 1987 und 1988, neuer Finanzverfassung der Gemeinschaft, Ausstattung der Strukturfonds und EWS unsere Interessen angemessen vertreten können". Streitig geblieben sei vor allem die Frage, „ob wir bereit sind, der Gemeinschaft mehr Geld zur Verfügung zu stellen". Das Auswärtige Amt solle in den Ministergesprächen folgende Linie vertreten: „1) Dem Bundeskanzler muß Manövriermasse für Brüssel mitgegeben werden, um offensiv argumentieren und D aus der Rolle des – obendrein inkonsequenten – Neinsagers herausführen zu können. […] 2) Für unsere agrarpolitischen Ziele brauchen wir Entgegenkommen der KOM und zumindest einiger MS. Wir sollten deshalb zu […] finanzpolitischen Zugeständnissen bereit sein […]. 3) Kein deutsches Veto in diesjähriger Agrarrunde: Es wäre bei Preisen kontraproduktiv (autonome Maßnahmen der KOM); bei WAB müßte es bei jeder neuen Abbauinitiative wiederholt werden. 4) Keine Nationalisierung der Agrarpolitik über die bisher geplanten Maßnahmen hinaus". Vgl. Referat 410, Bd. 141611.

4 Präsidentschaft.
Die EG-Ratspräsidentschaft hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 Belgien inne.

5 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

6 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

7 Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Agrarprodukte sowie zu ihren Vorschlägen im agrimonetären Bereich vgl. Dok. 69, Anm. 13.

8 Zum EG-Haushalt 1987 vgl. Dok. 183, Anm. 6.

9 Delegationen.

ten Bemerkungen nochmals zu überarbeiten und für den ER eine Neufassung bis zum Morgen des 29.6.87 vorzulegen. Sie wird außerdem, einer Anregung von F folgend, für den ER einen „Arbeitsplan" unterbreiten, der die zentralen Punkte des Delors-Pakets und die aktuellen Probleme (Agrarpreispaket, HH 87 und HH 88[10]) auflistet, zu denen Entscheidungen bzw. Orientierungen des ER geboten sind.

Präs. betonte, daß ihre „Leitlinien" lediglich ein „guide de travail" mit Hervorhebung der zentralen Fragen und Hinweisen auf denkbare Lösungsmöglichkeiten sein sollten. Sie sollen dagegen nicht die unterschiedlichen Meinungen der Del. wiedergeben. Dies sei bereits im Bericht der Präs. (Dok. 7094/2/87 Revised 2 v. 25.6.87[11]) geschehen.

2) Die Diskussion über die bisherigen Schlußfolgerungen der Präsidentschaft (Dok. 7302/87[12]) und die von ihr neu vorgelegten „Leitlinien" brachte keine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte; sie wurde von Präs. in diesem Stadium allerdings auch nicht nachdrücklich angestrebt. Bis auf D wiederholten alle Del. ihre bekannten Stellungnahmen. Besondere Beachtung fanden die Ausführungen von BM Genscher mit Überlegungen für ein europäisches Gesamtkonzept und der darin enthaltenen Fortentwicklung der D-Position zum Delors-Paket (grundsätzliche Zustimmung zum Ausbau der Strukturfonds und zur Neugestaltung des EG-Finanzierungssystems durch Einführung des BSP-BIP-Elements). Diese positive offensive Strategie fand – wie aus Reaktionen am Rande der Tagung festzustellen war – ein positives Echo und dürfte dazu beitragen, daß wir bei einer Reihe von Delegationen jetzt auch größeres Verständnis für unsere Anliegen im Agrarbereich, auf die BM Genscher wiederholt einging, finden werden.

3) BM Genscher hatte sich nachdrücklich für ein längerfristiges Konzept zur Umsetzung der EEA[13] ausgesprochen und als Kern eines dynamischen Zukunftsprogramms die Verwirklichung des Binnenmarktes hervorgehoben. Zugleich hatte er betont – jedoch nicht im Sinne einer Vorbedingung –, daß damit auch eine Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts einhergehen müsse, für die freilich der – von uns befürwortete – Ausbau der Strukturfonds nur eines unter anderen Instrumenten sei. Wichtig seien auch eine verbesserte Abstimmung der Wirtschaftspolitiken, eine stärkere Koordinierung der Währungspolitik, verbunden mit einer Stärkung des EWS (insbesondere Beitritt der dem System nicht[14] angehörenden MS), und eine fortschreitende Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Besondere Beachtung fanden die Ausführungen BM Genschers zum künftigen Finanzsystem der Gem[15]. Ausgehend von unserer Forde-

10 Zum EG-Haushalt 1988 vgl. Dok. 183, Anm. 7.

11 Für das Dokument („Bericht des Vorsitzes an den Europäischen Rat zur Diskussion auf der Tagung des Rates ‚Allgemeine Angelegenheiten' am 22. Juni 1987, betrifft: ‚Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden'") vgl. Referat 412, Bd. 168703.

12 Für das Dokument vom 19. Juni 1987 („Arbeitsunterlage des Vorsitzes für den Rat ‚Allgemeine Angelegenheiten' am 22. Juni 1987, betrifft: Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden – Schlußfolgerungen des Vorsitzes") vgl. Referat 412, Bd. 168703.

13 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

14 Korrigiert aus: „noch".

15 Gemeinschaft.

rung nach einem gerechteren Finanzsystem, das der wirklichen Leistungsfähigkeit der MS besser als bisher Rechnung trägt, erklärte BM Genscher, daß Bundesregierung grundsätzlich der Einführung eines BSP/BIP-Elementes in das Finanzierungssystem zustimme und für Einführung der sog. vierten Finanzierungsquelle aufgeschlossen sei. Allerdings bedürften die Voraussetzungen und Kriterien hierfür noch vertiefter Prüfung. Er solle aber jetzt schon beschließen, daß das neue, auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit abstellende Finanzierungssystem am Ende der D-Präsidentschaft[16] beschlossen und zum 1.1.89 eingeführt werden solle. Gewisses Erstaunen und eine ablehnende Reaktion bei KOM-Präsident Delors (keine Anleihefinanzierung des EG-Haushalts!) löste dagegen D-Überlegung aus, zur Entlastung des Agrarhaushalts die notwendigen Maßnahmen zum Lagerabbau über eine zeitlich limitierte, einmalige Anleiheaktion zu finanzieren. In wiederholten Interventionen betonte BM Genscher im übrigen den engen Zusammenhang, der für uns zwischen einem Entgegenkommen bei der Einführung eines neuen Finanzierungssystems und einer angemessenen Berücksichtigung unserer essentiellen Interessen im Agrarbereich besteht. Mit Nachdruck wandte sich BM Genscher dagegen, das Problem der Agrarüberschüsse allein über Preissenkungen lösen zu wollen. Neben einer vorsichtigen Preispolitik bestehe der richtige Lösungsansatz vielmehr in einer Verbreiterung des agrarpolitischen Instrumentariums: Wirkliche und dauerhafte Stabilisatoren seien Flächenstillegung und Extensivierung. Für die offene Frage des Abbaus der z. Zt. bestehenden Währungsausgleichsbeträge sah BM Genscher eine Lösungsmöglichkeit, falls der Bundesregierung die Fortführung der derzeit geltenden nationalen Ausgleichsmaßnahmen im bisherigen Umfang gestattet werde. Dagegen müßten die KOM-Vorschläge für ein künftiges WAB-System zunächst abgekoppelt und im ECOFIN-Rat beraten werden mit dem Ziel, eine Lösung zu finden, die das Funktionieren des EWS nicht beeinträchtigt. Bis dahin müsse das bisherige WAB-System fortgeführt werden. BM Genscher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Fortschritte bei der wirtschaftspolitischen Konvergenz und der währungspolitischen Zusammenarbeit verbunden mit einer Stärkung des EWS, zu der in erster Linie der Beitritt der dem System noch nicht angehörenden Länder und der Abbau der Ausnahmeregelungen gehörten, wesentlich dazu beitragen würden, die Probleme des Währungsausgleichs im Agrarsektor dauerhaft zu lösen. Solange diese Fortschritte noch nicht erzielt seien, müsse man verhindern, daß Währungspolitik letztlich auf dem Rücken der deutschen Bauern gemacht werde. Bei der Erörterung der Frage, ob der GB-Kompensationsmechanismus[17] fortgesetzt werden solle, zeigte die Bemerkung BM Genschers Wirkung, daß die MS, die einen solchen Ausgleich befürworteten, ihn auch bezahlen mögen.

[18]II. Im einzelnen

Die von Präs. vorgelegten „Leitlinien“ wurden vor allem von den Südstaaten und IRL heftig als Rückschritt gegenüber den Schlußfolgerungen der Präs. gemäß Dok. 7302/87 kritisiert, da sie sich zu weit von den Vorschlägen der KOM im Delors-Paket entfernten. Diese Del. forderten nachdrücklich die Festlegung einer

16 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.
17 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.
18 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2047 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

mittelfristigen Perspektive entsprechend den KOM-Vorschlägen (Verdoppelung der Strukturfonds, Erhöhung der EM[19] auf 1,4 v.H. des Gemeinschafts-BSP). Nur im Rahmen einer mittelfristigen Perspektive könnten sie an einer Lösung der HH-Fragen 1987 und 1988 mitwirken. F betonte umgekehrt vor allem die Notwendigkeit, im ER auch für die anstehenden aktuellen Probleme beim Preispaket und beim HH 1987 Leitlinien zu formulieren; denn ohne Lösung dieser kurzfristigen Probleme lasse sich weder der HH 1988 aufstellen noch vernünftigerweise ein mittelfristiges Programm entwickeln. GB und NL hatten in der allgemeinen Aussprache nochmals betont, daß für sie eine etwaige Erhöhung der eigenen Mittel der Gem. und eine Stärkung der Strukturfonds unter dem Vorbehalt einer grundlegenden Reform der Agrarpolitik und der Verankerung einer strikten, für alle Ausgabenarten gültigen HH-Disziplin stehen.

Aus den Äußerungen der Del. zu den „Leitlinien" ist im übrigen festzuhalten (D-Haltung wird nicht gesondert berichtet, da sie sich aus dem in Bonn vorliegenden Papier ergibt):

Zum Binnenmarkt:

Dieser nicht zuletzt auf D-Intervention aufgenommene Abschnitt wird von F, NL, GB als logischer Ausgangspunkt für die weiteren Überlegungen begrüßt. (NL wünscht hier noch Erwähnung des Forschungsrahmenprogramms, F einen Hinweis auf die Stärkung des EWS.) Die Südstaaten und IRL kritisieren, daß ihre Meinung nicht zum Ausdruck kommt, wonach der Binnenmarkt nur dann verwirklicht werden kann, wenn zugleich – auch finanzielle – Maßnahmen zur Stärkung der Kohäsion ergriffen werden (wie etwa der Verdoppelung der Strukturfonds).

Zur Haushaltsdisziplin:

GB, F und NL forderten, daß über eine etwaige Überschreitung des Höchstsatzes bei den Strukturfonds nur im Rahmen des jährlichen HH-Verfahrens entschieden werden dürfe, wobei freilich etwaige politische Orientierungen des ER für eine Aufstockung der Fonds zu berücksichtigen seien. DK forderte, daß wie bisher bei der Agrarleitlinie außergewöhnliche Umstände berücksichtigt werden müßten, und sprach sich gegen eine Änderung der gegenwärtigen HH-Disziplin aus. Vor allem dürften durch eine neue HH-Disziplin nicht die bisherigen Grundsätze der Agrarpolitik eingeschränkt werden.

Die Südländer lehnten die Anwendung strikter HH-Disziplin, d.h. die Anwendung des Höchststeigerungssatzes auf die Strukturfonds, kategorisch ab; anderenfalls seien die angestrebte Reform und ein Ausbau der Fonds nicht zu erzielen.

E und GR bestritten sogar den Ansatz, daß grundsätzlich die sparsame HH-Führung in den MS auch auf Gemeinschaftsebene ihren Niederschlag finden müsse.

Zu den Strukturfonds:

Die Südstaaten kritisierten, daß die Leitlinie der Präs. den von KOM vorgeschlagenen qualitativen Sprung (Verdoppelung der Fonds) nicht vorsehe. Sie hatten zuvor gefordert, er solle verbindlich festlegen, daß die Strukturmittel jeweils ein Viertel der Gesamtausgaben betragen sollten.

19 Eigenmittel.
Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 51, Anm. 16.

GR und PTG forderten eine Konzentration der Fonds auf die rückständigsten Gebiete der Gem. F hielt eine Konzentration der Mittel auf die Beitrittsländer für vordringlich, während I die Notwendigkeit unterstrich, die Fondsaktivitäten nach objektiven Kriterien in allen rückständigen Gebieten der Gem. fortzusetzen. Für alle Südstaaten ist Verdoppelung der Fonds eine Mindestforderung.

GB wünscht, im gegenwärtigen Stadium die Diskussion auf die Frage der Verbesserung der Effizienz der Fonds zu beschränken. Auch NL wandte sich gegen Festlegung eines allgemeinen Finanzziels in diesem Stadium. DK, B und F sind bereit, über eine Aufstockung zu sprechen, lehnen jedoch Verdoppelung ab.

Zur Gemeinsamen Agrarpolitik:

GR, E, IRL, PTG wandten sich gegen jeden Ansatz einer Renationalisierung der Agrarpolitik, den sie in den Hinweisen auf nationale Einkommensbeihilfen begründet sehen. DK, NL, F, GB unterstrichen, daß nationale Beihilfemaßnahmen auf keinen Fall produktionserhöhend sein dürften. DK, NL, F forderten die Einbettung solcher Maßnahmen in eine Gemeinschaftsregelung. Für F und GB müssen derartige Maßnahmen marginal bleiben. Nach GB sollten Einkommenshilfen keinesfalls aus dem Gem.-Haushalt finanziert werden. I und PTG betonten, Zielgruppe müßten vor allem die kleinen Landwirte sein.

Neue Eigenmittel:

Gegen die Leitlinie der Präs. wurden keine Einwände erhoben, jedoch legten D, GB, F, NL Wert darauf, festgehalten zu wissen, daß die künftigen EM nicht nur dauerhaft und garantiert, sondern auch fest begrenzt sein müssen. In der vorausgegangenen Diskussion am 26.6.1987 hatte sich F für eine neue, nicht auf einzelne Ressourcen abstellende Plafondsbasis und – im Rahmen einer Gesamtlösung – auch für die sog. vierte Finanzierungsquelle offen erklärt. NL zeigten sich insoweit reserviert, während bezeichnenderweise DK und I, die bei einem neuen BSP-bezogenen Finanzierungssystem mehr Mittel an die Gem. abführen müßten, vor allem den Vorschlag der KOM für die vierte Finanzierungshülle strikt ablehnten. Auch GB bezweifelte Nützlichkeit des BSP-Ansatzes und verwies auf Notwendigkeit weiterer Prüfung. Es machte deutlich, daß eine Erhöhung der EM auf 1,6 v. H. der MwSt.-EM-Basis (wie sie von D für 1988 in Aussicht gestellt worden war) für GB die äußerste Grenze des Möglichen darstelle; eine Entscheidung hierüber stehe ganz am Ende der Beratungen über das Delors-Paket.

[20]Haushaltsungleichgewichte:

Eine große Mehrheit der Del. hielt Fortsetzung des Ausgleichsmechanismus zugunsten GBs nicht mehr für gerechtfertigt. Befürwortend für den KOM-Vorschlag äußerte sich nur IRL. E könnte sich hiermit einverstanden erklären, wenn es nicht zur Finanzierung herangezogen würde. F äußerte sich ausweichend. Über die Kompensation sei im Rahmen einer Globallösung zu entscheiden. Der KOM-Ansatz (Abstellen nur auf Agrardefizit) sei in jedem Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Keinesfalls sei akzeptabel, daß sich einige MS von der Finanzierung einer etwaigen Kompensation ausschließen. Wie F hatte auch BM

[20] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2048 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Genscher erklärt, es sei vorstellbar, wenn man für 1988 eine Übergangslösung treffe, insoweit auch für den GB-Ausgleich bei der Fontainebleau-Formel zu bleiben, allerdings unter der Voraussetzung, daß D dann nur 25 v.H. beisteuere.

Mehrere Del. betonten, daß ein etwaiger neuer GB-Ausgleich zeitlich limitiert degressiv gestaltet sein müsse.

Verfahren und Arbeitsprogramm:

D, GB, F, NL, DK hielten es für unrealistisch, Beschlüsse zum Delors-Paket bereits mit Wirkung für 1988 verwirklichen zu können. D verwies auf seinen Vorschlag, die erforderlichen Beschlüsse über das neue Finanzsystem im Juni 1988 zu verabschieden und am 1.1.89 in Kraft zu setzen. Verschiedene Del., insbesondere F, NL, LUX, hielten es für notwendig, präzise Schlußfolgerungen des ER für die Lösung der aktuellen Probleme vorzusehen, da anderenfalls Lösungen nicht erreichbar seien. Für 1988 hatte D erneut seine Bereitschaft erklärt, einer Aufstockung der Eigenmittel in dem in Fontainebleau vorgesehenen Rahmen (0,2 v.H. der MwSt.-EM-Basis) zuzustimmen. F hatte in diesem Zusammenhang es zwar für wünschenswert erklärt, den HH 1988 bereits im Rahmen einer mittelfristigen Perspektive gestalten zu können, aber zugleich bezweifelt, daß dies möglich sei. Wenn – wie wahrscheinlich – eine Übergangslösung nötig sei, dann sei eine Formel im „esprit de Fontainebleau" der richtige Ansatz.

KOM hatte in der vorausgegangenen Diskussion am 27.6.87 angekündigt, daß sie am 1.7.87 einen neuen Entwurf eines Nachtrags-HH beschließen werde, der eine Kürzung der Agrarausgaben um 30 v.H. und der nicht-obligatorischen Ausgaben um 50 v.H. ab August vorsehen werde, falls ER keine klare Orientierung für die Lösung des HH-Problems und die mittelfristige Finanzperspektive der Gem. beschließe. I kritisierte, daß hiermit wiederum eine Lösung der Agrarprobleme zu Lasten der anderen Politik erfolge, woraufhin Präsident Delors andeutete, daß KOM evtl. auch eine proportionelle Aufteilung des Defizits 1987 vorsehen könne. KOM insistiert im übrigen, daß HH-Rat noch vor letzter Sitzung des EP vor der Sommerpause zusammentrete. Dies wurde von GB unterstützt, das im übrigen rasche Entscheidung über KOM-Vorschlag für einen Übergang zu einem Erstattungssystem bei den Agrarzahlungen forderte.

In der Frage der Fettsteuer bestehen die unterschiedlichen Haltungen der Del. fort. I und GB machten trotz ihrer gegensätzlichen Haltung zur Fettsteuer darauf aufmerksam, daß man die Fettabgabe in die Handelsdiskussion mit den USA einbringen solle.

[gez.] Ungerer

Referat 410, Bd. 141611

187

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

205-360.90 GRO-456/87 VS-vertraulich **29. Juni 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung, insbesondere im Hinblick auf Schlußfolgerungen unter C (S. 5 ff.)

Betr.: Die sicherheits- und verteidigungspolitische Abstimmung zwischen GB und F seit Reykjavik (Oktober 1986[4])

Auf der Grundlage eines ausführlichen Berichts der Botschaft London[5] ist folgende im Hause abgestimmte Analyse der sicherheits- und verteidigungspolitischen Abstimmung zwischen GB und F sowie ihres Stellenwertes im Dreieck London – Paris – Bonn gefertigt worden.

A. Hintergrund

1) GB und F vertreten zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf eine sehr ähnliche Haltung, insbesondere zur Drittstaatenproblematik. Über die britischen und französischen Nuklearwaffen kann danach schon deswegen nicht in Verhandlungen gesprochen werden, weil[6] GB und F nicht beteiligt

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen und Vortragendem Legationsrat von Lukowitz gefertigt.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. Juli 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 12. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Juli 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 205 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 13. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Richthofen am 16. Juli 1987 erneut vorgelegen, der für Ploetz handschriftlich vermerkte: „Si[ehe] Seite 6 unten. Die Briten fragen bereits in diesem Sinne." Vgl. Anm. 18.
Hat Ploetz am 17. Juli 1987 vorgelegen, der Referat 205 bat, Ablichtungen zu fertigen für die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, die Botschaften in London, Paris und Washington sowie Referat 201.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen am 21. Juli 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Lukowitz „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Lukowitz am 4. August 1987 erneut vorgelegen.
Hat Schneppen am 18. September 1987 erneut vorgelegen, der bat, eine Ablichtung für Vortragenden Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, zu fertigen.

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

5 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 11. Mai 1987 über die „sicherheitspolitische Abstimmung und verteidigungspolitische Kooperation zwischen GB und F". Er hielt fest: „Die sich entwickelnde britisch-französische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen sollte für uns kein Grund zur Beunruhigung sein, da wir zu beiden Staaten bereits enge sicherheitspolitische Beziehungen pflegen und die britische Politik – wie uns im FCO bestätigt wurde – auf die enge Abstimmung im Dreieck London – Paris – Bonn ausgerichtet ist. Die neue Bewegung zwischen Paris und London sei nur die Verstärkung der Seite eines Dreiecks […]. Wenn wir nicht immer über die letzten Einzelheiten der französisch-britischen Kontakte informiert werden, dann sollte dabei bedacht werden, daß F und GB als Nuklearmächte auch berechtigte Sonderinteressen haben. Eine ‚Eifersucht' unsererseits gegenüber dem Verhältnis F – GB ist auch deshalb nicht am Platze, weil wir in offiziellen Regierungserklärungen stets zuerst die besondere Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses herausgestellt haben und erst in letzter Zeit dazu übergegangen sind, daneben auch das gute Verhältnis zu GB zu betonen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 831/832; Referat 205, Bd. 135428.

6 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „an denen".

sind. Bei diesen Waffen handelt es sich nach britischer und französischer Auffassung aber auch in der Sache um strategische bzw. prästrategische Systeme, über die nicht im Zusammenhang mit den INF-Systemen gesprochen werden kann.

Was das eigene nuklearstrategische Potential betrifft, wird GB seine Haltung erst nach sehr wesentlichen und implementierten Reduzierungen des strategischen Arsenals der SU und der USA sowie unter der weiteren Voraussetzung, daß sich die sowjetische Defensivkapazität nicht wesentlich verändert, überprüfen und erwägen, wie es am besten im Lichte einer Verminderung der Bedrohung zur Rüstungskontrolle beitragen kann.

F macht eine Überprüfung seiner Nuklearmacht davon abhängig, daß

- der Abstand der nuklearen Systeme der Supermächte zu denen Fs ein anderer geworden ist,
- das Ungleichgewicht bei konventioneller Rüstung abgebaut und die chemische Bedrohung beseitigt ist und
- keine neuen Defensivsysteme die gegenseitigen Fundamente der Abschreckung destabilisieren.

2) Im Gefolge des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens von Reykjavik im Oktober 1986, welches die Vision einer Verständigung der Supermächte über eine Welt mit einem radikal verminderten Atomwaffenarsenal eröffnete, ist die natürliche Interessenparallelität der beiden unabhängigen europäischen Nuklearmächte GB und F verstärkt sichtbar geworden. Sie hat zu einer Intensivierung einer seit 1984 angelaufenen sicherheitspolitischen Abstimmung beider Staaten geführt.

3) Vor Reykjavik waren der britisch-französischen Zusammenarbeit schon allein dadurch Grenzen gezogen, daß GB seine „special relationship“ mit den USA pflegte und die britischen Nuklearstreitkräfte in die NATO integriert waren, während F sich in Distanz zur Allianz hielt und die ausschließlich nationale Verfügungsgewalt über die „Force de dissuasion“ betonte. Diese, eine enge Zusammenarbeit hemmenden Elemente bestehen teilweise fort. Seit Reykjavik sind sie jedoch durch neue Entwicklungen überlagert worden.

a) In GB wurden Sorgen laut, daß für die Zukunft möglicherweise mit einem nachlassenden amerikanischen Engagement in Europa zu rechnen sei und die britische Außenpolitik deshalb von der größeren Bedeutung europäischen Engagements ausgehen müsse. Auch in F werden diese Sorgen geteilt. Man erkennt zudem, daß die eigenen Ressourcen zur dauerhaften Aufrechterhaltung einer unabhängigen, auch außerhalb Europas wirksamen Verteidigung nicht ausreichen könnten. Stärkere europäische Beiträge[7] werden daher auch in Paris in Betracht gezogen.

b) Der sowjetische Vorschlag der Abschaffung aller Nuklearsysteme in einem Zeitraum von zehn Jahren stellt den Fortbestand der nuklearen Abschreckungssysteme GBs und Fs in Frage. Beide waren sich in der Folgezeit in der Ablehnung dieses Vorschlags einig. Auch gegenüber Präsident Reagans Vorschlag einer

[7] Die Wörter „Stärkere europäische Beiträge“ wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Europäische Lösungen“.

Abschaffung aller ballistischen Raketen innerhalb rd. zehn Jahren zeigten sich GB und F reserviert. Die Diskreditierung der Nuklearwaffen in der europäischen Öffentlichkeit (seit der SDI-Rede Reagans[8] auch durch USA)[9] bereitet beiden Regierungen große Sorgen.

c) Die Initiative für stärkere sicherheitspolitische Abstimmung nach Reykjavik ging von F aus. Sie traf in London nicht nur aus außenpolitischen Gründen auf volle Sympathie. Angesichts des zerbrochenen Konsenses in der britischen Verteidigungspolitik über die Beibehaltung und Modernisierung der britischen Nuklearstreitmacht kam der Regierung die Übereinstimmung mit Frankreich in nuklearstrategischen Fragen sehr gelegen, um vor dem eigenen Wahlpublikum eine breitere internationale Absicherung der Regierungsauffassung zu diesen Fragen zu demonstrieren.

B. Der Inhalt der sicherheits- und verteidigungspolitischen Abstimmung

Die sicherheitspolitische Abstimmung zwischen GB und F fand seit Ende 1986 im Rahmen einer intensiven bilateralen Besuchsdiplomatie (PM Thatcher am 21. November 1986 und Ende März 1987 vor ihrer Moskau-Reise[10] in Paris[11]; PM Chirac am 26.4.1987 in London, Verteidigungsminister Younger am 9. und 10.3.1987 in Paris) und am Rande der multilateralen Treffen statt. Auch in der WEU war bei den Vorarbeiten der „Special Working Group" zum Bericht über europäische Sicherheitsinteressen[12], insbesondere beim Nuklearkapitel, eine enge britisch-französische Abstimmung zu beobachten.

a) Mutmaßungen, daß beide Mächte bereits jetzt über eine gemeinsame Einsatzplanung im nuklearstrategischen Bereich sprechen, müssen zur Zeit als verfrüht angesehen werden. Sie könnten erst sehr langfristig als eine Art Sicherung gegen ein mögliches Nachlassen der amerikanischen nuklearen Garantie an Bedeutung gewinnen und hängen sehr stark von der Entwicklung beider Arsenale sowie[13] der Abrüstungsverhandlungen ab. Gegenwärtig führen die Einbindung der briti-

8 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 81.

9 Der Passus „(seit … USA)" wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

10 Premierministerin Thatcher besuchte die UdSSR vom 28. März bis 1. April 1987. Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 5.

11 Premierministerin Thatcher hielt sich am 23. März 1987 in Frankreich auf.

12 Ministerialdirigent von Ploetz notierte am 23. April 1987 für Bundesminister Genscher: „Im Anschluß an ihre Diskussion zu den Implikationen der in Reykjavik erörterten Abrüstungsvorschläge für die Sicherheit Westeuropas während der informellen WEU-Ministertagung in Luxemburg am 13. und 14. November 1986 gaben die Minister einen Bericht in Auftrag, der diese Fragen im einzelnen analysieren sollte." Ploetz legte einen „Zwischenbericht der zu diesem Zweck eingesetzten Sonderarbeitsgruppe der WEU" vor. Dieser gliedere sich in vier Teile: „Abschreckung, Verteidigung und Sicherheit in Europa; Rolle und Perspektiven nuklearer Waffen für die Sicherheit Westeuropas in der Allianz; Rolle und Perspektiven konventioneller Streitkräfte für die Sicherheit Europas; Aussichten für Rüstungskontrolle und europäische Interessen." Weiter notierte Ploetz: „Der französische Vorschlag zur Erarbeitung einer ‚Charta von Prinzipien westeuropäischer Sicherheit' hatte insbesondere in der Schlußphase stärkeren Einfluß auf die Beratungen. I, GB und NL bestanden deshalb nachdrücklich darauf, daß das Papier nicht veröffentlicht werden dürfe, als sich ergab, daß es in Teilen tatsächlich eine grundsätzliche Darstellung gemeinsamer sicherheitspolitischer Überzeugungen enthält." Vgl. VS-Bd. 11914 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

13 Die Wörter „beider Arsenale sowie" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

schen Nuklearstreitmacht in die NATO und die völlig anders geartete Strategie der Franzosen eher dazu, daß sich Konzepte einer gemeinsamen Einsatzplanung nicht harmonisieren lassen.

b) Einer der Vorschläge des SDP[14]-Parteichefs David Owen, britische Trident-U-Boote mit den französischen M5-Raketen auszurüsten, ist von der Regierung als unrealistisch bezeichnet worden, da die Beschaffung aus technologischen und finanziellen Gründen nachteilig wäre und die amerikanischen Raketen früher als die M5 zur Verfügung stehen würden. Sollte es zu einer stärkeren Hinwendung Großbritanniens zu einer deutlicher europäisch orientierten Verteidigungspolitik kommen, könnte jedoch ein Eingehen der britischen Regierung auf andere Vorschläge David Owens (anzustrebende Kooperation in der Zielplanung, Absprachen über die Einsatzgebiete und Modernisierungszyklen der nuklearen Unterseeboote) eine sachliche und finanzielle Logik in sich bergen, auch wenn sie sich derzeit mit den gegenwärtigen britischen Verpflichtungen im Rahmen der NATO nicht harmonisieren lassen.

c) Es besteht Einverständnis, sich über die Probleme der Wartung, Sicherheit und Lagerung von Nuklearwaffen und Probleme der Unfallverhütung auszutauschen.

d) Vorüberlegungen wurden über die Durchführbarkeit französisch-britischer Kooperation (Planung und Produktion) in der Entwicklung ferngelenkter Abstandswaffen (Marschflugkörper) zur Ausrüstung der Royal Air Force in den späten neunziger Jahren angestellt. Eine Ausrüstung der britischen Tornado-Bomber mit nuklearen Marschflugkörpern (französische ASMP[15]-Rakete mit britischen Sprengköpfen) ist erwogen worden. Da derartige Überlegungen jedoch nur ungünstig in die gegenwärtige abrüstungspolitische Landschaft passen, sind beide Regierungen bemüht, eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet herunterzuspielen. Diese Entwicklung muß jedoch langfristig im Auge behalten werden.

e) Bei den Gesprächen der Verteidigungsminister sollen auch Überlegungen zur Intensivierung bestehender Planungen angestellt worden sein, wie französische Streitkräfte an der gemeinsamen konventionellen Verteidigung Europas über den Rahmen der CENTAG[16] hinaus beteiligt werden könnten. Dabei soll die bekannte Planungsidee angesprochen worden sein, das in Nord-Frankreich stationierte 1. Französische Korps unter Vorbehalt der präsidentiellen Zustimmung zur Verstärkung der unter britischem Kommando stehenden Northern Army Group (Rheindahlen) einzusetzen.

C. Das Verhältnis der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit zwischen GB und F zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, in der WEU und in der NATO

1) Die sich entwickelnde britisch-französische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen sollte für die Bundesregierung kein Grund zur Beunruhigung sein, da die Bundesrepublik Deutschland zu beiden Staaten sicherheitspolitische Beziehungen pflegt, die ihrerseits wesentlich enger sind als diejenigen zwischen GB und F. Die neue Bewegung zwischen Paris und London ist als Verstärkung der Seite

14 Social Democratic Party.
15 Air-Sol Moyenne Portée.
16 Central Army Group.

eines Dreiecks zu sehen, die bisher wegen der oben aufgezeigten Schwierigkeiten nicht ausgebaut und belebt worden war. Die Bundesregierung sollte diese Entwicklung begrüßen, da sie wegen der festen Einbindung GBs in die integrierte Bündnisstruktur eine zusätzliche Möglichkeit eröffnet, F näher an diese heranzuführen.

2) GB und F legen, das hat ihr bisheriges Vorgehen auch in der WEU deutlich gemacht, großen Wert darauf, daß D und die übrigen nicht-nuklearen europäischen Partner die britisch-französische Position weiter unterstützen und die Einbeziehung von Drittstaatensystemen in amerikanisch-sowjetische Verhandlungen ablehnen. Uns geht es in Zukunft darum sicherzustellen, daß die Interessen der Bundesrepublik Deutschland als des „Meistbetroffenen" zunehmend berücksichtigt werden, da die Bundesregierung – und dies muß in bilateralen wie multilateralen Gesprächen beiden verdeutlicht werden – die gewünschte politische Unterstützung für diese Systeme nicht dauerhaft lediglich bilateral, sondern nur in einem europäischen Rahmen gewährleisten kann.

Auch wenn die sich entwickelnde enge Abstimmung zwischen GB und F eine Akzentuierung der Sonderstellung beider Staaten als Nuklearmächte mit sich bringt, ist die Entwicklung unter bestimmten Voraussetzungen[17] insgesamt für uns vorteilhaft: Aus ihr können sich Ansatzpunkte ergeben, um die von Einsatzdoktrin und Zielplanung wohl auch künftig nicht voll einzubindenden französischen Nuklearstreitkräfte indirekt besser in einen nuklearen Konsultationsmechanismus einzubeziehen. Dadurch könnte die von der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis, vor allem in der NPG, als „Meistbetroffenem" erwirkte umfassende Mitsprache auch im Verhältnis zu F schrittweise realisiert werden. GB kann dabei eine hilfreiche Rolle spielen. Es ist daher bei unserer intensivierten sicherheitspolitischen Abstimmung mit F unbedingt darauf zu achten, daß die sehr engen sicherheitspolitischen Beziehungen zu GB keine Zurücksetzung erfahren.[18]

3) Diese Entwicklung birgt das Risiko einer Akzentuierung des Unterschieds zwischen den nuklear und den nicht-nuklear bewaffneten Europäern. Unser Interesse an enger Abstimmung darf nicht zu dem Eindruck führen, die Bundesregierung strebe ein französisch-britisch-deutsches Direktorium in Fragen der westeuropäischen Sicherheitspolitik an. Er würde, wie die Reaktionen von I und Benelux in den vergangenen Monaten zeigen, rasch zu einem Aufbrechen des Konsenses unter den Westeuropäern führen, weil es für diese Staaten seit Jahren akzeptabel ist, sich von den USA führen zu lassen, eine Führung durch andere Europäer aber mit dem Selbstverständnis dieser Staaten unvereinbar bleibt.

4) Daraus folgt, daß jede Institutionalisierung eines Dreiecks Paris–London–Bonn vermieden werden sollte, was Ad-hoc-Treffen nicht ausschließt. Vielmehr sollte die Bundesregierung die engere Kooperation zwischen F und GB in der Sicherheitspolitik, auch[19] in nuklearen Fragen, als Basis für eine weitere Euro-

17 Die Wörter „unter bestimmten Voraussetzungen" wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

18 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Vgl. Anm. 3.

19 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „insbesondere".

päisierung insbesondere der französischen Sicherheitspolitik nutzen und in den WEU-Rahmen einmünden lassen[20].
D2A[21] hat mitgezeichnet.

Richthofen

VS-Bd. 13034 (205)

188

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte

29. Juni 1987[1]

Betr.: Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in Griechenland, 23. bis 27. Juni 1987;
Kulturelle Aspekte und Folgerungen

Aus dem Programm des Besuchs, den Gesprächen[2] und Reden[3] des Herrn Bundespräsidenten, den Unterredungen des Herrn Bundesministers[4] und meinen eigenen Gesprächen (u. a. mit dem „Kulturpersonal" in Athen und Saloniki sowie mit den Vertretern der politischen Stiftungen) ist festzuhalten:

20 Die Wörter „in den WEU-Rahmen einmünden lassen" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist sicher die reine Lehre, aber ob wir auf Dauer um eine stärkere Profilierung des Dreiecks D – F – GB herumkommen, darf zumindest gefragt werden."
21 Josef Holik.

1 Durchdruck.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 2. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kuhna verfügte.
Hat Kuhna am 7. Juli 1987 vorgelegen.

2 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker führte u. a. am 24. Juni 1987 in Athen ein Gespräch mit Ministerpräsident Papandreou. Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, berichtete am 29. Juni 1987, zentrale Themen seien die Europapolitik, die griechisch-türkischen Beziehungen sowie die Politik und Persönlichkeit des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gewesen. Papandreou zufolge sei „Gorbatschow offensichtlich im Begriff, eine friedliche Revolution von enormer Tragweite durchzuführen. Seine jüngsten Versuche, sogar zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückzukehren, seien für ein von oben bis unten staatlich gelenktes und in Planwirtschaft erstarrtes Wirtschaftssystem wie das sowjetische bemerkenswert. Sicher sei er grundsätzlich ‚a man of peace', aber die Erinnerung an 20 Mio. Tote im letzten Krieg mache ihn vorsichtig, solange er die erhofften Abrüstungsfortschritte nicht zu erreichen vermöge. Denn wenn er solche nicht einleuchtend vorweisen könne, werde er Probleme mit seinem Militär bekommen. Und wenn seine innen- und wirtschaftspolitischen Reformen nicht greifen, werde er ebensolche Probleme mit der Bürokratie bekommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 643; Referat 203, Bd. 150970.

3 Vgl. die Ansprachen des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker beim Empfang im Präsidentenpalast in Athen am 23. Juni 1987 sowie beim Besuch der Gedenkstätte Kaessariani am 24. Juni 1987; BULLETIN 1987, S. 573–575.

4 Bundesminister Genscher traf zu Gesprächen u. a. mit dem griechischen Außenminister Papoulias zusammen. Im Gespräch am 23. Juni 1987 in Athen beurteilte Papoulias die deutsch-griechischen Beziehungen „als sehr positiv. Auf die Rüstungszusammenarbeit eingehend, meinte AM, Griechenland habe keine Bedenken gegen unsere traditionelle Rüstungshilfe an die Türkei, müsse aber nachdrücklich für die Wahrung des Gleichgewichts zwischen Griechenland und der Türkei eintreten.

1) Zum Programm des Besuchs

Der starke kulturelle und menschliche Anteil von der Archäologie (Akropolis, Museum Samos, Saloniki) über modernes Theater (Pina Bausch) bis zu den Rückkehrergesprächen des Bundespräsidenten unterstrich das Gewicht der humanen und kulturellen Fragen im bilateralen Verhältnis. Mit der Kulturministerin Mercouri sprachen Präsident und Minister. Besuche der Schulen waren wegen der Ferienzeit nicht sinnvoll; eines der beiden sehr angesehenen Goethe-Institute[5] wäre eine weitere Bereicherung des Programms gewesen. Daß mit der Aufführung von Pina Bausch ein betont moderner Akzent gesetzt wurde, erwies sich angesichts des Untergewichts der „klassischen" Bezüge trotz mancher Kritik beim Staatsbesuchspublikum als richtig, erst recht beim triumphalen Erfolg von Pina Bauschs „Sacre du Printemps" am nächsten Tag im Rahmen der Athener Festspiele. Das Deutsche Archäologische Institut sah sich durch positive Würdigung in den Reden des Staatspräsidenten Sartzetakis, des Premierministers Papandreou und der Kulturministerin Mercouri besonders geehrt.

2) Akzente des Bundespräsidenten und des Bundesministers

Neben den Europafragen, deren kulturelle Aspekte BM Genscher erörterte, und dem griechisch-türkischen Konflikt hob der Bundespräsident in allen Gesprächen, Reden und Pressekonferenzen die Rolle der deutschen Sprache und die Probleme der Deutschland-Rückkehrer als im bilateralen Verhältnis besonders wichtige offene Fragen hervor. In der vom Türkei-Trauma besessenen griechischen Presse erschien beides freilich nur als Randthema, während das deutsche Presseecho diesen Themen gehörigen Raum gab. Die politischen Gesprächspartner hörten jedenfalls zu; Papandreou war etwa das Gewicht der Rückkehrerfrage bis dahin wohl nie nahegebracht worden. Darauf läßt sich nun aufbauen.

3) Deutschland-Rückkehrer[6]

In allen Gesprächen mit Rückkehrern und deutschen Fachleuten (besonders wichtig: Prof. Hopf vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin) standen zwei Problemfelder im Vordergrund:

a) die soziale Beratung der Rückkehrer,

b) die schulische Versorgung ihrer Kinder.

Zu a) Die vom Diakonischen Werk der EKD zusammen mit der orthodoxen Kirche in Saloniki und Athen unterhaltenen Beratungsstellen (Schwerpunkt: Rentenversicherung) sind überlastet. Ihre personelle Verstärkung ist dringlich. Der Bundespräsident wird dazu auf meinen Vorschlag an Bundesarbeitsminister Blüm schreiben; AA muß dann tätig werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 950

Hierauf wolle er besonders hinweisen. Namentlich die Lieferung der Kampfpanzer Leo 1 und der 34 F-104 würde, sofern sie zustande komme, eine empfindliche Störung des Gleichgewichts darstellen." Genscher machte deutlich, daß die Überlegungen der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen seien. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 150970.

5 Die Bundesrepublik unterhielt Goethe-Institute in Athen und Thessaloniki.

6 Referat 203 notierte am 1. Juni 1987: „Etwa 700 000 Rückwanderer, knapp 10 % der griechischen Bevölkerung, sind nach langjährigem Aufenthalt bei uns nach Griechenland zurückgekehrt. Über 18 000 Griechen, davon 400 Hochschullehrer, haben bei uns studiert." Vgl. Referat 203, Bd. 150970.

Zu b) Die Schulprobleme der Rückkehrerkinder waren Hauptthema meiner Gespräche in Saloniki. Die beiden deutschen Schulen können in ihrer jetzigen Verfassung nicht viel helfen; eine bei Saloniki gegründete „Rückkehrerschule" betreibt einseitig nur Reintegration. Dringend nötig ist ein – bisher auf beiden Seiten nicht vorhandenes – pädagogisches Konzept, das Reintegration und Pflege des Deutschlandbezugs (Sprache!) miteinander verbindet, etwa durch deutschsprachigen Ergänzungsunterricht an griechischen Schulen und die Gründung besonderer Zweige für Rückkehrerkinder an den deutschen Schulen. Hierzu ist eine politische Entscheidung auf griechischer Seite herbeizuführen. Botschaft Athen und GK Saloniki sollten hierzu in Absprache mit dem Goethe-Institut (PV[7]!) bald Vorschläge machen. Ich habe im deutschen Kreis auf das Beispiel Türkei (80 deutsche Lehrer für Anadolu-Schulen) hingewiesen und entsprechenden Beitrag des AA für Griechenland in Aussicht gestellt. Auch unter dem Gesichtspunkt der politischen Gleichbehandlung ist ein Lehrer-Programm auch für Griechenland wünschenswert.

4) Deutsche Sprache in Griechenland

Griechenland gehört zu den nicht zahlreichen Ländern, in denen ein beträchtlicher Teil der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Führungsschicht eng mit Deutschland und der deutschen Sprache verbunden ist, traditionell durch Studium. Dazu trägt bei, daß das griechische Rechtssystem ganz überwiegend aus Deutschland übernommen wurde und Deutsche bei der Erforschung des klassischen Griechenlands bis heute führend sind. Daß die deutsche Sprache praktisch keinen Platz im griechischen öffentlichen Schulsystem hat und daher auch die erst in den letzten Jahrzehnten eingeführte Hochschulgermanistik Probleme hat, ist absurd – dies um so mehr, als demnächst jeder zehnte in der Heimat lebende Grieche Rückkehrer aus Deutschland sein wird. Die anerkennenswerte Tätigkeit der privaten Sprachschulen (Frondisterien) ist kein Ersatz für einen angemessenen Stellenwert des Deutschen im Schulsystem. Das läßt sich nur ändern, wenn an den griechischen Lyzeen nicht mehr nur eine, sondern zwei Fremdsprachen gelehrt werden. Als Erstsprache hat Deutsch keine Chance; auch das Französische weicht zunehmend dem Englischen. Also muß erreicht werden, daß

a) zwei Fremdsprachen gelernt werden müssen und

b) das Deutsche dann als Wahlpflichtfach gilt.

Dies ist nur durch politischen Kraftakt zu erreichen angesichts einer verknöcherten Erziehungsbürokratie und der Notwendigkeit, zugunsten der zweiten Fremdsprache mehrere Wochenstunden aus anderen Fächern zu gewinnen. Einen solchen Kraftakt bringen Bundesregierung, Deutschlehrer und interessierte Eltern allein nicht zustande, sondern nur eine einflußreiche griechische Lobby aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Publizistik. Ich habe Botschaft und GI[8] um Vorschläge dazu gebeten, wie sie geschaffen werden kann. Hilfreich könnte sein, daß auch Frankreich jetzt am Zwei-Sprachen-Standard interessiert sein muß.

7 Pädagogische Verbindungsstelle.
8 Goethe-Institut.

5) Griechische Sprache, Literatur und Kultur bei uns

Unsere gute kulturpolitische Stellung im Lande, die wesentlich auf dem hohen Ansehen der deutschen Hochschulen und der im Lande tätigen Institutionen (DAI[9], Schulen, GI) beruht, wird angesichts des starken griechischen Nationalismus auf die Dauer nur haltbar sein, wenn die zugunsten der Griechen bestehende Asymmetrie des Kulturaustauschs so weit wie möglich aufgehoben wird. Die Pflege des Altgriechischen an unseren Schulen und Hochschulen hilft da nicht, eher im Gegenteil. Es geht darum,

a) die Lehre neugriechischer Sprache und Literatur an unseren Hochschulen (bisher drei Lehrstühle gegenüber 25 altgriechischen) auszubauen, und zwar sowohl durch Realisierung des Berliner Institutsprojekts in der alten griechischen Botschaft[10] (private deutsche Sponsoren – z.B. Siemens!) als auch durch Anerkennung der neugriechischen Sprache bei Lehramtsprüfungen (Frau Mathiopoulos/ Bonn fragen);

b) die Übersetzung und Publikation neugriechischer Literatur zu fördern durch gemeinsame Tagungen (von GI Athen geplant) und finanzielle Unterstützung entsprechend dem „Drittwelt-Programm“;

c) zu prüfen, ob das AA sich im Einzelfall an den nach internationaler Regel vom Gastland zu tragenden örtlichen Kosten von griechischen Ausstellungen und Gastspielen bei uns beteiligen kann.

6) Politische Stiftungen

Die in Griechenland tätigen drei Stiftungen (FES, KAS, FNS[11]) leisten nach meinem Eindruck gute und akzeptierte Arbeit. FES und KAS tragen auch dazu bei, daß die Beziehungen zwischen den entsprechenden Parteien in beiden Ländern enger werden. Vor allem die KAS muß allerdings mehr noch als bisher darauf bedacht sein, sich nicht innenpolitisch instrumentalisieren zu lassen, etwa gar für parteiinternen Streit. Die Stiftungen haben erheblichen Anteil an der Stabilisierung der griechischen Demokratie seit 1974[12]. Auch deshalb können sie, wie das die FNS schon tut, auf größere Distanz zu den Parteien gehen mit dem Ziel,

a) demokratische gesellschaftliche Strukturen aufbauen zu helfen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Wirtschaft, Medien, kommunale Selbstverwaltung etc.), damit mehr demokratischen Konsens, an dem es im Lande durchweg fehlt;

b) den immer noch langen Weg Griechenlands nach Europa fördernd zu begleiten.

Ein „Strategiegespräch“ mit den Zentralen und dem BMZ empfiehlt sich. Zu klären ist dabei auch, wann die Förderzuständigkeit für Griechenland vom BMZ

9 Deutsches Archäologisches Institut.

10 In einem Gesprächsführungsvorschlag des Referats 203 vom 1. Juni 1987 wurde festgehalten: „Falls griechische Seite Aufbau des ehemaligen Botschaftsgebäudes in Berlin und seine Nutzung als griechisches Kulturzentrum und die Errichtung eines Lehrstuhls für Neu-Griechisch anspricht (so Vorschlag von Kulturministerin Mercouri im Januar 1987)“, könnte geantwortet werden: „Wiederaufbau würde von Stadt Berlin begrüßt. Griechische Seite müßte allerdings angemessenen Kostenanteil tragen. Von Frau Mercouri gemachter Vorschlag wird zur Zeit geprüft.“ Vgl. Referat 203, Bd. 150970.

11 Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung.

12 In der Nacht vom 20. zum 21. April 1967 kam es in Griechenland zu einem Putsch der Armee. Die Phase der Militärregierungen endete mit dem Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Androutsopoulos am 23. Juli 1974 und der Bildung einer neuen Regierung der nationalen Einheit unter dem aus dem Exil zurückgekehrten ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis am folgenden Tag.

auf das AA übergeht, wie das dem Status eines EG-Mitglieds entspricht (so auch für Spanien und Portugal!).

7) Statusfragen[13]

Der durch jahrzehntelange „Grauzonentaktik" unklar gebliebene Status unserer Institutionen und des entsandten Personals war erwartungsgemäß Schwerpunktthema der Gespräche mit dem „Kulturpersonal". Die Entscheidung, in den derzeit vor allem umstrittenen Fragen (Zoll für importierte Autos, Mehrwertsteuer auf Umzugsgut) aus Bundesmitteln im Einzelfall zunächst in Vorlage zu treten, hat die akute Lage merklich entspannt und wurde dankbar entgegengenommen. Doch löst sie das Grundproblem nicht: den Abschluß einer befriedigenden Regierungsvereinbarung über die Statusfragen, die seit Jahren ergebnislos verhandelt wird. Auch wenn die Mehrwertsteuerfrage, wie versprochen, durch griechischen Regierungserlaß gelöst wird, bleibt diese Vereinbarung dringlich, schon um zu verhindern, daß sich der griechische Fiskus ständig auf Kosten des deutschen Steuerzahlers bereichert.

Wir sollten so rasch wie möglich die Verhandlungen wieder aufnehmen und zuvor beschleunigt klären, welche griechischen Regelungen gegen EG-Recht verstoßen. Unter dem Druck einer Ankündigung, EG-Kommission oder Europäischen Gerichtshof gegen die griechische Regierung anzurufen, wird es leichter sein, Zugeständnisse zu erhalten. In die Verhandlungen sollten auch die Lehrgenehmigungen für die Deutschlektoren des DAAD (Saloniki) einbezogen werden, obgleich es mir nicht einleuchtet, daß wir den „Bestand" der Lektoren eisern verteidigen, obwohl es inzwischen ausgebildete griechische Germanisten gibt, und mir die völlig regelwidrige Vollbezahlung der Athener Lektoren überhaupt nicht verständlich ist. Zu diesen beiden Punkten bitte ich um kritische Nachprüfung.

Hilfreich wäre es, wenn es gelänge, als „Gegenleistung" die Wiedereröffnung der griechischen Privatschule in Frankfurt/Main zu erreichen; ich bitte dazu um Briefentwurf an Kultusminister Wagner mit Kopie für Wissenschaftsminister Gerhardt. Hinweis: Die neue hessische Regierung[14] ist privatschulfreundlicher als die frühere![15]

13 Botschaftsrat I. Klasse Ackermann, Athen, informierte am 21. Mai 1987: „Vertraglicher Rahmen der bilateralen Kulturbeziehungen ist das d[eu]t[sch]-grie[chische] Kulturabkommen vom 17.5.1956, das die Wiedereröffnung der beiden deutschen Schulen in Athen und Saloniki sowie die Eröffnung der Zweigstellen des Goethe-Instituts in Athen (mit Nebenstellen in Patras und Chania/Kreta) und Saloniki ermöglichte. Die letzte Sitzung der darin vorgesehenen ständigen gemischten Kommission hat Anfang Dezember 1986 in Athen stattgefunden und verlief insgesamt positiv. Im Bereich des Status des Kulturpersonals treten allerdings nach wie vor Probleme auf. Dieser Status ist vertraglich nicht ausreichend abgesichert und bietet nur ungenügenden Schutz gegen die seit Regierungsantritt der PASOK 1981 verstärkt auftretende Tendenz staatlicher Stellen, die in GRI tätigen ausländischen kulturellen Institutionen einer engen, teilweise bürokratischen und unflexiblen Kontrolle zu unterwerfen. Dies hat zur Folge, daß bei zahlreichen, oft trivialen Anlässen interveniert werden muß, um einen jahrelang gewährten Status zumindest zu bewahren. Im Falle einer 1985 erlassenen Verordnung über die Befreiung ausländischen Kulturpersonals von der Kfz-Einfuhrsteuer ist dies nicht gelungen. Diese Verordnung macht eine rational nicht nachvollziehbare Ausnahme für solche Personen, die mit einem grie. Ehepartner verheiratet sind". Vgl. den Drahtbericht Nr. 449; Referat 203, Bd. 150970.

14 Nach den vorgezogenen Wahlen zum hessischen Landtag am 5. April 1987 wurde eine Koalition aus CDU und FDP unter Ministerpräsident Wallmann (CDU) gebildet. Zuvor hatten SPD und Grüne unter Ministerpräsident Börner (SPD) regiert.

15 Vortragende Legationsrätin Peters vermerkte am 16. Juli 1987: „Referat 612 rät davon ab, dem hessischen Kultusminister wegen der Frankfurter Ergänzungsschule zu schreiben, weil negative

8) Europäische Kulturpolitik

a) Kulturministerin Mercouri hat in ihren Gesprächen mit Präsident, Minister und mir den Vorschlag wiederholt, die „Europäische Stadt der Kultur" für Teilnehmer aus den Staaten des Warschauer Pakts zu öffnen. Wir haben zugestimmt. Ich bitte zu klären, was AA tun kann, um die schon laufenden entsprechenden Bemühungen des Berliner Senats für 1988 zu unterstützen und das gleiche für 1989 in Paris anhängig zu machen.[16]

b) Nicht zugestimmt hat BM dagegen dem Vorschlag von Frau Mercouri, ein großes Ost-West-Kulturtreffen mit Reagan und Gorbatschow zu halten, wohl in Athen.[17] Wir haben statt dessen auf den im KSZE-Folgetreffen von uns unterstützten polnischen Vorschlag einer Kulturtagung in Krakau[18] hingewiesen.

c) Frau Mercouri war lebhaft an einer Deutschland-Einladung interessiert. Ich habe angeregt, ein „Vortreffen" der bisherigen Veranstalter der Kulturhauptstadt (Athen, Florenz, Amsterdam) mit dem Berliner Senat im Herbst dieses Jahres zu veranstalten. Bitte dazu Briefentwurf an Senator Hassemer nach Klärung der Kostenfrage.

Fortsetzung Fußnote von Seite 954

Antwort aus folgenden Gründen vorprogrammiert ist: 1) Es handelt sich nicht um Privatschul-Freundlichkeit oder -Unfreundlichkeit der jeweiligen hessischen Landesregierung, sondern um ein Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtshofs in Kassel von 1985: Bis in die letzte Instanz sind Klagen griech[ischer] Eltern auf Erfüllung der deutschen Schulpflicht in der griech. Ergänzungsschule anstelle staatlicher deutscher Schulen abgewiesen worden. Es besteht rechtlich keine Möglichkeit, generell griech. Kinder in diese griech. Ergänzungsschule aufzunehmen. 2) Es trifft nicht zu, daß die Schule aufgelöst wurde. GRI stellt es jedoch gerne so dar. […] 3) Mit Schreiben vom 13.1.1983 hat BM Genscher den hessischen Kultusminister in dessen Haltung (Integration der ausländischen Schüler in das deutsche Schulsystem) bestärkt […]. 4) Wir stünden nicht gut da, wenn Hessen uns diesen Brief vorhalten und sich darüber verwundert zeigen würde, daß wir uns nach und trotz inzwischen ergangenem höchstverwaltungsrichterlichen Spruch in entgegengesetzter Richtung engagieren." Vgl. B 93 (Referat 612), Bd. 1365.

16 Ministerialdirektor Witte informierte am 31. Juli 1987: „Die Festspiele ‚Europäische Stadt der Kultur' werden laut Beschluß der im Rat vereinigten, für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten jährlich in einer Stadt eines der EG-Länder veranstaltet, um den Teilnehmern die kulturelle Einheit Europas näherzubringen. Die Reihe eröffnete 1985 Athen, es folgte 1986 Florenz; 1987 ist Amsterdam, 1988 Berlin, 1989 Paris und 1990 Glasgow Gastgeber. Es entspricht dem Leitgedanken der Veranstaltung, den Kreis der teilnehmenden Länder möglichst weit zu fassen, also weiter als die Zwölf, weiter aber auch als die 24 Länder der Kulturkonvention des Europarats. Dies wurde auch bisher so praktiziert; nur Teilnehmer aus Ländern des WP waren bisher noch nicht zu verzeichnen […]. Berlin beabsichtigt, für 1988 durch direkte Kontakte zu Museen, Bühnen, Orchestern etc. auch in WP-Ländern Interesse an einer Beteiligung zu wecken. Das Auswärtige Amt hat dem Senat finanzielle Hilfe zugesagt; nach außen ist wegen der Berlin-Problematik bei der Unterstützung dieser Werbung allerdings besondere Vorsicht geboten. Wenn dies ohne negative Rückwirkung möglich ist, sollten wir die Berliner Bemühungen im Gastland unterstützen." Vgl. den Runderlaß; Referat 210, Bd. 145229.

17 Bundesminister Genscher traf am 24. Juni 1987 in Athen mit der griechischen Kulturministerin Mercouri zusammen. Botschaftsrat I. Klasse Ackermann, Athen, berichtete am 25. Juni 1987, Mercouri habe um Unterstützung für ihren Plan gebeten, ein „Gipfeltreffen Reagan/Gorbatschow über kulturelle Fragen in Europa" zu organisieren: „In der jetzigen Zeit, in der das Interesse an kulturellen Fragen stärker als in der Vergangenheit sei, könnte ein solches Treffen große Signalwirkung entfalten. Wenn BM persönlich sich hierfür einsetze, sehe sie die Möglichkeit, ihre Idee evtl. als gemeinsame deutsch-grie[chische] Initiative in die Tat umzusetzen. BM wandte ein, daß die kulturelle Identität Europas nicht von einem sowj[etisch]-amerik[anischen] Treffen abhänge. Es frage sich, ob man nicht zunächst auf dem Weg weiterschreiten solle, das Festival ‚Kulturelle Hauptstadt Europas' allen europ[äischen] Staaten und evtl. später auch anderen Ländern zu öffnen. Dabei könne man vielleicht einen amerikanisch-sowjetischen Aspekt einschließen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 639; Referat 203, Bd. 150970.

18 Zum polnischen Vorschlag vom 17. Dezember 1986 für ein Symposium über das kulturelle Erbe der KSZE-Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 106, Anm. 18.

9) Botschaft Athen und Generalkonsulat Saloniki sind im Kulturbereich überaus lebhaft und mit gutem Erfolg tätig. Zwischen ihnen und unseren kulturellen Institutionen sowie dem übrigen „Kulturpersonal“ herrscht harmonische Zusammenarbeit. Wieder einmal zeigte es sich, daß die streitige Diskussion um bestimmte Grundsätze der Auswärtigen Kulturpolitik an der „Basis“ nicht stattfindet, weil sie nicht stattzufinden braucht. Dieser Eindruck gehört zu den positivsten Aspekten des Besuchs in Griechenland.

10) Weiteres Verfahren

Ich bitte Referat 610, für die rasche Ausführung der in dieser Aufzeichnung enthaltenen Hinweise und Weisungen durch die jeweils zuständige Arbeitseinheit Sorge zu tragen, zunächst durch Verteilung an alle in Frage kommenden Referate der Abteilung 6.

gez. Witte

Referat 203, Bd. 150970

189

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel

30. Juni 1987[1]

Bei dem Gespräch[2] waren anwesend auf französischer Seite: M. Attali, Mme. Guigou, Mme. Stoffaës als Dolmetscherin; auf deutscher Seite: MD Teltschik, MDg Dr. Neuer, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* stellte einleitend fest, bei den Gesprächen in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni 1987 seien die Landwirtschaftsminister[3] weitergekommen.

Präsident *Mitterrand* stimmte zu. Minister Guillaume habe ihm berichtet, daß bezüglich des Grenzausgleichs Fortschritte gemacht worden seien. Dies gelte auch für die Preise und die übrigen offenen Fragen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, die Minister müßten heute früh noch weiterarbeiten. Es sei sein Eindruck, daß die im nächsten Jahr in Frankreich bevorstehen-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 3. Juli 1987 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“
Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] GL 21 z[ur] K[enntnisnahme], dann z[u] d[en] A[kten].“
Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 6. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte und um Wiedervorlage für 1. September 1987 bat.
Hat Bitterlich am 6. Juli 1987 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich anläßlich der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel auf. Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 193.

3 François Guillaume (Frankreich) und Ignaz Kiechle (Bundesrepublik).

den Ereignisse die Verhandlungen schwieriger gestalteten. Er selbst habe in der Koalition die Landwirtschaftsfragen besprochen und festgestellt, daß man diese Frage jetzt lösen müsse. Man müsse möglichst viel gemeinsam mit Frankreich zusammen machen. Dies sei der einzig vernünftige Weg in die Zukunft. Das Problem sei für uns, daß wir eine wichtige Landtagswahl vor uns hätten.[4] Im Augenblick gebe es im Bundesrat eine Mehrheit der von der CDU und der FDP geführten Länder. Für die Europapolitik sei dies entscheidend. Deshalb sei das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein besonders wichtig. Jetzt sei es ganz entscheidend, Fortschritte auf dem Weg zum gemeinsamen Binnenmarkt zu machen.

Der *Präsident* machte Ausführungen zu den Schwierigkeiten, die in den landwirtschaftlichen Fragen zwischen Deutschland und Frankreich bestehen. Er glaube nicht, daß die bevorstehende Präsidentschaftswahl in Frankreich[5] großes Gewicht hierfür habe. Allerdings wolle er nicht abstreiten, daß dem doch eine gewisse Bedeutung zukomme. Welche jedoch nach den Präsidentschaftswahlen die französische Regierung sein werde, könne keine weniger hart sein in der Frage der Währungsausgleichsbeträge, wie sie in Fontainebleau[6] beschlossen worden seien, und der Festlegung der Agrarpreise[7]. Für beide Probleme müsse heute eine Lösung gefunden werden. Dies sei für das Verhältnis Deutschland/Frankreich von größter Bedeutung. Es bleibe dann noch das Problem der pflanzlichen Öle und Fette.[8] Dies werde sicherlich nicht gelöst werden. Es sei dies aber kein deutsch-französisches Problem. Das Scheitern des Gipfels, das sich abzeichne, dürfe nicht aufgrund eines deutsch-französischen Gegensatzes in den Landwirtschaftsfragen erfolgen. Dies um so weniger, als heute ohnehin kein Ergebnis erzielt werden könne. Möglicherweise werde deshalb auch die erzielte deutsch-französische Übereinstimmung über die Preise und den Währungsausgleich nicht zum Tragen kommen. Wichtig sei es jedoch, daß Deutschland und Frankreich nicht die Verantwortung für das Scheitern trügen. Wäre dies der Fall, könnte dies starke negative Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben. Leider treffe es zu, daß zur Zeit die am wenigsten europäisch gesonnene Regierung seit 25 Jahren in Frankreich an der Macht sei. Es sollte ihr nicht zuviel Gelegenheit gegeben werden, diese Rolle zu spielen. Besser sei es auf jeden Fall, wenn der Gipfel an der Frage der Fettsteuer scheitere. Dies sei kein deutsch-französisches Problem. Vielleicht werde er auch an den Forderungen von PM Thatcher scheitern. Sie habe nicht viel versöhnlichen Geist gezeigt. Er sei jedenfalls nicht bereit hinzunehmen, daß das Scheitern auf einem deutsch-französischen Gegensatz beruhe. Er wolle den Rat geben, ein vorläufiges Arrangement bezüglich der Währungsausgleichsbeträge und der Preise zu treffen. Vorläufig deswegen, weil eine Gesamtübereinkunft heute wohl nicht zu erzielen sei, was er bedauere. Die Frage der pflanzlichen Öle und Fette könne man, ohne daß dies Auswirkungen auf das deutsch-

4 Zu den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag am 13. September 1987 vgl. Dok. 246, Anm. 3.

5 Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

7 Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Agrarprodukte sowie zu ihren Vorschlägen im agrimonetären Bereich vgl. Dok. 69, Anm. 13.

8 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

französische Verhältnis haben werde, angehen. Der Standpunkt Großbritanniens und Dänemarks sei sehr viel härter. Es sei nicht notwendig, daß Deutschland hier in den Vordergrund trete. Er wolle noch über etwas anderes sprechen als über wirtschaftliche Probleme. Die Zeit für das Delors-Paket[9] sei noch nicht reif.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, er sehe die Lage ähnlich. Man könne aber evtl. doch weiter in Richtung der Vorstellungen von Delors gehen. Er wolle hier als Beispiel den Zeitplan nennen. Ab 1.1.1989 sei gestern ein neues System der Finanzierung vorgeschlagen worden.[10] Jetzt habe Dänemark den Vorsitz.[11] Dort fänden Anfang Oktober Wahlen statt.[12] Im Parlament gebe es keine proeuropäische Mehrheit. Schlüter habe nicht viel Bewegungsspielraum. Man könne den Delors-Vorschlag jetzt diskutieren und in einem Jahr verabschieden. Dann könnte zum 1.1.1989 das neue Finanzierungssystem angewendet werden. Dabei müsse man die Frage des Strukturfonds positiv im Auge behalten. Sonst werde der Binnenmarkt 1992[13] nicht hergestellt sein. Es sei falsch, jetzt schon eine Verdoppelung festzulegen. Man müsse die Erhöhung vielmehr stufenweise festlegen.

Präsident *Mitterrand* erklärte, die Regierung Chirac werde sich heute ablehnend verhalten, wenn sie in den landwirtschaftlichen Fragen keinen Erfolg habe. Sie habe Interesse daran, als Verteidiger der französischen Landwirtschaft zu erscheinen. Er glaube nicht, daß über alle Fragen Einigkeit erzielt werden könne. Deshalb sehe er auch Schwierigkeiten in anderen Bereichen, wie z. B. beim Finanzierungssystem. Diese Frage dürfe im übrigen nicht den Finanzministern überlassen werden. Sie müsse politisch behandelt werden. Er sei der Meinung, daß in jedem Fall im nächsten Jahr die führenden französischen Politiker europäischer sein würden als jetzt. Die Pro-Europa-Mehrheit werde größer sein. Delors sollte beauftragt werden, auf der Grundlage dessen, was er bereits vorgeschlagen habe, nochmals die Dinge aufzubereiten. Man müsse Zeit gewinnen.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, sein Ziel für heute sei, daß eine ganz beachtliche Anstrengung unternommen werde, um die deutsch-französische Konfrontation im Landwirtschaftsbereich verschwinden zu lassen oder zumindest zu verringern.

9 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

10 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen vom 13. Juli 1987 wurde ausgeführt: „Der ER vom 29./30. Juni hat in seine Schlußfolgerungen folgenden Passus aufgenommen: ‚Das Finanzierungssystem müßte, wie von der Kommission vorgeschlagen, die Proportionalität der Beiträge entsprechend dem relativen Wohlstand der Mitgliedstaaten besser berücksichtigen.'" Die „Einführung des BSP/BIP-Elements in das Finanzierungssystem der Gemeinschaft" sei aber von folgenden Voraussetzungen abhängig: „Berechnung des BSP/BIP muß in allen Mitgliedstaaten qualitativ wie quantitativ alle relevanten wirtschaftlichen Vorgänge auf vergleichbare Art und Weise wiedergeben. Nachträgliche Korrekturen müssen in jedem Fall bis zu einem Zeitpunkt möglich sein, zu dem verläßliche Daten über die BSP/BIP-Berechnung in allen Mitgliedstaaten vorliegen. Das Abführungssystem muß nach einheitlichen, verbindlichen Maßstäben nachprüfbar und praktikabel sein, wobei Manipulationsmöglichkeiten weitgehend ausgeschlossen sein sollten." Vgl. Referat 412, Bd. 168703.

11 Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

12 In Dänemark fanden am 8. September 1987 vorgezogene Parlamentswahlen statt.

13 Vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

Wenn ein Scheitern wegen der Fettsteuer erfolge, sei dies ein allgemeines Scheitern, das nicht durch einen Gegensatz Deutschland/Frankreich verursacht sei. Der Präsident stellte die Frage, ob der Bundeskanzler noch etwas ansprechen wolle.

Der Bundeskanzler führte aus, man müsse bald über die militärische Zusammenarbeit sprechen. In der Bundesrepublik Deutschland habe dieser Punkt ein großes Echo gefunden.[14] Er glaube, es sei ein guter Weg. Der Bundeskanzler schlug vor, daß MD Teltschik zusammen mit Herrn Attali ein Modell erarbeite.[15] Er glaube, das Datum März/April 1988 sei hier auch hilfreich. Er halte die positive Reaktion in Frankreich für sehr interessant.

Der *Präsident* stimmte dem zu, bemerkte jedoch, in der Partei von Chirac sei die Reaktion auch negativ gewesen, und nannte als Beispiel Debré und Messmer. Chirac werde hier kein Risiko eingehen. Er selbst könne dies, da er die Kompetenzen habe. Man müsse diese Frage ernsthaft prüfen.

Der *Bundeskanzler* schlug vor, mit den Vorbereitungen jetzt anzufangen. Der *Präsident* fuhr fort, Chirac habe sich in der letzten Erklärung sehr zurückgehalten.[16] Er habe zwar nicht gesagt, daß er dagegen sei, jedoch bemerkt, die Frage sei schwierig. Jedenfalls sei er nicht enthusiastisch. Ab Mai 1988 werde sich die französische Politik unabhängig vom Ausgang der Wahl ändern. Sie werde in jedem Fall europäischer sein. Die Linke sei europäisch, mehr als die Hälfte der jetzigen Mehrheit auch. Am 24. September 1987 werde man sich bei dem Manöver wiedertreffen.[17] Vielleicht werde es Gelegenheit geben, dort eine Erklärung abzugeben. Dies müsse jedoch noch überlegt werden.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Überlegung als guten Gedanken.

Der *Präsident* betonte abschließend, daß er mit der französischen Regierung der gleichen Auffassung sei bezüglich der Getreidepreise und der Währungsausgleichsbeträge. Das gute bestehende Klima und die Übereinkunft entlaste das Verhältnis Deutschland/Frankreich.[18]

Das Gespräch endete nach ca. 45 Minuten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

14 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

15 Vgl. die deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 24. Juli 1987; Dok. 223.

16 Ministerpräsident Chirac äußerte sich u.a. in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade: „Depuis 1954, les choses ont bien changé. Nous pensons que le renforcement de la coopération entre la France et l'Allemagne dans le domaine de la sécurité jouera un rôle décisif dans l'émergence d'une véritable défense européenne. C'est pourquoi nous avons accueilli avec intérêt et sympathie l'initiative du chancelier Kohl concernant une éventuelle brigade franco-allemande.“ Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Mai/Juni), S. 184.

17 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“, die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

18 Zur „Verabschiedung des Agrarpreispaketes 1987/88 im Agrarrat am 1. Juli 1987“ vermerkte Ministerialdirektor Jelonek am 2. Juli 1987: „Daß das Agrarpreispaket 1987/88 trotz unserer völligen Isolierung beim Währungsausgleich und bei den Agrarpreisen während der fünfmonatigen Verhandlungen unmittelbar nach dem ER ‚über Nacht‘ am 1.7.87 beschlossen werden konnte, ist hauptsächlich auf die am Rande des ER auf höchster Ebene (BK/BM) mit F erreichte deutsch-französische Verständigung zum Währungsausgleich zurückzuführen. Daß diese D-F-Einigung sowohl im ER als auch im Agrarrat widerspruchslos von den anderen MS und der KOM übernommen wurde und weitere Abmilderungen der Preissenkungen bei Getreide und Raps erreicht wurden, wurde dank unserer vom

190

Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem österreichischen Sonderbotschafter Molden

30. Juni 1987[1]

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM Dr. Schäuble, VLR I Dr. Hartmann als Notetaker; Teilnehmer auf österreichischer Seite: Sonderbotschafter Prof. Fritz Molden, Botschafter Bauer.

Botschafter *Bauer* dankt BM Schäuble dafür, daß er Prof. Fritz Molden zu einem Gespräch empfängt, und weist darauf hin, daß dieser im Auftrag des österreichischen Außenministers Mock spreche.

Prof. *Molden* erklärt, er habe den Auftrag, den befreundeten Regierungen die Position der österreichischen Regierung im „Fall Waldheim" zu verdeutlichen.[2] Er sei sich darüber im klaren, daß eine derartige Aufklärung in der Bundesrepublik Deutschland am wenigsten notwendig sei. Im übrigen spreche er nicht nur mit Vertretern der Regierung, sondern auch mit Parlamentariern und Journalisten.

Die Vorwürfe gegen Bundespräsident Waldheim ließen sich in vier Kategorien zusammenfassen:

– Waldheim habe NS-Organisationen angehört, sei mithin „Nazi" gewesen;
– er habe insbesondere in seiner Dissertation[3] NS-Gedankengut verbreitet;

Fortsetzung Fußnote von Seite 959

BM vorher in der Bundesregierung durchgesetzten Offensivstrategie möglich. Durch unsere bereits im Außenminister-Konklave vor dem ER signalisierte Bereitschaft, mehr zugunsten der ärmeren MS zu tun, kamen wir noch rechtzeitig aus der Isolierung und wurden von diesen MS beim Währungsausgleich und den Agrarpreisen unterstützt. […] Mit der Verfahrenslösung zur Fettabgabe können wir (und die ebenfalls ablehnenden MS GB + NL), aber auch F und die KOM leben; die USA und andere Handelspartner der EG können befriedigt sein, daß die Fettabgabe nicht beschlossen wurde". Vgl. Referat 416, Bd. 141876.

Zur Regelung des Währungsausgleichs vermerkte Jelonek: „Der positive Währungsausgleich wird in einer Weise bis zum Wirtschaftsjahr 1989/90 abgebaut, daß eine dauerhafte Senkung der deutschen Preise insoweit verhindert wird. Die Fortführung des Einkommensausgleichs im bisherigen Umfang über den 31. Dezember 1988 hinaus ist politisch abgesichert. Das neue Währungsausgleichssystem verhindert weiterhin das Entstehen eines positiven Währungsausgleichs." Vgl. die Aufzeichnung vom 1. Juli 1987; Referat 412, Bd. 168703.

Zu den Beschlüssen bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30. Juni und 1. Juli 1987 in Brüssel vgl. BULLETIN DER EG 6/1987, S. 17–19 und S. 61–68.

1 Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 30. Juni 1987 gefertigt und am folgenden Tag über Ministerialdirektor Teltschik an Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, geleitet. Dazu vermerkte er, daß er vorschlage, „den von Ihnen gebilligten Vermerk auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis zu bringen".

Hat Teltschik vorgelegen.

Hat Schäuble vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Vorlage zu[r] Unterrichtung." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zur Debatte um Bundespräsident Waldheim vgl. Dok. 120.

3 Vgl. Kurt WALDHEIM, Die Reichsidee bei Konstantin Frantz, Wien 1944.

– er sei an Kriegsverbrechen in Griechenland und Jugoslawien beteiligt gewesen;
– er habe bei der öffentlichen Darlegung seiner Vergangenheit gelogen.

Zu den Vorwürfen sei im einzelnen folgendes zu sagen:

a) Waldheim sei mit Sicherheit nicht „Nazi" gewesen. Er habe weder der SA noch dem NS-Studentenbund angehört. Vielmehr sei er Mitglied eines Reitclubs gewesen, der der österreichischen Konsularakademie angegliedert war. Dieser Reitclub sei nach dem Anschluß aufgrund einer entsprechenden Verordnung als Ganzes der Reiter-SA angegliedert worden. Dies sei allerdings zu einem Zeitpunkt geschehen, da Waldheim bereits zur Wehrmacht eingezogen wurde. Es sei Waldheim allerdings vorzuwerfen, daß er diese Zusammenhänge zunächst verheimlicht habe.

b) Der bekannte Wiener Völkerrechtler Verdross habe Waldheim ein Dissertationsthema empfohlen, das ihm angesichts der besonderen Umstände der damaligen Zeit über die Hürden helfen, aber gleichzeitig eine gewisse historische Distanz aufweisen sollte. Waldheim habe sich daraufhin für eine Dissertation über den österreichischen Historiker Frantz entschieden, der Mitte des 19. Jahrhunderts gelebt und für eine Wiederbelebung der Idee des Römischen Reiches Deutscher Nation eingetreten sei. Frantz sei allerdings Antisemit gewesen, aber es sei festzuhalten, daß Waldheim in seiner Dissertation auf keine der zahlreichen antisemitischen Auslassungen in den Werken von Frantz Bezug genommen habe.

c) Der Vorwurf, Waldheim sei „Kriegsverbrecher", wiege am schwersten. Die Anklagen gegen ihn bezögen sich auf Berichte von Wehrmachtseinheiten, die Waldheim habe abschreiben lassen und mit der Bemerkung „für die Richtigkeit" abgezeichnet habe. Dies sei von einigen Kritikern irrtümlich als Unterzeichnung eines Befehles aufgefaßt worden. Dieser Irrtum habe jedoch aufgeklärt werden können.

Sodann habe es noch folgenden Vorfall gegeben. Während des Aufenthalts von Waldheim in Jugoslawien sei dort eine Gruppe von sieben britischen Offizieren in Ziviluniform an Land gegangen, die angeblich in ein Sonderlager gesteckt und dort hingerichtet worden seien. Dies habe sich nachweislich als falsch herausgestellt – die Briten seien wie normale Kriegsgefangene behandelt worden –, abgesehen davon, daß Waldheim damit nichts zu tun hatte.

Ein weiterer Anklagepunkt beziehe sich auf den Aufenthalt Waldheims in Griechenland. Ihm werde vorgeworfen, daß er vom Abtransport griechischer Juden gewußt, ja teilweise durch Bereitstellung von Transportmaterial damit zu tun gehabt habe. Waldheim habe den Fehler gemacht, in der Öffentlichkeit zu behaupten, er habe erst nach dem Krieg von solchen Judentransporten gehört. Er selber habe sich dabei auf den Abtransport von Juden aus dem Raum Saloniki bezogen, ihm sei dies aber dahingehend ausgelegt worden, daß er von den Abtransporten der Juden in ganz Europa nichts gewußt habe. Dies habe ihm natürlich niemand abgenommen.

Noch gravierender sei, daß Waldheim durch Monate hindurch erklärt habe, er sei zwar täglich ins Hauptquartier nach Saloniki gefahren, habe aber den Abtransport der Juden am dortigen Bahnhof nie mit eigenen Augen gesehen. Er selber habe in einem Gespräch mit Waldheim erklärt, dies könne wohl kaum

zutreffen. Hinterher habe sich aber durch den Brief eines Kriegskameraden von Waldheim herausgestellt, daß dieser zum fraglichen Zeitpunkt gar nicht im Raum Saloniki, sondern in Tirana gewesen sei. Offenbar hätte Waldheim selbst dies vergessen.

Schließlich habe es noch eine jugoslawische Kriegsverbrecherakte über Waldheim gegeben, die nach dem Krieg an die UNO geschickt werden sollte. Absicht auf jugoslawischer Seite sei es gewesen, mit dieser Akte dem damaligen österreichischen Außenminister Gruber zu schaden, bei dem Waldheim sich als Berater beworben hatte. Als sich jedoch der Bruch zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion[4] abzeichnete, habe sich die jugoslawische Außenpolitik gegenüber Österreich – es ging um den Streitpunkt Kärnten – verändert, und die Jugoslawen hätten den Vorgang ad acta gelegt, abgesehen davon, daß Waldheim zu diesem Zeitpunkt bereits nach Paris versetzt worden sei. Jetzt habe sich dank der Nachforschungen des amerikanischen Professors Herzstein herausgestellt, daß die ganze Akte eine bewußt angelegte Fälschung gewesen sei. Den Jugoslawen falle es natürlich schwer, dies öffentlich einzuräumen.

d) Bei der Frage, ob Waldheim gelogen habe, müsse man einräumen, daß er sich in der Tat in den ersten Monaten der Angriffe auf ihn ungeschickt zur Wehr gesetzt habe. Er könne das nur damit erklären, daß Waldheim von der Wucht der Anschuldigungen geschockt gewesen sei. Statt sofort einen entsprechenden Arbeitsauftrag an einen Stab zu geben, habe er sich durch mißverständliche Erklärungen in der Öffentlichkeit und Rückzieher in Schwierigkeiten gebracht und damit seinen Gegnern nur geholfen.

In diesem Zusammenhang habe auch der Umstand eine Rolle gespielt, daß in der englischen Ausgabe seiner Erinnerungen über die VN-Tätigkeit[5] die Kriegsjahre ausgespart worden seien. Dies sei von dem englischen Verleger seines Buches so gewünscht worden, obwohl Waldheim selbst gegen eine Kürzung plädiert habe. Es sei richtig, daß Waldheim auch in der ungekürzten deutschen Ausgabe[6] nicht alle Kriegsschauplätze, auf denen er sich aufgehalten habe, aufgelistet habe. Dies könne man ihm aber schlecht zum Vorwurf machen.

Prof. Molden schließt mit dem Hinweis, daß die österreichische Regierung eine Kommission einberufen habe, die die Vorwürfe gegen Waldheim untersuchen soll.[7] Die österreichische Regierung habe als Vorsitzenden dieser Kommission den Schweizer Historiker Prof. Hans Kurz von der Universität Bern benannt. Die übrigen Mitglieder der Kommission werde Kurz selber aussuchen. Er hoffe, daß sich daher in absehbarer Zukunft ein für allemal nachweisen lasse, daß Waldheim keine Schuld habe.

BM *Schäuble* bedankt sich für die eingehende Unterrichtung. Auch für ihn seien einige Details neu gewesen. Im übrigen wolle er klar sagen, daß auch wir uns

4 Am 28. Juni 1948 erklärten die im Kommunistischen Informationsbüro („Kominform") zusammengeschlossenen Kommunistischen Parteien den Ausschluß der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Im Anschluß daran kündigten die UdSSR und die Ostblockstaaten bis Ende 1949 ihre Handelsverträge mit Jugoslawien und verhängten eine Wirtschaftsblockade.

5 Vgl. Kurt WALDHEIM, In the Eye of the Storm. The Memoirs of Kurt Waldheim, London 1985.

6 Vgl. Kurt WALDHEIM, Im Glaspalast der Weltpolitik, Düsseldorf/Wien 1985.

7 Zur „Waldheim-Kommission" vgl. Dok. 191.

mitbetroffen fühlten. Wie der Bundeskanzler schon früher deutlich gemacht habe, zollten wir Waldheim jeden Respekt, der ihm gebühre.

Die Sache sei insgesamt bedrückend. Man habe den Eindruck, daß das Urteil mancher Leute um so entschiedener sei, je größer der Abstand zu den damaligen Geschehnissen sei. Man könne in diesem Zusammenhang viele bittere Anmerkungen machen.

Es sei nicht nur im europäischen Interesse, wenn Österreich das Land bleibe, das es sei, nämlich offen und stabil und mit dem Westen eng verbunden. Dies sagten wir auch unseren anderen Freunden und Partnern einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika.

Was wir tun könnten, um Österreich zu helfen, täten wir gerne. Allerdings müsse man auch sehen, daß wir in mancher Beziehung die Ungeeignetsten seien, um hier zu helfen.

Er wolle auch noch klarstellen, daß der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl in der Tat zum Zeitpunkt des Besuchs von Bundespräsident Waldheim beim Papst[8] einen vorher geplanten Urlaub angetreten habe. Alle anderen Spekulationen seien falsch.

Prof. *Molden* erwidert, er kenne persönlich Botschafter Hermes, und dieser habe ihm schon Anfang dieses Jahres angekündigt, daß er ab Juni nicht in Rom sein werde.

Im übrigen säßen wir bis zu einem gewissen Grade im selben Boot – natürlich nicht, was den Fall Waldheim betreffe. Bei seinen Gesprächen in den Niederlanden, Norwegen und Dänemark habe er die erschütternde Erfahrung machen müssen, daß dort die deutsche Wehrmacht einfach mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werde. Er selber sei im Widerstand gewesen und habe vergeblich versucht, dem nachdrücklich zu widersprechen. Denn wenn man die 12 Mio. Angehörigen der deutschen Wehrmacht einfach zu Nazis stempele, kämen wir in eine schwere Identitätskrise.

BM *Schäuble* bemerkt, offenbar sei es so, daß manche Leute heute weniger klug seien als vor 40 Jahren.

Man habe es jetzt mit zwei Problemen zu tun:

– einmal der Sorge, daß unser Nachbar und Freund Österreich in eine Richtung gedrängt werde, die in niemandes Interesse liegen könne, auch nicht in dem der USA;

8 Bundespräsident Waldheim hielt sich vom 24. bis 27. Juni 1987 im Vatikan auf. Am 25. Juni 1987 traf er zu einem Vier-Augen-Gespräch mit Papst Johannes Paul II. zusammen. Botschaftsrat I. Klasse Gentz, Rom (Vatikan), berichtete am 26. Juni 1987, der Besuch sei „von etwa eintausend, vornehmlich jüdischen Demonstranten in der Nähe des Petersplatzes begleitet“ worden: „Allen Vorverurteilungen der Person Waldheims zum Trotz hat der Vatikan nicht dem in der Weltöffentlichkeit erzeugten Druck nachgegeben und dem schwer geprüften Österreich seine Hand gereicht. Er hat die auf seiner moralischen Autorität basierende Unabhängigkeit erneut bestätigt. Kein Papst konnte dies überzeugender tun als der aus Polen stammende Johannes Paul II., der die Juden als ‚unsere größeren Brüder im Glauben Abrahams‘ bezeichnete und dem die Aussöhnung zwischen Juden und Christen so sehr ein Anliegen ist. […] Das Verhältnis katholische Kirche–Judentum, das gerade unter Johannes Paul II. große Fortschritte gemacht hat, dürfte auch durch diesen Besuch keinen dauerhaften Schaden nehmen, wenn auf beiden Seiten echtes Interesse an einer Fortsetzung des Dialogs besteht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 83; Referat 203, Bd. 140550.

– sodann der Sorge, daß der Antisemitismus durch diese Angelegenheit neuen Auftrieb erhalte.

Prof. *Molden* erwidert, Österreich befinde sich in der Tat in einer Druckposition. Es habe lange Zeit als das proamerikanischste Land in Europa gegolten. Heute sei das zweifellos anders. Bei den kleinen Leuten machten sich sowohl antiamerikanische als auch antisemitische Ressentiments breit. Infolgedessen bestehe in der Tat die Gefahr, daß die Leute heute nach Osten schauten.

Prof. Molden überreicht abschließend BM Schäuble eine kurze Zusammenfassung des „Weißbuches" zum Fall Waldheim, das die österreichische Bundesregierung in Kürze veröffentlichen wird.[9]

Botschafter *Bauer* erklärt, auch in Österreich wolle man nicht, daß die Diskussion auf die Bundesrepublik Deutschland überschwappe. Er wolle noch einmal ausdrücklich die große Dankbarkeit und Genugtuung seiner Regierung über die gestrige Erklärung des Sprechers des Herrn Bundespräsidenten[10] zum Ausdruck bringen.

BM *Schäuble* wiederholt, wir seien bereit, dort, wo es möglich sei, hilfreich zu sein. Aber es gebe andererseits Dinge, wo wir am wenigsten geeignet seien, zu helfen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

9 Vgl. Karl GRUBER u. a. (Hrsg.), Kurt Waldheims Kriegsjahre. Eine Dokumentation, Wien 1987.

10 In der Presse wurde berichtet: „Der österreichische Bundespräsident Waldheim wird in absehbarer Zeit nicht zu einem Staatsbesuch in Bonn erwartet, möglicherweise aber bei anderer Gelegenheit mit Bundespräsident von Weizsäcker zusammentreffen. Wie dessen Sprecher Pflüger am Montag dem Bonner Büro der österreichischen Tageszeitung ‚Die Presse' mitteilte, stehe ein Staatsbesuch Waldheims derzeit ‚nicht auf der Tagesordnung'. Pflüger sagte, die Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland seien freundschaftlich." Vgl. den Artikel „Staatsbesuch Waldheims derzeit ‚nicht auf der Tagesordnung'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Juni 1987, S. 1.

191

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

202-320.00 OST **1. Juli 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Punkt 4

Betr.: Internationale Waldheim-Kommission[4];
hier: Beteiligung des deutschen Professors Dr. Messerschmidt

Bezug: Schreiben des BMVg vom 1.7.87 – FüSI3 – Az 50-07-03[5]

Anlg.: 1[6]

1) BMVg unterrichtet das Auswärtige Amt mit Bezugsschreiben, daß die österreichische Regierung den Direktor und Professor des dem BMVg nachgeordneten Militärgeschichtlichen Forschungsamts Freiburg (MGFA), Dr. Messerschmidt, in die internationale Historikerkommission berufen möchte, die die militärische Vergangenheit von Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim untersuchen soll. Gegebenenfalls möge Dr. Messerschmidt an einer Vorbesprechung bereits am 3. Juli 1987 in Wien teilnehmen.

Das BMVg bittet um Prüfung, ob aus Sicht des Auswärtigen Amts Bedenken gegen die Berufung von Prof. Messerschmidt bestehen. In einer noch nicht genehmigten Ministervorlage regt das BMVg an, Messerschmidt die Zustimmung zur unabhängigen Mitarbeit in der Kommission zu erteilen.

2) Die österreichische Bundesregierung hat entschieden, die militärische Vergangenheit von Dr. Waldheim durch eine unabhängige internationale Historikerkommission untersuchen zu lassen. Der ursprüngliche Gedanke, Prof. Messerschmidt mit dem Vorsitz dieser Kommission zu betrauen, wurde von ihm selbst abgelehnt, da er Deutscher ist. Inzwischen scheint festzustehen, daß der Berner

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff und Legationssekretär Schlegelmilch konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Begeistert bin ich nicht von der Idee, einen Wissenschaftler aus einer einem Bundesressort nachgeordneten Stelle zu entsenden, aber wir können uns der Sache nicht entziehen. Ich empfehle daher Zustimmung."

3 Hat Bundesminister Genscher am 2. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 3. Juli 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 202 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 3. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 6. Juli 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err]n Schlegelmilch."

4 Zur Debatte um den österreichischen Bundespräsidenten Waldheim vgl. Dok. 190.

5 Das Bundesministerium der Verteidigung informierte über die Bitte des österreichischen Außenministeriums vom 26. Juni 1987, den Direktor des MGFA, Messerschmidt, für eine „Mitarbeit als unabhängiges Mitglied in der internationalen Historikerkommission zur Untersuchung der militärischen Vergangenheit von Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim" zu gewinnen. Eine entsprechende Zustimmung werde empfohlen, „da Prof. M. durch ein privat erstelltes Gutachten bereits über umfangreiche Aktenkenntnis verfügt, so daß mit zügiger und gezielter Forschungsarbeit zu rechnen ist. Prof. M. ist als äußerst kritischer Historiker zur Geschichte der Wehrmacht bekannt und ausgewiesen." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140551.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5.

Historiker Hans-Rudolf Kurz den Vorsitz der Kommission übernehmen wird. Ihr sollen möglichst ein israelischer Militärexperte sowie ein Deutscher, ein Amerikaner, ein Jugoslawe, ein Grieche und ein Belgier angehören.

Das österreichische Außenministerium hat sich mit Prof. Messerschmidt telefonisch in Verbindung gesetzt und angefragt, ob er bereit sei, als unabhängiges Mitglied in der Kommission mitzuwirken und an o. a. Vorbesprechung am 3.7. teilzunehmen. Die österreichische Bundesregierung werde ein entsprechendes Ersuchen stellen und die Kosten übernehmen.

Prof. Messerschmidt ist dazu bereit. Er war zuvor von österreichischer Seite um die Erstellung eines privaten Gutachtens über die militärische Verwendung des ehemaligen Oberleutnants Waldheim im Balkan während des Zweiten Weltkriegs gebeten worden.[7]

Prof. Messerschmidt ist in seinem inzwischen vorliegenden Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, daß eine direkte, handelnde Beteiligung von Waldheim durch Abfassung von verbrecherischen Befehlen oder Mitwirken im Zusammenhang mit Kommandobefehlsvorgängen oder Judendeportationen dokumentarisch bisher nicht nachgewiesen werden konnte.

3) Bewertung

Wir haben ein vitales Interesse an der Stabilität und am unbeschädigten Ansehen Österreichs. Nur ein gefestigtes, selbstbewußtes Österreich kann seine einzigartige Mittlerrolle zwischen den Staaten West- und Osteuropas fortsetzen. Österreich ist für die Sowjetunion und ihre Verbündeten nur so lange ein valabler Partner, als man weiß, daß Österreich von den drei westlichen Garantiemächten und der Bundesrepublik Deutschland als eng befreundeter Nachbar geschätzt wird. Wir sollten daher bereit und willens sein, Österreich, wo immer möglich, in geeigneter Weise und ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu unterstützen.

Prof. Messerschmidt würde zwar als unabhängiger Mitarbeiter in der Kommission mitwirken, dennoch wären Hinweise in den Medien auf seine Zugehörigkeit zum MGFA nicht auszuschließen. Gleichwohl sind angesichts der voraussichtlichen Zusammensetzung der Kommission und der international anerkannten Qualifikation von Prof. Messerschmidt keine außenpolitischen Bedenken gegen sein Mitwirken in der internationalen Kommission ersichtlich; dies um so weniger, als er – wie uns das BMVg mitteilte – von Simon Wiesenthal vorgeschlagen worden ist.

4) Es wird vorgeschlagen, dem BMVg mitzuteilen, daß gegen die Mitwirkung Messerschmidts in der internationalen Historikerkommission keine außenpolitischen Bedenken bestehen.

Richthofen

Referat 203 (202), Bd. 140551

[7] Das Bundesministerium der Verteidigung vermerkte am 21. Mai 1987, laut telefonischer Mitteilung des Direktors des MGFA, Messerschmidt, sei dieser von der österreichischen Bundespräsidialkanzlei im Spätsommer 1986 um ein privates Gutachten gebeten worden, dessen Bearbeitung vor acht Wochen begonnen habe: „Der österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim wußte von der Arbeit. Sein Sohn hat Prof. Dr. M. in Österreich vorhandene Akten persönlich übergeben." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140550.

192

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz

02-375/87 geheim **1. Juli 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3]

Betr.: Bedrohungsanalyse 1987;
hier: Ihre Randbemerkungen

Bezug: Planungsstab 323/87 geheim vom 26.5.1987[4]

Anlg.: 2

1. Randbemerkung

Zitatenbelege siehe Anlage 1.

Das Gesamtkonzept der sowjetischen Militärdoktrin ist mit der Vorlage vom 12.6. dargestellt worden.[5]

2. Randbemerkung

Rasante Verbesserung von Führungsstrukturen …

Ist WP hier überlegen?

Mit der Neugliederung der Führungsebenen vor drei Jahren unterscheidet die Sowjetunion drei Kriegsschauplätze (TV = Teatr Vojnij):

– Europa, Hauptquartier: Liegnitz
OB[6]: MSU[7] Ogarkow[8];
– Nah/Mittelost, Hauptquartier: Baku;
– Fernost, Hauptquartier: Charbowsk.

1 Die Aufzeichnung wurde von Oberstleutnant i. G. Graf von Pfeil konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 8. Juli 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 2. Juli 1987 vorgelegen.

4 Für die Aufzeichnung des Oberstleutnants i. G. Graf von Pfeil vgl. Dok. 154.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach legte eine Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 30. Mai 1987 vor. Dazu teilte er mit, die UdSSR habe den Vorschlag der NATO-Ministerratstagung vom 11./12. Dezember 1986 in Brüssel aufgegriffen, „über die jeweiligen Militärdoktrinen zu diskutieren“. Dazu habe die UdSSR seit längerem Vorarbeiten geleistet: „In den Jahren 1976 bis 1980 erschien die achtbändige ‚Sowjetische Militärenzyklopädie‘ in begrenzter Auflage. Ergänzend dazu erschien 1983 das enzyklopädische Militär-Lexikon, in dem die Begriffe definiert werden. Der XXVII. Parteitag der KPdSU unter Gorbatschow hat einige Änderungen mit sich gebracht – so die offizielle Begründung –, die eine Überarbeitung notwendig machten.“ Diese Änderungen seien 1986 in Form der zweiten Auflage des enzyklopädischen Militär-Lexikons erfolgt und beträfen – in sowjetischer Terminologie – primär „die ‚sozialpolitische Seite‘ der Militärdoktrin und nicht die ‚militärtechnische Seite‘ (Strategie der Kriegsführung). Die politische Seite der Militärdoktrin dient u. a. dazu, die militärtechnischen Absichten in gefälliger Form vorzustellen und die tatsächlichen strategischen Absichten zu verbergen. Die marxistisch-leninistische Dialektik zeigt sich exemplarisch gerade an Hand der beiden Teile der Militärdoktrin. […] An der offensiven Charakteristik der Militärdoktrin hat sich auch unter Gorbatschow nichts geändert.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178523.

6 Oberbefehlshaber.

7 Marschall der Sowjetunion.

8 Durchgängig korrigiert aus: „Orgarkow“.

Für den TV Europa werden drei Schauplätze von Kriegshandlungen unterschieden (TVD = Teatr Vojennich Destvij):

– Nordeuropa (ohne Stab; direkt aus Moskau geführt);
– Mitteleuropa, Hauptquartier: Liegnitz;
– Südeuropa, Hauptquartier: bei Budapest.

Mit den TV ist zwischen der obersten Kommandobehörde in Moskau und den TVD eine zusätzliche Führungsebene eingeschoben worden.

Die vorgenannten HQ verfügen über verbunkerte und gehärtete Gefechtsstände und über eine Reihe von vorgeschobenen Gefechtsständen, die ebenfalls verbunkert, gehärtet und ausgebaut sind.

„Fliegende Gefechtsstände" sind ein weiteres Führungsmittel der sowjetischen Armeeführung.

Die ausgebauten Gefechtsstände sind voll verkabelt, d.h. die von dort ausgehenden Aktivitäten sind nicht oder nur begrenzt aufzuklären.

Ziel dieser Maßnahmen ist, möglichst unbemerkt und verzugslos den Übergang vom Friedens- in den Kriegszustand zu bewerkstelligen.

Der Aufwuchs der Streitkräfte ist der Anlage 2 zu entnehmen.[9] Hierbei ist zu beachten, daß entgegen der Darstellung die Mobilmachung der NATO erst dann beginnen kann, wenn die Mobilmachung des Warschauer Pakts erkannt ist.

Die flexiblen Führungsmöglichkeiten, der hohe Präsenzgrad der unterstellten Truppenteile, Dislozierung und Logistik schaffen die Voraussetzungen für den WP zur Überraschung. Die NATO verfügt vergleichsweise über gute Fernmeldemittel, aber nicht über eine derart ausschließlich militärischen Zwecken dienende Führungsinfrastruktur.

3. Randbemerkung

Dislozierung der Truppen …

Ist WP hier überlegen?

Die Dislozierung der Truppen des WP erlaubt den schnellen, geradlinigen Aufmarsch in die Einsatzräume. In greifbarer Nähe der Truppe liegt in den Depots ein Vorrat für 90 Gefechtstage. Dagegen sind die NATO-Truppenverbände speziell in der Bundesrepublik im Hinblick auf ihre Einsatzräume falsch bis ungünstig dislozierd. Dies hat seinen Grund darin, daß die Alliierten 1945 in vorhandene Kasernen einzogen und haben ihre eigene Infrastruktur (Häuser, Clubs, Zentren) errichtet.[10]

Die Bundeswehr wurde mit meist neuen Kasernen und neuen Standorten „dazwischen gesetzt". Eine Korrektur kostet Milliarden.

Die Gefechtsvorräte sind auf 30 Tage von der NATO festgesetzt und werden selten erreicht (z.B. Munitionsvorräte liegen weit unter 30 Tagen).

4. Randbemerkung

… und stellt die Panzerabwehr der NATO vor schwere Probleme.

9 Dem Vorgang beigefügt. Für das Diagramm „In-Place-Forces and Augmentation Potential (Land Forces WP – NATO in Central Europe)" vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

10 So in der Vorlage.

Welche?

Panzer und Panzerabwehr stehen naturgemäß in einer ständigen Konkurrenz. Der Panzer wurde schon zweimal totgesagt. In Wirklichkeit hat er zur Zeit die Nase wieder vorn.

Die Kanone (105 mm) des Leo 1 kann gegen T-64, T-72 und T-80 frontal nicht mehr durchschlagen. Allenfalls ist mit KE(kinetische Energie)-Munition Sekundärwirkung zu erzielen. Dies gilt auch für die M-1 der Amerikaner, die ebenfalls mit einer 105-mm-Kanone ausgerüstet sind. Leo 2 und M-1 mit 120-mm-Kanonen (wird bei den in Europa stationierten M-1 eingeführt) schlagen noch durch. Bei Hohlladungsgranaten oder -raketen wird trotz Zusatzpanzerung noch Wirkung am Ziel erreicht.

Dagegen ist bei reaktiver Panzerung[11] frontal kein Durchkommen mehr und erst recht nicht für KE-Munition. Von den 7000 Panzern der GSTD[12] verfügen bereits 2000 über eine reaktive Panzerung! Im Bereich der NORTHAG (Northern Army Group)[13] verfügt bereits jeder zweite WP-Panzer über Zusatz und/oder reaktive Panzerung. Erst Anfang der neunziger Jahre ist eine verbesserte Hohlladung (Tandem-Hohlladung) zu erwarten. Panzerabwehr ist aber am wirkungsvollsten im Verbund aller Waffen möglich. Das Gefecht der Panzerabwehrwaffen ist tunlichst flankierend zu führen, denn nur dann ergeben sich Möglichkeiten, auf die Seiten des Feindpanzers oder von rückwärts zu schießen.

5. und 6. Randbemerkung

Ist das Marineprogramm der Sowjetunion unverändert geblieben und was ist mit den Kreuzern der Kirov-Klasse?

Das Marineprogramm ist im Prinzip unverändert.

a) Die Sowjetunion erreicht mit dem Bau von Flugzeugträgern die Möglichkeit weltweiter power projection und damit auch im Bereich der Seestreitkräfte vollen Weltmachtstatus.

b) Die sowjetische Marine wird insgesamt kaum noch wesentlich wachsen können (Personal, Material, Kosten).

c) Die Kriegsschiffe der fünfziger Jahre werden fortlaufend ausgesondert und im Verhältnis 1:1,5 ersetzt. Die Zahl der Schiffe wird deshalb eher sinken. Jedoch ist die Kampfkraft der Neubauten oft zehnmal größer als die ihrer Vorgänger (Schnellboote z. B.).

Von der Klasse der Kirov-Kreuzer sind insgesamt nach bisherigen Erkenntnissen vier Schiffe vorgesehen:

– zwei Kreuzer sind im Dienst,
– ein Kreuzer ist im Bau,
– ein Kreuzer ist in der Planung.

11 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Ein aufschlagendes Geschoß wird quasi durch eine Sprengladung gebremst (actio est reactio)."

12 Gruppe der Sowjetischen Truppen in Deutschland.

13 Der Bereich der Northern Army Group (NORTHAG) des NATO-Regionalkommandos Mitteleuropa (Allied Forces Central Europe, AFCENT) umfaßte das Gebiet zwischen Hamburg und Kassel.

Ein Kreuzer der Kirov-Klasse verfügt u. a. über

– 20 SS-N-19, Reichweite 540 km (Überwasserziele);

– 16 SS-N-14, Reichweite 16 km (U-Boote).

7. Randbemerkung

Vergleich Sowjetunion und ihre Verbündeten (Modernisierungsgrad)

a) Der Unterschied ist augenfällig beim Großgerät. DDR, Polen, ČSSR haben gerade erst begonnen, vom T-54/55 auf T-72 umzurüsten. Die Generation der T-62/64 wird übersprungen. Polen und ČSSR bauen den T-72 in Lizenz. Jede der genannten Armeen verfügt zur Zeit über weniger als 10 % T-72 im Gesamtbestand der Panzer. In den Streitkräften Ungarns, Rumäniens und Bulgariens sind noch keine Veränderungen zu erkennen.

b) Luftwaffe

Flugzeuge der vierten Generation (Flanker, Fulcrum, Foxhound) werden bis jetzt ausschließlich von Sowjets geflogen.

c) Seestreitkräfte

Die Flotten der NVA und Polens sind ausschließlich auf die Ostsee, die Flotten Rumäniens und Bulgariens auf das Schwarze Meer als Randseemarinen ausgerichtet. Die Boote der ersten Nachkriegsserien werden zur Zeit durch moderne Bauten fortlaufend ersetzt.

Der Modernisierungsgrad der Armeen dürfte sich wie folgt staffeln:

NVA (Nationale Volksarmee)

CVA (Tschechische Volksarmee)

PVA (Polnische Volksarmee)

HVA (Ungarische Volksarmee)

BVA (Bulgarische Volksarmee)

RVA (Rumänische Volksarmee)

Seitz

Anlage 1: Zitate

These 1: Krieg, auch der Nuklearkrieg, ist ein Mittel der Politik.

„Bedauerlicherweise hat es in den letzten Jahren nicht nur im Ausland, sondern manchmal auch in unserem Lande Aussagen gegeben, daß im Zusammenhang mit dem Aufkommen von Kernwaffen der Krieg aufgehört hat, eine Fortsetzung der Politik zu sein." (Garejew, Militärverlag Moskau 1985[14])

„Man muß mit aller Bestimmtheit sagen, daß ein nuklearer Raketenkrieg in seiner genetischen Grundlage das allgemeine soziale Wesen eines Krieges bewahrt: Fortsetzung der Politik mit anderen, gewaltsamen Mitteln, einerseits der Politik der aggressiven Bestrebung des Imperialismus – und andererseits der Politik

14 Vgl. Mahmut Achmetowitsch GAREJEW, M. V. Frunze – voennyj teoretik. Vzgljady M. V. Frunze i sovremennaja voennaja teorija (M. V. Frunze – Militärtheoretiker. Die Ansichten M. V. Frunzes und die gegenwärtige Militärtheorie), Moskau 1985.

des Schutzes der Errungenschaften und des Sozialismus." (Generaloberst Wolkogonow, Moskau 1984[15], Seite 28)

These 2: Die Entscheidung ist auf dem Territorium des Gegners zu suchen.

Diese Forderung ergibt sich aus drei militärischen Prinzipien der Sowjetunion:

– ihrem Sanktuariumsdenken, das nicht zuletzt auch aus geschichtlichen Erfahrungen abgeleitet worden ist,
– der Betonung des Angriffs als grundlegende Operationsform, die allein die Vernichtung des Gegners zu erzielen vermag, und
– der Forderung nach einer Ausdehnung der Kampfhandlungen sofort mit Kriegsbeginn auf die Gesamtziele des gegnerischen Raumes.

„Die sowjetische Militärdoktrin hat den Angriff immer als Hauptkampfart angesehen und betrachtet ihn auch heute noch so, die Verteidigung dagegen als aufgezwungene Kampfart ... Nur entschlossener Angriff vermag einen Sieg über den Feind zu erbringen." (Gretschko, Marschall der Sowjetunion, Die Streitkräfte des Sowjetstaates, Moskau 1975[16], Seite 290)

„Angriffsoperation – Gesamtheit von nach Ziel, Aufgabe, Ort und Zeit koordinierten zusammenhängenden Schlachten, … durchgeführt von einem Großverband nach einheitlicher Idee und Plan mit dem Ziel des Zerschlagens von gegenüberstehenden Gruppen des Gegners und des Nehmens seines Territoriums in einer strategischen Richtung …" (Sowjetische Militärenzyklopädie, Moskau 1976–1980[17])

„Angriffsoperation – Gesamtheit von … Schlachten mit dem Ziel des Zerschlagens … des Gegners und des Nehmens seines Territoriums …" (Enzyklopädisches Militär-Lexikon der UdSSR 1983[18])

„Strategischer Angriff … Als Ergebnis eines strategischen Angriffs wird die Zerschlagung einer strategischen Gruppierung des Gegners erreicht – und manchmal auch das Herauslösen eines oder mehrerer Staaten aus einem Krieg – es werden strategische Räume genommen, was echte Veränderungen im militärpolitischen Lager oder eine Beendigung des Krieges bewirkt." (Enzyklopädisches Militär-Lexikon der UdSSR 1983 – Die Definition erfolgt in enger Anlehnung an die in der Sowjetischen Militärenzyklopädie, Band VII, Seite 555.)

„In operativ-strategischer Hinsicht gehen die Armeen des Warschauer Vertrages[19] davon aus, daß der Angriff die Haupteinsatzart ist." (Wolkogonow u.a., Moskau 1984[20])

15 Vgl. Die marxistisch-leninistische Lehre von Krieg und Armee, hrsg. vom Autorenkollektiv unter der Redaktion von Generalleutnant Dmitrij Antonowitsch WOLKOGONOW, Berlin (Ost) 1986 (russische Originalausgabe: Moskau 1984).

16 Vgl. Andrej Antonowitsch GRETSCHKO, Die Streitkräfte des Sowjetstaates, Berlin (Ost) 1975 (russische Originalausgabe: Moskau 1975).

17 Vgl. Sowjetische Militärenzyklopädie, 29 Bände, Berlin (Ost) 1977–1984.

18 Vgl. Sergej Fjodorowitsch ACHROMEJEW (Red.), Voennyj enciklopedičeskij slovar (Enzyklopädisches Militär-Lexikon), 2. Auflage, Moskau 1986.

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand („Warschauer Pakt") vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.

Die Anwendung dieser Grundlagen erfolgte nachgewiesenermaßen an einer Reihe von Gefechts- und Kommandostabsübungen, wo Ortsnamen auf westeuropäischem NATO-Territorium als Angriffsziele benutzt worden sind.

These 3: Oberstes Gebot ist der Sieg.

„Zu den grundlegenden Zügen von Krieg und zum Schutze des sozialistischen Vaterlandes gehört auch deren entschlossener und unversöhnlicher Charakter. Dies bedeutet, daß das Volk und seine Armee, wenn sie die edlen und erhabenen Ziele zum Schutz der Heimat verwirklichen, den bewaffneten Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei bis zur restlosen Zerschlagung des Gegners führen." (Wolkogonow, Moskau 1984, Seite 66)

„Unter diesen nimmt das Gesetz einen wichtigen Platz ein, dem zufolge, historisch gesehen, die Seite siegt, welche etwas Neues, einen sozialen, wirtschaftlichen und fortschrittlichen Aufbau bringt und effizient die darin liegenden Möglichkeiten nutzt ..." (Wolkogonow, Moskau 1984, Seite 76)

„Alle Kriege, die der Sowjetstaat führen mußte, waren ihm aufgezwungen, und geführt wurden sie mit dem Ziel der Abwehr eines Angriffes und zur Zerschlagung des Aggressors." (Sokolow, Marschall der Sowjetunion, Prawda vom 23.2. 1987[21])

Interessant ist hierbei, daß offensichtlich auch der sowjetische Angriff auf Finnland[22] und die Intervention in Afghanistan[23], um nur zwei Beispiele zu nennen, als aufgezwungen beurteilt werden.

„Falls dennoch ein Angriff gegen sie verübt wird, werden sie dem Aggressor eine vernichtende Abfuhr erteilen." (Doktrin-Erklärung des PBA vom 29. Mai 1987[24])

Hierbei ist darauf hinzuweisen, daß die Diktion „vernichtende Abfuhr" bereits 1984 von Generalleutnant Wolkogonow und Marschall der Sowjetunion Ustinow benutzt worden ist. Dies ist ein Hinweis, daß sich, bezogen auf diese Zielsetzung, keineswegs eine Änderung unter Gorbatschow ergeben hat.

These 4: Die Frage der Überraschung und präemptive Aktionen

„Die Streitkräfte der verbündeten Staaten werden in einer Gefechtsbereitschaft gehalten, die ausreicht, um nicht überrascht zu werden. Falls dennoch ein Angriff gegen sie verübt wird, werden sie dem Aggressor eine vernichtende Abfuhr erteilen." (Erklärung des PBA vom 29. Mai 1987)

„Die Militärstrategie geht davon aus, daß nur durch den Angriff der endgültige Sieg errungen werden kann. Das widerspricht nicht dem Verteidigungscharakter unserer Militärdoktrin." (Lenin)

Fortsetzung Fußnote von Seite 971

20 Vgl. Gennadij Wassiljewitsch SREDIN, Dmitrij Antonowitsch WOLKOGONOW, Maxim Petrowitsch KOROBEJNIKOW, Der Mensch im modernen Krieg. Probleme der politisch-moralischen und psychologischen Vorbereitung der sowjetischen Soldaten, Berlin (Ost) 1984.

21 Vgl. den Artikel „Na straže mira i bezopasnosti rodiny" („Auf der Wacht für Frieden und Sicherheit des Vaterlandes"); PRAVDA vom 23. Februar 1987, S. 2.

22 Am 30. November 1939 marschierten Streitkräfte der UdSSR in Finnland ein („Winterkrieg").

23 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

24 Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin statt. Für den Wortlaut der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 392–394.

„Der Begriff ‚Aggression' bezeichnet einen von irgendeinem Staat … als ersten verübten Überfall. Er schließt auch die Initiative bzw. die Absicht zu einem solchen Überfall ein. Handlungen eines Staates, der einem Überfall ausgesetzt ist, ... können, auch wenn es Angriffshandlungen sind, nicht als Aggressionen bezeichnet werden." (Sowjetische Militärenzyklopädie, 8 Bände 1976–1980, NVA-Übersetzung, Heft 2, Seite 7)

Die UdSSR unterstellt der NATO in zunehmendem Maße die Absicht, ihre militärischen Ziele durch einen strategischen Überraschungsangriff erreichen zu wollen.

Als effektivste Methode gelte (= nach Auffassung der NATO) der Überraschungsangriff, der ohne jede Vorbereitung oder Verstärkung durch die Truppen der ersten strategischen Staffeln erfolgt. Unter dem Deckmantel von Übungen könnten etwa die Hälfte der NATO-Truppen in Räume geführt werden, aus denen heraus ein Krieg überraschend begonnen werden kann. (Leonidow/Wiktorow im Militärwesen Nr. 10/86[25])

Marschall der Sowjetunion Ogarkow stellt zur Bedeutung des Faktors Überraschung fest:

„Das Überraschungsmoment hat bereits im Zweiten Weltkrieg eine gewisse Rolle gespielt. Heute aber handelt es sich um einen Faktor von größter strategischer Bedeutung." (Ogarkow in Kommunist, Nr. 10, Seite 80 ff.[26])

Marxistisch-leninistische Dialektik und die hintergründige Definition sowjetischer Begriffe, die die Janusköpfigkeit der Militärdoktrin ausmachen, sind der Öffentlichkeit nur schwer verständlich. Der FüS II 3 hat dazu ein einleuchtendes Beispiel zur Erklärung gegeben: Die Doppelköpfigkeit der sowjetischen Militärdoktrin kann mit dem Verhältnis zu einem Erbonkel/einer Erbtante verglichen werden.

Die „sozialpolitische Seite" der Doktrin mit ihrer defensiven Auslegung entspräche dabei den Bemühungen, dem Erbonkel/der Erbtante mit gebotener Hochachtung und Freundlichkeit zu begegnen, um einer möglichen Testamentsänderung vorzubeugen.

Die „militärtechnische Seite" der Doktrin dieses Beispiels drückt sich in der stetigen Hoffnung auf ein möglichst frühes, historisch unvermeidliches „Ableben des Erblassers" aus, wobei es durchaus auch hier Fälle von präemptiven Maßnahmen gegeben hat.

Folglich wird es der Sowjetunion niemals schwerfallen, in ihrer dialektischen Sprache jede Art von Angriff als Defensivhandlung hinzustellen. Ernsthafte Aggressionsabsichten dürfte man der Sowjetunion getrost dann unterstellen können, wenn sie der Auffassung ist, daß der „historische Zerfall des Kapitalismus" einen Zugriff auf den Westen bzw. Teile des Westens erlaubt.

VS-Bd. 14049 (02)

25 Vgl. den Artikel von L. Leonidow und W. Wiktorow, „Wahrscheinliche Methoden der Entfesselung und Führung eines konventionellen Krieges", in: MILITÄRWESEN. ZEITSCHRIFT FÜR MILITÄRPOLITIK UND MILITÄRTHEORIE 30 (1986), Heft 10, S. 17–20.

26 Vgl. den Artikel von Nikolaj Wassiljewitsch OGARKOW, „Na straže mirnogo truda" („Auf der Wacht für die Friedensarbeit"); in: KOMMUNIST 1981, Heft 10 (Juli 1981), S. 80–91.

193

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2065 **Aufgabe: 1. Juli 1987, 16.00 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 1. Juli 1987, 16.15 Uhr**

Betr.: ER 29./30.6.1987 in Brüssel;
hier: Ergebnis im Überblick

Zur Unterrichtung

1) Brüsseler ER stand ganz im Zeichen der Diskussion des sog. Delors-Pakets[2] („die Einheitliche Europäische Akte muß ein Erfolg werden"). ER ging nach zweitägiger Debatte – am 27./28.6. war bereits Konklave der AM vorgeschaltet[3] – am späten Abend des 30.6. immerhin mit einem Teilerfolg zu Ende, nachdem ein Scheitern lange Zeit nicht auszuschließen[4] gewesen war.

ER hat sich wegen britischer Vorbehalte zwar nicht auf die vom Vorsitz erarbeiteten und in den Schlußfolgerungen (liegen dort vor) enthaltenen Leitlinien und das weitere Arbeitsprogramm zum Delors-Paket[5] einigen können, hat es jedoch geschafft, zu den kurzfristigen Problemen der Gem.[6]:

– Währungsausgleich,
– Haushaltsplan 87[7] und
– Forschungsausgaben für 1987,

zu einem Konsensus zu kommen.[8]

2) Aus deutscher Sicht besonders bedeutsam ist die Einigung über den Währungsausgleich, die in fortlaufenden bilateralen Kontakten mit F am Rande des ER zustande kam, vom ER – wenn auch nicht begeistert – gebilligt wurde und den Weg ebnete für die Einigung über die Agrarpreise, auf die sich der Agrarministerrat in der Nacht auf den 1.7. im Anschluß an den ER geeinigt

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Hennig, Brüssel (EG), konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 2. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen sowie die Wiedervorlage bei Referat 200 verfügte.
Hat Richthofen vorgelegen.
Hat Schilling am 3. Juli 1987 erneut vorgelegen, der den Umlauf im Referat verfügte und handschriftlich vermerkte: „H[errn] Richter z[um] V[organ]g."
Hat Vortragendem Legationsrat Richter am 10. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Schlote „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Schlote am 31. August 1987 vorgelegen.

2 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

3 Zur EG-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 186.

4 Korrigiert aus: „Zeit auszuschließen".

5 Für den Wortlaut der von der belgischen EG-Ratspräsidentschaft nach der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel mit dem Hinweis auf Annahme durch elf Mitgliedstaaten veröffentlichten Schlußfolgerungen betreffend die Leitlinien und das Arbeitsprogramm zum Delors-Paket (Anlage I) vgl. BULLETIN 1987, S. 581–583.

6 Gemeinschaft.

7 Zum EG-Haushalt 1987 vgl. Dok. 183, Anm. 6.

8 Vgl. dazu die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats vom 29./30. Juni 1987 (Anlage II); BULLETIN 1987, S. 583 f.

hat. Gen. können.[9] Der Kompromiß zum bestehenden positiven Währungsausgleichsbetrag beinhaltet seinen allmählichen Abbau bis 1990, wobei zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1988/89 ein Punkt durch Senkung der DM-Preise abgebaut wird, was durch nationale Beihilfen ausgeglichen wird, die den beiden MwSt.-Punkten der Vorsteuerpauschale entsprechen, die Ende 1988 wegfallen.[10] Allerdings darf diese nationale Beihilfe nicht produktionsgebunden sein. Zum künftigen System des Währungsausgleichs sieht der Kompromiß die Aufrechterhaltung des Switch-over-Systems[11] vor mit der Maßgabe, daß es vor dem 1.7.88 geprüft wird.

3) ER kann auf Haben-Seite ebenfalls verbuchen:

– Einigung auf Leitlinien für HH-Plan 1987.
Finanzierung der Haushaltslücke soll durch Verwendung aller verfügbaren MwSt.-Eigenmittel im Rahmen der Obergrenze von 1,4 Prozent und Ausgabenkürzungen erfolgen, welche die nicht-obligatorischen Ausgaben unberührt lassen und die Durchführung der Gem.-Politiken nicht in Frage stellen.
– Interimslösung im Bereich Forschung für das Jahr 1987. Die im HH-Plan für das HH-Jahr 1987 vorgesehenen Forschungsmittel können vorerst bis zur Verabschiedung eines mehrjährigen Rahmenprogramms für die laufenden Programme verwendet werden. GB war – trotz Drängen aller Partner – nicht bereit, sich dem seit langem vorliegenden und von elf MS getragenen Kompromiß der belgischen Präsidentschaft zu dem in der EEA[12] vorgesehenen mehrjährigen Rahmenprogramm anzuschließen.

4) Keine Einigung gab es auf die in den Schlußfolgerungen enthaltenen Leitlinien und das Arbeitsprogramm zum Delors-Paket. Auch hier konnte GB als einzige Delegation den Aussagen nicht zustimmen. GB-Schwierigkeit betrifft die vorgesehene politische Orientierung für ein neues Eigenmittel-System der Gem. Mrs. Thatcher machte hier insbesondere zwei Vorbehalte geltend:

– gegen die in Zukunft auf BSP-Basis (statt MwSt.-Bemessungsgrundlage) vorzunehmende Festlegung der neuen Obergrenze für die Eigenmittel (von D im Vorfeld des Rats konzediert) sowie
– gegen die Absicht, daß das Finanzierungssystem in Zukunft die Proportionalität der Beiträge entsprechend dem relativen Wohlstand der MS besser zu berücksichtigen habe.

Aus deutscher Sicht ist die in den abermals und an erster Stelle bekräftigte Aufgabe der Schaffung des Binnenmarkts besonders wichtig.[13] Ziffer 2 der

9 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.
Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 30. Juni 1987 in Brüssel; Dok. 189, besonders Anm. 18.

10 Der EG-Rat ermächtigte die Bundesrepublik am 30. Juni 1984, den Landwirten als Kompensation für den sukzessiven Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1988 eine Sonderbeihilfe in Form einer Mehrwertsteuerermäßigung in Höhe von 5 % des Kaufpreises eines jeden Agrarerzeugnisses vor Steuern zu gewähren. Für den Wortlaut der Entscheidung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 12. Juli 1984, S. 41. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1984, S. 11 und S. 59.

11 Zum „Switch-over-System“ vgl. Dok. 92, Anm. 27.

12 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

13 So in der Vorlage.

Schlußfolgerungen behandelt die Strukturfonds in der Perspektive wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Die Verbindung zwischen einer Erhöhung dieser Fonds und der Vollendung des Binnenmarkts ist auch von der deutschen Delegation hervorgehoben worden. BK und BM haben jedoch davor gewarnt, die Diskussion auf die Frage der Finanzausstattung zu verengen, und haben auf die Notwendigkeit wachsender Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitiken als wesentliches Element für Kohäsion hingewiesen. Zu den folgenden Kapiteln Haushaltsdisziplin, neue Mittel, Berichtigung der HH-Ungleichgewichte, Landwirtschaft und Arbeitsprogramm hat es dagegen, nicht zuletzt wegen der vorrangigen Beschäftigung der Staats- und Regierungschefs mit den aktuellen Problemen der Gem. (s. o. Ziffern 2 und 3), keine klar strukturierte und nachvollziehbare Diskussion gegeben. Frage der Fettsteuern[14], die u. a. während des gemeinsamen Abendessens am 29.6. intensiv diskutiert wurde, blieb kontrovers und ist in Ziffer 11 der Schlußfolgerungen daher nur indirekt angesprochen (Beachtung der externen Interessen bei Modernisierung der Agrarpolitik). Aus dem Agrarpaket ist sie damit bis auf weiteres ausgeklammert.

6) Schlußfolgerungen, die zwar sehr allgemein gefaßt und wenig konkret sind, geben immerhin eine politische Orientierung, auf deren Grundlage die Ratsgremien jetzt weiterarbeiten müssen.

So wird der kommende ER in Kopenhagen (Dezember 87)[15] insbesondere zu folgenden vier Fragen endgültig Stellung beziehen müssen:

– Haushaltsdisziplin (sowohl im Agrar- wie auch bei den nicht-obligatorischen Ausgaben),
– Reform der Strukturfonds einschließlich konkreten Finanzziels für 1992,
– neue Obergrenze Eigenmittel für 1992 und
– neues Eigenmittelsystem und Korrektur der HH-Ungleichgewichte.

7) Wie schon auf dem Konklave der AM ist es auch auf dem ER gelungen, die deutsche Delegation aus der Ecke herauszubringen, in die sie im Vorfeld des ER durch ihre Haltung zur Finanzfrage einerseits und ihren Widerstand gegen direkte Agrarpreissenkungen und den Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge andererseits geraten war. Zwei Schachzüge waren dafür maßgebend: zum einen unsere Bereitschaft, dem Vorschlag der KOM zu folgen, das BSP als Meßlatte für die Obergrenze der Eigenmittel zu nehmen und einer substantiellen Erhöhung der Strukturfonds zuzustimmen, zum anderen die deutsch-französische Verständigung über die am Morgen des 30.6. noch strittige Frage der Währungsausgleichsbeträge. Mit Hilfe dieser Strategie konnte auch die ablehnende Haltung anderer Delegationen und der KOM gegen unsere agrarpolitischen Wünsche überwunden werden. Es gelang uns, nicht nur unsere wesentlichen Agrarinteressen zu wahren und die Isolation, in die wir geraten waren, zu durchbrechen, sondern auch erneut deutlich zu machen, daß Fortschritte in der Gemeinschaft wesentlich von der deutschen Haltung zu einem zukunftsweisenden Konzept und von der deutsch-französischen Verständigung abhängen.

14 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.
15 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

Insofern kann dieser ER als ein deutscher Erfolg gewertet werden, auch wenn er für die EG nicht den großen Durchbruch brachte.

[gez.] Ungerer

Referat 200, Bd. 134811

194

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-1112/87 geheim **2. Juli 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: INF-Abkommen;
hier: Inspektionsvereinbarungen

Anlg.: 3 (nur beim Original)[3]

I. 1) Nach amerikanischen Vorstellungen soll das INF-Vertragswerk mit der SU aus vier Vereinbarungen bestehen:

– dem eigentlichen INF-Abkommen;
– einem Memorandum of Understanding über die Ausgangsdaten;
– einem Protokoll „Procedures governing Destruction, Conversion and Dismantlement“;
– einem Protokoll über die Inspektionsmodalitäten (Anlg. 1[4]).

Alle Teile bedürfen nach amerikanischer Auffassung der Ratifizierung.

2) Zu diesem amerikanisch-sowjetischen Vertragswerk soll ein Durchführungsabkommen der USA mit den fünf Stationierungsländern (sechs Parteien) hinzutreten (Anlage 2[5]).

3) Von den vier Bestandteilen des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrages ist das Inspektionsprotokoll bisher noch nicht in die Genfer Verhandlungen eingeführt worden. Ein amerikanischer Protokollentwurf, ebenso wie der Entwurf

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationssekretär Haller konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 3. Juli 1987 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4, 5 und 8.
An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „-1166/87; -1165/87; -1112/87“.

4 Für das undatierte amerikanische Papier „Protocol between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics regarding Inspection and Monitoring relating to the Treaty on the Limitation and Reduction of Intermediate-Range Nuclear Missiles“ vgl. VS-Bd. 11362 (220).

5 Für das amerikanische Papier vom 26. Juni 1987 „Agreement among the United States of America and Belgium, the Federal Republic of Germany, Italy, the Kingdom of the Netherlands and the United Kingdom, regarding Inspection and Monitoring relating to the Treaty on the Limitation and Reduction of Intermediate-Range Nuclear Missiles between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics“ vgl. VS-Bd. 11362 (220).

eines Sechs-Parteien-Durchführungsabkommens hierzu, sind gegenwärtig Gegenstand von Gesprächen der USA mit den Stationierungsländern.

Diese Gespräche fanden zunächst in Washington statt (Botschaftsvertreter der Stationierungsländer mit dem SCG-Vorsitzenden Holmes).[6] Sie wurden am 1. Juli 1987 in der SCG/Quint in Brüssel mit Vertretern aus den Hauptstädten fortgesetzt.[7] Dieser Sitzung ging ein informelles Treffen der Stationierungsländer (ohne USA) auf Einladung Belgiens am 30. Juni voraus.

4) Den USA ist sehr daran gelegen, den Entwurf des Inspektionsprotokolls möglichst bald in die Genfer Verhandlungen einzuführen. Sie wollen damit sowjetischen Bestrebungen, sich einer vertieften Diskussion der Inspektionsproblematik zu entziehen, entgegenwirken.

II. 1) Als Stationierungsland betreffen uns die Inspektionsmaßnahmen unmittelbar.

Auf amerikanischen Basen in der Bundesrepublik Deutschland werden folgende Inspektionen stattfinden:

a) Überprüfung der Ausgangsdaten und ihrer Änderungen als Folge vereinbarter Reduzierungsschritte;

b) zahlenmäßig festgelegte systematische Inspektionen amerikanischer INF-Flugkörper-Basen;

c) ständige Verifikation („perimeter and portal monitoring“) der „missile support facilities“. Die einzige hier in Frage kommende Einrichtung befindet sich nach amerikanischen Angaben in Hausen (Stadtteil von Frankfurt). Anmerkung: In GB, I und NL gibt es solche Einrichtungen nicht, wohl aber in Belgien.

d) Verdachtskontrollen.

2) Die unter a), b) und c) genannten Inspektionen würden mit Abzug der letzten INF-Flugkörpersysteme entfallen (US-Entwurf: drei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages, oder 31.12.1991, „whichever is later“). In Washington wird gegenwärtig geprüft, ob im Falle einer globalen LRINF- und SRINF-Null-Lösung auf die unter c) aufgeführte ständige Verifikation nicht ganz verzichtet werden kann. Nach dem jetzigen Stand der amerikanischen Überlegungen müßten Verdachtskontrollen auch auf dem Territorium der Stationierungsländer so lange zugelassen werden, wie der auf unbestimmte Zeit geschlossene Vertrag besteht. Die Stationierungsländer treten hier für eine flexiblere Regelung ein, die es ermöglicht, nach Abschluß der Reduzierungen die Verdachtskontrollen auf die Vertragsparteien USA und SU zu beschränken.

Die Zahl der Verdachtskontrollen ist im US-Entwurf noch offen. Die USA denken an eine Zahl von jährlich fünf bis zehn.

III. 1) Das amerikanische Inspektionsregime sieht vor, daß Inspektionsrechte und -pflichten, auch soweit sie Stationierungsländer betreffen, bilateral zwischen

6 Zur ersten Runde der Gespräche zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme über Inspektionsvereinbarungen im Rahmen eines INF-Vertrags vgl. Dok. 173.

7 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) bzw. im erweiterten Kreis am 1. Juli 1987 in Brüssel vgl. die Drahtberichte Nr. 858 und Nr. 859 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter, z. Z. Brüssel, vom 1. Juli 1987; VS-Bd. 11370 (220) bzw. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

USA und SU begründet werden. Zusätzlich würden die Vereinigten Staaten und die SU mit ihren jeweiligen Stationierungsländern separate Durchführungsabkommen abschließen, die einerseits den Inspektionszugang für die andere Seite garantieren und andererseits den Rechten der Stationierungsländer Rechnung tragen sollen.

Die amerikanischen Vorstellungen zielen darauf ab, direkte Rechtsbeziehungen zwischen USA und östlichen Stationierungsländern zu vermeiden. Einziger Ansprechpartner für die USA soll die SU sein. Dieser soll die Möglichkeit verwehrt werden, sich ihren Inspektionspflichten unter Berufung auf die Souveränität anderer Staaten (konkret: DDR und ČSSR als einzige nicht-sowjetische Stationierungsländer des WP, wegen der Dislozierung von SS-12/22) zu entziehen; in strittigen Fällen möchten die USA direkt die SU haftbar machen können. Spiegelbildlich wären für die SU, auch soweit es um Inspektionen auf unserem Territorium geht, die USA der verantwortliche Vertragspartner. Im Falle vertragswidrigen Verhaltens sowjetischer Inspektoren auf unserem Territorium wären wir darauf angewiesen und den USA gegenüber verpflichtet, die USA zu ersuchen, unsere Forderung auf vertragsgemäßes Verhalten der sowjetischen Inspektoren gegenüber der SU geltend zu machen.

Die amerikanische Argumentation überzeugt uns nicht. Gerade das Fehlen direkter Rechtsbeziehungen zwischen den USA und östlichen Stationierungsländern würde es der SU möglich machen, sich unter Berufung auf die Souveränität der DDR und der ČSSR ihren Verpflichtungen aus dem Inspektionsprotokoll zu entziehen. Uns würde umgekehrt die Möglichkeit genommen, als Stationierungsland von der SU ein vertragsgemäßes Verhalten zu verlangen; allerdings würden wir der SU gegenüber zu nichts verpflichtet sein.

2) Ebenso wie alle anderen Stationierungsländer haben wir aus diesem Grunde, zuletzt in den Konsultationen in Brüssel am 1. Juli 1987, auf eine ausreichende rechtliche Verknüpfung des amerikanisch-sowjetischen Inspektionsprotokolls mit den Durchführungsabkommen gedrängt, die die USA bzw. SU mit den Stationierungsländern schließen. Sie würde den Stationierungsländern Zugeständnisse, die nur sie als Territorialstaaten machen können, erheblich erleichtern.

Als Möglichkeiten für rechtliche Verknüpfungen des amerikanisch-sowjetischen Inspektionsprotokolls mit den Durchführungsabkommen werden folgende Optionen diskutiert:

a) Bezugnahme auf die Durchführungsabkommen mit den Stationierungsländern im amerikanisch-sowjetischen Inspektionsprotokoll. Die USA und die SU würden von den Durchführungsabkommen, die die jeweils andere Seite mit Stationierungsländern abgeschlossen hat, Kenntnis nehmen und sich auch im Verhältnis zu den Stationierungsländern der anderen Seite verpflichten, sich an die Bestimmungen der Durchführungsabkommen zu halten. („The Parties take note of the agreements concluded by the USA and … on the one hand and by the USSR and ... on the other hand. They agreed that inspections will be carried out in accordance with these agreements.“)

Dieser von uns in die Diskussion eingeführte Vorschlag wurde insbesondere von B, NL und I mit Interesse aufgenommen.

b) Notenwechsel zwischen den Stationierungsländern und der SU, in dem auf das zwischen den USA und den Stationierungsländern geschlossene Durchfüh-

rungsabkommen Bezug genommen wird und in dem sich die SU verpflichtet, sich an die Bestimmungen dieses Durchführungsabkommens zu halten. Gegen diesen britischen Vorschlag, der über unseren Diskussionsbeitrag (s. o.) hinausgeht, haben die USA erhebliche Vorbehalte.

c) Abschluß eines multilateralen Abkommens, das von den USA, der SU, westlichen und östlichen Stationierungsländern gemeinsam geschlossen würde. Dieser ursprünglich niederländische Vorschlag, der von den USA abgelehnt wird, wurde in der Sitzung am 1. Juli nicht mehr im einzelnen diskutiert.

3) Die USA haben zugesichert, die Vorschläge unter a) und b) zu prüfen. Amerikanische Formulierungsvorschläge vom 25.6.1987, siehe Anlage 3[8], die nur in allgemeiner Form klarstellen, daß die Inspektoren den Gesetzen des Landes unterworfen sind, in dem die Inspektionen durchgeführt werden, werden von allen Stationierungsländern als nicht ausreichend betrachtet. Sie begründen für die Stationierungsländer kein Recht, von der SU unmittelbar die vertragsgemäße Durchführung der Inspektionen zu verlangen.

IV. 1) Aus dem amerikanischen Entwurf eines Inspektionsprotokolls ist festzuhalten:

– Es räumt der inspizierenden Partei (USA bzw. SU) zahlreiche Rechte ein, die die Souveränität der Stationierungsländer berühren. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die hierfür erforderliche Zustimmung der Stationierungsländer sicherzustellen.
– An den vorgeschlagenen Einschränkungen für die Inspektionsteams wird erkennbar, daß überzogene Inspektionsforderungen für sensitive Anlagen ausgeschlossen werden sollen (besonders Art. V, 4).
– Die vorgesehenen Definitionen wichtiger Begriffe der Verdachtskontrolle (Art. IX, Ziffer 4 des INF-Vertrages) wie „facilities operated by, controlled by or under contract to the other party“ fehlen noch im Protokollentwurf. Die Frage, ob statt dessen eine abschließende Aufzählung solcher Einrichtungen erfolgen soll, wird gegenwärtig in Washington geprüft.

V. Der Entwurf eines Durchführungsabkommens zwischen den USA und den Quint-Ländern enthält im einzelnen:

– für die Stationierungsländer die Pflicht, dem sowjetischen Inspektionspersonal die nötigen Einreisegenehmigungen, Zollfreistellungen, Vorrechte und Befreiungen zu erteilen. Die von den USA zunächst vorgesehene Verleihung diplomatischer Rechte und Befreiungen nach WÜD[9] würde eine Maximallösung darstellen. Wir haben zu erwägen gegeben, ob nicht auch lediglich die Verleihung der Amtsimmunität oder die volle Befreiung von der Gerichtsbarkeit nach § 20 GVG[10] hinreichen wird. Denkbar wäre auch die Aufteilung der Inspektoren und ihres Begleitpersonals in Gruppen mit Privilegien unterschiedlichen Umfangs; die USA haben nähere Prüfung zugesagt;

8 Für die amerikanischen Formulierungsvorschläge, die als Anlage 3 der Aufzeichnung des Botschafters Holik vom 29. Juni 1987 zum selben Thema beigefügt waren, vgl. VS-Bd. 11362 (220).

9 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1031.

10 Für den Wortlaut des § 20 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 in der durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes vom 17. Juli 1984 geltenden Fassung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 993 f.

– die Pflicht, Inspektionen der SU auf unserem Territorium zu dulden, und die Durchführung von Inspektionen zu erleichtern. Das bedeutet für uns im Rahmen der ständigen Verifikation (monitoring) die Duldung der dauernden Anwesenheit sowjetischer Inspektoren in Hausen bei Frankfurt (bis zum vollständigen Abzug aller INF-Flugkörper);
– die Einschränkung unseres Rechts, gegen die Aufnahme bestimmter Personen in die sowjetische Inspektorenliste (und damit gegen die Einreise und den Aufenthalt sowjetischer Inspektoren hier) Einwände zu erheben. Nach amerikanischer Vorstellung soll die Ablehnung eines Inspektors nur unter der Voraussetzung erfolgen dürfen, daß dieser vom Stationierungsland schon vorher zur persona non grata erklärt worden war (Art. IV, Ziffer 1). Diese Einschränkung wurde von allen Stationierungsländern als zu eng empfunden;
– die Pflicht der USA, bestimmte Notifizierungen der SU bezüglich des Orts der Inspektion, des Zeitpunkts der Einreise, der Namen der beteiligten Inspektoren etc. unverzüglich an uns weiterzuleiten. Dies bedeutet gleichzeitig, daß Informationen im Zusammenhang mit sowjetischen Inspektionen auf unserem Territorium nur auf dem Umweg über die USA an uns gelangen (Art. III). Die Möglichkeit, daß Kopien dieser Notifikationen von der SU direkt an die Stationierungsländer übermittelt werden, wird von den USA geprüft;
– die Pflicht, die nötige Infrastruktur für Technik und Kommunikation bereitzustellen (Art. V, 4, und VI, 3); diese Bestimmungen werden von den Stationierungsländern in ihrer Ausgestaltung als zu weitgehend empfunden;
– das Recht, im Falle eines Mißbrauchs des Inspektionsrechts durch sowjetische Inspektoren von den USA zu verlangen, daß diese geeignete Maßnahmen ergreifen, damit die betreffenden Personen nicht mehr als Inspektionspersonal tätig werden.

VI. In der Quint-Sitzung am 1. Juli 1987 zeichneten sich für viele offene Einzelfragen, die das Inspektionsprotokoll und das Durchführungsabkommen aufwerfen, Lösungen ab, die sowohl für die USA als auch die Stationierungsländer akzeptabel erscheinen. Die USA werden unter Berücksichtigung der Ergebnisse der bisherigen Diskussion mit den Stationierungsländern im Lauf der nächsten Woche eine überarbeitete Fassung des Inspektionsprotokolls und des Durchführungsabkommens zirkulieren. Diese Entwürfe sollen dann erneut Thema einer Sitzung mit Experten aus den Hauptstädten sein.

Referat 500 hat mitgewirkt.

D5[11] hat mitgezeichnet.

Holik

VS-Bd. 11362 (220)

11 Jürgen Oesterhelt.

195

Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt

114-4263/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1155
Citissime

Aufgabe: 2. Juli 1987, 08.55 Uhr[1]
Ankunft: 2. Juli 1987, 09.06 Uhr

Betr.: Geiselnahme im Libanon[2];
hier: Gespräch mit T. am 1.7.87[3]

Bezug: DB 1101 v. 25.6.87 – Pol 530.36 LIA – VS-v[4]

I. T., mit dem ich auf dessen Wunsch am 1.7. abends an neutralem Ort ein längeres Gespräch hatte, unterrichtete mich über die jüngste Entwicklung wie folgt:

1) Der in den Libanon entsandte Beauftragte (im folgenden B.) sei erst am Morgen des 1.7. zurückgekehrt und nicht, wie erwartet, schon am vergangenen Wochenende[5]. Er (T.) habe deshalb nicht mehr, wie zunächst in Aussicht gestellt, MdB Wischnewski vor dessen Abreise nach Algerien[6] telefonisch unterrichten können, und bitte angesichts dieser Umstände um Entschuldigung.

2) B. sei auf dem Hintergrund iranischer Bemühungen um moralische Isolierung der Geiselnehmer in den Libanon gereist. Man versuche, den Geiselnehmern klarzumachen, daß die Entführung Unschuldiger gegen die Grundsätze der islamischen Religion verstieße. Iran habe hierbei die – auch öffentlich erklärte – Unterstützung führender libanesischer Schiiten wie Fadlallah und Berri gefunden. Auch Syrien grenze sich eindeutig gegenüber den Geiselnehmern ab. B. sollte während seines Libanon-Aufenthaltes in diesem Sinne außerdem auf Shaban, den Führer der Gruppe der „Islamischen Einheit", einwirken, habe diesen aber nicht antreffen können.

3) B. habe keinen direkten Kontakt mit den Geiselnehmern selbst herstellen können, und auch die Kontaktaufnahme mit Verantwortlichen aus dem engeren Kreis um die Geiselnehmer habe sich erheblich schwieriger als früher erwiesen. B. sei nicht freundlich aufgenommen worden, man habe Termine nicht eingehalten, so daß er erst nach zehn Tagen mit Verantwortlichen habe sprechen können.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 2. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

2 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 153.

3 Vortragender Legationsrat Ischinger vermerkte an dieser Stelle handschriftlich: „T. = Tabatabai".

4 Botschafter Freitag, Teheran, berichtete, der Persönliche Beauftragte des Ayatollah Khomeini, Tabatabai, habe ihn am 24. Juni 1987 unterrichtet, „daß er ‚einen Mann' eigens von Teheran in den Libanon geschickt habe, um mit den Geiselnehmern Kontakt aufzunehmen und sich über den Gesundheitszustand der beiden deutschen Geiseln zu informieren. Er erwarte ihn Freitag oder Samstag dieser Woche in Teheran zurück. Vom Bericht dieses Mannes hänge auch ab, wann er – T. – selbst in den Libanon reisen werde. Die Kontakte mit den Geiselnehmern gestalteten sich ‚enorm schwierig'." Vgl. VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

5 27./28. Juni 1987.

6 Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte am 25. Juni 1987: „Abgeordneter Wischnewski unterrichtete mich heute davon, daß er eine algerische Einladung zur 25-Jahr-Feier angenommen habe." Wischnewski werde sich vom 2. bis 7. Juli 1987 in Algerien aufhalten. Er plane, mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, zu sprechen. Vgl. Referat 011, Bd. 138360.

4) B. habe den Auftrag gehabt:

a) sich über den Gesundheitszustand der Geiseln zu vergewissern und möglichst Video- und Fotoaufnahmen mitzubringen,

b) sich über die näheren Umstände der Geiselhaft wie Ort, Unterbringung und Behandlung zu unterrichten,

c) Möglichkeiten einer Korrespondenz zwischen den Geiseln[7] und ihren Familien zu finden,

d) klarzustellen, daß die Bundesregierung – was für Iran verständlich sei – sich nicht erpressen lassen und Hamadi[8] nicht austauschen werde, und daß einerseits die Geiseln nicht getötet werden könnten, da dies gegen elementare religiöse Grundsätze verstoßen würde,

e) die Geiselnehmer zu fragen nach ihren Vorstellungen zum weiteren zeitlichen Ablauf.

5) Eine 24stündige Bedenkzeit, um sich auf der vorstehenden Grundlage eine Lösung auszudenken, hätten die „Verantwortlichen" verstreichen lassen. Ein Gespräch mit einem Vertreter aus dem Kreise der Verantwortlichen am 1.7. mittags sei ebenfalls ergebnislos verlaufen. Die Geiselnehmer seien zwar offenbar darüber erleichtert, daß Hamadi nicht an die USA ausgeliefert werde[9], aber nicht bereit, hierfür einen Preis zu zahlen. Diese Hartnäckigkeit erkläre sich aus dem von B. festgestellten hohen Beliebtheitsgrad Hamadis in seiner Familie und bei vielen jungen Leuten, die erklärten, daß sie bereit seien, „sich für Hamadi zu opfern".

6) B. habe trotz aller Mühe keine Möglichkeit erhalten, die Geiseln zu sehen. Ihm sei jedoch von mehreren Leuten aus dem engeren Kreis die „Garantie" gegeben worden, daß es beiden Geiseln den Umständen entsprechend „gut bis sehr gut" gehe. Auch über den Aufenthaltsort der Geiseln habe B. keine Informationen erhalten können. Es sei zu vermuten, daß der Aufenthaltsort häufig gewechselt werde.

7) Nach diesem Ergebnis der Reise B.s werde im Iran die Lage jetzt sorgfältig analysiert. Die Geiselnehmer müßten weiterhin unter Druck gesetzt werden. Es werde geprüft, wie dies geschehen könne. Man werde auch mit Syrien hierüber sprechen. (Er (T.) selbst werde auf seiner Rückreise von Europa über Damaskus fliegen.) Den Geiselnehmern müsse klargemacht werden, daß sie ihr Ziel auch dann nicht erreichen könnten, wenn sie die Geiseln auf Jahre hinaus festhielten. T. meinte in diesem Zusammenhang, daß eine Reise von ihm in den Libanon der „letzte Trumpf" sei, der wohl besser jetzt noch nicht ausgespielt werden sollte. Unabhängig davon liefen die Bemühungen um Fortschritte über seine (T.s) Verwandte im Libanon weiter.

7 Korrigiert aus: „Geiselnehmern".

8 Durchgängig korrigiert aus: „Hamadei".

9 Zum Auslieferungsfall Hamadi vgl. Dok. 107, besonders Anm. 10.
Ministerialdirigent Fiedler informierte am 24. Juni 1987: „Bundesregierung hat in heutiger Kabinettssitzung in Abstimmung mit hessischer Landesregierung entschieden, von der ihr im deutsch-amerikanischen Auslieferungsvertrag vom 20.6.1978 eröffneten Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Strafverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen und Mohammed Hamadi nicht an die USA auszuliefern." Vgl. den Runderlaß Nr. 5000; Referat 310, Bd. 149655.

II.[10] T. ließ im Gesprächsverlauf Wunsch auf Bestätigung der Bundesregierung erkennen, wonach ein Austausch Hamadis gegen die Geiseln nicht in Frage kommt. Ich habe ihn auf Grundlage der Erklärungen der Bundesregierung und von BM Schäuble und StS Ost[11] unterrichtet und außerdem darauf hingewiesen, daß das amerikanische Verständnis für Nichtauslieferung an die feste Erwartung geknüpft sei, daß Hamadi in Deutschland verurteilt und die Strafe vollzogen werde. Da ich voraussichtlich am 4.7. nochmals Kontakt mit T. haben werde, wäre ich für vorherige Weisung dankbar, falls eine Ergänzung hierzu erforderlich ist.

III. T. teilte mir folgende Daten seiner geplanten privaten und dienstlichen Reisen in der nächsten Zeit mit:

15.7.	7 bis 10 Tage Schweiz
ca. 28.7.	etwa zwei Wochen Palma de Mallorca, danach wieder Schweiz
zwischen 15. u. 25.8.	7 bis 10 Tage Düsseldorf,

dann Rückreise nach Teheran über Damaskus.

Botschaft wird T. und seinem mit ihm reisenden Bruder am 2.7. Visum mit mehrfacher Einreise erteilen. T. sagte zu, die genauen Reisedaten für Deutschland (Tag, Uhrzeit, Flugnummer, Ankunftsort in Deutschland) rechtzeitig über den ihm persönlich bekannten Botschafter Petersen (Bern) oder über mich mitzuteilen, damit die zuständigen Stellen rechtzeitig informiert werden können.

[gez.] Freitag

VS-Bd. 14152 (010)

10 Korrigiert aus: „I."

11 Der Text der Erklärung der Bundesregierung zur Entscheidung im Fall Hamadi wurde von Ministerialdirigent Fiedler am 24. Juni 1987 übermittelt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 5042; Referat 310, Bd. 149655.
Am selben Tag übermittelte Fiedler auch den Text der Ausführungen „des Leiters Arbeitsstabes Libanon, BM Schäuble, und des Regierungssprechers, StS Ost, vor Bundespressekonferenz nach Verlesung dort bereits bekannter Erklärung der Bundesregierung zum Fall Hamadi". Vgl. den Runderlaß Nr. 5049/5050; Referat 310, Bd. 149655.

196

Gesandter Henze, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 2. Juli 1987, 21.32 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2868 **Ankunft: 3. Juli 1987, 04.03 Uhr**

Betr.: World Jewish Congress;
hier: Anti-Waldheim-Kampagne[2]

Bezug: DB Nr. 2730 vom 23.6.87 – Pol 320.15/11[3]

Zur Unterrichtung

Die Anti-Waldheim-Kampagne hat in Verbindung mit dem Besuch von Waldheim beim Papst[4] hier einen neuen Höhepunkt erreicht, ist nach dem Besuch aber ähnlich unvermittelt wieder fast völlig aus den Medien entschwunden wie 1985 die Auseinandersetzung um „Bitburg“[5]. Geblieben sind vor allem offene Fragen zum Verhältnis zwischen den amerikanischen Juden und dem Papst, die spätestens beim USA-Besuch des Papstes im September 1987[6] wieder Aktualität erlangen dürften, und ein stärker durch die NS-Vergangenheit gezeichnetes Österreichbild.

Die Reaktion jüdischer Sprecher auf den Empfang Waldheims durch den Papst war hart. Dafür genannte Gründe sind einerseits das Fehlen jeglicher Hinweise auf kritische Anmerkungen des Papstes gegenüber Waldheim im Sinne der durch den World Jewish Congress erhobenen Beschuldigungen, andererseits die uneingeschränkte Anerkennung der Tätigkeit Waldheims als VN-Generalsekretär für den Frieden, da gerade zu seiner Amtszeit die berüchtigte VN-Resolution mit der Gleichsetzung von Zionismus mit Rassismus[7] verabschiedet werden konnte. Die Ergebnisse mehr als zwanzigjährigen katholisch-jüdischen Dialoges seien dadurch jetzt gefährdet, das bisher erzielte interkonfessionelle Einvernehmen bedroht.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Calebow, Washington, konzipiert.

2 Zur Debatte um den österreichischen Bundespräsidenten Waldheim vgl. Dok. 191.

3 Gesandter Paschke, Washington, berichtete: „Die Anti-Waldheim-Kampagne des World Jewish Congress (WJC) diente vor allem dazu, die NS-Verbrechen und den ‚Holocaust‘ aus neuem und aktuellem Anlaß von neuem in die Medien zu bringen. Das Wachhalten der Erinnerung an den ‚Holocaust‘ ist ein erklärtes Hauptziel des WJC. Die Anti-Waldheim-Kampagne des WJC hat bewirkt, daß sich das kontinuierliche und überkritische Interesse eines Teils der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft von uns zur Zeit abgewendet und auf Österreich verlagert hat. Wir standen zuletzt so im Mittelpunkt des Interesses während der Auseinandersetzung um den Bitburg-Besuch von Präsident Reagan. Die Anti-Waldheim-Kampagne ist im Begriff, jetzt gegenüber Österreich u. U. ein ähnliches Maß der Überzogenheit zu erreichen wie die Auseinandersetzung um Bitburg 1985.“ Vgl. Referat 204, Bd. 160052.

4 Bundespräsident Waldheim hielt sich vom 24. bis 27. Juni 1987 im Vatikan auf. Vgl. dazu Dok. 190, Anm. 8.

5 Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan besuchten am 5. Mai 1985 den Soldatenfriedhof in Bitburg. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 123.
Zu den Auswirkungen dieses Besuchs auf die Beziehungen zu jüdischen Organisationen in den USA vgl. AAPD 1986, I, Dok. 55.

6 Papst Johannes Paul II. besuchte die USA vom 10. bis 19. September 1987.

7 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 3379 der VN-Generalversammlung vom 10. November 1975 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XV, S. 523 f.

Die maßgeblichen amerikanisch-jüdischen Organisationen äußern inzwischen Zweifel an der Opportunität der für den 11. September 1987 geplanten groß aufgezogenen, aber mehr zeremoniellen Zusammenkunft jüdischer Vertreter mit dem Papst in Miami. Gefordert wird jetzt ein Sachgespräch zu einem früheren Termin, das nach Auffassung einiger jüdischer Sprecher die Begegnung in Miami aber insgesamt entbehrlich machen könnte. Bei diesem Sachgespräch soll es nicht mehr nur um Waldheim gehen, sondern auch um Versäumnisse der katholischen Kirche während der Judenverfolgung der NS-Zeit. Auch Themen wie die bisherige Weigerung des Vatikans, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen, der Besuch des Papstes in Konzentrationslagern, ohne dabei auch der jüdischen Opfer zu gedenken, und die Seligsprechung der zum Katholizismus konvertierten Jüdin Edith Stein[8], die nicht wegen ihres Glaubens, sondern wegen ihrer jüdischen Herkunft ermordet worden sei, werden als erörterungsbedürftige Fragen genannt.

Die Haltung der hiesigen jüdischen Organisationen ist nicht einheitlich. Aus Erklärungen von Vertretern des World Jewish Congress klingt Genugtuung über die jetzt eingetretene Lage. Diese Organisation zählte seit langem zu den Kritikern des jüdischen Dialogs mit dem Vatikan, dessen Abbruch sie jetzt zugunsten von auf die katholische Kirche der USA beschränkter Kontakte fordert. Der American Jewish Congress und der Synagogue Council of America haben ihre Teilnahme an der Begegnung in Miami bereits abgesagt, lassen aber wieder Kompromißbereitschaft für den Fall erkennen, daß es vorher zu dem geforderten Sachgespräch kommt. Die Anti-Defamation League lehnt eine Absage der Begegnung in Miami ab, um den Gesprächskontakt nicht vorzeitig zu verschütten, fordert aber jetzt erste Schritte des Papstes, die den verletzten Gefühlen der jüdischen Seite entgegenkommen. Der Sprecher des American Jewish Committee, Marc Tanenbaum, sprach von einem Gefühl des Verratenseins auf jüdischer Seite, bezeichnete die Fortsetzung des Dialogs mit dem Vatikan aber als lebenswichtig.

Der American Jewish Congress veröffentlichte in einem ganzseitigen Inserat in der New York Times am 26.6.87 einen offenen Brief an den Papst, in dem zu Waldheim erklärt wird, daß es jetzt nicht mehr um dessen Person gehe, sondern um das Symbol, zu dem er inzwischen geworden sei.[9] Waldheim repräsentiere heute den absoluten Gegensatz zu historischem Erinnern, er sei zum Symbol des Verleugnens und des Sich-Entziehens geworden, der sowohl den Opfern des Holocaust die Schmach des Vergessenwerdens anzutun wie auch die Erinnerung an die Bestialität der Mörder und an die Leiden der Opfer zu tilgen bemüht sei. Er – Waldheim – sei damit sowohl zum Symbol für die schlimme NS-Vergangenheit wie auch für heutige Bestrebungen geworden, den Holocaust zu verkleinern, zu verfälschen und schließlich möglichst ganz vergessen zu machen.

2) Diese Feststellungen machen erkennbar, in welchem Maße die Waldheim-Thematik Grundpositionen jüdischen Denkens und seines Bewußtseins berührt,

8 Die am 9. August 1942 im Konzentrationslager Auschwitz ermordete Edith Stein wurde am 1. Mai 1987 in Köln von Papst Johannes Paul II. selig gesprochen. Vgl. dazu den Artikel „Der Papst stellt seinen Besuch unter das ‚Zeichen der Zeugenschaft'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Mai 1987, S. 1.

9 Vgl. dazu die Anzeige „An Open Letter from the American Jewish Congress to Pope John Paul II"; THE NEW YORK TIMES vom 26. Juni 1987, S. A 9.

und helfen, das Ausmaß jüdischer Erregung etwas verständlicher zu machen. Diese Fragen berühren alle jüdischen Gruppierungen gleichermaßen und bringen sie zueinander, gleich welcher Gegensätze wegen sie sonst untereinander zerstritten und zersplittert sein mögen. Das sich daraus entwickelnde Einigkeitsgefühl stellt für Juden einen besonders hohen Wert dar, was erklären hilft, weshalb die Waldheim-Thematik in solchem Maße auf die Spitze getrieben werden konnte, daß dabei Opfer am Wegrand zurückbleiben, wie die Person von Waldheim selbst, der das Bekämpftwerden als derartiges Symbol wirklich verstehen und nachvollziehen können müßte, um darauf auch angemessen reagieren zu können, wie auch das österreichische Volk, das diese Angriffe auf seinen Präsidenten als Ausdruck unversöhnlichen jüdischen Hasses mißverstehen könnte, die das nicht sind, die aber gleichwohl verhängnisvolle Folgen haben können, letztendlich auch für die Juden selbst.

Manches erklärt sich aus dem tiefen, auch heute noch wirksamen jüdischen Verletztsein als Folge des Holocaust. Die Anti-Waldheim-Kampagne ist aber kaum allein als Ausdruck solchen Verletztseins voll zu verstehen. Ihre Akteure machen sich dieses Verletztsein offensichtlich auch zunutze für politische Zwecke von heute, Ziele einzelner Gruppen, nicht zuletzt auch aus tagespolitischen Interessen. Die Frage nach dem Verantwortungsbewußtsein der Akteure stellt sich nicht zum ersten Mal.

Die Art der Behandlung der Waldheim-Thematik zeigt uns auch, daß sich das uns gegenüber zuletzt in Zusammenhang mit „Bitburg“ zur Wirkung gekommene Konfliktpotential bei den amerikanischen Juden und den von diesen beeinflußten Medien seither nicht wirklich verringert hat. Der durch unsere Zusammenarbeit mit dem American Jewish Committee begonnene und auf andere Organisationen inzwischen zumindest in Ansätzen ausgeweitete Prozeß der Verständigung darf uns nicht zu der Annahme verleiten, daß sich das heikle und schwierige Grundverhältnis zwischen den amerikanischen Juden und uns bereits so einschneidend verändert hätte, daß wir uns darum künftig nicht mehr zu bekümmern bräuchten. Der diesen Verständigungsprozeß tragende Personenkreis ist – trotz der Bemühungen um kontinuierliche Ausweitung – immer noch verhältnismäßig klein. Fortschritte sind aber sichtbar.

Andererseits genügt schon ein verhältnismäßig kleiner, aber lautstark agierender Kreis, um so eine Kampagne in Gang zu bringen, die, wenn sie in den richtigen Kontext gestellt wird, rasch zu einer Lawine anwachsen kann. Die Medien sind hier – wie sich immer wieder zeigt – für Derartiges stets besonders aufnahmebereit.

Die Verständigungsbereitschaft eines Teils der amerikanischen Juden uns gegenüber könnte andere jüdische Gruppierungen auch nicht davon abhalten, bei einem geeignet erscheinenden Anlaß auch wieder einmal gegen uns zu Felde zu ziehen. Beide würden darüber unseretwegen auch nicht miteinander in Konflikt treten. Es ist ein charakteristisches Verhaltensmuster der hiesigen jüdischen Gemeinschaft, daß jede Gruppe andere nach außen zunächst einmal möglichst gewähren läßt. Kritik wird später und vor allem intern geäußert. So wie die Verständigungspolitik des American Jewish Committee uns gegenüber in der Anfangszeit trotz teilweise scharfer Verurteilung von anderer jüdischer Seite nicht öffentlich angegriffen wurde, könnten wir gegebenenfalls auch nicht

erwarten, daß sich etwa die Führung des American Jewish Committee bei einem derartigen Anlaß für uns öffentlich in die Bresche würfe. Etwas anderes wäre die Bereitschaft in so einem Fall, alsbald ein entsprechendes öffentliches Gegensignal in unserem Sinne abzugeben.

Der Weg zum völligen Abbau derartigen Konfliktpotentials ist noch lang. Je mehr „Verbündete" wir über eine Ausweitung der bestehenden Kontakte zur amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft gewinnen, desto mehr werden wir auch dieses Konfliktrisiko relativ verringern können. Wir werden uns aber bewußt bleiben müssen, daß der in dieser Hinsicht verbleibende Rest als „harter Kern" auch noch für längere Zeit in Rechnung zu stellen sein wird.

[gez.] Henze

Referat 203 (202), Bd. 140551

197

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-370.13-1176/87 geheim **3. Juli 1987**[1]

Betr.: Sitzung des Bundessicherheitsrats am 3. Juli 1987

Anlg.: 1[2]

TOP 2

Bericht des Generalinspekteurs über „Folgerungen aus rüstungskontrollpolitischen Verhandlungsbeschlüssen des Bündnisses für die Verteidigungsfähigkeit"

1) Nach Vortrag des Generalinspekteurs (s. Anlg.) regte der Bundeskanzler die Erstellung einer „Liste des Handlungsbedarfs" durch BMVg und AA an. Wir müßten wissen, was wir wollen, und dann unsere Interessen im Bündnis durchsetzen. Ende September solle eine Abendsitzung des BSR angesetzt werden, um die Fragen in Ruhe zu diskutieren. Dazu brauche man kein Beschlußpapier, sondern ein Papier, das die Denkkategorien gegenüberstellt, wenn die HLG ihre Arbeit weiterentwickelt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Holik am 3. Juli 1987 über Staatssekretär Sudhoff an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Sudhoff am 3. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Genscher am 11. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Leiter Ministerbüro: Diese Niederschrift ist mit dem Protokoll des B[undes]K[anzler]A[mts] zu vergleichen. Bei Abweichungen W[ieder]V[orlage]."
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 4. August 1987 vorgelegen, der die Wiedervorlage am 6. August 1987 verfügte. Hat Elbe am 6. und 17. August, am 7., 14 und 28. September sowie am 7. Oktober 1987 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 17350 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für die Ausführungen des Generalinspekteurs der Bundeswehr, Wellershoff, im Bundessicherheitsrat am 3. Juli 1987 vgl. die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 30. Juni 1987; VS-Bd. 11290 (220).

2) BM Wörner sah einen Handlungsbedarf auf zwei Feldern:

– Wie kann die Strategie der Abschreckung auch im Fall der doppelten Null-Lösung wirksam gehalten werden?

  Die HLG werde hierüber bis zum Spätherbst diskutieren, unsere Leute brauchten jedoch klare Weisung. Im deutschen Interesse liege es zu verhindern, daß unten nachgeschoben werde, was oben abgerüstet wird. Wir könnten mit vielem leben, wenn sich in der Sowjetunion nicht der Eindruck durchsetze, daß die USA den Gedanken eines sowjetischen Sanktuariums akzeptiert haben. Hier seien klare Signale nötig. Details müßten jetzt noch nicht diskutiert werden, aber man müsse schon jetzt sagen, ob man in der Tendenz übereinstimme.

– Weiter bedarf es eines Rüstungskontrollkonzepts, das auf unsere Sicherheitsbedingungen abgestellt sei und mit dem wir in die Offensive gehen könnten. Hierfür gäbe es Chancen bei KRK. AA und BMVg sollten sich an die möglichst schnelle Erarbeitung eines Konzepts machen, da von anderen Bündnispartnern nicht viel kommen werde. Das BMVg habe erste Überlegungen angestellt. Das Problem lasse sich nicht auf bestehende Disparitäten reduzieren, vielmehr komme es, auch für die öffentliche Diskussion, auf die Stichworte Invasionsfähigkeit, Konzepte, Militärdoktrinen an.

3) Der BM behielt sich vor, den Vortrag des Generalinspekteurs zunächst zu analysieren.[3] Nicht einverstanden sei er mit dem, was über negative Auswirkungen von Rüstungskontrolle auf die westliche Abschreckungsfähigkeit gesagt werde.

Dies gelte insbesondere für

– 50-prozentige Reduzierungen der strategischen Systeme;
– die doppelte Null-Lösung für INF; sie sei ein großer Erfolg für westliche Abrüstungspolitik und könne nur diejenigen nervös machen, die den westlichen Vorschlag einer LRINF-Null-Lösung nicht ernst genommen hätten;
– die Verhandlungen über CW, wo sich der Westen mit seiner Insistenz auf einem globalen Verbot gegen Regionalisierungsversuche durchgesetzt habe;
– KRK, wo der Westen mit seinem Konzept der Ausweitung auf ganz Europa Erfolg erzielt habe.

Der BM sah wie BM Wörner die zu lösenden Schwierigkeiten bei KRK, insbesondere das Problem, daß immer noch kein Verhandlungsrahmen etabliert worden sei. Es handele sich aber um ein gutes Konzept, das jetzt der Durchführung bedürfe. Dabei stehe die Invasionsfähigkeit im Mittelpunkt, man müsse sich auf einen prägenden Begriff verständigen. Hierzu wurde StS Ost beauftragt,

[3] Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte Bundesminister Genscher am 23. Juli 1987 eine Analyse des Vortrags des Generalinspekteurs der Bundeswehr, Wellershoff, vom 3. Juli 1987 im Bundessicherheitsrat vor. Darin hieß es, Wellershoff argumentiere „vorwiegend aus militärischer Sicht, ohne hinreichende Berücksichtigung politischer und außenpolitischer Aspekte: Sein Vortrag widerspiegelt folglich die Bedenken, die aus rein militärstrategischer Sicht gegen die erste Null-Lösung geltend gemacht worden sind. Sein Vortrag hinterläßt den Eindruck, daß man es letztlich lieber gesehen hätte, wenn die militärstrategische Argumentation die Oberhand behalten hätte. Er stellt in seinen Schlußfolgerungen die Null-Lösung nicht in Frage, arbeitet jedoch die Notwendigkeit heraus, den militärstrategischen Bedürfnissen in geeigneter anderer Weise Rechnung zu tragen." Vgl. VS-Bd. 12136 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

die Wirkung von Begriffen wie Invasionsfähigkeit, Angriffsfähigkeit und „Verteidigungsfähigkeiten“ zu testen.

Der BM erklärte sich befriedigt, daß eine Richtungsentscheidung vorbereitet werde[4].

4) Der BK stellte abschließend fest, nach den Sommerferien werde ein Termin für die in Aussicht genommene Abendsitzung des BSR festzusetzen sein. Heute sei keine Tendenzentscheidung getroffen worden. Zuerst brauche man die Untersuchung der Ressorts.

TOP 3

Rüstungskooperation mit der Volksrepublik China[5]

Der BM gab abzuwägen zwischen der Kooperation mit China und Besorgnissen von Staaten, die für uns wichtig seien (Sowjetunion, Japan, ASEAN). Er gebe bei abschließender Bewertung der Entwicklung der Kooperation mit China leichten Vorrang.

Der BK schloß sich dieser Bewertung an. Japan, das seine Interessen in der Region und weltweit ohne Soldaten durchzusetzen verstehe, sei kein Faktor, auf den man Rücksicht nehmen müsse. Die Sowjetunion werde sich, wenn Gorbatschow sich durchsetzt, ohnehin mit China arrangieren müssen und habe im übrigen ihre Rücksichtnahme auf deutsche Interessen gering entwickelt.

BM Wörner stimmte gleichfalls zu. Die deutsch-chinesischen Beziehungen auf dem Gebiet der Verteidigung und Rüstung seien durch niedrige Priorität auf chinesischer Seite für Modernisierung im militärischen Sektor geprägt. China sei mehr am Know-how als an Lieferungen von Rüstung interessiert. Insgesamt trete das BMVg für eine behutsame, stufenweise Ausweitung der Beziehungen ein.

StS Kinkel sprach von einer wichtigen Chance auf dem Gebiet der Zusammenarbeit im Rechtswesen, da China sich an unser Rechtssystem anhängen möchte. Der BK sprach sich nachdrücklich dafür aus, derartige Chancen zu nutzen.

StS von Würzen stimmte in der Sache zu und verwies auf die Bedeutung des wirtschaftspolitischen Dialogs mit China.

Der BM sprach sich dafür aus, den neuen Akzent zur Kooperation während des BK-Besuchs in China[6] zu setzen, nicht während des Besuchs des Bundespräsidenten in der Sowjetunion[7]. Dies wurde vom BK unterstützt.

TOP 4

Ressortübergreifende Fortbildung in Sicherheitspolitik und Strategie auf hoher Ebene

Der BK sprach sich nachdrücklich für den Vorschlag des ChBK[8] aus, Bedarf und ggf. Realisierungsmöglichkeiten in dieser Frage zu untersuchen.

4 An dieser Stelle fügte Bundesminister Genscher handschriftlich ein: „aber heute noch nicht getroffen sei“.

5 Zur Rüstungskooperation zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China vgl. Dok. 184.

6 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Volksrepublik China vgl. Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

7 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

8 Wolfgang Schäuble.

Der Vorschlag wurde ohne Diskussion angenommen.
TOP 5
Verschiedene Projekte der Rüstungszusammenarbeit
Strittig diskutiert wurden lediglich die Punkte
e) Bahrain – Lieferung von Transportpanzern „Fuchs“[9];
f) Abu Dhabi – Schützenpanzer „Marder“[10];
g) Abu Dhabi – Vorführung des gepanzerten Kettenfahrzeugs „Wiesel“[11].
Die Punkte e) und f) sollen zunächst offen bleiben, alle anderen unter TOP 5 aufgeführten Projekte wurden genehmigt.

Holik

VS-Bd. 17350 (010)

9 In der Vorlage des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 30. Juni 1987 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats hieß es: „Bahrain: 1986: 48 T[ransport]p[an]z[er]-1 Fuchs mit bis zu 90-mm-Bewaffnung – Voranfrage positiv beschieden (gegenwärtig stehen weiter 20 Tpz-1 Fuchs mit 105-mm-Bewaffnung zur Entscheidung an).“ Vgl. Referat 424, Bd. 137508.

10 Ministerialdirektor Jelonek legte am 5. Juni 1987 für Bundesminister Genscher dar, das Bundesministerium für Wirtschaft bitte um Stellungnahme zum Antrag der Firma Thyssen Henschel, „die Vorführung des Schützenpanzers ‚Marder‘ (Bewaffnung: eine Maschinenkanone 20 mm, zwei M[aschinen]G[ewehre]) in Abu Dhabi zu genehmigen. […] Die Vorführung ist für Juli/August 1987 geplant. Im Fall einer erfolgreichen Vorführung des Panzers ist Abu Dhabi – nach Angaben von Thyssen Henschel – an einem Erwerb von 100 dieser Fahrzeuge interessiert.“ Im Zusammenhang damit sei „ein Antrag aus dem Jahre 1985 der Fa. Thyssen Henschel auf Lieferung von 100 TH-301-Kampfpanzern mit 105-mm-Kanone an Abu Dhabi anzuführen. Dieser Panzer gehört zur sog. ‚Marder-Familie‘, da das Fahrwerk und Wanne mit dem S[chützen]p[an]z[er] übereinstimmen“. Jelonek sprach sich gegen eine Genehmigung aus, denn „mit dem Spz-Marder würde erstmals ein schwerer Kettenpanzer in einem Land vorgeführt, das nicht zu den NATO-gleichgestellten oder ASEAN-Ländern gehört“. Vgl. Referat 424, Bd. 137508.

11 Referat 424 notierte am 30. Juni 1987, das Bundesministerium für Wirtschaft werde im Bundessicherheitsrat eine Vorlage einbringen, „in der es die Vorführung des ‚Wiesel‘ in Abu Dhabi und Dubai befürworten wird. (Der Wiesel ist ein sehr leichtes, gegen Beschuß mit Gewehrmunition gepanzertes, mit einer Gummikette versehenes Kampffahrzeug mit 20 mm-Kanone.)“ Das Auswärtige Amt habe schriftlich seine Bedenken mitgeteilt, da die „erstmalige Vorführung eines deutschen Kettenfahrzeugs in der Golfregion und damit verbundene Präjudizwirkung […] als Signal für eine weniger restriktive Rüstungsexportpolitik für die Golfregion in bezug auf Kettenpanzer angesehen werden“ könnte. Vgl. Referat 424, Bd. 137508.

198

Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-4303/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. Juli 1987, 13.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 982 **Ankunft: 3. Juli 1987, 15.13 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 59/87

Betr.: MBFR;
hier: Schlußbericht über die 42. Verhandlungsrunde (14. Mai bis 2. Juli 1987)

Zur Unterrichtung

I. Bilanz

Die 42. Verhandlungsrunde brachte keine Fortschritte. Weder gab es neue Vorschläge noch echte Zeichen von Flexibilität. Lediglich in einer Frage der begleitenden Maßnahmen hat der Osten seine Position begradigt, die Gesamtwertung lautet aber: Verhandlungsstillstand.

Der Osten wartet, bevor er den Nutzen des MBFR-Forums bzw. eines eventuellen Verhandlungsschritts überdenkt, den weiteren Gang der Wiener Mandatsgespräche und deren Ergebnis ab.[2] Er zeigt aber an, daß er bei MBFR auch weiter mitmacht. Entsprechend dieser „Wait-and-see"-Haltung – aus der er kein Hehl macht – fuhr der Osten fort, die westliche Initiative vom Dezember 1985[3] insgesamt und deren Elemente im einzelnen heftiger Kritik zu unterziehen und nahm deren Schwachpunkte gezielt ins Visier. Bei seinem Bedauern über den Verhandlungsstillstand schob er die Verantwortung dafür allein dem Westen zu. Auffallend war, daß der Osten seinen in den beiden Vorrunden[4] propagierten Gedanken eines „symbolischen Abkommens" kaum mehr erwähnte. Dafür rückte er seinen Abkommensentwurf vom Februar 1986[5] wieder als geeignete Verhandlungsgrundlage in den Vordergrund. Mangels überzeugender Aussagen zu MBFR im Kommuniqué von Prag[6] und angesichts jedweder entspre-

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Pöhlmann, Wien (MBFR-Delegation), konzipiert und in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 7. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Schon verfügte.
Hat Schon vorgelegen.

2 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 216.

3 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 5. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 308 und Dok. 339.

4 Zur 40. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 25. September bis 4. Dezember 1986 in Wien vgl. AAPD 1986, II, Dok. 350.
Zur 41. Runde vom 29. Januar bis 19. März 1987 vgl. Dok. 75.

5 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 59.

6 Vgl. dazu die „Politische Deklaration" des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts anläßlich seiner Tagung am 4./5. Januar 1983 in Prag; EUROPA-ARCHIV 1983, D 104–116. Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 40.

chenden Passage im Kommuniqué von Ost-Berlin[7] fiel es dem Osten schwer, ein hochrangiges politisches Interesse an MBFR zu belegen. Ohne den Jaruzelski-Plan vom 8. Mai[8] offiziell in die Verhandlungen einzuführen oder ihn mit MBFR sonst unmittelbar in Verbindung zu bringen, machte der Osten jedoch geltend, daß dieser Plan positive Auswirkungen auch auf MBFR haben könnte.

Der Westen ließ keinen Zweifel daran, daß der Osten am Zug ist und er selbst vor einer angemessenen Antwort auf die westliche Verhandlungsbewegung vom Dezember 1985 keinen neuen Schritt unternehmen wird. Unter Verwendung der MBFR-Passage der NATO-Erklärung von Reykjavik[9] machte er deutlich, daß er den Verhandlungserfolg bei MBFR politisch will. Er hat die Runde dazu genutzt, in eher konzeptionell und politisch als technisch ausgerichteten Erklärungen und informellen Beiträgen die Notwendigkeit der rüstungskontrollpolitischen Erfassung des konventionellen Bereichs und die dabei maßgebenden Kriterien herauszuarbeiten. Auch hat der Westen eindrücklich die östliche Überlegenheit im konventionellen Bereich unterstrichen, wobei sich zeigte, daß der Osten hier druckempfindlich ist. Überhaupt wurde deutlich, daß das argumentative Bemühen des Westens beim Osten Wirkung zeigt. Vielleicht sind hierbei Punkte zu sammeln, die in künftigen Verhandlungen im konventionellen Bereich gegenüber dem Osten genutzt werden können.

Beide Seiten einigten sich ohne Schwierigkeiten über die Termine für die 43. Verhandlungsrunde vom 24. September bis 3. Dezember 1987.[10]

II. Die Verhandlungslinien beider Seiten

1) Der Osten sprach dem Westen das Interesse an MBFR ab und versuchte, diese Behauptung durch Kritik an einzelnen Elementen der westlichen Verhandlungsposition sowie durch Pauschalkritik zu untermauern. Dabei arbeitete der Osten erneut mit der sachlich falschen Einteilung in „materielle Substanz" des anvisierten Abkommens zum einen und Verifikation als nur abgeleitete Größe zum anderen. Diese Einteilung benutzte er, um dem Westen erneut vorzuwerfen, die „materielle Substanz" von Reduzierungen und Limitierungen möglichst zu minimieren, auf der anderen Seite aber die Verifikationsforderungen jenseits aller Proportionalität zu maximieren. Diese Kritik verband er mit der angedeuteten Bereitschaft, westliche Verifikationsforderungen dann zu akzeptieren, wenn der Westen substantielleren Reduzierungen und dem Einschluß von Waffen zustimmt. In diesem Zusammenhang bemerkenswert, jedoch keineswegs zu überschätzen ist eine Aussage des DDR-DL Ernst – allerdings nur in einem mündlichen Beitrag im Informal am 16. Juni –, wonach man sich ein Abkommen

7 Am 28./29. Mai 1987 fand in Ost-Berlin die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

8 Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.
Am 17. Juli 1987 faßte die polnische Regierung ihre Vorschläge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einem Memorandum zusammen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 653–655.

9 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

10 Zur 43. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 355.

mit substantiellen Reduzierungen vorstellen könnte, bei dem der Osten 30 Ortsinspektionen – mit Rechtsanspruch und als Routineangelegenheit ausgestaltet – für zu wenig halten könnte.[11] Was die Aufschlüsselung des Informationsaustauschs angehe, so sei die westliche Forderung unrealistisch und ungerechtfertigt angesichts der materiellen Substanz im westlichen Vorschlag, jedoch habe der Osten nicht von einer Unmöglichkeit für alle Zeiten gesprochen.

Daß diese Art Quid pro quo die östliche Kritik am westlichen Verifikationsansatz in der Sache im Grunde schwächt, weil damit die Effektivität und die Berechtigung dieses Ansatzes implizite anerkannt wird, kann dem Westen dazu dienen, sein Konzept argumentativ um so nachdrücklicher zu vertreten.

Im übrigen konzentrierte der Osten seine Kritik erneut auf folgende Elemente der westlichen Position:

– Übernahme des östlichen Verhandlungsrahmens: Dies sei keine wirkliche Konzession, vielmehr habe der Westen den Rahmen durch seine eigenen Forderungen „deformiert".
– Verzicht auf Datenklärung im Zusammenhang mit einem ersten zeitlich begrenzten Abkommen: Auch hier sei keine Konzession zu erkennen, denn der Westen ziele ja mit seiner hochgezogenen Verifikation (aufgeschlüsselter Informationsaustausch und Ortsinspektionen) wiederum auf einen „head count" ab.
– Generelle Ausklammerung der Waffenfrage.
– Nichterhöhungsverpflichtung: Der westliche Ansatz unterlaufe diese Verpflichtung bzw. höhle sie hinsichtlich ihrer militärischen Signifikanz durch folgende Elemente aus:
  – Ausgestaltung der Kollektivität mit nationalen Untergrenzen lediglich für die USA und SU, was zu einer Erfassung von weit mehr östlichen als westlichen Streitkräften führe,
  – Ausklammerung der Waffenfrage,
  – Unklarheit hinsichtlich der Erfassung französischen Streitkräftepersonals,
  – Ablehnung besonderer Höchststärken für Luftstreitkräfte,
  – Ausnahmeregime.
– Überzogenes, unrealistisches Verifikationsregime: Der vom Westen vorgesehene geringe Reduzierungsumfang stehe in keinem Verhältnis zu seinen Forderungen nach einer „intrusiven" Verifizierung der Nichterhöhungsverpflichtung.

Im vorletzten Informal[12] korrigierte der Osten seine erst im November 1986 vorgenommenen Modifikationen der Art. 6 und 8 seines Abkommensentwurfs vom 20.2.86 in einer Weise, daß sie nun inhaltlich dem westlichen Out-of-garrison-Konzept nahekommen. Der Osten kann nunmehr behaupten, wie das westliche Konzept, alle militärisch relevanten Aktivitäten einschließlich Bewegungen zu erfassen. Die zahlenmäßige Schwelle blieb unverändert, sie entspricht den KVAE-Parametern. Sie liegt allerdings zu hoch, um Übungen einzelner

11 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 863 des Botschafters Joetze, Wien (MBFR-Delegation), vom 17. Juni 1987; VS-Bd. 11484 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

12 Die informelle Sitzung fand am 23. Juni 1987 in Wien statt.

Divisionen des WP zu erfassen, wie dies die westlichen begleitenden Maßnahmen 1 und 3[13] ermöglichen.

In der letzten Plenarsitzung trug der Osten seinen Wunsch nach einer Diskussion der beiderseitigen Militärdoktrinen nachdrücklich vor. Er stellte die Doktrin des WP als eindeutig defensiv dar. Da die NATO trotz Abschreckungsstrategie und nuklearem Ersteinsatz die eigene auch als defensiv sehe, wurde eine Klärung als außerordentlich wichtig bezeichnet, ohne aber einen Hinweis zu machen, wo eine solche Diskussion stattfinden sollte.

2) Der Westen nutzte die NATO-Ministerratserklärung von Reykjavik, um das politische Interesse des Westens an MBFR und an einem Ergebnis nachzuweisen. Er machte deutlich, daß er nach seinem Verhandlungsschritt vom Dezember 1985 und dem darin enthaltenen Entgegenkommen einen der Bedeutung des westlichen Schritts entsprechenden östlichen Gegenschritt erwarten kann. Erneut wurden Teilbereiche der Verhandlungsmaterie und deren unterschiedliche Behandlung durch Ost und West analysiert, wobei Schwächen bzw. Inkonsequenz östlicher Positionen argumentativ herausgearbeitet wurden. Dazu kam eine Untersuchung einzelner Komplexe wie Parität, östliche Überlegenheit, Prinzip der unverminderten Sicherheit, Out-of-garrison-Konzept sowie eine durch uns unternommene, eher politische Darstellung des sicherheitspolitischen Zusammenhangs zwischen einem Abbau nuklearer Einzelbereiche und der dadurch um so größeren Notwendigkeit, Ungleichgewichte im konventionellen Bereich durch Rüstungskontrolle zu beseitigen. Ziel dabei war es nicht zuletzt, die nach wie vor bestehende Rolle und Aufgabe von MBFR nachzuweisen.

Erneut sah sich der Westen veranlaßt, dem östlichen Versuch entgegenzutreten, Stockholmer Maßnahmen[14] eine Verifikationsaufgabe im MBFR-Zusammenhang einzuräumen. Ebenso mußte der Westen einmal mehr eine tendenziöse Verhältnisgleichung des Ostens klarrücken, daß nämlich das westliche System des aufgeschlüsselten Informationsaustauschs über verbleibende Streitkräfte verbunden mit Ortsinspektionen nichts mit Reduzierungen und – das ist der östliche Punkt – mit dem Umfang der Reduzierungen zu tun hat.

Erstmals hat der Westen in den hiesigen Verhandlungen das politische Angebot des Ostens zu einer Diskussion der Militärdoktrinen angesprochen. Allerdings nicht im Sinne eines Vorschlags, diese Erörterung im MBFR-Rahmen zu führen, da der derzeitige Weisungsstand der Delegationen dies nicht erlaubt. So beschränkten wir uns darauf, dieses Angebot mit dem Mangel östlicher Bereitschaft zu kontrastieren, über Streitkräftestärken, Fähigkeiten usw. zu reden, um daran die (rhetorische) Frage zu knüpfen, ob der Osten insoweit seine Position geändert hat, da doch ohne Erörterung der Kapazitäten eine Erörterung der Doktrinen nicht möglich sei.

13 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 auf der KVAE in Stockholm ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor. Für den Wortlaut des Dokuments CSCE/SC.1 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.
Diese Vorschläge wurden in der fünften Runde der KVAE vom 29. Januar bis 22. März 1985 durch erläuternde Arbeitspapiere ergänzt, die am 8. März 1985 als Gesamtpaket (CSCE/SC.1/Amplified) vorgelegt wurden. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 86–93.

14 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638.

Internes westliches Klima: Das Selbstverständnis hinsichtlich der Funktion von MBFR verbunden mit der eigenen weiteren Aufgabe hat sich nach einer gewissen Verunsicherung durch die Aufnahme der Mandatsgespräche wieder gefestigt. Auflösungserscheinungen gibt es nicht. Stabilisierend dabei mag auch wirken, daß die USA ihre Gedankenspiele um eine eventuelle vorzeitige Beendigung oder Suspendierung von MBFR wohl zurückgestellt haben.

Diese Festigung nach innen machte es möglich, auch nach außen gegenüber den östlichen Vertretern ein selbstbewußtes, insgesamt geschlossenes Verhalten zu wahren. Die fällige Pensionierung des belgischen DL[15], die Versetzung des griechischen DL[16] nach vielen Jahren, die Wahl des italienischen DL[17] in den römischen Senat sowie der Weggang von US-DL[18] aus mehr oder minder privaten Gründen können vom Osten dann kaum als Indiz für eine westliche Präsenzschwächung ausgelegt werden, wenn diese Staaten ihre Delegationsleiterposten nachbesetzen; soweit man uns sagt, ist dies der Fall. Für USA rückt Ledogar auf, er ist dann der prominenteste Fall einer „Doppel-Akkreditierung" bei KRK und MBFR (die anderen sind CDN[19], B[20], LUX[21]).

[22]III. Perspektiven

1) Dem Osten stehen die schon im Abschlußbericht über die 41. Runde (s. Delegationsbericht Nr. 28/87 VS-v) beschriebenen vier Optionen auch weiterhin offen:

– Weiterverfolgung seines Abkommensentwurfs vom 20.2.86,
– Revitalisierung des Gedankens eines symbolischen Abkommens bis hin zu dessen eventueller Formalisierung,
– weitere kleine Modifizierungen in Nebenbereichen,
– eine echte Substanzinitiative.

Dazu kommen prozedurale Möglichkeiten, wie z. B. die Androhung der Suspendierung der Verhandlung, falls der Westen weiterhin bei seiner Verhandlungsposition vom 5.12.85 stehen bleibt.

Weiterhin ist es am wahrscheinlichsten, daß der Osten zunächst den Gang der Mandatsgespräche abwartet und erst dann neue Entscheidungen fällt. Daraus dürfte folgen, daß der Osten sich in der nächsten Runde am ehesten einer oder mehrerer der drei erstgenannten Optionen bedient. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß der Osten an eine Aufgabe von MBFR vor Zustandekommen eines neuen Forums für konventionelle Rüstungskontrolle denkt. Die letzte Passage der Erklärung des ČSSR-DL[23] zum Rundenabschluß deutet im Gegenteil an,

15 Marcel Rymenans.
16 Am 2. November 1987 löste Evangelos Frangoulis Botschafter Constantin Politis ab, der seit November 1981 die griechische MBFR-Delegation in Wien geleitet hatte.
17 Umberto Cappuzzo.
18 Robert D. Blackwill.
19 Michael Shenstone.
20 Jean Coene.
21 Edouard Molitor.
22 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 983 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. VS-Bd. 11484 (221); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. ferner Anm. 1.
23 Luděk Handl.

daß er so lange MBFR weiterbetreibt, zumal man sich[24] inzwischen auch dort fragt, wann das neue Forum überhaupt zustande kommt. Im übrigen sehen zumindest DDR und Polen in MBFR wohl durchaus noch eine mögliche Reservefunktion.

2) Der Westen verfügt derzeit praktisch nur über eine Möglichkeit der weiteren Verhandlungsgestaltung, und zwar seine Verhandlungsinitiative vom Dezember 1985 weiter zu vertreten und gleichzeitig den Osten unter Zugzwang zu halten, eine angemessene Antwort auf den Schritt vom Dezember 1985 zu geben. Diese Einengung ergibt sich zum einen daraus, daß auch der Westen zunächst den weiteren Verlauf und das Ergebnis der Mandatsgespräche abwarten muß, zum anderen aus der zementierten westlichen Position in allen Teilen der Verhandlungsmasse, die auch in Nebenfeldern wenig Flexibilität läßt. Der Westen hat sich im übrigen auch gegenüber dem Osten festgelegt, keinen neuen Schritt zu tun, bevor dieser nicht eine positive Antwort auf die westliche Dezember-Initiative von 1985 gibt. Überzeugend kann diese Haltung nicht mehr lange wirken. Die Situation hat zur Folge, daß der Westen nicht nur in den Verhandlungen selbst, sondern – was gravierender ist – in den Augen der Öffentlichkeit in näherer Zukunft als Bremser dastehen muß.

Theoretisch könnte dieser Situation aktiv begegnet werden. Die westliche Verhandlungsposition dürfte vor allem im Bereich der begleitenden Maßnahmen ein gewisses Potential für kleinere Abstriche oder Veränderungen in Einzelpositionen enthalten. Ebenso wäre die Frage zu untersuchen, ob und inwieweit auch westlicherseits bestimmte Positionen an das Stockholmer Dokument angepaßt werden könnten. Maßstab müßte in beiden Fällen zum einen die Bewahrung der Kohärenz der westlichen Position insgesamt und zum anderen die Vermeidung negativer Präzedenzwirkungen für die künftigen neuen Verhandlungen sein. Ziel einer solchen Untersuchung (die die Delegation vorbereiten würde) könnte die Erarbeitung kleinerer Bewegungsoptionen sein, mit deren eventueller Umsetzung der Westen der Gefahr der Verhandlungsdefensive leichter begegnen könnte. Die Substanz des westlichen Angebots vom Dezember 85, insbesondere des Verifikationsregimes, bliebe dabei selbstverständlich erhalten.

Realistischerweise sieht es vor Ort freilich so aus, als ob sich die USA jedem Schritt in diese Richtung kategorisch widersetzten (wie eine allererste Sondierung hier schon zeigte). Dabei sind für sie vor allem folgende zwei Gründe maßgebend: Der Westen und insbesondere die USA haben gegenüber dem Osten wiederholt unzweideutig deutlich gemacht, daß jedweder neuen westlichen Flexibilität eine dem westlichen Verhandlungsschritt vom Dezember 1985 entsprechende östliche Substanzantwort vorausgehen muß. Anderenfalls wäre damit zu rechnen, daß ein auch nur geringer Abstrich von der westlichen Position für den Osten ein Signal für weitere Flexibilitätsforderungen setzen müßte. Vor allem aber befürchten die USA, daß nach einem ersten Schritt weg von der derzeitigen Position die eigenen Bündnispartner auf weitere Nachforderungen in diese Richtung drängen und damit einen Erodierungsprozeß in Gang setzen würden. Daher steht die mit dem 5.12.85 festgelegte westliche Verhandlungsposition für die USA bis

[24] Korrigiert aus: „zumal sich".

auf weiteres kaum zur Disposition. Diese amerikanischen Überlegungen sind allerdings nicht zwingend. Auf die Dauer sollten sie dem westlichen Bedürfnis nach taktischer Entlastung nicht im Wege stehen.

[gez.] Joetze

VS-Bd. 11473 (221)/VS-Bd. 11484 (221)

199

Gespräch des Staatsministers Schäfer mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, in Algier

6. Juli 1987[1]

Protokoll des Gesprächs zwischen Yassir Arafat und Staatsminister Helmut Schäfer am 6. Juli 1987 von 13.35 h bis 14.40 h im Gästehaus der algerischen Regierung „Al Mitaq" in Algier.[2]

Das Gespräch fand in sehr aufgelockerter Form statt, seitens Arafats sogar sehr herzlich, obwohl dieser mit StM noch nicht zusammengetroffen war. Arafat (A.) wirkte gelöst und entspannt, aber auch sehr dynamisch, und verband in geschickter Weise in seinen Ausführungen Information mit Appellen. Auf A. entfielen etwa 80 % der Gesprächsbeiträge. A. kam StM aus dem Gästehaus der algerischen Regierung heraus demonstrativ entgegen und begleitete ihn am Ende des Gesprächs ans Auto.

Die Unterhaltung begann mit der Erkundigung *Arafats* nach dem Befinden des Amtsvorgängers von StM[3], den er zu grüßen bat.

StM fragte sodann, wie A. die Chancen der Nahost-Friedenskonferenz[4] und des Friedensprozesses im Nahen Osten einschätze.

Arafat entgegnete mit einer Klage über die Darstellung, die die PLO in einigen westlichen Medien erfahren habe. Dort sei davon die Rede, die Chancen seien

1 Ablichtung.
Hat Staatsminister Schäfer am 9. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 10. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Verschluß! R[ücksprache] StM Schäfer."
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 10. Juli 1987 vorgelegen, der den Umlauf im Ministerbüro verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 10. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 13. Juli 1987 vorgelegen.

2 Aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit hielt sich Staatsminister Schäfer vom 5. bis 7. Juli 1987 in Algerien auf. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 110 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Strenziok an die Botschaft in Algier vom 29. Juni 1987; Referat 311, Bd. 139964.

3 Jürgen W. Möllemann.

4 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

durch den Verlauf des PNC in Algier[5] gemindert worden. Dies stehe nicht im Einklang mit den tatsächlichen Umständen. Er deutete an, daß man ein „neues Kapitel" mit den Syrern aufschlagen wolle. Er strich die Bedeutung von direkten Gesprächen zwischen PLO und, wie er sich ausdrückte, „democratic and progressive" Kräften in Israel hervor, die in Bukarest und Budapest bereits stattgefunden hätten und deren Fortführung geplant sei.

StM fragte nach dem Einfluß, den die Sowjetunion auf den Prozeß der Einigung in der PLO[6] ausgeübt habe.

Arafat strich heraus, daß er nach seinem ersten Treffen mit Gorbatschow in Berlin[7] gute Erwartungen gehabt habe, die der Verlauf des PNC bestätigt habe. Er betonte aber auch die Bedeutung des algerischen Beitrages, den man nicht vergessen werde.

Auf die Frage von *StM* nach den Schwierigkeiten im Anschluß an den algerischen PNC mit Ägypten[8] antwortete *Arafat* mit einer längeren Darstellung der, wie er sich ausdrückte, „Umfahrung" der Resolutionen des 16. PNC („bypassing"). Dank zahlreicher Vermittlungsbemühungen sehe er jetzt die Chance, die Erklärungen der arabischen Konferenz in Bagdad[9] ebenfalls zu „umfahren". Diese neue Seite müsse man aufschlagen. Radikale Elemente in der Resolution beschrieb er als notwendige Floskeln, deren politische Bedeutung gering bleiben werde. Seine Beziehungen zu Mubarak strich A. als außerordentlich freund-

5 In Algier fand vom 20. bis 25. April 1987 die Tagung des Palestinian National Council statt. In der Presse wurde berichtet: „Für Arafat ist die Konferenz des Nationalrats der Palästinenser (PNC) ein großer politischer und persönlicher Erfolg, der zugleich das Comeback der PLO als ernst zu nehmende politische Größe im Machtpoker des Nahen Ostens einleitet. Dem PLO-Chef ist in Algier die Wiedervereinigung der beiden mächtigsten Splittergruppen mit seiner Befreiungsorganisation gelungen." Bereits im Vorfeld habe Arafat „den Weg für einen Schulterschluß mit der Volksfront von Habasch und Hawatmehs Demokratischer Front" geebnet: „Arafats Erfolg beruht vor allem auf Zugeständnissen gegenüber den Verfechtern einer harten Linie im palästinensischen Lager." Vgl. den Artikel „Neue Geschlossenheit"; DIE ZEIT vom 1. Mai 1987, S. 6.

6 In Tripolis fand vom 19. bis 23. März 1987 ein Treffen verschiedener Palästinensergruppen statt. Botschaftsrat Vorwerk, Tripolis, wertete die „Aussöhnungskonferenz von Tripolis" am 10. April 1987 als „Erfolg und möglicherweise ersten Schritt in Richtung Mäßigung radikaler Palästinenser und Gaddafis mit Ziel Wiedervereinigung der PLO". Das bei dem Treffen verabschiedete „Dokument von Tripolis" sei „zwar durchweg rigider als die Positionen Arafats, etwa zu SR-Res[olutionen] 242/338. Bemühung, PLO-Spaltung zu überwinden, auch Arafat entgegenzukommen, ist aber erkennbar. Einigung in wesentlichen Punkten, hinsichtlich Nahostkonferenz. Ausdrückliche Billigung Fahd-Plans 1981 und Beschlüsse Fes 1982 – beides im Grunde Anerkennung Israels implizierend, was bisher nicht nur Libyen, sondern auch extreme PLO-Fraktionen abgelehnt haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 228; Referat 310, Bd. 149614.

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, nahmen am XI. Parteitag der SED vom 17. bis 21. April 1986 in Ost-Berlin teil.

8 Botschafter Bente, Tunis, berichtete am 30. April 1987, er habe am selben Tag „ein Gespräch mit dem ‚Generaldirektor' des Politischen Departements der PLO, Abou Jaafar, über den Kongreß in Algier" geführt. Sein Gesprächspartner habe in niedergeschlagener Stimmung erklärt, daß in Ägypten „nicht nur die Verbindungsbüros der PLO (3), sondern auch die von Fatah (3) geschlossen worden seien, darunter auch die diplomatische Vertretung der PLO. Ihren Angehörigen seien die Pässe, inkl. aller Diplomatenpässe, abgenommen worden. Außerdem hätten die 15 000 in Ägypten stationierten und dort integrierten Militärpersonen, die selbst nach Camp David in Ägypten hätten bleiben dürfen, die Aufforderung erhalten, das Land zu verlassen. Diese Reaktion sei von der PLO nicht erwartet worden und durch die Resolution über die Beziehungen zwischen Ägypten und PLO auch nicht gerechtfertigt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 145; Referat 310, Bd. 149614.

9 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt, die die ägyptisch-israelischen Friedensbemühungen im Zuge des Camp-David-Prozesses verurteilte. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

schaftlich und von langer gegenseitiger Kenntnis geprägt heraus, die Bedeutung Ägyptens sei sehr groß für die PLO.

Die syrischen Positionen, nach deren Bedeutung *StM* sich erkundigte, wollte *Arafat* nicht „wiederholen", dazu bestehe kein Anlaß. Die Konfrontationen seien erheblich gewesen. Die PLO habe im Libanon immer die Amal-Milizen als Gegner genannt, doch es seien in Wahrheit die Syrer gewesen. An diese Erwähnung des Libanon schloß A. einen leidenschaftlichen Appell an StM an, die Bundesrepublik möge sich weiter und verstärkt für die Hilfe für die belagerten Palästinenser-Lager im Libanon einsetzen. Vor allem müsse es – trotz der anhaltenden Belagerung – möglich sein, die Versorgung der Lagerbewohner sicherzustellen.[10] Wieder zu der Syrer-Frage zurückkehrend, erwähnte A. die kürzliche Aufnahme geheimer Gespräche auf Zypern, bei denen Saudis, SU, Algerier und „Deutsche" vermittelnd zur Seite gestanden hätten. Zu Jordanien betonte A., König Hussein mache mit seiner derzeitigen Politik einen fatalen Fehler. Seine, A.s, Emissäre verhandelten in Amman, seien aber bisher nicht zum König vorgedrungen. Er werde den Dialog fortführen und möglichst auch auf die Ebene des Königs heben, dazu sei er schon wegen der Resolution, die ihn binde, verpflichtet. Aber Hussein sei nicht Mubarak. Einschließlich der Westbank seien 95 % des jordanischen Volkes Palästinenser.

Auf einen eher scherzhaften Einwurf von *StM*, dies unterstütze ja die israelische Haltung, daß Jordanien der bereits existierende palästinensische Staat sei, erwiderte *Arafat* in engagierter Weise, wenn dies so sei, dann sei Israel ein weiterer palästinensischer Staat. Im übrigen spreche die Teilungsakte für Palästina[11] in ihrem ersten Artikel von Palästinensern und komme erst später auf jüdische Bevölkerungsteile und Staatsbildungen zu sprechen. Dies dürfe man niemals vergessen.

StM stellte die hypothetische Frage nach dem wahrscheinlichen Verhalten der Palästinenser für den Fall, daß ein Palästinenser-Staat – in welcher Form auch immer – in der Region entstehe. Wie sehe die PLO die Befürchtungen anderer Staaten, wenn man davon ausgehe, daß dieser Staat einmal von mehreren starken Nahost-Staaten umgeben sei, andererseits längst nicht alle Palästinenser werde aufnehmen können?

Arafat bestätigte nach einem längeren Ausholen über die für die Palästinenser positive demographische Entwicklung und das hohe Ausbildungsniveau der Palästinenser (das höchste in der arabischen Welt), daß bei weitem nicht alle Palästinenser in diesen Staat zurückgehen würden. Sicher würden nicht alle

10 Referat 310 notierte am 6. April 1987: „Im Oktober 1986 griffen die bereits seit Wochen im Südlibanon ausgebrochenen Lagerkämpfe zwischen Palästinensern und schiitischen Amal-Milizen auch auf die Palästinenserlager in West-Beirut über. […] Am 16.2.1987 erklärten die Außenminister der Zwölf ihre erhebliche Besorgnis über die Situation in einigen der Palästinenserlager im Libanon und schlossen sich dem Aufruf des VN-SR (vom 13.2.) zum Waffenstillstand in dem seit Oktober 1986 zwischen der schiitischen Amal und den Palästinensern tobenden ‚Lagerkrieg' an. Sie forderten die Konfliktparteien auf, die Versorgung der Flüchtlinge zu ermöglichen. […] Die Zwölf haben zusätzliche humanitäre Hilfe für den Libanon beschlossen (400 000 ECU). Auch bilateral haben wir zusätzliche Mittel für das IKRK und UNRWA, zu deren größten Beitragszahlern die Bundesrepublik Deutschland ohnehin gehört, bereitgestellt (720 000 DM)." Vgl. Referat 310, Bd. 149636.

11 Mit Resolution Nr. 181 verabschiedete die VN-Generalversammlung am 29. November 1947 einen Teilungsplan für Palästina. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. I, S. 322–343.

Palästinenser in diesen Staat kommen, dazu seien ihre Funktionen und Verwurzelungen in anderen Staaten zu stark. Für den größten Teil werde es allenfalls ein Platz sein, um sich „in Frieden bestatten zu lassen". Man werde auch weiter auf einen palästinensischen Staat (Westbank und Gaza) warten können, vielleicht fünfzehn Jahre und mehr, nachdem man so viele Jahre schon gewartet habe.

Die Idee eines Kondominiums mit Jordanien wies A. zurück. Es sei nicht akzeptabel, daß man mal unter syrischer, mal unter israelischer oder dann unter jordanischer Vorherrschaft lebe.

Auf die Frage nach der Rolle von Abu Nidal entgegnete A., eher verächtlich, daß es sich hier um einen Schirm, einen Decknamen handele, von dem wir selbst durch unsere Nachforschungen wüßten, daß er für radikale Elemente verschiedenster Art stehe, aber nicht eine politische Stoßrichtung in der PLO markiere. Er sei strikt gegen terroristische Aktionen, die ohnehin nur der gegnerischen Propaganda als Vorwand dienten. Ein Freiheitskämpfer, so A. lebhaft, dürfe niemals einen Zivilisten der gegnerischen Seite töten oder verletzen. Als die PLO noch West-Beirut kontrollierte, habe er die jüdische Gemeinde unter seinen persönlichen Schutz genommen und sie ebenso mit Nahrungsmitteln versorgt wie seine Landsleute in den Lagern. Die Rolle der PLO im Libanon sei stabilisierend gewesen.

Zur Lage im Golfkrieg sagte A., er habe sich stets um ein gutes Verhältnis mit der Islamischen Republik bemüht, aber der iranischen Führung fehle offenbar der Sinn für die Realitäten. Man könne mit Slogans keine Politik machen. Eines Tages hätten auch sie sich mit wachsenden wirtschaftlichen und Nahrungsmittelproblemen zu befassen statt mit schönen Träumen. Dann werde es hoffentlich zu einer Lösung kommen.

Als *StM* den VN-Entwurf einer Sicherheitsratsresolution[12] erwähnte, antwortete *Arafat*, ohne auf diese konkrete Frage näher einzugehen: Der iranische Sieg sei ein Traum. Man müsse den Iranern aber die Gesichtswahrung ermöglichen. Der erste Versuch der arabischen Konferenz in dieser Richtung sei leider erfolglos gewesen. Er befürchte aber, daß die Sorgen der kleineren Golfstaaten, der Iran wolle die ganze Region beherrschen, begründet seien.

StM wechselte das Thema, indem er nach den Befürchtungen fragte, die andere, vor allem fundamentalistische Staaten gegenüber der PLO mit ihren modernen Strukturen hätten. *Arafat* nutzte dies, um den demokratischen Aufbau der PLO herauszustreichen, der nach vorne gerichtet sei, der keine fundamentalistischen Elemente enthalte und der als Staatsaufbau allen Religionen gestatten würde, frei zu existieren.

Nach den Zielen der PLO für eine Beteiligung an der Internationalen Friedenskonferenz gefragt, verwies A. auf die Teilnahme an früheren Verhandlungen (erste Nahost-Konferenz in Genf 1973[13], Mena House Conference[14]). Er erwähnte

12 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

13 Die Friedenskonferenz für den Nahen Osten wurde am 21. Dezember 1973 in Genf auf Außenministerebene eröffnet, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie VN-Generalsekretär Waldheim teilnahmen. Die Konferenz beschloß eine Fortsetzung der Verhandlungen auf Botschafterebene. Außerdem wurde die Bildung militärischer Arbeitsgruppen beschlossen, die über ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Streitkräfte

in diesem Zusammenhang eine der von ihm angebotenen Formeln („second formula“)[15], mit denen er versucht hatte, eine gemeinsame palästinensisch-jordanische Delegation für Friedensverhandlungen sicherzustellen. Die Amerikaner wüßten, daß er diese Formel bevorzuge. Das sei ihnen durch Mittelsmänner in Amman ebenso wie durch die türkische, italienische und saudische Regierung deutlich gemacht worden. Er strich sodann leidenschaftlich heraus, daß er immer klargemacht habe, daß die PLO „alle UN-Resolutionen“ akzeptieren werde. Die israelische Rechnung, die PLO als einen Beteiligten an den Fragen der Region auszuschalten, sei nicht aufgegangen. Die PLO sei selbstverständlich ihrerseits bereit, mit der israelischen Regierung in Gespräche einzutreten.

Zum Abschluß des Gespräches hob *StM* das Interesse der Europäischen Gemeinschaft an einer Lösung hervor, die die Existenz Israels und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser garantiere. Ein starkes arabisches Lager sei dazu nötig. Die Friedenskonferenz sei dringend erforderlich.

Arafat schloß mit dem Appell, unsere Rolle innerhalb der Europäischen Gemeinschaft stärker als bisher wahrzunehmen, insbesondere auf GB einzuwirken, wo die Haltung der gegenwärtigen Regierung wenig hilfreich sei. David Steel habe dort hoffnungsvoll stimmende Sätze gesagt, leider sei er aber eben nicht Minister. Unser Einfluß auf die britische Regierung sei daher entscheidend.[16]

Referat 010, Bd. 178918

Fortsetzung Fußnote von Seite 1001

am Suez-Kanal verhandeln sollten. Vgl. dazu den Artikel „Nahost-Konferenz beschließt Militärgespräche in Genf“; DIE WELT vom 24./25. Dezember 1973, S. 1f.
Die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppen wurden am 9. Januar 1974 unterbrochen und seitdem nicht wiederaufgenommen. Vgl. dazu den Artikel „Mideast Talks Recessed for Consultations“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 10. Januar 1974, S. 1f.

14 Botschafter Steltzer, Kairo, berichtete am 28. November 1977, daß Präsident Sadat am 26. November 1977 erklärt habe, er habe das ägyptische Außenministerium beauftragt, VN-Generalsekretär Waldheim sowie die USA und die UdSSR davon zu unterrichten, „daß Kairo bereit sei, ab kommenden Samstag alle am N[ah]o[st]-Konflikt beteiligten Parteien einschließlich der Supermächte zu Gesprächen zu empfangen“. Nach Angaben des ägyptischen Außenministeriums handele es sich „bei der von Sadat einberufenen Konferenz, zu der auch die Palästinenser geladen wurden, um ein Expertentreffen, das die Genfer Konferenz vorbereiten solle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2217; Referat 310, Bd. 119965.
Die Kairoer Vorkonferenz unter Teilnahme Israels und Ägyptens sowie von Beobachtern der USA und der Vereinten Nationen begann am 14. Dezember 1977 im Hotel Mena House und wurde am 22. Dezember 1977 nach vier Plenarsitzungen unterbrochen. Vgl. dazu den Artikel „In Ismailia wird auch über israelische Siedlungen gesprochen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Dezember 1977, S. 1.

15 Vgl. dazu das dem Gesprächsprotokoll beigefügte Papier „second proposal“; Referat 010, Bd. 178918.

16 Am 9. Juli 1987 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter Staatssekretär Sudhoff „mit der Bitte um Billigung und Veranlassung der Weiterleitung an Herrn StM Schäfer“ eine Aufzeichnung vor, die eine Übersicht gab über „Zusammentreffen von Regierungsmitgliedern der EG-Länder mit dem Vorsitzenden des PLO-Exekutivkomitees, Jassir Arafat“. Darin hieß es: „Die Bundesregierung hat es in der Vergangenheit stets abgelehnt, einen PLO-Vertreter durch Angehörige der Bundesregierung wahrnehmen zu lassen. Ausweislich der hiesigen Unterlagen gibt es eine Ausnahme: StM Dr. Corterier hat im September 1982 den Leiter der Informationsstelle Palästina in Bonn zu einem Gespräch im Auswärtigen Amt empfangen. […] BM Möllemann hatte zum Zeitpunkt seines Zusammentreffens mit Arafat in Beirut (1979) kein Regierungsamt.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149614.

200

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 6. Juli 1987, 23.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2184 **Ankunft: 6. Juli 1987, 21.56 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten in SU[2];
hier: Gespräch mit Gromyko am 6.7., 15.00 Uhr

Zur Unterrichtung

Am Gespräch des Herrn Bundespräsidenten mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Herrn Gromyko, am ersten Tag des Staatsbesuches (6.7.) von 15.00 bis 17.20 Uhr nahmen auf deutscher Seite noch BM und ich, auf sowjetischer Seite AM Schewardnadse und Botschafter Kwizinskij teil (außerdem je ein Dolmetscher). Das – ursprünglich auf nur ca. 1 1/2 Stunden angesetzte – Gespräch verlief in sachlicher und aufgeschlossener Atmosphäre. Thematisch war es, Gromykos Vorschlag folgend, einerseits der Sicherheitspolitik, andererseits der Entwicklung der Beziehungen auf der Grundlage des Moskauer Vertrages[3] gewidmet.

1) Fragen der Sicherheitspolitik nahmen entsprechend dem starken diesbezüglichen sowjetischen Interesse breiten Raum ein.

Bundespräsident sah, einleitend, in diesem Jahr Möglichkeit wichtiger Vereinbarungen („historischer Moment“). Konkrete Vereinbarungen seien, so Bundespräsident, um so effektiver, je mehr sie in eine langfristige Perspektive eingebettet werden. Ergebnis im Mittelstreckenbereich (Liquidierung ganzer Kategorie von Waffen) werde in Bonn volle Unterstützung finden. Bundespräsident schlug dann die Brücke zum konventionellen Bereich und unterstrich als übergreifende Erkenntnis, daß Überlegenheiten ihren Sinn verloren haben und Kriege nicht mehr geführt werden können. Nur das zur Erhaltung des eigenen Sicherheitsbedürfnisses Erforderliche könne zugestanden werden. In Perspektive bis 2000 sah er angesichts Interdependenz im Sicherheitsbereich einerseits Notwendigkeit zunehmender Kooperationsbereitschaft, einschließlich Weltraumfragen, andererseits Erfordernis, Einigung über Verteidigungsfähigkeit ohne Angriffsfähigkeit mit Ausschluß von Überraschungsakten, um Vertrauen zu schaffen. Der Bundespräsident unterstrich, daß Vertrauen nicht nur durch militärische Sicherheit – die während der letzten Jahrzehnte „Monopolstellung“

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 7. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an Vortragenden Legationsrat Weiß, Legationsrat I. Klasse Grunenberg und Legationssekretär Lucas verfügte.
Hat Heyken am 7. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Weiß vorgelegen.
Hat Grunenberg und Lucas am 9. Juli 1987 vorgelegen.

2 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

3 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

in der West-Ost-Politik eingenommen habe –, sondern durch Zusammenarbeit (KSZE zweiter Korb[4]) zu schaffen sei. Gromykos Ausführungen waren sehr stark auf die Nuklearwaffen konzentriert: „Es gebe kein wichtigeres Thema als die Sicherheit." Unter Bezugnahme auf Programm des GS vom 15.1.86 zur völligen Abschaffung der Kernwaffen[5], wobei man mit Teillösungen beginnen müsse, wie es in Genf[6] und Reykjavik[7] begonnen worden sei.[8]

Zu LRINF/SRINF beschränkte sich G. auf allgemeine Erwägungen: Nachdem sowjetische Seite ursprüngliche westliche Vorstellungen aufgenommen habe, kämen „jetzt lauter Überlegungen, die bremsen". Gewicht der BR Deutschland sei größer, als wir es wohl selbst einschätzten. Wir könnten mehr tun, einschließlich politischer Beeinflussung unserer Verbündeten – wobei klar war, daß er die USA meinte. „Wenn Sie mit dem Bild vom gemeinsamen Haus[9] einverstanden sind, dann haben Sie auch das Recht, entsprechenden Einfluß auszuüben." Europa könne nicht nur von außerhalb Europas bestimmt werden: Denn es habe seine spezifischen Probleme und Interessen. Sicher gebe es kein Gebiet in der Welt, wo so viele Vernichtungswaffen stationiert seien. Er forderte Verurteilung der „bösen Konzeption" der Abschreckung durch alle Europäer.

Bundespräsident wies darauf hin, daß wir keine A-Waffen haben[10], aber am meisten von Kernwaffen bedroht sind. Wir hätten deshalb kein wichtigeres Interesse als Reduzierung bzw. Beseitigung der Kernwaffen und nähmen auch durchaus unseren Einfluß wahr – auch in solchen Gesprächen wie dem heutigen (wenn auch unser Einfluß nicht so groß sei wie derjenige, den SU auf ihre Verbündeten ausüben könne). Bundespräsident unterstrich unsere Bemühungen um Einflußnahme insbesondere dort, wo die Europäer unabhängig von Bündnissen gemeinsame Interessen haben. Das Bild vom „gemeinsamen Haus Europa" nahm er auf und plädierte für Hausordnung, nach der alle gleiche Sicherheit und Zugang zueinander haben, weil der Wohlstand des einen vom Wohlstand der anderen

4 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt" (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

5 Am 15. Januar 1986 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Vorschläge zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 146–159. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 16 und Dok. 19.

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

7 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

8 So in der Vorlage.

9 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus" sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

10 Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.
Mit der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 verzichtete die Bundesrepublik am 28. November 1969 auf die Herstellung, den Erwerb und den Besitz von Nuklearwaffen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

abhänge und es darauf ankomme, daß die Bewohner Vertrauen zueinander entwickeln.

Bundespräsident unterstrich die Notwendigkeit, „Sprache der Abschreckung" zu überwinden und vom Nicht-Krieg der Abschreckung zum wahren Frieden durch Vertrauen zu gelangen. Über die Unmenschlichkeit der A-Waffen bestehe Einigkeit. Bei den konventionellen Rüstungen müsse ehrliche Balance angestrebt und Weg dazu durch breite Zusammenarbeit geebnet werden. Wenn dies zu Änderung strategischer Vorstellungen führe – warum nicht? Wenn die Bündnisse darüber reden wollten, so sollten sie dies tun: Auch bilaterale Kontakte könnten hierzu beitragen.

Unsere Haltung zu SDI (Beteiligung deutscher Firmen) bezeichnete G. als „negatives Element unserer Politik, das bei anderen Schule machen könne". Sowjets wüßten nicht, ob dies unser letztes Wort sei; vielleicht sei Korrektur noch möglich.

Bundespräsident wies darauf hin, daß, wenn er dies richtig einschätze, die USA ihre Erwartung an SDI relativiert hätten. Er unterstrich, daß wir mit den USA in guter Bündnispartnerschaft leben und der Kreml nicht der Ort sei, über die USA Beschwerde zu führen. Bundespräsident betonte bei ABM Notwendigkeit strikter Einhaltung und einvernehmlicher Lösung von Auslegungsfragen.[11] Kooperationsbereitschaft der USA bei der Weltraumforschung solle beim Wort genommen werden. Bundespräsident stellte fest, daß, obwohl ohne Vereinbarung, Reykjavik Perspektiven aufgezeigt habe, die vor drei Jahren noch unvorstellbar. Die ganz überwiegende Mehrheit unseres Volkes sei dafür, daß die skizzierten Vereinbarungen zu Verträgen würden.

G. wandte sich gegen Teilung von Ergebnissen der Weltraumforschung. Zur konventionellen Abrüstung verwies er auf Budapester Vorschläge[12] und letzte WP-Vorschläge zu Militärdoktrin[13], auf die man noch keine Antwort habe. Er erinnerte daran, daß WP seinerzeit (in den 50er Jahren) sogar Eintritt in die NATO vorgeschlagen habe[14], aber nie Antwort bekommen habe. Bundespräsident plädierte demgegenüber dafür, letztere Frage der Geschichte zu überlassen. Fragen der Strategie dagegen könnten vielleicht auch bilateral – ohne Vereinbarung – behandelt werden. Hier hätten auch die Soldaten einander Nützliches zu sagen.

Frage der Verifikation wurde von G. kurz unter Hervorhebung neuerer Entwicklungen der sowjetischen Position ohne Vertiefung angesprochen. Bundespräsident

11 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

12 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 44, Anm. 10.

13 Am 28./29. Mai 1987 fand in Ost-Berlin die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

14 Am 31. März 1954 schlug die UdSSR den drei Westmächten in einer Note vor, „ein auf den gemeinsamen Bemühungen aller europäischen Staaten beruhendes Sicherheitssystem" zu schaffen: „Es ist vollkommen klar, daß die ‚Organisation des Nordatlantikpakts' unter entsprechenden Bedingungen ihren aggressiven Charakter verlieren könnte, wenn alle Großmächte, die zur Antihitlerkoalition gehörten, an ihr teilnehmen würden. Geleitet von den unabänderlichen Prinzipien ihrer friedlichen Außenpolitik und im Bestreben, die Spannungen in den internationalen Beziehungen zu mildern, erklärt sich die Sowjetregierung daher bereit, gemeinsam mit den interessierten Regierungen die Frage der Beteiligung der Sowjetunion am Nordatlantikpakt zu erörtern." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6533 f.

wies auf technische Schwierigkeiten hin und sprach Hoffnung aus, daß an der Verifikationsfrage Abschlüsse nicht scheitern sollten.

2) Bilaterale Beziehungen

Bundespräsident sprach sich für Entwicklung auf Grundlage des Moskauer Vertrages, insbesondere auf Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und im humanitären Bereich, aus. Wegen Erörterung im einzelnen verwies er auf das Delegationsgespräch am kommenden Mittwoch.[15] Im wirtschaftlichen Bereich wies Bundespräsident darauf hin, daß wir die von den Sowjets begonnenen Maßnahmen zwar nicht kommentieren, aber ihre positive Tendenz mit großer Aufmerksamkeit beobachten. Kooperationsabsichten könnten Reformen nicht ersetzen, wohl aber ergänzen. Bundespräsident sprach sich für verstärkten Austausch im Erziehungs- und Bildungsbereich aus. Auf wissenschaftlichem Gebiet sei die Zusammenarbeit auf theoretischen Feldern bereits gut, bei der angewandten Wissenschaft sei sie noch ausbaufähig.

G. steuerte rasch auf das territoriale Element des Moskauer Vertrages hin, nachdem er zunächst für Kooperation zwischen den beiden europäischen Staaten ohne Rücksicht auf Unterschiede plädiert hatte und dabei auch an Rapallo[16] erinnerte, das ein Beispiel für gute deutsch-sowjetische Beziehungen war wie der Moskauer Vertrag. Jedenfalls habe der deutsch-sowjetische Vertrag von 1970 große historische Bedeutung prinzipiellen Charakters. Der Vertrag sei wertvoller als mancher Friedensvertrag, er „lebt". Festhalten am Vertrag sei Grundlage der Entwicklung der Beziehungen zu Normalität und freundschaftlichen Beziehungen.

Es wurde deutlich, daß es ihm sehr stark auf das territoriale Element ankam, das er als eine elementare Grundlage unserer Beziehungen bezeichnete. Wer, so G., „leichtfertig" an diese Frage herangehe, habe „keine Ahnung von Politik oder böse Absichten". SU wolle gute Beziehungen zur „BRD" wie auch Frieden in Europa. G. erklärte, er wäre auf diesen Punkt vielleicht nicht eingegangen, wenn nicht bei uns diesbezügliche Stimmen laut geworden seien.

Bundespräsident teilte G.s Auffassung, daß Moskauer Vertrag Grundlage der Beziehungen bleibt, von der beide Seiten auszugehen haben. Entwicklung der Beziehungen zur SU stehe im Zentrum unserer Politik. Bundespräsident wies darauf hin, daß zwischen Rapallo und dem Moskauer Vertrag ein schlimmes Kapitel unserer Geschichte lag. Der Moskauer Vertrag habe neue Möglichkeiten geschaffen, die Beziehungen mit Leben zu erfüllen. Bundespräsident bezeichnete es als selbstverständlich, daß wir die Grenzen in Europa als unverletzlich betrachten, plädierte aber dafür, sie durchlässiger zu machen Daß die Deutschen in zwei Staaten lebten, sei eine Tatsache, ändere aber nichts an dem Gefühl, einer Nation anzugehören. Die Menschen in beiden deutschen Staaten könnten von einer Klimaverbesserung in Europa nur profitieren. Bundespräsident konzedierte, daß den Sowjets nicht alles gefalle, was sie in unseren Zeitungen lesen. Er verteidigte das Recht unserer Presse, auch das zu schreiben, was nicht gefällt.

15 Am 8. Juli 1987 führte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in Moskau ein zweites Gespräch mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Gromyko. Vgl. dazu Dok. 212, Anm. 24.

16 Für den Wortlaut des Vertrags vom 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Vertrag von Rapallo) vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

Abschließend betonte Bundespräsident, daß Bundesregierung fest auf der Grundlage des Moskauer Vertrages steht, und richtete Grüße des BK aus. Er lud Gromyko zu einem Besuch in die BR Deutschland ein, bei dem sich dieser über die Grundhaltung unserer Bevölkerung zu den Beziehungen überzeugen könne. G. betonte große Bedeutung, die die SU dem Besuch und auch der Teilnahme von BM Genscher beimesse. Es sei der Wille der sowjetischen Seite, daß dieser Besuch positiv eingeschätzt wird. Er erwiderte die Grüße des BK, wobei er an die ausführlichen Gespräche erinnerte, die er mit dem BK geführt habe.[17]

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147123

201

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Duarte

7. Juli 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik El Salvador, Herrn José Napoleon Duarte, am 7. Juli 1987[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Herr Bundeskanzler, Frau Lehnhardt als Dolmetscherin, VLR I Dr. Hartmann als Note-taker.

Teilnehmer auf salvadorianischer Seite: Präsident José Napoleon Duarte, Außenminister Dr. Ricardo Acevedo Peralta, Major David Munguía Payés.

Beim Mittagessen (ab 13.30 Uhr) ferner auf deutscher Seite anwesend: Staatssekretär Jürgen Ruhfus, Botschafter Guido Heymer.

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Duarte in Bonn sehr herzlich willkommen.

17 Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1983; AAPD 1983, I, Dok. 10.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 8. Juli 1987 gefertigt und am folgenden Tag von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet.
Hat Schäuble am 9. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik."
Hat Ministerialrat Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, am 13. Juli 1987 vorgelegen.

2 Präsident Duarte hielt sich vom 5. bis 12. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow informierte am 14. Juli 1987: „Präs[ident] Duarte führte Gespräche mit BK, BM Genscher, BM Klein und StM Schäfer. Bei der CDU sprach er mit GS Geißler, bei der SPD mit MdB Wischnewski. Vor und nach dem offiziellen Teil wurde er von der KAS betreut. In München traf er mit MP Strauß zusammen, der als B[undes]RatsPräs[ident] den abwesenden B[undes]Präs[identen] vertrat. […] In Gymnich wurden am 6.7. im Rahmen bereits zugesagter FZ zwei ausführende Abkommen unterzeichnet (Warenhilfe 40 Mio. DM, Telefonprojekt 13 Mio.). Zusätzlich erhielt ELS für Medikamente 1,2 Mio. DM." Vgl. den Runderlaß Nr. 5551; Referat 331, Bd. 136339.

Präsident *Duarte* dankt für die Einladung und die Unterstützung, die die Bundesregierung und der Bundeskanzler persönlich El Salvador gewähren.[3]

Präsident Duarte erläutert sodann auf Bitten des Bundeskanzlers die Lage in seinem Land:

– bei der Entwicklung der Demokratie gehe es Tag um Tag mehr voran;

– was den Bürgerkrieg betreffe, so läge die Initiative heute bei den Militärs;

– im wirtschaftlichen Bereich sehe man sich ernsten Schwierigkeiten gegenüber.

Auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten näher eingehend, erwähnt Präsident Duarte, daß er bereits einmal auf Druck der USA einer Abwertung der salvadorianischen Währung zugestimmt habe. Dies habe große soziale Probleme nach sich gezogen, für die er einen politischen Preis habe zahlen müssen.[4] Jetzt drängten die USA erneut auf eine Abwertung. Diesmal habe er sich allerdings mit Erfolg dem Druck widersetzt.

Ein weiterer Teil der Schwierigkeiten rühre daher, daß die Weltmarktpreise für die wichtigsten Erzeugnisse von El Salvador – Kaffee, Baumwolle, Zucker – stark gefallen seien. Dies habe zur Folge, daß der Erlös aus dem Verkauf dieser Erzeugnisse um rund 50 % zurückgegangen sei.

Wenn es nicht gelinge, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, bestehe sogar die Gefahr eines Staatsstreiches. Er habe zum 1. Juni einen neuen Wirtschaftsplan vorgelegt, der eine Reihe finanzieller, wirtschaftspolitischer und sozialer Maßnahmen umfasse.

Auf den Bürgerkrieg in El Salvador eingehend, erklärt Duarte, sein Ziel bleibe, den inneren Frieden wiederherzustellen. Dabei genüge es nicht, einen Dialog mit der anderen Seite zu führen. Vielmehr gelte es, das Vertrauen wiederherzustellen und Anstrengungen zu unternehmen, um die Guerilla wieder in den demokratischen Prozeß einzugliedern.

Er habe zu diesem Zweck eine Reihe von Reformen durchgesetzt. Dazu gehörten insbesondere ein Gesetz über eine allgemeine Amnestie und Anpassungen im Bereich des Strafrechts und des Prozeßrechts. Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers stellt Duarte klar, daß die Guerilla zur Zeit rund 4000 Mann umfasse. Demgegenüber habe 1980 die Zahl der Guerilleros noch rund 15 000 betragen. Auf eine weitere Frage des Bundeskanzlers erläutert Duarte, daß die Guerilla sehr wenig Unterstützung im Volk habe. 1980 hätte sie bei öffentlichen Demonstrationen noch 300 000 Leute mobilisieren können, heute würden sich höchstens 5000 zusammenfinden.

3 Referat 331 legte am 30. Juni 1987 dar, der Besuch des Präsidenten Duarte sei der „Höhepunkt einer Besuchsserie hochrangiger Vertreter der christdemokratischen Regierungspartei von El Salvador. […] Wir wollen mit dieser Einladung unsere Ermutigung für die politische Mitte in El Salvador deutlich machen, die sich in einem schweren Behauptungskampf gegen die Extreme von rechts und links befindet. Es ist wichtig, daß wir der Regierung Duarte, des seit einem halben Jahrhundert ersten freigewählten Präsidenten von El Salvador, unsere Unterstützung zeigen. Sie ist allen Schwächen zum Trotz die einzige Alternative zu Rechtsdiktatur und leninistischer Revolution.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136339.

4 Botschafter Heymer, San Salvador, legte am 25. August 1987 im Politischen Halbjahresbericht zur Wirtschaftslage dar: „Die Abwertung des Colóns im Rahmen des im Januar unter Druck des IWF und der USA in Kraft gesetzten Sanierungsprogramms hat die inflationäre Entwicklung weiter verstärkt, was ein erneutes Absinken der Reallöhne zur Folge hat.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 401; Referat 331, Bd. 136336.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob und welche Kontakte er mit der Führung der Guerilla habe, erklärt *Duarte*, er habe bisher nur mit Vertretern aus dem zweiten Glied verhandelt. Er kenne von den fünf Leuten, die die Führung bildeten, zwei persönlich – Schafik Hándal und Cienfuegos. Die Kontakte zur Guerilla liefen hauptsächlich über den Erzbischof von San Salvador[5]. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, welche Chancen er für eine Verständigung sehe, erklärt *Duarte*, er versuche eine „Botschaft der Humanisierung" auszusenden, um ein Minimum gegenseitiger Verständigung zu erreichen. Er gebe die Hoffnung nicht auf, müsse allerdings andererseits feststellen, daß es innerhalb der Guerilla einen Prozeß der Radikalisierung gebe.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob die Guerilla in El Salvador möglicherweise die Strategie verfolge, zunächst die Bildung einer rechtsgerichteten Regierung zu begünstigen, um dann den Vorwand für einen Umsturz zu haben. Das entspräche in etwa der Lage in Chile, wo der Terrorismus der Linken praktisch Pinochet stabilisiere.

Präsident *Duarte* erwidert, in der Tat lasse sich die Guerilla in El Salvador von zwei Theorien leiten:

– Zum einen arbeite sie auf den Sturz der demokratischen Regierung hin und nehme dann durchaus in Kauf, daß die extreme Rechte an die Macht komme. Damit rechneten sie sich für sich selber größere Chancen aus.
– Ein anderer Weg bestehe darin, die Regierung durch bewaffneten Kampf in die Enge zu treiben, um dann mit Hilfe eines Volksaufstandes an die Macht zu kommen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob die politische Rechte in El Salvador heute vor allem durch Militär repräsentiert[6] werde, erklärt *Duarte*, es handele sich in der Tat vielfach um frühere Militärs, die in die Politik gegangen seien. Dazu zählten beispielsweise Oberst d'Aubuisson und Oberst Ochoa. Es spielten aber auch die Vertreter der Wirtschaftsoligarchie eine große Rolle.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Duarte, die politische Rechte werde in den Vereinigten Staaten vor allem von Senator Helms und der sogenannten „Vereinigung für freie Entwicklung", in der sich rechtsgerichtete Vertreter der Republikanischen Partei zusammengefunden hätten, unterstützt. Reagan selber und die Republikanische Partei hätten sich demgegenüber immer um Verständigung mit ihm bemüht. Duarte bezeichnet Reagan ausdrücklich als einen treuen Freund, wie er selber auch ein treuer Freund der USA sei.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe häufig mit Präsident Reagan über die Rolle von Duarte gesprochen und zu großer psychologischer Sensibilität im Umgang mit El Salvador geraten. Leider verhalte sich eine Weltmacht nicht immer klug.

Präsident *Duarte* erklärt auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers, die Rolle der katholischen Kirche in El Salvador habe sich in den letzten vier bis fünf Jahren erheblich gewandelt. Während sie früher teilweise offen mit der Guerilla sympathisiert habe, unterstütze sie jetzt sehr konsequent die demo-

5 Arturo Rivera y Damas.
6 Korrigiert aus: „präsentiert".

kratische Regierung. Hierbei habe auch der Einfluß des Apostolischen Nuntius[7] eine Rolle gespielt, der dafür gesorgt habe, daß die Bischofskonferenz heute ein breiteres politisches Spektrum aufweise.

Auf die Frage nach der Haltung der deutschen Kirchen gegenüber El Salvador erklärt Duarte, er selber erfahre weder von der evangelischen noch von der katholischen Kirche Unterstützung. Allerdings sei Monsignore Stehle stets hilfreich in humanitären Fragen gewesen.[8] Außerdem hätten die deutschen Katholiken die Kirche in El Salvador und ihr nahestehende Organisationen unterstützt. Sie hätten beispielsweise für die Erdbebenopfer[9] zwischen 1 und 1,5 Mio. DM gespendet. Bei der evangelischen Kirche habe er den Eindruck, daß diese eher den marxistischen Gruppen helfe. Allerdings habe er hierfür keine Beweise.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Rolle des Militärs erläutert Duarte, er habe in diesem Punkt keine ernsthaften Probleme. Zwar gebe es immer noch hier und da Machtmißbrauch. Diese Dinge habe man aber insofern unter Kontrolle, als er wiederholt dafür gesorgt habe, daß Militärs, die sich schuldig gemacht hätten, abgesetzt und bestraft würden. Insgesamt könne man sagen, daß die Militärs den demokratischen Prozeß akzeptiert hätten.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Duarte, die Streitkräfte in El Salvador verfügten heute über insgesamt 56000 Mann. Von diesen seien 40000 Mann unmittelbar im militärischen Einsatz und 16000 Mann zur Sicherung der Städte abgestellt. Anfang der 80er Jahre hätten rund 12000 bei den Streitkräften gedient. Die hohe Zahl sei erforderlich, um die erforderliche Überlegenheit gegenüber der Guerilla sicherzustellen, die 10:1 betrage.

Auf die entsprechende Zusatzfrage des Bundeskanzlers erläutert Duarte, daß die Streitkräfte zu etwa 40% aus Berufssoldaten und 60% aus Wehrpflichtigen bestehen. Er weist darauf hin, daß man durch systematische Erziehungsprogramme die „Professionalität" der Streitkräfte erheblich gesteigert und diese insbesondere auch auf die Bedeutung der Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte hingewiesen habe.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, welche Parteibeziehungen die PDC[10] von El Salvador in Lateinamerika unterhalte und welche Unterstützung sie von dort erfahre.

Duarte erwidert, die engsten Beziehungen unterhalte seine Partei zu Guatemala, dies, obschon es mit Guatemala auf dem Gebiet der Außenpolitik erhebliche Meinungsverschiedenheiten gebe. Guatemala richte sich mehr an den Interessen Mexikos aus, während El Salvador sich enger an die USA anlehne.

Im übrigen unterstütze er selber eine Reihe christdemokratischer Parteien in Lateinamerika, insbesondere die Partei in Nicaragua, aber auch in Costa Rica und Chile. Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Duarte, die

7 Francesco De Nittis.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow notierte am 12. Oktober 1987, der Bischof von Santo Domingo de los Colorados, Stehle, habe ihn über die von ihm, Stehle, vermittelten Gespräche zwischen der Regierung von El Salvador und der Guerilla informiert, die am 4./5. Oktober 1987 in der Nuntiatur in San Salvador stattfanden. Vgl. dazu Referat 331, Bd. 136335.

9 Zum Erdbeben in El Salvador am 10. Oktober 1986 vgl. Dok. 108, Anm. 3.

10 Partido Demócrata Cristiano.

solidarische Haltung der christlich-demokratischen Parteien in Südamerika sei für ihn außerordentlich wichtig gewesen. Nur zwei Parteien hätten sich von ihm distanziert; zu einem bestimmten Zeitpunkt die Christlichen Demokraten in Honduras und eine von den Christlichen Demokraten in Uruguay abgespaltene linke Gruppierung.

Auf eine weitere Frage des Bundeskanzlers stellt Duarte klar, daß er in Europa insbesondere von Italien unterstützt werde. Die italienische Regierung habe für die Opfer des Erdbebens rund 100 Mio. Dollar gespendet. Neuerdings werde er auch von der französischen Regierung unterstützt.

Auf eine entsprechende Bitte des Bundeskanzlers erläutert Duarte sodann die interne Lage in der Partei (hierzu erfolgt gesonderter Vermerk).

Das Gespräch wird bei dem nachfolgenden Mittagessen fortgesetzt:

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, in welchen Bereichen die Bundesregierung noch helfen könne, weist Präsident *Duarte* auf das Projekt einer Berufsschule in der Provinz Sensuntepeque hin. Der *Bundeskanzler* erbittet eine genaue Beschreibung des Projektes und sagt eine wohlwollende Prüfung zu.

Der Bundeskanzler bittet Präsident Duarte sodann seine Auffassung zur Entwicklung in Chile und innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei Chiles darzulegen.

Präsident *Duarte* erklärt, der Kurs von Pinochet arbeite den linksradikalen Kräften in die Hände. Die Christlich-Demokratische Partei habe bisher eine gemäßigte Linie verfolgt; er schließe aber eine Radikalisierung eines Teils der Partei nicht aus. Er habe seinerseits den Führern der PDC immer wieder gesagt, daß nicht der bewaffnete Kampf, sondern nur die Rückkehr zur Demokratie einen Ausweg aus der verfahrenen Lage biete.

Der *Bundeskanzler* erklärt, ihm lägen Informationen vor, wonach sich die politische Diskussion innerhalb der Streitkräfte – insbesondere bei der Luftwaffe und der Marine – verstärke.

Präsident *Duarte* erwidert, in der Tat dürfe man nicht vergessen, daß die Marine seinerzeit an einem Attentatsversuch auf Pinochet[11] beteiligt gewesen sei. Andererseits könne man die Probleme nicht dadurch lösen, daß eine Militärregierung durch eine andere ersetzt werde.

Die Gefahr, daß einige Vertreter der Christlich-Demokratischen Partei Chiles sich mit der radikalen Linken verbinden, sei nicht von der Hand zu weisen. Wenn dies einträte und die chilenischen Christdemokraten in einen möglichen Bürgerkrieg verwickelt würden, bedeute das die Zerstörung von Chile. Der *Bundeskanzler* wirft ein, in der Tat sei es die Strategie der extremen Linken, so viel Terror zu erzeugen, daß das Pendel zunächst immer mehr nach rechts und schließlich zur anderen Seite ausschlage. Er wolle Duarte allerdings offen fragen, ob es eine konkrete Gefahr der genannten Art derzeit in der chilenischen Christdemokratischen Partei gebe.

Duarte erwidert, zur Zeit finde eine heftige interne Auseinandersetzung über den Kurs der Partei statt. Man könne sogar von einer gewissen Spaltung sprechen. Die Kräfte der Vernunft seien nach wie vor gegen eine Anlehnung an die

11 Zum Attentat auf Präsident Pinochet am 7. September 1986 vgl. Dok. 10, Anm. 6.

marxistische Linie. In Anbetracht der Tatsache, daß in Chile möglicherweise die Frage eines Bürgerkrieges im Raum stehe, sei es daher wichtig, diese Kräfte zu unterstützen, sonst könne es passieren, daß die Christlichen Demokraten wieder auf eine Lage wie unter Allende zusteuern, wo die Partei nicht in Ordnung gewesen sei und zur Destabilisierung erheblich beigetragen habe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er unterstütze die Christlichen Demokraten in Chile, allerdings gelte dies nur für eine Linie der Vernunft. Was immer in Chile passiere, sei von großer Bedeutung für ganz Lateinamerika.

Präsident *Duarte* stimmt dem ausdrücklich zu und weist auf den intellektuellen Einfluß Chiles in Gesamtlateinamerika hin. Auch dies sei ein Grund dafür, daß er wegen der dortigen Entwicklung so besorgt sei.

Der *Bundeskanzler* fragt sodann nach der Entwicklung in Panama.[12]

Präsident *Duarte* erklärt, dort habe man es mit einem System zu tun, in dem sich die Streitkräfte auf der einen Seite mit Kommunisten, auf der anderen Seite zu einer Art „sozialem Pakt" verbunden hätten. Es handele sich um eine Militärdiktatur mit politischer Fassade. Wenn man sich des Präsidenten entledigen wolle, werde dieser einfach für krank erklärt. Dies könne beispielsweise mit dem derzeitigen Präsidenten Delvalle geschehen.

Der Pakt der Militärs mit den Kommunisten beruhe auf zwei Bedingungen:

– der antiamerikanischen Ausrichtung der Außenpolitik, die statt dessen stärker nach Mexiko und Kuba orientiert sei;
– der Duldung kommunistischen Einflusses in bestimmten Institutionen wie beispielsweise den Universitäten.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Duarte, die Christlichen Demokraten in Panama hätten eine zentrale Rolle in der Opposition inne, seien dadurch allerdings auch in die Schußlinie der Regierung geraten. Er habe Ricardo Arias Calderón unter diesen Umständen eine realistische Politik nahegelegt.

Auf die Frage nach der Rolle Mexikos erklärt Duarte, er sei über die innere Entwicklung in diesem Land nur durch die Medien unterrichtet. Allerdings habe sich die Linie der mexikanischen Regierung gegenüber El Salvador in letzter Zeit gemäßigt. Mexiko habe nicht nur seine Botschaft in San Salvador wieder eröffnet, sondern auch den offiziellen Besuch eines Vizeaußenministers angekündigt.

Für El Salvador besonders unangenehm seien die Bestrebungen von Mexiko – hinter denen Außenminister Sepúlveda stehe –, El Salvador in der VN-Menschenrechtskommission immer wieder auf die Anklagebank zu setzen. So werde sein Land immer wieder verurteilt, während Nicaragua und Kuba ungeschoren davonkämen. Die einzigen, die El Salvador bei diesen Debatten zu Hilfe kämen, seien die Bundesrepublik Deutschland und Costa Rica.

Der *Bundeskanzler* bittet Präsident Duarte, ihm hierzu eine eingehende Dokumentation zukommen zu lassen.

Präsident *Duarte* sagt dies zu.

12 Am 11. Juni 1987 wurde in Panama nach zweitägigen Unruhen und Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten der Ausnahmezustand verhängt, der am 30. Juni 1987 aufgehoben wurde.

Der *Bundeskanzler* fragt sodann, welches die Probleme der Regierung von El Salvador mit dem Arias-Plan[13] seien.

Präsident *Duarte* erwidert, er sei mit dem Ansatz des Arias-Plans – Wege zu einer Demokratisierung Zentralamerikas aufzuzeigen – voll einverstanden. Damit werde Nicaragua gedrängt, sich von einem totalitären marxistischen Staat in Richtung auf eine sozialistische Demokratie zu entwickeln. Allerdings müsse man sehen, daß Nicaragua genau dies nicht wolle.

Sein Problem liege darin, daß in dem außenpolitischen Teil des vorliegenden Entwurfs einseitig die amerikanische Unterstützung für die Contras[14] gebrandmarkt und deren Beendigung gefordert werde, die Hilfe, die Nicaragua und Kuba den Guerillas in El Salvador gewähre, jedoch keine Erwähnung finde.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob es dennoch eine Chance für eine Einigung gebe.

Präsident *Duarte* erwidert, er habe auf eine Änderung des Terminplans gedrängt. Statt sofort auf ein Treffen der Präsidenten zuzusteuern, habe er vorgeschlagen, daß dieses Treffen zunächst durch Experten und die Außenminister vorbereitet werde.

Nicaragua verfolge bei den Beratungen über den Arias-Plan eine Strategie, die auf seine – Duartes – Isolierung abziele. Dies zeige ausdrücklich ein ihm vorliegendes vertrauliches Dokument. Demnach sei Präsident Ortega im Prinzip bereit gewesen, den vorliegenden Entwurf ohne Änderungen anzunehmen; hierbei habe Ortega gleichzeitig auf die Unterstützung von Costa Rica als dem Urheber des Planes sowie auf die neutrale Rolle von Guatemala gesetzt. Ausdrücklich spreche das genannte Dokument davon, daß Nicaragua sich Duartes innenpolitische Schwäche und zugleich die besondere Eitelkeit von Cerezo zu Nutzen machen solle. Wäre er auf diese Strategie hereingefallen, hätte El Salvador gegenüber der Weltöffentlichkeit als der Schuldige für ein Scheitern des Planes dagestanden.

Fälschlicherweise habe man ihn beschuldigt, auf amerikanische Weisung – nach dem Besuch von Habib – gegen die Durchführung des Präsidententreffens Stellung bezogen zu haben. Dies treffe nicht zu. Duarte weist darauf hin, daß das Außenministertreffen für den 16. Juli und das Präsidententreffen für den 6. August vorgesehen seien.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wolle gerne in dieser Sache hilfreich sein. Es sei ja nun einmal so, daß es Leute gebe, die ihn – Duarte – in eine bestimmte Ecke stellen wollten. Bezüglich des Arias-Plans müsse man klug vorgehen. Dieser sei nun einmal sehr populär. Er enthalte auch eine Reihe guter Punkte. Man dürfe nicht pauschal gegen diesen Plan angehen. Er bitte daher Präsident Duarte, ihn eingehend über die Entwicklung zu unterrichten, um gegebenenfalls von hier aus Unterstützung bei befreundeten europäischen Regierungen mobilisieren zu können. Der Bundeskanzler nennt insbesondere Italien, die Beneluxländer, Großbritannien und Präsident Mitterrand.

13 Zum Vorschlag eines Friedensabkommens für Zentralamerika des Präsidenten Arias vom 15. Februar 1987 vgl. Dok. 103, Dok. 108 und Dok. 110.
Zur Unterzeichnung des Abkommens auf der Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

14 Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 125, Anm. 7.

Präsident *Duarte* sagt diese Unterrichtung zu. Er weist ausdrücklich noch einmal darauf hin, daß er den Arias-Plan unterstütze, der viele positive Elemente enthalte. Sein Ziel sei es, diesen Plan zu verbessern. Das gelte insbesondere für die Punkte Gleichzeitigkeit, Verifikation und Kontrolle.

Was den außenpolitischen Teil angehe, so sei er der Auffassung, daß die USA einen Fehler begehen würden, wenn sie eine Aussage zu der Rolle der Contras auch dann verweigerten, wenn gleichzeitig die Unterstützung Kubas und Nicaraguas für die Guerilla in El Salvador erwähnt werde.

Der *Bundeskanzler* beendet das Gespräch mit der Versicherung, daß wir unsere Freunde nicht im Stich lassen würden.

Präsident *Duarte* bedankt sich sehr herzlich für das Gespräch.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

202

Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1554 **Aufgabe: 7. Juli 1987, 16.05 Uhr**
Ankunft: 7. Juli 1987, 16.34 Uhr

Betr.: Barbie-Prozeß[1]

Nach dem Abschluß des Strafverfahrens gegen Barbie bleibt festzuhalten, daß dieser Prozeß politisch für unser heutiges Verhältnis zu Frankreich ohne Bedeutung ist, vgl. dazu Bezugsbericht Nr. 1[2]. Der Leitartikel der „Monde" vom 5./6. Juli d. J. betont erneut, daß es Unrecht wäre, den Deutschen von heute die Untaten der NS-Zeit vorzuhalten.[3] Insofern schulden wir der französischen Medienberichterstattung Anerkennung, da sie in beispielhafter Weise Vergangenheit und Gegenwart auseinandergehalten hat. Das ist um so mehr zu würdigen, als das Barbie-Verfahren vor allem ein Medienprozeß war. Diese haben jeden Tag ausführlich darüber berichtet, während sich die Anteilnahme der Öffentlichkeit im Sinne des sogenannten „Mannes auf der Straße" in Grenzen hielt. Zeitungen, Historiker, politisch Interessierte, Journalisten haben sich in allen Medien ausführlich zu Barbie und seiner Zeit geäußert. Ihr Anliegen war

1 Zum Prozeß gegen Klaus Barbie vgl. Dok. 140.
Ministerialrat a. D. Schätzler, z. Z. Lyon, berichtete am 4. Juli 1987, im Prozeß gegen Barbie habe das Schwurgericht an diesem Tage das Urteil verkündet: „Demgemäß hat es Klaus Barbie wegen aller angeklagten Taten zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; B 83 (Referat 511), Bd. 1626.

2 Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, z. Z. Lyon, konstatierte am 11. Mai 1987, aus dem Prozeß gegen Barbie ließen sich keine Rückschlüsse auf den Stand der deutsch-französischen Beziehungen ziehen: „Damit hat der Barbie-Prozeß nichts zu tun, wohl aber mit Völkerpsychologie: Die dunkelste Periode unserer Geschichte wird unsere Erblast bleiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 11 („Prozeßbericht Nr. 1"); B 83 (Referat 511), Bd. 1626.

3 Vgl. den Artikel „Justice et réconciliation"; LE MONDE vom 5./6. Juli 1987, S. 1.

vor allem, den Prozeß als notwendig, als klärend, als Schlüssel für eine Vergangenheitsbewältigung darzustellen, an deren Opportunität zumindest einige Zweifel bestanden.

Fazit des Prozesses ist jetzt Erleichterung: Den Täter hat, wenn auch spät, die verdiente Strafe getroffen. Seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind gesühnt.

Das Bild Frankreichs hat keinen Schaden genommen, und die Ereignisse aus der Besatzungszeit haben keine Umwertung erfahren müssen. So spricht man mit Genugtuung von einem historischen Prozeß, einem Markstein der Vergangenheitsbewältigung, der zugleich als Lehrstück für die nachfolgenden Generationen ein neues Kapitel eröffnet und die Mahnung aus rechtloser Zeit in die Gegenwart trägt. Barbie wird in französischen Schulbüchern wohl Hitler überdauern.

Dennoch fragt es sich, ob der Barbie-Prozeß rechtlich auf festen Füßen stand. Für die ihm zur Last gelegte Beteiligung an Mord und Tötung ist das nach der Beweislage zu bejahen. Zur rechtlichen Praktikabilität einer Verurteilung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat dieser Prozeß aber nichts wirklich Klärendes beigetragen. Das rechtliche Neuland wurde nicht bewältigt. Sicher haben die Zeugen darüber ausgesagt, wie sie entwürdigt, wie sie gefoltert wurden, jedoch waren diese Aussagen eher ein Echo der Leiden, der ertragenen Willkür, Schreie aus der Erinnerung zur höchsten emotionalen Steigerung getrieben und nun endlich, nach Jahrzehnten, vor der Welt herausgebracht und beachtet. Zusammen mit den sonstigen Zeugen, die über Konzentrationslager und das NS-Unrechtsregime ausgesagt haben, wurde ein düsteres Gemälde rechtloser Zeit gezeichnet – jedoch hat die unreflektierte Übernahme solcher Berichte wenig mit den Anforderungen zu tun, die man sonst in einem Strafverfahren an den Nachweis eines fest umrissenen Straftatbestandes zu stellen pflegt. Barbie ist wohl doch zur Symbolfigur alles Bösen hochgesteigert worden, was hinzunehmen wäre, wenn man davon ausgehen könnte, daß die Nürnberger Interpretationen von 1946 nur der historischen Gerechtigkeit für diesen NS-Prozeß dienen sollten und nicht zukunftweisende Rechtsprechung bedeuten. Die Verteidigung hat mit ihren Hinweisen auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus der Kolonialzeit in Afrika und aus dem Algerienkrieg Ausblicke gezeigt, die Fragen nach den Geistern aufwerfen, die man gerufen hat.

[gez.] Schoeller

B 83 (Referat 511), Bd. 1626

203

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 8. Juli 1987, 23.31 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2212 **Ankunft: 8. Juli 1987, 22.25 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten in SU[2];
hier: Zweites Gespräch BM–Schewardnadse (8.7.1987)[3]

Zur Unterrichtung

1) Im Gespräch mit AM Schewardnadse am 8.7., 17.30 bis 18.15 Uhr (anwesend: Kwizinskij und ich), fragte BM, ob er als Ergebnis des Besuchs des Bundespräsidenten verstehen dürfe, daß die sowjetische Seite eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen wünsche. Wenn es so sei, entspreche dies exakt unserem Verständnis. Es sei eine deutsche Grundsatzposition, die in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers („zentrale Bedeutung" der deutsch-sowjetischen Beziehungen)[4] ausgesprochen worden sei.

BM wies auf Ankündigung des Besuchs von AM Schewardnadse in Bonn durch GS Gorbatschow hin und bekräftigte die Einladung noch einmal. Treffen der Außenminister werde eine weitere wichtige Etappe im politischen Dialog bilden. Um seinen Erfolg sicherzustellen, sei an Vorbereitung in New York oder über die Botschaften oder durch entsandte Mitarbeiter zu denken. Er wolle es Schewardnadse anheimstellen, wie wir es halten sollten.

Zur Substanz des Dialogs: Zwar erschöpfe sich das West-Ost-Verhältnis nicht in der Abrüstungsproblematik, aber wir sollten auf diesem Gebiet engsten Kontakt halten, um dem Erfolg aller Verhandlungen dienen zu können – ob wir an ihnen direkt beteiligt sind oder nicht.

Zur Frage des Generalsekretärs, ob das von ihm, BM, im vergangenen Jahr Gesagte gelte[5], könne er bestätigen. Er habe sich so Botschafter Kwizinskij gegenüber geäußert und auch öffentlich eingelassen.

2) AM Schewardnadse konstatierte als Ergebnis des Besuchs eine gemeinsame Entschlossenheit – beide Seiten wollten „neue Seite aufschlagen", um bedeutsame, „kardinale" Änderung der Beziehungen zum besseren zu erreichen. Sch. nannte als Bereiche Wissenschaft, Wirtschaft, Ökologie, Kultur. Auch Konsulta-

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 8. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erstes Gespräch B[undes]M[inister]–AM Schew[ardnadse] ist VS-v." Ferner verfügte Libal die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken „n[ach] R[ückkehr]", an Legationsrat I. Klasse Grunenberg und Legationssekretär Lucas.
Hat Lucas am 9. Juli 1987 vorgelegen.

2 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 200, Dok. 206 und Dok. 212.

3 Zum ersten Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Juli 1987 in Moskau vgl. Dok. 204.

4 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

5 Vgl. das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; AAPD 1986, II, Dok. 209.

tionen im Sicherheitsbereich gehörten dazu, auch über regionale Probleme solle man sprechen. Zur Vorbereitung der VN-GV[6] werde VAM Petrowskij nach Bonn kommen.[7] Hierzu bemerkte Sch., daß die Sowjets besonders an einer Prinzipienerklärung zu Sicherheitsproblemen interessiert seien – d.h., wie wir uns eine atomwaffenfreie Welt vorstellen könnten. Diese Erklärung sei von ihnen bereits eingeführt, aber von uns mit Stimmenthaltung versehen worden. Die sowjetische Seite, meinte Sch. hierzu, habe sie wohl nicht genügend erläutert.

Was Abrüstung anbetreffe, so sollten wir intensivere Konsultationen einleiten. Zwar gehörten wir unterschiedlichen Bündnissen an, aber bilaterale Konsultationen seien dennoch wichtig, um die beiderseitigen Positionen besser zu verstehen. Wir sollten z.B. insbesondere über chemische Waffen sprechen: Zwar sei man auf die US-Diskussion über binäre Waffen[8] und die französische Position[9] störten.[10] Sch. schlug vor, insbesondere die diesbezüglichen Vertragsentwürfe gemeinsam durchzugehen.

Seinem Besuch in Bonn maß Sch. große Bedeutung zu.[11] Realistischerweise solle er nach der VN-GV durchgeführt werden, in New York könne man Tagesordnung festlegen. Sch. betrachtete Besuch als Vorbereitung für Treffen auf höherer Ebene. Bis zu seinem Treffen mit BM, auch schon vor der VN-GV, werde sich vieles klären, unter anderem durch das Außenministertreffen mit USA[12]. Er, Sch., hoffe, daß dann auch das Problem der P I a gelöst werden könne.

3) BM bestätigte Besuch von VAM Petrowskij in Bonn erste Hälfte September d.J. Zu den C-Waffen sollten die Experten die Entwürfe durchgehen, um eventuelle Hindernisse zu beseitigen. BM erklärte, daß er ab 20. September in New York sein werde. Dann könne wahrscheinlich auch der Termin für Schewardnadses Besuch in Bonn festgelegt werden. Zur Ebene GS–BK fragte er, ob an „Kommen" oder „Fahren" gedacht sei.

4) Hierzu Sch.: Dies sei noch nicht klar, aber für Stattfinden Treffens auf dieser Ebene gebe es prinzipielle Entscheidung. Nur sei noch offen, wo.

6 Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

7 Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Petrowskij führte am 10./11. September 1987 Gespräche in Bonn. Mit Botschafter Holik erörterte er am 10. September 1987 Abrüstungsfragen, insbesondere eine Reduzierung chemischer Waffen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler vom 15. September 1987; Referat 221, Bd. 162061.
Am 11. September 1987 erörterte Petrowskij mit Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen Fragen aus dem Bereich der Vereinten Nationen. Vgl. dazu die Aufzeichnung Richthofens vom 14. September 1987; Referat 213, Bd. 147139.
Ferner führte Petrowskij am 11. September ein Gespräch mit Bundesminister Genscher, in dessen Mittelpunkt Abrüstungsfragen standen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.

8 Am 19. Dezember 1985 bewilligte der amerikanische Kongreß Mittel zur Produktion binärer chemischer Waffen, legte aber zugleich fest, daß diese Produktion frühestens ab 1. Oktober 1987 beginnen dürfe. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 23.

9 Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock") bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

10 So in der Vorlage.

11 Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand erst vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

12 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

Zum Treffen der Außenminister bemerkte Sch., er wolle sich auch über Fragen der Wirtschaft und der Wissenschaft noch im einzelnen informieren lassen, um in Bonn mehr ins Detail gehen zu können.

5) BM sagte, es sei ihm bei dem jetzigen, von ihm erbetenen Termin mit Sch. darum gegangen, die Bewertung des Staatsbesuchs und die damit verbundenen Absichten noch einmal abzustimmen. Gewissermaßen außerhalb der Tagesordnung wolle er sagen, daß seine Befürchtung, die er gegenüber Sch. wegen der Pressebehandlung der Rede des Bundespräsidenten[13] geäußert habe, eingetreten sei – und zwar in noch größerem Maße, als er dies erwartet habe. Deshalb nehme er die Anregung Schewardnadses, einen weiteren Termin mit dem Fernsehen vorzusehen, noch einmal auf. Dies wäre gut für die Reaktion auf den Besuch bei uns.

Sch. betonte, es habe keinen sachlichen Grund für die Nichtveröffentlichung bestimmter Teile der Rede des Bundespräsidenten gegeben. Er werde sehen, was sich machen lasse. Insgesamt sei Fazit, daß der Besuch gut gewesen sei. Er dürfe nun nicht „auf dem Papier bleiben". Die Worte seien gut gewesen, jetzt müßten konkrete Taten folgen. Sch. nannte Besuchsaustausch auf hoher Ebene, Konsultationen, Kooperation auf den Gebieten Wissenschaft und Wirtschaft, wobei er auch an eine Zusammenarbeit im Weltraum denke.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147123

13 Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker beim Abendessen am 6. Juli 1987 im Kreml vgl. BULLETIN 1987, S. 627–629.
Die sowjetische Tageszeitung „Prawda" veröffentlichte die Rede nur in Auszügen. Vgl. dazu den Artikel „Ulučšat' vzaimoponimanie i doverie" („Das gegenseitige Verständnis und Vertrauen verbessern"); PRAVDA vom 7. Juli 1987, S. 4.
Richard von Weizsäcker berichtete dazu rückblickend: „Die Prawda machte wieder einmal ihrem Namen ‚Wahrheit' alle Unehre. Entgegen einem festen Moskauer Ritual zensierte sie meine Rede und strich alles, was ich über die Grenze, die Einheit, über Rabe und Hühnchen, über den fälligen Abzug der Sowjets aus Afghanistan und auch über den Königsberger Immanuel Kant gesagt hatte. Das also war meine erste Glasnost-Erfahrung. Auf eine Intervention von Genscher bei seinem Kollegen Schewardnadse erschien der volle Text dann doch einige Tage später, allerdings in der Iswestija." Vgl. WEIZSÄCKER, Vier Zeiten, S. 342.

204

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Moskau, an die Staatssekretäre Ruhfus und Sudhoff

114-4386/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. Juli 1987, 13.13 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1 **Ankunft: 9. Juli 1987, 14.21 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten vom 6. bis 11.7.1987 in der SU[2]; hier: Gespräch BM–AM Schewardnadse am 7.7. von 11.00 bis 13.00 Uhr, Unterzeichnung Protokolls zur Inkraftsetzung des WTZ[3] und anschließendes Arbeitsessen von 13.15 bis 14.15 Uhr

1) BM und AM Schewardnadse (AM) führten am 7.7. insgesamt dreieinhalbstündiges Gespräch in kleinem Kreis (deutsche Teilnehmer: D 2[4], Gesandter Arnot, LMB[5] und Dolmetscher Hartmann; sowjetische Teilnehmer: Vize-AM Kowaljow, Botschafter Kwizinskij, stellvertretender Abteilungsleiter Ussytschenko und sowjetischer Dolmetscher). Intensiver und substantieller Meinungsaustausch, der nach übereinstimmender Auffassung beider Minister gut und konstruktiv verlief, erstreckte sich vor allem auf Stand und Perspektiven deutsch-sowjetischer Beziehungen, gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas und der Menschheit sowie auf Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung mit Schwergewicht auf Genfer Verhandlungen über bodengestützte nukleare Mittelstreckenwaffen längerer und kürzerer Reichweite.

BM und AM würdigten Besuch von BM vor genau einem Jahr in Moskau, der neue Seite in Beziehungen aufgeschlagen (AM) bzw. eine grundlegende Wende in den Beziehungen herbeigeführt habe (BM).[6] Beide Minister sprachen sich für Weiterentwicklung der Beziehungen in allen Richtungen aus und stellten fest, daß zwischenzeitlich eingetretene Hindernisse dem nicht mehr im Wege stehen.

AM wies auf große Empfindlichkeit deutsch-sowjetischer Beziehungen hin. BM unterstrich breite Unterstützung für Politik der Verständigung bei uns und machte auf Gewicht deutsch-sowjetischer Beziehungen in der Regierungserklärung vom 18.3.[7] (zentrale Bedeutung) aufmerksam. Grundlage dafür sei

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 16. Juli 1987 vorgelegen.

2 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 200, Dok. 203, Dok. 206 und Dok. 212.

3 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

4 Hermann Freiherr von Richthofen.

5 Michael Jansen.

6 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

7 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

Moskauer Vertrag[8], den wir als langfristige Zielsetzung verstehen. Diesen auszufüllen sei wichtig, auch für Lage in Europa und Ost-West-Verhältnis insgesamt. Moskauer Vertrag habe Abschluß anderer Ostverträge, Grundlagenvertrages[9] und Schlußakte von Helsinki[10] ermöglicht, die Kursbestimmung für Entwicklung in Europa enthalte. SU richte ihren Blick, wie wir es verstehen, auf die USA. Sie spreche aber auch vom gemeinsamen Haus Europa.[11] Aus gemeinsamer Geschichte erwachse gemeinsame Verantwortung für die Zukunft. Prinzip der Verantwortung gelte nicht nur für Mitmenschen, sondern für alle künftigen Generationen. Heute gehe es darum, durch Zusammenarbeit Wege in die Zukunft zu bauen, im Ost-West-Verhältnis ebenso wie im Nord-Süd-Verhältnis. In dieses Denken sollten wir unsere Beziehungen einordnen.

BM fragte AM nach sowjetischen Vorstellungen zu Architektur und Struktur gemeinsamen europäischen Hauses im Jahr 2000, nach der Stellung der kleineren und mittleren Staaten darin und nach der Position der EG, in der wir zusammen mit Partnern unsere Zukunft gestalteten. Für uns sei morgen ein wichtiger Gedenktag, der Tag der Begegnung Adenauers mit de Gaulle vor 25 Jahren im Dom zu Reims[12], der Schlußstrich unter deutsch-französische Vergangenheit gezogen habe. Wir sähen unsere Aufgabe in EG und NATO darin, immer wieder daran zu erinnern, daß Europa mehr sei als die Gemeinschaft der Zwölf und daß wir für gemeinsame europäische Friedensordnung einträten, wie sie in der Schlußakte von Helsinki beschrieben sei. Wir betrachteten die Bemühungen um Umgestaltung in der SU nicht als Vorgang auf fremdem Planeten, sondern als Chance für uns und weitere Zukunft.

AM, der Ausführungen von BM mit großer Aufmerksamkeit und zustimmendem Nicken gefolgt war, antwortete mit Erläuterung sowjetischer Umgestaltungspläne, die wirklich groß seien und in kurzer Zeitspanne verwirklicht werden sollten. Das sei nur unter friedlichen Bedingungen zu realisieren. Friedliche Koexistenz sei dafür oberstes universelles Gebot, auch im Sinne der Verantwortung für künftige Generationen sowjetischen Volkes und anderer Völker. Um gemeinsam zu überleben, sei es notwendig, zusammenzuarbeiten und Dinge gemeinsam voranzubringen. Gerade in diesem Konzept hätten die Beziehungen zur Bundesrepublik eine besondere Funktion. Europa habe in der geschichtlichen Entwicklung immer die Vorhut gebildet. Die Schlußakte von Helsinki sei ein Element der Hoffnung. Die Stockholmer Konferenz[13] habe gezeigt, daß Stärkung

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

10 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

11 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

12 Bundeskanzler Adenauer besuchte Frankreich vom 2. bis 8. Juli 1962. Nach Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle vom 3. bis 5. Juli 1962 in Paris reiste er nach Rouen, Beauvais, Bordeaux und Reims. Am 8. Juli 1962 nahm er mit de Gaulle zunächst an einem Gottesdienst in Reims teil, dann an einer deutsch-französischen Truppenparade in Mourmelon. Zum Besuch vgl. AAPD 1962, II, Dok. 271–274, Dok. 276 und Dok. 277.

13 In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet, die nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments

des Vertrauens möglich sei. Gorbatschow habe auf den bedeutenden Faktor Vertrauen in den internationalen Beziehungen hingewiesen. Die SU habe sich vorgenommen, daß Taten von Worten nicht abweichen dürfen. Die Abrüstung zur Eliminierung von Massenvernichtungswaffen sei eine zentrale Aufgabe geworden. Hier gebe es eine Bewegung nach vorn. Unter den wichtigsten Rüstungskontrollfragen, die in Genf[14] und Reykjavik[15] behandelt wurden, wolle SU im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen und der operativ-taktischen Waffen Durchbruch erzielen. Es sei eine wahrhaft historische Chance, nicht nur eine ganze Kategorie gefährlicher Waffen zu beseitigen, sondern den Prozeß der Abrüstung zu stimulieren. Er sei hinsichtlich des Abschlusses eines INF-Abkommens in Genf vorsichtig optimistisch. Es gebe allerdings noch eine Reihe von Hindernissen, die zu überwinden seien. Soweit dies von SU abhänge, geschehe dies Schritt für Schritt. Es gebe kein Verifikationsproblem mehr. SU stehe zu umfassender Verifikation. Offen sei noch Frage der Umstützung von Cruise Missiles vom Boden auf See[16], der Umwandlung von Pershing II in Pershing I. Dann gebe es das Problem der deutschen PIa. Diese seien das Hindernis Nr. 1. Alle anderen Hindernisse erschienen überwindbar. Die USA sagten der SU, sie hätten nichts zu sagen, weil die PIa der Bundeswehr gehöre. Gleichzeitig erkläre die Bundesregierung, die Sprengköpfe seien amerikanische. Wenn die PIa nicht beseitigt würden, stelle dies eine Verletzung des Nichtverbreitungsvertrages[17] dar. Dies wäre der Anfang einer Verbreitung von Atomwaffen. SU könne auch nicht Interessen der Verbündeten ignorieren; was der Bundesrepublik gestattet werde, könne der ČSSR und der DDR nicht verweigert werden. Er bitte um eine Erklärung der Bundesregierung, ohne auf die USA zu verweisen.

BM betonte in seiner Antwort Notwendigkeit, Mißtrauen als Hauptfeind der Abrüstung abzubauen. Es reiche allerdings nicht aus, nur über militärische Vertrauensbildung zu sprechen. Diese müsse durch Zusammenarbeit in allen Bereichen ergänzt werden. Neu sei, daß abgesehen von kleinen Sektoren der gesamte Bereich der Rüstungen durch Verhandlungen erfaßt werde.

BM betonte unser Interesse am baldigen Abschluß eines Abkommens zur Beseitigung der bodengestützten LRINF und SRINF, an der 50-prozentigen Reduzierung der strategischen nuklearen Potentiale, am baldigen weltweiten Verbot der chemischen Waffen und rascher Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa nach Überwindung prozeduraler Probleme. Sowjetisch-amerikanische Erklärung vom 8.1.1985[18] lese sich wie ein Fahrplan zu atomarer

Fortsetzung Fußnote von Seite 1020
der Stockholmer Konferenz“ endete. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

14 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

15 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

16 So in der Vorlage.

17 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

18 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE

Abrüstung. Wir unterstützen diese Erklärung. Wir zögen daraus den Schluß, daß Strukturen europäischer Sicherheit geschaffen werden müssen, die mehr Sicherheit gewähren und jede Form von Krieg verhindern. Er stimme AM zu, daß INF-Abkommen große Signalwirkung hätte, wenn auch nur geringer Teil atomarer Potentiale davon erfaßt werde. Wir erwarteten, daß SU und USA Signal ernst nähmen und ihrer Verpflichtung zu atomarer Abrüstung aus Nichtverbreitungsvertrag nachkämen. Wenn sie 50 v.H. der beiderseitigen Potentiale an Nuklearwaffen beseitigten, dann gäbe es immer noch zu viele. Was die Defensivsysteme angehe, so habe er Gorbatschow voriges Jahr gesagt, daß wir eine kooperative Lösung auf der Grundlage des ABM-Vertrages wünschten. Er hoffe, daß die Gespräche mit den USA auch in diesem Bereich weitergingen. Was die INF-Verhandlungen angehe, so seien wir nicht Teilnehmer, sondern Begünstigte. Wir würden weltweite Null-Lösung auch bei LRINF begrüßen; bei SRINF hielten wir globale Null-Lösung für unverzichtbar. Hinsichtlich des Nichtverbreitungsvertrages sei die Position der Bundesregierung unverrückbar: Wir seien keine Nuklearmacht und wollten unter keinen Umständen eine werden.[19]

BM fuhr fort, in der Logik der 1969 getroffenen richtungsweisenden Entscheidung, den Nichtverbreitungsvertrag zu unterzeichnen, liege es, daß die USA bei der PIa die nuklearen Gefechtsköpfe unter ihrem Verschluß behielten. Die Frage der PIa sei Gegenstand der sowjetischen Verhandlungen mit den USA, über die von SU und USA entschieden werden müsse. Das habe er auch Woronzow in Bonn gesagt.[20] Die Amerikaner sagten uns, sie seien über das Aufwerfen dieser Fragen zum jetzigen Zeitpunkt überrascht, da die sowjetischen Unterhändler sie früher, als über die Null-Lösung gesprochen wurde, nie aufgeworfen hätten. Die Regierungskoalition habe zur doppelten Null-Lösung am 1.6.[21] und die Bundesregierung am 4.6. eine Erklärung abgegeben[22], die sehr sorgfältig formuliert worden seien. Beide stimmten mit der Position als westliches Bündnis überein.[23]

Wir wollten den erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen. Wir sähen doppelte Null-Lösung als Fortschritt und großen Durchbruch an.

AM erwiderte, er wisse nicht, in welcher Hand die Schlüssel lägen. Was müsse getan werden, damit die PIa in die Verhandlungen einbezogen werden? Ohne nukleare Sprengköpfe könnten die PIa in der Bundesrepublik stationiert[24] bleiben. Blieben die PIa aber mit nuklearen Sprengköpfen erhalten, sehe sich die SU gezwungen, operativ-taktische Raketen auf dem Gebiet der DDR und ČSSR beizubehalten.[25] Dies würde die SU veranlassen, die Umwandlung der PII

Fortsetzung Fußnote von Seite 1021

BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

19 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung, den Erwerb und den Besitz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 200, Anm. 10.

20 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 126.

21 Zur Koalitionsvereinbarung vom 1. Juni 1987 vgl. Dok. 155, Anm. 10.

22 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928.

23 So in der Vorlage.

24 Korrigiert aus: „in stationiert".

25 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

in PI zu fördern.[26] Damit gebe es eine Spirale der Aufrüstung. Deshalb schlage SU doppelte Null-Lösung für LRINF und SRINF zwischen 1000 und 500 km Reichweite einschließlich der PIa vor. Für unsere Position gebe es weder vom rechtlichen noch vom politischen oder moralischen Standpunkt eine logische Begründung. SU wollte Frage öffentlich nicht zur Schau stellen, um Atmosphäre nicht aufzuheizen.

[27]AM fuhr fort, in Reykjavik sei über PIa nicht gesprochen worden, weil dort von globaler Lösung für alle atomaren Arsenale die Rede war. Details der operativ-taktischen Raketen hätten aus Zeitgründen nicht erörtert werden können. Gorbatschow habe dann in Prager Rede sowjetisches Zugeständnis formuliert, Null-Lösung für operativ-taktische Nuklearwaffen vorzuschlagen, obwohl SU hier qualitativ und quantitativ einen Vorteil habe.[28]

BM bat, dazu Stellung zu nehmen, warum PIa nicht mit AM Shultz im April in Moskau besprochen wurde.[29] AM antwortete, man habe mit Shultz über operativ-taktische Raketen als Klasse parallel zu LRINF gesprochen, mit dem Ziel, beide zu beseitigen, was bei operativ-taktischen Raketen schneller gehen könne. Unausgesprochen habe man damit auch die in der Bundesrepublik stationierte PIa erfaßt.

BM wollte als zweite Frage wissen, ob SU bereit wäre, auch bei LRINF weltweit auf Null zu gehen und auf 100 Sprengköpfe in Asien zu verzichten. AM erwiderte, die heutige Position der SU liege im Rahmen von Reykjavik und stelle deshalb kein Hindernis für den Abschluß der INF-Vereinbarung (amerikanische Präsidentschaftswahlen[30]) dar[31]. Bundesregierung solle auf nukleare Sprengköpfe PIa verzichten.

BM erklärte, wir würden uns nicht an die Stelle der USA als Verhandlungspartner der SU setzen. Wir seien am Erfolg der INF-Verhandlungen interessiert. Der Standpunkt der Bundesregierung, auf der Grundlage der Erklärung der Koalitionsparteien vom 1.6. und der Regierungserklärung vom 4.6., sei bekannt. Er wolle von sich aus sagen, daß wir herzlich wünschen würden, wenn man sich schon jetzt bei den LRINF auf eine globale Null-Lösung verständigen könnte.

AM betonte, daß SU der PIa entscheidende Bedeutung beimesse, da von dieser Frage der Abschluß[32] des INF-Abkommens abhänge. Was brauche Bundesregierung zusätzlich von SU, um zur Beseitigung der PIa zu kommen? BM habe von 100 Sprengköpfen in USA und Asien gesprochen.

BM erwiderte, er wolle sich nicht an die Stelle des Verhandlungspartners setzen, wir wollten keine Atommacht sein. Es ginge bei PIa um eine bestehende Zusammenarbeit, wie die USA das der SU erläutert haben. Beide Seiten könnten

26 So in der Vorlage.
27 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
28 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 vgl. Dok. 109.
29 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.
30 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.
31 Korrigiert aus: „hin“.
32 Korrigiert aus: „Frage des Abschlusses“.

die Angelegenheit hier nicht weiterbringen. Niemand dürfe sich an die Stelle eines anderen setzen.

AM zeigte sich enttäuscht, in dieser Frage keinen Fortschritt erzielen zu können, und versuchte, einerseits ČSSR und DDR, andererseits britische und französische Systeme in die Diskussion einzubeziehen[33]. BM trat diesen Versuchen entgegen und bat, das Thema nicht zu komplizieren. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Bundesregierung sowohl die Genfer Erklärung vom 8.1.85 als auch die erreichten Annäherungen der beiden Großmächte auf dem Gipfel in Reykjavik im Oktober 1986 von allen am nachdrücklichsten unterstützt habe. AM betonte, daß SU Bundesrepublik für wichtigen Partner halte, der gewichtige Stimme im Bündnis habe.

Zu den strategischen Waffen betonte BM, Bundesregierung sehe großen Wert in 50-prozentiger Reduzierung der strategischen Waffen. AM betonte sowjetische Bereitschaft zur Beseitigung aller nuklearen Waffen bis zum Jahr 2000.

An dieser Stelle wurde das Gespräch unterbrochen und vereinbart, es bei Mittagessen fortzusetzen.

2) Im Anschluß an das Gespräch wurde das Protokoll über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet, durch[34] das ein Jahr nach BM-Besuch in Moskau WTZ und die drei dazugehörigen Ressortabkommen über Zusammenarbeit in kerntechnischer, gesundheitlicher und landwirtschaftlicher Forschung[35] in Kraft tritt.

3) Beim Mittagessen in etwas erweitertem Kreis (auf deutscher Seite zusätzlich: Botschafter Meyer-Landrut) wurde Gespräch über Rüstungskontrolle und Abrüstung fortgesetzt. Beide Seiten stimmten darin überein, daß sowohl Delegationsleiter bei WFT und KRK in Wien als Abrüstungsbeauftragte, verstärkt durch militärische und andere Experten, intensiven Meinungsaustausch über alle Elemente des Vergleichs von Militärdoktrinen führen sollten. Botschafter Meyer-Landrut schlug zusätzliche Seminare auf Expertenebene vor, was AM mit Zustimmung aufnahm. BM legte westliche Philosophie auf der Grundlage der Bündnisentscheidungen vom Dezember 86[36] und Juni 87[37] dar. Zur Gestaltung der KRK-Verhandlungen im KSZE-Rahmen sprachen sich beide Minister dafür aus, die N+N-Staaten realistisch zu berücksichtigen.

Gespräch wandte sich dann bilateralen Fragen zu. BM würdigte Anstieg der Ausreisezahlen deutschstämmiger Sowjetbürger und wies auf deutsches Interesse an Verbesserung der Reisemöglichkeiten sowie der Stärkung der Möglichkeiten zur Bewahrung nationaler und kultureller Identität der Menschen deutscher Nationalität in der SU hin. Jetzige Ausreisepraxis dürfe keine Eintagsfliege sein.[38] AM machte deutlich, daß sich die sowjetische Regierung sowohl der Ausreisefälle als auch der Besuchsreisen verstärkt annehme. Im übrigen verwies

33 Korrigiert aus: „einzuziehen“.
34 Korrigiert aus: „Zusammenarbeit, durch“.
35 Zu den am 22./23. April bzw. 4. Mai 1987 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Ressortabkommen vgl. Dok. 126, Anm. 20.
36 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.
37 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. Dok. 170 und Dok. 174.
38 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 43, Anm. 15.

er auf Förderung von Deutsch als Fremdsprache in der SU. Deutsche hätten Rechte wie andere Nationalitäten in der SU. BM wandte dagegen ein, daß diese nicht über ein autonomes Gebiet verfügten.

AM äußerte Interesse an baldigem Zustandekommen gemeinsamer Erklärung RGW–EG und wies auf offene Frage der Geltungsbereichsklausel hin.[39] Botschafter Meyer-Landrut erläuterte Position der Gemeinschaft und unterstrich Notwendigkeit, Geltungsbereichsklausel in den Wortlaut der Erklärung aufzunehmen. SU könne dazu einseitige Erklärung ggfs. in Zusatzprotokoll aufnehmen.

Beide Minister sprachen sich dafür aus, das Umweltabkommen auf der Grundlage der Einigung der Verhandlungsdelegationen zu finalisieren. (Sowjetischer Wunsch nach Änderung der Aufführung Berliner Experten wird damit nicht weiter verfolgt.)

Deutsche Seite beanstandete unvollständige Wiedergabe der Tischrede des Bundespräsidenten in der zentralen sowjetischen Presse[40] sowie Nichtmöglichkeit der Fernsehaufzeichnung der Tischreden. Sowjetische Seite sagte Prüfung einer Möglichkeit für den Bundespräsidenten zu, seine Auffassungen dem sowjetischen Publikum über das Fernsehen außer der Diskussion mit Studenten[41] bekannt zu machen.

Botschafter Meyer-Landrut sprach AM am Rande des Essens auf Einladung des Botschafters der Präsidentschaft[42] zum Mittagessen mit den zwölf EG-Botschaftern an. AM stellte Teilnahme grundsätzlich in Aussicht, die ihm aus zeitlichen Gründen leider noch nicht möglich gewesen sei.

[gez.] Richthofen

VS-Bd. 14155 (010)

39 Zu den Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

40 Zur gekürzten Wiedergabe der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. Juli 1987 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vgl. Dok. 203, Anm. 13.

41 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker diskutierte am 7. Juli 1987 mit 20 sowjetischen Studenten im sowjetischen Fernsehen „Gostelradio“.

42 Rudolph Anton Thorning-Petersen.
Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

205

Botschaftsrat Spohn, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 217 **Aufgabe: 9. Juli 1987, 09.00 Uhr**[1]
Ankunft: 9. Juli 1987, 17.17 Uhr

Betr.: Haftfall Brinkmann[2]

Bezug: DB Nr. 206 vom 30.6.87 – RK 544.80[3]
DE Nr. 117 vom 30.6.87 – 330-504.00 CHL[4]

Zur Unterrichtung

1) Am 30.6. habe ich bei Direktor für bilaterale Beziehungen Figueroa erneut demarchiert und unser nachhaltiges Interesse an rascher Freilassung von Frau B. ausgedrückt.

2) Am 3.7. (Freitag) unterrichtete mich Botschafter Calderón, daß sämtliche drei Verteidiger in dem Verfahren gegen Aval Castro u. a. (darunter Frau B.) dem „Auditor" des Militärgerichts (Rechtsberater) Absicht mitgeteilt hätten, alle ihnen zur Verfügung stehenden Fristen und Rechtsmittel auszuschöpfen sowie Kopie der Prozeßakten zu verlangen. Haltung der Verteidiger, so Botschafter Calderón, erschwere Durchführung der von Außenministerium mit Militärgericht in Valdivia vereinbarten Formel (Urteil in erster Instanz mit Aussetzung der Haftstrafe). Solange Verteidiger ihre Haltung nicht änderten, könne und wolle Außenministerium nichts mehr unternehmen.

3) RK-Referent[5] reiste daraufhin umgehend zur Klärung des Sachverhalts nach Valdivia. Aus Gesprächen mit allen Beteiligten am 6. (Montag) und 7. Juli ergibt sich folgende Situation:

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Haller, Santiago de Chile, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 10. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 12. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] S[eite] 3." Vgl. Anm. 8.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit, Ministerialdirigent von Schubert und Referat 330 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S. Anmerk[un]g BM auf Seite 3."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 13. Juli 1987 vorgelegen, der verfügte: „Im Rücklauf dem Herrn Staatssekretär vorzulegen."
Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schlichting am 16. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „013".

2 Zum Haftfall Brinkmann vgl. Dok. 10, Anm. 5.

3 Botschaftsrat Spohn, Santiago de Chile, berichtete, die chilenische Militärstaatsanwaltschaft habe am 26. Juni 1987 der Verteidigung formell die Anklageschrift zugestellt, in der Brinkmann vorgeworfen werde, „den in Artikel 8 Waffenkontrollgesetz aufgeführten Straftatbestand der ‚Organisierung von bewaffneten Gruppen'" zu erfüllen sowie „im ‚Klandestinen' gearbeitet" zu haben: „Mit vorgeschlagenem Strafmaß von drei Jahren und einem Tag bleibt Militärstaatsanwalt in der Mitte des gesetzlich vorgeschriebenen Strafrahmens von 541 Tagen und fünf Jahren." Vgl. Referat 330, Bd. 142967.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum informierte die Botschaft in Santiago de Chile, daß im Haftfall Brinkmann „sich Parlamentarier nachdrücklich nach o. a. Angelegenheit erkundigt" hätten. Die Botschaft solle „chilenische Seite auf drängendes Interesse an rascher Erledigung nachdrücklich hinweisen". Ministerialdirektor Schlagintweit werde den chilenischen Botschafter Riesco auf den Fall ansprechen. Vgl. Referat 330, Bd. 142967.

5 Dieter Haller.

3.1) Nach Notifizierung der Anklage am 26.6. haben sich die drei im Prozeß tätigen Verteidiger in Absprache mit ihren 13 Mandanten, wie von chilenischem Außenministerium behauptet, darauf verständigt, alle ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel entgegen dem ausdrücklichen Ratschlag der Botschaft an Verteidiger Concha auszuschöpfen. Im einzelnen:

– Inanspruchnahme der prozeßrechtlich möglichen maximalen Einlassungsfrist von 60 Tagen (Art. 153 Codigo Militar) zur Anklageerwiderung (Antrag wurde bereits gestellt).
– Antrag auf Überlassung einer Kopie der Prozeßakten (wurde ebenfalls gestellt, Ablehnung ist angekündigt, jedoch noch nicht offiziell mitgeteilt worden).
– Berufung gegen eine Entscheidung des Militärstaatsanwalts hinsichtlich eines Teilaspekts des Verfahrens (vorläufige Einstellung der Untersuchung von angeblichen Foltervorwürfen während erster U-Haft-Tage im Falle von Francisco García, s. auch Ziffer 3.3). Rechtsmittel wurde am 3.7. zum letztmöglichen Zeitpunkt eingelegt, kann aber jederzeit zurückgenommen werden. Prozeßakten aber angeblich z. Z auf dem Weg zum Corte Marcial in Santiago.

3.2) Zur Begründung ihrer Prozeßstrategie wiesen Verteidiger insbesondere hin auf

– die unschlüssige und oberflächliche Beweisführung durch Militärstaatsanwalt,
– im Falle von Frau B. auf Nichtberücksichtigung ihrer Straffreiheit und ihrer guten Führung („buena conducta"), was sich negativ auf Festsetzung des Strafmaßes auswirken wird,
– Ablehnung der zahlreichen, von Verteidigung gestellten Anträge, die im Rahmen der militärjustitiellen „Scheinlegalität" ordentliche Verteidigung der Inhaftierten sicherstellen sollten.

3.3) Militärstaatsanwalt Ruiz hält eine Entscheidung in erster Instanz in ca. 10 bis 14 Tagen unter der Voraussetzung, daß Verteidiger alle erschwerenden Anträge zurücknehmen, für möglich. Individuelle Urteilsfällung, also Abtrennung des Verfahrens von Frau B., sei aus prozeßrechtlichen Gründen allerdings nicht möglich (Übereinstimmung mit Rechtsanwalt Concha). Er kenne Interessenslage der Botschaft, Haltung der Verteidiger sei ihm daher unverständlich. Die eingelegte Berufung im Fall Francisco García betreffe ein bereits freigelassenes Mitglied der Gruppe, für den er 61 Tage Haft gefordert habe, die im übrigen mit U-Haft bereits abgegolten wären.

3.4) Frau B., deren Allgemeinbefinden unverändert ist, gab zu erkennen, daß es in den vergangenen Tagen eine „Vertrauenskrise" zwischen Inhaftierten und Verteidigern gegeben habe, die inzwischen jedoch überwunden sei. Nach Notifizierung der Anklage habe RA Concha im Gespräch im Gefängnis geäußert, daß es wohl am besten sei, wenn Urteil nicht vor 1989 zustande käme, da die Freilassung politischer Gefangener unter einer demokratischen Regierung leichter zu bewerkstelligen wäre.[6] Daraufhin hätten die drei weiblichen Inhaftierten RA Concha einen Brief geschrieben und darum gebeten, weitere Rechts-

6 Zum Zeitplan der chilenischen Regierung für die Rückkehr zur Demokratie vgl. Dok. 10, Anm. 9.

mittel nur einzulegen, falls es aus rechtsstaatlichen Gesichtspunkten absolut notwendig sei. Rechtsberater des Vikariats Ivan Neira hätte sie inzwischen von dieser Notwendigkeit überzeugt. Befragt, ob sie mit einer „bevorzugten Behandlung", wie vom Außenministerium angestrebt, einverstanden wäre, sagte Frau B. wörtlich: „Ich will nicht, daß irgend etwas getan wird, was der Gruppe schadet."

4) RK-Referent hat gegenüber Verteidiger Concha, Rechtsberater Ivan Neira, Frau B. und Familienangehörigen von Frau B. deutlich darauf hingewiesen, daß Freilassung nur im Zusammenwirken mit chilenischer Seite möglich ist. Weder wolle Bundesregierung Wahrheitsfindung unmöglich machen – Anwälte könnten ihre Anträge auf Verhandlung in zweiter Instanz konzentrieren –, noch in irgendeiner Weise Anerkenntnis der Schuldvorwürfe präjudizieren. Bisher hätte argumentiert werden können, daß chilenische Seite Prozeß nicht zügig geführt habe. Sollten Verteidiger im Benehmen mit ihren Mandanten jedoch bei ihrer jetzigen Haltung bleiben und durch Rechtsmittel Urteilsfindung erster Instanz verzögern, würden sie große Verantwortung auf sich nehmen. Verteidiger sagten zu, Position zu überdenken. Sie argumentierten, daß chilenische Seite bislang Kooperationsbereitschaft nicht erkennbar signalisiert habe. Zahlreiche Zusagen des Außenministeriums seien bislang nicht erfüllt worden. Sie, die Verteidiger, hätten die moralische Pflicht, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um eine Verurteilung zu verhindern.

5) Bewertung

Prozeß ist in wichtige Phase getreten.

Nach Strategie der chilenischen Seite soll Freilassung von Frau B. im Anschluß an Urteil erster Instanz erfolgen. Ein solcher Urteilsspruch scheint in etwa zwei Wochen technisch möglich zu sein. Urteil beträfe gesamten Komplex und alle Mitangeklagten. Da Berufung zum Corte Marcial möglich ist, in zweiter Instanz alle Tat- und Rechtsfragen aufgeworfen werden können, impliziert diese Möglichkeit zur Freilassung von Frau B. nicht einen unzumutbaren Verzicht auf Wahrheitsfindung.

Verteidiger neigen, aus was für Gründen auch immer, dazu, ihre eigenen Überlegungen über unsere „Opportunitätserwägungen" zu stellen. Sie wurden aber auf ihre Verantwortung hingewiesen.

Sie haben Entscheidung über Rücknahme des eingelegten Rechtsmittels bis Freitag, 10.7.87, zugesagt.

Frau B. bleibt sich selbst treu und vor allen Dingen der Gruppe verpflichtet. Sie will nicht, daß nach außen hin etwas geschieht, was sie erkennbar aus der Gruppensolidarität herauslöst oder ihre Privilegierung erkennen läßt.

Dank der Haltung der Anwälte (s. Ziffern 3.2/3.3) hat sich das Außenministerium uns gegenüber zunächst aus der Pflichtnahme herausmanövrieren können. Der Wechsel in der Person des Außenministers am 7.7.[7] hat unsere Lage zusätzlich kompliziert. Vor weiteren Schritten möchte Botschaft abwarten, ob Anwälte

[7] Der bisherige chilenische Innenminister García löste im Zuge einer Kabinettsumbildung Jaime del Valle Alliende als Außenminister ab.

jetzt nicht doch bereit sind mitzuwirken, die erste Instanz unverzüglich abzuschließen und chilenische Seite beim Wort zu nehmen.[8]

[gez.] Spohn

Referat 330, Bd. 142967

206

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 9. Juli 1987, 10.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2214 **Ankunft: 9. Juli 1987, 17.49 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten in SU[2];
hier: Gespräch mit Gorbatschow am 7.7.1987[3]

Zur Unterrichtung

Gorbatschow (G.) begann das Gespräch (zwei Stunden 20 Minuten, auf deutscher Seite noch BM und ich, auf sowjetischer Seite AM Schewardnadse, Botschafter

8 Bundesminister Genscher vermerkte an dieser Stelle handschriftlich: „Die Prozeßtaktik müssen die Inhaftierten und ihre Anwälte entscheiden. Die Argumente des chil[enischen] Außenministeriums sind nur Ausflüchte. Als die Freilassung von Frau B. im Zusammenhang mit und beim Be[su]ch des AM von diesem zugesagt wurde, war von einem Urteil erster Instanz nicht die Rede. Offensichtlich kann und darf es eine Zusage der Regierung nicht geben."
Am 17. Juli 1987 führte Staatssekretär Sudhoff gegenüber dem chilenischen Botschafter Riesco aus, „daß der frühere chil. AM del Valle Herrn BM und dem deutschen Botschafter in Santiago wiederholt Zusagen über die bevorstehende Freilassung von Frau Brinkmann gemacht habe. Nichts sei in der Zwischenzeit geschehen. Die Bundesregierung fühle sich von der chil. Regierung getäuscht und erwarte, daß die chil. Regierung ihre auf Ministerebene gegebenen Zusagen unverzüglich einlöst. Der Fall Brinkmann würde sonst zu einer schweren Belastung der deutsch-chilenischen Beziehungen führen." Der Botschafter habe auf die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz in Chile verwiesen und für Geduld geworben. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heubaum vom 17. Juli 1987; Referat 330, Bd. 142967.
Vortragender Legationsrat Ischinger vermerkte am 17. September 1987 für Genscher, Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, habe telefonisch mitgeteilt, daß Botschaftsrat Spohn am selben Tag Frau Brinkmann „das Angebot der chilenischen Regierung (das der chilenische Außenminister persönlich dem Botschafter übermittelt hatte) vorgetragen" habe. Dieses laute: „Haftentlassung gegen Kaution, falls Frau Brinkmann einen entsprechenden Antrag stellt und dann bereit ist, nach Deutschland auszureisen." Vgl. Referat 330, Bd. 142967.
Kullak-Ublick teilte am 19. September 1987 mit, Brinkmann habe das Angebot noch am 17. September angenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 342; Referat 330, Bd. 142967.
Vortragender Legationsrat Bettzuege notierte am 28. September 1987, weisungsgemäß habe er Brinkmann am 26. September 1987 „bei ihrer Rückkehr aus Chile am Abend auf dem Frankfurter Flughafen als Vertreter des Auswärtigen Amtes und namens des Ministers begrüßt". Vgl. Referat 330, Bd. 142967.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, konzipiert und in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 10. Juli 1987 vorgelegen.

2 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204 und Dok. 212.

3 Zum Gespräch vgl. auch GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 16. Vgl. ferner GENSCHER, Erinnerungen, S. 543 f.; GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 701 f.; KWIZINSKIJ, Sturm, S. 418–423.

Kwizinskij und GS-Berater Tschernjajew) unter Anknüpfung an Gespräch mit BM im Juli 1986[4]: Damals aufgeschlagene „neue Seite" sei unausgefüllt geblieben. Gefahr der Ausfüllung mit „unangenehmen Dingen" habe bestanden, sei aber nicht eingetreten. Besuch des Bundespräsidenten sei hierfür Bestätigung. Jedoch habe es den Anschein, daß sich die Führung des Landes, mit dem sich die Beziehungen entwickeln sollten (gemeint: wir), nicht anstrenge. Zwar kenne er, G., die Stimmung der Bevölkerung bei uns und auch offizielle Erklärungen, aber in der Sache habe er keine Bewegung feststellen können. Eher sei die Entwicklung der 70er Jahre in Gefahr geraten. (Weiter ausholend:) Bei prinzipieller Betrachtung der Beziehungen bestehe auf sowjetischer Seite Überzeugung, daß uns Geschichte zum Miteinander verpflichte. Dabei gebe es „gute und bittere" Perioden, insbesondere Zweiten Weltkrieg. Schlußfolgerung: „Wir müssen gute Beziehungen entwickeln."

Zusammenfassend stellte G. zwei Aspekte heraus, unter denen die Sowjets das Verhältnis zu uns betrachteten:

– 1941, als die Deutschen vor Moskau standen, sei immerhin aus dem Kreml zu hören gewesen: „Die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt."[5] Dieses Gefühl für die Realität habe die Sowjets auch heute nicht verlassen.
– Die Sowjets seien sich der Bedeutung der „BRD" in Europa und der Welt sowie insbesondere ihrer potentiellen Möglichkeiten zur Beeinflussung der Lage in Europa zum Guten bewußt. Die SU entwickle ihre Beziehungen zu uns auf dieser realistischen Grundlage.

G. drehte sodann den Spieß gleich um und plädierte für ein „entsprechend realistisches Herangehen" der Bundesrepublik gegenüber der SU, um dann die Deutsche Welle aufs Korn zu nehmen.[6] Vielleicht gefalle uns nicht die sowjetische Politik – was in der SU vorgehe, die Ordnung in der SU. Er hoffe, daß wir sowjetisches Volk nicht darüber belehren wollen, wie es leben solle. Auch Sowjets fänden bei uns nicht alles gut. Trotzdem müßten wir miteinander leben – „so wie wir sind". Sowjets bemühten sich derzeit um tiefgreifende Änderungen (Perestroika), einige seien schon durchgeführt, andere stünden noch bevor. Nur die Deutsche Welle – eine staatliche Anstalt – schimpfe weiter. Sowjetische Seite warte, daß dieses „Nest des Antisowjetismus", das auf die 60er Jahre (die schlechteste Zeit unserer Beziehungen) zurückgehe, von selbst absterbe.

4 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. AAPD 1986, II, Dok. 209.

5 Im Befehl Nr. 55 vom 23. Februar 1942 führte der Volkskommissar für Verteidigung, Stalin, aus, es sei wahrscheinlich, daß der Krieg zur Befreiung der UdSSR „zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird". Diese sei aber nicht mit dem deutschen Volk gleichzusetzen: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt." Vgl. STALIN, Über den Großen Vaterländischen Krieg, S. 49 f.

6 Zu den sowjetischen Störaktionen gegen die Deutsche Welle vgl. Dok. 177, Anm. 24.
Ministerialdirigent Kastrup wies die Botschaft in Moskau am 2. Juli 1987 an, im sowjetischen Außenministerium unter Verweis auf die Einstellung der Störungen gegen russischsprachige Sendungen von BBC und Voice of America ein Ende der Störpraxis gegen die Deutsche Welle gemäß „den einschlägigen internationalen Vereinbarungen" zu erbitten: „Es sollte betont werden, daß diese Frage bewußt vor dem Staatsbesuch an die sowjetische Seite herangetragen werde. […] Es besteht die Absicht, das Thema bei dem Staatsbesuch zu behandeln, wenn es bis dahin nicht zu einer Lösung gekommen sei." Vgl. den Drahterlaß Nr. 717; Referat 213, Bd. 143617.

G. skizzierte dann sowjetische Haltung zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen: Wir spürten hoffentlich, daß sich die SU ändere, auch in ihrem internationalen Verhalten – wobei er gleich hinzufügte, daß dies nicht etwa erfolge, um den USA oder der „BRD" zu gefallen, sondern im eigenen Interesse. Er erklärte: „Wir wollen auch die Beziehungen zur BRD auf ein neues, normales Niveau anheben." SU sei für seriösen, ständigen politischen, offenen und ausgiebigen Dialog, der alle Fragen einbeziehe. Sowjetische Seite sei für Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, außerdem für Weiterentwicklung der Beziehungen auf den Gebieten Wissenschaft, Jugend, Sport, kulturelle Kontakte und auch auf humanitärem Gebiet – Sowjets hätten damit keine Schwierigkeiten. Probleme bei einzelnen Fragen änderten nichts am grundsätzlichen sowjetischen Herangehen. Zwei so große und solide Staaten müßten miteinander gute Beziehungen haben.

Bundespräsident begann mit persönlicher Bemerkung, daß er Zweiten Weltkrieg vom ersten bis zum letzten Tag als Soldat miterlebt habe, und verwies auf seinen Besuch am Grabmal des Unbekannten Soldaten sowie auf Leningrad-Aufenthalt 1973[7] – um im[8] Geist, von dem seine Generation beseelt sei, zu unterstreichen: alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die junge Generation vor einem neuen Krieg zu bewahren! Er dankte für Ehreneskorte zum deutschen Soldatenfriedhof. Diskussion heute morgen mit 20 jungen Menschen habe ihn zuversichtlich gestimmt. Bundespräsident lud GS ein, auch seinerseits bei Besuch in BR Deutschland mit jungen Menschen zu diskutieren. Er unterstrich Offenheit, mit der sich seine jungen Gesprächspartner geäußert hätten, und Bedeutung, die freimütiger Ausdruck der Gefühle zwischen Deutschen und Russen im Verhältnis der Völker spiele. Er nannte Gefühl der Verantwortung vor der Geschichte und als Nachbarn auf einer immer enger zusammenwachsenden Welt. Seiner Erkenntnis nach wachse bei jungen Leuten das Gefühl dafür, daß das, was wir nur noch gemeinsam lösen können, zunimmt, und das, was uns trennt, durch neues Denken unter Aufgabe von Schablonen zu überwinden ist.

Zu Perspektiven in den internationalen Beziehungen übergehend, stellte Bundespräsident fest, daß weitreichende Vereinbarungen zwischen Ost und West heranreifen. Für richtige Entscheidungen seien langfristige Perspektiven erforderlich. Er stelle Frage in den Raum, wie die Welt, wie Europa an der Jahrtausendwende aussehen werde. Vorstellung vom „gemeinsamen europäischen Haus"[9] hätten wir aufmerksam und dankbar zur Kenntnis genommen.

Einwurf von Gorbatschow: Wie finden Sie den Begriff?

Bundespräsident: Eine gute Richtschnur. Wichtig sei, wie die Hausordnung aussieht, wie der Zugang zu den Wohnungen beschaffen ist, was das Haus für die Zukunft sicher macht. Zum letzteren: Er sei dafür, daß die menschheitsbedrohenden Waffen abgeschafft werden müssen. Bundespräsident betonte aber darüber hinaus allgemein, daß Kriege nicht mehr wie früher führbar sein dürften. Er

7 Als Teil einer fünfköpfigen Bundestagsdelegation besuchte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Freiherr von Weizsäcker, vom 24. September bis 2. Oktober 1973 die UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 293.

8 Korrigiert aus: „als".

9 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus" sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

räumte ein, daß den Sowjets vielleicht nicht alle Äußerungen bei uns gefallen, stellte aber heraus, daß wir in Deutschland wegen der hier bestehenden großen Bedrohung auch das größte Interesse am Frieden haben.

Bundespräsident unterstrich Bedeutung langfristig konzipierter Kooperation für die Vertrauensbildung. Er erläuterte dies anhand der drei Körbe von Helsinki[10]. Großes Gewicht von Korb 1 bei den Sicherheitsfragen, große Bedeutung von Korb 3 für uns, Weg hierzu führe über Korb 2. Wir wollten hieran sowohl bilateral wie auch mit der EG im Rahmen des gesamteuropäischen Konzepts aktiv mitwirken. In diesem Zusammenhang verfolgten wir die „Perestroika" mit großem und positivem Interesse. Die mitgereisten Sachverständigen könnten ihren Beitrag dazu leisten, das „aufgeschlagene Blatt" mit Ideen zur langfristigen Zusammenarbeit zu füllen.

G. versicherte, daß die vom Bundespräsidenten entwickelten Überlegungen und Schlußfolgerungen für langfristige Perspektiven auf sowjetischer Seite adäquate Antwort finden werden. Er äußerte aber Befürchtung, daß Bonner Politik zu stark auf Einzelgeschehnisse und zufällige Ereignisse reagiert, so daß Hindernisse und Elemente des Schwankens und der Ungewißheit in die Beziehungen gelangen. Er erinnerte BM an Gespräch vom Vorjahr: Über G.s Bemerkung, er höre aus Bonn „Übersetzungen aus dem Englischen", habe sich BM seinerzeit geärgert. G. hielt nichtsdestoweniger fest, daß er das, was er vom Bundespräsidenten jetzt gehört habe, schätze. Er stellte die Frage in den Raum: „Können wir schon heute Beziehungen auf neuer Grundlage haben oder müssen wir noch warten?" Er wies darauf hin, daß nur dann etwas erreicht werden kann, wenn man einander entgegenkommt. Er beteuerte die sowjetische Bereitschaft hierzu. Aber wenn die andere Seite nicht wolle, müsse man halt abwarten. G. unterstrich, daß er die Ausführungen des Bundespräsidenten als für die sowjetische Führung wichtig zur Kenntnis genommen habe.

Bundespräsident räumte Einzelereignisse ein, die – von lang eingefressenem Mißtrauen genährt – entsprechende Reaktionen hervorrufen. Er betonte demgegenüber die langfristige Anlage der Beziehungen und zitierte hierzu Adenauer, der in seinen letzten Jahren für langfristige Basis der Beziehungen zur SU gewirkt habe. Er wies andererseits auf Moskauer Vertrag[11] hin, der für alle Regierungen feste Grundlage der Beziehungen zur SU gewesen sei und bleibe. Moskauer Vertrag habe die anderen Ostverträge, das Vier-Mächte-Abkommen[12] und die Schlußakte von Helsinki ermöglicht. Er sei Grundlage, die Störungen zu diskutieren und zu lösen erlaube. Mit größeren und kleineren Vorkommnissen müsse man fertig werden.

G. erklärte sich mit dem Gesagten zu Moskauer Vertrag, Ostverträgen und Helsinki-Schlußakte einverstanden, es „höre sich gut an". Aber während diese Verträge Grenzaussage und Lageanerkennung nach Zweitem Weltkrieg enthielten, hörten die Sowjets immer wieder von Offenheit der deutschen Frage,

10 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

12 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

Problemen mit Jalta[13] und Potsdam[14], Ungeklärtheit von Territorialfragen. „Kann man mit so einer Regierung handeln?"

Bundespräsident betonte noch einmal Achtung des Moskauer Vertrages durch alle Bundesregierungen und unterstrich Bedeutung der Zusammenarbeit für Deutsche, die als Nation in zwei Staaten leben.

G. betonte, daß er nicht über den Begriff der Nation philosophieren wolle, er unterstreiche aber den politischen Aspekt, daß die zwei Staaten zwei verschiedenen Systemen angehören. Er äußerte Verständnis dafür, daß beide Staaten einen besonderen Beitrag für den Frieden leisten müssen. Aber alles, was darüber hinausgehe, könne bei den Nachbarn (er nannte Polen, SU, auch die DDR) fragwürdig erscheinen. G. räumte ein, daß über die Lage in Europa und in der Welt in hundert Jahren die Geschichte entscheiden werde. Er machte aber ganz deutlich, wie er sich unsere Rolle heute vorstellt: „Wenn Sie einen anderen Weg einschlagen, dann ist das sehr gefährlich, hier muß volle Klarheit bestehen."

Bundespräsident vertrat Auffassung, daß die Geschichte der Deutschen nie den Deutschen allein gehört habe. Sie seien immer auf die Haltung der Nachbarn – hier verwies der Bundespräsident auf die deutsch-französischen Beziehungen – angewiesen gewesen. Wir seien uns der Bedeutung der „politischen Architektur" in den europäischen Beziehungen bewußt. Er nannte als Voraussetzungen hierfür „Offenheit und Klarheit". Bundespräsident machte deutlich: Wir wollen keine Grenzen verändern, aber ihnen den trennenden Charakter nehmen.

[15]G. kam in diesem Zusammenhang auf Gespräch mit einem Tankwart in der Nähe von Frankfurt bei seinem Besuch in der BR Deutschland 1975[16] zurück, das er auch bereits BM gegenüber im Juli 1986 erwähnt hatte. Auf Klage des Tankwarts darüber, daß Deutschland geteilt sei, habe er geantwortet, daß die SU seinerzeit gegen Teilungspläne gewesen sei und für Souveränität und Einheit eingetreten sei. Er habe auf Zeitfolge des Entstehens von BRD und DDR hingewiesen. Er habe seinerzeit auch klargemacht, daß deutsche Teilung von westlichen Staaten zu vertreten sei und Gesprächspartner die Schuldigen im eigenen Lande suchen solle.

Inzwischen seien Realitäten geschaffen worden und im Moskauer, Warschauer und Prager Vertrag[17] anerkannt worden. Nur auf ihrer Basis sei aktive Zu-

13 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

14 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen") vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2215 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

16 Das Mitglied des ZK der KPdSU, Gorbatschow, nahm vom 6. bis 13. Mai 1975 auf Einladung der DKP an Veranstaltungen zum 30. Jahrestag des Kriegsendes teil. Vgl. dazu GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 167 f.

17 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

sammenarbeit möglich. G. wandte sich dagegen, diese Basis durch Fragen heute zu unterminieren. Um so wichtiger sei der Meinungsaustausch. Die Sowjets achteten die Realität, sie achteten die Deutschen in der BRD und der DDR. „Aber wie die Zukunft wird, darüber lassen Sie die Geschichte urteilen."

Bundespräsident wies auf seine Rede zum 8. Mai 1985[18] hin (Tag der Befreiung trotz schwerer Schicksale auch danach). Er betonte, daß wir auf dem Boden der Realitäten und der Verträge stehen. Dies sei Position aller Bundesregierungen und auch des Bundeskanzlers. Die Bundesrepublik Deutschland bestehe in Europa als mittlere Macht und habe Gewicht. Auf dieser Grundlage zu breiter Zusammenarbeit zu finden, sei Aufgabe der heutigen Generation. Er plädierte dafür, die Gunst der Stunde zu nutzen. Auf wirtschaftlichem Gebiet seien wir weiter als noch vor zehn oder 20 Jahren, als wir uns gegenseitig Schwäche gewünscht hätten. Auf beiden Seiten werde jetzt die wachsende Interdependenz anerkannt. Rückgang des deutsch-sowjetischen Handels sei nicht auf uns oder SU zurückzuführen. Wir steuerten auf gemeinsame Unternehmen zu, die auf Drittmärkten anbieten können. Bundespräsident wies hierbei auf Bedeutung des Marktes für die Preisgestaltung und Währungsfragen hin. Er begrüßte Ausbildungsprogramme. All dies seien Felder, wo Chancen für Zusammenarbeit bestünden.

Hierauf ging auch Gorbatschow noch einmal positiver und konkreter auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen ein. Er bat, dem Bundeskanzler herzlichen Gruß zu übermitteln. In der sowjetischen Führung bestehe das Gefühl, daß es notwendig sei, unsere Beziehungen neu zu überdenken. Er lade den BK und die „Führung" der Bundesrepublik Deutschland ihrerseits ein, die Beziehungen neu zu überlegen – sowjetische Seite sei hierzu bereit. Sowjetische Seite erkenne die Bedeutung und Lage der Bundesrepublik an und hoffe, daß auch die SU richtig gesehen werde. Wichtig sei der Abbau von Komplexen, z. B. des Feindbildes in bezug auf die SU. G. erkannte an, daß, wenn die BRD nicht stabil sei, auch Europa und auch die Welt nicht stabil sein könnten. Er gab zu: Wenn wir Kooperation haben, können wir Stabilität erreichen. Hierüber könne gesprochen werden, wenn er in der Bundesrepublik oder Herr Kohl in Moskau sei.

Über die deutsch-russischen und deutsch-sowjetischen Beziehungen und ihre Rolle in der Gegenwart habe er bereits mit BM Genscher gesprochen. Wir könnten einen großen Schritt aufeinander zugehen – auch unter Beibehaltung unserer Werte und Ideologien. Dies könnte ein historischer Schritt sein. Im einzelnen führte G. hierzu aus:

– Wir sollten wissen, daß Sowjets in ihren Plänen davon ausgehen, daß Sicherheit der Bundesrepublik in vollem Maße gewährleistet wird.
– Korb II sei besonders aussichtsreich für Aufbau neuer Beziehungen, wenn …[19] Beschränkungen fallen[20] und keine Probleme mit EG bestehen.
– Für weitgehenden Austausch ohne Behinderungen, aber auch ohne Einmischung in innere Angelegenheiten.

18 Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Bundestag vgl. BULLETIN 1985, S. 441–446.
19 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.
20 Korrigiert aus: „allen".

– Korb III werde in der Regel zur Einmischung in innere Angelegenheit benutzt, dies sei inakzeptabel und werde von SU nicht zugelassen werden.

(Wieder zu grundsätzlichen Erwägungen zurückkehrend:) In der sowjetischen Öffentlichkeit gebe es trotz des Auf und Ab in der Geschichte Interesse an Deutschland, an den Deutschen, an der BRD. Wenn Sowjets vom „europäischen Haus" redeten, dann dächten sie an Integrationsprozesse im Westen und im Osten, aber auch an übergreifende Vorgänge. SU wolle nicht der „BRD" gefallen oder die „BRD" bekehren. Aber für europäischen Aufbau sei nach sowjetischer Auffassung umfangreiche Kooperation „SU/BRD" erforderlich.

Bundespräsident unterstrich, daß über alle drei Körbe, so wie sie von Gorbatschow konkretisiert worden seien, Verständigung erzielt werden könne. Zur Sicherheit gehöre, daß man sich über Bedrohungen verständige und sie beseitige. Sich gegenseitig Sicherheit zuzubilligen, sei wesentlicher Teil der Abrüstung. Bundespräsident plädierte für tatkräftige Zusammenarbeit in Korb II und Besuchsmöglichkeiten nach Korb III. Er unterstrich Wichtigkeit der von G. erwähnten Integrationsprozesse auch über bereits bestehende Organisationen hinaus.

G. deutete als gefährlichen Aspekt „integrierte Möglichkeit zur Schaffung geheimer Waffensysteme auf konventionellem Gebiet" an und erinnerte in diesem Zusammenhang an V2. Er sprach von geheimen Versuchen, Überlegenheit zu erlangen, während die andere Seite abrüstet. Er habe derartige Informationen. Es sei wichtig, militaristische Tendenzen im Zaum zu halten. Nicht die Militärs, sondern die Politiker müßten die Zukunft gestalten.

Auch Bundespräsident betonte Verantwortung der Politiker, nicht des Militärs.

Gorbatschow: Krieg nicht mehr Politik mit anderen Mitteln.

Bundespräsident: Dies wäre unverantwortlich.

G. betonte, daß wir ein neues Bewußtsein brauchen, und zwar bei

– Überlebensfragen,
– Ökologie,
– wissenschaftlich-technischer Revolution,
– auf sozialem Gebiet,
– Informationsproblematik,
– Manipulationsmöglichkeiten: Hier gebe es neue Tatsachen und Realitäten: Wenn wir nicht in den nächsten zehn bis 20 Jahren hiermit fertig würden, könne sich eine höchst bedenkliche Entwicklung ergeben.

Er sei Kommunist, und Bundespräsident gehöre der CDU an – „wir müssen miteinander leben". Wichtig sei es, die Dinosaurier in der Politik loszuwerden.

Bundespräsident betonte, daß wir uns aufeinander zu bewegen und daß wir uns bemühen müssen, den anderen bei seinem Versuch zur Wahrheitsfindung zu achten. Wir müßten den Hunger überwinden und Probleme der Energiepolitik lösen. Auf beiden Seiten stelle sich die Frage, wie wir die jungen Leute ansprechen, in ähnlicher Weise.

G. wertete das Gespräch mit Bundespräsident abschließend als „positives, gehaltvolles Gespräch". Er betonte noch einmal, daß wir die Beziehungen in allen

Aspekten auf eine neue Grundlage stellen müssen. „Wenn Sie bereit sind, dann denken Sie darüber nach. Wenn es geht, ist es gut. Wenn nicht, werden wir weiter warten. Wir haben es nicht eilig." Er sei bereit, darüber bei evtl. Besuch in der BR Deutschland oder Besuch des BK in SU weiter zu sprechen. Der Besuch des Bundespräsidenten sei in jedem Falle wichtig. Wenn er den Anfang für eine neue Entwicklung in den Beziehungen bilde, dann sei er in der Tat von größter Bedeutung.

Bundespräsident verwies auf sein Buch, in dem er zentrale Aufgabe der Verbesserung der Beziehungen mit der SU angesprochen habe.[21] Er erwähnte Fall Rust[22]: Er habe den Eindruck, daß SU den „Rust-Streich" sachgemäß und ohne Verzögerung weiter behandeln werde. Wir würden dann entsprechend verfahren.

Sein Besuch in SU finde großes Echo in D. Man wünsche Verfestigung und Vertiefung der Beziehungen. Bundespräsident sprach auch Härtefälle an und bat um Prüfung in humanitärem Geist. (Härtefall-Liste wurde von mir übergeben.[23])

Abschließend unterstrich er noch einmal die Zielsetzung seiner Reise, wertete sie als Glied einer Kette und verwies auf die Einladung Gorbatschows nach Bonn oder möglichen Besuch des BK in Moskau.

G. erklärte abschließend, „er sei mit dem Gespräch und auch persönlich von der Begegnung befriedigt".

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147123

21 Vgl. Richard VON WEIZSÄCKER, Von Deutschland aus, Berlin 1985, S. 71 f.

22 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.

23 Ministerialdirektor Oesterhelt vermerkte am 25. August 1987: „Anläßlich des Staatsbesuchs des Herrn Bundespräsidenten in der Sowjetunion wurden der sowjetischen Seite Listen mit insgesamt 215 humanitären Fällen übergeben. Hiervon entfielen 132 Anliegen auf die Liste des Auswärtigen Amts, 78 Familienzusammenführungsfälle auf die des Deutschen Roten Kreuzes und fünf auf die des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages. Die Liste des Auswärtigen Amts enthält 93 von der Botschaft in Moskau zusammengestellte Fälle, 27 Verlobten-, Heirats- und Besuchsreisefälle sowie 12 sonstige Fälle (Inhaftierte, Dissidenten und dgl.). Nach der sowjetischen Mitteilung vom 3.8.1987 sind insgesamt 41 Fälle gelöst (19,1%), davon 15 durch bereits erfolgte Ausreise." Positiv zu werten sei, daß die UdSSR „überhaupt geantwortet hat. Bei vergleichbaren Anlässen in früheren Jahren wurde entweder gar nicht oder erst nach sechs bis neun Monaten eine Stellungnahme übermittelt. Die sowjetische Reaktion auf unser Hauptanliegen (Lösung von Härtefällen der Familienzusammenführung) kann mit dem positiven Abschluß von gut einem Drittel der angesprochenen Anliegen als insgesamt zufriedenstellend angesehen werden." Vgl. Referat 213, Bd. 147123.

207

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-491.09 OST-SB 1 **13. Juli 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Deutsch-österreichische Verhandlungen über ein Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen[4]

Zweck der Vorlage: Zur Information[5]

I. Sachstand

1) Seit fast drei Jahren verhandelt die Bundesregierung (BMU) über ein bilaterales Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen. Nach mehreren Verhandlungsrunden und zusätzlichen Expertengesprächen Ende März 1987 konnten die Texte weitgehend festgelegt und das Abkommen so vorbereitet werden, daß es nach einer abschließenden Runde paraphiert werden könnte.[6]

2) Das jetzt vorgesehene Abkommen ist ziemlich einseitig darauf zugeschnitten, Österreich – das selbst auf die Nutzung der Kernenergie verzichtet hat[7] – über den Bau und Betrieb deutscher Nuklearanlagen zu informieren. Extremforderungen, vor allem der österreichischen Bundesländer, nach direkter Beteiligung österreichischer Bürger am deutschen atomrechtlichen Genehmigungs- sowie

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Blankenstein konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. Juli 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. August 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 431 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 7. August 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 7. August 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Blankenstein „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Jankowitsch am 28. August 1986 in Wien; AAPD 1986, II, Dok. 226.

5 An dieser Stelle handschriftliche Ergänzung: „und Zustimmung zu II. 4)“.

6 Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit übermittelte dem Auswärtigen Amt sowie den Bundesministerien des Innern und der Justiz am 14. April 1987 den Entwurf einer Vereinbarung mit Österreich über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen (mit Stand vom 31. März 1987) nebst dem Entwurf eines Notenwechsels und von Österreich bzw. der Bundesrepublik abzugebender einseitiger Erklärungen. Dazu teilte es mit, der Entwurf „soll Basis sein für die vierte, möglichst abschließende Verhandlungsrunde mit dem Ziel der Paraphierung. Diese Verhandlungsrunde soll nach Möglichkeit noch vor Ende Juni 1987 stattfinden.“ Vgl. das Schreiben; Referat 203 (202), Bd. 140564.

7 Bei einer Volksabstimmung am 5. November 1978 in Österreich wurde mit 50,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 64,1 % die Inbetriebnahme des neu errichteten Atomkraftwerks Zwentendorf abgelehnt. Der österreichische Nationalrat beschloß daraufhin mit Bundesgesetz vom 15. Dezember 1978 „über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich“ („Atomsperrgesetz“), den Bau neuer Atomkraftwerke bzw. die Inbetriebnahme bestehender zu verbieten. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1978, S. 4044.

eventuellen Gerichtsverfahren und nach Fernmelde-Standleitungen zwischen Strahlungsmeßpunkten bei deutschen Kernanlagen und österreichischen Verwaltungsbehörden haben wir in den Verhandlungen teilweise zurückgedrängt; sie sind jetzt im Rahmen des verfassungsrechtlich Zulässigen berücksichtigt. Dabei war in Rechnung zu stellen, daß das Abkommen mit Österreich als Muster für die Nachverhandlung bestehender bzw. den Abschluß neuer Verträge mit den Nachbarn Dänemark, Norwegen, Niederlande, Luxemburg, Frankreich und der Schweiz, aber auch der DDR und[8] der ČSSR, dienen wird.

Über die beiden entscheidenden, bislang noch offenen Punkte haben sich BMU und österreichisches Außenministerium wie folgt geeinigt:

– Bei Nuklearanlagen in Grenznähe (30 km) bestehen weitgehende Informationspflichten. Derartige Anlagen („geborene" Anlagen) gibt es zwar gegenwärtig nicht und wird es auch in absehbarer Zukunft nicht geben. Durch Notenwechsel kann diese Vereinbarung aber auch auf nicht grenznahe Anlagen („gekorene" Anlagen) ausgedehnt werden. Wir haben dafür bereits die KKW Isar 1 und 2 sowie die WAA Wackersdorf angeboten, an denen Österreich vor allem interessiert ist.
– Die Offenlegung von Unterlagen im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren für Anlagen, die in den Geltungsbereich des Abkommens fallen, wird auch im Nachbarland erfolgen und eine Stellungnahme der Bürger dieses Nachbarlands im Verfahren ermöglichen; Zustimmungsrechte bestehen nicht.

3) Als für die Durchführung des vorgesehenen Abkommens praktisch allein zuständiges Bundesland war Bayern von Anfang an über den Gang der Verhandlungen informiert und hatte sich auch an der deutschen Verhandlungsdelegation beteiligt. Es artikulierte seine Bedenken gegen einzelne Punkte des vorgesehenen Abkommens jedoch erst bei der formellen Abstimmung des Verhandlungsergebnisses durch den BMU. Die wesentlichste Beanstandung richtet sich gegen die Ausweitung des Begriffs „grenznahe Anlagen" durch den vorgeschlagenen Notenwechsel. Bayern schlägt statt dessen folgende Formulierung vor: „Im Einzelfall kann eine Unterrichtung auch über nicht grenznahe Anlagen bis zu einer Entfernung von 100 km von der gemeinsamen Grenze stattfinden."[9]

4) Wegen der bayerischen Bedenken konnte die ursprünglich noch vor der Sommerpause vorgesehene letzte Verhandlungsrunde mit Paraphierung bisher nicht stattfinden, obwohl die österreichische Seite auf Einhaltung der Terminzusage drängte und der österreichische Botschafter[10] bei StS Sudhoff demarchierte.[11]

8 Die Wörter „der DDR und" wurden handschriftlich eingefügt.

9 Vgl. das Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 25. Juni 1987; Referat 431, Bd. 153269.

10 Friedrich Bauer.

11 Am 6. Juli 1987 teilte die österreichische Botschaft mit: „Die österreichische Seite wäre an einem baldigen Abschluß der Verhandlungen interessiert und würde es deshalb bedauern, wenn neuerlich – wie schon vor der dritten Verhandlungsrunde – bundesdeutsche Terminschwierigkeiten, selbst wenn sie mit personellen und strukturellen Veränderungen im zuständigen Fachressort zusammenhingen, zu einer weiteren Verzögerung führen sollten." Vgl. Referat 431, Bd. 153269.

II. Bewertung

1) Die Bundesregierung würde – sollte sie sich die bayerischen Forderungen zu eigen machen – in zwei für Österreich entscheidenden Punkten von dem bisher erzielten Verhandlungsergebnis abrücken:

– Die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf (130 km von der Grenze) wäre nicht mehr einbezogen.

– Für Anlagen zwischen 30 und 100 km bestünde nur eine „Kann"-Regelung.

2) Diese bayerischen Forderungen dürften für Österreich unakzeptabel sein und zu einem Scheitern der Verhandlungen führen. Österreich hatte von Anfang an keinen Zweifel gelassen, daß eine Einbeziehung der WAA Wackersdorf in den Geltungsbereich des Abkommens Hauptziel der Verhandlungen war. Besonders nach dem Unfall von Tschernobyl[12] hatte die deutsche Seite dagegen auch keine sachlichen Einwände mehr erhoben, diskutiert wurde nur noch die rechtstechnisch-systematische Unterbringung dieser Materie im Abkommen.

3) Die Bedenken Bayerns sind weniger aus der Sache heraus begründet, sondern beruhen vermutlich auf der großzügigen Duldung oder sogar Förderung von Demonstrationen durch Kernkraftgegner seitens österreichischer Stellen an der deutschen Grenze oder bei der WAA Wackersdorf selbst (oder beim Opernball in Wien). In ihrer Wirkung laufen die bayerischen Bedenken jetzt auf eine gezielte Torpedierung der deutsch-österreichischen Vertragsverhandlungen und auf eine Demütigung Österreichs hinaus.

4) Eine Deblockierung wird sich wahrscheinlich erst nach einem Gespräch auf politischer Ebene ergeben, zumal Bayern – wie aus dem BMU zu hören war – bereits durch Schreiben von StM Stoiber an PStS Gröbl im BMU und BM[13] Schäuble im BK diese Ebene gewählt hat. Falls BK Kohl wieder seinen Urlaub in Österreich verbringt, dürfte er vom österreichischen BK Vranitzky bei einem eventuellen Treffen auf diese Frage angesprochen werden.

5) Das Auswärtige Amt kann nur mäßigend auf die Beteiligten einwirken, um eine Belastung des deutsch-österreichischen Verhältnisses zu verhindern, sollte aber vermeiden, sich direkt in die bayerisch-österreichischen Querelen hineinziehen[14] zu lassen. Möglicherweise wäre in einem späteren Stadium hilfreich, ein Gespräch BMU–AA–Bayerische Landesregierung[15] auf StS-Ebene anzuregen.[16]

Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 431, Bd. 153269

12 Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

13 Korrigiert aus: „StM".

14 Der Passus „sollte aber … hineinziehen" wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

15 Die Wörter „Gespräch BMU–AA–Bayerische Landesregierung" wurden von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Allenfalls nach Ausschöpfen aller anderen Möglichkeiten."

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff vermerkte am 1. Oktober 1987, bei den bilateralen Staatssekretärskonsultationen am 30. September 1987 habe der Generalsekretär im österreichischen Außenministerium, Klestil, bezüglich des Abkommens zur Regelung von Fragen gemeinsamen

208

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schröder

341-321.10 CHN VS-NfD **13. Juli 1987**[1]

Betr.: Reise des Bundeskanzlers nach China, 12.–19.7.1987[2];
hier: Tibetteil; Gespräch mit Kelsang Gyaltsen, Repräsentant Sr. Heiligkeit des Dalai Lama in Zürich

1) Im Vorlauf der Reise Bundeskanzler Kohls nach China bat Kelsang Gyaltsen, Repräsentant Sr. Heiligkeit des Dalai Lama[3] in Zürich, das Bundeskanzleramt um die Möglichkeit, den Standpunkt des Dalai Lama bzw. der Exiltibeter zur Reise des Bundeskanzlers nach Tibet und zur Lage in Tibet vortragen zu können. Gyaltsen wurde vom Bundeskanzleramt an das AA weiterverwiesen. Am 10.7., 14.00 bis 14.50 Uhr, kam ein Gespräch zwischen Gyaltsen und dem zuständigen Länderreferenten[4] zustande.

2) Gyaltsen leitete das Gespräch damit ein, daß er – recht taktvoll – bedauerte, lediglich von einem Referenten wahrgenommen zu werden. Der Dalai Lama und damit er selber bemühten sich jedoch, jede Möglichkeit zur Darlegung ihrer Haltung zu Tibet zu nutzen, daher werde auch die sich mit dem Gespräch mit dem Länderreferenten bietende Möglichkeit dankbar angenommen.

Im einzelnen erklärte Gyaltsen dann folgendes:

– Er bedauere, daß Bundeskanzler Kohl Tibet besuche.[5] Der Besuch müsse von den Chinesen als Unterstützung des Status quo aufgefaßt werden und schwäche damit die Position der Tibeter. Nach Einschätzung der Tibeter sei Tibet ein mit Waffengewalt besetztes Land unter militärischer Fremdherrschaft.
– Tibet sei gegenwärtig einer gesteigerten Gefahr ausgesetzt. China versuche die Identität der Tibeter durch eine massive Einwanderungs- und Sinisierungspolitik zu verwässern und zuletzt zu eliminieren. (Gyaltsen sprach von 7,5 Mio.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1039
Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen mitgeteilt, „AM Mock habe anläßlich der IDU-Tagung in Berlin mit Strauß ein Gespräch geführt, das nach Mocks Eindruck gut verlaufen sei. D 4 schilderte, wie wir mit großer Mühe den Vertrag fertiggestellt hätten, jetzt machten Länder Schwierigkeiten." Vgl. Referat 431, Bd. 153269.

1 Durchdruck.
2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Volksrepublik China vgl. Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.
3 Tenzin Gyatso.
4 Helmuth Schröder.
5 In der Presse hieß es: „Für Mitte des Monats hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl für einen touristischen Tibet-Besuch angesagt und wird damit der erste westliche Regierungschef sein, der – im Amt – das umstrittene Gebiet besucht und damit der Einverleibung des Territoriums verspätet (und wohl ungewollt) Anerkennung verschafft. […] Zuvor hatte die deutsche Botschaft in Peking in Telegrammen an das Auswärtige Amt dem Kanzler geraten, auf den Tibet-Abstecher zu verzichten. […] Kohl war übrigens selber auf die Idee der Tibet-Reise gekommen. Er hatte seinen Wunsch den Chinesen vortragen lassen. Die Regierung in Peking hatte gar nicht darauf gehofft, daß ein westlicher Politiker die Anerkennung Tibets als Teil Chinas aus eigenen Stücken betreibt." Vgl. den Artikel „‚Reklamemacher für China'"; GENERAL-ANZEIGER vom 7. Juli 1987, S. 12.

Chinesen in Tibet, meinte dabei jedoch Groß-Tibet mit Teilen der Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan.)

– Die Religionsfreiheit in Tibet sei reduziert auf die Freiheit zu wenigen Kulthandlungen. Die Religionsunterweisung und das Studium der Religion blieben weiter verboten.
– Die Lage Tibets werde durch den zunehmenden Tourismus zusätzlich gefährdet. Der Tourismus böte Investitions-, Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten, die noch zusätzliche Chinesen ins Land zögen, da die Tibeter weniger qualifiziert seien, die sich mit dem Tourismus bietenden Möglichkeiten zu nutzen. Er verkenne jedoch nicht, daß der Tourismus andererseits „Zeugen" nach Tibet brächte, deren Anwesenheit die Chinesen daran hindern könnte, die tibetische Bevölkerung zu offensichtlich zu drangsalieren. Auch in Tibet gebe es daher Stimmen, die einen Besuch wie den des Bundeskanzlers begrüßten. Bei der Abwägung aller Pro- und Kontra-Argumente überwögen für ihn jedoch die Gründe für eine Ablehnung solcher Besuche.
– Falls die Bundesregierung sich überlege, etwas für Tibet zu tun, böte sich der Bereich Bildung an. Durch bessere Ausbildung könnten Tibeter in die Lage versetzt werden, sich effektiver für die Zukunft ihres Landes einzusetzen.
– Im Verlauf des Gesprächs erwähnte Gyaltsen, ihm sei bekannt, daß BK Kohl in Tibet mit dem Panchen Lama[6] zusammentreffen werde.[7] Der Panchen Lama sei ein aufrechter tibetischer Patriot; leider werde er aber im Gespräch mit dem Kanzler nur das sagen können, was die Chinesen von ihm verlangten. Falls der Bundeskanzler mit dem Panchen Lama zusammentreffen sollte[8], wäre er im übrigen dankbar, wenn auch der Dalai Lama bei sich bietender

6 Thrinle Lhündrub Chökyi Gyeltshen.

7 Botschafter Hellbeck, Peking, teilte am 9. Juli 1987 mit: „Panchen Lama soll 1951 chinesische Armee ins Land gerufen haben, wurde trotz seiner prochinesischen Haltung während Kulturrevolution verfolgt und inhaftiert, wurde aber nach seiner Rehabilitierung Abgeordneter des N[ationalen]V[olks]K[ongresses] und ist inzwischen einer der Vizepräsidenten des NVK mit ständigem Wohnsitz in Peking. […] Nachdem BK sich entschlossen hat, mit ganzer Delegation nach Tibet zu reisen, würde Ablehnung eines Treffens mit Panchen Lama chines[ische] Seite, die große Anstrengungen gemacht hat, um der Delegation die Reise nach Tibet zu ermöglichen, mit Sicherheit verstimmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1691; Referat 341, Bd. 142561.
Zu einem möglichen Treffen des Bundeskanzlers mit dem Panchen Lama vermerkte Vortragender Legationsrat Elbe am selben Tag: „Wie Leiter Ministerbüro am 8.7.1987, 22.30 h, mitgeteilt hat, bittet BM dringend darum, vorerst keine Stellungnahme abzugeben. Die Angelegenheit bedürfe zunächst einer gründlichen Prüfung der völkerrechtlichen und politischen Fragen". Vgl. Referat 341, Bd. 142561.

8 Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 10. Juli 1987, er habe dem chinesischen Außenministerium „von Wunsch des BK unterrichtet, in Lhasa beim alten Programm zu bleiben und auf Begegnung mit Panchen Lama zu verzichten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1725; Referat 341, Bd. 142561.
Hellbeck ergänzte am selben Tag, das chinesische Außenministerium habe ihm mitgeteilt, „daß chin[esische] Seite weiter auf Treffen des Panchen Lama mit Bundeskanzler beharrt. Der Panchen Lama sei ein bedeutender Volksführer, der sich zur Zeit […] in Tibet aufhalte, um am regionalen Volkskongreß Tibets teilzunehmen. […] Es gehe der chinesischen Seite nur um ein Zusammentreffen und nicht um ein substantielles Gespräch." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1727; Referat 341, Bd. 142561.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel antwortete noch am 10. Juli 1987: „BK bleibt bei seiner Entscheidung, nicht mit Panchen Lama zusammenzutreffen. Chinesisches Protokoll hat während Besuchsvorbereitung zu Recht auf gesundheitliche Risiken Tibet-Aufenthalts Kanzlerdelegation hingewiesen. Tibet-Teil des Programms ist so stark mit Terminen ausgefüllt, daß weiterer Programmpunkt nicht aufgenommen werden konnte und sollte." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5493; Referat 341, Bd. 142561.

Gelegenheit vom Bundeskanzler empfangen werden könnte. Ich verhielt mich zu diesem Vorschlag rezeptiv.

Auf die Frage, warum der Bundeskanzler Tibet besuche, erläuterte ich Gyaltsen, daß die Bundesregierung mit dem Besuch versuche, einen positiven Schritt für Tibet und die Tibeter, die Erhaltung ihrer Eigenständigkeit und Kultur zu tun. Die Bundesregierung glaube, daß es besser sei, sich auf diese Weise positiv zu dem Thema Tibet zu äußern, als Tibet weiter als weißen Fleck auf der Landkarte zu betrachten.[9]

Abschließend fragte Gyaltsen, ob einer seiner Vertreter sich regelmäßig mit mir unterhalten könne, um Informationen über Tibet auszutauschen. Ich habe diese Möglichkeit begrüßt.

Schröder[10]

Referat 341, Bd. 142561

9 In der „Sprachregelung des Bundeskanzleramts zum Besuch BK in Tibet", die Vortragender Legationsrat Schröder der Botschaft in Peking am 9. Juli 1987 übermittelte, hieß es: „In Übereinstimmung mit der gesamten Staatengemeinschaft – einschließlich des Nachbarlandes Indien – sieht die Bundesregierung Tibet als Teil des chinesischen Staatsverbandes an. Innerhalb der Volksrepublik China hat Tibet den Status einer Autonomen Region, der seiner Bevölkerung eine Reihe ethnischer Sonderrechte sichert. […] Das ‚Dach der Welt', das Volk der Tibeter und ihre eigenständige Kultur zwischen zwei Hochkulturen haben die Deutschen stets in besonderem Maße fasziniert. Deutsche Wissenschaftler haben in der Erforschung von Geographie, Sprache und Kultur Tibets eine hervorragende Rolle gespielt. Vor diesem Hintergrund wäre es falsch, dieses Land – 30 Jahre nach seiner faktischen Wiedereingliederung in den chinesischen Staatsverband – weiterhin als weißen Fleck auf der Landkarte zu behandeln. Im Gegenteil: Wir haben ein Interesse, diesem Land, das zu den weniger entwickelten Regionen Chinas zählt, und seiner Bevölkerung, die einen Platz im Herzen der Deutschen hat, zu helfen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 655; Referat 341, Bd. 142561.

10 Paraphe.

209

Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Peking, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1
Citissime

Aufgabe: 13. Juli 1987, 22.47 Uhr[1]
Ankunft: 13. Juli 1987, 18.12 Uhr

Betr.: Besuch des BK in der VR China (12.–19.7.1987)[2];
hier: Erstes Gespräch mit MP Zhao Ziyang am 13. Juli 1987, außenpolitischer Teil[3]

Außenpolitischer Teil des ersten Gesprächs des BK mit MP Zhao Ziyang ergab weitgehende Übereinstimmung in der Bewertung des Standes der West-Ost-Beziehungen, einschließlich der Abrüstungsfrage, der Entwicklung in der Sowjetunion und Osteuropa (von Zhao gebilligte Einschätzung des BK: skeptischer Optimismus) wie auch der Beziehungen China–Osteuropa, China–Westeuropa, Westeuropa–Osteuropa. Zhao betonte nachdrücklich den Fortbestand der drei Hindernisse[4], insbesondere die Notwendigkeit einer Lösung der Kambodscha- und der Afghanistan-Frage. Bisher habe SU zwar erkennen lassen, daß sie Lösungen anstrebe, sie habe aber unakzeptable Bedingungen gestellt und nicht gezeigt, daß sie bereit sei, auf pro-sowjetische Regime zu verzichten. Dies laufe letztlich auf eine Forderung nach Anerkennung der vollendeten Tatsachen hinaus. BK hob dynamische Entwicklung der EG und konkrete Schritte bei der Fortentwicklung der deutsch-französischen Freundschaft hervor. Das Gespräch verlief in ausgesprochen freundschaftlicher Atmosphäre.

Im einzelnen

Der Bundeskanzler schilderte eingangs die Lage in der Europäischen Gemeinschaft. Die EG sei in einen wichtigen Abschnitt eingetreten. Es gebe zwar große Probleme, aber auch ein neues Tempo. Wir wollten den gemeinsamen Binnenmarkt in den 90er Jahren verwirklichen. Ziel sei 1992[5], Skeptiker sagten, es

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 14. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schröder vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 213 und Dok. 222.

3 Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Peking, ergänzte am 14. Juli 1987: „Fragen der bilateralen Zusammenarbeit kennzeichneten das erste Gespräch des Bundeskanzlers mit MP Zhao Ziyang am 13. Juli 1987 im Delegationsrahmen. […] Gegenstand des ersten Teils war die Bewertung von Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Entwicklung und der Kultur. Über den anschließenden zweiten Teil des Gesprächs über internationale Fragen erging bereits gesonderter Drahtbericht." Vgl. den Delegationsbericht Nr. 3; Referat 341, 142561.

4 Referat 213 führte am 4. März 1985 zur Haltung der Volksrepublik China gegenüber der UdSSR aus: „Die politischen Beziehungen sind durch gravierende Meinungsverschiedenheiten in folgenden Grundfragen (sog. drei Hindernisse) belastet: sowjetische Besatzung Afghanistans, sowjetische Unterstützung der vietnamesischen Expansion in Kambodscha, Grenzproblematik, Stationierung von SS-20 sowie sowjetischer Truppen an der sino-sowjetischen Grenze und in der Mongolei." Vgl. Referat 341, Bd. 133640.

5 Vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

würde zwei oder drei Jahre länger dauern. Wichtig sei, daß ein großer Binnenmarkt entstehe.

Das Kernstück der Zusammenarbeit bilde die deutsch-französische Freundschaft. Diese würde noch weiter intensiviert, in den nächsten zwei bis drei Jahren würde die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik und der Verteidigung intensiviert.[6] Schon Adenauer und de Gaulle hätten dies im Auge gehabt, jetzt werde es verwirklicht. Er habe das Thema mit Präsident Mitterrand aufgenommen. In diesem Jahr würden erstmalig Manöver von Großverbänden mit zusammen 160000 Soldaten durchgeführt.[7] Ausbildungskurse für junge Offiziere würden zusammengelegt. Am Ende dieses Jahrhunderts hätten wir in beiden Ländern junge Generäle, die gemeinsam ausgebildet worden seien. Man müsse sich vorstellen, was dies nach zwei Weltkriegen bedeute. Im nächsten Jahr wollten die beiden Länder auch versuchsweise eine Brigade völlig integrieren.[8] Diese Maßnahmen hätten auch strategische Auswirkungen. Frankreich sei Atommacht, wir nicht, wir wollen es auch nicht werden. Wir könnten aber gut mit Frankreich auf dem Verteidigungsgebiet zusammenarbeiten. Dies sei auch wichtig in der Perspektive der Beziehungen zu Osteuropa und zu Moskau.

BK bat um Beurteilung der Entwicklung in der Sowjetunion. Wir hätten hieran das größte Interesse. Die Sowjetunion sei in Osteuropa unser wichtigster Partner. Sie habe die Macht über 17 Millionen Deutsche in der DDR. Wenn die Sowjetunion wirklich zur Abrüstung bereit wäre, hätte dies für uns große Bedeutung. Wir investieren viel in die Verteidigung. Wir hätten im letzten Jahr die Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate verlängern müssen, weil wir sonst wegen der niedrigeren Geburtenrate die Zahl von 500000 Soldaten in der Bundeswehr nicht mehr erreichen könnten.[9] Unsere Einschätzung der Entwicklung könne man als skeptischen Optimismus bezeichnen. Wir beobachteten auch die anderen Nachbarn und sprächen mit ihnen über Kooperation und Joint-ventures. Mit einigen WP-Ländern hätten wir sehr gute Beziehungen. Mit Ungarn gebe es dreihundert Kooperationsverträge. Die Beziehungen zu Moskau hätten sich jetzt wesentlich verbessert. Der Bundespräsident sei gerade dort gewesen.[10] Das Gespräch entwickele sich, sei aber nicht frei von Problemen. Für Moskau seien wir das wichtigste NATO-Land Europas. Schon Lenin habe gesagt, alle Wege in Europa führten über Berlin. Das heißt, über Deutschland. Diese Problematik bleibe bestehen, aber es gebe Chancen für die Entwicklung.

Zhao führte aus, zur Zeit habe sich die Atmosphäre entspannt. Man könne aber noch nicht sagen, ob es eine wirkliche Entspannung geben werde. Denkbar sei ein Teilabkommen über die Abrüstung. Schwierig werde es jedoch sein,

6 Zu den deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 223 und Dok. 239.

7 Zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“ vom 17. bis 24. September 1987 vgl. Dok. 276.

8 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

9 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

10 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

das Wettrüsten zwischen Ost und West, in erster Linie zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, wirklich einzustellen. Sowohl Reagan als auch Gorbatschow hätten das Bedürfnis, die internationale Lage im gewissen Maße zu entspannen. Beide hätten aber das Ziel nicht aufgegeben, nach militärischer Überlegenheit zu streben.

Zu den regionalen Konflikten: Die Sowjetunion empfinde das Afghanistan- und Kambodscha-Problem als lästig. Sie wolle beide Probleme loswerden, wolle eine politische Lösung, sei aber nicht bereit, substantielle Zugeständnisse zu machen. Sie suche eine Lösung unter Aufrechterhaltung ihrer strategischen Interessen. Ihre Bedingungen seien für die betroffenen Länder unannehmbar. Deshalb sehe er kaum Möglichkeiten für eine baldige Lösung der Afghanistan- und Kambodscha-Frage. Die Sowjetunion habe sich bereit erklärt, sich aus Afghanistan zurückzuziehen, Vietnam aus Kambodscha. Beide wollten aber pro-sowjetische bzw. pro-vietnamesische Regime erhalten. Sie forderten einen Verzicht auf Einmischung von außen. Dies bedeute praktisch, daß die Sowjetunion bzw. Vietnam die Anerkennung der vollendeten Tatsache der Aggression verlangten.

Über die Lage in der Sowjetunion unter Gorbatschow habe er, Zhao, mit dem Kanzler vor zwei Jahren bei einem Spaziergang gesprochen.[11] Damals seien beide zu dem Ergebnis gekommen, Gorbatschow wolle die Innenpolitik verändern, die Außenpolitik aber nicht in der Substanz. Heute, zwei Jahre später, glaube er, daß Gorbatschow die Reformen wirklich wolle. Dieser habe eingesehen, daß die Sowjetunion ohne entschiedene Reformen, insbesondere in der Wirtschaft, ihre Stellung als Supermacht nicht behaupten könne. Ziel der Reformpolitik Gorbatschows sei es allerdings nicht, das Ringen um Hegemonie gegenüber den Vereinigten Staaten aufzugeben. Er wolle die Stellung der SU als Supermacht behaupten. Bei seiner Politik treffe er auf zwei Probleme, den Widerstand im Inneren und die schwere Last der Militärausgaben. Gorbatschow habe auf dem 27. Parteitag der KPdSU[12] und bei dem ZK-Plenum im Juni[13] gezeigt, daß er entschlossen sei, den Widerstand im Innern zu beseitigen. Solange er mit sicheren Schritten weitergehe und nicht wie Chruschtschow seinerzeit gestürzt werde[14], könne man mit einer Fortsetzung der Reformpolitik rechnen. Die Militärausgaben seien für Gorbatschow ein größeres Problem als der innere Widerstand. Diese belasteten nicht nur die Lage der SU, sondern auch die Ost-West-Beziehungen. Seit mehr als einem Jahr beweise Gorbatschow in der Außenpolitik eine gewisse Flexibilität, weil er sich auf die Lösung von Fragen im Inland konzentrieren wolle. Es komme jetzt darauf an, ob die USA bereit seien, Gorbatschow Zeit zuzugestehen. Wenn Gorbatschow seine Reformen weiter betreiben wolle, müsse er auch die Außenpolitik anpassen. Es bleibe abzuwarten, wie weit er dabei gehen könne. Ohne eine solche Anpassung werde es ihm schwerfallen, auch die Reformen im Innern zu vollenden. China begrüße den neuen

11 Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kohl am 9./10. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 152 und Dok. 154.

12 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

13 Zur Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 25./26. Juni 1987 vgl. Dok. 160, Anm. 9.

14 Nikita Chruschtschow wurde auf der Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 14. Oktober 1964 von seinem Amt als Erster Sekretär des ZK der KPdSU enthoben. Am 15. Oktober 1964 folgte seine Absetzung als Ministerpräsident.

Trend, beobachte die Entwicklung aber noch. Er stimme der Einschätzung des Kanzlers „skeptischer Optimismus“ zu.

[15]BK betonte die weitgehende Übereinstimmung der Einschätzung. Man müsse in Kontakt bleiben. Unsere beiden Länder hätten viele gemeinsame Interessen, obwohl wir regional unterschiedliche Perspektiven hätten. Er glaube, es gebe eine Chance, daß noch in diesem Jahr ein Vertrag zustande komme. Reagan wolle ihn. Er habe in Venedig lange unter vier Augen mit ihm gesprochen[16], auch bei dem kürzlichen Besuch Reagans in Berlin und in der Bundesrepublik[17]. Wir hätten immer wieder betont, daß wir für eine weltweite Abschaffung der LRINF einträten. Wir wollten nicht unsere Probleme auf dem Rücken unserer Freunde in Asien lösen. Es sei auch die konventionelle Seite zu berücksichtigen. Wenn man ernst machen wolle, sei dies nur ein Anfang. Ein Problem sei, daß in Europa viele Leute Illusionen hätten, es wäre gut, wenn diese einmal im deutschen Fernsehen die Ausführungen Zhao Ziyangs erleben könnten.

Zhao fuhr fort, in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen gebe es auf konkreten Gebieten, im Bereich der Wirtschaft und Technik, neue Entwicklungen, die Grenzverhandlungen liefen auch relativ gut. Bei der letzten Verhandlungsrunde im Februar[18] seien beide Seiten übereingekommen, über den gesamten Verlauf der Grenze zu sprechen und mit dem östlichen Abschnitt zu beginnen. Die SU habe zugestanden, daß in den östlichen Gebieten die Hauptfahrrinne der Flüsse die Grenze bilde. Die nächste Runde sei in Peking.[19] China sehe die Verhandlungen nüchtern. Er glaube nicht, daß die Grenzprobleme mit zwei Verhandlungsrunden gelöst werden könnten. Wenn die Sowjetunion wirklich wolle, werde man Ergebnisse erzielen. Er betonte jedoch, entscheidend für eine Normalisierung sei nicht die Grenzfrage, sondern die Beseitigung der drei Haupthindernisse. Wenn der Druck noch weiter verstärkt werde, würden die SU und Vietnam eher einer Lösung zuneigen.

Zhao berichtete über seinen Besuch in den fünf osteuropäischen Ländern.[20] Seine Reise sei im großen und ganzen erfolgreich gewesen. China wolle den Frieden in Europa fördern. Die Länder im Westen und Osten Europas stellten Kräfte zur Erhaltung des Friedens dar. Die Beziehungen Chinas zu Westeuropa und zu Osteuropa, eine Annäherung zwischen West- und Osteuropa, könne den Frieden in Europa fördern. Die WP-Länder legten innenpolitisch immer größeren Wert auf eine Berücksichtigung ihrer eigenen Gegebenheiten, außenpolitisch

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

16 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 8. Juni 1987 vgl. Dok. 164.

17 Zum Besuch des Präsidenten Reagan am 12. Juni 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 168.
Vor dem Rückflug in die USA führte Reagan auf dem Flughafen Köln/Bonn Gespräche mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher.

18 Zur ersten Runde der chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen vom 9. bis 23. Februar 1987 in Moskau vgl. Dok. 77, Anm. 12.

19 Gesandter Gescher, Peking, informierte am 25. August 1987 über die zweite Runde der chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen vom 7. bis 21. August 1987 in Peking. Sie sei in „ruhiger und geschäftsmäßiger Atmosphäre“ verlaufen: „Die Gespräche, die sich vereinbarungsgemäß zunächst auf den Ostabschnitt der Grenze beschränkten und nicht mit anderen außerhalb der Grenzproblematik liegenden Fragen des bilateralen Verhältnisses befrachtet wurden, brachten erwartungsgemäß noch keinen Durchbruch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2031; Referat 341, Bd. 142572.

20 Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte Polen vom 4. bis 8. Juni 1987, die DDR vom 8. bis 11. Juni, die ČSSR vom 11. bis 14. Juni, Ungarn vom 14. bis 18. Juni sowie Bulgarien vom 18. bis 21. Juni 1987.

auf ihre eigenen internationalen Interessen. Sie teilten immer mehr die Auffassungen anderer mittlerer und kleinerer Länder. China bemühe sich, diesen Trend zu fördern. Dabei sei es realistisch. Es wisse, daß diese Länder nur im Rahmen der durch ihr Verhältnis zu Moskau gegebenen Möglichkeiten handeln könnten.

BK warf hier ein, dies sei für uns ein ganz wichtiger Gesichtspunkt. Auch insofern stimme er mit dem MP überein. Er wolle keinen Zweifel lassen, wir dächten nicht an eine Destabilisierung Osteuropas. Er nenne als Beispiel die DDR. Dort sei die Lage heute schwieriger. Die Entwicklung des neuen Denkens beeinflusse die DDR. Wir Deutschen sprächen die gleiche Sprache, die Trennung gehe durch die Familien. Die Trennung sei völlig willkürlich. Er habe ihm aber vor zwei Jahren gesagt, wir hätten das Ziel, pragmatisch weiterzukommen. In den Grundfragen gebe es zwischen ihm und Honecker keine Einigung. Wir fänden uns mit der Teilung nicht ab. Aber für beide seien Krieg und Gewalt kein Mittel der Politik. Honecker wie er wollten die Lage mit friedlichen Mitteln verbessern. Es gebe in diesem Jahr eine beachtliche Entwicklung. Zwei Millionen DDR-Bürger kämen in die Bundesrepublik, eine Million Rentner, aber auch eine Million jüngere Leute. Für Honecker sei dies gewiß ein Risiko. Bei Ungarn wollten wir in diesem Jahr einen wesentlichen Schritt zur Öffnung machen.[21] Im Verhältnis zu Bulgarien gebe es Fortschritte, Schiwkow sei gerade bei uns gewesen.[22] Zu Rumänien: Die Lage sei ganz schwierig. Es gebe dort noch etwa 200 000 Deutsche. Wir zahlten für die Ausreisen erhebliche Beträge.[23] Die Beziehungen zur ČSSR wollten wir verbessern. Schwieriger sei die Entwicklung unserer Beziehungen zu Polen. Insgesamt stimme er dem MP in seiner Einschätzung zu: Wenn das Tempo der Entwicklung im WP zu schnell sei, könne man Rückschläge nicht ausschließen. BK fragte nach den Parteibeziehungen.

Hierzu Zhao: Es könne noch keine Rede von Parteibeziehungen zur SU sein, solange die zwischenstaatlichen Beziehungen zur SU nicht normalisiert seien. China vertrete jetzt auch eine neue Auffassung über die Parteibeziehungen. Die KPCh unterhalte Beziehungen zu anderen KPs wie auch zu anderen Parteien, z. B. sozialistischen. Es gälten die vier Prinzipien: Unabhängigkeit und Selbständigkeit, gegenseitige Achtung, völlige Gleichberechtigung und Nicht-Einmischung. Die Parteibeziehungen seien heute ganz anders als in den 50er Jahren. Auch zur SPD unterhalte die KPCh Beziehungen.[24] Zhao hob hervor, die Beziehungen Chinas zu Westeuropa würden durch seine Kontakte mit Osteuropa in keiner Weise beeinträchtigt, ebenso umgekehrt die Beziehungen der VR China zu Osteuropa von dem Verhältnis Chinas zu Westeuropa nicht gemindert.

21 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Grósz am 7. Oktober 1987; Dok. 277.

22 Staatsratsvorsitzender Schiwkow hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 2. Juni 1987 vgl. Dok. 158.

23 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

24 In einer Pressekonferenz am 31. Mai 1984 in Peking gab der SPD-Vorsitzende Brandt, der vom 28. Mai bis 4. Juni 1984 die Volksrepublik China besuchte und dort u. a. Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, führte, bekannt, daß SPD und KPCh übereingekommen seien, „Informationen und Dokumente auszutauschen und hochrangige Leiter jährlich einmal zum gegenseitigen Besuchen zu entsenden". Vgl. dazu den Artikel „Hu und Deng treffen mit Willy Brandt zusammen"; BEIJING RUNDSCHAU. WOCHENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND WELTGESCHEHEN, Nr. 24 vom 12. Juni 1984, S. 11.

BK betonte, dies sei eine wichtige Bemerkung, weil unsere Beziehungen zu Osteuropa sehr unterschiedlich seien. Moskau begegne der Bundesrepublik mit besonderem Interesse, aber auch mit Mißtrauen. Auch wenn die Abrüstung vorangehe, werde die Bundesrepublik die Hauptlast der Verteidigung in Europa zu tragen haben. Die wirtschaftliche Bedeutung der Bundesrepublik werde zunehmen. In der Forschung würden wir schneller sein als andere. Wenn wir unsere Beziehungen zu Osteuropa verbesserten, würden wir aus Moskau – genau wie China – aufmerksam beobachtet. Ein Gleiches gelte für seine heutigen Gespräche mit dem MP.

Zhao sagte, bei seinem Besuch in Osteuropa habe sich Moskau gut verhalten und objektiv berichtet, dagegen bei seinem Besuch in Pakistan[25] nicht.

BK: Dies zeigte den Unterschied zwischen „altem" und „neuem" Denken.

Abschließend betonte Zhao, er schätze, was der Kanzler zum Thema Abrüstung gesagt habe. Man müsse weltweite Lösungen anstreben. Die Sicherheit sei unteilbar. Die Raketen in Europa und Asien müßten mit gleichen Schritten und ausgewogen reduziert werden. China habe Verständnis für die Bemühungen Westeuropas um eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Verteidigung.

Wertung

Umfassender Meinungsaustausch zeigte erneut die durch Interessenparallelität bedingte weitgehende Übereinstimmung in der Haltung beider Länder zu den Grundfragen der West-Ost-Beziehungen, vorsichtigen Optimismus hinsichtlich möglicher Entwicklungen in der SU und in ihrer Verhandlungsbereitschaft bei der Lösung aktueller internationaler Konflikte, aber auch die fortbestehende Skepsis hinsichtlich des noch zu beweisenden Kompromißwillens der SU. Der vertrauensvolle Meinungsaustausch zeigte die gewachsene Basis für eine kontinuierliche gegenseitige Information.

[gez.] Ruhfus

Referat 341, Bd. 142561

25 Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte Pakistan vom 21. bis 24. Juni 1987.

210

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt

14. Juli 1987[1]

Betr.: Gespräch RL 212[2] mit Solidarność-Berater Mazowiecki, Bonn, 13.7.1987[3]

Der außenpolitische Berater von L. Wałęsa, Dr. T. Mazowiecki[4], z. Zt. auf Einladung der Böckler-Stiftung zu einem dreimonatigen Forschungsaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern, hatte kurzfristig um ein Gespräch mit AL 2[5] gebeten, das dieser jedoch wegen Begleitung des Herrn Bundeskanzlers nach China und Nepal[6] nicht gewähren konnte. In Abstimmung und in Vertretung von Herrn AL 2 habe ich deshalb das Gespräch übernommen. Wesentliche Punkte:

1) Deutsch-polnischer Besuchsaustausch: Berücksichtigung von Solidarność

Hauptanliegen M.s war, zu verdeutlichen, daß Solidarność nach wie vor als aktive Organisation existiere – so habe gerade vor 14 Tagen ein Beratergremium zur polnischen Wirtschaftslage getagt – und bei Besuchen westlicher Staatsmänner in Polen auch wahrgenommen werden müsse.

Zu letzterem Punkt beruhigte ich M.:

– Ein für Oktober 1984 geplanter Besuch BM Genschers in Warschau sei bekanntlich u. a. daran gescheitert, daß die polnischen Gastgeber keine „inoffiziellen Programmpunkte" zulassen wollten.[7] Dieser Besuch sei trotz wieder-

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 14. Juli 1987 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu teilte Hartmann mit: „Auf Weisung und in Vertretung von Herrn AL 2 hat RL 212 am 13.7.1987 ein Gespräch mit dem engsten Berater von L[ech] Wałęsa, Dr. B. Masowiecki, geführt."
Hat Schäuble am 15. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen]."
Hat Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. Juli 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Uwe Kaestner.

3 Gesandter Bauch, Warschau, informierte am 27. Februar 1987, „der weithin einflußreiche enge Berater der ‚Solidarność' und ihres Führers Wałęsa", Mazowiecki, habe mitgeteilt, daß er „während seines mehrmonatigen Aufenthalts in Westeuropa auch die Bundesrepublik Deutschland besuchen wolle. Seine Anlaufstelle in Bonn sei das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, über das er auch Kontakte zu den politischen Parteien vermitteln lassen wolle. Er habe die Absicht, mit Vertretern aller im Deutschen Bundestag repräsentierten Parteien Verbindung aufzunehmen". Auch für Gespräche mit der Bundesregierung stehe er gerne zur Verfügung. Vgl. den Drahtbericht Nr. 312; Referat 214, Bd. 139701.

4 Durchgängig korrigiert aus: „B. Masowiecki".

5 Horst Teltschik.

6 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.
Im Anschluß hielt sich Kohl am 19./20. Juli 1987 in Nepal auf.

7 Ein für den 21. bis 23. November 1984 vorgesehener Besuch des Bundesministers Genscher in Polen wurde kurzfristig abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

holter Anläufe bis heute nicht nachgeholt worden, und auch jetzt stehe kein Termin fest.

Wenn der Besuch zustande komme, sei mit einem Gesprächskontakt des Bundesministers mit Solidarność-Führern zu rechnen, zumal gerade auch der Herr Bundespräsident in Moskau mit Prof. Sacharow gesprochen habe.[8]

– (Auf Zusatzfrage M.s:) Für einen Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in Polen gebe es derzeit keine Einladungen und deshalb keine Überlegungen. Ländern, die im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung gelitten hätten, überließen wir im übrigen die Initiative bei der Eröffnung des Staatsbesuchsaustauschs; deshalb stelle sich auch jetzt nicht die Frage eines Jaruzelski-Besuchs in Bonn.

2) Verhältnis Kirche–Staat

Zum Verhältnis der polnisch-katholischen Kirche zum Regime nach dem Papst-Besuch[9] (vgl. General-Anzeiger, 13. Juli 1987 – Anlage[10]) führte M. aus, nach dem treffenden Urteil eines französischen Kommentators habe der Papst bei seinem dritten Polen-Besuch alles gesagt, was die Regierung nicht hören wollte, aber nichts von dem gesagt, was die Regierung hören wollte. Insbesondere habe der Papst nicht, wie von Jaruzelski offensichtlich gewünscht, zur „Arbeitsmotivation" der katholischen Arbeitnehmer beigetragen.

Nunmehr versuche die Regierung durch hochrangige Kontakte – Politbüro-Mitglied Czyrek – mit den „Clubs der katholischen Intelligenz" einen neuen Anlauf – wiederum ohne Erfolg: Der Leiter des Warschauer Clubs, Prof. Stelmachowski, habe auf die Notwendigkeit verwiesen, daß das Regime den Dialog von Wałęsa wiederaufnehme, was Czyrek prompt abgelehnt habe.[11]

Bemerkenswert an der Angelegenheit sei lediglich – so M. –, daß aus diesem Anlaß den inzwischen 42 zugelassenen Clubs aus ganz Polen erstmals erlaubt

8 Zum Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem sowjetischen Atomphysiker und Dissidenten Sacharow am 8. Juli 1987 vgl. Dok. 212, Anm. 33.

9 Papst Johannes Paul II. besuchte Polen vom 8. bis 14. Juni 1987. Botschaftsrat I. Klasse Gentz, Rom (Vatikan), bilanzierte am 22. Juni 1987, der Papst habe auch auf der dritten Reise in sein Heimatland „den sichtbaren Beweis für seine enorme Anziehungskraft auf die polnische Bevölkerung" erbracht: „Etwa 16 Mio., d.h. die Hälfte der Bevölkerung, haben den Papst erlebt oder zumindest an den Fernsehschirmen gesehen. Seit Kriegsende hat es keine so großen Massenveranstaltungen mehr in Polen gegeben." Für die polnische Führung sei der Besuch „enttäuschend ausgefallen: Enttäuschung über mangelnde päpstliche Unterstützung ihrer Reformbestrebungen, Bekräftigung des Rechts zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften, Eintreten und Gedenken für die Opfer der Unruhen vom Dezember 1970, Kritik an den schwierigen Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie, wiederholte Hervorhebung von Popiełuszko als Vorbild für die polnischen Priester, Unmut über das Zusammentreffen des Papstes mit Arbeiterführer Wałęsa und Besuch des Popiełuszko-Grabes sowie Verärgerung und Sorge über die Demonstrationen in Krakau und Danzig, die schädlich für das Image der polnischen Regierung im Westen gewesen seien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 77; Referat 214, Bd. 139730.

10 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vgl. den Artikel „Polens kommunistische Regierung umwirbt die Katholiken"; GENERAL-ANZEIGER vom 13. Juli 1987, S. 2.

11 Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 18. Juli 1987, laut Mitteilung eines Teilnehmers habe die Diskussion des Mitglieds des Politbüros der PVAP, Czyrek, am 11. Juli 1987 mit dem „Klub der katholischen Intelligenz" in Warschau „fünfeinhalb Stunden gedauert und sei sehr intensiv gewesen. Beide Seiten hätten ihre Positionen in völliger Klarheit und Offenheit vorgetragen, ohne jedoch die Gegenseite zu verletzen. Es sei ein Gespräch zu ideologischen Grundsatzfragen gewesen und habe nicht der Besprechung konkreter Maßnahmen gedient." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1220; Referat 214, Bd. 139701.

worden sei, zu einer gesamt-polnischen Konferenz zusammenzutreffen. Hier liege – so M. – die Keimzelle einer christlich-demokratischen Partei Polens.

Meine Frage, ob nach Vorbild des Telefongesprächs Gorbatschow/Sacharow[12] auch ein persönlicher Kontakt Jaruzelski/Wałęsa vorstellbar sei, verneinte M. dezidiert. Jaruzelski sei in den Augen der polnischen „Gesellschaft" (worunter man in Polen alles versteht, was nicht Regierung/Partei/Funktionärskader ist) wegen seiner persönlichen Identifikation mit dem Kriegsrecht[13] bleibend diskreditiert. Dies wiederum verleite ihn zu Trotzreaktionen: Er werde jedenfalls keinen Schritt auf Wałęsa zugehen. Andererseits habe Wałęsa wiederholt Gesprächskontakte angeboten.

3) Polnische Reformen, polnisch-sowjetisches Verhältnis

Auf meine Frage, ob Jaruzelski es mit den von ihm verkündeten Reformen in Polen[14] ernst meine oder sich nur aus opportunistischen Gründen an Gorbatschow „anhänge", antwortete M.: Der bereits in Polen erreichte Standard an „Glasnost", „Perestroika" und „Demokratisierung" sei dem der SU sehr weit voraus. Heute das sowjetische Vorbild zu kopieren, bedeute Rückschritt. Dies wolle auch Jaruzelski nicht. Deshalb sei, was die aktuelle Phase der sowjetischen Politik angehe, das polnische Lob hauptsächlich außenpolitisch motiviert: Man wolle unterstreichen, daß man – wieder – Nummer Zwei des Warschauer Paktes sei.

Andererseits wisse Jaruzelski – so M. –, daß die Hauptschwierigkeiten der polnischen Wirtschaftsreform noch vor ihm lägen. Diese aber seien nicht lösbar, wenn nicht auch ein Durchbruch zu echter demokratischer Öffnung erreicht werde, d. h. Wiederaufnahme des Gesprächs mit der „Gesellschaft". Dies sei – so M. – auch eine Grenze, an die Gorbatschow notwendig gelangen werde.

Auf meine Frage, ob tatsächlich in Polen die Meinung kursiere, erfolgreiche Reformen in der SU würden es für die Polen nur schwerer machen und insbesondere den polnischen Freiraum beschneiden (vgl. FAZ, 13.7.1987[15]), bejahte M., obwohl er sie selbst nicht teile: Er sei, wie übrigens auch viele offizielle Polen, eher skeptisch, ob Gorbatschow mit seinen Reformen überhaupt Erfolg haben werde.

12 In einem Telefongespräch am 16. Dezember 1986 informierte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, den sowjetischen Atomphysiker und Dissidenten Sacharow über die Aufhebung seiner Verbannung, die am 19. Dezember 1986 öffentlich bekanntgegeben wurde.

13 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.
Das Kriegsrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

14 Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 24. Februar 1987, Staatsratsvorsitzender Jaruzelski habe am 21. Februar 1987 „zum ersten Mal öffentlich vor Parteimitgliedern zur Gorbatschowschen Reformpolitik Stellung" genommen: „Laut Jaruzelski verfolgt man in Polen die in der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem in der Sowjetunion, stattfindenden Veränderungen ‚mit angehaltenem Atem'. Der derzeitige Prozeß der Reformen habe ‚historische Bedeutung'. Auf eine neue, vertiefte Art sei diese Entwicklung auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU behandelt worden. Die PVAP unterstütze diesen Kurs ‚nachdrücklich'." Bauch urteilte: „Die vorbehaltlose Unterstützung des Gorbatschowschen Kurses durch die politische Führung Polens überrascht nicht. Allein die Dauerhaftigkeit und der Erfolg der Reformpolitik in der Sowjetunion bieten eine Gewähr dafür, daß Jaruzelski seinen in manchen Bereichen sogar noch weitergehenden Reformkurs fortführen kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 297; Referat 214, Bd. 139698.

15 Vgl. den Artikel „Nicht mehr in Stalins Schatten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Juli 1987, S. 6.

Negativ wertete M. jüngste Absprachen über engere Kooperation zwischen sowjetischen und polnischen Betrieben, personifiziert durch die Entsendung sowjetischer „stellvertretender Betriebsdirektoren" in polnische Unternehmen.[16] Diese Leute würden als Aufpasser Moskaus angesehen und entsprechend geschnitten. Das Experiment werde zu nichts führen.

Im Gegensatz dazu wertete M. die jüngsten Absprachen Gorbatschow/Jaruzelski über gemeinsame Aufarbeitung der sowjetisch-polnischen Geschichte[17] positiv. Das eigentliche Kriterium für ihn – M. – sei jedoch, ob sich die SU endlich zu ihren Untaten in Katyn bekenne. Dies sei bisher nicht der Fall. (Anmerkung: Das Warschauer Katyn-Denkmal trägt eine Inschrift, die deutsche Urheberschaft suggeriert.[18]) Beachtlich sei immerhin, daß eine Gruppe polnischer Bürger, die sich wegen Umbettung von Kriegsopfern aus dem Jahr 1939 aus der SU nach Polen brieflich an Gorbatschow gewandt hätten, immerhin vom Büro des Generalsekretärs eine Empfangsbestätigung erhalten hätten – früher unvorstellbar!

Auf meine Frage nach Wałęsas Verhältnis zur Sowjetunion antwortete M.: Es gebe für Wałęsa keine persönlichen Ressentiments. Er habe im Gegenteil Gesprächskontakte zur SU gesucht, sowohl in den Jahren 1980/81 wie auch nach Kriegsrecht, die sowjetische Seite sei diesen Kontakten jedoch ausgewichen. Als Beispiel nannte M. Kontaktversuche am Rande der ILO-Generalversammlung Genf[19].

Kaestner

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

16 Zu den polnisch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen vom 15. Oktober 1986 vgl. Dok. 121, Anm. 6.

17 Zur polnisch-sowjetischen Erklärung über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ideologie, der Wissenschaft und Kultur vom 21./22. April 1987 vgl. Dok. 121, Anm. 18.
Am 28. April 1987 berichtete Gesandter Arnot, Moskau, das in der Erklärung verkündete Ziel, „keine ‚weißen Flecken' in der Erforschung der Geschichte der Beziehungen zu lassen", bedeute keineswegs, „daß die beiden sozialistischen Staaten eine Neueinschätzung der polnischen Teilung von 1939 oder der Ereignisse von Katyn vornehmen werden". Laut Mitteilung der polnischen Botschaft sei daran nicht gedacht: „Was in Katyn geschehen sei, habe offizielle Bewertung (als nationalsozialistische ‚Provokation') erfahren. An ihr werde nicht gerüttelt werden. Auch soll offenbar ebensowenig Teilung von 1939 von sowjet[ischen] und poln[ischen] Historikern begutachtet werden. Richtigkeit der sowjet. Entscheidungen 1939 und der Pakt als solcher seien nicht widerlegt worden. Sowjet. und poln. Seite sind aber offenbar übereingekommen, die Geschichte (und Leiden) der Polen unter dem Regime Stalins neu zu schreiben, insbesondere das Vorgehen gegen polnische Bevölkerungsgruppen in der Ukraine und anderen Teilen der SU, aber auch das Schicksal der polnischen KP-Mitglieder in Moskau. […] ‚Weiße Flecken' mag es demnächst nicht mehr geben. Die entscheidenden Problemfelder in der sowjet.-poln. Geschichte werden aber auch in der Zukunft rot, d.h. vom offiziellen sowjet. Standpunkt, gefärbt bleiben. Wo da die so oft ausgerufene Wahrheit, ‚die ganze Wahrheit', bleibt, werden sich nicht nur Historiker, sondern auch viele Polen fragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1296; Referat 213, Bd. 143566.

18 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 25. April 1985: „Auf dem Warschauer Militär- und Prominentenfriedhof Powązki ist in den ersten Apriltagen d. J. das Gedenkmonument für die Opfer des Massenmordes von Katyn mit folgender Inschrift versehen worden: ‚Den polnischen Soldaten, die Opfer des Hitler-Faschismus wurden und in der Erde von Katyn ruhen.' […] Das Wort ‚Katyn' ruft in der polnischen Bevölkerung, die von der sowjetischen Verantwortung für die Morde überzeugt ist, tiefe Emotionen hervor. […] Die offenkundige Geschichtsfälschung in dem vermutlich auf sowjetischen Druck zurückzuführenden Text der Denkmalsinschrift stieß in der polnischen Bevölkerung auf Unverständnis und Empörung." Vgl. Referat 214, Bd. 139777.

19 In Genf fand vom 3. bis 23. Juni 1987 die Generalversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) statt, an der nach vierjährigem Boykott erstmals auch wieder eine polnische Delegation teilnahm.

211

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim

209-360.92 FRA-1619/87 VS-vertraulich **14. Juli 1987**

Über Herrn Dg 20[1] Herrn D 2[2]

Nachrichtlich: Referat 201

Betr.: Sicherheitspolitische Einbindung Frankreichs in einen europäischen Rahmen

Der Vorschlag des Bundeskanzlers zu einer deutsch-französischen Brigade[3] hat zu einer erheblichen Beschleunigung der internationalen Diskussion über die Einbeziehung Frankreichs in die gemeinsame Verteidigung[4] geführt.

In den vielfältigen Kommentaren wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Vorschlag nur um einen symbolischen Schritt handele. Damit ist wohl gemeint, daß so ein gemischter Truppenteil die Gemeinsamkeit der Verteidigungskonzeption und die zugrundeliegende politische und militärische Solidarität zum Ausdruck bringe. Es ist auffällig, daß der französische Generalstabschef[5] im Rahmen dieser Debatte an die Notwendigkeit erinnert hat, die nötige Nähe der deutsch-französischen Bemühungen zur NATO zu berücksichtigen.

M. E. ist es für das weitere Vorgehen wesentlich, Frankreich zu verdeutlichen, daß wir in der gemischten Brigade kein Modell[6] für die zukünftige Struktur der gemeinsamen Verteidigung sehen. Frankreich weiß zwar, daß wir unsere Streitkräfte der NATO fast völlig assigniert haben und sie deshalb – solange Frankreich nicht das gleiche tut – nicht in größerem Umfang mit denen Frankreichs mischen können. Frankreich weiß aber, daß unser Endziel eben die Rückkehr der französischen Streitkräfte in den atlantischen Rahmen ist. Insofern könnte der Vorschlag gemischter Truppenteile, wenn wir ihn über die Symbolik hinaus betonen, Frankreich (und unsere übrigen Partner in Westeuropa)

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 14. Juli 1987 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich notierte: „Die Überlegungen insgesamt sind relevant, führen aber nicht zwangsläufig zu dieser Schlußfolgerung (x). Wir wollen sehr wohl, daß die Truppeneinheit, wie immer sie heißt, Modellcharakter, d. h. Perspektive über den V[organ]g selbst hinaus hat. Das gilt sowohl in Bezug auf Verbreiterung im d[eu]t[sch]-fr[anzösischen] Kontext als auch in Richtung auf andere Staaten, nicht zuletzt auch Beitrittskandidaten (SPA). Die Diskussion soll sich weiter entwickeln können." Vgl. Anm. 6.

2 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 17. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 17. Juli 1987 erneut vorgelegen.

3 In einer Pressekonferenz am 19. Juni 1987 befürwortete Bundeskanzler Kohl „die Einrichtung gemeinsamer deutsch-französischer militärischer Verbände. Er könne sich eine ‚vollintegrierte Brigade mit deutschen und französischen Kompanien vorstellen', auch unter Führung eines französischen Kommandeurs. Eindeutig wandte sich Kohl gegen Vorschläge aus Paris, mit den französischen Nuklearwaffen einen Schutzschirm auch über die Bundesrepublik zu spannen." Vgl. den Artikel „Kohl gegen eine isolierte Sicherheitspolitik mit Paris"; DIE WELT vom 20. Juni 1987, S. 1.

4 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

5 Jean Saulnier.

6 Die Wörter „kein Modell" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu Kreuz. Vgl. Anm. 1.

zu der Vermutung veranlassen, unsere Zielvorstellung sei eine Europäische Armee, die in den atlantischen Rahmen eingefügt, jedoch vor allem bereits auf der Brigade-Ebene integriert ist, so wie das bei der EVG[7] („Combat Team" von Brigade-Größe) der Fall war.

Ein solches Verständnis würde unsere Bemühungen von vornherein erheblich belasten, da diese Integrationsebene zum Effekt hat, daß es rein national nur noch Einheiten von Bataillons- oder allenfalls Regimentsgröße gäbe. Dies bedeutete praktisch das Verschwinden nationaler Streitkräfte. Dazu wären aber sicherlich die Franzosen, vermutlich aber auch andere unserer Partner, nicht bereit. Ihre gesamte Europapolitik läuft auf Konzepte hinaus, die auf absehbare Zeit am Konföderationsmodell orientiert sind. Nicht nur das französische nationale Selbstverständnis, sondern sicherlich auch das britische, verbindet sich besonders stark mit national organisierten Streitkräften. Der Verzicht auf eigene Brigaden, Divisionen und Korps und die dazu gehörenden Stäbe ist damit nicht vereinbar.

Insofern ist die relativ hohe Ebene der Integration, die dem NATO-Modell zugrunde liegt (Integration erst auf der Heeresgruppen-Ebene), auch Ausdruck politischer, europäischer Entscheidungen, und nicht nur die Konsequenz der Notwendigkeit, amerikanische Truppen von Korps-Größe integrieren zu müssen.

Wir sollten deshalb bei unseren Bemühungen gegenüber F, in der WEU und im Bündnis, nicht den Eindruck erwecken, als sei unsere Zielvorstellung die Integration auf Brigade-Ebene.[8]

Der Vorschlag eines gemischten Truppenteils ist insofern nicht Modell, sondern Mittel zum Zweck, nämlich die Unsinnigkeit der Ablehnung fester Verbindungen der französischen Streitkräfte zum Rest der Organisation der Verteidigung zu zeigen. An unserer Zielvorstellung, der Verknüpfung der französischen Gesamtstreitkräfte mit dieser Organisation, in einer Form, welche nationale französische Streitkräfte erhält, sollten wir jedoch keinen Zweifel lassen. Die praktikabelste solche Verknüpfung ist aus meiner Sicht immer noch das Angebot, einen

7 Der Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsorganisation wurde am 24. Oktober 1950 von Ministerpräsident Pleven vor der französischen Nationalversammlung erläutert. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. JOURNAL OFFICIEL. ASSEMBLÉE NATIONALE 1950, S. 7118 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3518–3520. Vgl. dazu auch AAPD 1949/50, Dok. 134, Dok. 136 und Dok. 142.
Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wurde am 27. Mai 1952 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 343–424.
Die französische Nationalversammlung beschloß am 30. August 1954 die unbefristete Vertagung der Beratungen über den EVG-Vertrag, was der Ablehnung der Ratifizierung gleichkam und das Scheitern der EVG bedeutete. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6916 f. Vgl. dazu auch BDFD, I, S. 455 f.

8 Vortragender Legationsrat von Arnim legte am 21. Juli 1987 dar: „Nachdem NL seine Absicht bekundet hat, sich eventuell an einer ‚deutsch-französischen Brigade' zu beteiligen, hat nunmehr auch I[talien] bei Dg 20 (auch bei WEU-Sitzung) angekündigt, Vorstellungen über eine ‚WEU-Brigade' zu entwickeln." Demgegenüber solle die Bundesregierung an der bisherigen Interpretation des Artikels IV Absatz 2 des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 festhalten, daß „die Aufstellung von WEU-Einheiten ausgeschlossen ist", denn eine Herauslösung von Einheiten aus der NATO-Militärintegration solle ausgeschlossen werden: „Wir sollten deshalb allen Partnern in der WEU und im Bündnis sagen, daß es uns gerade nicht um eine multilaterale Struktur neben der der NATO gehe. […] Diese Partner sollten deshalb zwar die französische Bereitschaft begrüßen, seine Beteiligung an der kollektiven Verteidigung auch in Form einer gemischten deutsch-französischen Einheit auszudrücken. Wir sollten diese Partner aber bitten, ihre Überlegungen zu einer eigenen Beteiligung daran nicht weiter zu verfolgen." Vgl. VS-Bd. 11916 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

französischen Offizier wieder zum Oberkommandierenden „Europa-Mitte“[9] zu machen.

Dieser Vorschlag sollte in geeigneter Weise an F herangetragen werden. Noch versuchen zwar einige französische Politiker, die Nicht-Rückkehr in die Integration als Tabu zu erhalten. Die gegenwärtige Debatte in F zeigt aber, daß die Unsinnigkeit dieses Tabus (gerade auch von den französischen Streitkräften selbst) mehr und mehr erkannt wird.

v. Arnim

VS-Bd. 11916 (209)

212

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-700 VS-NfD **15. Juli 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in der SU vom 6. bis 11.7.1987[4];
hier: Bewertung[5]

I. BM und AM Schewardnadse haben am 8.7. in ihrem zweiten Gespräch eine positive Bilanz des Besuchs gezogen. Sie haben sich auf das Fazit verständigt, das Ergebnis sei die Entschlossenheit beider Seiten, eine kardinale Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu erreichen. Der Herr Bundespräsident hat am 11.7. vor der Presse in Nowosibirsk unmittelbar vor dem Rückflug erklärt, der Staatsbesuch sei ermutigend verlaufen, wir seien ein gutes Stück vorangekommen.[6] Während bislang hochrangige offizielle Kommentierungen auf sowjetischer

9 Der Posten des Commander-in-Chief der Allied Forces Central Europe (AFCENT) wurde bis zum Ausscheiden Frankreichs aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO 1966 von einem Angehörigen der französischen Streitkräfte besetzt, seither von einem Vertreter der Bundeswehr.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 15. Juli 1987 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 14. August 1987 vorgelegen, der den „R[ücklauf] v[on] BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 17. August 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 18. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Heyken am 1. September 1987 erneut vorgelegen.

4 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204 und Dok. 206.

5 Zur Bewertung des Besuchs durch die politische Führung der UdSSR vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 17.

6 Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, teilte am 20. August 1987 mit, die Botschaft verfüge über keine Aufzeichnung des Pressegesprächs in Nowosibirsk, „da Begleitung dorthin lediglich durch Botschafter Meyer-Landrut und Protokollreferenten erfolgte. Bei Pressekonferenz waren jedoch Vertreter Ref[erat] 013, BPA und Pressesprecher des Herrn Bundespräsidenten anwesend“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2687; Referat 213, Bd. 147122.

Seite ausgeblieben sind, hat Prawda am 11.7. ein insgesamt positives Gesamtbild des Staatsbesuchs gezeichnet[7] und diese Linie am 12.7. fortgeführt (beide Länder könnten „Partner" bei Bau des gemeinsamen europäischen Hauses[8] sein).[9]

Im folgenden gilt es, Verlauf und Ergebnisse des Staatsbesuchs im einzelnen zu untersuchen.

II. Eine der Kernaussagen Gorbatschows war seine Feststellung, daß die sowjetische Führung es für notwendig erachte, die Beziehungen zu uns zu überdenken. Er sagte ferner, die SU wolle die Beziehungen zu uns auf ein „neues, normales Niveau anheben". Daraus ist zu schließen, daß die SU in ein engeres Verhältnis mit uns eintreten will, sich aber über den Weg im einzelnen noch nicht im klaren ist.

Aus dieser Ungewißheit resultieren so manche Zwiespältigkeiten und Widersprüche, die bei dem Besuch zutage getreten sind. Vielleicht sind drei Gründe hierfür maßgebend: Zum einen wirken Belastungen und Vorbehalte aus der Vergangenheit immer noch auf die Politik ein. Zum anderen hat die sowjetische Führung möglicherweise Schwierigkeiten, unsere Haltung klar zu erkennen (z. B. in der Diskussion der deutschen Frage in den letzten Monaten). Schließlich könnten Meinungsunterschiede in der Führung selbst die Orientierung erschweren. Es lag ja ein strukturelles Problem der Reise darin, daß der Gastgeber[10] der alten Garde angehört, aber über Jahrzehnte die Politik uns gegenüber mitgestaltete, während der Erste Mann, der Vertreter einer modernen Politik, diesem Umstand anscheinend Rechnung zu tragen hatte. Dies zeigt sich nicht nur bei der Zensur der Rede und der anschließenden Selbstkorrektur.[11] Die Wiedergabe der Ausführungen Gorbatschows gegenüber dem Bundespräsidenten durch TASS, in der kritische Passagen ziemlich ungeschminkt, aber kräftige

7 Vgl. den Artikel „Gotovnost' sotrudničat'" („Bereitschaft zur Zusammenarbeit"); PRAVDA vom 11. Juli 1987, S. 5.
Botschaftsrat Neubert, Moskau, berichtete am 11. Juli 1987: „Prawda bringt auf außenpolit[ischer] Seite (S. 5) ausführliche dreispaltige Wiedergabe der Erklärungen von BK und BM zum Staatsbesuch, in der dieser positiv gewürdigt und Bereitschaft der Bundesregierung zu Zusammenarbeit und politischem Dialog mit der SU deutlich herausgestellt wird. Das positive Gesamtbild, das dem sowj[etischen] Leser durch diese ausführliche Wiedergabe vermittelt wird, wird auch bezüglich der Pershing-I-Frage nur in der vorsichtigen Formulierung ergänzt, ‚es sei deutlich geworden, daß Bonn weiterhin die P I a nicht in den Abrüstungsprozeß einzuschließen wünscht'. […] Damit versieht die Parteizeitung den Staatsbesuch autoritativ und breitenwirksam (Auflage ca. 19 Mio. Ex[emplare]) mit dem Siegel des ‚Positiven' und gibt gleichzeitig der Partei eine Sprachregelung, wie die Beziehungen zu sehen sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2246; Referat 213, Bd. 147122.

8 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus" sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

9 Vgl. den Artikel „Meždunarodnoe obozrenie. Obščij dom" („Internationaler Überblick. Das Gemeinsame Haus"); PRAVDA vom 12. Juli 1987, S. 4.
Botschaftsrat Neubert, Moskau, berichtete am 12. Juli 1987: „Prawda befaßt sich ausführlich mit dem Besuch in der üblichen kommentierenden Wochenübersicht zur Außenpolitik: Text wird unter den Titel ‚Gemeinsames Haus' und in Zusammenhang mit MP Ryschkows Besuch in Wien gestellt – in beiden Fällen sei ‚Konzeption eines gemeinsamen europäischen Hauses' Thema der Gespräche gewesen. […] An Gewichtung der Themen in der Prawda-Zusammenfassung fällt auf, daß Pershing-Frage angesprochen, aber nicht im Detail ausgewälzt wird, während den angebl[ichen] ‚Stimmen vom Rhein' zu Ostverträgen und Politik, einschließlich Berlin, mehr Raum und eine unübersehbar kritische Aufmerksamkeit gewidmet wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2247; Referat 213, Bd. 147122.

10 Andrej Andrejewitsch Gromyko.

11 Zur gekürzten Wiedergabe der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. Juli 1987 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" vgl. Dok. 203, Anm. 13.

positive Erklärungen weitaus blasser referiert wurden[12], könnte auf Rücksichtnahme Gorbatschows auf eine konservative Strömung hindeuten.

Das auf sowjetischer Seite unübersehbare Element der Ambivalenz darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß die SU zu uns „gute Beziehungen" (Gorbatschow) wünscht und sich anschickt, dies in praktische Politik umzusetzen.

III. Den Mittelpunkt bildeten Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen.

1) Gorbatschow begann unerfreulich. Er zog eine im Ganzen negative Bilanz des zurückliegenden Jahres. Er war fordernd, mahnend: Die Führung (unseres Landes) strengt sich anscheinend nicht an. Aber dann erhielt das Gespräch eine mehr positive Tendenz, die in kräftigen Formulierungen zum Ausdruck kam, allerdings gelegentlich doch von einer gewissen Großmachtattitüde durchsetzt war.

Gorbatschow kennzeichnete die Bedeutung der BR Deutschland in Europa und ihrer Möglichkeiten zur Beeinflussung der europäischen Verhältnisse. Zwei so große und solide Staaten müßten gute Beziehungen miteinander haben.

Wichtig war vor allem die Erklärung, daß die SU „auch" – also offenbar im Zuge einer generell kooperativen Außenpolitik – die Beziehungen zu uns auf ein „neues, normales Niveau" anheben wolle. Er wiederholte diese Bereitschaft mehrmals. Er stellte allerdings, Zweifel ausdrückend, zweimal die Frage, ob man schon seriöse Beziehungen miteinander haben könne oder noch warten müsse, um beide Male hinzuzufügen: Wenn wir nicht wollten, würde die SU warten (sie habe es nicht eilig). Ungewißheit schwang auch in der Befürchtung mit, daß die Bonner Politik zu stark auf Einzelgeschehnisse und zufällige Ereignisse reagiere.

2) Gorbatschow sprach sich für einen „seriösen, ständigen politischen Dialog" über alle Fragen aus, ebenso für die Weiterentwicklung in Wirtschaft, Wissenschaft, Jugend, Sport, Kultur und auf humanitärem Gebiet. An anderer Stelle erklärte er sich zu „weitgehendem Austausch ohne Behinderungen, aber auch ohne Einmischung in innere Angelegenheiten" bereit. Alle diese Fragen der bilateralen Zusammenarbeit wurden in der Vollsitzung beider Delegationen unter Einbeziehung der meisten Sondergäste detailliert erörtert. Dabei bediente sich Gromyko eines dialektischen Ansatzes, indem er wohlwollende Erklärungen und werbende Aussagen durch Vorbehalte und z. T. mit Vorwürfen einschränkte. Alles in allem scheint aber doch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch auf sowjetischer Seite gewachsen zu sein, und zwar nicht nur in den für Moskau traditionell interessanten Feldern Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch in Kultur, Umwelt usw. Dies sind ermutigende Ansätze, um eine der Hauptthesen des Bundespräsidenten, daß Sicherheit nicht nur durch Waffen, sondern angesichts der Interdependenz durch Vertrauensbildung hergestellt werden muß, stärker als bisher in praktische Politik umzusetzen. Allerdings ist wegen des Hinweises von Gorbatschow auf das Einmischungsverbot vor Euphorie zu warnen.

3) Ein wichtiges Ergebnis der Reise ist der Wille beider Seiten zur Fortsetzung des hochrangigen Besuchsaustausches. Zunächst kommt Schewardnadse im

12 Vgl. den aus einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS bestehenden Artikel „Treffen Michail Gorbatschows mit Richard von Weizsäcker"; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Juli 1987, S. 5.

Herbst nach Bonn (Einzelheiten werden bei der üblichen AM-Begegnung in New York besprochen).[13] Ferner ist ein Treffen zwischen dem Bundeskanzler und Gorbatschow nahegerückt. Schewardnadse erklärte, die prinzipielle Entscheidung sei getroffen, offen sei nur der Ort. Gorbatschow bat um „herzlichen Gruß" an den Bundeskanzler und meinte, daß über die Herstellung von Stabilität (ein in den Gesprächen von beiden Seiten häufig gebrauchter Begriff) gesprochen werden könne, wenn er in der BR Deutschland oder der Bundeskanzler in Moskau sei.

IV. 1) Die deutsche Frage nahm in den Gesprächen ungewöhnlich breiten Raum ein. Sie war der am meisten kontroverse Punkt. Ihre offensive Behandlung durch Gorbatschow und – durch Einsichtige erwartete – Zurückweisung durch ihn beeinflußte nicht unerheblich die Bewertung des Besuchsergebnisses durch die deutschen Medien.

2) Gorbatschow beschwerte sich über das vermeintlich widersprüchliche Verhalten, das im Bekenntnis zum Moskauer Vertrag[14] einerseits, im Offenhalten der deutschen Frage andererseits liege. Er betonte die Zugehörigkeit beider deutschen Staaten zu verschiedenen Systemen, wies auf die Nachbarn hin und warnte davor, einen anderen Weg einzuschlagen, das sei „sehr gefährlich". Die Realitäten seien in den Ostverträgen[15] und in der Schlußakte von Helsinki[16] anerkannt worden; nur auf ihrer Basis sei aktive Zusammenarbeit möglich. Zugleich räumte er ein, daß über die Zukunft die Geschichte urteilen werde. Er griff damit unseren Gedanken auf, ohne jedoch die von uns gewünschte Vorstellung vom Laufe der Geschichte zu übernehmen.

Der Bundespräsident betonte, daß die Geschichte der Deutschen nie den Deutschen allein gehört habe. Wir seien uns der politischen Architektur in den europäischen Beziehungen bewußt. Voraussetzung hierfür sei Klarheit und Offenheit. Wir wollten keine Grenzen verändern, aber ihnen den trennenden Charakter nehmen.

Die zweimalige Erwähnung Rapallos[17] in historischen Rückblicken durch Gromyko und Jakowlew[18] wurde von uns überspielt. Im übrigen nannte Gromyko

13 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. September 1987 in New York vgl. Dok. 268.
Der Besuch Schewardnadses in der Bundesrepublik fand erst vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

15 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

16 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

17 Für den Wortlaut des Vertrags vom 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Vertrag von Rapallo) vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

18 Durchgängig korrigiert aus: „Jakowljew".
Am Rande des Besuchs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. bis 11. Juli 1987 in der UdSSR führte Bundesminister Genscher am 7. Juli 1987 in Moskau ein Gespräch mit dem Mitglied

den Moskauer Vertrag wertvoller als manchen Friedensvertrag, er „lebt". Wer „leichtfertig" an die Frage herangehe, habe „keine Ahnung von Politik oder böse Absichten". Die SU wolle gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland wie auch Frieden in Europa. Er erklärte, er hätte diesen Punkt ohne diesbezügliche Stimmen bei uns wohl nicht berührt.

3) Letztere Bemerkung ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß das Aufgreifen des Themas durch die Gastgeber eine Reaktion auf die Diskussion bei uns in den letzten Monaten darstellte: auf die Aufforderung an den Bundespräsidenten, die Wiedervereinigung in Moskau zur Sprache zu bringen[19], auf Spekulationen über das Ausspielen der deutschen Karte[20], aber auch auf Ratschläge zur Aufgabe des Wiedervereinigungsanspruches, z. B. in der „Zeit"[21]: Den einen sollte eine Lektion erteilt, die anderen sollten ermuntert werden. Gorbatschow machte klar, daß auch im Zuge des „Neuen Denkens" bezüglich Wiedervereinigung keine Änderung erwartet werden darf. Dies geschah eindeutig und ohne taktische Winkelzüge. Den von Portugalow im Februar d. J. behandelten Nation-Aspekt[22] ließ

Fortsetzung Fußnote von Seite 1058

des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew. Im Zentrum standen die bilateralen Beziehungen und die Reformpolitik in der UdSSR. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Moskau, berichtete am 9. Juli 1987, Jakowlew habe u. a. einen historischen Rückblick gegeben: „Erster Weltkrieg, aber danach Rapallo und längere Periode der Zusammenarbeit, Tragödie des Zweiten Weltkrieges, aber danach bis heute keine längere Strecke der Zusammenarbeit. Heute könnten wir wenigsten mit Befriedigung feststellen, daß Krieg undenkbar geworden sei. BM erwiderte, jede Zeit habe ihre Verträge. Jetzt gelte der Moskauer Vertrag, der Perspektive eröffne, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2216; Referat 213, Bd. 147123.

19 Die Nachrichtenagentur AP meldete am 12. Mai 1987: „Der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernhard Friedmann hat am Dienstag an Bundespräsident Richard von Weizsäcker appelliert, bei seinem bevorstehenden Besuch in der Sowjetunion Parteichef Michail Gorbatschow auf das Thema Wiedervereinigung anzusprechen. […] Die derzeitige Diskussion über Abrüstung von Atomraketen sei dafür eine hervorragende Gelegenheit." Vgl. Referat 210, Bd. 145174.
Vgl. ferner das Schreiben Friedmanns an Weizsäcker vom 13. Mai 1987; Referat 210, Bd. 145174.

20 In einer Aufzeichnung für Bundesminister Genscher legten die Ministerialdirektoren Seitz und Freiherr von Richthofen am 21. Mai 1987 zu „Spekulationen außerhalb der Bundesregierung, daß die sowjetische Führung gegenüber Bundespräsident von Weizsäcker bei seinem bevorstehenden Besuch in der Sowjetunion ‚die deutsche Frage' ansprechen will", dar, diese Vermutungen stünden im Zusammenhang mit „Gerüchten, daß die SU bereit sein könnte, ihre Haltung zur deutschen Frage zu verändern. Die Hauptquelle dieser Gerüchte ist möglicherweise, daß die sowjetische Seite (Falin) für ein seit längerem anhängiges Interview GS Gorbatschows mit dem Spiegel […] eine Frage zur ‚deutschen Frage' bestellt hat." Allerdings lasse eine nähere Analyse „keine Bereitschaft der SU erkennen, sich substantiell in der deutschen Frage zu bewegen". Vgl. Referat 213, Bd. 143531.

21 Vgl. die Leitartikel der Herausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit", Gräfin Dönhoff, „Mauer und Einheit: Zeit zum Umdenken"; DIE ZEIT vom 24. April 1987, S. 1, und des Chefredakteurs der Zeitung, Sommer, „Hausieren mit einem alten Hut"; DIE ZEIT vom 29. Mai 1987, S. 1; „Die Einheit gegen Freiheit tauschen"; DIE ZEIT vom 26. Juni 1987, S. 1.

22 Für den Artikel von Nikolaj Portugalow, „Die BRD nach den Wahlen. Notizen eines Beobachters" vgl. die Fernkopie des Vortragenden Legationsrats Weiß vom 24. Februar 1987; Referat 210, Bd. 145174.
Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte am 25. Februar 1987 dar, die UdSSR habe mit dem Artikel des Mitarbeiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU ihre deutschlandpolitischen Positionen wie folgt umrissen: „Die Deutschen fühlen sich als eine Nation. Das Leben der Deutschen als Nation kann sich nur im Rahmen zweier unabhängiger und souveräner Staaten mit unterschiedlichen Systemen vollziehen. Beide Staaten sollten sich um gutnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit bemühen. Dies setzt zugleich auch gute Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion voraus. Eine Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Ziel der Beseitigung der DDR und der Konfrontation mit dem Osten wird abgelehnt." Richthofen analysierte: „Der Moskauer Hinweis darauf, daß sich die Deutschen weiterhin als ein und derselben Nation zugehörig fühlen, steht im Widerspruch zur Honecker-Linie der siebziger Jahre (in der DDR hat sich ‚eine sozialistische Nation entwickelt'), die aber in den achtziger Jahren wieder in der Versenkung verschwand." Insofern lasse der Artikel den Schluß zu, „daß Moskau bereit ist, den Spielraum

Gorbatschow unberührt. Bemerkenswert ist, daß die TASS-Mitteilung das Thema zweimal anschnitt: einmal als Antwort auf unsere innenpolitische Debatte, zum anderen – sachlicher – als Entgegnung auf die Darlegungen des Bundespräsidenten. TASS zielte natürlich noch auf andere Adressaten (DDR, Polen usw.), die zu beruhigen ratsam schien. So betroffen die schroffe sowjetische Klarstellung machen konnte, die in einem starken Kontrast zur umsichtigen öffentlichen und internen Behandlung der Frage durch den Bundespräsidenten stand – den Vorzug hatte sie immerhin, daß sie weiteren Spekulationen darüber, die SU werde in nächster Zeit die deutsche Karte ausspielen, den Boden entzieht.

V. 1) Vielleicht lag es an der großen Offenheit der Gespräche (auf allen Ebenen: Gorbatschow, Gromyko, Schewardnadse, Jakowlew), an dem spezifischen Charakter dieses Staatsbesuchs oder an den allgemeinen Umständen: Jedenfalls wurde die besondere Empfindlichkeit im bilateralen Verhältnis zum Thema gemacht. Sie betraf zunächst die Kriegsvergangenheit. Gorbatschow hatte schon im Juli 1986 dem Bundesminister erklärt, die Kriegsopfer gäben der SU das Recht, uns Fragen zu stellen.[23] Auch jetzt erinnerte er gleich zur Gesprächseröffnung an 1941. Die Übergabe der „Kriegsverbrecherliste" an den Bundespräsidenten durch Gromyko stellte denn auch einen ausgesprochen schrillen Ausdruck des sowjetischen Vergangenheitsbezugs dar.[24] Dieser verquickte sich zugleich mit gesteigerter Empfindlichkeit bezüglich des sowjetischen „Images" in der BR Deutschland. Gorbatschow sprach von der Notwendigkeit des Abbaus von Komplexen, z. B. des Feindbildes in bezug auf die SU. Schewardnadse erklärte, die Lehre, die aus der Vergangenheit zu ziehen sei, bedeute, daß wir in öffentlichen Äußerungen behutsam sein müßten. Auf sowjetischer Seite lese man alles, was führende Politiker bei uns sagten und schrieben. Jakowlew stellte fest, daß beide Seiten im Verhältnis zueinander sensibel seien. Obwohl 40 Jahre eine lange Frist darstellten, sei die Erinnerung nachhaltig und zäh; es sei viel Fingerspitzengefühl im Umgang miteinander erforderlich.

2) Andererseits deutet alles darauf hin, daß sowjetische Führung und Öffentlichkeit anerkannt haben, mit welcher Würde sich der Bundespräsident der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1059

der DDR gegenüber der Bundesrepublik vorläufig wieder auf den Stand zu erweitern, den er vor der Nachrüstung bis 1984 hatte". Vgl. Referat 210, Bd. 145174.

23 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. AAPD 1986, II, Dok. 209.

24 Am 8. Juli 1987 führte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in Moskau ein zweites Gespräch mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Gromyko, in größerem Kreis. Gesandter Arnot, Moskau, teilte dazu am 10. Juli 1987 mit, das Gespräch sei „ganz überwiegend bilateralen Fragen gewidmet" gewesen. Erörtert worden seien u. a. der Stand und die Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen, ein vermehrter Erfahrungsaustausch von Wissenschaftlern, Führungskräften und Kulturschaffenden, die Zusammenarbeit der Rot-Kreuz-Gesellschaften und Fragen der Ausreise aus der UdSSR. Zu diesem Punkt habe Gromyko erklärt: „Die sowjet[ische] Seite habe auch Ansprüche. Bei uns seien noch viele Kriegsverbrecher, die nicht ausgeliefert würden. Wir hielten sie zurück. Er wolle betonen, es seien schwere Kriegsverbrecher. Die sowjet. Seite wolle Fragen stellen, er übergebe eine Liste von ‚Härtefällen'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2237/2238; Referat 213, Bd. 147123. Botschaftsrat Schrömbgens, Moskau, teilte am selben Tag mit, die „Kriegsverbrecherliste" enthalte 16 Namen: „Alle sollen nach Angaben der Liste in der BR Deutschland leben, teilweise mit genau angegebenen Adressen. Bei jedem Namen wird kurz aufgeführt, welcher Verbrechen er beschuldigt wird. Mehrere Personen auf der Liste waren in der Polizei, einer im ‚S[icherheits]D[ienst]', einer als ‚Gebietskommissar'. Ihnen werden Erschießungen und Massenvernichtungen friedlicher Sowjetbürger, darunter sowjetischer Juden, Zigeuner, Kinder, Frauen und alter Menschen, vorgeworfen. Bei allen seien schon vor vielen Jahren ‚Materialien über die Untaten' an die ‚BRD' übergeben worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2230 vom 10. Juli 1987; Referat 213, Bd. 147123.

Vergangenheit gestellt hat. Seine Reden im Kreml und in Leningrad[25] wie auch der Besuch Leningrads selbst – vorher hatte kein Bundespräsident und kein Bundeskanzler der im Zweiten Weltkrieg so schwer geprüften Stadt seine Referenz erwiesen – dürften als ein Beitrag zur Überwindung der Kriegsvergangenheit empfunden worden sein, der für die Zukunft fortwirken wird. Wichtig ist, daß dies offenbar auch in der deutschen Öffentlichkeit so verstanden wurde.

3) Ein ranghoher sowjetischer Vertreter sagte dem Bundespräsidenten, der Besuch habe die heilsame Wirkung gehabt, auf beiden Seiten den Sinn für die Probleme zu schärfen. Hier liegt eine der positiven Erfahrungen des Besuchs, nämlich der sowjetischen Seite vor Augen geführt zu haben, daß es auch auf unserer Seite Realitäten gibt, die berücksichtigt werden müssen. In dem Maße, wie dies gelungen ist, wird es in Zukunft leichter sein, sorgsam miteinander umzugehen und sich nicht – wie der Bundespräsident vor der Presse sagte – gegenseitig zu reizen. Die Wirkung der Auftritte des Herrn Bundespräsidenten auf die Gefühlslage der Gastgeber war zwar nicht meßbar, aber sie war zweifellos gegeben.

VI. 1) Viel Aufmerksamkeit fand das Thema Familienzusammenführung und Lage der deutschen Minderheit. Der Bundespräsident unterstrich die Anteilnahme unseres Landes durch Wort und Tat: in seiner Rede im Kreml und in Nowosibirsk[26] sowie in den Gesprächen mit Gorbatschow (dabei Übergabe einer umfangreichen Akte mit Härtefällen[27]) und Gromyko. Er wurde durch den Bundesminister unterstützt, der mit Schewardnadse eingehend über kulturelle Identität und die Frage der territorialen Autonomie sprach. Schewardnadse wies darauf hin, daß die SU in der Nationalitätenpolitik stets empfindlich sei. Zugleich versicherte er, daß an der Frage der Erhaltung der nationalen Identität viel gearbeitet werde. Im Delegationsgespräch gab der DRK-Präsident, Prinz Sayn-Wittgenstein, eine verbindlich-nüchterne Sachdarstellung[28], die Gromyko mit der Übergabe der „Kriegsverbrecherliste", allerdings ohne ausdrückliches Petitum, konterte, gleichwohl die Beibehaltung der Ausreisezahlen in Aussicht

25 Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 9. Juli 1987 in Leningrad vgl. BULLETIN 1987, S. 630 f.

26 Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 10. Juli 1987 in Nowosibirsk vgl. BULLETIN 1987, S. 631 f.

27 Zur Übergabe der Härtefall-Liste vgl. Dok. 206, Anm. 23.

28 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 10. Juli 1987, der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Prinz zu Sayn-Wittgenstein, habe im Delegationsgespräch am 8. Juli 1987 in Moskau erklärt, „dem DRK sei nach wie vor eine große Anzahl aktueller Ausreisewünsche von Sowjetbürgern deutscher Nationalität bekannt, die jederzeit mit Namen und Wohnort nachgewiesen werden könne. Bei 90 v. H. der Fälle handelt es sich um Familienzusammenführungen von Verwandten, die den Kriterien des Beschlusses des Ministerrates der SU von 1987 entsprechen. Mit großer Genugtuung habe das DRK festgestellt, daß in der ersten Jahreshälfte 1987 3840 Menschen die SU verlassen und mit ihren Familien vereint werden konnten. Mit Dank habe man auch zur Kenntnis genommen, daß das Antragsverfahren nicht mehr den Erschwernissen unterworfen werde, die in der Vergangenheit zu großen Belastungen der Antragssteller geführt hätten. […] Dankbar sei das DRK der sowjet[ischen] Schwesterorganisation auch für Bearbeitung von mehr als 400 000 Suchanträgen während der letzten zwei Jahrzehnte. Dabei hätten rd. 70 000 Einzelschicksale geklärt werden können. Nach dem bisherigen Verfahren werde es noch Jahrzehnte dauern, um alle Auskunftsanträge bearbeiten zu können. Großen Durchbruch würde es darstellen, wenn dem DRK – in welcher Form auch immer – Zugang zu zentralen Karteien und Archiven eröffnet werden könne. Die Anwendung moderner technischer Methoden könnte dazu beitragen, in absehbarer Zeit viele Fälle zu klären." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2237/2238; Referat 213, Bd. 147123.

stellte. Gorbatschow bezog den humanitären Bereich in sein Angebot zur Zusammenarbeit ein.

Neu waren Begegnungen mit ausreisewilligen Deutschen in der Botschaft und mit Vertretern der deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinde in Nowosibirsk. Dies waren bemerkenswerte Fortschritte, um so mehr, als das Treffen in Nowosibirsk im Zusammenwirken mit den Sowjets vorbereitet werden konnte. (Überhaupt ist festzuhalten, daß die Gastgeber alle unsere Programmwünsche erfüllt haben.) Zu hoffen bleibt, daß diese Fürsorge dazu beiträgt, humanitäre Verbindungen zwischen unserer Öffentlichkeit und der deutschen Volksgruppe in der SU auszuweiten.

Allerdings müssen wir wissen, daß das Thema den Sowjets immer noch nicht willkommen ist. (Die gesamte entsprechende Passage in der Kreml-Rede des Bundespräsidenten fiel zunächst der Zensur zum Opfer.) Spektakuläre Aktionen wären schädlich.

2) Der Fall Rust[29] erwies sich als nicht sonderlich störend. Der Bundespräsident sprach ihn kurz an, Gorbatschow ging nicht darauf ein. Allerdings war in sowjetischen Kreisen ein dubioses Interesse daran zu registrieren, das Thema bei unseren Medien im Gespräch zu halten, wie Desinformationsversuche zeigten, an denen sich auch Falin beteiligte. Unsere Presse beherzigte im wesentlichen den vor Reiseantritt geäußerten Appell des Bundespräsidenten.

3) Erneut erregte sich Gorbatschow über die Deutsche Welle, die er als „Nest des Anti-Sowjetismus" bezeichnete. So wenig akzeptabel diese Polemik ist, schon gar im Hinblick auf Radio Moskau und den Sender für Frieden und Fortschritt, so deutlich wird doch, daß die Deutsche Welle ebenso wie BBC und VoA[30] Öffentlichkeitsarbeit in der SU betreiben könnte, würde sie ihre Programmpolitik der jener Sender angleichen.

VII. 1) Im engen Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen stand die Frage nach der Zukunft Europas. Dies war ein Leitthema in den Reden und den Darlegungen des Bundespräsidenten. Jedoch blieben die sowjetischen Antworten insgesamt vage. Ein sowjetischer Plan für das „gemeinsame europäische Haus" wurde nicht erkennbar. Gorbatschow traf die Feststellung, daß die SU bei diesem Begriff an die Integrationsprozesse in West und Ost, aber auch an übergreifende Prozesse denke. Für den europäischen Aufbau sei eine umfangreiche Kooperation zwischen unseren beiden Ländern erforderlich.

2) Fragen der Sicherheitspolitik nahmen im ersten Gespräch mit Gromyko breiten Raum ein, die Diskussion blieb allgemein. Tags darauf entspann sich zwischen dem Bundesminister und Schewardnadse eine ernste Debatte über PIa, in der Schewardnadse der Bundesregierung die Verantwortung dafür zuzuschieben versuchte, falls es nicht zu einem INF-Vertrag kommen werde. (Gromyko wurde in dieser Hinsicht noch deutlicher.) Der Versuch dürfte in erster Linie taktisch bedingt sein. Moskau will sich möglicherweise die Option freihalten, uns für den Fall, daß ein INF-Abkommen scheitert, die Schuld zuzuschieben. Auffällig ist ferner, daß Schewardnadse an keiner Stelle eine Bestätigung dafür lieferte, daß die SU zu einer globalen Null-Lösung im Mittelstreckenbereich bereit sei.

29 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.
30 Voice of America.

3) Für die Erörterung der sowjetischen Innenpolitik blieb in den offiziellen Gesprächen kaum Zeit. Allerdings sprach Jakowlew interessant und engagiert über den Veränderungsprozeß. („Bei aller Hochachtung gegenüber den Klassikern kann es nur noch ein Dogma geben: die Entwicklung.“) Dennoch hatte der Bundespräsident auch außerhalb der amtlichen Begegnungen Gelegenheit, sowohl sich zu informieren wie auch unsere Unterstützung für den Reformkurs und für weitergehende Veränderungen zu bekunden: durch ein Gespräch mit vier Wirtschaftswissenschaftlern[31], mit ca. 20 kritisch-progressiven Intellektuellen[32], durch 1 1/2-stündige Begegnung mit Professor Sacharow[33] sowie durch eine Fernsehdiskussion mit 20 sowjetischen Studenten (wurde in beiden Ländern gesendet). Schließlich gehört ein Gespräch mit der orthodoxen Kirche in diesen Rahmen. Zum Bankett im Kreml kamen insgesamt sieben Mitglieder des 14-köpfigen Politbüros (sowie Politbürokandidat Demitschew), darunter die drei jüngst ins Politbüro gewählten und Gorbatschow zuzurechnenden ZK-Sekretäre. Auch das war eine willkommene Geste.

VIII.[34] Eine Vorlage über die aus dem Staatsbesuch zu ziehenden Schlußfolgerungen für die weitere Zusammenarbeit wird weisungsgemäß bis Ende der Woche vorgelegt werden.[35]

Richthofen

Referat 213, Bd. 147123

31 Zum Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern am 7. Juli 1987 vgl. den Drahtbericht Nr. 2208 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 8. Juli 1987; Referat 213, Bd. 147123.

32 Gesandter Arnot, Moskau, übermittelte am 21. Juli 1987 die Liste der sowjetischen Teilnehmer des Mittagessens des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 8. Juli 1987 in der Residenz des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, mit „Künstlern und Intellektuellen“. Dazu teilte er mit: „Während des Essens wurden der Natur des Gesprächs entsprechend keine Notizen gemacht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2334; Referat 213, Bd. 147123.

33 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundesminister Genscher führten am 8. Juli 1987 in der Residenz des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, ein Gespräch mit dem sowjetischen Atomphysiker und Dissidenten Sacharow und dessen Ehefrau Bonner. Meyer-Landrut berichtete am 9. Juli 1987, Sacharow habe erklärt, „Gorbatschows Politik sei nicht ‚kosmetisch‘, um den Westen zu täuschen, sondern durch die innere Lage der SU bedingt. Sein Scheitern wäre eine Katastrophe, weil dadurch Militarisierung und Aggressivität gefördert würden. Ein Erfolg Gorbatschows würde zu friedlicherer und besserer Nachbarschaft führen.“ Erörtert worden seien Abrüstungsfragen, insbesondere SDI, aber auch die Themen „Gewissenstäter, Emigration, Afghanistan“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2227; Referat 213, Bd. 147123.

34 Korrigiert aus: „VII.“

35 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte am 17. Juli 1987 eine „Punktation über die Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen“ vor. Darin wurde konstatiert, „daß eine vertiefte, langfristig auch unsere Erwartungen befriedigende Zusammenarbeit den Einsatz erheblicher zusätzlicher Mittel und auch personeller Ressourcen erfordert und daß wir auf die aktive Mitwirkung anderer Ressorts angewiesen sind. Bei der Verwirklichung der einzelnen Projekte wird darauf zu achten sein, wie die anderen WP-Staaten die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit beurteilen.“ Auch Frankreich, Großbritannien und die USA würden ihre Beziehungen zur UdSSR ausbauen: „Bei den Regionalkonsultationen sind sie weiter als wir. Im Bereich der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit lagen wir wegen Fehlens der vertraglichen Grundlage z. B. hinter F bislang zurück.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147123.

213

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1756 **Aufgabe: 16. Juli 1987, 15.00 Uhr**[1]
Ankunft: 16. Juli 1987, 11.12 Uhr

Betr.: BK-Besuch in China, 12.–19.7.1987[2];
hier: Zweites Gespräch BK–MP Zhao Ziyang, zweiter Teil, im erweiterten Kreis, 9.30–12.00 Uhr

Bezug: DB 1741 vom 14.7.1987 – Prot 700.50/2-1[3]

1) Nach Vier-Augen-Gespräch zunächst Programmpunkt Unterzeichnung Großprojekte in Anwesenheit beider Regierungschefs, gesamter Wirtschaftsbegleitung (auch Sprecher Kaufmannschaft Peking, LH[4]) und Presse, nämlich

– eine Absichtserklärung der Fa. Siemens mit dem Ministerium für Elektronikindustrie über Zusammenarbeit in der Hochtechnologie,
– ein Vertrag der Fa. MBB über Zusammenarbeit bei Entwicklung eines Fernsehsatelliten und Lieferung wichtiger Komponenten hierzu,
– ein Vertrag der Fa. Orenstein & Koppel AG zur gemeinsamen Herstellung von hydraulischen Baggern, der auch die gemischte Besetzung der Fabrikleitung aus Chinesen und Deutschen vorsieht.

Sodann übergab BK dem MP offizielles Gastgeschenk in Form der Schenkungsurkunde.[5]

1 Das von Botschaftsrat I. Klasse Junker, Peking, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 16. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Siebeck verfügte.
Hat Siebeck vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 209 und Dok. 222.

3 Botschafter Hellbeck, Peking, gab einen Überblick über das zweite Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang im erweiterten Kreis am 14. Juli 1987. Wesentliche Ergebnisse seien eine Vereinbarung, „zur Förderung chin[esisch]-deutscher Gemeinschaftsunternehmen eine Arbeitsgruppe innerhalb der Gemischten Wirtschaftskommission einzusetzen. BK schlug vor, daß sich beide Regierungschefs jährlich einmal selbst der Sache annehmen, MP stimmte zu. […] Der MP bot eine Vorzugsbehandlung an, wonach deutsche Unternehmen bei Direktinvestitionen als erste so behandelt werden, daß sie ihre eigenen Managementmethoden einschließlich Einstellung, Lohnsystem und Entlassung von Personal einführen dürfen. Dies wurde von Wirtschaftsdelegation besonders begrüßt.“ Vgl. Referat 341, Bd. 142561.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel unterrichtete die Botschaft in Peking am 6. Juli 1987, die Lufthansa AG habe gebeten, ihren Repräsentanten in China, Hupe, an Gesprächen „zu luftfahrtpolitischen oder LH interessierenden Themen“ während des Besuchs von Bundeskanzler Kohl zu beteiligen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 630; Referat 341, Bd. 142561.

5 Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 15. Mai 1987, die chinesische Seite wünsche als besonderes Gastgeschenk „einen Tomographen zur Wirbelsäulendiagnostik. Wunsch soll mit Deng Pufang, Sohn Deng Xiaopings und Vorsitzender des China Welfare Fund for the Handicapped, persönlich abgesprochen worden sein“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1161; Referat 700, Bd. 152779.
Für die Schenkungsurkunde, mit der dem „Pekinger Rehabilitationszentrum zur Verbesserung der Diagnosemöglichkeiten für Behinderte“ ein Kernspintomograph übereignet wurde, nebst chinesischer Übersetzung vgl. Referat 700, Bd. 152779.

Während Orenstein & Koppel-Vertrag einige Tage vor BK-Besuch zeichnungsreif war, ist MBB-Vertrag erst unter dem Eindruck bevorstehenden BK-Besuchs in Tag- und Nachtarbeit zu Ende verhandelt worden. Dieser Vertrag bringt uns bei Satellitentechnologie den erhofften förmlichen Durchbruch.

Summe der Lieferaufträge bleibt bei 51,2 Mio. DM. Botschaft teilt Urteil des MBB-Geschäftsführers[6], daß wichtigerer Teil die Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Gesamtsystems ist; chinesische Seite hat Programmführung, ist aber auf Beistand MBB, BMFT unbedingt angewiesen.

Der „letter of intent" Siemens – Elektronik-Ministerium war buchstäblich bis fünf Minuten vor Zeichnung Gegenstand angespannter Verhandlungen. Chinesische Seite wollte sich nicht bereits in die Bindung dieser Rahmenvereinbarung begeben, bevor Detailverhandlung abgeschlossen war. Siemens machte beim Preis des Know-how-Pakets nochmals Zugeständnis und ließ sich nicht auf weitere Verwässerung ein, bis Vizeminister Elektronik sich schließlich an den Unterzeichnungstisch setzte.

2) In anschließendem Delegationsgespräch in großem Kreise zu Wirtschaftsthemen betonte BK zunächst, Ziel unserer Politik sei größere Zahl langfristiger Kooperationen; sie sei dann gesichert, wenn beide Seiten ihre Interessen gut aufgehoben fänden, und ruhe auf drei Säulen:

– allgemeine politische Zusammenarbeit,
– kulturelle Zusammenarbeit,
– schwerpunktmäßig mit Austausch Studenten, Praktikanten, Stipendiaten,
– wirtschaftliche Zusammenarbeit.

MP Zhao stimmte zu und bezeichnete – unter Verwendung der Formulierungen des BK – als Ziel seiner Regierung im Wirtschaftsbereich die Entwicklung langfristiger, umfassender und stabiler Zusammenarbeit mit uns. Chinas Richtlinie sei, Anteil Westeuropas an seinen Außenwirtschaftsbeziehungen zu steigern. D bleibe weiterhin wichtigster Partner in Westeuropa. Mit D wolle China nicht nur Zusammenarbeit in Wirtschaft und Technologie, sondern auch in Managementmethoden und Austausch von Fachkräften: „Schicken Sie uns bitte noch mehr Gerichs."[7]

a) Der MP bat, das chinesische Defizit im Warenverkehr „schrittweise abzubauen". Für deutsche Waren sei in China immer Absatzmarkt, solange China die

6 Sepp Hort.

7 Ingenieur Werner Gerich leitete von 1984 bis 1986 die Dieselmotorenfabrik im zentralchinesischen Wuhan. Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 3. Juli 1987: „Im Anschluß an meinen Antrittsbesuch (2. Juli) empfing MP Zhao Ziyang Herrn Gerich nach dessen erneutem zweimonatigen Wuhan-Aufenthalt (Vorlesezyklus im Management-Seminar) zu einem längeren Abschiedsgespräch. Er dankte Gerich für seinen Einsatz, teilte mit, der Druck der Werksberichte stehe kurz vor Abschluß, und befragte ihn nach seinen Empfehlungen für die Unternehmensreform. Gerichs Antworten, wie immer anschaulich und freimütig, kreisten um Qualitätsverbesserung, bessere Berufsbildung, Leistungsanreize im Lohnsystem, Verwertung von Metallschrott, Besteuerung und Sozialversicherung." Das Gespräch habe mit Zhao Ziyangs Feststellung geendet, „China habe durch Gerichs Beispiel erkannt, daß es noch mehr ausländische Fach- und Führungskräfte hereinnehmen müsse. Letztlich sei dies noch wichtiger als der Import von Kapital und Anlagen. Teils wolle er sie nach dem Beispiel Gerichs als Betriebsdirektoren wirken lassen, teils als Ausbilder und Berater." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1610; Referat 341, Bd. 142561.

Devisen verdiene, um sie zu bezahlen. Er bitte BK und deutsche Wirtschaft, China hier zu helfen

– einmal durch mehr Importe aus China,

– zum anderen bei Entwicklung Produkte, die im Weltmarkt absatzfähig seien.

b) Der MP bat die Unternehmen, sich noch mehr in China zu engagieren mit Investitionen und Joint-ventures. Sie sollten sehen, daß sich Investitionsklima in China ständig verbessere. „Warten Sie nicht, bis Chinas Markt voll besetzt ist." Wenn es noch Schwierigkeiten gebe, sollten sie offen ausgesprochen werden; seine Regierung werde sich dann darum kümmern.

Er schlug vor, eine Expertengruppe dafür einzusetzen, wie man deutsch-chinesische Joint-ventures fördern könne. Sie brauche nicht groß zu sein (10–20 Leute) und solle den Regierungen berichten.

BK erwiderte, er sei völlig einverstanden; die Expertengruppe solle in der schon vorhandenen Gemischten Wirtschaftskommission angesiedelt werden, und beide Regierungschefs sollten sich jährlich einmal um den Stand der Angelegenheit kümmern. MP Zhao erwiderte: „Ja, jährlich einmal die Regierungschefs."

3) Nach Aufbruch von BK zu Deng-Xiaoping-Gespräch[8] übernahm BM Klein Delegationsleitung; MP Zhao blieb am Tisch, flankiert von Staatsrat Zhang Jingfu und VPr[9] Lin Zongtang.

a) VPr Lin gab zuerst Erklärung chinesischer Regierung zu KWU ab.[10] 1985 hätten beide Seiten im Beisein BK/MP[11] Vereinbarung über KKW Sunan getroffen; China habe dann seine KKW-Politik geändert. Dann seien Vereinbarungen über weitere Zusammenarbeit mit KWU geschlossen worden. Diese blieben bestehen, und es solle jetzt möglichst schnell mit konkreten Projekten angefangen werden.

b) Zu Siemens-Projekt[12] bezog sich Lin auf soeben unterzeichnete Absichtserklärung zu digitaler Vermittlungstechnik und Halbleiter.

c) Zu Mannesmann-Projekt Röhrenwerk Tianjin (Herr Sieverding war anwesend) sagte er: In Baoshan gebe es noch einige Unzulänglichkeiten, deshalb wolle China mit Tianjin etwas warten.[13] MD[14] mache in Baoshan große Fortschritte, Stahlwerksleitung zeige in letzter Zeit Zufriedenheit; er hoffe, daß beide Seiten weiter Fortschritte machten, damit Zuversicht erhöht werde. Stahlwerk Tianjin sei

8 Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 15. Juli 1987, im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am Vortag habe das Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, vertraulich mitgeteilt, „auf dem Parteitag im Oktober werde Zhao Ziyang endgültig zum Generalsekretär der Partei gewählt werden". Laut Mitteilung von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, z. Z. Peking, habe Deng eine Verjüngung der politischen Führung der Volksrepublik China angekündigt und „den Bürokratismus als eines der Hindernisse gegeißelt, die die Reformen zu überwinden hätten. Als Beispiel habe er die Schwierigkeiten genannt, die sich bei dem Vorhaben der Errichtung eines Goethe-Instituts ergeben hätten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1742; VS-Bd. 13670 (341); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Vizepräsident.

10 Zur Tätigkeit der KWU in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 8.

11 Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 152 und Dok. 154.

12 Zur Tätigkeit von Siemens in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 11.

13 Zur Tätigkeit von Mannesmann Demag in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 12 und 13.

14 Mannesmann Demag.

lokales Projekt, auch Finanzierung und Wirtschaftlichkeitsbewertung liegen bei der Stadt. Wenn Tianjin zu positiver Entscheidung komme, habe Staatsrat nichts dagegen. Der MP ergänzte: Der Staatsrat habe getan, was er sollte, und Entscheidungsbefugnisse an Tianjin abgegeben, vorwiegend wegen der Finanzierung.

d) Zum LKW-Projekt Daimler-Benz sagte Lin, das Projekt laufe gut und könne fortgesetzt werden.

e) Zu den LH-Projekten gab MP das Wort an Staatsrat Zhang. Dieser sagte, LH sei sehr engagiert für das Luftwerft-Joint-venture. Dessen Umfang sei begrenzt, da Ersatzteile nicht zum Geschäftsumfang des J.v.[15] gehörten. Das Projekt könne fortgesetzt werden.[16]

f) Zu MBB-Projekten führte der MP aus, der Satelliten-Vertrag sei soeben gezeichnet; Raumfahrt-Ministerium sei jetzt sehr interessiert, in Zusammenarbeit mit Deutschland Satelliten in den Weltraum zu schießen.

4) BM Klein erteilte dann Wirtschaftsvertretern das Wort (nachstehende Zusammenfassung ohne Anspruch auf Vollständigkeit, da sie selbst ausführliche Niederschriften haben und auch Ost-Ausschuß-Geschäftsführung anwesend war).

a) KWU-Projekte

Herr Frewer dankte für Lins Zusage für KKW Qinshan 2 und 3; Kompensationsgespräche seien in fortgeschrittenem Zustand und kein Anlaß zur Sorge mehr. MP bezog sich an dieser Stelle auf Aussagen, die er zuvor im Vier-Augen-Gespräch mit BK (hierüber kein DB) zum Kompensationsgeschäft gemacht habe. Er habe verstanden, daß Lieferung abgebrannter Brennelemente und Atommülls zeitlich an Fortschritt des KKW-Projekts von KWU gekoppelt bleiben müsse, da sonst problematisch. StS von Würzen bemerkte, daß das Kompensationsgeschäft, so wie es jetzt in Diskussion sei, von der Bundesregierung gestützt werde.[17]

b) Siemens-Projekte

Herr Neglein legte dar, sie umfaßten den kompletten Zyklus von Entwicklung, Technologietransfer, Fertigung, Ausbildung und würden untermauert von Siemens-Ausbildungszentrum Peking für jährlich 500 bis 700 chinesische Ingenieure

15 Joint-venture.

16 Zum „Beijing Lufthansa Centre“ vgl. Dok. 96, Anm. 15.
Am 15. Oktober 1987 wurde auf der chinesischen Luftfahrtmesse ein Vertrag zum Bau des Projektes unterzeichnet, das 1988 begonnen und 1991 fertiggestellt werden sollte. In der Presse hieß es: „Das Investitionsvolumen beträgt 420 Millionen Mark. Das Eigenkapital von 105 Millionen Mark wird von beiden Seiten zu fünfzig Prozent getragen – von deutscher Seite als Kapitalanlage, die Stadt Peking stellt das Grundstück zur Verfügung. Aus der Bundesrepublik sind die Unternehmen Lufthansa, Philipp Holzmann, Bilfinger und Berger mit jeweils 27 Prozent beteiligt. Zu dem ‚Centre‘ im Nordosten der Stadt werden 600 Hotelzimmer, Apartments, Büros, Konferenzräume und Läden gehören.“ Vgl. den Artikel „Deutsch-chinesische Wirtschaftsprojekte“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Oktober 1987, S. 1.

17 Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 30. Juli 1987 über eine Ressortbesprechung mit Vertretern der Energiewirtschaft am Vortag: „KWU bestätigt, daß sie von China die politische Zusage habe, Qinshan 2 und 3 zu bauen. Andere Wettbewerber gäbe es nicht mehr. Nach dem Parteikongreß im Oktober 1987 könnten Vertragsverhandlungen beginnen […]. Lieferwert insgesamt ca. 1 Mrd. DM, davon ca. 25 % KWU, Rest deutsche und (zu geringerem Anteil) europäische Kernenergiewirtschaft. […] Kompensation durch Natururan (4000 t bis 2000 im Wert von rd. 380 Mio. DM) unproblematisch. […] E[nergie]-Wirtschaft strebt Aufarbeitungsverträge mit Optionen an, d. h., sie will über die (nach Atomgesetz genehmigungspflichtige) Rücknahme H[igh]A[ctive]W[aste] (verglast und maximal der gelieferten Brennelementemenge entsprechend) oder seines Verbleibs in China erst später entscheiden.“ Vgl. Referat 341, Bd. 142591.

und Techniker. Das Zentrum sei ziemlich weit fortgeschritten. Der MP bedankte sich ausdrücklich.

c) Mannesmann-Demag-Projekte

Herr Sieverding machte Ausführungen zum jetzigen Stand der Dinge in Baoshan; er gehe davon aus, daß die zusätzliche Unterstützung von MD bis zum Jahresende wirklich befriedigende Ergebnisse bringen werde. Zu Tianjin bemerkte er, technologisch sei kein Abstand mehr vorhanden; die Probleme seien durchverhandelt. Offen seien zwei Punkte: Preisdifferenz beim Zukauf chinesischer Zulieferungen des Maschinenbau-Ministeriums, dessen Preise z.T. noch 25 Prozent über gleichen Leistungen aus Westeuropa lägen; hier warf der MP ein, dieses Problem könnten die Chinesen lösen. Zur Finanzierung erklärte H. Sieverding: MD habe mit japanischer Unterstützung jetzt 330 Mio. DM Kredit angeboten und dafür auch Leistungen nach Japan vergeben. Der OB von Tianjin habe gesagt, die Finanzierung liege bei der Zentralregierung, und er könne unterschreiben, sobald sie gelöst sei. Wie verhalte sich dies zur Aussage des MP? Der MP bestätigte, die Zentralregierung habe alles getan, was ihrerseits zu tun sei, und es bleibe dabei, daß Tianjin-Projekt sich jetzt selbst finanzieren müsse.[18]

[19]d) Herr Weiss trug namens der Wirtschaftsdelegation vor, unsere Wirtschaft gebe sich schon große Mühe, die Importe aus China zu steigern; sie gäbe China die Hand, dies gelte auch für Firmen, deren eigentliches Geschäft der Export sei. Auch unser Maschinenbau kaufe heute in China und produziere hier. Unsere Hilfe wäre noch zu steigern, wenn die Devisen, die China dabei einnehme, flexibler angerechnet werden könnten. Für Produktion seien die Kosten in China teilweise höher als in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft bitte, sie unter Weltmarktniveau zu bringen. Hauptproblem seien die Arbeitskosten, die hier höher als in Taiwan und Südkorea seien. Zu den Löhnen kämen staatliche Aufschläge und neuerdings lokale Abgaben. Der MP erwiderte, dieses Problem sei leicht zu lösen, wie er immer betont habe. Das Lohnniveau in China sei nur 1/4 der Löhne in Hongkong. Wenn die Lohnkosten trotzdem zu hoch seien, so deshalb, weil noch keine ausländischen Managementmethoden (Einstellung und Entlassung) angewandt würden. Er biete Deutschland eine Vereinbarung an, wonach deutsche Investoren als erste so behandelt würden, daß sie eigene Managementmethoden anwenden könnten. Damit könnte die Konkurrenzfähigkeit deutsch-chinesischer Joint-venture-Produkte so erhöht werden, daß sie in Ostasien mit Japan und USA konkurrieren könnten.

Als weiteres Problem sprach H. Weiss die Exportauflagen an, die den Jointventures von Anfang an zum Devisenausgleich gemacht würden. Der MP erwiderte, dies sei die einzige schwierige Frage. Sie betreffe z.B. das VW-Shanghai-

18 Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 2. September 1987, der Oberbürgermeister von Tianjin, Li Ruihan, habe dem Vorstand von Mannesmann erklärt, nicht in der Lage zu sein, „gesamtes Projekt ‚Röhrenwerk' an deutsche Seite zu vergeben. Offensichtlich auf Druck der Zentralregierung soll italienischer Konkurrent, mit dem parallel verhandelt wurde und der wohl auch günstiges Soft-Loan-Angebot macht, einen Anteil von mindestens 40 Prozent erhalten. […] Es hat den Anschein, daß Vizepremier Li Peng bereits während Italien-Besuchs im Juni 1986 Italienern Zusage machte und nun zum gleichen Zeitpunkt unterschriebenen Vorvertrag zwischen Mannesmann Demag und Tianjin durchbrechen will. OB Li hat sich damit nicht gegen den Staatsrat durchsetzen können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2077; Referat 341, Bd. 142579.

19 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1757 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Joint-venture.[20] Dort würden zu über 80 Prozent Teile aus Deutschland importiert. Deshalb habe Staatsrat Zhang Jingfu den Vorschlag gemacht, künftig mit der Montage von Ersatzteilen zu beginnen und diese nach Deutschland zu exportieren, bis eine bestimmte Quote erreicht sei. Wenn der Import der Teile aus Deutschland 80 Prozent betrage, so sollten auch 80 Prozent der Ersatzteile exportiert werden („eine Art von Kompensationsgeschäft"). Staatsrat Zhang Jingfu schilderte hierfür das Beispiel der Beijing Jeep Corporation: Auch diese habe anfangs keine Jeeps exportiert, dafür aber zuerst Motoren für den Export nach USA produziert und montiert. Dies sei für den US-Partner kostenmäßig attraktiv und für das J.v. eine Lösung des Devisenproblems. Herr Weiss bezeichnete die Anregung als sehr gut, und er werde sie weitergeben.

Zur Ausbildung von Fach- und Führungskräften sagte er, wir wüßten, daß diese dem MP am Herzen liege. Im Rahmen von Projekten fänden schon jetzt umfangreiche Ausbildungen statt; wir griffen gerne die Anregung des MP auf, sie auf Ausbildung im Management zu erstrecken. Wir pensionierten z.Zt. z.T. Führungskräfte schon mit 60 Jahren und würden versuchen, noch mehr nach China zu vermitteln. Zum SDW[21] führte er aus, bisher seien auf Initiative der deutschen Wirtschaft 150 Stipendien zugesagt; die Delegation könne heute 50 weitere zusagen; wir wüßten aber, daß diese Zahl dem MP noch zu gering scheine, und würden uns bemühen, sie zu erhöhen. Der MP bedankte sich für die jetzt zugesagten 50.

Herr Weiss sprach ferner das Patentschutzproblem bei chemischen Stoffen (nur Verfahrensschutz, kein Schutz neuer Stoffe) an und fragte, ob diese Lücke im Patentgesetz mit chinesischen Experten geschlossen werden könnte. Der MP erwiderte, er wolle darüber nachdenken.

e) NE-Metalle[22]

Herr Dr. Natus, MG[23], stellte unsere Einfuhrmöglichkeiten für metallische Rohstoffe dar. Mit der CNNFIEC bestehe seit drei Jahren ein Abkommen, das jederzeit in Kraft treten könne.

Es umfasse: Anlagenlieferung, Modernisierung chinesischer Gruben und Hütten und Kompensation aus chinesischer Produktion.

Der MP erwiderte, der Grundsatz sei gut und China habe derartige Pläne, die gelieferten Maschinen sollten aber noch billiger und die Kredite noch günstiger sein.

20 Zur Tätigkeit von Volkswagen in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 16.

21 Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft.
Mit Schreiben vom 6. Juli 1987 an Staatssekretär Ruhfus legte die Geschäftsführung der Carl Duisberg Centren dar: „Bei der Reise des Bundeskanzlers in die VR China 1984 ist im Kreis der ihn begleitenden Persönlichkeiten der Wirtschaft die Idee entstanden, der chinesischen Regierung ein Stipendienprogramm für Nachwuchskräfte aus chinesischen Betrieben anzubieten, dessen Finanzierung und Durchführung durch die im Chinageschäft tätigen deutschen Unternehmen gesichert werden sollte. Dem chinesischen Ministerpräsidenten wurden daraufhin im Mai 1985 bei seinem Besuch in der Bundesrepublik 150 Stipendien zu einer je 18-monatigen Fortbildung zugesagt. Das hierfür erforderliche Finanzierungsvolumen wurde auf 5,6 Mio. DM (DM 37 500 pro Teilnehmer) veranschlagt." Eine entsprechende Vereinbarung zwischen den Carl Duisberg Centren und der chinesischen Staatlichen Wirtschaftskommission sei im September 1985 in Peking unterzeichnet worden. Vgl. Referat 431, Bd. 142561.

22 Nicht-Eisen-Metalle.

23 Metallgesellschaft AG.

f) Bankensektor

Herr Dr. Röller beschrieb die traditionell freundschaftliche Zusammenarbeit deutscher und chinesischer Banken; viele deutsche Banken seien seit Jahren im China-Geschäft und begleiteten Projekte sowie vor allem mittelständische Betriebe. Auch sie böten gute Ausbildungshilfen und hätten einen aktiven Beitrag zu leisten. Der MP bestätigte, die Rolle der Banken nehme ständig zu, doch entsprächen Management und Geschäftsbereiche der chinesischen Banken noch nicht den Bedürfnissen.

g) Kernkraftwerke

Herr Dr. Bund erwähnte die Möglichkeit kleiner Kraftwerke, sowohl für Kohle als auch Kernenergie[24], und machte das Angebot, sie auch in Joint-ventures zu bauen und zu betreiben.

Abschließend erklärte der MP, chinesisch-deutsche Joint-ventures seien eine strategische Frage. Deshalb bitte er den Bundeskanzler, einen Verantwortlichen für die neue Arbeitsgruppe zu ernennen. Er werde das auch tun. Beide sollten dann die Kernfragen sammeln und gemeinsame Vorschläge erarbeiten.

BM Klein erwiderte, die nächste Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission sei im März[25], die Arbeitsgruppe solle schon vorher eingesetzt werden, damit die Thematik schon auf der März-Tagung verbindlich behandelt werden könnte.[26] Er bedankte sich besonders für das Angebot des MP bei Managementmethoden in chinesisch-deutschen Joint-ventures.[27]

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 142561

24 Korrigiert aus: „als Kernenergie".

25 Die Sechste Tagung des gemischten Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China fand am 7. März 1988 in Bonn unter der Leitung des Bundesministers Bangemann und des chinesischen Ministers für Außenhandel, Zheng Tuobin, statt.

26 Mit Schnellbrief vom 14. September 1987 unterrichtete das Bundesministerium für Wirtschaft das Auswärtige Amt, wie beim Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vereinbart, solle „eine weitere Arbeitsgruppe des Gemischten Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit" eingerichtet werden, um „Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit in der Form von Gemischten Gesellschaften – Joint-ventures – zu prüfen". Diese Arbeitsgruppe solle auf seiten der Bundesrepublik der Vorsitzende des China-Kreises des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Weiss, leiten. Übermittelt wurde ein vom Bundesministerium für Wirtschaft erstelltes „Problempapier zu den Erfahrungen deutsch-chinesischer Joint-ventures, zu Fragen der staatlichen Rahmenbedingungen und zu praktischen Fragen der betriebswirtschaftlichen Zusammenarbeit", mit der Bitte um Prüfung und Weiterleitung an die chinesische Seite. Vgl. Referat 341, Bd. 142579.
Die erste Tagung der deutsch-chinesischen Arbeitsgruppe fand vom 14. bis 16. Dezember 1987 in Peking statt. Vgl. dazu den Ergebnisbericht des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft vom 18. Dezember 1987; Referat 341, Bd. 142581.

27 Botschafter Hellbeck, Peking, bilanzierte am 16. Juli 1987 die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl am 13./14. Juli 1987 in der chinesischen Hauptstadt: „Bei Begegnungen in freundschaftlicher, freimütiger und äußerst aufgeschlossener Atmosphäre erweckte Bundeskanzler durch eine prägnante Darstellung unserer Probleme sowie durch intensives Eingehen auf die Wünsche der Gegenseite bei den Chinesen das Gefühl enger Verbundenheit. Sie erwiderten ihrerseits dieses Herangehen durch konstruktive Argumentationen und freundschaftliche Gesten. Die Vereinbarung einer jährlichen ‚Bilanzierung' des Fortschritts der wirtschaftlichen Kooperation durch die Regierungschefs selbst gehörte ebenso zu den besonderen Akzenten dieser Begegnung wie die ungewöhnliche Einladung Zhaos zu einem intimen Abendessen außerhalb des offiziellen Banketts. Der persönliche Kontakt zwischen Bundeskanzler und chines[ischem] Regierungschef wurde in einer Weise verfestigt, daß er auch nach der zu erwartenden Bestätigung Zhaos als KP-Generalsekretär weiter für die deutsch-chinesischen Beziehungen bestimmend bleiben wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1759; Referat 341, Bd. 142561.

214

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-4560/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. Juli 1987, 19.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3049 **Ankunft: 17. Juli 1987, 15.47 Uhr**

Betr.: Rüstungskontrollpolitik;
hier: Offene Fragen im deutsch-amerikanischen Verhältnis

Bezug: DB Nr. 2801 VS-geheim vom 27.6.87[2] und DB Nr. 2982[3] vom 13.7.87[4] (an 201) – PR 320.40/02

Zur Unterrichtung

1) In Gesprächen über Rüstungskontrolle wird in letzter Zeit von Vertretern der Administration zunehmend die Frage nach Modernisierung nuklearer Waffen angesprochen (AM Shultz mir gegenüber bei Übergabe des Kanzler-Briefs zur Pershing Ia[5] (Bezugs-DB zu 1), Nitze mir gegenüber, Holmes (State Department), Linhard (NSC) und Gaffney (Pentagon) gegenüber Ges. Pol.[6]). Dabei geht es der

1 Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Henze, Washington, konzipiert und in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 26.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 22. Juli 1987 vorgelegen.

2 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 27. Juni 1987, der amerikanische Außenminister Shultz habe im Gespräch am selben Tag zur Frage der Pershing-Ia-Systeme versichert, „daß es an der amerikanischen Position des Ausschlusses von Drittstaaten- und kooperativen Systemen aus den Verhandlungen keine Zweifel gebe. Er benutzte die Unterredung dazu, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß unabhängig vom Verlauf der Genfer Verhandlungen Nachdenken über die Zukunft und Modernisierung der P-Ia-Systeme aus amerikanischer Sicht dringlich sei und nicht auf die ferne Zukunft verschoben werden könnte. […] Die Bundesregierung habe durch ihre Opposition gegen die Konversion eine mögliche Lösung bereits ausgeschlossen." Shultz habe die Notwendigkeit betont, „über eine Modernisierungsentscheidung nachzudenken. Er müsse davor warnen, zu glauben, daß man dafür beliebig Zeit habe." Vgl. VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Korrigiert aus: „2882".

4 Botschafter van Well, Washington, übermittelte „amerikanische Pressestimmen zur deutschen Diskussion im Anschluß an die Null-Null-Optionszustimmung". So heiße es in einem Artikel der Tageszeitung „The Washington Post" vom 12. Juli 1987, „Bonn wolle entgegen der Montebello-Entscheidung eine Modernisierung und verstärkte Stationierung von Lance, für die sich besonders die USA stark machten, nicht mehr hinnehmen. Diese neuen Vorbehalte seien ein direktes Ergebnis der Einbeziehung von SRINF und einer Verärgerung über einen Hintergrundvorschlag, die Zahl der Lance von 88 auf 400 aufzustocken." Vgl. Referat 201, Bd. 143378.

5 Bundeskanzler Kohl richtete am 26. Juni 1987 folgendes Schreiben an den amerikanischen Außenminister Shultz: „Sehr geehrter Herr Außenminister, lieber George, nach einem Gespräch mit Ihnen hat mich Bundesminister Genscher über die Wiedergabe eines kurzen Gesprächs unterrichtet, das Sicherheitsberater Carlucci und ich am Rande des Weltwirtschaftsgipfels Venedig geführt haben. Ich stelle dazu fest: Die Haltung der Bundesregierung zu der von der Sowjetunion geforderten Einbeziehung der amerikanischen Sprengköpfe der deutschen Pershing Ia in ein amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen ist unverändert: Wir unterstützen voll und ganz die amerikanische Position, diese Einbeziehung prinzipiell abzulehnen, weil nur amerikanische und sowjetische Systeme (Sprengköpfe auf Flugkörpern auf Abschußvorrichtungen) Gegenstand der Verhandlungen sind und keine negativen Präzedenzfälle für Drittstaaten-Systeme und andere Kooperationsprojekte entstehen dürfen. […] Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie Präsident Reagan über dieses Schreiben unterrichten würden." Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vom selben Tag an Botschafter van Well, Washington; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Gesandter, Politische Abteilung.
Gerhard Henze.

amerikanischen Seite einmal um die Frage der Modernisierung der deutschen Pershing I a[7], zum anderen um die Durchführung des Montebello-Beschlusses[8].

Anlaß zu der Frage sind auch Äußerungen deutscher Besucher in Washington aus Koalitionsparteien, Opposition und Bundesregierung. So haben Mitglieder der verteidigungspolitischen Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei Gesprächen im Pentagon und State Department erklärt, daß ein Beschluß über eine Modernisierung der Pershing I a nach dem Gipfeltreffen von Reykjavik[9] und dem NATO-Beschluß über die doppelte Null-Lösung[10] innenpolitisch auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde.[11] Ein Bericht der „Washington Post" aus Bonn, in dem vom Widerstand gegen die Modernisierung der Lance gesprochen wird (Bezugs-DB zu 2), hat hier ebenfalls Aufmerksamkeit gefunden. Auch MP Späth hat politische Sorgen wegen einer Modernisierung deutlich gemacht und ebenso wie die Bundestagsabgeordneten darauf hingewiesen, daß mit stärkerem Druck auf Verhandlungen zum Abbau der Kurzstreckenwaffen (SNF) gerechnet werden müsse.[12] MdB Horn hat erklärt, BM Wörner habe im Gespräch im kleinsten Kreis Zweifel daran erkennen lassen, ob die Pershing I a noch zu halten sei.[13] StM Schäfer hat entsprechende Zweifel anklingen lassen.[14]

7 Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

8 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

9 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

10 In Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik bekräftigten die Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Allianz ihre Forderung nach einer globalen Null-Lösung für LRINF und SRINF. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

11 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 8. Juli 1987: „Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag führte unter Leitung von MdB Wimmer und in Anwesenheit des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, MdB Biehle, in der Zeit vom 29.6. bis 3.7.1987 politische Gespräche in Washington. Auf dem Programm standen Gespräche im Kongreß, im NSC, State Department und Department of Defense sowie Briefings bei CIA und DIA. Im Mittelpunkt der ausführlichen, in großer Offenheit und vertrauensvoller Atmosphäre geführten Gespräche standen die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses, der Stand der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf und deren mögliche Auswirkungen auf die Implementierung der Bündnisstrategie." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2913; Referat 204, Bd. 135403.

12 Zum Aufenthalt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten vom 6. bis 9. Juli 1987 in den USA berichtete Botschafter van Well, Washington, am 10. Juli 1987, bei Späths Gesprächen in Washington am 8./9. Juli hätten Handels- und Wirtschaftsthemen im Vordergrund gestanden: „Daneben wurde im außen- und sicherheitspolitischen Bereich vor allem über Fragen im Zusammenhang mit dem angestrebten INF-Abkommen sowie über das Verhältnis der Bundesrepublik und des Westens zur Sowjetunion, und hier insbesondere über die Politik Gorbatschows, gesprochen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2965; Referat 012-9, Bd. 138649.

13 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Rühle".
Der SPD-Abgeordnete Horn besuchte die USA vom 6. bis 17. Juli 1987, wo er Gespräche mit Angehörigen der amerikanischen Regierung, Mitgliedern des Kongresses und Vertretern von Think Tanks führte. Botschafter van Well, Washington, informierte am 24. Juli 1987, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion habe sich für eine vollständige doppelte Null-Lösung bei INF ausgesprochen und die Haltung der Bundesregierung in der Frage der Pershing I a kritisiert: „Das Zustandekommen eines INF-Abkommens dürfe nicht durch unser Festhalten an der P I a scheitern. Für eine Modernisierung der P I a gebe es im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Aus persönlichen Gesprächen mit BM Wörner wisse er, daß auch dieser hinsichtlich der P I a eine differenziertere Haltung einnehme, als dies in der Öffentlichkeit zum Ausdruck komme." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3140; Referat 204, Bd. 135403.

Wir haben demgegenüber auf den Brief des Bundeskanzlers verwiesen, so bei Gespräch mit Shultz und mit Nitze (am 14.7.), den ich auf die Verunsicherung gerade in der CDU/CSU hingewiesen hatte. Auf die Frage nach der Modernisierung haben wir erklärt, daß hierzu noch keine Entscheidung gefallen ist, und vor allem, daß diese Frage auf westlicher Seite auch nicht mit einem INF-Abkommen verbunden werden sollte. Hinsichtlich der Modernisierung von Lance hat MdB Geiger auf die klaren Aussagen von BM Wörner vom 14.7.[15] hingewiesen, die von Under Secretary Iklé (Pentagon) als sehr hilfreich bezeichnet wurden.

2) Die Äußerungen der deutschen Besucher sowie Berichte der amerikanischen Botschaft in Bonn haben in der Administration, vor allem im State Department, zu der Befürchtung geführt, daß sich hier eine ernstzunehmende Belastung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses anbahnen könnte, zumal, wie auch MdB Geiger in ihren Gesprächen deutlich gemacht hat, Verärgerung und Unsicherheit gerade bei den deutschen Politikern entstanden sind, die bisher stets für ein enges deutsch-amerikanisches Verhältnis eingetreten sind.[16] Man weist hier darauf hin, daß

– bei einer Null-Lösung für LRINF und SRINF auf westlicher Seite noch genügend Waffen für die nukleare Abschreckung auch unterhalb der strategischen Systeme bleiben,
– die amerikanische Bindung an Westeuropa unverändert aufrechterhalten und durch die Präsenz von 300000 amerikanischen Soldaten auch deutlich gemacht wird,
– eine Singularisierung der Bundesrepublik nicht gegeben ist, daß ein Angriff auf die Bundesrepublik ein Angriff auf die gesamte NATO wäre und entsprechend beantwortet würde, und daß neben der DDR auch weiterhin die anderen WP-Staaten mit Nuklearwaffen auch im Mittelstreckenbereich (Flug-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1072

14 Staatsminister Schäfer hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1987 in den USA auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2570/2571 des Gesandten Paschke, Washington, vom 11. Juni 1987; Referat 204, Bd. 135400.

15 Bundesminister Wörner hielt am 14. Juli 1987 vor der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Rede zur Sicherheitspolitik. In der Presse hieß es, er habe „darauf verwiesen, daß die Sowjetunion auch unter Gorbatschow ihre Aufrüstung auf allen Gebieten unvermindert fortsetze, während sie gleichzeitig vom Westen einen Verzicht auf die Modernisierung solcher Waffensysteme verlange, die nach einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die doppelte Null-Lösung für landgestützte Mittelstreckenwaffen noch in West-Europa verbleiben würden. Das Bundesverteidigungsministerium hatte wissen lassen, Wörner halte am Vorhaben einer Modernisierung der ‚Lance'-Raketen, deren Reichweite jetzt 120 Kilometer beträgt, fest; der Minister verstehe darunter aber nur eine Erweiterung der Reichweite und eine höhere Treffgenauigkeit der Raketen, nicht eine von Amerika gewünschte Vermehrung der Zahl der Waffen." Vgl. den Artikel „Äußerungen Wörners führen zu Zwist in der Koalition"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Juli 1987, S. 1.

16 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „CDU/CSU. Dregger, aber nicht Geißler."
Die außenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Geiger, hielt sich vom 13. bis 17. Juli 1987 zu Gesprächen mit der amerikanischen Regierung und Mitgliedern des Kongresses in den USA auf. Botschafter van Well, Washington, berichtete: „MdB Geiger trug die vor allem in der CDU/CSU-Fraktion bestehende Sorge vor, daß bei einem INF-Abkommen die doppelte Null-Lösung zu einer Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland führen würde, damit die Verteidigungsbereitschaft geschwächt und Tendenz zur Neutralisierung gefördert werden könnten. […] Geiger betonte, es sei jetzt wichtig, Verhandlungen über die Reduzierung von Kurzstreckenraketen unter 400 km Reichweite zu beginnen. Iklé und Holmes äußerten hiergegen erhebliche Bedenken. Man könne dann mit einem weiteren sowjetischen Angebot einer Null-Lösung konfrontiert werden (Iklé). Zunächst müsse man zu einem konventionellen Gleichgewicht und der Beseitigung chemischer Waffen kommen (Holmes)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3180; Referat 011, Bd. 138450.

zeuge, Cruise Missiles auf U-Booten) erreicht werden können und daß schließlich die USA als Ziel sowjetischer strategischer Waffen mit großer Zerstörungskraft weiterhin ebenso gefährdet ist wie die Bundesrepublik.

Man empfinde den Hinweis auf die Singularisierung aber auch als Anzeichen dafür, daß Zweifel an der NATO-Strategie[17] und der Solidarität des Bündnisses aufkommen, und sieht auch die Zurückhaltung gegenüber der Modernisierung als Ausdruck dieser Einstellung.[18]

Zweifel über unsere Haltung zur gemeinsamen westlichen Verteidigung, die mit der Entscheidung über die Stationierung der Mittelstreckenwaffen 1983[19] ausgeräumt schienen, kommen wieder hoch und gewinnen dadurch an Gewicht, daß diesmal die Ablehnung einer Rüstungsmodernisierung von konservativer Seite kommt. Hierzu paßt die von MdB Geiger im State Department geäußerte Sorge, man könne mit der doppelten Null-Lösung möglicherweise Tendenzen einer Neutralisierung Deutschlands fördern.

3 a) Unsicherheiten trotz des eindeutigen Briefes des Bundeskanzlers treten hier auch bei der Frage auf, ob wir letztlich sowjetischem Druck auf Einbeziehung der Pershing I a in ein INF-Abkommen standhalten. Auch hier haben deutsche Besucher Zweifel anklingen lassen, ob die Bundesregierung bei harter sowjetischer Haltung bereit ist, durch Bestehen auf Ausschluß der Pershing I a das Scheitern eines INF-Abkommens zu riskieren.

b) Es ist nicht auszuschließen, daß letztlich die Administration nicht bereit ist, ein INF-Abkommen an der Pershing I a scheitern zu lassen.[20] Konkrete Hinweise darauf gibt es allerdings nicht. Die gegenwärtige Stagnation der INF-Verhandlungen in Genf wird hier zumindest auf Arbeitsebene bisher mit Gelassenheit betrachtet und als (übliche) Methode, mit der in der Schlußphase[21] der Verhandlungen noch möglichst viele amerikanische Konzessionen erreicht werden sollen.

Gleichzeitig wird jedoch eine gewisse Ungeduld wegen des Ausbleibens einer Terminvereinbarung für ein Außenministertreffen spürbar.[22] Man ist zum Pokern bereit. Aber wir wissen weder, wie hoch die amerikanische Seite beim Einsatz gehen will, noch, wie stark letztlich ihre Nerven sein werden.

In dieser Situation könnte das Drängen von Shultz auf eine Entscheidung über die Modernisierung der Pershing I a auch eine Alibi-Funktion erhalten. Er geht

17 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

18 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „1) Abschreckung ja, aber Sufficiency-Konzept: Rolle des Nuklear[en] auf das erforderliche Mindestmaß festschreiben. 2) Stand + Perspekt[ive] der Abrüstungsverh[andlungen] + Entwicklungen in O[st]-W[est]-Verh[ältnis] berücksichtigen.“

19 Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 225 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 35. und 36. Sitzung, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

20 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Nein. GB! Aber Shultz hofft, durch deutsche Entsch[eidung] eines Verzichts auf Modernis[ierung] Sowjets Gesichtswahrung zu erlauben, ohne P I a in Verh[andlungen] einbeziehen zu müssen.“

21 Korrigiert aus: „als (übliche) der Schlußphase“.

22 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Glitman: Wenn nicht bis Ende August, dann nicht mehr machbar.“

davon aus, daß die Pershing Ia in absehbarer Zeit so veraltet sein wird, daß sie nicht nur ihren militärischen (der weder auf amerikanischer noch offensichtlich auf sowjetischer Seite hoch eingeschätzt wird), sondern auch ihren politischen Wert verliert. Eine Entscheidung über die Modernisierung müßte mit einem gewissen zeitlichen Vorlauf erfolgen, wenn bei Abbau der PIa ein Ersatz bereit stehen soll. Die aus amerikanischer Sicht einfachste Form der Modernisierung, den Umbau (conversion) der PII in PIb, die die PIa ersetzen könnte, haben wir abgelehnt.[23] Inzwischen hat US in Reaktion auf SU-Vorschlag vom 19.6. SU Verzicht darauf bereits angeboten.[24]

Sind wir nicht bereit, die Entscheidung über die Modernisierung der PIa in naher Zukunft zu treffen, dann könnte das von der Administration für das Argument benutzt werden, daß es sich nicht lohnt, für eine veraltete Waffe, für die kein Ersatz vorgesehen ist, ein INF-Abkommen aufs Spiel zu setzen. Bei Eintreten für die doppelte Null-Lösung hatte Shultz ähnlich argumentiert, wenn eine Null-Lösung für SRINF abgelehnt werde, müsse man zur Stationierung neuer Systeme bereit sein.

Shultz dürfte bewußt sein, daß die Aufgabe der PIa das von der Administration deutlich gesehene Unbehagen in Bonn über ihre Rüstungskontrollpolitik verstärken und damit erhebliche Belastungen in das deutsch-amerikanische Verhältnis bringen könnte. Er geht auch davon aus, daß GB sich einem Einschluß der PIa in ein INF-Abkommen widersetzen würde.[25] Es ist jedoch nicht völlig auszuschließen, daß er sich über diese Bedenken hinwegsetzt, um ein Abkommen zu erreichen, an dem er und Reagan erhebliches Interesse haben.

Möglicherweise ist er auch bereit, eine Zwischenlösung in der Form zu suchen, daß die Weitergabe einschlägiger Technologie in einem INF-Abkommen verboten wird. Nitze erwähnte mir gegenüber, daß von einer Nichtumgehungsklausel ausgegangen werden müsse. Das [26]würde uns erlauben, die PIa zu behalten, und den Amerikanern, das Gesicht zu wahren. Eine Modernisierung der PIa würde jedoch damit erheblich erschwert, wahrscheinlich sogar ausgeschlossen. Damit wären praktisch (auch im Hinblick auf die für den Abbau der amerikanischen und sowjetischen Trägersysteme vorgesehenen Fristen) die PIa in das Abkommen eingeschlossen.

23 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan; Dok. 64, Anm. 14.

24 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 22. Juni 1987, das amerikanische Außenministerium habe „unter Hinweis auf Bedeutung absoluter Vertraulichkeit“ mitgeteilt, daß am 19. Juni 1987 „in Genf von einem hochrangigen sowjetischen Besucher aus Moskau gegenüber Glitman“ informelle Vorschläge zu den INF-Verhandlungen gemacht worden seien. Demnach sei die UdSSR bereit, „einer globalen Null-Lösung sowohl für LR- als auch SR-INF-Systeme zuzustimmen, wenn sich die amerikanische Seite dazu verpflichte, alle ihre bestehenden Systeme zu vernichten und auf das Recht zur Konversion zu verzichten. Die amerikanische Reaktion war: Wenn Abkommen zur globalen Eliminierung der LR- und SR-INF-Systeme die folgenden Bedingungen erfüllt – die SRINF-Null-Lösung ist ein integraler und verbindlicher Teil der Vereinbarung; verläßliche und effektive Verifikation; Erstreckung des Vertrages nur auf amerikanisch-sowjetische Systeme –, dann seien die USA bereit, Zerstörung und Demontage (destruction and dismantlement) ihrer Systeme zu erwägen und auf das Recht zur Konversion zu verzichten. Sie würden dann auch zusichern, daß kein Transfer irgendwelcher existierenden amerikanischer LR- oder SR-INF-Systeme an irgendeinen Dritten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, erfolge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2690; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

25 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „r[ichtig]“.

26 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3050 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

4) Weitere Belastungen können sich aus der Frage der Kurzstreckenraketen (SNF) ergeben. Eine Reihe von deutschen Besuchern habe erklärt, daß es nach der doppelten Null-Lösung wichtiger denn je sei, auch über eine Reduzierung von SNF zu verhandeln. Dem steht die amerikanische Sorge entgegen, damit eine Denuklearisierung Europas einzuleiten. Man hält die Zeit für diese Verhandlungen noch nicht für reif und möchte auch nicht mit der Vorbereitung einer Bündnisposition beginnen, um nicht Erwartungen zu wecken.[27] Man äußert die Befürchtung, daß Gorbatschow hier erneut eine Null-Lösung anbietet. Auf einen solchen Vorschlag wäre die NATO aus hiesiger Sicht nicht ausreichend vorbereitet, u.a. weil die Regierungen der Bündnisländer, wie Frau Ridgway und Ermath (NSC) im Gespräch mit MdB Geiger erneut sagten und wie auch von anderen amerikanischen Gesprächspartnern hervorgehoben wird, der Öffentlichkeit nie deutlich genug gesagt haben, daß die NATO auf absehbare Zeit auf Nuklearwaffen angewiesen ist. Man sieht sich in dieser Position einig mit GB und F.[28]

Bei allem in Gesprächen deutlich gewordenen Verständnis für die deutschen Sorgen ist zu befürchten, daß sich die amerikanische Haltung vorerst nicht ändern wird.

5) Die Ankündigung des Honecker-Besuchs[29], die in gewissem Kontrast zur Stagnation der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen steht, kann dem Unbehagen über das deutsche Verhalten zur Modernisierung zusätzliche Nahrung geben. Wir haben nur begrenzte Möglichkeiten zur Korrektur, sollten diese jedoch nutzen.

a) Wenn und soweit wir in der Lage sind, uns zur Modernisierung sowohl der PIa wie im Rahmen des Montebello-Beschlusses zu äußern, sollten wir das in möglichst autoritativer Form bald tun.[30] Am besten sollte dazu ein bilaterales Gespräch auf angemessener Ebene gewählt werden. Es könnte schon nützlich sein, wenn wir darlegen, warum aus unserer Sicht die Frage jetzt nicht abschließend geklärt werden kann (Zusammenhang mit Rüstungskontrollverhandlungen[31]). Wir werden damit die Vielfalt der Stimmen nicht beseitigen können, aber mehr Klarheit schaffen, die eine gewisse Beruhigung in dieses auch aus amerikanischer Sicht schwierige Thema bringt.

b) Bei SNF sollten wir vorerst nicht auf Ausarbeitung einer Bündnisposition in einem NATO-Gremium bestehen und möglichst auch öffentliches Drängen auf Verhandlungen unterlassen.[32] Wir brauchen Zeit, um die amerikanische (und

27 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Beide Seiten wollen Frage vor Abschluß INF-Abk[ommen] nicht pushen."

28 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Aber nur quantitatives u[nd] qual[itatives] Mindestmaß."

29 Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, gab am 15. Juli 1987 bekannt, daß der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987 besuchen werde. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 640.
Zum Besuch vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

30 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „BM – Shultz."

31 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „und Entwicklung im O[st]-W[est]-Verhältnis".

32 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Am[erikaner] umgekehrt aber auch."

wahrscheinlich auch britische und französische) Position zu ändern. Zu starker Druck könnte kontraproduzent wirken. Wir können unsere eigene Position entwickeln und diese in bilaterale Gespräche mit den Amerikanern einführen, am besten verbunden mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß wir entsprechend amerikanischem Wunsch vorerst nicht auf Verhandlungen im Bündnis drängen wollen. Damit können wir eine spätere Beratung im Bündnis soweit vorbereiten und fördern, daß sie, sobald die Zeit gekommen ist, zügiger erfolgen könnte.

[gez.] van Well

VS-Bd. 13032 (204)

215

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

424-411.10 SUA VS-NfD **20. Juli 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Vorwurf der illegalen Lieferung von U-Boot-Fertigungsunterlagen nach Südafrika[3];
hier: Bußgeldverfahren der OFD Kiel gegen die Firmen HDW und IKL

Anlg.: Schreiben BMWi vom 10.2.1987 an BMF[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Das BMWi war in seiner Stellungnahme vom 10.2.1987 (Anlg.) zum Ermittlungsergebnis der OFD von Ende November 1986[5] zum Ergebnis gelangt, daß die Lieferung von unvollständigen U-Boot-Fertigungsunterlagen nach Südafrika nur dann genehmigungspflichtig war, wenn wesentliche Teile der Unterlagen zur Fertigung von U-Booten geliefert worden sind. Dies ergebe die Auslegung des

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 3. August 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 3." Vgl. Anm. 10.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 4. August 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Höynck sowie an Legationsrat I. Klasse Cappell „z[ur] K[enntnisnahme] und z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]" verfügte.
Hat Höynck am 4. August 1987 vorgelegen.
Hat Cappell am 5. August 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 42 hatte sich wie auf Seite 3 bereits gegenüber M[inisterial]R[at] Haase, BMWi, geäußert."

3 Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 58.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 424, Bd. 145937. Für das Schreiben vgl. auch BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 299 f.

5 Für den Bericht der Oberfinanzdirektion Kiel, der mit Schreiben vom 28. November 1986 an das Bundesministerium der Finanzen übermittelt wurde, vgl. Referat 230, Bd. 158126. Vgl. dazu auch BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 51.

§ 5 Abs. 1 Satz 1 Außenwirtschaftsverordnung[6] in Verbindung mit Nr. 0009 der Ausfuhrliste[7]. Der BMWi teilt auch nicht die Auffassung der OFD, nach der die Anwendung des § 5 Abs. 1 Satz 1 AWV zwar wegen Unvollständigkeit der Fertigungsunterlagen zu verneinen, der zugrundeliegende Sachverhalt aber unter den § 45 Abs. 3 AWV (Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen) zu subsumieren ist. Nach Auffassung des BMWi kann für den Fall, daß der Sachverhalt einer Unterlagenausfuhr nicht unter § 5 Abs. 1 Satz 1 AWV fällt, auch der Tatbestand des § 45 Abs. 3 AWV nicht bejaht werden.

2) Zum Stand des Verfahrens wurde dem Auswärtigen Amt vom BMWi auf Arbeitsebene folgendes mitgeteilt: Aufgrund der Stellungnahme des BMWi vom 10.2.1987 habe die OFD Kiel das Bundesamt für Wirtschaft (BAW) um eine fachtechnische Prüfung gebeten. Diese sei inzwischen erfolgt. Auf Weisung des BMWi – Leitungsebene – sei das BAW einer Aufforderung der OFD Kiel, eine rechtliche Stellungnahme abzugeben, nicht nachgekommen. Dies greife in die Zuständigkeit der ermittelnden Behörde (OFD) ein. Das BMWi schließt nicht aus, daß BAW um ergänzende Stellungnahme zur Frage gebeten werden könnte, ob die gelieferten Unterlagen geeignet seien, den Bau von U-Booten durch Südafrika zu erleichtern, oder ob ein solcher Bau durch Hinzuziehung von Konstruktionsunterlagen oder Konstrukteuren aus anderen Quellen eventuell ermöglicht werden könne. BMWi hält es weiter für möglich, daß es von BMF zu einer weiteren rechtlichen Stellungnahme zur Frage der Genehmigungspflicht der Lieferung der U-Boot-Fertigungsunterlagen gebeten wird.

II. Aufgrund dieses Verfahrensstandes ist nicht auszuschließen, daß die OFD Kiel i.S. der rechtlichen Stellungnahme des BMWi vom 10.2.1987 zum Ergebnis kommt, daß der objektive Tatbestand einer illegalen Lieferung von U-Boot-Fertigungsunterlagen nicht vorliegt, weil wesentliche Teile für die Fertigung von U-Booten nicht geliefert worden sind. Ein solches Ergebnis hätte erhebliche Konsequenzen für die Gestaltung unserer auswärtigen Beziehungen:

1) Möglicher Vorwurf, Bundesregierung halte Waffenembargo nicht ein: Die Bundesregierung hat wiederholt öffentlich erklärt, daß sie das Waffenembargo der VN (Resolution Nr. 418/1977[8]) strikt einhalte. BM Bangemann hat am 3.12.1986 in der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Wirtschaftsausschusses erklärt, daß nach Auffassung der Bundesregierung das Waffenembargo auch das Verbot der Lieferung von Fertigungsunterlagen zur Herstellung von Waffen beinhalte. Weder im Waffenembargo noch in der Außenwirtschaftsverordnung wird zwischen wesentlichen und unwesentlichen Fertigungsunterlagen unterschieden. Im übrigen dürfte die Unterscheidung des BMWi zwischen wesentlichen und unwesentlichen Fertigungsunterlagen im

6 Für den Wortlaut der Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung) in der Fassung vom 18. Dezember 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2671–2700.

7 Für den Wortlaut der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung der Verordnung vom 6. November 1984 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 213 vom 10. November 1984, Beilage Nr. 55a/84.

8 Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Band X, S. 41 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

vorliegenden Fall nicht zum Tragen kommen, da HDW und IKL von vornherein die Lieferung vollständiger Fertigungsunterlagen geplant hatten. Die Lieferung wurde durch äußere Umstände unterbrochen. In einem solchen Falle dürfte die Genehmigungspflicht nicht erst entstehen, wenn 80% der Unterlagen geliefert sind, sondern, überspitzt gesagt, mit der Lieferung der ersten Schraube. Zumindest wäre jedoch der Versuch einer Ordnungswidrigkeit (ungenehmigte Ausfuhr) anzunehmen, der gemäß § 33 Abs. 6 AWG[9] geahndet werden kann.

2) Eine Einstellung des Bußgeldverfahrens könnten wir international glaubwürdig nicht erklären. Mit erheblichen Reaktionen[10] nicht nur aus dem Ausland wäre bei einer Einstellung des Verfahrens zu rechnen.

III. Das AA hätte grundsätzlich folgende Möglichkeiten bei diesem Verfahrensstadium:

1) Zur Wahrung unserer völkerrechtlichen Pflichten hat das Auswärtige Amt ein Interesse daran, daß § 45 Abs. 3 AWV entsprechend dem Wortlaut des mandatorischen VN-Embargos – auf Grund dessen er in die AWV eingefügt wurde – ausgelegt wird (Gegenüberstellung der Texte als Anlage). Falls es Zweifel über die Auslegung des § 45 Abs. 3 gibt, so wäre die Auslegung durch ein Gericht international glaubwürdiger als die Auslegung durch die Exekutive.

2) Wir haben die Absicht, uns den Ressorts gegenüber auf dieser Linie zu äußern.

D 2[11] und D 5[12] haben mitgezeichnet.

Trumpf

Anlage

Vom Waffenembargo Resolution Nr. 418 vom 4.11.1977[13] werden gemäß Nr. 2 dieser Resolution auch erfaßt:

„...the provision of all types of equipment and supplies and grants of licensing arrangements, for the manufacture or maintenance of the aforementioned".

§ 45 Abs. 3 AWV lautet:

„Der Genehmigung bedürfen ferner die Erteilung von Lizenzen an Patenten sowie die Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen an Betriebsfremde, die in der Republik Südafrika und Namibia ansässig sind, soweit die Patente oder Kenntnisse die Fertigung oder Instandhaltung der in § 5 Abs. 1, S. 1 genannten Waren betreffen."

Referat 424, Bd. 145937

9 Für den Wortlaut des Paragraphen 33 (Ordnungswidrigkeiten) des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 489.

10 Die Wörter „erheblichen Reaktionen" wurden von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Starke, kritische Reaktionen vor allem im VN-Bereich." Vgl. Anm. 2.

11 Hermann Freiherr von Richthofen.

12 Jürgen Oesterhelt.

13 Korrigiert aus: „4.11.1987".

216

Aufzeichnung des Botschafters Hartmann

221-376.21-1283/87 VS-vertraulich **21. Juli 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung[4]

Betr.: KRK;
hier: Vorlage eines westlichen Mandatsentwurfs am 27.7.1987

Bezug: DB 921 aus Brüssel NATO vom 16.7.1987 – I-370.00/1-2039/87 VS-v[5]

Anlg.: 1[6]

1) Die Mitgliedstaaten der Allianz haben sich auf einen vollständigen Entwurf für ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität in ganz Europa geeinigt und werden den Entwurf am 27.7.1987 bei den Mandatsgesprächen in Wien[7] einbringen.

Nachdem die Bündnispartner am 10. Juli 1987 ihre Vorschläge für Verhandlungsforen für weitere VSBM und konventionelle Stabilität sowie deren Verhältnis zueinander[8] eingebracht hatten, war es um so dringlicher, daß sie auch ihre Vorstellungen für ein Mandat der 23 substantiierten. Der HLTF gelang am 16.7.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Legationsrat I. Klasse Schon konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 22. Juli 1987 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 22. Juli 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 28. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 29. Juli 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 29. Juli 1987 erneut vorgelegen, der vermerkte: „Hat dem Herrn Staatssekretär im Rücklauf vorgelegen."

4 An dieser Stelle wurde handschriftlich ergänzt: „und Zustimmung zu 4."

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, berichtete: „In einer konstruktiv verlaufenden Sitzung unter effektiver Leitung von Botschafter Wegener einigte sich die HLTF auf den Entwurf eines Mandats für konventionelle Stabilitätsverhandlungen einschließlich Präambel (Anhang 1) sowie auf eine Reihe von internen Verständigungen der Bündnispartner (Anhänge 2 und 3). Diese betreffen folgende Bereiche: ‚scope and area of application', Rechtsform künftiger Vereinbarungen und Ausschluß von Nuklearwaffen. Ein ‚silence procedure' wurde bis 22.7.1987, 12.00 Uhr, vorgesehen." Vgl. VS-Bd. 11539 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Fernkopie Nr. 928 des Gesandten Lohse, Brüssel (NATO), vom 17. Juli 1987, mit der das Schreiben des Beigeordneten NATO-Generalsekretärs Wegener vom 16. Juli 1987 übermittelt wurde, dem der „Text of a conventional stability mandate together with associated intra-Alliance understandings" beigefügt war, vgl. VS-Bd. 11544 (221).

7 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 101.

8 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 10. Juli 1987, die NATO-Mitgliedstaaten hätten am selben Tag „geschlossen ihren Vorschlag zum Sicherheitsteil eines Schlußdokuments eingebracht: Er setzt den doppelten Verhandlungsansatz des Bündnisses in eine operative Form um, enthält ein Mandat für Verhandlungen über weitere VSBM (unter den 35) und den Rahmen für künftige KRK-Verhandlungen (unter den 23) – ohne dieses eigentliche KRK-Mandat zu beinhalten, das ausschließlich unter den Mitgliedern der beiden Militärallianzen vereinbart werden soll. Der Text WT.129 schließt eine entscheidende Lücke im westlichen Verhandlungsangebot auf dem Wiener Treffen, die für den erheblichen Rückstand der Beratungen verantwortlich ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1022; Referat 212, Bd. 153429.
Für den Vorschlag CSCE/WT.129 der NATO-Mitgliedstaaten vom 10. Juli 1987 vgl. Referat 221, Bd. 144806.

unter besonders aktiver Vermittlung von deutscher, aber auch von britischer Seite eine Einigung bei den bis zuletzt strittigen Problemen, insbesondere des sachlichen und geographischen Anwendungsbereiches sowie der Präambel, hier besonders die Erwähnung der beiden Bündnissysteme. Nunmehr hat der Westen in Wien eine geschlossene Verhandlungsposition und kann noch – vor der Sommerpause[9] – seine Handlungsfähigkeit unterstreichen.[10] Die silence procedure, die heute Mittag ablief, wurde nicht unterbrochen.

2) Der Mandatsentwurf bietet einen guten Rahmen für die KRK-Verhandlungen, indem er notwendige Präzisierungen mit gewünschter Flexibilität vereint. Er enthält folgende wichtige Elemente:

– Präambel, Erwähnung der Bündnisse

  Während die USA ursprünglich auf einer Formulierung bestanden, die auf einem Bündnis-zu-Bündnis-Charakter abstellte, wollte F eine namentliche Erwähnung der Bündnisse ausschließen. Der Kompromiß wurde schließlich darin gefunden, daß einerseits neben dem NATO-Vertrag[11] und dem Warschauer Vertrag[12] (Washington 1949 bzw. Warschau 1955) auch der WEU-Vertrag von Brüssel (1948)[13] erwähnt wird und daß die Zugehörigkeit zu den namentlich erwähnten Bündnissen als Begründung für die Beschränkung des Teilnehmerkreises auf die 23 herangezogen wird.

– Ziele

  Hauptziel ist die Stärkung der Stabilität; sie soll erreicht werden durch Herstellung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte auf niedrigem Niveau, der Beseitigung von Disparitäten sowie der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und raumgreifenden Offensiven.

  Die Zustimmung Fs zu der Formulierung „auf niedrigerem Niveau“, was Reduzierungen impliziert, war nur zu erreichen, indem der Beseitigung der Fähigkeit zum Überraschungsangriff hohe Priorität eingeräumt wird.

9 Die Sommerpause der Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien dauerte vom 31. Juli 1987 bis 27. September 1987.

10 Am 27. Juli 1987 legten die NATO-Mitgliedstaaten einen Entwurf für ein Mandat zu Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vor. Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), berichtete am selben Tag: „Mit der Einführung des westlichen Mandatsentwurfs und seiner gut abgestimmten Präsentation hat der Westen die Initiative in den KRK-Gesprächen zurückgewonnen.“ Mit dem Entwurf sei es auch gelungen, „in einigen Feldern auf östliche Konzepte einzugehen. Erste Reaktionen des Ostens zeigen, daß dieses Herangehen positiv gewürdigt wird, auch wenn Fragen und Kritik – nach entsprechender WP-Beratung während der Sommerpause – später verstärkt einsetzen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1110/1112; Referat 221, Bd. 144806.

11 Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–294.

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand („Warschauer Pakt“) vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.

13 Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und die Niederlande schlossen am 17. März 1948 in Brüssel einen Vertrag über die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten sowie über die gemeinsame Selbstverteidigung. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 19, S. 51–63. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1948, S. 1263 f.
Mit dem „Protokoll zur Änderung und Ergänzung des Brüsseler Vertrags“ vom 23. Oktober 1954 traten die Bundesrepublik und Italien dem Vertrag bei und erweiterten ihn zur Westeuropäischen Union (WEU). Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 258–288.

– Sachlicher Anwendungsbereich

  Verhandlungsobjekt sind die konventionellen Streitkräfte der Teilnehmer auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten in Europa. Da sich F gegen eine ausdrückliche Erwähnung von Luftstreitkräften – neben Landstreitkräften – wandte, blieb es bei der Formulierung konventionelle Streitkräfte. Marine und Nuklearwaffen sind ausdrücklich ausgeschlossen. Eingehend beraten wurde die Behandlung von nuklear wie konventionell einsetzbaren Systemen (Artillerie, Flugzeuge, Raketen). Nach der sehr sorgfältig formulierten, allianzinternen Festlegung kann Artillerie einbezogen werden, westliche Vorschläge bezüglich Flugzeuge sollen in einer Anfangsphase ausgeschlossen bleiben und Raketen sollen generell nicht Gegenstand der Verhandlungen sein.

– Geographischer Anwendungsbereich

  Der geographische Anwendungsbereich ist mit dem sachlichen verknüpft: Maßnahmen sollen sich beziehen auf die konventionellen Streitkräfte der Teilnehmer, die auf dem Territorium der teilnehmenden Staaten in Europa vom Atlantik bis zum Ural stationiert sind. In einer Fußnote ist festgehalten, daß unter Atlantik bis zum Ural im Fall der Sowjetunion das Gebiet westlich des Kaspischen Meeres und des Ural-Flusses und im Fall der Türkei ein Gebiet zu verstehen ist, das wenigstens so groß ist wie das den entsprechenden Bestimmungen der Helsinki-Schlußakte[14] unterworfene Gebiet (d.h. die Türkei möchte die an Syrien, Irak und Iran angrenzenden Gebiete ausnehmen, zeigt jedoch dabei Flexibilität). Ein schwieriges Problem ist noch hinsichtlich Islands zu lösen: Island (wohl unter amerikanischem Einfluß) hat sich noch nicht entschieden, während die meisten Bündnispartner, darunter auch wir, für den Einschluß Islands sind.

– Methoden

  Als Methoden zur Erreichung der Ziele werden u.a. Reduzierungen, Begrenzungen und – nach anfänglichem französischen Widerstand – auch die Herstellung von gleichen Obergrenzen aufgeführt.

– Verfahren, Verbindung zum KSZE-Prozeß

  Die Verbindung zum KSZE-Prozeß wird sichergestellt durch Information der KSZE-Folgetreffen über Stand und etwaige Ergebnisse sowie durch regelmäßige Treffen der 23 mit den N+N zu Beginn jeder Verhandlungsrunde (entsprechend Reykjavik[15]).

3) Mit der Einbringung der Mandatselemente liegen die Konzepte von Ost[16] und West für die zukünftigen Verhandlungen auf dem Tisch. Schwierigstes Problem

14 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

15 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

16 Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 22. Juni 1987: „WP präsentierte in heutiger Sitzung (unter SU-Vorsitz) Elemente eines Mandats (Ziele, Teilnehmer, Gegenstandsbereich, Anwendungsgebiet, Prinzipien, Verifikation). Elemente liegen auf der Linie der bisherigen Ausführungen der östlichen Seite und enthalten nichts wesentlich Neues. WP stellt Aspekt der notwendigen Reduzierungen in den Vordergrund, bemüht sich aber, dieses Ziel mit Anleihen bei westlichem Begriff der herzustellenden Stabilität auf niedrigerem Niveau anzureichern. WP betonte Bereitschaft zum Abbau von in einzelnen Bereichen auf beiden Seiten entstandenen Ungleichgewichten, geht aber weiterhin davon aus, daß zwischen WP und NATO insgesamt ungefähres Gleichgewicht besteht.

wird die Behandlung des Nuklearen sein. Der Osten wünscht den Einschluß der operativ-taktischen Atomwaffen, der Westen den Ausschluß; für F ist dies eine Conditio sine qua non seiner Teilnahme an den Verhandlungen. Nach dem Eindruck unserer Verhandlungsdelegation wird der Osten aber nicht insistieren, wenn eine gesichtswahrende Formel vereinbart werden kann.

In der Forenfrage dürfte der Osten letztlich ebenfalls auf den westlichen Doppelansatz im Rahmen der KSZE eingehen.[17]

Auch die Reaktion der N+N ist im ganzen ermutigend. Wir haben in einer Demarche in allen wichtigen N+N-Hauptstädten für den westlichen Ansatz geworben, wobei wir gleichzeitig enge, bilaterale Konsultationen angeboten haben.[18] Jugoslawien hat sich erwartungsgemäß ablehnend geäußert. Österreich zeigte Genugtuung über den westlichen Ansatz und unterstrich seinen Wunsch, daß beide künftigen Verhandlungen in Wien stattfinden sollten. Schweiz und Finnland reagierten positiv.

4) Es wird vorgeschlagen, daß Sie am Tage der Einführung des Mandatsentwurfs, am Montag, dem 27. Juli, eine Erklärung dazu abgeben. Ein Entwurf wird gesondert vorgelegt.[19]

Hartmann

VS-Bd. 11544 (221)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1082

WP fordert weiterhin Einschluß taktischer Nuklearwaffen. In der Frage des Teilnehmerkreises zukünftiger Verhandlungen lassen mündliche Erläuterungen des WP darauf schließen, daß sich östliche Seite auf 23er-Kurs einlassen dürfte, sofern eine aus ihrer Sicht befriedigende Einbindung in den KSZE-Rahmen gefunden werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 886/889; Referat 221, Bd. 144806.

17 Zur Einigung über das Verhältnis der Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) zum KSZE-Prozeß vgl. Dok. 174, Anm. 40.

18 Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 5512/5513 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann vom 10. Juli 1987 an die Botschaften in den N+N-Staaten, der zur Information auch an die Botschaften in den übrigen KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt wurde; Referat 221, 144807.

19 Botschafter Hartmann legte am 24. Juli 1987 für Bundesminister Genscher eine „Erklärung zur Einbringung des Mandatsentwurfs der 16 zu KRK in Wien am 27.7." vor. Vgl. dazu Referat 221, Bd. 144806.
Für die Erklärung Genschers vom 27. Juli 1987 vgl. die Information Nr. 1163 des Pressereferats; Referat 013, Bd. 178975.

217

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in London

010-1470/87 VS-vertraulich **22. Juli 1987**[1]

Konsultationen BM mit AM Howe am 22.7.87 in London[2]

AM *Howe* bat BM nach seiner Einschätzung der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses. *BM* zitierte eine Bemerkung Sacharows[3]: „Wir stehen am Anfang eines langen Weges." Diese Einschätzung sei richtig. Sie bedeutet zweierlei: kleine Schritte, aber auch Entschlossenheit. Das Denken der Menschen in der Sowjetunion müsse geändert werden. Dies sei ein schwieriger Prozeß. Wegen der historischen und politischen Ausgangslage seien Änderungen in der SU schwerer zu realisieren als beispielsweise in der ČSSR.

BM berichtete, daß ihm seine ungarischen und bulgarischen Amtskollegen den Eindruck vermittelt hätten, daß Gorbatschow zu einer Lösung des Afghanistan-Problems bereit sei.[4] Man müsse im Hinblick auf Afghanistan zwischen einer äußeren und einer inneren Lösung unterscheiden. Eine äußere Lösung, der die USA, Pakistan und China zustimmen könnten, sei erreichbar. Man müsse sich jedoch fragen, was nach dem Abzug der sowjetischen Truppen passieren werde. Dies sei das Problem der inneren Lösung. Nach dem grausamen Bruderkrieg gebe es keine Garantie für diejenigen, die kooperiert hätten. Er frage sich, ob es eine Figur der nationalen Identität gäbe, die zur Lösung des inneren Problems beitragen könne. AM *Howe* wies auf die Schwierigkeiten hin, eine solche Figur bestimmen zu können. In Betracht könne der König[5] kommen. Andererseits hätten sich

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe am 24. Juli 1987 gefertigt.

2 Vortragender Legationsrat von Lukowitz informierte die Botschaft in London am 13. Juli 1987 über das informelle Treffen des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe am 22. Juli 1987 in London: „BM und AM Howe werden, begleitet von jeweils einem Angehörigen ihres Ministerbüros (010: VLR Elbe), von 15 bis 19.45 h in Carlton Gardens Vier-Augen-Gespräche führen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 226; Referat 205, Bd. 135426.

3 Vgl. dazu das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Atomphysiker und Dissidenten Sacharow am 8. Juli 1987 in Moskau; Dok. 212, Anm. 33.

4 Der ungarische Außenminister Várkonyi hielt sich 21./22. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 21. Juli 1987 in Bremen erklärte er, „die Sowjetunion sei aufrichtig an einer Verwirklichung des Programms nationaler Versöhnung interessiert. Sie habe die ehrliche Absicht, ihre Truppen abzuziehen. Allerdings gebe es offensichtlich die Befürchtung, daß es danach zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen komme. […] Eine Lösung des Afghanistan-Problems sei ohne eine sowjetisch-amerikanische Einigung nicht vorstellbar. Er sei überzeugt, daß Moskau zu jedem gesichtswahrenden Kompromiß bereit sei." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.
Zum Gespräch Genschers mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 2. Juni 1987 vgl. Dok. 158, Anm. 3.
Genscher besuchte Bulgarien vom 16. bis 19. Juli 1987. Dazu teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix am 20. Juli 1987 mit: „Gesprächsthemen zu den internationalen Fragen waren insbesondere Stand und Perspektiven der West-Ost-Beziehungen, der KSZE-Prozeß und das WFT, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle in den verschiedenen Bereichen sowie der neue Kurs in der SU. Die internationalen Themen wurden von BM in Vier-Augen-Gesprächen mit Schiwkow und Mladenow behandelt." Vgl. den Runderlaß Nr. 5721; Referat 214, Bd. 139474.

5 Mohammed Zahir Schah.

die Briten im Fall Rhodesien schon einmal geirrt und seien schließlich von der Wahl Mugabes überrascht worden.

AM Howe meinte, daß Gorbatschow wohl ein INF-Abkommen wolle. *BM* unterrichtete über den Hinweis seines ungarischen Kollegen, daß Gorbatschow einer indonesischen Zeitung ein Interview zu dieser Frage gewährt habe.[6] Nach wie vor ziehe er, BM, eine globale Null-Lösung vor. Ihm sei aufgefallen, daß während des Weizsäcker-Besuchs in Moskau[7] die sowjetische Seite keine Anstrengungen zur Verteidigung der restlichen 100 Systeme in Moskau vorgenommen habe. Gorbatschow habe die PIa überhaupt nicht, Gromyko nur am Rande angesprochen, während Schewardnadse sich etwa eine Stunde bei dem Thema aufgehalten und es als Haupthindernis für ein INF-Abkommen bezeichnet habe. AM *Howe* meinte, daß die SU nicht auf die PIa insistieren wird. *BM* meinte, daß die Sowjets den Besuch Weizsäckers offensichtlich nicht mit dieser Frage belasten wollten. Schewardnadse habe ihn gefragt, was man tun könne. Unter Umständen habe die PIa nur noch den Wert eines bargaining chips vielleicht für die restlichen 100 Systeme. AM *Howe* hielt dies für eine logische Einschätzung. Die Sowjets könnten die restlichen 100 Systeme aufgeben, wenn die 72 PIa beseitigt würden. PM Thatcher habe in Amerika deutlich gemacht, daß nach ihrer Einschätzung die Sowjets ein INF-Abkommen abschließen und keineswegs durch Verzögerungstaktik behindern wollten.[8] Nach ihrer Einschätzung hätten die USA klare Vorstellungen über den weiteren Verlauf der Verhandlungen. *BM* hielt es für falsch, wenn Schewardnadse Shultz nur unter der Voraussetzung, daß ein Abkommen erreicht sei, treffen wolle. Ein Außenminister-Treffen müsse auch offene Fragen erledigen können. Das in Aussicht genommene Treffen zwischen Schewardnadse und Shultz in New York sei sehr spät.[9] Es mache einen Gipfel im September oder Oktober dieses Jahres kaum noch möglich. AM *Howe* wies auf mögliche Schwierigkeiten mit dem britischen Parlament hin, wenn es nicht gelinge, bei der Durchführung von Verifikationsmaßnahmen den Stationierungsländern[10] eine nationale Kontrolle über die sowjetischen Verifikationsinspektoren einzuräumen.

BM meinte, daß die SU ein wirkliches Interesse an konventioneller Abrüstung habe. Der SU drohe keine Gefahr vom Westen. Gleichwohl unterhalte sie eine riesige Armee. Selbst wenn man ihr Bedürfnis nach Kontrolle der Satelliten und ihre historisch gewachsene Angst vor den Deutschen in Rechnung stelle,

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, erklärte am 21. Juli 1987 in der indonesischen Zeitschrift „Merdeka", die UdSSR berücksichtige den Wunsch von asiatischen Staaten, „daß die Mittelstreckenraketen nicht nur in Europa, sondern auch in Asien völlig beseitigt werden". Die UdSSR „ist bereit zur Vernichtung aller ihrer Mittelstreckenraketen auch im asiatischen Landesteil, das heißt, sie ist bereit, die Frage des Verbleibs jener 100 Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen, um die es bei den Genfer Verhandlungen mit den Amerikanern geht, fallenzulassen. Unter der Bedingung natürlich, daß die USA dasselbe tun. Beseitigt werden auch die operativ-taktischen Raketen. Mit anderen Worten, wir werden von der Konzeption einer ‚globalen Null-Lösung' ausgehen." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 217.

7 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

8 Premierministerin Thatcher besuchte die USA am 17. Juli 1987.

9 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

10 Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

unterhalte sie zu viele Truppen. Sie sei einem Dinosaurier vergleichbar, der vor Kraft und Panzerung kaum noch laufen könne. AM *Howe* sagte, daß der Westen jetzt eine gute Ausgangsbasis für die konventionelle Rüstungskontrolle in Wien präsentiert habe.[11] *BM* lobte die deutsch-britische Zusammenarbeit – insbesondere im Bereich der chemischen Waffen und der konventionellen Rüstungskontrolle. Es sei unmöglich, wenn der Westen keine Antworten auf die Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle habe. Es sei wichtig, die kommenden Gespräche aus der Offensive heraus zu führen. AM *Howe* bestätigte, daß der Westen bisher schlecht ausgesehen habe. Der französische Vorschlag der Beibehaltung einer Sicherheitsreserve bei den chemischen Waffen[12] mache Großbritannien große Schwierigkeiten. Er glaube nicht mehr an ein CW-Abkommen noch in diesem Jahr. *BM* wandte ein, daß das wohl richtig sei, er sehe jedoch eigentlich keinen wirklichen Grund, der gegen einen Abschluß eines CW-Abkommens in diesem Jahr spreche. AM *Howe* zeigte sich besorgt über die bevorstehende internationale Konferenz Abrüstung und Entwicklung.[13]

Zum KSZE-Prozeß sah AM Howe nicht Gefahr eines linkage zwischen dem Moskauer Menschenrechtsprojekt[14] und dem Informationsforum[15]; das Informationsforum sei ein einzigartiger westlicher Vorschlag. *BM* erkundigte sich nach der Haltung zur Teilnahme der Außenminister an der Abschlußsitzung des Wiener Folgetreffens.[16] AM *Howe* erklärte, er habe hierzu eine offene Haltung.

Auf Rüstungskontrollfragen zurückkommend, betonte Howe, daß man eine Diskussion über die weite oder enge Auslegung des ABM-Vertrages[17] vermeiden sollte. Das Verhältnis von offensiven und defensiven Waffen sollte vielmehr auf der Grundlage konkreter Berechenbarkeit (pattern of predictability) erörtert werden. Insgesamt sei er über den Rüstungskontrollprozeß einigermaßen erfreut.

11 Zum Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten vom 27. Juli 1987 für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 216.

12 Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock“) bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

13 In New York fand vom 24. August bis 11. September 1987 die VN-Konferenz über Abrüstung und Entwicklung statt. Vgl. dazu Dok. 268, Anm. 29.

14 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

15 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

16 Ministerialdirigent Kastrup legte am 10. Juni 1987 dar, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe am 10. April 1987 in Prag die Frage nach einem Außenministertreffen der KSZE-Teilnehmerstaaten aufgeworfen, um „den Beginn umfassender Verhandlungen zwecks radikaler Kürzung der taktischen atomaren Waffen, der Streitkräfte und konventionellen Waffen“ zu beschließen. Im Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin sei dies aufgegriffen worden, wobei eine „bemerkenswerte Flexibilität in örtlicher, zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht“ zu konstatieren gewesen sei: „In der Geschichte der KSZE ist es bisher mehrfach zu Treffen auf AM-Ebene gekommen; ihr Anlaß war stets von besonderer politischer Bedeutung.“ Ein Außenministertreffen sei anzustreben, „wenn äußerer Anlaß und erwartete inhaltliche Ergebnisse die Präsenz der Außenminister rechtfertigen. Dies könnte vor allem dann der Fall sein, wenn sich die Einigung auf ein substantielles Wiener Schlußdokument abzeichnet und der erfolgreiche Abschluß des WFT von den Außenministern politisch wirkungsvoll festgestellt werden kann.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133566.

17 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

AM Howe erkundigte sich nach dem Honecker-Besuch.[18] *BM* erläuterte, daß dieser Besuch schon im April vereinbart worden sei; offensichtlich habe die DDR im Hinblick auf die Bekanntgabe der Honecker-Reise den Verlauf des Weizsäcker-Besuchs in Moskau abwarten müssen. In der DDR seien bemerkenswerte Schritte zu registrieren: die Amnestie[19], die Abschaffung der Todesstrafe[20] und zusätzliche Reiseerleichterungen[21]. 1987 würden etwa eine Million Reisende, die jünger als 65 Jahre seien, Westreisen unternehmen. Andererseits habe es Einschränkungen beim Devisenumtausch[22] gegeben. Diese Maßnahmen hätten uns enttäuscht, es sei jedoch wichtig, wenn mehr Menschen kämen. Er kenne die Themenschwerpunkte Honeckers noch nicht. Werde Honecker den Besuch mehr auf finanzielle Hilfe oder auf Abrüstungsthemen ausrichten? In der Vergangenheit habe er die Kontakte mit uns mit größerer Einflußnahme auf unsere Abrüstungspolitik gerechtfertigt. Es spielten sicherlich auch persönliche Gründe bei der Reise Honeckers eine Rolle. Er sei nun schon 70 Jahre und habe sicherlich den Wunsch, seine frühere Heimat einmal wiederzusehen. Außerdem verbessere er sein Bild in der Bevölkerung der DDR, wenn er zu uns gute Beziehungen habe. Die DDR sei nicht mehr isoliert. Sie führe überall Staatsbesuche durch und empfange von überall Staatsgäste. Ihr fehle im Grunde genommen nur noch der Besuch bei uns, welcher das Bild abrunde. Es gebe allerdings eine Reihe von schwierigen Protokollfragen. Der Besuch werde nach der Schiwkow-Formel[23] abgewickelt werden. Insgesamt helfe er unseren Landsleuten. Es sei

18 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

19 Am 17. Juli 1987 erließ der Staatsrat der DDR eine „allgemeine Amnestie für Straftäter“, die vor dem 7. Oktober 1987 rechtskräftig zu Strafen mit oder ohne Freiheitsentzug verurteilt worden waren: Bei „Personen, die zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, wird die Strafe auf 15 Jahre herabgesetzt, soweit der Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger das zuläßt“. Ausgenommen wurden Personen, „die wegen Nazi- und Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Spionage oder Mord verurteilt worden sind“. Vgl. dazu den Artikel „Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über eine allgemeine Amnestie aus Anlaß des 38. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Juli 1987“; NEUES DEUTSCHLAND vom 18./19. Juli 1987, S. 1.

20 Am 17. Juli 1987 beschloß der Staatsrat der DDR die Abschaffung der Todesstrafe: „Die dem entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen sind ab sofort nicht mehr anzuwenden.“ Vgl. dazu den Artikel „Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Abschaffung der Todesstrafe in der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Juli 1987“; NEUES DEUTSCHLAND vom 18./19. Juli 1987, S. 1.

21 In der Presse wurde berichtet: „Zwar hat es sich in der DDR inzwischen herumgesprochen, daß Anträge auf ‚Reisen in dringenden Familienangelegenheiten‘ seit vorigem Jahr großzügiger genehmigt werden und daß es dabei vor allem auf die Zustimmung des Betriebes ankommt, doch mißtrauen viele den gelegentlichen Hinweisen von DDR-Politikern gegenüber westlichen Besuchern, daß in diesem Jahr rund 900 000 DDR-Bewohner unterhalb des Rentenalters in den Westen fahren dürften. Schließlich sind entsprechende Anordnungen entgegen früherer Praxis nicht im DDR-Gesetzblatt veröffentlicht worden. So bleibt alles im Unverbindlichen.“ Vgl. den Artikel „Die Bevölkerung in der DDR hofft vor allem auf Reiseerleichterungen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Juli 1987, S. 2.

22 Am 6. Juli 1987 teilte Bundesministerin Wilms mit: „Seit dem 1. Juli 1987 können Reisende aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten – wie Rentner – jährlich nur noch 15 Mark der DDR in DM umtauschen. Bisher konnten 10 Mark der DDR pro Aufenthaltstag, höchstens aber 70 Mark der DDR pro Jahr im Verhältnis 1 : 1 umgetauscht werden. Die Beschränkung der Umtauschmöglichkeit erschwert den Besuchsreiseverkehr aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten.“ Vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 133.

23 Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow vom 2. bis 5. Juni 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 158.

wichtig, die Erwartungen niedrig zu halten. AM *Howe* wies auf den Kontrast zwischen der Abschaffung der Todesstrafe und der Aufrechterhaltung des Schießbefehls hin.

AM Howe wies auf die Notwendigkeit einer engeren Abstimmung zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland hin. *BM* erkundigte sich, wie wir die Zusammenarbeit mit Großbritannien verbessern könnten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die bestehenden engen Beziehungen in Rüstungskontrollfragen. AM *Howe* sagte, daß man mit Ministertreffen vorsichtig sein müsse. Das Trio Ploetz, Fall und d'Aboville gebe jedoch ein gutes Beispiel für enge Zusammenarbeit. Enge europäische Zusammenarbeit könne das sowjetische Denken beeinflussen. *BM* erwiderte, daß die europäische Einheit die SU ungemein beeindrucke. AM *Howe* stimmte dem zu. Im Vergleich zu dem Westen sei die SU in einer schwierigen Position. Wenn sie sich frage, wer ihre stärksten Partner seien, so könne sie nur Polen und Vietnam vorweisen.

Zur WEU führte Howe aus, daß unsere Vorstellungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit[24] entsprechend EPZ-Muster sinnvoll seien. Es sei notwendig, erstklassige organisatorische Voraussetzungen zu schaffen. Es gehe jetzt darum, den Druck aufrechtzuerhalten, da insbesondere der französische Außenminister Raimond zögerlich sei.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der G 10 um Spanien und Australien[25] bedauerte AM Howe die ablehnende Haltung insbesondere Schwedens und der Schweiz.

Hinsichtlich der Hilfe für Länder südlich der Sahara wies Howe auf die Notwendigkeit hin, Vorschläge für das IMF-Frühjahrstreffen[26] zu erarbeiten. Er bedauerte, daß Nigel Lawsons Vorschläge so wenig Unterstützung erhielten; dies gelte insbesondere für den Vorschlag niedriger Zinsen.[27] AM Howe bat BM, Finanzminister Stoltenberg hierauf anzusprechen.

24 Zu den Vorschlägen der Bundesregierung für eine Reform der WEU vgl. Dok. 104.

25 Botschaftsrat I. Klasse Kiewitt, Canberra, übermittelte am 19. August 1987 das Schreiben des australischen Schatzkanzlers Keating vom 4. August 1987 an den britischen Schatzkanzler Lawson in dessen Eigenschaft als amtierender Vorsitzender der G 10: „Gestützt auf die Deregulierung der australischen Finanzmärkte und die weitgehende Liberalisierung ausländischer Investitionen in Australien seit 1983 macht Schatzminister Keating erneut den Anspruch Australiens auf eine Beteiligung im General Agreement to Borrow und eine Mitwirkung in der G 10 geltend." Vgl. den Schriftbericht Nr. 554; Referat 412, Bd. 168663.
Legationsrat I. Klasse Linden unterrichtete die Botschaft in Canberra am 25. August 1987: „Die deutsche Haltung zu der Frage einer Erweiterung der G 10 ist noch nicht festgelegt. Auch andere Staaten bewerben sich um eine Teilnahme an den Beratungen dieses Gremiums. Mit einer Entscheidung der Bundesregierung ist erst kurz vor der Jahresversammlung des IWF zu rechnen." Vgl. den Schrifterlaß; Referat 412, Bd. 168663.

26 Die Frühjahrstagung des IWF und der Weltbank fand am 14./15. Mai 1988 in Washington statt.

27 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 1. Juni 1987 für Staatssekretär Ruhfus: „Die Verschuldungslage der 28 ärmsten Länder der Sub-Sahara-Region hat sich derartig zugespitzt, daß nach Auffassung der Weltbank auch unkonventionelle Maßnahmen erforderlich sind, um die Schuldendienstquote (Schuldendienst im Verhältnis zu Güter- und Dienstleistungsexporten) auf eine halbwegs tragbare Höhe von 25 % zu senken." Die Weltbank empfehle daher eine große Initiative mit folgenden Elementen: „Volle Umsetzung der UNCTAD-Entschließung vom März 1978 über die Gewährung eines Schuldenerlasses; Verlängerung der Laufzeiten bei Umschuldung im Rahmen des ‚Pariser Clubs' von bisher etwa zehn Jahren (davon fünf Freijahre) auf bis zu 20 Jahren (davon zehn Freijahre); zusätzliche Sondermaßnahmen einzelner Geber. […] Bei der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank schlug der britische Finanzminister Lawson vor, EH-Kredite in Zuschüsse umzuwandeln,

BM erkundigte sich nach der Einschätzung der Lage im Golf nach der Verabschiedung der Resolution im Sicherheitsrat.[28] AM *Howe* sah die größte Gefahr in den Angriffen auf Schiffe, weil US-Kriegsschiffe involviert werden könnten.[29] Es gehe jetzt darum, auf den Irak Einfluß zu nehmen, damit er seine Attacken auf Schiffe einstelle; dann könne der Iran folgen. Es sei nicht unfair, Druck auf Irak auszuüben, denn der Irak habe keinen Nachteil mit der Einstellung der Angriffe auf Schiffe; dies gelte insbesondere, wenn der Iran dem irakischen Beispiel folge. AM Howe hielt die amerikanische Umflaggungspolitik für risikoreich; dies werde inzwischen von den USA selbst erkannt. Er wies darauf hin, daß Großbritannien keineswegs ausländische Schiffe zu einer Umflaggung veranlassen wolle. PM Thatcher habe in einer parlamentarischen Fragestunde lediglich bestätigt, daß die rechtlichen Möglichkeiten für ausländische Schiffe hierzu bestünden.[30] Bedauerlicherweise habe die Presse dies falsch dargestellt. Nach Auffassung von AM Howe sollte sich ein späteres Waffenembargo gegen die Partei richten, die der Aufforderung des Sicherheitsrates nicht nachkomme. *BM* fragte nach der Rolle der SU bei der Beteiligung an der Resolution des Sicherheitsrates. Er habe Zweifel, ob sich die SU und China an einem nächsten Schritt beteiligen würden. Es komme jetzt darauf an, dem VN-GS Zeit zu lassen. Er habe eine geheime Mitteilung des VN-GS erhalten, der ein Treffen mit dem iranischen Außenminister in Genf anstrebe.[31] BM führte aus, daß er unglücklich über die Behandlung der Resolution durch die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gewesen sei. Die Resolution sei etwas unausgewogen, was die Fundamentalisten in dem Iran stärke. Es gebe jedoch eine starke Gruppe im Iran, die auf eine Lösung des Konfliktes unter VN-Beteiligung setze. Ein solches Vorgehen lenke von den ursprünglichen Kriegszielen ab. Es sei jetzt wichtigstes Ziel, daß die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates zusammenhielten. Er werde bei dem bevorstehenden Besuch Velayatis[32] Druck auf ihn ausüben, die Resolution zu beachten und keine Kriegshandlungen zu begehen. Die SU treibe ein kluges Spiel. Sie dürfe nicht in eine Situation kommen, in der sie ihre Haltung ändern könne, weil andere von der vereinbarten Zurückhaltung Abstand nehmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1088

bei Umschuldungen ‚sonstiger öffentlicher Kredite' Rückzahlungsfristen bis zu 20 Jahren vorzusehen und für diese Kredite konzessionäre Zinsen einzuführen, die ‚einige Prozentpunkte unter den Marktzinsen' liegen. Diese Maßnahmen sollen den ärmsten und zugleich besonders hochverschuldeten Ländern Afrikas zugute kommen, die wirtschaftliche Anpassungsprogramme eingeleitet haben." Innerhalb der Bundesregierung spreche sich das Bundesministerium der Finanzen „vorerst gegen alle über unseren Schuldenerlaß für 20 afrikanische Länder hinausgehenden Erleichterungen bei FZ-Forderungen" aus. Vgl. Referat 400, Bd. 182230.

28 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

29 Zur Umflaggung kuwaitischer Schiffe und zum Geleitschutz der USA für diese Schiffe im Persischen Golf vgl. Dok. 153, Anm. 8.

30 Premierministerin Thatcher nahm am 21. Juli 1987 im britischen Unterhaus Stellung zur Frage der Umflaggung von Schiffen im Persischen Golf auf britische Hoheitszeichen. Vgl. dazu HANSARD, Commons, 1987, Bd. 120, Spalte 201 f.

31 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 21. Juli 1987: „Soeben ließ VN-GS über seinen Persönlichen Referenten Picco folgende vertrauliche Bitte an BM ausrichten: Er habe in heutigem (21.7.) weiteren Gespräch mit dem iranischen StV, Botschafter Khorassani, vorgeschlagen, wenn sich dies ermöglichen lasse, mit AM Velayati in den nächsten Tagen in Genf zusammenzukommen." Pérez de Cuéllar bitte Genscher, im Gespräch mit Velayati für solch ein Treffen zu werben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1495; Referat 311, Bd. 139984.

32 Der iranische Außenminister Velayati hielt sich am 23./24. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Juli 1987 vgl. Dok. 221.

Das Zusammenstehen von West und Ost in dieser Frage erschwere die Rolle der SU. AM *Howe* stimmte dem zu und wies auf die Wichtigkeit der Rolle des GS hin. Insbesondere müsse man sich davor hüten, sich an einen Zeitplan für zusätzliche Schritte zu binden.

Zur Nahost-Konferenz[33] führte AM aus, daß Großbritannien ein solches Projekt unterstütze. Alles hänge vom Ausgang der Wahlen ab.

Im Hinblick auf die Aufhebung der Maßnahmen gegen Syrien[34] warnte AM Howe davor, den Eindruck zu erwecken, daß man nunmehr Syrien nachlaufe. Es empfehle sich vielmehr, den Druck noch etwas aufrechtzuerhalten. *BM* erwiderte hierauf, daß Geheimdienste nicht immer zu kontrollieren seien. Syrien sei sicherlich nicht mit Libyen zu vergleichen. Die westliche Reaktion habe Assad problembewußt gemacht, wie die Ausschaltung Abu Nidals[35] zeige.

AM *Howe* erkundigte sich nach Hamadi[36]. *BM* führte aus, daß die Entscheidung, Hamadi vor Gericht zu stellen, uns sehr schwer gefallen sei. Eine Auslieferung in die USA wäre jedoch noch schwieriger gewesen. Die Bundesregierung lasse keinen Zweifel, daß eine Abschiebung Hamadis nicht in Betracht komme und er seine Strafe zu verbüßen habe. Er werde AM Velayati auf die Geiseln ansprechen.[37] AM *Howe* stellte fest, daß es für den BM ein Privileg sei, Velayati zu sehen.

Zu Südafrika stellte AM Howe fest, daß die Positionen weitgehend identisch seien; er sei allerdings gegen die Veröffentlichung des Prinzipienkatalogs[38]. Er begrüße es als Zeichen einer realistischeren Einschätzung der FLS[39], daß diese keine Sanktionen ergriffen. Es komme jetzt darauf an, den FLS zu helfen. Hilfe an Mosambik sei erforderlich – insbesondere für die Streitkräfte; dies schaffe

33 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

34 Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Syrien vgl. Dok. 52, Anm. 16.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling teilte am 8. Juli 1987 über die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 6./7. Juli 1987 in Kopenhagen mit: „GB erklärte, der Schließung des Abu-Nidal-Büros in Damaskus komme einige Bedeutung zu. Die feste Haltung der Zwölf habe sich ausgezahlt. Die EPZ könne einen Erfolg verbuchen. GB könne deshalb der Aufhebung des Beschlusses zustimmen, keinen hochrangigen Besuchsaustausch mit Syrien durchzuführen. Voraussetzung dafür sei, daß die anderen Beschlüsse vom 10.11.1986 aufrechterhalten blieben. Sie hätten weiterhin Bedeutung für den Kampf gegen den Terrorismus. Diese Mitteilung wurde mit Befriedigung aufgenommen. Das PK kam überein, den AM für ihre Sitzung am 13.7. vorzuschlagen, einen entsprechenden Beschluß zu fassen." Vgl. den Runderlaß Nr. 31; Referat 200, Bd. 134828.
Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte am 6. Juli 1987, in der Sitzung der Staatssekretäre am 3. Juli 1987 habe Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, mitgeteilt, daß sein Haus in der Kabinettssitzung am 7. Juli 1987 die Deblockierung der Mittel der Finanziellen Zusammenarbeit mit Syrien beantragen werde: „Dabei geht es um Mittel von rund DM 145 Mio. aus Altzusagen. […] Seitens des Auswärtigen Amtes bestehen hiergegen keine Bedenken. Die Zustimmung des Ministers ist erteilt." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141131.

35 In der Presse wurde berichtet: „Syrien hat das Büro des als Urheber von Terroranschlägen bekannten Palästinenserführers Abu Nidal in Damaskus geschlossen. […] Die Schließung des Büros war offenbar einer der Gründe für das Angebot Präsident Reagans, einen Sonderbeauftragten nach Syrien zu entsenden." Vgl. den Artikel „Büro Abu Nidals in Damaskus geschlossen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Juni 1987, S. 8.

36 Durchgängig korrigiert aus: „Hamadei".
Zur Entscheidung der Bundesregierung vom 24. Juni 1987, Mohammed Hamadi in der Bundesrepublik anzuklagen, vgl. Dok. 195, Anm. 9.

37 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 195.

38 Zum Verhaltenskodex im Hinblick auf Südafrika vgl. Dok. 52, Anm. 36.

39 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

Stabilität in der Region. Dem Konferenzvorschlag von Pfarrer Boesak[40] dürfe keine verfrühte Aufmerksamkeit zuteil werden. Die westlichen Staaten sollten als diejenigen in Erscheinung treten, die den Dialog fördern.

BM erklärte, daß ihn das Wahlergebnis in Südafrika[41] pessimistisch gemacht habe, weil es die Hardliner unter den Weißen ermutige und bei den Schwarzen die Radikalisierung und Polarisierung fördere.

AM *Howe* sah jedoch einen Funken von Optimismus, weil die Leute um Botha größtenteils die Situation realistischer einschätzten. Er bezeichnete die Haltung von Ellemann-Jensen zu Sanktionen als intellektuell richtig, kritisierte jedoch, daß sie Sanktionen durch die Hintertür eröffne.

BM wies darauf hin, daß Ellemann-Jensen aus Überzeugung gegen Sanktionen sei.

AM *Howe* fand die dänische Haltung zu Sanktionen nicht überzeugend, da kein Handelsaustausch mit Südafrika bestehe.

Bei der Behandlung der EG-Themen äußerte *BM* sein Bedauern über die unterschiedliche Position von GB und D. Er hätte mehr Kooperation vorgezogen. Wegen der vielen gemeinsamen Ziele müsse man eng zusammenarbeiten, um konkrete Ergebnisse für den Europäischen Rat in Kopenhagen[42] sicherzustellen. Das Hauptproblem sei die Landwirtschaft. Die Preispolitik könne nicht als alleiniges Mittel in Betracht kommen, sondern müsse durch zusätzliche Maßnahmen, z. B. durch Flächenstillegung, ergänzt werden. Die Politik des Preisdrucks unterminiere die Grundlage der deutschen Bauern und untergrabe die Stabilität der deutschen Wirtschaft.

AM *Howe* erwiderte, daß er entsetzt gewesen sei, daß es in Brüssel nicht zu Ergebnissen gekommen sei, obwohl man sie hätte erreichen können.[43] Die Fettsteuer[44] sei ein Punkt, der die Gemeinschaft spalte. Daher müsse man sie zur Seite legen, um zu anderen Ergebnissen zu kommen. Hinsichtlich der Eigenmittel schloß er den Gedanken einer Orientierung am BSP nicht aus, forderte Haushaltsdisziplin und Bewältigung der Agrarfragen. Er verstünde unsere Probleme mit der Landwirtschaft und teile die Auffassung des BM, daß die Preismechanismen nicht das einzige Mittel sein dürfen.

BM wies auf die Notwendigkeit einer Einkommenspolitik für die Bauern hin. Die Preispolitik könne nur ein Element dieser Einkommenspolitik sein.

AM *Howe* zeigte sich durch zusätzliche Gedanken zur Einkommensstützung interessiert, insbesondere an einem Ausgleich für Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und an Flächenstillegungen.

BM schlug vor, daß alsbald Treffen zwischen Experten der Auswärtigen Ämter (Trumpf u. Kerr) stattfinden sollte, um die zwischen GB und uns bestehenden Probleme zu identifizieren und um Möglichkeiten zur Überbrückung der Unterschiede festzustellen. Als Termin könne der September ins Auge gefaßt werden.

40 Zum Konferenzprojekt des Präsidenten des Weltbundes Reformierter Kirchen, Boesak, vgl. Dok. 236.
41 Zu den Parlamentswahlen am 6. Mai 1987 in Südafrika vgl. Dok. 129, Anm. 35.
42 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.
43 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 vgl. Dok. 193.
44 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

AM *Howe* schlug vor, die erarbeitete Analyse den Regierungschefs zuzuleiten.

AM Howe sprach die Reform der Strukturfonds an und verwahrte sich gegen eine Verdoppelung der Mittel.

BM stimmte dem zu, wies jedoch darauf hin, daß die Mittelmeerländer eine Erhöhung der Strukturfonds erwarteten und wir in dieser Frage gebunden seien. Man solle das Problem vorerst in kleinen, dann in großen Schritten angehen.

AM *Howe* wies darauf hin, daß die Schwierigkeiten mit Griechenland in dieser Frage größer seien als mit Spanien und Portugal.

AM Howe machte längere Ausführungen zum Gibraltar-Problem. Einerseits gebe es den Vertrag von Utrecht aus dem Jahre 1713[45], wonach bei einem Rückzug der Briten Gibraltar automatisch an Spanien zurückfalle, andererseits sehe die Verfassung Gibraltars vor, daß ein Wechsel der Souveränität nur mit Zustimmung der Bevölkerung Gibraltars vor sich gehen könne. Die Spanier glaubten irrtümlicherweise, daß GB durch eine verfassungsrechtliche Maßnahme das Problem lösen könne. In Wirklichkeit gehe es um ein menschliches Problem. Der spanische AM Morán habe diese Schwierigkeit akzeptiert, wogegen Ordóñez das Problem nicht so gut verstehe. Er bitte daher den BM, diese Frage mit Ordóñez in Bayreuth zu besprechen.[46]

BM fragte AM Howe, welchen Status Gibraltar im Jahre 2000 haben werde.

AM *Howe* erwiderte, daß Gibraltar dann noch denselben Status haben werde.

Im Zusammenhang mit dem EG-Beitrittsgesuch Marokkos[47] stellte AM Howe fest, daß dieser Antrag die Behandlung des türkischen Begehrens[48] nicht erleichtere. Man müsse sich hüten, die Büchse der Pandora zu öffnen.

45 Korrigiert aus: „1704".
Artikel X des am 13. Juli (bzw. – nach dem bis 1752 in Großbritannien gültigen julianischen Kalender – am 2. Juli) 1713 in Utrecht zwischen Großbritannien und Spanien geschlossenen Friedensvertrags bestimmte: „The Catholic King does hereby, for himself, his heirs and successors, yield to the crown of Great Britain the full and entire propriety of the town and castle of Gibraltar, together with the port, fortifications, and forts thereunto belonging; and he gives up the said propriety to be held and enjoyed absolutely with all manner of right for ever, without any exception or impediment whatsoever." Vgl. THE CONSOLIDATED TREATY SERIES, hrsg. von Clive Parry, Bd. 28: 1713–1714, London 1969, S. 330.

46 Am Rande der Festspiele in Bayreuth führten Bundesminister Genscher und der spanische Außenminister Fernández Ordóñez am 24./25. Juli 1987 Gespräche. Vortragender Legationsrat I. Klasse Nordenskjöld hielt dazu am 31. Juli 1987 fest: „Im Vordergrund der Gespräche standen die Themen Iran – Irak, Chile, EG-Fragen, Sicherheitspolitik/Ost-West-Beziehungen sowie die amerikanisch-spanischen Verhandlungen über die US-Basen in Spanien." Vgl. Referat 010, Bd. 178904.

47 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Marokko vgl. Dok. 73, Anm. 41.
Mit Schreiben vom 8. Juli 1987 an EG-Kommissionspräsident Delors bzw. den EG-Ratspräsidenten Ellemann-Jensen beantragte Marokko den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1987, S. 98.
Die Referate 410 und 411 vermerkten in einer gemeinsamen Aufzeichnung vom 29. September 1987, in den Beziehungen Marokkos zu den Europäischen Gemeinschaften stünden zur Regelung an: „Anpassung des Kooperationsabkommens EWG – Marokko von 1978 an die zweite Süderweiterung (Beitritt SP[aniens] und P[ortugals]); Drittes Finanzprotokoll (Laufzeit bis 1991); Fischereiregelung EG – Marokko zur Sicherung der spanischen Fischereiinteressen vor Marokko. […] Marokko hat anläßlich Besuchs marokkanischen AM in Brüssel am 20.7.1987 Bereitschaft bekundet, Verhandlungen zu Anpassungsprotokoll, Finanzprotokoll und Fischereiabkommen baldmöglichst zum Abschluß zu geben. Marokko hat gleichzeitig ein Schreiben von König Hassan übergeben […], in dem es seinen Beitritt zur EG beantragt. Marokko hatte seit längerer Zeit einen Beitrittsantrag angekündigt. Die

BM kritisierte die schlechte handelspolitische Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten. Er habe in Washington darauf hingewiesen, daß dies unsere eigene Position schwäche. GB und D hätten sich gegen eine Fettsteuer ausgesprochen. Er frage sich, ob der Präsident[49] ein Veto einlegen werde. Die Öl- und Fettsteuer hätte ursprünglich als Mittel gegen die Überproduktion noch einen Sinn gemacht; als Maßnahme zur Vermehrung der Einnahmen sei sie jedoch schwer zu verteidigen.

BM stellte die Frage, wie wir uns die weitere innenpolitische Entwicklung in den Vereinigten Staaten vorzustellen haben.

AM *Howe* erwiderte, daß es keinen klaren demokratischen Kandidaten gebe. Auf republikanischer[50] Seite scheine Bush die besten Chancen zu haben.

BM bezeichnete Bush als einen guten Mann, weil er insbesondere die Europäer verstehe. Man müsse sich auch fragen, welche Absichten Baker habe.

Abschließend stellte AM *Howe* fest, daß die Europäer dazu neigten, Japan sowohl als einen wirtschaftlichen, aber auch als einen politischen Faktor zu unterschätzen.

BM stimmte zu und stellte fest, daß es notwendig sei, politisch darüber nachzudenken. Auf die Dauer sei es nicht gut, wenn sich der Eindruck festsetze, daß die Europäer sich ausschließlich darauf beschränkten, wirtschaftliche Forderungen an die Japaner zu richten.

VS-Bd. 14151 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1092

EG ist sich einig, daß der Antrag Marokkos auf EG-Mitgliedschaft im Ergebnis zwar abschlägig beschieden werden muß, da die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind. Dies soll durch ein im Ton möglichst freundlich gehaltenes Schreiben der Präsidentschaft erfolgen, in welchem Marokko auf den Ausbau der bestehenden Beziehungen verwiesen werden soll." Vgl. Referat 413, Bd. 144888.

48 Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 218.

49 Ronald W. Reagan.

50 Korrigiert aus: „demokratischer".

218

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach

22. Juli 1987[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister

Betr.: EG-Türkei;
Stand der Diskussion nach dem türkischen Beitrittsantrag[3] und Optionen für die deutsche Türkei-Politik

Der am 14. April dieses Jahres von der türkischen Regierung gestellte EG-Beitrittsantrag hat die Diskussion des Verhältnisses EG–Türkei belebt und auch zu einer intensiveren wissenschaftlichen Befassung mit der Türkei geführt. So wird die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Kürze eine umfangreiche Studie zum Verhältnis EG–Türkei vorlegen.[4] Auch das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE im Auftrag des BMWi und AA) und das Deutsche Orient-Institut (DOI) arbeiten an Türkei-Studien.

Der Planungsstab hat in die noch unveröffentlichte SWP-Studie Einblick nehmen können und deren Verfasser, Dr. Kramer, wie andere Türkei-Experten (Dr. Hummen, DIE, und Dr. Steinbach, DOI) zu Gesprächen nach Bonn eingeladen.

Nachfolgend sollen die hierbei gewonnenen Erkenntnisse wiedergegeben und Handlungsoptionen für die deutsche Türkei-Politik aufgezeigt werden.

I. 1) Zielsetzungen und Motive der Türkei

Der türkische EG-Beitrittsantrag ist in der Substanz wie auch taktisch als wohlbedachter Schritt zu werten. Er reflektiert zum einen das Selbstverständnis des überwiegenden Teils der türkischen Bildungsschicht, eine westlich ausgerichtete, denkende und handelnde Elite zu sein, wie zum anderen das Bestreben der türkischen Regierung, die seit Kemal Atatürk verfolgte Westorientierung und Säkularisierung festzuschreiben, vor fundamentalislamischer „Erosion“ zu bewahren und – durch Integration in die EG – honoriert zu bekommen.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Haas konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann am 23. Juli 1987 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat von Stechow handschriftlich vermerkte: „Es fehlt die gesamte EG-Problematik.“
Hat Stechow am 23. Juli 1987 vorgelegen.

2 Jürgen Sudhoff.

3 Zum Antrag der Türkei auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. auch Dok. 136.

4 Vortragender Legationsrat von Stechow legte Staatssekretär Ruhfus am 14. September 1987 einen Artikel des Mitarbeiters der Stiftung Wissenschaft und Politik, Kramer, vor: „Der Artikel faßt erstmals in übersichtlicher Weise Argumente für und gegen einen EG-Beitritt der Türkei zusammen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Türkei sich mit einem Beitritt übernehmen würde und die EG ihn kaum verkraften könnte. Kramer verweist auf die Assoziation, die allerdings entwickelt werden müßte. Er diskutiert die Frage auch unter politischen Aspekten, insbesondere der Zugehörigkeit zur NATO. Der Artikel beruht auf einer umfangreichen Studie, die Kramer in diesen Tagen bei NOMOS veröffentlichen will und an deren Zustandekommen wir mitgewirkt haben.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144811.
Vgl. Heinz KRAMER, Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft, Baden-Baden 1988.

Der Beitrittsantrag ist auch Ausdruck des in der Türkei weitverbreiteten Unmuts, daß trotz NATO-Mitgliedschaft und der im Westen allgemein anerkannten sicherheitspolitischen Bedeutung der Türkei und trotz Mitgliedschaft des Landes in anderen westlichen Institutionen und Organisationen eine den Erwartungen der Türken entsprechende Anerkennung des Landes als gleichberechtigtes und gleichwertiges Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft bisher nicht erfolgte. Maßgebliche Verantwortung für diesen Zustand trägt nach Ansicht der Türken Griechenland, das die Türkei nach Möglichkeit von Europa und vor allem der EG fernhalten wolle. Nun soll die EG-Mitgliedschaft, ggf. auch ein lange währender Status als Beitrittskandidat, helfen, die politisch und wirtschaftlich als peripher empfundene Stellung der Türkei zu überwinden.

Von der EG-Vollmitgliedschaft erhofft sich die Türkei die Überwindung der für sie ungünstigen Assoziationsperspektive[5] und vor allem wichtige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, d.h. Förderung der industriellen Modernisierung, Gewährleistung möglichst vorteilhafter Handels- und Finanzbeziehungen, Möglichkeit verstärkten Arbeitskräfteexports (und dadurch Entlastung der kritischen Arbeitsmarktlage). Zudem bedarf der wirtschaftliche Reformkurs nach Ansicht seines Initiators, MP Özal, einer stärkeren Absicherung durch den Westen.

Letztlich will Ankara ausloten, wie ernst es der EG mit der vertraglich verbrieften Beitrittsoption ist[6] und ob der Sicherheitspartner Türkei zumindest mittelfristig auch als integrationsfähig und -würdig angesehen wird.

Einige Gesprächspartner vertraten die Ansicht, der türkischen Regierung gehe es weniger um eine Integration in die EG als vielmehr um die Durchsetzung nationaler (Wirtschafts-)Interessen. Das derzeitige, EG-orientierte „Zweckbündnis aus politischer Mitte, Sozialdemokraten, Wirtschaft und Gewerkschaften" könne rasch auseinanderbrechen, wenn sich die Hoffnungen auf baldige EG-Vollmitgliedschaft zerschlagen sollten (Steinbach).

2) Haltung der EG-Länder zum türkischen Beitrittsantrag

2.1) Derzeit gibt es kein EG-Land, das eine ernsthafte Bereitschaft zur Unterstützung des türkischen Beitrittsantrages erkennen läßt. Dies hat, wenn man vom Sonderfall Griechenland absieht, weniger mit anti-türkischen Ressentiments als vielmehr mit der Vielzahl von Problemen zu tun, die auf die EG durch den Beitritt eines Landes von der Größe und Bedeutung der Türkei zukämen, u.a.:

– [7]fehlende Finanzmittel für eine erfolgversprechende Aufnahme eines Neumitgliedes (zumal die jüngsten Erweiterungen[8] noch nicht verkraftet sind und der Konsolidierung bedürfen) und zu erwartende Umverteilungskämpfe;

5 Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

6 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

7 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann handschriftlich: „Institutionelle Weiterentwicklung der EG." Dazu Ausrufezeichen.

8 Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1981 bei. Portugal und Spanien folgten mit Wirkung vom 1. Januar 1986.

– Fehlen wichtiger politischer (Demokratie, Menschenrechte) und wirtschaftlicher Voraussetzungen für eine EG-Mitgliedschaft im Fall der Türkei;
– Problem der Freizügigkeit;
– Änderung der sozio-ökonomischen („Mediterranisierung") und sozio-kulturellen (Islam) Qualität der Gemeinschaft mit möglichen Folgen für die Integrationsfähigkeit der EG;
– griechisch-türkischer Konflikt, vor allem Zypern-Problem, wie auch Minderheitenproblematik in der Türkei als destabilisierende Elemente für die Gemeinschaftskohäsion.

Hinsichtlich der Inopportunität einer weiteren Vergrößerung der Gemeinschaft, solange die jüngste Süderweiterung noch nicht verkraftet ist und die desolate Finanzlage der EG andauert, herrscht unter den EG-Mitgliedsländern weitgehende Einmütigkeit. Unterschiedlich gewichtet werden hingegen die anderen, möglicherweise gegen einen EG-Beitritt der Türkei sprechenden Argumente. So mißt D der Freizügigkeitsproblematik, NL dem Demokratisierungsprozeß, DK der Beachtung der Menschenrechte, F der Agrarproblematik und Minderheitenpolitik Ankaras besonderes Gewicht bei. Griechenland ist prinzipiell gegen einen EG-Beitritt der Türkei und verweigert sogar die Anerkennung des türkischen Assoziationsstatus (Nichtzeichnung des Anpassungsprotokolls[9]).

2.2) Das Europäische Parlament steht der Türkei, wie die jüngste Armenien-Resolution zeigt[10], besonders skeptisch gegenüber und dürfte sich mit der erforderlichen absoluten Mehrheit kaum für einen EG-Beitritt des Landes aussprechen, solange Fortschritte bei der Zypern-Frage, Demokratisierung, Beachtung der Menschenrechte (vor allem Behandlung der Minoritäten) nicht erkennbar sind.

2.3) Bei der gegenwärtigen Diskussion des Verhältnisses EG–Türkei ist zudem eine Tendenz erkennbar, Argumente, die aus türkischer Sicht für eine EG-Mitgliedschaft sprechen und von Ankara zur Untermauerung des Beitrittsantrages auch vorgebracht werden, zu relativieren:

– Die allgemein anerkannte sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei für Westeuropa wird von der Beitrittsfrage mit der Begründung abgekoppelt, die EG sei keine Verteidigungsgemeinschaft und Türkeis NATO-Mitgliedschaft ein Status sui generis, der für die Beitrittsfrage keine primäre Bedeutung hat.

9 Für den Wortlaut des Ergänzungsprotokolls zwischen der EG und der Türkei vom 23. Juli 1987 „zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei" und der dazugehörigen Erklärungen vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 53 vom 27. Februar 1988, S. 91–95.

10 Für den Wortlaut der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 1987 „zu einer politischen Lösung der armenischen Frage" vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 190 vom 20. Juli 1987, S. 119–121.
Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 13. Juli 1987: „Während die Wogen der Erregung über die von einer Minderheit des EP verabschiedete Armenier-Resolution bei türkischer Öffentlichkeit und Regierung allmählich abzuklingen begannen, haben die jüngsten Nachrichten von der Ermordung einer Gruppe von 30 türkischen Dorfbewohnern am 20. Juni 1987 und nunmehr von 25 weiteren Zivilisten am 9. Juli 1987 durch kurdische Terroristen einen erneuten Entrüstungssturm in der türkischen Öffentlichkeit hervorgerufen." Deshalb solle die Bundesregierung „der türkischen Regierung und Öffentlichkeit unsere Verbundenheit bei ihrem Bemühen um Wahrung der demokratischen öffentlichen Ordnung signalisieren und bei dieser Gelegenheit nochmals unsere Haltung in der armenischen Frage unterstreichen, ohne dabei das EP direkt zu kritisieren". Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151025.

– Größe und wirtschaftliche Perspektive des türkischen Binnenmarktes werden mit Hinweis auf das starke Bevölkerungswachstum von über 20 % und die sich daraus ergebende unzulängliche Massenkaufkraftentwicklung relativiert.
– Die von der Türkei im Falle eines EG-Beitritts erwartete verstärkte Investitionsneigung ausländischer Firmen wird bezweifelt, da nach Marktöffnung eine Vielzahl von heute attraktiven Investitionsanreizen entfallen wird. Daher seien bei einem EG-Beitritt der Türkei verstärkte EG-Exporte in dieses Land und weniger Neuinvestitionen zu erwarten.
– Die Bedeutung der türkischen „Brückenfunktion" zum benachbarten nah- und mittelöstlichen Raum wird mit Hinweis auf die ohnehin engen Beziehungen der EG zu den Ländern dieser Region abgeschwächt.
– Die von der türkischen Regierung beabsichtigten weiteren Demokratisierungsschritte stoßen auf Skepsis, vor allem, weil den Militärs – auch nach EG-Beitritt – ein Verzicht auf das Mittel der Intervention nicht zugetraut wird.
– Der Islam wird nicht, wie von der Türkei dargestellt, als kulturelle Bereicherung und Impetus für eine multikulturelle Dimension der EG, sondern eher als Störpotential für die kulturelle Identität Europas betrachtet.
– Dem von der türkischen Regierung vorgebrachten Argument, ein EG-Beitritt könne fundamentalislamischen Tendenzen im Lande entgegenwirken, wird entgegengehalten, auch fortschreitende „Verwestlichung" im Zuge der EG-Integration, gepaart mit damit zusammenhängenden sozialen Problemen, könne die Anhängerschaft der Fundamentalisten und deren Einfluß vergrößern.

2.4) Stärker noch als vor der türkischen Antragstellung werden heute auch die möglichen negativen Konsequenzen eines EG-Beitritts für die Türkei selbst herausgestellt und diskutiert. Dabei wird zuweilen insinuiert, die türkische Regierung habe die weitreichenden Folgen einer EG-Mitgliedschaft vor der Antragstellung nicht sorgfältig genug geprüft und handle im Grunde gegen die eigenen Interessen. Dies vor allem aus folgenden Gründen:

– Die EG-Mitgliedschaft ist für die Türkei mit schwierigen strukturellen Anpassungsproblemen verbunden, u. a. Erhöhung des Import- und Konkurrenzdrucks auf die türkischen Unternehmen und Beeinträchtigung derer Wettbewerbsfähigkeit, Zunahme des Handelsdefizits, wenn der Marktzugang für Industrie- und Agrarprodukte der EG liberalisiert wird.
– Der durch die Marktöffnung ausgelöste Strukturwandel trifft vor allem mittlere und kleinere Betriebe. Er dürfte eher zur schleichenden Deindustrialisierung und, damit einhergehend, drastischen Verschlechterung der Arbeitsmarktlage als zu der erwarteten und notwendigen Modernisierung der Produktionsstrukturen führen.
– Die Übernahme der GAP dürfte die Tendenz zur Überproduktion in der TR verstärken, zu einem Anstieg der Erzeugerpreise und inflationärer Entwicklung mit negativen Folgen für das allgemeine Einkommensniveau und den sozialen Frieden führen. Soziale Unruhen wiederum könnten, wie 1980, das Militär zum Eingreifen veranlassen.[11]

11 Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei. Die Regierungsverantwortung lag bei einem „Nationalen Sicherheitsrat" unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte,

– Zusätzliche Probleme für die türkische Wirtschaft sind durch die Übernahme der „Präferenz-Pyramide" der EG[12] zu erwarten.
– Die mit einem EG-Beitritt verbundene Beeinträchtigung der nationalen Souveränität wie auch der staatlichen türkischen Interventionspolitik (infolge verstärkter Mitwirkung von EG-Institutionen) dürfte innenpolitische Probleme aufwerfen.

II. Deutsche Haltung zum türkischen Beitrittsantrag und Optionen für die deutsche Türkei-Politik

1) Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer unbequemen Lage: Einerseits kann sie den türkischen Beitrittsantrag aus grundsätzlichen Erwägungen (mangelnde Integrationsreife der TR, aber auch mögliche Beeinträchtigung der grundsätzlichen Ziele der EG-Politik) wie auch wegen der mit einem Beitritt verbundenen finanziellen und beschäftigungspolitischen Implikationen auf absehbare Zeit nicht unterstützen. Andererseits gebieten unsere traditionell freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei Zurückhaltung bei öffentlichen Stellungnahmen zum türkischen Beitrittswunsch. Da wir auch zu Griechenland freundschaftliche Beziehungen unterhalten und zudem sowohl GR als auch die TR von uns Unterstützung ihrer jeweiligen Positionen erwarten, hat sich die Gestaltung unserer Beziehungen zu diesen beiden Staaten durch den türkischen Beitrittsantrag verkompliziert.

Wesentlich ist, die derzeitige „Atempause" (Prüfung des türkischen Antrags durch die EGK) zu nutzen, um innerhalb der Bundesregierung Einigung über den künftig zu steuernden Kurs gegenüber der Türkei zu erzielen. Hierbei sollte das Auswärtige Amt bemüht sein, eine Verständigung über folgende grundsätzliche Positionen zu erzielen:

– Geostrategische Lage und sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei, Tradition und Dichte der deutsch-türkischen Beziehungen wie nicht zuletzt auch die Anwesenheit von 1,4 Millionen Türken bei uns rechtfertigen es, der Türkei einen privilegierten Status und damit eine Sonderbehandlung zuzubilligen. Dies war bisher der Fall und sollte unter den gegebenen Umständen eher noch verstärkt werden.
– Die der Türkei 1963 in Aussicht gestellte EG-Beitrittsperspektive sollte grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden. Hierbei kommt der funktionierenden[13] Assoziation im Sinne einer „Bewährung" Bedeutung zu.
– Wir dürfen uns[14] von den anderen EG-Ländern wegen der uns besonders berührenden Freizügigkeitsfrage nicht in die Rolle des Hauptopponenten gegen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1097

Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

12 Mit dem Begriff der „Präferenz-Pyramide" wurde der abgestufte Präferenzzugang zum Markt der Europäischen Gemeinschaften umschrieben, der einem Großteil der Entwicklungsländer eingeräumt wurde. An der Spitze standen dabei jene Staaten aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (AKP), die durch die „Lomé-Abkommen" vom 28. Februar 1975, vom 31. Oktober 1979 und vom 8. Dezember 1984 mit den Europäischen Gemeinschaften verbunden waren, darunter Staaten des Mittelmeerraums, mit denen die Europäischen Gemeinschaften Assoziierungsabkommen geschlossen hatten, am Sockel die Staaten Lateinamerikas, Südostasiens (ASEAN) sowie des Nahen und Mittleren Ostens.

13 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

14 Korrigiert aus: „von".

einen türkischen EG-Beitritt drängen lassen. Wir dürfen uns aber auch nicht hinter der griechischen Veto-Position verstecken und darauf bauen, daß diese ewig währt und uns von der Verpflichtung zu einer eindeutigen Stellungnahme entbindet. Die freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei und unser Interesse an der Aufrechterhaltung der Westbindung dieses strategisch bedeutenden Landes lassen es sogar geboten erscheinen, auf Griechenland einzuwirken, seine intransigent ablehnende Haltung gegenüber der Türkei zu überdenken. Dies bedeutet zunächst Zeichnung des Anpassungsprotokolls und damit Anerkennung der türkischen Beitrittsoption. Wir sollten uns gegen die mögliche Neigung Athens wenden, die EG als eine „Verweigerungsfront" gegen eine mögliche Integration der Türkei zu betrachten und einzuspannen.

2) Aus heutiger Sicht muß damit gerechnet werden, daß die Bemühungen der türkischen Regierung um die EG-Mitgliedschaft – selbst bei Zugeständnis langer Übergangszeiten – in voraussehbarer Zeit nicht zum Erfolg führen werden. Selbst wenn GR eines Tages von seiner Veto-Position abrücken sollte, ist ein einstimmiges Votum des Rates zugunsten eines türkischen EG-Beitritts schwer vorstellbar.

Hinhaltendes Taktieren der EG dürfte jedoch das latente Mißtrauen der Türkei verstärken, Opfer einer Isolierungs- und Ausgrenzungsstrategie der EG zu werden. Auf uns als traditionelle Freunde der Türkei könnte schon bald die Aufgabe zukommen, türkischen Unmut zu dämpfen und die türkische Regierung von (Trotz-)Reaktionen, die westlichen Interessen zuwiderlaufen könnten, abzuhalten. Darauf sollten wir uns heute schon einstellen.

3) Wesentlich ist, der Türkei eine glaubwürdige, kooperative Perspektive aufzuzeigen. Dies kann nicht durch das Ausstellen von Wechseln auf eine höchst ungewisse Zukunft als EG-Vollmitglied, sondern unter den gegebenen Umständen nur durch erkennbare Bemühungen um eine Revitalisierung und Dynamisierung des Assoziationsverhältnisses geschehen. Wir sollten in Anbetracht unserer besonderen Verantwortung als Freunde der Türkei die Möglichkeit und Opportunität einer deutschen Initiative zur Wiederbelebung der Assoziation EG–Türkei prüfen. Die Übernahme der EG-Präsidentschaft im kommenden Jahr bietet hierfür Gelegenheit.[15]

Sinnvoll ist eine solche Initiative nur, wenn

– eine innerhalb der Bundesregierung und innerhalb der EG konsensfähige Konzeption entwickelt wird, wie das Assoziationsverhältnis wiederbelebt und modifiziert werden kann. Dies erfordert ggf. die Bereitschaft zum begrenzten Konflikt mit GR in der Frage der Anerkennung des türkischen Assoziationsstatus;
– der Türkei die Beitrittsperspektive nicht genommen wird und
– die türkische Regierung für eine Wiederbelebung der Assoziation überhaupt gewonnen werden kann.

Die Erfolgsaussichten einer solchen Initiative sind freilich ungewiß. Zu bedenken ist jedoch, daß unseren Bemühungen selbst bei einem Scheitern der Initiative eine nicht zu unterschätzende politische Signalwirkung zukäme.

15 Die Bundesrepublik hatte in der ersten Jahreshälfte 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

4) Eine im Rahmen der EG in die Wege geleitete Türkei-Initiative sollte durch bilaterale Aktionen und Gesten mit demonstrativem Charakter flankiert werden. Dadurch kann den Türken das Gefühl vermittelt werden, weiterhin privilegierter Partner und Freund zu sein. Denkbar sind z. B. folgende Aktionen:

– Beschleunigung der für die TR vorgesehenen neuen Rüstungssonderhilfe[16], ggf. auch Einwirken auf die EG-Partner, größere Anstrengungen zur Unterstützung der türkischen Verteidigungsfähigkeit zu unternehmen (und dadurch die sicherheitspolitische Bedeutung der TR besser als bisher zu honorieren);
– Vertiefung der Beziehungen zwischen Bundeswehr und türkischer Armee, z. B. Intensivierung der bereits bestehenden Soldatenaustauschprogramme, Sprach-, Logistik- und Truppenausbildung türkischer Offiziere, Teilnahme türkischer Offiziere an Lehrgängen der Führungsakademie der Bundeswehr. Denkbar wäre auch die Vereinbarung von Patenschaften auf Geschwaderebene (da deutsche Piloten z. T. in der Türkei ausgebildet werden);
– Anbahnung von Städtepartnerschaften;
– Intensivierung des Jugendaustausches;
– Förderung des Tourismus;
– Errichtung deutsch-türkischer Studienzentren bei uns und Förderung entsprechender Zentren in der Türkei;
– Unterstützung bei der Errichtung deutsch-türkischer Begegnungszentren in der Bundesrepublik;
– Einwirken auf rückkehrwillige türkische Gastarbeiter, ihre Ersparnisse in Vorhaben zu investieren, die der türkischen Wirtschaft zugute kommen (statt – wie zumeist üblich – Kauf von Immobilien), d. h. Wiederbelebung und ggf. intensivere Förderung des bisher gescheiterten Konzepts der „Gastarbeitergesellschaften“;
– Ermunterung deutscher Unternehmer zu stärkerer Investitionstätigkeit in der Türkei, z. B. durch Organisation deutsch-türkischer Wirtschaftssymposien;
– Unterstützung der gesellschaftlich organisierten Gruppen in der Türkei, den auf sie beim Prozeß der Demokratisierung zukommenden Aufgaben gerecht zu werden;
– Geste anläßlich des 50. Todestages von Kemal Atatürk am 10. November 1988, etwa Organisation von Ausstellungen und Symposien zu den deutsch-türkischen Beziehungen, Entsendung deutscher Ensembles, Durchführung einer Kunstausstellung, Eröffnung eines nach Atatürk benannten deutsch-türkischen Studienzentrums;
– großzügigere Handhabung der Sichtvermerkspraxis bei jenem Personenkreis (Bildungsschicht), der die Einführung der Visumspflicht[17] mit besonderer Erbitterung registrierte, etwa grundsätzliche Erteilung von Mehrfachjahressichtvermerken für Angehörige dieses Personenkreises;

16 Zur Rüstungssonderhilfe für die Türkei vgl. Dok. 136.

17 Mit Wirkung ab 1. Oktober 1980 wurde eine Visumspflicht für türkische Staatsangehörige eingeführt. Vgl. dazu die Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes vom 1. Juli 1980; BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil I, S. 782. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 188.

– Prüfung, ob und ggf. in welcher Form Einfluß auf die Aktivitäten des in Köln ansässigen türkischen „Ayatollah" Cemaleddin Kaplan genommen werden kann.[18] Kaplan verschickt radikal-fundamentalistisches Informationsmaterial in alle Teile der Türkei, was von der türkischen Regierung mit zunehmender Besorgnis registriert wird. Wir dürfen uns nicht dem Vorwurf aussetzen, dem Vordringen des Fundamentalismus in der Türkei Vorschub zu leisten;
– wirkungsvollere Bekämpfung der von deutschem Boden aus operierenden (im Verfassungsschutzbericht[19] unter den gewalttätigen Organisationen aufgeführten) kommunistischen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK). MP Özal hatte den BK mit Schreiben vom 13.4.1987 hierum gebeten.[20] Das BMI kann exekutive Maßnahmen erst ins Auge fassen, wenn die türkischen Stellen detaillierte Erkenntnisse über Struktur und Mitglieder der PKK übermittelt haben.[21]

Die hier angeführten Aktionen verursachen relativ wenig Kosten und könnten – sofern sie in der Türkei öffentlichkeitswirksam präsentiert werden – geeignet sein, die besondere Qualität der deutsch-türkischen Beziehungen zu unterstrei-

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna notierte am 17. Februar 1987 für Staatssekretär Meyer-Landrut: „In der Bundesrepublik widmet sich der ‚Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V.' in Köln unter seinem Vorsitzenden Cemaleddin Kaplan bundesweit und länderübergreifend fundamentalistischer Propagandatätigkeit nicht nur unter den hier ansässigen Türken, sondern auch durch den von Staatspräsident Evren geschilderten Schmuggel von (Video-)Kassetten mit religiös-politischen Predigten in die Türkei. In seinen Predigten ruft Kaplan zum Heiligen Krieg und zur Schaffung eines Gottes-Staates auf. Sein Ziel ist die Errichtung eines theokratischen Staatswesens nach iranischem Vorbild und der Sturz der säkularen türkischen Regierung und Republik." Das Bundesministerium des Innern habe daher mit Schreiben vom 22. Dezember 1986 das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen gebeten, gegen den seit Januar 1985 als Asylanten anerkannten Kaplan ausländerrechtliche Maßnahmen nach § 6 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 zu ergreifen. Am 28. Januar 1987 sei der Oberstadtdirektor von Bonn zum Erlaß einer entsprechenden Ordnungsverfügung gegen Kaplan angewiesen worden. Kuhna konstatierte: „Über die Wirksamkeit der ausländerrechtlichen Maßnahmen gegen Herrn Kaplan und seine Vereinigung sollten wir uns keine Illusionen machen. Erfahrungsgemäß bewirken derartige Maßnahmen – noch dazu gegen fanatische Personen, die als politische Asylanten anerkannt sind und nicht abgeschoben werden können – nur wenig. Eine Zwangsgeldandrohung ist in der Regel unzureichend. Zumeist wird es zu einer solchen Maßnahme, geschweige denn zu stärkeren Schritten, erst gar nicht kommen. […] In erster Linie dienen diese Maßnahmen uns als politisches Argument gegen die türkische Seite." Vgl. Referat 203, Bd. 151028.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus unterrichtete das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen am 12. Mai 1987, aus türkischen Presseberichten ergebe sich, „daß Kaplan in anderen Bundesländern (hier Berlin und Baden-Württemberg) weiterhin tätig ist". Daher sollten auch dort entsprechende Maßnahmen angeordnet werden. Vgl. das Schreiben; Referat 203, Bd. 151028.

19 Vgl. DER BUNDESMINISTER DES INNERN (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1986, Bonn 1987.

20 Vortragender Legationsrat Born vermerkte am 6. August 1987: „MP Özal hatte im Anschluß an die vor einigen Monaten in der Türkei erfolgten Anschläge kurdischer Terroristen dem Bundeskanzler geschrieben und darauf hingewiesen, daß diese Unterstützung von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden kurdischen Kreisen erhielten, und gebeten, gegen diese vorzugehen." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151025.

21 Mit Schreiben vom 5. Juni 1987 teilte Bundeskanzler Kohl Ministerpräsident Özal mit, die Bundesregierung unternehme alle geeigneten Schritte, um „die Aktivitäten extremistischer und insbesondere gewalttätiger extremistischer ausländischer Gruppen […], die eine Gefährdung für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und für die auswärtigen Beziehungen darstellen, zu unterbinden". Der dafür zuständige Bundesminister des Innern habe in einer Stellungnahme zu Özals Schreiben vom 13. April 1987 mitgeteilt, „daß die zuständigen deutschen Stellen für eine erfolgreiche Bekämpfung der extremistischen PKK auf enge Zusammenarbeit mit türkischen Stellen angewiesen sind. Insbesondere ist den für die Aufklärung der Tätigkeit der PKK zuständigen deutschen Stellen daran gelegen, von seiten der türkischen Regierung in noch stärkerem Maße als bisher alle geeigneten Informationen zu erhalten, damit sie ihre schwierige Aufgabe noch besser erfüllen können." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151033.

chen und möglicher Frustration wegen der Behandlung des türkischen EG-Beitrittsantrages bzw. wegen einer sich abzeichnenden oder gar faktischen Ablehnung dieses Antrages entgegenwirken.

Die Aufzeichnung wurde mit den Referaten 203, 410 und 411[22] abgestimmt.

Roßbach

Referat 413, Bd. 144911

219

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Daum

424-411.10 IRK-543/87 geheim **22. Juli 1987**[1]

Betr.: Verdacht gegen deutsche Firmen auf ungenehmigte Lieferungen für irakische Kampfstoffproduktion[2]

Nach Vorliegen der Außenwirtschaftsprüfungsberichte der geprüften Firmen[3] fand am 21.7.1987 eine Ressortbesprechung im BMF zur Bewertung und zur Abstimmung des weiteren Vorgehens statt.

Teilnehmer: BMF, BMWi, AA, BND, ZKI[4], Zollprüfungsstellen.

Aus der Ressortbesprechung halte ich folgendes fest:

1) Eröffnung durch MDg Dr. Stenger, der die Bedeutung der Vorwürfe, auch in den Augen der Öffentlichkeit, herausstellte.

2) Außenwirtschaftsprüfungen wurden aufgrund der Ressortabsprache vom Oktober 1986 bei allen Firmen vorgenommen, die in größerem Umfang nach Samarra lieferten:

– Kolb,

– Pilot Plant,

22 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

1 Vortragender Legationsrat Daum vermerkte handschriftlich „einzige Ausfertigung“ und maschinenschriftlich: „Dg 42 vorgelegt zur Kenntnis“ sowie „W[ieder]V[orlage] RL 424 am 17.8.1987“. Ferner verfügte er die Weiterleitung an Legationssekretär Warnken „z[ur] K[enntnisnahme]“.
Hat Ministerialdirigent Höynck am 22. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Warnken am 23. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 17. September 1987 vorgelegen, der die Wiedervorlage zum 15. Dezember 1987 verfügte.
Hat Nagel am 16. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage zum 16. Januar 1988 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Was hat Arbeit der staatsanw[altlichen] Untersuchungen inzwischen ergeben?“
Hat Nagel am 18. Januar 1988 erneut vorgelegen.

2 Zur Frage einer Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten zur möglichen Herstellung chemischer Waffen an den Irak vgl. Dok. 36 und Dok. 152.

3 Zur Betriebsprüfung bei den Firmen Kolb und Pilot Plant vgl. Dok. 36, Anm. 7.

4 Zollkriminalinstitut.

– Heberger Bau,
– WET,
– Preussag,
– Hammer (Nürnberg).

Die uns noch nicht vorliegenden Prüfberichte (Heberger, WET, Hammer) erhalten wir in Kürze.

3 a) Bei Fa. Kolb/Pilot wurden wenige ungenehmigte Exporte nach dem 9.8.84[5] festgestellt. Sicher ist allerdings, daß beide Firmen weiter exportierten, Pilot Plant sogar gestützt auf ein Rechtsgutachten Prof. Wimmers, mit dem er wohl die Absicht verfolgte, seinem Mandanten für den Notfall vorsorglich einen Verbotsirrtum zu bescheinigen.[6]

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, daß beide Firmen den Aufbau von Samarra weiterhin koordiniert und geleitet haben – bis heute. Allerdings sind „Dienstleistungen" nicht ausfuhrkontrolliert.

BMF stellte seine eigene Schlußfolgerung wie folgt dar: Kolb hat maßgeblich an der Gesamtorganisation mitgewirkt, sich selbst aber seit August 1984 bei Warenlieferungen zurückgehalten.

b) Fa. Heberger Bau (und eine Fa. Luha) exportierten Teile des Scrubbers (Neutralisationsanlage für Gase) ohne Ausfuhrgenehmigung.

Von beiden Firmen wurden Aussagen über die starke Rolle von Kolb gemacht.

c) Fa. WET: direkte ungenehmigte Lieferungen an SEPP[7].

d) Die Nahostabteilung der Preussag machte 1984/85 fast nur mit SEPP Geschäfte. Gesamtumfang ca. 48 Mio. DM, davon ca. 16 Mio. DM eigene Lieferungen. Diese waren nicht genehmigt (Abfüllanlagen, Abgasanlagen, Behälter).

e) Hammer: Lüftungsanlagen (ungenehmigt).

Schlußfolgerung des BMF: SEPP betreibt in Samarra eine Kampfstoffabrik, und deutsche Firmen haben fast ausschließlich die notwendigen Lieferungen erbracht.

4) Noch nicht geklärt ist die zentrale Frage der Genehmigungsbedürftigkeit der Lieferungen. Bis jetzt liegen hierzu nur mündliche Stellungnahmen des BAW vor.

BMWi und BAW veranlassen, die Stellungnahme baldmöglichst abzugeben.[8]

5 Vgl. dazu die an diesem Tag in Kraft getretene 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1080.

6 Ministerialdirigent Trumpf legte am 20. März 1987 für Bundesminister Genscher dar: „Die Kanzlei Wimmer/Busse vertritt die Firmen Kolb/Pilot Plant", gegen die der Verdacht bestehe, „durch Lieferung von Anlagen einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der irakischen Chemiewaffenproduktion geleistet zu haben und weiterhin zu leisten. Nach Einführung (im Jahr 1984) einer Ausfuhrgenehmigungspflicht für bestimmte Anlagenteile erhoben die Firmen Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Der Prozeß vor der Finanzgerichtsbarkeit und derzeit dem Verwaltungsgericht (bei dem die Bundesregierung zeitweise geneigt war, unter Beibehaltung ihrer Rechtsauffassung eine Vergleichszahlung in Höhe von DM 1,5 Mio. zu leisten) ist noch nicht abgeschlossen. Die Rechtsanwälte Wimmer/Busse vertreten die beiden Firmen auch in diesem Rechtsstreit." Vgl. Referat 424, Bd. 135880.

7 State Establishment for Pesticide Production.

8 Unter Bezugnahme auf die Ressortbesprechung am 21. Juli 1987 monierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel am 20. Oktober 1987 mit Fernschreiben Nr. 2193 an das Bundesministerium für

Sodann ist die StN[9] des AA zu § 34 AWG[10] abzugeben. Ich habe zugesagt, daß wir sie kurzfristig abgeben würden, und deutlich gemacht, daß sie meiner Meinung nach bejahend erfolgen wird.

Diese Stellungnahme wird wegen ihrer Folgewirkungen politischer und rechtlicher Art vom BM zu billigen sein.

5) Trotz einiger rechtlicher Zweifelsfragen bestand schließlich Einmütigkeit, daß die Angelegenheit dann seitens BMF der Staatsanwaltschaft übergeben wird.

(Der vorliegende Vermerk ist vor allem wegen dieses Punktes als VS-Geheim eingestuft.)

6) Abschließend ist noch ein Hinweis des BND zu erwähnen, wonach seiner Meinung nach Kolb/Pilot Plant nicht über das chemisch-technische Wissen zur Planung der Anlage verfügten; es müsse also irgendwo den Kopf geben, der Samarra – über Kolb – wirklich geplant habe.

Bei einer Diskussion des Verwaltungsgerichtsverfahrens in Darmstadt zeigte sich, daß unser jetzt beschlossenes weiteres Vorgehen sich mit einem evtl. Vergleich[11] im Darmstädter Prozeß wohl nicht vereinbaren ließe.

Die Frage eines Gutachtens zur Bewertung der Lieferungen stellt sich frühestens nach Einleitung des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens bzw. des Prozeßbeginns.[12]

Daum

VS-Bd. 14531 (424)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1103

Wirtschaft, daß „die endgültige und schriftliche Stellungnahme des BAW zum Umfang der Genehmigungspflichtigkeit bestimmter Ausfuhren, deren erfolgter Export bei den Außenwirtschaftsprüfungen festgestellt wurde, immer noch nicht" vorliege. Das Bundesministerium für Wirtschaft solle das Bundesamt für Wirtschaft erneut anweisen, „die Stellungnahmen umgehend zu fertigen. Die Sache ist von solcher Bedeutung und Dringlichkeit, daß gegebenenfalls andere Prüfaufgaben im Chemiebereich für die erforderlichen ein bis zwei Tage zurückgestellt werden sollten." Vgl. Referat 424, Bd. 135880.

9 Stellungnahme.

10 Für den Wortlaut des § 34 (Straftaten) des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 489.
§ 34 des Außenwirtschaftsgesetzes wurde durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 590.
Vortragender Legationsrat Daum vermerkte am 3. Juli 1987, in einer Ressortbesprechung am selben Tag habe es geheißen, „daß der vorbereitete Text für eine Änderung des § 34 im vergangenen Jahr deshalb auf Weisung von BM Bangemann aus dem Änderungspaket A[ußen]W[irtschafts]V[erordnung] und Ausfuhrliste wieder herausgenommen worden sei, weil BM Bangemann befürchtet hätte, daß sonst in der Öffentlichkeit diese Gesetzesänderung als deutsche Gegenleistung für die SDI-Abkommen aufgefaßt worden wäre. MR Haase erläuterte dazu, ihm sei bekannt, daß BM Bangemann diese Rücknahme des Änderungsvorschlags mit BM Genscher besprochen habe (war uns bisher nicht bekannt)." Vgl. Referat 424, Bd. 135882.

11 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Höynck hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Auf keinen Fall jetzt vergleichen."

12 Vortragender Legationsrat Schlegel vermerkte am 2. Dezember 1987 für Bundesminister Genscher, „daß die Staatsanwaltschaft in Darmstadt gegen mehrere Personen und Firmen Durchsuchungsmaßnahmen durchgeführt habe wegen des Verdachts, an Lieferungen nach Irak für dort befindliche CW-Produktionsanlagen beteiligt gewesen zu sein". Nachdem die Außenwirtschaftsprüfungen bei den Firmen Kolb und Pilot Plant „erhebliche Verdachtsmomente für illegale Lieferungen im Umfang von mehreren Mill[ionen] DM" ergeben hätten, sei „ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren Anfang November 1987 bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Darmstadt anhängig gemacht worden". Im Zuge des Verfahrens habe das Auswärtige Amt am 17. November 1987 dem Zollkriminalinstitut mitgeteilt, „daß im Falle der illegalen Ausfuhr von Ausrüstungen oder chemischen Substanzen, die zur

220

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 3119
Cito

Aufgabe: 22. Juli 1987, 12.10 Uhr[1]
Ankunft: 23. Juli 1987, 18.27 Uhr

Betr.: U.S. Holocaust Memorial Council[2];
hier: Berücksichtigung des Deutschen Widerstandes in dem in Washington in Vorbereitung stehenden Holocaust-Museum

Bezug: DB Nr. 3011 vom 14.7.87 – Pol 320.15/8 VS-NfD[3]

Mit der Bitte um Weisung

1) Die mit Bezugsbericht angekündigte erste Gesprächsrunde der Botschaft mit dem U.S. Holocaust Memorial Council in Washington hat am 21.7.1987 stattgefunden. Teilnehmer waren der Executive Vice President des Council, David Weinstein, der Vorsitzende des „Contents Committee", Michael Berenbaum, der Chefarchivar des Council, Brewster S. Chamberlin, die Kuratorin des zukünftigen Museums und der zuständige Mitarbeiter der Botschaft[4].

Das Gespräch hatte informellen Charakter und wurde als Auftakt einer u. U. dichter werdenden Folge weiterer Gespräche angesehen. Eine Vielzahl von Einzelfragen wurde angesprochen, im Blick auf die künftigen Gespräche aber nicht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1104

Herstellung von chemischen Waffen geeignet sind, die Auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört worden sind […]. Nach entsprechender richterlicher Genehmigung führte die Staatsanwaltschaft Darmstadt am 25. November 1987 gegenüber 30 Personen und Firmen Durchsuchungen durch, bei denen tonnenweise Schriftmaterial sichergestellt wurde." Dessen Auswertung werde mehrere Wochen in Anspruch nehmen: „Problematisch bleibt, ob den Beteiligten die subjektive Seite des Tatbestands nachgewiesen werden kann." Vgl. Referat 424, Bd. 135880.

1 Das von Botschaftsrat I. Klasse Calebow, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 23. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Quelle „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]" verfügte.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke notierte am 13. Oktober 1987, das im Bau befindliche Holocaust Memorial Museum in Washington solle 1989 eröffnet werden. Seit Jahren sei die Botschaft in Washington „vorsichtig bestrebt, hierbei Gesichtspunkten Gehör zu verschaffen, die zu einem differenzierten Bild beitragen könnten (Judenretter, Widerstand, historische Entwicklung, Integration der Juden in Deutschland vor 1933). Dasselbe Ziel hatte sich eine von MdB Petersen mit Elie Wiesel ins Leben gerufene kleine Arbeitsgruppe ‚German [and] American Committee on Learning and Remembrance' (Teilnehmer u. a. Botschafter a. D. Klaus Schütz, MD Dr. Bergsdorf, BK) gesetzt. […] Trotz aller Vorbehalte gegenüber dem Entstehen dieses Memorial Museums wegen seiner langzeitigen Wirkung auf das Deutschlandbild in den USA haben das Auswärtige Amt und die Botschaft Washington bisher eine zurückhaltende, insgesamt aber konstruktive Haltung gegenüber dem Projekt eingenommen." Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

3 Botschafter van Well, Washington, berichtete, der Executive Vice President des U.S. Holocaust Memorial Council, Weinstein, habe gegenüber einem Botschaftsmitarbeiter am selben Tag Einverständnis signalisiert, „daß im Rahmen des für Washington in Vorbereitung befindlichen Holocaust Museums auch der Deutsche Widerstand angemessen berücksichtigt werden soll". Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

4 Wolf Calebow.

wirklich vertieft. Hervorzuheben sind aus dem gestrigen Gespräch vor allem die folgenden Aspekte:

– Die von der Botschaft nicht nur gegenüber dem Council, sondern auch gegenüber anderen Gesprächspartnern, denen u. U. Einfluß auf den Council zuzutrauen war, gesprächsweise immer wieder unmißverständlich ausgesprochene Erwartung, daß das künftige Holocaust-Museum bei seinen Besuchern keinen Haß wecken dürfe, wenn es ein überzeugender Beitrag zur Schaffung einer künftigen besseren Welt werden solle (im Gegensatz etwa zu der Elie Wiesel zugeschriebenen Äußerung: „every Jew, somewhat in his being, should set apart a zone of hate – healthy, virile hate – for what the German personifies and what persists in the German“[5]), hat sich der Council inzwischen erklärtermaßen voll zu eigen gemacht. Die Erfüllung des Auftrages des Council sei – so Berenbaum – auch unter diesem Gesichtspunkt eine nicht leicht zu lösende Aufgabe, aber das genau sei das Ziel. Der Besuch des künftigen Museums soll Menschen zwar innerlich verwandeln können, aber keinen Haß in ihnen wecken.

– Die Ständige Ausstellung des künftigen Museums solle keine historische Behandlung der NS-Zeit oder des Holocaust beinhalten, sondern Vorgänge dieser Zeit vor allem aus der Sicht der Opfer darstellen. Schwerpunkt solle die Zeit von 1933 bis 1945 sein, die Darstellung im einzelnen über diesen Zeitrahmen aber auch hinausgehen. Nicht die Entstehung des Nationalsozialismus solle behandelt werden, sondern „was geschah“. Es solle das Bewußtsein dafür geschärft werden, wie wichtig demokratische Institutionen sind, und Verständnis für die Verletzbarkeit der Menschheit insgesamt geweckt werden, insbesondere dafür, wozu rassische Vorurteile und Rassenhaß und die Diskriminierung und Isolierung menschlicher Gruppen führen können.

  Am Anfang solle eine Darstellung jüdischen Lebens in Europa vor 1933 stehen. Dem solle die Darstellung dessen folgen, „was geschah“. Schluß und Ausblick solle die Befreiung der Überlebenden 1945 sein, der Wiederbeginn des Lebens für die Befreiten, der Wiederbeginn jüdischen Lebens in den betroffenen Ländern Europas und die Lehren, die aus den Verbrechen der NS-Zeit zu ziehen sind.

– Auch alle Formen des Widerstandes innerhalb und außerhalb Deutschlands gegen das NS-Unrechtsregime sollen in diesem Rahmen mitbehandelt werden. Das gelte für die „Weiße Rose“, die zuerst genannt wurde, ebenso wie für den

5 Der amerikanische Publizist und Professor an der Universität Boston, Wiesel, ein jüdischer Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald, berichtete rückblickend, bei einem Besuch in der Bundesrepublik 1962 sei er nicht nur über die Geschichtsvergessenheit der Deutschen erschüttert gewesen, sondern auch über das eigene Verhalten: „I answered questions, I shook hands. I even smiled back. And then I could bear no more of this civilized behavior: having lost my taste for hating others, I began to hate myself.“ Nach der Rückkehr in die USA sei ihm bewußt geworden: „I had blushed because I was ashamed of having permitted my hate to get away from me. It was this shame that overwhelmed me in Germany: I was betraying the dead. Instead of judging the Germans, then, I judged myself.“ Wiesel folgerte: „Yet today, even having been deserted by my hate during that fleeting visit to Germany, I cry out with all my heart against silence. Every Jew, somewhere in his being, should set apart a zone of hate – healthy, virile hate – for what the German personifies and for what persists in the German. To do otherwise would be a betrayal of the dead.“ Vgl. Elie WIESEL, Legends of our time, New York 1968, S. 171, S. 175 und S. 177 f.

„20. Juli“ und auch die große Zahl Namenloser – oder nicht mehr Namenloser –, die in persönlichem Einsatz zur Rettung Verfolgter beigetragen haben.

– Fachleute des Council arbeiten bereits oder werden in Kürze in insgesamt 26 Ländern tätig werden, um einen möglichst umfassenden Überblick über „das Geschehen“ zu erhalten und über das, was darüber an Zeugnissen noch vorhanden ist. Ein Schwerpunkt dieser Arbeit liege in der Bundesrepublik. Der Council habe bereits vier deutsche Mitarbeiter bei uns im Einsatz und werde diese Zahl auf voraussichtlich bis zu zwölf erhöhen.

  Die Teilnehmer der Gesprächsrunde äußerten sich mit großer Anerkennung über die Aufgeschlossenheit und Kooperationsbereitschaft der Leitungen und der Mitarbeiter deutscher Archive. Aus der Einladung von drei Archivaren des Council zu einem Besuch in der Bundesrepublik sei in der Zwischenzeit eine erfreulich enge und vertrauensvolle fachliche Zusammenarbeit entstanden. Der Council sei für die praktische Unterstützung, die seine Mitarbeiter bei der Arbeit in deutschen Archiven bisher gefunden hätten, dankbar und hoffe, wegen der großen Anzahl bereits in Empfang genommener Kopien von bei uns vorhandenen Dokumenten die Etats dieser Archive nicht übermäßig belastet zu haben. Die Zahl der benötigten Kopien von Dokumenten werde sicher noch anwachsen. Der Council hoffe, diese auch weiterhin – wie bisher – kostenfrei bekommen zu können, wäre äußerstenfalls aber auch bereit, mit eigenen Mitteln einzuspringen, bevor er auf für interessant gehaltene Dokumente verzichten würde.

– Die Gesprächsrunde kam auch auf die Frage eines offiziellen Geschenkes von deutscher Seite für das künftige Museum zu sprechen, auf das Weinstein MdB Peter Petersen bei Begegnung am 30.6.87 bereits angesprochen hatte[6] und zu dem bisheriger Vertreter des American Jewish Committee in Washington, Hyman Bookbinder, auch an US-Botschafter Burt mit der Bitte geschrieben hat, dafür ebenfalls in Bonn zu werben.

  Council stellte dazu fest, daß es in erster Linie nicht darum gehe, auf diesem Wege in Besitz wichtiger Ausstellungsstücke zu gelangen. Der Council habe vielmehr großes Interesse, auf diesem Wege u. U. eine möglichst vollständige Sammlung deutscher Literatur zur NS- und Holocaust-Thematik von uns als Buchspende zu erhalten. Vor allem die Publikationen des Instituts für Zeitgeschichte wurden in diesem Zusammenhang genannt.

  Diese Buchspende könnte zu einem geeigneten Zeitpunkt durch den Bundeskanzler oder in dessen Auftrag dem Council als Geschenk offiziell übergeben und damit ein politisches Zeichen dafür gesetzt werden, daß nach beiderseitigem Verständnis unsere und des Councils Bestrebungen nicht länger als gegeneinander gerichtet mißverstanden werden könnten.

– Neben der drei Etagen umfassenden Ständigen Ausstellung wird das künftige Holocaust-Museum in zwei weiteren Etagen auch über Ausstellungsflächen

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff vermerkte am 6. Juli 1987, neben der Botschaft in Washington habe sich „seit Februar 1985 in Absprache mit dem Bundeskanzler eine Beratergruppe um MdB Petersen – deren weitere fünf Mitglieder vom Bundeskanzler ernannt wurden – etabliert. […] Die ‚Petersen-Gruppe‘ ist nicht institutionell eingebunden, hat keine Auskunftspflicht gegenüber dem Auswärtigen Amt und hat uns nur auf informellem Wege fallweise unterrichtet. Daher liegen über den Stand der Beratungen in jüngster Zeit keine näheren Erkenntnisse vor.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

für wechselnde Ausstellungen verfügen. Wäre das Museum bereits fertiggestellt, wäre der Council beispielsweise ohne weiteres bereit, dort auch die für die USA z.Zt. in Vorbereitung befindliche Ausstellung über den Deutschen Widerstand zu zeigen![7]

Der Council hat wegen derartiger wechselnder Ausstellungen auch bereits Kontakte zu uns angeknüpft und plant in Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf eine Ausstellung über Kinderzeichnungen in Verbindung mit dem Holocaust und hat erste Kontakte mit dem Preußischen Bildarchiv in Berlin über die Möglichkeit einer Ausstellung zum Thema „Zigeuner" angeknüpft.

2) Mit dieser ersten Gesprächsrunde in – auf seiten des Council – erweitertem Kreis wird eine einschneidende Änderung der Haltung des Council uns gegenüber in unmißverständlicher Weise deutlich gemacht, um die sich die Botschaft bisher stets nachdrücklich bemüht hatte. Die Zeiten, in denen der ehemalige Vorsitzende des Council, Elie Wiesel, hier in Vorträgen öffentlich erklärte, jetzt wolle ihn sogar der deutsche Botschafter sprechen, er stehe dafür aber nicht zur Verfügung, sind schon lange vorbei. Ich selbst bin mit Elie Wiesel vor etwa zwei Jahren in New York zu einem persönlichen Gespräch zusammengetroffen.[8] Elie Wiesel hat danach – gemeinsam mit MdB Petersen – auch das „German and American Committee on Learning and Remembrance" ins Leben gerufen, das nach Wiesels Plänen insgesamt drei Mal zusammentreten sollte und das nach unserer Erwartung auch als Forum für eine gemeinsame Erörterung von Fragen zum Inhalt des Museums dienen sollte.

[9]Bis zum Ende der zweiten Begegnung dieses Gremiums war dieses Thema aber überhaupt noch nicht angesprochen, und bei der dritten Begegnung am 3.12.86 in Washington im Rahmen einer Plenarsitzung des Council wurde Petersen

7 Gesandter Wallau, Washington, teilte am 6. Juni 1986 mit: „Die in letzter Zeit verstärkte Beschäftigung in den USA mit Themen der jüngeren deutschen Geschichte, insbesondere dem Holocaust, hat auch ein erhöhtes Interesse am deutschen Widerstand zur Folge." Der Erfolg einer solchen Ausstellung werde jedoch „bei der in diesem Zusammenhang maßgeblichen jüdischen Bevölkerungsgruppe wesentlich davon abhängen, ob und wie einzelne Widerstandsgruppen sich zur Judenfrage geäußert haben und was die Ausstellung hierzu sagt". Da in der vom Institut für Auslandsbeziehungen verantworteten Wanderausstellung „Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945" der „Holocaust und das Schicksal der europäischen Juden als Motiv für den deutschen Widerstand" kaum vorkommen, sei ein begleitendes Rahmenprogramm mit Führungen, Seminaren und Vorträgen unverzichtbar. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1576; Referat 602, Bd. 201265.
Am 9. Juni 1987 berichtete Botschafter van Well, Washington, „daß die Ausstellung ‚Widerstand gegen Hitler' nach der bisherigen Planung vom Goethe-Institut in gemeinsamer Trägerschaft mit dem American Jewish Committee und dem Jüdischen Museum New York in der zweiten Aprilhälfte 1988 in den Räumen des Goethe-Instituts in New York eröffnet werden sollte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3253; Referat 602, Bd. 201265.

8 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 6. März 1985, er habe am 4. März 1985 mit dem Vorsitzenden des U.S. Holocaust Memorial Council, Wiesel, ein Gespräch „in ausgesprochen freundlicher Atmosphäre" geführt: „Wiesel griff sofort nach der Begrüßung das Thema ‚U.S. Holocaust Memorial Museum' auf. Er betonte, der Errichtung dieser Gedenkstätte dürften keine antagonistischen Absichten unterstellt werden, weder der Bundesrepublik Deutschland noch Israel gegenüber. Die zentrale Holocaust-Gedenkstätte sei und bleibe Yad Vashem. Er bemühe sich auch sehr darum, den U.S.-Bürgern klarzumachen, daß die Gedenkstätte eine Stätte der Versöhnung und Lehre sein solle. Der Gedanke, sie als ‚Propagandamaschine' zu benutzen, läge allen an der Konzeption und dem Aufbau Beteiligten fern. Wiesel betonte ferner, er habe in seinem Leben niemals das Konzept der Kollektivschuld vertreten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1168; Referat 204, Bd. 135295.

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3120 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

und Schütz zwar Gelegenheit gegeben, das Wort zu ergreifen, Elie Wiesel trat zu genau diesem Zeitpunkt aber von seinem Amt zurück[10], bevor es zu einer Verständigung über die für uns relevanten Fragen kommen konnte.

Die neue Führung des Council und der z.T. auch neue Mitarbeiterstab haben eine grundlegende Wende zunächst einmal vor allem dadurch herbeigeführt, daß die gegen Ende der Amtszeit Wiesels – von dessen Kritikern z.T. wohl auch aus taktischen Gründen bewußt herbeigeführte – weitgehende organisatorische Zersplitterung des Council wieder aufgehoben wurde. Die große Zahl nebeneinanderher arbeitender Ausschüsse und Fachgruppen wurde nach Amtsantritt des neuen Vorsitzenden Meyerhoff drastisch reduziert und zu einer überschaubaren und deutlich straffer geführten Organisation zusammengefaßt. Auch das „German and American Committee on Learning and Remembrance" besteht in dieser Form nicht mehr. An der Begegnung Petersens mit Weinstein am 30.6. nahm aber auch der Vorsitzende des weiterbestehenden „Committee for International Relations", Miles Lerman, teil, das nach Auffassung des Council den unterbrochenen Gesprächskontakt mit der deutschen Gruppe wiederaufnehmen und fortführen könnte.

3) Für die nächste Runde der jetzt begonnenen Gespräche der Botschaft mit dem Council ist ein Termin noch nicht festgelegt. Sie soll erfolgen, sobald eine der beiden Seiten dafür Interesse sieht. Für die Botschaft wäre es im Blick darauf hilfreich zu erfahren, welche Aussichten für ein zu gegebener Zeit vorzunehmendes Geschenk deutscher Fachliteratur an den Council besteht, ein geeigneter Zeitpunkt könnte u.U. die Konferenz über die Ausgestaltung der Wannsee-Villa in Berlin als Holocaust-Gedenkstätte im November d.J.[11] sein, die als Anlaß eine Erklärung für die Wahl des Termins für dieses Geschenk entbehrlich machen könnte und die Aussichten auf ein angemessenes Presseecho hier zugleich verstärken könnte.[12]

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff legte am 6. Juli 1987 zur Struktur des U.S. Holocaust Memorial Museum dar: „Vorsitzender des aus fünf Senatoren, fünf Mitgliedern des Repräsentantenhauses sowie 55 weiteren amerikanischen Persönlichkeiten zusammengesetzten Council war bis zu seinem Ausscheiden im Dezember 1986 Nobelpreisträger Elie Wiesel. Er trat wegen Meinungsverschiedenheiten über die sich ändernde Museumskonzeption zurück." Mit den personellen Änderungen seien auch strukturelle verbunden: „Die Neuregelung der Zuständigkeit für die Museumsplanung scheint bereits in inhaltlicher Hinsicht Konsequenzen zu haben: Durch die ‚Entstaatlichung' sind die Aussichten Dritter – nichtjüdischer Kreise, auch unsere –, auf die Ausgestaltung Einfluß zu nehmen, gesunken." Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

11 Zu der Expertentagung mit Teilnehmern aus der Bundesrepublik, Israel, Polen, Österreich und den USA hieß es in der Presse: „Der Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel wird sich am 9. und 10. November mit 33 Kronzeugen des Holocaust in Berlin zu einer Konferenz treffen. Beraten wird über die Villa, in der die berüchtigte ‚Wannsee-Konferenz' zur ‚Endlösung der Jugendfrage' stattfand. Sie soll in eine ständige Gedenkstätte und Bildungseinrichtung umgewandelt werden. Die Anregung zu dieser Einrichtung hatte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen gegeben." Vgl. den Artikel „Berliner Villa soll Gedenkstätte werden"; DIE WELT vom 12. Oktober 1987, S. 12. Vgl. dazu ferner den Artikel „Wannsee-Villa wird Begegnungsstätte"; DIE WELT vom 10. November 1987, S. 10.

12 Legationsrat I. Klasse Quelle unterrichtete die Botschaft in Washington am 2. September 1987, nach der Sommerpause habe Referat 204 wegen der vorgeschlagenen Bücherspende das Institut für Zeitgeschichte, München, kontaktiert: „Ziel des Gesprächs war es, einen ungefähren Überblick über die zum Thema ‚Nationalsozialismus und Judenvernichtung' vorliegende deutsche Literatur zu gewinnen, da eine Bibliographie wesentliche Voraussetzung für die Zusammenstellung der Buchspende ist." Das IfZ empfehle: „Die Botschaft könnte sowohl das Deutsche Historische Institut als auch das American Institute for Contemporary German Studies um Hilfe bitten. In der Library of Congress besteht

Ferner sollte u. U. geprüft werden, ob wir dem Council – je nach Fortgang der Gespräche – evtl. auch die Unterstützung und Mitarbeit eines deutschen Historikers, Museumsfachmanns oder Archivars anbieten könnten. Ein derartiges Angebot wäre jetzt mit Sicherheit noch verfrüht, könnte zu gegebener Zeit aber u. U. ein interessanter Ansatzpunkt für eine weitere Intensivierung unseres fachlichen Kontaktes mit dem Council über den jetzt begonnenen Dialog hinaus werden, um einen optimalen Beitrag unsererseits – im Rahmen des für den Council Annehmbaren – zur Wiedergabe eines angemessenen und fairen Deutschlandbildes auch im Rahmen dieser schwierigen Thematik zu ermöglichen.[13]

[gez.] van Well

Referat 204, Bd. 135395

221

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Velayati

311-321.11 IRN **23. Juli 1987**[1]

Gespräch BM mit iranischem AM beim Arbeitsessen am 23.7.87, 13 Uhr[2]

Teilnehmer: AM Velayati, Abgeordneter Sobhani Nia, stellvertretender Vorsitzender politischer Parlamentsausschuß, Cyrus Nasseri, RL internationale Organisationen im AM, Botschafter Salari, BM, D 3[3], RL 010[4], RL 311[5].

Fortsetzung Fußnote von Seite 1109

Zugriffsmöglichkeit auf die vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebene Bibliographie zur Zeitgeschichte, die ca. 30 Seiten zum Thema enthalten soll." Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

Am 9. November 1987 vermerkte Quelle, die Botschaft in Washington empfehle: „Eine Buchhandlung erhält den Auftrag, eine umfassende Bibliographie lieferbarer deutscher Titel zum Thema ‚Judenvernichtung, Nationalsozialismus und deutscher Widerstand' zu erarbeiten und einen Kostenvoranschlag für deren Beschaffung vorzulegen. Das Institut für Zeitgeschichte wird um eine Aufstellung aller lieferbaren Eigenpublikationen zum Thema gebeten." Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

13 Botschafter van Well, Washington, informierte am 8. September 1987: „Dr. David Weinstein hat die Botschaft über ein heute mit MdB Peter Petersen geführtes Telefongespräch unterrichtet, bei dem vereinbart wurde, daß Petersen in Begleitung eines deutschen Historikers in den ersten Dezembertagen in Washington mit den Mitgliedern des ‚Contents Committee' des U.S. Holocaust Memorial Council zusammentreffen wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2782; Referat 204, Bd. 135395.

1 Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 24. Juli 1987 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro geleitet „m[it] d[er] B[itte], Billigung des BM einzuholen".

Hat Ministerialdirigent Jansen am 29. Juli 1987 vorgelegen.

2 Der iranische Außenminister Velayati hielt sich am 23./24. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Dem Gespräch beim Arbeitsessen ging ein Delegationsgespräch voraus, in dessen Zentrum bilaterale Fragen, insbesondere der Kulturpolitik sowie des Rechts- und Konsularbereichs, sowie Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften, standen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler vom 23. Juli 1987; Referat 010, Bd. 178903.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Michael Jansen.

5 Gert Strenziok.

BM lenkte das Gespräch sofort auf die SR-Resolution[6] und wies darauf hin, daß wir nach besten Kräften versucht hätten, sie möglichst ausgewogen zu gestalten. Die Konfliktparteien sollten jetzt Zurückhaltung und Mäßigung üben und die Kampfhandlungen einstellen, um die Rahmenbedingungen für eine politische Lösung zu schaffen. Jetzt sei die Zeit für den VN-GS[7] gekommen, der bereits früher verdienstvoll tätig gewesen sei.

AM erklärte, Iran könne sich mit der Resolution nicht einverstanden erklären (we do not agree), weil sie Mängel habe.[8] Die iranische Position sei unverändert: Eine für Iran akzeptable Resolution müsse eindeutig feststellen, daß Irak der Aggressor sei, und eine Verurteilung aussprechen. Außerdem sei die Resolution ohne Iran über seinen Kopf hinweg beschlossen worden. Außer der Bundesrepublik Deutschland und Japan, gelegentlich auch SU, habe niemand Iran während der SR-Beratungen konsultiert. Obwohl Hauptbeteiligter, habe Iran auch vom jeweiligen SR-Präsidenten und vom VN-GS nie etwas Direktes oder Offizielles gehört. Der VN-GS sei in Teheran jederzeit willkommen, wenn er in dieser Eigenschaft allgemein mit der iranischen Regierung sprechen wolle, nicht jedoch, wenn er speziell wegen der SR-Resolution komme oder sie sogar implementieren wolle.

Einwand von *D 3*: Wenn man die Resolution richtig interpretiere, finde man darin alle von Iran geforderten Punkte: Frage des Kriegsbeginns, Einsatz von C-Waffen, Luftangriffe auf zivile Ziele und Einsetzung eines unparteiischen Gremiums zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage. Bevor dieses Gremium nicht den Schuldigen festgestellt hat, könne man schlecht eine Verurteilung aussprechen.

AM dankte für unsere Kooperation und unsere Bemühungen um eine ausgewogenere Formulierung der Resolution. Er gab zu, daß die Resolution besser sei als frühere SR-Resolutionen und auch einige positive Elemente enthalte. Aber sie seien zu unverbindlich und hätten gegenüber Irak nur empfehlenden, keinen mandatorischen Charakter. Nicht einmal der Einsatz von C-Waffen sei eindeutig verboten worden.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers vermerkte am 22. Juli 1987: „Der VN-SR verabschiedete am 20. Juli einstimmig die Resolution 598, in der Irak und Iran zum sofortigen Waffenstillstand und Truppenrückzug auf die nationalen Grenzen aufgerufen werden. […] In einer seit Jahrzehnten nicht mehr gekannten Weise hatten sich die fünf Ständigen Mitglieder des SR unter amerikanischer Führung in monatelangen, geheimen Gesprächen auf einen Resolutionsentwurf geeinigt, der den nichtständigen Mitgliedern erst Ende Juni zur Kenntnis gebracht wurde. Bereits in den ersten Konsultationen des SR wies die deutsche Delegation auf Einseitigkeiten des Textes hin. In der Folge machten wir eine Reihe von Änderungsvorschlägen, die von IT und JAP unterstützt und als erste unter den Fünf von F akzeptiert wurden. […] Nach intensiven Verhandlungen wurden unsere Änderungen angenommen, die Unausgewogenheiten zu Lasten des Iran ausgleichen sollten (u. a. Kriegsschuldfrage, Verwendung chemischer Waffen).“ Vgl. Referat 311, Bd. 139984.
In Punkt 6 der Resolution hieß es: „The Security Council […] requests the Secretary-General to explore, in consultation with Iran and Iraq, the question of entrusting an impartial body with inquiring into responsibility for the conflict and to report to the Council as soon as possible“. Vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 6.

7 Javier Pérez de Cuéllar.

8 Botschafter Freitag, Teheran, informierte am 23. Juli 1987, Staatspräsident Khamenei habe am 21. Juli 1987 „seine ablehnende Haltung gegen eine unter US-Druck verabschiedete Resolution“ des VN-Sicherheitsrats bekräftigt. Auch Ministerpräsident Mussawi habe in einem Zeitungsinterview am 22. Juli 1987 betont, „Iran sei nicht bereit, die ‚unfaire Resolution 598‘ zu akzeptieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1311; Referat 311, Bd. 139984.

BM stellte fest, wichtig sei jetzt vor allem, daß ein Gespräch mit dem VN-GS zustande komme, das in Teheran oder auch an einem dritten Ort stattfinden könne.[9] *AM* erwiderte, er würde einen Besuch des VN-GS in Teheran vorziehen.

Auf Frage *BMs* nach möglicher kommender Entwicklung im Golf bemerkte *AM*, die ganze Affäre des amerikanischen Geleitschutzes für kuwaitische Tanker[10] entbehre nicht der Komik und werde zu erheblicher Verteuerung des so transportierten Erdöls führen. Iran habe hinreichend klargestellt, daß es nur eine einzige Lösung für die Golfproblematik gäbe, nämlich ein generelles Verbot von Angriffen gegen Handelsschiffe. Iran werde sich an solch ein Verbot halten. Zur Zeit sei nur die Position Kuwaits schwierig, das insofern in den Krieg involviert sei, als es irakisches Erdöl vermarkte, Waffen- und Materialnachschub für Irak durch sein Hoheitsgebiet gestatte und den Irakern den eigenen Luftraum zur Verfügung stelle. Iran habe Kuwait vor die Wahl gestellt: entweder den Irakis das Überfliegen kuwaitischen Luftraums zu verbieten, dann werde Iran auch keine kuwaitischen Schiffe mehr angreifen, oder aber beiden Seiten das Überfliegen des kuwaitischen Luftraums zu gestatten. Kuwait habe darauf nicht reagiert und mache geltend, es stehe unter irakischem Druck, was sicherlich richtig sei. Andererseits aber wolle sich Kuwait auch nicht von Iran gegen Irak helfen lassen. Das sei für Iran aber der einzige Problemfall unter den Golfstaaten. Zu den anderen arabischen Golfstaaten unterhalte man normale bis gute Beziehungen.

BM appellierte an Iran, in der jetzigen Situation im Golf äußerste Zurückhaltung zu üben. Er fuhr fort, wir würden es nicht gern sehen, daß Iran die SR-Resolution in Bausch und Bogen ablehnt, und machte den Vorschlag, gemeinsam zu versuchen, einen Weg zu finden, der es dem VN-GS ermögliche, seine Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts fortzusetzen. Damit würde Iran auch der ganzen Welt Kooperationsbereitschaft und guten Willen zur Beendigung dieses grausamen Krieges demonstrieren. Man kam überein, die Frage von den zuständigen Delegationsmitgliedern weiter diskutieren zu lassen.

Auf Frage BMs nach der internen Lage in Irak erklärte *AM*, nach seinen Informationen sei die Position Saddam Husseins heute unsicherer als je zuvor. Auch habe das irakische Regime nicht mehr die Kontrolle über das ganze Land, so z. B. im kurdischen Norden. Die Frage einer möglichen Alternative zu Saddam Hussein wurde nicht weiter vertieft.

Auf Frage *BMs* nach den Beziehungen Irans zur SU erwiderte *AM*, die iranisch-sowjetischen Beziehungen hätten sich gebessert. Nach dem Besuch von Woronzow[11] erwarte man in nächster Zeit auch den Besuch AM Schewardnadses in Teheran. Außerdem sei eine Erdölleitung von Iran zu einem sowjetischen Schwarz-

9 Zum Vorschlag des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar für ein Treffen mit dem iranischen Außenminister Velayati in Genf vgl. Dok. 217, Anm. 31.
Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 24. Juli 1987, das VN-Generalsekretariat habe am selben Tag bereits ein Treffen Pérez de Cuéllars mit Velayati in Genf angekündigt, „obwohl iranische Mission noch kein grünes Licht erhalten hatte und allenfalls dann Chancen sah, wenn das Treffen geräuschlos arrangiert werde". Inzwischen stehe fest, daß es kein solches Treffen in Genf geben werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1522; Referat 311, Bd. 139984.

10 Zur Umflaggung kuwaitischer Schiffe und zum Geleitschutz der USA für diese Schiffe im Persischen Golf vgl. Dok. 153, Anm. 8.

11 Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Woronzow besuchte den Iran vom 12. bis 15. Juni 1987.

meerhafen in der Planung, da die Golfroute unsicher sei. Zur SR-Resolution hätte die SU zu verstehen gegeben, daß sie ebenfalls nicht glücklich darüber sei, weil sie den USA eine Chance zur Intervention im Golf bieten könne. Daher hätte die SU der Resolution zwar zugestimmt, sich gleichzeitig aber sehr energisch gegen eine Intervention im Golf ausgesprochen. Die Vercharterung von Tankern an Kuwait habe man in Moskau als Fehler anerkannt, da sie von den USA als Vorwand genommen wurde, ihrerseits ihre Präsenz im Golf noch weiter zu verstärken. Die SU habe Iran zugesagt, Kuwait nicht mehr als diese drei Tanker zur Verfügung zu stellen.

BM fragte nach der künftigen Entwicklung in Afghanistan. *AM* führte dazu aus, die SU habe gar keine andere Wahl, als Afghanistan zu räumen. Die Mujahedin hätten ihre militärischen Aktivitäten erheblich verstärkt und das Angebot der Regierung, Führer der Mujahedin ins Kabinett aufzunehmen, zeige deutlich, in welch schwieriger Situation sie sich befinde.[12]

BM erklärte, wir seien für ein unabhängiges neutrales Afghanistan. Zur Zeit sähe er allerdings noch nicht so recht, wie die Sowjets sich aus Afghanistan lösen könnten, ohne eine permanente Bürgerkriegssituation zu hinterlassen. Frage, ob Ex-König Zahir Schah eventuell als Integrationsfigur für eine Übergangszeit fungieren könne. *AM* dazu, er halte das für keine tragbare Lösung. Man dürfe nicht vergessen, daß es Zahir Schah war, der seinerzeit sowjetischen Einfluß in seinem Lande dadurch Tür und Tor geöffnet hätte, daß er Hunderte junger Afghanen zum Studium in die SU geschickt hat, die dann als kommunistische Revolutionäre zurückkamen. Wenn dieser Mann jetzt mit den derzeit herrschenden Kommunisten zusammenarbeite, werde der sowjetische Einfluß fortbestehen. Unter den Führern der Mujahedin seien sicher einige, wie z. B. Hekmatyar, die besser geeignet seien. Das afghanische Volk habe schließlich in der Vergangenheit bewiesen, daß es unabhängig und konfliktfrei leben könne.

D3 bemerkte dazu, daß es nur um eine Übergangslösung gehe. Die Sowjets müßten in Kabul einen Partner haben, bevor sie das Land verlassen würden. Die Mujahedin-Führer seien für sie nicht akzeptabel, vielleicht aber der Ex-König, der auch in weiten Schichten der Bevölkerung noch populär sei.

AM bemerkte dazu, die Sowjets wären auch an die iranische Regierung mehrfach in diesem Sinne herangetreten und hätten um iranische Mithilfe bei der Lösung dieses Problems gebeten.

Auf Bitten BMs gab AM in einer Gesprächspause einige Stichworte für eine Presseerklärung. Er bat, darin festzuhalten, daß es sich um einen Gegenbesuch aufgrund einer bevorstehenden Einladung handele und daß in den Gesprächen neben bilateralen Fragen vor allem wichtige internationale Fragen wie der ira-

12 Botschaftsrat I. Klasse Massmann, Kabul, berichtete am 15. Juli 1987: „Am letzten Tag des am 15. Januar 1987 einseitig proklamierten sechsmonatigen Waffenstillstandes hielt afghanischer Parteichef über einstündige F[ern]s[eh]-Ansprache, in der er zur ‚nationalen Versöhnung' unter Beteiligung aller politischen Kräfte und Rückkehr der Flüchtlinge aufrief und Verlängerung des Waffenstillstandes um weitere sechs Monate verkündete. […] Nadschibullah betonte erneut Bereitschaft afghanischer Führung zur Teilung der Macht. Politik nationaler Versöhnung richte sich an Adresse früheren Königs, dreier gemäßigter Widerstandsparteien, politische Persönlichkeiten früherer Regierungen, Kommandanten bewaffneter Oppositionsgruppen im Lande, Stammesälteste, linke demokratische Organisationen, Geistlichkeit und Privatwirtschaft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 196; Referat 340, Bd. 144634.

kisch-iranische Konflikt und die SR-Resolution behandelt worden seien. Zur französischen Iran-Krise[13] solle nur gesagt werden, auch die jüngsten Entwicklungen in den iranisch-französischen Beziehungen seien zur Sprache gekommen.[14] Zur Geiselfrage[15]: Iran habe mit der Geiselnahme nichts zu tun, unterhalte aber bekanntlich gute Beziehungen zu schiitischen Kreisen in Libanon. Iran sei daher bereit, aus humanitären Gründen in der Geiselfrage zu helfen, soweit es dazu Möglichkeiten habe. Iran sei grundsätzlich gegen Geiselnahmen.

Referat 010, Bd. 178903

13 Referat 311 resümierte am 31. August 1987, die französisch-iranischen Beziehungen seien durch französische Waffenlieferungen an den Irak, aber auch durch eine Attentatswelle islamischer Fundamentalisten in Paris im zweiten Halbjahr 1986 belastet gewesen: „Nachdem sich der wegen möglicher Verstrickung in terroristische Aktivitäten gesuchte Wahid Gordji, ‚zweiter Mann' der iranischen Botschaft in Paris, ein Dolmetscher ohne diplomatischen Status, der Vernehmung durch die französische Staatsanwaltschaft entzog, kam es zu dem sich gegenseitig eskalierenden ‚Botschaftskrieg' in Paris und Teheran (Bewachung der Botschaftsgebäude, Kontrolle der Besucher und Botschaftsangehörigen, Androhung eines Prozesses wegen Spionage, u.a. gegen einen französischen Diplomaten in Teheran, Ausreisesperre für französische Diplomaten)." Einem Ultimatum des Iran sei Frankreich „am 17.7.1987 mit dem seinerseits verkündeten Abbruch der Beziehungen" zuvorgekommen. Vgl. Referat 311, Bd. 139999.

14 In einem Schreiben an den französischen Außenminister Raimond teilte Bundesminister Genscher am 24. Juli 1987 mit, es sei ihm im Gespräch mit dem iranischen Außenminister Velayati ein Anliegen gewesen, „einen ausführlichen Gedankenaustausch über das französisch-iranische Problem zu führen". Er habe seinen Kollegen darauf hingewiesen, „daß Frankreich nicht nur unser engster Verbündeter, sondern auch unser engster Freund sei. Uns könnte nichts unbeteiligt lassen, was gegenüber Franzosen geschehe." Er, Genscher, habe gebeten, die Regeln des Völkerrechts sorgfältig zu beachten. Vgl. das mit Drahterlaß Nr. 5673 des Ministerialdirigenten Fiedler an die Botschaft in Paris übermittelte Schreiben; Referat 311, Bd. 139999.

15 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 195.

222

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1811 **Aufgabe: 23. Juli 1987, 17.04 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 24. Juli 1987, 02.21 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Tibet (16.–19.7.)[2]

1) China-Reise des BKs wurde in der Autonomen Region Tibet abgeschlossen, wenn man von Kurzaufenthalt in Kunming vor Abflug nach Nepal am 19.7.[3] absieht.

BK stellte Besuch unter das Motto: Würdigung der Hochkultur Tibets und Hilfe bei Modernisierung. Er begründete das mit außerordentlichem Interesse der Deutschen an tibetischer Kultur und Religion, ein Interesse, das er seit seiner Studentenzeit geteilt habe.

Entsprechend galt Programm des BKs der Besichtigung der wesentlichen Tempel in Lhasa (Jokhang, Drepung und Norbulingka) und dem neuen thermischen Kraftwerk Yongbajain außerhalb von Lhasa. Im Drepung-Kloster führte er ein Gespräch mit dem Abt und war beeindruckt von der Vitalität des fortdauernden religiösen Lebens. Diesen Eindruck vermittelte er dann auch unmittelbar dem Vorsitzenden der Volksregierung der Autonomen Region, Dorje Cering, bei dem offiziellen Gespräch am Abend des 17.7. Der Bundeskanzler sagte, daß Kultur und Religion der Tibeter Grund für Stolz und Selbstbewußtsein seien und Achtung und Pflege durch die Regierenden verdienten. In diesem Bewußtsein solle Tibet an die Modernisierung herangehen. Die während der Kulturrevolution erfolgten Zerstörungen könne er nicht begreifen. Deng Xiaoping habe ihm sinngemäß gesagt, diese Fehler seien begangen worden, weil man die Bedeutung der Geschichte nicht erkannt habe.[4]

Dorje Cering hörte dem Bundeskanzler sehr aufmerksam zu, aber er griff das Stichwort Kultur und Religion weder bei diesem Gespräch noch bei seiner nachfolgenden Ansprache beim Begrüßungsbankett auf. Lebhaft reagierte er auf die Frage nach der Schulbildung der tibetischen Kinder (46 Prozent besuchen Schulen), die er für verbesserungsbedürftig hält. Bessere Ausbildung sei eine

1 Hat Ministerialdirigent Keil am 24. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 209 und Dok. 213. Zur Frage eines Tibet-Besuchs vgl. Dok. 208.
In der Presse wurde berichtet, in Tibet gehöre der Delegation des Bundeskanzlers weder Staatssekretär Ruhfus noch Botschafter Hellbeck an: „Im Auswärtigen Amt wurde jedoch betont, es gebe keinen Zusammenhang zwischen der Ansicht Genschers über den Abstecher nach Tibet und der Abwesenheit der beiden Diplomaten. Ruhfus sei inzwischen nach Bonn zurückgekehrt, weil der andere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Sudhoff, in Urlaub geht. Botschafter Hellbeck sei auf medizinischen Rat in Peking geblieben, da er die Höhenluft in Tibet nicht vertrage. An Hellbecks Stelle reise der deutsche Gesandte in Peking mit dem Bundeskanzler.“ Vgl. den Artikel „Kohl heute in Tibet. Genschers Bedenken blieben unbeachtet“; HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Juli 1987, in: Referat 341, Bd. 142562.

3 Bundeskanzler Kohl besuchte Nepal am 19./20. Juli 1987.

4 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, am 14. Juli 1987 in Peking vgl. Dok. 213, Anm. 8.

notwendige Voraussetzung der Modernisierung Tibets. Dorje Cering schilderte die wirtschaftliche Lage und Entwicklungsmöglichkeiten Tibets und erbat allgemein deutsche Unterstützung. Der Bundeskanzler würdigte die seit 1980 erbrachten ins Auge springenden Leistungen der Regierung, erwähnte als besonderes Entwicklungspotential den Tourismus und sagte Unterstützung bei wohldurchdachten Entwicklungsprojekten zu. Bei seiner Bankettrede[5] wandte er sich an seine chinesische Ehrenbegleitung aus Peking mit dem Wunsch, ein oder zwei Stipendien des deutschen Stipendienangebots[6] mögen auch einmal an Tibeter vergeben werden.

Über die entwicklungspolitischen Projekte, die bei Tibet-Besuch im Vordergrund standen, ist mit Drahtbericht Nr. 1792 vom 21.7. bereits berichtet worden.[7] Der Bundeskanzler lobte an den jetzt näher ins Auge gefaßten Projekten ihren auf die gegebenen Verhältnisse und die tibetische Bevölkerung angepaßten Zuschnitt. Es sind keine Projekte, die zur Einwanderung von Chinesen Anlaß geben müssen. Die eineinhalbstündige Fahrt zu dem thermischen Kraftwerk gab Gelegenheit, die Kargheit (und Großartigkeit) der Landschaft auf sich wirken zu lassen und ein entwicklungspolitisch interessantes Projekt zu besichtigen. Dieser Programmpunkt demonstrierte einmal mehr den entwicklungspolitischen Aspekt des Besuchs. Der Besuch der Lhasa-Oper am letzten Abend überraschte wegen des hohen Niveaus und der Eigenständigkeit des Dargebotenen. Auch hier waren der Bundeskanzler und seine Delegation wie bei allen anderen Gelegenheiten sorgfältig von der tibetischen Bevölkerung abgeschirmt.

2) Der Besuch des BK hat unser entwicklungspolitisches Engagement für Tibet mit großer Wirkung nach außen deutlich hervorgehoben. Weitere hochrangige Besucher (Innenausschuß im August[8]) werden folgen und dazu ein anschwellender Strom deutscher Touristen. Erhebliche Erwartungen sind bei den Regierungen in Peking und Lhasa geweckt worden. Diesen sollten wir unbedingt, aber mit Bedachtsamkeit nachgehen. Wir sollten dabei das Wohl der tibetischen Bevölke-

5 Für die Ansprache des Bundeskanzlers Kohl vgl. Referat 341, Bd. 142562.

6 Ministerialdirigent Neukirchen informierte am 20. Juli 1987: „Bundeskanzler Kohl hat während seines kürzlichen Besuchs in VR China gegenüber chinesischem Ministerpräsidenten die seit 1984 eingetretene Verdoppelung der zur Ausbildung in Deutschland befindlichen chinesischen Wissenschaftler, Studenten und Praktikanten von 1000 auf 2000 begrüßt; es sei sein Wunsch, daß diese Zahl möglichst bald auf 3000 gesteigert werde. Alle als Stipendiengeber in Betracht kommenden Ressorts und Mittlerorganisationen werden gebeten, dazu beizutragen, daß die Vorgabe des Bundeskanzlers im Haushaltsjahr 1990 erreicht und daß die bisherige Zahl von Stipendien schon im Haushaltsjahr 1988 deutlich überschritten wird. Auch die Bundesländer sowie die Spitzenorganisationen der Wirtschaft werden um Prüfung gebeten, inwieweit sie einen Beitrag dazu leisten können." Vgl. den Drahterlaß; Referat 341, Bd. 142597.

7 Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete, die Entwicklungszusammenarbeit habe in den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Klein in Tibet dominiert: „In Äußerungen gegenüber deutscher Presse betonten BK und BM Bereitschaft zur Hilfe an ärmste Regionen Chinas, Zusammengehen mit anderen Gebern und Absicht, mit Projekten konkret etwas für breite Zielgruppe von Bauern, Hirten und Tierzüchtern zu tun. Erweiterung bisheriger Bereitschaft zu Engagement deutscherseits wurde auf Bereiche Tierzuchtmaterial und Weideverbesserung ausgedehnt." Von seiten der Bundesrepublik sei ferner „geologische Erkundigung seltener Mineralien und N[icht]E[isen]-Metalle mit Hilfe der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) angeboten und tibetischerseits akzeptiert" worden, wobei man sich „angesichts evidenter Transportkostenprobleme […] auf wirtschaftlich sinnvolle Rohstoffe mit hohem Mineralgehalt und guter Verkaufsfähigkeit auf dem Exportmarkt" konzentrieren wolle: „Voreiligen Pressekritikern zum Trotz erwies sich Besuch von der Sache her im EZ-Bereich als lohnend und richtungsweisend." Vgl. Referat 341, Bd. 142561.

8 Acht dem Innenausschuß des Bundestags angehörige Abgeordnete besuchten vom 8. bis 22. August 1987 die Volksrepublik China. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 113 des Bundestags vom 29. Juli 1987; Referat 011, Bd. 138369.

rung im Auge behalten, auch wenn wir wenig darüber wissen, was die Menschen dort selbst wollen. Tibet steht vor einem Umbruch. Es kann und will wahrscheinlich auch nicht im Mittelalter verharren. Auch die unabhängigen Königreiche von Bhutan und Nepal öffnen sich. Die junge Generation in den Städten Tibets wird ein anderes Lebensgefühl gewinnen. Mit der Verbreiterung und Erweiterung der Schulbildung wird sicherlich eine gewisse Sinisierung einhergehen. Eine neue Denkweise wird einziehen, und Religion und Tradition werden sich anpassen müssen. Das traditionelle Tibet wird sich dabei schwertun, weil seine geistigen Grundlagen von den Erfordernissen unserer Zeit weit entfernt sind. Wie behutsam die chinesischen Oberherren diesen Prozeß steuern und begleiten können, werden die nächsten Jahre zeigen. Unser Engagement kann diesen Prozeß positiv beeinflussen.

3) Über das Echo der chinesischen Medien vgl. FS-Nr. 1780 und 1788 vom 20.7. 1987.

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 142561

223

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hartmann, Bundeskanzleramt

Geheim **28. Juli 1987**[1]

Betr.: Deutsch-französisches Gespräch über sicherheitspolitische Zusammenarbeit am Freitag, den 24. Juli 1987[2]

Teilnehmer auf französischer Seite: Herr Attali, Herr Védrine, General Forray; auf deutscher Seite: MD Teltschik, MD von Richthofen, Flottillenadmiral Brost, MDg[3] Hartmann.

MD Teltschik begrüßt die französischen Gäste und erinnert an die gemeinsamen Initiativen zur Einheitlichen Europäischen Akte[4] und zur Verstärkung der

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 6. August 1987 an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 7. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Richthofen, Ministerialdirigent von Ploetz, Legationsrat I. Klasse von Morr und Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte.
Hat Morr am 11. August 1987 vorgelegen.
Hat Richthofen am 24. August 1987 vorgelegen.
Hat laut handschriftlichem Vermerk Ploetz als Kopie vorgelegen.
Hat Bertram vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zum Gespräch vgl. ferner den Drahterlaß Nr. 3 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 24. Juli 1987 an die Delegation des Bundesministers, z. Z. Bayreuth/Bischofsgrün; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Korrigiert aus: „VLR I“.

4 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

technologischen Zusammenarbeit in Europa sowie an die deutsch-französische Vereinbarung vom 28. Februar 1986[5]. D und F bildeten eine unauflösbare Sicherheitsgemeinschaft, ihre Territorien einen einheitlichen Sicherheitsraum. Wir seien bereit, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu verstärken und damit gleichzeitig den Kern für eine erweiterte Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft im europäischen Rahmen, insbesondere in der Perspektive der WEU, zu schaffen. Grundlage seien die entsprechenden Bestimmungen des Elysée-Vertrages[6].

Wir hätten nicht die Absicht, heute über militärische Details zu sprechen, dies sei Sache der Experten. Beispielsweise bei dem Vorschlag der Aufstellung einer deutsch-französischen „Brigade“[7] gehe es zunächst einmal darum, zu klären, ob man diese Idee weiter verfolgen wolle oder nicht.

Zum Verfahren schlägt MD Teltschik vor, daß man zunächst einmal die beiderseitigen Überlegungen austausche. Sodann würde jede Seite den Bundeskanzler bzw. den französischen Staatspräsidenten unterrichten. Nach einem weiteren Gespräch könne man dann die Überlegungen so weit konkretisieren, daß sie der Bundeskanzler und Staatspräsident Mitterrand bei ihrem nächsten Treffen billigen könnten.

Herr Attali erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden. Aus seiner Sicht gehe es zunächst einmal darum, in zwei Fragen eine politische Linie zu erarbeiten:

a) Aufstellung der gemeinsamen Brigade,

b) Weiterentwicklung der Konzeption unter der Vereinbarung vom 28. Februar 1986.

In der Tat sei es wichtig, daß der Bundeskanzler und Staatspräsident Mitterrand bei ihrer nächsten Zusammenkunft[8] sich zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit äußerten. Die Öffentlichkeit erwarte Fortschritte in diesem Bereich.

Es sei richtig, daß die Mitarbeit der Experten erforderlich sei. Gleichzeitig müsse aber klar sein, daß dieses Gremium die einzige Koordinierungsstelle bleibe.

MD Teltschik stimmt dem ausdrücklich zu.

Herr Attali fährt fort, hinsichtlich der Brigade bedürfe es bald einer politischen Entscheidung. Um diese treffen zu können, solle man die verschiedenen möglichen Hypothesen erarbeiten. Ferner müsse man auch sehen, wie all dies mit den Grundsätzen der Vereinbarung vom Februar 1986 in Einklang zu bringen sei.

MD von Richthofen erklärt, die deutsch-französische Zusammenarbeit müsse auch in die geplante WEU-Charta[9] eingebettet werden; ferner müßten unsere

5 Für den Wortlaut der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik“ zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den Konsultationen vgl. ferner AAPD 1986, I, Dok. 61.

6 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

7 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

8 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“, die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

9 Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Chirac vom 2. Dezember 1986 vgl. Dok. 23, Anm. 10.

Zugehörigkeit zum Bündnis berücksichtigt und die Grundlage des Harmel-Berichts[10] beachtet werden, den man fortschreiben müsse. Auch sei es wichtig, die Zusammenarbeit zu institutionalisieren.

MD Teltschik erklärt, die Frage, ob man die Brigade als Territorialverband, Lehrverband oder Kampfverband konzipieren wolle und wo dieser Verband aufgestellt werden soll, sei weniger unsere Aufgabe als die der Experten. Allerdings handele es sich bei den genannten Optionen auch um politische und nicht nur technische Fragen. Wir sollten daher eine Liste der möglichen Hypothesen aufstellen und diese dann gemäß ihrer jeweiligen politisch-strategischen Bedeutung bewerten.

Aus unserer Sicht stellten sich hinsichtlich der Verstärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im wesentlichen folgende Fragen:

1) Wie kann man die Zusammenarbeit institutionalisieren?

2) Welche Modelle für ein integriertes deutsch-französisches Truppenteil gibt es?

3) Wenn die Territorien beider Länder einen gemeinsamen Sicherheitsraum bilden, welche Folgerungen hat das für Operationen und Logistik?

4) Die Problematik der Konsultationen über nukleare Fragen.

5) Die Perspektive einer erweiterten europäischen Zusammenarbeit.

Admiral Brost weist darauf hin, daß der deutsche und französische Verteidigungsminister[11] beiden Generalstabschefs[12] den Auftrag gegeben hätten, die verschiedenen Optionen einer gemeinsamen Brigade für eine entsprechende politische Entscheidung aufzubereiten.

MD Teltschik erläutert sodann auf Bitten von Herrn Attali die deutschen Vorstellungen zu den o. a. Punkten im einzelnen:

Um die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu institutionalisieren, soll ein deutsch-französischer Verteidigungsrat eingerichtet werden, der folgende Aufgaben habe:

- Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption mit dem Ziel, das für die Sicherheit Europas notwendige ausgewogene Potential nuklearer und konventioneller Streitkräfte zusammen mit den übrigen Bündnispartnern zu gewährleisten; damit sei also auch klar, daß eine Denuklearisierung Europas nicht in Frage käme und daß die deutsch-französische Zusammenarbeit kein Ersatz für das Bündnis sei. Vielmehr müsse die gemeinsame Streitkräftekonzeption beide Gegebenheiten in Übereinstimmung bringen.
- Die Weiterentwicklung und Abstimmung eines gemeinsamen Ansatzes im Bereich von Rüstungskontrolle und Abrüstung.
- Steuerung und kontinuierliche Vertiefung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten.

10 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

11 Manfred Wörner (Bundesrepublik) und André Giraud (Frankreich).

12 Dieter Wellershoff (Generalinspekteur der Bundeswehr) und Jean Saulnier (Generalstabschef).

– Wahrnehmung aller Aufgaben, die ihm in bezug auf deutsch-französische integrierte Truppenteile zugewiesen würden.

Technisch würde der Verteidigungsrat auf verschiedenen Ebenen arbeiten, und zwar auf der Ebene Ständiger Vertreter (Politische Direktoren/Generalstabschefs) , der Außen- und Verteidigungsminister sowie auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Wichtig sei ferner die Einrichtung eines permanenten Stabes, dessen Struktur dem derzeitigen deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung mit den Arbeitsgruppen für politisch-strategische Fragen, militärische Zusammenarbeit und Rüstungskooperation entspreche.

Dem Begriff Verteidigungsrat käme eine hohe politische Bedeutung zu. Wenn man sich auf die Einrichtung eines solchen Rates einige, so dürfe dies erst durch den Staatspräsidenten und den Bundeskanzler der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Herr Attali erklärt, dies sei eine sowohl psychologisch als auch politisch sehr interessante und „reiche" Idee. Selbstverständlich brauche man hierzu die Zustimmung des Präsidenten. Auch er bitte dringend darum, diese Gedanken so vertraulich wie möglich zu behandeln. Er wolle aber fragen, ob daran gedacht sei, die jetzigen Vierertreffen künftig zu institutionalisieren.

MD Teltschik erwidert, dies treffe zu, aber der von ihm gemachte Vorschlag gehe viel weiter.

Wir seien der Meinung, daß man einen politisch-institutionellen Überbau benötige, wenn man die Zusammenarbeit wirklich vertiefen wolle. Aus unserer Sicht sei auch die Aufstellung eines gemeinsamen Truppenteils nur dann sinnvoll, wenn es auch eine politische Institution für die Zusammenarbeit gebe. Selbstverständlich könne man über Details weiter sprechen.

Herr Attali erklärt, es stelle sich allerdings auch die Frage, wie ein solcher Verteidigungsrat mit der NATO-Integration und der französischen Autonomie[13] in Einklang zu bringen sei.

MD Teltschik erwidert, auch hierüber müsse man sprechen.

Auf die Problematik eines integrierten deutsch-französischen Truppenteils eingehend, erläutert MD Teltschik, der Bundeskanzler habe hierzu bereits das Stichwort geliefert. Nach unserer Auffassung sei die Aufstellung eines integrierten Truppenteils ein Modell, mit dem man beginnen sollte und das man weiterführen könne, wenn es sich bewähre. Gleichzeitig müsse man die Gliederung, Ausrüstung, Stationierung, Einsatzplanung, Kommandostrukturen und Unterstellungsverhältnisse gemeinsam entwickeln. Den entsprechenden Beschlußvorschlag könne der deutsch-französische Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung bis zum 50. deutsch-französischen Gipfel im November 1987[14] erarbeiten. Auf die Größenordnung brauche man sich jetzt noch nicht festzulegen. Der integrierte Truppenteil könne entweder eine Brigade oder auch ein Regiment sein.

Auf den dritten Vorschlag eingehend, erläutert MD Teltschik, daß die Territorien von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland einen gemeinsamen

13 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

14 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

Sicherheitsraum bildeten, der für die Zwecke der Gesamtverteidigung in gleicher Weise genutzt werden müßte, insbesondere für Operationen und Logistik der Streitkräfte. Konkret bedeute das, daß die Fähigkeit unserer Streitkräfte zur unmittelbaren Zusammenarbeit weiter verstärkt werden müsse, d.h. die vermehrte Durchführung gemeinsamer Truppenübungen, die alle drei Teilstreitkräfte umfassen. Zu diesem Zweck sollten auch die Fragen der Logistik überprüft werden und wo nötig, erweitert und ergänzt werden. Auch hierüber könne ein erster Bericht zum 50. Gipfel vorgelegt werden.

Der vierte Schwerpunkt betreffe die Konsultationen über nukleare Fragen entsprechend den Zielen der vereinbarten Zusammenarbeit. Wir seien uns bewußt, daß dies zum sensibelsten Bereich gehöre und daß dem Übereinstimmung in politischen Grundsatzfragen der militärischen Strategie und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit vorausgehen müsse. Wir seien uns daher einig, daß diese Frage nicht am Anfang der Zusammenarbeit stehen könne und solle. Andererseits sei er aber der Auffassung, daß eine sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit am Ende auch Konsultationen über nukleare Fragen einbeziehen müsse. Dies schließe die Verständigung über allgemeine politische Einsatzrichtlinien sowie über Konsultationen im Einzelfalle ein. Im Augenblick seien beide Seiten dabei, die Konsultationsmechanismen im Zusammenhang mit den prästrategischen Systemen zu konkretisieren, wobei diese Systeme für Deutschland besondere politische Bedeutung hätten. Es handele sich natürlich um politische Fragen, die nur auf höchster Ebene besprochen werden könnten. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wolle er klar und deutlich sagen, daß die Entscheidung über den Einsatz französischer nuklearer Waffen die souveräne Angelegenheit des französischen Präsidenten bleibe. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Es gehe uns nicht darum, den Finger an den Drücker zu bekommen.

Der letzte Punkt betreffe die Frage, wie die bilaterale deutsch-französische Zusammenarbeit auf die Perspektive einer erweiterten europäischen Verteidigungszusammenarbeit angelegt werden könne. Dabei sei für uns das wichtigste Element die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der WEU. Gleichzeitig hätten wir natürlich ein Interesse daran, daß damit die europäische Säule des NATO-Bündnisses gestärkt werde. Ziel müsse es sein, zu einer gerechteren Lasten- und Risikoverteilung innerhalb des Bündnisses zu kommen.

Er wolle abschließend sagen, daß der Bundeskanzler hinter dieser Konzeption stehe, wenn der französische Präsident ebenfalls hierzu bereit sei.

Herr Attali erklärt, er wolle zunächst eine Reihe von Fragen stellen. Von der politischen Vision des französischen Präsidenten her sei klar, daß eine Verstärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit für ihn von zentraler Bedeutung sei. Angesichts der derzeitigen Diskussion sei es für den Präsidenten vorrangig, daß sowohl die Unabhängigkeit Deutschlands gewahrt als auch die Unabhängigkeit Frankreichs respektiert werde. Insbesondere dürfe daher die französische Autonomie bei der Einsatzentscheidung (nuklearer Waffen) nicht angetastet werden. Ferner dürfe es nicht dahin kommen, daß Frankreich in Richtung auf ein integriertes Kommando gedrängt werde.

Auf den Verteidigungsrat eingehend, stellt Herr Attali die Frage, ob dessen Aufgaben der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden sollten. Ferner wolle er gerne

wissen, ob die Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption alle Streitkräfte umfasse und ob die Abstimmung in Abrüstungsfragen auch die Bereiche umfasse, in die beide Seiten nicht unmittelbar einbezogen seien. Was die Steuerung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit betreffe, so würde ihn interessieren, ob dies auch eine Zusammenarbeit außerhalb des Bündnisgebietes[15] bedeute.

MD Teltschik erwidert, die Frage nach den Aufgaben des Verteidigungsrates werde sicherlich in der Öffentlichkeit gestellt, und er gehe daher davon aus, daß wir die generellen Aufgaben auch offiziell nennen sollten. Selbstverständlich sei die Ausführung der Aufgaben im einzelnen vertraulich.

Admiral Brost fügt hinzu, die Aufgaben des Verteidigungsrates müßten auch mit Rücksicht auf unsere Bündnispartner bekanntgegeben werden.

MD von Richthofen stimmt dem ausdrücklich zu.

MD Teltschik wiederholt, natürlich werde man diese Aufgaben in der Öffentlichkeit nur sehr allgemein definieren.

Was die Abstimmung in Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle angehe, so liege dies in der Logik der internationalen Diskussion. Selbstverständlich sei die Frage, ob und wieweit die spezifische französische Problematik einbezogen werden soll oder nicht, eine Entscheidung der französischen Regierung. Auch für Deutschland stelle sich die Frage, wieweit wir unser militärisches Potential in Abrüstungsverhandlungen einbringen sollen, und die Antwort hierauf sei für uns abhängig von den entsprechenden französischen Entscheidungen. Gleichzeitig sei es für Frankreich wichtig zu wissen, welche Überlegungen in diesen Fragen in Deutschland angestellt würden.

Was die Streitkräftekonzeption angehe, so könnten wir uns in der Tat vorstellen, daß alle drei Teilkräfte einbezogen werden sollten.

Die „Out-of-area"-Problematik sei ein schwieriges Thema.[16] Wir gingen davon aus, daß die Zusammenarbeit sich zunächst auf das gemeinsame deutsch-französische Territorium beschränken und in die Verteidigung Westeuropas insgesamt eingebettet werden solle. Ob und wann eine Zusammenarbeit darüber hinaus möglich werde, sei eine höchst heikle politische Frage, die auf unserer Ebene nicht beantwortet werden könne.

General Forray greift das Thema der deutsch-französischen Brigade auf und erklärt, er sei sich bewußt, daß man hier nicht über technische Details sprechen könne. Aber es stelle sich doch die Frage, welche Konzeption man verfolge. Ein Regiment wäre wohl nicht ausreichend, andererseits wäre eine Division zu groß. Die Frage sei, ob diese Brigade operative Aufgaben haben oder nur hinter der Front eingesetzt werden, oder ob man sich nur für eine Ausbildungseinheit entscheiden solle.

Admiral Brost erwidert, Staatssekretär Rühl habe hier schon einige Überlegungen angestellt. Diese habe man inzwischen in seinem Hause präzisiert. Das mit dem Generalinspekteur abgestimmte Grobkonzept sehe nunmehr zwei Modelle vor:

15 Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

16 Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

a) Einen teilaktiven Schutzverband in der Rheinzone mit einer gemeinsamen territorialen Führung.

b) Aufstellung eines aktiven Truppenteils im Bereich der Territorialverteidigung. Hier denke man an die Heimatschutzbrigade 54[17] im Raum Trier, die im wesentlichen Panzergrenadierbataillone und ein Panzerbataillon umfasse, die in diesem Raum mit Verbänden der Ersten französischen Panzerdivision zusammengeführt werden könne. Dies ergebe einen sinnvollen militärischen Auftrag, nämlich den Schutz der rückwärtigen Gebiete und die Sicherung von 38 Rheinübergängen. Dieses Konzept habe den Vorteil, daß man relativ schnell zu Lösungen kommen und dem 50. Gipfel bereits einen Zwischenbericht vorlegen könne.

MD Teltschik erklärt, wichtig sei, daß man ein Modell schaffe, das später weitergeführt werden könne, wenn man entsprechende Erfahrungen gesammelt habe.

Herr Attali erklärt, man werde diese Vorschläge weiter prüfen.

General Forray erklärt, er nehme die Ausführungen von Admiral Brost zur Kenntnis.

Herr Védrine weist darauf hin, daß es in den vor uns liegenden Jahren zu einer Entwicklung kommen könne, die das Bündnis zwinge, sich an amerikanische Forderungen anzupassen, die sich aus den Haushaltsproblemen der USA ergäben. Diese Entwicklung könne aber durchaus unseren eigenen Vorhaben entgegenkommen.

MD Teltschik erklärt, auch er sähe diese Problematik. In der Tat sei ein wesentliches Motiv für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen D und F die allgemeine internationale Entwicklung. Unserer Meinung nach stünden wir hier erst am Anfang einer amerikanischen Diskussion um die Frage, in welchem Maße die USA ihre Präsenz aufrechterhalten werden und die Europäer ihrerseits verstärkt Lasten übernehmen müßten. Dies alles mache es zwingend notwendig, daß F und D, aber auch die Westeuropäer insgesamt, verstärkt über ihre eigenen Sicherheitsinteressen nachdenken und diese besser organisieren. Dies bedeute auch, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht das ausschließliche Endziel sei, sondern den Nukleus für eine verstärkte westeuropäische Zusammenarbeit bilden müsse.

In diesem Zusammenhang sei interessant, daß die öffentliche Diskussion über die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade auch andere europäische Partner zu ähnlichen Anfragen animiert habe. So gebe es mehr oder weniger förmliche Fragen von italienischer, belgischer, niederländischer und luxemburgischer Seite bis hin zu der Idee der Aufstellung eines WEU-Verbandes.[18] Er wolle allerdings deutlich sagen, daß für uns die Aufstellung eines deutsch-französischen Verbandes Priorität habe. Das bedeute aber nicht, daß wir die Perspektive bspw. eines WEU-Verbandes ausschließen würden.

MD von Richthofen fügt hinzu, der Regierungssprecher habe am 15. Juli erklärt, daß bei all diesen Überlegungen auch die Fortschritte im Bereich von Rüstungs-

17 Korrigiert aus: „53“.

18 Zur Frage einer Beteiligung weiterer Staaten an der deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 211, Anm. 8.

kontrolle und Abrüstung sowie im West-Ost-Verhältnis zu berücksichtigen seien.[19] Die Überlegungen in den Vereinigten Staaten seien zum Glück noch nicht so weit gediehen, daß man schon unter der nächsten Administration mit einem verstärkten Druck in Richtung auf einen Abzug von Truppen rechnen müsse. Aber dies sei sicher längerfristig ein Problem.

Herr Védrine greift die Problematik der Konsultationen nuklearer Fragen auf und stellt die Frage, ob diese sich nur auf prästrategische Waffen bezögen oder darüber hinausgingen.

MD Teltschik erwidert, unsere Vorstellungen gingen über die prästrategischen Systeme hinaus.

Herr Attali erklärt (bei dem darauffolgenden Mittagessen), wenn wir den Verteidigungsrat ins Leben rufen wollten, müsse vor allem geprüft werden

– die nukleare Problematik,
– die Out-of-area-Problematik,
– die Problematik der NATO-Integration.

Wenn wir uns nur auf eine gemeinsame Territorialeinheit sowie auf allgemeine Abstimmungsverfahren in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle verständigen würden, so sei dies nicht sehr viel. Dann werde man in der Öffentlichkeit die Frage stellen, wo denn der Unterschied zwischen den existierenden deutsch-französischen Foren der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit und dem neuen Verteidigungsrat bestehe.

MD Teltschik erwidert, die Einrichtung eines Verteidigungsrates sei eben der klare Beweis dafür, daß wir enger zusammenarbeiten wollten. Außerdem wolle er wiederholen, daß die Aufstellung einer gemeinsamen Brigade nur ein erster Schritt sei.

MD von Richthofen weist darauf hin, daß der Verteidigungsrat in Zukunft auch gemeinsame Papiere erarbeiten könne. Die entsprechenden Arbeitseinheiten könnten ferner in einem gemeinsamen Gebäude untergebracht werden.

Admiral Brost ergänzt, es sei derzeit häufig schwierig, kontinuierlich zu arbeiten. Daher sei eine Institution sehr nützlich. Bei der eigentlichen operativen Zusammenarbeit gebe es schon eine Reihe Foren. Hierfür brauche man keine neue Organisation.

Herr Védrine fragt, was man denn bspw. noch im Bereich der Logistik tun wolle.

Admiral Brost erwidert, hier gebe es Gremien, in denen man die Arbeit fortsetzen solle. Die Zusammenarbeit im Bereich der Logistik sei außerordentlich wichtig im Hinblick auf die operative Zusammenarbeit. Dies alles könne in den Verteidigungsrat eingebaut werden.

19 Am 15. Juli 1987 gab der stellvertretende Regierungssprecher Schmülling eine Mitteilung bekannt, auf die sich das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung angesichts der Äußerungen von Bundesminister Wörner am Vortag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung hinsichtlich einer Modernisierung der in der Bundesrepublik stationierten nuklearen Kurzstreckensysteme geeinigt hatten. In der Presse hieß es: „Offenkundig auf Genschers Verlangen enthielt die Mitteilung der Bundesregierung jetzt den Hinweis, bei allen Überlegungen seien die ‚Perspektiven der Abrüstungsverhandlungen und des Ost-West-Verhältnisses zu berücksichtigen'." Vgl. den Artikel „Äußerungen Wörners führen zu Zwist in der Koalition"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Juli 1987, S. 1.

MD Teltschik greift eine Frage von Herrn Attali nach einer möglichen gemeinsamen Force d'Action Rapide auf und erklärt, es sei natürlich wichtig zu klären, welche Aufgaben eine solche Einheit haben könne. Es sei eine Sache, wenn eine solche Einheit in Europa tätig werde, jedoch eine andere, wenn diese bspw. im Tschad eingesetzt werde. Seine persönliche Meinung sei, daß man sich langfristig auch vorstellen könne, daß eine solche Force d'Action Rapide Verantwortung außerhalb Europas wahrnehme. Die Initiative hierzu müsse aber von Frankreich ausgehen. Dies setze im übrigen auch voraus, daß die außenpolitische Zusammenarbeit verstärkt werde.

General Forray erklärt, die Frage von Herrn Attali sei nicht, ob man eine gemeinsame Force d'Action Rapide außerhalb Europas einsetzen wolle, sondern ob man eine deutsch-französische Einheit schaffen könne, die in der Art der Force d'Action Rapide schnell zum Einsatz kommen könne.

Herr Attali weist abschließend darauf hin, daß dies nicht der wichtigste Punkt auf der Liste sei.

Herr Attali erklärt, unterstützt von General Forray, daß wir bei der Frage einer gemeinsamen Brigade in jedem Fall die verschiedenen Optionen nicht von vorneherein beschränken dürften.

MD Teltschik stimmt dem ausdrücklich zu.

General Forray warnt davor, daß es eine Kluft geben könne zwischen einem ambitiösen Verteidigungsrat und einem relativ bescheidenen gemeinsamen Territorialverband.

Herr Attali fragt, ob die Problematik nuklearer Konsultationen auch eine Aufgabe des Verteidigungsrates sein würde.

MD Teltschik bejaht dies, fügt allerdings hinzu, daß diese selbstverständlich auf der Ebene Bundeskanzler–Staatspräsident stattfinden würden.

Auf die Bemerkung von General Forray eingehend, erklärt MD Teltschik, man könne den Verteidigungsrat und die militärischen Fragen nicht trennen. Er wiederholt, der Bundeskanzler sei bereit, so weit zu gehen, wie dies Staatspräsident Mitterrand vorschlage.

Herr Attali erklärt unter Bezug auf eine entsprechende Bemerkung von Admiral Brost, die Initiative in der ganzen Sache müsse beim Bundeskanzler und dem Staatspräsidenten bleiben, es sollten daher auch keine Ministergespräche über diese Fragen vorher geführt werden, und vor allem dürfen die diesbezüglichen Überlegungen nicht in die Öffentlichkeit gelangen.

Admiral Brost stellt die Frage, wann und wie die Verbündeten, insbesondere die Amerikaner, über unsere Überlegungen unterrichtet werden sollten.

MD Teltschik erwidert, dies könne erfolgen, wenn die entsprechenden Entscheidungen getroffen seien.

Herr Attali wirft ein, es wäre gut, die Verbündeten schon vorher zu informieren.

MD Teltschik erklärt, er sei damit einverstanden, wenn die Unterrichtung kurz vorher erfolge.

Herr Attali stellt die Frage, wieweit Fragen der Technologie einbezogen werden sollten.

MD Teltschik erwidert, auch der Bereich Rüstungskooperation sei eine wichtige Aufgabe des Verteidigungsrates.

Herr Védrine unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, die USA rechtzeitig zu informieren. Hierbei solle man sich nicht auf die Administration beschränken, sondern zum geeigneten Zeitpunkt auch wichtige Vertreter im Kongreß einbeziehen. Die deutsch-französische Initiative dürfe nicht zum Vorwand für amerikanische Truppenreduzierungen werden.

MD Teltschik stimmt dem ausdrücklich zu. Es sei wichtig, daß die USA nicht den Eindruck gewännen, wir wollten das Bündnis schwächen.

Beide Seiten kamen abschließend überein, das Gespräch am Donnerstag, dem 27. August[20] 1987, in Paris fortzusetzen.

Hartmann[21]

VS-Bd. 12087 (201)

224

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Aziz in Paris

29. Juli 1987[1]

1) BM traf sich am 29. Juli 1987 mit irakischem AM Tariq Aziz in Paris[2], wo dieser auf Rückreise von New York[3] vor Rückkehr nach Bagdad für einen Tag Gespräche führte. Treffen fand von 8.00 h bis 9.30 h in irakischer Residenz statt.

Teilnehmer auf irakischer Seite: die Botschafter in Paris[4] und Bonn[5] und bei den VN[6] sowie zwei politische Berater.

Auf deutscher Seite: D 3 Schlagintweit, RL 013 Chrobog, RL 010 Jansen.

Gespräch wurde durch AA-Dolmetscher Guati übersetzt.

20 Korrigiert aus: „Juli".
Zu den nächsten deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 239.

21 Paraphe.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Jansen am 31. Juli 1987 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher reiste eigens für das Gespräch mit dem irakischen Außenminister Aziz nach Paris. Vgl. Anm. 32.

3 Der irakische Außenminister Aziz hielt sich vom 23. bis 28. Juli 1987 in den USA auf. Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), teilte dazu am 24. Juli 1987 mit, im Gespräch mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am Vortag in New York habe Aziz „die erwartete konditionierte Annahme der Res[olution] 598 durch den Irak mitgeteilt (Irak werde deren Verpflichtungen erfüllen, wenn auch Iran sämtliche Verpflichtungen einhalte)". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1522; Referat 311, Bd. 139984.

4 Mohammed Sadiq al-Maschat.

5 Abdulrazzak Kassim al-Hashimi.

6 Ismat Taha Kittani.

AM *Tariq Aziz* begrüßte BM in freundlicher Form am Eingang zur Residenz. Das Gespräch fand in guter und entspannter Atmosphäre statt.

2) *BM* begrüßte Möglichkeit des Zusammentreffens nach Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution[7] 598[8], nach dem Besuch des iranischen AM Velayati in Bonn[9] und wegen der Turbulenzen, die es in jüngster Zeit im deutsch-irakischen Verhältnis gegeben habe. Jeder dieser Gründe für sich rechtfertige deshalb das verabredete Treffen, insbesondere aber, wenn man alle drei Gründe zusammennehme. Er wolle in gewohnter Offenheit und im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen hierüber mit seinem Kollegen sprechen.

AM dankte, daß er BM in Paris begrüßen könne und daß er offen über die genannten Punkte sprechen wolle. Er seinerseits wolle mit bilateralen Beziehungen beginnen.

Zunächst wolle er noch einmal betonen, daß der Irak an guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert sei. Dies habe auch der irakische Parlamentspräsident, der vor kurzem Bonn besucht habe, zum Ausdruck gebracht.[10] Da BM ein Freund des Irak sei, wolle er offen sprechen. In Bagdad habe man das Gefühl, daß man in Bonn nicht das gleiche Interesse am Irak habe wie Bagdad an guten deutsch-irakischen Beziehungen. Der Dialog werde meist in Bonn geführt und weniger in Bagdad, obwohl die Beziehungen umfangreich seien. Mit Botschafter Fiedler habe er hierüber oft gesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß irakischerseits das Gefühl bestehe, daß die Beziehungen nicht ausgeglichen seien.[11] Er überlasse es BM, diesen Sachverhalt zu beurteilen.

Vor Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution habe es seitens des Irak Kontakt zu allen Mitgliedern des Sicherheitsrats[12] gegeben. Die Arabische Liga sei von Bagdad eingeschaltet worden. Ein Vertreter des Außenministeriums sei nach Bonn geschickt worden.[13] Er müsse offen sagen, daß er beunruhigt gewesen sei

7 Durchgängig korrigiert aus: „Sicherheitsresolution".

8 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

9 Der iranische Außenminister Velayati hielt sich am 23./24. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Juli 1987 vgl. Dok. 221.

10 Auf Einladung von Bundestagspräsident Jenninger besuchte der irakische Parlamentspräsident Hammadi vom 2. bis 4. Juni 1987 die Bundesrepublik. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 4. Juni 1987 bedauerte Hammadi, „daß es im deutschen Gesetz Lücken gebe, durch die immer wieder Waffen, Ersatzteile und Dual-use-Güter nach Iran gelangten. Auch sei das wirtschaftliche Interesse der Bundesrepublik an Iran offensichtlich größer als das an Irak." Genscher erwiderte: „In letzter Zeit hätten wir den Eindruck, daß man in Bagdad keinen großen Wert mehr auf die Beziehungen zu uns lege." In diesem Zusammenhang verwies Genscher auf ungelöste Haftfälle, in denen der Irak Entgegenkommen vermissen lasse: „An unserer Einschätzung der Bedeutung Iraks und an unseren freundschaftlichen Gefühlen für Irak habe sich nichts geändert. Wir wünschten die bilateralen Beziehungen wieder auf den alten hohen Stand zu bringen. Darum müßten sich beide Seiten bemühen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178903.

11 Botschafter Fiedler, Bagdad, berichtete am 11. Mai 1987, beim Abschiedsbesuch am Vortag habe der irakische Außenminister Aziz zum Stand der bilateralen Beziehungen erklärt, die politischen Kontakte seien hinter die „unter den gegebenen Bedingungen" guten Wirtschaftsbeziehungen zurückgefallen: „Seit seinem Besuch in Bonn 1984 stehe noch immer der BM-Gegenbesuch aus. BM habe Teheran und eine ganze Anzahl anderer Hauptstädte der Region besucht, nur Bagdad nicht. Wenn er offen sprechen dürfe, so habe er das Gefühl, daß wir Vorwände suchten, um einem Besuch aus dem Wege zu gehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 443; Referat 311, Bd. 139973.

12 Dem VN-Sicherheitsrat gehörte 1987/88 u. a. die Bundesrepublik als nicht-ständiges Mitglied an.

13 Eine Delegation der Arabischen Liga, der u. a. der stellvertretende irakische Außenminister al-Zahawie angehörte, führte am 15. Juli 1987 in Bonn ein Gespräch mit Staatssekretär Sudhoff. In einer gemein-

über die Ergebnisse der dort geführten Gespräche. Er wisse um die neutrale Haltung der Bundesregierung, er respektiere sie. Er hoffe natürlich, daß D in einer so wichtigen Frage an der irakischen Seite stehe, aber er respektiere die eingenommene Haltung. Dennoch sei er beunruhigt gewesen, festzustellen, daß anscheinend das Interesse von D eher auf iranischer Seite als auf der gerechten Seite des Irak gestanden habe. Der Irak wollte entsprechend dem Völkerrecht eine totale Feuereinstellung. Er bitte zu verstehen, daß der Irak dies verlangen mußte. Auch die UNO habe in vergleichbaren Fällen nie etwas anderes verlangt. Überall dort, wo Vermittler tätig gewesen seien, habe es die Forderung nach der totalen Feuereinstellung gegeben.

Dies entspreche auch der Übung im Völkerrecht. Auch der Rückzug auf international anerkannte Grenzen entspreche der UNO-Charta[14]. Der Irak verlange darüber hinaus einen sofortigen Austausch der Kriegsgefangenen. Dies entspreche der Genfer Konvention von 1949[15]. Man verlange nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Nun zum letzten Punkt:

Was die Verantwortlichkeit für den Krieg angehe, so sehe die Sicherheitsratsresolution 598 vor, dies herauszufinden. Der Irak habe immer die Haltung vertreten, daß er sich in dieser komplizierten Frage an das Völkerrecht halten wolle und auch bereit sei, vor den Internationalen Gerichtshof zu gehen. Diese Haltung sei nicht neu, sie sei bei den Blockfreien-Konferenzen vertreten worden; er selbst habe dies 1983 beim Gipfel von Neu Delhi[16] zum Ausdruck gebracht – und auch in der Arabischen Liga nehme der Irak keine andere Haltung ein. Der Irak verlange also nichts Unbilliges. Das Völkerrecht solle entscheiden. Auch dies sei in Bonn vorgetragen worden.

Er wisse, daß BM gesagt habe, daß auch die iranischen Anliegen berücksichtigt werden müßten, damit die Resolution ausgeglichen sei. Hiergegen erhebe er keine Einwände. Nur müsse man wissen, was der Iran verlange. BM wisse, was dies

Fortsetzung Fußnote von Seite 1127

samen Aufzeichnung der Referate 230, 310 und 311 vom selben Tag hieß es, Zweck des Besuchs „sollte sein, noch vor Verabschiedung der SR-Resolution die nicht-ständigen SR-MS zu bewegen, sich gegenüber den ständigen SR-MS für eine ‚Resolution' mit Zähnen, d. h. der Androhung von Sanktionen gegen Iran, einzusetzen. Dieser ursprüngliche Besuchszweck ist durch den Fortgang der Arbeiten im SR inzwischen überholt." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141123.
Ministerialdirigent Fiedler unterrichtete am 16. Juli 1987 die Delegation des Bundesministers Genscher, z. Z. Sofia, der irakische Botschafter al-Hashimi habe „auf Weisung seines AM und mit Bezug auf das Treffen StS Sudhoffs mit der Delegation der Arabischen Liga" gegenüber ihm, Fiedler, ausgeführt, der Irak betrachte die Änderungsvorschläge der Bundesrepublik für die geplante Resolution des VN-Sicherheitsrats „als Ausdruck deutscher ‚Parteilichkeit gegen Irak und als Dienstleistung für Iran'." Solche Modifikationen „seien einer Konfliktlösung nicht dienlich und würden Iran lediglich einen weiteren Anlaß für Ausflüchte bei der Befolgung der Resolution bieten". Vgl. den Drahterlaß Nr. 5663; Referat 311, Bd. 139984.

14 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

15 Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.

16 Vom 7. bis 12. März 1983 fand in Neu Delhi die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Bewegung blockfreier Staaten statt.
Am 28./29. April 1983 fand in Neu Delhi die Konferenz der Außenminister der Bewegung blockfreier Staaten statt.

sei, da Teheran das Regime im Irak stürzen wolle. Dies sei eine primitive und unlogische Forderung. Der Irak sei keine Provinz des Iran. Der Iran verlange Reparationen. Er habe nichts dagegen. Der Irak sei bereit, zunächst vor Gericht zu gehen; dann werde man wissen, wer zahlen müsse. Die anderen Forderungen des Iran beruhten weder auf dem Völkerrecht noch auf den Prinzipien der Vernunft. Die von Bonn unterstützte Forderung auf Trennung von Feuereinstellung und Rückzug aus den besetzten Gebieten sei seines Erachtens nicht vernünftig. Wenn man vorgesehen hätte, Feuereinstellung am Montag und Rückzug der Truppen aus den besetzten Territorien am Donnerstag durchzuführen, dann hätte dies Sinn gemacht. Wenn die Feuereinstellung 1987 erfolge und der Rückzug aber offen bliebe, sei dies keine vernünftige Lösung. Ein solches Vorgehen richte sich gegen die Souveränität des Irak. Ein Freund wie D könne solche Vorschläge nicht machen. Er verberge nicht seine Verwunderung über diese Art Vorschläge. Auch die Arabische Liga habe mit einer Delegation, an der ein Staatssekretär aus dem irakischen Außenministerium teilgenommen habe, dies in Bonn mitgeteilt. Die deutsche Seite habe dennoch auf ihrem Vorschlag der Trennung, die ein iranisches Petitum sei, bestanden. Er habe deshalb den Generalsekretär der Arabischen Liga[17] gebeten, D die vernünftige Position des Irak zu erläutern. Die deutsche Delegation bei den VN habe dennoch weiter auf dem Vorschlag bestanden. Der Irak habe hierin eine Bedrohung seiner Souveränität gesehen. Er verstehe nicht, daß man sich so verhalte. Irak und D seien Freunde und nicht Gegner. Der Irak jedenfalls würde nichts verlangen, was gegen die deutsche Souveränität gerichtet sei. Nach der Abstimmung über die Resolution 598 habe er der Rede von BM zugehört. Er verstehe nicht, warum BM seine Auffassung hierzu öffentlich in dieser Weise abgeben mußte.[18]

Bei seinem kürzlichen Besuch in New York habe er von dem Interview des BM im WDR erfahren.[19] D sei Mitglied des Sicherheitsrates. In der Resolution 598 gebe es eine klare Äußerung in Ziffer 6 zur Verantwortlichkeit für den Krieg. Erklärung von BM sei eine Kriegserklärung an den Irak.

17 Chedli Klibi.

18 In der Sitzung des VN-Sicherheitsrats am 20. Juli 1987 in New York erklärte Bundesminister Genscher: „Wir sehen im vorliegenden Resolutionsentwurf wichtige neue Ansätze, die geeignet sind, eine friedliche Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungswege vorzubereiten. Dies gilt insbesondere für die Frage der Klärung der Kriegsschuld, für die Kriegsschäden und für die regionale Sicherheit. […] Wir begrüßen es, daß es möglich war, den ursprünglichen Entwurf durch Annahme von einigen Anregungen aus der Mitte des Sicherheitsrats zu ergänzen und ihn dadurch zu verbessern. Waffenstillstand, Einstellung aller militärischen Aktionen und Truppenrückzug können nicht gleichzeitig geschehen, sie werden zeitlich aufeinanderfolgen. Wichtig und unaufschiebbar erscheint mir, daß sofort nach Annahme dieser Resolution die Waffen auf beiden Seiten schweigen und ohne jede Einwendung zunächst einmal dem Blutvergießen tatsächlich Einhalt geboten wird.“ Vgl. BULLETIN 1987, S. 642.

19 In einem Interview mit dem Rundfunksender „WDR 2“ erklärte Bundesminister Genscher am 24. Juli 1987 zum irakisch-iranischen Krieg: „Es handelt sich um einen schrecklichen Krieg, der vom Irak begonnen worden ist und in dem vom Irak auch Giftgas eingesetzt worden ist. Es ist deshalb selbstverständlich, daß wir alles tun, um diese beiden alten Kulturvölker von diesem schrecklichen Krieg zu befreien. Wir haben als Mitglied des Weltsicherheitsrats dafür Sorge getragen, daß die Resolution etwas ausgewogener wurde, und wir unternehmen jetzt alle Bemühungen, um zunächst als ersten Schritt Zurückhaltung auf beiden Seiten zu erreichen, und zwar sowohl bei den Kampfhandlungen wie auch bei der Beachtung der Freiheit der Schiffahrt im Persischen Golf.“ Vgl. die Pressemitteilung Nr. 1129 vom 24. Juli 1987; Referat 013, Bd. 179066. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1988, D 562 f.

„Was haben wir Ihnen getan?“

Er wisse, daß es ein Problem im bilateralen Verhältnis gebe, das halb irakisch, halb deutsch sei.[20] Er wisse, daß BM an einer Lösung dieses Problems interessiert sei. Dies rechtfertige aber nicht ein solches Vorgehen. Im übrigen gebe es gute wirtschaftliche und gute kulturelle Beziehungen. Deshalb frage er, warum bestehe BM auf dieser Meinungsäußerung?

Der Irak müsse sich verteidigen, da er hierzu gezwungen sei. Bagdad wolle freundschaftliche Beziehungen. Man wolle sich gegenseitig respektieren, man verlange nichts Unbilliges. Man sei auch keineswegs gegen die Beziehungen von D zum Iran. Dies sei Sache der deutschen Souveränität. Als Freund spreche er offen. Dies habe er auch 1984 beim Besuch von BM in Bagdad getan.[21] Er wiederhole, er wolle mit BM in Freundschaft und gegenseitigem Respekt sprechen.

3) *BM* dankte für den Freimut und die Offenheit. Was AM gesagt habe, unterstreiche die Notwendigkeit der freundschaftlichen Beziehungen. Dies sei richtig. Er habe BM als Freund bezeichnet – auch dies sei richtig. Deshalb passe aber die von ihm verwendete Bezeichnung „Krieg“ nicht, auch wenn es Meinungsunterschiede gebe. Zum Verständnis wolle er die Interessenlage erläutern.

Zunächst wolle er einen Punkt ausräumen. Es gebe natürlich ein deutsch-irakisches Problem. Dies sei mit dem AM und bei verschiedenen Gelegenheiten mit anderen irakischen Gesprächspartnern besprochen worden. Die deutsche Haltung zum Golfkrieg habe damit nichts, aber auch gar nichts, zu tun. BM setze sich ein für einen Mann. Das bilaterale Verhältnis sei eine andere Angelegenheit; der Golf eine dritte.

Er wolle eine Frage aufnehmen, die nicht der AM oder andere aufgeworfen hätten, nämlich die Frage der deutschen Geiseln im Libanon[22]. Er wolle eines klarstellen: Die Bundesrepublik Deutschland beuge sich keinem Druck, „uns kann niemand erpressen! Niemand!“

Hätte die Bundesregierung die beiden Inhaftierten[23] freigelassen, wären die Geiseln bereits frei. Dies habe sie nicht getan. Das beweise, daß niemand D unter Druck setzen könne.

20 Der irakische Staatsangehörige Jacob Petross, der mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet und seit 1969 für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung tätig war, wurde am 11. Juli 1981 in Bagdad verhaftet und später wegen Spionage verurteilt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 124.
Seither bemühte sich die Bundesregierung, eine Begnadigung von Petross zu erwirken. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 124.
In einem Privatdienstschreiben an Ministerialdirigent Schlagintweit warnte Botschafter Fiedler, Bagdad, am 13. April 1987, die Frage eines Besuchs des Bundesministers Genscher im Irak mit dem Fall Petross zu verknüpfen: „Ich bezweifle, daß Irak z. Z. überhaupt bereit ist, Herrn Petross freizulassen, da Tariq Aziz bisher immer davon gesprochen hat, daß der Kriegsgegner dies als Schwächezeichen auslegen könnte. Trotz aller Bemühungen haben auch die Briten ihre langjährigen Inhaftierten (britische Staatsangehörige) bisher nicht freibekommen. […] Ich fürchte, daß man den Fall Petross als Hebel benutzen will, um unsere ausgewogene Politik gegenüber den beiden Kriegführenden zugunsten einer Parteinahme für Irak zu verändern. Wenn dies nicht gelingt, muß der BM mit leeren Händen heimreisen.“ Vgl. VS-Bd. 13648 (311); B 150, Aktenkopien 1987.

21 So in der Vorlage.
Bundesminister Genscher besuchte Bagdad zuletzt vom 4. bis 6. Juli 1979. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 201 und Dok. 203.
Der irakische Außenminister Aziz hielt sich vom 4. bis 6. September 1984 in der Bundesrepublik auf und führte am 4. September 1984 ein Gespräch mit Genscher. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 235.

22 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 195.

23 Mohammed Ali Hamadi und Abbas Ali Hamadi.

Das deutsche Interesse sei, daß der Krieg im Golf beendet werde. In D wisse man, was Krieg bedeute, für die Soldaten und für die Völker. Als junger Mensch habe er den Krieg selbst erlebt. Deshalb habe er ein so großes Interesse daran, daß Frieden einkehre. Hinzu käme ein weiterer Grund. Früher sei die arabische Region weit entfernt gewesen. Heute sei sie eine Nachbarregion. In Europa verfolge man die Ereignisse nicht wie aus einer Loge im Theater. Er erinnere an die alten traditionellen Beziehungen der Deutschen zu den arabischen Völkern. Von daher rühre das deutsche Interesse an den Ereignissen in den Ländern der arabischen Welt. Von daher auch das Eintreten für eine baldige Beendigung des Krieges und gegen eine Destabilisierung der Region. Seine Erwägung vor Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution sei gewesen, wie kommt man zum Frieden. Dies sei der einzige Gesichtspunkt gewesen. Leider habe GS Klibi mit der Delegation der Arabischen Liga nicht nach Bonn kommen können. Er habe ihn deshalb einen Tag vor der Abreise zur Sitzung des Sicherheitsrats nach New York in Bonn empfangen[24], obwohl er seinen Besuch in Bulgarien deshalb kürzen und abbrechen mußte[25]. Er habe ihm bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß D zustimmen werde. Dies um so mehr, als er auch in Bulgarien erfahren habe, daß die Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats aus dem Warschauer Pakt[26] die Resolution mittragen würden. Von Anfang an habe er keinen Zweifel daran gelassen, daß es hierzu eine deutsche Zustimmung geben werde. Er habe sich hinterher eine Aufstellung von Politiker-Äußerungen aus anderen Ländern vorlegen lassen. Dabei habe er festgestellt, daß sich niemand so wie er hinter die Erklärung gestellt habe. Er habe in mehreren Erklärungen die Bedeutung der Resolution gewürdigt. Vor dem Besuch des iranischen Außenministers in Bonn habe er den irakischen Botschafter empfangen.[27] Diesem sei erklärt worden, warum BM ihn hinterher nicht persönlich habe informieren können: weil er den spanischen Außenminister zu Gast hatte.[28] Botschafter sei aber im Anschluß an den Besuch umgehend unterrichtet wor-

24 Bundesminister Genscher führte am 19. Juli 1987 ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, über die geplante Resolution des VN-Sicherheitsrats zum irakisch-iranischen Krieg. Vortragender Legationsrat Honsowitz vermerkte am 21. Juli 1987, Klibi habe den Beschluß der Arabischen Liga vom 6. April 1987 in Tunis zum Golfkonflikt erörtert, der einstimmig verabschiedet worden sei – auch von jenen „Staaten (Syrien, Libyen), die gute Beziehungen zu Iran unterhielten". Der Resolutionsentwurf sei „ausgewogen und wahre die legitimen Interessen beider Seiten". Genscher habe klargestellt: „Unser zentrales Ziel sei Friede in der benachbarten Region. Wir hätten den Krieg vom ersten Tag an verurteilt. […] Wir würden die Resolution unterstützen, auch wenn sie nicht ganz unseren Vorstellungen entspräche. Alle SR-Mitglieder hätten Kompromisse eingehen müssen. Keiner könne behaupten, daß dies sein Text sei, nicht einmal die arabischen Staaten (Einwurf Klibi: sie am wenigsten!)." Vgl. Referat 010, Bd. 178903.

25 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 16. bis 19. Juli 1987 in Bulgarien vgl. Dok. 217, Anm. 4.

26 Neben der UdSSR als ständigem Mitglied im Sicherheitsrat gehörte 1986/87 auch Bulgarien dem VN-Sicherheitsrat als nicht-ständiges Mitglied an.

27 Ministerialdirigent Fiedler notierte am 23. Juli 1987, Bundesminister Genscher habe dem irakischen Botschafter al-Hashimi am selben Tag seine Befriedigung dargelegt, „daß Irak unsere neutrale, unparteiische und auf einen Frieden zwischen den beiden Kriegsparteien gerichtete Haltung positiv gewürdigt habe (Übermittlung des Danks Tariq Aziz an BM vom 21.7.). Wir würden uns weiter für diese Ziele einsetzen. Jetzt käme es darauf an, daß beide Parteien Zurückhaltung übten und keine Angriffe auf Schiffe im Golf erfolgten." Vgl. Referat 311, Bd. 139973.

28 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Fernández Ordóñez am 24./25. Juli 1987 in Bayreuth vgl. Dok. 217, Anm. 46.

den.[29] D3 Schlagintweit habe ihn im übrigen an die in Bonn vorliegende Einladung, Bagdad zu besuchen, erinnert und mitgeteilt, daß BM die Absicht habe, noch in diesem Jahr den Irak zu besuchen.[30] Ihm liege es daran, jede Einseitigkeit zu vermeiden. Er gehe im übrigen davon aus, daß auch das heutige Treffen kein Ersatz für seinen Besuch in Bagdad sein könne.[31]

AM warf freundlich ein, daß er dies auch nicht akzeptieren könne.

BM führte weiter aus, daß StS Ruhfus dem irakischen Botschafter am 27. Juli 1987 noch einmal sehr klar die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur Resolution 598 erläutert habe. Insbesondere habe er zu Ziffer 6 erklärt, daß Bundesregierung die Ergebnisse der vom Generalsekretär einzusetzenden Kommission respektieren werde und sich bisher zur Verantwortlichkeit nicht geäußert habe.[32] BM fügte hinzu, dies sei die Wahrheit.

AM habe die iranische Forderung nach Sturz des Regimes im Irak erwähnt. Er glaube nicht, daß der iranische Außenminister überall so klar darauf hingewiesen worden sei, daß dies eine Illusion sei. Eine so klare und deutliche Sprache führe er überall. Aus seinen öffentlichen Erklärungen sei im übrigen zu entnehmen,

– die deutsche Anerkennung, daß der Irak der Sicherheitsratsresolution zugestimmt habe[33],
– die deutsche Aufforderung an den Iran, dies auch zu tun,
– die deutsche Unterstützung für den Generalsekretär der Vereinten Nationen, da wir der Überzeugung seien, daß der Generalsekretär jetzt eine wichtige Rolle zu spielen habe.

In seinen Gesprächen habe BM im übrigen sich nicht iranische Auffassung zur Verantwortlichkeit zu eigen gemacht, sondern auf die Ziffer 6 der VN-Resolution 598 verwiesen.

Die vom Irak beanstandete Formulierung in seinem Interview sei in Gesprächen mit dem iranischen Außenminister in Bonn nicht gefallen.

BM unterstrich, daß es jetzt darauf ankomme, die Dinge voranzubringen und zu einer Anwendung der Sicherheitsratsresolution 598, so wie sie sei, zu kommen.

29 Ministerialdirektor Schlagintweit unterrichtete den irakischen Botschafter al-Hashimi am 24. Juli 1987 „im Auftrag des BM über Verlauf und Ergebnisse des Besuchs von AM Velayati (Iran)". Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Haßmann vom 28. Juli 1987; Referat 311, Bd. 139973.

30 Dazu handschriftlicher Vermerk: „Ich habe in Erinnerung, BM bei Gespräch mit Bo[tschafter]."

31 Bundesminister Genscher besuchte den Irak am 18./19. November 1987. Vgl. dazu Dok. 330.

32 Ministerialdirigent Fiedler vermerkte am 27. Juli 1987, Staatssekretär Ruhfus habe am selben Tag „auf Weisung des BM den irakischen Botschafter Hashimi im Anschluß an den am 26.7.1987 in Bagdad erfolgten Protest der irakischen Regierung gegen die Äußerung des BM in der Frage des Beginns des Golfkriegs und die Suspendierung der Verhandlungen mit Mannesmann über I[raq]P[ipeline through]S[audi]A[rabia] II" empfangen. Ruhfus habe ein als Anlage beigefügtes Non-paper übergeben und betont, „daß der BM den Text gebilligt habe". In einem „anschließenden persönlichen Gespräch" sei auch erörtert worden, „ob ein Treffen mit AM Tariq Aziz oder einer anderen irakischen Persönlichkeit hilfreich sein könnte". Vgl. Referat 311, Bd. 139973.
Fiedler notierte am selben Tag, nachdem Ruhfus Bundesminister Genscher über das Gespräch mit al-Hashimi unterrichtet habe, habe er, Fiedler, dem irakischen Botschafter die Bereitschaft Genschers zu einem Treffen mit seinem irakischen Kollegen übermittelt: „Als Treffpunkt bietet sich Paris an, da wir gehört hätten, daß AM Tariq Aziz dort morgen Station machen werde." Vgl. Referat 311, Bd. 139973.

33 Der Irak nahm die Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 in einer Sondersitzung des Parlaments am 22. Juli 1987 an.

Die Bundesrepublik Deutschland werde im August den Vorsitz im Sicherheitsrat übernehmen, ab 1. Januar 1988 werde sie den Vorsitz in der EG innehaben. Er glaube, daß jetzt das Momentum, das nach der Sitzung des Sicherheitsrates zum Irak-Iran-Konflikt entstanden sei, genutzt werden müsse. Der größte Fehler wäre, jetzt der Weltöffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, daß es zwischen Bonn und Bagdad Spannungen gebe. Er frage sich, wem dies nütze; jedenfalls weder der Bundesrepublik Deutschland noch dem Irak. Dies wüßten beide Seiten, und dies wollten seiner Einschätzung nach auch beide Seiten nicht. Er glaube, daß beide wegen der freundschaftlichen Beziehungen, die sie seit langem pflegten, und der Verantwortung, die sie beide auch für die Beendigung des Krieges hätten, einen Beitrag leisten könnten zur Verbesserung der Zusammenarbeit.

StS Ruhfus habe am 27. Juli eine Erklärung abgegeben, die klar sei. Es gelte jetzt im Interesse zu handeln, das beide verbinde, nämlich dem Interesse an der Fortsetzung bilateral-freundschaftlicher Beziehungen. Wichtig sei, daß kein Zeitverlust eintrete. Deshalb müsse die Resolution des Sicherheitsrats genutzt und der Generalsekretär mit allen Kräften unterstützt werden. Die deutsche Haltung sei ganz klar. Er wolle nicht, daß Dritte Nutzen ziehen könnten aus einer Trübung des bilateralen Verhältnisses. Wenn er deshalb heute extra aus dem Urlaub[34] nach Paris gereist sei, verstehe der Außenminister die Bedeutung, die er dem freundschaftlichen Verhältnis zumesse. Er gehe davon aus, daß auch AM das gleiche wolle. Er ziehe aus der Entwicklung gerne den Schluß, daß beide Außenminister auch in Zukunft persönlich einen engeren Erfahrungsaustausch haben sollten.

AM warf hier ein: Auch er wolle dies gerne.

BM bemerkte, wenn und wann Sie meinen Besuch in Ihrem Lande wollen, komme ich. Er würde es begrüßen, wenn man bereits bei der Generalversammlung der VN das Gespräch fortsetze.[35]

BM schloß mit dem Hinweis auf die Verantwortung und den Geist der Freundschaft zwischen den beiden Ländern. In diesem Geiste habe er gesprochen.

AM erwiderte: Er wolle zunächst seine hohe Wertschätzung zum Ausdruck bringen, daß BM heute nach Paris gereist sei. Er wisse, daß der grundsätzliche Wille vorhanden sei, die Beziehungen immer besser zu gestalten. Er teile diesen Wunsch. Als Kollege habe er vor BM großen Respekt. Er habe gemeinsame Freunde mit BM, die dies bestätigten. Er begrüße, daß BM vorhabe, den Irak zu besuchen, und wünsche, daß er dies tue. Bei dieser Gelegenheit solle er auch den Präsidenten[36] sprechen.

BM warf ein, daß der Präsident sich erinnern werde an das letzte Gespräch und daß sein Rat betreffend die USA nicht schlecht gewesen sei.

AM begrüßte Absicht des Ministers, vorliegende Einladung bald anzunehmen. Wenn seine Termine es erlaubten, würde er sich freuen, ihn bald in Bagdad zu

34 Im Anschluß an einen Aufenthalt am 24./25. Juli 1987 bei den Festspielen in Bayreuth verbrachte Bundesminister Genscher seinen Urlaub bis 9. August 1987 in Berchtesgaden.

35 Bundesminister Genscher und der irakische Außenminister Aziz führten am 24. September 1987 am Rande der VN-Generalversammlung ein Gespräch in New York.

36 Saddam Hussein.

sehen. Er sei auch sehr froh darüber, daß sie sich bald zu einem neuen Treffen in New York bei den VN zusammenfinden würden.

Er wolle offen das zwischen ihnen diskutierte Thema ansprechen. Er schätze die Erläuterungen von BM hoch ein. BM sei hoch erfahren und allgemein anerkannt. Er hoffe, daß es eine Möglichkeit gebe, die bewußte Äußerung aus der Welt zu schaffen. Wie BM dies mache, stehe natürlich völlig in seinem Ermessen. Wann dies geschehe, müsse BM entscheiden. Er wisse, wann dies angemessen sei. Auch er wolle nicht, daß andere Schwierigkeiten im bilateralen Verhältnis ausnutzen. So habe sich Velayati in Genf auf Äußerung von BM berufen.[37]

Er selbst sei dafür, daß Dinge sich jetzt beruhigten. Man sollte aber gemeinsam in Zukunft dafür sorgen, daß mißverständliche Äußerungen vermieden würden. Was die Anwendung der Resolution angehe, so stimme er BM zu. Der Irak habe keine Bedingungen. Was er zu sagen habe, habe er an Vorschlägen und Meinungen dem Generalsekretär mitgeteilt. Er betrachte die irakischen Überlegungen als Beiträge zur Lösung des Konflikts. Der Irak wolle alles tun, damit die Hindernisse zur Anwendung der Resolution überwunden würden.

AM schilderte die Aufnahme der Resolution im Irak. Als erster Schritt sei Resolution in den demokratischen Institutionen studiert worden, dann habe die Regierung ihre Haltung festgelegt. Anschließend sei sie dem Generalsekretär der VN erläutert worden. Der Generalsekretär habe seinerseits seine Haltung erklärt. Er habe aber noch keine Stellungnahmen des Iran. Sein Versuch, den AM des Iran in Genf zu treffen, sei fehlgeschlagen.

Der Irak verfolge die iranische Politik mit großem Interesse. Er lese die Erklärungen und höre genau hin, was aus Teheran mitgeteilt werde. Der Iran sei nicht bereit, die Resolution zu akzeptieren. Er habe deshalb den Generalsekretär gebeten, genau herauszufinden, welches die iranischen Absichten seien. Wenn der Iran bereit sei, die Resolution anzunehmen, sei dies ein Schritt zum Frieden.

BM meinte, er teile diesen Wunsch.

AM unterstrich, daß es die glücklichste Nachricht sei, wenn der Iran die Resolution akzeptiere. Wenn sie nicht akzeptiert würde, dürfe er sich allerdings auch keine Illusionen machen. Dann gehe der Krieg weiter. BM kenne die Lage am Golf, sie sei weiterhin krisenhaft und könne jederzeit explodieren. Jetzt müsse man zu Ergebnissen kommen, da die Zeit verrinne. Deshalb sei der Irak für die Anwendung der Resolution. Die Resolution sei bindend; sie werde auch vom Irak anerkannt. Wenn sie nicht angewendet werden könne, leide allerdings auch die Glaubwürdigkeit der VN und des Sicherheitsrates. Dies sei schlecht für die Welt.

AM drückte Anerkennung für Bemühungen von BM und seines Landes aus, den Konflikt zu beenden. Wenn die Resolution verwirklicht werde, könne dies

37 In der englischsprachigen Presseveröffentlichung Nr. 78 der iranischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York vom 28. Juli 1987 hieß es, im Anschluß an die Gespräche mit Bundesminister Genscher in Bonn habe sich der iranische Außenminister Velayati am 25./26. Juli 1987 in Genf aufgehalten, wo er eine Erklärung vor der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) abgegeben und in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über irakische Giftgasangriffe auf die kurdische Bevölkerung berichtet habe. Über das Gespräch mit Genscher hieß es: „Mr. Gensher's position on the war is productive. Similar position by other Council members can lead to cooperation with the Security Council." Vgl. die Anlage 2 zur Fernkopie Nr. 601 der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York vom 30. Juli 1987; Referat 311, Bd. 139984.

große Früchte bringen. Wenn dies nicht geschehe und die Resolution ein wertloses Papier im Regal bleibe, dann wisse nur Gott, wie die Lage sich entwickeln werde. Dann sei man nicht auf dem Weg Gottes, sondern des Satans, der zu Schwierigkeiten und Gefahren führe. Er anerkenne, daß BM sich dafür einsetze, daß sofort gehandelt werde und keine Zeit verloren gehe.

GS Pérez de Cuéllar sei heute in Paris, morgen in New York. Der Irak wolle, daß er seine Rolle spiele.

AM wies auf die Gespräche hin, die er am Vortag in Washington und am gestrigen Tag mit den französischen Freunden geführt habe. Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Woronzow sei heute in Bagdad, um seine Gespräche fortzusetzen. Er werde auch mit der Arabischen Liga sprechen. AM drückte irakische Bereitschaft aus, Diskussion fortzusetzen, damit, wie BM es ausgedrückt habe, das Momentum erhalten bleibe. Der Irak sei bereit, etwas zu tun, um auch den Iranern zu helfen. Dies könne Iran am ehesten, indem er zeige, daß die Resolution angewendet werde. Vielleicht würden Iraner dies nicht so sehen, aber dies sei im wirklichen iranischen Interesse. Der Irak wolle wie Iran ein einheitlicher und souveräner Staat sein. Der Irak wünsche auch, daß seine Nachbarn in stabilen Staaten leben könnten. Er wünsche sich kein Feuer im Hause des Nachbarn. Den Iranern müsse die Realität vor Augen geführt werden. Wenn diese aber nicht Vernunft walten ließen, schadeten sie sich selbst.

AM unterrichtete BM, daß er nach dem Gespräch nach Bagdad zurückkehre. Er werde Präsident Saddam Hussein unverzüglich über das mit BM geführte Gespräch unterrichten. Der Präsident sei persönlich an guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert.

BM zog Bilanz:

- Beide Seiten wollen die guten Beziehungen erhalten und verbessern.
- Beide Seiten betrachten die Beziehungen als freundschaftlich.
- Beide Seiten begrüßten die Annahme der Resolution durch den Sicherheitsrat. Beide seien der Meinung, daß Resolution verwirklicht werden solle.
- BM habe begrüßt, daß Irak der Resolution zustimme.
- Auch AM Tariq Aziz sei der Meinung, daß jetzt die Zeit des Generalsekretärs gekommen sei, damit die Resolution verwirklicht werde.
- Das Motiv der deutschen Bemühungen sei die Sorge um den Frieden in der Region.
- Beide hätten ein Interesse, daß Dritte keinen Nutzen aus Mißverständnissen zwischen beiden ziehen könnten.
- BM sei bereit, die Einladung nach Bagdad vor oder nach VN-GV anzunehmen.

  In jedem Fall beabsichtigten die Außenminister, sich gelegentlich VN-GV Ende September in New York zu sehen.
- Aus gutem Grund habe BM Ziffer 6 der VN-Resolution zitiert und auf entsprechende Erklärung von StS Ruhfus hingewiesen. Diese sei sehr klar und unmißverständlich.
- Es sei an der Zeit, Störfaktoren im bilateralen Verhältnis zu beseitigen. Hierbei hebe BM nicht auf den Einzelfall ab, obwohl er hoffe, daß dieser Fall bald

gelöst werden könne. Deshalb erwarte BM, daß nach Rückkehr von AM hierüber Entscheidung getroffen werden könne, damit Dinge sich nicht nur normal, sondern freundschaftlich entwickelten.

Die beiden Außenminister besprachen anschließend, wie die Angelegenheit öffentlich zu behandeln sei.

AM betonte, er werde die Themen im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen behandeln. Für ihn sei entscheidend, daß sie als Freunde zusammenarbeiteten und sich gegenseitig Dinge nicht erschwerten. BM sei ein erfahrener Diplomat, der auch mit Schwierigkeiten fertig werde. Er beurteile das Treffen in Paris als Anstrengung, die Wolke in den bilateralen Beziehungen mit diplomatischen Mitteln wegzuschieben. Er überlasse es deshalb[38] der Diplomatie und Weisheit von BM, wie er dies nach außen darstelle. Jeder solle dies auf seine Art und Weise tun.

BM faßte zusammen:

– Beide Außenminister stimmen überein, daß sie der Resolution zustimmen und daß diese verwirklicht werden muß;
– daß D in vollem Umfang die Resolution unterstützt;
– daß D begrüßt, daß der Irak sich zur Resolution positiv eingestellt hat;
– daß der GS der VN jede Unterstützung verdient, um die Resolution zu verwirklichen;
– daß beide Seiten das Interesse am Ausbau der bilateralen Beziehungen unterstrichen haben.
– BM werde erwähnen, daß er der Einladung nach Bagdad in Kürze folgen werde. Im übrigen sei ein Meinungsaustausch über die Lage in der Region gelegentlich der VN-GV im September vereinbart worden.

AM antwortete, daß er das Gesagte respektiere. Er selbst sei außerhalb des Landes und wolle zunächst den Präsidenten unterrichten, der das geführte Gespräch beurteilen solle. Seine Eindrücke seien positiv.

Er habe nichts gegen eine entsprechende Erklärung durch BM, der gewiß nichts erklären würde, was dem Inhalt der Gespräche schaden könne. Er sei einverstanden, daß gesagt werde, daß BM Einladung nach Bagdad angenommen habe. Natürlich könne man auch erwähnen, daß die Beziehungen gut seien und noch besser werden könnten.[39]

BM meinte, daß sein Besuch im Irak im Herbst erfolgen könnte, der Termin müsse noch im einzelnen festgelegt werden.

AM erwiderte, daß es sein Wunsch sei, daß der Besuch so bald wie möglich zustande komme.

BM bestätigte noch einmal das Treffen in New York.

AM erwiderte, er freue sich sehr darauf.

38 Korrigiert aus: „überlasse deshalb".

39 Die Botschaft in Paris übermittelte am 29. Juli 1987 die Presseerklärung des Bundesministers Genscher über das Gespräch mit dem irakischen Außenminister Aziz in Paris am selben Tag. Vgl. dazu die Fernkopie Nr. 63; Referat 311, Bd. 139973.

BM erwähnte, daß die Bundesregierung in nächster Zeit den Botschafterposten in Bagdad neu besetzen werde und bald einen entsprechenden Vorschlag machen wolle. Er hoffe, daß das Agrément hierfür dann rasch erteilt werde.[40]

AM nahm dies positiv auf. Er erwähnte, daß der irakische Botschafter in Bonn in Kürze den Botschafterposten in Paris übernehme. Der Botschafter in Paris gehe nach London. Für Bonn sei ein bewährter Diplomat (Botschafter in Kuwait[41]) vorgesehen, der in D studiert habe und die deutsche Sprache beherrsche.

Minister verabschiedeten sich in sehr freundschaftlicher Weise. AM begleitete BM zu seinem Wagen, wo er ihn herzlich verabschiedete.

Referat 010, Bd. 178922

225

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1148
Citissime

Aufgabe: 31. Juli 1987, 22.00 Uhr[1]
Ankunft: 1. August 1987, 10.19 Uhr

Delegationsbericht Nr. 245

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Die dritte Sitzungsperiode (5.5.–31.7.1987)

Zur Unterrichtung

I. Allgemeiner Verlauf

1) Zusammenfassung und Ausblick

Die vergangenen 13 Verhandlungswochen des WFT trugen den Charakter einer Zwischenphase vorredaktioneller Arbeiten. Obgleich die überwiegende Zahl von Vorschlägen für ein Schlußdokument bereits vor der Osterpause[2] eingebracht worden war, gelang der Übergang in die Redaktionsphase noch nicht. Vielmehr waren alle Seiten weiter bemüht, ihre Positionen zu verdeutlichen und Prioritäten anzumelden, ohne bereits Zugeständnisse zu machen und damit Annäherun-

40 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rapke bat die Botschaft in Bagdad am 26. August 1987, das „Agrément für Herrn Dr. Richard Ellerkmann als Botschafter in Bagdad" einzuholen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 176; Referat 311, Bd. 139973.
Botschaftsrat I. Klasse Freundt, Bagdad, berichtete am 7. Oktober 1987, die irakische Regierung habe mit Verbalnote vom selben Tag das Agrément für Ellerkmann erteilt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 750; Referat 311, Bd. 139973.

41 Abdul Jebbar Omar Ghani.

1 Das von Botschaftsrat Metscher, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in fünf Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13, 27, 32 und 39.

2 Karfreitag fiel 1987 auf den 17. April, Ostersonntag war der 19. April 1987.

gen zu erlauben. Das WFT hat darum sein Zieldatum – den 31. Juli 1987 – nicht einhalten können.

Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen:

– Der langwierige interne Abstimmungsprozeß über einen westlichen Vorschlag für den Sicherheitsteil eines Schlußdokuments dauerte bis zur 28. Konferenzwoche an und erlaubte dann erst die Vorlage eines Textes der Allianz.[3] Ihr Entwurf für ein KRK-Mandat wurde sogar erst in der Schlußwoche unterbreitet.[4] Damit fehlte ein zentrales Element in der westlichen Verhandlungsposition, das für die östliche Seite unabdingbare Voraussetzung für den Beginn ernsthafter Verhandlungen bedeutete.
– Wenn nicht über die Verhandlungsziele selbst, so doch über ihre Gewichtung und die Konferenztaktik gibt es unter den westlichen TNS deutliche Unterschiede, die ein einheitliches Vorgehen in Wien erschweren und insbesondere jeden (selbst kleineren) prozeduralen Schritt vorwärts von langwierigen Abstimmungen abhängig machen.
– Die östliche Seite – namentlich die SU – verweist zwar selbstbewußt auf den Reformprozeß im eigenen System, ohne aber das „Neue Denken“ am Verhandlungstisch zu praktizieren. Ihre Unterhändler sind im Ton gemäßigter geworden, in der Sache bislang intransigent geblieben.
– Den N+N fehlt es an der Kraft, interne Differenzen zu überwinden und gemeinsame Positionen zwischen West und Ost zu entwickeln. Ihre Fähigkeit zum „Brückenbau“ ist sichtbar schwächer geworden.

Die genannten Faktoren haben – gemessen am eigenen Zeitplan des WFT, aber auch gemessen an den Madrider Verhandlungen[5] – zu einem eher zögerlichen Verhandlungsrhythmus geführt: Das WFT fand erst in seiner 21. Woche zu den bewährten informellen Arbeitsmethoden, vor allem der Einsetzung neutraler Koordinatoren für die einzelnen Redaktionsgruppen. Auch die Proliferation sogenannter Non-paper diente noch nicht dem Einstieg in Redaktionsarbeiten, sondern der Unterstützung eigener Anliegen. Die Zahl der (förmlichen) Vorschläge liegt inzwischen bei 150, was den Umfang der noch zu bewältigenden Verhandlungsaufgabe verdeutlicht.

Ihrer Substanz nach besteht jedoch begründete Aussicht auf Annäherungen und Ergebnisse: Der westliche Ansatz doppelter Verhandlungen im militärischen Bereich ist bereits von Osten und N+N akzeptiert. Über die Fortsetzung der KVAE und die Notwendigkeit von KRK-Verhandlungen besteht Einvernehmen. In Korb II verfolgen die TNS handfeste ökonomische und ökologische Interessen, die sich zum Ausgleich bringen lassen. Im Bereich der menschlichen Kontakte dürften – mit Hilfe der westlich orientierten Neutralen – Verbesserungen gegenüber dem Berner Schlußkompromiß[6] erreichbar sein. Kritisch für den Konferenz-

3 Zum Vorschlag CSCE/WT.129 der NATO-Mitgliedstaaten vom 10. Juli 1987 für weitere VSBM und konventionelle Stabilität vgl. Dok. 216, Anm. 8.

4 Zum Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten vom 27. Juli 1987 für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 216.

5 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

6 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

verlauf bleiben die Thematik der Menschenrechte und – damit verbunden – der westliche Vorschlag CDH[7] und der östliche Vorschlag einer Konferenz in Moskau zur umfassenden Behandlung der humanitären Zusammenarbeit[8]. Zu einer Schlüsselfrage des WFT kann sich insbesondere das noch nicht entschiedene Problem entwickeln, ob und in welchem Ausmaße sich der Westen gegenüber dem Moskauer Projekt öffnet (hierzu und zu den Aussichten des WFT allgemein: DB Nr. 1086[9] vom 22.7.1987[10]).

2) Die westliche Allianz

Die westliche Seite blieb um geschlossene Vertretung des eigenen Vorschlagspakets bemüht – was vor allem bei dem (von der HLTF erarbeiteten) Entwurf eines Sicherheitsteils erheblicher Anstrengungen bedurfte. Nach mehrfachen redaktionellen Versuchen in Brüssel und Wien wurde schließlich sichergestellt, daß auch F den Vorschlag WT.129 als Miteinbringer trägt. Nicht spannungsfrei bleibt auch das Verhältnis der 12 zu den 16. Das allgemeine Problem, die Kohäsion der 12 zu sichern, ohne die 16 vor „faits accomplis" zu stellen, läßt sich nicht durch starre institutionelle Regeln, sondern nur pragmatisch und flexibel vor Ort lösen.

7 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

8 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 24. Juli 1987, in der Plenarsitzung am selben Tag habe die UdSSR einen Mandatsentwurf für die vorgeschlagene Menschenrechtskonferenz in Moskau eingeführt: „Tagesordnung sieht in Verfolgung bisheriger Linie Gleichbehandlung von politischen und sozialen Menschenrechten vor, ferner die Themen Information, Kultur und Bildung sowie persönliche und institutionelle Kontakte. Konferenz soll auf politischer Ebene eröffnet werden, der Presse, Organisationen und Einzelpersonen zugänglich sein und in den Rahmenbedingungen überhaupt der Praxis bisheriger KSZE-Treffen entsprechen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1100; Referat 212, Bd. 153429.
Am selben Tag legte Eickhoff in einer Bilanz der zurückliegenden Verhandlungswoche dar: „Die SU gab ihre (taktische?) Reserve zum eigenen Vorschlag einer Moskauer Konferenz endlich auf und legte Elemente einer Tagesordnung vor: Sie soll die humanitäre Zusammenarbeit im weiten Bereich von Menschenrechten, Information, Kultur und Bildung behandeln und auf ‚praktische' Ergebnisse ausgerichtet sein. Der sowjetische Schritt kreuzte sich eher zufällig mit westlichen Plädoyers zugunsten von CDH – dem Konzept eines schrittweisen Vorgehens zur besseren Implementierung der humanitären Verpflichtungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1101; Referat 212, Bd. 153429.

9 Korrigiert aus: „1986".

10 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), legte dar, noch sei „keine zuversichtliche Aussage" über die Ergebnisse der KSZE-Folgekonferenz in Wien möglich: „US, KAN und NL stellen hohe Anforderungen an ungeminderte Durchsetzung westlicher menschenrechtlicher Vorschläge. KAN und NL sind zudem – im Gegensatz zu US, F, GB und uns – für geduldiges Aussitzen, statt Konjunktur im Ost-West-Gespräch und innersowjetische Glasnost-Politik, deren Kraft und Dauer ungewiß ist, im ersten Aufschwung zu nutzen. Beide befürchten zudem, daß US unter Erfolgsdruck des beginnenden Wahlkampfes und D wegen erreichbarer Verbesserungen im innerdeutschen Verhältnis zu früh und mit zu schwachem Ergebnis zum Abschluß bereit sein könnten. Zudem befürchten sie, Konsens zum KRK-Mandat könnte Interesse der SU am übrigen KSZE-Prozeß in Zukunft erlahmen lassen; dies verlange geduldiges Aushandeln eines Höchstpreises dafür ohne jeden Zeitdruck. Ferner können sowjetische Insistenz auf humanitärer Moskauer Konferenz und Frankreichs Forderung eines menschenrechtlichen KSZE-Treffens in Paris 1989 sich gegenseitig blockieren, wobei F, Mitautor des westlichen Flaggschiffs CDH, eine Schlüsselstellung gewinnt. […] Der Widerstand von KAN und NL gegen eine zügige Verhandlungsführung im Herbst 1987 wird nur auf politischer Ebene ausräumbar sein." Vgl. Referat 212, Bd. 153429.

Als ihre Prioritäten hat die Gemeinschaft zunächst ihre drei „Flaggschiffe“ definiert:

– Konferenz zur Menschlichen Dimension (CDH);
– West-Ost-Wirtschaftskonferenz[11];
– Informationsforum[12].

Vorrangig sind daneben die normativen Vorschläge zu den Menschenrechten, den menschlichen Kontakten und zum freien Fluß von Meinungen und Informationen. Zu letzterem gehört für uns die Errichtung von Kulturinstituten.

Konzeptionelle Unterschiede bestehen im übrigen innerhalb der 12 wie der 16:

KAN, NL, aber auch US bestehen auf harten Implementierungsforderungen gegenüber dem Osten und lehnen darum kooperative Ansätze als „kompromißlerisch“ ab. Vor allem KAN und NL, gelegentlich auch PORT und B (im Lager der N+N auch CH), versprechen sich mehr von einer Taktik des Aussitzens (da das Konjunkturbarometer in den West-Ost-Beziehungen längerfristig nach oben zeigt). Sie plädieren auch dafür, westliche Schritte bei der militärischen Sicherheit konsequent als taktischen Hebel einzusetzen, um östliche Zugeständnisse in humanitären Fragen zu erreichen.

[13]3) Die WP-Staaten

Die östliche Seite läßt in der Tat keinen Zweifel daran, daß die Fortsetzung der KVAE (bzw. der Beginn von KRK-Verhandlungen) ihr Kernanliegen darstellt. Sie hat deshalb mit sichtbarer Genugtuung die westlichen Texte zur Sicherheit aufgenommen und geht – ungeachtet erheblicher sachlicher Differenzen – davon aus, daß hierüber eine Einigung möglich ist.

Die WP-Staaten halten sich dennoch taktisch bedeckt und vermeiden Festlegungen – vor allem auf Gebieten, auf denen sie selbst Leistungen schulden. Sie verbinden dabei Intransigenz in der Sache mit verbalem Drängen nach Fortschritten und bewegten Klagen über westliche Verschleppungstaktiken. Es läßt sich vermuten, daß Moskau einen raschen Abschluß des WFT bevorzugt hätte, sich jetzt aber ohne Widerstand auf eine längere Dauer einrichtet, nachdem sein zentrales Anliegen – Fortsetzung des Stockholmer Prozesses[14] und Einstieg in konventionelle Abrüstung – gesichert scheint. Sehr vorsichtig taktiert die SU bei ihrem zweiten wichtigen Ziel, der Konferenz in Moskau. Sie spürt die starken westlichen Vorbehalte und wird versuchen, ihre Anliegen eher durch negative Verknüpfungen zu fördern.

In jedem Falle werden sich östliche Konzessionen erst bei der Redaktion gemeinsamer Texte erreichen lassen.

11 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

12 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

13 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1149 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

14 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete am 22. September 1986 nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

4) Die N+N-Staaten

Die N+N haben nur zögernd und erst nach westlichem Drängen ihre Funktion als Koordinatoren übernommen. Auch jetzt – vor der beginnenden Redaktionsphase – sind sie sich im taktischen Ansatz nicht einig. Das Temperament der Koordinatoren reicht von dem eher drängenden Torovsky, A (für Prinzipien), über den systematischen Clavel, CH (für Korb II), bis zum zurückhaltenden Eliasson, SCN (für Korb III).

Die heterogene Gruppe der N+N hat auch nicht zu gemeinsamen Sachpositionen gefunden. Das Treffen ihrer Außenminister in Limassol[15] konnte nur unvollkommen den Dissens vor allem in Sicherheitsfragen überdecken. Die Meinungsverschiedenheiten im militärischen Bereich wirken auch in andere Verhandlungsgebiete hinein und lassen nur bescheidene Hoffnung, daß sich die N+N auf ein gemeinsames Konzept für ein Schlußdokument einigen können. Die Rolle des Außenseiters (in der Gruppe der N+N wie auf der Konferenz insgesamt) wird in Wien nicht von Malta, sondern eher von JUG gespielt: Es fühlt sich in seinen Sicherheitsinteressen durch die Gespräche der 23 übergangen, beklagt die unzureichenden Fortschritte zum Kapitel „Mittelmeer“ und findet mit den eigenen Vorschlägen zu Wanderarbeitern[16] und Technologieaustausch[17] keine Resonanz unter den anderen TNS. Es könnte sich in der Endphase der Verhandlungen die Notwendigkeit zeigen, JUG durch eine Geste entgegenzukommen.

5) Innerdeutsche Aspekte

Unsere deutschlandpolitischen Anliegen bleiben eingebettet in das westliche Vorschlagspaket zu den Menschenrechten und (vor allem) den menschlichen Kontakten. Ungeachtet fehlender Verhandlungsfortschritte in diesen Bereichen, ungeachtet auch ihrer Blocksolidarität, gibt die DDR zu verstehen, daß ihr insoweit größere Konzessionen möglich sind als anderen östlichen TNS und ihr viele westliche Vorschläge (etwa zur Religionsfreiheit oder dem Minderheitenschutz) keine Mühe bereiten. In dieses Bild paßt auch die selbstbewußte Darstellung eigener Reformpolitik (Amnestie, Abschaffung der Todesstrafe[18]) und das offene, unpolemische Auftreten ihrer Delegation. Nüchtern, wenn auch langatmig erläuterte AM Fischer vor dem WFT die Ergebnisse des WP-Gipfels

15 Die Außenminister der N+N-Staaten trafen sich am 16./17. Mai 1987 in Limassol. Legationsrat I. Klasse Moser, Nikosia, übermittelte das Kommuniqué des Treffens und teilte mit: „Der zyprische Außenminister Iacovou als Gastgeber dieses Treffens bewertete später Herrn Botschafter Dr. Rötger gegenüber, daß sich die Zusammenarbeit in der Gruppe der N+N zur Zeit in einer Krise befinde, was auch durch das Fehlen Maltas auf diesem Treffen augenfällig sei. Er hoffe diesbezüglich auf eine Besserung während der weiteren Sitzungen der KSZE in Wien.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 262; Referat 212, Bd. 133550.

16 Jugoslawien brachte am 13. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag zur Frage der Wanderarbeiter ein. Für den Vorschlag CSCE/WT.48 und das jugoslawische Arbeitspapier dazu vom selben Tag (CSCE/WT.49) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

17 Am 18. Februar 1987 brachte Jugoslawien auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag „über die wissenschaftliche und technische Entwicklung zugunsten der verbesserten Lebensqualität“ ein (CSCE/WT.81). Vgl. dazu Referat 212, Bd. 153446.

18 Zur Amnestie-Regelung und zur Abschaffung der Todesstrafe in der DDR vgl. Dok. 217, Anm. 19 und 20.

von Berlin (Ost)[19] und unterstrich damit den Vorrang der Sicherheitsthematik für die östliche Seite.[20]

Zwischen den beiden Delegationen besteht auf allen Ebenen eine an sachlicher Arbeit interessierte Tuchfühlung. Dieses Verhältnis wird durch das Vorbringen konkreter Gravamina (Vorfälle zu Pfingsten am Brandenburger Tor[21]; Beschränkungen des Devisenumtausches[22]) nicht belastet.

6) Die eigene Delegation

Wir müssen immer wieder Verhandlungsansätze, die eher auf Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit mit dem Osten abstellen, gegenüber westlichen Partnern (namentlich NL, KAN und US) durchsetzen. So gelang es uns nur nach mühsamen Abstimmungsprozessen, unseren Vorschlag zur Berufsbildung[23] und einen (in der Delegation entstandenen Text) zum Außenhandel[24] in das WFT einzuführen.

Andererseits scheuen wir uns nicht vor deutlicher Implementierungskritik – soweit vor allem unsere nationalen Interessen betroffen sind:

Thematische Schwerpunkte bildeten Ausreisezahlen, Familienzusammenführung, Störungen der Deutschen Welle.

Unseren bilateralen Anliegen dienten auch besondere Expertengespräche mit SU, ČSSR, POL und RUM am Rande des WFT. Sie galten Fragen der Aussiedlung und Familienzusammenführung und behandelten auch Härtefälle.[25]

19 Am 28./29. Mai 1987 fand in Ost-Berlin die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

20 Für den Wortlaut der Rede des Außenministers der DDR, Fischer, am 2. Juni 1987 vgl. AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1987, S. 182–184.

21 Vom 6. bis 8. Juni 1987 fand vor dem Reichstagsgebäude in Berlin (West) ein dreitägiges internationales Rock- und Popkonzert zur 750-Jahr-Feier der Stadt statt. In der Presse hieß es, in der Nacht vom 7. auf 8. Juni 1987 sei es zu „den schwersten Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Sicherheitskräften der DDR seit zehn Jahren in Ost-Berlin“ gekommen: „Die mehrstündigen Auseinandersetzungen begannen, nachdem die Polizei den Platz östlich des Brandenburger Tores weiträumig abgesperrt hatte. Von dort aus hatten rund 4000 Menschen, wie auch an den beiden Abenden zuvor, als es ebenfalls zu Auseinandersetzungen gekommen war, einem Konzert vor dem nahe gelegenen Reichstagsgebäude in West-Berlin zuhören wollen.“ Die Demonstranten „sangen jeweils die erste Strophe der ‚Internationale‘ und das Deutschlandlied. In Sprechchören forderten sie ‚Die Mauer muß weg!‘ und ‚Wir wollen Gorbatschow!‘“ Vgl. den Artikel „DDR-Sicherheitskräfte behindern westdeutsche Journalisten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Juni 1987, S. 1 f.

22 Zur Beschränkung des Devisenumtauschs in der DDR vgl. Dok. 217, Anm. 22.

23 Die EG-Mitgliedstaaten legten am 18. Juni 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen von Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Rumänien, Ungarn und der UdSSR miteingebrachten Vorschlag vor, in dem das „Interesse an einem verstärkten Informations- und Erfahrungsaustausch über Konzepte für die Berufsbildung“ betont wurde. Für den Vorschlag CSCE/WT.E 9 vgl. Referat 212, Bd. 153448.

24 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), übermittelte am 21. Juli 1987 den Entwurf „für einen westlichen Vorschlag zum Außenhandel“. Dazu teilte er mit: „Auf unsere Initiative haben sich EG-Experten zu Korb II auf einen Vorschlag zum Handelsbereich geeinigt. […] Hintergrund für die Initiative ist der Umstand, daß ein westlicher Vorschlag im Bereich Handel bisher nicht vorliegt und daher eine Lücke geschlossen wird. Der Vorschlag zielt – auch durch die Aufnahme neuerlicher östlicher Argumentationsmuster – auf eine Ermunterung des Reformprozesses im Hinblick auf die Praxis des Außenhandels. Es ist vorgesehen, den Vorschlag am 24.7.1987 nach Möglichkeit auf breiter westlicher Basis im Plenum einzubringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1076; Referat 212, Bd. 153429.

25 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), resümierte am 29. Juli 1987 „die Behandlung des Themas ‚Menschliche Kontakte‘ vom 5. Mai bis 31. Juli 1987 auf dem WFT“. Er legte dar: „Einen besonderen Platz nahmen zweifellos die Mitte Mai von uns mit der SU, ČSSR, RUM und PL geführten

Diese Thematik stand auch im Mittelpunkt des (zweiten) Besuchs einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, die sich vor Ort über den Stand des WFT unterrichtete.[26]

[27]II. Zu den Körben im einzelnen

1) Beim Prinzipienkatalog wurden alle Vorschläge (geordnet nach der Reihenfolge der Schlußakte[28]) in einer „ersten Lesung" gründlich erörtert. Westen wie westlich orientierte N+N waren sich über das prioritäre Ziel einig, bestehende (östliche) Implementierungsdefizite bei den Menschenrechten abzubauen. Das gilt vor allem für: Religionsfreiheit, Freizügigkeit, Behandlung von Gefangenen, nationale Minderheiten. Die Schaffung eines Kontroll- und Implementierungsmechanismus in der Menschlichen Dimension (durch den westlichen CDH-Vorschlag) findet zunehmende Resonanz bei den N+N, wenn auch bei ihnen noch Vorbehalte auszuräumen sind.

Die östliche Seite reagierte flexibel und nicht mit schroffer Ablehnung. Positiven Einlassungen zu Einzelaspekten bei den Freiheitsrechten fehlte jedoch jede Verbindlichkeit, da die östlichen Vertreter Festlegungen verweigerten. Ihr Hauptziel ist die Festschreibung einer gegenseitigen Bedingtheit zwischen den wirtschaftlichen und sozialen Rechten auf der einen, den bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten auf der anderen Seite. Dies bedeutet letztlich eine Relativierung der Menschenrechte insgesamt, namentlich den Versuch, ihre Verwirklichung von sachfremden Forderungen abhängig zu machen.

Nach langem Zögern hat die SU ihre Vorstellungen zu einem Mandat für die Moskauer Konferenz präzisiert und zu erkennen gegeben, daß sie die Konferenz als „Gegenunternehmen" zu CDH ausgestalten will. Sie gibt sich flexibel zu Struktur und Substanz des Treffens, das eine korbübergreifende Thematik Menschenrechte und Korb III behandeln soll. Westliche TNS, die an einem starren, Moskau ausschließenden CDH-Konzept festhalten, könnten sich dadurch auch von den noch zögerlichen N+N isolieren.

Insgesamt reflektierten die von allen Seiten zirkulierten Non-paper bislang nur die Maximalpositionen und dienten dadurch der Sicherung der eigenen Vorschläge.

Vieles wird von der Fähigkeit des Koordinators abhängen, Ansätze für redaktionellen Einstieg wenigstens bei Themen zu suchen, zu denen Vorschläge verschiedener Seiten auf dem Tisch liegen. Religionsfreiheit, zu der Westen, N+N und Osten Vorschläge gemacht haben, böte sich als Einstieg an.

2) Die Behandlung der militärischen Aspekte der Sicherheit litt bis Mitte Juli unter dem Fehlen eines westlichen Vorschlags. Erst mit Vorlage des westlichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1142

Expertengespräche ein. […] Grundsätzlich konnten wir allen östl[ichen] Gesprächspartnern gegenüber unsere Position unwidersprochen bekräftigen, daß die KSZE-Verpflichtungen Berufungsgrundlagen für die Geltendmachung auch bilateraler Anliegen bieten. Verbunden war dies mit der Übergabe von Härtefall-Listen. Lediglich PL (auf Weisung des AM) lehnte die Annahme – mit Hinweis auf Zuständigkeit der Botschaften in Warschau und Köln – ab." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1126; Referat 212, Bd. 153429.

26 Eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags besuchte die KSZE-Folgekonferenz in Wien am 22. Juli 1987.

27 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1150 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

28 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Textes WT.129 fand die Redaktionsgruppe „S“ den Anschluß an das übrige Konferenzgeschehen und konnte zugleich eine maßgebliche Ursache für die Stagnation der Verhandlungen behoben werden. Nach einer letzten heftigen Kontroverse innerhalb der Allianz konnte sichergestellt werden, daß alle 16 Partner – unter Einschluß von F – den Vorschlag gemeinsam (als Miteinbringer) tragen und uneingeschränkt auf ihn verpflichtet sind.

Der Text setzt den doppelten Verhandlungsansatz des Bündnisses in eine operative Form um: Er enthält ein Mandat für Verhandlungen (unter den 35) über weitere VSBM und den Rahmen für künftige KRK-Verhandlungen (unter den 23) – ohne dieses eigentliche KRK-Mandat zu beinhalten, das ausschließlich unter den Mitgliedern der beiden Militärallianzen vereinbart werden soll. Ein entsprechender westlicher Entwurf wurde während der letzten Begegnung der 23 präsentiert und stellt – gemeinsam mit WT.129 – ein umfassendes Konzept für künftige Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle dar.

Die östliche Seite beanstandet an diesem Konzept im wesentlichen:

– enge Zonendefinition und einseitigen Ansatz bei VSBM;
– unzureichende Einbindung des KRK-Teils in die KSZE und Diskriminierung der N+N;
– westlichen Begriff der „konventionellen Stabilität“ an Stelle der vom Madrider Mandat[29] gebotenen Festlegung auf „Abrüstung“.

Sie läßt aber ihre grundsätzliche Bereitschaft erkennen, den Ansatz als Grundlage der Textverhandlungen zu akzeptieren.

Auch die N+N-Staaten – die nicht zu einer gemeinsamen Position im Sicherheitsbereich gefunden haben – signalisierten (mit Ausnahme von JUG) Verständnis für den westlichen Vorschlag, bestehen aber auf einer engen institutionellen Anbindung der 23er-Verhandlungen an die KSZE und die Perspektive einer (späteren) Rückführung von Abrüstungsverhandlungen in den Rahmen der 35. SCN faßte die Forderungen am Schlußtage der Verhandlungsrunde in einem eigenen umfassenden Vorschlag zusammen: Der Text folgt dem westlichen Ansatz von zwei Verhandlungen, verlangt aber gleichberechtigten Zugang aller Teilnehmer zu den (formellen) Sitzungen beider Verhandlungsstränge (die im übrigen zeitlich parallel und im gleichen Konferenzgebäude stattfinden sollen).[30]

Schließlich hat die Allianz in der abschließenden Sitzung noch einen Text (in Form eines Non-papers) zur Bewertung der Stockholmer Verhandlungen eingeführt. Er bietet sich – gemeinsam mit einem entsprechenden östlichen

29 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

30 Vgl. dazu den von Schweden am 31. Juli 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführten Vorschlag für eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (CSCE/WT.131); Referat 212, Bd. 153446.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 1. August 1987 mit, der schwedische Vorschlag ziele darauf ab, „in der sich abzeichnenden Trennung der Sicherheitsmaterie auf zwei Verhandlungsstränge (KVAE/Konventionelle Stabilität) die Sicherheitsinteressen der N+N durch eine enge, formalisierte Verknüpfung zu gewährleisten. Der Vorschlag wird von anderen N+N-Staaten unterstützt, angesichts divergierender Interessen (vor allem CH) aber nicht mitgetragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1159; Referat 212, Bd. 153429.

Papier[31] – als Einstieg in Redaktionsarbeiten an, da diese Bewertung vom Madrider Mandat gefordert wird und im wesentlichen unstreitig ist.

[32]3) Bei den Verhandlungen in Korb II war die westliche Seite bemüht, den Gleichschritt mit den anderen Bereichen zu wahren und Redaktionsgruppe „E" nicht (wie in Madrid) zum Vorreiter werden zu lassen. In einer ersten Lesung aller Vorschläge stand das Thema „Umweltschutz" an der Spitze. Einmal, um die erheblich gewachsene Bedeutung dieser Thematik auch im KSZE-Rahmen zu betonen, zum anderen, um die östliche Kooperationsbereitschaft zu prüfen. Der Osten ließ sich zunächst jedoch alle Optionen beim Umweltschutz offen, während er beim Kapitel „Handel und industrielle Zusammenarbeit" eigene sachliche Vorteile suchte.

Erst die „zweite Lesung" – unter dem CH-Koordinator – erbrachte konkrete Klärungen und (bescheidene) Annäherungen der Positionen. So zeichneten sich beim Umweltschutz gangbare Verbindungen zwischen dem westlichen Vorschlag[33] und den nordischen Initiativen[34] ab. Auch die östliche Seite mußte deshalb zu erkennen geben, wo Möglichkeiten der Einigung liegen. Keine Bewegung gab es hingegen bei den Themenbereichen: Handel und Kooperation, Wissenschaft und Technologie sowie Varia (wie Tourismus und Wanderarbeit). Wegen des Fehlens neutraler Vorschläge stehen sich hier westliche und östliche Positionen unvermittelt gegenüber.

Durch die Einführung von Non-paper zu den Themen Umweltschutz, Geschäftskontakte, Tourismus, Kompensation, wissenschaftliche und technologische Kooperation am Ende der Berichtsperiode machte der Westen noch einmal deutlich, wo seine besonderen Interessenschwerpunkte liegen. Bei einer abschließenden Diskussion über Folgeveranstaltungen erklärten USA als einzige Delegation explizit, daß sie die Erörterung von Folgetreffen zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen. Sie schlossen in diese Ablehnung auch unser Non-paper zum Mandat der Wirtschaftskonferenz[35] ein.

31 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 24. Juli 1987: „WP-Staaten unterstützten das von POL eingeführte Non-paper zur Bewertung des Stockholmer Dokuments als Grundlage für die Textredaktion." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1101; Referat 212, Bd. 153429.
Eickhoff teilte ergänzend am 28. Juli 1987 über die Plenarsitzung am selben Tag mit: „POL-Vertreter gab Erläuterungen zu dem kürzlich verteilten polnischen Memorandum über Rüstungsbegrenzung und Erhöhung des Vertrauens in Polen. Mit ihnen wollte er vor allem westlichen Befürchtungen Rechnung tragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1125; Referat 212, Bd. 153429.

32 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1151 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

33 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten und der USA vom 27. Februar 1987 zum Umweltschutz vgl. Dok. 106, Anm. 26.

34 Zu den Vorschlägen Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens zum Umweltschutz vgl. Dok. 106, Anm. 23.

35 Botschaftsrat Metscher, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 30. Juli 1987: „Im Bereich Handel und industrielle Kooperation stehen sich das Prager Wirtschaftsforum, die EG-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit und der RUM-Vorschlag einer Wirtschaftskonferenz gegenüber. […] Von der Thematik her gesehen sind diese Folgeveranstaltungen ähnlich angelegt. ČSSR schlug deshalb auch ‚gemeinsame' Erarbeitung eines Mandates vor. Wir präzisierten unsere Mandatsvorstellungen durch Vorlage eines Non-papers, von dem sich USA jedoch ausdrücklich distanzierten. USA wies darauf hin, daß es zunächst einmal gelte, substantielle Texte für das Schlußdokument [zu] erarbeiten, erst danach würde sich die Frage einer Folgeveranstaltung stellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1142; Referat 212, Bd. 153429.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 1. August 1987, das Non-paper solle zur Annäherung der unterschiedlichen Mandatsvorstellungen beitragen: „Zu diesem Zweck wurden in

Die Arbeit in der EG hat sich weiter intensiviert. Auch bei schwierigen und kontroversen Themen – wie z. B. Reaktorsicherheit – konnte jeweils eine für alle MS tragbare Lösung gefunden werden. In der Arbeitsgruppe „E" vermittelte die EG einen geschlossenen Eindruck und bestimmte weitgehend das Geschehen auf westlicher Seite. Als Chef de file in den Schlüsselbereichen Umweltschutz sowie Handel und industrielle Zusammenarbeit hatten wir daran maßgeblichen Anteil.

Die Zusammenarbeit unter den 16 gestaltete sich nicht immer einfach. Um dem Gefühl entgegenzuwirken, durch die EG vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, wurde der Koordinationsrhythmus im Rahmen der Allianz erweitert. Vor allem bei den USA sind erhebliche Widerstände gegen den Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Osten zu überwinden.

4) In Korb III brachte die ausführliche, oft repetitive Erörterung von Konferenzvorschlägen (und entsprechenden Non-papers[36]) zu den menschlichen Kontakten keine ernsthaften Annäherungen. Wir beharrten auf den westlichen Hauptforderungen, die alle wesentlichen deutschen Belange berücksichtigen. N+N verfolgen zusätzlich Vorschläge, die unsere Interessen fördern. Es handelt sich um folgende für uns zentrale – auch deutschlandspezifische – Themen:

– Vereinfachung und Beschleunigung der Antragsverfahren in dringenden humanitären Härtefällen, auch bei wichtigen Familienereignissen;
– Fortgeltung von Antragsdokumenten für die gesamte Dauer des Antragsverfahrens, aber auch bei Neuanträgen auf Familienzusammenführung;
– das Recht von Familienmitgliedern auf gemeinsame Auslandsreisen;
– Nichtdiskriminierung von Ausreiseanträgen aufgrund der Tatsache, daß Familienmitglieder „illegal" ihre Heimat verlassen haben;
– besondere Förderung der Zusammenführung von minderjährigen Kindern mit den von ihnen getrennten Eltern;
– Städtepartnerschaften;
– Sportkontakte auf lokaler und regionaler Ebene und zwischen den TNS.

Darüber hinaus setzte die westliche Seite die Implementierungskritik fort – wir auch mit positiven Akzenten, z. B. zum Anstieg der Ausreisen aus der SU.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1145

das Non-paper die weitgehend unkontroversen Themen Marketing und Schiedsgerichtsbarkeit, aber im Rahmen der industriellen Kooperation auch von östl[ichen] Vorstellungen Ko-Produktion und Spezialisierung übernommen. Dem Wunsch des Ostens nach Behandlung von Finanzierungsfragen wurde durch Aufnahme eines Punktes Währungs- und Finanzierungsaspekte von Handel und industrieller Kooperation Rechnung getragen, wobei die spezifischen Einzelthemen (Rolle der Konvertibilität für Handel und Zusammenarbeit, Finanzierungsinstrumente der Geschäftsbanken) jedoch nach westl[ichen] Prioritäten für die Behandlung dieser Thematik ausgerichtet wurden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1156; Referat 212, Bd. 153429.

36 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 24. Juli 1987 über die zurückliegende Konferenzwoche mit: „Zu den menschlichen Kontakten haben GB ein Non-paper zu ungestörten Post- und Telefonverbindungen (Basis westlicher Vorschlag WT.74), JUG zwei Non-paper zu den menschlichen Kontakten der nationalen Minderheiten bzw. der Wanderarbeiter und DDR ein Non-paper zum Jugendaustausch sowie Tourismus (ausgehend von WT.28 und WT.66) zirkuliert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102; Referat 212, Bd. 153429.
Eickhoff ergänzte am 31. Juli 1987: „Westen hat in dieser Woche in der Redaktionsgruppe ‚H' noch drei weitere Non-paper eingeführt (folgen per F[ern]K[opie]): Von CDN ein Non-paper zu den kulturellen Rechten von nationalen Minderheiten (Basis westlicher Vorschlag WT.27), am 28.7. Irland ein Non-paper zu den Arbeitsbedingungen von Journalisten (Grundlage westlicher Vorschlag WT.56 und neutraler Vorschlag WT.44) sowie wir zur Weiterverwendbarkeit von Dokumenten in Antragsverfahren zu F[amilien]Z[usammenführung] u. a. am 30.7.1987." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1143; Referat 212, Bd. 153429.

Die östlichen Unterhändler praktizierten bislang jedoch noch kein „Neues Denken“ und ließen keine Konzessionsbereitschaft gegenüber unseren Anliegen erkennen. Wir werden unbeirrt an ihnen festhalten und ein Ergebnis ansteuern, das meßbar über dem (nicht angenommenen) Berner Schlußkompromiß liegt. Dafür besitzen wir die grundsätzliche Unterstützung der westlich orientierten Neutralen, aber auch das unausgesprochene Verständnis einiger WP-Staaten. Eine wertvolle Hilfe stellt insoweit das zum Rundenschluß zirkulierte – alle Materien von Korb III umfassende – Non-paper von A und CH[37] dar.

Beim Rahmenthema Kultur geht es um direkte Kontaktmöglichkeiten von Künstlern und Schriftstellern, aber auch um andere Möglichkeiten, die Kenntnis fremder Kulturen grenzüberschreitend zu fördern. Für uns steht die Errichtung von Kulturinstituten im Vordergrund, was wir (gegen anfänglichen Widerstand von US und KAN) durch Non-paper[38] deutlich machten. Vor allem die SU zögert noch, schließt aber nicht aus, das Problem der Kulturinstitute in einem Schlußdokument zu berücksichtigen.

Im Bereich Information konzentrierten sich die westlichen Bemühungen auf das Verbot von Störsendern („jamming“). Als Zeitraum für das Informationsforum in London kündigte GB den 18.4.1989 bis 15.5.1989 an.

[39]5) Redaktionsgruppe „F“ für die Folgen der Konferenz befaßte sich vor allem mit dem Problem, ob Rahmenbedingungen für Folgeveranstaltungen entwickelt und festgeschrieben werden sollen. Wir warnten vor diesem Ansatz, da eine Einigung über Rahmenbedingungen nur auf kleinstem gemeinsamen Nenner möglich sein dürfte. Vielmehr sollten (beispielhaft) bisherige positive Erfahrungen mit einzelnen Veranstaltungen (etwa Berner Treffen) herausgestellt und dadurch ein – nicht verhandelbarer – Maßstab etabliert werden.

Daneben wurden Möglichkeiten der Rationalisierung (etwa Verzicht auf Vorbereitungstreffen) behandelt.

6) Grundlage der Beratungen über Fragen des Mittelmeerraumes bleiben weiterhin nur zwei Vorschläge:

– Die Initiative von Malta, JUG und ZYP (WT.40)[40] sieht ein Expertentreffen mit umfassender Thematik – unter Einschluß der militärischen Sicherheit –

37 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 30. Juli 1987, Österreich und die Schweiz hätten in der Sitzung der Redaktionsgruppe „H“ am selben Tag ein Non-paper „zum Korb III insgesamt zirkuliert, also zu allen Bereichen dieses Korbes: Menschl[iche] Kontakte, Information, Kultur und Erziehung. Es wird erwartet, daß der österr[eichische] AM Mock in der öffentlichen Schlußsitzung des Plenums (morgen, Freitag, 31.7.) das Gewicht der Regierung des WFT-Gastgebers für dieses Non-paper in die Waagschale legen wird. […] Das Non-paper der beiden westl[ichen] Neutralen ist eine außerordentlich nützliche Unterlage für die Redaktionsarbeiten nach der Sommerpause und hilft insb[esondere] dem schwed[ischen] Koordinator bei seiner noch nicht tatsächlich aufgenommenen Vermittlungstätigkeit.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1141; Referat 212, Bd. 153429.

38 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 24. Juli 1987: „Im Bereich Kultur konnte der Westen endlich die beiden seit langem vorbereiteten Non-paper einführen: F zum umfassenden Kulturkonzept (aufgrund von WT.29 und WT.54), wir zu den Kulturinstituten. Gegen nachhaltigen Widerstand der USA, weniger stark seitens KAN, sind die Kulturinstitute auch im französischen Non-paper berücksichtigt. Damit steht das Thema Kulturinstitut nunmehr zweifellos in der vordersten Reihe der westlichen Kulturvorschläge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102; Referat 212, Bd. 153429.

39 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1152 übermittelten fünften Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

40 Zum Vorschlag vom 13. Februar 1987 für ein Treffen über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vgl. Dok. 106, Anm. 22.

vor. Nicht zuletzt deshalb wird sie auch von östlicher Seite unterstützt. Vor allem JUG verlangt: besondere Berücksichtigung der Sicherheitsbelange der Region; Ausdehnung der Stockholmer VSBM[41] auf den Raum; Mitspracherecht aller Anrainer (also auch der Nicht-TNS) im KSZE-Rahmen, soweit die Region betroffen ist.

– Realistischer ist der westliche (auf E zurückzuführende, von uns miteingebrachte) Vorschlag (WT.50), der ein Expertentreffen in Palma de Mallorca über den Schutz der mediterranen Ökosysteme vorsieht und jetzt durch detaillierte Mandatselemente konkretisiert wurde.[42]

Derzeitiger Verhandlungsstand läßt erwarten, daß Berechtigung ökologischer Maßnahmen anerkannt wird, sich der Westen andererseits aber – schon wegen der Festlegungen in Schlußakte und Madrider Dokument – der weiteren Thematik nicht wird völlig verschließen können.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153429

41 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

42 Zum Vorschlag vom 13. Februar 1987 für ein Expertentreffen über mediterrane Ökosysteme vgl. Dok. 106, Anm. 36.

226

Botschafter Massion, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1687 **Aufgabe: 3. August 1987, 18.45 Uhr**[1]
Ankunft: 3. August 1987, 18.59 Uhr

Betr.: UNCTAD VII vom 9.7. bis 3.8.1987

Bezug: DB 1608 vom 24.7.[2]
DB 1633 vom 28.7.[3]

Delegationsbericht Nr. 57

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

UNCTAD VII ging nach knapp vierwöchiger Dauer in den Morgenstunden des 3.8. mit der Verabschiedung eines einheitlichen Dokuments, der „Schlußakte" (Dok. TD/L.316[4]), zu Ende. Die formelle Abschlußsitzung, bei der sich im Zusammenhang mit Stimmerklärungen und der Behandlung der noch schwebenden politischen Fragen (Beglaubigungsschreiben der israelischen Delegation, arabischer Resolutionsentwurf gegen Israel) noch Überraschungen ergeben können, beginnt heute um 15 Uhr.

Mit UNCTAD VII ist eine Etappe des Nord-Süd-Dialogs abgeschlossen worden, bei der in zähem Ringen die Gruppe 77 und die osteuropäische Gruppe zur Annahme einer realistischeren Sprache bei der Analyse der Weltwirtschaft

1 Das Fernschreiben wurde seitens des Auswärtigen Amts von Botschafter Massion und Vortragendem Legationsrat Schneller, beide z. Z. Genf, konzipiert.
Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14 und 27.
Hat Legationsrat I. Klasse Linden am 20. August 1987 vorgelegen.

2 Botschafter Massion, z. Z. Genf, zog eine Zwischenbilanz der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und berichtete: „1) Am Wochenende vor Beginn der letzten Konferenzwoche herrscht weiterhin in den offiziellen Bekundungen nach außen Optimismus hinsichtlich der Erreichung der Konferenzziele – die allerdings unterschiedlich gesehen werden – und Befriedigung über den in den abgelaufenen drei Wochen beobachteten Arbeitsstil. Die konzentrierte Tagesordnung, die Bereitschaft, mit einem einheitlichen Schlußdokument die Konferenz zu beenden, die durch den Verzicht auf Havanna als Konferenzort ermöglichte Beteiligung der Amerikaner an der Veranstaltung sind die Ausgangspunkte für diese Stimmung. 2) Die Konferenz bewegt sich jedoch auf dünnem Eis. Das Vokabular ist bei der Gruppe 77 sowie bei den sowjetischen Ländern zwar nüchterner geworden. Zwischen den Teilnehmern, und das heißt insbesondere zwischen der B-(OECD-)Gruppe auf der einen Seite und allen übrigen auf der anderen, besteht aber zumindest in den offiziellen Äußerungen ein doppelter Dissens im Grundsätzlichen". Letztere forderten ein „zentrales Management" für die Entwicklungsländer und seien der Auffassung, daß die UNCTAD dafür „der richtige und der befugte Ort" sei. Vgl. Referat 402, Bd. 147020.

3 Korrigiert aus: „27.7."
Botschafter Massion, z. Z. Genf, informierte: „Am heutigen letzten Tage für Vorlage der Ausschußberichte war kein Ausschuß in der Lage, dem Konferenzpräsidenten einen von allen Gruppen gebilligten Bericht der Ausschußpräsidenten vorzulegen." Sofern diese Berichte abgeliefert hätten, „geschah es auf persönliche Verantwortung. Die Arbeiten in den vier Ausschüssen müssen damit als gescheitert angesehen werden. […] Wie aus Kreisen der G 77 gerüchteweise verlautet, soll am 28.7. im Plenum der Konferenz eine Grundsatzerklärung der Gruppe 77 über die Ursachen für den lamentablen Stand der Konferenzarbeit abgegeben werden." Vgl. Referat 402, Bd. 147020.

4 Für den Wortlaut der Schlußakte der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 9. Juli bis 3. August 1987 in Genf vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Seventh Session, Bd. I, S. 6–23.

bewegt werden konnten, während die IL ihre Bereitschaft zur solidarischen Zusammenarbeit untermauerten, ohne ihre Grundpositionen zu unterhöhlen.

Das vom Westen geforderte Konzept des einheitlichen Schlußdokuments hat sich also bewährt, wenn hierdurch auch der Zwang zum Kompromiß nicht nur für die Gegenseite verstärkt wird.

Die Bundesregierung war durch Anwesenheit von BM Klein bei der Eröffnung und den damit verbundenen Gesprächen einerseits und in der Schlußphase durch BM Bangemann in seiner stark beachteten Rede[5] sowie dank seines Einsatzes bei den Verhandlungen andererseits prominent und erfolgreich am Gelingen der Konferenz beteiligt.

Die vom Kabinett beschlossenen Verhandlungsleitlinien[6] erwiesen sich als ausreichend; neue finanzielle Verpflichtungen ergeben sich nicht.

Die EG zeigte eine erfreuliche Geschlossenheit. Bei der Frage der Palästina-Resolution konnte zum ersten Mal seit Jahren GR dazu bewegt werden, ein mit den EG-Partnern einheitliches Verhalten in Aussicht zu stellen.[7] Die Briten brachten ein ähnliches Opfer im Zusammenhang mit der Behandlung des Gemeinsamen Fonds.[8] Sie werden allerdings in der Plenarsitzung den

5 Für die Rede des Bundesministers Bangemann bei der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) am 29. Juli 1987 in Genf vgl. Referat 402, Bd. 147021.

6 Mit Schreiben vom 29. Juni 1987 an Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, sowie alle Bundesministerien übermittelte das Bundesministerium für Wirtschaft die „Verhandlungsleitlinien für die 7. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VII)“ vom 19. Juni 1987. Dazu vermerkte es, diese seien „mit AA, BMF, BML und BMZ sowie mit der Deutschen Bundesbank abgestimmt. Die Verhandlungsleitlinien sehen vor, daß wir uns gemeinsam mit den anderen EG-Mitgliedstaaten bereit erklären, für Maßnahmen im Rohstoffbereich Mittel zur Verfügung zu stellen. Hierfür ist im Entwurf des Bundeshaushalts 1988 (Kap. 0902; Tit. 68683) eine Verpflichtungsermächtigung (gesperrt) über 50 Mio. DM für künftige Haushaltsjahre veranschlagt; etwaige Ausgaben sind bei der Fortschreibung des Finanzplans zu berücksichtigen. Angesichts dieser Größenordnung sind keine Auswirkungen auf das Zins- und Preisniveau zu erwarten. Im übrigen enthalten die Verhandlungsleitlinien keine konkreten Maßnahmen mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Preisniveau.“ Vgl. Referat 402, Bd. 147019.

7 Botschafter Massion, z. Z. Genf, berichtete am 4. August 1987: „G 77 (KUB) unterbreitete Plenum Resolutionsentwurf über wirtschaftliche Situation in besetzten Gebieten Palästinas (TD/L.295). ISR bezeichnete Vorlage als politische Propagandaaktion arabischer Staaten, die in keinem Zusammenhang mit UNCTAD VII stünde. […] In Abstimmung votierten 80 Staaten für Antrag G 77, zwei Länder (ISR, USA) lehnten Resolutionsentwurf ab, 32 Staaten (darunter alle Staaten der EG, übrige B-Gruppen-Länder (mit Ausnahme TUR) und Mehrzahl mittelamerikanischer Staaten) enthielten sich der Stimme. TD[/L.]295 wurde somit angenommen und ist Bestandteil des Konferenzberichts.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1695; Referat 402, Bd. 147021.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 169 (VII) der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 3. August 1987 („Economic situation in the occupied Palestinian territories“) vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Seventh Session, Bd. I, S. 24 f.

8 In einer Kabinettvorlage führte das Bundesministerium für Wirtschaft am 18. November 1982 aus: „Am 27. Juni 1980 wurde in Genf im Rahmen der UNCTAD unter Beteiligung der EG und ihrer Mitgliedstaaten Einigung über den Abschluß des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe erzielt. Das Übereinkommen wird in Kraft treten, wenn mindestens 90 Staaten mit einem Mindestanteil von 2/3 der Pflichtbeiträge und 50 % der freiwilligen Beiträge dem Übereinkommen beigetreten sind. Das Übereinkommen liegt seit dem 1. Oktober 1980 am Sitz der UNO in New York zur Zeichnung aus. Der Fonds sollte ursprünglich am 1. April 1982 in Kraft treten. Da aber zu diesem Zeitpunkt die notwendigen Voraussetzungen noch nicht erfüllt waren, wurde der Termin auf den 1. Oktober 1983 verschoben. Die Bundesrepublik Deutschland hat nach einem im Umlaufverfahren herbeigeführten Regierungsbeschluß (22.12.1980) das Übereinkommen am 10. März 1981 gezeichnet.“ Vgl. Referat 402, Bd. 134026.

Vorschlag machen, vor Aktivierung des GF eine gründliche Prüfung vorzunehmen.[9]

Die B-Gruppe (OECD) stand in einigen Zerreißproben, da die amerikanische Delegation angesichts unbestreitbarer Mißstände der UNCTAD und schwieriger Forderungen der G77 ihre Poker-Haltung teilweise ungemein weit trieb.

Insgesamt war die Konferenz in geringerem Maße als frühere UNCTAD-Konferenzen mit rein politischen Fragen belastet, so daß auch insoweit Hoffnung besteht, daß ein neuer Weg eingeschlagen wurde.

Der Gang der Konferenz hat erneut die Frage nach der Sinnhaftigkeit der bei UNCTAD befolgten Prozeduren aufgeworfen. Der insbesondere vom Sekretariat betriebene frühzeitige Beginn des Vorbereitungsprozesses mit hohem personellen und materiellen Aufwand konnte sich weder konzeptionell in dem Schlußdokument in angemessener Form niederschlagen, noch führte er dazu, daß auf Hektik und demgemäß überhastete Durchsicht der schließlich verabschiedeten Papiere verzichtet werden konnte.

Von der Notwendigkeit, die künftigen Arbeiten des Sekretariates an den Erfordernissen der Sparsamkeit zu orientieren, sprachen nur wir.

Für unsere wirtschaftspolitischen Anliegen war es ein Erfolg, daß das von japanischer Seite ausgelöste Ärgernis einer Fixierung der Konferenz auf das „Recycling von Überschüssen der Surplus-Länder" dank unserem Einsatz auf allen Ebenen verdrängt bzw. neutralisiert werden konnte.

Die von deutscher Seite rechtzeitig vor Beginn der Konferenz eingeleitete und im EG-Verband abgestimmte Bereitschaft, die für das zweite Fenster des Gemeinsamen Fonds vorgesehenen freiwilligen Leistungen auch unabhängig vom Inkrafttreten des Vertrags über den Gemeinsamen Fonds zu aktivieren, war eine beachtete Geste, die uns auch weiterhin, d. h. nach dem Inkrafttreten des Gemeinsamen Fonds und im Zeitraum der vermutlich langwierigen Diskussionen über die Geschäftsordnung, politischen Nutzen bringen sollte, sofern wir klug verfahren.

II. Konferenzergebnis im einzelnen

Schlußakte (Final Act of UNCTAD VII) enthält einleitendes Kapitel mit Bewertung Lage der Weltwirtschaft und des Strukturwandels, gefolgt von sich daraus ergebenden generellen politischen Orientierungen (assessment). Es schließen

[9] Referat 402 notierte am 9. September 1987: „Nach der Zeichnung durch die SU und durch einige kleinere Länder während UNCTAD VII im Juli in Genf sind die formellen Voraussetzungen für ein Inkrafttreten des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (GF) in greifbare Nähe gerückt. Ratifizierung durch mindestens 90 Staaten ist seit Januar 1986 erfüllt. Zusagen über mindestens 50 % der für rohstoffpolitische Entwicklungsmaßnahmen des sog. ‚zweiten Schalters' vorgesehenen freiwilligen Kapitalbeiträge sind zu über 92 % erfüllt. Zeichnung von Kapitalanteilen in Höhe von mindestens zwei Dritteln der vorgesehenen gesamten Pflichtbeiträge in Höhe von 470 Mio. US-Dollar wird nach Vornahme der Ratifizierungen der während UNCTAD VII vorgenommenen Zeichnungen erfüllt sein. Ein Operativwerden aller Teile des Fonds (erster Schalter zur Finanzierung von Rohstoffabkommen mit Ausgleichslagern und zweiter Schalter zur Finanzierung anderer rohstoffpolitischer Maßnahmen) ist allerdings auch nach einem formalen Inkrafttreten nicht abzusehen, da wichtige institutionelle Voraussetzungen (Geschäftsordnung, Steuerungsorgane und Sekretariat, Assoziierungsabkommen des GF mit Rohstoff-Organisationen) weiterhin fehlen. Für ein Operieren des ersten Schalters des GF fehlen auch sachliche Voraussetzungen, da gegenwärtig lediglich zwei Ausgleichslager-Abkommen existieren (Kakao und Kautschuk)." Vgl. Referat 402, Bd. 147027.

Kapitel über die vier weiteren Schwerpunkte der Konferenz – Finanzen, Rohstoffe, Handel und Probleme der LLDC – an.

Diese fünf Themenbereiche blieben bis in letzte Konferenzphase hinein heftig umstritten, sowohl innerhalb B-Gruppe als auch zwischen Gruppen. Die B-Gruppe war für die Diskussion insoweit nicht perfekt vorbereitet, als sie es unterlassen hatte, sich frühzeitig an die Erarbeitung einer konferenzorientierten Bewertung der Weltwirtschaftslage und der zugrundeliegenden Ursachen zu machen. Die in Genf insoweit geleisteten Vorarbeiten waren in der Sache vorzüglich, ihre besonders von uns geforderte Umformulierung in „Elemente" des beabsichtigten einheitlichen Schlußdokuments der Konferenz wurde jedoch von den Partnern nur langsam betrieben (Dok. TD/L.308).

1) Assessment

Aussagen der B-Gruppe zur Anerkennung der neuen Realitäten, zur Bedeutung nationaler Politikreformen, Privatsektor, Interdependenz sowie Bekenntnis gemeinsamer Verantwortung von EL und aller (auch der osteuropäischen) IL fanden Eingang in die Schlußakte und stellen Fortschritte gegenüber sonstigen VN-Erklärungen dar. Im größeren zeitlichen Abstand, etwa im Vergleich zur Wirtschaftserklärung von UNCTAD VI[10], wird die Zunahme an Realismus besonders deutlich.

2) Ressourcen für Entwicklung

– Diskussionen zum Thema „Ressourcen" konzentrierten sich insbesondere in Endphase der Konferenz wegen Drängens lateinamerikanischer Länder auf Forderungen nach Schuldenerleichterungen und höherem Zufluß finanzieller Mittel.

  Aussagen im Ressourcenteil des Schlußdokuments sind gemessen an Ausgangslage:

  – EL-Forderungen gemäß Havanna-Erklärung[11],
  – Beharren der EL, diese während gesamter Konferenz als Basis der Verhandlungen aufrechtzuerhalten,

  letztlich aus IL-Sicht zufriedenstellend.

– Gemessen an VN-Resolution 41/202 vom Dezember 1986 zum Schuldenproblem[12] sind einzelne Aussagen problematisch, letztlich allerdings auslegungsfähig.

– Für Konferenzergebnis war gute Zusammenarbeit der EG-Länder (unter kompetenter dänischer Präsidentschaft[13]) und in B-Gruppe mit USA, Kanada, Österreich und der Schweiz maßgeblich. Andererseits wurde B-Gruppen-

10 Die VI. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) fand vom 6. Juni bis 2. Juli 1983 in Belgrad statt. Für den Wortlaut der Erklärung vom 2. Juli 1983 über die Lage der Weltwirtschaft vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Sixth Session, Bd. I, S. 6–8. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 208.

11 Vom 20. bis 25. April 1987 fand in Havanna das sechste Ministertreffen der G 77 statt. Für den Wortlaut der Erklärung vom 25. April 1987 vgl. THE COLLECTED DOCUMENTS OF THE GROUP OF 77, Volume VI: Fiftieth Anniversary Edition, edited by Mourad Ahmia, New York 2015, S. 264–268.

12 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 41/202 der VN-Generalversammlung vom 8. Dezember 1986 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 173 f.

13 Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

Zusammenhalt durch japanische Vorstellung zu Forderung des Kapitalflusses in EL (Recycling) erschwert. Aufforderungen an einzelne Länder, japanische Absichten zu unterstützen, konnten vermieden werden. Japaner setzten allerdings durch, daß ihr Vorschlag zur Errichtung eines Beratergremiums zum Studium des Ressourcenflusses in Konferenzdokument erwähnt wird.

– Konferenzstrategie der EL bestand vor allem in Versuch, Zufluß von externen Finanzen herunterzuspielen (u.a. durch These vom „Ressourcenverlust"), um dadurch ihren Forderungen nach höheren ODA-Mitteln und mehr Privatkapital Nachdruck zu verleihen. Sachdiskussion aufgrund von Fakten (OECD-Statistiken) wurde durch Politisierung der Diskussion seitens einiger Wortführer unter den EL erschwert.
– [14]Verschuldungsdiskussion[15] erwies sich erwartungsgemäß als überaus schwierig. G77 behauptete, Politik zur Bewältigung der Schuldenlasten sei durch Verfahren der IL, durch ungünstige externe Einflüsse und durch Systemmängel erfolglos. EL forderten eine ihren Interessen entsprechende Strategie. IL gelang es, auf Basis bestehender Schuldenstrategie zu argumentieren und neuen Einzelforderungen entgegenzutreten. Schwierig war insbesondere Behandlung folgender Themen:
  – Umschuldungen (Pariser Club, Banken),
  – besondere Schuldenerleichterungen für einzelne Ländergruppen,
  – Eigenverantwortung der Banken bei alten und neuen Krediten.
– Es konnte erreicht werden, daß monetäre Fragen im Zusammenhang mit dem Ressourcenfluß primär unter den Aspekten Zahlungsbilanzen, Wechselkurse und Zinssätze behandelt wurden. G77-Absicht, Reform des internationalen Währungssystems einzuleiten, wurde nicht entsprochen. Aussagen im Schlußdokument sind nur allgemein ökonomischer Art und ohne präjudizierende Wirkung für Arbeiten in den kompetenten Organisationen.

3) Rohstoffe

Im Bereich Rohstoffe hat Konferenz eine Reihe wichtiger, für künftige Arbeiten richtungsweisender Entscheidungen getroffen:

– Rohstoffabkommen: Konferenz bestätigt Fortgeltung der Resolution 93 (IV).[16] Sie stellt fest, daß zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Rohstoffmärkte Zusammenarbeit gefordert und gestärkt sowie bestehende Rohstoffabkommen verbessert werden sollten. Die G77 hat sich mit Forderung nach Eröffnung neuer Runde über alle Rohstoffe des integrierten Programms, für die keine Abkommen bestehen, nicht durchsetzen können. Verhandlungen über Einzelrohstoffe sollen nur in Übereinstimmung mit Ergebnis vorheriger Konsultationen des UNCTAD-GS[17] mit Produzenten und Verbrauchern einberufen werden.

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1688 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
15 Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.
16 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 93 (IV) („Integriertes Rohstoffprogramm") der IV. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Nairobi vom 30. Mai 1976 vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Fourth Session, Bd. I, S. 6–9. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 412–416. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 173.
17 Kenneth Dadzie.

– Gemeinsamer Fonds: Konferenz stellt fest, daß sich Aussichten für Inkrafttreten durch kürzliche Zeichnungen und Ratifizierungen verbessert haben. Länder, die diese Schritte bisher nicht unternommen haben, werden aufgerufen, dies in naher Zukunft zu tun.
– Diversifizierung, Weiterverarbeitung, Vermarktung (PMD[18]): Konferenz unterstreicht, daß für die meisten EL horizontale und vertikale Diversifizierung ihrer Wirtschaften sowie Weiterverarbeitung, Vermarktung und Verteilung langfristige Entwicklungsziele sind, für die internationale Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Verbrauchern intensiviert werden soll.

  Internationale Hilfe soll sich auf Diversifizierungsprogramme in breit angelegtem wirtschaftspolitischen Gesamtrahmen und im Kontext wachstumsorientierter Strukturanpassung konzentrieren. Zu Projekt- und Programmfinanzierung wird Notwendigkeit der Ausweitung der offiziellen bi- und multilateralen Hilfe unterstrichen. UNCTAD soll Aktivitäten in diesen Bereichen bei Projekten und Programmen technischer Zusammenarbeit unterstützen. Arbeitsgruppe PMD soll im Rahmen dieser Orientierung ihre Arbeiten fortsetzen.
– Marktzugang: Konferenz unterstreicht Bedeutung Uruguay-Runde[19] im Hinblick auf Verbesserung der Handelsbedingungen im Rohstoffbereich. Sie betont, daß größere Markttransparenz für Verbesserung des Marktzugangs von Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang soll sich technische Hilfe durch UNCTAD im PMD-Bereich auch auf Analysen rohstoffrelevanter Fragen des Marktzugangs erstrecken.
– Kompensatorische Finanzierung: Arbeitsgruppe von Regierungsexperten soll bei ihren weiteren Arbeiten Auswirkungen von Exporterlösausfällen bei Rohstoffen berücksichtigen und bei ihren Empfehlungen die verschiedenen Systemvarianten behandeln. Dieses Mandat umfaßt damit u. a. auch Prüfung des deutschen Vorschlags für ein System zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse.[20]
– Synthetische und Ersatzstoffe: Konferenz beschränkt sich darauf, auf Notwendigkeit hinzuweisen, Programme und Maßnahmen auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit natürlicher Rohstoffe gegenüber synthetischen und Ersatzstoffen auszurichten.
– Strategische Rohstofflager: Konferenz unterstreicht, daß Veräußerung von Rohstoffen aus strategischen Lagern keine Störung auf Rohstoffmärkten ver-

18 Prudential Measures Defense.

19 Zu den GATT-Verhandlungen vgl. Dok. 164, Anm. 23.

20 Die Bundesrepublik unterbreitete auf der V. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila einen Vorschlag, um die Erlöse aus Rohstoffexporten der Entwicklungsländer zu stabilisieren. Er sah einen „Ausgleich für Exporterlösschwankungen des gesamten Rohstoffsektors (also aggregiert im Gegensatz zu dem auf die einzelnen Rohstoffe abstellenden STABEX) durch Darlehen aus einem revolvierenden Fonds“ vor. Vgl. den Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Reichenbaum vom 26. Juni 1985; Referat 402, Bd. 133975.
In den „Verhandlungsleitlinien für die 7. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VII)“ vom 19. Juni 1987, die das Bundesministerium für Wirtschaft mit Schreiben vom 29. Juni 1987 übermittelte, wurde dargelegt: „Wir treten seit Jahren für ein wirksames System zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse für EL ein, finden für unseren im Jahre 1985 neu formulierten Vorschlag bei den übrigen westlichen IL leider keine Unterstützung.“ Vgl. Referat 402, Bd. 147019.

ursachen darf und in Konsultation mit Produzenten und ggf. Rohstofforganisationen durchgeführt werden sollte.

4) Handel

Zentrales Thema war Uruguay-Runde und Abgrenzung der Aufgaben der UNCTAD gegenüber GATT, die im wesentlichen auf analytische Arbeiten im Handel mit Dienstleistungen und technische Hilfe für Entwicklungsländer beschränkt bleibt. Weitere Einigungen betreffen Zollpräferenz, Ablehnung des Protektionismus, Notwendigkeit von Strukturanpassungen und Ost-Süd-Handel. Einhaltung multilateral vereinbarter Handelsverpflichtungen soll nicht von Gegenleistungen in anderen Gebieten abhängig gemacht werden. Forderung der G77 nach Ausarbeitung eines neuen Welthandelssystems konnte mit bloßem Hinweis auf bereits seit UNCTAD VI bestehenden Untersuchungsauftrag an das UNCTAD-Sekretariat abgewehrt werden.

– Abschlußdokument unterstreicht die Bedeutung des internationalen Handels im Entwicklungsprozeß. Dadurch werden negative Auswirkungen auf Uruguay-Runde vermieden. Einigung hat in der Konferenz das erhebliche deutsche Interesse an Aufrechterhaltung einer möglichst ungetrübten Atmosphäre in den multilateralen Handelsbeziehungen mit den EL erkennen lassen. Verantwortung des GATT für Uruguay-Runde und Regeln des Welthandels bleibt gewahrt. Andererseits wird die Rolle der UNCTAD im analytischen und technischen Hilfebereich ausdrücklich anerkannt und zum Teil ausgeweitet, z. B. beim Handel mit Dienstleistungen. B-Gruppe wird in Erklärung auf Abschlußplenum[21] Bedenken geltend machen, daß Arbeiten der UNCTAD bei Handel mit Dienstleistungen die Verhandlungen in Uruguay-Runde nicht beeinträchtigen dürfen.
– Bis in letzte Konferenzphase hinein umstritten blieb Forderung der EL nach Sanktionsverbot. Erst in abschließender Sitzung der Kontaktgruppe des Präsidenten[22] konnte Aufnahme einer Passage, in der die divergierenden Ansichten zu diesem Thema festgeschrieben werden sollten, durch Verzicht der G77 vermieden werden. G77 wird hierzu jedoch Erklärung in Abschlußplenum abgeben.

5) LLDC

Abschlußdokument stellt in einleitender Bestandsaufnahme insgesamt schwierige Lage der LLDC heraus, betont andererseits jedoch auch Differenzierung, Bedeutung von Strukturanpassung sowie Komplementarität von Eigenanstrengungen und Außenbeiträgen.

– Abschlußdokument enthält keine neuen oder zusätzlichen Verpflichtungen der Industrieländer. IL werden ohne explizites Zeitziel („so früh wie möglich“) aufgefordert, Volumenziele zur öffentlichen Entwicklungshilfe auf Grundlage

21 Die Ständige Vertretung bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf übermittelte am 6. August 1987 den Teil „Internationaler Handel“ der „Erklärung der B-Gruppe in der Abschlußsitzung“ der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 1. August 1987. Sie vermerkte dazu: „Nach Äußerung des juristischen Dienstes des UNCTAD-Sekretariats hat diese nach Annahme der Konferenzdokumente abgegebene Erklärung keine rechtliche Bedeutung“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1987; Referat 402, Bd. 147021.

22 Bernard Chidzero.

von SNPA[23] und mid-term review „as adopted", d. h einschließlich der zum Teil einschränkenden Erklärungen, zu erreichen. Abschluß der Bemühungen um Aufstockung der Strukturanpassungsfazilität des IWF noch im laufenden Jahr wird als für LLDC wünschenswert hervorgehoben.

– Bis zuletzt umstritten war Abschnitt über Konditionalität des IWF, in dem letztlich auf fortlaufende Überprüfung im Lichte der „sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prioritäten der LLDC" abgestellt wird. Damit keine Präjudizierung des IWF.
– Die Beratungen über Verschuldungsprobleme der LLDC wurden durch mangelnde Fortschritte im Ressourcen-Ausschuß sowie durch Störmanöver der Lateinamerikaner verzögert. Auch innerhalb B-Gruppe und EG wurden unterschiedliche Tendenzen (z. B. französische Zurückhaltung bei Schuldenerlaß) deutlich. Letztlich wurden nur bekannte Ansatzpunkte (Pariser Club, Resolution 165 (S-IX)[24]) und ungelöste Probleme (z. B. multilaterale Schulden der LLDC) erwähnt.
– Im Rohstoffbereich werden Diversifizierung und technische Hilfe für LLDC empfohlen. Trotz weitergehender Bemühungen konnte nur allgemeine Empfehlung zur Exporterlösstabilisierung erreicht werden.
– Bei Marktzugang für LLDC wurden allgemeine Empfehlungen für Erleichterungen auf den Märkten der Industrie- und der Entwicklungsländer und verstärkte technische Hilfe durch ITC[25] und UNCTAD formuliert.
– Abschlußprüfung des SNPA soll 1990 in Frankreich stattfinden, allerdings ohne Präjudiz für eventuelles neues Aktionsprogramm für die 90er Jahre. Bedauerlicherweise führten die aufgrund von institutionellen und haushaltsmäßigen Erwägungen von der B-Gruppe und der EG nur halbherzig verfolgten Vorschläge zu LLDC-Arbeitsprogramm der UNCTAD nicht zur Aufnahme in das Abschlußdokument. Es wird Aufgabe des nächsten Handels- und Entwicklungsrats (TDB[26]) im Oktober sein, klare Schwerpunkte für Arbeit der UNCTAD im Vorfeld der LLDC-Konferenz von 1990 zu setzen.

[27]6)[28] Hauptakteure der Konferenz

– EG war sich der in sie gesetzten Erwartung im Sinne vermittelnder Positionen bewußt und hat – nicht zuletzt dank effizienter Koordinierung durch dänische Präsidentschaft – akzeptables Ergebnis in hohem Maße mitbestimmt. Während gesamter Konferenz zeigte Gemeinschaft erfreuliche Geschlossenheit.

23 Mit Resolution Nr. 122 (V) vom 3. Juni 1979 beschloß die V. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila stattfand, für die am wenigsten entwickelten Staaten ein „Substantial New Programme of Action for the 1980s" (SNPA). Für den Wortlaut vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Fifth Session, Bd. I, S. 28–34.
Die VN-Generalversammlung billigte das Programm mit Resolution Nr. 36/194 vom 17. Dezember 1981. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 36. Tagung, S. 149–151.

24 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 165 (S-IX) des Handels- und Entwicklungsausschusses der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 11. März 1978 vgl. REPORT OF THE TRADE AND DEVELOPMENT BOARD, S. 43–45.

25 International Trade Center.

26 Trade and Development Board.

27 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1689 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

28 Korrigiert aus: „5)".

– B-Gruppe war zeitweilig erheblichen internen Spannungen ausgesetzt, u. a. durch überraschend eingeführten japanischen Recycling-Vorschlag, auseinanderliegende Positionen bei Ressourcen und LLDCs, insbesondere zwischen USA und nordischen Staaten, oder bei Agrarproblematik (Cairns-Gruppe gegenüber EG). Es gelang jedoch, Spaltung B-Gruppe zu vermeiden, was insbesondere angesichts großer Zurückhaltung der USA gegenüber der Konferenz nicht a priori selbstverständlich war.
– Deutsche Delegation spielte besonders in Schlußphase durch energischen Einsatz von BM Dr. Bangemann eine herausgehobene Rolle. Wie von verschiedenen Seiten unterstrichen wurde, hätte ohne sein Zupacken die Fülle an Fragen, die sich bei Behandlung Handelsbereich aufgetürmt hatten, nicht zu einer Klärung gebracht werden können. Eine wichtige und besonders strapaziöse Rolle spielte ferner RD Mohrmann, der die Aufgabe der Koordinierung der B-Gruppe im Bereich des Handelsausschusses übernommen hatte.
– G 77 zeigte bekanntes Bild starker Interessendifferenzierung, hielt jedoch Gruppensolidarität aufrecht.
– Sozialistischen Staaten gelang es trotz Anerkennung seitens G 77 wegen Zeichnung GF nicht, über marginale Rolle hinauszukommen.
– China verfolgte pragmatische und unabhängige Linie; chinesische Delegation widersprach bisweilen der sowjetischen bei den Bemühungen, sachfremde politische Elemente einzuführen.

7)[29] Über die schließliche Behandlung der politischen Themen wird nach der Schlußsitzung berichtet werden.[30]

8)[31] Bewertung

Wenn auf UNCTAD VII auch nur wenige neue Argumente zu hören waren, hat Konferenz doch Beitrag zur Fortentwickelung des Nord-Süd-Dialogs geleistet. Verabschiedung eines einheitlichen Schlußdokuments statt einer Fülle von Einzelresolutionen in teilweise marginalen Bereichen wie auf UNCTAD VI ist sicherlich ein Fortschritt. Die bereits in der Tagesordnung enthaltene, von der B-Gruppe durchgesetzte Konzentration auf Schlüsselbereiche konnte hierdurch erhöht werden.

Ebenso ist hervorzuheben, daß rein politische Probleme von UNCTAD VII weitgehend ferngehalten werden konnten.

Ob die Konferenz in einem größeren Maß zu Vertrauensbildung im Nord-Süd-Dialog und zu dauerhaften Gemeinsamkeiten bei Einschätzung der Weltwirtschaftslage und der einzuschlagenden politischen Strategien beigetragen hat, bleibt abzuwarten.

An den jeweiligen Ausgangspositionen der Gruppen vor Beginn der Konferenz hat UNCTAD VII wenig geändert. Daß die G 77 im Verlauf der Verhandlungen verbale Abstriche von ihrem Forderungskatalog gemäß Havanna-Plattform

29 Korrigiert aus: „6)".
30 Mit Drahtbericht Nr. 1695 vom 4. August 1987 berichtete Botschafter Massion, z. Z. Genf, über die politischen Beschlüsse der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 9. Juli bis 3. August 1987 in Genf. Für einen Auszug vgl. Anm. 7.
31 Korrigiert aus: „7)".

gemacht hat, ändert ebensowenig an ihrer unverändert bestehenden konkreten Interessenlage wie die bei den westlichen IL den geringen Spielraum für materielle Zugeständnisse überdeckenden Absichtserklärungen.

Die insbesondere von den USA, aber auch von PAK in Plenarsitzung vorgetragene Kritik an der UNCTAD brandmarkte die auch bei dieser Konferenz wieder deutlich werdende Diskrepanz zwischen dem begrenzten Mandat der Organisation einerseits und dem Anspruch einer Vielzahl von Delegationen der G77 bzw. der sozialistischen Länder, in UNCTAD eine Art wirtschaftlicher Weltregierung aufzubauen. Hier dürfte Konferenzergebnis Ernüchterungsprozeß gefördert haben.

Die Duplizierung der Diskussionen bei UNCTAD, im 2. Ausschuß der Generalversammlung sowie im ECOSOC war erneut eklatant. Mit den nicht nur aus finanziellen Gründen dringlich erforderlichen Reformmaßnahmen im Wirtschaftsbereich des VN-Systems hat sich die Konferenz nicht befaßt. Der Beweis für die Notwendigkeit einer Durchforstung und Straffung unter allen denkbaren Gesichtspunkten wurde jedoch mühelos erbracht.

Ob UNCTAD VII bei Vergleich von Aufwand und Ertrag ein im wirtschaftlichen Sinne vertretbares Ergebnis zeitigt, wird davon abhängen, wie weit die in Schlußdokument enthaltenen Absichtserklärungen die Erörterungen und Verhandlungen auf den verschiedenen Schauplätzen des Nord-Süd-Dialogs beeinflussen werden.

[gez.] Massion

Referat 412, Bd. 168660

227

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-4886/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 7. August 1987, 18.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3345 **Ankunft: 8. August 1987, 01.05 Uhr**

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen;
hier: START/Weltraum

Bezug: DE Nr. 686 vom 4.8.1987 – 220-370.00 SB-1339/87 geheim[2]

Zur Unterrichtung

1) Zum von den Sowjets in Genf am 31.7. eingebrachten Entwurf eines START-Vertrages war hier (zuständiger RL in Politisch-Militärischer Abteilung des State Department[3]) folgendes zu erfahren:

Vertragsentwurf sei unter Verfahrensgesichtspunkten hilfreich, in der Substanz jedoch enttäuschend. In verfahrenstechnischer Hinsicht sei es begrüßenswert, daß durch Vorlage sowjetischen Vertragsentwurfes Stillstand der Verhandlungen in Genf[4] seit Ende Juni überwunden werden könne. Vertrag (20 Artikel) orientiere sich in Format, Stil und Zusammensetzung der Artikel erheblich an amerikanischem Entwurf[5], wodurch Arbeit wesentlich erleichtert werde. Dieser Punkt sei deswegen relevant, weil Sowjets auch technische Aspekte zur Erschwerung der Verhandlungsführung hätten nutzen können.

In der Substanz sei Vertragsentwurf jedoch enttäuschend; er biete im wesentlichen nichts über bisherige sowjetische Positionen Hinausgehendes. Positionen von Reykjavik[6] (6000/1600) würden bekräftigt, Sowjetunion erkläre sich zu fünfzigprozentiger Reduzierung schwerer ICBMs bereit (154 SS-18). Über die 50-prozentige Reduzierung hinaus enthalte Vertragsentwurf keine Aussagen zu Untergrenzen und Reduzierungen des Wurfgewichts. Vertragsentwurf beschäftige sich eingehend mit SLCMs (Unterscheidung zwischen nuklearen und konventionellen SLCMs, Obergrenze von 400 nuklearen SLCMs auf zwei U-Boot-Klassen, Ausschluß der Stationierung auf Überwasserschiffen). Ferner beinhalte Vertragsentwurf Aufhebung des Verbots mobiler Raketen. Beide Seiten sollten darüber hinaus frei sein, ihre strategischen Arsenale so zu strukturieren, wie sie dies für richtig hielten.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 10. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Müller und Legationssekretär Haller verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Müller und Haller vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter teilte der Botschaft in Washington mit: „Wir wären dankbar für Bericht über wesentlichen Inhalt des sowjetischen START-Vertragsentwurfes. Besteht Möglichkeit, Entwurfstext zu erhalten?“ Vgl. VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

3 James H. Holmes.

4 In Genf fanden die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen statt. Zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 194.

5 Zum Entwurf der USA vom 8. Mai 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 143.

6 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

Zur Verifikation enthalte sowjetischer Entwurf in Anlehnung an INF-Vertrag drei Elemente:

– Inspektion der Arsenale beider Seiten zu Beginn der Reduzierungen,
– Beobachtung der Reduktion (Zerstörung),
– Recht auf Ortsinspektion von Stationierungsorten und vermuteten Stationierungsorten.

Ausführungen zu Verifikation seien ungefähr so detailliert wie im INF-Vertrag[7]. Vertragsentwurf spreche im übrigen davon, daß keine Seite Handlungen unternehmen dürfe, die die Verifikation verhinderten. Amerikaner prüfen gegenwärtig, ob dies tatsächlich bedeute, daß damit von sowjetischer Seite Bereitschaft zu Aufgabe der Verschlüsselung von Daten der Raketenflüge signalisiert wird.

Verbindung zum Vertrag über Weltraumfragen[8] entspreche spiegelbildlich dem im Vertrag über Weltraumfragen enthaltenen Junktim zum START-Vertrag:

– Es werde keine Reduktionen im strategischen Bereich geben, solange Einvernehmen im Weltraumbereich nicht hergestellt sei.
– SU werde sich von Verpflichtungen im START-Vertrag entbunden fühlen, sobald Dislozierung von Raketenabwehrsystemen über das im ABM-Vertrag erlaubte Maß hinaus stattfinde.

Zur weiteren Arbeit in Genf sagte uns Gesprächspartner, es würden jetzt zwei bis drei Arbeitsgruppen eingesetzt, die ihre Arbeit am 10.8.1987 aufnehmen würden. Diese AGen würden sich mit Fragen der Verifikation, der Reduzierungen und der Form eines Abkommens befassen. Es stünde schwere Arbeit bevor, beide Seiten hielten an Grundsatzpositionen (einerseits linkage, andererseits Untergrenzen und Reduzierung des Wurfgewichts (US), Betonung SLCM und Aufhebung des Verbots mobiler Raketen (SU)) fest. Ermutigend sei es, daß Sowjets in Genf erneut Interesse bekundet hätten, noch mit dieser Administration zu Rüstungskontrollvereinbarungen zu kommen. Hinsichtlich des START-Bereichs (bei dem Sowjets auf Vereinbarungen eines Zeitplans für Verhandlungen drängen) bemerkte Gesprächspartner allerdings, die bestehenden Positionsunterschiede dürften rasche Fortschritte hier erheblich erschweren. Bis zum Treffen Shultz/Schewardnadse am 15.9.[9] würden Arbeitsgruppen zwar intensiv arbeiten, jedoch bestehende Unterschiede in Grundsatzpositionen nicht überwinden können.

7 Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

8 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 31. Juli 1987: „Der am 29.7.87 in Genf vorgelegte sowjetische Vertragsentwurf zum Bereich Weltraumfragen enthält nach Auskunft des State Department inhaltlich praktisch nichts Neues. Er knüpfe an den entsprechenden Teil des Papiers über Schlüsselelemente an, das AM Schewardnadse AM Shultz im April in Moskau übergeben habe. Wie dort, verlange der Text eine zehnjährige Verpflichtung, die über die Beschränkungen des ABM-Vertrages hinausgehe. Das Junktim zum START-Bereich sei inhaltlich unverändert. Einzig neues Element sei die Vorlage einer Liste von sechs Kategorien von Objekten, die nicht in den Weltraum verbracht werden dürften. Dazu gehörten Laser und Partikel-Strahlenwaffen. Es sei allerdings keine genaue Definition der einzelnen Objekte gegeben, so daß hier Raum für mögliche Verhandlungen bestünde. […] In der Administration besteht nach Auskunft des Gesprächspartners gegenwärtig jedoch keine Neigung, sich auf derartige Erörterungen einzulassen. Man komme dabei in hochkomplizierte Einzelfragen und sehe kaum eine Möglichkeit zu einer Einigung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3246; Referat 220, Bd. 144775.

9 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

Zu unserer Frage nach Möglichkeit der Überlassung des sowjetischen Vertragsentwurfs bemerkte Gesprächspartner unter Hinweis auf die unterschiedliche Intensität der Konsultationen in den Bereichen INF einerseits, START und Weltraum andererseits, er halte dies nicht für möglich. Amerikaner wollten uns aber selbstverständlich ausführlich unterrichten, das gelte auch für Unterrichtung im NATO-Rat. Nicht auszuschließen sei ferner, daß uns in einem späteren Stadium ein bereits zu einem gewissen Grade gemeinsam erarbeiteter Vertragstext im Rahmen der Konsultationen im Bündnis zur Verfügung gestellt werde.

2) Zum Bereich Weltraum war in Ergänzung zu den in DB Nr. 3246 vom 31.7. 1987[10] erwähnten Kategorien von Objekten in der sowjetischen „Verbotsliste" folgendes von zuständigem RL zu erfahren:

Gemeint sind Raketen, Laserstrahlen, magnetisch angetriebene Hochgeschwindigkeitsgeschosse, Teilchenstrahlen, Spiegel, die in der Lage sind, Strahlen mit Zerstörungskraft zu reflektieren. Insgesamt laufe diese Verbotsliste auf die Unterbindung von „Killer"-Systemen bei Zulassung von Sensoren auf der Linie der zwischen Nitze und Welichow erörterten Unterscheidung hinaus. Danach dürften weder Abwehrwaffen noch Plattformen, von denen diese gestartet werden, im Weltraum stationiert werden.

Zu den Elementen des sowjetischen Entwurfs, die Beschränkungen enthalten, die über den ABM-Vertrag in der engen Auslegung[11] hinausgehen, bemerkte Gesprächspartner, es handele sich um die Einschränkung hinsichtlich der Forschung im Hinblick auf ein Raketenabwehrsystem. Zwar werde der Begriff des Labors etwas weiter gefaßt als die Räumlichkeiten eines Forschungszentrums, doch sei die Beschränkung der Erforschung als solche eindeutig ein Versuch der Nachbesserung des ABM-Vertrages.

3) Zur Möglichkeit einer beiderseitigen Erklärung nach dem Muster „Wladiwostok"[12] bei einem etwaigen Gipfeltreffen sagte man uns, eine solche Erklärung könne dann sinnvoll erscheinen, wenn Fortgang der Arbeiten bei START und Weltraum in den nächsten Monaten erkennen lasse, daß Abschluß eines START-Vertrages noch unter dieser Administration möglich erscheine, Arbeiten bis Gipfel jedoch noch nicht abgeschlossen sein können. Dann werde es möglich sein, aus dem bis dahin zwischen beiden Seiten Vereinbarten gewisse Grundlinien herauszudestillieren, die in eine Erklärung Eingang finden könnten. Angesichts der jetzt gerade erst anlaufenden Befassung mit beiden Vertragsentwürfen sei es gegenwärtig nicht möglich, weitere Aussagen zum Inhalt einer solchen Erklärung zu machen. Auf persönlicher Basis meinte Gesprächspartner in Politisch-Militärischer Abteilung, er halte es für unwahrscheinlich, daß sich Administration dazu bereit erkläre, eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden, die gemeinsame Zielsetzungen im Bereich START und Weltraum festhalte, wenn feststehe, daß ein Vertrag im START-Bereich nicht möglich sei. Sowjets wüßten, daß Ver-

10 Vgl. Anm. 8.

11 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

12 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

trag bis zum 30.3.1988 abgeschlossen sein müsse, um Aussichten auf eine Ratifizierung noch unter der gegenwärtigen Administration zu haben. Leiter des NATO-Referats[13] bestätigte, daß gegenwärtig noch keine offiziellen Überlegungen zu einer Erklärung à la Wladiwostok angestellt würden. Abgesehen von grundsätzlichen Haltungen (Pentagon sei stets negativ gegenüber der Einschränkung der eigenen Handlungsfähigkeit eingestellt, die eine solche Erklärung beinhalte), gebe es hierzu lediglich zahlreiche persönliche Meinungen ohne offiziellen Charakter.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11283 (220)

228

Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 179 **Aufgabe: 10. August 1987, 08.40 Uhr**
Citissime **Ankunft: 10. August 1987, 19.10 Uhr**

Betr.: ZA-Gipfel Esquipulas II (6./7.8.87);
hier: Ansprache von Präsident Ortega (8.8.)

Bezug: DB Nr. 253 der Botschaft Guatemala vom 7.8.87 – Pol 320.40[1]

Zur Unterrichtung

I. 1) Nach Rückkehr von Guatemala erläuterte Präsident Ortega in einstündiger Ansprache die Ergebnisse des ZA-Gipfels: In GUA unterzeichnetes Abkommen[2], das auch durch Bemühungen OEA[3], UNO und EG ermöglicht wurde, sei sehr wichtiges Instrument zum Frieden in ZA. Allen ZA-Staaten falle enorme Verantwortung zu, es auszunutzen und damit die kriegerische Haltung der USA zu isolieren. Abkommen sei durch militärische Reduzierung der Contras möglich gewesen, auch künftig müßten diplomatisch-politische Schritte durch erhöhte Verteidigungskraft, Mobilisierung etc. begleitet werden. Dialog mit Contras stehe weiterhin außer Frage, dafür gäbe es Dialogangebot an US-Regierung.

2) Ortega kommentierte Abkommen Punkt für Punkt, die wichtigsten:

– Amnestie: Jeder, der sich Amnestie ergibt, erlangt sofort seine Rechte und kann sich bei jeder legalen politischen Partei politisch betätigen.

13 Ray L. Caldwell.

1 Botschafter Bensch, Guatemala-Stadt, informierte, das Friedensabkommen für Zentralamerika sei um 15.00 Uhr Ortszeit von den Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) in Guatemala-Stadt unterzeichnet worden. Bensch faßte die wichtigsten Bestimmungen zusammen und übermittelte den Abkommenstext. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 253/254; Unterabteilung 33, Bd. 146578.

2 Für den Wortlaut des Friedensabkommens für Zentralamerika vom 7. August 1987 (Übereinkommen von Guatemala) vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 499–504.

3 Organización de los Estados Americanos.

– Demokratisierung: Werde in NIC seit der Revolution[4] bereits praktiziert, in Nationalversammlung herrsche Pluralismus. Notstandsrecht schränkt zwar einige Grundrechte ein, werde aber mit Ende US-Aggression aufhören. Entscheidend sei der im Abkommen festgelegte Grundsatz der Gleichzeitigkeit, was allerdings einseitige Schritte vor Ablauf der 90-Tage-Frist nicht ausschließe (z. B. Wiedereröffnung von Radio Católica).
– Beendigung der Hilfe an Aufständische: USA müßten im Falle NICs ihre Hilfe an Contras[5] einstellen. Davon hänge Durchführung Friedensplans ab.
– Zeitplan: Entscheidend sei Gleichzeitigkeit. Wenn USA nach 90 Tagen Contra-Unterstützung aufgegeben und sich dem IGH-Urteil[6] unterworfen hätten, bestünden Bedingungen für Amnestie und Feuerpause.

II. 1) Bewertung des Abkommens von Guatemala

Unterzeichnung des Abkommens als solches hat erst einmal nicaraguanische These widerlegt, daß ZA-Staaten ohne Führung durch Contadora zu keinem Friedensprozeß fähig seien. Abkommen selbst entspricht einerseits nach nicaraguanischer Lesart durch Aufruf an USA zur Beendigung Contra-Hilfe und an COS, HON zur Beendigung Contra-Beherbergung den maximalen Anforderungen, andererseits mußten problematische und zu verifizierende Bestimmungen zur innenpolitischen Öffnung akzeptiert werden, wie z. B. …[7] ziemlich eingehende Definition von Pressefreiheit, Medienzugang für Opposition. Außerdem Anerkennung der führenden Rolle der katholischen Kirche durch Teilhabe im Ausschuß für nationale Aussöhnung. Sandinisten, die immer nur von wünschbarem Minimalkonsens als Gipfelergebnis sprachen, mögen selbst von Unterzeichnung derart umfassenden Abkommens überrascht worden sein. Den entscheidenden Anstoß zur nicaraguanischen Unterschriftsbereitschaft wird kurz zuvor veröffentlichte Reagan-Friedensinitiative[8] gegeben haben, …[9] Auffassung belanglos und durch Guatemala-Abkommen abgeblockt ist.

2) Bewertung der Ortega-Ansprache

Seine Einlassungen zu Punkten „Demokratisierung, Amnestie, Dialog“ und Hinweise auf gegenwärtig bestehende Zustände lassen keine überraschenden Änderungen erwarten. Allenfalls läßt Abkommenstext Aufnahme des Dialogs

4 Am 17. Juli 1979 erklärte Präsident Somoza seinen Rücktritt; zwei Tage später kapitulierte die Nationalgarde. Die von der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront am 16. Juni 1979 in Costa Rica proklamierte provisorische Regierungsjunta, die Regierung des nationalen Wiederaufbaus, übernahm die Macht. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 207.

5 Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 125, Anm. 7.
Referat 204 notierte am 13. Mai 1987, die vom amerikanischen Kongreß im Herbst 1986 bewilligten Gelder für die Contras in Höhe von 100 Millionen US-Dollar seien mittlerweile vollständig zur Auszahlung gelangt. Vgl. dazu Referat 204, Bd. 135407.
Gesandter Paschke, Washington, informierte nach einem Gespräch mit einem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium am 9. November 1987, der Kongreß habe in der vergangenen Woche weitere 3,2 Millionen US-Dollar für humanitäre Zwecke bewilligt. Damit sei „das Überleben der Contras für die nächsten Wochen sichergestellt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4797; Referat 204, Bd. 135407.

6 Zur Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 vgl. Dok. 103, Anm. 37.

7 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

8 Für den Wortlaut des Friedensplans der USA für Zentralamerika vom 5. August 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 497 f.

9 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

zwischen Contras und Ausschuß der nationalen Versöhnung mit dem Ziel Waffenstillstand zu. Wiederholte Verweise auf das Prinzip der Gleichzeitigkeit verdeutlichen, daß Sandinisten sich ohne Beendigung der US-Contra-Hilfe innenpolitisch weiterhin nicht bewegen werden, wenn man von möglichen Signalen wie Wiederzulassung von Radio Católica oder der zurückgehaltenen Begnadigungsaktion[10] absieht. Aus nicaraguanischer Sicht wären USA jetzt am Zuge. Durch Verlagerung der Verantwortung für Erfolg des Abkommens auf die USA soll dementsprechend auch internationaler Druck auf die amerikanische Regierung ausgelöst werden.

Ob Sandinisten als Gegenzug für eine eventuelle De-facto-Beendigung der Contra-Tätigkeiten und ihrer Auflösung eine so weitgehende interne Öffnung wie vom Abkommen vorgesehen und damit u. U. ihre politische Hegemoniestellung riskieren würden, bleibt weiterhin fraglich. Zumindest wurde mit Verwunderung registriert, daß Ortega in Ansprache direkt nach Rückkehr von Unterzeichnung des „historischen Friedensdokuments" ausführlich auf Notwendigkeit einer Stärkung der Kampfbereitschaft einging, so als ob er Perspektive des Friedenszeitplans nicht glauben könne.

[gez.] Michael

Unterabteilung 33, Bd. 146578

10 Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, berichtete am 13. Juli 1987, in der Sitzung der Nationalversammlung am 9. Juli 1987 hätten fünf Oppositionsparteien auf Unterzeichnung des Begnadigungsdekrets durch Präsident Ortega gedrängt, „das schon seit Februar 1987 zur Inkraftsetzung bei ihm vorliegt, nachdem sich der zuständige Parlamentsausschuß auf eine Liste von 567 zur Begnadigung vorgeschlagenen Häftlingen geeinigt hatte. Insbesondere die sozialistische P[artido]S[ocialista]N[icaragüense] bemängelte, daß es nicht das Recht des Staatspräsidenten sein könne, den Begnadigungsbeschluß der Nationalversammlung zurückzuhalten, allenfalls könne er sein Vetorecht ausüben. Comandante Núñez erwiderte als Präsident der Nationalversammlung darauf bündig, daß angesichts der bevorstehenden US-Entscheidung über die Fortsetzung der Contra-Hilfe keine einzige Begnadigung opportun sei, sondern ein geeigneter Moment abgewartet werden müsse." Vgl. den Schriftbericht Nr. 221; Referat 331, Bd. 136361.

229

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter

220-371.80 START-1367/87 VS-vertraulich **12. August 1987**[1]

Über Herrn D 2 A[2] Herrn Staatssekretär[3] vorzulegen

Betr.: Einführung der neuen sowjetischen ICBM vom Typ SS-24;
hier: Rüstungskontrollpolitische Implikationen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Sachstand

1) Die SU hat vergangene Woche mit der Dislozierung der neuen ICBM vom Typ SS-24 begonnen. Es handelt sich dabei um eine landgestützte, mobile (auf dem Eisenbahnnetz) Interkontinentalrakete, die über zehn Gefechtsköpfe pro Flugkörper und eine Reichweite von etwa 10 000 km verfügt. Die Indienststellung dieser Rakete kam nicht überraschend, sondern war erwartet worden.

2) Die SU erklärte (Karpow am 11.8.87 in Moskau[4]), die Einführung der SS-24 erfolge im Einklang mit dem SALT-II-Vertrag[5].

3) Der BND vertritt offenbar die Auffassung (nachrichtendienstliche Lage am 11.8.87), die SS-24 sei aufgrund ihrer variablen Reichweite in besonderer Weise geeignet, nicht nur gegen Ziele in den USA, sondern auch gegen Ziele in West-

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

2 Hat Botschafter Holik am 12. August 1987 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 12. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff verfügte.
Hat Sudhoff am 13. August 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die Einführung der SS-24 dürfte ein Thema der Diskussion innerhalb der B[undes]regierung und der Reg[ierungs]parteien werden. 2) Herrn BM vorzulegen."
Hat Bundesminister Genscher am 27. August 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. August 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Holik an Referat 220 verfügte.
Hat Zeisler am 28. August 1987 erneut vorgelegen.

4 In der Presse wurde berichtet: „A senior Foreign Ministry official confirmed Tuesday that the Soviet Union is deploying a new, mobile SS-24 missile but denied that it violates limits set in the terms of the 1979 strategic arms limitation treaty. Viktor P. Karpov, head of the ministry's arms control and disarmament department, said the SS-24s, which are being mounted on railroad cars, are replacing stationary, silo-launched intercontinental ballistic missiles. […] Because the SS-24s would be less vulnerable to attack than a silo-launched missile, he added, it would reduce the possibility of a successful first strike on Soviet territory. […] Sen[ator] Jesse Helms (R[epublican]-N[orth]C[arolina]) has charged that the latest Soviet move violates a key provision of the 1979 treaty, known as SALT II, but Karpov denied that. The SS-24 represents the single new missile allowed to both the Soviet Union and the United States under that agreement, he said, and the total number of Soviet ICBM warheads is below the SALT II limit." Vgl. den Artikel „Soviets Confirm Deployment of Missiles on Rail Cars, Deny Move Violates SALT"; LOS ANGELES TIMES vom 12. August 1987, S. 5.

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

europa eingesetzt zu werden. Die „variable Reichweite“ ergebe sich insbesondere aus der Möglichkeit, die dreistufige Rakete in ein kürzer reichendes, zweistufiges Modell umzuwandeln. (Einzelheiten der BND-Bewertung liegen uns noch nicht vor.)

4) In ähnliche Richtung wies bereits eine Äußerung StS Rühls in der FAZ vom 23.6.87: „Die Sowjetunion wird in absehbarer Zukunft über die Interkontinentalrakete variabler Reichweite SS-24 mit 10 Gefechtsköpfen verfügen, um die SS-20- und die veralteten SS-4-Raketen zu ersetzen“.[6]

II. Bewertung

1) Die sowjetische Erklärung, die Einführung der SS-24 erfolge im Einklang mit SALT II, trifft nach unseren Erkenntnissen zu. SALT II gestattet die Einführung eines neuen ICBM-Typs. (Die SS-24 ist insofern nicht zu verwechseln mit der SS-25, die nach amerikanischer Auffassung ein unzulässiges zweites neues ICBM-Modell darstellt, während die SU erklärt, bei der SS-25 handele es sich lediglich um die Modernisierung der SS-13.) Es gibt ferner keine Hinweise darauf, daß die SU mit Einführung der SS-24 eine Überschreitung der SALT-II-Obergrenzen beabsichtigt. Karpow erklärte, die Einführung der SS-24 erfolge „im Austausch gegen veraltete stationäre Silo-Startvorrichtungen“.

2) Nach unserem bisherigen Kenntnisstand liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß die SS-24 aufgrund ihrer variablen Reichweite in besonderer Weise zur Umgehung einer INF-Null-Lösung geeignet sein könnte.

Richtig ist, daß grundsätzlich alle strategischen Systeme (ICBM, SLBM, schwere Bomber) auch auf Westeuropa gerichtet werden können. Die Mindestreichweite älterer sowjetischer ICBM beträgt nach uns vorliegenden BND-Informationen ca. 1000 km.[7] Es erscheint daher nicht nachvollziehbar, in dieser Hinsicht in der SS-24 eine neue Bedrohung zu sehen. In technischer Hinsicht erscheint eine Reichweitenänderung mittels Abbaus einer Raketenstufe impraktikabel, da die erforderliche Flugbahnänderung auch wesentlich einfacher erreicht werden kann. Der Abbau einer Raketenstufe erscheint nur sinnvoll, um die Maximalreichweite einer Rakete sichtbar herabzusetzen (Beispiel: früher erörterte conversion PII/PI).

3) Nicht nur im Hinblick auf ihre verschiedenen denkbaren Reichweiten, auch in ihren übrigen Merkmalen erscheint die SS-24 nicht als eine qualitativ neue Art der Bedrohung. Ihre Zielgenauigkeit ist nach den uns vorliegenden BND-Informationen zu gering, als daß sie für „Counterforce“-Einsätze geeignet wäre. Ihre Mobilität macht die SS-24 relativ unverwundbar; dies ist kein Merkmal erhöhter Bedrohung, sondern nach zeitweilig auch von der amerikanischen Regierung vertretener Auffassung (Scowcroft-Bericht[8]) ein Merkmal

6 Vgl. den Artikel „Wohlberechnete Züge im Raketenschach“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Juni 1987, S. 10.

7 So in der Vorlage.

8 Die Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) legte am 6. April 1983 ihren Bericht mit Empfehlungen zur Modernisierung des amerikanischen Nuklearprogramms vor. Referat 220 resümierte am 16. Juni 1983, ein Hauptgedanke des Berichts sei, „daß die USA Rüstungskontrollvereinbarungen mit der SU anstreben sollen, die gewährleisten, daß die Modernisierung der beiderseitigen strategischen Streitkräfte auf längere Sicht zu stabilitätsorientierten Strukturen führt. Die Vorschläge der Scowcroft-Kommission umfassen: Stationierung von 100 MX in bestehenden

erhöhter Stabilität, da hierdurch ein Erstschlag erschwert wird. (Mittlerweile treten die USA bei den START-Verhandlungen allerdings für ein Verbot mobiler Systeme ein, da sie bei diesen Systemen zu große Verifikationsprobleme sehen.)

4) Die potentielle Bedrohung Westeuropas durch alle strategischen Systeme der SU (nicht nur durch die SS-24) ist ein Problem, das völlig unabhängig von den INF-Verhandlungen und ihrem Ergebnis besteht. Das Ausmaß dieser Bedrohung bestimmt sich danach, welchen Anteil ihres strategischen Nuklearpotentials die SU gegen Westeuropa richten zu können meint, ohne die Stabilität des strategischen Kräfteverhältnisses mit den USA in Frage zu stellen. Insofern wird man davon ausgehen können, daß tendenziell um so mehr strategische Gefechtsköpfe der SU für Westeuropa zur Verfügung stehen, je mehr Spielraum und Redundanz ihr strategisches Gesamtpotential bietet. Hier dürfte derzeit bei ca. 10000 strategischen Gefechtsköpfen eine nicht unbeträchtliche Marge bestehen.

5) Die potentielle Bedrohung Westeuropas durch das strategische Nuklearpotential der SU kann nur durch einen Erfolg bei START gemindert werden. Umgekehrt würde sie bei völligem Zusammenbruch des SALT-II-Rahmens und erheblicher Überschreitung der SALT-II-Obergrenzen erhöht werden. Wir haben daher ein hohes Interesse an der Verwirklichung des auf dem Gipfel in Reykjavik[9] grundsätzlich vereinbarten Ziels der Halbierung der strategischen Potentiale der USA und SU. Die Aussichten für einen solchen Erfolg sind allerdings derzeit relativ gering. Zwar haben auch die SU mittlerweile einen START-Vertragsentwurf[10] vorgelegt, doch kann hier wegen des direkten strategischen Zusammenhangs ohne eine Einigung im Verhandlungsbereich Weltraum-/Defensivwaffen, für die es keine Anzeichen gibt, voraussichtlich kein Ergebnis zustande kommen.

6) Der Sicherheitsgewinn für Europa, der aus der vollständigen Beseitigung der SS-4, SS-20, SS-12/22, und SS-23 durch ein INF-Abkommen resultieren würde, ist unabhängig von der potentiellen Bedrohung durch die strategischen Systeme der SU: Mit der doppelten Null-Lösung würde ein Drohpotential der SU abgebaut, das erkennbar nur auf die Nachbarn der SU (insbesondere Westeuropa) gerichtet ist und damit den strategischen Verbund der NATO in Frage stellt.

Hofstetter

VS-Bd. 11371 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1166

Minuteman-III-Silos; Entwicklung einer kleinen beweglichen Interkontinentalrakete mit einem Gefechtskopf, Einsatzfähigkeit ab etwa 1990, Rüstungskontrollvereinbarungen, die eine gleiche Zahl von Gefechtsköpfen von ungefähr gleicher Sprengkraft für beide Seiten festschreiben, dadurch die Verwundbarkeit des strategischen Potentials vermindern und die Stabilität stärken". Vgl. Referat 220, Bd. 124532.

9 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

10 Zum Entwurf der UdSSR vom 31. Juli 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 227.

230

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

424-411.10 VS-NfD **17. August 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Anträge der Firma Fritz Werner auf Genehmigung der Lieferung von Ersatz- und Verschleißteilen nach Iran

Bezug: 1) Vorlage der Abt. 4 vom 16.4.1981[2]
2) Vorlage der Abt. 4 vom 29.12.1983[3]

Anlg.: Bezugsvorlagen[4]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Ziffer 5

1) Dem Auswärtigen Amt liegen vier Anträge der Firma Fritz Werner auf Genehmigung der Lieferung von „Ersatz- und Verschleißteilen, Einrichtungen, Verschleiß-Werkzeugen" nach Iran zur Stellungnahme vor. Der Gesamtwert der jetzt beantragten Lieferungen beträgt 65 Mio. DM. Nach der Erfahrung des Auswärtigen Amtes kommen weitere – nicht genehmigungspflichtige – Lieferungen hinzu.

Fritz Werner hat von 1965 bis 1979 Munitions- und Waffenfabriken im Wert von ca. 5 Mrd. DM an den Iran geliefert. Nach Angaben der Firma, die insoweit wirtschaftlichen Erfahrungstatsachen entsprechen, muß bei einem derartigen Investitionsvolumen mit jährlichen Reparatur-, Wartungs- und Instandsetzungsinvestitionen in Höhe von 8–10% der ursprünglichen Investition gerechnet werden. Dem dienten die jetzt zur Genehmigung vorgelegten Lieferungen. Die Lieferung dieses Materials stelle weder eine Modernisierung der Anlagen noch eine Kapazitätserweiterung dar.

2) Bisherige Praxis

Nach einer kurzfristigen Unterbrechung von Lieferungen während der iranischen Revolution[5] war Ihnen[6] die Frage der Genehmigung von Lieferungen nach Iran

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daum konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt am 17. August 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 18. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Daum und Legationssekretär Warnken „z[ur] K[enntnisnahme]" sowie an Legationsrat I. Klasse Cappell „n[ach] R[ückkehr] z. K." verfügte.
Hat Daum am 18. August 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von StS am 17.8. gebilligt, liegt jetzt BM vor."
Hat Warnken am 18. August 1987 vorgelegen.
Hat Cappell am 7. September 1987 vorgelegen.

2 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. Referat 424, Bd. 145846.

3 Korrigiert aus: „29.11.1983".
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. Referat 424, Bd. 145846.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 2 und 3.

5 Zur Revolution im Iran vgl. Dok. 22, Anm. 3.

6 Hans-Dietrich Genscher.

mit Bezugsvorlage vom 16.4.1981 vorgelegt worden. Sie hatten damals im Sinne eines Mittelweges dahingehend entschieden:

– daß Ersatz- und Verschleißteile für früher gelieferte Fabriken genehmigt werden könnten,
– direkt für militärische Zwecke bestimmte Verbrauchsmaterialien (z.B. Sprengstoffe) nicht genehmigt werden.
– Ergänzend ist zu bemerken, daß Kriegswaffenlieferungen nach Iran oder Irak ohnehin im Rahmen unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik nicht genehmigt werden.

Im Wortlaut lautete Ihre damalige Entscheidung wie folgt:

– Unter dem Gesichtspunkt des langfristigen Vertrauensschutzes wird der Ausfuhr von sonstigen Rüstungsgütern in den Iran, soweit es sich um Ersatz- und Verschleißteile sowie sonstiges Zubehör und Werkzeuge aufgrund alter Verträge handelt, bis auf weiteres zugestimmt.
– Der Lieferung von Verbrauchsmaterialien wie Sprengstoffen, Schießpulver etc., die offensichtlich für militärische Zwecke bestimmt sind, wird[7] im Hinblick auf die mögliche erhebliche Gefährdung unserer Beziehungen zum Irak bis auf weiteres nicht zugestimmt.

Das Auswärtige Amt hatte deshalb seit 1981 der Lieferung von „Ersatz- und Verschleißteilen" für die vor der Revolution genehmigten Fabriken nach Iran zugestimmt. Insgesamt handelte es sich dabei um Lieferungen im Wert von ca. DM 170 Mio. Ferner wurden in geringem Umfang Lieferungen anderer Firmen, die die o.g. Kriterien erfüllten, genehmigt (Wert 1981 bis 1986 ca. DM 9,3 Mio.).

Für den Irak lagen vergleichbare Lieferanträge nicht vor. Dies erklärt sich nicht aus unterschiedlicher Behandlung, sondern aus einer unterschiedlichen Ausgangsposition: Iran war vor der Revolution zum Westen ausgerichtet, während die Militärindustrie des Irak von der SU (und vermutlich auch von F) aufgebaut wurde.

Es wurden allerdings in den vergangenen Jahren auch für Irak Lieferungen (z.B. im Elektronikbereich) genehmigt, die militärische Relevanz haben; sie sind jedoch mit Lieferungen von Ersatz- und Verschleißteilen für Rüstungsfabriken rechtlich nicht vergleichbar.

Bedenken seitens des BMWi gegen eine Fortsetzung der Lieferungen an Iran[8] sind nicht zu erwarten. Das BMVg hat jedoch mitgeteilt, es könne aus militärpolitischen und sicherheitsmäßigen Überlegungen nicht zustimmen. Die Argumente wurden nicht mitgeteilt; sie beruhen aber – laut Mitteilung der Arbeitsebene – auf einer globalen Einschätzung der Rolle Irans in seiner Region.

3) Es stellt sich die Frage, ob die bisherige Praxis gegenüber Iran[9] fortgeführt werden soll.

a) Bei diesen Lieferungen handelt es sich nicht um Kriegswaffen, sondern um sonstige Rüstungsgüter.

7 Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.
8 Die Wörter „an Iran" wurden handschriftlich eingefügt.
9 Die Wörter „gegenüber Iran" wurden handschriftlich eingefügt.

b) Nach Nr. 13 der „Politischen Grundsätze“ von 1982[10] dürfen Kriegswaffen und kriegswaffennahe sonstige Rüstungsgüter nicht an Länder geliefert werden, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht. Aus der Gleichstellung von „Kriegswaffen“ und „kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern“ folgt, daß nur Anlagen gemeint sind, mit denen komplette Kriegswaffen produziert werden können. Ersatzteile dürften daher von Nr. 13 nicht erfaßt werden.

c) Die Lieferungen sind deshalb ausschließlich nach dem AWG[11] zu beurteilen.

Auf die Erteilung der Genehmigung besteht gemäß § 3 AWG ein Anspruch. Die Genehmigung kann gemäß § 7 AWG nur versagt werden, um

– die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten,
– eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten,
– oder zu verhüten, daß die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört werden.

Die beiden letzten Alternativen könnten bei diesen Lieferungen vorliegen, so daß eine Versagung der Genehmigung rechtlich möglich ist.

4) Bei der Abwägung sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

a) Gegen eine Genehmigung spricht:

– Man könnte uns Verletzung der von uns nachdrücklich vertretenen neutralen Haltung vorwerfen. (Umgekehrt könnte man aber eine Lieferverweigerung – die aufgrund der objektiven Umstände nur die eine Partei trifft – als Verletzung unserer Neutralität ansehen.)
– Die Politik der USA gegenüber Iran hat sich in jüngster Zeit derart verhärtet, daß mit amerikanischer Kritik gerechnet werden muß. Andererseits wird dabei zu berücksichtigen sein, daß es nicht[12] um Kriegswaffen und nicht um neue Anlagen, sondern um die Fortführung von Ersatzteillieferungen geht.[13]
– Denkbare Kritik von arabischen Konfliktparteien: Der Irak – der bisher noch jeden Verdacht von einzelnen Rüstungslieferungen aufnahm – hat[14] noch nicht bei uns demarchiert. Aus Ägypten ist nur (im wesentlichen berichtende) Presseberichterstattung bekannt geworden.
– Die bekannt gewordenen Ersatzteillieferungen der Firma Fritz Werner nach Iran haben zu erheblicher Kritik der Opposition im Deutschen Bundestag und im Auswärtigen Ausschuß geführt. Der Auswärtige Ausschuß hat die Bundesregierung gebeten, zu prüfen, ob nicht Ausfuhrgenehmigungen mit einer Art Kriegsfallklausel versehen werden könnten. Die Prüfung des BMWi hierzu ist noch nicht abgeschlossen.

10 Für den Wortlaut von Ziffer 13 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 310 f. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

11 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

12 Korrigiert aus: „daß es sich nicht“.

13 An dieser Stelle wurde folgender Halbsatz gestrichen: „und daß die USA sich von den Waffen, die in Fritz-Werner-Fabriken gefertigt werden, nicht bedroht fühlen können“.

14 Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „deshalb“.

b) Für eine Genehmigung spricht:

– Es geht nicht um Waffen oder um militärisches Verbrauchsmaterial.
– Präzedenzlage: Seit 1981 werden laufend Ersatz- und Verschleißteile für von Fritz Werner im Iran errichtete Munitions- und Waffenfabriken genehmigt.
– Iran hat von Fritz Werner die Munitions- und Waffenfabriken im Vertrauen darauf gekauft, daß Fritz Werner später Ersatz- und Verschleißteile sowie Zubehör und Werkzeuge liefert. Ein Vertrauenstatbestand ergibt sich daraus, daß dies über Jahre hinweg geschah. Eine Verweigerung müßte jetzt vom Iran als unfreundlicher Akt angesehen werden, der unsere politische Dialogmöglichkeit mit Iran erheblich erschweren dürfte[15].
– Wichtig erscheinen auch die denkbaren Auswirkungen einer evtl. Verweigerung der Ersatzteillieferungen auf unseren Außenhandel insgesamt: Nicht nur im Iran, sondern in vielen Ländern würde unsere Verläßlichkeit bei großen Anlagenlieferungen in Zweifel gezogen werden. Die Stetigkeit und Berechenbarkeit unserer Außenwirtschaftspolitik – gerade auch in politischen Drucksituationen – ist ein besonders wichtiges Kapital unserer Exportwirtschaft.
– Für die (bundeseigene) Firma Fritz Werner dürfte die Nichtgenehmigung vermutlich den Verlust aller ihrer Iranaufträge (ca. 150 Mio. DM von 370 Mio. DM Jahresumsatz) bedeuten und könnte dazu führen, daß sie in erhebliche Schwierigkeiten gerät[16].

5 a) Die Abwägung ist in diesem Fall besonders schwierig. Mit einer zurückhaltenden Rüstungsexportpolitik ist die massive Lieferung von Ersatzteilen für Rüstungsfabriken im Krieg kaum zu vereinbaren. Auf der anderen Seite spricht insbesondere der „Vertrauensgrundsatz“ dagegen, die „Ersatzteillieferungen“ jetzt zu stoppen.

b) Wir könnten die SR-Resolution 598[17] als zentrales Element unserer gegenwärtigen Bemühungen im Golf-Konflikt bei der Entscheidung über die Exportgenehmigung in folgender Weise berücksichtigen:

– Genehmigung der beantragten Lieferung
– mit der Maßgabe, daß die Genehmigung erlischt, falls der SR ein Waffenembargo gemäß Art. 41 der VN-Satzung[18] gegen Iran verhängt.

Mit einer eingeschränkten Genehmigung würden wir

– dem Iran zu erkennen geben, daß er nicht unbedingt mit weiteren Genehmigungen rechnen kann;
– die Bedeutung der SR-Resolution 598 unterstreichen;
– im Falle eines mandatorischen Embargos der schwierigen Frage ausweichen, ob laufende Verträge erfüllt werden können, und klarstellen, daß für uns auch

15 Der Passus „der … dürfte“ ging auf handschriftliche Einfügungen und Streichungen zurück. Vorher lautete er: „der uns jeder politischen Dialogmöglichkeit mit dem Iran berauben dürfte“.

16 Die Wörter „in erhebliche Schwierigkeiten gerät“ wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ihren Betrieb einstellen muß“.

17 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

18 Für den Wortlaut von Artikel 41 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 459.

solche Ersatzteillieferungen auf jeden Fall unter ein „Waffenembargo“ fallen würden.

Im übrigen würden neue Anträge für genehmigungspflichtige Lieferungen in den Irak in gleicher Weise zu behandeln sein.

c) Im Hinblick auf die außen- und innenpolitische Bedeutung dieser Frage ist eine Entscheidung im BSR angebracht. (Der nächste BSR ist voraussichtlich Mitte September.[19]) BSR-Befassung hätte auch den Vorteil, daß BMF (Bund als Eigentümer von Fritz Werner) an der Entscheidung beteiligt wäre.[20]

D 3 i. V.[21] und D 2[22] haben mitgezeichnet.

Jelonek[23]

Referat 424, Bd. 145846

19 Nach der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 3. Juli 1987 fand bis Ende des Jahres keine weitere Sitzung statt.

20 Am 16. Dezember 1987 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel für Bundesminister Genscher: „Sie hatten zu den […] Anträgen der Firma Fritz Werner auf Genehmigung der Lieferung von ‚Ersatz- und Verschleißteilen, Einrichtungen, Verschleißwerkzeugen‘ nach Iran in Höhe von 65 Mio. DM noch keine Entscheidung getroffen. Sie hatten um Wiedervorlage zum 15.12.1987 gebeten. […] Der Auswärtige Ausschuß hatte, nachdem ihm Genehmigungen für Ersatzteillieferungen der Firma Fritz Werner bekannt geworden waren, die Bundesregierung gebeten zu prüfen, ob nicht Ausfuhrgenehmigungen mit einer Art Kriegsfallklausel versehen werden könnten. Die Prüfung ist abgeschlossen.“ Der Entwurf eines Schreibens an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Stercken, sei „noch nicht gebilligt“. Vgl. Referat 424, Bd. 145847.

21 Die Buchstaben „i. V.“ wurden von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.
Hat Ministerialdirigent Sulimma in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit am 18. August 1987 vorgelegen.

22 Hat Ministerialdirigent Bazing in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen am 17. August 1987 vorgelegen.

23 Paraphe vom 17. August 1987.

231

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Berg

210-553.22-812/87 VS-vertraulich **17. August 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Rudolf Heß

Anlg.: 3[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 2

Rudolf Heß ist am 17. August 1987 gestorben.[4] Dies gibt Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen:

1) Die vier Gewahrsamsmächte hatten 1970 eine Vereinbarung über die Behandlung des Leichnams von Heß getroffen, wonach dieser eingeäschert werden sollte. Anschließend sollte eine Trauerandacht unter Teilnahme der Familie Heß stattfinden und danach die Urne der Familie Heß übergeben werden.

Im Oktober 1982 ist es den drei westlichen Gewahrsamsmächten gelungen, mit der Sowjetunion zu einer neuen Vereinbarung zu kommen, wonach der Leichnam von Heß in das Bundesgebiet ausgeflogen und seiner Familie zur Bestattung außerhalb von Berlin übergeben werden soll. Um die Vereinbarung mit der Sowjetunion möglich zu machen, hatte sich die Familie Heß, die beabsichtigt, die Bestattung in Bayern vorzunehmen, den Gewahrsamsmächten gegenüber verpflichtet, die Beerdigung in aller Stille und im engsten Familienkreis stattfinden zu lassen.

2) Der britische Botschafter[5] hatte am 7.10.1982 Herrn Staatssekretär von Staden unter Übergabe des in der Anlage 1 beigefügten „Non-Paper“[6] von der

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Berg und Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 17. August 1987 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 17. August 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ich habe BM Schäuble telef[onisch] über Inhalt der Demarche des brit[ischen] Gesandten in Kenntnis gesetzt. 2) BMI war auf StS-Ebene nicht erreichbar (neuer Versuch morgen).“
Hat Sudhoff am 18. August 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) StS Neusel telef. informiert. 2) Z[u] d[en] A[kten].“

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6, 7 und 10.

4 Staatssekretär Ruhfus vermerkte am 18. August 1987: „Der amerikanische Botschafter Burt teilte heute telefonisch mit, er wolle das AA vorab über eine Pressemitteilung unterrichten, die die verantwortlichen Mächte heute nachmittag herausgeben würden. Eine vorläufige Untersuchung habe Hinweise ergeben, daß Rudolf Heß ‚attempted to take his own life‘. Am 17.8. sei er, wie üblich, in den Garten begleitet worden, um in einem kleinen Stuhl zu sitzen. Um 16.00 Uhr habe der Begleiter ihn gefunden mit einem Elektrokabel um seinen Hals. Man habe versucht, ihn wiederzubeleben, und ihn zu diesem Zweck in das britische Militärhospital überführt. Die Bemühungen blieben erfolglos. In seiner Tasche habe man eine Mitteilung gefunden. Auf meine Fragen antwortete Botschafter Burt, er könne mehr nicht mitteilen. Bei der ‚note‘, die man bei Heß gefunden hat, habe es sich offenbar um einen Brief an die Familie gehandelt. Er lege Wert auf die vorherige Unterrichtung der Bundesregierung, da möglicherweise in der Öffentlichkeit Spekulationen angestellt würden.“ Vgl. VS-Bd. 13468 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

5 Sir John Taylor.

6 Für das undatierte britische Non-paper vgl. VS-Bd. 13468 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

Vereinbarung unterrichtet. Er hatte dabei die Bitte geäußert, die Bundesregierung möge mithelfen, sicherzustellen, daß im Zusammenhang mit dem Tode und der Beerdigung von Heß neonazistische Aktivitäten verhindert würden und die Bestattung still und in privatem Rahmen stattfinden könne. Gleichzeitig brachte er die Erwartung zum Ausdruck, daß die Bundesregierung sich zu diesem Zwecke mit den zuständigen Behörden des Freistaates Bayern in Verbindung setzen würde.

Staatssekretär von Staden hatte mit Schreiben vom gleichen Tage (in der Anlage 2[7] beigefügt) den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern hiervon unterrichtet. Um sicherzustellen, daß alle rechtlich möglichen Maßnahmen ergriffen werden, wird vorgeschlagen, daß der Herr Staatssekretär telefonisch das Bundeskanzleramt und das BMI bittet, behilflich zu sein, daß in Zusammenarbeit mit den bayerischen Behörden alles Erforderliche veranlaßt wird, um neonazistische Aktivitäten zu verhindern und eine stille, private Bestattung zu ermöglichen. Es wird angeregt, daß er dabei seinen Kollegen im BMI an das Schreiben vom 7.10.1982 erinnert.

Referat 210 ist, seit sich die Planungen für eine Beerdigung in Wunsiedel/Oberfranken[8] konkretisiert haben, mit Referat P 13 des BMI auf Arbeitsebene in Kontakt. Das BMI ist unterrichtet, daß nach dem neuesten Stand der Planung der Sarg von den Alliierten unmittelbar nach Wunsiedel gebracht werden soll.

Gegenüber dem Bundeskanzleramt könnte in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß Rudolf Heß' Sohn Wolf-Rüdiger zu dem Herrn Bundeskanzler persönliche Verbindung unterhält.

3) Ebenfalls im Oktober 1982 haben sich die vier Gewahrsamsmächte darauf verständigt, daß nach dem Tode von Heß das Alliierte Militärgefängnis in Berlin-Spandau abgerissen werden soll. Der Regierende Bürgermeister von Berlin[9] war hiervon unterrichtet worden.

4) Es ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen in der Presse und in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben werden wird, die Bundesregierung habe sich zu Lebzeiten von Rudolf Heß nicht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für seine Freilassung eingesetzt.

Ein solcher Vorwurf wäre nicht gerechtfertigt, wie sich aus der in der Anlage 3[10] beigefügten Übersicht über die hochrangigsten Bemühungen zur Freilassung von Rudolf Heß – sowohl von seiten der Bundesregierung[11] als auch von seiten der Drei Mächte – ergibt.

7 Staatssekretär von Staden übersandte mit Schreiben vom 7. Oktober 1982 an Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, das am selben Tag übergebene britische Non-paper und teilte dazu mit: „Es darf nicht bekannt werden, daß die Alliierten sich mit der sowjetischen Seite geeinigt haben und daß die Familie eine Verpflichtung übernommen hat. Ich habe dem britischen Botschafter auf seine Frage gesagt, daß die Bundesregierung im Rahmen und auf der Grundlage unserer Gesetze bereit sein würde mitzuarbeiten, um neonazistische Aktivitäten in Verbindung mit dem Tode und Begräbnis zu verhindern, und zu helfen sicherzustellen, daß das Begräbnis still und in privatem Rahmen stattfindet." Vgl. VS-Bd. 13468 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

8 Korrigiert aus: „Wunsiedeln/Oberpfalz".

9 Richard Freiherr von Weizsäcker.

10 Für die Aufzeichnung des Referats 201 vom Juli 1986 („Alliierte und deutsche Bemühungen um die Freilassung von Rudolf Heß") vgl. VS-Bd. 13468 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

11 Zuletzt richtete Bundeskanzler Kohl am 21. Juli 1986 ein Schreiben an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Staatspräsident Mitterrand, Präsident Reagan und Premierministerin

5) Pressebehandlung

Mit Alliierten (UK) und BK wurde abgestimmt, nach der Bekanntgabe durch die Alliierten in Berlin gegenüber der Presse zu erklären:

Auf Frage:

Die Bundesregierung hat heute von alliierter Seite vom Tode von Rudolf Heß Kenntnis erhalten.

Auf weitere Frage nach den Modalitäten der Beisetzung:

Die Bundesregierung geht davon aus, daß Rudolf Heß im engsten Familienkreise beigesetzt wird.[12]

Auf weitere Frage nach der Zukunft des Militärgefängnisses Spandau:

Diese Frage wäre an die Alliierten zu richten.

6) Auf Arbeitsebene sind Kanzleramt, BMI und Bayerisches Staatsministerium des Innern unterrichtet. Das Bayerische Innenministerium hat die Vorbereitungen aufgenommen.

Berg

VS-Bd. 13468 (210)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1174

Thatcher, in dem er um die Freilassung von Rudolf Heß bat. Bundesminister Genscher sprach das Thema bei der Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. Juli 1986 in Moskau an. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 210, Anm. 22.

12 Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee notierte am 20. August 1987: „Familie Heß ist am Vormittag des 20.8.87 auf dem Flughafen Grafenwöhr eingetroffen, um den dort mit einem britischen Militärflugzeug angekommenen Leichnam von Rudolf Heß in Empfang zu nehmen. Übergabe ist gegen 12.00 Uhr erfolgt. Bayerisches Innenministerium […] hat am 20.8. um 14.50 Uhr folgendes mitgeteilt: Die Beerdigung soll nach derzeitigen Erkenntnissen heute (20.8.) nicht mehr stattfinden. Die Familie hat die bayerische Polizei um Geheimhaltung des Aufenthaltsortes des Leichnams gebeten. […] Von sich aus beabsichtigen die bayerischen Behörden keine Obduktion. Es ist nicht auszuschließen, daß die Familie Heß im privaten Auftrag eine Obduktion durchführen läßt. Die Familie hat mit dem Bürgermeister von Wunsiedel wegen der Bestattung Kontakt aufgenommen." Vgl. Referat 210, Bd. 139266.
Am 24. August 1987 vermerkte Waldersee, um 15.00 Uhr habe ein Mitarbeiter des bayerischen Innenministeriums angerufen und „mit der Bitte um Wahrung strengster Vertraulichkeit" mitgeteilt, daß die Beerdigung von Rudolf Heß bereits stattgefunden habe: „Er kündigte an, die Familie Heß werde die Nachricht voraussichtlich gegen 17.00 Uhr an die Öffentlichkeit geben. Er bat dringend bis zur Bekanntgabe der Nachricht durch die Familie um strenges Stillschweigen, auch gegenüber den Alliierten." Vgl. Referat 210, Bd. 139266.

232

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zayed al-Nahyan in Aachen

25. August 1987[1]

Gespräch BM mit dem Präsidenten der VAE, Scheich Zayed, im Hotel Quellenhof in Aachen am 25.8.1987, von 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr[2]

BM suchte den Präsidenten der VAE, Scheich Zayed, am 25.8. im Hotel Quellenhof in Aachen auf, wo dieser sich seit einer Woche zu einer medizinischen Behandlung aufhält. Scheich Zayed leitete das Gespräch mit religiös-philosophischen Betrachtungen ein, die zusammengefaßt besagen, daß, wenn der Mensch von seiner Vernunft Gebrauch mache, Gottes Wille geschehe.

BM ging im politischen Teil des Gesprächs zunächst auf die Lage in der Golf-Region ein, die uns große Sorgen mache.[3] Als Nachbarn seien wir von den Auswirkungen des Golf-Konflikts direkt betroffen. Wir seien an Stabilität in diesem Raum interessiert.

Auf die Frage des BM nach seiner Einschätzung der Lage erwiderte Scheich *Zayed*, daß die VAE sich um die Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu allen Golf-Anrainern bemühen. Iran werfe den Golf-Staaten, insbesondere Kuwait, vor, Irak zu unterstützen. Man dürfe in diesem Zusammenhang aber nicht vergessen, daß Iran die Region destabilisiere.

Ein neues Element der Unsicherheit seien die Vorgänge in Mekka[4], die die Spannungen insgesamt verschärft hätten. Er müsse einräumen, daß es den Arabern

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Fiedler am 26. August 1987 gefertigt und am 27. August 1987 an Ministerialdirigent Jansen geleitet „mit der Bitte um Genehmigung des Inhalts und des Verteilers durch den Herrn Bundesminister".
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 27. August 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Fiedler verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte mit Vermerk ‚von BM noch nicht genehmigt' verteilen." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 311, Bd. 140049.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Seemann teilte der Botschaft in Abu Dhabi am 26. März 1987 mit, Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker sei grundsätzlich damit einverstanden, Präsident Zayed al-Nahyan „anläßlich dessen jährlichen Privataufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland zu einem verkürzten, auf Bonn beschränkten Staatsbesuch einzuladen". Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 140049.
Am 28. Juli 1987 informierte Gesandter Jochum die Botschaft in Abu Dhabi: „Bundespräsident und Bundeskanzler sind bis Ende August in Urlaub und können daher leider Sheikh Zayed zum vorgeschlagenen Termin (17./18.8.) nicht empfangen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 140049.

3 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 152, Anm. 2.
Botschaftsrat I. Klasse Freundt, Bagdad, teilte am 17. August 1987 mit: „Von der Landfront liegen im Berichtszeitraum keine lageverändernden Erkenntnisse vor. Entlang der gesamten Linie hält nach Aussagen der irak[ischen] Mil[itär]-Berichterstattung der iran[ische] Frontdruck an. Die Kämpfe spielen sich offenbar weiterhin auf verhältnismäßig niedrigem Gesamtniveau ab. Begrenztes Unternehmen reiht sich an begrenztes Unternehmen. Das Hauptgewicht liegt auf Infanteriekampf. Dadurch erklären sich auch die verhältnismäßig hohen Verlustziffern auf beiden Seiten. Menschlich und materialmäßig gesehen handelt es sich um eine Phase des Abnutzungskrieges ohne größere Bewegung. Gespannt und unübersichtlich bleibt die Lage im Kurdenbereich." Vgl. den Drahtbericht Nr. 640; Referat 311, Bd. 139980.

4 Botschafter Nowak, Riad, berichtete am 1. August 1987: „1) Eine Massendemonstration iranischer Pilger in Mekka führte am 31.7.1987 zu blutigen Zusammenstößen mit saudischen Sicherheitskräften. Angaben über die Zahl der Todesopfer reichen von ‚einigen' bis zu ‚hunderten'. 2) Nach einer vom

an der nötigen Solidarität fehle. Hätte es sie gegeben, hätte der Golf-Krieg nicht so lange gedauert. Dabei handele es sich nicht um eine strukturelle Uneinigkeit, sondern um eine konjunkturelle. Scheich Zayed wertete den Zustand der arabischen Welt als „Unzufriedenheit Gottes mit den arabischen Untertanen". Man könne die entstandene Unruhe aber auch mit einem Gewitter vergleichen, das scheinbar negativ sei, aber auch eine positive reinigende Wirkung haben könne.

BM ging sodann auf die Beziehungen der EG zum Golf-Kooperationsrat (GCC[5]) über.[6] Wir würden gern ein positives Zeichen setzen. Vor einigen Jahren habe er den Vorschlag des Abschlusses eines Kooperationsabkommens unterbreitet. Es gebe noch einige wirtschaftliche und finanzielle Probleme. Er frage sich aber, ob jetzt nicht der richtige Zeitpunkt gekommen sei, das Abkommen abzuschließen.

Scheich *Zayed* erwiderte, daß dies genau seiner Überzeugung entspreche. Eine engere Zusammenarbeit zwischen der EG und dem GCC wäre sicherlich ein positives Signal und könnte Modellcharakter für die Zusammenarbeit mit anderen arabischen Staaten erhalten und auch große Bedeutung für die Stabilität der Region bekommen. Eine solche Zusammenarbeit könnte sich auch positiv auf den Ost-West-Kontext auswirken.

BM stimmte dieser Bemerkung unter Hinweis auf unsere Bemühungen in Europa um mehr Zusammenarbeit zwischen den west- und osteuropäischen Staaten zu.

Scheich *Zayed* fuhr fort, daß die Erhaltung des Friedens der gemeinsame Wunsch von Ost und West sei. Voraussetzung sei jedoch ein Mindestmaß an Vertrauen.

Die Amerikaner hätten ihm gesagt, die Sowjets verfolgten im Golf mit ihren Schiffen machtpolitische Ziele und wollten sich dort festsetzen. Er habe ihnen geantwortet, daß der Westen dort seit Jahrhunderten Machtpolitik betrieben hätte, ohne daß der Region etwas „weggenommen" worden sei. Das würde auch jetzt den Sowjets nicht gelingen. Die Amerikaner hätten ihm daraufhin geantwortet,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1176

saudischen Innenministerium am Morgen des 1.8. herausgegebenen Verlautbarung blockierten iranische Demonstranten nach dem Nachmittagsgebet am 31.7.1987 die Ausgänge der Heiligen Moschee in Mekka und brachten den Verkehr in den umliegenden Straßen zum Erliegen. Nachdem alle friedlichen Versuche, die iranischen Demonstranten zur Freigabe der Wege zu veranlassen, gescheitert seien, hätten sich heftige Zusammenstöße zwischen Iranern einerseits, Pilgern aus anderen Ländern und saudischen Bürgern andererseits entwickelt […]. Das in höchstem Maß auf innere Sicherheit bedachte saudische Regime muß sich durch die Ereignisse von Mekka in seinem Kern getroffen fühlen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 383; Referat 311, Bd. 140033.
Am 2. August 1987 informierte Nowak, nach offiziellen Angaben der saudi-arabischen Regierung seien 402 Menschen ums Leben gekommen, 275 Iraner, 42 Pilger anderer Nationalitäten und 85 Saudis. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 384; Referat 311, Bd. 140033.

5 Korrigiert aus: „ECC".

6 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) vgl. Dok. 74, Anm. 6.
Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), teilte am 25. Juni 1987 mit: „1) Präs[identschaft] berichtete auf Grundlage der Informationsnote des Rates vom 24.6.1987 über Ergebnisse des Troika-Ministertreffens mit Golf-Kooperationsrat am 23.6.1987 in Brüssel. […] 2) Präs. unterstrich, daß Treffen zum besseren Verständnis der Pos[itionen] des GCC beigetragen habe. Gemeinsamer Wille und polit[ische] Notwendigkeit, ein Abk[ommen] bald abzuschließen, sei von beiden Seiten betont worden. Im Joint Communiqué ist in Ziff[er] 7 festgelegt, daß offizielle Verhandlungen sobald wie möglich und nicht später als im Herbst 1987 beginnen sollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2015; Unterabteilung 31, Bd. 141127.

daß die Sowjets den Abzug der US-Flotte verlangten, und dies als einen Beweis für mangelnde Bereitschaft, die Stabilität im Golf zu gewährleisten, gewertet. Er habe ihnen gesagt, daß er diese Einschätzung der Lage nicht nachvollziehen könne, da die USA nur die Sowjets aus dem Golf ausschließen, selbst aber präsent bleiben wollten. Diesem Rivalitätsdenken sei entschieden ein kooperatives Verhalten vorzuziehen. Solange es eine Chance zum Frieden im Golf gebe, müsse diese genutzt werden. Die Großmächte müßten gemeinsam für den Frieden arbeiten. Wenn hingegen die Sowjetunion auf die Seite Irans trete und die USA auf die Seite Iraks, würde dies eine schlimme Entwicklung einleiten.

BM stimmte dem zu und bemerkte, daß wir fast mit den gleichen Worten zu der gleichen Schlußfolgerung gekommen seien. Nur eine gemeinsame Position der beiden Großmächte, Chinas und der anderen Sicherheitsratsmitglieder[7] würde Iran beeindrucken. Man müsse mit Vernunft an die Dinge herangehen.

Scheich *Zayed* mahnte zu Geduld. Es gebe viele und scheinbar komplizierte Probleme. Ein arabischer Dichter habe einmal sinngemäß gesagt: Derjenige, der sich in Geduld übe, werde schließlich auch die Probleme lösen können.

BM erkundigte sich, ob Scheich Zayed eine Voraussage der AM-Konferenz der AL in Tunis[8] wage.

Scheich *Zayed* zufolge gebe es in Tunis zwei Optionen:

– Abbruch der Beziehungen mit Iran,

– Fortsetzung des Dialogs mit allen Seiten und Förderung der Resolution 598[9].

Scheich Zayed sprach sich für die zweite Option aus. Nach Verabschiedung der SR-Resolution müsse man den eingeschlagenen Weg auch fortsetzen. Er glaube, daß sich diese Option schließlich durchsetzen werde.

BM bekräftigte die Notwendigkeit eines intensiven Gesprächs mit beiden Konfliktparteien. Allerdings halte er ein Gespräch mit Iran für dringlicher, da dieser im Gegensatz zu Irak die Resolution 598 noch nicht angenommen habe.

Nach freundlichen Bemerkungen Scheich *Zayeds* über das deutsche Volk, das einen Platz in seinem Herzen habe, sprach *BM* seinen Dank für die Anteilnahme an dem Schicksal der deutschen Geiseln im Libanon[10] aus. Er sei überzeugt, daß diese noble Gesinnung hilfreich sein werde.

7 Als ständige Mitglieder gehörten dem VN-Sicherheitsrat ferner Frankreich und Großbritannien an, als nicht-ständige Mitglieder zu diesem Zeitpunkt Argentinien, Bulgarien, die Bundesrepublik, Ghana, Italien, Japan, Kongo, Sambia, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate.

8 Vom 23. bis 25. August 1987 fand eine außerordentliche Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Die Botschaft in Tunis berichtete am 25. August 1987: „Die Konferenz verabschiedete eine vierseitige Resolution, die in ihrem ersten Teil u. a. die Solidarität der MS der AL mit dem Irak bestätigt, freie Schiffahrt im Golf fordert und in ihrem operativen Teil den Iran auffordert, sich in Übereinstimmung mit der Charta der VN und auf der Grundlage der Resolution 598 vom 20.7.87 des SR der VN für eine friedliche Beilegung des Konflikts einzusetzen." Die Konferenz sei als „nicht abgeschlossen" bezeichnet worden, und ursprünglich hätte sie nur bis 24. August 1987 dauern sollen: „Verlängerung wurde notwendig, weil Teilnehmer sich nicht auf saudi-arabischen Resolutionsvorschlag einigen konnten, der u. a. Abbruch der diplomatischen Beziehungen aller MS der AL mit dem Iran forderte. Insbesondere Syrien, Oman und die Vereinigten [Arabischen] Emirate, unterstützt von Algerien und Libyen, sollen sich gegen den Abbruch ausgesprochen haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 264; Unterabteilung 31, Bd. 141123.

9 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

10 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 195.

Scheich *Zayed* bemerkte, daß er vor seiner Reise nach Deutschland mit Präsident Assad über die Geiselfrage gesprochen habe.[11] Präsident Assad habe ihm gesagt, daß er eine ernsthafte Lösung suche. Er, Scheich Zayed, habe sich aus Gründen der Humanität für die Fortsetzung der syrischen Bemühungen eingesetzt. Er habe seinen Chefberater Suedi beauftragt, über den VAE-Botschafter in Damaskus[12] Fühlung mit Assad zu halten.

BM wünschte Scheich Zayed einen angenehmen Aufenthalt in Aachen, wo er sich noch einige Tage aufhalten wird, um dann zu einem Privatbesuch in die Türkei zu reisen.

Referat 311, Bd. 140049

233

Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1826 **Aufgabe: 25. August 1987, 16.45 Uhr**[1]
Ankunft: 25. August 1987, 17.33 Uhr

Betr.: Jahressitzung der Abrüstungskonferenz Genf 1987;
hier: Schlußbericht

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Die Genfer Abrüstungskonferenz beendet mit Annahme ihres Arbeitsberichts an die 42. GV/VN[2] am 28.8.1987 die diesjährige Sitzungsperiode.[3] Sie tritt satzungsgemäß am 2.2.1988 wieder zusammen. Die Beratungen zum Verbot chemischer Waffen werden unmittelbar nach Beendigung der 42. GV/VN, voraussichtlich in der Zeit vom 30.11. bis 18.12.1987 sowie vom 11.1. bis 29.1.1988, fortgesetzt.

2) Der Ertrag der diesjährigen Erörterungen und Verhandlungen fällt unterschiedlich aus. Fortschritte in den CW-Verhandlungen kontrastieren deutlich mit der kargen Ausbeute an relevanten Konsenselementen aus der Erörterung anderer Tagesordnungspunkte der Konferenzagenda. Den nuklearen Themen Comprehensive Test Ban (CTB), Cessation of the Nuclear Arms Race (CNAR), Peaceful Nuclear Weapons[4] (PNW) blieb auch in dieser Sitzungsperiode eine

11 Die Präsidenten Assad und Zayed al-Nahyan trafen sich am 15. August 1987 in Damaskus.
12 Salim Rashid al-Aqroubi.

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13 und 22.
Hat Vortragendem Legationsrat Reyels am 26. und erneut am 28. August 1987 vorgelegen.
2 Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.
3 Die Jahressitzung der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) begann am 3. Februar 1987.
4 Die Wörter „Peaceful Nuclear Weapons" wurden von Vortragendem Legationsrat Reyels gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Prevention of Nuclear War."

zweckmäßige und strukturierte Behandlung in angemessenen Arbeitsorganen versagt. Ihre Beratung in informellen Plenarsitzungen unter Leitung der jeweiligen Konferenzpräsidenten erbrachte keine konsensfördernden und mandatsvorbereitenden neuen Perspektiven. Angesichts der weiterhin unvereinbaren Meinungsunterschiede zur Zielsetzung und inhaltlichen Ausgestaltung angestrebter Regelungen und/oder Abkommen auch zu Negative Security Assurances (NSA), Radiological Weapons (RW) und zum Comprehensive Programme of Disarmament (CPD) konnten auch in diesen mit klaren Mandaten ausgestatteten Ad-hoc-Ausschüssen keine nennenswerten materiellen Fortschritte erzielt werden.

3) Die Konferenz hat im Verlauf des Sitzungsjahres unter Beweis gestellt, daß sie dort, wo ihr – wie bei den CW-Verhandlungen – eine eindeutige und einvernehmliche Zielsetzung vorgegeben ist, durchaus in der Lage ist, ihrer originären Rolle als einzigem weltweit angelegten multilateralen Verhandlungsgremium gerecht zu werden. Bei den Gegenständen jedoch, bei denen ihr nur eine komplementär beratende, nicht aber eigenständig gestaltende Rolle zukommt, bleiben die Ergebnisse deutlich hinter den Möglichkeiten eines „konstruktiven Parallelismus" von bilateralem und multilateralem Sicherheits- und Rüstungskontrolldialog zurück, insbesondere wenn einer der bilateralen Partner nicht mitzieht.

Der Konferenz ist es deshalb auch nicht gelungen, die Fragen multilateraler Abrüstung in geeigneter Weise für die weitere Behandlung in der bevorstehenden III. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung[5] aufzubereiten.

4) Sitzungsverlauf und Arbeitsbedingungen waren gekennzeichnet von der Abnahme abstrakter Debatten bei stärkerer Konzentration auf die technische Detailarbeit in den Verhandlungsschwerpunkten und mandatsvorbereitenden Beratungen sowie von der unterschiedlichen Konzentration der einzelnen Gruppen auf Schwerpunkte und Sitzungsphasen. Den phantasiereich überzogenen Erwartungen zu Sitzungsbeginn, insbesondere genährt durch die Präsentation des „neuen politischen Denkens" der sozialistischen Staaten in allen denkbaren Abrüstungsvarianten, folgten zunehmend Phasen realitätsbezogener Sacharbeit.

5) Erstmals auffällig spiegelte die Arbeit mangelndes Zutrauen in die konkrete multilaterale Regelungsfähigkeit einiger der Konferenz übertragener Abrüstungsgegenstände komplementär zu den dominanten bilateralen Bemühungen der USA und der Sowjetunion wider. Gegen Abschluß der über Monate durchaus friedlichen Konferenz wurde in erneuter Polemik und Diffamierung deutlich, wie unversöhnlich die Standpunkte zwischen Ost und West, insbesondere in der Weltraumfrage und in Fragen nuklearer Abrüstung, geblieben sind. Lediglich bei den CW-Verhandlungen blieb das Klima geschäftsmäßig.

6) Obwohl in deklaratorischer und propagandistisch-publizistischer Hinsicht die diesjährige Sitzungsperiode eindeutig von der Fülle sowjetischer Vorschläge und der breiten Kommentierung durch die sozialistischen Staaten dominiert wurde, blieb letzteren der erwartete materielle Gewinn versagt. Die teilweise

5 Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 31. Mai bis 26. Juni 1988 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

mit ungewöhnlicher Schärfe (insbesondere auch in den Reden Schewardnadses, Petrowskijs und Alfonsíns) geführten Angriffe sozialistischer oder neutraler Staaten auf Grundlagen westlicher Sicherheitsphilosophie (insbesondere gegen das Prinzip nuklear gestützter Abschreckung und das westliche militärstrategische Konzept[6]) liefen weitgehend ins Leere. Auch die Neutralen haben – zwischen Resignation und Neuorientierung schwankend – keine nachhaltigen Impulse vermitteln können. Obwohl er seine Möglichkeit in keiner Weise konstruktiv ausgeschöpft hat, sind im Ergebnis eher dem Westen die meisten Pluspunkte aus dieser Runde zugefallen.

7) Der diesjährige Sitzungsverlauf hat erneut verdeutlicht, daß die Konferenz, um ihrer Rolle als einzigem weltweiten multilateralen Verhandlungsgremium – in qualitativer Abgrenzung zu den reinen Erörterungsforen UNDC[7], 1. Ausschuß der jährlichen GV/VN und Sondergeneralversammlungen der Vereinten Nationen über Abrüstung – umfassend gerecht zu werden, der Neuordnung ihres Aufgabenkatalogs sowie der Verbesserung ihrer inneren Abläufe und Verfahrensweisen bedarf. Solange ihr bewußt nicht konsensfähige Materien, wie z.B. die Aushandlung eines utopischen Comprehensive Programme of Disarmament, zugeteilt bleiben, wird sich der jährlich wiederholte endlose prozedurale Streit um Mandate mit eindeutigen Verhandlungsaufträgen zu Lasten sicherheits- und stabilitätsorientierter Sacharbeit fortsetzen. Die verstärkten Bemühungen der Konferenz selbst um die generelle Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, u.a. durch die sieben „Weisen", scheitern bisher an der phantasielosen Präferenz der meisten Teilnehmerstaaten für kleine prozedurale Gewinne. Die Frage einer zweckorientierten Neuordnung gewinnt jedoch in dem Maße an Bedeutung, wie sich der Kern der gegenwärtigen Konferenzarbeit, das Verbot chemischer Waffen, einer Lösung nähert.

II. Im einzelnen

TOP 1: „Nuclear Test Ban (NTB)/Comprehensive Test Ban (CTB)"

Trotz ermutigender Entwicklungen beim Thema „nuklearer Teststopp" ist mit Abschluß der diesjährigen Sitzungsperiode die CD im dritten Jahr mit dem Versuch der Einrichtung einer formalisierten Arbeitsstruktur gescheitert. Dies – und nicht die nuancierte Beschreibung einer vorsichtigen Annäherung der Standpunkte – wird von der Mehrzahl der Teilnehmerstaaten und der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen. Die Vertreter der G21[8] und der sozialistischen Gruppe wurden nicht müde, dies weiterhin propagandistisch gegen den Westen zu nutzen. Nachdem die Sowjetunion – auch, um der Enttäuschung einzelner Nichtgebundener über die Aufkündigung des Moratoriums Rechnung zu tragen – sich auf dem Feld CTB zunächst betont zurückhaltend verhielt, ging sie mit der Petrowskij-Rede vom 9.6.87[9] wieder in die publizistische Offensive. Ihr sogar

6 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

7 United Nations Disarmament Commission.

8 Als „G21" wurde die Gruppe der neutralen und nichtgebundenen Mitgliedstaaten der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) bezeichnet.

9 Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 9. Juni 1987, die UdSSR habe die erste Plenarsitzung nach Wiederaufnahme der Arbeit der Genfer Abrüstungskonferenz am selben Tag genutzt, um durch den Stellvertretenden Außenminister Petrowskij ihre „Grundsätze für einen Vertrag zum umfassenden Verbot von Nuklearwaffentests" einzuführen und zu erläutern. Diese enthielten „keine weitgehenden und grundlegend neuen sowjetischen Zugeständnisse an westliche Positionen, jedoch

von der G 21 mit Mißtrauen aufgenommener Vorschlag, parallel zu GSE[10] eine nicht näher definierte Wissenschaftlergruppe einzusetzen, wurde erst in der Rede von AM Schewardnadse am 6.8.87[11] förmlich geäußert und versucht, sie in letzter Minute der Konferenz aufzuzwingen. (Bei diesem Manöver geht es wohl um einen vermutlich langfristiger angelegten Versuch, die Modalitäten der Verifikation zukünftiger Abkommen, wenn diese denn nicht zu umgehen sind, im eigenen Sinne positiv zu beeinflussen: u. a. internationale „Inspektorate", Gremien mit Filterfunktion.)

Die G 21 ist in bezug auf die Einbeziehung aller Nukleartests (nicht nur, wie Indien vorsieht, der Nuklearwaffen-Tests) gespalten. Diese Tatsache läßt sich jedoch nicht zu unserem Vorteil nutzen. Einerseits ist die Kohärenz der Gruppe der „High Priests of Nuclear Disarmament" noch hinreichend ausgeprägt. Andererseits geben die prinzipiell ablehnende Haltung Frankreichs und die wenig konziliante US-Position kaum Aussicht, in absehbarer Zeit zu einem Arbeitsgremium der Konferenz mit Verhandlungsmandat zu gelangen.

Die Position der westlichen Gruppe wird nach wie vor durch den kleinsten gemeinsamen Nenner bestimmt. Der taktische Vorteil, den die wiederholte Bezugnahme auf einen Mandatsentwurf des Monatspräsidenten für April, Botschafter Vejvoda (ČSSR), „als erfolgversprechende Basis" für eine Konsensentschließung dem Westen verschafft hat, erschöpft sich mit dem Abschluß der diesjährigen Sitzungsperiode, zumal dieses „Non-paper" niemals formalisiert worden ist.[12]

TOP 2: „Cessation of the Nuclear Arms Race (CNAR)"

Die Behandlung aller der nuklearen Abrüstung zuzuordnenden Fragen stand im Zeichen propagandistischer Ausbreitung sowjetischer Vorschläge zum gesamten Spektrum möglicher Abrüstungsschritte, dynamischer Diskreditierung westlichen Abschreckungsdenkens durch die sozialistischen und radikalen G 21-Staaten sowie der Kontroversen um einen geeigneten organisatorischen Rahmen zur umfassenden Behandlung des Gegenstandes. Trotz intensiver Bemühungen der jeweiligen Konferenzpräsidenten, TOP 2 zuzuordnende Fragen in informellen Plenarsitzungen aufzunehmen und den früher die Plenardebatten beherrschen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1181

dürfte von der geschickten Zusammenstellung bislang vereinzelt geäußerter sowjetischer Vorstellungen in Verbindung mit einem generös klingenden Inspektions- und Verifikationsangebot, von der geschickten Terminwahl und von der weitgehenden Angleichung an Positionen der radikalen Nichtgebundenen in der Nuklearfrage eine gewisse Wirkung in Kreisen der Konferenz und in der Öffentlichkeit ausgehen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1170; Referat 222, Bd. 162057.

10 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Reyels handschriftlich: „Group of Seismic Experts."

11 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 566–569 (Auszug).

12 Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 17. Juli 1987 über die „westliche Koordinationssitzung zu NTB/CTB" am selben Tag: „US-Delegation wurde von allen vertretenen Delegationen, zum Teil eindrücklich (AUS, B), darauf hingewiesen, daß Vejvoda-Vorschlag von Regierungen dieser Staaten als tragfähiger Mandatsvorschlag für die unmittelbare Aufnahme der Arbeiten eines Ad-hoc-Komitees betrachtet werde und daß Westen sich eines großen taktischen Vorteils zur Bloßstellung der Handlungsunfähigkeit der G 21 begebe, in der (lt. japanischer Information) Widerstand gegen Vejvoda-Formulierung lediglich noch von MEX, INI, ÄGY, ARG und wahrscheinlich BRA aufrechterhalten werde. […] Die amerikanische Haltung in der Teststopp-Frage bleibt eine schwere Hypothek für die um Verständnis werbende Darstellung westlicher Positionen in der Abrüstungskonferenz." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1554; Referat 222, Bd. 162064.

den Nuklearthemen einen angemessenen Rahmen einzuräumen, blieben die Beiträge einseitig, deklaratorisch und ohne analytische Tiefe. Auch die Versuche der G21, die Debatte durch Festlegung der Konferenz auf eine einvernehmliche Liste zu behandelnder Detailfragen zu strukturieren und auf die Erarbeitung von Vorschlägen zu praktischen Maßnahmen hin auszurichten, blieben ohne Einfluß. Die Konferenz steht vor dem Dilemma, vernünftige Sacharbeit zum Gegenstand nur unter einvernehmlicher Vorgabe im Rahmen eines besonderen Arbeitsorgans leisten, den dazu notwendigen Konsens unter den Teilnehmerstaaten wegen grundsätzlicher inhaltlicher Differenzen aber nicht herstellen zu können. Handlungsrelevante Anregungen blieben somit allenfalls zufällig.

[13]TOP 3: „Prevention of Nuclear War" (PNW)

Auch dem Kriegsverhütungsthema blieb die Zuerkennung einer besonderen Beratungsform versagt. Der in den Vorjahren die Debatten beherrschende Tagesordnungspunkt wird zunehmend von konkreteren Ansätzen in anderen Beratungsgegenständen verdrängt. Er spielte in dieser Sitzungsperiode eine nur nachgeordnete Rolle. Seit sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß konventionelle Abrüstung unverzichtbarer Bestandteil eines notwendigerweise umfassenden Ansatzes zur Verhinderung eines Nuklearkrieges ist und die Aufgabe zwangsläufig auf die Verhütung aller Arten von Krieg und bewaffneter Auseinandersetzung ausgedehnt werden muß, eignet sich dieser TOP immer weniger zur antinuklearen Anklage insbesondere der westlichen Nuklearstaaten durch die Radikaleren unter den neutralen Wortführern. Diese verlagern ihre Kritik vermehrt in die Erörterung der TOPs 1 (CTB) und 5 (Outer Space). Die Schnittlinie zum TOP 2 läßt sich nur noch akademisch begründen. Von gelegentlichem Nachkarten (so z.B. in der Rede des argentinischen Staatspräsidenten Alfonsín gegen die Philosophie der Abschreckung[14] bzw. die Bemühungen der sozialistischen Staaten um Diffamierung der westlichen „Militärdoktrin") abgesehen, hat die diesjährige Behandlung des Kriegsverhütungsthemas keine akzentuierte inhaltliche Weiterführung erfahren. Hier beginnen jedoch die langjährigen Bemühungen um einen umfassenden Kriegsverhütungsansatz Zinsen zu tragen.

TOP 4: Chemische Waffen (CW)[15]

Durch das in der Sommersitzung reduzierte Momentum ist es bei den CW-Verhandlungen nur zu selektiv konkreten Fortschritten in der zweiten Sitzungshälfte gekommen. Diese erstrecken sich auf die Vernichtung der CW-Herstellungsanlagen und die Verdachtskontrolle, deren Regelung schließlich strenger als in

13 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1827 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

14 Botschaftsrat Bolewski, Genf (CD), berichtete am 11. Juni 1987: „In erster Rede eines amtierenden Staatsoberhauptes vor der Abrüstungskonferenz hat der argentinische Präsident Alfonsín in heutiger Plenarsitzung eine in dieser Schärfe nicht erwartete Anklage gegen das Abschreckungskonzept, insbesondere in seiner westlichen Ausprägung, formuliert. Tatsache, daß nur diesem Thema gewidmete Ausführungen denen der SU (Petrowskij vom 9.6.87) in der ersten Konferenzwoche folgen und Argumentationsmuster eine Vergleichbarkeit der Positionen suggerieren, gibt den Beratungen der Sommersitzung einen erneut konfrontativen Akzent. […] Rede Alfonsíns geht von alarmistischem Szenario einer bereits durch die Existenz von Kernwaffen bedrohten Menschheit aus. Annahme, ihre Verteilung und Implementierung im Rahmen von Abschreckungskonzeptionen habe bisher den Ausbruch von Kriegen zumindest unter den Supermächten verhindert, wird als unbeweisbar und tendenziell falsch kritisiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1202; Referat 222, Bd. 162103.

15 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 3.

CD/715[16] vorgesehen ausfallen wird. Weitgehende Einigung zwischen Ost und West besteht nunmehr über das Verfahren bis zum Abschluß einer Verdachtskontrolle, wobei allerdings die Einzelheiten der sogenannten alternativen Maßnahmen für den Zugang zum Verdachtsobjekt wegen des sicherheitsrelevanten Aspektes immer stärkere Bedeutung nicht nur für die Sowjets, sondern auch für die Amerikaner bekommen. Diese erkennen jetzt, daß die bedingungslose Zugangsregelung für sie mit Risiken behaftet sein kann. Lösungen haben sie hierfür aber bisher nicht angeboten.

Die Zahl der offengebliebenen Bereiche ist groß. Hierzu gehört das weite Gebiet der „jurisdiction and control", aus dessen Lösung sich später wird ablesen lassen, wer auf welchem Staatsgebiet für chemische Waffen verantwortlich sein wird. Weiterer Klärung bedürfen auch die sogenannten kommerziell hergestellten und genutzten supertoxisch-tödlichen Chemikalien wie auch die Frage, ob für diese weitgehend der pharmazeutischen Industrie zuzurechnenden Substanzen eine neue Kategorie für die Überwachung eingerichtet werden muß. Offen ist auch noch die französische Forderung nach Sicherheitsreserven[17] und die damit verbundene Weigerung Frankreichs, alle chemischen Waffen 30 Tage nach Inkrafttreten der Konvention offenzulegen und alle Produktionsanlagen zu zerstören. Trotz der aktiven Tätigkeit des DDR-Koordinators[18] auf diesem Gebiet sind auch die meisten institutionellen Fragen offengeblieben, wie die eines Modellabkommens zwischen den Staaten und der Exekutivbehörde über die Tätigkeitsbereiche eines Vorbereitungsausschusses, die notwendigen autonomen Vertragsänderungen (z.B. die Listenrevision), vor allem aber die Zusammensetzung und Funktion des Exekutivorgans.

Die Sowjetunion war zu Beginn der Frühjahrssitzung mit neuen Weisungen angetreten und beeinflußte die Arbeit der Konferenz durch Flexibilität und Entgegenkommen. Weitere Konzessionen machte sie erst, als die Arbeiten der Sommersitzung praktisch abgeschlossen waren. Damit bestätigt sich die Vermutung, daß die Weisungsproduktion in Moskau ein langwieriger Prozeß ist, der auch durch unablässiges Verhandeln der Konferenz in Genf kaum beschleunigt werden kann. Die übrigen Ostblock-Delegationen spielten bei den chemischen Waffen keine Rolle bis auf die DDR, die durch ihren Koordinator zu institutionellen Fragen ein gewisses Profil gewinnen konnte.

Von den zehn Delegationen der westlichen Gruppe arbeiteten Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Großbritannien aktiv und initiativ mit. Die Japaner, die in fast allen Fragen unsere Meinung teilten, äußerten sich nicht. Die USA verhielten sich sowohl in der Frühjahrs- wie in der Sommersitzung passiv und lustlos. Ihre Delegation gab an, praktisch zu keinem einzigen Punkt eine Weisung zu haben, sondern weiterhin die amerikanischen Vorstellungen zu CD/500 vom 18.4.1984[19] vertreten zu müssen. Diese Technik hat zwar in

16 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

17 Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock") bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

18 Harald Rose.

19 Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs der USA für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

der Tat die Sowjetunion zu vielen Konzessionen veranlaßt, wird aber für den Abschluß der Verhandlungen nicht ausreichen.

Dies gilt vor allem im Hinblick auf die G21 und China, deren Vorstellungen eines multilateralen Ansatzes für die Konvention am weitesten von dem bilateralen Ansatz der Vereinigten Staaten entfernt sind. Aber auch hier ist die Anzahl der aktiv teilnehmenden Delegationen sehr gering. Neben China sind dies nur Indien, gelegentlich Indonesien und Pakistan. Immerhin zählt zu dieser Gruppe auch der Vorsitzende des Ad-hoc-Ausschusses, der schwedische Botschafter Ekéus, der auf eine Lösung zusteuert, die Ost und West, möglicherweise auch die G21, zufriedenstellen könnte.

Es erscheint durchaus möglich, daß die Kernpunkte einer Konvention im nächsten Jahr vereinbart werden können. Die dann notwendige Redaktionsarbeit dürfte nach Einschätzung der Delegation aber noch bis in das Jahr 1989 hinein dauern. Auch dies ist nur zu schaffen, wenn die Amerikaner ihren Widerstand gegen eine Änderung des gegenwärtigen Mandates, das vorerst die Formulierung konkreter Konventionstexte ausdrücklich untersagt, aufgeben. Hierüber müßte Anfang Februar 1988 bei der neuen Mandatsdiskussion beschlossen werden.

Wir sollten uns weiterhin für eine Rotation der Vorsitze einsetzen, d.h. für die Übernahme des Ausschusses im Jahr 1988 durch die sozialistische Gruppe (Polen) und die Übernahme der westlichen Koordinierung durch uns. Damit wären wir dann die „geborenen" Kandidaten für den Vorsitz des Ausschusses 1989.

TOP 5: „Prevention of an Arms Race in Outer Space"[20]

Die Ausschußarbeit stand weiter im Zeichen der Auseinandersetzung über das amerikanische SDI-Forschungsprogramm und willkürlich daraus abgeleiteter „Gefahren für das Überleben der Menschheit". Die sozialistischen und radikaleren unter den Neutralen (insbesondere Indien, Argentinien, Venezuela) versuchten in diesbezüglicher Ausrichtung ihrer Sachbeiträge den Nachweis dafür zu begründen, daß das „Nichtverhandlungsmandat" des Ausschusses diesen davon abhalte, die zur Eindämmung der „Militarisierung des Weltraums" dringlichen Maßnahmen wie z.B. die unverzügliche Aushandlung eines Verbots von ASAT- und anderen „Weltraum-Angriffswaffen" zu treffen. Sie zeigten sich an der mandatskonformen Beratung von Schritten zur Verbesserung des Weltraumrechtsregimes nur insoweit interessiert, als diese zur Begründung ihrer Forderung nach weitergehender Kompetenz des Ausschusses nutzbar gemacht werden konnte. Dabei zeigte sich jedoch, daß der juristische und technische Sach-

20 Botschaftsrat Bolewski, Genf (CD), berichtete am 22. April 1987: „1) Erörterungen im Ad-hoc-Ausschuß zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum beschränken sich derzeit programmgemäß auf die Identifikation von mit der Weltraumrüstung zusammenhängenden Problemen. Die Debatten sind gekennzeichnet von Auseinandersetzungen über die Begriffsinhalte von ‚space strike weapons' und ‚space weapons'. Die Definitionsversuche scheitern jedoch daran, daß sie entweder zu vage ausfallen und alle Einrichtungen umfassen, mit denen Ziele in der Atmosphäre oder im Weltraum bzw. vom Weltraum aus auf der Erde getroffen werden können, oder willkürlich an Kriterien beabsichtigter oder potentieller offensiver Nutzung ausgerichtet werden. Die von den östlichen und N+N-Staaten beherrschten Debatten laufen auf eine konzertierte Verurteilung des amerikanischen Forschungsprogramms zu SDI und dessen direkte oder indirekte Unterstützung durch die westlichen Verbündeten hinaus. 2) Die westlichen Staaten haben in dieser einseitigen Debatte weder ein untereinander abgestimmtes Reaktionsmuster noch ein schlüssiges Konzept für das weitere Vorgehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 903; Referat 220, Bd. 144775.

verstand der in der Konferenz vertretenen Delegationen zur Ausdifferenzierung einvernehmlicher Verhandlungsziele und Aufträge, die dem Beziehungsgeflecht aus politischen, militärstrategischen, technologischen, juristischen und anderen Kriterien Rechnung tragen, keinesfalls ausreicht. So fielen auch die wenig detaillierten sowjetischen Vorschläge für Verbotsnormen und deren Ausgestaltung nur deklaratorisch und bei präziserer Nachfrage oberflächlich aus. Insgesamt kam der Ausschuß nicht über die Wiederholung längst abgehandelter Ideen und Argumente in jeweils anderer Reihenfolge oder Verpackung hinaus. Lediglich einige konstruktive westliche Beiträge wie der Kanadas zur Verifikation von Weltraumvereinbarungen und der Frankreichs zum Definitionskomplex brachten neue Gesichtspunkte in die Debatte, ohne jedoch gestaltenden Einfluß auf die Beratungen insgesamt nehmen zu können.

Im Ergebnis ist es keiner der Gruppen gelungen, ihre Interessen in nachwirkender Weise durchzusetzen. Die Sowjetunion hat trotz der Flut deklaratorischer Vorschläge und teilweise diffamierender Angriffe auf die USA und ihre europäischen Verbündeten (u. a. Vorwurf eines „Euro-SDI") keine Interessenidentität mit den Neutralen herbeiführen und die Öffentlichkeit über das Forum Genf gegen das amerikanische Forschungsprogramm mobilisieren können. Der Westen konnte sich – insbesondere auch durch die Überforderung des italienischen Ausschußvorsitzenden in der Schluß- und Berichtsphase – nicht aus der Position des Angeklagten befreien. Den Neutralen blieb es versagt, das Weltraumthema in praktischer Weise zur Stützung ihrer illusorischen Forderungen nach umfassender Abrüstung unter völliger Vernachlässigung der Sicherheitsbezüge zu instrumentalisieren[21]. Die Debatten spiegelten insgesamt die Diskrepanz zwischen – sachangemessener – bilateraler Verhandlungszuständigkeit und – derzeit äußerst begrenzter – multilateraler Regelungsfähigkeit der Weltraummaterie wider. Für sie zeichnet sich auf überschaubare Zeit in der CD keine Lösung ab.
[22]TOP 6: „Negative Security Assurances" (NSA)[23]

Vermehrtem Druck aus dem Lager der Ungebundenen folgend, „revitalisierte" die Konferenz die wegen Aussichtslosigkeit in den letzten zwei Jahren ausgesetzten Verhandlungen über Garantien der Kernwaffenmächte zum Verzicht auf Anwendung oder Androhung nuklearer Gewalt gegenüber Nicht-Kernwaffenstaaten. Rotationsgemäß fiel dem Westen der Vorsitz des entsprechenden Verhandlungsausschusses zu. Auf Druck der westlichen Partner wurde die undankbare Aufgabe von uns wahrgenommen. Der Ausschuß nahm die konkreten Verhandlungen praktisch erst mit der Sommersitzung auf. Konsultation wie Ausschußberatungen machten schnell deutlich, daß trotz erheblicher Bewegung im die Garantie-

21 Korrigiert aus: „instrumentieren".

22 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1828 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

23 Botschaftsrat Bolewski, Genf (CD), teilte am 24. Juni 1987 mit: „Bisherige Konsultationen mit den Gegenstandskoordinatoren der verschiedenen Gruppen zu N[egative]S[ecurity]A[ssurances] haben ergeben, daß westliche Staaten und China unverändert Auffassung vertreten, daß Thema in allen Ausprägungen ausgeschöpft ist und rüstungskontrollpolitische Entwicklung seit faktischer Beendigung der substantiellen Auseinandersetzung zum Gegenstand im Ad-hoc-Ausschuß nach 1983 keine neue Perspektive für von N+N-Staaten angestrebte Garantie der Kernwaffenstaaten gegenüber Nichtkernwaffenstaaten zum Verzicht auf Anwendung oder Androhung nuklearer Gewalt ihnen gegenüber eröffnet. Sozialistische Staaten, die wie N+N-Staaten auf Wiederbelebung substantieller Ausschußarbeit drängen, sehen darin vorrangig Möglichkeit zur weiteren Ausbreitung ihrer Forderungen u. a. zur Nichtstationierung und zum Nichtersteinsatz von Kernwaffen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1320; Referat 222, Bd. 162103.

frage beeinflussenden rüstungskontrollpolitischen Umfeld (wie z. B. erstmals konkrete Perspektiven nuklearer Abrüstung, gemeinsames Kommuniqué der USA und SU über die Nichtführbarkeit eines Nuklearkrieges[24] etc.) die traditionell am Thema interessierten Staaten wie Pakistan, Indonesien und Nigeria unverändert nicht bereit sind, den Einfluß dieser Entwicklung zu reflektieren und realitätsnahe Gewaltverzichtsgarantien der Kernwaffenstaaten in individueller Form zu akzeptieren. Unter den Kernwaffenstaaten ist unverändert keine Bereitschaft zu erkennen, sich auf eine gleichlautende, rechtlich verbindliche und unkonditionierte Garantieformel festlegen zu lassen. Die sozialistischen Staaten nutzten diese Diskrepanz zur propagandistischen Ausbreitung ihrer Einsatz- und Ersteinsatzverbotsforderungen für nukleare Waffen und hielten die in der Garantiefrage mitbetroffene SU geschickt aus der Schußlinie der neutralen Staaten heraus. Der Beratungsverlauf war entsprechend von vermehrten Attacken auf die westliche Sicherheitsdoktrin gekennzeichnet, die alle diesjährig in TOP 2 und TOP 3 zurückgestellten Angriffsmuster auf die Garantiefrage konzentrierten. In diesem emotionsgeprägten Klima fanden auch Vermittlungsversuche wie der der Niederlande für eine Erklärung des Sicherheitsrates zur Garantiefrage keine Unterstützung. Der Schlußbericht des Ausschusses läßt zwar die Aussicht auf spätere Lösung offen, eine tatsächliche Erledigung des Tagesordnungspunktes ist jedoch nur im Rahmen eines wesentlich fortgeschritteneren umfassenden rüstungskontrollpolitischen Prozesses denkbar.

TOP 7: Radiologische Waffen (RW)[25]

Die Verhandlungen über das Verbot radiologischer Waffen wurden unter dem ungarischen Ausschußvorsitzenden, Botschafter Meiszter, in zwei Kontaktgruppen (Track A: Verbot radiologischer Waffen, und Track B: Verbot militärischer Angriffe auf KTA[26]) durchgeführt. Das Ergebnis der Arbeit faßt lediglich unterschiedliche Meinungen in Form eines Berichts zusammen, der Grundlage weiterer Diskussionen in der folgenden Sitzungsperiode sein könnte. Der Inhalt des Berichts sowie letzte Plenarreden lassen vermuten, daß auch in den folgenden Sitzungsperioden kein gemeinsamer Lösungsansatz gefunden wird.

TOP 8: „Comprehensive Programme of Disarmament (CPD)"

Seit sechs Jahren berät der mit einem Verhandlungsmandat versehene Arbeitsausschuß der Konferenz über das Umfassende Abrüstungsprogramm mit einem jährlich routinemäßig erneuerten Mandat unter dem Vorsitz des seit dieser

24 In der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf hieß es: „The sides, having discussed key security issues, and conscious of the special responsibility of the U.S.S.R. and the U.S. for maintaining peace, have agreed that a nuclear war cannot be won and must never be fought." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 8. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 688. Zum Treffen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

25 Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), informierte am 14. August 1987, am 10. August 1987 seien die diesjährigen Verhandlungen über radiologische Waffen mit der Annahme des Berichts des Ad-hoc-Ausschusses abgeschlossen worden: „Die Arbeit dieser Sitzungsperiode diente der Klärung und dem besseren Verständnis der weiterhin unterschiedlichen Vorstellungen zum weiteren Vorgehen. Der Bericht schlägt vor, zu Beginn der Sitzungsperiode 1988 erneut einen Ad-hoc-Ausschuß zu RW einzurichten. […] Einzelne Delegationen versuchten durch nebensächliche und z. T. unsinnige Anträge einen Fortschritt zu verhindern. Es war dies bei Track A (Verbot radiologischer Waffen) insbesondere Argentinien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1762; Referat 242, Bd. 166013.

26 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Reyels handschriftlich: „Kerntechnische Anlagen."

Zeit ebenfalls perennierenden Vorsitzenden, dem mexikanischen Botschafter García Robles, diese Materie. Wie in der Beschlußempfehlung 41/421 der 41. GV[27] festgelegt, sollte das CPD der 41. Generalversammlung vor dem endgültigen Abschluß ihrer Sitzungsperiode vorgelegt werden. Ähnliche Fristen waren bereits früher gesetzt und ohne viel Aufhebens überschritten worden.

Infolgedessen lief die Arbeit während der Frühjahrssitzungsperiode der CD auch eher routinemäßig an. Keine der regelmäßig teilnehmenden Delegationen zeigte, außer in Beteuerungen, allzu großen Arbeitseifer. Dies änderte sich erst durchgreifend, als zu Beginn der Sommersitzungsperiode die Vertreter der US-Delegation eine grundsätzliche kritische Überprüfung des mit dem Vorjahrestext im Dokument CD/728 vorliegenden Textes ankündigten und kurz darauf umfangreiche Teile als für ihre Delegation nicht annehmbar klammerten. Naturgemäß rief dieses Vorgehen lebhaftesten Widerspruch der Vertreter der G21 und der sozialistischen Gruppe hervor, wobei das Argument häufig benutzt wurde, dieses Vorgehen mache die termingerechte Erfüllung des Auftrags unmöglich. Nachdem die westliche Gruppe zu Beginn dieser neuen Phase noch versucht hatte, die Singularisierung der amerikanischen Delegation durch die Vorlage von gemeinsam vom Westen verantworteten Alternativformulierungsvorschlägen zu vermeiden, sank diese Bereitschaft in dem Maße, in dem die US-Vertreter in Koordinationssitzungen selbst frühere westliche Konsenstexte angriffen. Die westliche Flankenhilfe für die USA beschränkte sich schließlich darauf, gemeinsame Kernvorstellungen der Rüstungskontroll- und Verteidigungspolitik vor Angriffen der anderen Gruppen zu verteidigen. Das nicht mehr im einzelnen abstimmbare Verhalten der Delegationen in häufigen und zeitraubenden Sitzungen ließ die Meinungsunterschiede im westlichen Lager an nicht wenigen Punkten deutlich hervortreten.

Ebenfalls unter dem Zeichen von internen Meinungsverschiedenheiten im westlichen Lager stand die ansonsten geräuschlose deutsch-deutsche Koordination zum Thema „Konventionelle Rüstung“ als Textbestandteil des CPD. Ein von unserer Delegation vor zwei Jahren in die Beratungen eingebrachter Text im Abschnitt Machinery and Procedures, der Aussagen über eine möglichst flexible Verwirklichung der einzelnen vorgesehenen Programmstufen und einen Überprüfungsmechanismus macht, konnte zwar dank der in diesem Fall guten Kooperationsbereitschaft des Vorsitzenden fast integral in dessen Textvorschlag aufgenommen werden, wurde jedoch vom Vertreter der US-Delegation an einzelnen Stellen mit Klammern versehen.[28]

Was das zukünftige Schicksal der CPD betrifft, so verlautete jüngst aus Kreisen der mexikanischen Delegation, daß der Vorsitzende des Ad-hoc-Ausschusses für eine kreative Beratungspause zu plädieren gewillt sei. Der sowjetische Vertreter, hierauf angesprochen, äußerte sich positiv zu diesem Gedanken.

[gez.] Stülpnagel

Referat 222, Bd. 162043

27 Für den Wortlaut des Beschlusses Nr. 41/421 der VN-Generalversammlung vom 4. Dezember 1986 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 313.

28 Vgl. den Abschnitt VI. („Machinery and Procedures“) im Bericht des Ad-hoc-Ausschusses der Genfer Abrüstungskonferenz für das Umfassende Abrüstungsprogramm vom 20. August 1987 (Dokument CD/783); Referat 243 (223), Bd. 162191.

234

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5135/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 25. August 1987, 18.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3589 **Ankunft: 26. August 1987, 00.21 Uhr**

Betr.: INF-Verhandlungen;
hier: Amerikanische Haltung zu Verifikationsfragen

Bezug: DB Nr. 3570 vom 24.8.1987 – Pol 371.76 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

1) Entscheidung der Administration zu Verifikationsfragen wird heute in Washington Post als Rückzug in einem wichtigen Bereich amerikanischer Rüstungskontrollpolitik bezeichnet.[3] Aufgabe der ursprünglich beabsichtigten fortlaufenden Vor-Ort-Inspektion und Einschränkung der Möglichkeit von Verdachtskontrollen wird im wesentlichen auf Widerstand von seiten amerikanischer Nachrichtendienste und europäischer Alliierter gegen die Inspektion sensitiver westlicher militärischer Einrichtungen durch Sowjets zurückgeführt. Möglichkeit der Vereinfachung des Verifikationsregimes aufgrund sowjetischer Annahme der doppelten globalen Null-Lösung[4] wird lediglich als zweitrangiger Grund für Entscheidung der Administration bezeichnet. Artikel hebt hervor, daß Veränderung in amerikanischer Haltung zu einem Zeitpunkt erfolge, in dem Sowjetunion zunehmende Bereitschaft zu Vor-Ort-Inspektionen zeige und „aggressiv" Zugang zu westlichen Einrichtungen fordere, die jeweilige Regierungen schützen wollten. CIA, NSA, FBI sowie das Department of Energy hätten Einschränkungen von Verdachtsinspektionen gefordert; auch GB und wir hätten[5] uns gegen Verdachtsinspektionen durch Sowjets an amerikanischen Einrichtungen ausgesprochen, die sich in der Nähe sicherheitsempfindlicher nationaler Militäreinrichtungen befänden.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 28. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff und das Ministerbüro verfügte.
Hat Sudhoff vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 1. September 1987 vorgelegen.
Hat Elbe am 1. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wie besprochen."

2 Gesandter Paschke, Washington, informierte, in dem von amerikanischer Seite übergebenen Entwurf des Inspektionsprotokolls sei PPM (Perimeter Portal Monitoring) nicht erwähnt: „Man sagte uns, daraus sei bereits das von den beteiligten Ressorts erwartete Ergebnis des noch ausstehenden administrationsinternen Entscheidungsprozesses in dieser Frage ersichtlich. Pentagon habe Nicht-Erwähnung von PPM im Entwurf des Inspektionsprotokolls jedoch nur unter der Bedingung zugestimmt, daß Weisung an Glitman den erwähnten Vorbehalt von gewissen PPM-Maßnahmen je nach dem Verhandlungsergebnis zum Flugtestverbot enthalte." Vgl. VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Vgl. den Artikel „U.S. to Propose Curbs On Missile Inspection"; THE WASHINGTON POST vom 25. August 1987, S. A 1.

4 Zur Annahme einer globalen Null-Lösung bei LRINF und SRINF durch die UdSSR vgl. Dok. 180 und Dok. 217, Anm. 6.

5 Die Wörter „wir hätten" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Stimmt das?"

2) Im State Department ist man über diese Darstellung der Haltung der Administration äußerst unglücklich. Zuständige Referatsleiterin in Politisch-Militärischer Abteilung[6] bezeichnete sie als empörend und potentiell schädigend auch in bezug auf späteres Verfahren der Ratifikation eines INF-Vertrages im Senat. Administration habe stets die Auffassung vertreten, daß im Falle des Wegfalls der verbleibenden hundert GK auf LRINF die überaus komplizierten Verifikationsregeln im INF-Vertrag vereinfacht werden könnten. Dies sei auch einerseits gegenüber den Verbündeten, andererseits gegenüber der SU erklärt worden, was in Genf[7] wiederholt zu sowjetischer Frage geführt habe, welches denn die von amerikanischer Seite angekündigten Vereinfachungen seien. In den Konsultationen mit den Verbündeten sei über die sich abzeichnenden Vereinfachungen im Verifikationsverfahren gesprochen worden. Es sei eine falsche Darstellung dieser Konsultationen, zu behaupten, Briten und wir hätten auf eine Einschränkung der Verdachtskontrollen gedrängt. Briten hätten sich bekanntlich eher für mehr Verdachtskontrollen ausgesprochen.

Über Ursprung der Information in der Washington Post ist man sich im State Department im unklaren. Gesprächspartnerin schloß nicht aus, daß durchaus vorhandene Skeptiker aus dem nachrichtendienstlichen Bereich die Gelegenheit der Entscheidung der Administration zum Anlaß genommen haben, einen politischen Punkt hieraus zu machen.

3) Amerikaner haben heute in Genf ihre Vorschläge von Verifikationsvereinfachungen eingebracht. Wie wir aus dem State Department hören, haben Sowjets die Vorschläge zunächst ohne Kommentar zur Kenntnis genommen. Einzige Frage bezog sich auf Bedeutung des Fortfalls von PPM[8] für START-Verhandlungen, in denen ebenfalls PPM vorgesehen sei. Weitere sowjetische Ausführungen hätten im wesentlichen in einem Katalog sowjetischer Zugeständnisse im bisherigen Verhandlungsverlauf und der Aufforderung, die noch ausstehenden Fragen einschließlich P I a zu lösen, bestanden. Amerikaner nehmen an, daß Sowjets im einzelnen auf Verifikationsfrage in einer der kommenden Arbeitsgruppensitzungen zurückkommen werden.

4) Verifikationsthema war auch Gegenstand heutigen Press-Briefings im State Department. Sprecherin Oakley hob nachdrücklich hervor, daß veränderte amerikanische Vorschläge durch sowjetisches Eingehen auf doppelte globale Null-Lösung ermöglicht worden seien. Es gebe weder Aufweichung noch Rücknahme von amerikanischen Verifikationsvorschlägen. Text des WP-Artikels sowie der Erklärung von Mrs. Oakley werden mit Fernkopie übermittelt.[9]

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11363 (220)

6 Jenonne R. Walker.

7 In Genf fanden die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen statt. Zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 194.

8 Perimeter Portal Monitoring.

9 Für die Fernkopie Nr. 613 der Botschaft in Washington vom 25. August 1987 vgl. Referat 220, Bd. 144771.

235

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5167/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 26. August 1987, 19.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3618 **Ankunft: 27. August 1987, 18.30 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Erklärung des Bundeskanzler zu PIa vom 26.8.1987[2];
hier: Erste amerikanische Reaktionen

Zur Unterrichtung

1) Administration hat in ersten Stellungnahmen vorsichtig positiv auf Erklärung des BK reagiert. Präsident Reagan bemerkte in Ansprache aus anderem Anlaß in Los Angeles[3], Amerikaner hätten stets sowjetische Haltung zu PIa als unbegründet betrachtet. Nun habe BK selbst dieses künstliche Hindernis aus dem Wege geräumt. Es sei zu hoffen, daß Sowjets jetzt beweisen würden, daß hinter der Rhetorik, sie wollten ein stabilisierendes INF-Abkommen, auch Substanz stehe. Mit denselben Worten äußerte sich NSC-Chef Carlucci in Hintergrundgespräch. Erklärung des Weißen Hauses enthält folgende Elemente:

– Starke Unterstützung für die Bekräftigung des Ausschlusses der PIa aus bilateralen US-SU-Verhandlungen[4].
– Entscheidung über PIa sei von Bundesregierung in Konsultation mit den Verbündeten zu treffen.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 28. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie Legationssekretär Haller verfügte und um Ablichtungen für die Referate 201 und 204 bat.
Hat Wagner, Müller, Mülmenstädt und Haller vorgelegen.

2 In seiner Erklärung vor der Bundespressekonferenz legte Bundeskanzler Kohl dar: „Die Genfer INF-Verhandlungen sind jetzt in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Es ist für mich deshalb selbstverständlich, daß die Bundesrepublik alles tun muß, um zu einem Durchbruch in den Verhandlungen beizutragen. Ich will dem amerikanischen Präsidenten helfen, die Genfer Verhandlungen erfolgreich abzuschließen. Wenn in Genf zwischen den USA und der Sowjetunion eine Einigung über die weltweite Beseitigung aller Mittelstreckenflugkörper erreicht wird, wenn insbesondere die noch offenen Verifikationsfragen in einer für alle Betroffenen befriedigenden Weise gelöst werden, wenn dieses INF-Abkommen zwischen den Vertragsparteien ratifiziert und in Kraft getreten ist, und wenn schließlich die Vertragsparteien den vereinbarten Zeitplan für die Beseitigung ihrer Waffensysteme einhalten: Für diesen Fall bin ich bereit, schon heute zu erklären, daß mit der endgültigen Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper die Pershing-Ia-Raketen nicht modernisiert, sondern abgebaut werden. In diesem Zusammenhang fordere ich die Sowjetunion und ihre Partner auf, ihrerseits auf die laufende Modernisierung von Raketen mit einer Reichweite unterhalb von 500 km zu verzichten. Wir erwarten in besonderer Weise die Unterstützung Polens, der DDR und der Tschechoslowakei, die sich gerade in den letzten Wochen über die PIa besorgt geäußert haben, daß sie nun auch unsere Besorgnisse im Hinblick auf die bei ihnen stationierten Scud-B-Raketen, die vor allem das Territorium der Bundesrepublik Deutschland bedrohen, ernst nehmen und diese Bedrohung abbauen.“ Vgl. BULLETIN 1987, S. 682.

3 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vom 26. August 1987 zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 977–982.

4 Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen fanden in Genf statt. Zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 194.

– Verständnis und Unterstützung für die Erklärung hinsichtlich künftiger Behandlung von PIa.
– Erwähnung der vier von BK erwähnten Bedingungen für Nicht-Modernisierung.
– Bekräftigung der im NATO-Kommuniqué von Reykjavik enthaltenen Aussage zu SNF.[5]

2) Aus persönlichen Gesprächen im State Department, Pentagon, bei ACDA und im NSC (bei letzteren beiden anläßlich Besuchs von Oberst i. G. Oldigs, BMVg) hält Botschaft Eindruck gewisser Zurückhaltung gegenüber Erklärung des BK fest. Dabei wird allerdings überall die Absicht der Bundesregierung gewürdigt, mit der Entscheidung die Genfer INF-Verhandlungen zu erleichtern. Zurückhaltung gegenüber der Erklärung wird in folgenden Aussagen deutlich:

– Bundesregierung sei zu der Entscheidung nicht gedrängt worden (zuständige Referatsleiterin in Politisch-Militärischer Abteilung im State Department, Walker).
– Entscheidung sei hier mit gewisser Überraschung aufgenommen worden (Mitarbeiter von Botschafter Rowny).
– Künstliches Hindernis sei weggeräumt worden (zuständige RL im State Department, Sven Kramer im NSC).
– Entscheidung seien keine Konsultationen vorangegangen, sondern Information (Kramer).
– Entscheidung sei hier mit Enttäuschung aufgenommen worden (Sven Kramer), der bemerkte, man habe angenommen, daß Sowjets ihrerseits nachgeben würden.

Kramer wies ferner darauf hin, daß militärisches Problem (Übernahme der PIa-Aufgaben) bestehen bleibe, die Entscheidung eine Präzedenzwirkung auf weitere Kooperationsprogramme haben könne und die Behandlung des Themas in der Allianz noch ausstehe.

– Frage möglicher Verhandlungen über eine Abrüstung von nuklearen Waffen im Bereich zwischen 0 und 500 km Reichweite müsse im Lichte der Bündnisaussagen zu diesem Bereich (Montebello[6], Reykjavik) geprüft werden (Kramer und Walker). Es sei nicht auszuschließen, daß einer westlichen Bitte um sowjetischen Modernisierungsverzicht im Bereich zwischen 0 und 500 km Reichweite eine entsprechende östliche Bitte gegenübergestellt werde (Walker).

3) Aus verschiedenen Äußerungen unserer Gesprächspartner geht hervor, daß Administration Verständnis für die verschiedenen Überlegungen hat, die zu der Erklärung des Bundeskanzlers geführt haben. Dabei wird uns bedeutet, daß auch der innenpolitische Aspekt der Frage hier erkannt wird. Hinsichtlich der Frage der weiteren Behandlung des Kräfteverhältnisses bei den nuklearen

5 Vgl. Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

6 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

Waffen im Bereich zwischen 0 und 500 km Reichweite müssen wir uns auf zunehmend intensive Fragen durch Administration einstellen.

[gez.] Paschke

Anm. von Telko Washington: DB konnte wegen einer Leitungsstörung nicht eher übermittelt werden.

VS-Bd. 11363 (220)

236

Botschafter Stabreit, z.Z. Kapstadt, an Bundesminister Genscher

114-5161/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. August 1987, 14.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 128 **Ankunft: 27. August 1987, 15.39 Uhr**
Citissime nachts

Nur für Herrn Bundesminister[1]

Betr.: Konferenzprojekt Boesak[2]

Soeben wurde ich von Außenminister Botha zu einem Gespräch gebeten. Als ich darauf verweisen mußte, daß ich in einer Stunde nach Windhuk abfliege, rief der Außenminister mich telefonisch zurück.

Beschwörend erklärte er mir folgendes: Die Pläne der Bundesregierung, eine Konferenz von Gruppen der Opposition auszurichten und zu finanzieren[3], würden

1 Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 27. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 31. August 1987 vorgelegen, der Staatssekretär Sudhoff um Rücksprache bat.
Hat Ischinger am 31. August 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Büro StS unterrichtet: 1) BM bittet Bo[tschafter] St[abreit] um ergänz[enden] DB. 2) Boesak-Initiative nicht bei uns." Ferner verfügte Ischinger die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre und vermerkte: „R[ücksprache] erledigt."

2 In der Presse wurde berichtet: „Die Europäische Gemeinschaft erwägt eine neue Südafrika-Initiative. Die Anregung dazu hat Bundesaußenminister Genscher nach einem Gespräch im Juni mit dem südafrikanischen Kirchenführer Boesak gegeben, dem Präsidenten des Reformierten Weltbundes. Unter der Schirmherrschaft der Gemeinschaft sollen außerparlamentarische Gruppen aus Südafrika in Westeuropa zusammenkommen, um diesen Gelegenheit zu geben, sich auf ein Konzept gegenüber der Regierung in Pretoria zu einigen. Damit will man einer weiteren Zersplitterung der südafrikanischen Opposition entgegenwirken. Die EG will bei der Konferenz nur ‚technische Hilfe' geben, nicht aber inhaltlichen Einfluß nehmen. […] Die politischen Direktoren der Außenministerien der Zwölf werden Anfang Oktober den Außenministern Vorschläge zur ‚Boesak-Genscher-Initiative' vorlegen." Vgl. den Artikel „Neue Südafrika-Initiative der EG"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. August 1987, S. 6.

3 Botschaftsrat I. Klasse Nipperdey, Kopenhagen, informierte am 3. August 1987, der dänische Außenminister Ellemann-Jensen habe am 28. Juli 1987 den früheren Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats empfangen. Nach Informationen aus dem dänischen Außenministerium habe Naudé großes Interesse an einer Konferenz von südafrikanischen Oppositionsgruppen in Europa gezeigt: „Ellemann-Jensen betonte europäisches Interesse an Konferenz, die Überwindung des Apartheid-Systems fördern solle. Als Tagungsort brachte er auch Kopenhagen ins Gespräch. Dän[ische] Seite beabsichtigt, Partner bei nächster Afrika-Arbeitsgruppensitzung am 26./27. August in Brüssel zu unterrichten.

die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika auf das schwerste beeinträchtigen und in eine kritische Phase stürzen. Die südafrikanische Regierung könne unter keinen Umständen akzeptieren, daß eine Regierung, mit der sie diplomatische Beziehungen unterhält, ein Treffen von Gruppen ausrichte, die hier zum Teil nicht nur als oppositionell, sondern als verbrecherisch eingestuft würden und verboten seien. Ein solcher Schritt würde unübersehbare Folgen haben. Er wäre im übrigen geeignet, in Südafrika selbst eine Polarisierung herbeizuführen, Reformen zu verzögern und den Konflikt zu verschärfen. Allen Ernstes müsse er darauf hinweisen, daß, fahre die Bundesrepublik mit diesem Plan fort, dies zu einem „break down in communication between the two governments" führen könne.

Es sei ein unerhörter Vorgang, wenn eine Regierung in direkte Beziehungen und Unterstützung mit der Opposition eines anderen Landes eintrete. Es wäre besser, wenn man dann offen miteinander spreche und gleich sage, daß man diese Leute als die Alternative ansehe. Der von der Bundesregierung geplante Schritt sei ein „disaster in the relations between our two people". Er, Außenminister Botha, habe sich stets bemüht, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erträglich zu gestalten. Ein solches Verhalten seitens der Bundesregierung werde ihm ebenso jeglichen Handlungsspielraum nehmen. Die Ausrichtung einer solchen Konferenz stehe im übrigen nicht im Einklang mit der bisherigen deutschen Politik. Außenminister Botha verwies hier insbesondere auf den brieflichen Austausch mit Bundeskanzler Kohl.[4]

Ich habe ihm umgehende Weiterleitung dieser Äußerungen zugesagt. Ich schlage Beteiligung von ChBK[5] vor, da ganz offensichtlich Äußerungen Bothas über Briefwechsel mit Bundeskanzler auf ein Gespräch mit dem Staatspräsidenten[6] zurückgehen, wie ich überhaupt den Eindruck hatte, daß Botha kurz vorher mit dem Staatspräsidenten gesprochen hatte.

Wertung

Anruf des Außenministers bestätigt mich in der Auffassung, daß SA-Regierung zumindest Ausrichtung einer Konferenz von ANC und UDF als außerordentliche

Fortsetzung Fußnote von Seite 1193

Unser Gesprächspartner erinnerte in diesem Zusammenhang an die von d[eu]t[scher] Seite zugesagte Information über unsere ähnlich gerichteten Kontakte mit Dr. Boesak." Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 320, Bd. 156025.

Zum Thema „Treffen südafrikanischer Opposition in Europa (DK und D)" berichtete Botschaftsrat Bußmann, Harare, am 25. August 1987: „Bei Treffen hiesiger EG-Missionschefs am 25.8.87 zeigten sich fast alle Teilnehmer über Gespräch Botschafter Stabreit mit Dr. Boesak unterrichtet und erwarteten von mir weitere Einzelheiten zu unseren Vorstellungen über ein ‚zweites Treffen' in D (statt in Harare). Habe mich weisungsgemäß rezeptiv verhalten und lediglich zu erkennen gegeben, daß ich über vorgenanntes Gespräch informiert bin. Dänischer Botschafter teilte mit, daß sein AM Dr. Boesak am 28.8.87 trifft, um Einzelheiten eines ‚ersten Treffens' (Anfang Oktober in DK?) zu diskutieren. GB und GR gingen fest davon aus, daß ‚zweites Treffen' von uns vorbereitet wird. In Athen habe südafrikanische Regierung schon mit dem Ziel demarchiert, griech[ische] Regierung zu veranlassen, von einer Unterstützung beider Treffen abzusehen. Bemerkungen griech. Botschafters lassen darauf schließen, daß dies auch Haltung seiner Regierung entspricht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 277; Referat 320, Bd. 156006.

4 Mit Schreiben vom 4. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl schilderte Ministerpräsident Botha die innenpolitische Lage in Südafrika und erläuterte ein geplantes Reformprogramm. Kohl legte in seiner Antwort vom 28. November 1985 die Grundsätze der Südafrikapolitik der Bundesregierung dar. Für die Schreiben vgl. Referat 320, Bd. 156009.

5 Wolfgang Schäuble.

6 Pieter Willem Botha.

Herausforderung auffassen würde und dies vermutlich zu einem schweren Temperatursturz in den bilateralen Beziehungen führen wird. Ob der Hinweis Bothas, es würde zu einem Zusammenbruch der „communication" kommen, darüber hinaus die Drohung impliziert, man werde die diplomatischen Beziehungen herabstufen oder gar abbrechen, möchte ich erst nach einer sorgfältigen weiteren Analyse beurteilen. Auf den ersten Blick glaube ich nicht, daß Südafrika so weit gehen würde, da dies nicht in seinem Interesse liegt. Mit Sicherheit wird damit jedoch in Aussicht gestellt, daß die SA-Regierung mit uns den Gesprächskontakt auf politischer und diplomatischer Ebene dann auf das absolute Minimum zu reduzieren beabsichtigt.

Mit einer Ausreisegenehmigung für UDF-Angehörige ist aus hiesiger Sicht nicht zu rechnen.

Ich werde in der nächsten Woche möglicherweise ohnehin Gelegenheit haben, mit Angehörigen des Außenministeriums zu sprechen, und gehe davon aus, daß diese von sich aus Thema ansprechen werden. Falls diese Gespräche neue Erkenntnisse ergeben, werde ich erneut berichten.[7]

[gez.] Stabreit

VS-Bd. 14156 (010)

[7] Botschafter Stabreit, z. Z. Kapstadt, berichtete am 31. August 1987, bei einem Gespräch mit dem südafrikanischen Außenminister Botha am selben Tag sei es zu keiner Sachdiskussion gekommen: „Außenminister Botha sprach im Zustand hoher Erregung und nahezu beschwörend. Ich hatte den Eindruck, daß er (was er ja auch andeutete) seine persönliche Politik in Gefahr sah. Ich vermute deshalb, daß es kurz zuvor eine Diskussion mit dem Präsidenten oder aber im Nationalen Sicherheitsrat gegeben hat. AM Botha muß seine Stellung mehr und mehr angeschlagen sehen […]. Innerhalb des Kabinetts gehört er ohne Zweifel zu denjenigen, die nicht nur in der Reformfrage wesentlich offener sind, sondern auch – bei aller Loyalität in seinen Äußerungen nach außen – wenig von dem Versuch halten dürften, den ANC durch maßlose Angriffe und interne Konfrontationsstrategie als künftigen Gesprächspartner völlig auszuschließen. Botha sieht natürlich als einer der wenigen welterfahrenen Minister in dieser über eine nur sehr verengte Weltsicht verfügenden Führungsgruppe, wohin dies führt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; VS-Bd. 14156 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

237

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rimini

28. August 1987[1]

BM: Im Zusammenhang mit dem Golf-Konflikt[2] habe sich in Tunis[3] eine moderate Linie durchgesetzt. Dies sei zu begrüßen. Es wäre delikat gewesen, wenn bei dem Außenministertreffen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Iran gefordert worden wäre. Die Mehrheit sei gegen diesen Abbruch gewesen, dazu hätten auch Libyen und Oman gehört. Gut sei auch die Fristsetzung gewesen, mit der der iranischen Regierung signalisiert worden sei, die Lösung des Problems nicht auf die lange Bank zu schieben. Die Bundesrepublik sei vom iranischen Öl nicht abhängig. Wir wollten den Konflikt mit einer objektiven und unparteiischen Haltung beenden helfen.

AM: Er habe gehört, daß eine kleine Gruppe iranischer Opfer des Einsatzes von chemischen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland medizinisch versorgt würde. Dies sei wohl auch eine Geste an den Iran.

BM: Es sei richtig, daß mehrere durch C-Waffen-Einsatz verwundete iranische Soldaten an verschiedenen Orten der Bundesrepublik Deutschland behandelt würden.[4] Wir seien schon immer bereit gewesen, Opfer aus militärischen Auseinandersetzungen medizinische Versorgung zu gewähren.

AM: Die letzte Sitzung der WEU[5] sei insgesamt nicht schlecht verlaufen, habe aber als Ergebnis eigentlich nur den Wunsch nach stärkerer Koordinierung

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe am 31. August 1987 gefertigt, der am selben Tag den Umlauf im Ministerbüro verfügte. Ferner maschinenschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht gebilligt."
Hat Ministerialdirigent Jansen und Vortragendem Legationsrat Ischinger am 1. September 1987 vorgelegen.

2 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 232, Anm. 3.

3 Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 23. bis 25. August 1987 vgl. Dok. 232, Anm. 8.

4 Die Botschaft in Teheran berichtete am 19. Juli 1987, im ersten Halbjahr 1987 hätten 36 378 Personen Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik in der Form des Sichtvermerks gestellt. 18 120 Sichtvermerke seien erteilt worden, darunter 775 für Kranke. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 715; Referat 514, Bd. 190597.
Zu den Modalitäten vermerkte die Botschaft in Teheran: „Bei Personen, die zur Krankenbehandlung in die Bundesrepublik Deutschland reisen, ist ein Nachweis über die Krankheit und die Notwendigkeit der Behandlung […] zu erbringen (Genehmigungsschreiben der iranischen Ärztekommission, ärztliches Attest, verbindliche Krankenhausreservierung). Ausreichende Mittel zur Begleichung der Behandlungskosten müssen nachgewiesen werden. Kriegsverletzten mit einem Begleitschreiben der Bonyad-e Shahid (Märtyrerstiftung) wird der Sichtvermerk sofort erteilt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 384 vom 15. April 1987; Referat 514, Bd. 190597.
Referat 514 notierte am 21. Juli 1987: „In mehreren Fällen wurden Sichtvermerke auf Vorschlag des iranischen Außenministeriums oder der Märtyrerstiftung erteilt, die Reisenden blieben jedoch in der Bundesrepublik Deutschland und versuchten, einen Daueraufenthalt zu erreichen. […] Reisende, die sich zur Krankenbehandlung in die Bundesrepublik Deutschland begeben, erhalten vom iranischen Staat unzureichend Devisen. Hunderttausende DM unbezahlter Behandlungskosten stehen gegenwärtig aus." Vgl. Referat 514, Bd. 190597.

5 Am 27./28. April 1987 fand in Luxemburg die WEU-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 17.

erbracht. Es wäre besser gewesen, wenn sich Frankreich und Großbritannien vorher mit uns wegen ihrer Rolle im Golf-Gebiet abgestimmt hätten. Alle wollten Europa, aber wenn es darauf ankomme, ginge jeder seinen eigenen nationalen Weg.

Italien habe die PIa-Erklärung des Bundeskanzlers[6] sehr geschätzt. Darin sei ein entscheidender Schritt in Richtung auf den Abschluß eines Abkommens getan worden. Man müsse alle Probleme – einschließlich des Konflikts zwischen Iran und Irak – in den Zusammenhang der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen stellen.

BM: Die PIa-Entscheidung sei zeitlich überfällig, sachlich richtig, in Zusammenhang mit unserem Rüstungskontrollkonzept logisch, aber innenpolitisch schwierig gewesen. Das PIa-Problem habe sich zu einer Gefahr für das Treffen Shultz/Schewardnadse[7] entwickelt. Damit wäre eine schwere Verantwortung auf uns zugekommen. Es habe klare Fingerzeige der USA gegeben, daß die Verantwortung für den weiteren Prozeß bei uns liegen würde. In dieser Situation sei es notwendig gewesen, den Amerikanern zu helfen. Die Sowjetunion müsse sich jetzt beeilen, um zu einer Einigung mit den Amerikanern zu kommen.

AM: Er frage sich, ob eine Unterzeichnung noch in diesem Jahr möglich sei.

BM: Dies sei zu bejahen. Im wesentlichen gebe es nur noch die Probleme der Verifikation, Modalitäten der Beseitigung und die Frage des Zeitraums der Vernichtung zu lösen. Diese Punkte müßten Inhalt der Gespräche zwischen Außenminister Schewardnadse und Außenminister Shultz werden. Vieles spreche für einen Gipfel im Oktober. Zum einen brauchten die USA ausreichend Zeit für das Ratifikationsverfahren, zum anderen könnten die Sowjets den 80. Jahrestag der Oktoberrevolution mit einem großen außenpolitischen Erfolg feiern. Dies sei um so wichtiger, als die Reformen Gorbatschows auf absehbare Zeit keine innenpolitischen Wirkungen zeitigen würden.

AM: Er wolle noch einmal das Thema WEU, insbesondere die Plattform für die europäische Sicherheit[8], ansprechen. Er sei besorgt über die weitere Entwicklung im Hinblick auf ein autonomes europäisches Sicherheitssystem. Hier gebe es unterschiedliche Auffassungen. Frankreich denke vorrangig daran, eine Art

6 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

7 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

8 Zur Ausarbeitung eines WEU-Berichts zur Sicherheit Europas vgl. Dok. 187, Anm. 12.
Vortragender Legationsrat von Arnim übermittelte der Botschaft in London am 11. September 1987 einen Katalog an Aussagen, welche die Bundesrepublik in den Bericht einbringen wolle: „Die Ergänzung der europäischen Integrationspolitik durch eine konkrete sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der WEU folgt aus dem Ziel, eine Europäische Union zu schaffen. Sie ist von aktuellen Entwicklungen der Bedrohung unabhängig. […] Die gegenwärtige Entwicklung der West-Ost-Beziehungen bietet Aussichten auf beachtliche Verbesserungen, falls sich die neue sowjetische Führung tatsächlich bereit findet, die Politik andauernder, das für ihre Verteidigung notwendige Maß weit übersteigender Rüstungsanstrengungen zu beenden. Die MS der WEU sind entschlossen, alle sich ergebenden Chancen zu nutzen. […] Die MS der WEU werden eine Streitkräftestruktur erhalten und entwickeln, die zusammen mit den Verbündeten in der Allianz aus ausgewogenen nuklearen und konventionellen Streitkräften besteht, um die Sicherheit Europas durch glaubwürdige Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten. Die MS der WEU sind bereit, die nuklearen Streitkräfte quantitativ und qualitativ auf das zu diesem Zweck erforderliche Mindestmaß zu beschränken.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 7026; VS-Bd. 11922 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

Segen für seine nukleare Streitmacht zu erhalten. Es sei problematisch, die Dinge jetzt zu beschleunigen.

BM: Es handele sich insgesamt um eine sehr komplexe Zielsetzung. Dazu gehörten auch die Fragen der künftigen konventionellen Struktur. Dies sei ungleich komplizierter als im nuklearen Bereich. Für Lösungen brauchten wir genügend Zeit. Zur Sicherheit in Europa gehöre nicht nur die Verteidigung, sondern auch die Abrüstung. Sie sei ein integraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. Es zeichne sich gegenwärtig keine Entwicklung ab, bei der man etwas über das Knie brechen müsse. Daher sei eine künstliche Verzögerung nicht angezeigt.

AM: Es gebe ein gewisses Dilemma mit den Vereinigten Staaten. Einerseits hätten wir ein Interesse an der Herausbildung einer europäischen Sicherheitspolitik, andererseits dürften wir nicht die ermutigen, die ohnehin die Präsenz der Amerikaner in Europa abbauen wollten. Die WEU-Gruppe sollte an der Plattform der europäischen Sicherheitspolitik weiterarbeiten.

BM: Er sei nicht vollständig gewesen. Auch die atomaren Systeme kürzerer Reichweiten seien ein Problem. Insoweit seien wir mit Italien zusammen ein Frontstaat. Insbesondere sei die Scud-B ein Problem. Wenn wir über Sicherheit sprächen, wünschten wir auch Übereinstimmung in diesen Fragen. Er wolle feststellen, daß Deutschland und Italien in demselben Boot säßen.

AM: Er sei interessiert zu erfahren, wie der BM die Entwicklung in der Kandidaturfrage bei der UNESCO einschätze.[9]

BM: Er bedauere, daß der Westen keinen gemeinsamen Kandidaten gefunden habe. Er beabsichtige, sich in New York[10] um diese Frage intensiv zu kümmern. Er halte den uruguayischen Außenminister Iglesias für einen guten Mann, ebenso aber auch den Kandidaten Pakistans[11]. Es sei eine Illusion zu glauben, daß ein Europäer für das Amt des Generalsekretärs in Betracht kommen könne. Wer das wolle, könne gleich für M'Bow stimmen. Er habe erfahren, daß Iglesias inzwischen seine Bereitschaft zur Kandidatur erklärt habe. Iglesias weise eine Reihe von Vorzügen auf. Er habe bereits wichtige Funktionen im Bereich der Vereinten Nationen wahrgenommen[12]. Er könne insbesondere mit der Unterstützung der USA rechnen. Die USA vertrauten Iglesias. Über eine Kandidatur könnten die USA in die UNESCO zurückkommen.[13] Bei einer Wahl von M'Bow hätten wir unter Umständen Schwierigkeiten mit unserer weiteren Mitgliedschaft in der UNESCO.

AM: Er glaube, daß es leichter sei, Iglesias weiterbringen zu können, da die Inder bereits Bedenken gegen den pakistanischen Kandidaten angemeldet hätten.

BM: Das sei ihm klar gewesen.

9 Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 171, Anm. 58.

10 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu seinen politischen Gesprächen am Rande der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 263, Dok. 264, Dok. 267 und Dok. 268.

11 Kandidat Pakistans für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war Außenminister Yaqub Ali Khan.

12 Korrigiert aus: „Vereinten wahrgenommen".

13 Die USA traten mit Wirkung vom 1. Januar 1985 aus der UNESCO aus.

AM: Es sei wohl erforderlich im Rahmen des Ministerrats der EG, den portugiesischen Kollegen[14] zu bewegen, auf seine Kandidatur zu verzichten.

Er wolle jetzt das Thema FAO ansprechen.[15]

BM: Er würde es vorziehen, diese Frage bei anderer Gelegenheit zu erörtern, da er den letzten Stand in dieser Frage nicht kenne.

Er sei an einer Beurteilung der Entwicklung des Nahost-Konfliktes, vor allem aber der Aussichten einer Friedenskonferenz[16], interessiert.

AM: Der heikelste Punkt sei der Libanon. Die Amtszeit Gemayels nähere sich dem Ende. Es seien Tendenzen erkennbar, Absprachen zu einer Verfassungsänderung treffen zu wollen. Die fortwährende Präsenz der Palästinenser sei ein großes Problem. Schließlich gebe es komplizierte Beziehungen zwischen Sunniten, Schiiten, Katholiken, Maroniten und Armeniern. Auch die Präsenz kleiner Gruppen von Iranern – im Zusammenhang mit der Hisbollah – schaffe Schwierigkeiten. Was die Friedenskonferenz selbst angehe, so seien alle dafür, aber niemand schlage konkrete Schritte vor. Die Konferenz könne eigentlich nur stattfinden, wenn man eine Marschrichtung erkenne. Sei Israel z. B. bereit, Gebiete aufzugeben?

BM: Die Erklärung von Venedig[17] erweise sich noch immer als das vernünftigste Dokument.

AM: Leider werde dieses Scharnier nicht akzeptiert. Nach der Sitzung von Algier[18] scheinen sich die Palästinenser eher ruhig verhalten zu wollen. Arafat sei in Tripoli gewesen, er habe aber keine genauen Informationen.

BM: Er wolle noch einmal auf das West-Ost-Problem zu sprechen kommen. Seine Prognose sei, daß es zu einem INF-Abkommen kommen werde. Damit seien die Probleme der Abrüstung aber nicht erledigt. Man müsse das sich ergebende Momentum nutzen. Ein Abkommen zur Ächtung chemischer Waffen sei reif zum Abschluß. In diesem Bereich müßten verstärkt Anstrengungen unternommen werden. Im Zusammenhang mit der konventionellen Rüstungskontrolle sei eine aktive Rolle des Westens erforderlich. Wir brauchten eine klare Position im Interesse der Sache, aber auch, um nicht der Sowjetunion die Tribüne zu überlassen. Schließlich müsse eine Verständigung über nukleare Flugkörper mit einer Reichweite von weniger als 500 km herbeigeführt werden.

Der sowjetische Außenminister werde im November in die Bundesrepublik Deutschland kommen.[19] Eine erhebliche Bedeutung habe auch der Besuch Honeckers.[20] Dies sei ein wichtiger Besuch, der aber auch Risiken enthalte.

14 Kandidat Portugals für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war der frühere Außenminister Sá Machado.

15 Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der FAO vgl. Dok. 171, Anm. 57.

16 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

17 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

18 Zur Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 20. bis 25. April 1987 in Algier vgl. Dok. 199, Anm. 5.

19 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die Bundesrepublik vom 17. bis 19. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

20 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

Die DDR habe viel im Vorfeld des Besuches getan. Gegenwärtig kämen eine Million Menschen zu Besuchsreisen, die jünger als 65 Jahre seien. Dazu kämen noch 1,5 Millionen Rentner hinzu. Dies seien 2,5 Millionen von einer Gesamtbevölkerung von 17 Millionen. Das seien 15% der Gesamtbevölkerung. Wenn man diese Zahl auf die Sowjetunion übertragen würde, müßten 40 Millionen Sowjets nach Europa kommen. Dieser Vergleich verdeutliche die Dimension der Reisezahlen. Die DDR habe außerdem in Aussicht gestellt, eine Amnestie zu verkünden und die Todesstrafe abzuschaffen.[21] Wichtige Austauschfälle seien geregelt worden. Dies habe insbesondere für den Fall der Ärztin Dr. Schumann gegolten, die im Mittelpunkt einer langjährigen Diskussion gestanden habe.[22] Honecker bemühe sich, für den Besuch ein günstiges Klima zu schaffen. Man könne feststellen, daß der Besuch sich schon gelohnt habe, bevor er überhaupt stattgefunden habe. Eine Politik, die einerseits an klaren Forderungen festhalte, andererseits Zusammenarbeit anbiete, helfe den Menschen mehr als eine Politik der starken Worte.

AM: Wie sei die Entwicklung bei den strategischen Waffen zu beurteilen?

BM: Er wünsche sich Fortschritte. Er glaube jedoch nicht, daß Reagan dazu noch in der Lage sei. Wegen des Zusammenhangs START–Weltraum werde es einem Nachfolger Reagans leichter fallen, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen. Reagan habe sich zu sehr für SDI eingesetzt.

Referat 010, Bd. 178903

21 Zum Erlaß einer Amnestie und zur Abschaffung der Todesstrafe in der DDR am 17. Juli 1987 vgl. Dok. 217, Anm. 19 und 20.

22 Zum Haftfall Schumann vgl. AAPD 1983, I, Dok. 141, Anm. 26.
In der Presse wurde berichtet: „Die in der DDR wegen Spionage zu 15 Jahren Haft verurteilte Ärztin Christa-Karin Schumann, die freizubekommen Bonn sich seit Jahren bemühte, ist am Mittwochnachmittag am Grenzübergang Herleshausen in die Bundesrepublik gekommen. Dies wurde in Regierungskreisen bestätigt. Am Grenzübergang fand ein Häftlingsaustausch statt, den der Anwalt Vogel aus der DDR und der Staatssekretär des innerdeutschen Ministeriums, Rehlinger, vereinbart hatten. Insgesamt wurden fünf Personen ausgetauscht, drei reisten aus der Bundesrepublik in die DDR, darunter der frühere Mitarbeiter des Konzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Manfred Rotsch. Er war wegen Spionage zu einer Freiheitsstrafe von achteinhalb Jahren verurteilt worden. […] Hiesige Angehörige hatten das Schicksal der Ärztin bekanntgemacht, deren Bekannter, der ostdeutsche Konteradmiral Baumann, von einem DDR-Militärgericht zum Tode verurteilt und erschossen worden war.“ Vgl. den Artikel „Häftlingsaustausch am Grenzübergang Herleshausen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. August 1987, S. 1.

238

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-9-311.00 **28. August 1987**[1]

Betr.: Colonia Dignidad[2];
hier: Gespräch mit Amnesty International am 28.8.1987

1) Teilnehmer

Amnesty International: Generalsekretärin Frau Erler; Herr Rövekamp, für Chile zuständiger Mitarbeiter.

Auswärtiges Amt: RL 012[3]; stv. RL 330, Herr Schlichting; Herr von Voß, Referat 511; LR I Böhm.

2) Die Vertreter von Amnesty International trugen zunächst die auch dem Auswärtigen Amt weitgehend bekannten Tatsachen über die Situation in der Colonia Dignidad vor.

Darüber hinaus legten sie dar, daß in der Vergangenheit aus unserer Botschaft in Chile Unterlagen, Dokumente, Zeugenaussagen an chilenische Regierungsstellen weitergegeben sein sollten.[4] Aus ihren Ausführungen sprach insgesamt Mißtrauen gegenüber der Botschaft. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes haben in einem klärenden Gespräch versucht, Amnesty International dieses Mißtrauen zu nehmen und die Vorgänge, die Anlaß des Mißtrauens waren, soweit wie möglich zu erklären.

Nach einer eingehenden Erörterung und Bewertung der Situation in der Colonia Dignidad kamen beide Seiten zu dem Schluß, daß sie im Grunde in dieselbe Richtung arbeiteten: Aufklärung des Sachverhaltes und Hilfe für diejenigen, die gegen ihren Willen in der Colonia Dignidad festgehalten werden.

Beide Seiten vereinbarten, dabei eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Ein erster Schritt sollte sein, so viel Material wie möglich über die Colonia Dignidad zusammenzutragen. Amnesty International versprach, über ihre Kontakte in Chile weitere Zeugenaussagen und Dokumente zu beschaffen, die über die Botschaft dem Auswärtigen Amt zugeleitet werden könnten. Wir haben Amnesty International die Kooperationsbereitschaft des Amtes erklärt und zugesichert, daß alles getan werde, um mögliche Zeugen innerhalb und außerhalb zu schützen.

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 31. August 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister."
Hat Bundesminister Genscher am 15. September 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn StS S[udhoff] mit der Bitte um Vorschlag für die dringend notwendige Unterstützung. 2) W[ieder]V[orlage] 18.9."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 15. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „z[ur] Vorlage b[ei] StS S" verfügte.

2 Zur Colonia Dignidad und zum Rechtshilfeersuchen vom Januar 1985 vgl. Dok. 270.

3 Gunter Pleuger.

4 So in der Vorlage.

3) Weiteres operatives Vorgehen

Die Botschaft Santiago sollte angewiesen werden, verstärkte Bemühungen um Aufklärung über Colonia Dignidad zu unternehmen, bei der chilenischen Regierung erneut zu demarchieren, um das vor zwei Jahren gestellte Rechtshilfeersuchen endlich zu erledigen und auch die Zusammenarbeit mit den dortigen Stellen und Vertrauensleuten von Amnesty International für die weitere Aufklärung in dieser Sache zu nutzen.

Da auch nach dem Bericht der Botschaft Santiago Akten aus der Botschaft herausgelangt sind, ohne daß die Botschaft dafür eine Erklärung hat[5], sollte dieser Vorgang mit allem Nachdruck untersucht werden. Bei den Methoden und Arbeitsweisen der Colonia ist nicht auszuschließen, daß Akten möglicherweise auch durch Bestechung oder Erpressung aus der Botschaft herausgelangt sind. Wir müssen uns insbesondere vor dem Vorwurf einer Kollusion zwischen der Botschaft und der Colonia Dignidad oder gar einer Kollusion mit dem Regime Pinochet schützen.[6]

Schon nach den jetzt vorhandenen – noch relativ spärlichen – Informationen zeichnet sich ab, daß die Affäre Colonia Dignidad erheblichen innen- und außenpolitischen Sprengstoff enthält. Wenn auch nur ein Teil der in den bisher vorliegenden Zeugenaussagen geschilderten Menschenrechtsverletzungen und sonstigen Straftaten zutrifft, so ist dies ein Skandal, der – einmal an die Öffentlichkeit gebracht – eine erregte Diskussion auszulösen vermag. Das Auswärtige Amt wird dann gefragt werden, was es zur Verhinderung, Aufklärung und Beseitigung dieser Zustände getan hat. Es ist deshalb notwendig, mit allem Nachdruck ein Dossier zusammenzustellen, mit dem wir notfalls auch massiven politischen Druck auf die chilenische Regierung zur Aufklärung dieses Falles ausüben können.

gez. Pleuger

Referat 010, Bd. 178920

5 Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, informierte am 10. März 1987, die Leitung der Colonia Dignidad habe sich der Durchführung eines konsularischen Sprechtags am 18. Februar 1987 auf ihrem Gelände widersetzt: „Das Absageschreiben wurde etwa zur gleichen Stunde in der Botschaft abgegeben, in der die entsandten drei Botschaftsmitglieder vor verschlossenem Tor standen. […] Die Botschaft hat nach der Flucht der Ehepaare Packmor und Baar und in Kenntnis derer Berichte ab März 1985 das Verhältnis zur CD grundsätzlich überprüft und insbesondere die Abwicklung konsularischer Angelegenheiten versachlicht. Dazu zählte u. a.: Ausstellung von Reisepässen nur bei persönlicher Vorsprache; individuelle Zustellung von Bescheiden statt kollektiver Übergabe an lokale CD-Vertreter; eingehende Prüfung aller ein- und ausgehenden Formulare, Bescheide etc.“ Es sei aufschlußreich, „daß die CD versucht hat – und dies offenbar nicht ohne Erfolg –, Einblick in die Berichterstattung der Botschaft zu erlangen. Wir können nicht ausschließen, daß auch andere als der im CD-Schreiben vom 12.2.1987 auszugsweise zitierte Botschaftsbericht Nr. 154/86 vom 11.2.1986 an Referat 512 (Rechtshilfeersuchen LG Bonn) sich in CD-Händen befinden. Wie CD daran gekommen ist, ist hier zunächst unerklärlich.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 223; Referat 010, Bd. 178920.

6 Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am 20. August 1987, der Journalist Gemballa habe Gespräche mit Botschaftsangehörigen geführt: „Von Anfang an fiel auf, daß er ausgezeichnet informiert war.“ Er habe „botschaftsinterne Einzelheiten“ erwähnt: „Auf die Feststellung des PR-Referenten, er sei ja vorzüglich informiert, erwiderte Gemballa, er habe seine Vertrauensleute im AA, die ihm Einsicht in die Akten ab 1985 verschafft hätten. Es gäbe im AA wichtige Personen, die ein Interesse hätten, daß der Fall CD auch auf diese Weise aufgegriffen würde.“ Weiter berichtete Kullak-Ublick: „Gemballa hat nach eigenen Angaben vor seinem Abflug Botschafter a. D. Strätling interviewt. Dem bisher in der deutschen Presse immer wieder offen oder unterschwellig erhobenen Vorwurf enger Zusammenarbeit zwischen Botschaft und CD ist nie energisch widersprochen worden. Ich bin nachhaltig der Auffassung, daß auch vor einer deutschen Fernsehkamera klargestellt werden sollte, daß diese Botschaft seit Jahren keine Beziehungen zur CD hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 299; VS-Bd. 13661 (330); B 150, Aktenkopien 1987.

239

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Morr

201-360.92 FRA-1134/87 geheim **28. August 1987**[1]

(Mit Kanzleramt und BMVg abgestimmt.)

Betr.: Deutsch-französisches Gespräch über sicherheitspolitische Zusammenarbeit am Donnerstag, den 27. August 1987, in Paris (Elysée-Palast)[2]

Teilnehmer auf französischer Seite: Herr Attali, Herr Védrine, General Fleury.

Teilnehmer auf deutscher Seite: MD Teltschik, Bundeskanzleramt; MD Dr. Freiherr von Richthofen, Auswärtiges Amt; Generalmajor Hüttel, BMVg; Oberst Scheffer, Bundeskanzleramt; Oberstleutnant Simon, BMVg – FüSIII1; LR I Dr. v. Morr, Auswärtiges Amt.

Herr Attali begrüßt die deutschen Gäste und weist auf Vertraulichkeit der Besprechungen hin. Bislang seien alle Verhandlungen geheim geblieben, so solle es auch bleiben. In Frankreich seien außer dem Präsidenten[3] nur die jeweils zuständigen Minister informiert worden. Daran sollte nichts geändert werden.

Die deutsche Seite habe beim letzten Gespräch[4] Vorschläge gemacht, auf die aufgrund mittlerweile geführter Gespräche positiv reagiert werden könne. Die französische Reaktion schließe jedoch nicht aus, daß der Bundeskanzler und der Präsident selbst Abänderungen vornähmen. Der deutsche Vorschlag, der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit einen Rahmen zu geben, sei ein guter Weg. Der Präsident sei jedoch der Ansicht, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit in ihrer weiteren Intensivierung nicht nur das militärische Gebiet umfassen solle. Wichtig sei auch das wirtschaftliche Gebiet, insbesondere um noch mehr Eindruck in der Öffentlichkeit hervorzurufen. Der Präsident denke an eine Intensivierung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, finanziellen und monetären Bereich.[5]

Bei der Besprechung am heutigen Tage wolle man sich auf den von deutscher Seite vorgeschlagenen Verteidigungsrat konzentrieren. Die deutsche Seite habe vorgeschlagen, daß dieser auf drei Ebenen errichtet werden sollte, der der

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 28. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 29. August 1987 vorgelegen, der für Staatssekretär Sudhoff handschriftlich vermerkte: „1) D2 hätte sich deutlich zur wi[rtschafts]- und währungspolitischen Zusammenarbeit äußern sollen. Es gibt dazu deutliche Aussagen von mir. 2) Ich bitte um weiterführende Vorschläge und Sicherstellung der Koordinierung mit Abt[eilung] 4. 3) W[ieder]V[orlage] 2.9. 16.00."
Hat Sudhoff vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 1. September 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 14. September 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."

2 Zum Gespräch am 27. August 1987 vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 28. August 1987; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

3 François Mitterrand.

4 Zu den deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 24. Juli 1987 vgl. Dok. 223.

5 Zu den französischen Vorschlägen für wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit vgl. Dok. 241.

Regierungschefs, der Außen- und Verteidigungsminister und schließlich eines gemeinsamen Stabs. Treffen der Außen- und Verteidigungsminister zu sicherheitspolitischen Fragen gebe es bereits. Für die französische Seite komme es darauf an, daß ein derartiger Rat nicht schwerfällig werden dürfte. Man habe in Frankreich schon einen Verteidigungsrat, der jedoch ohne Stab arbeite und dem nur ein Sekretariat zur Verfügung stehe. Man würde es vorziehen, den von D anvisierten Stab Sekretariat zu nennen.

Wenn man die Errichtung eines gemeinsamen Rates – oder wie immer man auch die Institution nennen wolle – bei der nächsten Begegnung Bundeskanzler/Präsident ins Auge fasse, müsse man hinsichtlich der Aufgaben dieser Einrichtung vorsichtig und präzise zugleich sein. Dies sei schon wichtig wegen der Verbündeten. Nach französischer Vorstellung könnte der Rat folgende Aufgaben haben:

1) Festlegung politischer Richtlinien für den Einsatz der Streitkräfte dort, wo beide Länder gemeinsame Erfahrungen gesammelt haben oder gemeinsame Operationen auf ihrem Hoheitsgebiet durchführen.

2) Fragen der Konsultation zum eventuellen Einsatz taktischer Atomwaffen in der Folge des Beschlusses vom 28. Februar 1986[6].

3) Organisation der deutsch-französischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich mit dem Ziel eines Erfahrungsaustauschs.

4) Zusammenarbeit im Rüstungsbereich.

5) Entscheidung über Organisation und Einsatz zur deutsch-französischen Brigade[7].

6) Harmonisierung der Positionen bei Abrüstungsverhandlungen.

Hinsichtlich der vorgesehenen Aufgaben könne man feststellen, daß es zahlreiche Überschneidungen mit den deutschen Vorschlägen gebe.

Insgesamt wolle man die deutsch-französische Zusammenarbeit irreversibel gestalten. Wolle man sich nur auf die militärische Zusammenarbeit beschränken, sei das für die französische Seite unvollständig. Deswegen der Vorschlag, als Pendant zum gemeinsamen Verteidigungsrat die Errichtung eines gemeinsamen Rates für wirtschaftliche und monetäre Fragen. Dieser sollte aus den Wirtschafts- und Finanzministern sowie den Notenbankpräsidenten bestehen, auch ihm sollte ein eigenes Sekretariat beigegeben werden. Dieser Rat solle die Aufgabe haben, die wirtschaftspolitischen Ziele zu harmonisieren, bestehende Hemmnisse abzubauen, die Zusammenarbeit im monetären Bereich zu verstärken, vor allem beispielsweise den ECU zu stärken. Wolle man noch ambitiöser sein, könne man auch sagen, daß der Rat die gemeinsame Stabilität fördern und die Märkte überwachen solle. Der französische Gegenvorschlag der Errichtung eines Rats für Wirtschafts- und monetäre Fragen bedeute allerdings nicht, daß man die Idee des Verteidigungsrates für weniger wichtig, also für untergeordnet halte.

6 Für den Wortlaut der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik“ zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den Konsultationen vgl. AAPD 1986, I, Dok. 61.

7 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

Der Präsident wolle ein zukunftsweisendes Konzept für das kommende Jahrzehnt, und dazu gehöre die Wirtschaftspolitik.

MD Teltschik äußerte sich sehr erfreut über die grundsätzlich positive französische Antwort. Gesamtpolitisch komme den deutsch-französischen Beziehungen eine Schlüsselrolle zu. Sowohl Bundeskanzler wie Präsident seien der Meinung, daß sich das Schicksal beider Länder immer enger verknüpfe, daß es eine Schicksalsgemeinschaft gebe. Deswegen befinde man sich auf historischem Weg. Ihm sei es eine Genugtuung, persönlich dabei mitwirken zu dürfen. Auch in Deutschland blieben alle Gespräche vertraulich. Nur die Ressortminister seien unterrichtet. Auf alle Fälle müsse die Vertraulichkeit bis zur Begegnung Bundeskanzler/Präsident bei der Übung „Kecker Spatz" am 24. September 1987[8] eingehalten werden. Es sei Aufgabe von Kanzler und Präsident, mit dem Vorhaben an die Öffentlichkeit zu treten.

Heute könne man sich überlegen, ob man soweit komme, eine gemeinsame Erklärung für diese Begegnung vorzubereiten. Die Ausweitung der Zusammenarbeit auf andere Bereiche werde auch von D uneingeschränkt unterstützt. Auch in wirtschafts- und finanzpolitischer Zusammenarbeit sei eine Intensivierung der deutsch-französischen Kooperation Modell für eine europäische Einigung. Auch bei D bestehe Bereitschaft zu wirtschafts- und finanzpolitischer Zusammenarbeit, jedoch könne man am heutigen Tage noch nicht detailliert Stellung nehmen. Er teile aber die Auffassung, daß die nur militärische Zusammenarbeit nicht attraktiv genug sei. Komme es zur Errichtung von Räten sowohl im Verteidigungs- wie im Wirtschafts- und Finanzbereich, müsse jedoch dafür gesorgt werden, daß nicht ein Bereich durch den anderen verlangsamt werde. Komme man in dem einen Bereich schneller voran, so müsse dort auch vorangeschritten werden. Zum Verteidigungsrat: Dieser dürfe nicht schwerfällig sein. Die Bezeichnung „Sekretariat" sei akzeptabel. Es dürfe keine riesige Bürokratie entstehen, der politische Wille müsse aber symbolisiert werden. Der Verteidigungsrat – oder wie die Einrichtung auch genannt werden solle – solle öffentlich angekündigt werden. Die Ankündigung müsse auch Aufgaben und Ziele beschreiben.

MD v. Richthofen äußert Befriedigung darüber, daß es schon im zweiten Gespräch möglich sei, derart konstruktiv aufeinander zuzugehen. Zu unterstreichen sei, daß man keine schwerfällige Bürokratie schaffen wolle, sondern bisher vorhandene Strukturen unter ein Dach stellen. Wenn man von einem gemeinsamen Stab spreche, meine man ein Sekretariat, das u. U. in der Nähe der Grenze angesiedelt werden könne. Hier sei man aber flexibel.

Auf die bestehende Zusammenarbeit der Außen- und Verteidigungsminister sowie die der bestehenden Ausschüsse und Arbeitsgruppen könne in diesem Rahmen nicht verzichtet werden.

General Hüttel stimmt Ausführungen von MD v. Richthofen zu Strukturen zu und unterstreicht, daß sich das, was man bereits habe, bewährt habe. Es komme auf Bewahrung des Bewährten an. Wichtig sei aber, daß ein Arbeitselement sich kontinuierlich auf die gemeinsame Arbeit konzentrieren könne. Aus persönlicher

[8] Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz", die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

Sicht könne er der Ergänzung der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit durch einen zweiten Bereich nur zustimmen.

Attali weist darauf hin, daß Präsident für Erörterung deutscher Vorschläge grünes Licht gegeben habe. Man müsse jedoch im Auge behalten, daß bei einer Vergrößerung des Gremiums, das sich mit der Frage befasse, Gefahr bestehe, daß es zu mehr Einwänden komme. Die zu lösenden Aufgaben seien nicht einfach, Meinungsverschiedenheiten im Detail könnten auch die grundsätzliche Einigung gefährden. Was die gemeinsame Erklärung beim „Kecken Spatz" anlange, so sei es nötig, vor diesem Termin noch ein detailliertes Gespräch zu führen, bei dem die Erklärung formuliert werden könne.

MD Teltschik: Dieses sei auch die deutsche Ansicht. Zu denken sei an eine Grundsatzerklärung, die noch keine Details zu beinhalten brauche. Dieses könnte man sich für den 50. Gipfel[9] aufheben. Andererseits seien im nächsten Frühjahr in Frankreich Wahlen[10], je näher dieser Termin rücke, desto schwieriger werde es für die französische Seite. Deswegen habe man nicht unbegrenzt Zeit.

Attali stimmt dem ausdrücklich zu. Was die gemeinsame Erklärung anlange, so sei wichtig, daß nichts angekündigt werden dürfte, was später nicht realisiert würde. Deswegen müsse man sich erst über Aufgaben klar werden, da sonst die Gefahr bestehe, daß der deutsch-französische Verteidigungsrat in der öffentlichen Diskussion zerredet würde.

Was die deutschen Vorschläge zu den Aufgaben des Rates angehe, so habe man mit den letzten beiden Punkten (Entscheidungen über die gemeinsame Brigade und Steuerung der Zusammenarbeit) keine Probleme. Probleme habe man jedoch mit den beiden ersten Paragraphen: Zu Abrüstungsfragen sei es besser, von Harmonisierung zu sprechen als von Erarbeitung einer gemeinsamen Position. Besondere Probleme habe F aber mit dem ersten Paragraphen und dort mit der Formulierung „Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption[11] mit dem Ziel, das für die Sicherheit Europas notwendige ausgewogene Potential nuklearer und konventioneller Streitkräfte mit den übrigen Bündnispartnern zu gewährleisten". Hier solle man besser sprechen von „Politischen Richtlinien für den Rahmen des Einsatzes militärischer Kräfte". Die Formulierung in diesem Bereich müsse absolut unmißverständlich sein.

MD Teltschik weist hinsichtlich französischen Formulierungsvorschlages „Politische Richtlinien" auf deutsches Interesse an abgestimmter gemeinsamer Streitkräftekonzeption hin und unterstreicht dazu Mitterrands Worte von der deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft. Wichtig sei Betonung ausgewogenen Verhältnisses nuklearer und konventioneller Kräfte. Demgegenüber sei „Politische Richtlinien" undeutlich.

Attali unterstreicht Notwendigkeit, daß Hinweis auf nukleare Waffen an anderer Stelle untergebracht werden müsse. In öffentlicher Erklärung zu Aufgaben des

9 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

10 In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

11 Die Wörter „Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] Elysée-Vertrag!"

Rates von Nuklearwaffen zu reden, sei zumindest mißverständlich und komme nicht in Betracht. Es dürfe in französischer Öffentlichkeit nicht Eindruck entstehen, daß Modernisierung französischer Nuklearwaffen einem Abkommen mit Deutschland unterworfen sei. Gegen Hinweis auf Notwendigkeit Ausgewogenheit konventioneller und nuklearer Mittel an anderer Stelle – beispielsweise in einer Präambel – bestünden keine Bedenken.

MD Teltschik erklärt, daß es sich um ein Mißverständnis handele. Deutscher Seite komme es auf folgendes an:

– Arbeit an Bedrohungsanalyse.
– Übereinstimmung zu finden, welche Bedingungen für die Verteidigung Europas erforderlich sind (ausgewogenes Verhältnis nuklearer und konventioneller Mittel).
– Hinweis auf Formulierung, daß keine Verteidigung ohne Zusammenarbeit mit den USA möglich sei. Schließlich schließe deutsches Verständnis von Sicherheitspolitik sowohl militärische wie politische Komponente ein.

Zu französischen Bedenken, daß Rolle französischer Nuklearkräfte festgeschrieben werden könne: Damit bestünden keine Probleme, man wolle nicht den Finger auf den Auslöseknopf französischer Nuklearwaffen legen.

General Fleury weist darauf hin, daß man sich möglicherweise mißverstanden habe.

General Hüttel macht klar, daß das, was D vorschwebt, Schaffung einer Basis zum gemeinsamen Verständnis der Sicherheitslage Europas beinhalte.

Attali schlägt vor, von „Gegenüberstellung der Analysen europäischer Sicherheit und Ausarbeitung gemeinsamer Ansatzpunkte“ zu sprechen.

MD Teltschik übergibt französischer Seite die deutsche Punktation in französischer Sprache und weist darauf hin, daß Formulierung „Gegenüberstellung“ sehr blaß klinge. Vielleicht könne man sich auf Abstimmung einigen.

Attali schlägt vor „Annäherung oder Abstimmung europäischer Sicherheitsanalyse“.

MD Teltschik und Attali einigen sich gemeinsam auf Formulierung für ersten Absatz:

„Abstimmung der Analyse der Lage europäischer Sicherheit mit dem Ziel, soweit wie möglich eine Konvergenz der Schlußfolgerungen, die jeder für die europäische Sicherheit daraus zieht, zu erreichen.“[12]

MD Teltschik schlägt vor, Hinweis auf Ausgewogenheit nuklearen und konventionellen Potentials in eine Präambel aufzunehmen.

Attali stimmt dem zu.

Védrine weist noch einmal darauf hin, daß es sich bei diesem Teil um den Auftrag für den Rat handele. Es sei falsch, hier die gesamte Philosophie hineinzusetzen.

Attali einverstanden, den von D vorgeschlagenen Gedanken in Einleitung bzw. Präambel aufzunehmen.

12 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Zu wenig, s[iehe] Elysée-Vertrag.“

Beide Delegationen einigen sich für die drei anderen Paragraphen der Aufgaben auf folgende Formulierung:

– Steuerung und Vertiefung der bereits bestehenden Zusammenarbeit auf den Gebieten der Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik und Forschung, Entwicklung sowie Produktion von Wehrmaterial,
– auf dieser Grundlage Abstimmung der Positionen im Bereich Abrüstung und Rüstungskontrolle,
– Grundsatzentscheidungen zu Organisation und Einsatz gemischter Truppenteile.

MD Teltschik schlägt vor, daß im Sinne des gemeinsam Besprochenen beide Seiten einen Entwurf für eine Präambel machen und diesen der anderen Seite vor dem nächsten Treffen zuleiten, damit über die Präambel gemeinsam gesprochen werden könne. In dieser Präambel soll auch ein Hinweis auf den Freundschaftsvertrag[13] und die Beschlüsse vom Februar 1986 enthalten sein.

Attali zur Struktur des Rates: Hinweis, daß man lieber ein Sekretariat als einen Stab sehe.

Teltschik stimmt dem zu. Es solle ein permanentes Sekretariat sein, seine Struktur solle dem des bisherigen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung entsprechen. Zusätzlich schlage er vor: wechselnder Vorsitz, Rotation der Mitarbeiter.

Attali: Man soll sich nicht wieder in Diskussion um Nebensächlichkeiten hineinmanövrieren lassen. Es stelle sich die Frage, ob es nützlich sei, in der gemeinsamen Erklärung in Ingolstadt darüber zu sprechen. Eine paritätische Organisation des Sekretariats könne festgehalten werden.

Teltschik: Es sei wichtig, die Worte „permanentes Sekretariat" hinzuzufügen sowie Hinweis auf paritätische Besetzung und wechselnden Vorsitz.

Attali: Vorsitz (Présidence) bedeute Macht, das geht nicht. Die Errichtung einer Art deutsch-französischen Generalstabs komme hier nicht in Frage.

General Hüttel weist auf Notwendigkeit eines geordneten administrativen Ablaufes hin; es müsse eine ordnende Hand da sein, die Organisation und Ablauf überwache.

MD v. Richthofen: Sekretariat der EPZ könne Modell sein, dieses habe auch keine exekutiven Befugnisse. Auch dort gelte das Rotationsprinzip. Eine gewisse Hierarchie müsse erkennbar sein.

Attali: Wenn man in dem Sekretariat nur zu zweit sei, brauche man keinen Chef. Von einem Leiter dürfe man nicht sprechen. Es sei wichtig, keine falschen Akzente zu setzen.

Teltschik schlägt vor, die Struktur jetzt nicht zu vertiefen und diese Frage der Entscheidung der beiden Regierungschefs zu überlassen.

Gemeinsame Brigade

General Hüttel weist auf Frage von M. Attali darauf hin, daß nächster Termin der Arbeitsgruppe „Militärische Zusammenarbeit" 5. Oktober 1987 sei. Attali meint, daß es sich um einen sehr späten Termin zur Erörterung von Einzelheiten handele.

13 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

General Hüttel fragt, ob F-Seite mit deutschen Vorstellungen zur gemeinsamen Truppeneinheit (Stationierung in Rheinnähe, Auftrag zunächst Schutz der Rheinübergänge) einverstanden sei.

General Fleury: Ja, aber Einzelheiten müßten noch besprochen werden. Dieses gelte insbesondere für spätere, weiter nach vorn geschobene Einsatzplanung. Im übrigen müsse das Projekt für andere Verbündete, insbesondere die USA, akzeptabel sein.

Video-Verbindung Kanzleramt–Elysée

Attali weist auf Notwendigkeit hin, Video-Anlage endlich in Betrieb zu setzen. Diese Angelegenheit komme einem Begräbnis ohne Beisetzungsfeierlichkeit gleich. Es gebe eine politische Entscheidung, eine derartige Anlage einzurichten.

Oberst Scheffer weist darauf hin, daß sich Experten geeinigt hätten, zunächst Telefax- und Teletyp-Einrichtungen zu installieren bzw. zu verbessern. Aufbau einer Video-Anlage sei aber immer noch auf der Tagesordnung.

Attali unterstreicht Notwendigkeit, die Video-Anlage so schnell wie möglich einzurichten.

Wirtschaftsfragen

Attali kommt auf seinen Vorschlag zur Errichtung eines Wirtschaftsrats zurück. Auch in diesem Bereich müsse man wie mit der Brigade mit einem konkreten Schritt anfangen. Die Umwandlung des ECU in eine im Alltag verwendbare Währung sei eine Möglichkeit. Wie im militärischen Bereich komme es darauf an, eine permanente Einrichtung zwischen den Finanzministerien und Zentralbanken zu schaffen. Auch hier könne man auf bereits Bestehendes zurückgreifen und brauche es nur zu institutionalisieren. Die deutsche Nuklearwaffe sei die D-Mark!

MD Teltschik erklärt, über französischen Vorschlag nicht überrascht zu sein. Hierzu müßten Gespräche mit den Experten geführt werden. Er wisse, daß das Auswärtige Amt einen derartigen Vorschlag begrüßen würde. Der Bundeskanzler sei gewiß bereit, auch diese Fragen zu erörtern. Wie bei der Brigade sei es wichtig, zunächst einen ersten Schritt zu tun. Was könne der erste Schritt im Wirtschaftsbereich sein? Mit Währungsfragen zu beginnen, sei ein Fehler, zuerst müsse die Wirtschaft harmonisiert werden.

MD v. Richthofen weist darauf hin, daß Harmonisierung im Bereich der Währung erst letzthin im EG-Rahmen erörtert worden sei.

Attali weist noch einmal darauf hin, daß man mit dem ECU beginnen könne als erstem Schritt. U.U. käme auch eine kleine gemeinsame Steuer in Betracht. Langfristiges Ziel sei die Errichtung einer gemeinsamen Zentralbank.

MD Teltschik fragt nach regelmäßigen Treffen der Finanzminister. Er sprach sich gegen eine gemeinsame Steuer als ersten Schritt aus.

Attali: Derartige Treffen finden während der Gipfelbegegnungen statt, aber sonst nicht regelmäßig. Eine Idee könne es sein, eine gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Zentralbanken zu errichten.

MD Teltschik fragt nach konkreten französischen Vorschlägen.

Attali erklärt, diese jetzt noch nicht vorlegen zu können, man habe zunächst nur bei deutscher Seite sondieren wollen.

MD v. Richthofen weist auf Notwendigkeit hin, mit einem zugkräftigen Symbol zu beginnen.

Nächste Sitzung wurde festgelegt für den 17. September 1987, 14.00 h, im Bundeskanzleramt.[14]

v. Morr

VS-Bd. 12087 (201)

240

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-330.24 **1. September 1987**[1]

Über Herrn Dg 21[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister

Betr.: Gemeinsames Grundsatzpapier von SPD und SED, „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“

Anlg.: 3[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Ein gemeinsames Grundsatzpapier mit dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ haben SPD und SED am 27.8.1987 gleichzeitig in Bonn und Berlin (Ost) veröffentlicht (Anlage 1[5]). Das Papier ist das Ergebnis dreijähriger Gespräche zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. An seiner Vorstellung in Bonn[6] nahm neben SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler, der für

14 Die nächsten deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen fanden am 23. September 1987 statt. Vgl. dazu Dok. 273.

1 Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Geyer konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 5. September 1987 vorgelegen, der für Lambach handschriftlich vermerkte: „Bitte B[e]spr[echung] (Übersetzung in den zwischenstaatl[ichen] Bereich).“
Hat Lambach am 16. September 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

2 Dieter Kastrup.

3 Jürgen Sudhoff.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5, 6 und 12.

5 Vgl. VORSTAND DER SPD (Hrsg.), Politik, Informationsdienst der SPD, Nr. 3 (August 1987); Referat 210, Bd. 145175. Für den Wortlaut des Grundsatzpapiers vgl. auch TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 171–181.

6 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Presseerklärung siehe Anlage 2.“
Für die Presseerklärung des Mitglieds im SPD-Präsidium, Eppler, vom 27. August 1987 vgl. Referat 210, Bd. 145175.
Zur Pressekonferenz am 27. August 1987 in Bonn vgl. den Artikel „Eppler: Kein Manifest der Verbrüderung zwischen SPD und SED“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. August 1987, S. 1 f.

die SPD die Gespräche geleitet hatte, Professor Rolf Reißig, Leiter des Instituts für wissenschaftlichen Kommunismus an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, teil, an der Pressekonferenz in Berlin (Ost) neben Professor Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Dr. Thomas Meyer, Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung[7]. Der Text ist im vollen Wortlaut im „Neuen Deutschland“[8] und im „Vorwärts“ vom 29.8.1987[9] veröffentlicht worden. Am 1.9. wird er Gegenstand einer Diskussion im Ersten Fernsehprogramm der DDR sein, an der Erhard Eppler teilnehmen wird.[10]

Das Papier ist in sechs Kapitel gegliedert, in denen, ausgehend von einer Analyse der aktuellen weltgeschichtlichen Situation, die Notwendigkeit für einen friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme unterstrichen sowie Rahmenbedingungen und Grundregeln für eine „Kultur des politischen Streites“ dargestellt werden.

In den einleitenden Kapiteln enthält es eine einseitige Festlegung auf das friedenspolitische Konzept des Warschauer Paktes. Die folgenden Kapitel tragen indessen Kompromißcharakter mit deutlichen Zugeständnissen auch seitens der DDR. Widersprüchlichkeiten im Text selbst sowie relativierende Äußerungen anläßlich seiner Veröffentlichung lassen es angeraten erscheinen, seine Bedeutung für eine etwaige Öffnung der politischen Diskussion in der DDR selbst nicht überzubewerten.

2) Im einzelnen

2.1) Kapitel I, „Friedenssicherung durch gemeinsame Sicherheit“, ist im wesentlichen eine Zusammenfassung der Aussagen, wie sie seitens des Warschauer Paktes seit dem 27. Parteitag der KPdSU[11] unter den Stichworten „Neues Denken“ und „Neues Internationales Sicherheitssystem“, aber auch von der Sozialistischen Internationale (Palme-Kommission) propagiert werden.

Auffällig – in seiner Tragweite indessen nicht abschließend zu beurteilen – ist ein Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes als eines der notwendigen Bestandteile für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa.

7 Zur Pressekonferenz am 27. August 1987 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Dokument ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‘ der Öffentlichkeit vorgelegt“; NEUES DEUTSCHLAND vom 28. August 1987, S. 1f. Vgl. ferner den Artikel „Reinhold: Meinung über Imperialismus nicht geändert“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. August 1987, S. 2.

8 Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 28. August 1987, S. 3.

9 Korrigiert aus: „28.8.1987“.
Vgl. VORWÄRTS, Nr. 35 vom 29. August 1987, S. 31–34.

10 In der Presse wurde berichtet: „Das DDR-Fernsehen hat jetzt erstmals ein Gespräch zwischen west- und ostdeutschen Politikern ausgestrahlt, und dies auch noch live ohne Schnitt. Am Dienstagabend stellten […] je zwei führende Partei-Theoretiker der SPD und der SED in einer Dreiviertelstunden-Sendung zur besten Sendezeit das in der vorigen Woche schon in gemeinsamen Pressekonferenzen in Bonn und Ostberlin veröffentlichte gemeinsame Dokument ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‘ vor. […] Übereinstimmend hoben die vier Teilnehmer das gemeinsame Sicherheitsinteresse der westdeutschen Sozialdemokraten und der ostdeutschen Kommunisten angesichts von Weltproblemen wie der Friedensbedrohung, der Umweltzerstörung, der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sowie von Hunger und Krankheit in der Dritten Welt hervor. Zugleich unterstrichen sie, ihre weiterhin widerstreitenden Ideologien müßten sich in einem friedlichen, die Friedenssicherung noch fördernden Wettstreit auseinandersetzen. Der ideologische und politische Wettbewerb zwischen Ost und West dürfe die staatlichen Beziehungen nicht beeinträchtigen.“ Vgl. den Artikel „Gemeinsames Sicherheitsinteresse betont“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. September 1987, S. 8.

11 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

2.2) Kapitel II, „Friedlicher Wettbewerb der Gesellschaftssysteme", betont, daß die Beziehungen zwischen den Systemen „vor allem auch durch entgegengesetzte Interessen charakterisiert" werden, spricht sich aber dafür aus, die Auseinandersetzung „einzig und allein in der Form des friedlichen Wettbewerbs und also gewaltfrei" zu führen. Hervorgehoben wird, daß sich Wettstreit und Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Systeme nicht ausschließen. Die Menschenrechte werden in ihrer wechselseitigen Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Rechten angesprochen.

2.3) In Kapitel III, „Notwendigkeit einer Kultur des politischen Streits und des Dialogs", wird einerseits auf das historisch konfliktreiche Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus eingegangen, andererseits aber Übereinstimmung darüber festgestellt, daß „Friede in unserer Zeit nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart und organisiert werden kann", und sich daraus „neue Gemeinsamkeiten im Ringen um den Frieden" ergäben. Betont wird, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten „dem humanistischen Erbe Europas verpflichtet" fühlten.

Als einer der Gründe, der den Streit zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten verschärft habe, wird ausdrücklich die Tatsache genannt – und nachfolgend an Beispielen „Demokratie", „Menschenrechte" und „Pluralismus" illustriert –, daß beide oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbänden. Der Streit über diese Grundpositionen wird ausdrücklich nicht für gegenstandslos erklärt („es wäre niemandem damit gedient, wenn Gegensätze verwischt werden"); es wird jedoch dafür plädiert, ihn zum „Teil eines produktiven Wettbewerbs der Systeme" werden zu lassen, der „so ausgetragen wird, daß Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidungen des jeweils anderen beachten, keine Feindbilder aufbauen, die Motive der anderen Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerren und ihre Repräsentanten nicht diffamieren".

Im Schlußabsatz dieses Kapitels sprechen sich die Sozialdemokraten, „die den Verfassungskonsens der westlichen Demokratie mittragen", dafür aus, daß auch „andere politische Kräfte sich in ähnlicher Weise am kontroversen Dialog der Systeme beteiligen".

2.4) Kapitel IV, „Ansätze für eine Kultur des politischen Streits", äußert sich zu Form und Inhalt der Auseinandersetzung:

- Beide Seiten müßten sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müßten.
- Keine Seite dürfe der anderen die Existenzberechtigung absprechen.
- Die Hoffnung beider Seiten sei darauf gerichtet, daß beide Systeme reformfähig seien und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärke.
- Beide Systeme müßten sich gegenseitig für friedensfähig halten.
- Beide Systeme müßten zu verhindern suchen, daß sie vom jeweils anderen so wahrgenommen würden, als seien sie auf Expansion angelegt.

Hieraus wird das Erfordernis für die Entwicklung einer Kultur des Streits und des kontroversen Dialogs über Verträge, Abmachungen und Institutionen hinaus abgeleitet, in der Kooperation, Wettbewerb und Konflikt gleich akzeptierte Formen des Umgangs miteinander werden müßten.

2.5) Im Kapitel V werden als „Grundlagen einer Kultur des politischen Streits“ formuliert:

– Beide Gesellschaftssysteme müßten einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen,
– Kritik und Kooperation dürften einander nicht ausschließen.
– Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen im anderen System sollte auf nachprüfbaren Tatsachen beruhen.
– Erforderlich sei eine realistische und differenzierte Analyse statt der Propagierung pauschaler Feindbilder und der Erweckung von Bedrohungsängsten.

Einschränkend wird indessen zu den Grenzen der ideologischen Auseinandersetzung ausgeführt:

„Die ideologische Auseinandersetzung ist so zu führen, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleibt. Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten‘ der anderen Seite zurückgewiesen werden. Jedenfalls gilt auch hier das Prinzip der souveränen Gleichheit, daß keine Seite praktisch in Anspruch nehmen darf, was sie der anderen nicht zubilligt.“

Zu den Grundregeln werden ferner die Möglichkeit einer offenen Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihrer Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile innerhalb jedes Systems und die umfassende Informiertheit der Bürger in Ost und West (einschließlich die Erleichterung der Verbreitung von periodisch und nicht-periodisch erscheinenden Zeitungen) sowie Besuche und Gegenbesuche, Teilnahme an Seminaren, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Veranstaltungen über Systemgrenzen hinweg gezählt.

2.6) In Kapitel VI, „Neues Denken, neues Handeln“, werden die Leitgedanken einer gemeinsamen Politik der Friedenssicherung knapp zusammengefaßt, wobei die Notwendigkeit betont wird, auf Versuche zu verzichten, „sich unmittelbar in die praktische Politik in anderen Staaten einzumischen“.

3) Das Grundsatzpapier enthält in seinen einleitenden Kapiteln eine einseitige Festlegung auf das friedenspolitische Konzept des Warschauer Paktes. Nicht befriedigen kann insbesondere die völlige Trennung der Frage der Sicherheit von den Menschenrechten sowie deren Einengung auf die „wechselseitige Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Rechten“ nach östlichem Sprachgebrauch.

In den folgenden Kapiteln trägt das Papier hingegen, von den offen dargelegten Differenzen in Grundsatzfragen abgesehen, deutlichen Kompromißcharakter mit zum Teil widersprüchlichen Resultaten (z. B. Ausführungen zur Abgrenzung des zulässigen ideologischen Streits von der Einmischung in die inneren Angelegenheiten). Bemerkenswerte Zugeständnisse seitens der DDR sind insbesondere die Aussagen zum „friedlichen Wettbewerb“ und zur „Friedensfähigkeit“ der Systeme unter Verzicht auf das herkömmliche ideologische „Kampfvokabular“ (Klassenkampf, Imperialismus). Allerdings führte Professor Reinhold auf der Pressekonferenz in Berlin (Ost) einschränkend hierzu aus, daß dies nicht heiße, „daß die Marxisten-Leninisten ihre Meinung über den Imperialismus geändert hätten und sich jetzt davon leiten ließen, der Imperialismus habe sein Wesen geändert“. Auch andere relativierende Äußerungen der DDR-Seite anläßlich der

Vorstellung des Papiers lassen es angeraten erscheinen, seine Bedeutung als etwaige Berufungsgrundlage für eine offenere Diskussion des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus und systemkritischer Fragen in der DDR nicht überzubewerten. Dennoch wird seine Veröffentlichung und Erörterung in den DDR-Medien auf großes Interesse der dortigen Öffentlichkeit stoßen.

In der öffentlichen Diskussion bei uns, die inzwischen bereits wieder nachgelassen hat, überwiegt hingegen der Eindruck der Zwiespältigkeit. Hauptkritikpunkt – auch aus den Reihen der SPD selbst – ist dabei weniger der Inhalt des Papiers als die Tatsache seines Zustandekommens (Anlage 3[12]), obwohl es sich nach den Worten von SPD-Präsidiumsmitglied Eppler ausdrücklich um kein „Manifest der Verbrüderung" handelt.

Hinsichtlich der vorgeschlagenen Form des politischen Umgangs miteinander enthält das Papier eine Reihe begrüßenswerter – wenn auch nicht gänzlich neuer – Aspekte. Es bleibt abzuwarten, in welcher Weise die dort niedergelegten Grundsätze in der politischen Auseinandersetzung Anwendung finden werden.

gez. Lambach

Referat 210, Bd. 145175

12 In einer Presseerklärung vom 27. August 1987 legte CDU-Generalsekretär Geißler dar, die SPD verwische durch ihre Gespräche mit der SED den „fundamentalen Unterschied zwischen Freiheit und Diktatur. Wer die Unterschiede nicht zur Kenntnis nimmt, kommt zu falschen Analysen und infolgedessen auch zu falschen politischen Entscheidungen. […] Die SPD setzt die Linie fort, die sie mit ihrer Nebenaußenpolitik begonnen und mit ihrem Irseer Programmentwurf fortgesetzt hat. Im Irseer Entwurf wurde der Marxismus für die Sozialdemokraten wieder akzeptabel, nachdem er im Godesberger Programm nicht mehr zu finden war." Vgl. Referat 210, Bd. 145175.

241

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

Dg 20/201-360.92 FRA-1139/87 geheim **2. September 1987**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: Französischer Anschlußvorschlag für wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit

Bezug: Weisung BM vom 29. August 1987[3]

Anlg.: 1) Aufzeichnung über deutsch-französische Gespräche vom 28.8.1987 – D 2/201-360.92 FRA-1135/87 geheim[4]
(nebst Anlage – D 2/201-360.92 FRA-1134/87 geheim[5])
2) Vorlage vom 8. Januar 1987 – Dg 20/201-360.92 FRA-11/87 geheim[6]– nur bei 1. Ausfertigung

Zur Vorlage der Abteilung 4[7] wird aus hiesiger Sicht auf folgendes hingewiesen:

1) Der französische Anschlußvorschlag hat uns nicht überrascht (vgl. Anlage Ziffer 2[8]). Wir hatten damit gerechnet, daß unser Vorschlag zur Institutionalisierung

1 Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. September 1987 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 13. September 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. September 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 15. September 1987 vorgelegen.
Hat Ploetz am 15. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Referat 201 verfügte.

3 Für die Weisung des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 239, Anm. 1.

4 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen faßte das deutsch-französische Gespräch über sicherheitspolitische Zusammenarbeit am 27. August 1987 in Paris zusammen und vermerkte: „Das Gespräch soll am 17. September d. J. in Bonn im gleichen vertraulichen Kreis fortgesetzt werden. MD Teltschik sagte bis dahin eine Antwort auf den französischen Vorschlag des Wirtschafts- und Währungsrats zu. Er wird unverzüglich bei ihm bekannten Mitgliedern des Zentralbankrats sondieren und eine interministerielle Arbeitsgruppe aus Bundeskanzleramt, Auswärtigem Amt, BMVg, BMWi, BMF und Bundesbank mit der Frage befassen. Vor dem 17. September soll auch ein Ministergespräch zur Wirtschafts- und Währungsproblematik unter Vorsitz BK und Teilnahme des Präsidenten der Bundesbank stattfinden. Bei einem positiven Ergebnis und einer Einigung mit F könnte am 17. September Entwurf einer gemeinsamen Erklärung ausgearbeitet werden, die Bundeskanzler und Präsident bei ihrer Begegnung anläßlich der Übung ‚Kecker Spatz' am 24. September vorliegen, von ihnen erörtert und ggfs. öffentlich abgegeben werden könnte. Diese Erklärung könnte zunächst eher allgemeinen Inhalts sein, während die Verabschiedung detaillierter Beschlüsse dem 50. deutsch-französischen Gipfel am 12./13. November 1987 vorbehalten bliebe, die anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages am 22. Januar 1988 umgesetzt werden könnten." Vgl. VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Dok. 239.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vgl. Dok. 4.

7 Für Auszüge vgl. Anm. 8.

8 Dem Vorgang beigefügt. In der Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 2. September 1987 wurde dargelegt: „Eine weitere Intensivierung der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit würde wegen unterschiedlicher Interessenlagen und Ausgangsdaten nicht einfach sein. Wenn beide Seiten nicht zu ehrgeizig sind und der politische Wille da ist, dürften die absehbaren Probleme aber lösbar

und Konkretisierung der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit – und damit einer Einschränkung der Autonomie in diesem Bereich – von Frankreich mit der Gegenforderung beantwortet werden würde, die sicherheitspolitischen Beziehungen im Gesamtzusammenhang der Beziehungen zu sehen, insbesondere einer Konkretisierung und Institutionalisierung der wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit zuzustimmen.

Attali hat dies am 27. August 1987 auf die Formel gebracht: „Die deutsche Nuklearwaffe ist die D-Mark."

2) Die Haltung des Auswärtigen Amtes zu diesen Fragen hat der Bundesminister in seiner Rede unter den EG-Botschaftern am 24. März 1987[9] öffentlich verdeutlicht. Wir haben sie in allen anschließenden Beratungen sowohl innerhalb der Bundesregierung wie auch bei deutsch-französischen Gesprächen mit Nachdruck vertreten. Das Bundeskanzleramt (Ebene Teltschik) teilt unsere Lageanalyse und unser auf dieser Grundlage entwickeltes Konzept für die nächsten Schritte im deutsch-französischen Verhältnis. In den die jetzigen vertraulichen Kontakte vorbereitenden Gesprächen ist dies sehr deutlich geworden.

Aus taktischen Gründen haben wir uns bewußt darauf beschränkt, in diese Gespräche zunächst nur den deutschen Vorschlag für die Konkretisierung und Institutionalisierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit einzubringen. Diesen haben wir inhaltlich – angesichts zu erwartender und durch den bisherigen Verlauf der Gespräche bestätigter französischer Zurückhaltung – maximalistisch gestaltet, um – auch nach gewissen Zugeständnissen – noch immer substantielle Fortschritte durchsetzen zu können.

Indem wir Frankreich die Initiative[10] im Bereich Wirtschafts- und Währungspolitik überließen, ist die Ausgangsposition ausgewogen: Jede Seite ist in einem zentralen Bereich Demandeur. Diese Konstellation weist gewisse Gemeinsamkeiten mit derjenigen auf, die seinerzeit beim Schuman-Plan[11] so wesentlich für seinen Erfolg war.

3) Es ist wichtig, daß Frankreich – der Ankündigung Attalis gemäß – zunächst einen eigenen Vorschlag für einen Rat für Wirtschafts-, Finanz- und Währungsfragen einbringt.

Attali hat es mit seiner Formulierung leichter als wir, weil er die grundsätzlich positive Haltung der Bundesregierung bereits kennt: Bei den Beratungen am 27. August 1987 hat Teltschik sie deutlich gemacht, er hat ausdrücklich darauf

Fortsetzung Fußnote von Seite 1215

sein. […] Insbesondere haben sich die französischen wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen in letzter Zeit den unseren stark angenähert. Im Vordergrund stehen auch in Paris Marktwirtschaft, Stabilität, Wachstum und Strukturanpassung. […] Im übrigen zeigen aber die französischen Vorschläge und Initiativen der letzten Monate und Jahre – auch die zur Schaffung eines Wirtschaftsrats –, daß der französische Interessenschwerpunkt eindeutig im Währungsbereich liegt. Offensichtliches Ziel zahlreicher französischer EWS-Vorschläge ist es z. B., den französischen Franc mit Hilfe der DM aus seiner ‚Zweitklassigkeit' herauszuführen." Eine engere deutsch-französische Kooperation dürfe „nicht mit einem Stabilitätsverlust der DM verbunden sein. Dies wäre innenpolitisch nicht durchsetzbar." Vgl. VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genschers anläßlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BULLETIN 1987, S. 243 f.

10 Die Wörter „Frankreich die Initiative" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist doch wohl nur die formale Initiative?!"

11 Zum Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 vgl. Dok. 4, Anm. 28.

hingewiesen, „daß das Auswärtige Amt einen derartigen Vorschlag begrüßen würde und daß der Bundeskanzler gewiß bereit sei, auch diese Fragen zu erörtern“. Es war innerhalb der deutschen Delegation abgesprochen, daß Teltschik diese positive Grundhaltung verdeutlicht. Aus Sicht des AA ging es auch darum, das Bundeskanzleramt insofern für die nunmehr erforderlichen internen deutschen Beratungen voll in die Pflicht zu nehmen. D2[12] hat ergänzend zu den Ausführungen Teltschiks die Haltung des AA und besonders BMs verdeutlicht.

Zum weiteren Vorgehen:

a) Zur Substanz

Wir sollten intern unsere Vorstellungen zu dem von französischer Seite vorgeschlagenen Rat, seinen Aufgaben und seiner Struktur entsprechend dem Muster, das wir für den Verteidigungsrat entwickelt haben, klären.

Kernfragen sind:

– Aufgaben und Befugnisse des Rates,

– Struktur,

– Konkretisierung des ersten Schrittes (was soll die „gemischte Brigade“[13] sein?).

b) Zum Verfahren

Der Vorschlag der Abteilung 4, zunächst ein kurzes Konzeptpapier zwischen BK-Amt und AA zu entwickeln, ist richtig. Auch wenn wir kein Junktim zwischen der Entwicklung im Sicherheits- und im Wirtschaftsbereich herstellen wollen, ist eine Synchronisierung inhaltlich und zeitlich zwingend notwendig. Für diese Synchronisierung ist Abteilung 2 verantwortlich. In Absprache mit dem BK-Amt wird sie sich deshalb an allen Arbeiten beteiligen.

Die Einsetzung einer förmlichen interministeriellen Arbeitsgruppe steht unter Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskanzlers, das gleiche gilt für die Behandlung des Themas bei einem Ministergespräch unter Vorsitz BK und Teilnahme des Präsidenten der Bundesbank[14].

Es ist wichtig, daß der Bundesminister im Sinne seiner Rede vor den EG-Botschaftern dem Bundeskanzler nahelegt, für interne Überlegungen und zur Erweiterung der Gespräche mit Frankreich auch auf diesem Bereich das grüne Licht zu geben[15]. Eine förmliche Befassung von BMF und BMWi sollte nach Vorlage des französischen Vorschlags erfolgen.

i.V. Ploetz

VS-Bd. 12087 (201)

12 Hermann Freiherr von Richthofen.
13 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.
14 Karl Otto Pöhl.
15 Korrigiert aus: „Licht gibt“.

242

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 2877
Citissime

Aufgabe: 4. September 1987, 18.46 Uhr[1]
Ankunft: 4. September 1987, 17.14 Uhr

Betr.: Haftfall Rust[2]

Zur Unterrichtung

Der dritte Prozeßtag endete nach Schlußvortrag des Verteidigers[3] und letztem Wort des Angeklagten mit dem Urteil: vier Jahre Arbeitsbesserungslager allgemeines Regime (berechnet ab 29.5.87), keine Konfiskation des Flugzeugs, Gerichtskostenübernahme von Rubel 494,-, Rückerstattung des Flugzeugs an den Club. Gegen das Urteil ist ein Rechtsmittel nicht möglich. (Das Urteil kann, wie jedes rechtskräftige Urteil in der Sowjetunion, mit einem „Protest" beim Gerichtspräsidenten und/oder auf dem Gnadenwege geändert werden.)

1) In einem ausgewogenen, rhetorisch gut vorgetragenen, wohldurchdachten Vortrag suchte der Verteidiger das Gericht davon zu überzeugen, die Strafvorschrift des Para[4] 81 StGB Estn. SSR[5] (Verletzung der Staatsgrenze) als von Para 84 StGB RSFSR[6] (Verletzung der internationalen Flugregeln) konsumiert anzusehen. Während er Para 84 als erfüllt ansah, verneinte er die Anwendbarkeit von Para 206 Abs. 2 StGB RSFSR (grober Hooliganismus) wegen mangelnden Vorsatzes. Aus diesem Grunde und auf Grund einer menschlich anrührenden und einfühlsamen Würdigung des Charakters, der Friedfertigkeit und des Friedenswillens des Angeklagten beantrage er unter Hinweis auf die Möglichkeit einer Geldstrafe, die nach Para 84 ausgeworfen werden kann, „eine minimale Strafe".

2) Der Angeklagte bat in seinem letzten Wort unter Hinweis auf seine Stellungnahme zur Sache und zum Zweck seiner Reise um ein mildes Urteil. Seine Tat sei ein großer Fehler gewesen, er bestärke heute seine Reue, er habe niemandem Leid zufügen, niemanden kränken wollen. Die Bedeutung des Roten Platzes habe er wirklich nicht gekannt. Seine Eltern hätten gelitten, er habe sich inzwischen verändert. Er gebe die Garantie, daß er das Vertrauen, das ihm durch ein mildes Urteil entgegengebracht werde, nicht enttäuschen werde.

3) Das Urteil, dessen Verlesung etwa 30 Minuten in Anspruch nahm, ging auf die Erwägungen der Verteidigung nicht ein und sah die Anklage in vollem Umfang als erwiesen an. Die Friedenserwägungen des Angeklagten akzeptierte das Ge-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 4. und erneut am 7. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Grunenberg sowie den Umlauf in Referat 213 verfügte.
Hat Grunenberg am 7. September 1987 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Brett am 7. September 1987 vorgelegen.

2 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.

3 Wsewolod Jakowlew.

4 Paragraph.

5 Estnische Sozialistische Sowjetrepublik.

6 Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik.

richt nicht, sondern glaubte, R. habe gehandelt aus Abenteurertum, Wunsch nach Berühmtheit und Selbstreklame. Bei den Versuchen des Landeanflugs habe er mit besonderer Dreistigkeit die öffentliche Ordnung aufs gröbste verletzt und die Gefühle der Sowjetmenschen offensichtlich geringgeschätzt.

Zum Strafmaß: Absicht, Dreistigkeit und Gefährlichkeit von Rusts Handeln führten das Gericht dazu, auf Freiheitsstrafe zu erkennen. Als mildernd sah es die Jugend des Angeklagten, das Fehlen von Vorstrafen und seine Reue an.

Das Strafmaß setzt sich zusammen aus zwei Jahren für die Verletzung der Staatsgrenze, aus drei Jahren für die Verletzung internationaler Flugregeln sowie vier Jahren für groben Hooliganismus.

4) Damit blieb das Gericht bei dem vom Ankläger geforderten Strafmaß für Hooliganismus, ging etwas hinter den Antrag zur Verletzung der Staatsgrenze und weit unter den Antrag zur Verletzung der Flugregeln. Im Gesamtstrafmaß hälftete es den Antrag. Nach Auffassung des Verteidigers, die er einem deutschen Journalisten gegenüber äußerte, hätte das Gericht die Möglichkeit gehabt, das bisher im sowjetischen Strafrecht nicht voll anerkannte Institut der Konsumtion von Straftaten abzusegnen. Bei der Bewertung des Hooliganismus zeigte sich die allgemeine Tendenz sowjetischer Gerichte, vom Ergebnis der Straftat her und nicht von dem subjektiven Willen des Täters her zu urteilen.

5) In einem anschließenden Gespräch mit dem Verteidiger erfuhr LRK[7], daß er beabsichtige, den Verurteilten entweder zu einem Protest beim Präsidenten des Obersten Gerichts[8] oder zur Beschreitung des Gnadenwegs zu veranlassen. In einer ersten Einschätzung meinte er mit dem Zeichen gewisser Erleichterung, das Gericht habe immerhin nur auf die Hälfte des Strafantrags und auf eine leichtere Form des Lagers erkannt.

6) Sobald die Botschaft den Willen von Herrn Rust und seinem Anwalt kennt, schlage ich vor, sollte die Botschaft im Namen der BReg diesen Weg gegenüber dem SAM unterstützen. Auf jeden Fall warne ich, auch bei möglichem innenpolitischen Druck, vor einem Vorpreschen, ohne klare Kenntnis des unmittelbar Betroffenen. Auch öffentliche Urteilsschelte könnte Rust im Hinblick auf einen Gnadenerweis oder Urteilsminderung aufgrund eines Protests nur schaden.[9]

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 139417

7 Leiter der Rechts- und Konsularabteilung war Gerhard Enver Schrömbgens.
8 Wladimir Iwanowitsch Terebilow.
9 Dieser Absatz wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „r[ichtig]“.

243

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5291/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 4. September 1987, 17.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3753 **Ankunft: 4. September 1987, 23.21 Uhr**

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen;
hier: START

Bezug: DB Nr. 3345 VS-v vom 7.8.87[2]
DB Nr. 3689 VS-NfD vom 1.9.87[3]

Zum derzeitigen Stand der START-Verhandlungen war in der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department zu erfahren: Man habe sich schon kurz nach Einbringung des sowjetischen Vertragsentwurfes Ende Juli darauf verständigen können, einen gemeinsamen Entwurf nach dem Muster der INF-Verhandlungen zu erarbeiten. Dabei gehe es jetzt allerdings sehr langsam voran. Fortschritte in der Sache habe es noch keine gegeben. Man diskutiere über Formalien, in einigen wenigen Einzelbereichen habe man mit der Erarbeitung gemeinsamer Vertragssprache begonnen, beispielsweise bei den bereits einvernehmlichen numerischen Festlegungen und in einigen Formulierungen zur Verifikation.

Das gegenwärtige langsame Tempo sei nicht auf politische Verzögerung zurückzuführen, man befinde sich in einer sehr technisch und kompliziert verlaufenden Konsolidierungsphase und könne den sowjetischen Verhandlungspartnern zubilligen, daß sie eifrig mitarbeiteten. Man habe zwar davon abgesehen, eine Verhandlungsunterbrechung zu vereinbaren, dennoch habe sich das allgemeine Arbeitstempo im August durch die urlaubsbedingte Abwesenheit verschiedener Unterhändler verlangsamt. Außerdem müsse man wohl zugestehen, daß die Hauptaufmerksamkeit beider Seiten derzeit beim INF-Bereich liege.

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 7. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt, Legationsrat I. Klasse Müller „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an Referat 201 verfügte.
Hat Wagner am 8. September 1987 vorgelegen.
Hat Müller vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht des Gesandten Paschke, Washington, über den Entwurf der UdSSR vom 31. Juli 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 227.

3 Botschafter van Well, Washington, berichtete über das Gespräch der Staatsministerin Adam-Schwaetzer mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman zu INF und START am 1. September 1987: „Kampelman drückte seine Erwartung aus, daß INF-Abkommen zustande kommen werde, da SU daran interessiert sei. Vorher würden intensive Verhandlungen liegen, bei denen die SU noch einmal Schwierigkeiten machen werde, um eine für sie möglichst günstige Schlußphase der Verhandlungen vorzubereiten. Kampelman glaubt, daß Schewardnadse bei AM-Treffen in Washington (15. bis 17.9.1987) bereit sein werde, die verbleibenden Probleme zu lösen. Bei START spricht nach Kampelman die Wahrscheinlichkeit gegen ein Abkommen, es gebe aber auch Anzeichen sowjetischer Bewegung. Man könne eine Übereinkunft keineswegs ausschließen.“ Kampelman zufolge gebe es „im START-Bereich bereits eine relativ große grundsätzliche Übereinkunft (Reduzierung um 50 Prozent auf 6000 GK auf 1600 Trägersystemen)“. Insbesondere die Verifikation werde sich aber weit „schwieriger gestalten, als dies bei INF, gerade nach Erreichen der Null-Lösung, der Fall sei“. Vgl. Referat 220, Bd. 144771.

Beim AM-Treffen in Washington[4] dürfte neben dem Junktim START/Weltraum, wo Fortschritte zunächst vom sowjetischen Einlenken abhängen, die Frage der Aufteilung der 6000 verbleibenden Gefechtsköpfe auf Unterkategorien im Mittelpunkt stehen.

Dabei ergeben sich u. a. folgende Fragen:

Am wenigsten problematisch erscheint die Einigung auf höchstens 4800 ballistische Raketen. Die Sowjets hätten selbst bereits einmal von maximal 80 Prozent gesprochen. Klarheit bestehe auch bei den Zählregeln für Bomber, da man Bomber mit Schwerkraftbomben einvernehmlich als ein GK zähle. Nicht einig sei man über die Zählweise der Gefechtsköpfe auf ballistischen Raketen. Hier habe die SU vorgeschlagen, für jedes Trägersystem die jeweils höchste Zahl an GK anzunehmen, mit der es getestet worden sei. Man habe jedoch Zweifel, ob dies ausreiche. Es sei vorstellbar, daß ein Trägersystem eine höhere potentielle GK-Nutzlast haben könne als die, mit der es getestet worden sei.

Flexibilität bestehe noch bei der nächsten Untergrenze, bei der man gegenwärtig über die Zahl 3300 für interkontinentale ballistische Raketen spreche. Hier gebe es auch amerikanische Überlegungen, wie weit man sich bei der Zahl der seegestützten Raketen (SLBM) beschränken lassen könne. Dabei spiele auch eine Rolle, daß bei weniger U-Boot-Trägersystemen die gegnerischen Anti-U-Boot-Kräfte sich auch auf weniger Ziele verteilen müßten und diese dadurch größerer Gefährdung ausgesetzt wären. Die SU habe einmal einen Anteil von höchstens 60 Prozent für die Zahl der GK auf einem bestimmten Trägersystem vorgeschlagen, vielleicht bestehe hier eine Einigungsmöglichkeit.

Bei seegestützten Cruise Missiles (SLCM) sei man sich darüber einig, daß eine Begrenzung außerhalb des 6000-GK-Limits vorzunehmen sei. Einzelheiten seien noch nicht festgelegt worden.

Bei luftgestützten Cruise Missiles (ALCM) glauben die Amerikaner, daß die Verifikation von nicht auf Trägersystemen (Flugzeugen) befindlichen Systemen (non-deployed) nicht praktikabel sei. ALCMs seien zu klein und ihre Produktion vergleichsweise zu einfach, als daß man sich darauf verlassen könne, die Lage der Bestände zu entdecken oder die Produktion kontrollieren zu können. Die Sowjetunion wolle zwar eine Einbeziehung von non-deployed ALCMs, habe aber für deren Verifikation bisher noch keine Vorschläge machen können. Bei der Zählweise von ALCMs denke man daran, diese durch die maximale Kapazität der Trägersysteme festzulegen, wobei die genaue technische Festlegung der Kapazität eine der noch zu prüfenden Fragen sei. Da es keine landgestützten strategischen Cruise Missiles (über 5500 km Reichweite) gebe, müsse man sich zumindest über diese Kategorie keine Sorgen machen.

Eine weitere Unterkategorie stelle man sich derzeit bei der Zahl von 1650 GK auf schweren ICBMs oder solchen mit mehr als 6-GK-Kapazität vor. Offen sei auch noch die Frage der Behandlung von mobilen ICBMs. Die USA würden ein völliges Verbot grundsätzlich bevorzugen, man müsse aber davon ausgehen, daß die SU aufgrund der enormen hierfür aufgewendeten Investitionen dazu kaum bereit sein werde; auch in den USA seien nicht alle mit einem solchen Verbot

[4] Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

einverstanden. Für die Beschränkung mobiler ICBMs gebe es verschiedene Möglichkeiten. Man könne daran denken, diese in die 1650-Unterkategorie einzuordnen oder von dieser eine eigene Unterkategorie für mobile ICBMs in Abzug zu bringen. Auch Festlegung einer Beschränkung der zulässigen Zahl von GK per Trägersystem komme in Frage. Welcher Option man letztlich den Vorzug geben werde, hänge in erster Linie von den jeweiligen Verifikationsmöglichkeiten ab.

Strittig sei mit der SU auch das Konzept des Wurfgewichtes. Die Sowjets hielten dieses grundsätzlich nicht für ein sinnvolles Beschränkungskriterium, hätten aber zu verstehen gegeben, daß sie sich mit einer von den USA geforderten Einschränkung auf 50 Prozent parallel zur bereits grundsätzlich vereinbarten 50-prozentigen Reduzierung der gesamten strategischen Bestände einverstanden erklären könnten. Amerikanischerseits arbeite man derzeit an einer Definition des Wurfgewichtes. Dieses gebe nicht etwa die jeweilige nukleare Sprengkraft des Gefechtskopfes an, sondern beziehe sich tatsächlich auf dessen Gewicht. Dieses könne man je nach dem Verwendungszweck des GK unterschiedlich aufteilen. Beispielsweise könne man die äußere Hülle des GK besonders hart zur Erreichung unterirdischer Ziele konstruieren. Oder man könne dem Gefechtskopf eigene Manövrierfähigkeiten geben, was Gewicht für Treibstoff erfordere. Eine andere Möglichkeit wäre die Verbesserung der Zielgenauigkeit durch zusätzliche Navigationssysteme. Es handele sich hier um hochkomplizierte, sehr ins Detail gehende Untersuchungen, die insbesondere auch für die Verifikation noch große Fragen aufwerfen würden.

Nachdem die Amerikaner sich aufgrund der Zustimmung zur doppelten Null-Lösung im INF-Bereich zu einer Vereinfachung der Verifikationserfordernisse bereit gefunden haben, fällt die Pionierrolle für die Kontrolle verbleibender Bestände nunmehr einem künftigen START-Abkommen zu. Auf die Frage, ob selbst bei grundsätzlicher politischer Einigung über die strittigen Fragen die Erarbeitung der entsprechenden Verifikationsbestimmungen zeitlich im Rahmen der derzeitigen Administration zu bewältigen sei, zeigte sich Gesprächspartner äußerst skeptisch. Zum Stand der Genfer Verhandlungen zum Bereich Weltraum folgt gesonderter Bericht.[5]

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11283 (220)

5 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 8. September 1987: „Im Weltraumbereich der Genfer Verhandlungen hat es seit der Einbringung des sowjetischen Vertragsentwurfes Ende Juli keine Bewegung gegeben, da beide Seiten an ihren miteinander unvereinbaren Grundpositionen festhalten. Gleichwohl hat eine intensive Erörterung des sowjetischen Textes in konstruktiver Arbeitsatmosphäre stattgefunden. Die weitere Entwicklung ist geprägt durch die zunehmende Betonung von START, nachdem vom Zustandekommen eines INF-Abkommens ausgegangen wird." Im amerikanischen Außenministerium sei darauf hingewiesen worden, „daß das Junktim, mit dem START- und Weltraumverhandlungen verbunden seien, tatsächlich ein Junktim START–SDI sei. Die Interdependenz zwischen offensiven und defensiven Systemen sei eine Position, die auch die Amerikaner durchaus teilten. Wolle man die Verhandlungen deblockieren, so setze dies voraus, daß die SU bereit sei, ihren derzeitigen Ansatz abzuwandeln, der die effektive Blockierung der Entwicklung von SDI bedeute. In diesem Falle bestünde auf amerikanischer Seite Bereitschaft zur Flexibilität." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3783; Referat 213, Bd. 143569.

244

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker

VS-NfD **7. September 1987**[1]

Besuch von GS Honecker vom 7. bis 11. September 1987[2];
hier: Erstes Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler im Kreis der Delegationen am 7.9.1987 von 10.50 bis 12.00 Uhr[3]

Teilnehmer: siehe Anlage 1[4]

Der *Bundeskanzler* gab zu Beginn der Sitzung folgende Erklärung ab[5]:

Ich heiße Sie, Herr Generalsekretär, und Ihre Begleitung hier in Bonn willkommen. Sie besuchen zum ersten Mal in offizieller Funktion die Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Arbeitsbesuch eröffnet vielfältige Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland zum Wohle der Menschen weiterzuentwickeln. Unsere Gegensätze in Grundsatzfragen werden wir nicht überwinden, aber was uns im Grundsätzlichen trennt, sollte uns nicht an praktischer Zusammenarbeit hindern. Dies entspricht auch dem Grundlagenvertrag, den die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik am 21. Dezember 1972 unterzeichnet haben.[6] Im Rahmen dieses Vertrages steht auch Ihr Besuch.

Die Bundesregierung hält fest an der Einheit der Nation, und wir wollen, daß alle Deutschen in gemeinsamer Freiheit zueinander finden können. Diese Haltung hat im Grundlagenvertrag und im Brief zur deutschen Einheit[7] ihren Niederschlag gefunden.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stern, Bundeskanzleramt, am 10. September 1987 gefertigt.

2 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

3 Für das Gespräch vgl. auch das Gesprächsprotokoll der DDR; KOALITION DER VERNUNFT, S. 582–592.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. Bundesarchiv, B 136/20572.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 7. September 1987 vgl. auch BULLETIN 1987, S. 709 f.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

7 Im „Brief zur deutschen Einheit", der anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 im sowjetischen Außenministerium übergeben wurde, stellte die Bundesregierung fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 407.
Einen wortgleichen Brief richtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, an den Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

Wir haben uns darin zugleich erneut zum Gewaltverzicht bekannt, der ein zentrales Element der Politik der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung gewesen ist und bleiben wird. Wir achten die bestehenden Grenzen, aber die Teilung wollen wir auf friedlichem Weg durch einen Prozeß der Verständigung überwinden.

Bei unserer Begegnung in Moskau im März 1985 haben wir gemeinsam erklärt: Von deutschem Boden darf in Zukunft nur noch Frieden ausgehen.[8] Ich füge hinzu: Gerade auch an der Grenze mitten durch Deutschland darf Anwendung und Androhung von Gewalt nicht länger ein Mittel der Politik sein. Wirklicher Friede ist auch nicht möglich ohne Gewährleistung der Menschenrechte.

Für die Bundesrepublik Deutschland sind die Grundwerte der Freiheit und der Demokratie unverzichtbar. Deshalb stehen wir fest in der Gemeinschaft der freien westlichen Staaten.

In letzter Zeit hat es einen intensiven West-Ost-Dialog und eine positive Bewegung bei den Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle gegeben. Der in Aussicht stehende Abschluß eines Abkommens zwischen den USA und der Sowjetunion über Mittelstreckenwaffen liegt im Interesse aller Europäer und ist ein wichtiges Element in einem Gesamtkonzept der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Mit meiner Erklärung zu den Pershing Ia[9] habe ich noch einmal deutlich gemacht, daß die Bundesregierung zu ihrem erklärten Ziel steht: Frieden schaffen mit weniger Waffen.

Eine Vereinbarung über den Abbau von Mittelstreckenwaffen macht die Beseitigung des bestehenden Ungleichgewichts bei bodengestützten nuklearen Flugkörpersystemen kürzerer Reichweite und im Bereich konventioneller Rüstungen besonders dringlich – übrigens auch die weltweite Beseitigung chemischer Waffen.

Wir erwarten, daß die DDR ihren Einfluß im Rahmen ihres Bündnisses geltend macht, damit es hier bald ebenfalls zu konkreten Schritten kommt.

Jeder Fortschritt in den Ost-West-Beziehungen eröffnet auch Chancen für das bilaterale Verhältnis. Andererseits können beide Staaten in Deutschland durch die Ausgestaltung der beiderseitigen Beziehungen zur Vertrauensbildung und zur Zusammenarbeit in den West-Ost-Beziehungen allgemein beitragen und damit auch die Lösung von Fragen der Sicherheit erleichtern.

Eine zentrale Frage für beide Staaten in Deutschland ist Berlin. Wir respektieren den besonderen Status der Stadt, wie er sich aus den Vereinbarungen und Beschlüssen der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit ergibt. Wir halten fest an der strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens von 1971.[10] Dazu gehört aber auch die Erhaltung und Entwicklung

8 Bundeskanzler Kohl hielt sich anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf am 12. März 1985 in Moskau mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 75.
Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung Kohls und Honeckers vgl. BULLETIN 1985, S. 230.

9 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

10 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

der Bindungen des westlichen Teils der Stadt an die Bundesrepublik Deutschland. Das ist für uns unverzichtbar. Unsere Beziehungen können daher keinesfalls um Berlin herum entwickelt werden.

Herr Generalsekretär, ich denke, wir sind uns einig, daß Fragen, die zur Zeit nicht lösbar sind, nicht in den Vordergrund gestellt werden sollten, daß wir uns auf das Machbare konzentrieren müssen. Es müssen in jedem Fall Lösungen gefunden werden, die keine Seite überfordern.

Wir haben auf diese Weise in den vergangenen Jahren miteinander manches erreicht. Andererseits sind viele Wünsche und Fragen nach wie vor offen. Für uns stehen die Kontakte zwischen Menschen auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen im Vordergrund. Wir begrüßen die Zunahme des Reiseverkehrs, insbesondere die Vervielfachung der Reisen jüngerer Menschen aus der DDR. Wir streben aber letztlich einen freien Reiseverkehr an. Die bestehenden Beschränkungen sollten schrittweise abgebaut, der grenznahe Verkehr ausgeweitet und besonders auch in Berlin die offenen Fragen im Reise- und Besucherverkehr bald geregelt werden.

Wir wünschen einen verstärkten Austausch innerhalb der jüngeren Generation, einen Ausbau des Tourismus, weitere Städtepartnerschaften mit ihren vielfältigen Möglichkeiten für persönliche, sportliche und kulturelle Begegnungen. Ebenso sind beim Sportverkehr die Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Im Telefonverkehr werden dringend zusätzliche Leitungen benötigt.[11] Generell muß die Kommunikation zwischen den Menschen in allen Bereichen verbessert werden. Wichtig ist gegenseitiges Kennenlernen und der Abbau von Vorurteilen. Auch die Arbeit der Journalisten kann dazu einen erheblichen Beitrag leisten; sie sollte deshalb nicht behindert werden.

Es geht uns immer und vor allem um die Menschen. Deshalb haben Menschenrechte und humanitäre Fragen in unseren Beziehungen eine herausragende Bedeutung. Wir konnten in der Vergangenheit vielfach Härtefälle lösen. Dies sollte auch weiter möglich bleiben.

Die Vertragsbeziehungen konnten in den letzten Jahren ausgebaut werden. Das Kulturabkommen[12] hat deutliche Impulse für den Kulturaustausch gegeben. Morgen werden drei Verträge zum Umweltschutz, über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie über einen Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes unterzeichnet werden.[13]

11 Vgl. dazu die Mitteilung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen vom 24. November 1987 über Verbesserungen im Telefonverkehr mit der DDR ab 15. Dezember 1987; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 359.

12 Am 6. Mai 1986 unterzeichneten Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 259–261.

13 Bundesminister Riesenhuber und der Minister für Wissenschaft und Technik der DDR, Weiz, unterzeichneten am 8. September 1987 in Bonn ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 78–80.
Ebenfalls am 8. September 1987 schlossen Bundesminister Töpfer und der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR, Reichelt, in Bonn eine Vereinbarung „über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes“. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 598 f.
Zudem unterzeichneten Töpfer und der Präsident des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR, Sitzlack, am 8. September 1987 in Bonn ein Regierungsabkommen über

Damit fügen wir unserer praktischen Zusammenarbeit einige wichtige Bausteine hinzu.

Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der Lebensgrundlagen unseres Volkes. Auch die DDR muß erkennen, daß Umweltschutz von ihr höhere Aufwendungen verlangt. Die Probleme der Gewässerreinhaltung bei Werra[14] und Elbe[15] bedürfen dringlich einer Lösung. Gemeinsam sollten wir nach Wegen suchen, den Sorgen wegen der Umweltverträglichkeit der Abfalldeponie Schönberg zu begegnen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten haben sich in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt. Sicher gibt es aber auch hier noch ungenutzte Möglichkeiten. Im nichtkommerziellen Zahlungsverkehr muß weiter konstruktiv nach Verbesserungen gesucht werden. Hier könnten mit relativ geringem Aufwand viele Beschwernisse beseitigt werden.

Auf kommerzieller Ebene werden zur Zeit Gespräche über Stromlieferungen zwischen beiden Staaten unter Einbeziehung von Berlin (West) geführt.[16] Wir hoffen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1225

Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 159 f.

14 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 31. Juli 1987 wurden die Ergebnisse einer Bund-Länder-Besprechung über Maßnahmen zur Reduzierung der Werra-Versalzung am Vortag notiert: „1) Nachdem die DDR auch auf politischer Ebene das Flotationsverfahren als Maßnahme zur Reduzierung der Werra-Versalzung abgelehnt hat (vgl. Erklärung der DDR vom 3.6.1987), besteht keine Aussicht mehr, die Flotation als Einstieg in die Reduzierung durchzusetzen. 2) Der von Bund und Ländern angestrebte Einstieg in die Reduzierung kann auch durch das E[lektro]STA[tische Trennung]-Verfahren erreicht werden. Es besteht Einvernehmen, daß die Bundesregierung ESTA in entsprechender Weise auf hoher politischer Ebene gegenüber der DDR anspricht und sich um Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen bemüht, damit die unterbrochenen Verhandlungen erfolgversprechend fortgesetzt werden können." Bund und Länder gingen „unverändert vom Verursacherprinzip, einer maßgeblichen Eigenbeteiligung der DDR und vom bisherigen Rahmen für eine finanzielle Beteiligung an Maßnahmen der DDR aus". Vgl. Referat 210, Bd. 145249.

15 Der Erste Bürgermeister von Hamburg, von Dohnanyi, teilte Bundeskanzler Kohl mit Schreiben vom 19. Februar 1987 mit: „Das hamburgische Interesse an der Reinhaltung der Elbe ist enorm. Die Stadt ist in zunehmendem Maße mit einer problematischen Vorbelastung der Elbe durch Schwermetalle, halogenierte Kohlenwasserstoffe und andere Umweltgifte konfrontiert. Etwa 95% dieser schädlichen Stoffe stammen von Einleitern in der Tschechoslowakei, vor allem aber in der DDR." Eine Zusammenarbeit mit der DDR sei auch an „unüberbrückbar scheinenden Gegensätzen in der Frage der Elbgrenze" gescheitert. Es sei nicht überraschend gewesen, „daß Herr Dr. Mittag die Frage einer Zusammenarbeit zur Reinhaltung der Elbe sehr schnell mit einer Lösung in der Grenzfrage verband". Dohnanyi bat um Berücksichtigung der „Anregung Herrn Dr. Mittags". Vgl. Referat 210, Bd. 145248. Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, beantwortete das Schreiben am 18. März 1987: „Daß der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Herr Dr. Mittag, Ihnen gegenüber einen Zusammenhang zwischen diesem Problem und der Frage der Feststellung des Grenzverlaufes im Elbe-Bereich herausgestellt hat, entspricht der von der DDR seit geraumer Zeit vertretenen Linie. Die Bundesregierung ist dem stets entgegengetreten. Sie wird das auch weiterhin tun. Denn hier besteht kein sachlicher Zusammenhang." Vgl. Referat 210, Bd. 145248.

16 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 14. Juli 1987 wurde vermerkt, es sei die „gemeinsame Zielsetzung von Bundesregierung und Berliner Senat, eine Stromverbindung zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet zu schaffen, um die Stromversorgung von Berlin (West) zu optimieren". Weiter wurde dargelegt: „In Kontakten mit VEBA hat die DDR Bereitschaft zur langfristigen stromwirtschaftlichen Zusammenarbeit unter Einschluß von Berlin (West) erkennen lassen und folgendes Konzept entwickelt: Bau einer 380-K[ilo]V[olt]-Doppelleitung aus dem Raum Helmstedt nach Berlin (West) mit dem Ziel, Strom nach Berlin (West) zu liefern, verbunden mit der Möglichkeit wechselseitiger Bezüge und Lieferungen zwischen der DDR und dem Bundesgebiet. Das Projekt soll auf kommerzieller Ebene durchgeführt werden. DDR erwartet Über-

daß es hier zu einem erfolgreichen Abschluß kommt. Daneben bleibt der Ausbau von Verkehrsverbindungen, insbesondere für den Berlin-Verkehr, wichtig. Im Vordergrund stehen dabei aus unserer Sicht jetzt Verbesserungen im Eisenbahnverkehr. Auf längere Sicht sollten wir auch versuchen, im Luftverkehr zu einer Regelung zu kommen, die dann allerdings auch die Flughäfen in Berlin einschließen muß.

Herr Generalsekretär, es geht uns um eine Entwicklung der Zusammenarbeit beider Staaten, wo immer dies bei den sonst bestehenden Gegensätzen möglich ist. Sie soll den Menschen dienen, für die wir Verantwortung tragen. Wir können in diesen beiden Tagen sicherlich nicht überall zu detaillierten Absprachen kommen. Aber ich habe die Hoffnung, daß unsere Gespräche Impulse für einen Ausbau der Zusammenarbeit geben. Und ich hoffe, daß Ihr Besuch zu einer Vertiefung und Verstetigung des politischen Dialogs zwischen unseren beiden Staaten beiträgt. Ich möchte Sie gern beim Wort nehmen und mit Ihnen eine Politik der Vernunft und des Realismus verwirklichen. Dies ist das Gebot unserer Verantwortung vor den Deutschen·in Ost und West und für den Frieden in Europa.

GS *Honecker* dankte für die Einladung zum offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und für die freundliche Aufnahme sowie für die Einleitung des Meinungsaustausches durch den Bundeskanzler. Alle wesentlichen Punkte, die Inhalt des Meinungsaustausches werden sollten, seien angesprochen worden. Er möchte einige Bemerkungen zu den Fragen machen, die aus der Sicht der DDR insbesondere anstünden.

Trotz gewisser hoffnungsvoller Anzeichen, die sich aus dem Gipfeltreffen von Reykjavik[17] ergeben hätten, gäbe es Gefahren, die zur Sorge veranlaßten; die größte sei die Gefahr eines Atomkrieges. Es sei notwendiger denn je, alles für den Frieden zu tun. In einem Kernwaffenkrieg gebe es keinen Sieger, sondern nur noch einen gemeinsamen Untergang. Es müsse alles getan werden, um diese Gefahr abzuwenden. Er freue sich, daß beide deutsche Staaten die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf unterstützten. Die Friedenshoffnung der Menschen dürfe nicht enttäuscht werden.

Das Ost-Berliner Gipfeltreffen des Warschauer Paktes[18] habe sich zur Abrüstung bekannt. Ein Abkommen über nukleare Abrüstung könne gleichzeitig der Einstieg für konventionelle Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural sein. Die DDR sei dazu bereit, daß die Streitkräfte sich ihrem Auftrag, ihrem Umfang und ihren Fähigkeiten nach ausschließlich an den Verteidigungsanforderungen ausrichten. In diesem Zusammenhang komme der Diskussion der Militärdoktrinen große Bedeutung zu.

Eine Vereinbarung über die doppelte Null-Lösung eröffne das Terrain zu weiteren Abrüstungsschritten. Die Ankündigung des Bundeskanzlers vom 26. August 1987 zur Pershing Ia begrüße er sehr.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1226
nahme der gesamten Investitionskosten durch bundesdeutsche Seite und als Gegenleistung für die Durchleitung von Strom nach Berlin (West) Stromlieferungen." Vgl. Referat 210, Bd. 145222.

17 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

18 Am 28./29. Mai 1987 fand in Ost-Berlin die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–391.

Um keine Waffenart dürfe bei der Abrüstung ein Bogen gemacht werden. Die DDR sei für ein kernwaffenfreies Europa und eine chemiewaffenfreie Welt. Sie trete für eine 50-prozentige Reduzierung der strategischen Waffen ein unter gleichzeitiger Regelung des Problems der Weltraumwaffen. In diesem Bereich trete sie für die Ausarbeitung des von der Sowjetunion vorgeschlagenen Dokuments über Schlüsselbedingungen ein.

Das INF-Abkommen werde ein Gipfeltreffen zwischen GS Gorbatschow und Präsident Reagan ermöglichen.[19] Er unterstütze ein Treffen noch in diesem Jahr und halte es für möglich, ebenfalls noch in diesem Jahr ein Abkommen über nukleare Mittelstreckenwaffen abzuschließen. Sein Wunsch sei, noch in diesem Jahrhundert alle Kernwaffen zu beseitigen.

Nukleare Rüstungskontrolle bedürfe der Ergänzung durch konventionelle Rüstungskontrolle. Auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungskontrolle habe der Osten als ersten Schritt eine 25-prozentige Reduzierung vorgeschlagen.[20] Weitere Schritte könnten folgen. Bestehende Asymmetrien sollten durch Abbau und nicht durch Aufrüstung beseitigt werden.

Der Bundeskanzler habe in seiner Erklärung vom 26. August die Hoffnung ausgesprochen, daß auch der Osten auf Modernisierung verzichte. Er wolle in diesem Zusammenhang auf die Erklärung des Ost-Berliner Gipfels hinweisen, wo ein ein- bis zweijähriges Moratorium für Rüstungsausgaben vorgeschlagen worden sei.[21]

Das bei der KVAE in Stockholm[22] erzielte Ergebnis sei wichtig und habe zur Vertrauensbildung beigetragen. Frieden sei die Kernfrage der heutigen Zeit. Die DDR stehe zu der gemeinsamen Erklärung vom 12. März 1985 in Moskau, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, sondern Frieden ausgehen müsse. Er gehe davon aus, daß dies auch für die Bundesregierung gelte.

Er begrüße den Gedanken einer Sicherheitspartnerschaft. Sicherheit müsse auf Gegenseitigkeit beruhen. An der sensiblen Trennlinie zwischen Ost und West müsse ein Klima der Entspannung herrschen. Hieraus resultiere das Interesse der DDR an einem chemiewaffenfreien und nuklearwaffenfreien Korridor.[23] Die Bemühungen um eine nuklearwaffenfreie Zone stünden im Zusammenhang mit entsprechenden Bemühungen für den Norden Europas und für den Balkan. Man könne in der ersten Phase eine Zone von 300 km Durchmesser ins Auge

19 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

20 Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest verabschiedeten die Teilnehmer eine Erklärung zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 450–453.

21 Vgl. Ziffer 4 des Kommuniqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 387 f.

22 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

23 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone bzw. zu ihrem Vorschlag vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5 und 10.

fassen. Die Sowjetunion habe erklärt, daß sie ihre Atomwaffen zurückziehen werde. Man könne dann aber auch die Atomwaffenfreiheit auf ganz Mitteleuropa ausdehnen. Er schlage vor, hierüber Expertengespräche zu führen.

Die DDR trete für eine chemiewaffenfreie Zone ein. Auf dem Territorium der DDR lagerten keine chemischen Waffen. Er begrüße die Gespräche, die zwischen den Delegationen beider Staaten in Genf – auch auf trilateraler Ebene[24] – stattfänden.

Auch ein Auseinanderrücken besonders gefährlicher konventioneller Waffen sei möglich. In dieser Hinsicht komme dem Jaruzelski-Plan[25] eine besondere Bedeutung zu.

Die Konsultationen zwischen der DDR und uns über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle halte er für besonders wichtig.

Die DDR sei an Ergebnissen in allen Bereichen der Schlußakte der KSZE[26] interessiert. Ein wesentliches Ergebnis solle die Konferenz zu humanitären Fragen in Moskau[27] sein. Die friedliche Koexistenz sei die einzig mögliche Form des Zusammenlebens. Konflikte könnten nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen werden. Alle müßten einen Beitrag zum Frieden leisten. Die DDR sei bereit, mit allen zusammenzuarbeiten, die hierzu bereit seien. Die beiden deutschen Staaten sollten alles tun, um nicht die 40-jährige Friedensperiode zu gefährden. Dies verstehe die DDR unter der Politik des Realismus und der Vernunft. Beide Staaten sollten hierzu ihren Beitrag leisten. Er schlage vor, fortlaufende Konsultationen zur Rüstungsbegrenzung zu führen.

GS Honecker fuhr fort, in der zurückliegenden Zeit hätten trotz unterschiedlicher Auffassungen in Grundfragen viele Dinge geklärt werden können. Besonders wichtig seien gewesen der politische Dialog, die ökonomische und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt, des Strahlenschutzes und auf anderen Gebieten. Als Ergebnis könne man Fortschritte auf vielen Gebieten feststellen. Jetzt komme es darauf an, das Erreichte zu festigen. Es würden sich viele Probleme ergeben, die zu lösen seien. In diesem Zusammenhang möchte er besonders auf den Reiseverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten hinweisen. In diesem Jahr seien bis zum 31. August bereits 3,2 Mio. Bürger der DDR aus privaten und touristischen Gründen in die Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin gereist, darunter allein 866 000 Reisen von Bürgern der DDR in dringenden Familienangelegenheiten. Die DDR sei bereit, in dieser Richtung weiter zu arbeiten.

AM *Fischer* warf ein, daß es sich um die Zahl der Reisen und nicht der Reisenden handele.

GS *Honecker* erklärte weiter, dies seien die Ergebnisse der Zusammenarbeit in der Vergangenheit, und er habe auch Vorschläge für die Zukunft. Hierbei müßten

24 Zu den trilateralen Gesprächen über chemische Waffen vgl. Dok. 132, Anm. 27.

25 Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

26 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

27 Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

auch Grundfragen gelöst werden. Dazu zähle er die Frage des Grenzverlaufs in der Elbe.[28] Er habe den Eindruck gewonnen, daß nach unserer Auffassung eine Festlegung des Grenzverlaufs in der Mitte des Stromes ein großes Entgegenkommen darstelle. Er sei dagegen der Meinung, daß es um die Interessen beider Seiten gehe. Beide könnten durch die Grenzfeststellung gewinnen. Reibungsflächen könnten vermieden werden, niemand verliere etwas. Rechtspositionen würden nicht berührt. Durch die bisherige Nichtübereinstimmung werde eine Reihe von anderen Fragen blockiert. Er möchte hierzu insbesondere die Abkommen über den Binnenschiffsverkehr, Sportbooteverkehr, Fischerei, Hochwasser und Gewässergüte nennen. Wenn wir ein Stück vorwärts kämen und das fixieren würden, was seit 1945 Praxis sei, dann könnte eine ganze Reihe von anderen Fragen gelöst werden. Die DDR sei bereit, sehr weitgehende Vereinbarungen zu treffen.

GS Honecker fuhr fort, er habe ein Papier mit Positionen zu einigen Sachfragen mitgebracht. Die DDR sei bereit, Berlin (West) selbstverständlich einzubeziehen. Außerdem habe er ein Papier über die Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs mitgebracht. Er übergab beide Papiere (Anlagen 2 und 3[29]). Man könne daraus ersehen, daß der Wille zur Entwicklung der Beziehungen vorhanden sei.

Der *Bundeskanzler* erklärte, jetzt sollten weniger bilaterale Fragen besprochen werden, dazu sei noch ausreichend Zeit. Er möchte gern seine Vorstellungen dazu zum Ausdruck bringen, was in unserer Politik wichtig sei. Ungeachtet nicht überbrückbarer Gegensätze hätten wir Deutschen aus der Geschichte gelernt. Die längste Friedensperiode der deutschen Geschichte sei von 1871 bis 1914 gewesen. Unsere Periode habe fast die gleiche Länge. Wir sollten uns nicht übernehmen. Dies wüßten wir aus der Geschichte. Aber unser Beitrag sei auch nicht gering einzuschätzen. Jeder solle in seinem Bereich das Seinige dazu beitragen. Die Richtung sei eindeutig: Politik der Vernunft. In diesem Sinne habe er auch seine Entscheidung zu Pershing Ia getroffen. Er sei schon immer der Auffassung gewesen, daß der Abschluß des Mittelstreckenwaffenabkommens in der jetzigen Amtszeit des Präsidenten Reagan getroffen werden müsse. Wenn der Abschluß in diesem Jahr nicht zustande käme, dann könnte die Ratifizierung im nächsten Jahr nicht mehr erfolgen. Dann kämen die Wahlen in den USA[30],

28 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 29. Juli 1987: „Die Frage des Grenzverlaufs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist seit längerem Gegenstand der Erörterungen in der durch ein Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag mit der DDR vom 21.12.1972 eingesetzten bilateralen Grenzkommission (Federführung auf unserer Seite beim BMI). […] Die DDR strebt in der Grenzkommission eine Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe ‚entsprechend dem internationalen Recht' (Flußmitte) an und hat dies zum Gegenstand der vier sogen[annten] ‚Geraer Forderungen' vom Oktober 1980 gemacht. Die Grenzfeststellung im Elbe-Bereich ist sehr kompliziert, weil die Besatzungsmächte den im Text des Londoner Protokolls enthaltenen Grenzverlauf (‚springende Grenze') erkennbar nicht vollzogen haben. Die Ermittlung der davon abweichenden Grenze der ehemaligen britischen und sowjetischen Besatzungszone muß auch die nachfolgende Praxis der ehemaligen Besatzungsmächte berücksichtigen. Hierüber liegen umfangreiche, zum Teil widersprüchliche Dokumente vor." Die Bundesrepublik halte an der Auffassung fest, „daß der Grenzverlauf seinerzeit von den Alliierten an das Ostufer gelegt worden ist. Diese Haltung findet auch im Londoner Protokoll selbst, insbesondere in der beigefügten ‚Map A', eine Stütze." Vgl. Referat 210, Bd. 145253.

29 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für die undatierten Papiere vgl. HONECKER, Moabiter Notizen, S. 149–157.

30 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

und ein Abschluß sei dann erst wieder nach 1990 möglich. Wir würden also drei ganz wichtige Jahre verlieren. Aus diesem Grunde habe er soviel dafür getan, daß der Vertrag zustande komme. Bei einigem guten Willen sei dies jetzt auch möglich. Er spreche sich deshalb dafür aus, daß das Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow in diesem Jahr stattfinden solle. Die Reduzierung der Waffen sei ein erster Schritt. Eine entsprechende Entwicklung sei in allen Bereichen erforderlich. Auch wenn der Anfang sehr klein sei, psychologisch sei es immens wichtig, das Tor zu öffnen. Die Chemiewaffen dürften dabei nicht vergessen werden. Auch der Bereich der konventionellen Waffen sei wichtig. Ebenso sei es ein wichtiges Ziel, Obergrenzen für die Atomwaffen bis 500 km Reichweite einzuführen.

Die Abrüstung sei allerdings kein Wert an sich, Gewalt sei kein Mittel der Politik. Jetzt sei es wichtig, ein Klima zu schaffen, das Fortschritte in allen Bereichen ermögliche. Hierbei könne das Klima zwischen den beiden deutschen Staaten das Ost-West-Klima beeinflussen. Zu der Abrüstung müßten Fortschritte in der Wirtschaft, der Kultur, der Umwelt und anderen Bereichen hinzukommen. Die Bundesrepublik Deutschland tue das Mögliche, auch mit der Sowjetunion, Ungarn, Bulgarien und anderen Staaten. Auch die beiden deutschen Staaten sollten das Notwendige tun. Alles andere wäre töricht. Beide Staaten müßten ihren Beitrag leisten. Später dürfe nicht gesagt werden, es sei eine Chance vertan worden. In dem jetzigen Zeitabschnitt bestünden mehr Chancen als bisher. Niemand wisse, wie lange dieser Abschnitt anhalte. Vieles sei erreicht worden, jetzt müsse noch mehr erreicht werden. Die jeweils andere Seite dürfe nicht überfordert werden. Es sei mit Klugheit und Gelassenheit vorzugehen, was nicht ganz leicht sei. Dies sollte die Maxime unseres Handelns sein. Viele kleine Schritte seien für diesen Besuch erforderlich gewesen. Jetzt würden wieder viele kleine Schritte möglich sein. Er hoffe auf sehr offene Gespräche, auch dort, wo es schmerzt.

GS *Honecker* dankte sehr für die Ausführungen des Bundeskanzlers. Er bestätigte, daß die Frage der gegenseitigen Offenheit eine Quelle für Fortschritte sei. Weltpolitisch gebe es derzeit große Chancen für Fortschritte, und zwar nicht nur für die Welt allgemein, sondern auch für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Aufgrund des Treffens zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow gebe es die Chance, ein großes Stück voranzukommen. Ein INF-Abkommen sei ein wichtiger Einstieg, der große Möglichkeiten eröffne, um auf allen Gebieten voranzukommen. Anläßlich des Ost-Berliner Gipfeltreffens habe er die Haltung der DDR zu Europa dargelegt. In Verbindung mit den Gesprächen über Sicherheit sollten auch Schritte unternommen werden, um das Europäische Haus aufzurichten und auszubauen, ohne eigene Wege zu gehen. Er habe anläßlich dieses Treffens lange mit GS Gorbatschow diskutiert.[31] Die Sowjetunion sei wirklich daran interessiert, ein Abkommen abzuschließen und auch bei der konventionellen Rüstungskontrolle voranzukommen. Ebenso natürlich auch in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft, Technik u. a. Die Chance, zu einem Abkommen zu kommen, sei jetzt größer denn je. Diese Chance müsse wahrgenommen werden, die

31 Für das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Mai 1987 in Ost-Berlin vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 14.

Bremsklötze müßten beseitigt werden. Er teile die Auffassung des Bundeskanzlers, daß durch die Wahl in den USA Jahre vertan würden, wenn es jetzt nicht zum Abschluß käme.

GS Honecker faßte noch einmal zusammen: In den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sei seit dem Grundlagenvertrag eine grundlegende Veränderung eingetreten. Keiner solle den anderen überfordern. Es bestehe die Möglichkeit, weiter voranzukommen. Das Wichtigste sei jetzt ein Abkommen über nukleare Mittelstreckenwaffen. Danach werde es möglich sein, bei den Nuklearwaffen von Null-Lösung zu Null-Lösung zu gehen. Die Probleme bei den konventionellen Waffen seien schwieriger. Die DDR sei jedoch bereit, alles zu tun, um auch hier Lösungen zu ermöglichen.

GS Honecker erklärte abschließend, er habe zwei Weltkriege erlebt. Er möchte nicht einen dritten erleben. Dies wäre der Untergang der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie der ganzen Menschheit. Um so notwendiger sei die friedliche Zusammenarbeit, wobei die Frage der Abrüstung erhebliches Gewicht habe.

GS Honecker dankte erneut für die Darlegungen des Bundeskanzlers und wünschte viel Erfolg für die weiteren Gespräche.

Auf die Frage des Bundeskanzlers erklärte GS Honecker, bei den Reisezahlen handele es sich um die Zahl der Reisen (nicht der Reisenden). Insgesamt seien es bis Ende August 3,2 Mio. Reisen gewesen, davon 866000 in dringenden Familienangelegenheiten. Diese letzteren reisten im wesentlichen nicht mehrfach. Die Entwicklung dieser Zahlen beruhe auf der damaligen Absprache mit dem Bundeskanzler.[32] Jener Meinungsaustausch sei entscheidend für die weitere Entwicklung gewesen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß auch unsere Seite einen wichtigen Schritt getan habe. Man solle nicht sofort die Rechnung aufmachen, ob es sich bezahlt mache. Damals habe man sich gegenseitig vertraut, das sei richtig gewesen.

Bundesarchiv, B 136/20572

[32] Vgl. Anm. 8.

245

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker

VS-vertraulich **7. September 1987**[1]

Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland[2]; hier: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Generalsekretär Honecker am 7. September 1987 im kleinen Kreis[3]

Teilnehmer: Bundeskanzler Dr. Kohl, Bundesminister Dr. Schäuble, Ministerialdirigent Dr. Duisberg; Generalsekretär Honecker, Staatssekretär F.-J. Herrmann, Botschafter Seidel.

Der *Bundeskanzler* schlug eingangs mit Zustimmung von GS Honecker vor, in dem Gespräch ganz offen über alle Fragen zu sprechen, ohne daß dies im einzelnen öffentlich verwertet werden solle – es sei denn, man verabrede das ausdrücklich. Unter Bezug auf seine Ausführungen in der Delegationssitzung wiederholte er, daß er zur Zeit im West-Ost-Verhältnis besondere Chancen sehe. Die Bundesregierung habe zahlreiche Kontakte (Ungarn, Bulgarien, zuletzt Einladung seitens der ČSSR[4]); wir wollten aber nicht nur mit anderen Staaten des Warschauer Pakts die Beziehungen entwickeln, sondern vor allem mit der DDR. Er wisse nicht, wie sich die Dinge in der Sowjetunion längerfristig entwickelten, meine jedoch, daß sich für die nächste Zeit Möglichkeiten eröffneten, die man wahrnehmen solle.

Der Bundeskanzler wertete positiv die bisher bestehende Möglichkeit vertraulicher Kontakte. Sie sollten fortgesetzt werden; man müsse sich jederzeit sagen können, was möglich sei und was nicht. Auch dürften Schritte der einen Seite nicht sofort gegen Schritte der anderen aufgerechnet werden; das Verhältnis müsse vielmehr immer in einem längerfristigen Zusammenhang gesehen werden.

Der Bundeskanzler fügte hinzu, er sei sich einer breiten politischen Unterstützung bei dem Besuch sicher, auch wenn an dem heutigen Tage vielfältige Emotionen aufkommen würden.

Der Bundeskanzler sprach dann konkret den Reiseverkehr[5] an, würdigte die positive Entwicklung der letzten Zeit, einschließlich der von GS Honecker mitgeteilten jüngsten Zahlen, und betonte die Notwendigkeit des Fortschreitens

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, am 8. September 1987 gefertigt.

2 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 244, Dok. 255 und Dok. 258.

3 Für das Gespräch vgl. auch das Gesprächsprotokoll der DDR; KOALITION DER VERNUNFT, S. 592–600.

4 Im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 13. Mai 1987 bestätigte der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek eine Einladung des Präsidenten Husák an Kohl. Vgl. dazu Dok. 132. Kohl besuchte die ČSSR am 26./27. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

5 Zum Reiseverkehr von der DDR in die Bundesrepublik vermerkte Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, am 13. März 1986: „Bei den Reisen von DDR-Bürgern im Rentenalter beträgt die Steigerung im Jahre 1985 ca. 3,9% im Vergleich zum Jahre 1984. Besonders erfreulich ist jedoch, daß ca. 66 000 jüngere DDR-Bewohner in dringenden Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik Deutschland besuchsweise reisen konnten. Dies ist die größte Zahl seit Einführung dieser Regelung im Jahr 1972 und bedeutet gegenüber dem Jahr 1984 eine Steigerung von 8,2%. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, daß es sich bei der Zahl von 66 000 jüngeren DDR-Bürgern um solche Personen handelt,

auf diesem Wege. Dies dürfe nicht ein einmaliges Ereignis bleiben; wichtig sei vielmehr, daß Kontinuität hineinkomme. Von großer Bedeutung für die einzelnen Menschen sei auch die Aussicht, im nächsten Jahr wieder kommen zu können.[6]

GS *Honecker* stellte die Möglichkeit der positiven Weiterentwicklung der Beziehungen in den Rahmen der allgemeinen weltpolitischen Situation. Nach seiner Überzeugung sei die Politik Gorbatschows langfristig angelegt; er werde sie weiterführen. Es gehe Gorbatschow letztlich darum, die Lebensumstände der Menschen zu verbessern. Die DDR sei auf wirtschaftlichem Gebiet für die Sowjetunion der wichtigste Partner. Die Handelsbilanz sei ausgeglichen. Der Rückgang der Erdölpreise begünstige die DDR. Die DDR habe langfristige Absprachen mit der Sowjetunion, die es auch ermöglichten, westliche Embargomaßnahmen, z.B. in der Mikroelektronik und der Lasertechnik, zu durchbrechen. (Die DDR werde in Kürze in der Lage sein, selbst Chips von 1 bis 4 Megabit herzustellen und eine eigene Produktion von Glasfaserkabeln aufzunehmen.) Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erhalte damit eine neue Qualität. Er wiederholte, die DDR sei wirtschaftlich heute der wichtigste Partner für die Sowjetunion: „Sie steht jetzt bereits dort, wo Gorbatschow hin möchte." Bei einem jährlichen Wachstum von 4 bis 4,5%, einer Zunahme der Arbeitsproduktivität von 7 bis 8%, entwickele sich die Volkswirtschaft dynamisch mit der Folge auch von Strukturänderungen; in Verbindung damit ergäben sich Folgen für die Sozialpolitik. In bezug auf den Lebensstandard sei die DDR heute mit keinem anderen RGW-Land zu vergleichen. 207 Mrd. Mark seien in den letzten 40 Jahren allein für den Wohnungsbau ausgegeben worden. Honecker wiederholte nochmals, die wirtschaftliche Entwicklung sei so, daß die DDR einen ausgezeichneten Partner für die Sowjetunion darstelle; mit den sozialistischen Staaten würden insgesamt etwa 70% des Außenhandels abgewickelt. Nächstwichtiger Partner sei für die DDR die Bundesrepublik Deutschland. Hier sollten sich Handel und Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet weiter entwickeln. Probleme gebe es allerdings beim Transfer von Hochtechnologie.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß entsprechend dem Prinzip „das große Wasser nimmt das kleine mit" es möglicherweise nach Abschluß eines INF-Abkommens im nächsten Jahr auch zu einer Überprüfung der COCOM-Regeln kommen könne. Dies sei eine Frage der Entwicklung von Vertrauen.

GS *Honecker* fuhr fort, daß nach seiner Überzeugung sich die von Gorbatschow verfolgte Politik in der Sowjetunion durchsetzen werde. Die Sowjetunion habe

Fortsetzung Fußnote von Seite 1233

die von unseren Behörden festgestellt worden sind. Es muß jedoch angenommen werden, daß nicht alle Personen wirklich erfaßt werden; aus zuverlässiger Quelle der DDR verlautet, daß die wirkliche Zahl ca. 100000 beträgt. […] So erfreulich die positive Entwicklung speziell bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten ist, so erscheint ihre absolute Zahl angesichts der Reisebedürfnisse in der DDR-Bevölkerung doch gering. Bei der Bewilligung von Reiseanträgen werden vielfach den Antragstellern nicht einsehbare Kriterien zugrunde gelegt. Das Mitspracherecht der Betriebe kann zu einem sachfremden Entscheidungsumfeld (Kollegen-Neid; Bewertung der Arbeitsleistung) führen. Es ist zu vermuten, daß potentielle Antragsteller sich vielfach einer solchen Situation nicht aussetzen wollen." Vgl. Referat 210, Bd. 139203.

Am 14. August 1986 übermittelte Attaché Kampmann der Botschaft in Washington Zahlen zum innerdeutschen Reiseverkehr. Die Zahl der Reisen aus der DDR und Ost-Berlin in das Bundesgebiet wurde mit 1564000 (1984) bzw. 1600000 (1985) angegeben. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 986; Referat 210, Bd. 139203.

allerdings auf vielen Gebieten einen starken Nachholbedarf. Sie sei deshalb auf Zusammenarbeit mit anderen Staaten angewiesen. Die DDR habe ihrerseits viel zu bieten; ihre besondere Stärke liege aufgrund des Ausbildungssystems auch in der Vielzahl von qualifizierten Fachkräften.

GS Honecker ging dann auf die vom Bundeskanzler angesprochene Frage der Stabilisierung im Reiseverkehr ein. Er sei entschlossen, auf dem bisher beschrittenen Wege weiterzugehen. Das sei freilich nur miteinander möglich; das heiße, auch auf unserer Seite seien Schritte erforderlich, damit eine offene Aufnahme von Reisenden aus der DDR möglich werde. Nach seinen Vorstellungen werde die Zeit kommen, wo auch die DDR zu einer anderen Methode übergehen werde, um zu regeln, ob jemand reisen könne oder nicht; das heiße, daß schließlich jeder, der einen Paß habe, auch reisen dürfe. Er bewege diese Frage in seinem Kopf. Auf jeden Fall wolle man auf dem bisherigen Wege weitergehen.

Der *Bundeskanzler* sagte, er sei in dieser Frage persönlich sehr engagiert und werde nichts tun, um diesen Prozeß zu belasten.

Der Bundeskanzler warf dann die Frage nach Kontaktverboten auf. *Honecker* erklärte, Kontaktverbote seien aufgehoben. Zuerst habe man nur den Kreis der Geheimnisträger eingeschränkt, was jedoch Probleme aufgeworfen habe, da im Ergebnis schließlich alle außer den SED-Mitgliedern hätten reisen bzw. Westbesuche empfangen dürfen. Aus diesem Grunde habe man schon vor einiger Zeit das Kontaktverbot generell aufgehoben. Allerdings gebe es nach wie vor bestimmte Richtlinien, die Kontaktmöglichkeiten für Angehörige der Armee, des Innenministeriums und des MfS einschränken.

Der *Bundeskanzler* fragte nach Lösungsmöglichkeiten für die Probleme im grenznahen Bereich. *Honecker* verwies auf das in der Delegationssitzung übergebene Positionspapier der DDR und die dort erwähnte Möglichkeit auf Einbeziehung von Hamburg, Hannover und Kiel in den grenznahen Verkehr.[6] Hier bestehe allerdings auch ein Zusammenhang mit noch ungeklärten Grenzfragen. Im Elbe-Abschnitt sollte eine Feststellung der Grenze in Strommitte möglich sein.[7] Aus den Karten der britischen Rheinarmee ergebe sich doch, daß der Grenzverlauf auch von den Besatzungsmächten seinerzeit so gesehen worden sei.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß in der gegenwärtigen Lage noch kein Beschluß dazu möglich sei. Wenn aber der Besuch so verlaufe, wie er das hoffe, dann sehe er eine Möglichkeit für Gespräche. Der Kontakt darüber sollte auf politisch qualifizierter Ebene fortgesetzt werden, bevor die Angelegenheit formal in der Grenzkommission abgeschlossen werden könne. Beide Seiten hätten hier ein Interesse an Bewegung. Gegenüber der Öffentlichkeit sollte das Thema aber jetzt nicht weiter vertieft werden. Er möchte aber ausdrücklich erklären, daß er nicht die Absicht habe, es ad calendas graecas zu vertagen.

GS *Honecker* erklärte, daß dann auch die Einbeziehung der drei Städte in den grenznahen Verkehr möglich sein werde.

6 Vgl. den ersten Absatz im Abschnitt „Reise- und Besucherverkehr“ des undatierten Papiers; HONECKER, Moabiter Notizen, S. 150.

7 Zur Frage des Grenzverlaufs zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Bereich der Elbe vgl. Dok. 244, Anm. 28.

Der *Bundeskanzler* kam dann auf Berlin zu sprechen: Er halte es nicht für gut, wenn in Berlin eine Stimmung aufkomme, daß die Stadt hinter der allgemeinen Entwicklung der West-Ost-Beziehungen zurückbleibe. Bundesminister *Schäuble* ergänzte, daß aus Berliner Sicht Berlin insbesondere im Reise- und Besucherverkehr hinter der allgemeinen Entwicklung hinterherhinke. 1984 seien in Berlin Hoffnungen geweckt worden, die bis heute nicht realisiert worden seien. Bei den Berlinern dürfe nicht das Gefühl verstärkt werden, daß sie eine Sonderbehandlung erführen dadurch, daß die sonst für den grenznahen Verkehr eröffneten Möglichkeiten hier nicht gelten sollten. Die Einführung der Zwei-Tages-Regelung sei daher unverändert ein wesentliches Anliegen. Wenn dies zur Zeit nicht erfüllt werden könnte, dann sollte wenigstens die Sichtvermerksausgabe an Inhaber von Mehrfachberechtigungsscheinen an der Grenze eingeführt werden. Auch die Wiederaufnahme der Bezirkskontakte, eventuell Bezirkspartnerschaften, wäre ein Mittel, um das Gefühl der Benachteiligung Berlins abzubauen. Im Jugendaustausch sollte etwas bewegt werden, ebenso gebe es beim Kulturaustausch noch viele ungenutzte Möglichkeiten.

Honecker wies auf vorhandene Verbesserungen für Berlin hin: Die Verhandlungen über den Gebietsaustausch würden fortgesetzt; hier könne man den Wünschen des Senats entsprechen.[8] Bei den Ein-Tages-Besuchen sei die Besuchsdauer bis 2.00 Uhr morgens verlängert worden. Die Möglichkeit der Einreise bis zu 48 Stunden werfe dagegen besondere Probleme auf: Es sei wichtig, daß Berlin (Ost) nicht überrannt werde; Schwierigkeiten würden sich dann auch bei der Durchführung des Mindestumtausches[9] ergeben. In der Frage der Sichtvermerksausstellung am Grenzübergang müsse man berücksichtigen, daß es

8 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 3. August 1987 wurde vermerkt, seit November 1983 fänden zwischen dem Senat von Berlin und dem Außenministerium der DDR Verhandlungen über einen Gebietsaustausch statt: „Die Verhandlungen werden von den Beauftragten für den Reise- und Besucherverkehr geführt, die sich bis einschließlich 26. Oktober 1984 zu sechs Verhandlungsrunden trafen. Die DDR erklärte dann, daß die ‚Voraussetzungen' für die Fortführung der Gespräche fehlten. […] Erst bei dem Treffen zwischen dem Regierenden Bürgermeister und GS Honecker in Leipzig am 15. März 1987 signalisierte die andere Seite, daß jetzt wieder über Gebietsaustausch gesprochen werden könne. Am 25. März und am 15. April 1987 fanden dann zwei weitere Gespräche statt. […] Verhandlungskonzept des Senats ist es, die Exklavenprobleme Berlins durch Abgabe von Exklaven (Wüste Mark, Falkenhagener Wiesen, Laßzinswiesen) und durch Schaffung eines Zugangs (Fichtewiese, Erlengrund) zu lösen. Erworben werden sollen von der DDR stadtplanerisch interessante Flächen wie Lenné-Dreieck, Neukölln-Mittenwalder-Dreieck, Flächen am Lohmühlenplatz, Waldgebiet Kienhorst bei Eiskeller und andere kleinere Flächen. Über die in den Gebietsaustausch einzubeziehenden Flächen konnte in den letzten beiden Verhandlungsrunden Einvernehmen erzielt werden." Eine Vermessung habe noch nicht stattgefunden. Vgl. Referat 210, Bd. 145179.

9 Am 9. Oktober 1980 gab die DDR bekannt, daß mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 an der Mindestumtauschsatz für Besuche in die DDR von 13 auf 25 DM und nach Ost-Berlin von 6,50 auf 25 DM angehoben werde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen vom 10. Oktober 1980; Referat 210, Bd. 132464.
Am 27. September 1983 teilte Staatssekretär Boenisch, Presse- und Informationsamt, mit, die DDR habe am selben Tag „Jugendliche bis zum vollendeten 14. Lebensjahr vom verbindlichen Mindestumtausch bei Reisen in die DDR" befreit. Vgl. BULLETIN 1983, S. 915.
Am 25. Juli 1984 entschied das Kabinett, die Garantie für einen Kredit der Deutschen Bank in Höhe von 950 Mio. DM an die DDR zu übernehmen. Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, teilte dazu mit, die DDR werde den Mindestumtausch für Rentner von 25 auf 15 DM senken und weitere Erleichterungen im Reiseverkehr vornehmen. Vgl. dazu den Artikel „Bonn übernimmt Garantie für neuen DDR-Kredit und gibt elf Zugeständnisse Ost-Berlins bekannt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Juli 1984, S. 1.

derzeit 170000 Inhaber von Mehrfachberechtigungsscheinen gebe. Die Ausstellung der Sichtvermerke am Übergang würde dort zu großen Stauungen führen, die man nicht wolle. Man könnte sich aber vielleicht überlegen, in der Nähe der Grenze Büros einzurichten, in denen die Sichtvermerke ausgestellt würden. Darüber sollte man jedenfalls noch einmal nachdenken. GS Honecker fügte hinzu, schließlich gehe es der DDR auch darum, eine bestimmte Kontrolle der Personen zu haben, die einreisen, auch den Schmuggel müsse man unter Kontrolle halten.

Der *Bundeskanzler* warf ein, ob es nicht sinnvoll sei, über alle diese Fragen auf anderer Ebene weitere Gespräche zu führen. *Honecker* stimmte zu, man könne weiter darüber sprechen. Er fügte an, er sei auch für eine Ausweitung des Kreises der Inhaber von Mehrfachberechtigungsscheinen.

Honecker erwähnte dann die Möglichkeit der weiteren Offenhaltung von Staaken.[10] Die DDR sei dazu bereit; sie könne dies auch selbst entscheiden. Es müßten dann am Übergang aber bestimmte Änderungen, die im Positionspapier aufgeführt sind, erfolgen. Honecker erwähnte ferner die Frage des Südbahnhofs: Hierzu sei früher bereits eine Vereinbarung getroffen worden, die sich dann aber nicht realisiert habe; möglicherweise hätten sich die Dinge inzwischen anders entwickelt; man sollte deshalb erneut darüber sprechen. Die DDR sei entschlossen, zu Ergebnissen zu kommen.[11]

Honecker bestätigte auch die Bereitschaft der DDR, die Nutzungsmöglichkeiten der Übergänge im Süden Berlins zu erweitern; er räumte andererseits ein, daß man nicht alles auf einmal machen könne. Er erwähnte ferner die Entwicklung des Transitverkehrs, der sich stark ausgeweitet habe und völlig unbehindert verlaufe; Verdachtskontrollen seien praktisch auf ein Minimum beschränkt worden.

10 Referat 210 gab am 27. Oktober 1987 folgenden Sachstand: „Mit dem 1977 vereinbarten Neubau der Autobahnverbindung Hamburg–Berlin parallel zur Fernstraße 5 war bis spätestens Ende 1984 die Verlagerung des für den Transitverkehr von und nach Hamburg zugelassenen Übergangs in Berlin von Heerstraße/Staaken im Westen Berlins nach Heiligensee/Stolpe im Nordwesten der Stadt vorgesehen. Da in Berlin (West) der Zubringer zum neuen Übergang nicht rechtzeitig fertiggestellt war, verlängerte die DDR diese vereinbarte Frist einseitig bis zum 31.12.1987. Für den 22.12.87 ist in Berlin (West) die feierliche Eröffnung des neuen Zubringers zum Übergang Heiligensee vorgesehen. […] Es war stets das besondere Interesse Berlins (und der Bundesregierung), den Übergang Staaken auch nach Eröffnung des neuen Übergangs Stolpe/Heiligensee für den Transitverkehr von und nach Hamburg offenzuhalten, um den stark gestiegenen Transitverkehr nach Norden auf zwei Übergänge zu verteilen und auf diese Weise auch den Zubringerverkehr innerhalb von Berlin (West) nach Heiligensee zu entlasten.“ Sollte die DDR zu einer Offenhaltung bereit sein, müsse die Bundesregierung die Kosten übernehmen. Das Bundesministerium der Finanzen habe den Höchstbetrag der Kostenbeteiligung auf zehn Millionen DM beziffert. Vgl. Referat 210, Bd. 145186.
Am 8. Dezember 1987 teilte die Ständige Vertretung der DDR dem Bundeskanzleramt mit, daß der Übergang Staaken zum 31. Dezember geschlossen werde. Vgl. dazu die Presseerklärung; Referat 210, Bd. 145186.

11 In einem Schreiben der Senatskanzlei von Berlin an die Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe vom 23. November 1987 wurde dargelegt: „Der Senat von Berlin verhandelt gegenwärtig mit der Deutschen Reichsbahn über die Anpassung der Vereinbarungen über das sogenannte Südgelände von 1974/80 an die aktuelle Entwicklung. In diesen Verhandlungen hat die Reichsbahn vorgeschlagen, die bisher im Bahnhof Grunewald vorgenommenen Rangieraufgaben auf die Bahnhöfe Wustermark und Seddin zu verlagern. In der Konsequenz bedeutet dies, daß in den Westsektoren Berlins kein funktionierender Rangierbahnhof mehr vorhanden wäre.“ Die Senatskanzlei bat um eine Prüfung, „ob aus der Sicht der Notstandsplanung Bedenken gegen ein Eingehen auf den Reichsbahnvorschlag bestehen“. Vgl. Referat 210, Bd. 145197.

Der *Bundeskanzler* erklärte, man solle dann so verbleiben, daß Bundesminister Dr. Schäuble mit seinem Gesprächspartner[12] ausmacht, wann und in welcher Form die Gespräche fortgesetzt werden sollen, um im einzelnen zu prüfen, was hier in Berlin noch gemacht werden kann. Der Bundeskanzler betonte noch einmal, daß dies für uns und für ihn persönlich ein sehr wichtiger Punkt sei.

Honecker sagte, in Berlin hätten sich gewaltige Veränderungen vollzogen, die die Lebenskraft der Stadt gestärkt hätten. Daher ergebe sich auch die Frage, was man weiter tun könne, auch in bezug auf die Verkehrsverbindungen. Darüber sollte, wie im Kommuniqué[13] vorgesehen, verhandelt werden.

Der *Bundeskanzler* sprach daraufhin den Mindestumtausch an. *Honecker* sagte dazu, er sehe in der aktuellen Lage keine Möglichkeit einer Veränderung. Derzeit seien Jugendliche bis 14 Jahre vom Mindestumtausch befreit, Rentner brauchten nur DM 15,- täglich zu tauschen; weitere Erleichterungen seien z. Zt. nicht möglich.

Der *Bundeskanzler* antwortete, er nehme zur Kenntnis, daß diese Mitteilung sich auf die aktuelle Lage beziehe. Der Mindestumtausch bleibe für uns aber ein Thema, auch wenn er es jetzt nicht aktualisieren wolle. Er sehe auch das Problem der größeren Reisezahlen; hier habe sich ja tatsächlich etwas verändert. Die DDR müsse nur verstehen, daß der Mindestumtausch für uns unverändert ein Problem bleibe, vor allem auch in der öffentlichen Meinung. *Honecker* wiederholte, es sei nicht möglich, hier vorerst etwas zu tun; er habe aber keine Einwendungen dagegen, daß das Thema weiter auf der Tagesordnung bleibe. Honecker fügte hinzu, daß es auch in der DDR eine lebhafte Diskussion über Reise- und Umtauschmöglichkeiten gebe. Es sei das Ziel, in diesen Fragen bis zur Menschenrechtstagung der KSZE[14] zu weiteren Klärungen zu kommen.

Der *Bundeskanzler* ging auf die Problematik des Schießbefehls ein: Hier müsse sich etwas ändern. *Honecker* erklärte, es gebe im Grunde keinen Schießbefehl, sondern lediglich eine Schußwaffengebrauchsanweisung, die ähnlich sei wie in der Bundesrepublik Deutschland. (Er zitierte aus unserem Gesetz über die Anwendung unmittelbarer Gewalt von 1974.[15]) Die Grenzübergangsstellen und der Grenzbereich seien nun einmal militärisches Sperrgebiet, wo bestimmte Kontrollregeln gelten. Er sagte dann wörtlich: „Wir sind nicht für diese Zwischenfälle, erst recht nicht dafür, daß Menschen dabei zu Schaden kommen." Er fügte hinzu, daß es allerdings in Wahrheit sehr viel weniger Zwischenfälle gebe als Meldungen darüber. Er sei dafür, daß auf diesem Gebiet Opfer nach Möglichkeit vermieden würden; entsprechend werde auch bei der Anwendung des Waffengebrauchs verfahren.

12 Alexander Schalck-Golodkowski.

13 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1987, S. 710–713.

14 Vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 fand in Paris eine Konferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten über die „menschliche Dimension der KSZE" statt.

15 Für den Wortlaut des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen vom 12. August 1965 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 796–799.
§ 3 und § 7 des Gesetzes wurden durch Artikel 159 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 582.

Der *Bundeskanzler* sagte, er wolle das ganz pragmatisch sehen: Der Schießbefehl sei eine der schwersten psychologischen Belastungen für die Beziehungen, weil jeder Vorfall an der Grenze Emotionen hervorrufe und zu Spannungen führe. Er sehe auch die Zwänge, unter denen sich die DDR fühle; er möchte aber doch den dringenden Wunsch aussprechen, im Nachgang zu den jetzigen Gesprächen zu überlegen, was man hier tun könne, damit wir nicht mit diesem Dauerbrenner in unseren Beziehungen leben müßten.

Der Bundeskanzler kam dann auf die Möglichkeiten für die Entwicklung eines wechselseitigen Tourismus zu sprechen. *Honecker* verwies auf die einschlägige Aussage im Kommuniqué und berichtete, daß der Neubau von Hotels vorgesehen sei, zunächst in Berlin, dann auch in Dresden und Erfurt. Der *Bundeskanzler* sagte, es solle im beiderseitigen Interesse liegen, daß die Menschen, gerade junge Leute, auch hier wissen, wo Dresden und Weimar liegen; alle sollten ganz Deutschland kennenlernen. *Honecker* verwies auf die von der DDR vorgelegten Reisezahlen, aus denen sich auch das sehr große Interesse ergebe. In der DDR sei ein spezielles Programm beschlossen worden für den Bau von neuen touristischen Hotels, um auch dort Aufnahmemöglichkeiten zu schaffen. Der *Bundeskanzler* sagte, man sollte diese Programme ermutigen und unterstützen. BM *Dr. Schäuble* fragte, ob von den übergebenen Zahlen Gebrauch gemacht werden könne, was *Honecker* bejahte.

Der *Bundeskanzler* trug das Anliegen des Zentralrates der Juden in Deutschland hinsichtlich des Studiums an der Jüdischen Hochschule in Heidelberg und der Benutzung von Archiven in der DDR vor. Er fügte hinzu, daß wir aus unserer gemeinsamen Geschichte gegenüber den Juden besondere Verpflichtungen hätten, so daß es eine gute Geste sei, wenn diesen Wünschen Rechnung getragen werden könnte. *Honecker* erwähnte sein kürzliches Gespräch mit dem Präsidenten des Weltrates der Juden[16] über Fragen der Wiedergutmachung sowie die Besetzung des Rabbinerpostens in der jüdischen Gemeinde der DDR durch einen Rabbiner aus den USA[17]. Er erklärte Einverständnis mit der Archivbenutzung; hinsichtlich der Studienmöglichkeit sei es am zweckmäßigsten, wenn Herr Nachmann sich an den Vorsteher der jüdischen Gemeinde in der DDR[18] wende.

Der *Bundeskanzler* erwähnte ferner das Angebot der Körber-Stiftung für Stipendien an graduierte DDR-Studenten. *Honecker* nahm dies mit Interesse entgegen und sagte, die Frage sollte geprüft werden.

Der *Bundeskanzler* ging dann auf Städtepartnerschaften ein.[19] Er begrüßte die bisherige Entwicklung und betonte das Interesse, daß nicht nur Bürgermeister

16 Präsident des Jüdischen Weltkongresses war Edgar Bronfman.
Am 23. Juni 1987 führte der Präsident der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Miller, in Ost-Berlin ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. dazu den Artikel „Erich Honecker empfing Rabbiner Dr. Israel Miller"; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. Juni 1987, S. 1.

17 Rabbiner der Jüdischen Gemeinde in der DDR war seit 23. September 1987 Isaac Neumann.

18 Helmut Aris.

19 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 25. Februar 1987 hieß es: „Die Haltung der DDR zu innerdeutschen Städtepartnerschaften ist weiterhin gekennzeichnet von grundsätzlicher Zurückhaltung und Vorsicht. Positive Entscheidungen im Einzelfall sind als Ausnahmen zu betrachten (DDR: ‚Testfälle'), mit denen die DDR Erfahrungen sammeln will. Dennoch ist eine Kontinuität positiver Einzelfallentscheidungen zu erkennen, die sich fortsetzen dürfte (keine Anhaltspunkte für eine grundsätzliche Änderung dieser Praxis). Über Berücksichtigung und Auswahl

oder Gemeinderäte, sondern vor allem die Bürger sich im Rahmen dieser Partnerschaften treffen sollten. Es gebe hier eine Vielzahl von Möglichkeiten, daß örtliche Vereine, besonders beim Sport, miteinander Kontakt aufnehmen könnten. *Honecker* sagte, die Städtepartnerschaften sollten Schritt für Schritt aufgebaut werden. Auch er halte es für wichtig, daß neben Kommunalpolitikern die einfachen Bürger sich begegnen könnten. Der *Bundeskanzler* äußerte dann noch als persönlichen Wunsch, daß Ludwigshafen eine Städtepartnerschaft entweder mit Dessau oder Zwickau ermöglicht werden könnte. *Honecker* sagte Prüfung zu.[20]

Auf Wunsch des Bundeskanzlers ging dann Bundesminister *Dr. Schäuble* auf die Fragen der Verkehrsprojekte ein. Er sagte, man solle sehr offen über alle Fragen einschließlich der in dem Positionspapier der DDR enthaltenen Punkte reden. Innerhalb der Bundesregierung habe es eine Diskussion darüber gegeben. Wir seien grundsätzlich bereit zu Gesprächen über den Ausbau der Eisenbahnverbindung Hannover–Berlin. Das heiße nicht, daß man nicht in demselben Zeitraum auch über Straßenverkehrsprojekte reden könne. Wichtig sei jedoch, die Priorität für den Eisenbahnbau festzuhalten. Zu bedenken sei auch, daß in absehbarer Zeit Gespräche über die Transitpauschale geführt werden müßten.[21] In einem bestimmten Zeitraum könnten wir schließlich nicht alles machen. BM Dr. Schäuble fragte dann speziell nach den Bedingungen für die weitere Offenhaltung des Übergangs Staaken; die DDR habe in ihrem Positionspapier Forderungen für den Ausbau erhoben, zugleich aber auch einen Zusammenhang mit der Frage der Grunderneuerung von Autobahnteilstücken hergestellt. *Honecker* erklärte, Staaken sei bisher entsprechend den Wünschen des Senats über früher festgelegte Termine immer wieder offengehalten worden, solle aber jetzt Ende des Jahres endgültig geschlossen werden. Wenn man das tue, dann werde das jedoch eine schlechte politische und psychologische Wirkung haben. Wenn man

Fortsetzung Fußnote von Seite 1239

von Partnergemeinden wird offenbar in der DDR zentral und auf hoher Ebene entschieden. Die DDR-Gemeinden haben darauf vermutlich keinen oder nur geringen Einfluß. […] In den bisherigen Verhandlungen mit DDR-Gemeinden haben sich folgende Punkte als kritisch erwiesen: politisch-programmatische Aussagen im Sinne der DDR; ausreichende und verbindliche Berücksichtigung kommunaler und bürgerschaftlicher Elemente; Unterbringung in Privatquartieren; Einbeziehung von Schülern in Jugendbegegnungen. Durch die Berücksichtigung von Trier (CDU-Mehrheit) und Fellbach (CDU-Mehrheit, FDP-OB) hat sich die anfangs beobachtete politische Einseitigkeit bei der Berücksichtigung von Partnerschaftswünschen durch die DDR (nur SPD-regierte Städte) abgeschwächt." Vgl. Referat 210, Bd. 145216.

20 In der Presse wurde berichtet: „Eine Vereinbarung über Städtepartnerschaft zwischen Dessau und Ludwigshafen am Rhein wurde am Dienstag von den Volksvertretern der Dessauer Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Der Stadtrat von Ludwigshafen, der bereits am 2. März dem Dokument seine Zustimmung gab, war bei der Ratifizierung im ‚Haus der Jugend und Sportler' mit einer Delegation vertreten." Vgl. den Artikel „Städtepartnerschaft Dessau–Ludwigshafen beschlossen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 30. März 1988, S. 2.

21 Nach Artikel 18 des Transitabkommens vom 17. Dezember 1971 entrichtete die Bundesrepublik der DDR für den Transit von und nach Berlin (West) jährlich eine Pauschalsumme als Gebühren für Straßennutzung und Visa. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 75.
Mit Protokoll vom 16. November 1978 wurde die Transitpauschale für die Jahre 1980 bis 1989 auf 525 Millionen DM jährlich festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1978, S. 1254 f.
Am 14. September 1988 vereinbarten beide Regierungen weitere Verbesserungen im Transitverkehr. Dafür stimmte die Bundesregierung einer Erhöhung der jährlichen Transitpauschale von 1990 bis 1999 auf 860 Millionen DM zu. Für den Wortlaut des am 5. Oktober 1988 unterzeichneten Protokolls vgl. BULLETIN 1988, S. 1138.

es aber endgültig offenhalte, dann müsse man auch etwas dafür tun. Hinsichtlich der übrigen Fragen stimme die DDR im Prinzip zu, daß vor allem über die Eisenbahn gesprochen werden solle. Wir hätten dazu bestimmte Vorstellungen (IC-Verkehr).[22] Wie alle Verkehrsfragen sei auch diese mit erheblichen Belastungen verbunden. Die konkreten Punkte sollten von den Experten geklärt werden; über die Kosten müsse man sich dann verständigen. Der *Bundeskanzler* warf ein, daß wir uns auch finanziell nicht überfordern dürften; wichtig sei deshalb, Prioritäten zu setzen.

Bundesminister *Dr. Schäuble* kam noch einmal auf die Offenhaltung von Staaken zurück und erklärte, daß man sie keinesfalls mit dem Problem der Grunderneuerung in Verbindung bringen könne. *Honecker* erklärte sich einverstanden, daß die Frage der Grunderneuerung hiermit nicht verbunden werden solle. Er fügte hinzu, daß die Offenhaltung von Staaken keine Frage sei, die mit der Sowjetunion geklärt werden müsse; die DDR könne hier selbständig entscheiden.

Der *Bundeskanzler* fragte darauf, welche Chancen Honecker für die Verbesserung des Luftverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten sehe. *Honecker* erklärte, es gebe für Berlin ja die alliierten Regelungen.[23] Da Schönefeld außerhalb dieses Bereiches liege und von den alliierten Regelungen nicht erfaßt werde, sei die DDR einverstanden, wenn ein Flugverkehr zwischen Schönefeld und Frankfurt durch Interflug und Lufthansa aufgenommen werde. Bundesminister *Dr. Schäuble* erklärte dazu, es sei ausgeschlossen, daß die Lufthansa Schönefeld anfliege, ohne die Anflugsmöglichkeit für Tegel zu haben.[24] *Honecker* meinte demgegenüber, die vier Alliierten würden sich in dieser Frage nicht einig werden. BM *Dr. Schäuble* räumte ein, daß dies nicht leicht sein werde; aus mittlerer

22 Am 29. Oktober 1987 fand eine Besprechung („Dreierkreis“) zwischen dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Finanzen statt, an der auch Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, teilnahm. Zum Thema Schnellbahn Berlin–Hamburg wurde in einer Aufzeichnung des Referats 210 vom 30. Oktober 1987 notiert: „StS Obert (BMF) äußerte finanzielle Bedenken gegenüber allen bisherigen Optionen. Er fragte nach weiteren, kostengünstigeren Möglichkeiten und behielt sich vor jeder Sondierung mit der DDR ein Ministergespräch vor. BM Schäuble und StS Bräutigam wiesen auf die Vorgabe des Kommuniqués [hin]: schnellere Fahrzeit, höhere Frequenz. Ergebnis der Beratung: BMV wird weitere kostengünstigere Optionen ausarbeiten. Auf dieser Grundlage wird StS Obert bei BM Stoltenberg vortragen. Nach Zustimmung durch BMF wird StS Bräutigam die Sondierungen mit der DDR aufnehmen. Die Alliierten werden über den Sachstand unterrichtet.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145186.

23 Zu den Bestimmungen über den Luftverkehr von und nach Berlin vgl. Dok. 354, Anm. 10.

24 Zur Situation des Luftverkehrs nach und von Berlin legte das Bundesministerium für Verkehr am 9. Februar 1987 dar, auf der Grundlage der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten arbeite unter Mitwirkung der UdSSR das Berlin Air Safety Center (BASC), „das das Befliegen der Berlin Control Zone (BCZ) regelt. Zur BCZ gehört neben den Flughäfen in Berlin (West) de jure auch der in der DDR gelegene Flughafen Schönefeld. De facto hat jedoch die Sowjetunion den Luftverkehr von und nach Schönefeld der Mitwirkung der Westalliierten entzogen; sie verstößt damit gegen die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten. Aus diesem Grunde genehmigen die Westalliierten und die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich keine Flüge aus ihren Hoheitsgebieten nach Schönefeld.“ Für nicht-amerikanische, nicht-britische bzw. nicht-französische Luftfahrzeuge sei der Luftzugang nach Berlin (West) grundsätzlich nur außerhalb der festgelegten Luftkorridore möglich: „Bisher sind alle mit Unterstützung der Drei Mächte unternommenen Versuche der Bundesregierung, die Zustimmung der Sowjetunion für einen Anflug von Berlin (West), z. B. durch die Deutsche Lufthansa, sowie entsprechende Überfluggenehmigungen der DDR zu erhalten, ohne Erfolg geblieben. Solange aber der Anflug von Berlin (West) außerhalb der Luftkorridore von der Sowjetunion und der DDR blockiert wird, wird die Bundesregierung auch in Zukunft grundsätzlich keine Ausflugerlaubnisse nach Berlin-Schönefeld erteilen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145236.

Sicht sei es aber auch nicht ganz auszuschließen. Wir könnten jedenfalls so lange nicht mit der Lufthansa nach Schönefeld fliegen und umgekehrt Interflug von Schönefeld nach Frankfurt, solange nicht auch eine Anflugmöglichkeit für Tegel eröffnet sei. Vielleicht könnte der Flugverkehr nach Leipzig ein erster Schritt sein, wenn beide Seiten sich bemühten, daran weitere Schritte anzuschließen. *Honecker* erwiderte, daß die alliierten Festlegungen einen Anflug von Tegel außerhalb der Korridore sehr schwierig machten. Man könne aber damit beginnen, zunächst einen Luftverkehr zwischen Frankfurt, Leipzig und München zu entwickeln, um das Netz dichter zu machen. Für Berlin sehe er allerdings im Augenblick keine Möglichkeit.

Der *Bundeskanzler* ging dann auf Fragen des Umweltschutzes ein und betonte zunächst die Notwendigkeit, etwas für die Reinhaltung der Elbe zu tun.[25] *Honecker* erklärte, die Frage könne am besten gelöst werden in Verbindung mit der Grenzfeststellung. Wenn man sich darüber einig sei, hier Fortschritte zu machen, könnten Elbe-Gespräche gleichzeitig vorbereitet werden. Er fragte, welche Priorität für uns die Werra-Entsalzung[26] habe. Beides koste schließlich etwas. Bundesminister *Dr. Schäuble* fragte dagegen, ob die DDR bereit sei, die Priorität auf die Elbe zu verlegen. Man könne sich immerhin fragen, ob es sinnvoll sei, noch sehr viel Geld in die Werra-Entsalzung zu investieren, wenn der Kaliabbau ohnehin in etwa 20 Jahren beendet werde.

Honecker wiederholte, wenn die noch offene Grenzfrage der Elbe gelöst werden könne – und er hoffe hier auch auf sein Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Albrecht[27] –, dann könne man auch alle anderen Fragen lösen. Er habe ebenfalls Rücksichten zu nehmen, auf seine Öffentlichkeit und auf sein Kollektiv.

Der *Bundeskanzler* fragte, ob die DDR nicht etwas helfen könne, auf die ČSSR in Fragen der Luftreinhaltung einzuwirken; BM *Dr. Schäuble* ergänzte, daß man auch bei der Elbe die ČSSR brauche. *Honecker* sagte, daß in der DDR dem Umweltproblem insgesamt große Aufmerksamkeit gewidmet werde, allerdings im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten. Er bekräftigte die Verpflichtung zur Herabsetzung des SO_2-Ausstoßes um 30 %[28] und erwähnte ein Programm für Berlin, wo Kraft- und Heizwerke auf Erdgas umgestellt werden sollten, so daß Braunkohle dort nicht mehr verfeuert würde.

Zum Ende des Gespräches sprach GS Honecker die offizielle Einladung an den Bundeskanzler aus. Er fügte hinzu, daß aber auch die Möglichkeit eines privaten Besuches jederzeit bestehe, wenngleich hierfür natürlich auch gewisse Vorkehrungen aus Sicherheitsgründen getroffen werden müßten. Der Bundeskanzler brauche jedenfalls nicht auf einen offiziellen Besuch zu warten, sondern könne vorher auch persönlich kommen. Die Information könne eventuell über die Herren Rehlinger und Vogel erfolgen.

25 Zu den Bemühungen um die Reinhaltung der Elbe vgl. Dok. 244, Anm. 15.

26 Zu den Verhandlungen über die Reduzierung der Werra-Versalzung vgl. Dok. 244, Anm. 14.

27 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, traf am Abend des 7. September 1987 zu einem Gespräch mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht zusammen. Vgl. dazu KOALITION DER VERNUNFT, S. 570, Anm. 8.

28 Vgl. dazu das am 2. September 1987 in Kraft getretene Helsinki-Protokoll vom 8. Juli 1985 zum Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung; UNTS, Bd. 1480, S. 216–219.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich auch für die private Einladung.[29] Er betonte, daß ihm und seiner Frau dies immer ein besonderes Anliegen gewesen sei.

Honecker sagte dann noch, er wolle den Bundeskanzler auch darüber informieren, daß er den Bundespräsidenten ebenfalls zu einem „offiziellen Besuch in der DDR" eingeladen habe; der Bundespräsident habe die Einladung auch angenommen.[30]

Bundesarchiv, B 136/59755

246

Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher

7. September 1987[1]

Persönlich/Vertraulich

An den
Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Hans-Dietrich Genscher
Adenauerallee 99–103
5300 Bonn

Lieber Hans-Dietrich,

aus dem Umfeld der FDP kommt an mich die Information, daß es offensichtlich Überlegungen gibt – und dabei wird auch Dein Name genannt –, den von mir gemachten Vorschlag zur Frage des Abbaus der Pershing Ia[2] im Zeitplan zu verändern und der Sowjetunion einen weiteren kräftigen Schritt entgegenzukommen. Möglicherweise steht diese Absicht im Zusammenhang mit dem Wahltermin am 13. September.[3]

Ich will Dich rechtzeitig darauf hinweisen, daß ein solcher Schritt keinesfalls meine Zustimmung findet und ich nach den Erfahrungen mit Deinen Äußerun-

29 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 27. bis 29. Mai 1988 anläßlich einer Privatreise in der DDR auf.

30 Für das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Villa Hammerschmidt vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 576–581.

1 Ablichtung.
An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk vom 8. September 1987: „Ab mit Boten."

2 Vgl. die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987; Dok. 235.

3 Bei den Wahlen zum Landtag von Schleswig-Holstein am 13. September 1987 erreichte die SPD 45,2% der abgegebenen gültigen Stimmen, die CDU 42,6% und die FDP 5,2%. Aufgrund einer Patt-Situation im Landtag gelang es nicht, eine neue Regierung zu bilden. Die Folge waren vorgezogene Neuwahlen am 8. Mai 1988.
Zudem fanden am 13. September 1987 Wahlen zur Bremer Bürgerschaft statt. Die SPD erreichte 50,5% der abgegebenen gültigen Stimmen und stellte mit Klaus Wedemeier weiter den Senatspräsidenten. Die CDU erreichte 23,4%, die Grünen 10,2%, die FDP 10,0% und die DVU 3,4%.

gen vor der FDP-Fraktion[4] besonders aufmerksam die Entwicklung beobachten werde.

Mit freundlichen Grüßen
[Helmut Kohl][5]

Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl

247

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer

8. September 1987[1]

– Von BM noch nicht gebilligt –

BM: Er freue sich, mit Fischer im Zusammenhang mit dem Besuch des GS erstmals in der Bundesrepublik Deutschland zusammenzutreffen[2], nachdem es Begegnungen zwischen ihnen in aller Welt gegeben habe.[3] Der Besuch Honeckers

4 In der Presse wurde berichtet, Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, und Bundesminister Genscher hätten am Freitag, den 4. September 1987, „mit knappen Erklärungen Forderungen der CSU zurückgewiesen, der bedingte Verzicht Bundeskanzler Kohls auf die Modernisierung der 72 Pershing-1A-Raketen der Bundeswehr müsse überprüft werden. […] Der Unmut in der CSU war durch Berichte über Äußerungen Genschers am Mittwoch vor der FDP-Fraktion gewachsen, Kohl habe von der Richtlinienkompetenz gar nicht Gebrauch gemacht, weil er Kohl zuvor in dieser Sache beraten habe. Am Freitagvormittag veröffentlichte Schäuble eine kurze Erklärung: ‚1) Die Entscheidung von Bundeskanzler Kohl in seiner Pressekonferenz am 26. August, eine klarstellende Erklärung zu den 72 Pershing-1A abzugeben, war mit dem Außenminister nicht abgestimmt. 2) Die Erklärung des Bundeskanzlers in seiner Pressekonferenz am 26.8. wie vor dem Deutschen Bundestag am 2.9. ist verbindlich.‘ […] Fast zur gleichen Zeit mit der Erklärung Schäubles veröffentlichte das Auswärtige Amt eine Erklärung Genschers aus Kiel: ‚Die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26. August 1987 hat eine große außenpolitische Bedeutung. Sie darf nicht zerredet werden. Es ist seine Entscheidung. Sie entspricht meiner Überzeugung. Das allein ist für mich wichtig. Ich habe weder die Absicht, seine Erklärung für mich in Anspruch zu nehmen, noch habe ich behauptet, sie sei mit mir abgestimmt.‘ Beide Erklärungen richten sich auch gegen Äußerungen von FDP-Generalsekretär Haussmann, der gesagt hatte, er könne ‚nur bestätigen‘, daß Kohl seine Entscheidung mit Genscher abgestimmt habe.“ Vgl. den Artikel „Strauß: Mit Freunden abstimmen, nicht nur mit Genscher telefonieren“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. September 1987, S. 1f.

5 Verfasser des nicht gezeichneten Schreibens.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kastrup am 9. September 1987 gefertigt.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 11. September 1987 vorgelegen, der den Umlauf im Ministerbüro verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 11. September 1987 vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten Ischinger und Schumacher am 14. September 1987 vorgelegen.

2 Der Außenminister der DDR, Fischer, begleitete den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bei dessen Besuch vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Fischer vgl. auch die Gesprächsaufzeichnung der DDR; HONECKER, Moabiter Notizen, S. 222–226.

3 Vgl. dazu zuletzt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 24. September 1986 in New York; AAPD 1986, II, Dok. 258.

finde in einer Situation statt, die zu großen Hoffnungen und Erwartungen Anlaß gebe. Rückblickend werde man sagen können, daß dies der beste Zeitpunkt gewesen sei. Beide deutsche Staaten hätten nicht unerheblich dazu beigetragen. In diesem Sinne heiße er Fischer willkommen.

Fischer: Er könne den Begrüßungsworten des BM nur zustimmen. Der Zeitpunkt des Gesprächs sei in der Tat bemerkenswert; Historiker würden später an keinen Zufall glauben. In der Wahl des Termins liege eine Logik; wir befänden uns gegenwärtig in einer „Schaltzeit". Wir stünden vor der Möglichkeit, den Einstieg in die Abrüstung wirklich erreichen zu können. Die Erklärung des Bundeskanzlers zur PIa[4] sowie die verschiedenen Äußerungen des Bundesministers zu diesem Thema seien ihm bekannt, und er sehe darin bedeutungsvolle Schritte. Es könne ja auch nicht sein, daß ein Einstieg in die Abrüstung an der Bundesrepublik Deutschland scheitere. Er sei sicher, daß die Bundesregierung alles Notwendige tun werde, um weitere Signale in der positiven Richtung in Bewegung zu setzen.

Er, Fischer, würde sich freuen, wenn BM ihn einmal besuchen könne, ohne daß er in Kompetenzschwierigkeiten komme. Von den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dürften keine Spannungen ausgehen; im Gegenteil, sie müßten und könnten zur Klimaverbesserung beitragen. Das Gewicht der beiden deutschen Staaten sei groß. Dies werde von immer mehr Staaten anerkannt. Je normaler die Beziehungen seien, um so größer sei die Ausstrahlung. Die DDR sei zur Mitwirkung bereit. Ihre Politik sei verläßlich und berechenbar.

BM: Ziel unserer Politik sei es von Anfang an gewesen, daß die Mittelstreckenraketen verschwinden sollten. Er habe immer davor gewarnt, unsere entsprechenden Erklärungen nicht ernst zu nehmen. Heute bestehe kein Zweifel, daß dies der richtige Weg war. Wir seien auch von Anfang an für eine weltweite Lösung gewesen. Dies sei sinnvoller unter dem Aspekt der Verifikation, aber auch politisch: um zu zeigen, daß bei einer überschaubaren Waffenkategorie die globale Beseitigung möglich ist.

Die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26. August liege in der Logik und in der Konsequenz der bisherigen Politik der Bundesregierung. Es sei wichtig, daß das Gespräch Shultz/Schewardnadse[5] jetzt die Verhandlungen voranbringe und die noch offenen Fragen, die nicht uns beträfen, gelöst würden. Im Hinblick auf die PIa sei klar, daß dieses System auslaufen werde und daß die Sprengköpfe abgezogen würden, wenn die Raketen nicht mehr da seien.

In ganz Europa gebe es ein Gefühl der Erleichterung, daß ein INF-Ergebnis in diesem Jahr noch möglich sei. Manchmal sei Zeitdruck nützlich.

Fischer: Zeitdruck dürfe nicht das alleinige Mittel des Ansporns sein. Jeder sollte sein Interesse an einem Ergebnis artikulieren und sich nicht zurücklehnen, weil er meine, schon alles getan zu haben. Beide deutsche Staaten seien nicht direkt beteiligt an den Verhandlungen, aber von ihnen betroffen. Dies erlege ihnen die Pflicht auf, zu sagen, was sie wollten.

4 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

5 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

BM: Natürlich sei für ein Verhandlungsergebnis guter Wille entscheidend, aber Zeitdruck könne manchmal heilsam sein. Er habe Kwizinskij bereits am 26. August gesagt, die Erklärung des Bundeskanzlers zur P I a sei ohne jeden Hintergedanken erfolgt und habe ihr Gewicht, das gewürdigt werden sollte.[6]

Natürlich seien wir mit einem sich abzeichnenden INF-Ergebnis nicht am Ende der Fahnenstange. Der Nichtverbreitungsvertrag[7] enthalte Verpflichtungen nicht nur für die Nichtkernwaffenstaaten, sondern auch für die Nuklearmächte. Deshalb habe er die amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 8.1.1985[8] als wichtigen Wegweiser und Fahrplan zur Abrüstung unterstützt. Wir seien ungeduldig über den Stand der Verhandlungen über ein globales Verbot chemischer Waffen, die vorhandenen Probleme müßten kurzfristig überwindbar sein. BM erwähnte die unterschiedlichen Auffassungen zum geographischen Ansatz eines CW-Verbots. Er freue sich, daß sich der weltweite Ansatz nunmehr durchsetze. Bei einer regionalen Lösung wäre die ohnehin schwierige Verifikationsfrage noch komplizierter.

In unserer Diskussion spielten die Nuklearwaffen kürzerer Reichweite eine wichtige Rolle. Die östliche Überlegenheit in diesem Bereich sei für uns eine Realität, wobei allerdings für die Bedrohung nicht nur quantitative Überlegungen den Ausschlag gäben. Er verstehe, daß auf östlicher Seite grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen bestehe. Es sollte Möglichkeiten zur Annäherung geben. Der Bundeskanzler habe im Hinblick auf die Scud-B Erwartungen ausgesprochen, keine Bedingungen. Entscheidend sei, daß wir zu Verhandlungen kämen.

Bei den wichtigen konventionellen Verhandlungen handele es sich um eine besonders schwierige Materie. Es sei gut, daß der Osten sich mit einer Diskussion über Militärdoktrinen[9] und Sicherheitsphilosophien einverstanden erklärt habe. Mit einer solchen Diskussion könnten wir uns von einem zu technokratischen Ansatz lösen. Wenn man sich zu einer kooperativen Sicherheitspolitik entschließe, müsse man sich über deren Elemente verständigen: Wir brauchten Streitkräfte zur Gewährleistung autonomer Verteidigung, aber ihre Zahl, Struktur und Ausrüstung müßte sich an den Erfordernissen für kooperative Sicherheitsstrukturen

6 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 26. August 1987 legte der sowjetische Botschafter Kwizinskij dar, er sei über die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom selben Tag „nicht besonders erbaut; die zahlreichen ‚wenns' gefielen ihm nicht". Die Erklärung „enthalte keinen ausdrücklichen Verzicht auf die P I a; sie enthalte auch keinen Verzicht auf einen Eigenbau der Bundesrepublik Deutschland; dies sei nun möglich, nachdem die Beschränkungen aufgehoben worden seien". Genscher antwortete, dies sei „keine Erklärung mit irgendwelchen Hintergedanken. Wir beabsichtigten nicht, einen eigenen Produktionszweig aufzubauen. Bei der Erklärung sei der Kontext zu beachten. Es handele sich nicht um einen vertraglichen Text, sondern um eine politische Erklärung, die jeder Gutwillige richtig verstehen könne." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.

7 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

8 Durchgängig korrigiert aus: „8.1.1986".
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

9 Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts über Militärdoktrinen auf seiner Tagung am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 392–394.

ausrichten. Hierzu hätten die NATO-Außenminister in ihrer Erklärung von Brüssel[10] wichtige Elemente formuliert.

Notwendig sei ein Instrumentarium zur Bewältigung von Krisen. Das Tätigwerden des Weltsicherheitsrats im Golfkrieg[11] sei eine ermutigende Entwicklung und ein gutes Beispiel für kooperative Konfliktlösungen.[12]

Viele Kriege hätten ihren Ausgang von Europa genommen. Heute sei Europa fast eine Insel der Stabilität. Unser Interesse sei, das zu festigen.

Beide deutsche Staaten könnten dafür wichtige Beiträge leisten.

Fischer: Die sozialistischen Staaten seien rückhaltlos offen für alle Maßnahmen, die für die Verifikation der Einhaltung von Verträgen erforderlich seien. Die jüngste restriktive Haltung der Amerikaner bei den INF-Verhandlungen in Genf mache ihm Sorge. Sie könnte den ganzen Verhandlungsprozeß hemmen. Bei den CW sei auch die DDR für ein weltweites Abkommen. Ihre Hoffnungen auf einen Abschluß in diesem Jahr seien leider nicht eingetreten. Es treffe zu, daß man chemischen Waffen nicht ansehe, in welchem geographischen Bereich sie zum Einsatz kommen könnten. Trotzdem könnte ein regionales Abkommen, wie von der DDR und der ČSSR vorgeschlagen[13], die Verhandlungen über ein weltweites Verbot stimulieren. Warum sollte man nicht den Mut zu einer solchen Pionierleistung aufbringen?

Im Hinblick auf Nuklearwaffen in der Reichweite von 0 bis 500 km seien die sozialistischen Staaten bereit, von Null-Lösung zu Null-Lösung zu gehen. Im Augenblick sei es aber wichtig, über ein INF-Abkommen den Einstieg zu erreichen. Damit wäre das Tor für weitere Ergebnisse geöffnet.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle sei eine Diskussion über Militärdoktrinen wichtig und könne zu mehr Vertrauen führen. Man müsse sich jetzt zusammenfinden, um einen Auftrag zu erörtern und zu formulieren. Was in der WP-Gipfelerklärung von Ost-Berlin zur konventionellen Rüstungskontrolle ausgeführt wurde[14], sei bedeutsam. Man müsse Höchstgrenzen für Streitkräfte und Rüstungen auf niedrigem Niveau anstreben. Wer mehr hat, müsse mehr abrüsten, wobei in manchen Bereichen der Osten, in anderen der Westen mehr haben dürfte.

10 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

11 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 232, Anm. 3.
Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 17. September 1987: „Die Kampftätigkeit an allen Frontabschnitten war während der letzten Tage gering, vorwiegend werden Aufklärungstätigkeiten und leichte Artilleriegefechte gemeldet. Iran berichtet lediglich, daß am 13./14.9.87 kurdische Widerstandskämpfer erfolgreiche Guerilla-Aktionen in Rawanduz, Erbil und Kirkuk durchgeführt hätten. […] Gestern haben zum ersten Mal wieder umfangreiche irak[ische] Luftangriffe auf Ziele im Iran stattgefunden. Dabei wurden zwei Ölanlagen in Khuzestan, außerdem die Insel Kharg und ein Tanker vor Kharg getroffen. […] Mit den neuesten irak. Luftangriffen auf Ziele im Golf und im Iran scheint die Periode der Zurückhaltung bei militärischen Aktionen gegen das Hinterland ihrem Ende zuzugehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1678; Referat 311, Bd. 139980.

12 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

13 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 10.

14 Vgl. Ziffer 4 des Kommuniqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 387 f.

Was in Stockholm erreicht worden sei, sei als hoffnungsvoller Anfang außerordentlich zu begrüßen. Jetzt gelte es, in der Praxis herauszustellen, was auf der Basis des Dokuments von Stockholm[15] an Vertrauensbildung erreicht werden könne.

Fischer hielt es für nützlich, daß sich beide deutsche Staaten immer wieder zur doppelten Null-Lösung äußern. Man müsse dafür sorgen, daß andere Waffensysteme die Eliminierung der abzubauenden Raketen nicht kompensierten. Das Prinzip „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" müsse als fortdauernde Maxime angewendet werden. Fortlaufende Nachrüstungen dürften kein Mittel der Sicherheitspolitik sein.

Im Zusammenhang mit den Kurzstreckenraketen und den Bemühungen um konventionelle Rüstungskontrolle verwies F. auf die bekannten Korridor-Vorschläge. Im Interesse der Vertrauensbildung wäre es gut, wenn wir uns mit der DDR, der ČSSR und Polen auf eine Diskussion dieses Gedankens einlassen würden. Es sei wichtig, die Abrüstungskonsultationen fortzuführen. Vielleicht sei es möglich, die Ebene anzuheben.

BM: Das Ergebnis von Stockholm werde in der Öffentlichkeit weithin unterschätzt. Historiker würden es einmal als Wendepunkt ansehen, und zwar insbesondere im Hinblick auf zwei Ergebnisse: die Erfassung des ganzen europäischen Raumes vom Atlantik bis zum Ural und die Vereinbarung von Inspektionen vor Ort. BM erinnerte sich an ein Gespräch mit Gromyko vor Eröffnung der KVAE in Stockholm[16], wo dieser ihm einen langen Vortrag über die Unzumutbarkeit von Inspektionen vor Ort gehalten habe; von daher sei es ein weiter Weg bis zum Dokument von Stockholm gewesen.

Zur CW-Thematik wolle er offen sagen, daß man keine Energie mehr für regionale Lösungen verschwenden dürfe, wenn man so nahe an dem Ziel eines weltweiten Verbots sei. Chemische Waffen seien eine Geißel der Menschheit, auch wenn sie z. B. im Mittleren Osten eingesetzt würden[17], sie müßten weg. Es

15 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

16 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet. Bundesminister Genscher führte am 18. Januar 1984 in Stockholm ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 14.
Zuvor trafen Genscher und Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 303–306 und Dok. 310.

17 Zum Einsatz chemischer Waffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 152, Anm. 6.
Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 2. Juli 1987: „Der amtierende AM Besharati (B.) verurteilte in einer Stellungnahme vor den einbestellten hies[igen] Missionschefs am 1.7. scharf den jüngsten Einsatz von C-Waffen durch Irak und forderte die internationale Gemeinschaft und den VN-SR nachdrücklich auf, durch entschiedene Maßnahmen den weiteren Einsatz dieser Waffen zu verhindern. Im Anschluß an die Zusammenkunft besuchte der größere Teil der Missionschefs auf Einladung des iran[ischen] AM ein Krankenhaus mit CW-Verletzten." Freitag teilte weiter mit, dieser Besuch habe „erschütternde Eindrücke" vermittelt: „Auch für den Laien war erkennbar, daß es sich bei den Verletzungen um Folgen einer erst kürzlich stattgefundenen Einwirkung von Giftgas handelt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1156; Referat 222, Bd. 162056.
In der Presse wurde berichtet: „Der Irak hat abermals Giftgas gegen Kurden eingesetzt. Das hat die Gesellschaft für bedrohte Völker am Mittwoch unter Berufung auf Führungskreise der Patriotischen Union Kurdistans mitgeteilt. Seit dem 3. September seien mehr als 40 Orte nördlich und östlich der Stadt Suleimanije im Grenzgebiet zu Iran von der irakischen Luftwaffe mit Senfgas und den Nervengasen Tabun und Sarin bombardiert worden. Diese Kampfgase würden in einer Fabrik bei Samarra produziert. Die Zahl der Opfer sei nicht bekannt." Vgl. den Artikel „‚Der Irak setzt Giftgas gegen Kurden ein'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. September 1987, S. 6.

müßte mit dem Teufel zugehen, wenn man sich darüber nicht verständigen könnte. Wir würden dies zu einem großen Thema machen, im Bündnis, auf der Abrüstungskonferenz in Genf und in der Öffentlichkeit.

Die angestrebten Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle würden sehr kompliziert sein. Der Abbau von Überlegenheiten sei ein wichtiges Prinzip. Es wäre gut, wenn wir den Meinungsaustausch über dieses und andere Abrüstungsthemen fortführten und intensivierten. Gespräche zwischen den Delegationen beider deutscher Staaten an den Konferenzorten seien nützlich, ebenso die regelmäßigen Konsultationen der Abrüstungsbeauftragten. BM und Fischer sollten das Gespräch fortsetzen, ohne sich in den Zwang internationaler Konferenzen zu begeben.

Auf Frage BM nach Einschätzung der West-Ost-Beziehungen erklärt *Fischer*: Hinsichtlich des Verhältnisses der Sowjetunion zu den USA müsse man das Gespräch Schewardnadse/Shultz abwarten. Er möchte nichts Falsches sagen, da er die Haltung der USA zu wenig kenne. Die Sowjetunion spreche nicht nur vom neuen Denken, sie handele auch danach und meine es ernst. Moskau habe die Absicht, weiterzukommen. Beide deutsche Staaten müßten öffentlich artikulieren, was wir erwarteten. Wir müßten unsere Stimme erheben. Neues Denken sei aber für beide Seiten notwendig.

Was die Haltung des WP zur NATO betreffe, so liege ein Vorschlag für Konsultationen unter Einbeziehung der Militärs auf dem Tisch.[18] Die Staaten des RGW seien bemüht, ihr Verhältnis zur EG zu normalisieren. Sie bereiteten sich auf den Botschafteraustausch mit der Kommission vor.[19] Die östliche Seite sehe die Welt so, wie sie ist.

BM: Ein neues Denken sei auch auf unserer Seite vorhanden. Er verweise auf die Erklärung vom 8.1.1985. Das neue Denken habe sich auch bei der Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow gezeigt.[20] Von Reykjavik habe er keine konkreten Ergebnisse erwartet und sei deshalb auch nicht enttäuscht gewesen.

Im Verhältnis Sowjetunion/USA sei es wichtig zu erkennen, daß die Ost-West-Beziehungen mehr als nur Abrüstung umfaßten. Es komme darauf an, durch breiteste Zusammenarbeit zur politischen Vertrauensbildung beizutragen. Unser Verhältnis zur DDR biete dafür ein gutes Beispiel. Zu verweisen sei auch auf

18 Zu den Bemühungen der Warschauer-Pakt-Staaten um Kontakte zur NATO vgl. AAPD 1986, II, Dok. 361.
Referat 201 vermerkte am 10. August 1987, die NATO habe den Wünschen nach unmittelbaren Kontakten nicht entsprochen: „Zahlreiche Behandlungen dieses Themas durch die Ständigen Vertreter ergaben, daß sich ein Konsens für derartige Kontakte nicht ergeben wird. Insbesondere Frankreich vertritt eine eindeutig ablehnende Haltung […]. Die USA hingegen, wie auch UK, zeigen sich flexibel, allerdings mit deutlicher Skepsis gegenüber formalen Kontakten der beiden Bündnisorganisationen, die auf diese Weise ‚gleichgestellt' würden, wodurch der WP ‚unerwünschte Legitimität' erhalte. Lord Carrington hat die Haltung des Bündnisses aufgrund der Beratungsergebnisse dahingehend zusammengefaßt, daß es keinen Konsens im Bündnis für die Änderung der bisherigen Praxis gebe, so daß weder vom Generalsekretär noch von den Mitgliedern des Internationalen Stabes Kontakte mit dem WP aufzunehmen seien." Vgl. Referat 201, Bd. 143446.

19 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

20 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

unsere Beziehungen zur ČSSR. Der Moskauer Vertrag[21] enthalte ein langfristig angelegtes Programm der Zusammenarbeit. Wir befänden uns im Gespräch mit der Sowjetunion darüber, wie der Vertrag tiefer ausgeschöpft werden könne.

Wichtig sei auch die kulturelle Zusammenarbeit. Leider werde das Budapester Forum[22] in seiner politischen Bedeutung unterschätzt. In der EG hätten wir eine gute Idee verwirklicht, nämlich jedes Jahr eine Stadt zur Hauptstadt der europäischen Kultur zu wählen.[23] Er, BM, sähe gern, wenn dieser Gedanke auch in der KSZE umgesetzt würde und nicht auf die EG beschränkt bliebe. Generell müsse der Gefahr entgegengewirkt werden, daß die Ost-West-Beziehungen auf Abrüstung beschränkt blieben. BM verweist in diesem Zusammenhang auf die Bemühungen, den Golfkrieg zu beenden. Hier liege ein Element, das im Verhältnis der Großmächte zueinander über die Abrüstung hinausreiche. Im übrigen hätten diese Bemühungen den Vorteil, daß auch Nord und Süd beteiligt seien.

Fischer: Er teile die Beunruhigung über den Golf und verstehe die Sorge des BM. Unsere Aktivität im Sicherheitsrat sei von der DDR mit Aufmerksamkeit verfolgt worden. Bei der Begegnung in New York könne man sich näher über VN-Fragen unterhalten.[24]

BM erwähnt die gute Zusammenarbeit im Rahmen des KSZE-Prozesses; sie könne verbessert und ausgebaut werden. Die Schlußakte von Helsinki[25] sei unser „Marschkompaß". Er wiederhole: Beide deutsche Staaten sollten den Ehrgeiz haben, ein Beispiel für die Entwicklung und Durchführung der Schlußakte zu geben. Die Förderung des KSZE-Prozesses solle ein wichtiger Gegenstand des Meinungsaustausches bleiben.

Fischer: Er sei bereit, Weisung an seine Delegation in Wien zu geben, die Kontakte vor Ort zu intensivieren.

BM: Er werde das gleiche veranlassen.

BM: Bei der KSZE habe es bei manchen zwei grundsätzliche Mißverständnisse gegeben. Einmal werde die KSZE nicht genügend als ein weiterführender Prozeß angesehen. Bei der Schlußakte handele es sich um eine Wegweisung. Man könne Ergebnisse nicht über Nacht erwarten. Zum anderen bestehe die Gefahr einer Bürokratisierung und der Routine. Die politische Bedeutung des Helsinki-Prozesses müsse auch in guten Zeiten erkannt werden.

21 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

22 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 in Budapest vgl. Dok. 106, Anm. 7.

23 Zur „Kulturstadt Europas" vgl. Dok. 188, Anm. 16.

24 Bundesminister Genscher führte am 23. September 1987 in New York ein Gespräch mit dem Außenminister der DDR, Fischer. Themen waren der Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik, mögliche Konsultationen der Planungsstäbe der Außenministerien der Bundesrepublik und der DDR, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, das KSZE-Folgetreffen in Wien, die Lage im Persischen Golf und die Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 22 des Ministerialdirigenten Kastrup, z. Z. New York, vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178934.

25 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Fischer: Von östlicher Seite sei der Vorschlag eines Treffens auf Ministerebene gemacht worden, und er bitte, darüber nachzudenken.[26]

BM: Er schließe ein Ministertreffen nicht aus.

Referat 010, Bd. 178903

248

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-321.00 **8. September 1987**[1]

Über Herrn Dg 21[2]/D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister

Betr.: Die Ära Honecker;
hier: Personelle Situation der SED-Führung im September 1987

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland (7. bis 11.9.1987[5]) stellt aus DDR-Sicht die Krönung ihrer seit langem beharrlich verfolgten Politik dar, im Westen nicht nur formal anerkannt, sondern als gleichberechtigter Partner respektiert zu werden. Mit dem Besuch im anderen deutschen Staat, der nach zwei gescheiterten Ansätzen (1983, Herbst 1984[6]) auch zu einem persönlichen Prestigeanliegen des nunmehr 75-jährigen Generalsekretärs Honecker geworden ist, hat die DDR – verglichen mit anderen osteuropäischen Staaten – ihren „Nachholbedarf" fast aufgeholt und den Makel der jahrzehntelangen politischen Isolierung weitgehend abgeschüttelt.

Die Position Honeckers ist derzeit innerhalb der SED, aber wohl auch im sozialistischen Lager insgesamt unangefochten. Honecker und sein Führungskollektiv garantieren gerade angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, die sich in der Sowjetunion vollziehen, in der besonders exponiert gelegenen DDR Stabilität.

Andererseits ist aus reinen Altersgründen damit zu rechnen, daß die heute über 70-jährigen Politbüromitglieder einschließlich des Generalsekretärs äußersten-

26 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 für ein Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 217, Anm. 16.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Geyer konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 9. September 1987 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 9. September 1987 vorgelegen.

4 Jürgen Sudhoff.

5 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

6 Zur Absage des für 1983 geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 123.
Zur Absage des für 1984 geplanten Besuchs vgl. AAPD 1984, II, Dok. 232.

falls bis zum nächsten Parteitag (1991) im Amt bleiben werden. Da Veränderungen in wichtigen Führungspositionen in der Regel aber nicht auf dem Parteitag selbst stattfinden, ist eine Ablösung dieser Gruppe, zu der neben Honecker Ministerpräsident Stoph (72), Volkskammerpräsident Sindermann (71) sowie die Politbüromitglieder Hager (74) und Axen (71) gehören, schon vor dem nächsten Parteitag – etwa ab 1988 – wahrscheinlich.

Sollte der Reformdruck aus der Sowjetunion auf die DDR übergreifen, spricht vieles dafür, die Reformen mit einer neuen Mannschaft in Angriff zu nehmen. Für den Nachfolger Honeckers gibt es keinen eindeutigen Favoriten. Derzeit werden Krenz, Schabowski sowie Felfe die größeren Chancen für eine Schlüsselposition eingeräumt. Weitere Kandidaten könnten aber in der nächsten Zeit sichtbar werden.

2) Mit dem Namen Honeckers, der im Mai 1971 die Nachfolge Walter Ulbrichts im Amt des Generalsekretärs des ZK der SED antrat, ist eine in verschiedener Hinsicht recht erfolgreiche Entwicklungsphase der DDR verbunden. Dies gilt zum einen für den wirtschaftlichen Bereich, in dem die DDR innerhalb des eigenen Lagers eine Führungsposition erreichen konnte; zum anderen ist es Honecker gelungen, die internationale Verankerung der DDR Schritt für Schritt durchzusetzen und die politische Isolierung der DDR weitgehend zu überwinden.

Die DDR ist seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit westlichen Staaten (ab 1972/73 in der Folge der Ostverträge[7], des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom September 1971[8] sowie des Grundlagenvertrages mit der DDR vom Dezember 1972[9]) um die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu ihnen bemüht. Bis 1983 war ihr dabei jedoch wenig Erfolg beschieden. Intensivere Kontakte entwickelten sich nur mit den skandinavischen Staaten und Österreich. Mit Ausnahme des französischen Außenministers, der die DDR 1979 offiziell besuchte[10], waren dort nur die Außenminister kleinerer europäischer Staaten zu Gast. Der Durchbruch gelang der DDR erst 1984 mit den Besuchen von Regierungschefs aus NATO-und EG-Staaten (Kanada, Griechenland, Italien, Schweden, Österreich[11]) sowie der Honecker-Reise nach Finnland[12]. Der für

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

8 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

10 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 23./24. Juli 1979 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 232, Anm. 16.

11 Ministerpräsident Trudeau besuchte die DDR vom 30. Januar bis 1. Februar 1984, Ministerpräsident Palme am 29./30. Juni, Ministerpräsident Papandreou vom 4. bis 6. Juli, Ministerpräsident Craxi am 9./10. Juli und Bundeskanzler Sinowatz am 5./6. November 1984.

12 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 16. bis 19. Oktober 1984 in Finnland auf.

September 1984 vorgesehene Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland mußte auf sowjetischen Druck kurzfristig abgesagt werden. 1985 folgten mit dem offiziellen Besuch in Italien die erste Reise Honeckers in einen Mitgliedstaat der NATO und der Europäischen Gemeinschaft[13], ferner der erste Besuch eines Regierungschefs einer der drei Statusmächte (Ministerpräsident Fabius, F) in der DDR und Berlin (Ost)[14] sowie, nach dem Besuch des finnischen Ministerpräsidenten Sorsa[15], der erste – und bisher einzige – Staatsbesuch Honeckers in einem NATO- und EG-Staat, in Griechenland[16]. 1986 konnte die DDR ihre Westpolitik mit dem offiziellen Besuch Honeckers in Schweden[17] sowie dem Staatsbesuch des griechischen Präsidenten Sartzetakis und dem offiziellen Besuch des belgischen Ministerpräsidenten Martens[18] konsolidieren. Im laufenden Jahr 1987 besuchte der japanische Regierungschef Nakasone Berlin (Ost) und die DDR (Januar[19]); im Juni reiste GS Honecker zu einem offiziellen Besuch in die Niederlande[20]. Für den Herbst (Ende September/Anfang Oktober) sind ein Staatsbesuch des finnischen Präsidenten Koivisto sowie ein offizieller Besuch Honeckers in Belgien (Mitte Oktober) geplant.[21]

Die Westpolitik Honeckers war stets sowohl durch den Wunsch nach internationalem Prestigegewinn als auch das Interesse motiviert, die verstärkte internationale Präsenz in möglichst intensive wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Kontakte umzusetzen. Die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten sollte zum einen zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes beitragen, zum anderen das politische und wirtschaftliche Gewicht der DDR innerhalb des eigenen Lagers stärken. Gerade an einer möglichst soliden Verankerung im sozialistischen Lager hatte die DDR wegen ihrer exponierten Lage an der Schnittstelle der beiden Bündnisse, der ständigen Berührung mit der kapitalistischen Welt und des fortbestehenden inneren Legitimationsdefizits ebenfalls stets ein primäres Interesse. So hat sich die DDR immer als Hauptprotagonist der wesentlichen Anliegen der sozialistischen Länder – insbesondere im Sicherheitsbereich – verstanden. Im wirtschaftlichen Bereich sieht sie sich heute als technologisch am weitesten entwickeltes Land im RGW durchaus als eine Art Motor der gemeinsamen Zusammenarbeit. Die in letzter Zeit zunehmend selbstbewußte und in ihrer Beharrlichkeit im Kreis der Bruderparteien mitunter als überheblich empfundene Art und Weise, wie Honecker – insbesondere als Reaktion auf die Gorbatschowschen Reformpläne –

13 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, stattete Italien am 23./24. April 1985 einen Besuch ab.

14 Ministerpräsident Fabius besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985.

15 Vom 9. bis 11. September 1985 war Ministerpräsident Sorsa zu Gast in der DDR.

16 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte Griechenland vom 9. bis 11. Oktober 1985.

17 Vom 25. bis 27. Juni 1986 stattete der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Schweden einen Besuch ab.

18 Ministerpräsident Martens war am 3./4. September 1986 zu Besuch in der DDR, Präsident Sartzetakis vom 15. bis 18. September 1986.

19 Ministerpräsident Nakasone besuchte vom 10. bis 16. Januar 1987 Finnland, die DDR, Jugoslawien und Polen.

20 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, war vom 3. bis 5. Juni 1987 zu Gast in den Niederlanden.

21 Präsident Koivisto hielt sich vom 29. September bis 1. Oktober 1987 in der DDR auf und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vom 13. bis 15. Oktober 1987 in Belgien.

Haltung und Leistung der DDR den Partnern zur Nachahmung empfiehlt, hat insbesondere bei der Sowjetunion spürbare Irritationen ausgelöst, die durch Unterschiede, Charakter und Führungsstil von Gorbatschow und Honecker noch verstärkt wurden. Dies mag sich auch in zurückhaltenden Formulierungen des Glückwunschtelegramms der sowjetischen Führung zum 75. Geburtstag Honeckers am 25.8. d. J. niedergeschlagen haben.[22]

3) Mit dem Generationswechsel in der Führung der Sowjetunion und der Personalpolitik Gorbatschows sind Fragen eines Führungswechsels auch in der SED kein Tabu mehr. Druck aus Moskau in personalpolitischen Fragen ist bisher jedoch nicht erkennbar geworden. Für die Sowjetunion dürfte in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen im eigenen Lager Stabilität in den sozialistischen Bruderländern, zumal in der besonders exponiert gelegenen DDR, absolute Priorität haben. Sobald die sowjetische Reformpolitik in ruhigere Bahnen gekommen ist, dürfte sich allerdings auch aus Moskauer Sicht die Frage eines Führungswechsels in der DDR stellen. Alle Anzeichen sprechen derzeit dafür, daß der Führungswechsel noch nicht unmittelbar bevorsteht, aber ab 1988 näherrücken wird. Die dann bestehende Situation in Moskau kann sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes als auch der Auswahl des Nachfolgers eine wichtige Rolle spielen.

Wer der Nachfolger Honeckers als Generalsekretär werden wird, ist derzeit noch völlig offen. Als Kandidaten werden insbesondere der ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, Jugend- und Sportpolitik, Egon Krenz (50), der ZK-Sekretär für Landwirtschaft, Werner Felfe (59), sowie der in seiner Eigenschaft als Parteichef des Bezirks Berlin ebenfalls als Vollmitglied dem Politbüro angehörende Günter Schabowski (57) genannt.

Die Position von Krenz als die eines „Kronprinzen" scheint dabei etwas an Boden verloren zu haben. Andererseits verfügt er als ehemaliger FDJ-Vorsitzender und jetziger ZK-Sekretär in einem der wichtigsten Bereiche (innere und äußere Sicherheit), Funktionen, die auch Erich Honecker im Zuge seiner politischen Laufbahn bekleidet hatte, über beträchtliche Erfahrungen in Spitzenpositionen.

Aber auch Felfe ist in verschiedenen hohen Parteipositionen erprobt und erfolgreich. Ihn kennt Gorbatschow aus seiner Zeit als ZK-Sekretär für Landwirtschaft gut.

Schabowski verfügt demgegenüber über keine Erfahrung in zentraler Parteifunktion. Er hat indessen – wie auch Krenz – die Parteischule der KPdSU in Mos-

22 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 25. August 1987: „1) Wie Vergleich zeigt, entspricht Behandlung des 75. Geburtstages Honeckers durch SU dem Rahmen seines 70. Geburtstages: Mit Erlaß des Obersten Sowjet wird ihm (ein weiterer) Lenin-Orden verliehen; ZK und Präsidium des Obersten Sowjet gratulieren ausführlich; Prawda veröffentlicht Erlaß und Telegramm auf Titelseite, mit Photo. 2) Während das Archiv-Photo in Prawda dasselbe ist wie 1982, sind ansonsten einige Abweichungen festzustellen: 1982 wurde H[onecker] zusätzlich zum Lenin-Orden noch mit dem Titel ‚Held der Sowjetunion' ausgezeichnet. Glückwunschtelegramm heute fällt weniger überschwenglich und herzlich aus als 1982. Dies mag z. T. auf der ‚neuen Sachlichkeit' der jetzigen Führung, im Gegensatz zum Breschnew-Barock, beruhen – auch ist das Telegramm institutionell-kollektiv in der Form und nicht persönlich. Immerhin hieß es 1982 noch, H. sei ein ‚konsequenter Marxist-Leninist und Internationalist' und dem Sowjetvolk als ‚inniger Freund' bekannt. Heute entfällt derartige ideologische ‚Bestätigung'." Das Telegramm spiegele „eine gewisse Abkühlung im politischen und persönlichen Verhältnis der beiden Generalsekretäre" wider, „die offenbar auch öffentlich sichtbar sein soll". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2746; Referat 213, Bd. 143557. Für den Wortlaut des Telegramms und des Erlasses vgl. den Artikel „Glückwünsche und Ehrungen aus aller Welt"; NEUES DEUTSCHLAND vom 25. August 1987, S. 1 f.

kau besucht und spricht Russisch. Daß ein gelernter Journalist – Schabowski war Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ – nach relativ kurzer Amtszeit in einem höheren Parteiamt zur Spitze aufsteigt, wäre ungewöhnlich, ist allerdings, zumal bei sowjetischer Förderung, auch nicht ausgeschlossen.

Für die anderen in absehbarer Zeit zu besetzenden Schlüsselpositionen (Stoph, Mittag, Hager und Axen) gibt es keine eindeutigen Kandidaten. Vermutlich wird sich eine neue Führung aus ihren Parteigängern im ZK-Apparat ergänzen. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß der Führungswechsel in der SED zu erheblichen Personalveränderungen führen wird. Dabei werden auch bisher noch wenig bekannte Funktionäre hervortreten.

Ob mit einem Abtreten Honeckers und seiner Altersgenossen ein politischer Richtungswechsel verbunden sein wird, ist ebenfalls offen. Entscheidend wird das von der Entwicklung in der Sowjetunion beeinflußt werden. In jedem Fall ist aber damit zu rechnen, daß die Nachfolger der älteren Führungsgeneration andere Akzente setzen werden. Damit könnte auch die Deutschlandpolitik ihren hohen Stellenwert verlieren, die sie unter Honecker in den letzten Jahren bekommen hat. Das Interesse an Stabilität im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und an wirtschaftlicher und fachlicher Zusammenarbeit mit ihr dürfte sich aber ebensowenig ändern[23] wie die hohe Sensibilität, die diese Fragen für die DDR weiterhin haben werden.

Lambach[24]

Referat 210, Bd. 139187

23 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hindern“.

24 Paraphe.

249

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

114-5339/87 geheim
Fernschreiben Nr. 756
Citissime

Aufgabe: 8. September 1987, 12.50 Uhr[1]
Ankunft: 8. September 1987, 13.52 Uhr

Betr.: Geisel-Freilassung[2]

Bezug: DB 754 vom 8.9.1987 – Pol 530.36 geheim[3]

Bitte um Weisung zu 6)

Die Freilassung der Geisel Alfred Schmidt hatte einige Begleitumstände, die mir recht unerfreulich erschienen und deren Auswirkungen indirekt auch das Auswärtige Amt betreffen. Mir fiel folgendes auf:

1) Auf syrischer Seite war diese Freilassung ein Machtkampf zwischen dem in letzter Zeit sehr einflußreich gewordenen Außenminister Scharaa und dem Geheimdienstchef Ali Duba, der hier als einer der mächtigsten Männer gilt. (Er ist auch für jene Eigentümlichkeiten des syrischen Lebens in erster Linie verantwortlich, die dazu führen, daß man – und dies können auch Botschaftsangehörige – in der Nachbarschaft mancher Gebäude buchstäblich jene Laute hören kann, die in einem unsterblich gewordenen Satz des späteren AA-StS Paul Frank gegenüber einem deutschen Grafen[4] beschrieben wurden.) Scharaa hat diese Runde verloren.

1 Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 8. September 1987 vorgelegen.
Hat Legationsrat Worbs am 25. September 1987 vorgelegen.

2 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 195.

3 Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, informierte: „1) Wie bekannt, hielt sich vom 3. bis 6.9.1987 VLR I Ueberschaer bei mir auf. Es gelang mir, ihn in der Residenz vor jedermann, auch der gesamten Botschaft, zu verbergen. Er erhielt eine Stunde nach Eintreffen auf meine Bitte einen Termin bei Außenminister Scharaa (21.00 Uhr), und dieser erläuterte ihm den Sachstand aus deutscher Sicht. Scharaa stellt[e] die Freilassung als unmittelbar bevorstehend in Aussicht. Dieses zerschlug sich. […] 2) Am 6.9. abends bat mich AM Scharaa erneut zu sich und sagte, diesmal werde es wohl klappen. Er bat mich, die Nacht über bereit zu sein. Eine der beiden Geiseln werde ausgeliefert, welche, wisse er nicht.“ Er, Schlingensiepen, sei schließlich „mit unserem Mann aus München in einem Wagen des ‚Dienstes‘ zu dessen Gebäude gefahren“. Er habe Alfred Schmidt von dort in seine Residenz gebracht: „Er wirkte ruhig, gefaßt, sehr beherrscht, nüchtern und ohne Klage. Er lehnte Zeitungen, Schlaf etc. ab. Er wollte sprechen und hat dann meiner Frau vier Stunden lang alles über die Zeit seiner Gefangenschaft erzählt bis in die kleinsten Details, was ihm gut tat.“ Dann sei er, Schlingensiepen, mit Schmidt zum Flughafen gefahren: „Dort brach die von Geheimdienstchef Ali Duba alarmierte internationale Presse mit ihren Kameras über uns herein.“ Vgl. VS-Bd. 14152 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

4 In der Presse wurde im November 1965 zum Ausscheiden des Legationsrats Graf Huyn aus dem Auswärtigen Dienst berichtet: „Am 21. Oktober – einen Tag bevor Bundeskanzler Erhard seine Kabinettsliste dem Bundespräsidenten vorlegte – nahm Graf Huyn an einer Besprechung im Auswärtigen Amt teil, die von seinem Unterabteilungsleiter, Ministerialdirigent Frank, angesetzt worden war. Dirigent Frank war dem Grafen Huyn schon häufiger durch gewagte Formulierungen aufgefallen. Ein Beamter, so hatte Frank einmal zu ihm gesagt, müsse so lange auf seinem Posten ausharren, bis seine Vorgesetzten von ihm verbrecherische Taten verlangten und bis die Schreie der Gefolterten aus dem Keller drängen.“ Vgl. den Artikel „Schreie aus dem Keller“; DER SPIEGEL, Nr. 47 vom 17. November 1965, S. 43 f. Vgl. dazu auch den Artikel „Warum Graf Huyn ausschied“; RHEINISCHER MERKUR vom 19. November 1965, S. 1. Vgl. dazu ferner AAPD 1965, III, Dok. 421.

2) Die Vorbereitung der Geiselbefreiung ist die ganze Zeit – wie ich erst allmählich herausbekam – zweigleisig gelaufen, nämlich zwischen mir und Scharaa und zwischen einem Hintermann Ali Dubas und meinem Mann aus München[5]. Dieser wurde vom syrischen Geheimdienst sehr schwer vermahnt, mir nichts zu sagen und hat dieses erst verhältnismäßig spät einmal durchbrochen. Ich habe ihn seit Eintreffen Ueberschaers und auch schon vorher ebenfalls nicht unterrichtet und ihm lediglich bei dem einen Mal gesagt, daß ich seine Informationen schon kannte.

3) Als Scharaa mir die Zustimmung zur Abholung Schmidts gab und als ich vorher einmal Ali Duba nannte, fiel mir bereits eine starke Verstimmung bei ihm auf. Wenig später sagte mir der Protokollchef, daß vom Außenministerium niemand am Flughafen erscheinen werde, auch er sei vom Minister nicht ermächtigt. Nachher wurde wenigstens noch der stellvertretende Protokollchef entsandt, da ich Verwunderung erkennen ließ. Scharaa hatte ursprünglich auf einen großen Bahnhof bzw. Flugplatz gerechnet und dabei, wie berichtet, sogar auf das Erscheinen seines deutschen Kollegen gehofft. Der jetzige Verlauf muß ihn sehr enttäuscht haben. Ich habe ihm weisungsgemäß den Dank des Ministers ausgesprochen und dabei möglichst deutlich gezeigt, daß das Außenministerium die Adresse ist, der wir dankbar sind. Ich werde dies gleich bei Überreichung der soeben eingetroffenen Dankesschreiben noch einmal tun.[6]

4) Ich hatte in den letzten Tagen nicht nur gegenüber Ali Duba das Gefühl, daß Außenministerien, wenn nicht übergangen, so doch mehr eingeschränkt werden können, als ihre Verdienste bei derartigen Unternehmen rechtfertigen. Im vorliegenden Fall könnte eine syrische Verstimmung zurückbleiben. Geiselfreilassungen sind nicht zuletzt Außenpolitik, und sie sollten es bleiben. Wir müssen den syrischen Kollegen dabei helfen. Ich rege daher nochmals an, bei einer Befreiung von Cordes zu prüfen, ob nicht Herr BM ihn hier in Empfang nimmt. Er ist, abgesehen von Bundeskanzler und Bundespräsident – und vom bayerischen Ministerpräsidenten[7] –, der einzige Politiker, der hier weithin bekannt ist – für die politische Kaste ist er der erste –, und für Hafiz al-Assad gehört er in die vorderste Reihe seiner internationalen Gesprächspartner. Herr BM würde also hier, falls Assad da sein sollte, vermutlich ausführliche Gespräche mit ihm führen können. Ich beziehe mich bei diesen Mitteilungen auf einen seiner engsten Mitarbeiter, der gelegentlich meine Anliegen an ihn direkt herangetragen hat.

5) Ich habe, da ich Weisung hatte, meine Beteiligung möglichst sichtbar zu machen, die Gelegenheit benutzt, als der mir seriös erscheinende freie Schrift-

5 Klaus Blome.

6 Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, teilte am 9. September 1987 mit: „1) Ich konnte die beiden Schreiben des Herrn Bundesministers an Präsident Assad und Außenminister Scharaa letzterem erst heute (9. September) mittags übergeben. Gestern war Scharaa den ganzen Tag mit US-Botschafter Eagleton beschäftigt […]. 2) Ich habe AM Scharaa die Botschaft der Bundesregierung in Englisch vorgelesen und sie ihm mit einer arabischen Übersetzung übergeben. Ergänzend habe ich ihm den psychischen und physischen Zustand von Rudolf Cordes ausführlich geschildert, so wie ich ihn von Alfred Schmidt erzählt bekommen habe. Der Außenminister war offensichtlich beeindruckt. Er sagte mir, seine Regierung werde weiter das Äußerste tun, um eine sichere Freilassung von Cordes zu erreichen […]. 3) Ich habe abschließend noch einmal gesagt, daß wir dem syrischen Außenministerium und seinem Leiter besonders dankbar sind, was ihn sichtlich freute.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 764; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

7 Franz Josef Strauß.

steller und freie Mitarbeiter der Quick, Wilhelm Dietl, an mich herantrat, diesem ein Treffen mit Alfred Schmidt ermöglicht mit der Maßgabe, dieses erst einige Tage später zu veröffentlichen, und zwar nicht, ehe er mit StS Sudhoff oder D 3[8] gesprochen habe, außerdem, aber erst anschließend bei StS Neusel, worum dieser mich gebeten hat.[9] Bei diesem Gespräch habe ich darauf geachtet, daß nichts über die Art der Freilassung bekannt wurde und daß die Geiselwächter gut wegkamen, was übrigens der Auffassung von Alfred Schmidt entsprach. Falls dieses Interview mit Bildern über Schmidts Aufenthalt in der Residenz in der nächsten Quick abgedruckt wird, entsteht für den Leser der zutreffende Eindruck, daß trotz allem der Schwerpunkt bei dem deutschen Auswärtigen Amt gelegen hat.[10]

6) Morgen (Mittwoch), 9.9., ist um 12.00 Uhr das Treffen der EG-Botschafter. Ich bitte um umgehende Weisung, wie ich unterrichten soll.[11] Auch US-Botschaft wird sich an uns wenden. Sie war im vorliegenden Fall mit Informationen sehr kooperativ.[12]

[gez.] Schlingensiepen

VS-Bd. 13617 (310)

8 Reinhard Schlagintweit.

9 So in der Vorlage.

10 Vgl. den Artikel „‚Ich war Geisel in Beirut'"; QUICK, Nr. 39 vom 16. September 1987, S. 9–11 und S. 116 f.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter teilte der Botschaft in Damaskus am 8. September 1987 mit: „Bei Botschafter-EPZ-Treffen sollten Sie auf strikte Weisung der Zentrale verweisen, im Interesse der Freilassung von Rudolf Cordes keine Einzelheiten über die Befreiung von Alfred Schmidt bekanntgeben zu dürfen. Ausschließlich zu Ihrer Unterrichtung: Partner, die ebenfalls eigene Staatsangehörige als Geiseln im Libanon haben, werden auf Wunsch in Bonn unterrichtet. Dabei werden wir erklären, daß keine Abmachung über das Schicksal der Brüder Hamadi mit den Geiselnehmern getroffen wurde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 142; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, vermerkte am 14. September 1987, Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, habe am 11. September 1987 ein Gespräch mit dem amerikanischen Gesandten Dobbins geführt. Schäuble habe „Agenturmeldungen, wonach Schmidt aufgrund eines ‚deal' freigelassen worden sei", als unzutreffend bezeichnet: „Die Bundesregierung habe weder mit den Entführern gesprochen, noch einen deal gemacht, noch werde sie künftig einen deal machen." Auf die Frage von Dobbins, „ob die Firmen irgend etwas bezahlt haben", habe Schäuble geantwortet, „es sei nicht auszuschließen, daß die Firmen mit Geld operiert haben". Vgl. VS-Bd. 11283 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

250

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5366/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1171
Citissime

Aufgabe: 9. September 1987, 18.25 Uhr[1]
Ankunft: 9. September 1987, 18.49 Uhr

Betr.: Nachfolge GS Lord Carrington

Zur Unterrichtung

1) Doyen StV, türkischer Botschafter Olcay, berief Kollegen in Sache am 9.9. spätvormittags kurzfristig in seine Botschaft ein, nicht zuletzt, um gegenüber Presse, die ihn bedränge, in allgemeiner Weise argumentieren zu können, man stehe in vertraulicher Konsultation. Äußerungen erfolgten weitgehend auf persönlicher Grundlage.

2) Olcay machte zu Beginn des von ihm sehr geschickt geleiteten, etwa einstündigen Treffens klar, er wolle heute vor allem, wenn immer möglich, Klarheit darüber gewinnen, ob mit weiteren Kandidaten zu rechnen sei. Weiter liege ihm daran, gewisse allgemeine – nicht kandidatenbezogene – Fragen im Zusammenhang mit der Nachfolge anzusprechen, für die es ja keine schriftlichen Regeln gebe.

Er betonte, daß Diskretion besonders wichtig sei. Vor allem sollten nicht erneut Ankündigungen in der Öffentlichkeit gemacht werden (wobei man gegen gewisse Indiskretionen natürlich nicht gefeit sei). Dieser Hinweis war offensichtlich in erster Linie an norwegische Adresse gerichtet.

(Olcay hatte mir gestern vertraulich gesagt, Geschäftsträger NWG habe ihm am 10.8. Kandidatur Willoch angekündigt, worauf er, Olcay, diesen sogleich dringend darum ersucht habe, zur Vermeidung von Prestigeproblemen Kandidatur nicht etwa zu veröffentlichen, was auch in Vergangenheit nicht üblich gewesen sei. Dies sei dann jedoch vier Tage später gleichwohl – aus welchen Motiven auch immer – geschehen. Auch bei den anderen StV hat dies erhebliche Verstimmung ausgelöst. Dagegen hat man offenbar Verständnis dafür, daß wir Kandidatur BM Dr. Wörner unter diesen Umständen ebenfalls öffentlich ankündigen mußten.)

Man solle sich bei Bedarf wieder treffen und auch, wenn sich Einigung auf einen Kandidaten fest abzeichne, den anderen zum Rückzug bewegen („when picture clear, to ask him to ponder"). Formelle Entscheidung solle von AM-Rat 10./11.12. gefällt werden.[2]

3) Hinsichtlich weiterer Kandidaturen meinten F[3] und I[4], sie könnten dies für ihre Länder verneinen. Auf Frage Vorsitzenden, ob er Schweigen der übrigen

1 Hat Ministerialdirigent Jansen am 10. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Ferner verfügte Jansen die Weiterleitung von Ablichtungen an Staatssekretär Sudhoff, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Erl[edigt]."
Hat Genscher am 10. September 1987 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

3 Gabriel Robin.

4 Francesco Paolo Fulci.

dahin auslegen könne, daß mit neuen Bewerbern nicht zu rechnen sei, erhob sich kein Widerspruch. Lediglich Botschafter B[5] meinte, er habe keine Weisung.

4) Olcay schnitt dann Frage Dauer Amtszeit neuen GS an. Nach den mißlichen Erfahrungen mit Luns (13 Jahre) habe man Carrington 1984 – einstimmig – nahegelegt, von sich aus vier Jahre (mit Verlängerungsmöglichkeit weiteren Jahres) anzuregen, wobei sich keine Schwierigkeiten ergeben hätten. Er glaube, daß nach Nominierung auch künftig so verfahren werden solle.

F stimmte zu, machte jedoch geltend, Sache müsse noch vor Einigung auf Person GS entschieden werden. Dem wurde weit überwiegend zugestimmt. (Ich selbst habe mich, ebenso wie mein norwegischer Kollege[6], während ganzen Treffens nicht zu Wort gemeldet.) Man argumentierte, Lage sei heute insoweit viel günstiger als bei Kürung Carringtons, da es nun mehr Präzedenz gebe, das – nicht zuletzt auch aus Rücksicht auf jetzigen GS – eingehalten werden solle. Nur L[7] widersprach – auf persönlicher Basis – mit dem Hinweis, Rat müsse sich hier erforderliche Flexibilität erhalten. GB[8] bemerkte darauf unwidersprochen, Rat sei stets in der Lage, einmal gefällte Entscheidungen erforderlichenfalls zu revidieren, d.h. Mandat unter bestimmten Umständen zu verlängern. (Er interpretierte dies mir gegenüber anschließend allerdings so, daß es sich dann wieder um einen Zeitraum von vier plus einem Jahr handeln müsse.)

F schlug zum Schluß vor, Olcay möge ein „Non-paper" mit den Präzedenzien zu dieser Frage im Zusammenhang mit Wahl Carringtons zirkulieren, so daß sich hier ein rechtzeitiger Konsens ergeben könne.

5) Olcay wies darauf hin, daß sich später gewisse finanzielle Fragen stellen würden (u.a. Aufwandsentschädigung, „Pension"), die zwar weitgehend unstrittig seien, bei Luns („Versorgungsgeld") jedoch einige Schwierigkeiten bereitet hätten. Auf Anregung KAN[9], auch dies im vorhinein zu regeln, meinte er, das würde „unelegant" sein, wogegen sich keine Einwände erhoben.

6) Olcay hatte mich gestern auf mögliches Problem Kumulierung Besetzung Posten GS und einer der fünf Beigeordneten GS (BGS) durch Angehörige gleichen Landes angesprochen, was besonders bei BGS für politische Angelegenheiten[10] relevant sei. Ich habe unter Hinweis auf Präzedenzien (vor allem Beibehalt britischen BGS für Verteidigungsplanung[11] in Amtszeit Carringtons, während der dieser sogar erneut Briten[12] ernannt habe) widersprochen. Ich bat darum, Punkt nicht etwa von sich aus zur Erörterung zu stellen, was bei heutiger Sitzung dann auch nicht geschah.

Frage gleichzeitiger Besetzung Postens GS und Vorsitzender Militärausschuß (General Altenburg) durch Deutschen schnitt Olcay bei mir nicht an, wohl jedoch mein italienischer Kollege, der behauptete, dies erschiene manchen nicht ganz

5 Juan Cassiers.
6 Eivinn Berg.
7 Guy de Muyser.
8 Michael Alexander.
9 Gordon Scott Smith.
10 Henning Wegener.
11 Beigeordneter Generalsekretär der NATO für Verteidigungsplanung war James Moray Stewart.
12 Michael Bell.

unproblematisch. Ich habe den Punkt nachdrücklich mit Hinweis heruntergespielt, daß Altenburg ohnehin am 30.9.1989 ausscheiden werde und daß es auch hier Präzedenzfälle gebe (z. B. Luns – de Jager während fast einem Jahr – 1.7.1983 bis 25.6.1984).

7) Nach Sitzung sagte mir italienischer Botschafter, er habe Entscheidung Roms, BM Wörner zu unterstützen, Kollegen bilateral mitgeteilt, und er meine, dies werde „bandwagon effect" auslösen. NWG sei sehr betroffen gewesen. NL[13] und B hätten angedeutet, daß man deutsche Kandidatur letztlich unterstützen werde (B unter ausdrücklicher Voraussetzung, daß nicht gleichzeitig ein Deutscher Präsident EG-Kommission werde). TUR und P[14] hätten ihm gesagt, Entscheidung zugunsten Wörners sei seitens ihrer Regierungen bereits gefallen.

8) Doyen hatte mir dies für TUR schon vorher mitgeteilt und seine feste Überzeugung geäußert, daß BM Wörner sich durchsetzen werde. P tat dies heute im Anschluß an Treffen (allerdings auf persönlicher Basis, wobei Kandidatur von Sá Machado für UNESCO-Präsidentschaft[15] erwähnt wurde). Auch Botschafter GB, NL und F haben mir (als persönliche Meinung) gesagt, sie sähen keine Probleme, doch gelte es, Willoch in geeigneter Weise zu „schonen". Kanadischer Kollege wollte sich nicht festlegen, hat für unsere Argumentation jedoch volles Verständnis. Das gleiche gilt für Botschafter US[16], wobei eine gewisse Enttäuschung darüber zu verspüren war, daß wir – angeblich – Weißes Haus nicht im vorhinein eingeschaltet hätten. Botschafter E[17], GR[18], ISL[19] und L sind zur Zeit nicht erreichbar.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 14157 (010)

13 Jaap de Hoop Scheffer.
14 António Vaz Pereira.
15 Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.
16 Alton G. Keel.
17 Jaime de Ojeda.
18 Christos Zacharakis.
19 Einar Benediktsson.

251

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ahrens

342-322.00 KAB **10. September 1987**

Über Dg 34[1], D 3[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4]

Betr.: Kambodscha

Zweck: 1) Zur Information vor Ihrem Gespräch mit dem singapurischen Außenminister am 11.9.87[5]
2) Zur Billigung der operativen Überlegungen in Ziffer V[6] der Langfassung (Ziffer 4 der Kurzfassung)

Kurzfassung

1) Trotz teilweise hektischer diplomatischer Betriebsamkeit zeichnet sich auch 1987 keine Verhandlungslösung für den Kambodscha-Konflikt ab.[7] Die jüngsten Initiativen – eine „Cocktailparty" in Jakarta, ein Treffen Sihanouks mit dem Phnom Penher MP Hun Sen[8] – scheinen an den verschiedenen Vorbedingungen der Parteien zu scheitern. Unterdessen wird das kambodschanische Territorium von dem Phnom Penher Regime mit Hilfe von 140 000 vietnamesischen Soldaten, unter Störungen durch die Guerilla, schlecht und recht regiert. Die von Hanoi auch jetzt wiederholte Ankündigung, seine Soldaten bis 1990 abziehen zu wollen, ist wenig glaubhaft, da das Heng-Samrin-Regime dann militärisch den Roten Khmer unterliegen würde, ein für Hanoi unannehmbares Ergebnis.

1 Hat Ministerialdirigent Keil am 10. September 1987 vorgelegen.
2 Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 10. September 1987 vorgelegen.
3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 10. September 1987 vorgelegen.
4 Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 11. September 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen." Ferner verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 342.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 11. September 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens am 14. September 1987 erneut vorgelegen, der den Umlauf in Referat 342 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte verteilen (bitte [Ablichtung] von diesem Exemplar)."
Hat Vortragendem Legationsrat Dane am 14. September 1987 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Sausen am 15. September 1987 vorgelegen.
5 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister von Singapur, Dhanabalan, vgl. Dok. 252.
6 Korrigiert aus: „IV".
7 Zum Kambodscha-Konflikt vgl. Dok. 148, besonders Anm. 10 und 12.
8 Botschafter Rückriegel, Bangkok, informierte am 24. August 1987, der frühere König und Staatschef Sihanouk habe zwei Bedingungen für ein Treffen mit Ministerpräsident Hun Sen formuliert: „Der Demandeur muß Hun Sen oder Phnom Penh, nicht Hanoi oder Vientiane sein. Zweitens muß Hun Sen ihn, Sihanouk, aufsuchen, d. h. die Begegnung darf nicht an einem dritten Ort stattfinden. Keiner von ihnen beiden werde dabei in offizieller Funktion auftreten, er werde vielmehr zu dem viel Jüngeren wie ein Vater zum Sohn sprechen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1305/1306; Referat 342, Bd. 137119.
Sihanouk und Hun Sen trafen vom 2. bis 4. Dezember 1987 in Fère-en-Tardenois bei Reims zu Gesprächen zusammen.

2) Es scheint, daß die Bereitschaft Hanois, sich unter dem Eindruck
– eigener katastrophaler Wirtschaftsentwicklung,
– immer enger werdender thai-chinesischer Zusammenarbeit,
– möglicherweise auch sanfter sowjetischer Ermahnungen,
vielleicht doch noch zu vergleichen, bisher nicht genügend getestet wird. Während Sihanouk und Indonesien drängen, eben dies zu tun, verhalten sich China und Thailand, die beide mit einer Lösung keine Eile zu haben scheinen, äußerst zurückhaltend. Thailand hat erneut auch seine ASEAN-Partner auf seine Haltung festlegen können. Dabei sind ihm Singapur gern, alle anderen, die China mehr als Vietnam fürchten, zögernd, Indonesien sogar unter hörbarem Grollen, gefolgt.

3) Überlegungen, wie eine Kambodscha-Lösung heute aussehen könnte, haben wohl von drei unangenehmen Wahrheiten auszugehen:
– Wenn die Vietnamesen sofort und vollständig abziehen, wie dies von ihnen gefordert wird, rückt Pol Pot nach, sofern nicht für dessen Entwaffnung gesorgt wird, eine Forderung, der die Roten Khmer sich mit Pekings Unterstützung widersetzen.[9]
– Ein in unserem Sinne demokratisches Kambodscha dürfte eine Illusion sein, da die fünf einflußreichsten Kontrahenten China, Vietnam, die SU, die Roten Khmer und das Heng-Samrin-Regime mit Demokratie wenig im Sinn haben.
– Vietnam wird, aus teilweise berechtigtem Sicherheitsinteresse, unter gar keinen Umständen eine von ihm als feindlich empfundene Macht (China) in Phnom Penh dulden, also insoweit Einfluß auf die Außenpolitik des künftigen Kambodscha nehmen wollen. Das Stichwort „Finnland“ drängt sich auf.

Es scheint, daß die aus diesen Überlegungen folgende Vorstellung von einem gemäßigt kommunistischen, außenpolitisch durch Vietnam „finnlandisierten“ Kambodscha für viele Länder der Region wie Indonesien akzeptabel wäre, nicht aber für Thailand oder China. Für Kambodscha mag dieser Ausweg in der Tat der einzige zur Rettung der nationalen Substanz vor vietnamesischer Überfremdung sein.

4) Die deutsche Politik wird, von der Völkerrechtswidrigkeit des ursprünglichen vietnamesischen Einmarsches[10] ausgehend, fortfahren, die gemeinsame Kambodschapolitik der ASEAN-Staaten – eine solche wird es auch weiterhin geben – zu unterstützen. Sie wird sich dabei freilich von den Roten Khmer distanzieren. Auch dürfte es sich empfehlen, die Überlegungen in Ziffer 3 dieser Kurzfassung bei geeigneter Gelegenheit mit den Partnern zu erörtern. ASEAN und auch die VR China sind für uns politisch und wirtschaftlich ohne Zweifel weit wichtiger als das der Sowjetunion verbundene Vietnam. Dennoch sollte auch Vietnam, zweitgrößtes Land Südostasiens und potentiell reich, durch Gespräche und vorsichtige bilaterale Kontakte in unsere Südostasienpolitik einbezogen

9 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

10 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine pro-vietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea“ ausgerufen.

sein.[11] Von den kambodschanischen Fraktionen scheint nur noch die Integrationsfigur Sihanouk unterstützungswürdiges politisches Gewicht zu besitzen.

Ahrens

Langfassung

Eine Lösung des Kambodscha-Konflikts zeichnet sich auch 1987 trotz erheblich gesteigerter diplomatischer Aktivitäten nicht ab. Bisher ist aber nicht ausgelotet, ob in Hanoi sichtbar werdende neue Ansätze weiterführen könnten, da insbesondere China und Thailand sehr zurückhaltend reagieren.

I. Hintergrund

Alljährlich vor der VN-Generalversammlung kommt es zu einer gesteigerten Betriebsamkeit um Kambodscha. Zu nennen sind für dieses Jahr u. a.

- AM Schewardnadse in Thailand, Indonesien und Indochina (März)[12],
- AM Siddhi in der Sowjetunion und in Osteuropa (Mai)[13],
- die ASEAN-Außenminister in Singapur (Juni)[14],
- AM Mochtar bei Sihanouk in Pjöngjang[15] und in Vietnam (Juli)[16],
- die VAM Vietnams, der VR Kambodscha und Laos' in Phnom Penh (August),
- die ASEAN-Außenminister in Bangkok (August)[17],
- Außenminister Siddhi bei Sihanouk in Pjöngjang und in Peking (August/September)[18],

11 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

12 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Thailand am 2. März 1987, Australien vom 3. bis 5. März, Indonesien vom 5. bis 8. März, Laos vom 8. bis 10. März, Kambodscha am 10./11. März und Vietnam vom 11. bis 13. März 1987.

13 Der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila hielt sich vom 10. bis 14. Mai 1987 in der UdSSR auf, vom 14. bis 17. Mai in Polen, vom 17. bis 20. Mai in der DDR und vom 20. bis 22. Mai 1987 in der ČSSR.

14 Die Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten kamen am 15./16. Juni 1987 zu einer Konferenz in Singapur zusammen. Vom 18. bis 20. Juni 1987 trafen sie in Singapur mit Vertretern der EG-Mitgliedstaaten, Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA zusammen.

15 Der indonesische Außenminister Kusumaatmadja traf am 6. Juli 1987 in Pjöngjang zu einem Gespräch mit dem früheren König und Staatschef Sihanouk zusammen. Botschafter Rückriegel, Bangkok, berichtete am 24. August 1987, die Botschaft sei im Besitz „des von Sihanouk selbst verfaßten handschriftlichen Resümees des Gesprächs, das über weite Strecken einem Monolog des Chefs des kambodschanischen Widerstands gleichkommt. Sihanouk glaubt sein Volk vom Untergang bedroht, wenn Konflikt nicht baldiger Lösung zugeführt wird. Er sieht China, aber auch die freundlich gesinnten Staaten (‚Sponsoren', sprich vor allem: ASEAN) nur ihre eigenen Interessen und Ziele verfolgen, und er ist, zehn Tage vor der nach Bangkok ad hoc einberufenen Außenministerkonferenz der ASEAN (16.8.), sicher, daß die Khmer Rouge und China die zwischen Mochtar und Vietnam ins Auge gefaßte informelle Begegnung der Widerstandskoalition mit dem Regime in Phnom Penh (‚Cocktailparty') ablehnen werden. Mit kaum zu überbietender Schärfe äußert er sich gegen eigenen K[hmer]R[ouge]-Koalitionspartner Khieu Samphan, der kein Vertrauen verdiene." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1305/1306; Referat 342, Bd. 137119.

16 Der indonesische Außenminister Kusumaatmadja besuchte Vietnam vom 27. bis 29. Juli 1987.

17 Die Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten kamen am 16. August 1987 zu einer außerordentlichen Sitzung in Bangkok zusammen.

18 Der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila hielt sich vom 18. bis 21. August und erneut am 24./25. August 1987 in der Volksrepublik China auf. Zwischenzeitlich besuchte er die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea). Botschaftsrat I. Klasse Fröwis, Bangkok, berichtete am 4. September 1987, er sei am Vortag im thailändischen Außenministerium über die Besuche informiert worden:

– die Führer der Widerstandskoalition, Sihanouk, Son Sann und Khieu Samphan, in Peking (September)[19].

II. Die Lage vor Ort

Gestützt auf etwa 140000 vietnamesische Soldaten kontrolliert das Heng-Samrin-Regime in Phnom Penh heute das Territorium Kambodschas. Es wird dabei von den Roten Khmer empfindlich, von den Kämpfern Sihanouks und Son Sanns eher marginal gestört. „Befreite Gebiete" gibt es nicht. Das Leben in Kambodscha hat sich schlecht und recht normalisiert, das kommunistische Regime operiert vorsichtig, die Versorgung ist besser als in Vietnam, jetzt aber durch Dürre gefährdet, da Getreidevorräte fehlen.

An der Grenze zu Thailand kämpfen Vietnamesen und Thais sporadisch um einzelne Höhen, deren territoriale Zugehörigkeit unter den Kämpfenden streitig ist. Teilweise in Sichtweite vietnamesischer Stellungen kampieren auf thailändischem Gebiet etwa 270000 Flüchtlinge, denen die Thais Zuflucht in Grenzferne, Beschäftigung oder Ausbildung verweigern, und die schutzlos Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden durch die eigenen Leute ausgesetzt sind. Da die Lager der Guerilla als Unterschlupf dienen, sind sie auch vietnamesischem Beschuß ausgesetzt, wenn auch selten. Die Zwölf werden in diesen Tagen wegen dieser schweren Mißstände bei der wenig kooperativen Bangkoker Regierung demarchieren.[20]

III. Stand der Verhandlungsbemühungen

Nachdem in den Vorjahren formulierte Lösungsvorschläge von der jeweils anderen Seite verworfen worden waren, haben am 29. Juli 1987 der von ASEAN mit Sondierungen beauftragte indonesische Außenminister Mochtar und sein

Fortsetzung Fußnote von Seite 1264

„Gespräche in Pjöngjang: Sihanouk erklärte sich mit dem Konzept einer Cocktailparty einverstanden, bezweifelte aber deren Zustandekommen. Mit dem Ergebnis der Gespräche Thach/Mochtar vom 29.7. seien die Chinesen und die Khmer Rouge nicht einverstanden, mit der ASEAN-Haltung vom 16.8. die Vietnamesen. Folglich habe die Cocktailparty keine Chance. Er, Sihanouk, glaube, daß ein Treffen mit Hun Sen im Hotel Holiday Inn bei Paris nützlich wäre. Hun Sen müsse ihn, Sihanouk, allerdings um eine Audienz bitten. […] Er, Sihanouk, würde Hun Sen ausschimpfen wie ein ungezogenes Kind." Weiter informierte Fröwis: „Präsident Kim Il-sung habe Sihanouk aus persönlicher Sympathie in Pjöngjang einen Palast mit 40 Schlafzimmern und einen Privatjet zur Verfügung gestellt. Auch mit finanziellen Zuwendungen unterstütze er Sihanouk." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1383; Referat 342, Bd. 137119.

19 Am 22. Juni 1982 wurde in Kuala Lumpur eine Exilregierung aus Vertretern von drei kambodschanischen Widerstandsgruppen gebildet, die von dem früheren König und Staatschef Sihanouk, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Khieu Samphan als Vertreter der Roten Khmer und dem früheren Ministerpräsidenten Son Sann angeführt wurde.
Sihanouk, Khieu Samphan und Son Sann führten vom 30. August bis 1. September 1987 politische Gespräche in Peking, unter anderem mit Präsident Li Xiannian, dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, und Ministerpräsident Zhao Ziyang.

20 Zur „Lage in den Khmer-Grenzlagern" notierte Legationsrat I. Klasse Sausen am 31. August 1987: „U[nited]N[ations]B[order]R[elief]O[peration] sieht aufgrund bisheriger negativer Erfahrung mit Thailand nur noch die Möglichkeit, daß Geberländer bei der Thai-Regierung demarchieren, um auf verbesserte Kooperation hinzuwirken. Troika-Demarche in Bangkok wurde dementsprechend abgestimmt und soll noch vor dem UNBRO-Geberländer-Treffen in New York am 10.9.87 stattfinden. Demarche drückt Besorgnis der EG-Mitgliedstaaten über die sich verschlechternde Situation in den Grenzlagern aus und die Hoffnung, daß die Thai-Behörden in Zusammenarbeit mit UNBRO sich um eine Verbesserung bemühen. Eine positive Reaktion ist nach bisherigen Erfahrungen kaum zu erwarten, vielmehr die Klage, daß Thailand zu viele Lasten des Flüchtlingsproblems aufgebürdet würden, verbunden mit der Forderung an die westlichen Länder, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, um die Lage in den Lagern zu entschärfen." Vgl. Referat 342, Bd. 137322.

vietnamesischer Kollege Nguyen Co Thach in Ho-Chi-Minh-Stadt[21] „Einverständnis erzielt", Indonesien solle eine „Cocktailparty" veranstalten, auf der sich „die beiden Seiten von Kambodscha" informell treffen könnten und zu der „Indonesien in einem späteren Stadium andere betroffene Länder wie Vietnam einladen" werde. Die ASEAN-AM stellten wenig später klar, die „Cocktailparty" komme nur dann in Frage, wenn sich Vietnam den vier kambodschanischen Parteien (Dreierkoalition und Heng-Samrin-Regime) „unverzüglich" zugeselle und wenn die Diskussion auf Grundlage des Acht-Punkte-Vorschlags der Koalition von 1986[22] geführt werde. Die Vietnamesen greifen diese Interpretation ihrer „Vereinbarung" mit Mochtar seitdem scharf an – uns gegenüber in einem Ministerbrief[23] und in zwei Demarchen ihres Botschafters[24] bei RL 342[25], weil die unverzügliche Teilnahme Vietnams dieses zum Aggressor abstempele in einem Krieg, der in Wahrheit ein Bürgerkrieg sei. AM Mochtar hat seine Sondierungen unterbrochen und macht aus seiner Verstimmung über die vor allem von Thailand und Singapur ausgegangene Desavouierung seiner Vereinbarung mit Vietnam wenig Hehl.

Unterdessen fühlt sich Sihanouk frei, aufgrund selbstverordneter einjähriger Beurlaubung von seinen Geschäften als Staatsoberhaupt der Koalition mit dem Heng-Samrin-Regime Kontakt aufzunehmen. Er wolle dessen MP Hun Sen wie ein Vater seinen ungehorsamen Sohn empfangen, sofern dieser zuvor um Audienz ersuche, worauf sich Hun Sen wohl kaum einlassen dürfte. Die Verhandlungsbemühungen dürften damit wieder in einer Sackgasse sein. Hanoi fährt fort, anzukündigen, es werde auch ohne Verhandlungslösung seine Truppen bis 1990 abgezogen haben. Zweifel sind angebracht, da das Heng-Samrin-Regime bis dahin wohl kaum allein mit den Roten Khmer fertigwerden dürfte.

21 Der indonesische Außenminister Kusumaatmadja besuchte Vietnam vom 27. bis 29. Juli 1987.

22 Korrigiert aus: „1987".
Ministerialdirektor Sudhoff vermerkte am 18. April 1986, die Koalitionsregierung des kambodschanischen Widerstands habe am 17. März 1986 einen Acht-Punkte-Vorschlag zur Lösung des Kambodscha-Konflikts veröffentlicht: „Der Vorschlag kommt Vietnam entgegen und ist bemüht, den Interessen aller Beteiligten gerecht zu werden: Verzicht auf vollständigen Truppenabzug vor Verhandlungen; statt dessen Truppenabzug in zwei Phasen und Verhandlungsbeginn über Bildung einer Vier-Parteien-Koalitionsregierung unter Einschluß des von Vietnam eingesetzten Heng Samrin. Wahlen unter VN-Aufsicht. Neutralisierung Kambodschas und Abschluß eines Nichtangriffspakts mit Vietnam. Der Acht-Punkte-Vorschlag stellt ein beachtliches Entgegenkommen der Widerstandskoalition dar. Er wurde von Vietnam bereits abgelehnt." Vgl. Referat 342, Bd. 137118.

23 Botschafter Broudré-Gröger, Hanoi, übermittelte am 27. August 1987 ein Schreiben des vietnamesischen Außenministers Nguyen Co Thach vom 22. August 1987 an Bundesminister Genscher. Er informierte, das Schreiben verdeutliche die Sorge der vietnamesischen Regierung, die Vorschläge für eine Lösung des Kambodscha-Konflikts („Cocktailparty") könnten bewußt blockiert werden: „Die mit Mochtar vereinbarten Bedingungen, die aus Sicht Hanois die eigene Kompromißbereitschaft unter Beweis gestellt haben, ließen keine weiteren Forderungen zu, insbesondere nicht den Rückfall auf den Acht-Punkte-Vorschlag. Hanoi begegnet auch den nachgeschobenen Auslegungen zum Ablauf der Cocktailparty mit Mißtrauen. Hanoi bleibe bei den vereinbarten zwei Phasen: zunächst ein Zusammentreffen der beiden kambodschanischen Lager, danach Einbezug anderer betroffener Länder inklusive Vietnam. Vietnam möchte auf keinen Fall in die Position geraten, mit den Koalitionsparteien bereits in einer ersten Phase zusammentreffen zu müssen. Beide Phasen stellten jedoch integrative Teile eines Gesamtablaufs dar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 496; Referat 342, Bd. 137119.

24 Cu Dinh Ba.

25 Geert-Hinrich Ahrens.

IV. Die Interessen der Beteiligten

1) Vietnam

Hanoi will in erster Linie Sicherheit vor Peking, dem es einen Drang nach Süden unterstellt, in zweiter Linie die Hegemonie über ganz Indochina. Beide Ziele hängen teilweise miteinander zusammen. Dagegen hat Hanoi sicherlich keine Ambitionen auf weitere Expansion etwa in Richtung Thailand. Hanoi wird keiner Lösung zustimmen, die Kambodscha in den Orbit Pekings zurückbrächte, und besteht vor allem deshalb auf der „Eliminierung" der Peking verbundenen „Pol-Pot-Clique". Die neue Führung in Hanoi[26] dürfte mit steigender Besorgnis drei Entwicklungen sehen: das allmähliche Erstarken Chinas, die immer enger werdende, gerade auch militärische Zusammenarbeit zwischen Peking und Bangkok und den Verfall der eigenen vietnamesischen Wirtschaft. Es muß daher an einer international akzeptierten Kambodscha-Lösung, die allein westliche (japanische!) Hilfe nach Vietnam brächte, größtes und dringendes Interesse haben. Es ist deshalb sicherlich an der Zeit, auszuloten, welchen Preis es für diese Lösung heute zahlen würde. Zu denken wäre etwa an einen Finnland-ähnlichen Status für Kambodscha.

Der von der Auslöschung bedrohten kambodschanischen Nation wäre mit einer eingeschränkten vietnamesischen Hegemonie, die vor allem vietnamesische Besiedlung des verhältnismäßig leeren Landes ausschlösse, vielleicht schon gedient.

2) China

Peking baut langfristig das eigene Potential auf, um dann in Asien und der Welt die Rolle zu spielen, die seinem historischen Selbstverständnis und seiner Größe entspricht. Solange es schwach ist, wird es irreversible nachteilige Entwicklungen wie die Entstehung einer ehrgeizigen und starken Mittelmacht an seiner Südgrenze konsequent behindern. Nichts schwächt Vietnam so wie der fortdauernde Kambodscha-Konflikt, während Pekings Aufwendungen – militärischer Druck auf die vietnamesische Grenze, Versorgung der Roten Khmer, Kooperation mit Thailand – gering sind. Deng Xiaoping dürfte deshalb durchaus aufrichtig sein, wenn er meint, der indonesische AM sei zu hastig, unerfahren und gegen China eingenommen und Sihanouk mangele es an Geduld. Es gebe keinen Grund zur Eile.

3) Indonesien

In Indonesien wird heute die säkulare Furcht ganz Südostasiens vor chinesischer Hegemonie am deutlichsten sichtbar. Jakarta unterhält bis heute keine diplomatischen Beziehungen zu Peking und wünscht ein starkes Vietnam als Sperriegel gegen chinesische Südexpansion. Zugleich will es jedoch ASEAN als vor allem politisch nützlichen Zusammenschluß der nichtkommunistischen südostasiatischen Länder erhalten. Es hält sich daher mit öffentlichen Erklärungen zurück.

4) Thailand

Die Thais bauen derzeit in überraschendem Ausmaß ihre Beziehungen zu China, das sie auf lange Sicht auch fürchten, aus, um Vietnam so schwach wie möglich

26 Am 18. Juni 1987 wurde Vo Chi Cong zum neuen Präsidenten Vietnams gewählt und Pham Hung zum neuen Ministerpräsidenten.

zu halten. Sie sehen in Vietnam einen gefährlichen und aggressiven Rivalen. Diese Entwicklung hat sich die aggressive Politik Hanois sicherlich selbst zuzuschreiben. Im Gespräch mit Thais wird immer wieder deutlich, daß es ihnen mit einer Lösung in Kambodscha nicht eilig ist. Zwar sehen sie die vietnamesischen Truppen nicht gerade gern an ihrer Grenze. Größeren Nutzen ziehen sie aber aus der Isolation Hanois und aus der internationalen Hilfe für Kambodscha, von der ein großer Teil in ihre Taschen fließt. Von den anderen ASEAN-Staaten steht das chinesisch besiedelte Singapur der Thai-Haltung sehr nahe, während Malaysia, Brunei und die Philippinen tendenziell eher der indonesischen Position zuneigen.

5) Sowjetunion

Der Kambodscha-Konflikt belastet die Sowjets mit etwa 3 Mio. Dollar pro Tag Vietnamhilfe und außenpolitischer Isolierung in dem gesamten südostasiatischen Raum außerhalb Indochinas. Weniger ins Gewicht fällt die Belastung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses, da Peking trotz fortbestehender „dreier Hindernisse“[27], von denen eines Kambodscha ist, seine Beziehungen zu Moskau schon weitgehend verbessert hat. Moskau würde eine Kambodscha-Lösung daher sicherlich begrüßen, wird eine solche aber kaum gegen Hanoi durchsetzen, da es seine politische Glaubwürdigkeit und seine militärischen Fazilitäten in der Bucht von Cam Ranh[28] aufs Spiel setzen müßte.

6) Die vier kambodschanischen Fraktionen

Die Roten Khmer haben seit 1979 wenig hinzugelernt und wollen trotz gegenteiliger Beteuerungen wieder an die Macht, ein Ergebnis, dem das kambodschanische Volk sogar fortdauernde vietnamesische Besetzung vorziehen würde. Die KPNLF (Khmer People's National Liberation Front) um den persönlich integren Son Sann ist weitgehend abgewirtschaftet. Die Heng-Samrin-Administration, in der es einige kambodschanische Patrioten geben mag, sieht sich als die an der Macht befindliche Regierung und will allenfalls ein nominelles Staatsoberhaupt Sihanouk akzeptieren, hat sich aber im Ernstfall nach ihrer Schutzmacht Vietnam zu richten.

Bei aller manchmal bizarren Aktivität ist die Integrationsfigur Sihanouk noch die größte Hoffnung für Kambodscha. Er hat als einziger der kambodschanischen Politiker heute noch Rückhalt im Volk und wird auch von Hanoi und Phnom Penh nicht abgelehnt. Er weiß, daß alle nichtkambodschanischen Beteiligten allein ihre eigenen Interessen verfolgen und daß die Idealvorstellung von einem blockfreien und demokratischen Kambodscha kaum noch durchzusetzen ist. Ihm darf wohl geglaubt werden, daß er in der Tat nur sein Land retten will.

V. Deutsche Politik

1) Die militärische Besetzung Kambodschas durch Vietnam vor nunmehr fast neun Jahren ist und bleibt ein Völkerrechtsbruch, den wir aus grundsätzlichen Erwägungen nicht mit Schweigen übergehen können, auch wenn er zu dem Sturz eines bestialischen Regimes geführt hat. Die Bundesrepublik Deutschland sollte

[27] Zu den „drei Hindernissen“ in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen vgl. Dok. 209, Anm. 4.
[28] Zur Militärpräsenz der UdSSR in der Bucht von Cam Ranh vgl. Dok. 171, Anm. 13.

daher auch weiterhin die VN-Resolutionen der ASEAN miteinbringen, die den Abzug der Vietnamesen fordern.

2) Unsere Politik in Südostasien hat auch sicherlich im Auge zu behalten, wer uns politisch unterstützt und wo unsere wirtschaftlichen Interessen liegen. Die westlich orientierten ASEAN-Staaten, und unter diesen gerade auch Thailand, sind für uns weit wichtiger als das der Sowjetunion und der DDR verbundene Vietnam. Unsere enge Zusammenarbeit mit den sechs ASEAN-Staaten wie auch die EG-ASEAN-Kooperation[29] haben Vorrang und sollten konsequent ausgebaut werden. Zugleich werden wir auch die guten Beziehungen zu der VR China entschieden weiterentwickeln. Dennoch verdient auch Vietnam mit seinen 60 Millionen tüchtigen Menschen, seiner alten Kultur und seinen derzeit verschütteten wirtschaftlichen Möglichkeiten unsere Beachtung, damit nicht, wenn Kambodscha einmal geregelt ist, das Feld den schon jetzt aktiven Japanern ganz überlassen bleibt. Bis dahin hat aber die Solidarität mit ASEAN Vorrang.

3) Diese grundsätzliche deutsche Haltung verpflichtet uns jedoch nicht, mit Peking und Bangkok durch dick und dünn zu gehen. Dies gilt insbesondere für das Thema Rote Khmer. Wenn wir um unsere Unterstützung für Resolutionen gebeten werden, dann sollten wir mit der gleichen Konsequenz wie die Amerikaner Passagen, die als Unterstützung für die Roten Khmer gelesen werden könnten, herausstreichen. Menschenrechtsverletzungen sollten wir auch dann kritisieren, wenn sie von den Roten Khmer oder KPNLF-Guerilleros begangen werden, und wegen der Zustände in den Grenzlagern können wir durchaus auch die Thais ansprechen.

4) Unser unmittelbarer Einfluß auf Kambodscha ist gering. Wir können aber mittelbar einwirken

– gegenüber den Kambodschanern selbst dadurch, daß wir vor allem Sihanouk politisch unterstützen,
– gegenüber den ASEAN-Staaten dadurch, daß wir insbesondere Bangkok und Singapur ermutigen, die vietnamesischen Verhandlungspositionen doch wenigstens zu testen,
– gegenüber Vietnam dadurch, daß wir bei aller grundsätzlichen Festigkeit gesprächsbereit sind und in Grenzen die bilaterale Zusammenarbeit mit der Verheißung auf mehr nach einer Kambodscha-Lösung ausbauen.

Die Referate 341 und 213 haben im Konzept mitgezeichnet.

Ahrens

Referat 342, Bd. 137119

[29] Vgl. dazu zuletzt die sechste Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 21./22. Oktober 1986 in Jakarta; AAPD 1986, II, Dok. 311.

252

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister von Singapur, Dhanabalan

342-321.11 SIN VS-NfD **11. September 1987**[1]

Über Herrn D 3[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung

Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem singapurischen Außenminister Dhanabalan am 11. September 1987 von 12.40 h bis 14.15 h im Auswärtigen Amt[3]

Anwesend auf deutscher Seite: Bundesminister, D 3, RL 013[4], RL 342[5].

Auf singapurischer Seite: Außenminister, Botschafter Siddique und Vizedirektor des Außenministeriums, Jacky Foo Kong Seng.

Bundesminister: Wir sind besorgt wegen der Entwicklung auf den Philippinen.[6]

Außenminister: Die Philippinen sind noch unstabil. Sie werden sich nicht sehr viel verbessern, sondern sich durchwursteln. Es gibt aber niemand anderes als Präsidentin Aquino. Es sind keine anderen Gruppen oder Personen in Sicht. Die Präsidentin verdient alle Unterstützung, und es sollte versucht werden, ihr zu helfen.

Sie hat eine bedrückende Menge von Schwierigkeiten. Es handelt sich teilweise um tief verwurzelte Probleme. Die Armee ist demoralisiert und in sich gespalten, die Gesellschaft wird weiterhin von gewissen Familien beherrscht, die Korruption ist weit verbreitet, die Administration ist demoralisiert. Es wird viel Zeit brauchen, dies zu ändern. Dafür ist eigentlich eine starke Regierung notwendig,

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens am 14. September 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 17. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Chrobog verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte checken."
Hat Chrobog am 17. September 1987 vorgelegen.
Hat Ischinger am 18. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Jansen sowie die Vortragenden Legationsräte Elbe und Schumacher verfügte.
Hat Jansen am 18. September 1987 vorgelegen.
Hat Schumacher am 21. September 1987 vorgelegen.
Hat Elbe vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 15. September 1987 vorgelegen.

3 Der Außenminister von Singapur, Dhanabalan, besuchte die Bundesrepublik vom 10. bis 12. September 1987.

4 Jürgen Chrobog.

5 Geert-Hinrich Ahrens.

6 Zur Lage auf den Philippinen vgl. Dok. 171, Anm. 54 und 55.
Referat 342 vermerkte am 2. September 1987: „Am 28.8.1987 hat es den fünften Putschversuch rebellierender Militärs gegen Präsidentin Aquino gegeben. Dies war der mit Abstand ernsthafteste und am besten vorbereitete Versuch, die Regierung Aquino zu stürzen. Der Aufstand konnte nur unter Einsatz starker militärischer Macht zerschlagen werden. Der Anführer, Oberst Gregorio Honasan, gehört zu dem engen Kreis um den früheren Verteidigungsminister Enrile, dessen gemeinsamer Übertritt mit Generalstabschef Ramos im Februar 1986 von Marcos zu Aquino erst den Erfolg von Frau Aquino gesichert hatte. Honasan ist die Flucht gelungen. […] Zwei Tage vor dem Putschversuch vom 28.8.1987 hatte es zum ersten Mal einen von linken Kräften organisierten Massenstreik gegen die Regierung Aquino aus Anlaß der Erhöhung der Benzinpreise gegeben. Selbst die teilweise Rücknahme der Preiserhöhung konnte den Streik nicht mehr aufhalten." Vgl. Referat 342, Bd. 137238.

aber nach der Marcos-Erfahrung hat das Volk lieber eine schwache Regierung. Nicht viel wird sich ändern. Es kommt wirklich darauf an, die Freunde zu ermutigen, da zu helfen.

Bundesminister: Ist Herr Laurel betroffen? Er ist ja gleichzeitig Vizepräsident und Außenminister.

Außenminister: Die Präsidentin und er gehören nicht derselben Gruppe an und sind nicht sehr einig. Er hat eigene Ambitionen und interessiert sich vor allem für die Innenpolitik. Er wird aber wohl bleiben. Der direkte Kontakt zu der Präsidentin ist lose, aber sie wird ihn halten. Notwendig ist vor allem die Landreform. Was bisher geplant ist, ist der Linken zu wenig und den Grundeigentümern zu viel. Vor allem ist die katholische Kirche involviert, und zwar individuell. Die Befreiungstheologie spielt eine große Rolle. Marxistische Frontorganisationen haben die Kirche tief penetriert. Für uns in Singapur hat die Frage der US-Stützpunkte ihre Implikationen. 1992 muß das Abkommen erneuert werden, die Verhandlungen beginnen 1990.[7] Frau Aquino will erneuern, aber sie will mehr Geld dafür. Die Linken sind gegen Erneuerung. Singapur und die ASEAN-Länder halten die Militärstützpunkte für sehr wichtig, weshalb sie weiterbestehen müßten. Sie sind ein Gegengewicht zu der sowjetischen Marinebasis in Vietnam.[8] Eine Balance ist nötig.

Auf Fragen des Bundesministers nach dem ASEAN-Gipfel[9]:

Der Gipfel ist für Mitte Dezember geplant, ich bin aber, und das ist vertraulich, nicht sicher, ob er in Manila stattfinden wird. Aufschieben werden wir ihn nicht, aber vielleicht wird er wegen Sicherheitsproblemen woanders abgehalten. Zweck des Gipfels ist mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bisher gibt es kaum gegenseitige Integration, Indonesien ist nicht dafür. Andere ASEAN-Staaten haben weniger Vorbehalte. Die Zölle sind unverändert. Das Zollpräferenzabkommen betrifft bisher nur 2% des Intra-ASEAN-Handels. Wir hoffen, daß dieses Abkommen Fortschritte machen wird und sich dann auf bis zu 50% des Handels erstrecken wird. Das mag realistisch sein. Überdies kommt es vielleicht zu einer Liberalisierung der Investitionen und von Joint-ventures. Es gibt einen großen Zufluß von Investitionen aus den USA und aus Japan. Es ist wichtig, daß die Europäer und die Deutschen nicht zurückbleiben. Die Amerikaner und Japaner warten nicht, bis sich ASEAN mehr integriert, während die Europäer dies anmahnen. Wenn sie zu lange warten, werden sie die USA und Japan an allen wichtigen Stellen finden. Wir wünschen aber eigentlich ein Gleichgewicht. Die europäischen Investoren sollten realistisch sein. Sie behaupten, die Märkte seien

7 In der Länderaufzeichnung für die Philippinen nach dem Stand vom 15. März 1987 wurde notiert, die USA und die Philippinen hätten am 14. März 1947 ein Stützpunktabkommen „über Clark Air Base und Subic Naval Base" mit einer Laufzeit bis 1991 abgeschlossen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 271 des Botschaftsrats Duckwitz, Manila, vom 23. März 1987; Referat 342, Bd. 137240.
Vom 13. bis 17. Juni 1987 hielt sich der amerikanische Außenminister Shultz auf den Philippinen auf. Botschafter Scholz, Manila, berichtete am 17. Juni 1987, Shultz habe Gespräche mit Präsidentin Aquino über die Stützpunkte geführt: „Bilaterale Expertengespräche über die künftige Gestaltung des Basenabkommens sind im kommenden Jahr fällig. Von phi[lippinischer] Seite ist bekannt, daß man die Nutzung der Basen künftig nicht mehr durch ‚US-Hilfe', sondern durch ‚Pachtzahlungen' geregelt sehen will." Vgl. den Drahtbericht Nr. 366; Referat 342, Bd. 137248.

8 Zur Militärpräsenz der UdSSR in der Bucht von Cam Ranh vgl. Dok. 171, Anm. 13.

9 Die Gipfelkonferenz der ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 14./15. Dezember 1987 in Manila statt.

ihnen zu klein, weshalb es einen ASEAN-Markt von 250 Millionen Einwohnern geben solle. Die Bundesrepublik Deutschland spielt eine führende Rolle – sie sollte einen Plan oder ein Konzept haben.

Der bislang ruhige Südpazifik beginnt sich politisch zu aktivieren, es gibt Entwicklungen. Europa hat dort eine sehr wichtige Rolle zu spielen. Auch hier brauchen Sie ein allgemeines Konzept.

Bundesminister: Wie ist die Lage in Singapur?

Außenminister: Wir sind nach einer Rezession wieder auf gutem Wege. Die Rezession hatte sich ergeben aus zu hohen Löhnen, einem überhitzten Bauboom und überhaupt überhitzter Konjunktur, die auch unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber billigeren Nachbarländern betroffen hat. 1985 schrumpfte unsere Wirtschaft um 2%, 1987 wird sie wieder um 7% wachsen. Wir haben Steuern und Löhne gekürzt und Leute umgeschult. In Singapur gibt es einen allmählichen Wechsel in der politischen Führung, der Ministerpräsident[10] wird im nächsten Jahr nach 29 Jahren sein Amt verlassen. Bilateral haben wir mit der Bundesrepublik Deutschland keine Probleme, aber wir sollten größere Bemühungen unternehmen, um Zusammenarbeitsfelder zu identifizieren und um neue Wege zu beschreiten in Wirtschaft, Kultur, Kontakten der Akademien.

Auf Feststellung des Ministers, wir seien sehr interessiert, und welche Vorschläge der Außenminister habe: Dies sollte von den zuständigen Offiziellen diskutiert werden. Wir sind bisher noch zu stark an das Vereinigte Königreich angebunden. Zu denken wäre auch an reguläre Treffen von Diplomaten. (An dieser Stelle informiert *D3* den Außenminister über das geplante Treffen deutscher Botschafter in Singapur im Oktober 1987.[11])

Außenminister: Wir müssen über Kambodscha sprechen. Es gibt einige Anzeichen, daß die Vietnamesen bereit sein könnten, eine Lösung zu diskutieren. Die Vietnamesen beginnen einzusehen, daß sie eine militärische Lösung nicht auferlegen können. Die Außenminister Indonesiens und Vietnams[12] haben sich in Saigon getroffen, das Treffen war bilateral, aber sie haben auch Kambodscha diskutiert.[13] Sie sind zu einer gemeinsamen Erklärung gekommen, in der von einem Treffen der kambodschanischen Fraktionen die Rede ist, dem sich Vietnam später anschließen soll. Es ist sicherlich nützlich, daß die Kambodschaner einander treffen, aber Vietnam muß früh teilnehmen. Vietnam ist die Okkupa-

10 Lee Kuan Yew.

11 Vom 19. bis 21. Oktober 1987 fand in Singapur ein Regionaltreffen statt, an dem die Botschafter der Bundesrepublik bzw. deren Vertreter in Bangkok, Begawan, Hanoi, Jakarta, Kuala Lumpur, Manila, Rangun, Singapur und Vientiane teilnahmen. Ministerialdirektor Schlagintweit, z. Z. Singapur, berichtete am 21. Oktober 1987 über die Ergebnisse des Treffens. Zu den Wirtschaftsbeziehungen legte er dar: „Die ASEAN-Märkte mit insgesamt 300 Mio. Einwohnern haben ein enormes Entwicklungspotential und entwickeln sich auch überdurchschnittlich. […] Wir müssen offensiv vorgehen. Vorrangig ist ein stärkeres Engagement und Interesse deutscher Unternehmer, das trotz verstärkter Aufmerksamkeit für die Region bei uns immer noch unzureichend ist. Der ständige Dialog mit unserer Industrie […] ist vordringlich. Die Vermittlerrolle von Banken und Außenhandelskammern ist wichtig. Die enge Zusammenarbeit aller Förderungsinstitutionen muß verbessert werden. Bessere Koordination auch zuhause ist notwendig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 190/191; Referat 342, Bd. 144607.

12 Nguyen Co Thach.

13 Zum Kambodscha-Konflikt und zum Besuch des indonesischen Außenministers Kusumaatmadja vom 27. bis 29. Juli 1987 in Vietnam vgl. Dok. 251.

tionsmacht[14], welchen Sinn hat es, wenn sie nicht teilnimmt? Die Vietnamesen haben aber diese Interpretation, daß sie sofort teilnehmen sollten, zurückgewiesen. Nun wollen sie in den Vereinten Nationen Fortschritt suggerieren und den Eindruck erwecken, daß die regionalen Mächte das Problem schon lösen werden. Es ist wichtig, jetzt fest zu stehen. In ein bis zwei Jahren kann vielleicht Bewegung in den Verhandlungsprozeß kommen, da der Preis für Vietnam zu hoch ist. Sie fallen hinter die ASEAN-Staaten und China zurück. Deng Xiaoping sagte uns 1980, er habe kein Problem, nur eine chinesische Provinz sei involviert, der Rest von China werde weiter Fortschritte machen. Angesichts der Reformen in anderen kommunistischen Ländern müssen sich auch die Vietnamesen bewegen. Die Sowjetunion wird möglicherweise Einfluß ausüben, da sie bessere Beziehungen mit China, ASEAN und dem Pazifik wünscht. Kambodscha ist da sehr hinderlich. Die Sowjets werden wohl Vietnam auch weiterhin finanziell unterstützen. Derzeit geben sie drei Milliarden US-Dollar pro Jahr aus, das sind ihnen die Basen wert. Andererseits wollen sie aber bessere Beziehungen mit ASEAN. Es kommt jetzt darauf an, gegenüber Vietnam fest zu bleiben und nicht nachzugeben.

Das Problem Pol Pot kann gelöst werden. China wird man zwingen können, sich zu bewegen, sobald die Gespräche Vietnams mit ASEAN begonnen haben. Die Chinesen fragen sich aber, weshalb sie irgendwelche Karten weggeben sollen, bevor sie überhaupt am Tisch sitzen. Wir ASEAN-Länder wollen ein starkes und unabhängiges Vietnam, nicht einen Vasallen Chinas, der vor Peking kapituliert. Aber der Weg, den die vietnamesische Politik jetzt geht, wird dahin nicht führen. Die Thais fürchten letztlich auch China, aber sie betrachten dieses derzeit als Garantiemacht gegenüber Vietnam. Auch die Thais ziehen aber ein unabhängiges Vietnam vor.

Die ASEAN-Ansichten stimmen im Grundsätzlichen überein, in Einzelheiten gibt es Differenzen. Gemeinsam ist der Wunsch nach Abzug der Vietnamesen aus Kambodscha, nach Gewährung einiger Selbstbestimmung für Kambodscha, auch die Überzeugung, daß die Heng-Samrin-Administration jetzt eine Rolle zu spielen hat und also in Gesprächen die Vietnamesen nicht nur mit der Koalition[15], sondern auch unter Einschluß Heng Samrins verhandeln sollen. Die Differenzen betreffen vor allem die Frage, in welchem Stadium man Vietnam zwingen soll, an den Gesprächen teilzunehmen. Indonesien meint, das könne später der Fall sein. Die Philippinen sind nur mit inneren Problemen beschäftigt. Brunei hat noch keine richtige Außenpolitik, Thailand, Malaysia und Singapur meinen, die Vietnamesen müßten frühzeitig dazu stoßen. Die Indonesier denken, sie hätten Gemeinsamkeiten mit Vietnam, z. B. der Kampf gegen die Kolonialmacht um Unabhängigkeit. Sie haben größere Sympathien für die Vietnamesen. Ihre Vorstellungen sind wohl nicht ganz richtig. Sie sind auch sehr mißtrauisch

14 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine pro-vietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea" ausgerufen.

15 Am 22. Juni 1982 wurde in Kuala Lumpur eine Exilregierung aus Vertretern von drei kambodschanischen Widerstandsgruppen gebildet, die von dem früheren König und Staatschef Sihanouk, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Khieu Samphan als Vertreter der Roten Khmer und dem früheren Ministerpräsidenten Son Sann angeführt wurde.

gegenüber China, ebenso Malaysia, dessen kommunistische Partei lange chinesische Unterstützung genossen hat.

Auf Frage des Bundesministers nach der Lage innerhalb Kambodschas: Sie hat sich nicht sehr verändert. Die Städte sind unter vietnamesischer Kontrolle. Heng Samrin hat das Land nicht im Griff. Es gibt eine Kooperation zwischen seinen Leuten und denen Sihanouks, die nie miteinander zusammenstoßen. Überall in der Administration sind vietnamesische Berater. Die Vietnamesen und Heng Samrin kontrollieren etwa 1/3 des Landes und 1/3 der Bevölkerung. Das heißt aber nicht, daß die restlichen 2/3 von dem Widerstand kontrolliert werden, sie sind vielmehr offenes Land. Wir in Singapur sind ermutigt durch das Wachstum der Gruppe Sihanouks. Son Sann war nur anfangs gut, dann hat er uns enttäuscht. Son Sann hat theoretisch 12–15000 Kämpfer, in Wirklichkeit nur 6000 innerhalb Kambodschas. Für Sihanouk lautet die Zahl 8–10000, für die Khmer Rouge 25–30000. Sie wachsen immer noch an, sind gut versorgt. Pol Pot ist noch immer ein Führer, aber auch in der Khmer-Rouge-Führung gibt es Differenzen. Ich mache mir wegen der Roten Khmer keine Sorgen, da in den endgültigen Verhandlungen Leute wie Pol Pot oder Ieng Sary entfernt werden können. Die Ernährungssituation in Kambodscha ist unterschiedlich, z. Zt. scheint sie sich aber wegen einer Trockenheit zu verschlechtern. Auch in Vietnam gibt es eine Trockenheit. Ich schätze die Zahl der vietnamesischen Soldaten in Kambodscha auf 150–160000. Die Vietnamesen sprechen davon, daß sie den Krieg nicht verlieren. Wenn man dies zu sagen anfängt und nicht mehr sagt, man gewinne den Krieg, dann hat man ihn bereits verloren.

Die Lebensbedingungen sind in gewisser Weise besser geworden in Kambodscha, aber nach der Pol-Pot-Herrschaft konnte es ja auch nur besser werden. Auf Frage des Bundesministers, wie überhaupt ein Mann wie Pol Pot noch in Kambodscha sein könne und auf welche Basis er sich stütze: Früher hat sich Pol Pot auf den Terror gestützt. Jetzt nutzt er die antivietnamesischen Gefühle der Kambodschaner und nutzt auch sehr klug Sihanouks Bewegung aus. Außerdem hat er treue Palastwachen. Er ist auch etwas in den Hintergrund gezogen worden, auch behaupten die Roten Khmer, ihre Politik habe sich geändert. Ein Beispiel für die vietnamesische Politik ist Pen Sovan, der, mit einer Vietnamesin verheiratet, im Jahre 1978 mit den vietnamesischen Truppen nach Kambodscha gekommen ist, dort aber Nationalgefühl entwickelt hat und deshalb von den Vietnamesen entfernt worden ist. Es ist unbekannt, wo er sich jetzt befindet. Zwischen Kambodschanern und Vietnamesen gibt es eine traditionelle Feindschaft.

Auf Frage des Ministers nach der Lage in Vietnam und nach Unterschieden zwischen Nord und Süd dort: Wirtschaftlich ist der Süden besser. Es gibt dort noch kleine Händler. Der Süden hat den Norden korrumpiert. Die Vietnamesen sind darüber besorgt. Die Politiker des Südens haben heute keine hohen Positionen mehr in Vietnam, nur noch verschiedene Funktionen. Im Süden gibt es auch noch chinesische Händler. In Vietnam hat einiges Nachdenken eingesetzt. Man wollte dort den reinen Kommunismus verfolgen und kritisiert deshalb auch China und die Sowjetunion, die die kommunistische Sache verrieten. Der Lebensstandard hat sich in Vietnam nicht verbessert.

Auf die Frage des Ministers, wie nach einem so schrecklichen Krieg Vietnam einen neuen Krieg habe beginnen können: Die Führung hatte ihr ganzes Leben

lang gekämpft. Es ist leichter, Brücken zu sprengen als aufzubauen. Die Führer verstehen nichts vom Aufbau. Mit Ende des Krieges verschwand auch die disziplinierte Entschlossenheit der Bevölkerung. Die Vietnamesen hatten aber auch Probleme mit Kambodscha. Pol Pot hat den Vietnamesen mit chinesischer Unterstützung eine Reihe von Problemen bereitet. Es geht hier nicht um ein Schwarzweißproblem. Pol Pot hat den Vietnamesen daher einen Vorwand für ihre Invasion geliefert. Die Vietnamesen glauben auch an die Einheit Indochinas. Da spielt die französische Vergangenheit eine Rolle. Sie haben einige gute und einige schlechte Gründe. Es ist schwer verständlich, wie intelligente Leute nicht klar sehen können, welches ihr Interesse ist. Sie sollten auf ASEAN zugehen. Jetzt haben sie es herbeigeführt, daß die ASEAN- und die chinesische Politik parallel sind. ASEAN und China werden aber auseinandergerissen, sobald Vietnam vernünftig wird. Ich bin überrascht, daß sie das nicht tun.

Auf Frage D3 nach eventuellen vietnamesischen Einflüssen in Kambodscha nach einer Lösung: Eine chinesische Hegemonie kommt nicht in Frage. Vietnamesische Sicherheitsinteressen müssen sicherlich berücksichtigt werden. Das heißt aber nicht, daß Vietnam dort sein eigenes Marionettenregime haben muß. Es muß eine Lösung geben, die verhindert, daß Kambodscha zu einer Basis der Bedrohung für die vietnamesische Sicherheit wird. Vietnam hat bisher noch nicht einen starken Führer, aber vielleicht wird sich in Zukunft jemand zeigen.

Die ASEAN-Minister schätzen sehr die deutsche Zusammenarbeit und Unterstützung.

Bundesminister: Wir möchten die Zusammenarbeit in allen Feldern verbessern und auch zu gemeinsamen Positionen in internationalen Fragen gelangen. Dies gibt sowohl unseren wie Ihren Positionen mehr Gewicht. Haben Sie in ASEAN schon die Nachfolge für Herrn M'Bow diskutiert?[16]

Außenminister: ASEAN unterstützt den indonesischen Kandidaten[17]. Ein anderer sehr starker Kandidat ist der pakistanische Außenminister[18]. Singapur ist nicht Mitglied von UNESCO.

Bundesminister: Wir sind enttäuscht, daß es in der EG zu keiner Einigung gekommen ist, da Portugal einen Kandidaten[19] präsentiert. Wegen der Probleme mit M'Bow sollte ein Dritte-Welt-Kandidat präsentiert werden. Wir sind aber zurückhaltend, da wir nicht intervenieren wollen. Die Dritte Welt sollte da aber nicht gespalten sein.

D3 äußert die Bitte, Singapur möge unsere CPC-Kandidatur unterstützen.[20]
Außenminister stellt Unterstützung Singapurs fest in Aussicht.

16 Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.

17 Kandidat Indonesiens für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war der frühere Rektor der United Nations University in Tokio, Soedjatmoko.

18 Sahabzada Yaqub Ali Khan.

19 Kandidat Portugals für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war der frühere Außenminister Sá Machado.

20 In einem Schrifterlaß vom 13. Juli 1987 an alle diplomatischen Vertretungen legte Referat 230 dar: „Während der im September beginnenden 42. Generalversammlung der Vereinten Nationen werden Wahlen für die Mitgliedschaft im Committee for Programme and Co-ordination (CPC) durchgeführt. Das CPC hat neben seiner traditionellen Aufgabe in der Programmgestaltung und Koordination seit den Reformbeschlüssen der 41. Generalversammlung (1986) auch die Aufgabe, die Aufstellung

Bei der Diskussion der Lage im Golf erklärt der Außenminister, ASEAN habe keine gemeinsame Position, Indonesien und Malaysia seien in der Organisation Islamischer Konferenz. Ob der Sicherheitsrat ein Waffenembargo beschließen werde? Der *Bundesminister* antwortet, noch nicht, dies hänge von dem Besuch des Generalsekretärs ab.[21] Auf die Frage des *Außenministers*, ob der Generalsekretär etwas erreichen werde, erwidert der *Bundesminister*, dies könne sein. Es sei wichtig, daß die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zusammenhalten würden. Die Resolution vom 20. Juli[22] habe Eindruck gemacht, weil alle Mitglieder des Sicherheitsrates, auch China, ihr zugestimmt hätten.

Die Frage des *Außenministers*, ob es nicht bedrohlich sei, daß so viele Länder in den Konflikt hineingezogen würden, beantwortete der *Bundesminister* mit der Feststellung, er sehe solche Folgen nicht. Was könnten sie tun? Unsere Verfassung erlaube uns nicht, Schiffe dort hinzuschicken[23], aber zumindest er als Außenminister würde auch ohne eine entsprechende Verfassungsbestimmung nicht dazu raten. Wer hineingeht, muß auch wieder herauskommen. Das kann für manches Land schwierig werden. Anschließend gab es eine kurze Diskussion über Libanon, Grenada, Nicaragua.

Bundesminister: Iran hat von einer freien Durchfahrt durch den Golf den größten Vorteil. In dem Krieg[24] werden sogar chemische Waffen eingesetzt[25]. Wir haben Opfer hier in Krankenhäusern. Auf Frage des Außenministers: Chemische Waffen sind gebraucht worden, wir sprechen nicht darüber, durch wen.

Bei der Diskussion der Beziehungen zwischen ASEAN und der EG bedauert der *Außenminister*, daß der Bundesminister 1986 nicht zu der Konferenz nach Jakarta[26] habe kommen können. Der *Bundesminister* erklärte ihm, er freue sich,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1275

des Haushaltsplans der Vereinten Nationen zu überwachen. Damit hat das CPC eine zentrale Stellung […]. Das CPC hat 16 Mitglieder, die von der Generalversammlung für drei Jahre gewählt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1982 Mitglied, stellte in der letzten Sitzung den Berichterstatter und kandidiert für eine erneute, 1988 beginnende dreijährige Mitgliedschaft. Nachdem wir uns aktiv in die Reformdebatte in den VN eingeschaltet haben, legen wir großen Wert auf eine weitere Beteiligung an diesem Gremium, das für deren Ausgang von besonderer Bedeutung ist." Vgl. Referat 230, Bd. 142238.

21 VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 11. bis 13. September 1987 im Iran auf. Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 15. September 1987, er sei am Vortag durch den stellvertretenden iranischen Außenminister über den Besuch informiert worden. Larijani habe die getroffenen Absprachen als einen „entscheidenden Durchbruch" bezeichnet: „Man habe sich geeinigt über einen integrierten Friedensplan, der als einen ersten Schritt einen Waffenstillstand enthalte; Mechanismen für die Implementierung der Resolution 598: Hauptproblem sei hierbei gewesen, eine Lösung zu finden für die Festlegung eines Mechanismus zur Einleitung des Waffenstillstandsprozesses; die Entwicklung eines Verfahrens im Rahmen der Res[olution] 598 zur Festlegung der Kriegsschuld." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1657; Referat 311, Bd. 139985.
Anschließend hielt sich Pérez de Cuéllar vom 13. bis 15. September 1987 im Irak auf. Botschaftsrat I. Klasse Freundt, Bagdad, teilte am 16. September 1987 nach Gesprächen im irakischen Außenministerium mit, der Irak „sehe in der iran[ischen] Verhandlungsführung während der Gespräche des G[eneral]S[ekretärs] in Teheran auch weiterhin eine Ablehnung von Res. 598. Dies ergäbe sich bereits aus dem Versuch, die Res. durch Vorbedingungen zu belasten und zwischen ihren Einzelbestimmungen konditionelle Zusammenhänge zu setzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 700; Referat 311, Bd. 139985.

22 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vgl. Dok. 221, Anm. 6.

23 Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

24 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 11.

25 Zum Einsatz chemischer Waffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 17.

26 Die sechste Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 21./22. Oktober 1986 statt. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 311.

daß das nächste Außenministertreffen in Düsseldorf stattfinden werde.[27] Dort befänden sich wichtige Wirtschaftskreise. Auf die Frage, wer den ASEAN-Vorsitz habe, erwiderte der *Außenminister*, Thailand. Singapurs Präsidentschaft sei soeben vorüber. Anschließend lud der Außenminister den Bundesminister nach Singapur ein, der die Einladung annahm, sich aber zeitlich noch nicht festlegen konnte. Der Außenminister schlug noch vor, der Bundesminister könne bei einer Reise nach Australien, Neuseeland oder auch auf dem Weg zu Regierungskonsultationen in Japan in Singapur Station machen.

Bundesminister auf Frage: Ich weiß nicht, ob der Honecker-Besuch[28] historisch zu nennen ist, aber er ist sehr wichtig im Sinne eines wirklichen Durchbruchs. Seit dem Beginn nach dem Zweiten Weltkrieg sind die beiden deutschen Staaten auseinandergedriftet: Mauer, Schüsse an der Mauer, dann ist es in den frühen 70er Jahren zur Entspannung gekommen und zu der Einigung auf einen Vertrag, der die Grundlage für eine besondere Beziehung bildet[29]. Die DDR ist für uns nicht Ausland, deshalb habe ich auch als Außenminister nicht die Federführung für den Honecker-Besuch gehabt. Schritt für Schritt sind die Beziehungen verbessert worden, Bundeskanzler Brandt war in Erfurt, Willi Stoph in Kassel[30], Bundeskanzler Schmidt war in der DDR[31]. Diese Besuche waren aber inoffiziell und fanden nicht in den Hauptstädten statt[32]. Ein großes Problem waren stets die Ausreisen aus der DDR und der innerdeutsche Reiseverkehr. Die Westler konnten nach Osten reisen, aber sehr wenige aus dem Osten nach Westen. Vor einigen Jahren wurde Pensionären erlaubt, einen Monat im Jahr im Westen zu verbringen, und zwar Männern über 65 und Frauen über 60. Vor zwei Jahren durften dann schrittweise Jüngere fahren, bei Paaren immer nur einer.[33] Dies hat sich 1987 sehr ausgeweitet auf 3 von 17 Millionen, darunter mehr als 1 Million Jüngere, das sind 20% der Bevölkerung. Diese Entwicklung wird fortgehen. Honecker hat eine bemerkenswerte Erklärung abgegeben darüber, daß die Grenze geändert werden kann.[34] Es handelt sich um die erste öffentliche Erklärung, die die Mauer betrifft.

Auf die Frage des Außenministers, ob eine positive Reaktion darauf die Anerkennung einer internationalen Grenze bedeute: Das liegt hinter uns. Wir heißen die Erklärung willkommen. Bisher werden Leute derselben Nation erschossen, wenn sie in den anderen Teil ihres Landes wollen. Die Erklärung ist wirklich wichtig. Sie bedeutet, daß es einigen Fortschritt auch in Zukunft geben wird.

27 Die siebte Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 2./3. Mai 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

28 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

29 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

30 Bundeskanzler Brandt traf mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, am 19. März 1970 in Erfurt zusammen und erneut am 21. Mai 1970 in Kassel. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 124, bzw. AAPD 1970, II, Dok. 226.

31 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368. Vgl. dazu auch DzD VI/7, S. 423–534.

32 Korrigiert aus: „teil".

33 Zum innerdeutschen Reiseverkehr vgl. Dok. 245, Anm. 5.

34 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 10. September 1987 zur innerdeutschen Grenze vgl. Dok. 258.

Auf Frage: Die Lage in der DDR ist von der in der Sowjetunion, was die Wirtschaftsreformen angeht, verschieden. Z.B. reisten 20% der Bevölkerung nach Westen. Von daher die Feststellung der DDR-Führer, die Öffnung könne auf verschiedene Weise ausgedrückt werden. 80% der DDR-Bürger können unser Fernsehen betrachten. Sie sind also dem westlichen Einfluß ausgesetzt. Sie diskutieren über unsere Wahlen und leben mit uns. Dies ist in der Sowjetunion anders. Die Lage der Kirche in Polen und in der DDR ist am besten, schlechter ist sie in Rumänien und in der Tschechoslowakei, nur etwas weniger schlecht als in der Sowjetunion. Die DDR-Wirtschaft ist weit besser als die sowjetische, dies gilt für Landwirtschaft und Industrie. In der Sowjetunion geht es nicht nur um Wirtschaftsfragen. Das Machtmonopol der kommunistischen Partei wird in der Tat unterminiert. Die Entwicklung läßt sich auch nicht mehr zurückdrehen, wenn man nicht Stalins Methoden wieder anwenden will. Eine offenere Gesellschaft in der SU schafft bessere Bedingungen für die Kooperation und für vertrauensbildende Maßnahmen mit dem Westen. Die Gelegenheit muß genutzt werden, wenn da wirklich eine Möglichkeit, etwas zu verbessern, ist, soll man sie ergreifen. Für Gorbatschow ist die Lage nicht einfach. Er hat ein sehr schlechtes Erbe angetreten, eine bei weitem überzogene Rüstung, Engagements wie Afghanistan, eine schlecht funktionierende Wirtschaft. Bei dem nächsten Jubiläum der Oktoberrevolution[35] wird er noch keinen Erfolg vorzeigen können. Deshalb möchte er zu einem INF-Abkommen gelangen, damit er erklären kann, ich bin der erste, der ein Abrüstungsabkommen mit den USA erreicht hat. Die Russen haben in dem letzten Krieg am meisten gelitten, sogar mehr als die Deutschen. (Bundesminister erzählt anschließend eine Anekdote über Chruschtschow nach dem XX. Parteikongreß in Moskau[36].)

Außenminister: Die Chinesen sagen uns, die sowjetische Situation sei wesentlich schwieriger als die ihre, sie, die Chinesen, hätten nicht so viel Widerstand.

Bundesminister: China ist kürzere Zeit kommunistisch gewesen, die Leute sind auch verschieden, die Russen haben niemals eine offene Gesellschaft gekannt. (Bundesminister erzählt anschließend eine Anekdote über den Besuch des letzten Zaren bei Gorbatschow, die darauf hinausläuft, daß das einzige wirkliche Ergebnis der Revolution ein seit kurzem geringerer Wodkaverbrauch ist.) Etwas Wahrheit liegt in dieser Anekdote. Sie zeigt, wie schwer die Aufgabe Gorbatschows ist.

Außenminister: Ich komme soeben aus Ankara. Der türkische Außenminister[37] war 1949 in Moskau auf Posten. Er berichtete von einem Artikel in „Time“, der ein Foto Nikolaus II. und Stalins enthalten habe, und, wie ein Sowjetbürger, befragt, wer das sei, von altem und neuem Zaren gesprochen habe.

Ob Gorbatschow wohl versteht, daß er nicht nur die Wirtschaft reformieren kann? Auch politisch muß er ändern.

Bundesminister: Es ist eine philosophische Frage, ob etwas mehr Freiheit immer auch nach noch mehr Freiheit ruft. Ich glaube, Gorbatschow hat verstanden, daß er nur sein Land entwickeln kann, wenn er etwas mehr Freiheit gewährt.

35 Der 70. Jahrestag der Oktoberrevolution war der 7. November 1987.
36 Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau statt.
37 Vahit Melih Halefoğlu.

(Bundesminister verweist auf seine Rede in Davos vom 1. Februar[38], die dem Außenminister ausgehändigt wird.)

Bundesminister auf Frage nach INF und der doppelten Null-Lösung und der Bedeutung der konventionellen Waffen in diesem Zusammenhang: Wir haben noch Raketen unter 500 km[39] Reichweite, es gibt Artillerie, Kampfflugzeuge. Es sind 88 Kurzstreckenraketen vorhanden, die mehr Zerstörungskraft haben als die Bombe von Hiroshima[40]. So sind z. B. die Pershing-Ia-Raketen zehnmal stärker als Hiroshima. Dazu kommt das strategische Potential der Vereinigten Staaten. Wenn die Leute von „nur 88" sprechen, dann wissen sie wohl nicht, wovon sie reden. Das sind keine Artilleriegranaten, und bei Abfeuern würde nicht nur ganz Europa, sondern auch Sie in Singapur würden betroffen sein. Die Abschreckung kann sich nicht an der Zahl der Sprengköpfe orientieren, sie beruht auf dem Glauben an die Entschlossenheit der USA, sie zu benutzen.

Verhandlungen über konventionelle Waffen sollten nicht die INF-Verhandlungen aufhalten, sie können sogar Schlüssel zu den Verhandlungen auf anderen Gebieten sein. Die Sowjetunion hat eine törichte Vorstellung. Sie ist nicht an ihrer westlichen Grenze bedroht. Niemand will oder kann die Sowjetunion angreifen. Das wäre Selbstmord. Gorbatschow spricht heute davon, man müsse zu Lenin zurückkehren. Dies ist sicherlich der beste Weg. Lenin war vor seinem Tod wegen Josef Stalin besorgt. Auf seinem Krankenbett hat er einen Brief geschrieben, in dem er ausführt, Stalin dürfe nicht Generalsekretär werden, weil er grausam und unberechenbar sei und schweren Schaden für die sozialistische Revolution bedeuten würde.

Außenminister: Sind Sie besorgt über die sowjetischen Initiativen in Asien und eventuell daraus erwachsende Gefahren für die europäischen Interessen?

Bundesminister: Wir vertrauen ihnen. Wie können wir sie für etwas kritisieren, was wir selbst tun. Durch die Kontakte werden die Kommunisten gezwungen, ihre Ideen aufzugeben. Ich erinnere mich an die Diskussionen im Bundestag zu Beginn der KSZE. Die damalige Opposition wollte die Schlußakte[41] nicht unterzeichnen. Ich empfahl, auf die Verpflichtungen der 35 Staaten zu schauen. Wir hatten nicht eine einzige Änderung vorzunehmen. Wenn man jetzt auf 1975 zurückschaut: Was geschehen ist, beweist, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Auch der Honecker-Besuch und seine Ergebnisse können in den KSZE-Prozeß eingeschlossen werden.

Außenminister: Die Sowjetunion hat in Asien nicht viel Spielraum, um die Kooperation zu verstärken. Der Einfluß der Japaner, Amerikaner und Europäer ist auf wirtschaftliche Fakten gegründet. Solche gibt es kaum mit der Sowjetunion, die nur etwas Rohstoffe wie Gummi und Zinn kauft. Sie ist militärisch stark und politisch aktiv, aber wirtschaftlich wenig interessant.

Bundesminister: Die einzige Gefahr besteht darin, daß die Sowjetunion ihre Kontrahenten in Südostasien unterminiert. Eine Situation wie die in den Philippinen ist dafür besonders anfällig.

38 Zur Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1987 in Davos vgl. Dok. 65.

39 Korrigiert aus: „5000 km".

40 Über Hiroshima wurde am 6. August 1945 eine amerikanische Atombombe abgeworfen.

41 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Außenminister: Wenn die Sowjetunion ihr System wirklich ändert, dann kann sie natürlich auch ein größerer Teilhaber an Entwicklungen in Asien werden.

Referat 010, Bd. 178904

253

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit

331-321.00 NIC **11. September 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Bilaterale Beziehungen zu Nicaragua

Zweck der Vorlage: Genehmigung von Konsultationen von Dg 33[3] mit der sandinistischen Regierung in Managua

1) In den letzten Monaten häufen sich Hinweise für das Bemühen der sandinistischen Regierung, ihre Haltung zur Bundesregierung aufzulockern:

– Anfang Juli wurde Botschafter Incer zurückgerufen, nachdem er die Kritik der SI an den Sandinisten im Botschaftsbulletin als „zweifelhaft und bedenklich" und „oft unbegründet" bezeichnet hatte.[4] Von Incer heißt es zudem, er stehe der Gruppe der „Harten" in der sandinistischen Führung nahe.

– Mitte Juli teilte der Geschäftsträger a.i.[5] auf Arbeitsebene mit, daß der Kurs Botschafter Incers nicht fortgeführt werden solle. Er selbst ebenso wie der neu zu ernennende Botschafter, dem Vernehmen nach ein Kabinettsmitglied, wollten nunmehr verstärkt das Gespräch mit der Bundesregierung und den sie tragenden Kräften suchen. Es ist bekannt, daß Botschafter Incer bei seinem

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow und Legationsrat I. Klasse Piecha konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 17. September 1987 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich vermerkte: „B[itte] R[ücksprache]."
Hat Schlagintweit vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Dg 33: StS möchte diese Frage zunächst zurückstellen. 2) W[ieder]V[orlage] D 3 n[ach] R[ückkehr]."
Hat Ministerialdirigent von Schubert am 21. und erneut am 29. September 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 331 verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Piecha am 30. November 1987 erneut vorgelegen.

3 Konrad von Schubert.

4 Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, teilte am 7. Juli 1987 mit: „Nic[araguanischer] AM gab Sonntag, 5.7., lakonisch bekannt, daß Botschafter Heberto Incer von seinen Funktionen entbunden werde, da Botschaftsbulletin vom Mai 1987 nicht den Positionen der Revolution entspreche. Botschaftsbulletin hatte Inhalt des Treffens von Vertretern der Sozialistischen Internationale mit nic. Delegation unter Comandante Arce (12./13.2.1987 in Madrid) wiedergegeben. […] Der ‚politische Irrtum' dürfte einmal Bewertung des o. a. Treffens gewesen sein, in der die ‚kritische Solidarität' der SI-Parteien als ‚bedenklich' und, implizit, auf Unkenntnis beruhend dargestellt wird. Schwerwiegender war wohl die Wiedergabe des Gesprächs SI – Arce, da beide Seiten für den Inhalt der Madrider Gespräche, die Beginn einer Reihe gleichartiger Treffen bilden sollten, strikte Vertraulichkeit vereinbart hatten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 146; Referat 331, Bd. 136367.

5 Carlos-Alberto Bendaña-Pedroza.

Amtsantritt 1984 die Instruktion erhalten hatte, vorrangig mit SPD, Grünen und Solidaritätsgruppen Kontakt zu halten. Er hat diese Weisung voll befolgt.

– Mitte Juli gelang es der KAS nach zweieinhalbjährigen vergeblichen Bemühungen, eine Einigung mit den Sandinisten über ein Rahmenabkommen herbeizuführen. Danach kann die KAS ohne Regierungsbeteiligung mit privaten Partnerorganisationen im Lande zusammenarbeiten.
– Ende Juli, nach Abschluß einer Inspektion der Botschaft durch den Bruder des Außenministers[6] (= Botschafter in London[7]), suchte der Geschäftsträger a.i. Dg 33 auf und erläuterte die neue Linie. Inzwischen habe die Botschaft auch Kontakt mit der KAS aufgenommen. Er schlug Gespräche auf der Ebene Westeuropadirektor/Dg 33 vor.
– Nach dem Eindruck unserer Botschaft wurden deutsche Besucher in den vergangenen Monaten sehr zuvorkommend und hochrangig empfangen.

2) Die Anlässe für diese Schritte lassen sich gelegentlich im einzelnen identifizieren:

Die Abberufung des Botschafters am 4.7.1987 wurde ausgelöst durch ein Schreiben von MdB Wischnewski, das zwei Tage zuvor, am 2.7., beim FSLN-Direktorium eingegangen war. Darin hatte der Deutsche im Namen der vier beteiligten europäischen SI-Parteien (D, F, SPA, SUE) das Bulletin hart kritisiert und eine Erklärung verlangt. Der Durchbruch für die KAS erfolgte bei einem Besuch von MdB Leisler Kiep im April 1987.[8] Damals wies er führende Sandinisten eindringlich darauf hin, daß der sandinistische Wunsch nach Entkrampfung mit greifbaren Signalen auf den Feldern der Pressefreiheit, der Menschenrechte und des politischen Pluralismus verdeutlicht werden müsse, aber auch durch das Herbeiführen einer positiven Einigung in der KAS-Statusfrage.

3) Die unter 1) genannten Schritte weisen auf tieferliegende Motive hin:

– Wichtiges Motiv dürfte die tiefreichende Wirtschaftskrise Nicaraguas sein, die das Land als Folge von Bürgerkrieg, Rohstoffbaisse und sozialistischen Wirtschaftsexperimenten zum regionalen Spitzenreiter bei Inflation und Mangel an Kreditwürdigkeit gemacht hat. Die Sowjetunion hat sich erst nach langem Zögern bereit erklärt, über den bisherigen Lieferumfang hinaus dringend

6 Miguel d'Escoto Brockmann.

7 Francisco José d'Escoto Brockmann.

8 Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, berichtete am 21. Juli 1987, die Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Nicaragua sei seit dem Eintreffen des Vertreters der Stiftung vor zweieinhalb Jahren „mit gelegentlichen Beeinträchtigungen ohne Rechtsgrundlage auf der Basis von Ad-hoc-Entscheidungen der zuständigen nicaraguanischen Behörden erfolgt. Auch wenn der fehlende Fortschritt bei den Vertragsgesprächen von der nicaraguanischen Seite mit terminlichen und administrativen Schwierigkeiten erklärt wurde, dürfte die nicaraguanische Regierung das Verhältnis zur KAS bewußt in einem Schwebezustand gehalten haben, um einerseits nicht durch eine Ablehnung die Bundesregierung zu brüskieren sowie ihr pluralistisches Image zu lädieren, aber um andererseits auch nicht die Zusammenarbeit des Auslands mit politischen und sozialen Gruppen aus dem Oppositionsspektrum zu formalisieren." Nach dem Besuch des CDU-Schatzmeisters Kiep vom 24. bis 26. April 1987 und mehreren Gesprächen zwischen Vertretern der Stiftung und der nicaraguanischen Regierung sei am 10. Juli 1987 eine Einigung über den Status der Stiftung erzielt worden. Sie werde das Ministerium für außenwirtschaftliche Zusammenarbeit in Managua „über die Kooperationsabkommen mit den jeweiligen nationalen Partnerorganisationen unterrichten und Devisentransfer gemäß gesetzlichen Regelungen durchführen". Die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und privaten nationalen Partnerorganisationen solle „expressis verbis im Rahmenabkommen verankert werden". Vgl. den Schriftbericht Nr. 233; Referat 331, Bd. 136383.

benötigtes Erdöl zu liefern. Auch Mexiko und Venezuela wollen Nicaragua nicht – wie gewünscht – gegenüber den anderen Staaten der Region bevorzugen und bestehen auf Bezahlung alter Lieferrechnungen.

– Von ähnlichem Gewicht dürfte die Überlegung sein, der wachsenden Kritik der Weltöffentlichkeit an den inneren Zuständen Nicaraguas entgegenwirken zu müssen, die zur Entfremdung selbst von Freunden (Beispiel SI) geführt hat.
– Der politische Dialog in Zentralamerika hat mit dem Gipfel in GUA am 6. und 7. August 1987[9] eine neue Qualität erreicht. Der GUA-Friedensplan ist im Kern eine „heilige Allianz" der etablierten Regierungen in ZA gegen Aufständische jeder Couleur in der Region. Auch wenn mit Rückschlägen und Hindernissen bei der Implementierung zu rechnen ist, haben die Sandinisten einer neuen Anspruchsgrundlage für Demokratie und Pluralismus zugestimmt und neue Flexibilität gezeigt.

4) Wir sollten sorgfältig prüfen, wie weit die Bereitschaft der Sandinisten geht, über ihren bisherigen ideologischen Schatten zu springen, und diese stärken[10]. Als künftige EG-Präsidentschaft[11] und als Gastgeber von San José IV Ende Februar 1988[12] muß uns daran liegen, die angebotene Intensivierung des Gesprächsfadens zu nutzen.

GB, F und SPA haben auch 1986 und 1987 hochrangige Kontakte gehalten (GB: StMin Lady Young[13]; F: Präsident Mitterrand und AM Raimond[14]; SPA: Vizepräsident Guerra[15]). Unsere amtlichen Kontakte zu NIC hingegen sind seit langem unterentwickelt. Während mit GUA[16], COS[17] und ELS[18] Besuchskontakte

9 Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt und zum Friedensabkommen für Zentralamerika vgl. Dok. 228.

10 Die Wörter „und diese stärken" wurden von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt.

11 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

12 Die vierte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

13 Legationsrat Heidorn, London, berichtete am 7. August 1987, in letzter Zeit habe es folgende politische Kontakte zwischen Großbritannien und Nicaragua gegeben: „Der nic[araguanische] Handelsminister wurde im Mai 1987 in London zu einem Gespräch von dem Unterabteilungsleiter für Zentralamerika im FCO, P[atrick] R[obin] Fearn, empfangen. Der Direktor des nic. Außenministeriums wurde im Februar 1987 in London von der damaligen Staatsministerin Lady Young empfangen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1393; Referat 331, Bd. 136364.

14 Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, informierte am 14. August 1987 über die politischen Konsultationen zwischen Frankreich und Nicaragua in den vergangenen Jahren: „Sept[ember] 1984 Michel Rocard zu polit[ischen] Konsultationen in Managua; Besuch StM [Bariani] aus fr[an]z[ösischem] AM im Februar 1987 muß als gescheitert gewertet werden, da er von keinem höherrangigen nic[araguanischen] Regierungsvertreter empfangen wurde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 187; Referat 331, Bd. 136364.
Am 6. Juni 1986 hielt sich der nicaraguanische Vizepräsident Ramírez in Frankreich auf.

15 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 11. August 1987: „Die letzten bilateralen Gespräche zwischen Spanien und Nicaragua fanden am 22. Juni 1987 in Madrid statt: Vizepräsident Sergio Ramírez mit dem spa[nischen] Vizepräsidenten Alfonso Guerra. Vorher (Januar 87) hat der Generalsekretär des Außenministeriums, Cajal, auf einer (traditionell einmal im Jahr stattfindenden) Reise durch Zentralamerika in Managua vorgesprochen und auch den Präsidenten gesehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 836; Referat 331, Bd. 136373.

16 Präsident Cerezo stattete der Bundesrepublik vom 11. bis 15. Oktober 1986 einen Besuch ab.

17 Präsident Monge besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 6. Juni 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 158.
Vom 25. bis 28. Mai 1987 hielt sich Präsident Arias in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 171, Anm. 50.

18 Präsident Duarte besuchte die Bundesrepublik vom 5. bis 12. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 201.

auf der Ebene der Staatsoberhäupter stattfanden und für 1988 ein Arbeitsbesuch des Präsidenten von HON[19] geplant ist, besteht mit NIC ein Vakuum an Kontakten seitens der Bundesregierung. Zuletzt war Dg 33 im November 1986 in Managua.[20] Die Gespräche verliefen damals unergiebig. Die Sandinisten behandelten uns als einen Partner, von dem wenig zu erwarten ist. Das hat sich inzwischen geändert.

Es wird vorgeschlagen, die Anregung der hiesigen Botschaft von Nicaragua aufzugreifen und amtliche Konsultationen auf der Ebene Westeuropadirektor/Dg 33 durchzuführen. Aus hiesiger Sicht schiene ein Zeitpunkt vor dem Ablauf der 90-Tage-Frist (5. November 1987) sinnvoll, die der Guatemala-Plan für die gleichzeitige Implementierung der Ziele demokratische Öffnung und Waffenstillstand mit den Rebellen setzt. Die Reise sollte dazu genutzt werden,

– die Sandinisten zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen anzuhalten und
– unsere Kontakte zur Opposition zu unterstreichen.

Beide Anliegen sind erklärte Ziele der US-Politik nach dem GUA-Gipfel. Die Reise wäre – neben der bilateralen Zielsetzung – zugleich Nachweis unserer Bemühungen, dem GUA-Plan zum Erfolg zu verhelfen.

Die Frage der Wiederaufnahme unserer Finanziellen Zusammenarbeit mit NIC wird durch das Gespräch auf Ebene Dg 33 nicht präjudiziert. Den NIC-Gesprächspartnern könnte jedoch erneut verdeutlicht werden, weshalb sie eingestellt wurde[21] und daß ohne eine Verwirklichung der im Dokument von Guatemala aufgezeigten Grundprinzipien an eine Wiederaufnahme nicht zu denken ist.

5) Der Besuch von Dg 33 in NIC sollte mit kurzen Aufenthalten in ELS und HON verbunden werden. Damit wirkt das Gespräch mit Managua weniger spektaku-

19 José Simón Azcona del Hoyo.

20 Ministerialdirigent von Schubert besuchte Nicaragua vom 3. bis 5. November 1986. Am 7. November 1986 übermittelte Botschafter Rusnak, Managua, einen von Schubert gefertigten Bericht über den Besuch. Dieser habe sich auf Gespräche mit Vertretern oppositioneller Parteien und Vertretern der Kirche konzentriert: „Sie vermittelten Eindruck eines gewissen Spielraumes der Opposition, ohne jedoch am Hegemonieanspruch der Sandinisten den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen. Interne Querelen und Unfähigkeit zur Abstimmung untereinander geben den meisten Parteien auf Dauer keine Chance. […] Der Dialog der Regierung mit der Kirche geht nach Ansicht Kardinal Obandos auf die taktische Absicht der Sandinisten zurück, Kritik des Auslandes aufzufangen. Er wird als ein Versuch gesehen, die Rolle der Kirche auf ihre spirituelle Aufgabe einzuschränken." Die Unterredung mit dem Vertreter des außenpolitischen Büros der FSLN habe der „Kühle der bilateralen Beziehungen" entsprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 284; Unterabteilung 33, Bd. 146539.

21 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit teilte dem Auswärtigen Amt am 21. Mai 1986 mit: „Die Bundesregierung macht Neuzusagen im Rahmen der staatlichen bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua davon abhängig, daß die nicaraguanische Regierung ihre Politik der Destabilisierung von Nachbarländern aufgibt und den Weg der Demokratie einschlägt. Die z. Z. noch laufenden fünf Vorhaben der staatlichen bilateralen Technischen Zusammenarbeit werden weiter abgewickelt. Es handelt sich um Vorhaben in den Bereichen gewerbliche Berufsausbildung, Pflanzenschutz, Primarschulwesen, Vermessungswesen und Ausbildungsförderung des Instituts für Unternehmensführung […]. Im Bereich der bilateralen staatlichen Finanziellen Zusammenarbeit mußte wegen nicaraguanischer Zahlungsrückstände (aus FZ und Handelsforderungen) ein Auszahlungsstopp für alle noch nicht abgeflossenen Mittel aus FZ-Verträgen verhängt werden. Über FZ-Zusagen in Höhe von 40 Mio. DM sind keine Regierungsvereinbarungen mehr geschlossen worden." Vgl. das Schreiben; Referat 331, Bd. 136379.

lär, weil eingerahmt in die regelmäßigen Kontakte mit den beiden ZA-Ländern, die mit NIC die Hauptlast des Konflikts tragen.[22]

Schlagintweit

Referat 331, Bd. 136364

254

Aufzeichnung des Botschafters Holik

221-376.00-1470/87 VS-vertraulich **11. September 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Vorbereitung der Besprechung bei Herrn BM am 14.9. um 9.00 Uhr

Zeitpunkt der Vorlage: sofort

Rückfragen: VLR Gruber (HR[4]: 4272)

Betr.: Konventionelle Rüstungskontrolle;
hier: Stand unserer Überlegungen über ein Modell eines westlichen Verhandlungsvorschlags[5]

Bezug: Vermerk BM vom 9.9.87 auf Vorlage 221-376.00-1191/87[6] VS-v vom 7.7.87

Anlg.: (nur bei Original):
1) Vorlage vom 7.7.87[7]
2) Vermerk BM vom 9.9.87[8]

1) Regionalkonzept, Perspektiven für ganz Europa

Bei der Stabilisierung des konventionellen Kräfteverhältnisses in Europa gilt es, zwei Gesichtspunkte, die zu einem gewissen Grad in einem Spannungsverhältnis stehen, gleichzeitig zu berücksichtigen:

22 Zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Nicaragua vgl. ferner Dok. 289.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. September 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 13. September 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 16. September 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik und Referat 221 verfügte.
Hat Holik am 9. Oktober 1987 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Gruber erneut vorgelegen.

4 Hausruf.

5 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 216.

6 Korrigiert aus: „1196/87“.

7 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Holik vermerkte, das Auswärtige Amt habe mit dem Bundesministerium der Verteidigung ein Verhandlungskonzept erarbeitet: „Ein westlicher Vorschlag sollte darauf abzielen, wichtige Kategorien konventionellen Großgeräts, bei denen der WP ein für seine Invasionsfähigkeit ausschlaggebendes Übergewicht hat, zuerst in Teilregionen Europas und dann in ganz Europa auf gleiche Obergrenzen zu reduzieren und zu begrenzen. Bei Reduzierungen auf

– Erfassung von ganz Europa (Vermeidung von Sonderzonen, Ausweitung des MBFR-Raums, kein Zulassen eines rüstungskontrollpolitischen Sonderstatus für die Großmacht Sowjetunion),
– Beseitigung regionaler Disparitäten (vor allem des für uns besonders bedrohlichen Übergewichts des WP in Europa-Mitte, Abbau der starken Präsenz vorwärtsdislozierter sowjetischer Kampfverbände in Zentraleuropa).

Ein westlicher KRK-Vorschlag sollte die für die Invasionsfähigkeit des WP essentiellen Elemente seines Streitkräfte-Dispositivs mit Vorrang erfassen:

– die vorne in Mitteleuropa dislozierten, durch hohen Bereitschaftsgrad ausgezeichneten und damit zum überraschenden Angriff befähigten Panzer- und motorisierten Schützendivisionen der SU,
– die in der westlichen SU stationierten, im Rahmen des östlichen Staffelprinzips und der sowjetischen „Kriegsschauplatzorganisation" für den Einsatz gegen Europa-Mitte wichtigen Verstärkungskräfte.

Ein Vorschlag zur Herstellung gleicher Obergrenzen für Europa-Mitte nähme gezielt diese Kräfte aufs Korn. Theoretisch denkbar wäre auch eine umgekehrte Vorgehensweise von außen nach innen: von Anfang an Obergrenzen für ganz Europa. Da wir aber auf jeden Fall verhindern wollen, daß der Warschauer Pakt die zur Erreichung der Höchstgrenzen notwendigen Reduzierungen nicht nur bei den – weniger bedrohlichen – rückwärtigen Verbänden vornimmt, müßte ein Modell von Obergrenzen für ganz Europa mit zusätzlichen Auflagen verbunden werden, um die vorne stationierten Streitkräfte der SU in den Griff zu bekommen.

Zahlenbeispiel der unerwünschten Wirkung eines Modells, das Höchstgrenzen nur für ganz Europa vorsehe: Panzer-Ceiling von 20000 in ganz Europa, d.h. Ab-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1284

gleiche Obergrenzen sollte regional differenziert und unter Konzentration auf die bedrohlichsten Waffenkategorien in Schritten vorgegangen werden." Zur regionalen Differenzierung habe man das Gesamtgebiet Europa vom Atlantik bis zum Ural in vier Regionen eingeteilt (Nord, Mitte, Süd, Tiefe), die alle auch Teile der UdSSR umfassen würden. Beim Großgerät (Kampfpanzer und Schützenpanzer, Artillerie, Kampfhubschrauber und Kampfflugzeuge) sollten Reduzierungen zunächst die bodengestützten Waffen erfassen, also Panzer und Artillerie. Aufgrund der größten Konzentration von Streitkräften in diesem Raum sollten die Reduzierungen in der Region Mitte beginnen. Der Verhandlungsprozeß könnte drei Phasen umfassen: „a) Phase 1: Vorabreduzierungen amerikanischer und sowjetischer Verbände in proratorischem Verhältnis mit dem Ziel, die Fähigkeit des WP zum Überraschungsangriff zu vermindern. b) Phase 2: Herstellung von Parität beim kampfentscheidenden Großgerät durch Vereinbarung gleicher Höchststärken. c) Phase 3: Auf dieser Basis symmetrische Reduzierungen auf ein wesentlich niedrigeres paritätisches Niveau". Es sei aber nicht zu empfehlen, „den Gedanken einer Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte in Phase 1 von uns aus in das Bündnis einzuführen, solange die Amerikaner selbst keine entsprechende Initiative ergreifen". Amerikanische Reduzierungen in Westeuropa als Gegenleistung für sowjetische Reduzierungen außerhalb des Territoriums der UdSSR könnten den „Eindruck eines abnehmenden amerikanischen Engagements" erwecken. Vgl. VS-Bd. 11539 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

8 Bundesminister Genscher notierte auf der Aufzeichnung des Botschafters Holik vom 7. Juli 1987 handschriftlich: „1) Das Regionalkonzept erscheint vernünftig. Es bedarf der Ergänzung durch Perspektiven für die anderen Regionen. 2) Das Prinzip des Phasenkonzepts ist richtig, Parallelität der Erörterung der Doktrinen notwendig. 3) Es wird leichter sein, sich bei einem Zwei-Phasen-Konzept zu verständigen, wenn man sich zuerst über das Endziel der zweiten Phase verständigt und dann über den Inhalt der ersten Phase. Die Hosenknopftheorie ist illusionär. Der Schlüssel liegt in der Verständigung zunächst über den Grundsatz der Asymmetrie, sodann über das beiderseitige Schrittmaß. 4) Die Bedenken gegen isolierte US-UdSSR-Reduzierungen überzeugen. 5) Ich bitte, diese Gedanken einzubeziehen. 6) R[ücksprache] Anfang kommender Woche." Vgl. VS-Bd. 11539 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

bau von ca. östlichen 30 000 Panzern; diese Zahl könnte vom WP so aufgeteilt werden, daß bei Zuweisung von ca. 4000 Panzern für die NSWP-Staaten die SU die ihr dann zustehenden 16 000 Panzer so verteilte, daß sie 10 000 in Mitteleuropa behielte – keine Änderung im Vergleich zum Status quo! – und ihre Bestände in der westlichen SU auf 5000 halbierte und ihre rückwärtigen Reserven radikal auf 1000 abbaute.

Auch ein Vorschlag, der zuerst bei Europa-Mitte (NGA[9] + F + GB im Westen + Ungarn + drei westliche Militärbezirke der SU im Osten oder WEU-Raum und östliches Pendant) ansetzte, würde sich von vorneherein auch zugleich schon auf ganz Europa durch mehrere Aspekte erstrecken:

– Durch Reduzierungsmodalitäten (Großgerät bzw. Verbände wären aus Europa-Mitte abzuziehen, zu vernichten bzw. aufzulösen oder zumindest jenseits des Urals zu verlegen; wichtiger Unterschied zu MBFR, wo SU-Truppen aus der NGA in die europäische Sowjetunion verlagert werden könnten).
– Durch Nichterhöhungsverpflichtung für die anderen Regionen Europas, die unverzichtbares Pendant zu gleichen Höchststärken in Kernregion sein müßte.
– Durch Informationsaustausch über Ausrüstung und Gliederung der Verbände in Kernregion sowie auch in allen anderen Regionen (notwendig u. a. auch zur Verifizierung der Nichterhöhungsverpflichtung).
– Durch ergänzende stabilisierende Maßnahmen, die in ganz Europa Anwendung finden („constraints“ wie z. B. Dislozierungsbeschränkungen gegenüber den Flankenstaaten; Präsenzbeschränkungen, durch die der Präsenzgrad von Verbänden begrenzt und die Auffüllung von Verbänden Notifizierungspflichten unterworfen werden könnte).
– Gleiche Höchstgrenzen für ganz Europa, die aber erst in einer zweiten Phase nach Herstellung gleicher Ceilings in Europa-Mitte erreicht würden.

Ein Regionalkonzept, das den Schwerpunkt einer ersten Phase von KRK auf Europa-Mitte legen würde, unterschiede sich nach unseren Überlegungen vom traditionellen MBFR-Ansatz in wesentlichen Punkten und würde einen erheblich größeren Raum erfassen:

– auf östlicher Seite auch militärisch sehr bedeutsames sowjetisches Territorium (Baltikum, Weißrußland, Karpaten),
– im Westen Frankreich, Großbritannien, evtl. auch Italien; dadurch wäre die BR Deutschland nicht mehr wie bei MBFR der deutlich herausragende Hauptbetroffene.

Unser Arbeitspapier für das HLTF-Papier skizzierte ein Regionalkonzept, das den Gedanken von Höchstgrenzen für die Regionen Nord und Süd implizierte. Unsere eigenen Überlegungen – wie auch die von Briten, Niederländern – konzentrierten sich bislang auf gleiche Obergrenzen in der uns betreffenden Zentralregion. Von Türken oder Norwegern wurden bisher in der HLTF keine Gedanken zu den sie betreffenden Regionen Süd oder Nord eingeführt. Wir haben vor, mit den Türken bilateral über ihre Vorstellungen über einen KRK-Vorschlag zu sondieren.

9 NATO Guidelines Area.

2) Erörterung über Militärdoktrinen

Die vom Osten vorgeschlagene Diskussion über Militärdoktrinen und insbesondere Punkt 3, Ziffer 7 der WP-Erklärung über Militärdoktrinen von Berlin (Ost)[10] („die Verminderung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa auf ein Niveau, auf dem jede Seite bei Gewährleistung der eigenen Verteidigung über keine Mittel für einen Überraschungsangriff auf die andere Seite sowie für Angriffsoperationen überhaupt verfügt“[11]) können als ein Einstieg bei KRK-Verhandlungen genutzt werden, um

– gemeinsam festzustellen, was unter dem Ziel konventioneller Stabilität zu verstehen ist und welche Streitkräfteelemente, Waffen und Streitkräftedislozierungen die beiden Seiten als besonders bedrohlich und für Invasionsfähigkeit konstitutiv ansehen;
– konkrete Maßstäbe dafür zu entwickeln, welcher Umfang, welche Ausrüstung und Dislozierung von Streitkräften der erklärten Aufgabe der Kriegsverhinderung und Selbstverteidigung entsprechen müßten, und so Kriterien für die Festlegung gleicher Obergrenzen bzw. für die Vereinbarung von Reduzierungen, Limitierungen und Redislozierungen abzuleiten.

Der Westen kann bei einer solchen Erörterung anknüpfen bei dem in jüngster Zeit vom WP in die Diskussion übernommenen Konzept der „Suffizienz“. Der Westen könnte in den Verhandlungen eine günstige Ausgangsposition für sich dadurch schaffen, indem er das Postulat der „Suffizienz“ mit dem tatsächlich existierenden Streitkräftedispositiv des WP vergleicht.

Der WP hat im übrigen in seinen Mandatsentwurf für die KRK[12] das Petitum aufgenommen, die Militärdoktrinen defensiv zu gestalten.

3) Phasenkonzept

Bei der Ausarbeitung eines Ansatzes von Verhandlungen in Phasen wird es wichtig sein, eine Zielperspektive aufzustellen, die es in einem schrittweisen Herangehen zu erreichen gilt. Als eine solche Perspektive könnte das Ziel herausgestellt werden, als notwendige (wenn auch nicht hinreichende) Bedingung für Stabilität gleiche Höchststärken bei besonders für Offensivfähigkeit relevanten Streitkräfteelementen in ganz Europa herzustellen; als illustratives Beispiel: bei 16000 Panzern, 12500 Artillerie-Geschützen und 2,5 Mio. Soldaten auf beiden Seiten in Europa. Über dieses Ziel sollte frühzeitig eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt werden (wie bei MBFR über das Ziel 700000 bzw. 900000 Mann in Zentraleuropa).

Eine erste Phase auf dem Weg zu diesem Ziel könnte folgende Schritte umfassen:

– Abzug z. B.[13] amerikanischer und sowjetischer stationierter Verbände, ihrem derzeitigen Verhältnis entsprechend und gleichzeitig als Beitrag zur:
– Herstellung gleicher Obergrenzen bei kampfentscheidendem Großgerät (Panzer, Artillerie) in Europa-Mitte gemäß dem Regionalkonzept etwa bei 95% des derzeitigen Kräfteniveaus der schwächeren Seite,

10 In Ost-Berlin fand am 28./29. Mai 1987 die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–391.

11 Vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 393.

12 Die Warschauer-Pakt-Staaten unterbreiteten am 22. Juni 1987 in Wien Vorschläge für ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Vgl. dazu Dok. 216, Anm. 16.

13 Diese Abkürzung wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt.

– detaillierter Informationsaustausch über Struktur, Dislozierung, Geräte- und Personalausstattung der Verbände nach Erreichen der Höchststärken zu Verifikationszwecken und gleichzeitig als vertrauensbildende und beschränkende Maßnahme, allerdings mit der Maßgabe, daß Strukturen – innerhalb der vereinbarten Höchstgrenzen – unter Einhaltung festzulegender Notifizierungsfristen (beispielweise innerhalb von sechs Monaten) – geändert werden könnten.

In einer zweiten Phase könnten entsprechende Höchstgrenzen für ganz Europa hergestellt werden.

Eine dritte Phase könnte erneut mehrere Elemente umfassen:

– [14]symmetrische Reduzierungen beider Seiten bei den vereinbarten Kategorien von Großgerät beispielsweise um 25 %,

– ausgehend vom Informationsaustausch über die Gliederung der Streitkräfte gemäß Phase I weitergehende Auflagen für die Streitkräftestrukturen, die den Verteidiger begünstigen, den Angriff – u. a. durch Gewinn an Vorwarnzeit – erschweren.[15]

Holik

VS-Bd. 11539 (221)

14 An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik folgender Absatz gestrichen: „– weitere Reduzierungen stationierter amerikanischer und sowjetischer Verbände".

15 Vortragender Legationsrat Gruber vermerkte am 18. September 1987: „1) Am 14.9. fand bei BM Genscher eine Besprechung über die Substanz eines KRK-Vorschlags statt. Teilnehmer: StS Sudhoff, D 2 A, Botschafter Citron, RL 221, RL 220, Leiter MB, RL 013, VLR Elbe, RL 221 i. V., L Pl. 2) BM stellte Fragen zu unserem Regionalkonzept. Seine Fragestellung brachte zum Ausdruck, wie stark ihm daran liegt, eine Wiederholung der geographischen Probleme von MBFR zu vermeiden. Er fragte vor allem, welche Perspektiven in unseren Überlegungen für die anderen Regionen als Europa-Mitte vorgesehen seien. D 2 A antwortete auf der Linie unserer Vorlage vom 11.9. 3) BM erkundigte sich nach dem Phasenkonzept und bekräftigte, daß isolierte amerikanisch-sowjetische Reduzierungen politisch nicht erwünscht seien. D 2 A antwortete, daß etwaige Reduzierungen sowjetischer und amerikanischer Verbände, wozu im Bündnis die Initiative von den Amerikanern ausgehen müßte, auf jeden Fall Teil eines Gesamtkonzeptes und nicht eine isolierte Phase bilden müßten. D 2 A knüpfte an die Ideen für eine Ausgestaltung von drei Phasen, wie sie in der Vorlage vom 11.9. skizziert sind, an und entwickelte den Gedanken einer dritten Phase, die die Ausarbeitung von strukturellen Maßnahmen zum Gegenstand haben könnte." Vgl. Referat 221, Bd. 144803.

255

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

VS-NfD **11. September 1987**[1]
Fernschreiben Nr. 56/57 Ortex

Zum offiziellen Arbeitsbesuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis 11. September 1987

I. Mit dem Besuch von GS Honecker ist ein seit mehreren Jahren von beiden Seiten beabsichtigtes wichtiges Besuchsvorhaben für beide Seiten zufriedenstellend verwirklicht worden. Die Gespräche in Bonn bestätigten den Kurs beider Regierungen. Sie zeigten und stellten deutlich heraus die weiterbestehenden unterschiedlichen Auffassungen in grundsätzlichen Fragen. Dem Gast blieben keine der für ihn unangenehmen Fragen erspart. Die Forderung nach Freizügigkeit für die Menschen in der DDR und das menschenunwürdige Grenzregime wurden deutlich angesprochen. Gleichwohl war man sich einig, die pragmatische Zusammenarbeit in den Bereichen, wo hierzu Möglichkeiten bestehen, fortzusetzen. Wichtigstes Ergebnis ist die ausdrückliche Bestätigung seitens der DDR-Führung, den seit 1986 erheblich ausgeweiteten Reiseverkehr in Ost-West-Richtung für Personen unterhalb des Rentenalters fortzusetzen und weiter auszubauen.[2] Bedeutsam ist auch, daß die Einbeziehung Berlins in die Zusammenarbeit, die wir als unverzichtbare Geschäftsgrundlage für die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen ansehen, von der DDR grundsätzlich und ausdrücklich anerkannt wurde. Beide Seiten haben den Besuch zum Anlaß genommen, zu verdeutlichen, daß aus den innerdeutschen Beziehungen keine Spannungen erwachsen dürfen, vielmehr wollen sie ein Beispiel für friedliche Zusammenarbeit im West-Ost-Verhältnis geben und zur Entspannung der Lage in Europa beitragen. Beide Seiten streben eine Verstärkung der Kontakte auf allen Ebenen an. Hier zählen auch Gipfelbegegnungen.

II. Der Besuch von GS Honecker war ein Arbeitsbesuch auf Einladung des Bundeskanzlers. Honecker, zu dessen wichtigsten Begleitern das für Wirtschafts-

1 Ablichtung.

2 Zum innerdeutschen Reiseverkehr vgl. Dok. 245, Anm. 5.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 9. Januar 1987: „1) Neues Deutschland hat am 7.1. auf der Titelseite die ADN-Meldung wiedergegeben, mit der bisherige Angaben unserer Seite vom MfAA korrigiert werden, wonach 1986 nur ca. 200 000 Personen aus der DDR wegen dringender Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik besuchsweise reisen durften. Das MfAA nennt die Zahl 573 000. Ergänzend hat MfAA-AL Seidel gegenüber der StäV in Berlin (Ost) mitgeteilt, daß in diesen Zahlen keine Personen im Rentenalter enthalten seien. 2) Die Meldung wird im BMB als Sensation gewertet. […] 3) Die Veröffentlichung im ND ist in erster Linie als innenpolitisches Signal anzusehen. Die Experimentierphase, die im März 1986 begann, ist offenbar positiv abgeschlossen worden. Auch nach bisherigen Feststellungen des BMB hat sich der Prozentsatz derer, die von den Reisen nicht in die DDR zurückkehrten, 1986 nicht erhöht (ca. 1%).“ Die Gründe „für die Wende in der Westreisepolitik der DDR dürften auf den anhaltenden Druck der Bevölkerung und den Wunsch der DDR-Führung zurückzuführen sein, die Leistungsmotivation der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. Dem kommt die Situation struktureller Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland risikomindernd entgegen. Die neue Politik der Reiseerleichterungen ist gleichzeitig ein Anzeichen für die fortschreitende innere Konsolidierung der DDR.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145175.

fragen zuständige Politbüromitglied Dr. Günter Mittag, Außenminister Oskar Fischer und der Minister für Außenhandel, Dr. Gerhard Beil, gehörten, besuchte im Anschluß an seine Gespräche in Bonn (7./8.9.) Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Rheinland-Pfalz und Bayern (9. bis 11.9.), wo er auch jeweils mit den Ministerpräsidenten dieser Länder zusammentraf[3] (vgl. auch Plurez Nr. 5677 vom 17.7.1987[4], das inzwischen allen Auslandsvertretungen vorliegt).

Das Programm in Bonn schloß außerdem ein Gespräch und Mittagessen mit dem Bundespräsidenten[5] sowie parallele Gespräche von Dr. Mittag mit BM Bangemann und AM Fischer mit BM Wilms und BM Genscher ein.

Generalsekretär Honecker wurde am Flughafen durch den Chef des Bundeskanzleramtes, BM Dr. Schäuble, begrüßt und im Hof des Bundeskanzleramtes vom Bundeskanzler mit militärischen Ehren empfangen.

Die Gespräche des Bundeskanzlers mit GS Honecker fanden im Rahmen von zwei Delegationsgesprächen und zwei Begegnungen im kleineren Kreis statt.[6] Während in der Eröffnungsrunde dieser Gespräche das Verhältnis der beiden deutschen Staaten im Gesamtkontext der internationalen Beziehungen gewürdigt wurde, standen in den späteren Gesprächen die bilateralen Fragen im Vordergrund. In den für die Öffentlichkeit bestimmten Tischreden des Bundeskanzlers und des Generalsekretärs[7] wurde unterschiedlich gewichtet. Der Bundeskanzler nahm die Gelegenheit zum Anlaß, alle grundsätzlichen Fragen darzulegen, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben, und zugleich den Willen zur pragmatischen Zusammenarbeit im Interesse der Menschen deutlich zu machen. GS Honecker benutzte seine Tischrede zu einer Darstellung der hinlänglich

3 Für die Gespräche des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen) am 9. September 1987 in Düsseldorf, mit Ministerpräsident Lafontaine (Saarland) am 10. September 1987 in Saarbrücken, mit Ministerpräsident Vogel (Rheinland-Pfalz) am 10. September 1987 in Trier und mit Ministerpräsident Strauß (Bayern) am 11. September 1987 in München vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 638–646, S. 651–654, S. 655 f. und S. 657–661.

4 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen informierte: „Vom 9. bis 11.9.1987 wird GS Honecker Städte in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Bayern besuchen. Am 9. September wird er sich zu Gesprächen in Düsseldorf und Essen aufhalten, am 10. September Saarbrücken aufsuchen und von dort aus einen Abstecher nach Trier zur Besichtigung des Geburtshauses von Karl Marx unternehmen. Im Anschluß daran hält sich GS Honecker privat in Neunkirchen/Wiebelskirchen (sein Geburtsort) auf; am 11. September ist ein Aufenthalt in München mit einem Besuch der Gedenkstätte Dachau vorgesehen." Vgl. den Runderlaß; Referat 210, Bd. 139187.

5 Für das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Villa Hammerschmidt vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 576–581.

6 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 im Kreis der Delegationen vgl. Dok. 244.
Für das Gespräch Kohls mit Honecker am 7. September 1987 im kleinen Kreis vgl. Dok. 245.
Für das Gespräch Kohls mit Honecker am 8. September 1987 im kleinen Kreis vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 600–603. Vgl. dazu auch die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/59755.
Für das Gespräch Kohls mit Honecker am 8. September 1987 im Kreis der Delegationen vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 604–606. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup vom selben Tag; Referat 210, Bd. 145161. Vgl. dazu ferner die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/20572.

7 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Empfang des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg sowie der Rede Honeckers vgl. BULLETIN 1987, S. 705–708. Für den Wortlaut vgl. ferner die Artikel „Praktische Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze" und „DDR erstrebt Koalition der Vernunft und des Realismus"; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. September 1987, S. 3.

bekannten DDR-Positionen zu internationalen Fragen und zum Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland.

Als wichtige Bestandteile des Arbeitsbesuches sind ferner die Unterzeichnung von drei Abkommen auf den Gebieten Umwelt, Strahlenschutz und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit[8] sowie die Verabschiedung eines Gemeinsamen Kommuniqués[9] hervorzuheben. Eine Einigung über dieses Kommuniqué fand bereits kurz vor Beginn des Besuches statt. Die im Verhältnis zu den WP-Staaten inzwischen unübliche Vereinbarung eines Kommuniqués beruht auf der durch die Begegnung BK Schmidt – GS Honecker am Werbellinsee 1981[10] begonnenen Tradition, die angesichts der Kompliziertheit der innerdeutschen Beziehungen und ihrer Abhängigkeit von der allgemeinen Entwicklung der West-Ost-Beziehungen als Berufungsgrundlage für die Weiterentwicklung der Beziehungen nicht ohne Wert ist.

III. Die Gespräche des Bundeskanzlers mit GS Honecker fanden in einer auf die Sache orientierten, ernsthaften und konstruktiven Atmosphäre statt. Die bestehenden unterschiedlichen Auffassungen und Zielvorstellungen in grundsätzlichen Fragen wurden in den Gesprächen deutlich herausgestellt. GS Honecker ließ aber die sog. Geraer Forderungen[11] (mit Ausnahme der Elbgrenzfrage[12]) unerwähnt. Im Vordergrund stand der deutliche Wille, auch der DDR, die Zusammenarbeit, dort wo sie möglich ist, durch konkrete Schritte fortzusetzen.

Beide Seiten sehen ihre Beziehungen eingebettet in die Gesamtentwicklung des Ost-West-Verhältnisses, insbesondere der Beziehungen zwischen den USA und der SU. Sie gehen davon aus, daß die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten einen positiven Beitrag für die Weiterentwicklung des West-Ost-Verhältnisses leisten kann.

Im Rahmen des Dialogs über die Fragen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung trugen beide Seiten die Positionen der jeweiligen Bündnisse vor. Übereinstimmung herrschte insbesondere hinsichtlich der Wünschbarkeit eines raschen Abschlusses des INF-Abkommens, um die bestehende Chance zu nutzen. Beide Seiten gehen dabei von der Erwartung aus, daß ein INF-Abkommen den Einstieg in weitere Abrüstungsschritte bedeutet.

Der Bundeskanzler würdigte die von GS Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleiteten Entwicklungen als eine Chance auch für die weitere Gestaltung der

8 Zu den Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 8. September 1987 vgl. Dok. 244, Anm. 13.

9 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1987, S. 710–713.

10 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368. Vgl. dazu auch DzD VI/7, S. 423–534.

11 Am 13. Oktober 1980 nannte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bei einer Rede in Gera folgende Bedingungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR: die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und damit zusammenhängend den Verzicht, Reisepässe der Bundesrepublik an Bürger der DDR auszugeben, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Bonn bzw. Ost-Berlin in Botschaften sowie die Regelung des innerdeutschen Grenzverlaufs im Bereich der Elbe. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 305 und Dok. 313.

12 Zur Frage des Grenzverlaufs zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Bereich der Elbe vgl. Dok. 244, Anm. 28.

Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. GS Honecker unterstrich die Ernsthaftigkeit der Bemühungen von GS Gorbatschow und seine Überzeugung, daß diese in einem langfristigen Entwicklungsprozeß, in dem die DDR ihrerseits bereits weiter vorangeschritten sei, erfolgreich sein werden.

Im Vordergrund der Erörterung der bilateralen Fragen standen die menschlichen Erleichterungen, insbesondere der Reiseverkehr. Die von GS Honecker in diesem Zusammenhang beschriebene Entwicklung weist auf eine Fortsetzung des seit 1986 erheblich ausgeweiteten Reiseverkehrs für Personen unterhalb des Rentenalters aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland hin. Bis zum 31. August d.J. besuchten nach Angaben Honeckers 866918 Personen dieser Kategorie die Bundesrepublik Deutschland. (Bei einer Hochrechnung würden demnach bis Jahresende 1987 1,2 Mio. Personen in den Genuß eines Besuches in der Bundesrepublik Deutschland kommen; zusammen mit den Rentnern nannte Honecker die Zahl von 3,2 Millionen Reisenden für 1987.)

Dies ist eine bedeutsame Entwicklung nicht nur für die betroffenen Menschen, sondern auch hinsichtlich der damit verbundenen Konsequenzen für die innenpolitische Lage in der DDR. Die Gespräche machten deutlich, daß auf seiten der DDR Überlegungen darüber angestellt werden, wie der Reiseverkehr aus der DDR positiv weiterentwickelt werden kann.

Im Vorfeld des Besuches hatte die Bundesregierung einseitig eine Erhöhung des sog. Begrüßungsgeldes für DDR-Besucher eingeführt[13], um mit dem Mangel an Devisen begründete Kürzungen der Reisegelder durch die DDR auszugleichen. Im Vorfeld des Besuches wurde auch eine 50-prozentige Fahrpreisermäßigung im wechselseitigen Eisenbahnverkehr für Rentner und für Reisende in dringenden Familienangelegenheiten aus der DDR und Inhaber von Senioren- und Familienpässen aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Transitverkehrs nach Berlin (West) vereinbart.[14] Außerdem hat die DDR die Absicht bekundet, den Telefonverkehr zu verbessern.[15]

Fragen der schrittweisen Entwicklung des Tourismusverkehrs wurden in den Gesprächen andiskutiert. Es ist noch nicht absehbar, inwieweit die DDR hier in der Lage ist, sich auf eine Öffnung größeren Umfangs einzulassen.

Deutlich war die Bereitschaft auf DDR-Seite, auf der Grundlage des Kulturabkommens[16] die vielfältigen Kontakte im staatlichen und kommerziellen Bereich der Kulturbeziehungen auszubauen. Auch hinsichtlich der Städtepartnerschaften[17] lassen die Äußerungen von GS Honecker darauf schließen, daß den ersten, vorsichtigen Schritten der DDR weitere folgen werden.

13 Vgl. dazu die Erklärung der Bundesministerin Wilms vom 27. August 1987 über die Erhöhung des Begrüßungsgeldes auf 100 DM im Jahr ab 1. September 1987; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 170.

14 Vgl. dazu die Mitteilung des Bundesministeriums für Verkehr vom 1. September 1987; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 182.

15 Vgl. dazu die Mitteilung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen vom 24. November 1987 über Verbesserungen im Telefonverkehr mit der DDR ab 15. Dezember 1987; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 359.

16 Am 6. Mai 1986 unterzeichneten Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 259–261.

17 Zu den deutsch-deutschen Städtepartnerschaften vgl. Dok. 245, Anm. 19.

Die Gespräche haben gezeigt, daß die Lösung sogenannter humanitärer Fragen für die DDR-Führung ein schwieriges Feld bleibt. Die bisherige Praxis soll aber fortgesetzt werden.

In einem parallelen Gespräch zwischen BM Wilms und AM Fischer[18] wurden insbesondere die Fragen der Kontakte zwischen den Menschen und der Lösung humanitärer Probleme zusätzlich vertieft.

Angesichts der seit dem letzten Jahr stagnierenden Entwicklung des innerdeutschen Handels herrschte Übereinstimmung darüber, daß hier neue Impulse erforderlich sind. Die Aufnahme von Gesprächen über die Bildung einer Gemischten Kommission auf der Grundlage der bestehenden Abkommen und Regelungen (Berliner Abkommen[19]) wurde vereinbart. In den dazu parallel geführten Gesprächen zwischen BM Bangemann und Dr. Mittag wurden auch konkrete gemeinsame Umweltschutzprojekte erörtert, vor allem im Bereich der Entstickung und Entschwefelung von Kraftwerken. Hinsichtlich der laufenden kommerziellen Verhandlungen über einen Stromverbund D–DDR[20] unter Einschluß Berlins vermittelten die Gespräche den Eindruck eines baldmöglichen Abschlusses.[21]

Die Verhandlungen über die Reduzierung der Salzbelastung der Werra sollen rasch beendet werden.[22] Wir haben erneut darum gebeten, Gespräche über die Belastung der Elbe aufzunehmen.

18 Im Gespräch der Bundesministerin Wilms mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 7. September 1987 wurden die innerdeutschen Beziehungen erörtert, vor allem Einreise- und Ausreisefragen, die Höhe der Mindestumtauschsätze bei Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin, die Lage an der innerdeutschen Grenze, Städtepartnerschaften, Umweltprobleme und die Zusammenarbeit beim Umweltschutz sowie die Kulturbeziehungen. Zur Frage des Schießbefehls legte Fischer dar: „Die DDR hat das souveräne Recht wie jeder andere Staat auch, seine Grenzen durch sein Grenzregime zu schützen. Die Lage an unserer Grenze ist vom Stand der Beziehungen abhängig. Jahrelang hatten wir eine offene Grenze, und die DDR wurde durch Schmuggel, Menschenhandel und Provokation geschädigt. Dem setzen wir die Unantastbarkeit unserer Grenze entgegen. […] Der Schußwaffengebrauch an dieser Grenze regelt sich wie in anderen Staaten, auch wie der an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland. Ich darf in diesem Zusammenhang an einen Artikel der ‚Frankfurter Rundschau' erinnern, wonach es an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland in 100 Fällen jährlich Schußwaffengebrauch gibt. Ich erinnere weiter an ihr Gesetz zur Anwendung des unmittelbaren Zwangs vom 2. März 1974." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/20572.

19 Für den Wortlaut des Abkommens vom 20. September 1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) in der Fassung der Vereinbarung vom 16. August 1960 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 32 vom 15. Februar 1961, Beilage, S. 2.
Zum ergänzenden Briefwechsel vom 6. Dezember 1968 zwischen Ministerialrat Kleindienst, Bundesministerium für Wirtschaft, und dem Stellvertretenden Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, vgl. AAPD 1968, II, Dok. 380.

20 Zu den geplanten Stromlieferungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR unter Einbeziehung von Berlin (West) vgl. Dok. 244, Anm. 16.

21 In der Unterredung mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am 7. September 1987 betonte Bundesminister Bangemann zudem die Bereitschaft, „Gespräche über die Bildung einer gemischten Wirtschaftskommission aufzunehmen. Für uns sei dies keine leichte Entscheidung gewesen. Essentiell sei die Einbeziehung von Berlin (West). Als Gesprächspartner von unserer Seite stehe StS von Würzen zur Verfügung." Mittag versicherte, daß Berlin (West) einbezogen werden solle: „BM Dr. Bangemann und StS Dr. von Würzen verwiesen darauf, daß im Hinblick auf EG und GATT auf die bisherigen Grundlagen des innerdeutschen Handels Bezug genommen werden müsse." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/20572.

22 Zu den Verhandlungen über die Reduzierung der Werra-Versalzung vgl. Dok. 244, Anm. 14.

Gespräche über die Einbeziehung von Kiel, Hamburg und Hannover in den grenznahen Verkehr sollen nunmehr aufgenommen werden. Hinsichtlich des Berliner Reise- und Besucherverkehrs zeigte die DDR zwar die Bereitschaft zu gewissen technischen Verbesserungen, substantielle Verbesserungen – wie die für den grenznahen Verkehr bestehende Übernachtungsregelung – sind aber weiterhin und wohl auch angesichts des starken Reiseverkehrs aus Berlin wegen fortbestehender Sicherheitserwägungen vorerst nicht zu erwarten. Die Gespräche hierüber sollen aber fortgesetzt werden.

In der Frage der Berliner Übergänge, insbesondere hinsichtlich der Offenhaltung des Übergangs Staaken[23], zeigte die DDR Flexibilität, die noch auszuloten sein wird.

Der Ausbau der Transitstrecken von und nach Berlin bleibt weiterhin ein wesentliches Element von Vereinbarungen im innerdeutschen Verhältnis. Im Hinblick auf von DDR-Seite schon vor einigen Monaten vorgeschlagene Gespräche über den weiteren Ausbau der Autobahnstrecken wurde unsererseits die prioritäre Bedeutung einer Verbesserung des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin herausgestellt. Die DDR erklärte sich zu Gesprächen darüber einverstanden.

Die Gespräche über die Berlin betreffenden Fragen waren insofern insgesamt bemerkenswert, als die grundsätzlichen politischen Vorbehalte der DDR, hierüber mit der Bundesregierung überhaupt zu sprechen, stärker in den Hintergrund getreten sind. Dies zeigen auch öffentliche Erklärungen des DDR-Pressesprechers[24] in Bonn. Die DDR ist sich dessen zunehmend bewußt, daß die volle Teilhabe Berlins ein wesentlicher Bestandteil der innerdeutschen Beziehungen ist.

In dem im Zusammenhang mit dem offiziellen Arbeitsbesuch von GS Honecker geführten Gespräch zwischen den beiden Außenministern[25] wurden die Themen erörtert, die sie bei internationalen Anlässen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten (vgl. Art. 5 des Grundlagenvertrages[26]) seit vielen Jahren besprechen. Im Vordergrund standen allgemeine Fragen des West-Ost-Verhältnisses, der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der KSZE.

Neue Gesichtspunkte traten bei der Bewertung der einzelnen Fragen nicht zutage. Die Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle wurden von beiden Seiten auf der Basis der jeweiligen Bündnispositionen vorgetragen. BM Genscher erläuterte die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26. August zu P I a[27], die in der Logik und Konsequenz der bisherigen Politik der Bundesregierung liege. Es sei wichtig, daß das Gespräch Shultz–Schewardnadse[28] jetzt die Verhandlungen voranbringe und noch offene Fragen, die nicht uns beträfen, gelöst würden. Im

23 Zur Frage der Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken vgl. Dok. 245, Anm. 10.

24 Wolfgang Meyer.

25 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 8. September 1987 vgl. Dok. 247.

26 Für den Wortlaut von Artikel 5 des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

27 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. Dok. 235.

28 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

Hinblick auf PIa sei klar, daß dieses System auslaufen werde und daß die Sprengköpfe abgezogen würden, wenn die Raketen nicht mehr da seien. Die Erklärung des Bundeskanzlers zu PIa sei eindeutig und habe ihr Gewicht, das gewürdigt werden sollte. Ein INF-Ergebnis noch in diesem Jahr sei möglich. Manchmal sei Zeitdruck nützlich. AM Fischer äußerte demgegenüber den Eindruck, daß Washington in der Verifikationsfrage zögere.

BM wies mit Nachdruck auf das Übergewicht der WP-Staaten bei SRINF und im konventionellen Bereich hin. Über die Rolle der Militärdoktrinen sollten möglichst bald Gespräche aufgenommen werden. AM Fischer wies seinerseits auf die letzte Erklärung des Beratenden Ausschusses der WP-Staaten in Berlin hin.[29] Erneut sprach er sich dafür aus, daß Kontakte auch auf militärischer Ebene zwischen den beiden Bündnissen stattfinden sollten.

AM Fischer unterstrich von sich aus die Bedeutung eines Abkommens EG/RGW-Mitgliedstaaten[30] und kündigte an, daß die WP-Staaten Botschafter bei der EG in Brüssel akkreditieren würden.

BM stellte deutlich heraus, das das West-Ost-Verhältnis sich nicht auf die Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung verengen lasse. Zur politischen Vertrauensbildung sei eine möglichst breite Zusammenarbeit erforderlich. Unser Verhältnis zur DDR biete dafür ein gutes Beispiel. Besonders unterstrich BM Genscher die gute Zusammenarbeit im Rahmen des KSZE-Prozesses, sie könne verbessert und weiter ausgebaut werden. Die Schlußakte von Helsinki[31] sei unser „Marschkompaß". Beide deutsche Staaten sollten den Ehrgeiz haben, ein Beispiel für die Entwicklung und Durchführung der Schlußakte zu geben. Es wurde vereinbart, jeweils Weisung an die Delegationen in Wien zu geben, die Kontakte vor Ort zu intensivieren.

BM Genscher unterstrich unser Bemühen, die Beziehungen auch zu den übrigen WP-Staaten, insbesondere zur Sowjetunion, weiter auszubauen. Der Moskauer Vertrag[32], der noch tiefer ausgeschöpft werden könne, enthalte ein langfristig angelegtes Programm der Zusammenarbeit. Die Außenminister waren sich darüber einig, daß die Gespräche und Konsultationen über gemeinsam interessierende internationale Fragen vertieft werden sollen. Sie werden ihre Gespräche am 23. September[33] in New York am Rande der VN-GV fortsetzen.[34]

IV. Im Rahmen des Bonner Besuchsprogramms führte GS Honecker auch Gespräche mit Bundestagspräsident Jenninger[35] und den Fraktionsvorsitzenden

29 Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts über Militärdoktrinen auf seiner Tagung am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 392–394.

30 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

31 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

32 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

33 Korrigiert aus: „22. September".

34 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 23. September 1987 vgl. Dok. 247, Anm. 24.

35 Für das Gespräch des Bundestagspräsidenten Jenninger mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 8. September 1987 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/20567. Für das Gesprächsprotokoll der DDR vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 607–609.

der Parteien im Bundestag[36]. Eine Aufnahme offizieller Kontakte zwischen den Parlamenten beider Staaten wurde nicht abschließend erörtert.

V. Es ist vielfach in der ausländischen Presse, insbesondere der Presse der WP-Staaten (s. auch Wojna-Leitartikel im ND[37]), auf den Anerkennungsaspekt des Honecker-Besuchs hingewiesen worden. Zwar stellen Vorbereitung und Abwicklung des Besuchs in keiner Hinsicht eine Abweichung von den in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983[38] genannten Grundlagen der Deutschlandpolitik und insbesondere von den Vereinbarungen des Grundlagenvertrages dar. Zweifellos hat jedoch dieser Besuch Anlaß gegeben, sich der Tatsache der deutschen Teilung in der Öffentlichkeit – national wie international – bewußter zu werden. Der Besuch hat aber auch die Besonderheit des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten deutlich aufgezeigt und deren Entschlossenheit demonstriert, ihren Beitrag für die Zusammenarbeit in Europa zu leisten. Der Besuch ist ein tiefer Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Gleichzeitig aber gilt, was der Bundeskanzler im Bundestag ausführte: Das Bewußtsein für die Einheit der Nation ist geschärft worden.[39]

Aus der Sicht der Bundesregierung ist dieser Besuch ein wichtiger Schritt auf dem langen Weg der allmählichen Überwindung der Teilung Europas, in die auch die deutsche Frage eingebettet ist. Er soll insbesondere dazu beitragen, die positive Entwicklung der Beziehungen zu stabilisieren, um sie in Zukunft fortzusetzen und weiter fördern zu können. Hauptziele dieser Politik bleiben die Erlangung von Erleichterungen für die Menschen in Deutschland und die Sicherung des Friedens in Europa.

Der Besuch von GS Honecker in der Bundesrepublik Deutschland wurde in den vergangenen Jahren mehrfach geplant, konnte aber aus den allgemein bekannten Gründen nicht durchgeführt werden.[40] Der für den gegenwärtigen Besuch gewählte Zeitpunkt hat sich als hilfreich für die weitere Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen und ihre Einbettung in das West-Ost-Verhältnis erwiesen. Für die laufende Legislaturperiode hat er zusätzliche Anstöße vermittelt. Er erfolgt in einem entscheidenden Moment der positiven Entwicklung des West-

36 Für die Gespräche des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Vogel, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, und dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Mischnick, sowie mit Vertretern der Grünen, die alle am 8. September 1987 auf Schloß Gymnich stattfanden, vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 613–617 und S. 620–630.

37 Vgl. den Artikel „Vor dem Besuch in Bonn. Ryszard Wojna in ‚Rzeczpospolita'"; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. September 1987, S. 2.

38 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Mai 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 4. Sitzung, S. 56–74.

39 Bundeskanzler Kohl äußerte sich am 10. September 1987 im Bundestag zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik. Er führte aus: „Der Verlauf des Besuches hat gezeigt, daß das Bewußtsein für die Einheit der Nation so wach ist wie eh und je. Mehr noch: Ich bin davon überzeugt, dieser Besuch hat dazu beigetragen, dieses Bewußtsein zu schärfen, indem er eindrucksvoll deutlich machte, daß Begegnungen wie die zwischen Generalsekretär Honecker und mir etwas anderes sind als Begegnungen zwischen Vertretern verschiedener Nationen." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 24. Sitzung, S. 1594.

40 Zur Absage des für 1983 geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 123.
Zur Absage des für 1984 geplanten Besuchs vgl. AAPD 1984, II, Dok. 232.

Ost-Verhältnisses, insbesondere im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung.

GS Honecker hat nicht nur ganz offensichtlich für seinen Besuch auf den Moskau genehmen Zeitpunkt warten müssen, er hat den Zeitpunkt des Besuches sicherlich auch unter internen Gesichtspunkten sorgfältig abgewogen. Innenpolitisch hat er versucht, das Feld durch die 1986 eingeleiteten Reiseerleichterungen ebenso günstig zu beeinflussen wie durch seine Amnestieankündigung und die Abschaffung der Todesstrafe[41].

Honeckers am 10. September in seiner Geburtsstadt getroffene Feststellung, der Tag werde kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern Grenzen uns vereinen[42], machte die innenpolitische Sensibilität des Besuches noch einmal deutlich.[41]

Tischreden und Kommuniqué sind in Informationsfunk und Bulletin erschienen.

[gez.] Pleuger

Referat 210, Bd. 139187

41 Zum Erlaß einer Amnestie und zur Abschaffung der Todesstrafe in der DDR am 17. Juli 1987 vgl. Dok. 217, Anm. 19 und 20.

42 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, zur innerdeutschen Grenze vgl. Dok. 258.

256

Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 11. September 1987, 8.35 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1486 **Ankunft: 11. September 1987, 10.22 Uhr**

Betr.: Deutsch-polnische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes; hier: Dekontamination von Molkepulver[2]

Bezug: 1) DB Nr. 1172[3] und 1174[4] vom 9./10.7.87 – Wi 495 VS-NfD
2) DB Nr. 1194 vom 15.7.87 – Wi 495 VS-NfD[5]
3) DB Nr. 1468 vom 8.9.87 – Pol 320.10[6]

Mit der Bitte um Weisung zu Ziffer III., 2)

I. Zusammenfassung

Herr Svenson, Mitinhaber der privaten Polonia-Firma Polscan, mit dem eine Delegation des BMU am 8./9.7. in Warschau Gespräche über eine Dekontamination des im Bundeseigentum befindlichen Molkepulvers geführt hatte, suchte am 8.9. Wirtschaftsreferenten Lunscken auf. Er teilte mit, daß seine Firma nach wie

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Lunscken, Warschau, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Mann am 11. September 1987 vorgelegen.
Hat Mann am 20. September 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] auch DB 431-495 POL 657/87 VS-v[ertraulich]."

2 Zum strahlenbelasteten Molkepulver vgl. Dok. 39.

3 Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 10. Juli 1987, die Gespräche von Vertretern des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 8./9. Juli 1987 in Warschau über den Export des im Eigentum des Bundes befindlichen kontaminierten Molkepulvers und dessen Dekontamination in Polen hätten folgende vorläufige Ergebnisse erbracht: „1) Potentieller Abnehmer des Molkepulvers wäre die private polnische Firma Polscan. Sie stellt u. a. Futtermittel her, hat aber keine Erfahrungen im Bereich der Milchwirtschaft. Sie beabsichtigt, das dekontaminierte Molkepulver ihrem für den polnischen Markt bestimmten Viehfutter beizumengen. Polscan verfügt nicht über die erforderlichen Technologien zur Dekontamination, sondern beabsichtigt, die benötigten Anlagen aus D zu importieren. Unter der Voraussetzung, daß die Anlagen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, würde Polscan auf ein Entgelt für die Abnahme des Pulvers verzichten. 2) In finanzieller Hinsicht sind die vorgeschlagenen Konditionen günstig. Allerdings stellte die deutsche Seite gegenüber den Vertretern des polnischen Umweltministeriums und der Firma Polscan klar, daß ein Vertragsabschluß nur in Betracht kommt, wenn zweifelsfrei feststeht, daß die zuständigen polnischen Stellen Import und Dekontamination des Molkepulvers in Polen billigen." Der Vertreter des polnischen Umweltministeriums habe erklärt, sein Ministerium habe keine Bedenken. Es seien aber noch eine Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium und die Erteilung einer Importlizenz durch das Außenhandelsministerium erforderlich. Vgl. Referat 431, Bd. 153270.

4 Für Auszüge vgl. Anm. 9.

5 Für Auszüge vgl. Anm. 7.

6 Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 8. September 1987: „Am 6.9.1987 kam es zu einer Demonstration von etwa 3000 Menschen (darunter zahlreiche Frauen und Kinder) gegen die geplante Atommülldeponie von Międzyrzecz (Meseritz), Kleinstadt zwischen Posen und Frankfurt/Oder. Die Polizei löste die von der illegalen polnischen Friedens- und Umweltschutzgruppe Frieden und Freiheit (W[olność] i P[okój]) organisierte Demonstration ohne nennenswerte Gewaltanwendung auf." Es solle ein Lager errichtet werden für radioaktive Abfälle minderer Gefährlichkeit aus dem im Bau befindlichen Atomkraftwerk Żarnowiec bei Danzig: „Hochradioaktive Substanzen sollen in der Sowjetunion gelagert werden. Es sei vorgesehen, die in Frage kommenden Abfälle mit Zement zu vermischen und in den Bunkeranlagen einzumauern. Man schätzt, daß in M[eseritz] genug Platz vorhanden ist, um bis ins Jahr 2025 Abfälle dorthin zu bringen. Experten bezweifeln, daß die Bunker als Atommülldeponie geeignet sind." Vgl. Referat 431, Bd. 153270.

vor an einem Auftrag zur Dekontamination des Molkepulvers interessiert sei. Allerdings könne er die ursprünglich mit dem BMU diskutierten Konditionen (Abnahme des Molkepulvers gegen Lieferung der Anlage für die Dekontamination) nicht aufrechterhalten. Die Konditionen müßten den mit der Hungener Firma Intermilch vereinbarten Bedingungen (Zahlung von 9 bis 13 Mio. DM?) entsprechen.

Svenson versicherte, die Bedenken des polnischen Außenhandelsministeriums (s. Bezug zu 2)[7]) seien inzwischen ausgeräumt. Er stehe in engem Kontakt zu einer Reihe polnischer Regierungsstellen, die für die Genehmigung des Geschäfts zuständig seien, und sei zuversichtlich, die erforderlichen Genehmigungen beschaffen zu können.

Aus der Sicht der Botschaft besteht nach wie vor keine ausreichende Gewähr dafür, daß die polnische Regierung die Einfuhr und Dekontamination des Molkepulvers in Polen genehmigen wird.

II. Im einzelnen

Herr Svenson hatte Herrn Lunscken unter Berufung auf Fernschreibwechsel mit BMU um Gespräch gebeten, das nach Rücksprache mit Referat 431 am 8.9. stattfand.

1) Svenson bedauerte einleitend, daß das BMU, während er sich noch in Verhandlungen mit polnischen Genehmigungsbehörden befunden habe, Mitte Juli in Bonn die Absicht bekanntgegeben hatte, die Dekontamination in Hungen durchzuführen. Er habe FS des BMU vom 15.7.87 als „letter of intent" verstanden. Polscan habe jedoch bereits viel Zeit und Glaubwürdigkeit (gegenüber polnischen Genehmigungsbehörden) investiert und sei – falls realistische Erfolgsaussichten bestünden – an Fortsetzung der Vertragsverhandlungen interessiert.

Wir stellten daraufhin klar, daß BMU-Delegation während der Verhandlungen in Warschau ausdrücklich auf gleichzeitige Verhandlungen mit anderen Firmen hingewiesen und auf baldigen Abschluß Wert gelegt habe (s. Ziffer I, 2 des DB Nr. 1172). Dies sei nach dem negativen Votum der polnischen Botschaft in Köln nicht mehr gewährleistet gewesen.

2) In Ergänzung und Abweichung von dem am 8./9.7. in Warschau erzielten vorläufigen Verhandlungsergebnis führte S. u.a. folgendes aus:

2.1) Um die Genehmigung der Transaktion durch die polnischen Behörden zu erleichtern und eine für Polscan günstige Vertragsgestaltung zu ermöglichen, liege ihm nach wie vor sehr daran, nicht unmittelbar mit dem BMU abzuschließen. Vertragspartner auf deutscher Seite müsse aber nicht notwendigerweise die Firma IPS sein. In Betracht käme z. B. auch ein Bundesunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auf polnischer Seite müsse außerdem noch ein Außenhandelsunternehmen, voraussichtlich die Firma Polimar, eingeschaltet werden.

7 Legationsrat I. Klasse Lunscken, Warschau, informierte: „Herr Svenson, Miteigentümer der Firma Polscan, teilte der Botschaft heute mit, das polnische Außenhandelsministerium habe ihn informiert, daß aufgrund eines negativen Votums der polnischen Botschaft in Köln gegenwärtig nicht mit einer Importgenehmigung für das im Eigentum des Bundes befindliche kontaminierte Molkepulver zu rechnen sei. Die für den 16./17.7. vorgesehene Fortsetzung der Verhandlungen zwischen BMU und Polscan müsse daher verschoben werden." Vgl. Referat 431, Bd. 153270.

2.2) Nach Bekanntgabe der zwischen BMU und der Hungener Firma Intermilch vereinbarten Konditionen in der deutschen Presse sei zu den am 8./9.7. in Warschau ins Auge gefaßten Konditionen nicht mehr mit einer Genehmigung durch die polnischen Behörden zu rechnen. Er müsse nun auf Konditionen bestehen, die den der Firma Intermilch gewährten vergleichbar seien. S. sprach in diesem Zusammenhang von einem Entgelt in Höhe von 9 bis 13 Mio. DM. Allerdings werde Polscan dann den Import der Dekontaminationsanlage selbst finanzieren.

2.3) In Verhandlungen mit polnischen Genehmigungsbehörden habe sich herausgestellt, daß die Bewilligung einer Einfuhrgenehmigung erleichtert würde, wenn sie sich nicht auf den Kauf, sondern nur auf die Verarbeitung des Molkepulvers in Polen erstrecke, d. h. Eigentümer des Pulvers bliebe der deutsche Vertragspartner. In jedem Fall scheint sich S. die Option aufrechterhalten zu wollen, das dekontaminierte Pulver zu reexportieren. Auf unsere Frage nach dem Verbleib des cäsiumhaltigen Konzentrats erwiderte S., daß mehrere Lösungen denkbar seien. Nach wie vor bestehe die Möglichkeit, das Konzentrat beim polnischen Institut für Atomenergie in Świerk zu deponieren. Der Firma IPS liege aber auch ein Angebot des Kernforschungszentrums Karlsruhe vor.

3) Zur Frage der Genehmigung des Geschäfts durch die polnischen Behörden erklärte S., daß er nun fest mit einer Importlizenz des polnischen Außenhandelsministeriums (AHM) rechne. Wir wiesen demgegenüber darauf hin, daß das AHM vor Erteilung einer Importlizenz zwar auch prüfe, ob das Geschäft den einschlägigen polnischen Rechtsvorschriften entspreche, die Entscheidung aber in erster Linie unter außenwirtschaftlichen Aspekten treffe. Der Importeur werde dadurch nicht von der Verantwortung entbunden, sicherzustellen, daß die beabsichtigte Transaktion im Einklang mit den bestehenden Vorschriften stehe. Stelle sich nachträglich heraus, daß dies nicht der Fall ist oder daß das Importgut nicht den in der Importlizenz aufgeführten Spezifikationen entspricht, seien die polnischen Behörden durch die Importgenehmigung nicht daran gehindert, den Import zu einem späteren Zeitpunkt zu untersagen. S. räumte dies ein.

S. rechnet jedoch nicht damit, daß von anderen polnischen Behörden Widersprüche erhoben werden, und verwies auf die dort vorliegende positive Stellungnahme des polnischen Umweltministeriums sowie auf eine für den 10.9. angesetzte Sitzung zwischen Polscan und mehreren polnischen Behörden (u. a. Staatliche Agentur für Atomistik), die der Klärung der Aussichten für eine Genehmigung des Imports und der Dekontamination dienen soll. Außerdem übergab S. uns zwei positive Stellungnahmen polnischer wissenschaftlicher Institute (werden z. Zt. übersetzt und folgen mit nächstem Kurier[8]).

Wir baten S. um Verständnis, daß die Frage der Genehmigung für uns auch nach Zustimmung des AHM, des polnischen Umweltministeriums oder der Agentur für Atomistik noch problematisch bleibe. Für uns sei nicht voll überschaubar, welche polnischen Behörden an einer derartigen Entscheidung mitwirken müßten. Wir könnten nicht das Risiko eingehen, daß wir z. B. nach

8 Legationsrat I. Klasse Lunscken, Warschau, übersandte am 16. September 1987 die „Stellungnahmen des polnischen Zentralverbands der Milchgenossenschaften und des Instituts für Chemie und Kerntechnik“ nebst Übersetzungen des Sprachendienstes der Botschaft. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1689; Referat 431, Bd. 153270.

Zustimmung des polnischen Umweltministeriums und der Agentur für Atomistik einen Vertrag mit Polscan abschließen, dessen Durchführung später am Einspruch einer anderen polnischen Stelle scheitert.

S. kam daraufhin auf einen früheren Vorschlag des BMU zurück: Bis zur Erteilung der Importgenehmigung durch das AHM müsse ein evtl. Vertrag schwebend unwirksam bleiben (vom polnischen Außenhandelsrecht so vorgeschrieben). Das Inkrafttreten des Vertrags könne zusätzlich von einer verbindlichen Erklärung der polnischen Regierung, z. B. des polnischen Außenministeriums gegenüber unserer Botschaft, abhängig gemacht werden, daß keine Einwände gegen die Durchführung des beabsichtigten Geschäfts bestehen. Ob dieser Weg gangbar sei und wie eine derartige Vertragsklausel formuliert werden könne, bedürfe jedoch noch genauer Prüfung.

4) Inzwischen berichtete S., daß auf der Sitzung vom 10. September der Präsident der Staatlichen Agentur für Atomistik, Sowinski, großes Interesse an der Dekontaminationstechnologie gezeigt habe. Unter der Voraussetzung, daß seine Agentur bzw. das nukleare Forschungsinstitut in Świerk wissenschaftlich beteiligt würden und mit der deutschen Seite eine sorgfältig ausgehandelte Vereinbarung getroffen werde, die die politischen Risiken minimiere, sei er evtl. bereit, sich innerhalb der polnischen Regierung für das Projekt einzusetzen und hierfür die Verantwortung zu übernehmen. Er habe gegenüber S. angeregt, die Verhandlungen zwischen Polscan und BMU unter Beteiligung deutscher Wissenschaftler fortzusetzen. Allerdings habe er darauf hingewiesen, daß aus seiner Sicht die erforderlichen detaillierten Vereinbarungen wohl mehrere Verhandlungsrunden erforderten und sich über einen längeren Zeitraum erstrecken würden. Während der kommerzielle Teil Sache von Polscan und BMU bleibe, solle seine Agentur zur Frage der wissenschaftlichen Kontrolle der Dekontamination und der erforderlichen Genehmigungen seitens der polnischen Regierung in die Gespräche einbezogen werden. Svenson schlägt nun vor, die Verhandlungen Ende September/Anfang Oktober in Warschau fortzusetzen.

III. Stellungnahme der Botschaft

1) Die Botschaft verweist erneut auf die im Bezugs-DB Nr. 1174[9] dargelegten Bedenken, die aus hiesiger Sicht bei einer Entscheidung über die Fortführung der Verhandlungen mit der Firma Polscan mitberücksichtigt werden sollten; die Demonstrationen vom vergangenen Wochenende gegen die geplante Atommülldeponie in Meseritz (s. Bezug zu 3)) bestätigen, daß eine Dekontamination des Molkepulvers in Polen ein politisch sensibles Thema wäre. Nach der umfangreichen Berichterstattung in den deutschen Medien über die geplante Dekontamination in Hungen wäre auch in Polen mit einem erheblichen Medienecho zu rechnen.

9 Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 10. Juli 1987: „1) Wir müssen davon ausgehen, daß ein Export des kontaminierten Molkepulvers nicht nur in D, sondern auch in Polen in den Medien große Beachtung finden wird. Umweltfragen sind auch in PL, wenn auch nicht im selben Ausmaß wie in D, ein Politikum. Polen gehört zu den durch Umweltverschmutzung am stärksten belasteten Ländern Europas. […] 2) Nach Einschätzung der Botschaft ist, falls es innerhalb Polens zu massiver Kritik an dem Molkepulverimport kommen sollte, nicht völlig auszuschließen, daß die polnische Regierung trotz anfänglich signalisierter Zustimmung versuchen würde, diese Zustimmung wieder zurückzuziehen.“ Bauch empfahl, eine Konzeption für die politische Öffentlichkeitsarbeit in Polen zu entwickeln. Dabei sollte „nicht in erster Linie der Export des Molkepulvers, sondern der Transfer der Dekontaminationstechnologie in den Vordergrund gestellt“ werden. Vgl. Referat 431, Bd. 153270.

Nach Einschätzung der Botschaft ist deshalb nach wie vor nicht völlig auszuschließen, daß die polnische Regierung auch nach anfänglich signalisierter Zustimmung im Falle eines größeren Drucks der Öffentlichkeit versucht sein könnte, diese Zustimmung wieder zurückzuziehen.

2) Für eine möglichst baldige Unterrichtung über die Haltung der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Firma Polscan wäre die Botschaft dankbar.

Bevor wir die Vorschläge mit Polscan wieder aufnehmen, sollten wir zunächst klären, ob die Angaben Svensons über sein Gespräch mit dem Leiter der polnischen Agentur für Atomistik zutreffen und wie Sowinski die Aussichten für eine Billigung des Geschäfts durch die polnische Regierung einschätzt.

Falls die Botschaft mit der Agentur für Atomistik Kontakt aufnehmen soll, wird hierzu um Weisung gebeten.[10]

[gez.] Pfeffer

Referat 431, Bd. 153237

10 Am 8. Oktober 1987 wurde im Bundestag die Frage des SPD-Abgeordneten Oostergetelo vom 2. Oktober 1987 behandelt: „Warum hat die Bundesregierung sich entgegen ihrer Ankündigung, daß die Entseuchung des radioaktiv belasteten Molkepulvers in einem milchverarbeitenden Betrieb (Molkerei in Hungen) stattfinden solle, für die Dekontaminierung der Molke im derzeit stillgelegten Kernkraftwerk II in Lingen entschieden, und welche besonderen […] Gründe haben diese Entscheidung der Bundesregierung bewirkt?“ Bundesminister Töpfer antwortete, die Bundesregierung habe wiederholt darauf hingewiesen, „daß sich die Verhandlungen mit verschiedenen für die Dekontaminierung des Molkepulvers in Frage kommenden Betrieben als schwierig und langwierig erweisen. Es dürfte darüber hinaus nach den in den letzten Wochen erfolgten öffentlichen Erklärungen der hessischen Landesregierung und der Stadt Hungen allgemein bekannt sein, daß die zeitliche Dimension zur Durchführung gegebenenfalls notwendig werdender bau- und wasserrechtlicher Genehmigungsverfahren am Standort Hungen nur schwer abschätzbar ist. Die Bundesregierung ist aber an einer technisch und rechtlich einwandfreien, gesundheitlich unbedenklichen und zeitlich möglichst raschen Lösung des Problems nachhaltig interessiert. Der Bundesumweltminister hat sich daher intensiv bemüht, auch andere Standorte auf ihre Eignung zu untersuchen. Dabei wurde auch überprüft, ob das Gelände des stillgelegten Kernkraftwerks Lingen in Frage kommen kann. In Übereinstimmung mit dem niedersächsischen Umweltminister hält der Bundesumweltminister den Standort Lingen für geeignet, da einerseits die gesamte notwendige Infrastruktur vorhanden ist und sich andererseits die genehmigungsrechtlichen Probleme einfacher darstellen und ein erheblich kürzeres Verfahren erwartet werden kann. Derzeit werden zusammen mit dem Land Niedersachsen und den örtlichen Behörden in Lingen die technischen und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen geprüft.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 30. Sitzung, S. 1991.

257

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-1484/87 geheim **15. September 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Amerikanischer INF-Vertragsentwurf vom 14.9.1987

Anlg.: 1 (nur beim Original[4])

I. 1) Der amerikanische INF-Vertragsentwurf, den die USA am 14.9.1987 in Genf auf den Verhandlungstisch gelegt haben, ist die Umsetzung der weltweiten Eliminierung aller landgestützten INF mit mehr als 500 km Reichweite in Vertragssprache.

Er baut auf dem amerikanischen Entwurf vom 4. März d.J. auf.[5] Er berücksichtigt ferner in den Artikeln 1, 2, 13 bis 15 die in Genf am Verhandlungstisch erzielten Übereinkünfte bei der Erarbeitung eines gemeinsamen Vertragstextes.

2) Als wichtigste Bestimmungen gegenüber dem früheren amerikanischen Vertragsentwurf sind zu nennen:

a) LRINF-Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen sollen innerhalb von drei Jahren eliminiert werden (Art. 4 in Verbindung mit Art. 10).

Die Zerstörung der GK ist nicht vorgesehen und wird von den USA weiterhin kategorisch abgelehnt. Botschafter Glitman hat am 10.9.1987 im NATO-Rat in Brüssel erklärt, daß in der gemeinsamen Vertragssprache (wohl in dem Protocol on destruction) festgestellt werde, daß die GK abgezogen werden sollten und sodann „turned over to use by the appropriate enterprises".[6]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 15. September 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Ministerbüros vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 16. September 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik und Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 16. September 1987 vorgelegen.
Hat Holik am 17. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Hartmann verfügte.
Hat Hartmann vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 17. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt verfügte.
Hat Wagner vorgelegen.
Hat Mülmenstädt erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf „Treaty between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Elimination of Intermediate-Range and Shorter-Range Nuclear Missiles of the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics" vgl. VS-Bd. 11363 (220).

5 Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

6 Gesandter Lohse, Brüssel (NATO), berichtete am 10. September 1987: „Glitman stellte in seiner Eingangserklärung zunächst heraus, daß die grundlegenden Anforderungen an ein INF-Abkommen (Globalität, doppelte Null-Lösung, keine Berücksichtigung von Drittstaatensystemen) erreicht worden seien. Allerdings bestünden noch erhebliche grundsätzliche und praktische Probleme in dreifacher Hinsicht: 1) Zur Verifikation sowie Datenfrage gebe es noch nicht einmal gemeinsame Arbeitsentwürfe.

Noch zu vereinbaren ist die Zahl der Reduzierungsschritte. Die USA denken an zwei oder drei. Die USA sind bereit, gleichzeitig mit den Sowjets mit den Reduzierungen zu beginnen, sofern die SU zustimmt, daß eine gleiche gemeinsame Obergrenze festgelegt wird, von der aus der letzte Reduzierungsschritt, d. h. die völlige Eliminierung der noch verbliebenen Systeme, erfolgt.

Der Gedanke des „corralling" – Zusammenlegen der Systeme an einem überwachten Sammelplatz und Sicherstellung ihrer Nichteinsetzbarkeit – für LRINF findet im Vertragsentwurf keinen Niederschlag. Das State Department steht einem solchen Verfahren weiterhin positiv gegenüber.

b) Die Flugkörper in der Reichweite 500–1000 km (SRINF) und deren Launcher sollen innerhalb eines Jahres eliminiert werden (Artikel 5).

Innerhalb von 45 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrags sollen die zu eliminierenden SRINF in sog. „elimination facilities" verbracht werden und dort bleiben, bis sie eliminiert sind.

c) Das vorgesehene Produktions- und Testverbot erstreckt sich sowohl auf LRINF als auch auf SRINF (Art. 6). Es gilt für Launcher und Flugkörper „subject to the provision of this Treaty". ALCM und SLCM werden von diesem Verbot nicht berührt.

d) Die in dem alten Vertragsentwurf vorgesehene unwiderlegbare Vermutung, daß alle ballistischen Raketen als nukleare gelten, wird ausgedehnt auf Cruise Missiles (Art. 7, Ziffer 4). Damit kommen die USA einem sowjetischen Anliegen entgegen.

Art. 7, Ziffer 3 enthält ferner die Bestimmung, daß eine bodengestützte ballistische Rakete, die zu BMD-, ASAT- und Luftverteidigungszwecken entwickelt und getestet wurde, nicht als Vertragsgegenstand gilt.

e) Art. 10 spricht generell von „Eliminierung". Im Vergleich zum früheren Vertragsentwurf werden die einzelnen Arten der Eliminierung („destruction, dismantlement, conversion") nicht mehr genannt.

Nachdem die SU der doppelten globalen Null-Lösung zugestimmt hatte[7], haben die USA auf das Instrument der Umwandlung (conversion) der Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen verzichtet.

f) Zu den Bestimmungen hinsichtlich der Vor-Ort-Inspektionen ist folgendes anzumerken:

– Das permanente „perimeter portal monitoring" wurde gänzlich fallengelassen. Dieses Verifikationsinstrument war Gegenstand sowjetischer Kritik. Vor allem

Fortsetzung Fußnote von Seite 1303

Hier seien nicht nur politische, sondern auch erhebliche technische, sehr zeitaufwendige Fragen zu lösen. 2) Hinsichtlich des Zeitplans für den Abbau sei der Vorschlag der Sowjetunion vom 28. Juli für die US nach wie vor nicht akzeptabel (Sprengköpfe und Eliminierungsperiode). 3) Frage der Behandlung der Sprengköpfe auf deutschen Pershing Ia. […] Hier sei eine Verhärtung der sowjetischen Haltung zu beobachten, obwohl Glitman sowjetische Seite dazu zu bewegen versuche, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen. Obuchow habe auf ausdrückliche Weisung aus Moskau darauf bestanden, daß die Eliminierung der Gefechtsköpfe auf deutschen Pershing Ia Teil eines Abkommens sein müsse. Glitman habe demgegenüber eingewendet, daß durch die Erklärung Bundeskanzler Kohls und die anschließende Erklärung der amerikanischen Regierung zum Abzug der Gefechtsköpfe alle sowjetischen Besorgnisse behoben sein sollten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1176; VS-Bd. 11283 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

7 Zur Annahme einer globalen Null-Lösung bei LRINF und SRINF durch die UdSSR vgl. Dok. 180 und Dok. 217, Anm. 6.

hierauf bezogen sich Äußerungen Obuchows, daß die amerikanischen Verifikationsbestimmungen zu kompliziert seien.

– „Missiles operating bases“ und „support facilities“, d. h. auch Produktionsstätten, können im Rahmen systematischer Kontrollen inspiziert werden (Art. 11, Ziffer 3 in Verbindung mit Art. 2, Ziffer 9).
– Die Verdachtskontrolle ist eingeschränkt worden:
  – Sie ist beschränkt auf das Territorium der USA und der SU.
  – Nach einer bestimmten Frist (die USA denken an fünf bis zehn Jahre nach Abschluß der Reduzierungen) sollen die Verdachtskontrollen eingestellt werden.
  – Verdachtskontrollen dürfen nur in Dislozierungsgebieten und „support facilities“, die in Art. 2 des Vertragsentwurfs definiert sind, für landgestützte ballistische Raketen mit einer Reichweite von mehr als 500 km durchgeführt werden.

    Damit können auch Dislozierungsgebiete landgestützter ballistischer Raketen mit interkontinentaler Reichweite (ICBM) im Rahmen der Verdachtskontrolle inspiziert werden. Es bleibt abzuwarten, wie die SU hierauf reagieren wird, da ICBMs im sowjetischen strategischen Potential eine weit größere Rolle spielen als im amerikanischen.
– Nach dem vorliegenden Vertragsentwurf beläuft sich die jährliche Quote für die Verdachtsinspektion auf 15. Dies ist eine weit höhere Zahl, als uns bei den Konsultationen der Verifikationsquint genannt wurde. Diese hohe Zahl ist Reaktion auf sowjetische Vorwürfe, die amerikanischen Verifikationsbestimmungen gingen nicht weit genug. Gleichzeitig soll damit Kritik konservativer Kreise in den USA begegnet werden.
– Durch die Formulierung „owned by, operated by or under contract to the inspected party“, für die wir uns schon bei der ersten Verifikationsquint eingesetzt haben, ist sichergestellt, daß im Rahmen der Verdachtskontrolle auch amerikanische Privatfirmen inspiziert werden können.

II. Kurzübersicht über die einzelnen Artikel

Präambel

Artikel 1: Vertragsziel: „doppelte globale Null-Lösung“

Artikel 2: Definitionen

Artikel 3: Nennung der existierenden Typen der vom Vertrag erfaßten Waffensysteme

Artikel 4: Reduzierungsbestimmungen für die LRINF

Artikel 5: Reduzierungsbestimmungen für die landgestützten Flugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 1000 km

Artikel 6: Produktions- und Modernisierungsverbote

Artikel 7: Zähl- und Typenregeln

Artikel 8: Dislozierungsbeschränkungen (beispielsweise das Gebot, Mittelstreckenflugkörper nur in Dislozierungsräumen oder in „missiles support facilities“ zu dislozieren)

Artikel 9: Datenaustausch und Notifizierungsverpflichtungen

Artikel 10: Eliminierungsbestimmungen (Eliminierung muß in bestimmten Räumlichkeiten durchgeführt werden, die im Memorandum of Understanding festgelegt werden)

Artikel 11: Bestimmungen hinsichtlich der Vor-Ort-Inspektion

Artikel 12: Weitere Verifizierungsbestimmungen (Verbot, die Verifizierung durch „national technical means“ (NTM) zu beeinträchtigen; Einsetzung eines Konsultativgremiums – die USA denken daran, die neugeschaffenen „Nuclear Risk Reduction Centres“[8] zu nutzen)

Artikel 13: Vertragsdauer (unbegrenzt) und Rücktrittsrecht (analog zum ABM-Vertrag[9])

Artikel 14: Vertragsänderung

Artikel 15: Inkrafttreten

Holik

VS-Bd. 11363 (220)

8 Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über „Nuclear Risk Reduction Centers“ vgl. Dok. 115, Anm. 7.
Ein Abkommen zwischen den USA und der UdSSR über die Einrichtung von „Nuclear Risk Reduction Centers“ wurde am 15. September 1987 in Washington geschlossen. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der Protokolle vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 572–576.

9 Artikel XV des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) legte fest, daß dieser auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen wurde. Beide Vertragsparteien konnten den Vertrag jedoch unter Berufung auf höchste nationale Interessen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 395.

258

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-330.12 VS-NfD **15. September 1987**

Über Herrn Dg 21[1]/D 2[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4]

Betr.: Äußerung von GS Honecker zum Charakter der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten[5]

Zur Unterrichtung

Die in der in- und ausländischen Presse verschiedentlich als Sensation bezeichnete Äußerung von GS Honecker, die er in seiner Heimatstadt Neunkirchen-Wiebelskirchen am 10. September machte[6], bedarf für ihre richtige Bewertung einer sorgfältigen Einordnung in den Gesamtkontext der Politik der DDR-Führung und ihrer Partner im Warschauer Pakt.

Es ist davon auszugehen, daß es sich um eine gezielte, im Warschauer Pakt auch möglicherweise abgestimmte öffentliche Erklärung handelt, die auch zeitlich und örtlich wohlüberlegt in den Besuchsablauf eingepaßt wurde.

Der Reiz der Erklärung liegt in ihrem gedanklichen Spiel mit dem jetzt trennenden und später einmal möglicherweise einigenden Charakter der innerdeutschen Grenze. Der volle Wortlaut der einschlägigen Passage von Honeckers Erklärung enthält bereits wichtige Anhaltspunkte für ihre Interpretation:

„Die Lage ist heute so, daß auf deutschem Boden zwei voneinander unabhängige souveräne deutsche Staaten existieren. Aufgrund dieser Tatsache ... ist es notwendig, daß diese Staaten sich verständigen, denn beide gehören verschiedenen Bündnissystemen an. ... Daß unter diesen Bedingungen die Grenzen nicht so sind, wie sie sein sollten, ist nur allzu verständlich, aber ich glaube, wenn wir gemeinsam hinwirken entsprechend dem Kommuniqué, das wir nunmehr in Bonn unterzeichnet haben[7], und in Verbindung damit eine weitere friedliche Zusammenarbeit erreichen, dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern Grenzen uns vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der VR Polen vereint."

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 15. September 1987 in Vertretung des Ministerialdirigenten Kastrup vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 15. September 1987 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. September 1987 vorgelegen.

4 Hat Ministerialdirigent Jansen am 17. September 1987 vorgelegen.
Hat Jansen am 17. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 210 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM ist unterrichtet."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 21. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

5 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 244, Dok. 245 und Dok. 255.

6 Für den Wortlaut der Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 10. September 1987 in Neunkirchen vgl. HONECKER, Reden, Bd. 12, S. 539 f.

7 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1987, S. 710–713.

Die Ständige Vertretung in Berlin (Ost) hat in ihrer Berichterstattung zutreffend darauf hingewiesen, daß der derzeitige grenzüberschreitende Personenverkehr DDR–Polen seit 1971 zwar paß- und visafrei erfolgt, aber seit den polnischen Unruhen im Jahre 1980 nur noch auf der Basis polizeilich bestätigter Einladungen stattfindet.[8] Trotz dieser Freizügigkeitsbeschränkung bleibt als wesentlicher Unterschied gegenüber dem innerdeutschen DDR-Grenzregime, daß in den DDR-Grenzgebieten gegenüber Polen keine Schutzstreifen, Sperr- oder Grenzzonen sowie keine besonderen Melde-, Registrier-, Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen bestehen.

Es ist daher insgesamt keine Frage, daß die Herstellung „polnischer Zustände" an der innerdeutschen Grenze ein bedeutsamer Einschnitt in der Entwicklung der Nachkriegsgeschichte wäre, der nur begrüßt werden könnte.

Honeckers Bezugnahme auf die deutsch-polnische Grenze legt allerdings nahe, daß seine Erklärung im Gesamtkontext einer unter den WP-Führungen, insbesondere zwischen Ost-Berlin, Warschau und Moskau, abgestimmten Politik gesehen werden muß.

Seit einigen Monaten hat es immer wieder Hinweise auf eine solche Abstimmung gegeben, die ohnehin im Zuge der Vorbereitung der Honecker-Reise in die Bundesrepublik Deutschland erforderlich gewesen sein dürfte, darüber hinaus aber einen besonderen aktuellen Anlaß auch in der öffentlichen Diskussion der deutschen Frage bei uns gefunden haben wird.

Dementsprechend dürfte die Erklärung Honeckers in Neunkirchen eine doppelte Funktion haben. Sie geht gleichzeitig auf Möglichkeiten vermehrter Freizügigkeit im innerdeutschen Verhältnis und auf das deutschlandpolitische Konzept der Regierungen in Ost-Berlin, Warschau und Moskau ein. Ihre überwiegende Bedeutung dürfte in der langfristigen deutschlandpolitischen Aussage liegen, die Honecker während seines Aufenthaltes in Bonn weitgehend aussparte und statt dessen der begleitenden Kommentierung seiner Reise durch Moskau und Warschau überließ.

Bei der Beschreibung des zukünftigen Charakters der innerdeutschen Grenze hat sich Honecker eng an die Formulierung der Präambel des Görlitzer Vertrages vom 6. Juli 1950[9] gehalten: „In Anerkennung, daß die festgelegte und bestehende Grenze unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze ist, die die beiden Völker nicht trennt, sondern einigt."

8 Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, teilte am 11. September 1987 mit: „Die Bemerkung Honeckers, daß der Tag kommen könne, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vereint, ist gegenwärtig nicht eindeutig auslegbar. Seit dem 30.10.1980 unterliegt auch der Reiseverkehr mit Polen erheblichen Einschränkungen, die vor diesem Datum nicht bestanden hatten. Daher ist Honeckers Bemerkung in Neunkirchen von DDR-Bürgern auch mit erheblicher Zurückhaltung aufgenommen worden, ob hierin wirklich die Ankündigung einer Verbesserung liege. […] Auch wenn der gegenwärtige Reiseverkehr zwischen der DDR und Polen nicht ohne Einschränkungen möglich ist, so zeigen die unterschiedlichen Regelungen doch, daß die Verhältnisse an der Grenze zu Polen in verschiedener Hinsicht deutlich besser als im Verhältnis zur Bundesrepublik und Berlin (West) sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1534; Referat 210, Bd. 145161.

9 Die DDR erkannte im Abkommen vom 6. Juli 1950 über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze (Görlitzer Abkommen) die Oder-Neiße-Linie als Grenze zu Polen an. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. DzD II/3, S. 249–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1949/50, Dok. 112.

Die Übertragung dieser Formel auf den möglichen zukünftigen Charakter der innerdeutschen Grenze ist daher wohl als Hinweis auf ein deutschlandpolitisches Konzept anzusehen, das von der dauerhaften Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgeht und möglicherweise sogar die schrittweise Ablösung der Kriegs- und Nachkriegsordnung mit dem Ziel weiterer, friedensvertragsähnlicher Vereinbarungen anstrebt.

Zeitpunkt und Ort der Erklärung Honeckers wurden geschickt gewählt. Die Behandlung der Grenzfrage, mit der er seine grundsätzliche Aussage zur Deutschlandpolitik verbunden hat, außerhalb des Kontextes der Bonner Gespräche, entband Honecker der Notwendigkeit einer näheren Interpretation dieser Aussage. Die verhaltene bis enthusiastische Wertung seiner Äußerungen durch die deutsche Presse hat seinen Besuch zusätzlich in positivem Licht erscheinen lassen. Mit Ministerpräsident Lafontaine verbinden ihn besondere Vorstellungen von der weiteren Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten. Die in seinem Geburtsort gemachte Aussage erlaubte zusätzlich eine emotionale Interpretation. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß Honecker die historische Rolle des Saarlandes in ihrer europäischen Dimension und der Bedeutung für die Aussöhnung mit den französischen Nachbarn im Auge hatte, als er von saarländischem Boden sprach.

Lambach

Referat 210, Bd. 145161

259

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

114-5503/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. September 1987, 12.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 790 **Ankunft: 17. September 1987, 10.46 Uhr**

Betr.: Syrien und die islamische Revolution;
hier: Assads Nein zu Afghanistan

Bezug: DE Nr. 7031 vom 11.9.1987 – 340-322 AFG[2]
DB Nr. 786 vom 16.9.1987 – Pol 322 AFG[3]

1) Bei der im Bezugs-DB geschilderten Demarche zur Afghanistan-Frage wurde mir klar, daß die syrische Seite hier teils mit vordergründigen Argumenten

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 17. September 1987 vorgelegen.

2 Ministerialdirigent Keil teilte mit: „Seit einiger Zeit bemüht sich das Regime in Kabul – unterstützt von der Sowjetunion – im Vorfeld der nächsten VN-GV durch diplomatische Initiativen, insbesondere in Staaten der Dritten Welt, seine internationale Isolierung zu durchbrechen und somit eine Aufwertung zu erreichen. Zu den vermehrten Anstrengungen des Regimes zählen insbesondere Reisen afghanischer Delegationen in eine Reihe von Ländern der Dritten Welt mit dem Ziel, diplomatische Beziehungen zum jeweiligen Gastland aufzunehmen bzw. bereits bestehende zu intensivieren (z. B. durch Botschafteraustausch). Gleichzeitig wird versucht, die jeweiligen Gesprächspartner dazu zu bewegen, gegen die auf der kommenden 42. VN-GV zu verabschiedende Afghanistan-Resolution zu stimmen oder

operierte. Ihre eigentlichen Motivationen für das Nein zur VN-Resolution[4] sind andere.

2) Syrien kann diese Resolution nicht unterstützen, u. a. auch wegen seiner Annäherung an den Westen, die ihm zu einer Reihe von Problemen mit der befreundeten Sowjetunion ein gravierendes hinzubringt. Es liegt nicht im Interesse Assads, der auch abgesehen von seiner Westpolitik genügend Ärger mit den Sowjets hat, diesen Partner wegen einer für ihn untergeordneten Frage vor den Kopf zu stoßen.

3) Die Freiheitskämpfer in Afghanistan sind überwiegend Fundamentalisten, also eine Spezies, die die regierende Kaste Syriens nicht mag. Die sunnitische Mehrheit im Lande wäre eher für diese Freiheitskämpfer zu begeistern, und die Moslem-Bruderschaften würden das wohl tun, aber die lückenlose Zensur sorgt dafür, daß man hier von ihnen kaum etwas erfährt. Sicher gibt es unter hiesigen westlich gebildeten Intellektuellen ebenso wie in anderen Ländern Menschen, die sich immer dafür begeistern, wenn eine kleine Nation es fertigbringt, sich einer Supermacht zu erwehren und angesichts deren technischer Übermacht nicht aufzugeben.

4) Die afghanischen Mujahedin kämpfen für die Freiheit ihres Landes. Sie werden dabei von den ihnen ideologisch verwandten Iranern unterstützt, die ebenfalls die Überfremdung abgeschüttelt haben. Ob diese Überfremdung aus dem Norden im Gewand eines doktrinären Atheismus oder eines permissiven Agnostizismus (Rudi Carrell![5]) auftritt, ist für die islamische Revolution letztlich irrelevant. Sie kämpft gegen die säkularisierenden Einflüsse, woher sie auch kommen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1309

für deren Abschwächung einzutreten." Keil bat, „in Absprache mit den übrigen EG-Vertretungen vor Ort auch bilateral der Gastregierung unsere Haltung zu erläutern" und eine entsprechende Demarche der EG-Ratspräsidentschaft zu unterstützen: „Hierbei sollte insbesondere darauf hingewiesen werden, daß wir […] über die jüngsten diplomatischen Initiativen des Regimes besorgt seien und befürchteten, daß sich etwaige Erfolge bei diesen Bemühungen nachteilig auf den weiteren Verlauf der indirekten Genfer Gespräche und damit die baldige politische Lösung des Afghanistan-Konflikts auswirken könnten." Vgl. AV Damaskus, Bd. 18682.

3 Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, berichtete: „1) Bereits vor Eingang des Bezugsdrahterlasses war in der EG-Botschafterrunde beschlossen worden, daß auf Troika-Ebene demarchiert werden sollte. 2) Am 14.9. begab ich mich mit meinem dänischen Kollegen als Vertreter der Präsidentschaft und dem belgischen Chargé d'affaires zu Vizeminister Shakour. Außenminister Scharaa, der mich in der letzten Woche achtmal empfangen hatte, ließ sich diesmal verleugnen, einmal, weil das vom Dänen telefonisch mitgeteilte Thema ihm nicht paßte, zum zweiten, weil er noch immer seinen dänischen Kollegen in seiner Eigenschaft als Präsidentschaftsvertreter nicht gesehen hat und dem dänischen Botschafter deshalb bisher stets ausgewichen ist. Mr. Søndergaard trug die Demarche vor, er hatte fast gleiche Weisung erhalten wie ich." Schlingensiepen informierte weiter: „Herrn Shakours Reaktion war typisch für die syrische Denkungsweise. Man hat mit der Sowjetunion zur Zeit so viele Probleme, daß man ihr gerne einen Gefallen erweist, wo es nichts kostet. Auf der anderen Seite besteht hier ein tiefes Mißtrauen gegen jedwede Aktion von Supermächten." Daher sei Shakours Vorschlag, „daß sich viele Mächte für einen Ausgleich in Afghanistan einsetzen und den Supermächten nicht allein alles überlassen sollen, durchaus folgerichtig" gewesen: „Beim Hinausgehen schlug der Däne vor, daß sich Syrien wenigstens der Stimme enthalten sollte, was Herr Shakour mit einem freundlichen Lächeln quittierte. Stimmen wird Syrien mit ‚Nein'." Vgl. AV Damaskus, Bd. 18682.

4 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 42/15 der VN-Generalversammlung zu Afghanistan vom 10. November 1987 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung, S. 42 f.

5 Zu den Folgen der ARD-Sendung „Rudis Tagesshow" vom 15. Februar 1987 für die Beziehungen der Bundesrepublik zum Iran vgl. Dok. 46, Dok. 47 und Dok. 113.

Sie meint also ihre Freiheit, nicht unsere, was diese Freiheit für sie nicht kleiner macht.

5) Syrien wiederum ist ein laizistischer Staat, und seiner Herrschaftsschicht muß vor allem daran gelegen sein, den Einfluß der islamischen Revolution von ihrem Territorium fernzuhalten. Ideell verbindet also die Alawitenherrschaft hier und die Mujahedin dort wenig. Im Gegenteil: Diese müssen hier eben als ideologisches Anhängsel des Iran erscheinen. Syriens Regierung muß fürchten, daß die Wogen der islamischen Revolution, falls es zu keiner Lösung im Libanon kommt, eines Tages auch hierher überschwappen. Im Iran hat die islamische Herrschaft einen breiten Unterbau. Das Syrien Assads steht dagegen wie die Halbdemokratie Ägyptens, das Königreich Husseins und manche andere arabische Staaten auf sehr viel weniger breitem Fundament. Muselmanische Bruderschaften gibt es vielerorts, und wenn die Zeit reif ist, findet ein Khomeini sich immer.

6) Die islamische Revolution in ihren schiitischen und sunnitischen Spielarten gibt den einfachen, armen und teilweise verelendeten Massen ähnlich wie der Kommunismus ein leicht faßliches Weltbild und damit Ziel, Hoffnung und Sinn des Lebens. Darin liegt ihre Schlagkraft. Sie ist ferner ein Vehikel für die Emanzipation des Südens vom Norden, ähnlich wie es in China der Kommunismus war oder ist. (Es ist bezeichnend, daß sich der chinesische Kommunismus in der Zeit seiner schärfsten Feindschaft zu den USA gleichwohl zwangsläufig gegen den sowjetischen wandte.)

Die nicht-ideologischen Regime des Nahen Ostens – und wohl vielerorts in der Dritten Welt – müssen auch deshalb zwischen den Weltmächten lavieren und immer wieder mit einer oder beiden von ihnen paktieren, weil sie sich nur so der Khomeinis und Maos erwehren können. Häufig wirken sie mit Erfolg hinter den Kulissen bei der Lösung von Problemen wie in Afghanistan, Nicaragua etc. mit. Das tut auch Syrien, etwa am Golf. Vielleicht sogar einmal in Afghanistan, auch wenn es anders abstimmt, als wir wollen.

7) Von der islamischen Revolution aber werden wir noch allerhand Überraschungen zu erwarten haben, hoffentlich nicht nur negative. Ist sie erst einmal zu einem wirklichen Machtfaktor geworden, und vieles spricht dafür, daß sie das wird, so werden sich die großen politischen Fragen unserer Tage für den Norden neu stellen.

[gez.] Schlingensiepen

VS-Bd. 13644 (310)

260

Deutsch-spanisches Regierungsgespräch

17. September 1987[1]

Deutsch-spanische Konsultationen der Regierungschefs in Bonn am 16./17. September 1987[2];
hier: Delegationsgespräch unter Leitung der Regierungschefs am 17. September 1987

Der *Bundeskanzler* begrüßt eingangs die spanische Delegation und schlägt vor, daß die einzelnen Minister kurz über die Ergebnisse ihrer Fachgespräche berichten. Er erteilt zunächst Bundesminister Genscher das Wort.

Bundesminister *Genscher* erläutert, er habe am 16. September mit Außenminister Ordóñez im wesentlichen drei Themenkomplexe behandelt:

– Stand der West-Ost-Beziehungen einschließlich Besuch von GS Honecker in Deutschland[3], Staatsbesuch des Bundespräsidenten in der Sowjetunion[4], Einschätzung des Fortgangs der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen, insbesondere im INF-Bereich.
– Entwicklung im Golfkrieg seit der Resolution des VN-Sicherheitsrates Nr. 598 vom 20. Juli[5], insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Präsidentschaft im VN-Sicherheitsrat[6].
– EG-Themen: Stand der Bemühungen, um einen Beitrag zur Stabilisierung Zentralamerikas auf Grundlage des Kooperationsabkommens EG–Zentralamerika[7] zu leisten. Einigkeit darüber, daß Arias-Plan[8] europäische Unterstützung verdient.

Im übrigen habe man die[9] Lage in Chile und die Möglichkeiten des Einflusses der Europäer auf die Wahl des künftigen Generalsekretärs der UNESCO[10] erörtert.[11]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 5. Oktober 1987 gefertigt.

2 Ministerpräsident González besuchte die Bundesrepublik am 16./17. September 1987.

3 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

4 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

5 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vgl. Dok. 221, Anm. 6.

6 Die Bundesrepublik hatte die Präsidentschaft im VN-Sicherheitsrat vom 1. bis 31. August 1987 inne.

7 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 12. November 1985 zwischen der EWG und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 172 vom 30. Juni 1986, S. 2–11.

8 Zum Vorschlag eines Friedensabkommens für Zentralamerika des Präsidenten Arias vom 15. Februar 1987 vgl. Dok. 103, Dok. 108 und Dok. 110.
Zur Unterzeichnung des Abkommens auf der Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

9 Korrigiert aus: „man über die“.

10 Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.

11 Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Fernández Ordóñez am 16. September 1987 wurde zudem die Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs

AM ergänzt, aus spanischer Sicht sei die Erörterung der Lage in Lateinamerika besonders wichtig gewesen. Man sei sich darin einig, daß die nächste San-José-Konferenz im kommenden Frühjahr in Hamburg[12] Impuls zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit geben müsse. Die Zusammenarbeit mit Lateinamerika in der EG gehe ja auf eine deutsche Initiative zurück.[13] Im übrigen sei auch die Abstimmung beider Länder in der Behandlung des Golf-Konflikts im Sicherheitsrat für ihn sehr wichtig gewesen.

Der *Bundeskanzler* erteilt danach dem spanischen Finanz- und Wirtschaftsminister Solchaga das Wort, um über sein Gespräch mit Bundesminister Dr. Bangemann zu berichten.

Minister *Solchaga* erläutert, drei Themen hätten im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs gestanden:

– Man habe intensiv über die interne Wirtschaftsentwicklung in beiden Ländern gesprochen. In Deutschland wie in Spanien sei ein Aufwärtstrend klar festzustellen. Spanien habe zwar im Verhältnis zu Deutschland wie insgesamt ein Defizit in der Handelsbilanz, die Leistungsbilanz sei jedoch positiv.
– Zweites Thema sei die innere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft gewesen. Bundesminister Dr. Bangemann habe ihm gegenüber das Interesse der Bundesrepublik Deutschland einer Teilhabe der EFTA-Länder am europäischen Binnenmarkt betont. Auch aus spanischer Sicht sei es wünschenswert, daß alle westeuropäischen Länder an einem großen gemeinsamen Markt teilhaben.
– Im übrigen habe man konkrete bilaterale Industrieprojekte insbesondere der Kooperation besprochen.[14] Es sei dabei um den Airbus[15], um die deutsche

Fortsetzung Fußnote von Seite 1312

Lord Carrington erörtert. Genscher „benutzte die Gelegenheit, um die Entscheidung des Bundeskanzlers für eine Kandidatur von BM Wörner für den Posten des NATO-Generalsekretärs nachhaltig zu unterstützen". Fernández Ordóñez „erwiderte, die Kandidatur werde von spanischer Regierung zur Zeit geprüft. In der vergangenen Woche habe ihm der italienische Außenminister Andreotti in Madrid gesagt, Lord Carrington werde gegebenenfalls noch bis Dezember 1988 im Amt bleiben. Allerdings habe Andreotti dies wohl eher als persönlichen Eindruck wiedergegeben." Wichtig sei ein „breiter Konsensus über den künftigen Kandidaten". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 150998.

12 Die vierte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

13 Bei einem Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 in San José beschlossen die Anwesenden regelmäßige politische Konsultationen sowie die Aufnahme von Verhandlungen über ein wirtschaftliches Kooperationsabkommen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 41–45. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, II, Dok. 260.

14 So in der Vorlage.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Siemes erläuterte am 10. Februar 1987, die spanische Firma CASA sei mit etwa vier Prozent an dem multinationalen Unternehmen Airbus Industrie beteiligt: „Die spanische Regierung hat mehrfach beklagt, daß die spanische Industrie nicht im gleichen Wert wie die CASA-Beteiligung Zulieferaufträge erhält. Airbus Industrie verweist auf Preis- und Qualitätsprobleme der spanischen Zulieferer und argumentiert, A[irbus]I[ndustrie] müsse nach streng marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten einkaufen." Vgl. Referat 411, Bd. 160439.
Bundesminister Bangemann führte am 16. September 1987 ein Gespräch mit dem spanischen Wirtschafts- und Finanzminister Solchaga sowie dem Minister für Industrie und Energie, Croissier. Croissier „bat um Unterstützung bei Lösung der Probleme von CASA mit AI. CASA produziere nur 2,5 % des Airbus (bei 4,2 % Beteiligung) und mache 20 Mrd. P[ese]tas Verluste. Ohne Lösung sei es

Beteiligung an dem spanischen Luftfahrtunternehmen CASA und um die Kooperation Lufthansa/Iberia (Gründung eines Charterunternehmens) gegangen, ferner auch um die Gründung einer gemeinsamen europäischen Organisation zum Verkauf von Flugscheinen (Amadeus) mit Sitz in Madrid. Ausführlich sei auch die Zusammenarbeit zwischen deutschen und spanischen Firmen bei dem Ausbau und der Modernisierung der spanischen Eisenbahnen gesprochen worden. Schließlich habe er die Bedeutung eines spanischen Beitritts zur Zehnergruppe[16] im Rahmen des IWF betont, er habe seinen Kollegen Bangemann gebeten, daß sich Deutschland zugunsten des spanischen Beitritts verwende. Bundesminister Dr. Bangemann habe dies zugesagt.

Insgesamt sei die spanische Regierung mit der Entwicklung der bilateralen Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich zufrieden.

PStS *Riedl* ergänzte in Abwesenheit von Bundesminister Dr. Bangemann, er stimme mit der von dem spanischen Kollegen gegebenen Bewertung überein. Interessant sei für die deutsche Seite der Hinweis der spanischen Delegation gewesen, daß vertraglich vereinbarte Investitionsleistungen deutscher Firmen nur schleppend geleistet würden. Dies sei ihm bisher unbekannt gewesen. Das Wirtschaftsministerium werde dem nachgehen. In der kommenden Woche finde in München die Airbus-Ministerkonferenz unter deutschem Vorsitz statt[17], die Probleme der spanischen Seite seien auf der Tagesordnung. Im übrigen habe man einen Meinungsaustausch über die Entwicklung in der Stahlpolitik gehabt. Spanien sei zur Zeit dabei, die im Beitrittsvertrag[18] festgelegten Bedingungen der Restrukturierung zu erfüllen.

Der spanische Industrieminister *Croissier* wies anschließend auf die Probleme beim Zugang zur Hochtechnologie wie auch in klassischen Bereichen hin. Er wolle nur als Beispiel den Umstand erwähnen, daß spanische Unternehmen keine Möglichkeit hätten, Armaturen für Badezimmer nach Deutschland zu exportie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1313

schwierig, das Engagement von CASA auf die neuen Typen auszuweiten […]. Man bemühe sich, die Lieferverzögerungen zu überwinden. Lieferungen durch Lockheed anstelle CASA wären inakzeptabel. Die Kostenerhöhungen rührten von der neuen Technologie (Kohlenstoffasern) her." Bangemann „verwies auf die laufenden Gespräche der Gesellschaften über die Probleme, er bat um Material". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 150998.

16 Dem als Zehnergruppe bezeichneten, 1962 gegründeten informellen Kooperationsgremium gehörten neben den G 7-Staaten auch Belgien, die Niederlande und Schweden an. 1983 trat auch die Schweiz den G 10 bei.

17 In der Presse wurde berichtet: „Die Ausweitung des europäischen Flugzeugprogramms Airbus um die Mittel- und Langstreckenversionen A 330 und A 340 ist jetzt auch formell beschlossen worden. Die Fachminister aus Frankreich, Großbritannien und Spanien sowie der Koordinator der deutschen Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt, Erich Riedl, haben auf einer Tagung in München ein entsprechendes Memorandum unterzeichnet. Die Bundesrepublik will sich an den Entwicklungskosten der beiden neuen Flugzeugtypen mit bis zu knapp 3 Milliarden DM beteiligen. Bis Ende Juli dieses Jahres sind für die Typen A 300, A 310 und den neuen A 320 insgesamt knapp 750 Aufträge mit einem Verkaufswert von zusammen rund 36 Milliarden Dollar, nach heutigem Kurs um die 65 Milliarden DM, eingegangen. Für A 330 und A 340 wurden bisher 130 Festbestellungen und Optionen genannt." Vgl. den Artikel „Airbus-Programm gebilligt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. September 1987, S. 15.

18 Für den Wortlaut des Beschlusses vom 11. Juni 1985 über den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie des Vertrags vom 12. Juni 1985 über den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft einschließlich der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 1251–1686.

ren. Hierfür solle ein technischer Ausschuß gegründet werden, um die bestehenden Probleme zu bereinigen. In der industriellen Zusammenarbeit seien die Perspektiven im großen und ganzen gut. Deutsche Unternehmen seien zunehmend an Investitionen in Spanien interessiert, insbesondere wegen der vergleichsweise vorteilhaften Kostensituation. In bezug auf den Airbus sei die Zusammenarbeit mit deutschen Firmen für Spanien wichtig. Spanien müsse insofern auf einen größeren Anteil bei den Warenzulieferungen drängen, was seinem finanziellen Engagement entspreche. Für die Produktion des Triebwerks des neuen europäischen Kampfflugzeuges[19] habe Spanien ein eigenes Unternehmen gegründet, mit deutscher Beteiligung. Chancen für die Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen seien auch in der angestrebten Modernisierung der spanischen Eisenbahnen zu sehen. Gleiches gelte für die Kooperation zwischen Lufthansa und Iberia. In bezug auf die Gründung eines gemeinsamen Charterunternehmens hätte es bisher bürokratische Probleme der Zulassung gegeben, auf die Herr Ruhnau gestern in der Besprechung mit den Unternehmern hingewiesen habe. Er könne mitteilen, daß diese Probleme inzwischen in Madrid aus dem Weg geräumt seien.

Der *Bundeskanzler* wies an dieser Stelle darauf hin, daß die von der spanischen Seite erwähnten Schwierigkeiten bei dem Export von Badezimmerarmaturen aus Spanien in die Bundesrepublik Deutschland die Widersinnigkeit dieser Situation aufzeigten. Jeder in Europa spreche sich für die Verwirklichung des Binnenmarktes aus, in Wirklichkeit werde aber verdeckter Protektionismus betrieben. Der Binnenmarkt lasse sich nicht verwirklichen, wenn wir nicht die Kraft aufbringen, diesen Protektionismus zu überwinden; die Frage müsse politisch durchgesetzt werden. Die Bundesregierung sei sich der innenpolitischen Probleme auch bei uns bewußt, sie werde jedoch entschlossen an die Lösung dieses Problems herangehen.

Er bewertet das Experiment eines Zusammentreffens mit deutschen und spanischen Unternehmen am Vortage sehr positiv. Die Fachministerien müßten die konkreten Hinweise und Wünsche der Unternehmer jetzt aufnehmen und auswerten. Man müsse auf hoher Beamtenebene eine Nachlese halten, um begründete Klagen abzustellen. Ein Zusammentreffen dieser oder ähnlicher Art sollte in zwei bis drei Jahren, schon wegen seiner politisch-psychologischen Wirkung, wiederholt werden.

Der Bundeskanzler betonte, daß die Zusammenarbeit zwischen Spanien und Deutschland Eckstein unserer Politik sei. Er wolle an dieser Stelle noch einmal das aufgreifen, was er bereits gestern vor den Unternehmern grundsätzlich

19 Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien unterzeichneten am 11. Oktober 1984 ein Planungsdokument über den Bau eines europäischen Kampfflugzeugs („Jäger 90“). Die weiteren Arbeiten verzögerten sich jedoch wegen abweichender Vorstellungen Frankreichs hinsichtlich der technischen und organisatorischen Ausführung. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 198.
Legationssekretär Mafael notierte am 9. September 1987: „BMVg geht wie bisher davon aus, daß der deutsche Anteil an der Entwicklung des ‚Jäger 90‘ 6,7 Mrd. DM betragen wird. Es hält diese Schätzung für realistisch. Dabei entfallen u. a. auf die Zelle ca. 1 Mrd. DM, den Antrieb ca. 2,1 Mrd. DM, Ausrüstung und Avionik 2,1 Mrd. DM. Die Kosten für die Entwicklung sind im Bundeswehrplan eingestellt. Dabei wurde allerdings bewußt eine Unterplanung vorgenommen, da Zweifel bestehen, ob der von der Industrie vorgeschlagene Mittelabflußplan (beginnend 1988 Mittelabfluß innerhalb von zehn Jahren) eingehalten werden kann. Da es sich bei dem Haushaltstitel ‚Jäger 90‘ nur um einen einseitig deckungsfähigen Titel handelt, würden bei nicht rechtzeitigem Abfluß der Mittel diese verfallen.“ Vgl. Referat 209, Bd. 148694.

ausgeführt habe.[20] Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der letzten Woche sei für Deutschland ein wichtiges Ereignis gewesen. Die Westbindung, die Einbindung in die Wertegemeinschaft der westlichen Welt, in EG, in die NATO, seien und bleiben die Grundlagen der Politik der Bundesrepublik Deutschland. Man könne sagen, dies sei Teil der Staatsraison Deutschlands. Innerhalb der westlichen Welt habe die Bundesrepublik Deutschland zu einigen Ländern noch intensivere, noch engere Beziehungen als zu anderen. Hierzu gehöre die enge Freundschaft und Partnerschaft mit Frankreich. Europa habe dadurch Vorteile. Dies müsse man auch Dritten verständlich machen. Für ihn sei es gerade wichtig, die Beziehungen zu Spanien zu intensivieren. Die Ausgangsposition hierfür sei gut. Unsere Beziehungen seien historisch in keiner Weise belastet. Die Intensivierung mit Spanien gehe über das rein wirtschaftliche Moment weit hinaus. Eine Intensivierung unserer Beziehungen zu Frankreich wie unserer Beziehungen zu Spanien belaste niemanden. Wir wollten dadurch niemanden ausschließen. Gerade weil Deutschland und Frankreich so gute Beziehungen unterhielten, sollten wir auch das bilaterale Verhältnis Spaniens mit Deutschland einerseits und mit Frankreich andererseits weiter verbessern. Die Bundesregierung habe sich seit jeher für den EG-Beitritt Spaniens eingesetzt, in dem Bewußtsein, daß Spanien eine dynamische Kraft für die Gemeinschaft sei, während andere eher statische Mitglieder seien.

Anschließend berichtete der spanische EG-Staatssekretär *Solbes* über sein Gespräch mit Frau Staatsministerin Dr. Adam-Schwaetzer. Man habe insbesondere die anstehenden EG-Reformen besprochen. Hier habe man im wesentlichen eine gemeinsame Linie. Man stimme darin überein, daß es notwendig sei, diese Reformen als ein globales Paket in Angriff zu nehmen und rasch zu grundsätzlichen Entscheidungen zu kommen. Man stimme auch überein, daß eine Verstärkung der Haushaltsdisziplin notwendig sei, daß die Strukturfonds in ihrer geographischen Anwendung konzentriert werden müßten. Man habe Differenzen im Hinblick auf die künftige finanzielle Ausstattung dieser Strukturfonds. Es gebe auch Nuancen über den Inhalt der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Man stimme aber überein, daß man die Landwirtschaft erst wieder in die Lage zurückversetzen müsse, sich an die Marktbedingungen anzupassen. Dies dürfe nicht zu einer Verringerung der Anzahl der Landwirte führen. Man müsse dabei die Kleinbetriebe und die Betriebe in weniger begünstigten Regionen schützen. Insgesamt müßten die nationalen Beihilfepolitiken im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken stehen.

Staatsministerin *Dr. Adam-Schwaetzer* ergänzte, es gebe nur Unterschiede in Nuancen. Die Landwirtschaftsstruktur müsse erhalten bleiben, um die gesellschaftliche Struktur der Mitgliedstaaten nicht zu schädigen. Man brauche die Reform, um Fortschritte beim Binnenmarkt zu erzielen und um die Europäische Union voranzutreiben. Vor allem müsse man einen fairen Interessenausgleich finden. Der Europäische Rat in Kopenhagen[21] müsse insoweit Grundsatzentscheidungen treffen.

20 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl bei der Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) am 16. September 1987 in Berlin (West) vgl. BULLETIN 1987, S. 773–777.

21 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

Ministerpräsident *González* knüpfte zusammenfassend an das Unternehmertreffen und seine grundsätzlichen Bemerkungen, die er dort gemacht habe, an. Er verwies auf den spanischen Willen rascher Integration in die Europäische Gemeinschaft. Man müsse zu einer größtmöglichen Konvergenz zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Seite kommen. Die Europäische Gemeinschaft sei kein dualer Prozeß, man müsse zu gemeinschaftlichen Lösungen kommen. Dies gelte insbesondere für die Förderung der Strukturfonds wie für andere Bereiche. Man müsse ein Gleichgewicht und eine Zusammenarbeit im Interesse aller finden.

Ministerpräsident González wies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende spanische EG-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1989 nach der deutschen und der griechischen Präsidentschaft[22] hin. Er halte es für notwendig, die Arbeitsweise der europäischen Gipfel zu verbessern. Es müßten dort mehr politische Entscheidungen in konzentrierter Weise getroffen werden. Die Tagesordnung müsse erfüllbar, durchführbar vorbereitet werden. Spanien sei bereit, mit der Bundesrepublik Deutschland hieran zu arbeiten.

Seine Regierung lege auf eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland als vertrauenswürdigem, verläßlichem Partner besonderen Wert. Spanien befinde sich in einer wichtigen wirtschaftlichen Entwicklungsphase. Dies gelte vor allem für die Entwicklung der Klein- und Mittelindustrie. Es werde nicht einfach sein, diese in den großen europäischen Entwicklungsprozeß zu integrieren.

Gerade unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik und angesichts der sich entwickelnden internationalen Lage sei die deutsch-französische Zusammenarbeit für den europäischen Einigungsprozeß unerläßlich. Dies gelte auch insbesondere für die angestrebte Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Spanien wolle gerne daran teilnehmen. Dies in der Überzeugung, daß Deutschland und Frankreich gerade in der europäischen Sicherheitspolitik eine Schlüsselfunktion einnehmen. Der Besuch von Generalsekretär Honecker in Deutschland habe gezeigt, wie wichtig die Frage der Sicherheit in Europa sei. Spanien verstehe die deutsche Außenpolitik gegenüber den Ostblockländern. Die Europäer müßten mehr Sensibilität für die Situation Deutschlands gegenüber dem Ostblock entwickeln. Er halte eine europäische koordinierte Politik, „einen konzentrierten Kreis“, für notwendig. Die Beziehungen zu nicht der EG angehörenden europäischen Partnern wie z. B. Österreich, aber auch dem südlichen Mittelmeerraum seien ebenso wichtig. Es sei notwendig, hierfür eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Als Beispiel müsse er auch die Beziehungen zu Ungarn anführen.[23] Ungarn könne Westeuropa nicht gleichgültig bleiben.

22 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne, Griechenland anschließend bis 31. Dezember 1988.

23 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 74, Anm. 20 und 21.
In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 16. Oktober 1987 wurde dargelegt, zentraler Punkt in den Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen sei nach wie vor „der Abbau von diskriminierenden, d. h. nur gegenüber Staatshandelsländern geltenden mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ausfuhr von Waren in die Gemeinschaft bis zu einem festen Zeitpunkt. Das verabschiedete Mandat sieht vor, daß die mengenmäßigen Beschränkungen bis auf einen kleinen Teil bis zum 31.12.1992 abgebaut werden. Für den restlichen harten Kern sieht das

Wenn es in Westeuropa drei oder vier Länder gäbe, die ihre Politik gemeinsam koordinieren, abstimmen, so führe das nicht zu einem Zerbrechen der Gemeinschaft. Der Rest der europäischen Länder werde sich diesen drei oder vier anschließen. Es müsse so sein, daß drei oder vier die Richtung absteckten. Er wolle dies an dem Beispiel der Bekämpfung der Inflation erläutern. Wenn wir sagen, wir kämpfen gegen die Inflation, so heißt das nicht, daß wir alle eine möglichst hohe Inflationsziffer oder die Inflationsziffer des Mitgliedstaates mit der höchsten Inflation akzeptieren. Wir können nicht von dem, der eine niedrige Inflationsrate hat, verlangen, daß er in seinem Kampf nachläßt. Wir müssen aber versuchen, denjenigen, die noch eine zu hohe Inflation haben, gemeinsam zu helfen, von dieser Zahl herunterzukommen.

Zusammenfassend freue er sich, daß er in den zwei Tagen in Bonn sehr offene und intensive Gespräche mit dem Bundeskanzler habe führen können. Auch das Unternehmertreffen sei für beide Seiten sehr erfreulich verlaufen.

Der *Bundeskanzler* betont abschließend, daß er sich der Wertung von Ministerpräsident González voll anschließe. Die Gespräche hätten ein sehr hohes Maß an Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen erbracht. Der Bundeskanzler bat anschließend seinen Gast, gemeinsam zur Presse zu gehen.

Referat 203, Bd. 150998

Fortsetzung Fußnote von Seite 1317

Mandat vor, daß ‚Schutzmaßnahmen grundsätzlich vorübergehender Art' sein sollen. Nach unserem Verständnis müssen die restlichen Waren nach einem in den Verhandlungen festzulegenden Zeitraum (mindestens zehn Jahre) liberalisiert werden. Demgegenüber wollen vor allem I und E sich nicht auf einen festen Zeitpunkt einlassen. Sie wollen die Möglichkeit offenhalten, bei einzelnen sensiblen Produkten auch nach diesem Zeitpunkt noch Importbeschränkungen aufrechtzuerhalten." Vgl. Referat 421, Bd. 140307.

261

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5550/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3970
Citissime nachts

Aufgabe: 18. September 1987, 14.21 Uhr[1]
Ankunft: 18. September 1987, 20.37 Uhr

Zur Vorlage am Samstag[2] morgen bei den Empfängern

Betr.: Amerikanisch-sowjetische AM-Verhandlungen[3];
hier: Erste Bewertung des Rüstungskontrollteiles

Ich wurde soeben durch Holmes vorab über die Gespräche der Außenminister Shultz und Schewardnadse und ihrer Delegationen, soweit rüstungskontrollpolitische Themen betroffen waren, ins Bild gesetzt. Eine Unterrichtung aller Bündnismissionschefs ist für heute nachmittag anberaumt. Weiterer Bericht bleibt insoweit vorbehalten.[4]

Zu den INF-Gesprächen sagte Holmes: Noch am ersten Abend der dreitägigen Begegnung, d.h. vor Bildung der einzelnen Arbeitsgruppen, sei das Problem der P I a Hauptgegenstand der Diskussion gewesen. Die US-Seite habe dabei mit großer Klarheit ihre Haltung bekräftigt, daß diese nicht Gegenstand eines INF-Abkommens sein könnten. Der US-Delegation sei im Laufe des Gesprächs deutlich geworden, daß das Hauptproblem für die Sowjets in diesem Zusammenhang die Gefechtsköpfe seien, wobei auch eine gewisse Konfusion über die Bedeutung des Begriffs „war head" ersichtlich geworden sei.

Erst gestern am späten Nachmittag sei es dann zu der Einigung auf den dort vorliegenden Text der „Agreed Minutes" gekommen.[5] Dieser Text müsse verstanden

1 Hat dem Bereitschaftsdienst am 19. September 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Gespr[äch] Ber[eitschafts]D[ienst] – RL 220 am 19.9.: Arb[eits]Ex[emplar] für D 2 A wird von H[errn] Holik im Laufe des Sa[mstags] pers[önlich] abgeholt."
Ferner notierte der Bereitschaftsdienst handschriftlich: „M[inister]B[üro]-Ex. wird von H. Jansen pers. abgeholt."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 21. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie an Legationssekretär Haller verfügte.
Hat Wagner, Müller und Mülmenstädt vorgelegen.

2 19. September 1987.

3 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 294–361 und S. 362–389.

4 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 18. September 1987: „Assistant Secretary Ridgway, Botschafter Nitze und Botschafter Glitman unterrichteten am Nachmittag des 18.9. NATO- sowie japanischen und australischen Botschafter. […] Das Thema Menschenrechte habe ein gutes Drittel des ersten Verhandlungstages ausgefüllt. Es sei den US sowohl um die Diskussion von Prinzipien als auch um praktische Fragen gegangen. Die SU habe auf die im Moment bei ihr im Gange befindlichen institutionellen Veränderungen hingewiesen, die Anpassungen im Sinne des von den USA Geforderten bringen würden. Ridgway wies darauf hin, daß durch die Gespräche ein verläßlicher Gesprächskanal hergestellt worden sei, der für die Zukunft eine gute Basis darstelle. […] Die Behandlung der regionalen Fragen habe sich fast ausschließlich auf die Themen Afghanistan und Golf konzentriert, Nicaragua wurde kurz angesprochen. Eine Palette weiterer Themen sei aus Zeitmangel nicht zur Erörterung gekommen. Zum Konflikt Iran/Irak habe es eine gute Diskussion gegeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4000; VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

5 Am 18. September 1987 notierte Vortragender Legationsrat Elbe den Text der „Agreed Minutes" zur Pershing-I a-Frage, „die von der INF-AG erarbeitet und von den Außenministern gebilligt worden

werden auf dem Hintergrund der grundsätzlichen Einigung zwischen beiden Delegationen über die Behandlung der amerikanischen und sowjetischen „reentry vehicles“: Bei diesen habe man sich darauf geeinigt, den eigentlichen Explosivteil (nuclear package inside) und das Lenksystem auszubauen und in die jeweiligen Arsenale zurückzuverbringen. Das verbleibende Gehäuse werde dem gleichen Eliminierungsverfahren unterworfen, das auch für Trägersystem und übrige Raketenstufen gelte.

Über den Zeitrahmen und über die Eliminierungsprozedur gebe es noch keine Einigung. Diese werde den Verhandlern in Genf vorbehalten bleiben.

Die Bedeutung der „Agreed Minutes“ bezüglich der deutschen P I a erläuterte Holmes wie folgt: Erst wenn die Bedingungen, die der Bundeskanzler in seiner öffentlichen Erklärung gesetzt habe[6], zu unserer Zufriedenheit erfüllt seien, werde dieses spezifische Kooperationsprogramm (POC[7]) beendet sein und die Gefechtsköpfe wieder in die alleinige US-Verantwortung zurückgelangen. Erst dann würden sie dem oben geschilderten Eliminierungsverfahren unterworfen.

Holmes bewertete auf meine entsprechende Frage auch die Ergebnisse der START-Arbeitsgruppe als „some headway“. Die Sowjets hätten eine Unterkategorie von 3600 Gefechtsköpfen für ICBMs angeboten. Bedauerlicherweise bestünden sie bisher darauf, die 60-Prozent-Formel für alle Teile der Triade anzuwenden. Bei schweren ICBMs hätten sie Bereitschaft zu einer Reduzierung um 50 Prozent erkennen lassen. Außerdem sei deutlich geworden, daß man bei der Zahl der Bomber die Reykjavik-Formel[8] (ein Bomber = ein Gefechtskopf) beiderseits wieder einvernehmlich anwende. Holmes bemerkte dazu zusammenfassend, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden sei, könne man durchaus im nächsten Jahr auch zu einem Abkommen über diesen Komplex gelangen.

Zu den CW-Gesprächen gab Holmes mir den Text des Arbeitsgruppenberichts (Text folgt als Anlage[9]) und erläuterte dazu: Die US-Seite bewerte auch diese Gespräche als nützlich, obwohl ein CW-Abkommen keinesfalls unmittelbar bevorstehe (still not around the corner). Er erwarte, daß die öffentliche Darstellung der Sowjets zu diesem Komplex übertrieben optimistisch klingen werde, und äußerte Sorge darüber, daß der Eindruck einer amerikanisch-sowjetischen Dominanz im CW-Bereich entstehen könne, während doch die Schwierigkeit darin bestehe, daß immer mehr Staaten reale oder potentielle CW-Mächte seien.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1319

sind: ‚1) Prior to the process of eliminating INF ballistic missiles, nuclear weapons and guidance systems will be removed from reentry vehicles. The remaining reentry vehicle structure will then be eliminated under agreed procedures. Such procedures shall apply to all residual reentry vehicles including those which by unilateral decision have been released from existing programmes of cooperation. The protocol on elimination should reflect these procedures. 2) When reentry vehicles for FRG P I a missiles are withdrawn, they become US reentry vehicles not associated with an existing p[rogram]o[f]c[ooperation] and therefore will be subjected to the same elimination procedures and time frames for final elimination as for reentry vehicles removed from US and Soviet INF ballistic missiles.‘ Die ‚Agreed Minutes‘ sind integraler Bestandteil des Abkommens, werden aber nicht veröffentlicht.“ Vgl. VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

7 Program of Cooperation.

8 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

9 Dem Vorgang beigefügt. Für den „Report of Working Group on Chemical Weapons“ vgl. VS-Bd. 11363 (220).

Zum Ergebnis im Bereich nuclear tests und KRK wird gesondert berichtet.[10]
Holmes legte großen Wert darauf, mir darzutun, daß er uns über die Gespräche vorab und gesondert unterrichte. Er habe dies nicht früher tun können, weil er selbst erst alle Details habe zweifelsfrei zusammentragen und evaluieren müssen.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11363 (220)

262

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach

21. September 1987[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Bedenklicher Trend deutscher Verteidigungsausgaben

1) Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland sind unsere Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren stetig gefallen: von 3,4% Anteil am BSP 1983 auf etwa 3% 1987 (nach NATO-Kriterien).
1988 droht erstmals seit Bestehen der Bundeswehr das Unterschreiten der 3%-Schwelle[4] (derzeitige Schätzung: 2,97% vom BSP 1988).

10 Gesandter Paschke, Washington, informierte am 18. September 1987, die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, habe die Botschafter der NATO-Mitgliedstaaten in den USA über die Gespräche der Außenminister Shultz (USA) und Schewardnadse (UdSSR) unterrichtet: „Die größten Fortschritte habe man beim Thema Teststopp erzielt. Hier sei durch die vorausgegangenen Expertengespräche der Boden so weit vorbereitet gewesen, daß man die dort bekannte Einigung erzielen konnte, der zufolge beide Seiten sich über effektive Verifikationsmaßnahmen verständigen werden, die die Ratifizierung der TTBT- und PNET-Verträge ermöglichen sollen. Im Anschluß daran werde man zu Verhandlungen über weitere Begrenzungen der Nukleartests übergehen. Zu KRK, das in einer gesonderten Arbeitsgruppe von Ledogar und Holmes verhandelt wurde, gab es offensichtlich wenig Berichtenswertes." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4000; VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr und Oberstleutnant i. G. Graf von Pfeil konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. September 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 15. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] mit Darlegung, inwieweit und wo sich die V[erteidigungs]-Ausgabenentwicklung nachteilig auf Fähigkeit der Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben auswirkt. Inwieweit wirken sich die Ausgaben der anderen NATO-Länder auf eine bessere Fähigkeit dieser Armeen für Erfüllung des Auftrags aus? Wie wird die Aufgabenentwicklung in den verschiedenen Armeen beurteilt? WV 15.11." Vgl. Anm. 6.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 15. Oktober 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 15. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff verfügte.
Hat Sudhoff erneut vorgelegen.

4 In der „Ministerial Guidance 1977", die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle Mitglied-

Damit würden wir, gemessen an den 1987-Zahlen der Verbündeten, weit hinter den USA (6,5%), Griechenland (6,6%), Großbritannien (4,7%), Türkei (4,7%), Frankreich (4,0%) und vermutlich auch noch hinter Portugal, Norwegen, Niederlande, Belgien (3,2–3,1%) liegen.

Auch der für den realen Verteidigungsbeitrag besonders relevante Anteil der Ausgaben für schweres Gerät hat bei uns seit 1982 fallende Tendenz und beschert uns für 1987 voraussichtlich nur einen miserablen 11. Platz im Bündnis. Den gleichen Platz nehmen wir übrigens 1986 bei der realen Entwicklung der Gesamtausgaben ein: Rückgang um 0,6%.

2) Natürlich können wir versuchen, für den gemessen an unserer Leistungsfähigkeit weit unter dem NATO-Durchschnitt (1987: 5,0%) und auch unter dem NATO-Europa-Durchschnitt (1987: 3,5%) liegenden Verteidigungshaushalt dadurch Verständnis zu gewinnen, daß wir Belastungen anderer Art (Berlin-Hilfe, Bereitstellung von Immobilien und Infrastruktur, Belastung durch Manöver) in Rechnung stellen.

Die Entwicklung bleibt jedoch in mehrfacher Hinsicht bedenklich:

– Wir vernachlässigen das Standbein des Harmel-Konzepts[5] und geben der SU ein falsches Signal. Die USA haben in den 70er Jahren diesen Fehler gemacht und haben dann heftig gegensteuern müssen, während wir damals trotz Entspannungspolitik die Verteidigungsausgaben gesteigert haben.
– Wir untergraben damit auch die Erfolgschancen unserer Rüstungskontrollpolitik. Der Anreiz für sowjetische Zugeständnisse bleibt gering bzw. westliche Vorleistung eilt ihnen vorweg, so daß sich per saldo die westliche Sicherheit nicht verbessert (sowjetische Rüstungseinsparungen nach dem Motto „to eat the cake and have it“).
– Wir setzen uns in Widerspruch zu unserer eigenen Mahnung, daß mit Fortschreiten der nuklearen Abrüstung das konventionelle Gleichgewicht an Bedeutung gewinnt. Wenn zu unseren demographischen Problemen auch noch ein Finanzschwund kommt, wird aus der angestrebten Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit ein Verfall derselben werden.
– Wir belasten das atlantische Verhältnis und damit die Bündniskohäsion. Zwar fallen auch die amerikanischen Verteidigungsausgaben, aber sie bleiben vergleichsweise mehr als doppelt so hoch wie unsere (1986: 6,4%, Schätzung 1988: 6,1% BSP). Bei Abgleiten unter die 3%-Schwelle könnten US-Medien und -Öffentlichkeit uns mit Verbündeten wie Dänemark in einen Topf tun: sehr wohlhabend, aber verteidigungsunwillig.
– Wir tun der europäischen Säule der westlichen Verteidigung einen schlechten Dienst. Innerhalb Europas frustrieren wir die Verbündeten, die trotz geringerer Wirtschaftskraft mehr leisten, und geben denen ein schlechtes Beispiel, die zu wenig tun oder jetzt ebenfalls nachlassen wollen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1321

staaten eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

5 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Bisher hat das unrealistische und auf lange Sicht auch unsinnige NATO-Ziel einer jährlichen Realsteigerung der Verteidigungsausgaben um 3% zu sehr im Vordergrund gestanden. Das eigentlich relevante Kriterium ist der BSP-Anteil, und hier kommt der 3%-Schwelle nicht nur optisch große Bedeutung zu.[6]

Roßbach

VS-Bd. 14049 (02)

263

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 21. September 1987, 20.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 8 **Ankunft: 22. September 1987, 09.54 Uhr**

Betr.: Gespräch BM mit polnischem AM Orzechowski am 20.9.1987[2]

BM führte mit dem polnischen Außenminister Orzechowski in der Residenz von Botschafter Lautenschlager ein gut einstündiges Gespräch in kleinem Kreise, dem sich ein Abendessen in größerem Kreise anschloß. Gespräch war von dem Willen und der Bereitschaft beider Seiten getragen, in den deutsch-polnischen Beziehungen in einer Phase dynamischer West-Ost-Beziehungen ein Stück voranzukommen.

6 Am 9. November 1987 beantwortete Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach die Fragen des Bundesministers Genscher vom 15. Oktober 1987: „Die sinkende Geburtsrate (1993 werden 50% weniger Wehrpflichtige zur Verfügung stehen als 1983) zwingt trotz Wehrpflichtverlängerung zur Anhebung der Anzahl der Berufs- und Zeitsoldaten. Die Bundeswehr steht hier in Konkurrenz zur Industrie, die bereits Maßnahmen ergriffen hat, um ihren Nachwuchs sicherzustellen." Sollten finanzielle Mittel für entsprechende Maßnahmen fehlen, „wird eine zu kurze Personaldecke den Verteidigungsauftrag gefährden". Weiter legte Roßbach dar: „Ein wertender Vergleich der Bündnispartner ist schwierig. Daß wir bisher kaum schlechte Noten bekommen haben, hängt nicht zuletzt mit dem absoluten Gewicht unseres Beitrages, mit qualitativ guten Leistungen früherer Jahre und politischer Rücksichtnahme zusammen. Tatsache bleibt, daß wir heute (1987) nach zwei Kriterien, die für den realen Verteidigungsbeitrag besonders relevant sind, nämlich Anteil der Ausgaben für schweres Gerät und Anteil der Investitionen in Gerät insgesamt (ohne Munition, Sanitäts- und Verwaltungsapparat, Verbrauchsgüter), eine vergleichsweise schlechte Figur machen (11. bzw. 9. Platz im Bündnis)." Zur letzten Frage notierte Roßbach: „Im Vergleich 1987 mit 1983 (Fünf-Jahres-Zeitraum) ist der BSP-Anteil der Verteidigungsausgaben in Belgien, Dänemark, Frankreich, Portugal, Türkei, UK und bei uns gefallen (erheblich höheres Ausgangsniveau als wir bei UK, TU, F; größerer Rückgang als bei uns nur in B, DK, UK); USA, Italien, Kanada, Niederlande, Luxemburg gleich geblieben; Norwegen, Griechenland, Spanien gestiegen. In Zukunft dürfte der Kreis der Absteiger eher größer werden". Vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.
Hat Vortragendem Legationsrat Honsowitz am 22. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an die Referate 214 und 221 verfügte und um Wiedervorlage bat.

2 Anläßlich der VN-Generalversammlung in New York hielt sich Bundesminister Genscher vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu weiteren politischen Gesprächen vgl. Dok. 247, Anm. 24, Dok. 264, Dok. 267 und Dok. 268.

Auf Vorschlag von BM begann AM Orzechowski (AM) mit einer ca. 40-minütigen Darlegung der aus polnischer Sicht gegebenen Lage und den daraus für beide Seiten sich stellenden Aufgaben.

Im einzelnen führte AM aus:

Er gratulierte BM zu den Erfolgen bei den jüngsten Landtagswahlen.[3] Er sehe darin Zeichen einer Politik des Realismus und realistischer Stimmung in der Bundesrepublik, aber auch einen persönlichen Erfolg von BM. P schätze den persönlichen Beitrag von BM zur Entwicklung deutsch-polnischer Beziehungen. Sein Anteil an der Gestaltung der Beziehungen garantiere deren weitere positive Entwicklung. In einer sich verändernden Welt gebe es große Möglichkeiten und neue Herausforderungen. P sei zu ganz normaler Entwicklung der Beziehungen bereit, auch zu einem wesentlichen Schritt nach vorn und vielleicht Durchbruch bei gemeinsamem Willen. Er habe über die Gespräche der AM Shultz und Schewardnadse in Washington[4] optimistische Informationen erhalten. Der bevorstehende Abschluß des INF-Abkommens habe große psychologische und politische Bedeutung. Das Abkommen sei ein Durchbruch zu wirklicher Abrüstung, eröffne darüber hinaus aber Möglichkeiten in anderen Gebieten. P sei sich bewußt, daß ein solches Abkommen Einfluß auf das Klima und die Beziehungen in Europa haben werde. Es werde anderen Bereichen der Zusammenarbeit Impulse ungeachtet der fortbestehenden ideologischen Unterschiede geben. Die Nutzung dieser Chance hänge von den Europäern selber ab. Bestimmte Ereignisse in der Mitte Europas, wie die Besuche Honeckers in der Bundesrepublik[5] und des Bundespräsidenten in Moskau[6], seien für die Zukunft Europas und die Beziehungen „auf der Linie Bonn–Berlin–Warschau–Moskau“ wichtig. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Gliedern dieser Kette entschieden über die Qualität der Beziehungen auf der ganzen Linie. Dies verleihe den deutsch-polnischen Beziehungen eine ganz besondere Dimension. Es sei zu überlegen, was Deutschland und Polen für Europa und zur Überwindung der tiefgreifenden Teilung des Kontinents unternehmen könnten. P und D könnten als Teile zweier politischer, gesellschaftlicher und militärischer Systeme auf ihre jeweiligen großen Verbündeten positiv einwirken. Die Stimme Bonns werde in Washington mit Aufmerksamkeit gehört wie umgekehrt die Stimme Warschaus in Moskau. Beide Stimmen könnten nicht ignoriert werden. P und D hätten in Fragen der Abrüstung (nukleare Abrüstung, Beseitigung der chemischen Waffen) viel zu sagen und könnten Einfluß nehmen, daß positive Lösungen gefunden werden.

AM fuhr fort, daß P und D auch viel zur Verbesserung des Klimas in ganz Europa zur Stärkung der gesamteuropäischen kulturellen Bindungen und der europäischen Identität beitragen könnten. Er erinnerte an den polnischen Vorschlag,

3 Am 13. September 1987 fanden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Wahlen zur Bremer Bürgerschaft statt. Vgl. dazu Dok. 246, Anm. 3.

4 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

5 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

6 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

dem Europarat einen allgemeinen europäischen Charakter zu verleihen.[7] Der Bundespräsident habe sich bei seiner Begegnung mit polnischer Jugend im Mai in Darmstadt dazu positiv geäußert.[8] Er frage sich, was beide Staaten tun könnten, um die Kontakte mit dem jeweils anderen Teil Europas zu fördern. AM erinnerte an die polnischen Vorschläge zu gemeinsamen Maßnahmen beim Umweltschutz[9] und einem Treffen der Parlamentspräsidenten aus den 35 KSZE-Staaten in Polen[10].

AM fuhr fort, der dritte Bereich sei der Bau eines sicheren Europas. Die Frage sei, was die Europäer nach dem Abschluß des INF-Abkommens tun könnten, um Entspannung und Abrüstung voranzubringen. Statt bei konventionellen und nuklearen Kurzstreckenwaffen zuzulegen, sollten auch hier realistische Wege beschritten werden. Der Jaruzelski-Plan[11] wie auch die Vorschläge der DDR zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa[12] schafften hierfür gute Voraussetzungen. Der Jaruzelski-Plan verfolge das Ziel, in einem kleinen Ausschnitt in Europa, wo die meisten Atomwaffen konzentriert seien, die Waffenkonzentration abzubauen. P verfolge mit großem Interesse die Auf-

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling vermerkte am 13. Oktober 1987: „Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarats berichten von wachsendem Interesse Ungarns, Polens und Rumäniens am Europarat; in einer Resolution vom 6.10.1987 beschloß die P[arlamentarische]V[ersammlung] u. a., die Kontakte mit europäischen Nicht-Mitgliedstaaten zu intensivieren. Der polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski sprach sich am 9.5.1987 in einer Rede dafür aus, ‚dem Europarat allgemeineuropäische Dimensionen zu verleihen'." Eine Zusammenarbeit biete sich beispielsweise beim Umweltschutz an: „Andererseits sollte der Europarat seinen Werten und Zielen treu bleiben. Artikel 3 der Europarats-Satzung verlangt für eine Mitgliedschaft die Anerkennung der Grundsätze der parlamentarischen Demokratie und der Vorherrschaft des Rechts und der Menschenrechte. Einen Beitritt sozialistischer mittel- und osteuropäischer Staaten zum Europarat halten wir daher ohne grundlegende Änderung der dortigen staatlichen Strukturen für nicht möglich." Vgl. Referat 212, Bd. 133561.

8 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker führte am 21. Mai 1987 in Darmstadt eine Diskussion mit Jugendlichen aus Polen im Rahmen der ZDF-Sendung „Bürger fragen – Politiker antworten". Dabei legte er dar, Staatsratsvorsitzender Jaruzelski habe „in einer Ansprache Anfang Mai auch davon gesprochen, ob es nicht möglich und ratsam wäre, den Europarat in einem gesamteuropäischen Sinn weiter zu öffnen. Ich finde das eine Anregung, die nicht ungehört verhallen sollte." Vgl. WEIZSÄCKER, Reden und Interviews, Bd. 3, S. 471.

9 In einer Aufzeichnung des Referats 433 vom 21. Oktober 1987 wurde vermerkt: „Bilaterales Umweltabkommen: Mehrfach geäußertes polnisches Interesse an einem solchen Abkommen, wobei primär der Wunsch nach Anschluß an westliches Know-how stehen dürfte. BMU steht dem polnischen Anliegen, nachdem Umweltabkommen mit DDR und ČSSR unterzeichnet wurden, aufgeschlossen gegenüber. […] Im multilateralen Rahmen (ECE, KSZE-Folgeprozeß, Helsinki-Konvention zum Schutz der Ostsee, UNEP) zeigt Polen verhältnismäßig starkes Engagement für Umweltfragen, ohne sich andererseits aber wegen der umfangreichen und teuren Investitionen selbst auf konkrete Abhilfemaßnahmen festlegen zu lassen. So hat Polen z. B. – im Gegensatz zu fast allen anderen osteuropäischen Staaten – nicht einmal das Protokoll zur Genfer Konvention über weiträumige Luftverschmutzung unterzeichnet (Verpflichtung zum 30-prozentigen Abbau der Schwefeldioxid-Emissionen bis 1993/95). Besonderes Interesse besteht dagegen daran, über eine west-östliche Zusammenarbeit im Umweltschutz an moderne westliche Technologien heranzukommen." Vgl. Referat 421, Bd. 140328.

10 Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 7. Juli 1987, vom 1. bis 3. Juli 1987 habe in Warschau ein Treffen der Präsidenten der Parlamente der Warschauer-Pakt-Staaten stattgefunden. Der Vorsitzende des Sejm, Malinowski, habe „für seinen Vorschlag eines Treffens der Parlamentspräsidenten der KSZE-Teilnehmerstaaten in Warschau blockintern nicht die erhoffte allgemeine und vorbehaltlose Zustimmung" bekommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1149; Referat 214, Bd. 139737.

11 Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

12 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5.

nahme des Jaruzelski-Planes in der Bundesrepublik, weil die Haltung der Bundesrepublik mit dazu beigetragen habe, daß der Rapacki-Plan[13] seinerseits keinen Erfolg hatte.

AM nannte sodann als vierten Bereich, in dem P und D zur Schaffung eines friedlichen Europa beitragen könnten, den der bilateralen Beziehungen. Die polnische Regierung sei bereit, gemeinsam zu überlegen, welche praktischen Schritte auf der Grundlage des Warschauer Vertrages[14] getan werden könnten, um einen Durchbruch zu erzielen. Es gebe in den bilateralen Fragen strittige Fragen, doch sei P bereit, Lösungen zu finden, die den Interessen beider Seiten nicht widersprechen. AM wies in diesem Zusammenhang auf den Besuch von D 2 Ende April[15] und von BM Bangemann Ende Mai[16] in Warschau hin. Damit verbunden sei der Besuch von BM in Polen. Er sei persönlich enttäuscht, daß er noch nicht Gastgeber von BM habe sein können. Aufgeschoben sei nicht aufgehoben. Der Besuch solle ein wichtiger Schritt nach vorne in den Beziehungen, eine Etappe bei der Vorbereitung des angestrebten Durchbruchs werden. Er solle entsprechend seinem Rang vorbereitet werden; er wolle entsprechende Bedingungen schaffen und AM entsprechend seiner Funktion als AM, Vizekanzler und bedeutender FDP-Politiker empfangen. Er schlage vor, über einen Termin zu sprechen und die Mitarbeiter mit der Besuchsvorbereitung zu beauftragen. Mit großer Aufmerksamkeit habe er den Bericht von Sejm-Marschall Malinowski über dessen Begegnung mit dem Bundeskanzler[17] vernommen. BK habe die besondere Bedeutung der Entwicklung der Beziehungen mit Polen und seinen persönlichen Beitrag zur Versöhnung und Verständigung unterstrichen. GS Honecker habe den Wunsch, den BK in dieser Angelegenheit geäußert habe, weitergegeben. Er denke, daß es auf dieser Linie liegen würde, über einen Besuch des BK in Polen nachzudenken, wenn das, worüber er gesprochen habe, verwirklicht werde und Erfolg habe. Was die Reihenfolge der Besucher auf höchster Ebene angehe, so schlage er vor, daß BK nach BM nach Polen komme. Für diese Sequenz sei wichtig, die Lösung der Fragen, die bereits im Gespräch seien, zu forcieren. Hinsichtlich des Investitionsschutzabkommens gebe es wegen des besonderen Charakters der Beziehungen Schwierigkeiten.[18] Die Lage sei insoweit

13 Zu den Rapacki-Plänen vgl. Dok. 147, Anm. 6.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

15 Am 29./30. April 1987 fanden in Warschau deutsch-polnische Direktorenkonsultationen statt, an denen Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen teilnahm. Vgl. dazu Dok. 121 und Dok. 122.

16 Am 25./26. Mai 1987 fand in Warschau die siebte Tagung der Gemischten Regierungskommission der Bundesrepublik und Polens zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit statt, an der Bundesminister Bangemann teilnahm. Zur Tagung und zu den Vorschlägen Bangemanns für eine Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 182, Anm. 16.

17 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des polnischen Sejm, Malinowski, am 25. Juni 1987 vgl. Dok. 182.

18 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 18. August 1987: „Seit Ende Januar 1987 haben drei Treffen zwischen einer deutschen und einer polnischen Regierungsdelegation stattgefunden, die den Abschluß eines I[nvestitions]F[örderungs]V[ertrages] zum Gegenstand hatten. Während die beiden ersten Gesprächsrunden in Bonn (29./30.1.87) und Warschau (5.–7.5.87) in erster Linie einem umfassenden Informations- und Meinungsaustausch über die Materie dienten (die Bundesrepublik Deutschland hat bisher 61 solcher Verträge abgeschlossen, die VR Polen am 19.5.87 ihren ersten, und zwar mit Belgien), handelte es sich bei dem dritten Treffen am 25./26.6.87 in Bonn um Verhandlungen im engeren Sinn.“ Polen habe großes Interesse am Abschluß eines solchen Vertrags; „in auffälligem

nicht vergleichbar mit den Investitionsschutzabkommen, die die Bundesrepublik mit Bulgarien[19] und Ungarn[20] abgeschlossen habe. Er sei bereit, in dieser Frage einen Kompromiß mit einer für beide Seiten akzeptablen Formel zu erzielen. Wichtig sei auch die Errichtung der Generalkonsulate in Krakau und Hamburg[21] sowie die Verwirklichung der Vorschläge von BM Bangemann zur Regelung der Finanz- und Kreditbeziehungen im bilateralen und multilateralen Rahmen.

BM dankte AM für dessen lange Ausführungen, die zeigten, wie AM an die vor uns liegenden Aufgaben herangehen wolle. Er dankte AM auch für dessen an ihn persönlich gerichtete Bemerkungen.

BM führte sodann aus, daß die deutsch-polnischen Beziehungen von besonderer Bedeutung und Qualität seien. Um so wichtiger sei es, wenn diese Beziehungen verbessert werden könnten. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik entwickle sich so, daß alle Nachbarn dies mit großem Vertrauen sehen könnten. Die Grundrichtung und Berechenbarkeit unserer Außenpolitik werden durch die Verantwortlichen in der Bundesregierung garantiert. Die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen für Europa zeige sich u. a. daran, daß es keine Schlußakte von Helsinki[22] ohne den Abschluß des Warschauer Vertrages gegeben hätte. Dies zeige zugleich das Maß an Verantwortung für die Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen, die beiden Regierungen obliege. Die neue Phase der West-Ost-Beziehungen sei bereits in vollem Gange. Was in Washington besprochen wurde, sei von großer Bedeutung für Abrüstung und Vertrauensbildung. Das INF-Abkommen sei nicht nur eine Initialzündung für weitere Abrüstungsverträge, sondern gebe den West-Ost-Beziehungen insgesamt neue Substanz.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1326

Gegensatz hierzu stand aber das tatsächliche Verhalten der polnischen Delegation". In zentralen, den Schutz des Investors und der Investition betreffenden Vertragselementen habe sich die polnische Seite „bislang relativ unbeweglich gezeigt". Ungeklärt sei auch die Investordefinition. Polen habe die „Rumänienformel" („Deutsche mit Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Vertrages") abgelehnt und Gegenvorschläge unterbreitet, die unannehmbar seien, „da sie entweder auf eine Leugnung der ‚deutschen Staatsangehörigkeit' hinauslaufen oder Personen mit Wohnsitz in Berlin (West) ausschließen würden". Vgl. VS-Bd. 14521 (422); B 150, Aktenkopien 1987.

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen einschließlich der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 743–750.

20 Für den Wortlaut des Vertrags vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen einschließlich des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 439–445.

21 Am 13./14. Juli 1987 fand in Bonn die zweite Verhandlungsrunde zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Errichtung von Generalkonsulaten in Hamburg und Krakau statt. Vortragender Legationsrat Löschner hielt als Ergebnis fest: „Ortsbezeichnungen: Polen trug zunächst seine unverändert harte Haltung vor (Umschreibung des Konsularbezirks nur mit polnischen Ortsbezeichnungen), gab aber im Laufe der Verhandlungen schließlich zu erkennen, daß es unserem Vorschlag (einseitige deutsche Verbalnote zur Errichtung des GK Krakau mit deutschen Ortsbezeichnungen, Beifügung einer polnischen Höflichkeitsübersetzung mit polnischen Ortsbezeichnungen) als positiv wertet. Polen sagte Prüfung zu". Zum Thema Berlin-Klausel vermerkte Löschner: „Polen ging darauf ein, daß die beiden Generalkonsulate durch je einseitige Erklärungen errichtet werden und deshalb eine Berlin-Klausel entfällt. Polen erklärte aber, eigentlich eine vertragliche Vereinbarung der Errichtung der Generalkonsulate zu bevorzugen." Weiter notierte Löschner: „Polen beharrte auf seiner Auffassung, daß Berliner, die sich nicht in Polen aufhalten, nur durch die Konsularabteilung der polnischen Militärmission im Land Berlin konsularisch betreut werden können." Vgl. Referat 214, Bd. 139717.

22 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Die Verabredungen in Washington lägen in der Logik des Gipfels von Reykjavik[23] vor einem Jahr. Man dürfe sich mit dem Erreichten nicht zufriedengeben. Die Bundesregierung habe einen notwendigen Beitrag geleistet, ohne den das Ergebnis nicht erreicht worden wäre. Das Ergebnis komme allen europäischen Staaten in West und Ost zugute. Wenn die Völker die Möglichkeit hätten, über das INF-Abkommen abzustimmen, dann solle dies überall mit überwältigender Mehrheit geschehen. Das ermutige, auf diesem Wege voranzuschreiten. Die Bundesregierung sei daran interessiert, daß die beiden Supermächte die strategischen Waffen in die Abrüstung einbeziehen. Dazu hätten sich diese bereits im Nichtverbreitungsvertrag[24] vor 20 Jahren verpflichtet. Uns bedrückten auch die chemischen Waffen. Bei gutem Willen auf allen Seiten müßte hier eine Einigung in wenigen Monaten zustande gebracht werden können.

[25]Darüber hinaus müsse man sich dem großen Problem der konventionellen Abrüstung zuwenden. Die Entscheidung der NATO im Dezember[26] 1986[27] und des WP in Berlin im Mai 1987[28] bildeten den Ausgangspunkt für konstruktive Verhandlungen. Natürlich seien wir uns der Vielschichtigkeit und Kompliziertheit des Problems bewußt. In diesem Zusammenhang sähen wir im Jaruzelski-Plan positive Ansätze für konventionelle Stabilität und Vertrauensbildung in Europa. Was die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Europa angehe, so könnten wir diesen Vorschlägen nicht zustimmen. Wir befänden uns heute in einer Phase entweder weltweiter oder auf ganz Europa bezogener Abrüstungsmaßnahmen. Es wäre ein Fehler, sich mit regionalen Ansätzen in Europa begnügen zu wollen. Die Einrichtung chemiewaffenfreier Zonen in Europa würde zudem zusätzliche Probleme der Verifikation aufwerfen. Wir sollten demgegenüber in Europa weite Ziele aufstellen. Ein weiterer Bereich, in dem Abrüstungsverhandlungen stattfinden müßten, seien die nuklearen Systeme unter 500 km Reichweite. Das gelte besonders für die Bundesrepublik. AM warf ein, auch für Polen.

BM fuhr fort, die West-Ost-Beziehungen dürften nicht auf Abrüstungsverhandlungen beschränkt werden. Abrüstungsverhandlungen liefen im Gegenteil besser, wenn sich die West-Ost-Beziehungen insgesamt gut entwickelten. Wegen der vertrauensbildenden Wirkung sei daher die Entwicklung aller Formen der Zusammenarbeit wichtig. Hier müßten alle Anstrengungen unternommen werden. Unser Verhältnis zu Polen sähen wir in der geschichtlichen Perspektive. Doch sollte der Blick nunmehr nach vorne gerichtet werden. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten hätten eigene Qualität, aber zugleich große Auswirkungen auf ganz Europa. Es gäbe keine Politik an D und P vorbei. Dies sei mehr als

23 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

24 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

25 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 9 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

26 Korrigiert aus: „September".

27 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

28 Vgl. Ziffer 4 des Kommuniqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 387 f.

eine Realität, worüber wir nicht unglücklich seien. Die Geschichte lehre, daß das deutsch-polnische Verhältnis für den Geist von Europa von großer Bedeutung sei, da es das Bewußtsein Europas zum Guten verändere. Er sei daher froh über das, was AM über die Perspektive der Beziehungen gesagt habe. Wir seien bereit, mit der polnischen Regierung darüber nachzudenken und daran zu arbeiten. Wir seien dafür, die in Verhandlungen befindlichen Abkommen abzuschließen und den politischen Dialog mit Polen zu verdichten. Das gelte auch für die Fortsetzung der Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle. D und P säßen zwar bei INF und START nicht mit am Verhandlungstisch, seien jedoch Verhandlungspartner in allen anderen Abrüstungsverhandlungen. Wir sähen die polnischen Erfahrungen mit Interesse und seien bereit, Gespräche darüber aufzunehmen, welchen Beitrag beide Seiten politisch in den Abrüstungsverhandlungen leisten und welchen Einfluß sie auf diese nehmen könnten. Die Entwicklung der Beziehungen sollte Ausdruck auch in persönlichen Begegnungen der Verantwortlichen finden. Die von AM vorgeschlagene Reihenfolge der Besuche entspreche unseren Vorstellungen. Er schlage vor, mit der Vorbereitung seines Besuches konkret zu beginnen. Dieser Besuch würde wiederum zur Vorbereitung des Besuches des Bundeskanzlers dienen. Es gelte, die Themen zu identifizieren, die im Vorfeld behandelt werden sollten. Ausgestaltung und Rahmen des Besuches müssen den Interessen und den Gefühlen beider Seiten Rechnung tragen. Wegen der besonderen Qualität der Beziehungen sollte der Blick in die Zukunft gerichtet werden. Was die finanziellen Fragen angehe, so habe die Bundesregierung in schwierigen Zeiten um Verständnis für die Lage Polens geworben. Wir hätten viel Überzeugungsarbeit für Polen leisten müssen. BM wies auf die bevorstehende Reise von Vizepräsident Bush nach Polen[29] hin, um zu unterstreichen, daß diese Arbeit nunmehr Erfolge zeige. Das von der Bundesregierung im Juli im Pariser Club unterbreitete Angebot[30] sollte von der polnischen Regierung richtig eingeschätzt werden. Er rate, hier zuzufassen. Wichtig sei auch der Abschluß eines Stand-by Agreements mit dem IWF. Die Zurückhaltung der USA gegenüber einem solchen Abkommen sei uns bekannt; er habe das Thema auf die Tagesordnung für seine Gespräche mit AM Shultz[31] gesetzt. In einer Phase

29 Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 26. bis 29. September 1987 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 274.

30 Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 121, Anm. 19 und 21.
Der Pariser Club unterbreitete Polen am 17. Juli 1987 ein Umschuldungsangebot. Referat 422 vermerkte am 24. August 1987, die Bundesrepublik habe diesem „außerordentlich weitgehenden Angebot" zugestimmt: „Rekonsolidierung der bestehenden Umschuldungsabkommen unter Einbeziehung aller noch nicht umgeschuldeten Fälligkeiten bis einschließlich solcher des Jahres 1988 ohne gleichzeitiges Vorliegen eines laufzeitkongruenten IWF-Bereitschaftskreditabkommens". Vgl. Referat 422, Bd. 148953.
In einem Schreiben an den Pariser Club vom 7. September 1987 bzw. bei einem Gespräch im Bundesministerium für Wirtschaft am 11. September 1987 formulierte der polnische Stellvertretende Finanzminister Dorosz Gegenpositionen: „Konsolidierung aller Zahlungsverpflichtungen bis Ende 1988; Aufnahme bilateraler Verhandlungen zur Anpassung der Zinssätze im Rahmen der Umschuldungsabkommen 1981 an das heutige Marktniveau; Rückzahlung in acht Jahren nach sieben Freijahren; Zahlungen an den Pariser Club in 1987, die wesentlich unter den vom Pariser Club erhobenen Forderungen liegen." Vgl. Referat 422, Bd. 148954.

31 Am 22. September 1987 kamen Bundesminister Genscher und die Außenminister der übrigen EG-Mitgliedstaaten mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 264.
Am 23. September 1987 traf Genscher mit Shultz in New York zu einem Frühstück zusammen. Themen waren das europäisch-amerikanische Verhältnis, die Politik des Generalsekretärs des ZK

durchgreifend veränderbarer und sich verändernder West-Ost-Beziehungen dürften P und D die Hände nicht in den Schoß legen, sondern müßten ihre Pionierarbeit fortsetzen. Die Mitarbeiter sollten Auftrag erhalten, den Besuch substantiell vorzubereiten. Er habe die Gespräche mit der polnischen Führung stets zu schätzen gewußt und erinnere sich gerne an alle Gespräche, die er mit General Jaruzelski geführt habe.[32] Dieser fände bei uns die ganz aufrichtige Bereitschaft, die Absicht zu verwirklichen, in den bilateralen Beziehungen einen großen Schritt nach vorn zu tun sowie zu untersuchen, was beide gemeinsam tun könnten, um einen deutsch-polnischen Beitrag im KSZE-Prozeß zu leisten. Die Darlegung von AM entspreche dem, wie wir an dieses Treffen herangehen wollten.

AM dankte BM für seine Ausführungen. Er schätze die erzielte Übereinstimmung hoch ein. General Jaruzelski habe die Gespräche mit BM sehr hoch eingeschätzt. Er habe mit dem General vor seiner Abreise über die VN-GV und das Gespräch mit BM in New York gesprochen. Das, was er über Rang, Bedeutung und Perspektive der deutsch-polnischen Beziehungen gesagt habe, sei die Meinung von General Jaruzelski. Er teile die Auffassung von BM über die eigene Qualität der bilateralen Beziehungen. Nach seiner Auffassung sollten daraus gegenüber den Völkern und Staaten die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden. Er stelle fest, daß beide Seiten zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen P und D und zwischen den Völkern bereit seien. Alles andere leite sich daraus ab und sei nur noch eine Frage der Technik und des guten Willens. Er denke, daß der Besuch, den BM P abstatten werde, Schlüsselbedeutung habe. Er sollte deshalb besonders solide vorbereitet werden. Die erste Frage sei, wann BM kommen wolle. 1987 oder 1988?

BM erwiderte „spät in diesem oder früh im nächsten Jahr".[33]

AM stellte fest, „im Dezember, so früh, wie es möglich ist". Dies sei eine Orientierungshilfe. Die Mitarbeiter sollten beauftragt werden, Gespräche über Programm und Inhalt zu führen. Dies sollte durch die Botschafter[34] geschehen.

An diese Feststellung schloß sich ein kurzer Meinungsaustausch über unseren Botschaftertausch zwischen Paris und Warschau an.[35]

BM stimmte der Besuchsvorbereitung durch die Botschafter zu und fügte hinzu, danach wolle er einen hohen Beamten nach Warschau schicken, um die Vorbereitungen abzuschließen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1329

der KPdSU, Gorbatschow, die Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu die undatierte Aufzeichnung des Referats 204; Referat 230, Bd. 142150.
Am 23. September 1987 trafen sich Genscher und Shultz zudem im Rahmen eines Abendessens der Außenminister der G 7-Staaten in New York. Behandelt wurden vor allem Fragen der Weltwirtschaft. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 34/35 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z. Z. New York, vom 24. September 1987; Referat 230, Bd. 142150.

32 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Für sein Gespräch mit Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 in Warschau vgl. AAPD 1981, I, Dok. 80.
Am 6. März 1985 hielt sich Genscher erneut in Polen auf. Für sein Gespräch mit Jaruzelski in Warschau vgl. AAPD 1985, I, Dok. 56.

33 Bundesminister Genscher besuchte Polen vom 10. bis 13. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

34 Ryszard Karski (Polen; seit 16. September 1987) und Franz Pfeffer (Bundesrepublik).

35 Der bisherige Botschafter in Warschau, Pfeffer, war seit 7. November 1987 Botschafter in Paris. Der bisherige Botschafter in Paris, Schoeller, wurde am 9. November 1987 Botschafter in Warschau.

Bei dem sich anschließenden Abendessen wurde in allgemeiner Form über den KSZE-Prozeß und das Wiener Folgetreffen gesprochen. Neue Gesichtspunkte ergaben sich nicht. BM hob den Prozeßcharakter der KSZE hervor und betonte, gerade die Europäer, die von den Gegensätzen zwischen West und Ost am meisten betroffen seien, trügen Verantwortung, das gegenseitige günstige Klima in Wien zu nutzen. Die Minister waren sich einig, daß der kulturellen Zusammenarbeit eine besonders friedensbildende Funktion zukomme.

Auf Frage BMs nach polnischer Haltung zu künftigem GD von UNESCO[36] erklärte AM, Polen habe eine Präferenz für bulgarischen Prof. Todorow. Man teile jedoch Ansicht BMs, daß ein Europäer keine Chance habe.

AM erklärte, daß Rede von StM Adam-Schwaetzer bei Eröffnung des Aspen-Seminars in Berlin[37] bei ihnen auf großes Interesse gestoßen sei.

Über den Stand der Verhandlungen US–UdSSR habe Schewardnadse gestern die sozialistischen AM unterrichtet.

[gez.] Richthofen

Referat 230, Bd. 142150

36 Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.

37 Das Seminar des Aspen-Instituts „Polen – innere und äußere Entwicklung“ fand vom 9. bis 12. September 1987 in Berlin (West) statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt notierte dazu am 14. September 1987, es habe Teilnehmer aus Polen, den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik versammelt, die „nur im eigenen Namen, nicht in amtlicher Eigenschaft“ gesprochen hätten. Hauptzweck seien die „Bilanzierung der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Polens und Erörterung von Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Normalisierung der polnischen Finanzbeziehungen zu den Ländern des Pariser Clubs“ gewesen: „Die Erörterung der Finanzfragen ergab am Schluß der Veranstaltung eine sehr weitgehende Übereinstimmung der Teilnehmer aus GB, USA und D, daß eine längerfristig orientierte Lösung aus der entstandenen Sackgasse herausführen könne, nämlich dem ‚Teufelskreis‘ zwischen den Größen Verschuldung und Schuldendienstkapazität, Modernisierung der Wirtschaft, Exportfähigkeit, Import westlicher Technologieprodukte und Gewährung neuer Kredite bzw. Garantien.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139738.
Für den Wortlaut der Rede der Staatsministerin Adam-Schwaetzer am 9. September 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 733–735.

264

Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in New York

105-A87/3 **22. September 1987**[1]

Gespräch der Zwölf[2] mit AM Shultz anläßlich eines Abendessens in New York am 22.9.1987;
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach einleitenden Worten des Gastgebers (AM DK) führte AM *Shultz* aus: Die Welt werde ohne Zweifel in fünf bis zehn Jahren völlig anders aussehen als heute, wie sie ja auch vor fünf oder zehn Jahren völlig anders ausgesehen habe. Er habe den Eindruck, wir wenden das Gesicht der Vergangenheit zu und schreiten rückwärts in die Zukunft. Wir müßten uns umdrehen, ohne allerdings die Vergangenheit außer acht zu lassen. Er glaube, daß dieser und sich daraus fortzuentwickelnde Gedanken in diesem befreundeten Kreise einmal erörtert werden müßten, daß das Denken wachgerüttelt werden müsse.

Zum jüngsten Zwischenfall im Golf[3] führte AM Shultz sodann aus: Das iranische Schiff sei mit neuesten fototechnischen Geräten von einem Helikopter aus fotografiert worden. Die auf dem aufgebrachten Schiff festgestellten Minen seien nicht gefesselte, sondern Grundminen; sie seien im übrigen anderer Machart als die von Rußland an Libyen gelieferten. USA haben inzwischen Vereinbarungen mit Amman getroffen, die gefangenen Iraner, einschließlich der Toten, den Jordaniern zu übergeben, die sie ihrerseits Iran ausliefern würden. Bezüglich des Schiffes selbst sei noch keine Entscheidung getroffen. Vermutlich sei es unsinnig, es Iran zurückgeben zu wollen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 2. Oktober 1987 gefertigt.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 16. November 1987 vorgelegen.

2 Giulio Andreotti (Italien), Hans van den Broek (Niederlande), Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Francisco Fernández Ordóñez (Spanien), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien), Brian Lenihan (Irland), Karolos Papoulias (Griechenland), João de Deus Pinheiro (Portugal), Jacques Poos (Luxemburg), Jean-Bernard Raimond (Frankreich) und Léo Tindemans (Belgien).
Anläßlich der VN-Generalversammlung in New York hielt sich Bundesminister Genscher vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu weiteren politischen Gesprächen vgl. Dok. 247, Anm. 24, Dok. 263, Dok. 267 und Dok. 268.

3 Botschafter Wulffen, Kuwait-Stadt, berichtete am 23. September 1987: „Zwei Hubschrauber haben von US-Fregatte ‚Jarrett' aus etwa 80 km nordöstlich von Bahrain vor Mitternacht am 21. Sept[ember] 1987 die Beobachtung und Verfolgung eines iran[ischen] Kriegsschiffes aufgenommen, das nach ihren Erkenntnissen dabei war, etwa in der Mitte des Golfs Minen zu legen. Diese Feststellung wurde mit Hilfe von Nachtsichtgeräten getroffen. Nach Kontaktaufnahme mit dem die US-Flotte kommandierenden Admiral Bernsen und dessen Autorisierung wurde das iran. Schiff in der Morgendämmerung des 22. Sept. mit Maschinengewehrfeuer ([7].62 mm) und Raketen (7 cm) beschossen. Dabei wurden drei (nach anderen Quellen vier) iran. Seeleute getötet, drei schwer verletzt, mindestens 22 unverletzt geborgen. Mehrere Seeleute (mindestens zwei) sollen noch vermißt sein. Insgesamt sollen sich an Bord des Schiffes mindestens 30 (nach Berichterstattung Kuwaits 31) Seeleute befunden haben. Die getöteten Seeleute wurden an Bord des US-Zerstörers La Salle, dem Flaggschiff der amerik[anischen] Mittelostflotte, und die Verletzten auf den US-Hubschrauberträger Guadalcanal gebracht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat 311, Bd. 139991.

Folgende Überlegungen gelte es in diesem Zusammenhang grundsätzlich anzustellen: Erstens, die freie Welt sei abhängig von Energie, also von Lieferungen aus der Region. Die Importe der USA seien geringfügig, Europa und Japan aber bezögen je einen beachtlichen Prozentsatz hierher. Öl sei so gut wie Geld, es müsse am besten „gepoolt" werden, der Golf trage zum gemeinsamen Pool bei. Die Frage sei, wie man für die kommenden Jahre die Energieversorgung der freien Welt sichern könne. Jedenfalls könne die freie Welt nicht zulassen, daß eine ihr nicht freundlich gesinnte Macht die Vorhand gewinne. Iran sei derzeit dabei, sich eine solche Position auszubauen, indem er die Golfstaaten bedränge. Ebensowenig könne es im Interesse des Westens liegen, die SU den Fluß des Öls bestimmen zu lassen.

Infolgedessen müßten US und Europäer handeln. US, GB, NL und B hätten bereits Schiffe in den Golf entsandt. Derzeit befänden sich 41 US- und 35 europäische Schiffe in der Region. Die Militärs, insbesondere die Marine, der betroffenen Staaten könnten ihre Aktionen somit koordinieren.

Wichtig sei, wie im Falle INF, darzutun, daß der Westen seine Interessen kenne und zu wahren gewillt sei. Ja, daß er seine Interessen zur Not auch verteidige, wenngleich er den diplomatischen Weg zur Problemlösung, also z. B. den Weg über die VN, vorziehe. Konkret sei es im vorliegenden Fall wichtig, die gemeinsame Haltung innerhalb der VN zu wahren. Im übrigen habe dies den zusätzlichen Vorteil, das Ansehen der VN insgesamt zu stärken.

Wenngleich Irak den Krieg[4] begonnen habe, was er ohnehin seit langem bedaure, so erweise es sich derzeit als geradezu unmöglich, Iran auf die Reihe zu bringen und z. B. zu einem Waffenstillstand zu bewegen. Hier sei Druck erforderlich. Noch wisse man nicht, was die iranische Führung dem GS gegenüber erklärt habe.[5] Die Rede von Präsident Khamenei[6] sei hierzu wenig aufschlußreich gewesen. Nur eines sei klar: Man müsse die Implementierung von Resolution 598[7] voranbringen und unablässig weiter in diese Richtung drängen. Er (Shultz) empfinde es als eindrucksvoll, aus den jüngsten Ereignissen ableiten zu können, daß SU sich irre, wenn sie erkläre, Militärpräsenz wirke destabilisierend, das Gegenteil sei der Fall.

Am 20.7. seien alle SR-Mitglieder hier in New York gewesen, und noch nie habe man eine solch starke Resolution mit so eindrucksvoller Einhelligkeit angenommen. Dies könne seine Wirkung auf die Weltöffentlichkeit nicht verfehlen. Diese Wirkung, wenn man sie denn zu erhalten verstehe, könne auch Dividenden in

4 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 11.

5 Zum Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak vgl. Dok. 252, Anm. 21.

6 Zur Rede des Präsidenten Khamenei am 22. September 1987 vor der VN-Generalversammlung in New York wurde in der Presse berichtet, dieser habe nach dem Beschuß des iranischen Schiffes im Persischen Golf durch die USA wenige Stunden zuvor „Vergeltungsmaßnahmen" angedroht: „‚Das war der Anfang einer Serie von Ereignissen, die sich nicht auf den Golf beschränken werden', sagte er vor der Vollversammlung. Die Vereinigten [Staaten] erhielten eine ‚passende Antwort auf diesen abscheulichen Akt'. Der Staatschef gab keine direkte Antwort auf die Forderung des amerikanischen Präsidenten Reagan vom Montag, ‚klar und unzweideutig' zu sagen, ob Iran die Resolution 598 des Sicherheitsrates mit dem Ziel einer Waffenruhe im Golfkrieg befolgen werde. In [seiner] Rede wiederholte der Iraner die Forderung, daß der Irak als Aggressor verurteilt werden müsse." Vgl. den Artikel „Amerikaner greifen iranisches Schiff an"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. September 1987, S. 1 f.

7 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

anderen Bereichen abwerfen. Um dies aber zu erreichen, müsse man sich Herausforderungen stets stellen.

Er habe die Rede von Khamenei 15 Minuten lang am Fernsehen verfolgt. Khamenei sei offensichtlich ein „Logik-Zerreißwolf". Die Iraner hätten ihre eigene Rationalität. Der Westen behaupte oft, sie seien irrational; das stimme nicht, lediglich sei ihr gedanklicher Ausgangspunkt ein anderer. Auf diese Weise hätten sie sich denn auch manches herausgenommen, ohne entsprechende Folgen gewärtigen zu müssen. So habe man die Iraner sozusagen verwöhnt, und heute glaubten sie, sie könnten sich alles leisten, ohne das irgend jemand etwas dagegen tue. Schließlich aber gebe es so etwas wie internationale Verhaltensnormen. Hier seien Korrekturen erforderlich, und man müsse die Iraner an den Zügel nehmen. Bezüglich des aufgebrachten Schiffes z. B. sei internationales Handeln erforderlich; man müsse die Iraner in die Verantwortung nehmen.

AM F: Die Resolution vom 20.7. müsse weiter verfolgt werden, wenngleich eine der betroffenen Parteien ihr nicht zugestimmt habe. Es gelte, den Fehler zu vermeiden, insbesondere für die Augen des Iran, sich spalten zu lassen.

AM I: Es stehe außer Zweifel, daß Resolution 598 durchgeführt werden müsse. Andernfalls sei dies eine Niederlage für die gesamten VN. Nun gelte es allerdings zu sehen, wie diese Durchführung aussehen könne. Vor allem sei die Einheit der Fünf zu erhalten. Möglicherweise könne man mit nur geringer Anstrengung Iran in der Frage des Kriegsverschuldens ein wenig entgegenkommen; man brauche auch nicht sogleich einen Nürnberger Prozeß auszulösen. Es solle ja unterschieden werden in einerseits die Frage nach der Auslösung des Krieges und zum anderen die Motive und Handlungen, die darauf folgten. Wenn dies Iran schon so befriedige, daß er der Resolution zustimme, so sei dies ein wichtiger Punkt. Man müsse in diesem Zusammenhang auch vermeiden, daß sich bei anderen eine Solidarisierung mit Iran entwickle. Mit einer Aussage habe Khamenei in seiner Rede durchaus recht, wenn er nämlich frage, warum vor sieben Jahren niemand die Kriegsschuldfrage gestellt habe.

Es gelte ferner zu vermeiden, daß die derzeitige Spannungssituation im Golf sich auf die Beziehungen SU–US auswirke, die derzeit, wie alle Anwesenden von AM Shultz und AM Schewardnadse gehört hätten, auf gutem Kurs seien.[8] In diesem Punkt stimmten die SU-Interessen mit denen des Westens überein. Auch SU wolle nicht, daß Iran die Oberhand gewinne.

BM: Resolution 598 vom 20.7. sei zweifellos nach aller Auffassung ein wichtiges Dokument. Es frage sich, ob dies auch so sei und dieselbe Wirkung gehabt haben würde, wenn es nicht die Übereinstimmung gegeben hätte. Hier hätten SU und China sich in besonderer Weise verantwortlich gezeigt. SU gehe es zugleich um die Wahrung guter Beziehungen zu den arabischen Staaten sowie um die Sorge, wie sich die Lage eigentlich nach einem iranischen Sieg entwickeln würde. Immerhin sei SU Nachbar des Iran. In den südlichen SU-Provinzen lebten Moslems. Der enge Kontakt unter allen sei nun erforderlich, zwischen den fünf ständigen SR-Mitgliedern, den westlichen Staaten und mit Japan.

8 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vom 18. September 1987; EUROPA-ARCHIV 1987, D 576 f. Zu Schewardnadses Besuch in den USA vom 15. bis 17. September 1987 vgl. Dok. 261.

AM GB: Die Ereignisse in NO müßten in ihren komplexen und historischen Zusammenhängen gesehen werden. In Iran ereigne sich derzeit eine Entwicklung ohne Beispiel. Es gehe um eine Kombination aus nationaler Selbstverwirklichung und Revolution, die per definitionem irrational sei. Sie stehe zudem logischerweise in ständigem Konflikt mit der fragilen Ordnung, die der Westen sich für die Pflege seiner internationalen Beziehungen gegeben habe. Der Westen wolle und brauche auch im internationalen Bereich rechtsstaatliches Denken. Die Rede von Khamenei sei ein Phänomen, das die gesamte Basis westlicher Gedanken und westlicher Ordnung in Frage stelle. Gerade auch vor diesem Hintergrund müsse der Westen vermeiden, sich durch Verfolgung nationaler Interessen vom Festhalten an der einheitlichen Position ablenken zu lassen. Es sei nun einmal so, daß nationale Interessen sich auf sehr unterschiedliche Weise äußern könnten. Bislang bestehe auch noch kein Konflikt für die jeweiligen nationalen Interessen des Westens. Zur Zeit habe sogar die SU, habe auch China ein Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen Rechtlichkeit. Die heutige SU, das heutige China gründeten sich – nach einer ersten natürlicherweise in eine gewisse Isolierung führenden Phase – auf mittlerweile etablierten Revolutionen.

Man müsse sich das Wesentliche stets vor Augen halten: Die sehr fragile Einheit innerhalb der VN, insbesondere des SR, müsse auf den gesamten Bereich der internationalen Beziehungen ausgedehnt werden.

AM US warf ein, nicht alle Revolutionen führten notwendigerweise in die Isolation. Wenn er da an die amerikanische denke, so seien die Dinge dabei doch recht anders gelaufen.

AM NL: Der Krieg Irak–Iran gehe nun in sein achtes Jahr. Die Glaubwürdigkeit des SR stehe auf dem Spiel. Resolution 598 insgesamt wie insbesondere einige ihrer Absätze seien ohne Beispiel, insbesondere wegen der Einstimmigkeit der Zustimmung. Diese Einheit müsse bewahrt werden. Hier stehe man vor einem gewissen Dilemma, nämlich der Frage, wie diese Einheit bewahrt werden könne, insbesondere wenn man davon ausgehen müsse, daß zwei ständige SR-Mitglieder (SU und China) geneigt seien, gegenüber Iran gewisse Konzessionen zu machen. Wo aber könne man Konzessionen einräumen? Seines Erachtens müsse Resolution 598 integral durchgeführt werden. Bei gleich welcher Abweichung vom derzeitigen Inhalt müsse Irak Einspruch erheben. Es sei darauf hingewiesen worden, daß SU und China gewisses Zögern zeigen könnten wegen ihrer Beziehungen einerseits zu Iran, andererseits zu den arabischen Staaten; zugleich äußerten beide Staaten Sorge gegenüber der anwachsenden militärischen Präsenz im Golf. Unter keinen Umständen dürfe dies zum Anlaß genommen werden, Resolution 598 „aufzuribbeln".

AM IRL: Seines Erachtens müsse man gegenüber Iran fest auftreten. Schließlich habe man in jüngster Zeit die Verhaltensweise von Iran beobachten können und die Gefährlichkeit seines Vorgehens festgestellt.

AM I: Sollte der SR, insbesondere die fünf ständigen Mitglieder, sich auf eine weitere Resolution einschließlich von Sanktionen einigen können, so sei dies gut. Dieses werde aber nicht eintreffen. Auch er wolle weder Konzessionen noch ein „Aufribbeln". Aber der ins Auge gefaßte Ausschuß müsse sich ja nun über die Kriegsschuld äußern. Das sei zwar sehr einfach festzustellen. Ebenso einfach aber sei es für Iran, dieser Schlußfolgerung dann nicht zuzustimmen, und danach

werde es sehr einfach sein, Uneinigkeit zwischen den SR-Mitgliedern über weitere Maßnahmen zu säen. Ein Schwachpunkt liege in der Tatsache, daß der SR sich zu früherem Zeitpunkt nie zur Kriegsschuldfrage geäußert habe. Gewiß seien auch die Iraker keine Engel. Er erinnere sich sehr gut der Zeit, da der Westen sehr diffizile Beziehungen zu Irak hatte und er selbst (AM Andreotti) einen Brief an Präsident Carter geschrieben habe, er möge doch die Beziehungen zu Irak wieder aufnehmen[9], um dieses Land nicht völlig in die Isolierung und eine gefährliche Haltung zu treiben.

AM B: Er habe vor kurzem eine Reise nach Malaysia und Pakistan durchgeführt.[10] Beide hätten ihm ihre Sorge davor zum Ausdruck gebracht, möglicherweise durch Irak in eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der SU zu geraten.

AM SP: Noch vor zehn Jahren habe man sich keine islamische Bewegung von der heutigen Virulenz auch nur vorstellen können. Man dürfe die islamischen Staaten nicht isolieren. Der Krieg dauere nun seit sieben Jahren an, und erst jetzt beginne der Westen, sich Sorgen zu machen. Dies dürfe den Westen nicht veranlassen, von seiner Vorsicht abzugehen. Der Westen müsse den Konsens sorgfältig aufrechterhalten.

AM US: Mit Interesse habe er die Ausführungen von AM Genscher gehört. Die islamischen Staaten liegen im Hinterhof der SU. Iran verfolge eine revolutionäre Philosophie, und diese sei auch für die Ohren einer großen Zahl von Moslems in der SU bestimmt. Im Bereich ihrer Beziehungen zur arabischen Welt zahle SU heute die Strafe für ihr Tun und Treiben in bezug auf Iran.

Wenn der Westen richtig handele, so könne er derzeit eine starke Unterstützung für eine zweite Resolution gewinnen. Iran wolle keinen Waffenstillstand, sondern vielmehr die ihm eigenen Ziele weiterverfolgen. Er glaube, daß auch China mit dem Westen stimmen werde, wenngleich nur nach gewissem Zögern. China habe schließlich kommerzielle Interessen auch im Westen.

AM DK: Am Nachmittag habe ein Gespräch der Troika mit China stattgefunden. Demnach zeige China sich gegenüber einem weiteren Verfolg der Resolution vorsichtig und betone, es müsse zunächst dem SG[11] mehr Zeit für seinen Auftrag gegeben werden.

AM I: Man dürfe die große Gefahr nicht außer acht lassen, die sich aus dem Einfluß des Iran auf die gesamte islamische Welt, möglicherweise künftig noch stärker gerade auf die ärmeren Bevölkerungsschichten, ergeben könne.

BM: Er wolle an die ersten Worte von AM Shultz anknüpfen. Vergleichbare Gedanken seien bereits in Venedig[12] angerissen worden. Auch er erachte es für wichtig, daß der Westen sich einmal ausführlich über seine politische Strategie, über den Wandel in den westlichen Gesellschaften und in den wirtschaftlichen Beziehungen insgesamt unterhalte. Grundsätzlich sei er optimistisch bezüglich der Zukunft des Westens, sei er doch überzeugt, daß die Flexibilität der westlichen

9 Am 7. Juni 1967 brach der Irak die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab. Seit 26. November 1984 unterhielten die beiden Staaten wieder diplomatische Beziehungen.

10 Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich vom 7. bis 10. September 1987 in Pakistan auf. Zuvor hatte er die Philippinen und Malaysia besucht.

11 Secretary-General.

12 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

Gesellschaften es ihnen sehr viel besser erlaube, mit Veränderungen fertig zu werden, als die kommunistischen Gesellschaften dies könnten.

Er schlage vor, daß jeder der hier Anwesenden eine Person benenne, die in besonderer Weise befähigt wäre, hierüber Gedanken in ein gemeinsames Gespräch, in eine Art Arbeitsgruppe, einzubringen. Er denke dabei nicht an die Sherpas, auch nicht an hohe Beamte überhaupt. Das Thema setze sowohl Kreativität wie auch große Kenntnis von den bevorstehenden und bereits eingeleiteten Entwicklungen (neue Technologien) voraus und zugleich den Glauben an die Zukunft dieser Entwicklungen und unserer Gesellschaften. Politische Ideen wandelten sich, auch Regierungen wechselten, dennoch stelle man in Administrationen meist Untersuchungen so an, als wandle sich die Welt nicht. Im Grunde gehe es um das neue Denken, wie es selbst Gorbatschow auf seine Weise verfolge.

Besonders attraktiv sei für ihn hierbei die Anregung von AM Shultz, daß sich die Minister innerhalb der Allianz mit diesen Themen – von dem erwähnten Kreis beauftragter Personen aufbereitet – ausführlich miteinander aussprechen sollten.

Diese Aussprache könne auf einer informellen NATO-AM-Sitzung (nach Art der EG-Gymnich-type-Treffen[13]) stattfinden, zeitlich z. B. verbunden mit NATO-Tagung (Spanien: 9./10.6.[14]), Wirtschaftsgipfel (Toronto: 19./20.6. oder 20./21.6.[15]) oder OECD-Tagung[16].

Referat 010, Bd. 178925

13 Zu den „Gymnich-type-Treffen“ vgl. Dok. 4, Anm. 29.
14 Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Juni 1988 in Madrid statt. Vgl. dazu AAPD 1988.
15 Der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto fand vom 19. bis 21. Juni 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.
16 Die OECD-Ministerratstagung wurde am 18./19. Mai 1988 in Paris abgehalten.

265

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Fritzsche

209-360.91 ISR VS-NfD **22. September 1987**[1]

Betr.: Zusammenarbeit mit Israel im Rüstungsbereich[2];
hier: Besuch VM Rabin in der Bundesrepublik Deutschland (6.–10.9.1987)[3]

1) Ich habe, wie von Ihnen[4] erbeten, Herrn MR Dr. Schloenbach heute angerufen, um ihm Ihre Zuschrift vom 21.9.1987 anzukündigen. Die erste Reaktion von Herrn Schloenbach war, daß die Delegationsgespräche im BMVg weniger ergeben hätten, als tags zuvor im „General-Anzeiger" geschildert worden sei[5]. Was allerdings in den Vier-Augen-Gesprächen mit Strauß und Wörner besprochen worden sei, wisse er nicht. Unter Hinweis darauf, daß er zur Zeit außerordentlich in der Kommissionsarbeit eingespannt und von kommendem Freitag[6] bis 4. Oktober auf Dienstreise in USA sei, bat Herr Schloenbach darum, daß ich zur persönlichen Information zu ihm komme.

2) Im BMVg gab mir Herr Schloenbach folgende ausführliche Schilderung des Verlaufs der Gespräche mit VM Rabin, wozu er mir versicherte, daß er mir seine Aufzeichnung voll wiedergegeben habe.

2.1) Die Gespräche im BMVg hätten etwa eine knappe Stunde gedauert, zusätzlich sei ein 10–15-minütiges Abschlußgespräch geführt worden. Beide Gespräche seien unter Vorsitz der VM gewesen.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 23. September 1987 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat Fritzsche um Rücksprache bat.
Hat Fritzsche am 23. September 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] Schloenbach hat auch gesagt, er wisse seinerseits nicht, was – und ob eventuell auch unter vier Augen – im AA besprochen worden sei, betonte Notwendigkeit gegenseitiger Information, ohne ausdrücklich um AA-Gesprächsvermerk zu bitten."
Hat nach Weiterleitung einer Ablichtung an Referat 310 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter vorgelegen, der das Wort „AA-Gesprächsvermerk" hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Keine Bedenken, sofern M[inister]B[üro] zustimmt."
Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 25. September 1987 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „D[urch]druck mit Stempelerlaß an Bo[tschaft] Tel Aviv." Ferner vermerkte sie: „Z[u] d[en] A[kten] S[onder]B[and] Besuch Rabin."

2 Zur Rüstungskooperation zwischen der Bundesrepublik und Israel vgl. Dok. 167.

3 Bei seinem Besuch in der Bundesrepublik traf der israelische Verteidigungsminister Rabin u. a. am 9. September 1987 mit Bundesminister Genscher zusammen. Bei diesem Gespräch wurden der Nahost-Konflikt, insbesondere der Libanon-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg, die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik und Lieferungen aus der Bundesrepublik an Syrien, die zur Herstellung chemischer Waffen verwendet werden konnten, thematisiert. Zu dem letzten Punkt führte Rabin aus, er wisse, „daß es da rechtliche Probleme gebe, weil das Material auch zur Herstellung von Düngemitteln diene". Zum Libanon-Konflikt legte Rabin dar, der Libanon „sei ein Morast, in dem jeder versinke. Man könne dort unmöglich den Polizisten spielen. Syrien kontrolliere West-Beirut nicht vollständig. Die Schiiten seien in ihren Loyalitäten gespalten (Hisbollah/Iran, Amal/Syrien). Die Armee zerfalle in konfessionelle Gruppen. Eine Kantonalisierung wäre die einzige Lösung, sei jedoch nicht zu erreichen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178903.

4 Joachim von Arnim.

5 Vgl. den Artikel „Deutsche und israelische Militärs verstehen sich prächtig"; GENERAL-ANZEIGER vom 5./6. September 1987, S. 2.

6 25. September 1987.

2.2) Ziel sei es gewesen, die bisherige Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit bilanzierend darzustellen und nicht auf Details einzugehen, auch nicht Projekte, z.B. die U-Boot-Frage[7], in der Delegation zu besprechen. Hintergrund seien die eine Woche zuvor getroffene Lavi-Entscheidung in Israel[8] und der israelische Wunsch gewesen, sich selbst erst einmal Klarheit zu verschaffen, was weiter werden solle.

2.3) Im Gespräch gab D einen Überblick über den Sachstand der Rüstungskooperation nach der Wende[9] mit Hinweis auf die Verbesserung der Zusammenarbeit im Sinne einer üblichen Verbindung zwischen befreundeten Staaten mit dem Schwerpunkt auf Informations- und Erfahrungsaustausch. Dabei sei auch, was die israelische Seite nicht so gerne höre, auf die besondere Stellung der Bundesrepublik Deutschland durch ihre Einbindung in und Ausrichtung auf die NATO und ihre Bindung an die NATO-Partner, was die Zusammenarbeit einschränke, eingegangen worden. Die Notwendigkeit der Ausgewogenheit deutscher Zusammenarbeit in der Region sei betont worden. Ebenso das Grundprinzip gegenseitigen Interesses und gegenseitigen Nutzens. Dieser einleitende Überblick habe etwa 10–15 Minuten in Anspruch genommen.

Sodann sei man dazu übergegangen, Gebiete verstärkter Zusammenarbeit in jüngster Zeit zu erörtern.

2.4) Bei den Drohnen wolle die Bundesrepublik Deutschland an israelischer Technologie partizipieren. Hinsichtlich eines eventuellen Abschlusses von Ver-

7 Referat 424 vermerkte am 4. September 1987: „Israel beabsichtigt die Beschaffung von drei konventionellen U-Booten im Zeitraum 1990–1995, die aus amerikanischer Militärhilfe finanziert werden sollen. Die Aufträge dazu können aber nicht in die USA vergeben werden, da dort seit 30 Jahren keine konventionellen U-Boote mehr gebaut werden. Um dieses Problem zu umgehen, haben die beteiligten Firmen 1985 zunächst folgendes Konzept entworfen: Bestellung eines US-Generalunternehmens; Montage der Boote in Haifa bzw. den USA; Zulieferung der Waffen und Elektronikkomponenten direkt aus den USA; Bezug von schiffstechnischen Druckkörpersektionen von HDW." Eine Voranfrage habe die Firma Howaldtswerke–Deutsche Werft AG inzwischen zurückgezogen „und dafür eine Voranfrage zur Exportgenehmigung für ein komplettes U-Boot sowie Materialpakete für den Bau von zwei weiteren U-Booten auf US-Werft gestellt. Der vorgesehene Endverbleib dieser drei Boote in Israel wurde von HDW erst im nachhinein eingeräumt (zwei Monate später). Ausrüstung mit Waffen und dem größten Teil der Elektronik soll mit US-Material in den USA erfolgen. Da offenbar die Frage der Finanzierung und des Einverständnisses der USA mit einem solchen Dreiecksgeschäft noch nicht geklärt ist, scheint keine besondere Eile bei der Prüfung geboten. Über diese Anfrage ist noch nicht entschieden." Vgl. Referat 310, Bd. 149594.

8 Am 30. August 1987 stimmte das israelische Kabinett für die Aufgabe der Entwicklung und Produktion des Kampfflugzeugs „Lavi". In der Presse wurde berichtet: „Die Israelis sind längst Demonstrationen gewöhnt – von streikenden Arbeitern und Angestellten, die höhere Löhne fordern, von Ultraorthodoxen, die in Jerusalem die Schließung der Kinos am heiligen Sabbat verlangen. Der Protest vom Beginn dieser Woche aber war für die Israelis etwas Neues, bisher Einmaliges in ihrer beinahe schon alltäglichen Demonstrationsgeschichte: Hunderte von Mitarbeitern der Flugzeugindustrie blockierten Israels zentrale Verkehrsader, die Autobahn zwischen Tel Aviv und Jerusalem, zogen vor das Verteidigungsministerium und die amerikanische Botschaft, besetzten den Flughafen. Der Protest richtete sich gegen die Entscheidung des Kabinetts – die nur mit einer Stimme Mehrheit gefällt wurde –, das kostspielige ‚Lavi'-Projekt endgültig zu begraben. […] Es wäre Israels teuerstes Produkt geworden und hätte die Wirtschaft des Landes wiederum an den Rand des Ruins bringen können." Vgl. den Artikel „Gewogen und zu schwer befunden"; DIE ZEIT vom 4. September 1987, S. 4.

9 Nach Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten die Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff am 17. September 1982 zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

trägen habe keine Zusage gemacht werden können, da dies, wie auch in anderen Fällen, eine Frage des Wettbewerbes sei. Hier kooperierten israelische Firmen mit den deutschen Firmen Dornier und MBB, die andererseits auch mit französischen Firmen zusammenarbeiteten. Die israelischen Entwicklungen hätten den Vorteil, daß es sich um erprobte und vorhandene Systeme handele, dagegen seien die deutsch-französischen Produkte theoretisch besser auf die militärischen Anforderungen in Europa-Mitte abgestimmt. Israel betrachte die Bundesrepublik Deutschland als Eintrittspforte für den NATO-Markt.

2.5) Bei Munition bestehe seit langem eine enge Zusammenarbeit. Die Israelis hätten modernste Pfeilmunition, besser als alle NATO-Partner. Auch hier wollten wir israelische Erfahrungen nutzen. Aber auch dies sei eine Frage des Wettbewerbes. Bisher hätten israelische Firmen immer in Konkurrenz zu anderen Firmen gestanden und seien dabei immer besser und billiger gewesen. Momentan bestünde eine Koproduktion zwischen Rheinmetall und der israelischen Fa. IMI[10], welche fortgesetzt werde. Ende des Jahres stehe ein neues Bundeswehrlos zur Beschaffung an, für welches Israel gute Chancen habe.

2.6) Zur Ortung habe Israel ein Wärmebildgerät, welches besser als alle US- oder europäischen Entwicklungen sei, vor allem sei es klein genug für den PAH. Momentan sei Israel als Anbieter konkurrenzlos. Derzeit fänden Versuche auf Industrieebene zur Erprobung statt.

2.7) Bei den Radarsignalprozessoren arbeiteten israelische Firmen und AEG zur Verbesserung der Verarbeitung von Radarinformationen zusammen. Eventuell werde Ende des Jahres ein Industrievertrag abgeschlossen.

2.8) Für das Helmdisplay für Piloten bestehe eine Chance, daß bis Ende des Jahres ein Studienvertrag israelischer Firmen mit AEG und Leitz abgeschlossen werde.

3) VM Rabin habe in den Gesprächen nur kurze Anmerkungen gemacht. So habe er hinsichtlich der Drohnen um Prüfung und Berücksichtigung der israelischen Entwicklung gebeten. Hinsichtlich der Munition habe er erwähnt, daß die militärischen und technischen Anforderungen der Bundeswehr zu hoch seien und bitte noch einmal überdacht werden mögen. Zu den Radarsignalprozessoren habe er lediglich erwähnt, daß Israel außer der Entwicklung von Lavi auch andere modernste Technik entwickele.

4) BM Wörner habe als einzige Möglichkeit, den israelischen Wünschen nachzukommen, die Herstellung noch engerer Firmenkontakte gesehen.

5) Insgesamt habe VM Rabin einen sehr be-/gedrückten Eindruck, insbesondere während des Abschlußgespräches, gemacht. Er habe den Eindruck vermittelt, als habe er mehr nach Israel mitbringen wollen, als ihm gelungen sei. Dahingehend sei auch sein abschließender Appell zu verstehen, ob nicht der Lavi-Firma IAI (Israel Air Industries) nach Aufgabe der Lavi-Entwicklung und -Produktion von deutscher Seite Aufträge erteilt werden könnten. Im Bewußtsein der auf ihn zukommenden Gewerkschaftsforderungen und Demonstrationen im Anschluß an die Lavi-Entscheidung habe man erkennen können, daß VM

10 Korrigiert aus: „EMI“.
Israel Military Industries.

Rabin bereits mit seinen Gedanken wieder in Israel gewesen sei, wohin er vorzeitig wieder abgereist sei. Abschließend habe VM Rabin die Übereinstimmung von Rahmen- und Zielsetzung gemeinsamer Rüstungskooperation zum Ausdruck gebracht und dabei auf die starke wirtschaftliche Bedeutung für Israel hingewiesen, wo 30% des BSP in den Verteidigungsbereich gehen.

6) Aus diesem Gesamteindruck schließe er, Schloenbach, daß VM Rabin auch in den Vier-Augen-Gesprächen keine weitergehenden Zusagen erhalten habe. Hierüber lägen ihm allerdings keinerlei Erkenntnisse vor.

7) Nach seiner, Schloenbachs, Ansicht, genüge eigentlich unser DE vom 8.9. zur Information der Botschaft Kairo.[11] Weitere erläuternde Weisung durch uns bittet er möglichst mit ihm persönlich abzustimmen, was allerdings nur am Mittwoch, den 23. September, und am Donnerstag, den 24. September 1987, möglich sei, da er anschließend zu seiner Dienstreise in die USA aufbreche. Wenn möglich, bäte er die Abstimmung am Donnerstag vorzunehmen.[12]

Hiermit Herrn v. Arnim nach Rückkehr zur Kenntnis.

[Fritzsche][13]

Referat 310, Bd. 149594

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter teilte mit: „‚Die Bundesregierung hält an ihrer restriktiven Rüstungsexportpolitik fest. Lieferungen deutscher Rüstungsgüter in den Nahen und Mittleren Osten erfolgten bisher nur mit größter Zurückhaltung unter Berücksichtigung der Spannungslage in der Region. Israelische Überlegungen, in einem Drittland, evtl. der Bundesrepublik Deutschland, U-Boote zu beschaffen, sind uns bekannt. Es hat jedoch für die Bundesregierung bisher keine Veranlassung bestanden, sich mit der Frage einer Genehmigung zur Lieferung von U-Booten oder Teilen davon zu befassen.‘ Presseverlautbarung erscheint nicht notwendig.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 267; Referat 310, Bd. 149594.

12 Vortragender Legationsrat von Arnim teilte der Botschaft in Kairo am 24. September 1987 mit: „1) Das Gespräch VM Rabins mit BM Genscher wurde zu folgenden Themen geführt: Nahost-Konflikt, Golfkrieg, Libanon, restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik und Honecker-Besuch. Zur Rüstungskooperation erklärte VM Rabin, daß er die deutsche restriktive Haltung schätze, Israels Interesse vor allem gemeinsamer Forschung und Entwicklung und deutschen Käufen gelte. Die Frage der U-Boote für Israel sei nicht einmal im eigenen Land spruchreif. BM erklärte, israelische Lieferungen an uns könnten politisch nützlich sein. Verkäufe an Israel hingegen würden erhebliche Probleme aufwerfen […]. 2) Die Delegationsgespräche im BMVg drehten sich um den deutschen Wunsch, an israelischer Technologie und an israelischen Entwicklungen zu partizipieren, und den israelischen Wunsch, seinerseits zur Auslastung seiner Rüstungsindustrie Beschaffungsaufträge der Bundeswehr zu erhalten.“ Arnim bat, gegenüber der ägyptischen Regierung wie folgt zu verfahren: „1) DE 310-321.36 ISR vom 8.9.87 gilt unverändert fort. Die Botschaft wird gebeten, Dritten gegenüber weiterhin diese Sprachregelung zu verwenden. 2) Nur bei näherer Nachfrage von offizieller ägyptischer Seite kann hinzugefügt werden, daß eine Lieferung von Leopard 2 an Israel nicht Gesprächsgegenstand gewesen sei. Im übrigen stützten sich die ägyptischen Fragen offensichtlich auf Pressespekulationen.“ Vortragender Legationsrat Fritzsche vermerkte dazu, die Abstimmung des Drahterlasses mit dem Bundesministerium der Verteidigung „erfolgte tel[efonisch] mit MR Dr. Schloenbach am 24.9. 18.00 Uhr“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 7448; VS-Bd. 11926 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

13 Vermuteter Verfasser der nicht gezeichneten Aufzeichnung.

266

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5604/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4060
Citissime

Aufgabe: 22. September 1987, 19.30 Uhr[1]
Ankunft: 23. September 1987, 01.54 Uhr

Betr.: Perspektiven der weiteren Verhandlungen für die Bereiche START und Weltraum nach dem Außenministertreffen Shultz/Schewardnadse in Washington (15. bis 17.9.1987[2])

Zusammenfassung

In beiden Bereichen hat die Sowjetunion bei den Außenministergesprächen Konzessionen gemacht oder solche zumindest angedeutet: bei START durch grundsätzliche Bereitschaft zum Akzeptieren von Untergrenzen bei gleichzeitiger Beibehaltung der Bomber-Zählregel. Bei den Weltraumverhandlungen zeigte die SU Flexibilität durch Angebot von zwei alternativen Vorgehensweisen, entweder der beiderseitigen Verpflichtung auf die enge Auslegung des ABM-Vertrages[3] oder durch die Festlegung von zulässigen Elementen und numerischen Kriterien für die Entwicklung von strategischen Abwehrsystemen. Die Administration sieht sich jetzt vor die Notwendigkeit einer Entscheidung gestellt. Dabei gilt es, nicht nur die sowjetischen Vorschläge, sondern auch die Position des US-Kongresses zur ABM-Interpretation und zur SDI-Finanzierung zu berücksichtigen. Vor allem aufgrund der Sachzwänge der Haushaltsgesetzgebung erwartet Gesprächspartner[4], daß Entscheidung bis Mitte Oktober erfolgen muß.

Im einzelnen

Die START-Verhandlungen waren in Washington von amerikanischer Seite mit der Erwartung eingeleitet worden, daß die SU, wenn sie an Fortschritten interessiert sei, hier entsprechende Zeichen setzen möge. Dies ist in der Tat durch mehrere Zugeständnisse erfolgt:

– Die 60-Prozent-Regel als höchste Obergröße für ein Element der Triade bestätigt die Akzeptanz von Untergrenzen durch die SU (es wurde klargestellt, daß diese Untergrenze natürlich auch für SLBMs zu gelten habe).
– Bereitschaft, die 154 SS-18 als 1540 GK auf schweren ICBMs rechnen zu lassen.
– Bereitschaft, Wurfgewicht als Vertragsbestandteil zu akzeptieren, bei Reduzierung um 50 Prozent und Verpflichtung, dieses nicht nachträglich wieder zu

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 23. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an Vortragenden Legationsrat Wagner, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt, Legationssekretär Haller und Referat 201 verfügte.
Hat Holik vorgelegen.

2 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in den USA vgl. Dok. 261.

3 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

4 James H. Holmes.

erhöhen (Verbot von „throw weight creep“). Wurfgewicht als Kriterium war vorher von der SU nie akzeptiert worden. Auch die Verpflichtung zur Reduzierung um 50 Prozent wird hier SU noch einen Vorteil beim verbleibenden Wurfgewicht belassen. Die US sind bereit, dies zu akzeptieren.

– Weitergeltung der Bomber-Zählregel trotz Akzeptierung von Untergrenzen im Gegensatz zur bisherigen Verhaltensweise.

Diese Zugeständnisse sollten genügend Raum für die Verhandlungen geben, die nach gegenseitiger Vereinbarung in intensivierter Form in Genf fortgeführt werden sollen und beim nächsten AM-Treffen im Oktober in Moskau[5] auf höherer Entscheidungsebene wieder im Mittelpunkt stehen dürften.

Das Junktim START/Weltraum wurde von der SU in Washington nicht aufgehoben, ihre Vorschläge im Weltraumbereich sind jedoch offensichtlich so angelegt, daß eine Vereinbarung, die den Weg für ein START-Abkommen freimachen könnte, etwas weniger unerreichbar scheint. Die SU habe für die Regulierung der BMD-Aktivitäten zwei alternative Wege vorgeschlagen. In beiden Fällen verlange sie eine Bindungsdauer von zehn Jahren; sie habe zugestanden, daß nach Ablauf dieser Frist eine neue Verhaltensregelung gelten müsse, ohne sich aber etwa auf die Zustimmung zum Deployment einzulassen. Als Alternative 1 sieht die SU die Verpflichtung beider Seiten zu strikter Beachtung der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrages. Hier habe sie durch den Verzicht auf die bisherigen, über die Regelungen des ABM-Vertrages hinausgehenden Beschränkungen für die BMD-Forschungen ein Zugeständnis gemacht. Sie habe keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit ihrer Formel von der Beachtung des ABM-Vertrages, wie er 1972 vereinbart worden sei, die bisherige restriktive Auslegung meine.

Als Alternative dazu habe sie ihren Vorschlag einer Liste von akzeptierbaren Aktivitäten und Kriterien ausgebaut. Bewegung hierzu habe es vor allem dadurch gegeben, daß vorher genannte Zahlen für die Begrenzung von Aktivitäten erheblich angehoben worden seien. In der Liste, die Vertragsbestandteil des sowjetischen Entwurfs vom 29.7.87[6] ist, habe es keinerlei Zahlenkriterien gegeben. Derartige Zahlen seien dann durch ein Papier eingeführt worden, das die SU am 10.9.87 der amerikanischen Seite übergeben habe. Diese Zahlen seien jedoch weit unterhalb dessen gewesen, was für die SDI-Forschung erforderlich scheine. Bei den AM-Gesprächen habe man nunmehr gesagt, daß diese ersten Zahlen lediglich illustrativen Charakter gehabt hätten, und habe neue, höhere eingeführt. So habe man z. B. bei der Stärke von „directed energy multiple beam lasers“ den Faktor von 10^8 auf 10^{15} erhöht. Auch für die Größe von Spiegeln und die Geschwindigkeit von „interceptors“ seien entsprechende Anpassungen vorgenommen worden.

Gesprächspartner, zuständiger Referatsleiter in der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department, glaubt, daß sich hier eine Situation entwickelt,

5 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 296.

6 Korrigiert aus: „27.7.87“.
Zum Entwurf der UdSSR vom 29. Juli 1987 für ein Abkommen über Abrüstung im Weltraum vgl. Dok. 227, Anm. 8.

die die Administration in Entscheidungsdruck setzen wird. Beide Optionen hätten Vor- und Nachteile. Das Akzeptieren einer Liste würde von den Befürwortern einer weiten Interpretation bereits als Verzichtserklärung angesehen, da sie hiermit über Dinge verhandeln müßten, deren Zulässigkeit sie bereits behauptet hätten. Die Beibehaltung der engen Interpretation ihrerseits würde die Möglichkeit von Tests im Weltraum praktisch ausschließen. Gesprächspartner sah die Notwendigkeit für eine politische Entscheidung auf höchster Ebene auf die USA zukommen. Hierbei würden allerdings voraussichtlich nicht die sowjetischen Veränderungsforderungen im Vordergrund stehen. In erster Linie müsse es der Administration darum gehen, eine Lösung zu finden, die den Kongreß zumindest soweit zufriedenstelle, daß er die für die Fortführung der SDI-Forschung erforderlichen Mittel bereitstelle.[7] Zwar habe der Präsident[8] klargemacht, daß er Beschränkungen, wie sie der Kongreß in der vergangenen Woche beschlossen habe, sollten sie Bestandteil der Haushaltsgesetzgebung werden, durch ein Veto blockieren werde. Nicht klar sei jedoch, wie es dann weitergehen solle. Da die Haushaltsberatungen im Oktober abgeschlossen sein müßten, würde es wohl darauf hinauslaufen, daß eine Entscheidung hierzu gefallen sein könnte, bevor die Außenminister sich in Moskau erneut treffen. Die Prognose des Gesprächspartners war, daß man eher zur Listenlösung neige, da sie größere Flexibilität für die SDI-Forschung erlaube. Auch wenn man auf die enge Interpretation des ABM-Vertrages zurückgehe, würde es nicht ausbleiben, daß man sich auf quantitative Festlegungen verständige. Dann sei man aber auf ähnlichem Gebiet wie bei der Listenlösung, ohne deren Vorteile zu haben. Intensives Nachdenken der Administration über die hier aufgeworfenen Fragen werde in den nächsten Wochen erforderlich sein.

[gez.] van Well

VS-Bd. 11283 (220)

7 Ministerialrat Hirsch, Washington, informierte am 8. Oktober 1987 über die Finanzmittel für das SDI-Programm der amerikanischen Regierung: „Schon jetzt zeichnet sich eine drastische Kürzung der vom US-Verteidigungsministerium geforderten Haushaltsmittel ($ 5,7 Mrd.) für 1988 ab. Das Repräsentantenhaus hatte sich auf $ 3,1 Mrd. geeinigt, der Senat hatte mit knapper Mehrheit $ 4,5 Mrd. zugestanden. Der Vermittlungsausschuß wird sich für die endgültige Gesetzesvorlage irgendwo in der Mitte treffen, also ca. $ 2 Mrd. weniger, als SDIO gefordert hatte. Das Pentagon, in Vorlagen an den Kongreß, lamentierte wiederholt, daß bereits mit der Vorgehensweise nach alter Programmstruktur erhebliche Streichungen und Verzögerungen im Programm zu erwarten seien, würde der SDI-Haushalt auf $ 4,5 Mrd. oder weniger sinken.“ Vgl. den Wehrtechnischen Bericht Nr. 87/87; Referat 431, Bd. 153222.

8 Ronald W. Reagan.

267

Ministerialdirigent Jansen, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-5634/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 23
Citissime

Aufgabe: 23. September 1987, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 24. September 1987, 05.16 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit iranischem Staatspräsidenten Khamenei[2] am 22.9.1987 in New York[3]

1) Das in freundlicher Atmosphäre geführte Gespräch, das in der Suite des Präsidenten im Hotel Waldorf Astoria stattfand, behandelte neben dem Geiselthema[4] die Lage am Golf. Am Gespräch nahmen AM Velayati und Vize-AM Larijani teil.

2) Präsident würdigte den guten Stand der deutsch-iranischen Beziehungen. Die Haltung der Bundesregierung zur Sicherheitsratsresolution[5] 598[6] habe dazu beigetragen.

BM würdigte die Gelegenheit, den Dialog mit dem Iran fortzusetzen und erinnerte an die erfolgreichen Besuche von AM Velayati[7] und Vize-AM Larijani[8] kürzlich in Bonn. BM verwies auf die deutschen Bemühungen während der deutschen Präsidentschaft im Sicherheitsrat im vergangenen Monat August und die Unterstützung der konstruktiven Aktion des Generalsekretärs[9]. Es komme jetzt darauf an, den Generalsekretär bei den nächsten Schritten zu unterstützen. Die Bundesregierung ermutige alle Beteiligten, sich an Resolution 598 zu halten und zu einem Waffenstillstand zu kommen. Wichtig sei es, daß jetzt eine Phase vernünftiger Gespräche beginne. BM stellte als besonders bedeutungsvoll heraus, daß auch in Zukunft die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gemeinsam vorgingen. Er hoffe, daß Präsident Khamenei seine Anwesenheit in New York nutze, um mit möglichst vielen Mitgliedern der Völkergemeinschaft zu sprechen und um sich dann eine Meinung bilden zu können.

BM dankte ferner für die iranische Unterstützung bei der Freilassung der deutschen Geisel Schmidt. Er bat um weitere Hilfe des Iran im Falle des noch immer

1 Hat Vortragendem Legationsrat Eickhoff am 24. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 230 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Honsowitz am 25. September 1987 vorgelegen.

2 Durchgängig korrigiert aus: „Khameini".

3 Anläßlich der VN-Generalversammlung in New York hielt sich Bundesminister Genscher vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu weiteren politischen Gesprächen vgl. Dok. 247, Anm. 24, Dok. 263, Dok. 264 und Dok. 268.

4 Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 249.

5 Korrigiert aus: „Sicherheitsresolution".

6 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

7 Der iranische Außenminister Velayati hielt sich am 23./24. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Juli 1987 vgl. Dok. 221.

8 Der stellvertretende iranische Außenminister Larijani hielt sich am 1./2. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 171, Anm. 40.

9 Zum Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak vgl. Dok. 252, Anm. 21.

in Geiselhaft gehaltenen Cordes, der sich in einem schlechten psychischen und physischen Zustand befinde.

3) Präsident Khamenei versprach, das zu tun, was in der Macht des Iran stünde. Er hoffe, daß der Fall gelöst werde. Der Iran tue dies aus humanitärer Verantwortung.

Zur Resolution 598 sei dem Generalsekretär die klare positive Haltung des Iran erklärt worden. Die Aussagen des Iran zielten auf logische und praktische Lösungen auf der Grundlage konkreter und realistischer Sichtweisen. Leider sei die Aggression des Irak in der Resolution nicht erwähnt. Ohne Lösung der Schuldfrage könne es aber keine Lösung des Konflikts geben. Ohne eine Durchführung der Resolution in diesem Sinne werde sie ihre praktische Bedeutung verlieren. Der Iran habe praktische Vorschläge gemacht. Man glaube auch, daß der VN-GS alles tue, was in seiner Macht stehe. Der gestrige Zwischenfall im Golf (Angriff eines US-Helikopters auf ein iranisches Schiff[10]) kompliziere aber die Dinge. Und je schwieriger die Lage dort sei, je schwerer werde es aber auch dem Generalsekretär fallen, erfolgreiche Aktionen durchzuführen. Er glaube, daß die Aktion im Golf zeige, daß die USA den guten Willen vermissen ließen; mit anderen Worten, die USA wollten ihre Probleme lösen, aber nicht die Probleme, die im Persischen Golf bestünden. Falls die Resolution 598 genutzt werde, um Druck auf den Iran auszuüben, werde der Iran nicht nachgeben. Wenn der Wille bestehe, korrekt nach der Resolution 598 zu verfahren, so sei auch der Iran kooperationsbereit.

BM erläuterte, daß die Bundesrepublik Deutschland die Resolution so nehme, wie sie ist. Für keine Seite sei sie perfekt. Sie sei eine gute Basis für den Generalsekretär. Heute sei alle Welt froh über dessen Reise nach Teheran und Bagdad. Jetzt müßten alle Betroffenen verantwortlich und vernünftig handeln. Deshalb würde er es begrüßen, wenn es endlich zu einem Waffenstillstand komme. Für die Bundesregierung begrüße er den laufenden Dialog mit dem Iran, der sich durch die Besuche des Außenministers und Vize-Außenministers in Bonn manifestiert habe.

4) BM bat noch einmal eindringlich, alle möglichen Schritte iranischerseits zu unternehmen, um die deutsche Geisel Cordes freizubekommen. Bundesregierung sei im übrigen bereit, alles zu tun, um zu einer friedlichen Entwicklung am Golf beizutragen, und zwar auf der Grundlage der Resolution 598, die für keine Seite Partei ergreife. Bundesregierung wolle den Dialog mit der iranischen Regierung fortsetzen und die bilateralen Beziehungen verbessern.

Präsident widersprach. Er sei in einem Punkt nicht einverstanden. Resolution nehme sehr wohl Partei, denn sonst hätte der Irak als Aggressor bezeichnet werden müssen. Die USA, GB und F, alle wüßten, wer den Krieg begonnen hätte, aber niemand sage es. Deshalb könne auch nicht davon gesprochen werden, daß die Resolution eine neutrale Haltung einnehme. Wie könne das iranische Volk unter diesen Umständen Resolution akzeptieren? Resolution müsse jetzt in allen Teilen implementiert werden. Dies habe der Generalsekretär zugesagt.

10 Zum Beschuß eines iranischen Schiffes durch amerikanische Streitkräfte am 21. September 1987 im Persischen Golf vgl. Dok. 264, Anm. 3.

BM betonte abschließend Wert des Dialogs, der auf allen Ebenen fortgesetzt werden sollte. Dies sei um so wichtiger, als es darum gehe, die schwierige und gefährliche Situation im Golf zu überwinden.

Präsident erklärte sich nachdrücklich einverstanden mit dem Dialog zwischen den beiden Regierungen und der Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Bundesrepublik Deutschland sei darüber hinaus ein wichtiger Handelspartner, mit dem man eng zusammenarbeiten wolle.

[gez.] Jansen

VS-Bd. 13036 (230/231/232)

268

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Botschafter Holik, beide z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 24. September 1987, 08.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 25 **Ankunft: 24. September 1987, 21.23 Uhr**

Betr.: Deutsch-sowjetische Beziehungen

Von BM noch nicht genehmigt

BM[2] führte mit AM Schewardnadse im Rahmen eines Mittagessens in Residenz sowjetischen UNO-Botschafters ein gut eineinhalbstündiges Gespräch, das in einer sehr freundlichen Atmosphäre verlief.[3] Behandelt wurden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, des Konfliktes Irak–Iran und die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen.

Teilnehmer auf sowjetischer Seite: AM Schewardnadse, VAM Bessmertnych, Abrüstungsbeauftragter Wiktor Karpow, UN-Botschafter Belonogow[4] u. a.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Lautenschlager, Botschafter Meyer-Landrut, D 2[5], D 2 A[6], L 010[7], L 013[8].

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 32.
Hat Bundesminister Genscher am 28. September 1987 vorgelegen.

2 Anläßlich der VN-Generalversammlung in New York hielt sich Bundesminister Genscher vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu weiteren politischen Gesprächen vgl. Dok. 247, Anm. 24, Dok. 263, Dok. 264 und Dok. 267.

3 Das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse fand am 22. September 1987 statt.

4 Korrigiert aus: „Belogonow".

5 Hermann Freiherr von Richthofen.

6 Josef Holik.

7 Michael Jansen.

8 Jürgen Chrobog.

BM begann Gespräch mit Hinweis auf vorangegangenes Treffen mit den AM von IT und JAP zum Konflikt Irak–Iran.[9] Schewardnadse (AM) verwies auf Reise von VAM Petrowskij im April in das Konfliktgebiet.[10] Inzwischen sei die Lage im Golf durch das Auftauchen von Flugzeugträgern und anderen Kriegsschiffen noch schwieriger geworden. Er begrüßte sodann BM als Vizekanzler und Außenminister und bezeichnete die Beziehungen zu BM als gut und sachlich. Beiträge von BM zur Entwicklung der Beziehungen würden in Moskau geschätzt. Er verfolge seine Reden und Entscheidungen genau; seine Parteitagsrede[11] habe er persönlich gelesen. Die Rede enthalte interessante Überlegungen. Manche stünden im Einklang mit den Äußerungen von GS Gorbatschow zum sowjetischen Plan eines Konzepts allumfassender Sicherheit (sichere, nuklearfreie Welt).

AM würdigte sodann die bedeutende Rolle der Bundesregierung bei der Vorbereitung der sowjetisch-amerikanischen INF-Gesprächsrunde in Washington.

9 Bundesminister Genscher traf am 22. September 1987 in der italienischen VN-Vertretung in New York mit den Außenministern Andreotti (Italien) und Kuranari (Japan) zusammen, um über das weitere Vorgehen im VN-Sicherheitsrat zum irakisch-iranischen Krieg zu beraten. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. New York, berichtete, Genscher habe vorgeschlagen, den Meinungsaustausch der drei nicht-ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrats fortzusetzen, „weil sie von allen westlichen Ländern die einzigen seien, deren Stimmen sowohl in Teheran als auch in Bagdad gehört werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 16; Referat 311, Bd. 139985.
Am 25. September 1987 trafen Andreotti, Genscher und Kuranari wiederum in der italienischen VN-Vertretung zusammen. In dieser Unterredung bemerkte Andreotti, daß in den vergangenen Tagen „zwei negative Ereignisse eingetreten seien: die harte Rede des iranischen Staatspräsidenten Khamenei; der jüngste Zwischenfall im Golf. Bei der Bewertung der Lage dürften jedoch nicht nur diese beiden negativen Ereignisse, sondern müsse auch die offene Haltung des Iran in den bilateralen Kontakten in Betracht gezogen werden. Allerdings sei zu prüfen, ob es sich beim Verhalten des Iran um Strategie oder Taktik handele.“ Genscher „berichtete über sein soeben geführtes Telefongespräch mit AM Velayati, dem er vorgeschlagen habe, in Kontakt zu bleiben. Er habe Velayati deutlich gemacht, daß der Iran nicht hinter die mit dem G[eneral]S[ekretär] besprochene Linie zurückfallen dürfe. Die Lage sei gefährlich genug. […] BM sprach sich ferner dafür aus, auch in engem Kontakt mit dem Irak und dessen Freunden in der Arabischen Liga zu bleiben, insbesondere mit denen, die Einfluß auf den Irak ausüben könnten. Die EG sollte die Verhandlungen mit dem GCC über den Abschluß des Kooperationsabkommens bald positiv zu Ende bringen. […] Ein Auseinanderbrechen der Einigkeit der fünf ständigen SR-Mitglieder liege nicht im westlichen Interesse, weil sonst der Einfluß der SU in der Region zunehmen werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178934.

10 Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Petrowskij hielt sich vom 19. bis 28. April 1987 in Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, im Oman und im Irak auf. Zu seinem Besuch vom 24. bis 28. April 1987 im Irak berichtete Botschafter Fiedler, Bagdad, am 30. April 1987, Petrowskij sei am 25. April von Präsident Hussein und Außenminister Aziz zu mehrstündigen Gesprächen empfangen worden: „Aus der Sicht eines Beobachters in Bagdad reaktiviert die SU unter G[eneral]-S[ekretär] Gorbatschow ihre Nah- und Mittelostpolitik. Hauptziel dürfte unverändert die Abhaltung einer internationalen Konferenz sein, die es ihr ermöglichen soll, in den Nahen Osten aktiv zurückzukehren und mit den USA auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung vom 1.10.77 gleichzuziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 413; Referat 213, Bd. 143560.

11 Der FDP-Bundesparteitag fand am 5./6. September 1987 in Kiel statt. Zur Rede des Bundesministers Genscher am 6. September 1987 wurde in der Presse berichtet: „Im außenpolitischen Teil seiner Rede stellte sich Genscher abermals hinter die Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 26. August zur Diskussion über die Pershing 1A. Sie dürfe ‚von niemandem in Zweifel gezogen werden‘. […] Nachdrücklich plädierte Genscher dafür, die Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen nicht auf die Abrüstung zu begrenzen. ‚Wenn heute, nach Jahrzehnten der Konfrontation im West-Ost-Verhältnis, ein Wendepunkt erreicht werden könnte‘, sagte der Außenminister, ‚dann wäre es ein Fehler von historischem Ausmaß, wenn der Westen diese Chance vorübergehen ließe‘. Wer sich nicht aus alten Feindbildern lösen könne und im Falle der Sowjetunion ‚immer nur einzig und allein den schlimmsten Fall annimmt‘, der, so Genscher, mache sich selbst ‚politikunfähig‘.“ Vgl. den Artikel „FDP lehnt härtere Strafe für Vermummung ab. Waffendienst von Frauen befürwortet“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. September 1987, S. 1 f.

Gorbatschow habe die wichtige Erklärung des Bundeskanzlers[12] sowie die Äußerungen von BM zur PIa besonders unterstrichen. Daß ein INF-Abkommen vor der Tür stehe, sei nicht nur der Verhandlungskunst der Amerikaner und der Sowjets zuzuschreiben, sondern auch der aktiven Politik der Bundesregierung, wie auch Beiträgen der Verbündeten der Sowjetunion. Alle progressiv denkenden Menschen seien mit dem Ergebnis zufrieden.

BM dankte für die Einladung. Er erinnerte an seinen Besuch im Juli 1986 in Moskau[13], bei dem Gorbatschow vom Aufschlagen einer neuen Seite in den Beziehungen gesprochen habe. Die ungelösten Abrüstungsfragen hätten die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zunächst gehemmt. Beim Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Moskau[14] habe er mit Schewardnadse mit großer Offenheit über die mit INF zusammenhängenden Fragen gesprochen. Schewardnadse habe gefragt, was wir noch bräuchten, um der doppelten Null-Lösung zuzustimmen und unseren Beitrag im Hinblick auf die PIa zu leisten. Er, BM, habe sich für eine weltweite Lösung eingesetzt, aber auch gesagt, daß ein Abkommen an der Bundesrepublik Deutschland nicht scheitern werde. Er habe das auch später Botschafter Kwizinskij in Bonn[15] gesagt.[16] In der Folge hätten wir jedes Wort davon in die Tat umsetzen können und damit einen eigenständigen entscheidenden Beitrag zum Zustandekommen eines INF-Abkommens geleistet.

Uns liege daran, daß dieses Abkommen von allen Seiten richtig eingeschätzt werde, nämlich als Beweis, daß Abrüstung möglich sei und funktioniere. Das bedeute, daß man nun auch in anderen Bereichen der Abrüstung voranschreiten und Lösungen dort im selben Geist finden müsse wie bei INF, d.h. nicht nach der Methode Rüstung/Gegenrüstung, sondern Beseitigung von Überlegenheiten, wo sie vorhanden sind.

Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo die Frage gemeinsam beantwortet werden müsse, was deutsch-sowjetische Beziehungen für beide Länder und Europa insgesamt leisten können. Der Moskauer Vertrag[17] sei kein vergilbtes Dokument. Er lege beiden Seiten besondere Verantwortung auf, sich über die Zukunft Europas Gedanken zu machen. Es gehe darum, auf die Frage, wie es in Zukunft in Europa aussehen solle, Antworten zu formulieren. Es gehe um die künftigen Strukturen, um Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis.

Gorbatschow habe von gegenseitiger Abhängigkeit im guten Sinne gesprochen, d.h. Abhängigkeit beider voneinander. Wir seien in der Lage von Architekten, die

12 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

13 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

14 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

15 Die Wörter „in Bonn“ wurden von Bundesminister Genscher gestrichen.

16 Bundesminister Genscher traf am 18. August 1987 im südfranzösischen Théoule-sur-Mer zu einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij zusammen. Themen waren ein Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik und ein INF-Abkommen, insbesondere die Frage einer Einbeziehung der Pershing Ia. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu auch GENSCHER, Erinnerungen, S. 571–573. Vgl. dazu ferner das Gespräch Genschers mit Kwizinskij am 26. August 1987; Dok. 247, Anm. 6.

17 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Vorstellungen über die künftige Gestalt von Europa entwickeln sollen, damit keine wilde Bauerei einsetze, die alles erschwere. Die Schlußakte von Helsinki[18] sei das Kursbuch für ein besseres Europa. Es würden aber noch viele Konkretisierungen benötigt.

BM fuhr fort, AM habe davon gesprochen, daß er die Bundesrepublik besuchen wolle. Botschafter Kwizinskij habe das auch gesagt. Wir müßten jetzt die Zeit nutzen, um bei dem Besuch Substantielles zustande bringen zu können. Wir träten AM mit großer Aufrichtigkeit und gutem Willen gegenüber.

AM erwiderte, es gehe um den Bau des gesamteuropäischen Hauses. BM warf ein, daß dafür noch der richtige Plan fehle. AM fuhr fort, es gehe um die Architektur. Allerdings gebe es für die Planungen der Architekten Grenzen aus der Realität. Indem wir das europäische Haus bauten, müßten wir reale Möglichkeiten berücksichtigen.

Ein bedeutender Schritt sei nunmehr getan worden. Ein INF-Abkommen wäre ein wichtiger Block, ein Fundament, aber nur ein Beginn. Der Abrüstungsprozeß müsse nun weitergehen, und zwar zunächst mit der Reduzierung der strategischen Offensivwaffen und der garantierten Einhaltung des ABM-Vertrages für mindestens zehn Jahre. Hierzu habe die Sowjetunion einige Vorschläge eingebracht. Die beiderseitigen Delegationen würden nun weiter beraten und bis zum AM-Treffen in der zweiten Hälfte Oktober[19] einen vereinbarten INF-Text vorlegen. Die Hauptfragen seien jedoch Reduzierungen der strategischen Offensivwaffen und eine Regelung für Defensivwaffen. Hier müsse die historische Bedeutung des vorgesehenen Gipfeltreffens liegen.[20] Die Sowjetunion werde sich gebührend darauf vorbereiten. Freilich applaudierten nicht alle den bisherigen Ergebnissen, manche forderten eine Pause im Abrüstungsdialog. Aus der NATO höre man, daß nunmehr militärische Verstärkungen für Europa nötig seien, als ob Europa ohne ausreichende Verteidigung sei. Was habe sich für Europa durch ein INF-Abkommen verändert? Die Sowjetunion werde, wie auch BM wiederholt ausgeführt habe, weit mehr Nuklearwaffen beseitigen als die NATO. Nach sowjetischer Auffassung müsse die jetzt eingetretene Dynamik aufrechterhalten werden. Würde man Halt machen, würden andere Tendenzen die Oberhand gewinnen.

Auch bei Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und taktische Nuklearwaffen seien Fortschritte nötig. Bei den Gesprächen über ein Mandat für konventionelle Rüstungskontrolle in Wien[21] sei Übereinstimmung über einige prinzipielle Positionen festzustellen. Um zusätzliche Impulse zu erreichen, wäre ein Treffen auf Ministerebene nützlich.

Bei[22] den Verhandlungen über eine Konvention zum weltweiten Verbot chemischer Waffen sei man sehr nahe an einem Ergebnis. Die sowjetischen Zugeständ-

18 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

19 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR auf. Am 30. Oktober 1987 besuchte der sowjetische Außenminister Schewardnadse die USA. Vgl. dazu Dok. 296 und Dok. 302.

20 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

21 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 254.

22 Korrigiert aus: „C“.

nisse bei Verdachtsinspektionen und beim Austausch über Vorräte von C-Waffen seien für die USA offensichtlich unerwartet gekommen, auch Einladungen zur Besichtigung von Objekten der chemischen Industrie und der Vernichtung von chemischen Waffen.[23] Eigentlich blieben keine unlösbaren Fragen übrig. Er habe den Eindruck, daß die CW-Verhandlungen durch die Entwicklung im nuklearen Bereich in der Öffentlichkeit in den Hintergrund gerückt seien. Das dürfe nicht zugelassen werden. Er wisse, daß BM an Fortschritten interessiert sei. Besorgt sei er, daß keine Anzeichen großer Begeisterung in Washington festzustellen seien. Die französische Position[24] sei ihm unverständlich, und auch London zeige sich verhalten. Die Sowjetunion meine und wolle, daß noch bis zum Ende der gegenwärtigen amerikanischen Administration eine CW-Konvention abgeschlossen werden könne. Deshalb gelte es, für dieses und das kommende Jahr ein Programm zur Beschleunigung der Verhandlungen aufzustellen. Zahlreichen Erklärungen des Ministers entnehme er, daß unsere Interessen hier objektiv übereinstimmten.

BM bezeichnete es als sehr wichtig, daß SU und USA nachdrücklich über Reduzierungen strategischer Waffen verhandeln. Wir hätten befürchtet, daß mit dieser Aufgabe auf die nächste Administration gewartet würde, was ein schwerer Fehler wäre. Was jetzt geschehen sei, habe ein Momentum ausgelöst, das genützt werden müsse. Die Bemühungen müßten bis zum letzten Tag der Amtszeit Reagans weitergeführt werden. Man müsse, wie es im deutschen Sprichwort heiße, das Eisen schmieden, solange es heiß sei. Im Moment sei das Eisen sehr heiß.

Bei START gehe es um ein Thema, wo wir als Deutsche – wie auf einem Fußballplatz – die beiden Mannschaften anfeuern könnten. Unter den Verhandlungen, an denen wir selbst beteiligt sind, seien die größten Fortschritte im chemischen Bereich festzustellen. Hier sei man an einem Punkt angelangt, wo sich die Frage stelle, ob die bisherigen Ergebnisse ausreichend seien, um die chemischen Waffen weltweit zu beseitigen. Wenn man diese Frage verneine, könne man eigentlich gar kein Abkommen schließen, denn natürlich sei die Verifikation des CW-Verbots kompliziert. Er, BM, werde eine Gelegenheit suchen,

23 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 233.
In einer Aufzeichnung des Referats 222 vom 10. September 1987 wurde dargelegt: „Knapp sechs Monate nach der ersten offiziellen Bestätigung, daß die SU über chemische Waffen (CW) verfügt, und der Ankündigung des Baus einer CW-Vernichtungsanlage (Gorbatschow-Rede in Prag vom 10.4.1987) können auf sowj[etische] Einladung über 100 ausländische Experten am 3./4.10.1987 CW-Installationen und eine Vernichtungsanlage in Schichany/Wolga besichtigen. Von deutscher Seite werden zwei AA- und ein ziviler BMVg-Vertreter teilnehmen. Die sowjetische Bereitschaft zur Offenheit im CW-Bereich hat in den letzten Monaten eine beachtliche Entwicklung erfahren und zeugt auch von dem Zugeständnis, sich an den vor allem von den USA geforderten vertrauensbildenden Maßnahmen schon vor Abschluß eines CW-Verbotsabkommens zu beteiligen. Die sowjetische Bewegung dürfte teilweise Glasnost-bestimmt sein und auch dem sowjetischen Bemühen um Fortschritte bei den CW-Verhandlungen entsprechen. Zugleich wird sie nicht unerheblich mitbestimmt sein von dem Anliegen, der amerikanischen Offenlegung von CW-Vernichtungsplänen und der Einladung in eine amerikanische CW-Vernichtungsanlage eigene Beweise konstruktiven und offenen Verhaltens entgegenzusetzen." Vgl. Referat 222, Bd. 162043.
Am 21. September 1987 ergänzte Referat 222: „Bei Verdachtskontrolle nunmehr volles Einverständnis der SU mit Art. 10 des ursprünglichen amerikanischen CW-Abkommensentwurfs (Anm.: Dieser sieht stringentere Kontrollverfahren vor als z. Zt. als Verhandlungsgrundlage dienender britischer Entwurf.)." Vgl. Referat 222, Bd. 162043.

24 Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock") bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

unser elementares Interesse an einem Abschluß zum Ausdruck zu bringen. Wahrscheinlich sei Genf hierfür der geeignete Platz.

Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle seien sehr kompliziert und vielschichtig. Trotzdem sei das, was West und Ost[25] vorgelegt hätten, in den wichtigsten Fragen nicht weit auseinander. Als Hauptbetroffene würden wir hier unseren Schwerpunkt setzen.

Im Hinblick auf die Nuklearraketen in der Reichweite unter 500 km kenne die Sowjetunion unsere Interessen. Eine Position im Bündnis hierzu sei im Vorbereitungsstadium. Das eigentlich wichtige sei, daß nunmehr alle Aspekte der Rüstung weitgehend erfaßt würden.

Zu den Ausführungen des AM zu START erinnerte BM an die Gespräche in Moskau zum Verhältnis offensiver und defensiver Waffen. Damals habe er gesagt, daß er sich keine andere Lösung vorstellen könne als die Einigung über die Befolgung des ABM-Vertrages für eine bestimmte Zeitperiode. Wichtig sei, an alle diese Fragen im gleichen Geiste heranzugehen wie bei den INF-Verhandlungen.

Auf die Frage des AM, ob er eine Rede in Genf halten wolle, bemerkte BM, daß er eigentlich schon früher nach Genf reisen wollte. Er habe diese Reise aber verschoben, weil er nach der letzten Rede Schewardnadses in Genf[26] deutlich hätte entgegenhalten müssen. Die großen Ergebnisse und Entwicklungen seien ihm jedoch wichtiger erschienen. Auf die Bemerkung des AM, seine Rede habe vielleicht dazu beigetragen, gewisse Schwierigkeiten in Bonn zu überwinden, meinte BM, AM solle sich besser nicht in interne Dinge einmischen. Botschafter Stülpnagel habe in Genf unseren Standpunkt klar und in würdiger Form zum Ausdruck gebracht[27], er habe ihm dafür seine Anerkennung ausgesprochen. AM bemerkte, daß auch er die Erklärung Botschafter Stülpnagels wichtig und würdig gefunden habe. BM fuhr fort, der gleiche Botschafter habe später vor der Konferenz über Abrüstung und Entwicklung die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26.8.[28] darlegen können.[29]

25 Die Warschauer-Pakt-Staaten unterbreiteten am 22. Juni 1987 in Wien Vorschläge für ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Vgl. dazu Dok. 216, Anm. 16.

26 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 6. August 1987 vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 566–569 (Auszug).

27 Mit nicht numerierter Fernkopie vom 6. August 1987 übermittelte die Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) den Text der Ausführungen des Botschafters von Stülpnagel vom selben Tag. In seiner Erklärung legte Stülpnagel dar: „The distinguished Minister of Foreign Affairs of the Union of Soviet Socialist Republics has put a direct question to the Representative of the Federal Republic of Germany to the Conference on Disarmament, whether his country has nuclear systems in its arsenals. The answer […] is no. The Federal Republic of Germany is supporting the decision of the United States Government, the owners of the warheads of the Pershing I a, not to include these warheads in the current INF negotiations. This is also the position of the North Atlantic Alliance. Since […] the nuclear warheads of the Pershing I a are not in the arsenals of the Federal Republic of Germany, but in the arsenals of the United States of America, my country remains in full compliance with its obligations arising from the Non-Proliferation Treaty." Vgl. Referat 220, Bd. 144771.

28 Korrigiert aus: „24.8."
Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

29 Die VN-Konferenz über Abrüstung und Entwicklung fand vom 24. August bis 11. September 1987 in New York statt. In seiner Rede am 26. August 1987 legte Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, dar: „Wenn in Genf zwischen den USA und der Sowjetunion eine Einigung über die weltweite Beseitigung aller Mittelstreckenflugkörper erreicht wird, wenn insbesondere die noch offenen Verifikations-

AM stellte fest, daß die sowjetische Führung den Gedanken und Äußerungen des BM stets große Bedeutung beimesse. Gorbatschow wolle die Rolle und Bedeutung der VN ganz allgemein erhöhen und werfe die Frage umfassender Sicherheit in den VN prinzipiell auf.

In den Gesprächen mit Shultz[30] sei auch über nukleare Tests gesprochen worden. Da dieses Problem jedoch nicht nur die USA und die SU betreffe, habe die sowjetische CD-Delegation in Genf auch Vorschläge für ein multilaterales Teststopp-Abkommen vorgelegt.[31] Diese Vorschläge ergänzten sich in einem konstruktiven Sinn mit den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen. Ein Teststopp-Abkommen würde auch die Verifizierung von Abkommen zur nuklearen Abrüstung erleichtern. AM bat BM, sich in Genf auch für Fortschritte auf diesem Gebiet einzusetzen. Das Gespräch wandte sich dann bilateralen Fragen zu.

[32]AM stellte fest, die bilateralen Beziehungen hätten zwar noch keinen qualitativen Sprung gemacht, doch nähme die Quantität zu. Es gäbe interessante Einschätzungen und Äußerungen aus der Wirtschaft. Seine Kollegen stünden vor großen Projekten. In der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit laufe es nicht schlecht. Weiter sprach sich AM dafür aus, die Arbeit über den Abschluß eines Protokolls über Konsultationen voranzubringen.[33] Man müsse diese systematisieren. Die Arbeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes sollten beschleunigt werden[34]; es gehe dabei um interessante und akute Fragen. Auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1352

fragen in einer für alle Betroffenen befriedigenden Weise gelöst werden, wenn dieses INF-Abkommen zwischen den Vertragsparteien ratifiziert und in Kraft getreten ist und wenn schließlich die Vertragsparteien den vereinbarten Zeitplan für die Beseitigung ihrer Waffensysteme einhalten, für diesen Fall ist die Bundesregierung bereit, schon heute zu erklären, daß mit der endgültigen Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper die Pershing-I a-Raketen nicht modernisiert, sondern abgebaut werden. In diesem Zusammenhang fordert die Bundesregierung die Sowjetunion und ihre Partner auf, ihrerseits auf die laufende Modernisierung von Raketen mit einer Reichweite unterhalb von 500 km zu verzichten. Sie erwartet in besonderer Weise die Unterstützung Polens, der DDR und der Tschechoslowakei, die sich gerade in den letzten Wochen über die P[ershing] I a besorgt geäußert haben, daß sie nun auch unsere Besorgnisse im Hinblick auf die bei ihnen stationierten Scud-B-Raketen, die vor allem das Territorium der Bundesrepublik Deutschland bedrohen, ernst nehmen und diese Bedrohung abbauen." Vgl. Referat 223, Bd. 144824.

30 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

31 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 9. Juni 1987 für ein umfassendes Verbot von Nuklearwaffentests vgl. Dok. 233, Anm. 9.

32 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 26 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

33 Zu einem Konsultationsprotokoll zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken am 3. September 1987: „Dies ist ein sowjetischer, im September 1986 zuerst vorgebrachter Wunsch, dem wir uns nur zögernd genähert haben. Mandat zur Aufnahme des Gesprächs hat BM erst nach Unterredung mit K[wizinskij] am 18.8. gegeben." Vgl. Referat 213, Bd. 143532.
Am 18. September 1987 notierte Referat 213, die Bundesregierung habe zu einem Konsultationsprotokoll folgende Vorstellungen: „Wir wollen ein sachbezogenes Dokument mit einer Präambel, die auf drei wichtige Grundlagen hinweist: VN-Charta, Schlußakte und Moskauer Vertrag; wir brauchen deshalb auch keine erneute Bekräftigung des Gewaltverzichts; eine präventive Konsultationsklausel fiele uns schwer. […] Unsere westlichen Bündnispartner haben eine präventive Konsultationsverpflichtung mit der SU auch nicht abgeschlossen." Vgl. Referat 213, Bd. 143534.

34 Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit teilte dem Auswärtigen Amt am 16. Juli 1987 mit: „Im Rahmen des Besuches des Bundespräsidenten in Moskau haben BM Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse sich am 7.7.1987 übereinstimmend dafür ausgesprochen, das Umweltabkommen auf der Grundlage der Einigung der Verhandlungs-

in anderen Bereichen könnte vieles geleistet werden. Er bereite sich auf seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland vor. Mit Rücksicht auf „den amerikanischen Faktor“ könne er noch kein festes Datum nennen, weil das Datum für das Gipfeltreffen noch nicht festgelegt sei. Vorbehaltlich des Gipfels möchte er im Prinzip in der zweiten Novemberhälfte nach Bonn kommen.[35] Davor, in der zweiten Oktoberhälfte, werde Dobrynin auf Einladung der SPD in der Bundesrepublik sein. Er gehe davon aus, daß auch BM Dobrynin empfangen werde.[36] Bis zum November träte dann keine Unterbrechung in den Kontakten ein. Er werde jedenfalls bis zum Jahresende seinen Besuch gemacht haben.

BM hielt fest, daß der Besuch von AM noch in diesem Jahr stattfinde. Das Terminproblem des sowjetisch-amerikanischen Gipfels könne er gut verstehen. Er gehe davon aus, daß sich AM nach dem Besuch von AM Shultz in Moskau definitiv zu seinem Besuchstermin äußern könne. AM: Ja, zweifelsohne.

BM bestätigte, daß Dobrynin in Bonn auch Gesprächspartner in der Regierung finden werde. Die Vorbereitung des Besuches von AM sei unter vielen Gesichtspunkten wichtig: Es wäre wünschenswert, zu einer Veränderung der Strukturen der Wirtschaftsbeziehungen zu kommen, insbesondere im Interesse von Jointventures. Er habe aus der deutschen Wirtschaft Hinweise auf bestehende Probleme auf sowjetischer Seite bekommen. Dabei handele es sich nicht um Grundsatz- oder um politische Fragen. Vielmehr gehe es um organisatorische Probleme und mehr Flexibilität. Er habe dazu ein Papier fertigen lassen, das Mitarbeiter übergeben werde, und bitte, sich das anzusehen. Die Arbeiten am Umweltschutzabkommen seien klar. Dabei und in anderem Zusammenhang (Kultur) seien leider Probleme in bezug auf Berlin aufgetaucht, von denen wir glaubten, daß sie nicht aufzutreten brauchten. Diese Fragen sollten bei der Vorbereitung des Besuches gelöst werden.

AM warf ein, wir haben doch schon Präzedenzfälle in bezug auf Berlin.

BM fuhr fort, eine deutliche Zukunftsperspektive stelle sich bei der gemeinsamen Absicht, ein Protokoll über Konsultationen abzuschließen. Er habe sich die Ergebnisse der exploratorischen Gespräche angesehen. Die hierbei erreichten Annäherungen rechtfertigen es, die Mitarbeiter zu beauftragen, in förmliche Gespräche über ein solches Protokoll einzutreten und es nach Möglichkeit bis zu dem Besuch fertigzustellen.

AM nickte zustimmend. Er bereite sich sehr ernsthaft auf die Gespräche über Wirtschaftsprobleme vor. Hier gebe es aussichtsreiche Perspektiven. Es wäre

Fortsetzung Fußnote von Seite 1353

delegationen zu finalisieren […]. Die Vorbereitung der Unterzeichnung wird deshalb von hier aus nunmehr in Angriff genommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 909; Referat 213, Bd. 143603.

Am 30. Oktober 1987 informierte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, „daß sowjetische Seite zur Einbeziehung der Berliner Experten in den Arbeitsplan für die ersten Jahre der Zusammenarbeit ‚neue Vorschläge‘ unterbreitet habe, die die bundesdeutsche Seite nunmehr prüfen und zu denen wir Stellung nehmen sollten. Dabei handelt es sich um den Vorschlag, alle Berliner Vertreter jeweils am Ende der Liste zu dem jeweiligen Programmpunkt aufzuführen und die Teilnehmer aus dem Bundesgebiet jeweils am Anfang zu benennen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1104; Referat 213, Bd. 143603.

35 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die Bundesrepublik vom 17. bis 19. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

36 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin, am 12. Oktober 1987 vgl. Dok. 280.

nützlich, vor dem Besuch über die Botschafter Gedanken auszutauschen, damit die Gespräche beim Besuch spürbare Ergebnisse erbrächten.

BM erwiderte, Botschafter Meyer-Landrut habe sich in diese Fragen vertieft und auch Gespräche mit führenden Vertretern der Wirtschaft geführt. Er schlage vor, daß der Botschafter mit AM vor seinem Besuch darüber spreche. AM stimmte dem zu.

BM sprach sich dafür aus, die nächste Verhandlungsrunde über die Errichtung der Generalkonsulate in Kiew und München in Moskau zu führen[37] und dort letzte offene Fragen zu klären. Was die Familienzusammenführungen und Ausreisen angehe, so habe er auch öffentlich die gute Entwicklung gewürdigt.[38] Daneben gäbe es Härtefälle. Ein Teil der an die sowjetische Seite in Listenform übergebenen Fälle sei gelöst.[39] Er wäre dankbar, wenn auch die anderen Fälle gelöst werden könnten. AM sagte Prüfung zu. Er stellte die Gegenfrage, warum BM nicht die Konferenz über humanitäre Angelegenheiten in Moskau[40] unterstütze.

BM fragte zurück, ob hier nicht eine Verwechslung vorläge. Er habe sich dazu in seiner Wiener Rede zur Eröffnung des WFT sehr dezidiert geäußert.[41] Für uns stelle die Konferenz kein Problem dar, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt seien.

Auf die Rückfrage von AM, welche Voraussetzungen BM meine, erwiderte dieser, daß er diese im einzelnen in seiner Rede dargelegt habe. Wir verlangten nicht mehr als die Einhaltung der etablierten Praxis. Er gebe keine Stellungnahme gegen Moskau.

AM wies darauf hin, daß er auch mit AM Howe und AM Andreotti sprechen würde und fragte, ob er ihnen gegenüber von dieser Stellungnahme Gebrauch machen könne. BM erwiderte, er könne sagen, den beiden Außenministern sei ja seine Wiener Rede bekannt. Da AM von der Moskauer Konferenz gesprochen

37 Zu den Verhandlungen über die Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik und der UdSSR in Kiew bzw. München vgl. Dok. 133.

38 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 212, Anm. 28.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann vermerkte am 3. September 1987: „1) Die positive Entwicklung der Ausreisen Deutscher aus der Sowjetunion hat sich nach dem Besuch des Herrn Bundespräsidenten fortgesetzt. Allein im Juli sind 1583 und im August 1650 Aussiedler eingetroffen. Die Gesamtzahl für die Zeit vom 1.1. bis 31.8.87 beträgt somit 7073 Personen […]. 2) Die sowjetischen Behörden wickeln Ausreisegesuche, auf welche die seit dem 1.1.87 gültige Ausreiseverordnung anwendbar ist (getrennte Ehegatten, Zusammenführung naher Verwandter), nunmehr zügig ab. Vorrangig werden Ausreisegenehmigungen in Altfällen erteilt, bei denen sich die Ausreisewilligen seit fünf bis zehn Jahren oder noch länger um die Ausreise bemüht hatten. Ausreisende haben in den letzten Monaten gegenüber der Botschaft in Moskau und dem Deutschen Roten Kreuz in Friedland von freundlicherer Behandlung und höflicheren Umgangsformen berichtet. Auch von Repressalien des KGB gegenüber Ausreisewilligen ist in den letzten Monaten nichts bekannt geworden. 3) In allen Fällen, in denen der Verwandtschaftsgrad nach der neuen sowjetischen Verordnung als zu weitläufig angesehen wird oder in denen gar keine verwandtschaftlichen Beziehungen vorliegen, ist die Lage allerdings unverändert schwierig.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143610.

39 Zu den Härtefällen bei der gewünschten Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 206, Anm. 23.

40 Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

41 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.

habe, wolle er an die von uns vorgeschlagene Wirtschaftskonferenz[42] erinnern. Zwischen beiden bestehe kein Junktim. (AM: Darauf habe ich gewartet.)

Als letzten Punkt des Gespräches bat BM um sowjetische Einschätzung zum Stand des Konfliktes Irak–Iran[43] und was nach sowjetischer Auffassung jetzt getan werden sollte.

AM erwiderte, er habe auf diese Frage keine Antwort. Die Lage sei sehr kompliziert. Er mache sich Gedanken, was man praktisch tun könnte, um die Implementierung der Resolution 598[44] sicherzustellen. Die einen meinten, der VN-Sicherheitsrat solle eine zweite Resolution verabschieden. Die SU habe im Prinzip nichts dagegen. Er frage sich allerdings, welche Garantien für die Implementierung der zweiten Resolution gegeben wären. Darüber mache er sich die meisten Gedanken, wann solle eine zweite Resolution erlassen werden und mit welchen Garantien. Die SU habe sehr aktiv mit Iran und Irak gesprochen. Er habe AM Velayati vorgeschlagen, sofort ein VN-Gremium zur Feststellung des Aggressors einzusetzen und diesem drei, maximal fünf Monate Zeit zu geben. Eine Befristung sei notwendig, weil das Gremium sonst endlos und fruchtlos diskutiere. Darüber hinaus sollte man sich über einige andere Fragen verständigen, um wenigstens eine vorübergehende Entspannung der Lage zu erreichen. Velayati sei darauf nicht eingegangen. Die Lage sei sehr kompliziert, insbesondere durch die Konzentration von Flugzeugträgern und anderen Kriegsschiffen im Golf. Er habe den Iran vor der Komplizierung der Lage gewarnt. Der gestrige Zwischenfall im Golf[45] bestätige die Richtigkeit dieser Warnung. Zunächst sei es nur um den Krieg zwischen Iran und Irak gegangen. Jetzt gehe es auch um die Lage im Golf. Das mache alles noch komplizierter. AM bat BM, seine Überlegungen darzulegen. BM: Wir fragten uns, was man nach der Resolution 598 als ersten weiteren Schritt tun könne. Es wäre illusionär zu glauben, daß der Krieg nach sieben Jahren in zwei Monaten beendet werden könne. Die einstimmige Verabschiedung der SR-Resolution 598 sei außerordentlich bedeutsam. Es sei sehr wichtig, diese Einsicht aufrechtzuerhalten. Vor allem käme es auf die Einstimmigkeit der fünf ständigen SR-Mitglieder an. Wenn es etwas gäbe, was beide Konfliktparteien beeindrucke, dann diese Einstimmigkeit. Daher obliege den fünf ständigen SR-Mitgliedern in dieser Frage eine große Verantwortung. Mit der herausgehobenen Stellung sei eine enorme Verantwortung verbunden. Nach seiner Meinung sollte das bisherige Verhalten des SR ein Beispiel für das künftige Verhalten der SR-Mitglieder sein. Er habe das auch gegenüber den beiden anderen westlichen, nicht-ständigen SR-Mitgliedern IT und JAP unterstrichen. Wir würden nichts tun, was geeignet wäre, die Einheit des SR zu untergraben. Wir hätten ein elementares Interesse an der Stabilität in der Region und sowohl gute Beziehungen zu den arabischen Staaten als auch zum Iran. Das Gefahrenpotential in der Region sei angesichts der bestehenden

42 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine Ost-West-Wirtschaftskonferenz vgl. Dok. 43, Anm. 12.

43 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 11.
Vgl. ferner den Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak; Dok. 252, Anm. 21.

44 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

45 Zum Beschuß eines iranischen Schiffes durch amerikanische Streitkräfte am 21. September 1987 im Persischen Golf vgl. Dok. 264, Anm. 3.

Gegensätze groß. Jedes Problem für sich (Golf, Libanon, Palästinenser) sei gefährlich genug. Noch schlimmer wäre es, wenn sich die Gefahren potenzierten.

AM erwiderte, die Einheit im SR könne nur beibehalten werden, wenn keine der Großmächte in den Konflikt hineingezogen werde. Genau dieses könne man aber nach dem gestrigen Zwischenfall im Golf nicht mehr ausschließen.

BM wies darauf hin, daß die Konfliktlösung noch in den Kinderschuhen stecke. In der weiteren Diskussion müsse die Einigkeit des SR sehr behutsam behandelt werden. AM stimmte dem zu, wies allerdings erneut auf den gestrigen Zwischenfall und die starke militärische Präsenz im Golf hin. BM entgegnete, wir legten keine Minen und suchten keine Minen.

AM hielt den Zwischenfall für sehr gravierend. Er meinte abschließend, der SR sollte gleichwohl seine Einheit aufrechterhalten und zum erforderlichen Zeitpunkt eine Entscheidung treffen.

In einem anschließenden Gespräch unter vier Augen sprach BM den Fall Rust an.[46] Er wies darauf hin, daß wir das Verfahren gegen Mathias Rust genau verfolgt hätten, und bat um wohlwollende Prüfung des von den Eltern eingereichten Gnadengesuches. AM sagte zu, sich der Sache anzunehmen und mit GS Gorbatschow darüber zu sprechen. Die Durchführung des Verfahrens sei für die sowjetische Seite notwendig gewesen.

[gez.] Richthofen

Referat 010, Bd. 178934

46 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 242.

269

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Berlin (West)

25. September 1987[1]

Gesprächsteilnehmer auf deutscher Seite: der Herr Bundeskanzler, MDg Dr. Hartmann als Note-taker, VLR I Weber als Dolmetscher.

Gesprächsteilnehmer auf britischer Seite: Premierminister Thatcher[2], Herr Charles Powell als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit einem Dank für das Schreiben von PM Thatcher zur Frage der Nachfolge von Generalsekretär Carrington[3]: Er gehe davon aus, daß die Sache praktisch entschieden sei, und hoffe, daß man am Ende eine Abstimmung vermeiden könne.

PM *Thatcher* erwidert, sie teile diese Hoffnung, denn Herr Willoch sei ein vorzüglicher Mann und eine Abstimmungsniederlage würde ihm schaden.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er verstehe die Haltung von Willoch nicht ganz. Er habe sich heute morgen zum IDU-Präsidenten wählen lassen[4] und gleichzeitig erklärt, daß er an der Kandidatur für den NATO-Generalsekretär festhalte. Er hoffe, daß die Sache in einigen Wochen vorbei sei.

PM *Thatcher* wiederholt, Willoch sei in der Tat ein exzellenter Mann, aber BM Wörner sicherlich viel fähiger. Außerdem könne man nicht übersehen, daß Norwegen in der Sicherheitspolitik keine klare Haltung einnehme, das gelte

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 30. September 1987 gefertigt und am 1. Oktober 1987 von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte um Weisung, ob der von Ihnen gebilligte Vermerk Herrn BM Genscher zur Kenntnis übersandt werden soll. Wenn nicht, müßte das Auswärtige Amt zumindest von Ihrer Zusage gegenüber PM Thatcher betreffend unser Stimmverhalten bei einer von Argentinien oder anderen D[ritte]W[elt]-Staaten eingebrachten Falkland/Malvinen-Resolution in Kenntnis gesetzt werden. Wir haben uns in dieser Frage bisher stets der Stimme enthalten (obwohl im vergangenen Jahr wichtige westliche Länder wie Kanada, Australien, Frankreich, Italien und Türkei erstmals für die argentinische Resolution stimmten). Ihre Zusage an Frau Thatcher, ‚in dieser Frage hilfreich zu sein', dürfte von dieser dahingehend ausgelegt werden, daß wir uns auch in diesem Jahr – ungeachtet des noch nicht vorliegenden genauen Wortlauts eines Resolutionsentwurfs – der Stimme enthalten."
Hat Schäuble am 2. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen]."
Hat Hartmann am 7. Oktober 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „AA – Hr. Vollers – entsprechend unterrichtet." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Premierministerin Thatcher hielt sich anläßlich der dritten Parteiführerkonferenz der Internationalen Demokratischen Union, die vom 24. bis 26. September 1987 stattfand, am 25. September 1987 in Berlin (West) auf.

3 Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 250.

4 Der frühere norwegische Ministerpräsident Willoch wurde auf der dritten Parteiführerkonferenz der Internationalen Demokratischen Union vom 24. bis 26. September 1987 in Berlin (West) zum neuen Vorsitzenden gewählt.

insbesondere hinsichtlich der Stationierung von Nuklearwaffen. Andererseits werde BM Wörner ein Verlust für die Bundesregierung sein, so wie seinerzeit Lord Carrington ein Verlust für die britische Regierung gewesen sei.

PM Thatcher und der Herr Bundeskanzler tauschen sodann kurz ihre Meinung über die Präsidentschaftswahlen in Frankreich[5] und den Vereinigten Staaten von Amerika[6] aus. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wer nach ihrer Einschätzung demokratischer Präsidentschaftskandidat sein werde, erwidert PM *Thatcher*, der Gouverneur von Massachusetts, Dukakis, habe offenbar gute Chancen. Außerdem sei bemerkenswert, daß Jesse Jackson zur Zeit 23% Stimmen hinter sich habe.

PM Thatcher stellt sodann die Frage, wie der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland[7] zu beurteilen sei. Sie habe den Eindruck gewonnen, daß Honecker hierbei gut wegkam.

Der *Bundeskanzler* erwidert, der Besuch Honeckers sei in vielerlei Hinsicht für uns ambivalent gewesen. Zunächst müsse man sehen, daß die DDR ein wichtiger Partner für die Sowjetunion sei. Das gelte vor allem für den wirtschaftlichen Bereich. Allerdings sei das persönliche Verhältnis Gorbatschows zu Honecker nicht gut. Honecker schade es offenbar, daß er nie auf einer sowjetischen Parteischule gewesen sei, sondern statt dessen in einem deutschen Zuchthaus gesessen habe. Das habe u. a. dazu geführt, daß Honecker in der Sowjetunion weniger Leute der Führungsgarnitur persönlich gekannt habe als beispielsweise Ulbricht.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei, daß Honecker mit 75 Jahren am Ende seiner politischen Laufbahn stehe und daher etwas mehr „Freiheit“ für sich in Anspruch nehmen könne. Gleichzeitig sei Gorbatschow sehr mit seinen eigenen Problemen beschäftigt, was ihn zwinge, den anderen WP-Staaten etwas mehr Spielraum zu lassen. Schließlich wolle Honecker sein Denkmal bauen und nicht wie Ulbricht zu einer Unperson in der DDR werden.

Dennoch sei es ausgeschlossen, in prinzipiellen Fragen mit Honecker zu irgendwelchen Kompromissen zu kommen – übrigens auch nicht mit ihm als deutschem Bundeskanzler. Man habe aber über diese prinzipiellen Dinge offen gesprochen. Fortschritte gebe es in pragmatischen Fragen. Beispielsweise gebe es heute mehr „Tore durch die Mauer“. Dies sei eine der Bedingungen gewesen, die er, der Bundeskanzler, bei der Kreditgewährung vor drei Jahren[8] gestellt habe.

5 In Frankreich wurden am 24. April bzw. 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen abgehalten.

6 In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

7 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

8 Am 5. Juni 1983 endeten vertrauliche Gespräche des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, über die Vergabe eines Bankenkredits in Höhe von 1 Mrd. DM, für den die Bundesregierung eine Bürgschaft übernehmen sollte. In einem Schreiben an Strauß erklärte sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, im Gegenzug zu humanitären Erleichterungen bereit. Vgl. dazu DzD VII/1, S. 280 f. Vgl. dazu ferner STRAUSS, Erinnerungen, S. 470–475; KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 175–183; SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 284–303.
Am 25. Juli 1984 entschied das Kabinett, die Garantie für einen Kredit der Deutschen Bank in Höhe von 950 Mio. DM an die DDR zu übernehmen. Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, teilte

Die Zahlen sprächen für sich. 1983 seien rund 300000–400000 Rentner und rund 35000 Leute, die noch nicht im Rentenalter stünden, aus der DDR herübergekommen. Für 1987 sei mit rund 1,8 Millionen Rentnern und 1,2 Millionen Leuten, die noch nicht im Rentenalter stünden, zu rechnen. Dies sei eine qualitative Veränderung, wobei festzuhalten sei, daß Honecker nicht die Gesetze geändert, sondern nur eine großzügigere Handhabung veranlaßt habe.

Hinzu komme ein weiteres: Die DM sei heute praktisch die zweite Währung in der DDR. Dies könne problematisch werden, denn damit werde faktisch eine weitere privilegierte Klasse – die der DM-Besitzer – geschaffen.

Der Besuch habe in einem Punkt eine besonders wichtige Dimension gehabt: Es sei vorher vereinbart worden, daß die Reden beider Seiten im Fernsehen übertragen und auch in den DDR-Medien abgedruckt würden. Er, der Bundeskanzler, habe in seiner Rede[9] alle Probleme von den Menschenrechten über die politischen Gefangenen bis zur Schandmauer beim Namen genannt. Niemand könne voraussehen, was dies letztlich für Wirkungen habe.

Für die Zukunft gehe er davon aus, daß Honecker die Öffnung noch verstärken wolle. Mit welchen Veränderungen man es zu tun habe, zeige folgende demoskopische Erhebung aus der DDR: 1983 hätten sich noch 50% für eine eigene DDR-Staatsangehörigkeit ausgesprochen, 1987 seien es nur noch 27% gewesen. PM *Thatcher* wirft ein, das sei außerordentlich interessant. Aus ihrer Sicht könne zweierlei passieren: Entweder würden immer mehr Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland kommen und dann auch jüngere Leute hier bleiben oder das Leben in der DDR werde erträglicher, weil es wegen der Reisemöglichkeiten eine Art Sicherheitsventil gebe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, die zweite Alternative sei wohl richtig. Die Zahl derjenigen, die in der Bundesrepublik Deutschland blieben, sei inzwischen minimal. Dies sei natürlich für Honecker entscheidend. Allerdings müsse Honecker auch damit rechnen, daß die Verbitterung zunehme, denn die Besucher aus der DDR könnten jetzt selber feststellen, daß es ihnen schlechter gehe als den Landsleuten in der Bundesrepublik Deutschland. Vielleicht sei es aber auch so, daß sie sich mit der Lage deswegen abfänden, weil sie wüßten, daß sie einmal im Jahr in die Bundesrepublik Deutschland reisen könnten.

PM *Thatcher* erklärt, dies sei in der Tat ein sehr wichtiger Faktor. Es könne durchaus sein, daß Honecker in den letzten Jahren offener geworden sei. Gleichzeitig stelle sich natürlich für sie die Frage, wie sich der Nachfolger verhalten werde.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er habe Honecker im Scherz geraten, noch möglichst lange im Amt zu bleiben, denn der Nachfolger müsse sich erst seine Sporen in Moskau verdienen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1359

dazu mit, die DDR werde den Mindestumtausch für Rentner von 25 auf 15 DM senken und weitere Erleichterungen im Reiseverkehr vornehmen. Vgl. dazu den Artikel „Bonn übernimmt Garantie für neuen DDR-Kredit und gibt elf Zugeständnisse Ost-Berlins bekannt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Juli 1984, S. 1.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Empfang des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg vgl. BULLETIN 1987, S. 705–707. Für den Wortlaut vgl. ferner den Artikel „Praktische Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze"; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. September 1987, S. 3.

PM *Thatcher* erklärt, in der Tat sei vor allem in Ungarn und der DDR die Entwicklung interessant, weil sich dort eine gewisse Freiheit zeige. Polen sei ein anderer Fall wegen der besonderen Rolle der katholischen Kirche.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und erklärt, die weitere Entwicklung hinge natürlich wesentlich von dem Schicksal Gorbatschows ab. Er sei in dieser Frage skeptischer als noch vor einem Jahr. Zwar hätten ihm Kádár, Schiwkow und Honecker bestätigt, daß Gorbatschow keinen Konkurrenten habe, gleichzeitig seien aber seine Schwierigkeiten gewachsen.

PM *Thatcher* erklärt, man müsse auch sehen, daß sich die Dinge im Grunde nicht änderten. Ihr sei zum Beispiel gesagt worden, daß sowjetische Manager versucht hätten, unfähige Leute rauszuwerfen. Dann sei aber die örtliche KP-Führung gekommen und hätte verlangt, daß die Leute wieder eingestellt würden.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch deutsche Firmen hätten bei ihrem Kontakt mit sowjetischen Kombinaten die Erfahrung gemacht, daß diese sich außerordentlich schwer täten. Es sei für sie bequemer, die Verantwortung für Mängel auf die Moskauer Zentralverwaltung zu schieben.

PM *Thatcher* erklärt, sie gehe von einer vor uns liegenden interessanten Entwicklung aus. Einerseits werde es in der Sowjetunion schwieriger, gleichzeitig machten Polen, die DDR, Bulgarien und andere immer mehr Gebrauch von „Glasnost". Es werde nicht einfach sein, den Geist wieder in die Flasche zu bringen.

PM Thatcher kommt sodann auf die bevorstehende Unterzeichnung eines INF-Abkommens zu sprechen und erklärt, sie sei dem Bundeskanzler außerordentlich dankbar dafür, daß er die Pershing Ia aus diesem Abkommen ausgeschlossen habe[10], denn bei der PIa handele es sich um eine „private" Vereinbarung zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland.

Sie hoffe, daß es bei den weiteren Abrüstungsgesprächen zwischen den Sowjets und den Amerikanern nicht wieder zu Überraschungen wie seinerzeit in Reykjavik[11] komme. Sie habe jetzt gehört, daß AM Shultz dazu neige, einen umfassenden Atomteststopp-Vertrag mit den Sowjets auszuhandeln. Darüber mache sie sich große Sorgen, denn wenn der Westen an der nuklearen Komponente festhalten wolle, brauche er auch entsprechende Tests. Die jetzt vorliegenden zwei Abkommen über einen teilweisen Teststopp[12] seien in Ordnung, aber ein umfassendes Teststopp-Abkommen würde sehr schwierige Probleme aufwerfen. Sie habe offen gestanden Sorge, daß auf uns noch etwas zukomme, wovon wir derzeit nichts wüßten.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch er wolle Überraschungen nicht ausschließen. Im übrigen seien er und PM Thatcher in der Sache nicht auseinander. Es sei beispielsweise nicht zu übersehen, daß die Sowjetunion im konventionellen Bereich einfach weiterrüste. Der Bundeskanzler verweist hierbei auf die Produktion von Luftlandepanzern, die eindeutig offensive Waffensysteme seien.

Man könne die Dinge heute nicht mehr umdrehen. Er hätte aber vorgezogen, wenn man mit der Abrüstung im konventionellen Bereich begonnen hätte.

10 Vgl. die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987; Dok. 235.

11 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

12 Zu den „Schwellenverträgen" und zum Stand ihrer Ratifizierung vgl. Dok. 115, Anm. 5.

PM *Thatcher* stimmt dem zu. Wahrscheinlich werde Präsident Reagan noch vor seiner geplanten Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow[13] mit den NATO-Bündnispartnern zusammentreffen. Bei dieser Gelegenheit solle man ihm noch einmal offen unsere Sorgen vortragen. Sie habe die Sorge, daß Gorbatschow versuchen werde, Reagan in seinem anti-nuklearen Kurs zu bestärken.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, Gorbatschow könne bei den C-Waffen sehr viel guten Willen beweisen.

PM *Thatcher* erklärt, leider seien Abrüstungsmaßnahmen in diesem Bereich sehr schwer zu verifizieren.

Sie sei aber erfreut festzustellen, daß sie und der Bundeskanzler auf der gleichen Linie lägen.

PM Thatcher leitet sodann zu den EG-Fragen über und erklärt, sie habe sich mit Christophersen unterhalten und festgestellt, daß es im EG-Haushalt keine wirkliche Kontrolle gebe. Zahlungen würden ohne Rechnungen im voraus geleistet. So etwas sei im nationalen Bereich undenkbar. Ein weiteres Problem sei die Nahrungsmittelhilfe der EG an Länder der Dritten Welt. Sie habe erfahren, daß einige Lieferungen erst ein Jahr später in den Bestimmungsländern angekommen seien. Bei Empfangnahme sei die Ware natürlich verdorben gewesen. Darüber hinaus habe sie den Eindruck, daß bewußt untaugliche Nahrungsmittel für diese Hilfssendungen bereitgestellt würden. Es sei unglaublich, daß die Gemeinschaft für so etwas auch noch zahle.

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies sei eine Angelegenheit, die man gemeinsam untersuchen solle.

PM *Thatcher* äußert Zweifel, daß es in Kopenhagen[14] gelingen werde, einen Durchbruch zu erzielen. Sie habe eher den Eindruck, daß die Probleme auf die deutsche Präsidentschaft[15] zuliefen.

PM Thatcher kommt sodann auf die Gemeinsame Agrarpolitik zu sprechen. Wir hätten die Entwicklung nicht mehr im Griff, die auch durch einen rasanten technologischen Fortschritt bestimmt werde. Die große Frage bleibe, wie man der Überschüsse Herr werde.

Der *Bundeskanzler* erwidert, dies sei in der Tat ein zentrales Problem. In der Tat müßten wir von der Überschußproduktion runter. Auf deutscher Seite wolle man dies teilweise durch Flächenstillegung erreichen. Dies sei ein Experiment, das nur Sinn habe, wenn die Produktion nicht durch andere Faktoren gesteigert werde. Er sei gerne bereit, BM Kiechle nach London zu schicken, damit er der britischen Seite unser Konzept erläutere.

PM *Thatcher* äußert sich pessimistisch über die Möglichkeiten einer vernünftigen Lösung.

Beide Seiten stimmen darin überein, daß die derzeitige Überproduktion auch erhebliche negative ökologische Konsequenzen hat.

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

15 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

Der *Bundeskanzler* erklärt, daß man vier oder fünf Jahre brauche, um die Probleme in den Griff zu bekommen.

PM *Thatcher* erklärt, wir müßten uns allerdings darauf gefaßt machen, daß in den nächsten Jahren auch bei Olivenöl und Tomaten – typischen südeuropäischen Erzeugnissen – gewaltige Überschüsse entstünden. Wenn es der deutschen Präsidentschaft nicht gelinge, im nächsten Jahr die Weichen zu stellen, werde lange Zeit nichts richtig laufen. Sie wolle nur feststellen, daß das britische Parlament nicht bereit sei, die nötigen Mittel für die Finanzierung dieser Überschüsse zur Verfügung zu stellen.

PM Thatcher stellt sodann die Frage nach der weiteren Behandlung des Problems Südafrika.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde seine Haltung nicht ändern.

PM *Thatcher* wirft ein, sie habe gehört, daß der niederländische Ministerpräsident Lubbers eine Grundsatzerklärung zu Südafrika anstrebe. Dies wolle sie auf keinen Fall.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch er wolle dies nicht.

PM *Thatcher* fährt fort, sie glaube, daß Botha sich bemühe, die Dinge in Bewegung zu bringen. Dies solle man nicht durch Erklärungen eines Europäischen Rates stören.

Der *Bundeskanzler* erklärt, vieles in diesem Bereich sei pure Heuchelei. Er gehe davon aus, daß er in Deutschland u. a. mit der protestantischen Kirche über die Südafrika-Frage erheblichen Streit bekommen werde. Dies werde ihn aber nicht davon abhalten, weiter auf der Linie von Den Haag zu bleiben.[16] Es sei allerdings auch nicht einfach, mit Botha die Dinge voranzubringen.

BM *Thatcher* stimmt dem zu. Wenn Botha vernünftig wäre, würde er sich beispielsweise mit Buthelezi arrangieren. Leider verstünden sich die beiden persönlich nicht.

Der *Bundeskanzler* erklärt, Buthelezi werde ihn bald aufsuchen.[17] Buthelezi sei über die Entwicklung sehr deprimiert.

PM *Thatcher* erklärt, Grund dafür sei, daß er mit seinem gewaltfreien Kampf keinen Erfolg habe. Botha bewege sich zu langsam. Sie empfehle daher dem Bundeskanzler, Buthelezi weiter zu ermutigen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe Botha auch empfohlen, den Fall Mandela[18] zu lösen.[19] Dabei sei er nicht einmal sicher, ob der ANC oder Mandela selber dies wollten.

PM *Thatcher* erklärt, andererseits sei es tödlich für Botha, wenn Mandela im Gefängnis sterbe.

16 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 bzw. zu den Beschlüssen über die Politik der Europäischen Gemeinschaften gegenüber Südafrika vgl. AAPD 1986, I, Dok. 181.
Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. auch Dok. 164, Anm. 22.

17 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der Inkatha Freedom Party, Buthelezi, am 15. Oktober 1987 vgl. Dok. 284.

18 Nelson Mandela wurde am 12. Juni 1964 in Pretoria wegen Sabotage und Aufruf zum bewaffneten Umsturz zu lebenslanger Haft verurteilt.

19 Ministerpräsident Botha besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 6. Juni 1984. Für das deutsch-südafrikanische Regierungsgespräch am 5. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 162.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe Botha vertraulich empfohlen, Mandela zu Weihnachten freizulassen. Denn wenn er sterbe, sei dies in der Tat eine Katastrophe.

PM *Thatcher* bittet den Bundeskanzler beim Hinausgehen, wie bisher in der Falkland-Frage[20] zu verfahren.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wir würden hilfreich sein.[21]

PM *Thatcher* bedankt sich hierfür nachdrücklich.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

20 Zum Falkland-Konflikt vgl. Dok. 54, Anm. 45.
Referat 330 vermerkte am 8. September 1987 zum Falkland-Konflikt: „Argentinische Haltung: Trotz Verurteilung der Gewaltanwendung durch die Militärs bleibt die Rückgewinnung der Souveränität über die Falkland/Malvinen-Inseln außenpolitische Priorität. Angestrebt wird friedliche Lösung auf dem Verhandlungswege, möglichst unter Beteiligung des VN-Generalsekretärs oder der Schutzmächte Schweiz und Brasilien. […] Bereitschaft, Inselbewohnern Sonderstatus zu gewähren. Die von GB geforderte Erklärung über formelle Einstellung der Feindseligkeiten wird grundsätzlich abgelehnt, Verhandlungen ohne Vorbedingungen jedoch zugestanden. Kritik am militärischen Ausbau der Inseln durch GB […]. Britische Haltung: Gespräche über Dauerlösung unter Einschluß der Souveränitätsfrage werden seit Ende 1984 kategorisch abgelehnt (früher nur ‚for the time being'). Militärischer Ausbau der Inseln und Verkündung einer Verfassung (seit 3.10.1985 in Kraft), die den Kolonialstatus der Inseln festschreibt. Verbesserung der Beziehungen zu Argentinien durch Gespräche über die Normalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und über humanitäre Fragen." Vgl. Referat 330, Bd. 143901.

21 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 17. November 1987: „Mit 114 Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und 36 Enthaltungen (Vorjahr 116 Ja, vier Nein und 34 Enthaltungen) unterstützte auch in diesem Jahr eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten die von sieben Blockfreien eingebrachte und von Brasilien eingeführte Resolution zum TOP 37: Frage der Falkland-Inseln (Malvinas). […] Die Zwölf stimmten wie im Vorjahr. Zusammen mit uns übten Stimmenthaltung: B, DK, IRL, LUX und POR; mit Ja stimmten F, GRI, I, NL und SP." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3073; Referat 330, Bd. 143901.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 42/19 der VN-Generalversammlung vom 17. November 1987 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung, S. 44 f.

270

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit

330-504.00 CHL **25. September 1987**[1]

Über Herrn Dg 33[2], Herrn D 3[3] Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung[4]

Betr.: Menschenrechte in Chile;
hier: Colonia Dignidad (CD)[5]

Bezug: Weisungen vom 28.8.1987[6] und vom 24.9.1987;
Vorlage vom 10.9.1987[7]

I. Sachstand

1) „Colonia Dignidad" – ca. 400 km südlich von Santiago gelegen – wurde 1961 von Mitgliedern der „Privaten Socialen Mission e. V." mit Sitz in Siegburg gegründet mit dem Ziel, bedürftigen Kindern durch berufliche Ausbildung zu einem würdigen Leben zu verhelfen. Das Krankenhaus der CD ist auch der Bevölkerung zugänglich. Heute leben etwa 260 bis 300 Deutsche und etwa 20 chilenische Waisenkinder in der CD. Der Gesamtkomplex der Kolonie umfaßt land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Krankenhaus, Kirche, Schule, Wirtschafts- und Wohngebäude.

2) Die Vorwürfe

a) Allgemein

In den folgenden Jahren wurden immer wieder Gerüchte laut, daß die „Private Sociale Mission e. V." in Wirklichkeit eine dubiose religiöse Sekte sei, die ihre Mitglieder in völliger Abhängigkeit halte. Die Mitglieder der „Colonia Dignidad" würden zum Teil gewaltsam festgehalten und zur Arbeit gezwungen; Fluchtversuche würden mit allen Mitteln verhindert und drakonisch bestraft; einige

1 Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum konzipiert.

2 Konrad von Schubert.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Schubert am 25. September 1987 an Staatssekretär Sudhoff geleitet. Dazu vermerkte er: „Als Anlage wird die aufgrund Ihrer Weisung vom 24. September 1987 überarbeitete Vorlage über Colonia Dignidad vom 10.9.1987 vorgelegt."
Hat Sudhoff am 25. September 1987 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Hierzu möchte ich vortragen. Beiliegende Aufzeichnung zur ersten Information."
Hat Genscher am 5. Oktober 1987 vorgelegen, der für Sudhoff handschriftlich vermerkte: „1) Ich werde sofort geeignete Persönlichkeiten für einen Informationsbesuch vorschlagen, die zu C[olonia] D[ignidad] reisen. 2) Chil[enischer] Botschafter ist einzubestellen, Zugang für Beauftragten der Botschaft und des AA ist sofort zu verlangen." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 330, Bd. 159188.

5 Vgl. dazu auch das Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger mit Vertretern von Amnesty International am 28. August 1987; Dok. 238.

6 Vortragender Legationsrat Schlichting legte am 25. August 1987 eine Aufzeichnung zur Colonia Dignidad vor. Staatssekretär Sudhoff vermerkte dazu am 28. August 1987 handschriftlich: „Ich bitte um eine chronolog[ische] Aufstellung, was die Botschaft seit wann weiß und getan hat – eigene Bemühungen vor Ort und gegenüber chilen[ischen] Behörden und Repräsentanten etc. Hier tickt eine Zeitbombe! Die Herren Dg 33 und RL 330 mögen bitte intensives Aktenstudium betreiben." Vgl. Referat 330, Bd. 159188.

7 Ministerialdirektor Schlagintweit legte Staatssekretär Sudhoff am 10. September 1987 eine Aufzeichnung über „Menschenrechte in Chile; hier: Colonia Dignidad (CD)" vor, in der er den Sachstand darlegte und „Vorschläge für weiteres Vorgehen" unterbreitete. Vgl. dazu Referat 330, Bd. 159188.

Mitglieder seien mit Elektroschocks und Psychopharmaka behandelt worden, weil sie gegen Anweisungen der Leitung der Kolonie, insbesondere eines Paul Schäfer, verstoßen hätten.

b) Berichte geflohener CD-Mitglieder

Im Februar 1966 gelang dem Jugendlichen W. Müller, im Dezember 1984 dem Ehepaar Hugo Baar und im Februar 1985 dem Ehepaar Georg und Lotti Packmor die Flucht aus der Kolonie. Deren Aufzeichnungen enthalten unglaubliche Beschreibungen der Verhältnisse in der CD. Sie ergeben das Bild einer streng autoritär geführten Gemeinschaft, deren Führungsfigur Paul Schäfer mit Stacheldraht, Hunden, Waffen, psychischem Terror, Gewalttätigkeiten, Psychopharmaka, sadistischen und teilweise abartigen Methoden Kinder, Jugendliche und Erwachsene unter seinen Willen zwingt.

Die Mitglieder der CD verfügen weder über eigene finanzielle Mittel noch über Ausweis- und Reisedokumente. Sie sind von jeglichem Außenkontakt durch ein ausgeklügeltes Überwachungssystem abgeschirmt.

Die Berichte wurden nicht an die chilenischen Behörden weitergeleitet. Botschafter Holzheimer hat den Gesamtkomplex CD indes wiederholt gegenüber General Stange angesprochen.

3) Medienbeachtung und Verfahren

a) 1977 wurde in deutschen Medien (u. a. im Magazin „Stern“[8]) berichtet, daß die chilenische Geheimpolizei DINA im Einvernehmen mit der Leitung der Kolonie auf dem Gelände der Colonia Dignidad chilenische Regimegegner festgehalten und mißhandelt habe.

Gleichzeitig gab Amnesty International – unter der Leitung des früheren evangelischen Bischofs in Chile, Helmut Frenz – eine Broschüre heraus, in der die Colonia Dignidad als „Konzentrationslager“ und als „wichtiger Bestandteil des geheimen Unterdrückungsapparates in Chile“ geschildert wurde.[9]

b) Die „Private Sociale Mission e. V.“ in Siegburg erhob daraufhin beim Landgericht Bonn Klage auf Unterlassung dieser Behauptungen. Der Rechtsstreit gegen AI sowie „Gruner + Jahr“ ist nach wie vor anhängig.

Nach einem Beweisbeschluß des Landgerichts Bonn vom 22.1.1980 sollten unter Teilnahme deutscher Richter Zeugen in Chile vernommen werden und eine detaillierte Ortsbesichtigung in der CD durchgeführt werden. Das chilenische Justizministerium lehnte am 3.4.1981 eine Teilnahme ausländischer Richter an der Beweisaufnahme ebenso ab wie die Teilnahme des Gerichts Bonn an einer konsularischen Vernehmung freiwillig erscheinender deutscher Staatsangehöriger in den Diensträumen der Botschaft. Auf Ersuchen des Landgerichts Bonn vom 6.5.1982 wurde am 14.1.1985 ein von chilenischer Seite formell akzeptiertes Rechtshilfeersuchen dem chilenischen Außenministerium übergeben.[10] In der

8 Vgl. den Artikel „Das Folterlager der Deutschen“; STERN vom 17. März 1977, S. 26–32 und S. 266.

9 Vgl. AMNESTY INTERNATIONAL, Colonia Dignidad: Deutsches Mustergut in Chile – ein Folterlager der DINA, Frankfurt am Main 1977.

10 Für das Schreiben der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn vom 6. Mai 1982 an die Botschaft in Santiago de Chile vgl. AV Santiago de Chile, Bd. 31579.
Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, berichtete am 21. Januar 1985, das betreffende Rechtshilfeersuchen sei dem chilenischen Außenministerium am 14. Januar 1985 mit der Bitte um Weiterleitung

Zwischenzeit war das Ersuchen von den chilenischen Behörden wegen fehlerhafter Übersetzung (22.10.1982) und fehlender Legalisierung durch die chilenische Botschaft (16.3.1984) zweimal zurückgereicht worden, was insgesamt zu einer nicht unerheblichen Verzögerung der Durchführung des Rechtshilfeersuchens beitrug. Die Beklagte AI hat ihrerseits erst am 26.3.1987 in Santiago die erforderlichen Schritte eingeleitet, um das Beweisverfahren einzuleiten. Offenbar hat sie das Verfahren nicht weiterverfolgt, weil sie sich über ihre Prozeßstrategie nicht schlüssig war. Nunmehr soll nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft in Bonn ein Ortstermin in der CD „unmittelbar" bevorstehen. Die Botschaft ist angewiesen worden, die zuständigen Stellen zu ersuchen, daß ein Botschaftsvertreter als Beobachter am Ortstermin teilnehmen kann.

c) Aufgrund der Berichte der entflohenen Mitglieder der Kolonie, Packmor und Baar[11], die das Auswärtige Amt dem BMJ am 17.4.1985 bzw. 26.6.1985 mit dem Anheimgeben der weiteren Veranlassung übersandt hatte, hat die Staatsanwaltschaft Bonn Ende 1985 ein Ermittlungsverfahren gegen Paul Schäfer wegen fortgesetzter Freiheitsberaubung usw. eingeleitet.

Das strafrechtliche Ermittlungsverfahren ist ausgesetzt, bis das Ergebnis des Ortstermins des Zivilprozesses der CD gegen AI und Gruner+Jahr bekannt ist.

d) Die Botschaft Santiago hat – alarmiert durch die Berichte der entflohenen Mitglieder der Kolonie – immer wieder die chilenischen Behörden befaßt:

- Februar 1968: Gespräch über das Hilfeersuchen des deutschen Staatsangehörigen Bohnau mit dem Generaldirektor der chilenischen Kriminalpolizei, „der über die Verhältnisse in der Kolonie genauestens informiert ist".[12] Anregung der Kriminalpolizei, Außenministerium um Untersuchungskommission zu bitten.[13] In diesem Zusammenhang: Versuch des RK-Referenten[14], Informationsbesuch in der CD durchzuführen. Botschaftsmitgliedern wird Zugang verwehrt.
- 15.3.1968: Weisung AA, Botschaft solle chilenische Behörden vom Hilfsersuchen Bohnaus „generell unterrichten", sie um eingehende Untersuchung bitten.[15] Versuch verläuft im Sand.
- Februar 1980: Gespräch des Botschafters[16] mit GD des chilenischen Außenministeriums anläßlich eines kritischen „Washington-Post"-Artikels[17] über CD. GD äußert „wachsendes Unbehagen" über „Abgeschlossenheit und Geheim-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1366

an den Obersten Gerichtshof übergeben worden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 79; AV Santiago de Chile, Bd. 31577.

11 Vgl. den Bericht von Georg Packmor vom 15. März 1985 und den Bericht von Lotti Packmor vom 17. März 1985 sowie den Bericht von Hugo Baar vom 2. April 1985 einschließlich des Vermerks „Mitarbeiter und besondere Vertraute des Herrn Schäfer", ferner die Schreiben von Hugo Baar und Waltraud Baar an Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, vom 6. April bzw. 25. Mai 1985; AV Santiago de Chile, Bd. 31578.

12 Vgl. das Schreiben des Botschafters Salat, Santiago de Chile, vom 22. Februar 1968 an das Auswärtige Amt; AV Santiago de Chile, Bd. 31581.

13 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Auf diese Anregung ist offensichtlich nichts erfolgt!"

14 Heinrich End-Panzera.

15 Vgl. das Schreiben des Vortragenden Legationsrats Steinmann vom 15. März 1968 an die Botschaft in Santiago de Chile; AV Santiago de Chile, Bd. 31581.

16 Heinz Dittmann.

17 Vgl. den Artikel „Colonia Dignidad: Nobody Comes, Nobody Goes"; THE WASHINGTON POST vom 11. Februar 1980, S. A 1 und S. A 10.

niskrämerei“ der CD, die „allerdings viel Gutes auf sozialem Gebiet getan habe“.[18]

– September 1985: Mehrere Gespräche des Botschafters mit Polizeichef Stange im Zusammenhang mit der Flucht Packmors und Baars. Stange sagt zu, Behörden einzuschalten. Am 3.10.1985 erklärt General Stange Botschafter Holzheimer, daß die Bemühungen seiner Organe, Verantwortlichen in der CD strafbare Handlungen nachzuweisen, völlig vergeblich gewesen seien. Man sei auf eine Mauer des „Nichtwissens“ und Schweigens gestoßen. Nur eine Anzeige könne helfen (Bericht Nr. 1095/85 vom 3.10.1985[19]). Herr Baar wurde am 17.10.1985 entsprechend unterrichtet. Eine Anzeige bei den chilenischen Behörden ist nicht erfolgt, weil Herr Baar negative Auswirkungen auf seine noch in der Kolonie lebenden Kinder befürchtete. BM Justiz erhielt am 15.10. 1985 Doppel des Botschaftsberichts mit der Bitte um weitere Veranlassung. Daß diese Bemühungen ergebnislos blieben, kann nur durch das gute Verhältnis zwischen CD und der Staatsführung erklärt werden. Frau Packmor berichtete, die Frau des Staatspräsidenten[20] habe eine Elementarschule der CD eröffnet. Ob die – auch in VN-Dokumenten auftauchende und auch aufgrund der Aussagen von Frau Packmor nicht auszuschließende – Behauptung, in CD seien chilenische Regimegegner von der Geheimpolizei gefoltert worden, zutrifft, läßt sich nicht nachprüfen.

e) Bereits im April 1968 waren die chilenischen Behörden von der Botschaft darüber in Kenntnis gesetzt worden, daß Angehörige der Kolonie am Verlassen des Grundstücks gehindert wurden. Die Behörden wurden um Polizeischutz für diejenigen Angehörigen gebeten, die die Kolonie verlassen wollten.

f) Seit Mai 1987 läuft auf Initiative der Botschaft ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Münster gegen Unbekannt wegen des Verdachts des Betrugs und der Urkundenfälschung betreffend die Person des CD-Mitglieds Nathaniel Bohnau.

4) Kontakte der Botschaft zur CD und Versuch der Einführung eines Konsularsprechtages

a) Die Beziehungen zwischen Botschaft und CD waren von Anfang an gespannt. Sie beschränkten sich auf ein Minimum konsularischer Tätigkeit; vor allem unterstützte die Botschaft alle diejenigen, denen es gelang, aus CD zu fliehen:

18 Botschafter Dittmann, Santiago de Chile, berichtete am 29. Februar 1980: „Politischer Generaldirektor Außenministerium sprach mich auf Artikel über Colonia Dignidad von Charles Krause in Washington Post vom 11.2. an. Er ließ durchblicken, daß chilenische Regierung die Aktivitäten, vor allem jedoch die Abgeschlossenheit und Geheimniskrämerei der Colonia Dignidad mit wachsendem Unbehagen betrachte. […] Colonia Dignidad habe zweifellos auch viel Gutes auf sozialem Gebiet getan, insbesondere durch das Krankenhaus. Die Abgeschlossenheit, mit der sich die Kolonie umgebe und die an Klöster erinnere, mache jedoch Sorgen. Hinzu komme die Publizität im Ausland, die für das ‚Image‘ Chiles abträglich sei. Auf seine Frage sagte ich, daß die Botschaft im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse die in der Colonia Dignidad lebenden Deutschen wie jeden anderen in Chile ansässigen Deutschen behandle, daß ich im übrigen keine Beziehungen zur Colonia Dignidad unterhielte und es auch nicht meine Absicht sei, solche aufzunehmen. Ich wolle vermeiden, daß versucht werde, die Botschaft für oder gegen die Colonia Dignidad auszuspielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 29; AV Santiago de Chile, Bd. 31579.

19 Für den Schriftbericht des Botschafters Holzheimer, Santiago de Chile, vgl. Referat 010, Bd. 178920.

20 Lucía Hiriart de Pinochet.

– 1966 W. Müller,
– 1968 Kuhn,
– 1984 Ehepaar Hugo Baar,
– 1985 Ehepaar Packmor.

Verschiedene Versuche, sich durch Augenschein ein Bild der Verhältnisse zu machen, scheiterten.

Botschafter Holzheimer gab darüber hinaus am 27.3.1985 strikte Weisung an alle Botschaftsmitglieder, von jeglicher außerdienstlicher Beziehung mit Vertretern der Colonia Dignidad Abstand zu nehmen.[21] (Ein Angehöriger des mittleren Dienstes hatte zu Hause landwirtschaftliche Produkte von CD erworben.)

b) Die konsularische Betreuung der deutschen Staatsangehörigen in der CD erstreckt sich im wesentlichen auf Paßverlängerungen, Rentenauszahlungen und Lebensbescheinigungen. Sie wurden bis in das Jahr 1986 im Sammelverfahren über einen Beauftragten der CD in der Botschaft abgewickelt, ein Geschäftsablauf, der sich bei der Abgelegenheit der Kolonie als der praktikabelste erwiesen hatte. Ein solches Vorgehen ist bei der konsularischen Betreuung deutscher Gruppen im Ausland (z. B. Mennoniten in Uruguay, Paraguay und Emigrantengruppen in New York) nicht unüblich. Aufgrund Erlaß vom 19.12.1985[22] werden Pässe von Angehörigen der CD allerdings nur noch nach persönlicher Vorsprache in der Botschaft verlängert. Die Botschaft hatte sich bereits in den 70er Jahren bereit gefunden, vereinzelte Konsulartage in der Kolonie abzuhalten. Seit Frühjahr 1985 bemühte sie sich im Hinblick auf die erhobenen Vorwürfe, einen Konsularsprechtag in der Colonia Dignidad durchzuführen und fest zu etablieren. Sie wollte damit unzufriedenen Mitgliedern von CD die Möglichkeit eines Gesprächs eröffnen.

Das erste diesbezügliche Schreiben der Botschaft datiert vom 29.3.1985. Wie die Botschaft mitteilt, hat sie sich in vier weiteren Schreiben an den CD-Präsidenten (30.4.1985, 10.10.1985, 27.8.1986 und 29.1.1987) und in drei Gesprächen mit der CD-Leitung im April und Mai 1985 sowie im November 1986 um die Einführung eines Konsularsprechtages bemüht. Die Leitung der Colonia hat zunächst ausweichend, dann dilatorisch und anschließend überhaupt nicht mehr auf das Anliegen, einen Konsularsprechtag durchzuführen, reagiert.

Ein auf den 18.2.1987 angesetzter Konsularsprechtag, den die Botschaft mit Hinweis auf das teilweise hohe Rentenalter der Mitglieder von CD und die weite Reise nach Santiago angeboten hatte, wurde von der Leitung der CD verhindert und Beamten der Botschaft das Betreten von CD verweigert. Um der Botschaft dennoch Gelegenheit zu verschaffen, mit einzelnen Mitgliedern der CD einen unüberwachten Kontakt aufzunehmen, wird sie in Zukunft (Bericht Nr. 223/87 vom 9.3.1987[23]) alle konsularischen Amtshandlungen ausschließlich in der

21 Vgl. den Schriftbericht Nr. 352 des Botschafters Holzheimer, Santiago de Chile, vom 27. März 1985; AV Santiago de Chile, Bd. 31577.

22 Korrigiert aus: „19.2.1985“.
Legationsrat I. Klasse Krapp teilte der Botschaft in Santiago de Chile am 19. Dezember 1985 mit: „Die Botschaft wird gebeten, die Pässe der in der Colonia Dignidad wohnenden Deutschen nur nach persönlicher Vorsprache in der Botschaft zu verlängern.“ Vgl. AV Santiago de Chile, Bd. 31577.

23 Für Auszüge aus dem Schriftbericht vgl. Dok. 238, Anm. 5.

Botschaft vornehmen, wenn die betreffende Person persönlich in der Botschaft vorspricht; sie wird keine Sammelvollmachten mehr akzeptieren und bei Paß-Neuausstellungen und Paß-Verlängerungen unter Umständen kürzere Fristen (statt fünf etwa zwei oder drei Jahre) anordnen.

Seit Einführung dieser Änderung in der konsularischen Behandlung haben CD-Mitglieder bislang ihre abgelaufenen Reisepässe noch nicht verlängert. Mehrere Rentenempfänger sind bisher der wiederholten Aufforderung, ihre Lebensbescheinigungen persönlich bei der Botschaft bestätigen zu lassen, ebenfalls nicht nachgekommen.

II. Vorschläge für weiteres Vorgehen

1) Der WDR hat in einer Regionalfernsehsendung im August 1987 über CD berichtet und einen Journalisten (Herrn Gemballa) nach Chile entsandt, um weitere Einzelheiten in Erfahrung zu bringen.[24] Herr Gemballa ist inzwischen aus Chile zurückgekehrt und bereitet einen Beitrag vor, in welchem die Verhältnisse in und um Colonia Dignidad im Zusammenhang mit dem Interesse an Menschenrechtsfragen in Chile erneut in die Medien gelangen werden.[25] Mit einer öffentlichen Diskussion des Themas muß gerechnet werden. Es ist auch nicht auszuschließen, daß dem AA und der Botschaft Santiago (zu Unrecht) vorgeworfen werden wird, zu lange untätig geblieben zu sein und trotz der Berichte der geflüchteten Packmor, Baar, Kuhn, des Stern-Berichts und der Hinweise von Amnesty International zu wenig unternommen zu haben.

Es gibt Äußerungen von BM Blüm, daß auch er daran denkt, das Thema aufzugreifen, nachdem er sich während seines Besuchs in Chile Ende Juli 1987[26] persönlich für die Angelegenheit Colonia Dignidad interessiert hat.

2) Solchen Vorwürfen könnte wie folgt begegnet werden:

a) Vorwürfe im Hinblick auf „mangelnde konsularische Betreuung“: Wir halten nach Kenntnis der Vorwürfe und der Ablehnung eines Konsularsprechtages durch CD-Leitung eine Einzelfallbehandlung in den Räumlichkeiten der Botschaft für die geeignete konsularische Betreuung der CD-Angehörigen. Hierdurch wird den einzelnen deutschen Mitgliedern der Kolonie zumindest die Möglichkeit einer ungestörten und unüberwachten Kontaktaufnahme mit der deutschen Botschaft eröffnet und einer der Leitung der Kolonie vorgeworfenen Bevormundung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Angehörigen entgegengewirkt. Nach unserer Auffassung trägt diese Regelung den Interessen der einzelnen deutschen Staatsangehörigen in der CD am besten Rechnung. Nichtsdestoweniger bestehen wir aber weiter auf einem Konsularsprechtag in oder in der Nähe der CD.

24 Zum Aufenthalt des Journalisten Gemballa in Chile vgl. Dok. 238, Anm. 6.

25 Vgl. Gero GEMBALLA, „Colonia Dignidad“. Ein deutsches Lager in Chile, Reinbek bei Hamburg 1988.

26 Bundesminister Blüm besuchte Chile vom 23. bis 26. Juli 1987. Botschaftsrat I. Klasse Spohn, Santiago de Chile, berichtete am 23. Juli 1987 über das Besuchsprogramm am ersten Tag von Blüms Aufenthalt. Dieser habe u. a. ein Gespräch mit der Leitung der chilenischen Menschenrechtskommission geführt: „Die MRK schilderte zunächst ihre Struktur (im ganzen Land ca. 2500 freiwillige Mitarbeiter) und Arbeitsweise (Unterstützung für politisch Verfolgte, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation mit internationalen Institutionen, insbes[ondere] VN-MRK). Nach Darstellung der Folterpraktiken […] und des Zwangsexils betonte die MRK die ‚institutionellen Strukturen‘ der Menschenrechtsverletzungen.“ Vor Pressevertretern der Bundesrepublik und Chiles habe Blüm anschließend „seine Sympathien für die Arbeit der MRK, die Bedeutung der Menschenrechte und sein Engagement für sie gerade auch in Chile deutlich“ gemacht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 231; Referat 231, Bd. 148155.

b) Vorwürfe hinsichtlich einer „Verschleppung der Verfahren“: AA und Botschaft haben ausweislich der Aktenlage die deutschen zuständigen Gerichte von Anfang an zügig unterstützt, alles Notwendige veranlaßt und stehen in der Angelegenheit in ständigem Kontakt mit den zuständigen chilenischen Behörden. Die Dauer der Erledigung des Rechtshilfeersuchens wegen fehlerhafter Übersetzung und fehlender Legalisierung durch die deutschen Justizbehörden kann dem AA nicht angelastet werden. Im übrigen hat erst zu einem späten Zeitpunkt, nämlich erst am 26. März 1987, AI durch ihre Anwälte, darunter den Vizepräsidenten der chilenischen Unabhängigen Menschenrechtskommission[27], in Santiago die ihrerseits erforderlichen Schritte zur Einleitung des Beweisverfahrens unternommen. Ein aktives Betreiben der Beweisaufnahme durch die Beklagte AI ist in Chile erforderlich, da die dortigen Gerichte nur auf Antrag der Parteien und nicht von Amts wegen tätig werden. Nach den uns vorliegenden Informationen soll die Durchführung der Beweisaufnahme in der CD nunmehr kurz bevorstehen. Die Ergebnisse der Beweisaufnahme durch Zeugenvernehmung und Ortstermin sind für die weitere Behandlung der Angelegenheit Colonia Dignidad naturgemäß von größter Bedeutung.

3) Vorschlag für weiteres Vorgehen

a) Die Botschaft Santiago sollte angewiesen werden, die zuständigen chilenischen Behörden erneut nachdrücklich zu ersuchen, das Rechtshilfeersuchen mit den Ermittlungen in der Colonia Dignidad insbesondere gegen Paul Schäfer auch im eigenen Interesse zu beschleunigen.

b) Unabhängig von dem Versuch einer Beschleunigung des laufenden Rechtshilfeverfahrens sollte die chilenische Regierung zur Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission[28] aufgefordert werden. Diese sollte den Auftrag erhalten, die Verhältnisse in der Kolonie aufzuklären.

c) Die Botschaft sollte weiter auf der Abhaltung von Konsularsprechtagen in der Kolonie bestehen.

D 5[29] hat mitgezeichnet.

gez. Schlagintweit

Referat 330, Bd. 159188

27 Luis Ortiz Quiroga.

28 Zu den Wörtern „internationalen Untersuchungskommission“ vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „oder einer nationalen mit ausländ[ischen] Beobachtern“.

29 Jürgen Oesterhelt.

271

Deutsch-italienisches Regierungsgespräch

28. September 1987[1]

Arbeitsbesuch des italienischen Ministerpräsidenten Goria am Montag, den 28. September 1987, in Bonn;
hier: a) Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und MP Goria von 11.10 Uhr bis 12.45 Uhr; b) Gespräch im erweiterten Kreis mit Teilnahme von AM Andreotti und BM Genscher von 12.45 Uhr bis 14.00 Uhr

Der *Bundeskanzler* heißt MP Goria in Bonn herzlich willkommen und weist darauf hin, daß die Entwicklung in Italien für uns von großer Bedeutung sei. Wenn er, der Bundeskanzler, daher in irgendeiner Sache hilfreich sein könne, so solle MP Goria ihn das wissen lassen.

Der Bundeskanzler schildert zunächst die Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Die Wirtschaftsdaten seien optimal. Allerdings nähmen die Leute es als selbstverständlich hin, daß wir bereits im vierten Jahr so gut wie keine Inflationsrate hätten. Der Anstieg der Mieten sei der niedrigste seit 1949. Die jetzige Bundesregierung habe bisher über 700 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Für 1988 werde eine Wachstumsrate von 2% vorausgesagt. Die statistischen Daten über die Arbeitslosigkeit spiegelten – wie auch in anderen Ländern – die wahre Lage nicht wider. Die Zahl der echten Arbeitslosen läge zwischen 5,5% und 6% und nicht bei 8,3%, wie die Statistik ausweise. Man könne davon ausgehen, daß zwischen 500 000 und 600 000 statistische Arbeitslose entweder gar nicht arbeiten wollten oder schwarz arbeiteten.

Daneben gebe es allerdings auch schwierige Probleme in den Bereichen Werften, Stahl, Kohle und beispielsweise in der Schuhindustrie.

Das größte innenpolitische Problem sei die Landwirtschaft. Hier mache sich eine teilweise radikale Stimmung breit. Die Bauern hätten durch Stimmenthaltung bei Landtagswahlen vor allem der CDU eine Schlappe beigebracht.[2] In diesem Bereich seien daher Anstrengungen erforderlich, allerdings lasse sich eine über 15 Jahre betriebene Politik der Überproduktion nicht einfach von heute auf morgen abstellen. Ein weiteres Problem bestehe darin, daß wieder mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt drängten, die unter der früheren Regierung die Suche nach

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 29. September 1987 gefertigt und am 30. September 1987 von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte um Weisung, ob der von Ihnen gebilligte Vermerk Herrn BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme überlassen werden kann (gegebenenfalls auch nur der Teil, der das Gespräch im erweiterten Kreis abdeckt)."
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „I[n] O[rdnung]." Zur Frage einer Weiterleitung an Bundesminister Genscher hob Kohl den Passus „gegebenenfalls … abdeckt" hervor und vermerkte handschriftlich: „Ja." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Am 13. September 1987 fanden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Wahlen zur Bremer Bürgerschaft statt. Vgl. dazu Dok. 246, Anm. 3.

einem Arbeitsplatz bereits aufgegeben hatten. Daher komme es darauf an, mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit ernst zu machen.

Insgesamt seien aber die Erfolge der Aufräumarbeit dieser Bundesregierung deutlich spürbar. Das erlaube uns, u. a. in diesem Jahr rund 55 Mrd. DM in die Forschung zu investieren, die ein existentieller Bereich sei.

Der Bundeskanzler geht sodann kurz auf die innenpolitische Diskussion der letzten Wochen ein und erklärt abschließend, jetzt gelte es, vor allem drei große Probleme zu lösen:

– Zunächst die Steuerreform. Zwischen 1986 und 1990 würden brutto insgesamt rund 50 Mrd. DM Steuern gesenkt[3]; dies sei auch ein Beitrag zur internationalen Entwicklung.
– Sodann werde man versuchen, die explosiv angestiegenen Gesundheitskosten wieder in den Griff zu bekommen; die Steuersenkung nütze wenig, wenn es nicht gelinge, die Lohnnebenkosten zu reduzieren;
– Im Dezember schließlich wolle man die Diskussion über die Rentenreform beginnen; die derzeitige Rentenformel stimme so nicht mehr; die Bundesrepublik Deutschland habe die niedrigste Geburtenrate der Welt; die Alterspyramide stehe praktisch auf dem Kopf. (Beispiel: 1950 habe es 180000 Menschen über 80 Jahre gegeben, in diesem Jahr über zwei Millionen!)

MP *Goria* dankt dem Bundeskanzler für diese Darstellung. Das Angebot zu einer engen Zusammenarbeit nehme er gerne an. MP Goria schildert sodann die innenpolitische Entwicklung in Italien. Die wirtschaftlichen Daten für 1986 und 1987 seien sehr günstig. In diesem Jahr erwarte man ein Wachstum von über 3%. Allerdings werfe die starke Binnennachfrage auch gewisse Probleme auf. Auch sei es schwierig, die Erwartungen der Italiener unter Kontrolle zu halten. Sie übersähen, daß Italien eben nicht soviel öffentliche Mittel zur Verfügung habe wie andere europäische Länder.

Ein weiteres Problem bestehe darin, daß in Italien traditionell zu wenig Steuern bezahlt würden und diese zugleich ungerecht verteilt seien. Hier werde er versuchen, eine Umschichtung vorzunehmen. Im Gesundheitswesen und bei der Rentenversicherung stehe man vor ähnlichen Problemen wie die Bundesrepublik Deutschland. Aber insgesamt sei die Lage zufriedenstellend. Zwar habe man hinsichtlich der Inflation nicht so viele Erfolge vorzuweisen wie die Bundesrepublik Deutschland, aber immerhin habe er als Finanzminister bei einer Inflationsrate von 19% angefangen. Jetzt liege die Inflationsrate zwischen 4% und 5%.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei eine gewaltige Leistung.

MP *Goria* fährt fort, bei der Arbeitslosigkeit gebe es ähnlich wie in Deutschland einen großen Unterschied zwischen Statistik und Realität. Auch gebe es das Sonderproblem Süditalien sowie sektorale Schwierigkeiten bei Werften, Stahl und einigen anderen Industrien.

Die politische Lage aber sei eher instabil. Die Sozialistische Partei (PSI) habe in den letzten Jahren den Ehrgeiz entwickelt, die Mitte im politischen System zu

[3] Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.
Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

besetzen, die gleichzeitig von der Democrazia Cristiana beansprucht werde. Sie bemühe sich folglich, rechts und links Stimmen zu gewinnen. In diese Taktik passe, daß die Sozialisten nicht bereit gewesen seien, sich mit der DC auf eine längere Regierungszeit festzulegen. Dies bedeute ein Element der Instabilität.

Auf die Frage, wieso es der PSI gelungen sei, sich in den jüngsten Wahlen[4] so gut zu behaupten, gebe es zwei mögliche Antworten: Entweder stelle sie sich tatsächlich als die modernere und aktivere Partei dar, oder die dreieinhalb Jahre an der Regierung hätten ihr 2–3% mehr Stimmen gebracht. Welche These wirklich stimme, sei nur durch Wahlen zu beweisen.

Er befinde sich auch insofern in einer besonderen Lage, als er die Probleme innerhalb der Regierung ausdiskutieren müsse und es nicht den Parteien überlassen könne, eine Einigung herbeizuführen. Er sehe sich der doppelten Aufgabe gegenüber, einerseits die Zusammenarbeit zwischen DC und PSI möglichst offen zu gestalten, und gleichzeitig sicherzustellen, daß die PSI daraus keine einseitigen Vorteile ziehe. Das alles erfordere gute Arbeit. Inzwischen könne er sagen, daß die Partei (DC) voll hinter der Regierung stehe, was zu Anfang nicht selbstverständlich gewesen sei.

MP Goria geht sodann kurz auf die interne Lage der DC ein. Es zeichne sich die Gefahr ab, daß man erneut über die Führung – und auch die Organisation – der Partei streite. Allerdings gelte auch hier, daß diesen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit größeres Gewicht beigemessen werde, als ihnen in Wirklichkeit zukomme.

MP Goria weist abschließend darauf hin, daß es für die Sozialisten derzeit keine linke Alternative gebe. Dies gelte zunächst zahlenmäßig, bedeute aber auch, daß die PSI die politische Linie zur Zeit nicht in Frage stelle.

Der *Bundeskanzler* erklärt, die Analyse der innenpolitischen Lage in Italien interessiere ihn sehr. Die Entwicklung sei für uns auch wichtig im Hinblick auf die europäischen Fragen, insbesondere im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes. Man gehe schon jetzt davon aus, daß es entscheidend auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Hälfte 1988 ankomme. In dieser Perspektive lege er allergrößten Wert auf enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den italienischen Freunden.

MP *Goria* wiederholt seine Bereitschaft zu einer solchen Zusammenarbeit und greift die Anregung des Bundeskanzlers auf, möglicherweise auftauchende Probleme durch ein Zusammentreffen der persönlichen Mitarbeiter zu regeln.

MP Goria wirft die Frage der nächsten deutsch-italienischen Konsultationen auf.

Der *Bundeskanzler* hält einen Termin zu Beginn der deutschen Präsidentschaft für sinnvoll. Beide Seiten einigen sich prinzipiell darauf, einen Termin in der zweiten Januarhälfte 1988 – in Italien – ins Auge zu fassen.[5] Eine konkrete Vereinbarung sollen MD Teltschik und Herr Fontana Giusti treffen.

4 In Italien fanden am 14./15. Juni 1987 Parlamentswahlen statt, bei denen die Sozialistische Partei 14,2% der abgegebenen gültigen Stimmen erreichte. Am 29. Juli 1987 wurde eine neue Regierung unter Ministerpräsident Goria (Democrazia Cristiana) gebildet. Zuvor hatte von August 1983 bis April 1987 Bettino Craxi (Partito Socialista Italiano) das Amt des Regierungschefs inne.

5 Das nächste deutsch-italienische Regierungsgespräch fand am 12. Mai 1988 in Rom statt.

Der Bundeskanzler dankt MP Goria für die Unterstützung der Kandidatur von BM Wörner für den Posten des NATO-Generalsekretärs.[6]

MP *Goria* erklärt, seine Regierung habe diese Kandidatur aus voller Überzeugung unterstützt. Dabei habe nicht nur die Persönlichkeit von BM Wörner, sondern auch die klare Haltung der Bundesregierung in der Frage der Pershing I a eine Rolle gespielt. Er habe dies auch gegenüber verschiedenen anderen Gesprächspartnern, zuletzt VP Bush[7], erläutert.

MP Goria spricht kurz die Lage in Spanien an und erklärt, er habe Nachrichten, wonach sich eine Gruppe von Politikern mit der Absicht trage, eine Partei mit dem Namen „Christliche Demokraten" zu gründen, die auch von Kreisen der Kirche unterstützt werden solle.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er wolle angesichts der Erfahrungen, die er in Spanien gemacht habe, die Entwicklung zunächst einmal abwarten.

Der Bundeskanzler weist sodann darauf hin, daß die Firma Siemens zur Zeit mit dem Fernmeldekonzern Telit in Verhandlungen über eine enge Zusammenarbeit stehe. Dies werde von ihm sehr begrüßt.

MP *Goria* erwidert, er teile diesen Wunsch, auch wenn die Regierung in dieser Frage auf die Unabhängigkeit des Unternehmens Rücksicht nehmen müsse.

MP Goria kommt sodann auf das INF-Abkommen zwischen den USA und der SU zu sprechen. Hier stünden wir einerseits vor der Notwendigkeit, daß Europa seine Rolle in der veränderten Lage stärker zur Geltung bringen müsse. Andererseits dürfe man nicht den Eindruck erwecken, daß man damit einem Disengagement der Amerikaner Vorschub leiste.

Der *Bundeskanzler* erklärt sich mit dieser Feststellung voll einverstanden.

MP *Goria* fügt hinzu, es gebe in den USA starke Tendenzen zum Isolationismus, vor allem in der Republikanischen Partei. Unter keinen Umständen dürfe daher der Eindruck entstehen, daß man in Europa auch ohne die Vereinigten Staaten auskommen könne.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, er stimme mit dieser Analyse voll überein. Seine Formel sei immer die gewesen, daß die USA durch nichts zu ersetzen seien, aber gleichzeitig sei auch die Verstärkung europäischer Anstrengungen durch nichts zu ersetzen. Es gebe in diesem Punkt kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch.

Dies bedeute für uns, daß wir auch mehr Pflichten übernehmen müßten.

Der Bundeskanzler kommt in diesem Zusammenhang auf die Golf-Problematik zu sprechen. Die Bundesregierung sei bereit, die Amerikaner im Atlantik zu entlasten, aber sie sei auch bereit, eine Entlastung im Mittelmeer vorzunehmen, falls Italien damit einverstanden sei.

MP *Goria* erwidert, zunächst wolle er feststellen, daß deutsche Schiffe die eines befreundeten Landes seien. Er werde aber gerne über die Problematik noch nachdenken und alle in Frage kommenden Aspekte prüfen.

6 Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 250.

7 Der amerikanische Vizepräsident Bush besuchte Italien am 25. September 1987.

Der *Bundeskanzler* bittet MP Goria abschließend um eine kurze schriftliche Mitteilung über das Ergebnis, und zwar möglichst bald, da er über die Angelegenheit im Oktober entscheiden müsse.[8] MP *Goria* sagt dies zu.

Das Gespräch wird bei dem nun folgenden Mittagessen in Anwesenheit von AM Andreotti und BM Genscher fortgesetzt.

Der *Bundeskanzler* spricht zunächst die Entwicklung in der Sowjetunion an. Gorbatschow sei bemüht, seinen Kurs durchzusetzen, aber er habe den Eindruck, daß die Schwierigkeiten für ihn zunähmen. Dabei stütze er sich auf entsprechende Aussagen von Honecker, Kádár und Schiwkow. Gorbatschow sehe sich zwar keiner organisierten Opposition gegenüber, aber die Führungsschicht insgesamt stelle ihn vor große Probleme. Wie schwierig die Durchsetzung der Reformen sei, zeige sich auch an der Zusammenarbeit zwischen deutschen Unternehmen und sowjetischen Kombinaten.

Ein Aspekt der Entwicklung sei, daß die anderen Warschauer-Pakt-Staaten etwas mehr Spielraum gewonnen hätten. Bei der DDR käme hinzu, daß sie Nr. 1 in der Wirtschaft sei. Das werfe allerdings auch Probleme für das Verhältnis von Gorbatschow und Honecker auf.

Sein fester Eindruck sei, daß Gorbatschow ein INF-Abkommen mit Reagan wolle. Selbstverständlich würde dies von uns unterstützt. Gleichzeitig sei aber für uns wichtig, daß auch die anderen Probleme (C-Waffen, konventionelle Waffen, Kurzstreckenraketen) auf dem Tisch blieben. Die Kurzstreckenraketen seien vor allem auf die Bundesrepublik Deutschland – zu einem Teil auch auf unsere unmittelbaren Nachbarn – gerichtet und stellten daher ein besonderes Problem dar. Er habe hierüber vor wenigen Tagen mit PM Thatcher gesprochen[9] und wenig Verständnis für unsere Lage gefunden. Besonders wichtig sei auch der konventionelle Bereich. Hier gebe es keine Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion die Modernisierung ihres Gerätes stoppe, im Gegenteil: Die Modernisierung werde zügig fortgesetzt und damit die Angriffsfähigkeit gesteigert.

Der Bundeskanzler geht sodann auf den Besuch von Generalsekretär Honecker[10] ein und erklärt, Honecker sei es vor allem darum gegangen, sein eigenes Image zu verbessern. Er wolle nicht wie Ulbricht zur Unperson werden, sondern vielmehr als eine Art Landesvater in die Geschichte eingehen.

Dies alles ändere nichts an den Gegensätzen in den Grundsatzfragen. Praktisch sei aber vieles in Bewegung gekommen. Der Bundeskanzler weist auf die hohe Zahl der Ausreiseanträge – 400 000 – hin und erklärt, auch wenn man nicht Mauer und Stacheldraht beseitigen könne, so sei es doch gelungen, mehr „Tore“ einzulassen. Der Bundeskanzler weist auf die hohe Zahl der Reisenden aus der DDR in diesem Jahr (zwei Millionen Rentner, ca. eine Million Menschen, die noch nicht im Rentenalter stehen) und die damit verbundenen Auswirkungen auf das politische Klima hin.

8 Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

9 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 25. September 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 269.

10 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

Dabei habe man es mit einer Art Gratwanderung zu tun. Die DDR-Bürger würden durch diese Reisen in die Lage versetzt, unmittelbare Vergleiche anzustellen. Die Folgen hieraus ließen sich nicht ohne weiteres abschätzen. Wahrscheinlich gehe die Führung davon aus, daß die Leute, solange sie nur reisen können, sich mit der Lage abfinden werden. Ein anderes Problem für die DDR stelle die Tatsache dar, daß die DM praktisch heute eine Art zweite Währung sei. Dies habe auch soziale und politische Konsequenzen insofern, als damit neben die privilegierte Klasse der Funktionäre noch die der DM-Besitzer trete.

Die Begegnung mit Honecker selber sei für uns eine schwierige Sache gewesen. Das Wichtigste sei gewesen, daß seine Rede, in der er Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl offen angesprochen habe, auch in die DDR übertragen und ebenfalls absprachegemäß dort veröffentlicht wurde.[11] Die Frage sei, welche Wirkungen das für die Zukunft habe.

Abschließend wolle er feststellen, daß es nach seiner Überzeugung keine spezifischen deutsch-deutschen Beziehungen geben könne, wenn nicht die West-Ost-Beziehungen insgesamt in Ordnung seien.

MP *Goria* stimmt dem zu und erklärt zur Lage in der SU, dort habe man es mit einer komplexen Industriegesellschaft zu tun, und folglich sei es nicht so einfach, innerhalb kurzer Zeit wirtschaftliche Reformen durchzuführen.

AM *Andreotti* ergreift an dieser Stelle auf Bitten von MP Goria das Wort und erklärt, es sei erstaunlich, welche Konvergenz es zwischen Amerikanern und Russen bei den Verhandlungen zwischen AM Shultz und AM Schewardnadse[12] gegeben habe. Das gehe so weit, daß sich beide Seiten bei der Würdigung des INF-Abkommens und dem Ausblick auf die weiteren Abrüstungsverhandlungen des gleichen Vokabulars bedient hätten.

Selbst wenn Gorbatschow Schwierigkeiten mit der Partei habe, so werde doch an den Abrüstungsverhandlungen deutlich, daß er offenbar erhebliche Autorität gegenüber den Militärs habe.

BM *Genscher* erklärt, er habe den Eindruck gewonnen, daß für die USA und die Sowjetunion die INF-Frage bereits erledigt sei; was jetzt noch zu regeln sei, sei Angelegenheit der Experten.

Beide Seiten wendeten ihre besondere Aufmerksamkeit jetzt der 50-prozentigen Reduzierung der strategischen Systeme und der Problematik der Anwendung des ABM-Vertrages zu. Er sei sicher, daß hierüber bis kurz vor einem Treffen Reagan/Gorbatschow[13] verhandelt werde.

Er habe bei AM Shultz eine völlig veränderte Einstellung gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern vorgefunden. Bemerkenswert sei, daß die Sowjets mit den Amerikanern auch über die Deutschen gesprochen hätten, allerdings nicht im Sinne irgendeiner „deutschen Karte", eher im Gegenteil. Die Sowjets

11 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Empfang des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg vgl. BULLETIN 1987, S. 705–707. Für den Wortlaut vgl. ferner den Artikel „Praktische Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze"; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. September 1987, S. 3.

12 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

seien mißtrauisch gegenüber Honecker und hätten dessen Besuch in Bonn besonders sorgfältig verfolgt.

MP *Goria* schlägt vor, daß man sich dem Thema „Golfkrieg" zuwendet, und bittet AM Andreotti, dazu vorzutragen.

AM *Andreotti* erklärt, aus seiner Sicht sei es wichtig, daß der der am 20. Juli 1987 einstimmig verabschiedeten Sicherheitsratsresolution[14] 598[15] zugrundeliegende Konsens weiterbestehe. Zwei Ereignisse hätten sich in jüngster Zeit für den Iran ungünstig ausgewirkt:

– die Tatsache, daß die USA die Iraner beim Minenlegen ertappt hätten[16];

– die harte Rede von Khamenei vor der VN-Generalversammlung[17].

Allerdings habe Khamenei in seiner Rede auch erklärt, daß der Iran bereit sei, die Bemühungen des VN-Generalsekretärs[18] weiterhin zu unterstützen.

Er wolle weiterhin festhalten, daß die ursprünglichen amerikanischen Vorstellungen für eine zweite Resolution, mit der Sanktionen verhängt würden, zur Zeit keine Zustimmung finden. Auch F und GB seien in diesem Punkt vorsichtig. Zunächst wolle man, daß der Generalsekretär seine Gespräche fortführe.

Man sei insofern einen Schritt weitergekommen, als die Kommission, die die Kriegsschuldfrage klären solle, ihre Tätigkeit mit dem Tag des Waffenstillstandes aufnehmen solle. Die Iraner hätten eine Konzession gemacht, indem sie akzeptierten, daß die Waffenruhe de facto von den VN überwacht werden solle. Vor zwei Tagen habe VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar dem Sicherheitsrat ein Papier zugeleitet, das die Frage der Waffenruhe und der Einsetzung der Kommission behandele.

In zwei Punkten könnten sich allerdings noch ernste Schwierigkeiten ergeben: Die Iraker seien der Auffassung, aus der Resolution 598 ergebe sich klar, daß zunächst die Waffenruhe und der Rückzug der iranischen Truppen aus den beiden vom Iran besetzten irakischen Provinzen erfolgen müßten und daß es erst dann zur Gründung der Kommission komme. Tatsächlich sehe die Resolution 598 den sofortigen Truppenrückzug mit Eintritt des Waffenstillstandes vor. Der Iran sage, er sei zu einem Rückzug bereit, aber erst in der zweiten Phase des Waffenstillstandes, d.h., nachdem die Kommission den ersten Teil ihrer Arbeit abgeschlossen und damit auch zur Kriegsschuldfrage Stellung genommen habe. Jetzt müsse man daher versuchen, zwischen diesen beiden Auffassungen einen Kompromiß zu finden; das bedeute insbesondere, daß der Zeitplan präzisiert werden müsse, damit man nicht in eine ähnliche Situation wie 1948 nach dem Waffenstillstand zwischen Israel und den Arabern[19] komme.

14 Korrigiert aus: „Sicherheitsresolution".

15 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vgl. Dok. 221, Anm. 6.

16 Vgl. den Beschuß eines iranischen Schiffes durch amerikanische Streitkräfte am 21. September 1987 im Persischen Golf; Dok. 264, Anm. 3.

17 Zur Rede des Präsidenten Khamenei am 22. September 1987 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 264, Anm. 6.

18 Vgl. den Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak; Dok. 252, Anm. 21.

19 Am 11. Juni 1948 trat ein von den Vereinten Nationen vermittelter vierwöchiger Waffenstillstand zwischen Israel und den am Palästinakrieg beteiligten arabischen Staaten in Kraft. Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Palästinafrage scheiterten jedoch.

AM Andreotti unterstrich, daß die bisherigen Abstimmungen zwischen Deutschland, Italien und Japan außerordentlich hilfreich gewesen seien.[20] Dies sei auch von anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates, beispielsweise Ghana und Kongo, anerkannt worden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, diese gemeinsame Arbeit sei in der Tat sehr wichtig.

AM *Andreotti* fährt fort, er habe im Gespräch mit AM Schewardnadse die Frage aufgeworfen, was die Sowjetunion von dem Vorschlag von MP Nakasone halte, sofort die Waffenlieferungen an beide kriegführenden Parteien einzustellen. Schewardnadse habe daraufhin erwidert, eine solche Maßnahme schade einseitig dem Irak. Daran zeige sich, daß die Sowjetunion nach wie vor mit der irakischen Seite sympathisiere.

AM Andreotti erklärt auf die Frage des Herrn Bundeskanzlers nach seiner Prognose für die weitere Entwicklung, es werde sicherlich weitere Fortschritte geben. Möglicherweise werde es dem Generalsekretär gelingen, zu erreichen, daß der Irak sich damit einverstanden erklärt, die Kommission mit Eintreten des Waffenstillstandes zu bilden. Dann werde man eine Waffenruhe unter Überwachung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben. Wenn dies nicht gelinge, werde sich in der Tat die Frage nach Sanktionen erneut stellen. Diese würden sich zunächst gegen den Iran richten, denn angesichts der Tatsache, daß der Irak die Resolution 598 angenommen habe[21], sei schwer vorstellbar, daß auch Sanktionen gegen den Irak beschlossen werden könnten.

Auf die entsprechende Frage des Herrn *Bundeskanzlers* erläutert AM *Andreotti*, die Frage von Sanktionen werde sich zwangsläufig dann stellen, wenn der Iran beispielsweise nicht bereit sei, seine Truppen zurückzuziehen, bevor die Untersuchungskommission zusammentrete.

MP *Goria* erklärt, man müsse auch sehen, daß Sanktionen die Funktion hätten, beide Seiten zu einer bestimmten Haltung zu zwingen, und infolgedessen hätte auch die Drohung mit Sanktionen eine Wirkung auf beide Seiten. Wenn man nur eine Seite durch ein Embargo schwäche, so habe das zur Folge, daß die Aggressivität der anderen Seite nur noch gesteigert werde.

AM *Andreotti* ergänzt, dies sei in der Tat ein logischer Zusammenhang. Man müsse allerdings sehen, daß es eine breite Front von den USA bis zur Sowjetunion und darüber hinaus bis zu den gemäßigten arabischen Staaten gebe, die glaubten, daß man Khomeini durch Sanktionen stürzen könne. Dies halte er nicht für zwingend.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er teile die Auffassung von AM Andreotti. Bei einem Regime, das von einer religiös verbrämten Ideologie getragen werde wie das iranische, würden Sanktionen wenig bewirken. Hierfür gebe es geschichtliche Beispiele. Sanktionen seien nicht der Schüssel des Problems, zumal er jetzt schon gespannt sei, wie viele Länder ein mögliches Embargo umgehen würden.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß sowohl die Sowjets als auch die Chinesen erklärten, sie könnten sich durchaus eine weitere Entschließung vorstellen, mit

20 Zu den Gesprächen der Außenminister Andreotti (Italien), Genscher (Bundesrepublik) und Kuranari (Japan) am 22. und 25. September 1987 in New York vgl. Dok. 268, Anm. 9.

21 Der Irak nahm die Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 in einer Sondersitzung des Parlaments am 22. Juli 1987 an.

der ein Embargo verhängt werde, aber sie stellten dann gleichzeitig einen Zusammenhang mit der westlichen Flottenpräsenz im Golf her.

MP *Goria* erklärt, er habe die Sorge, daß ein Embargo, statt die Lage im Iran zu destabilisieren, nur das Gegenteil bewirke. Insofern seien Sanktionen illusorisch.

AM *Andreotti* stimmt dem zu und erklärt, man dürfe auch nicht übersehen, daß der Aufmarsch der verschiedenen Flotten im Golf erst stattgefunden habe, als es dem Iran gelungen sei, bei Basra die Front zu durchbrechen und sich die Araber ernsthaft Sorgen um die Stellung des Irak gemacht hätten. Wir sollten weiterhin die gemäßigten Iraner – AM Andreotti nennt Außenminister Velayati und VAM Larijani – in ihrer Position stärken. Die Iraner könnten zu Recht darauf verweisen, daß der Sicherheitsrat nichts unternommen habe, als der Iran besetzt wurde.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

272

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel

424-410.05/1 VS-NfD **29. September 1987**[1]

Über Dg 42[2], D 4[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister

Betr.: Exportkontrollen für solche chemischen Substanzen, die zur Herstellung chemischer Waffen geeignet sind;
hier: 6. Treffen der „Australischen Initiative“ am 14./15.9.1987 in Paris

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

Neben den Genfer Verhandlungen zur vollständigen Beseitigung chemischer Waffen besteht seit 1984 auf australische Initiative die sog. „Australische Gruppe“. Bei diesen informellen Treffen sind inzwischen alle wichtigen westlich orientierten Staaten vertreten (19 Staaten: alle zwölf EG, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und nunmehr erstmals auch die Schweiz).

Dabei geht es darum, durch Exportkontrollen den Export solcher chemischer Substanzen, die für die Produktion von chemischen Waffen geeignet sind, in

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Vortragendem Legationsrat Daum konzipiert.
Hat Daum am 8. Oktober 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Nagel „n[ach] R[ückkehr]“ und an Legationssekretär Warnken „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Nagel und Warnken am 19. Oktober 1987 vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirigent Höynck am 4. Oktober 1987 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 5. Oktober 1987 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Ruhfus am 6. Oktober 1987 vorgelegen, der die Wörter „Herrn Bundesminister“ strich und handschriftlich vermerkte: „Kopie 010.“

diejenigen Länder zu verhindern, die bestrebt sind, ein eigenes CW-Potential aufzubauen. Hauptzielrichtung sind bestimmte nahöstliche Staaten, insbesondere Irak und Iran. Der Einsatz von chemischen Waffen seitens des Irak[5] wurde von den VN bestätigt, es bestehen Anhaltspunkte, daß Iran eine eigene CW-Kapazität entwickelt.

Gesetzestechnisch erfolgen die Exportkontrollen mittels einer sog. „Kernliste", d.h. Substanzen, die unter Ausfuhrkontrolle gestellt sind (für deren Export also eine Genehmigung erforderlich ist), und mittels einer sog. „Warnliste", deren Beachtung die Industrie in der Weise zugesichert hat, daß sie verdächtige oder auffällige Exportanfragen entweder selber ablehnt oder die Genehmigungsbehörde um Überprüfung bittet.

Aus Wettbewerbsgesichtspunkten ist eine im wesentlichen identische Exportkontrolle unter den großen (westlichen) Chemieländern unabdingbar. Diese Wettbewerbsgleichheit ist durch die Zusammensetzung der Australischen Gruppe gewährleistet.

Im vergangenen Jahr haben auch die SU und kürzlich die DDR national (ohne Abstimmung mit der Australischen Gruppe) eine Reihe von chemischen Substanzen unter Exportkontrolle gestellt.

Die jüngste Tagung der Australischen Gruppe (Delegationsleitung hatte Dg 42, ferner waren Referate 424 und 222 sowie BMWi, BAW und BND vertreten) kann in mehrfacher Hinsicht als erfolgreich bezeichnet werden:

– Wir brauchten unseren (mit der Industrie vorher abgestimmten) Verhandlungsspielraum nicht vollständig auszuschöpfen und konnten deshalb überzeugend und nachdrücklich bei allen konsensfähigen Punkten mitarbeiten.
– Unsere ernsthafte Absicht, auf diesem Gebiet (wo der gute Wille „etwas kostet") einen aktiven Beitrag zu leisten, wurde gegenüber den übrigen Staaten deutlich.
– In der Sache selbst wurden Fortschritte erzielt, die eine formelle Einigung beim nächsten Treffen[6] wahrscheinlich machen. Wir werden dann (als EPZ-Präsidentschaft[7]) eine Koordinierungsfunktion haben.

Die konkreten Ergebnisse dieser Tagung der „Australischen Initiative" lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– Erstmals nahm die Schweiz teil. Dies ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil CH als wichtiger Chemieproduzent in diese Anstrengungen einbezogen sein muß, sondern auch wegen der notwendigen Wettbewerbsgleichheit der wichtigsten Chemie-Exportländer.
– Eine Erweiterung der (gesetzlich unter Exportkontrolle gestellten) „Kernliste" chemischer Substanzen von acht auf neun scheiterte (vorläufig) daran, daß GB und F hier – ebenso wie wir – nur ein im Gleichschritt erfolgendes Vorgehen der wichtigen Chemieproduzenten akzeptieren wollten. (Schweiz und Japan verweigern dies zur Zeit noch.)

5 Zum Einsatz chemischer Waffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 17.
6 Das nächste Treffen der „Australischen Initiative" fand vom 19. bis 21. April 1988 in Paris statt.
7 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

– Hinsichtlich einer Erweiterung der Warnliste wurde weitgehende Einigkeit über die hierfür relevanten Substanzen erzielt; damit die Warnliste aber praktikabel bleibt, soll sie auf der nächsten Tagung gleichzeitig um eine Anzahl von Substanzen gekürzt werden.
– Das nächste Treffen ist für Frühjahr 1988 in Paris vorgesehen.

II. Langfassung

1) Wichtigstes formelles Ereignis war die erstmalige Teilnahme der Schweiz. Japan, das bisher noch keine weltweiten Kontrollen eingeführt hatte, teilte mit, daß die gesetzgeberischen Schritte zur Einführung der Kontrollen für die Substanzen der Kernliste (acht Substanzen) eingeleitet wären.

2) Drittstaaten

Australien teilte mit, daß es seit dem Januar-Treffen[8] mit etwa 30 Staaten die Gedanken der Australischen Initiative erörtert habe. Mehr oder weniger positiv reagiert hätten Österreich, Finnland, Schweden, Israel, Südkorea, Pakistan, Singapur, SU, DDR, Polen, Brasilien, Argentinien, Mexiko, Algerien, Nigeria, Vietnam. Dagegen hätte China sich rein rezeptiv verhalten und negativ hätte neben Ungarn und Rumänien vor allem Indien reagiert.

Australien habe auch Ägypten und Jordanien angesprochen, obwohl diese Staaten im Verdacht stünden, als Zwischenlieferanten für den Irak aufzutreten. Durch diese Demarche habe Australien die Besorgnisse der internationalen Gemeinschaft deutlich machen wollen.

Die USA berichteten über Kontakte mit Österreich, Finnland, Schweden, der SU, Israel und Singapur. Auch Norwegen und die Niederlande hatten mit einigen europäischen Staaten gesprochen.

Australien wies darauf hin, daß weitere Kontakte mit Schweden, Österreich und Jugoslawien besonders erwünscht seien.

Formelle Beschlüsse zum Thema „Drittstaaten“ wurden nicht gefaßt. Wir deuteten an, daß wir gegenüber einigen Staaten die Ziele der Australischen Initiative und unser eigenes Engagement zu erläutern bereit seien.

3) Erweiterung der Kernliste

Unsere Kernliste umfaßt derzeit (ebenso wie die der wichtigen EG-Staaten) acht Substanzen. Von verschiedenen für die Erweiterung vorgeschlagenen Substanzen wurde nur Thionylchlorid diskutiert. Thionylchlorid wird für die Herstellung der Kampfgase „Lost“ und „Tabun“ verwendet, hat aber auch zahlreiche zivile Einsatzgebiete und wird deshalb in erheblichen Mengen produziert und gehandelt. Wegen der bürokratischen Belastung der Industrie durch eine Exportkontrolle erklärte GB, daß es einem Konsens hierüber nur zustimmen werde, wenn die wettbewerbsmäßige Belastung durch Exportkontrollen auch von den übrigen wichtigen Mitgliedern der Australischen Initiative mitgetragen werde. Während sich F und wir dieser Haltung anschlossen, erklärten CH und Japan, daß sie derzeit nicht beabsichtigten, ihre Kontrolliste um Thionylchlorid zu erweitern.

Im Hinblick darauf, daß mehrere der kleineren Staaten bereits diese Substanz kontrollieren, wird die entsprechende Erweiterung der Kernliste einen Tages-

8 Zum fünften Treffen der „Australischen Initiative“ am 29./30. Januar 1987 in Paris vgl. Dok. 45.

ordnungspunkt beim nächsten Treffen der Australischen Initiative bilden. Da ein Drängen der USA in diese Richtung zu erwarten ist, dürften GB, F und wir (unsere Industrie würde dies akzeptieren) sich einer Kontrolle nicht weiter entziehen. Wasserfreie Flußsäure (HF[9]) wurde nur kurz diskutiert. GB wies darauf hin, daß es diese Substanz bereits in seine nationale Kontrolliste aufgenommen habe; die USA erklärten sich bereit, einem eventuellen Konsens zu folgen, während Japan darauf hinwies, daß die Warnliste insoweit bereits Exporte nach Irak/Iran verhindere.

Auch dieser Punkt dürfte bei der nächsten Tagung der Australischen Gruppe erneut erörtert werden.

4) Erweiterung der Warnliste

Wir trugen – ähnlich wie andere Delegationen – unsere grundsätzlich sehr positiven Erfahrungen mit der Warnliste vor. Die Kooperationsbereitschaft der Industrie habe in konkreten Fällen dazu geführt, daß Exportaufträge für die Substanzen der Warnliste besonders sorgfältig auf ihre Endverwendung geprüft würden, daß die Industrie in Zweifelsfällen die Auffassung der Regierung einhole und daß die deutsche Industrie auf mehrere konkrete Exportgeschäfte verzichtet habe.

Japan erläuterte, daß die Warnliste für JAN auf Grund des Systems der „administrative guidance“ faktisch zu einem Embargo dieser Substanzen führe und im Einzelfall Exportanträge der Regierung vorgelegt würden.

Wir wiesen – unterstützt von F und GB – nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, die Warnliste praktikabel und damit effizient zu erhalten. Eine zu lange Warnliste würde bei den Exportsachbearbeitern der Industrie nicht mehr den Eindruck erwecken, es gehe um Kontrolle der wirklich unmittelbar für chemische Waffen verwendeten Substanzen. Eine gutgemeinte Verlängerung der Liste müßte also faktisch ihre Wirksamkeit – die auf der Kooperation der Industrie beruhe – beeinträchtigen. Ferner wiesen wir darauf hin, daß eine wirksame Warnliste – unter Wettbewerbsgesichtspunkten – für alle wichtigen Mitgliedstaaten der Australischen Gruppe identisch sein müsse.

Bei der Diskussion eines australischen Vorschlags zur Erweiterung der Warnliste (Anlage) ergab sich folgendes:

Die USA sind bereit, sie in vollem Umfang zu akzeptieren, GB die Substanzen A, B, C und D(i) und D(vi). Weiter brachte die Diskussion folgende Ergebnisse:

– Substanz I ist ein CS[10]-Stoff (Tränengas) und daher als Kampfgas nicht relevant.
– Substanz H ist ein ganz allgemeines und bei zahlreichen Prozessen verwendetes chemisches Lösungsmittel, deshalb nicht als CW-spezifisch anzusehen.
– Die Substanzen A, B, C sowie D(i) und D(vi) sind CW-relevant; hier zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung, wonach eine Kontrolle sinnvoll erschiene. Japan machte allerdings – wie wir – gegen D(i) und D(vi) Vorbehalte geltend (weitverbreitete chemische Substanzen).
– Gleiches Meinungsbild ergab sich auch für Substanz G.

9 Fluorwasserstoff.
10 2-Chlorbenzylidenmalonsäuredinitril.

Im Hinblick darauf, daß es demnach gute Gründe für eine Erweiterung der Warnliste um einige dieser Substanzen gibt, daß aber die Erhaltung der Praktikabilität der Warnliste deren beliebige Verlängerung ausschließt, lud Australien Mitglieder der Gruppe ein, zur nächsten Tagung einige Substanzen der geltenden Warnliste zur Streichung zu identifizieren. Eine erste Prüfung durch unsere Sachverständigen zeigte, daß wir zur nächsten Tagung ein Papier mit einigen Streichungsvorschlägen vorzulegen in der Lage sein dürften.

5) Kontrolle von chemischen Anlagen

Dieser wichtige Punkt wurde erstmals vertieft erörtert.

Hintergrund ist die Tatsache, daß die Einrichtungen und Anlagen der irakischen CW-Fabrik weitgehend importiert wurden.[11] Andererseits sind chemische Anlagen, die zur CW-Herstellung Verwendung finden können, in aller Regel identisch mit typischen zivilen Anlagen und Geräten.

Zwei von GB und USA vorbereitete Papiere wurden nicht vertieft. Es zeigte sich, daß die Schwierigkeit der Abgrenzung weitere Überlegungen erforderlich macht, daß es aber andererseits doch bestimmte Anlagen gibt, die typischerweise in einer Kampfgasfabrik Verwendung finden. Entscheidendes Kriterium ist hierbei allerdings auch die konkrete Endverwendung. Möglicherweise müssen Ausfuhrkontrollen deshalb länderspezifisch ansetzen. Dies widerspricht zwar unserer bisherigen Gesetzessystematik, könnte aber vielleicht bei chemischen Anlagen auf die Länder ausgerichtet werden, die an einem Konflikt beteiligt sind, in denen nach Feststellung der VN CW eingesetzt wurden. Eine solche Beschränkung ließe den wirtschaftlich wichtigen Teil unserer Exporte frei von bürokratischen Erschwernissen.

6) Informationsaustausch

Hierzu wurde ein kanadisches Dokument[12] diskutiert, das den Umfang auszutauschender Informationen ebenso freistellt wie die Frage, ob Informationen bilateral oder multilateral weitergegeben werden sollten. Insgesamt zeigte sich ein Konsens, bis zum nächsten Treffen wichtig erscheinende Informationen auszutauschen und sodann erneut über die Erfahrungen zu diskutieren.

7) „Future Activities"

Hier wurde – besonders von den USA – erneut die Wünschbarkeit weiterer Kontakte mit Drittstaaten unterstrichen. Die USA kündigten auch an, daß sie bei der 42. GV[13] wieder eine Resolution zur Verurteilung des Einsatzes von CW einbringen würden[14], und luden die übrigen Staaten ein, diese Resolution mitzutragen. Die Reaktion war grundsätzlich positiv; es wurde aber allgemein darauf hingewiesen, daß die Abstimmung über ein solches gemeinsames Einbringen einer VN-Resolution anderen Stellen in den jeweiligen Regierungen obläge.

11 Zur Frage einer Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten an den Irak zur möglichen Herstellung chemischer Waffen vgl. Dok. 219.

12 Für das kanadische Dokument vom September 1987 („Framework of Procedures for Sharing Information Concerning the ‚Core List' of Chemical Compounds to be Controlled and Concerning the Warning List") vgl. Referat 424, Bd. 135878.

13 Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

14 Vgl. die Resolutionen 37 A, 37 B und 37 C der VN-Generalversammlung vom 30. November 1987; RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung, S. 80–82.

8) Nächstes Treffen

Konsens, daß ein Treffen in etwa sechs Monaten keine Institutionalisierung der Australischen Gruppe bedeute, sondern zur Evaluierung der erörterten Fragen und ihrer Umsetzung nützlich erscheine. Als Termin wurde ca. April 1988 in Aussicht genommen. Australien wird dazu (in erster Abstimmung mit uns) im kommenden Februar Kontakt mit den einzelnen Mitgliedstaaten der Gruppe aufnehmen.

D2A[15] hat mitgezeichnet.

Nagel

Anlage 1

„Warning List"

Additional Chemicals for Consideration.

Chemical Compound	CAS[16] Number
A) Potassium hydrogen fluoride (Potassium bifluoride)	[7789-29-9]
B) Ammonium hydrogen fluoride (Ammonium bifluoride)	[1341-49-7]
C) Sodium fluoride	[7722-88-5]
D) Other Fluoride Salts	
(i) Calcium fluoride	[14542-23-5]
(ii) Aluminium fluoride	[7784-18-1]
(iii) Cryolite	[15096-52-3]
(iv) Fluorosilicic acid	[16961-83-4]
(v) Sodium hexafluorosilicate	[16893-85-9]
(vi) Sodium bifluoride	[1333-83-1]
(vii) Lithium fluoride	[7789-24-4]
E) Sodium Cyanide	[143-33-9]
F) Hydrogen Cyanide	[74-90-8]
G) Triethanolamine[17]	[102-71-6]
H) Chlorobenzene	[108-90-7]
I) Ortho-Chlorobenzaldehyde	[89-98-5]

Referat 424, Bd. 135878

15 Josef Holik.
16 Chemical Abstracts Service.
17 Korrigiert aus: „Tris-ethanolamine".

273

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich, Bundeskanzleramt

Geheim **29. September 1987**[1]

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: Dritte Gesprächsrunde am 23. September 1987, 13.45 Uhr bis 15.00 Uhr, im Bundeskanzleramt[2]

Teilnehmer auf französischer Seite: Herr Attali, Frau Guigou, General Forray, Herr Védrine.

Auf deutscher Seite: MD Teltschik, Vizeadmiral Brost, MDg Dr. Hartmann, MDg Dr. Thiele, MDg Dr. von Ploetz, Kapitän Lange, VLR Bitterlich.

MD Teltschik verweist eingangs auf Treffen BK–StP Mitterrand am 24. September.[3] Dort müsse Festlegung getroffen werden, mit welcher zeitlichen Zielsetzung, welchen inhaltlichen Vorgaben und in welcher Form die Gespräche fortgesetzt werden sollen. PM Chirac habe BK am 19. September[4] erläutert, daß er mit dem StP ausführliches Gespräch in nächster Zeit vereinbart habe. Zuvor sollen keine öffentlichen Ankündigungen gemacht werden. Wenn dies der Auffassung des Präsidenten entspreche, würde es am 24. September nicht zur Abgabe der ins Auge gefaßten Grundsatzerklärung kommen. PM Chirac habe BK als zeitliche Horizonte hierfür den 50. Gipfel (12./13. November[5]) und für konkrete

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 29. September 1987 über Ministerialdirigent Hartmann an Ministerialdirektor Teltschik, beide Bundeskanzleramt, geleitet. Dazu vermerkte er: „Hiermit lege ich Ihnen Vermerk über die dritte Gesprächsrunde am 23. September 1987 zur Billigung vor. Ich bitte um Ihre Zustimmung, Vermerk anschließend an die übrigen Teilnehmer des Gesprächs auf unserer Seite zu übermitteln."
Hat Teltschik am 1. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einverstanden."
Hat Bitterlich am 2. Oktober 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Bitte drei Ausfertigungen anfertigen. 2) W[ieder]V[orlage]." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Die Aufzeichnung wurde von Bitterlich am 2. Oktober 1987 an Ministerialdirigent von Ploetz übermittelt. Dazu vermerkte er, zur Unterrichtung übersende er den „von Ministerialdirektor Teltschik gebilligten Vermerk".
Hat Ploetz am 5. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Fehlt meine Intervention zu Währung + Wi[rtschaft] (einschl[ießlich] Übergabe BM-Artikel v. 19.9.)!" Ferner verfügte Ploetz die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Referat 201.
Hat Richthofen am 9. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zur ersten Gesprächsrunde am 24. Juli 1987 in Bonn und zur zweiten Gesprächsrunde am 27. August 1987 in Paris über die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit vgl. Dok. 223 bzw. Dok. 239.

3 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz", die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

4 Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Chirac kamen beim deutsch-französischen Jugendtreffen am 19. September 1987 in Ludwigsburg zusammen. Für den Wortlaut ihrer Ansprachen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 581–585.

5 Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

Vereinbarungen den 25. Jahrestag des Elysée-Vertrages[6] (22. Januar 1988) genannt.

Attali betont, daß StP im Hinblick auf öffentliche Ankündigung nicht festgelegt sei. Er habe insofern noch keine Entscheidung getroffen und sei flexibel. Hierfür müsse man morgiges Gespräch mit BK abwarten. Zudem werde dies vom Stand der Vorarbeiten einschließlich der „wirtschaftlichen Dimension" abhängen.

MD Teltschik schlägt vor, unter diesen Umständen heute zügig weiter über die Inhalte, evtl. Präambel, zu sprechen. Im übrigen erwarteten wir die französischen Vorschläge zur Vertiefung der Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.[7]

Attali sieht in Erörterung Präambel keine Dringlichkeit, es sei denn, daß wir darin mehr als eine Bezugnahme auf die Grundlagen (Elysée-Vertrag, Vereinbarung vom 28. Februar 1986[8]), was ein „chapeau" von 15 Zeilen bedeute, aufnehmen wollten. StP sei im übrigen mit dem am 27. August vereinbarten Text einverstanden.

MD Teltschik erklärt sich damit einverstanden, heute Präambel nicht zu vertiefen, und übergibt unseren Präambel-Entwurf (Papier vom 22. September[9]). Beim nächsten Treffen solle über Wortlaut gesprochen werden.[10]

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

7 Zur französischen Initiative für wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit vgl. Dok. 241.

8 Für den Wortlaut der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik" zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den Konsultationen vgl. ferner AAPD 1986, I, Dok. 61.

9 Im Entwurf der Bundesrepublik für eine Präambel hieß es: „Ausgehend von dem deutsch-französischen Vertrag vom 22.1.1963, der ein umfassendes Programm für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Auswärtigen Angelegenheiten und der Verteidigung enthält, unter Berücksichtigung der seither, insbesondere aufgrund der am 22.10.1982 und am 26.2.1986 beschlossenen weiteren Schritte auf dem Gebiet der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, im Bewußtsein der Notwendigkeit einer schrittweisen weiteren Konkretisierung und Institutionalisierung der Schicksalsgemeinschaft beider Länder, die eine unauflösbare Sicherheitsgemeinschaft und einen gemeinsamen Verteidigungsraum bilden, geleitet vom Prinzip der kollektiven Verteidigung und der Entschlossenheit, die gemeinsame Freiheit an den Grenzen des bedrohten oder angegriffenen Partners zu verteidigen, unter Berücksichtigung der bestehenden Bündnisverträge, der Bedeutung fortdauernder Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa […], überzeugt von der Notwendigkeit, daß beide Länder eine gemeinsame Streitkräftekonzeption mit dem Ziel entwickeln müssen, das für die Sicherheit Europas notwendige ausgewogene Potential nuklearer und konventioneller Streitkräfte zusammen mit den anderen Bündnispartnern auch in Zukunft zu gewährleisten, haben der Bundeskanzler und der Präsident beschlossen …". Vgl. die Aufzeichnung des Referats 201 vom 22. September 1987; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

10 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen notierte am 29. Oktober 1987: „MD Teltschik teilte telefonisch nach Unterrichtung durch Präsidentenberater Attali und PM-Berater Bujon de l'Estang folgendes mit: Am 28.10.1987 fand in Paris eine Besprechung zwischen Präsident Mitterrand, Premierminister Chirac, Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud über die deutsch-französische Verteidigungszusammenarbeit (Verteidigungsrat, deutsch-französische Brigade etc.) statt. In dieser Besprechung konnte nicht in allen Punkten Einvernehmen erzielt werden. Daher hat Bujon de l'Estang seine für heute morgen vorgesehene Reise nach Bonn zu Gesprächen mit MD Teltschik und je einem Vertreter aus dem Auswärtigen Amt und dem BMVg kurzfristig abgesagt. Nunmehr wurde in Paris Einvernehmen erzielt, wie in der Angelegenheit weiter prozediert werden soll: AM Raimond ist offiziell beauftragt, die offiziellen Verhandlungen mit der Bundesregierung zu führen, und wird sich dieserhalb mit BM in Verbindung setzen. Bujon de l'Estang und Attali sind beauftragt, Instruktionen für AM Raimond zu erarbeiten, die von Präsident Mitterrand und PM Chirac gebilligt

Zu den Aufgaben und der Struktur des Verteidigungsrates sei morgiges Gespräch abzuwarten. Wir würden jedoch gern einige Punkte der Aufgabenbeschreibung erörtern, die wir mit dem Text des Elysée-Vertrages verglichen hätten. Text vom 27. August berge Gefahr in sich, hinter den Zielen des Elysée-Vertrages zurückzubleiben. Wir könnten hierauf beim nächsten Treffen zurückkommen; gleiches gelte für das Sekretariat, dessen organisatorische Ausgestaltung der Vertiefung bedürfe.

Ferner müßten wir uns über die Beteiligung der Ressorts und Fachminister für die kommenden Gespräche klar werden.

Attali spricht sich dafür aus, heute in Vorbereitung des Treffens BK–StP über die Aufgaben des Rates zu sprechen.

Die Fachministerien müßten in die Gespräche einbezogen werden. Arbeitsgruppe solle jedoch in jedem Fall alleinige Vorbereitungsinstanz bleiben. Über Zusammensetzung müßten BK und StP entscheiden.

MDg von Ploetz erläutert sodann unseren Vorschlag insbesondere zur Neufassung des ersten Anstriches der Aufgaben des Rates (vgl. Papier vom 22. September[11]). Unsere Aufgabe müsse darin bestehen, den Elysée-Vertrag auf Grundlage der heutigen Aufgabenstellungen zu konkretisieren, inhaltlich fortzuentwickeln.

Attali betont, daß sich dieser Vorschlag sehr weit von dem am 27. August vereinbarten Text entferne. Er werfe zudem Probleme auf, die nicht vom Elysée-Vertrag abgedeckt seien („gemeinsame Konzeption ... ausgewogene Potentiale nuklearer und konventioneller Streitkräfte ... zu gewährleisten"). Er nehme diesen Vorschlag – der nochmals von MD Teltschik, MDg von Ploetz und Vizeadmiral Brost erläutert wurde – zur Kenntnis. StP und BK müßten hierüber sprechen.

MD Teltschik übergibt gesamten Textvorschlag zur Neuformulierung der Aufgaben des Verteidigungsrates (Papier vom 22. September).

Attali betont, daß Frankreich der parallel zu verstärkenden Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik besondere Bedeutung beimesse. Wenn man hier nicht vorwärtskomme, würden „andere Leute" Fortschritte in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Frage stellen. Es bestehe in diesem Bereich schon eine weitgehende Zusammenarbeit im europäischen Rahmen. Hierauf müsse man Rücksicht nehmen. Er wolle hier zunächst exploratorisch auf persönlicher Grundlage einige Ideen vortragen. Es sei unmöglich, in Zukunft ohne Hinzuziehung der Spezialisten aus dem Finanzministerium, der Notenbank, weiterzuarbeiten.

Im Hinblick auf die Entwicklung eines bilateralen Rates für Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik müsse man berücksichtigen, daß ein

Fortsetzung Fußnote von Seite 1387

werden sollen. MD Teltschik ist mit dem Übergang der Verhandlungen auf das AA einverstanden, bittet aber, VLR Bitterlich in die Delegation aufzunehmen". Vgl. VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

11 In der am 27. August 1987 vereinbarten Fassung („Entwurf für Beschluß zum 50. Gipfel") hieß es zu den Aufgaben eines deutsch-französischen Verteidigungsrats: „Abstimmung der Analyse der Lage europäischer Sicherheit mit dem Ziel, soweit wie möglich eine Konvergenz der Schlußfolgerungen, die jeder für die europäische Sicherheit daraus zieht, zu erreichen." Der neue Vorschlag der Bundesrepublik lautete: „Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption mit dem Ziel, das für die Sicherheit Europas notwendige ausgewogene Potential nuklearer und konventioneller Streitkräfte zusammen mit den übrigen Bündnispartnern auch in Zukunft zu gewährleisten." Vgl. die Aufzeichnung des Referats 201 vom 22. September 1987; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

solcher Rat im europäischen Rahmen besteht („Ecofin-Rat"). Frankreich könne sich daher bilateral eher eine Verstärkung der diesbezüglichen Gremien bei den Gipfelkonsultationen vorstellen.

Was praktische Schritte angehe, so müsse man an eine Zusammenarbeit der Zentralbanken bei ihrer Reservenpolitik denken. Man könne sich auch vorstellen, die Abteilungen für Studien („services d'études") beider Notenbanken zusammenzulegen oder eine gemeinsame Banknote/Münze einzuführen. Die Experten hätten ihm mitgeteilt, daß dies alles technisch hinreichend vorgeklärt sei. Er wisse, daß alle diese oder ähnliche Vorschläge existieren, aber von Deutschland immer abgelehnt würden. Wenn wir daran festhielten, würde das die Dynamik des deutsch-französischen Prozesses ändern.

MD Teltschik verweist darauf, daß dieser Komplex für uns aus verschiedenen Gründen schwierig sei. Wenn wir hier vorankommen wollten, komme es entscheidend auf die Klugheit beider Seiten an. Wir seien bereit, über diesen Fragenkomplex offen und freundschaftlich zu sprechen. Man sollte sich aber davor hüten, leichtfertig ein Junktim (zur Sicherheitspolitik) aufzubauen. Junktims hätten sich in der Politik immer als hinderlich für Fortschritte erwiesen.

Wir dürften auf der einen Seite die bestehenden Instrumente der Wirtschafts- und Währungspolitik nicht schwächen. Wir müßten sie stärken, zudem müsse diese Zusammenarbeit offen für andere sein (z. B. EWS, EG-MS). Deutsch-französische Zusammenarbeit könne keinen Exklusivcharakter haben. Hierin sei er mit Attali einig.

Auf der anderen Seite habe die Bundesbank eine andere Stellung als die französische Notenbank. Der bilaterale Rat müsse die Aufgabentrennung klar festschreiben. Wir könnten bei uns in keinem Fall den Eindruck erwecken oder hinnehmen, daß die Autonomie der Bundesbank durch ein bilaterales Gremium in Frage gestellt wird.

Wir könnten prüfen, bilateral neben einem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister einen Rat der Notenbankgouverneure einzurichten. Der in Basel tagende Rat der Notenbankgouverneure erhalte im europäischen Rahmen zunehmend eigenes Gewicht. Es sei vorstellbar, daß die Notenbanken ihre Zusammenarbeit in gewissen Bereichen verstärken, einschließlich des Austausches von Mitarbeitern. Diese gelte auch für die Wirtschafts- und Finanzministerien.

Für weitere Gespräche sei es unbedingt notwendig, die Ressortchefs einzubeziehen.

MDg Thiele stellt ergänzend einige Fragen zum besseren Verständnis der französischen Vorstellungen. Was ist z. B. mit Zusammenarbeit der Notenbanken in bezug auf die Devisenreserven gemeint? Heißt dies, gegenseitig die Währung des anderen in die Reserven aufzunehmen? (Attali: Ja.) Man könne dies nicht auf zwei Länder beschränken, zumal diese Frage im europäischen Rahmen bereits diskutiert werde. Sei Frankreich bereit, dann die Lira oder Drachme aufzunehmen, auch wenn sich die eine oder andere Währung in einer kritischen Lage befinde? Bundesbank sei hierzu sehr reserviert und lehne dies ab, da dadurch ihre Politik der Geldwertstabilität erschwert werde. Wie stelle man sich Vorschlag einer gemeinsamen Münze, eines Geldscheins, vor? Sei damit die Schaffung einer gemeinsamen Währung verbunden, oder solle dies Symbol sein?

Attali: Ich bin überrascht und beunruhigt. Ich höre immer wieder die gleichen negativen Kommentare. Fortsetzung des Gespräches ohne Experten macht keinen Sinn.

Madame Guigou ergänzt, es gehe Frankreich um paralleles Vorgehen, nicht um ein Junktim. Man denke an drei praktische Themenkomplexe, bei denen man vorwärtskommen solle:

– Es gehe um die Zukunft der ECU. Die private und öffentliche ECU bestehen und funktionieren gut. Man müsse nunmehr private und öffentliche ECU miteinander verbinden („le passage entre les deux").
– Es gehe weiterhin darum, wie die Zentralbanken effektiver, schneller zusammenarbeiten können. Man solle versuchen, gemeinsame Reservenpolitik zu treiben („essayer en commun la gestion des réserves"). Z.B., wie könne man die 20%-Devisen-Reserve beim EFWZ[12] besser nutzen?
– Wie könne man insbesondere diese nutzen, um das EWS von innen zu stabilisieren?

Man wolle jetzt weniger institutionell als vor allem praktisch vorgehen. Über die institutionellen Auswirkungen könne man später nachdenken.

In einer gemeinsamen Münze sehe man eine symbolische Maßnahme.

MD Teltschik drückt seine Überraschung über die Reaktion von Attali aus. Wir seien bereit, uns dem Thema zu stellen. Wir seien offen für eine Verstärkung der Zusammenarbeit. Der politische Wille sei bei uns gegeben. Wir müßten aber wissen, wohin die Richtung konkret gehe. Es komme darauf an, eine klare Aufgabendefinition für die Wirtschafts- und Finanzminister einerseits und für die Notenbankgouverneure andererseits zu finden.

Er verweist zudem auf den „Teufelskreis", der sich dadurch ergebe, daß Frankreich eine Intensivierung der währungspolitischen Zusammenarbeit fordere, die die wirtschaftspolitische Konvergenz fördere. Wir würden hingegen davon ausgehen, daß die einmal hergestellte wirtschaftspolitische Konvergenz eine engere Zusammenarbeit in der Währungspolitik nach sich ziehen werde. „Teufelskreis" sei nur aufzulösen, wenn man in beiden Bereichen vorwärtskomme. Es sei falsch, sich nur auf einen Bereich zu konzentrieren.

Attali erklärt sich einverstanden, daß die jeweiligen nationalen Kompetenzen in Rechnung gestellt werden müssen. Wir sollten unser nächstes Treffen diesem Bereich widmen und Experten dazunehmen. Vielleicht könnte man für den Gipfel im Herbst auch ein Gespräch der Wirtschafts- und Finanzminister im Beisein des StP und des PM sowie von BK vorsehen, um dieses Thema voranzutreiben. Ggfs. könne man auch zusätzlich die Notenbankgouverneure hinzuziehen.

MD Teltschik betont, er halte Realisierung eines Gesprächs beim nächsten Gipfel entsprechend Attalis Idee für möglich. Er wolle dies nicht ausschließen. Zuvor sollte aber evtl. Gespräch auf Ministerebene zur Vorbereitung erfolgen. Er bittet Attali, uns Vorschläge zur Konkretisierung der französischen Vorstellungen zu übermitteln.

12 Europäischer Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit.

Attali sagt dies zu. Er halte Ministertreffen für eine gute Idee. Man soll das weitere Procedere morgen besprechen (BK-StP). Neben den Ministern müsse aber bestehende Arbeitsgruppe einziges Gremium bleiben.

Bitterlich

VS-Bd. 12087 (201)

274

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush

30. September 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush (Bonn, 30.9.1987, 12.10 Uhr bis 13.25 Uhr)[2]

Der *Bundeskanzler* (BK) begrüßt Vizepräsident Bush (VP) als alten und bewährten Freund. Er erkundigt sich, wie die Präsidentschaftskampagne[3] laufe.

VP dankt für die freundliche Begrüßung und führt aus: Die Meinungsumfragen stünden für ihn recht gut, aber es sei noch zu früh, etwas Endgültiges zu sagen. Wenn man wie er als „front runner" bezeichnet werde, werde man mehr als alle anderen angegriffen.

Insgesamt aber habe er ein gutes Gefühl. Über die Nominierung seitens der Republikanischen Partei werde bis März 1988 entschieden sein: Am 8. März, dem „Super-Dienstag", fänden in 14 bis 16 Südstaaten, darunter Texas, Florida und Mississippi, die Vorwahlen statt. Dabei werde eine enorme Zahl von Delegierten – zusammen mit vorangehenden Vorwahlen über die Hälfte – gewählt,

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 5. Oktober 1987 gefertigt und am 13. Oktober 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach „zur Unterrichtung des Herrn Staatssekretärs" übermittelt.
Hat Pfetten-Arnbach am 14. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Sudhoff und Ruhfus sowie Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und das Ministerbüro verfügte.
Hat Richthofen am 17. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte und handschriftlich vermerkte: „M[it] d[er] B[itte], L[eiter]B[üro]St[aats]S[ekretäre] möge im B[undes]K[anzleramt] nachfragen, ob dieser Vermerk auch dem Koordinator zur Lektüre gegeben werden kann."
Hat Ploetz am 20. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 23. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Moltke „n[ach] R[ückkehr]" verfügte und handschriftlich vermerkte: „L[au]t Rückfrage L 014 bei L 212 (ChBK) soll Koordinator nur auszugsweise und ausschließlich über jene Passagen unterrichtet werden, die seinen eigentlichen Aufgabenbereich betreffen. Kopie S. 10 und 11 Koord[inator] D/USA vorgelegt." Vgl. Anm. 15.
Hat Moltke vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 204, Bd. 135404.

2 Der amerikanische Vizepräsident Bush besuchte die Bundesrepublik am 29./30. September 1987.

3 In den USA wurden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen abgehalten.

so daß man dann ein klareres Bild habe. Bis zum Konvent der Republikaner im August[4] – so auf Zwischenfrage BK – könne dann nicht mehr viel passieren, zumal die Delegierten in ihrer Stimmabgabe auf einen bestimmten Kandidaten festgelegt seien.

Auf Frage *BK* nach weiteren republikanischen Kandidaten bezeichnet *VP* Senator Dole als hauptsächlichen Rivalen, daneben könne aber auch der Fundamentalisten-Geistliche Robertson noch erhebliche Stimmen mobilisieren. Die Chancen des früheren AM Haig bewertet er zurückhaltend.

Auf Frage BK nach den Chancen demokratischer Kandidaten entgegnet *VP*, das Feld habe sich inzwischen gelichtet, dennoch gebe es keinen klaren „front runner". Die Medien hätten Senator Nunn gute Chancen eingeräumt – dieser aber kandidiere nicht, wohl wissend, daß er gewisse Zielgruppen an der demokratischen Basis nicht erreichen könne (Gewerkschaften, Frauengruppen, Minderheiten, Homosexuelle). Derartige Schichten spreche durchaus der ebenfalls nicht erklärte New Yorker Gouverneur Cuomo an. Sollte allerdings Nunn wider Erwarten die demokratische Nominierung erhalten, wäre er ein ernsthafter Gegner für die Republikaner. Hinsichtlich des Gouverneurs von Massachusetts, Dukakis, und anderer evtl. Kandidaten sieht VP das Hauptproblem, daß sie zwar in regionalen demokratischen Gruppen Anhang gewinnen könnten, nicht aber in der nationalen Partei mit ihren vielfältigen Interessengruppen.

Der republikanische Nominierungsprozeß – so VP weiter – schiebe die Bewerber nach rechts, der demokratische nach links. Man müsse sich deshalb in der Vorwahlphase hüten, bereits zu weit rechts oder links Positionen einzunehmen – dann habe man keine Chance, das jeweilige Zentrum der Parteien für sich zu gewinnen.

BK wünscht VP alles Gute für den „harten Job".

BK erkundigt sich nach stärksten Eindrücken VPs in Polen.[5]

VP nennt einmal die Vitalität der Kirche, zum anderen die Tatsache, daß das Regime seine Kontakte mit Lech Wałęsa und anderen Oppositionsführern aus dem wissenschaftlichen Raum (die sich über die polnischen Perspektiven eher deprimiert geäußert hätten) zugelassen und eine fünfminütige Fernsehrede an das polnische Volk[6] ermöglicht habe.

General Jaruzelski (J.) habe mehr Zeit als vorgesehen zur Verfügung gestanden. Zu Beginn der Gespräche sei er eher angespannt gewesen und habe eine militärische Haltung vorgekehrt, dann sei er langsam aufgetaut und habe erfreulich lebhaft diskutiert.

4 Der Nationalkonvent der Republikanischen Partei fand vom 15. bis 18. August 1988 in New Orleans statt.

5 Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 26. bis 29. September 1987 in Polen auf.

6 Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 29. September 1987, der amerikanische Vizepräsident Bush habe am Vortag um 19.30 Uhr im polnischen Fernsehen gesprochen. Pfeffer übermittelte den Wortlaut der Rede und teilte nach Informationen der amerikanischen Botschaft in Warschau mit, Bush sei ein „nicht zensierter Zugang zum polnischen Fernseh-Publikum" zugesichert worden. Im Vorfeld sei Bush aber gebeten worden, einige Punkte zu „überdenken". So sei um Streichung des Wortes „Solidarität" gebeten worden, denn „Solidarität sei für illegal erklärt" worden. Bush habe seine Rede dennoch „genau so gehalten wie vorgesehen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1603/1604; Referat 214, Bd. 139733.

Jaruzelski stehe offensichtlich Gorbatschow näher als irgendein anderer Ostblockführer (BK wirft ein: zusammen mit Kádár), unterstütze dessen Reformen und dessen Kurs auf mehr Offenheit und hoffe, dadurch selbst innenpolitischen Druck abfangen zu können. Hinsichtlich der Wirtschaft sei J. offensichtlich frustriert. Auf seine – VP – Aufforderung, den Dialog mit Solidarność wiederaufzunehmen, habe J. geantwortet, Solidarność existiere nicht mehr, sie werde heute nur noch durch etwa 120 Leute verkörpert, hingegen gebe es in Polen durchaus tatkräftige neue Gewerkschaften. Im übrigen – so J. weiter – habe Solidarność 1981 durch überzogene Forderungen (z. B. drei Jahre Mutterschaftsurlaub) die polnische Wirtschaft vor nicht lösbare Probleme gestellt.

Hinsichtlich polnischer Umschuldungswünsche[7] habe er – VP – J. amerikanische Bereitschaft zu langfristiger Umschuldung 1986 bis 1988 zusagen können, weitergehende Wünsche nach befürwortender Haltung der USA in IWF habe er damit beantworten müssen, daß die USA in diesem Gremium nicht allein entscheiden.

Insgesamt – so VP – habe J. das Wirtschaftsthema mit deutlichen Zeichen der Besorgnis, aber weder bittend noch arrogant, sondern sehr faktisch-nüchtern behandelt.

In Sachen Rüstungskontrolle habe J. die grundsätzliche INF-Vereinbarung zwischen USA und SU sehr begrüßt und darauf hingewiesen, daß er zur Frage konventioneller Abrüstung hilfreiche Vorschläge unterbreitet habe[8] – VP fügt jedoch hinzu, nach amerikanischer Wertung brächten sie nicht viel Neues.

BK dankt für diese Darstellung – auch für uns seien die Beziehungen zu Polen, unserem wichtigsten östlichen Nachbarn, nicht frei von Emotionen. In deutschem Namen sei in Polen Schreckliches geschehen, jedoch hätten die deutsch-polnischen Beziehungen nicht erst 1933 begonnen. Man müsse auch an 1920/1921 denken und daran, daß die Polnische Republik manches getan habe, der Weimarer Republik Schwierigkeiten zu bereiten.

BK erinnert sodann an sein Gespräch mit General Jaruzelski in Moskau 1985[9], dem jedoch nichts nachgefolgt sei, wohl nicht aus bösem Willen, sondern weil J. nicht anders konnte. Heute sehe J. nun mit großem Mißbehagen, daß unsere Beziehungen zu anderen WP-Staaten sich weitaus besser entwickelten als mit Polen.

Zu Ungarn pflegten wir gute Beziehungen; sie seien allerdings auch weder aus Geschichte noch Gegenwart belastet. Er – BK – unterstütze nachdrücklich den „Gulasch-Kommunismus“ Kádárs: Er sei der einzige vernünftige Entwicklungsweg für die Länder des Ostens. Scheitere er, so würden alle „hardliner“ wieder hervorkommen – und davon habe niemand Nutzen. BK gibt sodann Vorschau auf Besuch MP Grósz[10], mit dem wir eine Reihe interessanter Abmachungen, insbesondere auch über Förderung deutscher Minderheit in Ungarn, treffen würden. Dies sei für uns wichtig im Sinne der Menschenrechte, aber auch als Prä-

7 Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 263, Anm. 30.

8 Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

9 Bundeskanzler Kohl hielt sich anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf bei dieser Gelegenheit mit Ministerpräsident Jaruzelski in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 67, Anm. 12.

10 Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Vgl. dazu Dok. 277.

zedenzfall gegenüber Dritten, etwa Polen. Die Botschaft laute: Wenn man guten Willens sei, könne man etwas Vernünftiges tun.

Auch wirtschaftlich wollten wir Ungarn helfen – nicht aus Steuermitteln, sondern über die Banken –, weil wir wünschten, daß Ungarn seine derzeitigen Schwierigkeiten (VP pflichtet lebhaft bei) überwinde. Gelinge dies nicht, würde die ganze Modernisierungsbewegung im Warschauer Pakt zusammenbrechen. Ungarn sei ein Paradebeispiel, auch für Gorbatschow.

Was Gorbatschows Politik angehe – so BK weiter –, so glaube er, daß Gorbatschow wolle, was er sage. Skeptisch bleibe er – BK – allerdings, ob er es auch schaffe.

VP fragt, ob BK Probleme hinsichtlich der Kontrolle über den Zentralapparat sieht.

BK erwidert, nach seiner Einschätzung habe Gorbatschow sehr wohl die Herrschaft fest in Händen, könne aber die Leute, das Volk, nicht durch Dekrete zwingen, 60 Jahre Erziehung zu vergessen; Probleme selber zu lösen, statt sie nach Moskau abzuschieben; und das zu tun, was gestern noch verboten gewesen sei (Exkurs: Probleme bei Firmenkooperation). So beziehe das Volk eben eine abwartende Haltung.

Gorbatschow erscheine ihm wie ein Mann, der von einem Teich löffelweise eine Drei-Zentimeter-Ölschicht abschöpfen wolle: Die Schicht werde zwar dünner, aber das Öl bleibe.

Gorbatschow sei zwar klüger als Chruschtschow, aber er müsse eine Welt bewegen!

Für den Westen, und gerade auch für die USA und ihren nächsten Präsidenten, gelte es zu begreifen, welche großen Chancen sich heute bieten. Gorbatschow sei in einer Übergangssituation und werde dies noch einige Jahre sein. Vielleicht habe er tatsächlich Erfolg (und ihm – BK – könne dies nur recht sein), vielleicht habe er keinen Erfolg und müsse „Kommando zurück“ geben. Aber in dieser Situation habe der Westen gute Karten in der Hand.

Dies gelte insbesondere für Rüstungskontrolle und Abrüstung. Hier müsse man vernünftig, ohne Illusionen vorgehen. Wichtigster Grundsatz bleibe: Abrüstung ist kein Wert an sich. Am Ende des Abrüstungsprozesses muß die Sicherheit größer – nicht geringer – sein.

Im Westen gebe es Leute, die Gorbatschow für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen hätten – eine absurde Idee. Er – BK – sei dafür, Gorbatschow zu glauben, aber die Taten müßten noch kommen. Jetzt steuere man ein INF-Abkommen an, dann aber müsse es weitergehen: Mit START, CW, konventionellen Waffen, Systemen unter 500 km Reichweite. Dabei wäre es eine Illusion zu glauben, daß es am Ende eine denuklearisierte Welt geben könne.

Sein besonderes Augenmerk – so BK weiter – müsse er darauf richten, daß der WP konventionell immer stärker werde, moderne Angriffswaffen zuführe und damit die Invasionsfähigkeit erhöhe. Zwischen Kiew und der deutschen Grenze stünden 150 000 Mann Luftlandetruppen (auf seiten der NATO 25 000) – gerade diese bekämen nun moderne Luftlandepanzer. Warum? Um die Invasionsfähigkeit zu erhalten! Auch werde bei uns völlig übersehen, daß die SU weiterhin große Anstrengungen auf dem Gebiet der Zivilverteidigung unternehme (VP pflichtete bei).

1394

Er – BK – fürchte nicht, daß die SU einen Krieg beginnen wolle, aber ihre Taktik sei klar: Weiter in einer Lage zu bleiben, die Westeuropäer in Furcht und Schrecken zu versetzen. Sowjetische Idealvorstellung sei dabei, daß ein Narr Präsident der USA werde und sein Land in den Isolationismus zurückführe. Dann könne die SU über Leute wie Kinnock in GB und die SPD und die Grünen bei uns ihre politischen Vorstellungen durchsetzen.

Der Westen müsse in dieser Situation eine klare Position haben. Wichtig sei insbesondere, daß die USA ihren Kurs weitersteuerten. Der Westen habe gute Karten. Die wirtschaftliche Situation in Osteuropa werde schwierig bleiben, die menschliche Kommunikation zunehmen (Exkurs über Besuchsreisen aus der DDR) und die Differenzierung der östlichen Gesellschaft zunehmen: Funktionäre, die wie bisher Privilegien hätten – Leute mit Zugang zu westlicher Währung und westlichen Gütern –, „arme Teufel", die nichts von beidem haben. Dies könne nicht auf Dauer gut gehen. Die Schwäche der Regime bedeute, daß wir die besseren Karten hätten. Jedoch müsse man seine Politik nicht als Hundertmeterlauf, sondern als Marathon konzipieren: Genau dies sei seine Politik gegenüber der DDR.

VP sieht in dem von BK angesprochenen US-Isolationismus zwar keinen Grund akuter Sorge, es gebe jedoch im Lande eine Unterströmung, die frage: Warum immer wir? Warum sind wir weltweit involviert? Warum zahlen wir und nicht jemand anderes? In der Präsidentschaftskampagne werde voraussichtlich in beiden Parteien mit solchen Argumenten gearbeitet werden. Es wäre schlecht für den Westen insgesamt, wenn diese Stimmung zunehme.

BK pflichtet lebhaft bei und erinnert, daß die kostspieligste Torheit der USA in diesem Jahrhundert die Abreise Wilsons aus Paris und der nachfolgende Isolationismus der USA gegenüber Europa nach dem Ersten Weltkrieg gewesen sei.[11] Dieser Fehler sei die USA teuer zu stehen gekommen: Er erinnere an die Toten und materiellen Opfer des Zweiten Weltkriegs und an die Veränderungen der Welt, die dieser Krieg hervorgebracht habe. Dies müsse man auch dem Mann in Chicago klarmachen können.

VP sieht dies genauso, fürchtet aber, daß isolationistische Argumente nicht leicht vom Tisch zu bringen sein werden. So werde der Präsident größte Mühe haben, sein Veto gegen die jetzt vom Kongreß vorbereiteten Handelsgesetze[12] durch-

11 Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 28. Juni 1919 verließ Präsident Wilson die Pariser Friedenskonferenz noch am selben Tag. Der amerikanische Kongreß verweigerte die Ratifizierung des Vertrags.

12 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 7. September 1987: „Die Diskussion über das neue US-Handelsgesetz (omnibus trade bill), mit dem die zukünftige Ausrichtung der amerikanischen Handelspolitik (Beibehaltung der bisherigen liberalen, weltoffenen, dem multilateralen Handelssystem verpflichteten Politik oder eine stärker auf die Wahrung amerikanischer Interessen ausgerichtete, notfalls in bilateralen Absprachen und mit protektionistischen Maßnahmen durchgesetzte Politik) im wesentlichen vorgegeben wird, ist in ihre entscheidende Phase eingetreten. Ein Vermittlungsausschuß beider Häuser des Kongresses wird ab Mitte September versuchen, einen einheitlichen Gesetzestext zu erarbeiten. Die von Repräsentantenhaus und Senat verabschiedeten Vorlagen werden von der EG als teilweise protektionistisch und GATT-widrig, aber auch von der amerikanischen Administration vor allem wegen der Beschneidung der Befugnisse des US-Präsidenten abgelehnt. In den sehr umfangreichen Vorlagen, die neben handelspolitischen Regelungen auch wirtschaftliche und soziale Maßnahmen vorsehen, finden sich zahlreiche Bestimmungen, die den Entscheidungsspielraum der Administration begrenzen, Verhandlungsziele der Uruguay-Runde durch einseitige Regelungen präjudizieren, anerkannte GATT-Regeln einseitig auslegen oder den Schutz der heimischen Industrie

zuhalten. Das Argument, man müsse die Jobs im Lande behalten, sei nur schwer zu widerlegen.

Daß man jetzt am Vorabend eines ersten Rüstungskontrollabkommens stehe, sei eine gute Sache. Dies sei der Festigkeit des Präsidenten zu verdanken, die er auch gewahrt habe, als die sowjetische Propaganda ihn verleumdet habe.

Was – so VP – werde nun nachkommen? Die Chancen hinsichtlich START und CW stünden nicht schlecht. Gewisse Probleme sehe er bei den konventionellen Waffen. Hier gelte es, den Schwung aufrechtzuerhalten. Hingegen würde er hinsichtlich der Kurzstreckensysteme eher Vorsicht walten lassen.

BK verdeutlicht unser Interesse, daß der Prozeß überhaupt weitergeht. Er stelle keine Position vor die andere, sondern alle nebeneinander:

– START: Hier sei er sicher, daß es Fortschritte geben werde, weil USA und SU sehr direkt daran interessiert sind.
– CW: Er halte diese Waffen tatsächlich für entbehrlich.
– Konventionelle Waffen: Eigentlich das Wichtigste!

  Man habe im Westen wahrscheinlich einen Fehler gemacht, als man vor vielen Jahren nicht mit konventionellen Waffen den Rüstungskontrollprozeß begonnen habe.
– Kurzstreckenwaffen: Wenn man seitens der USA und des Westens die doppelte Null-Lösung proklamiere, stelle sich ganz natürlich auch die Frage der Kurzstreckenwaffen. Sie sei vor allem ein psychologisches Problem, das er anders sehen müsse als Frau Thatcher („Brandmauer" bei 500 km, darüber abbauen, darunter nachrüsten). Natürlich könne man sich nicht auf eine dritte Null-Lösung einlassen, obwohl einige Narren in unserem Lande dies forderten. Wir brauchten vielmehr vernünftige Obergrenzen – und das heiße, daß die Sowjets von ihrem gegenwärtigen Rüstungsniveau herunter müßten (583 Scud-B, zu denen es kein westliches Gegengewicht gebe).

In der Sache gebe es mit ihm – BK – natürlich ein Arrangement, dies habe sich auch bei der Pershing Ia gezeigt. Er wolle auch in Zukunft hilfreich sein. Aber er könne nicht für alles den Kopf hinhalten, vielmehr müsse die Lösung für uns Deutsche erträglich sein – und (die Auslassung des Bereichs unter 500 km) sei für uns Deutsche nicht erträglich!

VP sagt zu, diese Überlegungen des BK Präsident Reagan, den er Anfang nächster Woche sehe, zu übermitteln. Er selbst sehe nach dem INF-Abkommen, nach Fortschritten bei START und CW die nächste Priorität bei den konventionellen Waffen.

BK betont, für ihn sei wichtig, daß Abrüstung „ganzheitlich" gemacht werde. Man müsse weg von punktueller Betrachtung, man brauche ein Gesamtkonzept. Dabei dürfe es im Bündnis keine unterschiedliche Sicherheit geben! Dies sei für uns ein psychologisches Problem, weil unser Territorium Glacis der NATO sei und wir eine Wehrpflichtarmee hätten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1395

in protektionistischer Weise ausbauen. Ein Inkrafttreten dieser Regelungen in der jetzigen Form würde die amerikanischen Handelspartner zu Gegenmaßnahmen veranlassen." Vgl. Referat 411, Bd. 144312.

Bei der Stationierungsfrage habe sich gezeigt: Wenn die Deutschen nicht stehen, könne man die NATO vergessen. Das wisse auch Gorbatschow. Zwei Gründe hätten ihn an den Verhandlungstisch zurückgebracht: SDI und eben die Stationierung. Ohne diese beiden gäbe es heute keine Verhandlungen und morgen kein Abkommen. Dies müsse für alle eine Lektion sein. Wenn wir zusammenstehen, die Dinge mit Ruhe angehen, eine klare und vernünftige Sprache sprechen, dann verstehe dies auch Gorbatschow. Und diese Sprache könne er – BK – auch seinen Leuten hier vermitteln. Was sie aber nicht verstünden, wäre, daß die Bundesrepublik Deutschland weiterhin die (sc. konventionelle) Hauptlast trägt, ihre Sicherheit aber nachläßt.

In den nächsten 14 Tagen – so BK weiter – werde entschieden, wie wir die USA hinsichtlich des Golf-Engagements entlasten könnten.[13] Zwar könnten wir nicht selbst in den Golf gehen, würden aber zusätzliche Aufgaben im Atlantik oder im Mittelmeer übernehmen. Er habe kürzlich mit MP Goria darüber gesprochen[14]; dieser werde ihm zur Haltung Italiens hinsichtlich eines Mittelmeer-Engagements Bescheid geben – dann aber werde bei uns entschieden. Es bestehe kein Zweifel, daß wir unsere Freunde unterstützten.

Gerade deshalb wiederhole er die Bitte, uns auch in der Abrüstungsfrage psychologische Unterstützung zu geben (Exkurs: Verhältnis von CDU-Anhängern zu USA „enttäuschte Liebe“). Wichtig – so BK – sei, sich auf die gemeinsamen Interessen zu besinnen und gemeinsam zu handeln. Er sei optimistisch!

VP betont, die USA bewegten sich nicht in Richtung Isolationismus und würden niemand anders für sich bezahlen lassen. Er habe BK lediglich von Unterströmungen berichtet, die man nicht leichtnehmen dürfe.

Was die Rüstungskontrolle angehe, werde man jetzt das INF-Abkommen erreichen, dann werde man zu START weitergehen: Dies alles werde die Unterstützung des amerikanischen Volkes finden. Sowjetische Besorgnisse über die Ratifizierung des INF-Abkommens seien unbegründet. Die USA seien auf dem richtigen Wege.

BK pflichtet bei und bittet, Präsident Reagan seinen Dank für enge Konsultation, insbesondere in den letzten Wochen, zu übermitteln.

[15]*VP* weist darauf hin, der Präsident sei betroffen von Umfragen in Europa gewesen, nach denen Gorbatschow von sechs Mal mehr Leuten als „friedliebend“ angesehen worden sei als Reagan. Derartige „Anti-Reagan-Stimmung“ schlage sich auch in amerikanischen Leitartikeln nieder – und Gorbatschow fasziniere sie.

BK sieht einen Grund darin, daß Gorbatschow im Gegensatz zu seinen Vorgängern („alte Bären“) ein moderner Sowjetführer sei. Andererseits aber darin, daß von sowjetischer Seite mit erheblichem Geldeinsatz (jährlich 100–120 Mio. allein in unserem Land) derartige Stimmungen und Desinformationen geschürt würden.

13 Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

14 Für das deutsch-italienische Regierungsgespräch am 28. September 1987 vgl. Dok. 271.

15 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Kölsch handschriftlich: „[Ab hier] Koord[inator].“ Vgl. Anm. 1.

Er selbst trete ständig öffentlich gegen antiamerikanische Stimmungen und gegen Verunglimpfungen des Präsidenten auf. Er wolle aber auch sagen: Wenn man die Deutschen vor die Entscheidung stelle, wem sie tatsächlich ihre[16] Sicherheit anvertrauen wollten, dann sei völlig klar: 8:2 für die USA!

Andererseits verkenne er nicht, daß im Gegensatz zu früheren Zeiten die persönlichen Verbindungen zwischen uns und Amerika weniger geworden seien und man in Gefahr stehe, sich auseinanderzuleben. Gerade an diesem Punkt setze er mit aller Energie an: verstärkter Jugendaustausch, Kontakte der Universitäten, Einladungsprogramm für Senatoren und Kongreßabgeordnete. Besondere Aufmerksamkeit müsse auch dem Bild des jeweils anderen Landes in den Medien gewidmet werden: Zum Teil werde Haarsträubendes berichtet, weil so mancher Journalist außer der Hauptstadt und wenigen dortigen Informanten nichts und niemand kenne. Er – BK – sei jedenfalls fest entschlossen, noch mehr gegen antiamerikanische Stimmungen zu tun. Botschafter Burt und sein Vorgänger[17] seien dabei wertvolle Stützen.

VP dankt dem Bundeskanzler und Frau Kohl für ihren persönlichen Einsatz für USO[18]: Es sei wichtig, daß die Leute auf beiden Seiten des Atlantiks diese Geste sehen und würdigten.

VP dankt dem Bundeskanzler für das Gespräch.

Anwesend auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt, Stabschef des Vizepräsidenten, Fuller, Sicherheitsberater des Vizepräsidenten Gregg (Note-taker), Dolmetscherin; auf deutscher Seite: Staatsminister Dr. Stavenhagen, MD Teltschik, VLR I Dr. Kaestner (Note-taker), VLR I Weber (Dolmetscher).

Referat 204, Bd. 135404

16 Korrigiert aus: „seine".

17 Arthur F. Burns.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke notierte am 15. Oktober 1987: „Am 27.10. d. J. findet in Frankfurt am Main eine Fundraising-Gala-Veranstaltung der United Service Organizations (USO) (Central European Headquarters: Römerstraße 104, 6900 Heidelberg) statt, die bei einem Betrag von $ 1000 pro Teilnehmer einen Reinertrag von $ 1 Mio. für die Arbeit von USO in Deutschland erbringen soll. Regierungsvertreter werden als Gäste eingeladen. Frau Kohl, der am 29.6. d. J. in Washington der International Service Award der USO verliehen wurde, und Botschafter Burt bemühen sich, ein prominentes und finanzkräftiges Publikum aus dem Bundesgebiet und den USA zu versammeln. Prominente Persönlichkeiten (u. a. Kissinger) haben ihre Teilnahme zugesagt; der Herr Bundeskanzler hat seine Teilnahme in Aussicht gestellt. […] Die Betreuung der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Die 1941 von Bob Hope gegründeten United Service Organizations, Inc., eine für die Betreuung der Soldaten und vor allem ihrer Familienangehörigen hochangesehene gemeinnützige Organisation, leistet hierzu einen hervorragenden Beitrag. Die Bundesregierung hat USO in der Vergangenheit wiederholt auch finanziell gefördert (Spende im Jahre 1981 in Höhe von DM 900000; Juni 1987: weitere Spende der Bundesregierung in Höhe von US-$ 100000 übergeben durch Frau Kohl)." Vgl. Referat 204, Bd. 135416.

275

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-363.52-1276/87 geheim **30. September 1987**[1]

Über Herrn Dg 20, Herrn D 2[2] Herrn Staatssekretär[3] zur Unterrichtung[4]

Betr.: Dritte Sitzung der Interministeriellen Kommission (IMK) zur Vorbereitung des Abzugs chemischer Waffen (CW) aus der Bundesrepublik Deutschland im BMVg am 29.9.1987

Anlg.: 1[5]

1) Am 29.9.1987 traf sich die auf der Grundlage des BSR-Beschlusses vom 15.5. 1986[6] ins Leben gerufene Interministerielle Kommission (IMK) zu ihrer dritten Sitzung.[7]

Die IMK hat den Auftrag, zeitgerecht die Vorstellungen für einen sicheren Abzug der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten CW-Altbestände zu erarbeiten und abzuschließen. Für die Sicherheit der Planung und Durchführung des Abtransports wird sowohl für die Grundlage der Arbeit in der IMK wie auch für die jetzt und später notwendig werdende Beteiligung weiterer Stellen durch Fachressorts die strikte Anwendung des Grundsatzes „need to know" zugrunde gelegt. Die Fortgeltung dieses Beschlusses wurde von dem Vorsitzenden, Generalmajor Hüttel, auch diesmal wieder nachdrücklich unterstrichen. Der Kreis der Wissensträger soll im Interesse einer störungsfreien Durchführung des Abtransports möglichst klein gehalten werden.[8]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 30. September 1987 vorgelegen, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Oktober 1987 vorgelegen.

4 Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 7. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 14. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] 16.10."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Oktober 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Fragen BM Seiten 2 + 4. T[ermin] bei BM 16.10. Ref[erat] 201 ist telef[onisch] vorab unterrichtet." Vgl. Anm. 8 und 11–13.
Hat Ploetz am 14. Oktober 1987 erneut vorgelegen, auch in Vertretung Richthofens.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Tabelle „Interministerielle Arbeitsgruppen" vgl. VS-Bd. 12145 (201).

6 Korrigiert aus: „13.5.1986".

7 Zur ersten und zweiten Sitzung der Interministeriellen Kommission zum Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik am 10. November 1986 bzw. 3. Februar 1987 sowie zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 15. Mai 1986 vgl. Dok. 27.

8 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt das? Ist AA beteiligt? Wer ist es?"
Zu dieser Frage vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 14. Oktober 1987: „Die IMK wurde auf der Grundlage des BSR-Beschlusses vom 1[5].5.1986 unter der Federführung des BMVg am 10.11.1986 gegründet. Ihr gehören von Anfang an als Mitglieder an: Auswärtiges Amt; Bundesministerium des Innern; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Bundesministerium für Verkehr und als Beobachter das Bundeskanzleramt. Wegen der besonderen Sensitivität des Themas gilt für die Arbeit der IMK der Grundsatz, Kenntnis nur, wenn nötig, auch

2) Auf der zweiten Sitzung der IMK am 3. Februar 1987 waren erste Arbeitsüberlegungen des BMVg für den späteren Abzugsplan der CW erörtert worden. Diese Überlegungen wurden während der deutsch-amerikanischen Konsultationen über den Abzug der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten CW-Altbestände am 2./3. Juli 1987[9] weiter vertieft und ausgearbeitet sowie in ersten Einzelheiten bereits konkretisiert.

Übereinstimmung besteht, daß der Abtransport nach Antransport auf der Straße zum Verladebahnhof mit dem Zug zum Hafen erfolgen wird, von wo der Weitertransport dann mit dem Schiff erfolgt.

Die IMK geht aufgrund der eindeutigen amerikanischen Zusicherungen sowie eigener Inaugenscheinnahme (1. Juni 1987 durch eine kleine Gruppe von Angehörigen des BMVg, AA, BK-Amt) von der absoluten Lager- und Transportsicherheit der unitären amerikanischen CW in der Bundesrepublik Deutschland aus. Einige als „verdächtig" ausgesonderte CW sind gegenwärtig versiegelt gelagert. Die US-Seite bekräftigte, daß sowohl für diese wie auch für die restlichen kein Transportrisiko bestehe. Oberstes Ziel der Arbeit der IMK ist es, die Sicherheit des Transports zu optimieren.

3) Die US-Seite ließ in den bisherigen Gesprächen mit der IMK keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie zu ihrer Verpflichtung aus der seinerzeitigen Vereinbarung Bundeskanzler Kohl/Präsident Reagan[10] steht, die bei uns gelagerten unitären CW-Bestände bis spätestens Ende 1992 abzuziehen.[11]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1399

innerhalb der Kommission. Vertreter anderer Ressorts wurden deshalb bislang nicht hinzugezogen, sollen jetzt aufgrund der fachlichen Notwendigkeit für die Erarbeitung des Abzugsplanes jedoch unter strengem Auswahlkriterium zur Mitarbeit eingeladen werden. Für das Auswärtige Amt sind als Vertreter in der IMK gemeldet: Dg 20, RL 201 und RL i. V. 201." Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Vortragender Legationsrat Bertram notierte am 7. Juli 1987 zu den deutsch-amerikanischen Konsultationen über den Abzug amerikanischer chemischer Waffen aus der Bundesrepublik am 2./3. Juli 1987 im Bundesministerium der Verteidigung: „Die Gespräche verliefen in einer sachbezogenen und sehr guten Atmosphäre. Die amerikanische Delegation war sichtlich bemüht, alle Fragen der deutschen Seite, die zum Teil bereits vorher übermittelt worden waren, erschöpfend zu beantworten. […] Die amerikanische Seite unterstrich in einem Vortrag erneut die absolute Lager- und Transportsicherheit der unitären amerikanischen CW. Im gesamten amerikanischen CW-Arsenal sei die in Deutschland gelagerte Munition die sicherste. Die US-Seite bestätigte die uns bereits bekannte Information, daß im Anschluß an die amerikanische Überprüfung der CW-Munition 1979 bis 1981 65 der Geschosse ausgesondert worden seien. Es bestehe keine Gefahr eines Lecks, jedoch sei die Aussonderung eine notwendige Vorsichtsmaßnahme gewesen." Die Delegation der Bundesrepublik habe „sehr nachdrücklich" auf das Interesse hingewiesen, „daß das Abzugsdatum strikt eingehalten werden könne". Die amerikanische Seite habe versichert, daß es keine Verzögerungen geben werde. Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

10 Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan erzielten am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio Einvernehmen über den Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik. Vgl. dazu das Schreiben Kohls an Reagan vom 13. Mai 1986; AAPD 1986, I, Dok. 139.

11 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Zu diesem Zeitpunkt soll der Abzug vollendet sein. Er soll aber im Dezember 1987 beginnen."
Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 14. Oktober 1987: „Gem[äß] der mit den USA getroffenen Vereinbarungen werden die chemischen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland ersatzlos bis spätestens 1992 aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen, falls die Endfertigung binärer Waffen in Amerika im Dezember 1987 beginnen kann. Der Abzug soll 1992 vollendet sein. Es wurde jedoch kein Datum für den Abzugsbeginn vereinbart. Unser Verständnis ist jedoch, dies so schnell wie möglich durchzuführen. Die IMK hat sich deshalb die zeitliche Grobvorstellung vorgegeben: Fertigstellung des Rahmenplanes bis zum 1.10.1987 (wurde im wesentlichen erreicht). Zwei weitere Jahre für Detailarbeit." Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Voraussetzung für den fristgerechten Abzug ist die Produktionsaufnahme der binären CW in den USA bis Ende 1987.

Der gegenwärtige Stand der Behandlung im amerikanischen Kongreß läßt erwarten, daß dieses Datum eingehalten werden kann. Das Repräsentantenhaus hatte im Sommer 1987 sein Haushaltsermächtigungsgesetz (authorization bill) mit einem (Aspin-)Amendment verbunden, das den Abzug der in Europa (d.h. nur bei uns) gelagerten CW-Bestände erst dann erlaubt, wenn binäre CW in wenigstens einem Land in Europa stationiert werden. Der US-Senat lehnte am 24.9.1987 in seinen Abstimmungen über sein Ermächtigungsgesetz (authorization bill) zwei Amendments der Senatoren Hatfield und Pryor ab, den Zusammenbau der neuen CW-Artilleriemunition mit Nervengas für ein Jahr zu stoppen sowie die Produktion der „Bigeye"-Bombe aufzuhalten.

Die Senatsentscheidungen fördern die Politik der Administration, fristgerecht mit der Produktion der binären CW zu beginnen, und werden in den Medien auch als ein erster Erfolg für sie gewertet. Über das Amendment des Repräsentantenhauses muß allerdings noch im Vermittlungsausschuß (vermutlich ab Mitte Oktober) entschieden werden. Eine Presidential Directive, mit der die Produktion binärer CW unter Beachtung bzw. Erfüllung der Forderungen des Kongresses eingeleitet werden soll, wird gegenwärtig im Pentagon erarbeitet. Die zeitgerechte Durchführung der Produktionsaufnahme bzw. des Zusammenbaus hängt damit sowohl von den noch ungewissen Ergebnissen des Vermittlungsausschusses sowie der Reaktion des Kongresses auf die ausstehende Presidential Directive als auch – für die Produktion der „Bigeye"-Bombe – von den hierfür noch ausstehenden Testergebnissen ab.

4) Die dritte Sitzung der IMK am 29.9.1987 diente im wesentlichen der Beratung der Entscheidung über die Einschaltung weiterer Bundesressorts, zusätzlicher nachgeordneter ziviler und militärischer Dienststellen/Experten sowie der Bildung weiterer Arbeitsgruppen. Die Beratungen der IMK hatten als Ergebnis, daß

– der erneut erörterte Rahmenentwurf[12] für einen Abzugsplan der amerikanischen CW der Rahmen bleibt und weiter verfeinert werden soll auf der Grundlage, daß der Transport in der Bundesrepublik Deutschland mit der Eisenbahn erfolgen soll, daß aber die Zuziehung von Experten die einzelnen Modalitäten hinsichtlich des Transportes ergeben wird;
– einige Arbeitsgruppen (vgl. Anlage) jetzt eingerichtet werden sollen. Eine Beteiligung des Auswärtigen Amtes ist hier bei der Arbeitsgruppe für Kosten, Haftung und Rechtsfragen vorgesehen. Die Arbeitsgruppen sollen zunächst vom BMVg einberufen werden mit dem Ziel, in den Arbeitsgruppen dann festzulegen, wo die Verantwortung für die von den Arbeitsgruppen als notwendig bezeichneten Arbeitsschritte (Ressorts, Länder) liegen wird;
– die notwendige Heranziehung weiterer Stellen oder Personen in der Verantwortung der beteiligten Ressorts liegen soll, wobei jedoch der Grundsatz des „need to know" strikt beachtet werden muß;

12 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorlage!"
Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 14. Oktober 1987, der „Entwurf eines Transportplanes, soweit er bislang in der IMK besprochen wurde", werde vorgelegt. Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

– für die weiteren Arbeitsschritte es nun darauf ankommt, daß der BMVg die Arbeitsgruppen einberuft und daß die Arbeitsgruppen ihre Arbeit umgehend aufnehmen.

Zu Beginn des nächsten Jahres (Januar/Februar 1988[13]) sollen erneut bilaterale deutsch-amerikanische Expertengespräche über die Abzugsplanung stattfinden. Die IMK wird im Anschluß daran als „steering committee" erneut zusammentreten[14], um das Ergebnis dieser Gespräche sowie dann vorhandene Arbeitsergebnisse der eingerichteten Arbeitsgemeinschaften zu bewerten.

Dreher

VS-Bd. 12145 (201)

276

Brigadegeneral Fraidel, Paris, an das Auswärtige Amt

114-5821/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 2. Oktober 1987, 13.52 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 2219 **Ankunft: 2. Oktober 1987, 18.26 Uhr**
Citissime

Betr.: Deutsch-französische militärische Zusammenarbeit;
hier: Kecker Spatz[2], deutsch-französischer Verteidigungsrat

Sachstand

Aus einem Gespräch am 1.10.1987 mit dem Fünf-Sterne-Luftwaffengeneral Fleury (seit Oktober 1987 Chef des militärischen Sonderstabes von Staatspräsident Mitterrand und damit Nachfolger des Fünf-Sterne-Heeresgenerals Forray,

13 Die Wörter „Januar/Februar 1988" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Warum erst dann?"
Zu dieser Frage vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 14. Oktober 1987: „Die nächste Sitzung der IMK wird Januar/Februar 1988 erst deshalb stattfinden, weil der amerikanischen Seite zwischenzeitlich zahlreiche Detailfragen zu Transport- und Risikoeinschätzung übermittelt worden sind, die jetzt durch Abklärung innerhalb des großen amerikanischen Apparates beantwortet werden. […] Auf der Grundlage dieser Antworten wird dann die nächste Sitzung stattfinden." Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

14 Die vierte Sitzung der Interministeriellen Kommission zum Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik fand am 4. Februar 1988 statt.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 5. Oktober 1987 vorgelegen, der für Referat 201 handschriftlich vermerkte: „Ein sehr aufschlußreicher Bericht. Bitte bei der Analyse berücksichtigen." Ferner verfügte Ploetz die Wiedervorlage.

2 Das gemeinsame Manöver „Kecker Spatz" der Bundeswehr und der Force d'Action Rapide (FAR) der französischen Streitkräfte fand vom 17. bis 24. September 1987 in Bayern und Baden-Württemberg statt. Dazu teilte das Bundesministerium der Verteidigung mit: „Die deutsch-französische Heeresübung 1987 findet in dieser Größe zum ersten Mal statt und hebt damit die Bedeutung dieses Manövers über alle bisherigen hervor. […] Insgesamt werden rund 20 000 französische und 55 000 deutsche Soldaten mit etwa 20 000 Kraftfahrzeugen, darunter 800 Kampfpanzer, und 390 Hubschraubern üben." Vgl. BULLETIN 1987, S. 695.

dem die Leitung des Secrétariat Général de la Defense Nationale/SGDN, d. i. Beraterstab des Premierministers Chirac, übertragen wurde), das auf dessen Einladung hin zustande kam, halte ich für den o. a. begrenzten Verteiler[3] m. d. B. um Wahrung der Vertraulichkeit fest:

1) Nach Auffassung von General F. war die deutsch-französische Heeresübung ein großer Schritt vorwärts, hatte große Bedeutung und war insgesamt ein großer Erfolg. Die Manöver zeigten den beiderseitigen Willen zur militärischen und militärpolitischen Zusammenarbeit, sie charakterisierten die Position Frankreichs innerhalb der bestehenden NATO-Abkommen, und sie zeigten für den Fall eines Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland auf, daß Frankreich dieser zur Hilfe eilt und darüber hinaus den Alliierten insgesamt.

An dieser Tatsache ändern auch nichts die mehr oder weniger bedeutenden Schwierigkeiten, die es bei der Vorbereitung der Manöver gegeben haben mag, die aber in jedem Falle von der Presse überzeichnet wurden.[4] Nach seiner Ansicht muß in Zukunft insbesondere die gemeinsame Ausbildung der Offiziere weiter ausgebaut werden. Die Erhöhung der ausgetauschten Offiziere seit Februar 1986, als die Idee hierzu konkretisiert wurde[5], von vier auf 20 ist zwar erfreulich, aber absolut nicht ausreichend.[6] Auch wenn dies teuer ist, so müßte dennoch eine effektive Prozedur des Fortschritts auf diesem Gebiet gefunden werden. Probleme beim Ablauf der Manöver sollte es dann aus unterschiedlichen ausbildungs- und operationellen Auffassungsgründen bei zukünftigen Manövern nicht mehr geben. Schlimm genug sei, daß es interne französische Meinungsverschiedenheiten gebe, wie z. B. bei der Frage, ob die FAR der 1. Französischen Armee unterstellt gehört oder ob sie selbständig bleiben solle. Während die erstere Überlegung von der 1. Französischen Armee gefordert sei, bestehe der FAR-Befehlshaber[7] auf Selbständigkeit, Unabhängigkeit, da der Einsatzraum der FAR über die Operationszonen der 1. Französischen Armee hinausgehen könne. Mit dieser Erläuterung werde die deutsche Seite jetzt vielleicht besser verstehen, warum die FAR von einem Vier-Sterne-General und Teile der 1. Fran-

3 Das Fernschreiben war im Auswärtigen Amt an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen gerichtet sowie im Bundesministerium der Verteidigung an Staatssekretär Rühl, Generalinspekteur Wellershoff, die Leiter der Stabsabteilungen II und III im Führungsstab der Streitkräfte, Brigadegeneral Richardsen bzw. General Hüttel, und den Mitarbeiter im Referat Fü S III 1, Oberstleutnant i. G. Millotat.

4 Gesandter Rouget, Paris, teilte am 29. September 1987 mit: „Starke Beachtung in den französischen Medien haben Vorbereitung, Durchführung und Abschluß des deutsch-französischen Manövers ‚Kecker Spatz' in Süddeutschland gefunden. Die Manöverberichterstattung geht, neben der Hervorhebung der generell guten bilateralen militärischen Zusammenarbeit, auch auf sichtbar gewordene Schwächen wie Schwierigkeiten durch Kommunikation, unterschiedliche Ausrüstung und Doktrinen ein." Das Hauptaugenmerk der französischen Presse gelte jedoch dem durch Staatspräsident Mitterrand bekannt gemachten „Vorschlag zur Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungsrates, der insgesamt mit einer eher verhalten positiven Reaktion aufgenommen worden" sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2184; Referat 201, Bd. 424485. Vgl. dazu auch den Artikel „Daumen senken"; DER SPIEGEL, Nr. 40 vom 28. September 1987, S. 135–139.

5 Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris beschlossen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand eine gemeinsame Offiziersausbildung von Armeeangehörigen beider Staaten: „In einer ersten Phase, die spätere Fortentwicklungen einschließt, ist vorgesehen, ab 1986/87 gemeinsame Lehrgänge für Offiziere abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich abzuhalten." Vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Vgl. dazu auch AAPD 1986, I, Dok. 61.

6 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz mit Kreuz hervorgehoben.

7 Paul Lardry.

zösischen Armee von einem Drei-Sterne-General geführt würden, was jedoch keine militärische Auswirkung habe.

Zusammengefaßt waren die Manöver ein „politisches Engagement unseres Landes für die Verteidigung von West-Europa". Dieses klare Bekenntnis hat seit 1966, dem Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO[8], etwas lange auf sich warten lassen, und es ist verständlich, wenn viele (Franzosen und Nicht-Franzosen) die eigentliche Position Frankreichs nicht immer voll verstanden haben. Tatsächlich hat diese Politik Widersprüche, denn zum einen enthält sie die NATO-Zugehörigkeit und zum anderen die autonome Entscheidungsfreiheit.

Frankreich ist derzeit dabei, etwas zu finden, das das Verständnis dieser Politik für alle vereinfacht, die übrigens uns allen letztlich nur Vorteile und keine Nachteile bringt. Und dies hat die Übung aus französischer Sicht aufzeigen wollen, denn mit ihr wurde der Bundesrepublik Deutschland und im erweiterten Sinne der NATO verständlich gemacht, daß Frankreich seine Abmachungen einhält, sich aufgrund der gemachten Zusagen engagiert und dies ohne Druck von irgendeiner Seite. All dies muß französischerseits der Bundesrepublik Deutschland und auch dem französischen Volk verständlich gemacht werden.

Übrigens gäbe es auch Widersprüche in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. So wünsche die Bundesrepublik Deutschland einerseits die Annäherung mit Frankreich und halte – verständlicherweise – am Schutz der USA fest.[9] Des weiteren: Es gibt zwei deutsche Staaten, und der Wunsch nach Wiedervereinigung ist nur zu verständlich, aber selbst, wenn man diese anstrebe, so möchte man die Sicherheit des westlichen Bündnisses doch nicht aufgeben.[10] Fazit: Es muß jeder seine spezifischen Auffassungen und Probleme kennen und dem anderen verständlich zu machen versuchen.

2) Zum Problem der Einladung bzw. Nichteinladung des SACEUR[11] und weiterer Repräsentanten der NATO auf MNC[12]-Ebene[13] stellte General Fleury fest, daß alles, was wie eine Annäherung an die NATO im militärisch-strukturellen Sinne aussieht, als Aufgabe der nationalen Unabhängigkeit gedeutet wird. Man läuft dabei stets auf „rohen Eiern", und obwohl dies nichts mit den einzelnen Parteien zu tun hat, gibt o. a. Zusammenhang immer Anlaß zu politischen Mißtönen (sujet de discorde politique). Man muß daher in Frankreich sehr vorsichtig sein und auch in der Bundesrepublik Deutschland, denn dort könnte die An-

8 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

9 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz mit Frage- und Ausrufezeichen hervorgehoben.

10 Der Passus „möchte man … aufgeben" wurde von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier ist Erklärungsbedarf."

11 John R. Galvin.

12 Major NATO Command.

13 In der Presse wurde berichtet: „Der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, General Altenburg, und der neue NATO-Oberbefehlshaber Europa, der amerikanische General Galvin, die dem deutsch-französischen Manöver ‚Kecker Spatz' offizielle Besuche abstatten wollten, sind von der Bundeswehr auf französische Intervention hin wieder ausgeladen worden." Statt dessen seien die Repräsentanten der NATO gebeten worden, „die zur NATO-Manöverserie ‚Autumn Forge' gehörenden Übungen zu besuchen". Vgl. den Artikel „NATO-Generäle beim Manöver ‚Kecker Spatz' ausgeladen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. September 1987, S. 1.

näherung an Frankreich ja auch als Abdriften von der NATO gesehen werden. Seitens Frankreichs sei jedoch in keinem Falle eine Schwächung der NATO vorgesehen, sondern im Gegenteil: Die noch stärkere Zusammenarbeit bzw. der noch festere Verbund von zwei Nationen innerhalb der NATO festigt diese selbst noch mehr. Alles, was die NATO schwächt, schwächt auch Frankreich. Aus französischer Sicht war die Präsenz hoher NATO-Vertreter nicht gegeben, weil damit auch deutlich wurde, daß die FAR nicht der NATO zugeordnet ist, „auch wenn beim ersten Schuß von Feindesseite die FAR mit der NATO kämpft". Staatspräsident Mitterrand hat aus all diesen Gründen die Bundesrepublik Deutschland gebeten, von den o. a. Einladungen Abstand zu nehmen.

3) Von meiner Seite auf die Ankündigung eines deutsch-französischen Verteidigungsrates und die diesbezüglichen Äußerungen des französischen Staatspräsidenten angesprochen[14], äußerte General Fleury, daß dies nicht vorgesehen gewesen, sondern eine spontane Antwort auf die Frage eines Journalisten gewesen sei, wobei er gleich anfügte, daß dies keine bestellte Frage eines Journalisten gewesen sein könne, denn der Verteidigungsrat sei über Absprachen Elysée/Matignon nicht hinausgegangen. Er selbst sei sehr verärgert darüber gewesen, und er habe Verständnis für die deutsche Seite, die sicherlich wie viele in Frankreich sich gewünscht hätte, erst dann darüber zu sprechen, wenn konkrete inhaltliche Aussagen dazu gemacht werden können. (Dies hat übrigens auch VM Giraud in einem kürzlichen Interview so formuliert: „Derzeit Idee, jetzt mit Fleisch füllen."[15])

Tatsächlich sei der Verteidigungsrat ja die Idee unseres Bundeskanzlers gewesen, und Frankreich gehe mit uns einig, daß damit kein Konflikt mit den Gremien der NATO oder WEU aufkommen dürfe oder diesen der Elan entzogen werden solle. Der Verteidigungsrat ändert nicht viel, aber er ist ein Symbol zur Institutionalisierung dessen, was man macht (Mitterrand: „donnera de la puissance et de la majesté à ce qui existe!").

Auf meine Bemerkung hin, daß wichtige deutsche Persönlichkeiten durch die Schaffung eines Verteidigungsrates ein Abdriften von den USA befürchten könnten, während Frankreich seine Unabhängigkeit für Atomwaffen und konventionelle Truppen behalte und nicht in die NATO integriere, antwortete General Fleury, daß man in Frankreich die Sorge habe, daß dies fallweise geschehen könnte, daß Frankreich dies aber nicht bewirken wolle und deshalb Wege und Mittel suche, dies zu verdeutlichen und zu informieren. Tatsächlich habe man sich 1966 bei Austritt aus der militärischen Integration (DPC/NPG[16]) ein Pro-

14 Vgl. die deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 23. September 1987; Dok. 273.
In einer gemeinsamen Pressekonferenz in Manching mit Bundeskanzler Kohl nach dem Besuch des Manövers „Kecker Spatz" bestätigte Staatspräsident Mitterrand am 24. September 1987, es gebe Planungen und bereits Verhandlungen für einen Verteidigungsrat beider Staaten. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 66–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 24 vom 7. Oktober 1987, S. 3 f.

15 Brigadegeneral Fraidel, Paris, berichtete am 1. Oktober 1987, der französische Verteidigungsminister Giraud habe in einem Rundfunkinterview mit dem Sender France-Inter am 28. September 1987 die Idee des geplanten deutsch-französischen Verteidigungsrats als „äußerst interessant" bezeichnet, jedoch die vorzeitige Bekanntgabe durch Staatspräsident Mitterrand kritisiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2204; Referat 201, Bd. 143337.

16 Korrigiert aus: „DPC/NPC".

blem geschaffen und seitdem kein geeignetes Gremium gefunden, um über eine gemeinsame Strategie zu sprechen. So kennt Frankreich, insbesondere nach der doppelten Null-Lösung, nicht das strategische Konzept der USA, und es ist deshalb von großer Bedeutung, daß FRA mit der Bundesrepublik Deutschland über Probleme der strategischen Verteidigung Europas sprechen kann. Hierzu wäre der Verteidigungsrat eine Möglichkeit, aber wiederum keinesfalls zur Schwächung der NATO. Auch der Staatspräsident Mitterrand habe gesagt: Der deutsch-französische Verteidigungsrat stellt keinen Widerspruch zum NATO-Bündnis dar, die Schaffung geschieht im Rahmen der Allianz. Und General Fleury führte weiter an, daß nach seiner persönlichen Meinung der deutsch-französische Verteidigungsrat die gleiche Ebene haben könne wie das DPC und dabei ein Mittel für Frankreich wäre innerhalb der Allianz (Gremium „au sein de l'Alliance").

Im weiteren stellte ich die Frage, ob ein Angriff auf die FAR oder deren Vernichtung einen atomaren Gegenschlag Frankreichs auslöse. Die Antwort war spontan: Natürlich, das ist offensichtlich. Er sage dies wieder aus seiner persönlichen Beurteilung heraus, aber nur wenige andere [17]werden es auch sagen, und bestimmt niemand wird es so schreiben. Dabei verwies er auf das Buch von Mitterrand: Réflexions sur la politique de la France, S. 98/99 (s. Originaltext am Ende des FS[18]), wo die „Philosophie" des Einsatzes der FAR beschrieben ist. General Fleury ergänzte noch: Wenn die UdSSR davon ausgehen muß, daß USA, GB und FRA atomar zurückschlagen, wenn sie die Bundesrepublik Deutschland angreifen, dann könne man dort ruhig schlafen. Und zum Einsatz der FAR als Reserve bemerkte er, daß dies eine gute Lösung für die Vorneverteidigung der NATO sei, denn wenn sie statt dessen dort selbst eingebunden sei, wer würde dann die notwendigen (zuverlässigen) Reserven stellen?

Für meine Feststellung, daß die Entwicklung der Verteidigungsdoktrin Frankreichs in der Bundesrepublik Deutschland mit großem Interesse verfolgt werde, hatte er volles Verständnis. Und tatsächlich tue sich ja etwas in der französischen Verteidigungsdoktrin, bei der Frankreich[19] zwar weiterhin unabhängig bleibe, aber bei der die Verteidigung des Landes heute an der Elbe beginne. Hierzu ist Frankreich gezwungen, weil es in seinem Interesse liegt, den gemeinsamen Raum zu verteidigen, und es ist damit offensichtlich, daß der französische Nuklearschirm die Bundesrepublik Deutschland abdeckt. Nur eben dies wird niemand sagen, und der potentielle Feind soll auch nicht wissen, welche Entscheidung der Staatspräsident Frankreichs treffen wird. Man wird niemals schreiben, bis wohin sich die Nuklearverteidigung erstreckt. Die Bundesrepublik Deutschland wünscht vielleicht eine Präzisierung, aber diese würde die gemeinsame Stärke schwächen.

Auf die Erwähnung zweier Presseartikel, daß Frankreich sich über den Verteidigungsrat eine bedeutendere Rolle in Europa und der Welt aneignen wolle (Prawda[20]) und man hierzu die Bundesrepublik Deutschland total in ein West-

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2220 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Dem Vorgang beigefügt war ein Textauszug aus François MITTERRAND, Réflexions sur la politique extérieure de la France. Introduction à 25 discours, 1981–1985, Paris 1986, S. 98 f.

19 Korrigiert aus: „bei der sich Frankreich".

20 Vgl. dazu den Artikel „Derzkij vorobej" („Kecker Spatz"); PRAVDA vom 26. September 1987, S. 5.

bündnis eingliedern müsse, so daß keinerlei eigene Überlegungen mehr gegeben sein können (ehemaliger Außenminister Cheysson), bemerkte General Fleury, daß dies Presse- bzw. Personenäußerungen seien, die er nicht nachvollziehen könne. Tatsächlich würde man sich in Frankreich auch zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten Gedanken machen und habe Verständnis für diesen Wunsch, wie schon gesagt, aber man wisse auch, daß die Bundesrepublik Deutschland an den freiheitlichen Grundwerten der Demokratie festhalte und das System der DDR kenne.

Wichtig sei, so beschloß General Fleury das Gespräch, daß man sich gegenseitig die Position erläutere und verständlich mache. Die Pressekonferenz in Manching sei eine gute Sache gewesen, und er hoffe, daß es bald schon weitere positive Schritte in die eingeschlagene Richtung einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit im militärpolitischen und militärisch-operationellen Bereich geben werde. Hierzu kann der offizielle Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland[21] ebenso beitragen wie die Vorbereitungen zur 25-Jahres-Feier des Elysée-Vertrages[22].

Bewertung

General Fleury hat vor seiner jetzigen Dienststellung die strategischen Luftstreitkräfte Frankreichs (Mirage IV mit atomaren Luft-Boden-Flugkörpern mittlerer Reichweite und die strategischen Flugkörper des Plateau d'Albion) befehligt, er ist somit bestens vertraut mit der Nuklearstrategie Frankreichs und hat den Präsidenten zurückliegend bereits in diesem Bereich beraten. Das vielleicht ausführlicher und offener gewordene Gespräch als ursprünglich gedacht seitens Generals Fleury, vorgesehen ca. 30 Min., Dauer 1 Std. 15 Min., gibt einen guten Überblick zum augenblicklichen „Umbruch" in der Verteidigungsdoktrin Frankreichs sowie zur Problematik der NATO-Zugehörigkeit einerseits und der nationalen Unabhängigkeit/Entscheidungsfreiheit andererseits. General Fleury, der mir seit vielen Jahren bekannt ist, sprach tatsächlich sehr offen, bat jedoch darum, daß seine Aussagen vertraulich behandelt werden. In gleicher Weise hat er meine Ausführungen zur Kenntnis genommen, die ich zur Ausladung des SACEUR gemacht habe (Großübung von Freunden, Verwehren der Teilnahme hat militärischen Schaden angerichtet, Vertreter der deutsch-französischen Linie wurden enttäuscht etc.), und sein persönliches Bedauern darüber ausgedrückt, wie es letztlich dazu gekommen ist.

[gez.] Fraidel

VS-Bd. 12087 (201)

21 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

22 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

277

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Grósz

Geheim **7. Oktober 1987**[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten der Ungarischen Volksrepublik, Károly Grósz (Bonn, 7.10.1987, 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr)[2]; hier: Vieraugengespräch

Der *Bundeskanzler* (BK) begrüßt Ministerpräsident Grósz (MP) herzlich und bittet ihn, Generalsekretär Kádár seine Grüße zu übermitteln – er hoffe, ihn in nicht zu ferner Zeit wieder treffen zu können.[3]

Die bilateralen Beziehungen – so BK weiter – seien glücklicherweise geschichtlich nicht belastet. In den letzten 100 Jahren habe man manches Auf und Ab gemeinsam erlebt. Wir respektierten unsere unterschiedlichen Systeme.

Bei alledem hätten sich die deutsch-ungarischen Beziehungen in den letzten fünf Jahren, seit seinem Amtsantritt als Bundeskanzler, glänzend entwickelt. Ungarn sei des öfteren im Warschauer Pakt hilfreich gewesen – dafür danke er und wolle diese Möglichkeit auch in Zukunft nützen.

Derzeit seien wir in eine hochinteressante weltpolitische Lage eingetreten, bei der z. Zt. niemand sagen könne, was am Ende herauskomme. Was GS Gorbatschow in seinem Land und den Beziehungen zu anderen Ländern tue, beobachteten wir mit größtem Interesse und mit Sympathie: Er hoffe, daß alles so eintreffe, wie dies beabsichtigt werde, doch bleibe er Realist und warte die Entwicklung ab. Teil seiner Politik sei jedoch, in dieser Zeit des Übergangs so viel Positives zustande zu bringen wie irgend möglich.

Weltpolitisch gehe es in erster Linie um Abbau von Spannungen. Wir überschätzen uns als Deutsche nicht, seien aber immerhin wichtigster Partner der USA in Europa und stellten innerhalb der NATO das stärkste konventionelle Kontingent. Deshalb habe unsere Stimme bei den amerikanischen Freunden und im Bündnis Gewicht – wir hätten sie eingesetzt, damit jetzt ein erster Abrüstungsvertrag zustande komme. Er – BK – habe sowjetischen Gesprächspartnern immer wieder gesagt, es gelte, mit dem gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten Verträge zu schließen – sonst trete eine Pause bis mindestens 1990 ein. Dabei könne heute niemand wissen, wer der nächste US-Präsident sein werde.[4]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 8. Oktober 1987 gefertigt.

2 Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Für das anschließende Delegationsgespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 sowie Grósz' Gespräche mit Bundesminister Genscher und Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker am 8. Oktober 1987 vgl. die Gesprächsaufzeichnungen; Referat 214, Bd. 139488.

3 Bundeskanzler Kohl besuchte Ungarn vom 21. bis 23. Juni 1984 und traf am 22. Juni 1984 in Budapest mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 173, Anm. 16.

4 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Aus all diesen Gründen habe er auch seine Entscheidung zur Pershing Ia[5] getroffen. Er wolle aber klarstellen: Ein INF-Abkommen könne nur der erste Schritt sein. Alle Anstrengungen wären vergeblich, wenn es nur bei diesem Schritt bliebe. Vielmehr müßten weitere hinzukommen: hinsichtlich der chemischen Waffen, der interkontinental-strategischen Raketen, der Raketen unter 500 km Reichweite und – was uns Deutsche am meisten bedrücke – hinsichtlich der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion.

Ein Satz aus dem Genfer Gipfel-Kommuniqué Reagan/Gorbatschow[6] sei für ihn besonders wichtig: Es gehe darum, die Beziehungen auf breiter Front zu verbessern, in Fragen der Abrüstung, der Wirtschaft, der Kultur, der Menschenrechte, des Sports usw. Er könne nur hoffen, daß sich die Dinge so entwickelten. Wir wollten unseren Beitrag dazu leisten.

Derzeit sei Bonn Anlaufstelle für viele wichtige sowjetische Besucher. Dabei spüre er, daß – bildlich gesprochen – nach fünf Jahren Peitsche nunmehr vielleicht fünf Jahre Zuckerbrot kommen sollen. Beides berühre seine festen Positionen nicht – er werde aber gerne auf das freundlichere Klima eingehen, wenn dabei etwas an Verbesserung für die Menschen herauskomme. Vielleicht erhielten wir interessante Angebote. Bei alledem – das solle MP wissen – würden wir aber nicht vergessen, was unsere ungarischen Partner und Freunde in den vergangenen fünf Jahren für uns getan haben. Deshalb werde man heute auch eine Vereinbarung unterzeichnen, wie sie in dieser Form noch mit keinem Staat des Warschauer Pakts abgeschlossen worden sei – gedacht auch als Signal für andere.

MP Grósz habe vor kurzem eine schwierige Aufgabe übernommen.[7] Unsere Zeitungen schrieben sogar von „Himmelfahrtskommando". Auch er – BK – habe hier ein Himmelfahrtskommando. Er – BK – wünsche MP, daß er mit seiner Reform Erfolg habe und die ungarische wirtschaftliche Position sich verstärke. Die Bundesregierung trage durch eine Kreditbürgschaft das ihre dazu bei.[8] Er hoffe ferner, daß auch die von MP angestrebte gesellschaftliche Öffnung durchgesetzt werden könne. Der Weg sei richtig!

5 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

6 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Zum Amtsantritt des Ministerpräsidenten Grósz am 25. Juni 1987 vgl. Dok. 135, Anm. 2.

8 Referat 421 notierte am 7. Juli 1987: „Seit 1985 hat sich die Wirtschaftslage Ungarns erheblich verschlechtert. Klimabedingte Produktionsausfälle, mangelnde Steigerung der Produktivität, steigender Inflationsdruck, die Verschlechterung der ungarischen Terms of Trade, vor allem aber anhaltende Strukturprobleme der Wirtschaftsreform haben zu stagnierenden bis rückläufigen Wachstumsraten und zu einer beträchtlichen Außenverschuldung geführt. […] Die Verbindlichkeiten Ungarns in konvertibler Währung sind seit Mitte der 70er Jahre rasch angestiegen. Während Ungarns internationale Refinanzierungsmöglichkeiten bisher relativ gut waren, zeigt sich in jüngster Zeit zunehmende Skepsis bei westlichen Banken hinsichtlich der Gewährung neuer Kredite. Die ungarische Schuldensituation könnte sich damit einer kritischen Grenze nähern." Vgl. Referat 421, Bd. 140303.
In der Presse wurde berichtet, im Laufe des Besuchs von Ministerpräsident Grósz vom 7. bis 10. Oktober 1987 in der Bundesrepublik, werde „auch ein Kreditabkommen mit Ungarn unterzeichnet werden, für das die Bundesrepublik die Bürgschaft übernimmt; Ungarn ist derzeit das am stärkste verschuldete Land im COMECON. Regierungssprecher Ost bestätigte, daß ein Bankenkredit in Höhe einer Milliarde Mark an Ungarn gegeben werden soll." Vgl. den Artikel „Bonn bürgt für einen Bankenkredit an Budapest von einer Milliarde"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Oktober 1987, S. 1.

BK bietet MP enge persönliche Zusammenarbeit und direkte Kontaktaufnahme an.

MP dankt für Empfang und reichhaltiges Programm, was er auch als eine Wertschätzung der langjährigen bilateralen Beziehungen empfindet.

MP lädt sodann BK zu einem Besuch Ungarns ein, sobald er dies zeitlich ermöglichen könne (BK dankt).[9] Auch GS Kádár sende herzliche Grüße (Exkurs über Reisepläne des Generalsekretärs).

Ungarn – so MP weiter – habe seit 30 Jahren eine Politik mit spezifischen Elementen entwickelt, die von politischen Stimmungen unabhängig und langfristig angelegt sei und die zielstrebig fortgesetzt werde. Die ungarische Regierung, an deren Spitze er stehe, werde dies auch in Zukunft tun.

Was die Einschätzung der internationalen Lage durch BK angehe, so könne er nur zustimmen: Die Entwicklung sei jetzt an einem Punkt angelangt, der, wenn man ihn verpasse, nur schwer wieder herbeizuführen sei. Während zwischen den Großmächten in den vergangenen zehn Jahren eine merkwürdige Arhythmie zu verzeichnen gewesen sei – war die eine Seite gesprächsbereit, war es die andere nicht, und umgekehrt –, bewegten sich heute beide, wenn auch aus verschiedenen Gründen, in gleiche Richtung. Dies sei ein historischer Moment, den man nutzen müsse.

Ungarn habe mit bescheidenen Mitteln schon lange versucht, beizutragen, daß dieser Punkt erreicht werde. Dies habe es als seine Verpflichtung empfunden.

Die Bundesrepublik Deutschland – hierbei von viel größerer Bedeutung – habe in den letzten Wochen und Monaten Schritte getan, deren Bedeutung weit über die Grenzen Europas hinausgehe. Die Entscheidung des Bundeskanzlers zur Pershing Ia sei überall sehr hoch geschätzt worden, wobei er nicht nur als Ungar spreche, sondern auch die Meinung seiner Gesprächspartner der letzten Zeit wiedergebe.

Ungarn begrüße dies um so dankbarer, als es angesichts seiner geographischen Lage den „Luftzug“ stärker spüre als andere. Deshalb sei es für Ungarn lebenswichtig, daß dieses Klima, dieser Kurs, auf Dauer erhalten bleibe.

Ungarn habe sogenannte Freunde, die seinen Versicherungen nicht glaubten, daß die Grenzen unveränderlich seien. Damit stehe aber nicht in Widerspruch, die Völker einander näher zu bringen, Grenzen müsse man nicht mit Waffen niederreißen, sie aber überwinden.

Was die Entwicklung in der Sowjetunion angehe, wolle er, um das Bild des BK aufzunehmen, sagen: Ein Himmelfahrtskommando gebe es nicht nur in Budapest und Bonn, sondern auch in Moskau. Was man dort vorantreibe, werde noch auf sehr große Schwierigkeiten stoßen und nur bei Überwindung großer Hindernisse erfolgreich sein. Es werde nicht aus einem Triumphzug bestehen, man werde vielmehr Tiefpunkte erleben – dabei sei es aber ein großer Fehler, nur auf die Höhepunkte und auf die Gipfel zu schauen.

Anders als die Bundesrepublik Deutschland könne Ungarn dabei jedoch nicht abwarten.

9 Bundeskanzler Kohl besuchte Ungarn vom 16. bis 18. Dezember 1989. Für sein Gespräch mit Ministerpräsident Németh am 16. Dezember 1989 in Budapest vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 124.

BK wirft ein, die heute mit Ungarn zu schließende Vereinbarung sei seine Antwort auf diese Entwicklung, er wolle, daß sie Erfolg habe.

MP fährt fort, er glaube, daß trotz aller Schwierigkeiten die Politik in der Sowjetunion siegen werde, weil es keine andere Alternative gebe. Der Prozeß müsse zu Ende geführt werden, er nähre sich nicht mehr nur aus Stimmungselementen.

Dabei sei er – MP – nicht überzeugt, daß die gleichen Leute, die den Prozeß begonnen hätten, ihn auch zum Siege führen würden.

Auf Frage des *BK* nach möglichen Rückschlägen erwiderte *MP*, Ungarn habe dabei handfeste Erfahrungen. Seit 20 Jahren habe es eine Politik geführt, auf ein Ziel hingesteuert, ohne immer zu wissen, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Bei diesem Prozeß sei es aus eigenem Versäumnis zu Fehlern gekommen. Dabei sei Ungarn auf diesem Wege lange Strecken allein gegangen. Wenn es heute Leute gebe, die sich lauter zu Wort meldeten als Ungarn, so beeinträchtige dies die ungarische Entschlossenheit nicht. Ungarn werde seinen Kurs unbeirrt fortsetzen, nicht spektakulär, sondern durch zähe, harte Arbeit und nicht frei von Rückschlägen und Mißerfolgen.

Ungarn – so MP weiter – habe das alte Wirtschaftsmodell verworfen, weil es den Anforderungen der Zeit nicht mehr entsprochen habe. Von dem, was man jetzt in einer zweiten Reformperiode durchführe, hätten viele Leute gesagt, daß es praktisch unmöglich sei. Die Regierung tue es dennoch, weil es nichts anderes sei als die konsequente Vollendung und Durchführung des ursprünglichen Gedankens unter ganz anderen Bedingungen, wozu er auch ein günstiges internationales Umfeld rechne. Ungarn schaue nach vorn und sei fest entschlossen, trotz aller Schwierigkeiten die Strukturen aufzubauen und zu entwickeln, die heutigen Erfordernissen entsprechen.

Dabei wolle er anmerken, daß die internationale Presse die ungarischen Probleme – so groß die Sorgen auch seien – übertreibe.

Er wolle keinen Zweifel lassen: Sein Land könne nur vorwärts gehen und nicht zurück. Hilfen, wie die heute mit der Bundesrepublik Deutschland zu unterzeichnenden Vereinbarungen einschließlich der Kreditbürgschaft, verzeichne er mit Dankbarkeit, wisse aber zugleich, daß die Schlacht zu Hause gewonnen werden müsse. Wenn die ganze Erneuerung in der Sozialistischen Gemeinschaft scheitere, könne dies unabsehbare Folgen haben (*BK* stimmt lebhaft zu).

Dabei wolle er – *MP* – unterstreichen: So wichtig das Geld sei, noch wichtiger sei, daß die Menschen lebten, ihre Kontakte pflegten, ein Netzwerk von Beziehungen aufbauten. Deshalb gelte es, auch in unserem Verhältnis über die wirtschaftlichen Beziehungen hinaus die politischen, geistigen, kulturellen Bindungen zu entwickeln. Die Menschen und Völker müßten einander näher kommen und sich verstehen. Wichtig sei, daß die eine Million Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland, die 1987 nach Ungarn kommen, sich wohl fühlten, ebenso wie die 350 000 Ungarn, die die Bundesrepublik Deutschland besuchten. Ebenso wichtig sei, daß die etwa 200 000 Ungarn-Deutschen ihre kulturelle Tradition und ihre Muttersprache unter guten Bedingungen pflegen könnten. Wichtig sei, daß selbst ungarische Fahnenflüchtige, die sich in die Bundesrepublik Deutschland begeben hätten, ihr Vaterland nicht zu verleugnen brauchten, sondern zurückkehren könnten. Wichtig schließlich auch die Tatsache, daß bei BMW 400 ungarische

Arbeiter beschäftigt seien, die hohe Arbeitskultur und die deutsche Sprache lernten.

Er – MP – verdeutliche dies alles, um der Wertung des BK zuzustimmen, daß man die Zusammenarbeit auf breiter Palette fortentwickeln müsse. Wie BK sehe er die Beziehungen als Ganzes und freue sich überdies, daß BK ihm, wenn nötig, Kontaktaufnahme auf kurzem Wege angeboten habe – er komme darauf gern zurück.

Ungarn werde, dessen sei er überzeugt, seine Schwierigkeiten überwinden. Dabei stehe man mit dem jetzt begonnenen Vorhaben vor einer schwierigen Periode und müsse auf Kämpfe, Spannungen und Verleumdungen gefaßt sein. Er brauche BK nicht zu erklären, was es bedeute, im Parlament eine Steuerreform durchzusetzen. Seit 40 Jahren habe man den Leuten erklärt, Steuern seien etwas Böses, etwas Kapitalistisches, deshalb gebe es sie im Sozialismus nicht. Jetzt müsse man sie im Bewußtsein der Öffentlichkeit verständlich machen. Dies werde natürlich auf Widerstand stoßen. Dabei gebe es in Ungarn eine zahlenmäßig kleine, von manchen aufgebauschte politische Opposition in Ungarn, die die Regierung von rechts kritisiere. Aber auch von links stehe sie unter Druck. Trotzdem sei Ungarn entschlossen, seinen Weg zu Ende zu gehen. So werde man ungarisches Privatkapital stärker in die Wirtschaft einbeziehen. So habe man vor kurzem die zulässige Zahl von Beschäftigten in Privatbetrieben verdoppelt. Bereits heute werde 25–27% des Bruttosozialprodukts aus privater Produktion erzeugt. Die Unternehmensautonomie werde weiter ausgebaut. Ungarn sei interessiert an gemischten Unternehmen, Joint-ventures. Die dafür geschaffenen Bedingungen seien in der Sozialistischen Gemeinschaft einmalig. Kurzum: Ziel der ungarischen Politik sei es, das Land in eine Lage zu versetzen, wo es den Konkurrenzkampf unter Marktbedingungen – im Inneren und auf dem Weltmarkt – aufnehmen könne. Ungarn glaube an den nüchternen Menschenverstand. Deshalb würden auch die, die heute noch Vorbehalte gegenüber diesem Kurs hegten, einsehen, daß er am besten den Interessen des Landes entspreche.

Daß Ungarn bei diesem Kurs Freunde in der Welt habe, bedeute eine große Rückendeckung.

BK nimmt das Stichwort „Freunde“ auf und betont, Ungarn könne sich auf uns verlassen. Was wir zur Unterstützung tun könnten, wollten wir tun. Im Delegationskreise wolle man noch über Möglichkeiten in den Beziehungen EG–Ungarn[10] sprechen[11] (folgt Lob für Botschafter Horváth).

Zu den heute abzuschließenden Projekten – so BK – wolle er folgendes sagen:

– Das Abkommen über Schutz und Förderung von Investitionen, dessen Ratifikationsurkunden man heute austauschen werde, sei ein wichtiger Schritt,

10 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 260, Anm. 23.

11 Im Delegationsgespräch dankte Ministerpräsident Grósz am 7. Oktober 1987 „für die Unterstützung ungarischer Anliegen in der EG. […] Durch Aufbau bilateraler Beziehungen wolle man dazu beitragen, daß es später zu allgemeinen Beziehungen EG–RGW kommen könne. Deshalb gelte es, den bilateralen Dialog EG–Ungarn, aber auch mit anderen RGW-Mitgliedern, voranzubringen. Dabei müsse aber klar sein, daß Ungarn ein anderes Verhältnis zu den EG-Ländern habe als andere sozialistische Länder. Ungarn sei z. B. seit 15 Jahren GATT-Mitglied.“ Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, legte dar, die Bundesregierung werde sich weiterhin für eine den Wünschen Ungarns entgegenkommende Regelung einsetzen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139488.

eine Weichenstellung zu noch intensiverer industrieller Kooperation.[12] Auf diesem Felde sei Ungarn bereits jetzt innerhalb des RGW „Rekordhalter".

– Wichtig sei auch das Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit[13]. Hier habe die Bundesrepublik Deutschland viel zu bieten (Exkurs über Forschungspolitik der Bundesregierung). Wenn die (Abrüstungs-)Verträge zwischen Ost und West zustande kommen, werde es im Atlantischen Bündnis auch eine neue Diskussion über COCOM geben. Bei derartigen Diskussionen denke er – BK – auch immer an die ungarischen Freunde.
– Die Bundesregierung unternehme eine besondere Anstrengung, die ungarische Reformpolitik zu unterstützen und zur Entwicklung der beiderseitigen wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit beizutragen. Deshalb garantiere die Bundesregierung einen ungebundenen Bankenkredit in Höhe von 1 Mrd. DM.[14] Dies sei über das Materielle hinaus ein bewußtes Signal; wir wünschten, daß der ungarische Weg erfolgreich sei.
– Die kulturellen Vereinbarungen seien Ausdruck europäischer Gesinnung (Exkurs: Europa nicht gleich EG, Warschau und Krakau europäische Städte, Donau fließt mitten durch Europa). Er – BK – könne MP nur zustimmen, daß die kulturellen Verbindungen gepflegt werden müßten. Zwar stünden in der internationalen Politik oft Wirtschaftsfragen im Vordergrund, in der Geschichte seien aber die kulturellen Beziehungen eine ungeheure Kraft. Gerade deshalb sei es sehr wichtig, die alten kulturellen Beziehungen zwischen Deutschen und Ungarn stärker zu pflegen. Der Austausch von Kulturinstituten[15],

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 439–443.
Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen vermerkte am 5. Oktober 1987, der Vertrag trete einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Da die ungarische Ratifikationsurkunde bereits der hiesigen ungarischen Botschaft vorliege und auch von seiten der Bundesrepublik die Ratifikationsurkunde seit 1. Oktober 1987 vorliege, biete sich ein Austausch anläßlich des Besuchs von Ministerpräsident Grósz an, am besten „im direkten Anschluß an die für den 7.10.1987, 18.00 Uhr, im Info-Saal des Bundeskanzleramts vorgesehene Unterzeichnung der ‚Vereinbarung über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren'". Vgl. Referat 214, Bd. 139488.

13 Referat 430 notierte am 17. September 1987, das vom 2. bis 4. Juni 1987 in Budapest und am 15./16. September 1987 in Bonn verhandelte Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung sei zusammen mit dem Durchführungsprogramm am 16. September 1987 paraphiert worden und trete am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft: „Das WTZ-Abkommen enthält in Art[ikel] 11 die Frank-Falin-Klausel. Die Einbeziehung des Berliner Forschungspotentials ist durch das erste Programm zur Durchführung des Abkommens i[n] V[erbindung] m[it] Art. 4 Abs[atz] 5 des Abkommens sichergestellt". Vgl. Referat 421, Bd. 140300.
Für den Wortlaut des Abkommens vom 7. Oktober 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 243 f.

14 Für den Kreditvertrag zwischen der Ungarischen Nationalbank und der Deutschen Bank vom 7. Oktober 1987 vgl. Referat 421, Bd. 140300.

15 Ministerialdirektor Witte informierte Bundesminister Genscher am 7. August 1987 über die Einigung auf einen Vertragstext mit Ungarn zur wechselseitigen Errichtung von Kulturinstituten: „Damit ist es, wenn man von dem Sonderfall Rumänien absieht, erstmals gelungen, mit einem Staat des Warschauer Paktes ein Abkommen über die Errichtung von Kulturinstituten zu erzielen. Der deutsch-ungarischen Vereinbarung kommt im Hinblick auf unsere Bemühungen, mit Bulgarien und Polen, langfristig auch mit der Sowjetunion, ähnliches zu erreichen, Modellcharakter zu. Auch für die laufenden Verhandlungen mit der VR China ist die Vereinbarung mit Ungarn hilfreich." Vgl. Referat 214, Bd. 139525.
Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 7. Oktober 1987 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und Ungarns über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 163 f.

den er sehr begrüße, entspreche im übrigen unserem beim KSZE-Kulturforum Budapest[16] gemachten Vorschlag.

– Die Vereinbarung über die Unterstützung kultureller Einrichtungen der deutschen Minderheit und Förderung der deutschen Sprache in Ungarn[17] sei für uns ganz besonders wichtig. Wir wollten nach den enormen Bevölkerungsverschiebungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg keine weiteren Völkerwanderungen. Vielmehr wollten wir, daß unsere Landsleute, die ungarische Staatsbürger seien, die heute vereinbarten Möglichkeiten hätten, ihre kulturelle Tradition im Lande zu pflegen. Dieses Besuchsergebnis werde – dessen sei er sicher – die langfristigste Wirkung haben. Bereits heute abend würden Millionen in beiden Teilen Deutschlands und darüber hinaus es über die Fernsehschirme, morgen in der Presse erfahren. Im übrigen habe dies auch beachtliche wirtschaftliche Auswirkungen, bis hin zum Tourismus. Ein Deutscher, der Ungarn besuche, sage sich: Dies ist das Land, das auch unsere Landsleute anständig behandelt.

Kurzum: Gerade diese Vereinbarung zeuge von europäischer Gesinnung. Gleichzeitig könne MP davon ausgehen, daß wir uns vollauf bewußt seien, daß das Thema für Ungarn sensibel sei – was wir respektieren würden.

Die Vereinbarung über die Förderung der Minderheiten – dies wolle er ganz offen sagen – sei für uns besonders wertvoll, weil wir in dieser Hinsicht in anderen WP-Staaten erhebliche Probleme hätten. Was Rumänien angehe, so säßen Deutsche und Ungarn in einem Boot. (*MP*: Leider wahr!) Hier sehe er – *BK* – keine andere Lösung als die, die 200 000 Landsleute, deren Lage verzweifelt sei, herauszuholen. Augenblicklich kämen etwa jährlich 15 000 Leute zu uns – und wir zahlten viel Geld dafür.[18] Er – BK – würde diese Menschen lieber heute als morgen alle herausholen, auch wenn es sehr viel Geld koste. Aber die Lage in Rumänien sei ungewöhnlich.

Im Falle eines anderen Landes, zu dem Ungarn sehr gute Beziehungen habe, könne MP vielleicht hilfreich sein: Er spreche von Polen. Alles was er – BK – vorhin zum deutsch-ungarischen Verhältnis gesagt habe, gelte im Verhältnis zu Polen nicht: Wir hätten riesige Probleme der Geschichte, nicht erst in jüngster Zeit, sondern seit vielen hundert Jahren. Russen, Preußen und Österreicher

16 Zum KSZE-Kulturforum vom 15. Oktober bis 25. November 1985 in Budapest vgl. Dok. 106, Anm. 7.

17 Ministerialdirigent Höynck übermittelte dem Bundesministerium für Wirtschaft am 9. Oktober 1987 einen Durchdruck der Vereinbarung „über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren sowie einer Erklärung". Dazu teilte er mit: „Die ‚Erklärung' ist zwar in der Öffentlichkeit unterschrieben worden, die ungarische Seite hat jedoch ausdrücklich gebeten, diesen Text nicht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es wird deshalb gebeten, die Einstufung dieser ‚Erklärung' zu beachten." Vgl. das Schreiben nebst Anlagen; Referat 421, Bd. 140300.
Bundeskanzler Kohl teilte der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn mit Schreiben vom 15. Oktober 1987 mit, „daß wir anläßlich des Besuchs von Ministerpräsident Grósz erstmals mit einem Land des Warschauer Pakts eine konkrete Vereinbarung über die Unterstützung der Kulturarbeit der deutschen Minderheit, in so wichtigen Bereichen wie Ausbildung – vom Kindergarten bis zur Universität – und Förderung der deutschen Sprache, getroffen haben. Durch die Unterstützung von Bildungseinrichtungen wird das Erlernen der deutschen Sprache in Ungarn künftig erheblich erleichtert. Die Zusammenarbeit wird sich nicht nur auf eine Übersendung von Lehrmitteln beschränken, sondern es werden auch Dozenten zur intensiven Lehrerfortbildung entsandt und Stipendien für ungarische Deutschlehrer vergeben werden." Vgl. Referat 214, Bd. 139517.

18 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

hätten Polen geteilt. Über mehr als 100 Jahre habe es deshalb juristisch überhaupt kein Polen gegeben. Gerade deshalb habe er – BK – großen Respekt vor den Polen, vor ihrer ungewöhnlichen nationalen Kraft. Sie hätten in schwierigsten Zeiten durchgestanden – Deutsche und Polen seien aber auch immer schwierige Nachbarn gewesen. Andererseits habe Konrad Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung 1949[19] – und er, BK, sehe sich in dieser Tradition – sich dazu bekannt, mit Frankreich, Polen und Israel Frieden und wenn möglich gute Nachbarschaft herzustellen.

Heute seien die Beziehungen zu F so gut wie nie (Exkurs zu häufigen deutsch-französischen Begegnungen vor den dortigen Wahlen[20]). Zu Israel sei das Verhältnis natürlich wesentlich komplizierter. Immerhin habe zu einer Verbesserung beigetragen, daß unser Land – was heute kaum jemand wisse – von 1954 bis 1990 100 Mrd. DM an Wiedergutmachung an Israel und an Einzelpersonen gezahlt habe bzw. zahlen werde. Dafür gebe es in der Geschichte kein Vorbild.

So bleibe Polen, und hier – wenigstens in polnischer Sicht – die Grenzfrage. Wenn man heute in der Bundesrepublik Deutschland über die Oder-Neiße-Grenze abstimmen lasse, würden mehr als 82/83 % der Bürger dafür stimmen, über diese Grenze nicht weiter zu reden. Aus Umfragen sei bekannt, daß Kinder von Vertriebenen zu noch höheren Prozentsätzen dieser Meinung seien. Es gebe bei uns keinen Revanchismus!

Was die Polen nicht begreifen wollten (in Wahrheit aber sehr gut begriffen), sei, daß wir den Friedensvertragsvorbehalt aufrechterhalten müssen. Wir hätten heute keinen Friedensvertrag, niemand wisse, ob es ihn je geben werde. Aber man könne nicht von uns erwarten, daß wir einseitig erklärten, ein Drittel des deutschen Staatsgebiets sei „weg“. Die Zeit jedoch arbeite völlig eindeutig – das Beste sei, das Gras wachsen zu lassen.

Er – BK – wolle die Beziehungen verbessern. Er habe bei der Beerdigung von GS Tschernenko lange mit General Jaruzelski darüber gesprochen[21], in Wahrheit habe sich aber nicht viel bewegt. Dabei bestünden die Probleme fort. Wenn Polen nur einen in etwa vergleichbaren Schritt zugunsten der Deutschstämmigen tue, wie Ungarn ihn jetzt unternehme, würde sich das Klima schlagartig verbessern.

Wir hätten für Polen bereits viel getan, wenn man nach DM rechne, mehr als für jedes andere Land des Warschauer Pakts (Exkurs: Paketaktion nach Verhängung des Kriegsrechts[22]) – in der Sache sei man dennoch nicht grundlegend weitergekommen.

19 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

20 In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

21 Bundeskanzler Kohl hielt sich anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf bei dieser Gelegenheit mit Ministerpräsident Jaruzelski in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 67, Anm. 12.

22 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.
Die Referate 214 und 421 hielten am 28. Februar 1983 zur humanitären Hilfe für Polen fest, u. a. habe die Bundesregierung die Gebührenfreiheit für private Hilfspakete an Polen gewährleistet: „Gebührenfreiheit Postpakete (8.2.–30.6.1982): 78 Mio. DM (4,34 Mio. Pakete); erneute Gebührenfreiheit (1.11.–31.12.1982): 96,8 Mio. DM (3,7 Mio. Pakete)“. Vgl. Referat 411, Bd. 131173.

Wenn MP demnächst polnische Gesprächspartner sehe, möge er ihnen sagen, daß, wenn sie etwas von Ungarn lernen würden, dies sehr nützlich wäre. Er selbst – BK – sage dies nicht öffentlich. (Exkurs: Verhältnis der Christlichen Demokraten zu Polen, das glaube, mit Kontakten zur SPD besser zu fahren.)

Kurzum: MP möge den Polen sagen, daß heute über dieses Thema hier gesprochen worden sei und er – BK – guten Willen habe, aber auch genauso viel auf die Würde der Deutschen halte, wie ein Polen auf die Würde der Polen achte. (Exkurs: Honecker-Besuch[23], der in Polen argwöhnisch beobachtet worden sei.)

BK hebt schließlich die beabsichtigte Sichtvermerksvereinbarung als „gewaltigen Schritt nach vorn" hervor.[24] Er selbst hätte lieber noch einen weiteren Schritt getan, dies sei aber in der EG so nicht durchsetzbar gewesen. Dort werde er – BK – schon fast als „Agent der Ungarn" angesehen. Er bitte jedenfalls MP, diesen ersten wichtigen Schritt gemeinsam offensiv zu vertreten. Oft führe in der Politik der Umweg eher zum Ziel als der direkte (folgt Übergabe und kurze Erläuterung eines Non-paper[25] sowie Vereinbarung, daß bald auf Expertenebene darüber gesprochen wird[26]).

BK erwähnt abschließend, daß MP Strauß in der Sache sehr engagiert und hilfreich gewesen sei.

MP dankt für die SV-Erleichterungen und -Befreiungen – in Ungarn habe man von Anfang an erkannt, daß dies zwar ein Kompromiß, aber ein Schritt in die

23 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

24 Referat 514 notierte am 15. Juli 1987, seit Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte am 1. August 1975 fordere Ungarn die Aufhebung bzw. Erleichterung der Sichtvermerkspflicht: „Ein verstärktes Drängen der Ungarn läßt sich seit den Verhandlungen über die Errichtung eines Goethe-Instituts in Budapest feststellen. Ohne ein formelles Junktim herzustellen, erwartet die ungarische Seite als Gegenleistung Entgegenkommen im Sichtvermerksbereich." Am 2. Dezember 1986 hätten Bundeskanzler Kohl und die Bundesminister Genscher und Zimmermann „grundsätzliches Einverständnis über eine Aufhebung der S[icht]V[ermerks]-Pflicht für Ungarn erzielt". Daher seien Konsultationen mit den Vertragspartnern des Schengener Übereinkommens vom 14. Juni 1985 eingeleitet worden: „In der am 18.5. von Frankreich erteilten Antwort wird gesagt, daß die Aufhebung der SV-Pflicht für Ungarn gegen den Text und den Geist des Schengener Übereinkommens verstoßen würde. […]. Ähnlich ablehnend haben die Benelux-Partner reagiert." Vgl. Referat 214, Bd. 139517.

25 Für das von Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 übergebene Non-paper vgl. Referat 514, Bd. 190639.

26 Expertengespräche über die bilaterale Sichtvermerksvereinbarung fanden am 8./9. November 1987 in Budapest statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus vermerkte am 12. November 1987, die ungarische Seite habe mitgeteilt, die von der Bundesrepublik geforderte Berlin-Klausel nicht übernehmen zu können und zudem die anvisierte Lösung, die Sichtvermerksbefreiung jeweils durch das Mitführen besonderer Nachweise, die „die Zugehörigkeit zu den diplomatisch/konsularischen Vertretungen, dem Kreis der prominenten Delegationen bzw. den gemischten Firmen dokumentieren", als schwer praktikabel bezeichnet. Er selbst habe klargestellt, „daß die deutsche Seite in den ab 1.1.1988 zu verwirklichenden Befreiungen und Erleichterungen nur einen ersten Schritt sähe. Weitere Erleichterungen erwarteten wir vor allem auch von ungarischer Seite bei den umfangreichen Einreiseformalitäten." Vgl. Referat 214, Bd. 139517.
Botschafter Steger, Budapest, teilte am selben Tag mit, der Staatssekretär im ungarischen Außenministerium, Horn, habe sich „zutiefst enttäuscht" über die Expertengespräche geäußert. Diese „stellten geradezu einen Rückschritt gegenüber dem dar, worüber in den letzten zwei bis drei Jahren gesprochen worden sei". Horn habe dringend gebeten, statt dessen seinen Vorschlag zu übermitteln, „beiderseits jede Visumsverpflichtung für deutsche und ungarische Diplomaten" aufzuheben und „für Wirtschaftler, Techniker, Monteure, Fahrer etc. (etwa unter Vorlage von Jahreslisten) dafür zu sorgen, daß dieser Personenkreis Visen erhalte, die zu mehrfachen Einreisen berechtigen. Nur so könne man hoffen, zu vermeiden, daß die Dinge jetzt nicht noch komplizierter werden, als sie bisher gewesen seien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1493; Referat 214, Bd. 139517.

richtige Richtung und damit keine Niederlage, sondern ein Sieg sei. Dies werde er auch öffentlich so vertreten. Es komme nun darauf an, diesen Weg weiterzugehen, ohne daß man dies jetzt schon öffentlich sagen müsse. Der heutige Schritt werde weitere Ausstrahlung haben.

Zu Polen – so MP weiter – habe sein Land in der Tat sehr gute Beziehungen, begründet nicht nur auf das Verständnis der Politiker, sondern auf die Sympathie der Menschen. Für Ungarn sei es manchmal sogar problematisch, von Polen so sehr geliebt zu werden: Jährlich kämen 4,5 Mio. Touristen ins Land. (Exkurs: Bei 10 Mio. Einwohnern jährlich 16 Mio. Touristen, davon 4,5 Mio. Polen, 2 Mio. Österreicher, 1–3 Mio. Tschechoslowaken usw.)

Dem Wunsch des BK, den Polen etwas zu vermitteln, könne er schnell nachkommen: Bereits am Montag nächster Woche[27] werde er in Moskau PM Messner treffen[28] und unterrichten, desgleichen während eines Warschau-Besuchs Ende Oktober General Jaruzelski[29]. Wenn er einen Beitrag leisten könne, daß Polen mehr Verständnis für BK aufbringe, so wolle er dies gern tun. Er sehe dies als natürliche Pflicht, weil es im gemeinsamen Interesse liege und für Europa insgesamt wichtig sei. Im übrigen müsse man die innenpolitische Lage Polens berücksichtigen: Er wolle sich unkonventionell ausdrücken: 1956 habe in Ungarn zu radikaleren Lösungen geführt[30], als sie sich heute in Polen abspielten. Polen habe die Umwälzungen noch nicht überwunden. Dies wirke sich auf die Führung aus. Dennoch glaube er, daß man den Prozeß auch dort nicht aufhalten könne, ja es gut wäre, ihn zu beschleunigen.

Daß BK dafür Ungarn als Beispiel halte, dessen schäme er sich nicht.

Hieran anknüpfend, äußert MP Bitte nach verstärkter Unterstützung in EG-Fragen und plädiert dafür, die Beziehungen zur EG nicht nur als wirtschaftliche Frage zu betrachten, sondern dabei auch den Prozeß der zunehmenden Verständigung im Auge zu behalten. (Folgt kurzer Austausch über Entwicklung in Bulgarien, von der MP glaubt, daß die Bulgaren Konzepte der Umstrukturierung eifrig übernehmen, aber keine Antwort wissen, wohin diese führen werde.)

Weitere Teilnehmer:

Auf ungarischer Seite: Stellvertretender AM László Kovács, Botschafter Dr. István Horváth, Dolmetscher Peter Mate.

Auf deutscher Seite: AL 2[31], RL 212[32] (Note-taker), Dolmetscher Heupel.

Ende des Gesprächs: 17.05 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

27 12. Oktober 1987.

28 In Moskau fand am 13./14. Oktober 1987 die Tagung des RGW statt.

29 Ministerpräsident Grósz besuchte Polen am 27./28. Oktober 1987.

30 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

31 Horst Teltschik.

32 Uwe Kaestner.

278

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-363.39-1296/87 geheim **7. Oktober 1987**[1]

Über Herrn Dg 20[2], Herrn D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: Verwundbarkeit Westeuropas durch bodengestützte sowjetische strategische Waffen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Nach einem INF-Abkommen müßte die UdSSR nach jetzigem Stand folgende Waffen eliminieren:

441	SS-20	mit je 3 Gefechtsköpfen (GK)	= 1323 GK	LRINF-Bereich
112	SS-4	mit je 1 Gefechtskopf	= 112 GK	LRINF-Bereich
148	SS-12/22	mit je 1 GK	= 148 GK	SRINF-Bereich
12	SS-23	mit je 1 GK	= 12 GK	SRINF-Bereich

Insgesamt: 713 Flugkörper mit 1595 GK (Nachladebestände sind nicht berücksichtigt).

Der militärische Haupteffekt liegt bei der Eliminierung der SS-20, und zwar quantitativ (1323 von 1507 GK) und qualitativ (Zielgenauigkeit, Reichweite, Sprengkraft, Überlebensfähigkeit, Modernisierungsgrad).

2) Die Frage ist, ob bzw. wie die UdSSR mit ihrem strategischen Potential bisherige Ziele der SS-20 abdecken kann. Generell gilt auch für das gesamte strategische Potential der Grundsatz, daß weiterreichende Systeme aufgrund ihrer Stationierungsorte und/oder ihrer Mindestreichweiten auch kürzerreichende Aufgaben wahrnehmen können. Im folgenden wird nur auf bodengestützte strategische Flugkörper (ICBM) eingegangen, die – unabhängig von ihrer tatsächlichen Zielabdeckung – Ziele in Europa bedrohen könnten.

Eine andere Frage ist, ob über die gegenwärtige Zielabdeckung hinaus Ziele in Europa übernommen werden könnten, die durch eine INF-Vereinbarung abdeckungsbedürftig geworden sind.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationsrat I. Klasse Beck konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent von Ploetz, auch in Vertretung von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, am 15. Oktober 1987 vorgelegen.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Oktober 1987 vorgelegen.

5 Hat Bundesminister Genscher am 17. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 19. Oktober 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 19. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationsrat I. Klasse Beck erneut vorgelegen.

3) Das sowjetische Gesamtpotential an strategischen landgestützten Raketen besteht derzeit aus ca. 1430 Flugkörpern (FK) und 6270 GK. Den Hauptanteil stellen dabei die SS-18 (308 FK x 10 MIRV), die SS-17 (149 x 4 MIRV) und die SS-19 (360 FK x 6 MIRV) mit 5836 von 6270 GK. Nach westlichen Erkenntnissen (u. a. Soviet Military Power 1987[6]) sind alle drei Systeme in der Lage, Ziele in Europa abzudecken. Dies gilt insbesondere für die zielgenaue SS-18, die in der Lage ist, Raketenabschußvorrichtungen und andere stark gehärtete Punktziele zu zerstören. Die SS-17 und -19 können dagegen mit hoher Erfolgswahrscheinlichkeit schwächer oder nicht gehärtete Flächenziele wie Flughäfen, Hafenanlagen, Industriekomplexe usw. in Europa bekämpfen.

4) Aufschlußreicher noch ist ein Blick auf die beiden neuesten sowjetischen strategischen Flugkörpersysteme, die bereits eingeführte straßenmobile und somit überlebensfähige SS-25 (1 GK) und die voraussichtlich noch 1987 in Dienst gestellte schienenmobile SS-24. Bisher sind 99 der nach Schätzungen von US-Experten später ca. 300 bis 500 SS-25 stationiert. Sie löst derzeit die SS-11 ab und dürfte damit auch deren bisherige Zielabdeckung in den USA und Europa übernehmen. Technisch ist sie in der Lage, weiche bis mittelstark gehärtete Ziele in den USA und bei sogar höherer Treffgenauigkeit (200 bis 300 m) in Europa abzudecken.

Die SS-24 ist die erste mobile ICBM mit einzeln zielbaren Mehrfachsprengköpfen (10 MIRV). Sie kann bei einer Mindestreichweite von 1000 km bei geringerer und 3000 km bei normaler Treffgenauigkeit (300 m silogestützt, 400 m mobil) gegen Flächenziele in Europa eingesetzt werden. Die wahrscheinliche Ablösung von SS-17 (4 MIRV) und möglicherweise eines Teils der SS-19 (6 MIRV) durch die SS-24 wird es der UdSSR erlauben, ohne Erhöhung der ICBM-Gesamtzahlen, also bei Einhaltung der SALT-II-Obergrenzen[7], mehr Ziele abzudecken. So würde eine Substitution der 150 derzeitig dislozierten SS-17 durch SS-24 zusätzlich 900 GK und eine zusätzliche SALT-konforme Ersetzung von 100 SS-19 durch SS-24 weitere 400 Gefechtsköpfe erbringen. Allein damit könnte die gleiche Zahl von Zielen wie bisher von der SS-20 und SS-4 abgedeckt werden.

5) Der amerikanische START-Vertragsentwurf[8], der u. a. auf die Begrenzung der als destabilisierend empfundenen schweren und gemirvten ICBM der SU abzielt, würde auch die o. g. Substitutionsmöglichkeiten für die SU erheblich beschneiden.

Er sieht ein Subceiling von 1650 GK für schwere ICBM (SS-18) und ICBM mit mehr als 6 GK (SS-24 auf sowjetischer Seite, MX auf amerikanischer Seite) vor.

Wenn die SU diese Bestimmung akzeptieren würde, so beließe ihr das lediglich die Möglichkeit, 11 SS-24 (110 GK) einzuführen (die SU ist bereit, ihre derzeit 308 SS-18 mit 3080 GK auf 154 SS-18 mit 1540 GK zu halbieren). Auf die weitere Stationierung von SS-24 müßte die SU verzichten, es sei denn, sie wäre bereit, für jede neu eingeführte SS-24 eine SS-18 zu eliminieren.

6 Vgl. DEPARTMENT OF DEFENSE (Hrsg.), Soviet Military Power 1987, Washington D. C., März 1987.

7 Artikel II des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) legte die Waffensysteme fest, für welche die getroffenen Absprachen gelten sollten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 24–28. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–374.

8 Zum Entwurf der USA vom 8. Mai 1987 für einen START-Vertrag vgl. Dok. 143.

Die SS-25 müßte nach dem gegenwärtigen Verhandlungsstand eliminiert werden, da der amerikanische Vertragsentwurf ein Verbot mobiler ICBM umfaßt (anders als die SS-24 kann die SS-25 nicht silogestützt dislozierte werden).

Die gegenwärtige sowjetische Verhandlungsposition sieht vor, daß kein Element der strategischen Triade (ICBM, SLBM, strategische Bomber) 60 % der in Reykjavik[9] vereinbarten 6000 GK überschreiten darf. Dies ergibt eine Zwischengrenze von 3600 GK für ICBM. Hiervon wären auch die SS-24 und SS-25 erfaßt.

6) Mit bodengestützten Interkontinentalraketen ist die UdSSR bereits jetzt in der Lage, Europa unter Risiko zu halten. Nach Indienststellung der neuen SS-24, deren Stationierung bereits begonnen hat, wird es ihr ohne entgegenstehende START-Regelungen um so leichter fallen, bisherige Ziele der im Rahmen eines INF-Abkommens zu eliminierenden SS-20 und SS-4 abzudecken. Daneben existiert die grundsätzliche Möglichkeit, durch strategische Bomber und seegestützte strategische Systeme Ziele in Europa abzudecken.

7) D 2 A[10] hat mitgezeichnet.

Dreher

VS-Bd. 12144 (201)

279

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker

VS-NfD **9. Oktober 1987**[1]
Fernschreiben Nr. 65 Ortex

Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer

Nachstehende Erläuterungen dienen der Darstellung unserer Haltung. Sie sind in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ausschließlich reaktiv zu verwenden. Unsere Neutralitätspolitik im Krieg Irak–Iran wird hiervon in keiner Weise berührt.

1) Die Bundesregierung hat am 8. Oktober 1987 nach Konsultation im Bündnis[2] beschlossen, eine Einsatzgruppe der Bundesmarine, bestehend aus dem Zerstörer

9 Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

10 Josef Holik.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher vorgelegen, der den Umlauf in Referat 201 verfügte.

2 Bundesminister Wörner informierte Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987, am Vortag habe das United States European Command (USEUCOM) „zur Frage der Kompensation des US-Einsatzes im Persischen Golf durch die deutsche Marine“ für eine unter NATO-Befehl operierende Einsatzgruppe der Bundesmarine im Mittelmeer plädiert. Er, Wörner, werde entsprechend „eine deutsche Einsatzgruppe, bestehend aus zwei Zerstörern oder Fregatten plus Unterstützungseinheit, in Kürze in das Mittelmeer“ beordern. Das Auswärtige Amt sei darüber unterrichtet; am 8. Oktober 1987 sollten

„Mölders“, der Fregatte „Niedersachsen“ und dem Versorgungsschiff „Freiburg“, in das Mittelmeer zu entsenden.

Diese Einsatzgruppe wird zunächst im Rahmen der vom 14.10. bis 16.11. aktivierten NATO „Naval on Call Force Mediterranean“ (dieser Verband wird in der Regel zweimal jährlich für je einige Wochen zu Übungs- und Ausbildungszwecken aktiviert und setzt sich aus Schiffen mehrerer NATO-Partner zusammen) operieren und anschließend bis Mitte Dezember unter Einsatzbefehl des NATO-Befehlshabers Alliierte Seestreitkräfte Europa-Süd (COMNAVSOUTH) Ausbildungs- und Übungsvorhaben im Mittelmeer bis kurz vor Weihnachten durchführen.

2) Diese Entscheidung erfolgte in Umsetzung der Erklärung des Bundeskanzlers am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig vom Juni 1987.[3] (Der Bundeskanzler hatte im Sinne einer Arbeitsteilung im Bündnis angedeutet, daß die Bundesrepublik Deutschland innerhalb des Bündnisbereiches zur Entlastung von Partnern bereit sein könnte, die außerhalb des Bündnisbereiches[4] im Bündnisinteresse tätig werden.)

Schon am 22.9.1987 hatte die Bundesregierung das Versorgungsschiff „Saar“ als Ersatz für ein in den Golf entsandtes belgisches Versorgungsschiff in den NATO-Verband Ärmelkanal entsandt. Sie wollte damit ein Beispiel für ihre Bereitschaft geben, auch kurzfristig bei Unterstützungsanträgen durch ihre Bündnispartner einzuspringen.

Die am 8.10.1987 beschlossene Entsendung der drei Schiffe ins Mittelmeer ist ein deutliches Zeichen der Solidarität der Bundesrepublik Deutschland mit unseren Verbündeten und ein Beitrag zur Entlastung der Bündnispartner USA, GB, Italien, Belgien, Niederlande, die die Freiheit der Schiffahrt in der Golfregion auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten. Die Entsendung dient ausschließlich der Unterstützung unserer Partner bei ihren Bemühungen, die Freiheit der Schiffahrt im Golf zu gewährleisten. Sie verfolgt keine darüber hinausgehenden Ziele.

3) Eine Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in den Golf ist nicht vorgesehen. Unsere Verfassungslage läßt generell die Teilnahme der Bundeswehr an Aktivitäten außerhalb des NATO-Gebietes nicht zu.[5] Diese Haltung aller Bundesregierungen hat auch der Bundeskanzler erneut bestätigt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1420

der Verteidigungsausschuß des Bundestags und die Öffentlichkeit informiert werden. Vgl. den Vermerk; Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl.
Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 7. Oktober 1987, Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, habe ihn am Nachmittag telefonisch auf Weisung Wörners über dessen Schreiben an Kohl unterrichtet. Er, Richthofen, habe dargelegt, er müsse sich „die Entscheidung des BM vorbehalten und könne im gegenwärtigen Zeitpunkt nur zur Kenntnis nehmen, daß BM Wörner dem Bundeskanzler mitteile, daß das AA unterrichtet sei“. In einer weiteren Aufzeichnung vom selben Tag hielt Richthofen fest, Rühl sehe sich „nach Rücksprache mit BM Wörner nicht in der Lage, dem Ausw[ärtigen] Amt den Vermerk von BM Wörner für den Bundeskanzler zur Verfügung zu stellen“. Vgl. Referat 201, Bd. 143384.

3 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.
Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 10. Juni 1987 zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels vgl. BULLETIN 1987, S. 515 f.

4 Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

5 Zur Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

4) In diesem Zusammenhang wird – im wesentlichen für die Vertretungen in westlichen Ländern – unsere Out-of-area-Politik dargestellt:

Die Entsendung der drei Schiffe muß auf dem Hintergrund der „Out-of-area"-Problematik im Bündnis gesehen werden. Eine eingehende Erörterung dieser Frage hat unter den Außenministern bei der Pariser Ratstagung im Juni 1983[6] mit folgendem Ergebnis stattgefunden:

„The Allies recognise that events outside the Treaty area may affect their common interests as members of the Alliance. If it is established that their common interests are involved, they will engage in timely consultations. Sufficient military capabilities must be assured in the Treaty area to maintain an adequate defence posture. Individual member governments who are in a position to do so will endeavour to support, at their request, sovereign nations whose security and independence are threatened. Those Allies in a position to facilitate the deployment of forces outside the Treaty area may do so on the basis of national decision."[7]

Es ist also vor dem Mißverständnis zu warnen, alle Bündnispartner müßten in genau gleicher Weise für die Wahrnehmung gesamtwestlicher Interessen außerhalb des Bündnisses zur Verfügung stehen. So liegt die Hauptaufgabe der Bundesrepublik Deutschland darin, die Zentralfront in Mitteleuropa zu sichern, ohne daß hier die Partner von der Südflanke der NATO teilnehmen.

Kriterium für ein Engagement Out-of-area muß sein, daß jedes Land dort sich engagiert, wo es besonders sinnvoll und effizient handeln kann.

5) Die Bundesrepublik Deutschland ist sich ihrer Verantwortung für die Wahrung gesamtwestlicher Interessen außerhalb des NATO-Gebietes bewußt.

Sie ist mit anderen Partnern im Bündnis solidarisch und bereit, zum gemeinsamen Vorhaben der Stabilisierung und Friedenssicherung im Nahen und Mittleren Osten beizutragen.

Der wirtschaftlichen und politischen Stabilität geographischer Schlüsselländer, wie der Türkei, Saudi-Arabiens oder Ägyptens, kommt für die westliche Nahost-Politik große Bedeutung zu. Unser Ziel muß es sein, mit langfristig orientierter Wirtschaftshilfe zur Stabilisierung dieser Länder beizutragen.

Auf dem Hintergrund der Beschränkungen, die unsere Verfassung (Art. 87 a Grundgesetz[8] i. V. m. Art. 5 NATO-Vertrag[9]) einem Einsatz der Bundeswehr (nur zugelassen für Landesverteidigung, NATO-Fall, Katastrophenhilfe) auferlegt, trägt die Bundesregierung auf ihre Weise zur Wahrnehmung der gesamtwestlichen Interessen außerhalb des NATO-Gebietes bei durch

– Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen,

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. AAPD 1983, I, Dok. 178 und Dok. 179.

7 Vgl. Ziffer 17 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 396 f.

8 Artikel 87a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der vom Siebzehnten Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 geänderten Fassung regelte die Aufstellung und den Einsatz der Streitkräfte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

9 Für den Wortlaut von Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

– Rüstungssonder-,Verteidigungs- und Materialhilfe für die Türkei als geopolitisch wichtiges Land der Region[10],
– Leistungen im Rahmen der Entwicklungshilfe zur Förderung echter Blockfreiheit im Interesse von Frieden und Stabilität.

[gez.] Stoecker

Referat 201, Bd. 143384

280

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin

12. Oktober 1987[1]

Unter Verschluß

Deutsch-sowjetische Beziehungen;
hier: Gespräch des Herrn Bundesministers mit ZK-Sekretär Dobrynin am 12. Oktober 1987 von 10.30 bis 12.00 Uhr[2]

Teilnehmer auf sowjetischer Seite: Botschafter Kwizinskij, Dolmetscher.

Teilnehmer auf deutscher Seite: D 2[3], VLR Weiß (Dolmetscher), VLR Elbe.

Aus dem ca. 1 1/2-stündigen Gespräch von BM mit ZK-Sekretär Dobrynin (D.), das in sehr angenehmer Atmosphäre und in einem sehr konstruktiven Geist stattfand, ist festzuhalten:

BM eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, daß der Besuch von D. in Bonn in dieser Zeit sehr wichtig sei. Er habe den Brief von GS Gorbatschow (G.) an den Bundeskanzler vom 1.10.[4] mit Aufmerksamkeit gelesen und sei sehr interessiert daran zu hören, was ihm D. mitteilen werde.

10 Zur Rüstungssonderhilfe für die Türkei vgl. Dok. 136.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 12. Oktober 1987 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt."
Hat Ministerialdirigent Jansen am 15. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe „n[ach] R[ückkehr]" und Vortragenden Legationsrat Schumacher verfügte.
Hat Schumacher am 15. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Elbe vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken vermerkte am 28. September 1987, der Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin, halte sich auf Einladung der SPD ab 8. Oktober 1987 in der Bundesrepublik auf: „Am 8. und 9.10. wird er in Bonn Gespräche mit Vertretern der SPD führen, insbesondere mit dem Vorsitzenden der SPD, Vogel, der ein Mittagessen für Dobrynin geben wird, mit dem Ehrenvorsitzenden Willy Brandt und mit MdB Egon Bahr. Ferner wird Dobrynin einen Vortrag in der Friedrich-Ebert-Stiftung halten. Am Freitag, dem 9.10., wird Dobrynin von Bundeskanzler Kohl zu einem eineinhalbstündigen Gespräch empfangen werden." Vgl. Referat 213, Bd. 147150.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, übermittelte Bundesminister Genscher am 9. Oktober 1987 ein Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an

Dobrynin dankte BM, daß er Zeit gefunden habe, ihn zu empfangen. GS Gorbatschow, den er noch vor seiner Abreise gesehen habe, habe ihn gebeten, BM seine persönlichen Grüße zu übermitteln. G. habe ihn beauftragt, zu bekräftigen, daß alles, was er dem Bundespräsidenten und Bundesminister in Moskau gesagt habe[5], aufrechterhalten bleibe, insbesondere das, was er über die neuen Möglichkeiten zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen gesagt habe. Es seien im wesentlichen diese Gedankengänge, die in dem Schreiben an den Bundeskanzler enthalten seien. G. habe darin nochmals an den Bundeskanzler appelliert, die bilateralen Beziehungen neu zu überdenken, eine neue Seite in den Beziehungen aufzuschlagen und diese mit konkreten Taten oder jedenfalls Planungen auszufüllen. Durch die Übermittlung persönlicher Grüße an BM wolle G. zum Ausdruck bringen, daß er den persönlichen Beitrag von BM zur Entwicklung der Beziehungen im Interesse beider Länder sowie im internationalen Interesse schätze. G. habe auch öffentlich gesagt, daß er den Beitrag des Bundeskanzlers und des Bundesministers zur PIa[6] zu würdigen wisse, einem Problem, das plötzlich aufgetaucht wäre.

D. fuhr fort, AM Schewardnadse (Sch.) sei bei seiner Abreise noch nicht von seiner Lateinamerika-Reise zurück gewesen[7]; er hätte ihm sonst bestimmt aufgetragen, Grüße an BM auszurichten. Er wisse, daß Sch. und BM in New York ein langes und gutes Gespräch geführt hätten.[8] Zur Charakterisierung des Gespräches meinte D., daß man hier ja auch keine besonderen Umstände zu machen brauche. Unter Bezugnahme auf die Rückkehr von seiner jüngsten USA-Reise[9] fragte D. BM, was es dort Neues gebe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1423

Bundeskanzler Kohl, das vom Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin, übergeben worden war. Darin hieß es: „Wir in der sowjetischen Führung wissen die von der Regierung der BRD bezogene Haltung gebührend zu schätzen, die das Zustandekommen der grundsätzlichen Einigung zwischen der UdSSR und den USA über das Problem der Abschaffung der Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen gefördert hat. […] In diesem Fall haben Sie getan, was wir wie auch alle Europäer von der Bundesrepublik zu erwarten berechtigt waren." Mit Blick auf den künftigen INF-Vertrag erwarte er, Gorbatschow, „daß die Regierung der BRD, was den sie betreffenden Teil angeht, auch weiterhin an der Position festhalten wird, die einen erfolgreichen Abschluß dieses Prozesses begünstigt". Nötig seien weitere Abrüstungsvereinbarungen im Bereich des Weltraums, der chemischen und der konventionellen Waffen: „Nach meiner Ansicht spricht die Logik selbst dafür, den Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD größere Gründlichkeit zu verleihen, was von wahrhaftig historischer Bedeutung wäre. Unsere beiden Staaten, die als solche in ihren Systemen und Bündnissen bleiben, könnten – vielleicht wie keine anderen – sehr vieles dafür tun, damit das ‚europäische Haus' auch in architektonischer Hinsicht einwandfrei und, das ist die Hauptsache, für alle, die darin wohnen, sicher und gemütlich ist. Offen gesprochen, mich verläßt seit langem die Empfindung nicht, daß es notwendig wäre, die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD unter diesem Blickwinkel in vielerlei Hinsicht zu überdenken und sie durch gemeinsame Anstrengungen auf ein neues Niveau zu heben." Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

5 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

6 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

7 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Brasilien vom 26. bis 30. September 1987, anschließend Argentinien bis 4. Oktober 1987 sowie Uruguay vom 4. bis 7. Oktober 1987.

8 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. September 1987 in New York vgl. Dok. 268.

9 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 9. bis 11. Oktober 1987 in den USA vgl. Dok. 283.

BM erwiderte, daß er in den USA eine sehr positive Haltung zur Gestaltung der Beziehungen zur SU wie auch in den Absichten festgestellt habe, die man mit dem bevorstehenden Besuch von AM Shultz in Moskau[10] verbinde.

Dobrynin warf ein, am 22./23. Oktober.

BM fuhr fort, er habe das, was er gesagt habe, sowohl in seinem Gespräch mit AM Shultz wie auch in den Gesprächen mit Präsident Reagan und Vizepräsident Bush bestätigt gefunden.

Dobrynin stellte daraufhin fest, daß sich in der INF-Frage alles recht gut bewege, obwohl es dort einige noch nicht abgestimmte Fragen gäbe. Der Termin für einen Abschluß des INF-Abkommens bis zum Ende dieses Jahres liege in Reichweite.

D. fuhr fort, die Sowjets hielten es auch für reell und möglich, daß ein Abkommen über eine Reduzierung der strategischen Waffen um 50 % in der ersten Hälfte des nächsten Jahres zustande komme. Jedenfalls sei dies der sowjetische Wille, allerdings unter der Bedingung der Einhaltung des ABM-Vertrages. Zu diesem „ersten" Abkommen gebe es in Genf allerdings noch keine richtige Bewegung, obwohl darüber intensiv in täglichen Gesprächen weiter gesprochen werde. Die Dinge seien aber nicht ganz klar. Vielleicht habe sich die amerikanische Administration noch nicht in allen Fragen festgelegt. Zwar bestehe Einvernehmen über eine Reduzierung der strategischen Waffen um 50 %, nicht aber über die Frage der Untergrenzen, die Frage, ob die Backfire-Bomber mitgezählt würden, und auch nicht über die Langstreckenraketen. Es seien insgesamt noch viele Fragen offen, und die Amerikaner hätten sich noch nicht auf ihr Verhältnis zum ABM-Vertrag von 1972 festgelegt. Die Gespräche zwischen den Außenministern Shultz und Schewardnadse in den USA seien gut gelaufen.[11] Die beiden Minister hätten allerdings mehr Zeit auf das INF-Abkommen verwandt. Möglicherweise hätten die Amerikaner noch keine endgültige Position, weil es Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Administration über das Verhältnis zum ABM-Vertrag gebe. Darüber hinaus bestünden offensichtlich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kongreß und der Administration. Es sei ja bekannt, daß im Kongreß eine Resolution angenommen worden sei, die dazu aufrufe, den ABM-Vertrag in seiner engen Auslegung einzuhalten[12]. Die sowjetische Seite nehme die Aufteilung der Interpretation des ABM-Vertrages in eine enge und eine breite Auslegung nicht an. Es gäbe nur eine Interpretation, nicht zwei. Bis 1973 habe auch für die Amerikaner nur eine Interpretation gegolten. Erst nach 1983 sei die breite Interpretation aufgebracht worden.

D. fuhr fort, BM kenne sicherlich den Vorschlag von Senator Nunn, der vom Kongreß unterstützt würde.[13] Jetzt fordere der Kongreß alle Verhandlungsprotokolle

10 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

11 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

12 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

13 In der Presse wurde berichtet: „Der amerikanische Senat müßte nach Ansicht des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Nunn, alle Verhandlungs-Dokumente kennen, ehe er einen Vertrag über einen weltweiten Abbau der Mittelstreckenraketen (INF) ratifiziere. Nunn begründete dies in einem Brief an Präsident Reagan mit dem amerikanisch-sowjetischen Vertrag über die Abwehr von Atomraketen (ABM) aus dem Jahr 1972, über dessen Auslegung ein heftiger Streit entbrannt ist. Der demokratische Senator aus Georgia befürwortet eine ‚enge' Auslegung des ABM-Vertrags." Vgl. den

an. Die Sowjets hofften, daß der Senat nicht alle diese Protokolle studieren werde, da dann abzusehen wäre, daß er – auch im Hinblick auf den Wahlkampf[14] – mit der Ratifikation des INF-Vertrages nicht fertig werden würde. Moskau halte die Unterzeichnung und Ratifizierung des INF-Abkommens für reell und möglich. AM Shultz könne bei seinem Besuch in Moskau Klarheit verschaffen, ob der Abschluß eines Abkommens über die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Waffen Anfang 1988 auch möglich wäre. Die sowjetische Regierung habe entsprechende politische Beschlüsse gefaßt. Auch das Politbüro habe beschlossen, wenn möglich noch mit der Reagan-Administration den zweiten Abrüstungsvertrag abzuschließen, ohne die Wahlen und einen neuen Präsidenten abzuwarten. Reagan sei für die Sowjets zwar nicht der ideale Präsident („Lieblingspräsident"). Trotzdem seien sie bereit, mit ihm abzuschließen, wenn er auch das wolle. Dies liege im Interesse beider Staaten und im Interesse der gesamten Staatengemeinschaft, der Welt.

D. fuhr fort, der Abschluß dieses Abkommens würde es erleichtern, auch zu den anderen Abrüstungskomplexen überzugehen: weltweite Ächtung der chemischen Waffen, Abbau der taktischen Nuklearwaffen, konventionelle Abrüstung durch Reduzierung konventioneller Waffen und Streitkräfte. Ab 1.12. würden die Verhandlungen über die Einstellung von Atomtests aufgenommen.[15] Die Sowjets wollten keine Pause zwischen dem INF-Abkommen und weiteren Abrüstungsverhandlungen und wollten diese möglichst parallel führen. Das beziehe sich auch auf ein Abrüstungsabkommen im konventionellen Bereich. Sie seien daher für eine Beschleunigung der Gespräche in Wien.

D. stellte fest, nach seiner Auffassung gebe es in einer Reihe von „Richtungen" eine ähnliche Sicht zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland; das gelte besonders für die Hauptrichtungen in den Bereichen chemische Waffen, taktische Nuklearwaffen und für eine Reihe anderer Fragen. Die Sowjets seien der Auffassung, daß sich mit dem Abschluß des INF-Abkommens neue Möglichkeiten eröffnen, dieser Zusammenarbeit unter Berücksichtigung des Gewichtes beider Länder in Europa und in der Welt eine größere Rolle zu geben. Dies sei auch in dem Brief von GS Gorbatschow an den Bundeskanzler zum Ausdruck gekommen.

D. stellte fest, daß es ein großes Feld für Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Abrüstung und ein unbegrenztes Feld für Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft gebe, wo man allerdings die diskriminierenden Tatbestände der Gesetze beseitigen müsse. Auch die kulturellen Verbindungen könnten verstärkt werden. In den Beziehungen bestünde bereits ein dichtes Netz von Verträgen für

Fortsetzung Fußnote von Seite 1425

Artikel „Nunn fordert Einsicht in alle Vertragsdokumente"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. September 1987, S. 2.

14 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

15 Vgl. dazu die Gespräche beim Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA; Dok. 261, besonders Anm. 10.
In der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vom 18. September 1987 hieß es: „Im Anschluß an die Erörterung von Fragen bezüglich der Nuklearerprobung waren sich beide Seiten einig, noch vor dem 1. Dezember 1987 mit umfassenden schrittweisen Verhandlungen zu beginnen, die ausschließlich in einem Forum geführt werden sollen." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 576.

die Zusammenarbeit, eine Reihe von Verträgen sei in letzter Zeit abgeschlossen worden. Eine Vereinbarung über politische Konsultationen wäre ein wichtiger zusätzlicher Faktor für die Stärkung des Vertragsnetzes. Sowjetische Seite messe den persönlichen Kontakten große Bedeutung bei. Dies sei auch die Meinung von G., insbesondere was Kontakte auf hoher und höchster Ebene angehe. Kontakte zwischen den Außenministern und zwischen anderen Ministern sollten weiterentwickelt werden. Die sowjetische Führung sei der Auffassung, wenn sich die Dinge normal weiterentwickelten, stehe die Frage eines Treffens zwischen GS Gorbatschow und Bundeskanzler in nicht zu ferner Zukunft.[16] Das wären die nächsten Perspektiven aus Moskauer Sicht, die die sowjetische Seite als gut und positiv einschätze bei allen Schwächen, die BM bekannt seien. Er sei beauftragt, diesen Standpunkt dem Bundeskanzler und Bundesminister darzulegen.

D. fuhr fort, er sei interessiert, den Standpunkt von BM kennenzulernen. Er sei bereit, auch auf unsere Wünsche näher einzugehen. Unsere Einschätzung kenne er im großen und ganzen. Offen gesagt, mäßen die Sowjets der Entwicklung der Beziehungen zunehmende Bedeutung bei, ohne damit einen Anschlag auf Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Verbündeten verüben zu wollen. Dies beziehe sich umgekehrt auch auf das Verhältnis der Sowjetunion zu den Verbündeten in ihrem System. Er glaube, daß beide Seiten in den Beziehungen mehr machen könnten. Er denke dabei sowohl an das europäische Haus[17] wie an das bilaterale Verhältnis. Er frage sich, wo man die nächsten Fortschritte suchen solle, wie die sowjetischen Gedanken, die wir hoffentlich partiell teilten, in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten.

An BM persönlich gerichtet, sagte D., BM habe große Erfahrungen im bilateralen und internationalen Geschäft. Die Welt verändere sich. Der erste Abrüstungsvertrag mit der vollständigen Beseitigung von zwei Kategorien nuklearer Waffen belege dies. Darüber hinaus fänden auch andere Veränderungen statt. Er wäre interessiert, von BM zu hören, welche Veränderungen sich aus seiner Sicht eröffneten.

BM erwiderte, wir begrüßten sehr, daß die amerikanische und die sowjetische Führung die Absicht hätten, die restliche Amtszeit von Präsident Reagan[18] für weitere Abrüstungsverhandlungen zu nutzen, und hofften demgemäß wie die sowjetische Seite auf Vertragsabschlüsse. Wir hätten es für einen Fehler gehalten, wenn man jetzt eine Pause in den Abrüstungsverhandlungen hätte eintreten lassen. Er glaube, daß D. Recht habe, nach einer Einigung über das INF-Abkommen dessen Momentum zu nutzen und zu einem Abkommen über eine 50-prozentige Reduzierung der strategischen Waffen zu kommen. Das liege im Interesse der beiden Weltmächte wie auch in unserem Interesse. Wir hielten das INF-Abkommen für einen bedeuteten Schritt und hätten deshalb aus gutem Grund unseren Beitrag zu seinem Zustandekommen geleistet. Beim Staatsbesuch in Moskau habe er AM Schewardnadse in einem zusätzlichen Gespräch gesagt, er

16 Bundeskanzler Kohl besuchte die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24. Oktober 1988 in Moskau vgl. AAPD 1988. Vgl. dazu ferner GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 29.

17 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

18 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

bäte, wenn er es nützlich fände, miteinander in Kontakt zu treten, das zu tun. Es sei gut gewesen, daß Botschafter Kwizinskij ihn im Urlaub besucht habe.[19] In diesem Fall habe sich gezeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion durch Gespräche und Austausch von Auffassungen in der Lage sind, etwas zu bewegen. Was die anderen Abrüstungsverhandlungen angehe, so hielten wir den Abschluß eines Abkommens über die weltweite Ächtung chemischer Waffen für besonders dringlich.

Dobrynin fragte, ob wir glaubten, ein solches Abkommen im nächsten Jahr abschließen zu können.

BM erwiderte, er sähe keinen Grund, warum das nicht möglich sein solle. Ferner glaube er, daß man sich über konventionelle Abrüstung zügig und erfolgversprechend verständigen sollte. An beiden Verhandlungen seien die Bundesrepublik und die Sowjetunion beteiligt. Er hielte es für vernünftig, in bezug auf die Verhandlungen, an denen beide Länder beteiligt seien, in engem Kontakt zu bleiben, auch um zu sehen, wie man diese Verhandlungen voranbringen könne.[20]

Dobrynin stimmte BM zu.

BM fuhr fort, was die bilateralen Beziehungen angehe, so hätten wir immer die Meinung vertreten, daß die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht nur für die beiden Staaten, sondern auch für die Lage in Europa wichtig sei. Dies sei ein Faktum, aus dem sich eine große Verantwortung ergebe. Bei der Gestaltung der Beziehungen müsse man stets vor Augen haben, daß diese nicht nur im eigenen Interesse liege, sondern auch für andere Länder Bedeutung habe. Um so größer sei die Verantwortung. Man könne sagen, daß diese eine europäische Dimension habe.

BM wies anschließend darauf hin, daß beide Seiten im Moskauer Vertrag[21] eine solide Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen besäßen, die kein Kapitel beschließe, sondern Perspektiven eröffne. Er denke, daß, wie GS Gorbatschow dies in seinem Schreiben an den Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht habe, wir alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausschöpfen sollten.

Dobrynin fragte nach der Bedeutung des Wortes „ausschöpfen". Er sei der Auffassung, daß immer etwas zu tun übrigbleiben müsse.

BM bekräftigte, daß auch er das so gemeint habe. Alles, was gut sei, sei das Ergebnis eines langfristigen Prozesses. *Dobrynin* stimmte dieser Interpretation zu.

Auf das Wort „ausschöpfen" zurückkommend, meinte *BM*, wir sollten das Gefäß nicht leerschöpfen, sondern es im Gegenteil füllen.

BM fuhr fort, ein Protokoll über politische Konsultationen würde sicherlich ein wichtiges Signal darstellen und den Beziehungen mehr Qualität geben[22]; sie

19 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij am 18. August 1987 in Théoule-sur-Mer vgl. Dok. 268, Anm. 16.

20 Vgl. dazu den Besuch des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Petrowskij am 10./11. September 1987 in der Bundesrepublik; Dok. 203, Anm. 7.

21 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

22 Zum geplanten Konsultationsprotokoll mit der UdSSR vgl. Dok. 268, Anm. 33.
Am 30. Oktober 1987 übergab Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij den Entwurf eines Konsultationsprotokolls. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken vermerkte am 3. November 1987, Richthofen habe dargelegt, die Bundesregierung wünsche

würden der Bedeutung entsprechen, die von sowjetischer Seite, aber auch von uns den Beziehungen beigelegt werden soll. Er halte es für besonders wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Zukunft Europas langfristig aussehen könne.

Dobrynin warf ein, „das ist interessant".

BM fuhr fort, daß bereits im Harmel-Bericht von 1967[23] die Rede von Europas Friedensordnung sei. Wir strebten eine solche Friedensordnung an mit der Schlußakte von Helsinki[24] und der Entwicklung, die sich daraus ergibt. GS Gorbatschow habe den Begriff des Europäischen Hauses in die politische Diskussion eingeführt. Er habe mit der Verwendung dieses Begriffes keine Probleme. Insgesamt sei mit europäischer Friedensordnung oder Europäischem Haus das gleiche gemeint.

Dobrynin warf ein, er stimme mit dem, was BM gesagt habe, voll überein. Insbesondere damit, was er über die Schlußakte von Helsinki als Grundlage für den europäischen Prozeß ausgeführt habe.

BM wies auf die Bedeutung der KSZE-Schlußakte als Kursbestimmung für Europa hin und wiederholte, daß es wichtig sei, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Architektur des zukünftigen Europas aussehen solle. Darüber gebe uns die Schlußakte keine Auskunft, sie weise nur in diese Richtung. Sowohl die Sowjetunion als auch die Bundesrepublik Deutschland hätten bei der Entwicklung einer solchen Architektur eine wichtige Funktion in ihrem jeweiligen Bündnis, aber auch im Dialog miteinander zu erfüllen. Der Meinungsaustausch hierüber könne sehr breit sein. Je früher man sich mit solchen Gedanken befasse, je geringer sei die Gefahr, aneinander vorbeizuplanen.

BM fuhr fort, GS Gorbatschow habe an verschiedene Phasen der deutsch-sowjetischen Beziehungen erinnert: an die gute Phase der 20er Jahre, an die schlechte Phase der 40er Jahre sowie an die Entwicklung danach. Wenn man sich überlege, welche Grundkonstanten es gebe, so wolle er sagen, daß es in diesem Land feindselige Gefühle gegenüber den Völkern der Sowjetunion nicht gebe. Ganz im Gegenteil seien für diese Völker hier große Sympathien und Respekt vorhanden. Er erwähne das, weil man erkennen könne, daß die Politik der Verbesserung der Beziehungen nicht auf Sand gebaut, sondern auf einem festen Fundament errichtet sei, das im Herzen der Menschen verankert sei.

Das möge erklären, warum hier in der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung in der Sowjetunion ganz erhebliches Interesse bestehe und man

Fortsetzung Fußnote von Seite 1428

„einen nüchternen, konzentrierten Text mit einer knappen Präambel. […] Ziffer 1 enthalte eine Umschreibung und enumerative, d.h. nicht ausschließliche Nennung der wichtigsten Konsultationsgegenstände. Ziffer 2 behandle den Modus der Konsultationen. Ziffer 3 beinhalte die klassische Konsultationsklausel, während in Ziffer 4 die Unberührtheitsklausel formuliert sei." Kwizinskij habe die Weiterleitung zugesagt mit der Bemerkung, „nach seiner Meinung sei dies ein ‚bescheidenes' Dokument. D 2 widersprach mit der Bemerkung, das Dokument würde die herausgehobene Qualität der Beziehungen widerspiegeln." Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

23 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

24 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

diese[25] realistisch betrachte in dem Sinn, daß sie gute Chancen eröffne, die Beziehungen in beiderseitigem und im europäischen Interesse zu verbessern.

Auf die Frage von *Dobrynin* nach den USA zu Beginn des Gespräches zurückkommend, stellte *BM* fest, daß er bei seinem jüngsten Besuch in den USA in der öffentlichen Meinung wie in der amerikanischen Politik mehr Offenheit für unsere Einschätzung der sowjetischen Politik gefunden habe als vor einiger Zeit. Dies sei wichtig für uns und wichtig für Europa. Wir würden von uns aus alles tun, um die gebotenen Möglichkeiten auf der Grundlage des Moskauer Vertrages in der Absicht zu nutzen, unseren Beitrag zur Verbesserung der Lage in Europa zu leisten. Wir seien bereit, das neue Blatt in den Beziehungen mit kräftiger Schrift zu beschreiben, mit Texten, die in die Zukunft gerichtet seien.

Dobrynin erwiderte, er habe BM mit Aufmerksamkeit zugehört und mehrere interessante Aspekte festgehalten, die er kommentieren wolle. So habe BM gesagt, im deutschen Volk gebe es jetzt keine feindseligen Gefühle gegenüber den Völkern der Sowjetunion.

BM warf ein, er habe nicht nur von „jetzt", sondern von „immer" gesprochen.

Dobrynin akzeptierte das und fuhr fort, er wolle dazu gerne seine Eindrücke auf seiner ersten Reise durch die Bundesrepublik Deutschland vermitteln, obwohl es gefährlich sei, nach drei Tagen bereits Schlußfolgerungen zu ziehen. Er habe mehrere Gespräche mit Vertretern der Parteien und der Öffentlichkeit geführt und sei stark beeindruckt davon, daß er nirgendwo ein feindseliges Gefühl den Sowjets gegenüber vernommen hätte, sondern im Gegensatz großes Interesse, welche neue Politik von den Sowjets zu erwarten sei. Dies sei einzuordnen in die Grundvorstellungen über die Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Er habe auch dazu keine negativen Äußerungen gehört. Natürlich habe es nicht nur Übereinstimmung in den Gesprächen gegeben, aber doch durchgehend die Bereitschaft, gemeinsam Klarheit zu schaffen und nach vorne zu gehen. Seine Erwartungen seien übertroffen worden, und dies sei der stärkste Eindruck, der ihm vermittelt wurde.

D. fuhr fort, was BM zum Europäischen Haus gesagt habe, insbesondere zu den Methoden des Aufbaus bilateral und multilateral unter Einbeziehung aller, sei die richtige Methode sowohl für den bilateralen wie auch für den multilateralen Dialog. Er stimme voll damit überein, daß der Moskauer Vertrag und die Schlußakte die Grundlagen dafür bilden sollen. Es gehe um die innere Ausgestaltung des Hauses. Dieses könne komfortabel oder weniger komfortabel, allzu modern oder vielleicht etwas herkömmlicher eingerichtet sein, jedenfalls in einer Weise, die alle anspreche. Deshalb wolle er an der Entwicklung der Architektur mitwirken. Das Haus müsse bequem, mit Perspektiven versehen und sicher gebaut werden.

D. kam dann darauf zu sprechen, daß bekanntlich in Europa auf beiden Seiten verschiedene Integrationsprozesse laufen, im RGW und in den Europäischen Gemeinschaften. Es sei an der Zeit, diese Prozesse einander näher zu bringen, und zwar auch im Zusammenhang mit dem Europäischen Haus. Nach seiner Ansicht sollten beide in ähnlicher Weise an die Angelegenheit herangehen. Es

[25] Korrigiert aus: „und diese".

gäbe vielleicht Meinungsverschiedenheiten im Detail. Fragen der militärischen Integration riefen bei den Sowjets Sorge hervor, erstens als Prozeß des militärischen Aufbaus und zweitens aus der Gesamtsituation heraus, die sich herausgebildet habe und die dadurch charakterisiert sei, daß der Rüstungswettlauf gestoppt und umgekehrt werden müsse. Damit sei nicht vereinbar, darüber zu reden, wie man das Rüstungsniveau wieder ausbauen könne. Es werde über die „Auffüllung des Vakuums" nach der Abschaffung von zwei Kategorien von Kernwaffen gesprochen. Wenn man der Entwicklung aus dem INF-Abkommen folge, dann könne die militärische Konfiguration keine andere Form annehmen. Auf amerikanischer Seite bestehe mehr Interesse für seegestützte nukleare Raketen. Diese Waffen seien nicht Gegenstand der sowjetisch-amerikanischen Beratungen. Die amerikanische Seite zeige keine Bestrebung, diese Waffen abzubauen. Militärische Integrationsprozesse riefen deshalb auf sowjetischer Seite Besorgnis hervor. Sie könnten das Europäische Haus stören, wenn nicht darauf hingearbeitet werde, daß das Niveau der Konfrontation gesenkt und nicht angehoben werde.

D. fragte in bezug auf die Wiener Gespräche über[26] konventionelle Abrüstung, ob sich die NATO bereits auf einen Ausschluß der taktischen Nuklearwaffen aus den Verhandlungen über den Abbau konventioneller Waffen und Streitkräfte festgelegt habe.[27] Die Sowjets verstünden uns so, daß man den Fragenkomplex als Ganzes verstehen solle. Er bäte BM, unsere Position inoffiziell zu erläutern.

BM erwiderte zu dem von D. angesprochenen ersten Komplex: Es sei offenkundig, daß es Integrationsprozesse in Europa gäbe. So gesehen gäbe es drei verschiedene Staatengruppen, nämlich diejenigen, die der EG angehören, diejenigen, die dem RGW oder Warschauer Pakt angehören, und diejenigen, die keiner der beiden vorgenannten Gruppierungen angehören. Er glaube, daß die EG zur Weiterentwicklung der Stabilität in Europa beitrage. Der Prozeß der Integration bedeute nicht die Errichtung einer großen Mauer nach außen. Wir betrachteten die EG nach außen als offene, zur Kooperation bereite Gemeinschaft. Es werde sehr darauf ankommen, wie die SU ihre künftige Rolle in der Weltwirtschaft sehe. Wir würden es als ein stabilisierendes Element ansehen, wenn sich die SU stärker öffne und sich in die Weltwirtschaft integriere, was bedeute, daß wir zwischen RGW und EG Fortschritte machten.[28]

Dobrynin warf ein, die Sowjets seien dafür, aber es gebe Hindernisse, die diskriminierenden Charakter in den Wirtschaftsbeziehungen hätten. Die SU bleibe jedoch weiterhin an mehr Kooperation zwischen beiden Wirtschaftssystemen orientiert. Wirtschaftliche Integration gäbe es auf beiden Seiten. Man solle zwischen beiden Seiten Brücken bauen und nichts tun, was die Kooperation störe.

BM schloß an diese Ausführungen die Feststellung an, daß die Intensität auch im wirtschaftlichen Austausch verbessert werden könne, wenn sich die Gesamtlage verbessere durch Fortschritte bei der Abrüstung und im politischen Bereich,

26 Korrigiert aus: „Gespräche und über".

27 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 254.

28 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

weil damit bestehende Hindernisse im neuen Licht erschienen. Er sei überzeugt, daß die Entwicklung in diese Richtung gehen werde.

Dobrynin warf ein, er stimme mit der Grundthese überein, daß der Handel auch für die Entwicklung der Beziehungen in anderen Bereichen nützlich sei. *BM* fügte hinzu, genau dies sei die Philosophie des langfristigen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens[29]. Er sei insgesamt der Auffassung, daß Fortschritte bei der europäischen Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften gleichzeitig eine stabilisierende Wirkung für die europäischen Bündnispartner der USA haben. Hier bildeten sich Strukturen, die die westeuropäische Entwicklung für die SU berechenbarer machen.

Dobrynin fragte, ob BM damit auf die wirtschaftliche Integration abstelle.

BM erwiderte, er meine damit auch die sicherheitspolitische Integration. Man müsse das in der richtigen Perspektive sehen. Es sei kein Geheimnis, daß die Zuwendung zur aktiven Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses unterschiedlich entwickelt sei. Unsere Geschichte und unsere geographische Lage hätten dazu geführt, daß wir uns mit der Gestaltung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn intensiver befaßt hätten als manche anderen europäischen Länder. Das mache die deutsch-sowjetischen Beziehungen so wichtig, sei aber auch sehr wichtig für die Meinungsbildung innerhalb der EG.

BM fuhr fort, was die Frage von D. nach dem Stand der Meinungsbildung in Wien zur konventionellen Rüstungskontrolle und zu dem nuklearen Potential unterhalb 500 km Reichweite angehe, wolle er auf den Beschluß der NATO in Reykjavik verweisen, daß ein Mandat für Verhandlungen über Raketen kürzerer Reichweite erarbeitet werden soll.[30] Er verrate kein NATO-Geheimnis, wenn er sage, daß das ein komplizierter Prozeß sei. Die große Bedeutung dieser Frage für uns sei klar. Die Raketen kürzerer Reichweite seien für uns ein Gegenstand großer Sorge. Was die Bedeutung der konventionellen Abrüstungsverhandlungen angehe, so habe er diese D. bereits erläutert. Insgesamt fänden wir, daß es ein richtiges Herangehen an das Problem sei, nicht Überlegenheit zu suchen, sondern ein Gleichgewicht der Streitkräfte auf niedrigem Niveau zu erreichen. BM erläuterte, warum er dem INF-Abkommen eine so große Bedeutung beimesse. Es gehe darum, endlich einen wirklichen Abrüstungsvertrag zustande zu bringen und damit zu dokumentieren, daß Abrüstung machbar und verifizierbar ist. Das werde vieles berechenbarer machen. Es sei wichtig, die Barrieren des Mißtrauens zu überwinden.

Dobrynin warf ein, das sowjetische Herangehen sei genau gleich. G. habe dasselbe gesagt. Es bestehe volles Einverständnis. Die Sowjets hätten den Amerikanern das auch so erläutert.

29 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.
Vgl. dazu ferner das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie“; Referat 421, Bd. 141310. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 195.

30 Vgl. Ziffer 7 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

BM fuhr fort, es sei wichtig, die Philosophie der Zusammenarbeit auf allen Gebieten in die Köpfe der Menschen zu bringen. Man habe ihm nach seiner Rede in Minneapolis[31] die Frage gestellt, ob der Westen die SU stärke, wenn er wirtschaftlich mit ihr zusammenarbeite. Er habe darauf geantwortet, daß wirtschaftliche Zusammenarbeit natürlich nur laufe, wenn beide Seiten davon einen Nutzen haben. Entscheidend sei aber die Frage, ob eine technische und wirtschaftliche Spaltung Europas spannungsfördernd oder spannungsmindernd sei. Verbesserungen im Lebensstandard seien stets spannungsmindernd. Wir hätten uns stets für die spannungsmindernde Variante entschieden. Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit allen östlichen Nachbarstaaten, die SU eingeschlossen, liege im Interesse der Europäer.

Dobrynin erwiderte, er wisse, daß man in den USA oft mit dieser Frage konfrontiert werde. BM habe schon persönlich darauf geantwortet. Beim Studium der Rede von BM habe er den Eindruck gewonnen, daß BM sich seine Position erarbeitet habe. Was die sowjetische Seite angehe, so habe G. bei verschiedenen inneren Anlässen und in seinem Namensartikel[32] zum Ausdruck gebracht, daß es an der Zeit sei, Bausteine zu fertigen, die das Vertrauen stärken: wirtschaftlich, kulturell, ökologisch, militärisch, alles, was dazu diene, um zu einem breiten Vertrauenssystem zu kommen. Ohne dies wäre es aussichtslos, auf ein umfassendes Sicherheitssystem hinzuarbeiten. Jetzt würden gegenseitig 2000 nukleare Gefechtsköpfe abgeschafft, davon 2/3 sowjetische. Trotzdem verliere die SU nichts dabei, wenn sich beide Seiten vom Prinzip der Parität leiten ließen, auf dem das Vertrauen basiere. Das Vertrauen baue darauf auf, wenn beide Seiten das in ihrem Bereich täten. Vor fünf Jahren wäre es noch unmöglich gewesen, ins Politbüro zu gehen und eine asymmetrische Lösung zu fordern. Damals hätten die Generäle dies für unmöglich erklärt. Jetzt denke die sowjetische Führung in einer anderen Kategorie. Das Thema Integrationsprozeß sei wichtig. Die Sowjets würden darüber noch öfters sprechen wollen.

D. fuhr fort, er glaube, daß die Standpunkte beider Seiten hinsichtlich der wirtschaftlichen, kulturellen Integration usw. ähnlich seien. Bei der militärischen Integration sei es jedoch komplizierter. BM habe Recht, wenn er sage, daß unter den NATO-Partnern die Bundesrepublik Deutschland die SU besser kenne. Das hänge mit der Geschichte zusammen. Er freue sich, von BM zu hören, daß er[33] in den USA größere Offenheit für seine Einschätzungen in der Ostpolitik gefunden habe.

D. sprach sich dafür aus, Fragen der militärischen Integration weiter zu besprechen. Wo die Brücken, die uns verbänden, breit genug seien, solle das zum allgemeinen Nutzen verwendet werden. Er hoffe auf eine Gelegenheit, das Gespräch mit BM weiterzuführen. Er tausche gerne Meinungen mit „der westdeutschen Seite und Ihnen persönlich" aus. Er sei sicher, daß ihn G. fragen werde, was BM über diese Entwicklung denke. Wie schon der Bundeskanzler habe auch der Bundesminister ihm interessante Dinge vermittelt. Er denke, das sei

31 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 9. Oktober 1987 vgl. Dok. 283, Anm. 7.

32 Vgl. den am 17. September 1987 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" veröffentlichten Artikel von Michail Gorbatschow, „Realität und Garantien einer sicheren Welt"; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 258–270.

33 Korrigiert aus: „es".

konstruktiv gefärbt und gehe in Richtung einer Verbesserung der Beziehungen, nicht nur zwischen unseren beiden Ländern. Die sowjetische Position dazu sei ebenso bekannt wie die Position der Bundesrepublik Deutschland. Die Sowjets sähen, daß wir uns fest an diesen Kurs hielten.

Auf die abschließende Frage von BM, wann D. in die SU zurückkehre, erwiderte dieser, daß er noch bis zum 14.10. in der Bundesrepublik bleiben werde, da er auch noch ein Gespräch mit den „Grünen" führen wolle. An diese Bemerkung schloß sich ein kurzer Meinungsaustausch über die Rolle der „Grünen" in beiden Staaten an. D. argumentierte dabei, daß es auch in der SU bereits „Grüne" gäbe. Er wies auf die Zunahme von Zeitungsexemplaren und Abonnenten aufgrund von Glasnost hin (darunter eine Zeitung mit einer Auflage von 13 bis 14 Mio. Exemplaren). Ferner meinte er, daß die „Grünen" in der SU für verbesserten Umweltschutz im Baikal- und Ladoga-See einträten und Bürger beim Bau neuer Industrieanlagen vorher befragt würden.

BM bat D., Grüße an GS Gorbatschow und AM Schewardnadse zu übermitteln, die dieser auszurichten versprach. Auf die weiteren Termine angesprochen, meinte *Dobrynin*, es bleibe beim vorgesehenen Termin für den Besuch von AM Schewardnadse in Bonn.[34]

Referat 010, Bd. 178904

34 Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

281

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

214-321.00 POL **12. Oktober 1987**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Siehe auch beigefügtes abweichendes Votum von Dg 21[3]

Betr.: Beschießung des Tenders Neckar der Bundesmarine durch ein polnisches Schiff[4];
hier: Geltendmachung unseres Schadensersatzanspruchs

Bezug: Ihre Weisung in der Direktorenbesprechung

Anlg.: 1[5]

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu Ziffer V.

I. Ausgangslage

1) BM Wörner hat am 5. Oktober 1987 entschieden, daß das AA gebeten werden soll, gegenüber der VR Polen wegen der Beschießung des Tenders Neckar der

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister vorzulegen unter Hinweis auf meine Stellungnahme vom 26.10.87."
In einer Aufzeichnung vom 26. Oktober 1987 hielt Sudhoff für Bundesminister Genscher fest, er „habe gegen die Geltendmachung unserer Schadensersatzansprüche rechtliche und politische Bedenken". Wer sich mit einem Schiff in die Nähe der Schießzone begebe, nehme, selbst wenn dies internationalen Usancen entspräche, Gefahren in Kauf und müsse „sich die Frage eines Mitverschuldens entgegenhalten lassen. Ich habe erhebliche Zweifel an der Begründetheit des Schadensersatzanspruchs in voller Höhe. M. E. will das BMVg durch die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen sich die Möglichkeit offenhalten, auch in Zukunft fremde Manöver in gleicher Weise beobachten zu können. Mit der Geltendmachung der Ansprüche soll zum Ausdruck gebracht werden, daß solches Verhalten grundsätzlich rechtmäßig und international üblich ist. Ich vermute ferner, daß sich das BMVg gegenüber dem Bundesrechnungshof, aber auch gegenüber Öffentlichkeit und Parlament freizeichnen will." Polen werde der Schadensersatzforderung kaum entsprechen. Die Nichtweiterleitung der Schadensersatzansprüche solle „dem Verteidigungsministerium nicht auf normalem bürokratischen Weg mitgeteilt werden. Es bedarf dazu wohl schon des politischen Gesprächs auf Ihrer Ebene, ggf. unter Einschaltung des Bundeskanzleramtes." Vgl. Referat 214, Bd. 139708.
Hat Bundesminister Genscher am 9. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] mit einer völkerrechtlichen Beurteilung, die auch die Gesichtspunkte bewertet, die StS S[udhoff] in seiner Bemerkung vom 26.10. m. E. zu Recht erwähnt. 2) WV 15.12."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Kastrup und Referat 214 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] W[ei]s[un]g BM."

3 Ministerialdirigent Kastrup vermerkte am 15. Oktober 1987: „Ich stimme dem Votum der Vorlage nicht zu und rate davon ab, Schadensersatzansprüche gegen Polen geltend zu machen. Begründung: Bei einer Abwägung aller Gesichtspunkte halte ich die gegen eine Geltendmachung sprechenden Argumente für politisch schwerwiegender." Das Hauptanliegen des Bundesministeriums der Verteidigung, „zu dokumentieren, daß den Tender Neckar keine Mitschuld an dem Zwischenfall treffe, läßt die Empfindlichkeiten in unserem Verhältnis zu Polen gänzlich unberücksichtigt", zumal nicht zu erwarten sei, „daß Polen irgendwelche Zahlungen leistet". Es sei nicht erkennbar, wie der Fall angesichts der unterschiedlichen Darstellungen des Tathergangs durch die Bundesmarine und die polnische Seite gelöst werden könne. Die befürchtete Präzedenzwirkung sei nicht stichhaltig: „Da es sich nach dem Vortrag des BMVg um den ersten Fall eines Manöverzwischenfalls dieser Art überhaupt handelt, scheint die Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung nicht besonders hoch zu sein." Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

Bundesmarine am 15. Juni 1987 in der Ostsee Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Der durch polnische Geschosse angerichtete Sachschaden wird vom BMVg auf 536028 DM beziffert. Die eventuelle Geltendmachung von Ansprüchen wegen Personenschäden (drei verletzte Matrosen) behält BMVg sich vor.

In den bisherigen Kontakten mit der polnischen Seite wegen des Zwischenfalls haben wir uns die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen vorbehalten.

2) Die völkerrechtliche Bewertung der Stellungnahmen des BMVg zur Schadensersatzfrage[6] gelangt zu dem Ergebnis, daß bei Zugrundelegung des vom BMVg geschilderten Sachverhalts die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegenüber Polen gerechtfertigt erscheint (Anlage[7]).

II. Die polnische Position

Mit der polnischen Seite besteht in bezug auf den dem Zwischenfall zugrundeliegenden Sachverhalt und seine Bewertung kein Konsens. Zwar hat der polnische Geschäftsträger gegenüber Dg21 am 20.6.1987 „die Wahrscheinlichkeit eines zufälligen Beschusses der Neckar" konzediert und das Bedauern seiner Regierung ausgesprochen.[8] Die polnische Seite hat bei dieser wie bei anderen Gelegenheiten zugleich aber auch betont, daß die Untersuchungen „keine Grundlagen zur eindeutigen Feststellung der Tatsachen ergeben" hätten. Polen geht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1435

4 Das Bundesministerium der Verteidigung teilte am 16. Juni 1987 mit, daß am Vortag „die ‚Neckar' während der Beobachtung eines Übungsschießens von Seestreitkräften des Warschauer Paktes in der östlichen Ostsee (Brüsterort, am Rande der Danziger Bucht) neun Seemeilen außerhalb der sowjetischen Hoheitsgewässer von fünf Artilleriegeschossen getroffen und beschädigt wurde". Der Zwischenfall habe sich in internationalen Gewässern ereignet, „in einem Warngebiet, das zum Zeitpunkt des Ereignisses von den Seestreitkräften des WP nicht aktiviert war". Vgl. die Presseerklärung Nr. XXIV/21; Referat 214, Bd. 139708.
Referat 214 vermerkte am 25. Juni 1987, der polnische Gesandte Kulski sei für den Protest der Bundesregierung am 16. Juni 1987 ins Auswärtige Amt einbestellt worden: „Bei dieser Gelegenheit wurde zugleich die Forderung übermittelt, die polnischen Behörden sollten für die umgehende vollständige Aufklärung des Vorfalles Sorge tragen, eine Entschuldigung aussprechen und Maßnahmen zur Verhinderung solcher Zwischenfälle in Zukunft treffen. Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wurde ausdrücklich vorbehalten." Diese Mitteilungen seien nach Ausbleiben einer polnischen Reaktion bei einer weiteren Einbestellung des Gesandten am 19. Juni 1987 wiederholt worden. Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 7.

6 Für die Aufzeichnungen des Bundesministeriums der Verteidigung vom 24. August und 2. September 1987 vgl. Referat 214, Bd. 139708.

7 Vortragender Legationsrat Löschner skizzierte Möglichkeiten zur Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen an Polen wegen des „Neckar-Zwischenfalls". Für eine Geltendmachung von Schadensersatzforderungen spreche neben der Bitte des Bundesministeriums der Verteidigung Polens „unter den Ostblockstaaten […] relativ größte Bereitschaft, sich obligatorischen Streitbeilegungsformen zu unterwerfen". Auch wenn in keinem bilateralen Abkommen entsprechende Schiedsklauseln enthalten seien, sei Polen Vertragspartei zahlreicher multilateraler Abkommen, die „entweder die einseitige Anrufung des IGH oder die Einsetzung eines Schiedsgerichtes auf Verlangen einer Vertragspartei" ermöglichen würden. Ein stillschweigender Verzicht könne zudem „als Einverständnis eines Fehlverhaltens unsererseits" interpretiert werden: „Im Verfolg der Schadensersatzforderung könnte allgemein ein Beitrag zur Umsetzung des Prinzips der friedlichen Streitbeilegung sowie auch der Haftung für völkerrechtswidriges Verhalten gesehen werden." Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

8 Ministerialdirigent Kastrup informierte die Botschaften in Warschau und Moskau, die Ständigen Vertretungen bei der NATO in Brüssel und in Ost-Berlin sowie das Bundesministerium der Verteidigung am 22. Juni 1987, der polnische Gesandte Kulski habe ihm am 20. Juni 1987 eine Erklärung der polnischen Regierung übergeben mit dem Hinweis, ihr Inhalt würde es erlauben, „die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen", um „eine ‚Komplizierung der politischen Beziehungen' zu vermeiden". Vgl. den Runderlaß Nr. 4921; Referat 214, Bd. 139708.

im übrigen unverändert von einer Mitschuld der Neckar aus (Einfahren in für Übungsschießen vorgesehenes Gebiet; Nichtreagieren auf polnische Warnungen; Manöver „in gefährlich nahem Abstand zu übenden Schiffen").[9] Die polnische Seite möchte die Angelegenheit mit der Entschuldigung als „definitiv abgeschlossen" betrachten (Europa-Direktor Fekecz gegenüber Botschafter Pfeffer am 20.7.1987[10]).

Fazit: Die von Polen eingenommene Position läßt erwarten, daß es sich der Zahlung von Schadensersatz mit Sicherheit widersetzen wird. Seine allseits bekannte problematische Finanzlage wird es darin bestärken.

III. Die politische Opportunität der Geltendmachung des Anspruchs

1) Beide Seiten haben von Anfang an den Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Zwischenfall nicht zu einem Störfaktor der bilateralen Beziehungen werden zu lassen. Die Einforderung von Schadensersatz bei der VR Polen berührt zwangsläufig die bilateralen Beziehungen. Die Geltendmachung der Forderung ist daher auch unter dem politischen Aspekt der deutsch-polnischen Beziehungen zu prüfen. Da es ernsthafte Argumente für und gegen eine Geltendmachung gibt, werden diese im folgenden einander gegenübergestellt.

2) Argumente gegen eine Geltendmachung

2.1) Einen Anspruch zu erheben, bedeutet auch, sich für seine Durchsetzung zu engagieren. Gerade dies wird im Hinblick auf die Ausführungen unter Ziffer II. zu langwierigen Auseinandersetzungen mit der polnischen Seite führen, die im Ergebnis den bestehenden Dissens nicht aufheben, dafür aber die Beziehungen mit einer kontroversen Diskussion um Verantwortlichkeiten belasten werden.

2.2) Mit großer Sicherheit ist schon heute absehbar, daß Polen Zahlungen in dieser Angelegenheit nicht leisten wird. Die vorhersehbare Belastung der bilateralen Beziehungen steht daher in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Resultat und ist im Vorfeld eines anstehenden BM-Besuches in Polen[11] politisch unerwünscht.

2.3) Die polnische Seite hat über den Zwischenfall ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht. Kontroverse Auseinandersetzungen über Schadensersatz können im Ergebnis dazu führen, daß die polnische Entschuldigung „hinwegdebattiert" wird.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix informierte die Botschaften in Moskau und Warschau, die Ständigen Vertretungen bei der NATO in Brüssel bzw. in Ost-Berlin sowie das Bundesministerium der Verteidigung am 30. Juni 1987, Ministerialdirigent Kastrup habe dem polnischen Gesandten Kulski am 30. Juni 1987 „mit der Bitte um Weiterleitung an die polnische Regierung" die Stellungnahme der Bundesregierung zur polnischen Erklärung vom 20. Juni 1987 übergeben mit dem Hinweis, „daß in der Schadensersatzfrage noch keine Entscheidung ergangen sei und deshalb die Geltendmachung von Ansprüchen vorbehalten bliebe". Auch die Bundesregierung hoffe auf eine baldige Beilegung. Zur Presseerklärung der polnischen Regierung vom 23. Juni 1987 hieß es: „Die Bundesregierung weist entschieden jeden Versuch der polnischen Seite zurück, eine Mitschuld der ‚Neckar' an dem Zwischenfall zu konstruieren. Bei der Eindeutigkeit der gegebenen Sachlage und dem Eingeständnis der eigenen Verantwortlichkeit durch die polnische Seite muß ein solcher Versuch Befremden auslösen." Vgl. den Runderlaß Nr. 5191; Referat 214, Bd. 139708.

10 Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 20. Juli 1987, der Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, Fekecz, habe ihm am selben Tag eine im Anhang übermittelte Stellungnahme der polnischen Regierung zum „Neckar-Zwischenfall" in der Ostsee übergeben, um „die Angelegenheit mit dieser Antwort zu einem definitiven Abschluß" zu bringen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1221; Referat 214, Bd. 139708.

11 Bundesminister Genscher besuchte Polen vom 10. bis 13. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

2.4) Schadensersatzforderungen an die polnische Adresse im Zusammenhang mit einem deutschen Kriegsschiff können bei den Polen sehr leicht emotionale Reaktionen in bezug auf die Vergangenheit auslösen. Es liegt nahe, daß Polen die Debatte um seine Wiedergutmachungsforderungen an uns wiederbeleben wird.[12]

3) Argumente für eine Geltendmachung

3.1) Der polnische Ausdruck des Bedauerns kann als Teil der Wiedergutmachung des moralischen Schadens gelten. Diese Wiedergutmachung bedarf der Ergänzung durch Ersatz des materiellen Schadens.

3.2) Im Hinblick auf die Ausführungen unter Ziffer II. könnte ein stillschweigender Verzicht auf die Geltendmachung des Schadensersatzanspruches von Polen als Signal in die falsche Richtung verstanden werden. Polen könnte darin das Eingeständnis eines Fehlverhaltens unseres Schiffes und einer Bestätigung seiner These von der Mitschuld sehen.

3.3) Nach Auskunft des BMVg ist der Neckar-Zwischenfall der erste, bei dem sich für ein Kriegsschiff der Bundesmarine im Verhältnis zu einem Drittstaat die Frage der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen stellt. Ein stillschweigender Verzicht auf Ansprüche kann eine für die Bundesrepublik Deutschland nachteilige völkerrechtliche Praxis ins Werk setzen dergestalt, daß die Bundesrepublik bei Schäden im Zusammenhang mit Manöverbeobachtung auf deren Geltendmachung verzichtet. In künftigen Fällen könnten sich Polen, aber auch andere Länder auf diesen Präzedenzfall berufen.

3.4) Die Geltendmachung entspricht einer dezidierten Bitte des BMVg. Im Deutschen Bundestag (MdB Czaja im Juli 1987) ist ebenfalls schon nach der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen des Neckar-Zwischenfalls gefragt worden.[13] Auch die Presse hat diesen Aspekt bereits im Auge. Bei Verzicht auf die Geltendmachung hätte das AA die Last innenpolitischer Kritik (Vorwurf zu großer Nachgiebigkeit gegenüber Polen) allein zu verantworten.[14] Diese Kritik könnte von bestimmter Seite recht heftig ausfallen.

3.5) Wenn sich der Zwischenfall mit umgekehrten Rollen abgespielt hätte, wären von polnischer Seite mit ziemlicher Gewißheit Ansprüche an die Adresse der Bundesrepublik Deutschland erhoben worden. Im Hinblick auf den „dichten Verkehr“ von Kriegsschiffen in der Ostsee ist die Gefahr einer Realisierung dieser Annahme keineswegs wirklichkeitsfremd.

3.6) Polen zeigt unter den Ostblockstaaten die relativ größte Bereitschaft, sich obligatorischen Streitbeilegungsformen zu unterwerfen. Zwar gibt es bisher in

12 Zu den polnischen Forderungen nach Reparationen vgl. Dok. 122, Anm. 17.

13 Auf die schriftliche Frage des CDU-Abgeordneten Czaja, ob die Bundesregierung wegen des „Neckar-Zwischenfalls“ Schadensersatzansprüche an Polen stelle, teilte Staatsminister Schäfer am 22. Juli 1987 mit, die Bundesregierung behalte sich diesen Schritt vor: „Sie prüft zur Zeit die Sach- und Rechtslage.“ Vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/640, S. 3.

14 Unter Bezugnahme auf Presseberichte über den „Neckar-Zwischenfall“ vermerkte Vortragender Legationsrat Weiß am 24. August 1987: „Spiegel-Notiz scheint (wie Welt-Artikel vom 14.8.) vom BMVg lanciert, um uns Schwarzen Peter zuzuschieben.“ Statt die vom Auswärtigen Amt gestellten Fragen zu beantworten, „bedient sich der BMVg – wie schon früher – der Medien, um uns anzuklagen“. Vgl. Referat 214, Bd. 139708.
Vgl. dazu die Meldung „Wörner abgeblitzt“; DER SPIEGEL, Nr. 35 vom 24. August 1987, S. 17, und den Artikel „Schüsse auf die ‚Neckar‘ kosten 600 000 Mark“; DIE WELT vom 14. August 1987, S. 4.

keinem bilateralen Abkommen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland eine Schiedsklausel, wohl aber in zahlreichen multilateralen Abkommen, bei denen Polen Vertragspartei ist.

4) Votum

Nach Abwägung der vorstehenden Gesichtspunkte wird vorgeschlagen, zugunsten der Geltendmachung unseres Schadensersatzanspruches gegenüber der VR Polen zu entscheiden. Der Vorschlag stützt sich auf folgende Gesichtspunkte: Die mangelnde Realisierbarkeit eines Anspruches vermag den Verzicht auf seine Geltendmachung im Interesse der bilateralen Beziehungen im Endergebnis nicht zu rechtfertigen. Dies ergibt sich aus den nachteiligen völkerrechtlichen Konsequenzen, die ein stillschweigender Verzicht auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wie im vorliegenden Fall für die Bundesrepublik Deutschland zur Folge haben kann. Der Verzicht würde im Wege der Präzedenzwirkung eine für uns negative völkerrechtliche Praxis begründen helfen und sich damit zugleich als politische Hypothek für zukünftige Fälle erweisen.

Der Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs kommt daher eine von der Realisierungsmöglichkeit unabhängige Bedeutung zu. In diesem Sinne ist auch die Stellungnahme des BMVg vom 24.8.1987 zu verstehen, wo es heißt: „Ob Aussichten bestehen, die geltend gemachten Entschädigungen zu erhalten, vermag hier nicht beurteilt zu werden. Wichtig ist, daß durch die Geltendmachung der Schadensersatzansprüche eindeutig und unmißverständlich unsere Auffassung dokumentiert wird, daß den Tender Neckar keine Mitschuld an dem Zwischenfall in der Ostsee trifft."

IV. Weiteres Procedere

Die Geltendmachung des Anspruches sollte gleichwohl im Interesse der bilateralen Beziehungen nüchtern, sachbezogen und möglichst unspektakulär erfolgen. Dafür bietet sich folgendes Vorgehen an:

Als erster Schritt sollte die Erhebung unserer präzise bezifferten Schadensersatzforderung gegenüber der polnischen Seite auf diplomatischem Wege (z. B. über unsere Botschaft Warschau) erfolgen. Die Forderung sollte mit dem Angebot zur Aufnahme von Verhandlungen zwecks Klärung des dem Zwischenfall zugrundeliegenden Sachverhalts und seiner rechtlichen Bewertung verknüpft werden. Wenn Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, Polen aber zur Mitwirkung bei der Klärung der Sach- und Rechtslage bereit ist, steht eine Reihe völkerrechtlicher Verfahren (Untersuchungskommission, Einrichtung eines Schiedsgerichts, IGH, Zwischenformen) zur weiteren Behandlung des Anspruches zur Verfügung. Welches Verfahren gegebenenfalls in Betracht kommt, sollte im Lichte der polnischen Reaktion auf die Anmeldung unseres Schadensersatzanspruches und danach entschieden werden, ob es die Weiterverfolgung unseres Anspruches im Interesse der bilateralen Beziehungen auf möglichst unspektakuläre Weise gestattet.

V. Zusammenfassendes Votum

Es wird vorgeschlagen:

– entsprechend der Bitte des BMVg wegen der Beschädigung des Tenders Neckar durch polnische Geschosse am 15.6.87 in der Ostsee Schadensersatzansprüche gegenüber der VR Polen geltend zu machen;

– als ersten Schritt die präzise bezifferte Forderung auf diplomatischem Wege gegenüber der polnischen Regierung zu erheben und
– die Entscheidung über die weitere verfahrensmäßige Behandlung im Lichte der polnischen Reaktion zu treffen.[15]

D 5[16] hat mitgezeichnet unter rechtlichen Gesichtspunkten und bemerkt, daß für ihn der unter III. 3.4) genannte Gesichtspunkt der entscheidende ist.[17]

Richthofen

Referat 214, Bd. 139708

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix übermittelte Referat 500 am 11. November 1987 die Aufzeichnung vom 12. Oktober 1987 nebst dem Votum des Staatssekretärs Sudhoff vom 26. Oktober 1987 und bat, der handschriftlichen Weisung des Bundesministers Genscher vom 9. November 1987 nach Wiedervorlage und einer völkerrechtlichen Beurteilung des Vorgangs nachzukommen. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139708.
Am 7. Dezember 1987 legte Ministerialdirektor Oesterhelt eine Aufzeichnung zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen beim „Neckar-Zwischenfall" vor: „Daß eine auch nur fahrlässige Beschießung eines fremden Kriegsschiffes in Friedenszeiten völkerrechtswidrig ist, ist selbstverständlich. Auch die Einrichtung eines Warngebietes vermag an der Völkerrechtswidrigkeit der Beschießung eines Beobachters nichts zu ändern. Die Erklärung eines Warngebietes bedeutet nur, daß anderen Schiffen geraten wird, ein bestimmtes Gebiet zu vermeiden. Sie bedeutet nicht, daß fremden Schiffen die Einfahrt versagt werden kann oder daß eine Beschießung innerhalb des Warngebietes zulässig würde." Ein Staat hafte für völkerrechtswidrige Schädigungen, „wenn er oder seine Organe bei ihrem Handeln nicht die nötige Sorgfalt (due diligence) aufgewendet haben". Die Position der „Neckar" sei der polnischen Seite bekannt gewesen, was durch deren Behauptung, das Schiff sei gewarnt worden, erhärtet werde. Zur Frage einer Mitverschuldung des Tenders vermerkte Oesterhelt: „Ein Mitverschulden beseitigt nicht die Rechtswidrigkeit einer Schädigung. Wohl kann sich aber die Höhe des völkerrechtlich geschuldeten Schadensersatzes vermindern, wenn den Geschädigten eine Mitschuld trifft." Das polnische Verhalten, das Feuer trotz Kenntnis über ein fremdes Schiff im Feuerbereich zu eröffnen, „wäre eine schwere Verletzung der Seegepflogenheiten, so daß ein geringes Fehlverhalten der Besatzung der ‚Neckar' insgesamt kaum zu Buche schlagen würde. Selbst die Annahme eines weitergehenden Mitverschuldens würde rechtlich die Erhebung von Ansprüchen nicht ausschließen." Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

16 Jürgen Oesterhelt.

17 Der Passus „unter rechtlichen … ist" wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

282

Generalkonsul Breitenbach, Genf, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2085 **Aufgabe: 12. Oktober 1987, 21.10 Uhr**
Citissime

Betr.: Tod von Herrn Uwe Barschel in Genf[1]

Bezug: DB Nr. 2078 vom 11.10.1987 – RK 542[2]

Zur Unterrichtung

1) Pressesprecher der Genfer Kantonspolizei unterrichtete heute nachmittag über vorläufiges Autopsieergebnis. Danach ist Tod am 11.10.1987 gegen 11.00 Uhr eingetreten. Todesursache steht noch nicht fest. Zwei Möglichkeiten werden jedoch nach bisherigen Erkenntnissen ausgeschlossen: Ertrinken in der Badewanne und Gewaltanwendung. Natürlicher Tod durch Herzversagen („une défaillance cardiaque") sei jedoch nicht auszuschließen, da Herr Barschel offenbar früher einen Infarkt erlitten habe. Endgültige Bewertung hängt vom Ergebnis toxikologischer und chemischer Untersuchung ab, das frühestens Mittwoch[3] zu erwarten sei.

2) Auf späterer Pressekonferenz wiederholte Pressesprecher diese Angaben, die von Untersuchungsrichterin[4] bestätigt wurden. Nach ihrer Begründung ist Tod durch Ertrinken auszuschließen, da der Kopf nicht unter Wasser gewesen sei. Anzeichen der Gewaltanwendung seien am Körper nicht feststellbar.

3) In den frühen Abendstunden stellten sich Ehefrau Freya Barschel und Bruder Dr. Eike Barschel, wohnhaft […][5] (Nähe Lausanne), der internationalen Presse im Hotel Intercontinental und erläuterten ihre Version über den Tod von Uwe Barschel. Sie forderten seine Rehabilitierung und betonten die Absicht der Fami-

1 Vor den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag am 13. September 1987 wurde bekannt, daß das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" in seiner Ausgabe vom 14. September 1987 melden werde, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel (CDU) habe mit Hilfe des Mitarbeiters der Staatskanzlei, Pfeiffer, eine Verleumdungskampagne gegen seinen Herausforderer, den Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen SPD-Fraktion, Engholm, inszeniert. Vgl. dazu den Artikel „Waterkantgate: ‚Beschaffen Sie mir eine Wanze'"; DER SPIEGEL, Nr. 38 vom 14. September 1987, S. 17–25.
Bei den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag erzielte die SPD 45,2%, die CDU 42,6%, die FDP 5,2% und der Südschleswigsche Wählerverband 1,5% der Stimmen. Die Grünen kamen auf 3,9%.
Bei einer Pressekonferenz am 18. September 1987 wies Barschel in einer eidesstattlichen Erklärung die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen als falsch zurück. In der konstituierenden Sitzung des Landtags am 2. Oktober 1987 in Kiel erklärte er den Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten; am selben Tag setzte der Landtag einen Untersuchungsausschuß zur Klärung der Affäre ein. Am 6. Oktober 1987 wurde Barschels parlamentarische Immunität aufgehoben.

2 Botschafter Dannenbring, Genf (Internationale Organisationen), berichtete, die Ständige Vertretung sei von der Genfer Polizei fernmündlich gegen 16 Uhr über den Tod des früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Barschel informiert worden: „Genfer Polizei hat gegenüber Presse und StV bisher lediglich mitgeteilt, daß zur Feststellung der Todesursache Autopsie des Toten angeordnet worden sei. Wie zu erfahren, soll Barschel heute nachmittag gegen 14.00 Uhr tot im Hotel Beau-Rivage aufgefunden worden sein. Ergänzend wurde mitgeteilt, daß Herr Barschel voll bekleidet in einer mit Wasser gefüllten Badewanne gefunden wurde." Vgl. AV Bern, Bd. 39576.

3 14. Oktober 1987.

4 Claude-Nicole Nardin.

5 Angabe der Adresse wurde entfernt.

lie, ihn nicht „demontieren“ zu lassen. Eike Barschel benutzte die Gelegenheit eingangs zu einem Angriff auf die Partei seines Bruders, die ihn in schwerer Zeit nicht unterstützt und Mitschuld an seinem Tod auf sich geladen habe. Er entwickelte im wesentlichen die These, daß Uwe Barschel nicht durch Selbstmord oder natürlichen Tod aus dem Leben geschieden, sondern möglicherweise Opfer eines Mordkomplotts geworden sei. Nach seinen Angaben habe sein Bruder während des Ferienaufenthalts auf Gran Canaria[6] neuen Mut geschöpft, um seine Rehabilitierung zu betreiben, was sich auch aus einem Telegramm vom 8.10.1987 an den CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Kribben (vgl. Anlage[7]) ergebe. Anlaß zu dieser positiven Haltung sei außerdem eine Information gewesen, die er telefonisch erhalten habe. Ein ihm Unbekannter namens Robert Roloff, der ihn bereits am 26.9.1987 in Kiel telefonisch kontaktiert habe, habe ihm Material zu seiner Entlastung angeboten. Dabei habe es sich um ein Foto gehandelt, das Herrn Pfeiffer und einen unbekannten Mann darstelle. Mit Herrn Roloff habe er sich – entgegen dem Rat der Familie – für das letzte Wochenende in Genf verabredet. Er sei mit dem Unbekannten auch am Samstag, dem 10.10. 1987, vermutlich auf dem Flughafen in Genf zusammengetroffen. In einem anschließenden Telefongespräch mit seiner Ehefrau habe er sich sehr optimistisch darüber geäußert, den Schlüssel des Problems gefunden zu haben. Die „Transaktion“ (gleich Übergabe des Fotos) solle später erfolgen. Ob es zu dieser Übergabe gekommen sei und wo sich ggf. das Foto befinde, sei der Familie nicht bekannt. Die ermittelnden Behörden hätten bisher darüber geschwiegen. Uwe Barschel habe bei allen Telefonaten aus Genf zuversichtlich gewirkt, und diese Haltung schließe Selbstmord aus.

Der Unbekannte habe verlangt, Uwe Barschel an dem geplanten Treffpunkt allein und ohne Polizei zu begegnen. Über seine Identität habe die Familie keine Informationen; bei ihm handele es sich offenbar nicht um einen Politiker; die auf dem Foto neben Herrn Pfeiffer abgebildete Person könne aber sicherlich dem politischen Leben in der Bundesrepublik zugerechnet werden. Während Herr Barschel die bohrenden Fragen der Journalisten nach möglichen Motiven für einen politischen Mord nicht beantworten konnte, betonte er mehrfach seine Verschwörungstheorie.[8]

6 Zusammen mit seiner Ehefrau reiste Uwe Barschel am 6. Oktober 1987 nach Gran Canaria. Am 10. Oktober 1987 flog er von Las Palmas nach Genf.

7 Dem Vorgang beigefügt. Mit Fernkopie Nr. 383 übermittelte Generalkonsul Breitenbach, Genf, am 12. Oktober 1987 das Telegramm von Uwe Barschel an den Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen CDU-Fraktion, Kribben. Darin beklagte Barschel Äußerungen aus den Reihen der CDU, die „einer beispiellosen rechtsstaatswidrigen Vorverurteilung“ gleichkämen. Weiter schrieb er: „Ich werde Sonntagnachmittag in Schleswig-Holstein eintreffen und am Montag, dem 12.10.1987, wenn gewünscht, allgemein zur Verfügung stehen. […] Leider bin ich jetzt in meinem Kampf für die Erhellung der vollen Wahrheit auf mich allein gestellt, aber ich werde kämpfen, damit die volle Wahrheit ans Licht kommt. Aufgrund einer Information, die ich vor einigen Tagen erhalten habe und der ich noch am Wochenende persönlich nachgehen werde, könnte ich vielleicht schon am Montag einen wesentlichen Beitrag zur Aufklärung leisten. Ich kann in diesem FS nicht mehr andeuten.“ Vgl. AV Bern, Bd. 39576.

8 Generalkonsul Breitenbach, Genf, berichtete am 15. Oktober 1987, nach 48-stündiger Nachrichtensperre hätten die Behörden in Genf am Vorabend bekanntgegeben: „Nach Ausführungen Polizeisprechers und Untersuchungsrichterin hat Untersuchung des Magen- und Darminhalts sowie des Bluts das Vorhandensein von fünf verschiedenen Medikamenten (u. a. Beruhigungs- und Schlaftabletten) ergeben, deren Quantität bisher noch nicht endgültig feststeht. Auf Fragen erklärte Pressesprecher, die festgestellte Dosis reiche aus, um den Tod eines Menschen zu bewirken. Die Untersuchung habe

4) Das schweizerische Fernsehen berichtete heute abend über beide Pressekonferenzen.

Breitenbach[9]

AV Bern, Bd. 39576

283

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

13. Oktober 1987[1]

Betr.: Gespräche BM–Präsident Reagan, Vizepräsident Bush, Baker[2] und Carlucci am 9. Oktober 1987 im Weißen Haus[3]

1) Vizepräsident Bush

Bei kurzem Gespräch, in dessen Mittelpunkt die Entwicklung der Beziehungen zu den kleineren WP-Staaten stand, äußerte sich Bush befriedigt über die in US-Presse vom 9.10. angekündigten polnischen Reformbestrebungen[4]. Er bezeichnete dies als eine wichtige Entwicklung.

BM unterstrich seinerseits unser Interesse an diesen Entwicklungen und verwies auf derzeit in Bonn stattfindenden Besuch des ungarischen MP, bei dem Bundesregierung finanzielle Hilfe zugesagt habe.[5] Dies sei Ausdruck unseres Interesses an einem Erfolg des ungarischen Reformprogramms.

2) Baker/Carlucci

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen West-Ost-Beziehungen, insbesondere die verschiedenen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen mit Blick auf Shultz-Besuch in Moskau[6]. Erörtert wurden auch Lage in Zentralamerika, Stand der SR-Beratungen zur Iran/Irak-Frage sowie Nachfolge des NATO-GS.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1442

aber auch ergeben, daß keine Spuren von Gewaltanwendung am Mund vorhanden seien. Tod als natürliche Ursache wird damit seitens der Untersuchungsbehörden ausgeschlossen. Weiterhin wird an Todesstunde (11.10., 11.00 Uhr) nicht mehr festgehalten, da Leichenstarre durch Wassereinwirkung verzögert werden könne. Fall ist damit weit von Aufklärung entfernt, was auch bei Untersuchungsbehörden tätige deutsche Beamte des Bundeskriminalamts und Landeskriminalamts Kiel bestätigten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2093; AV Bern, Bd. 39576.

9 Paraphe.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 17. Oktober 1987 vorgelegen.

2 Howard Henry Baker.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1987 in den USA auf.

4 Das ZK der PVAP beschloß am 8. Oktober 1987 ein Programm, das auf umfangreiche Umgestaltungen im Bereich der Wirtschaft abzielte sowie bürokratische Hürden abbauen und die Zahl der Regierungsministerien auf 20 halbieren sollte.

5 Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 vgl. Dok. 277.

6 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

Nach einleitenden Anmerkungen BMs über unsere Einschätzung der West-Ost-Lage (gemäß Minnesota-Rede[7]) registrierten Baker und Carlucci mit deutlich erkennbarer Befriedigung ersten konkreten sowjetischen Hinweis auf bevorstehenden Gipfel: Iswestija habe am 8. Oktober 1987 festgestellt, daß Gorbatschow-Besuch der erste eines sowjetischen Führers in den USA seit 1973[8] sein würde. Für das sowjetische Zögern, sich in dieser Frage festzulegen, hätten sie keine einleuchtende Begründung. Amerikanischen Erwartungen hätte es entsprochen, wenn Termin bei den gut verlaufenen Washingtoner Gesprächen mit Schewardnadse[9] festgelegt worden wäre.

Dieser habe, so der bei dieser Gelegenheit übergebene Gorbatschow-Brief an Reagan[10], Vollmacht gehabt, Ort und Zeit zu vereinbaren. Carlucci meinte, vielleicht sei es Teil eines Spieles, einen gewissen Druck aufrechtzuerhalten, wie die erneute Aufbringung der PIa-Frage in Genf wahrscheinlich auch in diesen Kontext gehöre. USA hätten hierzu ablehnende Haltung bekräftigt. Im übrigen hielt Carlucci die Überlegung von Shultz für einschlägig, daß politisches Taktieren auch mit Sorgen in bezug auf die INF-Ratifizierung zu tun haben könnte.

In bezug auf das Datum des Besuchs gibt es laut Baker bisher keine Klärung. Man sei aber mit „sowjetischen Counterparts“ um Klärung bemüht. Nach Carluccis Eindruck läuft es auf die zweite Novemberhälfte hinaus, auch im Hinblick auf Moskau-Besuch Ortegas[11].

BM bestätigte, daß dies auch aus der Einlassung von Schewardnadse in New York[12] zu seinem Bonn-Besuch geschlossen werden könne. Dobrynin habe sich in FES-Rede am 8.10. positiv zu den bilateralen Beziehungen geäußert.[13] In

7 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher auf der Tagung des Institute for East-West Security Studies (IEWSS) am 9. Oktober 1987 in St. Paul/Minnesota vgl. BULLETIN 1987, S. 893–898.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 13. Oktober 1987, die Herbstkonferenz des IEWSS vom 9. bis 11. Oktober 1987 habe unter dem Motto „Implikationen des sowjetischen neuen Denkens“ gestanden. Bundesminister Genscher habe den zentralen Vortrag beim Eröffnungsdinner am 9. Oktober 1987 vor ca. 200 Teilnehmern aus Nordamerika sowie West- und Osteuropa gehalten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4428; Referat 204, Bd. 135399.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 18. bis 25. Juni 1973 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 214. Vgl. dazu ferner FRUS 1969–1976, XV, S. 486–542.

9 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

10 Für das am 15. September übergebene Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. September 1987 an Präsident Reagan vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 108–112, bzw. FRUS 1981–1988, VI, S. 288–292.

11 Eine von Präsident Ortega angeführte nicaraguanische Delegation hielt sich anläßlich der Feierlichkeiten am 2. November 1987 zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution sowie anläßlich des Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien am 4./5. November 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu den Artikel „Repräsentanten aus aller Welt zu Revolutionsfeierlichkeiten in Moskau“; NEUES DEUTSCHLAND vom 2. November 1987, S. 2.

12 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. September 1987 vgl. Dok. 268.

13 Auf Einladung der SPD besuchte der Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin, die Bundesrepublik vom 8. bis 14. Oktober 1987. Vgl. dazu Dok. 280.
Zur Rede Dobrynins am 8. Oktober 1987 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken am 9. Oktober 1987: „Die Rede war ein Plädoyer für die Politik Gorbatschows. Sie brachte für diejenigen, die die öffentlichen Erklärungen der sowjetischen Führung verfolgen, nichts Neues. Dobrynin behandelte relativ breit und insgesamt werbend die bilateralen Beziehungen. Er vertrat die Auffassung, vieles hänge von persönlichen Kontakten auf

Gespräch mit BK am 9. Oktober 1987 habe er Gorbatschow-Brief[14] übergeben. Der Beitrag der Bundesregierung zu den Rüstungskontrollverhandlungen sei positiv gewertet und die Absicht bekräftigt worden, in den deutsch-sowjetischen Beziehungen ein neues Kapitel aufzuschlagen. Eine Information, ob Brief auch PIa-Frage erwähne, liege nicht vor. Schewardnadse-Besuch solle Begegnung BK–Gorbatschow vorbereiten.[15] In bezug auf Termin des Schewardnadse-Besuchs[16] könne in diesem Zusammenhang erbetenes Gespräch des Botschafters mit StS am 9. Oktober 1987 Zusätzliches ergeben.

3) West-West-Beziehungen

Auf Frage von Carlucci nach seiner Reaktion auf Newsweek-Interview von Kissinger[17] verwies BM auf seine Minneapolis-Rede: Bundesrepublik Deutschland unterstütze nachdrücklich die INF-Entscheidung. Das Abkommen stärke die Allianz und das Vertrauen zwischen USA und Europäern, besonders zwischen USA und D. Es genieße breiteste Unterstützung in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Abkoppelungsargument könne nicht akzeptiert werden: Zunächst habe die SS-20-Rüstung abkoppelnd wirken sollen, jetzt solle ihre Beseitigung abkoppelnd wirken (entsprechende Rede-Passagen wurden von Baker mit großer Aufmerksamkeit verlesen).

Im weiteren Gespräch setzten sich Carlucci, Baker und Burt mit der Kissinger-Sorge auseinander, daß das INF-Abkommen das europäische Vertrauen in die USA unterminiere und zu zwei – für das Bündnis schädlichen – Reaktionen führen könne:

– Druck auf weitere Verhandlungen über SNF bis hin zur Eliminierung,
– Druck auf Annäherung an den Osten (Burt fügte hinzu: und zunächst Druck auf eine dritte Null-Lösung).

Carlucci sah in dieser Schrittfolge von Abrüstungsschritten das Risiko einer Denuklearisierung Europas.

BM hielt das in Reykjavik[18] gemeinsam festgeschriebene Konzept entgegen: Es müsse umgesetzt werden. Dabei sei es wichtig, sich nach INF und START auf ein CW-Verbot und Herstellung konventioneller Stabilität zu konzentrieren. Wenn dies mit Ernsthaftigkeit betrieben werde, könne das Kurzstreckenproblem im Hintergrund bleiben. Es sei daher wichtig, daß die USA auch öffentlich ihr Eintreten für diese Ziele unterstrichen. In Reykjavik sei ein gutes Mandat beschlossen worden. Wie in der Rede in Minnesota festgestellt werde: Je mehr Fortschritte bei nuklearer Abrüstung erzielt würden, desto wichtiger seien konventionelle Stabilität und CW-Verbot.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1444

Regierungsebene im bilateralen Verhältnis ab, ohne dies weiter zu spezifizieren." Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

14 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.

15 Bundeskanzler Kohl besuchte die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24. Oktober 1988 in Moskau vgl. AAPD 1988. Vgl. dazu ferner GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 29.

16 Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

17 Vgl. den Artikel „Kissinger: A New Era for NATO"; NEWSWEEK vom 12. Oktober 1987, S. 19–22.

18 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

Carlucci faßte – ohne sich auf Kissinger zu berufen, aber offensichtlich in dessen Gedankengängen – nach: Woher sollen die zusätzlichen Ressourcen im konventionellen Bereich kommen?!

BM hielt entgegen: Dies sei nicht die Frage. Vielmehr müsse die SU mit der Forderung nach asymmetrischen Reduzierungen konfrontiert werden. Dieses Thema müsse auch öffentlich intoniert werden.

Die weitere Diskussion ließ erkennen, daß die amerikanischen Gesprächspartner sich mit den Problemen der konventionellen Rüstungskontrollverhandlungen noch nicht eingehend beschäftigt hatten. Carlucci und Burt brachten ihre Skepsis dadurch zum Ausdruck, daß sie nur „mehr asymmetrische und sehr große" Reduzierungen auf östlicher Seite als Einstiegsmöglichkeiten in Reduzierungen ansahen. Carlucci griff außerdem den Brzezinski-Gedanken einer panzerfreien Zone in Mitteleuropa auf.[19] Baker nahm Bezug auf Nunn, der bei Panzern und Artillerie eine Doppel-Null gefordert habe.

BM warnte nachdrücklich vor der Idee panzerfreier Zonen: Auf westlicher Seite komme es vor allem auf die Panzerkräfte der Bundeswehr und der US-Armee an. Eine panzerfreie Zone in Mitteleuropa würde dazu führen, daß die SU ihre Panzer einige 100 Kilometer nach Osten verlegen würde, die Bundeswehr demobilisieren und die USA – mangels Stationierungsalternative in Westeuropa – nach den USA zurückkehren müßten. Dies würde also bedeuten, daß praktisch ganz Westeuropa zur panzerfreien Zone würde.

Burt wies ergänzend auf Definitionsprobleme bei Panzern hin. Sowjetunion verfüge über große Überlegenheit bei sonstigen gepanzerten Fahrzeugen.

In Murmansk-Rede von Gorbatschow[20] sah BM den bekannten Zonenvorschlag an die nordischen Länder wiederkehren. Nach seiner Auffassung muß es eine Prinzipienfrage sein, nicht auf diese Zonenideen einzugehen, nachdem man

19 Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 21. September 1987, im Reichstagsgebäude in Berlin (West) habe vom 16. bis 18. September 1987 eine von der RAND Corporation und der Stiftung Wissenschaft und Politik organisierte Konferenz zur Sicherheitspolitik stattgefunden, „bei der Dr. Brzezinski und BM Wörner die Hauptansprachen hielten. […] Wichtigste Themen der Konferenz waren die konventionelle Verteidigung (im Rahmen der flexible response) und mögliche Konzepte für KRK. […] Brzezinskis Vorschlag für eine Panzer-freie Zone in Mitteleuropa (MBFR-N[ATO]G[uidelines]A[rea] plus Ungarn) fand nur begrenzte Unterstützung, wenn auch die Tendenz, damit u. a. Osteuropa von einem Unterdrückungsinstrument zu befreien, verstanden wurde. Mehr Verständnis fand seine These, daß Wandel in Osteuropa die militärische Dimension im Ost-West-Verhältnis mindern könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1367; Referat 221, Bd. 144803.

20 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 1. Oktober 1987 in Murmansk vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 283–313.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken analysierte am 2. Oktober 1987, Gorbatschow habe für seine Grundsatzdarlegungen der sowjetischen Politik den äußersten Nordwesten der UdSSR gewählt, „um wie mit einem Sprachrohr in die Nordregion der Erde hinein zu sprechen. […] Er greift die intern kontrovers diskutierte Frage der sowjetischen Wirtschaftsreformen auf und stellt sie rhetorisch geschickt in den Ost-West-Kontext, allerdings anders als die Führungsmitglieder Ligatschow und Tschebrikow, die in kürzlichen Grundsatzreden die Gefahren der ausländischen Einmischung bei zu weitgehenden Reformbestrebungen an die Wand gemalt hatten. GS Gorbatschow dreht das Argument um: Gerade die ‚Perestroika' stärke Ansehen und Einfluß der SU ‚in der Weltarena' und werde in den USA sogar als ‚Bedrohung der nationalen Sicherheit' empfunden". Im außenpolitischen Teil der Rede wende sich Gorbatschow an die Länder im „nördlichen Teil des Planeten" mit dem Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone Nordeuropa und dem „Angebot, die raketenbestückten U-Boote der sowjetischen Ostsee-Flotte abzuziehen". Vgl. Referat 213, Bd. 143550.

den Durchbruch zu den Wiener Verhandlungen geschafft hat, in denen über Stabilität vom Atlantik bis zum Ural verhandelt wird.

Baker und Burt waren einverstanden, unterstrichen aber andererseits auch die politische Notwendigkeit, darauf zu achten, daß die konventionelle Bedrohung nicht von Europa nach Fernost verlagert wird.

4) Zentralamerika

Baker äußerte sich negativ über die Ortega-Rede vor der VN-GV am 8. Oktober 1987. Seine unglaublichen Vorwürfe gegen die USA seien von dem amerikanischen VN-Vertreter Walters mit Ausmarsch beantwortet worden.[21] Ortega sei nicht der intelligenteste Führer. (Auf Frage BMs:) Letzte Instanz sei auch wahrscheinlich nicht Ortega, sondern Borge.

5) Lage im Golf

Baker nahm Bezug auf sein Frühstück mit Weinberger am selben Tage: Er schloß sich dessen sehr positiver Einschätzung über die kooperative Haltung der Bundesrepublik Deutschland an, die durch Entsendung von drei Schiffen in das Mittelmeer deutlich gemacht worden sei.[22]

Carlucci äußerte sich beunruhigt, daß auf einem der am 7.10. beschossenen und manövrierunfähigen iranischen Schiffe[23] Batterien für Stinger-Raketen aufgefunden worden seien, über die auch der afghanische Widerstand verfüge. Stinger-Flugkörper selbst seien nicht aufgefunden worden.

Zur weiteren Entwicklung in den VN: Laut Walters gehe die Vorbereitung für eine zweite Runde des GS voran.[24] Danach seien die zweite Resolution und

21 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 8. Oktober 1987, in seiner „mehrfach mit starkem Beifall bedachten Rede“ vom selben Tag habe Präsidenten Ortega Verhandlungen mit den Contras in seinem Land abgelehnt und statt dessen direkte Verhandlungen mit den USA gefordert: „Die größtenteils frei gehaltene Rede war mit polemischen Angriffen gegen die USA und Präsident Reagan gespickt, was zum frühen Auszug der US-Delegation führte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2263; Referat 230, Bd. 142151.

22 Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

23 Kapitän zur See Kamper, Washington, berichtete am 9. Oktober 1987, im amerikanischen Verteidigungsministerium sei mitgeteilt worden, ein amerikanischer Beobachtungshubschrauber sei im Persischen Golf ca. 15 Meilen südwestlich von Farsi Island in internationalen Gewässern am Donnerstagabend um ca. 21.50 Uhr Ortszeit von mindestens drei iranischen „Gunboats“ angegriffen worden. Man habe daraufhin mehrere bewaffnete Hubschrauber zur Unterstützung der angegriffenen Besatzung entsandt, die mit Maschinengewehren und Raketen das Feuer erwidert hätten. Dabei seien drei iranische Boote versenkt worden. Ein US Navy Patrol Boat habe anschließend sechs überlebende Iraner an Bord genommen, von denen zwei kurze Zeit später ihren Verwundungen erlegen seien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4393; Referat 201, Bd. 143384.

24 Zum Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak vgl. Dok. 252, Anm. 21.
Vortragender Legationsrat Honsowitz notierte am 9. Oktober 1987, ein Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft habe Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vollers am selben Tag ein Papier übergeben und gebeten, „daß die Bundesregierung den Entwurf der Ständigen SR-Mitglieder (Federführung: GB) für eine ‚guidance‘ des SR an den GS (weiteres Vorgehen zur Implementierung der Res[olution] 598) einer raschen Prüfung unterziehen und ihr im SR zustimmen möge“. Vgl. Referat 311, Bd. 139986.
Botschafter Lautenschlager, New York (VN), übermittelte am 16. Oktober 1987 den „Entwurf eines Implementierungsplans des VN-GS“, den Pérez de Cuéllar am Vortag der irakischen und iranischen Vertretung übergeben habe: „In dem Begleitschreiben an die jeweiligen AM erbat VN-GS ‚initial views‘ in Schriftform zu der Ausarbeitung bis Ende Oktober. Wie wir im VN-Sekretariat hören, haben beide Parteien, die auch über die ‚guideline‘ des SR informiert wurden, lediglich zugesagt, umgehend ihre Hauptstädte zu unterrichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2396; Referat 311, Bd. 139986.

damit Sanktionen an der Reihe. Carlucci schien zu unterstellen, daß auch wir dafür seien.

BM forderte dazu auf, die SU zur Mitwirkung zu drängen, und zwar nicht nur in New York. Die erforderlichen wichtigen Entscheidungen würden in Moskau getroffen.

Carlucci reagierte zustimmend und ergänzte, daß auch die Araber auf die SU Druck ausüben müßten. Dies sei auch die Meinung von Shultz.

BM erinnerte an seine entsprechenden Ausführungen gegenüber Shultz am Vortag.[25] Man solle den Gipfel in Amman[26] nutzen, um Position gegenüber SU zu verdeutlichen.

Carlucci bezeichnete auch Annäherung der Araber an Ägypten sehr wichtig. Vertraulich äußerten sich viele von ihnen positiv. Es sei an der Zeit, dies öffentlich zu tun.

BM stimmte dem zu: Mubarak brauche Unterstützung.

6) NATO-GS[27]

Carlucci bezog sich auf Shultz, nach dessen Meinung die Bundesregierung sich stärker einsetzen müsse.

BM wies darauf hin, daß er Stoltenberg in seinem Flugzeug nach Minnesota mitnehme. BK habe mit Luxemburg gesprochen, es sei einverstanden. NL ebenfalls. Im übrigen hätten die kleinen Länder bisher überwiegend – nach Amtsdauer – den GS gestellt.

7) Gesprächstermine für MdB Dr. Waigel[28]

BM unterstützte mit Nachdruck die Terminwünsche. Burt sekundierte. Baker und Carlucci sagten zu, sich persönlich der Sache anzunehmen.[29]

25 Bundesminister Genscher führte am 8. Oktober 1987 in Washington ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Dazu teilte Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Washington, am selben Tag mit, im Zentrum hätten die Ost-West-Beziehungen „unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Gespräche von AM Shultz in Moskau" gestanden: „Erörtert wurden auch die West-West-Beziehungen, einschließlich der europäisch-amerikanischen Handelsprobleme, technologische Zusammenarbeit (Columbus) sowie die Lage im Golf, der Friedensprozeß in Zentralamerika und Probleme des südlichen Afrika. […] Im Vier-Augen-Gespräch über Nachfolge NATO-GS erläuterte AM, daß er Kandidatur Wörners gegenüber norwegischem AM nachdrücklich unterstützt habe." Vgl. den Drahtbericht; Referat 010, Bd. 178904.

26 Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 in Amman vgl. Dok. 329.

27 Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 269.

28 Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Waigel, teilte Bundesminister Genscher am 15. Juni 1987 mit, er plane, mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Bötsch, und weiteren CSU-Abgeordneten im Oktober die USA zu besuchen. Er bat das Auswärtige Amt, Gespräche u. a. mit Vizepräsident Bush, Finanzminister Baker, Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger zu arrangieren. Vgl. dazu das Schreiben; Referat 011, Bd. 138371.
Vortragender Legationsrat Zeisler vermerkte am 7. Oktober 1987, Bötsch habe sich telefonisch „in erregter Weise über die Vorbereitung des Besuchs von Dr. Waigel in Washington" beschwert und das von der Botschaft erstellte Programm als „völlig unzureichend" bezeichnet. Bereits im Vorjahr habe ein Besuch stillschweigend abgesagt werden müssen, „weil die Vorbereitung durch die Botschaft und das Auswärtige Amt völlig unzureichend gewesen sei. Diesmal werde man die ‚Absage mit einem Paukenschlag' in der Öffentlichkeit begleiten, wenn nicht bis spätestens zum Montag, 12.10., adäquate Gesprächspartner durch die Botschaft erreicht würden." Vgl. Referat 011, Bd. 138371.

Anmerkung: Ledsky vom NSC hatte Gesandten Paschke vor dem Gespräch ein Non-paper übergeben, in dem Bundesregierung noch einmal dringend darum gebeten wird, Export eines sogenannten Mini-U-Boots nach Nordkorea zu verhindern. Entgegen seiner Ankündigung wurde Thema jedoch von Baker oder Carlucci nicht angesprochen.[30]

Dg20[31] erinnerte Ledsky daran, daß – wie US-Seite mehrfach erläutert – Bundesregierung mit großer Sorgfalt ihre Möglichkeiten geprüft habe.

8) Gespräch BM mit Präsident Reagan

Während des Gesprächs mit Baker und Carlucci kam Präsident Reagan hinzu: BM wies auf seine bevorstehende Rede hin, in der er die starke Unterstützung der Bundesregierung für die Politik des Präsidenten bekräftigte, das INF-Abkommen abzuschließen und zu einem START-Abkommen zu kommen. Die Europäer stünden hinter dieser Politik des Präsidenten, die für andere Rüstungskontrollverhandlungen und West-Ost-Beziehungen wichtige Impulse geben werde.

Präsident Reagan brachte seine Wertschätzung für die positive und unterstützende Position der Bundesregierung zum Ausdruck und teilte die Auffassung von BM, daß der Abschluß des INF-Abkommens die Bündniskohäsion nicht schwächen, sondern im Gegenteil stärken werde. Abschließend bat Präsident Reagan BM, dem Bundeskanzler seine besten Grüße zu übermitteln.

Ploetz

Referat 010, Bd. 178904

Fortsetzung Fußnote von Seite 1448

29 Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Waigel, und seine Delegation besuchten die USA vom 17. bis 28. Oktober 1987. Botschafter van Well, Washington, berichtete am 27. Oktober 1987, Waigel und seine Delegation hätten vom 20. bis 23. Oktober in Washington u. a. Gespräche mit Präsident Reagan und hochrangigen Vertretern des Außen- und Verteidigungsministeriums geführt. Im Mittelpunkt der Gespräche habe „die Frage nach den Aufgaben der westlichen Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik nach Abschluß eines INF-Abkommens“ gestanden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4600; Referat 220, Bd. 144769.

30 Gesandter Paschke, Washington, übermittelte am 9. Oktober 1987 die „Speaking Notes“, die dem Stabschef des amerikanischen Präsidialamts, Baker, für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vorgelegt worden waren. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4407; VS-Bd. 14534 (424); B 150, Aktenkopien 1987.
Für eine Ressortbesprechung auf Staatssekretärsebene am 15. Oktober 1987 notierte Referat 424 am selben Tag, Bundesminister Genscher sei während seines Aufenthalts in den USA auf den Vorgang angesprochen worden, über den er in großer Sorge sei: „Nach Auffassung USA soll ein Boot der Sabotage dienen, und das zweite soll an Iran weitergeliefert werden. […] Prüfung durch BMWi/BAW ergab: Das Boot fällt nicht unter COCOM-Liste (Grenze: zehn Stunden), da es maximal acht Stunden tauchen kann.“ Amerikanischen Erkenntnissen zufolge könne das Mini-U-Boot jedoch mittels Schnorchel länger als zehn Stunden operieren: „Dieses Argument sollte BMWi neuen Anlaß geben, die Frage, ob Boot ausfuhrkontrolliert ist, nochmals zu überprüfen.“ Vgl. VS-Bd. 14534 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

31 Hans-Friedrich von Ploetz.

284

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der Inkatha Freedom Party, Buthelezi

15. Oktober 1987[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem schwarzen südafrikanischen Politiker und Führer der Inkatha-Bewegung, Chief Mangosuthu Buthelezi, am 15. Oktober 1987, 15.00–16.00 Uhr[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, Staatsminister Dr. Stavenhagen, VLR I Weber als Dolmetscher, der Unterzeichnete[3] als Note-taker; auf afrikanischer Seite: Chief Mangosuthu Buthelezi, ein Begleiter.

Der *Bundeskanzler* eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis auf den sehr positiven Eindruck, den er bei seinem ersten Gespräch mit Buthelezi[4] von diesem gewonnen habe: Buthelezi solle wissen, daß er in Deutschland und in der Bundesregierung gute Freunde habe.

Mit Botschafter Stabreit sei ein ehemaliger Mitarbeiter und persönlicher Vertrauter nach Südafrika entsandt worden. Wenn Buthelezi ihm, dem Bundeskanzler, jemals eine persönliche Mitteilung zukommen lassen wolle, so könne dies direkt über Botschafter Stabreit erfolgen.

Der Bundeskanzler bat sodann seinen Gesprächspartner um dessen Einschätzung der Lage in Südafrika, die ihm große Sorge bereite.

Buthelezi dankte dem Bundeskanzler für dessen so positive Einstellung; sie sei eine Hoffnung für Südafrika und die Mehrheit seiner Bevölkerung. Diese habe Vertrauen zur Bundesregierung und zu deren Südafrikapolitik. Jede andere deutsche Politik könnte sich als verhängnisvoll erweisen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 20. Oktober 1987 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 22. Oktober 1987 über Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung“ geleitet. Dazu teilte Teltschik mit: „Staatsminister Dr. Stavenhagen erhält nach Genehmigung Durchdruck des Vermerks.“
Hat Schäuble am 26. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja.“

2 Ministerialdirigent Sulimma notierte am 25. September 1987, der Vorsitzende der Inkatha Freedom Party, Buthelezi, besuche die Bundesrepublik vom 12. bis 23. Oktober 1987. Geplant seien Gespräche mit den Unternehmen Siemens und KWU sowie mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und Bundeskanzler Kohl. Da Buthelezi bereits im Vorjahr zwei Mal die Bundesrepublik besucht habe und dabei von Kohl, Bundesminister Genscher und Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker empfangen worden sei, solle Genscher diesmal auf ein Gespräch verzichten, um nicht die gleiche „Behandlung politisch relevanter Gruppierungen innerhalb der schwarzen Mehrheit“ Südafrikas zu gefährden. Vgl. Referat 320, Bd. 156002.
Genscher führte am 15. Oktober 1987 ein viertelstündiges Gespräch mit Buthelezi. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 232 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke an die Botschaft in Pretoria vom 16. Oktober 1987; Referat 320, Bd. 156002.

3 Hans-Christian Ueberschaer.

4 Der Vorsitzende der Inkatha Freedom Party, Buthelezi, besuchte die Bundesrepublik vom 16. bis 22. Februar 1986. Am 18. Februar 1986 fand ein Treffen mit Bundeskanzler Kohl statt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 156002.

Von der Haltung der südafrikanischen Regierung sei wenig Positives zu berichten. Sie sei – trotz des bei den Wahlen am 6. Mai von der weißen Bevölkerungsgruppe erneuerten Mandats[5] – in der Reformfrage von Unbeweglichkeit gekennzeichnet.

Der *Bundeskanzler* warf dazu die Frage auf, ob die Regierung Botha – möglicherweise aus innenpolitischen Zwängen heraus – 1989 neue Wahlen ansetzen müsse und Furcht habe, diese durch Flexibilität in der Reformfrage zu verlieren. Nach seinen Informationen könnten bei dem in Südafrika geltenden Mehrheitswahlrecht kleine Veränderungen in der Stimmabgabe bereits zum Verlust des Gesamtwahlkreises führen.

Für die Bundesregierung mache die Starrheit der Regierung Botha die Lage sehr schwierig: In der EG werde die Sanktionsfrage demnächst erneut aufkommen[6], und auch in der deutschen öffentlichen Meinung gäbe es hierfür viele Befürworter.

Unterstützung für seine Ablehnung von Sanktionen könne D in Europa nur noch von GB erhalten, und auch diese sei – angesichts des Drucks im Commonwealth – nicht für dauernd gesichert. *Buthelezi* warf dazu ein, daß PM Thatcher ihre Haltung auf der Commonwealth-Konferenz in Vancouver tapfer verteidigt habe.[7]

Zur europäischen Haltung gegenüber Sanktionen fuhr der *Bundeskanzler* ergänzend fort, daß in Frankreich Präsident Mitterrand anders als PM Chirac hierüber denke. Die Haltung Portugals, das sich bisher zu den Sanktionsgegnern zähle, sei unsicher.

Bei uns stehe die Bundesregierung unter heftigem Druck der Evangelischen Kirche, der Medien und sogar von Mitgliedern der Regierungsparteien.

Er selbst werde seinen bisherigen Kurs zwar auch weiterhin fortsetzen, habe aber südafrikanische Regierungsvertreter, insbesondere Minister Schlebusch, wissen lassen, daß ohne substantielle Fortschritte in der Reformfrage diese Haltung nicht für immer garantiert werden könne.

Buthelezi bestätigte dem Bundeskanzler dessen Eindruck von der mangelnden Flexibilität der südafrikanischen Regierung. Er habe dem südafrikanischen Minister Stoffel van der Merwe, den Botha zu seinem Kontaktmann bestimmt hätte, mitgeteilt, daß es für ihn sinnlos sei, mit dem Staatspräsidenten zu sprechen, solange sich in der Reformfrage nichts bewege. Eine Beteiligung an dem von der südafrikanischen Regierung geplanten Verfassungsrat, der eine Verfassung ausarbeiten solle, sei für ihn undenkbar, solange Nelson Mandela nicht freigesetzt sei.[8] Gegenwärtig gebe es aber nur Spekulationen über die Freilassung

5 Zu den Parlamentswahlen in Südafrika am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 129, Anm. 35.

6 Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 164, Anm. 22.

7 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Commonwealth fand vom 13. bis 18. Oktober 1987 statt. Dabei wurde u. a. eine Erklärung zum südlichen Afrika verabschiedet, in der sich die 45 Vertreter mit Ausnahme Großbritanniens für Sanktionen gegen Südafrika aussprachen, um das System der Apartheid zu beenden. Ferner wurden die Unterstützung der Frontlinienstaaten und die Unabhängigkeit Namibias gefordert. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 646–650.

8 Nelson Mandela wurde am 12. Juni 1964 in Pretoria wegen Sabotage und Aufruf zum bewaffneten Umsturz zu lebenslanger Haft verurteilt.

anderer schwarzer Politiker, nicht über die Mandelas. Er, Buthelezi, glaube nicht an eine Bereitschaft der Regierung Botha zur Änderung ihrer Haltung. Die von ihr in den letzten Jahren betriebene Repressionspolitik spreche eindeutig dagegen. Der Widerstand der schwarzen Radikalen schrecke die Regierung nicht, sondern spiele ihrer Politik nur in die Hände. Sie sei durch die von ihr eingeführte Notstandsgesetzgebung jederzeit nach innen wie nach außen Herr der Lage.[9] Selbst der ehemalige tansanische Ministerpräsident Nyerere habe jüngst erklärt, daß kein afrikanisches Land Südafrika militärisch gewachsen sei.

Die Haltung der Regierungen der Frontstaaten[10] in der Frage des gewaltsamen Widerstands sei zwiespältig. Sie riefen die internen Kräfte in Südafrika zu Radikalität und Widerstand auf, ohne ihnen praktisch helfen zu können. Sie selbst praktizierten keine Sanktionspolitik gegenüber Südafrika, lehnten aber jede Kooperation mit dem Westen wegen dessen angeblich fehlender Solidarität ab. Der Präsident von Simbabwe, Mugabe, habe im Rahmen der jüngsten Commonwealth-Konferenz PM Thatcher am stärksten zugesetzt.

Zu dem Einwand des *Bundeskanzlers*, daß dies Heuchelei sei, da die Frontstaaten Solidarität versprächen, ohne sie halten zu können, meinte *Buthelezi*, daß sowohl Mugabe als auch Kaunda ständig von anderen Sanktionen forderten, ohne sie selbst verhängen zu können. Unter diesem Vorzeichen seien sie auch nach Vancouver gekommen.

Vor diesem Hintergrund sei die Haltung der Bundesregierung und der britischen Regierung die einzig richtige. Das Schicksal der Schwarzen hänge von der für sie selbst entscheidend wichtigen Lage der südafrikanischen Wirtschaft ab.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach Erzbischof Tutu ließ Buthelezi erkennen, daß dieser aus seiner Sicht eine eher zwiespältige Persönlichkeit sei. Er, Buthelezi, sei 1978 gebeten worden, beim Tode des Gründers des Pan Africanist Congress (PAC)[11], der ebenso wie Mugabe mit ihm gemeinsam die Universität besucht habe, die Grabrede zu halten. Tutu sei zu dieser Zeit Sekretär des Afrikanischen Kirchenrates – der Partnerorganisation der EKD – gewesen. Bei der Beerdigung sei er von einer Reihe jüngerer Afrikaner bedroht worden. Tutu habe ihm auf die Frage, was er angesichts der zunehmenden Unruhe dieser Leute tun solle, geraten, wegzugehen, ohne die Grabrede zu halten. Als er sich daraufhin abgewandt hätte, habe einer der Angreifer versucht, ihn von hinten zu erstechen. Sein Sekretär habe ihn mit der Schußwaffe in der Hand retten können.

9 In Südafrika wurde vom 21. Juli 1985 bis 7. März 1986 ein regional begrenzter Notstand verhängt und ab 12. Juni 1986 ein landesweiter Notstand. Im Politischen Halbjahresbericht vom 25. November 1987 hieß es: „Seit dem Ausbruch der durch die Einführung des sogenannten Dreikammerparlamentes ausgelösten Unruhen steht Südafrika – mit Ausnahme einiger Monate im Jahre 1986 – unter Ausnahmezustand, der durch Pressezensur, die Einschränkung der Rede- und Versammlungsfreiheit, den De-jure-Ausschluß der Habeas-Corpus-Rechte für Personen, die unter dem Ausnahmerecht verhaftet werden, massenhafte Verhaftungen für kürzere oder längere Zeit etc. gekennzeichnet ist. […] Das harte Durchgreifen der Sicherheitskräfte und ihre permanente Präsenz in den schwarzen Wohngebieten haben zunächst einmal zu einer äußerlichen Beruhigung der Lage geführt. Die äußerliche Wiederherstellung von Law and Order überdeckt freilich nur die potentielle Instabilität, die ihre Ursache in der politischen und rechtlichen Diskriminierung der nichtweißen Bevölkerung (und insbesondere der Schwarzen) hat." Vgl. Referat 320, Bd. 155995.

10 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

11 Robert Sobukwe.

Bei einem anschließenden Interview habe Tutu, ohne auf den Mordversuch einzugehen, die jungen Leute verteidigt; sie hätten eine „eiserne Seele".

Tutu habe im vergangenen Jahr Durban besucht. Dortige Geistliche hätten bei dieser Gelegenheit versucht, zwischen ihm und Tutu zu vermitteln. Tutu habe darauf nicht reagiert. Tutus Haltung ihm, Buthelezi, gegenüber sei wohl von dessen starkem politischen Ehrgeiz bestimmt.

So habe Tutu die Witwe Martin Luther Kings, zu der Buthelezi aufgrund ihrer gemeinsamen Ablehnung gewaltsamer politischer Lösungen schon lange Kontakt hätte, zu einem Besuch Südafrikas eingeladen. Bei diesem Besuch hätten Tutu und Boesak die Witwe Kings gegen deren ursprüngliche Absicht dazu überredet, weder mit ihm noch mit Präsident Botha zusammenzutreffen, da dies „den Sinn der Einladung in Frage stellen würde".[12]

Der *Bundeskanzler* äußerte, daß dies alles seine eigenen Beobachtungen bestätige. Tutu spiele mit seiner eigenartigen Auslegung des Evangeliums eine verhängnisvolle Rolle.

Die Frage des Bundeskanzlers, ob Tutu großen Einfluß in Südafrika ausübe, verneinte *Buthelezi*. So sei Tutu bei dem Besuch des von ihm eingeladenen US-Senators Edward Kennedy[13] nicht in der Lage gewesen, gegen diesen gerichtete Demonstrationen von Anhängern der AZAPO, der Azanian People's Organization, einer Untergruppe der „Black-Consciousness"-Bewegung, zu verhindern. Im übrigen seien es Leute wie Kennedy, die Tutu unterstützten und auch die Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn angeregt hätten.[14]

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, daß die Sozialistische Internationale auf die Verleihung des Friedensnobelpreises großen Einfluß habe. Er fragte sodann nach Kontakten Buthelezis zum ANC.

Buthelezi erwiderte, daß er seit 1979, wo er mit einer Delegation mit der ANC-Führung in London zusammengetroffen sei, keinen direkten Kontakt mehr mit dieser Organisation gehabt habe. Ihr Verhältnis zu ihm sei zwiespältig:

So habe der UDF[15] als der interne legale Zweig des ANC – unterstützt von Tutu und Boesak – lange Zeit mit allen Mitteln versucht, ihn, Buthelezi, am Besuch der Schwarzen-Townships in Durban zu hindern. Als er sich auch von Morddrohungen nicht habe beeinflussen lassen, habe Oliver Tambo ihm schriftlich ein Arrangement vorgeschlagen, um Blutvergießen zu vermeiden. Er, Buthelezi, habe Tambo daraufhin angeboten, an einem beliebigen Ort mit ihm zusammenzutreffen. Hierauf sei Tambo jedoch seinerzeit nicht eingegangen. In jüngster Zeit habe ihm Tambo durch Einschaltung verschiedener Geistlicher das Interesse an einer Annäherung zwischen ANC und Inkatha angedeutet. Er habe daraufhin seinen Generalsekretär[16] zu Tambo entsandt, der ein dreistündiges, sehr konstruktives Gespräch mit Tambo geführt habe. Auch bei dem kürzlichen

12 Coretta Scott King besuchte Südafrika im September 1986. Vgl. dazu den Artikel „Martin Luther Kings Witwe sagt Treffen mit Botha ab"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. September 1986, S. 5.

13 Der amerikanische Senator Kennedy besuchte Südafrika vom 5. bis 13. Januar 1985.

14 Bischof Tutu wurde 1984 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

15 United Democratic Front.

16 Oscar Dumisani Dhlomo.

Treffen des ANC mit einer Reihe Südafrikaner in Dakar habe es seitens des ANC einige positive Erklärungen in bezug auf ihn, Buthelezi, gegeben.

Nach alledem könne er sich die Zwiespältigkeit des ANC nur mit dem Einfluß kommunistischer Gruppen innerhalb der Organisation erklären, die Kontakte mit ihm verhindern wollten.

Auf Frage des *Bundeskanzlers* nach Nelson Mandela äußerte *Buthelezi*, daß er mit diesem – ebenso wie Helen Suzman – in Briefkontakt stehe. Er wünsche Mandelas Freilassung angesichts der von diesem seit 26 Jahren vertretenen positiven und versöhnlichen Haltung. Er, Buthelezi, habe auch versucht, Mandela im Gefängnis zu besuchen. Mandela habe aber – offenbar unter dem Einfluß des ANC oder dem seiner Frau Winnie – gebeten, mit einem Zusammentreffen so lange zu warten, bis er freigelassen sei. Mandela wünsche seine baldige Freilassung; der ANC und Winnie Mandela seien offenbar aber dagegen.

Auf Frage des *Bundeskanzlers* nach der Sicherheit Mandelas im Falle einer Freilassung und der offensichtlichen Befürchtung der südafrikanischen Regierung, daß ein Anschlag gegen Mandela ihr angelastet werden könne, meinte *Buthelezi*, daß man in der Tat mit einem Machtkampf zwischen Tambo und Mandela rechnen müsse.

Mandela sei für den ANC im Gefängnis als Märtyrer von großer Bedeutung, dürfte ihm aber kaum als Führer willkommen sein, wenn er erst freigelassen sei. Sicher werde man ihm nicht ohne weiteres die Rolle des Führers des ANC überlassen. Dem namibischen SWAPO-Volkshelden Toivo ya Toivo sei dies nach seiner Freilassung[17] jedenfalls nicht gelungen: er sei vielmehr bereits nach einer Woche politisch kaltgestellt gewesen. Winnie Mandela genieße ihre eigene politische Rolle inzwischen viel zu sehr, als daß Nelson Mandela von ihr eine Unterstützung erwarten könne.

Auf Frage des *Bundeskanzlers* nach der Wirtschaftslage Südafrikas äußerte *Buthelezi*, daß diese sich so lange nicht bessern werde, als keine Stärkung des internationalen Vertrauens in die südafrikanische Wirtschaft eingetreten sei. Die drei Prozent Wirtschaftswachstum in den letzten Monaten in Südafrika seien nur eine Scheinblüte, die nicht anhalten werde. Gerade den Weißen in Südafrika sei durchaus klar, daß ohne eine im Westen anerkannte substantielle Änderung der südafrikanischen Politik eine langfristige Gesundung der Wirtschaft Südafrikas nicht denkbar sei.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56) Bd. 73

17 Botschafter Lahusen, z. Z. Kapstadt, berichtete am 1. März 1984, der Mitbegründer der SWAPO, Toivo ya Toivo, „seit 1968 auf Robben Island bei Kapstadt gefangengehalten, und vier seiner Mithäftlinge […] wurden am 29.2.1984 ins Gefängnis nach Namibia verlegt". Dies werde in der Presse „als erster Schritt auf dem Wege zu Gnadenerlaß für Toivo ya Toivo angesehen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 34; Referat 320, Bd. 138098.
Am 5. März 1984 informierte Lahusen, Toivo ya Toivo habe am 2. März 1984 nach seiner Freilassung eine Presseerklärung in Windhuk-Katatura abgegeben: „Toivo gilt als relativ moderater, nicht-marxistischer, nationalistischer Führer der SWAPO, mit einem Führungscharisma, dessen fortdauernde Kraft der enthusiastische Empfang in Windhuk-Katatura unter Beweis gestellt hat." Sein „Eigengewicht" werde sich aber „erst langsam entwickeln" können. Vgl. den Drahtbericht Nr. 36; Referat 320, Bd. 138098.

285

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-493.00/0 **15. Oktober 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Bevorstehende Weltraumentscheidungen der Bundesregierung;
hier: Optionenpapier des BMFT[3] für Koalitionsgespräch

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 5

Kurzfassung

Das vom BMFT vorgelegte Optionenpapier zeigt, daß die Bundesregierung nur einen geringen Spielraum bei den bevorstehenden Weltraumentscheidungen hat. Die einzige realistische Variante ist die zeitliche Streckung des autonomen Teils des europäischen Weltraumprogramms (d. h. Hermes[4] und das freifliegende Labormodul MTFF[5] von Columbus[6]). Dieses Konzept verlangt vorhergehende intensive Konsultationen mit unseren ESA-Partnern, insbesondere mit F, über die Streckung von Hermes sowie die Anpassung unseres Verhandlungsziels bei Columbus. An einer Grundsatzentscheidung für alle drei Großprojekte wird die Bundesregierung jedoch nicht vorbeikommen, ohne ihre technologiepolitischen und außenpolitischen Interessen zu gefährden.

1) Das BMFT hat, einem Wunsch des BMF folgend, zur Vorbereitung des Koalitionsgesprächs über Raumfahrtfragen (noch nicht terminiert[7]) ein Optionenpapier vorgelegt, das die der Bundesregierung offenstehenden Entscheidungsalternativen darlegen soll. Das BMFT stellt folgende Thesen an den Anfang des Papiers:

– Europa braucht mehr Autonomie in der Weltraumtechnik;
– Europa braucht bemannte Raumfahrt;
– Europa braucht weiterhin die Kooperation mit den USA im Weltraum;
– wir müssen uns angemessen an dem europäischen Weltraumprogramm beteiligen und dies durch ein entsprechendes nationales Programm ergänzen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blankenstein und Legationsrat I. Klasse Ammon konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 2. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Siehe Ergebnis Hausbesprechung bei BM am 2.11."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 3. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte „H[errn] Ammon."

3 Staatssekretär Ziller, Bundesministerium für Forschung und Technologie, übermittelte am 9. Oktober 1987 eine Aufzeichnung zu „Entscheidungen zur deutschen Weltraumpolitik 1988–2000". Vgl. dazu Referat 431, Bd. 154475.
Für das Papier in der Fassung vom 26. Oktober 1987 vgl. Referat 431, Bd. 154475.

4 Zum Hermes-Projekt vgl. Dok. 13, Anm. 6.

5 Man-Tended Free Flyer.

6 Zu den Verhandlungen der ESA-Mitgliedstaaten mit den USA über eine europäische Beteiligung an der Internationalen Raumstation („Columbus") vgl. Dok. 13.

7 An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „3.11., 14–18 h bei BK."

Die ersten drei Thesen entsprechen dem ESA-Beschluß von Rom vom 31. Januar 1985.[8] Die Forderung nach einem national geführten Programm ist die Konsequenz aus der Erfahrung, daß ein nationales Programm Voraussetzung für eine gestaltende Rolle in der ESA ist (Beispiel F).

2) Das BMFT sieht vier Entscheidungsalternativen:

Modell A

Umfassende Kürzung des ESA-Programmvorschlags sowie des nationalen Programms um 15%. Ariane V würde sofort, Columbus und Hermes zeitlich gestreckt realisiert. Dies führt zu folgender Kostenbelastung für den Bundeshaushalt bis zum Jahr 2000:

Großprojekte	
(Ariane V, Hermes, Columbus)	9 Mrd. DM
Übriges ESA-Programm	10,1 Mrd. DM
Nationales Programm	7,8 Mrd. DM
DFVLR[9]-Förderung	2,5 Mrd. DM
Gesamtaufwand	29,4 Mrd. DM

Modell B

Wie Modell A, jedoch wird vor einer Entscheidung über den Bau von Hermes noch eine dreijährige Vorentwicklungsphase geschaltet. Je nachdem, ob Hermes gebaut würde oder nicht, entstünden Gesamtkosten von 28,5 Mrd. DM bzw. 25,5 Mrd. DM.

Modell C

Wie Modell A, jedoch definitiver Verzicht auf Hermes.

Gesamtkosten: 24,9 Mrd. DM.

Modell D

Verzicht auf bemannte Raumfahrt. Hermes und der größte Teil von Columbus entfallen ebenso wie die auf bemannte Raumfahrt ausgerichteten Teile des nationalen Programms.

Gesamtkosten: 22,2 Mrd. DM.

3) Bewertung

3.1) Eine Analyse der Optionen zeigt sehr schnell, daß nur Modell A und B ernsthaft betrachtet werden müssen:

Modell C

Ein Verzicht auf Hermes würde voraussichtlich zu einem Rückzug Fs aus Columbus führen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß ein anderer Partner die entstehende Finanzierungslücke füllen könnte. Ein einheitliches europäisches Konzept wäre gescheitert, unser Verhältnis zu F belastet.

8 Zur ESA-Ministerratstagung am 30./31. Januar 1985 vgl. Dok. 13, Anm. 18.

9 Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt.

Modell D

Ein Verzicht auch noch auf Columbus bliebe hinter dem Kabinettsbeschluß vom 16.1.1985 zurück.[10] Wir hätten damit das europäische Weltraumprogramm zu Fall gebracht. Die Berechenbarkeit unserer politischen Entscheidungen müßte von unseren wichtigsten Partnern und Verbündeten in Zweifel gezogen werden.

3.2) Die Lösungen können daher nur in einer zeitlichen Streckung des Programms liegen (Dies wurde vom BMFT kürzlich auch gegenüber der Presse lanciert). Dabei sind aber folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

– Es ist ungewiß, ob F neben der Streckung von Hermes auch einer Verschiebung der Entscheidung über den Bau bis nach Ablauf einer dreijährigen Vorentwicklungsphase zustimmen wird.
– Mit Hermes müßte auch das freifliegende Labormodul MTFF (das regelmäßig von Hermes und alle drei Jahre – wegen verringerter Nutzlast – durch den US-Shuttle gewartet werden muß) zeitlich verschoben werden. Die Columbus-Verhandlungen haben gezeigt, daß europäische Letztentscheidungsrechte lediglich für das MTFF durchgesetzt werden können. Die Europäer bleiben hinsichtlich des angedockten Labormoduls APM[11] weiterhin nur Juniorpartner der USA. Die USA haben klargemacht, daß sie nur dann bereit sind, den Service für das MTFF zu übernehmen, wenn die ESA-Staaten das APM beistellen. Es ist deswegen von entscheidender Bedeutung, daß bereits heute eine Grundsatzentscheidung für den MTFF (und damit auch für Hermes) getroffen wird, damit der MTFF in das Columbus-Abkommen mit den USA einbezogen werden kann. Das APM ist der Preis, den Europa für die amerikanischen Serviceleistungen für das MTFF bezahlen muß. Von einer Entscheidung der Bundesregierung, nur das APM zu bauen, ist daher dringend abzuraten; es ist darüber hinaus zu vermuten, daß sich wichtige andere ESA-MS (insbesondere F) nicht an einem auf das APM reduzierten Columbus-Programm beteiligen würden.

  Die oben skizzierte Lösung macht eine Anpassung unserer bisherigen Verhandlungsposition zu Columbus (bisherige Forderung: gleichberechtigte Partnerschaft auch bei APM) notwendig.

3.3) Die vom BMFT vorgelegten Kostenrechnungen zeigen, daß die Gesamtkosten unseres Weltraumprogramms bei einer Entscheidung für oder gegen Hermes nur in der Größenordnung von 10% höher oder niedriger ausfallen werden. Die Gefahr, am falschen Ende zu sparen, ist nicht von der Hand zu weisen. Das BMFT muß sich auch fragen lassen, ob nicht in anderen Bereichen gespart werden kann. Die drei Großprojekte kosten zusammen weniger als die Fortsetzung der übrigen laufenden ESA-Programme oder als das nationale Programm (einschließlich DFVLR).

3.4) Für die politische Diskussion wäre es sehr hilfreich, wenn nicht auf der Grundlage von Globalzahlungen in der Größenordnung von 30 Mrd. DM argu-

10 Vgl. dazu die Kabinettvorlage des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 10. Januar 1985; Referat 209, Bd. 130043.
Zum Kabinettsbeschluß vom 16. Januar 1985 vgl. http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1985k/kap1_1/kap2_2/para3_2.html. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 174.

11 Attached Pressurized Module.

mentiert würde, sondern wenn allein die Kosten, über die jetzt entschieden werden soll, betrachtet würden (Hermes kostet gemäß Modell A 3,6 Mrd. DM über 13 Jahre verteilt).

4.1) Das BMFT hat seinem Optionenpapier ein Positionspapier zur Frage der Weltraumagentur beigefügt. Dabei werden zwei unterschiedliche Lösungsansätze vorgestellt, zwischen denen laut BMFT zu entscheiden ist:

– Koordinierungskonzept (vom BMFT favorisiert):
Danach verbleibt die Zuständigkeit für Raumfahrt weiterhin bei den Ressorts (insbesondere BMFT). Man will jedoch die Koordinierung durch Schaffung eines interministeriellen Ausschusses verbessern und die Vorbereitung und Durchführung der Programme in die Hände einer (privatrechtlichen) Agentur legen.
– Bündelungskonzept:
Hiernach werden Zuständigkeiten für Weltraum von den Ressorts auf eine (öffentlich-rechtliche) Agentur übertragen. Diese wird von einem interministeriellen Ausschuß gesteuert.

4.2) Aus Sicht des AA, aber auch BMV und z.T. des BMWi, sollte die Agentur nicht auf reine Durchführungsaufgaben beschränkt werden. Die Fachkompetenz der Agentur muß durch Delegation von Verantwortung ergänzt werden. Nur dann wird die Agentur bei der Vertretung unserer Interessen von unseren internationalen Partnern überhaupt ernst genommen werden. Die Agentur sollte neben der Durchführung von Projekten auch mit der Planung eines Weltraumkonzepts beauftragt werden. Dieses Konzept wäre dann von dem interministeriellen Ausschuß auf AL-Ebene, in dem der BMFT den Vorsitz führt, im Konsens zu billigen. Das BMFT trüge gegenüber dem Parlament weiterhin die Ressortverantwortung für die aus seinem Haushalt finanzierten Weltraumprogramme.

4.3) Das BMWi (PStS Riedl) hat erkennen lassen, daß es eine Verschiebung der Agenturentscheidung vorzieht. Das AA hat sich bisher dagegen ausgesprochen, da die angestrebte Übertragung von Verantwortlichkeiten vom BMFT auf die Agenturen nur im Paket mit den übrigen Weltraumentscheidungen durchsetzbar erscheint.

5) Vorschlag für AA-Position

Der Entscheidungsspielraum der Bundesregierung ist nur gering. Eine gegenüber unseren Partnern durchsetzbare Lösung, die auf außenpolitische Gesichtspunkte Rücksicht nimmt und unsere technologiepolitischen Interessen wahrt, sollte aus folgenden Elementen bestehen:

Die Bundesregierung entscheidet sich vor dem ESA-Ministerrat[12]

– für einen Bau der Ariane V (Beginn Bauphase: 1.1.1988);
– für eine Fortsetzung der Verhandlungen mit den USA über Columbus mit dem Ziel, das europäische Selbstbestimmungsrecht über das freifliegende Labormodul MTFF durchzusetzen sowie eine amerikanische Wartungszusage für dieses zu erhalten;

12 Zur ESA-Ministerratstagung am 9./10. November 1987 in Den Haag vgl. Dok. 315, Anm. 3.

– parallel hierzu Gespräche mit unseren ESA-Partnern über eine mögliche zeitliche Streckung von Hermes und über eine Einsparung bei den übrigen laufenden Programmen zu führen;
– für die Errichtung einer privatrechtlich organisierten, mit eigenen Kompetenzen ausgestatteten Weltraumagentur.

Die Bundesregierung kann diese Verhandlungen nur dann ernsthaft führen, wenn sie grundsätzlich bereit ist, bei einem befriedigenden Ergebnis sich auch tatsächlich an den drei Großprojekten zu beteiligen.[13]

Jelonek

Referat 431, Bd. 154475

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach vermerkte am 2. November 1987 für das Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl am Folgetag, die französische Regierung habe am 22. Oktober 1987 „grünes Licht für die Entwicklungsphase aller drei Großprojekte“ (Columbus, Ariane V, Hermes) gegeben: „Präsident Mitterrand und MP Chirac drängen darauf, daß sich die Bundesregierung in Den Haag dem festen französischen Willen zum Aufbau einer bemannten europäischen Raumfahrt anschließt.“ Es bestehe die Gefahr, „daß die Ministerrunde am 3.11. nur dilatorische Entscheidungen trifft bzw. sich auf Kompromisse einigt, die die deutsch-französischen Beziehungen und/oder unsere Raumfahrtinteressen empfindlich beeinträchtigen könnten. […] BM Riesenhuber fürchtet um die Ausgewogenheit des Forschungshaushalts und taktiert defensiv. Für BM Stoltenberg hat die Steuerreform oberste Priorität. Für BM Bangemann steht am 3.11. auch der Airbus auf der Tagesordnung. Der Bundeskanzler sieht sich zwischen Steuerreform und Frankreich. Nur MP Strauß dürfte vorbehaltlos für eine deutsche Beteiligung an der Entwicklungsphase der drei Großprojekte plädieren.“ Dem Auswärtigen Amt falle daher eine Schlüsselrolle zu. Vgl. Referat 431, Bd. 154475.
Am 6. November 1987 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach die Botschaft in Paris, ein Schreiben Kohls vom selben Tag an Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac zu übermitteln. Darin hieß es: „Trotz erheblicher finanzieller Anforderungen ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, sich an dem von der Europäischen Weltraumorganisation vorgeschlagenen langfristigen Weltraumplan bis 2000 einschließlich der Entwicklungs- und Bauphasen der drei Großprojekte Ariane V, Columbus und Hermes zu beteiligen, allerdings auf einem etwa 15 bis 20 % niedrigeren Gesamtkostenniveau und mit der Maßgabe, beim Hermes-Programm nach Ablauf einer Phase von etwa drei Jahren die Fortsetzung des Programms überprüfen zu können. Der positive Grundsatzbeschluß der Bundesregierung wird für den kommenden ESA-Rat auf Ministerebene eine gute Ausgangsbasis für konstruktive Verhandlungen sein.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 154475.

286

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler

311-321.00 LIY **15. Oktober 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 4

Betr.: Deutsch-libysche Beziehungen;
hier: Erneute Entsendung eines Botschafters nach Tripolis

1) Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“[4] und der von den USA unterstellten libyschen Beteiligung daran und in Ausführung der Beschlüsse der Außenminister der Zwölf vom 14. und 21. April 1986[5] führte die Bundesregierung im Mai 1986[6]

– Reduzierung der Zahl der diplomatischen und konsularischen Vertreter an den Vertretungen in Bonn und Tripolis;
– Einschränkung der Bewegungsfreiheit der libyschen Diplomaten auf den Bereich Bonn;

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Dassel und Legationsrat Haßmann konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Oktober 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 17. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 19. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretär verfügte „z[ur] Vorlage b[ei] H[errn] StS S[udhoff] gem[äß] W[ei]s[un]g BM, s[iehe] S. 3.“ Vgl. Anm. 18.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 20. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 26. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit „unter Verschluß“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „StS würde gerne eine Stellungnahme haben, ob dies nach Ihrer Ansicht derzeit ‚in die Landschaft paßt‘.“
Hat Schlagintweit am 26. November 1987 vorgelegen. Für seine Stellungnahme vgl. Anm. 17.
Hat Zeisler am 23. Februar 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich notierte: „Mit H[errn] Glatz (bei Teltschik) gesprochen – er fragt nach.“
Hat Zeisler am 2. März 1988 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage für den 15. April 1988 verfügte.
Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. März 1989 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage für den 15. Juli 1989 verfügte.
Hat Zeisler am 28. November 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an „RL 311“ verfügte. Dazu teilte er handschriftlich mit: „Bei Übergabe an neuen Pers[önlichen]Ref[erenten] wurde mit StS Su[dhoff] besprochen, daß der V[organ]g im Referat z[u] d[en] A[kten] gegeben werden sollte.“ Vgl. die Begleitvermerke; Referat 311, Bd. 140015.

4 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) vgl. Dok. 9, Anm. 7.

5 Bei den Konferenzen im Rahmen der EPZ am 14. April 1986 in Den Haag und am 21. April 1986 in Luxemburg beschlossen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten Maßnahmen gegen Libyen und andere Staaten, „die eindeutig an der Unterstützung des Terrorismus beteiligt sind“. Dazu gehörten: „Einschränkung der Bewegungsfreiheit der libyschen Diplomaten und des libyschen Konsulatspersonals; strengere Bestimmungen für die Erteilung von Ein- und Ausreisevisa; Verringerung des Botschaftspersonals der Vertretungen der Mitgliedstaaten in Libyen auf eine für die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen erforderliche Mindestzahl“. Ferner sollten Libyer, die „von einem Mitgliedstaat wegen Verdachts auf Unterstützung des Terrorismus“ ausgewiesen worden seien, nicht mehr in das Hoheitsgebiet eines anderen EG-Mitgliedstaats einreisen dürfen. Vgl. BULLETIN DER EG 4/1986, S. 117–119.

6 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

– strikte Handhabung des auf libysche Staatsangehörige anwendbaren Verfahrens zur Sichtvermerkserteilung;
– keine Zulassung von libyschen Diplomaten, die bereits aus anderen EG-Ländern ausgewiesen wurden.

Zusätzlich wurde als eigene, davon unabhängige Maßnahme beschlossen, anstehenden deutschen Botschafter in Tripolis „zunächst nicht zu ersetzen".[7]

2) In den vergangenen 1 1/2 Jahren hat Libyen mehrfach Interesse an der Normalisierung der Beziehungen signalisiert. Terroristische oder sonstige gewalttätige Aktionen mit libyschem Hintergrund haben in dieser Zeit in der Bundesrepublik nicht stattgefunden. Allerdings soll Abu Nidal weiter ein Büro in Tripolis unterhalten. Unsere Botschaft berichtet von innenpolitischen Entwicklungen, die auf die Entmachtung der radikalen Revolutionskomitees und Rückkehr zu geregelteren Verhältnissen hinauslaufen.

Von unseren EG-Partnern sind B, E, GR, F, DK auf Botschafterebene in Tripolis vertreten, d. h. alle europäischen am Platz vertretenen Partner.

Wie die Botschaft Tripolis berichtet, hat das libysche Außenministerium die Entsendung eines neuen Leiters für das Volksbüro Bonn angekündigt und bittet darum, ihn protokollarisch als Botschafter einzustufen.[8] Botschaft Tripolis hatte vorgeschlagen, dieses Signal für Entsendung eines neuen deutschen Botschafters abzuwarten.

Anfang Juli 1987 besuchte eine libysche Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Staatssekretärs im Industrieministerium, Ali Ghariani, die Bundesrepublik Deutschland. Bei einem Gespräch mit D 3[9] betonten beide Seiten ihr Interesse an einer Normalisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen.[10] Im gleichen Sinne demarchierte der libysche Geschäftsträger in Bonn im September dieses Jahres.[11]

7 Der bisherige Botschafter in Tripolis, Enders, trat am 2. Juli 1986 seinen neuen Posten als Botschafter in Kingston an.

8 Botschaftsrat Vorwerk, Tripolis, berichtete am 13. Oktober 1987, das libysche Außenministerium habe mit Note vom Vortag mitgeteilt, „daß Herr Suleiman el-Areibi zu neuem Sekretär L[ibyschen]V[olks]-B[üros] Bonn ernannt worden sei", und gebeten, diesen „protokollarisch als Botschafter einzustufen". El-Areibi, derzeit Leiter des libyschen Volksbüros in Warschau, sei ein qualifizierter Karrierediplomat: „Botschaft regt an, libyschem Petitum zu entsprechen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 614; Referat 311, Bd. 140015.
Am 22. November 1987 informierte Vorwerk, ihm sei mitgeteilt worden, „daß der als neuer Leiter des LVB Bonn ausersehene Suleiman el-Areibi am 5.11.1987 verstorben sei. Er sei bereits seit längerer Zeit erkrankt gewesen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 441; Referat 311, Bd. 140015.

9 Reinhard Schlagintweit.

10 Ministerialdirektor Schlagintweit informierte die Botschaft in Tripolis am 11. September 1987: „Der Besuch einer LIY Wi[rtschafts]-Delegation in Bonn (Juli 1987) hat dazu beigetragen, Mißverständnisse auszuräumen und den Boden für eine Neubelebung der stagnierenden bilateralen Wi-Beziehungen zu ebnen. Wenn die von der LIY-Seite zugesagten Bemühungen um eine Begleichung der Außenstände deutscher Firmen bis zum Jahresende 1987 nach Aussagen der betroffenen Firmen konkrete Ergebnisse erbringen, könnte der begonnene Dialog durch Entsendung einer deutschen Wi-Delegation nach Tripolis – etwa im Frühjahr 1988 – fortgesetzt werden und die Lockerung der (z. Zt. noch haushaltsrechtlich gebotenen) Hermes-Deckungssperre für LIY-Geschäfte geprüft werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 108; Referat 311, Bd. 140015.

11 Legationsrat I. Klasse Görgens notierte am 10. September 1987, der libysche Geschäftsträger Bukhreis habe sich am Vortag bei Ministerialdirektor Schlagintweit „nach den konkreten Schritten zur Verbesserung der d[eu]t[sch]-lib[yschen] Beziehungen erkundigt, die das AA nach

3) Aufgrund der dargelegten geänderten Bedingungen erscheint nun der Zeitpunkt gekommen, die erneute Entsendung eines Botschafters nach Tripolis ins Auge zu fassen. Außer den oben angeführten Argumenten spricht auch dafür, daß wir während unserer EPZ-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 zur Erfüllung der sich daraus ergebenden Aufgaben über eine voll funktionierende Botschaft in Tripolis verfügen sollten.[12] Wir sollten nicht der einzige europäische Staat[13] bleiben, der in Tripolis nur durch einen Geschäftsträger vertreten ist (außer NL).[14]

Die Gefahr von Einwänden der USA sollte uns an der Entsendung nicht hindern. Wir haben den Abzug unseres Botschafters seinerzeit nicht auf amerikanischen Wunsch, sondern in eigener Verantwortung entschieden. Außerdem haben die USA die Tätigkeit der Botschafter anderer westlicher Staaten (u.a. auch Japan) nicht in Frage gestellt.

Allerdings sollten wir sowohl die USA als auch GB vorher vertraulich – etwa durch D2[15] bei Treffen mit seinen Kollegen – von unseren Absichten unterrichten.[16]

4) Es wird daher vorgeschlagen, der Entsendung eines Botschafters im Laufe des Monats Dezember nach Tripolis grundsätzlich zuzustimmen.[17]

Von D3 im Konzept gebilligt.[18]

Fiedler

Referat 311, Bd. 140015

Fortsetzung Fußnote von Seite 1461

seiner letzten Unterredung mit D3 am 3.6. ergriffen habe oder beabsichtige". Vgl. Referat 311, Bd. 140015.

Im Gespräch am 3. Juni 1987 hatte Schlagintweit auf den von Bukhreis übermittelten libyschen „Wunsch nach Wiederentsendung eines deutschen Botschafters nach Tripolis" eine „Prüfung dieser Frage in positivem Geist" in Aussicht gestellt. Vgl. die Aufzeichnung von Görgens vom 5. Juni 1987; Referat 311, Bd. 140015.

12 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist ein gutes Argument."

13 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich ein: „der 12".

14 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich ein: „GB hat diplom[atische] Beziehungen seinerzeit abgebrochen."

15 Hermann Freiherr von Richthofen.

16 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich ein: „Frühestens Ende November, um Abstand zu gewinnen zur Sache ‚iran[ischer] Botschafter in Bonn'."

17 Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte am 2. Dezember 1987 für Staatssekretär Sudhoff: „Nach meinen Erkundigungen hat sich die ‚Landschaft' nicht geändert. Die Botschaft Tripolis berichtet, daß Gaddafis Äußerungen und Handlungen sich im Rahmen des Üblichen bewegen. Innenpolitisch herrscht eher Ruhe. Herr Dingens, den ich bat, sich zu erkundigen, sagte mir vorgestern, die libyschen Aktivitäten seien ‚das Normale'. Es seien keine in der BRD bekannt geworden. Es lägen auch keine haltbaren Hinweise dafür vor, daß Libyen in letzter Zeit in spektakuläre Waffenlieferungen an die IRA verwickelt sei." Vgl. Referat 311, Bd. 140015.

18 Staatssekretär Sudhoff vermerkte an dieser Stelle handschriftlich: „Wir sollten die Neuentsendung intern vorbereiten durch vorherige Unterrichtung des BK."

Bundesminister Genscher vermerkte dazu handschriftlich: „r[ichtig]". Ferner verfügte er: „StS S[udhoff] an T[eltschik]."

287

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal

212-341.81 **16. Oktober 1987**[1]

Über Herrn Dg 21[2], Herrn D 2[3] Herrn Staatssekretär[4] zur Unterrichtung

Betr.: Wiener KSZE-Folgetreffen (WFT)[5];
hier: Bewertung des aktuellen Standes

Bezug: Vorlage vom 17.8.1987 – 212-341.81[6]

1) Zusammenfassung und Wertung

Nach einer Periode verbreiteter optimistischer Erwartungen vor und zu Beginn der vierten Phase des WFT sind die Beiträge der TNS in Wien in Substanz und Ton härter und kontroverser geworden. Auch die Presse hat darüber u. a. mit den Schlagworten „Stagnation", „Verzögerung", „Krise" berichtet.

Diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Sie kann als Anzeichen dafür gewertet werden, daß das WFT nunmehr ernsthaft vor Verhandlungen für ein Schlußdokument steht. Für die zweite Oktoberhälfte werden die sogenannten Koordinatorenpapiere der N+N zu allen, auch den noch ausstehenden Verhandlungsbereichen erwartet. Erst danach können die eigentlichen Verhandlungen beginnen. Die Teilnehmerstaaten bringen z. Zt. ihre (nationalen) Positionen in aller Härte ein, um dadurch die Verhandlungsgrundlage zu beeinflussen. Für eine Neu- oder Umorientierung östlicher KSZE-Prioritäten gibt es keine Anhaltspunkte.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal und Vortragendem Legationsrat Altenburg konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 16. Oktober 1987 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 16. Oktober 1987 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 19. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Genscher am 15. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erbitte erneute Bewertung zum Jahreswechsel."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Kastrup an Referat 212 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] W[ei]s[un]g BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 16. November 1987 vorgelegen.
Hat Richthofen am 17. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Kastrup und Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal „m[it] d[er] B[itte] um w[eitere] V[eranlassung]" verfügte.
Hat Vollmar-Libal am 22. Dezember 1987 erneut vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Wohl durch meine Aufzeichnung vom 18. Dezember 1987 mit erledigt. Z[um] Vorgang."

5 Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 225.

6 Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal gab einen Ausblick auf die ab 22. September 1987 beginnende vierte Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz in Wien: „Die eigentlichen Verhandlungen über ein Schlußdokument beginnen erfahrungsgemäß erst, wenn ein erster Entwurf der N+N-Staaten zur Verfügung steht. Die N+N-Staaten haben einen solchen Entwurf für Mitte Oktober angekündigt. Eine sich aus westlichen, östlichen und N+N-Teilnehmerstaaten zusammensetzende Redaktionsgruppe muß dann versuchen, auf der Grundlage dieses Entwurfs einen für alle Beteiligten akzeptablen Kompromißtext für ein Schlußdokument auszuhandeln". Vgl. Referat 212, Bd. 158440.

Die Starrheit allerdings, mit der der Osten sich z. B. im Bereich menschlicher Kontakte auf alte Positionen zurückzieht, läßt schwierige Verhandlungen erwarten und die Aussichten auf einen Abschluß der Wiener Konferenz noch in diesem Jahr drastisch schwinden.

In dieser Lage sind Gelassenheit in der Bewertung, Beharrlichkeit in der Verfolgung unserer Ziele und Stärkung der Autorität der Koordinatoren unter höchstmöglicher westlicher Geschlossenheit erforderlich. Westliche Konzessionen zum jetzigen Zeitpunkt würden vermutlich nur konsumiert, ohne das Ergebnis und/oder den Zeitpunkt des Konferenzabschlusses beeinflussen zu können.

2) Im einzelnen

2.1) In den letzten Tagen haben verschiedene Delegationen ihre Positionen hart und kompromißlos vorgetragen.

– In Korb I verweigern die WP-Staaten die Behandlung des Papiers des Koordinators zur Religionsfreiheit[7], bis ein östliches Non-paper zu wirtschaftlichen und sozialen Rechten behandelt wird.[8] Dieses östliche Non-paper zu Menschenrechten läuft praktisch auf eine Neuformulierung und Umschreibung der Helsinki-Schlußakte[9] im Sinne einer neuen Rangfolge der Menschenrechte hinaus. Deren Folge wäre eine für den Westen unakzeptable Verwässerung der Implementierungsverpflichtung bei individuellen Menschenrechten, ohne daß damit eine Verbesserung bei der Implementierung wirtschaftlicher und sozialer Rechte zu erreichen wäre.

  (Osten behauptet, daß sich individuelle, wirtschaftliche und soziale Rechte gegenseitig bedingen, und begegnet der Forderung nach Respektierung der ersteren dann mit dem Hinweis auf die unvollkommene Verwirklichung der letzteren.)

  Diese Entwicklung bestätigt unsere Ausgangsbeurteilung, daß es in Wien äußerst schwer werden kann, zu neuen, westlich inspirierten, für den Osten akzeptablen Menschenrechtstexten zu kommen.

7 Für das Non-paper des Koordinators für Korb I, Torovsky, vom 1. Oktober 1987 vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation in Wien vom 1. Oktober 1987; Referat 212, Bd. 153436.

8 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 7. Oktober 1987: „Osten verweigert gegenwärtig die Behandlung des Koordinatorenpapiers zur Religionsfreiheit mit der unzutreffenden Behauptung, der Westen verweigere das Gespräch über Wirtschafts- und Sozialrechte. Um seine Forderung zu unterstreichen, hat er ein Non-paper, das sich im wesentlichen mit den Wirtschafts- und Sozialrechten beschäftigt, vorgelegt." Darin zeige sich der Versuch, „auf die allgemeine Struktur von Prinzip VII in einem Wiener Schlußdokument Einfluß zu nehmen und diese einseitig weiterzuentwickeln". Deutlich werde „der östliche Ansatz, statt einer besseren Implementierung der Menschenrechte sein Menschenrechtsverständnis und den Vorrang des Staates – und damit konsequenterweise die einschränkenden Elemente – in den Vordergrund zu stellen. Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialrechte bleibt das Papier selektiv und weicht nicht unerheblich von den Formulierungen der entsprechenden Texte in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ab. Die Aufforderung zu konkreten Maßnahmen enthält politische Verpflichtungen, die angesichts der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsunterschiede, aber vor allem im Hinblick auf die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, unrealistisch sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1494; Referat 212, Bd. 153430.
Für das von Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Rumänien und der UdSSR eingeführte Non-paper zu Prinzip VII vom 6. Oktober 1987 vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation in Wien vom selben Tag; Referat 212, Bd. 153436.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

– In Korb III haben WP-Staaten praktisch jeder einzelnen Aussage eines von A und CH vorgelegten Kompromißpapiers[10] Änderungswünsche entgegengestellt. Sie versuchen damit, faktisch die Ausgangslage vor Einbringung des A/CH-Papiers wiederherzustellen. Die östliche Haltung erscheint verhandlungstaktisch motiviert zu sein. Sie steht im Gegensatz zu den Signalen der Kompromißbereitschaft in diesem Bereich in den Vorphasen. Im Bereich der menschlichen Kontakte (Bern-Materie) kann den östlichen Delegationen zudem entgegengehalten werden, daß ihre Haltung jetzt hinter dem Berner Kompromiß[11] und im Gegensatz zu ihren eigenen selbstverpflichtenden Beteuerungen steht, den Berner Kompromiß unilateral oder bilateral verwirklichen zu wollen.
– USA haben der SU-Delegation bilateral und vertraulich eine Liste konkreter (als notwendig, aber nicht auslösend bezeichneter) Bedingungen präsentiert, ohne deren Erfüllung Moskau als Ort einer humanitären Konferenz[12] ausscheide (u. a. Freilassung politischer und religiöser Gefangener, Beendigung des Jamming, Änderung bestimmter sowjetischer Strafrechtsbestimmungen). Diese US-Haltung ist uns aus Konsultationen bekannt. Sie scheint uns und den meisten anderen westlichen Partnern problematisch. US scheinen sich damit alle Optionen bis zum Ende offenhalten zu wollen und bilateralisieren wichtige Konferenzmaterie. Realistischerweise muß man aber sehen, daß dies auch in der Vergangenheit nicht anders war.
– Infolge einer zwar positiv votierenden Vorlage, die auf politischer Ebene aber eine negative Entscheidung auslöste, ist GB z. Zt. nicht in der Lage, sich zu der Möglichkeit einer Moskauer Konferenz zu äußern oder auch Bedingungen dafür zu erörtern.[13] Dies braucht den Konferenzfortgang so lange nicht zu behindern, wie am Verhandlungstisch die östliche Obstruktion in der menschlichen Dimension im Vordergrund steht. Im weiteren Stadium der Verhandlungen, auch zu Folgeveranstaltungen, kann die britische Haltung aber zu schweren Verzögerungen führen.
– SWE lehnte den Text des Koordinators zum Umweltschutz[14] ab, der die nordischen, insbesondere schwedischen Maximalforderungen besonders zur Luft-

10 Zum österreichisch-schweizerischen Non-paper vom 30. Juli 1987 zu Korb III vgl. Dok. 225, Anm. 37.

11 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

12 Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

13 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 9. Oktober 1987 mit, der Leiter der britischen KSZE-Delegation, O'Keefe, habe ihn über die veränderte Haltung seiner Regierung zu einer Menschenrechtskonferenz in Moskau informiert, „die aufgrund einer positiven Ministervorlage (Nutzung der Hebelwirkung) nach Fühlungnahme zwischen AM und Premierminister eher restriktiv ausgefallen sei. Britische Haltung zu Moskau sei jetzt nicht mehr ‚yes, if', sondern ‚no, unless'. Ohne sehr viel verbindlichere und substantiellere sowjetische Verpflichtungen zu Menschenrechten und menschlichen Kontakten, als man sie bislang gesehen hätte, könne GB nicht einmal die Möglichkeit einer von der SU vorgeschlagenen Konferenz in Moskau ins Auge fassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1515; Referat 212, Bd. 153430.

14 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 6. Oktober 1987: „Koordinator verteilte heute (6.10.) sein in eigener Verantwortung erstelltes Papier zum Umweltschutz und zur Reaktorsicherheit. […] Papier ist unter weitestgehender deutscher Mitarbeit entstanden. […] Das Papier basiert weitestgehend auf EG/US-Vorstellungen, ja, es scheint teilweise das Problem des Koordinators gewesen zu sein, einen Text zu finden, der, wenn schon nicht in den Elementen, so doch in der Sprache leicht von den EG-Vorschlägen abweicht. Nur in geringerem Maße fanden Vorstellungen der nordischen Staaten bzw. der osteuropäischen Länder Eingang in das Papier." Als Erfolg wertete Eickhoff,

reinhaltung[15] nicht voll berücksichtigte, für EG und USA aber – bereits nur unter großen Mühen – annehmbar wäre.

– ČSSR bekräftigte mit WP-Unterstützung seinen Anspruch auf das West-Ost-Wirtschaftsforum[16]. Die vorgelegten detaillierten östlichen Mandatsvorstellungen, die sich weitgehend denen der EG[17] nähern, signalisieren östliches Interesse an der Veranstaltung, machen aber deutlich, daß aus östlicher Sicht verhandlungstaktisch noch nicht der Moment zu Kompromissen in der Ortsfrage gekommen scheint. Daraus ergibt sich keine Notwendigkeit einer Änderung unserer bisherigen Linie.

– Verschiedene N+N betonen ihre Ansprüche – u. a. durch Unterstützung des schwedischen Vorschlages WT.131 zu KRK[18] – auf grundsätzlich volle Teilhabe an europäischen Sicherheits- und Abrüstungsverhandlungen. Die bisherigen Arbeiten sowohl in der Arbeitsgruppe S als auch im Rahmen der 23 machen keine Änderung unserer Linie erforderlich.

2.2) Das Anliegen der TNS, durch Einbringen ihrer nationalen Positionen die Verhandlungsgrundlage – vor allem soweit Koordinatorenpapiere noch nicht vorliegen oder gerade im Entstehen sind – zu beeinflussen, ist erkennbar. Dies sollte als Anzeichen dafür gewertet werden, daß das WFT nunmehr ernsthaft vor Verhandlungen für ein Schlußdokument steht. Dies war bisher in dieser Form nicht der Fall, nicht zuletzt, weil Zeitdruck fehlte.

Für eine Neu- oder Umorientierung östlicher, insbesondere sowjetischer KSZE-Prioritäten gibt es keine Anzeichen. Nach wie vor liegen die zentralen und vorrangigen östlichen Interessen im Sicherheitsbereich, gefolgt von Zielsetzungen in Korb II. Dies sind auch die Bereiche, in denen sich die WP-Staaten auch jetzt um raschere Fortschritte bemühen. Dies gilt insbesondere für den Sicherheits-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1465

„daß trotz heftigem osteuropäischen Widerstandes unsere Gedanken zum Verursacherprinzip und Schutz der Ozonschicht Eingang in den Text gefunden haben". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1488; Referat 212, Bd. 153430.

Für das Non-paper des Koordinators für Korb II, Clavel, vgl. die Fernkopie Nr. 218 des Botschaftsrats Jessen, Wien (KSZE-Delegation), vom 6. Oktober 1987; Referat 212, Bd. 153436.

15 Zu den auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingebrachten Vorschlägen der nordischen Staaten zum Umweltschutz vgl. Dok. 106, Anm. 23.

16 Zum Vorschlag der ČSSR, der DDR, Polens und Ungarns vom 15. Dezember 1986 für ein Wirtschaftsforum in Prag vgl. Dok. 106, Anm. 14.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 9. Oktober 1987, die ČSSR habe am selben Tag eine „Präzisierung von Mandat und zeitlichem Ablauf für ihren Vorschlag eines Wirtschaftsforums vorgenommen. Danach soll das Forum ca. acht Monate nach Abschluß des WFT durchgeführt werden und nach einem Vorbereitungstreffen – das hauptsächlich methodischen und organisatorischen Fragen gewidmet sein soll – drei Wochen dauern. In Ergänzung des bisherigen Vorschlags erstreckt ČSSR Teilnahme jetzt ausdrücklich auf leitende Persönlichkeiten aus Handel, Industrie, Finanzwesen, Wissenschaft und Technik. ČSSR erklärt darüber hinaus Bereitschaft, während des Forums die Verbesserung der geschäftlichen Rahmenbedingungen, die Entwicklung von Kontakten zwischen Geschäftspartnern und eine Ausweitung der Wirtschaftsinformation zu diskutieren." Alle Beratungen würden öffentlich zugänglich sein: „SU, RUM und BUL erklärten im Plenum ihre Miteinbringerschaft, so daß ČSSR-Vorschlag jetzt vom gesamten Osten getragen wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1518; Referat 212, Bd. 153430.

Für den Vorschlag CSCE/WT.3/Addendum 2 vom 9. Oktober 1987 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

17 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

18 Zu dem von Schweden am 31. Juli 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführten Vorschlag für eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (CSCE/WT.131) vgl. Dok. 225, Anm. 30.

bereich, der nach wie vor der Bereich sein dürfte, an dessen Entwicklung die SU ihre Kompromißbereitschaft in anderen Feldern abmessen wird.

3) Auf die Möglichkeit einer Stagnation in der Phase vor der Präsentierung von Kompromißtexten durch die Koordinatoren war bereits in der Bezugsvorlage hingewiesen worden. In der gegenwärtigen Lage sind Gelassenheit in der Bewertung, Beharrlichkeit in der Verfolgung unserer Ziele und Stärkung der Autorität der Koordinatoren unter höchstmöglicher westlicher Geschlossenheit erforderlich. Konzessionen zum jetzigen Zeitpunkt werden vermutlich konsumiert, ohne das Ergebnis und/oder den Zeitpunkt des Konferenzabschlusses wesentlich beeinflussen zu können. Wir sollten daher auch im westlichen Kreis zunächst die Entwicklung bis zur Vorlage aller Koordinatorenpapiere auch in den übrigen Bereichen abwarten.

Vollmar-Libal

Referat 212, Bd. 158440

288

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

114-6078/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. Oktober 1987, 10.27 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2443 **Ankunft: 16. Oktober 1987, 06.10 Uhr**

Betr.: Besuch von MP Strauß in Peking (12. bis 16.10.87);
hier: Gespräch mit MP Zhao Ziyang am 15.10.87

Am 15.10. traf MP Strauß mit MP Zhao zusammen. Er wurde begleitet von den beamteten Mitgliedern der Delegation (u.a. StS Lengl, PStS Riedl), GS Tandler und mir. Das Gespräch, das ursprünglich auf 30 Minuten angesetzt war, dauerte insgesamt 80 Minuten.

1) MP Zhao begann das Gespräch mit bilateralen Fragen. China wolle die Zusammenarbeit mit Westeuropa ausweiten, Deutschland sei dabei ein wichtiger Partner. Er bekräftigte erneut das Ziel einer langfristigen und stabilen Zusammenarbeit mit uns, das schon im Mittelpunkt des Kanzlerbesuches[2] gestanden hatte.

Einen breiten Raum nahm die vorgesehene Kooperation mit Siemens ein.[3] MP Zhao unterstrich die Bedeutung dieses Schlüsselprojektes für die bilaterale Zusammenarbeit, ließ dabei auch gewisse Vorbehalte (Preis, Produktgarantie) erkennen und bat darum, daß Siemens – mit Hilfe seines Besuchers – den

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 16. Oktober 1987 vorgelegen.
2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.
3 Zur Tätigkeit von Siemens in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 11.

Chinesen weiter entgegenkommen möge. MP Strauß erwiderte, es komme bei einer langfristigen Zusammenarbeit nicht nur auf den Preis an, sondern auch auf die intensive Zusammenarbeit im Bereich des Technologietransfers. Eine Produktgarantie („Ausbringungsgarantie") könne eine ausländische Firma aber nur übernehmen, wenn sie auch maßgeblichen Einfluß auf die Produktion (Management, Kündigungsmöglichkeit) habe.

MP Zhao lenkte insoweit ein, als er ankündigte, die Bedingungen für ausländische Investitionen und Joint-ventures sollten denen angeglichen werden, die auch im Ausland gelten. Diese Kooperationen sollten deshalb künftig bessergestellt werden als chinesische Unternehmen. Darüber solle demnächst bilateral verhandelt werden.

MP Strauß ging anschließend auf weitere Projekte der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit ein. Er unterstrich die Bedeutung der gestern vereinbarten Flugzeugkooperation (Mittelstreckenflugzeug MPC-75 von MBB)[4], wies auf die revolutionäre Bedeutung dieses Flugzeugs für den Binnenverkehr hin, erklärte sich befriedigt über das Gespräch über die Anfangsfinanzierung zwischen StS Lengl und Luftfahrtminister Mo und stellte klar, daß die Bundesregierung nur drei Flugzeugprojekte fördern könne. Neben Airbus und DO 328 sei dafür MPC-75 ausersehen.

Nach einem Dank für den bevorstehenden positiven Abschluß des LH-Werft-Projektes[5] sprach MP Strauß das KWU-Projekt Qinshan II an, für das am Vortage noch keine Zusage seitens der Wirtschaftskommission zu erhalten gewesen war.[6] Er erläuterte der chinesischen Seite eingehend die positiven Aspekte der Kernenergie, betonte, es ginge nicht um den Ausstieg aus ihr, sondern darum, sie sicherer zu machen, und wies darauf hin, daß die deutschen Typen drei Sicherheitssysteme aufwiesen, während die sowjetischen nur eins, die anderen westlichen Systeme zwei besäßen.

Die SU verhandele mit uns über den Ankauf von Sicherheitssystemen. MP Zhao ging auf das Thema nicht näher ein.

2) MP Zhao referierte kurz über die chinesische Innenpolitik. Die Politik der Reform und der Öffnung habe große Erfolge erzielt, werde vom Volk begrüßt und sei breit fundiert, so daß keine Änderung zu erwarten sei. Sorge bereite China lediglich die zu hohe Inflationsrate, die reduziert werden müsse.

Der Parteitag[7] werde die weitere Durchführung dieser Politik beschließen. Auch die anstehenden Parteiwahlen würden sich günstig auf die Reformpolitik auswirken und keinesfalls eine Umkehr zur Folge haben. MP Strauß' „alter Freund

4 Zum Projekt eines gemeinsamen Mittelstreckenflugzeugs vgl. Dok. 96, Anm. 17.
In der Presse hieß es: „In Peking ist jetzt der seit längerem geplante Vertrag zwischen MBB und der staatlichen chinesischen China Aero Technology Im- and Export Corporation (Catic) über den gemeinsamen Bau eines Flugzeuges für den Regionalflugverkehr unterschrieben worden. Bei der Vertragsunterzeichnung war auch der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß zugegen, der dem Aufsichtsrat von MBB angehört. Das neue Flugzeug wird unter dem Namen ‚MPC-75' gebaut werden. Es soll ab 1995 lieferbar sein." Vgl. den Artikel „Deutsch-chinesisches Flugzeug ab 1995"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Oktober 1987, S. 20.

5 Zum „Beijing Lufthansa Centre" vgl. Dok. 213, Anm. 16.

6 Zur Tätigkeit von KWU in der Volksrepublik China vgl. Dok. 213, Anm. 17.

7 Der XIII. Parteitag der KPCh fand vom 25. Oktober bis 1. November 1987 in Peking statt.

Deng Xiaoping“[8] werde zwar von seinen Ämtern zurücktreten, er versichere uns aber, daß er seine entscheidende Rolle nicht verlieren werde.

3) MP Strauß lenkte das Gespräch dann auf die Außenpolitik über. Die Beziehungen zwischen den USA und der SU seien in Bewegung. Zu den INF-Verhandlungen bemerkte er, er habe anfänglich gegen die erste Null-Lösung Bedenken gehabt, weil die SU zunächst ihre in Asien stationierten SS-20 habe beibehalten wollen.

Das habe sich geändert. Unser weiteres Ziel sei das Verbot der C-Waffen. Dritter Gegenstand unserer Sorge sei, daß nach einer INF-Vereinbarung 97 Prozent der Nuklearwaffen übrigblieben.

Eine Hoffnung, daß Europa danach nicht mehr mit Nuklearwaffen erreicht werden könne, sei unsinnig.

Bedrückend seien die militärischen Folgen der zweiten Null-Lösung. Durch den Verzicht auf die 72 Pershing I[9] sei es nicht mehr möglich, die zweite und dritte Staffel der SU zu erreichen. Im Bereich zwischen 0 und 500 km Systemen[10] stünden mindestens 1300 sowjetischen Systemen lediglich 88 Lance-Raketen der NATO mit Reichweite von 120 km gegenüber.

Hinter diesen Fragen stehe jedoch die Frage, was Gorbatschow wolle. Wenn er bereit sei, im Gleichklang mit den inneren Reformen nach außen auf Aggressivität zu verzichten, dann wäre die INF-Vereinbarung erträglich. Strebe er jedoch weiter hegemoniale Ziele an, dann sei die Null-Lösung falsch gewesen. Über diese Fragen sei nicht nur bei uns, sondern auch in den USA eine heftige Diskussion im Gange.

MP Zhao entgegnete, China begrüße die erste Null-Lösung als einen Anfang der echten Abrüstung, sei sich darüber aber klar, daß es nur ein kleiner Beginn sei. Werde die Abrüstung nicht fortgesetzt, mache es keinen Sinn, da durch die INF-Vereinbarung nur ein bis zwei Prozent des Potentials betroffen seien. Eine richtige Beurteilung der Politik Gorbatschows sei erst nach Beobachtung seiner weiteren Schritte sinnvoll. Eine Analyse der Entwicklung seit dem 27. Parteikongreß[11] ergebe, insbesondere bei Berücksichtigung der beiden Plenartagungen im Januar und Juni 1987[12], daß die SU unbedingt Reformen brauche, da die Entwicklung sonst stagniere und der Abstand zum Westen größer werde. Nach den Erfahrungen Chinas brauche die SU die äußere Entspannung, wenn sie wirkliche Lösungen wolle. Reformen bedeuteten auch Kürzung der Rüstungsausgaben.

8 Der bayerische Ministerpräsident Strauß führte zuletzt am 5. Oktober 1985 in Peking ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 272.
Deng hatte bereits an Strauß' Begegnung mit dem Vorsitzenden der KPCh, Mao Zedong, am 17. Januar 1975 in Hangchow teilgenommen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 7.

9 Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987; Dok. 235.

10 Korrigiert aus: „IM-Systemen“.

11 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

12 Am 27./28. Januar 1987 fand in Moskau die Plenarsitzung des ZK der KPdSU statt, auf der Generalsekretär Gorbatschow einen Bericht über die Reorganisation der Partei vorlegte. Für den Wortlaut der Rede vom 27. Januar 1987 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 329–393.
Zur Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 25./26. Juni 1987 vgl. Dok. 160, Anm. 9.

Schließlich müsse die SU ihre Außenpolitik ändern, wenn sie ihre Reformpolitik weiterführen wolle. Gorbatschow habe einmal gesagt, die Außenpolitik müsse der Innenpolitik dienen. Wieviel Flexibilität werde die SU aber zeigen? Im Innern seien retardierende Kräfte vorhanden. Bei den drei asiatischen Krisenherden zeichne sich jedenfalls noch keine Änderung ab.[13] Ein chinesisches Sprichwort laute „erst sehen und dann etwas tun". Ein Vertrauen im voraus könne es nicht geben.

MP Strauß bestätigte, daß für uns die gleichen Kriterien gälten. Zu den drei asiatischen Krisenherden träten noch der Golf und Mittelamerika. Gorbatschow habe die Chance, Hoffnungen zu erfüllen, aber Hoffnungen dürften nicht als Tatsache genommen werden.

Abschließend berichtete MP Strauß von seinen Eindrücken mit osteuropäischen Politikern. Sowohl in Ungarn[14] wie in Bulgarien[15] seien Überlegungen über ein neues Verhältnis zwischen Partei und Regierungsapparat im Gange, die unterschiedlich weit gediehen seien und zu denen sich die SU noch nicht klar geäußert habe. MP Zhao erwiderte, auch bei den vorgesehenen chinesischen Reformen gehe es um eine ähnliche Trennung, die Partei werde nicht mehr in die Regierung hineinregieren, Betriebe und lokale Verwaltungen erhielten mehr Verantwortung, und die Partei werde sich auf die oberste Führung beschränken.

[gez.] Hellbeck

VS-Bd. 13670 (341)

13 Zu den „drei Hindernissen" in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen vgl. Dok. 209, Anm. 4.

14 Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Am 9. Oktober 1987 führte er ein Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Grósz am 7. Oktober 1987 vgl. Dok. 277.

15 Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 26. bis 20. August 1987 in Bulgarien auf. Botschafter Lewalter, Sofia, berichtete am 31. August 1987, der Ministerpräsident habe Gespräche mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow und den Ministern für Außenwirtschaftsbeziehungen sowie Wirtschaft und Planung, Lukanow bzw. Owtscharow, geführt: „Strauß teilte mir mit, daß ein Umwelt- und ein Wirtschaftssymposium vereinbart wurden (Beteiligung auf deutscher Seite Bayern, gegebenenfalls auch größerer Rahmen) und daß er im Gespräch mit Lukanow und Owtscharow die Fragen des Donauverkehrs und der Autobahnverbindung durch Südosteuropa bis hin zur Türkei angesprochen habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 490; Referat 012-9, Bd. 138647.

289

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow

331-321.00 NIC VS-NfD **19. Oktober 1987**[1]

Über Dg 33[2], D 3 i. V.[3] Herrn Staatssekretär[4] zur Unterrichtung auf Weisung

Betr.: Bilaterale Beziehungen mit Nicaragua

Bezug: Ihre Weisung vom 14.10.1987

Anlg.: 2[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung über mögliche positive Signale an Nicaragua

1) Ausgangslage

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des DBT[6] vom 7.10.1987 hat BM – auf entsprechende Frage von MdB Wischnewski eingehend – erklärt, wir machten uns derzeit Gedanken, wie ein positives Signal an Nicaragua aussehen könnte. Dabei komme es nicht unbedingt darauf an, vor dem 7. November (= Frist zur Erfüllung des GUA-Abkommens[7]) schon die Entscheidung selbst zu treffen, sondern sie unter bestimmten Bedingungen in Aussicht zu stellen (s. Anlage[8]).

2) Sachstand

Unsere Beziehungen zu Nicaragua waren seit Jahren kühl. Die Sandinisten zeigten uns die kalte Schulter. 1984 wurde die FZ eingestellt, in der TZ gab es seither keine Neuzusagen.

Die begonnenen TZ-Vorhaben[9] laufen allmählich aus. In der Antwort auf die Große Anfrage der SPD vom 25.1.1984[10] hat die BuReg neue Zusagen von folgenden Voraussetzungen abhängig gemacht: Abwendung NICs von der Destabilisierung der Region, Verwirklichung der selbstgesetzten Ziele Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung und Blockfreiheit.[11]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow und Legationsrat I. Klasse Piecha konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent von Schubert am 19. Oktober 1987 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirigent Sulimma in Vertretung von Ministerialdirektor Schlagintweit am 20. Oktober 1987 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Oktober 1987 vorgelegen, der um Rücksprache bat.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8 und 15.

6 Deutscher Bundestag.

7 Zum Friedensabkommen für Zentralamerika vom 7. August 1987 vgl. Dok. 228.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow resümierte die Diskussion über Zentralamerika in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 7. Oktober 1987, die „unter TOP 1 (Bericht des BM über VN-GV) abgehandelt" worden sei und an der sich die Abgeordneten Wischnewski und Wieczorek-Zeul (SPD), Volmer (Die Grünen) und Lamers (CDU) beteiligt hätten. Vgl. Referat 331, Bd. 136364.

9 Zur Technischen Zusammenarbeit mit Nicaragua vgl. Dok. 253, Anm. 21.

10 Für die Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 2. August 1983 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/279, S. 1–4.

11 Für die Antwort der Bundesregierung vom 25. Januar 1984 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/922, S. 1–12.

Schon Monate vor der Unterzeichnung des Friedensplanes von GUA mehrten sich die Signale, daß die Sandinisten ihr Verhältnis zu BuReg verbessern wollen. Bei Besuchen des Sozialministers Téfel[12] und des Leiters der Westeuropa-Abteilung der sandinistischen Partei[13] wurde dies verdeutlicht. Erwartungen an die BuReg richten sich insbesondere auf

– diplomatisch-psychologische Unterstützung für das GUA-Abkommen. NIC weiß sich als Vertragspartei darzustellen, die besonders schnell und weitgehend erfüllt hat. Andere seien nun im Verzug. Namentlich genannt wurden die USA und Honduras;
– Wiederaufnahme der EZ, vor allem FZ-Kredite.

3) Als positive Signale kommen in Betracht:

a) Diplomatisch-psychologische Schritte

– Bilaterale Besuchsdiplomatie: Besuch Dg 33[14] in Managua. Von der hiesigen NIC-Botschaft vorgeschlagen (Vorlage der Abteilung 3 vom 11.9.1987, s. Anlage[15]). Falls der Umsetzungsprozeß des GUA-Friedensplans anhält, jedenfalls keine substantiellen Rückschläge in Nicaragua eintreten, kommt grundsätzlich auch der Besuch von Staatsminister Schäfer in Managua in Betracht.
– Bilaterales Engagement gegenüber Dritten für das GUA-Abkommen:

  USA: Wir bitten die US-Administration um konstruktives Aufgreifen des GUA-Abkommens. Unter Bezug auf die Erklärung der Zwölf zu diesem Abkommen[16], die auch an Staaten mit „Bindungen und Interessen in der Region" appelliert, werben wir in Washington dafür, insbesondere bei der beabsichtigten Beantragung neuer Mittel zur Fortsetzung der Contra-Hilfe[17] Flexibilität zu zeigen. Unser Engagement auf solcher Linie würde von NIC besonders hoch

12 Botschafter Rusnak, Managua, teilte am 7. September 1987 mit: „Leiter (Minister) nic[araguanischen] Instituts für soziale Sicherheit und Wohlfahrt, Lic[entiatus] Reynaldo Antonio Téfel Vélez, wird im Rahmen Europa-Reise (Spanien, Frankreich, Italien, Großbritannien) Bundesrepublik Deutschland vom 20. bis 26.9. besuchen." Ziel des Besuchs sei es, „sich bei deutschen Hilfsorganisationen (u. a. Misereor und Brot für die Welt) wegen Finanzierung von Projekten in Nicaragua umzusehen". Téfel sei außerdem an Gesprächen mit Bundesministerin Süssmuth und mit dem Lateinamerika-Beauftragten des Auswärtigen Amts interessiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 210; Referat 331, Bd. 136369.
Am 23. September 1987 führte Ministerialdirigent von Schubert ein Gespräch mit Téfel über die Lage in Nicaragua und Zentralamerika. Legationsrat I. Klasse Piecha vermerkte am 24. September 1987, die Begegnung sei trotz gelöster Atmosphäre „manchmal kontrovers" verlaufen: „Herr Téfel verfiel gelegentlich in einen propagandistischen Tonfall. Dies war insbesondere der Fall, wenn das Verhältnis zu den USA angesprochen wurde." Vgl. Referat 331, Bd. 136369.

13 Legationsrat I. Klasse Piecha vermerkte am 25. September 1987, der für die „Kontakte zu Westeuropa und insbesondere zur SI" zuständige „Westeuropa-Direktor des Büros für Außenbeziehungen des FSLN, Hernán Estrada", habe am 25. September 1987 Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow die Lage nach Abschluß des Friedensabkommens für Zentralamerika vom 7. August 1987 dargelegt. Die „Gleichzeitigkeit der Schritte, ein tragendes Prinzip des GUA-Abkommens", sei bedroht: „Hier sei insbesondere der Einfluß der Europäer gefragt, vor allem auch der Deutschen. Von ihnen fehlten bisher konkrete Schritte (Einflußnahme auf Washington, bilaterale EH für NIC auf Regierungsebene), die dem Ernst der Situation gerecht würden." Vgl. Referat 331, Bd. 136364.

14 Konrad von Schubert.

15 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit vgl. Dok. 253.

16 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 13. August 1987 zum Friedensabkommen für Zentralamerika vom 7. August 1987 vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1987, S. 115.

17 Zur „Iran-Contra-Affäre" vgl. Dok. 228, Anm. 5.

geschätzt, weil man uns als Hauptverbündetem der USA besonderes Gewicht zumißt.

Im Gegenzug böte ein Gesprächskontakt mit NIC die Gelegenheit, die Forderung von Direktverhandlungen zwischen NIC-Regierung und Contras zu unterstützen.

HON: Betreibt derzeit als enger US-Bündnispartner und einziger der Unterzeichner eine Politik, die die Umsetzung des GUA-Abkommens ernstlich behindern könnte. Die Contra-Logistik wird im wesentlichen von HON aus geführt. Wir haben mit HON ein Besuchsdefizit, das mit dem für 1988 geplanten Arbeitsbesuch von Präsident Azcona[18] (von ChBK[19] noch nicht genehmigt) gedeckt werden soll. Wir könnten bereits im Vorfeld des Besuchs bilateral eine Einflußnahme versuchen.

Schritte dieser Art dürfen nicht losgelöst von der EPZ unternommen werden, sondern müssen die Linie der Zwölf ergänzen und unterstützen.

b) Entwicklungszusammenarbeit

– Stiftungen und freie Träger:

Die privaten Träger der EZ haben ohne Unterbrechung in Nicaragua gearbeitet. Wir könnten sie auffordern, stärker auch mit der Regierung zusammenzuarbeiten, soweit das mit ihren jeweiligen Zielsetzungen vereinbar ist.

– Humanitäre Hilfe:

Akute Notlagen, Voraussetzung der humanitären Hilfe, treten in Nicaragua immer wieder auf. Vor allem ist hier die schärfer gewordene Versorgungskrise bei den meisten Grundnahrungsmitteln zu nennen. Eine weitere Verschlimmerung könnte eintreten, wenn – bei Umsetzung des GUA-Abkommens – der Strom der aus dem Ausland zurückkehrenden Flüchtlinge größer werden sollte. Wir sollten Berührungsängste mit Regierungsstellen aufgeben. Die humanitäre Hilfe ist ein schnell verfügbares Instrument des Auswärtigen Amtes, das auch von der Größenordnung der Mittel her beachtlich sein kann. In der Flüchtlingshilfe sieht auch die EG-Kommission Schwerpunkt für zusätzliche neue EG-Aktivitäten in der Region.

– TZ und FZ:

Dies ist zentral für Nicaragua. Das Land braucht zur Wiederankurbelung der Wirtschaft, die durch Hyperinflation, jahrelanges Schrumpfen des Sozialprodukts und Zahlungsunfähigkeit gekennzeichnet ist, vor allem Kredite, aber auch TZ. Die verzweifelte wirtschaftliche Lage ist Hauptmotiv für die neue Flexibilität der Sandinisten, mit der sie sich die Erschließung neuer Geldquellen erhoffen.

Der BMZ hat die vier bisherigen Voraussetzungen für Neuzusagen (s. o. Abschnitt 2: keine Destabilisierung der Region, Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung und Blockfreiheit) mit der vollen Umsetzung des GUA-Abkommens verknüpft, aber auch Skepsis geäußert, daß bisher noch nie ein kommunistisches Land von sich aus zur Demokratie zurückgekehrt sei.

18 1988 fand kein Besuch des Präsidenten Azcona in der Bundesrepublik statt.
19 Wolfgang Schäuble.

Die Ziele Blockfreiheit und gemischte Wirtschaftsordnung sind nicht unmittelbar Gegenstand des GUA-Abkommens, entsprechen jedoch dessen Geist der nationalen Versöhnung und des regionalen Ausgleichs. Das Abkommen zielt unmittelbar auf Beendigung der wechselseitigen Destabilisierungsversuche in der Region und verpflichtet zu innerer Demokratie und Pluralismus.

Wir sollten eine Wiederaufnahme der EZ nicht förmlich von der vollen Umsetzung des GUA-Abkommens abhängig machen, da

- wir uns damit vom Urteil der Abkommensgremien abhängig machen könnten,
- wir die Möglichkeit zum flexiblen Reagieren aus der Hand geben würden und
- sich die Umsetzung des GUA-Abkommens eher in Richtung eines längeren Prozesses entwickeln dürfte.

Wir sollten die Wiederaufnahme der EZ vielmehr daran knüpfen, daß die positive Entwicklung in Nicaragua eine sich selbst tragende Eigendynamik entwickelt und damit nach unserem Urteil kaum noch umkehrbar geworden ist.

Angesichts der bisher schon erfolgten Öffnungsschritte der Sandinisten könnte künftiger Auslöser beispielsweise die erfolgte Durchführung freier und fairer Wahlen sein. Gemäß dem Abkommen (Art. 4) sollen in der ersten Hälfte 1988 freie Wahlen zum ZA-Parlament stattfinden, danach Kommunalwahlen. Dies setzt die Aufhebung des Ausnahmezustandes[20] voraus.

Mit der Ankündigung neuer EZ unter diesen Voraussetzungen entsprächen wir dem Wunsch Costa Ricas, Wirtschaftshilfe erst nach nachweisbaren, dauerhaften und irreversiblen Konzessionen an Andersdenkende zu geben.

Jagow

Referat 331, Bd. 136364

20 In Nicaragua wurde am 15. März 1982 der Ausnahmezustand verhängt. Botschafter Rusnak, Managua, informierte am 16. Oktober 1985, Präsident Ortega habe am Vortag eine Verschärfung des Ausnahmezustands bekanntgegeben: „Ab sofort würden 13 Artikel des Statuts betreffend die Rechte und Garantien der Nicaraguaner für Dauer eines Jahres aufgehoben: u. a. das Recht auf ‚Habeas Corpus', die Grundrechte der freien Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Streikrecht, Freizügigkeit, Briefgeheimnis und Unverletzlichkeit der Wohnung. Präs[ident] begründete Aufhebung der Grundrechte mit der ständig wachsenden Bedrohung Nicaraguas durch US-Regierung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 263; Referat 331, Bd. 136359.

290

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

21. Oktober 1987[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Konzeptionelle Überlegungen für das erste Gespräch mit der albanischen Führung

Für Ihr erstes Gespräch mit der albanischen Führung[3] sollten folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

1) Die „Befreiung" ist nach offizieller albanischer Geschichtsschreibung und Selbstdarstellung ein tiefer Einschnitt. Der Begriff ist gängige Terminologie und entscheidendes Datum moderner Zeitrechnung. Gemeint ist der Sieg über die deutschen Besatzungstruppen am 28. November 1944 durch Partisaneneinheiten unter Führung von Enver Hodscha, der im November 1941 die Kommunistische Partei gegründet hatte. Nach der Kapitulation Italiens im September 1943 waren deutsche Truppen in Albanien einmarschiert. In amtlichen Veröffentlichungen und im Nationalmuseum auf dem Zentralen Platz der Hauptstadt wird der „Befreiungskampf gegen die faschistischen Besatzer" glorifiziert und die Erinnerung daran nachdrücklich wachgehalten („die Straßen und Plätze Tiranas sind Zeugen des brutalen und barbarischen Terrors des Besatzerfeindes"). Die Befreiung erscheint als „das bezeichnendste Ereignis in der jahrhundertealten Geschichte des albanischen Volkes".

Auf diesem Hintergrund sollten Sie von sich aus bereits in Ihren Eingangsbemerkungen auf das dunkle Kapitel gemeinsamer Geschichte hinweisen und unser Mitgefühl für die Leiden des albanischen Volkes zum Ausdruck bringen. Ihre Gesprächspartner, die nach meinen Erfahrungen[4] Ihnen außerordentlich liebenswürdig und höflich gegenübertreten werden, werden derartige Worte zweifellos zu schätzen wissen.

2) Oberste Maxime albanischer Außenpolitik ist die Wahrung strikter nationaler Unabhängigkeit, die auch in verschiedenen Bestimmungen der Verfassung[5] ihre

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 22. Oktober 1987 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 21. Oktober 1987 vorgelegen.

3 Bundesminister Genscher besuchte Albanien am 23. Oktober 1987. Für das Gespräch mit Präsident Alia in Tirana vgl. Dok. 292.

4 Zu den Gesprächen des Ministerialdirigenten Kastrup über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien vgl. Dok. 30.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix vermerkte am 17. September 1987, Kastrup habe am 15. September 1987 in Tirana „ad referendum (Vorbehalt der Zustimmung beider Regierungen)" die Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Albanien unterzeichnet. Am folgenden Tag habe der albanische Stellvertretende Außenminister Kapllani das Interesse seines Landes an einem Ausbau der Beziehungen vor allem im Bereich der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit betont. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139421.
Die Bundesrepublik und Albanien nahmen zum 2. Oktober 1987 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 868.

5 Für den Wortlaut der Verfassung von Albanien vom 28. Dezember 1976 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 26–44.

Ausformung erfahren hat (z. B. Verbot der Annahme ausländischer Kredite, keine Zulassung ausländischen Kapitals). Nach der leidvollen Geschichte ist diese Einstellung durchaus verständlich (türkische Herrschaft seit Mitte des 15. Jahrhunderts bis 1912, die heute verdrängt wird; Bismarck auf dem Berliner Kongreß 1878[6]: „Albanien ist für mich ein bloßer geographischer Begriff"; die Großmächte erkennen 1913 Albanien als autonomes Fürstentum an und setzen den deutschen Fürsten Wilhelm von Wied als ersten Herrscher ein (März–September 1914)).

Trotz uneingeschränkter Weitergeltung des Grundsatzes nationaler Unabhängigkeit verfolgt die albanische Führung unter Ramiz Alia die Politik einer vorsichtigen Aufgabe der selbstauferlegten Isolation und einer schrittweisen Öffnung gegenüber dem Ausland. Jüngstes Zeichen dafür ist die Bereitschaft Albaniens, an einer Außenministerkonferenz der Balkanstaaten teilzunehmen, zu der Jugoslawien die Initiative ergriffen hat.[7] Der wichtigste Grund für eine aufgeschlossenere Haltung gerade gegenüber dem Westen dürfte die wachsende Erkenntnis sein, daß die wirtschaftliche und technologische Entwicklung des Landes stärkere internationale Kooperationen voraussetzt. Uns gegenüber besteht offensichtlich die Erwartung, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Partner ist, der ihnen viel bieten kann.

Wir sollten die albanische Erwartungshaltung unterstützen und durch die Bekundung unserer Bereitschaft zu möglichst breiter Zusammenarbeit indirekt die Weiterführung des Öffnungsprozesses ermutigen.

3) Auf der KSZE-Landkarte ist Albanien bekanntlich der einzige weiße Flecken. Die Gründe für seine Nichtbeteiligung sind hauptsächlich in den Vorstellungen Tiranas über die nationale Unabhängigkeit des Landes sowie darin zu suchen, daß die USA und die Sowjetunion an dem Prozeß beteiligt sind, der nach albanischer Auffassung ein Herrschaftsinstrument der Großmächte darstellt.

In meinen Gesprächen bin ich bei einer Erörterung der KSZE zwar auf eine ablehnende Haltung gestoßen, glaube allerdings auch, eine gewisse Nachdenklichkeit festgestellt zu haben. Es empfiehlt sich, daß Sie in grundsätzlichen Ausführungen unsere Konzeption von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erläutern. Nach unseren Unterlagen sind Sie der erste westliche Außenminister, der Albanien besucht. Es ist deshalb anzunehmen, daß die albanische Führung bisher keine Gelegenheit hatte, sich mit westlichen Vorstellungen aufgrund von

6 Zur Beilegung der Konflikte auf dem Balkan nach dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 fand vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 in Berlin unter Leitung des Reichskanzlers von Bismarck ein Kongreß der beteiligten Großmächte statt.

7 Botschaftsrat I. Klasse Göckel, Belgrad, berichtete am 9. April 1987, der jugoslawische Außenminister Dizdarević habe ein Treffen der Außenminister der Balkanstaaten angeregt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 241; Referat 214, Bd. 139595.
Am 30. Juni 1987 übersandte Göckel den Wortlaut der Rede, die Präsident Alia am 25. Juni 1987 vor dem X. Kongreß der albanischen Gewerkschaften in Tirana gehalten habe. Alia lehne eine Teilnahme seines Landes an einem solchen Treffen zwar nicht ausdrücklich ab, bestreite jedoch, „daß Jugoslawien sich um die Schaffung einer Atmosphäre des guten Willens, die unerläßliche Bedingung für ein fruchtbares Treffen sei, ausreichend bemühe". Vgl. den Schriftbericht Nr. 806; Referat 214, Bd. 139596.
Ein Treffen der Außenminister Albaniens, Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei fand vom 24. bis 26. Februar 1988 in Belgrad statt.

Darlegungen eines hohen politischen Repräsentanten in unmittelbarem Gespräch vertraut zu machen.

Im Zusammenhang mit den Ost-West-Beziehungen sollten Sie auch unseren Standpunkt in der Deutschen Frage klarmachen. Es wird interessant sein, zu sehen, wie die albanische Führung sich dazu einläßt.

Als weitere Gelegenheit, unseren außenpolitischen Standort darzulegen, bietet sich die Tischrede[8] an.

4) Der Vizeaußenminister[9] hat mir gegenüber aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen hervorgehoben, daß die Zusammenarbeit nicht auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt bleiben sollte. Er erwähnte neben Wissenschaft und Technik ausdrücklich die kulturellen Beziehungen. Wir sollten nachdrückliche Zustimmung zu einem solchen breiten Ansatz zum Ausdruck bringen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet können Sie anbieten (siehe im einzelnen die Sprechzettel[10]):

– Verhandlungen über die Aufnahme der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit,
– Verhandlungen über den Abschluß eines Kooperationsabkommens,
– Bereitschaft zur Entsendung einer deutschen Fachdelegation zur Erkundung der Möglichkeiten einer wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit,
– Gesprächsbereitschaft der Lufthansa über Aufnahme einer Flugverbindung.

Die albanische Seite ist daran interessiert, Studenten in die Bundesrepublik Deutschland zu entsenden, vor allem auf den Gebieten Wasserwirtschaft, Veterinärmedizin, Pflanzenforschung, Mineralogie. Die darin für uns liegende Chance sollte durch Inaussichtstellen von Stipendien genutzt werden.

Kastrup

Referat 214, Bd. 139421

8 Ministerialdirigent Kastrup legte Bundesminister Genscher am 20. Oktober 1987 den „Entwurf einer Tischrede anläßlich des von Staats- und Parteichef Ramiz Alia gegebenen Mittagessens am 23. Oktober 1987 in Tirana“ vor. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139421.
In der Presse wurde berichtet: „Daß Albanien bei einer vorsichtigen Öffnung aus Wirtschaftszwängen besonders an die Westdeutschen denkt, wird aus der Behandlung Genschers ersichtlich: Der ihm übergeordnete Staats- und Parteichef richtete ein Mahl mit zwölf Gängen ‚nach albanischer Haussitte‘ aus und nannte den Gast seinen ‚Freund‘. Der mußte allerdings auf die Verbreitung seiner Tischrede verzichten, weil Alia das Essen so familiär fand, daß Reden überflüssig seien.“ Vgl. den Artikel „In Tirana weht ein Hauch der Allgegenwart Josef Stalins und Enver Hodschas“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Oktober 1987, S. 3.

9 Muhamet Ismail Kapllani.

10 Vgl. die undatierte Aufzeichnung „Besuch BM in Tirana am 23. September 1987; Gesamtgesprächsführungsvorschlag“; Referat 214, Bd. 139421.

291

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6216/87 geheim **Aufgabe: 22. Oktober 1987, 14.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1383 **Ankunft: 22. Oktober 1987, 16.32 Uhr**

Betr.: Überlegungen zur NATO-Strategie und nuklearen Rüstungskontrolle mit Bezug auf SRINF und SNF

Bezug: Telefongespräch mit D 2 A[2] am 21.10.87

Zur Unterrichtung

1) Das Bündnis hat sich durch die Erklärung von Reykjavik vom 12. Juni 1987[3] (Art. 7 und 8) die Aufgabe gestellt, das vorhandene grundlegende Allianzkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung weiterzuentwickeln und dabei als Richtpunkte die in Artikel 7 genannten konkreten Abrüstungsvorhaben aufgeführt. Die Erklärung ist ein Kompromiß, der insbesondere bei der Frage der Behandlung von bodengestützten nuklearen Flugkörper-Systemen von 0 bis 500 km Interpretationen zuläßt. Es hat sich bei den bisherigen Beratungen des Rates über die Ausführung des Ministerauftrages von Reykjavik herausgestellt, daß die wichtigsten Bündnispartner US, GB und F zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auf absehbare Zeit nicht einmal bereit sind, in interne Bündnisberatungen einzutreten über die Ausarbeitung eines Mandats für die rüstungskontrollpolitische Behandlung dieser Systeme, geschweige denn Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt über sie ins Auge zu fassen. Die Brandmauer-These wird nicht mehr mit diesem Begriff, doch inhaltlich weiter verfolgt und für unverzichtbar gehalten. Zwar werden die aus unserer geographischen Lage herrührenden Besorgnisse anerkannt und gewürdigt. Die genannten und auch die meisten übrigen Bündnispartner möchten jedoch zunächst konventionelle Stabilität herstellen und ein CW-Abkommen abschließen.

2) Wir haben als ein wichtiges Ziel einer rüstungskontrollpolitischen Behandlung von SRINF und SNF[4] auch die Abschaffung der (etwa 600) Scud-Raketen bezeichnet, die eine besondere Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland darstellten. Die SU könnte diese Argumentation so verstehen, als ob die genannte Systemkategorie (SRINF 150 bis 500 km) für uns besondere Priorität besitzt und daß wir diese rüstungskontrollpolitisch gesondert erfassen wollen. Sie könnte daher versucht sein, diese Systeme als Einstieg für eine auf Null zielende Rüstungskontrolle im Gesamtbereich bis 500 km Reichweite zu nutzen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Wagner am 23. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationsrat I. Klasse Müller verfügte.
Hat Müller vorgelegen.

2 Josef Holik.

3 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

4 Korrigiert aus: „SNV“.

3) Das hängt davon ab, welchen Wert die Sowjetunion diesem Waffensystem in operativer Hinsicht beimißt und wie sie die Scud in einer Verhandlungslage einschätzen würde.

Die Scud, ein System, mit dessen Einführung Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre begonnen wurde, ist im Inventar aller WP-Staaten. Aufgrund seiner maximalen Reichweite können damit von WP-Territorium Ziele in den meisten NATO-Ländern (B, DK, D, F, GR, LUX, NL, NWG, TUR) abgedeckt werden, und insofern bedeuten die Scud auch keine ausschließliche deutsche Bedrohung. Für die SU haben sie objektiv nur sehr begrenzten operativen und strategischen Wert. Sie sind als taktisch-operatives System, das sie ja von der maximalen Reichweite her sind, relativ ungeeignet (zu geringe Zielgenauigkeit). Ein Nachfolgesystem würde erhebliche Ressourcen in Anspruch nehmen, ohne zusätzliche relevante politisch-strategische Optionen zu eröffnen.

Ein Indiz für die Aufgabe der Scud und deren Modernisierung könnte der Umstand sein, daß die SU zwar Anfang der 80er Jahre mit der Produktion der SS-23 (Nachfolgesystem) begonnen, diese Produktion nach den verfügbaren Informationen nicht fortgeführt und die SS-23 in die INF-Verhandlungen eingebracht hat.

4) Ist somit die Scud für die SU ohne größere Probleme verzichtbar, böte sie sich geradezu als Köder an, um den Westen in Verhandlungen zu locken mit dem Ziel, Europa zu denuklearisieren oder zumindest zu versuchen, das Bündnis in schwere Konflikte zu stürzen. Stellte die SU ihre Scud zur Disposition, so hätte das Bündnis zur Zeit nichts an bestehenden Systemen in die Verhandlungen einzubringen. Die SU könnte diese ungünstige Verhandlungsposition nutzen, um als Kompensation die Einbeziehung von doppelrollenfähigen Flugzeugen zu fordern.

Beschränken wir uns auf Appelle an die SU und deren Bündnispartner, die Scud ohne Ausgleich abzubauen und auf deren Modernisierung zu verzichten, so könnte dies zu einem erheblichen Druck von seiten Moskaus – noch über die vom Bündnis in Reykjavik erwähnten Richtpunkte hinaus – auf eine dritte Null-Lösung hin für den Bereich 150 bis 500 km führen. Diesem Druck wären in erster Linie wir ausgesetzt. Denn wir könnten angesichts unserer bisherigen Argumentation weder der Gegenseite noch der eigenen Öffentlichkeit vermitteln, warum wir das Angebot einer solchen Lösung nicht akzeptieren. Die Verfolgung von Modernisierungsoptionen wäre unter diesen Umständen noch weniger zu begründen. Sie im Bündnis zu unterstützen, würde uns schwerfallen.

5) Wir würden damit von zwei Seiten in Schwierigkeiten geraten, einmal vom WP durch Vorschlag einer Null-Lösung im Bereich der Systeme 150 bis 500 km, zum anderen in der Allianz durch den Widerstand der meisten Bündnispartner, sich mit der Materie zu diesem Zeitpunkt überhaupt zu befassen. Setzten wir uns im Bündnis durch, so wäre dies sicherlich erst nach einer schweren Krise mit erheblichen Folgen für den Gesamtzusammenhalt und das transatlantische Verhältnis möglich; es fragt sich, ob ein Eingehen auf einen Vorschlag für eine „dritte Null-Lösung“ im relevanten Reichweitenband dieses Risiko rechtfertigen würde und ob es überhaupt in unserem sicherheitspolitischen Interesse liegt.

6) Abgesehen von den bündnispolitischen Folgen hätte eine „dritte Null-Lösung“ schwerwiegende strategische Konsequenzen für die Zukunft. Das Bündnis könnte

dann einen Teil der im Montebello-Beschluß[5] für notwendig befundenen Modernisierungsmaßnahmen nicht durchführen. Es würde auch in der Zukunft zwar noch über bodengestützte nukleare Systeme kurzer Reichweite verfügen (nukleare Artillerie). Auf der anderen Seite, im Warschauer Pakt, gäbe es ebenfalls eine Vielzahl derartiger Systeme (FROG, SS-21, nukleare Artillerie). Mit diesem Arsenal könnte die NATO jedoch keine Ziele im erweiterten Raum mehr unter Risiko stellen (extended deterrence). Der Beitrag dieser Systeme zur Abschreckung wäre relativ gering.

7) Was deutsche Interessen betrifft, so gilt, daß für diese Systeme (0–150 km) in noch viel stärkerem Maße als für SRINF kürzerer Reichweite (150–500 km) deutsches Territorium exklusiver Stationierungs- und Kampfraum wäre.

8) Bei allen rüstungskontrollpolitischen Aktivitäten sind die relevanten geographischen, konzeptionellen und politisch-systembedingten Asymmetrien sowie Asymmetrien in den Kräfteverhältnissen zwischen der NATO und dem WP zu berücksichtigen. Aufgrund dieser Asymmetrien wirken sich gleiche Quantitäten auch unterschiedlich auf politisch-strategische Optionen aus. Für die NATO kann aufgrund des konventionellen Kräfteverhältnisses und einer Defensivstrategie der Verzicht auf längerreichende SRINF sehr viel schwerer wiegen als für den WP.

9) Es ist zu fragen, wie unsere Sicherheitsinteressen in diesem Zusammenhang zu sehen sind, inwieweit sie mit denen des Bündnisses in Übereinstimmung gebracht werden können und in welcher Weise der voraussichtliche Druck aus dem WP durch rüstungskontrollpolitische Schritte oder auf andere (einseitige) Weise auch öffentlichkeitswirksam abgefangen werden kann.

10) Ein Konzept, das Antworten auf diese Fragen zuläßt, sollte aus hiesiger Sicht die folgenden Gesichtspunkte in Rechnung stellen:

– Es entspricht nicht deutschen Interessen, mit nuklearer Rüstungskontrollpolitik „von oben nach unten“ sektoral fortzufahren. Eine dritte Null-Lösung für den Bereich 150–500 km wird uns gerade jene landgestützten Kurzstreckensysteme (SNF, 0–150 km) belassen, die fast nur auf deutschem Boden stationiert und eingesetzt werden können.

– Ein wichtiges Ziel deutscher Nuklearpolitik in der Vergangenheit war es, die Konzeption der Nuklearstrategie des Bündnisses und die Struktur des Bestandes von Nuklearwaffen so zu verändern, daß sich der Akzent von den „Gefechtsfeldoptionen“ auf die „erweiterte Abschreckung“ („extended deterrence“) verlagerte.

  Wir haben dies in den GPG[6] konzeptionell und durch den Montebello-Beschluß und seine Ausführung auch materiell durchgesetzt und abgesichert. Strategisch macht eine Verlagerung des Schwerpunktes der Abschreckung auch deshalb Sinn, weil damit jener Bereich unter Risiko gestellt wird, der für die Zuführung sowjetischer Verstärkungskräfte sehr wichtig ist.

5 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

6 Zu den General Political Guidelines vgl. Dok. 55, Anm. 12.

– Die Bedenken unserer Hauptverbündeten gegen ein Fortschreiten des Abbaus der Nuklearwaffen unter 500 km sind grundsätzlicher Art. Einmal wollen sie einer Entwicklung zu einer Denuklearisierung Europas entgegenwirken, zum anderen befürchten sie, daß sich damit für die SU die günstige Gelegenheit eröffnet, die Drittstaatenproblematik und die Problematik der „vorwärtsstationierten Systeme" („Forward Based Systems") wieder auf den Verhandlungstisch zu bringen. Eine solche Chance will man, nachdem diese Bereiche durch eine konsequente Politik im Verlaufe der INF-Verhandlungen eliminiert wurden, der Sowjetunion nun nicht geben.
– Ein Ansatz, der in besonderer Weise den spezifischen deutschen Interessen (Gefährdungslage) gerecht wird, aber zugleich auch die Erfordernisse der NATO-Strategie, die Zielrichtung der deutschen Nuklearpolitik sowie die prinzipiellen Besorgnisse unserer Verbündeten berücksichtigt, wäre ein Ansatz „von unten nach oben".

  Dieser Ansatz müßte bei den SNF (0–150 km) (Flugkörper kurzer Reichweite und Artillerie) beginnen. Um aufgrund der politischen Probleme und der rüstungskontrolltechnischen Schwierigkeiten (z. B. Verifikation) diesen Ansatz zur Zeit rüstungskontrollpolitisch in Angriff zu nehmen, sollten wir uns in einem ersten Schritt allianzintern auf eine strategieadäquate und deutschen Interessen gerecht werdende Umstrukturierung des Dispositivs an Nuklearwaffen konzentrieren. Für den Bereich der bodengestützten Waffen unter 500 km Reichweite würde dies bedeuten: Reduzierungen im Bereich unter 150 km, Verfolgung der Modernisierungsoptionen von Systemen im Bereich von 150 bis 500 km.
– Diese Zielrichtung ist im Montebello-Beschluß angelegt, sie würde es ermöglichen, überproportional bei den Kurzstreckenwaffen zu reduzieren (was besonders die BR Deutschland entlastete) und würde eine breitere Beteiligung der Bündnispartner bei der Modernisierung im Bereich von 150 bis 500 km Reichweite zulassen. Für eine derartige Zielrichtung könnten wir auch argumentativ im Bündnis Unterstützung finden. Die Möglichkeit von in der Öffentlichkeit nicht ohne Eindruck bleibenden Reduzierungen des Gesamtbestands von Nuklearwaffen im Zuge von Modernisierungsmaßnahmen könnte auch eine breitere Basis politischer Akzeptanz schaffen.[7]

  Voraussetzung für einen solchen Ansatz ist es allerdings, daß wir uns die Option des erweiterten Bereichs (150–500 km) bewahren und sie nicht durch eine dritte Null-Lösung weder rüstungskontrollpolitisch noch im Verhältnis[8] zu unseren Bündnispartnern oder in den Argumentationsmöglichkeiten gegenüber unserer Öffentlichkeit selbst verschließen.
– Während wir allianzintern diesen nuklearpolitischen Ansatz verfolgen, könnte rüstungskontrollpolitisch, ebenfalls „von unten" beginnend, eine Konzentration auf die die Sicherheit in Europa am meisten bedrohenden konventionellen Disparitäten erfolgen. Durch diese Maßnahmen würden zugleich auch die Voraussetzungen für eine strategiekonforme nukleare Rüstungskontrolle geschaffen, die dann logisch und konzeptionell gemäß Artikel 7 Reykjavik-

7 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Wagner mit Fragezeichen hervorgehoben.
8 Korrigiert aus: „noch Verhältnis".

Kommuniqué in den Gesamtzusammenhang der Rüstungskontrollpolitik eingeordnet wäre.

11) Zusammenfassend läßt sich feststellen: Der skizzierte „Doppelansatz" trägt im besonderen Maße der spezifischen deutschen Bedrohungslage Rechnung, steht in Einklang mit unserer bisherigen Nuklearpolitik, ist strategiekonform, läßt sich von den Erfordernissen der NATO-Strategie her überzeugend begründen, könnte dazu beitragen, einen allianzinternen Konflikt zu entschärfen und bietet die Chance, für notwendige Modernisierungsmaßnahmen breitere Akzeptanz zu finden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11364 (220)

292

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Alia in Tirana

23. Oktober 1987[1]

Gespräch BM mit Staatspräsident Ramiz Alia am 23.10.1987 (13.15–14.30 Uhr)[2]

(Ferner anwesend: AM Malile, Prof. Lazri, MDg Kastrup, VLR I Chrobog.)

Alia begrüßt BM und Delegation mit herzlichen Worten. Er bezeichnet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern[3] als ein großes Ereignis. Nunmehr gelte es, viel nachzuholen.

BM übermittelt Grüße des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers. Er betont unseren Willen zum Ausbau der Beziehungen in allen Bereichen. Er erinnert an die gemeinsame Geschichte. Wir seien uns aller Phasen bewußt, der guten als Beispiel und der schlechten als Lehre. Nach leidvoller Vergangenheit komme es jetzt darauf an, das Tor in die Zukunft aufzustoßen.

Alia: Die Geschichte der Beziehungen zwischen Albanien und Deutschland weise mehr gute als schlechte Episoden auf. Die schlimmen Ereignisse sollten der Vergangenheit angehören. In Albanien habe man das deutsche Volk nie mit den Nazis verwechselt. Das albanische Volk hege freundschaftliche Gefühle gegenüber dem deutschen Volk, das in seinem Lande große Achtung genieße. Deutsche Wissenschaftler und Gelehrte hätten wesentliche Beiträge zur Erforschung

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kastrup am 26. Oktober 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 27. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Elbe vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 23. Oktober 1987 in Albanien auf. Er führte ferner Gespräche mit Ministerpräsident Çarçani und Außenminister Malile. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; Referat 214, Bd. 139421.

3 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien vgl. Dok. 290.

der Geschichte des albanischen Volkes geleistet. Alia erwähnt Leibniz und Herder, die über Albanien geschrieben hätten und wissenschaftlich die These untermauert hätten, daß die Illyrer die Vorfahren der Albaner seien. Die Vergangenheit biete also solide Verbindungsbrücken. Unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts müsse man jedoch neue Wege der Zusammenarbeit suchen.

Alia schildert die leidvolle Geschichte des kleinen albanischen Volkes. Wegen der strategisch wichtigen Lage des Landes habe es viele Eroberungszüge über sich ergehen lassen müssen, angefangen von den Römern über die Ottomanen und Slawen bis hin zum Zweiten Weltkrieg. Die Geschichte habe ihre Spuren hinterlassen. Die wichtigste Lehre, die Albanien aus seiner traurigen Geschichte gezogen habe, sei der unbedingte und kämpferische Wille, sich nicht noch einmal unterdrücken zu lassen. Das teuerste Gut sei deshalb die Unabhängigkeit des Landes.

Nach der Befreiung 1944 habe das Land große Umwandlungen erfahren. Als Vergleichsmaßstab ziehe man nicht die heutige Lage etwa in Deutschland, Frankreich oder Italien heran, sondern vergleiche die Lage im eigenen Lande von damals mit der heute. Alia zählt auf: 90% Analphabeten, keine Industrie, keine qualifizierte Berufsausbildung, rückständige Landwirtschaft, 1 Mio. Einwohner, Notwendigkeit des Imports von mehr als einem Drittel des Brotgetreides. Heute sei die Lage für sein Volk grundlegend anders: Es gebe kein Analphabetentum mehr, 60% der Jugend besuchten eine zwölfjährige Schule, es gebe eine in der Entwicklung befindliche Industrie und eine leistungsfähige Landwirtschaft, Spezialisten etwa für Wasserkraftwerke und Industrieanlagen würden im eigenen Lande ausgebildet, Albanien sei Selbstversorger für Brotgetreide.

Natürlich stehe man vor Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Entwicklung; man benötige moderne Ausrüstungen und Technologie. Der Weg, den Enver Hodscha begonnen habe, sei kein Dogma. Der Gründer des modernen Albaniens habe vielmehr den Weg zur Freiheit und Unabhängigkeit gewiesen und einen Strich unter jahrhundertealte Unfreiheit gezogen. Wenn heute im Ausland über eine Öffnung Albaniens geredet werde, so müsse er darauf hinweisen, daß dies keine neue Entwicklung sei, sondern in der Logik des begonnenen Weges liege.

Alia drückt die Hoffnung aus, daß es eines Tages auch wieder zur Normalisierung der Beziehungen mit Großbritannien käme. Die Engländer hätten eine eigene Mentalität. Sie müßten lernen, Albanien heute so zu sehen, wie es ist.

Alia gibt anschließend einige Erläuterungen zur albanischen Außenpolitik. Natürlich gelte das albanische Interesse Europa, insbesondere der Lage auf dem Balkan. Alles andere wäre absurd. Europa müsse den Europäern gehören; alle Völker sollten in Freundschaft miteinander leben. Die Einteilung in Militärblöcke müsse ein Ende haben, und die beiden Supermächte müßten ihre Truppen aus Europa zurückziehen.

Alia weist auf die albanische Verfassung[4] hin, wonach es ausländischen Staaten verboten ist, Militärbasen in Albanien zu unterhalten. Besonders wichtig seien für Albanien die Beziehungen zu den Nachbarländern. Das Verhältnis zu Griechenland sei gut. Auch die Beziehungen zu Italien seien im allgemeinen gut.

[4] Für den Wortlaut der Verfassung von Albanien vom 28. Dezember 1976 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 26–44.

Was den bekannten Vorfall in der italienischen Botschaft anbetreffe[5], müsse die italienische Regierung Wege zu seiner Lösung finden. Wenn es um die albanische Souveränität gehe, könne es keine Zugeständnisse seiner Seite geben. Das Verhältnis zu Jugoslawien sei nicht gut. Allerdings müsse er darauf hinweisen, daß Albanien kein Interesse an einem Verfall oder einer Destabilisierung Jugoslawiens habe. Denn eine solche Entwicklung könne nur bedeuten, daß die Russen einmarschierten und Albanien dann die Sowjetunion an seiner Grenze habe.

Alia weist auf die schwierige Lage der Albaner in Jugoslawien hin, von denen es 2,5 Mio. gebe. Albanien verlange nicht, die Grenzen zu Jugoslawien neu zu ziehen. Es müsse allerdings darauf bestehen, daß die Albaner die gleichen Rechte wie alle anderen Bürger erhielten, so wie sie in der jugoslawischen Verfassung[6] garantiert seien.[7] Albanien habe den jugoslawischen Vorschlag akzeptiert, an einer Balkankonferenz teilzunehmen.[8] Ergebnisse seien allerdings nur dann möglich, wenn normale Beziehungen zwischen beiden Ländern bestünden.

Alia betont die große Bedeutung, die Albanien der Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland beimesse. Der Besuch des BM in Tirana werde von albanischer Seite als ein Zeichen des guten Willens der Bundesrepublik Deutschland gewertet.

BM erwidert, man stehe am Anfang auch des politischen Dialogs. Es sei wichtig, die Vorstellungen des anderen zu verstehen. Was Alia über die nationale Unabhängigkeit Albaniens dargelegt habe, habe er mit Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgt. Die Bundesregierung sei sich des schwierigen Anfangs Albaniens bewußt.

Wir seien entschlossen, die Beziehungen auf einer möglichst breiten Basis zu entwickeln. Das gelte für den Dialog auf politischer Ebene, der durch einen regel-

5 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 4. Dezember 1987, Ministerialdirigent Jansen sei im italienischen Außenministerium ein Papier übergeben worden, in dem die Bundesregierung um Hilfe bezüglich sechs albanischer Geschwister gebeten werde, die sich seit 12. Dezember 1985 als Asylsuchende in der italienischen Botschaft in Tirana aufhalten würden. In dem Papier hieß es: „Ein Schritt der deutschen Vertreter bei den albanischen Behörden könnte in der Bekanntgabe der Bereitschaft bestehen, die Geschwister Popa in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Es würde sich hier natürlich um eine formelle Deckung zwecks Rechtfertigung der deutschen Intervention handeln, da die endgültige Expatriierung der Geschwister Popa nach Kanada, ein Land, das sich bereit erklärt hat, sie aufzunehmen und in dem einige ihrer Verwandten ansässig sind, schon feststeht." Vgl. Referat 203, Bd. 173565.

6 Für den Wortlaut der Verfassung von Jugoslawien vom 21. Februar 1974 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 125–251.

7 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), teilte am 18. November 1987 mit, die albanische Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen habe über die Lage der Albaner in Jugoslawien informiert: „Die Albaner fänden sich im Prinzip ab mit der tragischen historischen Entwicklung, die 1913 zur Abtrennung Kosovos geführt hätte, und dächten nicht daran, die Rückgliederung dieses großen Landesteils zu beanspruchen. Sie verlangten nur, daß Kosovo entsprechend der jugoslawischen Verfassung behandelt werde, also in den Genuß der Autonomie komme, die auch anderen Provinzen gewährt werde. Der Zustand bis zum Tode Titos sei insgesamt akzeptabel gewesen, danach jedoch sei eine zunehmende und in letzter Zeit massive Diskriminierung gegen die dortige einheimische Bevölkerung eingetreten. […] Im Kosovo herrsche eine Art Kriegsrecht. Jugoslawien habe die Grenze zu Albanien radikal geschlossen, während Albanien Freizügigkeit wünsche." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3108; Referat 214, Bd. 139596.

8 Zum jugoslawischen Vorschlag eines Treffens der Außenminister der Balkanstaaten vgl. Dok. 290, Anm. 7.

mäßigen Meinungsaustausch zwischen den Mitarbeitern der Außenministerien ergänzt werden solle. Auf wirtschaftlichem Gebiet wünschten wir einen Ausbau der bereits bestehenden Beziehungen. BM weist auf das breite Angebot unserer Industrie und die hohe Qualität deutscher Produkte hin. Die Wirtschaftsbeziehungen sollten allerdings nicht auf den reinen Austausch beschränkt bleiben. Wichtig seien die berufliche Ausbildung, die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit und etwa die Vergabe von Stipendien für eine qualifizierte Ausbildung. Der Tourismus biete unserer Auffassung nach große Möglichkeiten. Man solle auch den Ausbau auf den Gebieten des Verkehrs ins Auge fassen. Die Lufthansa sei daran interessiert, Tirana anzufliegen. Von großer Bedeutung sei schließlich die kulturelle Zusammenarbeit. Wir seien daran interessiert, entsprechende vertragliche Grundlagen dafür zu schaffen.

Generelle Voraussetzung einer guten Zusammenarbeit sei der gegenseitige Respekt und die Bildung von Vertrauen. Deshalb träten wir für eine volle gleichberechtigte Partnerschaft ein.

BM erläutert sodann die Bedeutung der EG, die ein Modell für das Zusammenleben gleichberechtigter Staaten darstelle. Die Europäer hätten Lehren aus der Vergangenheit gezogen; das Schicksal Europas könne nur gemeinsam gestaltet werden.

BM legt ferner dar, warum wir uns mit großem Nachdruck für das Zustandekommen der Helsinki-Schlußakte[9] engagiert haben. Der KSZE-Prozeß biete mittleren und kleineren Staaten die Möglichkeit, das Schicksal mitzubestimmen. Die Schlußakte sei die Kursbestimmung für eine europäische Friedensordnung. Wichtig sei die Wiederbewußtmachung der europäischen Identität.

Alia bemerkt, daß beide Weltkriege von Europa ausgegangen seien. Daher komme den Europäern eine besondere Friedensverantwortung zu. Allerdings sei es albanische Auffassung, daß die Rolle der beiden Supermächte in Europa zerstörend sei. Die Europäer sollten ihnen die Hände binden. Gegenwärtig sei es leider so, daß gutes oder schlechtes Wetter nur von den beiden Großen gemacht würde.

BM erwidert, dauerhafter Friede in Europa sei nur durch Verständigung aller Völker möglich. Alle Probleme Europas konzentrierten sich auf deutschem Boden: Teilung, Zugehörigkeit zu verschiedenen Paktsystemen, unterschiedliche Gesellschaftsordnung, höchste Konzentration konventioneller und atomarer Waffen. Der letzte Punkt erkläre auch das besondere Interesse der Deutschen an Abrüstung.

BM gibt einen Überblick über den Stand der Abrüstungsverhandlungen. Er stellt die Bedeutung eines baldigen Abschlusses eines INF-Abkommens heraus, weil dadurch eine Dynamik in Gang komme, die niemand mehr aufhalten könne.

BM erläutert die deutsch-französischen Beziehungen als ein Beispiel für den Weg zweier Völker von der „Erbfeindschaft“ bis zu der engen Freundschaft. Anhand der Beispiele Zentralamerika, Naher Osten und Afghanistan führt BM aus, warum wir den regionalen Bemühungen um Konfliktlösungen eine so große Bedeutung beimessen.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Alia schließt das Gespräch mit der Bemerkung, durch den heutigen Besuch des BM sei ein guter Anfang für die weitere Entwicklung der deutsch-albanischen Beziehungen gemacht worden. Es komme nunmehr darauf an, die Felder der Zusammenarbeit zu konkretisieren. Albanien suche ehrliche Freundschaft und enge Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.

Referat 010, Bd. 178903

293

Aufzeichnung des Botschafters Holik

221-376.00-1688/87 VS-vertraulich **23. Oktober 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Konventionelle Rüstungskontrolle;
hier: Unsere Überlegungen zu einem westlichen Verhandlungsvorschlag

Bezug: 1) Vorlage vom 7.7.1987 – 221-376.00-1191/87 VS-v[3]
2) Vorlage vom 11.9.1987 – 221-376.00-1470/87 VS-v[4]

Anlg.: 1

1) Auf der Grundlage der von Ihnen gebilligten Vorstellungen (s. Bezugsvorlagen) haben wir unsere Überlegungen zu einem westlichen KRK-Verhandlungsvorschlag weiterentwickelt. Die Ergebnisse sind in einem Arbeitspapier (s. Anlage) zusammengefaßt. Das BMVg hat dem Papier bis auf einen Punkt zugestimmt: Es möchte gesonderte, zusätzliche Obergrenzen auch für Schützenpanzerwagen, was wir als eine nicht erforderliche Komplizierung des Modells ansehen; auch bei den Verbündeten wünscht niemand einen gesonderten Ceiling für Schützenpanzer.

2) D2Ai.V. hat unsere Überlegungen bei bilateralen KRK-Konsultationen vergangene Woche in Washington vorgetragen.[5] Die Amerikaner haben unser Papier grundsätzlich positiv aufgenommen. Gesprächspartner im State Department haben angedeutet, unser Konzept weitgehend übernehmen zu können, während

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

2 Hat Staatsekretär Sudhoff am 23. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 23. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Jansen am 1. Juni 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 221 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Gemäß Absprache mit B[üro]St[aats]S[ekretäre] zurück an Abt[eilung] 2A."

3 Korrigiert aus: „1196/87 VS-v".
Zur Aufzeichnung des Botschafters Holik vgl. Dok. 254, Anm. 7.

4 Für die Aufzeichnung des Botschafters Holik vgl. Dok. 254.

5 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4454 des Botschafters Hartmann, z.Z. Washington, vom 15. Oktober 1987 über seine Gespräche zur Konventionellen Rüstungskontrolle am 13./14. Oktober 1987 im amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium sowie in der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA); VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

das Pentagon noch Zurückhaltung zum Regionalkonzept und zur gesonderten Erfassung von Personal zeigte.

3) Wir werden das Arbeitspapier jetzt auch an GB, F und I verteilen. Es wird damit Grundlage der Beratungen über die Substanz eines westlichen KRK-Vorschlags im Fünfer-Kreis, zu denen ich für den 5./6. November nach Bonn eingeladen habe.[6]

Holik

[Anlage]

Deutsche Überlegungen auf Arbeitsebene zu einem westlichen Vorschlag für Verhandlungen über konventionelle Stabilität

1) Das Konzept

In der Diskussion mit den Verbündeten hat sich eine Reihe von Elementen herauskristallisiert, die sich als Bausteine für einen westlichen Verhandlungsvorschlag zusammenfügen lassen.

Nach unserer Vorstellung sollte der Westen bei Verhandlungsbeginn einen Vorschlag vorlegen, der

– eine Perspektive für die Herstellung konventioneller Stabilität in ganz Europa aufzeigt,
– konkret in einem ersten Schritt die Herstellung gleicher Obergrenzen in Mitteleuropa fordert und
– damit politisch plakativ und für die Öffentlichkeit verständlich dem östlichen Gedanken gleicher Reduzierungen das westliche Konzept gleicher Obergrenzen als zielgerichtetes Ergebnis gegenüberstellt.

Der Vorschlag sollte das neue Gebiet Ganz-Europa vom Atlantik bis zum Ural erfassen und gleichzeitig die bedrohlichsten Disparitäten zunächst in Mitteleuropa abbauen. Dem dienen die Herstellung gleicher Obergrenzen für kampfentscheidendes Großgerät, nämlich Panzer und Artillerie, sowie auch Personal. Die Obergrenzen sollten leicht unter dem derzeitigen westlichen Streitkräfteniveau festgelegt werden, so daß Ost und West stark asymmetrisch reduzieren

6 Über die Konsultationen zur Konventionellen Rüstungskontrolle im Fünfer-Kreis am 5./6. November 1987 vermerkte Vortragender Legationsrat Gruber am 9. November 1987, das Treffen habe zu einer Annäherung der Standpunkte der Bundesrepublik, Italiens, Großbritanniens und der USA geführt: „Meinungsverschiedenheiten kristallisierten sich dagegen um das Konzept gleicher Obergrenzen: USA, GB, I und wir sehen in diesem Konzept den Kern eines westlichen Verhandlungsvorschlags, um den sich weitere Elemente noch zusätzlich herumgruppieren können. F dagegen lehnt gleiche Obergrenzen mit wenig überzeugenden Argumenten ab". Offenbar befürchte Frankreich, „durch die rüstungskontrollpolitische Hintertür wieder in die militärische Allianzstruktur eingebunden" zu werden. Differenzen gebe es zudem über den „Zuschnitt eines Regionalkonzepts für die geographische Differenzierung innerhalb Gesamteuropas. Briten und Amerikaner möchten einen westlichen Verhandlungsvorschlag von europaweiten gleichen Obergrenzen aus aufbauen, während wir in einem ersten Verhandlungsschritt auf gleiche Obergrenzen in einer Kernregion ‚Europa-Mitte' abstellen wollen. Ein weiterer Unterschied ergibt sich durch abweichende Vorstellungen über den Umfang dieser Kernregion: Wir wollen sie im Osten wie im Westen eindeutig über den traditionellen MBFR-Raum hinaus ausdehnen; vor allem geht es uns um die Einbeziehung der westlichen drei Militärbezirke der SU. GB und USA dagegen favorisieren eine mitteleuropäische Region gemäß dem Jaruzelski-Vorschlag, die sich also nicht wesentlich von der MBFR-Zone unterscheiden würde." Vgl. VS-Bd. 11542 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

müssen. Das Konzept gleicher Obergrenzen ermöglicht es zugleich, von der Forderung nach einer vorherigen Dateneinigung abzusehen. Informationsaustausch und Verifizierung würden auf die Überprüfung des vereinbarten Zustands ausgerichtet.

Der westliche Vorschlag sollte mit Vorrang auf einen Abbau der sowjetischen Präsenz in Mitteleuropa abzielen. Verschiedene Elemente im westlichen Vorschlag sollten daher so kombiniert werden, daß ihr Zusammenwirken zu einer Reduzierung der vorwärts dislozierten sowjetischen Kampfverbände als des Kerns der Invasionsfähigkeit des WP führt.

Neben Limitierungen und Reduzierungen ausgewählter Streitkräftekomponenten sollte der westliche Vorschlag ergänzende stabilisierende Maßnahmen vorsehen. Darüber hinaus sollte der westliche Vorschlag, dem Grundsatz eines schrittweisen Herangehens entsprechend, einen ersten Schritt in den Rahmen eines Gesamtkonzepts der Herstellung konventioneller Stabilität stellen.

2) Erster Schritt

Ein erstes westliches Vorschlagspaket sollte folgende Elemente enthalten:

a) Gleiche Obergrenzen in Europa-Mitte für Kampfpanzer, Artillerie und Personal:

- Für regionalen Ansatz zwei Möglichkeiten:
  - Option A:

    „Europa-Mitte“ nach militärisch operativen Kriterien, nämlich D, Benelux, DK, F und GB im Westen, DDR, Polen, ČSSR und die drei westlichen Militärbezirke der SU im Osten;
  - Option B:

    WEU-Staaten und ein geographisches Gegenstück im Osten (DDR, Polen, ČSSR, Ungarn und drei westliche Militärbezirke der SU).
- Gleiche Obergrenzen für ausgewählte Streitkräftekomponenten, ungefähr 5% unter dem derzeitigen westlichen Niveau:
  - Kampfpanzer, z. B. bei 14000 (bzw. 15500 für Option B),
  - Artillerie, bei 7500 (bzw. 8700)[7],
  - Personal der Landstreitkräfte bei 1,1 Mio. (bzw. 1,35 Mio.) Soldaten.
- Zur Herstellung gleicher Obergrenzen notwendige Reduzierungen werden als solche nicht festgelegt (damit kein Bedarf einer Einigung über Ausgangsdaten). Reduzierungen müssen jedoch entweder durch Vernichten bzw. Deaktivierung oder – im Fall der SU – durch Rückverlegung hinter den Ural erfolgen. US-Gerät kann in Europa-Mitte eingelagert werden, u. U. – soweit US-Depotbestände Höchstgrenzen übersteigen – unter Festlegung besonderer Höchstgrenzen für Gerät in Depots, die überwacht werden.

[7] An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Gleiche Obergrenzen für Artillerie sind u. a. wichtig, um die Möglichkeit der Umgehung von Panzer-Obergrenzen durch alternative Waffen-Konfigurationen zu verhindern. Da Ersatz für den Panzer am ehesten durch eine Kombination aus Artillerie und Schützenpanzern geschaffen werden könnte, sollte im ersten Verhandlungsschritt zugleich mit der Herstellung von Kampfpanzer- und Artillerie-Obergrenzen deren Umgehung durch einen Aufwuchs bei den Schützenpanzern verhindert werden.“

b) Bestimmungen für Gesamteuropa

– Nichterhöhungsverpflichtung für Kampfpanzer, Artillerie und Heerespersonal für übrige Regionen,
– Aktivitäts-, Präsenz- und Dislozierungsbeschränkungen für ganz Europa, Maßnahmen zur Nichtumgehung (Flankensicherheit),
– evtl. weitere Maßnahmen in Region Nord und Süd nach Vorstellungen betroffener Bündnispartner.

c) „Stationierungsregel"

Eine Klausel über den Umfang stationierter Kräfte sollte so zugeschnitten sein, daß die SU im Zuge der Herstellung gleicher Obergrenzen auf jeden Fall zu einem erheblichen Abbau ihres vorwärts in Mitteleuropa stationierten Dispositivs gezwungen wird.

Die Vorschläge könnten lauten:

– Gleicher Sub-Ceiling für stationierte Kräfte und Kategorien auf beiden Seiten (z. B. 7500 Kampfpanzer, 3500 Artillerie),
– oder die Regel: „Auf keiner Seite dürfen stationierte Kräfte oder Streitkräftekategorien mehr als – beispielsweise – 50 % der vereinbarten Höchststärken ausmachen." (Regel ist in Kombination mit geographischer Option B günstig und ohne negative reziproke Wirkung.)

d) Auswirkungen auf WP-Seite

Die Herstellung der Geräte-Ceilings hätte zur Folge, daß der WP Großgerät in der Größenordnung von z. B. etwa 15 000 Kampfpanzern reduzieren müßte. Die zusätzlichen Stationierungsklauseln hätten die Wirkung, daß von dieser Reduzierung die sowjetischen Stationierungskräfte in Mitteleuropa mindestens in einer Größenordnung von – durch die erste Regel – ca. 1800 Kampfpanzern und – durch die zweite Regel in Verbindung mit geographischer Option B – von ca. 3000 Kampfpanzern betroffen wären.

e) Aufteilung der Reduzierungen auf westlicher Seite

Das illustrative Beispiel eines Geräte-Ceilings von 14 000 Kampfpanzern und 7500 Artillerie würde eine Reduzierung in der Größenordnung von zwei bis drei Divisionsäquivalenten auf westlicher Seite zur Folge haben.

Wie diese Reduzierungen zwischen den Bündnispartnern aufgeteilt würden, bliebe Gegenstand allianzinterner Entscheidungen. Wenn die USA dies wünschten, könnten sie einen Teil dieser Reduzierungen übernehmen und in Einheiten durchführen, wobei diese Abzüge als „quid pro quo" für den Abzug sowjetischer Einheiten aus Mitteleuropa präsentiert werden könnten. Im übrigen stünde es den betroffenen Bündnispartnern frei zu entscheiden, ob sie durch Ausdünnen oder – wie voraussichtlich auf amerikanischer Seite – durch Auflösen von Einheiten reduzieren und welche Ebene von Einheiten sie ggfs. zu diesem Zweck wählen.

f) Stabilisierende Maßnahmen

Bei Ausarbeitung begleitender Maßnahmen (s. Ziffer b) sollte insbesondere die Anwendbarkeit beschränkender Maßnahmen für Brückenlegegerät, Logistik, Sperren- und Minenräumgerät sowie Maßnahmen zum Ausschluß von Umgehungen geprüft werden.

g) Informationsaustausch und Verifikation

– Definition von Kategorien und Einheiten anhand ihrer Standardausrüstung (Gerät und Personal).
– Informationsaustausch über Umfang und Dislozierung der Streitkräfte für Zustand nach Herstellung gleicher Obergrenzen, und zwar nach Schema:
  – Standorte von Einheiten, die Standardausrüstung entsprechen;
  – für Einheiten, die nicht dem Standard entsprechen, individuelle Auskunft über Ausstattung und Standort;
  – Auffüllungsgrad von Einheiten bei Ausdünnen;
  – Recht der Restrukturierung der notifizierten Einheiten nach Notifizierungsfristen;
  – Überprüfung der vereinbarten Höchststärken auf der Grundlage von ausgetauschten Informationen u. a. durch Vor-Ort-Inspektionen.

3) Weitere Schritte

Neben dem ersten Schritt sollte der westliche Vorschlag weitergehende Perspektiven aufzeigen für spätere Verhandlungsphasen:

– gleiche Obergrenzen für ganz Europa, als Summe von Obergrenzen auch für die anderen Regionen,
– Erfassung weiterer Kategorien kampfentscheidenden Großgeräts: OAV[8], Kampfhubschrauber, später auch Kampfflugzeuge,
– weiteres Absenken der gleichen Höchstgrenzen, z. B. um weitere 20 %,
– aufbauend auf dem Informationsaustausch über die Ausrüstung von Einheiten während der ersten Phase weitergehende Bestimmungen für die Strukturen in einer Weise, die den Angreifer benachteiligt und den Verteidiger begünstigt.

Über eine solche weiterführende Zielperspektive könnte schon in der ersten Phase eine Grundsatzeinigung angestrebt und damit die einzelnen Schritte im Sinn eines Gesamtkonzepts der Herstellung von Stabilität miteinander verbunden werden.

VS-Bd. 11540 (221)

8 Other Armoured Vehicles.

294

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff

202-700 FRA **23. Oktober 1987**[1]

Über Dg 20[2], D 2[3] Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Reden des französischen Präsidenten während seines Staatsbesuchs vom 19. bis 22. Oktober 1987;
hier: Aspekte der bilateralen politischen Zusammenarbeit

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Präsident Mitterrand hat das Thema der europäischen Einigung zum Kernpunkt seiner Ausführungen vor der deutschen Öffentlichkeit gemacht. Dabei geht er von der Notwendigkeit eines deutsch-französischen Zusammenwirkens aus, das dem europäischen Einigungsprozeß die erforderliche Antriebskraft verleiht. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat für Mitterrand vor allem instrumentalen Charakter für die europäische Einigung. Er ist sich insofern treu geblieben, obschon er sich im Laufe seiner Amtszeit zunehmend für die deutsch-französischen Beziehungen „erwärmt" hat. Im übrigen sind seine Ausführungen so angelegt, daß sie sowohl politisches Vermächtnis eines scheidenden Präsidenten als auch Programm eines Kandidaten sein können. Sie erlauben keinen Aufschluß über Mitterrands innenpolitische Absichten.

Seine Reden beim Essen des Bundespräsidenten[5] und in Aachen[6] enthalten eine übersichtsweise Darstellung des gesamten Spektrums der Zusammenarbeit, deren Bilanz er positiv bewertet und für deren Vertiefung er mit weiterführenden Anregungen – die aber häufig Andeutungen bleiben – wirbt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff und Vortragendem Legationsrat Jess konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 23. Oktober 1987 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 23. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BR I Schraepler, Paris, hatte mich kürzlich auf die von Mitterrand vorgeschlagene Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte zur Verwirklichung der europäischen Einigung hingewiesen. Wir sollten diese Idee gemeinsam mit F auch im Europarat propagieren."

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Oktober 1987 vorgelegen, der zur Notiz des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]". Ferner verfügte Sudhoff die Weiterleitung an Staatssekretär Ruhfus „z[ur] K[enntnisnahme]".
Hat Legationsrat I. Klasse Krekeler am 26. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Ruhfus vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Witte „z. K." verfügte.
Hat Ministerialdirigent Wegner am 27. Oktober 1987 vorgelegen, der zur Weiterleitung an Witte vermerkte: „N[ach] R[ückkehr]."
Hat Witte am 28. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Jess am 23. März 1988 erneut vorgelegen.

5 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker gab am 19. Oktober 1987 auf Schloß Augustusburg in Brühl ein Abendessen für Staatspräsident Mitterrand. Für den Wortlaut seiner Rede vgl. BULLETIN 1987, S. 946–948. Für den Wortlaut der Rede Mitterrands vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 131–133. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 29 vom 30. Oktober 1987, S. 1–6.

6 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Oktober 1987 im Rathaus von Aachen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 136–140. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 30 vom 30. Oktober 1987, S. 1–11.

Bei zwei Anlässen widmet er sich Einzelheiten der deutsch-französischen Beziehungen:

– in der Universität Bonn der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit[7],
– bei der DFVLR der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie, insbesondere der bemannten Raumfahrt.[8]

2) M. gliedert seine perspektivischen Ausführungen, denen er die Aufforderung, eine „Strategie für Europa" zu entwerfen, zugrunde legt, in zwei Bereiche:

– den politischen im umfassenden Sinne,
– den militärischen[9], dem er abrüstungspolitische und verteidigungspolitische Aspekte gleichermaßen zuordnet.

Durch die Ausführlichkeit seines Eingehens auf die sicherheitspolitische Dimension der europäischen Einigung setzte er einen deutlichen Akzent. Hierzu wird[10] Referat 201 eine mit 2A abgestimmte Aufzeichnung vorlegen[11].

3) Zur politischen Dimension der europäischen Einigung:

M. stellt das gemeinsame Bemühen um Verwirklichung des in der EEA bis 1992 gesteckten Ziels in den Vordergrund.[12] Er wendet sich mit einem nachhaltigen Appell an die politischen Führer Europas, den zentrifugalen Kräften zu widerstehen und unter Verzicht auf gewisse Aspekte ihrer Souveränität den nationalen Willen dem gemeinsamen europäischen Interesse unterzuordnen.

Als besonders prioritär erscheint ihm die Entwicklung einer gemeinsamen Währungspolitik. Er verknüpft hiermit den Vorschlag zur Schaffung einer zentralen europäischen Institution. Der Nachdruck, mit dem diese Forderung wieder-

7 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand vom 19. Oktober 1987 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 134–136. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 28 vom 30. Oktober 1987, S. 2–6.

8 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 21. Oktober 1987 in der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Köln vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 31 vom 30. Oktober 1987, S. 1–3.

9 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „sicherheitspolitischen".

10 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „hat".

11 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „vorgelegt".
Ministerialdirigent von Ploetz analysierte am 21. Oktober 1987, in den Reden am 19./20. Oktober 1987 in Brühl und Aachen habe Staatspräsident Mitterrand „mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Errichtung eines europäischen Pfeilers" ausdrücklich Bezug genommen auf die sicherheitspolitische Komponente der europäischen Einigung und zugleich die Bedeutung der NATO unterstrichen „mit dem Hinweis, daß ein Schutzschirm für die Bundesrepublik Deutschland und für Europa weiterhin nur durch die Allianz gestellt werden kann". Mitterrand habe die amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollpolitik unterstützt, aber betont, mit der Abrüstung strategischer Waffen müßten die beiden Supermächte beginnen: „Frankreich würde sich dann ‚an ihre Fersen heften und den gleichen Weg gehen'." Bezüglich der „prästrategischen Waffen" habe er dargelegt, Ziel französischer Politik sei zum einen die Konfliktvorbeugung: „Zum anderen sei die Annahme nicht gerechtfertigt, die ‚letzte Warnung Frankreichs' würde notwendigerweise auf deutschem Boden erteilt. Mit der Feststellung, daß die Taktik der Strategie untergeordnet sei, verbindet M[itterrand] die Aussage, daß sich die franz[ösische] Nuklearstrategie an den Aggressor, und nur an ihn, wende, und zwar, um ihn abzuschrecken." Vgl. VS-Bd. 12076 (201), B 150, Aktenkopien 1987.

12 Zum Ziel der Herstellung des gemeinsamen Binnenmarkts vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

holt vorgebracht wird, macht sein Anliegen an unsere Adresse deutlich, dem französischen Drängen in diesem Bereich entgegenzukommen.

Zwei weitere Gebiete, auf denen M. Defizite erkennt und zu verstärkten Anstrengungen aufruft, sind die Kultur und die Technologie.

Seine Reden enthalten bemerkenswerte Passagen zu den West-Ost-Beziehungen. M. befürwortet die „Öffnung nach Osten" und fordert die (West-)Europäer dazu auf, alle politischen Möglichkeiten hierfür zu nutzen. Es gelte, die Barrieren aller Art, die West und Ost trennen, zu beseitigen, und er fügt ausdrücklich hinzu: „Dies hängt von uns ab." Diese Stellungnahme sollten wir als einen Schritt begrüßen, der uns einer gemeinsamen Außenpolitik näherbringt, die wir gerade bei den West-Ost-Beziehungen als einen Kernbereich für notwendig halten.

4) Die Verwirklichung der europäischen Einigung erfordert nach M. über die Nutzung der Möglichkeiten des Elysée-Vertrags[13] hinaus eine Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte, um in „eine neue Epoche der deutsch-französischen Beziehungen" einzutreten. Als konkrete Vorschläge zu einer noch engeren Verflechtung regt er an:

– die Gründung einer deutsch-französischen Universität,
– eine Ausweitung der Partnerschaften (u. a. Universitäten, Schulen, Militäreinheiten, Betriebsräte),
– eine Systematisierung des Austauschs in verschiedenen Bereichen (Schulen, Universitäten, in allen Berufszweigen, u. a. öffentlicher Dienst etc.),
– eine verstärkte Zusammenarbeit der Industrie (Unternehmer, Arbeitgeberverbände etc.).

Diese – nicht neuen und bereits häufig diskutierten – Gedanken sind im Rahmen von Regierungsvereinbarungen nur beschränkt realisierbar. M. trägt dem Rechnung, wenn er auf die begrenzten Möglichkeiten der politisch Verantwortlichen hinweist und die „lebendigen Kräfte unserer beiden Gesellschaften" dazu auffordert, gemeinsam zu handeln.

Mit seiner dringenden Mahnung, die Beschlüsse des Frankfurter Kulturgipfels[14] entschlossen umzusetzen, greift M. ein ihm besonders wichtiges Anliegen auf. Dabei geht es ihm vor allem um verstärkte Bemühungen zum Erlernen der Partnersprache als essentielle Voraussetzung des von ihm angestrebten Dialogs der gesellschaftlichen Kräfte beider Länder. Es ist davon auszugehen, daß er auf diesem Gebiet – abgesehen vom Bereich der Sicherheitspolitik – einen Schwerpunkt der deutsch-französischen Zusammenarbeit sieht. Bei den bevorstehenden deutsch-französischen Gipfelbegegnungen sollte dem kulturellen Bereich daher angemessener Raum gewidmet werden.[15] Dies erscheint auch deshalb wünschbar, weil vorzeigbare Ergebnisse in der kulturellen Zusammenarbeit angesichts der zu erwartenden Fortschritte in der sicherheitspolitischen Zusam-

13 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

14 Am 27./28. Oktober 1986 fanden in Frankfurt am Main deutsch-französische Konsultationen statt. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 312 und Dok. 315.

15 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

menarbeit dem möglichen Eindruck einer Unausgewogenheit der bilateralen Zusammenarbeit vorbeugen könnten.[16]

Holthoff

Referat 203, Bd. 151130

295

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Born

203-320.15 TUR **23. Oktober 1987**

Über Herrn Dg 20[1], Herrn D 2[2] Herrn Staatssekretär[3] zur Unterrichtung

Betr.: Aktionen von (kurdischen) Türken in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland

1) Im Vorfeld der Wahlen in der Türkei[4] führt ein sogenanntes „Türkei Informationsbüro" mit Sitz in Hannover in der Zeit vom 21.10. bis 5.11.1987 zahlreiche Demonstrationszüge in Nord- und Süddeutschland durch, die als Sternmarsch über Köln am 4. und 5. November in Bonn zu einer Großkundgebung zusammen-

16 Vortragender Legationsrat Merkel legte am 22. Oktober 1987 zu den kulturpolitischen Forderungen in den Reden von Staatspräsident Mitterrand am 19./20. Oktober 1987 in Bonn und Brühl dar: „1) Die Forderung, junge Europäer sollten zwei Fremdsprachen fließend sprechen, erweitert einen Beschluß der EG-Bildungsminister von 1984, den Schülern solle vor Ende ihrer Schulpflicht das Erlernen von zwei Sprachen ermöglicht werden." Dies sei in der Bundesrepublik für Haupt- und Realschüler schwierig, aber für Abiturienten verwirklicht, während man „in Frankreich das Baccalauréat mit Unterricht in nur einer Fremdsprache erreichen" könne: „Insgesamt steht die deutsche Sprachausbildung besser da als die französische. 19 Prozent der Jugendlichen behaupten, ganz gut Französisch zu können, zehn Prozent der französischen Jugendlichen behaupten, ganz gut Deutsch zu können (einschließlich Elsaß). 2) Lehrerfortbildung in europäischen Ideen und Europakunde gibt es als Angebot in beiden Ländern. […] 3) Eine europäische Universität oder eine deutsch-französische Universität mit europäischer Ausrichtung ist eine Forderung, die seit Jahren z. B. von Professor Joseph Rovan vertreten wird." Allerdings seien die meisten Betroffenen der Ansicht, „ein solches isoliertes Vorhaben entwerte die Zusammenarbeit in ihrer ganzen Breite. […] 4) Gemeinsame Berufsausbildung ist das Wunschdenken der französischen Seite, die unser duales System mit Ausbildung in Betrieben aufmerksam verfolgt. Bei rudimentären Sprachkenntnissen und Nichtanerkennung von Ausbildungsabschnitten in Deutschland im französischen Erziehungssystem bleibt nur der gesteigerte Lehrlingsaustausch, wie er in Frankfurt beschlossen wurde. […] 5) Für eine gemeinsame audiovisuelle Kultur, eine wirkliche Zusammenarbeit im Fernsehbereich, fehlt es bisher an Bereitschaft der französischen Seite, deutsche Kultur aufzunehmen. […] Zwar wird von beiden Seiten ein deutsch-französischer oder europäischer Fernsehkanal angestrebt; nach den ersten konkreten Unterlagen hat es den Anschein, als ob die französische Seite die deutsche gleichberechtigt hauptsächlich bei der Frage der Finanzierung beteiligen will." Vgl. Referat 203, Bd. 151130.

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 23. Oktober 1987 vorgelegen.
2 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 23. Oktober 1987 vorgelegen.
3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Und das ist bei uns alles legal + geduldet? Alles genehmigt?"
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 26. Oktober 1987 vorgelegen.
4 Am 29. November 1987 fanden in der Türkei Parlamentswahlen statt.

treffen. Mit mehreren Tausend Teilnehmern, Türken, türkischen Kurden und deutschen Sympathisanten, ist zu rechnen.

Das „Türkei Informationsbüro“ hat sich in zahlreichen Schreiben an alle politischen Parteien, an Behörden und Dienststellen, an Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, an die Presse und auch an das Auswärtige Amt gewandt und über den geplanten Sternmarsch unterrichtet.

Die Demonstration ist bewußt in die Vorwahlzeit gelegt. Geplant war die Durchführung der zentralen Veranstaltung unmittelbar im Anschluß an die ursprünglich auf den 1.11., inzwischen aber auf den 29.11. verschobenen Wahlen in der Türkei.

2) Die bundesweiten Veranstaltungen stehen unter dem Motto „für die Abschaffung der Todesstrafe und für Generalamnestie in der Türkei“. Die Aufrufe und Flugblätter zeigen deutlich, daß die Organisatoren dem linken Umfeld zuzurechnen sind. Soweit es sich dabei um kurdisch-türkische Gruppierungen handelt, richten sich ihre Aktionen gegen den als „faschistisch“ bezeichneten türkischen Staat und für die Bildung eines unabhängigen Kurdistans.[5]

Zu diesen kurdischen Gruppierungen gehören auch die Anhänger der im Verfassungsschutzbericht[6] als kommunistisch bezeichneten kurdischen Arbeiterpartei PKK, der Nationalen Befreiungsorganisation Kurdistans ERNK[7] und der Volksbefreiungsarmee Kurdistans ARGK[8].

3) Angehörige dieser Gruppen haben in den letzten Wochen immer wieder deutsche Einrichtungen besetzt. Anlaß für ihre Aktionen war die am 27.7.1987 erfolgte polizeiliche Durchsuchung mehrerer Wohnungen in Köln, bei der eine „Kriegskasse“ in Höhe von rd. 700000 DM beschlagnahmt wurde. Darüber hinaus wurde am 4.8.87 bei 42 weiteren Durchsuchungen im gesamten Bundesgebiet umfangreiches Beweismaterial sichergestellt.

5 Mit Runderlaß Nr. 6201 warnte Vortragender Legationsrat Born, daß nach den von der Generalbundesanwaltschaft angeordneten Aktionen gegen kurdische Einrichtungen in der Bundesrepublik mit „Gegenaktionen dieser Gruppen, insbesondere gegen unsere Auslandsvertretungen und sonstige deutsche Einrichtungen“, zu rechnen sei. Dabei könne „auch die Anwendung von Gewalt durch diese Gruppen als Reaktion und Rache nicht ausgeschlossen werden“. Zur „Kurdenfrage allgemein“ teilte Born mit: „Das Siedlungsgebiet der etwa 12 Mio. Kurden erstreckt sich über fünf Staaten Vorderasiens. Von kurzlebigen Versuchen der Staatsbildung abgesehen (1922/23 und 1946/47), gelang es den Kurden in der Geschichte nicht, die staatliche Unabhängigkeit zu erlangen. Mehr als ein Drittel der Kurden lebt in der Osttürkei. In der modernen Türkei sind seit Atatürk Zentralismus und Nationalismus Grundprinzipien geworden. Türkisches Selbstverständnis schließt die Existenz nationaler Minderheiten auf türkischem Boden aus. Lediglich die im Lausanner Vertrag von 1923 erwähnten ‚nicht-islamischen Minderheiten‘, zu denen die Kurden nicht gehören, genießen gewisse Minderheitenrechte. Die Türkei ist auch dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen vom 19.12.1966 nicht beigetreten. Die dort verankerten Minderheitenrechte können daher der Türkei nicht als vertragliche Verpflichtung entgegengehalten werden. Nach allem, was wir wissen, werden die Kurden in der Türkei nicht diskriminiert, wenn sie sich als türkische Staatsbürger bekennen. Der private Gebrauch der kurdischen Sprache ist nicht verboten und wird nicht verfolgt. Insgesamt kann die Lage der Kurden, wie auch anderer Minderheiten in der Türkei, nach unseren Kriterien noch nicht als befriedigend bezeichnet werden. Im Zuge des fortschreitenden Demokratisierungsprozesses zeichnet sich jedoch eine zunehmende Verbesserung der allgemeinen menschenrechtlichen Lage in der Türkei ab.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151025.

6 Vgl. DER BUNDESMINISTER DES INNERN (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1986, Bonn 1987.

7 Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan.

8 Artêşa Rizgariya Gelê Kurdistan.

Als Reaktion kam es in der Zeit vom 3. bis 7.8. zu insgesamt 28 Besetzungen und demonstrativen Aktionen im In- und Ausland gegen deutsche Einrichtungen. Am 7.8. erklärte der Europa-Vertreter der ERNK auf einer Pressekonferenz in Bonn, das kurdische Volk werde sich die von den deutschen Behörden beschlagnahmten 700000 DM nötigenfalls mit Gewalt zurückholen. Daraufhin kam es in der Folgezeit bis zum 21.10.87 zu weiteren 29 Besetzungen und demonstrativen Aktionen durch türkische Kurden. Besetzungsobjekte waren überwiegend deutsche Vertretungen im Ausland (Botschaften, Generalkonsulate, Lufthansa-Büros) sowie im Inland Büros von Presseorganen, politischen Parteien, Gewerkschaften und kirchlichen Einrichtungen.

4) Ob, wann und an wen die zuständigen Ermittlungsbehörden den beschlagnahmten Geldbetrag freigeben, wissen wir nicht. Es ist damit zu rechnen, daß bis zu einer Freigabe dieses Betrages weitere Aktionen gegen deutsche Einrichtungen durchgeführt werden.

In bei den jüngsten Besetzungen verteilten Flugblättern wird die Bundesregierung darauf hingewiesen, sie habe sich mit ihrer Haltung Zehntausende von Kurden zum Feind gemacht. Sie wird für alle negativen Entwicklungen, die von jetzt an entstehen könnten, allein verantwortlich gemacht.

5) Unsere Auslandsvertretungen und auch deutsche Firmen (über DIHT) in den von den kurdischen Gruppen gefährdeten Ländern wurden über die jüngste Entwicklung der Sicherheitslage unterrichtet und gebeten, in Absprache mit den örtlichen Behörden entsprechende Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.[9]

Born

Referat 206 (203), Bd. 151025

9 Legationsrat Engel informierte am 23. Oktober 1987, das Bundeskriminalamt habe mitgeteilt, daß die Polizei in Köln „die Ermittlungen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse in bezug auf die 700000 DM abgeschlossen“ habe, die nicht hätten aufgeklärt werden können: „Nach der Bewertung des BKA ist von einer Eskalation auszugehen, da nach derzeitigem Stand nicht damit zu rechnen ist, daß die 700000 DM sowie die schriftlichen Unterlagen und Adreßlisten herausgeben werden, so daß die PKK, um in den Augen ihrer Anhängerschaft nicht das Gesicht zu verlieren, durch gewalttätige Aktionen gegen deutsche Einrichtungen im In- und Ausland den Druck auszuüben versucht, der ihrer Meinung nach erforderlich ist, um die Herausgabe der bezeichneten Gegenstände zu erzwingen.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 206 (203), Bd. 151025.

296

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6261/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. Oktober 1987, 22.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1412 **Ankunft: 25. Oktober 1987, 01.25 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Ministerrat 24.10.87 mit Bericht Secretary Shultz über Gespräche in Moskau[2]

Zur Unterrichtung (DB ist von BM noch nicht genehmigt)

I. An Sitzung nahmen alle Außenminister mit Ausnahme von GR und TUR teil, welche Länder durch StS Georgiou bzw. StV[3] vertreten waren. Beteiligung Formel zwei plus drei (bei uns D 2[4], D 2 A[5], DMV[6]). Dauer zweieinhalb Stunden.

Optimismus hinsichtlich baldigen Abschlusses INF-Abkommens. Fortschritte auch bei START. Gewisse Besorgnisse hinsichtlich Gipfels, die jedoch nicht zu stark artikuliert werden sollen.

II. 1) GS[7] erinnerte an Verlegung NATO-Hauptquartier vor zwanzig Jahren nach Brüssel[8] und sprach Dank an B aus: „C'est le provisoire, qui reste."

Er unterstrich Anzahl und Qualität hochrangiger transatlantischer Konsultationen. Seit Wiederaufnahme Genfer Verhandlungen im Januar 1985[9] hätten insoweit 56 Zusammenkünfte stattgefunden, darunter sieben auf sehr hoher oder höchster Ebene.

2) Shultz meinte, er wolle besonders ausführlich sein, um auch auf diese Weise zum Wert Konsultation beizutragen.

a) Was seien Ziele Bündnisses, an denen sich auch kürzliche Gespräche in Moskau orientiert hätten? Frieden in Freiheit, den es mit Methode kollektiver Sicherheit und Strategie Vorneverteidigung und flexibler Antwort[10] zu verwirk-

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 26 und 38.

2 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. auch FRUS 1981–1988, VI, S. 408–486. Vgl. dazu ferner SHULTZ, Turmoil and Triumph, S. 993–1001; GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 614–617.

3 Osman Olcay.

4 Hermann Freiherr von Richthofen.

5 Josef Holik.

6 Deutscher Militärischer Vertreter im NATO-Militärausschuß war Hans-Peter Tandecki.

7 Lord Carrington.

8 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.
Zur Verlegung des NATO-Hauptquartiers (SHAPE) von Paris nach Brüssel vgl. AAPD 1966, II, Dok. 344.

9 In einer Gemeinsamen Erklärung vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf am 7./8. Januar 1985 gaben der sowjetische Außenminister Gromyko und der amerikanische Außenminister Shultz die Wiederaufnahme von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf bekannt. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.
Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 101 und Dok. 106.

10 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

lichen gelte. Allianz beruhe im Sinne Harmel-Berichts[11] auf Säulen Abschreckung sowie Dialog im Hinblick auf bessere West-Ost-Beziehungen, wie dies auch im Washingtoner Bericht 1984[12] zum Ausdruck gekommen sei. Für beide Elemente westliche Solidarität unabdingbar. Er erinnere sich gut an Ratssitzung Dezember 1984, bei der ihm von Partnern geraten worden sei, geduldig und stark zu bleiben.[13] Auf diesem Hintergrund habe man Gespräche in Moskau geführt, auf die man sich fortschrittsorientiert sorgfältig vorbereitet habe.

Es seien in der Tat Fortschritte erzielt worden, und man werde fortfahren, Dinge voranzubringen. Er wolle daran erinnern, daß es Schewardnadse gewesen sei, der im September in Washington[14] ein Gipfeltreffen für diesen Herbst angekündigt habe, um INF-Abkommen zu unterzeichnen. Allerdings habe Gorbatschow gestern in über vierstündiger Unterredung gemeint, daß INF-Vereinbarung, welche „praktisch unter Dach und Fach" sei, für TO Gipfel nicht genügend Substanz bringe. Er sei an Besuch USA sehr interessiert, aber es müßten sich hier unmittelbare Chancen („immediate prospect") für Einvernehmen im Bereich Verteidigung und Weltraum/ABM abzeichnen. Er wolle dieserhalb Brief an Präsidenten schreiben.[15]

Amerikanische Zielsetzung sei eindeutig: Gipfel sei wichtig, und US wollten Fortschritte. Er sei sich nicht ganz über Einlassung Gorbatschows im klaren. Für US sei bei „defense and space" „rigoroses" Verteidigungsprogramm Voraussetzung, mit welchem es US und Alliierte gegen ballistische Flugkörper zu schützen gelte. Er habe Verhandlungsfortschritte in diesem Bereich nicht ausgeschlossen. Zeit werde jedoch knapp. Für USA sei Substanz wichtig. Gipfel müsse gut vorbereitet sein und Chancen für wirkliche Fortschritte beinhalten.

Nach warmem Lob finnischer Bemühungen, für Fahrt nach Moskau kurzfristig Sonderzug bereitzustellen[16], skizzierte Shultz TO Gespräche.

b) An deren Spitze habe für US Menschenrechtsproblematik gestanden. Sie müsse für besondere Art Allianz freiheitlicher Gesellschaften weiterhin erste Priorität besitzen. Verwirklichung Menschenrechte sei in SU nach wie vor notleidend („the human beings get a lousy deal"). Er habe Komplex längere Zeit persönlich angesprochen, und er sei dann von Arbeitsgruppe (Leiter US: Botschafter Schifter) weiterbehandelt worden. Er habe Gruppe von Personen mit Anliegen für Familienzusammenführung (zwei Fälle hätten hier gelöst werden

11 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

12 Für den Wortlaut der Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

13 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. AAPD 1984, II, Dok. 349.

14 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

15 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Oktober 1987 an Präsident Reagan vgl. FRUS 1981–1988, VI, S. 489–493.

16 Vor seinem Besuch in der UdSSR hielt sich der amerikanische Außenminister Shultz am 20./21. Oktober 1987 in Finnland auf. Dort erfuhr er, daß wegen der Wetterverhältnisse in Moskau eine Anreise mit dem Flugzeug nicht möglich sei. Als der von der UdSSR in Aussicht gestellte Sonderzug ausfiel, organisierte die finnische Regierung kurzfristig Ersatz. Vgl. dazu SHULTZ, Turmoil and Triumph, S. 991f.

können) sowie von „Refuseniks“ empfangen. Aufgrund kürzlicher NO-Reise[17] habe er besondere Einblicke in Probleme sowjetischer Judenheit erhalten und sich für Genehmigung von deren Ausreiseersuchen sowie von denjenigen anderer Bürger eingesetzt. Dabei habe er besonders auch auf Deutschstämmige hingewiesen. Schewardnadse habe er daran erinnert, daß er bei seinem kürzlichen Besuch Südamerikas[18] behauptet habe, daß jeder, der weggehen wolle, dies auch tun könne. Man habe zugesagt, 1987 12000 bis 13000 Juden ausreisen zu lassen. Dies sei gegenüber 1979 zwar eine geringe Zahl, doch würde sie vor dem Hintergrund von durchschnittlich je etwa 800 Genehmigungen in den abgelaufenen Monaten dieses Jahres eine erhebliche Steigerung bedeuten.

Schewardnadse habe Frage Menschenrechtskonferenz Moskau angeschnitten.[19] Er sei auf amerikanische „crucial indicators“ hingewiesen worden. Auf sowjetische Vorhaltung, man habe bei Berner Konferenz[20] Abschlußdokument blockiert, habe er geantwortet, daß es genügend einschlägige Erklärungen und Dokumente gebe und daß es weniger auf Worte als auf Taten ankomme („we need performance“). Schewardnadse habe eingeräumt, für SU werde es keine Tragödie sein, sollte Konferenz in Moskau nicht zustande kommen. Gleichwohl sei noch einmal klargeworden, daß sowjetischerseits erheblicher Wert auf sie gelegt werde. Amerikanische Einlassungen seien nicht unvereinbar mit anderen Vorschlägen Verbündeter in Wien (z. B. F und D) gewesen.

c) Regionalfragen

Diesem Bereich habe er ganzen Abend lang mit sowjetischem Kollegen gewidmet, auch mit Gorbatschow sei darüber gesprochen worden. Über Mittelamerika habe es kraftvollen Meinungsaustausch („vigorous exchange“) gegeben. Insbesondere habe man über Krieg Iran–Irak und Lage im Golf gesprochen.[21] Schewardnadse habe hier übereingestimmt, daß mit Festigkeit gemeinsame Schritte („firm and unified follow-up“) ins Auge gefaßt werden müßten, sollte Pérez de Cuéllar keinen

17 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 16./17. Oktober 1987 in Israel auf und reiste am 17. Oktober 1987 nach Saudi-Arabien weiter, wo er ein Gespräch mit König Fahd führte. Nach erneutem Aufenthalt in Israel vom 17. bis 19. Oktober 1987 führte Shultz am 19. Oktober 1987 ein Gespräch mit Präsident Mubarak in Kairo und am 19./20. Oktober 1987 in London mit König Hussein von Jordanien.

18 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Brasilien vom 26. bis 30. September 1987. Im Anschluß hielt er sich bis 4. Oktober 1987 in Argentinien auf sowie vom 4. bis 7. Oktober 1987 in Uruguay.

19 Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

20 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

21 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 11.
Referat 311 legte am 26. Oktober 1987 dar, durch die erhöhte internationale Militärpräsenz im Persischen Golf drohe der Konflikt weiter zu eskalieren: „Zunächst schien Iran Angriffe auf amerikanische Schiffe bewußt zu vermeiden. Als jedoch im September ein iranisches Schiff beim Minenlegen entdeckt und von US-Hubschraubern beschossen wurde (weiterer Vorfall: Versenkung von iranischen Sturmbooten nach Beschießung amerikanischer Hubschrauber), scheint Iran bewußt auf Konfrontationskurs umgeschwenkt zu sein: Am 15.10. wurde ein unter liberianischer Flagge fahrender amerikanischer Tanker und am 16.10. ein unter US-Flagge fahrender kuwaitischer Tanker von Raketen (vermutlich: Silkworm) getroffen. Dies führte zu der amerikanischen Angriffsaktion vom 19.10., bei der eine als Kommandozentrale der Iraner genutzte Bohrplattform in internationalen Gewässern zerstört wurde. Die USA berufen sich zur Rechtfertigung dieser Aktion auf ihr Recht zur Selbstverteidigung nach Artikel 51 der VN-Charta.“ Vgl. Referat 202, Bd. 151083.

Erfolg haben.[22] Shultz: Es dürfe nicht dazu kommen, daß SR in seinen Anstrengungen nachlasse. Dieser habe eine Entscheidung gefällt, und amerikanischerseits sei man bereit, auf eingeschlagenem Wege weiterzugehen. Schewardnadse habe Treffen vorgeschlagen, um VN-Marinestreitkraft im Golf vorzubereiten. Er, Shultz, habe sich unter praktischen und konzeptionellen Gesichtspunkten jedoch sehr skeptisch gegeben. Was könne die Aufgabe einer solchen Streitkraft konkret sein? Friedenswahrende Mission komme nur in Frage, wenn SR-Entschließung 598[23] von beiden Seiten angenommen und sie Streitkraft zugestimmt hätten. Anderenfalls würde diese in feindliche Handlungen verwickelt, die sich aus der Lage (Irak im Gegensatz zu Iran ohne Zugang zum Golf) ergäben. Frage, wie SR 598 Nachdruck zu verleihen sei, sei ausführlicher erörtert worden. Er habe unterstrichen, daß von einer „dominierenden" amerikanischen Präsenz im Golf, wie dies sowjetischerseits behauptet werde, nicht gesprochen werden könne. Hinsichtlich Südafrikas hätten sich Aussichten für eine bessere „interaction" ergeben, was Shultz jedoch (auch auf Nachfrage portugiesischen AM[24]) nicht weiter erläuterte. Afghanistan sei nicht sehr vertieft worden, da sich sowjetische Seite hier sehr zurückhaltend gezeigt habe. Er habe Kambodscha und Korea angesprochen. Über NO hätten Experten einen ausführlichen Meinungsaustausch gepflogen. Im November sollen Armacost und Woronzow über alle Regionalfragen erneut ausführlich sprechen.[25]

[26]d) Bilaterale Probleme. Shultz erwähnte hier lediglich Frage Schutzes US-Botschaft Moskau gegen elektronische Überwachung („hard to get the bugs") sowie Sicherheit und Gesundheit Botschaftsangehöriger.[27]

e) Rüstungskontrolle

aa) Strukturierung Verhandlungen in Moskau

Man habe Gespräche in kleineren Arbeitsgruppen bevorzugt. Nach einer ersten Begegnung zu sechst (Shultz, Carlucci, Ridgway bzw. Schewardnadse, Dobrynin, Bessmertnych) habe man in folgenden AGs weiterverhandelt: INF, START, „defense/space", CW, KRK (sonstige AGs: Menschenrechte, Regionalfragen, bilaterale Probleme). Nitze habe übergeordnete Zuständigkeit für alle Rüstungskontrollfragen besessen. AGs hätten sich bei Bedarf mit Sechsergruppe in Verbindung gesetzt. Nunmehr auch in Moskau eingeführtes simultanes Dolmetschen

22 Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 283, Anm. 24.
Referat 230 vermerkte am 20. Oktober 1987: „Der VN-SR hat am 15.10. den Implementierungsplan des VN-GS zu Res[olution] 598 gebilligt und den GS ermächtigt, seine Bemühungen um eine rasche und vollständige Verwirklichung der Res. 598 auf dieser Grundlage fortzusetzen. Der Plan des GS sieht vor, daß die Implementierung wichtiger Bestimmungen der Res. 598 an einem zu vereinbarenden Datum gleichzeitig begonnen und ein Plan zur Durchführung der übrigen Aspekte der Resolution vereinbart werden soll. Insbesondere gilt dies für den Waffenstillstand und die Einsetzung eines Gremiums zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage." Vgl. Referat 311, Bd. 139986.

23 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

24 João de Deus Pinheiro.

25 Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, traf mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 17. November 1987 in Genf zu Gesprächen über Regionalfragen zusammen. Vgl. dazu den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 23. November 1987 übergebenen Gesprächsvermerk; Referat 230, Bd. 158100.

26 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1413 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

27 Zur sowjetischen Spionage gegen die amerikanische Botschaft in Moskau vgl. Dok. 98.

habe Gespräche sehr erleichtert. Stets habe man im Auge behalten, daß Vereinbarungen

– Sicherheit US und ihrer Alliierten erhöhen müßten,
– zu echter – und verifizierbarer – Verminderung von Kernwaffen zu führen hätten sowie
– in keinem Fall Abkommen nur um ihrer selbst willen angestrebt werden dürften.

bb) Teststopp

Bekanntlich habe man in Washington vereinbart, Gespräche zu führen.[28] Ziel: zunächst Verbesserung Verifikation bestehender zwei Abkommen im Hinblick auf ihre Ratifizierung[29], erst dann weitere Limitierungen. Amerikanischerseits meine man, daß Pferd nicht vom Schwanz her aufgezäumt werden dürfe, d. h., daß Tests so lange erforderlich seien, als Nuklearwaffen für Abschreckung erforderlich. Man habe Fortschritte gemacht („we are getting off pretty well"). Am 9.11. werde man in Genf aufgrund vereinbarter TO weitermachen.

cc) CW

Gespräche seien nützlich und substantiell gewesen, und sie hätten einen weiten Bereich umfaßt. Man sei sich darüber im klaren gewesen, daß bilaterale Kontakte wichtig seien, daß in Genf jedoch multilateral verhandelt werde.[30] In diesem Rahmen seien jene jedoch sehr bedeutungsvoll. Man habe sich im wesentlichen auf folgende TO geeinigt:

– Aufrechterhaltung Sicherheit während Abbaus;
– Problematik sensitiver Informationen bei Inspektionen (Vermeidung Gefahr Spionage);
– Verifizierung neuer Technologien;
– Problematik Proliferation;
– Vermeidung Gefahr, daß mit mehrfachfähigen Substanzen Abkommen umgangen werde;
– mandatorische Verdachtskontrollen, Datenaustausch.

Persönlich wolle er bemerken, je stärker er mit diesem Fragenkreis vertraut werde, desto wesentlicher erscheine es ihm, Lösungen zu finden. Besonders wichtig sei es, Proliferation zu verhindern. Hinweis auf Krieg Iran–Irak und Einsatz seitens SU (gemeint war wohl Afghanistan[31]). Der Geist sei aus der Flasche. Es

28 Vgl. dazu die Gespräche beim Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA; Dok. 261, besonders Anm. 10.
In der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vom 18. September 1987 hieß es: „Im Anschluß an die Erörterung von Fragen bezüglich der Nuklearerprobung waren sich beide Seiten einig, noch vor dem 1. Dezember 1987 mit umfassenden schrittweisen Verhandlungen zu beginnen, die ausschließlich in einem Forum geführt werden sollen." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 576.

29 Zu den „Schwellenverträgen" und zum Stand ihrer Ratifizierung vgl. Dok. 115, Anm. 5.

30 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 268, Anm. 23.

31 Die USA übermittelten den Vereinten Nationen am 22. März 1982 einen Bericht, in dem der UdSSR der Einsatz chemischer Waffen in Afghanistan vorgeworfen wurde. Ferner wurde dargelegt, die UdSSR habe Laos und Vietnam mit toxischen Kampfmitteln versorgt und deren Einsatz überwacht. Ein weiterer ergänzender Bericht wurde am 29. November 1982 vorgelegt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982, S. 103.

sei sehr dringend, Fortschritte zu erzielen, doch sei Problematik äußerst komplex, und besonders hinsichtlich Verifikation befinde man sich in Dilemma.

dd) KRK

SU habe auf Vertiefung gedrängt, doch sei US hier im Hinblick darauf, daß Verhandlungen multilateral in Wien geführt würden[32], zurückhaltend gewesen. Thomas habe amerikanischerseits entsprechende AG geleitet. Sowjets hätten besonders versucht, in diesem Rahmen taktische Kernwaffen anzusprechen, nicht zuletzt auf Umweg über „dual-capable systems", und zwar allgemein bei KRK oder im Rahmen gesonderter Verhandlungen in erster Linie interessierter Länder. Dies sei amerikanischerseits zurückgewiesen worden. Sowjets hätten sich im übrigen darum bemüht, mit US bilateral allgemein über „militärische Lage in Europa" ins Gespräch zu kommen. Auch das sei amerikanischerseits unter Hinweis darauf verweigert worden, daß derartige Gespräche nicht bilateral geführt werden könnten.

ee) Kernwaffen und Weltraum

aaa) INF

Gorbatschow habe angeregt, beide Seiten sollten schon vom 1. November an mit Abbau beginnen. Dieser „schlaue" Versuch passe in allgemeines sowjetisches Verhandlungsverhalten. Moskau versuche immer wieder, uns mit derartigen Ködern zu testen, obwohl es sich gewiß darüber im klaren gewesen sei, daß auch insoweit von US sofort abgewinkt werde. Allgemein unterstrich Shultz, daß es gerade auch im INF-Bereich wichtig gewesen sei, strikte Allianzsolidarität zu wahren. Immer wieder gelte es darzulegen, daß das, was erreicht worden sei, sich auf unsere Vorschläge gründe. Es handele sich um Implementierung des Doppelbeschlusses[33] und stelle einen klaren Erfolg des Bündnisses dar.

In Washington seien alle Grundsatzfragen geregelt worden. Über die noch offenen Probleme habe man dann in Genf intensiv verhandelt. Trotzdem hätten dort nicht alle bereinigt werden können. In Moskau habe sich nun vor allem in folgenden Punkten Einvernehmen ergeben:

– Zeitraum der Eliminierung („phasing"). Hier seien die Details „quälend kompliziert". Man habe vereinbart, daß LRINF innerhalb Zeitraums von drei Jahren, SRINF eines solchen von höchstens 18 Monaten abzubauen seien; bei letzteren wolle man sich um Verringerung auf ein Jahr bemühen, falls dies technisch machbar sei. „Phasing" gelte sowohl für Sprengköpfe als auch für Launcher.
– Was Zusammenarbeitsprogramm mit BR Deutschland anbelange, bleibe dieses, wie nunmehr endgültig feststehe, außerhalb Abkommens. SU habe im Hinblick auf P Ia akzeptiert, daß alle amerikanischen und sowjetischen INFs bereits fünfzehn Tage vor Ablauf Dreijahresfrist eliminiert werden, so daß BR Deutschland unter Bezugnahme auf Erklärung BK vom 26.8.87[34] zu genanntem Zeitpunkt „Program of Cooperation" zu beenden in der Lage sei, und

32 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

33 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

34 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

sich US-Gefechtsköpfe damit außerhalb desselben befänden und abgezogen werden könnten. Dies sei eine „sehr befriedigende" Lösung, die mit Bundesregierung abgesprochen sei. Ganzes Problem sei nunmehr vom Tisch.

– Bei Verifikation sei es vor allem um die „on-site inspections" gegangen. Hier sei man in den meisten Punkten einig, doch gebe es immer noch einige offene Probleme, über die in Genf weiterverhandelt werden müsse. Dies werde in kommender Woche geschehen. Was Verdachtskontrolle anbelange, so werde diese nur für bestimmten Zeitraum mit zahlenmäßigen jährlichen Beschränkungen möglich sein. US hätten insgesamt fünfzehn Inspektionen pro Jahr in US, SU und Stationierungsländern[35] während zehn Jahren nach Abbau vorgeschlagen. Gegenvorschlag SU: zehn Jahre lang, dabei jährlich zehn in ersten fünf Jahren und jährlich zwei bis drei in weiteren fünf Jahren. Auch dies werde in nächster Woche in Genf in Angriff genommen.
– „Launch to destruct" (LTD). US hätten vorgeschlagen, daß dies nur während Zeitraums von sechs Monaten möglich sei. Daß SU dem grundsätzlich zugestimmt habe, könne als Erfolg gelten. Problematik sei deshalb so wichtig, weil mit LTD Testing verbunden sei, es bei Null-Lösung jedoch ein solches nicht mehr geben dürfe. Andererseits sei LTD bequemster Weg, um umweltkonformen Abbau herbeizuführen.

Beide Seiten hätten ihren Genfer Verhandlern aufgetragen, bis Ende nächster Woche zu berichten. Man werde sich jedoch nicht unter Zeitdruck setzen lassen, denn es müsse solide Arbeit („job right") geleistet werden. Alles in allem werde es wohl zwei bis drei Wochen dauern, bis ausstehende Probleme in Genf gelöst worden seien.

bbb) START

Lage sei nicht schlecht („pretty good"). Ziel sei Reduzierung auf 50 Prozent. Dies stelle Grundsatzentscheidung von Reykjavik[36] (welcher Gipfel auch für INF wichtig gewesen sei) dar. Jede Seite solle nicht mehr als 6000 Gefechtsköpfe und 1600 „delivery vehicles" behalten. Shultz unterstrich Einigung auf Zählweise (Bomber ohne ALCM – nur ein Gefechtskopf) und auf 1540 Gefechtsköpfe bei schweren ICBMs. Auch Vereinbarung hinsichtlich Limitierung Wurfgewichts sei in Sicht; dies sei sehr bedeutungsvoll wegen Verminderung Streuung und damit Zerstörungskraft. Es gebe nunmehr einen gemeinsamen Text, der indessen noch zahlreiche Klammerungen aufweise.

Man sei weit über SALT[37], das lediglich Launcher umfaßt habe, hinaus. Jetzt strebten beide Seiten zusätzlich Beschränkungen bei Gefechtsköpfen sowie Wurfgewicht an.

Gorbatschow habe dafür plädiert, START-Abkommen bis Frühjahr unterschriftsreif zu machen und dann Gipfel in Moskau abzuhalten. Verifikation werfe indes-

35 Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande auf seiten der NATO sowie ČSSR und DDR auf seiten des Warschauer Pakts.

36 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

37 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

sen bei START (mit seinen verbleibenden 6000/1600 Gefechtsköpfen bzw. Raketen) erheblich größere Probleme auf als bei INF-Null-Lösung (hier keine Tests, verbleibende Systeme, Produktion): „äußerst kompliziert". Er habe Gorbatschow deshalb gesagt, man wolle gerne Einigung bis zum Frühjahr anstreben, doch werde dies wohl nicht einfach sein.

SU habe sich für mobile Systeme ausgesprochen. US hätten hierzu keine Neigung, da diese nur sehr schwer verifizierbar seien und sich insoweit für SU angesichts deren Weiträumigkeit Vorteile ergeben würden. Andererseits sehe man auch amerikanischerseits durchaus Nutzen mobiler Systeme, vor allem hinsichtlich Überlebensfähigkeit.

Für US sei Limit von 4800 für ballistische Gefechtsköpfe, die größte Gefahr darstellten, wesentlich, und man werde hier auch hart bleiben.

Gestern habe Schewardnadse neue Sublimits für ICBMs (3000 bis 3300), seegestützte Systeme (1800 bis 2000) und ALCMs (800 bis 900) vorgeschlagen, was indessen keine besondere Abweichung von bisheriger sowjetischer Position bedeute. Dies sei für US nicht akzeptabel, weil

– es „freedom to mix" zu sehr einschränke;
– es bedeuten würde, daß US dann ihre „force structure" zu stark zu ändern hätten und
– US – zum Vorteil SU – ihre seegestützten Systeme um zwei Drittel vermindern müßten.

Jedoch könne man Vorschläge Moskaus auch so einschätzen, daß man sowjetischerseits auf dem Wege ist, amerikanische Grundgedanken für Strukturierung Triade zu akzeptieren, aber andere Einzelregelung anstrebt als US-Seite. Dies könne Konsens möglich erscheinen lassen.

Abschließend zu diesem Punkt: START-Abkommen im Frühjahr sei denkbar („ingredients are there"), die größten Schwierigkeiten lägen wohl bei Verifikation.

ccc) Verteidigung und Weltraum

Bereich sei eingehend erörtert worden. Hier gebe es Übereinstimmungen und Differenzen. Wesentliche Punkte seien:

– Verpflichtung, sich gewisse Zeit lang nicht aus ABM-Vertrag zurückzuziehen;
– Frage Weiterführung von Forschung, Erprobung und Entwicklung innerhalb dieser Zeit. SU wünsche schwerwiegende Einschränkungen, woraus sich Unmöglichkeit angemessener Fortsetzung Programms ergeben würde.

Während bei INF und START beide Länder parallele Interessen besäßen, wolle SU bei „defense and space" USA stoppen. Immerhin gebe es Änderung sowjetischer Position. Man sei nunmehr bereit, gewisse Erprobungen im Weltraum hinzunehmen.

[38]Für sowjetische Verhandlungstaktik sei es interessant, daß dies Schewardnadse bereits in Washington zum Ausdruck gebracht habe, daß es in Genf sowjetischerseits jedoch nicht aufgenommen wurde und daß SU jetzt in Moskau wieder darauf zurückgekommen sei. Das bedeute einen Schritt voran. USA wollten keine

38 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1414 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Änderung ABM-Vertrags. Forschung, Erprobung und Entwicklung seien wesentlich, um SDI nicht zu lähmen.

ff) Im gesamten Rüstungskontrollbereich habe es Fortschritte gegeben („progress across the board").

Es sei erneut deutlich geworden, daß Ansatz Bündnisses richtig gewesen sei. Starke Verteidigung und Einheit Allianz seien Voraussetzung. Diese habe eine Strategie, sie bewähre sich, und sie gelte es beizubehalten. Trotz erheblicher Fortschritte gebe es noch viel zu tun. Wesentlich sei Unterstützung seitens Bevölkerung. Diese müsse motiviert werden. Botschaft sei Standfestigkeit, Geduld und Ausdauer. Hier gelte es, keine Mühe zu scheuen.

f) Von Vertretung US angekündigte „speaking notes" können frühestens am 26.10. zur Verfügung gestellt werden. Sie werden nach Eingang sogleich vorgelegt.[39]

III. 1) An Diskussion beteiligten sich mit Ausnahme B sämtliche Partner. Alle dankten Shultz für Verhandlungsführung in Moskau und ausführliche Information. Festzuhalten ist:

2) BM, der nach Andreotti als zweiter das Wort nahm, sprach insbesondere auch Dank dafür aus, daß Shultz sich für Ausreise deutschstämmiger Bürger eingesetzt habe und daß in Sachen P I a befriedigende Regelung gefunden worden sei, wo man erfolgreich Standpunkt durchgehalten habe, ganze Frage dürfe kein Gegenstand Abkommens sein.

Hinsichtlich CW teile er Sorge Proliferation bei Besitz, Einsatz und Produktionsmöglichkeiten. Es sei sehr dringlich, weltweites Verbot durchzusetzen. Unterstreichung Wichtigkeit KRK. Fortschritte bei START erschienen ihm relevant. Mitteilung, daß beide Seiten Vertragsabschluß bis zum Frühjahr immerhin für möglich hielten, sei ermutigend, Problem linkage START–SDI bestehe allerdings fort.[40]

BM pflichtete Shultz nachdrücklich bei, daß Einigung INF nicht etwa auf sowjetischen Vorschlägen beruhe, denen Bündnis sozusagen zähneknirschend gefolgt sei. Abkommen sei vielmehr westlicher Initiative zu danken.

BM stellte folgende Frage: Wenn INF-Abkommen in drei bis vier Wochen unterschriftsreif sei und es tatsächlich zunächst zu keinem Gipfel komme, so stelle sich Problem, ob es unabhängig davon bei anderer Gelegenheit abgeschlossen werden könne oder ob es etwa liegenbleiben müsse. Zweite Alternative, die es unbedingt zu vermeiden gelte, würde in Substanz Wiederbelebung Junktims mit SDI und damit schweren Rückschlag bedeuten. Habe SU nach Eindruck von Shultz dies etwa im Auge?

Shultz antwortete, man habe Sowjets diese Frage nicht unmittelbar gestellt, doch sei man sich amerikanischerseits Problematik durchaus bewußt. Er hoffe sehr, daß man gegebenenfalls Abkommen auch außerhalb Gipfels – auf die eine

39 Für die am 26. Oktober 1987 von der amerikanischen Botschaft übergebenen „Speaking Notes" des amerikanischen Außenministers Shultz für die Sitzung des NATO-Ministerrats am 24. Oktober 1987 in Brüssel vgl. VS-Bd. 11283 (220).

40 Zum sowjetischen Junktim zwischen den Verhandlungsbereichen START und Weltraumwaffen vgl. Dok. 227.

oder andere Weise – unterschreiben könne. Im übrigen sei er für die Ratifizierung zuversichtlich. Es gebe immer wieder amerikanische Bürger, die sich bei Kritik als selbsternannte Sprecher Europas gerierten; einige sprächen englisch mit deutlichem Akzent. Europäer sollten sich nicht scheuen, Abkommen in USA – gemeint war vor allem auch im Zusammenhang mit Ratifizierungsprozeß – als im Interesse Europas liegend zu bezeichnen.

3) Aus Einlassungen anderer AM ist berichtenswert:

– Andreotti unterstrich u. a. Bedeutung enger transatlantischer Beziehungen.
– Van den Broek gab Befriedigung Ausdruck, daß Shultz Menschenrechtsfrage prominent behandelt habe. Wir müßten in Sachen WT.19[41] zusammenhalten. Wichtig sei es, daß SU hier für Fortschritte bei KRK Gegenleistung erbringe. Krieg Iran–Irak: Es gelte Aktion SR fortzuführen, dessen Glaubwürdigkeit auf dem Spiel stehe. Seien bei Erörterung NO Fortschritte erzielt worden? (Shultz ging darauf nicht ein.) Hinsichtlich Unterzeichnung INF-Abkommens sei Frage BM sehr relevant. Wie sei es zu interpretieren, daß Gorbatschow für Frühjahr Gipfel in Moskau zur Erörterung gestellt habe, daß er mit Gipfel Washington jetzt jedoch Schwierigkeiten bereite? Bei CW teile er Besorgnisse von Shultz und BM. Man müsse sich hier fragen, von welcher Bedeutung tatsächlich hundertprozentige, völlig „wasserdichte" Verifikation sei. Sei da nicht das Bessere der Feind des Guten? (Shultz erwiderte: Auch schon fünfprozentiges Verifikationsdefizit sei eben wichtig, nicht zuletzt für allgemeines Vertrauensniveau. Hier stellten sich komplexe Fragen.)
– Auch Howe sprach von BM angeschnittenes Problem Unterzeichnung INF-Abkommens an. Er frage sich, ob von Gorbatschow errichtetes Hindernis nicht Zeichen von Schwäche sei. Wir sollten unser Engagement für Fortschritte insoweit unterstreichen. Sowjetische Einlassungen hinsichtlich Krieg Iran–Irak und Golf seien weiteres Beispiel für Auf und Ab Verhandlungsführung Moskaus: Positionen in New York, später in London und dann wieder jetzt in Moskau unterschieden sich. Um so bemerkenswerter erscheine es ihm, daß Gorbatschow nunmehr bei Gipfel Schwierigkeiten mache. (Shultz unterstrich, wir sollten uns nach außen in Frage linkage nicht etwa zu besorgt geben. Dies könne sich nur kontraproduzent auswirken.)
– Stoltenberg: Zustimmung dafür, daß Linkage-Problem von uns Öffentlichkeit gegenüber nicht hochgebracht werden sollte. Hinweis darauf, daß nach Fortschritten bei INF-Abbau 90 Prozent norwegischer Bevölkerung hinter Allianz stehe.
– Clark fragte, ob US im Bereich Verteidigung und Weltraum Liste von im Rahmen ABM-Vertrag erlaubter Aktivitäten vorbereiten. (Shultz verneinte dies, doch halte man hier Augen und Ohren offen. Er wolle aber erneut unterstreichen, daß man Einschränkungen gegenüber sehr zurückhaltend eingestellt sei. In diesem ganzen Bereich gebe es viele Unbekannte, und jede Limitierung im vorhinein werde zu Problemen bei SDI führen. Zu Hinweis Clarks auf Schwierigkeiten Gorbatschows mit Gipfel erläuterte Shultz, Gorbatschow habe

41 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

hier keine eigentlichen „Bedingungen“ gestellt, und man solle es ihm durch Akzentuierung dieses Problems nicht erschweren, einzulenken.)

– Auch Raimond sprach sich positiv über amerikanische Verhandlungsführung in Moskau aus, die nichts habe Zufall überlassen wollen. Wir lebten in einer sich schnell ändernden Welt. Sowjetische Politik sei nicht immer durchsichtig („limpide“).

– AM ISL[42] fragte, ob Rede Murmansk[43] behandelt worden sei. (Shultz: Man habe darüber gesprochen, dies jedoch nicht vertieft, um Erörterung im Allianzkreis nicht vorzugreifen. Im übrigen sei Zurückhaltung gegenüber kernwaffenfreien Zonen zum Ausdruck gebracht worden.)

Auf Schwierigkeiten mit Gipfel angesprochen, bemerkte Shultz an dieser Stelle, Erfahrungen Vergangenheit hätten gezeigt, daß Gorbatschow hinsichtlich seiner Pläne für Auslandsreisen nicht immer sehr konsequent sei. Man dürfe Problem nicht überbewerten.

– Fernández Ordóñez: „Historischer Prozeß“. Es gelte, „aktiv geduldig“ zu sein.

– Ellemann-Jensen unterstrich Notwendigkeit umfassenden Rüstungskontrollkonzepts. Er sei glücklich darüber, daß Shultz, der sich in Washington als „tired of INF“ bezeichnet habe[44], bei seinem Optimismus geblieben sei.

– Poos: INF-Abkommen bedeute weder Abkoppelung von USA noch Beginn Denuklearisierung Europas.

4) Shultz schloß mit Unterstreichung von drei Punkten:

– Er glaube kaum, daß INF-Abkommen tatsächlich bereits in zwei bis drei Wochen fertig unterschriftsreif sei. Ein solches Vertragswerk sei auch in Einzelheiten sehr komplex, was z.B. Überarbeitung durch Rechtsexperten erforderlich mache. Dies werde jedoch „nicht endlos“ dauern. Unter Hinweis auf spanischen AM: „Aktive Geduld“ sei vonnöten.

– Er hoffe, daß sich keine ausgedehnte Diskussion über Frage Zustandekommen Gipfels ergebe. Dies sei ein „side issue“. Gipfel werde kommen.[45] Es sei besser, auf erzielte Fortschritte, die auch jetzt in Moskau evident gewesen seien, hinzuweisen. „Things are going well.“ Trotz taktischen Hin und Hers sei man in Substanz auf Weg zu baldigem Abschluß INF-Abkommens.

– Dank an Kollegen, daß sie gekommen seien. Es sei ihm wichtig, ihre Ansichten zu kennen und mit ihnen in engem Kontakt zu stehen. Betonung Wichtigkeit Konsultationsprozesses.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11283 (220)

42 Steingrímur Hermannsson.

43 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 vgl. Dok. 283, Anm. 20.

44 In einer Pressekonferenz im Vorfeld seiner Reisen in den Nahen Osten bzw. in die UdSSR erklärte der amerikanische Außenminister Shultz am 15. Oktober 1987 in Washington: „I'm getting tired of INF. I want to get on to strategic arms.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2129, S. 14.

45 Zur Terminierung des geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in den USA vgl. Dok. 302.

297

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin

213-321.00 **26. Oktober 1987**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Stellvertretenden ZK-Abteilungsleiter Sagladin[2]

Der Bundesminister empfing heute, 9.00 bis 9.50 Uhr, den Ersten Stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, Herrn Wadim Sagladin, (er erschien ohne Begleitung) zu einem Gespräch, aus dem folgendes festgehalten wird:

BM begrüßte Herrn Sagladin und bat ihn um eine Bewertung des Moskauer Treffens zwischen den Außenministern Schewardnadse und Shultz.[3]

Sagladin führte aus, daß das Treffen Fortschritte erbracht habe, die Atmosphäre habe sich verändert. Es habe ein normales Gespräch stattgefunden, anders als noch vor einem Jahr. Das INF-Abkommen sei praktisch fertig, wenn auch noch einige aktuelle Probleme zu lösen seien. Hier seien die Amerikaner sehr vorsichtig. Die Gespräche über START befänden sich jetzt in der gleichen Phase wie die INF-Gespräche seinerzeit im Frühjahr, d.h., es würde konkret und nicht nur allgemein gesprochen. Wenn SDI nicht existierte, könnte man einen Abkommensentwurf fertig machen. Trotzdem könne man weiter sprechen, die Gespräche seien nicht in einer Sackgasse. *BM* fragte, was außerhalb des Labors erlaubt sei. *Sagladin* erwiderte, er wolle inoffiziell antworten: Alles sei im Weltraum möglich, auch „Halbwaffen", in gewissem Umfang z.B. Laser. Der fragenden Feststellung des *BM*, also Waffen mit begrenzten Fähigkeiten, stimmte *Sagladin* zu. Nur „Schlagwaffen" seien unzulässig.

BM unterstrich, daß die von Sagladin vorgenommene Bewertung der Qualität des Dialogs, der INF- und der START-Gespräche praktisch deckungsgleich mit dem sei, was AM Shultz gesagt habe. Im Westen werde jetzt die Frage gestellt, warum beide Seiten sich nicht auf ein Gipfeltreffen verständigt hätten.

Sagladin entgegnete mit der Bemerkung, daß hier im Vergleich zu früher Unterschiede aufgetreten seien. Früher seien Überlegungen über ein Treffen am dritten Ort angestellt worden, dieses Mal habe Gorbatschow seine Bereitschaft erklärt, nach Washington zu gehen. Nun müsse man sehen, wie sich die Gespräche über

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 26. Oktober 1987 gefertigt.

2 Der Erste Stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin, hielt sich vom 24. bis 26. Oktober 1987 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken vermerkte am 23. Oktober 1987 für das Ministerbüro: „Herr Sagladin kommt auf Einladung der DKP zu Feiern anläßlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution in die BR Deutschland. Er war zuletzt am 17.2.1987 von BM zum Gespräch empfangen worden." Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

3 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

START in Genf entwickelten. *BM* fragte, ob Gorbatschow noch in diesem Jahr nach Washington reisen werde. *Sagladin* antwortete: „Ich glaube, ja". *BM* wies darauf hin, daß die Rede von einer Reise Präsident Reagans nach Moskau gewesen sei. *Sagladin* bestätigte dies, bemerkte aber, daß noch kein Termin feststehe.

BM fuhr fort, er habe gestern vor einem Parteigremium die Formel von „vorsichtiger Zuversicht" zur Charakterisierung der Moskau-Reise von AM Shultz gebraucht.[4] In einer Erklärung zum Treffen heute morgen habe er betont, wie wichtig es sei, daß die Großmächte die Verhandlungen zu einem Abschluß brächten.[5] Substantielle Fortschritte über START und ein Gipfeltreffen gingen auch uns an. Er hoffe, daß ein Briefwechsel zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Präsident Reagan die Dinge weiterführe. *Sagladin* bemerkte, daß Gorbatschow das Schreiben angekündigt habe, er habe allerdings nichts über den Inhalt verlauten lassen.[6]

BM fuhr fort, daß wir an Fortschritten bei START interessiert seien. Bemerkenswert sei die Feststellung von AM Schewardnadse in seiner Presseerklärung gewesen, daß die Unterzeichnung des INF-Abkommens nicht notwendigerweise beim Gipfeltreffen stattfinden müsse.[7] Das sei interessant. Aber wir wünschten auch den Gipfel, weil er den Rahmen des West-Ost-Verhältnisses bestimmen werde. Wir hätten den Wunsch, daß das INF-Abkommen auf andere Abkommen ausstrahle. Die chemischen Waffen machten uns Sorge. Die Proliferation in die Dritte Welt mache uns Sorge, die chemischen Waffen dürfen nicht die Atomwaffe des kleinen Mannes werden. *Sagladin* warf ein, man müsse etwas tun bei den konventionellen Waffen. *BM* verwies auf die NATO-Erklärung von Brüssel[8] sowie auf die Warschauer-Pakt-Erklärung von Ost-Berlin[9].

Auf Bitte des BM nach einer Einschätzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen führte *Sagladin* aus: Nach der Rückkehr von ZK-Sekretär Dobrynin[10] habe es ausführliche Diskussionen im Politbüro gegeben. In den deutsch-sowjetischen Beziehungen wolle man in viele Richtungen gehen. Er habe vor kurzem eine

4 Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher am 25. Oktober 1987 vor dem Hauptausschuß der FDP in Baden-Baden vgl. die Pressemitteilung Nr. 1187 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179067.

5 Für das Interview des Bundesministers Genscher mit Radio Bremen am 26. Oktober 1987 vgl. die Pressemitteilung Nr. 1188 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179067.
Für das Interview Genschers, das am 27. Oktober 1987 in der Tageszeitung „General-Anzeiger" erschien, vgl. die Pressemitteilung Nr. 1189 vom 26. Oktober 1987; Referat 013, Bd. 179067.

6 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Oktober 1987 an Präsident Reagan vgl. FRUS 1981–1988, VI, S. 489–493.

7 In der Presse wurde zur Erklärung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 23. Oktober 1987 in Moskau gemeldet: „Falls keine Übereinkunft zu den Schlüsselfragen erzielt werde, erklärte Schewardnadse im weiteren Verlauf der Pressekonferenz, heiße das nicht, daß der Vertrag über die Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen nicht unterzeichnet wird. Die Frage sei nur, durch wen, wann und wo das geschehe." Vgl. den Artikel „Gespräche zwischen Sowjetunion und USA in Moskau abgeschlossen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. Oktober 1987, S. 5.

8 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

9 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

10 Zum Besuch des Sekretärs des ZK der KPdSU, Dobrynin, vom 8. bis 14. Oktober 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 280.

Begegnung mit Botschafter Meyer-Landrut gehabt (bei dieser Gelegenheit würdigte er die Tätigkeit des Botschafters), beide hätten konstruktive Ideen ausgetauscht.[11] Das Politbüro sei der Auffassung, daß das Gewicht der BR Deutschland für die Sowjetunion größer geworden sei. Das Gewicht der BR Deutschland habe auch bei Abrüstung und Wirtschaft zugenommen, um so mehr als die BR Deutschland an den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle teilnehme.

BM erklärte, die BR Deutschland werde eine drängende Rolle spielen. Die Bundesregierung hielte einen Ausbau der bilateralen Beziehungen für notwendig. Die Gespräche, die D2 und Botschafter Kwizinskij über ein Konsultationsprotokoll führten, seien ein wichtiger Schritt.[12] Eine Konsultationsabsprache könnte den Beziehungen eine neue Qualität geben. Wir erwarten den Besuch von AM Schewardnadse. Wir würden Terminvorschläge machen und gingen davon aus, daß der Besuch in diesem Jahr stattfinde.[13] (Sagladin stimmte zu.) Seit Frühsommer 1986[14] und seit dem Staatsbesuch des Bundespräsidenten[15] habe sich eine sehr gute Gesprächsserie entwickelt, und es habe gute Fortschritte gegeben. Wir meinten es ernst, wenn wir von „zentraler Bedeutung" der bilateralen Beziehungen sprechen: nicht nur für uns, sondern auch für das Ost-West-Verhältnis. Wir wollten mit großem Ernst mit der sowjetischen Seite über die Zukunft sprechen, auf der Grundlage des Moskauer Vertrages[16] und des langfristigen Wirtschaftsabkommens[17]. Er wolle die deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht überschätzen, aber auch nicht unterbewerten.

Sagladin fragte, ob bei dem Besuch von AM Schewardnadse in diesem Jahr das Konsultationsprotokoll der Hauptpunkt sein werde. *BM* bestätigte dies, wobei er hoffe, daß wir so weit kämen.

11 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 20. Oktober 1987, im Gespräch am selben Tag habe der Erste Stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin, den Willen der UdSSR zum Ausbau der bilateralen Beziehungen unterstrichen: „‚Unsere Aufgabe' sei, ‚konkrete Wege' dafür zu weisen. Bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen verwies er auf Schwierigkeiten, die durch die Reformen mitbedingt seien: Die neuen ‚Mechanismen' seien noch nicht funktionsfähig, zentrale Ministerien wehrten sich z. B. gegen Kompetenzverlagerungen an die Republiken." Meyer-Landrut wies auf Sagladins bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik hin: „Falls BM Herrn Sagladin zu sprechen wünscht, würde dieser das sicher sehr begrüßen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3369; Referat 213, Bd. 143532.

12 Zum geplanten Konsultationsprotokoll mit der UdSSR vgl. Dok. 280, Anm. 22.

13 Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

14 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

15 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

16 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

17 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.
Vgl. dazu ferner das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie"; Referat 421, Bd. 141310. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 195.

Sagladin schlug vor, im Hinblick auf ein Treffen von Generalsekretär Gorbatschow und BK Kohl schon jetzt zu überlegen, welchen Inhalt wir der Begegnung geben sollen. (Wörtlich:) Der Besuch, das Treffen – ich weiß nicht – findet nach einer schwierigen Periode statt. Nach allgemeiner Erwartung werde es ein wichtiger Schritt in den bilateralen Beziehungen sein, aber auch in europäischer und internationaler Hinsicht. Der Besuch als solcher wird bedeutsam sein, darüber hinaus soll er konkrete Fortschritte bringen. Die Frage des *BM*, ob die sowjetische Seite schon Ergebnisse ihrer Überlegungen habe, verneinte *Sagladin*. Er wies auf den Schewardnadse-Besuch hin. *BM* meinte, man könne sich auf den Schewardnadse-Besuch besser einstellen, wenn schon Überlegungen angestellt worden seien. Dies gebe dem Treffen mehr Substanz. *Sagladin* vertrat die Auffassung, daß die europäische Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen werde. Er hoffe, daß das Thema EG–RGW bis dahin erledigt sei.[18] Kontakte zum Europäischen Parlament seien bereits hergestellt.[19] Vieles hinge beim Bau des gemeinsamen europäischen Hauses[20] von unseren beiden Ländern ab. Ein wichtiges Thema sei die Abrüstungsproblematik in Europa. Bei den Kurzstreckensystemen verstehe die sowjetische Seite unsere Position. Die Bemerkung Sagladins, daß die Kurzstreckenproblematik ein schwieriges Problem darstelle, replizierte *BM* mit der Bemerkung, daß wir in Reykjavik[21] von Obergrenzen gesprochen hätten. Man könne an eine schrittweise Lösung denken.

BM lud Sagladin ein, etwas über die bevorstehenden Jubiläumsfeiern zu sagen. *Sagladin* führte aus, daß das Referat, das Gorbatschow am 2. November vortragen werde[22], nicht nur vom Politbüro, sondern auch vom ZK gebilligt worden sei. Auch dies sei ein Novum. Gorbatschow werde etwas über die Geschichte sagen, die Wahrheit nämlich. Das zweite Thema werde die Umgestaltung sein. Zugleich werde er allgemeine Überlegungen zu internationalen Fragen anstellen. Er werde z.B. die Frage aufwerfen, ob man realistischerweise eine atomwaffenfreie Welt anstreben könne. Das Referat habe nach dem ZK-Plenum[23] nicht publiziert werden können, weil es erst am 2. November gehalten werde. *BM* warf ein, es werde sehr viel spekuliert, die sowjetische Seite sei gut beraten, dagegen etwas zu tun.

Sagladin räumte Schwierigkeiten bei der Umgestaltung freimütig ein. Sie bestünden beim Übergang von der extensiven zur intensiven Wirtschaft, beim

18 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

19 Zum Besuch einer Delegation des Obersten Sowjets beim Europäischen Parlament vom 6. bis 13. Oktober 1987 teilte Botschaftsrat Löhr, Brüssel (EG), am 13. Oktober 1987 mit: „Unter Leitung des Vors[itzenden des] Nationalitätensowjets, Lew Tolkunow, besucht laut Mitteilung Sozialist[ischer] EP-Fraktion erste hochrang[ige] sowjet[ische] Del[egation] seit Bestehen der EG seit 6.10.1987 EG-Institutionen in Brüssel. Besuch erfolgt auf Einladung von Sozialist. und EVP-Fraktion, deren Besuche von Nov[ember] 1985 und Feb[ruar] 1987 in Moskau damit erwidert werden. […] Im Verlauf des Gesprächs mit EP-Präs[ident] Lord Plumb am 6.10.1987 sprach Del.leiter Tolkunow Einladung zu SOW-Besuch einer EP-Del. für 1988 aus." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2860; Referat 200, Bd. 134084.

20 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus" sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

21 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

22 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2. November 1987 in Moskau anläßlich des 70. Jahrestags der Oktoberrevolution vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 354–409.

23 Zur Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 25./26. Juni 1987 vgl. Dok. 160, Anm. 9.

Übergang von alten zu neuen Leitungsmethoden. Zur Zeit existieren das alte und das neue System nebeneinander. Ab 1. Januar 1988 würden 60% der Betriebe nach neuen Methoden und 40% der Betriebe nach alten Methoden geleitet werden. Dies schaffe Probleme. Auch bestünden erhebliche psychologische Schwierigkeiten, vieles nähme sich auf dem Papier leicht aus, aber viele Menschen müßten alte Gewohnheiten ablegen. *BM* fragte nach der Akzeptanz bei der Bevölkerung. *Sagladin* antwortete, daß im Prinzip alle für die Umgestaltung seien. Aber die Veränderungen sollten so schnell wie möglich eintreten. Hier gebe es weitere Probleme. *BM* verwies darauf, daß er in seiner Minnesota-Rede[24] von der Notwendigkeit des langen Atems gesprochen habe. Darauf versetzte *Sagladin*: Der BM hielte immer so interessante Vorträge in den USA und in der BR Deutschland, warum nicht auch in der Sowjetunion? *BM* erwiderte: Laden Sie mich ein!

BM erkundigte sich nach der Lage im Golf. *Sagladin* stellte fest, er habe keine neuen Informationen. Die Entwicklung sei in der Sackgasse. *BM* unterstrich die Notwendigkeit der Fortsetzung der Zusammenarbeit im Sicherheitsrat. Es sei sehr schwer, die Krise zu beherrschen. Um so wichtiger sei eine ganz enge Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Damit könne auch gezeigt werden, daß wir gemeinsame Verantwortung zu übernehmen bereit seien. Es könne dies ein Exempel im guten Sinne sein. Es sollen Anstrengungen unternommen werden, um die Stellung der VN zu stärken. Er schätze die sowjetische Unterstützung für den spanischen Kandidaten in der UNESCO[25] – in der UNESCO müsse ein neuer Anfang gemacht werden. *Sagladin* stimmte zu, daß durch eine Zusammenarbeit im Sicherheitsrat Vertrauen geschaffen werde. Insgesamt sehe die Situation bei regionalen Konflikten ein wenig besser aus, er verwies auf das Abkommen von Guatemala[26]. *BM* bemerkte, das Abkommen entspreche unserer Philosophie, wonach Konflikte von den Beteiligten in der Region selbst gelöst werden sollen.

BM sprach sich dafür aus, in Europa den Integrationsprozeß voranzubringen. Heute beginnt in Den Haag eine Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der WEU.[27] Dort wird der Harmel-Bericht[28] bekräftigt werden. Ziel sei

24 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 9. Oktober 1987 vgl. Dok. 283, Anm. 7.

25 Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.
Kandidat Spaniens für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war Federico Mayor Zaragoza, der Stellvertreter des Amtsinhabers.
Am 7. November 1987 wurde Mayor auf der Generalkonferenz der UNESCO, die vom 20. Oktober bis 21. November 1987 in Paris stattfand, mit 142 gegen sieben Stimmen bei zwei Enthaltungen zum neuen Generaldirektor gewählt.

26 Zum Friedensabkommen für Zentralamerika vom 7. August 1987 vgl. Dok. 228.

27 Die Tagung des WEU-Ministerrats fand am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag statt. Themen waren der Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR, insbesondere der bevorstehende Abschluß eines INF-Vertrags, die „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen", die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die Erweiterung der WEU und die Lage am Persischen Golf. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats von Arnim vom 30. Oktober 1987; VS-Bd. 11913 (209); B 150, Aktenkopien 1987.
Auf der Tagung wurde zudem die Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen" verabschiedet. Referat 209 notierte dazu am 29. Oktober 1987: „Aufgrund eines Ministerauftrags (Ziffer 14 des Kommuniqués von Luxemburg vom 28. April 1987) erarbeitete die ‚Sonderarbeitsgruppe' der WEU eine ‚Plattform über europäische Sicherheitsinteressen', die bei der vergangenen MR-Tagung im Haag (26./27.10.1987) angenommen und veröffentlicht wurde. In diesem Dokument beschreiben die Mitgliedstaaten der WEU in einer dynamischen Phase der Entwicklung zwischen West und Ost das Konzept einer europäischen Sicherheitspolitik, das politische Solidarität und ausreichende militärische Stärke im Atlantischen Bündnis sowie Rüstungskontrolle und Abrüstung und das

die europäische Friedensordnung, wobei der KSZE-Prozeß eine große Rolle spiele. Die Bundesregierung – so führte BM weiter aus – entwickle gute Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts. Im Sommer habe er einen guten Besuch in Bulgarien unternommen.[29] BM bezeichnete die Beziehungen zu Bulgarien als solide und gut. Bei dem Besuch des ungarischen Premierministers und Außenministers habe es Fortschritte in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht gegeben.[30] Der Honecker-Besuch sei wichtig gewesen.[31] Es sei klar geworden, daß die BR Deutschland und die DDR ihre Verantwortung erkannt hätten. Der BM werde auch nach Prag[32] und Bukarest[33] gehen. Mit Polen würden Gespräche über einen Besuch Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres geführt.[34] Insgesamt hätten wir gute Fortschritte gemacht, das gilt auch für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. BM erinnerte an den Staatsbesuch des Bundespräsidenten. Der nächste Schritt müsse die Reise von AM Schewardnadse hierher sein. Wir wünschten eine umfassende und tiefgreifende Zusammenarbeit. Dieser Wille werde vom gesamten Bundestag getragen.

Abschließend bemerkte *Sagladin*, daß 187 Delegationen zu den Jubiläumsfeiern nach Moskau kommen würden, aber nicht nur kommunistische, sondern auch Demokraten und einige Liberale. Aus dem Warschauer Pakt würden die Generalsekretäre kommen, das Referat von Gorbatschow werde drei Stunden dauern. Am 4./5. November seien informelle Treffen ohne Tagesordnung angesetzt.

BM schloß das Gespräch, indem er Grüße an AM Schewardnadse und ZK-Sekretär Dobrynin auftrug.

Referat 213, Bd. 143532

Fortsetzung Fußnote von Seite 1512

Streben nach echter Entspannung als integrale Bestandteile umfaßt." Vgl. Referat 202, Bd. 151083. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

28 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

29 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 16. bis 19. Juli 1987 in Bulgarien vgl. Dok. 217, Anm. 4.

30 Zum Besuch des ungarischen Außenministers Várkonyi am 21./22. Juli 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 217, Anm. 4.
Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 vgl. Dok. 277.

31 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

32 Bundesminister Genscher besuchte die ČSSR vom 25. bis 27. November 1987. Vgl. dazu Dok. 341.

33 Bundesminister Genscher hielt sich am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien auf. Vgl. dazu Dok. 375.

34 Zur Verschiebung des zunächst für Sommer 1987 geplanten Besuchs des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 122, Anm. 17.
Ministerialdirigent Kastrup, z. Z. Warschau, berichtete am 28. Oktober 1987, seine Gespräche in Warschau am selben Tag hätten zu einer befriedigenden Regelung für die Modalitäten eines Besuchs des Bundesministers geführt: Genscher könne im Rahmen des inoffiziellen Programms „einen Kranz an einem Grabdenkmal für gefallene deutsche Soldaten des Ersten Weltkrieges" niederlegen. Dabei solle der Text der Kranzschlaufe lauten: „‚Den Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft'. Eine Ehrung von Toten des Zweiten Weltkriegs war nicht durchsetzbar." Die polnische Seite habe akzeptiert, daß Genscher wie andere „hochrangige Besucher aus dem Westen, insbesondere auf AM-Ebene", bei dem Aufenthalt mit Mitgliedern der Opposition sprechen und das Grab des Priesters Popiełuszko besuchen wolle. Kastrup zog den Schluß: „Im Lichte meiner Gespräche möchte ich empfehlen, der polnischen Seite möglichst bald ein konkretes Besuchsdatum vorzuschlagen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1771; VS-Bd. 13501 (214); B 150, Aktenkopien 1987.
Genscher besuchte Polen vom 10. bis 13. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

298

Gespräch des Ministerialdirigenten Fiedler mit dem Leiter des israelischen Militärischen Nachrichtendienstes, Lipkin-Shahak

310-321.36 ISR **27. Oktober 1987**[1]

Gespräch des Chefs des israelischen militärischen Sicherheitsdienstes, General Amnon Shahak, mit Herrn Dg 31[2] am 27.10.1987[3]

Am 27.10.1987 suchte General Shahak in Begleitung des israelischen Gesandten[4], weiterer Angehöriger der israelischen Botschaft sowie von Verbindungsoffizieren aus dem BMVg Herrn Dg 31 zu einem Höflichkeitsbesuch auf.

Dabei legte eingangs Herr *Dg 31* ausführlich seine Eindrücke von der Lage am Golf nach Rückkehr von seiner Reise in mehrere Golfstaaten in Begleitung von StM Schäfer[5] dar.

Dazu sagte General *Shahak*, daß weniger der Iran als vielmehr der Irak zu einem Kompromiß verpflichtet sei, da letzterer den Krieg[6] begonnen habe. Solange Khomeini lebe, werde sich an den Kriegszielen des Iran nichts ändern. Dabei stelle sich die Frage nach der Entscheidungsstruktur innerhalb der iranischen Führung. Während diese im Irak offensichtlich sei (alleinentscheidend sei Saddam Hussein), stelle sich die Frage, wer im Iran die Entscheidungen treffe. Offensichtlich sei Macht nicht – analog Irak – bei Ayatollah Khomeini allein konzentriert. *Dg 31* vertrat die Auffassung, daß Khomeini die Grundlinien festlege, während er die Ausführung anderen überlasse.

General *Shahak* fragte Herrn Dg 31, wie dieser aus seiner Erfahrung als Botschafter in Bagdad[7] die Wirkung des Krieges auf die Moral der Zivilbevölkerung beurteile. Herr *Dg 31* entgegnete, daß die iranischen Raketen einen großen psychologischen Effekt ausübten; bislang seien ausschließlich zivile Ziele getroffen worden (möglicherweise mit einer Ausnahme).

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Worbs am 27. Oktober 1987 gefertigt und über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Richter an Ministerialdirigent Fiedler „mit der Bitte um Billigung“ geleitet.
Hat Richter am 28. Oktober 1987 vorgelegen.
Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 5. November 1987 vorgelegen.
Hat Fiedler laut handschriftlichem Vermerk vorgelegen: „Paraphe in Ex[emplar] MB.“

2 Heinz Fiedler.

3 Der Leiter des israelischen Militärischen Nachrichtendienstes, Generalmajor Lipkin-Shahak, hielt sich vom 26. bis 30. Oktober 1987 zu einem Informationsbesuch in der Bundesrepublik auf.

4 Gabriel Padon.

5 Staatsminister Schäfer besuchte Bahrain, Katar, Kuwait, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate vom 18. bis 23. Oktober 1987. Referat 311 vermerkte am 13. Oktober 1987, Ziel sei es, „Informationen über die Lage im Golf und die Haltung der Golfstaaten angesichts der Eskalation des irakisch-iranischen Krieges, der verstärkten Präsenz der amerikanischen und europäischen Marine im Golf und der nachdrücklichen Friedensbemühungen des SR und des GS der VN zu erhalten“. Die Gespräche sollten ferner dazu dienen, „unsere neutrale Haltung im Golfkrieg zu bekräftigen, unsere Position im SR der VN dar[zu]legen, Solidarität mit den Golfstaaten [zu] demonstrieren und die guten bilateralen Beziehungen [zu] festigen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 141120.

6 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

7 Heinz Fiedler war vom 2. Juli 1985 bis 6. August 1987 Botschafter in Bagdad.

General *Shahak* zufolge verfügt Iran jetzt über mehr Raketen als früher, die es aus Nordkorea beziehe. Russischer Druck hätte den früheren Lieferanten Libyen dazu gebracht, zunächst sein Personal und dann auch seine Raketen aus dem Iran abzuziehen. Boden-Boden-Raketen baue Iran jetzt selbst.

Dg31 wies darauf hin, daß weder die Raketen noch die Luftstreitkräfte, sondern letztlich die Landstreitkräfte kriegsentscheidend seien.

General *Shahak* stimmte der Auffassung von Herrn Dg31 zu, daß Saddam Hussein den Irak unter fester Kontrolle habe. Lediglich ein Armeeputsch (in der Folge einer militärischen Niederlage) könne seine Herrschaft erschüttern. Die schiitische Bevölkerungsmehrheit im Irak fühle sich in erster Linie als Iraker, dann erst als Schiiten. Er stimmte der Auffassung von Herrn Dg31 zu, daß ein Sieg Irans erhebliche Konsequenzen für die arabischen Golfstaaten haben würde, aber auch für Ägypten und für Syrien, das bislang „aus einigen praktischen Gründen" den Iran unterstütze.

Im Libanon sieht General Shahak eine gefährliche Entwicklung aufziehen: Derzeit investiere der Iran massiv im Bequaatal, aber auch in Südbeirut und an einigen Orten im Südlibanon, was ihm angesichts des Verfalls der libanesischen Währung billig komme. Durch den Aufkauf von Schulen, Moscheen, Farmen unterstütze der Iran die lokale Bevölkerung und gewinne deren Sympathien. Der Iran setze seinen Einfluß auf zweierlei Wegen um:

1) Bei Baalbek seien ca. 500 Pasdaran stationiert, über deren Präsenz Syrien nicht froh sei, sie aber akzeptiert habe.

2) Die Hisbollah werde vom Iran unterstützt und sei von diesem völlig abhängig. Sie bedeute eine Bedrohung auch für Syrien, das sie deshalb nicht betreten dürfe.

Insgesamt herrsche eine „kontrollierte Verrücktheit", ein Wahnsinn mit Methode vor. Die Wertvorstellungen im iranisch beeinflußten Teil Libanons seien dabei, sich völlig zu verwandeln. Menschliches Leben gelte nichts.

Für den Iran sei der Libanon der einzige Ort (außerhalb des eigenen Territoriums), wo die islamische Revolution funktioniere. Dabei könne sich der Iran nicht nur auf Schiiten, sondern auch auf Sunniten (z. B. Fundamentalisten bei Tripoli) stützen.

Während für den Irak (gegebenenfalls nach dem Abtritt Saddam Husseins) die Fortsetzung eines eigenständigen Weges denkbar sei, gebe es für den Libanon keine Zukunft.

Im nächsten Jahr seien Präsidentschaftswahlen im Libanon.[8] Aber was sei die Bedeutung dieses Amtes? Der Präsident könne heutzutage nicht einmal mehr im christlichen Teil frei reisen, sondern müsse erst die christlichen Milizenführer um Erlaubnis fragen – vom moslemischen Machtbereich ganz zu schweigen.

Die israelischen Interessen im Libanon seien mit der „Sicherheitszone" abgedeckt. Sie gelte als großer Erfolg. Seit 1982[9] habe es keine Guerillaoperationen in Nordisrael mehr gegeben.

8 Die Amtszeit des Präsidenten Gemayel endete am 22. September 1988.

9 Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen im Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.
Die Botschaft in Beirut legte am 7. November 1985 dar: Israel „zog sich im Mai 1985 aufgrund eigener Entscheidung (u. a. innenpolitischer Druck in Israel, Aktivitäten des national-libanesischen Widerstan-

Syrien habe derzeit große ökonomische Probleme, die es auch militärisch lähmen. Assad habe das Land fest im Griff und plane auch vorsichtig für die Zukunft. Mittelfristig bedeute das Land allerdings eine wachsende Bedrohung für Israel.

Referat 310, Bd. 149594

299

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel

424-411.10 SUA VS-NfD **28. Oktober 1987**[1]

Über Dg 42[2], D 4[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister

Betr.: Vorwurf der illegalen Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Bau von U-Booten nach Südafrika[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Dem Auswärtigen Amt ist bekanntgeworden, daß die OFD[6] beabsichtigt, das Bußgeldverfahren gegen die Firmen HDW und IKL einzustellen und dem BMF einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt hat.

2) Wir haben keinen Überblick über den Stand der Ermittlungen der OFD, da nach unserer letzten Unterrichtung (November 1986[7]) von der OFD weitere Beweise erhoben worden sind.

3) OFD und BMF waren zunächst der Ansicht, es liege ein Verstoß gegen § 45 Abs. 3 AWV[8] vor; sonst wäre nicht verständlich, warum das AA um Stellungnahme zu dem strafbegründenden Merkmal erhebliche Störung der Auswärtigen Beziehungen (§ 34 AWG[9]) gebeten wurde. Wir vermuten, daß die OFD im

Fortsetzung Fußnote von Seite 1515

des im Südlibanon) aus dem größeren Teil des von ihm besetzten Gebietes zurück und hält seitdem noch einen etwa 15 km tiefen Sicherheitsstreifen entlang der libanesisch-israelischen Grenze mit Hilfe der von Israel ausgerüsteten und finanzierten südlibanesischen Armee unter dem Brigadier Antoine Lahad und eigenen Truppen besetzt". Vgl. Referat 310, Bd. 149636.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Höynck am 29. Oktober 1987 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 29. Oktober 1987 vorgelegen.

4 Jürgen Ruhfus.

5 Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 215.

6 Oberfinanzdirektion.

7 Vgl. dazu den Bericht der Oberfinanzdirektion Kiel, der mit Schreiben vom 28. November 1986 an das Bundesministerium der Finanzen übermittelt wurde; Referat 230, Bd. 158126. Vgl. dazu auch BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 51.

8 Für den Wortlaut des Paragraphen 45, Absatz 3 der Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung vom 18. Dezember 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2692.

9 Für den Wortlaut des Paragraphen 34 des Außenwirtschaftsgesetzes in der Fassung vom 2. März 1974 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 590.

Anschluß an eine Stellungnahme des BMWi heute der Ansicht ist, § 45 Abs. 3 AWV sei nur anwendbar, wenn Kenntnisse über die für den Bau eines U-Bootes „wesentlichen Teile" weitergegeben würden.

§ 45 Abs. 3 AWV ist nach der SR[10]-Resolution 418 (1977)[11] in die AWV eingefügt worden, um den Inhalt dieser Resolution in nationales Recht zu übertragen. Ob der BMWi bei seiner Interpretation diesen Zusammenhang beachtet hat, ist uns nicht bekannt.

II. Internationale Reaktion auf Einstellung des Verfahrens

1) Der Abschluß des Verfahrens mit einer Einstellung des Bußgeldverfahrens durch eine Verwaltungsbehörde ist außenpolitisch der denkbar ungünstigste Fall. Wir müssen damit rechnen, daß uns bilateral und im VN-Rahmen (Arms Embargo Committee des VN-Sicherheitsrates) der Vorwurf gemacht wird:

Die Bundesregierung habe sich im Falle der U-Boot-Blaupausen nicht an das Waffenembargo des VN-SR gehalten und verstoße damit gegen Völkerrecht. (Verboten sind nach dem Waffenembargo „die Lieferung von Waffen und damit zusammenhängendem Material aller Art ... und die Gewährung von Lizenzvereinbarungen für die Herstellung von Waffen".)

Das Arms Embargo Committee des VN-SR könnte offiziell an den SR berichten.

2) Es ist damit zu rechnen, daß sich auch Herr Garba (Vorsitzender des Anti-Apartheid-Ausschusses) und Herr Minty (World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa) diesem Vorwurf anschließen. Da beide auf eine Strafverfolgung gedrängt hatten, muß damit gerechnet werden, daß sie das Arms Embargo Committee zu Aktionen gegen uns auffordern werden. Auch der Anti-Apartheid-Ausschuß kann jederzeit zu einer Debatte des Falles einberufen werden.

3) Sollte die Einstellung des Verfahrens vor Ende der 42. VN-GV (etwa Mitte Dezember 1987[12]) bekannt werden, könnte es von interessierter Seite Bemühungen geben, uns in einer Resolution der GV namentlich zu verurteilen. Besonders leicht wäre das bis zum Ende der Apartheid-Debatte (20.11.) durch Aufnahme eines zusätzlichen Absatzes in eine der anstehenden Resolutionen möglich.

III. Außenpolitische Schadensabwendung bzw. -milderung

Falls es zur Einstellung des Verfahrens kommt, könnten wir versuchen, den zu erwartenden außenpolitischen Schaden durch folgende Argumente aufzufangen:

1) Kein Verstoß gegen Resolution 418, weil Lieferung nicht vollständiger Bauunterlagen vom Wortlaut der Resolution nicht erfaßt wird.

2) Bundesregierung hat durch sofortiges Eingreifen nach Bekanntwerden illegaler Lieferungen verhindert, daß wesentliche der Geheimhaltung unterliegende Fertigungsunterlagen nach Südafrika geliefert wurden.

10 Diese Abkürzung wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

11 Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Band X, S. 41 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

12 Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

3) Mit den gelieferten Fertigungsunterlagen läßt sich das von HDW konzipierte U-Boot nicht bauen.

Wir müßten[13] diese Argumente möglichst schnell nach Einstellung des Verfahrens von uns aus multilateral in den VN, aber auch bilateral gegenüber afrikanischen Staaten vorbringen.

D 3[14] und D 2[15] haben mitgezeichnet.

Nagel

Referat 424, Bd. 145937

300

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim **29. Oktober 1987**[1]

Lieber Ron,

für Ihre Botschaft vom 25. September 1987, mit der Sie mir erneut die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Wahl von Manfred Wörner zum neuen Generalsekretär der NATO[2] zusichern und dies mit hoher persönlicher Wertschätzung seiner fachlichen und menschlichen Qualitäten verbinden, möchte ich Ihnen auf diesem Wege noch einmal meinen herzlichen Dank aussprechen.

Ich brauche Ihnen meinerseits nicht zu versichern, daß ich Ihre Überzeugung teile, daß bei der Wahl des Nachfolgers von Peter Carington die Einheit und Geschlossenheit unseres Bündnisses gewahrt werden muß.

In diesem Bestreben habe ich vertraulichen Kontakt mit Kåre Willoch aufgenommen, den ich aus langer gemeinsamer Arbeit im Kreis der christlichen und konservativen Parteien als hervorragenden Vertreter seines Landes und als hochqualifizierten Politiker kenne und schätze. Gleichzeitig hat Außenminister Genscher seinen norwegischen Kollegen[3] angesprochen. Daß die norwegische

13 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jelonek gestrichen. Dafür fügte er ein: „sollten".

14 Reinhard Schlagintweit.

15 Hermann Freiherr von Richthofen.

1 Das Schreiben wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 29. Oktober 1987 „im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers" an Bundesminister Genscher „zu Ihrer Unterrichtung" übermittelt.
Hat Genscher am 2. November 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Elbe übermittelte Ministerialdirigent Jansen, z. Z. Luanda, am 30. Oktober 1987 den Text des am selben Tag eingegangenen Schreibens „zur Vorlage bei BM". Vgl. den Drahterlaß Nr. 48; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 269.

3 Thorvald Stoltenberg.

Kandidatur bis zur Stunde aufrechterhalten wird, hat innen- und außenpolitische Gründe, die ich respektiere.

Gleichwohl dürfte jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, die Nachfolgefrage einer Klärung zuzuführen, insbesondere im Blick auf die bevorstehende Herbsttagung der NATO-Außenminister[4], die die Wahl des neuen Generalsekretärs zu vollziehen haben wird. Eine wichtige Vorentscheidung hierfür sind die in einer Sitzung des NATO-Rates – auf Ebene der Ständigen Vertreter – am 13. dieses Monats zum Ausdruck gebrachten Voten: Für Manfred Wörner sprachen sich acht Partner aus, für Kåre Willoch zwei, noch keine endgültige Entscheidung gaben vier zu erkennen, von ihnen allerdings wiederum die Mehrzahl mit dem Bemerken, sie könnten sich ohne Probleme einem sich bildenden Konsens anschließen.[5]

Der amerikanische Vertreter[6] erklärte bei dieser Sitzung, die USA hätten ihre Präferenz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und gegenüber Norwegen zum Ausdruck gebracht, könnten sich aber im Kreis der Allianzpartner noch nicht offiziell äußern.

Aufgrund der Kontakte mit Norwegen und angesichts der klaren Mehrheit unserer Partner für Manfred Wörner und des sich abzeichnenden Konsenses zu seinen Gunsten möchte ich Sie bitten, die Bündnispartner auch offiziell zu unterrichten, daß die Vereinigten Staaten die Wahl Manfred Wörners unterstützen. Dieser Schritt würde die noch zögernden Partner dazu bewegen, sich einem Konsens anzuschließen.

Zugleich würde die Klärung der Nachfolgefrage die andauernde Beschäftigung der Medien mit diesem Thema beenden – eine Beschäftigung, die wir nicht nur im Interesse der Einheit unseres Bündnisses beenden sollten, sondern auch aus Respekt vor Peter Carington, der sich um unser Bündnis in hohem Maße verdient gemacht hat, und dessen energische Führung wir gerade in der vor uns liegenden Phase der Sicherheitspolitik dringend benötigen.[7]

Mit freundlichen Grüßen

[Kohl]

VS-Bd. 14157 (010)

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

5 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1339 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 13. Oktober 1987; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Alton G. Keel Jr.

7 Bundesminister Genscher richtete am 2. November 1987 ein Schreiben in gleicher Sache an den amerikanischen Außenminister Shultz. Vgl. dazu Dok. 304.

301

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-6389/87 geheim **Aufgabe: 30. Oktober 1987, 20.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4662 **Ankunft: 31. Oktober 1987, 02.23 Uhr**

I. Zusammenfassung

Bei der SCG/HLG-Sitzung der Stationierungsländer[2] am 30.10.1987 in Washington, die unter Vorsitz von A. Holmes und Gaffney stattfand, standen Fragen des Reduzierungsfahrplans im Mittelpunkt. Des weiteren gab Holmes einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen Verhandlungsstand. Weiterer Tagesordnungspunkt war eine Durchsicht der neuen Fassung des Multilateral Basing Country Agreement. Die von den USA vorgelegte Fassung hat unseren Änderungswünschen voll Rechnung getragen.

Was den Reduzierungsfahrplan betrifft, so konnte Einvernehmen über drei der von uns am 19.10.1987[3] genannten vier Kriterien für den Reduzierungsfahrplan erzielt werden:

– Beteiligung aller Stationierungsländer und aller Waffensysteme von Beginn der Reduzierungen an,
– Erfassung der PII bei jedem Reduzierungsschritt,
– Vermeidung einer Situation, in der am Ende des Eliminierungsprozesses im wesentlichen nur PII verbleiben würden.

Lediglich das vierte Kriterium, wonach das gegenwärtige Verhältnis zwischen PII und GLCM (ca. 1:2) während des Reduzierungsprozesses beibehalten werden sollte, und der hierauf beruhende Vorschlag, zu Beginn der zweiten Eliminierungsphase die 150 Gefechtsköpfe auf

– 54 PII in Deutschland und
– je 48 GLCM in GB und Italien

zu verteilen, fand nicht die Zustimmung der USA.

1 Das von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt, z. Z. Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 2. November 1987 vorgelegen.

2 Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

3 Am 19. Oktober 1987 fand in Washington eine gemeinsame Sitzung der Special Consultative Group (SCG) und der High Level Group (HLG) der NATO statt. Botschafter van Well, Washington, berichtete am selben Tag, die amerikanische Seite habe zur Frage des Reduzierungsfahrplans für die im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in fünf westeuropäischen Ländern stationierten amerikanischen nuklearen Mittelstreckensysteme dargelegt, „man habe sich ja grundsätzlich bei vergangenen HLG-Treffen darauf geeinigt gehabt, die maximale Abschreckungswirkung der Systeme so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne sei die PII als das wichtigste System von größter Bedeutung. Man sehe auch die möglichst lange Beibehaltung von PII als wichtigen Faktor, um die SU zur Vertragserfüllung beim Abbau ihrer Systeme zu veranlassen." Zudem sei ein zeitgleicher Abbau der Systeme in allen Stationierungsländern teurer. Die USA teilten ferner mit, daß die UdSSR bei den INF-Verhandlungen in Genf eine Zwei-Phasen-Einteilung der Reduzierung vorgeschlagen habe. Die erste Phase solle „70 bis 80% der gesamten Reduzierungszeitdauer umfassen" und „Gleichheit auf dem Stande von je 150 G[efechts]K[öpfen]" herstellen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4492; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

II. Im einzelnen

1) Reduzierungsfahrplan

Der SCG-Vorsitzende, Allen Holmes, betonte das starke amerikanische Interesse daran, daß die „PII force" bis in die zweite Eliminierungsphase hinein intakt bleibe. Nur eine genügend große Anzahl von PII stelle sicher, daß die SU ihren Eliminierungsverpflichtungen aus dem Vertrag nachkomme.

Die USA hätten daher eine starke Präferenz, daß, wie in ihrem am 19.10.1987 dargelegten Modell, in Eliminierungsphase II außer den 52 GLCM in Italien 98 PII in der BR Deutschland verblieben.

Botschafter Dr. Holik erwiderte hierauf, daß dieses Modell für uns nicht akzeptabel sei. Es sei nicht mit allen von uns bei der letzten SCG/HLG-Sitzung genannten vier Kriterien vereinbar:

– Beteiligung aller Länder und aller LRINF-Systeme von Beginn des Eliminierungsprozesses an,
– Erfassung der PII in jeder Eliminierungsphase,
– Vermeidung einer Situation, in der gegen Ende des Eliminierungsprozesses im wesentlichen nur PII auf westlicher Seite verbleiben würden,
– Beibehaltung des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen PII und GLCM (ca. 1:2).

Für uns sei nicht hinnehmbar, daß zum Schluß nur noch zwei von den fünf Stationierungsländern an der Dislozierung beteiligt wären und das Verhältnis PII–GLCM ins Gegenteil verkehrt würde.

Es gelte, den falschen Eindruck zu vermeiden, als wolle die BR Deutschland bis zum letzten Augenblick an den PII festhalten. Die Anzahl von 98 PII, die in Phase II verbleiben sollten, sei zu hoch.

Bei aller Anerkenntnis militärischer Erwägung müsse eine Entscheidung aufgrund politischer Gesichtspunkte getroffen werden. Angesichts der britischen Bereitschaft, anders als im amerikanischen Plan vorgesehen, auch in Eliminierungsphase II GLCM in GB zu behalten, sollte eine Lösung jedoch möglich sein, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trage.

In der sich an diese beiden Erklärungen anschließenden Aussprache, in der der britische Vertreter nochmals mit Nachdruck die Bereitschaft seines Landes bekräftigte, GLCM auch in Phase II weiterhin in GB zu belassen, wurde den ersten drei von uns genannten Kriterien zugestimmt.

In der Diskussion über das vierte Kriterium schlug Holmes folgende Verteilung vor:

– in D 90 PII,
– in I 48 GLCM,
– in GB 16 GLCM.

Er führte des weiteren aus, daß frühzeitig zu Beginn der ersten Phase neun PII und sechzehn GLCM abgebaut werden könnten, zu einem späteren Zeitpunkt weitere neun PII und die restlichen 48 GLCM.

Der Vertreter der JCS fügte dem hinzu, daß der Erhalt von 90 PII bis in Eliminierungsphase II hinein aus militärischen Gründen notwendig sei, um eine entsprechende Zahl von zeitkritischen Zielen in der SU abdecken zu können.

Botschafter Dr. Holik erwiderte hierauf, daß auch die Zahl von 90 PII für uns nicht akzeptabel sei. Auch das jetzt von Holmes vorgelegte Modell ändere nichts daran, daß die Systemaufteilung nach wie vor zu unseren Lasten unausgewogen bleibe.

Mit großem Nachdruck wies General Hüttel darauf hin, daß wir – seit Beginn der Diskussion über die Ausgestaltung des Reduzierungsfahrplans – in SCG und HLG klargestellt hätten, daß diese Fragen ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden müßten. In der Bundesrepublik Deutschland gebe es drei Orte, an denen sich PII befinden.[4] Es sei nicht möglich, daß an einem dieser Orte mit Reduzierungen begonnen werde, während sich in den übrigen zwei nichts tue.

General Hüttel führte des weiteren aus, daß – zumindest in der Öffentlichkeit – die deutschen PIa Teil des INF-Abkommens geworden seien, die bis kurz vor Auslaufen der Eliminierungen in Deutschland verbleiben würden. Angesichts dieser Tatsache sei es unerläßlich, den Eliminierungsprozeß in Phase I, das heißt in den ersten 25 Monaten, so auszugestalten, daß in allen drei Orten PII abgezogen würden.

Abschließend wies General Hüttel ebenfalls darauf hin, daß die jetzt genannte Zahl von 90 PII zu hoch sei. Nach Ende der Sitzung erklärte uns der britische Vertreter, daß sein Land in der Frage, wieviel GLCM in Phase II in GB verbleiben sollten, flexibel sei. Er sei überzeugt, daß GB jede Lösung mittragen könne, die zwischen uns und den Amerikanern gefunden werde.

2) Verhandlungsstand

Aus der kurzen Übersicht über den Stand der Verhandlungen sind folgende Punkte festzuhalten:

a) MBCA[5]/Notenaustausch[6]

Die SU habe ihre Forderung wiederholt, daß ihr das MBCA zur Kenntnis gebracht werde. Andernfalls sei sie nicht bereit, über den geplanten Notenaustausch zwischen den Stationierungsländern und der SU zu sprechen. GB, B, NL und wir wiederholten unsere Zustimmung zur amerikanischen Absicht, den Sowjets das MBCA unter der Voraussetzung zur Kenntnis zu bringen, daß ein von allen Stationierungsländern gebilligter Text vorliege, über den mit der SU unter keinen Umständen verhandelt werde. Ein italienischer Vorschlag, die Sowjets nicht über den Wortlaut zu informieren, sondern nur den Inhalt des MBCA zu paraphieren, fand keine Zustimmung.

b) Vorortinspektionen von „suspect sites“

Holmes dankte für die Bereitschaft der Stationierungsländer, nach Abschluß der Eliminierungen etwaige Verdachtskontrollen auf ihrem Territorium durchführen zu lassen. Die rasche Zustimmung hierzu, die die Stationierungsländer noch vor

4 In der Bundesrepublik waren Pershing II in den amerikanischen Militärbasen in Mutlangen, Waldheide bei Heilbronn und Neu-Ulm stationiert.

5 Multilateral Basing Country Agreement.

6 Zum Stand der Verhandlungen über ein amerikanisch-sowjetisches Inspektionsprotokoll im Rahmen eines künftigen INF-Abkommens, über ein Abkommen zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) sowie über einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern vgl. Dok. 194.

den Gesprächen der Außenminister in Moskau gegeben hätten[7], sei für die USA sehr hilfreich gewesen.

Wir betonten zu diesem Punkt, daß vermieden werden müsse, daß die Verdachtskontrollen nahezu ausschließlich in einem Stationierungsland durchgeführt werden. Dem stimmten die übrigen Stationierungsländer zu.

bb) Aus den Ausführungen von Holmes ergab sich, daß die Ausgestaltung der Verdachtskontrolle eine der schwierigsten noch zu lösenden Fragen ist:

– [8]Die USA haben ihre Bereitschaft, daß Verdachtskontrollen auch in den Stationierungsländern durchgeführt werden können, damit verknüpft, daß die USA das Recht haben, im Rahmen der Verdachtskontrolle Dislozierungsgebiete und „support facilities" landgestützter mobiler ballistischer Raketen mit einer Reichweite von mehr als 500 km (das bedeutet, auch die SS-24 und SS-25) zu inspizieren. Die sowjetische Reaktion sei, wie zu erwarten gewesen sei, sehr negativ gewesen.

  Ebenfalls negativ habe die SU darauf reagiert, daß in den Stationierungsländern nur Einrichtungen „owned or operated by the US" erfaßt werden sollten. Die SU habe den Vorwurf erhoben, damit wollten sich die USA der Verdachtskontrolle in den Stationierungsländern entziehen.

c) Ein weiteres Problem, das es zu lösen gelte, ergäbe sich daraus, daß die erste Stufe der SS-20 praktisch nicht unterscheidbar sei von der der SS-25. Die SU habe dies eingestanden, dabei aber darauf hingewiesen, daß die Stufen nicht austauschbar seien. Um eine zügige Lösung zu ermöglichen, seien die USA bereit, Produktionsstätten für die SS-25-Flugkörper von der Verdachtskontrolle auszunehmen. Sie würden aber darauf bestehen, daß die „final assembly facilities" durch „permanent monitoring" überwacht würden. Im Gegenzug hierzu hätten die Sowjets gefordert, daß sie Zugang zu Produktionsstätten für GLCM und SLCM erhielten.

Holmes erklärte hierzu abschließend, daß man sich mit dieser schwierigen Frage zur Zeit in einer Sackgasse befinde.

3) MBCA (Multilateral Basing Country Agreement)

Bei der Sitzung haben die USA einen neuen Text für das MBCA vorgelegt, der allen von uns gewünschten Änderungen und Ergänzungen voll Rechnung trug.[9] Eine abschließende Billigung dieses Textes war jedoch nicht möglich, da GB erneut eine Fülle von Änderungswünschen vortrug.[10] Ihnen wurde von den übrigen Stationierungsländern und den USA ad referendum zugestimmt. Es wurde vereinbart, daß die USA erst zum 8.11.1987 den Stationierungsländern über die

7 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

8 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4663 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

9 Für das amerikanische Papier vom 30. Oktober 1987 „Agreement among the United States of America and Belgium, the Federal Republic of Germany, Italy, the Kingdom of the Netherlands and the United Kingdom, regarding Inspections relating to the Treaty between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Elimination of Intermediate-Range and Shorter-Range Nuclear Missiles of the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics" vgl. VS-Bd. 11364 (220).

10 Vgl. dazu das britische Papier „Basing Country Agreement: Further UK Comments"; VS-Bd. 11364 (220).

dortigen amerikanischen Botschaften die nunmehr erarbeitete Fassung zustellen. Diese Fassung gelte dann als abschließend gebilligt, wenn bis zum 4.11.1987 keine gegenteiligen Erklärungen abgegeben werden.

[gez.] van Well

VS-Bd. 11364 (220)

302

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-6392/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4670
Citissime nachts

Aufgabe: 30. Oktober 1987, 23.00 Uhr[1]
Ankunft: 31. Oktober 1987, 05.19 Uhr

Bereitschaftsdienst bitte bei Dienstbeginn 8.00 Uhr vorlegen.

Betr.: Washington-Besuch von AM Schewardnadse (30.10.1987)[2];
hier: Briefing durch State Department

Zur Unterrichtung

I. AM Schewardnadse führte am 30.10.1987 in Washington Gespräche mit Präsident Reagan und AM Shultz, an deren Ende in einer „gemeinsamen Bekanntmachung“[3] die Vereinbarung eines Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow in den Vereinigten Staaten am 7. Dezember 1987 stand. Schewardnadse überbrachte Reagan ein Schreiben Gorbatschows[4], das Reagan, der es als entgegenkommend und staatsmännisch bezeichnete, begrüßt hat. Das Schreiben wird von der Administration gegenwärtig noch im einzelnen geprüft.

Der Text der „gemeinsamen Bekanntmachung“ und eine Erklärung Präsident Reagans zum Abschluß seines Gesprächs mit Schewardnadse[5] wurden als Fern-

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 2. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 2. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Hartmann „n[ach] R[ückkehr]“ und Botschafter Holik verfügte. Ferner verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie Legationssekretär Haller. Zudem bat er um Wiedervorlage.
Hat Holik am 3. November 1987 vorgelegen.
Hat Wagner, Müller und Mülmenstädt vorgelegen.
Hat Haller am 12. November 1987 vorgelegen.

2 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Oktober 1987 in den USA vgl. auch FRUS 1981–1988, VI, S. 494–527.

3 Für den Wortlaut des „Joint Statement“ vom 30. Oktober 1987 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2129, S. 70. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 4. November 1987, S. 1 f.

4 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Oktober 1987 an Präsident Reagan vgl. FRUS 1981–1988, VI, S. 489–493.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 30. Oktober 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1256 f.

kopie übermittelt.[6] Schewardnadse wollte noch am Freitag[7] abend nach Moskau zurückreisen.

II. Assistant Secretary Ridgway und Botschafter Nitze gaben am Abend des 30.10. für Botschaften verbündeter Staaten ein Briefing, aus dem folgendes festzuhalten ist:

1) Ablauf der Gespräche

Vormittags traf Schewardnadse zunächst mit Shultz und Carlucci zusammen. Gesprächsrunde wurde nach einiger Zeit um VAM Bessmertnych und Botschafter Dubinin sowie Assistant Secretary Ridgway und Botschafter Matlock erweitert.

Um 12.00 Uhr fuhr AM Shultz in das Weiße Haus, um den Präsidenten zu informieren, gegen 13.00 Uhr fand Gespräch Präsident/Shultz mit Schewardnadse statt. Im Anschluß daran gab Reagan Erklärung ab (3. Ziffer I). Nach Mittagessen wurden Gespräche der Außenminister im erweiterten Kreis des Vormittags unter Hinzuziehung Nitzes, Kampelmans und Karpows fortgesetzt. Gegen 16.45 Uhr wurden Gespräche mit Presseerklärungen von Schewardnadse und Shultz[8] abgeschlossen.

2) Zum Inhalt der Gespräche führte Ridgway aus, die gesamte Breite der auf der amerikanisch-sowjetischen Tagesordnung stehenden Themen sei angesprochen worden. Als Ziel für den Gipfel sei festgelegt worden, in allen Bereichen Fortschritte zu erzielen, in Washington das INF-Abkommen abzuschließen, in Moskau im ersten Halbjahr 1988 nach Möglichkeit ein START-Abkommen. Besondere Betonung legte Ridgway auf prozeduralen Charakter der jetzt getroffenen Absprachen, wie dies auch aus der „gemeinsamen Ankündigung" hervorgehe. In der Substanz hätten sich sowjetische Positionen kaum verändert.

3) Menschenrechte

Ridgway begrüßte zunehmende sowjetische Bereitschaft, dieses Thema zu erörtern. Schewardnadse habe eingeräumt, das Thema bleibe auf der Tagesordnung. Shultz habe bleibendes amerikanisches Interesse an Fortschritten in diesem Bereich unterstrichen. Es sei Einvernehmen erzielt worden, daß die stellvertretenden Außenminister sich noch vor dem Gipfel zur Erörterung von Menschenrechtsfragen treffen.[9] Ridgway hob die sowjetische Bereitschaft, die Erörterung von Menschenrechtsfragen auch nach außen zunehmend sichtbar werden zu lassen, besonders hervor.

4) Regionale Themen

Ridgway erwähnte, Amerikaner hätten gehofft, hier schon über den Bericht des VN-GS über seine Kontakte mit Iran und Irak[10] zu verfügen. Es habe aber auch

6 Für die Fernkopien Nr. 859 und 860 des Botschaftsrats Blomeyer-Bartenstein, Washington, vom 30. Oktober 1987 vgl. Referat 220, Bd. 144773.

7 30. Oktober 1987.

8 Für den Wortlaut der Presseerklärung des amerikanischen Außenministers Shultz vom 30. Oktober 1987 und der anschließenden Fragerunde mit Journalisten vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2129, S. 71–73.

9 Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead vom 16. bis 18. November 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 312, Anm. 8.

10 Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 22.

ohne dies einen Gedankenaustausch über den Golfkonflikt gegeben. Sowjets erwarteten jetzt Bericht über Mission Woronzows[11] und würden Amerikanern später im Lichte dessen ihre Überlegungen zur Lage mitteilen.

Es sei vereinbart, daß Mitte November ein weiteres Treffen zwischen Armacost und Woronzow stattfinde. Der genaue Zeitpunkt hierfür müsse noch festgelegt werden.[12]

5) Bilaterale Themen

Amerikaner haben laut Ridgway Erörterung des Themas „Probleme der beiderseitigen diplomatischen Missionen" auf die ministerielle Ebene gehoben, weil hier bisher keine Fortschritte erzielt worden seien. Durchbruch sei auch beiden Außenministern noch nicht geglückt.

6) Rüstungskontrollthemen

Nitze, der diesen Teil des Briefings übernahm, unterstrich, daß es nicht Absicht der Außenminister gewesen sei, die Behandlung technischer Fragen an sich zu ziehen. Zu den einzelnen Verhandlungsbereichen machte er folgende Ausführungen:

a) INF

Sowjets hätten sich optimistisch gezeigt, Verhandlungen innerhalb von zwei bis drei Wochen zum Abschluß zu bringen. Amerikaner hätten bemerkt, in diesem Falle müsse sich Verhandlungstempo erheblich beschleunigen. Sowjets hätten noch etwa 35 Einzelpunkte als lösungsbedürftig bezeichnet, Amerikaner etwa 30 Punkte. Positionsunterschiede bestünden insbesondere hinsichtlich folgender Bereiche (vgl. auch heutigen DB über Äußerungen Holmes' in SCG[13]):

- Verdachtsinspektionen bei bodengestützten Raketen (wichtig wegen schwieriger Unterscheidung zwischen SS-20- und SS-25-Einrichtungen),
- Nichtumgehungsklausel (bereits berichtete Bereitschaft der Amerikaner, zu Formulierung keine internationale Verpflichtung einzugehen, die dem INF-Vertrag entgegenstehe, betrachten Sowjets weiterhin als nicht ausreichend),
- sowjetische Forderung nach Folgeverhandlungen,
- sowjetische Forderung nach auf den Abzug von INF-Systemen folgender zehnjähriger Inspektionsmöglichkeit bei erklärten INF-Einrichtungen. (Amerikaner nur dazu bereit, Inspektionen zuzulassen, solange sie dort selber anwesend sind.)

Amerikaner haben Schewardnadse die Bedeutung einer befriedigenden Regelung der ausstehenden Verifikationsfragen deutlich gemacht und auf die Rolle hingewiesen, die dieses Thema bei der Ratifikationsdebatte im Senat spielen werde.

11 Durchgängig korrigiert aus: „Worontsow".
Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Woronzow hielt sich am 28./29. Oktober 1987 im Irak und am 1. November 1987 im Iran auf.

12 Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, traf am 17. November 1987 in Genf mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow zu Gesprächen über Regionalfragen zusammen. Vgl. dazu den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 23. November 1987 übergebenen Gesprächsvermerk; Referat 230, Bd. 158100.

13 Zur gemeinsamen Sitzung der Special Consultative Group (SCG) und der High Level Group (HLG) der NATO am 30. Oktober 1987 in Washington vgl. Dok. 301.

Beide Außenminister haben vereinbart, in engerer Bindung mit ihren Unterhändlern in Genf zu bleiben. Zusätzlich sollen in Washington Kontakte zwischen Shultz und Dubinin und in Moskau Kontakte zwischen Schewardnadse und Matlock stattfinden.

b) START

Zwei Themen seien als besonders gewichtige Punkte für die Zukunft festgehalten worden:

– Untergrenzen
Hier hätten Amerikaner erneut besondere Bedeutung der Begrenzung der Gefechtsköpfe auf ICBM[14] auf 4800 unterstrichen. Sowjets hätten hier keine Bewegung gezeigt.

– Verifikationsfragen
Beide Seiten seien „übereingekommen, nach Wegen zu suchen, wie das Thema in Genf vorangebracht werden" könne. Nitze unterstrich, daß die START betreffende Passage in der gemeinsamen Bekanntmachung, „consider development of instructions to delegations on a future treaty on 50 percent reductions", nicht bedeute, daß man auch auf eine Art Wladiwostok-Erklärung[15] oder ein „Key-provisions"-Papier hinarbeite. Ziel sei die Erarbeitung eines Vertragstextes.

c) Defense and Space

Beide Seiten hätten im wesentlichen ihre bekannten Positionen erläutert. Als bedeutsam bezeichnete es Nitze, daß Sowjets jetzt bereit seien, die ABM-Frage unter dem Gesichtspunkt „strategischer Stabilität" zu erörtern. Es sei begrüßenswert, daß Sowjets sich auf diesen von den Amerikanern und dem Westen insgesamt lange vertretenen Ansatz einließen. Nach wie vor bestünden die Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Interpretation des Vertrages, der Dauer der Periode, in der nicht vom Rücktrittsrecht vom Vertrag Gebrauch gemacht werde, und dessen, was nach Ablauf der Sieben- bzw. Zehn-Jahres-Frist geschehen werde. Sowjets hätten Erläuterung gegeben, daß nach ihrer Auffassung am Ende der Zehn-Jahres-Periode und selbst dann, wenn die zwei bis drei Jahre vorher beginnenden Gespräche über ein mögliches neues ABM-Regime erfolglos geblieben wären, der Vertrag in seiner ursprünglichen Fassung einschließlich sechsmonatigem Kündigungsrecht weitergelten solle.

SDI sei von Schewardnadse als „amerikanisches Programm" bezeichnet worden, während ABM „gemeinsames" amerikanisch-sowjetisches Programm sei, mit dem man sich befassen müsse. Nitze bezeichnete diesen Ansatz als „veränderte Präsentation". Sowjets wollten an das Thema SDI sowohl unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung des ABM-Vertrages als auch unter dem Gesichtspunkt der Unterscheidung zwischen erlaubten und nicht erlaubten Aktivitäten und der hierfür zu erstellenden Parameter herangehen.

14 Dieses Wort wurde von Botschafter Holik mit Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ballistische Raketen."

15 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

7) Dauer des Dezember-Gipfels

Ridgway sagte, zur Dauer des Gipfels seien in der Bekanntmachung keine Angaben gemacht worden, da nicht vorhersehbar sei, wieviel Zeit zur Bewältigung der Sachthemen und des protokollarischen Programms benötigt werde. Gegenwärtig sei nicht daran gedacht, im Anschluß an den Washington-Aufenthalt noch Besuchsprogramm in den USA durchzuführen.[16]

[gez.] van Well

VS-Bd. 11283 (220)

303

Botschafter Disdorn, Luanda, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 473 **Aufgabe: 30. Oktober 1987, 17.00 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 31. Oktober 1987, 12.34 Uhr**

Betr.: BM-Besuch in Angola (29./30.10.1987);
hier: Gespräch BM mit Präsident dos Santos[2]

1) Das Gespräch BM/Präsident dos Santos, von Präsident dos Santos sehr engagiert geführt, befaßte sich mit den bilateralen Beziehungen und der Lage im südlichen Afrika. Breiten Raum nahmen die US–angolanischen Gespräche über den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola[3] als Voraussetzung für die Unabhängigkeit Namibias entsprechend Resolution 435[4] ein.

16 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

1 Das Fernschreiben ging auch an die Botschaft in Dakar. Dazu hieß es: „Bitte an BM-Delegation, ausschließlich für Leiter Ministerbüro, Dr. Jansen, weiterleiten (Bericht ist noch von BM zu billigen)." Hat Vortragendem Legationsrat Sitz am 17. Dezember 1987 vorgelegen.

2 Im Anschluß an einen Aufenthalt vom 27. bis 29. Oktober 1987 im Senegal besuchte Bundesminister Genscher Angola. Das Gespräch mit Präsident dos Santos fand am 30. Oktober 1987 statt. Anschließend hielt sich Genscher vom 30. Oktober bis 1. November 1987 erneut im Senegal auf, um an der Konferenz der Botschafter der Bundesrepublik in den Staaten südlich der Sahara teilzunehmen, die vom 28. bis 31. Oktober 1987 in Dakar stattfand.

3 Im Politischen Halbjahresbericht zu Angola wurde am 15. Oktober 1987 ausgeführt: „Der Verhandlungsprozeß zwischen Angola und den USA ist nach einer längeren Phase des völligen Stillstandes wieder in Bewegung geraten. Nach einer ersten Begegnung in Brazzaville am 2. April, bei der die angolanische Seite eine flexible Verhandlungsposition in Aussicht gestellt hatte, waren die Ergebnisse der ersten offiziellen Verhandlungsrunde am 14./15. Juli in Luanda für die amerikanische Seite eher enttäuschend." Unter dem Druck der Frontlinienstaaten habe Präsident dos Santos jedoch Ende Juli 1987 vorgeschlagen, „ein mehrseitiges internationales Abkommen anzustreben, an dem Südafrika, Angola, SWAPO und Kuba beteiligt sein sollten […]. Mit Note vom 4. August übermittelte Angola den USA neue Vorschläge, in denen gegenüber der bisherigen angolanischen Position (sog. Plataforma von 1984) kürzere Fristen für den Abzug der Kubaner zugestanden und zusätzliche Flexibilität angeboten wurden." Vgl. Referat 320, Bd. 138072.
Vortragender Legationsrat Sitz vermerkte am 16. Oktober 1987, der angolanische Botschafter de Almeida habe Staatsminister Schäfer am Vortag mitgeteilt, das letzte angolanisch-amerikanische

2) Im einzelnen

2.1) Präsident dos Santos bezeichnete einleitend den Besuch des BM in Angola als außerordentlich bedeutsames und wichtiges Ereignis. Der Besuch finde zum richtigen Zeitpunkt statt. Es komme nunmehr darauf an, die Zusammenarbeit, die bereits mit dem Besuch von StM Schäfer[5] und der Unterzeichnung eines Abkommens (über NMH[6]) in eine neue Phase eingetreten sei, weiterzuentwickeln. Die politischen Probleme seien gelöst. Es müsse nunmehr möglich sein, eine Einigung auch über die weiteren praktischen Schritte der Zusammenarbeit zu erreichen.

Präsident dos Santos beschrieb die Lage Angolas: Hunger, Flüchtlinge, Unterentwicklung und Zerstörung. Das Land sei arm, habe aber wegen seiner natürlichen Reichtümer ein großes Entwicklungspotential. Angola brauche die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland. Alle verurteilten die Apartheid, Angola habe aber unmittelbar unter ihren Auswirkungen zu leiden. Die für Angola notwendige Hilfe sei keine Frage der Ideologie, sondern eine humanitäre Frage. Das Ziel sei die Verbesserung der Lebensbedingungen für die angolanische Bevölkerung. Es seien die äußeren Faktoren, die Angola am meisten zu schaffen machen. Namibia werde von Südafrika bewußt zur Destabilisierung Angolas benutzt. UNITA sei mit Hilfe der portugiesischen Geheimpolizei entstanden und habe sich später in den Dienst der politischen Ziele Südafrikas gestellt. UNITA sei keine „autonome" Organisation, sondern führe lediglich die Ziele Südafrikas aus. Das Problem sei im angolanischen Rahmen lösbar, aber nur, wenn jegliche Beeinflussung von außen aufhöre, wenn Namibia unabhängig sei und Zaire seine Unterstützung für UNITA einstelle. Die Politik der Amnestierung habe im Norden Angolas (FNLA[7]) bereits den angestrebten Erfolg einer Aussöhnung erreicht. Dies sei unter den angeführten Voraussetzungen auch im Süden möglich.

Präsident erläuterte dann kurz die angolanische Wirtschaftspolitik, in der neue Wege beschritten würden, und die sich daraus ergebenden besseren Möglichkeiten für ein verstärktes Engagement deutscher Unternehmen in Angola.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1528

Treffen am 24. September 1987 in Brüssel habe Fortschritte erbracht: „Wichtigste noch offene Frage sei, ob der Abzug der ersten 20 000 Kubaner bereits innerhalb eines Jahres (so die USA) oder innerhalb von zwei Jahren (so die Angolaner) vonstatten gehen müsse. Hier hätten die Angolaner aber Flexibilität signalisiert, wenn eine befriedigende Synchronisierung des Vorgangs mit der Implementierung von Res[olution] 435 einhergehe." Vgl. Referat 320, Bd. 138073.

4 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

5 Vortragender Legationsrat Hiller informierte am 26. Mai 1987: „Staatsminister Schäfer hat einen dreitägigen Besuch (23. bis 26. Mai 1987) in Angola beendet und ist weiter nach Botsuana und Lesotho geflogen. Während dieses nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen (1979) ersten Besuchs in Angola auf politischer Ebene ist ein Nahrungsmittelhilfe-Abkommen unterzeichnet worden. Damit hat Angola auch formell die Berlin-Klausel akzeptiert und den Weg für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit (EZ) frei gemacht." Vgl. den Runderlaß; Referat 320, Bd. 138073.

6 Botschafter Disdorn, Luanda, berichtete am 26. Mai 1987: „N[ahrungs]M[ittel]H[ilfe]-Abkommen mit Angola und Protokoll wurden am 25.5.1987 von StM Schäfer und Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten, de Moura, unterzeichnet und der an den angolanischen AM gerichtete erklärende Brief (sog. Mosambik-Formel) übergeben. Das deutsche Alternat mit Protokoll wird per Kurier übersandt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 168; Referat 320, Bd. 138076.
Für das Abkommen und den Begleitbrief „im Zusammenhang mit der Vertretung der Interessen von Berlin (West) durch die Bundesrepublik" vgl. Referat 320, Bd. 138076.

7 Frente Nacional de Libertação de Angola.

BM bestätigte in seiner Erwiderung, daß auch wir die bilateralen Beziehungen politisch und wirtschaftlich weiter ausbauen wollten. Sein Besuch habe in dieser Hinsicht Signalfunktion. Es sei sehr einleuchtend, daß Angola die inneren und äußeren Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes zu schaffen versuche. Wir verfolgten diese Bemühungen, insbesondere das wirtschaftliche Reformprogramm, mit großem Interesse. Auch der Antrag auf Mitgliedschaft bei IWF/Weltbank sei ein richtiger Schritt, der diesem Ziel diene.[8] Die Bundesrepublik Deutschland werde den Antrag unterstützen.

BM führte weitere Maßnahmen an, die im bilateralen Verhältnis ergriffen werden könnten (Abschluß eines Investitionsschutzabkommens und staatlich verbürgte Kredite für deviseneinbringende Investitionen) und die alle geeignet seien, die für ein verstärktes wirtschaftliches Engagement notwendige Vertrauensgrundlage zu verbessern.

2.2) Zum Stand der US-angolanischen Gespräche über den Abzug der Kubaner erklärte Präsident dos Santos, daß in den Verhandlungen eine Verzögerung eingetreten sei, weil Angola bei den USA noch nicht ein volles Verständnis der angolanischen Lage erreicht habe. Offen sei auch die Haltung der Südafrikaner, zu denen es angolanischerseits auch in dieser Frage keine Gesprächskontakte gebe. Die USA bestünden auf einem Zeitplan für den Abzug sämtlicher Kubaner aus ganz Angola, während Angola an ein schrittweises Vorgehen denke. Angola benötige konkrete Garantien für seine Sicherheit, die ihm aber niemand geben könne. Angola habe deshalb einen Kompromiß vorgeschlagen, nämlich die kubanische Truppenpräsenz im nördlichen Angola, das sog. Nordkontingent, zunächst beiseite zu lassen. Wenn sich die USA damit einverstanden erklären könnten, daß über das „Nordkontingent" zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werde, dann könne Angola sich hinsichtlich des „Südkontingents" sehr viel flexibler verhalten.

Die Südafrikaner wendeten gegen diesen Kompromißvorschlag ein, daß die Anwesenheit der Kubaner auch oberhalb des 13. Breitengrades einen verfälschenden Einfluß auf die Wahlen (im Rahmen von SR 435) in Namibia hätte. Schon angesichts der Entfernungen sei dieser Einwand jedoch unverständlich. Angola halte den von ihm vorgeschlagenen Kompromiß für angemessen und vernünftig und frage sich, da die Einwände dagegen nicht verständlich seien, ob nicht andere Gründe für die Ablehnung maßgeblich seien.

In seiner Erwiderung stellte BM heraus, wie wichtig es sei, daß SR-Resolution 435 in ihrer[9] geltenden Form implementiert werde. Die Bundesrepublik habe nie ein Junktim hergestellt. Trotzdem halte er es für richtig, daß Angola die Frage der kubanischen Präsenz pragmatisch angehe. BM verwies in diesem Zusammenhang auf die großen Erfolge, die mit einer pragmatischen, kompromißbereiten

8 Botschafter Disdorn, Luanda, teilte am 20. Oktober 1987 mit, laut Presseberichten vom 18. Oktober 1987 habe Angola dem IWF mitgeteilt, „daß es den Antrag auf Beitritt zum IWF und zur Weltbank auf ‚diplomatischem Wege' übersandt habe". Entsprechende Absichten habe Präsident dos Santos seit Sommer öffentlich artikuliert: „Aus hiesiger Sicht gibt es keinerlei Gründe, die einem Beitritt Angolas entgegenstehen könnten. Im Gegenteil, die Mitgliedschaft im IWF und die sich hieraus wahrscheinlich ergebenden wirtschaftspolitischen Reformen sind geeignet, den pragmatischen Wirtschaftskurs der Regierung weiter zu festigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 437; Referat 401, Bd. 188393.

9 Korrigiert aus: „seiner".

Politik in der Lösung der Ost-West-Gegensätze in Europa in den vergangenen Jahren erzielt werden konnten.

Über die Namibia-Frage stehe er mit Secretary of State Shultz in engem Kontakt. Er habe keinen Zweifel, daß es den USA ernst sei mit der Implementierung von Resolution 435 und daß sie entschlossen seien, alle Möglichkeiten ihres Einflusses auf Südafrika einzusetzen. Er könne nur dringend dazu anraten, das entstandene Momentum zu nutzen und die wahrscheinlich einmalige Chance, die sich jetzt biete, nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Dies spreche dafür, sich in der Frage des Abzugs der Kubaner mit größter Flexibilität zu verhalten und es damit der jetzigen US-Administration zu ermöglichen, die notwendigen Maßnahmen bei den Südafrikanern durchzusetzen.

Der Vorschlag, im Abzug der Kubaner nach einem Stufenplan vorzugehen, beinhalte nicht notwendigerweise eine Meinungsverschiedenheit mit den USA. Es komme darauf an, wie die zweite Phase, der Abzug des „Nordkontingents", ausgestaltet werde: offen oder mit einem Zeitrahmen, der lediglich etwas weiter gefaßt sei.

Er rate dringend dazu, an SR 435, so wie sie[10] gelte, festzuhalten und nicht durch zusätzliche Vorschläge Südafrika die Möglichkeit zu geben, die Implementierung erneut zu blockieren. BM machte in diesem Zusammenhang deutlich, daß er die Einbeziehung etwa der SWAPO nicht für nützlich halte, da sie Südafrika nur zu neuen Störversuchen, etwa dem Verlangen nach einer Beteiligung von UNITA, veranlassen könnte. Zu besonderer Vorsicht riet BM auch hinsichtlich der Rolle der Kubaner, die diese nach den angolanischen Vorstellungen („globales Abkommen") offenbar auf dem Weg zur Implementierung von SR 435 spielen sollen.

Präsident dos Santos erwiderte in zwei Punkten:

Die angolanische Seite bevorzuge anstelle eines festen Zeitplans für den Abzug des Nordkontingents eine lediglich grundsätzliche Verpflichtung. Auch Angola wolle strikt an SR 435 in ihrer[11] geltenden Form festhalten. Der Vorschlag für ein globales Abkommen zwischen Kuba, USA, Südafrika und Angola beziehe sich lediglich auf die Regelung „technischer" Fragen. Es solle eine Art technische Kommission gebildet werden.

BM wies abschließend nochmals darauf hin, daß Angola eine vermutlich historische Chance habe und daß er den Präsidenten nur ermutigen könne, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.[12]

3) Gespräch BM/Präsident dos Santos dauerte gut 1 1/2 Stunden und wurde vom Präsidenten mit großer Eindringlichkeit und dem offensichtlichen Bemühen geführt, seinen Gesprächspartner zu überzeugen und zu gewinnen. Dies gilt für den bilateralen Teil ebenso wie für die Frage des Abzugs der Kubaner. Auch

10 Korrigiert aus: „er".

11 Korrigiert aus: „seiner".

12 Ministerialdirektor Schlagintweit, z. Z. BM-Delegation, teilte am 30. Oktober 1987 mit: „Botschaft Washington wird gebeten, die amerikanische Seite davon zu unterrichten, daß die Themen Namibia und Kubaner-Abzug im heutigen (30.10.) Gespräch des BM mit Präsident dos Santos nochmals vertieft behandelt wurden." Dabei habe Bundesminister Genscher die vom amerikanischen Außenministerium übermittelten Wünsche in das Gespräch eingebracht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; Referat 320, Bd. 138073.

dieses Gespräch macht in seiner Gesamtwirkung erneut deutlich, daß Angola auf die westlichen Länder setzt. Die Zeiten einer bewußten oder unbewußten Abgrenzung sind längst vorbei. Die europäischen Länder, die Europäische Gemeinschaft, und besonders wir, auch dies machte das Gespräch deutlich, spielen aus angolanischer Sicht nun auch politisch eine immer größere Rolle. Es ist abzusehen, daß sich das angolanische Werben um unsere Hilfe, unsere politische Unterstützung und unsere Zusammenarbeit in Zukunft eher verstärken wird. Wir sollten dies aktiv aufnehmen, mit eigenen Initiativen nicht zögerlich, spät und erst nach langem angolanischen Drängen. Die von BM ausgesprochene Einladung des angolanischen Außenministeriums zu einem Gegenbesuch wurde von angolanischer Seite mit ersichtlicher Genugtuung entgegengenommen.

[gez.] Disdorn

Referat 320, Bd. 138073

304

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz

VS-vertraulich **2. November 1987**[1]

Lieber George,

die Diskussion der Nachfolge von Generalsekretär Lord Carrington innerhalb der NATO erfüllt mich mit Sorge.

Ich habe Ihnen bei unserem Treffen in New York Ende September[2] und in Washington Anfang Oktober[3] noch einmal zum Ausdruck gebracht, daß die Entscheidung über die Nachfolge nun ohne Verzögerung für Verteidigungsminister Dr. Manfred Wörner getroffen werden sollte, der fachlich und persönlich alle Voraussetzungen für diese Aufgabe erfüllt.

In meinem mit dem norwegischen Außenminister Stoltenberg geführten Gespräch am Rande unseres Treffens in Washington habe ich unmißverständlich verdeutlicht, daß die Bundesregierung an der Kandidatur von Manfred Wörner festhält. Sie fühlt sich hierin durch die Voten bestärkt, die die Ständigen Vertreter in der Sitzung des NATO-Rats am 13. Oktober abgegeben haben: Für Manfred Wörner sprachen sich acht Partner aus, für Kåre Willoch zwei, noch keine endgültige

1 Durchdruck.
Das undatierte Schreiben wurde von Ministerialdirigent Jansen mit Drahterlaß Nr. 8706 vom 2. November 1987 an die Botschaft in Washington übermittelt. Dazu teilte er mit: „Botschaft wird gebeten, als Anlage folgendes Schreiben des BM umgehend AM Shultz zuzuleiten. Höflichkeitsübersetzung folgt." Vgl. VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 22./23. September 1987 in New York vgl. Dok. 263, Anm. 31.

3 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 8. Oktober 1987 in Washington vgl. Dok. 283, Anm. 25.

Entscheidung geben vier zu erkennen, von ihnen allerdings wiederum die Mehrzahl mit dem Bemerken, sie könnten sich ohne Probleme einem sich bildenden Konsens anschließen.[4]

Der amerikanische Vertreter[5] erklärte bei dieser Sitzung, die USA hätten ihre Präferenz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und gegenüber Norwegen zum Ausdruck gebracht, könnten sie aber im Kreis der Allianzpartner noch nicht offiziell äußern.

Aufgrund der Kontakte mit Norwegen und angesichts der klaren Mehrheit unserer Partner für Manfred Wörner und des sich abzeichnenden Konsenses zu seinen Gunsten möchte ich Sie dringend bitten, die Bündnispartner jetzt auch offiziell davon zu unterrichten, daß die Vereinigten Staaten die Wahl Manfred Wörners unterstützen. Dieser Schritt würde die noch zögernden Partner dazu bewegen, sich einem Konsens anzuschließen.

Zugleich würde die Klärung der Nachfolgefrage die andauernde Beschäftigung der Medien mit diesem Thema beenden – eine Beschäftigung, die wir nicht nur im Interesse der Einheit unseres Bündnisses beenden sollten, sondern aus Respekt vor Peter Carington, der sich um unser Bündnis in hohem Maße verdient gemacht hat und dessen energische Führung wir gerade in der vor uns liegenden Phase der Sicherheitspolitik dringend benötigen. Bundeskanzler Dr. Kohl hat in diesem Sinne am 29. Oktober des Jahres Präsident Reagan geschrieben.[6]

Mit freundlichen Grüßen
Dein Hans-Dietrich

VS-Bd. 14157 (010)

4 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats vgl. den Drahtbericht Nr. 1339 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 13. Oktober 1987; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

5 Alton G. Keel Jr.

6 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 300.
Ministerialdirigent Jansen übermittelte dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium der Verteidigung am 10. November 1987 das Antwortschreiben des amerikanischen Außenministers vom 9. November 1987 an Bundesminister Genscher. Shultz stimmte darin der Bitte um eine baldige Entscheidung der Nachfolge von NATO-Generalsekretär Carrington zu und teilte mit: „To that end, I have instructed Ambassador Keel to inform all his colleagues of U.S. support for Mr. Wörner at the earliest opportunity. At the same time, he will reiterate our hope that NATO debate on this question can be kept private." Vgl. den Drahterlaß Nr. 8955; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

305

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-410.41 IRN VS-NfD **3. November 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Amerikanische Wirtschaftssanktionen gegen Iran;
hier: Amerikanisches Ersuchen um vergleichbare deutsche Maßnahmen

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu IV.

I. 1) Präsident Reagan hat am 26.10.1987 beschlossen, daß alle Einfuhren in die USA aus dem Iran gestoppt werden und die Ausfuhr in den Iran von 14 Warenkategorien mit potentieller militärischer Verwendbarkeit verboten wird.[4] Er reagierte damit auf entsprechende Initiativen beider Häuser des Kongresses und auf den in den letzten Monaten zu beobachtenden Anstieg der amerikanischen Öleinfuhren aus Iran.

2) Wie u. a. aus Äußerungen von AM Shultz hervorgeht, gibt sich die amerikanische Regierung keinen Illusionen über die unmittelbaren Wirkungen solcher nur von einem Land ergriffenen Maßnahmen auf die iranische Politik hin. Sie versucht deshalb, andere westliche Handelspartner des Iran zu wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Iran zu bewegen. Ein der Botschaft Washington wie im Auswärtigen Amt übergebenes Papier[5] enthält u. a. folgende Punkte:

– Auch wenn die Situation der einzelnen Länder verschieden sei, liege es doch im gemeinsamen Interesse, daß der Iran nicht zu dem Schluß komme, diese Länder stellten kurzfristige kommerzielle Vorteile vor langfristige Interessen.
– Das Signal an Iran müsse eindeutig sein: Kein mit den USA befreundetes und verbündetes Land ist bereit, „business as usual“ zu betreiben.
– Deshalb werde die Bundesregierung ersucht („we urge your Government“), soweit als möglich die Einfuhr iranischer Erzeugnisse, insbesondere Rohöl und verarbeitete Ölprodukte, zu unterbinden; außerdem solle die Ausfuhr in den Iran von militärisch nutzbaren Gütern („items with potential military utility“) eingestellt werden.

3 a) Die amerikanisch-iranischen Handelsbeziehungen sind außerhalb des Rohölsektors ohne Bedeutung:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Vortragendem Legationsrat Lutz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Lichte des Gespräches mit stellv[ertretendem] US-Außenminister Whitehead sollte vorsorglich Prüfung mit BMWi gemäß Ziffer IV begonnen werden. Im Verhältnis zu USA wird die Frage des ‚Unterlaufens‘ von US-Maßnahmen die wichtigste Frage sein. Daher auch sollte nicht zu spät mit einer Erörterung im EG-Rahmen begonnen werden. (Es besteht mindestens eine Teilzuständigkeit der EG, jedenfalls aber die Notwendigkeit einer politischen Abstimmung in der EG).“

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 10. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Rücklauf von BM.“ Ferner verfügte er den Rücklauf an Referat 422.

4 Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 26. Oktober 1987 und der Executive Order Nr. 12613 vom 29. Oktober 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1232 und S. 1244 f.

5 Für das Non-paper „Trade Sanctions on Iran“ sowie dazugehörige Dokumente vgl. Referat 422, Bd. 149156.

– Die amerikanischen Exporte in den Iran beliefen sich 1986 auf 34 Mio. $, wovon rund 10 Mio. $ auf die jetzt vom Embargo erfaßten Waren entfielen;
– die Importe aus dem Iran erreichten 1986 einen Wert von rd. 600 Mio. $, wovon 500 Mio. $ auf Rohöllieferungen entfielen (Rest: Kaviar, Pistazien u.ä.). Allein im Zeitraum Januar bis Juli 1987 überstieg der Wert der Rohöllieferungen bereits 1 Mrd. $.

b) Die deutsch-iranischen Handelsbeziehungen sind demgegenüber durch hohe deutsche Überschüsse und stark rückläufige iranische Öllieferungen charakterisiert:

	Deutsche Ausfuhren	Deutsche Einfuhren
1985	4,8 Mrd. DM	1,8 Mrd. DM
1986	3,3 Mrd. DM	1,1 Mrd. DM
1987		
(Jan.–Aug.)	1,9 Mrd. DM	537 Mio. DM
zum Vergleich:		
1986		
(Jan.–Aug.)	2,4 Mrd. DM	797 Mio. DM

Die deutschen Öleinfuhren aus Iran sanken im Vergleichszeitraum Januar bis September von 1,8 Mio. t (1986) auf 759 000 t (1987 – 1,5 % der deutschen Ölimporte in diesem Zeitraum).

c) Die amerikanischen Befürchtungen, daß durch steigende Ölbezüge zur Finanzierung der iranischen Kriegsanstrengungen[6] beigetragen werde, gelten demnach für die deutsch-iranischen Handelsbeziehungen nicht (hohes iranisches Defizit).

II. 1) Die Bundesregierung hat – ebenso wie frühere Bundesregierungen – stets den Standpunkt vertreten, daß wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen in aller Regel kein geeignetes Instrument zur Erreichung politischer Ziele darstellen; die Erfahrung lehrt, daß sie diesen Zweck fast immer verfehlt haben.

Die USA haben traditionell ein anderes Verständnis vom Verhältnis Politik–Handel, vielleicht bedingt durch andere historische Erfahrungen (schon für die amerikanische Unabhängigkeit spielte ein Warenboykott eine wichtige Rolle, „Boston Tea Party“).

Dem implizierten amerikanischen Vorwurf, wir stellten unsere Profite über gemeinsame westliche Interessen, könnte entgegengehalten werden:

– Fruchtbare Handelsbeziehungen gedeihen nur auf dem Boden langfristiger vertrauensvoller Zusammenarbeit; man kann sie nicht, je nach politischen Bedürfnissen, an- und abknipsen wie elektrisches Licht.
– Handelsbeziehungen dienen auch der Einbindung der Partner in ein Geflecht von Interessengemeinschaften und Abhängigkeiten und wirken somit mäßigend auf politische Entscheidungen ein.
– Sanktionen beeinträchtigen auch das Vertrauen anderer Handelspartner, die dann solche Maßnahmen gegen sie in der Zukunft nicht völlig ausschließen können.

6 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

– Unsere Wirtschaft ist viel stärker als die amerikanische vom Export und somit ungestörten Handelsbeziehungen abhängig.
– Vom Export hängen zahlreiche Arbeitsplätze und somit Existenzen ab; in Anbetracht der ohnehin hohen Arbeitslosigkeit könnten durch Ausfälle im Iran-Handel vernichtete Arbeitsplätze nicht ohne weiteres ersetzt werden.

2) In einigen besonderen Fällen hat die Bundesregierung eine Beteiligung an wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen allerdings nicht vermeiden können, so zuletzt aus Gründen der europäischen Solidarität gegen Südafrika (Beschluß der EG-Außenminister vom 16.9.1986[7]). Auch gegen Iran sind nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran (1979)[8] Handelsbeschränkungen beschlossen worden[9], die allerdings wegen späterer Freilassung der Geiseln praktisch nicht zur Anwendung kamen.

Den nach terroristischen Anschlägen[10] am 8. Januar 1986 bekanntgegebenen amerikanischen Sanktionsmaßnahmen gegen Libyen[11] hat sich die Bundesregierung – wie auch andere westliche Länder – nicht angeschlossen[12]; allerdings

7 Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 164, Anm. 22.

8 Die amerikanische Botschaft in Teheran wurde am 4. November 1979 von Demonstranten besetzt; 63 Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen, um die Auslieferung des Schahs Reza Pahlevi zu erzwingen, der sich seit 22. Oktober 1979 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Die USA lehnten dies ab. Nach dem Scheitern eines militärischen Befreiungsversuchs am 24./25. April 1980 bemühten sich u. a. die Bundesrepublik und Algerien um eine Vermittlung. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 323, Dok. 324, Dok. 331, Dok. 333, Dok. 339, Dok. 348 und Dok. 357. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 88 und Dok. 95, sowie AAPD 1980, II, Dok. 265, Dok. 275, Dok. 291 und Dok. 306.
Am 19. Januar 1981 wurden in Algier durch amerikanische und iranische Vertreter verschiedene Vereinbarungen unterzeichnet. Dies führte zur Freilassung der Geiseln am 20. Januar 1981. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2047, S. 1–5 bzw. S. 9.

9 Am 22. April 1980 traten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zu einer Sondersitzung im Rahmen der EPZ in Luxemburg zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann berichtete am 25. April 1980, daß sie Wirtschaftssanktionen gegen den Iran beschlossen hätten, über deren Inkraftsetzung auf dem informellem Treffen am 17./18. Mai 1980 in Neapel entschieden werden solle. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 51; Referat 012, Bd. 115729. Für den Wortlaut der Erklärung vom 22. April 1980 vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 26 f.
Zum Treffen am 17./18. Mai 1980 resümierte Ministerialdirigent Dröge am 20. Mai 1980: „In der Sanktionsfrage kam es in Ausführung der Luxemburger Beschlüsse vom 22.4. zu der für die europäisch-amerikanischen Beziehungen wichtigen gemeinsamen Erklärung über unverzügliche Inkraftsetzung von Wirtschaftssanktionen." Vgl. Referat 200, Bd. 119460. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 28.

10 Am 27. Dezember 1985 verübten Terroristen Anschläge auf die Abfertigungsschalter der israelischen Fluggesellschaft El Al sowie der amerikanischen Fluggesellschaft TWA in den Flughäfen von Rom (Leonardo da Vinci) und Wien (Schwechat), bei denen 19 Personen ums Leben kamen. Vgl. dazu den Artikel „Terror auf den Flughäfen in Rom und Wien"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 28./29. Dezember 1985, S. 1.

11 Am 7. Januar 1986 ordnete Präsident Reagan folgende Maßnahmen gegen Libyen an: „Mit sofortiger Wirkung verboten sind: Gewährung oder Verlängerung von Krediten und Anleihen; Reisen von US-Bürgern oder auf Dauer in den USA niedergelassener Personen nach und aus Libyen […]. Mit Wirkung ab 1.2.1986 verboten sind: Aus- und Einfuhr von Waren, Dienstleistungen und Technologien nach und aus Libyen – Ausnahmen: Publikationen, Nachrichtenmaterial und humanitäre Spenden; Transport und Verkehr nach und von Libyen; Ankauf von Waren zwecks Ausfuhr aus Libyen in Drittländer; Abschluß und Durchführung von Wirtschafts- und Handelsverträgen." Darüber hinaus kündigte Reagan am 8. Januar 1986 an, „daß ab sofort alle finanziellen Guthaben Libyens in den USA eingefroren werden". Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 9. Januar 1986; VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1986. Für den Wortlaut der Executive Orders Nr. 12543 und Nr. 12544 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2108, S. 37 f.

12 Zur Haltung der Bundesregierung zu möglichen Sanktionen gegen Libyen vgl. AAPD 1986, I, Dok. 12 und Dok. 28.

hat sie deutsche Unternehmen aufgefordert, aus den amerikanischen Maßnahmen gegen Libyen keine Vorteile zu ziehen (kein „undercutting“: Eintritt in ausgefallene Aufträge an amerikanische Firmen).

3) Die ersten Reaktionen aus anderen westlichen Ländern deuten ebenfalls auf eine reservierte Aufnahme der amerikanischen Aufforderung zur Verhängung von Wirtschaftssanktionen hin.

Lediglich Frankreich hat – als Folge des Abbruchs der Beziehungen zu Iran[13] – erklärt, die amerikanischen Maßnahmen lägen auf der Linie der französischen Politik; bereits im August ist den Ölgesellschaften empfohlen worden, auf Ölimporte aus Iran zu verzichten. Japan hat seine Ölimporteure aufgefordert, nicht von den US-Sanktionen zu profitieren und Erdölkäufe im Iran nicht zu erhöhen; weitergehenden Maßnahmen steht Japan auch deswegen kritisch gegenüber, weil sie Friedensbemühungen im Rahmen der VN behindern könnten (im November hat Japan SR-Präsidentschaft inne).[14] Britisches FCO hat auf Anfrage weitgehende Übereinstimmung unserer Haltung zu amerikanischen Wirtschaftssanktionen bestätigt; britisch-iranischer Handel sei im übrigen stark zurückgegangen, so daß weitere Einschränkungen kaum möglich seien.[15] Auch italienisches AM sieht keinen Bedarf für Wirtschaftsmaßnahmen; entscheidend komme es auf Vermittlungsbemühungen im VN-Rahmen an.[16]

III. Für die Bundesregierung hat der Regierungssprecher bereits am 27. und 28. Oktober klargestellt, daß die Verhängung von Wirtschaftsmaßnahmen gegen Iran nicht beabsichtigt sei. Außerdem hat BM Bangemann öffentlich darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung nicht an den Nutzen solcher Sanktionen glaubt.[17]

Es stellt sich allerdings die Frage, ob unterhalb der Ebene von Sanktionsmaßnahmen nicht eine gewisse Rücksichtnahme auf amerikanische Interessen angezeigt

13 Zum Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Iran vgl. Dok. 221, Anm. 13.

14 Botschafter Hallier, Tokio, informierte am 2. November 1987 zur Position Japans: „Während AM Kuranari am 29.10.1987 gegenüber US-Botschafter Mansfield betonte, daß jap[anische] Antwort auf amerik[anisches] Ansinnen vom Fortschritt der Friedensbemühungen des VN-GS abhänge, erklärte Vize-AM Murata in einer Unterredung mit Under Secretary of State Armacost, daß Japan keine Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran verhängen werde. Dies sei – so Murata in unserem heutigen Vier-Augen-Gespräch mir gegenüber […] – mit der Stellung Japans als Präsidentschaft des VN-SR unvereinbar. Man habe jedoch Armacost Zusicherungen gegeben, daß Japan keinesfalls, auch nicht über den Spot-Markt, Iran-Öl über das gegenwärtige Volumen hinaus beziehen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1996; Referat 422, Bd. 149156.

15 Nach Gesprächen im britischen Außenministerium übermittelte Gesandter von Stein, London, am 2. November 1987 die Information, „daß britische Haltung zu amerikanischen Wirtschaftssanktionen weitgehend mit der unsrigen übereinstimme (in close line to German position). Auch GB verfolge Auffassung, daß Konflikt politisch gelöst werden müsse, und unterstütze daher voll die Bemühungen im UN-SR und des UN-GS. Daneben versuche es seit langem nachhaltig, auf die SU Einfluß zu nehmen, damit diese ihre Waffenlieferungen in die Konfliktregion einstelle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1904; Referat 422, Bd. 149156.

16 Die Botschaft in Rom berichtete am 2. November 1987 zur Position Italiens: „Für die Lösung des Golfkonflikts baue man derzeit ganz auf die Vermittlungsbemühungen im UN-Rahmen. Wirtschaftssanktionen eigneten sich nach italienischer Erfahrung grundsätzlich nicht dazu, militärische Auseinandersetzungen zu beenden. Die Verhängung eines Einfuhrverbots gegen iranische Waren und Rohstoffe, die einen nicht unbeträchtlichen Anteil am italienischen Gesamtimport hätten, sei daher nicht beabsichtigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1904; Referat 422, Bd. 149156.

17 Zu den Äußerungen des Bundesministers Bangemann, z. Z. Abu Dhabi, bei einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 29. Oktober 1987 vgl. die Mitteilung des Presse- und Informationsamts vom selben Tag; Referat 422, Bd. 149156.

ist. Hierbei wäre zu berücksichtigen, daß bereits bei anderen aktuellen Fragen, insbesondere im Bereich der Währungs- und Wirtschaftspolitik, Meinungsverschiedenheiten mit den USA bestehen.

In Betracht käme, falls sich der amerikanische Druck auf uns erhöhen sollte[18],

- Verhinderung eines Unterlaufens amerikanischer Maßnahmen (kein „undercutting", wie im Falle Libyens),
- noch strengere Praxis bei Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für Lieferungen genehmigungspflichtiger Güter an Iran,
- restriktive Praxis bei Übernahme von Ausfuhrbürgschaften für Warenlieferungen, die möglicherweise für die Kriegsanstrengungen des Iran relevant sind.

1) Die Botschaft Teheran hat bereits darauf hingewiesen, daß nach Andeutungen aus iranischen Wirtschaftskreisen bei Ersatzteillieferungen und Ölverkauf mit stärkerer Hinwendung zu deutschen Partnern als Reaktion auf die US-Maßnahmen zu rechnen sei.[19]

Wenn bekannt werden sollte, daß deutsche Unternehmen in aufgrund von US-Maßnahmen ausfallende amerikanische Lieferungen an Iran eintreten („undercutting"), dürfte dies in den USA auf besonders scharfe Kritik stoßen. Wie bereits Anfang 1986 im Falle Libyens geschehen, sollte deshalb an die deutsche Wirtschaft appelliert werden, auf solche Geschäfte zu verzichten. Angesichts der geringen amerikanischen Exporte nach Iran (s. o.) dürften solche Fälle in der Praxis allerdings nur selten vorkommen.

Dagegen besteht die konkrete Möglichkeit, daß über den Spot-Markt wieder verstärkt frei gewordene iranische Ölmengen auf den deutschen Markt drängen. Aufgrund der Besonderheiten des Ölmarkts ist dies auch von den Ölimporteuren kaum zu verhindern. Wie im Falle Libyens sollte deshalb auf einen entsprechenden Appell der Bundesregierung verzichtet werden; allenfalls könnte auch hier toleriert werden, daß amerikanische Tochterfirmen in Deutschland den Bezug iranischen Öls auf Weisung ihrer Zentralen in den USA einschränken.

2) Die vom US-Ausfuhrverbot erfaßten Warengruppen gehen erheblich über die in den COCOM-Listen enthaltenen Güter hinaus, die bei uns der Ausfuhrgenehmigungspflicht unterliegen.

Für die Ausfuhr genehmigungspflichtiger Waren, die als „militärisch nutzbar" i. S. des amerikanischen Petitums angesehen werden können, werden nach wie vor in gewissem Umfang Ausfuhrgenehmigungen für Lieferungen an Iran erteilt (Angaben des BMWi; eine genaue Aufschlüsselung ist bei BMWi angefordert):

18 Der Passus „falls … sollte" wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

19 Botschafter Freitag, Teheran, legte am 29. Oktober 1987 dar, daß das Handelsembargo der USA, sofern wirksam, für den Iran zu Devisenknappheit führen und damit auf dessen „Wirtschaftsbeziehungen mit (überwiegend gegen Devisenzahlungen liefernde) OECD-Staaten unmittelbar durchschlagen" werde. Daraus werde sich wohl eine verstärkte iranische Nachfrage nach Ersatzgütern aus der Bundesrepublik gegen höhere deutsche Ölabnahmen ergeben, wobei die iranische Seite auf die Stellung der Bundesrepublik als größtem Lieferanten sowie auf den guten Stand der bilateralen Beziehungen verweisen werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1885; Referat 422, Bd. 149156.

	Liste A (Rüstungsgüter)	Liste C (Dual-use-Güter)	zusammen
1983	189 Mio. DM	67,1 Mio. DM	256,8 Mio. DM[20]
1984	152,6 Mio. DM	151 Mio. DM	303,7 Mio. DM
1985	98,9 Mio. DM	581,5 Mio. DM	680,5 Mio. DM
1986	146 Mio. DM	noch nicht bekannt	

Dabei handelt es sich im wesentlichen um

– Maschinen und Ersatzteile (Verschleißteile) der Fa. Fritz Werner, Heckler & Koch und Mauser für Munitionsproduktion. Fritz-Werner-Lieferungen 1981–87: ca. 160 Mio. DM (alles Liste A);
– Sende-Empfangsanlagen, Chiffriergeräte, Peilantennen für militärische und zivile Zwecke (alles Liste C[21]).

Hier könnte an einen Verzicht auf Genehmigung von Maschinen und Ersatzteilen, die für die Munitionsproduktion benötigt werden (Liste A), gedacht werden (zu den für Fa. Fritz Werner daraus entstehenden Problemen vgl. Aufzeichnung der Abt. 4 vom 17.8.1987 – 424-411.10 IRN VS-NfD[22], liegt der Leitung vor). Eine solche Maßnahme könnte ohnehin erforderlich werden, wenn sich der Sicherheitsrat der VN auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der SR-Resolution 598[23] verständigen sollte. Darüber hinaus käme eine Versagung der Genehmigung fernmeldetechnischer Anlagen, deren Endempfänger iranische militärische Besteller sind, in Betracht.

3) Ausfuhrbürgschaften können für Geschäfte mit Iran bis zu einer Orientierungsgröße von 20 Mio. DM pro Einzelgeschäft übernommen werden; größere Aufträge werden nur in besonderen Fällen verbürgt. Kriegsrisiken sind von der Deckung ausgeschlossen.

Das Obligo aus Bundesbürgschaften für Irangeschäfte beträgt z. Zt. 4,3 Mrd. DM; dazu kommen Grundsatzzusagen für noch nicht fest abgeschlossene Geschäfte mit Auftragswerten von 1,05 Mrd. DM.

Bisher sind nicht ausfuhrgenehmigungspflichtige Lieferungen an Besteller aus dem militärischen Bereich i. d. R. verbürgt worden, wenn nicht der konkrete Verdacht bestand, daß die Waren für den unmittelbaren Kriegseinsatz bestimmt sind (z. B. Schiffsmotoren für Pasdaran). Künftig könnten Bürgschaften für Lieferungen an militärische Besteller versagt werden, sofern nicht besondere Gründe für eine Indeckungnahme sprechen (z. B. medizinisches Gerät).

IV. Da am 9./10. November ein Besuch des stellvertretenden amerikanischen AM Whitehead in Bonn[24] ansteht, könnte zunächst abgewartet werden, ob und in welcher Form die amerikanische Regierung bei dieser Gelegenheit erneut

20 So in der Vorlage.
21 An dieser Stelle wurde handschriftlich eingefügt: „+ A“.
22 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vgl. Dok. 230.
23 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.
24 Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead in der Bundesrepublik vgl. Dok. 312.

Wirtschaftsmaßnahmen gegen Iran zur Sprache bringt.[25] Mit BMWi sollte aber schon jetzt in eine Prüfung folgender möglicher Maßnahmen eingetreten werden:

a) Vorlage jedes einzelnen Ausfuhrgenehmigungsantrages bei BMWi/AA und Anlegung eines besonders strengen Maßstabs bei der Prüfung gemäß Ziffer III. 2[26];

b) restriktive Deckungspraxis bei Lieferungen an Besteller im militärischen Bereich gemäß Ziffer III. 3;

c) bei Ausfuhrbürgschaften Erklärung des deutschen Exporteurs, daß er seiner Kenntnis nach nicht in ein ursprünglich amerikanisches Geschäft eintritt, sowie Ausschluß amerikanischer Zulieferungen aus der Hermes-Deckung;

d) Aufforderung an deutsche Unternehmen, keine wirtschaftlichen Vorteile aus amerikanischen Maßnahmen gegen Iran zu ziehen.

e) Außerdem sollte mit BMWi die Frage des Zeitpunkts der grundsätzlich für Frühjahr 1988 vorgesehenen Sitzung der deutsch-iranischen Wirtschaftskommission aufgenommen werden.

D 2[27] und D 3 i. V.[28] haben mitgezeichnet.

P.S.: Im hypothetischen Fall, daß die Verhängung von Sanktionsmaßnahmen (Verbot der Einfuhr von Öl und der Ausfuhr bestimmter Warenarten) in Betracht gezogen wird, wäre eine mögliche Zuständigkeit der EG zu berücksichtigen:

a) Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sind als handelspolitische Maßnahmen grundsätzlich Gegenstand der gemeinsamen Handelspolitik (Art. 113 EG-V[29]). Ob dies auch für politisch motivierte Sanktionsmaßnahmen zutrifft, ist unter den MS allerdings umstritten. Die Bundesregierung hat sich bisher i. d. R. für eine Anwendung des Art. 113 eingesetzt.

b) Wenn es zu unmittelbar geltendes Gemeinschaftsrecht setzenden Maßnahmen nicht kommen sollte, käme eine Anwendung des Art. 224 EG-V[30] in Betracht (Abstimmung von Maßnahmen im Kriegs- bzw. Spannungsfall). Hier käme ein politischer Beschluß der Außenminister mit anschließender nationaler Umsetzung in Betracht.

Ggf. wird diese Problematik zum Gegenstand einer besonderen Aufzeichnung gemacht werden.

Die oben (Ziffer IV) aufgeführten Maßnahmen gehören ausschließlich in die nationale Zuständigkeit.

Jelonek

Referat 422, Bd. 149156

25 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

26 Korrigiert aus: „Ziffer II. 2“.

27 Hermann Freiherr von Richthofen.

28 Hans-Günter Sulimma.

29 Für den Wortlaut von Artikel 113 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 846.

30 Für den Wortlaut von Artikel 224 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 892–894.

306

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Bundeskanzler Vranitzky

4. November 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky am Mittwoch, dem 4. November 1987 (11.00 Uhr bis 12.45 Uhr)[2]

Teilnehmer auf österreichischer Seite: Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, Frau Gesandtin Dr. Eva Nowotny als Note-taker.

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Herr Bundeskanzler, MDg Dr. Peter Hartmann als Note-taker.

(Die beiden Note-taker nahmen ab 12.15 Uhr an dem Gespräch teil.)

Der *Bundeskanzler* faßt als Ergebnis des Gespräches über bilaterale Fragen zusammen:

– Zur Problematik des alpenüberquerenden Verkehrs[3] habe er EGK-Präsident Delors am 27. Oktober 1987[4] geschrieben und darauf gedrängt, daß das anstehende Verhandlungsmandat auf der nächsten Ratstagung der Verkehrsminister am 7. Dezember 1987 verabschiedet wird.[5] Die Angelegenheit werde er außerdem auf dem bevorstehenden ER am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen[6] ansprechen. Dem Unterzeichner[7] gibt der Bundeskanzler den Auftrag,

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 4. November 1987 gefertigt und am 11. November 1987 „zur persönlichen Kenntnisnahme von Herrn Bundesminister Genscher“ an Ministerialdirigent Jansen übermittelt.
Hat Jansen am 11. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister.“
Hat Genscher am 15. November 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178923.

2 Bundeskanzler Vranitzky besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 6. November 1987.

3 Referat 423 notierte in einer undatierten Aufzeichnung: „Erhebliche Probleme, die auch das Verhältnis Ös[terreich]/EG betreffen, stellen sich im grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr. […] Als Transitland für den alpenquerenden Personen- und Güterverkehr mit Italien sowie mit Jugoslawien und unserem EG-Partner Griechenland kommt Ös. im europäischen Verkehrsnetz besondere Bedeutung zu. Verkehrsinfrastruktur und Umwelt sind großen und weiter zunehmenden Belastungen ausgesetzt (dies gilt besonders für Tirol), die Ös. nach und nach verringern möchte. Es sucht hierbei die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und war lange bemüht, restriktive Maßnahmen zu vermeiden. Im Verlauf des Jahres 1987 versuchte Ös., eine allgemeine Autobahngebühr (auf unsere Vorstellungen wieder fallen gelassen) einzuführen, und schaffte am 1.9.1987 die Brenner-Jahresmautkarte für ausländische LKWs ab. Diese Frage hat seitdem […] die Beziehungen zwischen Ös. und der Bundesrepublik Deutschland erheblich belastet.“ Vgl. Referat 423, Bd. 176632.

4 Korrigiert aus: „20. Oktober 1987“.

5 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 27. Oktober 1987 an den Präsidenten der EG-Kommission, Delors, vgl. Referat 423, Bd. 176632.
Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister billigte am 7. Dezember 1987 in Brüssel die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften, Jugoslawien, Österreich und der Schweiz mit dem Ziel, eine den Bedingungen des Binnenmarktes entsprechende Transitverkehrsregelung zu schaffen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1987, S. 87.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 358.

7 Peter Hartmann.

vor Ende des Monats den Stand der Beratung in Brüssel beim zuständigen BMV zu erfragen.

Im übrigen würden wir unsere Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988[8] nutzen, um in der Sache weiter voranzukommen.

Der Bundeskanzler, der Bundeskanzler Vranitzky zuvor unser Papier mit den Elementen für eine bilaterale Vereinbarung über die Lösung der Transitprobleme überreicht hatte, erklärt, über dieses Papier sollten die Verkehrsminister der beiden Länder[9] so bald wie möglich sprechen. Wenn dies aus der Sicht von Bundeskanzler Vranitzky förderlich sei, so biete er zusätzliche Kontakte zwischen MD Teltschik oder dem Unterzeichner und den zuständigen Beamten im österreichischen Bundeskanzleramt an.

– In der Frage des Abkommens zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen solle man jetzt die Verhandlungen voranbringen.[10] Sobald Bundeskanzler Vranitzky das in Aussicht genommene Gespräch mit MP Strauß geführt habe, werde der Bundeskanzler seinerseits den bayerischen Ministerpräsidenten ansprechen. Sein Wunsch sei es, die Angelegenheit möglichst bald zu einem Abschluß zu bringen.

Der Bundeskanzler spricht sodann noch kurz die Bitte der Stadt Bonn an, im Rahmen der bevorstehenden 2000-Jahr-Feier (1989) einen Teil der in Wien aufbewahrten Reichskleinodien ausstellen zu können.

Bundeskanzler sagt Prüfung zu.

Bundeskanzler Vranitzky kommt dann auf den Wunsch seiner Regierung zu sprechen, Wien als Konferenzort für künftige Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle[11] anzubieten. Mit Ausnahme von Frankreich hätten sich bisher alle Teilnehmerstaaten für Wien ausgesprochen. Die französische Haltung werde damit begründet, daß die bisher erfolglos verlaufenen MBFR-Verhandlungen die KRK-Verhandlungen negativ präjudizieren könnten.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, das Thema auf dem bevorstehenden deutsch-französischen Gipfel[12] mit Staatspräsident Mitterrand zu erörtern.[13] Hierbei wolle er vor allem damit argumentieren, daß es politisch wichtig sei, eine Geste gegenüber Österreich zu machen.[14]

Der Bundeskanzler weist den Unterzeichner an, Frau Gesandtin Nowotny nach dem deutsch-französischen Gipfel von dem Ergebnis zu unterrichten.

Bundeskanzler *Vranitzky* erklärt, er sei gestern mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten der ČSSR, Rohlíček, zusammengetroffen. Dieser habe ihm von

8 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

9 Jürgen Warnke (Bundesrepublik) und Rudolf Streicher (Österreich).

10 Zur Frage eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Österreich zur Regelung von Fragen im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen vgl. Dok. 207.

11 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

12 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

13 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Warum wurde ich nicht daran erinnert?“

14 Der Passus „Der Bundeskanzler … zu machen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist das geschehen?“

dem Richtungsstreit zwischen „Liberalen“ und „Orthodoxen“ berichtet und darauf hingewiesen, daß die Dinge sich mehr in Richtung von MP Štrougal entwickelten. Die „Hardliner“ schienen im Augenblick politisch ausgebootet zu sein. Auf die Entwicklung in der SU eingehend, meint Bundeskanzler Vranitzky, dort sei in den letzten Tagen sehr schillernd diskutiert worden.[15]

Der *Bundeskanzler* erwidert, ein Meinungsaustausch über diese Fragen sei ihm sehr wichtig. Seines Erachtens hätten sich die Schwierigkeiten Gorbatschows in den letzten Monaten verstärkt. Dies sei allerdings keine personalisierte Frage, sondern in objektiven Faktoren begründet. Was Gorbatschow wolle, nämlich ein ineffizientes System effizienter zu machen, sei im Grunde genommen nicht machbar.

Man müsse im übrigen entschieden der Illusion entgegentreten, daß sich die Sowjetunion in Richtung auf eine Demokratie entwickle. Er gehe davon aus, daß sich die SU in den nächsten drei bis fünf Jahren stark mit sich selbst beschäftigen werde. Das bedeute allerdings nicht, daß die SU in prinzipiellen Fragen den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes „Leine lassen werde“. Es gebe aber offensichtlich mehr „Auslauf“ für sie.

Sein Ziel sei es, die jetzige Entwicklung zu nutzen und möglichst viel für die Menschen herauszuholen.

Der Bundeskanzler erläutert kurz die jüngste Vereinbarung mit Ungarn über die Förderung der Kulturarbeit der Ungarndeutschen.[16] Diese stelle ein wichtiges Signal für andere Länder des WP dar, insbesondere für Polen, wo die Lage der Deutschstämmigen besonders schlecht sei. Er werde möglichen polnischen Wünschen so lange nicht entgegenkommen, als sich diese Lage nicht bessere.

Auch im Falle Rumänien sei die Lage der rund 200 000 Deutschen äußerst unerfreulich. Er wolle sich daher bemühen, deren Auswanderung über die bestehende Regelung[17] hinaus zu beschleunigen. Allerdings habe Ceauşescu insofern

15 Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, berichtete am 2. November 1987, der Sekretär des ZK der KPdSU, Lukjanow, habe bei einer Pressekonferenz am 31. Oktober 1987 eingeräumt, daß es bei der Sitzung des ZK-Plenums am 21. Oktober 1987 Kontroversen gegeben habe. Der Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, Jelzin, habe „vor allem den Arbeitsstil der führenden Organe der Partei und den Fortgang der Perestroika angesprochen. Sein Beitrag habe eine Reihe von Wertungen enthalten, mit denen die Mitglieder des ZK nicht übereingestimmt hätten. Da Genosse Jelzin seinen Rücktritt angeboten habe, würden Politbüro und Moskauer Stadtparteikomitee in Übereinstimmung mit geltenden Bestimmungen ‚Fragen im Zusammenhang mit diesem Angebot‘ prüfen.“ Lukjanow habe damit „seit Tagen umlaufende Gerüchte zu kontroversem Diskussionsverlauf und Rücktrittsangebot Jelzins bestätigt“. Genaueres bleibe unbekannt: „Über die Gründe für Jelzins ungewöhnlichen Auftritt herrscht nach wie vor Rätselraten. Er hat sein Amt in Moskau mit großen Ansprüchen an sich selbst angetreten, bisher aber wenig dauerhaften Erfolg gehabt. […] Seine eigene Politik scheint von einem gewissen ‚Voluntarismus‘ geprägt, wie man ihn sonst Chruschtschow vorwirft. Daß sich trotz seines harten Durchgreifens in vielen Einzelfällen und zahlreichen Umbesetzungen im Kaderbereich bisher so wenig gebessert hat, muß Jelzin unbefriedigend erscheinen. Und daß manche seiner Initiativen an anderer Stelle in Partei und Bürokratie bewußt sabotiert werden, ist aufgrund seiner hohen Konfliktbereitschaft nicht auszuschließen.“ Möglicherweise spiele auch Jelzins Gesundheitszustand eine Rolle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3512; Referat 213, Bd. 143517.

16 Zu den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn vom 7. Oktober 1987 über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren sowie über die Förderung von kulturellen Einrichtungen der deutschen Minderheit und die Förderung der deutschen Sprache vgl. Dok. 277, Anm. 15 und 17.

17 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

ein Problem, als auch rund 2 Mio. Ungarn in Rumänien lebten, die das Land verlassen wollten.

Er selber werde im Januar nach Prag reisen.[18] Wir hätten bisher zur ČSSR ein eher distanziertes Verhältnis gehabt.[19] Es bestehe aber auch deutscherseits großes Interesse an einer engeren Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf den jüngsten Besuch von Generalsekretär Honecker zu sprechen.[20] Es spreche zur Zeit wenig dafür, daß Honecker das Feld räumen wolle. Honecker bleibe zwar strammer Kommunist, wolle aber nicht als „Unperson" – wie seinerzeit Ulbricht – in die Geschichte eingehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR sei verglichen mit den anderen WP-Staaten besser, aber im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland gehe die Schere immer weiter auf. Die DDR habe erheblichen Nutzen vom innerdeutschen Handel. Die der DDR seinerzeit eingeräumte Bürgschaft habe ihr bei der Beschaffung weiterer Kredite durch Privatbanken sehr geholfen.[21]

Seine Bedingung sei seinerzeit gewesen, daß die DDR sich zu weiteren Erleichterungen im Reiseverkehr bereit erkläre. Diesen Verpflichtungen sei sie nachgekommen. In diesem Jahr würden rund 3 1/2 Millionen Besucher aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland kommen, davon 1,2 Millionen, die noch nicht im Rentenalter stünden.

Bemerkenswert sei, daß die Einstellung der Bevölkerung der DDR zur Frage der Staatsbürgerschaft sich verändert habe. Früher hätten rund 50 % für eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft plädiert; nach neueren Umfragen seien es nur noch 20 %. Man müsse allerdings auch sehen, daß mit diesen verstärkten Reisekontakten auch Probleme auf die DDR zukämen. Auch sei für die DDR die Tatsache belastend, daß immer mehr DDR-Bürger mit DM einkauften, die praktisch zur zweiten Währung geworden sei.

Die SU beobachte diese Entwicklung mit einer gewissen Distanz. Polen habe auf den Honecker-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland mit Gehässigkeit reagiert.

Der Bundeskanzler erklärt, Gorbatschow werde möglicherweise im Frühjahr[22] in die Bundesrepublik Deutschland kommen.[23] Dies habe er einem Brief entnommen, den ihm der Generalsekretär der KPdSU vor wenigen Tagen übermittelt habe.[24]

Bundeskanzler *Vranitzky* erinnert an die desolate wirtschaftliche und politische Lage Jugoslawiens. Dabei müsse man sagen, daß Jugoslawien nichts falsch oder

18 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

19 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

20 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

21 Zu den Milliarden-Krediten für die DDR in den Jahren 1983 und 1984 vgl. Dok. 269, Anm. 8.

22 Die Worte „im Frühjahr" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

23 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik erst vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4.

24 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.
Zum Antwortschreiben Kohls vom 24. November 1987 vgl. Dok. 335.

richtig mache, sondern einfach nichts tue. Die deutsche Bürgschaft für Ungarn bezeichnet Bundeskanzler Vranitzky ausdrücklich als eine Großtat, mit der Ungarn wirksam geholfen werde.[25] In Wirklichkeit ginge es allerdings auch den Ungarn wirtschaftlich nicht viel besser; sie verstünden es nur, sich besser nach außen zu verkaufen.

Bundeskanzler Vranitzky kommt abschließend kurz auf die Haltung seines Landes zur EG zu sprechen und erklärt, die Frage einer Mitgliedschaft stünde jetzt nicht im Vordergrund.

Der Herr *Bundeskanzler* schließt mit der Bemerkung, er gehe allerdings davon aus, daß sich diese Frage Mitte der 90er Jahre stellen werde.

Referat 010, Bd. 178923

307

Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), Hocké

5. November 1987[1]

Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen am 5. November 1987 im Bundeskanzleramt[2]

An dem Gespräch, das von 11.00–11.45 Uhr dauerte, nahmen außerdem teil:

Frau Fiorella Capelli, Leiterin der Europa- und Nordamerika-Abteilung des UNHCR; Herr James Widgren, Koordinator für die Regierungsgespräche über Asylbewerber in Europa und Nordamerika beim UNHCR; Herr René van Rooyen, Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Bun-

25 Zu dem von der Bundesregierung verbürgten Kredit für Ungarn vgl. Dok. 277, Anm. 8.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationssekretär Krumrei, Bundeskanzleramt, am 9. November 1987 gefertigt und am 25. November 1987 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach übermittelt.
Hat Legationssekretär Köhler am 27. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung u. a. an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Bazing und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Giesder verfügte.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz in Vertretung von Richthofen am 30. November 1987 vorgelegen.
Hat Bazing am 30. November 1987 vorgelegen.
Hat Giesder am 30. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seiwert verfügte.
Hat Seiwert am 4. Dezember 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 231, Bd. 148299.

2 Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), Hocké, besuchte die Bundesrepublik vom 3. bis 5. November 1987.

desrepublik Deutschland, sowie Botschafter Dr. Fredo Dannenbring, Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in Genf.

Der *Hohe Kommissar* stellte die weltweiten Zusammenhänge im Bereich der Flüchtlingshilfe dar. Mehr als 90% aller Flüchtlinge fänden heute in Nachbarländern der Dritten Welt Aufnahme, deren Regierungen in der Regel auch zur Hilfe bereit seien. Doch könne das Engagement dieser Regierungen in der Flüchtlingshilfe noch größer sein, wenn erkennbar auch die Industriestaaten im Sinne einer fairen Lastenverteilung das Flüchtlingsproblem mittrügen. Die Bedeutung dieses Zusammenhangs für die Mobilisierung weiterer Hilfe für die Flüchtlinge in der Dritten Welt dürfe nicht unterschätzt werden.

Die öffentliche Meinung in Westeuropa aber sei dem Flüchtlingsproblem nicht günstig gesonnen, vor allem, weil heute anders als früher wirkliche Flüchtlinge mit vielen anderen Gruppen verwechselt werden könnten, die ja aus verschiedenen Gründen ihre Heimat verlassen (Auswanderer/Terroristen/Drogenschmuggler). Europa dürfe sich davon nicht abhalten lassen, seine Aufgabe gegenüber den echten Flüchtlingen zu erfüllen, und solle daher genauer zwischen den verschiedenen Arten von Flüchtlingen unterscheiden. Der Visum-Zwang allein sei dazu nicht in der Lage. Der Hohe Kommissar zeigte Verständnis dafür, daß Westeuropa und insbesondere auch die Bundesrepublik den ungefilterten Massenzustrom aller Arten von Flüchtlingen zu bremsen versucht.[3]

Bundesminister *Dr. Schäuble* schilderte die besondere Asylsituation in der Bundesrepublik Deutschland. Er wies auf den hohen deutschen Aufnahmeanteil innerhalb Westeuropas und auf die jährlich vor allem für Gemeinden und Länder entstehenden Unterhaltskosten für die Flüchtlinge von im Durchschnitt 2 1/2 Mrd. DM hin. Dies dürfe gerade in Deutschland nicht zum Auftreten von innenpolitischen Gegenbewegungen führen, wie es in Frankreich der Fall sei (Le Pen). Ein weiteres Sonderproblem ergebe sich aus der Rechtslage: Aus dem einklagbaren Asylanspruch (Art. 16 GG[4]) folge eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von fünf bis sechs Jahren für Asylsuchende, auch wenn am Ende nur einem geringen Teil der Flüchtlingsstatus zuerkannt werde. Eine Ausweitung des verfassungsmäßigen Asylanspruchs auch auf Wirtschaftsflüchtlinge würde jedoch in jeder Hinsicht eine unkontrollierbare Situation schaffen und damit gerade den in wirklicher Not sich befindenden Flüchtlingen einen schlechten Dienst erweisen.

Es bestand Übereinstimmung darüber, daß Europa insgesamt seinen Teil des Flüchtlingsproblems zu tragen habe und faire Lastenverteilung mit der Dritten Welt anzustreben sei. Der Großteil der Flüchtlinge werde zweckmäßigerweise vor allem in der Heimatregion untergebracht; die Verteilung auf westeuropäische Staaten sei am besten auf westeuropäischer Ebene gemeinsam zu klären.[5]

3 Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 26. August 1986; Dok. 38, Anm. 17.

4 Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

5 Der Passus „die Verteilung … zu klären“ wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „BMI – BK?“

Der *Hohe Kommissar* sprach sich dafür aus, den Flüchtlingen über die Nothilfe hinaus auch ein normales Leben zu ermöglichen, insbesondere die Aufnahme einer Arbeit. Dies erleichtere den Flüchtlingen ihre Existenz bedeutend und nütze den Gastländern, denen der Ertrag dieser Arbeit auch zugute käme. Dabei zeige die Erfahrung[6], daß viele Flüchtlinge doch in überschaubarer Zeit in ihre Heimat zurückkehren könnten. Dies sollte die Regierungen dazu veranlassen, der Integration von Flüchtlingen positiver gegenüberzustehen.

Auf die Frage nach einer konkreten möglichen Regelung für ein zeitweiliges Asyl schlug der Hohe Kommissar vor, jeweils im Einzelfall pragmatisch darüber zu entscheiden. In diesem Zusammenhang müsse gesehen werden, daß viele Gastländer Flüchtlinge weitergeben müßten, weil die Ursprungsländer sie in ihrer Nachbarschaft nicht akzeptieren wollen. Die hierdurch auch auf Europa zukommende Belastung schwanke und sei zahlenmäßig daher nicht genau zu erfassen.

Übereinstimmung bestand darüber, daß die angeschnittenen Fragen weiterer Diskussion bedürften.

Bundesminister *Dr. Schäuble* versicherte, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Teil des Flüchtlingsproblems tragen wolle und daß sie sich bisher bereits nach Kräften darum bemüht habe. Die Bundesregierung werde sich an der Diskussion über eine bessere Kooperation innerhalb Westeuropas und mit dem UNHCR weiter beteiligen.[7]

Referat 231, Bd. 148299

6 Dieses Wort wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „Bei uns?“

7 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem UNHCR vgl. Dok. 137, Anm. 4.

308

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter

220-370.00 SB VS-NfD **9. November 1987**[1]

Über Herrn D 2 A[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister[4] vorgelegt

Betr.: Genfer Verhandlungen;
hier: Aussichten für eine Kompromißlösung im Verhandlungsbereich Weltraum- und Defensivwaffen

Anlg.: 2[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Vorbemerkung

Seit der Vereinbarung des amerikanisch-sowjetischen Gipfeltermins[6] wird zunehmend darüber spekuliert, ob die SU dabei ist, ihre Verhandlungsposition im Bereich Weltraum- und Defensivsysteme zu revidieren und das Junktim START/Weltraum zu lockern.

Richtig ist, daß die SU ihre Kritik an SDI wesentlich zurückgenommen hat und sich primär auf Ausfüllung des Kompromißrahmens von Reykjavik[7] (zehn Jahre Festhalten am ABM-Vertrag) konzentriert. In der wichtigsten Frage jedoch, die in Genf konkret zur Lösung ansteht, blieben beide Seiten bisher hart: Die SU will die Erprobung von Raketenabwehrsystemen und -komponenten im Weltraum verhindern, die USA wollen sich eben diese Option offenhalten.

Dessen ungeachtet erscheint aber angesichts des faktischen SDI-Programmstandes eine Evolution der Verhandlungspositionen beider Seiten nicht ausgeschlossen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

2 Hat Botschafter Holik am 11. November 1987 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine interessante Aufzeichnung!“

4 Hat Bundesminister Genscher am 15. November 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Holik an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 16. November 1987 vorgelegen.
Hat Holik am 16. November 1987 erneut vorgelegen.

5 Dem Vorgang beigefügt waren Auszüge eines Berichts des amerikanischen Verteidigungsministeriums an den Kongreß vom 21. September 1987 über den ABM-Vertrag (Anlage 1) sowie Auszüge eines Berichts an den Kongreß über das SDI-Programm vom 19. März 1987 (Anlage 2). Vgl. Referat 220, Bd. 144758.

6 Vgl. das „Joint Statement“ vom 30. Oktober 1987; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2129, S. 70. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 4. November 1987, S. 1 f.
Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

7 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

II. Stand des SDI-Programms

Der Glanz von SDI verblaßt. Es fällt schwer, im gegenwärtigen Programm noch Anhaltspunkte für einen etwa bevorstehenden tiefgreifenden Wandel der strategischen Gleichung zu erkennen. Wesentliche Gründe hierfür sind:

– Die Grenzen des technisch Machbaren sind nach wie vor eng;

– der Kongreß bremst.

1) Die Grenzen des technisch Machbaren

SDI ist heute nur noch in eingeschränktem Maße das weitausgreifende Forschungsprogramm, das 1984/85 die sicherheitspolitische Diskussion bestimmte. Sollten die gegenwärtigen Pläne des Pentagon verwirklicht werden, so wird SDI in Richtung auf „Near-term"-Entwicklung, -Erprobung und -Dislozierung umstrukturiert. Vordergründig erscheint dies zunächst als eine erhebliche Beschleunigung des Programms. Hinter der geplanten Umstrukturierung verbergen sich jedoch zwei Tatsachen, die eher auf eine gewisse Stagnation hindeuten:

– Die ursprünglich avisierten futuristischen, wirklich revolutionären Waffentechnologien (Strahlenwaffen, elektromagnetische Hochgeschwindigkeitskanonen) werden einstweilen hintan gestellt, ohne daß die Frage ihrer Machbarkeit geklärt wäre.[8]

– Statt dessen soll bis auf weiteres der Schwerpunkt auf kinetisch wirkenden Abfangraketen (boden- und weltraumgestützt) eher herkömmlicher Technologie liegen.

  Mit der vom Pentagon angestrebten frühzeitigen Dislozierungsoption (1994/95) soll die strategische Zielplanung der SU wesentlich erschwert und damit die Abschreckung gestärkt werden. Kritiker halten dem entgegen, daß wirksame, überlebensfähige und kosteneffektive Raketenabwehr im Weltraum mit den ins Auge gefaßten Abfangraketen, die sich auf Satelliten in niedrigen Umlaufbahnen befinden sollen, nicht zu erreichen ist. Das Vertrauen des Pentagon selbst in die „Near-term"-Technologie scheint begrenzt zu sein:

  „Because it cannot be expected that the Soviet threat will remain static, a defence that could be effective if deployed in the mid-1990s may not be effective if deployed significantly later. Consequently, such delays could result in the loss of deployment options."[9]

[8] An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Im Bericht ‚Science and Technology of Directed Energy Weapons' der Amerikanischen Physikalischen Gesellschaft (A[merican]P[hysical]S[ociety]) vom April 1987 heißt es hierzu: ‚We estimate that even in the best of circumstances, a decade or more of intensive research would be required to provide the technical knowledge needed for an informed decision about the potential effectiveness and survivability of directed energy weapon systems. In addition, the important issues of overall system integration and effectiveness depend critically upon information that, to our knowledge, does not yet exist.' (Die Wissenschaftler der APS-Studiengruppe hatten vollen Einblick in das SDI-Programm.) Eine Presseerklärung der APS ergänzte: ‚In view of the large gap between current technology and the advanced levels required for an effective missile defence, the SDI program should not be a controlling factor in U.S. security planning and the process of arms control. It is the judgment of the Council of the American Physical Society that there should be no early commitment to the deployment of SDI components.'"

[9] An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Zitat aus dem als Anlage 1 beigefügten Dokument."

Zudem gibt es auch[10] innerhalb der an SDI beteiligten Wissenschaftler die Sorge, daß die langfristig angelegte Forschung zugunsten eines überstürzten kurzfristigen Entwicklungs- und Erprobungsprogramms geopfert werden könnte. Im übrigen sind eine Reihe weiterer Grundprobleme, wie das der Transportkapazität in den Weltraum, nach wie vor ungeklärt.

2) Bremswirkung des Kongresses

Die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses bremst SDI auf zweifache Weise: zum einen durch das Beharren auf der engen Auslegung des ABM-Vertrags[11], zum anderen durch Abstriche an den Budgetforderungen der Administration.

Der Widerstand im Kongreß gegen die inhaltliche Neubestimmung des ABM-Vertrags mittels der sog. „breiten Interpretation" ist nach wie vor groß (insbesondere seitens Senator Nunn, des einflußreichen Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Senat[12]). Der Widerstand richtet sich gegen die vom Pentagon für die nächsten Jahre geplanten Tests im Weltraum, die der Erprobung vollständiger ABM-Systeme oder ihrer Komponenten [13]dienen sollen. Nach der traditionellen, „engen" Auslegung des Vertrags wären solche Tests verboten. Beide Häuser des Kongresses verabschiedeten zum Verteidigungshaushalt 1988 Zusätze, die den Übergang zur Anwendung der breiten Auslegung von der Zustimmung des Kongresses abhängig gemacht hätten.[14] Der voraussichtliche Haushaltskompromiß zwischen Administration und Kongreß soll laut New York Times vom 8.11.1987 nur für solche Tests Mittelzuweisungen enthalten, die sich im Rahmen der engen Auslegung halten.[15] Damit würde die Entscheidung über die Umstrukturierung des SDI-Programms und den Übergang zur breiten Auslegung um mindestens ein Jahr verschoben. (Dies bedeutet noch kein Präjudiz für die amerikanische Verhandlungsposition in Genf, da es dort um Festlegungen für sieben bis zehn Jahre geht.)

Die zweite wesentliche Bremswirkung des Kongresses auf SDI zeigt sich im Vergleich von Mittelanforderungen und -bewilligungen:

– Anforderungen für FY 1985–88: 16 Milliarden Dollar.

– Bewilligungen für FY 1985–88: ca. 11 Milliarden Dollar.[16]

Die allgemeine Haushaltslage in den USA spricht dafür, daß sich dieser Trend in Zukunft eher noch verstärkt. Das bedeutet u.a., daß die vom Pentagon geplante Umstrukturierung der SDI mit ausgedehnten Testreihen und Dislozierungsoption ab 1994/95 schon aus diesem Grund kaum realistisch ist, da die Planung des Pentagon von der Prämisse ausgeht, daß die Mittelanforderungen voll bewilligt werden. (Die als Anlage 1 und 2 beigefügten Dokumente illustrieren mit weiteren

10 Korrigiert aus: „gibt auch".

11 Zur Frage der „engen" oder „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

12 Zur ablehnenden Haltung des Senators Nunn gegenüber einer „weiten" Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 280, Anm. 13.

13 Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 21.

14 Zum Stand der Beratungen über den amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 266, Anm. 7.

15 Vgl. den Artikel „A Compromise on Arms Reached in Washington"; THE NEW YORK TIMES vom 8. November 1987, S. 14.

16 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Allein für F[iscal]Y[ear] 1988 wird die Differenz ca. 2 Mrd. Dollar betragen: Anforderung 5,7 Mrd. – Bewilligung ca. 3,6–3,9 Mrd. Dollar."

Einzelheiten, wie konträr der gegenwärtige Stand des Programms in Pentagon und Kongreß gewertet wird.)[17]

III. Perspektiven für die Genfer Verhandlungen

1) Verhandlungsstand im Bereich Defensiv- und Weltraumwaffen

Seit dem Gipfeltreffen von Reykjavik besteht grundsätzliches Einvernehmen, den prinzipiellen Konflikt in der Frage strategischer Verteidigung zunächst auszuklammern und mittels befristeter Festschreibung des ABM-Vertrags eine temporäre Lösung anzustreben.

Zur Ausfüllung dieses Kompromißrahmens bedarf es der Einigung in drei Fragen:

– Zeitdauer des Verzichts auf das Kündigungsrecht aus dem ABM-Vertrag (USA: sieben Jahre – SU: zehn Jahre).
– Regelung für die Zeit nach Ablauf der vereinbarten Frist (USA: automatischer Wegfall jedenfalls der entscheidenden Bestimmungen des ABM-Vertrags – SU: Fortgelten des ABM-Vertrags mit der gegenwärtig geltenden Kündigungsfrist).
– Bestimmung der konkreten Schranken des ABM-Vertrags für den vereinbarten Zeitraum.

Frage 1 dürfte kein größeres Problem darstellen. Frage 2 ist schwieriger, erscheint aber einer prozeduralen Lösung zugänglich. Frage 3 ist entscheidend. Der Dissens darüber, ob Tests von ABM-Systemen oder ihrer Komponenten im Weltraum erlaubt (so USA) oder verboten (so SU) sein sollen, dürfte sich kaum durch einen Formelkompromiß überdecken lassen. Dieser Dissens ist gegenwärtig in folgende Verhandlungspositionen gekleidet:

– Die SU schlug auf dem Washingtoner Außenministertreffen im September[18] zwei Alternativen zur Bestimmung der konkreten Schranken des ABM-Vertrags vor:
  – Entweder Beachtung des ABM-Vertrags „as signed and ratified in 1972“, womit die ursprüngliche (enge) Auslegung gemeint sein dürfte,
  – oder Ausarbeitung einer Verbotsliste der Testobjekte und ihrer Leistungsparameter, die nicht für Erprobungszwecke in den Weltraum gebracht werden dürfen.
– Die USA schlagen für den vereinbarten Zeitraum die „strikte Einhaltung der Bestimmungen des ABM-Vertrags“ vor, was aus amerikanischer Sicht die Möglichkeit zur Anwendung der „breiten“ Auslegung offen läßt. Botschafter Lehman erklärte bei den Konsultationen in Bonn am 7.10.1987 auf Frage ausdrücklich, daß die USA keine Beschränkung auf die enge Auslegung akzeptieren könnten.[19]

17 Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 21.

18 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

19 Der amerikanische Sonderbotschafter Lehman führte am 7. Oktober 1987 gegenüber Botschafter Holik aus, daß „die neuen, in Washington unterbreiteten Vorschläge der SU zum Verhandlungsbereich Weltraum“ wohl immer noch darauf abzielten, „SDI zu Fall zu bringen“. Ferner äußerte er: „Selbst wenn es sich jedoch herausstellen sollte, daß die SU bereit wäre, SDI-Forschung in den Grenzen der traditionellen, restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags zu akzeptieren, müßten die USA dies ablehnen.“ Schließlich werde die Sorge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor

2) Entwicklungsmöglichkeiten der amerikanischen Verhandlungsposition

Es ist davon auszugehen, daß Präsident Reagans oft wiederholter Satz, SDI niemals zum „bargaining chip" zu machen, auch in Zukunft der Ausgangspunkt der amerikanischen Verhandlungsposition bleibt. Frage ist, welche SDI der Präsident meint. SDI in der ursprünglichen Konfiguration als reines Forschungsprogramm wird von der SU nicht mehr in Frage gestellt. Ginge es dem Präsidenten nur um die Forschung[20], so wäre ein Kompromiß in Genf bereits in Reichweite. Sollte der Präsident jedoch ungehinderte Entwicklungs- und Erprobungsmöglichkeiten im Weltraum im Laufe der nächsten sieben bis zehn Jahre als Conditio sine qua non betrachten, so wäre amerikanischerseits mit keiner Kompromißbereitschaft zu rechnen.

Die Beratung des Präsidenten in dieser entscheidenden Frage hängt davon ab, wie hoch der Testbedarf im Lichte des SDI-Programmstandes eingeschätzt wird. Die Anmeldung frühzeitigen Testbedarfs durch das Pentagon im Rahmen der geplanten Umstrukturierung des SDI-Programms war nach überwiegender Expertenmeinung politisch motiviert. Als Hauptmotive wurden die Erwartungen genannt, daß mit der Wende von abstrakter Forschung zu konkreter Entwicklung und Erprobung

– die Budgetforderungen im Kongreß leichter zu begründen seien;
– künftige Regierung und künftiger Kongreß auf nachhaltige Fortführung der SDI festgelegt würden.

Das erste vermutete Motiv hat sich als Fehlkalkulation erwiesen, das zweite im wesentlichen ebenfalls: Budgetäre Festlegungen über das laufende Haushaltsjahr hinaus sind nur bedingt möglich. Eine Reihe amerikanischer Rüstungsprojekte wurden auch nach Milliardeninvestitionen nicht fortgeführt (Beispiel: ABM-Systeme Anfang der 70er Jahre). Lediglich unter einem Aspekt würde die Umstrukturierung des SDI-Programms voraussichtlich irreversible Fakten schaffen: Der Übergang zur Anwendung der breiten Auslegung des ABM-Vertrags wäre schwerlich rückgängig zu machen. Eben dies ist aber nach dem voraussichtlichen Kompromiß zwischen Administration und Kongreß für FY 1988 für die Amtszeit Präsident Reagans kaum noch zu erwarten (vgl. oben Seite 4[21]). Da ferner der Hauptverfechter frühzeitigen Testbedarfs, VM Weinberger, nicht mehr im Amt ist[22], erscheint eine Neubewertung dieser Frage seitens der amerikanischen Regierung nicht ausgeschlossen. Konkrete Anzeichen hierfür gibt es jedoch noch nicht. Nitze hat sich offenbar nach dem Washingtoner Außenministertreffen vom September für eine positive Antwort auf den sowjetischen Listenvorschlag (konkrete Aufzählung verbotener Weltraumaktivitäten) ausgesprochen, sich hiermit jedoch bisher nicht durchsetzen können.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1551

einer „Dislozierung neuer Defensivsysteme im Weltraum […] vom ABM-Vertrag auch in seiner weiten Auslegung abgedeckt". Vgl. die Aufzeichnung des Referats 220 vom 8. Oktober 1987; Referat 220, Bd. 144758.

20 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „einschließlich Weltraum-Tests auf Subkomponenten-Ebene".

21 Vgl. Anm. 13 und 17.

22 Nach der Bekanntgabe seines Rücktritts am 5. November 1987 schied der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger am 23. November 1987 aus seinem Amt aus.

3) Entwicklungsmöglichkeiten der sowjetischen Position

Amerikanischerseits (Lehman, Kampelman) wurde bereits vor den letzten beiden Außenministertreffen[23] die Erwartung geäußert, daß es der SU für den vereinbarten Zeitraum des Festhaltens am ABM-Vertrag in erster Linie auf die Verhinderung von Stationierungen im Weltraum ankäme; bei entsprechender amerikanischer Festigkeit werde die SU von ihrer Forderung nach einem Testverbot für ABM-Systeme und ihrer Komponenten im Weltraum abrücken. SDI-Stationierung wiederum sei den USA auch bei Anwendung der breiten Auslegung des ABM-Vertrags im Weltraum nicht möglich. Bei der Zwölfer-Unterrichtung über den Shultz-Besuch in Moskau am 26.10.1987 äußerte sich Woronzow in einer Weise, die den amerikanischen Erwartungen nahezukommen schien.[24]

Eine breitere Analyse sowjetischer Äußerungen der letzten Wochen kann diesen Schluß zwar nicht bestätigen, doch weist die gegenwärtige sowjetische Verhandlungsposition Kompromißpotential auf:

– SDI wird im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen nicht mehr thematisiert.
– Als Hauptanliegen wird nunmehr die befristete Festschreibung des ABM-Vertrags hervorgehoben, und zwar nicht mehr die „Stärkung" (Verschärfung) des Vertrags, sondern seine Beachtung in der ursprünglichen Form. Alternativ wird der jedenfalls im Ansatz pragmatische Vorschlag einer Negativliste für Weltraumversuche angeboten, womit die Auslegungsklippe umschifft werden könnte.
– Die Verhandlungslösung soll durch eine konzeptionelle Diskussion über strategische Stabilität erleichtert werden.

Zusammengefaßt zeigt dies den Willen, für einen konstruktiven Verhandlungsdialog Brücken zu bauen. So greift der neue Akzent auf „strategischer Stabilität" ein amerikanisches Anliegen auf (wobei hinzuzufügen ist, daß das – auch von uns immer wieder betonte – Erfordernis strategischer Stabilität bereits im Mandat vom 8.1.1985[25] als Verhandlungsziel genannt wird).

23 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.
Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Oktober 1987 in den USA vgl. Dok. 302.

24 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 27. Oktober 1987 über die am Vortag vom sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow für die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten vorgenommene Unterrichtung über den Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR. Dabei sei der Themenkomplex START/Weltraumwaffen „mit Gorbatschow, aber auch ausführlich zwischen den Ministern und in Arbeitsgruppe besprochen worden. Es habe Fortschritte in der Frage der Sub-Limits gegeben. Die Positionen seien aufgrund der von SU eingeführten Zahlen sehr nahe beieinander. Die Diskussion werde auf der Grundlage gemeinsamen Textes geführt, der noch zahlreiche Klammern und offene Stellen aufweise, aber die Basis sei eine gemeinsame. Inspektion und Kontrolle solle sich stark an INF-Modell anlehnen. Hauptproblem sei die in Washington von Schewardnadse aufgeworfene Frage: ABM-10-Jahres-Moratorium oder Negativliste. Dabei gehe SU nicht von weiter oder enger Auslegung aus, sondern erwarte Einhaltung von ABM wie unterzeichnet, wie ratifiziert und wie bis 1983 beachtet." SDI sei indes „von SU nicht angesprochen worden. Die US sollten doch mit diesem wenig aussichtsreichen Programm machen, was sie wollten. Die SU interessiere der ABM-Vertrag, d. h. man wolle eine Stationierung von Waffensystemen im Weltraum verhindern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3456; Referat 220, Bd. 144758.

25 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985),

Das genaue Ausmaß sowjetischer Kompromißbereitschaft ist allerdings schwer zu bestimmen. Anhaltspunkte dafür, daß die Sowjetunion in der Hoffnung, ein START-Abkommen werde SDI politisch den Todesstoß versetzen, bereit sein könnte, auf jegliche Verbindung von START und Weltraum zu verzichten, gibt es nicht. Gegenwärtig müssen wir noch davon ausgehen, daß die Unterzeichnung (nicht das Aushandeln) eines START-Abkommens eine Annäherung in der entscheidenden Frage der Zulässigkeit von Tests im Weltraum voraussetzt. In dieser Frage mag der Bezug zu SDI verbal überdeckt werden – durch Betonung des ABM-Vertrags, des Listenvorschlags oder strategischer Stabilität –, faktisch besteht er gegenwärtig noch weiter.

Immerhin ist interessant, wie sehr sowjetische Sprecher in jüngster Vergangenheit betonten, daß SDI sie heute weniger beunruhigt als früher. Schewardnadse erklärte auf seiner Pressekonferenz am 30.10.1987 in Washington: „Sacharow hält dieses Programm für perspektivlos." Schewardnadse erwähnte nicht, daß Sacharow aus diesem Grunde auch das Junktim zu START für überflüssig hält. Ob die SU bei nüchterner Betrachtung des SDI-Programmstandes und der Stimmung im amerikanischen Kongreß sich ebenfalls in diese Richtung bewegen wird, bleibt abzuwarten. Der objektive SDI-Programmstand böte jedenfalls beiden Seiten Anlaß, an die Frage der Zweckmäßigkeit bzw. Zulässigkeit von Tests im Weltraum entspannter heranzugehen.

Hofstetter

Referat 220, Bd. 144758

Fortsetzung Fußnote von Seite 1553

Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

309

Generalkonsul Steinkühler, Mailand, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 128 **Aufgabe: 9. November 1987, 09.10 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 9. November 1987, 10.23 Uhr**

Betr.: Volkstrauertag 1987;
hier: Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Costermano[2]

Bezug: Telefongespräch RL 513[3]/Funke vom 5.11.87

Mit der Bitte um Weisung

1) Ich nehme von der Entscheidung des Auswärtigen Amts Kenntnis, daß ungeachtet der Vorkommnisse und entgegen dem letzten Stand der mit dem VDK getroffenen Vereinbarungen[4] statt meiner der Vertreter des VDK[5] die Ansprache halten soll. Damit rückt das Auswärtige Amt von der Erlaßlage (RE vom 2. Oktober 1987 – 513-703.10) ab, wonach „die Leiter der Auslandsvertretungen in eigener Zuständigkeit über den Rahmen[6] der örtlichen Gedenkfeiern entscheiden" und „bei der Ausgestaltung der Gedenkfeier die politische Sensibilität mancher Gastländer zu bedenken ist". Auffällig ist insbesondere der Widerspruch zum letztgenannten Grundsatz.

2) Die Darstellung der inkriminierten Feierstunde vom 16. Mai[7] vervollständige ich insofern, als dabei von anderer Seite auch erklärt wurde, die Trauer müsse

1 Hat Vortragendem Legationsrat Born am 9. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kuhna „n[ach] R[ückkehr]" und Legationsrat I. Klasse Grafe verfügte.
Hat Grafe am 9. November 1987 vorgelegen.
Hat Kuhna am 11. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Botschafter Ruth im verschlossenen Umschlag z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]." Ferner verfügte er die Wiedervorlage.
Hat Kuhna am 12. November 1987 erneut vorgelegen.

2 Auf dem 1967 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) eingeweihten Soldatenfriedhof in Costermano lagen rd. 22 000 gefallene Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS begraben. Zum Volkstrauertag wurden dort regelmäßig Gedenkveranstaltungen abgehalten. Zur Gedenkfeier am Volkstrauertag 1987, dem 15. November 1987, vgl. den Schriftbericht Nr. 651 des Generalkonsuls Steinkühler, Mailand, vom 16. November 1987 und das dem Vorgang beigefügte Programm; Referat 206, Bd. 140538.
Mitte 1988 wurde bekannt, daß im Jahr 1967 u. a. der frühere SS-Sturmbannführer und Kommandant des Vernichtungslagers Bełżec, Wirth, in Costermano bestattet worden war.

3 Karl Heinz Kunzmann.

4 In einem Briefwechsel vom 7. Oktober bis 2. November 1987 bemühten sich Generalkonsul Steinkühler, Mailand, und der Generalsekretär des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Barth, um eine Klärung des Ablaufs der Gedenkfeier. Vgl. dazu B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

5 Als Redner seitens des VDK war zunächst dessen Vorstandsmitglied Kreß vorgesehen. Mit Fernschreiben vom 2. November 1987 teilte der Generalsekretär des VDK, Barth, indes mit, daß Kreß unter den gegebenen Umständen, die ihn „tief verstimmt" hätten, an der Gedenkveranstaltung nicht teilnehmen werde. Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

6 Das Wort „Rahmen" wurde von Vortragendem Legationsrat Born durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

7 Am 16. Mai 1987 fand eine Gedenkveranstaltung anläßlich des 20. Jahrestags der Einweihung des deutschen Soldatenfriedhofs in Costermano statt, bei der sowohl Botschafter Ruth, Rom, als auch der Präsident des VDK, Haßkamp, eine Rede hielten. Für die mit Schreiben des VDK vom 10. November 1987 übersandte Rede Haßkamps vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1778. Für die Rede Ruths, die dieser mit Schreiben vom 20. Januar 1988 selbst übermittelte, vgl. Referat 206, Bd. 140538.
Generalkonsul Steinkühler, Mailand, informierte die Botschaft in Rom am 5. Juni 1987 über ein Gespräch mit dem Präfekten von Verona, Panetta, vom Vortag, bei dem sich dieser zur Gedenkfeier

ein Ende haben und der Blick sei nach vorn zu richten. Daraufhin sind die Grundsätze des Atlantischen Bündnisses in Erinnerung gerufen worden. Diese Sehweisen werden aus dem italienischen Menschenbild und der Art und Weise, wie der Faschismus verarbeitet und der Kommunismus erfahren wird, hier so nicht geteilt.

3) Indem das Auswärtige Amt den durch den VDK ausgeübten Druck an mich weiterzugeben versucht, liefert es einen schmerzlichen Beweis für die im Mittelpunkt der Historikerdebatte[8] stehende These, daß es Bereiche in unserer Gesellschaft gibt, in denen die nationalsozialistische Vergangenheit moralisch nicht verarbeitet worden ist.[9] Anstatt mich sibyllinisch mit einer telefonischen Unterrichtung zu versehen, hätte es eine loyale Verfahrensweise geboten, mir Kenntnis von den Anschuldigungen zu geben, die der VDK mir gegenüber erhoben hat. Schließlich habe nicht ich, sondern haben andere hier etwas zu vertreten. Ich werde mich jedenfalls gegenüber Versuchen, meine an unserer verfaßten Ordnung orientierten Überzeugungen und Handlungen anzutasten, worin ich allerdings glaubte, mich mit dem Auswärtigen Amt in Übereinstimmung zu befinden, zur Wehr zu setzen wissen.

Wie jede andere Einrichtung, so hat auch der VDK berechtigter Kritik sich zu stellen.

4) Inzwischen hat der Veroneser Präfekt[10], der ursprünglich meine Einladung schriftlich bestätigt hatte, über die örtlichen militärischen Dienststellen der Friedhofsverwaltung von Costermano mitteilen lassen, daß er zum Zeitpunkt der Gedenkfeier nicht verfügbar sei, nachdem er offenbar auf mir nicht bekannten Wegen erfahren hat, daß entgegen meiner Ankündigung der Vertreter des VDK zu sprechen beabsichtigt. Damit ist bereits Schaden[11] eingetreten, den zu verhüten ich mich bemüht hatte.

Ich bitte das Auswärtige Amt, mich fernschriftlich über An- und Abfahrtszeit bzw. Wünsche für Hotelreservierung des Vertreters des VDK zu unterrichten, damit ich die entsprechende Amtshilfe leisten kann. Statt meiner wird mein Ständiger Vertreter[12] den Repräsentanten des VDK nach Costermano begleiten, da ich als Adressat der berechtigterweise vorgebrachten italienischen Gravamina nicht bereit bin, das Fehlverhalten des VDK durch die Anwesenheit des Leiters der zuständigen Auslandsvertretung zu decken. Um die eingetretene Irritation nicht noch unnötigerweise zuzuspitzen, kann ich nur dringend von der durch RL 513 etwas zu expeditiv notifizierten Empfehlung abraten, die Programm-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1555

vom 16. Mai 1987 kritisch geäußert habe. Panetta habe das „‚gebieterische Auftreten' des Präsidenten des Volksbundes […] überrascht". Den nach der Gedenkveranstaltung abgehaltenen sog. „Ehrenwein" und das anschließende Mittagessen habe Panetta als unpassend empfunden, so daß sich der Präfekt gefragt habe, „ob diese Feierstunde in Abwägung aller historischen und psychologischen Aspekte wirklich angezeigt gewesen wäre". Vgl. das Schreiben; Referat 206, Bd. 140538.

8 Vgl. dazu Ernst Reinhard PIPER (Hrsg.), „Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 295.

9 Der Passus „Indem das Auswärtige Amt … verarbeitet worden ist" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

10 Eugenio Panetta.

11 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Born hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

12 Hans Funke.

änderung vor der Veranstaltung auch noch anzukündigen. Allenfalls könnte der Repräsentant des VDK eingangs erklären, daß es dem Verband möglich geworden sei, die Veranstaltung selbst wahrzunehmen, wodurch gleichzeitig der nach den Vorfällen unserem Ansehen erwünschte Abstand zum Auswärtigen Amt erzielt würde.[13]

[gez.] Steinkühler

Referat 206, Bd. 140538

310

Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt

114-6531/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 416
Citissime

Aufgabe: 9. November 1987, 14.00 Uhr[1]
Ankunft: 9. November 1987, 21.43 Uhr

Betr.: Colonia Dignidad[2];
hier: Konsularsprechtag am 7.11.1987[3]

Bitte um Weisung zu Ziffer 5

Prolog

Die Geheimhaltung dieses Berichts und der daraus folgenden Konsequenzen ist eine absolute Voraussetzung für unser weiteres Handeln. Ich bitte, daß Inhalt auch im Hause restriktiv behandelt wird.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann teilte Generalkonsul Steinkühler, Mailand, am 10. November 1987 mit: „VDK hat erklärt, daß es ihm jetzt nicht mehr möglich sei, Vorstandsmitglied zur Durchführung der Gedenkfeier in Costermano zu entsenden. Generalkonsul wird gebeten, Feierstunde programmgemäß selbst durchzuführen. Bei künftigen Gedenkfeiern wird auf engen Kontakt mit dem VDK bezüglich der Ausgestaltung der Feier Wert gelegt (siehe Runderlaß vom 2.10.87, 3. Abs[atz]). […] Zu den Ausführungen unter Punkt 3 des Bezugsberichtes, die nicht unwidersprochen hingenommen werden können, erfolgt weitere Weisung." Vgl. den Drahterlaß Nr. 45; B 85 (Referat 513), Bd. 1778.
Für die weitere Weisung von Kunzmann vgl. Dok. 350.

1 Hat Bundesminister Genscher am 10. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] StS S[udhoff]."

2 Zur Colonia Dignidad vgl. Dok. 270.

3 Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am 16. Oktober 1987: „Die zwischen der Botschaft und Auswärtigem Amt abgestimmten Maßnahmen gegenüber Colonia Dignidad beginnen erste Wirkungen zu zeigen. Nach vorheriger Terminabsprache suchte mich am 1. Oktober Dr. Hopp, der Arzt von C[olonia]D[ignidad], auf. Es handelte sich sichtlich um eine Kontaktaufnahme zur Feststellung, wie das Verhältnis zur Botschaft normalisiert werden kann." Er, Kullak-Ublick, habe Hopp gesagt, „daß die Abgeschlossenheit von CD und ihre Handlungsweise darauf hindeuteten, daß sie die Realitäten der Zeit, in der wir leben, gar nicht mehr begreifen. […] Die Abweisung des Konsularsprechtages im Februar d. J. könne nur als Beweis dafür gelten, daß sie Dinge zu verbergen hätten und vor allem den Kontakt von Botschaftsangehörigen mit den Mitgliedern von CD verhindern wollten. Jede Normalisierung könne nur damit beginnen, daß dieser Konsularsprechtag abgehalten werde und

1) Nachdem das Thema CD von hiesigen Medien aus deutscher Presse übernommen worden ist und mit geplantem Konsularsprechtag für 5. November kolportiert wurde, habe ich kurzfristig umdisponiert, Besuch auf Sonnabend, 7. November, verlegt und mich persönlich zum Sitz von CD (400 km) begeben. Ich wurde begleitet von LR I Haller, RA[4] Filusch, KOK[5] Schäfer (Personenschutzbeamter) sowie meiner Frau[6]. Letzteres erwies sich als besonders wertvoll, weil meine Frau eine Fülle von Einzelgesprächen mit alten und jungen Frauen führen konnte, die uns viele Aufschlüsse gegeben haben.

2) Wir haben uns neun Stunden in CD aufgehalten und eine nicht endende Zahl von Einzel- und Gruppengesprächen geführt.

Wir haben Erkenntnisse mitgebracht, die den Gesamtkomplex komplizierter und subtiler darstellen, als er sich bisher aus Unterlagen und schriftlichen Darstellungen ergeben hat.

Wir wissen, daß unsere Forderungen an die chilenische Seite einen anderen Ansatz haben müssen, als dies bisher geschah. Hierzu folgt unter Ziffer 4[7] ein erster Vorschlag.

Wir sind alle gleichermaßen betroffen über das Gehörte, Gesehene und Beobachtete zurückgekehrt. Hierüber folgt Schriftbericht mit Kurier am 11. November.[8] Jetzige Information ist vorläufig.

3) Im einzelnen halte ich fest:

3.1) Vor 25 Jahren war CD eine Gründung von religiös und sozial engagierten Menschen, die unter höchstem persönlichen Einsatz und uneigennützig ein blühendes Gemeinwesen für sich und ihre Kinder aufgebaut haben, das Eigenleben aufgaben und alles der Gemeinschaft unterordneten. Arbeit, Gebet, Musik und soziales Engagement nach innen und außen waren die praktizierten Leitmotive. Die Aufgabe des Eigenlebens der Familien stellte eine Gabe an die Gemeinschaft dar.

3.2) Diese Generation ist heute alt, verbraucht und im Ruhestand. Ihre Plätze wurden mehrheitlich von den damaligen Kindern eingenommen, die jetzt 25 bis 40 Jahre alt sind. Aufgewachsen im Bereich der Kolonie, ohne Kontakt zur Außenwelt, stellt sich für sie die Welt in dieser begrenzten Perspektive dar.

Die Kinder von damals werden auch heute noch wie Kinder gehalten. 25- bis 40-jährige Männer und Frauen treten dem Besucher wie 15-jährige Kinder gegen-

sich die Tore so öffneten, wie es bei allen normalen Unternehmen der Fall sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 387; Referat 330, Bd. 159188.
Kullak-Ublick informierte am 29. Oktober 1987 ferner: „Zweites Gespräch mit Vorstandsmitglied Schmidt und Arzt Dr. Hopp von CD führte zu der Vereinbarung, daß am 5. November Konsularsprechtag am Sitz von CD abgehalten wird. Ich beabsichtige, meinen Vertreter, Dr. Spohn, und RK-Referent LR I Haller mit weiterem Konsularbeamten zu entsenden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 406; Referat 330, Bd. 159188.

4 Regierungsamtmann.

5 Kriminaloberkommissar.

6 Ingeborg Kullak-Ublick.

7 Korrigiert aus: „Ziffer 5".

8 Für die mit Schriftbericht Nr. 1126 und 1128 des Botschafters Kullak-Ublick, Santiago de Chile, vom 11. November 1987 übermittelten Berichte von ihm, seiner Frau sowie des Legationsrats I. Klasse Haller vgl. Referat 330, Bd. 159188. Vgl. dazu ferner den Artikel „‚Metropolis und Theresienstadt'. Bonner Diplomaten besuchten die berüchtigte Colonia Dignidad"; DER SPIEGEL, Nr. 49 vom 30. November 1987, S. 32.

über und benehmen sich wie solche. Kräftige Männer, relativ schwache Mädchen, an harte Arbeit gewöhnt, eine kindliche Einfalt ausstrahlend. Von Kindheit an zur Arbeit erzogen, haben sie offenbar niemals eine Schule kennengelernt. Schulische Grundkenntnisse erhielten und erhalten sie noch durch Mitglieder der Kolonie, in Zeiten und Arbeitspausen, die solches ermöglichen. Von den Handwerksmeistern der Gründergeneration haben sie offenbar eine solide handwerkliche Ausbildung erhalten, so daß die Kolonie autark in allen Lebensbereichen ist und nicht nur landwirtschaftliche Produkte, sondern auch handwerkliches Können nach außen verkauft.

3.3) Arbeit als Lebensinhalt. Beginn um 7 Uhr morgens. Ende nicht terminiert. Kein Sonntag, kein Feiertag, kein Weihnachten. Kein gemeinsames Essen. Dafür Essenabholung in einer Arbeitsunterbrechung und Verzehr allein irgendwo. Internatsähnliche Unterbringung: männlich, weiblich, alt, jung jeweils getrennt. Keine Kontakte der Geschlechter. Geschlechtslosigkeit als System.

3.4) Spiritus Rector ist allein Paul Schäfer. Eine fast dämonische Energie geht von ihm aus. Mit unbändigem Willen hat er die Gemeinschaft zu seinem Instrument gemacht und beherrscht sie. Es gibt keine Meinung mehr neben seiner. Ihm zur Seite als einziger Vertrauter und (abhängiger) Mitarbeiter der 35-jährige dort aufgewachsene Dr. Hartmut Hopp (Arzt). Colonia Dignidad ist als „gemeinnütziger Verein" eingetragen und anerkannt. Als Vereinsvorstand amtieren fünf Leitungsmitglieder, die ohne interne Befugnis ebenfalls in totaler Abhängigkeit von Schäfer stehen.

Sein Wille ist so dominierend, die Ausrichtung so umfassend, sein Despotismus so unbegrenzt, daß alle Mitglieder von CD den Eindruck von Robotern hinterlassen. Menschen, die wie unter Hypnose handeln und leben und keine eigene Persönlichkeit und Identität kennen. Die alte Generation hat beides verloren. Oder verdrängt, die neue Generation konnte es nie entwickeln.

Eine Gesellschaft von roboterhaften Funktionssklaven.

3.5) Colonia Dignidad hat alle Identität der Gründergemeinschaft verloren. Der Wille eines Mannes hat die Gründung zu einem Arbeitslager degradiert. Wie es hierzu kam, wäre eine andere[9] Untersuchung wert. Es würde den Rahmen dieses Berichts sprengen.

Im ganz persönlichen Gespräch mit Haller, meiner Frau oder mir sagte der eine[10] oder der andere der Alten auf die Frage, wie lange er schon hier sei, in resignierter Weise „schon 25 Jahre". Jeder fügte ungefragt hinzu: „Aber ich kam freiwillig." Ein sechsjähriger Junge flüsterte mir ins Ohr, „hier ist es nicht schön". Die Alten wußten um ihren Verlust, der Junge spürte das kommende Schicksal. Beides war bewegend. Aus der Mitte kam nichts.

3.6) CD ist ein blühendes Wirtschaftsunternehmen. Wohin gehen die Gewinne?

Nach außen zeigt die Gemeinschaft soziale Leistungen, die ihr Wohlwollen einbringen:

– kostenloser Gesundheitsdienst für die Umgebung, einschließlich stationärer Behandlung,

9 Korrigiert aus: „einer anderen".
10 Korrigiert aus: „sagte einer".

– eine moderne Schule 8km vom Sitz der CD entfernt für die Kinder der Landbevölkerung der Umgebung,
– handwerkliche Dienste, wo sie gebraucht werden (Tag und Nacht).

Heutiger Inhalt: Gewinnstreben als Ziel. Ausbeuten der Menschen bis zum letzten. Soziales Engagement als Feigenblatt nach außen, zugegebenermaßen auch dieses effizient.

3.7) Dieses alles in einem geschickt ausgeklügelten System der Unterordnung, Bespitzelung und drakonischen Selbstverwaltung nach innen. Das schablonenhaft wiederholte Wort „ich bin hier gern, ich bin hier frei, ich will niemals von hier fort" begegnet dem Besucher bei jedem Gespräch. Die dargestellte Freiwilligkeit der Einordnung und Unterordnung sind eine Schutzmauer für den Leitenden. Wie reißt man diese Mauer ein? Wie kommt man an die Persönlichkeit der Menschen, die keine Persönlichkeit mehr haben?

3.8) Auf dieses Thema angesprochen, antwortet Schäfer unverblümt: Hier geht es um Sieg oder Niederlage. Ich setze auf Sieg. Die Absolutheit der Aussage und der Ich-Bezogenheit macht betroffen. Die Frage nach seiner Verantwortung für die Menschen beantwortet er nicht. Die Vermutung liegt nahe, daß er sein System bis zum Letzten halten wird. Siegt er, so steht er auf einsamer Höhe. Verliert er, so läßt er[11] Hunderte unmündiger Menschen im Stich. Dieser Mann geht nicht unter. Das steht fest.

3.9) Schäfer ist bereits ein psychiatrischer Fall. Ebenso sind es die Menschen von CD. Hierauf haben wir uns einzustellen. Normale Maßstäbe sind nicht mehr anzulegen.

4) Vorschlagsmodell

4.1) Die Besuche der Botschaft müssen oft und regelmäßig wiederholt werden. Die Botschaft muß greifbar für die Menschen dort sein. Das erfordert zunächst Fortführung des Gesprächs mit der Leitung, damit die Tore offen bleiben.

4.2) Ich halte es für notwendig, daß eine Delegation aus Bonn nach guter Vorbereitung und mit konkreter Aufgabenstellung anreist, die dieses subtile System und seine Menschen zu erfassen sucht. Die Gruppe sollte aus drei Personen bestehen: ein Beauftragter des AA als Leiter, ein Arzt, am besten ein Psychiater, ein Bevollmächtigter der Staatsanwaltschaft. Diese Gruppe muß als Besuchsdelegation des AA firmieren. Die wahre Zusammensetzung darf niemand erfahren.[12]

4.3) Auftrag der Delegation wäre eine fachgerechte Aufarbeitung aller hier gemachten Angaben, wobei auch der Schriftbericht zu berücksichtigen wäre, der am 11. November hier abgeht. Hieraus ist zu formulieren, über welche Normen der internationalen Menschenrechtsprinzipien vorgegangen werden kann, verbunden mit der Tatsache, daß 300 betrogene deutsche Staatsangehörige als Arbeitsinstrumente in einem Arbeitslager gehalten werden, wobei jeder von ihnen auf die Freiwilligkeit seines Daseins verweisen wird.

4.4) Das Resümee wäre dann ein Dokument, das der chilenischen Seite mit der Forderung zum Einschreiten übergeben wird. Erst in zweiter Instanz und bei

11 Korrigiert aus: „läßt er die".
12 Zum Besuch einer Sachverständigendelegation in Chile vgl. Dok. 378.

Nichthandeln der chilenischen Seite nach mehrfach[13] gesetzter Frist wäre UN-MR-Sonderberichterstatter Volio mit zu beteiligen.

4.5) Dieses Procedere kann nur zum Erfolg führen, wenn es diskret und ohne Öffentlichkeit durchgeführt wird. Wenn uns das Schicksal der 300 Menschen am Herzen liegt, für die als Landsleute wir alle Mitverantwortung tragen, dann darf dieses Thema nicht zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden. Halten wir uns nicht an diese Forderung, d.h., wenn irgend etwas vorher bekannt wird, dann gehen bei CD die Schotten zu. Die Konsequenzen für die Menschen sind nicht voraussehbar. Sie können katastrophal sein.

5) Ich selbst plante meine Dienstreise nach Bonn ab 22. November für acht bis zehn Tage. Das wäre ein günstiger Zeitpunkt für das Erarbeiten des Einsatzplans. Dabei kann ich möglicherweise mit der Delegation vorab sprechen und aus der Fülle meiner Eindrücke all das berichten, was schriftlich gar nicht festzuhalten ist. Es ist der Bericht aus einem Geisterhaus.

Da am 26./27. November Herr Geißler hier sein wird[14], wurde mir aufgegeben, meine Reise zu verschieben (DE 241 vom 6.11.87 – Dg 33[15]).

Ich bitte nochmals um Prüfung. Gestriges Gespräch mit Vizepräsident Zaldívar der Christdemokratischen Partei ergab, daß Geißler an beiden Tagen in der Christdemokratischen Internationale voll verbucht ist. Man erwartet ehestens logistische Hilfe von der Botschaft. Diese kann auch mein Vertreter[16] geben.

[gez.] Kullak-Ublick

VS-Bd. 14150 (010)

13 Korrigiert aus: „Seite mufach".

14 Der Generalsekretär der CDU, Geißler, hielt sich vom 24. bis 27. November 1987 zu einem Besuch in Chile auf.

15 Ministerialdirigent von Schubert übermittelte Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, folgende Weisung: „Unter Bezugnahme auf DE 012-9 vom 5.11. zum bevorstehenden Besuch CDU-GS Dr. Geißler in Santiago geht Amtsleitung davon aus, daß Sie anwesend sein und ihre geplante Dienstreise entsprechend verschieben werden." Vgl. den Drahterlaß; Unterabteilung 33, Bd. 146541.

16 Ulrich Spohn.

311

Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-6538/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. November 1987, 17.22 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2883 **Ankunft: 10. November 1987, 00.32 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 159/87

Betr.: Chemische Waffen[2];
hier: Gespräche Leiter CD-Delegation[3] in Washington

I. Zusammenfassung

1) In der Erwartung eines INF-Abschlusses und der danach anstehenden Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrollmaßnahmen hat in der US-Administration die Debatte über die Gewährleistung der „gleichen Sicherheit für alle" bei Verwirklichung einer CW-Verbotskonvention eine neue Qualität angenommen. State Department, DoD, JCS und ACDA zitieren eine Bemerkung von Außenminister Shultz auf einer NATO-Ministertagung: „A five percent risk in a CW-convention would not be acceptable" – ohne allerdings zu präzisieren, was mit diesen fünf Prozent gemeint sein könnte. DoD und ACDA ziehen jedoch hieraus den Schluß, eine CW-Konvention sei praktisch nicht in einer Weise verifizierbar (s. laufende Berichterstattung der Botschaft Washington, die in New York nicht vorliegt), daß der Kongreß seine Zustimmung geben werde. Wenn die Problematik der Verifikation bereits beim INF-Abkommen ein Stolperstein für die Ratifikation sein könne, werde das um ein vielfaches kompliziertere Verifikationssystem einer CW-Konvention den Kongreß nicht befriedigen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Butler am 12. November 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Reyels am 20. November 1987 vorgelegen.

2 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 268, Anm. 23.
Botschafter Holik notierte am 16. Oktober 1987: „Die am 28.8.1987 zu Ende gegangene Sitzungsperiode 1987 der Genfer Abrüstungskonferenz brachte wichtige Fortschritte: Die herausragende politische Frage der Verdachtskontrolle ist durch Annäherung der SU an die amerikanischen Vorstellungen weitgehend gelöst. Die Zustimmung aller Staaten außer F zu frühzeitigen exakten Ortsangaben ihrer CW-Bestände und die Einigung über die Verifikation der Erklärungen sowie der Schließung und Vernichtung von CW-Produktionsanlagen sind weitere erhebliche Erfolge. […] Zu lösen bleibt noch eine Reihe von Fragen vorwiegend technischen Charakters, deren Schwierigkeit jedoch nicht unterschätzt werden darf. Dazu gehören insbesondere: Umsetzung der Annäherung bei der Verdachtskontrolle in Vertragssprache (Billigung durch alle CD-Teilnehmer); Einzelfragen der Nichtherstellungskontrolle (Schwellenwerte, Behandlung industriell genutzter supertoxisch-tödlicher Substanzen); Gewährleistung der Sicherheit während der CW-Vernichtungsperiode; Regelungen für die Vertragsorgane. […] Die Chancen für eine Lösung der offenen Fragen werden […] nicht allein von den Verhandlungsbemühungen in Genf abhängen, sondern ganz entscheidend auch von der Wahrung des sicherheitspolitischen Grundkonsenses für ein CW-Verbot innerhalb des Bündnisses. Seitdem die SU im Frühjahr 1987 begonnen hat, zunehmend westliche Positionen zu übernehmen, wird der Fortschritt der Arbeiten an der CW-Konvention dadurch gebremst, daß wichtige Bündnispartner (insbesondere USA, F) den sicherheitspolitischen Wert eines CW-Verbots in Zweifel ziehen. […] Solange diese sicherheitspolitischen Bedenken fortbestehen, ist seitens der genannten Länder auch nur mit beschränkter Kooperation bei dem Bemühen zu rechnen, sich im Wege des Kompromisses auf praktikable Ansätze – etwa bei der Verifikation der Nichtherstellung – zu einigen." Vgl. Referat 222, Bd. 162043.

3 Paul-Joachim von Stülpnagel.

Quelle dieser Auffassung ist jedoch nicht der Kongreß, sondern die Administration, von der Teile in diesen Tagen offen feindselig gegen eine CW-Konvention überhaupt argumentieren, wobei sich nur die JCS und das State Department weniger barsch ausdrücken. Dabei wird sogar Mißtrauen der ACDA gegen den Kongreß deutlich: Das besondere Problem der USA sei es, daß selbst bei festgestellten Verstößen der Sowjetunion gegen ein Abkommen der Abrüstungsprozeß nach einiger Zeit wieder weitergehe, der Bruch von Vereinbarungen also schließlich folgenlos bleibe, wie die Verstöße gegen den ABM-Vertrag gezeigt hätten.[4] Mit anderen Worten: Der Kongreß kann zwar Schwierigkeiten machen, es ist ihm aber nicht zu trauen.

Alle Zweige der Administration bezeichnen die bisherigen Genfer Arbeiten zur Verifikation als völlig unbefriedigend, sehen das Ergebnis als einen Beweis dafür an, daß eine ausreichende Verifikation kaum zu erreichen sein werde oder gar nicht möglich sei.

Die Schlußfolgerung hieraus ist, daß die USA eine Sicherheitsreserve an chemischen Waffen haben müßten, die deutlich geringer als die bisherigen Vorräte sein und, in den USA gelagert, auch international kontrolliert werden könnte. Eine solche Sicherheitsreserve müsse aufrechterhalten werden, bis die Gefahr eines Verstoßes gegen die Konvention (nicht nur durch die SU, sondern auch durch Länder der Dritten Welt) und der Besitz von CW durch Nicht-Mitgliedstaaten der Konvention beendet seien, d.h. von unbestimmter Dauer über die Übergangszeit hinaus. Es wurde nicht deutlich, ob die Amerikaner – anders als die Franzosen – auch eine Produktionskapazität aufrechterhalten wollen. Die Ablehnung des französischen Vorschlages[5] erfolgte nur pauschal.

Ich habe eingewandt, daß es für ein solches Vorhaben nur zwei denkbare Lösungen gebe: eine à la NV-Vertrag[6], d.h., CW-besitzende Staaten dürften einen Teil ihrer Vorräte behalten, Staaten, die solche nicht besitzen, aber keine CW erwerben. Eine zweite, die von der Gleichheit aller Mitgliedstaaten ausgeht und daher jedem die Ausstattung mit einer Sicherheitsreserve erlaubt. Nach meiner persönlichen Auffassung würden dem ersten Typ wegen seines diskriminierenden Charakters die meisten Länder der Dritten Welt nicht zustimmen, sie wären also frei, CW herzustellen; dem zweiten würde eine unakzeptable Proliferationswelle folgen, die aus deutschem Blickwinkel insbesondere in Europa eine höchst unerwünschte Entwicklung darstellen würde.

Die zivilen Beamten im DoD befürworteten gleichwohl eine NV-vertragsartige Lösung, die ACDA war nuancierter und sagte, sie strebe eine Lösung ohne Pro-

4 Präsident Reagan übermittelte dem amerikanischen Kongreß am 10. März 1987 einen Bericht über sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen, in dem sechs Verstöße bzw. mögliche Verstöße gegen den ABM-Vertrag genannt wurden. Für den Wortlaut des offenen Teils sowie des Begleitschreibens vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 225–234. Vgl. dazu ferner die National Security Decision Directive Nr. 260 „Soviet Noncompliance with Arms Control Agreements“ vom 17. Februar 1987; https://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

5 Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock“) bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.
Botschafter von Stülpnagel, z.Z. New York, berichtete am 27. Oktober 1987: „Nach Auskunft amerikanischer Gesprächspartner hat sich US-Administration bisher noch nicht auf eine Position zum französischen ‚Security-Stocks‘-Vorschlag festgelegt. Die Joint Chiefs of Staff stehen dieser Idee jedenfalls aufgeschlossen gegenüber.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2547; Referat 222, Bd. 162043.

6 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

liferation an. Die JCS, die eine Sicherheitsanalyse mit offenbar deutlich negativem Ergebnis angefertigt haben, und das State Department hielten als einzige die Möglichkeit offen, durch eine Verbesserung des Verifikationsmechanismus doch noch zu einer akzeptablen Ausgestaltung der Konvention kommen zu können. Der amerikanische Entwurf von 1984 (CD/500[7]) müßte zu diesem Zweck substantiell nachgebessert werden.

2) Die Sicherheitsreserve ist noch nicht offizielle US-Doktrin, für ihre Verwirklichung gibt es noch kein Konzept. Gleichwohl drängen der zivile Teil des DoD und ACDA auf eine rasche positive Entscheidung, damit in Genf „zügig weiterverhandelt" werden könne.

Es stellt sich die Frage, in welcher Weise wir auf die Administration einwirken können. Diskussionen mit DoD und ACDA erscheinen – mindestens zur Zeit – aussichtslos. Es wäre daher zu prüfen, in welcher Weise wir mit dem State Department sprechen können, um zumindest eine Entscheidung über die Sicherheitsreserve aufzuschieben. Wir müßten zu diesem Zwecke wohl Vorschläge für eine erhebliche Verstärkung der Genfer Aktivitäten bei der Verifikation machen. Gegenwärtig beherrschen technische Fragen den politischen Entscheidungsprozeß; deshalb müssen wir der Technik mehr Aufmerksamkeit schenken und nach neuen und komplexeren Lösungsmöglichkeiten im gesamten Verifikationsbereich suchen. Dieses würde aber den Aufbau einer entsprechenden, von den Ressorts zu beschickenden Struktur voraussetzen, damit wir in einen Sachverständigendialog mit den USA eintreten können. Dies bezieht sich auch auf eine gemeinsame Risikoabschätzung, an der gegenwärtig in Washington offenbar kein Interesse besteht, weil wir nur an Europa dächten, die USA aber weltweite Verpflichtungen hätten. Amerikanische Beiträge zur Verbesserung des Verifikationssystems sind, weil insbesondere die an sich hierfür zuständige ACDA eben von der Nicht-Verifizierbarkeit einer Konvention überzeugt ist, nicht zu erwarten. Beiträge unsererseits, die etwas bewirken sollen, würden eine andere Dimension des Aufwandes als bisher voraussetzen.[8]

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob wir uns vorbeugend öffentlich zur Philosophie einer Sicherheitsreserve äußern sollten. Die Bundesrepublik Deutschland kommt jetzt aus der Zone der technischen Erörterungen in die der politischen Entscheidungen.

II. Einzelaspekte

1) Das Gespräch mit dem stellvertretenden ACDA-Direktor David Emery, der Ende des Jahres die Agentur verläßt, blieb ohne Erkenntnisse.

2) Lynn Hansen, ACDA Assistant Director und Leiter der multilateralen Abteilung, warnte vor der Vorstellung einer raschen Verabschiedung der Konvention.

[7] Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs der USA vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

[8] Botschafter Holik legte am 7. Dezember 1987 ein „Arbeitspapier zu zwei ungelösten Problemen der Nichtherstellungskontrolle" vor, die noch vor Weihnachten „in die westliche Arbeitsgruppe und anschließend in die Abrüstungskonferenz" eingeführt werden sollten. Die Beiträge befaßten sich einerseits „mit der Behandlung in der zivilen Industrie genutzter supertoxisch-tödlicher Substanzen (STLC)" und andererseits „mit dem Vorschlag, außer den bereits in den Überlegungen der Abrüstungskonferenz vorgesehenen Regelkontrollen zusätzliche ‚Ad-hoc-Inspektionen' im Bereich der chemischen Industrie zu ermöglichen". Vgl. Referat 222, Bd. 162048.

In den jüngsten INF-Verhandlungen hätten die Sowjets mit neuen Vorbehalten im Bereich der Verifikation die USA enttäuscht. Es zeige sich immer mehr, daß On-site-Inspektionen nicht ausreichten. Auf meinen Hinweis, daß zu den CW auch die ungefüllte Munition rechne und hier ein zweiter Pfad für die Aufspürung von Verstößen (außer der chemischen Industrie auch die Munitionsindustrie) gegeben sei, reagierte er ohne Enthusiasmus. Alle bisherigen amerikanischen Untersuchungen hätten ergeben, daß eine CW-Konvention unverifizierbar sei. Experten unserer beiden Regierungen könnten das gemeinsam prüfen. Auch die Soldaten der Verbündeten sollten sich zusammensetzen, um die Gefahren eines unentdeckten Verstoßes gegen die Konvention, d.h. der Besitz von auch nur wenigen Tonnen Kampfstoff, zu analysieren.

In der gegenwärtigen Phase wäre es höchst kontraproduzent, das CD-Mandat (das keine Ausarbeitung von Vertragstexten erlaubt) zu ändern.

3) Die Ausführungen von Mr. Robert G. Joseph, Director Theater Nuclear Policy im Pentagon, waren eher provokativer Natur und als Schluckhilfe für die hier bereits als Tatsache empfundene Existenz von Sicherheitsreserven gedacht. Er berichtete, das Militärkomitee der NATO habe eine Risikoanalyse zu CW angefertigt (uns bisher unbekannt)[9], außerdem ergebe sich die Notwendigkeit der Reserve aus den jährlichen CW-Assessments der NATO (?). Er wie auch andere Gesprächspartner wollten die Frage nicht untersuchen, ob eine retaliation in kind, wie sie als Philosophie hinter dem amerikanischen und französischen Denken liegt, eine richtige oder gar zwingende Politik ist.

4) Brigadegeneral Eugene L. Daniel von den JCS teilte nicht ganz den Pessimismus „der Herren von oben" (gemeint waren die zivilen Gesprächspartner im Pentagon). Nach seiner Meinung müßten etwaige Sicherheitsreserven einem erklärten, von der internationalen Behörde kontrollierten Regime unterworfen werden. Jeder Mitgliedstaat müsse hierauf ein Anrecht haben, da jeder selbst über seine Sicherheit zu entscheiden habe[10]. Die USA könnten ihre Reserve durchaus im Bundesstaat Utah stationieren. Vom Abzug der in der BR Deutschland lagernden Altwaffen bis 1992[11] schien er auszugehen. Die JCS hätten eine Risikobewertung gemacht[12] und seien dabei zu dem Schluß gekommen, daß die Sowjetunion möglicherweise Kampfstoffe besitze, die von dem bisherigen Wortlaut der Konvention[13] nicht gedeckt würden, wie etwa nicht-toxische Stoffe, die menschliche, körperliche oder seelische Eigenschaften änderten, aber keine Massenvernichtungsmittel seien. Es sei auch möglich, daß die SU Kampfstoff-Fabriken bis zu einem allfälligen Einsatz „schlafen" lasse, so daß diese nicht gefunden werden könnten. Darüber hinaus bestehe ein besonderes US-Problem darin, daß die Regierung durch einen internationalen Vertrag ihre Industrie nicht verpflich-

9 An dieser Stelle notierte Vortragender Legationsrat Reyels handschriftlich: „Fü S III 5 unbekannt. Erbeten." Ferner vermerkte er: „Fü S III 5: NATO-Studie gerade begonnen: Fertigstellung v[oraus]-s[icht]l[ich] Ende 88."

10 Korrigiert aus: „über seine Si entscheiden habe".

11 Zum geplanten Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 275.

12 Die Wörter „hätten eine Risikobewertung gemacht" wurden von Vortragendem Legationsrat Reyels hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BMVg, Fü S III 5: Bewertung ist noch in Arbeit."

13 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

ten könne, internationale Inspektoren zuzulassen[14]; die Industrie könne sich mit Hilfe der Gerichte dagegen erfolgreich wehren. Auch der Schutz militärischer Geheimnisse rücke jetzt mehr in den Vordergrund. Und: Für eine wirklich effiziente Verifikation durch Geräte reiche the State of the Art noch nicht aus.

5) General Burns, stellvertretender Leiter der Abteilung Politico Military des State Department, bezeichnete die Haltung Frankreichs gegenüber einer CW-Konvention als erheblich negativer als die der USA und Großbritanniens. Seit 1984 (CD/500) hätten sich die Probleme im CW-Bereich verschärft, die Sowjetunion habe mehr Vorräte und Einrichtungen als damals. Es sei beabsichtigt, zu prüfen, ob eine Verifikation heute noch möglich sei.[15] Die USA würden ihre CW erst aufgeben, wenn auch von einem einzigen kleinen Staat keine mehr vorhanden seien. Daraus ergebe sich, daß alle CW-Besitzer oder potentiellen Besitzer die Konvention annehmen müßten, ehe sie in Kraft treten könne. Die Verifikationskapazität einer Konvention müsse im Vergleich zu bisherigen Vorstellungen drastisch erhöht werden, was entsprechende Kosten verursachen werde. Die Verifikationsexperten sollten Entscheidungsvorschläge machen.

6) Ein Gespräch mit Mitarbeitern von Senator Dole (R) und Representative Fascell (D) ergab, daß Andeutungen über die neue Gedankenrichtung der Administration wohl schon im Kongreß angekommen, aber noch nicht verarbeitet worden sind. Allgemein wurde vermerkt, daß der Kongreß eine Konvention nicht ratifizieren werde, die von der Administration als nicht verifizierbar bezeichnet würde.

7) Beteiligung des BMFT[16] wird angeregt. Militärattaché Washington macht eigenen Bericht.[17]

[gez.] Stülpnagel

VS-Bd. 11557 (222)

14 Der Passus „die Regierung … Inspektoren zuzulassen“ wurde hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
15 Dieser Satz wurde hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
16 Das Wort „BMFT“ wurde hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
17 Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 4782 und 4825 des Brigadegenerals Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington, vom 9. und 11. November 1987; VS-Bd. 12160 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

312

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead

10. November 1987[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem stellvertretenden Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, John C. Whitehead, Dienstag, 10.11.1987, 10.30 Uhr bis 11.05 Uhr[2]

Der Herr Bundeskanzler (BK) empfing stellvertretenden AM Whitehead (W.) zu einem etwa halbstündigen Höflichkeitsbesuch.

Anwesend auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt, William Bodde; auf deutscher Seite: AL 2[3], RL 212[4].

BK begrüßt Whitehead herzlich und bittet mit[5] Blick auf dessen vorangegangenen Besuch in Belgrad[6] um seine Eindrücke.

Whitehead erwidert, Jugoslawien stecke in einer wirtschaftlichen Krise (Inflation 150%) und versuche, sie durch großartige neue Wirtschaftspläne zu überwinden – dabei seien jedoch Zweifel am Erfolg angebracht.

Die politische Situation sei ebenfalls ziemlich schlecht: MP Mikulić werde in den Medien zum Rücktritt aufgefordert. Insgesamt eine ziemlich unerfreuliche Situation, die für alle Freunde Jugoslawiens Grund zur Sorge sein sollte: Man brauche ein stabiles Jugoslawien!

BK hält die Situation ebenfalls für besorgniserregend – das Land habe von Tito ein katastrophales Erbe übernommen. Dieser habe große Gesten gemacht, die Schulden müßten nun die Nachfolger bezahlen. Er sehe nicht, wie wirksame Abhilfe geschaffen werden könne, ohne daß das System sich verändere.

Whitehead pflichtet lebhaft bei: Tito habe auch institutionell ein schwieriges Erbe hinterlassen: Jede einzelne Republik könne die Bundesgesetzgebung durch Veto lahmlegen – wenn man dies den 50 Staaten der USA erlauben würde, gäbe es Chaos!

BK erinnert an das geschichtliche Erbe Jugoslawiens, das u. a. darin bestehe, daß unterschiedliche Völkerschaften mit eiserner Hand zusammengebracht worden

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 11. November 1987 gefertigt.

2 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead besuchte die Bundesrepublik am 9./10. November 1987. Am 10. November 1987 traf Whitehead zu einem Gespräch mit Bundesminister Genscher zusammen. Gesprächsthemen waren die bevorstehende Reise Whiteheads in die DDR, die innerdeutschen Beziehungen, die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Lage in Jugoslawien sowie Wirtschafts- und Währungsfragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135405.

3 Horst Teltschik.

4 Uwe Kaestner.

5 Korrigiert aus: „im".

6 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead hielt sich am 8./9. November 1987 in Jugoslawien auf.

seien (Kosovo-Albaner/Kroaten). Im übrigen pflichtet er W. bei: Jugoslawien sei von ungeheurer Bedeutung für die Stabilität der ganzen Region.

Was die DDR angehe – so BK weiter –, wolle er sich nach dem Gespräch W.s mit Chef BK[7] auf wenige Punkte konzentrieren:

Die Zeit arbeite nicht für die DDR. So habe sie z.B. geglaubt, die Menschen würden die Geschichte vergessen – sie täten dies aber nicht. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen sei heute größer als vor zehn Jahren. Auch die in der DDR heranwachsende Jugend empfinde sich als Deutsche, vielleicht noch mehr als hierzulande.

Dies sehe auch GS Honecker – er aber habe derzeit wohl das Hauptinteresse, an seinem eigenen Denkmal zu arbeiten. Er wolle nicht wie Ulbricht zur Unperson werden. Er wolle gute Gefühle erwecken – wie seine Nachfolger damit einmal fertig würden, interessiere ihn heute nicht so sehr (im übrigen lebe auch Honecker schon auf Kosten der Nachfolger).

Die Mauer werde mit alledem nicht verschwinden, aber man müsse sich vergegenwärtigen, was bei einer Einwohnerzahl von 17 Mio. die Tatsache bedeute, daß 1987 5 Mio. Besuche (einschließlich Wiederholungen) zu verzeichnen seien und man 1988 5 Mio. Besucher zu erreichen hoffe.

Schließlich werde unsere D-Mark zunehmend zur Zweitwährung der DDR – dies schaffe eine Dreiklassengesellschaft:

– Funktionäre, die schon immer Privilegien genossen hätten,
– Besitzer von DM, die alles kaufen könnten (Beispiel: Autos) und
– Leute, die nichts haben.

Auch hier vollziehe sich ein Prozeß, der nicht heute, nicht morgen, aber langfristig ernstzunehmende Wirkungen haben werde.

Was die Menschenrechte angehe, so unterstützen wir nachdrücklich die Position der USA: Die kommunistischen Regime in Ost- und Südosteuropa blieben brutal – nur Narren bei uns sähen dies anders.

Er – BK – bitte W., bei Erörterung des Menschenrechtsthemas in Moskau[8] auch die deutschstämmigen Sowjetbürger einzubeziehen. (Von den geschätzten 2 Mio. wollten bis zu 400 000 zu uns ausreisen – etwa gleiche Relationen ergäben sich bei den sowjetischen Juden.)

7 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead traf am 10. November 1987 mit Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, zu einem Gespräch zusammen. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen, die Lage Berlins sowie die Ost-West-Beziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135405.

8 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead hielt sich vom 16. bis 18. November 1987 in der UdSSR auf. Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 17. November 1987, er sei von einem Vertreter der amerikanischen Botschaft über den Besuch informiert worden. Demnach sei Whitehead „zweimal von Vize-AM Adamischin und einmal von AM Schewardnadse empfangen worden. W. habe insgesamt auf bessere Verwirklichung von Menschenrechten in SU gedrängt. Er sei dabei von Einzelfällen ausgegangen, habe dann aber generell auf Lockerung der Emigrationsbedingungen und Erleichterungen bei Familienzusammenführung bestanden. W. sei schließlich sogar so weit gegangen, eine Reform des sowjet[ischen] Strafgesetzbuches als Teil einer verbesserten M[enschen]R[echts]-Lage einzufordern. Adamischin habe zunächst rezeptiv reagiert, dann aber seinerseits Vorhaltungen über Verletzung von MR in USA gemacht". Dennoch sei die „Gesprächsatmosphäre offen und gut gewesen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3688; Referat 213, Bd. 143570.

Große Ausnahme sei Ungarn: W. wisse, daß wir mit Ungarn eine Reihe von Verträgen[9] abgeschlossen hätten, darunter einen Bürgschaftsvertrag für einen 1-Milliarde-DM-Bankkredit[10]. Die ungarische Wirtschaftslage sei in Wahrheit ebenfalls katastrophal – unser Interesse sei jedoch, daß der Gulasch-Kommunismus nicht kollabiere, sonst kämen die alten Stalinisten wieder ans Ruder. (*Whitehead* pflichtet lebhaft bei.)

Ungarn – so *BK* weiter – sei uns entgegengekommen, insbesondere durch Abschluß einer Vereinbarung über die Förderung der Ungarn-Deutschen[11].

Dies sei für uns ein wichtiger Präzedenzfall gegenüber Polen: Dort hätten wir in dieser Frage die größten Probleme, und zwar sowohl mit dem Staat wie mit der Kirche (Exkurs über beiderseitige Begegnungen mit polnischen Kardinälen).

Schließlich sei die Lage unserer Landsleute auch in Rumänien katastrophal: Alle wollten herauskommen – und wir müßten sie herausholen, auch wenn dies in Form des schlimmsten Menschenhandels der Gegenwart geschehe.[12]

Whitehead wirft ein, Präsident Ceauşescu habe ihm bei der letzten Begegnung erklärt, Rumänien fordere nur Erstattung der Ausbildungskosten ...

BK betont, über derartige Fragen diskutiere er mit Ceauşescu überhaupt nicht. Sein Interesse sei, die Ausreisefrage in drei Jahren zu lösen. Wohl sehe er, daß Ceauşescu Probleme mit den Ungarn habe: Diese wollten nicht ausreisen, sondern sozusagen das Land mitnehmen.

Whitehead berichtet über seinen Auftrag, in Moskau mit AM Schewardnadse und stellvertretendem AM Adamischin Menschenrechtsaspekte für den kommenden Gipfel Reagan/Gorbatschow[13] vorzubereiten. Auf diesem Gebiet sei tatsächlich in letzter Zeit einiger Fortschritt erreicht worden (z. B. jüdische Auswanderung 1986: 1000 – 1987 geschätzt: 10000). Die USA erwarten nunmehr weitere Konzessionen von der Sowjetunion, so daß auf dem Gipfel konkreter Fortschritt festgeschrieben werden könne (z. B. Freilassung aller noch inhaftierten Refusniks). Dabei aber müsse man sich fragen, ob mit der Auflösung der Rückstände bei den Ausreiseanträgen nicht eine künftige Antragstellung schwieriger, wenn nicht gar unmöglich werde. Keinesfalls dürfe aus dem, was heute als Fortschritt aussehe, morgen ein praktischer Rückschritt werden.

BK pflichtet bei. Er erinnert an unsere Hilfe im Fall Schtscharanskij[14] und bietet an, bei gegebener Gelegenheit auch weiterhin hilfreich zu sein – W. möge ihm Nachricht zukommen lassen, wenn es konkrete Anliegen in dieser Richtung gebe.

9 Zum Vertrag vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. Dok. 277, Anm. 12.
Zu den Abkommen vom 7. Oktober 1987 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung bzw. über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren vgl. Dok. 277, Anm. 13 und 15.

10 Zu dem von der Bundesregierung verbürgten Kredit für Ungarn vgl. Dok. 277, Anm. 8.

11 Zur Vereinbarung vom 7. Oktober 1987 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung von kulturellen Einrichtungen der deutschen Minderheit und die Förderung der deutschen Sprache vgl. Dok. 277, Anm. 17.

12 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

14 Zur Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij vgl. AAPD 1986, I, Dok. 25 und Dok. 26.

Whitehead erkundigt sich nach Ausreisewünschen von Deutschen aus der DDR: Wie denke die Bundesregierung darüber? Könne der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland mehr als die jetzigen Raten aufnehmen?

BK entgegnet, die Frage der Absorptionsfähigkeit unserer Wirtschaft sei sicher nicht das Problem – hier könne man allerdings keine Umfragen beim „Mann auf der Straße" abhalten.

Wir gingen davon aus, daß derzeit etwa 200 000 Ausreiseanträge gestellt seien und weitere 600 000 (= 5 % der Bevölkerung der DDR) potentielle Antragsteller seien. Es liege aber – auch wenn man die überwiegend wirtschaftliche Motivation sehen müsse – nicht in unserem Interesse, daß die Leute weggingen, sondern daß sie dablieben. Dabei habe er besonderes menschliches Verständnis für Bevölkerungskreise, die vom Regime besonders hart angefaßt würden (Beispiel: gläubige Christen – Schikanen bei Berufsausbildung usw.).

BK wünscht W. viel Erfolg in Moskau: Wenn dort das Tor aufgemacht werde, öffne es sich auch anderswo. (*Whitehead* stimmt zu.) Hoffentlich – so *BK* weiter – begreife man dies auch in Washington. Auch er – BK – sei in Prinzipienfragen hart – aber man müsse etwas für die Menschen tun. In seiner fünfjährigen Amtszeit sei es die vielleicht schwierigste Entscheidung gewesen, Honecker hier im Kanzleramt mit Flaggen und Nationalhymnen zu empfangen.[15] Jetzt aber kämen fast täglich Besucher aus der DDR zum Kanzleramt und wollten ihm „Guten Tag" sagen. Dies sei für ihn die Sache wert.

Dabei dürfe man jedoch kein Prinzip aufgeben: Gorbatschow sei und bleibe ein kommunistischer Führer, und nur Narren würden ihm den Friedensnobelpreis verleihen. Aber auch dies sei nicht ausgeschlossen, wie ja die Verleihung an das Ärztekomitee mit prominenter KGB-Beteiligung gezeigt habe.[16]

Ende des Gesprächs: 11.05 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

15 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

16 Zur Verleihung des Friedensnobelpreises 1985 an die Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" vgl. AAPD 1985, II, Dok. 331.

313

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder

412-422.82/2-F **10. November 1987**

Über Dg41[1], D4[2] und Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister zur Information

Betr.: Ausgleichszahlungen für Großbritannien[4]

Bezug: Weisung BM Genscher vom 9.11.1987

1) Vorstellungen der KOM (Dok. 101)[5]

Nach den Vorstellungen der Kommission soll GB auf zweifache Art entlastet werden:

– Zum einen durch Reduzierung des GB-Finanzierungsanteils am EG-Haushalt: Durch Berücksichtigung des BSP oder auch des BIP im Finanzierungssystem sinkt der GB-Finanzierungsanteil deutlich, da der BSP/BIP-Anteil für GB niedriger ist als sein Anteil bei der MwSt.-Bemessungsgrundlage.
– Zum anderen durch eine spezielle Ausgleichsregelung: Basis für diese Ausgleichsregelung soll nicht mehr – wie bisher – die gesamte Nettobelastung sein, sondern die Differenz zwischen britischem BSP-Anteil und dem Rückflußanteil bei den Agrarmarktausgaben. Diese Differenz soll zu 50% ausgeglichen werden.

Für D schlägt die Kommission eine Minderbeteiligung an der Finanzierung des GB-Ausgleichs in Höhe von 25% (anstelle 100%)[6] vor.

Formelle Vorschläge der KOM werden in Kürze erwartet.[7]

2) Reduzierung des GB-Finanzierungsanteils am EG-Haushalt

a) GB hat sich bei den bisherigen Beratungen gegen die von der Kommission vorgeschlagene dritte und vierte Einnahmeart[8] und statt dessen für eine ausschließliche Anbindung an das jeweilige nationale BSP ausgesprochen.[9]

1 Hat Ministerialdirigent Trumpf am 10. November 1987 vorgelegen.
2 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 10. November 1987 vorgelegen.
3 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Je mehr das neue Eigenmittelsystem GB begünstigt, desto eher wird man einen degressiv gestalteten brit[ischen] Ausgleichsanspruch erreichen können (Endpunkt Null)."
4 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.
5 Für den „Bericht der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts" vom 3. März 1987 (KOM(87)101) vgl. Referat 412, Bd. 168701.
Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. ferner Dok. 51 und Dok. 69.
6 Diese Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In der Besprechung bei BM am 9.11. wurde ein anderer Prozentsatz genannt."
7 Für die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat vom 12. November 1987 für einen Beschluß zur Korrektur der Haushaltsungleichgewichte (KOM(87)600) vgl. Referat 412, Bd. 168706.
8 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Finanzen vom 22. Oktober 1987 hieß es: „Die Kommission hat vorgeschlagen, 1% der harmonisierten MWSt-Bemessungsgrundlage abzuführen. Die Bundesregierung stimmt der MWSt-Bemessungsgrundlage als dritter Einnahmeart grundsätzlich zu. Die Entscheidung über die Höhe des MWSt-Satzes sollte jedoch

Beim KOM-Vorschlag würde GB zwischen 1988 und 1992 um rund 6 Mrd. ECU gegenüber dem derzeitigen Finanzierungssystem entlastet werden, bei einer reinen BSP-Anbindung um rund 6,2 Mrd. ECU.

Zum Vergleich der Entlastung bzw. zusätzlichen Belastung einzelner MS vgl. folgende Tabelle:

Be-/Entlastungen (Mio. ECU) 1988–1992

	Vorschlag KOM	BSP-Modell (Vorschlag GB)	BIP-Modell (deutscher Vorschlag)	evtl. Kompromiß (MWSt-1%/BSP Kombination)
B	+ 725	+ 736	+ 367	+ 368
DK	+ 384	+ 398	+ 204	+ 132
D	+ 594	+ 615	– 161	+ 302
GR	– 246	– 253	– 56	– 124
F	– 1062	– 1108	– 523	– 539
IRL	– 349	– 358	– 108	– 177
IT	+ 7118	+ 7296	+ 3479	+ 3608
LUX	– 115	– 118	– 110	– 59
NL	+ 28	+ 23	+ 4	+ 13
P	+ 189	+ 187	+ 106	+ 95
SP	– 1092	– 1120	– 333	– 554
UK	– 6043	– 6177	– 2869	– 3063

b) Nach dem KOM-Vorschlag würden vor allem I[10] und D zur Finanzierung des GB-Ausgleichs im Rahmen des neuen Finanzierungssystems beitragen. F würde

Fortsetzung Fußnote von Seite 1571

eng mit der Ausgestaltung der Komplementärfinanzierung und des etwaigen GB-Ausgleichs verknüpft werden." Zur Ausgestaltung der Restfinanzierung (Komplementärfinanzierung) wurde ferner ausgeführt: „Die Kommission hat vorgeschlagen, die vierte Einnahmeart an die Differenz zwischen dem jeweiligen nationalen BSP und [der] MWSt-Bemessungsgrundlage anzubinden. Neben dem Kommissionsvorschlag sind inzwischen von den Mitgliedstaaten vier Alternativvorschläge eingebracht worden. Wir haben vorgeschlagen (Entscheidung der Euro-StS vom 9.10.87), die vierte Einnahmeart ausschließlich an das jeweilige nationale BIP anzubinden." Vgl. Referat 412, Bd. 168705.

9 Bei einem Gespräch mit Ministerialdirigent Trumpf und Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 23. September 1987 führte der Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium, Kerr, aus, GB sei „zur Einführung des BSP-Elements (ob ‚rein' oder im Rahmen der von der Kommission vorgeschlagenen ‚Komplementärfinanzierung') bereit, weil dies offensichtlich vorteilhaft für GB wäre. Aus dem gleichen Grunde könne GB auch einer Zusammenlegung der dritten und vierten Einnahmeart zu einer einzigen am BSP anknüpfenden zustimmen. Mit allem Ernst wolle er aber darauf hinweisen, daß dies alles nur möglich sei, wenn hinsichtlich des GB-Ausgleichs nicht hinter Fontainebleau zurückgegangen werde." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 412, Bd. 168704.
Bei einem Gespräch am 11. November 1987 informierte der britische Außenminister Howe Bundesminister Genscher, daß der Meinungsbildungsprozeß zur vierten Einnahmeart noch nicht abgeschlossen sei: „Der Kommissionsvorschlag würde eine geringe Reduzierung in der britischen Ausgleichszahlung mit sich bringen: Wenn es für einige Mitgliedsländer von Vorteil sei, hier ein degressives Element einzubauen, habe man damit keine Probleme." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 412, Bd. 168706.

10 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt: „, B".

sich dagegen überhaupt nicht an der Finanzierung dieser Teilentlastung für GB beteiligen müssen. Im Gegenteil: F würde durch die Änderung des Finanzierungssystems ebenfalls deutlich entlastet werden.

Aus grundsätzlichen Erwägungen haben wir einem „gerechteren" Finanzierungssystem stets zugestimmt. Wir sind dabei immer von der Überlegung ausgegangen, daß besondere Ausgleichszahlungen für GB um so weniger notwendig werden, je gerechter das Finanzierungssystem ist.

3) Besondere Ausgleichszahlungen für GB

a) Wir sind für den Fortfall weiterer besonderer Ausgleichszahlungen für GB.

Bei den Verhandlungen über den Budgetausgleich in der ersten Hälfte der 80er Jahre hat die britische Regierung ihre Forderungen stets damit begründet, daß GB als weniger wohlhabendem MS – BSP/Kopf unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt – eine hohe Nettobelastung nicht zumutbar sei.

Mit der Erweiterung der Gemeinschaft um E und P[11] ist diese Begründung hinfällig geworden. Das britische BIP pro Kopf liegt nunmehr sowohl in Marktpreisen wie auch in Kaufkraftparitäten gemessen über dem Gemeinschaftsdurchschnitt.

Dies entspricht auch britischen Berechnungen. Einer britischen Note zur künftigen Strukturpolitik ist eine Berechnung des Durchschnitts des BIP/Kopf in Kaufkraftparitäten für die Jahre 1984–1986 beigefügt. Danach liegt GB mit 103,5 an sechster Stelle noch vor I und B.

b) Wenn das von der KOM vorgeschlagene System der Ausgleichszahlungen für alle MS angewandt würde, hätten neben GB auch D, E, I, L und B Ausgleichsansprüche.

Die nach diesem System für 1987 errechneten Bemessungsgrundlagen würden für GB: 2,0 Mrd. ECU, D: 1,9 Mrd. ECU, E: 580 Mio. ECU, I: 350 Mio. ECU, B: 340 Mio. ECU, L: 55 Mio. ECU, betragen.

c) Bei der Bewertung der britischen Nettobelastung (laut KOM 1987 vor Ausgleich rund 3 Mrd. ECU) muß berücksichtigt werden, daß in der britischen Bruttobelastung Leistungen enthalten sind, die ihrer Natur nach für einen Ausgleich nicht in Frage kommen können:

– Beitrag zu den Verwaltungsausgaben der Gemeinschaft,
– Beitrag zu den Erstattungen der Gemeinschaft an die MS,
– Beitrag zu den Strukturausgaben der Gemeinschaft,
– Beitrag zu den sonstigen Gemeinschaftspolitiken.

Auch der britische Beitrag zu den Agrarmarktausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik richtet sich nach den in den gemeinsamen Marktordnungen festgelegten Kriterien. GB hat seit seinem Beitritt[12] die Ausgabentatbestände der Agrarmarktordnungen mitbestimmt.

4) Alle Vorgespräche mit GB haben ergeben, daß MP Thatcher die britische Forderung nach Aufrechterhaltung der britischen Entlastung zumindest in Höhe der

11 Portugal und Spanien traten den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 bei.
12 Großbritannien trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1973 bei.

Entlastung, die sich nach dem Fontainebleau-Mechanismus ergäbe, in Kopenhagen[13] äußerst hart vertreten wird.

Politisch zu entscheiden ist, wie hart wir auf dem ER Kopenhagen verhandeln wollen und ob wir u. U. bereit sind, den Europäischen Rat an dieser Frage scheitern zu lassen.

Für die notwendige Entscheidung gibt es folgende Optionen:

– wir lehnen Ausgleichszahlungen weiterhin ab;
– wir sind bereit, Ausgleichszahlungen grundsätzlich zuzustimmen (evtl. degressives System mit zeitlich fixiertem Endpunkt) bei
  – Ausgleichszahlungen auch an D oder
  – deutscher Null-Beteiligung bei der Finanzierung von Ausgleichszahlungen oder
  – deutscher Minderbeteiligung bei der Finanzierung von Ausgleichszahlungen.

Schönfelder

Anlage

Wohlstandsvergleich zwischen den EG-MS

	BIP/Kopf (in Marktpreisen) in % des EG-Durchschnitts		BIP/Kopf (in Kaukraftparitäten) in % des EG-Durchschnitts	
	1984	1986	1984	1986
B	96	105,5	105,1	104,1
DK	134	148,7	118,2	120,6
D	125	134,7	118,1	119,9
GR	42	42,6	57,9	56,1
F	111	121,7	112,2	110,1
IRL	62	67,8	69,6	68,6
I	76	82,4	92,2	92,5
L	115	128,2	131,9	133,0
NL	106	113,5	111,2	108,8
P	–	28,3	–	54,7
SP	–	55,7	–	74,4
UK	94	104,6	105,1	106,3

EG-Durchschnitt = 100

Quelle: Eurostat

Referat 412, Bd. 168706

13 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

314

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder

412-401.00 **11. November 1987**[1]

Über Herrn Dg 41[2], Herrn D 4[3] Herrn Staatssekretär[4] zur Information

Betr.: Krise der Finanzmärkte;
hier: Hintergrundanalyse

Kurzfassung

1) Das Louvre-Abkommen vom Februar 1987[5] hat zum Ziel, die Wechselkurse zu stabilisieren und durch die vereinbarten kompatiblen wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Vertrauen der Märkte zu sichern.

2) Wechselkursstabilisierung, das Gleichgewicht auf den Finanzmärkten und Anti-Inflationspolitik bilden ein neues „magisches Dreieck" für die internationale Wirtschaftspolitik. Im Gefolge der Louvre-Vereinbarung schien die Wechselkursstabilisierung zu gelingen. Zinsen und Inflationsrate zeigten in den USA steigende Tendenz, im Sog der Dollar-Zinsen auch die DM-Zinsen. Die unterschiedliche Entwicklung der Inflationserwartungen erhöhte die Labilität des Gleichgewichts auf den Finanzmärkten. Das öffentliche Infragestellen des Louvre-Abkommens durch FM Baker[6] löste einen massenhaften Rückzug aus dem Dollar und den Kurssturz an den Börsen aus. Ausmaß und Verlauf wurden wesentlich von den in letzten Jahren entwickelten Strukturveränderungen der Finanzmärkte mitbestimmt.

3) Der Krise liegt nicht nur eine Diskrepanz in der Wirtschaftspolitik der USA, Js und Ds, sondern auch in der wirtschaftspolitischen Präferenzstruktur dieser Länder zugrunde. Im Konflikt zwischen Stabilität und Beschäftigung gewichten vor allem die USA und D ihre Politik unterschiedlich. Die USA legen das Schwergewicht auf Wachstum bei niedrigen Zinsen und nehmen sinkenden Dollarkurs in Kauf. Dem widerspricht nicht, daß sie die von den Kursrückgängen bei Aktien tendenziell (über sinkende Binnennachfrage) ausgehenden dämpfenden Wirkungen nicht ungern sehen. Ein nachhaltiger Abbau des amerikanischen Handelsbilanzdefizits wäre nach rein ökonomischen Kriterien am ehesten über eine Rückführung der Binnennachfrage möglich.

4) In D liegt bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und steigender DM das Schwergewicht auf Erhaltung einer niedrigen Inflationsrate. D hat seine Verpflichtun-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Linden konzipiert.
Hat Schönfelder am 12. November 1987 erneut vorgelegen.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 11. November 1987 in Vertretung des Ministerialdirigenten Trumpf vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Jelonek am 11. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. November 1987 vorgelegen.

5 Zur Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der USA vom 22. Februar 1987 (Louvre-Abkommen) vgl. Dok. 50.

6 Der Passus „Das öffentliche … FM Baker" wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist das der einzige Grund? (siehe Seite 5)." Vgl. Anm. 15.

gen aus dem Louvre-Abkommen zwar formal erfüllt. Die Aufgabe, einen aktiven Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft über höheres Binnenwachstum zu leisten, ist jedoch noch nicht gelöst.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Louvre-Abkommens lag die Wachstumsprognose für D bei 2,5%, derzeit nur noch zwischen 1,5 und 2%.

5) Wichtig ist es, die heilsamen Wirkungen des Börsen-Schocks auszunutzen, um

- das Zinsdifferential zu den USA zu erhalten, z.B. durch Senkung der deutschen Zinsen,
- ausreichende Liquidität zur Verfügung zu stellen,
- behutsam den Dollarkurs herunter zu schleusen[7], um einen nachhaltigen Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu erreichen und
- den Abbau des US-Haushaltsdefizits zu beschleunigen,
- das reale Wachstum der deutschen Wirtschaft zu stimulieren, z.B. durch Strukturmaßnahmen. Aber auch Vorziehen von Teilen der Steuerreform[8] und weitere Zinssenkungen sollen nicht ausgeschlossen werden.

Langfassung

II. 1) Im Louvre-Abkommen vom 22. Februar 1987 wurden einige Maßnahmen bezüglich der internationalen Wirtschaftsstrategie vereinbart:

- Stabilisierung der Wechselkurse auf dem damals geltenden Niveau,
- Rückführung der externen und internen Ungleichgewichte durch fiskalpolitische Maßnahmen,
- stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Interesse von Preisstabilität und Wachstum.

Inhalt des Louvre-Abkommens ist,

- mit Hilfe einer international koordinierten Politik zunächst die Devisenmärkte zu beruhigen und
- durch eine entschlossene Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen das Vertrauen der Märkte zu sichern und damit den seit fünf Jahren andauernden weltweiten Aufschwung fortzusetzen.

2) Im Gefolge des Louvre-Abkommens begannen sich die Devisenmärkte zunächst in einem labilen Gleichgewicht zu stabilisieren. Dies war noch nicht das Ergebnis eines wiedergewonnenen Vertrauens der Marktteilnehmer, sondern vielmehr einer engen Koordination der Geld- und Währungspolitik der großen Zentralbanken: Im Rahmen von massiven Interventionen wurden im Verlauf dieses Jahres bisher über 90 Mrd. US-Dollar aufgekauft und das Zinsdifferential zwischen DM und Yen auf der einen, Dollar auf der anderen Seite auf rd. 3% ausgeweitet. Der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß kam in realer, nicht aber nominaler Betrachtung in Gang.

7 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie weit? Deutscher Export!"

8 Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.
Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

3) Mit der Stabilisierung des Dollarkurses stiegen aber auch die Zinsen in den USA. Der Zinsanstieg wurde durch erhöhte Inflationserwartungen induziert, die durch folgende Faktoren genährt wurden:

– Auslaufen der preisstabilisierenden Rohstoff-Baisse (insbesondere Öl),
– Preis- und Lohndruck angesichts einer guten Kapazitätsauslastung (Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe + 4,5 %),
– Nachfrageüberhang durch staatliches Haushaltsdefizit,
– leicht restriktiver geldpolitischer Kurs des Federal Reserve Board.

Die US-Zinsen stiegen von Januar bis in die Woche vor dem „Schwarzen Montag" im Oktober 1987[9] von 7,1 % auf über 10 % (das Differential zwischen den deutschen und US-amerikanischen Anleihe-Renditen von 1,2 % auf über 3 %). In derselben Zeit profitierten D wie auch J von der aufwertungsbedingten Verbilligung ihrer Importe (importierte Stabilität), so daß sich die Inflationsschere zwischen USA, D und J deutlich öffnete.

4) In D stiegen im Sog der Dollar-Zinsen die Geld- und Kapitalmarktzinssätze langsam an. Die Bundesbank entschied, ihre Geldmarktsätze den Marktsätzen anzupassen, um ein stärkeres Auseinanderdriften etwa des Diskontsatzes und der Marktsätze zu verhindern, ohne dabei den geldpolitischen Kurs zu verändern.[10]

9 Am 19. Oktober 1987 kam es weltweit zu starken Kursverlusten an den Börsen. In der Presse wurde berichtet: „Das Desaster begann an der New Yorker Börse, dann stürzten die Aktienkurse in Tokio und Hongkong, in London und Frankfurt. Auf den schwarzen Montag mit Milliarden-Verlusten folgten Hektik und Panik. Alte Ängste wurden spürbar: Droht eine neue Weltwirtschaftskrise, kommt es zum lange prophezeiten großen Crash? […] Der Sturz an den Börsen zumindest war tiefer als 1929, dem Jahr der großen Krise." Vgl. den Artikel „Wie in einer Kettenreaktion kippten die Kurse"; DER SPIEGEL, Nr. 44 vom 26. Oktober 1987, S. 134 f.
Zum „Schwarzen Montag" berichtete Bundesbankdirektor Schönberg, New York, am 20. Oktober 1987: „Der gestrige Kursrückgang der amerikanischen Aktien um mehr als 500 Punkte (Dow Jones Index) wird von den meisten Beobachtern auf eine Kombination unterschiedlicher Faktoren zurückgeführt." Nur wenige Kommentatoren, so Schönberg, teilten die Sicht der Tageszeitung „The New York Times", wonach der Zinsanstieg in Deutschland den Anstieg der Zinssätze in den USA ausgelöst und damit den Kursrutsch möglich gemacht habe. Statt dessen habe „Secretary Bakers Drohung, den Louvre-Akkord zu suspendieren, vertrauensunterminierend gewirkt". Zudem hätten die Zahlungsbilanzentwicklung in den USA, die Furcht vor Inflation und weiteren Zinssteigerungen einerseits sowie der Computerhandel andererseits eine wesentliche Rolle gespielt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 586; Referat 412, Bd. 168653.
Vortragender Legationsrat Schönfelder notierte am 20. Oktober 1987: „Der Kurssturz an den Weltbörsen hat auch am Dienstag (20.10.1987) angehalten und sich zum Teil noch beschleunigt. In wenigen Tagen haben die Anleger weltweit Wertverluste in Höhe von einigen Billionen DM hinnehmen müssen. Der Goldpreis erreichte mit 490 Dollar für die Feinunze einen neuen Höchststand seit 4,5 Jahren." Vgl. Referat 412, Bd. 168653.
Referat 412 resümierte am 2. November 1987: „Der Kurssturz ist sicherlich nicht dahin zu interpretieren, daß die Weltwirtschaft von einer seit sechs Jahren anhaltenden Aufschwungsphase in eine Rezession oder gar Depression übergeht. Das reale Wachstum hält in den wichtigsten Industrieländern an und wird sich im nächsten Jahr wahrscheinlich wieder beschleunigen. Ein Vergleich des ‚Schwarzen Montags' von 1987 mit dem ‚Schwarzen Freitag' von 1929 ist nur hinsichtlich des Ausmaßes der Kurseinbrüche an den Börsen und auch hier nur bedingt sinnvoll. Erhöhte Gefahren für die reale weltwirtschaftliche Entwicklung hat es in den letzten Tagen aufgrund der Kursverluste an den Börsen nicht gegeben." Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

10 Vortragender Legationsrat Schönfelder vermerkte am 19. Oktober 1987: „Der inoffizielle Leitzins des deutschen Geldmarktes, der Zinssatz für die Wertpapier-Pensionsgeschäfte der Deutschen Bundesbank mit den Deutschen Kreditinstituten, stieg letzte Woche von 3,75 % auf 3,85 %. Diese Erhöhung war die vierte in der Offenmarktpolitik der Bundesbank seit Juli d. J. Damals betrug der Wertpapier-Pensionszins noch 3,55 %. Er stieg über 3,60 % und 3,65 % auf 3,75 % in der letzten Woche." Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

Finanzminister Baker kritisierte öffentlich diese Maßnahmen der Bundesbank und drohte mit weiteren Dollar-Abwertungen.[11] Dadurch stellte er die Geschäftsgrundlage des Louvre-Abkommens in Frage und verunsicherte die Devisenmärkte.

5) Die unterschiedliche Inflationsentwicklung und der Zinsanstieg in den USA berührten nicht nur die Währungspolitik, sondern erhöhten auch die Labilität der Aktien- und Wertpapiermärkte. Steigende Zinsen führten zu einer Verschiebung der Nachfrage von risikobehafteten Aktien zu festverzinslichen Wertpapieren. Es wurde immer deutlicher, daß auf einigen Märkten nur noch auf Kurssteigerungen spekuliert wurde. In Tokio war die durchschnittliche Aktienrendite (Gewinn/Kurs) auf unter 1% gesunken, in New York auf 2,5%, in London auf 3% und in Frankfurt auf 4,4%. Demgegenüber lagen die Renditen für festverzinsliche Werte in Tokio bei 6,9%, in New York bei 10,2% und in Frankfurt bei 6,5%. Es war deshalb nur eine Frage der Zeit, wann die Nachfrageverschiebung von Aktien in Wertpapiere sich zu einem Trend verdichtete.

Das zeitlich z.T. zufällige Zusammentreffen verschiedener Faktoren (öffentliche Kritik Finanzminister Bakers, Diskussion über Quellen-Steuerreform in Deutschland[12], Golfkrieg[13], voraussichtliches US-Rekordhandelsbilanzdefizit in 1987[14] und deutscher Handelsbilanz-Rekordüberschuß im September)[15] erhöhte die Unsicherheit derart, daß ein überhasteter und völlig ungeordneter Ausstieg aus den Aktienmärkten ausgelöst wurde. Da gleichzeitig auch die Wechselkurse nachgaben, hatten die Marktteilnehmer keine festen Orientierungspunkte mehr für ihr Verhalten. Die Bewegung setzte massenpsychologische Kräfte in Gang, die sich einer ökonomischen Analyse entziehen.

11 Vortragender Legationsrat Schönfelder vermerkte am 19. Oktober 1987: „Seit Donnerstag letzter Woche (15.10.1987) hat US-Finanzminister Baker in zahlreichen Interviews in ungewöhnlich offener Form die deutsche Zinspolitik kritisiert. Er schloß nicht aus, daß die Administration den Dollar weiter fallen lassen werde. Vor dem Hintergrund dieser Äußerungen und den nicht sehr günstigen wirtschaftlichen Perspektiven der USA fiel daraufhin der Dollar auf 1,7740 [DM] (19.10.1987). Ein weiterer Rückgang ist nicht ausgeschlossen. Die Gefahr deutsch-amerikanischer Irritationen muß auch vor dem Hintergrund des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfs gesehen werden. […] Im einzelnen führte Baker aus: Die jüngsten Zinserhöhungen in der Bundesrepublik Deutschland entsprächen nicht den im Rahmen der G7 von der Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Die USA würden nicht mit eigenen Zinserhöhungen folgen. Falls aber die Bundesrepublik Deutschland fortfahre, entgegen den von ihr eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu handeln, würden die USA sich berechtigt fühlen, eine Änderung des Louvre-Abkommens vom 22. Februar d.J. zu verlangen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

12 Bundesminister Stoltenberg erklärte am 11. Oktober 1987, die Bundesregierung plane für 1989 die Einführung einer zehnprozentigen Quellensteuer auf alle Erträge aus Verbindlichkeiten inländischer Kapitalnehmer. Vgl. dazu den Artikel „Stoltenberg konkretisiert seine Steuer-Vision“; DIE WELT vom 12. Oktober 1987, S. 14.

13 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

14 Referat 412 hielt am 2. November 1987 fest: „Trotz der starken Dollarabwertung in den letzten beiden Jahren konnten die großen Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizite der USA zwar real gemildert, aber nominal nicht abgebaut werden. Die Handelsbilanz der USA schloß im August 1987 mit einem Defizit von 15,7 Mrd. Dollar. Mit den Augustzahlen wurde auch eine Jahresprognose von 171,1 Mrd. Dollar (nach dem Rekorddefizit von 163,1 Mrd. Dollar im Vorjahr) bekanntgegeben.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168653.

15 Der Passus „Das zeitlich … im September)“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Vgl. Anm. 6.
Die Handelsbilanz der Bundesrepublik schloß im September 1987 mit einem Überschuß in Höhe von 11,5 Mrd. DM ab und lag damit 1,1 Mrd. DM über dem Vergleichswert des vorherigen Jahres. Vgl. dazu MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK, November 1987, S. 11.

Es bleibt aber festzustellen, daß die Krise im Kern eine ökonomisch erklärbare Folge der Zinsentwicklung im Gefolge der Louvre-Strategie und der zunächst erfolgreichen Wechselkursstabilisierung war. Und es ist ebenso „logisch" anzunehmen, daß eine Beruhigung erst wieder eintreten wird, wenn die Renditendifferentiale zwischen Aktien und Wertpapieren auf ein Maß geschrumpft sind, bei dem Anlegerpräferenzen und Ertragserwartungen wieder besser übereinstimmen. Ein solches Gleichgewicht kann sich auf einem sehr viel niedrigeren Niveau der Kurse einstellen. Voraussetzung für die Beruhigung ist die Erwartung relativ stabiler Wechselkurse. Erhöhte Wechselkursrisiken addieren sich zu den Renditeerwartungen der Anleger, rufen Devisenspekulanten auf den Plan und führen zu unkalkulierbaren Bewegungen.

In den letzten Tagen sind die Zinsen insbesondere in den USA gesunken. Das Differential zwischen den US- und den deutschen Zinsen ist geschmolzen, infolgedessen der Dollarkurs gesunken.

III. 1) Ausmaß und Verlauf des ungeordneten Rückzugs aus den Märkten wurden wesentlich durch das Wachstum und die Strukturveränderung der Finanzmärkte in den letzten Jahren mitbestimmt:

– Das Volumen anlagesuchender internationaler Liquidität ist deutlich gestiegen. In den USA, D und J ist die Geldmenge schneller gewachsen als das BIP. Wenn die Geldmenge stärker wächst als die Wirtschaft, wird Geldvermögen gebildet (in D wuchs die Ersparnis der privaten Haushalte bei einem realen Wachstum von 2,5% im letzten Jahr um 5,5%). Weltweit führt eine wachsende internationale Liquidität bei weniger stark wachsendem Welthandel zu einer stärkeren monetären Anlage- und Reservebildung und zu Kursanstiegen bei Aktien.

Geldmengenwachstum (M3)	1982	1983	1984	1985	1986	1987
USA	9,3	12,5	7,9	9,1	8,0	9,0
J	5,8	3,6	2,8	5,0	6,9	7,0
D	3,6	10,2	3,3	4,7	8,3	4,9
BIP (real)						
USA	– 2,5	3,6	6,4	2,7	2,5	2,3
J	3,1	1,5	5,1	4,7	2,5	2,7
D	– 1,0	3,2	3,0	2,5	2,4	1,9
Welthandel	– 2,2	2,9	8,6	3,2	4,9	3,3

Quelle: IWF

– Die Globalisierung der Finanzmärkte und damit eines wichtigen Teils der jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitiken hat nationale und Zeitgrenzen weitgehend aufgelöst, aber auch die Grenzen innerhalb der Marktsegmente fließend

gemacht: Versicherungen treten im Bankensektor auf, Banken bieten Versicherungen an; Banken konkurrieren mit Emissionshäusern und umgekehrt. Die Folge: Die internationale Interdependenz wurde größer. Die Politik und Verfassung einer dominanten Volkswirtschaft wie die[16] der USA überträgt sich auf die Weltwirtschaft und löst parallele Entwicklungen aus. Eigenständige Politik und ein Abkoppeln von der dominierenden Volkswirtschaft ist nur noch in engen Grenzen möglich. (Dies gilt insbesondere für die von der Bundesbank geforderte und vehement verteidigte Autonomie der Geldpolitik.) Ihr kann nur entgegengewirkt werden durch die Bildung von Gegengewichten wie z. B. im Rahmen der europäischen Integration, durch das Zusammenfügen von „Stabilitätsinseln" zu Blöcken.

– Computer-Banking und die Einführung der Elektronik haben das Kommunikationstempo unter den Märkten erhöht.
– Die Deregulierung (Liberalisierung) hat den Wettbewerb verschärft und Freiräume für Innovationen geschaffen.

Die Finanzmärkte haben sich insgesamt zu einem Instrument entwickelt, das sehr viel flexibler und schneller auf Änderungen des wirtschaftlichen Umfeldes reagiert. Ihre große Leistungsfähigkeit haben sie beim Recycling der Petro-Dollars[17] und beim bisherigen Management der internationalen Verschuldung[18] gezeigt. Die jüngste Krise machte die Risiken, die diesen Märkten innewohnt, deutlich.

2) Das Zusammenwachsen der Finanzmärkte und die zunehmende Interdependenz der einzelnen Volkswirtschaften lassen unterschiedliche Präferenzen, die dem wirtschaftspolitischen Handeln einzelner Länder zugrunde liegen, deutlich werden.

Im wirtschaftspolitischen Zielkonflikt des „magischen Vierecks" (Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Zahlungsbilanzausgleich) gibt D stärker der geldpolitischen Stabilität, USA (und andere europäische Staaten) der Beschäftigung den Vorrang.

IV. Die Krise bedeutet einen Rückschlag für das Louvre-Abkommen, aber sie ist im Rahmen dieses Abkommens lösbar. Kurzfristig geht es darum zu verhindern, daß der Schock zu einem Kreislaufstillstand führt, langfristig die heilsamen Wirkungen des Schocks auszunutzen, durch

– Demonstration einer aktiven Zusammenarbeit unter den G3[19]/G7-Volkswirtschaften statt verbaler Konfrontation und Kritik, Zurückhaltung beim öffentlichen Umgang mit Informationen;
– Bereitstellung von Zentralbankliquidität, um Insolvenzen zu verhindern, die durch spekulative Kreditfinanzierungen von Aktien entstanden sind, und Verluste auszugleichen, die durch notwendige Wertberichtigungen im Portfolio von Unternehmen und Banken entstehen;

16 Korrigiert aus: „wie der".
17 Zur Rückführung der Devisenüberschüsse der erdölproduzierenden Staaten („recycling") vgl. AAPD 1974, I, Dok. 177, Anm. 27, und AAPD 1975, I, Dok. 8.
18 Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.
19 Bundesrepublik, Japan und USA.

– weitere vorsichtige Senkung der Zinsen, um
  – die Flucht aus den Aktien zu bremsen,
  – den Investoren, die durch die Entwicklung zu Attentismus veranlaßt wurden, einen Impuls zu geben und Wachstum zu fördern.

Im Interesse der Wechselkursstabilisierung müssen dabei die Zinsdifferentiale zumindest erhalten bleiben (d.h. gleichgerichtetes Vorgehen der Zentralbanken und damit evtl. auch weitere Senkung der deutschen Zinsen[20]):

Behutsames Herunterschleusen des Dollarkurses, um

– den Umfang der Stützungskäufe zu reduzieren und eine außenwirtschaftlich induzierte Ausweitung der Geldmenge zu verhindern,
– die Wechselkursimpulse für den Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte zu verstärken und damit den Anpassungsprozeß zu beschleunigen.

Dabei ist zu berücksichtigen:

– Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie,
– Zusammenhalt des EWS[21],
– Nutzung der politischen Schockwirkung, um das Haushaltsdefizit der USA nachhaltig zurückzuführen. Dabei kommt es weniger auf die absoluten Zahlen an als auf den Beweis, daß die US-Regierung politisch in der Lage ist, die Haushaltskonsolidierung energisch fortzusetzen.[22]

20 Referat 412 vermerkte am 2. November 1987: „Nach dem Treffen von BM Stoltenberg und Bundesbankpräsident Pöhl mit Finanzminister Baker am 19.10.1987 in Frankfurt hat die Bundesbank den Zins leicht zurückgenommen und den Kreditinstituten eine Liquiditätshilfe über ein neues Wertpapier-Pensionsgeschäft in Form eines Mengentenders zu einem festen Zinssatz von 3,80% angeboten." Vgl. Referat 412, Bd. 168653.
Am 9. November 1987 erläuterte Vortragender Legationsrat Schönfelder: „Der Dollarkurs ist inzwischen von einem mittleren Stabilisierungsniveau von DM 1,80 (Louvre-Abkommen) um über 8% auf 1,67 DM (9.11.1987) gesunken. Der Zentralbankrat hat am 5.11.1987 reagiert und angekündigt, in dieser Woche den Tagesgeld-Leitzins im Rahmen eines neuen Mengentenders für Wertpapier-Pensionsgeschäfte auf 3,5% festzusetzen (der letzte Zinssatz war 3,8). Er senkte außerdem den Lombardsatz von 5% auf 4,5%." Vgl. Referat 412, Bd. 168636.

21 Vortragender Legationsrat Schönfelder legte am 9. November 1987 dar: „Der rapide Dollarverfall hat zu Spannungen im EWS geführt. Die ital[ienische] Lira, der belgische und französische Franken sind in die untere Hälfte, die DM und noch stärker der Gulden in die obere Hälfte des Kursbandes gerutscht. Die am Wechselkursmechanismus beteiligten Zentralbanken haben massiv intramarginal interveniert. Die französische Zentralbank hat in Abstimmung mit der Bundesbank ihre Geldmarktsätze von 7,5 auf 8,25% erhöht, um über eine Ausweitung des DM/FF-Zinsdifferentials das Wechselkursgefüge zu festigen. Die Schwierigkeiten des EWS ergeben sich überwiegend aus dem Aufwertungsdruck auf die Leitwährung des EWS, die DM. Es stellt sich die Frage, ob die anderen am EWS-Wechselkursmechanismus beteiligten Staaten eine Aufwertung ihrer Währung gegenüber dem US-Dollar hinnehmen können. […] Das EWS verpflichtet die Schwachwährungsländer zu Stützungskäufen und/oder Erhöhung der Zinsen gegenüber den deutschen Geldmarktzinsen. Gleichzeitig werten sie (im Sog der DM) gegenüber dem US-Dollar auf. Aus Wachstumsgründen sind sie aber an Zinssenkungen und aus Leistungsbilanzgesichtspunkten an einem unveränderten Dollarkurs interessiert, jedenfalls nicht an einer Aufwertung. Eine Lösung dieser Spannungen könnte in einer Leitkursänderung bestehen. Dabei könnte dem bestehenden Inflationsdifferential zwischen DM, Gulden und den restlichen EWS-Währungen Rechnung getragen werden. Bei weiter sinkendem US-Dollarkurs ist ein Realignment nur noch eine Frage der Zeit. Je weiter der Dollar sinkt, desto größer wird die notwendige Korrektur im EWS." Vgl. Referat 412, Bd. 168636.

22 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

– Erhaltung und wenn möglich weitere Stimulierung des Wirtschaftswachstums in D:
  – Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin sehr hoch.
  – Das Wirtschaftswachstum wird 1987 mit 1,5–2% (zum Zeitpunkt des Louvre-Abkommens wurden 2,5% geschätzt) hinter den Erwartungen zurückbleiben.
  – Das Wachstum der Binnennachfrage weist sinkende Tendenz auf (1986 3,7%, 1987 3,0%).
  – Die Inflationsrate ist extrem niedrig.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168636

315

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac in Karlsruhe

12. November 1987[1]

50. deutsch-französische Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe[2];
hier: Gespräch Bundeskanzler–PM Chirac am 12. November 1987

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, MD Teltschik, VLR Bitterlich; auf französischer Seite: PM Chirac, M. Bujon de l'Estang, M. Rodocanachi.

Der *Bundeskanzler* heißt PM Chirac zu den 50. deutsch-französischen Konsultationen in Karlsruhe nochmals herzlich willkommen. Er dankt eingangs PM Chirac für die gute Zusammenarbeit beider Regierungen im Vorfeld und bei der ESA-Ministerkonferenz am 9./10. November in Den Haag.[3] Die enge deutsch-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 23. November 1987 gefertigt und am selben Tag zusammen mit der Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac am 13. November 1987 von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte um Weisung, ob beide Vermerke BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übermittelt werden können."
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der für Teltschik handschriftlich vermerkte: „Ja." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 316 und Dok. 318.

3 Zur deutsch-französischen Abstimmung im Vorfeld der ESA-Ministerratstagung vgl. Dok. 285, Anm. 13.
Referat 431 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung: „Die Bundesregierung hat sich am 6. November 1987 im Grundsatz für eine Beteiligung am europäischen Weltraumprogramm entschieden. Dabei soll […] eine zeitliche Streckung der drei Großprojekte Hermes, Ariane V, Columbus erfolgen, um eine Senkung der jährlichen Kostenbelastung um 15% zu erreichen. […] Die Bundesregierung hat eine Schlüsselrolle für den Erfolg des auf dem ESA-Ministerrat am 9. und 10.11.1987

französische Abstimmung habe erheblich zum Zustandekommen dieser für die europäische Weltraumpolitik wichtigen Entscheidungen beigetragen.

Der Bundeskanzler schlägt PM Chirac folgende Punkte für das Gespräch vor:

– Vorbereitung des Europäischen Rats in Kopenhagen[4]; Ziel müsse es sein, die Mitarbeiter zu beauftragen, wenn möglich eine gemeinsame Marschrichtung für den Europäischen Rat zu erarbeiten.
– Vorbereitung des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages am 22. Januar 1988[5] (insbesondere Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit).
– Aktuelle wirtschaftliche Lage angesichts der Ereignisse an den internationalen Devisenmärkten und Börsen.[6]

Der Bundeskanzler verweist im Hinblick auf die aktuelle Wirtschaftslage darauf, daß Bundesminister Dr. Stoltenberg sich heute morgen mit Minister Balladur telefonisch abgestimmt habe. PM Thatcher habe ihn gestern wissen lassen, daß sie mehrmals bereits bei US-Präsident Reagan interveniert habe. Bisher würden sich die Amerikaner zu keiner Entscheidung durchringen. Er habe gehört, sie hätten sich den 20. November hierfür als Datum gesetzt.[7] Entwicklung sei extrem sensibel. Deutsche Unternehmer kämen aus den Vereinigten Staaten zurück und verbreiteten hier Unruhe; sich brächten aus New York die Parole mit, daß die Administration nichts mehr tun wolle; die Propheten redeten den Dollar herunter. Er frage sich, ob die Minister Balladur und Stoltenberg oder sogar PM Chirac und er nicht diskret die Amerikaner dazu anhalten sollten, klar zu sagen, was sie wirklich wollten. Es sei nicht gut, wie Mrs. Thatcher dieses öffentlich zu tun.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1582

in Den Haag beschlossenen europäischen Weltraumprogramms; eine negative Entscheidung hätte dieses in nationale Einzelvorhaben auseinanderbrechen lassen und möglicherweise sogar zum Zerfall der ESA geführt. Die Bundesregierung ist damit ihrer europapolitischen Verantwortung gerecht geworden. Der ESA-Ministerrat hat die Voraussetzungen für eine Beteiligung am amerikanischen Raumstationsprojekt neu festgelegt. Mindestvoraussetzung sind insbesondere: uneingeschränkte europäische Entscheidungsrechte bei Bau, Betrieb und Nutzung der freifliegenden Elemente (d. h. M[an-]T[ended]F[ree]F[lyer] und polare Plattform); einvernehmliche Regelung der Frage der militärischen Nutzung der Station; Einführung von Schieds- bzw. Konsultationsklauseln; Vereinbarung eines die europäischen Interessen wahrenden Rechtsregimes." Vgl. Referat 202, Bd. 151083.
Für den Wortlaut der Entschließungen und der Schlußerklärung der ESA-Ministerratstagung am 9./10. November 1987 in Den Haag vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 51–60.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

5 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.
Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.

6 Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

7 Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 21. November 1987, daß die vierwöchigen Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und dem Kongreß zur Reduzierung des Haushaltsdefizits erfolgreich beendet worden seien: „Auf einer Pressekonferenz wurde das Paket von Präsident Reagan zusammen mit führenden Vertretern des Kongresses der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Einigung enthält Haushaltsverbesserungen in Höhe von 30 Mrd. Dollar im F[iscal]Y[ear] 1988 und in Höhe von 45 Mrd. Dollar im FY 1989. […] Nach dem bisherigen Verhandlungsverlauf sind wesentliche Elemente des Defizitabbaus im FY 1988 Steuererhöhungen in Höhe von rd. 9 Mrd. Dollar, Kürzungen bei den Militärausgaben in Höhe von 4,9 Mrd. Dollar, Einsparungen bei den ‚Entitlements' (Leistungsgesetzen) in Höhe von 4 Mrd. Dollar und bei sonstigen Ausgaben in Höhe von 2,6 Mrd. Dollar. Zusätzliche Einnahmeverbesserungen sollen durch Gebührenerhöhungen (user fees), durch Verkäufe von Anlagewerten (asset sales), geringere Zinsausgaben und durch einen beschleunigten Steuereinzug erzielt werden. Die Verbesserungen im FY 1989 sollen unter Einschluß von 14 Mrd. Dollar Steuererhöhungen 45 Mrd. Dollar betragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5011; Referat 412, Bd. 168653. Vgl. dazu ferner die Erklärung Reagans; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1365–1371.

PM *Chirac* betont, er wisse nicht, ob die Amerikaner etwas tun wollen oder werden. Finanzminister Baker übe einen unglückseligen Einfluß aus; Außenminister Shultz habe wahrscheinlich keinen Einfluß; Präsident Reagan möchte sein Image in keinem Fall in Frage stellen. Er habe nicht den Eindruck, daß eine Demarche von uns ein konkretes Ergebnis zeigen werde. Wenn man an eine gemeinsame Demarche denke, müsse diese diskret erfolgen.

Der *Bundeskanzler* erklärt sich hiermit ausdrücklich einverstanden.

PM *Chirac* entgegnet, daß es sehr wichtig sei, daß die beiden Finanzminister heute rechtzeitig, noch vor den Abendnachrichten im Fernsehen, ihre gemeinsame Erklärung abgeben würden.[8] Den Text der Erklärung hätten sie ja telefonisch bereits vorbereitet. Bereits das gemeinsame Kommuniqué der beiden Finanzminister vor gut einer Woche (gemeint: konzertierte Zinsaktion[9]) sei gut gewesen und habe einen beruhigenden Effekt an den Börsen ausgelöst.[10]

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

PM *Chirac* erläutert, daß vorgestern abend ein Mitarbeiter von ihm einen Mitarbeiter von US-Präsident Reagan getroffen habe. In dieser Unterhaltung sei klar geworden, daß der Präsident keine steuerlichen Maßnahmen ergreifen wolle, um seinem Image nicht zu schaden. Die Amerikaner würden daher zu keiner echten Reduzierung des Haushaltsdefizites kommen. Unter diesen Umständen sei es unbedingt notwendig, die europäische und hier vor allem die deutsch-französische Solidarität im wirtschaftlichen, finanziellen und währungspolitischen Bereich zu verstärken. Er wisse, daß dies für die Bundesregierung wegen der Unabhängigkeit der Bundesbank[11] schwierig sei. Es sei aber unmöglich, Europa weiter zu vertiefen, ohne gleichzeitig in der Wirtschafts- und Finanzpolitik Solidarität auszuüben.

PM Chirac hebt hervor, wir sprechen über Fortschritte in der militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.[12] Wir brauchen parallel dazu Fort-

8 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués des Bundesministers Stoltenberg und des französischen Finanzministers Balladur vom 12. November 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 1071 f.

9 Referat 412 notierte am 6. November 1987: „Nach Sitzung des Zentralbankrats am 5.11.1987 senkte Bundesbank Lombardsatz auf 4,5 % (5,0) und Tageszins-Leitsatz auf 3,5 % (3,8 %). Auch in zahlreichen anderen Ländern Zinssenkungen, was den Dollar-Rückgang verlangsamte. In F Zinssteigerungen (5.11.: Geldmarktinterventionssatz von 7,5 auf 8,25 %) in engster Abstimmung mit D. Grund: Wechselkursstruktur im EWS (starker Druck auf FF nach DM-Aufwertung gegenüber Dollar) sollte gefestigt werden, um erneutes Realignment im EWS unnötig zu machen. Ob dies gelingt, werden die kommenden Tage und Wochen zeigen." Vgl. Referat 412, Bd. 168636.

10 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués des Bundesministers Stoltenberg und des französischen Finanzministers Balladur vom 5. November 1987 vgl. LE MONDE vom 7. November 1987, S. 27 (Auszug).
In der Presse wurde berichtet: „Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und der französische Finanzminister Édouard Balladur haben es in einer gemeinsamen Erklärung begrüßt, daß die Bundesbank und die französische Notenbank durch ihre Zinsbeschlüsse versuchen, die Wechselkursentwicklung zu beeinflussen und den Spekulationen über Änderungen der Kursrelationen im Europäischen Währungssystem entgegenzutreten. […] Die deutschen und die französischen Währungsbehörden würden sich gemeinsam bemühen, im Sinne des Louvre-Abkommens stabile Verhältnisse auf ihren Finanzmärkten herzustellen, heißt es in der gemeinsamen Erklärung." Vgl. den Artikel „Abstimmung mit Paris"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. November 1987, S. 13.

11 Vgl. dazu § 12 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 747.

12 Zu den deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 273.

schritte in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik. Die deutsch-französische Solidarität müsse in ihrer Gesamtheit gesehen werden.

Den Außen- und Verteidigungsministern[13] liege der Entwurf einer Erklärung des Gipfels zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vor. Hierzu habe die deutsche Seite vorgeschlagen, einen Absatz hinzuzufügen, in dem die Entschlossenheit bekräftigt wird, einen gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrat[14] zu schaffen, um der Zusammenarbeit einen neuen Impuls zu verleihen.[15] Aus seiner Sicht dürfe man entweder diesen Rat nicht erwähnen oder einen zusätzlichen Text erstellen[16], in dem es heißt, daß im gleichen Geiste durch die Schaffung eines besonderen Rates die wirtschaftliche, finanzielle und währungspolitische Zusammenarbeit vertieft werden solle.[17] Durch einen solchen zusätzlichen Text könne man darlegen, daß man gleichgewichtig voranschreiten wolle.

Auf den Einwand des *Bundeskanzlers*, daß er sich solch einen Text erst einmal anschauen müsse, erläutert PM *Chirac*, daß er mit der Bildung eines Verteidigungsrates einverstanden sei, daß dies jedoch ein gleichgewichtiges Vorgehen im Wirtschafts-, Finanz- und Währungsbereich voraussetze.

Gerade in letzterem Bereich gebe es einen besonderen Punkt: Die Bundesbank weigere sich, FF in ihre Reserven aufzunehmen. Die Bundesbank begründe dies damit, daß sie dann auch gezwungen sei, alle anderen europäischen Währungen, wie die griechische Drachme, in ihre Reserven aufzunehmen. Er verstehe diesen Standpunkt, aber man könne ja die Aufnahme fremder Devisen in die Reserven der Bank auf den französischen Franc beschränken. Hierzu könne man nach außen sagen, daß unsere Zentralbanken künftig alle Währungen in ihre Reserven aufnehmen werden, die zum einen in dem Europäischen Währungssystem voll integriert und zugleich innerhalb des Währungskorbes der Sonderziehungsrechte enthalten sind. Damit werde für die Eingeweihten klar, daß damit nur der französische Franc gemeint sein könne.

PM Chirac führt weiter aus, daß Frankreich seine Zinsen habe erhöhen müssen, diese seien jetzt aus seiner Sicht zu hoch und führten direkt in die Rezession. Er sei aber nicht gewillt, sich seine wirtschaftspolitischen Erfolge durch Währungstechnokraten kaputtmachen zu lassen.

Er verweist auf die kürzliche Baseler Tagung der Zentralbankgouverneure.[18] Das Ergebnis sei mittelmäßig, nichtssagend, gewesen. Die Presse habe die Zentralbanker geradezu lächerlich gemacht, sie als unfähig, machtlos, beschrieben. Er kenne die Verfassungsprobleme in Deutschland. Er halte es jedoch für un-

13 Hans-Dietrich Genscher und Manfred Wörner (Bundesrepublik) sowie Jean-Bernard Raimond und André Giraud (Frankreich).

14 Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276.

15 Für den Wortlaut der Erklärung vom 13. November 1987 zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. BULLETIN 1987, S. 1070 f.

16 So in der Vorlage.

17 Für den Wortlaut der Erklärung vom 13. November 1987 zur wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. BULLETIN 1987, S. 1071.

18 Die Sitzung der Notenbankgouverneure der Zehnergruppe und der Schweiz fand am 9./10. November 1987 statt. Vgl. dazu den Bericht des Bundesbankdirektors Gleske für Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, vom 12. November 1987 und die dazugehörigen Anlagen; Referat 412, Bd. 168663.

bedingt notwendig, Fortschritte in der Zusammenarbeit zu erzielen, um die deutsche und die französische Politik und die konkreten Maßnahmen miteinander zu koordinieren. Beim nächsten Windstoß an den Börsen werde der französische Franc den unteren Interventionspunkt erreichen. Er habe nicht die Absicht, dies zu verhindern. Was dies bedeute, müsse dem Bundeskanzler klar sein: Dies führe zu einer Aufwertung der DM.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß heute morgen in Bonn bei ihm ein Gespräch über die aktuelle Wirtschaftslage und die Entwicklung an den internationalen Geldmärkten und Börsen im Beisein des Bundesbankpräsidenten[19] stattgefunden habe. Dabei sei man sich einig gewesen, daß wir ein besonderes Interesse daran hätten, das Europäische Währungssystem zu verteidigen.[20]

PM *Chirac* erwidert, daß dies auch das französische Interesse sei. Man sei aber an einer Grenze angekommen. Die französischen Zinsen seien einfach zu hoch geworden, und umgekehrt seien die deutschen Zinsen zu wenig abgesenkt worden. Das System breche langsam ein, er befürchte das Hineinrutschen in eine ernste Rezession. Die Überschußländer, insbesondere auch in Europa, müßten den wirtschaftlichen Aufschwung fördern und anziehen. Er sei nicht optimistisch, was die Zukunft angehe.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß ihn am meisten die Hysterie beunruhige. Die Krise werde geradezu herbeigeredet, dies habe zum Beispiel die hysterische Reaktion auf die unbedachten Äußerungen des amerikanischen Finanzministers Baker gezeigt.[21]

PM *Chirac* stimmt der Analyse des Bundeskanzlers zu, die Entwicklung habe aber tatsächlich die bekannten Ergebnisse erbracht. Vielleicht sei jetzt noch Zeit, die Dinge umzukehren; wenn man zu lange warte, sei es dafür zu spät. Er habe aber den Eindruck, daß die Europäer keinen großen Einfluß auf die Amerikaner hätten.

Der *Bundeskanzler* regt an, daß man sich heute abend erstmals gemeinsam anschauen solle, was die Minister Balladur und Stoltenberg ausgehandelt hätten. Aus seiner Sicht sei ein Fünfer- oder Siebener-Treffen nur dann gut, wenn ein positives Ergebnis schon vorher klar sei. Besonders schlimm sei, daß eigentlich zu der aktuellen Entwicklung kein Grund bestehe.

PM *Chirac* widerspricht: Die Zinsen seien insgesamt zu hoch. Genauso seien die Überschüsse und Defizite zu hoch. Von den USA sei nicht viel zu erwarten. Die Japaner scheinen ihre Wirtschaft schneller als ursprünglich gewollt oder beabsichtigt ankurbeln zu wollen. Im Interesse der Zwölf müßte Deutschland ebenfalls seine Wirtschaft ankurbeln, z. B. gehöre aus französischer Sicht dazu, daß Deutschland die Steuerreform[22] vorziehe.

Der *Bundeskanzler* äußert sich skeptisch gegenüber einem Vorziehen der Steuerreform. Die Konsequenzen würden überschätzt. Für viel wichtiger halte er eine

19 Karl Otto Pöhl.

20 Zu den Folgen der Krise an den internationalen Finanzmärkten für das EWS vgl. Dok. 314, Anm. 21.

21 Zu den Äußerungen des amerikanischen Finanzministers Baker vgl. Dok. 314, Anm. 11.

22 Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.
Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

andere Sache. Die Gewerkschaften wollten mit aller Macht in Deutschland die Arbeitszeit verkürzen. Er halte dies für falsch. Die Tarifabschlüsse im kommenden Jahr würden durch den öffentlichen Dienst eingeleitet. Selbst wenn es Ärger mit den Gewerkschaften geben werde, wolle er Arbeitszeitverkürzungen verhindern. Wir brauchten in Deutschland keine Arbeitszeitverkürzungen, es sei vielmehr wichtig, über die Löhne einen Schub für die Wirtschaft herzustellen. Er verweist darauf, daß er heute morgen in der kleinen Runde mit dem Bundesbankpräsidenten gesagt habe, wir werden alles tun, um unserer Verantwortung für Europa und gegenüber den USA gerecht zu werden. Vielleicht sei es gut, diskret in Paris, London, Bonn und Rom gemeinsam zu überlegen, was zu tun sei, ohne auf die Amerikaner zu warten.

PM *Chirac* stimmt dem zu. Er habe viel Respekt für US-Präsident Reagan, sehe aber nicht, daß die Amerikaner etwas tun werden. Ein anderes wichtiges Problem aus seiner Sicht sei die Vorbereitung der Entscheidungen des Europäischen Rats in Kopenhagen. Gerade wegen der Entwicklung der internationalen Lage sei ein positives Ergebnis besonders wichtig. Er habe den Eindruck, daß die deutsche und die französische Haltung nicht sehr weit auseinanderliegen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

PM *Chirac* betont, daß Deutschland und Frankreich mit einer gemeinsamen Haltung nach Kopenhagen gehen könnten und sollten. Man solle die wichtigsten Punkte jetzt besprechen, anschließend könnte man die Mitarbeiter darum bitten, eine gemeinsame deutsch-französische Linie insgesamt auszuarbeiten.

Der *Bundeskanzler* greift die Strukturfonds auf, zunächst die Finanzausstattung.[23]

PM *Chirac* verweist darauf, daß Deutschland eine Anhebung um ca. 50% befürworte, während Frankreich 30 bis 40% für ausreichend halte. 40% wäre wohl eine gute gemeinsame Ausgangslinie.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß er in diesem Problembereich keine deutsch-französischen Divergenzen sehe. Auf eine genaue Ziffer brauche man sich vorläufig nicht festzulegen. Diese sei der Entscheidung in Kopenhagen vorbehalten.

PM *Chirac* weist sodann darauf hin, daß die Logik fordere, die Strukturfonds auf Spanien und Portugal zu konzentrieren. Die anderen ärmeren Länder, insbesondere die südlichen, hätten bereits genug besondere Mittel erhalten.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß er keine Probleme mit dieser Logik habe, er sei jedoch skeptisch, ob diese Linie politisch durchsetzbar sei.

23 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51 und Dok. 69.
Ministerialdirigent Trumpf notierte am 13. Oktober 1987: „Die Bundesregierung hält die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der Gemeinschaft nicht nur für ein wichtiges Integrations-, sondern auch dringendes wirtschaftspolitisches Ziel. Das wirtschaftliche Gefälle in der Gemeinschaft muß abgebaut werden. Der Bundeskanzler hat deshalb im Europäischen Rat im Juni 1987 einer substantiellen Erhöhung der Strukturfonds zugestimmt. […] Der von der Kommission vorgeschlagenen Verdopplung bis 1992 werden wir nicht zustimmen können." Vgl. Referat 412, Bd. 168704.
Die Referate 410, 412 und 416 legten am 3. November 1987 in einer gemeinsamen Aufzeichnung dar: „Als zukünftig wesentliche Ziele der Strukturpolitik nennt die Kommission: Anpassung der strukturell rückständigen Regionalwirtschaften; Umstellung der im Niedergang befindlichen Industrieregionen; Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit; berufliche Eingliederung von Jugendlichen; Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen." Vgl. Referat 412, Bd. 168705.

PM *Chirac* betont zur Kompetenzverteilung zwischen EGK und den Mitgliedstaaten im Rahmen der Fonds, daß er gegenüber einer Verstärkung der Kompetenzen der EG-Kommission sehr zurückhaltend sei. In diesem Punkt bestünden keine Meinungsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland.

Zur Reform der Agrarpolitik erläutert PM Chirac, daß Deutschland Flächenstilllegungen wolle, Frankreich aber nicht. Deutschland wolle Getreidequoten, Frankreich aber nicht. Aus seiner Sicht könne eine gemeinsame Linie darin bestehen, daß jeder etwa auf der Hälfte dem anderen entgegenkomme: Er sei bereit, die Flächenstillegungen, wie bereits von den Mitarbeitern besprochen, zu akzeptieren, dafür müsse Deutschland die Forderung nach Festlegung der Quoten für Getreide aufgeben.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß die Agrarfragen weiter seien als dieses konkrete Problem. Die EG-Kommission schlage insbesondere ein System von Haushaltsstabilisatoren[24] vor, bei denen er befürchte, daß diese sich kontraproduktiv auswirken.

PM *Chirac* erklärt sich damit einverstanden, daß die Auswirkungen der Stabilisatoren nicht über den jährlichen Produktionszuwachs hinausgehen dürften.

Der *Bundeskanzler* kommt auf den Eingangsvorschlag von PM Chirac zurück und weist darauf hin, daß die gesamte Agrarproblematik einschließlich der Haushaltsstabilisatoren noch im Meinungsbildungsprozeß sei. Er fragt PM Chirac, ob es Möglichkeiten gebe, daß alle Mitgliedstaaten zu marktentlastenden Maßnahmen verpflichtet werden, wobei jedem Mitgliedstaat eine größtmögliche Freiheit eingeräumt werde, unter der Voraussetzung, daß jeder Mitgliedstaat tatsächlich das für alle festgelegte Ziel erreiche.

PM *Chirac* meint, daß dies grundsätzlich wohl möglich sei.

PM Chirac kommt auf den GB-Ausgleich[25] zu sprechen und fordert insoweit drei Rahmenbedingungen: Ein GB-Ausgleich müsse realistisch sein, degressiv ausgestaltet sein, alle Mitgliedstaaten müßten sich daran beteiligen.

Auf entsprechende Zwischenfrage des Bundeskanzlers betont PM Chirac, daß Frankreich mit der Anwendung des Bruttosozialprodukts bei den Eigenen Einnahmen[26] einverstanden sei.

24 Der Präsident der EG-Kommission, Delors, unterbreitete im Rahmen des „Delors-Pakets“ vom 15. Februar 1987 den Vorschlag, zur Eindämmung der Agrarproduktion sowie zur Stärkung der Haushaltsdisziplin zusätzliche Haushaltsstabilisatoren einzuführen. Die Pläne wurden schließlich durch zwei am 4. August 1987 dem Rat zugeleitete Mitteilungen der EG-Kommission über die Bilanz der Maßnahmen zur Steuerung der Agrarmärkte und Perspektiven der Gemeinsamen Agrarpolitik (KOM(87)410) sowie über die Haushaltsdisziplin (KOM(87)430) konkretisiert. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1987, S. 9–14. Für die Mitteilung über die Haushaltsdisziplin vgl. auch Referat 412, Bd. 168704.
Referat 416 notierte am 10. September 1987: „Die KOM schlägt vor, das bestehende Instrumentarium zur Stabilisierung der Haushaltsausgaben (Einschränkung der Interventionsregelung, Mitverantwortungsabgabe) so zu ergänzen, daß sie während des laufenden Wirtschaftsjahres die Ausgabenhöhe begrenzen kann. Dazu schlägt sie vor: Einführung einer jährlichen Höchstmenge von 155 Mio. Tonnen für die Getreideerzeugung, bei deren Überschreitung die Mitverantwortungsabgabe und/oder die Preise und sonstige Interventionsbedingungen angepaßt werden; Einführung einer Schwelle für die Höchstinterventionsmengen, bei deren Überschreitung die Intervention (staatliche Ankaufgarantie) von der KOM ausgesetzt werden kann; Brachlegung landwirtschaftlicher Flächen einschließlich ‚Set-aside‘-Maßnahmen (dazu folgt KOM-Bericht im Herbst 1987).“ Vgl. Referat 416, Bd. 141995.

25 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

26 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

Zum GB-Ausgleich verweist der *Bundeskanzler* darauf, daß er befürchte, daß dieser langsam zum Gewohnheitsrecht werde. Auf Grundlage des Vorschlags der EG-Kommission wie auch der britischen Forderungen sehe er kein Ende des britischen Ausgleichs. Er stehe aber in Deutschland unter erheblichem Druck, den GB-Ausgleich nicht mehr hinzunehmen. Der Ausgleich sei auch gar nicht mehr gerechtfertigt.

PM *Chirac* betont, daß, wenn man das Bruttosozialprodukt anwende, dies den Britenausgleich reduzieren werde.

Der *Bundeskanzler* fragt PM Chirac, ob seine Forderung nach einer Beteiligung aller Mitgliedstaaten am Britenausgleich Taktik sei oder eine Linie, die er fest durchhalten wolle. Wenn letzteres der Fall sei, dann wolle sich keiner am Britenausgleich beteiligen.

PM *Chirac* weist darauf hin, daß es leichter werde, wenn GB isoliert sei. Wenn sich Deutschland und Frankreich einigen würden, wobei sich Spanien wahrscheinlich dem aufgeschlossen anschließen werde, könne es in Kopenhagen zu einer Einigung zu Elf kommen. Drei Monate später werde dann GB „einknicken".

PM Chirac spricht im übrigen kurz die Fettsteuer[27] an, die ein Volumen von 2 Mrd. ECU für den EG-Haushalt ausmache. Ihm sei bewußt, daß wir nach wie vor die Fettsteuer ablehnten.

PM Chirac schlägt abschließend vor, daß eine offiziöse Arbeitsgruppe mit fünf Personen auf beiden Seiten gebildet werden solle, um eine gemeinsame deutsch-französische Marschrichtung für Kopenhagen zu erarbeiten.

Der *Bundeskanzler* erklärt sich hiermit einverstanden.[28]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

27 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.
Referat 411 notierte am 28. Oktober 1987, daß in den Europäischen Gemeinschaften noch kein Beschluß zur Einführung einer Fettsteuer gefaßt worden sei. Bei den Beratungen sei deutlich geworden, „daß die Gegner der F[ett]A[bgabe] im Rat über eine Sperrminorität" verfügten: „Die EGK hat daraufhin ihren Vorschlag anläßlich der Sitzung des Agrarrates am 1.7.87 aus dem Beschlußpaket herausgenommen. Der Vorschlag der EGK bleibt gleichwohl Gegenstand einer ergänzenden Untersuchung und von Konsultationen mit den wichtigsten Handelspartnern. Deren Ergebnisse sollen auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen im Dezember d. J. vorgelegt werden." An der Haltung der Bundesregierung habe sich allerdings nichts geändert. Sie lehne die Fettsteuer aufgrund möglicher handelspolitischer Retorsionsmaßnahmen der USA und Kanadas weiterhin ab. Vgl. Referat 411, Bd. 144314.

28 Am 20. November 1987 fanden in Paris deutsch-französische Gespräche zur Erarbeitung gemeinsamer Positionspapiere für die Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 statt. Themen waren die EG-Strukturpolitik, der britische Haushaltsausgleich, die Höhe und Struktur der EG-Eigeneinnahmen sowie die Frage der Agrarstabilisatoren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lautenschlager vom selben Tag; Referat 412, Bd. 168706.

316

Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud in Karlsruhe

VS-NfD **12. November 1987**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gemeinsame Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister am 12. November 1987 von 12.30 Uhr bis 15.15 Uhr anläßlich des 50. deutsch-französischen Gipfels in Karlsruhe[2]

Die Außen- und Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs trafen sich wie üblich zu Beginn des 50. deutsch-französischen Gipfels in Karlsruhe zu einer gemeinsamen Sitzung in Begleitung der Politischen Direktoren (Noiville und D2[3]) und ihrer Pendants in den Verteidigungsministerien (M. d'Amécourt und Staatssekretär Rühl).

Aus dem Gespräch, das von 12.30 Uhr bis 14.00 Uhr anläßlich eines Mittagessens im Beisein auch der Botschafter[4] und von 14.00 bis 15.15 Uhr in einem Besprechungsraum ohne Botschafter geführt wurde, ist festzuhalten:

1) Rüstungszusammenarbeit

Beide Seiten begrüßten die bevorstehende Unterzeichnung des MoU[5] über die gemeinsame Entwicklung und Produktion eines Panzerabwehrhubschraubers der zweiten Generation[6] und stellten die Notwendigkeit fest, daß die industriellen Aktivitäten dafür möglichst schnell aufgenommen werden sollten. Sie unterstrichen die große politische Bedeutung für die deutsch-französische Zusammenarbeit und für das operative Zusammenwirken der beiden Landstreitkräfte in diesem Bereich. BM *Wörner* berichtete über die parlamentarische Zustimmung in den dafür zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages. VM *Giraud* bezeichnete den PAH 2 als das technisch-operativ beste Waffensystem dieser Art in dieser Epoche.

2) Aufstellung eines deutsch-französischen Großverbandes der Landstreitkräfte (Brigade)[7]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 16. November 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Jess am 19. November 1987 vorgelegen.

2 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 315 und Dok. 318.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Franz Pfeffer (Bundesrepublik) und Serge Boidevaix (Frankreich).

5 Memorandum of Understanding.

6 Zum deutsch-französischen Projekt eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers (PAH 2) vgl. Dok. 89, Anm. 24.
Für den Wortlaut der deutsch-französischen Regierungsvereinbarung vom 13. November 1987 über die Entwicklung des Panzerabwehrhubschraubers vgl. BULLETIN 1987, S. 1071.

7 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.
In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 23. Oktober 1987 wurde festgehalten, daß die Arbeit an einem gemeinsamen Truppenteil seit September 1987 den Schwerpunkt

Die Minister nahmen den Bericht der Verteidigungsminister über die Gliederung, die Kommandostruktur, den Standort, die Unterstellung und den Auftrag des deutsch-französischen Heeresverbandes[8] zustimmend zur Kenntnis. Sie waren sich darin einig, daß dieser Verband reale militärische Effektivität und Modellcharakter haben solle. Sie stimmten darin überein, den Staats- und Regierungschefs zu empfehlen, den Beschluß über die Aufstellung, das Kommando und die Zusammensetzung der Stäbe anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages am 22.1.1988 in Paris[9] zu fassen. Mit diesem Heeresverband solle die enge deutsch-französische militärische Zusammenarbeit konkretisiert werden. VM *Giraud* unterstrich das gemeinsame Interesse an der Aufstellung eines militärisch effizienten Heeresverbandes. Es ginge hier nicht um „show business".

AM *Raimond* schlug vor, statt von einer Brigade von einem deutsch-französischen Heeresverband der Landstreitkräfte zu sprechen.

BM erwiderte, der Begriff „gemeinsame deutsch-französische Brigade" sei bei uns in der Öffentlichkeit etabliert. Die Einführung neuer Begriffe könnte neue Fragen aufwerfen.

VM *Giraud* warb dennoch für den Begriff „Großverband", da dieser keine Ähnlichkeit mit bestehenden Einrichtungen habe. Der Ausdruck „grande unité" sei daher sehr geeignet. Er würde es später auch erleichtern, über die Größe einer normalen Brigade hinauszugehen. Demgegenüber sei der Begriff „Brigade" in der französischen Umgangssprache zu determiniert.

3) Bildung eines gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrates[10]

Die Minister nahmen Kenntnis vom Beginn der Verhandlungen zwischen den beiden Außenministerien über die Bildung eines gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrates, der die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sicherheit und Verteidigung ausrichten, d.h. ihr politische Orientierung geben solle.[11] Es wurde in Aussicht genommen, den Staats- und Regierungs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1590

der militärischen Zusammenarbeit bilde: „Eine Unterarbeitsgruppe ‚GE-FR Truppenteil' wurde zur Untersuchung von Realisierungsmöglichkeiten eingesetzt. Der Ansatz zielt auf die Bildung einer deutsch-französischen Brigade, für die jedes Land gleiche Anteile (je zwei Bataillone und anteilige Brigadeeinheiten) stellt. Diese soll vorrangig Schutzaufgaben in der rückwärtigen Kampfzone wahrnehmen und im Einzelfall nach gemeinsamer politischer Entscheidung im Rahmen der für die französischen Landstreitkräfte gültigen Operationsplanung in der Vorneverteidigung zum Einsatz kommen." Vgl. Referat 202, Bd. 151083.

8 Für den undatierten Bericht der beiden Verteidigungsministerien über den „Gemischten Truppenteil" vgl. die Anlage 2 der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 9. November 1987; Referat 201, Bd. 143394.

9 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.
Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.

10 Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276.

11 Die Verhandlungen über den deutsch-französischen Verteidigungsrat begannen am 10. November 1987. Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am selben Tag: „Grundlage der Beratungen war der von deutscher Seite zum ersten Mal am 24. Juli 1987 der französischen Seite zugeleitete Beschlußentwurf, der mit dem Ergebnis erster deutsch-französischer Erörterungen (24.7. und 27.8.) zu einer Synopse zusammengefaßt und der französischen Seite am 23.9. übergeben worden war. In der Substanz blieben Beratungen, insbesondere was das Mandat des Verteidigungsrates angeht, im allgemeinen. Französische Seite zeigte sich eher beschränkt gesprächsfähig und verwies darauf, daß ihr der Text

chefs zu empfehlen, den Beschluß über die Einsetzung des gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrates anläßlich des 25. Jahrestages des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 22.1.1988 zu fassen. Die Außenminister verabredeten, anläßlich ihres nächsten bilateralen Treffens am 27.11.1987 in La Celle-Saint-Cloud den Meinungsaustausch unter Berücksichtigung der nächsten Verhandlungsrunde auf Expertenebene am 25.11.1987 fortzusetzen. AM *Raimond* qualifizierte die erste Verhandlungsrunde auf Expertenebene als Gelegenheit zur Darlegung der Probleme und Klärung von Verfahrensfragen und kündigte die Vorlage von Dokumenten für die zweite Verhandlungsrunde am 25.11.1987 an.[12]

4) Allgemeine Feststellungen zur deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung

VM *Giraud* erklärte, die deutsch-französische Zusammenarbeit werde in Frankreich gut aufgenommen. Gleichwohl gebe es aber noch Mißtrauen. Er halte es verfahrensmäßig für nicht schlecht, diese Gruppen Fragen stellen zu lassen, bevor die abschließende Bewertung des Manövers[13] vorliege. Insofern sei es gut, nicht zu schnell vollendete Tatsachen zu schaffen.

Auf die Frage von BM *Genscher*, ob VM Giraud die in Frankreich offenbar noch bestehenden Bedenken gegen die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung für überwindbar halte und woher diese Bedenken kämen, antwortete VM *Giraud*, bei der Brigade sehe er keine Schwierigkeiten, wohingegen man hinsichtlich des Verteidigungsrates größere Anstrengungen unternehmen müsse, weil die französische Regierung gezwungen sei, vor das Parlament zu gehen. Die Bedenken rührten im wesentlichen aus der Vergangenheit her.

5) Bewertung der Übung „Kecker Spatz"

BM Wörner und VM Giraud fanden, daß die ersten gemeinsamen Schlußfolgerungen zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz" (Moineau hardi) zu positiv ausgefallen seien. Das gemeinsame Manöver wäre zwar im Ergebnis zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 1591

nicht offiziell vom Elysée zugeleitet worden sei. Zwischen den Zeilen wurde aber deutlich, daß Text wohl bekannt war, französische Seite aber zunächst eine Sondierungsrunde wünschte, um präzisen Inhalt und Hintergrund der deutschen Vorstellungen zu erfahren." Vgl. VS-Bd. 12088 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

12 Die zweite Verhandlungsrunde über den deutsch-französischen Verteidigungsrat fand am 25. November 1987 in Paris statt. Für die Ergebnisse vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Morr vom 26. November 1987; VS-Bd. 12088 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Ministerialdirigent von Ploetz bilanzierte am 26. November 1987, daß die „französische Seite wie wir bis zum 22. Januar 1988 einen positiven Abschluß anstrebt. Andererseits ist auch deutlich geworden, daß die Verhandlungsführer aus Außen- und Verteidigungsministerium in Paris nur eine Minimalvereinbarung wünschen. Chirac verläßt sich offensichtlich auf das konservative Status-quo-Denken des Quai d'Orsay, andererseits aber auch auf seine diplomatische Fähigkeit, durch begrenztes Eingehen auf die deutschen Überlegungen – und damit auch die Wünsche des französischen Staatspräsidenten – mögliche, im Wahlkampf störende Wirkungen einer Verweigerungshaltung zu vermeiden. Für uns muß es darauf ankommen, in den zentralen Punkten – Konkretisierung der bilateralen Zusammenarbeit mit dem Ziel zunehmender Herausbildung der europäischen Identität auf dem Gebiet von Sicherheit und Verteidigung und Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit mit dem Ziel einer zunehmend koordinierten und schließlich gemeinsamen Politik – fest zu bleiben." Vgl. VS-Bd. 12088 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

13 Zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz" vgl. Dok. 276.

Recht positiv bewertet worden, doch wäre es gut gewesen, wenn der erste Bericht etwas mehr über die Schwierigkeiten ausgesagt hätte, die sich bei dem Manöver gezeigt hätten.[14]

BM *Wörner* bezeichnete diesen Bericht als einen mehr diplomatischen als militärischen Bericht.

BM Wörner stellte fest, daß es bei der Übung „Kecker Spatz" folgende Probleme gegeben habe:

– Sprachschwierigkeiten,
– Schwierigkeiten hinsichtlich der technischen Kommunikation,
– Schwierigkeiten wegen unterschiedlicher operationaler Konzepte,
– Schwierigkeiten wegen der Unterschiede in der Verwendbarkeit der Ausrüstungen,
– Schwierigkeiten in der Koordinierung der Bewegung.

Das heiße nicht, daß das Manöver in seiner Grundanlage falsch gewesen wäre. Es habe in weiten Teilen gut funktioniert. Wenn ein solches Manöver keine Probleme gezeigt hätte, wäre dies ein Wunder oder eine Lüge.

VM *Giraud* bezeichnete die Darstellung von BM Wörner als optimistisch. Wichtigstes positives Ergebnis des Manövers sei die Schnelligkeit der Ankunft der französischen Streitkräfte bei ihren deutschen Verbündeten und deren sofortige Einsatzfähigkeit nach Ankunft gewesen. Die Einheiten der FAR hätten in zwei Tagen 1300 km zurückgelegt und seien bereits zwölf Stunden nach Ankunft zu 90% einsatzfähig gewesen. Trotz der Sprachschwierigkeiten habe das Kommando gut funktioniert. Der zweimalige Kommandowechsel habe keine Probleme verursacht. Die Fähigkeit der FAR zu schnellem Einsatz an der Seite des deutschen Verbündeten sei ein politisch sehr wichtiger Faktor. Er müsse allerdings auch feststellen, daß die leichten Verbände der FAR ohne schwere Unterstützung durch den deutschen Verbündeten sich allein nicht hätten lange halten können. VM Giraud bezeichnete die FAR insoweit als „Harpune der Ersten Armee". Dies sei eine wichtige Schlußfolgerung für die abschließende Bewertung des Manövers.

VM Giraud führte weiter aus, daß das Manöver davon ausgegangen sei, daß der Gegner nicht über Hubschrauber verfüge. Nach französischer Einschätzung habe das Manöver die erhöhte Bedeutung des Einsatzes von Anti-Hubschraubern[15] unterstrichen. Für das deutsche Kommando sei diese Erkenntnis neu gewesen. Er sei gespannt, ob man sich auf eine gemeinsame Bewertung einigen werde.

VM Giraud berichtete weiter, daß die Unterrichtung während des Manövers aus technischen Gründen unzureichend gewesen wäre. Als nachteilig habe sich herausgestellt, daß das Kommandosystem auf deutscher Seite mit dem französischen System nicht übereinstimme.

14 Für den undatierten Bericht „Erste gemeinsame Schlußfolgerungen zur deutsch-französischen Heeresübung ‚Kecker Spatz/Moineau hardi'" vgl. die Anlage 3 der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 9. November 1987; Referat 201, Bd. 143394.

15 So in der Vorlage.

BM *Wörner* warf ein, daß unsere Seite französische Apparate benutzt habe. Auf oberster Führungsebene habe die französische Seite jedoch über modernere Apparate verfügt.

StS *Rühl* stellte fest, die Hauptschwierigkeit habe darin gelegen, daß die leichten französischen Truppen mit den schweren deutschen Truppen auf längere Zeit zusammenarbeiten mußten. Daran habe sich auf deutscher Seite die Kritik an der Anlage des Manövers hauptsächlich entzündet. Das werde sich ändern, wenn die französischen Streitkräfte neue Hubschrauber bekämen.

VM *Giraud* wandte ein, daß dies nicht für die Kritiker auf französischer Seite gelte. Er bat, diese Frage bei der Manöverbewertung mit zu prüfen. Er halte es für wichtig, die Schwierigkeiten zu erkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, statt so zu tun, als interessiere einen das nicht. Es sei klar, daß die FAR nicht allein handeln könne. Diese Feststellung halte er politisch für wichtig, weil niemand glauben dürfe, die FAR könne die Probleme im Norden Deutschlands lösen. Man könne Deutschland nicht gut verteidigen, solange in der norddeutschen Tiefebene ein Loch klaffe.

BM unterstrich diese Feststellung und wies zusätzlich auf das bestehende Loch an der Nordflanke der NATO hin. In diesem Zusammenhang berichtete er, daß er bereits im Jahre 1975 in der damaligen Bundesregierung die Stationierung einer amerikanischen Brigade im Raum Bremen[16] unterstützt habe. Diese Brigade stelle die Vorhut für ein ganzes amerikanisches Armeekorps dar, das innerhalb von drei Wochen im Spannungsfall herangeführt werden kann. BM Genscher wies in diesem Zusammenhang auch auf die für die Verteidigung günstigere geographische Situation im Süden als im Norden Deutschlands hin.

VM *Giraud* stellte fest, diese Situation zeige, daß die Abschreckungsstrategie weiter funktionieren müsse.

BM stimmte dem zu.

Nach einem Exkurs über die Zuständigkeiten der Finanzminister in der deutschen und der französischen Regierung sprach sich BM Genscher dafür aus, daß vom 50. deutsch-französischen Gipfel in Karlsruhe ein Signal für die Verteidigung und Stärkung des EWS ausgehen[17] und daß man einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung einer europäischen Währungsunion unternehmen sollte.

6) Bericht über Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung

Die Minister billigten den Bericht des deutsch-französischen Ausschusses über Sicherheit und Verteidigung vom 6.11.1987.[18] Sie stellten fest, daß dieser Bericht lediglich zur internen Verwendung bestimmt sei.

7) Entwurf einer Erklärung für den 50. deutsch-französischen Gipfel im Bereich von Sicherheit und Verteidigung[19]

16 Zur Stationierung einer amerikanischen Brigade bei Bremen („Brigade 76“) vgl. AAPD 1976, I, Dok. 46, Dok. 104 und Dok. 120, sowie AAPD 1976, II, Dok. 225 und Dok. 251.

17 Zu den Folgen der Krise an den internationalen Finanzmärkten für das EWS vgl. Dok 314, Anm. 21.

18 Legationsrat I. Klasse von Morr resümierte am 9. November 1987 die Ergebnisse der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung. Vgl. dazu die Anlage A der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 9. November 1987; Referat 201, Bd. 143394.

19 Für den Wortlaut der Erklärung vom 13. November 1987 zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. BULLETIN 1987, S. 1070 f.

Die Minister erörterten den vom Ausschuß für[20] Sicherheit und Verteidigung vorgelegten Entwurf einer Erklärung für den 50. deutsch-französischen Gipfel.[21]

VM *Giraud* bat, in Absatz 4 bei der Bewertung des Manövers „Kecker Spatz" statt von der „Schnelligkeit eines Einsatzes der französischen Streitkräfte" von der „Fähigkeit zu einem raschen Einsatz der französischen Streitkräfte" zu sprechen. BM *Wörner* wandte dagegen ein, daß sich die Bedeutung dieser Aussage für uns dadurch abschwäche. Die französischen Minister behielten sich daraufhin die Entscheidung von PM Chirac vor. Der französische Änderungsvorschlag wurde entsprechend in Klammern eingefügt.

Der französische Vorschlag, in Ziffer 1 im Zusammenhang mit der WEU das Wort „notamment" (namentlich) einzufügen, fand Zustimmung.

Die Minister einigten sich, in der Ziffer 2 den künftigen Standort der gemischten Brigade und deren Zusammensetzung zu streichen. Es bestanden jedoch keine Bedenken, darüber mündlich Auskunft zu geben.

Auf deutschen Vorschlag wurde nach der Ziffer 2 ein Passus über die Absicht beider Seiten eingefügt, in naher Zukunft einen Verteidigungsrat zu bilden. Auf französischen Wunsch einigten sich die Minister auf die Bezeichnung „Conseil de Sécurité et de Défense" (Sicherheits- und Verteidigungsrat). Für den Passus wurde der französische Vorschlag gebilligt:

„3/ Etudier les modalités de mise en œuvre d'un Conseil de Sécurité et de Défense conjoint qui serait chargé d'orienter la coopération entre les deux pays en matière de sécurité."

(3/ Die Modalitäten zur Einsetzung eines gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrates zu prüfen, der die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sicherheit ausrichten soll.)

8) Planung der Vorhaben zum 25. Jahrestag[22] des Elysée-Vertrages

D2 trug hierzu vor, daß aus Anlaß des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages im Bereich von Sicherheit und Verteidigung geplant seien:

– Beschluß zur Aufstellung der Brigade,
– ggf. Beschluß eines Sicherheits- und Verteidigungsrates,
– Austausch der Lehrgangskataloge,
– gemeinsame Truppenaufstellung bzw. Parade.

Die beiden Verteidigungsminister einigten sich, die Frage der gemeinsamen Truppenaufstellung bzw. Parade untereinander zu klären.

9) West-Ost-Verhältnis/Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung

BM *Genscher* stellte in seiner Einführung fest, daß nach der Verabschiedung der WEU-Plattform[23] zwei wichtige Ereignisse bevorstünden: der amerikanisch-sowjetische Gipfel[24] und die Herbsttagung des NATO-Ministerrats in Brüssel[25].

20 Korrigiert aus: „von".
21 Für den Entwurf der Erklärung vgl. Referat 201, Bd. 143391.
22 Korrigiert aus: „der Vorhaben zum Vorhaben zum 25. Jahrestag".
23 Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen" vgl. Dok. 297, Anm. 27.
24 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.
25 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

BM erinnerte an die schwierigen Kommuniqué-Verhandlungen im Juni 1987 in Reykjavik[26], die die Aufzählung der wichtigen Elemente der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik insbesondere in Ziffer 7 und 8 des Kommuniqués[27] zum Ergebnis hatten, die nunmehr weiterentwickelt werden müssen. Er wolle damit sagen, daß es ein Gesamtkonzept des Bündnisses der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik gebe, das aber der Weiterentwicklung bedürfe. Wir dürften uns nicht kleiner machen, als wir seien. Uns liege daran, die dem Bündnis gestellten Aufgaben in der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik in einen weiteren Zusammenhang zu stellen. Er habe deshalb Wert darauf gelegt, auch Fortschritte in der europäischen Einigung und im KSZE-Prozeß zu erzielen und sich darüber hinaus der weltweiten Verantwortung bewußt zu sein. Er würde es sehr begrüßen, wenn von dem Gipfeltreffen ein Signal zur Verteidigung des EWS und seiner Fortentwicklung in Richtung einer europäischen Währungsunion ausgehen würde. Dynamik in den West-Ost-Beziehungen erfordere zugleich Einigkeit unter den westlichen Demokratien.

BM fuhr fort, hinsichtlich des rüstungskontroll- und abrüstungspolitischen Gesamtkonzepts entsprechend dem NATO-Kommuniqué von Reykjavik wolle er sich auf folgende Punkte konzentrieren: Wir seien der Meinung, daß das Bündnis die größte Energie auf die Verhandlungen über die Herstellung konventioneller Stabilität in Europa[28] verwenden müsse. Die Ziele, die das Bündnis erreichen wolle, seien in der Brüsseler Erklärung vom Dezember 1986[29] definiert worden. Der Westen sollte auf diesem Gebiet in die Offensive gehen, auf dem der Osten zu leisten habe, da er in bestimmten Bereichen eindeutig überlegen sei. Wir täten das auch deshalb, weil wir der Meinung seien, daß das konventionelle Kräfteverhältnis angesichts der greifbar nahen Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung an Bedeutung zunähme.

BM fuhr fort, das zweite Gebiet, wo wir einen baldigen positiven Verhandlungsabschluß wollen, sei das weltweite Verbot der chemischen Waffen[30]. Das dritte Gebiet sei das, was wir als Vorbereitung des Mandats für Verhandlungen über bodengestützte amerikanische und sowjetische Flugkörper mit einer Reichweite unterhalb 500 km bezeichnen.

BM schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß er in diesem Zusammenhang bewußt nicht über die Reduzierung der strategischen nuklearen Waffen gesprochen habe; hier seien wir uns einig, daß eine 50-prozentige Reduzierung der Potentiale der Supermächte wünschenswert sei und wir uns eine Verständigung der beiden Weltmächte vom Gipfeltreffen in Washington erhofften.[31] Für

26 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

27 Für den Wortlaut von Ziffer 7 und 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung vom 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.

28 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

29 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

30 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

31 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 243.
Referat 220 führte aus, daß es bei den Verhandlungen gegenwärtig primär „um die Frage der Zwischengrenzen (‚sub-ceilings')" gehe, „die für die konkrete Zusammensetzung der strategischen Potentiale

uns sei es wichtig, daß wir uns mit unseren französischen Freunden über die drei genannten Kategorien verständigten, die ganz wesentliche Auswirkungen auf den deutschen Boden hätten.

AM *Raimond* wies in seiner Erwiderung zunächst darauf hin, daß es im Kommuniqué von Reykjavik die beiden Ziffern 7 und 8 gäbe. Ziffer 7 zähle die Gesamtheit des Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesses auf, Ziffer 8 enthalte den Auftrag, eine Studie über das Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung zu erarbeiten.

BM warf an dieser Stelle ein, daß zwischen uns Klarheit darüber bestehen sollte, daß das Bündnis über ein Gesamtkonzept bereits verfügt, das weiterentwickelt werden soll.

AM *Raimond* erwiderte, das sei für ihn nicht das Problem. Ziffer 7 des Kommuniqués enthalte eine Aufzählung, Ziffer 8 beziehe sich jedoch auf eine Studie, die sich gleichzeitig befassen solle mit Rüstungskontrolle sowie weiteren Elementen im Sinne von untereinander verflochtenen Problemen.

BM stellte fest, daß wir dagegen nichts einzuwenden hätten, weil wir dies im Text der Ziffer 8 so beschlossen hätten.

AM *Raimond* stellte fest, daß die Studie bisher nicht in Angriff genommen worden sei. *BM* erwiderte, daß auch wir dies bedauerten und daß wir gemeinsam mit größtem Nachdruck bei den Bündnispartnern darauf hinwirken sollten, daß damit begonnen werde. Er wolle allerdings nochmals absolute Klarheit schaffen. Der Text gehe von einem vorhandenen Gesamtkonzept aus, das weiterentwickelt werden müsse. Diese Feststellung sei wichtig, weil nicht der Eindruck erweckt werden dürfe, als reagierte das Bündnis nur auf die Vorschläge von GS Gorbatschow. Das Bündnis habe selbst sehr klare Positionen, die, so wie dies in Ziffer 8 des Kommuniqués gesagt werde, weiterentwickelt werden müßten.

AM *Raimond* beklagte, daß wir kein „globales Konzept" hätten. Es habe sowjetisch-amerikanische Verhandlungen mit sowjetischen Vorschlägen und westliche Reaktionen darauf gegeben. Jenseits der Diskussion in der WEU habe es in der NATO niemals eine so seriöse Diskussion über die Gesamtheit der Probleme im West-Ost-Verhältnis und der Rüstungskontrolle und Abrüstung gegeben. Man habe von Anfang an die sowjetische Logik übernommen. Er finde, es gehe nicht, daß wir keine westliche Logik hätten. Es habe sowjetische Initiativen gegeben, auf die wir mehr oder weniger logisch reagiert hätten. Er frage sich, was dagegenstehe, eine Gesamtdiskussion über das West-Ost-Verhältnis und die Gesamtheit der Abrüstung zu führen. Die konventionelle Stabilität sei sehr wichtig. Nach der Einigung über die Verfahrensfragen gehe das Bündnis jetzt an die Substanz der Vorschläge. Zu CW sei er einverstanden. Die Frage der atomaren Kurzstreckenwaffen gehöre in die Gesamtheit des Konzepts. Man müsse das Gesamte in die richtige Reihenfolge bringen. Ein isoliertes Vorgehen kompliziere das westliche Herangehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1596

innerhalb der vereinbarten Obergrenzen entscheidend" seien. Zentrale Probleme seien hier die „Struktur der Triade (ICBM, SLBM, Bomber)" sowie der „Anteil schwerer ICBM". Weitere offene Substanzfragen seien das „Verbot mobiler ICBM", das „Gesamtwurfgewicht ballistischer Raketen", die Frage von Obergrenzen für SLCM, der Reduzierungszeitraum sowie die Verifikationsproblematik. Das Haupthindernis für ein Abkommen bliebe jedoch weiterhin die „Verknüpfung mit dem Verhandlungsbereich Weltraum". Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 202, Bd. 151083.

BM erwiderte, er betrachte nichts isoliert. Wenn D und F erklärten, die Studie müsse rasch angepackt werden, werde AM Raimond ihn an seiner Seite haben. Er sei jedoch nicht einverstanden, daß es keine westliche Logik gebe. Das Problem sei ein anderes. Die Amerikaner hätten in Reykjavik[32] die westliche Logik verlassen, deren Teil stets die Strategie der Abschreckung war und auch heute noch sei. In dem Augenblick, wo Präsident Reagan die atomaren Waffen als unmoralisch bezeichnet habe[33], habe er sich auf einen gefährlichen Weg begeben.

BM wies noch einmal darauf hin, daß wir ein gemeinsames Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzept haben, daß wir uns im Dezember 1986 und im Juni 1987 in Reykjavik über die Ziele der konventionellen Abrüstung sehr einig waren, was wir bei der globalen Eliminierung der chemischen Waffen wollen und wie wir die bodengestützten amerikanischen und sowjetischen nuklearen Flugkörper unterhalb 500 km Reichweite behandeln. Natürlich müßten wir das Gesamtkonzept weiterentwickeln. Für die Bundesregierung sei das auch innenpolitisch wichtig.

BM fuhr fort, wir bäten unsere französischen Freunde auch zu sehen, daß wir uns durch die Entwicklung in einem wichtigen Punkt nähergekommen seien. F habe an den MBFR-Verhandlungen nicht teilgenommen, die BM Wörner und er stets mit großer Skepsis betrachtet hätten. Wo wir uns jetzt mit den Verhandlungen über konventionelle Stabilität in ganz Europa hinbewegten, fänden sich D und F wieder. Dies sei sehr wichtig.

BM wies darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit den USA die Hauptlast der konventionellen Verteidigung in Europa trage.

AM *Raimond* meinte, er meine nicht diese Diskussion. BM habe festgestellt, daß das Bündnis ein Gesamtkonzept habe, das die USA verlassen hätten. Er halte es für notwendig, klarzustellen, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung und die West-Ost-Politik zusammen diskutiert werden müßten. Es gebe amerikanische Initiativen. BM gebe seine Auffassung in öffentlichen Reden in Davos[34] und Minnesota[35] wieder, aber im bilateralen Verhältnis gebe es keine echte Diskussion über die von ihm genannte Problematik. Auch im Juni in Reykjavik habe es hierüber keine eingehende Diskussion gegeben. Dieses halte er jedoch für notwendig, einschließlich der Probleme, die in einem weiteren Sachzusammenhang mit dem Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzept stünden. Dies habe er auch Ende Oktober in Brüssel in der NATO zum Ausdruck gebracht: Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen in einem breiten politischen Kontext behandelt werden. Er teile die Auffassung von BM, daß es um die Weiterentwicklung eines Gesamtkonzepts des Bündnisses gehe. Wichtig sei aber, daß die Allianz nunmehr daran gehe, in Substanz und Verfahren Einvernehmen über den weiteren Fortgang der Rüstungskontrollpolitik zu erzielen. Gorbatschow werde nicht zögern, sich ein weiteres Zuwarten des Bündnisses zunutze zu machen.

32 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

33 Vgl. die Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

34 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

35 Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 9. Oktober 1987 vgl. Dok. 283, Anm. 7.

BM *Wörner* führte aus, in einem solchen konzeptionellen Gesamtzusammenhang, der sowohl aus verhandlungstaktischen als auch aus Gründen des strategischen Zusammenhangs notwendig sei, spielten für uns Deutsche neben der Reduzierung der strategischen Waffen und der weltweiten Eliminierung der chemischen Waffen zwei Bereiche eine Rolle:

– das konventionelle Ungleichgewicht zugunsten des Warschauer Paktes,
– der Bereich der bodengestützten nuklearen Flugkörper unterhalb 500 km Reichweite.

Es müsse versucht werden, hier zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Der Ausgleich des konventionellen Ungleichgewichts sei das zentrale Interesse der Rüstungskontrollpolitik der nächsten Zeit. Das laufe parallel mit den anderen Zielen. Er warne vor einem nur zahlenmäßigen Herangehen an das Problem.

Hier gehe es um mehr, nämlich um den Abbau der Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakts. Die Sowjetunion müsse strukturell angriffsunfähig werden. Bei einem reinen Zahlenspiel werde es Gorbatschow sehr einfach haben, uns auseinanderzudividieren. Hinsichtlich der nuklearen Waffen unterhalb 500 km Reichweite teile er die Bedenken, daß dies zu einer dritten Null-Lösung führen könnte. Er sei sehr entschieden gegen eine dritte Null-Lösung. Diese sei mit unserer Sicherheit unvereinbar. Andererseits dürfe das nicht bedeuten, daß wir kein Konzept zur Lösung der SNF-Problematik haben. Wir müßten wissen, was wir wollten, und uns verständigen über ein paralleles Vorgehen oder ein Vorgehen nacheinander. Über das verhandlungstaktische Herangehen müsse man sprechen.

VM *Giraud* wies auf die Notwendigkeit hin, Klarheit darüber zu gewinnen, worüber man einig sei und worüber nicht. Nach seiner Auffassung gebe es im Westen Einigkeit über drei Gegenstände:

– die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Waffen,
– die Beseitigung der Invasionsfähigkeit der Streitkräfte des Warschauer Paktes,
– die chemische Abrüstung.

Was die atomaren Kurzstreckenwaffen angehe, so glaube er, daß es klug wäre, abzuwarten, bis sich die NATO über die Konsequenzen aus dem Abschluß des INF-Abkommen einig geworden sei. Die Amerikaner seien darüber zerstritten; was die Europäer betreffe, dürften wir nicht zu einer dritten Null-Lösung kommen. Wenn der Westen in Verwirrung darüber diskutiere, was Post-INF geschehen solle, werde Gorbatschow letztlich die Diskussion führen, denn er wolle Europa denuklearisieren. Angesichts der verabschiedeten WEU-Plattform wolle er die europäische Solidarität und die deutsch-französische Solidarität unterstreichen. Nach der Eliminierung der Mittelstreckenwaffen längerer und kürzerer Reichweite durch das INF-Abkommen sei es erforderlich, die nuklearen Mittel des Bündnisses der neuen Lage anzupassen. Danach könne man die folgenden Probleme angehen. Er wolle die Notwendigkeit unterstreichen, Europa nicht zu denuklearisieren.

BM faßte die Diskussion wie folgt zusammen:

Operativ halte er fest, daß die in Ziffer 8 des NATO-Kommuniqués von Reykjavik angeforderte Studie schnellstens begonnen wird. Er frage sich, ob es in Frankreich Vorstellungen darüber gebe, wie man auf den amerikanisch-sowjetischen Gipfel reagieren solle. Denke man in Paris noch an andere Zusammenkünfte auf

höherer Ebene außer der Herbsttagung des NATO-Ministerrates am 10./11. Dezember?

AM *Raimond* erwiderte, AM Shultz werde die Bündnispartner am 10. Dezember in Brüssel unterrichten. Das reiche aus. Für einen NATO-Gipfel werde im Augenblick in Paris kein Bedarf gesehen.

D2 wies unter Bezugnahme auf das PK in Kopenhagen auf die Absicht der Präsidentschaft[36] hin, den Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Kopenhagen am 4./5. Dezember[37] die Verabschiedung einer West-Ost-Erklärung vor dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen vorzuschlagen.[38]

AM *Raimond* erklärte hierzu, er sei nicht sehr für eine solche Erklärung.

BM stimmte dem zu; konkret könne man vor dem Gipfeltreffen nichts sagen. Eine allgemeine Erklärung mache wenig Sinn.

Es bestand Einvernehmen abzuwarten, was die dänische Präsidentschaft sich konkret vorstellt. Aus der Sicht von heute könne man in einer West-Ost-Erklärung auf dem ER jedoch keinen großen Nutzen sehen.

Referat 202, Bd. 151084

36 Die EG-Ratspräsidentschaft hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 Dänemark inne.

37 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 358.

38 Zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 11./12. November 1987 in Kopenhagen vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling am 13. November 1987, daß sich die dänische EG-Ratspräsidentschaft wegen des anstehenden amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens für die Behandlung der West-Ost-Beziehungen auf der Tagung des Europäischen Rats ausgesprochen sowie die Verabschiedung einer diesbezüglichen Erklärung angeregt habe. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen habe dem entgegnet, daß der Europäische Rat sich auf die Behandlung der EG-Themen konzentrieren müsse und somit nur wenig Zeit für die Behandlung der West-Ost-Beziehungen bleibe. Allerdings wolle man „den dänischen Vorschlägen nicht im Wege stehen“. Vgl. den Runderlaß Nr. 42–45; Referat 200, Bd. 134829.

317

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-6608/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4860

Aufgabe: 12. November 1987, 21.45 Uhr[1]
Ankunft: 13. November 1987, 04.40 Uhr

Betr.: INF-Verhandlungen;
hier: Derzeitiger Stand

Bezug: DB Nr. 4608 VS-v vom 27.10.87[2]

1) Die Verhandlungen in Genf haben seit den Außenministertreffen in Moskau[3] nur langsame Fortschritte bei der Ausräumung der noch verbliebenen Gegensätze gemacht. Die Mehrzahl der im Bezugsbericht beschriebenen Differenzen besteht weiterhin. Gesprächspartner in der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department sind der Auffassung, daß es eines politischen Kraftaktes auf höchster Ebene bedürfe, um zu entscheiden, wann, wo und wie die Verdachtskontrollen zulässig sein sollen. Innerhalb der Administration gehe die Diskussion weiter, welche Lösungen man hierfür anstreben solle und was realistischerweise erreichbar sei. Es sei möglich, daß man dabei zu Lösungen komme, die eine Vereinfachung der gegenwärtigen hochkomplexen Vorschläge enthielten.

2) Die nur langsamen Fortschritte am Verhandlungstische in Genf seien damit zu erklären, daß ein großer Teil der verbleibenden Detailfragen erst durch Einigung bei den Verdachtskontrollen lösbar werde (dann aber auch keine größeren Hindernisse mehr aufwerfen sollte). Man sehe sich bei vielen Einzelfragen einer sowjetischen Delegation gegenüber, die offensichtlich nicht über ausreichend Weisungen verfügt. Teilweise würden Koordinationsprobleme deutlich, so wenn Dubinin in Moskau „portal monitoring“ unterstütze, während gleichzeitig Obuchow es in Genf zurückweise.

3) Der detaillierte Datenaustausch ist weiterhin nicht erfolgt. Die SU-Delegation habe ihn zwar mehrfach als unmittelbar bevorstehend angekündigt, dann aber

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 13. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik und Referat 201 sowie an Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationssekretär Haller „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Mülmenstädt vorgelegen.

2 Botschafter van Well, Washington, informierte über den Fortgang der INF-Verhandlungen nach dem Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22./23. Oktober 1987 in Moskau. Er übermittelte die Bestandszahlen der amerikanischen SRINF- und LRINF-Systeme per 30. September 1987, „die die USA der SU am 26.10. übergeben“ hätten. Ferner ging van Well auf die noch offenen Fragen ein, darunter die Anzahl der jährlichen Verdachtskontrollen, die „Ausdehnung der Verdachtskontrollen auf Stationierungsländer und US-Einrichtungen in Drittstaaten“, den Zeitpunkt der „Auskunft über Art und Ort einer Inspektion“ sowie den Zugang von Einrichtungen bei Verdachtskontrollen, die Frage der unterschiedlichen Kategorien von Verdachtskontrollen, die „Bewegungsfreiheit am Inspektionsort“ und die Möglichkeit zum einseitigen Inspektionsabbruch, die Frage der Notifikation bei „Forschungs- und Entwicklungsstarts“ und der Aufnahme eines allgemeinen Artikels „mit Nichtumgehungsverpflichtungen“ in den INF-Vertrag sowie die „Kriterien für die Verifikation der endgültigen Produktionsbeendigung“ und das „Verfahren für die Eliminierung der Gefechtsköpfe“. Vgl. VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

immer wieder Rückzieher gemacht und jetzt festgestellt, daß sie derzeit dazu nicht in der Lage sei. Über die Gründe dieser Verzögerung sei man sich im klaren. Sowohl rein technische Probleme wie auch Meinungsverschiedenheiten zwischen politischen und militärischen Stellen seien denkbar. Verhandlungstaktische Gründe für die Verzögerung seien ebenfalls nicht auszuschließen, doch sehe man nicht, welche Vorteile sich die SU davon verspreche. Es ist anzunehmen, daß Gerassimows Vorwürfe (vgl. DB Nr. 3635 vom 12.11. aus Moskau[4]), die USA hätten neu und überraschend Einbeziehung von ICBM in die INF-Nicht-Produktionskontrollen verlangt, eine Reaktion auf die sowjetische Verzögerung beim Datenaustausch sind. Sie stellen sicher eine Antwort auf die an die Öffentlichkeit geleakte Unzufriedenheit der US-Administration mit dieser Verzögerung dar. Sachlich sind die Vorwürfe haltlos. Die US hat bei der Kontrolle der Nicht-Produktion immer darauf hingewiesen, daß bei Überschneidungen in INF- und ICBM-Produktionsstätten eine Kontrolle erforderlich sei. Neue amerikanische Vorstöße hierzu hat es nicht gegeben. Ganz im Gegenteil habe man frühere Forderungen, auch die SS-24 einzubeziehen, aufgegeben und beschränke sich nunmehr ausschließlich auf die teilweise baugleiche SS-25. Derartige Probleme können aber nicht die hier herrschende feste Überzeugung erschüttern, daß der Vertrag bis zum Gipfeltermin[5] fertiggestellt sein wird. Es wird darauf verwiesen, daß es durchaus auch in Einzelbereichen Fortschritte gegeben habe. Hierzu gehört die Einigung über den Umfang und die Modalitäten der Zerstörung durch Abschuß (launch to destroy).

4) Von den Gesprächen Kampelmans mit Woronzow (Genf, 16.11.) erwarte man die Klärung weiterer Einzelheiten.[6] Dort gehe es im übrigen aber ebenso um die

4 Botschaftsrat Neubert, Moskau, berichtete über die Stellungnahme des Pressesprechers des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, vom selben Tag. Amerikanischen Medienberichten, daß „INF-Verhandlungen sich verzögerten, weil SU erforderliche Informationen über ‚Dislozierungsräume und Raketentypen' nicht rasch genug zur Verfügung" stelle, habe Gerassimow entgegnet, die Schwierigkeiten rührten daher, daß „die amerikanische Seite im letzten Moment, sozusagen beim Fallen des (Theater-)Vorhanges, Vorschläge zur Verifizierung des Nichtvorhandenseins von INF durch Einbeziehung der sowjet[ischen] ICBM in die Verifikation vorgebracht" habe. Ferner habe er betont, daß die SU selbstverständlich bereit sei, über die Verifikation von ICBM zu sprechen, „aber in der nächsten Etappe, bei der Erörterung eines Vertrages über die Reduzierung strateg[ischer] Offensivwaffen". Vgl. Referat 220, Bd. 144773.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

6 Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 21. November 1987, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, habe in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) am Vortag über die Ergebnisse der Gespräche des amerikanischen Sonderbotschafters Kampelman mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 16./17. November 1987 in Genf berichtet: „Überraschend kam die Erklärung, daß US nunmehr bereit ist, auf sowjetische Forderung nach Festlegung des Verhältnisses von P II und GLCM zu Ende der ersten Phase einzugehen. Die Form der […] Übereinkunft ist noch nicht entschieden. Anscheinend ist derzeit an den Austausch von Briefen parallel zur Vertragsunterzeichnung gedacht. Jedoch sei auch die Möglichkeit der Form eines ‚Agreed Understanding' oder sogar der Einbeziehung in den Vertragstext nicht auszuschließen. Die Formel selbst soll in ihrer Kompliziertheit offensichtlich nur einen Dissens überdecken, der zwischen Pentagon und State Department noch nicht ausgetragen war. State Department sieht kein Problem, sich auf die […] sowjetische Forderung nach maximal 54 P II zu Beginn der zweiten Phase einzulassen, Pentagon war dazu noch nicht bereit. Formel von ‚up to 72' trägt dem Rechnung. Es handelt sich wohlgemerkt um die Zahl von Deployed- und Non-deployed-Systemen incl[usive] spares. Am Rande der Sitzung wurde uns klar zu verstehen gegeben, daß wir mit unserem Wunsch nach 54 Systemen keine Probleme erwarten sollten. Noch keinen durchschlagen-

Vorbereitung anderer Gesprächspunkte des Gipfels, insbesondere von START. Der Durchbruch bei dem Komplex der Verdachtskontrollen könne wohl nur auf sehr hoher Ebene erzielt werden. Gesprächspartner ließ erkennen, daß dies sicherlich nicht unterhalb der AM-Ebene möglich sein werde, ließ aber offen, ob dies ein neues Zusammentreffen notwendig machen werde.

Einzelfragen:

Verifikation Baugleichheit SS-5 mit Forschungsrakete SL 8-J: SU stelle neuerdings Baugleichheit wieder in Abrede, habe aber noch keine neuen Aussagen gemacht. SU sei weiterhin nicht bereit, US-Vertragsvorschläge zu Behandlung von Forschungs- und Entwicklungsträgersystemen zu akzeptieren.

Länge der Eliminierungsphasen ist weiterhin strittig: SU beharrt auf 29 Monaten für erste Phase, US-Vorschlag: 25 bis 26 Monate. Einigung besteht dagegen inzwischen über Zahl der zu Beginn der zweiten Phase zulässigen Systeme. Dies sollen 171 Träger sein. Insgesamt dürfe jede Seite zu diesem Zeitpunkt maximal 200 Gefechtskopfsysteme besitzen, inklusive aller Non-deployed-Bestände. Diese Einigung zeige, daß man in Einzelpunkten durchaus sich pragmatisch verständigen könne. Mit der Zahl 200 sei es gelungen, eine verläßliche Begrenzung zu erzielen, nachdem das Konzept 150 plus 15 Prozent aufgrund der Unterschiedlichkeit der jeweiligen Systeme zunächst wohl keine völlig ausgeglichene Lösung für beide Seiten zu erlauben schien.

Bei launch to destroy habe man sich darauf geeinigt, daß jede Seite das Recht habe, 100 LRINF-Trägersysteme innerhalb der ersten sechs Monate abzufeuern. Für SRINF-Systeme soll ein solches Recht nicht eingeräumt werden. Die Abschußmodalitäten seien so geregelt worden, daß man die andere Vertragspartei zehn Tage vor Abschuß unterrichte, der eigentliche Start solle dann in Bündeln über einen Zeitraum von zwei bis drei Tagen erfolgen, wobei ein Mindestabstand von sechs Stunden von Start zu Start einzuhalten sei. Mit dieser Lösung glaube man, eine befriedigende Vereinbarung in dieser Frage erzielt zu haben. Es fällt auf, daß die Zahl damit erheblich unter den zunächst vorgesehenen 25 Prozent der Gesamtbestände liege. Vermutlich haben sich hier die Sicherheitsbedenken der JCS bzgl. der aus den Starts zu gewinnenden Testergebnisse durchgesetzt. Dies gilt insbesondere auch bzgl. der für beide Seiten gleichen Obergrenze, so daß die SU aus ihrem größeren Arsenal keine Vorteile ziehen kann. (Auf Gefechtsköpfe bezogen reduziert natürlich jeder SS-20-Start das Trägersystem für drei GK.)

Bzgl. der Gefechtskopfvernichtungsmodalitäten habe man Einigung darüber erzielt, auf die Ausarbeitung eines detaillierten Verfahrens zu verzichten. Jede

Fortsetzung Fußnote von Seite 1602

den Fortschritt hat es in der zentralen Frage der Inspektion der SS-25-Produktionseinrichtungen gegeben. US steht weiterhin auf dem Standpunkt, daß ihre Cruise-Missile-Fabriken nicht vergleichbar seien, da die Ähnlichkeit zwischen SS-20 und SS-25 sehr viel größer sei als die durch ihre Launcher-Systeme unterschiedenen GLCMs und SLCMs. Dennoch habe es auch in dieser Frage eine Annäherung der Standpunkte gegeben. Man erwarte eine Einigung beim Treffen von Shultz und Schewardnadse in Genf. Dort muß auch die Frage der übrigen Bestimmungen der Verdachtskontrollen weiter erörtert werden. Wie informell am Rande der Sitzung zu erfahren war, ist US hier noch zu einigen Vereinfachungen bereit und glaubt nicht, daß hieraus ein den Vertrag gefährdender Streitpunkt werden könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5013 vom 21. November 1987; VS-Bd. 11283 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

Seite könne dies unter Zugrundelegung der in Washington beim AM-Treffen[7] vereinbarten Kriterien in eigener Regie durchführen.

Weiterhin ungelöst ist die Frage, wie sichergestellt werden kann, daß SS-25-Produktionsstätten nicht fortfahren, SS-20-Raketen zu produzieren. Das von der SU ins Spiel gebrachte Portal Monitoring der Fabriken (um eine Kontrolle innerhalb der Komplexe zu vermeiden) ist, wie oben dargestellt, anscheinend auch in der SU weiterhin umstritten. US würde gern ein Portal Monitoring der SS-25-Produktionsstätten sehen, ist aber nicht bereit, entsprechendes für Cruise-Missile-Produktionsstätten zuzugestehen. Man sei der Meinung, daß es sich hierbei nicht um äquivalente Einrichtungen handele. Was man der SU anbieten könne, wäre die PM[8]-Kontrolle z. B. der Raketenmontage-Einrichtung in Pueblo, Colorado. Man habe allerdings nichts, was den sowjetischen „ballistic missile final assembly plans" völlig entspreche. Eine Lösung zeichne sich hier noch nicht ab, es sei aber absolut falsch, wenn Gerassimow behaupte, daß die US in dieser Frage in der letzten Zeit irgendwelche neuen zusätzlichen Forderungen erhoben habe. Über die SU-Vorschläge zu Artikeln mit einer Nicht-Umgehungsverpflichtung und zur Verpflichtung auf Folgeverhandlung sei man weiterhin im Gespräch, habe auch eine[9] neue Textvorlage unterbreitet, sehe aber noch keine Lösung. Die im Bezugs-DB beschriebenen Differenzen zu Modalitäten der Verdachtskontrollen sind weiterhin ungelöst, w.o. beschrieben, ist eine Einigung hierzu erst dann zu erwarten, wenn die grundsätzliche Frage entschieden ist, welche Einrichtungen wie lange der Verdachtskontrolle unterworfen werden sollen. Alle damit zusammenhängenden Fragen werden, auch wenn sie praktisch lösbar wären, offensichtlich aus verhandlungstaktischen Gründen zunächst zurückgehalten. Am Rande des Gesprächs unterrichtete Partner über US-Demarche in Bonn mit neuem Vorschlag zur Aufgliederung des Abbaus der westlichen Systeme.[10] Er berichtete, daß SU verlangt habe, daß am Ende der Phase 1 höchstens 54 PII übrig sein dürften. Man habe US-Position wiederholt, daß dies keinen Verhandlungsgegenstand darstelle und man nicht bereit sei, in dieser Frage Verpflichtungen einzugehen. Allerdings sei der SU informell am Rande der Verhandlungen bedeutet worden, daß die US gedächten, bereits in der ersten Phase sowohl PII als auch GLCM abzubauen. Man sei aber nicht bereit, der SU hierzu Einzelheiten mitzuteilen, und werde natürlich weiterhin jeden Versuch abwehren, diesbezügliche Fest-

7 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

8 Portal Monitoring.

9 Korrigiert aus: „keine".

10 Botschafter Holik informierte am 13. November 1987: „Mit Schreiben vom 12.11.1987 hat die US-Botschaft einen Kompromißvorschlag übermittelt […], demzufolge in der ersten Reduzierungsphase 27 PII beseitigt würden, so daß zu Beginn der zweiten Phase ein P-II-Bestand von 81 bliebe. Um das Gesamtniveau von rund 150 Flugkörpern zu erreichen, sollten Marschflugkörper etwa zu gleichen Teilen in Italien und Großbritannien stationiert bleiben (also insgesamt rund 70 Marschflugkörper)." Holik bewertete den neuen Vorschlag kritisch, da er „unserem Wunsch, die PII in den Reduzierungsprozeß von Beginn an deutlich und in ausgewogenem Umfang einzubeziehen, noch immer nicht gerecht" werde. Holik schlug zwei Handlungsoptionen vor: „a) Beharren auf unserer bisherigen Position (Beibehaltung von 54 PII) […]. b) Einem gegenüber unserem bisherigen Vorschlag erhöhten P-II-Bestand (72 statt 54) zuzustimmen." Holik befürwortete die Option a), schlug aber Option b) als Rückfallposition vor, um „mögliche Irritationen in der Schlußphase der INF-Verhandlungen zu vermeiden". Vgl. VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

legungen in irgendeiner Form direkt oder indirekt zum Vertragsbestandteil werden zu lassen.

Gesprächspartner bemerkte auf persönlicher Basis, daß SU Vorschlag 54 PII nach 29 Monaten (SU-Vorschlag für Dauer Phase 1) de facto nicht weit von US-Position entfernt sei.[11]

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11364 (220)

11 Am 17. November 1987 wies Botschafter Holik die Botschaft in Washington an, im amerikanischen Außenministerium folgende Nachricht zu übergeben: „With regard to the American proposal of November 12, 1987 on the drawdown of Pershing II and GLCM missile systems the Government of the Federal Republic of Germany would like to make the following points: The proposed drawdown of three batteries of P II in the first phase, leaving a total of 81 missiles at the outset of the second phase, regrettably still falls short of our wish to maintain the present ratio of P IIs and GLCMs during the reduction process, as far as possible. We would, therefore, ask you to consider once again our proposal of October 30 to withdraw 54 P IIs in the first phase, leaving 54 P IIs in the Federal Republic of Germany and 96 GLCMs in Great Britain and Italy. This proposal would maintain the present structure of burden sharing among NATO basing countries and thereby demonstrate its continuing validity. To preserve potential leverage on the Soviets exercised by the P II we suggest to stagger P II-withdrawal during the first phase by: withdrawing three P II batteries at the beginning of the first phase; withdrawing the remaining three P II batteries towards the end of the first phase." Vgl. den Drahterlaß Nr. 9293; VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1987.
Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 18. November 1987, daß die Nachricht „weisungsgemäß am 18.11. an Politisch-Militärische Abteilung des State Department übergeben" worden sei. Eine unmittelbare Reaktion habe es nicht gegeben: „Im Gespräch mit Mitarbeiter des zuständigen INF-Referats ergab sich aber, daß US nunmehr offensichtlich bereit sind, sowjetische Forderung nach Gesamtdauer der Phase 1 von 29 Monaten zuzustimmen. Sollte sich dies bestätigen, so würde die Dauer der zweiten Phase von 11 auf 7 Monate, d. h. also um ein Drittel, reduziert. Eine entsprechende Verringerung der 81 von US-Seite für die zweite Phase vorgeschlagenen P II ergibt genau die 54 Systeme unserer Position. Der Abbau der drei Batterien könnte dann während der Zeit erfolgen, um die die Phase 1 verlängert wird. Unter diesen Umständen sollte den US ein Eingehen auf uns ohne tatsächliche Abstriche an ihren eigenen Positionen möglich sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4946; VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

318

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac in Karlsruhe

13. November 1987[1]

50. deutsch-französische Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe;[2] hier: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und dem französischen Premierminister Chirac im Beisein der beiden Außenminister[3] am 13. November 1987, 9.45 bis 10.30 Uhr

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, BM Genscher, MD Teltschik, VLR Bitterlich; auf französischer Seite: Präsident Mitterrand, PM Chirac, Madame Guigou, M. Bujon de l'Estang.

Die Staats- und Regierungschefs behandeln im Beisein der beiden Außenminister zunächst die beiden Gipfelerklärungen zur Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Finanzbereich[4].

Auf französischen Vorschlag hin verständigen sie sich darauf, daß in der Erklärung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Passagen zum geplanten Verteidigungsrat[5] wie zur Aufstellung des deutsch-französischen Heeresgroßverbandes[6] an das Ende der Erklärung gestellt werden sollen, und zwar als gesonderte Absätze nach den vier Punkten zur Verstärkung des Austauschs in allen Fragen, insbesondere auch im Bereich der Rüstungskontrolle, zur Rüstungskooperation, zu den bilateralen Vorhaben und zum Krisenmanagement.

PM *Chirac* bittet darum, auf der ersten Seite der Erklärung zur Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im vierten Absatz, Satz 2 die Worte „die Schnelligkeit eines Einsatzes der französischen Streitkräfte" durch die „die Fähigkeit eines Einsatzes der französischen Streitkräfte" zu ersetzen.

Der *Bundeskanzler* und BM *Genscher* weisen demgegenüber darauf hin, daß dadurch die wesentliche Aussage dieses Satzes erheblich abgeschwächt werde.

PM *Chirac* stimmt nach längerer Aussprache der ursprünglichen Formulierung zu.

Der *Bundeskanzler* greift sodann die Frage der Entwicklung der Regierungsbeiträge für das Deutsch-Französische Jugendwerk[7] auf. Die verfügbaren Mittel

1 Ablichtung.
Zur Übermittlung der Gesprächsaufzeichnung vgl. Dok. 315, Anm. 1.

2 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 315 und Dok. 316.

3 Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik) und Jean-Bernard Raimond (Frankreich).

4 Für den Wortlaut der Erklärungen vom 13. November 1987 zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bzw. zur wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. BULLETIN 1987, S. 1070 f.

5 Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276 und Dok. 316, Anm. 11 und 12.

6 Zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 316, Anm. 7.

7 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vom 2. November 1987 wurde vermerkt: „Die Regierungsbeiträge für das DFJW betrugen 1964 je 20 Mio. DM.

hätten sich bei stagnierenden Regierungsbeiträgen in den letzten Jahren rückläufig entwickelt. Aus seiner Sicht sollten beide Regierungen überprüfen, ob nicht die Mittel ab 1989 angemessen erhöht werden könnten. Man solle im nächsten Jahr hierüber konkret sprechen.

PM *Chirac* stimmt dem zu.

PM Chirac kommt anschließend auf die beim Gespräch am Vortage erörterte Vorbereitung des Europäischen Rats in Kopenhagen[8] zurück. Er erläutert, daß die Herstellung eines vorherigen, vertraulichen Einvernehmens zwischen Frankreich und Deutschland möglich und nützlich sei. Hierzu habe man bereits am Vortage ein informelles Verfahren verabredet.[9] In einem Punkte sei es wichtig, den beiden Delegationen präzise Anweisungen zu geben. Es gehe dabei um die künftigen Eigenmittel[10] und insbesondere den GB-Ausgleich[11]. Er schlage vor, folgende gemeinsame Prinzipien festzuhalten, die die Arbeit der Experten erleichtern würden:

– GB-Ausgleich müsse degressiv ausgerichtet sein.
– GB-Ausgleich müsse so niedrig wie möglich sein.
– Alle elf Mitgliedstaaten beteiligen sich am Ausgleich.
– Festlegung der vierten Finanzierungsquelle auf Grundlage EGK-Vorschlag[12], wobei man gewisse Modifikationen vorsehen könne, um die Überbelastung von Italien, Spanien und Deutschland abzuschwächen.
– Festlegung des GB-Ausgleichs nach dem EGK-Vorschlag[13], d. h. Prozentsatz des EAGFL-Defizits von GB. Entsprechend Ausgestaltung der dritten und vierten Finanzierungsquelle könne man an modulierte Ausgestaltung dieses Prozentsatzes denken, um zur Degressivität zu kommen.

BM *Genscher* weist demgegenüber darauf hin, daß dieser Vorschlag eine Schlechterstellung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem jetzigen Ausgleichs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1606

Damit konnten ca. 250 000 junge Deutsche und Franzosen jährlich gefördert werden. Die Wechselkursentwicklung führte zu einem ständigen realen Absinken des französischen Beitrags. Die Bundesregierung mußte mit einer Senkung ihres eigenen Beitrags antworten, um die vertragliche Parität zu wahren. Seit 1985 konnten die Beiträge beider Seiten auf je 18,5 Mio. DM stabilisiert werden. Frankreich paßt seinen eigenen nominalen Beitrag seither entsprechend der Wechselkursentwicklung laufend an, obwohl der Haushalt des federführenden Jugendstaatssekretariats beim PM nicht entsprechend der Inflation wächst. Der Realwert des gemeinsamen Fonds des DFJW liegt aufgrund der Inflation heute bei weniger als der Hälfte des Realwertes von 1964. […] Angesichts dieser Situation und der 1988 bevorstehenden Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des Elysée-Vertrages und des Deutsch-Französischen Jugendwerks strebt das BMJFFG für 1989 eine kräftige Erhöhung des deutschen Regierungsbeitrages an, vorausgesetzt, daß auch die französische Seite ihren Beitrag entsprechend anhebt. Die Größenordnung wird entscheidend von der Bereitschaft der französischen Seite abhängen." Vgl. B 92 (Referat 614), Bd. 666.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

9 Zur deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung gemeinsamer Positionspapiere für den Europäischen Rat in Kopenhagen vgl. Dok. 315, Anm. 28.

10 Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 51, Anm. 16.

11 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

12 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51 und Dok. 69.
Vgl. dazu ferner die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat für einen Beschluß über die Eigenen Mittel vom 31. Juli 1987 (KOM (87) 420); Referat 412, Bd. 168705.

13 Für die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat vom 12. November 1987 für einen Beschluß zur Korrektur der Haushaltsungleichgewichte (KOM (87) 600) vgl. Referat 412, Bd. 168706.

system bedeutet. Aus unserer Sicht sei GB-Ausgleich nicht mehr gerechtfertigt. Wenn andere ihn wollten, so sollten sie dafür zahlen – wir nähmen nicht daran teil. Französischer Vorschlag führe dazu, daß in Kopenhagen nur noch über die Höhe des GB-Ausgleichs verhandelt werde. Deutschland und Frankreich könnten sich aber über zwei Grundsätze verständigen: Bereits in Fontainebleau[14] habe man den Briten klargemacht, daß ein Ausgleich nicht mehr unbeschränkt lange erfolgen könne. Daher müsse ein britischer Ausgleich zeitlich limitiert sein. Zudem müsse er, wenn er überhaupt noch gewährt werde, degressiv ausgestaltet werden. Teilnahme Deutschlands am Briten-Ausgleich – als letzter Rückzugslinie – wäre im übrigen nur vorstellbar, wenn deutscher Anteil, wie von EGK vorgeschlagen, maximal 25% betrage. AM Raimond und er hätten heute im übrigen den Mitarbeitern Auftrag gegeben, eine degressive Lösung des Problems zu erarbeiten.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß sein Hauptproblem darin bestehe, daß der GB-Ausgleich zu einer Dauereinrichtung werde. Er sei in der Sache kompromißbereit, jedenfalls aber müsse GB-Ausgleich degressiv ausgestaltet sein und ein Enddatum enthalten.

PM *Chirac* äußert Befürchtung, daß GB die Ergebnisse des ER zum Delors-Paket wahrscheinlich nicht akzeptieren werde. Er hoffe jedoch, daß es gelingen werde, GB durch die Zustimmung von elf Mitgliedstaaten zu isolieren. Mrs. Thatcher werde dann drei Monate später nachgeben.

Der *Bundeskanzler* teilt diese Erwartung von PM Chirac nicht und verweist auf die Beratungen des Stuttgarter Europäischen Rats im Juni 1983[15]. PM Thatcher sei eine Meisterin im taktischen Vorgehen. Für ihn sei Fortsetzung des GB-Ausgleichs ein innenpolitisches Problem. Er halte nichts von der Aussage, daß die Bundesrepublik Deutschland Zahlmeister Europas sei. Dies sei ein törichter Satz seines Vorgängers[16] gewesen. Er sei sich bewußt, daß die Bundesrepublik Deutschland das meiste in die EG-Kasse von allen Mitgliedstaaten zahlen müsse. Er wolle im europäischen Einigungsprozeß weiterkommen. Er erinnert daran, daß 1989 die Wahl des Europäischen Parlamentes anstehe, die de facto eine nationale Wahl darstelle.[17] Die Wahlbeteiligung werde ein besonderes Problem darstellen, da die Popularisierung einer europäischen Wahl nicht gerade einfach sei. Dies sei aber durchstehbar. Ihn ärgere immer wieder, daß ihm vorgehalten werde, es sei wesentlich günstiger für die Bundesrepublik Deutschland, wenn er sich so „stur“ verhalte wie Mrs. Thatcher. Für ihn gebe es einfach keinen Grund für die Aufrechterhaltung eines britischen Ausgleichs mehr.

PM *Chirac* stimmt dem Bundeskanzler grundsätzlich zu, weist aber darauf hin, daß die Europäer akzeptiert hätten, GB Geld zu geben.

Präsident *Mitterrand* weist seinerseits darauf hin, daß man 1984 in Fontainebleau die Forderung von Mrs. Thatcher nach Festlegung eines Ausgleichs für sieben Jahre zurückgewiesen hätte. Hätte man damals PM Thatcher zugestimmt, so hätte dies Dauer des GB-Ausgleichs bis einschließlich 1991 bedeutet. Damalige

14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.
15 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.
16 Helmut Schmidt.
17 Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 15. und 18. Juni 1989 statt.

Entscheidung beinhalte klar, daß die übrigen elf Mitgliedstaaten einen GB-Ausgleich nicht zeitlich unbeschränkt hinnehmen wollen. Man habe in Fontainebleau GB-Ausgleich schließlich nur in dem zeitlichen Horizont von drei bis vier Jahren bis zur schon damals absehbaren Neuordnung der Finanzierung gewährt. Konsequenz für die anstehenden Entscheidungen wäre, daß man allenfalls daran denken könne, GB einen degressiv ausgestalteten Ausgleich für zwei oder drei Jahre zu gewähren.

BM *Genscher* greift dies auf und betont, daß die Forderung nach einer zeitlichen Beschränkung des Briten-Ausgleichs gerade durch eine degressive Ausgestaltung unbedingt erhärtet werden müsse.

BM Genscher spricht sodann den Arbeitskalender bis zum Europäischen Rat an. Am 27. November werde er in Paris mit seinem französischen Kollegen nochmals alle Aspekte der Vorbereitung des Europäischen Rats durchgehen. Dann könne man feststellen, wie weit die Haltungen der beiden Länder sich angenähert hätten.[18] Man müsse erreichen, daß Deutschland und Frankreich bei der Konklave der Außenminister am 29. und 30. November, wenn irgend möglich, die gleiche Linie vertreten.[19] Am 1. Dezember erfolge dann das Ministergespräch beim Bundeskanzler zur Vorbereitung des Europäischen Rats.[20] In den verbleibenden zwei Tagen bis zur Tagung des Europäischen Rates selbst sei dann noch Möglichkeit für Kontakte zwischen den Hauptstädten.

Der *Bundeskanzler* greift abschließend kurz das Schnellbahnprojekt Paris–Brüssel–Köln–Amsterdam und London[21] auf. Er weist auf die von den Verkehrs-

18 Am 28. November 1987 berichtete Ministerialdirigent Trumpf, daß die Abstimmung mit Frankreich „einige Ergebnisse gebracht" habe, insbesondere im Agrarbereich: „Mit Frankreich sind wir uns auch einig, daß der Britenausgleich vom britischen Wohlverhalten vor allem in der Agrarfrage abhängt. Dagegen bestehen leider noch Divergenzen mit F in der Finanzierungsfrage. Es gibt einen engen Zusammenhang von Britenausgleich und Beitragsschlüssel. GB wird in Zukunft zweimal entlastet: einmal durch geringere Einzahlung bei der neuen vierten Einnahmequelle und nach einem Ausgleichsmechanismus. F will GB massiv über die vierte Quelle entlasten und gleichzeitig den besonderen Ausgleich bis 1992 in relativ großen Schritten herunterfahren. Das hat für F finanzielle Vorteile. Für uns ist das von F vorgeschlagene Vorgehen von allen denkbaren Finanzierungs- und Ausgleichsmodellen das ungünstigste. Hier ließ F sich nicht in Richtung auf den für uns im Kompromißwege akzeptablen Präsidentschaftsvorschlag bewegen. Auch wir brauchen entschieden mehr Flexibilität, als BMF uns bisher (BIP-Modell!) zugestanden hat. F drängt uns mit dem Argument, es nehme im Gesamtpaket Lasten auf sich (Verzicht auf Strukturmittel, Rücksichtnahme auf unsere Agrarinteressen) zu mehr Konzessionsbereitschaft. Dies wird uns im ER beschäftigen." Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

19 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 30. November 1987, daß das zweitägige Konklave der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Brüssel die vielen offenen Fragen nicht habe verringern können, „da alle Del[egationen] bei ihren bekannten Positionen zu den einzelnen Vorschlägen des Delors-Pakets" geblieben seien. Auch sei deutlich geworden, „daß die Lösung der noch offenen Agrarprobleme, insbes[ondere] die Stabilisatoren bei Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen sowie die Frage der Einkommensbeihilfen und der Flächenstillegungen, für den Erfolg des Gipfels in Kopenhagen von zentraler Bedeutung" seien, „wie umgekehrt allerdings auch eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den MS und eine substantielle Erhöhung der Strukturfonds von vielen Del. zur Voraussetzung ihrer Zustimmung zu einer Gesamtlösung gemacht werden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3579/3580/3581; Referat 412, Bd. 168707.

20 Für das Ministergespräch im Bundeskanzleramt vgl. Dok. 346.

21 Zum Projekt einer Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln–Amsterdam–London vgl. Dok. 147, Anm. 25.
Referat 423 vermerkte am 30. Oktober 1987: „Am 26. Oktober 1987 haben sich die beteiligten Verkehrsminister in Brüssel getroffen und eine Resolution verabschiedet, in der sie konkrete Leitlinien zur Streckenführung, zum rollenden Material, zur Finanzierung, zum Bau und Betrieb der Hochgeschwindigkeitsverbindungen verabschiedet haben. Die Verkehrsminister erteilten zugleich den nationalen

ministern vorbereitete Gipfelerklärung hin, über die man noch in der Plenarsitzung sprechen werde.[22]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

319

Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher an die Botschaft in Washington

201-363.31-1495/87 VS-geheim **Aufgabe: 13. November 1987, 14.49 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 9155 Plurez

Betr.: Pershing-II-Stationierung;
hier: Dislozierungsstand und Ersatzteilreserve

Bezug: DB Nr. 4664 vom 30.10.1987 aus Washington – 6391/87 VS-geheim[2]

1) Die uns von den USA auf der SCG/HLG-Sitzung in Washington am 30.10.1987 übergebene Aufstellung über die Verteilung der P-II- und GLCM-Flugkörper:

– disloziert 120 Flugkörper,

– nicht disloziert 12 Flugkörper,

stimmen mit unseren Unterlagen überein. Es handelt sich danach um 108 operative PII sowie um weitere 24 Flugkörper (ohne Gefechtsköpfe), die die USA zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft der 108 PII als Einsatzreserve[3] (maintenance spares) in der Bundesrepublik Deutschland bereithalten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1609

Eisenbahn-Gesellschaften den Auftrag zur Projektierung des Vorhabens. Damit gaben sie einen wichtigen politischen Impuls für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz." Allerdings bestünden Interessendivergenzen, weil „die Strecke Paris – London für die französische Regierung eindeutig Vorrang" besitze: „Angesichts dieser Problematik bleibt für die deutsche Politik vordringliche Aufgabe, die Realisierung der Trasse Paris – Brüssel – Köln/Amsterdam mit Anbindung an die Strecke Paris – London durchzusetzen. Ansonsten drohen nicht nur die Abspaltung des deutschen Schnellbahnnetzes von der Trasse Paris – London – Brüssel, sondern auch erhebliche Nachteile für die deutsche Eisenbahnindustrie." Vgl. Referat 423, Bd. 176664.

22 Für die Entwürfe und die endgültige Erklärung des Bundeskanzlers Kohl, des Staatspräsidenten Mitterrand und des Ministerpräsidenten Chirac zum Schnellbahnprojekt Paris – Brüssel – Köln – Amsterdam – London vgl. Referat 423, Bd. 176664.
Vgl. dazu ferner die Gemeinsame Erklärung des Bundesministers Warnke und des französischen Verkehrsministers Méhaignerie zu Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsverbindungen; BULLETIN 1987, S. 1073.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Botschafter van Well, Washington, übermittelte eine vom amerikanischen Außenministerium am 30. Oktober 1987 übergebene „Aufstellung über die Verteilung der P-II- und GLCM-Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen in der BR Deutschland". Vgl. VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

3 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Bertram handschriftlich: „Besser: Instandsetzungsreserven."

2) Wir haben in der Öffentlichkeit bislang immer nur von 108 einsatzbereit stationierten Flugkörpern gesprochen. Die Notwendigkeit für weitere Flugkörper als Einsatzreserve wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär Würzbach in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 7. Februar 1985 zwar grundsätzlich bejaht.[4] Zahlen wurden jedoch nicht genannt, noch die Tatsache, daß zwölf dieser Systeme als Einsatzreserve dislozierte sind.

3) Die uns von den USA jetzt übergebenen Daten werden als Teil (Daten-Memorandum) des ratifizierungsbedürften INF-Vertrages nach Zuleitung an den US-Senat veröffentlicht werden. Wir haben deshalb ein Interesse daran, daß die amerikanische Zahlenaufstellung unter Abtrennung der Einsatzreserve die von uns genannte Stationierungszahl von 108 Flugkörpern ausweist. Anderenfalls könnte der Eindruck einer falschen Unterrichtung der Öffentlichkeit – 108 statt 120 Flugkörper – durch die Bundesregierung entstehen.

Sie werden deshalb gebeten, die US-Administration auf diese Problematik hinzuweisen und darum zu ersuchen, daß die in dem Daten-Memorandum als dislozierte angegebenen 120 Flugkörper in 108 einsatzbereite und 12 als Einsatzreserve (maintenance spares) stationierte Flugkörper unterschieden werden. Besser noch erschiene uns die Hinzufügung dieser zwölf zu den bereits als nondeployed ausgewiesenen zwölf Flugkörpern, so daß wir im Ergebnis 108 Deployed- und 24 Non-deployed-Flugkörper unterscheiden können.[5]

Dreher[6]

VS-Bd. 12130 (201)

4 Für den Wortlaut der Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach, Bundesministerium der Verteidigung, vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 120. Sitzung, S. 8885 f.

5 Botschafter Ruhfus, Washington, informierte am 16. November 1987, die Weisung sei ausgeführt worden. Seitens des amerikanischen Außenministeriums sei zugesichert worden, „sich umgehend für eine Änderung der Datenpräsentation in unserem Sinne einzusetzen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4892; VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Am 18. November 1987 berichtete Ruhfus: „State Department teilt mit, daß unserem Wunsch folgend eine Aufgliederung der US-Angaben in 108 P II plus 12 Einsatzreservesysteme (Maintenance Spares) vorgenommen worden ist. Datensatz wird SU in dieser Form übergeben werden. Die Aufschlüsselung wird mit der Differenzierung zwischen volleinsatzfähigen Systemen und Einsatzreserve auch in der Untergliederung auf Einsatzorte durchgeführt und soll auch für die Cruise Missiles angewendet werden, um einen logischen Bruch in der Präsentation zu vermeiden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4947; VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher vermerkte am 15. Dezember 1987: „In der Bundesrepublik Deutschland sind vorhanden: 108 P-II-Sprengköpfe; 108 dislozierte und einsatzbereite P-II-Flugkörper; zwölf dislozierte P-II-Flugkörper als Instandsetzungs-/Ersatzteilreserve, nämlich je vier in den drei Stationierungsorten, ohne Sprengköpfe; zwölf nicht-dislozierte und nicht einsatzbereite P-II-Flugkörper als allgemeine Reserve, lagernd in Weilerbach, d. h. nicht in den Stationierungsorten, ohne Sprengköpfe; 72 P-II-Trainingsflugkörper, nicht-scharf, flugunfähig, mit Ballaststoff (meist Zement) gefüllt als ‚Dummie' bzw. Attrappe für Ausbildungszwecke; sieben P-II-Raketenwerfer als Instandsetzungs-/Ersatzteilreserve, in Neu-Ulm stationiert." Diese Zahlen seien „in den Jahren 1984/85 mit den USA vereinbart worden". Vgl. VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Paraphe.

320

Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt

114-6647/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1326
Citissime

Aufgabe: 16. November 1987, 12.30 Uhr[1]
Ankunft: 16. November 1987, 17.20 Uhr

Betr.: Internationale Fahndung nach Schwammberger, Vorname: Josef[2]; hier: Ergreifung, Auslobung

Bezug: 1) DB Nr. 1323 vom 13.11.87 – RK 531.43 VS-v[3]
2) FS 8861 vom 15.11.87 – LKA Stuttgart[4]

Zur Unterrichtung und Bitte um Weisung zu Ziffer 2, 3, 4

1) Botschaft hat, wie mit Bezugs-DB angekündigt, Note an argentinischen AM[5] abgesandt. Inhalt Note trägt auch Ersuchen StA[6] Stuttgart (s. Bezugs-FS zu 2) Rechnung. StA[7] Hölscher wurde bereits gelegentlich seines Anrufs unterrichtet.

2) Botschaft erbittet detaillierte Weisung zur weiteren Durchführung Auslieferungsverfahrens.

3) Ergreifung Sch. wurde von hiesigen Medien bereits am Abend des 13.11.87 (Radio, TV) gemeldet. Presse berichtet seit 14.11.87 über Fall Sch. „La Nación"

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum am 23. November 1987 vorgelegen.

2 Referat 511 notierte am 16. November 1987, daß gegen den ehemaligen SS-Oberscharführer Josef Schwammberger ein „Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen des Verdachts des vielfachen Mordes an Juden und der fortgesetzten räuberischen Erpressung" anhängig sei. Schwammberger werde zur Last gelegt, von 1942 bis 1944 als Kommandant der Zwangsarbeitslager Rozwadów, Przemyśl und Mielec über 1700 Juden eigenhändig erschossen oder deren Erschießung befohlen zu haben: „Wegen dieser Vorwürfe ist im Januar 1973 die argentinische Regierung um Auslieferung ersucht worden, da Hinweise vorlagen, daß S. sich in Argentinien aufhalten könnte." Schwammberger sei „international zur Festnahme ausgeschrieben" gewesen, und die Strafverfolgungsbehörden von Baden-Württemberg hätten erst kürzlich die Belohnung für Hinweise zu dessen Ergreifung auf 500 000 DM heraufgesetzt. Vgl. VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Botschaftsrat I. Klasse Woltmann, Buenos Aires, berichtete über die Mitteilung des argentinischen Justizministeriums, wonach Josef Schwammberger am 13. November 1987 von der argentinischen Bundespolizei in Huerta Grande bei Córdoba festgenommen worden sei. Schwammbergers Identität werde überprüft. Sofern nicht andere Weisung erfolge, werde die Botschaft die argentinischen Behörden „auf weiterhin bestehendes Interesse Bundesregierung an Auslieferung Sch[wammbergers] gemäß Ersuchen aus 1973 und Haftbefehl aus 1972 hinweisen". Woltmann bat um Anweisung der Auslobungssumme, da der Informant des Aufenthaltsorts von Schwammberger, Andres, die Botschaft sicher bald „ansprechen und auf eigene Gefährdung hinweisen wird, die für ihn schnelle Abwicklung der Angelegenheit" erforderlich mache. Vgl. VS-Bd. 13661 (330); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Die Staatsanwaltschaft Stuttgart bat, die Botschaft in Buenos Aires solle das Auslieferungsersuchen von 1972/1973 für Josef Schwammberger wiederholen und darauf hinweisen, „daß nach einer hier im April 1973 eingegangenen Mitteilung von Interpol Buenos Aires das Auslieferungsersuchen und die Unterlagen dem Bundesrichter Nr. 4 für Strafsachen von Buenos Aires, Sekretariat Nr. 13, vorliegen. Außerdem könnte daran erinnert werden, daß der argentinische Staatspräsident durch Dekret Nr. 2328 vom 27. März 1973 das Auslieferungsersuchen zur Entscheidung angenommen und an den zuständigen Bundesrichter abgegeben hat." Folglich sei anzunehmen, „daß eine erneute Vorlage der Auslieferungsunterlagen nicht erforderlich ist". Vgl. VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.

5 Dante Mario Caputo.

6 Staatsanwaltschaft.

7 Staatsanwalt.

teilte in Samstag-Ausgabe u. a. mit, daß Sch. in Nachmittagsstunden („en la víspera") in Ortschaft Huerta Grande (bei Córdoba) festgenommen worden sei. Festnahme sei Kulminationspunkt der Ermittlungen Bundesrichters Villafañe. Sch. habe keinen Widerstand geleistet und zu erkennen gegeben, daß er der Gesuchte sei. Andere spätere Pressemeldungen stellen Festnahme in Zusammenhang mit vor wenigen Wochen erschienener Veröffentlichung Wiesenthal-Zentrums, die jedoch zu Sch. keinen näheren Hinweis außer Aufenthalt in Argentinien enthielt. Da Sch. – so Angaben des Botschafts-Informanten – sich in Bewachung durch rechtsgerichtete Kreise befand, ist auch nicht anzunehmen, daß Wiesenthal-Zentrum über konkretere Angaben verfügte. Im Hinblick auf eventuell mögliche Angriffe seitens rechtsgerichteter Kreise hier im Land ist Botschaft jedoch nicht interessiert, eigentliche Ursache der Festnahme Sch. publik zu machen. Es wird um Weisung gebeten, wie Botschaft auf Anfragen reagieren soll, ob und inwieweit Botschaft in Festnahme eingeschaltet gewesen sei. Bisher wird allenfalls auf Auslieferungsverfahren von 1973 verwiesen.

4) Im Hinblick auf finanziellen Aspekt der Angelegenheit (Auslobung) ist jedoch entscheidend, welcher Umstand wirklich zu Festnahme geführt hat.

Wie dort vorliegende Berichterstattung durch Botschaft ergibt, stand RK-Referent[8] seit 19. August 87 mit H. Andres in wiederholtem Kontakt, welcher am 5.11.87 mündliche Angaben zu aktuellem Aufenthalt Sch. machte. (Entsprechender Nachweis, handschriftliche Aufzeichnungen RK-Referenten, werden mit nächstem Kurier übersandt.[9]) H. Andres hat bereits heute angerufen und nach Auslobungssumme gefragt. Botschaft bittet um umgehende Weisung gemäß Bezugs-DB Ziffer 4 unter Bezugnahme auf dortige Zusage schnellstmöglicher Abwicklung. H. Andres wird am 19.11.87 erneut anfragen. Botschaft muß dann in die Lage gesetzt sein, konkrete Antwort zu geben, wann und wie Auslobungssumme übergeben werden kann.[10]

[gez.] Finckenstein

VS-Bd. 13661 (330)

8 Peter Adamek.

9 Vgl. den Schriftbericht des Botschafters Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, vom 18. November 1987; VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch übermittelte der Botschaft in Buenos Aires am 17. November 1987 folgende Informationen: „1) Wie BMJ nach Abstimmung mit zuständigen Justizbehörden von B[aden-]W[ürttemberg] mitteilt, wird ausgelobte Summe z. Zt. bereitgestellt. Justizbehörden veranlassen z. Zt. alles Notwendige, damit Geldsumme angewiesen werden kann, sobald Identität von S[chwammberger] zweifelsfrei feststeht. […] AA teilt nach Abstimmung mit BMJ die Auffassung der Botschaft, daß bei Anfragen auf Auslieferungsersuchen von 1973 verwiesen werden sollte. Weiter kann gesagt werden, daß Botschaft aktiv eingeschaltet gewesen sei." Vgl. den Drahterlaß Nr. 9291; VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.
Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, berichtete am 26. November 1987: „Nachdem die Anweisung der Auslobungssumme […] am 23.11.1987 bei der Deutschen Bank in Buenos Aires eingegangen war, nahm der RK-Referent am Vormittag des 24.11.1987 den Betrag von DM 500 000 im Tageskurs-Gegenwert von US-Dollar 294 465 […] in Empfang." Zuvor sei die Identität Schwammbergers festgestellt und „die Zustimmung zur Auszahlung der Auslobungssumme" durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart erklärt worden: „Gegen 16.00 Uhr erschien Herr ‚Andres' in der Botschaft, um die zugesagte Auslobungssumme abzuholen. […] Herr ‚Andres', der an seinem Pseudonym weiterhin festzuhalten bat, quittierte den Empfang des Geldes mit der auf der Rückseite der Bescheinigung vom 3.11.87 enthaltenen handschriftlichen Erklärung." Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 14670 (511); B 150, Aktenkopien 1987.

321

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Chissano in Maputo

VS-vertraulich **18. November 1987**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Sozialistischen Volksrepublik Mosambik, Generalmajor Joaquim Alberto Chissano, am 18. November 1987, 9.00 Uhr bis 12.15 Uhr, im Amtssitz des Präsidenten in Maputo.

Teilnehmer: Ministerpräsident Dr. Mário Fernandes da Graça Machungo; Außenminister Pascoal Manuel Mocumbi; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Sabine Eichhorn, Dolmetscherin.

Der *Präsident* begrüßte den Bundeskanzler. Es sei eine Ehre für ihn, daß der Bundeskanzler auf seiner ersten Reise nach Afrika in die Volksrepublik Mosambik gekommen sei.[2] Dieser Besuch sei das Ergebnis langjähriger Bemühungen, freundschaftliche Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland herzustellen. Er sehe in diesem Besuch ein gutes Zeichen und eine Wende in der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für den freundlichen Empfang. Diese Reise sei für ihn sehr wichtig. Es sei seine erste Reise nach Afrika. Die Einladung des Präsidenten habe er bewußt angenommen. Er bitte ihn jedoch um Verständnis für die Kürze seines Aufenthaltes. Er komme zu einem wichtigen Zeitpunkt, der vielleicht eine Chance beinhalte: die Chance, den Dialog zu beginnen, um die Beziehungen vernünftig zu entwickeln und damit dem Frieden zu dienen.

Es gebe zuviel Terror und Gewalt in der Welt. Dies gelte auch für diese Region. Aufgrund ihrer Geschichte wüßten die Deutschen, daß aus Gewalt nichts Gutes erwachsen könne. Er hoffe deshalb, daß die Vernunft fortschreite.

Nach diesen einleitenden Worten überreichte der Bundeskanzler ein Dokument der Bundesregierung für eine Nahrungsmittelhilfe von 4000 Tonnen Langkornreis.[3] Der Bundeskanzler betonte, daß er diese Nahrungsmittel als Zeichen der menschlichen Verbundenheit verstanden wissen möchte. Der Präsident nahm das Dokument mit unbewegtem Gesicht entgegen.

Nach der Überreichung der Urkunde setzte der *Präsident* das Gespräch fort. In Afrika würde man traditionell gerne hören, was der Gast sagen wolle. Man frage nach seinem Wohlergehen. Normalerweise berichte dann der Gast, wie er das Haus verlassen habe, wie er sich auf den Weg gemacht habe usw. Heute wolle er jedoch auf eine solche Einleitung verzichten.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 25. November 1987 gefertigt.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 15. bis 17. November 1987 in Kamerun, am 17./18. November in Mosambik und vom 18. bis 21. November 1987 in Kenia auf. Vgl. dazu auch Dok. 323 und Dok. 324.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke notierte am 13. November 1987: „Anläßlich der BK-Reise nach Mosambik werden für Mosambik zusätzlich 4167 M[etrische]T[onnen] Langkornreis […] im Wert von ca. 6,7 Mio. DM bereit gestellt. BK Kohl wird während seines Besuchs in Maputo eine entsprechende Schenkungsurkunde überreichen." Vgl. Referat 320, Bd. 155877.

Die Lage in Mosambik sei sehr komplex. Wenn der Bundeskanzler länger geblieben wäre, hätte man die Situation intensiver besprechen können. Vielleicht könnte jedoch das Gespräch in Bonn fortgeführt werden.

Der *Bundeskanzler* versicherte, daß er gekommen sei, um ein sehr offenes Gespräch zu führen. Sie seien beide keine Diplomaten, sondern Politiker. Deshalb sollten sie mit großer Offenheit miteinander sprechen. Dies würde für beide Seiten sehr nützlich sein.

Er wolle jedoch dem Präsidenten zuerst einen Bericht über die Lage in der Bundesrepublik Deutschland geben. Er sei mit der Entwicklung zu Hause sehr zufrieden. Die wirtschaftliche Lage sei gut. Im Augenblick sei man mit dem Problem des Dollarverfalls[4] und der amerikanischen Defizite[5] konfrontiert. Daraus hätten sich vielerlei Gefährdungen für die Weltwirtschaft ergeben. Die Bundesregierung wolle ihrerseits zur Überwindung dieser Krise einen Beitrag leisten.[6] Dennoch werde die Lage der Weltwirtschaft zerbrechlich bleiben. Hinzu kämen die Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungsländer.[7]

Die Bundesrepublik Deutschland sei von dieser internationalen wirtschaftlichen Entwicklung als Exportland in besonderer Weise betroffen. Im Export habe die Bundesrepublik international den ersten Platz übernommen. Die Exportquote betrage ca. 35%. Damit werde die Abhängigkeit vom Export besonders deutlich.

Dennoch gebe es Grund zu Optimismus. Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik sei zufriedenstellend. Es gebe praktisch keine Inflation; das Wachstum verlaufe stetig. Sorge bereite jedoch nach wie vor die Arbeitslosigkeit.

Zwei weltpolitische Entwicklungen seien für die Bundesrepublik Deutschland in besonderem Maße bedeutsam. Die erste beträfe die Entwicklung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Sicherlich seien große Probleme in der EG zu überwinden. Man müsse jedoch zugrunde legen, daß eine nationalstaatliche Entwicklung von über dreihundert Jahren nicht über Nacht verändert werden könne. Die Europäische Gemeinschaft sei jetzt dreißig Jahre alt. Die Entwicklung innerhalb der EG schreite nach wie vor unaufhaltsam voran.

Es sei jetzt das erklärte Ziel, bis 1992 den gemeinsamen Markt zu erreichen.[8] Mit 340 Millionen Menschen werde es sich bei der Europäischen Gemeinschaft um den größten Binnenmarkt der Welt handeln. Damit werde auch für die Weltpolitik ein neues Datum gesetzt. Dies sei auch für Mosambik von Interesse, weil Portugal inzwischen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft geworden sei.[9] Über die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft würden viele Interessen von außen in die Europäische Gemeinschaft hineinwirken.

Im Rahmen dieser Entwicklung sei die deutsch-französische Zusammenarbeit besonders wichtig. Darin spiegele sich für ihn die positivste Entwicklung in Europa innerhalb dieses Jahrhunderts wider. Man müsse wissen, daß es in bei-

4 Zur Abwertung des US-Dollars vgl. Dok. 314, Anm. 11, 20 und 21.
5 Zum Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit der USA vgl. Dok. 314, Anm. 14, bzw. Dok. 315, Anm. 7.
6 Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.
7 Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.
8 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.
9 Portugal trat den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1986 bei.

den Ländern keine Familie gäbe, die von den beiden Weltkriegen unberührt geblieben wäre. Das Schicksal von Gefallenen, Flüchtlingen, Fliegerangriffen und anderes mehr habe die Menschen in beiden Ländern gezeichnet. Deshalb sei die Entwicklung der Zusammenarbeit so bedeutsam. Am 22. Januar 1988 werde in Paris ein neuer Höhepunkt in der deutsch-französischen Zusammenarbeit erreicht werden.[10] Gemeinsam werde man beschließen, die Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik[11] wie in der Wirtschaft[12] zu intensivieren. Gleichzeitig werde man die Einrichtung einer integrierten Brigade[13] beschließen. Dies sei in der gemeinsamen Geschichte beider Länder einmalig. Dabei sei das Ereignis in seiner Symbolkraft wichtiger als das Ergebnis in der Sache selbst. Mit diesem Schritt erreiche man eine neue Qualität in der Zusammenarbeit in Europa.

Diese Entscheidungen seien auch bedeutsam für die West-Ost-Beziehungen insgesamt. Auch dort zeichnen sich neue Chancen ab. Die Bundesregierung habe dazu wesentliche Beiträge geleistet. Die Stabilisierung der NATO sei dabei entscheidend gewesen. Auf dieser Grundlage sei eine Politik der Abrüstung möglich geworden. Es gäbe in Europa zu viele Waffen, die reduziert werden müßten.

Im Dezember werde es zu dem dritten Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow kommen.[14] Er sei überzeugt, daß ein Abkommen über die Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenraketen der Reichweite von 500 bis 5500 km erreicht werden könne. Dies werde auch die Chance verbessern, die Abrüstungsverhandlungen auch in anderen Bereichen voranzubringen. Dabei sei das Interesse der Bundesregierung vor allem auf ein weltweites Verbot chemischer Waffen gerichtet.[15] Besondere Bedeutung komme auch der konventionellen Abrüstung zu.[16] Die Bundesregierung unterstütze auch das Ziel, im Rahmen der START-Verhandlungen[17] die strategischen Systeme um 50 % zu reduzieren.

Die Bundesrepublik Deutschland sei mit der Tatsache konfrontiert, daß gewissermaßen vor ihrer Haustüre die Sowjetunion ein gewaltiges militärisches Übergewicht aufgebaut habe, das reduziert werden müsse. Dafür gebe es jetzt erstmals eine Chance.

10 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.
Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.

11 Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276 und Dok. 316, Anm. 11 und 12.

12 Zu den französischen Vorschlägen für wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit vgl. Dok. 241.

13 Zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 316, Anm. 7.

14 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.
Nach dem ersten Treffen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf trafen Reagan und Gorbatschow am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik zum zweiten Mal zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319, sowie AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

15 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

16 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

17 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

Die Sowjetunion sei mit enormen Problemen konfrontiert. Militärisch sei sie heute eine Weltmacht und so stark wie nie zuvor. Wirtschaftlich könne man sie nur als eine Mittelmacht bezeichnen. Innerhalb des Warschauer Paktes hätten die DDR, Ungarn und Bulgarien die Sowjetunion bereits im Pro-Kopf-Einkommen übertroffen. Gorbatschow sei entschlossen, diese Situation zu verändern. Er sei persönlich überzeugt, daß dies Gorbatschow auch ernsthaft anstrebe. Es bleibe jedoch eine offene Frage, ob seine Kraft ausreiche, dieses Ziel zu erreichen. Er als Bundeskanzler wolle, daß Gorbatschow Erfolg habe. Um diesen Erfolg zu erreichen, gebe es für Gorbatschow zwei Alternativen: den Rückfall in den Stalinismus. Eine solche Politik könne heute jedoch nicht mehr funktionieren. Die andere Alternative sei die Einleitung von Reformen, wie sie Kádár in Ungarn bereits vor 20 Jahren eingeleitet habe. Dieser Weg wäre positiv. Es scheine, daß Gorbatschow in diese Richtung gehen wolle.

Der *Präsident* fragte den Bundeskanzler, wie denn der Weg von Kádár aussehe. Der *Bundeskanzler* antwortete, daß Ungarn dabei sei, immer mehr Marktmechanismen in die Wirtschaft einzuführen. Dieser Weg sei dem Präsidenten sicherlich nicht unsympathisch.

Die Bundesregierung habe gerade mehrere Vereinbarungen mit Ungarn abgeschlossen.[18] Sie seien in ihrer Art einzigartig. Sein Interesse sei es, die Ungarn in ihrer Reformpolitik zu unterstützen, weil dieser Weg zu Dialog und Zusammenarbeit führe. Wenn wir uns alle in unseren Festungen einmauern würden, könne daraus nichts Gutes entstehen.

Die Sowjetunion unterstütze das ungarische Reformmodell. Im übrigen ginge auch die Reformpolitik von Deng Xiaoping in die gleiche Richtung. Es sei kein Zufall, daß es der Bundesregierung gelungen sei, zur Volksrepublik China exzellente Beziehungen zu entwickeln. Inzwischen würden mehr als 3000 Studenten aus der Volksrepublik China in der Bundesrepublik studieren. Diese Entwicklung sei für den Präsidenten sicherlich von Interesse.

Der Bundeskanzler berichtete, daß vermutlich Generalsekretär Gorbatschow im Frühjahr nach Bonn kommen werde.[19] Gorbatschow habe ihm jetzt einen Brief geschrieben und darin sein Interesse unterstrichen, ein neues Blatt in den beiderseitigen Beziehungen beschreiben zu wollen.[20] Er sei sicher, daß sich die Beziehungen jetzt entwickeln werden. Dies werde jedoch nichts an der Tatsache ändern, daß die Sowjetunion eine kommunistische Weltmacht bleiben werde.

Die Bundesrepublik Deutschland sei in Westeuropa heute das stärkste Land. Sie habe sich für die freiheitlich-demokratischen Lebensformen entschieden. Die

18 Zum Vertrag vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. Dok. 277, Anm. 12.
Zu den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn vom 7. Oktober 1987 über die Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung, die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren sowie die Förderung von kulturellen Einrichtungen der deutschen Minderheit und die Förderung der deutschen Sprache vgl. Dok. 277, Anm. 13, 15 und 17.

19 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik erst vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4.

20 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.
Zum Antwortschreiben Kohls vom 24. November 1987 vgl. Dok. 335.

Sowjetunion sei unser Nachbar, und wir müßten miteinander leben. Wir säßen auf ungeheuren Bergen von Waffen, die er als Bundeskanzler reduzieren wolle. Voraussetzung bleibe jedoch, daß die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet bleibe. Die Abrüstung dürfe nicht zu weniger Sicherheit führen. Alle seien sich jedoch bewußt, welch ungeheure Kosten mit der Rüstung verbunden seien. Angesichts der Probleme, die er auf seiner Reise in Afrika antreffe, sei er sich bewußt, was alles zu tun wäre und daß das Geld vernünftiger ausgegeben werden könnte, wenn die militärischen Kosten gesenkt würden.

Die Bundeswehr verfüge heute über rund 500 000 Soldaten. (Der *Präsident* nahm dies mit sichtbarem Erstaunen zur Kenntnis.) Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Bundeswehr heute die stärkste konventionelle Armee in Westeuropa sei. Dies sei angesichts des sowjetischen Übergewichts erforderlich. Die Bundeswehr sei heute eine der modernsten Armeen der Welt. Dies entspreche aber nicht dem unbedingten Ehrgeiz der Bundesregierung, sondern der sicherheitspolitischen Notwendigkeit.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß er überzeugt sei, daß in zehn bis fünfzehn Jahren der Nord-Süd-Konflikt größere Bedeutung haben werde als der West-Ost-Konflikt. Es sei deshalb klug, sich darauf einzustellen. Der *Präsident* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß das Bewußtsein in der deutschen Bevölkerung für diese Entwicklung wachse. Die Bundesrepublik leiste heute mit am meisten für die Dritte Welt. Dies beträfe den Staat wie die Kirchen und den privaten Bereich.

In Moskau würde man es nicht gerne hören, wenn er darauf hinweise, daß die Bundesregierung in einem Jahr mehr Steuermittel für die Dritte Welt zur Verfügung stelle als der gesamte Warschauer Pakt zusammen. Er halte diese Politik jedoch für richtig, um Spannungen in der Welt abzubauen.

Aus diesem Grunde sei er auch heute nach Mosambik gekommen. Er sei sehr besorgt über die Entwicklung in dieser Region des Südlichen Afrika.[21] Er wolle sich deshalb aus erster Hand informieren und die Probleme unmittelbar kennen-

21 Die Botschaft in Maputo berichtete im Politischen Halbjahresbericht für Mosambik mit Stand vom 1. September 1987: „Zerrüttung des Landes durch die Widerstandsbewegung RENAMO und wirtschaftlicher Niedergang" seien die Probleme, mit denen Präsident Chissano konfrontiert sei. Die Sicherheitslage sei „desolat" und habe sich „seit der Unterzeichnung des Nkomati-Vertrages im März 1984 erheblich verschlechtert. Alle zehn Provinzen des Landes sind von der RENAMO-Tätigkeit betroffen. Nur noch die größeren Städte sowie einige wenige geschützte Großprojekte gelten als sicher. Die Hauptstadt Maputo ist eingeschlossen. Mosambikanische Truppen, schlecht ausgerüstet und miserabel verpflegt, mußten zuletzt im Sommer und Herbst 1986 […] schwere Schlappen erleiden." Dagegen habe die RENAMO es geschafft, „der Regierung die Kontrolle über ca. 90 % des Territoriums ganz oder teilweise zu entziehen. Ihre Kampfweise besteht weiterhin in zum Teil brutalen ‚Hit-and-run'-Angriffen auf zumeist zivile Ziele (Versorgungsleitungen, Überlandbusse, Lastwagenkonvois, Staatsfarmen, Produktionsbetriebe, Gesundheitszentren […])". Auch die Wirtschaftslage habe sich dramatisch verschlechtert: „Die schon vorher wirksamen negativen Faktoren (Dekolonialisierungsfolgen, Ineffizienz der sozialistischen Plan- und Staatswirtschaft, Blockierung der Verkehrswege durch die Widerstandsbewegung RENAMO) wurden durch ungünstige klimatische Einflüsse verstärkt. Die Versorgung der Bevölkerung kann in den Städten und einigen Provinzen des Landes nur noch durch Nahrungsmittelhilfe aus dem Ausland sichergestellt werden: 3,5 Mio. Menschen sind Opfer des Bürgerkriegs und der Dürre. 300 000 Mosambikaner sind in die Nachbarländer geflohen. […] Die Wirtschaft des Landes liegt zum Teil völlig darnieder. Das Geld hat kaum noch Kaufwert. Es fehlt am Nötigsten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 470; Referat 320, Bd. 155858.

lernen. Er sei auch daran interessiert, den Präsidenten persönlich kennenzulernen. Es sei für ihn besonders wichtig, das Gesicht eines Partners zu erleben und seine Eindrücke nicht nur aus den Akten zu gewinnen. Der *Präsident* nickte zustimmend.

Der *Bundeskanzler* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß sein Besuch dazu beitragen werde, die Beziehungen auf allen Ebenen zu entwickeln. Er sei jedoch überzeugt, daß eine sinnvolle Wirtschaftshilfe nur möglich sein könne, wenn der Terror beendet und Friede hergestellt sei.

Was er sage, gelte immer auch für die Europäische Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang wolle er ein offenes Wort sagen. Die Bundesrepublik sei innerhalb der Europäischen Gemeinschaft das wirtschaftlich stärkste Land. Sie würde auch am meisten für die Gemeinschaft bezahlen. Dies sei jedoch gerecht, weil die Bundesregierung auch den größten Nutzen aus der EG ziehe. In diesem Jahr gingen 58% des Exports der Bundesrepublik Deutschland in die EG-Partnerstaaten.

Die Politik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Afrika sei vielschichtig. Die Bundesrepublik befinde sich dabei in einer besonderen Situation. Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Spanien und Portugal seien Kolonialmächte gewesen. Deutschland sei es nur für eine kurze Zeit gewesen, weil es den Ersten Weltkrieg verloren habe. Dies sei gewissermaßen die positivste Wirkung des verlorenen Krieges gewesen, nämlich das Ende der Kolonialherrschaft in Kamerun und Togo. Er habe gerade in Kamerun erleben können, daß dort heute noch Erinnerungen an die deutsche Kolonialherrschaft in der Form einer freundlichen Nostalgie vorhanden seien. Die Bevölkerung Kameruns habe ihn überaus freundlich empfangen.[22]

Der *Präsident* erklärte, daß es schade sei, daß der Bundeskanzler nicht Tansania besuche. Lesotho werde als die kleine Schweiz Afrikas bezeichnet. Die Tansanier sagen, daß die Schweiz gewissermaßen das große Lesotho sei. Er habe dort Urlaub gemacht und dabei erfahren, daß die alten Leute nur von Deutschland gesprochen hätten.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Bundesrepublik Deutschland heute ein unbefangenes Verhältnis gegenüber den afrikanischen Staaten hätte, weil die Beziehungen nicht belastet seien. Dennoch müsse er aufpassen, weil dies nicht alle Partner innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gerne sehen. Es sei ja bekannt, daß zwischen ihm und Präsident Mitterrand eine enge Freundschaft bestünde. Aber der Präsident von Kamerun, Biya, habe ihm erzählt, daß mit der Bekanntgabe seines Besuches in Kamerun zahlreiche französische Besucher sich in Kamerun angemeldet hätten. Er selbst sei jedoch der Auffassung, daß Kon-

22 Botschafter Reiche, Jaunde, berichtete am 18. November 1987, daß der tags zuvor zu Ende gegangene Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Kamerun als „großer Erfolg" gewertet werden könne: „Die politisch bedeutsame Geste, die in der Wahl Kameruns als des ersten schwarzafrikanischen Landes lag, das der Bundeskanzler offiziell besuchte, wurde durch einen besonders herzlichen Empfang der zu Zehntausenden die Straße säumenden kamerunischen Bevölkerung honoriert. Der BK suchte immer wieder den persönlichen Kontakt zur Bevölkerung, die darauf spontan reagierte. Er dürfte dabei in wenigen Tagen zu einem der populärsten ausländischen Politiker in Kamerun geworden sein. Nach dem Urteil länger hier tätiger Kollegen aus dem diplomatischen Corps ist der Empfang des Bundeskanzlers nur noch mit dem Besuch des Papstes in Kamerun (1985) zu vergleichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 396; Referat 321, Bd. 154332.

kurrenz das Geschäft belebe. Er sei sich auch nicht sicher, ob ihn Mrs. Thatcher besonders gerne in Kenia sehe oder die Portugiesen hier in Mosambik. Er wisse dies nicht. Die Portugiesen würden sich sicher über seinen Besuch freuen, erwiderte Präsident *Chissano*.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß es ihm nicht darum ginge, irgend jemandem etwas wegzunehmen. Seine Absicht sei es, einen Beitrag zur Entwicklung zu leisten. Er gehe dabei von seinen sehr persönlichen Erfahrungen aus. Er selbst habe noch den Zweiten Weltkrieg mit all seinem Elend erlebt. 1945 sei er gerade fünfzehn Jahre alt gewesen. Der Bundeskanzler schildert das Schicksal seiner Familie.

Heute sei er zweiundvierzig Jahre politisch tätig. Er habe sich geschworen, Hilfe zu leisten, soweit dies möglich sei. Die Region des Südlichen Afrika sei ein Pulverfaß. Wenn eine friedliche Evolution nicht möglich sei, werde es zu einem entsetzlichen Blutbad kommen. Er habe die Politik des Präsidenten sehr genau verfolgt. Es sei sein Eindruck, daß der Präsident eine pragmatische Linie eingeleitet habe, die er persönlich schätze. Er sei deshalb hierher nach Mosambik gekommen, um diese Politik zu unterstützen.

Parallel zu dem Gespräch seien die Mitarbeiter dabei, Details der Zusammenarbeit zu besprechen. Die Bundesregierung sei bereit, für die Jahre 1987/88 trotz der Haushaltsschwierigkeiten Mittel in der Größenordnung von 60 Millionen Finanzhilfe und 12 Millionen Technische Hilfe zur Verfügung zu stellen.[23] Er wolle offen sagen, daß er sich persönlich einsetzen werde, noch mehr zu tun, wenn es der Wunsch des Präsidenten sei. Dies gelte bilateral wie für die Europäische Gemeinschaft. Er wolle jedoch hinzufügen, daß dies um so leichter möglich sei, wenn der Präsident fortfahre, die privatwirtschaftlichen Möglichkeiten in Mosambik zu verbessern.[24] Die DEG sei beispielsweise dabei, entsprechende privatwirtschaftliche Projekte zu prüfen. Ein verstärktes Engagement setze jedoch eine innere Befriedung voraus.

23 Die Botschaft in Maputo informierte am 20. Oktober 1987 über Regierungsgespräche zwischen der Bundesrepublik und Mosambik vom 12. bis 14. Oktober 1987 in Maputo zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit für die Jahre 1987/88: „Die Zusammenlegung der EZ für 1987/88, um somit einen Betrag von 72 Mio. DM zusagen zu können, wurde von mosambikanischer Seite mit großer Freude angenommen. Die für November in Bonn vorgesehenen Verhandlungen dürften, nach dem guten Verlauf der Konsultationen zu urteilen, ohne jegliche Schwierigkeiten ablaufen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 579; Referat 320, Bd. 155863.
Mit Schreiben vom 17. November 1987 übersandte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Niederschrift über das Ergebnis der deutsch-mosambikanischen Regierungsverhandlungen in Bonn am Vortag. Darin hieß es: „In Würdigung der von der mosambikanischen Regierung eingeleiteten Strukturreform der Wirtschaft stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland 72 Mio. DM zur Verfügung; davon entfallen 60 Mio. DM auf die Finanzielle Zusammenarbeit, 12 Mio. DM sind Technische Zusammenarbeit. Für die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) gelten folgende Konditionen: 0,75% Zinsen, 50 Jahre Laufzeit einschließlich zehn Freijahren. Die Mittel der Technischen Zusammenarbeit (TZ) werden als Zuschuß gewährt." Vgl. Referat 320, Bd. 155863.

24 Die Botschaft in Maputo notierte am 7. Juli 1987, daß Mosambik im „Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Neuorientierung […] 1984 ein Gesetz über Auslandsinvestitionen verabschiedet" habe: „Dieses Gesetz enthält Rechtsgarantien gegen Nationalisierung […], Bestimmungen über Gewinntransfer und Kapitalexport, Zollfreiheit für den Import von Kapitalgütern, Grundstoffen und Vorprodukten und Steuerfreiheit für Zeiträume zwischen zwei und zehn Jahren. In Maputo wurde ein besonderes Investitionsförderungsbüro geschaffen, das eine erste Anlaufstelle für ausländische Investoren ist." Ferner habe Mosambik im Juli 1984 einen Investitionsförderungsvertrag mit den USA abgeschlossen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 360; Referat 320, Bd. 155863.

Die Bundesregierung sei darüber hinaus bereit, in Mosambik tätige Nicht-Regierungs-Organisationen, so z. B. die Deutsche Welthungerhilfe, weiter zu unterstützen. Die gleiche Zusicherung könne er auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten des Südlichen Afrika (SADCC[25]) geben. Er beurteile diese Entwicklung sehr positiv.

Sollte Mosambik von den Vereinten Nationen als LLDC (Least Developed Countries) anerkannt werden, könne die Bundesregierung FZ-Kredite auch als Zuschüsse geben. Die Bundesregierung sei dann auch bereit, einen Erlaß der Schulden aus diesjährigen FZ-Krediten nach Antrag wohlwollend zu prüfen. Der Präsident hätte sicher feststellen können, daß die Bundesregierung aktiv an den im Pariser Club im Juni d. J. erreichten, für Mosambik besonders günstigen Umschuldungsvereinbarungen hilfreich mitgewirkt habe.[26] Zusammenfassend wolle er feststellen, daß dies sicherlich alles wichtige Maßnahmen für Mosambik seien, dennoch hoffe er, daß es dem Präsidenten vor allem gelingen werde, die Befriedung des Landes nach innen zu erreichen.

Damit sei er an einem wesentlichen Punkt. Mosambik nehme für die Entwicklung in der Gesamtregion eine zentrale Position ein. Die Bundesregierung sei daran interessiert, Mosambik politisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Dabei sei aber ein wirklich blockfreies Mosambik besonders wichtig und bedeutsam. Die Fehler seien bekannt, die der Westen nach der Befreiung Mosambiks[27] anfänglich begangen habe. Der Präsident müsse jedoch wissen, daß er viele zusätzliche Freunde gewinnen könne, wenn sich sein pragmatischer Kurs durchsetzen werde. Er habe ihm als Bundeskanzler keinen Rat zu geben. Wenn der Präsident ihn jedoch fragen würde, dann wolle er ihm auch sagen, daß der pragmatische Kurs des Präsidenten und seine Politik einer echten Blockfreiheit der einzige Weg seien, der zu einem Erfolg führen könne.

Generell könne man weltweit feststellen, daß die Ideologie auf dem Rückzug sei. Er habe deshalb nicht ohne Grund von der Politik Gorbatschows, Kádárs und Deng Xiaopings gesprochen. Er wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Er lehne dies ja auch für die Bundesrepublik Deutschland ab. Der Präsident sei ja gerade in den Vereinigten Staaten von Amerika[28], in Großbritannien[29] und in Frankreich[30] gewesen. Die Bundesrepublik Deutschland sei mit allen diesen Staaten befreundet. Er sei über die Gespräche des Präsidenten von allen diesen Regierungen unterrichtet worden. Der *Präsident*

25 Southern African Development Coordination Conference.

26 Die Botschaft in Maputo vermerkte am 7. Juli 1987: „Am 16.6.1987 vereinbarte der ‚Pariser Club' mit Mosambik eine Schuldenregelung, die Mosambik eine Entlastung von 237 Mio. US-Dollar verschafft. Der Beitrag der Bundesregierung ist gering, da sie mit Gesamtforderungen von 1,12 Mio. US-Dollar nur ein kleiner Gläubiger ist. Die Regelung sieht vor, daß 100 % der Tilgungs- und Zinsrückstände per 31.5.1987 und 100 % der Tilgungs- und Zinsfälligkeiten zwischen dem 1.6.1987 und dem 31.12.1988 in jeweils zehn Jahren nach zehn Freijahren zurückgezahlt werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 360; Referat 320, Bd. 155863.

27 Mosambik wurde am 25. Juni 1975 unabhängig.

28 Präsident Chissano besuchte die USA vom 1. bis 6. Oktober 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4371 des Gesandten Paschke, Washington, vom 8. Oktober 1987; Referat 320, Bd. 155862.

29 Präsident Chissano besuchte Großbritannien vom 6. bis 9. Mai 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 88 des Botschafters Nölle, Maputo, vom 11. Mai 1987; Referat 320, Bd. 155862.

30 Präsident Chissano hielt sich vom 28. bis 30. September 1987 in Frankreich auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2338 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 15. Oktober 1987; Referat 202, Bd. 174771.

warf ein, daß er sogar einige gebeten habe, dem Bundeskanzler über die Gespräche zu berichten.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß er aufgrund dieser Unterrichtungen auch nach Mosambik gekommen sei. Er wolle sehr deutlich, aber zugleich auch sehr ehrlich dem Präsidenten folgendes sagen. Dies sei kein Problem, warf der *Präsident* ein.

Viele in Europa würden mit den Problemen des Südlichen Afrika nur ihre eigenen Geschäfte verfolgen, fuhr der *Bundeskanzler* fort. Er sei nicht bereit, eine solche Politik zu akzeptieren oder gar zu unterstützen. Die Diskussion über Sanktionen gegenüber Südafrika[31] sei in Europa häufig nur innenpolitisch begründet. Vielfach werde dabei am wenigsten an das Schicksal der betroffenen Menschen gedacht.

Die Befürworter von Sanktionen spielten sich häufig als moralische Apostel auf, obwohl sie nur harte Geschäftsinteressen verfolgten.

Der Präsident müsse wissen, daß er keinerlei Sympathie für eine Politik der Apartheid habe. Dies habe er Präsident Botha gesagt.[32] Er sei jedoch dagegen, darüber ständig in öffentlichen Versammlungen zu reden. Der Präsident wisse, zu welchen Ergebnissen wirtschaftliche Sanktionen geführt hätten. Für die Bundesrepublik Deutschland sei entscheidend, daß von seiten Südafrikas nichts geschehe, was zu einer Destabilisierung der Nachbarländer führe. Genauso bedeutsam sei, daß in Südafrika die Einsicht bei allen politischen Kräften wachse, daß eine Revolution nur in ein Chaos führen könne. Es sei ihm bewußt, wie schwierig eine evolutionäre Entwicklung sei. Es gebe jedoch keine Alternative dazu.

Der Bundeskanzler betonte, daß es ihm nicht darum ginge, in den Fragen Südafrikas in der Weltöffentlichkeit Prestige zu gewinnen. Es ginge ihm ausschließlich darum, hilfreich sein zu können. Dabei sei es nicht erforderlich, in jedem Fall öffentlich zu wirken. Er habe nicht den Ehrgeiz, den Friedensnobelpreis verliehen zu bekommen. Wenn er die Preisträger der letzten Jahre betrachte, könne er deren Verdienste nicht immer erkennen.

Der Bundeskanzler bat den Präsidenten um eine Beurteilung der Lage in Mosambik wie in den anderen Frontlinienstaaten[33] und um seine Einschätzung der Situation in Südafrika. Er kenne etwas die Mentalität der Regierung Südafrikas. Bei den weißen Südafrikanern handele es sich gewissermaßen um eine Mischung aus Briten, Niederländern und Deutschen. Diese Mischung müsse nicht immer zwangsläufig Klugheit ergeben. Dies sei eine schlechte Mischung, warf der *Präsident* ein.

Man müsse sie jedoch in Rechnung setzen, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er habe darüber nachgedacht, ob es nicht Persönlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland geben könne, die für die Überwindung der Probleme im Südlichen

31 Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 164, Anm. 22.

32 Bundeskanzler Kohl legte mit Schreiben vom 28. November 1985 an Präsident Botha die Grundsätze der Südafrika-Politik der Bundesregierung dar und gab darin seiner Überzeugung Ausdruck, „daß die völlige Überwindung der Apartheid ein Kernstück jeder neuen Staatsordnung Südafrikas sein muß, wenn diese künftig ein friedliches Zusammenleben gewährleisten soll". Vgl. Referat 320, Bd. 156009.

33 Neben Mosambik gehörten Angola, Botsuana, Sambia, Simbabwe und Tansania zu den Frontlinienstaaten.

Afrika hilfreich sein könnten. Er habe dabei vor allem an Franz Josef Strauß gedacht und mit ihm bereits darüber gesprochen.

Franz Josef Strauß beobachte die Politik Mosambiks mit großem Interesse. Er wisse auch, daß die Destabilisierung Mosambiks zu einer Katastrophe führen könne. Genauso sei er sich darüber im klaren, daß sich Südafrika bewegen müsse. Südafrika habe in den letzten Jahren wichtige Reformen durchgeführt. Sie seien jedoch zeitlich meistens zu spät erfolgt. Die südafrikanische Regierung laufe gewissermaßen der Zeit nach. Hätte sie die Reformen vor acht oder zehn Jahren durchgeführt, hätte sie größere Wirkung erzielt.

Präsident *Chissano* berichtete, daß er genau in diesem Raum, in dem sie gerade miteinander sprechen würden, auch mit Präsident Botha gesprochen hätte. Sie hätten ihm angeboten, hier in diesem Raum gemeinsam Gespräche mit Mandela zu führen.

Der *Bundeskanzler* verwies auf Max Weber, den der Präsident sicherlich kenne, und der einmal gesagt habe, Politik heiße, dicke Bretter zu bohren.[34] Er wünsche sich, daß der Präsident diesen Ratschlag beherzige und immer weiter bohren werde. Er habe sich deshalb überlegt, ob es in der gegenwärtigen Lage nicht gut wäre, wenn er Franz Josef Strauß bitte, solche Gespräche zu vermitteln. Franz Josef Strauß verfüge in Südafrika über eine große Reputation. Er könnte noch in diesem Jahr die Gespräche aufnehmen.

Präsident *Chissano* bat den Bundeskanzler zu erläutern, was er unter „Vermittlung von Gesprächen" verstünde.

Solche Gespräche sollten zur Entspannung beitragen, erwiderte der *Bundeskanzler*. Der Präsident müsse wissen, daß in den Fragen Südafrikas in Europa zur Zeit eine gewisse Windstille herrsche. 1988 würden jedoch in den Vereinigten Staaten von Amerika Wahlen stattfinden.[35] Dort gebe es 14 Millionen schwarze Wähler. Er sei überzeugt, daß im Rahmen dieses Wahlkampfes das Thema Südafrika neue Brisanz gewinnen und eine neue Diskussion über Sanktionen beginnen werde.

Er lehne solche Sanktionen ab, weil sie vielfach nicht mehr als reine Heuchelei seien. So habe die Europäische Gemeinschaft den Kauf von Krügerrands verboten.[36] Heute würde das Gold in die Schweiz transferiert und dort die Krügerrands geprägt. Der Bundeskanzler verwies auch auf das Beispiel möglicher Sanktionen für den südafrikanischen Gemüseexport. Gerade die Niederlande seien für Sanktionen in diesem Bereich eingetreten. Gleichzeitig seien sie jedoch die größten Produzenten von Gemüse innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und würden deshalb sofort die entstehende Lücke ausfüllen. Solche Sanktionen wür-

34 Vgl. Max WEBER, Politik als Beruf, in: Max Weber Gesamtausgabe. Im Auftrag der Kommission für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften hrsg. von Horst Baier, M. Rainer Lepsius, Wolfgang J. Mommsen, Wolfgang Schluchter und Johannes Winckelmann. Abteilung I: Schriften und Reden. Bd. 17: Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Politik als Beruf 1919. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Birgitt Morgenbrod, Tübingen 1992, S. 251 f.

35 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

36 Auf der EG-Ministerratstagung am 27. Oktober 1986 in Luxemburg wurde eine Verordnung erlassen, mit der die Einfuhr von Goldmünzen aus Südafrika in die Gemeinschaft ausgesetzt wurde. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1986, S. 86.

den den betroffenen Menschen nicht helfen. Es müsse jetzt darum gehen, psychologischen Druck auf die südafrikanische Regierung auszuüben. Und zwar mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stünden. Außerdem sei die Bundesregierung bereit, Projekte für die Ausbildung von Schwarzen und Farbigen in Südafrika finanziell zu unterstützen. Dies sei die einzige Möglichkeit, neue Kader auszubilden.

Bilateral könne man sich sehr schnell einig werden: Wenn der Präsident seinen jetzigen Kurs fortführe, werde er die Unterstützung der Bundesregierung und vor allem seine persönliche haben.

Präsident *Chissano* bedankte sich für die Offenheit und Freimütigkeit, mit der der Bundeskanzler zu ihm gesprochen habe. Es geschehe sehr selten, daß westliche Regierungschefs mit ihnen so sprächen, wie es der Bundeskanzler getan hätte. Normalerweise sei es nicht üblich, daß die Besucher auch über ihre eigenen Probleme sprechen würden. Er freue sich, daß der Bundeskanzler zuerst über seine Probleme und die in Europa berichtet habe. Damit hätte er beide Länder auf eine gleiche Ebene gestellt. Dies sei eine gute Grundlage für die gegenseitige Achtung und Freundschaft.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß dies die Grundlage dafür sei, gegenseitiges Vertrauen zu gewinnen. Dies sei auch in einer Familie nicht anders.

Präsident *Chissano* wies darauf hin, daß der Entwicklungsstand beider Länder sehr unterschiedlich sei. Dies gelte auch für die jeweiligen politischen Erfahrungen und für die politische Führung in beiden Ländern. Hier bestünden große Unterschiede. Dennoch wüßten sie, daß trotz dieser Unterschiede sie auch für die entwickelten Länder Beiträge leisten könnten wie diese für die unterentwickelten Länder. Vor diesem Hintergrund sei für ihn alles sehr interessant gewesen, was der Bundeskanzler über die internationale Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der mit dem Ostblock berichtet habe. Sie hätten in Mosambik unter den Widersprüchen sehr gelitten, die nicht in ihrem eigenen Land, sondern zwischen Ost und West existieren würden. Seit Beginn ihres Befreiungskampfes hätten sie diese Widersprüche verspürt. Sie seien sich dabei durchaus bewußt gewesen, daß bestimmte Haltungen nicht gegen sie gerichtet gewesen seien. Sie hätten sich jedoch für sie nachteilig ausgewirkt. Sie hätten auch die Auswirkungen des Konfliktes zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China verspürt. Ursprünglich hätten sie die Unterstützung beider Länder gehabt. Beide hätten ihnen in der Folge jedoch gesagt, daß sie die Unterstützung der anderen Seite ablehnen sollten. Mao hätte sie aufgefordert, mit der Roten Bibel in der Hand herumzulaufen. Die Sowjetunion habe gewünscht, daß sie deren Slogans vertreten. Die Position, für die sie sich selbst entschieden hätten, sei die der Unabhängigkeit. Dies unterscheide sie von anderen Befreiungsbewegungen. Vielleicht seien sie deshalb schneller erfolgreich als andere gewesen. Andere hätten immer wieder die Freundschaften gewechselt. Sie hätten dabei ihre Persönlichkeit und den eigentlichen Sinn ihres Kampfes verloren.

Er habe sich gefreut, vom Bundeskanzler zu hören, daß er kein Diplomat sei. Auch sie seien gewöhnt, offen und direkt über Probleme zu sprechen. Sicherlich gäbe es anfänglich viel Mißtrauen, wenn man sich nicht persönlich kenne. Dies beinhalte auch immer die Gefahr, daß die Absichten der anderen Seite falsch ausgelegt würden. Sie selbst müßten nicht interpretiert werden, weil sie nur

das sagen würden, was sie sich auch dächten. Sie seien Politiker und keine Diplomaten. Sie würden sich jedoch noch in anderer Hinsicht unterscheiden. In ihrem Lande gebe es keine Wahlkämpfe, in denen bestimmte Positionen vor den Wahlen angekündigt würden. Sie befänden sich noch in der Situation, in der sie nur für sich selbst kämpfen würden. Es gehe ihnen darum, die Probleme ihres eigenen Landes zu lösen. Damit seien sie mit dem Willen des Volkes identisch, denn mit dem Volk gemeinsam wollten sie die Probleme lösen. Sie wollten nicht etwas für das Volk leisten, sondern mit ihm gemeinsam.

Präsident Chissano bedankte sich für die Erläuterung der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Er freue sich, daß es den Deutschen gut ginge. Er wünsche sich, daß es so bleibe, denn nur so könnte die Bundesrepublik Deutschland Länder der Dritten Welt unterstützen. Er habe auch mit Interesse gehört, was der Bundeskanzler zum Thema des Dollar-Verfalls und über die Gefährdungen der Weltwirtschaft berichtet habe. Auch sie hätten nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig[37] auf eine Verbesserung der Lage gehofft. Sie hatten vorübergehend erwartet, daß sich nach Venedig die Verschuldungsprobleme und die Zinsbelastungen verringern würden. Durch den Verfall des Dollars seien jetzt die Probleme nicht kleiner geworden. Er habe Präsident Reagan und Präsident Mitterrand für ihre Haltung in Venedig gedankt. Jetzt habe er die Gelegenheit, sich auch beim Bundeskanzler persönlich für seine Haltung in Venedig zu bedanken.

Der Bundeskanzler habe darüber hinaus die Hauptprobleme unserer Zeit angesprochen, Fragen der Entwicklung, der Abrüstung und des Friedens. Bei dieser Gelegenheit entschuldigte sich Präsident Chissano, daß er immer wieder von der „BRD“ spreche. Dies hätte jedoch keinen anderen Grund als den der Kürze.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er damit keine Probleme habe. Er berichtete, daß Besucher in Moskau immer wieder danach gefragt würden, ob sie auch die richtigen Deutschen seien. Darunter verstünde man die Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Er wisse, wer die richtigen Deutschen seien, erwiderte Präsident *Chissano*. Er sei im Kontakt mit Deutschen aufgewachsen. Seine Mutter sei von deutschen Ordensschwestern aufgezogen worden. Sie würde mit diesen Schwestern noch immer Kontakt halten. Das Problem der „richtigen Deutschen“ hätte sich erst später ergeben.

Präsident Chissano fuhr fort, daß er mit besonderer Freude von der deutsch-französischen Zusammenarbeit gehört habe. Sie selbst hätten bereits eine gute Zusammenarbeit mit Frankreich entwickelt. Darin sehe er eine gute Grundlage, um auch die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern.

Anschließend kam der Präsident auf die Lage in seinem eigenen Land zu sprechen. Der Bundeskanzler habe recht, wenn er davon spreche, daß Mosambik eine zentrale Rolle für die Politik im Südlichen Afrika spiele. Die Rolle Mosambiks sei für ganz Afrika sehr wichtig, weil sein Land ein Tor für die Länder im Hinterland darstelle, die keinen Zugang zum Meer hätten. Die Küste Mosambiks sei 2800 km lang. Sie verfügten über drei wichtige und sechs kleinere Häfen. Das

[37] Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

Land liege am Indischen Ozean und sei darauf ausgerichtet. Vor ihrer Küste lägen beispielsweise Madagaskar und die Seychellen. Von besonderer Bedeutung sei die Meeresstraße von Mosambik, die eine wichtige Route für den Erdöltransport sei. Dieser Kanal von Mosambik könnte eine Wasserstraße des Friedens sein. Sie könnte aber auch zu einer Straße des Krieges werden, wenn die Politik der Abrüstung und Entspannung nicht erfolgreich sein würde. Sie selbst wollten eine friedliche Wasserstraße, die den Orient mit dem Okzident verbinde und nicht trenne.

Mosambik liege in einer der reichsten Regionen Afrikas. Südafrika sei das am stärksten entwickelte Land. Sie selbst seien mit Südafrika durch eine vielfältige Infrastruktur verbunden. Sein Land habe immer die Aufgabe übernommen, Dienstleistungen für andere zu erbringen. So verliefen die Eisenbahnlinien in seinem Land nicht von Norden nach Süden, sondern von der Küste zum Hinterland. Außerdem sei die gesamte Infrastruktur so eingerichtet gewesen, daß sie ausschließlich zum Vorteil des britischen Empires funktionierte. Der britische Einfluß spiegele sich auch darin, daß sie immer noch den Linksverkehr hätten. Auch die Länder im Hinterland hätten immer starken Einfluß auf Mosambik ausgeübt. Darin komme die zentrale Bedeutung von Mosambik zum Ausdruck. Dies sei jedoch nicht das gesamte Bild.

Man müsse gleichzeitig in Rechnung stellen, daß sich aufgrund ihres Befreiungskampfes die Aufmerksamkeit der gesamten Welt auf sie gerichtet habe. Diese Aufmerksamkeit habe sich auch auf ihre Bemühungen gerichtet, Lösungen für den Frieden zu suchen und sich an Verhandlungen zu beteiligen. So hätten sie von Anfang an Kontakte mit dem südafrikanischen Präsidenten Vorster und dem rhodesischen Präsidenten Smith unterhalten. 1974 hätten sie zum Waffenstillstand zwischen ZANU und Smith beigetragen.[38] Dabei sei es ihnen gelungen, größere Unruhen im Südlichen Afrika zu verhindern, die nach ihrem Erfolg in Mosambik denkbar gewesen wären. Dies habe in der Folge jedoch zum Rücktritt von Smith geführt, der sich gegen den Widerstand der radikalen Kräfte nicht durchsetzen konnte. Sie hätten alles getan, zur Befriedung der Region beizutragen. Durch das Auftreten von Rassisten sei es jedoch zu einer Verschärfung der Probleme gekommen.

Präsident Chissano berichtete, daß sie gemeinsam mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika sich um eine Lösung für Rhodesien bemüht

38 Zu dem seit der rhodesischen Unabhängigkeitserklärung vom 11. November 1965 bestehenden Verfassungskonflikt führte die Botschaft in Blantyre am 11. Juni 1975 aus, die rhodesische Regierung versuche seit Ende 1971, den Konflikt auf der Grundlage der am 24. November 1971 zwischen Großbritannien und Rhodesien unterzeichneten Übereinkunft zu lösen. Auf der Konferenz von Lusaka am 4./5. Dezember 1974, an der die Präsidenten Khama (Botsuana), Kaunda (Sambia) und Nyerere (Tansania) sowie Bischof Muzorewa und die Vorsitzenden der Zimbabwe African People's Union (ZAPU), Nkomo, und der Zimbabwe African National Union (ZANU), Sithole, teilgenommen hätten, sei es „zum Zusammenschluß von ANC, ZAPU, ZANU und FRO[nt for the]LI[beration of]ZI[mbabwe] zum neuen ANC unter Führung Bischof Muzorewas" gekommen. Smith habe sich daraufhin genötigt gesehen, „politische Häftlinge im Austausch gegen eine Waffenruhe an der Nordostgrenze freizulassen und Verhandlungen zur Vorbereitung einer Verfassungskonferenz zuzubilligen". Zielvorstellungen der Teilnehmer der Konferenz von Lusaka seien dabei gewesen: „a) Übergang zum ‚Majority Rule' in fünf Jahren, b) qualifiziertes Wahlrecht nur während Übergangszeit, c) afrikanischer Parlamentssofortanteil 50–60%, d) afrikanische Regierungsbeteiligung anfangs 30%, bei Ablauf der Übergangszeit 50% übersteigend." Bis Mitte des Jahres 1975 habe sich „ein labiler Waffenstillstand" entwickelt. Vgl. die mit Schriftbericht Nr. 426 übermittelte Aufzeichnung; Referat 320, Bd. 108206.

hätten. Sie hätten intensiv an dem Zustandekommen des Lancaster-House-Abkommens[39] beigetragen. Sicherlich hätten sie nur eine bescheidene Rolle, jedoch eine konstruktive gespielt, um das Lancaster-House-Abkommen zu ermöglichen.

Sie hätten sich auch mit ihren Freunden Probleme geschaffen, als sie die Kühnheit besaßen, das Nkomati-Abkommen mit Südafrika abzuschließen.[40] Sie hätten noch immer große Probleme, diese Entscheidung sowohl ihren Freunden wie ihren Feinden zu erläutern. Dies sei jedoch der Preis, den sie für ihre Unabhängigkeit zahlen müßten.

Präsident Chissano bekräftigte, daß es ihre Pflicht sei, für den Frieden im eigenen Land wie in der ganzen Region und damit für den Frieden in der ganzen Welt zu arbeiten. Mit Interesse habe er gehört, daß der Bundeskanzler vom Pulverfaß gesprochen habe. Sie lebten auf einem Vulkan. Sie seien jedoch in der Lage, das Pulver aus dem Faß zu nehmen. Dennoch bleibe ihre Region ein gefährlicher Vulkan für den Frieden in der ganzen Welt. Sie bemühten sich, Frieden zu schaffen. Dabei dächten sie auch an den Frieden für die ganze Welt. Es sei jedoch ihre politische Linie, zuerst die nationalen Interessen von Mosambik zu vertreten. Dies sei ein sehr wichtiger Satz, warf der *Bundeskanzler* ein.

Präsident *Chissano* fuhr fort, daß es zuallererst ihr Interesse sein müßte, als Land existieren zu können, bevor sie einen Beitrag für die übrige Welt leisten könnten. Voraussetzung dafür sei ihre Unabhängigkeit. Dafür hätten sie gekämpft, und sie hätten sie erreicht. Jetzt würden sie für die wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfen. Zwischen Ländern könne es nur eine Interdependenz geben, wenn sie ihre Unabhängigkeit erreicht hätten. Und gleichberechtigt seien, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

39 Vom 10. September bis 15. Dezember 1979 fand im Lancaster House in London die Verfassungskonferenz für den Übergang Simbabwes/Rhodesiens zur Unabhängigkeit statt. Das am 21. Dezember 1979 unterzeichnete Lancaster-House-Abkommen enthielt eine Zusammenfassung der Unabhängigkeitsverfassung, Regelungen für die Übergangszeit vor der Unabhängigkeit sowie ein von den Bürgerkriegsparteien unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 108–124 (Auszug).
Gemäß den Bestimmungen des Lancaster House-Abkommens wurde ein britischer Gouverneur eingesetzt, der für den 14. Februar bzw. vom 27. bis 29. Februar 1980 Wahlen ansetzte, aus denen die ZANU als Siegerin hervorging. Am 18. April 1980 entließ Großbritannien Simbabwe formell in die Unabhängigkeit. Am selben Tag nahmen die Bundesrepublik und Simbabwe diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 101.

40 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.
Botschaftsrat I. Klasse Ziefer, Pretoria, informierte am 15. Oktober 1987, das Nkomati-Abkommen sei immer noch Grundlage der südafrikanisch-mosambikanischen Beziehungen: „Der Vertrag ist im wesentlichen ein Nicht-Angriffs- und Nicht-Einmischungsvertrag. Südafrika verpflichtete sich, die Unterstützung der RENAMO-Rebellen in Mosambik einzustellen. Mosambik sagte im Gegenzug die Unterbindung der militärischen Aktivitäten des African National Congress (ANC) zu, die von seinem Territorium aus gegen Südafrika gerichtet waren." Bei der Durchführung des Abkommens hätten sich in der Folge aber Probleme ergeben, da der südafrikanische „Sicherheitsapparat (Militärs, Nachrichtendienst)" nicht bereit gewesen sei, die Unterstützung der RENAMO-Rebellen zu unterlassen: „Im Gefolge der Aufdeckung der Zusammenarbeit zwischen den s[üd]a[frikanischen] Militärs und RENAMO nach der Einnahme des RENAMO-Hauptquartiers in den Gorongoza-Bergen im August 1985" sei die Durchführung des Nkomati-Abkommens eingestellt worden. Dennoch hätten beide Seiten betont, daß sie an dem Abkommen prinzipiell festhalten wollten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 569; Referat 320, Bd. 155860.

Präsident *Chissano* bekräftigte, daß sie deshalb für ihre Unabhängigkeit kämpfen würden. Es sei ihre Aufgabe, Mosambik auf solide Füße zu stellen und aufzubauen. Der Bundeskanzler habe von der jahrhundertelangen Entwicklung in Europa gesprochen. Auch in Europa habe es Kämpfe um die innere Konsolidierung gegeben.

Es sei ihre Aufgabe, die Aufgabe ihrer Generation, nicht zu vergessen, die Grundprobleme ihres eigenen Volkes zu lösen. Sie hätten sich in Mosambik für die Blockfreiheit entschieden. Diese Werte wie Unabhängigkeit, Blockfreiheit, Menschenwürde hätten sie während ihres Unabhängigkeitskampfes lernen müssen.

Es sei ihr Interesse, mit allen Ländern zusammenzuarbeiten, ohne etwas mit der Ideologie zu tun haben zu müssen. Die Rolle der Ideologie sei für sie eine Art Orientierungsgröße. Sie müsse jedoch der Evolution unterliegen. Sie gingen davon aus, daß die Welt eine Einheit darstelle. Immerhin sei Marx ja in Deutschland geboren worden, habe dann aber die Russen beeinflußt. Heute kämen die Russen nach Deutschland, um ihrerseits dort zu lernen. Er sei überzeugt, daß Marx heute etwas gänzlich anderes lehren würde. Er bekäme sicherlich heute keinen Lehrstuhl in Moskau, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Präsident *Chissano* erzählte dem Bundeskanzler folgenden Witz: Generalsekretär Chruschtschow sei auf einer öffentlichen Versammlung aufgetreten und habe die Sowjetunion als das erfolgreichste Land der Welt gepriesen. Nach einiger Zeit habe sich ein alter Mann ständig zu Wort gemeldet. Da er nicht nachgelassen habe, habe ihm Chruschtschow dann doch das Wort erteilt. Als der alte Mann aufstand, hätte man erkennen können, daß er mit seinem großen Bart mit Karl Marx[41] große Ähnlichkeit hatte. Dieser alte Mann habe dann nur einen Satz gesagt: Proletarier aller Länder, verzeiht mir.

Präsident Chissano wiederholte, daß Marx heute vieles anders schreiben würde. Er habe sich in seiner Zeit mit den gesellschaftlichen Problemen von damals befaßt. Es sei heute ihre Aufgabe, Lösungen für die Probleme von heute zu finden.

Ihre Politik bestünde heute darin, das Land zu entwickeln und die natürlichen Ressourcen zu nutzen. Mosambik verfüge über natürliche Ressourcen in ausreichendem Maße, um die Lebensbedingungen der Menschen verändern zu können. Er wisse nicht, ob er heute dem portugiesischen Kolonialismus dankbar sein solle oder nicht. Sie hätten die Ressourcen nicht angerührt. Sie seien gewissermaßen noch jungfräulich. Zur Zeit seien sie mit Hunger, Elend und Dürre konfrontiert. Andererseits verfügten sie über Wasser und gute Böden. In Mosambik gebe es fünfzehn Millionen Hektar bebaubares Land. Darüber hinaus sehr viele Wälder; ein Meer voller Fische, Seen, Lagunen, Flüsse, alle mit großem Fischreichtum. Das Land sei reich an Bodenschätzen: an Kohle, Naturgas und Erdöl. Sie hätten gewissermaßen unversiegbare Quellen, um Energie produzieren zu können. Diese Quellen seien bisher nicht genutzt worden. Sie möchten dieses Potential für ihre Bevölkerung und für andere Länder nutzen. Ihre wirtschaftliche Lage sei jedoch sehr schwierig. Dafür gebe es verschiedene Gründe, und es läge ihm daran, daß der Bundeskanzler sie richtig verstehe. Es sei in Afrika schon häufig die Gewohnheit, dem Kolonialismus Verantwortung für alle Probleme zuzuschieben.

41 Korrigiert aus: „Bart Karl Marx".

Präsident Chissano berichtete, daß er die Ehre gehabt hätte, Premierminister einer Übergangsregierung gewesen zu sein.[42] Der heutige Premierminister sei damals für die wirtschaftliche Koordination zuständig gewesen.[43] Als Folge des Krieges hätten sie eine chaotische wirtschaftliche Lage vorgefunden. Ursache dafür sei aber auch das Entwicklungskonzept gewesen, das Portugal für seine Kolonien zugrunde gelegt hätte. Mosambik verfüge über große Reichtümer. Dennoch habe sein Land nur die Funktion gehabt, Dienstleistungen für seine Nachbarländer erbringen zu müssen. Dies habe die Entsendung von Arbeitskräften in das Hinterland beinhaltet.

Eine andere Ursache für ihre Probleme sei die Destabilisierung, die nicht erst mit der Unabhängigkeit von Simbabwe[44], sondern bereits mit der Unabhängigkeit von Mosambik begonnen habe. Präsident Chissano überreichte dem Bundeskanzler eine Videokassette über die Entwicklung des Südlichen Afrika. Dieser Film erkläre die Destabilisierung, wie sie von den drei rassistischen Systemen der damaligen Zeit in Szene gesetzt worden sei. Wenn der Bundeskanzler sich diesen Film ansehe, werde er verstehen, mit welchen Methoden versucht worden sei, sein Land zu destabilisieren. Vor allem Rhodesien und Südafrika seien dafür verantwortlich.

1976 seien Brücken, Krankenhäuser und Schulen zerstört worden. Verantwortlich dafür sei Smith gewesen, der sich dabei Handlangern aus Mosambik bediente, die in seinen Streitkräften gedient hätten. Rhodesien habe damals aus diesen Leuten eine Gruppe gebildet, deren Aufgabe es gewesen sei, Mosambik zu destabilisieren. Smith habe dieser Gruppe den Namen RENAMO gegeben. Sie sollte dem rhodesischen Sicherheitsdienst dienen. Heute werde die Destabilisierung von großen bewaffneten Banden, wie sie sie bezeichnen würden, ausgeübt, die eine Entwicklung des Landes verhindern wollen.

Bei der RENAMO handele es sich um keine politische Organisation. Heute versuche Südafrika, der Welt RENAMO als eine politische Organisation zu präsentieren, die mit dem Westen befreundet und der Demokratie verpflichtet sei. Es handele sich jedoch um eine terroristische Organisation, die seit 1976 existiere. Diese Terrororganisation habe die Wirtschaft und das Leben großer Teile der Zivilbevölkerung zerstört. Die Zivilbevölkerung sei nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie sei aber zugleich das Hauptziel dieser Gruppe. Nach seiner Auffassung handele es sich bei der RENAMO um die anti-demokratischste Organisation, die er kenne und die sich gegen das Volk richte. Sie scheuten nicht davor zurück, Menschen in eine Hütte einzusperren und sie dann anzuzünden. Sie halten Busse an und stecken sie in Brand. Eine solche Gruppe könne nicht als demokratisch bezeichnet werden. Ausgebildet würde sie von Südafrika.

Präsident Chissano wies darauf hin, daß es auch noch andere Gründe für ihre wirtschaftlichen Probleme gäbe. Dazu gehöre vor allem die Dürre, die zu der schwierigen Lage der Wirtschaft beigetragen habe. Er könne nicht verneinen, daß sie in den ersten Jahren Fehler gemacht hätten. Er könne auch nicht aus-

42 Joaquim Alberto Chissano war vom 20. September 1974 bis 25. Juni 1975 Ministerpräsident von Mosambik (Portugiesisch-Ostafrika).

43 Mário Fernandes da Graça Machungo war 1975/76 Industrie- und Handelsminister sowie von 1976 bis 1978 Industrie- und Energieminister der Volksrepublik Mosambik.

44 Simbabwe wurde am 18. April 1980 unabhängig.

schließen, daß sie auch in Zukunft noch Fehler machen würden. Sie seien aber schon zufrieden, wenn sie solche Fehler erkennen und korrigieren könnten. Vor allem ihre Abkehr von ihrer ursprünglichen politischen Ausrichtung hätte negative Folgen für die Wirtschaft gehabt.

Als einen weiteren Grund bezeichnete Präsident Chissano die Sanktionen Südafrikas, die sich gegen Mosambik richten würden.[45] Sie hätten 120000 Arbeitskräfte gehabt, die jährlich nach Südafrika gegangen seien. Heute seien es nur noch 60000. Südafrika habe ohne vorherige Ankündigung die Zahl der Arbeiter aus Mosambik reduziert. Die Regierung hätte 60% der Löhne für die Arbeiter in Gold ausbezahlt bekommen. Dieser Vertrag sei heute von Südafrika aufgekündigt.

Im Hafen von Maputo seien 11 Millionen Tonnen umgeschlagen worden: Waren für und aus Südafrika. Heute sei es nicht mehr als 1 Million Tonnen. Auch dies seien Sanktionen, die sich gegen Mosambik auswirken würden.

Präsident Chissano berichtete über das Cabora-Bassa-Wasserkraftwerk.[46] Dieses Kraftwerk sei gebaut worden, um Südafrika mit Energie zu versorgen. Südafrika habe jedoch mit Hilfe von Terroristen die Übertragungsleitungen zerstören lassen. So seien sie heute nicht mehr in der Lage, Energie nach Südafrika verkaufen zu können.

Dies sei ein großer Schaden, der sich auch für Portugal auswirke. Im Augenblick würden sie Verhandlungen mit Südafrika führen.[47] Sie hätten jedoch den Eindruck, daß Südafrika nicht interessiert sei, Energie des Cabora-Bassa-Kraftwerkes übernehmen zu wollen. Die Haltung Südafrikas sei widersprüchlich: Einerseits benötige Südafrika diese Energie, andererseits sabotiere es dieses Kraftwerk. Der Strom hier in der Hauptstadt Maputo dagegen komme aus Südafrika, und sie müßten dafür erhebliche Beträge aufbringen. Auch Zement müßten sie

45 Botschafter Nölle, Maputo, informierte am 16. Oktober 1987: „Die mosambikanische FRELIMO-Partei- und Staatsführung ist von der Verantwortung Südafrikas für die wirtschaftliche Misere des Landes sowie für die negative Entwicklung der Sicherheitslage in Mosambik überzeugt, aber offensichtlich blind gegenüber eigenen Fehlern, bedingt durch ihre marxistische Ausgangslage. Diese sog. Destabilisierungspolitik Südafrikas wird in Maputo immer wieder angeprangert (u. a. Abzug des Handels über den Hafen Maputo, Verringerung der Zahl der Gastarbeiter, vornehmlich der mosambikanischen Bergleute, Zerstörung der Verkehrsinfrastruktur durch von Südafrika geförderte RENAMO-Tätigkeit)". Vgl. den Drahtbericht Nr. 214; Referat 320, Bd. 155860.

46 Am 2. September 1969 gab die portugiesische Regierung den Zuschlag für den Bau eines Wasserkraftwerks in Cabora Bassa (Mosambik) an das internationale Konsortium „Zambeze Hydro-Eléctrico Consórcio" (ZAMCO) bekannt, an dem neben Unternehmen aus Frankreich, Italien, Portugal und Südafrika auch Unternehmen aus der Bundesrepublik beteiligt waren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I B 3 vom 5. März 1970; Referat III B 5, Bd. 798.

47 Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete am 23. November 1987 über „die ab 19.11.1987 in Pretoria angesetzten Gespräche (Südafrika, Mosambik und Portugal)" zur „Zukunft des Cabora-Bassa-Kraftwerks, das wegen der RENAMO-Aktivitäten in Mosambik […] keinen Strom" liefern könne. Von einem erfolgreichen Ausgang der trilateralen Gespräche würden alle Staaten profitieren: „Südafrika von reichlicher und preiswerter elektrischer Energie, Maputo durch eine Steigerung seiner Deviseneinnahmen und Portugal durch eine Verminderung der Lasten, die es für Cabora Bassa zu tragen hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 673; Referat 320, Bd. 156023.
Am 25. November 1987 bilanzierte Stabreit: „Sollte es zu einer Wiederaufnahme der Stromlieferungen aufgrund der trilateralen Verhandlungen kommen, wäre dies ein weiterer Schritt Südafrikas in Richtung auf eine neue Regionalpolitik, die auf die Schaffung wechselseitiger Abhängigkeiten setzt […] und nicht mehr ausschließlich auf das erdrückende militärische und wirtschaftliche Übergewicht der Republik Südafrika." Vgl. den Drahtbericht Nr. 685; Referat 320, Bd. 156023.

aus Südafrika beziehen, weil ihre Zementwerke zerstört worden seien. Verantwortlich dafür sei Südafrika. Dies alles beweise, daß Südafrika sehr wohl Sanktionen gegen Mosambik verhänge.

Präsident Chissano erläuterte dem Bundeskanzler seine Haltung zu Sanktionen. Er bekräftigte, daß Sanktionen für ihn nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie entschlossen, einstimmig und zum richtigen Zeitpunkt erfolgen würden. Sonst wären sie erfolglos. Es sei jedoch keine gute Praxis, was z. B. Frankreich gemacht habe. Es habe die gesamte Technologie für Panzer und Flugzeuge an Südafrika geliefert und gleichzeitig erklärt, keinen Handel mit Südafrika treiben zu wollen. Der *Kanzler* warf ein, daß die Bundesrepublik Deutschland nichts dergleichen nach Südafrika geliefert habe.

Dies wisse er, fuhr Präsident *Chissano* fort. Für ihn seien Sanktionen die Konsequenz eines souveränen Aktes. Jedes Land könne über Sanktionen entscheiden. Sanktionen hätten jedoch auch einen moralischen Wert; d. h., sie seien auch Ausdruck dafür, daß ein Land mit der Politik Südafrikas nicht einverstanden sei. Was geschehe dann? Die einen würden keinen Krügerrand mehr kaufen, andere dagegen tun es. Was im Falle von Sanktionen nötig sei, sei eine Politik, die von allen Seiten in gleichem Maße verfolgt werden müsse, sonst verlören Sanktionen an Kraft und Wirkung.

Das Argument, daß unter Sanktionen vor allem das Volk in Südafrika und in den Frontstaaten leiden würde, scheine ihm nicht besonders stark zu sein. Die Frage der Anwendung von Sanktionen oder der Nichtanwendung werde als solche noch nichts ändern. Entscheidend sei allein die Frage, wieweit man die Interessen Südafrikas mit Sanktionen treffen könne oder nicht. Sie hätten in Mosambik einen Befreiungskampf geführt, der viele Tote gekostet habe. Sie hätten aber gewußt, daß es am Ende positive Ergebnisse geben werde. Deshalb seien sie in der Lage gewesen, die Leiden und Opfer zu ertragen. Dies seien Opfer, die man manchmal erbringen müßte.

Dies sei auch der Grund gewesen, warum sie für Sanktionen gegen Rhodesien eingetreten seien.[48] Diese Sanktionen hätten enorme Auswirkungen gehabt und Smith erheblich wirtschaftlich und militärisch und politisch geschwächt. Er müsse jedoch zugeben, daß sie im Falle von Südafrika nicht über eine solche Fähigkeit verfügen würden. Er wisse, daß im Falle von Sanktionen gegen Südafrika andere Tore geöffnet blieben. Sie wüßten aber, daß Sanktionen Wirkungen vor allem bei der weißen Bevölkerung hätten und sie gezwungen habe, über andere Lösungen nachzudenken. Das eine schließe das andere nicht aus: Man könnte positive Maßnahmen für die schwarze Bevölkerung ergreifen und andererseits Sanktionen, die ein starkes moralisches Gewicht hätten.

48 Am 16. Dezember 1966 beschloß der VN-Sicherheitsrat mandatorische Wirtschaftssanktionen aller VN-Mitgliedstaaten gegen Rhodesien. Auch Nichtmitglieder der VN wurden dazu aufgefordert, sich diesen Maßnahmen anzuschließen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 232 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 68 f.
Am 29. Mai 1968 forderte der VN-Sicherheitsrat alle VN-Mitgliedstaaten zu umfassenden Sanktionen gegen Rhodesien auf, u. a. zum Verbot des Imports von Waren oder des Handels mit Produkten aus Rhodesien, der Kreditvergabe an rhodesische Unternehmen, der Einreise rhodesischer Staatsangehöriger, des Flugverkehrs von und nach Rhodesien sowie zum Abzug aller konsularischen und Handelsvertreter. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 15–17.

Er habe oft mit Mrs. Thatcher darüber gesprochen und mit ihr viel darüber diskutiert. Es handele sich nicht nur um ein Problem der Völker in ihrer Region, sondern auch um ein Problem des britischen und des deutschen Volkes, die Beziehungen in diese Region hätten. An sie richte sich die Frage, ob sie Opfer bringen wollten. Die Nahrungsmittelhilfe, die der Bundeskanzler ihm heute übergeben hätte, sei auch ein Opfer, das die Bundesrepublik erbracht habe.

Wenn es in den Vereinten Nationen Abstimmungen über Sanktionen gegen Südafrika gäbe, würden sie zustimmen. Ansonsten müßten sie sich zurückhalten und könnten nicht ständig Sanktionen einfordern, weil die Folgen für ihr Land bekannt seien. Er sei sich auch im klaren darüber, daß Sanktionen ihrer Seite Sanktionen gegen sich selbst seien. Er habe aber die dringende Bitte, wenn schon Handel mit Südafrika getrieben werde, dann sollte er über ihre Häfen abgewikkelt werden. Wenn ihre Häfen nicht angelaufen würden, werde sich ihre Situation weiter verschlechtern.

Mosambik werde letztlich immer ein Opfer von Sanktionen sein, von welcher Seite sie auch erfolgen würden. Sie seien den westlichen Ländern für ihre Hilfe an Mosambik dankbar. Sie hätten auch gute Voraussetzungen geschaffen, um diese Hilfe aufnehmen zu können. So hätten sie jetzt ein Programm für eine Wirtschaftsreform verabschiedet. Dieses Programm sei auf der Grundlage der Forderungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ausgearbeitet worden.[49] Dies sei die Basis für die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit. Sie umfasse wesentliche wirtschaftliche Reformen. So seien jetzt auch die Möglichkeiten für private Initiativen geschaffen worden. Die Wirtschaft solle sich nach den Gesetzen des Marktes richten. Sie würden zwar die ungarischen Erfahrungen nicht genau kennen, aber vielleicht würden sie ein ähnliches Programm verfolgen. Sie hätten ihre eigene Landeswährung abgewertet und eine neue Preispolitik eingeführt. Für eine Reihe von Produkten hätten sie die Preise freigegeben. Gleichzeitig seien jedoch die Herstellerpreise erhöht worden und die Löhne im Grunde zurückgeführt worden. Sie hätten auch ihre Steuerpolitik reformiert. Den Bauern hätten sie günstigere Konditionen für Bankkredite eingeräumt. In anderen Bereichen hätten sie jedoch die Kreditbedingungen verschärft. Insgesamt würden sie jedoch in stärkerem Maße diese Kredite vergeben.

Präsident Chissano berichtete, daß sie gleichzeitig eine Dezentralisierung der Verwaltung eingeleitet hätten. Die Betriebe würden eine größere Autonomie erhalten. Gleichzeitig hätten sie die Anreize für Privatinvestitionen sowohl im nationalen wie im internationalen Rahmen verbessert.

Präsident Chissano wies darauf hin, daß für sie die Zinssätze für ausländische Kredite ein besonderes Problem darstellen würden. Sie hätten zwar mit Erfolg

49 Die Botschaft in Maputo erläuterte am 7. Juli 1987: „Die mosambikanische Regierung verkündete am 31.1.1987 ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm, das eine Abwertung des Metical um 80%, eine Anhebung der Gehälter um 50%, eine drastische Heraufsetzung der Preise für Grundnahrungsmittel und öffentliche Dienstleistungen, ein verbessertes Steuersystem sowie einen Abbau der staatlichen Bürokratie beinhaltet. Am 26.6.1987 erfolgte eine erneute Abwertung des Metical. Diese Maßnahmen stellen eine Implementierung der mit dem IWF am 8.6.1987 vereinbarten Strukturanpassungsfazilität dar, die sich vornehmlich zum Ziel gesetzt hat, wirtschaftliches Wachstum zu initiieren sowie das hohe Zahlungsbilanzdefizit und die hohe Verschuldung zu vermindern.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 360; Referat 320, Bd. 155863.

eine Umschuldung erreichen können, dennoch bleibe das Problem der hohen Zinssätze weiterhin bestehen.

Ein weiteres Problem für sie stelle die Politik der Destabilisierung dar, die sich gegen ihr Land richte. Dies habe dazu geführt, daß vier Millionen Menschen umgesiedelt werden mußten. Das Nothilfeprogramm vom Februar helfe ihnen sehr. Im Rahmen dieses Programms werden ihnen logistische Unterstützung, Nahrungsmittelhilfe und Produktionsmittel für die Landwirtschaft gewährt. Gleichzeitig erhielten sie Hilfe für Neuansiedlungen und für die Nutzung ihrer Wasserressourcen. Außerdem würden Konsumgüter und Bekleidung zur Verfügung gestellt.

Anschließend kam Präsident Chissano auf die bilaterale Zusammenarbeit zu sprechen. Er beklagte, daß diese bilaterale Zusammenarbeit erst sehr spät begonnen habe.[50] Anfänglich sei man sehr zögerlich gewesen. Er freue sich, daß der Bundeskanzler jetzt nach Mosambik gekommen sei. Er empfinde eine sehr persönliche Freude über diesen Besuch. Er hätte gewissermaßen noch seinen Kopf auf dem Schafott liegen, weil er bereits als Außenminister[51] seinen Kopf verwettet habe, daß es möglich sein müsse, gute Beziehungen zur Bundesrepublik herzustellen. Damit sei er klüger gewesen als andere, warf der *Bundeskanzler* ein.

Präsident *Chissano* fuhr fort, daß ihm aber damals Genossen gesagt hätten, daß dies nicht möglich sein werde. Sicherlich habe es etwas lange gedauert, bis die Beziehungen in Gang gekommen seien. Der *Bundeskanzler* erklärte, daß außer ihm noch kein westlicher Regierungschef in Mosambik gewesen sei. Präsident *Chissano* bestätigte, daß dies, was Westeuropa betreffe, richtig sei. Dagegen habe sich die Zusammenarbeit mit Frankreich und Italien stark entwickelt. Sie hätten sich aber auch immer die Zusammenarbeit mit Deutschland gewünscht. Jetzt könne er gewissermaßen seinen Kopf vom Schafott herunternehmen, weil er am Ende doch recht behalten habe.

Sie seien bereit, mit der Bundesrepublik Deutschland ein allgemeines Kooperationsabkommen abzuschließen, das die Orientierungslinien für die bilaterale Zusammenarbeit erfassen sollte. Er schlage auch die Einrichtung einer Gemischten Wirtschaftskommission vor.

Ein Hauptproblem für sie stelle aber nach wie vor ihre internationale Verschuldung und die hohen Zinssätze dar. Sie könnten keinen Zinssatz über drei Prozent hinaus akzeptieren. Ideal wäre für sie natürlich ein völliger Schuldenerlaß, wie es der Bundeskanzler einleitend angedeutet habe. Vorteilhaft wäre dabei besonders, wenn die Schulden der Betriebe einbezogen werden könnten. Ihr Interesse sei es, so niedrige Zinssätze wie möglich zu erhalten. Dies würde ihre Importmöglichkeiten erleichtern und ihre Zahlungsbilanz entlasten.

50 Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mosambik wurden mit Wirkung vom 26. Februar 1976 aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 8.
Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte am 27. Juli 1987, daß sich die bilateralen Beziehungen seit 1976 deutlich intensiviert hätten. Jedoch habe einer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zunächst die mosambikanische Weigerung entgegen gestanden, „das Land Berlin in Verträge mit der Bundesrepublik mit einzubeziehen“. Dieses Hindernis sei aber „nach dem ersten Besuch des damaligen Außenministers Chissano in Bonn“ entfallen. Vgl. Referat 320, Bd. 155860.

51 Joaquim Alberto Chissano war vom 25. Juni 1975 bis 6. November 1986 Außenminister der Volksrepublik Mosambik.

Im besonderen Maße würden sie es begrüßen, wenn sie die Unterstützung der Bundesregierung insbesondere für die Landwirtschaft erhalten könnten. Dabei ginge es vor allem um die Unterstützung von Kleinbetrieben und Familienbetrieben, wie dies in einigen Teilen ihres Landes bereits erfolgen würde. Er bitte auch um Unterstützung im Verkehrsbereich, bei der Bewässerung und der ländlichen Elektrifizierung. Im Verkehrsbereich könnte ihnen vor allem damit geholfen werden, daß die Mercedes-Flotte wieder in Gang gebracht und eine Infrastruktur für Reparaturen geschaffen werden könnte.

Um Unterstützung bitte er auch bei der Lösung der Probleme in der Hauptstadt. Hier ginge es vor allem um die Abwasserbeseitigung und die Drainage. Gelöst werden müsse auch die Frage der Müllbeseitigung. Dafür würden die Transportmittel fehlen. Sie verfügten nur über einige wenige Müllbeseitigungsfahrzeuge. Es wäre für sie besonders wichtig, wenn sie einige solche Fahrzeuge erhalten könnten. Dies könnte dazu beitragen, daß sie dadurch an Medikamenten sparen könnten, weil die hygienischen Verhältnisse verbessert würden.

Es fehle auch an Ausrüstung für die Brandbekämpfung und für Bestattungsinstitute.

Sie seien zu einer Kooperation auf allen Ebenen bereit. Aufgrund der Kürze wolle er nur die Bereiche nennen: Energieversorgung; Transportwesen; Erschließung der Bodenschätze; Entwicklung der Eisenbahn; Aufbau der Industrie; Förderung von Naturgas und Erdölexplorationen; Aufbau einer Telekommunikation; Entwicklung des Baugewerbes, insbesondere Produktion von Baumaterialien. Sie würden dabei vor allem an Joint-ventures, aber auch an andere mögliche Kooperationsformen denken. Sie würden es begrüßen, wenn Unternehmen nach Mosambik kämen. Es gäbe eine erklärte Politik für ausländische Investitionen in Mosambik. Sie seien auch bereit, für solche Investitionen größere Sicherheiten zu schaffen und ein Investitionsförderungs- und Investitionsschutzgesetz abzuschließen.

Präsident Chissano kam dann noch einmal auf das Problem der Terroristen zu sprechen. Sie würden die Terroristen mit militärischen Mitteln bekämpfen. Er sei überzeugt, daß sie die Terroristen militärisch besiegen könnten. Dies werde sicherlich noch lange dauern und viele Opfer kosten. Er bitte jedoch darum, daß die RENAMO nicht länger internationale Unterstützung erhalte, wie dies heute vor allem noch von Portugal und den Vereinigten Staaten aus noch immer geschehe. Man müsse die RENAMO von ihren Vorhaben abbringen, weil sie auch den Interessen des Westens schaden würde.

Mosambik wünsche sich die Zusammenarbeit mit dem Westen. Er wisse jedoch, daß sich diese Zusammenarbeit nicht schnell entwickeln könne, solange die Terroristen am Werke seien. Man müsse sie dazu bringen, ihre blutigen Überfälle zu unterlassen. Sie seien bereit, eine allgemeine Amnestie zu erlassen. Eine solche Amnestie müsse jedoch von der Volksversammlung beschlossen werden. Er sei überzeugt, daß dies für ihn einen harten Kampf bedeuten werde. Präsident Chissano berichtete, daß in den letzten Wochen 600 bis 700 Menschen an drei verschiedenen Orten massakriert worden seien.[52] Dennoch glaube er, daß er in

52 Botschafter Nölle, Maputo, informierte am 23. Juli 1987 über einen Artikel der mosambikanischen Zeitung ‚Noticias' vom Vortag, in dem über einen RENAMO-Angriff in Homoine in der Inhambane-

der Lage sein dürfte, die Volksversammlung von einer solchen Amnestie zu überzeugen. Aber er müsse darauf hinweisen, daß die wichtigsten Gesetze bei ihnen auf der Straße und in den Dörfern diskutiert würden. Er müsse deshalb mit dem stärksten Widerstand bei den Betroffenen selbst rechnen.

In Südafrika denke man, daß eine solche Amnestie eine geringe Konzession sei. Man müsse jedoch wissen, daß die Demokratie in Mosambik in besonderer Weise funktioniere. Man müsse nicht Mitglied einer Partei sein, um Kandidat für das Parlament werden zu können. Man müsse nur ein anständiger Patriot sein. Parlamente gebe es auf der Ebene des Dorfes, der Distrikte, der Provinzen und auf nationaler Ebene. Wenn die Terroristen bereit seien, sich zu integrieren, könnten sie ihre Würde zurückgewinnen. Bei der RENAMO handele es sich um keine politische Bewegung, und sie würden sie auch nicht dazu machen.

Im Anschluß daran kam Präsident Chissano auf den Vorschlag des Bundeskanzlers zu sprechen, ein Gespräch mit Franz Josef Strauß zu führen. Präsident Chissano erklärte, wenn Franz Josef Strauß dieses Phänomen der bewaffneten Banden richtig verstehe, sei er bereit, ihn zu empfangen. Er könne dann diesen Kräften sagen, sie sollten mit ihren terroristischen Aktionen aufhören.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die Offenheit des Gespräches. Er sei überzeugt, daß das gemeinsame Gespräch fortgeführt werden könne. Es sei ihm möglich gewesen, ein Bild von der Politik des Präsidenten zu gewinnen.

Was die bilaterale Zusammenarbeit betreffe, sei er bereit, die Anregungen des Präsidenten positiv aufzugreifen. Er werde bald von sich hören lassen. Vielleicht werde er die Staatssekretäre aus dem Wirtschaftsministerium und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Kürze nach Maputo senden. In jedem Fall werde er bald reagieren. Sicherlich könnten eine Reihe von Vereinbarungen getroffen werden, wenn der Präsident seine erklärte politische Linie fortführe, die mehr Offenheit und größere Chancen für Privatinvestitionen ermögliche. Letztlich werde es aber ganz entscheidend darauf ankommen, daß der innere Frieden in Mosambik erreicht werden könne.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1634

Provinz berichtet wurde. Ihm seien 380 Menschen zum Opfer gefallen, darunter Frauen, Kinder und ältere Personen. Laut ‚Noticias' handele es sich dabei um das bisher größte „Massaker seit Beginn der ‚südafrikanischen Aggression' gegenüber Mosambik". Vgl. den Drahtbericht Nr. 138; Referat 320, Bd. 155860.

Am 13. August 1987 berichtete Nölle unter Bezug auf einen weiteren Artikel in „Noticias", daß „sich die Zahl der Opfer des Massakers von Homoine auf 424 erhöht habe". Zudem sei es am 10. August 1987 zu einem neuerlichen RENAMO-Angriff in der Gaza-Provinz nahe der Stadt Xai-Xai gekommen, dem „72 Menschen zum Opfer gefallen" seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 151; Referat 320, Bd. 155860.

Legationsrat I. Klasse Salber, Maputo, berichtete am 1. November 1987: „Am 29. Okt[ober] 1987 haben ‚bewaffnete Banditen' einen Bus- und LKW-Konvoi auf Nationalstraße Nr. 1, etwa 80 km nördlich von Maputo, nahe der Stadt Palmeira, überfallen und ein Massaker unter den Mitreisenden angerichtet. Nach offiziellen Angaben sind mindestens 211 Menschen getötet worden, Spekulationen sprechen von nahezu 300 Toten. Ort des Verbrechens liegt nicht weit von jener Stelle, an der erst am 16. Oktober 1987 53 Personen von ‚Bandidos Armados' getötet wurden." Salber bilanzierte, daß die Ereignisse der vergangenen Tage einen „neuen Höhepunkt des Terrors in Mosambik" darstellten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 243; Referat 320, Bd. 155860.

Botschafter Stabreit, Pretoria, informierte am 6. November 1987, die südafrikanische Regierung habe die Beschuldigung der mosambikanischen Regierung, „sie sei für das Massaker vom 29.10.1987 verantwortlich", zurückgewiesen und dabei auf den Nkomati-Vertrag verwiesen, in dem Südafrika zugesichert habe, „jegliche Unterstützung für die RENAMO-Rebellen einzustellen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 628; Referat 320, Bd. 155859.

Der Bundeskanzler erklärte, daß er von Franz Josef Strauß wisse, daß er eine Unterstützung der RENAMO abgelehnt habe. Dies wolle Franz Josef Strauß nicht. Der Präsident müsse jedoch wissen, daß das Wort von Franz Josef Strauß in Südafrika Gewicht habe. Gleichzeitig dränge die Zeit. Er habe mit Franz Josef Strauß gesprochen, wenn der Präsident ihn einlade, sei er bereit, noch in diesem Jahr nach Mosambik zu kommen. Er solle kommen, erwiderte Präsident *Chissano*.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß er Franz Josef Strauß darüber berichten werde. Er solle Gespräche mit dem Präsidenten und in Südafrika führen.[53] Er könne dem Präsidenten versichern, daß sich Franz Josef Strauß innerlich sehr stark für die Region des Südlichen Afrika engagiere. Hier handele es sich nicht für ihn um ein Thema unter vielen.[54] In dieser Frage sei er besonders engagiert. Er wolle dem Präsidenten ganz offen sagen, daß er es für nützlich halten würde, wenn Franz Josef Strauß nach Mosambik kommen würde. Dies wäre auch ein Signal an die deutschen Unternehmen, die solche Aktionen besonders aufmerksam verfolgen würden. Außerdem wisse er, daß die politische Linie, die der Präsident ihm erläutert habe, auch der Auffassung von Franz Josef Strauß entsprechen würde. Im übrigen müsse der Präsident wissen, daß ihm in Europa nicht die Ideologen helfen würden. Vielmehr müsse er wissen, daß Leute wie er mit ihren klaren Positionen ein besonderes Gewicht hätten. Er werde in drei Wochen am Europäischen Rat teilnehmen.[55] Wenn er über sein Gespräch mit dem Präsidenten berichten werde, so werde das seine Wirkung nicht verfehlen. Er wolle auch gegenüber Mosambik ein berechenbarer Partner sein. Dies habe im übrigen auch Generalsekretär Gorbatschow begriffen. In diesem Sinne sei er überzeugt, daß eine gute Zusammenarbeit möglich sein werde. Präsident *Chissano* bedankte sich für das interessante und gute Gespräch.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

53 Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 19. bis 30. Januar 1988 in Südafrika, Namibia und Mosambik auf. Am 22. Januar 1988 führte er ein Gespräch mit Präsident Chissano. Zu seinen Gesprächen mit Präsident Botha am 20. und 25. Januar 1988 vgl. AAPD 1988.

54 So in der Vorlage.

55 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

322

Botschafter Nowak, Riad, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 671 **Aufgabe: 18. November 1987, 14.45 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 18. November 1987, 18.29 Uhr**

Betr.: Reise BM nach Riad, 16.–18.11.1987[2];
hier: Gespräch mit AM Prinz Saud al-Faisal

Zur Unterrichtung

BM traf am 17.11.1987 zu einstündigem Vier-Augen-Gespräch mit AM Prinz Saud al-Faisal zusammen, das anschließend in erweitertem Kreis weitere zwei Stunden fortgesetzt wurde. Während des Vier-Augen-Gesprächs kamen die Minister überein, im ersten Halbjahr 1988 im Rahmen der Verhandlungen zwischen EG und GCC[3] mehrmals zusammenzutreffen. Es wurde vereinbart, daß zuerst Prinz Saud al-Faisal Anfang 1988 (voraussichtlich im Februar) Bonn einen Besuch abstatten sollte.[4]

1) Prinz Saud lobte im Delegationsgespräch den guten Stand der bilateralen Beziehungen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Besuch des BM finde in einer für den Frieden in der Region kritischen Phase statt. Saudische Seite verknüpfe mit dem Besuch nicht nur die Erwartung, daß sich bilaterale Beziehungen weiter vertiefen, sondern daß auch langfristige Zusammenarbeit zwischen EG und GCC gefördert werde und die Aussichten verbessert würden, den Frieden in der Region wiederherzustellen. BM legte dar, Besuch solle in der kritischen Phase, die die Region durchlaufe, gegenüber der Weltöffentlichkeit sowohl unseren guten Willen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu SAR als auch zur Intensivierung der Beziehungen zwischen EG und GCC deutlich machen. Zur

1 Hat Legationsrat Haßmann am 19. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Eickhoff und Referent Detering sowie an Vortragenden Legationsrat Dassel „n[ach] R[ückkehr]“ „je z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Eickhoff vorgelegen.
Hat Detering am 20. November 1987 vorgelegen.
Hat Dassel vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 18. November 1987 in Saudi-Arabien auf. Am 18./19. November besuchte er den Irak und am 19./20. November 1987 Jordanien. Vgl. dazu auch Dok. 329 und Dok. 330.

3 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) vgl. Dok. 232, Anm. 6.
In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. November 1987 hieß es: „Beim Treffen der Zwölf mit den AM des GCC am 24.9.1987 in New York am Rande der VN-GV hat BM Genscher vorgeschlagen, ein Kooperationsabkommen innerhalb von vier bis sechs Wochen abzuschließen, um angesichts der Entwicklung in der Region ein ‚Signal‘ zu setzen. Der saudische AM hat den Vorschlag des BM im Namen der GCC-Staaten begrüßt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß die GCC-Staaten es nicht verstünden, wenn die Gemeinschaft trotz aller Freundschaftsbeteuerungen dem GCC ein Abkommen vergleichbar dem Kooperationsabkommen EWG–Israel verweigere.“ Die EG-Kommission habe am 8. Oktober 1987 einen Mandatsentwurf vorgelegt, der zunächst den „Abschluß eines Kooperationsabkommens mit Meistbegünstigungsklausel“ und in einem zweiten Schritt den Abschluß eines Freihandelsabkommens vorsehe. Vgl. Referat 413, Bd. 145002. Vgl. ferner Anm. 8.

4 Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal besuchte die Bundesrepublik am 17./18. März 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

Vertiefung des bilateralen Verhältnisses strebten wir eine Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen und eine Intensivierung des politischen Dialogs an. Der hohe Stand der bilateralen Beziehungen solle auch der Öffentlichkeit bewußt werden. BM regte Prüfung an, in welcher Weise (gemeinsame Kommission o. ä.) dieses Ziel am besten erreicht werden könne. Auch die Unterzeichnung des Kulturabkommens eröffne den bilateralen Beziehungen neue Wege. (Über die Unterzeichnung des Kulturabkommens folgt gesonderter DB.[5])

2) BM führte aus, er selbst habe 1980 vorgeschlagen, das Verhältnis EG und GCC vertraglich zu regeln, und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet.[6] Die glückliche Tatsache, daß wir im ersten Halbjahr 1988 die Präsidentschaft in der EG im gleichen Zeitraum innehätten wie SAR im GCC, müsse genutzt werden, um Kooperationsabkommen unter Dach und Fach zu bringen.

Prinz Saud legte dar, zunächst solle eine allgemeine „declaration of intent" abgegeben werden, die aber bereits eine Reduzierung von Zöllen auf beiden Seiten erwähne. Das sodann abzuschließende wirtschaftliche Abkommen werde dadurch in seinen Aussichten nicht beeinträchtigt. Er hoffe, dieses Abkommen bei seinem Besuch in Bonn Anfang 1988 unterzeichnen zu können. Prinz Saud bat BM, seinen Einfluß beim Ministerrat am 23.11. im saudischen Sinne geltend zu machen. BM sagte dies zu, legte allerdings dar, Ministerrat am 23./24.11. werde bereits vom bevorstehenden europäischen Gipfel[7] überschattet sein.[8] Vielleicht werde Besuch von Prinz Saud Anfang 1988 notwendig sein, um Durchbruch zu erzielen. BM erklärte, die von Prinz Saud zu „Koordinatoren" für die Verhandlungen ernannten AL Wirtschaft (Mamoun Kurdi) und AL westliche Länder (Nizar Mandani) seien jederzeit in Bonn willkommen.

3) BM begrüßte die Ergebnisse des außerordentlichen arabischen Gipfels von Amman.[9] Es liege in unserem Interesse, daß unsere arabischen Freunde näher zusammenrückten. Nur so könnten sich die Lösungsmöglichkeiten für Golf-

5 Die Botschaft in Riad teilte am 18. November 1987 mit, daß Bundesminister Genscher und der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal das bilaterale Kulturabkommen am Vortag unterzeichnet hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 674; Referat 311, Bd. 140039.
Für den Wortlaut des Abkommens vom 17. November 1987 zwischen der Bundesrepublik und Saudi-Arabien über kulturelle Zusammenarbeit, das am 2. April 2006 in Kraft trat, vgl. BUNDESGESETZBLATT 2007, Teil II, S. 48 f.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann informierte am 16. Januar 1980, Bundesminister Genscher habe am Vortag bei der EG-Ministerratstagung in Brüssel, die zugleich im Rahmen der EPZ stattfand, ein Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Golfstaaten und Irak vorgeschlagen: „Die Gemeinschaft müsse ein Zeichen setzen, daß sie zu engerer politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit bereit sei. Als Kooperationsmodell biete sich das Abkommen mit den ASEAN-Staaten an, obwohl hier auch Fragen der Energiepolitik einzubeziehen seien." Vgl. den Runderlaß Nr. 292; B 201 (Referat 411), Bd. 436.

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

8 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), informierte am 24. November 1987 über die Ergebnisse der EG-Ministerratstagung am 23./24. November 1987 in Brüssel. Der Rat habe am 23. November u. a. Verhandlungsrichtlinien für ein Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Golf-Kooperationsrat (GCC) verabschiedet. Das Mandat „sieht flexible Gestaltung der zeitlichen Abfolge der zwei Phasen vor: zunächst Kooperationsabkommen mit Meistbegünstigung, sodann – sofort nach Unterzeichnung des ersten Abkommens – Gespräche mit dem GCC über den Abschluß eines weitergehenden Abkommens". Die Entscheidung für das Mandat sei möglich geworden, nachdem der Begriff des „Freihandelsabkommens" durch den Begriff eines „andersartigen Abkommens" ersetzt worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3482; Referat 410, Bd. 136089.

9 Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

krieg[10] und Nahost-Konflikt verbessern. Wir begrüßten es insbesondere, daß nun der Weg zur Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen mit Ägypten frei sei.[11]

Prinz Saud betonte, Ergebnisse des Gipfels eröffneten neue Marschroute für arabische Welt, da endlich gemeinsame arabische Linie zum arabisch-israelischen Konflikt sowie zum irakisch-iranischen Krieg gefunden bzw. wiedergefunden worden sei. Eine Voraussetzung für die Beendigung des Golfkrieges sei durch die SRR 598[12] geschaffen worden, an der neben den ständigen Mitgliedern auch die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Japan mitgewirkt hätten. Es gehe nunmehr darum, daß alle SR-Mitglieder auf der Implementierung von SRR 598 bestehen müßten. Auf dem Arabischen Gipfel habe Einigkeit bestanden, daß sowjetische Haltung im Golfkonflikt zumindest dubios sei. Einhellige Empörung habe über chinesische Waffenlieferungen an Iran geherrscht. Alle arabischen Staaten würden ihre Beziehungen zu solchen Ländern überprüfen, die Iran Waffen verkauften.

4) Zur saudischen Haltung gegenüber Iran führte Prinz Saud aus, SAR sei höchst besorgt, daß trotz Verabschiedung von SRR 598 und der in Amman gezeigten arabischen Solidarität keinerlei Anzeichen für ein Einlenken des Iran zu erkennen seien. Vielmehr eskaliere der Konflikt weiter. Die arabischen Staaten und alle SR-Mitglieder müßten daher Druck auf Iran ausüben. SAR sehe keine andere Möglichkeit zur Beendigung des Krieges. Diese Haltung entspringe keiner Feindseligkeit gegenüber dem Iran. SAR strebe keine Isolierung des Iran an und befürworte ausgezeichnete Beziehungen des Iran mit westlichen Ländern. Auch SAR wünsche gute Beziehungen zum Iran, der ein sehr wichtiges Land der Region sei. Nach Beendigung des Krieges solle Iran eine seiner Größe und Bedeutung angemessene Rolle spielen. Man dürfe nicht vergessen, daß Iran das islamische Land mit der längsten gemeinsamen Grenze zur SU sei. Gerade deshalb dürfe man nicht hinnehmen, daß im Iran Entwicklungen stattfänden, die seinen eigenen Interessen und denen der arabischen Länder fundamental entgegengesetzt seien.

BM führte aus, Ergebnisse von Amman seien eine Ermutigung für die Freunde der Araber und die Araber selbst. Sie stellten zugleich eine warnende Ermahnung an diejenigen in Teheran dar, die nicht bereit seien, Schritte zur Verwirklichung der SRR 598 zu unternehmen.[13] Auch seien sie ein Signal an SU und China, die Einheitlichkeit des SR zum Golfkrieg nicht aufs Spiel zu setzen. BM betonte, er teile die saudische Bewertung von SRR 598 als historischen Beschluß. Die Bundesrepublik Deutschland habe wesentlich dazu beigetragen, daß SRR 598 einstimmig angenommen worden sei. Nun gehe es darum, die Autorität des VN-GS

10 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter informierte am 11. November 1987, die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Amman habe beschlossen, daß die Mitgliedstaaten künftig frei seien, ihre „Beziehungen zu Ägypten nach eigenem Gutdünken zu gestalten". Dieser Beschluß gehe von der Vorstellung aus, daß „die Bedrohung der arabischen Sicherheit (durch Iran und Israel) […] engste Zusammenarbeit in der gesamten arabischen Welt" erfordere: Dies sei „praktisch eine Freigabe zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Bahrein, die VAE und Irak haben sofort angekündigt, von dem Angebot Gebrauch machen zu wollen." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141124.

12 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

13 Vgl. dazu die Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg; Dok. 296, Anm. 22.

zu stärken und Iran davon zu überzeugen, daß die Resolution implementiert werden müsse.

BM unterstrich, daß die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu manch anderem Land nie Waffen an Iran geliefert habe oder liefern werde. Seine Reise nach Bagdad sei ein hochpolitischer Ausdruck unserer auf eine Beendigung des Golfkrieges gerichteten Bemühungen und drücke die Anerkennung dafür aus, daß Irak sich zu einer Verwirklichung von SRR 598 bemühe.[14] Ebenso wie SAR hätten wir aber kein Interesse, Iran zu isolieren. Gleichzeitig entspreche es unserer Haltung, Iran stets darauf hinzuweisen, daß es zur Verwirklichung von SRR 598 beitragen müsse. Der arabische Gipfel habe bewiesen, daß die arabischen Staaten trotz Fortbestehens gewisser Gegensätze eine gemeinsame Haltung zum Golfkrieg einnähmen. Das sich daraus ergebende Momentum müsse, zusammen mit SRR 598, genutzt werden, um gemeinsame Anstrengungen in Richtung auf eine Friedenslösung zu unternehmen.

5) BM sprach Problematik der Fälle von Schuldhaft und Ausreiseverweigerung an und übergab an Prinz Saud eine Liste mit Namen von betroffenen Deutschen.[15]

Er appellierte an Prinz Saud, einige dieser Fälle noch im Besuchszeitraum einer Lösung zuzuführen.

Prinz Saud betonte, es sei nicht Sache des saudischen Staates, in zivilrechtliche Ansprüche saudischer Bürger einzugreifen. Saudische Regierung sei zwar bemüht, betroffene Saudis zum Verzicht auf ihre Ansprüche zu bewegen, könne dafür aber keine Erfolgsgarantie übernehmen. Im übrigen verwies Prinz Saud auf Bemühungen, langfristig Lösungsmöglichkeiten durch eine gemischte Arbeitsgruppe erarbeiten zu lassen. Er räumte ein, daß rechtliche Grundlagen in SAR sich von europäischen Vorstellungen unterschieden, verwies jedoch darauf, daß keine Diskriminierung von Ausländern stattfinde, sondern saudische Staatsbürger gleichermaßen betroffen seien. Die Befassung deutscher Medien und des Bundestages[16] bezeichnete Prinz Saud als nicht hilfreich: Auf den erneuten Vorhalt, daß negative Befassung von Medien und des Parlaments durch flexiblere saudische Haltung vermieden werden könnte, erklärte Prinz Saud lediglich, betroffene Deutsche könnten ausreisen, wenn finanzielle Bürgschaften übernommen würden oder aus Deutschland „personeller Ersatz“ für die hier Festgehaltenen geschickt würde. Saudische Regierung habe ihren Goodwill bewiesen,

14 Der Irak nahm die Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 in einer Sondersitzung des Parlaments am 22. Juli 1987 an.

15 Für die von Bundesminister Genscher übergebene Liste vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1791.
Referat 511 vermerkte am 3. November 1987: „Zur Zeit werden in Saudi-Arabien sechs deutsche Staatsangehörige an ihrer Ausreise gehindert oder befinden sich in Schuldhaft. Die deutschen Staatsangehörigen werden auf Veranlassung saudischer Gläubiger in Saudi-Arabien festgehalten, die gegen sie oder die sie entsendenden Firmen Forderungen geltend machen. Das saudische Recht gibt dem Gläubiger die Möglichkeit, zur Sicherung von zivilrechtlichen Forderungen gegen einen Schuldner die sogenannte Schuldhaft oder ein Ausreiseverbot zu erwirken. Die Schuldhaft oder das Ausreiseverbot bleiben grundsätzlich bis zur gerichtlichen Klärung der Forderungen oder bis zur Stellung eines saudischen Bürgen bestehen. Entsprechende Gerichtsverfahren können sich in Saudi-Arabien über Jahre hinziehen.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1791.

16 Der Bundestag behandelte in einer Fragestunde am 17. September 1987 die Frage der Ausreise der deutschen Staatsbürger Uwe Hensel und Hartmut Krause aus Saudi-Arabien. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 27. Sitzung, S. 1792f.

indem sie Ausreise von Krause und Hensel mit BM Bangemann zugelassen habe.[17]

[gez.] Nowak

Referat 311, Bd. 140034

323

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Moi in Nairobi

Geheim **19. November 1987**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Kenia, Daniel T. arap Moi, am 19. November 1987, 9.10 Uhr bis 10.50 Uhr im State House in Nairobi[2]

Teilnehmer: J.T. arap Leting, Permanent Secretary, Secretary to Cabinet, Head of Civil Service; ein Mitarbeiter des Außenministeriums von Kenia; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Frau Siebourg, Dolmetscherin.

Präsident *arap Moi* hieß den Bundeskanzler herzlich willkommen. Die Bundesrepublik Deutschland sei ein großer Freund Kenias. Kenia sei von der Bundesrepublik wirtschaftlich stark unterstützt worden, insbesondere im Rahmen von Krediten, wie sie auch die Vereinigten Staaten von Amerika gewährt hätten.

17 Referat 511 vermerkte am 14. Oktober 1987: „Krause und Hensel werden seit April 1986 in Saudi-Arabien wegen Forderungen der saudischen Firma Wadi Hanifa gegen ihren Arbeitgeber, die deutsche Firma Tukay, festgehalten. Hensel und Krause sind unbeteiligte Angestellte der Firma Tukay. Bundeskanzler Kohl hat in einem Schreiben vom Mai 1987 an den Hüter der beiden Heiligtümer, König Fahd, um eine baldige Ausreise der beiden Deutschen gebeten. Eine Antwort steht noch aus." Vgl. Referat 311, Bd. 140034.
Botschafter Nowak, Riad, teilte am 19. Oktober 1987 mit, der anläßlich der Sitzung der gemeinsamen Wirtschaftskommission in Riad weilende Bundesminister Bangemann habe gegenüber dem saudi-arabischen Wirtschaftsminister al-Khail die „Frage der Ausreiseerlaubnis für in Saudi-Arabien zurückgehaltene Deutsche" angesprochen und dabei insbesondere den „politischen Aspekt des aktuellen Falles" betont. Dieser „bleibe unverzüglich zu lösen, wenn die Atmosphäre der Zusammenarbeit auf privatwirtschaftlichem Gebiet nicht gestört werden solle". Vgl. den Drahtbericht Nr. 578; Referat 311, Bd. 140034.
Am 21. Oktober 1987 berichtete Nowak, die deutliche Kritik an der Ausreiseverweigerung und der „Zahlungsmoral saudischer Stellen und Privatleute" sei nicht wirkungslos geblieben: „In langwierigen, von saudischen Stellen wie Privatleuten schließlich nachdrücklich unterstützten Bemühungen gelang es, Krause und Hensel zur Ausreise zu verhelfen. Sie befinden sich in der Maschine des Bundesministers." Vgl. den Drahtbericht Nr. 588; Referat 311, Bd. 140034.
Referat 511 notierte am 4. November 1987: „Im Fall Krause/Hensel kam die Ausreisegenehmigung nur zustande, nachdem sich der Arbeitgeber der beiden Deutschen zu einer Bankbürgschaft in Höhe der Streitsumme bereit erklärt und ein saudischer Geschäftsmann eine zusätzliche Bürgschaft übernommen hatte." Vgl. Referat 311, Bd. 140038.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 13. Januar 1988 gefertigt.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 15. bis 17. November 1987 in Kamerun, am 17./18. November in Mosambik und vom 18. bis 21. November 1987 in Kenia auf. Vgl. dazu auch Dok. 321 und Dok. 324.

Diese beiderseitige Freundschaft habe keine Unterbrechung erfahren. Der Besuch des Bundeskanzlers werde diese Freundschaft weiter vertiefen. Die Beziehungen müßten noch enger gestaltet werden. Er schlage vor, eine direkte Telefonleitung zu installieren, damit er den Bundeskanzler direkt anrufen könne, wenn Probleme entstehen sollten.

Es sei wichtig, daß der Bundeskanzler die Probleme Kenias kennenlerne, damit die Bundesrepublik wie Großbritannien und die Europäische Gemeinschaft Kenia verstehen könnten. Manchmal habe er den Eindruck, daß sie bestraft würden, weil sie ihr Land gut verwaltet hätten und regelmäßig ihre Schulden bezahlen würden. Manchmal seien sie etwas verwirrt, weil sie den Eindruck hätten, daß ihre Freunde Mißwirtschaft belohnen würden, Kenia jedoch, da es gut verwaltet würde, keinerlei Vorzugsbehandlung erfahre.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er den Präsidenten verstehen könne. Er selbst habe gelegentlich einen ähnlichen Eindruck. Wenn die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels zusammenträfen, würden sie jedesmal Hausaufgaben verteilen. Er als Bundeskanzler erledige jedesmal seine Hausaufgaben, andere jedoch nicht. So hätten z. B. die USA ihr Haushaltsdefizit nicht reduziert[3], dennoch fordern sie die Bundesregierung auf, mehr für die Belebung der Wirtschaft zu tun. In solchen Fällen tröste er sich immer mit dem Gleichnis vom verlorenen Sohn aus der Bibel: Als der verlorene Sohn nach Hause zurückkehrte, wurde ein großes Freudenfeuer entzündet. Das Holz dafür hätten jedoch diejenigen gesammelt, die zu Hause geblieben wären. Er verstehe deshalb die Gefühle des Präsidenten.

Präsident *arap Moi* bedankte sich für das Verständnis des Bundeskanzlers und fügte hinzu, daß er diese Erfahrung auch in der Delegationssitzung wiederholen werde.[4] Er habe den Wunsch, daß der Finanzkredit in eine Warenhilfe umgetauscht werde.[5] Das würde ihnen helfen, ihre Schulden zu bezahlen.

Er wolle jedoch noch weitere Punkte ansprechen. Die Bundesrepublik Deutschland verfüge über ausgezeichnete Hubschrauber. Er selbst müsse viel reisen. Deshalb wäre ein Hubschrauber eine große Hilfe für ihn persönlich. Er brauche einen solchen Hubschrauber nicht für die Armee.

Ein anderer Punkt sei sein Wunsch, einen Teil seiner Armee in der Bundesrepublik Deutschland auszubilden. Es gehe ihm dabei vor allem um Offiziere der verschiedenen Dienstränge. Er sei auch daran interessiert, Sicherheitsperso-

3 Zum Haushaltsdefizit der USA vgl. Dok. 315, Anm. 7.

4 Botschafter Klaiber, Nairobi, berichtete am 23. November 1987 über das erste Delegationsgespräch am 19. November 1987 nach dem Vier-Augen-Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Moi. Letzterer habe darin einen Schuldenerlaß in Form einer Umwandlung der „zur Verfügung gestellten Kredite in Zuschüsse“ gefordert mit der Begründung, daß es enttäuschend sei, hart zu arbeiten und die Auflagen des IWF und der Weltbank zu erfüllen und hierfür keinen Schuldenerlaß zu erhalten. Überdies habe Moi die „Aufstockung des deutschen Stipendienangebots für ein Studium in Deutschland“ erbeten. Kohl habe die Leistungen Kenias gewürdigt und seine Freude darüber bekundet, „daß das Interesse an der deutschen Sprache in Afrika wachse“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 613; Referat 322, Bd. 149936.

5 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 14. Oktober 1987 wurde festgehalten, daß Kenia zugunsten des Baus einer Straße auf Warenhilfe verzichtet habe. Ferner hieß es: „Der nun vorgetragene Wunsch – gegenüber Botschafter Klaiber – nach Warenhilfe wird kaum zu erfüllen sein, insbesondere nicht nach zusätzlichen Mitteln. Endgültiges dazu kann erst nach Abschluß der Haushaltsberatungen gesagt werden.“ Vgl. Referat 322, Bd. 149936.

nal in der Bundesrepublik ausbilden zu lassen. Außerdem benötige er Deutschlehrer für die Schulen[6] und technische Hilfe.

Der *Bundeskanzler* sagte zu, die Frage des Hubschraubers auf direkter vertraulicher Basis weiterzuverfolgen. Auch die Frage der militärischen Ausbildung und die der Sicherheitskräfte werde er auf dem gleichen Wege beantworten.

Präsident *arap Moi* verwies auf den anwesenden Mitarbeiter arap-Leting, der der Kontaktpartner sein solle.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß es ihm sehr daran läge, freundschaftliche Kontakte zu entwickeln. Die Zeiten seien sehr schwierig, und deshalb sei es wichtig, daß man sich persönlich gut kenne. Dies sei auch seine Meinung, und er stimme dem absolut zu, erwiderte *arap Moi*. Sein Ziel sei eine special relationship mit dem Bundeskanzler.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß Präsident arap Moi ein großer Führer in Afrika sei und ein wichtiges Land repräsentiere. Zwischen beiden Ländern gebe es erfreulicherweise keine Probleme. Deshalb sei es das Normalste in der Welt, daß sie beide enge und freundschaftliche Beziehungen entwickeln würden.

Der Bundeskanzler kam dann auf die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland selbst zu sprechen. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland verlaufe positiv. Probleme seien jetzt aufgrund des Dollarverfalls entstanden.[7] Die Bundesregierung habe dagegen versucht, ihre Hausaufgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft zu erledigen. Heute sei die Bundesrepublik die größte Exportnation in der Welt noch vor Japan. Die Exportquote liege bei 35%. Die Deutschen müßten jedoch hart arbeiten, um diese Position halten zu können. Die Bundesrepublik werde immer im gleichen Atemzug mit den USA und Japan genannt. Es werde dabei vergessen, daß die USA über eine viermal größere und Japan über eine zweimal größere Bevölkerungszahl verfügten. Dies bedeute für die Bundesrepublik, daß ihre Bürger früher aufstehen müßten, vor allem auch deshalb, weil die Bundesrepublik die niedrigste Geburtenrate der Welt hätte und die Menschen immer älter würden. So habe es 1950 ca. 200000 Menschen gegeben, die über 80 Jahre alt gewesen seien. Heute seien es über 2 Millionen Menschen. Was essen sie denn, warf Präsident *arap Moi* ein.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß diese Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wichtige Konsequenzen für die Gesundheitsvorsorge, für das Sozialsystem wie für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt hätte. Dennoch handele es sich um lösbare Probleme. Allerdings habe die Bundesrepublik 10 bis 15 Jahre verschlafen. Vor fünf Jahren habe er begonnen, Veränderungen einzuleiten.

Er habe vor allem der Forschungspolitik eine besondere Bedeutung zugemessen, weil die Bundesrepublik Deutschland ein armes Land sei, was eigene Ressourcen

6 Botschafter Klaiber, Nairobi, informierte am 23. Oktober 1987, daß die Bundesrepublik „ein angesehener und gesuchter Partner bei den kulturpolitischen Bemühungen Kenias“ sei. Deutsch werde „seit Januar 1987 an zwölf ken[ianischen] Oberschulen unterrichtet“, wobei eine „Ausweitung des Deutschunterrichts auf bis zu 20 Oberschulen […] von kenianischer Seite gewünscht“ werde: „Mit der Ausbildung von ken. Deutschlehrern an den beiden Universitäten in Nairobi und durch Fortbildungskurse/Stipendien von Goethe-Institut und DAAD in Deutschland wurde begonnen. Die Errichtung einer Ausbildungsabteilung für kenianische Deutschlehrer an der Kenyatta University ist geplant.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 478; Referat 322, Bd. 149936.

7 Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

beträfe. Die Bundesrepublik verfüge nur über Kohle, und die sei nicht immer ein Vorteil. Der eigentliche Schatz der Bundesrepublik seien ihre Menschen, die sich durch Fleiß, hohe Ausbildung, auszeichneten. Die Konzentration auf die Forschung bedeute deshalb Vorsorge für die Zukunft. 1987 würden von staatlicher und privater Seite 59 Milliarden DM für die Forschung ausgegeben. Dies sei die einzige Möglichkeit, eine internationale Spitzenposition in wichtigen Bereichen zu halten.

Der Bundeskanzler kam im Anschluß daran auf die Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft zu sprechen. Die Europäische Gemeinschaft stünde vor wichtigen Entscheidungen. Das Ziel sei, bis 1992 den Binnenmarkt zu verwirklichen.[8] Er werde 340 Millionen Menschen umfassen und damit der größte Wirtschaftsraum der Welt sein. Eine solche Entwicklung sei auch von besonderer Bedeutung für Afrika. Dies gelte selbstverständlich für die Bundesrepublik selbst. Sie sei das stärkste Land innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Dort gebe es noch eine Reihe von Problemen aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten. Dies gelte z. B. besonders für Portugal. Man müsse jedoch wissen, daß die europäischen Staaten 300 Jahre gegeneinander gearbeitet hätten. Jetzt würden diese Staaten seit 30 Jahren versuchen, immer enger zusammenzuarbeiten. Der Präsident wisse ja auch von seinen Erfahrungen in Afrika selbst, daß man nicht alles innerhalb einer Generation verändern könne.

Das Kernstück der europäischen Politik stelle die deutsch-französische Zusammenarbeit dar. Zwischen beiden Ländern habe es eine Feindschaft gegeben, die zwei Weltkriege ausgelöst habe. Heute seien die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik von einer engen Freundschaft geprägt, wie es sie nie zuvor gegeben habe. Am 22. Januar 1988 werde man gemeinsam den 25. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages begehen, der von Konrad Adenauer und de Gaulle vereinbart worden sei.[9] Bei diesem Anlaß werde man ein gemeinsames Abkommen über engere militärische Zusammenarbeit und über eine gemeinsame Sicherheitspolitik vereinbaren.[10] Dieses Ergebnis sei vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Dies gelte auch für die Entscheidung, eine integrierte deutsch-französische Brigade aufzustellen.[11] Außerdem beabsichtige man, die Generalstabsoffiziere beider Länder für eine bestimmte Zeit gemeinsam auszubilden. Dies alles stelle eine gewaltige Veränderung in den beiderseitigen Beziehungen dar.

Ein Problem stelle die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Ländern der Europäischen Gemeinschaft dar. Auch die Vorstellung, wie rasch sich die europäische Integration entwickeln solle, sei in den einzelnen Mitgliedsländern unterschiedlich. Großbritannien beispielsweise ziehe eine langsamere Entwick-

8 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

9 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.
Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.

10 Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276 und Dok. 316, Anm. 11 und 12.

11 Zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 316, Anm. 7.

lung vor. Mrs. Thatcher habe Probleme, die Integration rasch voranzutreiben. Für sie sei es schwer vorstellbar, daß London nicht länger der Nabel der Welt sei. Man müsse jedoch erkennen, daß sich in der internationalen Politik neue Zentren entwickeln. Wenn die Europäer sich nicht zusammenschließen, werden sie im nächsten Jahrhundert in der internationalen Politik keine Rolle mehr spielen.

Die entscheidenden Mächte werden dann die USA, die Sowjetunion und die Volksrepublik China sein. Präsident *arap Moi* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal, daß der Aufbau Europas auch für Afrika wichtig sei. Ein starkes Europa habe auch große Bedeutung für ein starkes Afrika und für die Entwicklung einer engen Nachbarschaft. Dies sei korrekt, fügte *arap Moi* hinzu.

Der *Bundeskanzler* wandte sich den Ost-West-Beziehungen zu. Diese seien in Bewegung gekommen. Die Sowjetunion befinde sich heute in einer besonderen Lage: Einerseits sei sie militärisch so stark wie nie zuvor, andererseits sei sie wirtschaftlich nur eine Mittelmacht. Sie sei ein Riese, der auf tönernen Füßen stünde. Die Vorgänger von Generalsekretär Gorbatschow seien nicht in der Lage gewesen, grundsätzliche Veränderungen einzuleiten. Heute sei die Sowjetunion mit enormen Rüstungslasten konfrontiert. Die sowjetische Wirtschaft stagniere nicht nur, sie falle immer mehr zurück. Heute gebe es bereits drei Länder innerhalb des Warschauer Paktes, die im Pro-Kopf-Einkommen die Sowjetunion bereits überholt hätten. Dies gelte für Ungarn, die DDR, sogar für Bulgarien.

Gorbatschow versuche jetzt, Reformen einzuleiten. Man müsse sie ernst nehmen, auch wenn er über die möglichen Ergebnisse skeptisch sei. Gorbatschow befinde sich in einer schwierigen Lage, weil er ein ineffektives System effektiv machen wolle. Im Prinzip sei jedoch ein kommunistisches System von Natur aus ineffektiv. Die Menschen würden seit Adam und Eva aus zwei Motiven handeln: aus ideellen Gründen sowie aus materiellen. Diese Eigenschaft der Menschen verleugne der Kommunismus. Gorbatschow müsse jetzt versuchen, das System zu ändern. Dafür blieben ihm drei bis fünf Jahre. Das Ergebnis könne man jedoch nicht vorhersehen.

Diese Politik Gorbatschows bestimme auch die Abrüstungsverhandlungen. Der Westen müsse jetzt jede Chance wahrnehmen. Voraussetzung dafür bliebe jedoch, daß man nüchtern bleibe und keinen Illusionen nachlaufe. Die Kräftebalance zwischen West und Ost müsse garantiert bleiben. Die Sicherheit müsse nach erfolgter Abrüstung größer und nicht geringer sein. Jetzt gebe es eine Chance für wirkliche Abrüstung. Das Treffen Präsident Reagans mit Generalsekretär Gorbatschow werde dafür entscheidend sein.[12] Die Bundesregierung unterstütze ein solches INF-Abkommen. Präsident Reagan sei ein nüchterner Politiker und loyaler Freund. Dennoch müsse man wissen, daß die USA jetzt vor Wahlen stünden[13] und sich wie ein Patient mit Fieber verhalten können. Die USA gingen jetzt einer unsicheren Phase entgegen. Dies zeige auch ihre Budgetpolitik.

12 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

13 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Die vor uns liegende Periode biete eine Chance für eine friedliche Entwicklung. Schon heute sei vorauszusehen, daß in zehn bis fünfzehn Jahren der Nord-Süd-Konflikt von größerer Bedeutung sein werde als der West-Ost-Konflikt. Die Probleme der internationalen Verschuldung[14] wie des weltweiten Hungers deuten darauf hin. Der Präsident habe recht, wenn er darauf hinweise, daß eine Reihe von Ländern der Dritten Welt aufgrund ihrer eigenen Mißwirtschaft in eine solche Lage geraten sei. Mangelnde Fähigkeiten wie auch ideologische Einseitigkeiten hätten dazu beigetragen. Es sei wichtig, die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd zu vertiefen. Aus diesem Grunde sei er auch nach Afrika gekommen, um ein Land wie Kenia kennenzulernen und Probleme, wie sie sich aus der Politik Südafrikas ergeben. Gestern sei er noch in Mosambik gewesen.

Präsident *arap Moi* sprach dem Bundeskanzler seinen herzlichen Dank für den Bericht über die Bundesrepublik Deutschland und über die West-Ost-Beziehungen aus. Alles, was der Bundeskanzler gesagt habe, sei auch für die Lage in Afrika richtig. Die West-Ost-Beziehungen könnten jederzeit auf Afrika übergreifen. Sie bräuchten deshalb in den West-Ost-Beziehungen Stabilität und ein Gleichgewicht der Kräfte. Dies würde auch Afrika helfen.

Kenia habe 1963 seine Unabhängigkeit erreicht. Sie hätten auf der Grundlage ihrer afrikanischen Werte einen afrikanischen Sozialismus verfolgt. Eine andere Politik als ihr „way of life“ sei für sie nicht möglich. Sie hätten sich trotz der wirtschaftlichen Probleme und der Streitigkeiten innerhalb des eigenen Landes entwickelt. Diese Probleme seien heute weitgehend überwunden. Das Land sei geeint. Vieles, was darüber in der Presse berichtet werde, treffe nicht zu. Es gebe in Kenia Kirchen. Keine davon jedoch dominiere. Präsident arap Moi verwies auf die sozialen Unruhen in Südamerika, die ihren Ursprung vor allem in der Dominanz der Kirche und in der Vermischung von Staat und Kirche hätten. In Kenia seien die katholischen und protestantischen Kirchen wichtig. Die lutherische sei stärker, weil sie differenzierter sei. Sie würden jedoch harmonisch zusammenarbeiten.

Die Probleme Kenias seien vor allem auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückzuführen. Sie hätten verstanden und eingesehen, daß das Wachstum der Bevölkerung ein besonderes Problem darstelle. Er setze sich als Politiker persönlich für die Familienplanung ein. Alle würden dies verstehen. Ihre Politik der Familienplanung beginne, allmählich Erfolg zu haben. Sie würden in einzelne Distrikte und vor allem in die ländlichen Gebiete gehen.

Die Regierung hätte in den Distrikten zentrale Punkte für die Entwicklung eingerichtet. Die Zentralregierung entscheide längst nicht alles. Das Land sei in acht Provinzen mit 42 Distrikten aufgeteilt. Innerhalb der Distrikte gebe es Entwicklungsausschüsse, die die Prioritäten für ihre Entwicklung selbst entscheiden würden.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, wie es gelungen sei, die verschiedenen Stämme zu integrieren. Dies sei sehr unterschiedlich erfolgt, erwiderte Präsident *arap Moi*. Es gebe Distrikte, in denen nur ein Stamm leben würde. In anderen Distrikten gebe es mehrere Stämme. Manchmal heiße es, daß er einem Minderheitenstamm angehöre. Dieser Stamm umfasse jedoch mehr als drei

14 Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.

Millionen Angehörige. Er selbst komme aus Baringo. In den Jahren seiner Präsidentschaft hätte er Mitarbeiter aus verschiedenen Stämmen gehabt. Seine Heimatprovinz gehöre zu den reichsten Gebieten Kenias. Seine Provinz versorge Kenia mit Nahrungsmitteln.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, wie stark heute noch die Stammesbindung sei. Der *Präsident* antwortete, daß er seinen Stamm nicht für ein und alles halte. Die Stammesbindung sei eine Gefahr für Afrika. In Mosambik und Angola seien die bestehenden Probleme darauf zurückzuführen, daß die verschiedenen Stämme nicht zusammenarbeiten würden. In Kenia sei dieses Problem weitgehend ausgestorben. Immer mehr junge Menschen würden über die Stammesgrenzen hinaus heiraten. Nach seiner Einschätzung würde nur noch rund 1% der Bevölkerung in Kenia in starkem Maße an Stammesbindungen festhalten. Deshalb würden sie ihre Politik, diese Stammesgrenzen zu überwinden, nicht forcieren.

Kenia stelle eine Insel des Friedens dar. Im Nachbarland Uganda herrsche seit 1966 ein Chaos. Die Lage habe sich nicht beruhigt. Das Land sei von Stammesaffären geprägt. Die Stämme würden sich gegenseitig töten. Er habe versucht, die widerstreitenden Stämme wieder zusammenzuführen. Deshalb habe er ein Abkommen entworfen, um zu einer Befriedung beizutragen. Die jetzigen Führer Ugandas hätten jedoch seinen Vorschlag beiseite geschoben.[15] Jetzt seien sie erneut an ihn herangetreten. Er wüßte jedoch nicht, ob er helfen könne. Er würde jetzt ständig Botschaften aus Uganda erhalten. Er könne jedoch nur eine Politik verfolgen, die die Menschen akzeptieren können.

Die Afrikaner müßten erkennen, daß die Einheit in ihrem Interesse sei. Man müsse wissen, daß die Ideologien immer nur von außen kämen. Ideologien hätten Afrika gespalten und Chaos bewirkt. Wenn sie jedoch eine Politik verfolgen würden, die von den Menschen akzeptiert werde, ginge alles gut.

Viele außerhalb Afrikas würden glauben, daß Afrika diese Stammeszugehörigkeiten brauche. Sender wie BBC, die Deutsche Welle, Voice of America – sie alle sprechen immer von unterschiedlichen Stämmen. Sie sollten jedoch verstehen, daß sie eine Einheit seien. Das Kabinett in Kenia setze sich aus Angehörigen verschiedener Stämme zusammen. Sie würden nicht einmal mehr darüber reden. Dies wachse sich aus, und nach einiger Zeit würde man nicht mehr darüber sprechen, woher der einzelne komme. Dann könnten sich die Menschen im Lande auch frei bewegen.

Er würde immer gefragt, warum Kenia am Einparteiensystem festhalte. Er wolle dem Bundeskanzler mit allem Ernst sagen, daß die bestehenden Stammesunterschiede vor allem auch in der Kolonialzeit gefördert worden seien. Würde man

15 Botschafter Klaiber, Nairobi, berichtete am 4. November 1987: „Seit dem Amtsantritt Präsident Musevenis in Uganda Anfang 1986 hat sich das kenianisch-ugandische Verhältnis verschlechtert. Präsident Moi, der bei den Nairobi-Friedensgesprächen Ende 1985 zwischen dem damaligen Rebellenführer Museveni und der Okello-Regierung sein ganzes Prestige als Vermittler eingesetzt hatte, war bitter enttäuscht, daß Museveni kurz darauf mit der Einnahme Kampalas im Widerspruch zu den Nairobi-Vereinbarungen Präsident Mois Bemühungen zur Makulatur hat werden lassen. Präsident Moi hegt seitdem persönlich großes Mißtrauen gegenüber seinem mit militärischen Mitteln an die Macht gelangten Nachbarn Museveni. Seit dem Treffen anläßlich des Regionalgipfels in Kigali Ende 1985 weigert er sich, mit Museveni überhaupt zusammenzutreffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 533; Referat 322, Bd. 149936.

ein Mehrparteiensystem einführen, so hätte man, soweit er Afrika kenne, nur noch Stammesparteien und keine Integration. Durch die Bildung einer Einheitspartei seien sie letztlich demokratischer als jede Stammespartei. In Kenia gebe es bis zu sieben Kandidaten für ein Mandat. Dies sei die einzige Möglichkeit, Stammesdenken zu überwinden. Der Bundeskanzler habe mit Recht davon gesprochen, daß es Europa nicht möglich sei, in zwanzig Jahren ihre gemeinsame Geschichte von über dreihundert Jahren zu überwinden.

Der *Bundeskanzler* stimmte zu, daß es ein Fehler sei, daß die Europäer ihr Denken häufig auf andere Länder übertragen würden. Präsident Chissano von Mosambik habe ihm erzählt, daß er einer von drei schwarzen Schülern in einer Schule von tausend weißen Schülern gewesen sei. Eine solche Erfahrung müsse Folgen haben.

Die Deutschen hätten erst 1870 eine Zentralregierung erhalten, dennoch gebe es auch heute noch große Unterschiede zwischen Nord- und Süddeutschland. Er wisse, daß auch für die Entwicklung in Afrika viel Zeit erforderlich sei.

Präsident *arap Moi* fügte hinzu, daß selbst England noch solche Unterschiede zwischen den Provinzen kenne, z. B. Wales, Schottland u. a. Die Traditionen in Europa seien achthundert bis zwölfhundert Jahre alt. Die Menschen in Europa seien sich trotz ihrer Streitigkeiten ihrer nationalen Identität bewußt. Wie sollten aber die Menschen in Afrika ihre nationale Identität verstehen lernen? In Kenia hätten sie das Stammesdenken durch die Bildung der Einheitspartei reduziert. Vielleicht sei es in fünfzig Jahren möglich, eine Entscheidung über die Gründung mehrerer Parteien innerhalb einer Nation zu treffen.

Der *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß es 1930 in Deutschland dreißig Parteien gegeben hätte. Die Folge davon sei der Erfolg des Nationalsozialismus gewesen. Heute gebe es in der Bundesrepublik Deutschland vier Parteien. Die Bevölkerung wünsche nicht mehr Parteien. Damit habe man Stabilität in der Bundesrepublik erreicht.

Präsident *arap Moi* unterstrich noch einmal, daß sich die Afrikaner der Probleme bewußt seien. Hier in Kenia sei es ruhig und friedlich. Er wolle auch der Bundesregierung für ihre Unterstützung danken.

Der Bundeskanzler habe von dem Schatz der Bundesrepublik in der Form ihrer Menschen und ihrer Fähigkeiten gesprochen. Wenn es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg diesen Schatz nicht gegeben hätte, hätten die Deutschen trotz des Marshall-Planes[16] nicht das erreicht, was sie heute erreicht haben.

Darin bestünde eines seiner Probleme innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, ergänzte der *Bundeskanzler*. Wenn die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft beim Kamingespräch zusammensäßen und der Präsident der Kommission, Delors, seinen Bericht über die Lage in den einzelnen Ländern und

16 Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm auch „Marshall-Plan" genannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

deren wirtschaftliche Entwicklung gebe, spreche er stets zuletzt über die Bundesrepublik. Und dies verbreite nicht nur Freude. Vor vierzig Jahren hätten die Deutschen ganz von vorne beginnen müssen, heute seien sie jedoch wieder da. Die Arbeit der Menschen sei der Schatz des Landes gewesen. Dreizehn Millionen Flüchtlinge hätten eingegliedert werden müssen. Sie hätten nichts besessen, also hätten sie hart gearbeitet. Dies sei Reichtum, warf Präsident *arap Moi* ein.

Kenia sei heute ein geeintes Volk. Deutschland, Großbritannien und Frankreich als Freunde sollten dies verstehen. Er würde es gerne sehen, daß die Freunde Kenias der Welt beweisen würden, daß ein Land wie Kenia seine Probleme lösen könne. Sie hätten jeder Ideologie widerstanden, im Gegensatz zu anderen wie Tansania oder Sambia, das eine bestimmte Form des Humanismus verfolgt habe. In Mosambik und Angola habe die Sowjetunion ihren Einfluß ausgeübt. In Uganda herrsche Chaos.

1975 seien die Führer von Angola zu ihm nach Kenia gekommen. Kenyatta habe damals mit ihnen gesprochen. Er selbst sei bei diesem Gespräch dabei gewesen. Sie hätten darüber gesprochen, wie sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen könnten. Ihre Gesprächspartner hätten jedoch in Angola ohne Wahlen die Macht übernommen und Savimbi gezwungen, einen Teil des Landes zu übernehmen. Machel hätte versucht, sich von der Ideologie zu lösen. Leider sei er jedoch gestorben.[17] Er habe ihn gekannt. Präsident Chissano kenne er dagegen nicht. Er wisse, daß die RENAMO vor allem aus Brasilien unterstützt werde. Es handele sich dabei um ehemalige Grundbesitzer aus Mosambik. Südafrika sehe es sehr gerne, daß diese Kräfte die RENAMO unterstützen würden.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er den Eindruck gewonnen habe, daß Präsident Chissano sich ebenfalls öffnen wolle. Dies sei für ihn jedoch schwierig.

Präsident *arap Moi* erklärte, daß sie Kontakte mit Katholiken in Mosambik und mit der RENAMO aufgenommen hätten, um Gespräche mit Präsident Chissano zustande zu bringen. Er wolle eine Amnestie erlassen, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Dies sei ihm bekannt, erwiderte Präsident *arap Moi*. Er wisse jedoch nicht, ob die Leute Präsident Chissano vertrauen würden. Nyerere habe zwölftausend Soldaten geschickt. Von Simbabwe seien ebenfalls zwölftausend Soldaten zur Unterstützung von Präsident Chissano nach Mosambik entsandt worden. Sie kontrollieren drei Viertel des Landes. Die Führung in Mosambik ignoriere jedoch ein Problem: Es gebe zahlreiche Stämme, die nie einen Zusammenhalt gekannt hätten. Deshalb bestünde dieses Mißtrauen. Am besten wäre es, mit allen diesen Stämmen zu sprechen. Er habe Präsident Chissano alles erklärt und ihn aufgefordert, die Stämme in die Partei und in die Nationalversammlung aufzunehmen. Und Südafrika müsse seine Destabilisierungspolitik beenden, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Absolut, fuhr der *Präsident* fort.

Die Probleme in Mosambik und Angola könnten erst dann gelöst werden, wenn man miteinander spreche und sich einige und dann die Gespräche mit Südafrika aufnehme.

[17] Präsident Machel kam am 19. Oktober 1986 bei einem Flugzeugabsturz in Südafrika ums Leben.

Im Falle von Angola handele es sich um eine globale Angelegenheit, in die die Russen, die Amerikaner, die Kubaner und Südafrika verwickelt seien. Alle ausländischen Truppen müßten Angola verlassen, damit Präsident dos Santos und Savimbi miteinander sprechen könnten. Auch Präsident Chissano müsse dies tun. Erst dann könne eine innere Befriedung möglich werden. Wenn diese erreicht sei, könnten sich diese Länder dann mit Südafrika befassen. Dann würde Südafrika die Probleme bekommen. Gegenwärtig würden jedoch die globalen Aspekte mit den inneren Problemen verknüpft.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, ob er Kontakte zu Südafrika habe. Bisher habe es keine Kontakte gegeben. Er habe jedoch erklärt, wenn Südafrika Mandela freilasse, könnten sie zu Besprechungen nach Nairobi kommen.

Der Bundeskanzler schloß die Frage an, ob der Präsident Kontakte zum ANC habe. Präsident *arap Moi* erwiderte, daß der ANC Unterstützung von der Basis erhalte. Es wäre falsch, ANC zu ignorieren. Wenn sich die Dinge in Südafrika positiv entwickeln sollen, müsse der ANC anerkannt werden, damit er nicht eine Politik der Gewalt verfolge. Alle Parteien in Südafrika seien wichtig. Sie würden die Weißen nicht hassen, jedoch helfe dieses System in Südafrika niemandem, weder den Weißen noch den Schwarzen. Es sei ein borniertes System, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Der *Präsident* fuhr fort, daß es jetzt notwendig sei, Lösungen zu suchen. Insbesondere müsse eine bestimmte Regierungsform gefunden werden.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß es entscheidend wäre, Garantien sowohl für die Weißen wie für die Farbigen und für die Schwarzen zu erreichen. Niemand traue jedoch dem anderen. Präsident *arap Moi* bestätigte dies.

Es sei jetzt notwendig, gemeinsam eine Regierungsform auszuhandeln, die solche Garantien enthalte und zu einer inneren Befriedung führe. Wenn jedoch die Weltpolitik mit den inneren Angelegenheiten Südafrikas vermischt würde, entstünden daraus noch viele Probleme.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er sich in Südafrika in starkem Maße engagiert habe, um zu Lösungen beizutragen. Er habe dies jedoch weniger öffentlich als diskret getan. In Europa gebe es im Zusammenhang mit Südafrika viel Heuchelei. Dies habe man vor allem bei der Debatte über Sanktionen gegen Südafrika[18] erleben können. Solche Sanktionen hätten jedoch nur die armen Leute in Südafrika bezahlen müssen. Beispielsweise habe man die Sanktion erlassen, daß der Krügerrand nicht mehr importiert werden dürfe.[19] Heute werde er in der Schweiz geprägt und verkauft. Auf dem Europäischen Gipfel in Den Haag habe es Auseinandersetzungen über die Frage der Sanktionen gegeben.[20] Sie seien jedoch an seiner Haltung gescheitert. Er sehe größeren Sinn darin, zur beruflichen Ausbildung von Schwarzen in Südafrika beizutragen. Er habe einen solchen Vorschlag eingebracht. Er sei jedoch der einzige gewesen, der zu finanziellen Leistungen bereit gewesen sei.

18 Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 164, Anm. 22.

19 Auf der EG-Ministerratstagung am 27. Oktober 1986 in Luxemburg wurde eine Verordnung erlassen, mit der die Einfuhr von Goldmünzen aus Südafrika in die Gemeinschaft ausgesetzt wurde. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1986, S. 86.

20 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 181.

Präsident *arap Moi* wies in diesem Zusammenhang auch auf die Problematik in den Frontstaaten[21] hin. Auch sie müßten im Auge behalten werden. Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

324

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma

19. November 1987[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Mosambik-Aufenthalt des Bundeskanzlers[3]

Der Drahtbericht Nr. 282 aus Maputo vom 18.11.1987 (s. Anlage[4]) bestätigt die Befürchtung, die wir schon vor der Reise hatten: Der Bundeskanzler hat sich

21 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

1 Ablichtung.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 19. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 22. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Besorgnisse von Dg 32 sind leider nur zu berechtigt. Ich werde das auch mit BK aufnehmen. Nicht nur die Reputation des Botschafters gebietet seine Teilnahme, sondern auch seine Sachkunde, an der es bei den Beteiligten fehlt."
Hat Ministerialdirigent Sulimma am 15. Juni 1990 erneut vorgelegen, der für Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich vermerkte: „Obwohl das erst jetzt zu mir kam, ist BM-Reaktion doch auch jetzt noch wichtig."
Hat Schlagintweit am 19. Juni 1990 vorgelegen.
Hat Sulimma am 20. Juni 1990 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Schmidt und Simon sowie Vortragende Legationsrätin I. Klasse Gräfin Strachwitz „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Schmidt vorgelegen.
Hat Simon am 25. Juni 1990 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bolewski in Vertretung von Strachwitz am 26. Juni 1990 vorgelegen.
Hat Strachwitz am 27. Juni 1990 vorgelegen.
Hat Sulimma am 28. Juni 1990 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Ministerialdirigenten Henze und Zeller verfügte.
Hat Henze am 28. Juni 1990 vorgelegen.
Hat Zeller vorgelegen.

2 Jürgen Sudhoff.

3 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 17./18. November in Mosambik auf. Für das Gespräch mit Präsident Chissano vgl. Dok. 321.

4 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Nölle, Maputo, bewertete den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Mosambik als „bedeutenden Impuls" für die bilateralen Beziehungen, der neue Perspektiven eröffne. Zudem teilte er mit, daß ihm über das Vier-Augen-Gespräch zwischen Kohl und Chissano „inhaltlich nichts bekannt" sei, da weder er noch Ministerialdirektor Schlagintweit zu dem Gespräch hinzugezogen worden seien. Lediglich bei der „Eröffnung des Gesprächs nahmen für einige Minuten die beiden offiziellen Delegationen teil". Vgl. Referat 320, Bd. 155860.

offensichtlich geweigert, zu dem Gespräch mit Präsident Chissano unseren Botschafter in Mosambik[5] mitzunehmen.

Die Abwertung, die ein Botschafter in Afrika (wie in anderen Ländern der Dritten Welt) erfährt, wenn sein Kanzler ihn nicht zu einem Gespräch mit dem Präsidenten des Landes, in dem er akkreditiert ist, hinzuzieht, liegt auf der Hand. Es ist zu befürchten, daß dies sehr negative Auswirkungen auf die Bereitschaft der führenden Persönlichkeiten Mosambiks, mit dem deutschen Botschafter zu sprechen, haben wird. Für Präsident Chissano könnte das ein Zeichen sein, daß der Botschafter nicht das Vertrauen seines Kanzlers genießt.

Selbst bei einem Gespräch „unter vier Augen" gibt es einen Note-taker. Dieser müßte in einem solchen Fall dann eben der Botschafter sein.

Die in Maputo geübte Praxis sollte sich nicht wiederholen. Im Vorfeld des Besuchs hatte D3[6] schon versucht, auf das Kanzleramt einzuwirken; möglicherweise ist das auf dem Flug noch ergänzend geschehen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Absicht, selbst mit dem Kanzleramt hierüber zu sprechen, verwirklichen würden.

gez. Dr. Sulimma

Referat 320, Bd. 155860

5 Wilfried Nölle.
6 Reinhard Schlagintweit.

325

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Blankenstein

431-370.48 **19. November 1987**

Über Dg 43[1] und D 4[2] Herrn Staatssekretär[3] zur Information

Betr.: Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen;
hier: Irakischer Angriff auf das im Bau befindliche iranische KKW Bushehr am 17. November 1987[4]

1) Ein Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen wurde erstmals in den Zusatzprotokollen I und II von 1977 zu den Genfer Konventionen vom 12. August 1949 ausgesprochen.[5] Artikel 56 (ZP I) bzw. Artikel 15 (ZP II) postulieren: „Anlagen oder Einrichtungen, die gefährliche Kräfte enthalten, nämlich … Kernkraftwerke, dürfen auch dann nicht angegriffen werden, wenn sie militärische Ziele darstellen, sofern ein solcher Angriff gefährliche Kräfte freisetzen und dadurch

1 Wiegand Pabsch.

2 Hat Ministerialdirigent Pabsch in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek am 19. November 1987 vorgelegen.

3 Hat den Staatssekretären Sudhoff und Lautenschlager am 19. November 1987 vorgelegen.
Hat Lautenschlager am 21. November 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister zur Kenntnis (wegen des aktuellen Vorgangs sofort); Abteilungen 2+5 sollen danach ggf. ergänzend sich äußern."
Hat Bundesminister Genscher am 21. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bitte, eine unverzügliche Initiative vorzubereiten. W[ieder]V[orlage] 30.11."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] W[ei]s[un]g BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 24. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Lautenschlager und Sudhoff „im Rücklauf" verfügte.
Hat Lautenschlager am 24. November 1987 erneut vorgelegen.
Hat Jelonek am 24. November und erneut am 25. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 43, 431, b[itte] zu Hausbesprechung mit 2, 2 A, 5 einladen; wir sollten in der Zuständ[ig]keitsfrage offen sein."
Zum Fortgang vgl. die Aufzeichnung von Jelonek; Dok. 344.

4 In der Presse wurde berichtet: „Iran hat sich nach Angaben der Internationalen Atomenergieagentur (IAEO) nach den irakischen Luftangriffen auf das noch nicht fertiggestellte Kernkraftwerk Buschehr mit der Bitte um Hilfe an die Organisation gewandt. […] Bei dem Luftangriff am Dienstag sind elf Menschen ums Leben gekommen, darunter ein deutscher Ingenieur. Ob Radioaktivität bei der Bombardierung freigesetzt wurde, wurde von iranischer Seite nicht mitgeteilt. […] Die Iraner hatten im März bekanntgegeben, daß spaltbares Material in die Anlage gebracht worden sei. Mit der Mitteilung war die Warnung verbunden, daß weitere Bombardierungen durch die Iraker zu den ‚gleichen radiologischen Folgen wie Tschernobyl' führen könnten. Das Atomkraftwerk Buschehr, dessen Fertigstellung nach der iranischen Revolution im Jahre 1979 verschoben wurde, war zwischen März 1984 und Juli 1986 schon viermal von den Irakern bombardiert worden." Vgl. den Artikel „Der Irak bombardiert Atomkraftwerk/Teheran bittet Wiener IAEO um Hilfe"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. November 1987, S. 2.

5 Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.
Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.

schwere Verluste unter der Zivilbevölkerung verursachen kann." Die Bundesrepublik Deutschland hat beide Protokolle gezeichnet, aber noch nicht ratifiziert.[6] Der Irak hat sie weder unterzeichnet noch ratifiziert, so daß ihm daraus keine Verpflichtungen erwachsen.

Diese kriegsvölkerrechtlichen Regelungen wurden jedoch in der Folgezeit zunehmend als unbefriedigend empfunden, weil sie sehr eingeschränkt nur auf (im englischen Text noch deutlicher) „nuclear electrical generating[7] stations" anwendbar waren. Besonders der israelische Angriff auf den noch im Bau befindlichen irakischen Osirak-Reaktor[8] und später auch die irakischen Angriffe auf die Baustelle in Bushehr/Iran machten die Unzulänglichkeit dieser Regelung deutlich, vor allem auch in Fällen, in denen sich die Beteiligten nicht formell im Kriegszustand befinden. Am wichtigsten aber erschien es, den Kreis der zu schützenden Anlagen über Kernkraftwerke hinaus auch auf Brennelemente-Zwischenlager, Wiederaufarbeitungsanlagen, Atommülldeponien etc. zu erweitern.

Die Interpretation der Bundesrepublik Deutschland, daß sich ein derartiges Verbot von Angriffen auf Kernanlagen bereits aus allgemeinem Völkerrecht (Übermaßverbot) ergebe, wird von der internationalen Staatengemeinschaft nicht allgemein geteilt, so daß man hier nicht von gesichertem allgemeinen Völkerrecht sprechen kann.

2) 1980 nahm Schweden die Diskussion im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz auf und unterbreitete einen Vorschlag, nach dem das Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen mit dem Verbot radiologischer Waffen zu einem gemeinsamen Vertrag verschmolzen werden sollte. Die Frage wurde jahrelang im Ad-hoc-Ausschuß der Abrüstungskonferenz diskutiert. Widerstände entwickelten sich dort einmal grundsätzlich gegen eine zukünftige Konvention über den Schutz von kerntechnischen Anlagen vor Angriffen, aber auch gegen eine Verbindung einer derartigen Konvention mit einem Verbot radiologischer Waffen im engeren Sinne. Darüber hinaus tauchten eine ganze Reihe von Definitionsfragen auf, die mit den anderen Problemen zusammen einen wirklichen Fortschritt bei der Abrüstungskonferenz bisher verhinderten.

3) In der IAEO stand das Thema seit 1983 auf der Tagesordnung jeder Generalkonferenz. Bisher beschränkten sich die jeweiligen Resolutionen auf eine Verurteilung von Angriffen auf Nuklearanlagen und die Aufforderung an die Mitgliedsländer, alles zu einer Vermeidung von solchen Angriffen zu tun, um damit zur sicheren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie beizutragen. In den Berichten des Generaldirektors[9] an die Generalkonferenz wurde jeweils auf die Diskussion bei der Abrüstungskonferenz verwiesen.

6 Die Bundesrepublik zeichnete die Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 am 23. Dezember 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 344 und Dok. 361.
Zur Ratifizierungsdebatte vgl. Dok. 48.

7 Die Wörter „nuclear electrical generating" wurden von Staatssekretär Sudhoff durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „d. h. in Betrieb befindliche".

8 Die Wörter „israelische Angriff" und „Osirak-Reaktor" wurden von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses Thema war auch Gegenstand von Diskussionen (u. Resolutionen) in der GV der VN."
Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

9 Hans Blix.

4) Wir haben bisher stets die Haltung eingenommen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland der Diskussion eines entsprechenden Abkommens im Kreise der IAEO nicht verschließen sollte. Hierfür spricht, daß eine Gleichsetzung von radiologischen Waffen und zivilen kerntechnischen Anlagen, wie dies gegenwärtig in Genf der Fall ist, im Hinblick auf die innenpolitische Diskussion wenig wünschenswert ist. Zum anderen stellt jeder Angriff auf eine von der IAEO kontrollierte zivile Nuklearanlage, der in der Regel damit gerechtfertigt wird, daß von dieser Anlage eine militärische Bedrohung für den Angreifer ausgehe, die Glaubwürdigkeit des NV-Sicherungssystems der IAEO und die Autorität der Organisation in Frage.

Andererseits ist für uns von geringerer Bedeutung, wo die Diskussion stattfindet, wenn dabei nur Fortschritte in Richtung auf einen Vertrag zum Schutz kerntechnischer Anlagen vor militärischen Angriffen zu verzeichnen wären. Im Hinblick auf den Widerstand einiger Staaten gegen die Diskussion dieses Themas im Rahmen der IAEO[10] scheint es deshalb zur Zeit aussichtsreicher, diese Angelegenheit im Rahmen der Abrüstungskonferenz in Genf weiterzuverfolgen.

5) Dabei wird aber die IAEO bei der Bewältigung der entstandenen Definitions- und Verifikationsprobleme wichtige Hilfestellung leisten müssen. Noch ist fraglich, ob sämtliche kerntechnischen Anlagen oder nur solche geschützt werden sollen, die ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Vieles spricht dafür, sämtliche Anlagen zu schützen, da die enge Verbindung zwischen zivilem und militärischem Kreislauf bei spaltbarem Material in manchen Ländern nicht aufzulösen ist. Entscheidend sollte die Menge des radioaktiven Inventars der jeweiligen Anlage sein (schwedischer Vorschlag: 10 hoch 18 Becquerel Strahlenpotential bzw. 10 Megawatt thermische Reaktorleistung).[11] Die zu schützenden Anlagen müßten dann in einem Register erfaßt werden, und zwar wahrscheinlich getrennt nach Anlagen, die bereits von der IAEO kontrolliert und dort registriert sind, zum anderen in solche, die von IAEO-Kontrollen nicht erfaßt werden und nur beim VN-GS eingetragen sind. Zusätzlich muß der Schutzbereich der Anlagen definiert werden, um zu ausgedehnte und deshalb militärisch nicht akzeptable Sanktuarien zu vermeiden.

Blankenstein

Referat 431, Bd. 153212

10 Referat 431 vermerkte am 31. August 1987, die USA, Frankreich und Schweden hätten sich beim IAEO-Gouverneursrat im Dezember 1986 wiederholt gegen eine Befassung des Themas im Rahmen der IAEO ausgesprochen und statt dessen weiter eine Diskussion allein „im Kreise der Genfer Abrüstungskonferenz“ befürwortet. Vgl. Referat 431, Bd. 153212.

11 Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 17. August 1987, der schwedische Botschafter Ekéus habe in seiner Rede vor der Abrüstungskonferenz am 13. August 1987 zu den Verhandlungen über Radiologische Waffen (RW) einen Vorschlag unterbreitet, welche Anlagen geschützt werden sollten. Dabei habe er „den Umfang der zu schützenden Nuklearanlagen durch Reduzierung auf den Begriff ‚Massenvernichtung‘“ eingegrenzt. Weiter führte Stülpnagel aus: „Zum Kriterium des Massenvernichtungseffektes nannte er als Schwellenwerte konkrete Zahlen (10 hoch 18 Becquerel, bzw. 10 M[ega]Watt). Die Ausführungen des Botschafters, die wir im Kern unterstützen sollten, könnten die Stagnation der Verhandlungen zu RW überwinden helfen. Delegation beabsichtigt, den schwedischen Vorstoß zu Beginn der Frühjahrssitzungsperiode 1988 mit einer entsprechenden Rede vor dem Plenum zu unterstützen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1766; Referat 431, Bd. 153212.

326

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder

412-401.00 **19. November 1987**[1]

Über Dg41[2], D4[3] Herrn Staatssekretär[4] zur Unterrichtung

Betr.: Punktation zur internationalen Wirtschaftslage;
hier: Schlußfolgerungen für die Wirtschaftspolitik

I. Der Anpassungsprozeß

1) Die großen strukturellen Ungleichgewichte der Weltwirtschaft – Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite[5] in den USA[6], hohe Leistungsbilanzüberschüsse in D und J – sind infolge eines expansiven, auf die Binnennachfrage gestützten Wachstums in den USA in den Jahren 1983–1986 entstanden.

Ihre Korrektur ist möglich, durch

– eine nachhaltige Rückführung des US-HH-Defizits und
– eine Umkehr des Wachstumsgefälles zwischen USA einerseits, J und D (sowie den übrigen europäischen IL) andererseits.

Dabei darf sich die Lage der Dritten Welt nicht verschlechtern.

2) Das Dollarkursniveau bestimmt die Anpassungsgeschwindigkeit der Leistungsbilanzsalden. Eine zu schnelle Dollarabwertung würde die wirtschaftliche Entwicklung sowohl in den Überschuß- wie auch den Defizitländern belasten. Deshalb ist eine Stabilisierung der Wechselkurse im Sinne des Louvre-Abkommens[7] im Interesse aller. Sie kann aber nicht Ersatz für den entschlossenen Einsatz von Fiskal- und Strukturpolitik sein.

3) Ziel des Anpassungsprozesses ist nicht, den völligen Leistungsbilanzausgleich, sondern tragfähige Salden zu erreichen. Deshalb kommt es nicht so sehr auf die

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Linden konzipiert.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich in Vertretung des Ministerialdirigenten Trumpf am 20. November 1987 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirigent Pabsch in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek am 20. November 1987 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 21. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Eine interessante und sehr lesenswerte Aufzeichnung."
Hat Legationssekretär Berger am 25. Mai 1988 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM" über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 412 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 25. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Jelonek am 25. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Trumpf am 30. Mai 1988 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am 31. Mai 1988 erneut vorgelegen.

5 Korrigiert aus: „Leistungsdefizite".

6 Zum Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit der USA vgl. Dok. 314, Anm. 14, bzw. Dok. 315, Anm. 7.

7 Zur Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der USA vom 22. Februar 1987 (Louvre-Abkommen) vgl. Dok. 50.

absoluten Zahlen, sondern darauf an, daß die Märkte die Überzeugung gewinnen, daß der Trend zu immer größer werdenden Ungleichgewichten gebrochen und die Entwicklung in den Griff gebracht werden kann.

II. Auswirkungen der Krise der Finanzmärkte[8]

Die Krise hat die Chancen, aber auch die Risiken für einen Abbau der strukturellen Ungleichgewichte erhöht:

1) Die Chancen

– Die Krise hat die Politiker, die Märkte und die breite Öffentlichkeit stark verunsichert und z.T. finanziell getroffen. Dadurch wird der Handlungsdruck auf die Politik erhöht, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit gegeben, ohne Verlust der Glaubwürdigkeit vom eigenen politischen Kurs abzuweichen.
– In den USA, wo statistisch jeder Haushalt rd. 14 000 US-$ an Buchwerten verloren hat, ist die Finanzpolitik durch die Krise zu einem innenpolitischen Problem geworden. Außenwirtschaftlichen Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftspolitik begegnete man bisher in den USA mit „benign neglect", nach dem Motto „the dollar is our currency, but your problem". Nunmehr deckt sich das Eigeninteresse vieler Amerikaner stärker mit den internationalen Verpflichtungen der USA zur Kooperation.
– Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der US-Exporte verbessert, die der Überschußländer verschlechtert sich durch den Abfall des Dollars. Dies dürfte den Anpassungsprozeß auch in nominalen Zahlen deutlich werden lassen. Damit sinkt die Gefahr protektionistischer Maßnahmen in den USA.
– Der niedrige Dollarkurs fördert autonome Kapitalexporte in die USA (damit Entlastung der Leistungsbilanz).
– Für D und J verbessern sich durch die WK[9]-Entwicklung die Terms of Trade. Damit weiterhin Import von Stabilität, Preissenkungsspielräume für Exporte wegen geringerer Produktionskosten.

2) Die Risiken

– Die Verunsicherung und Vertrauenskrise verleitet zum Attentismus der Investoren.
– Die Vermögensverluste beeinflussen die Nachfrage der privaten Haushalte. Dies ist aus der Sicht des Defizitlandes USA eine positive, aus der Sicht der Überschußländer eine negative Folge. Ergebnis: Tendenziell schwächeres Wachstum.
– Bei Unternehmen Vermögensverluste durch notwendige Wertberichtigungen.
– Unsichere Erwartungen bezüglich Umsätze, Gewinnen, insbesondere in den Überschußländern. Daher Verschiebung von Investitionsentscheidungen.
– Erhebliche Haushaltsrisiken in D (Steuermindereinnahmen, verminderter Bundesbankgewinn, höhere Subventionszahlungen bei Kohle, Airbus etc.; höhere EG-Agrarausgaben: 1 Pfennig Kursverlust rd. 600 000 ECU).

8 Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.
9 Wechselkurs.

III. Schlußfolgerungen für deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung gerät nach innen wie nach außen in Rechtfertigungsnot.

1) Innenpolitisch

Die Bundesregierung hat in ihrer Wirtschaftspolitik der letzten Jahre die Erhaltung der Geldwertstabilität in deren Vordergrund gestellt. Die Fortsetzung dieser Politik erscheint bei hoher Arbeitslosigkeit nur dann möglich, wenn das Wirtschaftswachstum hoch genug ist, um mittelfristig einen Abbau der Arbeitslosigkeit möglich erscheinen zu lassen.

Wenn das Wachstum weiterhin schwächer wird, erhält der Abbau der Arbeitslosigkeit einen höheren Stellenwert in der innenpolitischen Diskussion. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen verschärfen sich.

2) Außenwirtschaftlich

D hat formal seine Verpflichtungen aus dem Louvre-Abkommen erfüllt. Seitdem hat sich das Wachstum aber abgeschwächt, ohne daß zusätzliche Maßnahmen ergriffen wurden. Dies entspricht nicht dem „Geist des Louvre-Abkommens".

Wir konsumieren und investieren unterdurchschnittlich. In einer ökonomisch interdependenten Welt ist ein systematisches „unter seinen Verhältnissen Leben" ebenso problematisch wie das Gegenteil (vgl. USA, Tabelle 1[10]).

- Wachstumsschwäche, die durch eine selbstverordnete Politik akzentuiert ist, beeinträchtigt den außenpolitischen Spielraum.
- Die deutsche Volkswirtschaft hat nicht die Größe, um im globalen Maßstab eine Lokomotivfunktion auszuüben. Sie ist aber die größte Volkswirtschaft in der EG und in Europa insgesamt mit einem unterdurchschnittlichen Wachstum (EG 1987: + 2,2%, D: 1,75; Prognosen).
- D hat aber gemessen am BSP den größten Spielraum, um fiskalpolitische Wachstumsimpulse zu geben. Auch andere EG-MS mit ungünstigeren Budgetbedingungen sollten eine expansivere, gemeinschaftlich koordinierte Fiskalpolitik mittragen, wenn sie höheres Wachstum schafft (Tabelle 4).
- Dabei müssen die Risiken einer erhöhten Neuverschuldung in Kauf genommen werden. Sie ist zweifellos eine „second best, but better to none"-Option. Wenn aber das angestrebte Ziel – erhöhtes reales Wachstum – erreicht wird, ist sie nur vorübergehender Natur.

D darf nicht die europäische Dimension seiner Außenwirtschaft vergessen:

- Die deutschen Exporte gehen zu über 50% in die EG und sind investitionsorientiert. Sie sind relativ wenig vom Dollarkurs beeinflußt und hängen stark vom Wachstum in den EG-Staaten ab. Zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit müssen sie technologieintensiv und innovativ sein. Für die deutsche Wirtschaftspolitik bedeutet dies:

10 Dem Vorgang beigefügt waren Tabellen zur vergleichenden Entwicklung des realen Wachstums des Bruttosozialprodukts (Tabelle 1), der Binnennachfrage (Tabelle 2), des Außenbeitrags (Tabelle 3), des Anteils des Defizits am Bruttosozialprodukt (Tabelle 4) und zur Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in der Bundesrepublik (Tabelle 5). Vgl. Referat 412, Bd. 168636.

Förderung des technischen Fortschritts durch Investitionen in D und
– Beitrag zum Wachstum in den EG-Staaten.

Innerhalb der EG haben wir eine Lokomotivfunktion. Die daraus sich ergebende Verantwortung, aber auch Gestaltungsmöglichkeiten dürfen wir nicht durch eine defensive Fiskalpolitik einengen.

– Der deutsche Außenhandel wird der größte Nutznießer des Binnenmarktes der EG sein. Deshalb sollte die Neugestaltung der Strukturfonds[11] nicht nur als ein Mittel zur Ausgleichung der Wirtschaftsstrukturen der zwölf EG-MS gesehen werden, sondern auch als eine aktive Direktinvestition in unsere Wachstumsmärkte. Je stärker das Wachstum in unseren Partnerstaaten und je freier der Waren- und Kapitalverkehr in der Gemeinschaft sein wird, desto größer wird auch der Nutzen für unsere Außenwirtschaft sein.
– In diesem Zusammenhang müssen wir bereit sein,
  – unsere Finanzkraft einzusetzen, die sozialen Folgen einer raschen Liberalisierung der Märkte mit anderen MS abzufedern und
  – Kritik an unserer defensiven Haltung (z.B. in Währungsfragen) ernst zu nehmen (s. Padoa-Schioppa-Bericht[12]).
– Einerseits kann eine stringente Stabilitätspolitik in D zu politischen Kontroversen mit unseren Partnern führen und die erreichte Konvergenz in der wirtschaftlichen Entwicklung der EG gefährden. Andererseits können wirtschaftliches Wachstum in der EG und Fortschritte bei der Integration nicht durch Stabilitätsverluste in D erkauft werden. Das richtige Maß muß gefunden werden.
– Im Vordergrund unserer Politik sollte nach mehreren Jahren der Betonung der Geldwertstabilität angesichts der extrem niedrigen Inflationsrate und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit sowie des zunehmenden Drucks unserer wichtigsten Partnerländer die Förderung des Wachstums stehen. Den Investitionen kommt eine zentrale Rolle zu. Die Bruttoinvestitionen in D sind seit den 70er Jahren gesunken, d.h., die Realkapitalbildung hat mit der steigenden Zahl der Arbeitskräfte nicht Schritt gehalten. Dies ist neben den hohen Realzinsen und dem hohen Reallohn ein Grund für die strukturelle Arbeitslosigkeit (Tabelle 5). Ein Vorziehen der Steuerreformteile[13], die Investitionen fördern, kombiniert mit staatlichen Investitionsausgaben, die katalysierend wirken, verbunden mit Subventionsabbau und Deregulierung erscheint geboten.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168636

11 Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 315, Anm. 23.
12 Zum Padoa-Schioppa-Bericht vgl. Dok. 51, Anm. 12.
13 Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.
Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

327

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-363.31-1537/87 geheim **20. November 1987**[1]

Über Herrn Dg20[2], Herrn D2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5] zur Unterrichtung

Betr.: Militärstrategische Rolle von Nuklearwaffen kürzerer Reichweite in einer Post-INF-Ära

Bezug: Ihre Weisung vom 19.11.1987

Anlg.: 1) DB Nr. 1501 vom 13.11.1987 aus Brüssel NATO – 201-1498/87 VS-v[6]
2) Vorlage Abteilung 2 vom 23.7.1987 – 201-1014/87 geheim[7]

Anlagen nur bei Original

I. Kurzfassung

1) Sie hatten um eine Bewertung der in dem Bezugsbericht zu 1 (Seite 4) genannten beiden Fragen des Internationalen Stabs zur Vorbereitung eines rüstungskontrollpolitischen Konzepts[8] gebeten. Zu den rüstungskontrollpolitischen Aspek-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Hans-Friedrich von Ploetz.

3 Hat Ministerialdirigent von Ploetz in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen am 20. November 1987 vorgelegen.

4 Jürgen Sudhoff.

5 Hat Bundesminister Genscher am 22. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die Vorlage geht von einer unveränderten Lage im konventionellen Bereich aus. Deshalb hat die konventionelle Abrüstung mit dem Ziel der Nichtangriffsfähigkeit große Bedeutung. Unsere Verbündeten werden sich bei der Vorbereitung dieser Verhandlungen zur Eile bequemen müssen. 2) R[ücksprache]."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rückspr[ache] StS bei BM" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 24. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff „im Rücklauf" verfügte.
Hat Sudhoff am 24. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein interessantes Papier!"
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 28. November 1987 erneut vorgelegen.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12133 (201).
Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 13. November 1987, in deren Zentrum die Umsetzung von Ziffer 8 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik – die Frage nach einem Gesamtkonzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle – gestanden habe: „Im Vordergrund stand die Rolle nuklearer Waffen und dabei auch die Behandlung bodengestützter Flugkörper unterhalb 500 km Reichweite. […] Rat war sich einig darüber, daß Erarbeitung Gesamtkonzepts nicht nur wegen interner Allianzbedürfnisse, sondern auch wegen der mehr und mehr dieses Thema aufgreifenden öffentlichen Diskussion dringlicher geworden ist, als man in Reykjavik angenommen habe." Vgl. VS-Bd. 11321 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vgl. Dok. 197, Anm. 3.

8 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete, der Ständige NATO-Rat habe beschlossen, einen Katalog von Fragen erstellen zu lassen, die in der Sitzung am 13. November 1987 zur Sprache gekommen seien. Unter Bezugnahme auf die Position der Bundesrepublik „zu Systemen unter 500 km Reichweite sollen diese Fragen voraussichtlich wie folgt lauten: ‚What is the role of nuclear systems

ten der Fragen erfolgt gesonderte Aufzeichnung durch Abteilung 2A.[9] Abteilung 2 behandelt den Teil der Frage: „Was ist die Rolle von nuklearen Systemen unter 500 km im Abschreckungsverbund der NATO?“ Hierzu sollten wir auf der nächsten Ratssitzung einen ersten Diskussionsbeitrag mit folgenden Elementen – ist zugleich Kurzfassung der Aufzeichnung – liefern:

– Im Lichte von nuklearer Abrüstung wird die Aufgabe der Herstellung konventioneller Stabilität in Europa dringender. Im Vordergrund unserer Überlegungen muß dieser Bereich stehen. Das gilt im Rahmen der Fortentwicklung des Gesamtkonzepts Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die [10]Ziele sind in Brüssel formuliert worden.[11] Der Westen muß hier in die Initiative gehen und überzeugende Vorschläge vorlegen. Daneben haben die Bemühungen um Gewährleistung unserer Sicherheit durch Wahrung unserer Verteidigungsbereitschaft und Unterhalten militärischer Potentiale, die zur Abschreckung von Angriffen und Einschüchterungsversuchen angemessen sind, in diesem Bereich große Aufmerksamkeit[12] bekommen.

– Die Aufgabe der Kurzstreckensysteme kann nicht in der Isolation[13] diskutiert werden. Sie gehören[14] in den Gesamtzusammenhang von Nuklearwaffen und ihrer Rolle in der Strategie der Allianz. Wir sollten hier in der politischen Logik der Allianzstrategie bleiben und nicht den Fehler machen, die verschie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1660

below 500 km range in the Alliance deterrence posture, how should they be addressed in a comprehensive arms control concept? How can the right of all allies of equal security be best ensured in such a concept and zones of different security be avoided?‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1501 vom 13. November 1987; VS-Bd. 11321 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Botschafter Holik nahm am 20. November 1987 Stellung zu den beiden Fragen: „Das Aufgreifen der rüstungskontrollpolitischen Aspekte der SNF im Rahmen des Gesamtkonzepts (Frage 1, Teil 2) entspricht unserem Interesse, auch hinsichtlich der regional begrenzten Wirkung dieser Systeme (Frage 2). Zu den militärstrategischen Aspekten der SNF (Frage 1, Teil 1) nimmt Abteilung 2 Stellung. […] Wie die bisherige Diskussion im NATO-Rat gezeigt hat, ist die von uns angestrebte intensive Erörterung der rüstungskontrollpolitischen Aspekte von SNF im Rahmen der breit angelegten Diskussion der Ständigen Vertreter nicht zu erreichen. Deshalb sollten wir darauf hinwirken, daß der NATO-Rat auf der Ebene der Außenminister bei der bevorstehenden Herbst-Tagung eine besondere Arbeitsgruppe, zu der Vertreter aus den Hauptstädten entsandt werden können, einsetzt, die sich mit dieser Thematik befaßt. […] Erste informelle Kontakte mit Großbritannien und Frankreich haben ergeben, daß beide Länder trotz fortbestehender Vorbehalte gegen SNF-Verhandlungen bereit sind, der Einsetzung einer solchen Arbeitsgruppe zuzustimmen. Nach übereinstimmender britischer und französischer Auffassung sollte diese Gruppe Fragen der nuklearen Rüstungskontrolle (neben SNF auch START und die Frage eventueller weitergehender Reduzierungen strategischer Systeme nach einem 50-Prozent-START-Abkommen) behandeln. Beide Länder lehnen unseren Vorschlag, in den terms of reference für diese Gruppe die Ausarbeitung eines Mandats für künftige SNF-Verhandlungen niederzulegen, ab. Auch in einer Verlautbarung über die Einsetzung der Gruppe soll der Eindruck einer Verhandlungsperspektive vermieden werden. Frankreich möchte diese Arbeitsgruppe ebenso wie andere (bisher nicht näher spezifizierte) Arbeitsgruppen in den breiten Rahmen einer über die Reykjavik-Erklärung hinausgehenden Allianz-Untersuchung über die Zukunft des West-Ost-Verhältnisses (‚challenges and opportunities of the nineties‘) einfügen. Ein Auftrag zu einer solchen breit angelegten Untersuchung soll nach französischer Auffassung von den Außenministern bei ihrer Brüsseler Herbst-Tagung erteilt werden.“ Vgl. VS-Bd. 11364 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

10 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „KRK-“.

11 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

12 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „zu“.

13 Die Wörter „in der Isolation“ wurden von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt.

14 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „gehört“.

denen Ebenen nach strategiefremden Kriterien aufzuspalten[15]. Die Erörterung einer Post-INF-Nuklearsituation muß deshalb über das gesamte Arsenal und seine Rollen in der Strategie reden, d.h. wir müssen in diese Diskussion auch das evtl. Ergebnis eines sowjetisch-amerikanischen Gipfels im START-Bereich einbeziehen.

– Dieses alles bedeutet nicht, daß wir eine neue Strategiediskussion für notwendig halten oder wünschen. Wir haben aus voller Überzeugung der Bestätigung der gültigen Strategie in Reykjavik[16] und in Monterey[17] zugestimmt und bleiben dabei. Dies muß auch jetzt in Brüssel[18] wieder bestätigt werden. Die Plattform der WEU[19] hat diese Position aufgrund einer eingehenden Diskussion bestätigt. Wir bleiben auch bei den auf dieser Grundlage entwickelten „Allgemeinen Politischen Richtlinien für den Einsatz nuklearer Waffen" (GPG)[20], die allen Nuklearwaffen einen politischen Zweck geben. Wir sehen, wie es auch Präsident Mitterrand sehr zutreffend gesagt hat, die Aufgabe von Nuklearwaffen darin, den[21] Aggressor abzuschrecken.

Wir sind in diesem Zusammenhang aber auch der Meinung des Bündnisses, daß erst ein gewisses Spektrum von nuklearen Optionen die notwendige Flexibilität auf der einen Seite und auf der anderen Seite die wünschenswerte Unkalkulierbarkeit produzieren kann. In diesem Sinne beteiligen wir uns an den Arbeiten der HLG und treten dafür ein, für die rüstungskontrollmäßige Erfassung der bisher nicht in Rüstungskontrollverhandlungen einbezogenen Nuklearwaffen eine Bündnisposition zu erarbeiten.

II. Im einzelnen

1) Dem Warschauer Pakt verbleiben nach der durch den INF-Vertrag vorgesehenen Eliminierung der landgestützten Flugkörpersysteme im Reichweitenband von 500 bis 5500 km an nuklearem Potential im Reichweitenband unter 500 km

– SRINF/SNF (583 Scud; 134 SS-21; 643 FROG),
– Mittelstreckenflugzeuge größerer und kürzerer Reichweite,
– Gefechtsfeldwaffen.

15 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „der dem Entstehen unterschiedlicher Bedrohungsperzeptionen (was im Interesse der SU liegt) Vorschub leistet".

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

17 In Monterey fand am 3./4. November 1987 die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher legte am 6. November 1987 dar: „Die 42. NPG stand im Zeichen der für den 7.12.1987 erwarteten Unterzeichnung des INF-Abkommens, das einstimmig begrüßt und als großer westlicher Verhandlungserfolg gewürdigt wurde. Zugleich wurde – mit einem Unterton der Sorge – die Erwartung geäußert, daß der US-Senat dieses Abkommen bald ratifiziert. Eine Nicht-Ratifizierung würde das Bündnis in eine tiefe Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise stürzen. Weinberger trennte zwar deutlich zwischen Unterzeichnung einerseits und Ratifizierung andererseits, gab sich aber relativ zuversichtlich. […] BM Wörner trug die Sorge der deutschen Öffentlichkeit über das im Bereich unter 500 km verbleibende nukleare Bedrohungspotential des WP und unser Anliegen nach dessen rüstungskontrollpolitischer Erfassung vor, doch ging hierauf keiner unserer Partner ein. Als indirekte Antwort erklärte Weinberger, eine dritte Null-Lösung komme für die USA nicht in Frage. Die Prioritäten in der Rüstungskontrolle nach INF wurden durchgehend bei START und KRK, vereinzelt noch bei CW, gesehen." Vgl. VS-Bd. 12124 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

18 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 369.

19 Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen" vgl. Dok. 297, Anm. 27.

20 Zu den General Political Guidelines vgl. Dok. 55, Anm. 12.

21 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „ev[en]t[uellen]".

Die NATO verfügt in diesem Reichweitenband in der Zusammensetzung über grundsätzlich das gleiche Nuklearwaffenpotential. Mit jedoch nur 88 Lance ist die Zahl ihrer Kurzstreckensysteme deutlich geringer (außerdem 32 Launcher für Pluton).

2) Die Aufgaben des Nuklearpotentials der NATO im Rahmen des Abschreckungskonzepts der flexiblen Erwiderung[22] sind in den von der Nuklearen Planungsgruppe 1986 verabschiedeten „Allgemeinen Politischen Richtlinien für den Nuklearwaffeneinsatz zur Verteidigung der NATO" beschrieben. Zusammen mit den SNF haben SRINF die militärstrategische Aufgabe,

– die Massierung überlegener Kräfte des Gegners zu erschweren,
– das Unterlaufen nuklearer Abschreckung durch schnelle Entscheidung der konventionellen Schlacht zu verhindern,
– zur Abschreckung gegnerischen Ersteinsatzes gleicher Kategorie beizutragen bzw. die Ausnutzung eines solchen Einsatzes zu verhindern.

Vor allen Dingen aber bilden SRINF und SNF die Brücke zwischen konventioneller Verteidigung und Nuklearoptionen, die sowjetisches Territorium erreichen. Damit machen sie die Androhung einer kontrollierten, aber von der anderen Seite in jeder Beziehung unkalkulierbaren Eskalation glaubwürdiger.

3) Die Frage einer Rolle der Systeme unterhalb von 500 km in einer Post-INF-Welt ist von der strategischen Seite her allenfalls andiskutiert. Ausgangspunkt dieser Debatte müßten die Allgemeinen Politischen Richtlinien (GPG) sein. Die Diskussion kann sich aber nicht auf die Systeme im Reichweitenband unter 500 km beschränken, sondern wird auch die in Europa verfügbaren Systeme größerer Reichweite umfassen müssen, weil die Gesamtstruktur der amerikanischen in Europa verbleibenden nuklearen Systeme und evtl. Änderungen dieser Struktur im Zusammenhang zu sehen sind.

4) Vor einer konkreten Äußerung zu einzelnen Systemen ist eine militär-strategische Standortbestimmung innerhalb der Bundesregierung für die Bundesrepublik Deutschland und im europäischen Rahmen der wichtigsten Partner erforderlich. Diese Standortbestimmung muß nicht unbedingt eine Strategiedebatte oder die Entwicklung einer neuen Strategie bedeuten. Sie muß aber der Tatsache Rechnung tragen, daß der in den 60er Jahren gefundene strategische Kompromiß, so wie er in der MC-14/3 („flexible response") festgehalten ist, eines Durchdenkens bedarf. Kissinger hat die Problematik in seinem Namensartikel (Newsweek 12.10.1987) deutlich beschrieben.[23] Die Verlagerung der überwiegenden Bürde nuklearer Verteidigung auf US-Nuklearwaffen in Amerika oder auf See bewirke „technisch" eine Abkoppelung. [24]Keine Regierung in Bonn würde eine Strategie unterstützen, in deren Rahmen „ausschließlich Deutsche durch nukleare Vergeltung von deutschem Boden aus bedroht" wären. Kissinger sieht die Lösung weder in der Rüstungskontrolle noch in der Modernisierung von Kurzstreckenwaffen. Die Allianz müsse sich vielmehr der Frage stellen, wer im

22 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.
23 Vgl. den Artikel „Kissinger: A New Era for NATO"; NEWSWEEK vom 12. Oktober 1987, S. 19–22.
24 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Andererseits:".

Falle einer Krise welche nuklearen Verantwortlichkeiten und in welchem Zeitrahmen habe.

Die Bündnisstrategie kombiniert Gesichtspunkte der militärtechnischen Funktion und Funktionsfähigkeit mit den politischen der Risikokontrolle und der Risikoteilung. Der Bedeutung dieser Fragen kann man nicht gerecht werden, wenn man das künftige Schicksal nur eines einzigen Waffensystems erörtert. Genausowenig kann man die Frage nach der künftigen Implementierbarkeit der Strategie der flexiblen Erwiderung mit[25] der Verfügbarkeit oder Nichtverfügbarkeit eines einzigen Systems beantworten[26].

5) Die Interessenlagen der einzelnen Bündnispartner sind in den Jahren seit der Verabschiedung der MC-14/3 deutlicher geworden.

a) Für die USA artikuliert sich das Interesse seit SDI und dem Reykjavik-Gipfel[27] immer stärker dahin, das nukleare Risiko für sich selbst abzubauen und das verbleibende Risiko kontrollierbar zu halten. Die Abstützung der Abschreckung für das eigene Territorium auf nukleare Abschreckung[28] ist in den USA im wesentlichen nicht umstritten. Umstritten ist aber die Frage, inwieweit den europäischen oder anderen Bündnispartnern nukleare Abschreckung zur Verfügung gestellt werden kann – mit dem Risiko, die eigene nationale Existenz in die Waagschale zu werfen.[29]

Die flexible Erwiderung versucht, dieser Problematik Rechnung zu tragen, indem sie die nukleare Abschreckung nicht nur auf zentralstrategische Optionen abstützt, sondern über die Jahre eine Vielzahl von nuklearen Optionen verfügbar gemacht hat. Daß dies auch die Vorstellung erzeugt hat, ein in die nukleare Dimension eskalierender Konflikt in Europa könne regional beschränkt werden, ist ein vielleicht unbeabsichtigter, aber im Interesse nationaler öffentlicher Akzeptanz der Gesamtstrategie[30] nicht unwillkommener Aspekt.

Hier wird eine Funktion von amerikanischen Nuklearwaffen, die nicht zum strategischen Arsenal gehören, deutlich, die durch nichts anderes zu ersetzen ist, nämlich die bündnisinterne Verschleierung der Erkenntnis, daß wirksame „extended deterrence“ heute nur um den Preis eines hohen Risikos für die nukleare Schutzmacht zu haben ist (Einsatz gegen Aggressor-Territorium). Das Offenlassen der Ebene des Kernwaffeneinsatzes durch Aufrechterhaltung eines vollen Optionsfächers kann die einzige Bedingung sein, unter der die Öffentlichkeit der Schutzmacht die Gewährung von „extended deterrence“ noch toleriert. Andere der oben erwähnten Aufgaben der Kurzstreckensysteme können[31] hingegen durch

25 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „von“.

26 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „abhängig machen“.

27 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

28 Die Wörter „nukleare Abschreckung“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „strat[egische] Nuklearwaffen“.

29 Der Passus „Die Abstützung … zu werfen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben.

30 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „in den USA der Administration“.

31 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „könnten“. Ferner fügte er handschriftlich ein: „in gewissem Umfang“.

die Nutzung auch neuer konventioneller Waffentechnologien ersetzt werden (FOFA[32]-Systeme, intelligente Munition, neue Sperrmittel). Ebensowenig ersetzbar ist für die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Verpflichtung, zur europäischen Verteidigung bis hin zum Einsatz strategischer Nuklearpotentiale beizutragen, die Präsenz substantieller konventioneller Kräfte in Europa. In gewissen Grenzen sind die USA bereit, bei deren Bewaffnung mit nuklearen Mitteln Mitsprache der Stationierungsländer zu gestatten. Es ist aber davon auszugehen, daß eine Politik der Denuklearisierung eine starke US-Tendenz auslösen würde, ihre Truppen zurückzuziehen.[33]

Hieraus folgt: Eine gewisse nukleare Bewaffnung der amerikanischen Truppen in Europa wird auch zukünftig – unabhängig von nuklearstrategischen Gründen – notwendig sein, wenn das amerikanische militärische Engagement erhalten und seine öffentliche Akzeptanz in den USA gesichert werden soll.

b) Diese Erkenntnis ist maßgeblich für den britischen Versuch[34], eine „Brandmauer" gegen Anschlußverhandlungen über Systeme unter 500 km Reichweite zu errichten, sowie für den französischen Widerstand gegen solche Verhandlungen. Sie prägt aber auch die Position vieler nichtnuklearer Bündnispartner. Hier ist also ein gemeinsames Interesse der[35] Bündnispartner identifizierbar, welches unabhängig davon ist, ob sie Nuklearmächte sind oder nicht. Aus deutscher Sicht wird dieses Interesse ebenfalls bejaht.[36] Wir haben es in der WEU-Plattform vom 27.10.1987 bestätigt.

Das Problem, welche Folgerungen aus der in der Plattform im Konsens getroffenen Feststellung zu ziehen sind, daß „die Strategie der Abschreckung und Verteidigung ... weiterhin auf einer geeigneten Zusammensetzung angemessener nuklearer und konventioneller Streitkräfte beruhen muß"[37], ist damit aber nicht gelöst.[38] Die Lösungsansätze unterscheiden sich auch deutlich, je nachdem, ob sie von einer europäischen Nuklearmacht oder einer europäischen Nichtnuklearmacht kommen. GB z. B. wendet sich mit Nachdruck gegen die von den USA in der HLG als technisch möglich präsentierte Option, die neuen Trident-Raketen von[39] U-Booten für selektive Ersteinsätze vorzusehen. Der Grund ist offensichtlich: GB ist mit seinem bisherigen Potential nicht gefordert, wenn es um die Frage

32 Follow-on Forces Attack.
Am 9. November 1984 billigte der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter die Langzeitplanungsrichtlinie (Long Term Planning Guideline, LTPG) zur Verteidigung gegen die zweite Staffel konventioneller Streitkräfte des Warschauer Pakts. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 12. November 1984; VS-Bd. 12025 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

33 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Das ist nicht unbedingt so, weil US-Eigeninteresse an Westeuropa besteht."

34 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „zunächst".

35 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „europ[äischen]".

36 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Anwesenheit USA, nicht mehr."

37 An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Was angemessen ist, bedarf der Neudefinition."

38 Die Wörter „ist damit aber nicht gelöst" wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

39 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „auf".

des Ersteinsatzes geht. Es möchte mit dieser Frage auch nicht in einer Weise gefordert werden, die einen Ersteinsatz britischer Systeme gegen die SU selbst implizieren könnte. Das bedeutet, daß GB aus diesen spezifisch britischen Gründen eisern daran festhalten wird, hierfür amerikanische Optionen in Europa verfügbar zu halten.[40] Aus diesem Grund hat GB bisher auch nicht geltend gemacht, daß es infolge einer INF-Implementierung „singularisiert" werden könnte, weil die einzigen verbleibenden amerikanischen Systeme, die die SU erreichen können, ausschließlich auf britischem Boden stationiert sind (F-111). Ebenso eisern wird GB aber daran festhalten, daß neben diesen Optionen weitere verfügbar bleiben, selbst wenn sie die SU nicht erreichen können.

Frankreichs Interessenlage ist hier differenzierter angesichts des anders strukturierten französischen Potentials. Im Ergebnis ist sich Frankreich aber mit GB einig.[41] Die WEU-Beratungen bei der Erarbeitung des Berichts und der Plattform haben dies deutlich gemacht.

c) Damit ist für die Bundesregierung klar, daß sie von den beiden europäischen Nuklearmächten wenig Hilfe erfahren kann bei der Ausfüllung des erwähnten allgemeinen Prinzips über die Notwendigkeit eines ausgewogenen Mixes von nuklearen und konventionellen Streitkräften. Die Bundesregierung hat sich mit grundsätzlichen Problemen der Nuklearstrategie im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß[42] – wohl zum ersten Mal in dieser umfassenden Weise – befaßt. Der Bundeskanzler hat – dies ist ein Ergebnis der eingehenden Beratungen – in seinem Schreiben an den Bundesminister der Verteidigung vom 4. Oktober 1983 unsere strategische Präferenz verdeutlicht, daß „auf längere Sicht eine weitergehende Umstrukturierung des Nuklearpotentials der NATO in Europa anzustreben sei, um die Abschreckungswirkung zu erhöhen, die Einsatzflexibilität zu optimieren und die Schadenswirkung auf deutschem Boden zu verringern".[43]

Diese Fragen sind in einer „Post-INF-Welt" nur andiskutiert worden, besonders im Zusammenhang mit dem Vortrag des Generalinspekteurs[44] vor dem Bundessicherheitsrat am 3. Juli 1987. Eine Bewertung seiner Ausführungen ist in der beigefügten Aufzeichnung der Abteilung 2 (Anlage 2) vorgenommen worden.

Bei der letzten NPG-Sitzung ist die Erörterung im Bündnis nicht vorangekommen. Weder die USA noch GB drängten auf eine Meinungsbildung zu den in Montebello identifizierten Modernisierungsbeschlüssen.[45] Diese Zurückhaltung war aber rein taktisch bedingt, weil im Vorfeld der Unterzeichnung eines INF-

40 Der Passus „hierfür … halten" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier haben wir extrem gegenteilige Interessen."

41 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist so nicht richtig. Es gilt nicht für Präs[ident] Mitterrand, es [gilt] uneingeschränkt nur für franz[ösischen] V[erteidigungs]-Minister und den hinter ihm stehenden Raymond Barre. PM Chirac ist indifferent."

42 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

43 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Oktober 1983 an Bundesminister Wörner vgl. AAPD 1983, II, Dok. 342.

44 Dieter Wellershoff.

45 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

Abkommens die politische Opportunität eines Drängens auf Beschlüsse bezweifelt wurde.

6) Für die Bundesregierung ist die weitere Behandlung dieser Fragen unter mehreren Gesichtspunkten von besonderer Bedeutung.

– Als exponiertester Bündnispartner in Zentraleuropa und als Nichtnuklearmacht[46] sind wir am stärksten angewiesen auf fortdauernde Glaubwürdigkeit der „extended deterrence" und damit auf US-Präsenz in einer Weise, die eine kriegsverhütende Strategie glaubwürdig erscheinen läßt – in sowjetischen Augen – und akzeptabel ist für die amerikanische Öffentlichkeit.
– Unsere Haltung zu Nuklearwaffen ist außenpolitisch von größter Bedeutung: Hier sind wir derjenige Bündnispartner, der an eine aktive Gestaltung der West-Ost-Beziehungen in ihrer ganzen Breite am konzeptionellsten und drängendsten herangeht. Wir wollen dies gemeinsam mit Frankreich und den übrigen europäischen Partnern und mit den Allianzpartnern insgesamt tun. Frankreich wird uns dabei folgen, und damit auch der Rest der europäischen Partner und die Nordamerikaner, wenn wir in seinen Augen sicherheitspolitisch solide sind, d.h., wenn wir an der praktischen Implementierung der allgemeinen Strategieaussage in einer Weise mitwirken, die klarmacht, daß wir keine totale Entfernung amerikanischer Nuklearmittel aus Europa anstreben.
– Hier könnten jedoch auf der anderen Seite vitale deutsche Interessen entgegenstehen: Die weitere Verfügbarhaltung von Waffensystemen auf westlicher Seite zu verhindern, die nach Reichweite und anderen Gesichtspunkten mit hoher Wahrscheinlichkeit im Falle eines Einsatzes nur auf deutschem Territorium eingesetzt würden, entweder der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR.

Dieser Argumentation müssen wir uns intern stellen. Eine öffentliche Erörterung hingegen ist problematisch im Hinblick auf die vorstehend genannten Überlegungen. Im Ergebnis müssen hier die allgemeinen Überlegungen gelten, daß in einem Verteidigungsbündnis Lasten und Risiken angemessen verteilt werden müssen. Eine Strategie, die das nukleare Risiko allein den Nuklearmächten anlastet, ist für diese ebensowenig akzeptabel wie eine Strategie, die konventionell exponierte nichtnukleare Bündnispartner allein mit dem zusätzlichen Risiko eines begrenzten Nuklearkriegs auf ihrem Territorium beschwert.

7) Das bedeutet, daß wir mit großer Umsicht an das Thema herangehen müssen:

– Es liegt nicht in unserem Interesse, obwohl manches dafür sprechen könnte, eine Grundsatz-Strategiedebatte im Bündnis auszulösen.[47] Der gegenwärtige Kompromiß der „flexiblen Erwiderung" ist auf absehbare Zeit geeignet, auch unseren Interessen Rechnung zu tragen. Wir erleichtern die Abwehr einer solchen Diskussion, indem wir – wie in der WEU-Plattform bereits geschehen – zur Rolle von Nuklearwaffen auch in Zukunft klare Aussagen mittragen und auch öffentlich, wenn notwendig, verteidigen.
– Es liegt in deutschem Interesse, daß die Strategie so implementierbar gehalten wird, wie sie gedacht ist, d.h., sie muß der politischen Führung in ihren

46 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „in dieser Lage".
47 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu doppeltes Ausrufezeichen.

politischen Entscheidungen die notwendige Flexibilität geben. Das schließt aus, daß wir nukleare Einsätze unter dem Zwang des Gefechtsfeldes als eine mögliche Option ansehen können. Der Einsatz von Nuklearwaffen, unabhängig welcher[48] Reichweite, dient ausschließlich – hier hat Mitterrand unsere Position richtig erkannt – dem politischen Ziel der Abschreckung, oder in dem Fall, daß es zu einem Angriff gekommen ist, der Kriegsbeendigung und Wiederherstellung der Abschreckung.[49] Die politische Handlungsfreiheit, die in einem Konfliktfall der politischen Leitung zu erhalten ist, muß also konventionell gesichert werden, allerdings: Ein langer konventioneller Konflikt auf deutschem Boden gefährdet die Substanz unserer Nation. Daher liegt es in unserem Interesse, den nuklearen Einsatz[50] – als politisches Signal – zum richtigen, d. h. nicht zu späten Zeitpunkt vorzusehen. Er muß sich primär gegen den Träger der Aggression richten.

Die Konsequenz ist, daß es im deutschen Interesse liegt, festzuhalten an dem Konzept des „first use" und an dem Grundsatz des „shift of emphasize[51]" (d. h.[52] das Gebiet des[53] Aggressors unter Risiko zu stellen), aber insbesondere in der gegenwärtigen Situation eine vorrangige Befassung mit der konventionellen Instabilität[54], weil dies das Kernproblem[55] unserer sicherheitspolitischen Lage ist. Im Vordergrund stehen deshalb nicht verteidigungspolitische Maßnahmen im Bereich der Nuklearwaffen unter 500 km, wo der Abschreckungswert für die Entscheidungsträger im Einsatzfall gegenüber dem anderen Bereich eine zunehmend sinkende[56] Tendenz hat.

– Wir dürfen uns nicht in durch falsche Fragestellungen ausgelöste Zwänge bringen lassen: Eine solche falsche Fragestellung ist die Fortschreibung von Null-Lösungen: Sie würde, wie oben dargelegt, unsere eigene Sicherheit gefährdende Konsequenzen haben. Sie würde aber auch die Voraussetzungen für eine gemeinsame europäische Ostpolitik gefährden. Solchen Fragestellungen zu entgehen, setzt voraus, daß wir uns[57] im Verteidigungsbereich nicht in Entscheidungszwänge bringen lassen, die in Wirklichkeit nicht zwingend sind.

In den USA amtiert eine Administration, deren außenpolitische Interessen voraussichtlich auf die Ratifizierung eines INF-Abkommens und die Erreichung eines START-Abkommens begrenzt sein werden. Im übrigen wird es ihre Präferenz sein, alle weiteren Fragen der nachfolgenden Administration zu über-

48 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte handschriftlich ein: „von der".

49 Der Passus „oder in dem Fall … Abschreckung" wurde von Bundesminister Genscher in eckige Klammern gesetzt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das hat Mitterrand nicht gesagt."

50 Die Wörter „den nuklearen Einsatz" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das heißt auch strategische Waffen."

51 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „emphasis".

52 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „vor allem".

53 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „ev[en]t[uellen]".

54 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „anzustreben".

55 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „in".

56 Der Passus „gegenüber … sinkende" wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „steigende".
Der gleiche Passus wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

57 An dieser Stelle fügte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich ein: „auch".

lassen.[58] Hierzu gehört auch das weitere Vorgehen bei der Modernisierung von Kurzstreckensystemen, das von Überlegungen im strategischen Bereich nicht losgelöst gesehen werden kann. Eine erste Reaktion dieser Neigung zur Abstinenz war das amerikanische Verhalten bei der Planung des nuklearen Szenarios für die WINTEX-Übung im März 1989. Auf Weisung aus Washington weigerte sich der US-Vertreter, für den Ersteinsatz auch Ziele auf sowjetischem Territorium vorzusehen (trotz der in den Allgemeinen Politischen Richtlinien beschlossenen Verlagerung, die Hauptlast des selektiven Nuklearwaffeneinsatzes nicht dem NATO-Gebiet aufzubürden)[59], u. a. mit der Begründung, dann wäre eine neue Administration im Amte, die diese Frage anders sehen könnte.

Außerdem verfügt die amerikanische Administration bisher auch nicht über Systeme und Planungen für eine Lance-Nachfolge oder einen nuklearen Abstandsflugkörper. Für letzteren[60] hat der amerikanische Kongreß eine nukleare Rolle bislang ausdrücklich verboten.

Im Vordergrund unseres Interesses sollte daher stehen, die Erörterung über die Modernisierungsentscheidungen fortzusetzen bis zu einem Stadium, wo wir ein Gesamtbild haben

– der Entwicklung im strategischen Bereich,
– der Entwicklung im INF-Bereich,
– möglicher Entwicklungen im SNF-Bereich, dessen Rolle von der HLG innerhalb der Umstrukturierung geprüft wird[61],

und zwar sowohl im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung wie auch in bezug auf die strategische Diskussion und verfügbare Optionen in bezug auf konkrete Systeme. Einzubeziehen in diese Überlegungen sind auch technologische Entwicklungen im konventionellen Bereich. Ein solches Herangehen würde auch erlauben, die vom Bundeskanzler im Oktober 1983 gewünschten Umstrukturierungsschritte in die Prüfung einzubeziehen mit dem Ziel, das in Europa aufrechtzuerhaltende Nukleararsenal umzustrukturieren und womöglich zu reduzieren. Konkrete Einzelheiten hierfür müßten in der HLG erarbeitet werden. Die in Aussicht genommene BSR-Bewertung sollte den deutschen Vertretern hierfür Vorgaben in der Form von Parametern mitgeben.

8) Eine derartige, auf sorgfältige Erwägung aller Aspekte angelegte Politik könnte allerdings aus zwei Richtungen abrupt gestört werden:

– wenn der US-Kongreß im Rahmen der INF-Ratifizierungsdebatte seine Zustimmung von gewissen[62] „Maßnahmen", z. B. Dislozierung[63] modernisierter Lance,

58 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

59 Der Passus „Auf Weisung … aufzubürden)" wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

60 Die Wörter „Für letzteren" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Soweit es Planungen gibt,".

61 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „(Auftrag von Monterey)".

62 Die Wörter „von gewissen" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „an gewisse".

63 Das Wort „Dislozierung" wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Dislozierungsbereitschaft".

abhängig machen[64] würde. In diesem Falle würden wir zu differenzieren haben zwischen der Feststellung eines militärstrategischen Bedarfs und einer Dislozierungsentscheidung, die erst nach einem mehrere Jahre in Anspruch nehmenden Forschungs- und Entwicklungsprozeß zu treffen wäre. Es würde keines neuen Doppelbeschlusses bedürfen[65], weder als zusätzlicher Anreiz[66] für Verhandlungen noch als Mittel für sowjetische Zurückhaltung bei den eigenen Modernisierungen;

– durch konkrete sowjetische Vorschläge, z. B. einer sowjetischen dritten Null-Lösung. Die in Genf von den Sowjets[67] angestrebten Nachfolgeverhandlungen machen deutlich, daß die SU keine isolierten Verhandlungen der verbleibenden landgestützten Raketen wünscht, sondern nuklearfähige Flugzeuge einbeziehen will. Ein solcher breiterer Ansatz würde ein Durchhalten unserer Linie zwar nicht erleichtern, aber auch nicht unmöglich machen.[68]

Dreher

VS-Bd. 12133 (201)

64 Die Wörter „abhängig machen“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „binden“.

65 Die Wörter „keines neuen Doppelbeschlusses bedürfen“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber in seiner politischen Dimension der Diskussion über den D[oppel]B[eschluß] entsprechen!“

66 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eine solche Kondition würde von uns nicht mitgetragen werden können.“

67 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „zunächst“.

68 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Die deutsch-britischen Konsultationen am 20.11. in Bonn haben ergeben, daß GB ein solches Herangehen im Ansatz für richtig hält und nicht nur unterstützt, sondern auch initiativ vertritt.“
Ploetz legte am 11. Dezember 1987 eine Aufzeichnung vor, in der er zu den handschriftlichen Bemerkungen und Fragen des Bundesministers Genscher und des Staatssekretärs Sudhoff Stellung bezog. Vgl. dazu Dok. 363.

328

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kunzmann

513-542.15/3 VS-NfD **20. November 1987**[1]

Über Herrn Dg 51[2], Herrn D 5[3] Herrn Staatssekretär[4]

Betr.: Vorsprache und Zufluchtnahme von Deutschen aus der DDR in unseren osteuropäischen Vertretungen;
hier: Neuere Entwicklungen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1.1) Im laufenden Jahr haben bei unseren Botschaften in Osteuropa, insbesondere in Prag und Budapest, deutlich mehr Deutsche aus der DDR in Übersiedlungsangelegenheiten vorgesprochen (Prag und Budapest jeweils bis zu 100 bzw. 60 Personen im Monat). Die Zahl der Festsetzungen liegt teilweise bereits höher als im Vorjahr:

Budapest 13 (9)

Prag 17 (19)

Warschau 2 (0)

1.2) Die Häufung der Unterstützungsbitten in Ausreiseangelegenheiten, die von den Besuchern – oft auch zum wiederholten Mal – bei unseren Botschaften vorgebracht werden, sind ein klares Indiz dafür, daß die DDR ihre Ausreisepolitik restriktiver handhabt.

Die großzügigere Genehmigung von Besuchsreisen in den Westen (1987 über 3 Mio. Personen) hat den Ausreisedruck nicht verringert. Im Gegensatz zu 1986, wo über 20 000 Ausreisegenehmigungen erteilt wurden, ist in diesem Jahr nur mit 7000 Ausreisegenehmigungen zu rechnen.

Die an das BMB herangetragenen ungelösten Ausreisefälle nehmen zu (z. Z. 22 000 Fälle, die ca. 50 000 Personen erfassen).

1.3) Mit einer weiteren Zunahme der Vorsprachen und möglicherweise auch der Festsetzungen von ausreisewilligen Deutschen aus der DDR bei unseren osteuro-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kunzmann und Vortragendem Legationsrat Mulack konzipiert.

2 Friedrich Kroneck.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck in Vertretung des Ministerialdirektors Oesterhelt am 20. November 1987 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. November 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck am 24. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 513 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Mulack am 24. November 1987 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kunzmann am 26. November 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn D 5 n[ach] R[ückkehr] m[it] d[er] Bitte um Kenntnisnahme. 2) W[ieder]v[or]l[age] RL 513."
Hat Kroneck am 30. November 1987 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Oesterhelt am 7. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Kunzmann am 9. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

päischen Vertretungen muß gerechnet werden, wenn die DDR ihre Ausreisepolitik in Zukunft nicht wieder liberalisieren sollte. In dem Fall müßte dieser Bereich möglichst hochrangig gegenüber der DDR angesprochen werden.

2.1) Alle den Botschaften vorgebrachten Ausreiseanliegen werden durch das BMB gegenüber der DDR unterstützt. Die von den Botschaften übermittelten Daten werden nach Aufbereitung listenmäßig mindestens zweimal im Monat dem Büro RA Vogel in Berlin (Ost) übermittelt. In Fällen von besonderer Härte hat das BMB die Möglichkeit einer Direktvorlage an RA Vogel (Besondere Bemühungen).

2.2) Die Festsetzungsfälle werden von BMB jeweils gesondert mit RA Vogel aufgenommen. Bisher ist es stets gelungen, derartige Fälle durch entsprechende finanzielle Leistungen an die DDR zu lösen.

Die einmalige oder mehrfache Übernachtung in der Botschaft muß nicht bereits als Festsetzung gelten. Diese liegt dann vor, wenn sich die Leute mit dem Willen festgesetzt haben, eine bestimmte Entscheidung zu erzwingen, und dieser Fall den DDR-Stellen vom BMB Berlin entsprechend übermittelt worden ist.

2.3) Die Praxis der DDR bei der Behandlung von Festsetzungsfällen ändert sich häufig. Zur Zeit werden Straffreiheit für die Festsetzung (nötigendes Aufhalten in der Botschaft) und eventuell damit zusammenhängender Straftatbestände (illegale Ausreise usw.) zugesagt. Des weiteren wird die Bearbeitung der Ausreiseanträge zugesagt und neuerdings wieder ein Termin für eine Vorsprache bei RA Vogel eingeräumt. Nicht zugesagt werden die Genehmigung des Ausreiseantrages und eine Frist für die Ausreise. Die Ausreiseanliegen gelten jeweils nicht nur für den Antragsteller, sondern auch für seine engeren Familienangehörigen (Frau und minderjährige Kinder).

2.4) Unsere Botschaften widmen sich engagiert der Beratung hilfesuchender Deutscher aus der DDR. Die vielen zusätzlichen Stunden mit psychologisch schwierigen Gesprächen und das humanitäre Engagement sind anzuerkennen. Bei den Beratungen der Botschaften geht es in erster Linie darum, die Hilfesuchenden von der Festsetzung durch argumentative Gespräche abzuhalten, ohne ihnen jedoch falsche Hilfezusagen zu machen. Andererseits dürfen die Vertretungen einen offensichtlich gefährdeten Deutschen aus der DDR nicht abweisen (keinen in das Messer laufen lassen). Bei schwierigen Festsetzungsfällen sollen die Botschaften[5] auch eine gewisse Zeit lang aussitzen, da sich oft mit der Dauer der Festsetzung eine erhöhte Einlenkungsbereitschaft der Betroffenen zeigt.

II. Eine Dienstreise nach Prag und Budapest vom 11. bis 13. November hatte u. a. folgende Ergebnisse:

1) Die Verhältnisse in Prag erlauben es der Botschaft, auch über längere Zeit unter zwar beengten und nicht bequemen Verhältnissen, aber dennoch zumutbar, Zufluchtsuchende in begrenzter Zahl unterzubringen.

In Prag werden die Gespräche mit rat- und zufluchtsuchenden Deutschen aus der DDR prinzipiell auf Referentenebene geführt. Der RK-Referent[6] behandelt vor allem die Fälle, die während der Dienstzeit anfallen. Ansonsten führt auch

5 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck handschriftlich eingefügt: „diese".

6 Frank Burbach.

der Bereitschaftsdienst nach vorhergehender Einweisung die Gespräche. Die oft stundenlangen schwierigen Gespräche bedeuten eine erhebliche, auch außerdienstliche Belastung für die Referenten der Botschaft Prag. Wegen der damit anfallenden Fernschreibtätigkeit wäre für Prag eine zusätzliche VST[7]-Kraft erwünscht. Die Übermittlung der Daten als FS ist unerläßlich, um eine schnellstmögliche Weiterverarbeitung in Berlin zu garantieren. Hinzu kommen Überlegungen des Datenschutzes und der wichtigen schnellen Information der Spitze des BMB (Staatssekretär Rehlinger).

In Prag wird mit einem möglichen neuen Ansturm von Zufluchtsuchenden zur Zeit des Kanzlerbesuches im Januar[8] gerechnet.

2.1) Bezüglich der Unterbringung von Zufluchtsuchenden ist die Kapazität in Budapest beschränkter als in Prag. Die Behandlung ist dafür besser (angenehmere Unterkunft, bessere Verpflegung). Schwierig ist die Lage in Budapest wegen der räumlichen Trennung der RK-Abteilung und der Botschaft (sieben Kilometer). Bei den Gesprächen in Budapest zeigte sich, daß hier zwar wesentlich weniger Fälle von Vorsprachen und Festsetzungen zu verzeichnen sind, daß es sich aber öfters um Problemfälle handelt (vergebliche Fluchtversuche, illegaler Grenzübertritt usw.).

2.2) Die Botschaft Budapest wurde darauf hingewiesen, daß man auch bei Abwesenheit des RK-Referenten[9] möglichst einen Referenten mit den Gesprächen beauftragt und dieses nicht den Sachbearbeitern überläßt, um mögliche Fehler auszuschalten. Bezüglich Zusagen müsse man sich an die Vorgaben des BMB Berlin halten, um[10] keine zusätzlichen, nicht einhaltbaren Versprechungen zu machen bzw. falsche Hoffnungen zu wecken. Die Deutschen aus der DDR sind darauf hinzuweisen, daß ihnen rechtlich zwar Pässe ausgestellt werden können, daß diese Pässe ihnen aber eher schaden als nutzen. Eine Ausreise mit einem Paß der Bundesrepublik Deutschland ohne Einreisesichtvermerk ist weder aus der ČSSR noch aus Ungarn möglich. Es wurde nochmals eindringlich daran erinnert, keinesfalls Auskünfte an die Presse über Festsetzungsfälle zu geben. Jede Kommentierung ist zu vermeiden, Anfrager sind an das Pressereferat des Auswärtigen Amts zu verweisen.

3) Der jetzt vorgenommene Erfahrungsaustausch mit den Botschaften Prag und Budapest hat sich als nützlich erwiesen. Derartige Gespräche sollten deshalb zukünftig regelmäßig durchgeführt werden.[11]

Bei einer weiteren Zunahme der Zufluchtsfälle und der Vorsprachen sollte auch eine personelle Verstärkung der betroffenen Vertretungen (zumindest vorübergehend) wohlwollend geprüft werden.

Kunzmann

B 85 (Referat 513), Bd. 1737

7 Vorzimmer-, Schreib- und Telefondienst.
8 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988.
9 Hans-Burkhard Sauerteig.
10 Korrigiert aus: „halten und“.
11 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

329

Botschafter Bartels, Amman, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 20. November 1987, 14.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 704 **Ankunft: 20. November 1987, 16.25 Uhr**
Citissime nachts

Vermerk: Von BM noch nicht genehmigte Fassung

Betr.: BM-Reise nach Amman vom 19. bis 20.11.1987[2];
hier: Gespräch mit AM Taher Masri[3]

Zur Unterrichtung

1) AM Masri gab in ca. einstündigem Delegationsgespräch über bisherige Unterrichtung hinausgehende detaillierte Darstellung über Verlauf des außerordentlichen AL-Gipfels in Amman.[4] Mit großer Offenheit schilderte er dabei auch Konferenzpsychologie und Taktik von König Hussein sowie Reaktionen einzelner Teilnehmer. Er unterstrich, daß dank gründlicher Vorbereitung der Konferenz durch zahlreiche bilaterale Gesprächskontakte König Husseins mit arabischen Führern von Anfang an positive Atmosphäre herrschte. Souveräne und stets den Ausgleich suchende Konferenzleitung durch König habe dann ermöglicht, daß sich positive, auf konkretes Ergebnis bedachte Grundhaltung praktisch aller Teilnehmer entfalten konnte. Alle Resolutionen seien schließlich einstimmig verabschiedet worden, lediglich Libyen habe zu drei Entschließungen Vorbehalte eingelegt. Dies sei jedoch belanglos, „as Libya doesn't count". Selbstbewußt schätzte Masri Gipfelergebnis als großen politischen Erfolg für Jordanien und insbesondere König Hussein ein. Andererseits blieb er dabei realistisch, indem er darlegte, daß mit dem Gipfel keineswegs alle Schwierigkeiten ausgeräumt seien.

1 Das von Legationsrat I. Klasse Schiff, Amman, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.

2 Vor seinem Aufenthalt in Jordanien besuchte Bundesminister Genscher vom 16. bis 18. November 1987 Saudi-Arabien und am 18./19. November 1987 den Irak. Vgl. dazu Dok. 322 und Dok. 330.

3 Botschafter Bartels, Amman, übermittelte mit Drahtbericht Nr. 703 vom 20. November 1987 eine Zusammenfassung und Wertung des Besuchs des Bundesministers Genscher in Jordanien: „Obwohl Besuch BM kurzfristig vereinbart wurde und nur 16 Stunden dauerte, gestattete er dennoch erschöpfenden Dialog mit jordan[ischer] Führung. BM und jordan. AM Masri trafen sich zu einstündigem Delegationsgespräch (Bezugsbericht). Anschl[ießend] empfingen König und Königin sowie Kronprinz Hassan BM und Frau Genscher zu ebenfalls einstündiger Unterredung". Vgl. Referat 310, Bd. 149620.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter vermerkte am 11. November 1987: „Der außerordentliche AL-Gipfel von Amman (8.–11. November 1987) hat zu den großen Problemen des Nahen und Mittleren Ostens – ir[a]n[isch]-ir[a]k[ischer] Krieg, NO-Konflikt, Libanon – keine wesentlichen inhaltlichen Neuerungen oder gar Durchbrüche erzielt, wohl aber die Zerstrittenheit der arabischen Welt an zwei für die Zukunft der Region wichtigen Fronten abgemildert: Syrien und den übrigen arabischen Staaten ist es gelungen, eine gemeinsame Sprache zum irn.-irk. Krieg zu finden. Ägypten erhielt grünes Licht zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, die nach Camp David abgebrochen worden waren. Mit diesem Ergebnis hat der Gipfel die ursprünglichen – freilich sehr gedämpften – Erwartungen übertroffen. Das Verdienst hierfür fällt König Hussein zu, dessen Umsicht, Mut und Beharrlichkeit sich abermals für die arabische Welt als hilfreich erwiesen haben. König Hussein bezeichnete den Gipfel abschließend als ‚eine Konferenz der Versöhnung und der Einigkeit'. Es bleibt abzuwarten, ob insbesondere die syrische Flexibilität anhält oder ob es Iran gelingt, Syrien wieder fester an sich zu binden." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141124.

Hände dürften nicht in den Schoß gelegt werden. Jordanien, insbesondere König Hussein, werde die eigenen Anstrengungen fortsetzen, um Entschließungen und Absichtserklärungen des AL-Gipfels praktisch umzusetzen. Hierfür erbat er aktive Unterstützung durch BM, vor allem auch im Hinblick auf deutsche Mitgliedschaft in VN-SR[5] und deutsche EG-Präsidentschaft ab 1.1.1988.

2) Gesprächsverlauf im einzelnen

a) Masri bezeichnete BM-Besuch und Interesse an Information über Ammaner AL-Gipfel als Zeichen der Freundschaft und Ausdruck der Verbundenheit mit Jordanien. Al-Gipfel habe zum richtigen Zeitpunkt stattgefunden und sei sehr gut verlaufen. Arabische Führer hätten gespürt, daß etwas geschehen müsse. Konferenz habe sich insbesondere mit vier Problembereichen befaßt. Aussöhnung Syrien–Irak (mit entsprechenden Auswirkungen auf Golf-Konflikt[6]) habe im Vordergrund gestanden, dann sei es um AL-Verhältnis zu Ägypten[7], die Situation im Libanon[8] und schließlich um arabisch-israelischen Konflikt und Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz (IFK)[9] gegangen. Letzteres Thema sei nicht wegen fehlenden Interesses in Hintergrund getreten, sondern wegen Tatsache, daß andere, weitaus dringendere Fragen („hotter issues") zu erörtern waren.

b) Libanon

König habe Bemühen um Überwindung der inneren Krise des Libanon in Vordergrund zu stellen versucht und Angelegenheit gleich nach Konferenzeröffnung zur Sprache gebracht. Er habe sich für bilaterale Aussprache zwischen Assad und Gemayel ausgesprochen. Assad wollte jedoch vorsichtiger an die Dinge herangehen. Daraufhin habe Jordanien Begegnung auf niedrigerer Ebene vorgeschlagen, sei aber auch damit nicht weitergekommen, da syrische Seite erst Genaueres über libanesische Haltung habe erfahren wollen. Libanesische Delegation habe daraufhin Papier vorgelegt (syrische Seite will dazu Stellung nehmen). Trotz dieser intensiven Bemühungen, die algerischer Präsident[10] kräftig unterstützt habe, sei es so nur gelungen, Dialog in Gang zu setzen und Zustimmung für weitere jordanische Vermittlungsbemühungen zu erhalten. Syrische Haltung sei konstruktiv gewesen. Assad habe deutlich gemacht, daß er bei entsprechender Machtverteilung keine Einwände gegen maronitische Präsidentschaft erhebe und auch mit einem Präsidenten Gemayel leben könne. In Verfassung[11] verankerter maronitischer Präsident dürfe jedoch nicht alle Macht in der Hand halten; falls Libanon starken Präsidenten wolle, dann müsse Präsidentschaft allen Gruppierungen offenstehen.

Masri ließ dann wissen, daß man libanesischen MP Hoss am 21.11.1987 in Amman zu Gesprächen erwarte. BM wies auf Treffen mit Gemayel am 25.11.87

5 Seit 1. Januar 1987 gehörte die Bundesrepublik dem VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied an. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 18 f.

6 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

7 Zur Neuregelung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga und Ägypten vgl. Dok. 322, Anm. 11.

8 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 336, Anm. 6.

9 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

10 Chadli Bendjedid.

11 Für den Wortlaut der libanesischen Verfassung vom 23. Mai 1926 in der Fassung vom 21. Januar 1947 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 573–582.

in Deutschland hin.[12] Masri sagte zu, mir so frühzeitig wie möglich Informationen über Hoss-Gespräche zur Unterrichtung BM zukommen zu lassen. Masri legte schließlich noch dar, daß Hoss sich vor Konferenz selbst ausmanövriert habe, da er sehr aggressives Papier verteilen und außerhalb der von Gemayel geführten Delegation teilnehmen wollte. Dies habe König Hussein abgelehnt.

c) Ägypten

Erörterungen hierzu seien einfach gewesen. (BM: Zeit war reif.) GCC-Staaten hatten sich schon vor AL-Gipfel über Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu AGY verständigt. Irak habe sich für AL-Mitgliedschaft AGYs stark gemacht, Syrien und Libyen hätten dies jedoch mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Auch Algerien habe sich zunächst ablehnend gezeigt, sich dann jedoch der Mehrheitsmeinung zugewandt. Assad habe daraufhin erklärt, nicht „cause for division" sein zu wollen. Er habe Widerstand und Vorbehalte gegen Rückkehr Ägyptens ins arabische Lager auf bilateraler Ebene fallenlassen.

d) Syrien–Irak, Golf-Krieg

Durchbruch im syrisch-irakischen Verhältnis sei am Abend des zweiten Konferenztages erfolgt, als König die beiden Kontrahenten im Kreis fünf weiterer Teilnehmer (Führer von Kuwait[13], Abu Dhabi[14], Algerien, Nordjemen[15] sowie saudischer Kronprinz[16]) empfangen habe. Gleich zu Beginn habe sich Spannung gelöst, daraufhin habe man drei Stunden lang mit Blick auf Zukunft und ohne Vorhaltungen aus der Vergangenheit miteinander gesprochen und folgendes vereinbart: Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen[17], Öffnung der Grenzen, Ende der gegenseitigen Beschimpfungen in Medien.

König Hussein werde am 23.11.1987 nach Damaskus reisen, um Fortgang der irakisch-syrischen Aussöhnung und Libanon-Frage zu erörtern.[18]

Auf BM-Frage nach Hauptproblemen zwischen Assad und Saddam Hussein verwies Masri auf psychologische und persönliche Animositäten. Außerdem halte Assad an syrisch-irakischem Einigungsabkommen[19] (1978 mit Saddam Husseins Vorgänger[20] abgeschlossen) fest. Jordanien habe dem entgegengehalten, daß Zusammenwachsen nur allmählich erfolgen könne und zunächst Vertrauen auf beiden Seiten hergestellt werden müsse. Anders als bei Geheimtreffen in Jorda-

12 Präsident Gemayel besuchte die Bundesrepublik vom 23. bis 27. November 1987. Vgl. dazu Dok. 336.
13 Dschabir al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah.
14 Zayed bin Sultan al-Nahyan.
15 Ali Abdullah Saleh.
16 Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud.
17 Der Irak hatte im September 1980 die diplomatischen Beziehungen zu Syrien abgebrochen.
18 König Hussein hielt sich am 25. November 1987 in Syrien auf.
19 Präsident Assad besuchte den Irak vom 24. bis 26. Oktober 1978. Am 26. Oktober 1978 unterzeichneten Assad und Präsident al-Bakr eine „Charta für eine gemeinsame Nationale Aktion". Der syrische Botschafter al-Atassi legte Ministerialdirektor Lautenschlager am 12. Februar 1979 zu den darin niedergelegten Zielen dar: „Die Fusionierung zwischen Syrien und Irak werde aller Voraussicht nach bis spätestens Ende dieses Jahres vollzogen sein. Die Form (Föderation oder Konföderation) sei noch offen. Die Vereinigung beider Länder werde aber sehr weit gehen (ein Staatspräsident, ein Parteiführer, eine Außenpolitik und eine Armee). Die neue Union werde ein ‚Faktor der Stabilität' im Nahen Osten sein, der leichter einer Einflußnahme von außen widerstehen könne als Einzelstaaten. Ihr käme angesichts der Destabilisierung der Lage im Iran besondere Bedeutung zu." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 125025.
20 Ahmed Hassan al-Bakr.

nien (April 1987) habe Assad nicht widersprochen. Bei Apriltreffen seien 20 Stunden lang nur Vorwürfe über Streitigkeiten der Vergangenheit ausgetauscht worden. Dieses Mal habe Syrien den Wandel gewollt. Assad habe erkannt, daß Syrien isoliert und geschwächt ist, mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und daher Rückkehr zu arabischer Gemeinschaft angebracht erscheint. Wandel werde auf syrischer Seite allmählich erfolgen, da Assad Zeit brauche, um Partei einzustimmen und Verbindungen zu Iran umzustellen (hierbei muß Syrien wohl Situation im Libanon, insbesondere Stellung der dortigen Hisbollah, berücksichtigen). Syrisch-irakische Verständigung habe schließlich Erörterungen über Golf-Krieg erleichtert.

Golf-Krieg sei im Zusammenhang mit irakisch-syrischem Verhältnis, Lage in Kuwait (und Vorfällen in Mekka[21]), nicht als eigenständiger Punkt erörtert worden. Dies sei in vier auf Delegationsleiter beschränkten Sitzungen geschehen. Dabei sei deutlich geworden, daß Assad seine Haltung geändert hatte und Bewegung in der Angelegenheit anstrebte.

Masri schilderte dann Diskussionsverlauf im Redaktionskomitee bei Formulierung der Resolutionen zu SRR 598[22] und Lage in Kuwait:

Jordanien wollte Festlegung auf Implementierung von SRR 598 nach Buchstabe, Geist und dort festgelegter Abfolge. Letzterem habe syrischer AM[23] nicht zugestimmt. Auf Weisung von König Hussein habe Masri daraufhin bei Assad dargelegt, daß diese Forderung taktische Notwendigkeit darstelle, solange IRN SRR 598 nicht akzeptiert habe. Bindende Verpflichtung der Konfliktparteien, neben Waffenstillstand auch übrige Punkte zu implementieren, wäre sonst gefährdet. Daraufhin habe Assad zugestimmt.

Weiterer Streit habe sich um Erwähnung der ausländischen Flotten im Golf entsponnen. Jordanien wollte diesen, zwischen arabischen Staaten kontroversen Punkt im Gegensatz zu Syrien vermeiden. (Auf BM-Frage: Es hätte sich Streit über Unterstützung amerikanischer oder sowjetischer Haltung hierzu entzündet.) SAR und KUW hätten jordanische Haltung unterstützt. Schließlich habe Assad auch in diesem Punkt nachgegeben.

Im Wortlaut wesentlich schärfere Resolution zur Lage Kuwaits (Verurteilung iranischer Angriffe[24]) sei danach innerhalb von fünf Minuten erledigt worden. Von Masri eigentlich erwarteter Vorbehalt gegen die Androhung von diplomatischen Maßnahmen gegen Staaten, die Iran Waffen liefern, sei zu seiner eigenen Überraschung nicht erfolgt.

e) Palästina-Konflikt

Arabische Meinungsverschiedenheiten beschränkten sich auf Formulierungen, grundsätzliche Haltung sei geschlossen. Obwohl arabisch-israelischer Konflikt

21 Zu den Zusammenstößen zwischen iranischen Pilgern und saudi-arabischen Sicherheitskräften am 31. Juli 1987 vgl. Dok. 232, Anm. 4.

22 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

23 Faruk al-Scharaa.

24 Botschafter Wulffen, Kuwait-Stadt, berichtete am 27. Oktober 1987: „Die jüngsten Raketenangriffe auf kuwaitisches Territorium, immerhin fünf innerhalb von zwei Monaten, haben erhebliche Beunruhigung in die Bevölkerung, vor allem in die Ausländerkolonie, getragen. […] Äußere und innere Sicherheit des Emirats haben sich verschlechtert. Es scheint, daß Kuwait immer mehr in den Krieg zwischen Irak und Iran hineingezogen wird." Vgl. den Schriftbericht Nr. 717; Referat 311, Bd. 139980.

eigentlich nicht TOP des o.a. AL-Gipfels war, mußte zu diesem Punkt wenigstens kurz Stellung genommen werden. PLO wollte jedoch ausführlichere Resolution, in der Selbstbestimmungsrecht, eigener unabhängiger palästinensischer Staat und ausschließlicher PLO-Vertretungsanspruch festgeschrieben werden sollten. Meinungsunterschiede waren bis zum letzten Moment nicht zu überbrücken. Schließlich habe man Ausweg in zwei Resolutionen mit unterschiedlichen Schwerpunkten gesucht. Gemäßigte, IFK-Einberufung unterstützende Resolution stelle die wichtige, die übergreifende Haltung des AL-Gipfels beschreibende Haltung dar. Zweite Resolution wiederhole die bei anderen Gelegenheiten gefaßten arabischen Beschlüsse.

[25]3) In Dank an AM Masri drückte BM Genugtuung, auch als Europäer, über das Ergebnis des AL-Gipfels aus, der nicht nur Fortschritte für arabische Solidarität, sondern auch deutliche Stärkung der Position von König Hussein erbracht habe.

4) Masri erläuterte dann – vertraulich – Planung für Follow-up des Gipfels. Zunächst habe er EG-Botschafter ausführlich unterrichtet, danach auch die Botschafter der übrigen permanenten SR-Mitglieder. US-Präsident Reagan und SU-GS Gorbatschow würden durch Briefe von König Hussein zusätzlich informiert. An F und GB würden ebenfalls schriftliche Botschaften überbracht, D sei durch BM-Besuch voll im Bilde. Weiter sollen Italien sowie Mugabe als Präsident der Nichtpaktgebundenen sowie Kaunda als OAU-Präsident informiert werden. Masri selbst werde voraussichtlich ab 27.11.1987 Reise nach JAP und CHN antreten. Ziel dieser Aktionen sei, der internationalen Gemeinschaft den in Amman vollzogenen Aufbruch zu neuer arabischer Gemeinsamkeit zu erläutern.

BM kündigte eine die Gipfel-Ergebnisse würdigende EPZ-Erklärung beim nächsten Rat am 23.11.1987 an[26] und unterrichtete Masri, daß US-AM Shultz in Brief Behandlung des arabisch-israelischen Konflikts bei Gipfel-Begegnung von Reagan und Gorbatschow[27] bestätigt habe.[28] Daher sei umfassende Information von USA und SU sehr wichtig, auch von CHN, auf das Moskau bei seinen Entscheidungen immer mit einem Auge blicke.

5) Auf BM-Frage, wie Jordanien weiteres Vorgehen des VN-SR sehe, verwies Masri auf hierzu von US entwickelte Vorstellungen, mit der Formulierung einer Folgeresolution zu SRR 598 zu beginnen. Dies werde von Jordanien unterstützt.

Masri kam dann auf iranische Vorbereitung neuer Offensive zu sprechen (BM: tiefe Besorgnis). Damit sei Tür für weitere Bemühungen des VN-GS[29] verschlossen, und es blieben kaum Handlungsoptionen. Masri erwartet, daß iranische Offensive zwar quantitativ bedeutend sein werde, jedoch weniger gefährlich als

25 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 705 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

26 Zur EG-Ministerratstagung am 23./24. November 1987 in Brüssel vgl. Dok. 322, Anm. 8. Für den Wortlaut der am 23. November 1987 veröffentlichten Presseleitlinien der Präsidentschaft im Rahmen der EPZ zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 182f.

27 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

28 Für das mit Drahterlaß Nr. 30 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 17. November 1987 an Ministerialdirigent Jansen, z.Z. BM-Delegation, übermittelte Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher vom selben Tag vgl. VS-Bd. 14151 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

29 Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 22.

letzte Frühjahrsoffensive. Kampfbegeisterung iranischer Soldaten habe deutlich nachgelassen. Als wahrscheinlichen Zeitpunkt nannte Masri auf BM-Frage Januar/Februar, evtl. könnten Kampfhandlungen aber auch bereits im Dezember beginnen.

Masris Frage, was Teheran wohl am meisten beeindrucken könne, beantwortete BM mit Hinweis auf in SR erreichte Einigung der Fünf, die unter allen Umständen erhalten werden müsse. Entsprechende US-Bemühungen gegenüber SU sollten daher unterstützt werden. BM und Masri stimmten darin überein, daß SU sich bislang konstruktiv zeige.

Besonders besorgt zeigte sich Masri über Gefahr einer iranischen Kurzschlußreaktion gegen US im Golf, insbesondere im Verlauf der gegenwärtigen Bemühungen zur Implementierung von SRR 598, da dies mit Stärkung der IRK-Position einhergehe. BM drückte Hoffnung aus, daß IRN seine bisher gezeigte Vorsicht beibehalte. Masri verwies schließlich noch auf Schwächung Irans durch zunehmende Schwierigkeiten beim Verkauf seines Öls.

6) BM machte deutlich, daß arabische Zwistigkeiten bestimmte Leute ermuntert hätten[30] (zu politischen Abenteuern). Auf AL-Gipfel wiedergewonnene Geschlossenheit habe besonders in Peking Eindruck hinterlassen.

Masri unterstrich daraufhin nochmals die ruhige, ausgeglichene Atmosphäre, die während des gesamten AL-Gipfels geherrscht habe. Selbst Jalloud habe sich entgegen allen Erwartungen ruhig und beherrscht gezeigt. Auf BM-Frage meinte Masri, daß Jalloud durch die besonnene Gesprächsleitung von König Hussein und durch das Verhalten der anderen Teilnehmer beeindruckt war und von daher nicht aus der Rolle fallen wollte. Lediglich bei der Erörterung der AGY-Frage habe Jalloud deutliche Kritik geäußert und mit Iran-Unterstützung gedroht. Saddam Hussein habe daraufhin sehr ruhig darauf hingewiesen, daß Libyen mit Tschad-Konflikt[31] ebenfalls schwachen Punkt habe. Würde Irak Tschad unterstützen, könne Libyen sehr schnell zwei Drittel seines Territoriums abschreiben. Daraufhin habe Jalloud zurückgesteckt.

7) Gespräch wandte sich dann arabisch-israelischem Konflikt zu. BM teilte Masris Auffassung, daß dies z. Zt. keine „heiße Frage" sei, und drückte Hoffnung aus, daß AL-Gipfel positive Auswirkungen auch für diese Frage zeigen werde.

Masri unterstrich nachdrücklich, daß arabische Seite Prinzip der friedlichen Konfliktlösung unterstütze, aber andere Seite, nämlich Israel und USA, noch nicht hierfür bereit sei. Assad stimme mit jordanischem Vorgehen, wie AL-Gipfel unterstützt[32], vielleicht nicht voll überein, er habe sich aber nicht dagegen gewandt.

SRR 242[33] bilde Grundlage für jordanische Haltung. Dies heiße israelischer Rückzug aus den besetzten Gebieten. Frage der palästinensischen Selbstbestimmung

30 Korrigiert aus: „habe".

31 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 63, Anm. 11.
Am 8. August 1987 wurde die Stadt Aouzou durch Regierungsstreitkräfte des Tschad erobert. Die Regierung des Tschad gab am 10. September 1987 bekannt, den am Vortag vom OAU-Vorsitzenden Kaunda geforderten Waffenstillstand gegenüber Libyen ab 11. September 1987 einzuhalten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1987, Z 165 und Z 181.

32 So in der Vorlage.

33 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

stelle sich, wenn Souveränität wiederhergestellt ist, nicht vorher, PLO-Terminologie stehe dem entgegen.

8) PLO-Haltung sei für Jordanien nicht akzeptabel. Verknüpfung der Forderung nach Selbstbestimmung mit PLO-Alleinvertretungsanspruch und Forderung nach unabhängigem palästinensischen Staat werde so Entscheidung Israels überlassen. Nach jordanischer Auffassung sind diese Fragen nach einer Regelung mit Israel zu klären. Deshalb stimme Jordanien einer unabhängigen PLO-Delegation bei IFK und dort erhobener Forderung nach unabhängigem palästinensischen Staat nicht zu.

BM-Frage, ob Arafat letztlich bestimmter Haltung zugestimmt habe, beantwortete Masri ausweichend. Arafat sei mit der Befürchtung angereist, daß Jordanien ihn bei der Konferenz kaltstellen wolle. Anstatt von PM[34] wollte er bei Ankunft von König begrüßt werden, dieses Privileg hätten jedoch nur Staatsoberhäupter gehabt (auch nicht saudischer Kronprinz). Daraufhin haben Arafat und PLO Abendessen-Empfang des Königs boykottiert. Durch Vermittlung von Marwan Qasem, Chef des Königlichen Hofes, sei es am folgenden Tage dann zu Gespräch Arafats mit König gekommen. Beide seien anschließend gemeinsam in AL-Plenarsitzung gegangen. Diese demonstrative Geste des Königs habe zur Entspannung beigetragen. Arafat habe Jordanien-Aufenthalt über Konferenzende hinaus verlängert und weiteres Gespräch mit König geführt. Masri legte Wert auf Feststellung, daß Jordanien gegenüber PLO gesprächsbereit sei und PLO-jordanisches Verhältnis nicht mit bisherigem Zwist zwischen Assad und Saddam Hussein verglichen werden dürfe.

BM fragte sodann nach Arafats Stellung innerhalb PLO. Seit AL-Konferenz von Fes, 1982[35], sei Arafats Position geschwächt. Zusätzlich müsse er nun, so Masri, auch auf die drei seit Algier[36] mit PLO verbundenen radikalen Gruppierungen Rücksicht nehmen. Masri sieht, so auf entsprechende BM-Frage, Stellung Arafats sowohl nach innen als auch gegenüber arabischen Regierungen als geschwächt an. Entscheidendes Problem für PLO sei, daß sie Einfluß in allen Frontstaaten (Jordanien, Syrien, Libanon, Ägypten) verloren habe. Dennoch sei PLO nach wie vor ernst zu nehmendes Symbol palästinensischer Identität.

9) BM fragte nach Erwartungen hinsichtlich Israels. Masri erwiderte, über USA Verbindung zu halten und von AGY mit zusätzlichen Informationen insbesondere über „Peres' dreams for the future" versorgt zu werden. Shamirs Haltung sei unverändert. (BM: Er kann sich nicht ändern.) USA wollten dies nicht zur Kenntnis nehmen. König habe US-AM Shultz in London (Oktober[37]) bei drei Begegnungen vergeblich darauf hingewiesen.[38] Peres könne Bild nicht ändern. Dem stimmte BM zu unter Hinweis darauf, daß er im Sommer noch etwas optimistischer war. Masri äußerte Vermutung, USA neigten mehr zu Shamirs Hal-

34 Zaid al-Rifai.

35 Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan"). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

36 Zur Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 20. bis 25. April 1987 vgl. Dok. 199, Anm. 5.

37 Korrigiert aus: „September".

38 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 19./20. Oktober 1987 in Großbritannien auf, wo er mit König Hussein zusammentraf.

tung und würden Peres keinerlei Hilfestellung geben. Ohne neue Anstöße (die über die bisherigen US-Ansätze, Lebensbedingungen für Bevölkerung in besetzten Gebieten zu verbessern, hinaus gingen) sei Bewegung vorerst nicht zu erwarten.

[gez.] Bartels

Referat 310, Bd. 149620

330

Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 908 **Aufgabe: 21. November 1987, 12.00 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 21. November 1987, 12.34 Uhr**

Betr.: Besuch Bundesministers in Bagdad am 18./19.11.1987[2]

1) Besuch Bundesministers brachte angestrebtes politisches Ergebnis:
– Neubeginn guter deutsch-irakischer Beziehungen,
– klares Verständnis irakischer Seite über unsere Position zu Resolution 598[3] und Beendigung des Krieges[4],
– Freilassung des zu 20 Jahren verurteilten Jacob Petross[5],
– eingehender Gedankenaustausch über Amman-Gipfel[6].

In allen Gesprächen, insbesondere mit Präsident Saddam Hussein, machte Bundesminister deutsche Position klar, daß wir möglichst baldige Implementierung von Resolution 598 wünschen und daß jede Eskalation des Krieges und weitere Opfer von Nichtbeteiligten, wie den Tod des deutschen Ingenieurs bei einem Angriff auf das iranische Kernkraftwerk bei Bushehr[7], vermieden werden sollten. Gespräche Bundesministers fanden Unterstützung durch politische Entscheidung der Bundesregierung, Irak einen neuen Hermes-Kreditplafond in Höhe von 300 Mio. DM einzuräumen.[8]

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.
Hat Vortragendem Legationsrat Eickhoff am 23. November 1987 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hatte zuvor vom 16. bis 18. November 1987 Saudi-Arabien besucht. Im Anschluß an seinen Besuch im Irak reiste Genscher nach Jordanien, wo er sich am 19./20. November 1987 aufhielt. Vgl. dazu Dok. 322 und Dok. 329.

3 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

4 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

5 Zum Haftfall Petross vgl. Dok. 224, Anm. 20.

6 Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

7 Durchgängig korrigiert aus: „Bushir".
Zum irakischen Angriff auf das iranische Kernkraftwerk Bushehr vgl. Dok. 325 und Dok. 344.

8 Vortragender Legationsrat Lutz vermerkte am 4. Dezember 1987: „Im Rahmen der 4. Tagung der deutsch-irakischen Wirtschaftskommission ist der irakischen Seite am 18.11.1987 die Eröffnung eines 300-Mio.-DM-Plafonds in Aussicht gestellt worden, wobei die ersten 100 Mio. DM eröffnet werden

Irakisches Bemühen, Besuch erfolgreich zu gestalten, war unverkennbar. Hierfür spricht, daß Präsident Saddam Hussein Bundesminister gegenüber die sofortige Entlassung von Herrn Petross ankündigte. (Petross wurde noch am gleichen Tage freigelassen.) Man sucht unsere politische Unterstützung im Golfkonflikt und ist bemüht, die wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren. Breiten Raum nahm auf irakischer Seite die wiederholte Darlegung der Vorgeschichte des irakisch-iranischen Konfliktes ein.

2) Wichtigstes Ereignis war einstündiges Gespräch des Bundesministers mit Präsident Saddam Hussein.

Saddam Hussein führte folgendes aus:

Es gäbe grundsätzliche Fragen, über die man sich verständigen könne und bei denen man zu einer gemeinsamen Auffassung kommen könne. Es bestehe ein weltweites Interesse an dem Krieg zwischen Iran und Irak. Wenn er von diesem Krieg spreche, dann nicht nur als Iraker, sondern für den Irak als Mitglied der Völkergemeinschaft. Er wolle nicht auf Einzelheiten des Krieges eingehen. Der Bundesminister wisse, daß der Irak am Vorabend des Krieges ehrgeizige Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung seines Landes gehabt hätte. Deutsche Firmen seien an der Ausführung in umfangreichem Maße beteiligt gewesen.

Dieses Aufbauprogramm werde trotz des Krieges in reduziertem Umfang fortgesetzt. Bei Kriegsausbruch sei seine Partei zwölf Jahre an der Macht gewesen[9], d.h., sie seien in der Ausübung von politischer Macht nicht unerfahren gewesen und hätten gewußt, wie man entscheidende Fehler vermeidet. In dieses politische Konzept hätte ein Krieg nicht gepaßt. Seine politische Ideologie sei getragen von besserem Wohlstand und besserem Leben für den Menschen. Irak habe vor Kriegsausbruch nie eine militärische Maßnahme gegen irgend jemanden unternommen. Auch während des Krieges nicht gegen Dritte. Der Iran sei dagegen bekannt für aggressives Handeln, wie gegen die USA und andere Länder in der Region. Für den Irak sei es selbstverständlich gewesen, der UN-Resolution vom 28.9.1980 unmittelbar nach Kriegsausbruch zuzustimmen.[10] Hätte Irak kriegerische Absichten gehabt, dann hätte es die Annahme dieser Resolution abgelehnt. Es sei der Iran gewesen, der die Resolution nicht angenommen habe. Wenn Irak nicht mit Beharrlichkeit dem iranischen Aggressor entgegengetreten wäre, bestünden heute Gefahren nicht nur für die Region, sondern auch für Europa und andere Staaten in der Welt. Manchmal werde der Iran auf internationalem Parkett sehr sanft behandelt. Vielleicht sei die Motivation hierfür, den Krieg zu beenden. Auch der Irak wolle gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Iran. Es bestehe aber kein Spielraum, wenn es um die Souveränität und die Grenzen seines Landes ginge.

Er schlage dem Bundesminister den privilegierten Ausbau politischer und wirtschaftlicher Beziehungen vor. Die Bundesregierung sei früher der wichtigste

Fortsetzung Fußnote von Seite 1681

sollen, wenn Irak bis zum Jahresende fällige Zinsrückstände bezahlt hat […]. Realistischerweise dürfte zunächst wohl nur mit der Eröffnung des Teilplafonds von 100 Mio. DM zu rechnen sein, da kaum zu erwarten ist, daß der Irak bald die Voraussetzungen für die Freigabe der restlichen 200 Mio. DM erfüllt." Vgl. Referat 422, Bd. 149143.

9 Am 17. Juli 1968 übernahm die Baath-Partei die Macht im Irak.

10 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 479 des VN-Sicherheitsrats vom 28. September 1980 zum irakisch-iranischen Krieg vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980, S. 23.

Handelspartner Iraks gewesen. Was die Resolution 598 angehe[11], seien sie mit der sofortigen Implementierung der Resolution in der vorgegebenen Reihenfolge einverstanden. Das irakische Verständnis der Implementierung sei offensichtlich richtig, denn 22 arabische Länder hätten auf dem Gipfel in Amman seinem Konzept vom Frieden zugestimmt.

Saddam Hussein schloß seine Ausführungen damit, daß er als Zeichen seiner humanitären Einstellung die Freilassung des inhaftierten Petross ankündigte, der noch am selben Tage auf freien Fuß gesetzt werden würde. Bezüglich des ursprünglich zu Tode verurteilten und sodann zu lebenslänglich begnadigten al-Kadhi meinte er, daß eine weitere Begnadigung nach den Gesetzen des Landes nicht möglich sei.[12]

Der Bundesminister dankte für die Darlegungen. Er befürworte den Ausbau guter Beziehungen zwischen beiden Ländern und verwies auf den erfolgreichen Abschluß der deutsch-irakischen Wirtschaftsgespräche in Bonn. Bei der Entscheidung, dem Irak einen Hermes-Plafond von 300 Mio. DM einzuräumen, handle es sich um eine politische Entscheidung, wie auch sein Besuch politischen Charakter habe. Bundesminister dankte auch im Namen des Bundespräsidenten für die Begnadigung von Herrn al-Kadhi zu lebenslänglich und drückte Hoffnung aus, daß doch noch eine weitere Begnadigung möglich sei. Er dankte sodann dem Präsidenten dafür, daß er Freilassung von Herrn Petross angeordnet habe. Er kündigte an, daß der Botschafter mit zwei weiteren Fällen humanitärer Bedeutung im IAM[13] vorsprechen werde.[14] Dies seien wichtige Schritte zur Festigung der bilateralen Beziehungen. Der nächste wichtige Schritt sei ein Besuch von AM Tariq Aziz, den er in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen habe.[15] Auf die Frage des Bundesministers, ob Petross mit ihm in die Bundesrepublik zurückreisen könne, erwiderte Saddam Hussein, daß dies aus verfassungsrechtlichen Gründen erst in zwei bis drei Tagen möglich sei.[16]

11 Der Irak nahm die Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 in einer Sondersitzung des Parlaments am 22. Juli 1987 an.

12 Referat 511 notierte am 27. Oktober 1987: „Der eingebürgerte deutsche Staatsangehörige al-Kadhi, geb. am 11.11.1941 in Haditha/Irak, wurde am 26. August 1986 im Irak/Flughafen Bagdad verhaftet. Das Auswärtige Amt hat in der Folgezeit mehrmals demarchiert und die irakische Seite dringend gebeten, die al-Kadhi zu Last gelegten Straftaten darzulegen […]. Am 1. Februar 1987 wurde al-Kadhi überraschend durch das irakische Revolutionsgericht wegen Spionage zum Tode verurteilt. Bundesminister Genscher hat noch am gleichen Tag ein Gnadengesuch an den irakischen Außenminister gerichtet. Der Bundespräsident hat mit Schreiben vom 12. Februar 1987 Präsident Saddam Hussein gebeten, das verhängte Todesurteil nicht zu vollstrecken. Ein Gnadengesuch der Ehefrau des Verurteilten wurde an das irakische Präsidialamt weitergeleitet. Bundestagspräsident Jenninger hat den Fall al-Kadhi am 2. Juni 1987 gegenüber dem irakischen Parlamentspräsidenten Dr. Hammadi angesprochen. Staatspräsident Saddam Hussein hat am 9. Juli 1987 das Todesurteil gegen al-Kadhi aufgehoben und in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt." Vgl. Referat 311, Bd. 139977.

13 Irakisches Außenministerium.

14 Botschafter Ellerkmann, Bagdad, informierte am 22. November 1987: „Im Gespräch mit Präsident Saddam Hussein brachte Bundesminister, nachdem über Fälle Petross und al-Kadhi gesprochen worden war, die noch verbleibenden beiden Haftfälle (Ali Homam Ghazi und Wolfgang Granlund) zur Sprache und kündigte an, daß Botschafter wegen dieser Haftfälle im IAM vorsprechen werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 914; Referat 311, Bd. 139973.

15 Der irakische Außenminister Aziz besuchte die Bundesrepublik am 29./30. Juni 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

16 Botschafter Ellerkmann, Bagdad, teilte am 25. November 1987 mit, daß Jacob Petross am 19. November freigelassen worden und am 25. November 1987 per Flug in die Bundesrepublik ausgereist sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 925; Referat 311, Bd. 139976.

Bundesminister führte sodann zu Resolution 598 aus, daß es sich hierbei um die bedeutsamste Entscheidung des SR handele. Er, Saddam Hussein, wisse, wie schwer es gewesen sei, sie zustande zu bringen. Jetzt sei wichtig, daß die Implementierung zügig erfolge und daß von keiner Seite Änderungen am Inhalt oder dem Verfahren der Implementierung vorgenommen würden. Ganz entscheidend sei hierbei, daß die beiden Großmächte als ständige Mitglieder des SR bei der Implementierung einvernehmlich handelten. Aus diesem Grunde käme dem Gipfel am 7.12.1987 in Washington ganz entscheidende Bedeutung zu.[17] AM Shultz hätte ihm mitgeteilt, daß die Implementierung von Resolution 598 als wichtiger Punkt des Gipfels zur Sprache käme.[18] Nichts wäre gefährlicher oder bedauerlicher, als wenn das Momentum bei der Implementierung verloren ginge. Sowohl mit den Amerikanern, aber auch mit den Sowjets sei er in Kontakt, um die Implementierung vorwärtszubringen. Er glaube, daß die Resolution durch den Gipfel in Amman eine Stärkung erfahren habe. Um so wichtiger sei es, daß in dieser entscheidenden Situation jede Eskalation vermieden würde. Er könne nur empfehlen, sich jetzt auf die Implementierung der Resolution zu konzentrieren und sich im übrigen zurückzuhalten. Unser Eintreten für die Resolution werde geleitet von dem Wunsche, die Leiden für die betroffenen Menschen zu beenden. Die Bundesregierung habe zu beiden Völkern gute Beziehungen. Es käme darauf an, daß der Konflikt sich nicht ausweite. Darüber habe er eingehend in Riad gesprochen und auf die Bedeutung eines Kooperationsabkommens zwischen der EG und den GCC-Staaten[19] hingewiesen.

Wie sehr auch nichtbetroffene Länder Opfer des Krieges würden, zeige der irakische Angriff auf das Kernkraftwerk bei Bushehr, den er besonders bedauert habe, da hierbei ein deutscher Ingenieur zu Tode gekommen sei, dessen Aufgabe es gewesen sei, zu kontrollieren, daß die Iraner internationale Sicherheitsvorschriften einhalten. Unser Engagement in diesem Konflikt werde geprägt von den Erfahrungen unserer eigenen Geschichte. Es gebe keine Probleme auf dieser Welt, die nicht mit friedlichen Mitteln gelöst werden könnten. Deswegen hofften wir, daß die Implementierung von Resolution 598 zum Erfolg führe. Vielleicht würde sich das positiv auf das Verhältnis Ost/West auswirken und uns dritten Ländern wieder näherbringen. Für uns seien die Völker des Nahen Ostens nicht fremde Welten, sondern Nachbarn. Die politische, wirtschaftliche und technologische Entwicklung mache die Länder der Welt immer mehr voneinander abhängig. Die Deutschen fühlten sich den Arabern und damit den Irakern historisch verbunden. Aus diesem Grunde wünsche er von Herzen, daß sich der Irak bald wieder dem friedlichen Aufbau widmen könne. Er freue sich, daß der Gipfel von Amman nach langer Zeit wieder Einigkeit im arabischen Lager gebracht habe. Er wisse nicht, ob sich alle irakischen Wünsche erfüllt hätten. Fortschritte seien aber offenkundig.

17 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

18 Vgl. dazu das mit Drahterlaß Nr. 30 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Elbe vom 17. November 1987 an Ministerialdirigent Jansen, z. Z. BM-Delegation, übermittelte Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher vom selben Tag; VS-Bd. 14151 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

19 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) vgl. Dok. 322, Anm. 3 und 8.

In kurzer Erwiderung meinte Saddam Hussein, es hätten sich in Amman alle irakischen Erwartungen erfüllt, nur im Hinblick auf die Aufhebung des Boykotts gegen Ägypten hätte man einen weitergehenden Erfolg gewünscht. Er wolle ausdrücklich dementieren, daß Irak etwa nicht für die Aufhebung des Boykotts eingetreten sei. Im übrigen müsse er dem Bundesminister zustimmen, daß Probleme auf friedlichem Wege gelöst werden sollten. Die Araber müßten ihre Konflikte wieder intern und mit friedlichen Mitteln austragen.

[20]3) In Gespräch mit stellvertretendem Ministerpräsidenten Ramadan ging es um wirtschaftliche Fragen. Ramadan legte die letzten Wirtschaftsreformen (Dezentralisierung, Verwaltungsvereinfachung, Landwirtschafts- und Industriebereich) dar.[21] Er drückte Zufriedenheit über Ergebnis der Bonner Wirtschaftsgespräche aus und hoffte, daß deutsche Firmen sich wieder in verstärktem Maß an wirtschaftlichem Aufbau beteiligten. Bundesminister legte dar, daß es sich bei neuem Hermes-Kreditrahmen um eine großzügige, aus politischen Gründen getroffene Entscheidung handele, mit der man hoffe, bei deutschen Firmen das Interesse an dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu fördern. Deutsche Unternehmen seien nicht nur für gute Qualität, sondern auch für guten Service bekannt. Sehr wichtig sei für uns die irakische Bedienung von Verbindlichkeiten, insbesondere bei mittleren und kleineren Firmen, die weniger Reserven aufzuweisen hätten. Bei kleineren Firmen sei die Begleichung von Forderungen oft lebenswichtig. Ausführliches Protokoll folgt mit Schriftkurier.[22]

4) Bei den mehrstündigen Delegationsgesprächen ging es im wesentlichen um

– irakisch-iranischen Konflikt,
– Ausführung von Resolution 598,
– Beurteilung des Amman-Gipfels,

und zwar mit demselben Tenor wie im Gespräch mit dem Präsidenten.

Einen breiten Raum nahm auf irakischer Seite die Darlegung der Vorgeschichte des Kriegsausbruchs ein.

5) In Schlußgespräch des Bundesministers mit AM Tariq Aziz zogen beide Minister positive Bilanz. Bundesminister drückte Genugtuung aus, daß ein humanitärer Fall zufriedenstellend gelöst worden sei. Dies werde sich in der deutschen Öffentlichkeit sehr positiv auswirken. Es sei der beiderseitige Wille zu positiver Entwicklung deutlich zum Ausdruck gekommen. Die deutsch-irakische Wirtschaftskommission habe eine gute Basis für eine Intensivierung der wirt-

20 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 909 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

21 Im Politischen Halbjahresbericht für den Irak vom 1. November 1987 wurde festgehalten: „Seit Januar 1987 wurde eine Entbürokratisierung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung (ca. 80 bis 85% des BSP) eingeleitet, durch die eine gewisse Dezentralisierung und Verlagerung der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse auf die nunmehr den Ministerien direkt nachgeordneten staatlichen Unternehmen erfolgte (in vielen Fällen Auflösung der bisher zwischengeschalteten sogenannten ‚State Organisations'). Des weiteren wird der irakische Privatsektor verstärkt (z. B. Verpachtung von Tankstellen, forcierter Verkauf bzw. Verpachtung von Farmland, Molkereien und Schlachthöfen im staatlichen Eigentum, beabsichtigte Teilprivatisierung von Iraqi Airways). Diese Kurskorrektur in der Wirtschaftsordnungspolitik dient dem Ziel, auch unter schwierigen Kriegs- und finanziellen Bedingungen durch größere Effizienz und Flexibilität in allen Wirtschaftssektoren die Inlandsproduktion zu steigern." Vgl. den Schriftbericht Nr. 646 des Botschaftsrats I. Klasse Freundt, Bagdad, vom 5. November 1987; Referat 311, Bd. 139972.

22 Vgl. den Schriftbericht Nr. 684 der Botschaft in Bagdad vom 25. November 1987; Referat 311, Bd. 139973.

schaftlichen Beziehungen gelegt. Deutsche Unternehmen seien sehr am irakischen Markt interessiert. Firmen wie Mannesmann und Strabag hofften auch in Zukunft auf gute Zusammenarbeit. AM Tariq Aziz teilte Bundesminister mit, daß Staatspräsident Saddam Hussein große Genugtuung über das Gespräch mit Bundesminister empfunden habe. Der Präsident habe seine Ausführungen sehr geschätzt und ihn als Staatsmann mit langjährigen internationalen Erfahrungen zu würdigen gewußt.

[gez.] Ellerkmann

Referat 311, Bd. 139973

331

Botschafter Ruhfus, Washington, an Auswärtiges Amt

114-6751/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. November 1987, 09.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5007 **Ankunft: 21. November 1987, 16.05 Uhr**

Betr.: INF-Verhandlungen/Quint-Sitzung in Washington am 20.11.1987[2]

Bezug: 1) DE Nr. 9342 vom 20.11.[3]
2) DE Nr. 1087 vom 20.11. VS-geheim[4]

Allen Holmes eröffnete die Sitzung mit einem knappen Bericht über die Verhandlungen zwischen Kampelman und Woronzow in Genf (hierzu gesonderter DB[5]):

1) Zusammenfassung

Erstes Thema der Aussprache war der sowjetische Entwurf zum Notenwechsel[6]. Hierzu bestand übereinstimmend die Auffassung, daß er nicht akzeptabel sei

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 23. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Wagner am 23. November 1987 vorgelegen.
Hat Mülmenstädt vorgelegen.

2 Zum Stand der Verhandlungen über ein amerikanisch-sowjetisches Inspektionsprotokoll im Rahmen eines künftigen INF-Abkommens, über ein Abkommen zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) sowie über einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern vgl. Dok. 194 und Dok. 301.

3 Botschafter Holik informierte die Botschaft in Washington und das Bundesministerium der Verteidigung: „Der sowjetische Entwurf eines Notenaustausches zwischen Sowjetunion und Stationierungsländern wirft erhebliche Probleme auf und ist in dieser Form für uns nicht akzeptabel.“ Holik übermittelte Änderungsvorschläge und wies insbesondere darauf hin: „Ort des Notenaustausches sollen die jeweiligen Hauptstädte sein, nicht Moskau, da die Stationierungsländer der SU bestimmte Rechte einräumen und nicht umgekehrt.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144773.

4 Botschafter Holik übermittelte der Botschaft in Washington das Schreiben, das der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, an ihn gerichtet hatte. Vgl. dazu VS-Bd. 11364 (220).

5 Für Auszüge aus dem Drahtbericht Nr. 5013 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 21. November 1987 vgl. Dok. 317, Anm. 6.

6 Für den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 24. November 1987 übergebenen sowjetischen Entwurf für einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme vgl. VS-Bd. 11364 (220).

und den Sowjets dies in der stärksten möglichen Form klargemacht werden müsse.

Dringlichstes Problem für die US war die Zustimmung der Stationierungsländer[7] zu Verdachtskontrollen auf ihrem Territorium in vertragsbezeichneten, aber während der Inspektionsdauer aufgegebenen Einrichtungen. Hierzu waren insbesondere NL und GB nicht in der Lage, heute Zustimmung zu erklären.

Zum sowjetischen Entwurf der Privilegien und Immunitäten wurde allgemein Übereinstimmung mit amerikanischen Standpunkten geäußert.

Auch die amerikanische Position zur INF-Dislozierung wurde von allen grundsätzlich unterstützt.

Übereinstimmung bestand schließlich, daß Unterzeichnung des Stationierungsländer-Abkommens (MBCA[8]) vielleicht am Rande des NATO-AM-Treffens um den 11.12.87 in Brüssel erfolgen könnte.[9]

Im einzelnen

– Notenwechsel. Alle Stationierungsländer machten es sehr klar, daß die sowjetische Zustimmung zu einem Notentext, der im wesentlichen unverändert dem westlichen Entwurf[10] entspreche, unverzichtbar sei. Insbesondere GB drückte diese Notwendigkeit in sehr klarer Form aus. Es bestand Übereinstimmung, daß der Abschnitt, der die Akzeptanz der Gesetze und Bestimmungen des Gastlandes voraussieht (Absatz 3 des westlichen Entwurfs), ganz besonders wichtig sei. Wir wiesen auf die Notwendigkeit der Erwähnung des MBCA hin, hierbei insbesondere von I unterstützt. Es wurde dann jedoch davon abgesehen, die einzelnen Punkte des sowjetischen Entwurfs detailliert durchzugehen, da man grundsätzlich der Meinung war, daß es besser sei, sich nicht auf Verhandlung mit der SU hierzu einzulassen. Glitman habe heute, 20.11., in Genf gegenüber den sowjetischen Unterhändlern sehr klar den Punkt gemacht, daß es hier nicht um juristische, sondern um politische Fragen gehe, die von größter Wichtigkeit seien. GB drängte darauf, daß AM Shultz sich dieses Themas persönlich und mit allem Nachdruck annehme, falls es bis zu seinem Eintreffen in Genf[11] nicht gelöst sei. (Die Verhandlungen werden auch am Wochenende[12] weitergeführt.)
– Verdachtskontrolle in den Stationierungsländern. Hierzu machte Holmes klar, daß es sich bei der sowjetischen Forderung, Verdachtskontrollen in den Stationierungsländern auch nach der eventuellen Aufgabe der entsprechenden Einrichtungen durch die US während der vereinbarten Periode (drei Jahre Elimi-

7 Belgien, die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und die Niederlande.

8 Durchgängig korrigiert aus: „BCA“.
Multilateral Basing Country Agreement.

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel und zur Unterzeichnung des Abkommens zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) vgl. Dok. 369.

10 Für den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 5. Oktober 1987 übergebenen amerikanischen Entwurf für einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme vgl. VS-Bd. 11364 (220).

11 Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 23./24. November 1987 in Genf mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse zusammen. Vgl. dazu Dok. 340.

12 21./22. November 1987.

nierungszeitraum plus zehn weitere Jahre) durchzuführen, um eine zentrale Forderung handle. Die SU sehe dies unter dem Aspekt der Gleichbehandlung, da ihre INF-Einrichtungen alle im eigenen Lande seien und damit nicht Dritten übergeben werden könnten. Holmes ging soweit, diese Frage als einen „treaty-stopper" zu bezeichnen. NSC-Vertreter Mahley ergänzte, daß es in den Verhandlungen hierbei nicht nur um die Stationierungsländer gehe, sondern auch um die von den USA als „under contract" behandelten Einrichtungen in den US, wozu es in der SU ebenfalls keine Entsprechung gäbe.

Eine erste Tischumfrage hierzu ergab, daß insbesondere NL und GB große Probleme mit einer solchen Regelung haben. Für NL scheint eine politische Verpflichtung, die US-Basen nach der Eliminierung keinesfalls weiter nuklear zu nutzen, im Mittelpunkt zu stehen. Im Falle GBs dürften die Souveränitätsprobleme, die sich aus einer direkten Inspektion britischer Einrichtungen durch die SU ergeben, im Vordergrund stehen. Beide Staaten betonten, daß eine Ausdehnung der bisherigen Inspektionsregelung auf national kontrollierte Einrichtungen ihrer Meinung nach erhebliche Anpassungen an bisher ausgehandelten Text des Inspektionsprotokolls und des MBCAs erforderlich machen würden, die sehr zeitaufwendig wären. B erklärte, daß es zwar mit dem amerikanischen Vorschlag große Schwierigkeiten habe, daß man aber im Sinne des Zieles der Erreichung eines INF-Vertrages zu einer Zustimmung zu dieser Konzession bereit sein könnte, wenn die erforderlichen Anpassungen der Texte vorgenommen würden. I und D äußerten weisungsgemäß, daß sie mit dem Vorschlag einverstanden sein könnten.

Nach einer Sitzungsunterbrechung, in der der britische Vertreter Holmes die Bedenken seiner Regierung und die Schwierigkeiten eines Kompromisses noch einmal sehr deutlich nahelegte, wurde in einer weiteren Tischumfrage festgestellt, daß B, I und D den amerikanischen Wünschen entsprechen könnten, während NL und GB zusagten, die Frage mit ihren Hauptstädten aufzunehmen und nach Möglichkeit vor Abreise von AM Shultz nach Genf am Sonntag, 22.11. vormittags, die US über ihre Position zu unterrichten.

Für den Fall, daß eine Zustimmung der Stationierungsländer zur von der SU gewünschten Regelung erfolgt, stellen sich die amerikanischen Juristen die praktische Lösung so vor, daß das Inspektionsersuchen auch in diesem Falle weiterhin an die USA ginge und unter amerikanischer Verantwortung die sowjetischen Inspektoren durch US-Vertreter den Zugang zu den fraglichen Einrichtungen erhielten. Insbesondere diese Konstruktion rief große Bedenken bei NL und GB hervor. Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, die Einrichtungen nach Ende ihrer Nutzung durch die US für die Dauer der Inspektionsfrist nominell/juristisch weiterhin als US-Base anzusehen, die für eine Nutzung durch die Gastländer freigegeben würden. Eine weitere Erörterung dieses Punktes erfolgte nicht.

– Privilegien und Immunitäten. Hier wies US auf drei ihrer Sicht nach zentrale Punkte hin:
  – das Recht auf Gepäckkontrolle,
  – keine Zustimmung zu Steuerfreiheit,
  – Unverletzlichkeit des Wohnraumes nur im Falle von langdauernder Benutzung bei Portal-Monitoring-Vereinbarung.

Alle Stationierungsländer stimmten diesen Prinzipien zu und erklärten, daß sie auch mit den übrigen amerikanischen Anmerkungen und Kommentaren einverstanden sein könnten.

– INF-Dislozierung. Hierzu erläuterte Holmes noch einmal die Motive seines Briefes an die SCG-Vertreter. Dies fand allgemeine Zustimmung, nur NL merkte an, daß es hier besonderem politischen Druck ausgesetzt sei, es aber in einer gerade am 19.11. durchgeführten Parlamentsdebatte verstanden habe, sich alle Optionen offenzuhalten.
– Zeitschema. Holmes trug folgende Überlegungen über ein mögliches Szenario für die Zeit von Unterzeichnung bis Inkrafttreten des Abkommens vor: Unterzeichnung während des Gipfeltreffens in Washington, vermutlich am 8.12.[13]

Unterzeichnung des MBCA am Rande des NATO-AM-Rats in Brüssel am 11.12., alternativ dazu in der Zeit vom 14. bis 19.12. durch NATO-Botschafter in Brüssel oder durch jeweilige Botschafter in Washington. Notenaustausch in den jeweiligen Hauptstädten vor dem 20.12. Übermittlung der Unterlagen an den Senat ebenfalls vor dem 20.12. Überweisung der MBCAs, soweit notwendig, an die nationalen Parlamente Dezember 1987/Januar 1988. Ratifizierungsdebatte im Senat ca. Februar bis Juni 1988. Während der gleichen Zeit auch Ratifizierung der MBCAs durch die nationalen Parlamente. Anschließend Unterzeichnung durch den Präsidenten[14], Austausch der Vertragsinstrumente und Deponierung bei den Vereinten Nationen. Dieser illustrative Zeitablauf wurde zur Kenntnis genommen, GB drückte seine Präferenz für eine Unterzeichnung der MBCAs während des NATO-Rates in Brüssel aus.

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 11364 (220)

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Am 8. Dezember 1987 wurde der INF-Vertrag unterzeichnet. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

14 Ronald W. Reagan.

332

Fregattenkapitän Strebe, Teheran, an das Auswärtige Amt

114-6754/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. November 1987, 12.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1972 **Ankunft: 23. November 1987, 08.30 Uhr**

Betr.: ISR – IRN-Rüstungsgeschäfte

Bezug: KB[2] 69/87 vom 18.11.87

Quelle: 1) TUR-Militärattaché (B 2)
2) Gespräche mit Militärattachés, Diplomaten, jüdischen Bazaris

Sachverhalt

Ehemaliger ISR Luftwaffen-Chef hat ca. Mitte Oktober 1987 in Teheran ISR-IRN-Vertrag über Waffen und Ersatzteile geschlossen. Vertrag soll Gesamtvolumen von 600 Mio. US-Dollar haben und folgende Lieferungen vorsehen:

– Ersatzteile[3] (Hauptanteil an Liefervolumen) für Flugzeuge, Luftabwehr-Raketen und sonstiges Wehrmaterial aus US-Produktion,
– Luftabwehr-Raketen,
– Stinger,
– Luft-Boden-Raketen,
– Panzerabwehrraketen TOW II,
– See-See-FK[4] (Gabriel?).

Teil des Abkommens ist die Erlaubnis zur Ausreise iranischer Juden nach Israel und die Einstellung der Farsi-Sendungen von Radio Israel.

Insgesamt sollen 30 000 iranische Juden ausreisen dürfen, davon sollen im Laufe d. J. bereits 6000 ausgereist sein, die Mehrzahl über Wien. Für jeden ausgereisten Juden soll die ISR-Regierung 50 Tsd. US-Dollar an Teheran zahlen.

Die Farsi-Sendungen von Radio Israel brachten täglich 10 Minuten sehr gute Nachrichten mit Schwerpunkt Iran und Golfregion. Sie erfreuten sich großer Beliebtheit weiter Bevölkerungskreise Irans und waren der Regierung seit langem ein Dorn im Auge. Seit ca. 10.10.87 sind diese Sendungen eingestellt.

Ebenfalls Teil dieses ISR-IRN-Abkommens soll die Intelligence-Ausbildung von 32 Angehörigen der iranischen Streitkräfte im Mossad-Camp nahe Tel Aviv sein, die 20.10.87 begann (vgl. KB 69/87).

Beurteilung

Z. Zt. werden zwischen IRN und ISR in aller Stille weit bessere Beziehungen gepflegt, als die offizielle Anti-ISR-Politik der IRN-Regierung, mit dem Kriegsziel der Eroberung Jerusalems, erwarten ließe.

1 Hat Ministerialdirigent Fiedler vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 26. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin Kaempffe verfügte.
Hat Kaempffe am 26. November 1987 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Vernichten."

2 Kurzbericht.

3 Korrigiert aus: „Ersatzteil".

4 Flugkörper.

Während IRN sich nicht scheut, Waffen- und Ersatzteile einzukaufen, wo auch immer es Verkäufer findet, hat ISR außer wirtschaftlichem Interesse gewiß das Ziel, die machtpolitische Konstellation der Region nicht zugunsten IRQ[5] zu verändern. Solange IRQ durch IRN gebunden ist, genießt ISR weiterhin Ruhe an seiner Ostgrenze.

Dieses neue 600-Mio.-US-Dollar-Abkommen, dessen Inhalt und Abwicklungsmodalitäten noch nicht bekannt sind, wird sicher so bemessen sein, daß Iran zwar gestärkt, nicht aber zum Sieg über IRQ befähigt wird. ISR wird bei diesem „Spiel mit dem Feuer" natürlich US-Interessen sorgfältig beachten müssen, weswegen Stinger und TOW II nicht in großen Stückzahlen erwartet werden dürfen. Auch erscheint Lieferung von Gabriel nicht nur wegen Gefährdung Sicherheit im Golf weniger wahrscheinlich, sondern auch, weil Gabriel wegen nur ihm eigenen Merkmalen sicheren Hinweis auf Ursprungsland liefern würde.

Einzelheiten über Rüstungsabkommen sind noch nicht bekannt. Für das Ausreisegeschäft gibt es zahlreiche bestätigende Hinweise, wobei der Umfang von 1,5 Mrd. US-Dollar noch im Bereich der Spekulationen liegt. Die Farsi-Sendungen von Radio ISR sind tatsächlich eingestellt.

Insgesamt erscheint das ISR-IRN Rüstungsgeschäft als sehr wahrscheinlich.

[gez.] Strebe

VS-Bd. 13644 (310)

333

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-321.15 VS-NfD **23. November 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Deutsch-sowjetische Direktorenkonsultationen in Bonn am 19./20.11.1987

I. Die Konsultationen sind zufriedenstellend verlaufen und führten zu wertvollen Zwischenergebnissen. Es bestehen nunmehr gute Aussichten, bis zum Besuch von Außenminister Schewardnadse[4] einige Vorhaben unterschriftsreif zu machen

5 Irak.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. November 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 4. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache]."
Hat Ministerialdirigent Jansen am 8. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]." Ferner verfügte er den Rücklauf an Referat 213.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 11. Januar 1988 erneut vorgelegen.

4 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

unter der Voraussetzung, daß zügig und konstruktiv weitergearbeitet wird. Die sowjetische Delegation hatte offensichtlich politische Weisung, flexibel zu verhandeln. Dies bedeutete einen Fortschritt gegenüber der sowjetischen Haltung bei der ersten „Berlin-Runde" in Moskau am 5./6. Oktober[5] und erleichterte die bezüglich Berlins weiterhin mühsame Lösungssuche.

Die Atmosphäre war freundlich, zeitweise aufgelockert. Botschafter Kwizinskij nahm an zwei der drei Sitzungen teil, offensichtlich vor allem deshalb, um auf die Besprechung des Konsultationsprotokolls[6] maßgebend einwirken zu können.

Staatssekretär Sudhoff betonte in dem knapp einstündigen Gespräch mit Bondarenko erneut unsere Entschlossenheit zur Verstetigung und zum Ausbau der bilateralen Beziehungen. Zugleich unterstrich er die Notwendigkeit, die politischen Absichtserklärungen durch entsprechendes Handeln in der Praxis glaubwürdig zu machen, und illustrierte dies am Fall der verschobenen Delegationsreise des Auswärtigen Ausschusses[7].

Aus der umfangreichen Traktandenliste der Konsultationen werden folgende Punkte hervorgehoben (zu den Einzelheiten der Berlin-Fragen folgt eine gesonderte Vorlage[8]):

II. 1) Protokoll über Konsultationen

Wir hatten den ersten ausführlichen Durchgang (fast drei Stunden) anhand des von Bondarenko mitgebrachten sowjetischen Gegenentwurfs.[9] Es wurde deutlich,

5 Ministerialdirigent Kastrup notierte am 7. Oktober 1987: „1) Als Ergebnis der zehnstündigen Erörterungen kann festgestellt werden, daß wir Fortschritte erzielt haben, die unter dem Strich als bedeutsam gelten können. Zum ersten Mal seit den 70er Jahren wurden altbekannte, stets Reibungen verursachende Berlin-Fragen (konsularische Betreuung von Berlinern, Bezeichnungsfragen, Betreuungsmodalitäten usw.) in systematischer Weise auf Expertenebene behandelt. Dabei sind wir von der Stelle, wenn auch noch nicht vom Eis gekommen. Am Ende des ersten Tages resümierte Bondarenko, in den Hauptfragen sei keine Lösung erreicht worden. Nach Abschluß der Begegnung machte Ussytschenko am Flugplatz jedoch deutlich, daß die sowjetische Seite zufrieden ist und den nun vorgenommenen, überfälligen Anstoß für eine Flurbereinigung ebenfalls als wertvoll ansieht. 2) Es war ein äußerst mühsames Unterfangen, bei dem es auf unserer Seite klarer Worte und großer Festigkeit, ja Hartnäckigkeit bedurfte, damit sich die sowjetische Position überhaupt entwickelte. Ein ‚neues Denken' oder eine Bereitschaft, politischen Erklärungen (‚eine neue Seite') Taten folgen zu lassen, waren zunächst nicht erkennbar. Vielmehr baute die sowjetische Seite teilweise maximalistische Positionen auf und versuchte gelegentlich sogar, uns auf einen Status quo ante zurückzudrängen." Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

6 Zum geplanten Konsultationsprotokoll mit der UdSSR vgl. Dok. 280, Anm. 22.

7 Vortragender Legationsrat Ischinger informierte am 27. November 1987: „Die ursprünglich für die Zeit vom 16. bis 19.11.1987 vorgesehene Reise einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages nach Moskau mußte wegen der Berlin-Problematik verschoben werden, da die sowjetische Seite an der Teilnahme von zwei Berliner Abgeordneten Anstoß nahm. Die sowjetische Regierung hat ihren Standpunkt noch einmal am Tage der Absage in einem Gespräch zwischen AM Schewardnadse und Botschafter Meyer-Landrut bekräftigt. Dennoch ist sie offenbar daran interessiert, die Reise 1988 nachzuholen und den Schaden zu begrenzen, wie aus verschiedenen öffentlichen, auch diplomatischen, Äußerungen hervorgeht. […] Die Berlin-Problematik hat seit der Intensivierung des deutsch-sowjetischen Parlamentarieraustausches als Bremse gewirkt und eine freie Entfaltung behindert. Immerhin ist jedoch seit der Wiederaufnahme des Parlamentarieraustausches, der wegen Afghanistan eingestellt war, seit zwei bis drei Jahren eine gewisse Verstetigung erkennbar. Hierbei unterscheidet die sowjetische Regierung zwischen offiziellen Kontakten der Parlamente (B[undes]-T[ag] – Oberster Sowjet) und sonstigen Abgeordneten-Reisen." Vgl. Referat 213, Bd. 143513.

8 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup vom 26. November 1987 vgl. Referat 213, Bd. 143612.

9 Für den am 19. November 1987 übergebenen sowjetischen Entwurf eines Konsultationsprotokolls vgl. die Anlage 1 der Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Grunenberg vom 22. November 1987; Referat 213, Bd. 143539.

daß die sowjetischen Vorstellungen in der Substanz weit über die unsrigen hinausgehen. Bondarenko und Kwizinskij argumentierten, daß das Dokument nicht nur technischen Charakter haben, sondern eine Aussage über die allgemeine Ausrichtung unserer Arbeit enthalten solle. Ich lehnte dies nicht ab, wies aber darauf hin, daß der sowjetische Entwurf den bestehenden Unterschieden nicht genügend Rechnung trage und die unterschiedlichen Größenverhältnisse nicht berücksichtige. Das Gebot der Ehrlichkeit verlange einen nüchternen Text, der sich an den Modellen aus den 70er Jahren orientiere.

Der sowjetische Entwurf weicht vor allem in folgenden vier Punkten von dem unsrigen ab:

– schwergewichtige Präambel („Bereitschaft, gemeinsam und (oder) parallele Anstrengungen ... zu unternehmen“);
– Gewaltverzichtsklausel;
– detaillierte, aber selektive Umschreibung der Themen von Rüstungskontroll-Konsultationen mit Zielvorgaben;
– Festlegung auf globale Konsultationsthemen in der Terminologie des sowjetischen Konzepts des Systems umfassender internationaler Sicherheit.

Nach dem ersten Durchgang wurde in einer gesonderten Redaktionssitzung ein konsolidierter Text mit Klammern zusammengestellt, der den jetzigen Diskussionsstand wiedergibt.

Ich lege Ihnen hiermit diesen Text zu Ihrer Unterrichtung vor (ein Doppel geht an MD Teltschik). Zugleich lasse ich den Text im Haus prüfen.[10] Nach Eingang der Stellungnahme wird Ihnen – möglichst noch in dieser Woche – eine Entscheidungsvorlage vorgelegt werden.[11]

2) Generalkonsulate Kiew/München[12]

2.1) Berlinfragen

– Zur Frage der Betreuung juristischer Personen aus Berlin (West) schlug Bondarenko einen Text vor, der uns voll befriedigt.[13]

10 Am 23. November 1987 leitete Vortragender Legationsrat Libal die überarbeitete Fassung eines Konsultationsprotokolls an die Referate 221, 230, 421 und 500 mit der Bitte um Stellungnahme bis 25. November 1987. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 143534.

11 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte am 30. November 1987 einen neuen Entwurf für ein Konsultationsprotokoll vor, den er, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesministers Genscher, Botschafter Kwizinskij als „revidierten deutschen Vorschlag“ übergeben wollte. Vgl. Referat 213, Bd. 143534.

12 Zu den Verhandlungen über die Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik und der UdSSR in Kiew bzw. München vgl. Dok. 133.
Referat 213 vermerkte am 15. September 1987: „In der letzten regulären Gesprächsrunde (21.5.) legte die sowjetische Seite den Entwurf eines Verhandlungsprotokolls vor, das während des Bonn-Besuchs von AM Schewardnadse […] nach sowjetischem Wunsch unterzeichnet werden soll. Dieser Entwurf sieht im einzelnen vor: Amtsbezirke: Bayern und Ukraine mit der Möglichkeit zur späteren Vergrößerung (entspricht auch unseren Vorstellungen); Personalquote: 27, d. h. weitgehende Annäherung an unser Angebot von 25 Personen! […] Zusage der gegenseitigen Unterstützung bei Regelung der Unterbringung; Möglichkeit der Funkverbindung für die Generalkonsulate; Ankündigung, daß Vertretungen bis zum 1.7.1988 eröffnet sein sollen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143543.
Am 13. November 1987 vermerkte Referat 213, seit der Gesprächsrunde am 21. Mai 1987 seien weitere Vorschläge ausgetauscht worden: „Während bei einer Reihe von Punkten uns nur redaktionelle Differenzen trennen (Funkverkehr, Kurierverbindung, Dienstreisen etc.), bestehen materielle Unterschiede von Bedeutung v. a. in den folgenden Fragen: Wir versuchen von der sowjetischen Seite die

– Bondarenko will die von uns aus Berlingründen gewünschte Struktur der Vereinbarung (einseitige Noten anstatt Notenwechsel) anscheinend konzedieren, hat aber noch Probleme mit der eigenen Rechtsabteilung.

2.2) In der schwierigsten übriggebliebenen Sachfrage (Zugang von Sowjetbürgern zum Generalkonsulat) bewegen wir uns ebenfalls auf eine Einigung zu. Bondarenko bot in der Sache die Formel aus dem KSZE-Dokument von Madrid[14] an. Er wies eindringlich darauf hin, daß die Amtsspitze eingeschaltet worden sei, es aber die Macht des Außenministeriums übersteige, eine Ausnahmeregelung, wie wir sie wünschten, durchzusetzen. Ihnen selbst seien die Zwischenfälle unangenehm, man bemühe sich, sie zu verhindern. Unter Hinweis darauf, daß sich die interne Behandlung der humanitären Fragen entwickle, stellte er eine bilaterale Vereinbarung für die Zukunft in Aussicht.

Ich unterstrich die Notwendigkeit einer Zusicherung, daß der Zugang besser gehandhabt werde als in der Vergangenheit. Die Aufnahme der Madrid-Formel in die Vereinbarung wird einen Fortschritt darstellen.

3) Zwei-Jahres-Kulturprogramm[15]

Wir haben in der zweiten, von Dg21[16] geleiteten Sitzung die am 5./6.10. in Moskau begonnenen Gespräche über die strittigen Berlinfragen (Betreuungsmodali-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1693

Zusage zu erhalten, daß ungehinderter Zugang zu unserem Konsulat auch für Sowjetbürger gewährt wird. […] Die SU hat die von uns gewünschte Zusage bislang noch keinem anderen Land gewährt. Sie verweist regelmäßig auf die Bestimmungen der eigenen Rechtsordnung und die internationalen Verpflichtungen, für die Sicherheit der diplomatischen/konsularischen Vertretungen zu sorgen. Ein möglicher Kompromiß könnte auf der Grundlage des Madrider KSZE-Schlußdokuments („der Zugang von Besuchern zu diesen Missionen wird unter gebührender Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheitsbedürfnisse dieser Missionen gewährleistet") zustande kommen. […] Struktur der Dokumente, in die wir die zwischen beiden Seiten vereinbarten Absprachen über die Errichtung der GK einbringen. Wir wollen vermeiden, daß die Gespräche durch deutsch-sowjetische Differenzen in bezug auf Berlin blockiert werden. Wenn wir die Absprachen in einer Form fixieren können, die den Vertragscharakter vermeidet, so benötigen wir keine schriftliche Berlin-Klausel. […] Die konsularische Betreuung der Berliner." Vgl. Referat 213, Bd. 143543.

13 Für die sowjetische Erklärung zur Frage der konsularischen Betreuung natürlicher und juristischer Personen aus Berlin (West) vgl. Referat 213, Bd. 143543.

14 Vgl. Ziffer 7 des Kapitels „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983; EUROPA-ARCHIV 1983, D 549.

15 Zum deutsch-sowjetischen Kulturprogramm vgl. Dok. 177, Anm. 29.
Nach der Sitzung der deutsch-sowjetischen Gemischten Kulturkommission vom 12. bis 14. Oktober 1987 in Moskau legte Vortragender Legationsrat Ehni am 23. Oktober 1987 den Entwurf eines Zwei-Jahres-Kulturprogramms „zur baldigen gemeinsamen Beratung mit der sowjetischen Seite" vor. Vgl. Referat 213, Bd. 143612.
Am 17. November 1987 berichtete Ehni über Verhandlungen zum Zwei-Jahres-Kulturprogramm, die vom 11. bis 16. November 1987 in Moskau stattfanden: „Die Verhandlungen (insgesamt über 28 Stunden) waren eine Sitzung des Redaktionskomitees mit dem Mandat des Plenums der Gemischten Kulturkommission vom 12. bis 14.10.1987 zur Textformulierung. Die sowjetische Seite machte ihren Verhandlungswillen und positiven Verhandlungsgeist deutlich (u. a. zeitweise Leitung durch den Ersten Stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung Kultur und humanitäre Fragen im SAM, Botschafter Kupzow, zusammen mit Vertretern des Hochschul-, des Schul- und des Kulturministeriums). Trotzdem waren die Verhandlungen langwierig und gelegentlich auch hart." Die offenen Probleme seien folgende: „a) Anzahl und Struktur der Listen der kulturellen Austauschvorhaben und der Hochschulpartnerschaften (Berlin); b) Übertragung des WTZ-Modells auf die kulturelle Zusammenarbeit (personenbezogene Postfachlösung für Mitarbeiter des Deutschen Archäologischen Instituts). Hinweis von sowjetischer Seite auf Dreistufigkeit bei WTZ (Rahmenabkommen, drei Ressortvereinbarungen, Programmlisten mit Postfachlösung); c) Sowjetische Seite setzt alle Bezeichnungen, die das Wort ‚deutsch' enthalten (außer deutsche Sprache) konsequent in Anführungszeichen […]. Sowjeti-

täten, Direktkontakte, analoge Anwendung des WTZ-Modells[17], Listen, Berlin-Klausel) fortgesetzt und beachtliche Fortschritte erzielt.[18] Die Sachfragen waren nicht Gegenstand der Konsultationen.

4) Ich habe auf die Notwendigkeit hingewiesen, der menschenrechtlichen Dimension auch im bilateralen Verhältnis mehr Raum zu geben, und nach dem amerikanischen Muster die Bildung einer Expertengruppe über humanitäre Fragen[19] vorgeschlagen. Bondarenko verhielt sich nicht abweisend. Wir einigten uns, Einzelheiten über unsere Botschaft an das sowjetische Außenministerium heranzutragen.[20]

5) Informationsaustausch mit der Sowjetunion

Ich habe Verbesserungen in der PÖA[21] vorgeschlagen (Vortragsveranstaltungen, Fernsehauftritte, Erhöhung der Auflage von „Guten Tag“[22]). Außerdem hatten wir einen ausführlichen Meinungsaustausch über das Problem Deutsche Welle.[23] Auch dieses Thema soll durch die Botschaft Moskau vertieft werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1694

sche Seite wünscht Streichung des Punktes/Ziffer zur ‚Deutschen Forschungsgemeinschaft'. d) Kapitel IX: Sowjetische Seite lehnt Übermittlung von Angaben über unsere Botschaft Moskau ab, da sie annimmt, daß auf diese Weise Angaben zu Berliner Vorhaben einbezogen werden. Kapitel XI: Sowjetische Seite lehnt das Wort Bundesländer ab und spricht statt dessen von Ländern der Bundesrepublik Deutschland; e) Schlußbestimmungen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143612.

16 Dieter Kastrup.

17 Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.
Zur Unterzeichnung des Abkommens und zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

18 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ulrich vom 20. November 1987 über die Delegationsgespräche unter Leitung des Ministerialdirigenten Kastrup und des Abteilungsleiters im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am selben Tag; Referat 213, Bd. 143612.

19 Beim Aufenthalt des amerikanischen Außenministers vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vereinbarten Shultz und der sowjetische Außenminister Schewardnadse am 13. April 1987 die Einrichtung einer bilateralen Expertengruppe über humanitäre Fragen. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 144.

20 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen informierte am 10. Dezember 1987, daß er die Bildung einer Expertengruppe über humanitäre Fragen bei den Direktorengesprächen mit der UdSSR am 19./20. November 1987 angesprochen habe. Ferner schlug er vor: „Wir sollten eine Konzeption für die Arbeit dieser Gruppe entwerfen, um sie dann über unsere Botschaft an das SAM heranzutragen. Eine Möglichkeit wäre, daß sich die Expertengruppe primär mit den konkreten Aufgaben befaßt (Familienzusammenführung, Vergleich von Listen der Ausreisewilligen, Einsicht in die Vermißten-Karteien, Besuchsreisen, Visa-Erteilung, Urkundenanforderungen etc.), die bereits auf anderer Ebene […] erörtert worden sind. Zu prüfen wäre ferner, ob die Expertengruppe sich an das Konzept anlehnen sollte, das die Amerikaner und Sowjets für ihre bilaterale Zusammenarbeit auf dem humanitären Gebiet entwickelt haben; dies scheint eher global und prinzipiell angelegt zu sein.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143539.

21 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

22 Zu der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung seit 1979 herausgegebenen Zeitschrift „Guten Tag“ vgl. Dok. 177, Anm. 27.
In einer Aufzeichnung des Presse- und Informationsamtes vom 6. November 1987 hieß es: „Nach einer Anfangsphase von 30 000 (1979–1982) und 45 000 Exemplaren (1983–1985) erscheint ‚Guten Tag' seit Januar 1986 in einer Auflage von 60 000 Exemplaren.“ Die Zeitschrift sei „in der Sowjetunion bekannt und geschätzt“. Dies würden Leserbriefe und „kritische, aber nicht destruktive Auseinandersetzungen“ der sowjetischen Medien mit „Guten-Tag“-Artikeln zeigen: „Wegen der großen Nachfrage in der Sowjetunion ist geplant, die Auflage von ‚Guten Tag' in den nächsten Jahren um 40 000 Exemplare auf insgesamt 100 000 Exemplare zu erhöhen und die Anzahl der Städte von 47 auf 70 zu erweitern.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143516.

23 Zu den sowjetischen Störaktionen gegen die Deutsche Welle vgl. Dok. 206, Anm. 6.
In einem gemeinsamen Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken und des Vortragenden Legationsrats Sommer vom 10. September 1987 wurde ausgeführt, die systematischen, 1968 be-

6) Umweltschutzabkommen[24]

Die Diskussion war sehr schwierig. Immerhin erklärte sich Bondarenko bereit, über eine Lösung nachzudenken, die kein Prinzip etabliert.

7) EG/RGW[25]

Wir haben Bondarenko über das Ergebnis der Abstimmung mit allen Beteiligten (Kommission, Berliner Senat, Alliierte) unterrichtet und auf dieser Grundlage die Frage erörtert. Bondarenko erklärte, er müsse in Moskau erneut in den Prüfungsprozeß eintreten.

III. Zum weiteren Vorgehen

Wir werden, soweit zu den einzelnen Themen notwendig, die Verhandlungen und Gespräche auf den bisherigen Kanälen fortsetzen. Der sowjetische Wunsch ist, daß wir möglichst bis Mitte Januar 1988 abschließen (so Bondarenko ausdrücklich zum Konsultationsprotokoll).[26] Wegen der Berlin-Fragen und der Generalkonsulate haben wir eine dritte Runde vereinbart, zu der Dg21 im Januar erneut nach Moskau reisen sollte.[27]

Richthofen

Referat 213, Bd. 143539

Fortsetzung Fußnote von Seite 1695

gonnenen Störungen des russischen Programms der Deutschen Welle würden andauern: „Die Kritik der Sowjets an der D[eutschen]W[elle] wurde u. a. von Botschafter Kwizinskij am 6.10.86 in einer Demarche gegenüber StS Meyer-Landrut zum Ausdruck gebracht. Die Hauptvorwürfe lauteten: Ausstreuung von Lügen und Verleumdungen; statt Berichterstattung über die BR Deutschland Einmischung in die inneren Angelegenheiten der SU; besondere Verantwortung der Bundesregierung angesichts der Belastungen der Vergangenheit." Vgl. Referat 213, Bd. 143617.

24 Zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 268, Anm. 34.
Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 9. Dezember 1987: „In den Expertengesprächen zu Berlin-Fragen Anfang Oktober in Moskau und am 20. November in Bonn wurden […] zunächst beiderseits die bisherigen Standpunkte ausgetauscht. Ich habe auf persönlicher Grundlage den Vorschlag eingeführt, die Möglichkeit eines Kompromisses dahingehend zu prüfen, daß die Auflistung der Berliner Teilnehmer im Arbeitsplan unterschiedlich gehandhabt wird, nämlich zu einzelnen Vorhaben in der bisherigen Reihenfolge, zu anderen Projekten jeweils am Ende. Die sowjetische Delegation äußerte sich hierzu nicht. Möglicherweise liegt in dieser Richtung der Weg für einen Kompromiß". Vgl. Referat 213, Bd. 143603.

25 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.
Referat 411 notierte am 6. November 1987: „Bei Gesprächen mit EGK hat RGW zunächst Aufnahme einer G[eltungs]B[ereichs]K[lausel] in Gemeinsame Erklärung (GE) abgelehnt mit der Begründung, Erklärung sei kein Vertrag, Aufnahme von GBK widerspräche daher Praxis der EG. EGK hält (mit unserer Unterstützung) daran fest, daß GBK in GE unverzichtbar ist. […] In bilateralen Sondierungen mit uns (EGK ist unterrichtet) bemüht sich SU um Verständigung. In bisherigen Gesprächen Botschafter Meyer-Landrut/Bondarenko und D2/Kwizinskij haben sich folgende Elemente für eine Lösung ergeben: GBK wird in GE im Standardwortlaut aufgenommen; aus nicht erklärten Gründen will SU in GBK aber keine Bezugnahme auf Gebiet des RGW […]; in GE wird allgemeine Unberührtheitsklausel mit Hinweis auf ‚zwei- und mehrseitige Verträge' aufgenommen; RGW gibt – wie im Textilabkommen EG–Ungarn – außerhalb GE einseitige Erklärung ab mit Hinweis auf ‚Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie das Vier-Mächte-Abkommen vom 3.9.1971'; bei allen weiteren bilateral zwischen RGW-MS und EG auszuhandelnden Verträgen wird keine Unberührtheitsklausel, sondern nur GBK aufgenommen; jeweiliger RGW-MS gibt außerhalb des Vertrages einseitige Gegenerklärung ab, so wie im Fall des Textilabkommens EG–Ungarn". Vgl. Referat 213, Bd. 143596.

26 Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichneten das Protokoll über Konsultationen am 19. Januar 1988. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1988, S. 56.

27 Ministerialdirigent Kastrup hielt sich am 2./3. März 1988 in der UdSSR auf.

334

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-542.40 RUM-1137/87 geheim **24. November 1987**[1]

Über Herrn Dg 21[2]/D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister

Betr.: Aussiedlung Deutscher aus Rumänien;
hier: Ihr Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler zur Vorbereitung Ihres Rumänienbesuchs (17./18. Dezember 1987)[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zur Vorbereitung Ihres bevorstehenden Besuchs in Bukarest wollten Sie das Ausreisethema und die damit zusammenhängenden Fragen mit dem Herrn Bundeskanzler besprechen. Wie wir aus dem Bundeskanzleramt hören, ist dort dem Bundeskanzler ebenfalls vorgeschlagen worden, über dieses Thema mit Ihnen zu sprechen.

II. Die rumänische Seite wird auch in diesem Jahr in quantitativer Hinsicht der am 30.6.1988 auslaufenden, von den Beauftragten abgeschlossenen „Konvention" gerecht werden (Mindestzahl 11000).[6] Setzt sich die zur Zeit rückläufige Tendenz fort (1.1.1987–31.10.1987 11032 Personen), wird zum Jahresende allerdings nur mit Zahlen zu rechnen sein, die in etwa denen des Vorjahres (13130) entsprechen.

Nicht zu übersehen ist auch, daß sich das Schmiergeldunwesen insbesondere im Banat wieder ausgebreitet hat und Ausreisewillige nach wie vor benachteiligt werden.

Bisher erhält Rumänien

– für jeden in die Bundesrepublik auswandernden deutschen Volkszugehörigen (und ggf. nichtdeutschen Ehegatten) DM 7800,- zuzüglich pauschal jährlich 32 Mio. DM. 1986 beliefen sich diese Zahlungen auf rd. 135 Mio. DM.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Vortragendem Legationsrat von Blücher konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Kastrup am 24. November 1987 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 24. November 1987 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Sudhoff am 25. November 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 26. November 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 18. Dezember 1987 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM" über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 18. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Blücher am 21. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte.

5 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien vgl. Dok. 375.

6 Zwischen der Bundesrepublik und Rumänien wurden 1973 Absprachen über die Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien getroffen, die gegen finanzielle Leistungen der Bundesregierung gewährt wurde. Am 7. Januar 1978 schlossen beide Seiten eine auf fünf Jahre angelegte Vereinbarung, die durch eine weitere Übereinkunft vom 24. März 1981 bis 30. Juni 1983 fortgeschrieben wurde. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 11, und AAPD 1981, I, Dok. 101.
In Gesprächen am 20./21. Mai 1983 in Bukarest kamen beide Seiten u. a. überein, daß Rumänien im Zeitraum vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1988 jährlich 11000 rumänischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit die Ausreise ermöglichen werde. Die Bundesregierung sollte für jede Person 7800 DM zahlen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 182.

An aktuellen, d.h. innerhalb der letzten fünf Jahre bekundeten oder wiederholten Ausreisewünschen sind

a) rd. 68000 Fälle registriert. Während des genannten Zeitraums nicht erneuert wurden weitere

b) 23000 vom DRK früher festgehaltene Aussiedlungsbegehren. Die Landsmannschaften gehen von weit höheren tatsächlichen Zahlen aus. Belegen lassen sich ihre Schätzungen,

c) 80% der in Rumänien lebenden rd. 220000 Deutschen, allerdings nicht.

III. Gelänge es, die rumänische Seite dazu zu bewegen, einer Lösung der Ausreisewünsche innerhalb von drei Jahren zuzustimmen, so wären bei gleichbleibenden Preisen im Fall der Varianten (s.o.)

a) (68000 Personen) jährlich rd. 210 Mio. DM, d.h. insgesamt 627 Mio. DM;

b) (91000 Personen) jährlich rd. 269 Mio. DM, d.h. insgesamt 806 Mio. DM; und

c) (180000 Personen) jährlich rd. 500 Mio. DM, d.h. insgesamt rd. 1,5 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt zu bestreiten.

Hierin nicht enthalten sind die „kostenneutralen", weil stets als Rückführungskosten anfallenden Fahrtkostenpauschalen von DM 350,- pro Person.

Zu rechnen ist überdies mit einem anspruchsvollen rumänischen Forderungskatalog auf wirtschaftlichem Gebiet, so hinsichtlich einer Verlängerung der Sonderbürgschaft Temeschwar (700 Mio. DM)[7],

- Sonderkrediten für Engagements der deutschen Wirtschaft in Rumänien,
- Verlängerung des Bürgschaftsplafonds (300 Mio. DM) für normale Exportgeschäfte[8],
- des Engagements der DEG,
- Genehmigung für die Ausfuhr von Technologien, die unter die Kontrolle des COCOM fallen.

IV. Ceauşescus Politik der rigorosen Hartwährungsentschuldung[9] und auch sich verringernde rumänische Exportüberschüsse haben Bukarest bislang nicht dazu

7 Referat 421 berichtete am 9. Juni 1987: „Seit Januar 1978 (Besuch BK Schmidt in Rumänien) wird industrielles Großprojekt Timişoara zwischen beiden Seiten diskutiert. Durch die Ansiedlung von Produktionsbetrieben in diesem Gebiet (nach rumänischen Plänen insbesondere Elektronik und Hydraulik) sollte auch der deutschstämmigen Bevölkerung bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen geholfen werden. Zur Erleichterung der Durchführung dieses Vorhabens wurde von der Bundesregierung ein Sonderbürgschaftsrahmen von 700 Mio. DM bereitgestellt, dessen Laufzeit am 28.6.1983 um fünf Jahre verlängert wurde." Ferner seien auf Vorschlag von BM Genscher Bevollmächtigte zur beschleunigten Durchführung des Projekts sowie eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden. Diese Arbeitsgruppe sei vom 10. bis 13. März 1986 zu ihrer vierten Tagung zusammengekommen. Vgl. Referat 214, Bd. 139535. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 110.

8 Referat 421 vermerkte am 9. Juni 1987: „Der von der Bundesregierung für 1984 eingerichtete Plafond von 300 Mio. DM für Ausfuhrbürgschaften nach Rumänien wurde bisher nur in geringem Maße ausgenutzt (knapp 100 Mio. DM). Der Restplafond des Jahres 1984 wurde daher in die Jahre 1985, 1986 und 1987 übernommen. Im Falle des Ausschöpfung im laufenden Jahr würde über einen neuen Plafond beraten." Vgl. Referat 214, Bd. 139535.

9 Die Botschaft in Bukarest berichtete im Länderbericht für Rumänien mit Stand vom 1. September 1987: „Durch eine strenge Limitierung der Importe aus westlichen Ländern sowie durch große Anstrengungen, die rumänischen Ausfuhren in allen möglichen Bereichen zu erhöhen, konnte in den letzten Jahren eine beachtliche Verringerung der Auslandsverschuldung erzielt werden. Die West-

veranlaßt, die Ausreisezahlen deutlich zu erhöhen und damit aus dem „Exportartikel Mensch“ mehr Kapital zu schlagen.

Verläßliche Prognosen für die künftige rumänische Haltung läßt die Persönlichkeitsstruktur Ceauşescus nicht zu.

Ein spektakulärer Massenexodus von 180000 Menschen in wenigen Jahren würde Rumänien vor wirtschaftliche Probleme (Verlust von Arbeitskräften) stellen und wird auch mit dem Prestigedenken Ceauşescus nur schwer zu vereinen sein.[10]

In jüngeren Einlassungen zum Thema (Gespräche mit MdB Stercken Juli 1986[11] bzw. NRW-Arbeitsminister Heinemann September 1987[12]) erklärte Ceauşescu zwar die rumänische Bereitschaft, „Probleme der Familienzusammenführung“ aus humanitären Gründen zu bearbeiten, betonte aber als Prinzip rumänischer Politik, die deutsche Minderheit im Lande zu halten.

Die oben erwähnte Konvention spricht demgegenüber nicht von „Familienzusammenführung“, sondern – weiter gefaßt – von „Auswanderung rumänischer Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit“. Im Schlußsatz der Konvention erklären beide Seiten „gemeinsam ihren guten Willen, die Zusammenarbeit auch nach dem 30. Juni 1988 fortzuführen“ und rechtzeitig Verhandlungen über die Fortführung aufzunehmen.

V. Die rumänische Seite hat angekündigt, daß sie bei Ihrem Besuch auf Festsetzung eines Termins für die Rumänien-Reise des Bundeskanzlers dringen werde. Im Bundeskanzleramt ist man der Ansicht, daß die BK-Reise im Zusammenhang mit dem Abschluß einer neuen Ausreisekonvention durchgeführt werden sollte. Diese Auffassung wird hier geteilt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1698

verschuldung dürfte noch ca. 5,5 Mrd. US-Dollar betragen und soll nach Vorstellung der rumänischen Führung bis zum Ende des gegenwärtigen Fünfjahresplans 1986–1990 restlos abgetragen werden. […] Trotz des Rückgangs des rumänischen Exportvolumens wurde 1986 nach offiziellen Angaben ein Überschuß von 2 Mrd. US-Dollar erwirtschaftet.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1111 vom 8. September 1987; Referat 214, Bd. 139531.

10 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Hinzu kommt die Präzedenzwirkung in bezug auf die ungarische Minorität. Die Auswanderung eines so großen Bevölkerungsteils aus einem Siedlungsgebiet dürfte auch Probleme der Nachbesiedlung aufwerfen.“

11 Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Stercken, besuchte Rumänien vom 14. bis 18. Juli 1986. Am 16. Juli 1986 führte er ein Gespräch mit Präsident Ceauşescu. Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, berichtete am folgenden Tag, daß Ceauşescu, von Stercken auf die Frage der Deutschstämmigen in Rumänien angesprochen, sich dafür ausgesprochen habe, daß „die Menschen dort bleiben und für bessere Lebensbedingungen arbeiten und kämpfen“ sollten, „wo sie geboren seien. […] Eine Zeitlang nach dem Zweiten Weltkrieg sei der massive Ausreisewunsch verständlich und berechtigt gewesen, diese Zeit sei aber vorüber.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 527; Referat 214, Bd. 139529.

12 Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Heinemann, hielt sich vom 2. bis 10. September 1987 in Rumänien auf. Am 10. September 1987 wurde er von Präsident Ceauşescu zu einem Gespräch empfangen. Botschafter Matthias, Bukarest, berichtete am 11. September 1987, daß zunächst Wirtschaftsfragen erörtert worden seien. Dann sei Heinemann auf seine Reise durch Siebenbürgen eingegangen, wo er zahlreiche Gespräche mit Deutschstämmigen geführt habe. Von ihnen habe er erfahren, daß sie zwar „keine Nachteile im täglichen Leben“ erdulden müßten, aber dennoch viele in die Bundesrepublik ausreisen wollten. Ceauşescu habe darauf geantwortet, „daß Probleme der Familienzusammenführung auch weiterhin auf humanitärer Basis bearbeitet würden“. Zugleich habe er betont, „daß es Prinzip rumänischer Politik sei, die deutsche Minderheit im Lande zu halten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 748; Referat 012-9, Bd. 138656.

Sie hatten Ihren Besuch 1983 (31.5./1.6.) durchgeführt[13], unmittelbar nachdem die Beauftragten[14] die derzeit noch gültige „Konvention“ abgeschlossen hatten (21. Mai 1983).

Referat 421 hat mitgezeichnet.

Derix

VS-Bd. 13502 (214)

335

Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow

Geheim **24. November 1987**[1]

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für Ihr Schreiben vom 1. Oktober 1987[2] danke ich Ihnen. Ich habe Ihre Ausführungen über Stand und Perspektiven der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten und über aktuelle internationale Fragen mit großer Aufmerksamkeit und mit lebhaftem Interesse zur Kenntnis genommen. Ihrer Aufforderung, Ihnen dazu meine Überlegungen mitzuteilen, komme ich gerne nach.

In meiner Regierungserklärung vom 18. März d.J.[3] habe ich unterstrichen, daß die Bundesregierung auch künftig den Beziehungen zur UdSSR zentrale Bedeutung zumißt. Dementsprechend liegt auch mir daran, daß wir diese Beziehungen gemeinsam überdenken und durch Anstrengungen beider Seiten auf ein neues, höheres Niveau heben.

13 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 31. Mai bis 1. Juni 1983 in Rumänien vgl. AAPD 1983, I, Dok. 163 und Dok. 164.

14 Heinz Günther Hüsch (Bundesrepublik) und Stelian Octavian Andronic (Rumänien).

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 24. November 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach mit der Bitte übermittelt, „den Text gemäß beigefügtem Drahterlaß der Botschaft Moskau übermitteln und das Original mit nächstem Luftbeutel nachsenden zu lassen“. Laut beigefügtem Drahterlaß wurde Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, gebeten, das „Schreiben des Bundeskanzlers an GS Gorbatschow (nebst dort zu fertigender Höflichkeitsübersetzung) schnellstmöglich dem Empfänger persönlich oder aber AM Schewardnadse zu übermitteln“.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 24. November 1987 vorgelegen.
Hat Pfetten-Arnbach am 25. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik verfügte.
Hat Holik am 25. November 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben und den Drahterlaß; VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.

3 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

Wir sind uns dabei bewußt: Jedes Bemühen, unsere Beziehungen solider und stabiler zu gestalten, liegt nicht nur im Interesse unserer Völker, sondern dient zugleich dem Frieden und der Zusammenarbeit in ganz Europa. Dies erlegt uns eine besondere Verantwortung auf. Um so wichtiger scheint mir, daß wir hierüber bald einen persönlichen Gedankenaustausch führen.

Der Wunsch der Menschen unserer beiden Staaten, die Beziehungen zu festigen, zu vertiefen und zukunftsgewandt zu gestalten, ist ein gutes Fundament für unsere Bemühungen. Meine Mitbürger möchten mit den Völkern der Sowjetunion Freundschaft pflegen. Sie haben die düsteren Kapitel der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht vergessen. Sie haben aus der leidvollen Geschichte gelernt.

Zugleich sind sie sich der Tatsache bewußt, daß die gemeinsame Geschichte nicht nur von Kriegen und Konflikten belastet, sondern durch lange Perioden freundschaftlicher Zusammenarbeit und fruchtbaren gegenseitigen Austausches bereichert worden ist. Sie selbst haben in Ihrem Schreiben an diese guten Traditionen erinnert. Wir möchten darauf aufbauen.

Im Moskauer Vertrag[4] besitzen wir eine feste Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Beziehungen. Er hat Perspektiven eröffnet, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Hier liegt die konkrete Aufgabe der politisch Verantwortlichen, zu der ich stehe.

Ich teile Ihre Auffassung, daß man in der praktischen Politik von der realen Lage der Dinge ausgehen muß. Zur realen Lage der Dinge zählen das Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes und sein Wunsch, die Teilung friedlich zu überwinden. Zur realen Lage zählt, daß die Bundesrepublik Deutschland die von ihr geschlossenen Verträge nach Buchstaben und Geist einhält. Sie erhebt keinerlei Gebietsansprüche gegen irgend jemanden. Sie achtet die territoriale Integrität aller Staaten und die Unverletzlichkeit aller Grenzen in Europa. Wie Bundespräsident von Weizsäcker bei seinem Staatsbesuch in der Sowjetunion[5] zum Ausdruck gebracht hat, geht es uns bei unserem legitimen Wunsch, die Teilung zu überwinden, um Humanität und Selbstbestimmung, die das ebenso legitime Streben aller Länder nach sicheren Grenzen und nach stabilen politischen Verhältnissen in Europa achtet.

Zur realen Lage zählt ferner, daß die Bindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) bei strikter Einhaltung und voller Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens[6] aufrechterhalten und entwickelt werden. Wir haben für die wirksame Einbeziehung von Berlin (West) in unsere bilateralen Verträge einen pragmatischen Weg vereinbart, der die Standpunkte beider Seiten respektiert.[7] Wenn dieser Weg, wie wir dringend wünschen, für die Gestaltung

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

5 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

6 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

7 Die Formulierung einer Berlin-Klausel war das Ergebnis von Gesprächen zwischen Staatssekretär Frank und dem sowjetischen Botschafter Falin vom 25. bis 27. März 1972. Vgl. dazu AAPD 1972, I, Dok. 74 und Dok. 86.

der vertraglichen Grundlagen unserer Zusammenarbeit auf allen Gebieten angewendet wird, könnten fortbestehende Schwierigkeiten rasch überwunden und die Beziehungen insgesamt substantiell fortentwickelt werden. In dieser Hinsicht messen wir dem bevorstehenden Besuch von Außenminister Schewardnadse große Bedeutung bei.[8]

Ich teile Ihre Auffassung, daß wir nunmehr daran gehen sollten, all das Positive, das unsere Länder verbindet und die Völker einander näher bringt, nach Kräften fortzuentwickeln. Wir sind zu umfassender Zusammenarbeit bereit. In vielen Bereichen können wir auf guten Grundlagen aufbauen.

Wir sind bereit, den politischen Dialog auf allen Ebenen zu intensivieren. Ein Protokoll über Konsultationen[9] soll ihm die Qualität geben, die seiner Bedeutung entspricht.

Mit der Einrichtung neuer Generalkonsulate in Kiew und München[10] wollen wir die nicht zuletzt kulturell bedeutsamen Hauptstädte einer Unionsrepublik bzw. eines Bundeslandes verstärkt in den Austausch einbeziehen.

Wir wollen die zur Zeit unbefriedigende Entwicklung unseres Handelsaustauschs rasch überwinden und den Wirtschaftsaustausch durch neue Formen der Zusammenarbeit bereichern. Ich rege in diesem Zusammenhang erneut den Abschluß eines Vertrages über Schutz und Förderung von Investitionen[11] an.

Die in diesem Jahr in Kraft getretenen Vereinbarungen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit[12] sollten nunmehr zügig in die Praxis umgesetzt

8 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

9 Zum geplanten Konsultationsprotokoll mit der UdSSR vgl. Dok. 333.

10 Zu den Verhandlungen über die Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik und der UdSSR in Kiew bzw. München vgl. Dok. 333, Anm. 12.

11 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 13. Oktober 1987 hieß es: „Das Protokoll der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission vom April 1987 stellt zum Thema Investitionen fest: ‚…Beide Seiten sind der Auffassung, daß der Abschluß eines Investitionsförderungs- und Schutzvertrags für die Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen auf dem Territorium der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nützlich wäre, und erklären sich bereit, hierüber Verhandlungen aufzunehmen.‘ […] Die Bundesregierung hat im Juli 1987 der sowjetischen Seite über die Botschaft in Moskau unseren Vertragsvorschlag (Mustervertrag) übergeben. Die sowjetische Seite hatte zuvor einen russischen Entwurf in Aussicht gestellt und Verhandlungen für das dritte Quartal 1987 vorgesehen. Eine russische Reaktion auf den deutschen Textvorschlag ist bis heute nicht erfolgt. […] Ob ein Investitionsförderungs- und Schutzvertrag mit der Sowjetunion in absehbarer Zeit ausgehandelt werden kann, erscheint fraglich. Die in einem IFV vorgesehenen Kernelemente, wie umfassende Definition des Kapitalanlagebegriffs, Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsgarantie sowie Entschädigung, freier Transfer für Kapital und Erträge, internationale Schiedsgerichtsbarkeit sowohl für Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten als auch zwischen Investor und Staat, werden die sowjetische Seite vor erhebliche ideologische und praktische Probleme stellen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140464.

12 Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.
Zur Unterzeichnung des Abkommens und zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.
Das Abkommen trat am 7. Juli 1987 in Kraft. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 394.
Zu den gleichfalls am 7. Juli 1987 in Kraft getretenen Ressortabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft sowie im Bereich der Agrarforschung vgl. Dok. 126, Anm. 20.

werden. Deshalb sollte die vereinbarte Gemischte Kommission möglichst rasch zusammentreten.

Wir wünschen die baldige Unterzeichnung des in diesem Jahr fertig verhandelten Abkommens über die Zusammenarbeit im Umweltschutz[13] und des ebenfalls bereits ausgearbeiteten Abkommens über Binnenschiffahrt[14]. Ein weiteres Abkommen über den Seeverkehr steht vor dem Abschluß.[15]

Für den gegenseitigen kulturellen Austausch gilt das Wort von den unausgeschöpften Möglichkeiten im besonderen Maße.[16] Sein jetziger Umfang entspricht weder den großen Beiträgen unserer Völker zur gemeinsamen Kultur Europas, noch den konkreten Wünschen der Menschen, die kulturellen Leistungen des anderen Volkes umfassend kennenzulernen. Wir sollten deshalb in nicht zu ferner Zukunft die Errichtung von Kulturinstituten ins Auge fassen.

Besonders wichtig halte ich die Erweiterung der zwischenmenschlichen Kontakte und die Verbesserung der Möglichkeiten, sich über das andere Land zu informieren. Deshalb sollten wir Initiativen zum gegenseitigen Kennenlernen – auch auf nicht-staatlicher Ebene – nach besten Kräften fördern und dabei dem Jugendaustausch besondere Aufmerksamkeit widmen.

In diesem Zusammenhang verzeichne ich mit besonderer Befriedigung, daß im laufenden Jahr eine vergleichsweise hohe Zahl von Sowjetbürgern deutscher Nationalität die Genehmigung zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erhalten hat. Ich hoffe im Interesse unserer Beziehungen, daß sich diese positive Entwicklung fortsetzen und verstärken läßt.

Herr Generalsekretär, die Tagesordnung unserer Beziehungen ist bereits jetzt reichhaltig, und die Chancen, schnelle und substantielle Fortschritte zu erzielen, liegen auf der Hand. Wir sind bereit, sie in vollem Umfang zu verwirklichen.

Mit besonderer Genugtuung stelle ich fest, daß auch die Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses insgesamt den Ausbau unserer bilateralen Beziehungen begünstigt. Ich habe die Ergebnisse der jüngsten Begegnungen der Außenminister der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau und Washington[17] öffentlich als Durchbruch gewürdigt. Ich bin der Auffassung, daß

13 Zur Frage der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 333, Anm. 24.

14 Ministerialdirektor Jelonek notierte am 30. Oktober 1986: „Am 27.10.1986 wurde in Moskau nach langjährigen schwierigen Verhandlungen das deutsch-sowjetische Regierungsabkommen über Binnenschiffahrt in Anwesenheit von BM Dollinger und dem amtierenden sowjetischen Minister für Hochseeschiffahrt, Tichonow, von den beiden Delegationsleitern paraphiert." Vgl. Referat 423, Bd. 159938.
Die Unterzeichnung des paraphierten Abkommens über Binnenschiffahrt unterblieb jedoch in der Folge, da die Frage der Flaggenführung von Binnenschiffen aus Berlin (West) ungeklärt blieb. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 210 vom 6. November 1987; Referat 210, Bd. 145232.

15 Zur Frage der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Seeschiffahrt vgl. Dok. 177, Anm. 28.

16 Zum deutsch-sowjetischen Kulturprogramm vgl. Dok. 333, Anm. 15.

17 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.
Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.
Zum Besuch von Schewardnadse am 30. Oktober 1987 in den USA vgl. Dok. 302.
Zum Treffen von Shultz und Schewardnadse am 23./24. November 1987 in Genf vgl. Dok. 340.

damit eine vielversprechende Grundlage für das Treffen zwischen Ihnen und Präsident Reagan am 7. Dezember 1987 geschaffen worden ist.[18]

Die Bundesregierung sieht in einem Abkommen über die weltweite Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km einen historischen Schritt. Von Beginn an hat die Bundesregierung die INF-Verhandlungen konstruktiv mitgestaltet und mit eigenen Beiträgen einer Vereinbarung den Weg geebnet. Die positiven Worte, die Sie für meine Entscheidung vom 26. August 1987[19] gefunden haben, weiß ich zu schätzen.

Ich bin überzeugt, daß dieses Abkommen den Rüstungskontrollverhandlungen auch in anderen Bereichen positive Impulse verleihen wird. Insbesondere begrüße ich die Absicht der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika, im kommenden Jahr einen Vertrag mit dem Ziel zu schließen, ihre Potentiale strategischer Angriffswaffen zu halbieren.[20] Dabei müssen beide Verhandlungspartner Anstrengungen übernehmen, für das Verhältnis von Offensiv- und Defensivwaffen eine die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigende, kooperative Lösung zu finden. Dies gilt auch für die Anwendung des ABM-Vertrages[21].

In unserem entschiedenen Eintreten für ein möglichst baldiges weltweites Verbot der chemischen Waffen sind wir uns mit Ihnen einig.[22] Wir sind bereit, zusammen mit den anderen Mitgliedern der Genfer Abrüstungskonferenz an der Lösung der noch offenen Fragen aktiv mitzuarbeiten.

Für uns ist von entscheidender Bedeutung die Stabilisierung des Kräfteverhältnisses auch im konventionellen Bereich. Sie selbst haben in öffentlichen Äußerungen auf die Notwendigkeit hingewiesen, Ungleichgewichte dort, wo sie bestehen, abzubauen. Wir wollen Stabilität auf niedrigem Niveau. Es liegt in unserem dringenden Interesse, daß in Wien[23] ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural noch vor Jahresende vereinbart wird. Die Verhandlungen könnten dann in der ersten Jahreshälfte 1988 beginnen.

Sie kennen unsere Sorgen wegen der großen Überlegenheit, über die die Sowjetunion bei den landgestützten Flugkörpern mit weniger als 500 km Reichweite verfügt. Mit meiner Entscheidung vom 26.8.1987 habe ich deshalb den Appell an Sie verbunden, diese einseitige Bedrohung abzubauen. Damit könnten Sie ein bedeutsames positives Signal zugunsten von Stabilität und Sicherheit in Europa setzen und günstige Voraussetzungen für Rüstungskontrollverhandlungen in diesem Bereich schaffen.

Das Atlantische Bündnis hat sich in Reykjavik am 12. Juni 1987 dafür ausgesprochen, im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen amerikanische

18 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

19 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

20 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

21 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

22 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

23 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.

und sowjetische bodengestützte nukleare Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite deutlich und überprüfbar auf gleiche Obergrenzen zu reduzieren.[24]

Die Verhandlungen über konventionelle Stabilität sind nach unserer Überzeugung allerdings nicht der geeignete Rahmen für die rüstungskontrollpolitische Erfassung von Nuklearwaffen.

Ihre Anregung, unseren Gedankenaustausch auf die Architektur des künftigen Europa zu erstrecken, greife ich gerne auf. Die Bundesregierung bekennt sich seit ihrer Gründung zum politischen Ziel, eine europäische Friedensordnung zu schaffen, in der alle Völker in gleicher Sicherheit leben und sich in friedlichem Wettbewerb entwickeln, in der Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren, in der die Menschenrechte allseits geachtet werden und in der die Menschen ungehindert zueinander kommen. Dieses Ziel, das wir mit unseren Freunden und Verbündeten teilen, hat in der Schlußakte von Helsinki[25] und im Schlußdokument von Madrid[26] sichtbaren und richtungweisenden Ausdruck gefunden.

Alle Teilnehmerstaaten des gesamteuropäischen Prozesses sind aufgerufen, auf der Grundlage dieser Dokumente das Europa von heute und morgen aufzubauen. Jetzt geht es insbesondere darum, auf dem Wiener Folgetreffen ein konkretes Ergebnis zu erzielen, das für die Menschen spürbare Verbesserungen bringt und sie vom ernsten Willen aller Teilnehmerstaaten überzeugt, auch alle bisherigen Vereinbarungen im KSZE-Rahmen durchzuführen. Ich würde es ferner sehr begrüßen, wenn die von mir Ihnen gegenüber bereits im Sommer 1986 vorgeschlagene West-Ost-Wirtschaftskonferenz[27] nunmehr in Wien beschlossen würde.

Zu den europäischen Realitäten, die ich eingangs erwähnt habe, gehört auch der Prozeß der europäischen politischen und wirtschaftlichen Integration. Die Bundesrepublik Deutschland hat zusammen mit Frankreich bei diesem Prozeß von Anfang an eine führende Rolle gespielt. Dabei sind wir uns jedoch mit unseren Partnern einig, daß die Europäische Gemeinschaft nicht das ganze Europa ist. Um so mehr begrüßen wir die neuerlich bekräftigte Bereitschaft der Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft auf eine neue, feste Grundlage zu stellen.[28] Ich würde es, Herr Generalsekretär, sehr begrüßen, wenn

24 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

25 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

26 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

27 Bundeskanzler Kohl regte mit Schreiben vom 30. August 1985 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die „Einberufung einer internationalen Konferenz auf Ministerebene im Rahmen der KSZE-Mitglieder“ an. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 235.
Kohl wiederholte diesen Vorschlag im Schreiben vom 30. Januar 1986 an Gorbatschow. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 27.
Kohl unterbreitete schließlich am 26. Mai 1986 vor der VI. Interparlamentarischen Konferenz über europäische Zusammenarbeit und Sicherheit den Vorschlag einer „KSZE-Konferenz auf hoher Ebene“ über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. dazu BULLETIN 1986, S. 501.
Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

28 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 333, Anm. 25.

hierbei im ersten Halbjahr 1988, wenn die Bundesrepublik Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft innehat, konkrete Fortschritte erreicht werden könnten. Ich sehe unserem Dialog auch über diesen Fragenkreis mit großem Interesse entgegen.

Herr Generalsekretär, Sie haben sich selbst und Ihrem Lande Aufgaben von grundlegender Bedeutung gestellt. Wir verfolgen mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie Ihren persönlichen Einsatz bei der Umgestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens der Sowjetunion. Denn wir erwarten, daß die von Ihnen in die Wege geleiteten Veränderungen auch der Öffnung, dem Dialog und der Zusammenarbeit zwischen West und Ost zugute kommen werden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen Erfolg.

Ich betrachte diesen Meinungsaustausch mit Ihnen, Herr Generalsekretär, als eine wertvolle Vorbereitung unserer persönlichen Begegnung, die, wie ich hoffe, in der ersten Hälfte des kommenden Jahres stattfinden wird. Ich würde mich freuen, Sie als meinen Gast in der Bundesrepublik Deutschland zu begrüßen. Die Einzelheiten Ihres Besuches sollten beim Aufenthalt von Außenminister Schewardnadse in Bonn besprochen werden.[29]

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung
Helmut Kohl[30]

VS-Bd. 11311 (220)

29 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik erst vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4.
Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 28. November 1987: „Das Schreiben des BK an GS Gorbatschow habe ich am 28.11. AM Schewardnadse übergeben und dabei Inhalt in zusammenfassender Form vorgetragen. Sch[ewardnadse] stellte fest, daß es sich nicht um eine normale, ‚alltägliche' Botschaft, sondern um einen Text von grundlegender Bedeutung für die Beziehungen handele, den man gründlich prüfen werde, so daß er sich in diesem Zeitpunkt einer Kommentierung enthalten wolle. Er sagte zu, das Schreiben noch heute dem GS zu übergeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3803; VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

30 Die Wörter „Helmut Kohl" wurden von Bundeskanzler Kohl handschriftlich eingefügt.

336

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gemayel

25. November 1987[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel am 25. November 1987, 16.00 Uhr bis 17.30 Uhr[2]

Gesprächsteilnehmer: Bundeskanzler, Präsident Gemayel, VLRI Dr. Ueberschaer als Note-taker, Präsidentenberater Samir Fares als Note-taker, VLR Siebourg (Dolmetscherin).

Nach Begrüßung durch den *Bundeskanzler* und Dank des Gastes für die Einladung kam dieser auf seine Gespräche mit dem Bundespräsidenten[3], BM Genscher[4] und BM Klein[5] zu sprechen. Im Mittelpunkt hätten der Libanon-Konflikt[6] und die Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland zur Vermittlung und Unterstützung gestanden.

Er, *Gemayel*, stehe dem Bundeskanzler gerne zur Beantwortung aller Fragen zum Libanon und Nahost-Konflikt zur Verfügung, wolle aber zunächst eine einführende Erklärung abgeben.

Er, Gemayel, sei ein großer Freund Deutschlands und der Deutschen. Er sei erstmals als Sechzehnjähriger in den 50er Jahren in Deutschland gewesen und habe sich hier seinen Aufenthalt durch Ferienarbeit in einer Berliner Gummi-Fabrik

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 26. November 1987 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 30. November 1987 über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu maschinenschriftlicher Vermerk: „Eilt!“ Ferner vermerkte Teltschik: „Hiermit wird der von Herrn Dr. Ueberschaer gefertigte und vor Abwesenheit wegen Krankheit noch durchgesehene Vermerk über Ihr Gespräch mit Staatspräsident Gemayel vorgelegt. Sie hatten Gemayel zugesichert, dessen Vorschläge im bevorstehenden EG-Rat in Kopenhagen anzusprechen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Präsident Gemayel besuchte die Bundesrepublik vom 23. bis 27. November 1987.

3 Präsident Gemayel traf am 24. November 1987 zu einem Gespräch mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker zusammen.

4 Präsident Gemayel und Bundesminister Genscher kamen am 25. November 1987 zu einem Gespräch zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 149638.

5 Präsident Gemayel und Bundesminister Klein führten am 25. November 1987 ein Gespräch. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 692 des Botschafters Göttelmann, z. Z. Junieh, vom 30. November 1987; Referat 310, Bd. 149638.

6 Referat 310 vermerkte am 23. Oktober 1987: „Fortschreitende Kantonalisierung des Libanon, die Machtlosigkeit der Zentralregierung und die Anwesenheit fremder Kampfeinheiten sind unverändert der Nährboden für Gewalt. Die Ermordung von Ministerpräsident Karami (über die Hintermänner der Tat gibt es keine Klarheit) hat dies bestätigt. Bis zum Einmarsch von mehr als 7000 syrischen Armeesoldaten nach West-Beirut (22.2.1987) hatten der zwischen Amal-Milizen und Palästinensern ausgetragene ‚Lagerkrieg‘ um zwei palästinensische Flüchtlingslager sowie Kämpfe der untereinander verfeindeten Gruppen (Amal-Miliz einerseits, drusische, sunnitische und kommunistische Kämpfer andererseits) zu einem völligen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung geführt. Nach dem Einmarsch ist in West-Beirut eine Beruhigung eingetreten. Die Entwaffnung der Milizen konnten die syrischen Truppen jedoch bislang nur im Kerngebiet von West-Beirut durchsetzen. Eine andauernde Beruhigung der Lage würde eine Befriedung auch der südlichen Vorstädte Beiruts, wo sich besonders die pro-iranische Hisbollah verschanzt hat, und der Palästinenserlager erfordern.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141112.

verdient. In den Jahrzehnten danach habe er zahlreiche Deutschlandreisen unternommen. Er habe für Deutschland – nicht zuletzt wegen des gemeinsamen Schicksals der Teilung – stets besonderes Verständnis.

Sein, Gemayels, Vater[7] sei ein großer Förderer des Sportes im Libanon gewesen. Er habe sein Land 1936 bei den Olympischen Spielen in Berlin vertreten und sei von der Disziplin, der Ordnungsliebe und dem Patriotismus der Deutschen tief beeindruckt gewesen, ohne die negativen Seiten des damaligen Regimes zu verkennen.

Sein Vater habe später im Libanon eine politische Partei gegründet, die sich eben diese Prinzipien zu eigen gemacht habe. Diese deutschen Grundsätze stünden in erheblichem Widerspruch zu der levantinischen Mentalität der Ordnungs- und Disziplinlosigkeit und des fehlenden Bürgersinns. Da es im Libanon keine Gruppe mit vergleichbaren Prinzipien gegeben habe, sei es den Christen seit 1936 gelungen, im Libanon zu überleben – und dies trotz eines nun seit zwölf Jahren währenden Kriegszustandes.

Die Christen im Libanon seien stolz auf die von ihnen durchlebten Erfahrungen.

Vor diesem Hintergrund wolle er, Gemayel, den Bundeskanzler zur Übernahme von Verantwortung für sein von deutschen Grundvorstellungen geprägtes Land ermutigen.

Er wolle den Kanzler auch darauf hinweisen, daß die hinter ihm stehende christliche Bewegung mehrheitlich katholisch geprägt sei. Die Kraft zum Überleben und zur Integration in eine muslimische Umgebung habe der christliche Volksteil des Libanon nur durch die von ihm empfundene und übernommene Verantwortung für alle Gemeinschaften des Libanon aufbringen können. Diese christliche Verantwortung sei das Bindeglied für die Einheit des Libanon gewesen und sei es heute noch.

Man habe dadurch eine Koexistenz zwischen Christentum und Islam im Libanon trotz des Kriegszustandes erreichen können. Die Christen im Libanon hätten die Moslems von der Notwendigkeit überzeugt, diesen Geist der Koexistenz, wie er in der Verfassung[8] niedergelegt sei, aufrechtzuerhalten, so daß auch heute der Wunsch aller Libanesen so ausgerichtet sei, die politische Macht zu teilen und gemeinsam auszuüben.

Die westliche Öffentlichkeit habe aufgrund einer verzerrten Berichterstattung der Medien ein falsches Bild über die Entwicklungen im Libanon. Es gebe in diesem Lande zwar ein internes Kräfteringen, aber die Auseinandersetzungen seien nicht in erster Linie ein Bürgerkrieg verfeindeter ethnischer, religiöser und politischer Gruppen. Vielmehr würden Zwist und Unordnung von außen hereingetragen und der politische Kampf durch Waffenlieferung manipuliert.

Der gemeinsame Wunsch, die Einheit des Libanon aufrechtzuerhalten, der fortbestehe, würde von den Medien so gut wie nie gezeigt:

– das funktionierende Parlament,
– die kürzlich erfolgte Wahl des Obersten Richters durch die Vereinigung der Anwälte jeder politischen Provenienz,

7 Pierre Gemayel.

8 Für den Wortlaut der libanesischen Verfassung vom 23. Mai 1926 in der Fassung vom 21. Januar 1947 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 573–582.

– eine funktionierende gemeinsame Administration,
– und schließlich eine Armee, die Anhänger aller politischen Gruppen in sich vereint.

Eine Reihe deutscher Persönlichkeiten haben sich in letzter Zeit von der Existenzbereitschaft und dem Wiederaufbauwillen des libanesischen Volkes auf der Grundlage der traditionellen Ordnung überzeugen können (u. a. Max Strauß[9], Dr. Wegener[10], MdB Stercken, StS Lengl[11]).

Vor diesem Hintergrund wende er, Gemayel, sich an den Bundeskanzler, in dessen Eigenschaften als Deutscher, Demokrat und als Christ, mit der Bitte, dem Libanon zu helfen, seine Lebensfähigkeit, seinen Fortbestand als Staat und den Zusammenhang seiner Bevölkerung als Gemeinschaft zu erhalten. Denn die gemeinsamen Ideale wie Toleranz, Demokratie und christliche Verantwortung seien die besten Voraussetzungen, um das Nebeneinander aller politischen Gruppen und damit das Überleben des Libanon zu sichern. Die Christen des Libanon könnten ihrerseits in eine solche Befriedungsaktion ihre dem Westen sonst fehlende große Erfahrung mit dem islamischen Fundamentalismus und die Überwindung des von ihm ausgehenden Terrors einbringen.

Der *Bundeskanzler* dankte Gemayel für seine offene Darlegung des tragischen Bildes des Libanon heute, das im krassen Gegensatz zu den traditionellen Vorstellungen einer politischen Oase mit einem sorgfältig ausgewogenen Gleichgewicht aller Kräfte in einer sonst wenig stabilen Gegend stehe. Wie könne die Bundesrepublik dem Libanon behilflich sein? Da wir ab Januar die Präsidentschaft in der EG übernehmen[12], könnten wir auch die Chance nutzen, um hier die Autorität der EG ins Spiel zu bringen. Wo könnten wir mit einer politischen Unterstützung ansetzen, sei es im Verhältnis zu Syrien, sei es im Verhältnis zu Israel? Was könnten wir für den Libanon im Bereich der Wirtschaft, der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe tun? Und schließlich: Wie sind die Perspektiven für das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr?[13]

9 Der Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten, Max Strauß, besuchte den Libanon vom 13. bis 17. September 1986. Botschafter Eitel, Beirut, teilte am 23. September 1986 mit, Strauß sei bei seinem insgesamt dritten Besuch im Libanon u. a. von dem Verfassungsrechtler an der Universität München, Professor Scholler, begleitet worden. Gegenstand des Besuchs seien „die Fortsetzung der von MP Strauß mit St[aats]P[räsident] Gemayel Anfang September in Nizza geführten Gespräche und insbesondere Beratungen über einen von StP Gemayel inspirierten und von Prof. Scholler begutachteten Verfassungsentwurf" gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; Referat 310, Bd. 149642.

10 Der Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU, Wegener, hielt sich vom 26. bis 31. Juli 1987 im Libanon auf. Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, informierte am 5. August 1987, daß Wegener u. a. von Präsident Gemayel zu Gesprächen empfangen worden sei. Themen seien dabei die bilateralen Beziehungen, das Verhältnis der CDU zur Kata'ib- und zur National-Liberalen Partei sowie der Libanon-Konflikt gewesen. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 493; Referat 310, Bd. 149635.

11 Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, besuchte den Libanon vom 9. bis 11. April 1987. Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, berichtete am 14. April 1987, Lengl sei von Präsident Gemayel „mehrfach" empfangen worden, u. a. „auch zu einem privaten Abendessen in kleinem Kreise". Lengl habe sich mit seinem Besuch „von der Hilfswürdigkeit des Libanon persönlich überzeugen und, gegebenenfalls, Schritte zur Beschleunigung des Mittelabflusses besprechen" wollen. Vor der Presse habe er mehrfach betont, „daß der Libanon Hilfe nicht später, nach einer allfälligen Befriedung, sondern vor allem jetzt benötige". Vgl. den Drahtbericht Nr. 247; Referat 310, Bd. 149647.

12 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

13 Die Amtszeit des Präsidenten Gemayel endete am 22. September 1988.

Gemayel erläuterte, daß er die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereits in seinen bisherigen Gesprächen eingehend erörtert habe und sich daher jetzt gegenüber dem Bundeskanzler auf die Möglichkeiten einer politischen Unterstützung konzentrieren wolle. Der Libanon habe drei Viertel seines Leidensweges hinter sich, falls ihm die Bundesregierung ihre Unterstützung gewähre. Diese sei in dreierlei Hinsicht erforderlich:

– Die Bundesregierung möge im VN-Rahmen auf einen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon gemäß SR 425[14] drängen.
– Ferner möge die Bundesregierung gemeinsam mit ihren europäischen Partnern nachdrücklich – gegebenenfalls durch gezielte politische und wirtschaftliche Druckmaßnahmen – auf Syrien einwirken, den Dialog mit der libanesischen Regierung mit dem Ziel eines Rückzugs der syrischen Truppen aus dem Libanon[15] aufzunehmen.
  – Die Chancen für einen Erfolg seien gut, da die arabische Welt – u. a. Saudi-Arabien, Jordanien, Algerien – mit dem Libanon sympathisiere.
    Er, Gemayel, verfüge selbst über ausgezeichnete Beziehungen zur arabischen Welt: Auf den Arabischen Gipfeln in Kuwait[16] und Amman[17] sei ihm von allen Seiten Hilfsbereitschaft signalisiert worden.
  – Syrien, das sich zur Zeit nicht in einer stabilen Lage befinde, werde nicht in der Lage sein, dem vereinten europäischen und arabischen Druck zu widerstehen;
  – Die Bundesregierung könne auch bilateral die arabischen Staaten ermutigen, sich einer gemeinsamen Initiative gegenüber Syrien anzuschließen.
– Schließlich gebe es eine neue amerikanisch-saudi-arabische Initiative zur Vermittlung zwischen Syrien und dem Libanon, die auf konkreten Vorschlägen des libanesischen Präsidenten beruhe.

  Diese Vorschläge könne die Bundesregierung Syrien gegenüber unterstützen.
  – Das libanesische Arbeitspapier, das von der amerikanisch-saudi-arabischen Vermittlungsinitiative übernommen wurde, sei auf dem Gipfel in Amman von jordanischer und algerischer Seite gebilligt worden.
  – Dieser sehr konkrete Plan, der dem Auswärtigen Amt bereits bekannt sei, sei den Syrern übermittelt worden. Eine Antwort sei jedoch noch nicht erfolgt.
  – Wenn die Bundesregierung Syrien verdeutliche, daß eine Öffnung zum Westen nur möglich sei und erwidert werde, falls es eine Lösung der Libanon-Frage erleichtere, dürfte Syrien im gegenwärtigen Stadium zu Konzessionen bereit sein.

14 Nach dem israelischen Einmarsch in den Libanon am 13./14. März 1978 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat auf amerikanische Initiative am 19. März 1978 eine Resolution, die die Einhaltung der territorialen Integrität, Souveränität und politischen Unabhängigkeit des Libanon sowie den sofortigen Rückzug israelischer Truppen forderte. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 425 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.

15 Zum Einmarsch syrischer Truppen in West-Beirut am 22. Februar 1987 vgl. Dok. 52, Anm. 25.

16 Vom 26. bis 29. Januar 1987 fand in Kuwait-Stadt die fünfte Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) statt. Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 249–257 (Auszug).

17 Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

Gemayel schloß seinen Hilfsappell mit dem Hinweis, daß Syrien allein zwar das Libanon-Problem nicht lösen, aber eine Lösung verhindern könne. Falls die Bundesregierung und ihre europäischen Partner viel politischen und wirtschaftlichen Druck auf Syrien ausübten, wäre dies ein erster Schritt zur Wiederherstellung der Ordnung im Libanon.

Der *Bundeskanzler* sagte Gemayel zu, dessen Vorschläge im bevorstehenden EG-Rat in Kopenhagen[18] anzusprechen. Er bat den Unterzeichneten[19] um Erstellung einer entsprechenden Punktation.

Gemayel fuhr fort, daß Syrien seit zwölf Jahren die Vorherrschaft im Libanon ausüben wolle. Angesichts des Scheiterns dieser Pläne müsse man Syrien klarmachen, daß jetzt die Zeit für eine Kompromißlösung gekommen sei.

Dasselbe gelte für Israel, das auch nicht bereit sei, den Libanon zu verlassen.[20] Jede der beiden Mächte verlange von der anderen den ersten Schritt beim Truppenrückzug. Da beide den Libanon nicht verlassen wollten, gehe es beiden nur darum „den Schwarzen Peter" loszuwerden. Auf diese Weise habe es lange Zeit hindurch eine indirekte Zusammenarbeit zwischen Israel und Syrien gegeben, die sich jetzt allerdings in einer Sackgasse befinde. Vielleicht habe der Libanon angesichts der Ohnmacht beider Regionalmächte jetzt eine Chance für die Lösung seiner Probleme.

Auf Frage des Bundeskanzlers bemerkte Gemayel, daß seine Regierung nur über relativ niederrangige Kontakte zu Israel verfüge. Innerhalb der israelischen Regierung hätten Shamir und Peres gleiche Auffassungen zur Libanon-Frage.

Zu den Perspektiven für die Präsidentschaftswahl im Libanon übergehend, wies Gemayel darauf hin, daß das libanesische Regierungssystem zwölf Jahre des Krieges überlebt und seinen Kern bewahrt habe. Sollte es allerdings im September 1988 nicht gelingen, sich auf einen neuen Präsidenten zu einigen, drohe ein gefährliches Vakuum zu entstehen. Die Voraussetzungen für eine Lösung müßten vor dem Ende seines, Gemayels, Mandats geschaffen werden. Falls es auf der Grundlage des amerikanischen Vorschlags gelinge, die Mitwirkung Syriens an einer politischen Lösung zu erreichen, sei auch eine innerlibanesische Einigung durchsetzbar.

Entscheidend sei jetzt eine internationale Initiative, die Syrien und Israel zu einem Abzug ihrer Truppen aus dem Libanon dränge. Nachdem beide Mächte zwölf Jahre ihre Vorstellungen im Libanon nicht durchsetzen konnten, dürften sie sich heute einer solchen Initiative, die von den Vereinigten Staaten, der EG und den gemäßigten arabischen Staaten unterstützt würde, kaum entziehen können.

Diese Mächte hätten ja auch ein gemeinsames Interesse, die Wurzeln des vom Libanon ausgehenden Terrorismus auszutrocknen und so seinen Export ein für alle Mal zu beenden. Der Terrorismus gehe in erster Linie von der Hisbollah, aber auch von der Sozialistischen Partei des Libanon, aus, die z.B. Gaddafi 1000 Milizionäre zur Verfügung gestellt hätte. Der Mangel an Autorität der libanesischen

18 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.
19 Hans-Christian Ueberschaer.
20 Zum Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon am 6. Juni 1982 vgl. Dok. 298, Anm. 9.

Regierung hänge eng mit der Präsenz der ausländischen Armeen im Libanon zusammen.

Auf Frage des Bundeskanzlers: Wichtigste Stütze des Terrors der Hisbollah seien Iraner, insbesondere Pasdaran, die zu dessen Unterstützung über die syrische Grenze in den Libanon hineinkämen. Diese Möglichkeit würde nach einem Abzug der syrischen Truppen entfallen.

Zur anschließenden Frage des *Bundeskanzlers* nach den Möglichkeiten einer Rückkehr zum friedlichen Miteinander aller politischen Gruppen des Libanon nach einem Abzug aller fremden Truppen äußerte sich *Gemayel* im folgenden Sinne:

– Er fordere Syrien nicht zum sofortigen Truppenabzug auf, sondern zum Dialog und zu einem geordneten Abzug.
– Er wolle vermeiden, daß der syrische Truppenrückzug in einem Eklat ende und sich im Anschluß daran Probleme durch Einwirkung von außen ergäben.
– Im Libanon selbst seien dann die Voraussetzungen geschaffen, den traditionellen Konsens aller Bevölkerungsgruppen wieder herzustellen. Der von ihm geschaffene Plan eines Gleichgewichts bei Ausübung der politischen Macht beinhalte eine Reihe konkreter Formeln: Es solle eine neue Verfassung geben und eine neue Armee, die die bisherigen Milizen aufnehme.

Auf erneute Frage des Bundeskanzlers nach dem Terrorpotential der Hisbollah: Die Hisbollah sei im Prinzip eine kleine Minderheit, die ohne die als Kader aus dem Iran entsandten Pasdaran, ohne die monatlichen iranischen Hilfsgelder in Höhe von 12 Mio. Dollar und ohne das Gewährenlassen durch die syrische Armee nie ihr gegenwärtiges Terrorpotential erreicht hätte.

Nach Abzug aller fremden Truppen entfielen die Hilfsquellen, aus denen die Hisbollah ihre Kraft beziehe. Dagegen eröffneten sich zahlreiche Möglichkeiten zur Entwicklung des Landes, zur Bekämpfung der Inflation, zur Senkung der Arbeitslosenzahl. Diese müßten sich nicht mehr, um ihr Leben zu fristen, an die Milizen verkaufen. Auch der Terror lasse sich eindämmen, sobald Gesetz und Ordnung im Libanon wiederhergestellt seien, zumal der Terror in den meisten Fällen für Geld ausgeübt werde.

Erneut auf die Perspektiven der Präsidentenwahl angesprochen, meinte Gemayel, daß eine Machtverteilung aufgrund eines nationalen Kompromisses und Konsenses gegenwärtig von Syrien verhindert werde. Die amerikanisch-saudi-arabischen Vorschläge hierfür, die Syrien übermittelt worden seien, hätten nicht dessen Interesse gefunden.

Dem bisherigen deutschen Botschafter[21] sei die Kompromißbereitschaft der verschiedenen religiös-politischen Gruppen des Libanon aus seinen Gesprächen mit einer Reihe moslemischer Führer bekannt. Die Libanesen könnten sich auf eine Machtteilung einigen, sofern diese nicht von Syrien verhindert werde.

Das bisherige System habe so funktioniert, daß der von den christlichen Gruppen unterstützte Präsident und der von den moslemischen Gruppen gestützte Premierminister gemeinsam gleichgewichtig Macht und Verantwortung ausgeübt hätten. Die jeweilige politische Haltung werde durch einen Konsens der sie jeweils stützenden christlichen bzw. moslemischen Gruppierungen bestimmt.

21 Antonius Eitel.

Aus der gegebenen staatsrechtlichen Situation habe sich ein Zwang zu Einigung und Kompromiß für beide Seiten ergeben. Unter den besonderen Umständen des Libanon sei die Formel „one man – one vote“ nicht verwendbar.

Auf Frage des *Bundeskanzlers*, ob dieses traditionelle Gleichgewicht nicht inzwischen durch den moslemischen Einwand einer überstarken institutionellen Stellung des Präsidenten überholt sei, erwiderte *Gemayel*, daß die christliche Seite zur Schaffung eines neuen Gleichgewichts im Kompromißwege bereit sei. Die Christen hätten seinerzeit die Moslems davon überzeugt, daß man im Wege einer Machtteilung operieren könne. Eine solche Machtteilung im Kompromißwege lasse sich auch wieder schaffen, sofern nur die Syrer dies zuließen.

Er, Gemayel, habe den von den Amerikanern unterstützten Kompromißplan mit dem Premierminister[22] wie auch dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses des Libanon[23] besprochen. Beide seien Moslems; beide seien einverstanden mit diesem Entwurf.

Der *Bundeskanzler* warf die Frage nach einer möglichen Unterstützung des Plans durch das Ausland und damit des Verhältnisses von Präsident Gemayel zu den in Betracht kommenden Regierungen auf.

Gemayel äußerte sich dazu wie folgt:

– Frankreich habe eine nostalgische Zuneigung zum Libanon und betrachte diesen noch immer als seine politische „chasse gardée“. Es wolle dem Libanon helfen, verfüge hierfür aber nicht über die erforderlichen politischen Möglichkeiten und sei auch durch das System der „cohabitation“ gehindert. Die Bundesregierung könne ihre guten Beziehungen zu Frankreich für eine gemeinsame Initiative zugunsten des Libanon nutzen.
– Zu Großbritannien habe der Libanon keine traditionellen politischen Beziehungen. Er, Gemayel, habe – nicht zuletzt durch zwei Besuche bei PM Thatcher[24] – den Versuch einer Öffnung unternommen. GB wolle dem Libanon helfen, könne aber offenbar vor allem nur moralische Unterstützung gewähren.
– Zu Italien habe der Libanon ausgezeichnete Beziehungen. Craxi und Pertini hätten insbesondere im Rahmen der Internationalen Truppe[25] dem Libanon sehr geholfen. Unter den übrigen Europäern stünden Spanien und die Niederlande dem Libanon mit Sympathien gegenüber. Letztere hätte viel Hilfe im humanitären Bereich geleistet.
– Die Beziehungen zu den USA könnten als privilegiert bezeichnet werden.
– Unter den arabischen Mächten seien Algerien, Saudi-Arabien und Jordanien sehr hilfreich; Marokko und die Golfstaaten seien guten Willens, aber ohne Einfluß.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

22 Selim al-Hoss.
23 Hussein al-Husseini.
24 Präsident Gemayel hielt sich am 14./15. Dezember 1983 sowie am 16./17. Februar 1987 zu Gesprächen mit Premierministerin Thatcher in Großbritannien auf.
25 Italienische Streitkräfte waren im Rahmen der Multinationalen Streitmacht (MNF) vom 25. August 1982 bis 31. März 1984 im Libanon stationiert.

337

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors

25. November 1987[1]

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Herr Bundeskanzler, Staatsminister Stavenhagen, MDg Hartmann als Note-taker, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Auf seiten der Europäischen Kommission: Kommissionspräsident Delors, stellvertretender Kabinettschef Burghardt, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* geht kurz auf die Zusammenarbeit mit Frankreich ein und insbesondere auf die Veranstaltung anläßlich des 25-jährigen Bestehens des Elysée-Vertrages am 22. Januar 1988 in Paris[2] und erklärt, er werde dafür Sorge tragen, daß der Kommissionspräsident zu seiner Rede, die er im Elysée-Palast halten werde[3], eingeladen werde.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, er werde diese Einladung sehr gerne annehmen.

Der *Bundeskanzler* stellt unter Bezugnahme auf sein vorhergegangenes Gespräch mit Staatspräsident Gemayel[4] die Frage, was die EG tue, um dem Libanon zu helfen.

Kommissionspräsident *Delors* antwortet, die Gemeinschaft stelle dem Libanon vor allem Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung. Es sei allerdings nicht immer einfach, diese auch weiterzuleiten. In politischer Hinsicht müsse man außerdem sagen, daß die zwölf Außenminister der Gemeinschaft über wenig Möglichkeiten verfügten.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er überlege sich, ob wir nicht während unserer Präsidentschaft[5] eine Initiative zugunsten des Libanon ergreifen sollten.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 27. November 1987 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl „zur Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte ferner um Weisung, ob dieser Vermerk auch BM Genscher, BM Stoltenberg und BM Kiechle zur persönlichen Kenntnisnahme übersandt werden kann.“
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der für Teltschik handschriftlich vermerkte: „Nein.“
Hat Teltschik am 27. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Hartmann „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Hartmann am 1. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, „z. K.“ verfügte.
Hat Bitterlich vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.
Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Vertrags begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.

3 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl anläßlich des 25. Jahrestags des deutsch-französischen Vertrags am 22. Januar 1988 in Paris vgl. BULLETIN 1988, S. 77–81.

4 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gemayel vgl. Dok. 336.

5 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

Kommissionspräsident *Delors* unterstützt diesen Gedanken nachdrücklich und schlägt vor, daß die Politischen Direktoren hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten. Auf eine entsprechende Bitte des Bundeskanzlers erklärt sich Kommissionspräsident Delors ferner bereit, ihm eine Darstellung der derzeitigen Hilfsprogramme für den Libanon zu übermitteln.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, Gemayel sei der Auffassung, daß man im Libanon durchaus zu einem Arrangement kommen könne, wenn Syrien und Israel sich zurückziehen würden.[6]

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, die Politischen Direktoren könnten beispielsweise ein Aufbauprogramm für den Libanon entwickeln, für das man auch die Unterstützung der Weltbank gewinnen könne. Ferner könnte auch die Möglichkeit geprüft werden, bei den Libanesen im Ausland eine Anleihe aufzunehmen. Man müsse dem Libanon eine Perspektive geben.

Dem Vorschlag des Bundeskanzlers, auch die USA einzubeziehen, stimmt Delors prinzipiell zu, weist allerdings darauf hin, daß es für die EG-Länder psychologisch leichter sei, etwas für den Libanon zu tun, als für die USA oder beispielsweise die Sowjetunion.

Der *Bundeskanzler* bringt sodann kurz die Frage der Besetzung des EG-Informationsbüros in Bonn zur Sprache.

Kommissionspräsident Delors verspricht, der Sache noch einmal nachzugehen.

Der *Bundeskanzler* bittet Kommissionspräsident Delors sodann, die Lage vor dem ER[7] aus seiner Sicht darzustellen.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, es sei wichtig, daß alle Mitgliedstaaten nach Kopenhagen in dem Bewußtsein gehen, daß es kein Scheitern geben dürfe. Hierbei müsse man die Dinge im großen politischen Zusammenhang sehen. Die Bürger seien über die Entwicklung an der Börse und in der internationalen Währungspolitik beunruhigt.[8] Zugleich müsse man mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums rechnen. BM Genscher habe angekündigt, daß die deutsche Präsidentschaft den Binnenmarkt voranbringen wolle. Dies könne zu einem wichtigen psychologischen Signal auch für die Wirtschaft werden.

Es gebe durchaus die Chance, daß man sich in Kopenhagen einige. Allerdings sei die Unnachgiebigkeit von PM Thatcher so groß wie noch nie zuvor. Kommissionspräsident Delors weist in diesem Zusammenhang auf das Interview von PM Thatcher in der „Financial Times" hin.[9] Er wisse, daß sowohl AM Howe als auch Schatzminister Lawson für den Beitritt von GB zum EWS plädierten. Demgegenüber habe sich Thatcher in dem Interview gegen einen Beitritt gestellt.[10] Sie verwende hierbei praktisch die Argumente von Chevènement in F, der erkläre, daß das EWS keine Bedeutung habe („sert à rien").

Delors fügt hinzu, allerdings habe er auch Zweifel an der richtigen Vorbereitung des ER durch die dänische Präsidentschaft[11]. Anstatt die Probleme für den

6 Zum Einmarsch syrischer Truppen in West-Beirut am 22. Februar 1987 vgl. Dok. 52, Anm. 25. Zum Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon am 6. Juni 1982 vgl. Dok. 298, Anm. 9.

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

8 Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

9 Vgl. das Interview „Thinking about the year 2000"; FINANCIAL TIMES vom 23. November 1987, S. 19.

10 Zur Frage eines Beitritts Großbritanniens zum EWS vgl. Dok. 73, Anm. 46.

11 Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

ER auf einige wenige Optionen zu reduzieren, kompliziere sie unnötig die Vorarbeiten. Dies sei die falsche Arbeitsmethode.

Nicht zuletzt dank des persönlichen Einsatzes des Bundeskanzlers sei es gelungen, in den vergangenen Jahren in wichtigen Bereichen Fortschritte zu erzielen. Delors weist hierbei auf die Verabschiedung der Integrierten Mittelmeerprogramme[12] und die Arbeiten an der Einheitlichen Europäischen Akte[13] hin. Dieser Fortschritt sei jetzt gefährdet durch eine große Uneinigkeit über die Gemeinsame Agrarpolitik.[14] Spanien, Portugal und Griechenland stellten sich aus letztlich törichten Gründen gegen die GAP. Sie seien der Meinung, man solle weniger Geld für die GAP ausgeben, um mehr Mittel für die übrigen Programme zur Verfügung zu haben. Dabei übersähen sie, daß sie den höchsten Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung hätten. GB wolle buchstäblich die GAP zerstören. Komischerweise werde es hierbei von NL unterstützt. NL könne sich dies leisten, weil sie auch bei Zusammenbruch der GAP noch immer eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft hätten.

Die einzigen, die die GAP erhalten, aber gleichzeitig anpassen wollten, seien D, F, IT, DK, B und LUX. Für ihn sei entscheidend, daß zwischen F und D in dieser Frage ein Einvernehmen hergestellt werde. Er habe allerdings zur Zeit nicht den Eindruck, daß das deutsch-französische Tandem funktioniere.

Der *Bundeskanzler* erwidert, dies werde sich schon noch zeigen.

Man müsse in der Tat beim Binnenmarkt vorankommen, wobei er sich natürlich hinsichtlich der Schwierigkeiten keine Illusionen mache.

Der Bundeskanzler erinnert in diesem Zusammenhang an die Probleme der Verkehrspolitik und erwähnt auch die Transitproblematik zwischen D, Österreich und IT[15].

Der Bundeskanzler geht sodann kurz auf die Entwicklung in der SU und Osteuropa ein und erklärt, es werde wohl drei bis fünf Jahre dauern, bis man wisse, wohin der Kurs Gorbatschows führe. Die Widerstände gegen Gorbatschow seien jedenfalls größer als vor einem Jahr. Wir hätten jetzt die Chance, gewisse Türen gegenüber Osteuropa einzubauen. Der Bundeskanzler erwähnt in diesem Zusammenhang die Bürgschaft für Ungarn[16], von der er sich große politische Wirkung verspreche.

Was die deutsche Präsidentschaft angehe, so sei er sich im klaren darüber, daß die ersten Monate wegen des französischen Wahlkampfes[17] schwierig sein würden. (Delors wirft an dieser Stelle ein, dies gelte nicht für den Binnenmarkt.) Er wolle daher den ER unter deutschem Vorsitz so spät wie möglich

12 Zu den Integrierten Mittelmeerprogrammen vgl. Dok. 92, Anm. 22.

13 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

14 Zur Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 73, Anm. 7.
Zur Haltung der Bundesregierung zu den Reform- und Preisvorschlägen der EG-Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik vgl. Dok. 92.

15 Zur Frage der Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften, Jugoslawien, Österreich und der Schweiz über ein Transitverkehrsabkommen vgl. Dok. 306, Anm. 3 und 5.

16 Zu dem von der Bundesregierung verbürgten Kredit für Ungarn vgl. Dok. 277, Anm. 8.

17 In Frankreich wurden am 24. April bzw. 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen abgehalten.

terminieren.[18] Daher sei es wichtig für uns, in Kopenhagen zu Beschlüssen zu kommen.

Der Bundeskanzler geht sodann auf die Einzelheiten des „Delors-Pakets“[19] ein. Zu den Strukturfonds[20] erklärt er, wir hätten hier eine substantielle Erhöhung zugesagt. Die Kommission erstrebe eine Verdoppelung der Mittel. Er glaube aber, daß man einen Kompromiß finden könne. Wenn man beispielsweise von 7 auf ca. 11 Mrd. ECU gehe, so sei dies schon eine gewaltige Erhöhung. Die Konzentration des Fonds auf die ärmeren Mitgliedstaaten sei für ihn kein Problem. Allerdings habe er Zweifel, ob der französische Vorschlag einer Konzentration auf SP und P durchsetzbar sei.

Kommissionspräsident *Delors* wirft ein, dies werde nicht der Fall sein. Der Vorschlag von F verstoße gegen den „Familiensinn“. So seien beispielsweise die Italiener außerordentlich wütend über die französischen Vorstellungen.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, wir seien beim Regionalfonds mit der Konzentration einverstanden, wollten aber keine Regionalisierung beim Sozialfonds und beim Agrarstrukturfonds.

Kommissionspräsident *Delors* wirft ein, hier gebe es möglicherweise ein Mißverständnis. Die Gesamtstrukturmittel für die ärmsten Regionen (im Sinne der Prioritäten des Regionalfonds) wolle man von z. Zt. 56–57 % auf 60 % erhöhen. So blieben 40 % für den Rest.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man werde versuchen, eine Formel zu finden. In der Frage der Eigenmittel hätten wir für eine stärkere Berücksichtigung des BSP plädiert – wie die Kommission[21] –, seien aber der Meinung, daß man diesen Weg nicht konsequent genug beschritten habe. Es gebe durchaus konsequentere Modelle. Entscheidend für uns sei aber, daß ein Kompromiß gefunden werde, der für alle Mitgliedstaaten politisch akzeptabel sei.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, die Vorschläge der Kommission seien für D günstiger als das bisherige MwSt-Modell. Wenn BM Genscher beispielsweise im Rat erkläre, wir hätten die Wahl zwischen dem Vorschlag der Kommission und dem BSP-Modell, so habe er Zweifel, daß letzteres für D günstig sei. Sein Ziel vielmehr sei, daß die „kleinen Reichen“ mehr zahlten.

Der *Bundeskanzler* erklärt, ein anderes Problem stelle der Ausgleich für GB[22] dar. PM Thatcher mache es ihm, dem Bundeskanzler, auch gegenüber dem Deutschen Bundestag sehr schwer.

Kommissionspräsident *Delors* stimmt dem zu und erklärt, die Kommission habe eine neue Formel vorgeschlagen, wonach der GB-Ausgleich Ende 1991 auslaufen müsse. (Hinweis: Tatsächlich hat die KOM in ihrem jüngsten Vorschlag[23] nur

18 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 27./28. Juni 1988 in Hannover statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

19 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

20 Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 315, Anm. 23.

21 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

22 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

23 Für die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat vom 12. November 1987 für einen Beschluß zur Korrektur der Haushaltsungleichgewichte (KOM (87) 600) vgl. Referat 412, Bd. 168706.

eine Überprüfung Ende 1991 vorgeschlagen!) Nach dem von der KOM vorgeschlagenen System bedeute dies beispielsweise, daß GB 1988 300 Mio. ECU (= 600 Mio. DM) weniger erhalte. Demgegenüber wolle PM Thatcher die Formel von Fontainebleau[24] ad infinitum fortschreiben. PM Thatcher übersehe schlicht, daß sich aufgrund des Beitritts von Spanien und Portugal[25] für GB die Bedingungen geändert hätten, sie könne sich objektiv gar nicht auf Fontainebleau berufen, denn die dort vereinbarte Formel habe für eine Gemeinschaft der Zehn und nicht der Zwölf gegolten.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß F alle Mitgliedstaaten an der Finanzierung des GB-Ausgleichs beteiligen wolle.

Präsident *Delors* erwidert, dies könne er Spanien, Portugal, Griechenland und Irland nur zumuten, wenn der Strukturfonds über 11 Mrd. DM hinaus erhöht werde. Dem Hinweis von StM *Stavenhagen*, wir befürworteten ja eine Konzentration der Mittel auf die genannten Staaten, begegnet Kommissionspräsident *Delors* erneut mit dem Hinweis, dies würde den ER „zur Explosion bringen". Das System beruhe darauf, daß man bei den Einnahmen den Wohlstand der einzelnen Länder berücksichtige, aber bei den Ausgaben die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Regionen in Rechnung stelle. Es gebe arme Regionen auch in Italien und anderen MS. Dem erneuten Einwand von StM *Stavenhagen*, es gehe ja nur um die Verteilung der zusätzlichen Mittel, begegnet *Delors* mit dem Argument, es gehe auch um eine richtige Präsentation. Wenn man beispielsweise Regionen wie Nordirland oder die französischen überseeischen Departements ausschließe, setze man eine endlose Diskussion in Gang.

Beim Haushalt sehe man sich folgender Schwierigkeit gegenüber: Wenn man von den realen Ausgaben für die GAP 1987, die 27 Mrd. ECU betrügen, ausgehe und gleichzeitig eine Verdoppelung der Strukturfonds ins Auge fasse, so bedeute dies eine Erhöhung der Eigenmittel von 1,16 des BSP um 0,14% auf 1,3% im Jahr 1992. Die Kommission habe ihrerseits einen höheren Plafond vorgeschlagen, nämlich 1,4%.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er müsse über diese Zahlen und die sich hieraus für D ergebenden finanziellen Belastungen zunächst intern beraten. Er werde seine Mitarbeiter auffordern, ihm hierzu klares Zahlenmaterial vorzulegen, das mit der Kommission abgestimmt sein soll.

Der Bundeskanzler geht sodann auf die Frage der Haushaltsdisziplin ein und erklärt die von der Kommission vorgeschlagene zusätzliche Vereinbarung zwischen Rat, EGK und EP für wenig hilfreich, da sie zu einem jährlichen Streit zwischen Rat und EP führen müsse.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, man müsse zunächst sehen, daß die Regeln der Haushaltsdisziplin bisher nicht gebührend eingehalten wurden. Dies müsse man korrigieren. U. a. wolle die Kommission dies erreichen durch eine bessere Kontrolle bei den nichtobligatorischen Ausgaben.

Die größten Schwierigkeiten habe man im Bereich der Landwirtschaftspolitik. Dieses System könne man nicht fortführen. Aber es seien auch Fortschritte zu verzeichnen. So seien z. B. 1987 insgesamt 27 Mrd. ECU für die GAP ausgegeben

24 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.
25 Spanien und Portugal traten den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1986 bei.

worden. Hätte man die GAP 1984 nicht reformiert, wären die Ausgaben 1987 auf mindestens 32 Mrd. ECU gestiegen. Insofern habe also Frau Thatcher unrecht mit ihrer Behauptung, es sei bisher nichts zur Begrenzung der Mittel für die GAP getan worden.

Wenn nach wie vor zuviel produziert werde, so habe man im Prinzip nur drei Möglichkeiten, dem zu begegnen: durch Preissenkungen, durch eine Mitverantwortungsabgabe oder durch die Einstellung der Lagerung.

Für D seien Preissenkungen der schwierigste Punkt. Er glaube aber, daß man eine Formel finden könne, die psychologisch für die deutschen Bauern akzeptabel sei. Er habe hierüber mit MP Albrecht gesprochen und sei bereit, dessen Überlegungen für eine Flächenstillegung in seine Vorschläge aufzunehmen.[26] Wenn man beispielsweise bei einem Betrieb von 60 Hektar nur noch 40 Hektar bewirtschafte, so könne man den Bauern für die stillgelegten 20 Hektar durch eine direkte Subvention entschädigen. Dies sei auch ökologisch sinnvoll. Er sei allerdings erstaunt darüber, daß BM Kiechle sich bisher geweigert habe, seinen Vorschlag für Direktsubventionen an kleine Landwirte zu prüfen. Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde auch über diese Fragen noch in den nächsten Tagen Gespräche führen.[27]

Kommissionspräsident *Delors* faßt noch einmal die Elemente, die nach seiner Auffassung in ein Gesamtpaket gehören, zusammen:

a) weniger hohe Preise,

b) Begrenzung der Lagerung,

c) Flächenstillegung,

d) Extensivierung,

e) direkte Subventionen.

Seiner Meinung nach würde ein solches Paket unseren Vorstellungen für den Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebes entsprechen.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, er werde diese Fragen noch einmal intern besprechen. Unter anderem werde er auch mit MP Albrecht ein Gespräch führen. Ferner stünden wir noch mit F in Gesprächen, wobei er nicht wisse, wie weit es gelinge, die beiderseitigen Positionen anzunähern.

Kommissionspräsident *Delors* empfiehlt, vor allem das Gespräch zu den Mitarbeitern von PM Chirac zu pflegen, da Minister Guillaume gegenüber D weniger kompromißbereit sei.

Der *Bundeskanzler* erläutert anschließend kurz die Maßnahmen, die die Bundesregierung treffen wolle, um die Auswirkungen der derzeitigen wirtschaftlichen und währungspolitischen Turbulenzen abzufangen.[28]

[26] Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hielt sich vom 11. bis 13. Oktober 1987 in Belgien auf und führte u. a. ein Gespräch mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 1150 der Botschafterin Finke-Osiander, Brüssel, vom 16. Oktober 1987; Referat 410, Bd. 141665.

[27] Vgl. dazu das Ministergespräch am 1. Dezember 1987; Dok. 346.

[28] Vgl. die Tischvorlage „Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums" des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft für die Kabinettssitzung am 2. Dezember 1987; Referat 412, Bd. 168636.
Die Bundesregierung beschloß diese Maßnahmen am 2. Dezember 1987. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1987, S. 1169 f.

Kommissionspräsident *Delors* begrüßt dies ausdrücklich und erklärt, er werde hierauf bei seinem Vortrag über die internationale Wirtschaftslage auf dem ER eingehen. Er weist noch einmal darauf hin, daß nach seiner Einschätzung PM Thatcher versuchen werde, auf dem ER vor allem die Versäumnisse in der GAP in den Vordergrund zu rücken, um nicht wegen der Frage des GB-Ausgleichs unter Beschuß zu kommen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd.73

338

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-321 Osteuropa **25. November 1987**[1]

Über Herrn Dg21[2], Herrn D2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Die Auswirkungen der sowjetischen Reformpolitik auf die Intrablockbeziehungen;
hier: Fortschreibung der Bestandsaufnahme und Bewertung

I. Die Intrablockbeziehungen haben sich seit dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU[5] (zum Thema „Demokratisierung") zum Teil dynamisch fortentwickelt. Bis auf Rumänien und die DDR haben die NSWP-Staaten, wenn auch in unterschiedlicher Stärke, positiv auf die Gorbatschowsche Reformpolitik reagiert und eigene Reformmaßnahmen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, beschlossen. Diese Entwicklung wurde durch eine flexible sowjetische Osteuropapolitik gefördert.

Vorsicht der NSWP-Staaten bei der Bewertung der Entwicklung in der SU ist jedoch nach wie vor spürbar. Die Zukunft des Reformprozesses in Osteuropa dürfte deshalb in erster Linie vom Erfolg der Reformbemühungen Gorbatschows

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Legationssekretär Lucas konzipiert.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken in Vertretung des Ministerialdirigenten Kastrup am 25. November 1987 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 1. Dezember 1987 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 1. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kurzfassung liegt bei."
Hat Ministerialdirigent Jansen und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 2. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Elbe am 9. Januar 1988 erneut vorgelegen, der den „Rücklauf von BM" über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 20. Januar 1988 vorgelegen.
Hat Legationssekretär Lucas am 20. Januar 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte.
Hat Derix am 20. Januar 1988 erneut vorgelegen.

5 Die Plenarsitzung des ZK der KPdSU fand am 27./28. Januar 1987 in Moskau statt. Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 27. Januar 1987 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 329–393.

als auch davon abhängen, inwieweit die in allen Staaten außer Polen anstehenden „Wachablösungen“ reformfreudige Kräfte an die Macht bringen werden.

Bleibt auch das Ziel der sowjetischen Osteuropapolitik die Steigerung der Effektivität und Legitimität des sozialistischen Systems sowie der Erhalt der sowjetischen Hegemonialstellung in Osteuropa, so ergeben sich aus den sich – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – abzeichnenden Öffnungstendenzen in Osteuropa für den Westen dennoch erhöhte Ansatzpunkte, den Wandlungsprozeß in Osteuropa aktiv zu unterstützen und seinen Einfluß zu verstärken. Voraussetzung hierfür ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Osteuropa in allen Bereichen sowie eine vertiefte Koordinierung im westlichen Bündnis.

II. 1) Das stärkste Echo bei den NSWP-Staaten haben bislang die sowjetischen Wirtschaftsreformen hervorgerufen. Bis auf Rumänien und die DDR wird die Notwendigkeit eines Wandels der wirtschaftlichen Strukturen von allen KPen unter Hinweis auf die sowjetische Perestroika nachdrücklich unterstrichen. Obwohl es in diesen Ländern gemeinsame Reformelemente gibt – Dezentralisierung, Reform des Preismechanismus, selektive Einführung gewisser marktwirtschaftlicher Elemente –, sind die nationalen Reformansätze im einzelnen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Geschlossene Konzepte existieren – ähnlich wie in der SU – nicht. Obwohl der Terminus „Markt“ in der osteuropäischen Reformdiskussion eine immer größere Rolle spielt, wird das Prinzip der Planwirtschaft noch in keinem Fall in Frage gestellt. Insbesondere in Ländern mit vergleichsweise fortschrittlichen Wirtschaftssystemen werden die Gorbatschowschen Reformen zum Teil als sowjetische Imitationen älterer osteuropäischer Konzepte bewertet.

a) Polen greift mit seiner zweiten Etappe der Wirtschaftsreform weit über die sowjetischen Reformen hinaus, wenngleich diese General Jaruzelski als wesentliche Berufungsgrundlage dienen.[6] Die polnischen Reformen sehen neben einer erheblichen Dekonzentration des Entscheidungssystems vor allem eine Reform des Preismechanismus vor, die zu einem „marktgerechteren“ Produktionsverhalten führen soll. Darüber hinaus soll die private Initiative gestärkt und ein erhöhtes Engagement westlicher Investoren ermöglicht werden.

b) Ähnlich wie Polen hat auch Ungarn seine bis vor kurzem noch unter Häresieverdacht stehenden Reformansätze („sozialistische Marktwirtschaft“) im Schatten der Gorbatschowschen Perestroika vorangetrieben. Schwerpunkte sind auch hier eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der Betriebe, Durchsetzung rentabilitätsorientierter Produktionsweisen, selektiver Einsatz marktwirtschaftlicher Elemente (neues Insolvenzrecht, Bankenreform, Steuerreform). Zur Intensivierung seines Westhandels hat Ungarn wie kein anderes WP-Land Joint-ventures gefördert. Wie die Polen sehen sich auch die Ungarn als eine Art Avantgarde der „Perestroika“ in Osteuropa.

c) Bulgarien sieht sich in seinen bereits 1986 vorbereiteten und Anfang 1987 umgesetzten Beschlüssen für eine radikale Umstrukturierung der bulgarischen Wirtschaft bestätigt (insbesondere Umgestaltung der Lenkungssysteme sowie eine stärkere Selbstverwaltung der Betriebe).

6 Das ZK der PVAP beschloß am 8. Oktober 1987 ein Programm, das auf umfangreiche Umgestaltungen im Bereich der Wirtschaft abzielte sowie bürokratische Hürden abbauen und die Zahl der Regierungsministerien auf 20 halbieren sollte.

d) Die DDR und die ČSSR begegnen den sowjetischen Reforminitiativen bisher mit großen Vorbehalten. Fast alle offiziellen Stellungnahmen der DDR-Führung zum Thema Perestroika sind unverkennbar vom Stolz auf die DDR-Wirtschaft als der erfolgreichsten Wirtschaft im WP getragen. Die sowjetischen Reformen werden vor allem im Hinblick auf die unterschwellig für rückständig erklärte SU begrüßt, Ansätze für eine Reformdiskussion sind dagegen nicht zu erkennen. Demgegenüber versuchen in der ČSSR die pragmatischen Kräfte, unter Berufung auf die neue sowjetische Politik, überfällige Wirtschaftsreformen voranzubringen (Gorbatschows Besuch in Prag[7]). Nach einer Phase der Zurückhaltung hat sich die gesamte ČSSR-Führung zur Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen bekannt, aber im Vergleich zur SU eher bescheidene Reformschritte eingeleitet, vor allem Dezentralisierungsmaßnahmen.

e) Rumänien zeigt sich nach wie vor für die sowjetischen Reformbestrebungen unempfänglich. Ceauşescu weist jede Kritik an den katastrophalen Folgen der stalinistischen Wirtschaftspolitik Rumäniens unter Hinweis auf die nationale Souveränität seines Landes und vorgeblich schon verwirklichte Reformen zurück. Rumänien wird damit immer mehr zum Ärgernis für Gorbatschow, das seine Bemühungen um eine Erneuerung des Sozialismus desavouiert.

2) Auf größere Vorbehalte der NSWP-Staaten stoßen die Versuche der SU, die Wirtschaftsintegration im RGW zu vertiefen (RGW-Komplexprogramm bis zum Jahr 2000[8]; verstärkte Kooperation im Produktionsbereich; Joint-ventures). Die NSWP-Staaten befürchten von einer verstärkten Wirtschaftsintegration insbesondere

– einen erhöhten Zwang zu einer materiellen Unterstützung des sowjetischen Modernisierungsprogrammes (v. a. durch die Bereitstellung von Maschinen und Technologie gegen sowjetische Rohstoff- und Energielieferungen);
– Intensivierung des Intrablockhandels zu Lasten des für die NSWP-Staaten aus devisen- und innovationswirtschaftlichen Gründen wichtigen Westhandels;
– stärkere Kontrolle der Volkswirtschaften durch die SU (bilaterale Planabstimmung). Als belastend werden auch sowjetische Forderungen nach einer Verbesserung der Produktqualität innerhalb des RGW empfunden.

Trotz der Abhängigkeit der NSWP-Staaten von aufgrund ihrer Devisenarmut nicht substituierbaren Rohstoff- und Energieimporten aus der SU setzen diese dem sowjetischen Integrationsdrängen weiterhin beträchtlichen Widerstand entgegen.

III. 1) Im Gefolge des Januar-Plenums des ZK der KPdSU zum Thema „Demokratisierung" hat sich die Reformdiskussion in Osteuropa auch auf den politischen Bereich ausgedehnt. Konkret verbirgt sich hinter Schlagwörtern wie „Demokratisierung" und „sozialistischer Pluralismus" die Diskussion um

– die Aktivierung und Motivierung der Bevölkerung durch erweiterte Partizipations- und Artikulationsmöglichkeiten („glasnostj");

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 9. bis 11. April 1987 in der ČSSR auf. Zu seiner Rede am 10. April 1987 in Prag vgl. Dok. 109.

8 Das „Komplexprogramm" wurde auf der 41. außerordentlichen Ratstagung des RGW am 17./18. Dezember 1985 in Moskau verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 105–114.

– eine verbesserte Kontrolle staatlicher Gewalt durch eine „Verrechtlichung" staatlichen Handelns (insbesondere im Hinblick auf die Behandlung von politisch Andersdenkenden);
– die künftige Rolle der Partei in Staat und Wirtschaft (u. a. Teilrückzug der Partei aus Wirtschaft und Verwaltung in Verbindung mit einer Selbstbeschränkung auf ideologische Führungsaufgaben);
– die kritische Auseinandersetzung mit den „weißen Flecken" in der Geschichte, insbesondere mit der stalinistischen Epoche.

In den „reformfreudigen" NSWP-Ländern (Polen, Ungarn) ist schon viel von dem verwirklicht, was in der SU noch Programm geblieben ist. Dort, wo politische Reformen ausdrücklich angestrebt werden, wird eine „Demokratisierung" – wie in der SU – v. a. als entscheidende Voraussetzung erfolgreicher Wirtschaftsreformen verstanden. Sie soll nicht zu demokratischen Verhältnissen im westlichen Sinne führen, sondern die Effektivität des sozialistischen Systems steigern und die herrschenden KPen stärken. Im einzelnen ist das Bild sehr differenziert.

a) Am weitesten fortgeschritten ist die Reformdiskussion in Ungarn, wo offen über mögliche Kompromisse zwischen kommunistischem Einparteiensystem und pluralistischer Ordnung, Beschränkung der Partei auf ideologische Leitaufgaben sowie eine Ausweitung der Freiheitsrechte des einzelnen diskutiert wird. In der öffentlichen Diskussion wird ein Monopolanspruch des Marxismus in Frage gestellt; auch hohe Parteifunktionäre sprechen z. T. nur noch von der „Hegemonie" des Marxismus (ZK-Sekretär Berecz). In ihrer teilweisen Rezeption westlichen politischen Denkens und ihrer Vielfalt weist die ungarische Reformdiskussion deutlich über den Ansatz Gorbatschows hinaus.

b) In Polen haben die sowjetischen Reformen in Verbindung mit dem Reformdruck seitens der politisch-gesellschaftlichen Opposition zu Veränderungen auch im politischen Bereich geführt, die die Regierung mit dem Schlagwort „sozialistischer Pluralismus" umschreibt. Hierzu gehören u. a. die Schaffung eines Konsultativrates beim Staatsratsvorsitzenden (mit allerdings eher pseudodemokratischem Charakter) und die Einrichtung eines Ombudsmannes als Beschwerdeinstanz gegen staatliches Unrecht sowie – bereits im Herbst letzten Jahres – die Freilassung einer großen Zahl politischer Gefangener[9]. Ähnlich wie in Ungarn übersteigt auch in Polen das Maß an individueller Entfaltungsmöglichkeit und öffentlich geduldetem Meinungspluralismus deutlich das in der SU Mögliche.

c) Bulgarien: Hier stehen neben einer Neuordnung des Staatsaufbaus und der Dezentralisierung der Verwaltung jetzt auch eine Beschränkung der Partei im Sinne eines Rückzuges aus wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen sowie der Abbau von Privilegien für die „Nomenklatura" im Mittelpunkt der Reformdiskussion. Tempo, Radikalität und eine gewisse Planlosigkeit der beabsichtigten bulgarischen Reformen haben indessen in der SU zu Irritation geführt.

[9] Ministerialdirigent Oesterhelt legte am 22. September 1986 dar: „Im Rahmen eines am 17. Juli d. J. verabschiedeten Sejm-Gesetzes wurden bis zum 15. September 1986 insgesamt 20 000 Häftlinge entlassen bzw. Verfahren niedergeschlagen. Zu den Entlassenen gehören 225 (d. h. wahrscheinlich alle) politischen Häftlinge, deren Freilassung der polnische Innenminister überraschend am 11. September ankündigte." Vgl. Referat 214, Bd. 139700.

d)[10] Als Länder mit unmittelbarem „Westkontakt“ haben die DDR und die ČSSR aus Furcht vor destabilisierenden Wirkungen eine Diskussion über politische Reformen bislang vermieden.

e)[11] Die Indolenz Ceauşescus ist gegenüber den Gorbatschowschen Demokratisierungsvorstellungen noch stärker ausgeprägt als im Bereich der Wirtschaftsreformen.

IV. Das größte Maß an Übereinstimmung zwischen der SU und den übrigen Staaten des WP besteht nach wie vor im Bereich der Außenpolitik. Die NSWP-Staaten unterstützen ohne Vorbehalte die sowjetischen Abrüstungsinitiativen; besondere Abrüstungsinitiativen der NSWP-Staaten (Jaruzelski-Plan[12], Vorschlag einer chemie- und atomwaffenfreien Zone Mitteleuropa von DDR/ČSSR[13], Vorschlag einer KWFZ Balkan von Rumänien/Bulgarien) tragen den spezifischen strategischen Interessen jener Länder Rechnung und fügen sich im übrigen in die sowjetische Politik des „gemeinsamen europäischen Hauses“[14] ein. Für eine gestiegene Flexibilität der SU spricht auch die Verbesserung der blockinternen Konsultationsmechanismen, wie z. B.

– sofortige Unterrichtung der osteuropäischen Regierungen durch hochrangige sowjetische Emissäre bzw. AM Schewardnadse nach dem Treffen Gorbatschow/Shultz in Moskau[15],
– Bildung von regelmäßig tagenden multilateralen Arbeitsgruppen innerhalb des Warschauer Paktes zu einer besseren Abstimmung bei Abrüstungsfragen (vgl. Kommuniqué des WP-Gipfels am 29.5.1987[16]). Darüber hinaus verstärkte Regionalkonsultationen zwischen den Außenministerien der WP-Staaten.

Diese Neuerungen entsprechen alten Forderungen der NSWP-Staaten nach mehr Abstimmung und dienen generell der Verbesserung des Klimas in den Intrablockbeziehungen. Die SU dürfte sich hiervon vor allem ein noch aktiveres Eintreten der NSWP-Staaten für ihre außenpolitischen Vorstellungen versprechen.

V. Schon nach vergleichsweise kurzer Zeit hat Gorbatschows Reformpolitik zu einem „Reformschub“ in Polen und Bulgarien geführt und in Ungarn eingeleitete Reformen „legitimiert“. Auch wenn sich Rumänien und die DDR – aus unterschiedlichen Gründen – von der „Perestroika“ distanzieren und die ČSSR-Führung vorerst nur vorsichtige wirtschaftliche Reformen anstrebt, kann in Bezug auf

10 Korrigiert aus: „c)“.
11 Korrigiert aus: „d)“.
12 Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.
Am 17. Juli 1987 faßte die polnische Regierung ihre Vorschläge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einem Memorandum zusammen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 653–655.
13 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone bzw. zu ihrem Vorschlag vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5 und 10.
14 Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.
15 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 296.
16 Vgl. Ziffer 11 des Kommuniqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 391.

Osteuropa von einer „Aufbruchsstimmung“ durchaus gesprochen werden. Gorbatschow selbst hat den Weg hierzu geebnet, indem er den nationalen Führungen wiederholt (zuletzt in der Rede vom 2.11.[17]) einen weiten Handlungsspielraum („völlige Souveränität“) bei der Ausgestaltung ihrer Reformpolitik eingeräumt hat.

Andererseits hat Gorbatschow den Grundsatz der Blocksolidarität bislang nicht zur Disposition gestellt und wiederholt auf die „gemeinsamen Interessen“ der sozialistischen Staatengemeinschaft als verpflichtende Größe verwiesen.

Die Gründe für diese Flexibilität der sowjetischen Osteuropapolitik sind vielfältig:

– Überwindung der psychologischen Folgen der Breschnew-Doktrin[18], nicht zuletzt um die NSWP-Staaten für eine Unterstützung der sowjetischen Politik zu gewinnen;
– Schaffung von Berufungsgrundlagen für reformfreudige Kräfte in den NSWP-Staaten;
– Vermeidung einer Situation, in der die SU aufgrund einer zu eindeutigen Selbstbindung gezwungen sein könnte, unter unabsehbaren west- und blockpolitischen Risiken als Hüter des sozialistischen Dogmas auftreten zu müssen (z. B. in Polen);
– Verzicht auf die Ausübung von Reformdruck auf die konservativen Regime im Interesse der Stabilität des Bündnisses und in Erwartung der in den meisten Ländern anstehenden Führungswechsel.

Diesem flexiblen Ansatz entsprechend, erscheint die Entstehung einer der Vielfalt Osteuropas entsprechenden Pluralität politischer Strukturen möglich, die weniger der marxistisch-leninistischen Orthodoxie als vielmehr dem „Dogma“ der wirtschaftlichen „Entwicklung“ (Politbüro-Mitglied Jakowlew) gehorchen. Dies könnte die wirtschaftliche und politische Entwicklung Osteuropas u. U. entscheidend vorantreiben. Andererseits könnten die „nationalen Wege“ zentrifugale Tendenzen im sowjetischen Hegemonialverband verstärken und die sowjetische Führung vor neue Herausforderungen stellen. Angesichts der leidvollen Erfahrungen in der Geschichte dürfte jedoch vorerst keine KP ihre Handlungsspielräume bis hin zur Infragestellung außen- oder innenpolitischer Prinzipien der sozialistischen Staatengemeinschaft ausloten wollen. Die Führungen in Osteuropa wissen, daß der Erhalt des osteuropäischen Hegemonialverbandes – und

17 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2. November 1987 in Moskau anläßlich des 70. Jahrestags der Oktoberrevolution vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 354–409.

18 Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft“. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.
Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin“): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“ Vgl. DzD V/2, S. 1478.

sei es in modifizierter Form – auf nicht absehbare Zeit ein unabdingbares Ziel in der sowjetischen Außenpolitik bleiben wird, dessen Erfüllung auch für das innenpolitische Schicksal Gorbatschows von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Die NSWP werden deshalb bei der Umsetzung ihrer Reformvorstellungen Vorsicht walten lassen und mögliche Rückschläge der Umgestaltungspolitik in der SU in Rechnung stellen. Der Reformprozeß in Osteuropa wird somit entscheidend vom Erfolg der Gorbatschowschen Umgestaltungspolitik abhängen. Sollte die „Perestroika" gelingen, werden sich die Nachfolger der orthodoxen Regime in der ČSSR, DDR und auch in Rumänien einer eigenen Umgestaltungspolitik kaum mehr entziehen können.

VI. Die Entwicklung des Reformprozesses in Osteuropa kann nicht ohne Auswirkungen auf die westliche Politik bleiben. Sollte sich der gegenwärtige Trend fortsetzen, ist mit einer wirtschaftlich wie politisch („gemeinsames Haus Europa") begründeten Intensivierung der Westpolitik der NSWP-Staaten insgesamt zu rechnen. Hieraus ergeben sich für den Westen erhöhte Chancen, einen die Handlungsspielräume der NSWP-Staaten erweiternden Wandlungsprozeß in Osteuropa zu fördern. Wichtige Instrumente dabei sind:

– generell Ausbau unserer Dialog- und Vertragspolitik mit den NSWP-Staaten auf allen Ebenen;
– Ausbau der Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Umweltschutz, Verkehr, Berufs- und Managementausbildung etc. in einer differenzierenden Weise, die die Handlungsspielräume der NSWP-Staaten für strukturändernde Reformen erweitern.
– Durch den Abschluß von Investitionsförderungsverträgen mit Polen, der ČSSR (sowie der SU) könnte der Anreiz für deutsche Firmen, in diesen Ländern zu investieren, verstärkt werden.
– Dem Interesse der NSWP an stärkerer Integration in die Weltwirtschaft und insbesondere an Stärkung der wirtschaftlich-technischen Verflechtung mit Westeuropa sollten wir begegnen durch
  – Intensivierung der Beziehungen dieser Länder zu GATT, IWF, Weltbank,
  – Normalisierung der Beziehungen zwischen EG und RGW[19] sowie Abschluß von Handelsverträgen der EG mit den RGW-MS,
  – verbesserte Implementierung der KSZE-Absprachen des Korbs II[20] und Durchsetzung zukunftsorientierter Vorschläge (in diesem Rahmen spielt die West-Ost-Wirtschaftskonferenz[21] eine Rolle);
– verstärkte westliche Selbstdarstellung v. a. im geistig-kulturellen Bereich. Die Reformdiskussion in Osteuropa zeigt erneut, wie groß der Einfluß westlichen Denkens auf die intellektuellen und politischen Eliten in den mitteleuropäi-

19 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 333, Anm. 25.

20 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt" (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

21 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

schen NSWP-Staaten nach wie vor ist. Der Westen sollte die gegenwärtigen Öffnungstendenzen durch verstärkten Austausch im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich (Jugend- und Wissenschaftleraustausch, Vortragsreisen etc.) gezielt nutzen. Es wäre dies auch ein „Test" für die Seriosität der „gesamteuropäischen" Politik der SU.

– Die Ausweitung der Kontakte des Europarats zu den mittelosteuropäischen Staaten (vor allem zu Polen und Ungarn), insbesondere auf kulturellem Gebiet, aber auch in Bereichen wie Umweltschutz, Gesundheitswesen und Menschenrechte, sollte von uns unterstützt werden.
– Im Rahmen der EPZ sollten wir die Zeit unserer Präsidentschaft[22] nutzen, die Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen SU und NSWP zu analysieren und eine angemessene Strategie der Zwölf zu entwickeln, die den sich abzeichnenden Möglichkeiten für neue Impulse und eine neue Dynamik Rechnung trägt.

Die Wahrnehmung dieser Chancen setzt einen erhöhten Einsatz finanzieller und materieller Ressourcen in der westlichen Ostpolitik voraus. Darüber hinaus bedarf es insgesamt eines vorsichtigen Vorgehens, um sowjetischen Argwohn wegen einer westlichen Politik des „Keiletreibens" auszuschließen. Schließlich sollte die westliche Politik gegenüber den NSWP-Staaten zur Vermeidung von Widersprüchen und Reibungsverlusten im europäischen und atlantischen Rahmen koordiniert werden; dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf mögliches Mißtrauen unserer Verbündeten gegenüber einer aktiven deutschen Ostpolitik.

Derix

Referat 214, Bd. 139440

22 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

339

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde

221-373.32/3 **25. November 1987**[1]

Über Herrn D2A[2] Herrn Staatssekretär[3] mit der Bitte um Zeichnung des anliegenden Schreibens an Staatssekretär Dr. Rühl

Betr.: KVAE-Implementierung;
hier: Inspektionen der SU (28. bis 30.10.1987) und der DDR (11. bis 13.11.1987) in der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: 1) StS-Vorlage vom 27.10.1987 – 221-373.32/3[4]
2) StS-Vorlage vom 10.11.1987 – 221-373.32/3[5]

Anlg.: 1) DDR-Inspektionsbericht
2) Entwurf Schreiben an StS Rühl (nur im Original)

1) Die SU und die DDR haben vom 28. bis 30.10.1987 bzw. vom 11. bis 13.11. 1987 ihr Inspektionsrecht in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend KVAE-Dokument[6] genutzt. Beide Inspektionen sind insgesamt problemlos abgelaufen. Zugleich ergeben sich deutliche Unterschiede im Ansatz und in der Durchführung der Inspektion zwischen der SU einerseits und der DDR andererseits.

Die DDR hat den im KVAE-Dokument vorgesehenen Inspektionsbericht am 20.11.1987 vorgelegt, in dem sie keine Beanstandungen erhebt (Anlage 1). Der SU-Bericht steht noch aus, obwohl die Inspektion fast 14 Tage vorher erfolgte.

2) Der äußere Ablauf beider Inspektionen war – auch bedingt durch den vom KVAE-Dokument vorgegebenen Rahmen – ähnlich. Die Unterschiede in der Nutzung des Inspektionsinstruments zeigten sich jedoch schon an der Zusammensetzung des Inspektionsteams: Während die DDR überwiegend KVAE-Experten entsandte, ist bei allen SU-Inspektoren ein ND[7]-Hintergrund zu vermuten, in zwei Fällen auch bestätigt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Legationsrat I. Klasse Schon konzipiert.

2 Hat Botschafter Holik am 25. November 1987 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. November 1987 vorgelegen.
Hat Botschafter Holik am 30. November 1987 erneut vorgelegen, der für Referat 221 handschriftlich vermerkte: „Abs[enden]."

4 Vortragender Legationsrat Gruber informierte, daß die Sowjetunion „mit Verbalnote vom 26.10.87, gleichzeitig übergeben unserer Botschaft Moskau und dem Referat 213 am 26.10.87 um 19.00 Uhr, ein Inspektionsbegehren entsprechend dem Stockholmer Dokument der KVAE gestellt" habe. Das auf die ursprünglich notifizierungspflichtige Militärübung „Iron Forge" bezogene Inspektionsersuchen habe keine „spezifizierte Begründung" aufgewiesen. Vgl. Referat 221, Bd. 130149.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde berichtete, daß die DDR am 9. November 1987 mit Verbalnote an die Ständige Vertretung in Ost-Berlin und das Bundeskanzleramt „ein Inspektionsbegehren gemäß dem Stockholmer Dokument der KVAE gestellt" habe. Eine „spezifische Begründung" für das Begehren sei – wie bei allen bisherigen Inspektionsersuchen – nicht abgegeben worden. Vgl. Referat 221, Bd. 130149.

6 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

7 Nachrichtendienst.

Dementsprechend beschränkten sich die DDR-Inspektoren ausschließlich auf verifikationsrelevante Tätigkeiten und waren deutlich bemüht, jeden Anschein von Ausspähung zu vermeiden. Die SU-Inspektoren schienen sich für die Verifikation eher am Rande zu interessieren und legten das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf Geländeerkundung und Fotografieren von militärischen Einrichtungen und Material. Dies zeigt sich auch an der Zahl der aufgenommenen Fotos: SU ca. 2000 bis 3000, DDR: maximal 200.

Die Ausstattung beider Inspektionsteams war ähnlich: Fotoapparate, Diktiergeräte – deren Benutzung das Stockholmer Dokument den Inspektoren ausdrücklich gestattet – und Landkarten neuesten Datums. Allerdings hatten die SU-Inspektoren jeweils mindestens doppelt so viel Material zur Verfügung wie ihre DDR-Kollegen.

Auch atmosphärisch gab es deutliche Unterschiede zwischen beiden Inspektionen. Während sich die kühl geschäftsmäßige, zeitweise nicht spannungsfreie Atmosphäre bei der SU-Inspektion erst gegen Ende des Inspektionszeitraums zu lockern begann, war die Atmosphäre während der DDR-Inspektion von Anfang an gelöst und erlaubte sachbezogene Gespräche auch über den eigentlichen Inspektionsanlaß hinaus.

3) Die SU-Inspektion richtete sich gegen die von uns und den USA freiwillig notifizierte Übung „Iron Forge“ der 1. (US) Panzerdivision[8].

Dabei ergaben sich zunächst Probleme, weil amerikanische Begleitoffiziere den SU-Inspektoren Beschränkungen auferlegen wollten; wir konnten jedoch die Beachtung der Mindestanforderung des Stockholmer Dokuments durchsetzen.

Wir sind mit den USA in Kontakt, um für künftige Inspektionen eine einheitliche Anwendung der KVAE-Bestimmungen sicherzustellen.[9] Dabei spielt auch eine Rolle, daß die USA auf bestimmten Truppenübungsplätzen in der Bundesrepublik besondere Rechte genießen.

4) Mit den beiden Inspektionen auf unserem Gebiet, denen eine US-Inspektion in der SU, eine GB-Inspektion in der DDR und eine SU-Inspektion in der Türkei vorausgegangen waren, nimmt das Instrument mandatorischer Vor-Ort-Inspektionen mehr und mehr Routinecharakter an. Dies entspricht unserer Zielsetzung in Stockholm, die damals wegen östlichen Widerstands noch nicht voll durchgesetzt werden konnte, aber auch bei Verbündeten (F) auf Reserven stößt. Wir begrüßen jedoch diese Entwicklung, weil sie zu mehr Offenheit und Vertrauensbildung führt und ihr im Hinblick auf die Verifizierungserfordernisse bei zukünftigen Rüstungskontroll-Vereinbarungen – START[10], CW[11], KRK[12] – eine

8 In der Presse wurde berichtet: „Vier sowjetische Offiziere […] beobachten seit Mittwochvormittag das Manöver ‚Iron Forge‘, an dem etwa 8000 Soldaten der 1. amerikanischen Panzerdivision teilnehmen. Das Manöver findet im Raum Bamberg–Nürnberg statt. […] Gemäß der Stockholmer Vereinbarung besteht ein Inspektionsrecht bei Manövern, an denen mehr als 13 000 Mann teilnehmen. Diesen Umfang sollte das Manöver ‚Iron Forge‘ ursprünglich leicht übersteigen, weshalb es notifiziert wurde. Später wurde die Teilnehmerzahl jedoch reduziert, ohne daß deshalb die Notifizierung rückgängig gemacht wurde.“ Vgl. den Artikel „Sowjets inspizieren Bamberger Manöver“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Oktober 1987, S. 4.

9 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

10 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

11 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

12 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.

wichtige Schrittmacher-Funktion zukommt. Allerdings werden im Bündnis Besorgnisse über die Risiken einer Ausspähung durch Inspektionen laut.

Nach zwei östlichen Inspektionen bei uns stellt sich die Frage, wann und wo die Bundesrepublik Deutschland ihr Inspektionsrecht nutzen sollte. Aufgrund der sowjetischen und der DDR-Inspektion kommen in erster Linie diese beiden Länder, neben der ČSSR, für eine Inspektion durch uns in Betracht.

5) Die bisherige Implementierung der KVAE-Bestimmungen durch uns verlief – auch im Vergleich mit anderen NATO-Partnern – vorbildlich; allerdings mit großem organisatorischen Aufwand und starkem persönlichen Einsatz. So waren zum Beispiel an der 48-stündigen sowjetischen Inspektion bei uns auf deutscher Seite neben sechs Begleitoffizieren 130 Soldaten einer im Inspektionsgebiet stationierten Brigade beteiligt. Außerdem wurden fünf Hubschrauber und ca. 30 Fahrzeuge ausschließlich für Inspektionszwecke genutzt. Es ist abzusehen, daß insbesondere im BMVg die derzeitige Personallage und Organisationsstruktur nicht ausreichen wird, um eine reibungslose Implementierung zu gewährleisten, insbesondere auch für den Fall, daß wir unser Inspektionsrecht aktiv nutzen. Es gibt Überlegungen im BMVg, die auf eine organisatorische Neuordnung und personelle Verstärkung abzielen. Wir sollten hierzu ermutigen.[13]

Es wird daher vorgeschlagen, daß Sie anliegendes Schreiben an Staatssekretär Dr. Rühl richten.

Buerstedde

Anlage 1

Bericht über die Durchführung einer Inspektion der Truppenübung der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland „Sichere Festung“ auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland vom 11. bis 13. November 1987[14]

Am 9. November 1987 hat die Deutsche Demokratische Republik auf der Grundlage der Ziffern 65 und 66 des Stockholmer Dokumentes über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein Ersuchen über die Durchführung einer Inspektion im bezeichneten Gebiet mit Zentrum Kassel übergeben, das den angekündigten Raum der Durchführung der Übung der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland „Sichere Festung“ einschloß.

Die Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Inspektionsersuchen wurde am 9.11.1987, 18.00 Uhr, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Bonn übergeben.[15]

13 Der Passus „Es gibt … ermutigen“ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

14 In der Presse wurde berichtet: „Die Bundesregierung hat das Manöver ‚Sichere Festung‘ entsprechend den KVAE-Bestimmungen angekündigt. An der Übung im Raum Göttingen/Paderborn/Bad Hersfeld nehmen 12 000 deutsche und 1000 amerikanische Soldaten mit insgesamt 240 Kampfpanzern teil.“ Nach Aussagen des Regierungssprechers Ost betrachte die Bundesregierung „die Inspektion als einen Schritt zur Vertrauensbildung entsprechend dem KVAE-Dokument. Die DDR könne sich bei der Inspektion von der vollständigen Einhaltung der KVAE-Bestimmungen in der Bundesrepublik überzeugen.“ Vgl. den Artikel „DDR inspiziert Manöver der Bundeswehr“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. November 1987, S. 1.

15 Für die Note der DDR vom 9. November 1987 vgl. Referat 221, Bd. 130149.

Mit der durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 10.11.1987, 17.20 Uhr, übergebenen Antwortnote wurde dem Inspektionsersuchen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stattgegeben und zu einer Inspektion in Übereinstimmung mit den Ziffern 63 ff. des Stockholmer Dokumentes auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland im bezeichneten Inspektionsgebiet eingeladen.[16]

Auf Grund der räumlichen Nähe zum beantragten Beginn der Inspektion in Göttingen benannte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsprechend Ziffer 81 des Dokuments als Punkt der Einreise die Grenzübergangsstelle Duderstadt/Worbis. Diesem Vorschlag wurde seitens der Deutschen Demokratischen Republik zugestimmt.

Die Inspektionsgruppe im Bestand von vier Offizieren der Nationalen Volksarmee traf am 11.11.1987, 9.00 Uhr, am genannten Einreisepunkt ein.

Die Inspektionsgruppe wurde von Vertretern der Bundesrepublik Deutschland empfangen und zum Punkt des Beginns der Inspektion nach Göttingen begleitet.

Nach Abstimmung des Flugplanes und des Ablaufes der Inspektion für den ersten Tag begann diese am 11.11.1987, 10.30 Uhr, in Göttingen.

Zur Sicherstellung der Inspektion waren

– 2 Hubschrauber
– 2 klein-KOM und[17]
– 4 PKW (geländegängig)

bereitgestellt. Die Verpflegung und Unterbringung der Inspektionsgruppe sowie der Zugang zu geeigneten Fernmeldemitteln einschließlich der Verbindung zwischen ihren Mitgliedern waren gewährleistet.

Im Verlaufe ihrer Tätigkeit war es der Inspektionsgruppe gestattet, Geräte und topographische Karten entsprechend Ziffer 87 des Stockholmer Dokumentes zu nutzen.

Die Mitglieder der Inspektionsgruppe hatten unter Berücksichtigung der Ziffer 74 des Stockholmer Dokumentes die Möglichkeit des Zuganges zum bezeichneten Gebiet und der Besichtigung der Handlungen während der Truppenübung „Sichere Festung“.

Die Inspektion im bezeichneten Gebiet wurde am 13.11.1987, 10.30 Uhr, in Arolsen beendet.

Die Inspektion wurde zu Lande, aus der Luft sowie auf beide Arten gleichzeitig im Bestand von vier Untergruppen durchgeführt.

Die Mitglieder der Inspektionsgruppe hatten die Möglichkeit des Kontaktes und der Gespräche mit Kommandeuren und Truppenangehörigen. Der Bitte zum Zusammentreffen mit dem Leitenden der Übung und zum Erhalt von Informationen zur aktuellen Lage der Truppe wurde stattgegeben.

Die Resultate der Tätigkeit der Inspektionsgruppe im Verlaufe der 48 Stunden erlauben die Schlußfolgerung, daß die in der Ankündigung gegebenen Angaben zu den Ziffern 34 bis 36 des Stockholmer Dokumentes eingehalten wurden.

16 Für die Antwortnote der Bundesregierung vom 10. November 1987 vgl. die Anlage 1 zum Schnellbrief des Bundeskanzleramts vom 11. November 1987; Referat 221, Bd. 130149.
17 So in der Vorlage.

Im Verlaufe der Inspektion wurden durch die Inspektionsgruppe keine Anzeichen dafür festgestellt, daß Bestimmungen des Stockholmer Dokumentes nicht eingehalten wurden.

Die Sicherstellung der Inspektionsgruppe erfolgte entsprechend den Festlegungen des Stockholmer Dokumentes.

Die Deutsche Demokratische Republik begrüßt die gegenüber der Inspektionsgruppe demonstrierte Haltung bei der Realisierung der Festlegungen des Stockholmer Dokumentes. Sie gibt der Überzeugung Ausdruck, daß weitere Erfahrungen bei der Umsetzung des Stockholmer Dokumentes der Festigung des Vertrauens und der Erhöhung der Sicherheit in Europa dienen können.

[Anlage 2]

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Herrn Staatssekretär Dr. Rühl
Bundesministerium der Verteidigung
5300 Bonn

m.p.[18]

vor Abschluß des ersten Jahres der KVAE-Implementierung haben unsere beiden Häuser Veranlassung, über unsere gute Zusammenarbeit auf diesem neuen Gebiet befriedigt zu sein. Diese Zusammenarbeit hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Bundesregierung die Bestimmungen des Stockholmer Dokuments in vorbildlicher Weise erfüllen konnte.

Die Implementierung war jedoch nur durch ein großes – häufig bis an die Grenzen des Zumutbaren gehendes – Engagement der beteiligten Arbeitseinheiten möglich. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Bundesrepublik Deutschland Inspektionen erst gegen Jahresende hinzunehmen hatte und selbst noch keine aktiven Inspektionen durchgeführt hat.

Unsere gemeinsamen Erfahrungen mit den Inspektionen des Jahres 1987 zeigen, daß sie uns personell stark in Anspruch nehmen. Hierfür sollten geeignete organisatorische Maßnahmen überlegt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Sudhoff[19]

Referat 221, Bd. 130149

18 Diese Buchstaben wurden handschriftlich eingefügt.
Manu propria.
19 Paraphe vom 27. November 1987.

340

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6825/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1558
Citissime

Aufgabe: 25. November 1987, 20.35 Uhr[1]
Ankunft: 25. November 1987, 21.08 Uhr

Betr.: Ministerrat 25.11.87 mit Bericht Secretary Shultz über Gespräche mit Schewardnadse in Genf[2]

Zur Unterrichtung (DB ist von BM noch nicht genehmigt)

I. An über zweistündiger Sitzung nahmen neben BM Außenminister DK[3], I[4], NL[5] und NWG[6] sowie Staatssekretäre Außenministerien L[7] und P[8] teil. Sonstige Partner waren durch StV vertreten. Beteiligungsformel wie üblich zwei plus drei (bei uns D2[9], D2A[10], DMV[11]).

Shultz erstattete eingehenden Bericht mit Schwerpunkt auf INF und hier auf Verifikation. Diskussion war aus Zeitgründen nur kurz. BM gab allgemeine Stimmung wieder, als er erklärte, er habe noch nie so große Befriedigung empfunden wie in heutiger Sitzung.

II. 1) Shultz unterstrich zu Beginn, erzielter Erfolg sei vor allem Zusammenhalt, Festigkeit, Geduld und Konsultationsdichte im Bündnis zu verdanken. Wenn wir mit Ergebnis zufrieden sein könnten, so beruhe dies vor allem auf Einigkeit Allianz. Treffen mit Schewardnadse und Achromejew habe wichtige Entscheidungen gebracht. Shultz würdigte sowjetisches Verhandlungsteam allgemein als „serious people“ und Achromejew als „genau, recht eindrucksvoll und entscheidungsfreudig“. Auch in Reykjavik[12] habe sich erwiesen, wie wichtig Teilnahme sowjetischen Generalstabschefs sei. Es sei nun sicher, daß INF-Abkommen bei Gipfel, über dessen Struktur man Einigkeit erzielt habe, unterschrieben werden könne.[13] Andererseits hätten Gespräche mit Schewardnadse insofern auch

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 34.
Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt vorgelegen.

2 Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 23./24. November 1987 zu Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse und dem Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte, Achromejew, in Genf zusammen. Vgl. dazu auch FRUS 1981–1988, VI, S. 547–591. Vgl. dazu ferner SHULTZ, Turmoil and Triumph, S. 1004–1006.

3 Uffe Ellemann-Jensen.

4 Giulio Andreotti.

5 Hans van den Broek.

6 Thorvald Stoltenberg.

7 Robert Goebbels.

8 José Manuel Barroso.

9 Hermann Freiherr von Richthofen.

10 Josef Holik.

11 Deutscher Militärischer Vertreter im NATO-Militärausschuß war Hans-Peter Tandecki.

12 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Am 8. Dezember 1987 wurde der INF-Vertrag unterzeichnet. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

gewissen Routinecharakter gehabt, als sie bei Behandlung mühseliger Detailfragen an langwierigen Verhandlungsprozeß Genfer Unterhändler angeknüpft hätten.

Besonderes Lob für Standfestigkeit Stationierungsländer[14], denen Vertrag in besonderer Weise zugute komme. Amerikanischerseits sei ganz klargemacht worden, daß Gipfel sich nicht auf Rüstungskontrolle beschränken dürfe. Auch Menschenrechte, Spannungsgebiete und bilaterale Fragen würden bei weitläufiger Tagesordnung behandelt.

a) Menschenrechte: Bei seinem Treffen in Moskau[15] habe man diese intensiver denn je behandelt, was auch in Washington geschehen sei[16]. Kürzliche Gespräche von Deputy Secretary Whitehead in Moskau[17] (Shultz erwähnte dessen vorherige Kontakte in Bonn mit BK und BM[18], die er als sehr wesentlich bezeichnete) seien Dingen auf den Grund gegangen. Seit den alten Tagen Gromykos, der derartige Erörterung mit Hinweis auf innere Probleme SU stets abgelehnt habe, sei bedeutende Entwicklung vor sich gegangen.

Breiter Dialog dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß lediglich Ergebnisse zählten. Ridgway habe hier in Genf erneut insistiert und ungelöste Fälle getrennter Ehepartner und Frage politischer und aus religiösen Gründen festgehaltener Gefangener angeschnitten. Dabei sei sowjetische Seite auch bereit gewesen, über einschlägiges gesetzliches Instrumentarium zu sprechen. Erneut habe man sich für Ausreisewillige eingesetzt, wobei Einlassung SU zurückgewiesen worden sei, Erfordernisse Staatssicherheit ständen dem häufig entgegen.

Man werde Dialog vertieft fortsetzen und dabei auch Fachleute mit gegenseitigen Besuchen (z. B. zur Erörterung Strafgesetze und zum Besuch von Gerichtsverhandlungen – etwa beim Obersten Bundesgericht in Sachen Todesstrafe) einschalten. Es sei gelungen, acht von neun Fällen getrennter Ehegatten eingehender zu besprechen, wobei viermal Ausreisezusagen gemacht worden seien. Vorschlag Menschenrechtskonferenz Moskau[19] sei sowjetischerseits nicht aufgebracht worden.

b) Regionalfragen: Hinweis auf Gespräche letzter Woche zwischen Under Secretary Armacost und Woronzow.[20] Wichtigste Felder seien Afghanistan, iranisch-irakischer Konflikt und Golf sowie südliches Afrika gewesen. Wenn man in Genf im einzelnen auch keine konkreten Ergebnisse erzielt habe, so sei dies für Gipfel nicht auszuschließen.

14 Belgien, die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und die Niederlande.

15 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

16 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Oktober 1987 in den USA vgl. Dok. 302.

17 Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead vom 16. bis 18. November 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 312, Anm. 8.

18 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead besuchte die Bundesrepublik am 9./10. November 1987. Vgl. dazu Dok. 312.

19 Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

20 Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, traf mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 17. November 1987 in Genf zu Gesprächen über Regionalfragen zusammen. Vgl. dazu den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 23. November 1987 übergebenen Gesprächsvermerk; Referat 230, Bd. 158100.

Hinsichtlich Afghanistans zeichne sich stärkere Bereitschaft SU für Festlegung auf Rückzugsfahrplan ab.[21] Politische Entscheidung militärischen Abzugs sei offenbar gefallen. Widerstandskämpfer würden immer stärker, und Zeit arbeite gegen SU, die vor einem Jahr gewiß bessere Bedingungen erreicht haben würde. Problem stehe möglicherweise in zwei Jahren nicht mehr auf internationaler Tagesordnung.

Über Golf-Konflikt sei eingehend gesprochen worden. Amerikanischerseits meine man, Pérez de Cuéllar müsse härter sein[22]; er dürfe sich von Iran nicht zum Narren halten lassen, was er vorgestern auch zum Ausdruck gebracht habe. Es sei grotesk, daß Larijani[23] sich für 22.11. in New York angesagt habe, dann jedoch ohne Entschuldigung statt dessen nach Tokio geflogen sei.[24] Schewardnadse habe gemerkt, daß man auf Gipfel vielleicht hier gemeinsame Sprache finden könne, doch habe er, Shultz, ihm erwidert, voneinander abweichende Meinungen gelte es ebenfalls klar zu registrieren.

Auch im südlichen Afrika zeige Moskau mehr Geschmeidigkeit. Kubanische Bürde laste auf Angola. Ein Sieg über Savimbi sei ausgeschlossen. SR-Entschließung 435[25] könne in absehbarer Zeit vielleicht doch implementiert werden. Neue Möglichkeiten böten sich an. Er habe aufmerksam Berichte über kürzlichen Besuch BM in Angola[26] gelesen und stimme mit dessen Schlußfolgerungen überein.

Auf Zwischenfrage van den Broeks bestätigte Shultz zunehmende sowjetische Flexibilität auch in anderen Regionen (z. B. Äthiopien, Kambodscha); für USA hätten jedoch Afghanistan, Golf und südliches Afrika Priorität.

c) Auf bilaterale Fragen ging Shultz im einzelnen nicht ein. Er erwähnte lediglich sich intensivierende Zusammenarbeit bei Medien sowie in Bereichen Naturwissenschaften, Raumfahrt und Umweltschutz.

21 Zu den „indirekten" Gesprächen zwischen Afghanistan und Pakistan vgl. Dok. 171, Anm. 5.
Referat 340 vermerkte im Oktober 1987: „Die indirekten Genfer Gespräche unter Vermittlung des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Cordovez dauern an. In der siebten Runde (25.2. – 9.3.1987) kam es in der Frage des Zeitplans für den Abzug der sowjetischen Truppen zu einer Reduzierung des Unterschieds in den Zeitvorstellungen von 45 auf 11 Monate (Islamabad 7 Monate; Kabul 18 Monate). Ein weiterer Fortschritt in dieser Frage ist jedoch an die formell unausgesprochene afghanisch-sowjetische Vorbedingung eines Fortschritts im ‚nationalen Versöhnungsprozeß' geknüpft. Vom 7. bis 9.9.1987 wurden die Gespräche auf afghanischen Wunsch mit einer marginalen Modifizierung in den Zeitvorstellungen (Islamabad 8 Monate; Kabul 16 Monate) ohne substantielle Ergebnisse fortgesetzt." Vgl. Referat 230, Bd. 142213.

22 Zum irakisch-iranischen Krieg und zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vgl. Dok. 296, Anm. 21 und 22.

23 Korrigiert aus: „Rafsanjani".

24 Der stellvertretende iranische Außenminister Larijani begleitete den iranischen Außenminister Velayati bei dessen Besuch in Japan vom 24. bis 26. November 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2106 des Botschafters Hallier, Tokio, vom 24. November 1987; Referat 311, Bd. 139998.
Vortragender Legationsrat Honsowitz informierte am 27. November 1987, nach Angaben der Botschaft in Tokio habe Larijani Velayati „nur begleitet und keine getrennten Gespräche geführt (seine Anwesenheit in Tokio war mithin nicht erforderlich; er hätte Reise nach New York früher antreten können)". Vgl. Referat 230, Bd. 158100.
Zu den Gesprächen, die Larijani vom 2. bis 4. Dezember 1987 in New York führte, vgl. Dok. 357, Anm. 28.

25 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

26 Bundesminister Genscher besuchte Angola am 29./30. Oktober 1987. Vgl. dazu Dok. 303.

d) START[27]. Betonung, daß man nunmehr auf Grundlage gemeinsamen Textentwurfs arbeite, der indessen noch viele Klammern enthalte. Anwesenheit Achromejew sei auch hier sehr wichtig gewesen. Am Nachmittag vor eigentlichem Gipfel werde er mit Schewardnadse und Team von jeweiligen Fachleuten erneut darüber sprechen. Hinweis auf Einigung über 6000 Gefechtsköpfe und 1600 Systeme, Zählweise bei Bombern und 1540 Gefechtsköpfen bei schweren ICBMs, Annäherung bei Limit von ballistischen Gefechtsköpfen (US 4800; Achromejew: 5100).

Betonung Schwierigkeiten Verifikation besonders bei SLBMs und mobilen landgestützten Systemen (SS-25; Transport auf Straße, noch schwieriger durch Bahn). Komplikationen dadurch, daß nicht wie bei INF Null-Lösung. Einigung auf Grundsatz Vor-Ort-Inspektionen. Diese würfen jedoch äußerst komplizierte Detailprobleme auf, wie dies ja bereits bei INF klar geworden sei. Auf Zusammenhang START mit D+S[28] bzw. ABM-Vertrag wollte Shultz aus Zeitgründen nicht eingehen.

e) INF. Hinweis darauf, daß seit Doppelbeschluß[29] fast acht Jahre vergangen seien und daß SU aus Genfer Verhandlungen ausgestiegen[30] und dann nach Implementierung, die viel politischen Mut erfordert habe, im Januar 1985 zurückgekehrt sei[31]. Jetziger Vertrag („Meilenstein“) sei das, was von uns vorgeschlagen worden sei. Null-Lösung erleichtere Verifikation, verhindere weiträumige Dislozierungen SS-20 und dividiere NATO und asiatische Länder nicht auseinander. Systeme F und GB, „existing patterns of cooperation“ und FBS würden nicht berührt. Betonung, daß es sich um asymmetrische Reduzierungen handle, was für KRK[32] hoffentlich Präzedenz darstelle.

Man habe sich auf strengste Verifikationsbestimmungen einigen können. Auch hier sei gewiß nichts perfekt, und er wolle keine zu weitgehenden Behauptungen machen („no overclaim“). Regelung Einzelfragen sei sehr schwierig gewesen. Sogenannte nationale Mittel genügten nicht mehr, umfangreiche Vor-Ort-Inspektionen seien erforderlich. Dies müsse natürlich auch für Einrichtungen in den

27 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

28 Defense and Space.

29 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

30 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.
Am 24. November 1983 erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, daß die UdSSR nicht weiter an den Verhandlungen teilnehmen werde. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.
Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen wurde am 8. Dezember 1983 ohne einen Wiederaufnahmetermin beendet. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 385.

31 In einer Gemeinsamen Erklärung vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf am 7./8. Januar 1985 gaben der sowjetische Außenminister Gromyko und der amerikanische Außenminister Shultz die Wiederaufnahme von Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf bekannt. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.
Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 101 und Dok. 106.

32 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.

USA und in den Partnerstaaten gelten.[33] Würdigung der engen Konsultationen mit den Stationierungsländern, die zur vollen Befriedigung aller Beteiligten verlaufen seien.

Es werde ein Inspektionsprotokoll geben, demzufolge auch SU einschlägige gesetzliche Bestimmungen zu beachten habe. Komplizierte Verifikationsregelungen umfaßten „großes Buch", das Partnern in Brüssel sobald wie möglich zur Verfügung gestellt werde.

Es sei ein Datenaustausch vereinbart worden. Sowjetische Daten (dislozierter und nicht dislozierter Systeme) lägen US bereits vor. Man erwarte jedoch noch gewisse Details, die bis zum Ende der Woche zugesagt seien. Damit besitze man glaubwürdige Unterlagen darüber, was zur Vernichtung anstehe. In Frage stehende Einrichtungen würden vor Vernichtung im Wege von „base line inspections" inspiziert. Nächste Phase sei Zerstörung. Sie müsse innerhalb von insgesamt drei Jahren erfolgen, wofür es genaue Verifikationsprozeduren gebe. Sodann vergewissere man sich im Wege „close out inspection" darüber, daß Vernichtung vollständig stattgefunden habe.

Während Vernichtungszeitraums und innerhalb von zehn Jahren danach könne überprüft werden, daß es keine verbleibenden Systeme gebe, was durch Überwachung der Ausgänge einschlägiger Produktionsstätten erfolge. Dies sei vor allem bei Fabriken relevant, die bisher gleichzeitig SS-20 und SS-25 gefertigt hätten. Ähnliche Inspektionen habe man indessen auch SU auf amerikanischem Territorium einräumen müssen. Hinsichtlich GLCMs handle es sich um eine Testanlage in San Diego; die dort ebenfalls gelegene Produktionsstätte für SLCMs sei davon jedoch nicht berührt. Ähnliches gelte für periodische Inspektionen von P-II-Einrichtungen, wo weiterhin andere Raketen produziert würden. Auf diese Weise würden nur die vertragsrelevanten Fakten überprüft, nicht mehr. Verdachtsinspektionen einschlägiger Anlagen könnten kurzfristig erfolgen: Vier Stunden nach Ankunft im „point of entry" muß Inspektionsteam zu der dann von ihm gewünschten Einrichtung auf den Weg gebracht werden, und spätestens innerhalb von neun Stunden hat Inspektion zu beginnen. Innerhalb dreijährigen Vernichtungszeitraums sind zwanzig jährliche Inspektionen, in den nächsten fünf Jahren fünfzehn und in den letzten fünf Jahren zehn Inspektionen vorgesehen. Ähnlichkeit SS-25 und SS-20 werfe noch folgendes Problem auf: Erstere Raketen wurden etwa zur Hälfte auf SS-20-Basen dislozíert, die ja inspiziert werden dürften. Was geschehe jedoch mit anderer Hälfte? Hier habe man sich auf sogenannte „enhanced technical means" geeinigt, was bedeute, daß betreffende Einrichtungen für Fotos amerikanischer Satelliten kurzfristig geöffnet würden.

[34]Vertrag verbiete Flugtests, wobei indessen während ersten sechs Monaten Vernichtung durch „launching" in bestimmtem Umfang erlaubt sei. Durch dieses – ohne Schwierigkeiten zu überwachende – Verbot sei sichergestellt, daß unter Umständen tatsächlich noch vertragswidrig aufrechterhaltene Systeme nach gewisser Zeit obsolet würden.

[33] Zum Stand der Verhandlungen über ein amerikanisch-sowjetisches Inspektionsprotokoll im Rahmen eines künftigen INF-Abkommens, über ein Abkommen zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) sowie über einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern vgl. Dok. 194.

[34] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1559 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Verifikationsregelungen seien „nicht perfekt“, aber „pretty good“, und sie böten gute Vertrauensgrundlage („a lot of comfort“). Zu den entstehenden Kosten wolle er sich lieber nicht äußern. Sie seien wohl recht hoch, wobei man indessen daran denken müsse, daß Implementierung Doppelbeschlusses US bisher 7 bis 9 Mrd. Dollar gekostet habe. All dies sei auch von Bedeutung im Hinblick auf START. Hinsichtlich CW[35] könne man daraus die Lehre ziehen, daß hier erheblich weitergehende („far more extensive“) Maßnahmen erforderlich seien; andererseits müsse man sich bei CW natürlich die Frage stellen, wie weit wir uns selbst inspizieren lassen wollten.

Shultz unterstrich Asymmetrie zuungunsten SU, bei der rd. 1500 Sprengköpfe (3000 einschließlich „Reservepotential“) gegenüber 350 bzw. 800 auf seiten US zur Vernichtung anstünden. Diese Asymmetrie sei sehr bemerkenswert („quite striking“). Allianz stehe nunmehr vor zwei Aufgaben:

– Es gelte deutlich zu machen, daß es sich bei Vertragswerk um dasjenige handele, das man westlicherseits angestrebt habe. Administration sei sich darüber im klaren, daß etwaige Verweigerung Ratifizierung im Senat „rebellion in NATO“ auslösen werde. Shultz appellierte an alle Partner, sich unzweideutig zu Abkommen zu bekennen. Er sammle einschlägige Zitate und werde sie Anfang Januar bei den Hearings im Kongreß verwenden. Hierbei gehe es nicht nur um Äußerungen Regierungen, sondern auch Opposition.
– Man müsse sich darüber klar sein, daß mit INF-Vertrag keinesfalls alle unsere Probleme gelöst seien. Für Aufrechterhaltung glaubwürdiger Abschreckung gebe es eine Menge zu tun. Strategie flexibler Antwort[36] müsse weiterhin implementiert werden können. Qualität unserer konventionellen Mittel sei nunmehr besonders wichtig. Je höher diese sei, desto eher werde es gelingen, bei KRK Fortschritte zu erzielen.

f) Strukturierung Gipfels. Es handele sich um dreitägigen „substantive hard working summit“. Man habe fünf Arbeitssitzungen (jeweils zwei am 8. und 9.12., eine weitere sowie ein Arbeitsmittagessen am 10.12.) vorgesehen. Am 10.12. sei auch ein unmittelbarer Kontakt („direct interaction“) mit Kongreßangehörigen geplant. Im übrigen – sowjetischerseits organisierte – Zusammenkünfte mit Intellektuellen sowie Unternehmern. Bessmertnych werde dieserhalb in Kürze nach Washington fliegen. Mit gemeinsamer Abschlußerklärung sei zu rechnen.[37]

g) Abschließend unterstrich Shultz, daß sich Harmel-Konzept[38] von Abschreckung und Dialog voll bewährt habe. Auf Genfer Gipfel 1985[39] habe man weitere in

35 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

36 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

37 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1491–1497. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38.

38 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

39 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Washington und Moskau angekündigt. Es sei nunmehr an der Zeit, sie zu verwirklichen. Beiden Ländern sei auch an Gipfel in Moskau gelegen, und man stelle sich amerikanischerseits auch auf einen solchen ein.[40] Er müsse ebenfalls „produktiv" sein, und vorherige Fortschritte bei START seien entscheidend.

Die Lage ändere sich in positivem Sinn. Zwar gelte es sich vor Euphorie zu hüten, doch mache man einen Lernprozeß durch, auf welche Weise Schwierigkeiten überwunden werden könnten.

2) Aus Diskussion ist festzuhalten:

a) BM, der nach Andreotti als zweiter das Wort nahm, dankte für laufende Konsultationen und amerikanische Verhandlungsführung und sprach Shultz und Mitarbeitern Glückwünsche für Erreichtes aus. Seine Gedanken gingen acht Jahre zurück, als man hier Doppelbeschluß gefaßt habe. Damals seien manchen Zweifel gekommen, ob wir gesetzte Ziele erreichen könnten und ob es bei[41] beschlossener Stationierung bleiben werde. Implementierung sei, gerade auch bei uns in Deutschland, nicht einfach gewesen. Um so wichtiger sei es, zu unterstreichen, daß dies der von uns gewünschte Vertrag sei. Engster Allianz-Zusammenhalt und klare Zielsetzung seien Voraussetzung gewesen. INF-Abkommen stelle mehr als nur einen „Meilenstein" dar. Es sei erstes wirkliches Abrüstungsabkommen. Mit ihm beginne neue Epoche Rüstungskontrolle. 1987 könne als Jahr der Abrüstung gelten.

Er wolle für Bundesregierung keinen Zweifel daran lassen: Sollte es bei gewissen Personen in Amerika Bedenken gegen Vertrag geben, so könnten diese sich weder auf Bundesregierung noch auf BR Deutschland insgesamt berufen. Wir hätten Vertrag gewollt (und nähmen ihn nicht etwa nur hin). Betonung asymmetrischer Reduzierungen.

Es sei wichtig, daß auf Gipfel nicht nur Rüstungskontrollfragen, sondern auch Menschenrechtsproblematik, West-Ost-Beziehungen insgesamt und Regionalfragen behandelt würden. Er könne aus Erfahrung kürzlichen Besuchs Angolas das, was Shultz hierzu ausgeführt habe, nur bestätigen. Hinweis auf abgelaufenen arabischen Gipfel in Amman[42], der großen Erfolg für Hussein dargestellt habe. Wir sollten seine Auswirkungen auch auf SU und China für Lösung Golfkonflikts nutzen. Fortschritte bei Implementierung SR-Entschließung[43] seien geboten.

Bei NATO-AM-Treffen im Dezember[44] müßten nicht nur INF und START erörtert, sondern im Juni in Reykjavik in Auftrag gegebenes Gesamtkonzept Rüstungskontrolle in allen seinen Bereichen (START, CW, KRK und nukleare Kurzstreckenwaffen)[45] weiterbehandelt werden. Hinweis auf Brüsseler KRK-

40 Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

41 Korrigiert aus: „nicht bei".

42 Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

43 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

44 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.
Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112.

45 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

Erklärung vom Dezember 1986[46] und auf Wünschbarkeit baldigen Mandats in Wien. Bei AM-Treffen gelte es, Perspektiven für Rüstungskontrollverhandlungen und Entwicklung West-Ost-Verhältnisses allgemein für Stabilität in Europa und weltweit im Sinne Harmel-Berichts aufzuzeigen. Gipfel Moskau müsse weitere substantielle Fortschritte bringen.

BM betonte abschließend, er habe noch nie eine Sitzung als so befriedigend empfunden wie heute. Auch im transatlantischen Verhältnis sei man sich selten so nahe gewesen. INF-Abkommen stelle nicht nur Erfolg im Rüstungskontrollbereich, sondern solchen für Festigkeit und Zusammenhalt Bündnisses dar. Dies brauchten wir.

b) Auch AM Andreotti versicherte, INF-Abkommen werde in Italien nicht nur von Regierung, sondern überwiegend auch von Opposition gestützt. Allgemeine Zustimmung müsse im Kommuniqué Ministertreffen Dezember deutlich zum Ausdruck kommen. Er sprach sich u. a. für baldigen CW-Ächtungsvertrag und dafür aus, alle Elemente des Rüstungskontrollkonzepts von Art. 8 Reykjavik[47] weiterzuentwickeln.

AM van den Broek, der sich mehrfach auf BM bezog, unterstrich gleichfalls, daß sein Land hinter Abkommen stehe. Er mahnte mangelnde Fortschritte WFT[48] im Menschenrechtsbereich an. Hier spreche man in Moskau und Wien nicht mit gleicher Sprache. Westen müsse insoweit fest bleiben und Ungleichgewicht der verschiedenen Körbe vorbeugen.

Er sprach Problem weiterer Dislozierungen nach Unterzeichnung INF-Abkommens an. Gegendruck öffentlicher Meinung werde hier immer stärker. Entscheidung noch vor 8.12. sei erforderlich. Shultz antwortete hierauf: Amerikanischerseits würden nach Unterzeichnung keine weiteren Dislozierungen mehr erwartet. Bereits dislozierte Systeme müßten bis Abschluß Ratifizierung bleiben. Dann beginne dreijährige Vernichtungsphase.

AM Stoltenberg erwähnte u. a., daß es Zeit zu nutzen gelte, solange Reagan und Gorbatschow Verantwortung trügen.

GB unterstrich die von Shultz abschließend erwähnten zwei Punkte (besonders Vermeidung von Euphorie). Zitierte PM Thatcher, die INF-Abkommen positiv gewürdigt und Hoffnung auf Fortschritte bei START und CW-Ächtung zum Ausdruck gebracht hatte.

B wies darauf hin, daß heute nachmittag 20-jähriges Jubiläum Harmel-Berichts begangen werde. Unterstützung NL bei Forderung nach Fortschritten im Menschenrechtsbereich auf WFT.

F meinte, INF-Abkommen habe gesetzte Ziele erreicht. Auch bei Verifikation habe es beachtliche Fortschritte gegeben. Warnung vor Euphorie. Für Frankreich habe

46 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle" beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

47 Für den Wortlaut von Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384.

48 Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 377.

nunmehr rüstungskontrollpolitisch START Priorität. Weitere Wachsamkeit sei erforderlich.

E würdigte Haltung Stationierungsländer.

Abschließend beantwortete Shultz einige Fragen:

– Über genauen Inhalt eventueller Erklärungen bei Gipfel könne er noch nichts sagen. Wahrscheinlich keine Überraschungen.
– Zwar seien – vor allem in Moskau – mit Sowjets auch KRK und CW erörtert worden. Dabei jedoch stets Hinweis US auf multilaterale Verhandlungsforen.
– Zum Schluß sprach er kürzliche Änderungen innerhalb Administration an. Carlucci und Powell[49] ständen in Kontinuität bisheriger Politik.

3) GS[50] unterstrich zum Schluß drei Aspekte von INF:

– Sehr wichtige Präzedenz asymmetrischer Vernichtungen.
– Weitgehende Verifikation, die vor acht Jahren undenkbar.
– Man habe Realismus und Entscheidungskraft bewiesen und sei falschen Ratgebern in einigen Bündnisländern nicht gefolgt.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11283 (220)

341

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák in Prag

26. November 1987[1]

Von BM noch nicht gebilligt

Gespräch des Bundesministers mit Präsident Husák am 26.11.1987 (15.00–16.00 Uhr)[2]

Husák begrüßt BM mit herzlichen Worten. Er freue sich, das Gespräch mit BM in einer Situation fortsetzen zu können, in der ein Stück der persönlichen Politik des BM in die Tat umgesetzt werde. Er hoffe, daß die bevorstehende Unterzeich-

49 Der bisherige Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Carlucci, trat am 23. November 1987 das Amt des amerikanischen Verteidigungsministers an. Der bisherige stellvertretende Sicherheitsberater Powell übernahm am 23. November 1987 das Amt des Sicherheitsberaters.

50 Lord Carrington.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kastrup am 30. November 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 30. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Jansen und Vortragenden Legationsrat Schumacher verfügte.
Hat Jansen am 30. November 1987 vorgelegen.
Hat Schumacher vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher besuchte die ČSSR vom 25. bis 27. November 1987.

nung des Abkommens über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen[3] nur ein erster Schritt sei. Wichtig sei, über den Abbau von Rüstungen hinaus Feindbilder auf beiden Seiten abzubauen. AM Chňoupek habe ihn über die Gespräche des Vormittags informiert.[4] Er sei befriedigt über die Fortsetzung der Bemühungen, die bilateralen Beziehungen auszubauen. Die ČSSR lege Wert darauf, nicht Stoßdämpfer zwischen Ost und West zu sein, sondern möchte Verbindungsfunktionen wahrnehmen.

BM erklärt, beide Seiten hätten keinen Anlaß, pessimistisch zu sein. Es habe sich als richtig erwiesen, den direkten Dialog auch und gerade in Zeiten zu pflegen, in denen sich das West-Ost-Verhältnis abgekühlt habe. *Husák* wirft ein, hierzu habe BM einen bedeutsamen persönlichen Beitrag geleistet.

BM fährt fort, es sei die gemeinsame Aufgabe beider Staaten, in der Mitte Europas für ein Stück Entspannung zu sorgen. Beide Länder an der Nahtstelle der Systeme seien sensibler für Entwicklungen als andere. Der Besuch des Bundeskanzlers im Januar[5] solle den Begriff der guten Nachbarschaft ausfüllen. Wir seien daran interessiert, in allen Bereichen eng zusammenzuarbeiten. Es komme darauf an, die nicht ausgenutzten Reserven des bilateralen Verhältnisses zu aktivieren.

Wir seien bereit, mit allen Staaten des Warschauer Paktes gute Beziehungen zu pflegen. Dies gelte insbesondere für die Sowjetunion. Er, BM, habe sich bereits frühzeitig dafür ausgesprochen, die Politik Gorbatschows ernst zu nehmen.[6]
Husák: Dafür wurden Sie von einigen kritisiert.

BM: Die Kritiker hätten sich inzwischen seiner Auffassung angeschlossen. Wir wollten nach vorne blicken. Es liege in unserem Interesse, die Öffnungspolitik in der Sowjetunion zu ermutigen. Das deutsch-sowjetische Verhältnis habe große Bedeutung für die Lage in Europa.

Husák: Diese Erkenntnis habe über viele Jahrhunderte hinweg gegolten.

BM weist darauf hin, daß es nunmehr gelte, das INF-Abkommen für weitere Abrüstungsschritte zu nutzen. Bei den chemischen Waffen könne man schnell zu Ergebnissen kommen.[7] Die Zeit dränge. Wie vor zwanzig Jahren bei den atomaren Waffen bestehe auch hier die Gefahr der Proliferation. Er, BM, hoffe, daß es möglich sei, mit den Verhandlungen über die konventionellen Waffen im kommenden Jahr zu beginnen.[8] Es handle sich um ein „gefährliches Spielzeug". Für erfolgreiche Verhandlungen sei allerdings ein neues Denken notwendig. Was die Raketen kürzerer Reichweite anbetreffe, so seien wir zu sofortigen Verhandlungen bereit. Er müsse allerdings offen hinzufügen, daß das westliche Bündnis zur Erarbeitung einer Verhandlungsposition noch etwas Zeit brauche.

3 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

4 Bundesminister Genscher und der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek trafen am 26. November 1987 zu Gesprächen zusammen. Themen waren Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, das Ost-West-Verhältnis sowie bilaterale Fragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139636.

5 Bundeskanzler Kohl hielt sich am 26./27. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

6 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1987 in Davos; Dok. 65.

7 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

8 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

BM weist auf seine Rede im Deutschen Bundestag hin. Hier habe er einer konventionellen Nachrüstung eine klare Absage erteilt.[9] Mit seinem Kollegen Chňoupek stimme er überein, daß man bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien jetzt Druck machen müsse, um bald zu einem Ergebnis zu kommen.[10]

BM wendet sich in seinen Darlegungen der Lage in Westeuropa zu und schildert die Probleme in der EG, insbesondere was Agrarfragen, finanzielle und strukturelle Probleme anbetrifft.

Er hebt die Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses für die Stabilität in ganz Europa hervor. Präsident Mitterrand sei ein Staatsmann von großer europäischer Verantwortung und Weitsicht. Er habe zweimal geholfen, die doppelte Null-Lösung herbeizuführen.

Die sowjetische Führung sei gut beraten, nicht auf den nächsten amerikanischen Präsidenten zu warten. Im Gegensatz zu vielen seiner Amtsvorgänger sei Präsident Reagan auf außenpolitischem Gebiet in seinem letzten Amtsjahr keine „lahme Ente". Man müsse jetzt in die Scheuer fahren, was möglich sei. Ein neuer Präsident brauche Zeit, um sich einzuarbeiten.

Husák erklärt, Gorbatschow spekuliere nicht auf die Person des Präsidenten, sondern sei entschlossen, seine Friedensideen durchzusetzen. Die Reformen, die Gorbatschow zuhause eingeleitet habe, würden auch in anderen sozialistischen Ländern modifiziert angepackt. Für die ČSSR strebe er eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens an. Es sei wichtig, einen neuen Arbeitsstil einzuführen. Der im Westen bestehende Eindruck, die ČSSR sei der letzte Staat in der Entwicklung, sei unzutreffend. Das bevorstehende ZK[11] werde sorgfältig vorbereitet. Es könne kein Zweifel daran bestehen: Die tschechoslowakische Führung wolle Glasnost. Die Durchführung der Ideen sei allerdings kompliziert und nicht ohne große soziale Beeinträchtigungen möglich. Die beabsichtigten Reformmaßnahmen könnten auch in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland eine neue Atmosphäre schaffen.

BM stimmt zu, daß eine Öffnung der sozialistischen Staaten auch zu einer größeren Kooperationsfähigkeit führe. Er weist insbesondere auf die gut ausgebildeten Facharbeiter und das große intellektuelle Potential der ČSSR hin.

Husák: Dieses sei bisher nicht genügend genutzt worden. Man habe einiges verpaßt, das jetzt aufgeholt werden solle. Dies müsse den Menschen bewußt gemacht werden. Die Entwicklungen in der Sowjetunion würden aufmerksam verfolgt. Man höre auch aufmerksam zu, was von westlichen Gesprächspartnern gesagt werde. Jedes Land habe seine eigenen Probleme. Es komme deshalb darauf an, Reformideen auf die jeweiligen Bedingungen anzuwenden. Man sei jedenfalls entschlossen, die Entwicklung zu beschleunigen. Der Weg sei vorgezeichnet. Es stünden grundlegende Änderungen im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich bevor. Alte Einstellungen müßten geändert werden.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vom 24. November 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 41. Sitzung, S. 2756–2760.

10 Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 377.

11 Die Plenarsitzung des ZK der KPČ fand am 8./9. April 1988 in Prag statt.

BM erklärt, dies betreffe auch die Fragen der internationalen Zusammenarbeit. Er weist auf das Buch von Jonas „Prinzip Verantwortung“[12] und dessen Gedanken hin.

Husák stimmt zu. Alle Staaten ungeachtet der Unterschiede ihrer Gesellschaftsordnungen trügen hohe Verantwortung für die künftigen Generationen. Aufgrund langer Gespräche mit Gorbatschow könne er sagen, daß der sowjetische Führer im Westen vielfach vereinfacht gesehen würde. Gorbatschow sei innerlich zutiefst überzeugt, daß alles für die Rettung der Welt getan werden müsse.

Nach dem Austausch einiger eher allgemeiner philosophischer Betrachtungen übermittelt *BM* Grüße des Bundeskanzlers.

Husák bittet, diese zu erwidern und schließt das Gespräch mit der Bemerkung, die ČSSR freue sich auf den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers.

Referat 010, Bd. 178904

342

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-331.00 VS-NfD **26. November 1987**[1]

Über Herrn D2[2], Herrn Staatssekretär[3] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung für Ihr Gespräch mit Botschafter Burt (Gesprächsführungsvorschlag in Ziffer 5)

Betr.: Berlin-Initiative[4]

Anlg.: 3[5] (davon Anlage[6] 3 nur beim Original)

1) Als Anlage 3 wird zur Unterrichtung ein „concept paper“ in der Fassung vom 24.11.1987 zu der auf die Anregung Präsident Reagans zurückgehenden „Berlin-

12 Vgl. Hans JONAS, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a. M. 1979.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee konzipiert.

2 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 27. November 1987 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich halte den Weg einer Note für falsch + gefährlich und ihren Inhalt für äußerst bedenklich!“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 3. Dezember 1987 vorgelegen, der vermerkte: „Hat dem Herrn Minister vorgelegen.“ Ferner verfügte Elbe den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 4. Dezember 1987 vorgelegen.

4 Zur Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 168.

5 Dem Vorgang teilweise beigefügt. Vgl. Anm. 7, 10 und 16.

6 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt: „2 und“.

Initiative“ vorgelegt.[7] Es stellt dar den gegenwärtigen Stand der Beratungen in der Bonner Vierergruppe in Erfüllung des Minister-Auftrags von Reykjavik, zur Prüfung durch die Regierungen konkrete Vorschläge zur Ansprache der Sowjetunion zu erarbeiten.[8] Als Ergebnis ausführlicher Untersuchungen nennt das Papier zwei Gruppen von Vorschlägen, die die Alliierten auf der Grundlage ihrer weiterbestehenden originären Rechte an die Sowjetunion herantragen könnten:

a) im Luftverkehrsbereich

– höhere Flughöhen und größere sowjetische Zurückhaltung bei Reservierungen in den Luftkorridoren[9],
– kommerzieller Zugang zu Flughäfen in Berlin (West) für alliierte und nichtalliierte Fluggesellschaften auf Strecken außerhalb der Luftkorridore (verbunden mit der Entwicklung von Flugverkehrsverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR),

b) in anderen Bereichen

– sowjetische Zusammenarbeit bei der Entwicklung Berlins zu einem Zentrum für internationale Veranstaltungen und bei der Erleichterung menschlicher Begegnungen, z. B. durch Jugend- und Sportaustausch einschließlich einer möglichen Olympiade.

Trotz der im Papier diskutierten Möglichkeit einer sowjetischen Abweisung oder Gegeninitiative regt das Papier an, in Form einer Note, für die ein Textentwurf beigefügt ist (hier als Anlage 1 vorgelegt[10]), die Sowjetunion anzusprechen und baldige Vier-Mächte-Gespräche in Berlin vorzuschlagen. Abhängig von der sowjetischen Antwort würden die Alliierten spezifische Vorschläge erarbeiten und präsentieren.

2) Es war vorgesehen, das Papier den Ministern bei dem Deutschland- und Berlin-Treffen Anfang Dezember in Brüssel[11] vorzulegen. Ob bis zu den Expertengesprächen vor dem Ministertreffen eine auch in den Hauptstädten abgestimmte Endfassung erstellt werden kann, ist mehr als fraglich. Vor allem F und GB zeigen sich zögerlich. Angesichts des wiederholt vorgetragenen ameri-

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.

8 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. Dok. 170 und Dok. 174. Vortragender Legationsrat von Berg informierte das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium der Verteidigung am 25. Juni 1987: „Die Außenminister der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der BR Deutschland haben in Reykjavik ihre Beamten in Bonn beauftragt, zur Prüfung durch die vier Regierungen konkrete Vorschläge für Verbesserungen in Luftverbindungen nach Berlin zum Zweck einer Ansprache gegenüber der SU vorzubereiten. Dabei sollten sie die Bedeutung einer Verstärkung der langfristigen Stabilität und des Wohlstands Berlins durch Senkung der Schranken zwischen Ost und West in Berlin und die Bedeutung praktischer Verbesserungen für die Berliner bei vollem Schutz des Status der Stadt, insbesondere der ursprünglichen alliierten Luftzugangsrechte, in Betracht ziehen. Ferner sollte das im Oktober 1986 verabschiedete Papier über die Entwicklung von Luftfahrtbeziehungen mit der DDR berücksichtigt werden.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 210, Bd. 145177.

9 Zu den Bestimmungen über den Luftverkehr von und nach Berlin vgl. Dok. 354, Anm. 10.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für die „Draft note for Delivery by Three Allies to Soviet Union (preferably by Ambassadors in Moscow to Foreign Ministry)“ vgl. Referat 210, Bd. 145177.

11 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 366.

kanischen Interesses, „den Schwung der Reagan-Rede (vom 12.6.[12]) zu nutzen" und die Initiative zeitlich mit der INF-Abrüstung zu verbinden sowie angesichts der Unmöglichkeit, eventuelle Gegenleistungen an die Sowjetunion für praktische Verbesserungen schon jetzt abstrakt auszubuchstabieren, schließt aber jedenfalls der britische Sprecher nicht aus, daß sein Außenminister[13] der Sondierung gegenüber der Sowjetunion durch die Note zustimmen würde.

Die Notenform für die Sondierung war von US vorgeschlagen und von GB und F aufgenommen worden, weil sie die alliierte Demarche formalisieren und gewichtiger machen würde, auch wenn eine Note eine schriftliche Antwort mit u. U. unakzeptablen Gegenerklärungen provozieren könnte.

3) Nunmehr haben die USA in der Vierergruppe am 24.11.1987 angekündigt und beabsichtigen, Ihnen durch Botschafter Burt vorzutragen, daß sie die Übersendung der Note schon vor dem Gipfel am 7./10.12.1987[14], die Ansprache gegenüber der Sowjetunion auf diesem Gipfel und die öffentliche Vorstellung der Initiative durch einen „public event" (Fototermin?) am 11.12. anläßlich des NATO-Rates[15] anstreben.

In einer ersten Reaktion haben der britische und der französische Vierergruppen-Sprecher es für kaum vorstellbar gehalten, daß ihre Hauptstädte einer Absendung der Note noch vor dem Ministertreffen zustimmen werden. Der deutsche Sprecher warf die Frage auf, ob die USA ggf. in Fortsetzung der bisherigen amerikanischen nationalen Aktivität die Sowjetunion auf dem Gipfel zur Vorbereitung der Initiative bilateral ansprechen würden (s. hierzu Anlage 2[16]).

Aus der französischen Botschaft erfuhren wir am 26.11., daß Paris gegen eine solche bilaterale Ansprache durch die USA keine Einwände hätte, eine Note noch vor dem Ministertreffen aber nicht mittragen würde. Für eine entsprechende Haltung sprachen sich auch die Teilnehmer eines erweiterten Dreierkreises am 26.11. aus (u. a. BM Schäuble, StS Bräutigam).

4) Es sind nunmehr im Ressortkreis gemeinsame Haltungen zu den einzelnen Vorschlägen abzustimmen.

Jede deutsche Reaktion auf die Initiative muß den demonstrativen Einsatz des US-Präsidenten berücksichtigen und unserem Interesse an der Aufrechterhaltung des alliierten Engagements für Berlin Rechnung tragen. Zum Inhalt der Initiative ist zu berücksichtigen, daß die Initiative sich von den ursprünglichen plakativen Vorschlägen entwickelt hat in Richtung auf praktische Verbesserungen für Berlin, in die auch unsere Vorstellungen im verkehrs- wie im Berlin-politischen Bereich Eingang gefunden haben:

12 Zur Rede des Präsidenten Reagan in Berlin (West) vgl. Dok. 168, Anm. 5.

13 Geoffrey Howe.

14 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

15 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

16 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat von Berg hielt am 26. November 1987 nach „Telefonkontakten mit UK, USA und Bundeskanzleramt" fest, die USA wünschten, die Berlin-Initiative gegenüber der UdSSR bei den Gesprächen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 7. bis 10. Dezember 1987 in Washington anzusprechen. Nach Auskunft der britischen Botschaft stehe die Regierung in London dieser Idee zurückhaltend gegenüber, doch würden die USA „die vorsichtige Reaktion Londons als ‚keine Ablehnung'" deuten. Frankreich halte „sich bisher völlig zurück". Vgl. Referat 210, Bd. 145177.

– Beschränkung der Veränderungen im Korridorverkehr auf Anpassung der gegenwärtigen Praktiken ohne Aufgabe der originären Rechte.
– Weiterverfolgung des Pilotprojekts für innerdeutschen Luftverkehr, verbunden mit Öffnung Tegels für Nord-Süd-Flüge, aber angereichert durch Unterstützung des Anliegens „Öffnung Tegels“ durch mögliche Drei-Mächte-Initiative.
– Im Bereich internationaler Veranstaltungen Schwergewicht auf Überwindung sowjetischer Obstruktion gegen volle Anwendung des VMA[17] in Berlin (West). Plakative Projekte wie KSZE-Folgekonferenz und Olympiade werden untersucht, problematisiert und als wünschbar, aber nur mit langer Frist vorstellbar dargestellt.
– Aufnahme der Bezirkskontakte in den Themenbereich „menschliche Begegnungen“.

Andererseits ist besonders bei der Mischung von öffentlichkeitswirksamen Elementen der Initiative mit konkreten Anliegen der Alliierten im empfindlichen Bereich des Korridor-Luftverkehrs vor der Entscheidung zu dem operativen Akt einer formellen Einladung der Sowjetunion zu Vier-Mächte-Gesprächen große Vorsicht geboten. Die – auch auf unser Betreiben im concept paper ausdrücklich erwähnten – Risiken einer förmlichen Note sind oben (Ziffer 2) erwähnt, auch der Rahmen von Vier-Mächte-Botschaftergesprächen (zum ersten Mal seit dem VMA) eröffnet ein schwer beherrschbares Szenario.

5) Zur Reaktion auf die Ansprache des Themas durch Botschafter Burt – der nach Hinweisen aus dem State Department sowie nach Einschätzung Frankreichs auch persönlich an der Initiative starkes politisches Interesse hat – wird vorgeschlagen:

– Dankbare Begrüßung des amerikanischen Engagements für Berlin, das unsere Berlin-Anliegen aufnimmt.
– Hinweis, daß das Konzept und die Note sich bis in die letzten Tage erheblich entwickelt haben und daß jetzt die Zeit reif ist, auf deutscher Seite zwischen den betroffenen Ressorts eine Abstimmung zu den Vorschlägen vorzunehmen – wie auch wahrscheinlich in den anderen Hauptstädten.
– Zusage zügiger, aber sorgfältiger Prüfung dieser wichtigen Initiative.
– Unterstützung amerikanischer Absicht, Reagan-Initiative bilateral durch die USA bei Gelegenheit des Gipfels anzusprechen.
– Hinweis auf Möglichkeit anschließender Erörterung auf anstehendem Treffen in Brüssel im Lichte der sowjetischen Reaktion beim Gipfel.[18]

Lambach

Referat 210, Bd. 145177

17 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke vermerkte am 3. Dezember 1987, Bundesminister Genscher habe am Vortag ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burt geführt, bei dem auch die Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan erörtert worden sei. Burt habe dargelegt, „daß die von den USA noch vor dem Gipfel beabsichtigte Note an die SU keine Zustimmung bei uns sowie GB und F gefunden habe, weshalb dieser Plan aufgegeben worden sei. Er hoffe, daß das Thema beim

343

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim **26. November 1987**[1]

Lieber Ron,

ich schreibe Ihnen zu einem Zeitpunkt, in dem Sie sich auf Ihr Treffen mit Generalsekretär Gorbatschow[2] vorbereiten. Diese Gipfelbegegnung wird von den guten Hoffnungen und Wünschen aller Deutschen begleitet. Ich beglückwünsche Sie und Außenminister George Shultz, daß Sie für diese Gipfelbegegnung eine außerordentlich bedeutsame Tagesordnung durchgesetzt haben: ein weiterer Beweis, daß sich Geduld und Festigkeit gegenüber der Sowjetunion auszahlen.

Zugleich möchte ich Ihnen danken für Ihre Schreiben vom 28. August und 19. November d. J. Die wichtigste Botschaft Ihrer Schreiben bekräftige ich mit allem Nachdruck: Gerade in der jetzigen Phase der internationalen Politik kommen der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1747

Gipfel angesprochen werde und daß wir bei dem AM-Vierertreffen am Rande der NATO-Herbsttagung der Zustellung der Note nach dem Gipfel zustimmen könnten. Auf Frage von BM, was von Pressespekulationen über ein Treffen der vier Botschafter zu halten sei, antwortete Burt, daß nach einer Zustimmung zur Zustellung der Note ein Treffen der vier Botschafter in Berlin im Kontrollratsgebäude vorgesehen sei." Vgl. Referat 210, Bd. 145177.

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 26. November 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach „mit der Bitte um Weiterleitung über unsere Botschaft in Washington" übermittelt. Ferner vermerkte Kaestner, daß er die bereits in Auftrag gegebene Übersetzung „so bald wie möglich nachreichen" werde. Zudem bat er, „für Herrn Bundesminister Genscher Ablichtung vom Original ziehen und ‚VS-geheim' einstufen zu lassen". Schließlich informierte Kaestner, daß die „englische Fassung des Schreibens […] von hier aus vorab dem Weißen Haus übermittelt" werde.
Hat Pfetten-Arnbach am 26. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Sudhoff und Lautenschlager, das Ministerbüro, das Büro Staatssekretäre sowie an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Botschafter Holik verfügte und handschriftlich vermerkte: „Absendung d[es] Originals per Kurier am Freitag 27.11. sicherzustellen durch Reg[istratur] 014."
Hat Holik am 27. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Hartmann, die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Hofstetter, Buerstedde und von Butler, Vortragenden Legationsrat Barker sowie an Referat 220 verfügte.
Hat Hofstetter vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Wagner am 30. November 1987 vorgelegen.
Hat Buerstedde vorgelegen.
Hat Butler vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Reyels am 15. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Barker am 15. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Nourney am 15. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Hofstetter am 16. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Wagner und Mülmenstädt verfügte.
Hat Wagner am 16. Dezember 1987 erneut vorgelegen.
Hat Mülmenstädt erneut vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11319 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Am 8. Dezember 1987 wurde der INF-Vertrag unterzeichnet. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

Einheit und der Geschlossenheit der freien Demokratien des Westens höchste Bedeutung zu; gerade jetzt sind laufende, enge und vertrauensvolle Konsultationen unseres Bündnisses unerläßlich.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen meine Auffassung zu aktuellen Fragen der Ost-West-Beziehungen sowie zu gemeinsamen Anliegen unseres Bündnisses darlegen.

I. Das herausragende Ereignis der Gipfeltage wird die Unterzeichnung des Abkommens über die weltweite Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenflugkörper kürzerer und längerer Reichweite sein: Ich beglückwünsche Sie zu diesem historischen Durchbruch, mit dem erstmals der Weg echter Abrüstung beschritten wird und der die Tür für weitere Abrüstungsschritte öffnet.

Mit genau diesen Worten habe ich öffentlich die endgültige Einigung zwischen Secretary of State George Shultz und Außenminister Schewardnadse gewürdigt. Das INF-Abkommen findet die uneingeschränkte Zustimmung der Bundesregierung und aller verantwortlichen politischen Kräfte unseres Landes. Auf diese breite Unterstützung in unserem Land können Sie – auch im Blick auf das bevorstehende Ratifikationsverfahren – in Zukunft bauen.

Sie haben Ihrerseits den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland, den ich mit meiner Erklärung vom 26. August zu den Pershing Ia der Bundeswehr[3] geleistet habe, positiv gewürdigt. Dafür danke ich Ihnen. Diese Entscheidung war, wie die Entwicklung der letzten Monate gezeigt hat, das richtige Signal zum richtigen Zeitpunkt und ein unerläßlicher Schritt zum Verhandlungserfolg, der im Interesse aller Bündnispartner liegt.

II. Ich begrüße ausdrücklich Ihre Absicht, mit Generalsekretär Gorbatschow auf dem bevorstehenden Gipfel weitere Abrüstungsschritte ins Auge zu fassen, insbesondere tiefe und stabilisierende Reduzierungen der beiderseitigen Potentiale strategischer Angriffswaffen.[4] Dabei wird es darum gehen, für das Verhältnis von strategischen Offensiv- und Defensivwaffen eine die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigende, kooperative Lösung zu finden; dies gilt auch für die Anwendung des ABM-Vertrages[5].

Daß inzwischen amerikanisch-sowjetische Gespräche über die Verifikation von Nukleartests aufgenommen[6] und damit die ersten Schritte auf dem Weg zu einem umfassenden Teststopp getan wurden, unterstütze ich sehr.

3 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

4 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

5 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

6 Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung, Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp aufzunehmen, vgl. Dok. 296, Anm. 28.
Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp fand vom 9. bis 20. November 1987 in Genf statt. Gesandter Paschke, Washington, übermittelte am 2. Dezember 1987 folgende Informationen: „Die zweiwöchige Gesprächsrunde, die während des AM-Treffens in Washington am 16.9.1987 vereinbart worden war, habe in guter, geschäftsmäßiger und sehr intensiver Weise wissenschaftlich-technische Fragen der Überprüfung von Nukleartests behandelt.“ Für Januar 1988 seien Besuche der Atomtestgelände in Semipalatinsk bzw. Nevada durch Delegationen der jeweiligen Gegenseite vorgesehen: „Nach Auswertung der jeweiligen Ergebnisse soll ab 15.2. die nächste Runde in Genf beginnen, für die man mit einer Dauer von vier bis sechs Wochen rechnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5147; Referat 222, Bd. 162064.

III. Unser Bündnis erhofft von Ihrer Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow und der Unterzeichnung eines INF-Abkommens weiterführende Impulse auch für andere Bereiche der Abrüstung und Rüstungskontrolle wie für die West-Ost-Beziehungen insgesamt. Insbesondere müssen – wie Sie es bereits in Ihrer Genfer Gipfelerklärung mit Generalsekretär Gorbatschow[7] gefordert haben – die Anstrengungen beschleunigt werden, ein wirksames und international überprüfbares Abkommen über das vollständige und weltweite Verbot chemischer Waffen[8] abzuschließen[9].

Die Sowjetunion hat in den strittigen Verifikationsfragen einige Bewegung gezeigt. Ich bin deshalb der festen Überzeugung, daß durch allseitiges ergebnisorientiertes Verhandeln die noch fehlenden Schritte zum endgültigen Abschluß getan werden können.

Angesichts der in der Bundesrepublik Deutschland lagernden Bestände an chemischen Waffen und unserer besonderen Vereinbarung über deren bevorstehenden Abzug[10] brauche ich Ihnen das vitale Interesse unseres Landes an Abrüstungsfortschritten in diesem Bereich nicht erneut darzulegen – erforderlich ist jedoch gerade jetzt, in der westlichen Öffentlichkeit jeden Eindruck zu vermeiden, als stünden nicht nur östliche Hemmnisse einem Abschluß im Wege.

IV. Für die Sicherheit unseres Landes sowie der bei uns stationierten Soldaten unserer Bündnispartner und ihrer Familien ist unverändert die gewaltige Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auf konventionellem Gebiet Grund ernstester Sorge. Ich weiß, daß Sie diese Sorge teilen. Unsere berechtigte Forderung ist deshalb, durch Abbau der bestehenden Ungleichgewichte die Invasionsfähigkeit der Armeen des Warschauer Paktes zu beseitigen.

Eine Schlüsselrolle kommt dafür den Wiener Gesprächen über ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural zu.[11] Dabei muß der Westen darauf dringen, daß die Sowjetunion auf ihre Forderung verzichtet, taktische Nuklearwaffen in diese Verhandlungen einzubeziehen. Ich wäre Ihnen daher sehr verbunden, wenn Sie auch diese Forderung unseres Bündnisses gegenüber Generalsekretär Gorbatschow bekräftigen würden; ich selbst habe mich im gleichen Sinne an ihn gewandt.[12]

Konventionelle Rüstungskontrolle ist das Gebiet, auf dem sich das von Generalsekretär Gorbatschow proklamierte „neue Denken“ in „neuem Handeln“ erweisen muß. Wir sollten uns nicht die Chance vergeben, die Ernsthaftigkeit seiner Absichten vor der Weltöffentlichkeit zu testen.

7 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

8 Die Wörter „chemischer Waffen“ wurden von Botschafter Holik hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „CW“.

9 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

10 Zum geplanten Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 275.

11 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.

12 Der Passus „daß die Sowjetunion … einzubeziehen“ und der Passus „ich selbst … gewandt“ wurden von Botschafter Holik hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Stimmt nicht mehr ganz.“ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 24. November 1987 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 335.

V. Lieber Ron, ich weiß Ihr Verständnis für die deutschen Sorgen wegen des ausgeprägten sowjetischen Übergewichts bei landgestützten nuklearen Flugkörpersystemen mit einer Reichweite unter 500 km sehr zu schätzen. Diese Bedrohung wird nach einem INF-Abkommen noch stärker hervortreten.[13] Es liegt daher im besonderen Interesse nicht nur meines Landes, sondern auch des ganzen Bündnisses, eine Perspektive für den Abbau des bestehenden Ungleichgewichts auch in diesem Bereich zu eröffnen. Die Außenminister unseres Bündnisses haben in Reykjavik[14] die Lösung dieser Frage zu Recht „in den Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und den weltweiten Abbau chemischer Waffen“[15] gestellt. Die Bundesregierung steht zu diesem Ansatz. Im gemeinsamen Interesse unseres Bündnisses sollten sich nunmehr unsere Bemühungen darauf richten, in vertraulichen und ohne Zeitdruck geführten Konsultationen eine gemeinsame Verhandlungsposition vorzubereiten.

Bei allen Schritten der Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen wir die sicherheitspolitische Situation unseres Bündnisses nach Abschluß eines INF-Abkommens in unsere Überlegungen einbeziehen. Dem von den Außenministern in Reykjavik erteilten Auftrag, die weitere Entwicklung eines kohärenten Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung zu prüfen[16], kommt deshalb erstrangige Bedeutung zu.

VI. Ich begrüße ausdrücklich, daß die Menschenrechte wiederum zentrales Thema Ihrer Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow sein werden. Zugleich danke ich für die detaillierte Unterrichtung, die Sie mir durch Deputy Secretary Whitehead haben zukommen lassen.[17]

Wir sind uns einig, daß es bei diesem komplexen Thema darum geht,

– sowohl das Los der prominenten Opfer der östlichen Regime zu lindern – ich erinnere mich gern an unsere erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Befreiung von Anatolij Schtscharanskij[18] –,
– als auch den berechtigten Wunsch von vielen Hunderttausenden nach Ausreise und Zusammenführung mit ihren Familien zu verwirklichen.

Ich bin Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet, daß Sie sich – wie bei Ihren früheren Gipfelbegegnungen[19] – auch diesmal mit Nachdruck gegenüber Generalsekretär Gorbatschow für die berechtigten Anliegen der sowjetischen Juden und der Sowjetbürger deutscher Nationalität einsetzen werden. Es gilt, die Fortschritte der letzten Zeit, die wir begrüßen, auszubauen. Generalsekretär Gorbatschow muß wissen, daß für uns die Lage der Menschen und die Achtung der

13 Zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle bei nuklearen Kurzstreckensystemen vgl. Dok. 291.
14 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.
15 Vgl. Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f.
16 Vgl. Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384.
17 Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 9./10. November 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 312.
18 Zur Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij vgl. AAPD 1986, I, Dok. 25 und Dok. 26.
19 Nach ihrem ersten Treffen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf trafen Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik zum zweiten Mal zusammen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

Menschenrechte entscheidende Kriterien für Fortschritt im West-Ost-Verhältnis bleiben.

Der sowjetische Vorschlag, im Rahmen der KSZE ein „Menschenrechtsforum“ in Moskau zu veranstalten[20], könnte dabei ein Hebel sein, sowjetische Zugeständnisse in der Substanz zu erreichen.

VII. Lieber Ron, ich weiß von Ihrem besonderen Verständnis, das Sie den Anliegen unseres geteilten Landes und seiner alten Hauptstadt Berlin entgegenbringen. Mit Ihrem denkwürdigen Berlin-Besuch im Juni d. J.[21], mit Ihrer mutigen Rede vor dem Brandenburger Tor und mit Ihrer zukunftsweisenden Initiative[22] haben Sie sich zur Zukunft und Lebensfähigkeit der geteilten Stadt bekannt.

In Verfolg Ihrer weitsichtigen Initiative muß es nun darum gehen, der Sowjetunion unmißverständlich klar zu machen, daß Berlin nicht von günstigen Entwicklungen im West-Ost-Verhältnis ausgeschlossen werden darf: Für klare Worte an Generalsekretär Gorbatschow wäre ich Ihnen zutiefst verbunden.

VIII. Ich würde mich sehr freuen, den Meinungsaustausch über die Fragen, die ich in diesem Schreiben anspreche, bald nach dem Gipfeltreffen mit Ihnen persönlich fortzusetzen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir unsere Mitarbeiter beauftragen, einen geeigneten Termin zu suchen und bis dahin auf bewährtem Wege in Verbindung zu bleiben.

Meine guten Wünsche gelten dem erfolgreichen Verlauf Ihres Treffens mit Generalsekretär Gorbatschow und Ihrem persönlichen Wohlergehen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Helmut Kohl[23]

VS-Bd. 11319 (220)

20 Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

21 Zum Besuch des Präsidenten Reagan am 12. Juni 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 168.

22 Zur Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 342.

23 Die Wörter „Ihr Helmut Kohl“ wurden von Bundeskanzler Kohl handschriftlich eingefügt.

344

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-370.48 **27. November 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen

Bezug: Ihre Weisung auf Vorlage des Referats 431 vom 19. November 1987 (beigefügt)[4]

Vorschlag: Zustimmung zu Punkt II.

I. Zu prüfen ist die Frage, welche Möglichkeiten sich für eine erfolgsversprechende außenpolitische Initiative zum Thema eines Verbots bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen in den dafür in Frage kommenden internationalen Gremien ergeben.

1.1) Der Schutz von Anlagen mit „gefährlichen Kräften" (inkl. Kernkraftwerken) in bewaffneten Konflikten war ein wichtiges Thema der Konferenz zur Bekräftigung und Fortentwicklung des humanitären Kriegsvölkerrechts (Genf 1974 bis 1977)[5] und hat in Art. 56 von Zusatzprotokoll I (ZP I) Niederschlag gefunden.[6] Ausgehend von der Tatsache, daß zivile Objekte ohnehin nicht angegriffen werden dürfen, enthält Art. 56 einen Schutz auch von Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, wenn die Gefahr schwerer Verluste unter der Zivilbevölkerung

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Blankenstein konzipiert.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz vorgelegen.

2 Hat Staatsekretär Lautenschlager am 1. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der Vorschlag von Herrn D 2 i. V. (Seite 7) erscheint mir am erfolgversprechendsten; er schließt einen Hinweis von Ihnen in einer Ihrer Interventionen auf der kommenden Tagung der NATO m. E. nicht aus." Vgl. Anm. 35.

3 Hat Bundesminister Genscher am 10. April 1988 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. April 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Randverm[erk] BM Seite 7". Vgl. Anm. 30.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 11. April 1988 vorgelegen.
Hat Jelonek am 11. April 1988 erneut vorgelegen.
Hat Pabsch am 12. April 1988 vorgelegen, der für Referat 431 handschriftlich vermerkte: „Z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 13. April 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Blankenstein verfügte.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Dok. 325.

5 Die Sessionen der Diplomatischen Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts fanden vom 20. Februar bis 29. März 1974, vom 3. Februar bis 18. April 1975, vom 21. April bis 11. Juni 1976 und vom 17. März bis 10. Juni 1977 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 151.

6 Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.
Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.

besteht. Nur für den Fall, daß die vom Atomkraftwerk gelieferte Energie eine bedeutende Unterstützung der Kriegshandlungen darstellt, läßt Art. 56 in gewissen Grenzen Angriffe zu. Diese über das Völkergewohnheitsrecht hinausgehende Bestimmung stellt einen sorgfältigen Versuch dar, dringende humanitäre Anliegen gegenüber militärischen Notwendigkeiten abzuwägen. Wir sind wegen unserer geographischen Lage und unserer geschichtlichen Erfahrungen für eine uneingeschränkte Übernahme dieser Verpflichtungen und haben das ZPI bereits 1977 unterzeichnet.[7]

1.2) Der Bundessicherheitsrat hat inzwischen beschlossen, die Ratifizierung der Zusatzprotokolle einzuleiten, sobald eine Nuklearmacht des westlichen Bündnisses unter Abgabe der in der NATO abgestimmten „Nuklearerklärung“[8] ratifiziert. Wichtige Bündnispartner lehnen allerdings eine Ratifizierung u. a. auch wegen der in Art. 56 enthaltenen Einschränkung militärischer Optionen ab (USA, F[9]) oder zögern zumindest (GB). Zur Vermeidung von Interoperabilitätsproblemen zwischen ratifizierenden und nicht-ratifizierenden NATO-Ländern haben wir in Konsultationen mit den USA und GB unter Beteiligung militärischer Experten Übereinstimmung erzielt, daß sich Angriffe auch auf nicht rein zivile Anlagen verbieten, wenn die Gefahr, gefährliche Kräfte freizusetzen, so groß ist, daß sie den militärischen Vorteil aufwiegt (oder übersteigt). Dies wird in der Regel der Fall sein. Keine Einigkeit besteht über einen darüber hinausgehenden Bereich absoluten Schutzes.

1.3) Das Thema der Umsetzung von ZPI und der Beseitigung von Interoperabilitätsproblemen wird die zuständigen NATO-Gremien noch weiter beschäftigen. Wir sind bemüht, diese Arbeiten voranzutreiben. Nach Ablehnung der Ratifizierung durch die amerikanische Regierung kommt als Nuklearmacht i. S. d. BSR-Beschlüsse nur noch GB in Frage, das uns eine baldige Entscheidung in der Frage der Ratifizierung in Aussicht gestellt hat. Es erscheint freilich nicht zweckmäßig, GB in dieser jetzigen Phase zu drängen.[10]

7 Die Bundesrepublik zeichnete die Zusatzprotokolle am 23. Dezember 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 344 und Dok. 361.
Zur Ratifizierungsdebatte vgl. Dok. 48.

8 Referat 500 vermerkte am 1. Februar 1985: „Die Frage, ob die Bündnispartner eine klarstellende Erklärung abgeben sollen, ist in den Jahren 1977 bis 1984 Gegenstand eingehender Konsultationen innerhalb des Bündnisses gewesen und im Ergebnis bejaht worden. Die Bundesregierung hat sich im Jahre 1980 und erneut im Jahre 1984 klar zugunsten der Abgabe einer ‚Nuklearerklärung‘ ausgesprochen und diese Haltung auch im Bündnis vertreten. […] Als Ergebnis einer langen Reihe von NATO-Konsultationen sind Textelemente erarbeitet worden, die klarstellen sollen, daß die neuen Kampfführungsbestimmungen auf Nuklearwaffen keine Anwendung finden und daß insoweit die bisherige Rechtslage des Völkergewohnheitsrechts erhalten bleibt.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1297. Vgl. dazu auch AAPD 1984, II, Dok. 234.
Legationsrat I. Klasse Witschel notierte am 27. Juli 1987 den Wortlaut der im NATO-Rahmen abgestimmten Nuklearerklärung: „It is the understanding of … that the rules relating to the use of weapons were intended to apply to conventional weapons without prejudice to any other rules of international law applicable to other types of weapons. In particular, the rules so introduced do not have any effect on and do not regulate or prohibit the use of nuclear weapons.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1298.

9 Frankreich trat am 24. Februar 1984 lediglich dem Zusatzprotokoll II vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 bei; eine Ratifizierung von Zusatzprotokoll I lehnte die französische Regierung wegen der Nuklearproblematik ab.

10 Der Passus „nicht zweckmäßig … zu drängen“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Vgl. ferner Anm. 35.

2) Eine deutsche Initiative in den Vereinten Nationen zur Verurteilung von bewaffneten Angriffen auf Nuklearanlagen als Antwort auf den irakischen Angriff gegen das iranische „KKW“ Bushehr vom 17. November 1987[11] ist aus prozeduralen Gründen nicht sofort möglich. Wir halten auch aus politischen Gründen eine derartige Initiative derzeit nicht für lohnend:

2.1) Der zur Behandlung einer derartigen Frage zuständige 1. Ausschuß der VN-GV hat seine Beratungen am 25. November für dieses Jahr abgeschlossen.

2.2) Eine unverzügliche Behandlung des Themas im Plenum der GV scheitert an dem Erfordernis, daß zur Aufnahme eines neuen Punktes in die TO eine Mehrheit der GV erforderlich ist. Darüber hinaus bestehen folgende grundsätzliche Bedenken:

– Wir würden uns mit einer solchen Initiative in Widerspruch zu unserer Haltung gegenüber der bis 1986 von Irak jährlich in der GV eingebrachten Resolution zur Verurteilung des israelischen Angriffs von 1981 auf einen irakischen Reaktor[12] setzen.
– Der irakische Verzicht auf die erneute Einbringung einer entsprechenden Resolution in der 42. VN-GV ist auch auf unser nachdrückliches Drängen zurückzuführen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, daß die Behandlung dieses Falles in der zuständigen VN-Sonderorganisation, der IAEO, ausreichend ist und die Befassung der VN-GV nicht sachdienlich sei.
– Es ist unwahrscheinlich, daß wir die mit einer solchen Initiative verfolgten Ziele in einer Debatte im Plenum der VN-GV erreichen können, da eine objektive Behandlung der Frage, die einen Teilaspekt des irakisch-iranischen Krieges[13] bildet, in diesem Forum nicht wahrscheinlich ist und mit konkreten Ergebnissen nicht gerechnet werden kann. Iran und Irak sollte darüber hinaus nicht unnötig Gelegenheit zu einem „Nebenkriegsschauplatz“ in der VN-GV gegeben werden.[14]

3) In der IAEO stand das Thema seit 1983 auf der Tagesordnung jeder Generalkonferenz. Bisher beschränkten sich die jeweiligen Resolutionen auf eine Verurteilung von Angriffen auf Nuklearanlagen und die Aufforderung an die Mitgliedsländer, alles zu einer Vermeidung von solchen Angriffen zu tun, um damit zur sicheren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie beizutragen.

3.1) In der IAEO-Generalkonferenz 1987[15] wurde jedoch ein neuer Resolutionsentwurf Argentiniens und Mexikos diskutiert, der zum Ziel hatte, „to work out a relevant international convention under which all states would undertake not to attack nuclear power facilities“.[16] Zahlreiche G77-Länder (auch Irak) unter-

11 Zum irakischen Angriff auf das iranische Kernkraftwerk Bushehr vgl. Dok. 325, Anm. 4.

12 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

13 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

14 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner ein weiterer Spiegelstrich eingefügt: „Dg23: Da der Sicherheitsrat sich nur mit konkreten Streitfragen beschäftigt, scheidet er für eine generelle Initiative aus.“

15 Die 31. Generalkonferenz der IAEO fand vom 21. bis 25. September 1987 in Wien statt.

16 Für den Resolutionsentwurf „Measures to Strengthen International Co-operation in Nuclear Safety and Radiological Protection – Prohibition of Armed Attacks on all Nuclear Installations“ (GC (XXXI)/COM.5/57) vom 23. September 1987 vgl. Referat 242, Bd. 166013.

stützen diesen Entwurf, während USA, GB, F, B u. a. die Zuständigkeit der IAEO in Zweifel zogen.[17] Wir verschlossen uns nicht grundsätzlich der Diskussion eines entsprechenden Abkommens im Kreise der IAEO, vertraten aber die Auffassung, daß es der Sache förderlicher wäre, wenn die IAEO sie erst nach Aufforderung der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf weiterverfolgen würde. Dann könnte sie wahrscheinlich wertvolle Hilfestellung bei den zu erwartenden Definitions- und Verifikationsproblemen leisten.

Die schließlich von der 31. IAEO-Generalkonferenz 1987 verabschiedete Resolution 475 vom 25. September 1987[18] ermächtigte nur noch den IAEO-Generaldirektor[19], „auf Ersuchen der Abrüstungskonferenz und ähnlicher internationaler Institutionen deren Arbeit unterstützende technische Studien durchzuführen". USA, F und B verdeutlichten in anschließenden Erläuterungen ihr immer noch bestehendes Unbehagen an einigen Formulierungen.

3.2) Eine deutsche Initiative in der IAEO wäre erst wieder für die nächste Generalkonferenz (September 1988[20]) möglich und müßte im IAEO-Gouverneursrat (Vorsitzender z. Z. MDg Loosch, BMFT) im Februar 1988 vorbereitet werden. Sie wäre politisch wenig opportun und hätte keine Aussicht auf Erfolg, da einige unserer Hauptverbündeten sich jeder eingehenderen Befassung der IAEO mit dieser Frage widersetzen. Für sie ist allein die CD in Genf das richtige Gremium: Nur die CD könne so heikle Fragen wie die Unterscheidung von zivilen und militärischen Kernanlagen oder deren eventuelle Eignung als Massenvernichtungsmittel behandeln (nicht aber die das „friedliche" Atom nutzende IAEO).

4) In der Genfer Abrüstungskonferenz gibt es zwar einen Ansatzpunkt zur Behandlung des Themas, die jedoch mit vielfältigen Widerständen zu rechnen hätte und auch nicht kurzfristig zu verwirklichen wäre:

4.1) Die Konferenz pausiert zur Zeit und tritt erst wieder im Februar 1988 zusammen.[21]

4.2) In der CD wird ein Verbot von militärischen Angriffen auf Nuklearanlagen im Rahmen des Mandats betreffend ein Verbotsabkommen über „Neue Arten von Massenvernichtungswaffen und neue Systeme solcher Waffen; radiologische Waffen (RW)" erörtert.[22] Auf schwedischen Vorschlag war das Verbot von Angriffen auf Nuklearanlagen im Hinblick auf ihre Massenvernichtungswirkung 1981 Teil der RW-Verhandlungsmaterie geworden.

Die Verbindung zwischen dem Aspekt Angriffsverbot für Nuklearanlagen und der ursprünglichen Thematik des Verbots radiologischer Waffen blieb jedoch bis heute umstritten, viele Definitionsfragen blieben ungeklärt, so daß die Verhand-

17 Referat 431 vermerkte am 31. August 1987, die USA, Frankreich und Schweden hätten sich beim IAEO-Gouverneursrat im Dezember 1986 wiederholt gegen eine Befassung mit dem Thema im Rahmen der IAEO ausgesprochen und statt dessen weiter eine Diskussion allein „im Kreise der Genfer Abrüstungskonferenz" befürwortet. Vgl. Referat 431, Bd. 153212.

18 Für den Wortlaut der Resolution „Measures to Strengthen International Co-operation in Nuclear Safety and Radiological Protection – Protection of Nuclear Installations against Armed Attacks" (GC (XXXI)/Res/475) vgl. https://www.iaea.org/About/Policy/GC/GC31/Resolutions/index.html.

19 Hans Blix.

20 Die 32. Generalkonferenz der IAEO fand vom 19. bis 23. September 1988 in Wien statt.

21 Die Jahrestagung der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) begann am 2. Februar 1988.

22 Zu den Verhandlungen über Radiologische Waffen in Genf vgl. Dok. 233, besonders Anm. 25, und Dok. 325, Anm. 11.

lungen jahrelang stagnierten. Sie wurden erst 1987 mit paralleler Behandlung beider Themen in zwei Kontaktgruppen wieder aktiviert.

4.3) In der abgelaufenen Verhandlungsperiode wurden vorrangig prozedurale Fragen erörtert und die weit divergierenden Meinungsunterschiede in Form eines Berichts zusammengefaßt.

F nimmt seit 1982 an den Erörterungen über ein Verbot von Angriffen auf Nuklearanlagen nicht teil, weil es das Mandat der CD hierfür bestreitet.

Unsere Verbündeten GB und US halten, wie oben dargelegt, das angestrebte Verbot jeglichen Angriffs auf nukleare Anlagen, auch soweit sie militärisch relevant sind, für nicht vereinbar mit der geltenden militärischen Einsatzplanung von SACEUR und SHAPE.

Der Osten hat erst 1985 einer Verbindung beider Themenkreise zugestimmt und hielt sich mit eigenen Beiträgen zurück.

Auffassungsunterschiede wurden auch[23] innerhalb der neutralen und ungebundenen Staaten deutlich, wo z. B. Pakistan die schwedischen Vorstellungen ablehnt.[24]

Unser im Frühjahr 1987 unternommener Versuch, mittels eines Diskussionspapiers[25] innerhalb der westlichen Gruppe auf größere Übereinstimmung hinzuwirken, scheiterte vorerst an der Haltung von GB und US.

Angesichts dieser Situation kommt eine deutsche Initiative in der CD allenfalls in Betracht, wenn sie vorher durch eine Strategiedebatte im Bündnis vorbereitet würde.

II. Vorschlag

Diese Durchsicht unserer außenpolitischen Möglichkeiten zeigt, daß eine erfolgversprechende Initiative in den verschiedenen Gremien, die sich bisher schon mit dem Thema befaßt haben, teilweise technisch nicht möglich ist, jedenfalls aber politisch nicht angeraten werden kann. Gerade einige unserer wichtigsten westlichen Partner sind hier dezidiert anderer Meinung und haben sich darauf bereits öffentlich festgelegt. Wir würden mit überraschend vorgetragenen Initiativen ihren Unwillen hervorrufen und einem Fortschritt nicht näherkommen.[26] Sinnvoller erscheint es bei dieser Lage, zuerst einmal innerhalb von Bündnisgremien unsere Gedanken vorzutragen und dort unsere Partner zu bewegen[27] versuchen.

In nächster Zeit käme dafür die NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987[28] in Frage. Trotz der Fülle der Themen für die diesmal nur eintägige Sitzung könnten Sie den Gedanken eines Verbots von bewaffneten Angriffen auf

23 Das Wort „auch“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „2 A: besonders“.

24 Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), informierte am 24. August 1987, daß der Leiter der pakistanischen CD-Delegation, Ahmad, am 20. August 1987 „das Kriterium der Massenvernichtung als Voraussetzung für die Schutzwürdigkeit nuklearer Anlagen als unakzeptabel“ bezeichnet habe: „In keiner der beiden VN-Resolutionen, die der CD das Verhandlungsmandat zu RW übertrugen, sei irgendein Bezug auf die Frage der Massenvernichtung enthalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1817; Referat 242, Bd. 166013.

25 Für das „Discussion Paper for Western Group“ vom 23. Februar 1987 vgl. Referat 222, Bd. 162054.

26 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner handschriftlich: „S[iehe] Anm[erkung] D 2 i. V. auf der nächsten Seite.“ Vgl. Anm. 35.

27 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Pabsch handschriftlich eingefügt: „zu“.

28 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

Nuklearanlagen in eine Ihrer Erklärungen zu Abrüstungsfragen oder bei der Behandlung regionaler Themen (Golf-Konflikt) einfließen lassen[29] und die Partner auffordern, in dieser Frage dynamischer zu handeln.

Falls Sie das wünschen, werden die zuständigen Arbeitseinheiten Ihnen umgehend entsprechend Formulierungsvorschläge vorlegen.[30]

D 2[31], D 2A[32], D 3[33] und D 5[34] haben mitgezeichnet, die jeweiligen Abteilungen haben Beiträge geliefert.[35]

Jelonek

Referat 431, Bd. 153212

345

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Jansen

27. November 1987[1]

Betr.: Nachfolge Lord Carrington[2]

Norwegischer Politischer Direktor[3] und Leiter Ministerbüro im norwegischen Außenministerium waren heute mit zwei anderen Beamten Gast unseres Politischen Direktors von Richthofen und der zuständigen Beamten aus der Abteilung 2. Bei Tisch wurden Fragen der bilateralen Zusammenarbeit und der internationalen Lage (Abrüstung, Afghanistan, Südliches Afrika und Golf-Krieg) besprochen. Bei allen diesen Punkten herrschte weitestgehende Übereinstimmung.

29 Der Passus „bei der Behandlung … lassen“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist denkbar.“

30 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ja.“ Vgl. Anm. 3.

31 Hermann Freiherr von Richthofen.

32 Josef Holik.

33 Reinhard Schlagintweit.

34 Jürgen Oesterhelt.

35 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Ich schlage vor, ab ‚näherkommen‘ auf S. 6 wie folgt zu formulieren: Wir sollten vielmehr parallel die Abstimmung mit GB fortsetzen mit dem Ziel, eine Ratifizierung des ZP I durch die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen; die Frage von gezielten Schritten zu intern[ationalem] Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen in Konsultationen mit unseren Bündnispartnern auf die Tagesordnung setzen. Dies könnte in bilat[eralen] Konsultationen und in geeigneten Bündniskonsultationen geschehen und operativ das Ziel haben, eine entsprechende Initiative der Bundesregierung, die BM z. B. bei seinem Auftreten vor dem CD in Genf Anfang Februar 1988 ergreifen könnte, vorzubereiten.“ Vgl. Anm. 2 und 26.
Staatssekretär Lautenschlager vermerkte zum Passus „die Abstimmung mit GB … zu ermöglichen“ handschriftlich: „Ohne GB zu drängen (Seite 3)“. Vgl. Anm. 10.

1 Hat Bundesminister Genscher am 28. November 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 29. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte.
Hat Elbe am 30. November 1987 vorgelegen.

2 Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 304.

3 Jan E. Nyheim.

Nach dem Mittagessen baten der norwegische Politische Direktor und der Leiter des Ministerbüros um ein Gespräch mit von Richthofen und mir. Dieses Gespräch fand im AA statt. Hierbei ging es zunächst um die von BM mit seinem norwegischen Kollegen Stoltenberg in Aussicht genommene engere Heranführung von Norwegen an die Gemeinschaft während unserer Präsidentschaft[4]. Norweger bitten um enge Abstimmung und Unterrichtung über die wesentlichen, in der Gemeinschaft diskutierten politischen Themen. Beide Seiten wollen überlegen, wie dies zu bewerkstelligen ist.

Anschließend brachte ich das Gespräch auf die Nachfolge Lord Carringtons, nachdem ich mich vor dem Gespräch über den letzten Sachstand in Brüssel unterrichtet hatte.[5] D2 und ich legten die jüngste Entwicklung dar – Unterstützung der Wörner-Kandidatur jetzt auch durch Kanada und Niederlande sowie Bereitschaft, Konsens herzustellen, durch Island und Griechenland, sowie erkennbare Bereitschaft Dänemarks, Konsens nicht als einzige zu verhindern.

Wir verdeutlichten:

– die klare und unzweideutige Unterstützung der Kandidatur von BM Wörner durch BM Genscher und der FDP;
– den aus unserer Sicht fairen Wettbewerb um die Nachfolge (erste Veröffentlichung kam aus Norwegen);
– die hohe Wertschätzung unsererseits für Norwegens Rolle in NATO und den norwegischen Kandidaten Willoch;
– die Sorge um das Ansehen des Bündnisses, falls Entscheidungsfindung sich weiter hinziehe;
– die Notwendigkeit, den Konsens jetzt rasch vor NATO-Ministertreffen[6] herbeizuführen;
– wir äußerten den dringenden Rat und die Bitte an norwegische Seite, Konsens zu ermöglichen, der bei 15 : 1-Situation von norwegischer Seite freigegeben werden sollte;
– wir stellten die Frage, ob deutsche Seite irgend etwas tun könne, um Dinge im letzten Stadium zu erleichtern, und erbaten hierzu Rat der Kollegen.

Norweger unterstrichen, daß einzige Sorge von AM Stoltenberg sich daran orientiere, den bestmöglichen Kandidaten für Nachfolge für das Amt des Generalsekretärs zu gewinnen. In jetziger Lage des Bündnisses sei dies besonders wichtig. Allein daran orientiere sich die Haltung der norwegischen Regierung.

4 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

5 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 24. November 1987, daß der niederländische NATO-Botschafter de Hoop Scheffer beim nächsten Treffen der NATO-Botschafter am 27. November 1987 „eine Position vertreten“ werde, „über die wir uns ‚freuen würden‘“. Zudem habe der kanadische NATO-Botschafter Smith mitgeteilt, daß „AM Clark versuche, seinen norwegischen Kollegen dazu zu bewegen, Kandidatur Willoch möglichst bald zurückzuziehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1551; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.
Am 27. November 1987 informierte Hansen: „Bei heute mittag abgehaltenem Botschaftertreffen […] sprachen sich StV NL und KAN klar zugunsten von BM Wörner aus.“ Die Sitzung sei demnach ganz „in unserem Sinn“ verlaufen: „BM Wörner hat nunmehr zwölf, Willoch vier (außer NWG: DK, GR und ISL) Stimmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1569; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

Gesprächspartner wiesen auf Unterstützung aller politischen Kräfte in Norwegen für Willoch hin. Regierung müsse nach heutiger Sitzung in Brüssel entscheiden, wie weiter zu prozedieren sei.

Gesprächspartner gaben zu verstehen, daß norwegische politische Führung sich durch Kandidatur des großen Partners, der sich gegenüber dem kleineren Partner möglicherweise durchsetze, doch sehr betroffen fühle. Politischer Direktor wiederholte immer wieder seinen Hinweis auf Qualität des Kandidaten, auf die es AM Stoltenberg alleine ankomme. Besonders betroffen sei man über den Vorwurf, Norweger seien gegen Wörner, weil es sich hier um einen Deutschen handele. Norweger sagten zu, mit uns in telefonischem Kontakt zu bleiben und uns ggf. in aller Offenheit mitzuteilen, ob weitere Schritte von deutscher Seite opportun sein könnten.

Jansen

VS-Bd. 14157 (010)

346

Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl

1. Dezember 1987[1]

Ministergespräch am 1. Dezember 1987[2] zur Vorbereitung des ER in Kopenhagen[3]

Teilnehmer: der Herr Bundeskanzler, BM Genscher, BM Stoltenberg, BM Bangemann, BM Kiechle, StM Stavenhagen, StMin Adam-Schwaetzer, StS Tietmeyer, StS Kittel.

Als Note-taker: MDg Hartmann, MR Feiter.

Beginn des Gesprächs: 17.00 Uhr.

Ende des Gesprächs: 18.10 Uhr.

Der *Bundeskanzler* erklärt, der ER in Kopenhagen werde schwierig werden. Er habe den Eindruck, daß PM Thatcher versuche, den GB-Ausgleich[4] zu einer

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 2. Dezember 1987 gefertigt und am 8. Dezember 1987 an Ministerialdirigent Jansen „zur Kenntnisnahme des Herrn Bundesministers“ übermittelt. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 412, Bd. 168707.

2 Zur Vorbereitung des Ministergesprächs am 1. Dezember 1987 legte Ministerialdirigent Trumpf für Bundesminister Genscher am selben Tag dar, Hauptanliegen der Bundesregierung auf der bevorstehenden Tagung des Europäischen Rats werde „die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in einer für die deutsche Landwirtschaft erträglichen Weise“ sein: „Dafür müssen wir finanzielle Opfer bringen.“ Bezüglich der Haushaltsdisziplin bleibe für die Bundesregierung ihre bisherige Haltung erste Priorität, d.h.: „Agrarleitlinie auf der Basis der tatsächlichen Bedürfnisse für 1987 (26,8 Mrd. ECU). Jährliche Steigerungsrate nicht über jährlicher Wachstumsrate des EG-BSP. Außergewöhnliche Umstände (nicht auf monetäre Entwicklungen beschränkt!) können Überraschungen rechtfertigen.“ Allerdings werde man wahrscheinlich als Rückfallposition den Vorschlag der dänischen EG-Ratspräsidentschaft annehmen. Dieser sehe vor: „Basis der Agrarleitlinie 1988 = 27 Mrd. ECU; Steigerungsrate

Dauereinrichtung zu machen und uns gleichzeitig in der Agrarpolitik die Luft abzudrücken. Es dürfe nicht dahin kommen, daß D allein gegen die anderen MS stehe, sondern wir benötigten Bundesgenossen für unsere Positionen, um GB seinerseits zu isolieren.

Der Bundeskanzler schlägt sodann vor, über die einzelnen Sachkapitel zu diskutieren.

Zum Strukturfonds[5] erklärt BM *Genscher*, es komme darauf an, eine Konzentration auf die vier ärmsten Mitgliedstaaten sowie Süditalien durchzusetzen. Wir hätten uns für eine deutliche Erhöhung, nicht aber für eine Verdoppelung ausgesprochen. Man müsse sehen, daß es ein inneres Verhältnis zwischen der Gesamterhöhung und der Konzentration gebe. Der Hauptkampf müsse hier von F geschlagen werden, das geringere Steigerung wolle. Es sei aus taktischen Gründen zu empfehlen, wenn der Bundeskanzler – wie heute morgen – gegenüber MP Schlüter auf unsere besonderen Probleme im Zonenrandgebiet hinweisen würde, ohne daran einen Anspruch zu knüpfen.[6]

BM *Stoltenberg* weist auf die Koalitionsvereinbarung[7] hin, in der der Finanzrahmen für Übertragungen an die EG zunächst auf 0,2 Prozent = 2 Mrd. DM

Fortsetzung Fußnote von Seite 1760

60 % des BSP-Wachstums; Beseitigung der Altlast (Überschußvorräte) durch Mittel, die in ein anderes Haushaltskapitel eingeschrieben werden (1988 = 1,2, 1989 bis 1992 je 1,4 Mrd. ECU). Dazu eine Haushaltsreserve von ca. 1 Mrd. ECU jährlich." Eine „starre Festlegung auf Ablehnung" solle daher im Ministergespräch vermieden werden, denn nach diesem Vorschlag könne die EG-Agrarpolitik „nur mit der Haushaltsreserve (monetary reserve) finanziert werden, die BMF bisher immer abgelehnt hat". Im Bereich der Agrarpolitik könne die Bundesrepublik „Agrarstabilisatoren für alle Erzeugnisse hinnehmen, sofern sie nicht zu automatischen Preissenkungen im selben Wirtschaftsjahr führen. Für die meisten Erzeugnisse hat Agrarrat trotz einzelner Vorbehalte mehrheitsfähige Lösungen gefunden." Beim Thema Eigeneinnahmen plädiere das Auswärtige Amt beim Gesamtplafond „für ausreichend Mittel zur Finanzierung der Agrarpolitik nach deutschen Vorstellungen, ohne daneben die übrigen Bedürfnisse der Gemeinschaft zu vernachlässigen. […] Das bedeutet 1,3 % vom BSP. Bei dieser Höhe ist es auch sinnvoll, jährliche Unterplafonds vorzusehen." Bezüglich der dritten und vierten Einnahmequelle unterstütze das Auswärtige Amt den Vorschlag der dänischen EG-Ratspräsidentschaft. Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

4 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.
Ministerialdirigent Trumpf empfahl Bundesminister Genscher in einer Aufzeichnung vom 1. Dezember 1987 zur Vorbereitung des Ministergesprächs bei Bundeskanzler Kohl am selben Tag in der Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt: „Ja, aber weniger als Fontainebleau, und 1992 muß Schluß sein." Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

5 Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 315, Anm. 23.
Zur Vorbereitung des Ministergesprächs bei Bundeskanzler Kohl am 1. Dezember 1987 legte Ministerialdirigent Trumpf am selben Tag dar, das Auswärtige Amt empfehle hinsichtlich der EG-Strukturfonds: „BK nicht auf einen bestimmten Prozentsatz für den Zuwachs der Strukturmittel festlegen. Er braucht Verhandlungsspielraum, um die südlichen MS zur Annahme des Gesamtkompromisses zu bewegen, auch in der Perspektive der Errichtung des Binnenmarktes bis 1992. Für uns liegt Kompromiß etwas oberhalb der Mitte zwischen Status quo (7 Mrd. ECU) und Verdoppelung bis 1992 (14 Mrd. ECU), also bei ca. 11 Mrd. ECU real. Konzentration auf die vier Ärmsten und auf Süditalien." Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

6 Bundeskanzler Kohl führte zusammen mit Bundesminister Genscher am 1. Dezember 1987 ein Gespräch mit Ministerpräsident Schlüter und dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen, in dessen Mittelpunkt Fragen der EG-Agrar- und -Haushaltspolitik standen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

7 Für den Wortlaut der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP für die 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestags vgl. CDU-DOKUMENTATION 9/1987 vom 12. März 1987, S. 5–32; http://www.kas.de/wf/doc/kas_26810-544-1-30.pdf?110826092559.

festgelegt worden sei. Bei Vorbereitung des letzten ER im Juni d. J.[8] habe man sich auf 0,3 Prozent = 3 Mrd. DM verständigt, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Bund einen Ausgleich brauche. Durch Presseveröffentlichungen der jüngsten Zeit sei der Eindruck erweckt worden, daß ein solcher Ausgleich über die Verbrauchssteuer nicht mehr zur Diskussion stehe. Dies sei aber nicht der Fall.

Wenn man das Modell von Delors[9] zugrunde lege, so bedeute dies in Zahlen, daß D 1988 4,9 Mrd., 1990 7,3 Mrd. DM und 1992 10,9 Mrd. DM zusätzlich an die EG abführen müsse. Er bitte daher, zu Protokoll zu nehmen, daß dies vollkommen untragbar sei und er sich als Finanzminister nicht in der Lage sehe, über derartige Größenordnungen zu verhandeln. Man müsse sich zunächst über den Rahmen klarwerden, der uns zur Verfügung stehe. Demnach liege die Obergrenze für zusätzliche Zahlungen an die EG im Jahr 1988 bei 3 Mrd. DM. Bei entsprechender Fortschreibung bedeute dies, daß man 1992 ca. 6 Mrd. DM mehr an die EG abführen müsse. Dem könne er aber nur zustimmen, wenn Einvernehmen darüber bestehe, daß zum 1.1.1989 ein Ausgleich im Sinne der Koalitionsvereinbarung beschlossen werde.

Was im übrigen die Frage der Konzentration bei den Strukturfonds angehe, so sei er damit einverstanden.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wolle in Kopenhagen einen Erfolg haben, insbesondere auch im Bereich der Agrarpolitik. Man müsse sehen, daß bei einer Verschiebung die Sache im Juni 1988 nur teurer werde. In der Tat sei es wichtig, auch die Frage zu klären, woher das Geld zu nehmen sei, um die entsprechenden Verpflichtungen im Haushalt abzudecken. Die Bundesquote werde immer geringer; die Einnahmen aus den Bundesbankgewinnen gingen infolge des Dollarverfalls[10] zurück, gleichzeitig müsse diese Regierung zu ihrem Grundsatz stehen, solide Politik zu machen.

BM *Bangemann* erklärt, er habe in dem heutigen Gespräch mit BM Stoltenberg noch offengelassen, wie weit man sich gegenüber der Öffentlichkeit zur Frage der Erhöhung der Verbrauchssteuer erklären solle. Er sei für ein offensives Angehen dieses Problems, sonst nähre man den Verdacht, man wolle die Öffentlichkeit hinters Licht führen.

Der *Bundeskanzler* bittet BM Bangemann und BM Stoltenberg um eine abgestimmte Formulierung für die Pressekonferenz am 2. Dezember. Das Datum, über das Einigkeit bestehe, brauche nicht genannt zu werden. Im übrigen sei eine Befassung des Kabinetts nicht erforderlich.

BM *Stoltenberg* betont noch einmal, es müsse in diesem Kreise klar sein, daß man zum 1.1.1989 einen Ausgleich benötige, ansonsten sei keine geordnete Finanzwirtschaft möglich. Damit akzeptiere er, daß der in der Koalitionsvereinbarung versprochene Ausgleich um ein Jahr zeitversetzt erfolge. Natürlich brauche man Flexibilität zwischen den vorliegenden Zahlen der Kommission und den anderen Vorschlägen.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. Dok. 193.

9 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket") vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

10 Zur Abwertung des US-Dollars vgl. Dok. 314, Anm. 11, 20 und 21.

Der *Bundeskanzler* erklärt, in der Tat könne man sich hinsichtlich der auf dem Tisch liegenden Zahlen nicht aufs Komma genau festlegen. Die Summe werde irgendwie in der Mitte liegen, wahrscheinlich nicht weit entfernt von 8 Mrd. DM.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß wir auch Flexibilität benötigen, um unsere Wünsche im Agrarbereich, insbesondere bei Getreide und Milch, durchzusetzen. Außerdem hätten wir uns strikt gegen eine Fettsteuer[11] ausgesprochen. Was das Modell angehe, so habe die Präsidentschaft inzwischen einen Vorschlag in unsere Richtung gemacht.[12] Die vierte Ressource[13] solle demnach nicht auf der Basis des BIP, sondern auf der Grundlage des BSP berechnet werden. Sein Gefühl sei, daß wir uns in Richtung BSP orientieren sollten. Dabei könnten wir auch die Unterstützung anderer finden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, im Ergebnis würde dies keinen großen Unterschied bedeuten. Deswegen sollten wir uns in dieser Frage nicht verkämpfen.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß wir auch Spielraum in der Frage der Verwaltungskosten, der Zölle und Abschöpfungen benötigen.

BM *Stoltenberg* erklärt, der zuvor von BM Genscher genannte Präsidentschaftsvorschlag auf der Basis von 1,3% BSP liefe 1992 auf einen deutschen Finanzbeitrag von ca. 9–10 Mrd. DM hinaus. Dies sei innenpolitisch nicht zu verkraften. Er könne sich allenfalls auf eine Zahl zwischen 1,16 und 1,20% BSP einrichten. Dies bedeute einen Mehraufwand für den Bundeshaushalt von 7,2–8 Mrd. DM. Außerdem sei er entschieden dagegen, daß wir jetzt noch weitere Kosten von der Gemeinschaft übernähmen. Was daher die Verwaltungskosten, Zölle und Abschöpfungen angehe, so solle man beim geltenden Recht bleiben und keine Konzessionen machen.

BM *Genscher* wirft ein, er sei hinsichtlich der Verwaltungskosten nicht für Konzessionen eingetreten, sondern habe nur auf ein Problem aufmerksam gemacht.

Der *Bundeskanzler* wirft die Frage der Haushaltsdisziplin[14] auf und erklärt, die vorgeschlagene institutionelle Vereinbarung zwischen EP[15], K[16] und Rat sei überflüssig und führe nur zu einem Dauerstreit.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß Präsidentschaft Problem durch eine politische Absichtserklärung gegenüber dem EP lösen wolle.

BM *Stoltenberg* erklärt, daß die derzeitige Regelung zur Erhöhung der NOA[17] (1,5-facher Satz) nicht aufgelockert werden dürfe. Dies würde jedoch nach Meinung von BM *Bangemann* die Verhinderung der Erhöhung der Fondsmittel in dem beim letzten ER angebotenen und für einen Gesamtkompromiß erforderlichen Ausmaß bedeuten.

11 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 315, Anm. 27.

12 Vgl. dazu das Papier der dänischen EG-Ratspräsidentschaft „Note from the Presidency“ vom 1. Dezember 1987 (SN/3919/1/87), das mit Fernkopie Nr. 477 der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel vom selben Tag übermittelt wurde; Referat 412, Bd. 168707.

13 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

14 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission zur Haushaltsdisziplin vgl. Dok. 315, Anm. 24.

15 Korrigiert aus: „ER“.

16 EG-Kommission.

17 Nicht-obligatorische Ausgaben.

StS *Tietmeyer* verweist auf das bei Überschreitung des allgemeinen Höchstsatzes erforderliche Parlamentsverfahren. Im übrigen bedeute eine Erhöhung der Fondsmittel um 40% eine Erhöhung der Begünstigung für die vier ärmsten Mitgliedstaaten um 100%.

StM *Stavenhagen* hält ein einmaliges Parlamentsverfahren zur Erhöhung der Mittel in der gesamten Laufzeit von fünf Jahren für möglich. In den folgenden Jahren könnte dann der Höchstsatz wieder eingehalten werden.

BM *Stoltenberg* sieht in einem solchen Verfahren den Versuch, unter Aufrechterhaltung der Zuständigkeitsregelung die erforderliche Erhöhung durchzusetzen, und nimmt diese Überlegungen so zur Kenntnis.

BM *Genscher* weist zu den Haushaltsstabilisatoren auf die neuesten Vorstellungen der Präsidentschaft hin:

– Basis für den Bezugsrahmen: 1988 = 27 Mrd. ECU,
– geringerer Anstieg der Agrarleitlinie 1989 bis 1992 in Höhe von 60% des BSP,
– Festlegung einer Franchise von 500 Mio. ECU zur Berücksichtigung besonderer Schwankungen im Rahmen der normalen Haushaltsansätze,
– Schaffung einer Reserve in Höhe von 1 Mrd. ECU zum Ausgleich der Dollar-Kursschwankungen,
– Neudefinition der außergewöhnlichen Umstände, insbesondere in bezug auf Währungsschwankungen und Vertragsverletzungen von Drittländern.

BM *Kiechle* erläutert, daß der Bezugsrahmen in 1988 von 27 Mrd. ECU den Ausgleich für die Ablehnung der Fettsteuer nicht beinhalte.

Der *Bundeskanzler* macht unmißverständlich klar, daß die Einführung einer Fettsteuer nicht in Frage komme, und weist auf die Gefahr protektionistischer Gegenmaßnahmen durch den US-Kongreß hin. BM *Bangemann* unterstützt dies nachdrücklich.

BM *Kiechle* und StS *Kittel* sprechen sich gegen die 60%-Regelung und für Anlehnung an BSP-Entwicklung sowie gegen die Dollar-Reserve in Höhe von 1 Mrd. ECU aus. Die außergewöhnlichen Umstände müßten eindeutig definiert werden. Die Präsidentschaftsvorschläge seien jedoch noch im einzelnen sorgfältig zu prüfen.

StM *Stavenhagen* erläutert und begründet den Ansatz für die Begrenzung der Agrarleitlinie auf 60% des BSP.

BM *Stoltenberg* nimmt Bezug auf einen Vorschlag der Präsidentschaft vom 29. November 1987, der zu Ziffer 15 im Rahmen des Art. 203, Abs. 9 des Vertrages[18] auf eine weitgehende Einschränkung der Haushaltsdisziplin bei den nichtobligatorischen Ausgaben (NOA) hinauslaufe. Er lehnt diesen ab, weil dann die Haushaltsdisziplin nur noch für einen kleinen Teil der nichtobligatorischen Ausgaben gelten würde.

18 Für den Wortlaut von Artikel 203 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 in der durch das Gesetz vom 29. Juli 1976 zum Vertrag vom 22. Juli 1975 zu Änderungen bestimmter Finanzvorschriften der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und des Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaft geänderten Fassung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1331f.

Der *Bundeskanzler* weist zum GB-Ausgleich darauf hin, daß sowohl Kommission als auch Präsidentschaft die Fortführung des GB-Ausgleichs vorgeschlagen haben. Für uns sei das Wichtigste, daß der GB-Ausgleich 1992 auslaufe; ob das gelinge, sei eine offene Frage. Ein weiterer Punkt sei, ob sich alle am Ausgleich beteiligen.

BM *Genscher* erklärt, daß MP Schlüter im heutigen Gespräch ausdrücklich eine deutsche Entlastung um 75% in seine Überlegungen einbezogen habe. Hier gebe es aber auch ein Problem mit Frankreich, das ein Modell vorziehe, bei dem F selber günstiger abschneide.

BM *Stoltenberg* erklärt eine degressive Ausgestaltung und Beendigung der Ausgleichsregelung in 1992 für unabdingbar. In diesem Zusammenhang stellt er anhand einer Grafik die wachsende Belastung der Bundesrepublik Deutschland durch den GB-Ausgleich und den EG-Haushalt insgesamt dar.

BM *Genscher* erläutert den aktuellen Stand zum Thema Agrarstabilisatoren, insbesondere die Vorschläge von Kommission und Präsidentschaft sowie die Vorstellungen der französischen Regierung[19]. Die Frage sei, ob ein Mischmodell durchsetzbar sei. Er habe im Konklave der Außenminister[20] deutlich gemacht, daß die französischen Vorstellungen besser, aber so für uns noch nicht annehmbar seien. Insbesondere müsse zur Bewertung des Produktivitätszuwachses ein längerer Referenzzeitraum berücksichtigt werden. Die nationalen Maßnahmen zum Einkommensausgleich dürften zeitlich nicht limitiert werden. Inzwischen sei eine Mehrheit der Mitgliedstaaten für gezielte Marktentlastungsmaßnahmen. Preispolitische Signale seien jedoch nicht ganz zu vermeiden. Deshalb sei es erforderlich, daß extreme jährliche Produktionsschwankungen methodisch ausgeglichen werden.

BM *Kiechle* berichtet über die Haltung des Deutschen Bauernverbandes zu der Stabilisatorendiskussion und insbesondere zu EG-weiten mengenbegrenzenden Maßnahmen. Er erläutert, daß die Garantiemenge bei Getreide mindestens 160 Mio. t betragen müsse, damit es nicht schon in 1988 zu Preissenkungen infolge der Kommissionsautomatik, die eine Garantieschwelle von 155 Mio. t vorsehe, kommen könne. Die Bauern müßten die Möglichkeit haben, dem Preisdruck auszuweichen; deshalb plädierten wir für Flächenstillegung, Extensivierung und Vorruhestandsregelung. Diese Maßnahmen müßten gleichgewichtig und

19 Die Referate 410, 412 und 416 vermerkten in einer gemeinsamen Aufzeichnung vom 26. November 1987 zur französischen Haltung bezüglich Agrarstabilisatoren: „Getreide: Höhere Garantieschwelle (mindestens 160 Mio. t.), Beschränkung der automatischen Preissenkung auf Höhe des jährlichen Produktivitätsfortschritts, Überprüfung der Preisrelation im Rahmen der jährlichen Preisrunde. Ölsaaten: Bereitschaft zu Preissenkungen im Rahmen jährlicher Preisrunde. Set-aside: grundsätzlich (wie D) zustimmend zum Präsidentschaftsvorschlag ergänzender Flächenstillegung, aber bei Höhe der Stilllegungsprämien und Satz der EG-Beteiligung aus Haushaltsgründen zurückhaltender als D. Fettabgabe gefordert." Vgl. Referat 412, Bd. 168707.
Staatssekretär Lautenschlager vermerkte am selben Tag: „Die zwischen BK und PM Chirac in Karlsruhe verabredeten deutsch-französischen Gespräche sind heute im Bundeskanzleramt fortgesetzt und mit einem vorläufigen Ergebnis beendet worden. Die von den Initiatoren gewünschte auch schriftliche Festlegung einer gemeinsamen deutsch-französischen Position ließ sich in wesentlichen Fragen nicht verwirklichen. Man einigte sich auf drei Papiere zu folgenden Themen: Agrarstabilisatoren mit dem Annex Haushaltsdisziplin im Agrarbereich, Strukturfonds und eigene Einnahmen. Die Papiere enthalten jedoch keine echte gemeinsame Position, sondern konstatieren unterschiedliche Auffassung in wesentlichen Punkten." Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

20 Zur Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave") am 29./30. November 1987 in Brüssel vgl. Dok. 318, Anm. 19.

nicht nur ergänzend beschlossen werden, damit ein Ausscheren einzelner Mitgliedstaaten nicht möglich sei. Die Bauern, die an marktentlastenden Maßnahmen teilnähmen, müßten von der Mitverantwortungsabgabe (MVA) freigestellt werden. Auch die EG-Kommission habe sich diese Idee zu eigen gemacht. Die Maßnahmen müßten EG-weit angeboten und in allen Mitgliedstaaten attraktiv ausgestaltet werden. Auf eine Frage des Bundeskanzlers stellt BM Kiechle klar, daß alle „zentraleuropäischen" Länder inzwischen Set-aside-Maßnahmen unterstützten. Gewisse Preissenkungen seien nach seiner Einschätzung nicht zu vermeiden, müßten dann aber auf die Größenordnung des Produktivitätszuwachses begrenzt werden, wobei auch jährliche Schwankungen ausgeglichen werden müßten. Deshalb wäre der französische Vorschlag wesentlich diskutabler als die Kommissions- und Präsidentschaftsvorschläge.

BM *Genscher* weist nochmals auf das Erfordernis zeitlicher Unbefristetheit notwendiger Einkommensausgleichsmaßnahmen hin.

BM *Stoltenberg* hält eine 50-prozentige EG-Finanzierung bei Set-aside-Maßnahmen für erforderlich, um eine EG-weite Durchführung zu gewährleisten. Bei 50-prozentiger EG-Finanzierung sei noch ausreichender Anreiz für Kontrolle gegeben. BM *Kiechle* stimmt der Auffassung von BM Stoltenberg zu.

StS *Kittel* hält einen 20-prozentigen Anteil an der stillzulegenden Ackerfläche für zu hoch und plädiert für Festsetzung einer 10-prozentigen Höchstgrenze. Außerdem sollten sich Landwirte höchstens auf zwei Jahre für Flächenstillegungsmaßnahmen festlegen müssen. Dem widerspricht BM *Stoltenberg*, der eine fünfjährige Festlegung für erforderlich hält.

StM *Stavenhagen* weist darauf hin, daß der beschlossene Einkommensausgleich für die teilweise Stillegung der Milchquoten[21] erhalten bleiben müsse und nicht degressiv gestaltet werden dürfe. BM *Kiechle* und StS *Kittel* halten eine Beibehaltung der Einkommensausgleichsregelung für den Zeitraum für erforderlich, um den die Garantiemengenregelung für Milch verlängert werde.

StS *Kittel* hält ein Festhalten an dem bisher erzielten Einvernehmen zu den verschiedenen Elementen des Agrarbereichs für erforderlich.

BM *Kiechle* erachtet auch weiterhin den Schulterschluß mit Frankreich für wesentlich. Es besteht Einvernehmen, daß die Bundesregierung eine Linie auf breiter Basis mit Unterstützung der Mehrheit der Mitgliedstaaten für einen Gesamtkompromiß anstreben müsse. Die bisherige Abstimmung mit der französischen Regierung – insbesondere im Agrarbereich – habe eine Isolierung der Bundesregierung verhindert.

StM *Adam-Schwaetzer* weist auf die besondere Notwendigkeit einer überzeugenden Darlegung unseres kostensenkenden Ansatzes gegenüber Großbritannien hin.

BM *Kiechle* wird gebeten, eine Argumentationslinie zur Untermauerung unserer Haltung im Agrarbereich in einem besonderen Papier für den Europäischen Rat aufzuzeigen.

Referat 412, Bd. 168707

21 Zum Beschluß des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 8. bis 16. Dezember 1986 in Brüssel zur Reduzierung der Milchproduktion vgl. Dok. 92, Anm. 26.

347

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6941/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 1. Dezember 1987, 19.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1590 **Ankunft: 1. Dezember 1987, 19.33 Uhr**

Betr.: Eurogroup-Ministerkonferenz am 30.11.1987

I. Zusammenfassung

Die Eurogroup-Herbstkonferenz 1987 wurde mit dem geschlossenen Sitzungsteil der Verteidigungsminister unter Vorsitz des niederländischen Verteidigungsministers van Eekelen am 30.11.1987 fortgeführt.

Im Mittelpunkt der „restricted session" standen die Behandlung des „consolidated report" über die Aktivitäten der Untergruppen – Schwerpunkt: Euro/NATO-Training –, Eurogroup publicity activities –, Schwerpunkt: Auswertung des Washington Seminars[2] und Folgeaktivitäten –, sowie eine Diskussion über den Themenkreis „NATO Strategy Post INF/Arms Control and Defence Planning".

Zum Ende der Sitzung wurde das Kommuniqué[3] gebilligt (gesondert).

II. Im einzelnen

1) Arbeit der Untergruppen

VM van Eekelen als Vorsitzender betonte eingangs die erfolgreiche Arbeit der Untergruppen während der letzten sechs Monate. Er berichtete über die Stellungnahmen und Empfehlungen der Chairmen der einzelnen working groups.

a) Die von EUROMED[4] erarbeiteten „terms of reference" für die Arbeitsgruppe „Dental Service" wurden allgemein befürwortet.

b) Zum Euro/NATO-Training berichtete Minister van Eekelen, daß die TUR kein Alternativangebot für das Projekt „land for training" vorlegen werde. Die Karapinar-Area wird nun von der Army-sub-group auf ihren Nutzwert für kleinere Übungsvorhaben untersucht.

Die Angebote aller Bewerberländer für die Aufnahme des Euro-NATO Joint Jet Pilot-Training (ENJJPT-LTS) sind bereits ganz oder teilweise ausgewertet: Vor

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 3. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Anlage sehr lesenswert." Ferner verfügte Hofstetter die Weiterleitung an Botschafter Holik, an „D 2 A i. V. z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" sowie an Vortragenden Legationsrat Wagner, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationssekretär Haller. Vgl. Anm. 15 und 24.
Hat Wagner am 7. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] Abl[ichtung] DB Nr. 1591."
Hat Mülmenstädt und Haller vorgelegen.

2 Die Eurogroup der NATO veranstaltete am 7. Mai 1987 ein eintägiges Seminar in Washington, um „das Bewußtsein für die europäischen Verteidigungsanstrengungen auf politischer Ebene zu stärken". Vgl. den Artikel des niederländischen Verteidigungsministers van Eekelen, „Transatlantisches Verständnis. Ein Seminar der Eurogroup beleuchtet einige der Probleme", in: NATO INFORMATION SERVICE (Hrsg.), NATO Brief 35 (1987), Nr. 5 (September/Oktober), S. 20.

3 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 30. November 1987 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 101 f.

4 Die Untergruppe EUROMED der Eurogroup der NATO befaßte sich mit der Rationalisierung des Sanitätswesens und der medizinischen Ausbildung.

Vorlage einer endgültigen Empfehlung sind jedoch weitere Verhandlungen erforderlich.

Die Finanzierung des Projekt-Office für das „NATO Tactical Fighter and Weapons Training Centre“ ist sichergestellt.

Das Office soll noch Ende 1987 die Arbeit aufnehmen.

c) Der Vorsitzende schlug vor, den „consolidated report“ mit seinen Empfehlungen zur Kenntnisnahme und Billigung anzunehmen. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

2) Öffentlichkeitsarbeit

a) Der Vorsitzende würdigte die bisherige erfolgreiche Arbeit. Er betonte, daß dabei unverändert die Bemühungen im Mittelpunkt stehen, die gemeinsamen europäischen Verteidigungsanstrengungen in den USA nachhaltiger zu verdeutlichen.

b) Im Sinne der o.a. Zielrichtung wird sich in der Neuerscheinung des „booklet“ Anfang 1988 der Schwerpunkt von der Information über die Eurogroup selbst zur Darlegung europäischer Verteidigungsanstrengungen verlagern.

c) Besondere Aufmerksamkeit galt Kurzbericht und Bewertung des Washingtoner Seminars sowie einer Zusammenfassung der durch die Stabsgruppe geplanten Öffentlichkeitsvorhaben in den USA.

Minister diskutierten im Anschluß verschiedene Möglichkeiten, wie Meinungsträgern in den USA – vorzugsweise im Kongreß – während der kommenden sechs Monate, also noch vor Beginn der „heißen Wahlkampfphase“[5], die „Eurogroup-Message“ nahegebracht werden könne.

– VM-NWG machte Vorschlag: Treffen mehrerer Eurogroup-VM mit Abgeordneten/Meinungsträgern in USA in Form des Euro-Dinner.
– BM Dr. Wörner schlug Vorgehensweise in zwei parallelen Schritten vor. Für die amerikanische Öffentlichkeit sichtbarer Schritt durch Besuch Vorsitzender Eurogroup, evtl. mit Botschaft aller VM der Eurogroup. Zweiter Schritt auf der eher persönlichen Basis: Gespräche mit Abgeordneten unter Nutzung privater Kontakte. Insgesamt Eindruck vermeiden, man wolle US nationalen Entscheidungsprozeß ungebührlich beeinflussen.

d) Der Vorsitzende faßte zusammen und bat die anderen MS, Präsidentschaft über geplante US-Besuche zwecks Koordination von Maßnahmen zu unterrichten.

Präsidentschaft befürwortet D-Anregung, die Nordatlantische Versammlung und „Atlantic Treaty Association“ an der Unterrichtung amerikanischer Politiker zu beteiligen.

VM van Eekelen wird VM Carlucci hinsichtlich geeigneter, effektiver Eurogroup-Aktivitäten in den USA um Rat bitten.

3) Follow-up to the Odense Seminar

Unter diesem TOP[6] wurde zu „Coordinated long term defence planning“ und dem Seminar „Better use of civil resources“ vorgetragen.

5 In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.
6 Tagesordnungspunkt.

a) Das o. a. erste Thema ist zur Bearbeitung an EUROLONGTERM verwiesen worden. Dort wurde für den Verfahrensablauf Einigung dahingehend erzielt, daß die weiteren Diskussionen, welche Projekte die besten Ansatzmöglichkeiten für eine Kooperation bieten könnten, zunächst in bilateralen Stabsgesprächen fortgeführt werden sollten.

b) Das Thema „Better use of civil resources" war Gegenstand eines eintägigen Seminars am 2. Oktober 1987 in Brüssel.

Der Vorsitzende betonte, daß das Seminar ein nützlicher Informationsaustausch unter Experten war und daß national nach Wegen gesucht werden solle, wie das Thema „use of civil resources" jetzt in der Debatte über „burden sharing" zur Geltung gebracht werden könne.

4) Unter dem TOP „Politico-military issues of current concern" wurden die Themenkreise

– IEPG-Report[7],
– WEU-Report,
– NATO Strategy Post INF/Arms Control and Defence Planning,

sowie ein

– Report zu „NATO's Maritime Rules of Engagement"

behandelt.

a) Der spanische Botschafter[8] trug im Namen von Verteidigungsminister Serra einen Bericht zur Arbeit der IEPG (Independent European Programme Group) vor. Er hob dabei vor allem Aktivitäten zur Schaffung eines europäischen Marktes für Rüstungsgüter und zur Unterstützung der Länder mit weniger Rüstungsindustrie hervor. Außerdem wies er auf den Stand der Arbeiten bei wichtigen Rüstungsvorhaben wie MSAM (Medium Surface to Air Missiles) and EDDS (European Data Distribution System) sowie auf die Fortschritte bei der Technologiekooperation und bei der Harmonisierung von militärischen Forderungen hin.

Wichtig sei es, daß die IEPG in den nächsten Jahren konkrete Fortschritte aufzeigen könnte. Der sichtbare Nachweis einer Stärkung des europäischen Pfeilers in der Allianz sei u. a. auch für die USA ein wesentlicher Faktor. Außerdem sei es erforderlich, daß alle Mitgliedsländer zu diesen gemeinsamen Anstrengungen beitragen und die Minister den IEPG-Aktivitäten hohe Priorität beimessen.

Abschließend dankte er dem luxemburgischen Kollegen[9] für dessen Bereitschaft, Gastgeber für das nächste IEPG-Ministertreffen zu sein.[10]

b) Der Vorsitzende gab einen Kurzbericht über die Ergebnisse der Ministerratssitzung der WEU in Den Haag[11].

7 Vgl. dazu auch das Kommuniqué der Ministersitzung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) am 22. Juni 1987 in Sevilla; EUROPA-ARCHIV 1988, D 91–93.

8 Jaime de Ojeda.

9 Guy de Muyser.

10 Die Ministersitzung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) fand am 9. November 1988 in Luxemburg statt.

11 Zur WEU-Ministerratstagung am 26./27. Oktober 1987 vgl. Dok. 297, Anm. 27.

Als herausragendes Ergebnis der informellen Herbstsitzung der WEU unterstrich er die Verabschiedung der „Plattform der europäischen Sicherheitsinteressen“ durch den Ministerrat.[12]

Darüber hinaus informierte er über die Konsultationen der WEU-MS über die Lage im Golf, wohin einige von ihnen Seestreitkräfte entsandt haben. Abschließend gab er den Sachstand der institutionellen Fragen wieder und berichtete über Bedingungen hinsichtlich der Erweiterung der WEU.

Der türkische Botschafter[13] äußerte Befürchtungen, die WEU würde sich zunehmend zu einem „Club im Club“ entwickeln. Der Vorsitzende betonte, daß die WEU keine geschlossene Gesellschaft sei, allerdings gäbe es keine „Kandidaten“ und keine Aufnahmeprozedur, vielmehr müsse sich die WEU zunächst konsolidieren (worthwhile to join). Der NWG-VM begrüßte ausdrücklich die Information über die aktuellen WEU-Aktivitäten. Er betonte die unveränderte norwegische Haltung zu „Out-of-area“-Einsätzen, kündigte aber als Nicht-WEU-MS die Möglichkeit an, im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen ein Minensuchboot STANAVFORCHAN[14] im kommenden Jahr für einen bestimmten Zeitraum zu unterstellen.

c) Der norwegische VM Holst führte zu einer Diskussion über den Themenbereich „NATO Strategy Post INF/Arms Control and Defence Planning“ ein (Statement beigefügt[15]).

Sein Vorschlag konzentrierte sich auf folgende Aussagen:

– INF-Vertrag[16] ist ein Erfolg, der bereits im 79er-Beschluß[17] angelegt war.
– Die Strategie der flexiblen Antwort[18] war bereits vor diesem Beschluß existent.
– Vollständiger Abbau der INF verstärkt Sicherheit.
– Westeuropa bleibt Teil der Gesamtbalance west-östlicher Abschreckungskräfte.
– Neben asymmetrischen Reduzierungen sei der Ausschluß weiterer Modernisierung der Systeme in diesem Bereich von besonderer Bedeutung.
– Abschluß der START-Vereinbarungen sei wichtig, um INF-Abkommen vor Umgehung zu schützen.
– Umstrukturierung verbleibender NATO-Nuklearstreitkräfte in Europa dürfe weder zu Umgehung noch zu Kompensation führen.
– Für die Anpassung des zukünftigen Nuklearpotentials sei ein umfassender und strukturierter Ansatz erforderlich. Dieser müsse konventionelle und nukleare Kräfte im Zusammenhang betrachten.
– Ein solcher Gesamtansatz müsse darauf zielen, in einem schrittweisen Prozeß die Hauptursachen für Instabilitäten zu beseitigen.

12 Für den Wortlaut der Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vom 26./27. Oktober 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.
13 Osman Olcay.
14 Standing Naval Force Channel.
15 Vgl. Anm. 24.
16 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.
17 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
18 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

VM Younger stimmte den Ausführungen seines norwegischen Kollegen grundsätzlich zu. Er machte folgende Zusätze:

– Derzeit gebe es noch keinen sicheren Beweis wirklicher Änderungen sowjetischer Politik.
– Nach INF Priorität auf konventionellen Ausgleich legen. Dabei Notwendigkeit, Verbesserung konventioneller Streitkräfte weiter fortzusetzen.
– INF-Vertrag wichtiger Beweis für die Richtigkeit der Verhandlungen aus der Position der Stärke, richtig ebenso keine Umgehung und Kompensation.
– Uns dürfen nicht die Hände gebunden werden hinsichtlich der Erfordernisse unserer Strategie. Montebello[19] muß umgesetzt werden, kein „drittes zero".
– [20]Klar ist, es gibt keine rein konventionelle Abschreckung.
– Der Gesamtprozeß von Rüstungskontrolle im Sinne des Reykjavik-Kommuniqués[21] ist wichtig.

BM Dr. Wörner stimmte seinen beiden Vorrednern grundsätzlich zu. Darüber hinaus führte er aus:

– INF-Abkommen habe zwei Aspekte, nämlich Fortsetzung von Rüstungskontrolle und Wirksamerhaltung der Strategie.
– Schwerpunkt nun bei konventioneller Rüstungskontrolle.
– Umfassender, schlüssiger Rüstungskontrollansatz im Sinne von Reykjavik sei für D wichtig, auch hinsichtlich kürzer reichender (Nuklear-)Waffen.
– BM persönlich unterstütze die Sicht, daß Verhandlungen über kürzer reichende Systeme nicht begonnen werden sollten, bevor nicht die konventionellen Ungleichgewichte behandelt seien.
– Rein konventionelle Abschreckung sei nicht möglich, angemessener Mix konventioneller/nuklearer Waffen sei und bleibe wichtig.
– Bündnis müsse seine Schularbeiten hinsichtlich eines Gesamtkonzepts machen. Dazu Einrichtung einer Studiengruppe.
– Konzentration auf konventionelle Kräfte erlaube, der Öffentlichkeit die Überlegenheit des WP vor Augen zu führen.
– Es gehe um den Abbau der Fähigkeit des WP zum Überraschungsangriff und zur Invasion.
– Betonung: Keine Kompensation, keine Umgehung des INF-Abkommens, aber Anpassung, um das Potential abschreckungsfähig zu erhalten.
– Rüstungskontrolle dürfe Modernisierung nicht verhindern.
– Für Anpassungsprozeß sei wichtig
  – keine Konzentration auf Modernisierung,
  – kein Gesamtpaket, vielmehr
  – Schritt für Schritt entsprechend Bedarf.

19 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

20 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1591 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

21 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384.

– VM Holst unterstützte in Anmerkung die Ausführungen BM Dr. Wörner.
  – Keine dringende Notwendigkeit für umfassende Pakete oder Entscheidungen, wohl aber
  – Notwendigkeit für umfassenden Überblick.
– Vorsitzender faßte Beiträge zusammen und dankte für aufgezeigte interessante und wichtige Gesichtspunkte zur Thematik.

d) VM-GB griff unter TOP 4 die Thematik „NATO's Maritime Rules of Engagement" auf. Er informierte kurz über den letzten Sachstand der Verhandlungen zwischen den USA und GB.

Thema wird als TOP ausführlich auf der 97. MC/CS[22] behandelt.

5) Minister stimmten dem vorliegenden Kommuniqué-Entwurf zu.

6) Unter dem TOP 6 wurde die noch ungeklärte Frage der Vorsitzübernahme aufgegriffen.

VM van Eekelen erklärte sich zur Weiterführung des Eurogroup-Vorsitzes für ein weiteres halbes Jahr einverstanden. Er bat seinen dänischen Kollegen[23], den Dean der Stabsgruppe mit der Weiterführung der Sondierungsgespräche zu beauftragen.

Ein Nachfolgekandidat sollte möglichst binnen eines Monats gefunden werden.

[gez.] Hansen

Folgt Anhang:

[…][24]

VS-Bd. 11331 (220)

22 Military Committee Meeting in Chiefs of Staff Session.
23 Bernt Johan Collet.
24 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11331 (220).

348

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6948/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 1. Dezember 1987, 23.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1597 **Ankunft: 1. Dezember 1987, 23.41 Uhr**

Betr.: DPC-MS[2];
hier: Top II „restricted session“[3]

GB-VM Younger

– begrüßte Secretary of Defense Carlucci als engen Freund der Allianz, starken Befürworter des amerikanischen Engagements und ungeschmälerter Truppenstärke in Europa,
– kennzeichnete das INF-Abkommen[4] als Einschnitt, der zu begrüßen sei, der zum ersten Mal Reduzierung von Waffen durch ein Rüstungskontrollabkommen erreiche und Lohn von Standhaftigkeit, Solidarität und enger Konsultation der Allianz sei.

  Es gelte deutlich zu machen, daß INF zwar einen Einschnitt, aber noch keine Gesamtlösung darstelle. Es sei auch kein Weg in die vollständige Abrüstung, kein Schritt in Richtung Denuklearisierung.
– Es sei nicht angebracht, Gorbatschow mit früheren SU-Führern gleichzusetzen, es gebe bedeutende Zeichen der Bewegung, aber was Gorbatschow getan habe, habe nicht bisherige Ziele geändert, die Allianz auseinanderzubringen, US/GB nukleare Waffen zu eliminieren, das amerikanische Engagement in der NATO und in Europa zu unterminieren.
– BM Wörner habe richtig gesagt, die Supermacht SU könne nur durch Supermacht USA ausbalanciert werden, für Europa sei der strategische Nuklearschirm unverzichtbar.

  Die SU-Streitkräfte seien auf die Vernichtung der NATO-Streitkräfte ausgerichtet, anders als diese insbesondere mit Panzern ausgerüstet und für Überraschungsangriff und weiträumigen Angriff aufgestellt. Die sowjetische Invasionsfähigkeit sei das zentrale Sicherheitsproblem, dem müsse sich die NATO stellen. Die Öffentlichkeit dürfe einerseits nicht glauben, die NATO sei zu schwach für eine konventionelle Verteidigung, aber gleichzeitig müsse deutlich sein, daß es eine rein konventionelle Abschreckung nicht gebe.

1 Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, z. Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21 und 30.

2 Defense Planning Committee Ministerial Session.

3 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO im kleinen Kreis am 1. Dezember 1987 in Brüssel wurde durch NATO-Generalsekretär Lord Carrington eröffnet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1592 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 11867 (209); B 150, Aktenkopien 1987. Für einen Auszug vgl. Anm. 25.
Daran schloß sich ein Referat des Vorsitzenden des Militärausschusses, Altenburg, an. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1593 von Hansen vom 1. Dezember 1987; VS-Bd. 11867 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

4 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

– Younger unterstützte nachdrücklich eine NATO-gemeinsame Darstellung des Kräftevergleichs NATO/WP, dies sei dringend für eine überzeugende Öffentlichkeitsarbeit.
– Über die Schwächen der NATO in Europa sei man sich einig, wenn man jedoch die Kräfterelation weltweit betrachte, sei dies sehr eindrucksvoll.

  Die NATO dürfe der SU keine risikoarme Chance für einen Angriff bieten. Daher müsse das Momentum bei CDI[5] erhalten bleiben, es bestehe keine Krise – die derzeitigen konventionellen Kräfte seien gerade noch hinreichend –, die Herausforderung der NATO sei, diesen Stand zu halten. CDI basiere auf wohlerwogener militärischer Bewertung, eine Überprüfung oder gar ein zweites CDI-Programm seien nicht notwendig.
– Wir alle haben Budgetprobleme – auch GB –, der Anstieg sei gering, insgesamt bliebe das Engagement der Briten unverändert. Wir sollten keinen Zweifel daran lassen, daß die Europäer ihren Anteil tragen, aber Zufriedenheit sei nicht am Platz – wir müßten die besonders wichtigen CDI-Ziele erfüllen.

  Entscheidend seien kooperative, kollektive Aktionen, z. B. bei FOFA[6]. Es gebe noch viel Raum für eine Anpassung der operativen Konzepte, Verbesserung der Interoperabilität, gemeinsame Logistik, Ausbildung, Infrastruktur, um die Verteidigungsausgaben rationeller zu nutzen.

US-VM Carlucci

würdigte die Arbeit des DPC, des Bündnisses und seines Vorgängers[7]. Sagt seinen Kollegen und dem Generalsekretär[8] gute Arbeitsbeziehungen zu. Betont das große persönliche Engagement des Präsidenten[9] für das Bündnis.

Er wolle sich in seinen Ausführungen auf drei Themenbereiche konzentrieren:

– amerikanisch-sowjetische Beziehungen,
– die amerikanischen Regionalaktivitäten, besonders im Golf,
– Probleme mit dem amerikanischen Verteidigungshaushalt.

a) Während des US/SU-Gipfels würden fünf Arbeitssitzungen des Präsidenten mit Generalsekretär Gorbatschow stattfinden.[10] Die TO[11] umfasse vier Punkte: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Menschenrechte, Regionalkonflikte, bilaterale Fragen. Die SU habe diese TO nicht nur akzeptiert, Schewardnadse habe die Themen Menschenrechte und Regionalkonflikte ausdrücklich gewünscht.

5 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO verabschiedete am 22. Mai 1985 in Brüssel ein Programm zur Stärkung der konventionellen Verteidigung für die Jahre 1987 bis 1992 („Conventional Defence Improvements"). Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 141.

6 Follow-on Forces Attack.
Am 9. November 1984 billigte der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter die Langzeitplanungsrichtlinie (Long Term Planning Guideline, LTPG) zur Verteidigung gegen die zweite Staffel konventioneller Streitkräfte des Warschauer Pakts. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 12. November 1984; VS-Bd. 12025 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

7 Caspar W. Weinberger.

8 Lord Carrington.

9 Ronald W. Reagan.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

11 Tagesordnung.

Zwischen Zeichnung des INF-Abkommens und seiner Ratifizierung werde die Stationierung „eingefroren" („freeze"). Nach der Ratifizierung beginne der phasenweise Abbau. Das vereinbarte Verifikationsregime wahre die souveränen Rechte der fünf Stationierungsländer[12]. Auch würden nicht mehr als die Hälfte der vereinbarten Inspektionen in einem Stationierungsland stattfinden.

Er sei zuversichtlich, daß das INF-Abkommen ratifiziert werde, auch wenn es eine gewisse Opposition und Versuche zu seiner Änderung geben werde. Der Ratifizierungsprozeß beginne Mitte Januar 1988. Die Administration könne darauf verweisen, daß der INF-Vertrag das intensivste Verifikationsregime in der Rüstungskontrollgeschichte enthalte. Dies werde von vielen Kritikern übersehen, weil sie den Vertragstext noch nicht kennen. Der schärfste Kritiker sei Helms, doch repräsentiere er nicht die Hauptströmung im Senat. Der INF-Vertrag stelle einen Sieg für die Allianz dar, der durch Geschlossenheit errungen worden sei. Auch der Ratifizierungsprozeß werde die Allianz vor Solidaritätsprobleme stellen. Dabei würden in den USA vor allem zwei Fragen interessieren:

– Was geschieht im konventionellen Bereich?
– Wie gestaltet sich die Lastenverteilung im Bündnis?

Beim US-SU-Gipfel werde ausführlich über „START" gesprochen werden. Fortschritte seien sichtbar.[13] Die SU sei an einem Abkommen interessiert und denke offenbar an eine Unterzeichnung während des Moskauer Gipfels im Frühjahr 1988[14]. Hierzu würden die USA jedoch keinerlei Verpflichtungen eingehen. Der SU komme es darauf an, den ABM-Vertrag vorerst gültig zu halten. Noch ungeklärt seien die Fragen der Zwischengrenzen, die Behandlung von SLCM, die Einbeziehung des sowjetischen „Backfire"-Bombers und das Verbot mobiler ICBM. Die USA drängten auf dieses Verbot, obwohl er anmerken wolle, daß mobile ICBM zur Stabilität beitragen könnten.

Als treibendes Motiv hinter der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft vermuteten die USA den Wunsch nach Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft. Dies dürfe das Bündnis aber nicht dazu verleiten, in seiner Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft nachzulassen. Das INF-Abkommen verändere die grundlegende Sicherheitsgleichung nicht. Das konventionelle Ungleichgewicht bleibe ein ernstes Problem. Das amerikanische Fünfjahres-Programm werde daher im Lichte des INF-Abkommens überprüft, und zwar auf der Grundlage der im Frühjahr verabschiedeten „Ministerial Guidance"[15] und des Aktionsplans für die „Conventional Defence Improvements". Beides sei auch wichtig für die künftigen Verhandlungen über konventionelle Stabilität.

12 Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

13 Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

14 Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

15 Die „Ministerial Guidance 1987" wurde in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 26./27. Mai 1987 in Brüssel verabschiedet. In Ziffer 5 des Kommuniqués der Sitzung hieß es, die Ministerrichtlinie lege „die allgemeinen Richtlinien für die Entwicklung der Abschreckung und der Verteidigungserfordernisse des Bündnisses fest" und enthalte „insbesondere Weisung für die Vorbereitung des nächsten Pakets von NATO-Streitkräftezielen". Für den Wortlaut der Ziffer 5 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 80. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 380.

b) Die USA begrüßten, daß sich bei der Sicherung der Schiffahrt im Golf viele Bündnispartner in der einen oder anderen Weise beteiligten.[16] Der Iran befinde sich zunehmend in der Isolierung. Es sei wichtig, für eine Folge-Resolution im UN-Sicherheitsrat zu arbeiten.

c) Auch die USA hätten Probleme mit dem Verteidigungshaushalt. Er wachse noch um 3,6 Prozent real. Die großen Modernisierungsprogramme würden durchgeführt. Einige seien bereits abgeschlossen.

Bündnisvorhaben hätten Priorität. Es gebe aber auch Druck in Richtung auf eine Senkung der Verteidigungsausgaben. Der Präsident habe für Mitte Februar beim Pentagon einen Bericht über den Stand der Lastenverteilung im Bündnis und mit Japan in Auftrag gegeben. Die gerade in der New York Herald Tribune zitierte JCS-Studie sei ihm noch nicht bekannt.[17] Sie bewerte einen Zustand, der CDI-Verwirklichung und reale Verteidigungszuwächse bis Mitte der 90er Jahre annehme. Zweifel an den Ergebnissen seien daher nicht unberechtigt. Schon die derzeitigen Kürzungen im US-Verteidigungshaushalt seien nicht berücksichtigt.[18]

I-VM Zanone

– Sitzung für europäische Sicherheit von großer Wichtigkeit, einerseits die Konsequenzen eines INF-Abkommens zu bewerten und Unterstützung für eine rasche Ratifizierung zu geben.

  INF-Abkommen sei wichtig, insbesondere hinsichtlich asymmetrischer Reduzierung und der Bereitschaft zu weitgehender Verifikation – vor allem „on-site-inspections“ – als Präzedenzfall für künftige Rüstungskontrollverhandlungen, die jetzt auf den konventionellen Bereich konzentriert werden müßten.
– Der Erfolg eines INF-Abkommens müsse öffentlich betont werden, dies stelle keinen Widerspruch zu unseren legitimen Sorgen über die verbleibende Bedrohung dar.
– Feste Entschlossenheit zum Erhalt der US/KAN-Präsenz in Europa sei entscheidendes Signal ungeteilter Sicherheit; europäische Zusammenarbeit zur Stärkung des europäischen Pfeilers sei bedeutend, die verabschiedete Plattform europäischer Sicherheitsinteressen[19] sei ein wichtiger Schritt.
– Fortschritt bei Rüstungskontrolle sei anzustreben bei „START“, CW und konventionellen Kräften.

16 Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

17 In der Presse wurde berichtet: „While outnumbered by Soviet forces, NATO has sufficient conventional strength to make a Soviet attack highly unlikely, according to a classified ‚net assessment‘ of opposing strengths and weaknesses prepared by the Joint Chiefs of Staff. […] Pentagon officials said the study and war games associated with it concluded, as did earlier net assessments, that NATO was strong enough to deter a Soviet attack in Europe and was likely to remain so in the future.“ Vgl. den Artikel „U.S. Concludes NATO Can Deter Soviet Attack“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 1. Dezember 1987, S. 1f.

18 Zum Stand der Beratungen über den amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 266, Anm. 7. Regierungsdirektor Matern, Washington, berichtete am 8. Dezember 1987: „Noch steht nicht fest, wie der Bewilligungsausschuß für den Verteidigungshaushalt 1988 aussehen wird, jedoch steht nach Abschluß des Authorization-Verfahrens Einigung über die wesentlichen programmatischen Aussagen. Sollte der am 20. November 1987 zwischen den Führern des Kongresses und den Vertretern des Weißen Hauses ausgehandelte Haushaltskompromiß vom Kongreß insgesamt angenommen werden, so werden für den Verteidigungshaushalt 1988 (inklusive der verteidigungsbezogenen Nuklearprogramme des Department of Energy) insgesamt 292 Mrd. Dollar bewilligt werden. Inflationsbereinigt wären das 3,6 v. H. weniger als im Vorjahr.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5234; Referat 201, Bd. 143380.

19 Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vgl. Dok. 297, Anm. 27.

– Nationale Budgets müßten hinreichend sein, um die Modernisierung der Streitkräfte sicherzustellen, dies sei allerdings nicht nur eine Frage des Umfangs des Budgets. I-Regierung bereite einen Zehnjahres-Investitionsplan vor, der die Erfordernisse abdecken soll.

NWG-VM Holst

– betonte volle Unterstützung für INF-Abkommen, das zur Sicherheit der Allianz beitrage und einen echten politischen Durchbruch darstelle, da er den Trend zur Aufrüstung umdrehe. Ein weiterer Schritt zu stabileren Verhältnissen bedeute die 50-Prozent-Reduzierung strategischer Waffen zur Herstellung eines Gleichgewichts auf niedrigerer Ebene und um das INF-Abkommen vor Umgehung zu schützen.

  Die Verbündeten unterstützten das INF-Abkommen, da es die SS-20 entferne, die den Anlaß für die Forderung der Europäer und den Doppelbeschluß[20] darstellten. Es wäre eine Ironie, wenn nun der US-Kongreß die Ratifizierung verweigere. Dies würde schwerwiegende Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit des Westens haben. Er sei sehr befriedigt über die Zuversicht Carluccis hinsichtlich der Ratifizierung.

– [21]Er habe mit Interesse die sich lockernde Haltung der Sowjetunion hinsichtlich des „linkage“ zwischen „START“ und SDI festgestellt, offensichtlich bestehe eine gewisse Interessenübereinstimmung mit den USA. Es gehe der SU wohl vor allem um die Bewahrung der Einschränkungen des ABM-Vertrages.

– Das mit dem INF-Vertrag etablierte Prinzip asymmetrischer Reduzierung müsse ebenso wie das der Hinlänglichkeit der Streitkräfte weiter verfolgt werden.

  Das INF-Abkommen mache das konventionelle Element noch wichtiger und daher auch die Anstrengungen bei CDI. Gleichzeitig gelte es, die Ungleichgewichte im konventionellen Bereich abzubauen, insbesondere die Fähigkeit der SU zum Angriff nach kurzer Vorbereitung.

– H. erläuterte die NWG-Position zur Lage im Golf so wie bei der Eurogroup-Sitzung[22] und wiederholte das Angebot zur Entsendung eines Minensuchers zur STANAVFORCHAN[23].

– H. warnte, bei der Anpassung des NATO-Nuklearpotentials sich zu sehr auf Systeme abzustützen, die durch ein „START“-Abkommen erfaßt werden müßten, dies gilt insbesondere für SLCM.

B-VM de Donnea

– äußerte sich erfreut über die Vorhersage Carluccis zur Ratifizierung des INF-Abkommens. Es sei wichtig, die volle Unterstützung der Europäer für das Abkommen auch im Kommuniqué[24] zu betonen.

20 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

21 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1598 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 30. November 1987 in Brüssel vgl. Dok. 347.

23 Standing Naval Force Channel.

24 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 84 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 106–108.

Nichtratifizierung würde schwerwiegende Konsequenzen haben. Gegner einer Ratifizierung müßten wissen, daß das Ergebnis der Nichtratifizierung nicht das von ihnen gewünschte sein werde.

– De Donnea verwies auf Aussage Generalsekretärs, nur vier Bündnispartner erfüllten die Drei-Prozent-Forderung[25];

Es sei nicht richtig, sich auf Steigerungen zu versteifen, es sei oft wichtiger, durch interne Straffung und Umschichtung rationellen Gebrauch von den verfügbaren Mitteln zu machen.

Man dürfe nicht immer nur die sichtbaren Teile der Verteidigungsleistung betrachten. Der sinkende Wert des Dollars[26] habe erhebliche Einsparungen gebracht, die für Verbesserungen der Ausbildung aufgewendet worden seien[27].

Wichtiger als Steigerungen der Ausgaben sei die Steigerung des „output".

D-BM Dr. Wörner

– erklärt, INF-Abkommen sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, ein großer Sieg für den Zusammenhalt des Bündnisses und für starke Verteidigungsanstrengungen. Es gelte, sich und die Öffentlichkeit immer wieder auf das Erfolgsrezept zu verweisen – Zusammenhalt der NATO und Aufrechterhaltung der Stärke.
– Er stimme der Äußerung des Generalsekretärs zu, daß das INF-Abkommen die politische und strategische Situation grundsätzlich verändere.

Konsequenz sei, daß die NATO ein umfassendes Rüstungskontrollkonzept entwickeln müsse, nukleare und nicht-nukleare Elemente müßten dabei schlüssig einbezogen sein, um die Strategie wirksam zu erhalten.

Entscheidend sei, daß das Rüstungskontrollkonzept in Übereinstimmung mit den Verteidigungserfordernissen sei.

Innerhalb der Allianz müsse an diesem Konzept jetzt gearbeitet werden; er erkläre ganz offen, die deutsche Öffentlichkeit erwarte, daß an diesem Konzept gearbeitet werde.

– Reduzierung um 50 Prozent bei „START" sei wichtig, nicht nur wegen der Supermachtverhältnisse, sondern auch wegen der Minderung der Umgehungsmöglichkeiten eines INF-Abkommens. Jetzt gelte es, sich auf das konventionelle Problem zu konzentrieren. Dies sei das eigentliche Sicherheitsproblem Europas – die Fähigkeit zum großangelegten Überraschungsangriff (Ogarkow, der wesentliche sowjetische strategische Denker, habe deutlich gemacht, daß SU mehr und mehr nach konventionellen Angriffsoptionen suche).

25 Zum Drei-Prozent-Ziel der NATO vgl. Dok. 262, Anm. 4.
Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 1. Dezember 1987, NATO-Generalsekretär Lord Carrington habe im Einführungsvortrag zum geschlossenen Sitzungsteil der Ministersitzung des Verteidigungsausschusses (DPC) der NATO am selben Tag ausgeführt: „Nur vier MS blieben dem Drei-Prozent-Ziel verpflichtet: I, L, NWG und TUR. Die Finanzaufwendungen der meisten anderen Länder zeigten keine Verbesserungen, sondern Abwärtstrends. Unterfinanzierung habe Abfall an ‚defence output' zur Folge, so daß sich eine quantitative und qualitative Verschlechterung der Verteidigungslage in den kommenden Jahren anbahne. Er mahne daher Zuwachsraten an. Vergleichsweise verzeichne US Zuwachsraten für Militärausgaben seit 1985 in Höhe von drei bis vier Prozent im Jahr." Die USA würden daher zu Recht auf einen höheren Anteil der Europäer an den Verteidigungsausgaben drängen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1592; VS-Bd. 11867 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

26 Zur Abwertung des US-Dollars vgl. Dok. 314, Anm. 11, 20 und 21.

27 Korrigiert aus: „aufgewendet seien".

Priorität im konventionellen Bereich dürfe nicht nur ein Zahlenspiel sein; die Invasionsfähigkeit müsse in allen ihren Komponenten untersucht, Kriterien müßten definiert werden, es reiche nicht einfach eine Formel wie z. B. Reduzierung im Verhältnis drei zu eins.

– Vielfach werde das West-Ost-Verhältnis auf Rüstungskontrolle reduziert, als seien die Streitkräfte der eigentliche Grund für Spannung, als könne daher Rüstungskontrolle die Lösung für den Abbau der Spannungen bieten. Ursache seien politische Differenzen, die sich in anderen Bereichen – wie Afghanistan, die Mauer in Berlin usw. – manifestierten.

  Es sei ebenso falsch, Rüstungskontrolle auf das nukleare Element zu konzentrieren; in Europa seien das eigentliche Problem die konventionellen Ungleichgewichte zugunsten WP.

– Wichtig sei und bleibe, die Strategie wirksam zu erhalten; dazu müsse auch der Öffentlichkeit klargemacht werden, daß dies eine ständige Modernisierung der Streitkräfte erfordere, daß es keine Alternative zur nuklearen Abschreckung gebe und auch für dieses Element Modernisierungsmaßnahmen möglich bleiben müßten.

– Zu Budgetfragen: Die Bundeswehr stehe stärker als je da, Probleme lägen in der Zukunft – z. B. die Grenze der Personalstärken durch abnehmende Geburtszahlen –, aber er sei zuversichtlich, die Probleme zu meistern, Entscheidungen seien hier schon getroffen, z. B. durch Verlängerung der Wehrdienstzeit auf 18 Monate[28] und Reduzierung der Freistellungsgründe (z. B. Heranziehung von Verheirateten).[29]

  Er stimme mit VM de Donnea in einem Punkt überein, man dürfe das Problem nicht auf die Ausgaben reduzieren, damit nutze man die falsche Meßlatte. Andere Leistungen/Belastungen müßten einbezogen werden – wie z. B. für die Bundesrepublik Deutschland Tiefflug, Übungsdichte, Stationierung von 400 000 Soldaten der Verbündeten. Diese Leistungen müßten auch bei der Darstellung der Lastenteilung Berücksichtigung finden.

– Zusammenfassend: Wenn die NATO die zwei genannten Voraussetzungen aufrechterhalte – Zusammenhalt und Stärke –, dann werde es auch weitere Fortschritte bei der Rüstungskontrolle geben.

E-VM Serra

– begrüßt INF-Abkommen als historischen Schritt: Es handele sich um einen echten – und noch dazu asymmetrischen – Abbau von Nuklearwaffen und damit um ein Modell auch für künftige West-Ost-Rüstungskontrollverhandlungen. Den US-Unterhändlern gebühre Dank für diese Leistung. Die nächsten Schritte sollten sich bei „START“ und KRK vollziehen.

  Er unterstützte die Anregung des Generalsekretärs: Das Bündnis benötige eine einheitliche Sprache und Basis für den Streitkräftevergleich NATO/WP. Dies sei nicht nur ein technisches, sondern auch ein politisches Problem.

  Spanien anerkenne die Notwendigkeit, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen – schon zur Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis – und handele

28 Zur Verlängerung des Grundwehrdienstes vgl. Dok. 25, Anm. 39.
29 Zur Verteidigungspolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 262.

danach. Der Verteidigungshaushalt für 1988 wachse um 8,7 Prozent nominal und um 5,7 Prozent real.

GR-VM Charalambopoulos:

– GR unterstütze vorbehaltlos alle Rüstungskontrollanstrengungen, die in ausgewogener Weise auf ein möglichst niedriges Niveau abzielten und trete für ein globales Verbot chemischer Waffen ein. Er begrüße das INF-Abkommen und verstehe die Sorge der Partner angesichts der konventionellen Überlegenheit der SU. Das nukleare Potential des Bündnisses reiche qualitativ und quantitativ aus. Es komme jetzt darauf an, das konventionelle Ungleichgewicht durch asymmetrische Reduzierungen abzubauen – auch regional.

  Griechenland gebe 7 Prozent seines BSP für Verteidigung aus.

NL-VM van Eekelen

– begrüßt das INF-Abkommen und erklärt, die Eurogroup habe ihn als derzeitigen Vorsitzenden beauftragt, ggf. die europäische Unterstützung in Washington zu vertreten. Er plädiere für die Erarbeitung eines umfassenden Rüstungskontrollrahmens unter Berücksichtigung des militärischen Ratschlages sowie für eine Konzentration auf KRK und CW. Weitere nukleare Abrüstung in Europa sollte erst nach Fortschritten bei KRK stattfinden. Er sei gegen eine dritte Null-Lösung, aber auch gegen die Perpetuierung des östlichen Übergewichts im Bereich unter 500 km.

  Er unterstütze die Anregung des Generalsekretärs für die Erarbeitung einer gemeinsamen Datenbasis [30](Streitkräftevergleich NATO/WP) im Bündnis. Es gelte, die Öffentlichkeit auf schwierige KRK-Verhandlungen vorzubereiten. Er habe in einer Studie der RAND Corporation gelesen, daß praktisch nur eine asymmetrische Reduzierung im Verhältnis eins (Westen) zu fünf (Osten) unsere Sicherheit ausreichend erhöhe; dies werde nicht leicht zu verhandeln sein.

  Nachdem die INF-Stationierung nach Zeichnung des Abkommens ausgesetzt werde, würde die Beibehaltung der nuklearen Rolle für die F-16 und die Orion positiv geprüft. Für NL stelle sich nach wie vor die Frage, was mit den fertiggestellten GLCM-Basen geschehen solle. Es handele sich um eine Infrastruktur-Investition, für die eine sinnvolle andere Nutzung im Bündnis geprüft werden sollte.

  NL habe zwei Minenräumer in den Golf entsandt und danke GB für die technische Koordinierung. Die politischen und militärischen Aspekte würden in der WEU diskutiert. Dies sei Ausdruck der Unterstützung der freien Schifffahrt und europäischer Solidarität mit den USA.

P-VM de Melo

– erklärte, die NATO befinde sich in einer wichtigen Phase; das INF-Abkommen liege im Interesse der Allianz; es dürfe nicht vergessen werden, das Abkommen sei Ergebnis der Standhaftigkeit und Solidarität im Bündnis, diese gelte es auch in Zukunft zu bewahren.
– P Sicherheitspolitik beruhe mit höchster Priorität auf der Mitgliedschaft in der NATO, man wolle den Beitrag verstärken, dabei das Gesamtterritorium

30 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1599 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

in einem NATO-Kommandobereich verfügbar machen, dies werde von allen Parteien des Landes getragen.

– Die wirtschaftliche Lage des Landes entwickele sich vorteilhaft und lasse ein Programm für eine verbesserte Verteidigungsleistung möglich erscheinen. P werde sich vor allem auf den Beitrag zur Verteidigung der eigenen Region konzentrieren. Insgesamt stellten die Verteidigungsaufwendungen eine erhebliche Bürde für das Land dar.

TUR-VM Yavuztürk

– begrüßte das INF-Abkommen als bedeutenden Schritt nach vorn, dem weitere Schritte bei „START", CW und KRK folgen müßten. Ähnlich wie beim Doppelbeschluß komme es darauf an, zugleich auch den CDI-Aktionsplan durchzuführen. Für die Türkei hätte die Erreichung konventioneller Stabilität Vorrang.

L-VM Fischbach

– begrüßt INF-Abkommen, unterstützt KRK und weitere Vertrauensbildung im militärischen Bereich. Das West-Ost-Verhältnis dürfe nicht nur Rüstungskontrolle zum Inhalt haben. Er begrüße daher, daß beim US-SU-Gipfel in Washington auch über Menschenrechte und Regionalkonflikte gesprochen werde.

KAN-VM Beatty

– begrüßt INF-Abkommen und Carluccis Äußerung zu den Ratifizierungsaussichten. In bezug auf mögliche Änderungen in der SU rate er zum Abwarten. Das Ost-West-Klima aber verändere sich mit fast atemberaubender Schnelligkeit. Es sei wichtig, unserer Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung dem Ziel dienten, unsere Sicherheit und die Stabilität zu erhöhen, und daß sie nicht einen Zweck an sich darstellten. Wir sollten auf diese Weise vermeiden, daß die Öffentlichkeit nur die SU als Vorreiter bei der Rüstungskontrolle wahrnimmt. Die INF-Konsultationen im Bündnis hätten auch insoweit Modellcharakter gehabt.

  Er unterstütze den Vorschlag des GS nach Erarbeitung einer gemeinsamen Datenbasis, schon weil die Öffentlichkeitsarbeit im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich immer wichtiger werde. Alte Argumente zögen nicht mehr. Das Bündnis müsse klarer machen, warum es auf die Erhaltung einer starken Verteidigungsfähigkeit ankomme. Vordringlich sei die Beseitigung des konventionellen Ungleichgewichts durch Druck auf die SU in Richtung auf asymmetrische Reduzierungen.

DK-VM Collet

– erklärte, das INF-Abkommen mache eine Überprüfung der Verteidigungserfordernisse notwendig. DK akzeptiere besonders unter diesem Aspekt CDI, die Schere zwischen Bedarf und verfügbaren Streitkräften öffne sich immer mehr, insofern könne er die Forderungen des „summary appraisal" nicht leicht nehmen. Es sei aber auch wichtig, die Notwendigkeit konventioneller Rüstungskontrolle stärker in den Vordergrund zu rücken.

– INF-Abkommen sei wichtiger Erfolg, Ergebnis sei historisch zu nennen, weil es zu gleichen Obergrenzen führe und tiefgreifende Verifizierungsmaßnahmen vereinbare. Der Vertrag sei ein mutiger Schritt beider Vertragspartner und

ein wichtiger erster Schritt im politischen wie im militärischen Bereich. DK hoffe auf rasche Ratifizierung.

– DK unterstütze nachdrücklich ein „START"-Abkommen; nukleare Abrüstungsschritte machten einen weltweiten Bann chemischer Waffen und den Abbau konventioneller Ungleichgewichte noch dringender.

GS

– bestätigte die Auffassung von BM Wörner, daß es bei den Verteidigungsanstrengungen des Bündnisses letztlich auf das reale Ergebnis, d.h. auf den „output", ankomme. Das Problem sei aber, daß man für die Messung und die Vergleichbarkeit der Verteidigungsleistungen bisher nur den „input" gefunden habe. Er wolle nochmals die Notwendigkeit betonen, gemeinsame NATO-Zahlen für den Kräfteausgleich NATO/WP zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Es sei höchst unbefriedigend, wenn die Partner in der Öffentlichkeit mit unterschiedlichen WEU- oder IISS[31]-Zahlen konfrontiert würden und sich nicht auf einen Allianz-SKV[32] berufen könnten.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11331 (220)

349

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 5132
Citissime

Aufgabe: 1. Dezember 1987, 19.20 Uhr[1]
Ankunft: 2. Dezember 1987, 01.54 Uhr

Betr.: Verifikationsmaßnahmen im INF-Vertrag[2];
hier: Erste Übersicht

Auch heute, eine Woche vor der geplanten Unterzeichnung des INF-Vertrages, sind noch immer nicht alle Vertragsdetails fertig ausgearbeitet. Dies betrifft insbesondere den Kernbereich des Verifikationsregimes. Die nachfolgende Übersicht kann daher zunächst nur die Umrisse der Vereinbarung darstellen, insbesondere

31 International Institute for Strategic Studies.
32 Streitkräftevergleich.

1 Das von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 2. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner und Legationssekretär Haller verfügte.
Hat Wagner vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Abl[ichtung]."
2 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

da die zentralen Texte, Artikel XI des Vertrages und das Inspektionsprotokoll in letzter Fassung[3], uns noch nicht zugänglich sind.

Das Verifikationsregime ist das Herzstück des Vertrages, der zum ersten Mal einen tatsächlichen Abbau von nuklearen Trägersystemen vereinbart. Auf es wird der Senat in der Ratifizierungsdebatte sein Hauptaugenmerk richten. In zukünftigen Rüstungskontrollverträgen, insbesondere für strategische Systeme, wird die INF-Verifikation, obwohl sie durch die Null-Lösung andere Ausgangsbedingungen hat, Präzedenzwirkung entfalten.

Das Instrumentarium der Verifikation besteht aus Datenaustausch, verschiedenen Arten von Vor-Ort-Inspektionen und der Anwendung von Nationalen Technischen Mitteln (NTM). Zentral dabei sind die Inspektionen vor Ort, ein Verfahren, das die SU jahrelang energisch bekämpft hat. Ohne ihre Zustimmung dazu wäre ein für die US akzeptables Überprüfungssystem nicht denkbar. Auch für uns und die anderen Stationierungsländer[4] stellt die Vor-Ort-Inspektion die unmittelbarste Einbeziehung in die Vertragsdurchführung dar. Während eines Zeitraumes von 13 Jahren können sowjetische Inspektoren Installationen auf unserem Hoheitsgebiet überprüfen.

Die Verifikationsmethoden im einzelnen:

1) Datenaustausch

Ein Memorandum of Understanding (MoU) über die vertragsrelevanten Systeme und Systemteile beider Seiten ist Vertragsbestandteil. Seine Erarbeitung, insbesondere hinsichtlich der Non-deployed-Elemente, bereitet offensichtlich der SU große Schwierigkeiten, auch jetzt sind noch nicht alle Einzelangaben übermittelt worden. Der Vertrag sieht vor, daß innerhalb 30 Tagen nach Inkrafttreten eine Überprüfung und, wo notwendig, Korrektur der übermittelten Daten erfolgt, die den jeweiligen Bestand zum Stichtag des Inkrafttretens des Vertrages feststellt. Informationen über die Veränderung des Bestandes, über seine Verlegung innerhalb des Vertragsgebietes und über Vernichtungszeitpläne werden während der Drei-Jahres-Frist bis zur vollständigen Beseitigung aller Systeme kontinuierlich ausgetauscht werden.

2) Nationale Technische Mittel

Nationale Technische Mittel werden zur Erfassung der Bestände der anderen Seite weiterhin Anwendung finden. Hierzu gehört insbesondere die Foto-Aufklärung. Zur zusätzlichen Vertrauensbildung sollen von Zeit zu Zeit Bestände an strategischen Waffen enttarnt werden, um ihre Satellitenbeobachtung zu ermöglichen. Dies wird unter dem Begriff „enhanced NTMs“ Teil der getroffenen Absprache sein. NTM ist außerdem wichtig für die Kontrolle von Raketenstarts. Es ist ohne Schwierigkeiten möglich, aus den beim Start einer Rakete gewonnenen Daten zweifelsfrei ihren Typ festzustellen. Sollte auch nur ein Start einer vertragsunterworfenen Rakete festgestellt werden, so stünde damit die Vertragsverletzung eindeutig fest. Diese Fähigkeit macht Flugtests von etwa versteckten

[3] Für den Wortlaut des Protokolls vom 8. Dezember 1987 „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite“ vom selben Tag und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 537–552.

[4] Belgien, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

Raketen praktisch unmöglich. Dadurch wird die Einsatzfähigkeit solcher Systeme mit fortschreitender Zeitdauer immer geringer, es lohnt sich also kaum, nicht erfaßte Bestände irgendwo zu behalten. Neben diesen beiden Methoden wird auch das ganze sonstige Arsenal der amerikanischen Aufklärung für die Überprüfung der Vertragseinhaltung eingesetzt werden. Es ist zu erwarten, daß zweifelnde Senatoren hier zusätzliche Bekräftigung für die amerikanische Fähigkeit finden werden, Vertragsverletzungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu entdecken.

3) Vor-Ort-Inspektionen

Vor-Ort-Inspektionen lassen sich in die folgenden Typen einteilen:

– baseline inspections (Anfangsinspektion),
– Eliminierungsinspektionen,
– close-out inspections (Schlußinspektionen),
– short-notice inspections (Verdachtskontrollen),
– portal monitoring (permanente Vor-Ort-Kontrolle).

Mit Ausnahme des letzten Typs, der auf jeweils eine Anlage in den beiden Vertragsstaaten begrenzt ist, erstrecken sich alle Inspektionsarten auch auf die Stationierungsländer. Anfangsinspektionen zur Überprüfung der ausgetauschten Datenbestände müssen innerhalb von 60 Tagen nach Austausch der verbindlichen Daten zum Stichtag Vertragsinkrafttretens erfolgt sein. Schlußinspektionen werden je nach Fortschritt der Eliminierungsverfahren bei Räumung von vertragsunterworfenen Einrichtungen durchgeführt.

Wichtigster Inspektionstyp sind die Verdachtskontrollen. Nach letztem Stand sind ihnen etwa 30 US-Einrichtungen und 128 sowjetische Einrichtungen unterworfen. Dazu gehören die Stationierungsstandorte (deployment facilities) und alle entsprechenden Unterstützungs- und Produktionseinrichtungen. Die große Mehrzahl der sowjetischen „declared facilities" befindet sich in der SU, von den US-Einrichtungen sind etwa zehn in Europa. Alle declared facilities, die nach einer genauen Definition zusammengestellt und in Listen mit präzisen Koordinatenangaben festgehalten werden, unterliegen dem Inspektionsregime während der gesamten Zeitspanne von 13 Jahren. Diese teilt sich auf in die ersten drei Jahre nach Inkrafttreten, an deren Ende die Eliminierung aller vertragsbezogenen Objekte beendet sein muß. (14 Tage vor Ende der Drei-Jahres-Frist, wenn alle anderen Einrichtungen eliminiert sind, wird Bundesrepublik Deutschland das Kooperationsverhältnis für die PIa mit den USA lösen, deren Gefechtsköpfe werden dann in die USA zurücktransportiert und vernichtet, wir übernehmen Demontage unserer PIa in eigener Verantwortung.) Während der ersten drei Jahre hat jede Seite ein Anrecht auf 20 Verdachtskontrollen pro Jahr. Für die nächstfolgenden fünf Jahre stehen jeder Seite 15 Kontrollen zu. In den letzten fünf Jahren des Inspektionsregimes können je zehn solcher Inspektionen durchgeführt werden.

Für die Durchführung organisiert jede Seite eine inspection notification authority, die rund um die Uhr besetzt ist. Diese Stellen tauschen alle Informationen über Inspektionsbegehren aus. Inspektionsteams reisen dann über vorher festgelegte Eingangspunkte (points of entry) ein. Innerhalb der ersten vier Stunden nach Eintreffen müssen sie das Ziel der Inspektion mitteilen. Aufbruch vom point of entry ist genau vier Stunden nach Eintreffen, innerhalb von maximal

neun[5] Stunden muß Inspektionsort erreicht sein. Dort stehen für die Durchführung 24 Stunden zur Verfügung, diese können in beiderseitigem Einvernehmen um maximal weitere acht Stunden verlängert werden. Points of entry sind für die US Washington und San Francisco, für die SU Moskau und Irkutsk, für uns wird es Frankfurt/Rhein-Main sein.

Listen mit den für die andere Seite akzeptablen Inspektoren und Begleitpersonal werden ausgetauscht, Rechte und Pflichten der Inspektoren und der inspizierten Partei sind im Inspektionsprotokoll zum INF-Vertrag detailliert ausgeführt. Dazu gehört auch ein Annex über Privilegien und Immunitäten, der die Statusrechte des Inspektionspersonals festlegt.

Ein Stationierungsländerabkommen (Basing Country Agreement, BCA) stellt die rechtliche Verknüpfung der Stationierungsländer mit den von den US gegenüber der SU eingegangenen Verpflichtungen her.[6] Die SU ihrerseits bestätigt die Geltung der getroffenen Vereinbarungen für sich gegenüber den Stationierungsländern in einem Notenaustausch.[7] Sehr lange umstritten war die Frage, ob die Beschränkung der Inspektionen auf die declared facilities ausreiche, oder ob ein Zugang zu allen potentiell verdächtigen Installationen auf dem Territorium der anderen Vertragspartei erforderlich sei. Hier hat sich die restriktive Lösung, insbesondere aufgrund der Vorbehalte der amerikanischen „intelligence community", durchgesetzt. Die Nachteile aus sowjetischem Zugangsrecht zu sensitiven amerikanischen Installationen überwogen schließlich die Vorteile.

Portal monitoring, lange umstritten, vor Einigung auf die doppelte Null-Lösung für die US unverzichtbar und danach zunächst aufgegeben, kam erst in letzter Minute wieder in das Verifikationspaket. Dies insbesondere, als US feststellen mußte, daß die SS-20-INF-Rakete teilweise mit der SS-25-ICBM-Rakete baugleich ist und daß beide in der gleichen Anlage hergestellt werden. Zielobjekt auf sowjetischer Seite war damit eindeutig diese Fabrikationsstätte. [8]Ein „gleichwertiges" Gegenobjekt auf US-Seite zu finden, war schwierig. SU zielte auf eine Produktionsanlage für boden- und seegestützte Cruise Missiles. Diese sind jedoch völlig baugleich, nur die Abschußsysteme unterscheiden sich, eine Beobachtung war daher für die US nicht akzeptabel. Schließlich einigte man sich darauf, in den USA die Hercules Fabrik in Magna, Utah, vorzusehen. Dort wurden früher Pershing-2-Antriebe gebaut, die Fabrik stellt heute noch MX- und Trident-Unterseeboot-Raketen-Antriebe her. Die sowjetische Anlage befindet sich in Wotkinsk,

5 Korrigiert aus: „maximal von neun".

6 Zum Stand der Verhandlungen über ein amerikanisch-sowjetisches Inspektionsprotokoll im Rahmen eines künftigen INF-Abkommens, über ein Abkommen zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) sowie über einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern vgl. Dok. 331.
Das Übereinkommen zwischen den USA sowie Belgien, der Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und den Niederlanden „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite" wurde am 11. Dezember 1987 in Brüssel unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 431–437.

7 Vgl. dazu den Notenwechsel vom 4. Mai 1988 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Inspektionen in bezug auf den Vertrag vom 8. Dezember 1987 zwischen den USA und der UdSSR über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (Verordnung über Inspektionen nach dem INF-Vertrag); BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 535 f.

8 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5133 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

westlich des Urals. Beide Anlagen werden während der gesamten 13-jährigen Dauer des Inspektionsregimes von einem Beobachtungsteam rund um die Uhr kontrolliert. Die Inspektoren haben das Recht, alle die Anlagen verlassenden Objekte darauf zu prüfen, ob sie vertragsunterworfene Objekte sind. Zu diesem Zweck dürfen sie auch von Zeit zu Zeit die Verpackungen öffnen und Fotos anfertigen, normalerweise wird die Kontrolle in der Überprüfung von Gewicht und Außenabmessungen bestehen. Die ständige Präsenz einer Anzahl von US- und sowjetischen Inspektoren (es gibt noch keine genauen Angaben, die Zahl 30–40 ist genannt worden) wird sicherlich Gegenstand großen Interesses werden. US-Presse macht sich schon Gedanken über die Lebensbedingungen dieses amerikanischen Häufleins im fernen sowjetischen Westen. Die Ausarbeitung der Details des portal monitorings ziehen sich immer noch hin, weil die Einigung auf dieses Inspektionsverfahren erst bei den Gesprächen von Shultz und Schewardnadse in Genf[9] erzielt wurde.

Die Erarbeitung der geschilderten Verifikationsmaßnahmen ist das Ergebnis der Zusammenarbeit einer Vielzahl amerikanischer Dienststellen mit oft sehr unterschiedlichen Ansätzen und Interessen. Das Bewußtsein der Präzedenzwirkung und die hohen Anforderungen des Senats für die Ratifizierung erschwerten die Aufgabe zusätzlich. Die sowjetischen Vorstellungen waren weit weniger präzise, ihre Verhandlungsführung fast ausschließlich eine Reaktion auf US-Vorschläge. Einigung über das grundsätzliche Konzept, insbesondere der Erstreckung der Verdachtskontrollen, gelang erst in letzter Minute beim Treffen von Shultz und Schewardnadse in Genf.

Erste Reaktionen aus dem Senat lassen auf eine verhalten positive Aufnahme des Ergebnisses schließen (so z.B. der konservative Senator Hatch, Republican-Utah). Sicherheitsberater Powell unterrichtete persönlich die Presse über die Details des Verifikationspakets. Erst die praktische Anwendung kann nun zeigen, ob ein verläßliches und ausbaufähiges Werk für weitere Rüstungskontrollvereinbarungen gelungen ist.

[gez.] Paschke

Referat 220, Bd. 144781

9 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 23./24. November 1987 in Genf vgl. Dok. 340.

350

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann an Generalkonsul Steinkühler, Mailand

513-703.10 **2. Dezember 1987**[1]

Persönlich

Betr.: Volkstrauertag 1987;
hier: Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Costermano

Bezug: DB Nr. 128 vom 9.11.1987[2]; Bericht Nr. 650/87[3] und Bericht Nr. 651/87[4] vom 16.11.87; Az.: Ku[5] 655.00

1) Bezüglich der künftigen Durchführung von Gedenkfeiern am Volkstrauertag auf dem Soldatenfriedhof in Costermano werden Sie gebeten, die Veranstaltung in enger Abstimmung mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge vorzubereiten. Eine angemessene Beteiligung des VDK an der Gedenkfeier ist dabei vorzusehen. Es wird befürwortet, daß der Vertreter des VDK anläßlich der Gedenkfeier eine Ansprache hält. Der Text der Rede des VDK-Präsidenten vom 16. Mai 1987[6] ist sorgfältig geprüft worden. In der Rede ist aus Sicht des Auswärtigen Amtes nichts Anstößiges enthalten, was dazu führen könnte, künftig einem Vertreter des VDK bei Gedenkfeiern nicht das Wort zu einer Ansprache zu erteilen. Die im Bericht Nr. 650/87 enthaltenen Ausführungen bezüglich des Adjektivs „rassisch“ werden nicht geteilt. Die Bezeichnung „Opfer ... der ... rassischen ... Verfolgung“ ist eine allgemein übliche Redewendung. Ihre Interpretationen sind daher verfehlt. Insbesondere muß Ihre Annahme zurückgewiesen wer-

1 Durchschlag als Konzept.
Der am 9. Dezember 1987 abgesandte Schrifterlaß sollte „vor Abgang Ref[erat] 101“ vorgelegt werden „mit der Bitte um Mitzeichnung“.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rapke am 4. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Mulack vorgelegen.

2 Für das Fernschreiben des Generalkonsuls Steinkühler, Mailand, vgl. Dok. 309.

3 Generalkonsul Steinkühler, Mailand, monierte Formulierungen in der Rede des ehemaligen Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Haßkamp, am 16. Mai 1987 anläßlich der Gedenkveranstaltung auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Costermano, insbesondere den Passus „Opfer … der … rassischen … Verfolgung“, da durch die Verwendung des Adjektivs „rassisch“ der nationalsozialistische Sprachgebrauch fortgesetzt werde: „Ich wäre dem Auswärtigen Amt dankbar, wenn es den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge veranlassen würde, sich zukünftig den historischen Tatsachen entsprechend auszudrücken.“ Vgl. den Schriftbericht vom 16. November 1987; B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

4 Generalkonsul Steinkühler, Mailand, teilte mit, an der Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Costermano hätten wie in den Vorjahren zwischen 150 und 200 Personen teilgenommen. Von seiten der Bundesrepublik werde die Feier nur verhalten wahrgenommen: „Ich erblicke in dieser Zurückhaltung durchaus eine innere Distanz, sich mit der Problematik unserer Vergangenheit auseinandersetzen zu wollen oder zu können.“ Für eine breite Aufmerksamkeit solle man „den üblichen Kreis der Redner aus den Auslandsvertretungen und dem Volksbund“ um „Historiker und Schriftsteller“ erweitern, da „so gestaltete Feiern nicht nur die vertiefte Beschäftigung mit offenen Fragen, sondern auch größere Wahrnehmung durch das Publikum zur Folge hätten“. Vgl. den Schriftbericht vom 16. November 1987; B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

5 Korrigiert aus: „Q“.

6 Zur Rede des Präsidenten des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Haßkamp, am 16. Mai 1987 in Costermano vgl. Dok. 309, Anm. 7.

den, daß der Präsident des VDK durch die Verwendung dieses Begriffs auf unbewußte Weise nationalsozialistischen Sprachgebrauch fortsetzt.

2) Ihre Ausführungen im DB Nr. 128 vom 9.11. unter Ziffer 3 sind nicht verständlich. Sie waren nicht erreichbar. Ihrem Vertreter[7] ist die Auffassung des Auswärtigen Amtes in dieser Frage offiziell mit der Bitte um Weiterleitung an Sie mitgeteilt worden. Die indirekte Unterstellung, das Auswärtige Amt gehöre zu den Bereichen unserer Gesellschaft, in denen die nationalsozialistische Vergangenheit moralisch nicht verarbeitet worden ist, wird mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Es würde begrüßt, wenn künftig der Schriftwechsel bezüglich der Ausgestaltung des Volkstrauertages in der gebotenen sachdienlichen Weise erfolgt.

gez. Dr. Kunzmann

B 85 (Referat 513), Bd. 1778

351

Botschafter Verbeek, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

114-6970/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 2. Dezember 1987, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 156 **Ankunft: 2. Dezember 1987, 15.54 Uhr**

Betr.: Ad-limina-Besuch der Bischöfe der Berliner Bischofskonferenz vom 21. bis 28.11.1987 in Rom

Bezug: DB Nr. 150 vom 1.12.1987 – Pol 321.32[2], wo in Punkt 1) nachstehendes Telegramm zum Teil verwertet ist

I. Die Bischöfe und der Generalsekretär[3] der Berliner Bischofskonferenz hielten sich vom 21. bis 28. November 1987 zum Ad-limina-Besuch in Rom auf. Aus Gesprächen während eines Abendessens bei BR I Prälat Heck erscheinen folgende Informationen berichtenswert:

1) Die Bischöfe und mit ihnen die katholische Kirche in der DDR sind nicht bereit, ihre bisherige prinzipielle Distanz gegenüber dem Staat DDR aufzugeben. Sie suchen kein neues Selbstverständnis als „Kirche im Sozialismus“ entsprechend dem Beispiel der evangelischen Landeskirchen. Nach Aussagen von Kardinal Meisner: „Es gibt in der kirchenpolitischen Haltung unserer Bischofskonfe-

7 Hans Funke.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Heck, Rom (Vatikan), konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 3. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Grafe verfügte.
Hat Grafe am 3. Dezember 1987 vorgelegen.

2 Botschafter Verbeek, Rom (Vatikan), übersandte Aufzeichnungen über die „Beziehungen des Heiligen Stuhls zur Regierung der DDR“ und zur „Lage der Katholiken in der DDR“ sowie einen Gesprächsführungsvorschlag für die Audienz des Bundesministers Genscher bei Papst Johannes Paul II. am 7. Dezember 1987 in Rom. Vgl. dazu Referat 206 (203), Bd. 140495.

3 Josef Michelfeit.

renz in den bekannten Grundpositionen keine kirchenpolitische Wende." Die Bischöfe stehen treu in ihrer Sendung und sind darauf bedacht, diese unter Wahrung ihrer kirchlichen Eigenidentität zu erfüllen. Das Katholikentreffen[4] wurde von den Bischöfen durch keine Konzession an die Partei (SED) oder den Staat erkauft. Im Gegenteil: Die konsequente Beibehaltung ihres bekannten kirchenpolitischen Kurses einer politischen Abstinenz ohne jedwede opportunistische Kompromisse hat sich bewährt und die Grundlage dafür abgegeben, das Treffen im sachlichen Einvernehmen mit den staatlichen Stellen durchzuführen.

2) Ein Großteil der Katholiken in der DDR hat aus dem Katholikentreffen im Juli 1987 eine in dieser Intensität nicht erwartete Stärkung erfahren. Auch das Pastoralschreiben der Bischöfe in der DDR vom September 1986 an die Priester und Diakone[5], das nicht von den Kanzeln verlesen wurde, sondern als Grundlage für Beratung und Gespräche in Gruppen der Gemeinden und kirchlichen Gemeinschaften diente, hat große Ermutigung und gestärktes Selbstbewußtsein gebracht sowie den Christen ihre unersetzliche Aufgabe für die Gesellschaft bewußt gemacht.

3) Die Bischöfe schließen nicht aus, daß es zwischen Staat und katholischer Kirche zu Gesprächen über gemeinsam interessierende Fragen kommen wird, vor allem über solche, für die jeder in seiner Weise Verantwortung trägt. Genannt werden Fragen zu Ehe und Familie, der Solidarität zwischen den Generationen und der Bewertung des ungeborenen Lebens sowie des Mangels eines ethischen Grundkonsenses. Die Bischöfe betonen aber, daß sich die Kirche dabei nicht zum verlängerten Arm staatlicher oder gesellschaftlicher Interessen machen lassen werde, doch will sie die Nöte und Sorgen der Menschen mittragen. Darum hat die Kirche auch das Recht und die Pflicht, zu wichtigen Lebensfragen der Gegenwart öffentlich Stellung zu nehmen.

4) Eine Mitarbeit in Gremien und Institutionen mit betont marxistisch-weltanschaulichem Charakter kann es für die Katholiken in der DDR nicht geben. Die Christen wollen aber ihre Begabungen und Fähigkeiten überall dort einbringen, wo sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Empörend werden besonders Fälle von Zurücksetzung aktiver Christen auf dem Gebiet der Volks- und Berufsbildung empfunden. Darum werden die Bischöfe immer wieder an die Regierenden appellieren, daß ein auf das Wohl aller seiner Bürger bedachtes Staatswesen es auf die Dauer nicht verantworten kann, Menschen wegen ihrer religiösen Grundentscheidung von qualifizierter Verantwortung und eigenständigem Einsatz für das Gemeinwohl abzuhalten.

5) Die in der DDR herrschende Ideologie des weltanschaulichen Materialismus marxistischer Prägung wird als Prüfung und Herausforderung an die Christen und an die Kirche begriffen. Bei Anerkennung aller Schwierigkeiten der Christen in der DDR wollen sich aber die Bischöfe entschieden gegen Resignation und Auswanderung wenden.

4 Vom 10. bis 12. Juli 1987 fand in Dresden ein Katholikentreffen unter dem Motto „Gottes Macht – Unsere Hoffnung" statt.

5 Für den Wortlaut des Pastoralschreibens der katholischen Bischöfe in der DDR an die Priester und Diakone vom 8. September 1986 vgl. KATHOLISCHE KIRCHE, S. 320–331.

II. 1) Zur Frage eines Besuchs des Papstes[6] in der DDR äußerten die Bischöfe, daß sie um den Wunsch des Papstes wissen und ihn zu einem passenden kirchlichen Anlaß in die DDR einladen wollen. Im einzelnen haben sich die Bischöfe noch nicht auf einen bestimmten Termin geeinigt. Auch politische Kontakte wegen eines solchen Besuchs sind bisher von keiner Seite (weder von den Bischöfen noch vom Heiligen Stuhl) mit der DDR-Regierung geführt worden.

2) Zur besseren Bewertung zukünftiger Entwicklungen in dieser Frage erscheint ein Rückblick auf die Gründe des Scheiterns der Papstreise in diesem Jahr aus der Sicht der Bischöfe interessant: Der Plan eines Besuchs des Papstes zum Katholikentreffen im Juli 1987 war innerhalb der DDR aufgekommen „durch gewisse Wunschvorstellungen bei katholischen Gläubigen", außerhalb der DDR „durch Spekulationen in westlichen Medien". Hinzu kamen eigenständige Überlegungen kirchlicher Verantwortlicher sowie der DDR-Bischöfe.

Die Regierung der DDR habe den Standpunkt vertreten: Die Zeit einer möglichen Vorbereitung (vom Oktober 1986 bis Anfang Juli 1987) sei objektiv zu kurz. Der vorgesehene Zeitpunkt (10. bis 12. Juli 1987) füge sich nicht in die staatliche Terminplanung anderer bedeutender Ereignisse ein, wie z. B. Berlin-Jubiläum[7], Turn- und Sportfest in Leipzig[8]. Grundsatzfragen, die mit einem Papstbesuch in der DDR verbunden seien, seien nicht genügend geklärt, wie z. B., ob die Visite den Charakter eines Staatsbesuchs habe oder nicht. Ausdrücklich sei von der Regierung erklärt worden: Die negative Beurteilung eines Papstbesuchs anläßlich des Katholikentreffens 1987 in Dresden präjudiziere nichts hinsichtlich eines möglichen späteren Besuchs des Papstes in der DDR. Man müsse sich dann rechtzeitig darüber verständigen und ggf. in Verhandlungen eintreten.

3) Die Bischöfe vertraten die Ansicht, daß der Papstbesuch beim Katholikentreffen 1987 letzten Endes gescheitert sei am Beharren der DDR-Führung auf einem Empfang des Papstes in Ost-Berlin, ohne gleichzeitige Einbeziehung West-Berlins in diesen Besuch.

III. Die Ansprache des Papstes beim Empfang der Bischöfe aus der DDR[9] enthält keine spezifisch politischen Aussagen, sondern legt den Schwerpunkt auf die pastorale Situation in der DDR. Sie ist in herzlichem und ermutigendem Tenor gehalten und zeigt, wie stark die Fragen der Ortskirche in der DDR den Papst beschäftigen. Die Ansprache des Papstes und des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz[10], die in deutscher Sprache gehalten sind, folgen mit Schriftbericht.

[gez.] Verbeek

VS-Bd. 13006 (203)

6 Johannes Paul II.

7 Zu den 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. Dok. 131.

8 In Leipzig fanden vom 27. Juli bis 2. August das VIII. Turn- und Sportfest sowie die XI. Kinder- und Jugendspartakiade der DDR statt. Vgl. dazu den Artikel „Heute in Leipzig: Auftakt für Sportfest und Spartakiade"; NEUES DEUTSCHLAND vom 27. Juli 1987, S. 1.

9 Für den Wortlaut der Ansprache von Papst Johannes Paul II. beim Ad-limina-Besuch der Berliner Bischofskonferenz am 27. November 1987 in Rom vgl. KATHOLISCHE KIRCHE, S. 335–338.

10 Für den Wortlaut der Ansprache des Kardinals Meisner beim Ad-limina-Besuch der Berliner Bischofskonferenz am 27. November 1987 in Rom vgl. KATHOLISCHE KIRCHE, S. 442 f.

352

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Kopenhagen

4. Dezember 1987[1]

Der *Bundeskanzler* erklärt, er hoffe, daß man auf dem heutigen Europäischen Rat zu einem vernünftigen Kompromiß komme.[2]

PM *Thatcher* erwidert, aus ihrer Sicht bestehe das Problem darin, daß die Fachministerräte die anstehenden Fragen nicht im Detail behandelt hätten. Das gelte beispielsweise für das Flächenstillegungskonzept[3], das in sich außerordentlich komplex sei und, wenn es nicht richtig durchgeführt werde, die Gemeinschaft viel Geld kosten könne.

Der *Bundeskanzler* leitete sodann kurz auf das amerikanische Budgetdefizit[4] über und stellt die Frage, wie PM Thatcher die Chance beurteile, daß das von der Regierung vorgeschlagene Maßnahmenpaket vom Kongreß bewilligt werde.

PM *Thatcher* erwidert, sie glaube nicht, daß es vor dem 18.12. zu einer Übereinkunft kommen werde. Im übrigen gebe es nur zwei Maßnahmen, die wirklich greifen würden, nämlich die geplanten Steuererhöhungen und die Kürzung des Verteidigungsbudgets. Sie zweifle außerdem, daß das amerikanische Maßnahmenpaket ausreiche, um die Weltmeinung zu beruhigen. Sie mache immer wieder die Erfahrung, daß amerikanische Besucher der Problematik nicht das gleiche Gewicht beimessen wie wir in Europa.

Der *Bundeskanzler* erklärt, es sei für ihn schon ein Grund zur Besorgnis, daß einige amerikanischen Ökonomen, wie z. B. Feldstein, die Meinung verträten, der Dollar müsse auf 1,50 DM heruntergehen.[5]

PM *Thatcher* fährt fort, in der Tat müsse man sehen, daß es letztlich die Stärke bzw. Schwäche einer Wirtschaftsstruktur seien, die den Wechselkurs bestimmten.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, z. Z. Kopenhagen, am 4. Dezember 1987 gefertigt und am 7. Dezember 1987 von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte um Billigung geleitet. Teltschik bat um Weisung, „ob der von Ihnen gebilligte Vermerk BM Genscher, BM Stoltenberg und BM Kiechle zur persönlichen Kenntnisnahme übersandt werden kann".
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja." Ferner vermerkte er: „Teltschik erl[edigen]."
Vgl. den Begleitvermerk, Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

3 Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission zur Eindämmung der Agrarproduktion; Dok. 315, Anm. 24.

4 Zum Haushaltsdefizit der USA vgl. Dok. 315, Anm. 7.

5 Zur Abwertung des US-Dollars vgl. Dok. 314, Anm. 11, 20 und 21.
In der Presse wurde berichtet: „Ursache der Dollarschwäche ist vor allem das hohe Defizit im amerikanischen Außenhandel. Devisenhändler bezweifeln, daß die amerikanische Regierung derzeit ein Interesse an einer Stabilisierung des Dollars hat. Der Rückschlag des Dollar ist zudem durch eine Rede von Professor Martin Feldstein, Harvard, dem früheren wirtschaftspolitischen Berater des amerikanischen Präsidenten, ausgelöst worden. Feldstein erklärte […], der Dollar müsse noch auf 100 Yen je Dollar fallen. Er bezog dies jedoch auf die nächsten drei oder vier Jahre." Vgl. den Artikel „Dollar rutscht auf neuen Tiefstand"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. Dezember 1987, S. 11.

Der *Bundeskanzler* erklärt, leider müßten wir in Europa mit den psychologischen Folgen der amerikanischen Politik leben. An sich könnten die Rahmendaten z. B. der Bundesrepublik Deutschland nicht besser sein. Der Bundeskanzler weist hierbei auf die niedrigen Zinsen und die geringe Inflationsrate hin.

PM *Thatcher* erklärt, für die amerikanische Regierung liege ein strukturelles Problem darin, daß der Präsident gegen ausgabenwirksame Gesetzesvorlagen einzelner Kongreßmitglieder kein Veto einlegen könne. Dies wirke sich zumal in einem Wahljahr[6] erschwerend aus. Wir hätten in der Tat mit einer Vertrauenskrise zu tun, und es sei zu bedauern, daß die Vereinigten Staaten die Probleme nicht im Gesamtzusammenhang sähen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und ergänzt, für ihn sei das Ärgerliche, daß diese Vertrauenskrise auf Europa übergreife, obwohl wir schon national alle Anstrengungen unternommen hätten, um unsere Wirtschaft auf Kurs zu halten.[7] Der Bundeskanzler erläutert in diesem Zusammenhang kurz die von der Bundesregierung geplante Reform im Gesundheitswesen.[8]

PM *Thatcher* kommt sodann zurück auf die EG-Probleme und wiederholt, sie sei erstaunt über die Komplexität des Stoffes, die der heutige Europäische Rat zu bewältigen habe. Der schwierigste Bereich sei ohne Zweifel die Agrarpolitik und die Frage, wie man die Agrarausgaben unter Kontrolle bringe. Wir müßten die Agrarausgaben nicht nur begrenzen, sondern auch die Kommission in die Lage versetzen, sicherzustellen, daß diese Begrenzung eingehalten werde. Man dürfe bei dieser Frage nicht noch einmal scheitern, nachdem wir wiederholt versucht hätten, die Probleme in den Griff zu bekommen. Wie sie höre, wolle die deutsche Seite zusätzlich zu den Stabilisatoren ein Konzept für die Flächenstillegung beschließen. Leider hätten die Landwirtschaftsminister dieses schwierige Konzept noch nicht genügend ausdiskutiert. In jedem Fall sei sie der Auffassung, daß hierfür aus EG-Mitteln höchstens 25 % der Kosten bezahlt werden könnten. Die restlichen 75 % müßten national getragen werden, weil sonst einige Länder das Programm manipulieren würden.

Der *Bundeskanzler* weist auf eine entsprechende Frage von PM Thatcher auf ein Flächenstillegungsexperiment in Niedersachsen hin. Unsere Erfahrungen mit diesem Experiment seien recht positiv.

PM *Thatcher* erwidert, auch sie hätten ein ähnliches Experiment durchgeführt; dabei sei die entsprechende Fläche nicht stillgelegt, sondern aufgeforstet worden. Man wisse allerdings noch nicht, wie teuer das Vorhaben auf Dauer komme.

6 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

7 Vgl. die Tischvorlage „Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums“ des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft für die Kabinettssitzung am 2. Dezember 1987; Referat 412, Bd. 168636.
Die Bundesregierung beschloß diese Maßnahmen am 2. Dezember 1987. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1987, S. 1169 f.

8 Am 18. März 1987 kündigte Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag die Einleitung einer Strukturreform im Gesundheitswesen an und stellte dazu die Vorlage eines Gesetzentwurfs in Aussicht. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 59 f.
Am 3. Mai 1988 legten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP den Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG) vor, der am 6. Mai 1988 in erster Lesung beraten wurde. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 78. Sitzung, S. 5273–5325. Für den Gesetzentwurf vgl. BT DRUCKSACHEN, Drucksache Nr. 11/2237.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wenn man einen Teil der Fläche stillegt, sei dies auch ökologisch sinnvoll. Er weist in diesem Zusammenhang auf die traditionelle Dreifelderwirtschaft hin.

PM *Thatcher* erklärt, die Überproduktion sei wesentlich auf die hohen Preise und die Intervention zurückzuführen. Bei Hühnern gebe es beispielsweise keine Lager.

Der *Bundeskanzler* weist sodann auf die guten Erfahrungen mit der in Fontainebleau[9] beschlossenen Begrenzung der Milchproduktion hin, die uns allein 1987 5 Mrd. ECU gespart hat. Auch bei Zucker habe das System gut funktioniert. Wir hätten ausgerechnet, daß ein Flächenstillegungsprogramm wesentlich billiger sei als Exportsubventionierung, Interventionen und Lagerkosten.

PM *Thatcher* stimmt zu, daß es gute Beispiele für das Funktionieren von Stabilisatoren gebe. Dies müsse man konsequent fortsetzen. Sie wiederholt, daß ein Flächenstillegungsprogramm EG-weit angelegt sein müsse. Sie stelle sich allerdings die Frage, ob ein solches Programm genüge, um die Probleme der kleinen Landwirte z. B. in Süddeutschland zu lösen. Vielleicht könne man hier mit nationalen Maßnahmen, z. B. Einkommenssubventionen, flankierend tätig werden.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er wolle noch einmal klarstellen, daß es unser Ziel sei, die Agrarproduktion zurückzuführen.

PM *Thatcher* wirft ein, dies müsse aber für die gesamte EG gelten.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, wir hätten beispielsweise die Ausweitung des deutschen Weinbaus gebremst. Dies könne prinzipiell für die gesamte Landwirtschaft Anwendung finden. Der Bundeskanzler weist sodann auf die besonderen Probleme der deutschen Landwirtschaft an der innerdeutschen Grenze hin und erklärt nochmals, unser Konzept umfasse im wesentlichen drei Punkte:

– die Flächenstillegung, wobei die Fläche auch tatsächlich nicht weiter benutzt werden dürfe (es sei denn durch Aufforstung),
– nationale Maßnahmen, zu denen u. a. die Vorsteuerpauschale gehöre, aber auch die Vorruhestandsregelung, wobei er klarstellen wolle, daß die Vorruhestandsregelung mit einem Gesamtkonzept verbunden sein müsse, damit es funktioniere,
– eine Umstellung von Intensivierung auf Extensivierung.

PM *Thatcher* weist auf die Gefahr hin, daß Landwirte Flächen als stillgelegt erklären, aber gleichzeitig weiterverpachten. Im übrigen gibt sie zu erkennen, daß Flächenstillegung wohl in erster Linie eine „deutsche Lösung" sei. Wir brauchten aber unbedingt zusätzlich harte Stabilisatoren für alle Produkte. Die Flächenstilllegung könne dann als flankierende Maßnahme hinzu kommen. Daneben gebe es noch ein spezifisches deutsches Problem, das national gelöst werden müsse.

Der *Bundeskanzler* erklärt, im Ziel sei man sich einig, nämlich, daß die Produktion heruntergefahren werden müsse, allerdings müsse man sehen, daß die entsprechenden Beschlüsse nicht in allen Mitgliedstaaten in gleicher Weise umgesetzt würden. Die Flächenstellung müsse in jedem Fall auch aus EG-Mitteln finanziert werden, da die ärmeren MS nicht über genügend nationale Mittel verfügten.

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

PM *Thatcher* wirft ein, diese müßten dann durch entsprechenden Preisdruck zur Rückführung der Produktion gezwungen werden. Im übrigen seien es nicht die ärmeren MS, die zur Zeit die Überproduktion verursachten.

Der *Bundeskanzler* entgegnet, dies treffe nicht ganz zu, denn im Bereich der Ölsaaten kämen noch gewaltige Probleme auf uns zu. Der Bundeskanzler wirft kurz die Frage der Fettsteuer[10] auf und erklärt, er sei unter keinen Umständen bereit, eine Fettsteuer zu akzeptieren.

PM *Thatcher* kommt sodann auf die Strukturfonds[11] zu sprechen. Hier brauchten wir in der Tat eine Erhöhung, allerdings keine Verdoppelung. Die Erhöhung müsse unterhalb des Höchstsatzes bleiben. Sie hoffe, daß Deutschland, Frankreich und Großbritannien in dieser Frage zusammenstünden. Ihre Strategie sei zunächst, bei einer Steigerung von 15% (real) zu beginnen. Zu einer weiteren Erhöhung werde sie nur am Ende der Verhandlungen bereit sein. Absolutes Limit für sie sei allerdings 40% reale Erhöhung (wobei ihr Mitarbeiter ergänzte, sie hätten sich auf 44% verständigt).

Der *Bundeskanzler* erklärt, nach seiner Auffassung dürfte dies nicht ausreichen, am Ende werde die Erhöhung zwischen 40 und 50% liegen.

PM *Thatcher* fährt fort, im übrigen sei sie für eine Konzentration auf Spanien und Portugal.

Der *Bundeskanzler* erwidert, damit könne er durchaus sympathisieren, aber er zweifle, daß Italien damit einverstanden sei.

PM *Thatcher* erklärt, Italien brüste sich inzwischen damit, ein höheres BSP als Großbritannien zu haben. Im übrigen wolle sie daran erinnern, daß die Strukturfonds seit Luxemburg bereits um 47% erhöht worden seien.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage nach den britischen Vorstellungen zum Gesamtplafond.

PM *Thatcher* erklärt, nach ihrer Vorstellung könne man (1992) auf einen Gesamtplafond von 1,1% des BSP kommen. Dies werde auch von PM Chirac so gesehen. Dies sei möglich, wenn man im Agrarbereich die Überschüsse drastisch herunterfahre und die Altlasten im Wert berichtige und beseitige. Sie sei im übrigen der Auffassung, daß man über den Gesamtplafond erst reden könne, wenn die Fragen im Zusammenhang mit der Agrarpolitik geregelt seien.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, die Kommission werde möglicherweise in diesem Zusammenhang das Thema Fettsteuer einspielen.

PM *Thatcher* erwidert, dies sei absurd, sie werde dann einfach nicht zuhören.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

10 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 315, Anm. 27.
11 Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 346, Anm. 5.

353

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bazing

230-381.47 SUA **4. Dezember 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Vorwurf der illegalen Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Bau von U-Booten nach Südafrika[4]

Bezug: DB Nr. 3244 vom 25.11.1987 – Pol 320.15/1 SUA (Anlage)[5]

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Am 20. November 1987 kam es zum Schluß der Plenardebatte zu TOP „Apartheid" in der VN-Vollversammlung zu einem Wortwechsel zwischen Botschafter Gbeho von Ghana (z. Zt. Sitz im VN-SR; Gbeho ist stellvertretender Vorsitzender des Arms Embargo Committee und ein einflußreicher Wortführer in der afrikanischen Gruppe) und Botschafter Graf York wegen des Vorwurfs der illegalen Lieferung von Konstruktionsplänen für den Bau von U-Booten an Südafrika.

2) Vorausgegangen war am 19. November der Debattenbeitrag Botschafter Gbehos, in dem dieser Vorwurf aufgegriffen worden war. Gbeho hatte den langsamen Untersuchungsverlauf kritisiert und sich besorgt über die „gerüchteweise zu hörende" Absicht geäußert, lediglich geringfügige Geldbußen zu verhängen. Er forderte uns, ein in der VN-Praxis ungewöhnlicher Vorgang, direkt auf, noch vor Ende der Debatte ein klärendes Wort zu sprechen.[6]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vollers und Legationssekretärin Wasum-Rainer konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Dezember 1987 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 6. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 7. Dezember 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen an Ministerialdirigent Bazing und Referat 230 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] Seiten 3 + 4 W[ei]s[un]g BM." Vgl. Anm. 13, 14 und 16–21.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 8. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Rücklauf dem Herrn Staatssekretär vorzulegen."
Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen.
Hat Richthofen am 8. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Bazing am 8. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

4 Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 299.

5 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete: „Die Behandlung des TOP 33 (Apartheid) in der 42. VN-GV hat gezeigt, daß ein internationaler Konsens bei der Verurteilung der Apartheid in S[üd]A[frika] besteht. Wie die Abstimmung über die acht diesem TOP gewidmeten Resolutionen ergab, sind aber offenbar auch fast alle Staaten – mit Ausnahme der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland sowie einiger kleinerer an SA angrenzender Länder – bereit, ‚effiziente' mandatorische Sanktionen gegen SA zu verhängen. […] Mit der verbalen Betonung unserer Ablehnung der Apartheid, ihrer Nicht-Reformierbarkeit und mit der Forderung nach ihrer Überwindung durch Dialog und Verhandlungen finden wir bei den afrikanischen Delegationen zwar immer noch ein Echo. Es zeigt sich jedoch, daß dieses Echo geringer wird, und daß, solange unseren Worten keine weiteren Taten folgen, unsere Äußerungen in der Debatte häufiger als Lippenbekenntnisse bezeichnet werden." Vgl. Referat 230, Bd. 158128.

6 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), unterrichtete am 19. November 1987 über die Ausführungen des ghanaischen VN-Botschafters Gbeho vom selben Tag. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3144; Referat 230, Bd. 158128.

Botschafter Graf York bedauerte in seiner Erwiderung die Angriffe des ghanaischen Botschafters und wies Vorwürfe, die Bundesregierung verletze die vom SR beschlossenen Embargo-Maßnahmen gegen Südafrika[7], zurück.

Daraufhin wurde von beiden Seiten noch zweimal das Wort zu einem Austausch von Stellungnahmen ergriffen. Botschafter Gbeho gab dabei erneut seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich das Gerücht als falsch erweise, daß das Ergebnis der amtlichen Untersuchung des Falles absichtlich erst nach der Generalversammlung bekanntgegeben werden solle[8] und die Verantwortlichen nur geringe Bußgelder zu erwarten hätten.

II. 1) Durch diese aktuellen Vorgänge in der Vollversammlung ist das Thema im Rahmen der VN wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Es hat sich gezeigt, daß die Angelegenheit für die afrikanische Gruppe keineswegs an Aktualität verloren hat. Vielmehr wird mit wachsender Ungeduld unserer Unterrichtung über den Abschluß des Verfahrens entgegengesehen. Wir hatten uns bereits am 5. Dezember 1986 verpflichtet, dem Arms Embargo Committee (AEC) des VN-SR den Ausgang des Ordnungswidrigkeitsverfahrens mitzuteilen.[9] Das Bekanntwerden des uns bisher nur indirekt bekannten Ergebnisses – Einstellung des Ordnungswidrigkeitsverfahrens durch die OFD Kiel[10] – wird unsere wegen der Sanktionsfrage ohnehin schwierige Position gegenüber den afrikanischen Staaten zusätzlich belasten. Wir müssen mit einem konzentrierten Interesse insbesondere der afrikanischen Staaten am Ausgang des Verfahrens rechnen. Die New Yorker Reaktion wird um so heftiger sein, als die VN die Nachricht von dem folgenlosen Abschluß des Verfahrens unvorbereitet trifft. Aus früheren Äußerungen im Arms Embargo Committee, aber z. B. auch aus Äußerungen des Vorsitzenden des Anti-Apartheid-Ausschusses, Botschafter Garba, wissen wir, daß im Grunde nur eine strafrechtliche Verfolgung als adäquate Reaktion der Bundesregierung angesehen wird. Die Verhängung einer Geldbuße ist von afrikanischer Seite stets als ungenügend bezeichnet worden. Niemand aber hat bisher mit einer Einstellung des Verfahrens ohne Bestrafung oder Bußgeld gerechnet.

7 Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Band X, S. 41 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers vermerkte am 7. Oktober 1987: „Eine Einstellung des Bußgeldverfahrens durch die O[ber]F[inanz]D[irektion] würde voraussichtlich in den VN zu erheblicher Kritik an uns führen." Vom 2. bis 4. November 1987 finde in der VN-Generalversammlung die Debatte über Namibia und vom 18. bis 20. November 1987 jene über die Apartheid statt. Zudem könne das Arms Embargo Committee des VN-Sicherheitsrats, dem die Bundesregierung „einen Bescheid über den Ausgang der Angelegenheit zugesagt hat", jederzeit auf Antrag zusammentreten: „Daraus folgt, daß die Entscheidung der OFD möglichst nicht vor dem 20.11. bekannt werden sollte." Vgl. Referat 230, Bd. 158128.

9 Zur Mitteilung des Botschafters Lautenschlager, New York (VN), vgl. Dok. 40, Anm. 21.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel vermerkte am 27. November 1987: „Dem Auswärtigen Amt ist bekanntgeworden, daß die O[ber]F[inanz]D[irektion] beabsichtige, das Bußgeldverfahren gegen die Firmen HDW und IKL einzustellen, und dem BMF einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt hat. Ein vorläufiger abschließender Bericht der OFD liegt dem BMF seit 29.9.1987 vor. OFD-Präsident Hansen hat am 7.10.1987 vor dem Untersuchungsausschuß erklärt, daß das Verfahren spätestens in zwei Monaten (also Ende November/Anfang Dezember 1987) beendet ist." Vgl. Referat 424, Bd. 145937.
Am 11. Januar 1988 gab die Oberfinanzdirektion die Einstellung des Verfahrens bekannt. Für den Wortlaut der Verfügung vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 183–193. Vgl. dazu ferner den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 19. Januar 1988; AAPD 1988.

2) Wir werden uns angesichts dieser Sachlage auf eine Reihe für uns negativer Folgen einrichten müssen: Das Thema dürfte in jeder Südafrika-Debatte in den Vereinten Nationen, vor allem auch in SR-Debatten, sowie in den Sitzungen des Apartheid-Ausschusses und des Namibia-Rates aufgegriffen werden. Auch erscheint es sehr wahrscheinlich, daß der Vorsitzende des Anti-Apartheid-Ausschusses der VN, Garba, und der Vorsitzende der privaten, aber einflußreichen World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa, Minty, die beide auf Strafverfolgung gedrängt haben, den Versuch unternehmen werden, eine Kampagne gegen uns zu entfachen. Sie könnten spezielle gegen uns gerichtete Aktionen des Arms Embargo Committee des SR fordern.

Zwar sind wir zur Zeit als SR-Mitglied[11] auch im AEC vertreten; gegen starken Druck der Afrikaner werden wir jedoch kaum einen für uns abträglichen Bericht des AEC an den SR verhindern können. Dies könnte zu einer peinlichen Diskussion des Berichts im SR führen. Im Gefolge der Blaupausen-Angelegenheit könnte die Neigung wachsen, auch andere Beschuldigungen gegen uns verstärkt vorzubringen, wie etwa der Verkauf von Hubschraubern an Südafrika.[12]

III. Angesichts dieser Lage müssen wir nach Möglichkeiten zur Minderung des Schadens suchen. Dabei werden wir davon auszugehen haben, daß unsere Argumente, wie immer wir sie präsentieren, den Verdacht, hier seien Waffen-Embargo-Bestimmungen umgangen worden, kaum wirksam werden ausräumen können. Die Tatsache, daß über ein Jahr seit Bekanntwerden der Blaupausen-Verkäufe vergangen ist, ohne daß eine klärende Stellungnahme der Bundesregierung erfolgte[13], erleichtert unsere Erklärungsbemühungen nicht. Danach sollten wir nach offiziellem Bekanntwerden des negativen Verfahrensergebnisses von uns

11 Seit 1. Januar 1987 gehörte die Bundesrepublik dem VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied an. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 18 f.

12 Vortragender Legationsrat Daum unterrichtete das Bundeskanzleramt und die anderen im Bundessicherheitsrat vertretenen Bundesministerien am 15. April 1987, das amerikanische Außenministerium habe dem Kongreß Anfang April 1987 „einen Bericht vorgelegt, der Hinweise auf Verletzungen des VN-Waffenembargos gegenüber SUA enthält […]. In dem vertraulichen Teil des Berichts werden auch Hinweise auf angebliche Verstöße mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland gegeben." Obwohl dieser Berichtsteil der Bundesregierung „trotz nachdrücklicher Bemühungen unserer Botschaft" nicht zugänglich gemacht worden sei, seien einzelne Elemente in der Presse bekannt geworden. Demnach solle die Bundesrepublik „vier Bo-105-Hubschrauber" und einen Helikopter BK 117 geliefert haben. Daum teilte dazu mit: „Diese Hubschrauber sind der Bundesregierung durch Presseveröffentlichungen und durch Anfragen im Bundestag seit langem bekannt. Es handelt sich in beiden Fällen nicht nur nicht um Militärhubschrauber im Sinne der Ausfuhrliste A, sondern nicht einmal um ausfuhrgenehmigungspflichtige zivile Hubschrauber gemäß Liste C, sondern um zivile Exporte, für die keine Ausfuhrkontrolle besteht. Insoweit gehen die Hinweise ins Leere." Vgl. den Drahterlaß; Referat 230, Bd. 158131.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel nahm am 4. Dezember 1987 Stellung zu erneuten Behauptungen des Direktors der „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa", Minty, „daß MBB Hubschrauber Bo 105 und BK 117 zu militärischer Verwendung nach Südafrika (Ciskei und Venda) entgegen dem Waffenembargo geliefert habe". MBB habe glaubhaft versichert, „daß auch 1986 lediglich genehmigungsfreie Hubschrauber nach Südafrika (Transkei und Venda) geliefert wurden. Der Vorwurf von Herrn Minty ist schon deshalb absurd, weil es eine militärische Version des Hubschraubers BK 117 bisher nicht gibt. Es ist ohne Mitwirkung des Herstellers nicht möglich, zivile Hubschrauber in militärische umzubauen." Vgl. Referat 230, Bd. 158131.

13 Der Passus „ohne daß … erfolgte" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was ist damit gemeint? Was wurde und was wird vorgeschlagen?" Vgl. Anm. 3.

aus aktiv diese Ergebnisse gegenüber den in Frage kommenden Gremien und Persönlichkeiten erläutern.

Dabei sollten wir folgende Gesichtspunkte hervorheben:

– Das sofortige Einschreiten der Bundesregierung hat dazu geführt, daß die Lieferung wesentlicher zur Fertigung erforderlicher (geheimer) Teile der Blaupausen verhindert wurde. Mit den tatsächlich gelieferten Blaupausen ist die Fertigung eines HDW-U-Bootes unmöglich. Insoweit liegt eine Verletzung des Waffenembargos nicht vor.[14]
– Falls die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses[15] für die Regierung erfolgreich abgeschlossen wird (ohne einen Minderheitenbericht, der sie beschuldigt), kann diese Tatsache verstärkend für unsere Argumentation verwandt werden.
– Unsere Gesichtspunkte sollten dem Vorsitzenden des AEC und dem Vorsitzenden des Anti-Apartheid-Ausschusses zum ehestmöglichen Zeitpunkt durch Botschafter Graf York unter ausführlicher Darlegung unseres innerstaatlichen Verfahrens erläutert werden.[16]
– Gleichzeitig sollte Herr Minty in Oslo durch unsere dortige Botschaft, die bereits früher in der Sache mit ihm Kontakt gehabt hat, unterrichtet werden.[17]
– Falls Botschafter Garba oder Herr Minty auf Unterrichtung in Bonn Wert legen, sollten wir dieser Bitte möglichst auf politischer Ebene entsprechen.[18]
– Schließlich könnte eine hochrangige Unterrichtung[19] einzelner in der Sache besonders interessierter Botschafter in Bonn als flankierende Maßnahme zu den Unterrichtungen in New York ins Auge gefaßt werden.[20]

Entscheidend wird in allen Gesprächen sein, daß wir die Entschlossenheit der Bundesrepublik zur weiteren Respektierung des Waffenembargos betonen.[21] Bei allen Schritten sollten wir aber auch darauf achten, das „gute Mittelmaß“ bei unserer Verteidigung nicht zu überschreiten. Unsere eher schwache Argumentationslage wird jedoch Probleme für unsere Glaubwürdigkeit schaffen. Es bleibt uns nur übrig, mit Festigkeit und ohne Nervosität den zu erwartenden Angriffen zu begegnen. So haben wir am ehesten eine Chance, den unvermeidlichen Scha-

14 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.
15 Zum Untersuchungsausschuß des Bundestags in der Frage der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 58.
16 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.
17 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.
18 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.
19 An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „aller“.
20 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.
21 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 3.

den in Grenzen zu halten und die mit Sicherheit zu erwartende Kritik durchzustehen.
Dg 32[22] und Dg 42[23] haben mitgezeichnet.

Bazing

Referat 230, Bd. 158128

354

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hillgenberg

500-455.02-158/87 VS-geheim **4. Dezember 1987**[1]

Über Herrn Dg 50[2], Herrn D 5[3] m. d. B. um Kenntnisnahme

Betr.: Lufthoheit der Bundesrepublik Deutschland;
hier: Genehmigung sowjetischer Flüge im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: Ihre Bitte vom 19.10.1987

Anlg.: 1 (offen)[4]

Das Verhältnis zwischen der Lufthoheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Vorbehalt der Drei Mächte ist im positivierten Recht nicht klar festgelegt.

1) Zivile Luftfahrt

Die Überschrift des Zwölften Teiles des Überleitungsvertrages[5] lautet: „Civil Aviation". Für diesen Bereich gilt gemäß Art. 1:

„The Federal Republic will assume full responsibility in the field of civil aviation in the Federal territory, subject to the provisions of Articles 2 to 6 inclusive of this chapter ..."

In Art. 6 des Zwölften Teiles heißt es:

„In the exercise of their responsibilities relating to Germany as a whole, the Three Powers will continue to exercise control with respect to aircraft of the Union of Soviet Socialist Republics utilizing the air space of the Federal Republic."

22 Hans-Günter Sulimma.
23 Wilhelm Höynck.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hillgenberg und Vortragendem Legationsrat Löschner konzipiert.
2 Hat Ministerialdirigent Eitel am 30. November 1989 vorgelegen.
3 Hat Ministerialdirektor Oesterhelt am 9. Dezember 1987 vorgelegen.
4 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 21.
5 Für den Wortlaut des Zwölften Teils (Zivile Luftfahrt) des Vertrags vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag) in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 456–459.

In der Begründung der Bundesregierung zum Überleitungsvertrag heißt es: „Durch Art. 1 erhält die Bundesrepublik die Lufthoheit für den Bereich der zivilen Luftfahrt im Bundesgebiet“ (BT-Drs.[6] 2/1000, S. 45).

Nach der Auffassung von Grewe/Kutscher erhielt die Bundesrepublik Deutschland die Lufthoheit bereits durch Art. 1 Deutschlandvertrag[7] (Bonner Vertrag, 1952, S. 254[8]). In der Begründung der Bundesregierung zum Deutschlandvertrag heißt es, „daß die Bundesrepublik mit der Beendigung des Besatzungsregimes ein souveräner Staat mit voller Macht über seine inneren und äußeren Angelegenheiten wird ... Lästige Souveränitätsbeschränkungen ... werden wegfallen“ (BT-Drs. 2/1000, S. 37), aber auch: „Der Umfang der sich hieraus für die Bundesrepublik ergebenden Handlungsfreiheit bestimmt sich nach den Bonner Verträgen mit den aus den Pariser Vereinbarungen[9] sich ergebenden Erweiterungen. Die Bundesrepublik hat also ... Handlungsfreiheit, die nur noch durch die bestehenbleibenden Rechte der Drei Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung eingeschränkt wird“ (a. a. O., S. 37).

Speziell zu den Vorbehaltsrechten der Drei Mächte enthält die Begründung der Bundesregierung zu Art. 2 des Deutschlandvertrags folgende Aussage: „Diese Rechte beruhen ... nicht auf einem Vertragsverhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten. Sie werden den Alliierten von der Bundesrepublik nicht übertragen, sondern werden als Folge aus dem Vier-Mächte-Verhältnis, das 1945 zwischen den Westmächten und der Sowjetunion begründet worden ist, von jenen zurückbehalten. Die Bundesrepublik nimmt diese Vorbehalte als eine gegebene Tatsache zur Kenntnis, ohne zu ihren rechtlichen Grundlagen Stellung zu nehmen. Eine Anerkennung der bisherigen Besatzungsgewalt, ihrer Grundlagen und ihrer Tragweite wird nicht ausgesprochen. Die Bundesrepublik verpflichtet sich lediglich, sich jeder Maßnahme zu enthalten, welche diese Rechte beeinträchtigen würde“ (BT-Drs. 1/3500, Anlg. 4, S. 7).

Hat die Bundesrepublik Deutschland für den Bereich der zivilen Luftfahrt die Lufthoheit, so respektiert sie aber auch Art. 6 des Zwölften Teiles des Überleitungsvertrags, wonach die Drei Mächte über die Benutzung des Luftraums der Bundesrepublik Deutschland durch sowjetische Flugzeuge weiterhin Kontrolle ausüben, und Art. 5, wonach die Drei Mächte weiterhin den Verkehr nach und

6 Drucksache.
Durchgängig korrigiert aus: „DS“.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 61–77.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschlandvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

8 Vgl. dazu Bonner Vertrag. Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten nebst Zusatzvereinbarungen und Briefwechsel, erläutert von Hans Kutscher, mit einer Einführung von Wilhelm Grewe, München 1952.

9 Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG-Vertrag) mit Zusatzprotokollen und der Vertrag zwischen Großbritannien und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurden am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345–423.
Für den Wortlaut der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 213–576.

von den Berliner Luftschneisen[10] regeln und die Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet, den uneingeschränkten und unbehinderten Durchflug der Drei Mächte durch ihren Luftraum auf dem Weg nach und von Berlin zu erleichtern und zu unterstützen. Anläßlich des Abschlusses des deutsch-sowjetischen Luftverkehrsabkommens[11] erklärten die Drei Mächte gegenüber der Bundesrepublik Deutschland am 9. November 1971, daß ihre „Rechte" nach Art. 6 durch das Abkommen „nicht berührt werden".[12]

2) Militärische Luftfahrt

In einem zwischen den Parteien des Überleitungsvertrags vereinbarten Protokoll (zum Zwölften Teil) vom 4. April 1952 heißt es:

„Der Bundeskanzler setzte die Hohen Kommissare davon in Kenntnis, daß seine Regierung nicht beabsichtigt, ohne die Zustimmung der Drei Mächte Flüge von militärischen Luftfahrzeugen der Satellitenstaaten im Luftraum des Gebietes der Bundesrepublik zu gestatten oder eine Ermächtigung dazu zu erteilen; ferner, daß die Bundesregierung sich mit den Drei Mächten beraten werde, ehe sie die Ermächtigung für zivile Luftfahrzeuge zu denselben Flügen erteilt" (210-2318/80 geheim).[13]

Das Protokoll spricht sich nur über Luftfahrzeuge der Satellitenstaaten aus. Sowjetische Luftfahrzeuge werden nicht genannt.

Die Begründung der Bundesregierung zu Art. 6 des Zwölften Teiles des Überleitungsvertrags trifft keine Aussage speziell über militärische Flugzeuge der SU. Sie faßt den Wortlaut der Art. 5 und 6 zusammen und fügt hinzu: „Der Luftverkehr nach und von Berlin und der Luftverkehr der Flugzeuge der Vier Mächte ist seinerzeit zum Gegenstand besonderer Vier-Mächte-Abkommen gemacht worden" (BT-Drs. 1/3500, Anlg. 4, S. 63).

Im Jahre 1961 hatte ein Meinungsaustausch zwischen SHAPE und der deutschen Seite stattgefunden. SHAPE hatte unter dem Datum des 11. Januar 1961 Regeln für das Abfangen von Flugzeugen aufgestellt, deren einführender Absatz lautete: „Nach dem zwischen Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten einerseits und der Bundesrepublik Deutschland andererseits geschlossenen Bonner Vertrag – und wie in Art. 6 des ‚Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen' hinsichtlich der sowjetischen Flug-

10 Vgl. dazu den Bericht des Luftfahrtdirektorats über die Schaffung eines Systems von Luftkorridoren, das vom Koordinierungskomitee am 27. November 1945 gebilligt und vom Alliierten Kontrollrat am 30. November 1945 bestätigt wurde; DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 42–45.
Vgl. dazu ferner die Flugvorschriften für Flugzeuge, die die Luftkorridore in Deutschland und die Kontrollzone Berlin befliegen, in der vom Luftfahrtdirektorat verabschiedeten zweiten abgeänderten Fassung vom 22. Oktober 1946; DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 48–58.

11 Für den Wortlaut des Luftverkehrsabkommens vom 11. November 1971 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1526–1530. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 277.

12 Für den Wortlaut der Erklärung der Drei Mächte vom 9. Dezember 1971 im Hinblick auf das Luftverkehrsabkommen vom 11. November 1971 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1534–1536.

13 Vgl. die Anlage „Vereinbartes Protokoll" zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rötger vom 24. September 1980; VS-Bd. 13124 (210); B 150, Aktenkopien 1980.
Für die Übereinkunft im Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit den Hohen Kommissaren Kirkpatrick (Großbritannien) und McCloy (USA) sowie dem stellvertretenden französischen Hohen Kommissar Bérard am 4. April 1952 vgl. ADENAUER UND DIE HOHEN KOMMISSARE 1952, Dok. 40.

zeuge ausdrücklich vorgesehen – sind die nationalen Befehlshaber der im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland stationierten Luftstreitkräfte der vorstehend zuerst angeführten Drei Mächte gegenwärtig für die Sicherung des Luftraums über diesem Hoheitsgebiet verantwortlich" (507-88.13-31/61 geheim vom 11. Januar 1961[14], zitiert in Vermerk 500-455.02-131/85 geheim vom 18.3.85[15]).

Obwohl die deutsche Seite Wert darauf legt, den alliierten Vorbehalt einschränkend auszulegen, hat sie davon abgesehen, hierüber mit den Drei Mächten in einen Meinungsaustausch einzutreten (Schreiben 500-455.02-228/85 VS-v vom 2.5.1985 an BMVg[16]). Der BMVg hat aber die militärischen Abfangflüge über dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland durch britische und amerikanische Luftstreitkräfte als auf NATO-internen Vereinbarungen beruhend qualifiziert.

Im Schreiben vom 18. Januar 1958 an den sowjetischen Geschäftsträger a.i. in Ost-Berlin vertrat die US-Botschaft Bonn folgende Haltung: „Unter Einhaltung der vierseitigen Verpflichtungen in bezug auf Deutschland im Ganzen tragen die Drei Mächte auch weiterhin die ausschließliche Verantwortung hinsichtlich der Benutzung des Luftraums der Bundesrepublik durch Flugzeuge der UdSSR." (Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, 1967[17], S. 247)

3) In der Praxis des BMVg und des BMV holt die Bundesrepublik Deutschland, bevor sie eine Genehmigung erteilt, in jedem Einzelfall des Einflugs eines sowjetischen Luftfahrzeugs in ihren Luftraum die Zustimmung der Drei Mächte ein, gleichgültig, ob es sich um einen zivilen oder militärischen Flug handelt. Bei unbefugtem Einflug sowjetischer Luftfahrzeuge in den Luftraum der Bundesrepublik Deutschland ist es ständige Praxis, daß die Drei Mächte gegenüber der UdSSR protestieren, nicht die Bundesrepublik Deutschland.

4) Das grundsätzliche Problem des Verhältnisses zwischen Lufthoheit der Bundesrepublik Deutschland und alliierten Vorbehaltsrechten stand im Hintergrund der Unterrichtung und Konsultation in der Vierergruppe über die Frage des Einfluges sowjetischer Flugzeuge mit Inspektoren nach dem MBCA[18]. Beanspruchten wir in der Erörterung die generelle Genehmigungszuständigkeit, so konterte GB: „You are not sovereign"[19] (Vermerk 500-371.76-137/87 VS-v[20] vom 14.10.1987). Das Problem wurde wie folgt ad referendum gelöst: Durch gleichlautende Noten

14 Vgl. dazu die Büronotiz des Referats 507 vom 5. April 1961; VS-Bd. 5711 (V 7).

15 Vortragender Legationsrat Hilger bat die Referate 210 und 514 um Stellungnahme zur Frage der „Regelung für die Durchführung von Ansteuerungsflügen durch militärische Luftfahrzeuge". Vgl. VS-Bd. 14603 (500); B 150, Aktenkopien 1985.

16 Vortragender Legationsrat Hilger teilte dem Bundesministerium der Verteidigung mit, schon 1961 habe Unsicherheit über die Tragweite des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag) vom 26. Mai 1952 bestanden: „Während die deutsche Seite erkennbar Wert darauf legte, den Bereich der alliierten Vorbehaltsrechte einschränkend zu interpretieren, war sie offenbar noch nicht bereit, hierüber mit den Drei Mächten in einen Meinungsaustausch einzutreten. Diese Situation besteht nach Einschätzung des Auswärtigen Amts fort." Vgl. VS-Bd. 14603 (500); B 150, Aktenkopien 1985.

17 Vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, München 1967.

18 Zum Multilateral Basing Country Agreement (MBCA) vgl. Dok. 349, Anm. 6.

19 Der Passus „so konterte … sovereign" wurde hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

20 Vortragender Legationsrat Löschner vermerkte am 14. Oktober 1987, in der Bonner Vierergruppe sei am Vortag „die Frage der Genehmigung sowjetischer Inspektionsflüge nach Frankfurt/Main durch die Bundesrepublik Deutschland und die Befugnis der drei westlichen Siegermächte" zur Ausübung der Kontrolle hinsichtlich sowjetischer Luftfahrzeuge im Luftraum der Bundesrepublik behandelt worden. Der britische Sprecher habe dabei erklärt, daß das geplante „Vertragswerk in keinem Wider-

ihrer Botschaften an das Auswärtige Amt „(bekräftigen die Drei Mächte) das in den genannten Konsultationen erreichte Einverständnis, daß die Bundesrepublik Deutschland Flugzeugen der UdSSR, die ihren Luftraum zum Zweck von Inspektionen gemäß dem (INF-Vertragswerk) benutzen wollen, erlauben kann, sich zu und von dem betreffenden Eingangspunkt ... zu bewegen ...“ (s. Anlg. zur StS-Vorlage 210-371 VS-NfD vom 27.11.1987[21]).

Hillgenberg

VS-Bd. 14603 (500)

355

Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-7042/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 4. Dezember 1987, 16.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1904 **Ankunft: 4. Dezember 1987, 17.56 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 96/87

Betr.: MBFR;
hier: Schlußbericht über die 43. Verhandlungsrunde
(24. September bis 3. Dezember 1987)

Zur Unterrichtung

I. 1) Die 43. Verhandlungsrunde machte erneut deutlich, daß MBFR für beide Seiten praktisch keinen eigenen Stellenwert mehr hat. Dies ergibt sich aus der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1802
spruch zu den ‚Rechten und Verantwortlichkeiten der Alliierten‘ stehe, daß aber vielleicht eine Erklärung der Alliierten über den Vorbehalt der Rechte und Verantwortlichkeiten zweckmäßig sein könne. Das Zusammenspiel zwischen D und Alliierten bei Genehmigung sowjetischer Inspektionsflüge im Einzelfall müsse und könne gemäß bestehendem Procedere oder in Anlehnung daran praktisch geregelt werden, ohne grundsätzliche Fragen zu öffnen. Eine grundsätzliche Abgabe der Genehmigungszuständigkeit an die insoweit nicht-souveräne Bundesrepublik Deutschland komme nicht in Betracht.“ Vgl. VS-Bd. 12394 (500); B 150, Aktenkopien 1987.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach informierte über die in der Bonner Vierergruppe am 24. November 1987 ad referendum erzielte Einigung hinsichtlich der Erteilung von Einfluggenehmigungen für im Zuge des Inspektionsprotokolls zum INF-Vertrag zu regelnde Flüge sowjetischer Inspektoren. Zwar könne die Bundesregierung im Zuge der INF-Inspektionen erfolgende, ordnungsgemäß angekündigte Einflüge sowjetischer Inspektoren eigenständig genehmigen, werde aber gleichwohl unverzüglich die Drei Mächte kontaktieren, um die „normalerweise etwa 48 Stunden“ benötigende alliierte Zustimmung einzuholen. Damit entfalle das Risiko, „daß die deutsche Seite durch Verzögerung oder Fehlen der alliierten Einzelfallzustimmung die vorgesehene Verpflichtung aus dem MBCA nicht erfüllen“ könne: „Die Formulierung ‚bekräftigt … das in den Konsultationen erreichte Einverständnis …‘ entspräche dem deutschen Anspruch auf Mitwirkung in diesem Bereich, den sich die Drei Mächte im Überleitungsvertrag im Zusammenhang mit ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes vorbehalten haben.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145220.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Pöhlmann, Wien (MBFR-Delegation), konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 7. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Schon verfügte.
Hat Schon vorgelegen.

Dynamik des KRK-Prozesses und den Hoffnungen, die sich von allen Seiten auf das neue Forum richten, zumal sich der Stellenwert der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa als Folge der erfolgreichen Beendigung der INF-Verhandlungen[2] weiter erhöht hat.

Als Folge dieser Entwicklung wird MBFR zunehmend als Funktion des KRK-Prozesses behandelt. Dies gilt:

a) Prozedural: Wohl nur im Falle eines Scheiterns oder einer erheblichen Verzögerung der Mandatsgespräche[3] wäre eine inhaltliche Reaktivierung von MBFR vorstellbar. Aber solche Gefahren gelten derzeitig als wenig wahrscheinlich.

b) Sachlich: Immer mehr setzen beide Seiten MBFR in einen KRK-Zusammenhang, indem sie argumentieren, daß ein Ergebnis in ihrem Sinne einen guten Start für die KRK-Hauptverhandlung abgeben würde.

c) Personell: Die meisten westlichen MBFR-Delegationsleiter, darunter vier der direkten MBFR-Teilnehmer, vertreten ihre Staaten auch bei den KRK-Mandatsgesprächen. Nach der erfolgten Verabschiedung des niederländischen Delegationsleiters[4] bin ich der letzte westliche Botschafter, der nur für MBFR zuständig ist.

2) Konsequenz dieser Situation war, daß es keine neuen förmlichen Vorschläge gab, auch keine positive Reaktion des Ostens auf die westliche Initiative vom Dezember 1985[5]. Am Befund des Verhandlungsstillstandes änderte auch eine informelle bilaterale Anregung des sowjetischen Delegationsleiters[6] gegenüber seinem amerikanischen Counterpart nichts. Sie zielte auf ein symbolisches Abkommen ab, das sich auf amerikanisch-sowjetische Reduzierungen ohne Ein-

2 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

3 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.
Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), resümierte am 1. Dezember 1987: „In bisher 36 Begegnungen haben die 23 bei ihrem Versuch, ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vom Atlantik bis zum Ural auszuarbeiten, wichtige Annäherungen erzielen können. Die Tatsache, daß bisher lediglich zwei Sätze eher peripherer Natur notiert werden konnten (Schritt-für-Schritt-Vorgehen/Prinzip unverminderter Sicherheit; Satzgerüst zu Ort und Verhandlungsbeginn zukünftiger Verhandlungen im Jahre 1988), sollte nicht vergessen lassen, daß es gelungen ist, in einer Reihe zentraler Fragen den WP zu einer weitgehenden Übernahme westlicher Konzepte zu bewegen: 1) Es besteht kein Zweifel, daß auch der WP inzwischen davon ausgeht, daß KRK-Verhandlungen im 23er-Kreis zumindest beginnen werden; der WP ist jetzt auch bereit (in der Präambel), einen Hinweis auf die Militärallianzen zu akzeptieren, deren sicherheitspolitische Rolle in Europa eine Beschränkung des Teilnehmerkreises von KRK-Verhandlungen im KSZE-Rahmen auf die 23 legitimiert. […] 2) In der zentralen Frage der Beschreibung der Ziele von KRK-Verhandlungen hat der WP den westlichen Ansatz und die westliche Sprache nahezu ohne Abstriche akzeptiert. Damit hat sich die westliche Trias – Herstellung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau; Beseitigung von Disparitäten; Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und großangelegten Offensivaktionen – voll gegen den ursprünglichen WP-Ansatz durchgesetzt, Reduzierungen als solche zu einem Hauptziel der Verhandlungen zu erheben. […] 3) Auch in der Frage der Beschränkungen des Gegenstandsbereichs von KRK-Verhandlungen auf konventionelle Streitkräfte hat der WP sich auf den Westen zubewegt. Seine ursprüngliche Forderung, auch über taktische Nuklearwaffen zu verhandeln, hat er bereits am 19.10. in die unspezifische Forderung umgewandelt, nach der ‚interessierte Staaten … im Verlauf der Verhandlungen' die sich mit der Begrenzung und Reduzierung taktischer Nuklearwaffen zusammenhängenden Probleme ‚prüfen' (consider) sollten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1865; Referat 221, Bd. 144807.

4 Jan Hein L. van de Mortel.

5 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 5. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 308 und Dok. 339.

6 Walerian Wladimirowitsch Michajlow.

schluß von Waffen und ohne Nichterhöhungsverpflichtung beschränken sollte. Dieser Gedanke wurde vom amerikanischen DL nach Konsultation der AHG ebenso zurückgewiesen wie die vom sowjetischen Delegationsleiter vor einem Jahr vorgetragene Idee eines symbolischen Abkommens mit Einschluß von Waffen und mit einer politischen Absichtserklärung der Nichterhöhung.

II. Im einzelnen

1) Der Westen verfolgte weiterhin seine Initiative vom Dezember 1985 und mahnte eine östliche Substanzantwort hierauf an. In den informellen Sitzungen unterzog er die beiderseitigen Einzelpositionen einem detaillierten Vergleich und zeigte dem Osten dabei die Felder auf, wo dieser Positionen korrigieren müßte, um einem Ergebnis näherzukommen.

2) Der Osten ließ demgegenüber nur in zweitrangigen Fragen Bereitschaft zur Flexibilität erkennen. Er blieb bei seiner bisherigen Verhandlungslinie und übte Kritik an der westlichen Verhandlungsinitiative insgesamt sowie an deren Einzelelementen, vor allem dem Verifikationsregime und der Ausklammerung von Waffen. Verstärkt zog er gegen das westliche Verhandlungsverhalten als solches zu Felde und zog das Interesse des Westens an einem Abkommen überhaupt in Zweifel. Als Konsequenz wies er auch die Verantwortung für den Stillstand dem Westen zu. Vor diesem Hintergrund propagierte er ein wenigstens „ehrenvolles" Ergebnis von MBFR und forderte dazu vom Westen Flexibilität. Der Osten erklärt nach wie vor ein Ergebnis auf der Grundlage seines Vertragsentwurfs vom Februar 1986[7] als wünschenswert[8], bot aber als Alternative wieder häufiger ein bescheidenes symbolisches Abkommen an. Wie schon erwähnt, sondierte der sowjetische Delegationsleiter eine neue Variante dieses symbolischen Abkommens, ohne sie allerdings formell einzuführen. Der Jaruzelski-Plan[9] wurde vom polnischen Delegationsleiter[10] in seiner Plenarerklärung vom 3. Dezember nur noch gestreift.

3) Wie der Osten, so legte auch der Westen besonderen Wert darauf, die vorzeitige Aufgabe von MBFR auch nicht im entferntesten als eine Option anzudeuten. In diesem Sinne war es auch unproblematisch, sich auf die Termine für die 44. Verhandlungsrunde vom 28. Januar bis zum 17. März 1988 zu verständigen.

4) Innerwestliches Klima: Das geschlossene Auftreten des Westens kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß inzwischen, anders als noch während der Sommerrunde[11], die Erkenntnis gewachsen ist, daß MBFR in seiner Epoche in seine Endphase tritt. Allerdings tendieren einige westliche Delegationsleiter (USA, UK[12], I[13] und TR[14]) zu einer skeptischen Haltung gegenüber KRK und zu einer

7 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 59.

8 Korrigiert aus: „1986 wünschenswert".

9 Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.
Am 17. Juli 1987 faßte die polnische Regierung ihre Vorschläge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einem Memorandum zusammen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 653–655.

10 Tadeusz Strulak.

11 Zur 42. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 14. Mai bis 2. Juli 1987 in Wien vgl. Dok. 198.

12 Robert James O'Neill.

13 Umberto Cappuzzo.

14 Erdem Erner.

Betonung des bleibenden Wertes von MBFR. Da TR bei MBFR nur eine Randrolle spielt und da solche Tendenzen bei UK und I wohl mehr persönlichen Motiven entspringen, sind sie nur bei Botschafter Ledogar ernster zu nehmen. Sie artikulieren sich bei ihm in skeptischen Äußerungen über Zeitpunkt oder gar Zustandekommen eines KRK-Mandats, um so MBFR die Rolle eines „Sicherheitsnetzes" oder gar einer „Alternative" zuzuweisen. Wir sind solchen US-Tendenzen bilateral und in der AHG entgegengetreten, damit aus den MBFR-Gremien keine Zweifel an der Entschlossenheit des Westens abgeleitet werden, die KRK schnellstmöglich zu erreichen. Inzwischen äußert auch Ledogar immer häufiger, daß die KRK auch für Washington zusehends notwendiger werde. Das läßt hoffen, daß diese Schwierigkeit vorübergehender Natur war. Wenn nicht, müssen wir auch in der nächsten Runde gegen amerikanische Äußerungen opponieren, die MBFR als „Alternative" zu einer weit entfernten KRK darstellen.

Angesichts der absehbaren Endphase unserer Verhandlungen werden Überlegungen um ein „end game" immer häufiger und offener geäußert. Bisher ist es uns gelungen, die Erörterungen und damit die Erosion der westlichen Verhandlungsposition noch unter Kontrolle zu halten.

III. Perspektiven:

1) Dem Osten stehen weiterhin die bereits früher (s. DB Nr. 983 vom 3.7.87, 175/87 VS-v[15]) identifizierten Optionen offen. Diese sind:

– Weiterverfolgung seines Abkommensentwurfs vom 20.2.86,
– Revitalisierung des Gedankens eines symbolischen Abkommens bis hin zu dessen eventueller Formalisierung,
– weitere kleine Modifizierungen in Nebenbereichen,
– eine echte Substanzinitiative.

Dazu kommen prozedurale Möglichkeiten, wie z.B. die Androhung der Suspendierung der Verhandlungen, falls der Westen weiterhin bei seiner Verhandlungsposition vom 5.12.85 bleibt. Viel spricht dafür, daß der Osten seine bisherige Linie fortführt, d.h. Festhalten an den Essentialia seiner Position, verbunden eventuell mit kosmetischen Modifikationen in Randfragen, jedoch Flexibilität insofern, je nach taktischer Lage ein Substanzabkommen oder ein symbolisches Abkommen in den Vordergrund zu stellen. Echte neue Entscheidungen, insbesondere zum Abschluß von MBFR, dürfte der Osten vom Verlauf der Mandatsgespräche bzw. vom Mandatsabschluß abhängig machen. Am Rande der Verhandlungen ventilierten östliche Vertreter gelegentlich die Modalitäten eines „end game". Anhaltspunkte, welche Variante der Osten dabei bevorzugen würde, sind noch nicht zu erkennen.

2) Dem Westen verbleibt weiterhin nur, seine Verhandlungsinitiative vom Dezember 1985 mit Festigkeit argumentativ zu verfechten sowie eine konstruktive Reaktion des Ostens hierauf einzufordern und ihn so möglichst in Zugzwang zu halten. Dabei ist allerdings allen Beteiligten klar, daß diese inzwischen zwei Jahre alte Position, die auch in Nebenbereichen keine Flexibilität zuläßt, keine Fortschritte ermöglicht und auch in der Öffentlichkeit kaum mehr überzeugend wirkt.

15 Für den Drahtbericht des Botschafters Joetze, Wien (MBFR-Delegation), vgl. Dok. 198.

Die westlichen Optionen für ein „end game“ sind zur gegebenen Zeit, d.h., wenn das KRK-Mandat steht und die Einsetzung des neuen Verhandlungsforums gesichert ist, relativ schnell zu erarbeiten, zumal Vorarbeiten bereits geleistet sind. Bis dahin werden wir uns im westlichen Kreise einer frühzeitigen, damit langen und nicht geheimzuhaltenden Erörterung dieser Frage entgegenstellen.

Mit dem Gipfeltreffen in Washington[16] verbinden sich keine MBFR betreffenden Erwartungen, allenfalls die mittelbare Auswirkung einer beschleunigten Endphase, falls es in Washington gelingt, Hindernisse im Bereich des KSZE-Folgetreffens bzw. der KRK-Mandatsgespräche auszuräumen. Eine Ankündigung einseitiger sowjetischer Truppenabzüge aus DDR und ČSSR, über die gelegentlich spekuliert wird, könnte die politische Dynamik zugunsten einer KRK verstärken.

[gez.] Joetze

VS-Bd. 11473 (221)

356

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Kopenhagen

VS-vertraulich **5. Dezember 1987**[1]

Auf eine entsprechende Frage von Staatspräsident Mitterrand erklärt der *Bundeskanzler*[2], das von der Präsidentschaft vorgelegte Kompromißpapier[3] sei für ihn so nicht akzeptabel.[4] Es spiegele eine Tendenz wider, die er schon die ganze Zeit bei der dänischen Präsidentschaft[5] beobachte. Dies gelte insbesondere hinsichtlich der Konzessionen an Großbritannien.

16 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 7. Dezember 1987 gefertigt.

2 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand nahmen am 4./5. Dezember 1987 an der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen teil. Vgl. dazu Dok. 358.

3 Für das Papier „Aufzeichnung des Vorsitzes“ der dänischen EG-Ratspräsidentschaft vom 5. Dezember 1987 (SN/3919/2/87) vgl. Referat 410, Bd. 141612.

4 Bundeskanzler Kohl, z.Z. Kopenhagen, teilte Ministerpräsident Schlüter in dessen Eigenschaft als EG-Ratspräsident mit einem als „persönlich“ bezeichneten Schreiben vom 4. Dezember 1987 mit: „Wie ich höre, bereitet die Präsidentschaft zur Zeit einen Kompromißbeitrag für den Bereich Agrarstabilisatoren vor, der in dieser Weise für die Bundesregierung nicht akzeptabel ist. Die Garantiemenge für Getreide soll in den Jahren 1988–1990 degressiv von 160 Mio. Tonnen auf 155 Mio. Tonnen festgelegt werden. Die für den Fall des Überschreitens der Garantieschwelle vorgesehene Preissenkung soll im zweifachen Ausmaß des jeweiligen Produktivitätszuwachses erfolgen. Neben diesen sehr weitgehenden Preissenkungen soll die EG-Kommission ermächtig werden, dem Rat während des Wirtschaftsjahres Vorschläge für noch weitergehende Preissenkungen zu unterbreiten. Dies sind Vorstellungen, die die Grenze für eine Kompromißfindung weit überschreiten. Ich sage Ihnen das mit aller Deutlichkeit, weil ich verhindern will, daß Sie morgen in eine Sackgasse laufen. Dies ist kein Bluff oder eine taktische Position.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

5 Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

Staatspräsident *Mitterrand* erwidert, man müsse trotzdem versuchen, einen Kompromiß zu finden. Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und fügt hinzu, wir sollten vor allem die enge deutsch-französische Zusammenarbeit fortsetzen. Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, das Hauptproblem aus seiner Sicht seien die Vorschläge zu den Agrarpreisen. Bei den Strukturfonds[6] könne man zu einer Regelung kommen. Der britische Ausgleich müsse degressiv ausgestaltet und zeitlich begrenzt werden.[7]

Der *Bundeskanzler* geht zu dem Gespräch am Vorabend über internationale Politik über und erklärt, immerhin habe sich gezeigt, daß Europa in diesem Bereich handlungsfähiger sei. Felipe González habe Recht mit seiner Bemerkung, daß in der EG die Fachleute Politik machten und die Politiker Fachfragen lösen müßten. Man müsse daher vor dem ER in Hannover[8] noch einmal überlegen, wie man das ändern könne.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, D und F sollten heute alles daransetzen, daß sich die europäischen Politiker der Verantwortung stellen. Auch andere seien hierzu bereit, wie beispielsweise Spanien und Belgien. Dieser Kern könne verstärkt werden.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, auch MP Goria werde sich hierbei beteiligen.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt zu und erklärt, in Neapel habe er mit Goria auch über die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik Übereinkunft erzielt.[9] Er habe allerdings den Eindruck gewonnen, daß sich die Italiener in Wirklichkeit nicht in diese Richtung engagieren wollten. Dahinter stehe die Befürchtung, daß Italien weder den USA noch auf der anderen Seite der Sowjetunion zu nahe treten wolle.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dahinter stecke möglicherweise AM Andreotti.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt dem zu. Es bleibe jetzt die Frage, was man in der heutigen Sitzung gemeinsam tun könne.

Der *Bundeskanzler* erwidert, man müsse vor allem darauf drängen, daß ein Kompromiß gefunden werde, der für jedermann akzeptabel sei. Wir könnten nicht nach Hause kommen und erklären, daß wir unsere finanziellen Beiträge an die EG erhöht, aber bei dem einzigen Problem, das sich für D stelle, keine Lösung erzielt hätten. Man müsse mit einem solchen Kompromiß auch politisch leben können.

Staatspräsident *Mitterrand* schlägt vor, daß man gleich zu Beginn der Sitzung das vorliegende Papier der Präsidentschaft ablehne und diese auffordern solle, einen neuen Kompromiß zu erarbeiten. Darin müßten die entscheidenden Punkte klar eingegrenzt werden. Er befürchte sonst, daß man den ganzen Tag über das vorliegende Papier spreche, ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

6 Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 346, Anm. 5.

7 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988.

9 Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Goria führten am 26. November 1987 ein Gespräch in Neapel. Botschafter Ruth, Rom, teilte am 27. November 1987 mit, Themen seien die Sicherheitspolitik und EG-Haushaltsfragen gewesen: „In einer Pressekonferenz Mitterrands und Gorias zum Abschluß des Gipfels wurde deutlich, daß beide Seiten in den Gesprächen auf ihren bekannten Positionen beharrt hatten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1792; Referat 201, Bd. 143348.

Der *Bundeskanzler* stimmt diesem Vorschlag zu.

Staatspräsident *Mitterrand* stellt die Frage, was man hinsichtlich der anderen Fragen der internationalen Politik noch tun könne.

Der *Bundeskanzler* erwidert, wir sollten Präsident Reagan helfen, damit das INF-Abkommen[10] vom amerikanischen Kongreß ratifiziert werde.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, er sei hierzu bereit.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, welchen Eindruck Staatspräsident Mitterrand von den Entwicklungen in der Sowjetunion habe. Es sei offensichtlich, daß Gorbatschow sich in Schwierigkeiten befinde.

Staatspräsident *Mitterrand* wirft ein, dies habe Gorbatschow allerdings bisher nicht aufgehalten.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, es mache sich aber zunehmend eine passive Resistenz breit.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, dies sei richtig, aber Gorbatschow ersetze nach und nach alle verantwortlichen Leute. Er habe außerdem den Eindruck, daß Gorbatschow sich außenpolitisch durchsetze. Er werde sich möglicherweise drei bis vier Jahre halten. Allerdings wolle er auch einen Rückschlag nicht ausschließen. Es bestehe zudem die Gefahr, daß Gorbatschow versuche, jetzt alle möglichen Vorteile einzuheimsen.

Präsident Mitterrand fragt sodann nach unseren Vorstellungen für die Gestaltung der Feierlichkeiten am 22. Januar in Paris.[11] Die Sache sei in den Händen der beiden Außenministerien, aber er empfehle, daß sich auch der Bundeskanzler und er selbst damit befaßten. Man solle sich daher gegenseitig auf dem laufenden halten. Wenn sich die politische Ebene nicht einschalte, komme nur eine freundliche und leere Erklärung heraus.

Der *Bundeskanzler* weist auf die Frage nach dem Stand der Arbeiten zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit darauf hin, daß für den 22. Dezember 1987 eine weitere Verhandlungsrunde zwischen den Außenministerien geplant sei.[12]

Beide kommen überein, daß Herr Attali und MD Teltschik möglichst bald in Kontakt treten und Staatspräsident Mitterrand bzw. den Bundeskanzler über mögliche Schwierigkeiten unterrichten sollen.

10 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

11 Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 begangen. Vgl. dazu AAPD 1988.
Für den Wortlaut des Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

12 Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276 und Dok. 316, Anm. 11 und 12.
Ministerialdirigent von Ploetz bat Bundesminister Genscher am 23. Dezember 1987, den am Vortag „in der dritten und abschließenden Verhandlungsrunde ad referendum“ angenommenen „Text für ein Ergänzungsprotokoll zum Elysée-Vertrag von 1963“ zu billigen. In zwei Punkten stünde eine Verständigung noch aus. So habe Frankreich deutlich gemacht, daß es „unseren Vorschlag, ‚den schrittweisen Aufbau einer stabilen und dauerhaften Friedensordnung in Europa‘ als ein Ziel unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik zu kennzeichnen, […] nicht in den Vertragstext aufnehmen wolle“. Fraglich sei auch der Sitz des Sekretariats. Ploetz teilte zudem mit: „Nach Billigung des Entwurfs durch Sie, Bundesminister Wörner und den Herrn Bundeskanzler werden AA und BMVg eine gemeinsame Kabinettsvorlage erstellen mit dem Ziel, die Zustimmung des Kabinetts am 13.1.1988, spätestens jedoch am 20.1.1988, herbeizuführen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143390.

Staatspräsident *Mitterrand* fragt, ob es nützlich sei, sich noch einmal vor dem 22. Januar zu sehen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, dies könne man tun, wenn es sich als notwendig erweise.

Staatspräsident *Mitterrand* berichtet sodann kurz über ein Gespräch mit Ligatschow, der anläßlich des Parteitages der PCF[13] in Paris gewesen sei.[14] Ligatschow habe die Möglichkeit einer Begegnung zwischen ihm und Gorbatschow angedeutet, ohne dies allerdings konkret auszuführen. Hierüber gebe es auch schon erste Agenturmeldungen. Er wolle aber dem Bundeskanzler gegenüber klarstellen, daß bisher weder ein Zeitpunkt noch ein Ort vereinbart worden seien. Wenn, dann komme für ihn ohnehin nur Paris als Ort der Begegnung in Frage. Unter keinen Umständen wolle er mit Gorbatschow im Anschluß an dessen Besuch in Washington[15] zusammentreffen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe vor ein paar Wochen einen Brief von Gorbatschow[16] erhalten. Darin sei der Besuch von AM Schewardnadse angekündigt worden und auch von einem Treffen zwischen ihm und Gorbatschow die Rede gewesen. Zu dem Besuch Schewardnadses werde es allerdings wegen des Gipfels in Washington zu dem ursprünglich in Aussicht genommenen Zeitpunkt nicht kommen. Im übrigen werde Gorbatschow von Washington aus nach Ost-Berlin fliegen und dort mit den Staats- und Regierungschefs des Warschauer Paktes zusammentreffen.[17]

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, von sowjetischer Seite würden sowohl in öffentlichen Erklärungen als auch in diplomatischen Kontakten an Frankreich kritische Fragen wegen der Zusammenarbeit mit D gestellt. Insbesondere wollten die Sowjets immer wieder wissen, ob die militärische Zusammenarbeit zwischen D und F auf die nuklearen Entscheidungsbefugnisse des französischen Präsidenten Einfluß habe. Hierauf werde man mit einem klaren „Nein“ antworten.

Der Bundeskanzler erwidert, dies sei in der Tat unser Problem. Wenn D und F sich stritten, gebe es Ärger, wenn sie exzellente Beziehungen miteinander hätten – wie es derzeit der Fall sei –, spreche man von deutsch-französischer Vorherrschaft. Endlich hätten die Sowjets etwas sehr Entscheidendes begriffen, nämlich, daß es kein Zurück mehr gebe, wenn die deutsch-französische Zusammenarbeit einen gewissen Punkt erreicht haben werde. Natürlich hätten die Sowjets nach wie vor die Hoffnung, die Deutschen aus Europa herauszulösen. Dieser Prozeß spiele sich auf vielen Gebieten ab. Der Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die österreichische Diskussion über den Begriff „Mitteleuropa“,

13 Der Parteitag der Parti Communiste Français fand vom 2. bis 6. Dezember 1987 in Saint-Ouen statt.

14 Staatspräsident Mitterrand führte am 3. Dezember 1987 in Paris ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Ligatschow.

15 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

16 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.

17 Am 11. Dezember 1987 fand in Ost-Berlin ein Treffen führender Repräsentanten der Warschauer-Pakt-Staaten statt, bei dem der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, über die Ergebnisse seines Besuchs vom 7. bis 10. Dezember 1987 in den USA informierte. Vgl. dazu den Artikel „Treffen der führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin“; NEUES DEUTSCHLAND vom 12. Dezember 1987, S. 1.

der sich eindeutig gegen die Integration Deutschlands in Westeuropa richte.[18] Hiergegen gebe es nur ein Mittel, nämlich die deutsch-französische und darüber hinaus die europäische Bindung.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, er habe mit großem Interesse die Haushaltsrede des Bundeskanzlers gelesen, in der er sich für eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, aber auch bei Wirtschaft und Währung, ausspreche.[19] Er stelle fest, daß wir insbesondere in der Währungsfrage nunmehr einen konstruktiven Standpunkt einnähmen. Dies sei ein wichtiger Wandel.

Der *Bundeskanzler* erwidert, man müsse viele kleine Schritte tun, um voranzukommen. Er fragt Staatspräsident Mitterrand sodann, welchen Eindruck er von der Persönlichkeit Ligatschows gehabt habe.

Staatspräsident *Mitterrand* erwidert, Ligatschow trete auf wie ein Mann von der „Basis", dem man den ehemaligen Arbeiter ansehe. Seine Sprache sei ohne jede Originalität; aber in der Sache habe er nicht den Eindruck gehabt, daß es zwischen Ligatschow und Gorbatschow Meinungsunterschiede gebe. Es sehe nicht so aus, als ob Ligatschow ein Rivale Gorbatschows oder gar der Aufpasser des Apparates für Gorbatschow sein sollte. Ligatschow sei eher der zweite Mann für Gorbatschow.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe über diese Fragen mit Honecker[20], aber auch mit Schiwkow[21] und dem ungarischen Ministerpräsidenten Grósz[22] gesprochen. Von Honecker habe er nicht viel erfahren, aber Schiwkow und Grósz – und auch Kádár – hätten ihm versichert, daß Ligatschow in der Tat kein Rivale Gorbatschows sei, sondern diesen unterstütze. Ligatschow sei mehr der Typ eines Beamten, der im übrigen nicht viel vom Westen wisse. Allerdings sei er auch darauf bedacht, nicht mit Gorbatschow unterzugehen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

18 Zur Diskussion um den Begriff „Mitteleuropa" vgl. Dok. 95.

19 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 24. November 1987 in der Haushaltsdebatte des Bundestags vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 41. Sitzung, S. 2720–2729.

20 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

21 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow am 2. Juni 1987 vgl. Dok. 158.

22 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Grósz am 7. Oktober 1987 vgl. Dok. 277.

357

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom

203-321.11 ITA **7. Dezember 1987**[1]

Von BM noch nicht gebilligt

Gespräch BM mit AM Andreotti am 7.12.1987 in Rom[2]

1) BM ist am 7. Dezember 1987 in Rom zu zweistündigem außenpolitischen Meinungsaustausch mit AM Andreotti zusammengetroffen. Auf italienischer Seite nahmen außerdem teil: Prof. La Pergola, Europaminister; Frau Agnelli, Staatssekretärin im Außenministerium; Botschafter Cavalchini, Kabinettschef des AM; Politischer Direktor Perlot im AM; Botschafter Fontana Giusti, diplomatischer Berater des Ministerpräsidenten; auf deutscher Seite: Botschafter Ruth, MDg Jansen, MDg Fiedler und RL 203[3] als Note-taker.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen EG-Fragen nach dem Gipfel in Kopenhagen[4], die Vorbereitung des deutsch-italienischen Treffens der Regierungschefs und AM im Februar 1988 in Taormina[5], Irak/Iran, die Vorbereitung der NATO-Außenministerkonferenz in Brüssel[6] sowie WEU und Abrüstungsfragen.

2) Im einzelnen: EG-Fragen

BM wies eingangs darauf hin, daß er dem Zusammentreffen mit seinem italienischen Kollegen nach dem Scheitern des ER in Kopenhagen und mit Blick auf den kommenden Gipfel in Brüssel[7] besondere Bedeutung beimesse. Er habe bereits am Vortage im Auswärtigen Amt mit Frau StM Adam-Schwaetzer, dem zuständigen Staatssekretär[8] und den leitenden Herren für europapolitische Fragen einen intensiven Gedankenaustausch über das weitere Vorgehen gehabt. Man werde beim nächsten Ministerrat[9] einen Vorschlag für die Organisation unserer Arbeit während der deutschen EG-Präsidentschaft[10] und für den nächsten Sondergipfel in Brüssel vorlegen. In diesem Zusammenhang interessiere ihn beson-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 8. Dezember 1987 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro „mit der Bitte um Billigung durch BM“ geleitet.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 16. Dezember 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 203 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte Vermerk so verteilen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 206 (203), Bd. 140532.

2 Bundesminister Genscher hielt sich auf dem Weg nach Ägypten, das er am 7./8. Dezember 1987 besuchte, am 7. Dezember 1987 in Italien auf. Dort führte er ein Gespräch mit Papst Johannes Paul II. im Vatikan und eröffnete gemeinsam mit dem italienischen Außenminister Andreotti das umgebaute Goethe-Institut in Rom.

3 Karl-Heinz Kuhna.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

5 Bundesminister Genscher und Staatsminister Stavenhagen, Bundeskanzleramt, führten am 9. Februar 1988 Gespräche mit Ministerpräsident Goria und dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom. Vgl. dazu AAPD 1988.

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 369.

7 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 11./12. Februar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

8 Hans Werner Lautenschlager.

9 Die EG-Ministerratstagung fand am 14. Dezember 1987 in Brüssel statt.

10 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

ders das Urteil von AM Andreotti über die Gespräche in Kopenhagen und die italienischen Erwartungen an den kommenden Gipfel in Brüssel. Er sei überzeugt, man könne in Brüssel ein Ergebnis erreichen. In Kopenhagen habe man eigentlich dort anfangen müssen, wo man am Freitag[11] mit den Diskussionen aufgehört habe. Die Zeit sei allen unter den Händen weggelaufen.

AM erwiderte, er sei selbst darüber erstaunt gewesen, daß die dänische Präsidentschaft[12] eine so lange Diskussion zugelassen habe, ohne zu Schlußfolgerungen für die praktische Weiterarbeit zu gelangen. Die Vertagung der Diskussion auf den nächsten Tag, ohne die Probleme in den Griff bekommen zu haben, sei unnötig gewesen. Im übrigen halte er die Einschätzung von BM, man könne bei dem Gipfel im Februar zu einer Einigung gelangen, für realistisch.

Bei den schwierigen Fragen der Landwirtschaftspolitik stünden nunmehr die Stillegung von landwirtschaftlichen Flächen sowie die Frage der direkten Hilfen im Vordergrund. I sei skeptisch, ob der Begriff der Schwellenproblematik bei letzteren ein geeignetes Kontrollinstrument bilden könne. Immerhin sei es in der Vergangenheit gelungen, die für die Mittelmeerstrukturpolitik aufzuwendenden Beträge von 1,8 Mrd. ECU auf 370 Mio. zu verringern. Andernfalls wäre man in ein bodenloses Finanzloch gefallen.

Zum Strukturfonds[13] habe die EGK Vorschläge unterbreitet, nach denen weite Regionen Frankreichs und Italiens nicht mehr gefördert werden könnten.[14] I könne sich dem Vorschlag von F jedoch nicht anschließen, nur noch die ärmsten EG-MS zu berücksichtigen. Dies würde sonst den Wegfall der Förderung für I insgesamt bedeuten. Man würde sich dann genötigt sehen, umgekehrt den Wegfall jeglicher Strukturhilfen für die französischen Überseegebiete zu beantragen. Insofern biete der Vorschlag des BM, eine Verdoppelung des Strukturfonds bei gleichzeitiger Konzentration der Hilfe auf neue Mitgliedstaaten sowie I und GR ggfs. einen guten Kompromiß.

BM betonte, sowohl BK als auch er hätten in Kopenhagen nur von „betroffenen Ländern“ gesprochen. Ihm sei bewußt, daß I nur zustimmen könne, wenn es bis zu einem gewissen Grad an dem Strukturfonds beteiligt bleibe. Er sehe das Problem Italiens und werde sich bemühen, daß es bei dem Vorschlag der EGK berücksichtigt werde. Wie das geschehen solle, müsse im engsten Kreis vertraulich besprochen werden.

AM betonte, I sei durchaus aufgeschlossen gegenüber den Überlegungen, eine vierte Ressource[15] zu erschließen, um den EG-Haushalt zu erhöhen. Man müsse jedoch von dem System der Rückerstattungen loskommen. I werde einen Vorschlag unterbreiten, wie man dieses Dilemma lösen könne. Dies sollte möglichst bis 1989, spätestens aber bis zur Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes 1992[16] gelöst sein. Hauptproblem blieben die Rückerstattungen an

11 4. Dezember 1987.

12 Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

13 Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 346, Anm. 5.

14 Für die Vorschläge der EG-Kommission vom 5. Dezember 1987 (SN/4036/87) vgl. Referat 410, Bd. 141612.

15 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

16 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

GB.[17] Hier müßten sich entweder alle beteiligen oder niemand. Wenn EG tatsächlich einen Schaden durch die Gemeinsame Agrarpolitik erleide und diesen nachweisen könne, dann müßten auch alle übrigen EG-MS zahlen. I werde die deutsche Präsidentschaft bei einem Lösungsversuch jedenfalls voll unterstützen.

BM dankte für diese klare Äußerung des italienischen AM. Er sei überzeugt, noch in Kopenhagen hätte man sich damit begnügen können, eine Vertagung dieses Problems bis 1988 zu erreichen. Für den neuen Gipfel in Brüssel wachse nunmehr der Druck, eine Gesamtlösung des Problems bis zum Jahre 1992 zu finden. Aus deutscher Sicht sei es vorzuziehen, an die Überlegungen über die Erschließung einer vierten Quelle anzuknüpfen. Dies sei besser als das Differenzierungssystem der EGK. Man müsse nunmehr zunächst die verschiedenen Modelle durchrechnen. Dabei sei auch eine Reihe von Zwischenlösungen denkbar. Schwieriger sei die Frage der Rückerstattungen an GB. Hierfür gebe es eigentlich keinen Anlaß. Allerdings wollten wir nicht im Wege stehen, wenn andere MS ihr helfen wollten. Leider hätten sich bereits zu viele Regierungen hierzu bereit erklärt. Finanziell werde dies allerdings ganz beträchtliche Auswirkungen haben: Sofern man keinen Finanzausgleich an GB zahlen wolle, belaufe sich das Haushaltsdefizit der Gemeinschaft lediglich auf 600 Mio. ECU. Wenn man allerdings den Vorstellungen von Frau Thatcher Rechnung tragen wolle, werde der Differenzbetrag auf 4 Mrd. ECU ansteigen. Keine deutsche Regierung könne dies mitmachen, da wir dann de facto als einziger Nettozahler übrigblieben. Frau Thatcher sage zwar, GB bleibe auch in diesem Falle noch der zweitgrößte Nettozahler. Hier müsse man jedoch die unterschiedlichen Relationen sehen: Auch bei einem Brandschaden mache es einen erheblichen Unterschied, ob einem Geschädigten das ganze Haus abbrenne, während der Nachbar nur seine Garage verliere. Man brauche jetzt vernünftige Vorschläge zur Gestaltung der vierten Ressource. Hierzu werde D mit I Kontakt aufnehmen.

3) Gemeinsames Auftreten von D und I bei Genfer Abrüstungskonferenz[18]

AM kam auf bereits früher gemachten Vorschlag von BM zurück, beide Außenminister sollten in Genf gemeinsam auftreten, um der Abrüstungskonferenz über CW-Waffen neue Impulse zu geben.[19] Er halte dies für eine nützliche Anregung und schlage vor, gemeinsam nach Genf zu fahren.

BM stimmte zu. Er habe hierfür ursprünglich einen Termin für den 2. Februar 1988 vorgesehen. Da dieses Datum jedoch mit dem gemeinsamen AM-Konklave am 1. und 2. Februar 1988 kollidieren könnte, solle man versuchen, für ein gemeinsames Auftreten in Genf Donnerstag, den 4. Februar 1988, einzuplanen. Falls italienische Seite diesem Datum zustimmen könne, sollten die Abrüstungsbeauftragten beider Seiten die Reden aufeinander abstimmen.[20]

AM stimmte zu.

17 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

18 Zur Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 233.

19 Im Gespräch mit dem italienischen Außenminister Andreotti am 28. September 1987 schlug Bundesminister Genscher ein gemeinsames Auftreten mit seinem Kollegen vor dem Plenum der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vor. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 140531. Für das deutsch-italienische Regierungsgespräch am selben Tag vgl. Dok. 271.

20 Ministerialdirigent von Ploetz und der stellvertretende Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Negrotto, führten am 15./16. Dezember 1987 sicherheitspolitische Gespräche in Rom. In

4) Vorbereitung der deutsch-italienischen Regierungskonsultationen am 9./10. Februar in Taormina

AM wies darauf hin, daß Mitarbeiter beider Seiten bereits an einem Entwurf für eine gemeinsame deutsch-italienische Erklärung anläßlich des bilateralen Gipfels arbeiteten. Er halte es für nützlich, wenn die Abstimmung fortgesetzt werde, damit die Erklärung bei dem nächsten Gipfel verabschiedet werden könne. I sei weiterhin stark an dem Zustandekommen des Gipfels zu dem festgesetzten Termin (9./10.2.88) in Taormina interessiert.

BM machte darauf aufmerksam, daß sowohl der deutsch-italienische als auch der deutsch-britische Gipfel[21] kurz vor dem ER in Brüssel stattfinden würden. Er werde am Mittwoch (9.12.) mit BK besprechen, ob es vernünftig sei, angesichts der umfangreichen und schwierigen Vorbereitungen für den ER an dem Termin für bilaterale Gipfelkonsultationen festzuhalten. Möglicherweise werde man die Zeit brauchen, um Einzelgespräche in den europäischen Hauptstädten zur Vorbereitung des ER zu führen. Hierüber werde er die italienische Seite in Kürze unterrichten. Im übrigen halte auch er die Durchführung des deutsch-italienischen Gipfels zu einem möglichst frühen Zeitpunkt für wichtig.

Fortsetzung des Gesprächs während des Mittagessens.

5) Konflikt Irak/Iran

Beide Minister äußerten sich besorgt darüber, daß die Zeit für die Implementierung der SR-Resolution 598[22] (Vermittlungsaktion des VN-GS) nunmehr knapp werde. Sofern der Iran seine angekündigte Winteroffensive verwirkliche, sei eine Lösung weiter entfernt denn je. Man dürfe Iran keine Chance geben, den Konflikt im Golf auszuweiten.

BM bat sodann MDg Fiedler, über seine jüngste Reise nach Teheran zu berichten.[23]

Dg 31 berichtete, er habe in Teheran den Eindruck gewonnen, niemand glaube an eine größere Offensive. Kleine oder mittlere Aktionen des Iran seien dagegen nicht unwahrscheinlich, um militärische Schwachstellen beim Irak herauszufinden, in die man dann nachstoßen könne. Der Iran habe auf der Linie des Briefes vom 30.10. an den VN-GS[24] argumentiert. AM Velayati[25] habe bei seinem Besuch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1814

deren Zentrum standen „die Lage im Bündnis nach Abschluß des INF-Abkommens und der NATO-Ministerkonferenz (Schwerpunkt: Strategiefragen; Ziffern 7 und 8 der Reykjavik-Erklärung) sowie WEU und deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit". Vgl. die Aufzeichnung von Ploetz vom 22. Dezember 1987; VS-Bd. 12092 (201); B 150, Aktenkopien 1987.
Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 4. Februar 1988 vor der Genfer Abrüstungskonferenz vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

21 Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher führten am 2. Februar 1988 Gespräche in London. Vgl. dazu AAPD 1988.

22 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

23 Ministerialdirigent Fiedler hielt sich vom 27. bis 30. November 1987 im Iran. In Teheran traf er u. a. mit dem iranischen Außenminister Velayati zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2015 des Botschaftsrats I. Klasse Trömel, Teheran, vom 30. November 1987, sowie die Aufzeichnung von Fiedler vom 2. Dezember 1987; Referat 230, Bd. 158100.

24 Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 22.
Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 30. Oktober 1987: „Nachdem die irakische Antwort auf die detaillierte ‚Ausarbeitung' des VN-GS vom 15.10. bereits seit 28.10. in der

in New York[26] den Eindruck einer geschickten Öffentlichkeitsarbeit vermittelt. Der Iran spiele vermutlich weiter auf Zeit. Nunmehr stehe der Besuch des stellvertretenden Außenministers Larijani[27] in New York bevor[28]. SR werde über das weitere Vorgehen zu entscheiden haben. Die Marge der Optionen sei sehr gering geworden.

AM bestätigte, er habe den Eindruck, daß Iran sich in jüngster Zeit eher rückwärts bewege. Dies sei auch bei dem Besuch von AM Velayati[29] in Rom deutlich geworden.[30] Die iranischen Forderungen seien inzwischen immer höher geschraubt worden. Umgekehrt fühle sich der Irak von allen geschützt. Irak halte weiter daran fest, man müsse erst das Feuer einstellen, um dann die weiteren Fragen einschließlich Kriegsschuld zu besprechen. Nach italienischer Auffassung müsse der VN-GS nunmehr auf Gleichzeitigkeit des Verfahrens bestehen. Im Grunde könne die vorgesehene Waffenstillstandskommission rasch über die Frage der Kriegsschuld entscheiden, da der Krieg faktisch vom Irak begonnen worden sei. Man müsse hier einen Kompromißtext aushandeln, der die Einstellung der Kampfhandlungen gewährleiste, gleichzeitig aber auch die Aktivierung der Waffenstillstandskommission zum Inhalt habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1815

irakischen Mission vorliegt, ist heute (30.10.) auch die Antwort Teherans in der iranischen Mission eingetroffen." Wegen der Abwesenheit des VN-Generalsekretärs würden beide Konfliktparteien das Schreiben aber erst nach dessen Rückkehr am 2. November 1987 überreichen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2740; Referat 230, Bd. 158099.

Am 3. November 1987 übermittelte York das Schreiben des iranischen Außenministers Velayati vom 30. Oktober 1987. Dazu teilte er mit: „Text wurde uns von iranischer Mission mit der Bitte um absolute Vertraulichkeit übergeben. Vertretung bittet dringend, Kenntnis des Textes nicht nach außen zu offenbaren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2789; Referat 230, Bd. 158099.

Legationsrat I. Klasse Linder resümierte am 4. November 1987, Pérez de Cuéllar habe sich am 2. November 1987 „vom Inhalt der Briefe – insbesondere des irakischen – enttäuscht" gezeigt: „Iran hat sich zum Parallelansatz – gleichzeitiger Beginn des Waffenstillstandes und Einsetzung des Kriegsschuldprüfungsgremiums – nicht klar geäußert. Zum Truppenrückzugsplan wurde ein komplexer Bedingungszusammenhang dargelegt. Irak ist mit seiner Stellungnahme hinter bisherige Positionen zurückgefallen, der Brief bedeutet einen Rückschritt. Irak beharrt nun vor der Diskussion über weitere operative Elemente der Resolution auf Truppenrückzug als erstem Schritt. Außerdem soll der Rückzug zehn Tage nach Beginn des Implementierungsprozesses (D-Day) abgeschlossen sein. Irak hat auch die Bestimmung in dem Implementierungsplan des VN-GS vom 16.9. abgelehnt, wonach diesem im Falle der Nichteinigung über einzelne Punkte ein Entscheidungsrecht zukommt." Vgl. Referat 230, Bd. 158099.

25 Korrigiert aus: „Larijani".

26 Der iranische Außenminister Velayati begleitete Präsident Khamenei bei dessen Reise zur VN-Generalversammlung.

Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Khamenei und Velayati am 22. September 1987 in New York vgl. Dok. 267.

27 Korrigiert aus: „Velayati".

28 Der stellvertretende iranische Außenminister Larijani führte vom 2. bis 4. Dezember 1987 Gespräche in New York. Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 3. Dezember 1987, der Persönliche Referent des VN-Generalsekretärs, Picco, habe vertraulich mitgeteilt, die Gespräche Larijanis mit Pérez de Cuéllar seien enttäuschend verlaufen: „Zwar sei Larijani nicht grundsätzlich hinter die bisherigen Teheraner Zusagen zurückgegangen, allerdings habe er bei den kritischen Punkten, bei denen Iran bisher in den Gesprächen mit VN-GS konstruktive ‚Ambiguität' zeigte, Präzisierungen gegeben, die keine positive Auslegung mehr zuließen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3372; Referat 230, Bd. 158100.

29 Korrigiert aus: „Larijani".

30 Der italienische Außenminister Andreotti und der iranische Außenminister Velayati führten am 2. Juli 1987 Gespräche in Rom.

BM ergänzte, die Erklärung der Arabischen Liga auf dem Gipfel in Amman[31] und die jüngsten Äußerungen von Gromyko[32] wiesen in dieselbe Richtung. Namentlich Gromyko habe auf den Iran Druck ausüben wollen, schon um den Eindruck zu vermeiden, die SU habe sich etwa vor dem Treffen Reagan–Gorbatschow in Washington[33] nicht weit genug im Golf-Konflikt bewegt.

AM hierzu abschließend: Sofern es zu einem weiteren Vorschlag des VN-GS in dieser Frage kommen sollte, werde die SU aller Voraussicht nach kein Veto im SR hiergegen einlegen.

6) NATO-AM-Konferenz in Brüssel

BM wies darauf hin, alles hänge jetzt von dem Ergebnis der Gespräche in Washington ab. Wir wollten zunächst die Haltung der Partner zum Ergebnis und zum weiteren Procedere hören. Jedenfalls werde die Abrüstungsfrage nicht durch das INF-Abkommen erledigt. Der nächste Schritt sei es, bei der Abrüstungskonferenz in Genf Fortschritte zu erzielen. Vor allem müsse nunmehr auch zu konventionellen Fragen etwas gesagt werden. Dies sei das große Problem. Dies müsse auch der Osten erkennen und sich zu asymmetrischen Abrüstungsverhandlungen bereit erklären. Leider fehle es im Westen noch an einer einheitlichen Linie. Er habe noch heute morgen in einem Radio-Interview gesagt, man müsse Gorbatschow beim Wort nehmen, aber er müsse den Worten dann auch Taten folgen lassen.[34]

Im übrigen sei ihm die Unbeweglichkeit des Westens gegenüber der Möglichkeit eines Abbaus von Raketen kürzerer Reichweite unverständlich. In Reykjavik[35] habe man sich auf gleiche Obergrenzen verständigt. Er verstehe nicht die Angst vor einer totalen Null-Lösung, auch nicht die westlichen Klagen, daß man über weniger Raketen verfüge als der Osten. Gleichwohl müsse man deutlich sehen, daß der Verbleib von 650 sowjetischen Scud-Raketen in Mitteleuropa weiter ein

31 Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

32 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 8. Dezember 1987: „Vors[itzender] des Präsidiums des Obersten Sowjets, Gromyko, empfing, für Moskauer Verhältnisse ungewöhnlich, am 4.12.1987 hiesigen iran[ischen] Botschafter Heirani Nobari, der eine Botschaft der iranischen Führung überbrachte." Gromyko habe die iranische Haltung kritisiert und auf „einer sofortigen Implementierung der VN-SR-Res[olution] 598" bestanden: „Falls dies nicht geschehe, könnte Frage weiterer Schritte, die eine Implementierung sicherstellen, auf die TO gesetzt werden." Meyer-Landrut folgerte: „War die SU lange bemüht, einer Belastung der mühsam aufgebauten Dialogbeziehung zu Iran durch eine zu eindeutige Stellungnahme zu einer Sanktionsresolution aus dem Weg zu gehen […], so wird die Lage jetzt offenbar anders eingeschätzt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3908; Referat 230, Bd. 158100.

33 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

34 In einem Interview mit dem Deutschlandfunk betonte Bundesminister Genscher die Rolle der Bundesregierung beim Zustandekommen und der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, der die doppelte Null-Lösung im bevorstehenden INF-Abkommen ermöglicht habe. Dies sei allerdings nur der Auftakt zu weiteren Abrüstungsschritten: „Wir sind jetzt dabei, in der NATO unsere Vorstellungen von der konventionellen Abrüstung einzuführen, und hier gibt es eine östliche Überlegenheit, was der Osten auch gar nicht bestreitet; nachdem Gorbatschow seinen Worten Taten folgen ließ bei den Mittelstreckenraketen, glaube ich, daß wir Anlaß zu der Annahme haben, daß das auch geschehen wird bei der konventionellen Abrüstung. Wir bemühen uns darum, daß die Verhandlungen über chemische Waffen im kommenden Jahr abgeschlossen werden können, und zwar über das weltweite Verbot der chemischen Waffen, und wir bereiten Verhandlungen vor auch für gleiche Obergrenzen bei den Raketen kürzerer Reichweite." Vgl. die Pressemitteilung Nr. 1234/87 vom 7. Dezember 1987; Referat 013, Bd. 179068.

35 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

Störfaktor bleibe, der eine Bedrohung für nahezu die Hälfte aller Bündnispartner darstelle. Hier müßten wir gemeinsam auf weitere Abrüstungsfortschritte drängen. Es dürfe keine Abrüstungspause eintreten. Darüber hinaus strebten wir eine Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses allgemein an.

In dem Plattform-Papier der WEU[36] seien gute Formulierungen zur Entspannung enthalten. Leider müßten diese Formulierungen nunmehr in der NATO völlig neu diskutiert werden. Dies sei nicht logisch. Bei dem NATO-AM-Treffen müßten wir daher deutlich machen, daß eine sehr politische Erklärung benötigt werde, nicht nur eine Beifallskundgebung für das Ergebnis der Gespräche in Washington.

AM erwiderte, er habe den Eindruck, daß bei den letzten NATO-Ratstagungen Grundgedanken der Plattform bereits eine arbeitsfähige Grundlage gebildet hätten. US-AM Shultz habe von einer Parallelität des Vorgehens bei konventionellen und strategischen Waffen gesprochen, auch bei Raketen kürzerer Reichweite.

Er persönlich glaube, daß der Gedanke eines parallelen Vorgehens neue Geltung habe. Namentlich mit Blick auf die konventionellen Kräfte müsse der Westen den politischen Willen bekunden, ein Gleichgewicht der Rüstung auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen. Dies sei der Grundgedanke der Plattform. Das Treffen der NATO-AM am kommenden Freitag[37] solle den Eindruck vermitteln, daß man mit dem bisher Erreichten zwar zufrieden sei, gleichwohl aber weitere Fortschritte erreichen müsse.

Nach dem Abbau von Nuklearwaffen in Teilbereichen komme es nunmehr auch auf das konventionelle Gleichgewicht an. Hier brauche man vernünftige Vorschläge. Ein entsprechender Beschluß sollte nicht zu schwierig zu erreichen sein. Er wisse zwar, daß beide europäische Nuklearmächte, F und GB, mit den bisher erreichten nuklearen Abrüstungsvereinbarungen nicht sehr zufrieden seien. Frau Thatcher werde aber möglicherweise nach ihrem Sondertreffen mit Gorbatschow versöhnlicher gestimmt sein.[38] Das Hauptproblem bleibe F.

BM ergänzte, der Abbau der strategischen Waffen sei für uns entscheidend. Diejenigen Staaten, die bisher noch keine derartigen Waffensysteme besessen hätten, dürften durch den Gang der Verhandlungen auf keinen Fall ermuntert werden, solche nunmehr anzuschaffen.

Botschafter *Ruth* betonte, aus seiner langjährigen Kenntnis des Abrüstungsgeschäfts[39] erschienen ihm zwei Ergebnisse wichtig:

– Die USA müßten auch konventionell in Europa präsent bleiben.
– Die Europäer müßten in Fragen der nuklearen Abrüstung ein Mitspracherecht behalten.

Der gegenwärtige Vertrag sei aus unserer Sicht zu begrüßen. Das Treffen Reagan/Gorbatschow werde zu einem spektakulären Vertrag über den Abbau strategischer Waffen führen. Dadurch sei die Aufmerksamkeit auf die bilaterale nukleare Abrüstung gelenkt worden. Dadurch werde allerdings auch die Gefahr begründet,

36 Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vgl. Dok. 297, Anm. 27.
37 11. Dezember 1987.
38 Zum Treffen der Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1987 in Brize Norton vgl. Dok. 359.
39 Friedrich Ruth war von 1977 bis 1986 Abrüstungsbeauftragter der Bundesregierung.

daß Abrüstungsgespräche künftig nur noch bilateral zwischen den Supermächten geführt werden. Um dies zu verhindern, müßten wir uns aktiv an den CW-Abrüstungsgesprächen in Genf[40] beteiligen, an denen Europa ein fundamentales Interesse habe.

AM stimmte dieser Auffassung zu. Dabei dürfe nie der Eindruck vermittelt werden, als ob die Europäer im Gegensatz zu den USA stünden. Insofern komme der KSZE besondere Bedeutung zu, da Kanada und USA hierbei als Mitglieder der europäischen Interessengemeinschaft festgeschrieben worden seien. Vor allem sei es wichtig, sich nicht nur auf das Urteil der eigenen militärischen Fachleute zu verlassen, die oft eine übertriebene Sicherheitstendenz verfolgten.

BM hierzu: Er halte gerade auf diesem Gebiet den Primat der Politik für wesentlich. Dazu gehöre, daß die Generale die Sicherheit gewährleisteten. Die politischen Erklärungen allerdings müßten von den Politikern abgegeben werden. Hierzu fühle er sich besonders der Jugend gegenüber verpflichtet, der man klarmachen müßte, warum sie ihre Wehrpflicht zu leisten habe. Er hoffe, daß es in Washington gelingen werde, darzutun, daß der INF-Vertrag[41] eine ursprüngliche Idee des Westens war, nicht von Gorbatschow.

AM pflichtete dieser Auffassung bei. Die Richtigkeit des NATO-Doppelbeschlusses[42] habe sich jetzt bestätigt.

Zum Thema der konventionellen Abrüstung wolle er noch anmerken, bei den Wiener Gesprächen[43] sei nach seinem Eindruck bisher nur Konversation betrieben worden. Namentlich die USA hätten noch viel dazuzulernen. Hier wie auch bei den Nahost-Gesprächen erweise es sich als Nachteil, daß die politischen Führungskräfte in den USA zu schnell ausgewechselt wurden. Dies sei ein Strukturfehler, den sich eine Weltmacht wie die USA im Grunde nicht erlauben könne.

Referat 206 (203), Bd. 140532

40 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

41 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

42 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

43 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

358

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3683 **Aufgabe: 7. Dezember 1987, 15.55 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 7. Dezember 1987, 16.23 Uhr**

Betr.: ER 4./5.12.1987 in Kopenhagen[2];
hier: Ergebnis im Überblick

Zur Unterrichtung

1) ER verabschiedete drei Erklärungen zu
– Ost-West-Beziehungen,
– Naher und Mittlerer Osten sowie
– Afghanistan.[3]

2) Zum inhaltlichen Schwerpunktthema – Delors-Paket[4] – war noch keine endgültige Entscheidung über die Grundsatzfragen möglich. Hier konnte sich der ER nur auf die folgenden vier Prinzipien einigen:
– Die Strukturfonds[5] werden deutlich erhöht und konzentriert,
– es wird eine vierten Einnahmequelle[6] geschaffen,
– es werden Stabilisatoren in die GAP eingeführt,
– der Grundsatz der HH-Disziplin[7] wird bestätigt.

Der ER hat sich deshalb auf den 11./12. Februar 1988 in Brüssel vertagt.[8]

3) Vertagung wurde notwendig, weil der von der Präsidentschaft[9] am Morgen des zweiten Verhandlungstages vorgelegte Globalkompromiß[10] nicht die Voraussetzungen eines ausgewogenen, für alle zwölf MS annehmbaren Kompromißpakets erfüllte. Das Präsidentschaftspapier basierte weitgehend auf KOM-Vorschlägen und begünstigte GB mit seinen Forderungen zur Agrarpolitik und beim GB-Ausgleich[11].

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Hennig, Brüssel (EG), konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Richter am 7. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schilling verfügte.
Hat Schilling am 8. Dezember 1987 vorgelegen.

2 Zum Verlauf der Tagung des Europäischen Rats vgl. ferner die Aufzeichnung des Botschaftsrats Hennig, Brüssel (EG), vom 4./5. Dezember 1987; Referat 412, Bd. 168707.

3 Für den Wortlaut der Erklärungen des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen zu den Ost-West-Beziehungen, zum Nahen und Mittleren Osten sowie zu Afghanistan vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 143 f.

4 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

5 Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 346, Anm. 5.

6 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

7 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission zur Haushaltsdisziplin vgl. Dok. 315, Anm. 24.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. AAPD 1988.

9 Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

10 Vgl. dazu das Papier „Aufzeichnung des Vorsitzes“ der dänischen EG-Ratspräsidentschaft vom 5. Dezember 1987 (SN/3919/2/87); Referat 410, Bd. 141612.

11 Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

3.1) Die Agrar-Leitlinie enthielt nicht die aus unserer Sicht notwendige jährliche Steigerung bis zur vollen Höhe des BSP-Wachstums, was eine Herabstufung der Landwirtschaft gegenüber anderen Gemeinschaftspolitiken bedeutet hätte. Auch die Garantieschwelle bei Getreide von 158 Mio. t lag unter dem für uns und F akzeptablen Niveau von mindestens 160 Mio. t. Kompromißvorschlag kam darüber hinaus unserem Ansatz einer gezielten EG-weiten Mengenrückführung (set aside) nur unzureichend entgegen.

3.2) Bei der Berichtigung der Ungleichgewichte (GB-Ausgleich) sah der Präsidentschaftskompromiß faktisch eine Perpetuierung von Fontainebleau[12] vor. Dies war für eine ganze Reihe von Delegationen nicht akzeptabel.

3.3) Bei den Strukturfonds hätte das Präsidentschaftspapier bis 1992 zu einer Erhöhung von 11,4 Mrd. ECU real (d. h. mehr als die von uns genannten 50 v. H. nominal) und zu realer Verdopplung bis 1995 geführt. Für die südlichen MS war selbst diese Erhöhung nicht ausreichend.

3.4) Die vorgeschlagene Ausgestaltung der vierten Einnahmequelle als Differenz zwischen dem BSP und 1,4 v. H. MwSt.-Bemessungsgrundlage mit Degressivität auf 1,0 v. H. bis 1992 lehnte I kategorisch ab.

4) Wir bedauern, daß ein Kompromiß auf dieser Grundlage nicht möglich war. Die D-Seite war bereit, ihren Beitrag zur Verabschiedung des Delors-Pakets zu leisten. Davon zeugt die vom BK angedeutete Bereitschaft, bei den Eigenmitteln der Gemeinschaft für 1992 bis 1,3 v. H. des Gesamtbetrags des BSP der Gemeinschaft zu akzeptieren sowie die von uns genannte 50-prozentige nominale Steigerung der Ausgaben für die Strukturfonds. Daß die in Kopenhagen angestrebten Grundsatzentscheidungen nicht zu treffen waren, ist angesichts der Herausforderungen, vor die sich die Gemeinschaft z. Zt. gestellt sieht, bedauerlich. Kopenhagen hat gezeigt, daß die Zeit nicht zuletzt auch wegen der Komplexität der anstehenden Fragen für eine politische Lösung noch nicht reif war.

5) Es wird nun Aufgabe der D-Präsidentschaft ab 1.1.1988 sein, die Positionen insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Strukturfonds und GB-Ausgleich soweit anzunähern, daß Entscheidungen über die politisch relevanten Fragen des Delors-Pakets möglich werden. Die Einigung der Zwölf über die internen Probleme der Gemeinschaft ist auch vor dem Hintergrund externer Faktoren, namentlich der weltwirtschaftlichen Entwicklung und den Ereignissen an den Devisenmärkten und Börsen[13], dringend geboten. Hierzu ist jedoch politischer Wille und ein Minimum an Kompromißbereitschaft aller Beteiligten vonnöten. Eine weitere substantielle Verzögerung der Reform der Gemeinschaft könnte auch zu Zeitverschiebungen für die Verwirklichung des Binnenmarktes[14] führen, ein Thema, das wir zu einem Schwerpunkt unserer Präsidentschaft machen wollen.

[gez.] Ungerer

Referat 200, Bd. 134811

12 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

13 Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

14 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

359

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-7101/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1639
Citissime

Aufgabe: 8. Dezember 1987, 18.44 Uhr[1]
Ankunft: 8. Dezember 1987, 19.24 Uhr

Betr.: Zwischenaufenthalt Gorbatschows in Großbritannien am 7.12.1987[2]

Zur Unterrichtung

1) Bei „private luncheon" 8.12. berichtete StV GB[3] mit nachdrücklicher Bitte um vertrauliche Behandlung auf Grundlage Informierung Präsident Reagans durch PM Thatcher über Zwischenaufenthalt Brize Norton:

Gorbatschow habe „lebhaften und zuversichtlichen" Eindruck gemacht. Nichts habe auf Schwierigkeiten zu Hause hingedeutet. Er sei fest entschlossen, Reformkurs im eigenen Lande voranzubringen, und sei in eindrucksvoller Weise Perestroika und Glasnost verpflichtet. Auch im Rüstungskontrollbereich wolle er – Schritt um Schritt – echte Fortschritte. Man habe Eindruck, daß GS nicht beabsichtige, START durch D+S-Komplex[4] zu blockieren.

2) Gespräche hätten in ausgezeichneter Atmosphäre stattgefunden. GS habe sich äußerst erfreut („highly delighted") über INF-Vertrag[5] geäußert. Thatcher habe im Hinblick auf Ratifizierung angeregt, bei Menschenrechtsfragen und hinsichtlich Afghanistans Entgegenkommen zu zeigen, doch sei die Reaktion darauf recht empfindlich („rather touchy") gewesen.

Zu Afghanistan habe PM zu Truppenrückzug im nächsten Jahr geraten. GS habe gemeint, westliche Versorgung Widerstandskämpfer mit Waffen würde Lösung hinauszögern. Bei Entscheidung müßten alle Elemente („all components") berücksichtigt werden. In Sachen Menschenrechte habe PM angeregt, voranzumachen („step up"). Sie habe vor allem für stärkere jüdische Auswanderung, Familienzusammenführung und Änderung „repressiver Gesetze" plädiert. GS habe „stachlig" („prickly") reagiert. Man werde das tun, was man für richtig halte.

Hinsichtlich START habe sich Gorbatschow optimistisch gegeben. PM habe zu „glaubwürdigen" Vorschlägen vor allem bei Verifizierung mobiler Systeme geraten, worauf GS sich zuversichtlich geäußert habe, daß Problematik lösbar sei.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen am 9. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „213 mit der Bitte um Übernahme zuständigkeitshalber. 205 hat Ablichtung."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 9. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Libal „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" und an Legationsrat I. Klasse Brett verfügte.
Hat Libal und Brett am 9. Dezember 1987 vorgelegen.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, war auf dem Weg in die USA, die er vom 7. bis 10. Dezember 1987 besuchte. Vgl. dazu Dok. 364 und Dok. 365.

3 Michael Alexander.

4 „Defense-and-Space"-Komplex.

5 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

Bei Erörterung von SDI habe Gorbatschow ein „linkage“ zu START nicht erwähnt. Thatcher habe es als erforderlich bezeichnet, daß beide Seiten während gewisser Anzahl von Jahren ABM-Vertrag einhalten und daß beide Art und Weise einschlägiger Aktivitäten klarmachen („spell out“). Es gelte, Vorhersehbarkeit sicherzustellen. Auf Frage Gorbatschows nach Verifizierung habe sie ausgeführt, eine solche sei bei Forschung nicht möglich. Notwendig sei Zusage, sich an ABM-Vertrag zu halten, nicht zu dislozieren und sich über Absichten gegenseitig zu unterrichten.

Zur Notwendigkeit von Kernwaffen im allgemeinen habe Thatcher erneut unterstrichen, daß diesen weiterhin wichtige Rolle zukomme und daß britische Systeme zunächst von Verhandlungen ausgeschlossen sein müßten; man benötige ein absolutes („irreducible“) Minimum für Abschreckung.

Gorbatschow habe auf hohe Priorität von KRK hingewiesen. Es sei damit zu rechnen, daß er diesen Punkt in Washington vorantreiben werde. Er habe bemerkt, Westen sei bisher hier wie Katze um heißen Brei herumgeschlichen. Auch bei CW werde GS drängen. Er habe gemeint, daß britischer Enthusiasmus wohl von US gedämpft worden sei. PM habe Notwendigkeit angemessener Verifizierung unterstrichen.

3) Aus Gespräch zwischen Howe und Schewardnadse sei erwähnenswert: Letzte Hindernisse für INF-Vertrag seien erst in Nacht vor Abflug gelöst worden. Schewardnadse habe – bemerkenswerterweise – Beitrag europäischer Alliierter gewürdigt. Abkommen stelle ersten Schritt auf kernwaffenfreie Welt hin dar. Bei CW habe er sich optimistisch geäußert, zu Verifikationsregime zu kommen. GB sei hier leider in letzter Zeit weniger aktiv gewesen. US und F machten SU Sorgen.

Howe habe gesagt, KRK müsse sich auf nichtnukleare Waffen konzentrieren, doch habe er eingeräumt, dies schließe nicht notwendigerweise aus, daß man „Dual-capable“-Systeme erörtere. Schewardnadse habe letzterem zugestimmt und gemeint, das könne Grundlage für Kompromiß darstellen. (StV F[6] unterstrich insoweit, man sei strikt gegen Behandlung derartiger Systeme bei KRK, und er sei sicher, daß Äußerung Howes in Paris wenig Freude auslösen werde.)

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13475 (213)

6 Gabriel Robin.

360

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 5242 **Aufgabe: 8. Dezember 1987, 22.01 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 9. Dezember 1987, 04.15 Uhr**

Betr.: Unterzeichnung des INF-Abkommens[2] durch Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Washington am 8.12.1987[3]

In einer halbstündigen Zeremonie im Ostraum des Weißen Hauses fand heute mittag gegen 14.00 Uhr die Unterzeichnung des Vertrages statt, den Präsident Reagan als historische Vereinbarung und Generalsekretär Gorbatschow als große Chance auf dem Weg aus der Katastrophe bezeichnete.

Erst zwölf Stunden vorher war es gelungen, die Arbeit am Vertragstext abzuschließen (in der vorliegenden Fassung 129 Seiten, davon 73 für das noch nicht veröffentlichte Datenmemorandum mit den genauen Angaben für alle erfaßten Waffen).

Zur Unterzeichnungszeremonie waren neben dem Kabinett und vielen prominenten Kongreßmitgliedern auch die Botschafter der Staaten der NATO und des Warschauer Paktes sowie einige weitere Botschafter gebeten worden. Kurzen Statements vor der Unterzeichnung folgten im Anschluß an die Zeremonie vom Fernsehen direkt übertragene Erklärungen beider Politiker aus dem offiziellen Bankettsaal des Weißen Hauses.[4] Präsident Reagan nannte die Null-Lösung einen „entwaffnend einfachen" Vorschlag. Er habe dennoch eine dramatische Veränderung des Denkens erfordert. Doch es sei gelungen, „diese unmögliche Vision Realität werden zu lassen". Der Präsident ließ auch diese Gelegenheit nicht aus, trotz verbindlicher Form auf „die starken und grundsätzlichen moralischen Unterschiede hinzuweisen, die zwischen beiden Staaten stünden". In der Fernsehansprache[5] erinnerte er daran, daß echtes internationales Vertrauen und Sicherheit unvorstellbar seien ohne offene Gesellschaften mit dem Recht auf freie Information, Gewissensfreiheit, der Freiheit zur Veröffentlichung und zum Reisen. Der Präsident unterließ es auch nicht, noch einmal auf die erheblich größere Zahl zu vernichtender sowjetischer Waffen hinzuweisen. Während

1 Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 9. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationssekretär Haller verfügte.
Hat Wagner, Mülmenstädt und Haller vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Vertrags vom 8. Dezember 1987 über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug).

3 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu auch Dok. 364 und Dok. 365. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, S. 602–680.

4 Für den Wortlaut der Erklärungen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei der Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1455 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 16–18.

5 Für den Wortlaut der live im amerikanischen und sowjetischen Fernsehen gesendeten Ansprache des Präsidenten Reagan vom 8. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1486 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 9. Dezember 1987, S. 1–3.

Reagan in seiner Ansprache als weitere Schritte auf der Abrüstungsagenda strategische und konventionelle Waffen erwähnte, wies GS Gorbatschow noch zusätzlich auf die Notwendigkeit eines weltweiten CW-Verbotes hin. Der GS gab sich betont entschlossen und aktiv, er zitierte Ralph Waldo Emerson „the reward of a thing well done is to have done it“[6], und fügte hinzu: „Also belohnen wir uns, indem wir uns an die Arbeit machen“. In seiner Fernsehansprache nannte Gorbatschow den Vertrag eine große Wasserscheide in den internationalen Beziehungen.[7] Unter Berufung auf Lenin bezeichnete er eine Welt ohne Waffen und Gewalt als das Ideal seines Landes. Es gehe nicht nur um militärische, sondern auch um wirtschaftliche Sicherheit, die Völker wollten in einer demokratischen und freien Welt leben, in der jede Nation das Recht zur eigenen gesellschaftlichen Entscheidung ohne Einmischung von außen habe. Um dieses Ziel zu erreichen, brauche man schöpferischen Mut, neues Denken und eine richtige Einschätzung und Beachtung der Interessen anderer Nationen. Im Namen der sowjetischen Führung und des ganzen Volkes erkläre er, daß sein Land jetzt und in Zukunft ernsthaft und verantwortlich handeln werde, man kenne das eigene Interesse, versuche sich mit den Interessen der anderen auszugleichen und sei bereit, sich auf halbem Weg als Gleiche zu treffen. Er zeigte ausdrücklich dem „amerikanischen Partner“ Anerkennung für das Zustandekommen des Vertrages. Einige würden nun fragen, wer dabei gewonnen habe, er lehne diesen Ansatz ab, Vernunft und „common sense“ hätten gewonnen.

Unmittelbar im Anschluß an die Zeremonie befragt, ob er Gorbatschow zustimme, daß der Vertrag eine Wasserscheide darstelle, antwortete Senator Nunn: Vielleicht wird es ein Wendepunkt sein, erst die Geschichte kann das entscheiden. Sehr viel hängt von den Menschenrechten ab und sehr viel von Afghanistan. Wenn die SU Afghanistan verläßt, wenn sie ihren eigenen Bürgern mehr Menschenrechte, das Recht auf religiöse Freiheit, auf Auswanderung zubilligt, dann glaube ich, können wir wirklich zurückblicken und sagen: Hier wurde etwas Neues begonnen.

[gez.] Ruhfus

Referat 220, Bd. 144781

6 Vgl. Ralph Waldo EMERSON, The Complete Works of Ralph Waldo Emerson, Second Series: Essays, Boston/New York 1902, S. 283.

7 Für den Wortlaut der live im amerikanischen und sowjetischen Fernsehen gesendeten Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. Dezember 1987 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 465–468.

361

Botschafter Elsäßer, Kairo, an das Auswärtige Amt

114-7115/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2166
Citissime

Aufgabe: 9. Dezember 1987, 14.45 Uhr[1]
Ankunft: 9. Dezember 1987, 15.43 Uhr

Betr.: BM-Besuch Kairo 7./8.12.1987[2];
hier: Gespräch BM mit Präsident Mubarak am 8.12.

1) Die 1 Std. 45 Minuten dauernde Unterredung (einschließlich Gespräch während des Mittagessens) wird im folgenden Gedächtnisprotokoll zusammengefaßt. BM hat noch nicht gebilligt.

Am Gespräch nahmen teil: BM, Mubarak, AM Meguid, Dg 31[3] und Botschafter Elsäßer.

2) Vermerk

BM eröffnete das Gespräch, indem er Mubarak zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu neun arabischen Staaten beglückwünschte.[4] Er würdigte die übrigen Ergebnisse des Gipfels von Amman[5] und verwies auf die EG-Erklärung in den „Press Guide Lines" von Kopenhagen[6]. Präsident Mubarak schilderte die gute ägyptische Vorarbeit des Gipfels, die es u. a. Syrien unmöglich gemacht habe, sich dem Beschluß entgegenzustellen, wonach es allen arabischen Staaten freigestellt wurde, ihre Beziehungen zu Ägypten wieder aufzunehmen. So habe denn auch Hafiz Assad letztlich unterschrieben.

Auf die Haltung Algeriens und Tunesiens angesprochen, meinte Mubarak, Tunesien sei ein kleines Land, Algeriens Haltung zweifellos unverständlich. Erst habe

1 Der Bereitschaftsdienst vermerkte am 9. Dezember 1987 handschriftlich: „H[errn] Worbs, 310, von Eingang unterrichtet."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 10. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Worbs am 10. Dezember 1987 vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat Stoecker teilte am 10. Dezember 1987 mit, Bundesminister Genscher habe bei seinem Aufenthalt in Ägypten ein Doppelbesteuerungs- und ein Umschuldungsabkommen unterzeichnet: „Die beiden unterzeichneten Abkommen und die kurz zuvor beschlossene Eröffnung eines Plafonds von Hermes-Bürgschaften in Höhe von etwa 300 Mio. DM stellen einen Beweis für unser Interesse an wirtschaftlicher und politischer Stabilität in Ägypten dar." Vgl. den Runderlaß; Referat 310, Bd. 149559.

3 Heinz Fiedler.

4 Zur Neuregelung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga und Ägypten vgl. Dok. 322, Anm. 11.
Botschafter Elsäßer, Kairo, unterrichtete am 18. November 1987: „Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen (in den letzten Tagen mit Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Marokko, Nordjemen, Saudi-Arabien, Bahrain – Katar wird morgen erwartet, Tunis und Algerien wohl erst später) wird hier nicht so interpretiert, als indossierten diese Länder nachträglich Camp David. Im hiesigen AM wird aber auch hervorgehoben, Ägypten habe keine substantiellen Abstriche an seiner Politik gegenüber Israel machen müssen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2022; Referat 310, Bd. 141124.

5 Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

6 Die Wörter „Press Guide Lines" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.
Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen zum Nahen und Mittleren Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 143 f.

Algerien sich vor dem Gipfel für die Beziehungen ausgesprochen, dann habe es danach versucht, Mauretanien von der Wiederaufnahme abzuhalten. Algerien sei immer unberechenbar gewesen. Jetzt genüge es ihm nicht mehr, daß Algerien einseitig die Beziehungen aufnehme. Es sei Ägypten gewesen, das die Beziehungen zu Algerien als einem Staat der ehemaligen Ablehnungsfront eingefroren habe. Wolle Algerien jetzt die Beziehungen aufnehmen, bedürfe es der Zustimmung Ägyptens. Syrien und Algerien hätten sich selbst isoliert. Libyen und Südjemen seien es schon lange. Er erwarte, daß Syrien über kurz oder lang auf Ägypten zukommen werde.

BM fragte nach der künftigen Rolle der Arabischen Liga.

Mubarak erklärte, Ägypten laufe ihr auf keinen Fall nach, ja sei sogar im Augenblick nicht daran interessiert, in sie wieder aufgenommen zu werden.[7] Die AL sei „dead".

BM würdigte die Fortschritte des Amman-Gipfels in Richtung auf die arabische Einheit.

Mubarak entgegnete, die arabische Einheit, das sei eine schwierige Sache. Mit den eigentlichen Arabern sei es relativ leicht. Man müsse sich nur auf ihre Mentalität einstellen. Länder wie Syrien, Libanon, Palästina, selbst Jordanien seien dagegen eine komplexe Sache für sich. Die nordafrikanischen Staaten ihrerseits seien erfahrungsgemäß völlig unberechenbar. Das müsse er leider auch für Marokko sagen, wo er viele Freunde besäße.

BM kam danach auf die Lage in Syrien zu sprechen.

Mubarak berichtete, Ägypten habe viele Freunde in Syrien, mit denen es laufende geheime Kontakte gäbe. Hafiz Assad kenne er noch aus dessen Zeit als Pilot in Heliopolis. Er habe viele Nächte mit ihm diskutiert. Mubarak schilderte dann Beispiele der Korruption im Umkreis von Hafiz Assad. Dabei ging er im einzelnen auf Rifaat Assad, Khaddam und deren geschäftliche Aktivitäten ein. Er mokierte sich insbesondere über die syrische Schnorrerei bei den Golfstaaten und darüber, wie letzten Endes doch alles ans Licht käme.

BM bat Mubarak um Einschätzung der Chancen für eine IK[8], wobei er an die EG-Erklärung vom 23.2.1987[9] und die deutsche Initiative hierzu erinnerte.

Mubarak erklärte, er sähe zunächst kein Chance für eine IK, zumindest so lange nicht, als MP Shamir das Sagen habe. Washington folge meist Shamir. Hätten die USA sich rechtzeitig für eine IK ausgesprochen, hätte das Peres sehr geholfen. Die IK sei und bleibe der einzig realistische Weg. Jordanien brauche die IK als Schirm, darunter müsse es zu direkten Verhandlungen kommen. Er, Mubarak, verstehe nicht, wieso man sich dagegen stemme, denn bei diesen direkten Verhandlungen könne ja keine Partei zu etwas gezwungen werden, was sie nicht

7 Auf ihrer Konferenz vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad beschlossen die Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten wegen der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags am 26. März 1979 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten. Zu den weiteren Beschlüssen teilte Botschafter Menne, Bagdad, am 1. April 1979 mit, daß die Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga „ab sofort" eingefroren und der Sitz der Arabischen Liga nach Tunis verlegt werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

8 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

9 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1987 in Brüssel zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f.

wolle. AM Shultz sei bekanntlich vor kurzem hier gewesen.[10] Er habe König Hussein zu überreden versucht, mit Shamir anläßlich des Reagan-Gorbatschow-Gipfels in Washington[11] zusammenzutreffen. Das sei eine unannehmbare Idee Shamirs gewesen.

BM verwies auf die neuerdings veränderte IK-positive Einstellung wesentlicher jüdischer Kreise in den USA.

Mubarak sagte, er verstehe nicht, wieso man in Washington primär auf Shamir höre. Mubarak zeigte daraufhin die am Vorabend des Gesprächs eingegangene Antwort Reagans auf eine Botschaft Mubaraks an Reagan und Gorbatschow anläßlich des Washingtoner Gipfels. In dieser Antwort steht zu lesen: „We remain committed to an international conference." Mubarak erklärte, es sei ihm unklar, ob dies eine wirkliche Umkehr der US-Haltung sei.

BM verwies auf die deutsche Präsidentschaft ab dem 1.1.1988[12] und fragte, was Ägypten von uns erwarte.

Mubarak bedankte sich für unsere bisherige Unterstützung und die Haltung der EG hinsichtlich einer IK. Die EG solle weiterhin verstärkt auf Washington und Israel einwirken.

BM ging danach auf die Rolle der PLO ein.

Mubarak äußerte sich leicht abschätzig und meinte, letztlich hätten Israel und die PLO gemeinsam, daß für beide eine wirkliche Lösung des Palästina-Problems kaum wünschenswert sei. Die PLO-Führung lebe seit 22 Jahren außerhalb Palästinas. Sie schwämme unkontrolliert im Geld. In einem Palästinenserstaat gelte es, ordentlich zu regieren und über die dann wohl kargen Finanzen Rechenschaft abzulegen.

BM kam danach auf den Golfkrieg[13] zu sprechen. Er legte unseren bekannten Standpunkt dar und frage nach Mubaraks Bewertung.

Mubarak teilte die Einschätzung des BM. Er gehe davon aus, daß auch die kommende iranische Offensive keinen Durchbruch bringen werde. Der Irak habe sich bisher gut gehalten. Der Iran werde den Druck auf Irak fortsetzen in der Annahme, das Regime Saddam Hussein werde über kurz oder lang von innen zusammenbrechen. Sollte diese iranische Spekulation je aufgehen, breche allerdings am Golf alles zusammen. Letztlich bedürften wohl der Irak wie der Iran des Krieges um der inneren Stabilität willen. Nach dem Krieg breche im Iran ein erheblicher Führungskonflikt aus.

BM und Mubarak stimmten darin überein, daß es gilt, den Krieg zu begrenzen, d.h. jede Auswirkung des Krieges und eine daraus zwingend folgende Erschütterung der Stabilität in der Golfregion zu verhindern.

10 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 16./17. Oktober 1987 in Israel auf und reiste am 17. Oktober 1987 nach Saudi-Arabien weiter, wo er ein Gespräch mit König Fahd führte. Nach erneutem Aufenthalt in Israel vom 17. bis 19. Oktober 1987 führte Shultz am 19. Oktober 1987 ein Gespräch mit Präsident Mubarak in Kairo. Am 19./20. Oktober 1987 traf Shultz mit König Hussein von Jordanien in London zusammen.

11 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

12 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

13 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

BM ging auf die Bedeutung des Reagan-Gorbatschow-Gipfels[14] insgesamt und für die Region im besonderen ein. Er erläuterte zunächst die abrüstungspolitische Relevanz, aber auch die Bedeutung eines Erfolges für die Gorbatschowsche Reformpolitik.

BM fragte in diesem Zusammenhang nach den ägyptisch-sowjetischen Beziehungen.

Mubarak erklärte, diese seien durch Normalität gekennzeichnet. Man rede über Handel. Es gehe u. U. um Ersatzteile für altes russisches Gerät. Die SU habe sich sehr großzügig bei der Schuldenfrage gezeigt, indem sie umgeschuldet habe zu null Prozent Zins, sechs Freijahre und 19 Jahre Tilgung.

Mubarak griff schließlich die Frage der Lage der Bahais in Ägypten[15] auf, einen Punkt, den BM zuvor gegenüber AM Meguid angesprochen hatte[16].

Mubarak legte geradezu emphatisch dar, daß diese Frage die Empfindlichkeit weiter religiöser Kreise in Ägypten berühre, daß es Gesetze gebe, welche er unmöglich abschaffen könne, ohne erhebliche Emotionen zu wecken. Mubarak sprach von religiösen Extremisten, die die Prozesse gegen die Bahais angestrengt hätten. Die Regierung könne da gar nichts tun, ohne heftige Reaktionen der Extremisten zu riskieren. Führe die Bahai-Frage durch Aktionen der Regierung erst einmal zu einer allgemeinen Diskussion, schließe er sogar blutige Ausschreitungen gegen die Bahais selbst nicht aus. Man dürfe auch nicht vergessen, daß der Glaube als solcher nicht strafbar sei, vielmehr sei es die Verbreitung des Glaubens, d. h. die Missionierung. Mubarak bat eindringlich, davon abzusehen, Ägypten in dieser Frage unter Druck zu setzen. Man solle in Europa und den USA eher auf die Bahais einwirken, von jeglicher Missionierungsarbeit in Ägypten abzusehen.[17] Im übrigen drängten gewisse

14 Korrigiert aus: „Reagan-94?-5':%92-Gipfels".

15 Legationsrat Kobler, Kairo, legte am 30. Juli 1987 zur Lage der Bahai in Ägypten dar, die Anhänger dieser Religionsgemeinschaft würden im Land auf 4000 bis 5000 beziffert: „Von offizieller islamischer Seite werden sie als von der schiitisch-islamischen Glaubensrichtung abgefallene Häretiker betrachtet und sehen sich wegen ihrer vom Islam abweichenden Auffassung und Riten […] scharfen Angriffen ausgesetzt. […] Trotz der in Art[ikel] 46 der ägyptischen Verfassung von 1980 verankerten Glaubens- und Religionsausübungsfreiheit sind die Bahai durch Gesetz […] verboten. In vier Verhaftungswellen seit 1960 wurde versucht, der Bewegung Einhalt zu gebieten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1097; Referat 310, Bd. 149554.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter vermerkte am 15. September 1987, auf Initiative der Bundesregierung seien die Botschaften der EG-Mitgliedstaaten in Kairo im Rahmen der EPZ aufgefordert worden, über die Lage der Bahai in Ägypten zu berichten. Dieser Bericht sei nicht befriedigend, auch wenn die Aussage zutreffend sei, „daß Ägypten ein traditionell tolerantes Land ist. Wir hätten daher eine moderat formulierte und stille EPZ-Demarche erhofft, konnten uns damit aber in der EPZ-Arbeitsgruppe Nahost am 25.8.1987 nicht durchsetzen. Die Mehrheit unserer Partner war dafür, einstweilen nicht zu demarchieren, jedenfalls nicht, solange das Gerichtsverfahren andauert. Eine Demarche im Alleingang halten wir nicht für sinnvoll." Vgl. Referat 310, Bd. 149555.

16 Botschafter Elsäßer, Kairo, berichtete am 9. Dezember 1987 über das Gespräch am Vortag: „Bundesminister hat im Vier-Augen-Gespräch mit AM Meguid und in dem Gespräch der beiden Delegationen vor allem die Einschätzung des am gleichen Tage stattfindenden Gipfeltreffens in Washington und seine Auswirkungen auf die künftige Abrüstungspolitik und regionalen Konflikte angesprochen. Im übrigen wurde die Lage im Nahen Osten und im Golfkrieg sowie die Situation der Bahais in Ägypten erörtert." Genscher habe deutlich gemacht, „daß das Bild Ägyptens in der westlichen Öffentlichkeit durch Einschränkungen der Religionsfreiheit und der Menschenrechte getrübt werde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2164; Referat 310, Bd. 149559.

17 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter mit Fragezeichen hervorgehoben.

arabische Länder Ägypten, viel strenger als bisher gegen die Bahais vorzugehen.[18]

3) Zusatz des Verfassers

Präsident Mubarak machte einen sehr selbstsicheren Eindruck. Sein Selbstbewußtsein ist offenkundig durch die Entwicklung des vergangenen Jahres (Wahlerfolge[19], Konferenz von Kuwait[20], Amman-Gipfel) außerordentlich gestiegen. Er hob immer wieder die von persönlicher Wertschätzung getragenen engen Beziehungen zu König Hussein hervor.[21]

[gez.] Elsäßer

VS-Bd. 13647 (311)

18 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter mit Fragezeichen hervorgehoben.
Am 10. Dezember 1987 fragte Richter Ministerialdirigent Jansen, ob er „den deutschen Bahai auf Anfrage" mitteilen könne: „BM hat Thema bei AM + Präsident angesprochen. Ägypter zeigten sich beeindruckt, verwiesen aber gleichzeitig auf delikate Natur der Sache und baten, Thema (insbesondere Tatsache des Ansprechens) nicht öffentlich zu erwähnen. Sie behaupteten, nur ‚Mission' werde verfolgt." Vgl. Referat 310, Bd. 149555.
Jansen notierte am 14. Dezember 1987 auf Richters Vermerk: „Nach Rücksprache mit BM: Einverstanden!" Vgl. Referat 310, Bd. 149555.

19 Botschafter Elsäßer, Kairo, berichtete am 13. April 1987, laut vorläufigem amtlichen Wahlergebnis habe die regierende Nationaldemokratische Partei bei den Parlamentswahlen am 6. April 1987 69,6 % der Stimmen erzielt: „Ob Wahlbetrug oder nicht, sei dahingestellt. Niemand hat je von einer Demokratie im Sinne Westminsters in Ägypten gesprochen. Wichtig ist, daß die legale Opposition bis jetzt (d. h. vor Stichwahl über noch neun Sitze) 101 von 448 Sitzen hat und damit ihre parlamentarische Präsenz in etwa verdoppelte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 730; Referat 310, Bd. 149553.
Am 5. Oktober 1987 fand in Ägypten ein Referendum über die Wiederwahl von Präsident Mubarak statt. Elsäßer teilte dazu am 8. Oktober 1987 mit: „Die in den Nachrichtenagenturen übermittelten Zahlen über die Wiederwahl Präsident Mubaraks (Wahlbeteiligung 88 Prozent, über 97,14 Prozent Ja-Stimmen) sind offenbar überhöht. Mit der Wahlbeteiligung von 88 Prozent (beim Referendum 1981 80 Prozent) soll nicht nur Popularität Mubaraks herausgestellt werden, sondern auch ein wachsendes Bewußtsein für die Wahrnehmung demokratischer Rechte in der Bevölkerung. Tatsache ist, daß Mubarak sich auf eine breite Zustimmung im Volk, wenn auch ohne Enthusiasmus, stützen kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1778; Referat 310, Bd. 149553.

20 Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Islamischen Konferenz vom 26. bis 29. Januar 1987 in Kuwait-Stadt vgl. Dok. 129, Anm. 34.

21 König Hussein führte am 7. Dezember 1987 ein Gespräch mit Präsident Mubarak in Kairo. Botschafter Elsäßer, Kairo, teilte dazu am 6. Dezember 1987 mit: „Mit dem Treffen Hussein/Mubarak wird eine dichte Reihe von Konsultationen zwischen beiden Staatschefs fortgesetzt. Seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und Jordanien im Jahre 1984 ist dies die 22. Begegnung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2147; Referat 310, Bd. 149559.

362

Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), an das Auswärtige Amt

114-7121/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3447
Cito

Aufgabe: 9. Dezember 1987, 10.37 Uhr[1]
Ankunft: 9. Dezember 1987, 17.06 Uhr

Betr.: Militärischer Überfall Südafrikas auf Angola[2];
hier: Unser Verhalten im Sicherheitsrat

Bezug: DB 3397 vom 4.12.1987[3]

Sollte es trotz eventueller Verlängerung der in SR 602 dem VN-GS gesetzten Frist für einen Bericht[4] nicht zum vollständigen militärischen Rückzug Südafrikas aus Angola kommen, so werden wir uns darauf vorbereiten müssen, daß wir zu

1 Hat Ministerialdirigent Jansen am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich behalte mir die Entscheidung persönlich vor."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Bazing und Referat 230 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] W[ei]s[un]g BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff „im Rücklauf" verfügte.
Hat Sudhoff vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz in Vertretung von Richthofen am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der für Bazing und Referat 230 handschriftlich vermerkte: „B[itte] D 2 n[ach] R[ückkehr] sowie D 3/320 unterrichten."
Hat Bazing am 11. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Honsowitz am 15. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Richthofen „z[ur] K[enntnisnahme]" und an Referat 320 verfügte.
Hat Richthofen am 16. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke am 17. Dezember 1987 vorgelegen.

2 Die südafrikanischen Streitkräfte gaben am 11. November 1987 bekannt, sie hätten im Süden Angolas zur Unterstützung der UNITA in deren Kampf mit angolanischen Regierungstruppen eingegriffen und dabei auch gegen sowjetische und kubanische Einheiten gekämpft. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1987, Z 227.

3 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete, die Ständige Vertretung Großbritanniens bei den Vereinten Nationen habe „wegen der für Mitte Dezember zu erwartenden SR-Sitzung über die S[üd]A[frika]-Übergriffe nach Angola" sondiert, ob man „eine Verstärkung der Anwendung des ohnehin gemäß SR-Res[olution] 418 (1977) bereits bestehenden mandatorischen Waffenembargos gegen SA ins Auge" fassen solle. Damit könne eine Situation vermieden werden, bei der wegen des nicht erfolgten Rückzugs südafrikanischer Truppen aus Angola „die Afrikaner in dem bei der SR-Sitzung dann zu erwartenden Resolutionstext wahrscheinlich Sanktionen gemäß Kap[itel] VII der VN-Charta fordern würden". Vgl. Referat 230, Bd. 158199.

4 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 602 des VN-Sicherheitsrats vom 25. November 1987 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 12 f.
Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), teilte am 25. November 1987 zur Resolution mit: „In ihrem Kernteil werden die südafrikanischen ‚Acts of aggression' gegen Angola als ‚flagrante Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität' Angolas verurteilt und der sofortige Rückzug aller S[üd]A[frika]-Truppen aus Angola gefordert. Außerdem wird der VN-GS beauftragt, bis zum 10. Dezember 1987 einen Bericht an den SR über die Implementierung dieser Res[olution] zu erstellen. Auf der Grundlage dieses Berichtes solle dann der SR wieder zusammentreten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3255; Referat 230, Bd. 158127.

dem Entwurf einer weiteren Resolution Stellung zu beziehen haben, mit der Maßnahmen nach Kapitel 7 der Charta[5] angeordnet werden sollen.

Unsere bisherige Haltung im SR zu der gegenwärtigen Intervention Südafrikas in Angola sowie unsere allgemeinen Interessen im südlichen Afrika und in der VN legen es nahe, bei der bevorstehenden Entscheidung die Besonderheiten des Falles Angolas zu berücksichtigen und unser Stimmverhalten daran und nicht an anders gelagerten Situationen auszurichten. Aus hiesiger Sicht sollten wir in Abwägung der Entscheidungselemente in diesem Falle Stimmenthaltung üben.

Begründung

1) In den beiden Fällen, in denen wir dem Veto von USA und GB als einziges SR-Mitglied[6] unsere Nein-Stimme hinzugefügt haben, ging es im Februar 1987 um Sanktionen zur Beseitigung der Apartheid und zur Durchsetzung der Unabhängigkeit Namibias[7], im April 1987 ebenfalls um die Unabhängigkeit Namibias[8]. Beides sind grundlegende politische Zielsetzungen, die wir als Ergebnis breit anzulegender bzw. angelegter Verhandlungsprozesse sehen und anstreben. Wenn wir uns damals entschlossen haben, unsere Bedenken gegen Sanktionen durch eine Nein-Stimme auszudrücken, so war dies nicht als Ablehnung politischer Postulate gemeint, die wir selbst billigen. Zwar haben wir damit – wie die Reaktionen zeigten – bei den Afrikanern und den übrigen Blockfreien wenig Verständnis gefunden[9], zumal auch unsere westlichen Freunde im SR (außer den votierenden MS) eine andere Haltung einnehmen. Aber wir konnten letztlich für das harte Nein ins Feld führen, daß wir in beiden Fällen den breiten Verhandlungsprozeß nicht voll ausgeschöpft sähen und Sanktionen für eine Störung dieser Prozesse hielten.

2) Der jetzige Angola-Fall liegt anders. Hier handelt es sich um einen eindeutigen und von Südafrika zugegebenen militärischen Übergriff. SR 602 stellt dies

5 Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 behandelte „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen". Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 458–465.

6 Seit 1. Januar 1987 gehörte die Bundesrepublik dem VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied an. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 18 f.

7 Zur Abstimmung im VN-Sicherheitsrat am 20. Februar 1987 über Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 54, Anm. 38.

8 Ministerialdirigent Bazing legte am 6. April 1987 für Bundesminister Genscher dar, die blockfreien Staaten hätten für die am selben Tag beginnende Debatte des VN-Sicherheitsrats in New York zur Namibia-Frage einen Resolutionsentwurf vorgelegt, der umfassende mandatorische Sanktionen gegen Südafrika vorsehe: „Da es unsere konstante politische Linie ist, mandatorische Sanktionen, insbesondere aber umfassende mandatorische Sanktionen, abzulehnen, sollten wir auch in diesem Fall mit ‚Nein' stimmen. […] Unsere lange durchgehaltene Linie, in unserer Eigenschaft als Kontaktgruppenmitglied bei allen Namibia betreffenden Fragen Stimmenthaltung zu üben, kann hier nicht angewandt werden: Wenn alle Kontaktgruppenmitglieder sich bei diesem Resolutionsentwurf der Stimme enthielten, würde er mit Mehrheit angenommen werden, da kein Veto ausgesprochen würde." Vgl. Referat 230, Bd. 158134.
Botschafter Lautenschlager, New York (VN), informierte am 9. April 1987 über die Abstimmung am selben Tag: „Wie erwartet, scheiterte der Entwurf an den Nein-Stimmen von USA und GB. Wir stimmten gemäß Bezugs-DE ebenfalls dagegen. F, I und JAN enthielten sich der Stimme. Die übrigen neun SR-Mitglieder stimmten dafür." Vgl. den Drahtbericht Nr. 736; Referat 230, Bd. 158134.

9 Vgl. dazu die Verurteilung der Bundesrepublik bei der OAE-Ministertagung vom 23. Februar bis 1. März 1987 in Addis Abeba; Dok. 134, Anm. 16.

ausdrücklich fest und deutet an, daß der Rahmen von Kapitel 7 („acts of aggression") gegeben ist. Wir selbst haben in unserer SR-Erklärung an Südafrika die Forderung gerichtet, sofort und bedingungslos alle seine Truppen aus Angola zurückzuziehen.[10]

Schon am 6. Mai 1978 (1978) hatten wir in SR 428[11] nach einer Invasion Angolas mit Kapitel 7 gedroht („decides to meet again in the event of further acts of violation of the sovereignty and territorial integrity of the People's Republic of Angola by the South African racist regime in order to consider the adoption of more effective measures, in accordance with the appropriate provisions of the Charter of the United Nations, including chapter 7 thereof") (die Drohung hatte damals zunächst Erfolg).

Was jetzt verlangt wird, ist nicht die Abschaffung eines Systems (Apartheid) oder die Einleitung eines schwierigen Übergangsprozesses (Namibia), sondern eine relativ einfache militärische Bewegung, die schon häufig und teilweise auch schon unter Sanktionendrohung vollzogen worden ist. Gefordert wird von Südafrika ein eng umgrenzter, praktisch kontrollierbarer Schritt zur Beendigung eines Völkerrechtsbruchs. Vollzieht Südafrika den geforderten Schritt, zieht sich also aus Angola zurück, so erledigen sich folgerichtig auch die zur Durchsetzung dieses Rückzugs nach Kapitel 7 der Charter vorgesehenen Maßnahmen (Sanktionen).

Im Lichte des objektiven Tatbestands und unserer eigenen SR-Politik können wir gegen Sanktionen in diesem konkreten Fall nicht vorbringen, es bestehe keine realistische Relation des Mittels zum gewollten Zweck. Daher bleiben nur unsere allgemeinen Einwände als liberale Wirtschaftsmacht gegen ein derartiges Instrument. Um nur diese Bedenken auszudrücken, genügt Enthaltung.

3) Was die Haltung der USA angeht, so ist darauf hinzuweisen, daß sich unsere Angola-Politik wesentlich von der Washingtons[12] unterscheidet, insbesondere hinsichtlich der Legitimität der MPLA-Regierung und der Unterstützung der UNITA. Unsere Kontakte stehen im Rahmen offizieller diplomatischer Beziehungen zu Luanda.[13] Wir akzeptieren das „Cuban linkage" nicht und sprechen Südafrika eindeutig das Recht ab, in Angola militärisch präsent zu sein.

4) Wie BM in seiner OAE[14]-Rede vom 3. Dezember[15] klar vorgezeichnet hat, setzt Bonn jetzt Signale einer neu zu belebenden Afrikapolitik und wendet sich dabei insbesondere dem südlichen Afrika zu. Gerade Angola hat eindrucksvollen Zuspruch erhalten, wonach wir der Destabilisierungspolitik den Kampf ansagen. Mit dem neugewonnenen Vertrauen geht selbstverständlich die Erwartung

10 Die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York übermittelte am 25. November 1987 die Erklärung, die Botschafter Graf York von Wartenburg am Vortag in der Dringlichkeitsdebatte des VN-Sicherheitsrats zu den südafrikanischen Militäroperationen in Angola abgegeben hatte. Vgl. dazu die Fernkopie Nr. 1465; Referat 230, Bd. 158199.

11 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 428 des VN-Sicherheitsrats vom 6. Mai 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 17 f.

12 Vgl. dazu die Gespräche zwischen den USA und Angola; Dok. 303, Anm. 3.

13 Vgl. dazu den Besuch des Bundesministers Genscher am 29./30. Oktober 1987 in Angola; Dok. 303.

14 Korrigiert aus: „OEA".

15 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher anläßlich eines Mittagessens mit den Botschaftern der OAE-Mitgliedstaaten am 3. Dezember 1987 vgl. die Pressemitteilung Nr. 1228 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179068.

einher, daß wir bei Aussagen gegen eine militärische Invasion die uns mögliche Schärfe ausschöpfen und den Angreifern nicht mit unnötiger Deutlichkeit anzeigen, es werde nichts unternommen.[16]

[gez.] York

VS-Bd. 13036 (230/231/232)

363

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

201-363.31-1663/87 geheim **11. Dezember 1987**

Über D 2[1] Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Militärstrategische Rolle von Nuklearwaffen kürzerer Reichweite in einer Post-INF-Ära

Bezug: Aufzeichnung vom 20. November 1987 – 201-363.31-1537/87 geheim[3]

Anlg.: 4[4]

Für den Fall, daß die von BM angeordnete Rücksprache stattfindet, ohne daß Abteilung 2[5] hinzugezogen werden kann, mache ich auf folgendes aufmerksam:

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke unterrichtete am 9. Dezember 1987, der südafrikanische Botschafter Retief habe am 8. Dezember 1987 Ministerialdirigent Sulimma auf die Mitteilung der südafrikanischen Streitkräfte vom 5. Dezember 1987 zum Truppenabzug aus Angola verwiesen. Dieser solle in geordneter Weise bis zum 10. Dezember 1987 erfolgen. Seine Regierung sei daran interessiert, „daß es bei Nichteinhaltung dieser Frist keine Strafmaßnahmen des Sicherheitsrates gebe". Sulimma habe darauf erwidert, die Haltung der Bundesregierung „werde davon abhängen, wie weit der Rückzug tatsächlich erfolgt sei und welche Resolutionsentwürfe dann vorgelegt würden". Vgl. den Drahterlaß Nr. 9977; Referat 320, Bd. 156023.
Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 23. Dezember 1987: „Sicherheitsrat verabschiedete heute einstimmig SR-Res[olution] 606 (1987) […], in der die anhaltende Besetzung angol[anischen] Territoriums durch südafrikan[ische] Sicherheitskräfte nachdrücklich verurteilt wird. Der VN-GS wird darüber hinaus aufgefordert, den völligen Rückzug der südafrikanischen Truppen weiterhin zu überwachen. SA-Regierung soll ihm einen Zeitrahmen für den völligen Abzug liefern und dessen Abschluß bestätigen. Der VN-GS soll zu frühestmöglichem Zeitpunkt dem SR über die Durchführung dieser Res. Bericht erstatten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3618; Referat 230, Bd. 158199.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 606 des VN-Sicherheitsrats vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 13.

1 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 14. Dezember 1987 vorgelegen.
2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 15. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Jansen verfügte „mit der Anregung, eine R[ücksprache] für BM mit Abt[eilung] 2+2A gemeinsam vorzubereiten".
3 Vgl. Dok. 327.
4 Dem Vorgang teilweise beigefügt.
Vgl. Dok. 327 mit den dort beigefügten beiden Anlagen sowie Anm. 8.
5 Die Wörter „ohne" und „2" wurden von Staatsekretär Sudhoff unterstrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Warum sollte dies der Fall sein?"

1) Zu Anmerkung BMs auf Seite 1[6]:

Die Vorlage geht in der Tat von einer unveränderten Lage im konventionellen Bereich aus. Dies um so mehr, als die Haushaltstrends in allen relevanten Ländern der Allianz nicht nur kein reales Wachstum aufweisen, sondern nach unten gerichtet sind – und dies bei Preissteigerungsraten der Rüstungsgüter, die über denen der Lebenshaltungskosten liegen.

Andererseits: Die Aufzeichnung geht auch davon aus, daß die Nuklearwaffen kürzerer Reichweite heute wie in einer Post-INF-Ära keine Ersatzartillerie sind, sondern eine politische Funktion haben. Diese politische Funktion kommt durch ihren strategischen Auftrag zum Ausdruck. Die Aufzeichnung versucht darzulegen, daß dieser Auftrag zu definieren ist im Zusammenhang mit der Bestimmung des nuklearen Elements insgesamt, d. h. auch der weitreichenden Optionen.

2) Zu den von BM auf Seite 6 unterstrichenen Aussagen[7]:

Ein Vortrag von General Rogers (vgl. beiliegenden DB Nr. 5290 vom 10.12.1987[8]) bestätigt ihre Richtigkeit. Auf Seite 3 heißt es:

„Die sowjetische technische Aufklärung kann zwar zwischen dem Abschuß einer ICBM und einer Pershing unterscheiden, nicht aber deren Ziel erkennen. Daher kann der Abschuß einer ICBM auf die DDR einen Gegenschlag auf die USA auslösen, eine Gefahr, die einen solchen Einsatz verhindert." (Folgerichtig hält Rogers an der Durchführung der Beschlüsse von Montebello[9] fest!)

3) Die Frage, ob eine Politik der Denuklearisierung der USA auf dem europäischen Kontinent eine starke US-Tendenz auslösen würde, ihre Truppen insgesamt zurückzuziehen, kann so oder so beantwortet werden. Daß ohnehin vorhandene Abzugstendenzen aber verstärkt würden, kann nicht zweifelhaft sein. Sie wären um so stärker, je unausgewogener das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa wäre: Die „Geiselfunktion" der US-Truppen (für die Einlösung der nuklearen Schutzzusage) wäre überdeutlich. Die jetzt vorhandene Ambiguität, die durch die Verfügbarkeit auch nicht-strategischer nuklearer Optionen erzeugt wird und daher die Geiselfunktion erträglich erscheinen läßt, wäre verloren. Senator Nunn weist immer wieder darauf hin, daß eine den Nukleareinsatz auslösende „Stolperdrahtfunktion" nicht 300 000 Mann erfordere.

4) Zur zweiten Anmerkung von BM auf Seite 7[10] ist auf folgendes Zitat aus der WEU-Plattform[11] zu verweisen:

6 Vgl. Dok. 327, Anm. 5.

7 Vgl. Dok. 327, Anm. 29.

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Brigadegeneral Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington, berichtete am 10. Dezember 1987, der ehemalige Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, habe am 8. Dezember 1987 am National Strategy Information Center einen Vortrag zum Thema „NATO – challenges for the future" gehalten, „der sich trotz des weitergefaßten Themas ausschließlich kritisch mit dem INF-Abkommen auseinandersetzte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 5290; VS-Bd. 12133 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

10 Vgl. Dok. 327, Anm. 36.

11 Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen" vgl. Dok. 297, Anm. 27.

„Die Anwesenheit bedeutender konventioneller und nuklearer Streitkräfte der Vereinigten Staaten spielt bei der Verteidigung Europas eine unersetzliche Rolle“ (Ziffer II 3).

5) Der Hinweis, daß die Neudefinition[12] dessen, was die Strategie an „angemessenen nuklearen und konventionellen Streitkräften“ braucht, einer Neudefinition bedarf, ist richtig. Es ist die Kernaussage der Aufzeichnung, daß wir keine neue Strategie brauchen, wohl aber – im veränderten Umfeld – eine Neudefinition der Mittel.

In diesem Zusammenhang rät die Aufzeichnung davon ab, diese Neudefinition im Nuklearbereich zu beschränken auf ein System oder wenige Systeme im Kurzstreckenbereich.

Eine weitere Kernaussage der Aufzeichnung besteht darin, daß die Strategie schon bisher gegensätzliche Interessenlagen zu überbrücken hat und daß die Gegensätze in dem durch Rüstungskontrolle veränderten Umfeld noch deutlicher aufbrechen – eine Wirkung übrigens, die von Anfang an in der Logik der sowjetischen Aufrüstung lag: Auch die SS-20 sollte durch Differenzierung des Bedrohungsbewußtseins zwischen Europäern und Amerikanern eine uneinheitliche Reaktion provozieren.

6) Zur Haltung von Präsident Mitterrand[13] ist festzustellen, daß seine öffentlichen Erklärungen bisher nicht eindeutig sind: Er bekennt sich zwar zu dem Prinzip, daß Abschreckung gegenüber dem potentiellen Angreifer erzeugt werden und ihn daher die Wirkung eines eventuellen Nuklearschlages treffen muß. Andererseits hält er aber – auch wenn er am strategischen Rationale zweifelt – an den prästrategischen Optionen fest, insbesondere aber die Option der Neutronenwaffe[14] offen. Sind Mitterrands Äußerungen also schon in bezug auf das französische Nuklearpotential in sich widersprüchlich (vielleicht erfolgt eine Klärung nach Beendigung des Wahlkampfes[15]), ist festzuhalten, daß er sich über die Struktur des US-Potentials überhaupt nicht geäußert hat. Chirac seinerseits hält ebenso wie sein Außen- und Verteidigungsminister[16] an fortdauernder nuklearer und konventioneller Präsenz der USA in Europa fest.

Das deutsch-französische Gespräch wird sich deshalb, sobald der Wahlkampf in Frankreich hinter uns liegt, mit den konzeptionellen nuklearstrategischen Fragen befassen müssen. Giscard hatte versucht, die französische Nuklearmacht durch Einführung einer taktisch-nuklearen Ebene für eine deutsch-französische konzeptionelle Annäherung zu öffnen („erweitertes Sanktuarium“). Jetzt werden wir Zeuge der Bereitschaft, zum Zwecke der Demonstration französischer Solidarität durch eine gemischte Einheit[17] den bisherigen engen Zusammenhang zwischen dem taktisch-nuklearen Waffeneinsatz und konventionellen Operationen abzuschwächen. Insofern hat der Brigadevorschlag auch im strategischen Bereich eine aus unserer Sicht positive Wirkung eingeleitet. Wir müssen uns bemühen,

12 Dieses Wort wurde von Staatsekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das verstehe ich nicht!“

13 Vgl. Dok. 327, Anm. 41.

14 Zur französischen Haltung zu Neutronenwaffen vgl. Dok. 33, Anm. 5.

15 In Frankreich fanden am 24. April und am 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

16 Jean-Bernard Raimond und André Giraud.

17 Zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 316, Anm. 7.

daß dies alles in einen echten Konsultationsprozeß über Nuklearfragen (natürlich ohne deutsche Teilnahme an Entscheidungen) einmündet.

7) Der auf Seite 11 von BM geklammerte Satzteil[18] ist gültige NATO-Politik. Der Hinweis auf Mitterrand bezieht sich nur auf den ersten Satzteil, der nicht geklammert ist.

8) Der Anmerkung BMs auf Seite 11 unten[19] ist zuzustimmen.

9) Zu dem Fragezeichen von StS auf Seite 12[20]: Die deutsche Diskussion über die „deutsche" Natur der verbleibenden Kurzstreckenwaffen macht deutlich, daß der Abschreckungswert für die Entscheidungsträger (das westliche Bündnis) im Einsatzfalle steigende Tendenz hat; dies gilt allerdings nicht in gleicher Weise für den US-Präsidenten[21].

10) Der Anmerkung BMs auf Seite 14[22] wird zugestimmt.

Ploetz

VS-Bd. 12129 (201)

364

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 5310 **Aufgabe: 11. Dezember 1987, 00.12 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 11. Dezember 1987, 06.37 Uhr**

Betr.: Amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen in Washington, 7.–10.12.1987[2]; hier: Erste Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse im Bereich der Rüstungskontrolle

1) Zusammenfassung

Ganz ohne Frage stand die Rüstungskontrolle im Mittelpunkt der Ergebnisse und auch der Verhandlungen bei diesem Treffen. Das historische Ereignis der Unterzeichnung des INF-Vertrages[3] scheint die darin[4] gesetzten Erwartungen zu rechtfertigen und zu Durchbrüchen in anderen Bereichen zu führen. Die Fort-

18 Vgl. Dok. 327, Anm. 49.
19 Vgl. Dok. 327, Anm. 50.
20 Vgl. Dok. 327, Anm. 56.
21 Ronald W. Reagan.
22 Vgl. Dok. 327, Anm. 66.

1 Das von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 11. Dezember 1987 vorgelegen.
2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu auch Dok. 365. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, S. 602–680.
3 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.
4 Korrigiert aus: „der in".

schritte bei START lassen das wiederum bekräftigte Ziel einer Unterzeichnung bei einem Gipfeltreffen in Moskau, voraussichtlich im Mai 1988, sehr viel wahrscheinlicher erscheinen.[5] Die Vereinbarung gemeinsamer Nukleartest-Experimente bringt das Etappenziel der Ratifikation der Schwellenverträge[6] einen Schritt näher. Chemische Waffen und konventionelle Rüstungskontrolle waren ebenfalls aktive Elemente der Gespräche. Wenn auch unmittelbar Ergebnisse hier, der Natur der Fragen gemäß, nicht zu erwarten waren, so sind dennoch auch in diesen Bereichen Weichen für weitere Bewegung gestellt worden.

Im einzelnen

2) INF: Die Unterzeichnungszeremonie am 8.12. ist in wichtiger Weise ein Ergebnis dieses Gipfels, auch wenn die Verhandlungen, praktisch zeitgleich mit dem Eintreffen Gorbatschows in Washington, abgeschlossen werden konnten. Ohne den Termindruck des Gipfeldatums wäre eine Einigung zu diesem Zeitpunkt nicht vorstellbar gewesen. Die in den letzten Wochen praktisch rund um die Uhr laufenden Verhandlungen stießen immer wieder auf neue Probleme. Bis zuletzt versuchte die SU, taktische Vorteile in den verschiedensten Bereichen zu erzielen, nur das Gipfeldatum brachte sie schließlich zur endgültigen Zustimmung. Das Plädoyer Gorbatschows für die Ratifizierung des Vertrages bei seinem Treffen mit Kongreßmitgliedern[7] war eine wichtige Komponente seines Besuchsprogramms. Gegenüber den Führern des Kongresses konnte er sichtlich Punkte sammeln.

3) START: Nach eigener Bekundung der Teilnehmer stand das Ziel der Reduzierung der strategischen Offensivwaffen und seine Verbindung zu den jeweiligen Positionen zum ABM-Vertrag und zu SDI im Mittelpunkt der Verhandlungen. Bei allen Begegnungen der beiden Politiker und parallel dazu in langen Sitzungsrunden der Arbeitsgruppe unter Nitze und Achromejew wurde um gemeinsame Positionen hierzu gerungen. Das Ergebnis, wie es in der Gemeinsamen Abschlußerklärung[8] niedergelegt ist, ist in die Form einer Verhandlungsanweisung an die Genfer Delegationen gekleidet, es entspricht in vielen Zügen der seit langem von der SU geforderten Einigung über Schlüsselelemente, wenn ihm auch durch die Form der Verhandlungsanweisung die letzte Verbindlichkeit fehlt. Kernelement der erreichten Verständigung ist die Aussage, daß beide Seiten sich für eine noch zu vereinbarende Frist an den ABM-Vertrag, wie 1972 unterzeichnet, halten wollen. Ein Hintergrund-Briefing (vermutlich von NSC-Chef Powell) stellte klar, daß nach amerikanischer Auffassung diese Einigung für die gesamte Geltungsdauer die Frage der engen oder weiten Interpretation[9] offenläßt. Der Text im Joint Statement lautet wie folgt: „Leaders of the two countries have instructed their delegations to work out an agreement that would commit the sides to observe the ABM Treaty as signed in 1972, while conducting their research, devel-

5 Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

6 Zu den „Schwellenverträgen“ und zum Stand ihrer Ratifizierung vgl. Dok. 115, Anm. 5.

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, führte am 9. Dezember 1987 in Washington Gespräche mit Mitgliedern des amerikanischen Kongresses. Für den Wortlaut seiner Ansprache vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 478f.

8 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Abschlußerklärung vom 10. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1491–1497. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38.

9 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

opment and testing as required, which are permitted by the ABM Treaty, and not withdraw from the ABM Treaty, for a specified period of time." Das Offenlassen der Bindungsverpflichtung an den Vertrag, die Aushandlung der einzusetzenden Zeitdauer durch die Verhandlungsteams in Genf, die Vorgabe, daß drei Jahre vor Auslaufen dieser Frist eingehende Verhandlungen über die dann bestehende strategische Situation zu führen sind, und die weitere Festlegung, daß dennoch „each side will be free at that time to decide its own course of action", sind Elemente eines sorgfältig ausgewogenen Kompromisses, der zwar größere sowjetische Zugeständnisse enthält, andererseits aber bis an die Grenze dessen geht, was der Präsident[10] seinen eigenen Anhängern gegenüber zu rechtfertigen in der Lage ist. De facto erscheint mit dieser Lösung eine Entkopplung des START-Vertrages vom ABM-SDI-Komplex gelungen zu sein und damit das entscheidende Hindernis beseitigt, das die Sowjetunion einer Vereinbarung über strategische Offensivwaffen bisher in den Weg gelegt hatte.

Im Vergleich zu diesem Durchbruch erscheint die ebenfalls erzielte Einigung auf eine Untergrenze von 4900 Gefechtsköpfen auf ballistischen Raketen eher als Vollzug eines Kompromisses, der bereits überfällig war und dessen weitere Verzögerung durch nichts mehr hätte gerechtfertigt werden können. Auch hier liegt die vereinbarte Zahl näher an der bisherigen US-Position von 4800 als am letzten sowjetischen Angebot von 5100. Bekräftigt wurde ebenfalls die Begrenzung der schweren Raketen, also der sowjetischen SS-18, auf die bereits vorher angebotenen 1540 GK. Auch die Zählregel für mit Bomben und Kurzstreckenraketen bestückte Bomber als je ein GK wurde bestätigt. Neue Dimensionen der Komplexität von Rüstungskontrollvereinbarungen ergeben sich bei den noch zu vereinbarenden Zählregeln für mit fluggestützten Cruise Missiles ausgerüstete Bomber und für die Erfassung von seegestützten Cruise Missiles. Für letztere wurde die Annäherung erreicht, daß eine zusätzlich zur übrigen Obergrenze von 6000 GK zu vereinbarende Begrenzung erfolgen solle. Die schwierigen Probleme der Verifizierung der zu treffenden Begrenzung sollen insbesondere mit weiterentwickelten nationalen technischen Möglichkeiten erfolgen. (Dies veranlaßte GS Gorbatschow in seiner PK zu einem enthusiastischen Exkurs über die Möglichkeiten intensiverer wissenschaftlicher Zusammenarbeit beider Länder.[11]) Ebenfalls vereinbart wurden festgelegte GK-Zahlen für verschiedene Raketentypen, also eine Abweichung von der SALT-Regelung, die jeweils die maximal mögliche Zahl zugrunde legte. Auch hier müssen neue Verifikationsmöglichkeiten gesucht werden. Die Vielzahl der sich damit stellenden technischen Fragen läßt den Optimismus, einen unterschriftsreifen Vertrag bis zum nächsten Gipfeltreffen fertigstellen zu können, gewaltig erscheinen. (Da eine Ratifikation durch den Senat, ebenfalls noch in diesem Jahr, ohnehin nicht sehr wahrscheinlich wäre,

10 Ronald W. Reagan.

11 Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 10. Dezember 1987, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe in einer rund zweistündigen Pressekonferenz am selben Tag eine Bilanz seiner Gespräche in Washington gezogen: „Gorbatschow, der dabei einen selbstbewußten, dynamischen und zufriedenen Eindruck machte, nutzte die Veranstaltung, die von verschiedenen Fernsehsendern zumindest teilweise live übertragen wurde, um sich über seine amerikanischen Gesprächspartner hinweg unmittelbar an das amerikanische Volk zu wenden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5308; Referat 220, Bd. 144755.
Für den Wortlaut der Ausführungen in der Pressekonferenz vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 501–524.

läßt sich ein Arrangement denken, das Einzelheiten der Verifikationstechnologien der Erarbeitung nach Vertragsunterzeichnung überläßt.)

4) Nukleartests: In diesem Bereich ist ein weiterer kleiner Schritt gemacht worden, der das Etappenziel einer Ratifizierung der Schwellenverträge auf der Basis eines verbesserten Verifikationssystems etwas näher rücken läßt. In einer bereits am 9.12. festgelegten Gemeinsamen Erklärung ist die Durchführung von gemeinsamen Experimenten in der Form von unmittelbarer Beobachtung von ein bis zwei Nukleartests der jeweils anderen Seite unmittelbar an Ort und Stelle vereinbart worden.[12] Dabei kann jede Seite die von ihr bevorzugten Methoden verwenden, die US also das erste Mal CORRTEX[13] in der Sowjetunion. Dies geht einen wichtigen Schritt über den bereits im November vereinbarten Austausch von Delegationen zur ersten Besichtigung der jeweiligen Testgebiete hinaus.[14] Es stellt jedoch noch keine endgültige Akzeptierung der CORRTEX-Methode als dauerhaftes Verifikationsverfahren durch die SU dar.

[15]5) CW: Hier lag die Initiative vornehmlich bei der SU. Die Diskussion zu chemischen Waffen wurde anscheinend hauptsächlich von GS Gorbatschow getragen, der, wie er in seiner PK ausführlich erläuterte, ein intensives Plädoyer für die Wiederbeschleunigung der Verhandlungen in diesem Bereich führte.[16] Irgendwelche konkreten Perspektiven zeichnen sich allerdings nicht ab, in der entsprechenden Arbeitsgruppe wiederholte Nasarkin alle bekannten sowjetischen Argumente, brachte aber nicht, wie dies teilweise erwartet worden war, die Idee einer chemiewaffenfreien Zone in Europa auf. Ob der Appell Gorbatschows an die amerikanische Öffentlichkeit den CW-Verhandlungen einen neuen Impuls zu geben vermag, bleibt abzuwarten. Die Bekräftigung des prinzipiellen Engagements für ein globales CW-Verbot bringt keine neuen Elemente.

6) Auch konventionelle Waffen waren Gesprächsgegenstand. Wie bei den vorausgegangenen AM-Treffen verweigerten die USA auch dieses Mal jede weiterführende Behandlung dieses Themas unter Verweis auf die Zuständigkeit der Allianz und die Mandatsgespräche in Wien[17], für deren rasche Beendigung sich beide Seiten aussprachen. In seiner PK engagierte sich Gorbatschow auch in diesem Bereich sehr klar. Er bestätigte ein weiteres Mal das Bestehen von Asymmetrien zugunsten der SU, verwies auf westliche Überlegenheit in anderen (nicht spezifizierten) Bereichen und betonte, daß eine notwendige Lösung in der „mutual and simultaneous reduction of all asymmetries" liege. Er betonte allerdings, daß ein realistisches Vorgehen hier die Durchführung in mehreren Phasen erfordere, und erwähnte dabei wiederum das Konzept eines „Korridors begrenzter Rüstungen". Positiv erwähnte Gorbatschow das von ihm festgestellte amerikanische Interesse an einer Erörterung defensiver Militärdoktrinen.[18]

12 Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetische Gemeinsame Erklärung zu Atomtests; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 11 f.

13 Durchgängig korrigiert aus: „Korrtex".
Zur CORRTEX-Methode vgl. Dok. 115, Anm. 4.

14 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp vgl. Dok. 343, Anm. 6.

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5311 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

16 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

17 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

18 Vgl. die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts über Militärdoktrinen auf seiner Tagung am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 392–394.

7) Soweit bisher feststellbar, spielte das Thema nuklearer Kurzstreckensysteme unterhalb 500 km Reichweite keine besondere Rolle. Im Hintergrund-Briefing (vermutlich Powell) wurde festgestellt, daß nach US-Auffassung erst Fortschritte bei der Herstellung einer ausgeglichenen konventionellen Situation in Europa es erlauben würden, weitere Reduzierungen im Bereich dieser Systeme ernsthaft zu erwägen.

[gez.] Ruhfus

Referat 220, Bd. 144755

365

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3948 **Aufgabe: 11. Dezember 1987, 19.45 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 11. Dezember 1987, 18.28 Uhr**

Betr.: Amerikanisch-sowjetischer Gipfel[2];
hier: Bewertung nach bisherigen Aussagen

Bezug: DB Nr. 5309 aus Washington vom 10.12. – Pol 322 SOW[3]

Zur Unterrichtung

Botschaft stimmt erster Bewertung mit Bezugs-DB zu, insbesondere was die Stichworte „Wandel der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen", „Verankerung in amerikanischer Öffentlichkeit", „weder Sieger noch Besiegte" und „psychologischer Durchbruch durch Gorbatschows Auftreten in den USA selbst" angeht.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Neubert, Moskau, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 16. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationssekretär Haller verfügte.
Hat Wagner, Mülmenstädt und Haller vorgelegen.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu auch Dok. 364. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, S. 602–680.

3 Botschafter Ruhfus, Washington, zog eine erste Bilanz des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 7. bis 10. Dezember 1987 in den USA: „Wenn Reagan den Gipfel auch als Erfolg einer konsequenten, vom amerikanischen Volk unterstützten Politik darstellt, vermeidet er jedoch jeden Hinweis, daß die USA sich durchgesetzt und Gorbatschow nachgegeben habe. Er erkennt die Bereitschaft Gorbatschows zu einem grundlegenden Wandel der Beziehungen bei allen Unterschieden der Systeme an. […] Es hat keine Sieger und Besiegte gegeben. Auch wenn man die übliche sowjetische Verhandlungstaktik, von Maximalforderungen auszugehen, in Rechnung stellt, hat Gorbatschow doch auf diesem Gipfel mehr gegeben als Reagan. Gorbatschow hat den Besuch dazu benutzt, um gegenüber der Öffentlichkeit in den USA und der SU sowie darüber hinaus deutlich zu machen, daß beide Länder voll gleichberechtigt sind und auch gleiche Verantwortung und gleiche Pflichten gegenüber der Welt haben. Er hat auch hier erläutert, daß die großen Probleme in der Welt nur auf der Basis der Zusammenarbeit gelöst werden können. Von dieser Grundlage aus mußte er nicht auf ein striktes Gleichgewicht des Gebens und Nehmens achten. Allerdings kann es auch keine unbegrenzte Einseitigkeit geben. Die mageren Ergebnisse bei den Regionalfragen zeigen die Grenze der sowjetischen Bereitschaft zum Entgegenkommen auf." Vgl. Referat 220, Bd. 144755.

[1)] Aus hiesiger Sicht erste Eindrücke:

Verlauf und Ergebnisse des Gipfels sind noch nicht bis zum letzten Detail bekannt, auch ist nicht abschätzbar, inwieweit vor allem die sowjetischen Medien „alles" berichtet haben, Bewertungen müssen deshalb unter diesem „technischen" Vorbehalt stehen. Immerhin nimmt die Gestalt dieses Gipfels Konturen an:

Über das – nicht ohne letzte Mühen – fertiggestellte INF-Abkommen[4] hinaus scheinen beide Seiten es weniger auf Papiersubstanz in Form zahlreicher Abkommen über sekundäre Einzelfragen angelegt zu haben als vielmehr auf eine offene Erörterung strittiger Grundsatzprobleme, um die Basis für eine konstruktive Gestaltung der Beziehungen auf längere Sicht zu schaffen.[5]

Die Strukturierung des Gipfels zeigt diese Absicht, der Umgang der beiden Protagonisten miteinander und ihre Formulierungen bestätigten es. Der Washingtoner Gipfel erscheint folglich als erfolgreicher Abschluß eines ersten Versuchs der Verständigung – INF – und als Einstieg in eine Phase schwieriger, aber beiderseits ernsthafter Anstrengungen um einen grundlegenden Wandel in den Beziehungen – mit Auswirkungen weit über das bilaterale Verhältnis hinaus. Gorbatschow wies in seiner Pressekonferenz[6] in diese Richtung: Beide Seiten seien der Auffassung, daß „sie auf dem Weg aus einer langanhaltenden Phase der Konfrontation heraus und diese hinter sich zu lassen bereit sind". Dies sei „wichtiges politisches Ergebnis" und „wichtige Feststellung" der Gemeinsamen Erklärung[7]. „Genau dies ist die Essenz des Übergangs zu der neuen Etappe in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen."

Der Wandel des Verhältnisses wird – abgesehen von der nüchternen Logik, wonach ein fruchtbarer Interessenausgleich besser ist als eine an den Kräften beider Seiten zehrende Konfrontation – deutlich an dem Bild, zu dem Gorbatschow greift (im Gespräch gegenüber amerikanischen Geschäftsleuten), von dem „sowjetischen Bulldozer und dem amerikanischen Bulldozer, die den Weg zueinander frei räumen".[8]

Beide Seiten haben in mühevollem und zeitraubendem Ringen sich letztlich so viel „gegeben", daß sie sich in ihrem Vorhaben gerechtfertigt fühlen können.

Den Übergang vom Gefühl – oder Urteil – zur Tatsache können aber erst die Ratifikation des INF-Abkommens und weitere Fortschritte in anderen Bereichen bewirken. Solange sind beide Staatsmänner bei ihrem nicht risikofreien Kurswechsel von der rechten Flanke her verwundbar. Beide haben schon in Washington gezeigt, daß sie dem Rechnung tragen (s. u.). Wir werden sehen, wie Gorbatschow die Ergebnisse präsentieren wird. Immerhin kann er einiges vorweisen:

– Reagan hat von Achtung im Umgang miteinander gesprochen, unbeschadet der Differenzen. Das Gefühl, von den USA respektiert zu werden, dürfte hier ein

4 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

5 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter durch Fragezeichen hervorgehoben.

6 Zur Pressekonferenz des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. Dezember 1987 in Washington vgl. Dok. 364, Anm. 11.

7 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Abschlußerklärung vom 10. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1491–1497. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, führte am 10. Dezember 1987 ein Gespräch mit amerikanischen Geschäftsleuten. Für den Wortlaut seiner Ansprache vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 494–497.

wichtiges Element sein, um das, was Gorbatschow „Normalisierung“ nannte, künftig psychologisch abzustützen.

– Dieser Achtung als Umgangsform entspricht in der politischen Substanz die Behandlung der SU als ebenbürtiger Großmacht, und zwar nicht allein – wie unter Breschnew „negativ“ durch Gleichziehen bei den Raketen abgetrotzt –, sondern „positiv“ durch schrittweisen Übergang zu neuen politischen Konzepten, die Interessenausgleich ermöglichen sollen. Als Ko-Autor solchen Wandels von gegenseitiger Bedrohung zur konstruktiven Wahrnehmung „gemeinsamer Verantwortung“ zusammen mit den USA steht Gorbatschow auch zu Hause nicht schlecht da, wenn er Sicherung sowjetischer Interessen in einer Weise betreibt, die außerdem noch einen Wandel zum Besseren in Aussicht stellt statt „mehr Kanonen“, selbst wenn er auf absehbare Zeit nicht wesentlich „mehr Butter“ wird liefern können.

2) Zu den einzelnen Fragen erscheint bemerkenswert:

– Sowjetische Seite hat sowohl bei der START-Untergrenze und dem Wurfgewicht als auch bezüglich des Mechanismus, der strategische Stabilität schaffen soll (ABM: drei Jahre vor Fristablauf Verhandlungen, entweder neue Defensiv-Regelung oder freie Entscheidung), Konzessionen gemacht, die erfolgsträchtige Verhandlungen möglich machen.

– Bei KRK geht es laut Erklärung um „armed forces and conventional armaments“[9], der Einschluß nuklearer Waffen müßte demnach „vom Tisch“ sein, – darüber hinaus hat Gorbatschow in der PK hierfür einen „neuen politischen Impuls“ vorgeschlagen, „wie in Reykjavik[10] bezüglich der nuklearen Abrüstung“. Dieser Vergleich legt eine sowjetische Bereitschaft nahe, die es zu testen gilt, um so mehr, als Gorbatschow ausdrücklich von „Ungleichgewichten und Asymmetrie“ spricht, die es zu beseitigen gelte, von „an den Tisch setzen“, „Daten austauschen, sie bewerten, Symmetrien bei Rüstungen und Truppen identifizieren und anfangen, das Problem zu lösen“. Würde dies in die Tat umgesetzt, wäre dies sowohl ein Schritt auf die Sorgen der Europäer zu als auch eine politisch wertvolle Abstützung für das weitere Verfahren bei INF (Ratifikation) und START.

– Gegenüber den positiven Erklärungen zur Rüstungskontrolle scheint es bezüglich der Regionalfragen weit weniger greifbare Fortschritte zu geben. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei INF und START beide Partner a) die Materie weit genug aufgearbeitet hatten, und b) „Herren des Verfahrens“ waren. Dies ist nicht übertragbar auf Golf, Afghanistan und Kambodscha, hier können beide nicht „vereinbaren“, sondern allenfalls den Betroffenen „helfen“, wie es in der Erklärung heißt.

Im Fall Afghanistan, wo öffentlich mehr erwartet wurde, kommt hinzu, daß Gorbatschow das Regime in Kabul nicht einfach „fallenlassen“ konnte. Auch wäre nach innen wie im Block die langfristig geplante Entwicklung der Beziehungen zu den USA möglicherweise als zu stark mit sowjetischen Konzessionen verbun-

9 Die Wörter „armed forces and conventional armaments“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

10 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

den erschienen. Hier muß wohl erst eine Anfangsposition für eine Neuordnung der Verhältnisse in Afghanistan geschaffen werden, bevor neue sowjetische Schritte vertretbar erscheinen.

Bei den Menschenrechten kommen die Differenzen am stärksten zum Tragen: Dies dürfte sich so schnell nicht ändern. Hier wird erst ein sich allmählich besserndes Gesamtverhältnis substantielle Fortschritte ermöglichen.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 220, Bd. 144755

366

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-7173/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 11. Dezember 1987, 19.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1652 **Ankunft: 11. Dezember 1987, 20.06 Uhr**

Betr.: Treffen der vier Außenminister zu Deutschland- und Berlin-Fragen am 11.12.1987 in Brüssel[2] (Gastgeber F)

I. Zusammenfassung

1) Die Behandlung der Berlin-Initiative[3] im Anschluß an Präsident Reagans Rede vom 12. Juni[4] war Hauptthema des Deutschland- und Berlin-Treffens, welches aus diesem Grunde auch (auf amerikanischen Wunsch) mit einem Fototermin und einer Presseerklärung (s. Anhang 1[5]) der vier Außenminister endete.

Die Minister verabredeten auf der Grundlage eines in der Bonner Vierergruppe in den letzten Monaten entwickelten Konzepts, daß die SU nunmehr auf diplo-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.
Hat Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee am 14. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach, Vortragenden Legationsrat von Berg, Legationsrat I. Klasse Ulrich und Referent Lassus verfügte.
Hat Lambach, Berg, Ulrich und Lassus am 14. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Waldersee am 15. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Ablichtungen an 013, 201, 213."

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 369.

3 Zur Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 342.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 4. Dezember 1987, in der Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt am Vortag mit Vertretern des Auswärtigen Amts, der Bundesministerien für Verkehr bzw. für Innerdeutsche Beziehungen sowie der Landesvertretung von Berlin sei Einvernehmen über „folgende Orientierung für die Gespräche in Brüssel" erzielt worden: „Wenn die Drei Mächte Noten zur Berlin-Initiative absenden wollen, wäre Widerstand der BR Deutschland unangebracht. In diesem Falle sollte angestrebt werden, den Verfahrensteil der Note gegenüber dem Entwurf zu entschärfen." Vgl. Referat 210, Bd. 145177.

4 Zum Besuch des Präsidenten Reagan am 12. Juni 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 168.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Presseerklärung vgl. den Drahtbericht Nr. 1652 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z.Z. Brüssel, vom 11. Dezember 1987; VS-Bd. 13466 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

matischem Wege durch die Drei Mächte angesprochen werden soll, um ihr die Initiative offiziell zu präsentieren.

Weiterer Gegenstand der Beratungen war das Verhältnis der Berliner zu den Alliierten.

2) Die Minister billigten die Passage zu Deutschland und Berlin im Kommuniqué des NATO-Rats (Anhang 2[6]), den Text eines Aide-mémoire für die Aufnahme von Gesprächen mit der SU über die Berlin-Initiative[7] und nahmen Kenntnis von dem der Initiative zugrundeliegenden Konzept sowie von dem halbjährlich erstellten Berlin Assessment. Die Vier nahmen den in Anhang 3 wiedergegebenen Bericht der Direktoren entgegen.[8]

II. Im einzelnen

1) Kommuniqué

Hinweis auf ungehinderten Zugang in Satz 1 signalisiert Besorgnis gegenüber anhaltender und im vergangenen Halbjahr weiter erhöhter sowjetischer Reservierungspraxis in den Luftkorridoren[9]. Zur 750-Jahr-Feier[10] macht Kommuniqué deutlich, daß ihr Ablauf zwar ein weiteres Mal die Teilung Berlins spüren ließ, die Festlichkeiten und Besuche im Westteil der Stadt aber erneut seine Attraktivität und Lebenskraft belegt haben. Die Reagan-Initiative (Satz 3) ist in Form ihrer konkreten Vorschläge wiedergegeben. Ihre öffentliche Unterstützung durch das Bündnis erfolgt somit fast zeitgleich mit ihrer Präsentation an die sowjetische Seite (durch Aide-mémoire in Moskau, s. u.).

Im Absatz zu den innerdeutschen Beziehungen werden die Schwerpunkte unserer Deutschlandpolitik des vergangenen Halbjahres herausgestellt – Verstetigung von Dialog und Zusammenarbeit (Honecker-Besuch[11]), Einbeziehung Berlins (Schnellbahn, Stromverbund) – und als Beitrag für verbesserte West-Ost-Beziehungen gewürdigt. Der Hinweis auf die Teilung des deutschen Volkes bekräftigt das Engagement der Drei Mächte und des Bündnisses insgesamt in der deutschen Frage.

2) Berlin-Initiative

Die Vorschläge des US-Präsidenten an die SU in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor zur Verbesserung der Lage in und um Berlin sind nach konzeptioneller Vorarbeit in der Vierergruppe von den Ministern als Gesprächsvorschlag an

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1652 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z. Z. Brüssel, vom 11. Dezember 1987; VS-Bd. 13466 (210); B 150, Aktenkopien 1987.
Vgl. ferner Ziffer 11 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 88. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 110 f.

7 Für den Entwurf des Aide-mémoires der Drei Mächte vgl. Referat 210, Bd. 145177.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für den Bericht der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA zu Berlin und Deutschland als Ganzes vgl. den mit Drahtbericht Nr. 1653 übermittelten zweiten Teil des Fernschreibens; VS-Bd. 13466 (210); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. Anm. 1.

9 Zu den Bestimmungen über den Luftverkehr von und nach Berlin vgl. Dok. 354, Anm. 10.
Zu den sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin vgl. AAPD 1985, I, Dok. 96.

10 Zu den 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. Dok. 131.

11 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

die SU in Form eines Aide-mémoire beschlossen worden. Es wird in den nächsten Wochen in Moskau durch die Drei Mächte überreicht werden. In ihm wird die SU auf das Bestreben der Drei Mächte hingewiesen, praktische Verbesserungen in der Lage Berlins zu erzielen, dies auch im Interesse verbesserter West-Ost-Beziehungen. Das Aide-mémoire schlägt dazu konkrete Gespräche der Vier Mächte zu folgenden Themen vor:

– Luftzugang nach Berlin,
– Erweiterung der Luftverbindungen dorthin (in diesem Zusammenhang auch Hinweis auf mögliche innerdeutsche Luftverbindungen),
– Begegnungsmöglichkeiten in Berlin, insbesondere Jugendaustausch,
– internationale Veranstaltungen in Berlin, auch zugleich in beiden Teilen (Olympische Spiele).

Die Reagan-Initiative verbindet mehrere Absichten:

– Das Luftregime in den Korridoren sicher und unproblematisch durchzuführen, ohne hierfür sich auf Verhandlungen über die Grundlagen einzulassen und damit den Rechtsgrundsatz originärer Zugangsrechte zu beeinträchtigen,
– neue Flugverbindungen nach Berlin (West), auch außerhalb der Korridore, zu schaffen und damit Berlin zum Luftkreuz auszubauen,
– die unbeanstandete Abhaltung internationaler Konferenzen unter nach VMA[12] möglicher Beteiligung des Bundes zu sichern, weitere prominente Veranstaltungen nach Berlin zu holen und letztlich auch mit diesem Mittel die Teilung Berlins zu erleichtern und die unnatürliche Lage in Berlin im öffentlichen Bewußtsein zu halten (siehe Vorschlag Olympischer Spiele in beiden Teilen der Stadt, dieser Vorschlag enthält auch das taktische Element, eine Bewerbung der DDR für „ihre Hauptstadt“ frühzeitig abzublocken).

Die Motive der Initiative rühren einmal aus dem Wunsch, angesichts der initiativen Politik des Senats und der Erwartungen in Berlin und in der deutschen Öffentlichkeit allgemein das konstruktive Engagement der Drei Mächte für Berlin deutlich zu machen, andererseits aus dem vornehmlich amerikanischen Interesse, die SU auf ihre Absichten zur Verbesserung der West-Ost-Beziehungen hin in Berlin zu prüfen und zu Antworten herauszufordern. In Vierergruppe und Ministertreffen gelang es, beide Motive in einem Ansatz zu verbinden, der alle Optionen für erfolgsorientierte Gespräche mit der SU offenhält. Für den operativen Schlußteil des zur Übergabe in Moskau vorgesehenen Aide-mémoire wurde folgender Text verabredet: „The Three Powers would like to receive the reaction of the Soviet authorities to the above ideas for seeking improvements in the Berlin situation, with a view to holding talks at an early date.“[13]

12 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach unterrichtete am 16. Dezember 1987: „Gemäß dem Beschluß der vier Außenminister auf dem Deutschland- und Berlin-Treffen am 11.12.1987 in Brüssel und gemäß der in der Bonner Vierergruppe erfolgten Abstimmung der Einzelheiten wird der französische Botschafter in Moskau, begleitet von höherrangigen Mitarbeitern (wohl jeweilige ‚Nummer drei‘) der britischen und US-Botschaft, die Berlin-Initiative offiziell unter Überreichung des als Anhang folgenden Aide-mémoires an die Sowjetunion herantragen. Die Demarche soll bald (voraussichtlich noch vor Weihnachten) und gegenüber angemessen hoher Ebene des SAM (etwa stv. AM) erfolgen.

3) Verhältnis der Berliner zu den Alliierten

Auf allen Ebenen der Gespräche wurden auch Fragen der laufenden Rechtsbereinigung in Berlin behandelt.

Die Minister begrüßten die grundsätzliche alliierte Entscheidung, ein alliiertes Büro einzurichten, um einen förmlichen Weg zu organisieren, auf dem Beschwerden von Berlinern gegen Handlungen der Alliierten geprüft werden können.

Die Behandlung des Themas der Abschaffung alliierten Rechts[14], das in Berlin weiterhin die Verhängung der Todesstrafe ermöglicht[15], bildete einen wichtigen Beratungsgegenstand. Dabei wurde deutlich, daß F und GB über die wachsenden, überwiegend innenpolitisch begründeten Schwierigkeiten in den USA besorgt sind, die einer Rechtsbereinigung in Berlin im Wege stehen. Angesichts des Umstands, daß nun auch die DDR die Todesstrafe abgeschafft hat[16], wird allerdings auch von der US-Administration nicht verkannt, daß das Thema Todesstrafe zu einem erheblichen Reibungspunkt nicht nur der Berliner mit den Alliierten werden könnte. Wir haben auf Experten- und Direktorenebene auf den deutschlandpolitischen Zusammenhang hingewiesen. D2[17] hat auf den Wunsch des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses verwiesen, daß die Angelegenheit auf hoher politischer Ebene aufgenommen werde. D2 hat gegenüber dem US-Vertreter, der auch den britischen Gedanken einer Erklärung der Alliierten zur Nicht-Praktizierung der Todesstrafe verwarf, deutlich unterstrichen, daß wir die Rolle der Alliierten in Berlin als die von Treuhändern der deutschen Nation ansehen. Daher sei es geboten, zwischen der eigenen Rechtsordnung eines Alliierten und der für Berlin geltenden zu differenzieren. Entgegen vorheriger Ankündigung verzichtete AM Raimond darauf, Thema Todesstrafe auf AM-Ebene anzusprechen und begnügte sich damit, die bevorstehende Einrichtung der Beschwerdestelle zu würdigen. AM Raimond und AM Howe werden jedoch nach Angaben ihrer Delegationen das Thema Todesstrafe mit AM Shultz bilateral aufnehmen. Wir werden das bei dem Besuch von AM Shultz am Dienstag in Bonn tun.[18]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1846

Details hierzu sollen unter den vier Botschaftern in Moskau abgestimmt werden." Vgl. den Runderlaß Nr. 123; Referat 210, Bd. 145177.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 29. Dezember 1987 mit: „Demarche wurde am 29.12. durch F-Botschafter gegenüber Erstem VAM Kowaljow unter Verlesung des Memorandums und Übergabe franz[ösischen] und engl[ischen] Textes durchgeführt." Kowaljow habe die Prüfung zugesagt und angekündigt, die UdSSR werde die DDR konsultieren. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4093; Referat 210, Bd. 145177.

14 Mit Schreiben vom 5. Mai 1955 an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Suhr, bekräftigten die Drei Mächte unter Berufung auf Artikel 2 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschlandvertrag), „daß, was Berlin anbelangt, die Botschafter der drei Mächte bei der Bundesrepublik auf Grund der Bestimmungen dieses Artikels alle Rechte, Verantwortlichkeiten und Hoheitsrechte, wie sie die Hohen Kommissare innehatten, beibehalten". Vgl. DzD III/1, S. 5.
Vgl. dazu ferner die Erklärung der Alliierten Kommandantur vom 5. Mai 1955; DzD III/1, S. 6–9.

15 Artikel 1 der Verordnung Nr. 511 der Drei Mächte vom 15. Oktober 1951 sah als Höchstmaß für „strafbare Handlungen gegen die Interessen der Besatzung" in Berlin (West) die Todesstrafe vor. Vgl. GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR BERLIN 1951, Nr. 66, Seite 1112.

16 Zur Abschaffung der Todesstrafe in der DDR am 17. Juli 1987 vgl. Dok. 217, Anm. 20.

17 Hermann Freiherr von Richthofen.

18 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1987 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 371 und Dok. 372.

4) Eine mögliche Begegnung RBM Diepgen/Honecker in Berlin (Ost) wurde kurz im Bericht der Direktoren angesprochen, nachdem er auf Expertenebene unkontrovers behandelt worden war.[19]

5) Die Gespräche fanden, wie üblich, in einer offenen und vertrauensvollen Atmosphäre statt.

[gez.] Richthofen

VS-Bd. 13466 (210)

367

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-7182/87 geheim **Aufgabe: 11. Dezember 1987, 23.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1661 **Ankunft: 12. Dezember 1987, 02.26 Uhr**

Betr.: Konsultationen im kleinen Kreis der Politischen Direktoren am 10.12.1987 in Brüssel

Zur Unterrichtung

Die Politischen Direktoren trafen sich im Rahmen eines Abendessens am Vorabend der NATO-Herbsttagung in Brüssel[2] zu vertraulichen Konsultationen im kleinen Kreis. Die USA waren ausnahmsweise, auf Bitte von R. Ridgway, die ebenso wie ihr Vertreter[3] wegen des Gorbatschow-Besuchs von Washington[4] unabkömmlich war, durch den amerikanischen NATO-Botschafter Keel vertreten.

Gesprächsthemen waren:

– Beziehungen zur Sowjetunion,
– NATO-Kommuniqué,
– Beziehungen zu Polen, Rumänien, Jugoslawien, ČSSR, DDR,
– KSZE,
– Irak–Iran und Naher Osten,
– Zentralamerika.

19 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, führte am 11. Februar 1988 in Ost-Berlin ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. dazu KOALITION DER VERNUNFT, S. 697–720.

1 Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke, z.Z. Brüssel, konzipiert und in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 38.
Hat Moltke am 18. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 369.

3 Charles H. Thomas.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

Zu diesen Themen ist zusammenfassend festzuhalten:

1) Beziehungen zur Sowjetunion

Das Gipfeltreffen wurde in Anbetracht der am 11.12. vorgesehenen Unterrichtung des NATO-Rates durch AM Shultz und der begrenzten Detailinformationen, über die Botschafter Keel verfügte, nur in allgemeiner Form behandelt.

GB wies darauf hin, daß Gorbatschow bei seinem Gespräch mit MP Thatcher einen sehr entspannten, selbstsicheren Eindruck voller Energie und Entschlossenheit gemacht habe.[5] Nichts habe darauf hingedeutet, daß seine Stellung in der SU in irgendeiner Form begrenzt sei. Keel bestätigte dies auch hinsichtlich der Gespräche in Washington. F erwähnte, daß Karpow am 14.12. zur Unterrichtung über den Gipfel in Paris erwartet werde. Ich unterrichtete über die Konsultationen mit dem sowjetischen Vertreter in der VN-Menschenrechtskommission, Lomeiko, in Bonn[6] und erwähnte, daß er auch einen Besuch von Karpow in Bonn[7] angekündigt habe.

Im Zusammenhang mit dem Le-Monde-Interview von Ligatschow[8] wurde seine Stellung in der sowjetischen Führung erörtert. GB wies darauf hin, daß im ZK-Sekretariat die wirkliche Macht liege, weil von hier aus die Personalfragen und auch die personelle Zusammensetzung des ZK gesteuert würden. Die sei gerade mit Blick auf die Allparteienkonferenz 1988[9] ein wichtiger Aspekt. Er frage sich, wieweit Gorbatschow die Kontrolle über die Personalentscheidungen habe und seine Leute bis in nachgeordnete Ränge unterbringen könne. Dazu brauche er das ZK-Sekretariat. Ihn habe überrascht, daß Ligatschow gesagt habe, das Polit-

5 Zum Gespräch der Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1987 in Brize Norton vgl. Dok. 359.

6 Ministerialdirigent Bazing vermerkte am 10. Dezember 1987, der Leiter der sowjetischen Delegation bei der VN-Menschenrechtskommission, Lomeiko, habe am 8. Dezember 1987 im Auswärtigen Amt Menschenrechtsfragen diskutiert. Lomeiko habe zudem ein einstündiges Gespräch mit Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen geführt. Erörtert wurden die Menschenrechtslage in Kuba und Afghanistan sowie Möglichkeiten einer bilateralen Zusammenarbeit: „Wir wiesen hin auf den fundamentalen Gegensatz zwischen dem westlichen M[enschen]R[echts]-Begriff – vorstaatliche Quelle, Abwehrrechte des Individuums gegen den Staat – und der östlichen Konzeption – vom Staat gewährleistete Rechte, deswegen Korrelat zwischen Rechtsgewährung und Erfüllung ‚staatsbürgerlicher' Pflichten. Hier sei noch ein weites Feld für gegenseitige Unterrichtung und Lernprozesse vorhanden. Lomeiko bemühte sich, MR (auf die er häufig den ungenauen Begriff ‚humanitäre Fragen' anwandte) – analog dem Artikel von Gorbatschow in der ‚Prawda' vom 17.9.1987 – unter das Schlagwort ‚humanitärer Aspekt der Sicherheit' zu rubrizieren und damit zwischen Erfüllung der MR-Verpflichtungen und Abrüstungswillen der Staaten eine Wechselbeziehung aufzustellen. Es wurde klar, daß für Lomeiko MR als Leistung des Staates verstanden werden; der individuelle Anspruch tritt hiergegen zurück." Vgl. Referat 213, Bd. 142604.

7 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow am 12. Dezember 1987 vgl. Dok. 368.

8 Für das Interview mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Ligatschow, vgl. den Artikel „Un entretien avec le numéro deux soviétique"; LE MONDE vom 4. Dezember 1987, S. 1 und S. 6. Vortragender Legationsrat Libal analysierte am 4. Dezember 1987: „Ligatschows Sprache ist deutlich konventioneller als die Gorbatschows und verrät durchaus einen gewissen Konservatismus. In einigen Bereichen (Aufarbeitung der Vergangenheit, Rolle der Ideologie) ist das Bemühen um Wahrung einer gewissen Kontinuität deutlich herauszulesen. In den Kernfragen der Reformpolitik (Wirtschaftsreform und ‚Demokratisierung') gibt sich Ligatschow jedoch mit dem GS völlig einig. Er befürwortet nachdrücklich auch die Linie der ‚Demokratisierung' einschließlich ‚Glasnost'. […] Nach diesem Interview scheint es weniger denn je gerechtfertigt, Ligatschow zum orthodoxen Gegenspieler Gorbatschows aufzubauen, wie dies in der westlichen Presse verbreitet geschehen ist." Vgl. Referat 213, Bd. 143517.

9 Die XIX. Allunionsparteikonferenz der KPdSU fand vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

büro (und nicht der GS) habe ihm den Vorsitz des ZK-Sekretariats übertragen. Bedeute dies, daß Gorbatschow nicht sein Vorgesetzter sei? F hob hervor, daß dies nach seiner Kenntnis das erste Mal in der SU sei, daß die Nummer 2 der Partei institutionell abgesichert werde. Es sei sicher kein Zufall, daß L. dies im Interview allgemein bekanntgemacht habe. Ich wies auf die Äußerungen Honeckers gegenüber BK Schmidt beim Treffen am Werbellin-See 1981[10] hin, in denen Honecker bei der Darstellung der Strukturen ausgeführt hat, daß das Sekretariat die Entscheidungen des Politbüros ausführe, demnach der Vorsitzende des Sekretariats dem Politbüro deutlich nachgeordnet sei.

F berichtete über den Aufenthalt Ligatschows in Frankreich, der hauptsächlich dem Kongreß der Kommunistischen Partei[11] gegolten habe, bei dem L. sich sehr vorsichtig zu Perestroika geäußert habe. Die Rede von L. auf dem Kongreß habe den Eindruck bestätigt, daß es keine Distanz zu Gorbatschow gäbe, besonders nicht im außenpolitischen Bereich, daß aber im innenpolitischen Bereich starke unterschiedliche Nuancierungen vorhanden seien. L. habe sich hierzu deutlich vorsichtiger und zurückhaltender geäußert. F berichtete, daß das Gespräch Ligatschow–Mitterrand fast ausschließlich den bilateralen Beziehungen gegolten habe.[12] L. habe auf Belebung der „nicht normalen" Beziehungen und auf mehr Konsultationen gedrängt. CW sei auch kurz zur Sprache gekommen, weil SU über den französischen Vorschlag der Sicherheitsbestände[13] nicht glücklich sei.

GB berichtete, daß der Besuch von AM Howe in Moskau voraussichtlich unmittelbar nach dem Europäischen Rat (11./12. Februar[14]) stattfinden werde.[15]

Keel führte aus, daß US sich fragen, warum – wie in Meinungsumfragen deutlich – in Europa das INF-Abkommen[16] und die Null-Lösung trotz aller gegenteiligen Hinweise dem Politiker Gorbatschow zugerechnet werden.

Ich trat dem mit Hinweis auf die BT-Debatte vom 10.12.[17] entgegen und wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung bei uns durchaus INF als Ergebnis unserer gemeinsamen Strategie und Standfestigkeit verstehe, daß aber auch neues Denken Gorbatschows für das Zustandekommen mit ursächlich sei. F und GB wiesen ergänzend auf die geschickte PR-Arbeit von Gorbatschow mit seinen und seiner Frau[18] „news value" hin. Darüber gerieten die langfristigen Anstrengungen und Initiativen der Allianz in den Medien in den Hintergrund.

10 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368. Vgl. dazu auch DzD VI/7, S. 423–534.

11 Der Parteitag der Parti Communiste Français fand vom 2. bis 6. Dezember 1987 in Saint-Ouen statt.

12 Staatspräsident Mitterrand führte am 3. Dezember 1987 in Paris ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Ligatschow.

13 Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock") bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 11./12. Februar 1988 in Brüssel vgl. AAPD 1988.

15 Der britische Außenminister Howe hielt sich vom 14. bis 16. Februar 1988 in der UdSSR auf.

16 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

17 Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3400–3454.

18 Raissa Maximowna Gorbatschowa.

2) NATO-Kommuniqué[19]

F brachte die Differenzen (Ziffer 1 und 4/5) bei der Abfassung des NATO-Kommuniqués zur Sprache. Eine Annäherung der Standpunkte erfolgte nicht. US, GB und ich unterstrichen das starke Interesse, Frankreich einzubeziehen, sahen aber keine Möglichkeit, von der von der Bundesregierung gewünschten und von BM mit AM Shultz abgesprochenen wörtlichen Wiederholung der Ziffern 7 und 8 des Reykjavik-Kommuniqués[20] abzugehen. Wir wiesen einmütig darauf hin, daß der Versuch einer Neuformulierung zu viele schwierige Fragen aufwerfe. F wies darauf hin, daß Frankreich dann nur die schon bei Ziffer 7 in Reykjavik praktizierte Alternative bliebe, sich von Ziffer 4 des Kommuniqués zu distanzieren. Ich unterstrich unseren mit F gemeinsamen Wunsch, die Einsetzung einer Studiengruppe voranzubringen. Es bestand Einigkeit, daß Ziffer 8 so weit gefaßt ist, daß bei der Studie auch der französische Wunsch auf Berücksichtigung der West-Ost-Beziehungen allgemein diskutiert werden kann, ohne daß dies jetzt im Kommuniqué zum Ausdruck gebracht werden müßte.

Zu Ziffer 1 des Kommuniqué-Entwurfs wies US auf die Notwendigkeit einer deutlichen, das INF-Abkommen unterstützenden Erklärung für den Ratifizierungsprozeß hin. Es dürfe kein Zweifel bleiben, daß das Abkommen den Sicherheitsinteressen der Allianz entspräche. Den Kritikern und denjenigen, die in den USA glauben, für Europa in das Abkommen kritisierender Weise sprechen zu müssen, müßte der Boden entzogen werden. Ich unterstrich, daß wir an der Ratifizierung des Vertrages sehr interessiert seien und wir den USA jede Unterstützung für die Ratifizierung geben wollten. GB wies darauf hin, daß das Kommuniqué die erste Stellungnahme der Allianz nach der Unterzeichnung darstelle und an seiner Unterstützung keine Zweifel aufkommen lassen dürfe.

3) Beziehungen zur DDR und Ländern Osteuropas

Polen

Einigkeit bestand, daß das Referendum die Lage in Polen kompliziert hat.[21] GB und ich vertraten die Ansicht, daß die Regierung ihr Reformprogramm in reduzierter Form fortsetzen werde. Ich wies darauf hin, daß der Umfang in starkem Maße davon abhängen werde, wieweit die Opposition bereit sein werde, es mitzutragen. Die wirtschaftliche Lage sei bedenklich, Fortschritte nicht zu verzeich-

19 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112.

20 Für den Wortlaut von Ziffer 7 und 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung vom 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

21 Am 29. November 1987 fand in Polen ein Referendum über Reformen des wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Lebens statt, an dem sich 68 % der Stimmberechtigten beteiligten und bei dem die Zustimmung zu den beiden zur Abstimmung gestellten Fragen jeweils unter 50 % blieb. Für den Wortlaut der Referendumsfragen vgl. POLENS GEGENWART, Nr. 11/1987, S. 44–46.
Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 2. Dezember 1987: „Das Referendum über wirtschaftliche und politische Reformen hat nicht die erforderliche – und allseits erwartete – Zustimmung einer Mehrheit der Wahlberechtigten zur Politik der polnischen Führung erbracht. […] Die Anwendung eines demokratischen Prinzips und das – wenngleich gewundene – Eingeständnis der Niederlage dürften die Glaubwürdigkeit der Führung langfristig im In- und Ausland erhöhen. […] Das Ergebnis dürfte im wesentlichen zuverlässig sein. Hierfür spricht allein schon das für die Regierung negative Ergebnis." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1977; Referat 214, Bd. 139701.

nen. Nach der Einigung im Pariser Club[22] sollte Polen bald ein IWF-Abkommen abschließen, was wir unterstützen. Polen sei leider nicht in der Lage, durch Zahlung der reduzierten Rate für 1987 auf den Jumbo-Kredit aus den 70er Jahren[23] die Voraussetzung für die Wiedereröffnung der Hermes-Ausfuhrbürgschaften zu schaffen. BM werde vom 10. bis 13. Januar eine seit 1984 geplante Reise nach Polen durchführen[24], nachdem nun die Voraussetzungen hierfür von polnischer Seite geschaffen seien. Welche Ergebnisse diese Reise bringen könnte, sei offen.

GB erwähnte, daß der polnische AM Orzechowski[25] London besucht[26] und MP Thatcher eine Einladung überbracht habe, die sie für das nächste Jahr angenommen habe. Dies werde der erste MP-Besuch in Polen in der britischen Geschichte sein.[27] O. sei ein intelligenter, umgänglicher Mann, sein Besuch habe aber nichts Neues erbracht. Hinsichtlich der Kreditfrage teile GB die Auffassung von D, daß Polen nur neue Kredite erhalten könne, wenn es seine Schulden in der im Pariser Club vorgesehenen Form tilge.

Rumänien

Einigkeit bestand darüber, daß die Lage in Rumänien sehr ernst ist. Ich wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung uns große Sorgen macht, besonders auch im Hinblick auf die Deutschstämmigen im Lande[28], und daß die rumänische Regierung bei unseren Bemühungen, den Menschen durch Spendensendungen zu helfen, alles andere als hilfreich ist. Ich erwähnte, daß

22 Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 263, Anm. 30.
Referat 422 notierte am 22. Dezember 1987, die „Bemühungen der staatlichen Gläubiger um eine Neuordnung der polnischen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem ‚Pariser Club' haben mit der Paraphierung eines multilateralen Umschuldungsprotokolls am 30. Oktober 1987 nach zweitägigen Verhandlungen in Paris zwischen der polnischen Regierung […] und den 17 westlichen Gläubigerregierungen sowie dessen Unterzeichnung am 16.12.1987 zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden können. Die Vereinbarung sieht die Umschuldung sämtlicher polnischer Zahlungsverpflichtungen bis Ende 1988, einschließlich der bis Ende 1987 aufgelaufenen Rückstände, vor und verschafft Polen eine Zahlungsentlastung bis Ende 1988 von ca. 8,5 Mrd. $: Statt eigentlich fälliger Verpflichtungen von ca. 9,5 Mrd. $ (Fälligkeiten bis Ende 1988 und Rückstände) hat Polen bis 31.3.1989 an die Gläubiger des ‚Pariser Clubs' lediglich ca. 1 Mrd. $ zu zahlen. Die Regelung trägt damit der äußerst eingeschränkten Schuldendienstkapazität Polens in den Jahren 1987 und 1988 Rechnung". Allerdings habe Polen entgegen den Bestimmungen des Pariser Protokolls vom 16. Dezember 1987 „die zum 31.11.1987 zu leistende erste Teilzahlung in Höhe von 12,5% der von der Umschuldung ausgenommenen Rückstände per 31.3.1987 aus dem Umschuldungsabkommen 1981 (Anteil der Bundesrepublik Deutschland: ca. DM 15,4 Mio.; bisher gezahlt: ca. DM 14,9 Mio.; deutsche Seite ist wegen Differenz von ca. 0,5 Mio. DM mit polnischer Regierung im Gespräch) ohne die ebenfalls fälligen Verzugszinsen (Anteil der Bundesrepublik Deutschland: ca. DM 3,7 Mio.) bezahlt". Vgl. Referat 422, Bd. 148954.

23 Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor, der zu einem Zinssatz von 2,5% über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.
Am selben Tag wurde ein Ausreise-Protokoll unterzeichnet, in dem die polnische Regierung erklärte, „daß etwa 120000 bis 125000 Personen im Laufe der nächsten vier Jahre die Genehmigung ihres Antrages zur Ausreise erhalten" würden. Vgl. BULLETIN 1975, S. 1199. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 296, und AAPD 1976, I, Dok. 60 und Dok. 75.

24 Ein für den 21. bis 23. November 1984 vorgesehener Besuch des Bundesministers Genscher in Polen wurde kurzfristig abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.
Zur Verschiebung des für Sommer 1987 geplanten Besuchs Genschers in Polen vgl. Dok. 122, Anm. 17.
Genscher besuchte Polen schließlich vom 10. bis 13. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

25 Korrigiert aus: „Orzezowsky".

26 Der polnische Außenminister Orzechowski besuchte Großbritannien vom 7. bis 9. Dezember 1987.

27 Premierministerin Thatcher besuchte Polen vom 2. bis 4. November 1988.

28 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

der rumänische Botschafter in Bonn[29] versucht hat, eine Debatte im Bundestag über die Notlage in Rumänien zu verhindern. Wir hätten dieses Ansinnen nicht nur weit von uns gewiesen, alle Fraktionen hätten vielmehr in der Debatte am 9.12.[30] festgestellt, daß die Lage sehr ernst und Hilfe dringend erforderlich sei.[31] BM werde am 16./17. Dezember nach Rumänien reisen; in Anbetracht der gegenwärtigen Lage und der Ausreiseprobleme eine schwierige Reise.[32]

F sah keine Anzeichen dafür, daß Ceauşescu die Kontrolle entgleitet. Ich erwähnte, daß dies auch unserer gegenwärtigen Einschätzung entspricht. GB wies darauf hin, daß Rumänien nicht nur bei den Menschenrechten hinter der Entwicklung in den anderen Ländern zurückbleibe, sondern auch im Gegensatz zu den anderen keine wirtschaftlichen Reformansätze mache. Die britische Regierung habe gegenwärtig kein Konzept für ihre Politik gegenüber Rumänien.

Jugoslawien

Einigkeit bestand, daß es in Jugoslawien bisher keine Anzeichen für eine Besserung der Lage gibt. F wies auf die hohe Pro-Kopf-Verschuldung (höher als in Mexiko) hin[33]; GB stellte fest, daß Jugoslawien wenigstens im Bereich der Menschenrechte und in seiner Außenpolitik ein besseres Bild als andere zeige. Ich führte aus, daß als Erbe Titos die Zentralregierung heute zu schwach sei. Die Armee sei ein Faktor im Kräftefeld, wir glaubten aber nicht, daß sie die Macht übernehmen werde. Dadurch würde im Vielvölkerstaat Jugoslawien durch die serbisch-montenegrische Dominierung in der Armee ein weiteres Problem hinzugefügt werden. Die regionalen Kräfte nähmen zu. Aber selbst die albanische Regierung habe uns gesagt, daß sie nicht an einer Destabilisierung Jugoslawiens interessiert sei. Ich wies in diesem Zusammenhang besonders darauf hin, daß die sensiblen Minoritätenfragen auf dem Balkan wieder virulent würden, und wir bei der Abfassung der KSZE-Texte darauf Rücksicht nehmen sollten. Die alten Probleme des Balkans hätten sich unter der Decke des Kommunismus als überlebensfähig erwiesen.

DDR

F wies auf den Besuch von Honecker am 8. Januar in Paris[34] in Erwiderung des Besuchs von MP Fabius 1985 in Ost-Berlin[35] hin. Der DDR sei klargemacht wor-

29 Marcel Dinu.

30 Korrigiert aus: „10.12."

31 Für die Debatte im Bundestag am 9. Dezember 1987 über die Versorgungslage in Rumänien vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 48. Sitzung, S. 3369–3375.
Vgl. dazu ferner den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen vom selben Tag über die Versorgungslage in Rumänien; BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/1489.

32 Bundesminister Genscher hielt sich am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien auf. Für sein Gespräch mit Präsident Ceauşescu am 17. Dezember 1987 in Bukarest vgl. Dok. 375.

33 Die Botschaft in Belgrad übermittelte am 15. Mai 1987 den „Jahreswirtschaftsbericht Jugoslawien 1986". Darin hieß es: „Über 90% der jugoslawischen Auslandsschulden lauten in konvertibler Währung, und hiervon sind rd. 2/3 in US-Dollar. Schulden gegenüber den Clearinghandelspartnern (UdSSR, DDR, ČSSR) sind ebenfalls in US-Dollar und betrugen Ende 1986 rd. 1,5 Mrd. Dollar. Trotz einer Netto-Rückzahlung in Höhe von US-Dollar 1,25 Mrd. im Laufe des Jahres 1986 wuchs die Verschuldung in konvertibler Währung auf US-Dollar 19,36 Mrd." Gleichwohl sei Jugoslawien seinen Schuldenverpflichtungen pünktlich und vollständig nachgekommen: „Zins- und Tilgungsleistungen (ohne IWF) wuchsen von US-Dollar 4,9 Mrd. im Jahre 1985 auf US-Dollar 5,7 Mrd. im Jahre 1986." Vgl. den Schriftbericht Nr. 616; Referat 421, Bd. 140261.

34 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte Frankreich vom 7. bis 9. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

35 Ministerpräsident Fabius besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985.

den, daß dieser Gegenbesuch erst nach einem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik[36] in Betracht kommen könne. Die Beziehungen seien gut und problemlos. Das französische Kulturzentrum arbeite ganz gut. Der Handel entwickle sich. Ich würdigte den Besuch positiv und wies darauf hin, daß jeder Kontakt mit westlichen Ländern den westlichen Einfluß in der DDR in unserem Interesse verstärke. Die DDR wisse, daß sie das enge deutsch-französische Verhältnis nicht berühren könne. F sollte Honecker ermutigen, weiterhin Besuchsreisen großzügig zu genehmigen.

ČSSR

Ich berichtete kurz vom BM-Besuch in Prag[37] und von den auch in der ČSSR erkennbar werdenden Tendenzen, sich zu öffnen und der sowjetischen Reformpolitik zu folgen. Ich wies aber auch auf die schwierige Lage der katholischen Kirche hin. F sah hier bereits erste positive Entwicklungen.

[38]4) KSZE

Moskauer Konferenz[39]

GB machte deutlich, daß sich die ablehnende Haltung der britischen Regierung nicht geändert habe und eine Änderung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei. Moskau sei – ebenso wie Pretoria – nicht der richtige Ort (no natural place) für eine Konferenz zu dieser Materie. GB erklärte sich aber bereit, intern im westlichen Kreis über WT.19[40] und dessen mögliche Konkretisierung und Verbesserung zu sprechen. Ich begrüßte diese Bereitschaft und wies erneut auf die Gefahr hin, daß wir bei Fortschritten im Bereich der konventionellen Stabilität bei weiterer Stagnation im Bereich der menschlichen Dimension unter Druck kommen könnten. Unser Ziel müsse ein ausgewogenes Ergebnis und ein baldiges Ende des WFT bleiben. Ich trat dafür ein, mit der SU auch zu Korb 2 und 3 ernsthaft ins Gespräch zu kommen.

GB wies auf für die Briten entmutigende Äußerungen von Jakowlew beim Gespräch Howe–Schewardnadse am 7.12. hin, der bei der Behandlung des Themas Menschenrechte mit Schewardnadse auf den Fall eines Emigranten in einer britischen psychiatrischen Klinik hingewiesen und diese Probleme als ungeeignet für Regierungsgespräche bezeichnet habe. Dies habe deutlich gemacht, daß die Russen nicht bereit seien, eine gemeinsame menschliche Grundnorm zu akzeptieren. Ich zeigte für diese Enttäuschung Verständnis, plädierte aber doch dafür, uns durch solche polemischen Äußerungen nicht entmutigen zu lassen.

Die US-Haltung war unverändert (erst konkrete Fortschritte), F betonte die Notwendigkeit eines Gleichgewichts zwischen MR und Sicherheitsfragen.

36 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

37 Bundesminister Genscher besuchte die ČSSR vom 25. bis 27. November 1987. Für sein Gespräch mit Präsident Husák am 26. November 1987 in Prag vgl. Dok. 341.

38 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1662 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

39 Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

40 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension" der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

West-Ost-Wirtschaftskonferenz[41]

Ich wies darauf hin, daß bei den Troika-Gesprächen am 30.11. in Washington Ridgway erwidert habe, daß es zwar keine neue amerikanische Position gebe, daß es aber an der Zeit sei, darüber nachzudenken.[42] BM würde AM Shultz bei seinem Bonn-Besuch am 15.12. danach fragen.[43] Ich wies auch auf die Überlegungen der Zwölf hin, in Washington eine gemeinsame Demarche hierzu durchzuführen.

Botschafter Keel erwiderte, daß es bisher keine festgelegte US-Haltung für oder gegen eine solche Konferenz gäbe.

5) Irak–Iran/Golfresolution[44]

Die Äußerungen von Gromyko gegenüber dem iranischen Botschafter und ihre Veröffentlichung[45] wurden von den Partnern als ermutigende Bewegung der SU gewertet. Die SU zeige erstmals Bereitschaft, auf den Iran Druck auszuüben, meinte GB. GB interpretierte dies als Ergebnis des westlichen und arabischen Druckes und der sowjetischen Erkenntnis, daß sie mit ihrer Politik in Konflikt zu anderen Interessen gerate. F sah hierin eine mögliche Auswirkung der Amman-Konferenz[46], die der SU die Erkenntnis einer Verschlechterung ihres Ansehens in einigen arabischen Ländern gebracht haben könnte. US trat dem bei und erwähnte, daß die amerikanische Regierung alle entsprechenden Erkenntnisse aus den arabischen Ländern an die SU weiterleite. Bis zum Gipfel sei sowjetische Regierung nicht bereit gewesen, den nächsten Schritt einer zweiten Resolution zu tun, obwohl sie selber feststelle, daß ihr dies Schwierigkeiten eintrage.

Ich wies darauf hin, daß es wichtig sei, bald den Bericht des GS über das Ergebnis seiner Bemühungen zur Implementierung der Resolution 598[47] zu erhalten (GB: he is in a state of despair and helpless), und daß die fünf ständigen SR-Mitglieder eine gemeinsame Haltung zu einer Folgeresolution fänden. Auf meine Frage, welche Vorstellungen es zu der Art möglicher Sanktionen und ihrer Überwachung bzw. Verifizierung gäbe, wurde deutlich, daß die Sanktionsüberlegungen sich allein auf den Iran richten. US meinte, das Embargo müsse auf der Basis der Selbstverpflichtung (on voluntary basis) erfolgen. GB bevorzugte eine mandatorische, jedes VN-Mitglied bindende und durchsetzbare (aber wie?) Regelung. Eine weitere Maßnahme mache nur Sinn, wenn sie wirklich effektiv sei. Zu der Frage der Durchsetzung konnte GB nur interne britische Überlegun-

41 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

42 Im Rahmen der EPZ fanden am 30. November 1987 in Washington Troika-Konsultationen auf Direktorenebene mit den USA statt, an denen auf seiten der Europäischen Gemeinschaften die Abteilungsleiter der Außenministerien Belgiens, der Bundesrepublik und Dänemarks teilnahmen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 613 aus Kopenhagen (Coreu) vom 3. Dezember 1987; Referat 200, Bd. 134841.

43 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1987 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 371 und Dok. 372.

44 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.
Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

45 Zu den Äußerungen des Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Gromyko, vom 4. Dezember 1987 gegenüber dem iranischem Botschafter Heirani Nobari vgl. Dok. 357, Anm. 32.

46 Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

47 Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 357, Anm. 24.

gen über die Aufstellung einer VN-Seemacht außerhalb des Golfes nennen. Zu der Frage, wie effektiv Sanktionen für den Iran wären, der seine Waffen aus China, Nordkorea und Israel bezieht, meinte GB, daß denkbar sei, daß China sich anschlösse, wenn die vier anderen ständigen SR-Mitglieder sich einigten (might fall in place). China könne zwar versucht sein, weiterhin über Pakistan Waffen zu liefern, dies könne aber seinem Ruf bald schaden. F meinte, daß Israels Haltung sich zu ändern beginne. US ergänzte, Israel sehe in Iran nicht mehr einen natürlichen Alliierten, sondern mehr eine Gefahr. Der Fortgang des Krieges bleibe allerdings in Israels Interesse.

6) Naher Osten

Einigkeit bestand über die Notwendigkeit einer internationalen Konferenz für Fortschritte beim Friedensprozeß.[48] Einigkeit bestand auch, daß alle weiter darauf hinwirken müssen, auch wenn sich eine baldige internationale Konferenz nicht abzeichnet. F wies darauf hin, daß die Teilnahme der fünf ständigen SR-Mitglieder wichtig sei; andere Modelle könnten nicht weiterhelfen. US und GB machten deutlich, daß der direkte Dialog entscheidend sei. Soweit die internationale Konferenz dazu beitragen und ein Dach für direkte Verhandlungen bilden könne, sei sie nützlich. US wies auf die persönlichen Bemühungen von AM Shultz hin, einen Dialog in Gang zu bringen.[49] SU habe bisher keine konstruktive Rolle übernommen. GB gab sich in der Form und Ausgestaltung einer internationalen Konferenz flexibel, solange das Ziel erreicht werde, „to provide an umbrella for direct talks". Ich trat dem bei und trat dafür ein, unser Interesse immer wieder deutlich zu machen. Dies könnte dazu führen, daß sich in der israelischen Haltung und auch in der Haltung der SU zu Israel und zur Auswanderungsfrage von Juden Änderungen ergeben. Ich plädierte auch für eine aktive Unterstützung von König Husseins Bemühungen.

7) Zentralamerika

US machte deutlich, daß die Administration zwar den Guatemala-Prozeß[50] unterstützt, aber durch die begrenzte Umsetzung der Beschlüsse von Guatemala in Nicaragua skeptisch über den Fortgang ist. Nur 1/10 (1000 von 10000) politische Gefangene seien freigelassen, ein neues Amnestiegesetz bleibe aus, der Ausnahmezustand[51] und die Überwachung der Oppositionsgruppen bestehen fort. Guatemala und Honduras hätten bereits Amnestiegesetze verabschiedet.[52] Skep-

48 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

49 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 16./17. Oktober 1987 in Israel auf und reiste am 17. Oktober 1987 nach Saudi-Arabien weiter, wo er ein Gespräch mit König Fahd führte. Nach erneutem Aufenthalt in Israel vom 17. bis 19. Oktober 1987 führte Shultz am 19. Oktober 1987 ein Gespräch mit Präsident Mubarak in Kairo. Am 19./20. Oktober 1987 traf Shultz mit König Hussein von Jordanien in London zusammen.

50 Zum Friedensabkommen für Zentralamerika vom 7. August 1987 vgl. Dok. 228.

51 Zur Verhängung des Ausnahmezustands in Nicaragua vgl. Dok. 289, Anm. 20.

52 In der Presse wurde berichtet: „‚Der Friedensvertrag von Guatemala fordert eine Generalamnestie. El Salvador, Honduras und Guatemala haben diese jetzt verwirklicht. Das, was die Sandinisten hingegen bisher gegeben haben, ist keine Amnestie, sondern ein Straferlaß für 985 bisher Inhaftierte, von denen ein Teil sowieso freigelassen werden sollte. Noch immer aber sitzen 6300 politische Gefangene und 2200 ehemalige Mitglieder der Nationalgarde Somozas in nicaraguanischen Gefängnissen.' Dies sagte Lino Hernández Trigueros, seit zwei Jahren Vorsitzender der Ständigen Menschenrechtskommission (C[omisión]P[ermanente de]D[erechos]H[umanos]), in einem Gespräch mit dieser Zeitung." Vgl. den Artikel „Immer noch 8900 politische Gefangene"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Dezember 1987, S. 6.

sis über die Bereitschaft Nicaraguas sei angebracht. Wenn Nicaragua mit den Contras ernsthafte Gespräche aufnehme, sei US-Regierung bereit, mit allen fünf Parteien sich zusammenzusetzen. Die direkten Verhandlungen mit den Contras könnten aber durch nichts ersetzt werden. Der Preis dieser „Versuchsperiode" könne nicht das Ende des Widerstandes sein.

GB, F und ich unterstrichen, daß es zu dem gegenwärtigen Friedensprozeß keine Alternative geben könne. Der Druck müsse aufrechterhalten werden. Ich wies auf das europäische Engagement für Demokratie und Demokratisierung und auf die politische und wirtschaftliche Hilfe (San José IV[53]) für die Fünf[54] hin. F beurteilte die bisher erzielten Fortschritte als besser als erwartet. GB war dagegen weniger optimistisch und berichtete von dem Besuch von Arias in London[55], der eine zurückhaltende Einschätzung gegeben habe, und von den fortlaufenden Waffenlieferungen aus Kuba nach Nicaragua berichtet habe.

[gez.] von Richthofen

VS-Bd. 13019 (204)

368

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Abrüstungsbeauftragten Karpow

12. Dezember 1987[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch des Bundeministers mit dem sowjetischen Abrüstungsbeauftragten Karpow am 12. Dezember 1987[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, Botschafter Dr. Holik, MDg Jansen, VLR I Chrobog, VLR Weiß (Dolmetscher).

Auf sowjetischer Seite: Botschafter Karpow, Botschafter Kwizinskij, Erster Sekretär Beliakow, Dolmetscher.

Gesprächsdauer: 9.00 bis 10.40 Uhr.

Nach Begrüßung Karpows im Arbeitszimmer des BM wurde das Gespräch beim gemeinsamen Frühstück und danach wieder im Arbeitszimmer fortgesetzt.

53 Die vierte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

54 Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua.

55 Präsident Arias besuchte Großbritannien vom 15. bis 20. Mai 1987.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Holik am 14. Dezember 1987 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 21. Dezember 1987 vorgelegen.

2 Der sowjetische Abrüstungsbeauftragte Karpow führte am 12. Dezember 1987 zudem ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Teltschik. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

Karpow übermittelte die Grüße GS Gorbatschows, der ihn beauftragt habe, den BM über den Gipfel von Washington[3] zu unterrichten, sowie die Grüße AM Schewardnadses.

Alle sowjetischen Gipfelteilnehmer einschließlich Gorbatschow, mit dem er ausführlich gesprochen habe, hätten einen zwiespältigen Eindruck aus Washington mitgebracht: einerseits Genugtuung nicht nur über die Unterzeichnung des INF-Vertrages[4], sondern auch über Absprachen für Instruktionen für die START-Unterhändler, andererseits Befremden darüber, daß sich die US-Seite bei der Erörterung praktischer Fragen im Hinblick auf die weiteren Verhandlungen bemerkenswert zurückgehalten habe. Die Hauptrichtung sei festgelegt worden. Es solle ein Zusammenhang bestehen zwischen dem Abschluß eines START-Vertrages und dem Nichtausstieg aus dem ABM-Vertrag. In einer Reihe von Fragen seien jedoch in der amerikanischen Position rätselhafte Phänomena festzustellen gewesen.

In der eigentlichen START-Materie stelle die Behandlung der SLCMs das Haupthindernis dar. Die USA seien nicht ernsthaft interessiert, über konkrete Lösungen zu sprechen, obgleich bei der vorgesehenen Begrenzung auf 6000 Sprengköpfe für ballistische Systeme der Ausschluß einer Umgehung ein wichtiges Anliegen sein müsse. Der sowjetische Vorschlag einer Begrenzung auf 400 SLCMs großer Reichweite stelle ein großes Entgegenkommen dar, wobei die SU bereit sei, konventionelle Cruise Missiles unberücksichtigt zu lassen.

Auf Frage des *BM* nach der Verifizierbarkeit berief sich *Karpow* auf sowjetische Experimente mit Geräten, die nach Gamma-Strahlung das Vorhandensein von nuklearen Sprengköpfen mit einer Präzision von zwei Metern über Wasser feststellen könnten. Diese Technik könne noch vervollkommnet werden und biete im Zusammenhang mit einer Inspektionsregelung Gewähr für die Einhaltung eines Abkommens.

Das zweite Problem sei die alte Frage des Zusammenhangs offensiver und defensiver Waffen. Hierüber wolle die Sowjetunion keinen theoretischen Streit, sondern eine praktische Lösung: die Einhaltung des ABM-Vertrages wie unterzeichnet und ratifiziert. Man wolle nicht über enge oder weite Auslegung streiten[5], sondern übereinkommen, daß zehn Jahre lang der heutige Status quo im Hinblick auf Forschungen gewahrt werde.

Auf Frage des *BM*, seit wann die SU Forschungen über Raketenabwehr im Weltraum betreibe, bemerkte *Karpow*: seit langem. Man habe natürlich nicht die Hände in den Schoß gelegt, sei aber zu anderen Schlußfolgerungen als die USA gekommen. Welichow (Präsident der Akademie der Wissenschaften) sei nach gründlichen Forschungen zum Ergebnis gekommen, daß ein Abwehrsystem mit 100-prozentiger Wirksamkeit nicht möglich sei. (BM warf ein, zu diesem Ergebnis sei er auch ohne Forschungen gelangt.) Deswegen werde sich die SU auf keinen Wettbewerb mit SDI einlassen.

Status quo im Hinblick auf Forschung bedeute, daß Tests und Entwicklungen auch im Weltraum zulässig wären, aber nur bis zu einer bestimmten Ebene. Fest-

3 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 364 und Dok. 365.

4 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

5 Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

gelegt werden müsse z. B., welche Laser bis zu welcher Stärke im Weltraum getestet werden könnten oder welche Parameter für Spiegel gelten sollten.

Die SU werde sich auf keinen Fall mit einer feierlichen Beerdigung des ABM-Vertrages abfinden. Man sei deshalb von der ersten in Washington vorgelegten amerikanischen Formel erschüttert gewesen, die gleichzeitig mit START-Abschluß eine vertragliche Absprache über die Liquidierung des ABM-Vertrages und Aufstellung von SDI vorgesehen habe. In den dreitägigen Beratungen habe man sich im letzten Augenblick auf die in der gemeinsamen Erklärung[6] verwendete Formel verständigt, was zu einer Verspätung der Schlußzeremonie geführt habe. Gorbatschow habe daran zwar genörgelt, sich aber schließlich damit abgefunden. Darin seien die beiden wichtigen, noch weiter zu beratenden Elemente enthalten:

– Einhaltung des ABM-Vertrages wie unterzeichnet,

– Forschungen im Rahmen des ABM-Vertrages zulässig.

Noch keine Lösung sei für die Dauer der Einhaltung des ABM-Vertrages gefunden worden. Die SU wolle eine Bindung für zehn Jahre, die USA für sechs bis sieben Jahre.

Karpow stellte fest, er wolle die strittigen Fragen nicht dramatisieren, man stecke nicht in einer Sackgasse. Wenn beide Seiten START bis zum vorgesehenen Besuch Reagans in Moskau[7] fertigstellen wollten, halte er das für möglich.

Unter den anderen Fragen, die in Washington besprochen wurden, habe Gorbatschow der konventionellen Abrüstung größte Aufmerksamkeit gewidmet. Er habe für ein Mandat für ein zweiphasiges Vorgehen geworben:

– Zunächst sollten bestehende Asymmetrien zwischen den beiden Bündnissen abgebaut werden. Z. B. habe der WP 50 000, die NATO 30 000 Panzer in ganz Europa. Allerdings müßten auch taktische Angriffsflugzeuge berücksichtigt werden, wo die NATO überlegen sei. Wenn man regional differenziere, habe der WP in Zentraleuropa eine Überlegenheit, die NATO in Südeuropa. Man müsse also sehen, wie man zu gleichen Höchststärken kommen könne.

– Nach solchen ersten Reduzierungen zum Abbau von Asymmetrien müsse der Reduzierungsprozeß unter gleichen Bedingungen fortgesetzt werden bis auf eine Ebene, die die Führung eines Krieges unmöglich machen würde. Reduzierungen müßten Truppen und Rüstungen erfassen.

Nach sowjetischer Auffassung könnte am Anfang des Prozesses die Vereinbarung eines Korridors von 150 bis 300 km Breite stehen, aus dem alle Rüstungen abgezogen werden müßten, nukleare wie konventionelle. Hier könne man an die Anregungen Jaruzelskis anknüpfen, dem es hauptsächlich um Vertrauensbildung durch provisorische Maßnahmen gehe, um weitergehende Maßnahmen zu erleichtern.[8]

6 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Abschlußerklärung vom 10. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1491–1497. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38.

7 Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

8 Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.
Am 17. Juli 1987 faßte die polnische Regierung ihre Vorschläge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einem Memorandum zusammen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 653–655.

In Washington habe sich die SU zu einem Meinungsaustausch mit den USA über Detailfragen der konventionellen Rüstungskontrolle bereit erklärt und eine entsprechende Absprache mit Carlucci getroffen. Der neue Verteidigungsminister, der im Unterschied zu seinem Vorgänger[9] an Fragen der Abrüstung interessiert sei, habe an Achromejew und Jasow die Einladung gerichtet, mit dem Dialog zu beginnen. Das Eis sei gebrochen.

Es bleibe die Notwendigkeit, in Wien ein Mandat zu vereinbaren.[10] In letzter Zeit seien die praktischen Möglichkeiten für eine Einigung deutlich geworden. Dies gelte auch für doppelt einsatzfähige Waffensysteme. Mit den Vorstellungen der Bundesregierung zur rüstungskontrollpolitischen Behandlung von taktischen Nuklearwaffen stimme man in Moskau weitgehend überein. Die größten Schwierigkeiten mache Frankreich. Die Sowjetunion werde ihre prinzipielle Position nicht aufgeben, auch wenn die Frage der taktischen Nuklearwaffen nicht auf die Tagesordnung der Wiener Gespräche komme. In Moskau werde man die Verhandlungssituation während der Ferienunterbrechung ausführlich analysieren, damit die nächste Runde[11] zu realen Ergebnissen führt.

Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen[12] stellte Karpow fest, daß man die Antwort des BM auf den Brief Schewardnadses mit großer Aufmerksamkeit gelesen habe und hoch einschätze.[13] Um schon in nächster Zukunft Einigung zu erzielen, sei unsere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet von erstrangiger Bedeutung. Die Aufnahme der Produktion binärer chemischer Waffen in den USA werde die Lage komplizieren.[14] Berichte über eine zehnfache sowjetische Überlegenheit bezeichnete Karpow als Märchen. Auf Frage des BM meinte

9 Caspar W. Weinberger.

10 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

11 Am 25. Januar 1988 wurden die Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien wieder aufgenommen. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV, S. 422.

12 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

13 Staatssekretär Sudhoff vermerkte am 20. November 1987, der sowjetische Botschafter Kwizinskij habe ihm am selben Tag einen „Brief des sowjetischen Außenministers einschl[ießlich] inoffizieller Übersetzung an den Bundesminister des Auswärtigen“ übergeben. Laut Kwizinskij „handele es sich um eine mündliche Botschaft, die auch an eine Reihe anderer Länder gegangen sei. […] B[otschafter] führte aus einem Notizbuch aus, in der Frage des Verbots chemischer Waffen gebe es in der Haltung der USA und Frankreichs neue Nuancen, die der Sowjetunion Probleme machten. Die Sowjetunion wende sich daher an die Bundesregierung mit der Bereitschaft zu einem aktiven Dialog mit uns mit dem Ziel eines Verbots der chemischen Waffen. Die Sowjetunion sei bereit, mit uns über die damit verbundenen allgemeinen und spezifischen Fragen zu sprechen, um sie einer Regelung näher zu bringen. Die Sowjetunion schätze die Politik der Bundesregierung zu diesem Thema hoch ein und insbesondere die Haltung des Bundesministers, der sich bereits wiederholt für eine solche Konvention ausgesprochen habe.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162043.
Botschafter Hartmann legte Bundesminister Genscher am 1. Dezember 1987 den Entwurf eines Antwortschreibens an Schewardnadse vor. Darin hieß es: „Bei den in Kürze in Genf wieder beginnenden Verhandlungen wird die CD-Delegation der Bundesrepublik Deutschland insbesondere für die baldige Klärung der offenen Frage bei der Überprüfung der zivilen chemischen Produktion eintreten. […] An uns wird keine Verifikationsmaßnahme scheitern, die zusätzliche Sicherheit schafft. Aus unserer Sicht ist ein Punkt von fundamentaler Bedeutung: Sobald das CW-Verbotsabkommen in Kraft tritt, darf es keine Produktion von chemischen Waffen mehr geben.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162048.
Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 5. Dezember 1987 mit, das Antwortschreiben Genschers sei am selben Tag im sowjetischen Außenministerium übergeben worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3887; Referat 222, Bd. 162048.

14 Nach einem Moratorium von 18 Jahren begannen die USA am 16. Dezember 1987 mit der Produktion neuer (binärer) chemischer Waffen. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV, S. 369.

er, US und SU verfügten über ungefähr gleiche Bestände. Die SU sei schon vor Vertragsabschluß zur Bekanntgabe von Mengen und Lagerorten ihrer CW grundsätzlich bereit. Besorgt sei man über eine neue amerikanisch-französische Allianz, die einer vollständigen Abschaffung der chemischen Waffen skeptisch gegenüberstehe. Für die SU käme nur eine vollständige Abschaffung in Frage, da sonst Krebsgeschwüre weiterwachsen könnten.

Über Afghanistan habe es in Washington eine ernsthafte Erörterung gegeben. Die Sowjetunion sei zum Truppenabzug bereit, doch müsse ein Massaker vermieden und deshalb ein ruhiger, friedlicher Übergang sichergestellt werden. Schon jetzt gebe es in zwei Provinzen Afghanistans keine SU-Truppen. Moskau sei bereit, auch andere Provinzen zu befreien (sic!), wenn die USA und Pakistan Zusagen zur Nichtlieferung von Rüstungen an die Aufständischen geben. Welche Regierung eingesetzt werde, sei Sache der Afghanen. Aus sowjetischer Interessensicht sei wichtig, daß Afghanistan nicht feindselig, aber ungebunden sei, ungefähr also einen Nachbarn wie Finnland abgäbe.

Der *BM* dankte für die ausführliche Unterrichtung, in der er den Ausdruck des Willens sah, das deutsch-sowjetische Verhältnis enger zu gestalten. Er bat Karpow, die Grüße von GS Gorbatschow und AM Schewardnadse zu erwidern.

Karpow knüpfte an das von Schewardnadse in New York für den BM gegebene Essen an[15] und monierte, jetzt sei der BM dran, sich mit einem ebenso guten Essen zu revanchieren. *BM* bemerkte, unsere Küche sei geöffnet.

BM fuhr fort, Karpow könne den Erklärungen des Bundeskanzlers, seinen eigenen im Bundestag und auch den sonstigen im Parlament vorgetragenen Bewertungen entnehmen, daß wir die Unterzeichnung des INF-Vertrages von Herzen begrüßten.[16] *Karpow* warf ein, man wisse dies in Moskau zu schätzen. Schewardnadse habe wiederholt festgestellt, daß ohne Beitrag der Bundesregierung – aber auch der Verbündeten der Sowjetunion – der Vertrag nicht zustande gekommen wäre.

BM hielt bei INF die konzeptionellen Durchbrüche der Festlegung asymmetrischer Reduzierungen wie auch auf dem Gebiet der Verifikation für wichtig. Bei den strategischen Waffen beeindrucke der Wille, noch im ersten Halbjahr 1988 zum Abschluß zu kommen. Zu begrüßen sei das pragmatische Herangehen an den ABM-Vertrag. Er habe Dobrynin schon 1986 gesagt, daß eine Verständigung über das Festhalten an diesem Vertrag für eine bestimmte Zeitphase möglich sein müßte.[17] (*Karpow* trug an dieser Stelle herzliche Grüße von Dobrynin an BM nach.)

Zu den chemischen Waffen stellte *BM* mit Nachdruck fest, die Bundesregierung bleibe bei Forderung nach weltweiter Beseitigung. Eine Änderung dieser Linie würde nicht unsere Zustimmung finden. Der Verhandlungsstand sei reif für eine Vereinbarung. Als Realisten wüßten wir, daß die Verifizierung bei CW ungleich

15 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. September 1987 in New York vgl. Dok. 268.

16 Für die Debatte über den INF-Vertrag im Bundestag am 10. Dezember 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3400–3454.

17 Beim Besuch vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR führte Bundesminister Genscher auch ein Gespräch mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 218.

schwieriger sei als bei INF. Man müsse sehen, was man daraus konzeptionell übernehmen könne. BM bemerkte, er sei offen gesagt ungeduldig über Verhandlungsstand und beabsichtige, dem auch öffentlich Ausdruck zu geben.[18] So wolle er mit AM Andreotti, wie gestern in Brüssel[19] abgesprochen, bei Wiederaufnahme der nächsten CW-Verhandlungsrunde in Genf gemeinsam auftreten.[20] Bekanntlich habe er schon im vergangenen August in Genf auftreten wollen, aber Schewardnadse habe ihn in eine schwierige Situation gebracht. (*Karpow* bemerkte, diese Frage sei inzwischen ja beigelegt.)

Zur konventionellen Rüstungskontrolle stellte *BM* einige interessante Ansätze in der von Karpow dargestellten sowjetischen Position fest, insbesondere im Hinblick auf die Disparität bei den Panzern wie auch zur regionalen Differenzierung zwischen Nord-, Mittel- und Südeuropa. Bei Überlegungen über einen Korridor müsse man beachten, daß auf diese Weise die ohnehin gegebene geographische Disparität noch verschärft würde. Die konventionelle Rüstungskontrolle sei ein Problem, das uns beide besonders betreffe, schon wegen der Lasten der konventionellen Verteidigung. BM hielt es für notwendig, in dieser Frage wie auch in der Frage der chemischen Waffen in engem Kontakt zu bleiben.

Hinsichtlich der nuklearen Kurzstreckensysteme sei es kein Geheimnis, daß im Westen ein schwieriger Denkprozeß stattfinde, der Zeit brauche. Die sowjetische Führung sollte in der Lage sein, einen Teil der Systeme, wo sie beachtlich überlegen sei, aufzugeben. *Karpow* wandte ein, damit sei er nicht einverstanden. Über Asymmetrien könne gesprochen werden, aber nur als Teil der Gesamtbilanz.

Zum Golfkrieg[21] betonte *BM* die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats. Ihr Beitrag zur Beendigung des Konflikts sollte Beispiel für kollektive Antwort auf Herausforderung der Weltsicherheit geben. Hierin sähen wir auch eine Stärkung der VN.

Zu Afghanistan könne er kein Rezept liefern. Zu beachten sei, daß auch Millionen von Flüchtlingen eine Rolle spielten. Ohne Prozeß nationaler Versöhnung könne es keine dauerhafte Stabilität geben.

Abschließend äußerte sich BM befriedigt über die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen im vergangenen Jahr. Der Staatsbesuch des Bundespräsidenten sei wichtig und erfolgreich gewesen.[22] Zur positiven Bewertung gehörten auch die Gespräche, die er mit AM Schewardnadse in Moskau und in New York geführt habe, sowie der briefliche Meinungsaustausch zwischen beiden Regierungen.[23]

18 Vgl. dazu den Artikel von Hans-Dietrich Genscher, „Notwendigkeit eines Abkommens über weltweites Verbot von C-Waffen"; BULLETIN 1987, S. 1093–1095.

19 Am 11. Dezember 1987 fand in Brüssel die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 369.

20 Zur Absprache zwischen Bundesminister Genscher und dem italienischen Außenminister Andreotti über einen gemeinsamen Auftritt vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 357.
Genscher und Andreotti traten am 4. Februar 1988 vor der CD auf. Für den Wortlaut der Rede Genschers vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

21 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

22 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

23 Vgl. dazu das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl und dessen Antwortschreiben vom 24. November 1987; Dok. 280, Anm. 4, und Dok. 335.

Dies seien gute Voraussetzungen, um die Beziehungen 1988 qualitativ weiter zu verbessern. In seiner Rede vor dem Bundestag habe er den Beitrag der sowjetischen Führung zur positiven Entwicklung und zu den fundamentalen Veränderungen im West-Ost-Verhältnis gewürdigt. Neues Denken, auch auf westlicher Seite, müßte zu neuem Herangehen an die noch offenen Probleme führen. BM wies darauf hin, daß er den Prozeß der Politik der Veränderung GS Gorbatschows seit langem ermutigend gefunden habe. In den letzten Monaten hätten seine Kollegen mehr und mehr erkannt, daß die Einschätzung, die er in seiner Rede von Davos[24] gegeben habe, richtig gewesen sei.

Karpow dankte für diese positiven Bemerkungen, über die er berichten werde.

Referat 204, Bd. 135406

369

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-7187/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 12. Dezember 1987, 13.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1666 **Ankunft: 12. Dezember 1987, 14.09 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Sitzung im kleinsten Kreise bei NATO-Außenministerrat;
hier: Erörterung Berichts Secretary Shultz über Washingtoner Gipfel[2]

Bezug: DB 1656/57 vom 11.12.87 – I-362.05/1-3426/87 VS-v[3]

Zur Unterrichtung (von BM noch nicht genehmigt)

1) An – durch Mittagessen, Unterzeichnung MBCA[4] und Kommuniqué-Verhandlungen unterbrochener – etwa zweistündiger Diskussion Briefings (Anwesenheitsformel 1+2[5]; bei uns noch D2[6]) beteiligten sich sämtliche AM, von denen einige auch Fragen stellten. Erörterung spiegelte nachdrückliche Befriedigung über

24 Zur Rede des Bundesministers Genschers vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23.
Hat dem Bereitschaftsdienst am 12. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 201 über Eintreffen DB in Kenntnis gesetzt."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 6. März 1988 vorgelegen.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 364 und Dok. 365.

3 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), übermittelte die Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz vom 11. Dezember 1987 im NATO-Ministerrat. Vgl. dazu VS-Bd. 12097 (201).

4 Multilateral Basing Country Agreement.
Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 11. Dezember 1987 zwischen den USA sowie Belgien, der Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und den Niederlanden „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite" vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 431–437.

5 Minister, Ständiger Vertreter bei der NATO in Brüssel und ein weiterer Mitarbeiter.

6 Hermann Freiherr von Richthofen.

INF-Vertrag[7] wider, den man voll unterstützte und dessen baldige Ratifizierung als wünschbar bezeichnet wurde. Dank an US für Verhandlungsführung, ständige Konsultation mit Alliierten und Gestaltung Gipfels, dessen allgemein positive Perspektiven man unterstrich, sowie an Shultz für eingehenden Bericht.

Nur französischer AM gab sich eher zurückhaltend, was auch in einstündigen, mühsamen Kommuniqué-Verhandlungen (insoweit zu Präambel sowie Ziffer 1) zum Ausdruck kam.[8]

Im einzelnen

2) BM, der nach Andreotti als zweiter das Wort nahm, erinnerte nach Dank für Shultz an Doppelbeschluß vor acht Jahren[9] und daran, was ihm vorausgegangen sei. INF-Abkommen, das für Zukunft West-Ost-Beziehungen wesentlich, stelle historischen Verhandlungserfolg Bündnisses dar, der seiner unbeirrbaren Entschlossenheit nicht zuletzt bei Überwindung Stationierungsschwierigkeiten zu verdanken sei. Eindrucksvolle Bestätigung Harmel-Konzepts von Abschreckung und Dialog[10], das auch künftig wegweisend sein müsse. Allianz werde durch Abkommen – über dessen militärische Dimension hinaus – politisch in Zusammenhalt, innerer Übereinstimmung und moralischer Kraft gestärkt. Dieses komme Akzeptanz in öffentlicher Meinung zugute, die gerade in unserem Land mit seiner weitgehenden Wehrpflicht wesentlich sei. Konsens sei mit neuem Leben erfüllt worden, und USA und Europa seien dadurch nähergerückt.

Debatte im Bundestag 10.12. habe bewiesen, daß alle politischen Kräfte in BR Deutschland voll hinter Abkommen stehen.[11] In einmaliger Einmütigkeit hätten sie darin gewetteifert, ihren Anteil herauszustellen. Sämtliche Sprecher hätten an Senat appelliert, Ratifizierung so schnell wie möglich und ohne jede Änderung vorzunehmen.

Von Shultz erwähnte sechs Grundsätze seines Toasts für Gorbatschow[12] seien wesentlich, vor allem auch der Hinweis auf unsere sich schnell ändernde Welt, was etwa für Bereiche Technologie, Wirtschaft und Ökologie gelte und zunehmende Interdependenz voraussehen lasse. Dies motiviere sowjetische Führung und „neues Denken", das auch im westlichen Interesse liege. Auch die osteuropäischen Länder müßten sich auf solche globalen Veränderungen einstellen, wobei KSZE-Prozeß entscheidende Wichtigkeit beizumessen sei. Nicht wir, sondern SU und andere WP-Staaten hätten sich seit Helsinki[13] anpassen und umgestalten müssen.

7 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

8 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112.

9 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

10 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

11 Für die Debatte im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3400–3454.

12 Für den Wortlaut der Ansprache des amerikanischen Außenministers Shultz am 9. Dezember 1987 in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 8 f.

13 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

BM plädierte im Sinne Kommuniqués AM-Rat Reykjavik[14] für weitere Fortschritte bei Rüstungskontrolle und Abrüstung in Bereichen START, CW, KRK sowie nuklearen Systemen kürzerer Reichweiten. INF-Vertrag müsse als Beginn umfassenderen Konzepts verstanden werden. Wir dürften SU nicht erlauben, insoweit ihre Überlegenheit aufrechtzuerhalten. Abkommen stelle konzeptionellen Durchbruch – besonders auch hinsichtlich asymmetrischer Reduzierungen zu unseren Gunsten und Verifikation – dar, der sich bewähren werde. Er begrüße es, daß man sich bei START z. B. in Frage Sublimits nähergekommen und daß man dabei so realistisch sei, nur das jeweils mögliche abzuhaken. Ihn beeindrucke die handwerkliche Art und Weise, in der verhandelt werde. Wie bei INF gelte es, sich immer wieder zu treffen. Nur so ließen sich Ergebnisse erzielen. Weiterer Gipfel in erster Jahreshälfte 1988[15] mit Einigung über START werde erneuten sehr wichtigen Fortschritt darstellen. Wesentlich sei, daß TO[16] der Gipfel nicht nur Frage Rüstungskontrolle, sondern auch Menschenrechte und Regionalprobleme umfasse.

Wir seien sehr zufrieden. Es gehe weiterhin darum, eng zu konsultieren, was Zusammenhalt und Vertrauen stärke. Erneut Dank für nächtlichen Flug von Shultz.

3) Aus Interventionen der anderen AM ist festzuhalten:

– Andreotti: INF-Abkommen, das frischen Elan im Rüstungskontrollbereich bedeute und neue Perspektiven eröffne, sei großes Ereignis Nachkriegsgeschichte. Er werde an Ausspruch Armstrongs bei Mondlandung[17] erinnert: riesiger Sprung voran in Menschheitsgeschichte. Stärkung europäischer Sicherheit, stabileres Gleichgewicht, Globalität und Asymmetrie in unserem Interesse, Verifikation für künftige Regelung beispielgebend. Betonung hilfreicher Rolle europäischer Alliierter. Hoffnung auf Fortschritte bei START, CW (Ankündigung Besuchs zusammen mit BM zu Beginn nächsten Jahres in Genf[18]; Abkommen müsse noch 1988 geschlossen werden) und KRK (Gorbatschow habe Notwendigkeit asymmetrischer Reduzierungen eingeräumt; es gelte, in Wien[19] voranzukommen). Hinweis auf Verhandlungen im Sinne von Artikel 8 Kommuniqué Reykjavik. Baldige Erarbeitung rüstungskontrollpolitischen Gesamtkonzepts, das auch nukleare Systeme unter 500 km einschließen müsse, sei von Bedeutung. Anderenfalls werde man gezwungen sein, sowjetischen Initiativen unvorbereitet zu begegnen. Im West-Ost-Verhältnis gebe es zunehmend gemeinsame Interessen nicht nur im Sicherheitsbereich, sondern auch wirtschaftlich, kulturell und politisch. Bei Regionalfragen müsse alles getan werden, um Lösungen zu erzielen. Erwähnung von Afghanistan, Kambodscha und NO.

14 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

15 Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

16 Tagesordnung.

17 Der amerikanische Astronaut Armstrong betrat am 21. Juli 1969 als erster Mensch den Mond.

18 Zur Absprache zwischen Bundesminister Genscher und dem italienischen Außenminister Andreotti über einen gemeinsamen Auftritt vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 357.
Genscher und Andreotti traten am 4. Februar 1988 vor der CD auf. Für den Wortlaut der Rede Genschers vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

19 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

– Stoltenberg bezog sich mehrfach auf BM: INF-Abkommen bedeute Stärkung Allianz, transatlantischer Beziehungen und Akzeptanz. Er begrüße es, daß im Rahmen von START auch seegestützte Systeme – über und unter Wasser – rüstungskontrollpolitisch behandelt würden. Gerade für NWG sei es wesentlich, daß nunmehr nicht von Land auf See ausgewichen werde.
– Howe: Hinweis auf Zwischenaufenthalt Gorbatschows in GB, wobei dieser Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen ausgestrahlt habe.[20] Wir hätten bei Öffentlichkeitsarbeit immer noch Probleme. INF-Vertrag („Frucht unserer Solidarität") müsse unbedingt ratifiziert werden („Zögern wäre verheerend"). Er bedeute Stärkung Bündnisses und europäisch-amerikanischer Beziehungen. Behauptung, Supermächte hätten sich auf Kosten Westeuropäer geeinigt, sei sinnlos; enge transatlantische Konsultationen bewiesen Gegenteil. Europa habe neben US wichtige Rolle zu spielen, wofür KRK und CW Beispiele seien. Wir dürften nicht auf Initiativen Gorbatschows hereinfallen („succumb"), weitere Reduzierungen nuklearer Waffen in Europa vorzusehen. Hier sei Ausfüllung Mandats Artikel 8 Reykjavik wichtig. Nicht Karren vors Pferd spannen. Bei CW-Ächtung seien baldige Fortschritte vonnöten, doch gelte es, wachsam zu bleiben. Hätten Sowjets in Shikhany wirklich alles und nicht nur „museale" Bestände vorgeführt?[21] Momentum auch außerhalb Rüstungskontrolle sei wesentlich. Bei Regionalproblemen (Afghanistan, Golf – SU müsse sich stärker für VN-Entschließung 598[22] engagieren; Kambodscha) sollte auf Moskau Druck ausgeübt werden. Man dürfe nicht hinnehmen, daß SU bei Menschenrechtsfragen so hinhaltend taktiere. Gefragt seien allgemein Realismus und Wachsamkeit, weder Euphorie noch Trübsinn („gloom"), sondern Aufgeschlossenheit („open-mindedness").
– Van den Broek: In SU neue Führerschaft, die zugänglich („responsive") sei. Neue Entwicklungen müßten, bei aller erforderlichen Wachsamkeit, ernstgenommen werden. In ganz Europa sei Bevölkerung durch Fernsehbilder von Gipfel sehr bewegt worden. Hoher Erwartungshorizont. Kreativität sei gefordert. [23]Hinweis auf gute Implementierung Ergebnisse KVAE. Keine Schwierigkeiten in NL im Zusammenhang mit MBCA. Zusammenarbeit und Zusammenhalt Bündnisses sei in Wien ebenso wichtig wie in Genf. Menschenrechtsdimension für NL besonders wichtig.

20 Zum Gespräch der Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1987 in Brize Norton vgl. Dok. 359.

21 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.
Am 8. Oktober 1987 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Butler für Staatssekretär Sudhoff zur Besichtigung am 3./4. Oktober 1987, die UdSSR habe „beim ersten Besuch der CD-Teilnehmer in einer sowjetischen Militäranlage […] das nach ihrem Bekunden vollständige Arsenal der bei der Truppe befindlichen Typen chemischer Waffen (keine Angaben zu Gesamtmenge und Zusammensetzung)" gezeigt: „Die SU hat mit der Einladung in das streng abgeschirmte Übungsgebiet der Chemietruppen nach Shikhany einen Einblick in ihre CW-Rüstung gegeben und damit ein Stück Transparenz geschaffen. Ob die sowjetischen Angaben, wie behauptet, umfassend sind, läßt sich nicht abschätzen. Hier wird eine eingehendere Bewertung vor dem Hintergrund des westlichen Kenntnisstandes stattfinden, der allerdings wegen der mangelhaften Information über sowjetische CW aus eigenen Quellen lückenhaft ist." Vgl. Referat 222, Bd. 162043.

22 Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

23 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1667 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

– Ellemann-Jensen erinnerte an Äußerungen Europäischen Rats Kopenhagen zu West-Ost-Beziehungen[24]. Rüstungskontrolle und Abrüstung seien über INF hinaus von Bedeutung, besonders KRK. Weg sei lang und schwierig, weitere Meilensteine erforderlich. Umfassende TO Gipfel sei wichtig gewesen. Entspannung müsse auch NSWP[25]-Ländern zugute kommen. Betonung KSZE-Prozeß und WFT.
– Halefoğlu bezeichnete INF-Abkommen als historisch. Vertrauensbildende Maßnahmen von Bedeutung. Bei kürzlicher Manöverbeobachtung durch SU habe man feststellen müssen, daß sowjetisches Interesse sich auch auf Gebiete gerichtet habe, die jenseits Übungsgeschehen gelegen hätten. Gewisse Vorsicht sei deshalb vonnöten. Im Menschenrechtsbereich dürfe es nicht nur um Auswanderung gehen. Er habe im Herbst Schewardnadse in New York ersucht, Einfluß auf Bulgarien zugunsten türkischer Minderheit geltend zu machen.
– Raimond gab sich beeindruckt von Briefing. Bei INF-Vertrag seien die von US gewünschten Ergebnisse erzielt worden. Modell für künftige Verhandlungen (Asymmetrie, Verifikation). Man müsse gegenüber Öffentlichkeit Widersprüchlichkeiten vermeiden: Zunächst habe man PII und GLCMs als wesentlich für Abschreckung bezeichnet, und jetzt werde deren Abschaffung begrüßt. Es gelte, weder euphorisch noch pessimistisch zu sein. Alles hänge davon ab, wie es weitergehe. Wir müßten uns über nächste Etappen klarwerden. Gorbatschow wolle Denuklearisierung Europas. Dies wäre eine schlimme Sache. Mandat zu Artikel 8 Reykjavik, bei dem man bisher keine besonderen Fortschritte gemacht habe, müsse vorangetrieben und erweitert werden. Folgende Probleme stellten sich: Bedrohung bestehe fort, und Verteidigungsanstrengungen müßten aufrechterhalten werden. Weitere Reduzierung Kernwaffen in Europa sei nur unter Gesichtspunkt unverminderter Sicherheit möglich, wozu Ausfüllung genannten Mandats Aussagen zu machen habe. Bei CW stellten sich für Übergangszeit Fragen.
– Papoulias: Vieles habe sich geändert. In GR sei INF-Vertrag vom Volk enthusiastisch gefeiert worden, als ob der Teufel verschwunden sei. Vertrag werde sich auch auf Zusammenarbeit Balkan-Länder positiv auswirken. Hinweis auf AM-Treffen im Februar in Belgrad[26], an dem auch albanischer AM[27] teilnehmen werde.
– Tindemans unterstrich, daß gerade auch Stationierungsländer[28] zufrieden sein müßten. Doppelbeschluß habe sich bewährt. MBCA werde von belgischer Kammer sicherlich ratifiziert. Strategie flexibler Reaktion[29] mit konventionellen und nuklearen Elementen weiterhin gültig. Bei Rüstungskontrolle müsse angemessene Verteidigungsfähigkeit in Rechnung gestellt werden, was hinsichtlich INF keine Umgehung darstellen dürfte. Bei Mandat Ziffer 8 Reykjavik

24 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. BULLETIN DER EG 12/1987, S. 115. Zur Tagung vgl. Dok. 358.
25 Korrigiert aus: „NSWG".
26 Ein Treffen der Außenminister Albaniens, Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei fand vom 24. bis 26. Februar 1988 in Belgrad statt.
27 Reiz Malile.
28 Belgien, die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und die Niederlande.
29 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 4, Anm. 17.

müßten wir vorankommen. Auf sowjetische Initiativen könne nicht lediglich reagiert werden. Hinweis auf „Prioritäten von Artikel 7“ Reykjavik. Man kenne Insistenz WP auf Abschaffung aller nuklearen Systeme mit Reichweiten unter 500 km. Hier sei Solidarität Bündnisses gefragt. Bei Rüstungskontrolle müßten wir uns darüber im klaren bleiben, daß Spannungen auf politischen Ursachen beruhten, die abzubauen seien. Das „neue Denken“ habe nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche usw. Dimensionen. Es gelte, Gorbatschow im Sinne von BM beim Wort zu nehmen.[30] SU sei zu echten Reduzierungen bereit. Einhaltung ABM-Vertrag wesentlich.

– Fernández Ordóñez: INF-Abkommen sei für manche keine gute Sache, was jedoch nicht stimme. Es stärke Glaubwürdigkeit Allianz. Viel bleibe zu tun. Flexibilität und Doktrin Bündnisses blieben weiterhin gültig.
– StS Barroso appellierte an Realismus und „common sense“. Man müsse auf Boden Tatsachen bleiben („down to earth“).
– Clark bezeichnete INF-Abkommen als „bemerkenswerte Errungenschaft“. Stärkung Bündnisses könne sich jedoch als nur vorübergehend erweisen. Hinweis auf Friedensbewegung, Ungewißheit über sowjetische Motive (falls wirtschaftliche Schwierigkeiten überwunden, was dann?), geschickte Medienpolitik Gorbatschows, die bei Gipfel wieder deutlich geworden sei und auf die wir noch keine angemessene Antwort gefunden hätten.

4) Shultz beantwortete im Verlauf Diskussion folgende konkrete Fragen:

– Zum Verhältnis START und D+S[31] (NL und F): Er glaube nicht, daß SU START-Vertrag ohne Regelung bei D+S abschließen werde, und beides hänge ja auch miteinander zusammen. Es werde wohl zwei Verträge geben, einen ausführlichen zu START und einen – zweifellos sehr kurzen, nicht mehr als einen Artikel umfassenden (andernfalls man in einen „Morast“ gerate) – zu D+S. Für SU komme es vor allem auf Zeitraum Bindung an ABM-Vertrag an. Hinweis auf entsprechende ausgedehnte, nachdrückliche („aggressive“) sowjetische Programme. SU habe bekanntlich im Gegensatz zu US ein Abwehrsystem installiert. Sollte einer der beiden Verträge verletzt werden, würde dies Suspendierung auch des anderen zur Folge haben. SU umgehe mit Krasnojarsk[32] und anderen Radarstationen ABM-Vertrag. Dieses Problem müsse – z.B. durch deren Abbau – vor Vertragsabschluß geregelt werden, denn andernfalls seien die Abkommen im Senat nicht ratifizierbar. Es handle sich hier also um ein „linkage with complications and subtleties“.
– Sublimits für ICBM bei START (NL): Diese seien „nicht verschwunden, aber im Schwinden“ („not faded, but fading“). Bei von Begrenzung 4900 betroffenen ICBMs und SLBMs führten beide Länder „größere Programme“ („major programmes“) durch. SU sei ja stärker bei ersterer, US bei letzterer Kategorie. Es sei schwierig, jeweils andere Seite, die angemessenen Mix anstrebe, hier zu grundlegenden Änderungen zu bestimmen: „We keep it for a while.“ Dies sei keine Tragödie.

30 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1987 in Davos; Dok. 65.
31 Defense and Space.
32 Zur sowjetischen Radaranlage bei Krasnojarsk vgl. Dok. 59, Anm. 10.

– Sowjetische Haltung hinsichtlich Krieg Iran–Irak (NL, ISL): Shultz antwortete zögernd. Voraussagen seien schwierig. SU sei wohl zunehmend besorgt über Auswirkungen islamischen Fundamentalismus, besonders in Afghanistan und Iran, auf eigene Bevölkerung. Walters sei mit Erarbeitung Folgeentschließung 598 befaßt. Iran treibe mit SR sein Spiel[33]; wenn dieser sich ernst nehme, müsse er etwas tun.
– Seien bei umfassender Verifikation START nur US und SU betroffen (F)? Shultz: Ja.
– Sei Menschenrechtskonferenz Moskau[34] bei Gipfel zur Sprache gekommen (F)? Shultz: „Very light treatment." SU sei immer noch interessiert. Sie wisse, daß uns dies bekannt ist, und erwarte wohl Quidproquo.

Shultz meinte abschließend, „feste und beharrliche Haltung" („tough and persistent attitude") sei erforderlich. Er glaube, daß man gegenüber (von Clark erwähnten) Friedensbewegungen in der Tat gute Argumente habe. Er halte es mit dem bekannten Ratschlag an junge Mädchen: „You can't sell it if you give it away."

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12097 (201)

370

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors, in Brüssel

14. Dezember 1987[1]

Von BM noch nicht gebilligt, nur für den Dienstgebrauch

Gespräch BM mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, am 14.12.1987, 8.45 Uhr in Brüssel[2]

Das Gespräch (Teilnehmer auf seiten der KOM Kabinettschef Lamy, stv. Kabinettschef Burghardt; auf deutscher Seite Botschafter Ungerer, RL 410[3]) fand in

33 Zur Haltung des Iran zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 357, Anm. 24 und 28.

34 Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kudlich am 15. Dezember 1987 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher und Staatsministerin Adam-Schwaetzer erörterten am 14. Dezember 1987 mit der EG-Kommission die bevorstehende EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3813 des Botschafters Ungerer, Brüssel (EG), vom 15. Dezember 1987; Referat 412, Bd. 168708.

3 Christian Kudlich.

sehr offener, freundschaftlicher Atmosphäre statt, obwohl Präsident Delors (D) anfangs recht emotionsgeladene Töne anschlug.

Delors leitete das Gespräch mit einem Rückblick auf den ER Kopenhagen ein.[4] Er sehe für das Ergebnis zwei mögliche Erklärungen. Die erste Lesart (an die er zunächst selbst geglaubt habe): Am ersten Tag habe BK sich fast auf allen Gebieten offen gezeigt. Dann habe die deutsche Delegation am zweiten Tag das neue Präsidentschaftspapier[5] gelesen, mit dem sie vorher nicht befaßt worden sei. Der BK habe einen Zornesausbruch gehabt, damit war die Sitzung zu Ende. Die KOM habe eine letzte verzweifelte Anstrengung gemacht, um den ER zu retten – vergebens. Alles sei abgelaufen wie in einer griechischen Tragödie.

Nach der zweiten Lesart sei der letzte Kompromißvorschlag der KOM[6] von nur fünf Delegationen getragen worden. Deutschland, F und die anderen hätten ihn für Zeitvergeudung gehalten. Aufgrund des KOM-Vorschlags sei ein Kompromiß nicht möglich gewesen. Dies erinnere ihn an das erste Halbjahr 1984, als die KOM ihre Vorschläge zurückgenommen habe und Präsident Mitterrand daraufhin durch eine Rundreise[7] einen Kompromiß (auf dem ER Fontainebleau[8]) zustande brachte, bei dem GB und Deutschland (1,4% MwSt.) große Zugeständnisse machten. So könne man es auch diesmal halten. Die KOM werde dabei aber nicht mitmachen; sie habe ihren Stolz.

Delors nannte dann mehrere Bereiche, in denen Deutschland zu den KOM-Vorschlägen „Nein“ gesagt habe (u. a. EWS, Landwirtschaft, Verkehrspolitik). Er, Delors, habe unsere Haltung immer verteidigt. Wenn wir nun aus einer Position der Stärke heraus gemeinsam mit F eine Kompromißlösung aufstellten, so sei ihm das recht. Die KOM werde sich dabei aber zurückhalten, um nicht in eine ähnlich demütigende Lage zu geraten wie 1984 die Kommission Thorn.

Delors äußerte sich konkret zu zwei Sachpunkten:

– Der gemeinsame Wirtschaftsraum (der allein zur Europäischen Union führen könne) sei mehr als eine Freihandelszone verbunden mit „Schecks“ – dies hätten alle MS bis auf GR nicht verstanden.[9]
– GAP: Das Paket der KOM[10] (dessen Bedeutung bisher nicht voll verstanden worden sei) könne noch verbessert werden; dafür brauche man noch eine Arbeitssitzung des Agrarrats.

BM sah die Erklärung für den Verlauf des ER Kopenhagen weniger dogmatisch: Die KOM habe ihn erstklassig vorbereitet, die Präsidentschaft[11] bis einschließlich

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

5 Für das Papier „Aufzeichnung des Vorsitzes“ der dänischen EG-Ratspräsidentschaft vom 5. Dezember 1987 (SN/3919/2/87) vgl. Referat 410, Bd. 141612.

6 Für die Vorschläge der EG-Kommission vom 5. Dezember 1987 (SN 4036/87) vgl. Referat 410, Bd. 141612.

7 Staatspräsident Mitterrand führte am 23. Januar 1984 ein Gespräch mit Premierministerin Thatcher in Paris. Am 2. Februar 1984 besuchte er die Bundesrepublik und hielt sich am 6./7. Februar 1984 in den Niederlanden auf. Am 8. Februar 1984 besuchte er Luxemburg, am 10. Februar Griechenland, am 15. Februar Belgien, am 17. Februar Dänemark, am 20. Februar Italien und am 21. Februar 1984 Irland. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 2. Februar 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 29.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

9 So in der Vorlage.

10 Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission zur Eindämmung der Agrarproduktion und zur Stärkung der Haushaltsdisziplin; Dok. 315, Anm. 24.

11 Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

des Konklaves[12] auch. Noch bei dem Gespräch in Bonn am 1.12. hätten PM Schlüter und AM Elleman-Jensen[13] einige wenige entscheidende Fragen herausgestellt. Er, BM, habe fest damit gerechnet, daß auch in Kopenhagen nur die vier bis fünf wichtigsten Fragen diskutiert würden. Dies sei dann nicht geschehen, und der ER sei am Freitag vormittag nicht einen Millimeter weitergekommen. Er bedauere dies sehr, denn der BK sei mit dem festen Wunsch, sich zu einigen, und einer sehr offenen Haltung nach Kopenhagen gekommen. Bei dem vorbereitenden Ministergespräch in Bonn[14] sei vieles beiseite gelegt worden. So wie die Diskussion in Kopenhagen lief, sei eine Einigung aber nicht möglich gewesen. Der BK habe richtig gehandelt, auf Vertagung zu dringen, weil sonst durch Schuldzuweisungen eine „miese Stimmung" aufgekommen wäre. So habe der ER Kopenhagen zwar zwei Monate gekostet, aber nichts verschüttet. Leider könnten wir unsere Präsidentschaft[15] jetzt aber nicht so beginnen, wie wir sie ursprünglich angelegt hätten (Schwerpunkt Binnenmarkt).

Wir wollten nun mit großer Energie und, wie BM mehrmals betonte, in engster Abstimmung mit der KOM den ER Brüssel vorbereiten.[16] Zum Zeitplan: Er wolle heute im Rat vorschlagen, die Ratstagung 25./26.1. in einen Sonderrat umzuwandeln. Von 27. bis 29.1. wolle er eine Rundreise in die anderen Hauptstädte unternehmen und am Wochenende 30./31.1.[17] in Abstimmung mit der KOM ein Papier ausarbeiten, das dem AM-Konklave am 1./2.2. vorgelegt würde.[18] Sein Ziel seien scharf formulierte Fragen, die den Staats- und Regierungschefs schon vor dem ER vorliegen sollten. Nach dem Konklave müsse man sehen, was bis zum ER noch zu tun sei. (BM nannte das EPZ-Ministertreffen 8.2. als mögliche Gelegenheit zu weiterer Beratung.[19])

Delors zierte sich zunächst weiterhin, bot dann aber an, bis Anfang nächster Woche ein (rein deskriptives) Papier des Präsidenten der Kommission anzufertigen, das die Haltung der MS zu den noch offenen Fragen darstellt. Zu dem Konklave-Konzept meinte Delors, die belgische Präsidentschaft[20] habe eine bessere Methode gewählt als die dänische. Ein Konklave dürfe nicht versuchen, die Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs vorwegzunehmen. Allenfalls könne man den AM sagen, sie hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht, wenn mehr als vier bis fünf Fragen übrigbleiben.

Auf Frage nach der Rolle der Agrarminister sagte Delors, der Agrarrat am 18./19.1.[21] müsse sich ganz auf die Fragen Einkommensbeihilfen, Set-aside, Lage des

12 Zur Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave") am 29./30. November 1987 in Brüssel vgl. Dok. 318, Anm. 19.

13 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit ihren dänischen Amtskollegen vgl. Dok. 346, Anm. 6.

14 Für das Ministergespräch vgl. Dok. 346.

15 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

16 Die Tagung des Europäischen Rats in Brüssel fand am 11./12. Februar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

17 Korrigiert aus: „30./31.11."

18 Am 1./2. Februar 1988 fand in Brüssel eine Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave") statt.

19 Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 8. Februar 1988 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

20 Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

21 Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister fand vom 18. bis 20. und am 23./24. Januar 1988 in Brüssel statt.

ländlichen Raumes konzentrieren – und nicht etwa wieder die Agrarstabilisatoren diskutieren (diese Weisung müßten ihnen die Chefs geben). Der – in großer Eile abgefaßte – KOM-Vorschlag könne dabei verbessert werden und Bayern und Baden-Württemberg besser berücksichtigen. Die KOM werde in ihrer ersten Februar-Sitzung ein komplettes Papier zum Set-aside verabschieden.

Auf die Frage nach Spielraum bei den Kernfragen des Delors-Pakets[22]:

- Strukturpolitik: Delors wiederholte den Hinweis, daß es nicht um die Umverteilung von Geld gehe, sondern um Gemeinschaftspolitiken ganz bescheidenen Umfangs.
- Eigenmittelplafonds: Delors sah hier kein Problem mehr.
- Vierte Einnahmeart: Problem sei I. Eine gründlichere Studie würde aber zeigen, daß in einem Jahr auch bei der MwSt.-Bemessungsgrundlage I in eine stärkere Belastung hineinwachse. Die jetzige Situation gehe darauf zurück, daß Craxi entgegen Andreottis Rat die Schattenwirtschaft in die italienische BSP-Statistik habe einarbeiten lassen, um zu zeigen, daß I der zweitwichtigste europäische Industriestaat ist.

  Als Lösung schwebt Delors ein Übergangsregime für ein Jahr vor. Dann würde deutlich sein, daß I auch auf reiner MwSt.-Basis mehr zahlen müßte. Wichtig sei aber, das anschließend geltende neue Eigenmittelsystem jetzt schon festzuschreiben, damit man nur einmal die Ratifikation der zwölf Parlamente einzuholen brauche (diese sollten nicht vor 1993/94 wieder befaßt werden). Den Übergang von der Zwischenphase zum endgültigen System würde dann der Rat beschließen.

BM berichtete über sein Gespräch am 7.12. mit Andreotti in Rom[23], das auch auf interne Spannungen hingedeutet habe.

Delors kam dann auf die Möglichkeit zu sprechen, I über die Strukturfonds einen Ausgleich für die Mehrbelastung bei der Finanzierung zu geben. Der „neogaullistische“ französische Ansatz, nach Ländern zu differenzieren, sei verfehlt. Der einzig richtige Ansatz sei bei den Regionen.

Referat 410, Bd. 141612

22 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.
Vgl. dazu ferner die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat für einen Beschluß über die Eigenen Mittel vom 31. Juli 1987 (KOM (87) 420); Referat 412, Bd. 168705.

23 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti am 7. Dezember 1987 vgl. Dok. 357.

371

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz

VS-NfD **15. Dezember 1987**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, George P. Shultz, am 15. Dezember 1987, von 11.05 bis 12.35 Uhr[2]

Der Bundeskanzler empfängt Außenminister Shultz zu einem 1 1/2-stündigen Gespräch über die Ergebnisse des Gipfeltreffens von Washington[3] sowie zu einem Meinungsaustausch über die Lage in der Sowjetunion und in den übrigen Staaten des Warschauer Pakts sowie über Fragen der amerikanischen Innenpolitik und die Behandlung des Chile-Kredits in Weltbankgremien (hierzu gesonderter Vermerk[4]).

Weiterhin anwesend auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt, Abteilungsleiterin Frau Ridgway, BR Grobel (Note-taker), Dolmetscherin; auf deutscher Seite: MDg Dr. Peter Hartmann, VLR I Dr. Kaestner (Note-taker), VLR I Weber (Dolmetscher).

Der *Bundeskanzler* bedankt sich bei Shultz für die von ihm geleistete ausgezeichnete Arbeit bei Aushandlung des INF-Vertrages. Zugleich dankt er den USA und Präsident Reagan persönlich – wie schon am vergangenen Freitag per Telefon[5] – für vorbildliche Information und Kooperation.

Er hoffe – so der Bundeskanzler weiter –, daß die Sache nunmehr gut weiterlaufe, insbesondere das Ratifikationsverfahren im Senat. Wenn er – der Bundeskanzler – auf dem Hill in irgendeiner Weise nützlich sein könnte (Briefe, Gespräche), so sei er dazu gern bereit, und bitte Shultz, es ihn wissen zu lassen. Für uns sei wichtig, daß der Vertrag jetzt ratifiziert werde – ein Mißerfolg wäre fatal.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 16. Dezember 1987 gefertigt und am 22. Dezember 1987 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers“ an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme“ übermittelt.
Hat Genscher am 25. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Jansen am 4. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte.
Hat Elbe vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178925.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke informierte am 17. Dezember 1987: „AM Shultz hielt sich am 15. Dezember zu bilateralen Konsultationen in Bonn auf. Außer Bonn besuchte er auf dieser Rundreise im Anschluß an die NATO-Herbsttagung Kopenhagen, Oslo und London. […] Shultz wurde vom BK zu einem eineinhalbstündigen Gespräch empfangen, führte ein einstündiges Vier-Augen-Gespräch mit BM, das bei einem Arbeitsessen im Delegationskreis fortgesetzt wurde, und traf kurz mit BM Wörner und Alt-BK Helmut Schmidt zusammen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 179; Referat 204, Bd. 135400.

3 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

4 Vgl. Dok. 372.

5 Für das Telefongespräch des Präsidenten Reagan mit Bundeskanzler Kohl am 11. Dezember 1987 vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/109437.

Was die Rüstungskontrolle allgemein angehe, so sei die Welt nicht verändert, aber eine Tür geöffnet. Er – der Bundeskanzler – hoffe sehr, daß Shultz im nächsten Frühsommer noch einen weiteren Schritt tun könne – dies wäre für uns eine gute Sache!

AM Shultz dankt für Begrüßung und erläutert, sein Haus sammle derzeit Erklärungen europäischer Staatsmänner zum INF-Vertrag. Die des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag sei hervorragend gewesen.[6] Allein Frankreich äußere sich skeptisch – aber auch diese Stimmen werde man dem Kongreß vorlegen.

Der *Bundeskanzler* erwähnt bevorstehenden Besuch von Senator Biden Anfang Januar[7] sowie seine Initiative, führende Senatoren und Kongreßabgeordnete zu Aufenthalten in der Bundesrepublik einzuladen, die erste Gruppe Ende April. Er bittet Shultz, diese Initiative zu unterstützen.

AM Shultz würdigt das Vorhaben als konstruktiv und sagt Unterstützung der Administration zu. Der *Bundeskanzler* dankt.

AM Shultz spricht dem Bundeskanzler volle Bewunderung dafür aus, was er für das Zustandekommen des INF-Abkommens getan habe. Er erinnert an die Lage von 1983, als die Sowjetunion in Genf verhandelte, jedoch keineswegs kooperativ war. Zweifellos habe sie damals die Hoffnung gehabt, daß westliche Raketen nicht stationiert würden und sie nichts aufzugeben brauche. Der Bundeskanzler habe damals im Gespräch mit ihm an seiner festen Position keinen Zweifel gelassen[8]; er sei deshalb überzeugt, daß die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland entscheidenden Anteil an der sowjetischen Entscheidung hatte, jetzt dieses Abkommen abzuschließen. Der Bundeskanzler habe sich damals gegen viel Kritik zur Wehr setzen müssen; gerade deshalb bringe er – Shultz – erneut Dank und Anerkennung zum Ausdruck.

Bei seiner gestrigen Pressekonferenz in Oslo[9] sei er gefragt worden, ob der INF-Vertrag nicht zeige, daß die Friedensbewegung recht hatte. Er habe geantwortet: Der Vertrag zeige, daß die Friedensbewegung unrecht hatte (der Bundeskanzler pflichtet lebhaft bei), denn wenn es nach ihr gegangen wäre, gäbe es auf seiten der Verbündeten keine Flugkörper und mit der Sowjetunion kein Abkommen.

So aber sei der Vertrag ein Werk des Bündnisses: engster Konsultationen und der Durchsetzung der Entscheidungen, insbesondere in den Stationierungsländern. Diese seien heute wiederum durch das Stationierungsländerabkommen[10] unmittelbar am Vertragswerk beteiligt. Auch dies sei eine Bündnisleistung.

6 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl am 10. Dezember 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3400–3406.

7 Im Vorfeld der Ratifzierungsdebatte des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987, die am 19. Januar 1988 im amerikanischen Senat begann, hielt sich Senator Biden Anfang Januar 1988 in Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien auf.

8 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 371.

9 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. Dezember 1987 in Norwegen auf.

10 Das Übereinkommen zwischen den USA sowie Belgien, der Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und den Niederlanden „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite“ wurde am 11. Dezember 1987 in Brüssel unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 431–437.

Heute müsse man sich bei allen Gefühlen der Befriedigung immer wieder klarmachen, wie es zu diesem Erfolg gekommen sei: Feste Haltung habe sich ausgezahlt, alle damaligen Kritiker müßten jetzt „ihre Worte auffressen". Der Kurs des Bündnisses sei richtig gewesen. Dies wolle er auch in der heutigen Pressekonferenz[11] verdeutlichen, nicht aus Rechthaberei, sondern weil es immer die gleiche Lektion sei, die es einzupflanzen gelte. Er erinnere an Afghanistan!

Der *Bundeskanzler* stimmt zu. Die Sowjetunion sei durch zwei Dinge zur Rückkehr an den Verhandlungstisch bewogen worden: Stationierungen und SDI. Dies zu erkennen, sei kein Kunststück. Die russische und sowjetische Geschichte zeige, daß Realitäten respektiert würden. Hier liege der entscheidende Unterschied zu Hitler, der irrational war und pathologische Züge hatte. Hingegen seien – so der Bundeskanzler weiter – die sowjetischen Führer kalt und rational kalkulierende Persönlichkeiten (Beispiel: finnische Kriege).

In den letzten Jahren habe die Moskauer Führung erkannt, daß sie das Bündnis nicht auseinanderdividieren könne – dies sei, selbst wenn es zuweilen sachliche Differenzen geben könne, das Wichtigste überhaupt auch für die Zukunft. Für die Sowjetunion – so der Bundeskanzler weiter – seien von entscheidender Wichtigkeit die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen („warum vertraut Ihr den Amerikanern so?") und die immer engere deutsch-französische Zusammenarbeit. Jede Verstärkung unserer Westbindungen sei für die Sowjetunion ein Greuel. Gerade deshalb sei wichtig, nicht nur in den Sachfragen, sondern auch nach außen optisch erkennbar zu zeigen: Wir gehören zusammen. Dann könne man auch mit der Sowjetunion über Sachfragen reden. Die jetzige Bereitschaft der Sowjetunion, mit Präsident Reagan zu Einigungen zu kommen, obwohl sie ihn früher vehement bekämpft habe, zeige dies deutlich. Gleiches gelte für das Verhältnis der Sowjets zu ihm selbst. Nach fünf Jahren Peitsche komme jetzt das Zuckerbrot.

Er – der Bundeskanzler – habe sich in dieser Zeit nicht verändert. Uns habe neben der Stationierung auch die Verlängerung der Wehrpflicht[12] in der Sowjetunion Respekt verschafft: Diese Sprache werde in Moskau verstanden.

Jetzt gelte es, den eingeschlagenen Weg ruhig weiter zu gehen und den Satz nicht zu vergessen: Nach jedem Abrüstungsschritt muß die Sicherheit größer und nicht kleiner sein. Er – der Bundeskanzler – glaube im übrigen, das Hauptproblem für Gorbatschow werde im konventionellen Bereich kommen.

AM Shultz wirft ein, in der Tat stelle sich für Gorbatschow die Frage, wie er die Belastung der sowjetischen Wirtschaft durch das Militär erleichtern und die Ressourcen des Landes nutzbringender anwenden könne – dazu sei aber eine Verminderung konventioneller Streitkräfte notwendig.

11 In der Presse wurde berichtet: „Shultz bezeichnete seine Reise nach Bonn als ‚Tribut' an die Politiker der Bundesrepublik Deutschland, die ‚entschlossen' die jetzt zustande gekommene Lösung gefördert hätten: Kohl habe den Nachrüstungsbeschluß durchgesetzt, Wörner habe ‚eine bedeutende Rolle' bei der Stationierung gespielt, und Genscher sei ‚schon 1979 dabeigewesen', als der NATO-Doppelbeschluß gefaßt worden sei. Shultz reihte den früheren Bundeskanzler Schmidt in die Aufzählung ein und nannte ihn einen ‚alten Freund'." Vgl. den Artikel „Shultz bestätigt westliche Berlin-Initiative, ‚Gorbatschow nahm die Vorschläge mit an Bord'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Dezember 1987, S. 1.

12 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 25, Anm. 39.

Der *Bundeskanzler* gibt – mit der Bitte um Kommentar – Eindrücke aus seinen Gesprächen mit Vertretern kleinerer Warschauer-Pakt-Staaten wieder, daß Gorbatschow „noch nicht über den Berg ist"; daß er zwar keinen Konkurrenten im eigentlichen Sinne hat, der Konkurrent aber das System selbst ist. Es zu verändern, sei eine nahezu unlösbare Aufgabe. Die nächsten zwei bis drei Jahre würden sehr wichtig werden. Wir sollten diese Zeit nutzen, soweit dies geht.

Auch im übrigen Warschauer-Pakt-Bereich sei die Bewegung unübersehbar. Die DDR sei zu Ende des Jahres 1987 eine andere als zu Beginn (Exkurs über Besuchsreisen und -zahlen, Kontakte).

Dies alles bedeute eine Veränderung der Qualität, die auch in anderen Warschauer-Pakt-Staaten gesehen werde. Er – der Bundeskanzler – habe nie verstanden, daß wir unsere Hauptwaffe, die Idee der Freiheit, zwar in Proklamationen hochhielten, in der Sache aber gering achteten. Dabei zeige die jüngste Entwicklung, daß wir die besseren Karten hielten – wir müßten sie nur spielen und aufhören, den Weltuntergang an die Wand zu malen. 70 Jahre nach der Oktoberrevolution stelle Gorbatschow nunmehr fest, der Kommunismus sei immer noch nicht erreicht![13] Man habe die Parole ausgegeben: Gott ist tot, Religion ist Opium fürs Volk. Genau das Gegenteil sei richtig (Exkurs: bevorstehende Bundeskanzler-Reise nach Prag[14] und kirchliche Lage in der ČSSR). Die Zeit arbeite nicht für die andere Seite!

AM Shultz stimmt zu: Gorbatschow habe bei Reform des Systems die schwierigsten Aufgaben noch vor sich. Die inneren Anstrengungen würden ihn vollauf beschäftigen – auch wir würden daran arbeiten. Zugleich aber müsse es auch Widerhall in den osteuropäischen Ländern geben: Sie seien allesamt unterschiedlich, nichtsdestoweniger aber in einem Stadium, wo sich westliche Bemühungen auszahlten (Exkurs über diesbezügliche Aufgabenstellung und Reisen von stellvertretendem AM Whitehead, der sein Gespräch mit dem Bundeskanzler vor der letzten Osteuropareise sehr geschätzt habe[15]). Hier – so AM Shultz weiter – liege ein Thema, wo Meinungs- und Erfahrungsaustausch besonders wichtig seien.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht, was er bereits stellvertretendem AM Whitehead gesagt hat: Er plädiere für gute Arbeitsteilung bei völliger Diskretion. Mit manchen Ländern hätten wir mehr Möglichkeiten als mit anderen:

1) Ungarn: Stand der Beziehungen ausgezeichnet. Kürzliche Kreditbürgschaft, weil Ungarn wirtschaftlich „am Ende".[16] Wenn aber der „Gulaschkommunismus" Bankrott gehe, kämen die alten Stalinisten wieder – dies könne nicht in unserem Interesse sein.

Kádár und seine Leute seien – obwohl natürlich Kommunisten – uns gegenüber fair, Kádár spiele im gegenwärtigen Prozeß eine positive Rolle. Derzeit bemühe sich Budapest um Regelung mit der EG[17] – hierbei könne er – der Bundeskanzler – viel helfen.

13 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2. November 1987 in Moskau anläßlich des 70. Jahrestags der Oktoberrevolution; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 354–409.

14 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 26. bis 28. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

15 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 10. November 1987 vgl. Dok. 312.

16 Zu dem von der Bundesregierung verbürgten Kredit für Ungarn vgl. Dok. 277, Anm. 8.

17 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 260, Anm. 23.

2) Bulgarien: Auch hier interessantes Experiment. Schiwkow seit Stalinzeit im Amt, größter Überlebenskünstler im Warschauer Pakt. Interessanter Indikator, daß er jetzt auf die Karte Gorbatschows setzt und jetzt Reformen einleitet.

3) Rumänien: Lage katastrophal. Beziehungen mit Ceauşescu eher schlecht. BM Genscher in dieser Woche in Bukarest.[18] Problem der dort lebenden 200 000 Deutschen: jährlicher „Kauf" von etwa 13 000 und weitere Tausende „mit Balkanzuschlag". Wegen katastrophaler Lage wollen alle heraus – und er – der Bundeskanzler – intensiv bemüht, „mehr Deutsche herauszuholen".[19]

4) ČSSR: Ungewiß, wie gegenwärtiger Machtkampf in der Führung ausgeht. Prag-Besuch Gorbatschows, um seine Richtung zu stärken.[20] Bilaterale Beziehungen nur zu verbessern, wenn tschechische Führung in wichtigen Fragen Haltung ändert. Hinweis auf bilaterale Umweltprobleme und kürzlichen Abkommensabschluß.[21] Er – der Bundeskanzler – auch bereit, auf diesem Gebiet finanziell etwas zu tun, weil es auch um unsere eigenen Umweltschutzanliegen geht. Dies aber nur, wenn sich Lage insgesamt verändere – deshalb sehr gespannt auf Besuch in Prag.

5) Polen: Bundeskanzler insgesamt skeptisch, sieht keinen größeren Fortschritt. Ebenfalls nicht ersichtlich, wie wirtschaftliche Probleme gelöst werden sollen.

Auf Frage von *Shultz* nach Bewertung des kürzlichen Referendums[22]: Er – der *Bundeskanzler* – glaube, daß das Regime nicht fest im Sattel sitzt. Polen sei für die Sowjetunion „der schwierigste Fall überhaupt" (Exkurs: Polen stolzes Volk, Erhaltung der Identität über drei Teilungen hinweg größte Stärke, Disziplinmangel größte Schwäche). Das Referendum habe diese Züge verdeutlicht: Die Polen mögen das Regime nicht und trauen ihm keine wirtschaftliche Perspektive zu. Jaruzelski seinerseits habe die Lage falsch eingeschätzt, denn er hätte das Referendum sicher nicht veranstaltet, wenn er dieses Ergebnis abgesehen hätte: Dies zeige seine große Entfernung vom Volk.

Er – der Bundeskanzler – sehe insgesamt nicht, wie die Polen wirtschaftlich Boden unter die Füße bekommen können – auch Honecker habe ihm gegenüber

18 Bundesminister Genscher hielt sich am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien auf. Für sein Gespräch mit Präsident Ceauşescu vgl. Dok. 375.

19 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

20 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 9. bis 11. April 1987 in der ČSSR auf.

21 Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 5. Oktober 1987 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der ČSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 67 f.
Vortragender Legationsrat Greineder vermerkte am 6. Oktober 1987 über das bei Unterzeichnung der Vereinbarung geführte Gespräch des Bundesministers Töpfer mit dem Vorsitzenden der tschechoslowakischen Staatlichen Kommission für wissenschaftlich-technische Entwicklung und Investitionen, Obzina, am Vortag: „Gewässerschutz hat für ČSSR oberste Priorität, insbesondere Schutz des Grundwassers. Hinweis auf ČSSR als Dach Europas, d. h. als Oberlieger für Flüsse, die alle in die Nachbarstaaten fließen. Prag ist zu Expertengesprächen über Elbverschmutzung mit Hamburg bereit. Luftverunreinigung steht für ČSSR an zweiter Stelle. Mit dem Monitoring der Luftschadstoffe und der einheitlichen Bewertung ist die ČSSR zufrieden. Zusicherung, daß ČSSR Helsinki-Protokoll (30-prozentige Absenkung der Schwefelemissionen bis 1993/95) ganz und restlos erfüllen wird, auch Fünf-Jahres-Pläne sind darauf ausgerichtet. […] Trilaterale Konsultationen (ČSSR, DDR, Polen) sind in Vorbereitung, und zwar zu Fragen des Schadstoff-Monitoring und praktischen Maßnahmen." Vgl. Referat 214, Bd. 139666.

22 Zum Referendum in Polen am 29. November 1987 vgl. Dok. 367, Anm. 21.

mit offenem Hohn über die „polnische Wirtschaft“ gesprochen. Typisch sei, daß die Grenze zwischen Polen und der DDR vollkommen dicht sei: aus wirtschaftlichen Gründen.[23]

6) DDR: Besuchsreisen für das Regime zunehmendes Problem. Desgleichen „Dreiklassengesellschaft“! Funktionäre, DM-West-Besitzer, „arme Teufel“ (Beispiel: Autokauf).

Der Bundeskanzler fragte AM Shultz nach persönlichen Eindrücken von Gorbatschow. Sitzt er fest im Sattel?

AM Shultz bejaht, obwohl auch US-Kenntnis über Vorgänge im Kreml beschränkt. In Washington sei Gorbatschow als Nummer Eins voll Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen aufgetreten – im Gegensatz zu seiner, Shultz', letzten Begegnung mit ihm in Moskau[24], als man ihm Nervosität – wohl wegen der Jelzin[25]-Affäre – angemerkt habe[26].

Insgesamt – so AM Shultz – sei Gorbatschow in starker Position und versuche, sein Land und System zu verändern. Vielleicht weniger „stürmisch“ als vor einem Jahr.

Im privaten Gespräch beeindrucke Gorbatschow durch starke Persönlichkeit mit starkem Intellekt und großer Energie. Man könne mit ihm über Themen sachlich streiten – sehe Gorbatschow, daß der Gesprächspartner seine Position nicht zurückziehe, gehe er zum nächsten Thema über. Auf dieser Grundlage habe man in Einzelheiten und mit gewissem Maß an Realismus über Menschenrechte und regionale Fragen sprechen können. Diese Diskussionen – und Gorbatschow als Gesprächspartner – seien viel besser und befriedigender als die mit seinen Vorgängern, aber auch mit Gromyko.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob es in der Afghanistan-Frage Bewegung gegeben habe.

AM Shultz erwidert, vielleicht würden die Sowjets sich bewegen. Sie hätten wohl eingesehen, daß die „nationale Versöhnung“ durch Beteiligung der Widerstandsgruppen an der Regierung eine unmögliche Vorbedingung für den Truppen-

23 Zum Grenzregime zwischen der DDR und Polen vgl. Dok. 258, Anm. 8.

24 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

25 Korrigiert aus: „Jeltzin“.

26 Zu den Berichten über einen Rücktritt des Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU, Jelzin, vgl. Dok. 306, Anm. 15.
Am 11. November 1987 trat das ZK-Plenum der Moskauer KP zusammen, an der u. a. das Mitglied des Politbüros der KPdSU, Ligatschow, und der Generalsekretär der Partei, Gorbatschow, teilnahmen. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am folgenden Tag: „Wichtigstes Ereignis des Plenums ist die ‚Befreiung Jelzins von den Funktionen als Erster Sekretär und als Mitglied des Büros des Moskauer Stadtparteikomitees wegen schwerer Mängel in der Leitung der Moskauer Stadtpartei-Organisation'.“ Mit Jelzins Entlassung sei „das bisher prominenteste ‚Ziehkind' Gorbatschows schon nach weniger als zwei Jahren politisch gescheitert. […] Der Abgang des von G[orbatschow] protegierten ‚Flügelmannes', der dem GS ein Regieren von der Mitte her ermöglichte, kann G.s Stellung nicht unberührt lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3590; Referat 213, Bd. 143517.
Gesandter Arnot, Moskau, teilte am 20. November 1987 mit: „L[au]t TASS vom 18.11.1987 hat Ministerrat der UdSSR Boris N[ikolajewitsch] Jelzin zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatskomitees für Bauwesen (Gosstroj) ernannt. Gleichzeitig wurde ihm Ministerrang verliehen.“ Damit demonstriere die sowjetische Führung, „daß bisheriger Moskauer Parteichef weder klinisch (Gerüchte gab es letztes Wochenende) noch politisch tot ist. Auch wenn seiner Krankheit wegen mit baldigem Amtsantritt nicht zu rechnen ist, schien Korrektur des Eindrucks überfällig, den seine Absetzung im Stil eine Schauprozesses hervorgerufen hatte, und der konservativen Kräften Auftrieb gibt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3716; Referat 213, Bd. 143517.

rückzug sei. Der Präsident[27] habe verdeutlicht: Nationale Versöhnung sei kein Einzelereignis, sondern ein Prozeß. Die Sowjetunion müsse abkoppeln. Vielleicht werde die Sowjetunion beim nächsten Genfer Treffen einen Zeitplan vorlegen.[28] Verpflichtet habe sich Gorbatschow dazu allerdings nicht.

Der *Bundeskanzler* verdeutlicht, die Afghanistan-Intervention[29] sei für ihn die einzige unbegreifliche Entscheidung der Sowjetunion in den letzten 50 Jahren, weil sie außerhalb ihrer eigenen Logik liege.

AM Shultz bestätigt, dies sehe Gorbatschow auch so – wenn er aber die Haltung der Sowjetunion verändern werde, dann aus den vom Bundeskanzler dargelegten Gründen: als Antwort auf Realitäten (Widerstandswille des afghanischen Volkes). (Auf Einwurf von BK: Die Sowjetunion habe ihr Prestige in Afghanistan bereits verloren.)

(Exkurs: Präsidentschaftswahlkampf in USA[30])

AM Shultz verdeutlicht, er gehe davon aus, daß Wahlkampfaktivitäten die Ratifizierung des INF-Vertrages nicht beeinträchtigen – der Mehrheitsführer im Senat[31] habe eine Schlußabstimmung im April für möglich gehalten. Der Prozeß werde insgesamt schnell laufen. Die Administration werde hart arbeiten. Es gelte, „amendments", die den Vertrag belasten, zu verhindern.

Die Administration werde sich anstrengen, auch den START-Vertrag fertig zu bekommen: Dies habe im Lande viel Unterstützung, die Präsidentschaftskandidaten würden auch nicht versuchen, dagegen anzukämpfen. Für den Verhandlungsprozeß sei sogar vorteilhaft, daß der Präsident nicht selbst Kandidat sei.

Der *Bundeskanzler* vermutet, daß die Sowjetunion noch „psychologische Versuche" starten werde. Gorbatschow sei sehr geschickt, auch in direkter Ansprache westlicher Öffentlichkeiten. Unser Hauptproblem sei, daß viele dumme Leute eine Welt sähen, die es in Wahrheit nicht gibt. So werde vorgeschlagen, Gorbatschow den Friedensnobelpreis zu verleihen. Wir stünden vor neuen Herausforderungen, unseren jungen Wehrpflichtigen zu verdeutlichen, was Sinn ihres Dienstes sei.

AM Shultz unterstreicht, natürlich sei Gorbatschow sehr geschickt darin, für Zustimmung zu westlichen Vorschlägen den Bonus zu bekommen: Deshalb gelte es, um so klarer herauszustellen, daß es der Westen gewesen ist, der gefordert habe: Halbierung der strategischen Offensivwaffen, Abzug aus Afghanistan, menschenrechtliche Erleichterungen usw.

Keinesfalls dürfe man zulassen, daß Gorbatschow für Dinge einen Bonus bekommt, die er nur sagt, aber nicht tut.

27 Ronald W. Reagan.

28 Zu den „indirekten Gesprächen" zwischen Afghanistan und Pakistan vgl. Dok. 340, Anm. 21. Am 15. Dezember 1987 berichtete Botschafter Berendonck, Islamabad: „Nach hier erhältlichen Informationen beabsichtigt der Beauftragte des VN-GS, U[nder-]S[ecretary]G[eneral] Cordovez, Anfang Januar nach Islamabad zu kommen, um Gespräche mit pakistanischer Regierung über die nächste Genfer Runde im Lichte der letzten Entwicklungen zu führen. Von hier aus wird er nach Kabul fliegen, um Kontakt mit der afghanischen Führung aufzunehmen. Falls Einvernehmen erzielt wird, sollen die indirekten Genfer Gespräche im Februar oder Anfang März 1988 wieder aufgenommen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1225; Referat 230, Bd. 142213.

29 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

30 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

31 Robert C. Byrd.

Der *Bundeskanzler* stimmt lebhaft zu: Hier stehe uns harte Arbeit bevor. Aber der Einsatz lohne: So habe seine live übertragene Tischrede für Honecker[32] in der DDR ungewöhnlich hohe Einschaltquoten gehabt – und es sei das erste Mal gewesen, daß Honecker in aller Öffentlichkeit unsere Haltung zu Mauer, Menschenrecht und Teilung habe hören müssen. Im übrigen sei er – der Bundeskanzler – Honecker dankbar für den Satz, daß Sozialismus und Kapitalismus[33] sich wie Feuer und Wasser verhalten[34]: Diesen Satz zitiere er gern, weil viele Narren diesen Gegensatz einebnen wollten. (Folgt Gesprächsteil Chile – vgl. besonderen Vermerk.)

Der Bundeskanzler dankt abschließend AM Shultz für die amerikanische Unterstützung – und für die von Präsident Reagan und AM Shultz persönlich – für die Kandidatur BM Wörners als neuen Generalsekretär der NATO.[35] Ihm – dem Bundeskanzler – tue sehr leid, daß es durch die norwegische Konkurrenz Schwierigkeiten gegeben habe. Er habe ohnehin von Anfang an nicht verstanden, warum der mit ihm seit über zehn Jahren befreundete frühere Ministerpräsident Willoch sich nie vertrauensvoll an ihn gewandt, sondern seine Kandidatur über die Medien lanciert habe.[36] Auch MP Frau Brundtland habe mit ihm – Bundeskanzler – in dieser Sache keinen Kontakt aufgenommen. Er wiederhole, der Gang der Dinge tue ihm leid, und er habe in diesem Sinn an den früheren MP Willoch und an MP Frau Brundtland geschrieben.[37]

32 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Empfang des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg vgl. BULLETIN 1987, S. 705–707. Für den Wortlaut vgl. ferner den Artikel „Praktische Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze“; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. September 1987, S. 3.

33 Korrigiert aus: „Kommunismus“.

34 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, erklärte in seiner Rede am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg: „Die Entwicklung unserer Beziehungen, der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, dessen sind wir uns bewußt, ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet, und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser.“ Vgl. BULLETIN 1987, S. 707.

35 Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 345.
Bei der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel wurde Bundesminister Wörner zum künftigen NATO-Generalsekretär gewählt. Dazu hieß es in der Presse, Wörner sei „der erste Deutsche in diesem Amt. Er wird Nachfolger des Briten Lord Carrington, der den Posten im Juni aufgeben will.“ Vgl. den Artikel „Die NATO-Außenminister begrüßen das INF-Abkommen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Dezember 1987, S. 1. Vgl. dazu ferner die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 11. Dezember 1987; BULLETIN 1987, S. 1219.

36 Der frühere norwegische Ministerpräsident Willoch gab am 30. November 1987 seinen Verzicht auf die Kandidatur für das Amt des NATO-Generalsekretärs bekannt. In der Presse hieß es, Willoch habe „in einem Brief, der den NATO-Partnern bekanntgemacht wurde, mitgeteilt, er halte seine Kandidatur nicht länger aufrecht. Darin schreibt er, es sei immer deutlicher geworden, daß ‚mehrere‘ Länder bei der bevorstehenden Entscheidung zwischen ihm und Verteidigungsminister Wörner ‚das Gewicht auf die Bedeutung des Landes legen werden, aus dem der Kandidat kommt, und auf den Beitrag dieses Landes zu den Verteidigungsanstrengungen des Bündnisses‘. Deshalb habe er es als das ‚weiseste‘ angesehen, seine Kandidatur zurückzuziehen.“ Vgl. den Artikel „Willoch: Politisches Gewicht der Bundesrepublik“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Dezember 1987, S. 2.

37 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach bat die Botschaft in Oslo am 3. Dezember 1987 um Weiterleitung zweier Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den ehemaligen norwegischen Ministerpräsidenten Willoch sowie Ministerpräsidentin Brundtland. Im Schreiben vom 1. Dezember 1987 dankte Kohl Willoch für dessen Verzicht zur Kandidatur als NATO-Generalsekretär: „Ich möchte Dir nochmals versichern, daß Deine persönliche und politische Qualifikation für dieses hohe Amt für mich stets außer Frage stand. Diese Wertschätzung gründet vor allem in unserer langjährigen engen Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen konservativen und christlich-demokratischen Parteien. Du weißt, wie froh ich bin, daß Du in Berlin den Vorsitz der I[nternationalen]D[emokratischen]U[nion] übernommen hast.“ Im Schreiben vom selben Tag an Brundtland

Shultz berichtet aus seinen Gesprächen in Oslo, die Norweger seien jetzt in guter Gemütsverfassung. Willoch habe ihm persönlich gesagt, daß es gut sei, daß die Entscheidung jetzt getroffen sei, und daß er glaube, daß BM Wörner ein sehr guter Generalsekretär sein werde und daß Norwegen ihn unterstützen werde.

Der *Bundeskanzler* bittet AM Shultz, Präsident Reagan seine herzlichen Grüße zu übermitteln. Er überlege, im Februar 1988 für etwa zwei Tage nach Washington zu fahren. Dafür sprächen viele gute Gründe, auch im Blick auf die Diskussion auf dem Hill. *AM Shultz* betont, ein derartiger Besuch wäre in der Sache und im Zeitpunkt sehr nützlich, allerdings könne er, was die Terminierung angehe, nicht für das Weiße Haus sprechen. Es müsse jedenfalls eine Zeit gewählt werden, in der der Kongreß tage (Hinweis auf Feiertage im Februar).[38]

Der *Bundeskanzler* bittet schließlich AM Shultz, auch an PM Frau Thatcher Grüße zu übermitteln.[39]

Referat 010, Bd. 178925

372

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz

Geheim **15. Dezember 1987**[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, George P. Shultz (Bonn, 15. Dezember 1987, 11.05–12.35 Uhr)[2];
hier: Chile

AM *Shultz* spricht die bevorstehende Entscheidung der Weltbank hinsichtlich eines Kredits für Chile an: Die USA seien der Ansicht, daß das Darlehen nicht abgelehnt, aber verschoben werden solle.[3] Dafür gebe es zwei Gründe:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1880
würdigte Kohl ebenfalls Willochs Kandidaturverzicht: „Ich weiß, daß Ihnen diese Entscheidung nicht leichtgefallen ist. Um so mehr danke ich Ihnen dafür." Vgl. Referat 205, Bd. 135433.

38 Bundeskanzler Kohl besuchte die USA vom 17. bis 19. Februar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

39 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15./16. Dezember 1987 in Großbritannien auf.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 16. Dezember 1987 gefertigt und am folgenden Tag von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Genehmigung" geleitet.
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

2 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 15. Dezember 1987 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 371.

3 Ministerialdirektor Jelonek legte am 24. November 1987 für Bundesminister Genscher dar: „Am 15.12. 1987 wird das Direktorium der Weltbank über den dritten Strukturanpassungskredit in Höhe von

– Schuß vor den Bug für Pinochet hinsichtlich des politischen Prozesses in Chile – da die chilenische Wirtschaft sehr gut laufe, werde diese Verschiebung das Land nicht zerstören oder gar katastrophal sein, wohl aber die nötige „message" vermitteln;
– Schwierigkeiten („uphill fight") der Administration im Kongreß hinsichtlich weiterer finanzieller Unterstützung der Weltbank – da Pinochet im Kongreß nicht beliebt sei (BK wirft ein: Auch hier nicht!), werde eine Kreditentscheidung im jetzigen Zeitpunkt negativ wirken und die Administration bei ihren Bemühungen zurückwerfen. Auch er – Shultz – wisse als ehemaliger Finanzminister[4] und Wirtschaftsprofessor, daß man politische Dinge aus den wirtschaftlichen Institutionen heraushalten solle – nichtsdestoweniger müsse man aber die praktischen Fragen berücksichtigen. Die Administration sei deshalb zum Ergebnis gekommen, für eine Verschiebung zu stimmen.

Bundeskanzler betont, er wolle offen reden: Er finde Pinochet absolut unerträglich. Er habe dies immer gesagt, auch zu Zeiten, als man in Washington anderer Meinung war.

Er sei und bleibe dafür, in Chile alles zu tun, um eine Lösung zu finden, wobei er allerdings hinzufüge, daß die Oppositionsparteien nicht sehr überzeugend agierten, seine eigenen politischen Freunde eingeschlossen. Die Christdemokraten hätten jetzt zwar einen neuen Vorsitzenden, der besser als sein Vorgänger sei[5], aber bisher sei es ihnen nicht gelungen, einen wirklichen Gegenkandidaten zu Pinochet aufzubauen (AM *Shultz* stimmt zu).

Dies unterscheide die Lage in Chile – so der *Bundeskanzler* weiter – von Argentinien, wo Alfonsín ein Mann gewesen sei, der der Junta als echter Kandidat gegenübergetreten sei.

In Chile werde, wenn er die Entwicklung richtig sehe, die Junta auseinandergehen: Einige der Mitglieder und ihre Gefolgsleute wollten überleben und mit einer Zivilregierung weiterarbeiten. Er sei bereit, diese Entwicklung zu unter-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1881

250 Mio. $ für Chile zu entscheiden haben, mit dem die Bank das bisher erfolgreich verlaufene wirtschaftspolitische Reformprogramm in Chile unterstützen will. […] Die USA haben den Direktoren der G 7 (neben USA D, F, GB, I, Japan und Kanada) am 19.11. mitgeteilt, daß sie in der Direktoriumssitzung am 15.12.1987 eine Stimmenmehrheit für einen Vertagungsantrag auf unbestimmte Zeit erreichen und in die Beratung des Kredites erst eintreten möchten, wenn Chile befriedigende Fortschritte bei der Wiederherstellung der Demokratie aufweise. […] Die USA verlassen mit dem Vorschlag ihre bisherige Linie, durch Stimmenthaltung zwar ein politisches Signal zu setzen, aber die Kreditbewilligung letztlich nicht entscheidend zu behindern. Die Vertagung entspricht de facto einer Ablehnung und zwingt auch die westlichen Partner zu entscheiden, entweder im Interesse der Wiederherstellung der Menschenrechte in Chile den Kredit vorerst zu verweigern oder sich den Satzungen der Bank entsprechend zu verhalten und eine Politisierung dieser Institution zu vermeiden." Jelonek wies darauf hin, daß Genscher sich bei der Bewilligung des zweiten Strukturanpassungsdarlehens im November 1986 gegenüber Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Warnke vergebens für eine Stimmenthaltung eingesetzt habe. Vgl. Referat 330, Bd. 142959.

4 George P. Shultz war von 1972 bis 1974 amerikanischer Finanzminister.

5 Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am 3. August 1987: „Am 2.8.1987 wurde nach 24-stündiger Marathonsitzung Patricio Aylwin mit 55 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten des P[artido]D[emócrata]C[ristiano] gewählt. Bisheriger Präsident Gabriel Valdés hatte nicht kandidiert. […] Mit der Wahl Aylwins wird das Parteienspektrum Chiles den lang erwarteten Kristallisationspunkt erhalten. Als Vertreter des gemäßigten Flügels und als bekannte Integrationsfigur ist Aylwin Gesprächspartner für die anderen Parteien der Demokratischen Allianz. In der Militärspitze gilt er als Persönlichkeit, mit der ein konstruktiver Dialog bis hin zur Personalentscheidung einer künftigen Regierung besprochen werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 256; Referat 330, Bd. 142924.

stützen. Dies sei hierzulande sehr populär, da Chile zur Zeit an den Pranger gestellt werde (wie auch die Republik Südafrika).

Die jetzt fällige Entscheidung stelle die Frage – und er sehe, daß der Wirtschaftsprofessor Shultz das gleiche Problem habe –, ob man den Sündenfall wolle oder nicht. Die Weltbank habe immer wirtschaftlich, nicht politisch argumentiert. Er – der Bundeskanzler – müsse fragen, was (bei Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte) morgen und übermorgen nachkomme. Wenn man heute „technische Argumente" für eine Verschiebung finde, und er habe Verständnis für das Argument mit der Kongreßabstimmung, so bleibe das Problem auf dem Tisch. Es sei ein Präzedenzfall, und man gerate in einen Teufelskreis: Wer für eine sachliche Lösung eintrete, gelte als Freund Pinochets.

Chile sei natürlich Thema auch der Innenpolitik (Exkurs zur Haltung PM Chiracs, BM Genschers und von Teilen der CDU[6]).

Er – der Bundeskanzler – werde innerhalb von zwei Stunden eine Entscheidung treffen müssen. Dabei habe er für das von Shultz vorgetragene Argument – Schwierigkeiten der Administration im Kongreß – noch das meiste Verständnis.

Shultz wirft ein, genau dies sei der Grund, warum auch Finanzminister Baker für Verschiebung sei.

Im übrigen – so Shultz weiter – könne Bundeskanzler nach außen sagen, die Lage in Chile sei nicht genügend klar, deshalb empfehle sich abzuwarten, bis das politische Bild sich dort verändere. Allerdings müsse er einräumen, daß die Wirtschaft des Landes in sehr gutem Zustand sei, insbesondere verglichen mit anderen Ländern Lateinamerikas. Chile gewinne durch starken Kupferpreis. Es gebe keinen Grund, warum der Kredit ausgerechnet in diesem Zeitpunkt bewilligt werden müsse.

Bundeskanzler schließt diesen Gesprächsteil scherzhaft, wenn man sündige, solle es wenigstens Spaß machen – hier aber gelinge nicht einmal dies![7]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

6 In der Presse wurde berichtet: „CDU-Arbeitsminister Blüm, der wie FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Pinochet-Herrschaft nicht noch mit von Bonn mitbewilligtem Geld gestützt sehen will, wies in Briefen an Klein und an den mitzuständigen Finanzminister Gerhard Stoltenberg darauf hin, daß man doch nicht all jenen Staaten, die wie die USA dem Kredit nicht zustimmten, Verstoß gegen die Weltbanksatzung unterstellen wolle. […] Pinochet-Gegner Heiner Geißler rät, dem Vorbild der USA zu folgen, ‚den Kredit nicht unkonditioniert zu bewilligen und die Vergabe bis zum Herbst '88 aufzuschieben'." Vgl. den Artikel „Konditionierter Chile-Kredit"; DER SPIEGEL, Nr. 50 vom 7. Dezember 1987, S. 14.

7 Der Exekutivdirektor der Weltbank, Böhmer, berichtete am 15. Dezember 1987, das Direktorium der Weltbank habe am selben Tag „das dritte Strukturanpassungsdarlehen für Chile nach kurzer und sachlicher Diskussion ohne förmliche Abstimmung verabschiedet. Zwei Direktoren (Italien und Skandinavien) sprachen sich gegen den Kredit aus, fünf Direktoren (USA, Frankreich, Spanien, Niederlande, Belgien) gaben ihre Enthaltung zu Protokoll. Drei Direktoren gaben keine Erklärung ab (der Direktor für Chile, Algerien, Malaysia). Deutlicher als bei früheren Gelegenheiten wies eine Reihe von Direktoren darauf hin, daß die Satzung der Weltbank verbiete, Entscheidungen auf politische Gesichtspunkte zu stützen, und ihre Entscheidung auf ausschließlich wirtschaftliche Erwägungen beruhe (UK, Japan, Kanada, Australien, Saudi-Arabien, Kuwait)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2089; Referat 330, Bd. 142959.
Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, gab am selben Tag bekannt, die Bundesregierung habe in der Weltbank der dritten Tranche des Strukturanpassungsdarlehens für Chile in Höhe von 250 Mio. US-Dollar zugestimmt. Anläßlich dieser Entscheidung habe Bundeskanzler Kohl ein Schreiben an Präsident Pinochet gerichtet. Darin führte Kohl aus, die Bundesregierung habe „unter strenger Beachtung ausschließlich finanzieller und wirtschaftlicher Kriterien" zugestimmt: „Dabei hält sich die Bundesregierung – wie alle früheren Bundesregierungen – an die bislang stets eingehaltenen Satzungs-

373

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach

02-913/87 geheim **15. Dezember 1987**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Künftige Rolle von Kernwaffen im westlichen Verteidigungskonzept; hier: Aktive Neugestaltung – Stolperstein SNF (Reichweiten unter 500 km)

Bezug: Vorlage vom 15.7.1987, 02-401/87 geheim[4]

Anlg.: Bezugsvorlage (nur beim Original)[5]

1) Für die nukleare Abschreckung der Zukunft (Doktrin und Arsenal) hatte die Bezugsvorlage vom Juli 1987 ein Konzept entwickelt, das die Rolle der SNF

Fortsetzung Fußnote von Seite 1883
bestimmungen der Weltbank, einzelne Entscheidungen nicht zu politisieren." Die Entscheidung sei in der Bundesrepublik „mit großem Ernst diskutiert" worden: „Viele Menschen bei uns bewegt die Frage, ob mit dem Darlehen nicht Fortschritte im Demokratisierungsprozeß behindert werden. Ich bitte Sie daher eindringlich, den in Gang befindlichen Demokratisierungsprozeß in Chile voranzubringen und allen politischen Kräften, die eine Rückkehr zur Demokratie erstreben, faire und gleiche Chancen einzuräumen. Gleichzeitig erwarten Regierung und Bürger der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte." Vgl. die Infofunk-Meldung 1050d; Referat 330, Bd. 142959.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Sudhoff am 18. Dezember 1987 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 21. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 21. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das bedarf gründlichster Rücksprache."
Hat Elbe am 24. Februar 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 24. Februar 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über Staatssekretär Sudhoff an den Planungsstab verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Seite 3 u. 6 Anmerkungen des BM." Vgl. Anm. 11, 12 und 15.
Hat Sudhoff erneut vorgelegen.

4 Ministerialdirektor Seitz skizzierte „atlantische Perspektiven, europäische Optionen, deutsche Interessen" zur Rolle von Nuklearwaffen für die NATO. Dabei legte er dar, künftig werde „ein Bruchteil der heutigen Nukleararsenale" genügen: „Die zentrale Abschreckungsfunktion der Zukunft liegt bei Selektivoptionen gegen Militärziele auf Aggressorterritorium. Den Kernwaffen kürzerer Reichweiten bleiben noch sechs Hilfsfunktionen, die nur zum Teil anderweitig abgedeckt bzw. entbehrlich gemacht werden können. Reduzierungen sind möglich, Umstrukturierungen sinnvoll." Zum europäischen Beitrag hielt Seitz fest: „Ausgebaut werden müssen die strategischen Selektivoptionen Frankreichs und Großbritanniens. Sinnvoll ist die Koordination und Kooperation der beiden; eine Fusion der Potentiale ist nicht nötig. Die Nuklearstrategie Frankreichs und die der NATO sind sich näher, als oft angenommen wird. Auch F und UK sind im Prinzip fähig zu ‚erweiterter Abschreckung'. Gegenüber der SU muß die Option auf nuklearstrategische Gleichberechtigung Europas gewahrt werden." Mit Blick auf Frankreich folgerte Seitz: „Wir haben Anspruch auf umfassende Konsultation über Nuklearkonzept und -arsenal Frankreichs. Künftige Entwicklungen sollten unseren Vorstellungen Rechnung tragen. Das Konzept des ‚prästrategischen Nukleareinsatzes' ist in unserem Sinne ausbaufähig (weg vom Gefechtsfeld). Voraussetzung ist, daß wir nukleare Abschreckung nicht insgesamt in Frage stellen und daß wir Frankreich nicht überfordern (keine Nuklear-‚Garantie')." Vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

5 An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Schon bei 010 (VLR I Elbe)."
Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4.

(Kurzstreckensysteme bis 500 km) auf Hilfsfunktionen reduziert, eine nukleare Minimalarchitektur skizziert und eine Aufwertung des europäischen Beitrags hierzu vorsieht.

Inzwischen ist der INF-Vertrag[6] unterzeichnet und die START-Perspektiven sind hoffnungsvoll, aber die SNF-Frage droht weiterhin zum Stolperstein auf dem Weg zu einem militärstrategisch überzeugenden und politisch akzeptablen Nuklearkonzept des Westens („nuclear posture" als Oberbegriff von Doktrin und Instrumentarium) zu werden, das der Bundeskanzler mit der Formulierung „das qualitativ und quantitativ erforderliche absolute Mindestmaß" beschrieben hat.[7]

2) Die Neugestaltung (MdB Rühe: „Neuformierung"[8]) der nuklearen Abschreckung kann durch Reduzierung und durch positiv gestaltende Maßnahmen erfolgen. Es ist weder militärstrategisch noch politisch überzeugend, nur im SNF-Bereich eingleisig vorgehen zu wollen, d.h. hier den Reduzierungsansatz auszuschließen oder aufzuschieben:

- SNF sind kein taugliches Mittel zum Ausgleich konventioneller Disparität (Konfliktsimulationen auf Großrechnern haben dies in jüngster Zeit besonders deutlich gemacht).[9]
- Ihr Beitrag zur Abschreckung (der kriegsverhütenden ebenso wie der kriegsbeendenden) gegenüber einem Aggressor weit außerhalb ihrer Reichweite ist begrenzt.
- Ein SNF-Übergewicht nach Reduzierungen bei den anderen Reichweiten widerspricht der Bündnisposition einer Schwerpunktverlagerung „weg von den kürzesten Reichweiten" und sieht nach ungleicher Risikoverteilung im Bündnis durch eine Art Zwei-Stufen-Eskalation aus (SNF-Ersteinsatz und dann erst Folgeeinsatz in der Tiefe).
- Ein falscher Stellenwert der SNF fördert die Unterstellung von Kriegsführungsdenken im eigenen Lager oder durch die andere Seite.

Andererseits sind SNF auch aus unserer Interessensicht nicht entbehrlich. Von den in der Bezugsvorlage aufgeführten sechs SNF-Hilfsfunktionen (s. S. 9 f.[10]) sind zwei besonders wichtig und kaum ersetzbar:

6 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

7 Vgl. die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 924.

8 Im Bundestag führte der CDU-Abgeordnete Rühe am 10. Dezember 1987 aus: „Vielmehr sollte jetzt wegen der neu gegebenen Situation in dem von der NATO zu erarbeitenden Gesamtkonzept definiert werden, durch welche Maßnahmen und Schritte unter Berücksichtigung des konventionellen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West das in Europa verbleibende Nuklearwaffenpotential neuformiert und zugleich weiter reduziert werden kann. Um es auf eine kurze Formel zu bringen: Das Ziel müßte entsprechend dem, was der Bundeskanzler im Juni formuliert hat, lauten: deutlich weniger, aber politisch glaubwürdiger." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3418.

9 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

10 Ministerialdirektor Seitz listete am 15. Juli 1987 sechs „Hilfsfunktionen" von SNF auf: „a) Behinderung des überlegenen Gegners, der seine Kräfte nicht optimal nur nach konventionellen Kriterien einsetzen kann. b) Nutzung spezieller Verwundbarkeiten des Angreifers, die auch bei Symmetrie nuklearer Optionen Schadensasymmetrie versprechen. c) Möglichkeit der Verzögerung des konventionellen Gefechts (auch ohne Veränderung des Kräfteverhältnisses), damit die Wiederherstellung der Abschreckung durch nuklearen Einsatz gegen sowjetisches Territorium nicht durch schnelle Entscheidung des konventionellen Kampfes unterlaufen werden kann (SU könnte sonst erwägen, den selektiven Ersteinsatz der NATO ohne eigene nukleare Reaktion – und damit evtl. ohne sofortiges Eskalations-

– Möglichkeit der Verzögerung des konventionellen Gefechts, damit die Wiederherstellung der Abschreckung mittels direkter Bedrohung des Aggressors nicht durch schnelle Entscheidung auf dem Gefechtsfeld unterlaufen werden kann;
– Beitrag zur Akzeptanz der „extended deterrence" in der Öffentlichkeit der westlichen Nuklearmächte dadurch, daß ein voller Fächer nuklearer Optionen die Mechanismen und Risiken dieser Schutzzusage weniger deutlich werden läßt.

3) Eine überzeugende, ausgewogene und für alle Verbündeten akzeptable „nuclear posture" ist deshalb nur zweigleisig zu erreichen, also durch Reduzierung und durch Einigung auf einen zu erhaltenden (d.h. ggfs. auch zu modernisierenden) SNF-Mindestbestand.

Diese Neugestaltung sollte nicht[11] von der Entwicklung des konventionellen Kräfteverhältnisses abhängig gemacht werden. Evident ist dies für den, der selbst für den Fall konventionellen Gleichgewichts nicht auf die friedenssichernde Rolle von Kernwaffen verzichten will[12]. Aber auch, wenn man die nukleare Abschreckung unter bestimmten Bedingungen in Zukunft für entbehrlich hält, gibt es keinen Grund, die Beseitigung von Mängeln des Status quo auf die lange Bank zu schieben.

Des weiteren ist die nukleare Minimalarchitektur auch nur sehr begrenzt vom Zuschnitt des gegnerischen Nukleararsenals abhängig. Dieses militärstrategische Faktum gibt Spielraum für einseitige Maßnahmen, spricht jedoch nicht gegen eine rüstungskontrollpolitische Verknüpfung von Reduzierungen beider Seiten.

4) Die gegenwärtige Lage zwischen den drei westlichen Nuklearmächten und uns ist dadurch gekennzeichnet, daß die Neugestaltung der SNF-Komponente nur deshalb stockt, weil jede Seite an der Bereitschaft oder Fähigkeit der anderen zu wirklich zweigleisigem Vorgehen zweifelt. Der Sorge vor einem falschen Stellenwert der SNF durch Modernisierung ohne Reduzierung steht die Sorge vor dem Abgleiten von SNF-Reduzierungsverhandlungen in die Entnuklearisierung Europas gegenüber. Die entsprechenden Bremsreaktionen auf beiden Gleisen können erheblichen Schaden anrichten:

– SNF erhalten bzw. behalten noch für längere Zeit einen ungerechtfertigten Stellenwert im Nuklearkonzept; die Neugestaltung wird behindert, der Bündnistrend einer Verlagerung des nuklearen Risikos vom Angegriffenen zum Aggressor gebremst;

Fortsetzung Fußnote von Seite 1885

risiko – einfach ‚wegzustecken', wenn der konventionelle Sieg in Europa bereits greifbar ist). d) Beitrag zur Abschreckung gegnerischen Ersteinsatzes gleicher Kategorie bzw. Verhinderung der Ausnutzung eines solchen Einsatzes zum schnellen Sieg. e) Begrenzter Beitrag zur Abschreckung auch des nicht unmittelbar direkt bedrohten Aggressors, weil dieser eine unkontrollierte Nukleareskalation bis auf sein Territorium nicht völlig ausschließen kann. f) Bündnisinterne Verschleierung der Erkenntnis, daß wirksame ‚extended deterrence' heute nur um den Preis eines hohen Risikos für die nukleare Schutzmacht zu haben ist (Einsatz gegen Aggressor-Territorium); das Offenlassen der Ebene des Kernwaffeneinsatzes durch Aufrechterhaltung eines vollen Optionsfächers kann die einzige Bedingung sein, unter der die Öffentlichkeit der Schutzmacht die Gewährung von extended deterrence noch toleriert." Vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

11 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen. Vgl. Anm. 3.

12 Der Passus „Gleichgewichts … verzichten will" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie ist es mit der Herstellung voller Nichtangriffsfähigkeit?" Vgl. Anm. 3.

– bei uns wird die Akzeptanz des Verteidigungskonzepts beeinträchtigt, nicht nur bei den Gegnern jeglicher nuklearen Abschreckung, sondern auch bei einem Teil der Befürworter;
– der Bündniszusammenhalt wird geschwächt;
– die Initiative wird Gorbatschow überlassen;
– im Endeffekt verfällt das SNF-Arsenal mangels Modernisierung oder Nachfolge bei den einzelnen Systemen dennoch, wobei sich ausgerechnet die am wenigsten brauchbaren Optionen als letzte halten dürften;
– die Chance verhandelter gemeinsamer Obergrenzen auf niedrigem Niveau (wodurch z. B. auch die konventionelle ballistische Bedrohung wegfiele) wird nicht ausgelotet;
– der Ausbau des europäischen Beitrags zur nuklearen Abschreckung wird, wenn überhaupt, ohne unseren konzeptionellen Beitrag und ohne besondere Berücksichtigung unserer Interessen stattfinden.

5) Zur Wahl stehen zwei Optionen:
– Wir bleiben bei unserem grundsätzlichen Bekenntnis zur Notwendigkeit nuklearer Abschreckung (wie z. B. in der WEU-Plattform[13]), vertreten energisch unser berechtigtes Anliegen einer Einbeziehung der SNF in Rüstungskontrollverhandlungen und beschränken uns auf die Abwehr von Entwicklungen bei Nukleararsenal und -doktrin, die wir nicht für richtig halten.
– Wir betreiben die Neugestaltung der Nuklearkomponente westlicher Sicherheit aktiv und mit einem Gesamtkonzept, im Bündnis ebenso wie im deutsch-französischen Verhältnis.

Die erste Option wäre ein selektiver Ansatz, der die Initiative für die Ausgestaltung der künftigen „nuclear posture“ weitgehend anderen überläßt. Unser Gewicht im Bündnis und unsere Rolle als wichtigstes Stationierungsland für Kernwaffen in Europa sind Hebel genug, um auch so einen gewissen Einfluß auszuüben und eine begrenzte Umstrukturierung der Nuklearkomponente zu erzwingen, aber es wird dann wohl bei den oben (Ziffer 4) beschriebenen Mißverständnissen im westlichen Lager und ihren negativen Folgen bleiben.

Besser können wir unsere Interessen zur Geltung bringen, wenn wir selbst die Initiative bei der Konzeption der künftigen Rolle von Kernwaffen ergreifen. Dies ist auch keine Anmaßung, denn wir sind allemal die Meistbetroffenen, und die Aussichten sind gut, daß sowohl die drei westlichen Nuklearmächte als auch die übrigen Verbündeten eine solche Initiative begrüßen.

In den USA wie in Frankreich pendelt die nuklearstrategische Diskussion noch zwischen einem mehr politisch und einem mehr militärisch orientierten Abschreckungskonzept: sofortige Bedrohung des Aggressors selbst durch Selektiveinsatz gegen sein Territorium oder zuerst Schwerpunkt bei kürzeren Reichweiten mit optimaler militärischer Wirkung (z. B. durch Neutronenwaffen).

Daß bei Kernwaffen dem politischen Aspekt absoluter Vorrang vor dem militärischen gegeben wird, erreichen wir am ehesten durch ein aktives Engagement für ein Gesamtkonzept in unserem Sinne. Die derzeitige französische Diskussion über

13 Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vgl. Dok. 297, Anm. 27.

die richtige Art von prästrategischem Einsatz i.S. einer konfliktbeendenden letzten Warnung („ultime avertissement“[14]) zeigt, daß wir zum Teil schon auf offene Türen stoßen würden. Wichtig ist, daß wir bei der Forderung nach Schwerpunktverlagerung weg von den SNF mehr mit Zweifeln an der politischen Effektivität dieser Waffen (wenig Aussicht auf Konfliktbeendigung) als mit der für uns unerträglichen Belastung argumentieren.

6) Bei der konkreten Ausgestaltung eines künftigen Nuklearkonzepts – keine neue Strategie, sondern nur eine Neugestaltung der nuklearen Komponente – ist folgendes zu bedenken:

– Je geringer die deutsche „Teilhabe“ an der nuklearen Abschreckung (deutsche Trägersysteme, Stationierung auf eigenem Boden), desto schwächer der Einfluß auf Gestaltung von Arsenal und Doktrin und desto geringer das Gewicht in der Zielplanungs- und Einsatzkonsultation.[15]

– Ein europäischer Beitrag zur nuklearen Abschreckung des Westens kann sich auch ohne unser Zutun weiter entwickeln (UK und F arbeiten seit Reykjavik[16] verstärkt daran), aber dann wird auch hier unser Einfluß auf Waffensystemwahl und Einsatzkonzept gering sein. Auf lange Sicht würde die Ablehnung von Mitwirkung und Mitverantwortung an diesem Teil der europäischen Säule in irgendeiner Form mehr noch als unsere Abstinenz „out of area“[17] das Heranwachsen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Frage stellen.

– Zwischen Nuklearmächten ist ein Abschreckungskonzept ohne SNF unter Umständen denkbar, aber eine „geliehene Abschreckung“ (extended deterrence), die sich nur auf zentralstrategische Systeme und Selektivoptionen gegen die Sowjetunion stützt, hätte in puncto Glaubwürdigkeit und Akzeptanz noch erheblich größere Schwierigkeiten. Es kommt z.B. nicht nur darauf an, ob SNF nach strategischer Logik wirklich noch ein Schutzschirm für die konventionelle US-Präsenz in Europa sind, sondern, ob sie von den USA als solcher perzipiert werden.

  Für uns würde ein gewisser SNF-Bestand dann akzeptabler, wenn er auf seine Hilfsfunktionen innerhalb einer ganz deutlich politisch orientierten Abschrekkung hin konzipiert ist, also praktisch nur ein Verbund mit Selektivoptionen gegen den Aggressor selbst zur Anwendung käme. Abschreckung nach außen und Akzeptanz nach innen (deterrence and reassurance) würden verbessert, wenn die Einsatzrichtlinien der NATO (GPG)[18] und die französische Doktrin

14 In einer Pressekonferenz am 22. Oktober 1987 führte Staatspräsident Mitterrand aus: „Ce qui est important vous l'avez vu, Monsieur, c'est l'ultime. L'ultime, cela se comprend tout seul, à partir de la guerre, la guerre nucléaire. L'ultime avertissement, cette définition-là, doit vous faire bien comprendre que c'est un avertissement nucléaire. C'est le premier avertissement nucléaire, le premier et le dernier. Lui, l'ultime avertissement, entre déjà dans la nature d'un conflit qui serait nucléaire. Les autres avertissements sont de l'ordre normal de la diplomatie lorsque l'on cherche à enrayer un conflit. Voilà le sens de l'ultime avertissement.“ Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 147.

15 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das bedarf der Begründung.“ Vgl. Anm. 3.

16 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

17 Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

18 Zu den General Political Guidelines vgl. Dok. 55, Anm. 12.

hier eine klare Aussage böten („kein Nukleareinsatz ohne Einbeziehung des Aggressorterritoriums"). Die theoretische Alternative einer deutschen Kontrolle aller SNF-Trägermittel dürfte in puncto Abschreckung und Akzeptanz weniger günstig sein.

(Zur Gestaltung des europäischen Beitrags zur Nuklearabschreckung und zur Behandlung des Themas mit Frankreich siehe Bezugsvorlage S. 12ff. und S. 15ff.)

Roßbach

VS-Bd. 14049 (02)

374

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ammon

431-493/27.5 **16. Dezember 1987**[1]

Betr.: Columbus-Verhandlungen mit den USA[2]

1) Die Verhandlungssituation wird z. Zt. von folgenden Faktoren bestimmt:

– Die USA scheinen nicht mehr zu großen Zugeständnissen bereit zu sein. Sie weigern sich, die Verhandlungen überhaupt noch als solche zu bezeichnen; Bereitschaft besteht lediglich zu Gesprächen. Zugleich haben sie angekündigt, daß sie in Kürze den sich in NASA-Forschungszentren befindlichen ESA-Mitarbeitern, die sich dort zur Herstellung der technischen Kohärenz des amerikanischen und des europäischen Raumstationsprogrammes befinden, keinen Zugang zur NASA mehr gewähren werden. (Formale Begründung: Hierfür gäbe es keine Rechtsgrundlage, nachdem mit dem Ende der Definitionsphase das diesbezügliche Abkommen zwischen ESA und NASA ausgelaufen sei.)

1 Die Aufzeichnung wurde über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Ministerialdirigent Pabsch an Ministerialdirektor Jelonek „z[ur] K[enntnisnahme]" geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Blankenstein in Vertretung von Wagner am 16. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Pabsch am 17. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten nach Rückkehr Loosch aus Washington BMFT eine Lagebesprech[un]g auf AL-Ebene (mit ChBK u. BMWi) vorschlagen."
Hat Jelonek am 18. Dezember 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Pabsch und Referat 431 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die Zusammenarbeit mit den USA ist m. E. in diesem Bereich unabdingbar. Wir sollten uns zwar so teuer wie möglich verkaufen, aber keinesfalls den Bruch suchen oder auch nur hinnehmen. Die europäische Option war doch immer nur taktisch als Druckmittel gedacht! Ich bin für baldiges Ressortgespräch auf möglichst hoher Ebene."
Hat Pabsch am 18. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der den letzten Satz von Jeloneks Vermerk unterstrich. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".
Hat Wagner am 23. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] Grolig, wir werden da wenig bewegen können. Ich rege deshalb an, kurzen Brief D 4 – Mennicken mit diesem Wunsch."
Hat Legationsrat I. Klasse Ammon erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Entfällt."

2 Zu den Verhandlungen der ESA-Mitgliedstaaten mit den USA über eine europäische Beteiligung an der Internationalen Raumstation („Columbus") vgl. Dok. 285.

– Die Europäer haben auf dem Haager Ministerrat[3] vier Mindestforderungen für eine Beteiligung an der Raumstation formuliert (europäisches Entscheidungsrecht insbesondere über die freifliegenden Elemente, befriedigende Lösung hinsichtlich der militärischen Nutzung, der Schieds- und Konsultationsklauseln sowie des Rechtsregimes). Andernfalls wird eine autonome Lösung ins Auge gefaßt.
– Kanada hat ad referendum die US-Forderungen im wesentlichen akzeptiert. Japan hält sich zwar zurück, solange die Verhandlungen ESA-MS/USA noch weitergehen. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß auch bei Japan letztendlich das Interesse an einem Zustandekommen des Projekts überwiegt.

2) Es bestehen kaum Aussichten, daß die „Gespräche“ am 17. und 18.12.1987[4] einen Durchbruch bringen werden. Im einzelnen geht es um die Durchsetzung folgender zentraler europäischer Anliegen:

– Während die Europäer den USA ein Letztentscheidungsrecht über die gesamte „manned base“ (d.h. einschließlich des europäischen APM[5]) einzuräumen bereit sind, bestehen sie darauf, über Bau, Betrieb und Nutzung der von ihnen gebauten freifliegenden Elemente (MTFF[6], polare Plattform) zumindest dann abschließend entscheiden zu können, wenn diese sich nicht im an die Station angedockten Zustand befinden.
– Die Europäer bestehen darauf, daß die Experimente und Daten, die über amerikanisches Territorium zur Station und von dort zurückgebracht werden (bei Benutzung des Shuttle erforderlich!), nicht amerikanischen Ein- und insbesondere Ausfuhrkontrollen unterworfen werden können (insbesondere Kontrolle von angeblich strategischen Gütern). Die USA bieten hier eine Bemühensklausel an, bestehen aber darauf, US-Gesetze auch auf Güter und Daten im Transit zu und von der Station zu erstrecken.
– In der Frage der militärischen Nutzung besteht in der Sache Einigkeit darüber, daß die Station nur für friedliche Zwecke benutzt werden darf. Die Definition dessen, was hierunter zu verstehen sei, soll jeweils demjenigen überlassen werden, der das betreffende Element beisteuert. Die Europäer könnten daher z.B. ihnen unangenehme militärische Nutzung ihrer Module durch die USA ausschließen. Streit besteht noch darüber, ob die Nutzung der amerikanischen Teile der Station für „national security purposes“ in einem Annex explizit erlaubt werden soll. Hier erscheint ein Kompromiß möglich.
– ESA und NASA bemühen sich, eine Grundlage für die Aufteilung der anfallenden Betriebskosten zu finden. Dabei ist eine Einigung über absolute Zahlen nicht möglich; es wird vielmehr versucht, Schlüssel für die Aufteilung bestimmter Kostenkategorien zu vereinbaren. Die Gespräche hierüber sind noch nicht sehr weit gediehen, jedoch zeichnet sich ab, daß die Betriebskosten ganz erheblich sein werden. BMFT-Experten schätzen, daß (bei einem 20-prozentigen europäischen Anteil an der Gesamtstation) gegen Ende des Jahrhunderts Kosten in der Größenordnung von 800 Mio. Dollar pro Jahr für die ESA ent-

3 Zur ESA-Ministerratstagung am 9./10. November 1987 in Den Haag vgl. Dok. 315, Anm. 3.
4 Korrigiert aus: „18.11.1987“.
5 Attached Pressurized Module.
6 Man-Tended Free Flyer.

stehen werden (deutscher Anteil ca. 600 Mio. DM bei einem Kurs von 1 Dollar = 2 DM). Dies entspricht den Kosten, die wir zum gleichen Zeitpunkt für alle drei Großprojekte (Hermes, Ariane V, Columbus) zusammen aufwenden werden. Hier liegt ein großes Risiko für die Finanzplanung. Diese Kosten entstehen vor allem dadurch, daß die USA am Boden eine große Zahl von Instituten, Wissenschaftlern und Technikern vorhalten müssen.

– Die europäische Forderung nach einer Schiedsklausel hat weniger Gewicht als die oben genannten Punkte, zumal in der Frage der Schaffung eines Konsultationsmechanismus eine Einigung greifbar erscheint. Hiermit sollte vor allem Kohärenz mit der – früheren – kanadischen Verhandlungsposition erzielt werden, die der Schiedsklausel hohes Gewicht beimaß.

3) Sollte die nächste Verhandlungsrunde (17./18.12.1987) wie erwartet keinen Durchbruch bringen[7], wird es erforderlich werden, die vom ESA-Ministerrat in Den Haag angedeutete Alternative eines autonomen Columbus-Konzepts nachdrücklich zu prüfen. Ein Eingehen auf die vorliegenden amerikanischen Bedingungen wäre vor der – zunehmend problembewußten – Öffentlichkeit und vor dem Parlament nicht überzeugend zu rechtfertigen. Eine Absage an die Einladung Präsident Reagans fiele zudem jetzt, am Ende seiner Amtszeit[8], politisch leichter als früher. Innerhalb Europas scheint die Mehrheit sich vor allem nach den das Projekt führenden Deutschen richten zu wollen; F fordert, wenn auch relativ zurückhaltend, vor allem die europäische Entscheidungssouveränität über den MTFF, die Schweiz lehnt die Kooperation mit den USA bereits jetzt ab.

Ein zusätzliches Problem rührt daher, daß die Finanzierung von Columbus aufgrund des Nicht-Engagements GBs nur zu 80% gedeckt ist.

Eine Aufteilung der Deckungslücke pro rata, wie das bei früheren ESA-Programmen üblich war, ist aufgrund der Finanzlage nicht möglich. Sollte GB sich nicht doch noch an dem Projekt beteiligen, wäre ohnehin eine inhaltliche Überprüfung von Columbus erforderlich (Wegfall der polaren Plattform).

Ammon

Referat 431, Bd. 154488

7 Ministerialdirigent Loosch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z.Z. Paris, berichtete am 19. Dezember 1987, die europäisch-amerikanischen Verhandlungen am 17./18. Dezember 1987 in Paris hätten keinen Durchbruch, „wohl aber einige Fortschritte erbracht". Im Zentrum hätten die vier Punkte der ESA-Ministerratstagung vom 9./10. November 1987 in Den Haag gestanden. Laut amerikanischer Darstellung hätten die USA „mit Japan und Kanada bis auf Kleinigkeiten bereits Einigung über Regierungsübereinkommen (I[nter]G[overnmental]A[greement]) und ohnehin über MoUs erzielt, mit Kanada auch schon über ‚vereinbarte Niederschrift' zur friedlichen Verteidigungsnutzung. Deshalb solle bis Mitte Januar abschließendes Treffen mindestens mit Japan und Kanada zur Konsolidierung des IGA-Textes stattfinden […]. Zwar wären auch nach Textkonsolidierung Änderungen in Funktion europäisch-amerikanischer Verhandlungsergebnisse noch möglich, aber sicherlich schwieriger." Vgl. das Fernschreiben Nr. 2812; Referat 431, Bd. 154488.

8 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

375

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu in Bukarest

17. Dezember 1987[1]

Gespräch des Bundesministers mit Präsident Ceauşescu am 17.12.1987 (16.00–18.30)[2]

Ceauşescu heißt BM willkommen und drückt die Hoffnung aus, daß durch den Besuch die Grundlage für eine bessere bilaterale Zusammenarbeit geschaffen werde.

BM erklärt, der Besuch finde zu einem wichtigen Zeitpunkt statt. Durch das Gipfeltreffen in Washington[3] sei eine günstige internationale Lage geschaffen worden. Es gelte, diese Möglichkeit zu nutzen und nach vorn zu blicken.

BM erinnert daran, daß wir unsere Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien eröffnet und dadurch ein gutes Beispiel gegeben hätten.[4] Auch in der Folgezeit sei die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien in mancher Hinsicht beispielhaft für andere gewesen. Dies betreffe die Bereiche Wirtschaft, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und Kultur. Er, BM, habe als erster westlicher Innenminister Rumänien besucht.[5] Man habe in den vergangenen Jahren auch Wege gefunden, um humanitäre Fragen zu lösen. Eine Bilanz müsse jedoch ehrlich sein. Deshalb müsse man feststellen, daß die Beziehungen in jeder Hinsicht ausbaufähig seien.

BM führt aus, daß wir mit Aufmerksamkeit die Politik Rumäniens beobachtet hätten, die Auslandsverschuldung mit großen Schritten abzubauen.[6] Für Rumänien hätten sich daraus Probleme ergeben. Die Schwierigkeiten des Landes fänden in unserer Bevölkerung große Aufmerksamkeit[7] und stießen auf positives Interesse. Er müsse allerdings in aller Offenheit sagen, daß er sich Sorgen machen würde, wenn es nicht so wäre.

BM erklärt, es sei eine gute Entscheidung gewesen, allen Journalisten, die über seine Reise berichten wollten, eine Einreiseerlaubnis zu geben.[8] Er, BM, möchte

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kastrup am 18. Dezember 1987 gefertigt und am selben Tag an Ministerialdirigent Jansen „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 21. Dezember 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178904.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien auf.

3 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

4 Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 81. Vgl. dazu auch AAPD 1967, I, Dok. 20.

5 Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 11. April 1971 in Rumänien auf.

6 Zur rumänischen Auslandsverschuldung vgl. Dok. 334, Anm. 9.

7 Für die Debatte im Bundestag am 9. Dezember 1987 über die Versorgungslage in Rumänien vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 48. Sitzung, S. 3369–3375.
Vgl. dazu ferner den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen vom selben Tag über die Versorgungslage in Rumänien; BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/1489.

8 Referat 012 legte am 3. Juni 1987 dar, die rumänische Regierung beklage „die negative Berichterstattung über Rumänien in unseren Medien“. Daher wäre es sinnvoll, „wenn möglichst viele deutsche

ihn ermutigen, auch unabhängig von seinem Besuch eine möglichst große Zahl von Journalisten frei einreisen zu lassen. Er möchte ihm empfehlen, ihnen alles zu zeigen. Wenn sie Gelegenheit erhielten, möglichst viele persönliche Eindrücke zu sammeln, dann würden sie auch objektiv berichten. Zwei der ihn begleitenden Journalisten hätten sich über Behinderungen beklagt. Er bitte den Präsidenten, dem nachzugehen.

BM wiederholt, daß es darauf ankomme, den Blick nach vorn zu richten. Er sage dies auch aufgrund eines Gesprächs mit dem Bundeskanzler. Wir seien daran interessiert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit deutlich auszubauen. Wir dächten dabei nicht nur an den Handelsaustausch, sondern auch an eine betriebliche Kooperation und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Für deutsche Investitionen in Rumänien stehe seit Jahren ein großer Bürgschaftsrahmen zur Verfügung, der bisher nicht ausgenutzt worden sei. Die Bundesregierung sei bereit, ein neues Kapitel in den Beziehungen zu eröffnen. Voraussetzung dafür sei, daß man sich über die Möglichkeiten der Entwicklung verständige. Wichtig für uns sei in diesem Zusammenhang auch die Lösung humanitärer Fragen. In der Vergangenheit habe man Wege gefunden, diese schrittweise zu lösen. Die Verpflichtungen aus der bis zum 30.6.1988 geltenden Absprache[9] seien von rumänischer Seite eingehalten, teilweise sogar übertroffen worden. Wir legten großen Wert darauf, dies in größerem Umfang fortzuführen. Wir stellten uns eine Regelung vor, durch welche die Frage in überschaubarer Zeit abschließend geregelt werde. Von unserer Seite aus bestehe Bereitschaft, finanzielle Leistungen zu übernehmen. Er, BM, sei autorisiert, über diese Frage in großer Offenheit zu sprechen. Er wolle noch einmal betonen, daß der Ausbau unserer bilateralen Zusammenarbeit beispielgebend sein sollte. Unsere Absichten seien aufrichtig und in die Zukunft weisend.

BM führt aus, wir strebten nicht nur grundlegende Veränderungen in unserem bilateralen Verhältnis an, sondern würden uns in unserer Präsidentschaft[10] auch dafür einsetzen, daß die Beziehungen zwischen Rumänien und der EG entwickelt würden.[11] Die Tatsache, daß gegenwärtig über die Formalisierung der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1892

Journalisten nach Rumänien einreisen und ihre eventuellen Vorurteile vor Ort korrigieren könnten. Trotzdem hat es in letzter Zeit zunehmende Schwierigkeiten bei der Einreise und Akkreditierung von deutschen Journalisten gegeben." Vgl. Referat 214, Bd. 139534.
Botschafter Matthias, Bukarest, berichtete am 9. Dezember 1987, das rumänische Außenministerium habe mitgeteilt, „alle bisher notifizierten Journalisten ‚sind willkommen'. Es wurde lediglich darum gebeten, ‚einige problematische Namen' am offiziellen Abendessen nicht zu beteiligen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1098; Referat 214, Bd. 139539.

9 Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

10 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

11 Referat 411 legte am 30. November 1987 dar: „Rumänien ist der einzige RGW-MS, der bisher mit der EG ein umfassenderes Handelsabkommen geschlossen hat. Es ist an einer Weiterentwicklung der Beziehungen durch die Vereinbarung eines Kooperationsabkommens interessiert. Rumänien betrachte die Annäherung EG–RGW mit gewissem Argwohn. Es befürchtet, hierdurch an Spielraum zu verlieren, und möchte deshalb möglichst bald zu einem Kooperationsabkommen mit der EG gelangen. […] Nachdem der Rat im Dezember 1986 ein Verhandlungsmandat verabschiedet hatte, ist es zwischenzeitlich zu insgesamt drei Expertentreffen EGK–RUM gekommen (9./10.4.1987, 13./14.7.1987 und zuletzt 8./9.10.1987), die erhebliche Differenzen offenbarten und von Rumänien mit völlig unakzeptablen Forderungen belastet wurden (z. B. Konsultationspflicht EG gegenüber Rumänien etwa bei Änderung der EG-Agrarpolitik)." Vgl. Referat 411, Bd. 144307.

Beziehungen zwischen EG und RGW verhandelt werde[12], bedeute nicht, daß die Beziehungen der EG zu den einzelnen Mitgliedstaaten darunter leiden sollten.

Ceauşescu erwidert, eine gewisse Bilanz der bilateralen Beziehungen sei möglich. Im nächsten Februar könne man auf 20 Jahre diplomatische Beziehungen zurückblicken. Damals habe es nicht viel Beifall gegeben, teilweise sei dieser Schritt sogar kritisiert worden. Dennoch sei es ein guter Schritt gewesen, auch für Europa insgesamt. Heute stellten sich andere Fragen, und man müsse prüfen, welche Perspektiven für die Zukunft bestünden.

In Anwesenheit der Pressevertreter habe BM ihm Grüße des Bundeskanzlers übermittelt. Er, Ceauşescu, bitte, diese Grüße zu erwidern. Als er vor einigen Jahren Bonn besucht habe[13], sei er deswegen kritisiert worden. Diese Gefahr bestehe heute nicht mehr.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern hätten sich in der Vergangenheit entwickelt, zeitweise sogar gut. In den letzten Jahren sei jedoch eine Stagnation festzustellen. Die Zusammenarbeit mit deutschen Firmen habe in einigen Fällen kein gutes Ergebnis gehabt. Ceauşescu verweist auf den Fall der Firma MAN, die ihre Verpflichtungen nicht eingehalten habe. Mit der Firma Renk sei zwar ein guter Anfang gemacht worden, inzwischen gebe es aber Schwierigkeiten.[14]

Auch diese Firma würde bestehende Verpflichtungen nicht respektieren, der Umfang der Produktion und das technische Niveau der Erzeugnisse entsprächen nicht den Erwartungen. Mit beiden Firmen sei ausführlich über die Probleme gesprochen worden.

12 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 333, Anm. 25.
Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 7. Dezember 1987, anläßlich des Besuchs des RGW-Generalsekretärs Sytschow am 17. Dezember 1987 in Brüssel habe er den stellvertretenden Kabinettschef des Präsidenten der EG-Kommission, Burghardt, am 5. Dezember 1987 am Rande der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen „über den Stand der Angelegenheit nach Konsultationen in der Vierer-Gruppe (Ergebnis bislang von den Hauptstädten nicht gebilligt) und den informellen Gesprächen mit Bondarenko und Kwizinskij am 20.11.1987“ unterrichtet: „Herr Burghardt meinte daraufhin, daß Kommissionspräsident Delors die gemeinsame Erklärung EG/RGW gerne unter deutscher EG-Präsidentschaft vor Beginn der französischen Präsidentschaftswahlen, d. h. bis spätestens Ende März/Anfang April, abschließen würde. Er könnte sich vorstellen, daß Delors die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung durch Kommissar De Clercq in Moskau mit einem eigenen Besuch in Moskau verbinden könnte, um die Bedeutung des Aktes zu unterstreichen. […] Zum Stand der informellen Gespräche mit der Sowjetunion durch uns meinte Herr Burghardt, daß die Kommission nicht ‚à tout prix‘ auf einer zweiseitigen Geltungsbereichsklausel bestehen werde. Es gebe vielmehr gute Gründe dafür, den Geltungsbereich auf seiten des RGW nicht näher zu umschreiben, wenn der RGW das nicht wünsche (insbesondere Geltungsbereich für Ost-Berlin).“ Vgl. Referat 411, Bd. 144308.

13 Präsident Ceauşescu besuchte die Bundesrepublik vom 15. bis 17. Oktober 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 279–281.

14 Referat 421 notierte am 3. Dezember 1987: „Das Rumäniengeschäft ist in den letzten Jahren zunehmend schwieriger geworden. Für westliche Exporteure sind Kompensationsverpflichtungen inzwischen fast der Normalfall. Kompensationsfähige Waren sind jedoch kaum zu finden (angeboten werden v. a. technologisch veraltete Maschinen und Elektroausrüstungen). Zahlreiche Firmen haben angesichts der administrativen Probleme, aber auch wegen der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes das Rumäniengeschäft aufgegeben […]. Bedeutendstes Gemeinschaftsprojekt und bisher einziges Joint-venture in Rumänien ist die Firma Renk-Reşiţa (Produktion von hochwertigen Getrieben, hauptsächlich für Schiffsmotoren) – mit einer 49-prozentigen Kapitalbeteiligung der deutschen Firma Renk. […] Der Joint-venture-Vertrag steht demnächst zur Verlängerung an bei gleichzeitiger Ausweitung des Vertrages auf neue Produktionen (Turbogetriebe). Die rumänische Seite zögert mit der Entscheidung und bevorzugt eine Verlängerung um nur fünf Jahre.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140293.

Rumänien sei bereit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland auszubauen. Man hoffe, dafür Regelungen zu finden, die beide Seiten zufriedenstellten. Er wisse, daß der BM ihn darauf hinweisen werde, daß die deutschen Firmen unabhängig seien. Die Bundesregierung verfüge aber über Mittel und Wege, die Zusammenarbeit zu stimulieren. Zu dem von BM angesprochenen Thema der Außenverschuldung wolle er sagen, daß die Tilgungsleistungen Rumänien keine Schwierigkeiten bereiteten. Probleme hätten sich wegen der hohen Zinsen ergeben. Rumänien habe deshalb entschieden, keine Kredite mehr aufzunehmen. Kredite bremsten die Zusammenarbeit. Um einen Kredit in Höhe von 550 bis 600 Mio. Dollar zurückzuzahlen, müßten heute 1 Mrd. Dollar aufgewandt werden.

BM wirft ein, bei dem letzten Gespräch[15] habe er ihm geraten, angesichts der von ihm erwarteten Änderungen des Dollarkurses besser einen Kredit in DM aufzunehmen.

Ceauşescu fährt fort, die Kreditverpflichtungen Rumäniens und die Außenstände des Landes seien heute etwa gleich hoch. Die Forderungen Rumäniens, vornehmlich an Länder der Dritten Welt, betrügen 2,6 Mrd. Dollar.

Ceauşescu schildert die wirtschaftlichen Maßnahmen der letzten Jahre. Er verweist darauf, daß die Investitionen in Industrie und Landwirtschaft kontinuierlich erhöht worden seien. Das Realeinkommen des Staates sei von 1981 bis 1985 um 8% gestiegen. Nur in wenigen Ländern gebe es eine solche Zuwachsrate. Auch der Lebensstandard der Bevölkerung habe erhöht werden können. Bei der gerade zu Ende gegangenen Parteikonferenz[16] habe er eine Lohnerhöhung von 10% angekündigt. Ceauşescu verweist auf die Weltwirtschaftsprobleme; die Schwierigkeiten der letzten Jahre hätten die gegenseitige Abhängigkeit der Staaten gezeigt. Die sieben westlichen Industriestaaten seien nicht in der Lage, die Weltwirtschaftsprobleme zu lösen. Alle ihre Vorhersagen hätten sich als nicht richtig erwiesen.

Ceauşescu kommt zurück auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und betont, daß Rumänien keine Investitionsmittel fehlten. Rumänische Partner könnten bei gemischten Gesellschaften ihren Beitrag leisten. Finanzielle Probleme bestünden nicht: Im nächsten Jahr stehe ein Investitionsvolumen von 60 Mrd. DM zur Verfügung. Die Zusammenarbeit müsse aber auf eine neue Grundlage gestellt werden. Voraussetzung für eine Firmenkooperation sei die Einbringung fortschrittlichster und am weitesten entwickelter Technik.

Die Beziehungen Rumäniens zur EG, fährt Ceauşescu fort, könnten besser sein. Rumänien sei an einem neuen Abkommen interessiert. Er habe allerdings den Eindruck, daß die EG zu sehr mit eigenen Problemen beschäftigt sei.

15 Bundesminister Genscher und Präsident Ceauşescu trafen am 13. Februar 1985 in Bukarest zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 37.

16 Die Landeskonferenz der Kommunistischen Partei Rumäniens fand vom 13. bis 16. Dezember 1987 in Bukarest statt. Botschafter Matthias, Bukarest, berichtete am 21. Dezember 1987: „Die Zwischenbilanz Ceauşescus, mit der er seine bisherige Politik bestätigte, war gleichzeitig der Versuch einer Rechtfertigung, einer Beschwichtigung und einer Kampfansage. […] Gegen die Unruhe in der Bevölkerung setzt Ceauşescu bewußt Härte und Einschüchterung. Die Frage ist, wie lange seine Rechnung noch aufgeht. Die Stabilität des Systems hängt von der Loyalität der Führungsgremien der Partei, des Sicherheitsapparates und von der Möglichkeit ab, Opposition im Keim zu ersticken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1131; Referat 214, Bd. 139530.

BM bemerkt, dies hindere nicht eine aktive Politik nach außen.

Ceauşescu sagt, er habe den Eindruck zurückhaltender Aktivität der EG. Vielleicht könne man die Verhandlungen unter deutscher Präsidentschaft zu einem guten Ende führen.

BM erklärt, wir wollten den Außenbeziehungen der EG neue Impulse geben.

BM stimmt zu, daß die Bundesregierung daran interessiert sei, die bilateralen Beziehungen zu Rumänien auszubauen. Dabei müßten aber auch die Felder unseres Interesses berücksichtigt werden. Er denke dabei insbesondere an den humanitären Bereich. Uns komme es darauf an, daß rumänische Bürger deutscher Nationalität in großzügigerem Umfang ausreisen könnten.

Ceauşescu entgegnet, im humanitären Bereich müsse ein neuer Anfang gemacht werden. Er habe über diese Frage in letzter Zeit mit wichtigen Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Diese hätten sich ihm gegenüber einverstanden damit erklärt, wie Rumänien dieses Problem angehe. Darunter hätten sich sogar Politiker aus der jetzigen Regierungskoalition befunden.

Die Bundesregierung mache einen großen Fehler; sie schaue zurück. Es wäre normal, wenn die deutsche Seite nicht insistiere, sondern Leute abhalte. Rumänien mache einen Unterschied zwischen Familienzusammenführung und der Beeinflussung, das Land zu verlassen. Es erwarte, daß derartige Aktivitäten nicht ermutigt würden. Die Bürger deutscher Nationalität sollten bestärkt werden, in Rumänien zu bleiben. Dies habe er dem BM bereits in der Vergangenheit gesagt. Selbst wenn die bestehende Vereinbarung beibehalten werde, sollte deutscherseits nicht auf Auswanderung gedrungen werden. Ceauşescu zitiert einen Brief, in dem er dafür kritisiert werde, daß er dem Verlangen der Bundesregierung zu leicht nachgebe. Die Entwicklung müsse in Richtung Verringerung der Ausreisen gehen.

BM erklärt, dies würde eine Belastung der Beziehungen bedeuten. AM Totu habe bei der Besprechung am Vormittag einen Brief verlesen, der völlig unglaubwürdig sei.[17] Er, BM, sei in der Lage, einen Lastwagen voll anderer Briefe beizubringen. Die Bundesregierung betrachte es nicht als ihre Aufgabe, zu ermutigen oder zu entmutigen. Es liege im Interesse der bilateralen Beziehungen und entspreche dem Geist der KSZE-Schlußakte[18], die humanitäre Frage großzügig zu lösen. Wie man das Problem bezeichne, sei unwichtig. Er, BM, müsse mit Nachdruck darauf hinweisen, daß es innerhalb der Bundesregierung keine Meinungsverschiedenheiten über diese Frage gebe. Wir hätten Verständnis dafür, daß für

17 Im Delegationsgespräch mit Bundesminister Genscher kritisierte der rumänische Außenminister Totu die Abwanderung der Deutschstämmigen aus Rumänien: „Es gebe keine Gründe, sie wegzuschicken. Dies gelte insbesondere auch im Hinblick auf Briefe von Aussiedlern, die die rum[änische] Seite erhalte. AM zitierte sodann aus einem an Ceauşescu gerichteten Brief mehrere Aussiedler, die über schlechte Behandlung im Durchgangslager Nürnberg Klage führen: Als Deutscher werde zunächst nur anerkannt, wer deutscher Armeeangehöriger, Kriegsverbrecher oder Rußlandverschleppter gewesen sei." Genscher stellte darauf „mit Deutlichkeit klar, daß wir niemanden zur Ausreise stimulieren […]. Der zitierte Brief trage den Stempel der Unwahrheit: Aus Rumänien reisten Menschen aller Altersstufen aus. Wehrmachtsangehörige und Zwangsarbeiter müßten demgegenüber heute alle über 60 Jahre alt sein. Wer nach seiner Ausreise glaube, er habe sich falsch entschieden, könne zurückkehren. Wir hielten niemanden zurück." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139539.

18 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Rumänien gewisse materielle Folgen damit verbunden seien. Wir seien auch in Zukunft bereit, dem Rechnung zu tragen und entsprechend großzügig zu verfahren. Die Frage liege auch dem Bundeskanzler sehr am Herzen. Auf unserer Seite bestehe Bereitschaft, mit der rumänischen Seite darüber auf dem Wege zu sprechen, den sie für zweckmäßig halte.

Zu den Fragen der Erweiterung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen verweist BM auf den im Januar bevorstehenden Besuch des Außenhandelsministers Văduva in Bonn.[19] Wir wollten das Interesse deutscher Unternehmen für ein Engagement in Rumänien wecken. Dafür sei es allerdings wichtig, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Ceauşescu geht auf die von BM angeschnittene Frage der Behinderung von zwei Journalisten ein und erklärt, in allen Ländern gebe es Regeln, die beachtet werden müßten. Gesetzesverstöße könnten von Rumänien nicht geduldet werden.

Das Gespräch wendet sich auf Bitten von Ceauşescu internationalen Fragen zu.

BM würdigt das bei dem Gipfeltreffen in Washington unterzeichnete INF-Abkommen[20] und bezeichnet es als einen historischen Schritt. Er stellt heraus, die Bedeutung des Abkommens liege vor allem darin, daß

– der Beweis erbracht worden sei, daß wirkliche Abrüstung möglich sei,
– Abrüstung auch verifizierbar sei und
– nach dem Willen beider Seiten ein erster Anfang gemacht worden sei, dem weitere Schritte folgen sollten.

BM erläutert unser Interesse an dem Abschluß eines Abkommens über die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Potentiale im Jahr 1988. Er hebt hervor, daß nach unserer Auffassung ein Abkommen über die weltweite Beseitigung chemischer Waffen möglich sein sollte. Im Januar werde er zusammen mit seinem italienischen Kollegen Andreotti nach Genf reisen und darauf drängen, die Arbeit bald zu beenden.[21]

BM legt anschließend unsere Position zu den konventionellen Waffen dar und weist schließlich darauf hin, daß es notwendig sei, auch über die Raketen kürzerer Reichweite zu verhandeln.

BM unterstreicht, daß die Abrüstungsverhandlungen in eine auf Dialog und Zusammenarbeit gerichtete Gesamtpolitik eingebettet sein müßten. In diesem Zusammenhang komme der KSZE eine entscheidende Bedeutung zu. Wir wirkten darauf hin, sie möglichst bald mit einem substantiellen Ergebnis abzuschließen.

Ceauşescu erklärt, in den internationalen Fragen müsse ein neuer, in die Zukunft gerichteter Ansatz gefunden werden. Gewaltanwendung und Krieg seien keine Mittel zur Lösung politischer Fragen. Er stimme dem BM zu, daß der Abschluß

19 Der rumänische Außenhandelsminister Văduva führte am 13. Januar 1988 während seines Besuchs in der Bundesrepublik ein Gespräch mit Bundesminister Genscher.

20 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

21 Zur Absprache zwischen Bundesminister Genscher und dem italienischen Außenminister Andreotti über einen gemeinsamen Auftritt vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 357.
Genscher und Andreotti traten am 4. Februar 1988 vor der CD auf. Für den Wortlaut der Rede Genschers vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

des INF-Abkommens ein historisches Ereignis sei. Auch die strategischen Waffen müßten drastisch reduziert werden. Ceauşescu spricht sich für einen sofortigen Teststopp[22] aus. Ziel müßte sein, alle Atomwaffen in einem bestimmten Zeitraum abzuschaffen. Eine Militarisierung des Weltraums dürfe nicht zugelassen werden; dies würde die Gefahr eines Krieges verstärken.

In dem gesamten Prozeß müßten die Europäer eine wichtige Rolle spielen. Dies setze eine intensivere Zusammenarbeit aller europäischen Länder voraus. Last und Verantwortung dürften die Europäer nicht den beiden Großmächten überlassen.

BM stimmt zu.

Ceauşescu erläutert die Vorschläge des WP zu prozentualen Reduzierungen und den Korridoren.[23] Er äußert sich besorgt über die militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich.[24] Er frage sich, ob hier eine neue Strategie in Europa vorbereitet werde und sich eine neue Militärallianz bilde.

Wenn der Westen von humanitären Fragen rede, dürfe nicht alles auf die Problematik der Ausreisen reduziert werden. Dies bedeute eine Gefährdung der Schlußakte. Wichtig seien auch das Recht auf Arbeit, Ausbildung oder Wohnung.

Zu den von Ceauşescu erwähnten Vorschlägen des WP nimmt *BM* Bezug auf sein kürzliches Gespräch mit Karpow.[25] Die SU bestreite nicht mehr, daß der WP in wichtigen Aspekten konventioneller Rüstung überlegen sei, z. B. bei Panzern. Bestehende geographische Asymmetrien dürften durch die Schaffung von Zonen nicht verschärft werden.

BM kündigt an, daß die Bundesregierung zur konventionellen Stabilität interessante Vorschläge machen werde. Diese seien auf Erfolg ausgerichtet, denn wenn man seriös verhandeln wolle, müsse man sich auch in die Schuhe des anderen versetzen. Ziel sei ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau und eine rein auf Verteidigung ausgerichtete Ausrüstung. BM wiederholt, daß ein baldiger Abschluß des C-Waffen-Abkommens dringlich geboten sei. Ähnlich wie bei den Atomwaffen in den 60er Jahren bestehe jetzt die Gefahr der Ausbreitung der CW.

22 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp vgl. Dok. 343, Anm. 6.

23 Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone bzw. zu ihrem Vorschlag vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5 und 10.
Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.
Am 17. Juli 1987 faßte die polnische Regierung ihre Vorschläge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einem Memorandum zusammen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 653–655.
Im Kommuniqué der Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 28./29. Oktober 1987 in Prag hieß es: „Die Schaffung von kern- und chemiewaffenfreien Zonen auf dem Balkan, in Mittel- und Nordeuropa würde die Gesundung der Lage auf dem Kontinent fördern und zugleich wesentlich zur Befreiung der Welt von derartigen Massenvernichtungswaffen beitragen. Die Teilnehmer der Tagung brachten erneut ihre Unterstützung für die entsprechenden Vorschläge der DDR und der ČSSR, der S[ozialistischen]R[epublik] Rumänien und der VR Bulgarien zum Ausdruck und unterstrichen die Notwendigkeit, diese zu verwirklichen." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 669.

24 Zur deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 318.

25 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Abrüstungsbeauftragten Karpow am 12. Dezember 1987 vgl. Dok. 368.

BM erläutert die deutsch-französische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich.

Ceauşescu spricht sich nachdrücklich für eine baldige Einberufung einer Nahost-Konferenz aus.[26] Israel und die USA müßten diesen Gedanken akzeptieren. Er äußert Besorgnis über die jüngsten Ereignisse im Gazastreifen.[27]

BM verweist auf die Unterstützung der Nahost-Konferenz durch die EG.[28] Er habe den Eindruck, daß der Konferenzgedanke in Israel an Boden gewinne. BM unterrichtet über seine für Anfang d. J. geplante Reise nach Israel und erklärt, er werde mit der israelischen Regierung über die Frage der Konferenz sprechen.[29]

Ceauşescu weist auf die Konfliktherde im Golf und in Südafrika hin.

BM erläutert kurz unsere Position.

Ceauşescu wirft die Verschuldungsproblematik[30] auf und wirbt für die Einberufung einer VN-Konferenz unter Beteiligung der Industrie- und Entwicklungsländer. Es müsse einen wagemutigeren Ansatz als bisher mit dem Ziel einer Globallösung geben. Bilateral könnten die Probleme nicht mehr gelöst werden.

BM äußert Zweifel, ob eine VN-Konferenz das Schuldenproblem lösen könne. Er befürchte, daß dies lediglich eine Konferenz werde, die das Papier nicht wert sei, auf dem die Resolutionen geschrieben würden. BM verweist auf das Dokument von acht lateinamerikanischen Ländern[31], das ihm in der vergangenen Woche vom uruguayischen Außenminister übergeben worden sei.[32] Es sei beabsichtigt, auch in der EG über das schwierige und drängende Schuldenproblem zu sprechen.

26 Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

27 Ein Zusammenstoß zwischen einem israelischen Militärlastwagen und zwei PKWs am 8. Dezember 1987 im Gaza-Streifen, bei dem vier Palästinenser getötet wurden, löste Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten aus, die später als „Intifada“ bekannt wurden. In der Presse hieß es: „Bei den bisher schwersten Krawallen seit dem Beginn der Besetzung vor zwanzig Jahren seien mindestens zwölf Menschen durch Schüsse verwundet worden. Jugendliche Demonstranten hätten Reifen als Barrikaden angezündet und Fahrzeuge mit Steinen beworfen. […] Die meisten Demonstranten in den seit sechs Tagen andauernden Unruhen sind Jugendliche. Fünf der sieben von Soldaten erschossenen Palästinenser waren noch nicht volljährig.“ Vgl. den Artikel „Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Dezember 1987, S. 1.

28 Vgl. dazu Ziffer 4 der Erklärung zum Nahen und Mittleren Osten der Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen; EUROPA-ARCHIV 1988, D 144.

29 Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Januar 1988 in Israel auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

30 Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.

31 Für den Wortlaut der Abschlußerklärung der Staats- und Regierungschefs von acht lateinamerikanischen Staaten auf ihrer Gipfelkonferenz vom 27. bis 29. November 1987 in Acapulco vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 83–85.
Botschaftsrat I. Klasse von Treskow, Mexiko-Stadt, teilte am 30. November 1987 mit: „Präsidenten Mexikos, Argentiniens, Brasiliens, Uruguays, Perus, Venezuelas, Kolumbiens und Panamas trafen am 27. November zu dreitägigem ‚Lateinamerikanischen Gipfel‘ in Acapulco zusammen. Auf drei Arbeitssitzungen wurden vor allem folgende Themen angesprochen: politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region; Friedensprozeß in Zentralamerika; Abbau der Auslandsverschuldung. Ergebnis wurde in dreißigseitiger (eher tropisch wuchernder als sinnvoll geordneter) ‚Erklärung von Acapulco für Frieden, Entwicklung und Demokratie‘ zusammengefaßt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 763; Referat 422, Bd. 149041.

32 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum vermerkte am 9. Dezember 1987, Staatssekretär Sudhoff habe am Vortag die „in Bonn akkreditierten Botschafter der Staaten der sog. Rio-Gruppe (MEX, VEN, KOL, PAN, ARG, BRA, URU, PER)“ empfangen: „Als Sprecher der Gruppe übergab der mexikanische Botschafter Hegewisch auf Weisung der Außenminister der Rio-Gruppe die ‚Erklärung von Acapulco für Frieden, Entwicklung und Demokratie‘, die am 29.11.1987 zum Abschluß des Treffens der acht lateinamerikanischen Staatschefs in Acapulco unterzeichnet worden war.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149041.

Ceauşescu kommt zurück auf das bilaterale Verhältnis und fragt nach dem Besuch des Bundeskanzlers.

BM erklärt, der Bundeskanzler habe die Absicht, nach Rumänien zu kommen. Sein, BMs, Besuch solle eine solche Reise vorbereiten. Er habe unsere Interessenlage eingehend dargelegt. Es komme darauf an, das erste Halbjahr 1988 zu nutzen, um Fortschritte zu erzielen.[33]

Ceauşescu entgegnet, die Entwicklung der Beziehungen dürfe nicht mit Bedingungen verbunden werden.

BM betont, für uns sei wichtig, daß die Beziehungen sich in allen Bereichen gut entwickelten. Er wolle darauf hinweisen, daß vor einigen Tagen zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages keine Einreiseerlaubnis erhalten hätten.[34] Er möchte den guten Rat geben, ihnen Visen zu erteilen. Es sollte möglich sein, einen Weg zu finden, um die Abgeordneten einzuladen. Er, BM, wolle noch einmal betonen, daß uns daran liege, ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen aufzuschlagen.

Ceauşescu erklärt, er habe von dem Vorgang der beiden Abgeordneten bisher nichts gehört. Er könne deshalb keine Stellung nehmen, weil er nicht wisse, wo das Problem liege.

BM sagt, er werde das dem Außenminister förmlich mitteilen.[35]

Das Gespräch endet mit dem Austausch von Höflichkeiten.

Referat 010, Bd. 178904

33 Ein Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Rumänien fand 1988 nicht statt.

34 Vortragender Legationsrat Ischinger vermerkte am 9. Dezember 1987, im Auftrag des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestags wollten „die Abgeordneten Lummer (CDU) und Schmidt, Salzgitter (SPD), am 11.12. nach Rumänien reisen, ‚um sich vor Ort zu informieren, unter welchen Gesichtspunkten humanitäre Hilfe geleistet werden kann'. […] Die rumänische Botschaft hat zu verstehen gegeben, daß sie den Reisezweck (‚Recherchen') nicht akzeptieren könne und daß überdies geeignete rumänische Gastgeber wegen eines gleichzeitig stattfindenden Nationalkongresses nicht zur Verfügung stünden." Vgl. Referat 011, Bd. 138365.
Am 11. Dezember 1987 teilte Ischinger der Botschaft mit: „Reise wurde abgesagt, da rumänische Botschaft Visaerteilung verweigert hat." Vgl. den Drahterlaß Nr. 571; Referat 011, Bd. 138365.

35 Im Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Totu im Delegationskreis legte Bundesminister Genscher am 17. Dezember 1987 dar: „Die Entscheidung, einige Bundestagsabgeordnete nicht einreisen zu lassen, habe nicht in rum[änischem] Interesse gelegen und sei ein Fehler gewesen. Natürlich sei das rum. Verhalten bei uns kritisiert worden. Kommentare hätten dahingehend gelautet, daß die Abgeordneten nichts hätten sehen sollen. Wenn ein ausländischer Abgeordneter oder politischer Verantwortlicher zu uns kommen wolle, könne er dies tun. Es sei mehr Unbefangenheit und Gelassenheit ratsam, dann gebe es auch keinen Anlaß zu Beschwerden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.

376

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kölsch

204-530 USA VS-NfD **17. Dezember 1987**[1]

Betr.: Gespräch von Herrn D2[2] mit dem Sonderbeauftragten für Terrorismusbekämpfung im State Department, Sonderbotschafter Bremer, am 7.12.1987, 14.40–15.10 Uhr

I. 1) D2 empfing am 7.12. den Sonderbeauftragten für Terrorismusbekämpfung im State Department, Sonderbotschafter Bremer, mit zwei Mitarbeitern und einem Vertreter der hiesigen US-Botschaft (Chapman) im Beisein von RL 515[3] und des Unterzeichners (Note-taker) zu einem ca. 1/2-stündigen Meinungsaustausch. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die von den USA gewünschte Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus mit uns im Hinblick auf die bevorstehende EPZ-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988[4] sowie bilateral bei den Fragen

– Finanzierung des internationalen Terrorismus,
– Visaerteilung,
– Informationsaustausch über „unerwünschte Diplomaten“,
– Zusammenarbeit mit Jugoslawien,
– Abu-Nidal-Aktivitäten in Algerien.

D2 sagte grundsätzliche Kooperationsbereitschaft zu, machte ihre praktische Ausgestaltung, insbesondere auch im Rahmen der EPZ, von der weiteren Entwicklung abhängig.

II. 1) Botschafter Bremer (B.) gab seiner Genugtuung über eine mögliche Zusammenarbeit mit uns während der EPZ-Präsidentschaft Ausdruck. Mit StS Neusel (BMI) habe er bei seinem jetzigen Bonn-Aufenthalt ein ausführliches Gespräch über die Agenda der TREVI-Gruppe[5] geführt.

D2 dankte für die freundliche Aufnahme unserer Delegation bei den kürzlichen deutsch-amerikanischen Konsultationen zur Terrorismusbekämpfung in Washington (9.–13.11.)[6] und zeigte sich erfreut darüber, daß die amerikanischen Kolle-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch am 17. Dezember 1987 über Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen „zur Genehmigung auch des Verteilers“ geleitet.
Hat Moltke am 19. Dezember 1987 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Bazing am 18. Dezember 1987 vorgelegen, der den Verteiler um Referat 300 ergänzte.
Hat Richthofen am 18. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte darauf achten, daß Algerien umgesetzt wird.“
Hat Moltke am 21. Dezember 1987 erneut vorgelegen.
Hat Kölsch am 20. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Stv. RL 515 unterr[ichtet].“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13033 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

2 Hermann Freiherr von Richthofen.

3 Hans-Joachim Heldt.

4 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar 1988 bis 30. Juni 1988 inne.

5 Zur TREVI-Gruppe vgl. Dok. 151, Anm. 8.

6 Gesandter von Kyaw, Washington, berichtete am 13. November 1987: „Zum ersten Mal wurde eine deutsch-amerikanische Konsultationsrunde zu Fragen der Terrorismusbekämpfung durchgeführt.“

gen in der zweiten Jahreshälfte 1988 zu Konsultationen nach Bonn kommen werden. Wir seien ebenfalls besorgt über die neue Qualität des Terrorismus und zur Zusammenarbeit mit den USA grundsätzlich bereit; inwieweit diese mit der EPZ erfolgen könne, hänge von der weiteren Entwicklung ab. Auf Bitte von D2 referierte RL515 kurz zum bisherigen Gang der Konsultationen (s. dazu besonderer Vermerk von RL515).

2) Zur Frage der Finanzierung des internationalen Terrorismus, so B., habe er StS Neusel zur Behandlung in der TREVI-Gruppe ein Arbeitspapier übergeben; dies könne selbstverständlich auch im Rahmen der EPZ behandelt werden. Die amerikanische Haltung sei hier „agnostisch". B. bat Mr. Chapman, Doppel des Papiers dem AA zugehen zu lassen.

3) Ein weiterer Schwerpunkt der Terrorismusbekämpfung, so B., sei die Frage der Visaerteilung. Hier sei eine Koordinierung erforderlich. Das Thema könne möglicherweise einen TOP für Gespräche der USA mit der EPZ darstellen. D2 wies darauf hin, daß diese Thematik von uns im Rahmen des Schengener Abkommens[7] behandelt würde. Gesprächsthema sei dort u. a. die Praxis der Visaerteilung in Frankreich; sie laufe darauf hinaus, daß die Delegierten aus den skandinavischen Ländern und aus Österreich für ihre Reise zum Sitz des Europarates in Straßburg auf ein Visum angewiesen seien.[8] Auf Bitte von D2 referierte RL515 kurz zur Zuständigkeitsverteilung für die Visaerteilung innerhalb der Bundesregierung. B. schien die Zuständigkeit des BMI nicht bekannt. D2 und RL515 legten dar, daß im Rahmen der EPZ bisher noch keine intensive Diskussion über die Visaerteilung stattgefunden habe. Das Thema, so D2, sei freilich wichtig; so hätten wir im letzten Jahr erhebliche Probleme mit dem Zustrom von Asylanten gehabt, weil die DDR an diese Transitvisa erteilt habe, die die Einreise über Berlin (Ost) ermöglicht hätten.[9]

4) B. führte den Informationsaustausch über „unerwünschte Diplomaten" als weiteres wichtiges Thema in das Gespräch ein. Er sei allerdings nicht sicher, ob dieses Thema besser in der TREVI-Gruppe oder in der EPZ behandelt würde. Auch hier sei die amerikanische Haltung offen. D2 erwiderte, er sei nicht sicher, ob sich die Thematik für eine Behandlung im Rahmen der EPZ eigne; einige EPZ-Partner seien sehr auf ihre Souveränität bedacht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1901

Themen seien gewesen: „Naher Osten; Euro-Terrorismus, Grundzüge der amerikanischen und deutschen Terrorismusbekämpfung; multilaterale Zusammenarbeit; Terrorismusfragen in den VN; Fragen bilateraler Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4887; Referat 204, Bd. 135410.

7 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Übereinkommen) vgl. EUROPA-ARCHIV 1991, D 3–9.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes faßte am 29. Dezember 1987 den „Stand der Verhandlungen über einen ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen" zusammen: „Die zweite diesjährige Sitzung der Regierungsbeauftragten (Minister und Staatssekretäre) fand unter deutschem Vorsitz (StS Schreckenberger) am 17.12.1987 in Berlin statt. […] Die Regierungsbeauftragten billigten – zumeist ohne vertiefte Aussprache – die bisherigen Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen (Polizei und Sicherheit, Personalverkehr, Transport, Zoll- und Güterverkehr), räumten eine Reihe von Vorbehalten einzelner Partner aus – darunter französischen Vorbehalt gegen die Ausstellung von Ausweispapieren an DDR-Bewohner, die sich damit sichtvermerksfrei im Vertragsstaat bewegen können – und erteilten Aufträge für die weiteren Beratungen in den Arbeitsgruppen." Vgl. Referat 514, Bd. 190537.

9 Zur Einreise von Asylbewerbern über den Flughafen Berlin-Schönefeld nach Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 220 und Dok. 228.

5) Mit Jugoslawien, so B., sei das Gespräch über die Terrorismusbekämpfung inzwischen enger. Dies würde von den USA begrüßt, denn Jugoslawien sei bei Terroristen ein beliebtes Gastland. Die jugoslawische Regierung habe keine Kontrolle über die offenen Grenzen. Inzwischen lebten dort rd. 15 000 Araber. Die jugoslawische Regierung sei für eine Zusammenarbeit zwar aufgeschlossen, hierfür jedoch auf Hilfe von außen angewiesen. Für die USA sei es problematisch, bei den Kontrollen an den Grenzen und auf den Flughäfen behilflich zu sein. Er frage sich, ob die Europäer, insbesondere wir, hier aushelfen könnten. D 2 wies auf unsere eigenen Probleme in der Zusammenarbeit mit Jugoslawien bei der Terrorismusbekämpfung hin, ohne daß wir diese bisher auf politischer Ebene behandelt hätten. RL 515 bestätigte, daß Jugoslawien für seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit von uns die Zusage eines entschlosseneren Vorgehens gegen Exilkroaten einhandeln wolle.[10] Dies, so B., sei bekannt; auch gegenüber den USA habe Jugoslawien das Problem der Kroaten ins Spiel gebracht. Die amerikanische Seite habe jedoch auf die Verpflichtung zur Einhaltung der grundrechtlich garantierten Freiheiten hingewiesen. Inzwischen lasse sich bei der jugoslawischen Führung eine aufgeschlossenere und nachdenklichere Haltung feststellen. Vielleicht lohne ein neuer Anlauf. D 2 wies darauf hin, daß wegen historischer Reminiszenz (gegen uns gerichtete Partisanenaktivitäten im Zweiten Weltkrieg) Jugoslawien die Zusammenarbeit mit anderen Europäern vielleicht eher willkommen sein dürfte. Dies sollte uns jedoch nicht grundsätzlich daran hindern, die Möglichkeit eines Gesprächs mit Jugoslawien zu prüfen. Dies, so B., würde er sehr begrüßen. Jugoslawien sei die Hauptdurchgangsstrecke für Terroristen im Nahen und Mittleren Osten. Auch gebe es Beweise dafür, daß der Anschlag gegen die kürzlich verschwundene koreanische Verkehrsmaschine[11] in Jugo-

10 Botschafterin Rheker, Belgrad, berichtete am 14. Oktober 1987, der jugoslawische Innenminister Culafić habe am Vortag betont, die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern „habe sich in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert". Auf drei Feldern seien weitere Verbesserungen denkbar: „1) Bekämpfung des Terrorismus: Dieser Punkt sei für beide Länder gleich wichtig. Die jeweiligen Experten sollten engen Kontakt halten und Informationen austauschen. 2) Wachsamkeit gegenüber der jugoslawischen ‚feindlichen Emigration' in der BR Deutschland: Hierzu betonte der Minister, das Wirken der feindlichen Emigration schließe auch terroristische Handlungen ein. 3) Bekämpfung des Drogenhandels: Das Drogenproblem werde auch in Jugoslawien immer größer. Das Land sei ein wichtiger Drogenumschlagsplatz zwischen dem Nahen Osten und Westeuropa geworden." Die USA hätten deshalb um Kooperation gebeten: „Die USA hätten hierzu auch finanzielle Unterstützung zugesagt und bisher ca. 100 000 US-Dollar gezahlt. Jugoslawien werde diese Gelder insbesondere für den Kauf deutscher Ausrüstung zur Drogenbekämpfung nutzen. Culafić ließ erkennen, daß auch deutsche finanzielle Hilfe bei der Drogenbekämpfung willkommen wäre". Vgl. den Drahtbericht Nr. 704; Referat 515, Bd. 195809.

11 Der Bundesnachrichtendienst teilte am 11. Dezember 1987 mit, am 29. November 1987 sei Flug 858 der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL eine halbe Stunde vor der Zwischenlandung auf dem Flughafen Bangkok von den Radarschirmen der thailändischen Flugkontrolle verschwunden. Die Maschine mit 95 Passagieren und 20 Besatzungsmitgliedern sei von Bagdad über Abu Dhabi und Bangkok nach Seoul unterwegs gewesen. Am 30. November 1987 seien in Bahrain wegen des Verdachts der Paßfälschung zwei Personen verhaftet worden, bei denen es sich um in Abu Dhabi von Bord gegangene Passagiere des verschwundenen Flugzeugs handele: „Bei der daraufhin vorgenommenen Vernehmung durch die bahrainischen Behörden unternahmen der Mann und die Frau Selbstmordversuche. Der 60-jährige Mann starb an den Folgen einer Zyankali-Vergiftung, die 28-jährige Frau überlebte und war zunächst vernehmungsunfähig." Vermutungen des südkoreanischen Geheimdienstes zufolge handele es sich bei den beiden um einen ehemaligen nordkoreanischen Diplomaten und eine Chinesin nordkoreanischer Abstammung: „Was die Absturzursache angeht, so vermutet sowohl der japanische als auch der südkoreanische Partnerdienst, daß es sich um ein Bombenattentat mit möglicherweise nordkoreanischem Hintergrund handelt. Als Motiv wird der Versuch Nordkoreas

slawien vorbereitet und die Bombe in Belgrad eingeschleust worden sei. Die beiden im Zusammenhang damit in Bahrain festgenommenen Japaner hätten sich zuvor in Belgrad aufgehalten.

6) B. führte als letztes Thema die Aktivitäten von Abu Nidal in Algerien ein. D 2 wies darauf hin, daß unsere Einschätzung der jüngsten Entwicklung sich von der der USA unterscheide.[12] B. bot an, falls wir dies wünschten, weitere Informationen hierzu zu liefern. D 2 bezeichnete es als wünschenswert, zumindest bei der Feststellung des Sachverhalts eine Annäherung zu suchen. Im übrigen seien wir bereit, zu tun, was andere auch täten, nämlich Algerien dazu aufzufordern, sich der Terrorismuskonvention[13] anzuschließen. Hierfür sei ein politisches Signal notwendig. B. stimmte dem zu; die Algerier seien über den Aufwuchs der Aktivitäten von Abu Nidal zunehmend selbst besorgt. Diesen Eindruck habe er von seinem Besuch in Algerien im April mitgenommen. Der amerikanische Botschafter in Algier[14] habe inzwischen mehrfach in diesem Sinne berichtet.

III. Abschließend dankte D 2 für die Unterrichtung und bot unsere Bereitschaft zur Kooperation im Rahmen des Möglichen an. Für ein Gespräch mit B. stehe er auch künftig zur Verfügung. B. dankte hierfür und kündigte an, daß er in nicht allzu ferner Zeit wieder nach Bonn kommen werde.

Kölsch

VS-Bd. 13033 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1903

gesehen, die durch den Wahlkampf in Südkorea ohnehin schon angespannte Lage im Lande noch weiter zu verschärfen." Vgl. das Fernschreiben Nr. 1459; Referat 515, Bd. 195797.

12 Die Botschaft in Tripolis berichtete am 22. Dezember 1987, Erkenntnissen aus Gesprächen „mit westlichen Botschaften und gut informierten arabischem Botschafter" zufolge halte sich Abu Nidal „öfters in Libyen auf. Er verfügt hier zumindest über ein sicheres pied-à-terre. Arabischer Gesprächspartner vertrat die Meinung, daß Libyen für Abu Nidal nunmehr wichtigster Stützpunkt sei (auf jeden Fall wichtiger als Algerien)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 780; VS-Bd. 12442 (515); B 150, Aktenkopien 1987.

13 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1506–1512.
Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1977, Teil II, S. 1230–1237.
Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Dezember 1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1746–1752.
Für den Wortlaut des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1362–1369.

14 L. Craig Johnstone.

377

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 2009
Citissime

Aufgabe: 18. Dezember 1987, 21.40 Uhr[1]
Ankunft: 18. Dezember 1987, 22.31 Uhr

Delegationsbericht Nr. 314

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Die vierte Sitzungsperiode (22.9.–18.12.1987)

Zur Unterrichtung

I. Allgemeiner Verlauf

1) Zusammenfassung und Ausblick

Nach einer Verhandlungsdauer von mehr als einem Jahr[2] ist das WFT noch weit von einem Schlußdokument entfernt. Das von der günstigen Entwicklung der West-Ost-Beziehungen aufgestoßene „window of opportunity" konnte nicht ausreichend genutzt werden und erlaubte bislang – vor allem wegen östlicher Intransigenz gegenüber den humanitären Forderungen des Westens – nicht die von uns angestrebten Ergebnisse.

Die Redaktionsphase hat zwar (verspätet) begonnen; die vereinbarten Texte sind jedoch nach Zahl und inhaltlichem Gewicht bescheiden geblieben. Sie beschränken sich vorerst auf Randfragen des Abschnittes zur militärischen Sicherheit (wie Präambel und Bewertung von Stockholm[3]) sowie Einzelelemente der menschlichen Kontakte und zum Informationsabschnitt. Der Blick auf die noch unzureichenden Eintragungen in den „Notizbüchern" der Koordinatoren ergibt allerdings noch kein zutreffendes Bild von dem Verhandlungsstand. In weiten Bereichen haben unverkennbar konzeptionelle Annäherungen stattgefunden und liegen mit entsprechenden Papieren der Koordinatoren auch brauchbare Grundlagen für die Textarbeit vor. Solche vermittelnden Texte der Koordinatoren gibt es namentlich zum Prinzipienkatalog und zu den Materien von Korb II. Auch bei der militärischen Sicherheit zeichnen sich (allerdings ohne Zutun des Koordinators) mit Deutlichkeit die Konturen des Schlußdokumentes ab: Der doppelte Verhandlungsstrang über weitere VSBM und KRK ist allgemein akzeptiert; das Madrider Mandat[4] wird fortgeführt. Streitig (zwischen westlicher Allianz und NNA) sind noch der Umfang der Autonomie der 23 sowie die förmliche Wiederaufnahme der KVAE.

1 Das von Botschaftsrat Metscher, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in fünf Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14, 29, 42 und 47.

2 Die KSZE-Folgekonferenz in Wien begann am 4. November 1986. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 374.

3 In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet. Sie endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr" am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

4 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

Unbefriedigend und ungewiß bleibt die Verhandlungssituation in Korb III: Hier lag zwar seit Rundenbeginn ein umfassender, solider, in der Sache pro-westlich orientierter Text von A und CH vor, der als Verhandlungsgrundlage dienen sollte.[5] Über Status und Substanz des Papiers ist es jedoch zu einem Streit prinzipieller Art zwischen West und Ost gekommen, der nur fragmentarische Vorab-Einigungen zuließ. Besonders belastend wirkt sich in diesem Zusammenhang auch aus, daß sich RUM (in wenig glanzvoller Isolation selbst im östlichen Lager) spürbaren Erleichterungen bei den menschlichen Kontakten halsstarrig widersetzt. In den letzten Stunden dieser Konferenzphase brachte der schwedische Koordinator[6] dazu einen neuen Gesamttext ein, der mit geschickten Veränderungen die für uns wertvolle Substanz des österreichisch-schweizerischen Textes erhält.[7] Der von der SU verlangte eigene Text des Koordinators, der in der Konferenzpause als Beratungsgrundlage in Moskau dienen soll, hat damit unser Verlangen mit einem redaktionell gehobenen Status verdeutlicht.

Zu einem retardierenden Faktor wird immer offenkundiger das westliche Unvermögen, konkrete Verhandlungen über Mechanismus und Konferenz in der menschlichen Dimension (CDH)[8] aufzunehmen und in diese Verhandlungen auch den Moskauer Konferenzvorschlag[9] einzubeziehen. Trotz unseres ständigen Drängens und ungeachtet einer Reihe von Versuchen, den westlichen Vorschlag WT.19 zu modifizieren, sind namentlich die Zwölf noch immer nicht gesprächsbereit.

Inzwischen hat sich allerdings durch den Gipfel von Washington[10] die taktische Gesamtsituation für den Westen verändert: Im Sog des INF-Abkommens[11] wächst in fast allen westlichen Regierungen und der westlichen Öffentlichkeit das Interesse an möglichst baldiger Aufnahme der KRK-Verhandlungen. Diesem Interesse kommt der WP durch Übernahme westlicher Vorstellungen zum KRK-Mandat sichtbar entgegen (wenn er jetzt auch die erfolgte Einigung über Ziele und Methoden von KRK-Verhandlungen[12] wieder in Frage stellt). Der Druck auf Beschleunigung und Abschluß des WFT wird deshalb schnell wachsen. Er kann zu einer Überprüfung und ggfs. Neudefinition unserer Forderungen zum Prinzipienkatalog und den menschlichen Kontakten führen, bei der wir unsere zentralen Anliegen vor allem im Korb III zu wahren haben.

5 Zum österreichisch-schweizerischen Non-paper vom 30. Juli 1987 zu Korb III vgl. Dok. 225, Anm. 37.

6 Nils Eliasson.

7 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 18. Dezember 1987, der Koordinator für Korb III, Eliasson, habe am selben Tag ein Non-paper zum Abschnitt menschliche Kontakte vorgelegt. Eine erste Durchsicht erlaube „ein insgesamt positives Urteil. Koordinator ist vom schweiz[erisch]-österr[eichischen] Non-paper zu Korb III ausgegangen, hat Klarstellungen redaktioneller Natur vorgenommen, sich seit längerem abzeichnende Konvergenzen zwischen West und Ost weitgehend akzeptabel formuliert und insbesondere bei den Texten mit Fristen (Rumäniens Problem) lediglich die Ziffern eingeklammert, nicht aber die gesamten Zeitangaben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2005; Referat 212, Bd. 153430.
Für das Papier „Co-operation in humanitarian and other fields“ vom 18. Dezember 1987 vgl. Referat 212, Bd. 153436.

8 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

9 Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 364 und Dok. 365.

11 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

12 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

Nicht auszuschließen ist, daß die günstigste Zeit für eine „Ernte“ im humanitären Bereich verstrichen ist. Um unsere Aussichten nicht weiter zu verschlechtern, darf das „Endspiel“ der Wiener Verhandlungen nicht länger aufgeschoben werden. Es muß rasch und energisch geführt werden – ohne daß auf östlicher Seite der Eindruck verstärkt wird, der Westen werde sich letztlich zugunsten von KRK-Verhandlungen mit einem bescheidenen Ergebnis in den anderen Körben begnügen.

2) Die westliche Allianz

Die Geschlossenheit des westlichen Lagers bei der Vertretung der eigenen Vorschläge blieb gewahrt. Sie wird aber mit dem Preis der Unbeweglichkeit in zentralen Fragen bezahlt. So hat die Allianz etwa das – zwischen F und US besonders streitige – Problem, ob eine fortgesetzte KVAE beide Verhandlungsstränge oder nur den VSBM-Teil umfaßt, ausklammern müssen. Sie verschweigt sich deshalb gegenüber der geschlossenen Forderung von NNA und WP, die Wiederaufnahme der KVAE förmlich zu beschließen.

Gravierender noch für das WFT wirkt sich aus, daß die westliche Seite keine tragfähige Linie zu Mechanismus und Konferenz in der menschlichen Dimension findet. Notwendige Anpassungen des Mechanismus von WT.19 fanden trotz wiederholter Vorstöße nicht den Konsens unter den Zwölf, da namentlich NL – unterstützt von B – auf maximalistischen Textelementen (Para 4) beharrten. Noch schwerwiegender ist, daß der Westen insgesamt – wegen einer Festlegung von GB auf höchster politischer Ebene – den sowjetischen Vorschlag einer Konferenz in Moskau ignorieren muß und ihn weder zugunsten des eigenen CDH-Vorschlags noch für andere Ziele nutzen kann.

Eine eigene Position zur Moskauer Konferenz bauten die US auf, die (bilateral) eine Liste von Bedingungen präsentierten, ohne deren Erfüllung Moskau als Ort einer humanitären Konferenz ausgeschlossen sei. Die sowjetische Reaktion auf dem Gipfeltreffen zeigt allerdings, daß die SU diese Kriterien nur in dem Umfange erfüllen will, wie es die selbst bestimmten Reformen erlauben.

Unbeweglich zeigt sich die westliche Seite aber gelegentlich auch in Verfahren und Taktik, da die westlichen „Maximalisten“ (KAN, NL, B, auch PORT oder US) zu rigide eigene Positionen – mit der Devise: alles oder nichts – durchzusetzen suchen.

Sonderpositionen vertreten offen F (mit der Ablehnung von Wien als Verhandlungsort für KRK-Verhandlungen) und GRI (das den westlichen Ansatz zum Schutz von Minderheiten nicht akzeptiert[13]).

13 Referat 212 vermerkte am 1. Dezember 1987: „Hintergrund der griechischen Haltung zum Textentwurf über die nationalen Minderheiten ist die Befürchtung, daß die Makedonen, die während des Bürgerkrieges 1946–1949 auf kommunistischer Seite gekämpft haben und bei dessen Ende nach Jugoslawien geflüchtet sind, den fraglichen Passus (§ 27) des A/CH-Non-papers zur massiven Beeinflussung (Radio Skopje) und Infiltration der noch in Nordgriechenland lebenden makedonischen Slawen nutzen wollen. Insbesondere ist man besorgt, daß sich im Gefolge der Destabilisierung Jugoslawiens die Spannungen zwischen den Nationalitäten verschärfen; dadurch könnten makedonische nationalistische Kräfte Auftrieb erhalten, die den Norden Griechenlands in einen Unruheherd verwandeln werden. […] Trotzdem bleibt das griechische Verhalten bei dem WFT in der Frage der menschlichen Kontakte von Minderheiten gerade im Hinblick auf die griechische Minderheit in Albanien unverständlich, die sich nach Schätzungen auf 40 000 (alban[ische] Angaben) bis 200 000 (griech[ische]) beläuft. […] Das große Interesse der griechischen Öffentlichkeit am Schicksal der Minderheit in Albanien sollte

[14]3) Die WP-Staaten

Die östliche Seite hat (zum 15. Jahrestag des KSZE-Prozesses[15]) nochmals den Katalog ihrer Verhandlungsziele in Wien vorgelegt:

(a) Bei der militärischen Sicherheit:

– förmliche Wiederaufnahme der KVAE;

– ausreichende Verbindung (link) zwischen KRK und dem KSZE-Prozeß;

– zufriedenstellendes KRK-Mandat.

(b) Beim Prinzipienkatalog:

– Einheit und Unteilbarkeit der beiden MR-Kategorien;

– Umsetzung der SA[16] in die nationale Gesetzgebung[17] (gegen uns gerichtet);

– vor allem aber Moskauer Konferenz.

(c) In Korb II:

– Beseitigung der Hindernisse im Handel und der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit;

– sinnvolle Mandate für Folgeveranstaltungen.

(d) In Korb III: keine eigenen sachlichen Ziele.

Unmißverständlich war namentlich die Aufforderung, mit der Erörterung der Moskauer Konferenz zu beginnen, ohne die keine sinnvolle Diskussion über die menschliche Dimension möglich sei. Unmißverständlich auch die Warnung, das gesamte WFT nicht zur Geisel von Korb III zu machen.

Soweit den WP-Staaten selbst Konzessionen abverlangt wurden, haben sie allenfalls mit kleinen Schritten geantwortet, im wesentlichen aber eine Art von „KSZE-Filibustering“ (durch zahlreiche Änderungswünsche, sinnentstellende Textvorschläge u. ä.) angewandt, um wirklichen Konzessionen auszuweichen. Das gilt für die ganze Breite westlicher Forderungen – von den Menschenrechten über verbesserte Geschäfts- und Handelsbedingungen bis zu Reiseerleichterun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1907

ein gemeinsames Handeln der EG-Partner beim Zustandekommen eines Passus über die nationalen Minderheiten beim WFT ermöglichen, da hier letztlich gemeinsame Ziele verfolgt werden.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133565.

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2010 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

15 Am 28. November 1972 wurden in Helsinki die multilateralen Vorgespräche für die KSZE eröffnet, die bis 8. Juni 1973 andauerten. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 406, sowie AAPD 1973, II, Dok. 221.

16 Schlußakte.

17 Polen und die UdSSR brachten am 18. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag zur Verankerung der KSZE-Prinzipien in der jeweiligen nationalen Gesetzgebung ein. Dadurch sollten Fälle verhindert werden, „in denen durch interne gesetzgeberische und administrative Maßnahmen im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verpflichtungen und internationalen Verträgen Versuche unternommen werden, die Tätigkeit von staatlichen Behörden und Bürgern außerhalb des der nationalen Rechtsprechung unterstehenden Bereichs zu regeln“. Für den Vorschlag CSCE/WT.65 vgl. Referat 212, Bd. 153446.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 2. Oktober 1987: „POL-D[elegations]L[eiter] Nowak nannte mir gegenüber WT.65, abgesehen von Fragen der militärischen Sicherheit, als wichtigsten nationalen Vorschlag Polens. […] WT.65 habe vor allem den Zweck, für die Geltung der Oder-Neiße-Grenze ein Element der Stärkung und Beruhigung einzuführen. Ich nannte WT.65 hierfür ungeeignet und nicht konstruktiv. Grenzfrage sei für Bundesrepublik durch Warschauer Vertrag in aller denkbaren Klarheit geregelt, Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum 15. Jahrestag des Vertrages habe auch Meinung der überwältigenden Mehrheit meiner Landsleute zum Ausdruck gebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1464; Referat 212, Bd. 153430.

gen. Die östliche Seite spielt offenkundig auf Zeit, und es gibt sogar Indizien dafür, daß sich ihre Implementierungspraxis wie auch ihre Positionen in Wien zu humanitären Forderungen in den letzten Wochen verhärtet haben.

Die Moskauer Konferenz bleibt zentrales Anliegen, das auch durch Eingehen auf den westlichen CDH-Vorschlag gefördert werden soll. Das lange erwartete östliche Non-Paper zur menschlichen Dimension[18] enttäuschte jedoch, da Elemente eines konkreten Mechanismus zur besseren Implementierung fehlen und erneut der generelle Souveränitätsvorbehalt aufgenommen wird. Schwierigster östlicher Partner bleibt RUM, das völlig unberührt von „Glasnost" und „Perestroika" erscheint und das in erster Linie für die schlechte Bilanz von Korb III verantwortlich ist. Die Behauptung der RUM-Delegation, andere östliche Partner versteckten sich hinter ihr, ist nur teilweise glaubwürdig. Immerhin lehnt es die östliche Vormacht ab, Blocksolidarität im Sinne größerer Konzessionsbereitschaft zu erzwingen.

4) Die NNA-Staaten

Die Neutralen und Ungebundenen haben ihre Absicht nicht verwirklichen können, nach dem Vorbild des Madrider Treffens[19] ein gemeinsames und umfassendes (Kompromiß-)Papier vorzulegen. Es fehlte ihnen – wie sie meinen – so weitgehend an Gemeinsamkeiten zwischen West und Ost, daß eine „seriöse Vermittlung" nicht möglich sei. Den NNA selbst fehlt es allerdings auch an der notwendigen Geschlossenheit und Gemeinsamkeit der Interessen, um einheitliche Positionen zu entwickeln und zu vertreten.

Zur militärischen Sicherheit haben SCN[20], JUG und ZYP[21] jeweils einen eigenen Vorschlag eingebracht. Einig sind sie sich insoweit – gegenüber dem Westen –, daß sie möglichst umfassend an den Verhandlungen der 23 beteiligt werden

18 Für das von der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien mit Fernkopie vom 11. Dezember 1987 übermittelte, am Vortag von Bulgarien, der ČSSR, Rumänien und der UdSSR eingeführte Non-paper vgl. Referat 212, Bd. 153436.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 14. Dezember 1987 mit, das Non-paper enthalte „weder konkrete Formulierungen zu einem Mechanismus zur Bewältigung von Problemfällen in der menschlichen Dimension, noch orientiert es sich in seinem Follow-up-Teil an Kaschlews Feststellung, Osten wolle sich an französischen Ideen orientieren. Papier geht sogar noch hinter bereits erreichte Ergebnisse zurück, sowohl im bilateralen als auch im KSZE-Kontext. Das gilt namentlich für den Versuch, Souveränitätsvorbehalte erneut bei der Behandlung von Menschenrechtsfragen festzuschreiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1962; Referat 212, Bd. 153430.

19 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

20 Zu dem von Schweden am 31. Juli 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführten Vorschlag für eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (CSCE/WT.131) vgl. Dok. 225, Anm. 30.

21 Für den von Jugoslawien am 22. September 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführten Vorschlag für eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (CSCE/WT.133) vgl. Referat 212, Bd. 153446.
Für den von Zypern am selben Tag eingeführten Vorschlag zum selben Thema (CSCE/WT.134) vgl. Referat 212, Bd. 153446.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 25. September 1987, die fehlende Kohärenz der N+N-Staaten sei deutlich geworden, „als JUG und ZYP jeweils eigene Vorschläge zur militärischen Sicherheit einbrachten, sich also nicht dem schwedischen Text anschlossen. Obgleich beide Vorschläge den westlichen Ansatz von zwei Verhandlungssträngen respektieren und übernehmen, geht insbesondere die jugoslawische Forderung nach jederzeitigem Zugang auch zu den KRK-Verhandlungen weit über die westlichen Vorstellungen von der Einbindung der 23er-Gespräche in den ‚Rahmen der KSZE' hinaus." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1406; Referat 212, Bd. 153429.

und ihnen – durch Fortführung der KVAE – die Option einer späteren Teilnahme auch an Abrüstungsverhandlungen erhalten bleibt.

Für ungenügend halten die Neutralen gleichfalls die sich abzeichnenden Ergebnisse beim Umweltschutz. Wohl aus diesem Grund verhinderten sie in der Schlußwoche gegen den Wunsch von West und Ost, daß erste Textelemente in Korb II auch förmlich festgehalten („notiert") wurden.

Zu den schwierigen Verhandlungspartnern im Lager der NNA zählten weiterhin ZYP und JUG, die Sonderinteressen bei den Prinzipien verfolgen und mit ihren Forderungen zur militärischen Sicherheit selbst unter den NNA keine Unterstützung finden.

Die Rolle der Vermittlung mußte deshalb vollständig von den Koordinatoren übernommen werden, die zum Prinzipienkatalog[22], den Materien von Korb II[23]

22 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 25. September 1987, die Redaktionsgruppe „S" (Prinzipien) habe sich darauf geeinigt, daß der Koordinator für Korb I, Torovsky, zu den Themen Terrorismus, friedliche Streitbeilegung, allgemeine Aspekte von Prinzip VII, Kenntnis der Menschenrechte, Minderheiten und Religionsfreiheit eigene Non-paper vorlegen solle, die dann in den Kontaktgruppen redaktionell behandelt würden: „Es wird angestrebt, akzeptierte Textteile sowie Lösungen für weitere offene Fragen in den Gesamtentwurf der N+N einzubringen. Ein erstes Non-paper des Koordinators liegt zu Terrorismus vor." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1407; Referat 212, Bd. 153429.
Für das Non-paper Torovskys vom 24. September 1987 zum Terrorismus vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom 24. September 1987 bzw. für dessen Neufassung vom 24. November 1987 die Fernkopie vom 25. November 1987; Referat 212, Bd. 153436.
Vgl. ferner das Non-paper Torovskys vom 25. September 1987 zu allgemeinen Aspekten von Prinzip VII der KSZE-Schlußakte; Anm. 34.
Für das Non-paper Torovskys vom 1. Oktober 1987 zur Religionsfreiheit vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom 1. Oktober 1987 bzw. für dessen Neufassung vom 27. November 1987 die Fernkopie vom 30. November 1987; Referat 212, Bd. 153436.
Vgl. ferner das Non-paper vom 23. Oktober 1987 zu Bewegungsfreiheit, Gefangenen und zum Prinzip IX; Anm. 33.
Vgl. außerdem das Non-paper „Synopse der vorhandenen Änderungsvorschläge" zur Freizügigkeit, das von Botschaftsrat Stüdemann, Wien (KSZE-Delegation), am 2. Dezember 1987 übermittelt wurde; Referat 212, Bd. 153436.

23 Vgl. dazu die mit Fernkopie Nr. 218 der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom 6. Oktober 1987 bzw. mit Fernkopien vom 22. Oktober und 3. November 1987 übermittelten Texte des Koordinators für Korb II, Clavel; Referat 212, Bd. 153436.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 6. Oktober 1987, das Papier zu Umweltschutz und Reaktorsicherheit vom selben Tag sei „unter weitestgehender deutscher Mitarbeit entstanden. Erste Diskussion in EG ergab, daß Papier praktisch alle in den entsprechenden EG-Vorschlägen enthaltenen Elemente reflektiert und daher eine gute Grundlage und Ausgangsposition für die weiteren Verhandlungen darstellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1488; Referat 212, Bd. 153430.
Eickhoff teilte am 14. Oktober 1987 weiter mit, der Textentwurf Clavels vom 13. Oktober 1987 zum Themenbereich Handel und industrielle Kooperation sei eine „akzeptable Basis für die bevorstehenden Textverhandlungen". Darin seien „alle westlichen Punkte enthalten, wenn auch nicht immer in der von uns vorgeschlagenen Präzision. Hervorzuheben ist, daß es dem Koordinator gelungen ist, die konfrontativen Themen Handelshemmnisse und Kompensation so zu entschärfen, daß sich für West wie Ost annehmbare Textlösungen abzeichnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1538; Referat 212, Bd. 153430.
Am 23. Oktober 1987 führte Eickhoff aus, Clavels Textentwurf zu Wissenschaft und Technik vom selben Tag könne trotz unterschiedlicher Positionen der KSZE-Teilnehmerstaaten zur Rolle der Wissenschaftsfreiheit als „Grundlage für die weitere Arbeit in Korb II akzeptiert werden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1607; Referat 212, Bd. 153430.
Weiter berichtete Eickhoff am 29. Oktober 1987: „Korb-II-Koordinator hat seine Text-Editionen mit Papieren zu Varia – Transport, Tourismus, Wanderarbeit, Ausbildung, ECE – und zu Globalaspekten der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgeschlossen (Texte IV und V werden mit FK übermittelt). Er hat seine strategische Linie des Abbaus von Konfrontationspotentialen durchgehalten und damit eine tragfähige substantielle Basis für ein Korb-II-Schlußdokument des WFT geschaffen.

und jetzt auch zu den menschlichen Kontakten[24] (von Korb III) umfassende Papiere vorlegten, an denen sich die kommenden Verhandlungen weitgehend orientieren dürften.

5) Deutschlandpolitische Aspekte

Bei der Verfolgung unserer deutschlandpolitischen Interessen zu den Themen der menschlichen Dimension von – gegenüber allen anderen TNS – singulärem Gewicht klaffen östliche Ankündigungen auf hoher Ebene und Verhandlungsstand immer noch weit auseinander. DDR zeigt zwar am Rande der Konferenz Verständnis für einen besonderen Handlungsbedarf bei menschlichen Kontakten, namentlich beim Reiseverkehr, mußte aber – im Gegensatz zu ihrer selbstbewußt vorgetragenen Implementierungsbilanz – Grenzen ihres Entgegenkommens offenbaren:

– Mindestumtausch[25] (Beseitigung dieses gravierenden Einreisehindernisses für Familienreisen und/oder als lineare oder differenzierte Reduktion „in Wien nicht machbar“);
– Behebung der „Illegalen“-Fälle (DDR bilateral zu uns: „ist für uns Prinzipienfrage“);
– weitere Reduzierung der Kontaktbeschränkungen.

DDR gibt dennoch – ungeachtet ihrer Blocksolidarität – zu verstehen, daß ihr größere Konzessionen möglich sind als anderen WP-Staaten.

DDR-Delegation hat selbstbewußten und offeneren Stil gegenüber früheren KSZE-Veranstaltungen durchgehalten und gibt sich weiterhin geschäftsmäßig und auf Fortschritt drängend.

In der vierten Runde gab es keine „querelles allemandes“ (insbesondere nicht zum Schußwaffengebrauch an Grenzen). Zwischen beiden Delegationen besteht auf allen Ebenen eine an sachlicher Arbeit orientierte und enge Zusammenarbeit, die deutlich besser ist als mit anderen WP-Delegationen.

6) Die eigene Delegation

Bereits zu Beginn der Sitzungsperiode legte StM Schäfer die Kontinuität unserer KSZE-Politik und unsere konkreten Ziele auf dem WFT dar.[26] Er gab auch bereits Zeit und Ort der von uns vorgeschlagenen West-Ost-Wirtschaftskonferenz[27] bekannt: Das Expertentreffen soll März/April 1990, die Konferenz einen Monat später im Raume Bonn stattfinden. Unseren Anspruch auf Ausrichtung der Konferenz haben wir mehrfach – in der Allianz wie im Kreise der 35 – bekräftigt.

Im Rahmen der innerwestlichen Abstimmung drängen wir beharrlich darauf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um konkrete Verbesserungen zu vereinbaren und

Fortsetzung Fußnote von Seite 1910

In allen drei Körben scheinen jetzt die Voraussetzungen gegeben, nach Überwindung der derzeitigen Stagnationsphase nötigenfalls in kurzer Zeit den endgültigen Text des WFT-Schlußdokuments fertigzustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1644; Referat 212, Bd. 153430.

24 Vgl. Anm. 7.

25 Zur Regelung des Mindestumtauschs bei Besuchen in der DDR vgl. Dok. 245, Anm. 9.

26 Für den Wortlaut der Rede des Staatsministers Schäfer am 22. September 1987 in der Plenarsitzung der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. BULLETIN 1987, S. 801–804.

27 Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

einen entsprechenden Konsens festzuhalten. Dies führt immer wieder zu taktischen Differenzen mit den westlichen Maximalisten, die auf den Vorrang „schwerer“ vor „leichten“ Texten bestehen. Auch in den Redaktionsgruppen[28] bleibt die Delegation bemüht, Annäherungen durch pragmatisches Vorgehen zu erleichtern und dogmatische Rigidität zu vermeiden.

[29]II. Zu den Körben im einzelnen

1) Beim Prinzipienkatalog ist es dem Koordinator[30] zwar gelungen, einen erheblichen Teil westlicher Anliegen in eigene Non-Paper aufzunehmen und damit zur Diskussionsgrundlage zu machen. Die Kompromißfähigkeit dieser Texte fand jedoch bislang ihre Grenzen an mangelnder östlicher Bewegung in wichtigen Substanzfragen. Hinzu kommt, daß ZYP und JUG eigene Belange (bei territorialer Integrität[31] bzw. Minderheitenschutz[32]) durchzusetzen suchten. Andererseits ist es westlicher Unbeweglichkeit zuzuschreiben, wenn der Koordinator bisher keinen kompromißfähigen Text zu einem Mechanismus in der menschlichen Dimension hat vorlegen können.

Vorläufig vereinbart – ohne bislang notiert zu sein – ist integral nur ein Text des Koordinators zu den Wirtschafts-, Sozial- und kulturellen Rechten. Osten hat hier eingelenkt und auf Fixierung bestimmter Bereiche mit besonderem Implementierungsbedarf (z. B. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit) verzichtet. Westen ist es gelungen, das zur Unterscheidung von den bürgerlichen und politischen Menschenrechten wichtige Definitionsmerkmal der allmählichen Verwirklichung (to realize progressively) dieser Gruppe von Rechten festzuschreiben.

Größere Teile eines Textes zum Schutz von Inhaftierten stehen fest (einschließlich einer Passage zum Schutz vor medizinischem und psychiatrischem Mißbrauch).[33] Das hier erzielte vorläufige Einvernehmen, einschließlich der Thema-

28 Durchgängig korrigiert aus: „Red.Gruppen“.

29 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2011 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

30 Koordinator für Korb I war Rudolf Torovsky.

31 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 25. September 1987 mit: „Zypern legte Non-paper zu Prinzip IV (territoriale Integrität) vor, das anstelle des zypr[ischen] Vorschlags WT.52 treten soll. Kursorische Behandlung des Inhaltes zeigte eher Verhärtung zypr. Haltung. Östliche Forderungen des Verbotes der Unterstützung sezessionistischer Bewegungen sind in das Papier eingegangen. Möglicher Ausweg könnte in allgemeiner Bekräftigung von Prinzip IV in einem Schlußdokument bestehen – ohne jede Qualifizierung, wie sie zypr. Papier vorsieht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1407; Referat 212, Bd. 153429.
Für das von Zypern am 23. September 1987 in der Redaktionsgruppe „S“ (Prinzipien) der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführte Non-paper vgl. Referat 212, Bd. 153436.

32 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 3. Oktober 1987, Jugoslawien habe in Ergänzung zu seinem von Ungarn unterstützten Vorschlag vom 13. Februar 1987 über nationale Minderheiten (WT.46) ein Non-paper zum Thema eingebracht, „das weiterhin nur den Schutz des Gruppenrechts anerkennt. Es läßt keinen Raum für Kompromisse mit dem westlichen Vorschlag zur Sicherung der Rechte von Angehörigen der Minderheiten. SU-Vertreter hat zwar offen Präferenz für westlichen Ansatz gezeigt. Angesichts der rumänischen Weigerung, über Madrid hinauszugehen, und des ungarischen Bestehens auf Behandlung beider Vorschläge sieht sich Koordinator gegenwärtig außerstande, einen eigenen Vorschlag zu diesem Fragenkomplex zu entwickeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1460; Referat 212, Bd. 153430.
Für das mit Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien am 31. Juli 1987 übermittelte Non-paper Jugoslawiens zu den Rechten von Minderheiten vgl. Referat 212, Bd. 153436.

33 Vgl. dazu das mit Fernkopie des Botschaftsrats Stüdemann, Wien (KSZE-Delegation), vom 23. Oktober 1987 übermittelte Non-paper des Koordinators für Korb I, Torovsky, vom selben Tag zu Bewegungsfreiheit, Gefangenen und zum Prinzip IX; Referat 212, Bd. 153436.

tisierung des Mißbrauches der Psychiatrie, ist die bisher wohl wesentlichste menschenrechtliche Festlegung des WFT. Vom Koordinatorenpapier zu den allgemeinen Aspekten von Prinzip 7 (MR)[34] sind lediglich die Teile zur Veröffentlichung und Zugänglichkeit entsprechender Texte unstreitig. Auch die Erwartungen, daß Osten im Bereich Religionsfreiheit größeres Maß an Bewegung zeigen würde, haben sich noch nicht wirklich bestätigt. Vor allem zur Frage des Religionsunterrichtes gibt es noch weitgehende Vorbehalte. Erhebliche Probleme bestehen außerdem bei der Freizügigkeit, die Osten nur zusammen mit massivem, die Grundrechtssubstanz negierendem Vorbehalt der nationalen Gesetzgebung gelten lassen will. Beim Text zum Schutz Angehöriger nationaler Minderheiten[35] sind die Fronten zwischen GR und RUM, die allenfalls eng umrissenen Schutz betroffener Einzelpersonen zu akzeptieren bereit sind, sowie JUGs und UNGs, die Fortentwicklung der KSZE-Verpflichtungen zur Sicherung von Gruppenrechten verlangen, noch völlig offen. Osten verweigert im übrigen nach wie vor substantielle Regelungen zur Verbesserung der Rechtsmittel bei Menschenrechtsverletzungen. Er weigert sich ebenso entschieden, im Hinblick auf Prinzip 9[36] Einzelpersonen und nicht-staatlichen Organisationen eine adäquate Rolle im KSZE-Prozeß zuzubilligen.

Unter den N+N besteht ZYP auf einer Veränderung des Wortlauts von Prinzip4[37] angesichts der andauernden Verletzungen seiner territorialen Integrität.[38] Außerdem fordert es wirksame KSZE-Verpflichtungen zur Lösung der Probleme der zypriotischen Flüchtlinge.

34 Punkt VII der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 betraf die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit". Für den Wortlaut vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917 f.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 25. September 1987: „Koordinator Torovsky hat Delegationen am 24.9.1987 per F[ern]K[opie] übermitteltes Non-paper zu allgemeinen Aspekten von Prinzip VII H[elsinki-]S[chluß]A[kte] zukommen lassen." Eine erste Bewertung zeige, „daß Papier in weiten Passagen des operativen Teils (Veröffentlichung der Texte, Rechtsmittel bei MR-Verletzungen, MR-Beobachter) auf westliche (s[iehe] Non-paper vom 22.7.) und N+N-Vorstellungen zurückgeht. Östliche Prioritäten (Verbindung von Implementierung mit Abrüstung, Abhängigkeit der bürgerlichen und politischen Grundrechte von den Wirtschafts- und Sozialrechten) haben keinen Eingang in den Text gefunden. Text geht im übrigen stärker auf Beziehungen zwischen den beiden Menschenrechtskategorien ein. Er geht damit über bisherige KSZE-Texte hinaus und kommt immer wieder deutlich gewordenem östlichen Ziel einer stärkeren Verankerung der Wirtschafts- und Sozialrechte entgegen. Aus hiesiger Sicht können wir dies mittragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1404; Referat 212, Bd. 153429.
Für das Non-paper Torovskys zu Prinzip VII vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom 25. September 1987; Referat 212, Bd. 153436.

35 Vgl. dazu das mit Fernkopie des Botschaftsrats Stüdemann, Wien (KSZE-Delegation), vom 3. November 1987 übermittelte Non-paper des Koordinators für Korb I, Torovsky, vom 2. November 1987 zum Schutz nationaler Minderheiten; Referat 212, Bd. 133565.

36 Punkt IX der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 betraf die „Zusammenarbeit zwischen den Staaten". Für den Wortlaut vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 918 f.

37 Punkt IV der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 betraf die „territoriale Integrität der Staaten". Für den Wortlaut vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 916.

38 Am 15. Juli 1974 unternahm die von griechischen Offizieren befehligte zypriotische Nationalgarde einen Putsch gegen Präsident Makarios, der am Folgetag Zypern verließ. Am 20. Juli 1974 landeten türkische Truppen auf Zypern. Am 22. Juli 1974 trat ein Waffenstillstand in Kraft. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 217.
Am 8. August 1974 wurde ein Abkommen über die Festlegung der Demarkationslinien auf Zypern abgeschlossen; jedoch begann am 14. August 1974 ein erneuter Angriff türkischer Truppen. Die militärischen Operationen wurden am 16. August 1974 nach Appellen des VN-Sicherheitsrats weitgehend eingestellt. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 233, Dok. 236 und Dok. 238.

Die Gründe für östliches Einlenken bei Wirtschafts- und Sozialrechten (bei gleichzeitiger Verhärtung in anderen Bereichen von Prinzip 7) sind schwer zu fassen. Vieles spricht dafür, daß insbesondere SU verstärkt die Durchsetzung des Moskauer Konferenzprojektes betreibt und in diesem Zusammenhang einerseits Ballast abwerfen, andererseits aber Druck in den Bereichen erhalten will, die für Westen besondere Priorität haben. Mangelnde Flexibilität des Westens, das eigene Flaggschiff CDH (WT.19) zu befördern, und seine Unfähigkeit, eine gemeinsame Position zum Moskauer Konferenzvorschlag zu erarbeiten, hat Osten veranlaßt, seinerseits Bewegung in diesen Kernbereich westlicher Bemühungen zu bringen. Er hat seinen Vorschlag einer Moskauer Konferenz – wenn auch nur marginal und mit unakzeptablen Bedingungen verknüpft – um Teile des Mechanismus aus WT.19 erweitert und damit (erwartungsgemäß) Moskauer Konferenz und CDH im Ansatz verbunden.

Zum Rundenschluß hat der Koordinator ein – alle Themen und damit alle westliche Anliegen umfassendes – konsolidiertes (Kompromiß-)Papier vorgelegt, das die Grundlage der Verhandlungen im nächsten Jahr bilden dürfte.[39]

2) Zur militärischen Sicherheit liegen (nach Einbringung der Texte von JUG und ZYP unmittelbar zu Beginn der vierten Sitzungsperiode) zwar insgesamt zwölf Vorschläge auf dem Verhandlungstisch. Sie werden jedoch in ihrer Mehrzahl ohne Bedeutung für das Schlußdokument bleiben. Verhandlungsgrundlagen bilden im wesentlichen der westliche Vorschlag WT.129[40] sowie die Texte von SCN und JUG, die in ihrer Struktur der westlichen Aufteilung in zwei Verhandlungen – über weitere VSBM einerseits, KRK andererseits – folgen.

Der Einstieg in die konkrete Redaktionsarbeit gelang bereits in den ersten Wochen dieser Runde mit der (dem WFT übertragenen) Bewertung der Stockholmer Verhandlungen; außerdem konnten erste Elemente eines Präambel-Textes notiert werden. Weitere Texteinigungen scheiterten an der (von der Allianz abgelehnten) zentralen Forderung des WP und der N+N, einer Formulierung zur Wiederaufnahme/Fortsetzung der KVAE zuzustimmen. WP/N+N können für ihr Anliegen gewichtige Gründe geltend machen:

– KVAE ist nur suspendiert, über Wiederaufnahme/Fortsetzung muß entschieden werden;
– KVAE ist ein stufenweiser Prozeß;
– die Komponente „und Abrüstung“ sichert den N+N zumindest die Option einer künftigen Beteiligung.

39 Für das konsolidierte Non-paper des Koordinators für Korb I, Torovsky, vom 18. Dezember 1987 zum Prinzipienkatalog vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom selben Tag; Referat 212, Bd. 153436.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte dazu am 18. Dezember 1987 mit: „Erstmals liegen nunmehr Koordinatorentexte zur Präambel des Prinzipienteils und zur Abschaffung der Todesstrafe vor. In der Präambel haben sich sowohl das zypriotische Interesse an einer erneuten Bekräftigung des Prinzips der territorialen Integrität (vierter Absatz) als auch der polnische Vorschlag WT.65 zur Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die KSZE-Verpflichtungen (dritter Absatz) niedergeschlagen. […] Strittig sind insbesondere die Absätze zur Freizügigkeit, zum Minderheitenschutz, zur friedlichen Streitbeilegung, zur Religionsfreiheit sowie zum Prinzip 9 (Zusammenarbeit der Staaten).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2013; Referat 212, Bd. 153430.

40 Zum Vorschlag CSCE/WT.129 der NATO-Mitgliedstaaten vom 10. Juli 1987 vgl. Dok. 216, Anm. 8.

Der Westen zieht sich demgegenüber auf seinen Vorschlag zurück, der diese Kardinalfrage wegen US/F-Meinungsunterschiede ausklammert, und verschanzt sich hinter „konstruktiven Zweideutigkeiten". F kann den Begriff „KVAE" nur in der Präambel oder in einer Überschrift als Klammer für beide Verhandlungsstränge akzeptieren, nicht aber beschränkt auf den VSBM-Teil, wo er die KRK-Gespräche von der „Konferenz" trennen würde. Hingegen lehnt US einen Bezug in einer Präambel strikt ab, da er das Autonomiekonzept für die Stabilitätsverhandlungen aufweichen würde. Alternative Lösungsansätze wurden innerhalb der Allianz bislang nicht erörtert. Sie werden angesichts konzeptioneller Schwächen von WT.129 und unverminderten Drängens der N+N (unterstützt durch WP) zu einem späteren Zeitpunkt aber unvermeidbar sein.

Gleichfalls ohne Annäherungen wurde die Forderung der N+N nach einer möglichst engen Verbindung („Link") beider Verhandlungsstränge behandelt.

Die N+N tolerieren zwar die Autonomie der 23. Sie setzen aber alles daran, die ihnen verbleibenden Einwirkungsmöglichkeiten (durch maximale Ausgestaltung der sogenannten Link-Elemente) zu nutzen. Unterstützt werden sie dabei durch den WP, der für eine KSZE-freundliche Lösung eintreten kann, ohne seine Position hinsichtlich der Mandatsgespräche zu präjudizieren. Die im Verlauf der Diskussion präzisierten Vorstellungen der N+N (Meinungsführer: SCN/CH/A) zu den Link-Elementen:

– strikte Parallelität beider Verhandlungen (nach Zeit, Ort, Gebäude),
– detaillierte Ausgestaltung des Informations-/Meinungsaustauschs,
– Überprüfung der KRK-Ergebnisse sowie Entscheidungsfunktion durch nächstes KSZE-Folgetreffen,

wurden vom Westen defensiv auf der Grundlage von WT.129 zurückgewiesen. Er plädierte im Gegenzug dafür, Einzelheiten den eigentlichen Verhandlungen zu überlassen.

Angesichts des zum Rundenende deutlichen Stillstands in RG[41] „S" wird es darauf ankommen, innerwestlich einen modifizierten Ansatz zu den beiden Kardinalfragen zu erarbeiten, der besser als bisher auf Positionen der NNA eingeht, die anderenfalls damit drohen – so CH –, durch Konsensverweigerung ihre „unabdingbaren" Sicherheitsinteressen zu wahren.

[42]3) Der Stellenwert von Korb II hat im Verlauf der Verhandlungen deutlich zugenommen – nicht zuletzt auch deshalb, weil der Westen stärker als in der Vergangenheit eigene Anliegen verfolgt.

Das hängt einmal mit der neuen Bedeutung des Umweltschutzes als Korb-II-Materie zusammen; zum anderen aber auch mit einer stärkeren Akzentuierung westlicher Interessen im Kapitel Handel und industrielle Kooperation. Im Umweltschutz hat der Osten großen Nachholbedarf (hinsichtlich des Beitritts zu internationalen Abkommen wie bei praktischen Maßnahmen auf nationaler Ebene). Er sieht sich deshalb westlichen wie neutralen Forderungen gegenüber. Bei Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit hat der Westen die Verbesserung geschäftlicher Rahmenbedingungen und kommerzieller Infrastruktur in

41 Redaktionsgruppe.
42 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2012 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

einer Weise konkretisiert, daß östliche Anliegen in der industriellen Kooperation (Joint-ventures!) an Verhandlungsgewicht einbüßen. Die westlichen Forderungen haben zwar vor dem Hintergrund östlicher Wirtschaftsreformen (insbesondere der SU) bessere Durchsetzungschancen. Der Osten hat sich dennoch (aus taktischen Gründen?) bisher zu keinen Zugeständnissen bereit gefunden.

Das traditionelle Reizthema der Handelshemmnisse einschließlich der Sicherheitsaspekte (COCOM) wird durch den westlichen Vorschlag zur Kompensation[43] neutralisiert.

Diese Verlagerung in der Interessenzuordnung hat zwei unterschiedliche Konsequenzen: Zum einen hat die Hebelkraft von Korb II zur Durchsetzung westlicher Ziele in anderen Körben spürbar nachgelassen. Zum anderen hat der Osten kein vorrangiges Interesse mehr an schneller Einigung in diesem Bereich.

In der zu Ende gegangenen Konferenzphase hat dies zu mehrfachen östlichen Verzögerungsmanövern geführt. In den letzten Wochen war überhaupt keine Bewegung des Ostens mehr in Kernfragen von Korb II erkennbar. Immerhin gelang es, den Koordinator[44] zur Vorlage von Papieren zu veranlassen, die den gesamten Textteil eines Schlußdokuments des WFT abdecken. Diese Papiere werden als Arbeitsgrundlage von allen Gruppen anerkannt und zeigen überwiegend realistische Kompromisse auf. Gegen hinhaltenden Widerstand einzelner Delegationen (USA) hat der Koordinator zudem ein Papier mit Mandatselementen für Folgeveranstaltungen in Korb II[45] erarbeitet.

Die praktischen Resultate der Redaktionsarbeit sind dagegen bescheiden geblieben: Zum Umweltschutz wurden drei Texte zu gefährlichen Abfällen, zu potentiell gefährlichen Chemikalien sowie zu Flora und Fauna zwar fertiggestellt („eingefroren"), nicht aber „notiert". (Notieren ist nach „einfrieren" die nächsthöhere Stufe der Festlegung im Redaktionsverfahren des Korbes II. Dies scheiterte an der mangelnden Bereitschaft der NNA, zum jetzigen Zeitpunkt bereits Bindungen an Umwelttexte einzugehen.) Obwohl die Sachpositionen zu anderen Fragen (z.B. EMEP[46], Umwelterziehung) nicht weit auseinanderlagen, erschöpfte sich die Einigungsfähigkeit mit diesen Texten. Der Osten hat im übrigen durch seine Forderung nach Transfer von Umwelttechnologie jeden Lösungsansatz bei den schwierigeren Umweltfragen blockiert.

Im Bereich Handel und industrielle Kooperation wurden lediglich Texte zu Schiedsgerichtsbarkeit und Marketing (nach mühsamen Verhandlungen) abgeschlossen („eingefroren").

Trotz des zuletzt mühsamen und zähen Arbeitsrhythmus erscheint eine merkliche Beschleunigung der Verhandlungen möglich. Sie setzt allerdings voraus, daß die Kompromiß- und Konzessionsbereitschaft auf allen Seiten deutlich zunimmt.

43 Am 13. März 1987 führten die USA, die EG-Mitgliedstaaten, Kanada und die Schweiz auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag zu Kompensationsgeschäften ein. Darin wurde gefordert, daß „die Teilnehmerstaaten politische Konzepte, die Kompensationsgeschäfte gleich welcher Form fördern, weder begünstigen noch beschließen oder beibehalten". Für den Vorschlag CSCE/WT.115 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

44 Jean-Daniel Clavel.

45 Für das Non-paper des Koordinators für Korb II, Clavel, vom 18. Dezember 1987 zu „Suggestions for items to be considered in the mandates of possible follow-up meetings" vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom selben Tag; Referat 212, Bd. 153436.

46 European Monitoring and Evaluation Programme.

Das neue Jahr wird mit der Behandlung des Themas Wissenschaft und Technologie beginnen, das von westlicher Seite eine behutsame Handhabung erfordert. Die östliche Forderung nach konkreter technologischer Zusammenarbeit und der westliche Ansatz, Verpflichtungen der Regierungen zu vermeiden, stehen sich weiter gegenüber, ohne daß sich bisher Überbrückungsmöglichkeiten anbieten.

Im Themenbereich Varia sind auch weiter die größten Probleme bei Tourismus und Wanderarbeit zu bewältigen.

4) Die Verhandlungssituation in Korb III ist besonders unbefriedigend und deshalb besorgniserregend. Die Bilanz der Redaktionsarbeiten ist äußerst bescheiden; die Positionen der Gruppen klaffen noch immer weit auseinander. Nach hoffnungsvollem Beginn – WP hatte A/CH-Non-Paper vom 30.7.87 als tatsächliche Verhandlungsgrundlage akzeptiert – zogen sich die Beratungen – oft unterbrochen durch zeitraubende Prozedurdebatten und manchmal auch durch Rückfälle in polemische Implementierungskritik – zäh dahin. WP machte Fülle von stark einschränkenden Änderungsvorschlägen zum A/CH-Text, so daß es kaum echte Annäherungen gab und im Bereich menschliche Kontakte lediglich drei Texte sowie bei Information ein Absatz notiert werden konnten.

Sie betreffen im einzelnen:

(a) Erlaubnis für Familienbesuche auch von entfernteren Verwandten;

(b) Konsularische und medizinische Betreuung von Besuchern aus anderen TNS;

(c) Nichtdiskriminierung von Ausreiseanträgen.

Der Text zum Informationsteil behandelt die Berichterstattung über andere TNS und die Bildung von „Telebrücken“ zwischen den TNS.

In seiner Substanz berücksichtigt das A/CH-Papier weitgehend westliche Anliegen, darunter auch unsere deutschlandspezifischen Interessen. Schlüsselprobleme, die sich wohl erst im Wiener Endspiel lösen lassen, sind die grundsätzliche Unterscheidung zwischen dem Menschenrecht auf Ausreise und Wiedereinreise in das eigene Land und der staatlichem Ermessen überlassenen Einreise sowie die vom WP immer wieder erhobene Forderung nach Einschränkung neuer Verpflichtungen durch den Vorbehalt der nationalen Gesetzgebung, die nach WP-Verständnis auch bereits eingegangenen internationalen Verpflichtungen vorgeht.

[47]Die westliche Haltung zeichnete sich insgesamt nicht durch effiziente, flexible Verhandlungsweise aus; einige Partner (NL, KAN, B) verhinderten immer wieder die Möglichkeit prozeduraler Beschleunigung. GB und F haben mit uns besonders eng kooperiert; USA spielten, mangels personeller Kontinuität, im Korb III keine führende Rolle.

WP verhielt sich nicht ungeschickt, letztlich aber durchschaubar: Weitgehende Blockierung in der Sache, dagegen öffentlich Bekundung von Konzessionswillen. RUM ließ sich in negative Sonderstellung drängen; es lehnt bisher grundsätzlich Vereinbarungen von Fristen in Antragsverfahren ab, hat sich so im Kreis der 35 isoliert und es anderen WP-Staaten (BUL, ČSSR, auch DDR) erlaubt, sich hinter rumänischer Intransigenz zu verstecken. Arbeitsverhältnis zu DDR ist

[47] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2014 übermittelten fünften Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

gut, doch der Zusammenarbeit sind offenkundige Grenzen gesetzt, weil eine Reihe von Vorschlägen unmittelbar DDR betreffen. Sie mußte bekennen, daß Abschaffung von Mindestumtausch-Erfordernissen und auch Regelung der sog. „Illegalen"-Fälle „in Wien nicht machbar" seien.

Zusammen mit anderen westlichen Delegationen (insbesondere GB) bevorzugten wir kontrollierte Ausarbeitung einzelner Absätze, damit Koordinator in jedem Fall über westliche Konzessionsmarge im klaren ist. Dieser hat, von beiden Seiten dazu gedrängt, am Schlußtag der Verhandlungen ein eigenes Papier zum Abschnitt Menschliche Kontakte[48] vorgelegt, das die für uns wesentliche Substanz des österreichisch-schweizerischen Papiers erhält. Da es ebenso wie die anderen Koordinatoren-Texte während der Konferenzpause vor allem in Moskau als Beratungsgrundlage dienen soll, dürfte es die Beratungen im nächsten Jahr erleichtern und unsere Hauptanliegen auf diesem für uns zentralen Gebiet jedenfalls begünstigen.

5) Zu Fragen des Mittelmeerraumes wurden weiterhin nur die beiden Vorschläge

- der Ungebundenen MLT/JUG/ZYP (WT.40) für ein Expertentreffen mit umfassender Thematik[49] und
- des Westens (WT.50) für ein Treffen über den Schutz der mediterranen Ökosysteme[50] behandelt.

Die Diskussion wurde nach folgenden Elementen strukturiert:

- Bewertung des Seminars von Venedig[51],
- Fortsetzung der Bemühungen
  - Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur,
  - Sicherheit und Zusammenarbeit,
  - Ökosysteme und neue Felder der Zusammenarbeit,
- andere Aspekte der Zusammenarbeit.

Sie sollen jedoch keinesfalls den Inhalt eines Mittelmeerkapitels im SD[52] präjudizieren, dessen Redaktion noch nicht begonnen hat.

6) Die Redaktionsgruppe zu den Folgen der Konferenz diskutierte organisatorische Fragen (wie Notwendigkeit von Vorbereitungstreffen, Berücksichtigung nationaler Feiertage) sowie den Vorschlag San Marinos über ein Dokumentationszentrum.[53] Festlegungen sind hierzu noch nicht erfolgt. Insbesondere gegen den Vorschlag San Marinos bestehen Bedenken (erste[54] Institutionalisierung in der

48 Vgl. Anm. 7.

49 Zum Vorschlag vom 13. Februar 1987 für ein Treffen über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vgl. Dok. 106, Anm. 22.

50 Zum Vorschlag vom 13. Februar 1987 für ein Expertentreffen über mediterrane Ökosysteme vgl. Dok. 106, Anm. 36.

51 Ein Expertenseminar über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum fand vom 16. bis 26. Oktober 1984 statt.

52 Schlußdokument.

53 San Marino führte am 17. Juli 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien den Vorschlag ein, „in der Stadt San Marino ein unabhängiges und zur Gänze auf ihre eigenen Kosten betriebenes KSZE-Dokumentationszentrum einzurichten". Für den Vorschlag CSCE/WT.130 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

54 Korrigiert aus: „ernste".

KSZE), zumal in Helsinki bereits alle KSZE-Dokumente auf Mikrofilm zur Verfügung stehen.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153430

378

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heubaum

330-504.00 CHL **22. Dezember 1987**

Betr.: Colonia Dignidad[1];
hier: 1) Gespräch der Untersuchungsdelegation nach Rückkehr aus Chile am 21.12.1987 mit Herrn StS Dr. Sudhoff; 2) Übergabe des Schlußberichts[2]

1) Nach Rückkehr aus Chile trug die Delegation am 21.12.1987 (mit Ausnahme von Bischof Stehle) im Auswärtigen Amt Herrn StS und den mit der Angelegenheit befaßten Mitarbeitern (D5[3], Dg33[4], RL330[5], RL511[6], RL512[7]) die Ergebnisse ihrer Mission vor und übergab den Schlußbericht sowie Empfehlungen über das weitere Vorgehen.

2) Die nicht dem Auswärtigen Amt angehörenden Delegationsmitglieder faßten ihre Eindrücke und Erkenntnisse wie folgt zusammen:

a) Delegationsleiter Marré

Es habe sich um schwierige Mission gehandelt, da von Anfang an Zugang zur CD fraglich gewesen sei. Medieninteresse in Chile sei ungewöhnlich stark gewesen;

1 Zur Colonia Dignidad vgl. Dok. 310.

2 Zur Untersuchung der Situation in der Colonia Dignidad hielt sich vom 13. bis 18. Dezember 1987 eine Sachverständigendelegation aus der Bundesrepublik in Chile auf. Die Delegation setzte sich zusammen aus dem ehemaligen Botschafter Marré, dem Vorsitzenden des Landesverbandes Oldenburg des Deutschen Roten Kreuzes, Osterloh, dem Diplom-Psychologen Salewski, Oberstaatsanwalt Sent, Bischof Stehle, Regierungsdirektor Stein vom Bundesministerium der Justiz sowie seitens des Auswärtigen Amts Ministerialdirektor Schlagintweit und Legationsrat I. Klasse Gerdts. In ihrem undatierten Abschlußbericht hieß es, sie habe den Auftrag gehabt, „zu versuchen, Gespräche mit den deutschen Staatsangehörigen zu führen, die in der ‚Colonia Dignidad' (CD) wohnen, und sich mehr Klarheit über die Verhältnisse in der CD, das Ergehen ihrer Angehörigen und über die Anschuldigungen zu verschaffen, die in der deutschen Öffentlichkeit in den letzte Monaten verstärkt aufgetaucht sind. Darüber hinaus sollten Gespräche mit deutschen wie chilenischen Persönlichkeiten außerhalb von CD geführt werden, die weitere sachdienliche Auskünfte über CD erteilen konnten. Ferner sollten Vorschläge für die zukünftige Behandlung des CD-Komplexes erarbeitet werden." Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

3 Jürgen Oesterhelt.

4 Konrad von Schubert.

5 Horst Heubaum.

6 Klaus-Jerg Bosch.

7 Günter Wasserberg.

das mit dem AA vereinbarte „Redeverbot“ vor Presse der Delegation sei nur schwer durchzuhalten gewesen. Trotz Scheiterns der Absicht, in der CD zu evaluieren, sei man nicht mit leeren Händen zurückgekehrt. Man habe Gespräche sowohl mit gegenüber der CD kritisch wie positiv eingestellten Menschen geführt. Die Ergebnisse habe die Delegation in einer Aufzeichnung festgehalten.

Hervorzuheben sei folgendes:

Entscheidende Person von CD sei Schäfer. Seine Motivierung sei noch unklar. Er habe CD aufgebaut, um seinen persönlichen (perversen) Neigungen nachgehen zu können. Die ursprünglich religiöse Komponente von CD sei nicht mehr vorhanden. Es werde nur noch gearbeitet. Delegation habe sich um Aufklärung der Vorwürfe gegenüber Deutschen bemüht. Sie sei den Vorwürfen der Jahre 76/77 gegen die chilenische Regierung (Folterlager etc.)[8] nicht nachgegangen. Ohne Beteiligung der chilenischen Regierung sei ein Vorgehen gegen CD nicht möglich. Obwohl Vorkommnisse beim Hubschrauberbesuch des Botschafters und Bischof Stehles in der Siedlung zu einer Verstimmung der Polizei (General Menne) geführt hätten[9] und die Regierung der Delegation ihre Unterstützung zugesichert habe, habe die offizielle chilenische Seite offenbar keine Möglichkeit gehabt, einen Besuch in CD zu arrangieren. Chilenische Öffentlichkeit sei – wie nie zuvor – mit der Angelegenheit befaßt gewesen. Die Zustände in der CD und deren Schattenseiten sowie Schäfers Rolle sollten hinfort stärker von unserer Seite ins Blickfeld gerückt werden. Chilenische Regierung habe offenbar mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß sich das Interesse der Delegation auf den „deutschen Aspekt“ der CD konzentriert habe.

b) Herr Salewski

CD stelle nicht das Problem dar, sondern der Homosexuelle Paul Schäfer. Seine perverse Einstellung (Vorliebe für Kinder zwischen 8–14 Jahren) sei rechtlich

8 Referat 330 hielt am 5. Dezember 1987 fest: „Erstmalige Erwähnung von CD im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen in einem Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission der VN vom 4.2.1976 wegen Vorwürfen der Folter und Benutzung als Lager für politische Gefangene. […] Erneute Erwähnung von CD in einem Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe vom 8.10.1976 […] wegen Benutzung als Haftlager des chilenischen Geheimdienstes D[irección de]I[nteligencia] NA[cional]. Ein Besuch von Vertretern der Ad-hoc-Arbeitsgruppe in der Siedlung ist nicht zustande gekommen. Eine Untersuchung durch die Gruppe als solche wurde abgewiesen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 159189.
Zu den Berichten von 1977 über die Colonia Dignidad vgl. Dok. 270.

9 Im „Abschlußbericht der Sachverständigendelegation“ wurde dargelegt, die Colonia Dignidad habe der Botschaft in Chile auf deren Ankündigung, eine Delegation aus der Bundesrepublik wolle die Siedlung besuchen, mitgeteilt, „daß CD in einer Mitgliederversammlung beschlossen habe, die Delegation nicht zu empfangen, weil die Darstellung des Konsularsprechtages in den deutschen Medien jede Vertrauensgrundlage zerstört habe. […] Botschafter Kullak-Ublick und Bischof Stehle reisten am 14.12. gegen 10.00 Uhr, begleitet von einem Polizeigeneral, von Santiago ab. Der Flug war von der Polizei per Funk angekündigt. Es wurde ein Hubschrauber benutzt, da CD dem Flughafen in Santiago mitgeteilt hatte, der eigene Flugplatz sei ‚überschwemmt‘. Beim Anflug stellte die Besatzung fest, daß die Piste von Fahrzeugen blockiert war. Auch der Hubschrauberlandeplatz war durch zwei Fahrzeuge und in lebensgefährdender Weise durch Papp-Platten unbrauchbar gemacht worden. Dennoch gelang die Landung.“ Der Vertreter der Colonia Dignidad, Hopp, habe jedoch erklärt, eine weitere Mitgliederversammlung habe entschieden, „auch dieser Delegation den Zugang zu verwehren. Es wurde ihr nicht erlaubt, einen Rundgang zu machen oder eines der Gebäude zu betreten. Hopp drohte dem chilenischen General, er werde wegen Hausfriedensbruch ‚abgesetzt‘. Die Gruppe kehrte am gleichen Nachmittag nach Santiago zurück.“ Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

und moralisch auch in Chile nicht tolerabel. Dies habe auch Stange zum Ausdruck gebracht.[10] Der Lebensweg Schäfers sei kennzeichnend für seine heutige Rolle: Er sei bereits erstmals 1959/60 angezeigt worden, weil er sich als Gemeindehelfer an Konfirmanden sexuell vergangen haben soll. Zusammen mit dem Baptistenprediger Baar, der eine Baptistengemeinde aus dem Osten seelsorgerisch betreute, habe er vornehmlich die Kinder der Gemeindemitglieder auf seine Flucht nach Chile mitgenommen. Dort habe er sich in der CD einen „rechtsfreien Raum" geschaffen. Er regiere dort mit Strafkatalog und schriftlicher Beichte. Verfüge über eine Kartei, die er zur Erpressung (auch Außenstehender) benutze. Wer „gesündigt" habe – und darüber werde er über Zuträger in der CD informiert –, gerate unter Schäfers persönliche Obhut, bekomme eine letzte Chance und werde körperlich mißhandelt, falls er die Chance nicht wahrnimmt. Dies geschehe in der sog. Herrenrunde.

Die unumschränkte faktische Führung von CD habe Schäfer inne. Falls nach außen Tätigwerden erforderlich wird, könne er die formellen Führungskräfte vorschicken. Diese seien schwach bzw. ihm total ergeben. Es sei höchste Zeit, Schäfer aus der CD – die als solche kein Problem darstelle – herauszulösen. Dies sei nicht ungefährlich, da Schäfer, der unter Verfolgungswahn leide, bewaffnet sei und stets von Bewaffneten begleitet werde. Seine paranoide Existenzangst bedeute nicht zuletzt für CD die Gefahr eines kollektiven Selbstmords. Aufgabe stelle sich: Schäfer herauszuziehen, eine andere Führungsperson an seine Stelle zu setzen. Eine Chance, an Schäfer in Chile heranzukommen, bestehe über den Vorwurf seiner Homosexualität mit Kindern. Es sei von höchster Bedeutung, die Vorgeschichte Schäfers seit 1921 wie die der Socialen Mission und der Aussiedlung kennenzulernen.

c) Oberstaatsanwalt Sent

Nach wie vor gebe es keine eigenen Anschauungen, die die Vorwürfe der homosexuellen Verfehlung Schäfers erhärten oder widerlegen könnten. Die Vorwürfe seien nach wie vor nicht beweisbar, so daß z. Zt. kein konkreter Einstieg in diesem Zusammenhang möglich sei. Dies sei eher möglich in Zusammenhang mit den Vorwürfen der Körperverletzung und Freiheitsberaubung.[11]

10 Im „Abschlußbericht der Sachverständigendelegation" hieß es, am 15. Dezember 1987 habe ein Gespräch mit dem Chef der chilenischen Polizeistreitkräfte, Stange, stattgefunden: „Nach dem Eindruck der Gesprächspartner schien der General erstmals zu verstehen, daß hier nicht nur ein strafrechtliches, sondern ein Sicherheitsproblem auf ihn zukommen könne. Der General selbst zog den Vergleich mit der Sekte in Guayana, die einen Massenselbstmord begangen hätte. Auch er versprach, sich für die Mission der Delegation einzusetzen." Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

11 Mit Schreiben vom 7. Dezember 1987 teilte das nordrhein-westfälische Justizministerium zu den Ermittlungsverfahren gegen den Leiter der Colonia Dignidad mit, der 1921 geborene, bis 1961 in Siegburg lebende Paul Schäfer habe sich einem gegen ihn anhängigen Strafverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn „wegen des Verdachts, sich an drei noch nicht 14-jährigen Jungen in sexueller Hinsicht vergangen zu haben", 1961 durch die Flucht nach Chile entzogen: „Die aufgrund eines gegen Paul Schäfer erwirkten Haftbefehls eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen blieben ohne Erfolg. Die Ausschreibung des Beschuldigten zur Festnahme wurde am 23.7.1970 gelöscht, weil sie im Hinblick auf die Verschlechterung der Beweislage (nur auf Kinderaussagen gestützter Tatverdacht) unverhältnismäßig erschien." Der Haftbefehl sei 1970 aufgehoben, das Verfahren 1974 eingestellt worden. Ein 1977 aufgrund von Presseberichten eingeleitetes Verfahren gegen Schäfer „wegen Verdachts des Menschenraubes" sei im selben Jahr von der Staatsanwaltschaft Siegen eingestellt worden. 1985 habe der Leitende Oberstaatsanwalt in Bonn gegen Schäfer erneut „ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der fortgesetzten Freiheitsberaubung u. a." eingeleitet, das noch anhängig sei. Anhängig sei zudem seit

CD „verkaufe“ sich nach außen hervorragend. In chilenischer Öffentlichkeit sei zwar das Bild von „Freudlosigkeit“ bei Jugendlichen der CD und „Roboterhaftigkeit“ ihrer Mitglieder verbreitet. Andererseits sei bekannt, daß CD „viel Gutes tue“. CD-Leitung „verkaufe“ die positiven Elemente hervorragend nach außen. Negative Feststellungen treten demgegenüber völlig in den Hintergrund. Durch die Anwesenheit der Delegation und die Publizität in Chile befaßten sich nun chilenische Behörden verstärkt mit der Problematik der Siedlung. Klima für deutsches Herantreten an die Regierung könnte sich insofern verändert haben.[12] Dies könne sich auch positiv auf ein konkretes, von der Bundesregierung zu stellendes Rechtshilfeersuchen auswirken. Einem solchen RHE[13] sollte der Vorzug gegenüber einer Abgabe des gesamten Verfahrens an die chilenischen Behörden eingeräumt werden, da beim RHE die Möglichkeit des „Nachfassens“ gegeben sei. Das laufende Zivilrechtsverfahren werde man mit großem Interesse verfolgen (BMJ, Stein), da hierbei Aufschluß über die Bereitschaft der chilenischen Behörden, an der Aufklärung mitzuwirken, erwartet werden kann. Im übrigen ziele dieses zivilrechtliche Verfahren auf die Untersuchung der Siedlung als „Folterzentrum“ ab; eine solche Zielsetzung dürfte die chilenische Seite nicht gerade zu großer Mithilfe anspornen. Vorteil eines konkreten RHE sei demgegenüber die Zielrichtung auf die Person Schäfers.

d) Dr. Osterloh, DRK

Bedauerlicherweise habe er persönlichen Kontakt mit acht „DRK-Schwestern“ in CD nicht aufnehmen können. In Telefongespräch mit CD habe man ihm vorgeworfen, der Delegation anzugehören und Kontakt mit der Presse zu haben; im übrigen müsse sich DRK bei CD entschuldigen. Nach längerem Zögern habe man seinen Besuch in der Siedlung abgelehnt. In der chilenischen Öffentlichkeit sei einerseits bekannt, daß CD auf Wohltätigkeitsgebiet tätig sei; andererseits wundere man sich über deren Wirtschaftskraft und politischen Einfluß. Auf Anregung von D 5 wolle man prüfen, ob die von den acht „DRK-Schwestern“ zum Besuch von CD eingeladene Oberin Ute Nedden die Einladung annehmen soll bzw. eine Einladung an die acht Schwestern nach Deutschland ausgesprochen werden soll, um die Kontakte zu nutzen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1921

1977 ein Zivilrechtsstreit vor dem Landgericht Bonn, „in dem die Private Sociale Mission e. V. und der Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad den Verlag Gruner & Jahr u. a. auf Unterlassung bestimmter Behauptungen in Anspruch genommen haben (Regimegegner seien in der Kolonie durch die Geheimpolizei Chiles und Deutsche gefoltert, Personen seien gegen ihren Willen festgehalten und mißhandelt worden).“ Vgl. Referat 330, Bd. 159189.

12 Staatssekretär Sudhoff übermittelte der Botschaft in Santiago de Chile am 16. Dezember 1987 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den chilenischen Außenminister García. Darin hieß es: „Die Vorwürfe strafrechtlicher Natur gegen die Colonia Dignidad können den Behörden Ihres Landes nicht unbekannt sein. Sie sind von deutscher Seite gegenüber verschiedenen Stellen Ihres Landes seit vielen Jahren immer wieder vorgetragen worden. […] Als Ende der 70er Jahre in den deutschen Medien schwere Menschenrechtsverletzungen in der Kolonie angeprangert wurden, versuchte die Leitung der Kolonie, diesen Angriffen mit rechtlichen Mitteln in Deutschland entgegenzutreten. Da das zuständige deutsche Gericht in diesem noch nicht abgeschlossenen Verfahren eine Beweisaufnahme in Chile für erforderlich hielt, wurde im Juli 1980 die Rechtsabteilung Ihres Ministeriums damit befaßt. Die chilenische Seite hat jedoch einer Beweisaufnahme unter Beteiligung des deutschen Gerichts nicht zugestimmt. Daraufhin übermittelte unsere Botschaft im September 1982 ein Rechtshilfeersuchen an Ihr Ministerium, um eine Beweisaufnahme durch ein chilenisches Gericht zu erreichen. Dieses Ersuchen ist bis heute nicht erledigt.“ Genscher teilte mit, er habe „die deutschen Justizbehörden gebeten, dortige strafrechtliche Ermittlungsergebnisse für ein Verfahren in Chile zur Verfügung zu stellen“. Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 159189.

13 Rechtshilfeersuchen.

3)[14] Empfehlungen der Delegation für das weitere Vorgehen (Salewski: Dreifachstrategie)

a) Neutralisierung Schäfers

Dies stelle Hauptproblem dar. Es sollten zügig Nachforschungen über Vergangenheit Schäfers seit 1921 (Salewski will mit Baar sprechen), die Geschichte der Siegburger Mission und der Aussiedlung angestellt werden.

b) Rechtliche Schritte

Nach dem Delegationsbesuch sind die Chancen für eine Mitwirkung der chilenischen Behörden und damit die Erfolgsaussichten für rechtliche Schritte gewachsen. Im Rahmen des laufenden Ermittlungsverfahrens müßte ein RHE präzise formuliert werden. Eine umfassende Information der Chilenen sei hierzu die Voraussetzung. Die Frage der Gefährdung der noch in der Siedlung befindlichen Angehörigen müsse geprüft werden. Aus dem laufenden Zivilverfahren solle man sich heraushalten (vgl. Ziffer 2c).

c) Tätigkeit der Botschaft

– Botschaft soll intensiv an CD herantreten durch Konsularsprechtage, Rentensprechtage. Die Kontakte mit Koloniebewohnern sollen auf der Basis eines in der Botschaft vorliegenden, unter psychologischen Gesichtspunkten erarbeiteten Fragenkatalogs geführt werden; eine „Durchleuchtung" der CD-Mitglieder anhand der Paß- und Rentenakten sollte eingeleitet werden.
– Förderung und Ermutigung von Besuchen Dritter in der Kolonie (Öffnung der Kolonie).
– Öffentlichkeitsarbeit in Chile (chilenische Öffentlichkeit und Regierung sollten über Person Schäfers nicht in Unkenntnis gelassen werden).
– In rechtlicher Hinsicht sollte Botschaft Vertrauensanwälte einschalten, um rechtliche Nebenaspekte, die sich aus Vernehmungsprotokollen der Bonner Staatsanwaltschaft ergeben (Vereinsrecht, Gemeinnützigkeit etc.), zu durchleuchten.[15]

Heubaum

Referat 330, Bd. 159189

14 Korrigiert aus: „5)".

15 Mit Schreiben vom 28. Januar 1988 informierte Staatssekretär Sudhoff den Vorsitzenden des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestags, Vogel, über die Vorgänge in der Colonia Dignidad. Vgl. dazu AAPD 1988.

379

Botschaftsrat Zepter, Genf (GATT-Delegation), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2558 **Aufgabe: 28. Dezember 1987, 13.00 Uhr**[1]
Ankunft: 28. Dezember 1987, 15.26 Uhr

Betr.: Uruguay-Runde[2];
hier: Abschließende Bewertung der Initialphase und Ausblick auf die Verhandlungen in 1988

I. Zusammenfassung

Die Uruguay-Runde absolvierte im ersten Verhandlungsjahr ein wahres Mammutprogramm. Das spiegelt sich nicht nur in der Statistik über die Zahl der Sitzungen (etwa 90) und der Arbeitsdokumente (245) wider, sondern auch in der Bilanz des bisher Erreichten. Im Zeitvergleich zur Tokio-Runde[3] sind die Verhandlungen in nur einem Jahr bedeutend weiter fortgeschritten. Die Initialphase, von der EG erfunden und ursprünglich als eine Art Krücke für die Sicherstellung der Globalität konzipiert, hat sich als glücklicher Einfall erwiesen und den Einstieg in die Verhandlungen beschleunigt, ohne je als Zwangsjacke empfunden zu werden. Niemand wurde durch sie gehindert, konkrete Verhandlungsvorschläge auf den Tisch zu legen oder die Vorschläge anderer zu kommentieren. Andererseits erlaubte sie es, zunächst ohne die im Multilateralismus üblichen Präliminarien zur Sache zu kommen, das Dickicht früherer GATT-Arbeiten zu durchforsten bzw. zu bewerten und im Bereich der Statistik die für eine solide Verhandlungsführung dringend benötigte Arbeit an einer verbreiterten Datenbasis in Angriff zu nehmen.

Dennoch ist der Erfolg im ersten Jahr der UR[4] kein Anlaß, die Dinge nun etwas geruhsamer anzugehen. Im Gegenteil. Das dichte Arbeitsprogramm in 1987 war nur Reflex des besonders ehrgeizigen Ziels, das die Minister in Punta del Este[5] gesetzt haben. Um dieses Ziel innerhalb des vorgegebenen Zeitplans bis Ende 1990 zu erreichen, müssen die Arbeiten sogar weiter intensiviert werden.

Bereits Ende des kommenden Jahres, bei der in Punta vereinbarten „Midterm-Review", wollen eine Reihe von VP erste Ergebnisse festschreiben („early harvest"). Entsprechend dem Prinzip der Globalität muß diese Operation breit angelegt werden, wenn sie Erfolg haben soll. Nur so kann sichergestellt werden, daß die Interessen aller Vertragsparteien (VP) in irgendeiner Form berücksichtigt werden.

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18 und 21.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann am 30. Dezember 1987 vorgelegen, der um Wiedervorlage bat.
Hat Randermann am 4. Januar 1988 erneut vorgelegen.

2 Zur Uruguay-Runde des GATT vgl. auch Dok. 42.

3 Die siebte Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT fand von 1973 bis 1979 statt.

4 Uruguay-Runde.

5 Zur GATT-Ministerkonferenz vom 15. bis 20. September 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 268. Für den Wortlaut der Ministererklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 163–169.

In der Zeit der deutschen EG-Präsidentschaft[6] werden die Weichen für die Midterm-Review gestellt. Damit fällt uns die Aufgabe zu, nicht nur die Kommission zur Erarbeitung substantieller Verhandlungsvorschläge zu ermuntern, sondern auch aktiv die Entwicklung einer gemeinsamen EG-Haltung in bezug auf Zeitpunkt und Inhalt der Midterm-Review voranzubringen. Dabei wäre insbesondere darauf zu achten, daß als Folge französischer Präsidentschaftswahlen[7] innerhalb der Gemeinschaft kein Stillstand eintritt. Dem informellen Ministertreffen in Konstanz[8] kommt folglich besondere Bedeutung zu.

II. Im einzelnen

1) Statistik der UR

Die Statistik des ersten Verhandlungsjahres der Uruguay-Runde beeindruckt: vier Sitzungen des Handelsverhandlungsausschusses (TNC[9]), neun Sitzungen der Verhandlungsgruppe Waren (GNG[10]), sechs Sitzungen der Verhandlungsgruppe Dienstleistungen (GNS[11]), 69 formelle Sitzungen der einzelnen Verhandlungsgruppen im Warenbereich, fünf Sitzungen des Überwachungsorgans, insgesamt also 93 meist mehrtägige Sitzungen, dazu zwei informelle Ministertreffen und zahlreiche informelle Sitzungen und Konsultationen.

Insgesamt wurden 247 Arbeitsdokumente gefertigt, 26 waren Erklärungen, 144 nationale Positionspapiere, davon 41 aus Entwicklungsländern, 77 Papiere fertigte das Sekretariat. Dazu kommen noch 93 Protokolle und Entscheidungspapiere, x15[12] Rollback-Mitteilungen sowie sechs Standstill-Notifizierungen.

Die EG legte in allen Gruppen mit Ausnahme der Gruppe FOG[13] (Funktionieren des GATT-Systems), Textil und Schutzklauseln „erste Überlegungen" vor, insgesamt 16 Beiträge.

2) Erfolge der Initialphase

In einem Zeitvergleich zum Ablauf der Tokio-Runde scheidet damit die UR beträchtlich besser ab. Die Konzeption einer Initialphase – ursprünglich von der EG erdacht, um die Globalität der Verhandlungen sicherzustellen und ein „Fast-Track"-Verfahren in einzelnen Verhandlungsgruppen (insbesondere bei Agrar) zu verhindern – hat sich als ein ebenso einfacher wie genialer Mechanismus erwiesen, um ohne die sonst in multilateralen Verhandlungen leider meist üblichen Präliminarien in die Substanz der Verhandlungen einzusteigen. Auf der Grundlage eines recht wenig anspruchsvoll anmutenden Verhandlungsplans (Analyse bestehender GATT-Arbeiten, Vorlage und Diskussion von Beiträgen und Vorschlägen der Verhandlungspartner), auf den man sich wegen der engen Bezugnahme auf das Mandat von Punta del Este relativ rasch einigen konnte, wurde die Initialphase in der Praxis für alle Zwecke genutzt:

6 Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.
7 In Frankreich fanden am 24. April und am 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.
8 Das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 5./6. März 1988 statt.
9 Trade Negotiations Committee.
10 Group of Negotiations on Goods.
11 Group of Negotiations on Services.
12 So in der Vorlage.
13 Functioning of the GATT System.

– Durchforsten der bisherigen GATT-Diskussionen, Studien und Beschlüsse,
– Verbreiterung der statistischen Grundlagen, Überlegungen über die Errichtung einer langfristig für das GATT konzipierten Datenbank,
– Vorschläge zur Struktur des Verhandlungsprozesses,
– erste Überlegungen und Vorschläge zur Verhandlungssubstanz.

Letztlich hat die Eingrenzung des ersten Verhandlungsjahres auf eine „Initialphase" keine Vertragspartei daran gehindert, alles in die Verhandlungen einzuführen, was sie für angemessen und ihren Interessen entsprechend hielt. Das zeigt sich insbesondere im Vergleich zur VG[14] Schutzklausel, für die als einzige VG keine Initialphase vorgesehen war. In dieser Gruppe wurde keineswegs anders oder substantieller verhandelt als in den anderen Gruppen. Im Gegenteil: Im Vergleich zu anderen Gruppen ist die Bilanz in der VG Schutzklausel relativ mager ausgefallen. Außerdem haben das eher informelle Konzept und die „Unverbindlichkeit" einer Initialphase einer Blockadepolitik einzelner Vertragsparteien eher entgegengewirkt.

Die Dynamik der Arbeit in der Initialphase machte es leicht, den Übergang zur eigentlichen Verhandlungsphase so unspektakulär wie möglich zu gestalten. Fast alle VP waren der Auffassung, daß eine formelle Einigung über ein Mandat für die eigentliche Verhandlungsphase in Anbetracht des Spielraums in der Initialphase eigentlich nicht mehr notwendig sei. Denn die Initialphase war keine Zwangsjacke, die Substanzverhandlungen verhindert hätte. In einigen Gruppen, z. B. in der FOG-Gruppe, gab es schon Ansätze einer gemeinsamen Verhandlungsposition (Vorschlag des Vorsitzenden zu Länderexamina). AUS legte in der Gruppe Streitbeilegung bereits den Entwurf für ein Abkommen vor (freilich nur „illustrativ").[15] Nur in einigen VG, z. B. in der GNS und bei den tropischen Produkten, war die Formulierung des Verhandlungsplans so eng geschnitten, daß eine Erweiterung notwendig wurde. Aber auch hier operierte man möglichst pragmatisch (Erklärung des Vorsitzenden in eigener Verantwortung), um sich nicht durch überflüssige Mandatsdiskussionen bereits in einem früheren Stadium die Verhandlungen in Formaldebatten zu verzetteln und die bisher ausgezeichnete Verhandlungsatmosphäre in Gefahr zu bringen.

3) Defizite in der Initialphase

Die erzielten Fortschritte und die insgesamt gute Atmosphäre, in der die Verhandlungen bisher stattgefunden haben, dürfen freilich nicht über die Defizite hinwegtäuschen, die in einigen Bereichen bestehen. Die Initialphase hat zweifellos in einigen Gruppen nicht all das erreicht, was hätte erreicht werden können:

14 Verhandlungsgruppe.

15 Referat 411 vermerkte am 12. Oktober 1987: „Australien gehört zu den Ländern, die sich stark für Zustandekommen der Uruguay-Runde eingesetzt haben. Vertrauensvolle Zusammenarbeit Australiens mit EG in der informellen IL-Gruppe über GATT-Fragen. Dissens allerdings in Agrarfragen, bei denen Australien starkes handelspolitisches Interesse an Liberalisierung Agrarhandels hat und sich zur Verstärkung seiner ‚Stimme' mit anderen wenig subventionierenden kleinen und mittleren Agrarexporteuren zur Cairns-Gruppe verbündet hat (15 Staaten, geführt von Kanada und Australien). Australiens MP Hawke hat sich persönlich in Reformdiskussion über Agrarhandel eingeschaltet und im Februar ein Sieben-Punkte-Programm zur Entschärfung der agrarhandelspolitischen Konflikte vorgelegt (multilaterale Vereinbarung über Stop Subventionswettlaufs, Einfrieren bzw. Rückführung der Spanne zwischen internen Agrarpreisen und Weltmarktpreisen, Senkung interner Agrarpreise im Wirtschaftsjahr 1987/88; produktionsneutrale Erzeugerbeihilfen; Entwicklung anerkannter Prinzipien für Agrarhandel über den Weg der Reform nationaler Agrarpolitiken u. a.)." Vgl. Referat 411, Bd. 160542.

– Keine substantiellen Bewegungen gab es beim Marktzugang, bei Textil, im Bereich der Schutzklausel und in der VG Subventionen.
– In einigen Gruppen wurde zwar ein umfangreicher Forderungskatalog aufgestellt, aber es gab kaum Reaktionen der VP, von denen Konzessionen erwartet werden. Das gilt z. B. für den Bereich tropische Produkte. Hier hat sich bisher lediglich die EG bewegt, freilich unter der Bedingung, daß auch andere IL und die NICs (Newly Industrialized Countries) Entgegenkommen zeigen.
– Viel Leerlauf gab es – allerdings verständlicherweise – in der GNS und in der VG TRIMs[16] (handelsrelevante Investitionen). Als „neue" Verhandlungsthemen sind beide Bereiche besonders komplex. Sie werden daher von allen Beteiligten sorgfältig und vorsichtig angegangen. Sogar die Gemeinschaft, die laut Statistik den größten Anteil am Dienstleistungsexport hat, brauchte Monate, um sich auf ein sehr allgemein gehaltenes Papier zu einigen. Die USA, die zunächst die eigentlichen Promotoren der Dienstleistungsverhandlungen waren, sind inzwischen sehr viel vorsichtiger geworden. Ihre Verhandlungen mit Kanada im Rahmen des amerikanisch-kanadischen Freihandelsabkommens[17] haben ihnen wohl deutlich gemacht, daß viele ihrer Forderungen innenpolitisch gar nicht durchsetzbar sind. Viele EL sind weiterhin sehr unsicher, wie sie sich bei den neuen Themen verhalten sollen.

Insgesamt fällt auf, daß es insbesondere in den Bereichen kaum Bewegung gegeben hat, in denen die EL Interessen angemeldet haben. Das hat bereits zur Enttäuschung und Frustration bei den EL geführt.

[18]4) Zur Haltung der Vertragsparteien:

1) Die EG hat sich in der UR bisher besser dargestellt, als in Anbetracht ihrer mangelnden Vorbereitung zu erwarten war.[19] Ihr Angebot im Bereich tropische Produkte, die wiederholte Erwähnung der Interessen der EL (z. B. bei GNS), ist bei vielen EL positiv vermerkt worden. Im Bereich Agrar hat sich die Gemeinschaft zunächst einmal Luft verschafft. Länder wie JAN, SCZ, OST und die

16 Trade-Related Investment Measures.

17 Am 3. Oktober 1987 einigten sich Kanada und die USA auf den Abschluß eines Freihandelsabkommens. Vgl. dazu die Mitteilung des Präsidenten Reagan an den amerikanischen Kongreß vom selben Tag; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1132 f.
Am 22. und 23. Dezember 1987 bzw. am 2. Januar 1988 unterzeichneten Reagan in Washington bzw. Palm Springs und Ministerpräsident Mulroney in Ottawa das bilaterale Freihandelsabkommen. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2136, S. 24–28. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2316, S. 3–241.

18 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2559 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

19 Referat 411 notierte am 9. Dezember 1987: „Die EG (EWG, EGKS, Euratom) selbst ist bis heute nicht dem GATT beigetreten, während alle zwölf MS Vertragspartei des GATT sind. Die EG ist gleichwohl als einer der einflußreichsten Partner im GATT präsent, das die EWG als Zollunion bereits seit 1957 de facto anerkannt hat: Die EG ist in den GATT-Organen durch je einen Repräsentanten der EG-Kommission (Leiter der StV der EG beim GATT) und des Ministerrats (jeweilige Präsidentschaft) vertreten. Bei Abstimmungen geben die einzelnen EG-MS ihre Stimme ab, die Delegation der EG hat als Nicht-Vertragspartei kein Stimmrecht. Bei Beratungen im GATT tritt grundsätzlich der Vertreter der EG-Kommission im Namen der EG und ihrer Mitglieder auf. Formell betrachtet, liegt zwischen den zwölf EG-MS eine interne Abmachung vor, gemeinsam nur durch einen Sprecher aufzutreten. Vor GATT-Beratungen finden regelmäßig interne Koordinationssitzungen statt, an denen sich die EG-Kommission, der Vertreter des Rates und die MS beteiligen. Nach Art. 113 des EWG-Vertrages besitzt die Gemeinschaft die Kompetenz für die Gemeinsame Handelspolitik (z. B. Zollpolitik, multilaterale Handelsabkommen, Anti-Dumping-Schutzmaßnahmen)." Vgl. Referat 411, Bd. 144376.

NORDICs müssen jetzt aus dem Windschatten hinter der Gemeinschaft, in dem sie in Sachen Landwirtschaft gewöhnlich segeln, heraustreten und eigenes Profil zeigen.

Dennoch ist die Gemeinschaft hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben. In einigen Schlüsselbereichen (Dienstleistungen, TRIPs[20], TRIMs, Kodizes, Rohstoffprodukte) hat sie es versäumt, rechtzeitig ihre Positionen zu klären und – entsprechend ihrer Bedeutung als große Handelsmacht – durch substantielle Beiträge die Verhandlungen aktiv zu führen. Hier wurde den USA ohne Not weitgehend das Feld überlassen. Auch hat es die Gemeinschaft bisher nicht geschafft, in Bereichen Angebote zu unterbreiten, in denen ein Entgegenkommen wenig kosten würde, aber dazu beitragen könnte, die konstruktive Haltung der Gemeinschaft zur UR zu unterstreichen. Das gilt insbesondere für die institutionellen Fragen (FOG, Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, Streitbeilegung), bei denen die EG bisher wenig Profil zeigte.

Im Bereich Textil, Marktzugang und bei der Schutzklausel steht die EG nicht viel besser da als die USA. Über die dunklen Andeutungen in den Schutzklauselverhandlungen zu möglichen Bewegungen der Gemeinschaft wird in EL-Kreisen noch gerätselt. Immerhin wurden diese Signale mit Interesse vermerkt.

Der innergemeinschaftliche Abstimmungsprozeß läuft bisher nicht optimal. Das liegt teilweise an der Kommission, die es (manchmal in der verständlichen Absicht, eine in der Gemeinschaft besonders umstrittene Frage nicht frühzeitig negativ festzulegen) versäumt, ihre Hausaufgaben zu machen, aber auch am zähen Widerstand der südlichen Partnerländer, denen das derzeit zügige Verhandlungstempo in einigen Schlüsselbereichen (GNS, TRIPs, Agrar) nicht paßt. Wenig berechenbar ist auch die Haltung von F. Sie reicht von sehr positiv (TRIPs, Agrar, GNS) bis extrem destruktiv (Verhandlungsplan, Globalität). Hier machen sich offensichtlich Abstimmungsprobleme innerhalb der französischen Regierung, das wachsende Außenhandelsdefizit und der beginnende Präsidentschaftswahlkampf bemerkbar.

2) Die USA könnten mit dem bisher Erreichten eigentlich zufrieden sein. Bei den von ihnen forcierten Themen gibt es stärkere Fortschritte, als zunächst erwartet werden konnte. Das gilt auch für das neue Thema TRIPs (Schutz geistigen Eigentums), bei dem die anfänglich festgefügte Front der Kritiker (EL) zu bröckeln beginnt. Beim Thema Landwirtschaft konnten die USA nur mühsam ihre Überraschung über den positiven Ansatz der Gemeinschaft verbergen.

Zwar drücken die USA in vielen Bereichen der UR massiv aufs Verhandlungstempo, sie waren aber andererseits nicht dazu in der Lage, in den für sie kostspieligen Bereichen (Textil, tropische Produkte, Marktzugang) positive Signale zu senden. Ihre stereotype Erklärung, die USA seien in vielen Bereichen in Vorleistung getreten, nun seien zunächst andere VP mit Konzessionen an der Reihe, mag für die klassischen GATT-Themen ausreichen. Ihre Forderungen bei den neuen Themen müßten jedoch durch eigenständige Konzessionsangebote auch in den klassischen Bereichen flankiert werden. Ihre Zurückhaltung führt hier insbesondere bei den EL zunehmend zu Verärgerung.

20 Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights.

3) Für die dritte große Handelsmacht, Japan, sind die Dinge bisher nicht so optimal gelaufen wie in der Tokio-Runde. Durch die geschmeidigere Haltung der EG ist JAN in mehreren Schlüsselbereichen, insbesondere bei Landwirtschaft und bei den tropischen Produkten, stärker als von Tokio gewünscht, unter Druck geraten.

Immerhin wird bei den JAN-Beiträgen das Bemühen deutlich, überall da besonders positive Signale zu setzen, wo es JAN nichts kostet (FOG, TRIPs, TRIMs, GATT-Artikel, GNS). Hier folgt man sehr eng der amerikanischen Linie, um einen Kontrapunkt zur Zurückhaltung in anderen Bereichen (Agrar, Subventionen, Streitbeilegung) zu setzen. Dennoch werden jetzt auch in der UR die innenpolitischen Schwierigkeiten deutlich, mit denen JAN zur Zeit zu kämpfen hat. Die heimische Diskussion um die jüngsten verlorenen Panel-Entscheidungen, der Versuch, die Gemeinschaft im Agrarbereich an „ihre Interessen zu erinnern", die Initiative zur Abhaltung eines Ministertreffens in Japan, sind Zeichen für die Schwierigkeiten Japans, das Konzept von Punta del Este zu Hause durchzusetzen.

4) Die Entwicklungsländer bieten kein einheitliches Bild. Die Forderung nach GATT-Präferenzbehandlung ist ein zu kleiner gemeinsamer Nenner, um auf Dauer als ausschließliche Verhandlungsgrundlage tragen zu können. Das Verhalten der EL zeigt jedoch, daß sie sich nicht als einheitlicher Block verstehen, sondern ihre Interessen je nach Verhandlungsgegenstand definieren können. Dabei gehen sie sogar partiell Koalitionen mit IL ein. Dies hat sich positiv auf die Verhandlungsatmosphäre ausgewirkt.

Die NICs wissen, daß von ihnen in der UR mehr verlangt wird. Sie sind offensichtlich zu Entgegenkommen bereit, wenn gleichzeitig sichergestellt wird, daß sie nicht generell einem Sonderstatus im GATT unterworfen und aus der Gruppe der EL herausgehebelt werden.

Generell kann man sagen, daß die Haltung der EL im Vergleich zur Zeit vor Punta del Este flexibler geworden ist. Das gilt nicht nur für die traditionellen GATT-Bereiche, sondern auch für die neuen Themen GNS und TRIPs. Gerade bei TRIPs sind die EL von der amerikanischen Politik beeindruckt, in Ermangelung von Fortschritten im multilateralen Bereich die einzelnen Länder bilateral unter Druck zu setzen. Dies hat erheblich die Bereitschaft verstärkt, multilaterale Lösungen zu akzeptieren und anzustreben. Generell partizipieren die EL im Vergleich zur Tokio-Runde wesentlich stärker am Verhandlungsprozeß.

Gemäßigte EL beklagen die einseitige Ausrichtung der IL auf die großen und besonders „lautstarken" EL (INI, BRA, AGY, JAM). Sie könnten ihre Stimme im Lager der EL besser zur Geltung bringen, wenn sie stärker zur Kenntnis genommen würden. Das gilt insbesondere für die ASEAN- und die AKP-Staaten.

Die ASEAN-Staaten haben freilich offensichtlich in vielen Bereichen Schwierigkeiten, ihre gemeinsamen Interessen zu definieren, und sind daher bisher als Gruppe wenig in Erscheinung getreten. Insbesondere im Bereich Dienstleistungen und Graduierung hätte man mehr von ihnen erwartet. Dies dürfte an der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur der Staaten liegen.

Die AKP-Staaten haben deutliche Probleme, dem scharfen Verhandlungstempo zu folgen. Ihre Bitte um technische Hilfe wird daher immer dringender. Viele dieser Staaten nehmen seit einiger Zeit praktisch nicht mehr an den Detail-

Verhandlungen teil und melden sich nur noch in der GNG zu Wort. Dies ist um so bedauerlicher, als viele AKP-Staaten der Gemeinschaft in einer Reihe von Punkten näher als andere EL stehen dürften.

Der amerikanische Vorschlag, in den neuen Bereichen TRIPs und GNS von Anfang an mit einer Kodexlösung zu arbeiten, habe diese Staaten zusätzlich entmutigt.

Die Gruppe der lateinamerikanischen Staaten beteiligt sich aktiv und zum Teil durchaus konstruktiv (MEX, ARG, URU, KOL) an der UR. Allerdings ist keine einheitliche Linie festzustellen. Offensichtlich steht dahinter auch das Bemühen, ein Gegengewicht zur starken Stellung von BRA zu schaffen. Bemerkenswert ist immerhin, daß BRA seit dem Ausscheiden von Botschafter Batista weniger dominierend auftritt und konstruktiver mitarbeitet.

[21]Eine starke Stellung innerhalb der UR hat Hongkong. Das liegt aber mehr an der Person ihres Repräsentanten (Cartland) als an ihrem Einfluß als Handelsnation. Die meisten EL betrachten Hongkong und KOR eher als Appendix der IL. Dennoch machen die liberale Haltung Hongkongs beispielsweise im Dienstleistungssektor und die wirtschaftlichen Erfolge, die dabei erzielt werden konnten, auch auf die „gemäßigten" EL Eindruck.

5) Ausblick auf das kommende Verhandlungsjahr 1988

Im Jahr 1988 werden die Weichen für die in Punta vereinbarte „Midterm-Review" auf Ministerebene gestellt. Über Durchführung und Ort (Kanada) dieser Review gibt es keinen Streit. Aber die Frage ist noch ungelöst, wann die Konferenz stattfinden und welches Ziel sie verfolgen soll.[22]

In bezug auf den Zeitpunkt stehen die Vertragsparteien vor einem Dilemma: Der nach dem Zeitplan vorgesehene Termin (Dezember 1988) fällt in den USA genau in die Zeit zwischen Präsidentschaftswahl[23] und Einsetzung einer neuen Regierung[24]. Zwar sollte man den Verlauf der UR nicht von den Wahlen in den einzelnen Ländern abhängig machen (auch in F und voraussichtlich in KAN wird 1988 gewählt). Es wäre aber sicher ein Fehler, politische Veränderungen in der wichtigen Handelsmacht USA einfach zu ignorieren.

Die Signale aus den USA sind zudem nicht einheitlich. Aus dem Kongreß war lange Zeit die Bitte zu hören, die UR aus dem amerikanischen Wahlkampf herauszuhalten. USTR[25] Yeutter wünscht aber eine Midterm-Review Ende 1988, um noch im alten Kongreß das bis dahin in der UR-Runde Erreichte festzuschreiben. Dies ist freilich eine Taktik, die auch Risiken bergen kann. Es könnte sein, daß ein derartiges Vorgehen von einer neuen amerikanischen Administration als unzulässige Festlegung empfunden würde. Andere zur Zeit in Genf in Betracht gezogene Varianten zielen daher darauf ab, die neue US-Regierung möglichst früh im Rahmen der „Midterm-Review" auf die Ziele der UR zu verpflichten. Die Konferenz könnte dann freilich erst im Frühjahr 1989 erfolgen.

21 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2560 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
22 Die Halbzeitkonferenz des GATT fand vom 5. bis 9. Dezember 1988 in Montreal statt. Vgl. dazu AAPD 1988.
23 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.
24 Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.
25 United States Trade Representative.

Was den Inhalt der „Midterm-Review“ anbetrifft, so sind Schwierigkeiten bei einer zu frühen Festlegung zu erwarten. Einige Vertragsparteien, insbesondere die USA, aber – wegen tropischer Produkte entsprechend dem Mandat von Punta auch die EL – sind an einer „frühen Ernte“ (early harvest) im Rahmen der „Midterm-Review“ interessiert. Andere Vertragsparteien, darunter auch Länder der Gemeinschaft (insbesondere F), befürchten, daß im Rahmen einer „frühen Ernte“ das Prinzip der Globalität in Frage gestellt und die alte amerikanische Forderung nach einem „fast track“ bei Agrar durchgesetzt werden könnten.

Man liefe Gefahr, daß bei einer Diskussion um den Inhalt des early harvest bereits in den kommenden Monaten verhandlungstaktische Aspekte die Substanzdiskussion überlagern. Dies gilt um so mehr, als es sogar innerhalb der Gemeinschaft in dieser Frage erhebliche Differenzen gibt.

Bei dieser Interessenkonstellation wird es nicht leicht sein, eine angemessene und für alle Seiten befriedigende Lösung zu finden. Es ist nicht auszuschließen, daß sich die Minister bei ihrem Treffen in Konstanz neben der geplanten Substanzdiskussion erneut mit technischen Fragen der „Midterm-Review“ befassen müssen.

Eine Lösung könnte sein, in den kommenden Monaten zunächst weiter die Substanzdiskussion in den Verhandlungen im Rahmen der allgemeinen Zielsetzung von Punta zu forcieren. Erst in der Mitte des Jahres wäre dann zu untersuchen, welche Elemente der Verhandlungen für eine Festlegung im Rahmen der „Midterm-Review“ in Frage kommen. Daß diese Festlegung nicht als „Abkommen“ konzipiert sein kann, liegt auf der Hand.

Dieses Vorgehen hätte den Vorteil, daß die „Midterm-Review“ möglichst breit angelegt werden kann und damit stärker der Forderung nach Globalität entsprechen würde. Dies setzt freilich voraus, daß sowohl in der Gemeinschaft wie auch auf nationaler Ebene auch die Vorstellungen über Ausgestaltung und über Bandbreite möglicher Kompromisse mit Energie vorangetrieben werden. Fragen über Datum und Inhalt der „Midterm-Review“ müssen im nächsten Halbjahr, also in der Zeit der deutschen EG-Präsidentschaft, entschieden werden.

6) Rolle der deutschen Präsidentschaft

Die Prioritäten der deutschen Präsidentschaft im Rahmen der UR lassen sich aus hiesiger Sicht deshalb wie folgt darstellen:

– Unterstützung der Kommission in ihrem Bemühen, mit konkreten Vorschlägen die Verhandlungen voranzubringen und die Meinung der Mitgliedstaaten in Verhandlungsfragen zu koordinieren.
– Definition der Interessen der Gemeinschaft in den Bereichen, die offensichtlich für frühe Festlegung in Frage kommen. Dies gilt insbesondere für institutionelle Fragen (Streitbeilegung, FOG), aber auch für die Bereiche, ohne die ein Midterm-Paket nicht denkbar ist: Landwirtschaft, Rollback-Maßnahmen, Konzessionen an die EL (bei den tropischen Produkten und beim Marktzugang; Absichtserklärungen zumindest bei Textil und Schutzklausel). Außerdem ist nicht auszuschließen, daß sich in einigen Verhandlungsgruppen einige grundsätzliche Prinzipien bald festlegen lassen. Dazu gehören auch die neuen Themen GNS und TRIPs. Je mehr die IL den EL in ihren Forderungen entgegenkommen, um so umfassender wird ein Midterm-Paket ausfallen können.

– Die Zeit der Präsidentschaft könnte auch genutzt werden, um bilateral auf Länder und Staatengruppen einzuwirken und um auf diese Weise den Verhandlungsprozeß insgesamt voranzubringen. Ein Beispiel wären Gespräche mit den USA über den Textilbereich, aber auch die Pflege von Gruppen wie ASEAN und AKP-Staaten, die von der Gemeinschaft bisher nicht ausreichend wahrgenommen worden sind. Dies würde auch einem ausdrücklichen Wunsch der Kommission entsprechen.
– Fortsetzung der Bemühungen, den breiten Ansatz der Uruguay-Runde zu erhalten und die EL zu animieren, im Rahmen der UR ihre Interessen wahrzunehmen. Die von der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit gewährte „technische Hilfe“ für kleinere EL sollte verstärkt werden. Unsere bisher gewährte Hilfe hatte auch hier in Genf eine ungewöhnlich positive Resonanz. Die Bundesrepublik Deutschland wurde in den Verhandlungen mehrfach ausdrücklich gelobt.
– Ein Erfolg der UR ist ohne Konzessionen der Gemeinschaft insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Schutzklausel und Textil wenig wahrscheinlich. Es wäre sinnvoll, schon heute über mögliche Konzessionen nachzudenken. Je früher die Gemeinschaft Konzessionen anbietet, um so mehr wird sie in den Verhandlungen dafür verlangen können. Da, wo innenpolitische Auswirkungen zu erwarten sind, müßte rechtzeitig über angemessene Kompensationsmaßnahmen nachgedacht werden. Was der Gemeinschaft immer noch fehlt, ist ein „grand design“ für die Verhandlungen insgesamt, was nicht mit einer generellen Festlegung der Verhandlungspositionen gleichzusetzen wäre. Hier könnte die starke Handelsnation Bundesrepublik Deutschland einen entscheidenden Beitrag leisten.

[gez.] Zepter

Referat 411, Bd. 160542

380

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram

201-363.11/12-1706/87 VS-vertraulich **29. Dezember 1987**[1]

Über Herrn Dg 20, Herrn D 2 i. V.[2], Herrn Staatssekretär[3] mit der Bitte um Zustimmung gemäß Vorschlag

Betr.: Umwandlung der Naval On Call Force Mediterranean (NAVOCFORMED) in eine Standing Naval Force Mediterranean (STANAVFORMED)

Anlg.: 1[4]

Vorschlag: Zustimmung zu einer geplanten Initiative des BMVg im Bündnis, eine Standing Naval Force im Mittelmeer zu errichten unter der Voraussetzung, daß eine ständige aktive Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland nicht festgeschrieben wird.

I. BMVg beabsichtigt, im Militärausschuß (MC) der NATO Anfang 1988 initiativ zu werden und die Bildung einer STANAVFORMED vorzuschlagen, in der die Bundesrepublik Deutschland mit einem Schiff aktiv beteiligt ist. Für die in Aussicht genommene Einholung der Billigung dieser Absicht durch BM Wörner hat die Arbeitsebene des BMVg das AA um seine Zustimmung zu dieser Initiative bis zum 11.1.1988 gebeten.

Das BMVg begründet seine Absicht mit folgenden Gesichtspunkten:

1) Im Bündnis gibt es zwei ständig präsente und der NATO direkt unterstellte maritime Verbände. Es sind dies im Befehlsbereich Atlantik die „Standing Naval Force Atlantic" (STANAVFORLANT) und im Befehlsbereich Kanal die „Standing Naval Force Channel" (STANAVFORCHAN).

Im Mittelmeer gibt es als ähnlichen Verband lediglich eine „Naval On Call Force Mediterranean" (NAVOCFORMED), die zweimal im Jahr aktiviert wird. Teil-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram und Legationsrat I. Klasse Burkhardt konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent von Ploetz, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, am 29. Dezember 1987 vorgelegen.

3 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 30. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Bundesminister m[it] d[er] B[itte] um Zustimmung."
Hat Bundesminister Genscher am 13. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Für die Initiative des BMVg gibt es keinen Anlaß – schon gar nicht für D. AM anderer Länder sind regional in der einen oder anderen Weise involviert. Offensichtlich ist BMVg an einer gleitenden Involvierung interessiert, die schließlich ständig wird und über das NATO-Gebiet hinausgreift. Ich habe schwerwiegende Bedenken. 2) Da es sich wiederum um eine sog. Vertretungsvorlage handelt, bitte ich um Wiedervorlage durch D 2 und StS S[udhoff]. Dabei bitte ich, die bisher Beteiligten zur Darlegung der fürsprechenden Gründe zu veranlassen."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 14. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff und an Richthofen verfügte.
Hat Richthofen am 14. Januar 1988 vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für das „SACEUR Force Goal EM 0 55 I" vgl. VS-Bd. 12114 (201).

nehmende Nationen waren bisher US, UK, I, GR und TUR. An der 35. Aktivierung (14.10. bis 16.11.1987) nahm erstmalig die deutsche Marine mit dem Zerstörer „Mölders“, der Fregatte „Niedersachsen“ und dem Versorger „Freiburg“ teil.[5] Die Teilnahme einer Einsatzgruppe der deutschen Marine – bestehend aus fünf Einheiten – ist für die 36. Aktivierung (18.4. bis 20.5.1988) beabsichtigt.

2) Seit vier Jahren besteht ein von SHAPE an US, UK, I, GR und TUR gerichtetes Force Goal EM 055 I, das die Aufstellung einer Standing Naval Force Mediterranean fordert; die angesprochenen Nationen haben die Unterstützung dieses Vorhabens angezeigt (vgl. hierzu DPQ[6]-Replies, Anlage 1).

Das Force Goal wird damit begründet, daß solch eine neue Standing Naval Force NATO-Stärke und Solidarität an der Südflanke des Bündnisses zeigen und eine teilweise Kompensation für Out-of-area-Einsätze der Alliierten bilden würde. Der Ausbildungs- und Abschreckungswert eines solchen Verbandes sei von den bestehenden STANAVFORLANT und STANAVFORCHAN vielfach demonstriert worden.

3) Der Generalinspekteur[7] hat in Randgesprächen über eine mögliche Umwandlung der NAVOCFORMED in eine STANAVFORMED bei seinen Gesprächsteilnehmern (US, UK, NL, I, SP, GR, TUR, SACLANT, SACEUR, CINCHAN) ausschließlich positive, zum Teil auch stark unterstützende Antworten erhalten.

Deutscherseits soll daher die Initiative zur Umwandlung der NAVOCFORMED in eine STANAVFORMED ergriffen werden. Durch eine deutsche Intervention soll das MC bewogen werden, die Umwandlung zu seiner eigenen Sache zu machen. Nach einer angemessenen Zeit der Meinungsbildung und nach Konsultationen soll das MC die notwendige Entscheidung des DPC herbeiführen. Dies könnte frühestens beim nächsten DPC-Ministertreffen (26./27. Mai 1988)[8] erfolgen.

Zur Vorbereitung und um bereits im Vorfeld der Initiative Unterstützung zu erhalten, sollten die drei obersten NATO-Befehlshaber[9] und der Vorsitzende des MC[10] vorab durch den Generalinspekteur informiert werden.

4) Folgende Punkte sprächen für die Umwandlung der NAVOCFORMED in eine STANAVFORMED mit deutscher Beteiligung:

– Stärkung der Solidarität der Allianz;
– Demonstration der europäischen Solidarität (das Mittelmeer wird nicht alleine der US-Navy überlassen);
– Stärkung der Abschreckung an der NATO-Südflanke;
– mögliche stärkere Einbindung spanischer und französischer Marinekräfte in Übungen einer STANAVFORMED;

5 Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.
6 Defense Planning Questionnaire.
7 Dieter Wellershoff.
8 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1988.
9 Lee Baggett (Supreme Allied Commander Atlantic, SACLANT), John R. Galvin (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR), Julian J. R. Oswald (Commander-in-Chief, Allied Command Channel, CINCHAN).
10 Wolfgang Altenburg.

– mögliche Teilnahme anderer Nationen, die bisher nicht an NAVOCFORMED teilnahmen (z. B. NL, CAN);
– STANAVFORMED als teilweise Kompensation für Out-of-area-Einsätze.

Darüber hinaus weist BMVg darauf hin, daß sich die Abstellungen der deutschen Marine gegenüber der bisher bis Juni 1988 vorgesehenen Präsenz vermindern würden, d.h., anstelle einer Einsatzgruppe der deutschen Marine würde zukünftig nur ein deutsches Schiff an der STANAVFORMED teilnehmen.

II. Aus Sicht des AA bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die geplante Initiative des BMVg, insbesondere da es sich hierbei um den Beginn eines Meinungsbildungsprozesses im Bündnis handelt und mit diesem Schritt noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen werden. Die Zustimmung des AA sollte jedoch unter der Voraussetzung erfolgen, daß eine ständige aktive Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an STANAVFORMED nicht festgeschrieben wird, da wir uns die Einsatzoptionen vorbehalten sollten, sofern dies politisch notwendig erscheint. Generell gilt:

1) Standing Naval Forces sind ein deutliches Zeichen der Solidarität der NATO-Staaten, was durch ihre ständige Präsenz und sofortige Verfügbarkeit für die NATO deutlich demonstriert wird. Als „NATO Command Forces" bilden sie auch ein probates[11] Mittel zum Krisenmanagement der Allianz und tragen zum maritimen Teil der Abschreckung bei.

2) Auch in der Vergangenheit wurde die militärische Notwendigkeit einer Standing Naval Force im Mittelmeer nicht bestritten. Die Mittelmeerstaaten, US und UK haben sich aber bisher außerstande gesehen, dem weiter als mit der jährlich zweimal aktivierten NAVOCFORMED entgegenzukommen. Nicht zuletzt durch die Vorgänge im Golf ist jedoch das Erfordernis der Solidarität in der Allianz als auch die Bereitschaft der Nationen, dies anzuerkennen, größer geworden. Diese Bereitschaft zur Solidarität wird durch die dem Generalinspekteur gegenüber gemachten Aussagen der VM von NL[12] (könnte sich zumindest periodische Teilnahme vorstellen) und von SPA[13] (würde an Übungen und Hafenbesuchen teilnehmen) unterstrichen.

Die deutsche Initiative zur Umwandlung der NAVOCFORMED in eine STANAVFORMED hätte nach allen vorliegenden Informationen durchaus Aussicht auf Erfolg, zumal wir als „Nicht-Mittelmeeranrainer" nicht in den Verdacht geraten können, einseitig eigene Interessen zu Lasten anderer Nationen durchsetzen zu wollen.

3) Die Aufgaben der zu bildenden STANAVFORMED sind mit denen der STANAVFORLANT vergleichbar (Sicherung der Seeverbindungslinien, Überwachung der WP-Marinen, Ausbildung). Dabei kommt nach Aussagen der Marine den Ausbildungsmöglichkeiten eine besondere Bedeutung zu, da sich die ozeanographische Beschaffenheit des Mittelmeeres für bestimmte Ausbildungszwecke besser eignet als die der Nordsee oder die der Ostsee und zudem Einrichtungen der Verbündeten mitbenutzt werden können (z. B. Torpedo-Schießanlage in F).

11 Korrigiert aus: „approbates".
12 Willem Frederik van Eekelen.
13 Narcís Serra y Serra.

4) Das Einsatzgebiet der STANAVFORMED würde – wie schon bei NAVOCFORMED – das gesamte Mittelmeer (in area[14]) umfassen. Es steht dennoch nicht zu befürchten, daß STANAVFORMED in der Nähe von Krisengebieten eingesetzt wird, da die De-facto-Einsatzgebiete vom DPC festgelegt werden. So war es in der Vergangenheit ständige Praxis, NAVOCFORMED-Übungen nicht im östlichen Mittelmeer (östlich von Kreta), in der Ägäis und in der Großen Syrte durchzuführen.

5) Voraussetzung für die vom BMVg geplante Initiative ist, daß wir bereit sind, an STANAVFORMED aktiv teilzunehmen; dabei ist auch eine periodische Teilnahme möglich. Angesichts der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden Schiffe sollten wir diese Möglichkeit offenhalten. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, daß durch Einsatzoptionen der Marine in ihrem eigentlichen Einsatzgebiet bereits alle verfügbaren Einheiten gebunden sind.

D 3 i. V.[15] hat mitgezeichnet.

Referat 203 hat mitgezeichnet.

Bertram

VS-Bd. 12114 (201)

381

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-7430/87 VS-vertraulich **Aufgabe: 29. Dezember 1987, 14.25 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4092 **Ankunft: 29. Dezember 1987, 13.38 Uhr**
Citissime

Betr.: Besuch von MP Strauß in der SU vom 28. bis 31.12.1987;
hier: Gespräch mit AM Schewardnadse am 28.12.1987

Zur Unterrichtung

Von MP Strauß noch nicht genehmigt

1) Zusammenfassung

Gespräche von MP Strauß in Moskau begannen am 28.12. nach der Ankunft (17.30 Uhr) mit AM Schewardnadse, der den bayerischen MP zum ersten Besuch

14 Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

15 Hans-Günter Sulimma.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 29. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „014 hat Ablichtung für BM gefertigt." Ferner verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Stüdemann und Legationsrat I. Klasse Grunenberg.
Hat Stüdemann vorgelegen.
Hat Grunenberg am 30. Dezember 1987 vorgelegen.

in der SU herzlich begrüßte und als wichtigen Gesprächspartner im internationalen wie bilateralen Bereich würdigte. In dem Gespräch, an dem ich teilnahm, bewertete Strauß die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen positiv, sah darin aber nur erste Schritte (nur 3 v.H. des Potentials vom INF-Abkommen erfaßt) beim notwendigen Übergang zu einer „neuen Ära" ohne kriegerische oder gewalttätig-revolutionäre Lösungen von Problemen und legte die spezifische deutsche Bedrohungslage dar (im Zielgebiet von strategischen und Kurzstreckenraketen ebenso wie von INF). Im übrigen bewertete er das INF-Abkommen[2] als Lösung primär amerikanisch-sowjetischer Probleme und skizzierte noch einmal die historische Entwicklung seit Beginn der Stationierung der SS-20, wobei er aus letzter Zeit auch seine Meinungsunterschiede mit BK zu PIa erwähnte. AM Schewardnadse zeichnete die sowjetische Linie des Weges zu einer nuklearwaffenfreien Welt, bei dem man auf keinen Fall stehen bleiben dürfe („Kompensationen"). Auf dem Gebiet der bilateralen Beziehungen, die AM Schewardnadse sehr positiv würdigte (kontinuierlicher Briefwechsel GS–BK[3], wichtiger Besuch Genschers[4], Besuch des Bundespräsidenten[5], Fortsetzung dieser Linie jetzt durch Strauß), sprachen sich beide Gesprächspartner insbesondere für Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aus. Strauß verwies in diesem Zusammenhang auf seinen Beitrag bei der Entwicklung der Beziehungen mit der DDR. Der bayerische MP will sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, daß AM Sch. und GS Gorbatschow bei ihren Besuchen in der Bundesrepublik[6] auch in München Station machen.

Er plädierte für Kontinuität der Ausreisemöglichkeiten, doch insbesondere mehr Besuchsreisemöglichkeiten der Rußlanddeutschen. Zum Fall Rust[7] sagte Strauß, er wolle ihn jetzt nicht offiziell ansprechen, worauf Sch. lächelnd erwiderte: „Was Sie hiermit getan haben." Regionale Fragen wurden nur gestreift, Sch. bekräftigte sowjetische Absicht zum Truppenabzug (was schwieriger sei als Einmarsch[8]).

Dauer des offen und in aufgelockerter Atmosphäre geführten Gesprächs: 2 1/2 Stunden.

2) Im einzelnen

AM Sch. begrüßte MP Strauß herzlich zum ersten Besuch in der SU als über die BR Deutschland hinaus bekannten Politiker, dessen Ansichten in der SU bekannt seien, mit dem aber der Dialog trotz unterschiedlicher Standpunkte bei vielen grundlegenden Problemen interessant sei. Nach einem großen Bogen über an-

2 Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

3 Vgl. dazu zuletzt das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 24. November 1987 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; Dok. 335.

4 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

5 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

6 Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.
Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4.

7 Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 242.

8 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

stehende tiefgreifende Veränderungen in Europa und in der Welt, die Gesetze des „neuen Denkens“ und insbesondere die Notwendigkeit der Herstellung einer Balance der Interessen (dies werde Hauptanliegen des Treffens mit Gorbatschow sein[9]) kam Sch. zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, bei denen Strauß als Parteiführer wie als MP bedeutenden Beitrag leisten könne. Sch. sprach von einer „großen Entwicklung“ in den Beziehungen: Abbau des Feindbildes; allmähliche Entwicklung vertrauensvoller guter Beziehungen, für die eine solide Basis in Gestalt der Verträge vorhanden sei. Er bezeichnete den Besuch von Strauß nach dem „kontinuierlichen Briefwechsel“ BK–GS, dem „wichtigen Besuch“ BM Genschers und dem Besuch des Bundespräsidenten als „Fortsetzung einer etablierten Praxis“. In den Beziehungen bestehe noch großes Potential für die Zusammenarbeit: bei der Sicherheitspolitik, auf den Gebieten Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik.

MP Strauß dankte für die Einladung der sowjetischen Regierung. Er führte aus, daß die Nachkriegszeit jetzt zu Ende sei oder jedenfalls zu Ende gehe, daß man derzeit an der Schwelle eines neuen Zeitalters stehe, in dem der Krieg nicht mehr Mittel der Politik sei und Konflikte nicht mehr auf Barrikaden der Revolution oder in Kriegen ausgetragen werden. Auf die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen eingehend, stellte er fest, wenn die jetzt unterzeichneten und zu unterzeichnenden Abkommen ein neues Zeitalter einleiteten, sei dies sicher ein guter Schritt. Aber das INF-Abkommen – wobei er auch seine von BK abweichende Position zu P I a erwähnte – erfasse nur 3 v. H. des Potentials, für 97 Prozent, d. h. alle verbliebenen Raketen – auch die strategischen, auch die Kurzstreckensysteme –, sei (singulär) deutscher Boden Zielgebiet. Ein „neues Zeitalter“ bedeute auch das Verschwinden der Ideologie der Weltrevolution und der Weltherrschaft (wobei er auch „eine Art US-SU-Kondominium“ nicht unerwähnt ließ); es bedeute eine Situation, in der keine Seite mehr vor der anderen Angst habe (worüber er lange mit GS Breschnew gesprochen habe[10]). Der bayerische MP bezeichnete es als seine „felsenfeste Überzeugung“, daß niemand im Westen die SU angreifen wolle. Auch sei er der Überzeugung, daß die SU keine Angriffspläne habe. In diesem Zusammenhang erwähnte er das in Bayern bestehende Sympathiekapital für Gorbatschow und Schewardnadse. Er wies darauf hin, daß er bei der Entwicklung der Beziehung mit Honecker hilfreich gewesen sei, und erklärte sich bereit beizutragen, wenn auf wirtschaftlichem Gebiet etwas für eine engere deutsch-sowjetische Zusammenarbeit getan werden könne. Bei Abbau des Mißtrauens werde COCOM kein Problem mehr sein. Wichtig sei auch die kulturelle Zusammenarbeit.

Sch. erklärte sich mit der These, „der Krieg ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, einverstanden. Die von einem nuklearen Krieg ausgehenden Gefahren habe Tschernobyl[11] gezeigt. INF bezeichnete er als Beginn einer

9 Der bayerische Ministerpräsident Strauß führte am 29. Dezember 1987 ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Vgl. dazu GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 19.

10 Bei seinem Besuch vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik führte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Mai 1978 auf Schloß Gymnich ein Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß. Vgl. dazu den Artikel „Zum Empfang von Strauß ein 15-Minuten-Referat aus Moskau“; DIE WELT vom 8. Mai 1978, S. 3.

11 Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

neuen Ära, wenn nicht statt dessen das Wettrüsten auf andere Gebiete verlagert werde; dann allerdings sei alles umsonst. Ein ICBM-Abkommen könne bei normalem Fortgang unterzeichnet werden. MP Strauß wies nochmals darauf hin, daß für uns als Zielgebiet alle INF durch ICBM ersetzt werden können; das INF-Abkommen löse nur SU-US-Probleme, nicht unsere; es sei nur ein guter Anfang der Vertrauensbildung. AM bezeichnete seinerseits die französischen und britischen Atomwaffen als für die SU „strategisch" (ebenso wie CM und Raketen auf U-Booten), von denen SU umzingelt sei. Er verstehe, daß für die Deutschen die Raketen kürzerer Reichweite von 0 bis 500 km beunruhigend seien, dies gelte aber nicht nur für uns, sondern – wie Tschernobyl gezeigt habe – auch für die SU (nämlich: im weiteren Umkreis von fall-out). Im konventionellen Bereich verwies er auf beiderseitige Ungleichgewichte (einerseits sowjetische Panzer, andererseits westliche Flugzeuge). Das „Kompensationsgerede" bezeichnete er als beunruhigend. Es komme jetzt alles darauf an, beim Prozeß der Abrüstung keine Pausen zuzulassen.

MP Strauß skizzierte die historische Entwicklung: SS-20 – PII – „Psychokrieg" – Andropow-Erklärung vom 28.9.83[12] („kein tatenloses Zusehen der SU beim Aufrüsten des Westens"), Aufbau der sowjetischen INF kürzerer Reichweite[13], Einstieg in Verhandlungen[14].

AM wies auf Inspektionen des INF-Abkommens und Manöverkontrollen als neue Erscheinungen und Grundlagen für Vertrauensbildung hin. Strauß erinnerte daran, daß Gromyko im Januar 1983 die Null-Lösung für unakzeptabel bezeichnet hatte.[15] Nach AM Sch. ist alles kontrollierbar, z. B. auch U-Boot-Raketen, auch der Unterschied zwischen nuklearen und konventionellen Marschflugkörpern; es gehe nur noch um den Willen zur Abrüstung. Dies gelte auch für chemische und für konventionelle Waffen. Grundlage weitreichender Abrüstung sei Verständigung über militärische Doktrinen.[16]

Auf die Frage von Strauß, ob für die SU der Abzug eines Teiles der US-Streitkräfte aus Europa wünschenswert sei, beschränkte sich Sch. auf den Hinweis, daß Gorbatschow 1986 in Ost-Berlin für Streitkräfteabzug und Stützpunktauflösung plädiert habe.[17]

MP Strauß sprach sich – unter Anerkennung der vermehrten Ausreisen – für mehr Reisemöglichkeiten der Rußlanddeutschen aus (im Hinblick auch auf Verbleiben in der SU). AM hierzu: Er habe sich die Ausführungen von MP Strauß

12 Korrigiert aus: „23.9.1983".
Für den Wortlaut der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 28. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 4–7.

13 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

14 Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 101 und Dok. 106.

15 Vgl. dazu die Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1983 vor der Presse in Bonn während seines Besuchs vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik; EUROPA-ARCHIV 1983, D 140 f. (Auszug). Zum Besuch vgl. AAPD 1983, I, Dok. 10 und Dok. 15.

16 Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts über Militärdoktrinen auf seiner Tagung am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 392–394.

17 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem XI. Parteitag der SED am 18. April 1986 in Ost-Berlin vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 404–415. Vgl. dazu auch AAPD 1986, I, Dok. 114 und Dok. 131.

notiert. Man sei in SU dabei, diese Fragen zu überdenken, verwies aber auf Berner KSZE-Treffen[18], das von USA torpediert worden sei.

Zu Afghanistan beteuerte Sch., daß der Abzug beschlossen sei und nach Festschreibung des vierten Punktes des Cordovez-Planes in Genf beginnen werde. Zu Afrika wies MP Strauß darauf hin, daß das diesbezügliche sowjetische Engagement der SU nur Kosten, aber keine Erfolge gebracht habe. Sch. machte demgegenüber die abweichende sowjetische Auffassung geltend (Unterstützung von Befreiungsrevolution gegen den Kolonialismus). Es gebe überall eine Tendenz zu nationaler Aussöhnung, auch in Nicaragua. In Afghanistan sei die Lage besser geworden (vier Parteien, Kapitalisten, Stämme Geistlichkeit). Zu Kambodscha verwies er auf die Gespräche Hun Sen – Sihanouk.[19]

Nochmal auf die bilateralen Beziehungen eingehend, plädierte Sch. für „neue Formen der Zusammenarbeit". Er wies auf die Unterschiedlichkeit der Systeme und die in der SU laufenden „großen Reformen" hin. Die sowjetische Wirtschaft beginne sich anzupassen. Die Zusammenarbeit mit Finnland laufe gut. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung: „Wir können unsere internen Fragen ohne Sie lösen, besser aber gemeinsam."

Der bayerische MP wies darauf hin, daß, auch wenn es sich nicht um Übernahme der Demokratie in der SU handele, so doch der wissenschaftlich-technische Wandel an den Menschen und der Gesellschaft nicht vorbeigehe. Nach Sch. gehe es nun um Zusammenarbeit und das Beiseitelegen ideologischer Streitigkeiten, so daß die Völker selbst entscheiden können. SU sei zu Kooperation bereit. Sch. ließ dabei am Rande aber doch noch einmal den Argwohn anklingen, daß der Westen mit den COCOM-Listen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der SU hemmen wolle.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13474 (213)

18 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

19 Der frühere König und Staatschef Sihanouk und Ministerpräsident Hun Sen trafen vom 2. bis 4. Dezember 1987 in Fère-en-Tardenois bei Reims zu Gesprächen zusammen.

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den ägyptisch-israelischen Beziehungen unter „Ägypten“ und dort beim Unterschlagwort „Israel“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu internationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „USA–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer internationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 190 bzw. von Seite 3 bis 964, **Band II** von Dokument 191 bis 381 bzw. von Seite 965 bis 1940.

Abkommen und Verträge

– Vertrag vom 28.6.1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles)
S. 918, 1395

– Vertrag vom 10.9.1919 zwischen Österreich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Saint-Germain)
S. 918

– Vertrag vom 16.4.1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Vertrag von Rapallo)
S. 436, 456, 1006, 1058

– Friedensvertrag vom 24.7.1923 zwischen dem Britischen Reich, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Rumänien, dem Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staat und der Türkei (Vertrag von Lausanne)
S. 1495[5]

– Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege
S. 1565

– Abkommen vom 29.9.1938 zwischen dem Deutschen Reich, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, Frankreich und Italien über die Abtretung sudetendeutscher Gebiete an Deutschland (Münchener Abkommen)
S. 502

– Londoner Abkommen vom 14.11.1944 zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über das Kontrollsystem in Deutschland (Londoner Protokoll)
S. 1230[28]

– Charta der Vereinten Nationen vom 26.6. 1945
siehe unter: VN

– Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 30.10.1947
S. 363

– Brüsseler Verträge vom 17.3.1948 zwischen der Französischen Republik, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, dem Königreich Belgien, dem Königreich der Niederlande und dem Großherzogtum Luxemburg
S. 1081[13]

– Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949
S. 275, 1081, 1422

– I. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde
S. 219, 1128, 1653

– II. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See
S. 219, 1128, 1653

– III. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen
S. 219, 1128, 1653

– IV. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
S. 1128, 1653

– Abkommen vom 6.7.1950 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze (Görlitzer Abkommen)
S. 1308

– Konvention vom 4.11.1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
S. 168, 169[13], 173, 472[14+15]

– Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag)
S. 329

– Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)
S. 275

– Abkommen vom 28.7.1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention)
S. 756

– Abkommen vom 20.9.1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen)
S. 1293

– Vertrag vom 26.5.1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Generalvertrag)
S. 1800 f., 1802[16]

– Vertrag vom 27.5.1952 über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG-Vertrag)
S. 1800

– Vertrag vom 27.5.1952 zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft
S. 1800[9]

– Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)
S. 133 f., 609[17]

– Haager Übereinkommen vom 1.3.1954 über den Zivilprozeß
S. 893[30]

– Vertrag vom 23.10.1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag)
S. 275

– Vertrag vom 23.10.1954 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag)
S. 1800 f., 1847[14]

– Vertrag vom 23.10.1954 zur Regelung der aus Krieg und Besatzung entstandenen Fragen (Überleitungsvertrag)
S. 1799–1801, 1803[21]

– WEU-Vertrag vom 23.10.1954
S. 104, 528, 1004[10], 1054[8], 1081

– Vertrag vom 14.5.1955 zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Pakt)
S. 971, 1081

– Vertrag vom 15.5.1955 zwischen den Vier Mächten und der Republik Österreich betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Österreichischer Staatsvertrag)
S. 595

– Kulturabkommen vom 17.5.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland
S. 954[13]

– Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge

– Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge

– Zusatzabkommen vom 3.8.1959 zum Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen
S. 275

– Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen
S. 136, 179[15], 183, 980

– Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag)
S. 22, 138, 735[3], 1118, 1208, 1215[4], 1387 f., 1407, 1493, 1583, 1587, 1591 f., 1595, 1606[7], 1616, 1644, 1714, 1809

– Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei
S. 115[29], 471–476, 694 f., 1095[5], 1098 f.

– Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über bürgerliche und politische Rechte
S. 168, 170, 1464[8], 1495[5]

– Fakultativprotokoll vom 19.12.1966 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte
S. 168, 173[24]

– Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
S. 892[24]

– Protokoll vom 31.1.1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
S. 756

– Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)
S. 563 f., 1004[10], 1246, 1328, 1563

– Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)
S. 48 f., 114, 195, 201, 652, 661[2], 848, 891, 1003, 1006 f., 1020, 1032 f., 1058 f., 1223[7], 1250, 1252, 1295, 1349, 1353[33], 1428, 1430, 1510, 1701

– Zusatzprotokoll vom 23.11.1970 zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei für die Übergangsphase der Assoziation
S. 115[29], 471[6], 472

– Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)
S. 48 f., 652, 848, 913[1], 915, 917[18], 918 f., 1032 f., 1058, 1252, 1326 f., 1908[17]

– Übereinkommen vom 16.12.1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen
S. 1904[13]

– Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
S. 31[12], 38[8], 39, 114, 132[6], 135 f., 257, 652 f., 661[2], 664[12], 891, 893[31], 1032, 1224, 1252, 1696[25], 1701, 1747, 1846

– Übereinkommen vom 23.9.1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt
S. 1904[13]

– Luftverkehrsabkommen vom 11.11.1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 1801

– Interimsabkommen vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT I)
siehe unter: SALT

– Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)
siehe: ABM-Vertrag

– Abkommen vom 2.7.1972 zwischen Indien und Pakistan über die bilateralen Beziehungen (Abkommen von Simla)
S. 452[6]

– Vertrag vom 21.12.1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grundlagenvertrag)
S. 48 f., 652, 661[2], 848, 1020, 1058, 1223 f., 1230[28], 1232, 1252, 1277, 1294, 1296

– Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit
S. 39[11], 893[29]

– Protokoll vom 8.8.1973 über den Beitritt Ungarns zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 30.10.1947
S. 363

– Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)
S. 48 f., 652, 668, 848, 1032 f., 1058, 1252

– Übereinkommen vom 14.12.1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention)
S. 1904[13]

– Übereinkommen vom 22.3.1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (Helsinki-Übereinkommen)
S. 1325[9]

– Vertrag vom 3.7.1974 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche
S. 575, 576[5], 1321[10], 1361, 1838 f.

– AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28. 2.1975
S. 1096[12]

– Abkommen vom 11.5.1975 zwischen der EWG und dem Staat Israel über die

schrittweise Einführung einer Freihandelszone
S. 357[41]

– Übereinkommen vom 30.5.1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation
S. 55

– Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung eines Finanzkredits
S. 1852[23]

– Ausreiseprotokoll vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
S. 1852[23]

– Prinzipienerklärung vom 14.11.1975 des Königreichs Marokko, der Islamischen Republik Mauretanien und des Spanischen Staates zur Westsahara
S. 856[2]

– Kooperationsabkommen vom 25.4.1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik
S. 99[8], 357[41]

– Kooperationsabkommen vom 26.4.1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
S. 99[8]

– Kooperationsabkommen vom 27.4.1976 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko
S. 99[8], 357[41], 1092[47]

– Vertrag vom 28.5.1976 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken
S. 575, 576[5], 1321[10], 1361, 1838 f.

– Kooperationsabkommen vom 18.1.1977 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien
S. 99[8]

– Kooperationsabkommen vom 18.1.1977 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten
S. 99[8]

– Kooperationsabkommen vom 18.1.1977 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien
S. 99[8]

– Kooperationsabkommen vom 3.5.1977 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik
S. 99[8]

– I. und II. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949
S. 219–222, 1653 f., 1753 f., 1758[35]

– Abkommen vom 6.5.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie
S. 1432, 1510

– Auslieferungsvertrag vom 20.6.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika
S. 546[10], 548[13], 983[9]

– Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel
S. 164[25], 1826[4], 1827[7]

– Vertrag vom 18.6.1979 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)
siehe unter: SALT

– Zweites AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31.10.1979 (Lomé II)
S. 1096[12]

– Internationales Übereinkommen vom 18. 12.1979 gegen Geiselnahme
S. 172, 1904[13]

– Lancaster-House-Abkommen vom 21.12. 1979 über Südrhodesien
S. 1627

– Kooperationsabkommen vom 7.3.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Mitgliedsländern des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN)
S. 1638[6]

– Kooperationsabkommen vom 2.4.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
S. 357[42]

– Abkommen vom 25.3.1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über soziale Sicherheit
S. 856

– Abkommen vom 15.4.1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg (Wartime Host Nation Support Agreement)
S. 274

– Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982
S. 56, 530[30]

– Abkommen vom 16.3.1984 zwischen der Volksrepublik Mosambik und der Republik Südafrika über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen)
S. 1618[21], 1627, 1634[52]

– Drittes AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 8.12.1984 (Lomé III)
S. 358, 1096[12]

– Übereinkommen vom 10.12.1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (VN-Folterkonvention)
S. 167 f., 173[24]

– Übereinkommen vom 14.6.1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Übereinkommen)
S. 359, 756–758, 1416[24], 1902

– Protokoll vom 8.7.1985 zum Übereinkommen vom 13.11.1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (Helsinki-Protokoll)
S. 1242[28], 1325[9], 1877[21]

– Kooperationsabkommen vom 12.11.1985 zwischen der EWG einerseits und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama andererseits
S. 155, 1312

– Einheitliche Europäische Akte und Schlußakte vom 17. bzw. 28.2.1986
siehe unter: EG

– Vertrag vom 12.4.1986 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 1327

– Vertrag vom 30.4.1986 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 1327, 1413[12]

– Abkommen vom 6.5.1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit
S. 39, 1225, 1292

– Abkommen vom 22.7.1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 38 f., 789[6], 891, 1019, 1695[17], 1702

– Abkommen vom 22.4.1987 zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und dem Staatskomitee für die Nutzung der Atomenergie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie
S. 641, 889, 1024

– Abkommen vom 23.4.1987 zwischen der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Gesundheitswesen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft
S. 641, 889, 1024

– Abkommen vom 4.5.1987 zwischen dem Bundesminister für Ernährung, Land-

wirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland und dem Staatskomitee für den agroindustriellen Komplex der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung
S. 641, 889, 1024

– Ergänzungsprotokoll vom 23.7.1987 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei
S. 1096, 1099

– Übereinkommen von Guatemala vom 7.8. 1987 (Friedensabkommen für Zentralamerika)
S. 1162–1164, 1471–1474, 1512, 1856[52]

– Abkommen vom 8.9.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes
S. 1225, 1291

– Abkommen vom 8.9.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes
S. 1225, 1291, 1325[9]

– Abkommen vom 8.9.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik
S. 1225

– Abkommen vom 15.9.1987 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Errichtung von Zentren zur Verringerung des Risikos eines Nuklearkrieges
S. 576, 1306[8]

– Vereinbarung vom 5.10.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes
S. 1325[9], 1877

– Abkommen vom 7.10.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren
S. 1413[15]

– Abkommen vom 7.10.1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung
S. 1413

– Abkommen vom 8.12.1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen
S. 1826[2], 1842, 1850 f.

– Vertrag vom 8.12.1987 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung von Flugkörpern mittlerer und kürzerer Reichweite (INF-Vertrag)
Dok. 360 und S. 1662, 1666 f., 1733, 1738–1740, 1742, 1749–1751, 1770, 1774 f., 1782–1785, 1817–1819, 1822, 1837, 1858, 1861, 1864–1868, 1873 f., 1879, 1885, 1897 f., 1906, 1937–1939

– Übereinkommen vom 11.12.1987 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Italienischen Republik, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (MBCA)
S. 1520, 1522 f., 1687–1689, 1785, 1802, 1863, 1866 f., 1874

– Freihandelsabkommen vom 22./23.12.1987 bzw. 2.1.1988 zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika
S. 1927

ABM-Vertrag
Dok. 24 und S. 55–57, 69[6], 70–74, 91, 159, 184, 185[4], 197, 247–249, 251, 262 f.,

267–273, 279f., 283, 285, 287, 326, 344[8], 417, 419, 421, 514, 575, 619, 638, 653f., 672, 674, 675[13], 722–724, 753, 1005, 1022, 1086, 1160f., 1306, 1342–1344, 1350, 1352, 1377, 1425, 1498, 1504–1506, 1527, 1548, 1550, 1563, 1704, 1736, 1749, 1775, 1777, 1823, 1838f., 1843, 1858f., 1861, 1868

Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 223[1], 224, 477–479, 672, 689[1], 705, 879, 882, 1182–1188, 1297, 1626

– ASAT (Anti-Satelliten-Systeme)
S. 1185, 1304

– Biologische Waffen
S. 1004[10]

– Bulgarien
S. 1084[4], 1724, 1898[23]

– Bundesrepublik Deutschland
S. 3f., 23, 47f., 74, 146, 197, 226f., 395, 399, 401, 407, 410, 416, 419–421, 433, 435f., 441, 477–479, 501, 572, 599, 604, 628, 641f., 664f., 673, 679, 691[6], 736[6], 738–740, 746, 814f., 829, 836, 877f., 887–889, 891, 892[26], 914, 989, 1004, 1016f., 1019, 1021f., 1024, 1031f., 1043f., 1048, 1056[7], 1087f., 1119, 1122–1124, 1188, 1199, 1204, 1208, 1224, 1227, 1231, 1245f., 1250[24], 1291, 1294f., 1322, 1324, 1326–1329, 1347, 1348[11], 1349, 1352f., 1394, 1397, 1408, 1427f., 1445, 1485, 1510, 1596, 1598, 1606, 1616, 1655, 1704, 1742[4], 1751, 1754, 1756–1758, 1812, 1814, 1817, 1819, 1874, 1897

– Chemiewaffenfreie Zone
S. 417, 420, 539, 655, 670, 1228f., 1247f., 1328, 1724, 1840, 1898

– Chemische Waffen
siehe: Chemische Waffen

– Conference on Disarmament (CD)
Dok. 233 und S. 4, 84, 127, 141[5], 142–144, 211, 311[11], 417, 531f., 650, 655, 670, 679[31], 840, 1134[37], 1249, 1351–1353, 1501, 1562–1564, 1654, 1655[10+11], 1704, 1756f., 1814, 1817, 1819, 1860[13], 1862, 1865f., 1897

– ČSSR
S. 416[5], 422, 652, 655, 670, 736[6], 746[19], 1247f., 1724, 1742[4], 1898[23]

– DDR
S. 416, 420, 422, 539, 655, 670, 736[6], 746, 1087, 1227f., 1232, 1247f., 1250[24], 1291, 1294, 1325, 1724

– Frankreich
S. 23, 432, 434, 438, 477–479, 739f., 829, 834[1], 877f., 948, 1119, 1122–1124, 1204, 1206, 1208, 1492, 1597f., 1606, 1655[10], 1757

– Genfer Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen
siehe: Genfer Verhandlungen

– Großbritannien
S. 25, 477–479, 592f., 628, 740, 948, 1086, 1088, 1184, 1361, 1757

– INF-Verhandlungen
siehe: INF-Verhandlungen

– Italien
S. 1812, 1814, 1819, 1865

– Kernwaffenfreie Zone
S. 24, 165[30], 416, 419f., 422, 539, 614, 655, 670, 736, 746, 748[29], 788[3], 1228f., 1248, 1325, 1447, 1507, 1724, 1859, 1898

– Kontrolle von Exporten nuklearfähiger Trägertechnologie
Dok. 94

– Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK)
siehe: Konventionelle Rüstungskontrolle

– MBFR-Verhandlungen
siehe: MBFR

– NATO
S. 3–5, 162[18], 914, 1291, 1478, 1596f.

– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 1181–1183, 1185–1188, 1757

– Nichtverbreitung von Kernwaffen
S. 562–565, 1179

– Nuclear risk reduction
S. 1306

– Polen
S. 536, 599, 604, 736, 748, 917, 993, 1145[31], 1185, 1229, 1248, 1324–1326, 1328f., 1393, 1487[6], 1724, 1805, 1859, 1898[23]

– Radiologische Waffen
S. 1179, 1187, 1654f., 1756

– Rumänien
S. 1724, 1898

– SCC (Standing Consultative Commission)
S. 267, 280, 326, 619

– Schweden
S. 1185, 1654f., 1756f.

– Strategic Arms Limitation Talks
siehe: SALT

– UdSSR
S. 3 f., 23, 34, 75, 90, 197, 227, 283–285, 308, 376 f., 399, 410, 420, 424, 478 f., 502, 514, 575 f., 582, 637–641, 651, 653, 666, 673, 679, 691[6], 736, 746, 773, 796, 866 f., 886, 888, 891, 892[26], 946, 950[2], 1005, 1016 f., 1019, 1021 f., 1024, 1035, 1044 f., 1180 f., 1183[14], 1199, 1224, 1227, 1229, 1246, 1249, 1285, 1312, 1319, 1327, 1347–1350, 1353, 1361, 1409, 1426 f., 1431, 1446 f., 1492[11], 1501, 1511, 1645, 1693, 1749 f., 1822, 1837–1840, 1859, 1898, 1937 f.

– Umfassendes Teststoppabkommen (Comprehensive Test Ban, CTB)
S. 90, 283, 417, 419 f., 514, 575, 638 f., 812, 1179, 1181–1183, 1321, 1353, 1361, 1426, 1749, 1838 f., 1898

– USA
Dok. 102 und S. 34, 72, 75, 160, 166, 286, 377, 420, 477–479, 575 f., 628, 639, 650, 666, 716, 836, 888, 1005, 1021 f., 1045, 1180, 1182[12], 1184–1188, 1224, 1227, 1246, 1249, 1312, 1319, 1327, 1353, 1361, 1396 f., 1409, 1426 f., 1431, 1443, 1492[11], 1501, 1598, 1655[10], 1749–1751, 1757, 1837–1840, 1898, 1937 f.

– Verbot von Angriffen auf Nuklearanlagen
Dok. 325, 344

– Verhütung des Nuklearkrieges
S. 1179, 1183

– VN
S. 1756, 1757[24]

– Volksrepublik China
S. 374, 376, 478 f., 1043–1045, 1048, 1185, 1186[23]

– Warschauer Pakt
S. 653, 773, 807, 1227, 1291, 1757, 1898

Afghanistan
siehe außerdem:Chemische Waffen, Flüchtlings- und Asylpolitik, VN

Dok. 6, 181 und S. 166, 315, 317[46], 376, 655 f., 729, 771, 812, 842, 863 f., 867, 883, 885, 891, 892[26], 1018[13], 1043, 1063[33], 1084, 1113, 1309–1311, 1319[4], 1447, 1470, 1500, 1692[7], 1734 f., 1758, 1779, 1843 f., 1861, 1865, 1869, 1875, 1878 f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 91 und S. 32 f., 376, 379, 656, 909–912, 1084, 1113, 1309[2], 1485, 1862, 1879

– EG/EPZ
S. 166, 239, 244 f., 361, 452–454, 908[3], 1820

– Frankreich
S. 454, 728[2], 729, 842, 867

– Großbritannien
S. 454, 842, 1084, 1822

– Iran
S. 911[7], 1113, 1310 f.

– Pakistan
S. 244, 452–454, 729, 842, 908[3], 1084, 1735[21], 1861

– Syrien
S. 1309 f.

– UdSSR
S. 7, 32 f., 97, 123, 166, 239, 244 f., 314 f., 376, 379, 451–454, 656, 728[2], 744, 793, 841 f., 867, 885, 889, 909–911, 972, 1043, 1045, 1084, 1113, 1278, 1309[2], 1500 f., 1735, 1822, 1825, 1843 f., 1861, 1869, 1878 f., 1937, 1940

– USA
S. 245, 315, 453, 841, 908–912, 1084, 1735, 1825, 1861, 1879

– Volksrepublik China
S. 376, 379, 1045, 1084

Afrikapolitik der Bundesregierung
S. 387 f., 681[2], 685, 687, 1614, 1618 f., 1833, 1940

Ägypten
siehe außerdem: Arabische Liga, Nahost-Konflikt

Dok. 361 und S. 96, 163, 479, 503, 505 f., 563, 595, 937, 1182[12], 1311, 1382, 1675, 1829

– Bundesrepublik Deutschland
S. 174 f., 506, 1169, 1341[12], 1812[2], 1826–1830

– EG/EPZ
S. 361[10], 847[26], 1829

– Irak
S. 1382, 1676, 1685, 1826[4]

– Iran
S. 1515, 1828

– Israel
S. 164[26], 390[14], 503, 505 f., 847, 935, 937

– Jordanien
S. 390[14], 505, 1680, 1830

– UdSSR
S. 1828 f.

– USA
S. 163, 895, 1499[17], 1828 f.

AIDS
Dok. 80 und S. 359, 741, 879, 885

Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
S. 1210 f.

Albanien
S. 394, 649, 962, 1476, 1483–1485

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 30, 290, 292 und S. 1853

– Griechenland
S. 1483, 1907[13]

– Jugoslawien
S. 394, 1476, 1484, 1853

Algerien
siehe außerdem: Nahost-Konflikt, Terrorismus

S. 656[34], 688, 982, 856[2], 998–1000, 1382, 1675 f., 1826 f., 1883[7], 1904

– Bundesrepublik Deutschland
S. 982, 1901[1], 1904

– EG/EPZ
S. 361[10]

– Frankreich
S. 659, 1015

– Iran
S. 1536[8]

– Israel
S. 1001

– Libanon
S. 1710, 1713

American Bankers Association
S. 17, 20

American Institute for Comtemporary German Studies (AICGS)
S. 1109[12]

American Jewish Committee
S. 1107, 1108[7]

American Jewish Congress
S. 986–988

American National Standards Institute
S. 17

American Physical Society
S. 1549[8]

Amnesty International
S. 1201 f., 1366 f., 1370 f.

Angola
siehe außerdem: Namibia-Frage, VN

S. 7, 292, 295, 655, 1090, 1529, 1532, 1647, 1649

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 303 und S. 135, 1735, 1739, 1831–1833

– Kuba
S. 296, 1528, 1530 f., 1650, 1735, 1831[2], 1833

– Südafrika
S. 165 f., 295 f., 1452, 1528[3], 1529–1531, 1649 f., 1831–1834

– UdSSR
S. 296, 1649 f., 1831[2]

– UNITA
S. 295 f., 1529, 1531, 1831[2], 1833

– USA
S. 166, 295 f., 1528, 1530 f., 1650, 1735, 1833

Anti-Defamation League of B'nai B'rith (ADL)
S. 986

Arabische Liga
siehe außerdem: Iran, Nahost-Konflikt

S. 99[8], 241, 256, 847, 1127–1129, 1131, 1135, 1196, 1348[9], 1674, 1710, 1739, 1817, 1826 f.

– Ägypten
S. 1448, 1639, 1674[4], 1675, 1679, 1685

– Bundesrepublik Deutschland
S. 1127[13], 1129, 1131

– Jordanien
S. 1674 f., 1739

– Libyen
S. 1196, 1674, 1679

– Syrien
S. 99[8], 1674[4]

Argentinien
siehe außerdem: VN, Zentralamerika-Politik

S. 153[4], 217[8], 258, 515[9], 711[7], 749 f., 813[21], 850 f., 883, 1182[12], 1183, 1185, 1364[20], 1382, 1882

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 149, 320 und S. 479, 1899[32]

– UdSSR
S. 1424[7], 1499[18]

ASAT (Anti-Satelliten-Systeme)
siehe unter: Abrüstung

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)
siehe außerdem: Japan, Kambodscha, Vietnam, Volksrepublik China
S. 743, 745[13+16], 746, 854, 883, 932, 991[10], 1264–1266, 1268f., 1271,1273, 1929
– Bundesrepublik Deutschland
S. 883[28], 990, 1269, 1271f., 1275
– EG/EPZ
S. 235[13], 364, 813[21], 924, 1098[12], 1264[14], 1269, 1271f., 1276, 1638[6], 1932
– Indonesien
S. 1263, 1265, 1267, 1271, 1273, 1275
– Philippinen
S. 1268, 1271, 1273
– Singapur
S. 1263, 1266f., 1271, 1273, 1277
– Thailand
S. 1263, 1266f., 1269, 1273, 1277
– VN
S. 1269, 1275
– Volksrepublik China
S. 990

Aspen Institute Deutschland e.V.
S. 312, 599, 605, 612, 1331

Asylpolitik
siehe: Flüchtlings- und Asylpolitik

Äthiopien
S. 339[2], 340f., 685, 1735

Atlantic Treaty Association
S. 1768

Australien
siehe außerdem: Chemische Waffen, VN
S. 181, 183, 384, 479, 581, 699[8], 752[6], 813[21], 843[11], 844[18], 905, 1182[12], 1088, 1264[12+13], 1277, 1319[4], 1382, 1883[7], 1926[15]

Bahrain
S. 991, 1332[3], 1514[5], 1826[4], 1903[11], 1904

Bangladesch
S. 452[6], 883

Banque de France
S. 1388–1390

BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)
S. 504

Belgien
siehe außerdem: Chemische Waffen, EG, EPZ, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, SDI, VN, WEU
S. 91, 231[19], 240, 245f., 371, 385, 472[15], 530, 595, 626f., 633, 635, 699[8], 966, 1184, 1253, 1314[16], 1336, 1461, 1581[21], 1740, 1870[7], 1883[7]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 125 und S. 293, 381, 404, 431, 756, 1123, 1261, 1416[24]
– Niederlande
S. 530, 1740
– Polen
S. 867, 1326[18]
– UdSSR
S. 239f., 245, 300, 322, 453[8], 454, 674[10], 979f., 1522, 1686[3]
– USA
S. 239, 244f., 250[3], 263[11], 279[2], 288, 300, 372, 595, 858f., 1687, 1874[7]
– Zaire
S. 292, 385, 633, 634[23]

Benin
S. 854[57]

Bergedorfer Gesprächskreis
S. 437[22], 892[21+26]

Berlin
S. 37f., 40, 60, 168, 224, 317[46], 484f., 501, 653, 757, 775, 817, 955, 1101[18], 1109, 1224f., 1235, 1238, 1289, 1293f., 1322, 1446[19], 1529[5+6], 1844–1847
– 750-Jahrfeier
Dok. 5, 16, 70, 112, 131 und S. 257f., 316, 421[21], 571f., 1790, 1845
– Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5.4.1986
siehe unter: Terrorismus
– DDR
S. 29, 37, 64–68, 113f., 257, 335–338, 339[12], 387, 421[21], 565–567, 571f., 661–664, 1142[21], 1230, 1236f., 1241f., 1294, 1308[8], 1847f.
– Drei Mächte
S. 29–31, 36[4], 37f., 40, 64–68, 114, 258, 316, 336, 338, 565–567, 572, 834, 1173f., 1241[22], 1696, 1745, 1747, 1800–1802, 1844[3], 1845–1847

– EG
S. 456, 893[31]
– Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge
S. 38 f., 168, 789, 1701
– Frankreich
S. 24, 66–68, 113 f., 710, 826, 1253, 1745 f., 1847
– Großbritannien
S. 37, 65–68, 113, 826, 1173[4], 1175, 1358, 1745 f., 1847
– Libyen
S. 43[7], 1460
– NATO
S. 30, 316
– Polen
S. 1326[18], 1327[21]
– RGW
S. 893[31]
– Rumänien
S. 135 f.
– Syrien
S. 256[36]
– UdSSR
36[4], 37–40, 67, 162[18], 662–664, 789, 826, 890 f., 893, 1025, 1173, 1241, 1353[34], 1354, 1692–1696, 1745–1747, 1752, 1802
– Ungarn
S. 1413, 1416[26], 1417
– USA
Dok. 168, 342 und S. 36[4], 37, 43[7], 66–68, 161 f., 571 f., 1046, 1568[7], 1752, 1844–1846
– Vier-Mächte-Verantwortung
S. 1173–1175, 1224, 1241 f., 1696[25], 1745, 1747, 1846

Bewegung blockfreier Staaten
S. 377, 392, 395 f., 397[11], 522, 682[3], 685, 882[23], 935, 1128, 1364[21], 1471, 1474, 1628, 1678, 1832

Bhutan
S. 1117

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz
S. 1108

Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.
S. 1472[12]

Bolivien
S. 657[1], 712[9]

Bonner Vierergruppe
S. 30 f., 36[4], 37, 114, 565, 1745 f., 1802, 1803[21], 1844–1846, 1894[12]

Botsuana
S. 165 f., 295 f., 655, 1090, 1452, 1529[5], 1626[38]

Brasilien
siehe außerdem: VN, Zentralamerika-Politik
S. 153[4], 258[45], 385, 479, 515[9], 1364[20], 1382, 1424[7], 1499[18], 1649, 1899[32]

Brot für die Welt. Diakonische Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Kirchen in Deutschland
S. 1472[12]

Brunei
S. 1268

Bulgarien
siehe außerdem: Abrüstung, KSZE, VN, Warschauer Pakt
S. 67[12], 76, 376, 378, 788, 790, 812, 868, 1331, 1361, 1721, 1823, 1867, 1877
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 158 und S. 135, 377, 748, 892[24], 914, 1047, 1084, 1087, 1131, 1231, 1233, 1326, 1361, 1376, 1413[15], 1470, 1513, 1811, 1877
– Türkei
S. 867, 1867
– UdSSR
S. 161, 376, 378, 748, 792, 867 f., 1047, 1084, 1470, 1723 f., 1811, 1867, 1877
– Volksrepublik China
S. 376, 1046[20]

Bund der Vertriebenen
S. 48

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
S. 171[17]

Bundesamt für Wirtschaft (BAW)
S. 1077, 1103, 1381, 1449[30]

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
S. 1116[7]

Bundesanwaltschaft
S. 182, 500[4], 503[12], 1104

Bundesbank
siehe: Deutsche Bundesbank

Bundesbaudirektion
S. 802[2]

Bundesfinanzhof
S. 158

Bundesgrenzschutz
S. 51f., 171[17], 802[2]

Bundeskabinett
S. 43[2], 171[18], 256[36], 349[6], 354f., 741, 755, 882[21], 983[9], 1090[34], 1150, 1236[9], 1457, 1719[28], 1762, 1809[12]

Bundeskanzleramt
S. 31, 38–40, 100, 109[10], 162, 181, 297[1], 477[6], 499[3], 567, 697, 709[2], 798[1], 808, 824, 896f., 907, 913[1], 928, 933f., 988[1], 1039f., 1042[9], 1124[19], 1174f., 1203, 1209f., 1215[4], 1217, 1237[10], 1241[22], 1244[4], 1290, 1391[1], 1399[8], 1400, 1435[2], 1545, 1546[5], 1570, 1652, 1697, 1699, 1745[8], 1765[19], 1797[12], 1844[3], 1889[1]

Bundeskriminalamt
S. 1442[8], 1496

Bundesländer
siehe: Länder der Bundesrepublik

Bundesministerium der Finanzen
S. 37f., 40, 79, 157f., 180, 277f., 331, 354[27], 355, 358, 380, 388, 413, 496[8], 684[8], 694[2], 697, 794, 828–833, 878, 924, 958[10], 1077[5], 1078, 1088[27], 1102–1104, 1150[6], 1172, 1215[4], 1217, 1237[10], 1241[22], 1388, 1458, 1459[13], 1515, 1578[12], 1581[20], 1583f., 1586, 1594, 1609[18], 1719[28], 1760[2], 1792[7], 1796[10], 1883[6]

Bundesministerium der Justiz
S. 167–170, 171[18], 172f., 190, 354[27], 703[9], 758, 990, 1037[6], 1367f., 1613[10], 1919[2], 1922

Bundesministerium der Verteidigung
Dok. 97 und S. 5, 26, 90, 100, 103–105, 126f., 138, 140, 147f., 204, 261, 264, 266, 297[1], 309, 322, 342f., 346f., 366f., 402f., 405, 411–415, 426, 431, 445f., 526, 531, 554, 556[15], 557, 613, 681[2], 694[2], 696f., 721, 726[5], 727, 752, 768, 794, 808, 822–825, 895–897, 907, 928f., 930[14], 931, 965f., 967[5], 973, 988–990, 1072, 1073[15], 1119f., 1122, 1124[19], 1166, 1168, 1192, 1203, 1215[4], 1284[7], 1315[19], 1338, 1340, 1341[12], 1351[23], 1387[10], 1388, 1399–1402, 1403[3], 1420[2], 1435f., 1438f., 1486, 1514, 1565[9], 1590, 1592–1595, 1611, 1666, 1686[3], 1730, 1732, 1745[8], 1802, 1809[12], 1933, 1935f.

Bundesministerium des Innern
S. 37f., 40, 43[2], 149[1], 168, 171[18], 172, 354[27], 698, 700, 701[12], 755, 758, 765[17], 857, 1037[6], 1101, 1173[2], 1174f., 1258, 1399[8], 1546[5], 1901f., 1903[10]

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
S. 171[18], 698, 856f., 951, 1370, 1883[6]

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
S. 37f., 40

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen
S. 1292[14]

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
S. 176, 191[14], 192, 259, 331[9], 351, 352[21-23], 354[27], 357[43], 364[31], 738, 827, 831, 854[57], 923–927, 1150[6], 1362, 1719

Bundesministerium für Forschung und Technologie
S. 58, 354[27], 641[20], 1065, 1455–1458, 1459[13], 1566, 1756, 1889[1], 1890, 1891[7]

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
S. 31, 171[18], 1087[22], 1200[22], 1226[14], 1236[8], 1239[19], 1289[2], 1290, 1292[13], 1293, 1671–1673, 1844[3]

Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
S. 171[18], 176, 355, 608[11], 641[20], 855[64], 1472[12], 1606[7]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
S. 174, 176, 1037–1039, 1225[13], 1298–1301, 1302[10], 1325[9], 1353[34], 1399[8], 1877[21]

Bundesministerium für Verkehr
S. 355, 893[28], 1241[21+24], 1292[14], 1399[8], 1458, 1542, 1610[22], 1802, 1844[3]

Bundesministerium für Wirtschaft
S. 20[15], 144, 157–159, 176, 180, 208f., 235[13], 244[32], 277f., 331, 354[27], 355, 357[43], 358, 413, 414[13], 467[29+30], 489[1], 493[13+15], 496[8], 500[4], 601, 608f., 633[22], 681[2], 684[8], 741[24], 752, 794, 850[40], 878, 929, 930[14], 990, 991[9-11], 1067, 1070[25+26], 1077f., 1094, 1102f., 1150, 1154[20], 1157, 1168–1170, 1215[4], 1217, 1226[16], 1290, 1293, 1313f., 1317[23], 1326f., 1329[30], 1381, 1449[30], 1458, 1459[13], 1517, 1534[2], 1537f., 1540, 1635, 1701[11], 1719[28], 1792[7], 1889[1]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 358, 387f., 493[15], 522, 544[3], 550[3], 551[5], 681[2], 682, 685, 696f., 701[12], 854[57], 882, 953, 1007[2], 1067, 1070, 1090[34], 1116[7],

1150, 1283[21], 1473, 1620[23], 1635, 1642[5], 1707, 1709[11], 1882[3], 1883[6]

Bundesnachrichtendienst (BND)
S. 14[1], 130f., 157, 710, 749, 766[20], 768, 802[1], 822, 1102, 1104, 1165f., 1256[3], 1257, 1381, 1467[17], 1903[11]

Bundesrat
S. 354[26], 702, 957, 1007[2]

Bundesrechnungshof
S. 1435[2]

Bundessicherheitsrat
S. 57, 71, 125f., 139, 145[3], 146f., 158, 217[9], 275, 342f., 347, 402f., 405, 414[13], 477, 495f., 726[5], 727, 749, 793f., 823, 896f., 928–940, 933f., 988–991, 1172, 1399, 1666, 1669, 1754, 1797[12]

Bundestag
S. 38, 43[2], 60[6], 117[39], 146f., 220, 230[15], 248, 251, 257, 273f., 276f., 285[13], 400[7], 433, 436, 438, 461, 489[4], 504, 571[2], 603, 631, 648[6], 680, 701, 703, 733, 758, 763f., 819, 836, 916f., 919, 921, 926f., 1031[7], 1044[9], 1049[3], 1059[19], 1072, 1073[16], 1074[19], 1105[2], 1107f., 1110[13], 1127[10], 1170, 1244[4], 1279, 1281, 1295f., 1302[10], 1325, 1339[9], 1420[2], 1435[2], 1438, 1458, 1471, 1513, 1590, 1593f., 1611, 1640, 1683[12], 1692[7], 1699, 1700[3], 1717, 1743, 1792[7], 1797[12], 1800, 1850, 1853, 1863f., 1874, 1885[8], 1900

– Auswärtiger Ausschuß
S. 477, 479, 850[40], 916, 1078, 1143, 1170, 1172[20], 1471, 1692, 1699[11]

– Innenausschuß
S. 1116

– Petitionsausschuß
S. 1036[23]

– Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
S. 1900[34], 1923[15]

– Untersuchungsausschuß Südafrika
S. 178[6], 179, 181, 276f., 1798

– Verteidigungsausschuß
S. 147, 347[11], 1072[11]

– Wahlen am 25.1.1987
S. 12, 42, 60, 77f., 90, 109, 111, 121, 150, 159, 161, 195f., 223, 434, 631

– Wirtschaftsausschuß
S. 916, 1078

Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände
S. 704[13]

Bundesverfassungsgericht
S. 121

Bundesverwaltungsamt
S. 174

Bundeswehr
S. 75, 102, 117, 139f., 221, 226, 395, 420[20], 427, 436, 495f., 550[3], 583, 629, 634f., 763, 793, 805, 822f., 906, 929[12+13], 968, 988f., 1044, 1055[9], 1100, 1119–1122, 1237[15], 1315[19], 1321, 1323[6], 1340, 1341[12], 1396, 1420–1422, 1435f., 1438, 1446, 1618, 1666, 1730, 1749, 1779, 1934f.

Burundi
S. 385

Caribbean Basin Initiative
S. 560f.

Carl Duisberg Gesellschaft e.V.
S. 1069[21]

CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)
S. 31[12], 49, 60[5+6], 110, 114, 122, 178, 200, 392[3], 400[7], 477[7], 484, 501, 504f., 627, 648[6], 680f., 702, 709[2], 714f., 717, 733, 737, 755[5], 756, 836, 890, 892[26], 916–919, 954[14], 957, 1007[2], 1011, 1031[7], 1035, 1059[19], 1072f., 1074[19], 1166[3], 1214[12], 1239[19], 1243[3], 1279, 1296[36], 1339[9], 1372, 1416, 1441[1], 1442, 1451, 1455, 1561, 1709[10], 1761[7], 1792[8], 1853[31], 1883, 1885[8], 1900[34]

Chemische Waffen
Dok. 32, 45, 105, 311 und S. 209, 317[46], 344, 379, 398f., 440, 503, 528[17], 579f., 593, 630f., 641, 646, 650–653, 666, 669, 679, 706, 722, 728[2], 734, 740, 745f., 779, 806f., 808[13], 809–812, 815, 864, 884, 1017, 1073[16], 1111, 1179–1181, 1183f., 1224, 1338[3], 1376, 1382, 1394, 1445, 1478, 1781, 1814, 1939

– Afghanistan
S. 1501

– Australien
S. 206, 208–210, 1380, 1382, 1384f.

– Australische Initiative
Dok. 45, 272 und S. 761

– Belgien
S. 208f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 27, 275 und S. 90, 94, 141f., 144, 196[9], 206–211, 255, 301, 310, 417, 420f.,

531 f., 579, 604, 656, 834[5], 836, 864, 989, 1004[10], 1017, 1021, 1086, 1196, 1199, 1229, 1246, 1248 f., 1328, 1351 f., 1362, 1381–1385, 1396, 1409, 1423[4], 1426, 1428, 1469, 1505, 1509, 1563–1565, 1596, 1599, 1616, 1704, 1739, 1742, 1750 f., 1860–1862, 1865, 1897 f.

– Chemiewaffenfreie Zone
siehe unter: Abrüstung
– Conference on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung
– ČSSR
S. 417[10], 418, 420, 655, 1229, 1898[23]
– DDR
S. 417, 420 f., 655, 1184, 1228 f., 1247, 1381 f., 1898[23]
– EG/EPZ
S. 206, 208 f., 761, 1380–1382
– Frankreich
S. 94, 101[6], 141 f., 208 f., 311[11], 441, 531 f., 840 f., 946, 1017, 1086, 1184, 1351, 1381–1383, 1562[2], 1563, 1565 f., 1597, 1599, 1823, 1850, 1860[13], 1861, 1867
– Griechenland
S. 208 f., 1780
– Großbritannien
S. 93 f., 141–144, 206, 208–210, 254, 310, 383, 399, 531[5], 532[7], 579, 713[4], 836, 840 f., 1086, 1184, 1351, 1362, 1381–1384, 1566, 1740, 1823, 1866
– Herstellung chemischer Waffen durch den Irak/Verdacht auf Lieferungen aus der Bundesrepublik
Dok. 36, 152, 219 und S. 210, 1248[17]
– Irak
S. 242, 763, 1129[19], 1134[37], 1276, 1381, 1383 f., 1501
– Iran
S. 242, 1196, 1381–1383, 1501
– Italien
S. 206, 208, 1740, 1776, 1862, 1865, 1897
– Japan
S. 206, 209, 1380, 1383
– Kanada
S. 206 f., 209 f., 1380, 1384
– NATO
S. 1562[2], 1565, 1598, 1751
– Neuseeland
S. 206, 1380
– Niederlande
S. 208–210, 1382, 1506, 1780
– Norwegen
S. 206, 1380, 1382
– Polen
S. 604, 1324, 1382
– Schweiz
S. 208, 1380–1382
– UdSSR
S. 83, 94, 141[5], 142–144, 166[36], 196[9], 310 f., 323, 398[3], 441, 532, 576, 650, 670, 679, 743 f., 840, 1017, 1184, 1320, 1350 f., 1362, 1381 f., 1423[4], 1426, 1428, 1500–1502, 1562[2], 1563, 1565 f., 1704, 1750, 1823, 1825, 1838, 1840, 1850, 1860–1862, 1865
– USA
S. 83 f., 93 f., 125–127, 141–144, 163, 166[36], 206–210, 255, 310 f., 398[3], 441, 531[5], 532[7], 576, 650, 679[31], 706, 836, 840, 1017, 1184, 1320, 1351, 1380, 1382–1384, 1396, 1399–1402, 1500–1502, 1506, 1562–1566, 1704, 1738, 1750, 1823, 1838, 1840, 1860 f.
– Verifikation
S. 254 f., 1351, 1362, 1506, 1562–1566, 1729, 1738, 1750, 1823, 1861 f.
– Warschauer Pakt
S. 159, 382 f., 407, 417, 836

Chile
siehe außerdem: Menschenrechte, Terrorismus, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

Dok. 118 und S. 7, 1009–1012, 1092[46], 1312, 1873, 1880, 1883
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 10, 205, 270, 310, 372 und S. 43–45, 588, 1012, 1201 f., 1919–1923
– Colonia Dignidad
Dok. 238, 270, 310, 378
– EG/EPZ
S. 44 f., 361, 813[21]
– USA
S. 1881–1883

China
siehe: Republik China (Taiwan) und Volksrepublik China

CIA (Central Intelligence Agency)
S. 260, 262, 283[6], 497 f., 1072[11], 1189

COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Colonia Dignidad
siehe unter: Chile

COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)
siehe: RGW

Commonwealth of Nations
S. 687, 884, 1451 f.

Conference on Jewish Material Claims against Germany
S. 1239[16]

Contadora-Gruppe
siehe unter: Zentralamerika-Politik

Costa Rica
siehe außerdem: Flüchtlings- und Asylpolitik, Zentralamerika-Politik

S. 155, 164, 515, 518 f., 522, 524, 552 f., 558, 560, 1012

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 110 und S. 515, 517, 519, 522, 524 f., 532[6], 550[1+2], 553, 852, 1282, 1474
– El Salvador
S. 516, 552, 559 f., 1012
– EG/EPZ
S. 558[2]
– Großbritannien
S. 1857
– Guatemala
S. 518, 559
– Honduras
S. 559
– Nicaragua
S. 153[1], 518, 559 f., 1163
– USA
S. 517–519, 559–561, 852

ČSSR (Československá Socialistická Republika)
siehe außerdem: Abrüstung, Chemische Waffen, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Umweltpolitik, VN, Warschauer Pakt

S. 119, 255, 443, 480, 482 f., 486, 747, 791, 1084, 1278, 1543, 1722, 1724 f., 1743, 1877

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 129, 132, 341 und S. 135, 377, 416[5], 417[10], 418, 420, 443, 485 f., 653, 655, 791, 892[24], 1038, 1047, 1142, 1191[2], 1233, 1242, 1248, 1250, 1325[9], 1513, 1544, 1671–1673, 1726, 1730, 1848, 1854, 1876 f.
– DDR
S. 417[10], 418, 422, 655, 1242, 1247, 1671–1673, 1877[21]
– EG/EPZ
S. 363, 376
– Frankreich
S. 443, 1848, 1854
– Griechenland
S. 667
– Großbritannien
S. 255, 1848
– Jugoslawien
S. 667, 1853[33]
– Österreich
S. 1542 f.
– Polen
S. 1877[21]
– Spanien
S. 667
– Thailand
S. 743[5], 746, 1264[13]
– UdSSR
S. 161, 225, 284, 287, 298, 376, 378, 401, 407, 416, 422, 424, 430, 443, 486, 553, 576, 581, 629, 634[27], 636[6], 640, 651, 654 f., 668–670, 672, 746–748, 891, 979, 1021–1023, 1047, 1722, 1743 f., 1807, 1854, 1877
– Ungarn
S. 1417
– USA
S. 67[12], 979, 1848
– Vietnam
S. 746
– Volksrepublik China
S. 376, 746, 1046[20]

CSU (Christlich-Soziale Union)
Dok. 11 und S. 60[5+6], 110, 178, 400[7], 504, 648[6], 680, 709[2], 717, 733, 755[5], 756, 916, 918, 1031[7], 1072 f., 1074[19], 1166[3], 1244[4], 1279, 1296[36], 1339[9], 1448, 1449[29], 1451, 1455, 1761[7], 1792[8], 1853[31], 1896, 1938

DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V.)
S. 954, 1643[6]

Dänemark
siehe außerdem: EG, EPZ, Genfer Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, NATO

S. 231[22], 240, 472[15], 699, 958, 1364[21], 1461, 1782, 1867, 1870[7], 1927[19]

– Bundesrepublik Deutschland
S. 308, 1038, 1807[4], 1871

– Südafrika
S. 1091, 1193[2]

– UdSSR
S. 322, 674[10]

– USA
S. 282, 1873[2]

DBB (Deutscher Beamtenbund/Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes)
S. 504

DDR (Deutsche Demokratische Republik)
siehe außerdem: Abrüstung, Berlin, Chemische Waffen, ČSSR, Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, NATO-Doppelbeschluß, RGW, Umweltpolitik, VN, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen

Dok. 248 und S. 76, 110, 253, 257, 337 f., 387, 500, 790, 812, 1087, 1141 f., 1210–1214, 1253, 1278, 1289, 1292, 1376, 1544, 1722, 1724 f., 1846 f., 1851

– Berliner Bischofskonferenz
Dok. 351

– EG/EPZ
S. 397[11], 1252 f., 1295

– Evangelische Kirchen
S. 436, 1788

– FDJ
S. 337, 1254

– Frankreich
S. 65[4], 66, 113–115, 338, 486, 1252 f., 1848, 1853 f., 1845

– Großbritannien
S. 65[4], 66, 338, 1088, 1360 f., 1729, 1845, 1848

– Heiliger Stuhl
S. 1788, 1790

– Jugoslawien
S. 1853[33]

– PLO
S. 999, 1324

– Polen
S. 1307 f., 1416, 1544, 1671, 1877[21], 1878

– SED
Dok. 240 und S. 10, 603[30], 663, 1235, 1251 f., 1254 f., 1289, 1296[36+39], 1307, 1789

– Thailand
S. 743[5], 746 f., 1264[13]

– UdSSR
S. 10, 81, 115, 118, 120, 225, 284, 287, 298, 378, 401, 407, 416, 420[20], 422, 430, 443, 484, 603[30], 634[27], 640, 661–663, 746–748, 783, 979, 999, 1034, 1044, 1047, 1059[22], 1060, 1142[21], 1228, 1234, 1241, 1249, 1252–1255, 1278, 1292, 1297, 1308, 1359 f., 1376–1378, 1544, 1720–1722, 1807, 1810, 1846[13], 1939

– Ungarn
S. 1671

– USA
S. 65[4], 67, 338, 572, 979, 1073, 1239, 1249, 1853, 1848

– Vietnam
S. 746, 1269

– Volksrepublik China
S. 746, 1046

DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft)
S. 493[15], 1620, 1698

Delors-Paket
siehe unter: EG

Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 656[34], 1827

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)
S. 852 f., 885, 1264, 1449 f., 1856, 1903[11]

– Iran
S. 1449[30], 1515

– Republik Korea (Südkorea)
S. 853, 885, 1903[11]

Deutsch-Arabische Gesellschaft
S. 256

Deutsch-deutsches Verhältnis
Dok. 86, 240, 244, 245, 247, 255, 258 und S. 37, 38[8], 64–66, 76, 78, 114f., 198, 335–339, 397[11], 447, 456, 484f., 499f., 539, 542, 567, 572, 600, 612, 655, 663–665, 667[11], 746f., 790, 1033, 1038, 1047, 1076, 1087f., 1139[10], 1141f., 1188, 1191[2], 1199, 1200, 1251–1253, 1255, 1277, 1279, 1312, 1316f., 1324, 1325[9], 1326, 1341[12], 1359, 1376–1378, 1395, 1407, 1416, 1513, 1544, 1568, 1570, 1727, 1730–1732, 1745, 1747, 1811, 1845, 1848, 1850, 1854, 1876–1878, 1880, 1902, 1911, 1917f., 1937f.

– Ausreisebewegung/Botschaftsflüchtlinge
Dok. 328 und S. 1200, 1277, 1376, 1570
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 1234, 1293, 1544
– Humanitäre Fragen
S. 1225, 1293
– Kulturbeziehungen
S. 39, 664, 1225, 1236, 1292, 1293[18]
– Reiseverkehr
S. 76, 115, 378, 539, 542, 566, 665, 1087, 1142, 1146, 1225, 1229, 1232–1239, 1277f., 1289, 1292, 1293[18], 1360, 1376, 1395, 1544, 1568, 1854, 1876, 1911
– Staatsangehörigkeitsfragen
S. 1291[11], 1360, 1544
– Umweltverschmutzung/Umweltschutz
S. 1225f., 1231, 1242, 1291, 1293
– USA
S. 1845
– Zentrale Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen (Salzgitter)
S. 1291[11]

Deutsche Bundesbank
Dok. 78 und S. 228, 229[12], 231[20], 232, 833, 1150[6], 1204, 1215[4], 1217, 1388–1390, 1577f., 1580, 1581[20+21], 1584–1587, 1762

Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 258 und S. 48, 68, 80, 134, 394, 436, 455f., 481, 484, 491, 661[2], 682, 747, 775, 889f., 913, 1006, 1032f., 1047, 1056, 1058f., 1223f., 1290, 1296f., 1360, 1377, 1477, 1485, 1625, 1701, 1708, 1779, 1793, 1845, 1880

– DDR
S. 1059[22], 1060, 1142[21]
– Frankreich
S. 24, 80[17], 1033, 1404, 1407, 1799–1801, 1803
– Grenzfrage/Friedensvertrag
S. 48, 80, 913[1], 918f., 1006, 1018[13], 1033, 1224, 1226[15], 1235, 1415, 1701, 1908[17]
– Großbritannien
S. 80[17], 1033, 1230[28], 1235, 1799–1803
– Lufthoheit der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 354
– Polen
S. 1033, 1060
– UdSSR
S. 38, 80f., 890, 1032–1034, 1058–1060, 1230[28], 1377, 1799f., 1803
– USA
S. 80[17], 825[5], 1033, 1377, 1752
– Vier-Mächte-Verantwortung
S. 48, 80[17], 1800f.

Deutsche Welthungerhilfe
S. 1621

Deutscher Bauernverband e.V.
S. 504, 1765

Deutsches Archäologisches Institut
S. 951, 953, 1694[15]

Deutsches Historisches Institut Washington
S. 1109[12]

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik GmbH, Berlin
S. 1094

Deutsches Orient-Institut, Hamburg
S. 1094

DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft)
S. 39[11], 1694[15]

DFLP (Demokratische Front zur Befreiung Palästinas)
S. 999[5]

DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V.)
S. 1456f., 1492

DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik)
S. 31, 38, 66

DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)
S. 758

DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag)
S. 1496

DKP (Deutsche Kommunistische Partei)
S. 12, 200, 1033[16], 1508[2]

Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

DRK (Deutsches Rotes Kreuz)
S. 789[7], 1036[23], 1060[24], 1061, 1355[38], 1698, 1919[2], 1922

Drogenpolitik
S. 19, 359, 841, 855, 857[6], 879, 885, 1546, 1903[10]

DVU (Deutsche Volksunion)
S. 1243[3]

EDU (Europäische Demokratische Union)
S. 695[8]

EFTA (European Free Trade Association)
S. 224, 355, 1313

EG (Europäische Gemeinschaften)
siehe außerdem: Afghanistan, Ägypten, Algerien, ASEAN, Berlin, Chile, Costa Rica, ČSSR, DDR, G7, Irak, Iran, Israel, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kanada, Libanon, Libyen, Menschenrechte, Mosambik, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Saudi-Arabien, Schweiz, Simbabwe, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Thailand, Türkei, UdSSR, Umweltpolitik, Ungarn, USA, Verschuldungsproblematik, Volksrepublik China, Zentralamerika-Politik

Dok. 186 und S. 305, 307f., 377, 386–388, 743[7], 950[2], 1146, 1312f.

– Afrikapolitik
S. 1619, 1644f.

– Agrarpolitik
S. 28, 80, 109–111, 121–123, 175f., 187–192, 233–238, 259, 329f., 332–334, 349–352, 355, 357[41], 360, 364f., 432, 434f., 437, 455, 457–467, 471, 473, 573, 634, 735[3], 736–740, 813, 827–832, 921[6], 922f., 925–927, 939–943, 956f., 974, 976, 1091, 1093, 1096f., 1316, 1362f., 1573, 1588, 1609[18], 1657, 1716–1720, 1743, 1760[2], 1762–1766, 1791–1794, 1807[4], 1808, 1813f., 1820f., 1870, 1872, 1893[11], 1931f.

– AKP-Staaten
S. 1931f.

– Belgien
S. 122, 208, 232, 238, 350, 359[49], 362, 452[8], 475f., 634, 742[25], 828, 878, 939–943, 975, 1261, 1261, 1572–1574, 1581[21], 1619, 1716, 1808, 1871

– Binnenmarkt
S. 110, 121, 348, 353, 355f., 358, 435, 455, 457–460, 464, 467–469, 757, 920, 922, 940, 942, 957f., 975f., 1043f., 1313, 1315f., 1374, 1541[5], 1615, 1644, 1659, 1715f., 1813, 1821, 1871

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 73, 92, 183, 337, 346, 370 und S. 26–28, 77–79, 81, 110, 122f., 175f., 189, 197, 198[12], 208f., 224, 234[9], 236–238, 259, 305, 307, 313, 330–332, 360–362, 364f., 377, 379–381, 387, 397[12], 432, 434–437, 444f., 453f., 473, 475f., 485, 488, 501, 559f., 607, 634f., 697, 736[7], 737f., 742, 757, 790, 813, 828–833, 888, 890, 915, 939–944, 951, 954, 955[16], 956–959, 974–977, 1020, 1025, 1032, 1043f., 1091–1093, 1096, 1098f., 1117, 1133, 1199, 1216f., 1224, 1250, 1261, 1275, 1282, 1293[21], 1313, 1315–1317, 1362f., 1374, 1389, 1416, 1431, 1451, 1485, 1540–1542, 1571–1574, 1581[21], 1585–1589, 1607–1609, 1615, 1619, 1638, 1644, 1649f., 1657–1659, 1675, 1696, 1705f., 1709, 1711, 1743, 1759, 1791–1794, 1807f., 1810–1814, 1821, 1828, 1829[15], 1893f., 1896, 1925, 1931f.

– Dänemark
S. 120, 236, 350, 354, 359[49], 362, 435, 813[21], 927, 942–944, 958, 1025, 1096, 1572, 1574, 1715–1717, 1760[2], 1761, 1763–1766, 1807f., 1813, 1820f., 1870f.

– „Delors-Paket“
Dok. 51, 69 und S. 109f., 122, 259, 350f., 459–461, 939–941, 943f., 958, 974f., 1316, 1588[24], 1607f., 1609[19], 1717, 1719, 1762, 1820f., 1872

– EG-Rat
Dok. 74 und S. 28[29], 332–334, 349, 351f., 353[24], 354f., 357[42], 359, 458f., 460[16+17], 461–464, 468[32], 472, 474f., 559f., 694, 740, 813[21+22], 827[5], 828, 921[7], 925f., 939–944, 955[16], 959[18], 974, 975[10], 1092[47], 1099, 1177[6], 1199, 1389, 1494[16], 1541, 1571[5+7], 1588[27], 1609, 1717f., 1763, 1765, 1791f., 1807[4], 1812, 1870f., 1893[11], 1927[19]

– EIB (Europäische Investitionsbank)
S. 357[42], 360f., 462[22]

– Einheitliche Europäische Akte und Schlußakte vom 17. bzw. 28.2.1986/Europäische Union
S. 140, 234, 333, 348, 350, 353–356, 361, 362[14], 435[17], 458f., 472, 635, 940, 974f., 1117, 1316, 1492, 1716, 1870

– EPZ
siehe: EPZ

– ERASMUS
S. 359f., 444f.

– EuGH (Europäischer Gerichtshof)
S. 463, 954

– Europa der Bürger
S. 348, 350, 359

– Europäischer Rat
Dok. 193, 358 und S. 233, 236[18], 240[11], 243, 259, 350, 351[20], 353–355, 359[47], 432, 434, 452[7], 458, 461[19], 466, 469, 634, 737f., 740, 756[8], 757, 759, 813[21], 828, 830, 832f., 851, 921f., 924–927, 938–940, 942, 944, 957, 958[10], 1091, 1316f., 1362f., 1541, 1574, 1583, 1587, 1607–1609, 1636, 1715–1718, 1720, 1760, 1762, 1766, 1791f., 1807[2], 1812–1815, 1850, 1867, 1870f., 1897[12]

– Europäisches Parlament
S. 155, 234, 236, 333f., 349[6], 353, 359[49], 459, 462, 472, 735[3], 756f., 921[7], 944, 1096, 1511, 1571[5], 1608, 1718, 1763

– EWS/Währungspolitik
Dok. 78 und S. 112, 232f., 234[12], 348, 351, 358, 365, 459, 464f., 740f., 827–831, 833, 939[3], 940–942, 976, 1204, 1209, 1215[8], 1389f., 1492, 1581, 1584[9], 1585f., 1594, 1596, 1715, 1870

– Fischereipolitik
S. 1092[47]

– Forschungs- und Technologiepolitik
S. 235, 244[32], 330, 348, 355f., 437, 459, 541, 974f.

– Frankreich
S. 22, 28, 109f., 122f., 191, 208, 237, 313[25], 331, 350, 351[20], 354f., 359[49], 363, 387, 434–437, 441, 444, 462[22], 463, 736[7], 737f., 742, 827, 829–833, 923f., 926f., 940, 942–944, 955[16], 957–959, 974, 1054, 1096, 1117, 1389, 1451, 1491f., 1572–1574, 1581[21], 1585–1589, 1607–1609, 1619, 1644, 1705, 1714–1719, 1761, 1765f., 1794, 1807f., 1813, 1821, 1870, 1872, 1925, 1928, 1931

– GATT
S. 187–194, 235[13], 360, 456, 881, 1395[12], 1924f., 1927–1932

– Griechenland
S. 115[29], 123, 191[12], 208, 234, 330, 349[6], 350, 352[22], 357, 359[49], 361[10], 362, 462[22], 471, 476, 941–943, 954, 955[16], 1092, 1095, 1099, 1317, 1541[3], 1572, 1574, 1585, 1716, 1718, 1813, 1870, 1928

– Großbritannien
S. 110, 208, 236–238, 259, 313[25], 329f., 332, 351, 354f., 358, 359[49], 360, 361[7], 362–364, 387, 458, 463, 813[21], 833, 920, 923, 927, 941–944, 955[16], 957f., 959[18], 974f., 1091–1093, 1362f., 1451, 1571–1574, 1588f., 1607–1609, 1619, 1644f., 1715–1720, 1760f., 1765f., 1791–1794, 1807f., 1814, 1820f., 1870

– Haushaltsfragen/Eigeneinnahmen
Dok. 313 und S. 28, 109f., 123, 233–238, 328–335, 349f., 353, 355, 357[42], 359[49], 360, 361[7], 455, 457–462, 464–466, 470f., 473, 735[3], 738f., 827f., 830–833, 920–925, 939–944, 958, 974–976, 1091, 1095f., 1316, 1362f., 1588f., 1607–1609, 1717f., 1743, 1760[2], 1761–1766, 1791, 1793f., 1808, 1813f., 1820f., 1872

– Irland
S. 191, 236f., 330, 348, 359[49], 435, 463, 941–943, 1572, 1574, 1718

– Italien
S. 123, 191[12], 234, 313[25], 349[6], 358, 359[49], 361[7], 363, 458, 462[22], 463, 941–944, 955[16], 1199, 1374, 1541[3], 1572–1574, 1581[21], 1607, 1619, 1716, 1718, 1761, 1794, 1808, 1812–1814, 1872, 1928

– Kommission
S. 79[13], 99[9], 109f., 116[30], 122, 155, 176, 187[4], 191f., 198[12], 206, 233–237, 241[17], 244[32], 246[40], 313, 328–335, 349–351, 352[22+23], 354f., 357[41+42], 359[49], 360–365, 386, 397[12], 434f., 437, 445, 455, 458–476, 573, 694, 735[3], 737–739, 757, 788[5], 813[21], 828f., 831–833, 878, 893[31], 920–927, 939[3], 941–944, 954, 958[10], 959[18], 976, 1092[47], 1098, 1249, 1261, 1362, 1541, 1571–1573, 1587[23], 1588f., 1607f., 1648, 1696, 1714–1720, 1763, 1765f., 1792, 1794, 1807[4], 1813f., 1820, 1869–1872, 1893[11], 1894[12], 1925, 1927[19], 1928, 1931f.

– Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)
S. 242, 357, 360, 1177, 1348[9], 1637f., 1684

– KSZE
S. 1139f., 1142[23+24], 1143, 1145f., 1907[13], 1910[23], 1916[43]

– Luxemburg
S. 237, 359[49], 944, 1572–1574, 1716, 1794

– Mittelmeerpolitik
S. 357, 360f., 462, 1317, 1716, 1813

– NATO
S. 541

– Niederlande
S. 237, 332, 359[49], 362, 435, 742[25], 813[21], 900, 927, 942–944, 955[16], 959[18], 1096, 1572, 1574, 1581[21], 1619, 1623, 1716

– Portugal
S. 110[6], 187[4], 208, 234[12], 237, 330, 348, 350, 353, 355, 359[49], 361, 365, 458, 462, 471, 813[21], 830, 941–943, 954, 1092, 1095[8], 1275, 1314[18], 1451, 1572–1574, 1587, 1615, 1619, 1644, 1716–1718, 1794, 1928

– RGW
S. 313, 356, 378, 893, 1025, 1249, 1295, 1412[11], 1430f., 1511, 1696, 1705f., 1726, 1893f.

– Römische Verträge
siehe: Römische Verträge

– Spanien
S. 110[6], 123, 187[4], 234[12], 237, 330, 348, 349[6], 350, 353, 355, 357, 359[49], 361, 363, 365, 458, 462, 471, 830, 941–943, 954, 1092, 1095[8], 1313f., 1315–1318, 1572–1574, 1587, 1589, 1607, 1619, 1716–1718, 1794, 1808, 1928

– Stahlpolitik
S. 432, 468f., 920, 1314

– Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des Europäischen Rats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Verkehrspolitik
S. 235, 244[32], 357[42], 468, 470, 742f., 1541f., 1609f., 1716, 1870

– Warschauer Pakt
S. 397[11], 1295

Einheitliche Europäische Akte/Europäische Union
siehe unter: EG

EKD (Evangelische Kirche in Deutschland)
S. 340[4], 436, 600[15], 1010, 1363, 1451f.

El Salvador
siehe außerdem: Costa Rica, Menschenrechte, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
S. 155f., 164, 516, 519f., 550–552, 558, 560, 800, 1008–1010, 1012

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 108, 161, 201 und S. 520, 559f., 798–801, 1282f.

– Guatemala
S. 516, 518, 1010

– Nicaragua
S. 153[1], 552, 560, 1012–1014

– USA
S. 516, 520, 560, 799, 801, 1008–1010, 1013f.

Energie- und Rohstoffpolitik
Dok. 111 und S. 50, 539, 541, 563f., 1035, 1146, 1153f., 1626

– Bundesrepublik Deutschland
S. 50, 492, 562[5], 563f., 641[20], 676f., 791, 816, 1037–1039, 1066f., 1150[6], 1196, 1225f., 1300, 1468, 1534f., 1538, 1540, 1542, 1644, 1654f.

– DDR
S. 1225f., 1234, 1242, 1293

– Frankreich
S. 492, 562[5], 1537

– Großbritannien
S. 562[5], 676, 677[22]

– Indien
S. 562f., 677[22+24]

– Iran
S. 217, 563, 1112f., 1196, 1534f., 1538, 1653, 1679

– Israel
S. 506, 937f.

– Japan
S. 562[5], 817, 1333, 1537

– Kanada
S. 562[5], 563, 676

– Nicaragua
S. 523, 1280

– Niederlande
S. 676, 677[22]

– Nuclear Suppliers' Club
S. 677

– Österreich
S. 1037–1039, 1542

– Pakistan
S. 314, 675–677

– Polen
S. 1298[6], 1300–1302

– Südafrika
S. 296[23], 1630

– UdSSR
S. 123, 562[5], 641, 1279–1281, 1333

– Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl
siehe unter: UdSSR

– USA
S. 562[5], 563, 676, 1333, 1534

– Volksrepublik China
S. 492–494, 1066f., 1070, 1116, 1468

Entführungsfall Cordes und Schmidt
siehe unter: Terrorismus

Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland
S. 98, 134, 169, 224, 550f., 560f., 683f., 687, 699[8], 882, 1423, 1472f., 1618, 1620, 1625, 1709

EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit)
siehe außerdem: Afghanistan, Ägypten, Algerien, ASEAN, Chile, Costa Rica, ČSSR, DDR, G7, Irak, Iran, Israel, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kanada, Libyen, Menschenrechte, Mosambik, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Peru, Polen, Rumänien, Saudi-Arabien, Schweiz, Simbabwe, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Thailand, Türkei, UdSSR, Umweltpolitik, Ungarn, USA, Verschuldungsproblematik, Volksrepublik China, Zentralamerika-Politik

Dok. 52 und S. 745[13], 1820, 1826, 1871, 1902, 1925

– Belgien
S. 99[8], 155, 239–242, 244–246, 371f., 759, 1013, 1310[3], 1332[2], 1336, 1855[42]

– Bundesrepublik Deutschland
S. 139, 239f., 244, 246, 350, 370, 372, 539, 558[2], 585, 745[13], 938, 1002, 1013, 1088, 1151, 1193[2], 1258, 1309[2], 1310[3], 1332[2], 1334, 1336f., 1381, 1460, 1462, 1473, 1600, 1678, 1727, 1828, 1855[42], 1899, 1901f.

– Dänemark
S. 240, 1091, 1152, 1156, 1193[3], 1310[3], 1332, 1336, 1600, 1855[42]

– EG-Kommission
S. 241f., 757, 1473

– Frankreich
S. 240, 371, 586, 938, 1013, 1088, 1332[2], 1334

– Griechenland
S. 240f., 1150, 1193[3], 1332[2]

– Großbritannien
S. 240–242, 370, 677[22], 845, 938, 1002, 1013, 1088, 1090[34], 1193[2], 1332[2], 1335

– Irland
S. 240, 348[4], 1332[2], 1335

– Italien
S. 240f., 1332[2], 1333, 1335f.

– Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)
S. 99

– KSZE
S. 198[12], 244, 305, 306[7], 307f., 585, 901, 1139f., 1142[23+24], 1143, 1145f., 1466, 1907[13], 1910[23], 1916[43]

– Luxemburg
S. 240, 1013, 1332[2]

– NATO
S. 535, 1139

– Niederlande
S. 99[8], 240–242, 370, 677[22], 1013, 1332[2], 1335

– Politisches Komitee
S. 239f., 242, 244, 528, 1090[34], 1193[2], 1600, 1715

– Portugal
S. 240, 1332[2]

– Spanien
S. 240f., 1332[2], 1336

– TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale)
S. 756–759, 1901f.

– Troika
S. 1177[6], 1265[20], 1310[3], 1336, 1855

– VN
S. 239, 243, 850, 1150, 1152, 1156, 1364[21]

ESA (European Space Agency)
siehe unter: Raumfahrtpolitik

EURATOM
S. 1927[19]

EUREKA
S. 79, 355

Europäisch-Arabischer Dialog
S. 99, 241

Europäische Gemeinschaften
siehe: EG

Europäische Verteidigungsinitiative (EVI)/Erweiterte Luftverteidigung für Europa
S. 342, 346f., 654, 656, 671–674, 1186

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
S. 170

Europarat
siehe außerdem: Menschenrechte, Polen, Rumänien, Ungarn
S. 170, 172f., 472, 756, 759, 955[16], 1325, 1491[3], 1727

European Fighter Aircraft (Jäger 90)
S. 1315

Evangelische Akademie Loccum
S. 600

Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe
S. 551

Falkland-Inseln/Malvinen
S. 258, 1358[1], 1364

FAO (Food and Agriculture Organization)
siehe unter: VN

FDP (Freie Demokratische Partei)
S. 47, 60[5+6], 110, 114, 122[10], 147, 178, 337, 400[7], 648[6], 702[3], 714, 733, 755[5], 756, 798[5], 890, 954[14], 957, 1166[3], 1239[19], 1243f., 1296[36], 1326, 1339[9], 1348[11], 1441[1], 1451, 1455, 1509, 1759, 1761[7], 1792[8], 1853[31], 1883[6], 1896

FES (Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.)
S. 485, 611[26], 950, 953, 1211, 1423[2], 1444

Fidschi
S. 844

Finnland
siehe außerdem: KSZE
S. 224, 226, 479, 699, 784, 786, 1083, 1252f., 1263, 1267, 1382, 1498
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 49 und S. 265, 1083
– UdSSR
S. 972, 1875, 1940

Flüchtlings- und Asylpolitik
Dok. 137, 151 und S. 43, 46, 155f., 385, 550[1], 843, 1101[18], 1484, 1649, 1902
– Afghanistan
S. 451–454, 842, 1862
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 307 und S. 168, 170f., 451f., 454, 502, 698f.
– Costa Rica
S. 518, 558[2], 851
– Frankreich
S. 843, 1546
– Iran
S. 699[8], 700f., 756, 759
– Kambodscha
S. 745, 843
– Nicaragua
S. 851, 1473
– Pakistan
S. 452, 842
– Thailand
S. 1265, 1269
– Türkei
S. 699[8], 700f., 756, 759
– VN
S. 170f.

Frankreich
siehe außerdem: Afghanistan, Algerien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, EG, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Flüchtlings- und Asylpolitik, G7, GATT, Genfer Verhandlungen, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Raumfahrtpolitik, SDI, Terrorismus, VN, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
S. 42f., 77f., 80, 101, 233[22], 292, 409, 505, 526, 633[22], 657[1], 687, 699[8], 879, 884, 931, 952, 955, 962, 1281, 1314[17], 1315[19], 1483, 1870[7], 1883
– Cohabitation
S. 26, 100, 102, 434, 438, 875, 957–959, 1713, 1836, 1928
– Griechenland
S. 1389, 1870[7]

– Großbritannien
Dok. 187 und S. 23–25, 27, 120, 237, 252, 381f., 410, 439, 441, 450, 531[5], 587, 705, 730, 781, 820, 840, 874f., 1086, 1089, 1359, 1666, 1823, 1870[7]

– Irak
S. 86[9], 850[40], 1126, 1135, 1137, 1168

– Iran
S. 86[8+9], 95[2], 149[6], 151f., 217, 850[40], 1114, 1537

– Israel
S. 658[4], 826, 849, 936, 1340, 1856

– Italien
S. 231, 1054[8], 1389, 1808, 1870[7]

– Libyen
S. 294, 444, 844[18], 1461

– MBFR
S. 202, 994, 1542, 1598

– Mosambik
S. 1621, 1625, 1633

– Nicaragua
S. 523, 1282, 1472[12]

– Niederlande
S. 527–529, 530[29], 1054[8], 1870[7]

– Österreich
S. 966, 1542

– Pakistan
S. 671[1], 729

– PLO
S. 85[3], 86

– Polen
S. 312, 444, 867, 1848

– Rumänien
S. 443, 1848, 1853

– Saudi-Arabien
S. 413–415

– Südafrika
S. 257[38], 369, 1451, 1631f.

– Tschad
S. 140, 294[13+14], 444

– Türkei
S. 115, 472[15]

– UdSSR
S. 7f., 25, 35, 38, 101, 114, 118, 120, 123f., 137[3], 148, 197[11], 244, 252, 280, 308, 312, 317[46], 382, 409, 438–440, 442f., 526, 574, 585–587, 671[1], 693, 728, 734, 840, 842, 867, 877, 887f., 903, 1005[14], 1063[35], 1173, 1406, 1507, 1597, 1800, 1802, 1809–1811, 1823, 1845f., 1849f., 1860f., 1939

– USA
S. 21[5], 24f., 35, 72, 92, 111[11], 117f., 203, 250[3], 255, 260, 263[11], 265, 279[2], 310f., 344, 369, 371f., 382, 405, 427, 437[24], 439–441, 509[4+5], 512, 526f., 531[5], 535, 574, 649, 656, 658[4], 660, 730–732, 734, 741, 775, 777f., 780f., 825, 840, 870, 884, 1125f., 1406, 1537, 1563, 1566, 1585, 1587, 1836, 1847, 1861, 1874, 1907

– Verteidigungspolitik/Force d'Action Rapide (FAR)
Dok. 175 und S. 23f., 26, 77, 101f., 137–141, 145, 148, 203, 226, 438f., 527, 586, 728[2], 945–949, 1120f., 1124f., 1198, 1207, 1402[2], 1403–1406, 1492[11], 1593–1595, 1606, 1836, 1887f.

– Volksrepublik China
S. 492, 843, 930

Frankreich–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin, Deutsche Frage

Dok. 25, 26, 89, 130, 146, 147, 166, 169, 189, 202, 294, 315, 318, 356 und S. 64, 68, 77, 79f., 86[9], 92f., 103, 141, 148, 197, 200, 220, 223, 226, 244, 255, 262, 292f., 306[7], 336, 346, 354, 369, 372, 382, 387, 400f., 406, 450, 456, 485–487, 510, 512, 528, 531f., 585, 587, 629, 632, 634, 649, 656, 671, 680, 693, 705, 708, 710, 747, 756, 777, 781, 792, 834[1], 838, 869–877, 913, 917f., 923f., 927, 945, 948–950, 974, 976, 1020, 1033, 1038, 1043f., 1088, 1114[14], 1174[11], 1309, 1316f., 1330, 1415, 1416[25], 1456, 1459[13], 1485, 1542, 1615f., 1619, 1621, 1625, 1644, 1666–1668, 1705, 1713f., 1716, 1719, 1743, 1765[19], 1766, 1836, 1854, 1870[7], 1875, 1887, 1902[8], 1917

– Deutsch-Französisches Jugendwerk
S. 78, 608[11], 1606f.

– Sicherheitspolitische Zusammenarbeit
Dok. 4, 23, 31, 211, 223, 239, 273, 276, 316 und S. 112, 121, 160, 438, 527, 630, 635, 736, 820f., 871f., 875f., 920, 959, 1044, 1215–1217, 1512[27], 1583–1585, 1606, 1616, 1644, 1808–1810, 1814[20], 1898f.

– Kulturelle Zusammenarbeit
S. 105, 112f., 1492f., 1494[16]

– Rüstungskooperation
S. 437f., 450[21], 726[5], 727[10], 871[12], 931, 1340, 1590, 1606

– Währungsfragen
Dok. 241 und S. 22[7], 26, 28, 103, 112, 122, 351[20], 833, 1203–1205, 1209, 1386[1], 1387–1390, 1492 f., 1584 f., 1606, 1811
– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 79, 102, 112, 123, 1118, 1125

Friedensbewegung
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß, INF-Verhandlungen

Friedensnobelpreis
S. 1394, 1453, 1570, 1622, 1879

Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS)
S. 683[4], 950, 953

G 5 (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, USA)
siehe auch: Konferenzen und Verhandlungen

Dok. 50 und S. 228–231, 258, 1586

G 7 (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA)
siehe außerdem: Südafrika, Terrorismus

Dok. 171, 176 und S. 113, 124, 228 f., 231, 258, 313, 370, 477–479, 818 f., 846, 854, 1314[16], 1329[31], 1580, 1586, 1881[3], 1895
– Bundesrepublik Deutschland
S. 228–230, 232, 741, 846, 848–852, 879, 881 f., 884 f., 1642, 1881[3]
– EG/EPZ
S. 878, 881
– Frankreich
S. 121, 124, 228, 230, 741, 842–845, 849, 879, 884, 1881[3]
– Großbritannien
S. 228, 230, 842–846, 848 f., 879, 1881[3]
– Italien
S. 228 f., 231, 841 f., 845 f., 848, 850 f., 854 f., 879, 884, 1881[3]
– Japan
S. 228–230, 741, 842, 844–846, 849, 852–854, 879, 881 f., 1881[3]
– Kanada
S. 228, 230, 841, 845, 881, 884 f., 1881[3]
– USA
S. 228–232, 741, 841–845, 847 f., 852–855, 879, 881, 884 f., 1642, 1881[3]

G 10 (Zehnergruppe)
S. 231, 1088, 1314, 1585[18]

G 77 (Gruppe der 77)
siehe auch: Nord-Süd-Dialog

S. 563, 741, 854[57], 1149, 1150[7], 1151, 1152[11], 1153, 1155, 1157 f., 1755

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)
siehe außerdem: EG

Dok. 42, 379 und S. 20[15], 244[32], 352, 353[24], 356, 357[43], 364, 456, 573, 741, 829, 881, 1154 f., 1293[21], 1726
– AKP-Staaten
S. 1929 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 189 f., 194, 814[23], 881, 1925, 1927[19], 1931 f.
– Cairns-Gruppe
S. 189–191, 1157, 1926[15]
– Frankreich
S. 189, 191, 741, 1927[19], 1928, 1930
– Italien
S. 190, 1927[19], 1928
– Japan
S. 189, 193, 881, 1927, 1929
– Kanada
S. 881, 1926[15], 1927, 1930
– USA
S. 111[11], 188–194, 364, 456[7], 741, 814, 881, 1395[12], 1927–1931

GCC (Gulf Cooperation Council)
siehe: Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten

Genfer Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen
Dok. 41, 143, 227, 266, 308 und S. 71–73, 91, 119, 120[47], 248 f., 251, 267–269, 279–281, 283–288, 300, 303, 310, 317 f., 428, 506 f., 590, 621 f., 637–639, 643 f., 647, 665 f., 673, 774 f., 778, 781, 806, 808[13], 835, 863 f., 945, 949, 977 f., 1019, 1071[5], 1072[11], 1074, 1303, 1497, 1503
– Bundesrepublik Deutschland
S. 90 f., 248, 268 f., 273, 302, 326[18], 404, 419, 421, 639, 655, 666, 838, 864, 989, 1021, 1024, 1159[2], 1161, 1191[2], 1192, 1200, 1328 f., 1351 f., 1396, 1427, 1449, 1505, 1508 f., 1596, 1599, 1616, 1704, 1739, 1778, 1818, 1861, 1865, 1879, 1897, 1937 f.

– DDR
S. 417, 421f., 1228
– Frankreich
S. 23, 118, 405, 946f., 1599, 1661[9], 1741, 1868f.
– Großbritannien
S. 23, 91, 118, 252, 405, 946f., 1661[9], 1740, 1822f.
– Italien
S. 91, 1200, 1776, 1865
– Kanada
S. 1506
– NATO
S. 273, 404
– Niederlande
S. 91, 1868
– Norwegen
S. 1770, 1777, 1866
– Polen
S. 1328
– Rumänien
S. 1898
– Strategische Nuklearwaffen (START)
Dok. 243 und S. 23, 73, 75, 90f., 184f., 263, 268–272, 281f., 284, 286–288, 323, 405, 407, 417, 419, 421f., 513f., 526, 575, 638f., 653, 655, 722f., 734, 808[13], 810–812, 836, 838, 864, 884, 989, 1021f., 1024, 1074, 1159, 1161, 1166f., 1190, 1191[2], 1200, 1228, 1279, 1320, 1328f., 1342–1344, 1350–1352, 1377, 1394, 1396f., 1409, 1419f., 1425–1427, 1445, 1449, 1492[11], 1497, 1500, 1503–1505, 1507[44], 1508f., 1525, 1527, 1548, 1554, 1602f., 1616, 1661[9], 1662, 1668f., 1704, 1729, 1736, 1738–1741, 1749, 1770, 1775–1779, 1781f., 1818, 1822f., 1825, 1838f., 1843, 1858f., 1861, 1865f., 1868f., 1879, 1885, 1897f., 1937–1939
– Türkei
S. 1781
– UdSSR
Dok. 60 und S. 73, 84, 91f., 107, 124, 129, 248–250, 263, 268–272, 287, 301, 317, 407, 417, 419, 513, 612f., 637–639, 642, 644f., 655, 723f., 774, 835, 946, 1004, 1022, 1024, 1074, 1085[6], 1159–1162, 1167, 1220–1222, 1228, 1320, 1328, 1342–1344, 1350f., 1377, 1396f., 1419f., 1423[4], 1425f., 1500, 1503f., 1527, 1548, 1596, 1602[4], 1662, 1704, 1736, 1749, 1775, 1777, 1818, 1822f., 1838f., 1843, 1858f., 1868f., 1879, 1939
– USA
S. 73f., 83, 91, 107, 109[9], 116, 129, 161, 263, 268–272, 281f., 284, 286–288, 297–302, 318f., 405, 417, 419, 448, 513–515, 526, 575, 577, 638f., 643, 655, 722–724, 781, 808[13], 811, 835–837, 946f., 978, 1022, 1074, 1159–1162, 1167, 1200, 1220–1222, 1279, 1328, 1342–1344, 1350f., 1377, 1396f., 1419f., 1425, 1449, 1500, 1503–1505, 1507[44], 1527, 1596, 1602, 1662, 1668, 1704, 1736, 1749, 1775, 1818, 1838f., 1843, 1858f., 1868f., 1879
– Verifikation
S. 1160, 1221f., 1553[24], 1596[31], 1729, 1736, 1822f., 1839f., 1858
– Weltraumwaffen
S. 84, 107, 184, 249, 268–272, 284, 287f., 301, 417, 575, 614, 638, 722f., 1003, 1159–1161, 1180, 1183, 1185f., 1200, 1221f., 1228, 1342–1344, 1423[4], 1498, 1500, 1502, 1504, 1506, 1508, 1527, 1548, 1550–1554, 1736, 1822, 1858f., 1868, 1898

Gesellschaft für bedrohte Völker
S. 1248[16]

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Sozialpolitik)
S. 1316[20]

Ghana
S. 175, 1795f.

Gipfeltreffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow
– Treffen vom 19. bis 21.11.1985 in Genf
S. 288, 614, 666, 693, 792, 914, 1004, 1021, 1409, 1738, 1750f.
– Treffen am 11./12.10.1986 in Reykjavik
S. 9, 22–24, 72, 74f., 82[3], 116, 119, 124, 129, 160, 185, 249, 252, 261, 263, 267f., 270–272, 279, 282, 284, 286f., 317, 319, 326f. 403, 405, 418, 428–430, 456, 526f., 529[27], 554, 577, 613f., 622, 639, 648, 651, 668, 705, 723, 746, 779, 806f., 811, 905, 945–947, 1004, 1021, 1023f., 1072, 1159, 1168, 1227, 1249, 1320, 1328, 1361, 1503, 1548, 1551, 1598, 1664, 1733, 1751, 1843, 1888
– Treffen vom 7. bis 10.12.1987 in Washington D.C.
Dok. 364, 365 und S. 1524f., 1528, 1548, 1569, 1595f., 1599f., 1602, 1616, 1645,

1678, 1684, 1689, 1704, 1733–1735, 1738f., 1741, 1746, 1748–1752, 1774f., 1807, 1810, 1817f., 1828f., 1848f., 1855, 1858f., 1863f., 1867f., 1873, 1878, 1892, 1897, 1906f.

– Treffen vom 29.5. bis 2.6.1988 in Moskau
S. 1739f., 1775, 1838f., 1959, 1865

Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V.
Dok. 29, 113 und S. 214, 217f., 951–953, 954[13], 1066[8], 1108[7], 1416[24,] 1643[6], 1812[2]

Grenada
S. 1276

Griechenland
siehe außerdem: Albanien, Chemische Waffen, ČSSR, EG, EPZ, Frankreich, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 41[2], 130[1], 131, 241, 317[46], 953, 955, 961, 966, 1193[3], 1252f., 1364[21], 1907[13], 1927[19], 1928

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 188 und S. 476, 530[30], 1098f., 1585

– Jugoslawien
S. 352[22], 1907[13]

– Türkei
S. 357, 476, 530, 950[2+4], 951, 1095f., 1099

– UdSSR
S. 322, 674[10], 950[2], 955

Großbritannien
siehe außerdem: Abrüstung, Afghanistan, Berlin, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, Deutsche Frage, EG, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Frankreich, G7, Genfer Verhandlungen, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, Raumfahrtpolitik, SDI, Terrorismus, VN, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
S. 23, 28, 71[12], 72[19], 77f., 101f., 172, 173[23], 220, 222, 231, 258, 315, 372, 409, 628, 633[22], 634, 687, 699[8], 715, 741, 879, 931, 1054, 1314[17], 1315[19], 1331[37], 1395, 1648, 1883[7], 1927[19]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 54, 79, 217, 352 und S. 20, 64, 74, 86[10], 103–105, 141, 200f., 219[1], 220–222, 226, 308, 313, 315, 336, 370–372, 387, 399, 404, 423–427, 441f., 450, 485, 504f., 512, 629, 634, 680, 686f., 696, 705, 708, 709[2], 730, 755, 810, 931, 945, 948f., 1002, 1173[2], 1174[11], 1355, 1376, 1396, 1451, 1462, 1537, 1583, 1589, 1621, 1666, 1670[68], 1717, 1754, 1815, 1881, 1917f.

– Irak
S. 1089, 1130[20]

– Iran
S. 217, 1537, 1855f.

– Israel
S. 504, 826, 936

– Italien
S. 1472[12], 1794

– Japan
S. 844

– Jordanien
S. 1499[17], 1678

– Jugoslawien
S. 961, 1848, 1853

– Kenia
S. 1620, 1642, 1649

– Libanon
S. 86[10], 243, 246, 1713

– Libyen
S. 163[25], 293[11], 1462

– Mosambik
S. 1090, 1621, 1626, 1632

– Nicaragua
S. 1282, 1472[12]

– Pakistan
S. 314, 676

– Polen
S. 312, 1361, 1848, 1851f.

– Rumänien
S. 1848, 1853

– Saudi-Arabien
S. 413, 414[13]

– Simbabwe
S. 1085, 1452, 1626

– Spanien
S. 104[17], 1092

– Südafrika
S. 178, 257, 370–372, 686, 687[16+17], 845f., 1090f., 1363, 1451f., 1622, 1832

– Syrien
S. 99[8], 256, 313 f., 1090
– UdSSR
Dok. 359 und S. 38, 120[47], 141[5], 197[11], 200, 252 f., 256, 300, 311 f., 317[46], 322, 381–383, 399, 409, 424, 574, 575, 579, 592, 646, 677[22], 842, 844, 849, 859, 864, 887 f., 891–893, 947, 979 f., 1005[14], 1063[35], 1088, 1173, 1355, 1362, 1406, 1465[13], 1522, 1537[15], 1666, 1686[3], 1687 f., 1746, 1771, 1773, 1800, 1802, 1818, 1845 f., 1849 f., 1854, 1866, 1907, 1939
– Ungarn
S. 363, 1361
– USA
S. 20, 74, 111[11], 118, 221 f., 250 f., 255, 258[48], 260, 263[11], 279[2], 288, 298, 310, 315, 371 f., 381[5], 382 f., 405, 423–427, 442, 505, 574, 594, 618, 715, 825, 858 f., 896, 907, 946, 1085, 1089, 1359, 1361 f., 1499[17], 1523, 1537, 1583, 1666, 1687, 1772, 1822 f., 1847, 1873[2], 1874[7], 1881
– Verteidigungspolitik
Dok. 187
– Volksrepublik China
S. 930 f.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949
S. 78, 86, 89[13], 138 f., 151 f., 436, 456 f., 468, 757 f., 763, 793, 816, 881, 1276, 1421 f., 1546

Grüne (Die Grünen)
S. 12[23], 60[5+6], 77, 114, 122[10], 161[14], 178, 196[8], 200, 274, 277, 337, 433, 501, 504, 702[3], 954[14], 1243[3], 1281, 1296[36], 1395, 1434, 1441[1], 1853[31]

GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit)
S. 388

Guatemala
siehe außerdem: Costa Rica, El Salvador, Zentralamerika-Politik
S. 154–156, 164, 516–520, 559 f., 1010, 1282

Guayana
S. 1921[10]

Hannover Messe
S. 493 f., 602, 609

Hans-Böckler-Stiftung (HBS)
S. 1049

Heiliger Stuhl
siehe außerdem: DDR, KSZE, Zentralamerika-Politik
S. 162[16], 868, 963, 985 f., 1050, 1619[22], 1788[2], 1812[2]

Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg
S. 1239

Holocaust Memorial Council
siehe unter: Nationalsozialismus

Honduras
siehe außerdem: Costa Rica, Zentralamerika-Politik
S. 155, 164, 518–521, 552, 559 f., 1011, 1473
– Bundesrepublik Deutschland
S. 522, 559, 1283, 1473
– Nicaragua
S. 153[1], 517, 520, 560, 1163, 1473

Hongkong
S. 363[27], 1068, 1577[9], 1930

Humanitäre Hilfe der Bundesrepublik Deutschland
S. 451, 550 f., 799, 801, 908[3], 910–912, 1007[2], 1010, 1473, 1709

Humanitäres Kriegsvölkerrecht
Dok. 48 und S. 1753 f.

IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)
siehe unter: VN

IDU (Internationale Demokratische Union)
S. 1039[16], 1358, 1518, 1880[37]

IGH (Internationaler Gerichtshof)
siehe unter: VN

IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)
S. 220, 701[12]

ILO (International Labour Organization)
siehe unter: VN

Indien
siehe außerdem: Energie- und Rohstoffpolitik, VN
S. 32, 179, 183, 192, 452[6], 562 f., 844, 1182, 1185, 1382, 1929

– Bundesrepublik Deutschland
S. 179, 479, 677[22], 930[14], 931 f.
– Pakistan
S. 314[37], 452, 1198
– UdSSR
S. 677[23]
– Volksrepublik China
S. 931 f., 1042[9]

Indonesien
siehe außerdem: ASEAN
S. 743[7], 744 f., 479, 843, 930[14], 1085, 1185, 1187, 1262–1267, 1272 f., 1275 f.

INF-Verhandlungen
Dok. 124, 127, 317, 331, 360, 369 und S. 48, 184, 186, 226, 264, 428 f., 637, 666, 672–675, 703, 705, 729, 884, 888, 945, 1003, 1019, 1161, 1220, 1224, 1227, 1234, 1312, 1324 f., 1333, 1350, 1409, 1427, 1433, 1497, 1508, 1525, 1562, 1565, 1616, 1746, 1804, 1842 f.
– Belgien
S. 82–84, 128 f., 288, 298–300, 302–304, 319, 322, 402[3], 429, 431, 592 f., 629–634, 643 f., 647, 718, 778, 858 f., 977–981, 1503, 1520–1523, 1686[3], 1687–1689, 1734, 1737, 1740 f., 1783–1785, 1867 f., 1874
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 67, 84, 90, 100, 116, 142, 144, 145, 163, 235, 246, 291, 319 und S. 82–84, 101, 118, 128–130, 226, 285, 298–304, 319, 321–323, 326 f., 377–379, 382, 395, 398–400, 416, 418–421, 424, 429–431, 438, 440–442, 502, 514, 525 f., 554–557, 571, 577–581, 591–593, 604, 617, 619, 623, 628–632, 639–641, 643 f., 647–649, 651 f., 655 f., 666, 669, 674, 680, 705–708, 709[2], 713 f., 729, 732–735, 739 f., 746, 776, 779–781, 809–812, 815, 820, 834[5], 835–839, 858–860, 864 f., 870, 884, 905–907, 949, 977–981, 989, 1004, 1006, 1017, 1021–1024, 1046, 1056[7], 1059[19], 1062, 1071–1077, 1085, 1189 f., 1197–1199, 1224, 1227, 1230 f., 1245 f., 1248, 1279, 1291, 1294 f., 1303[6], 1305, 1319, 1327–1329, 1348 f., 1352, 1361, 1375–1377, 1394, 1396 f., 1409 f., 1423[4], 1427, 1432, 1444 f., 1449, 1469, 1485, 1502, 1505, 1509, 1511, 1520–1523, 1596, 1598 f., 1604, 1605[11], 1645, 1660–1663, 1666–1668, 1686–1689, 1704 f., 1733 f., 1737, 1739, 1742, 1749, 1751, 1771, 1775, 1778 f., 1783–1785, 1802 f., 1809, 1817 f., 1850 f., 1860–1862, 1864 f., 1867, 1873–1875, 1897, 1937–1939
– ČSSR
S. 284, 287, 298, 376, 407, 416, 422, 430, 554, 576[8], 640, 651, 653 f., 656, 666, 668 f., 748, 860, 979 f., 1021 f., 1024, 1191[2], 1352[29], 1503, 1741 f.
– Dänemark
S. 322, 580, 643 f., 646, 718, 808[13]
– DDR
S. 118, 284, 287, 298, 407, 416, 418, 420–422, 430, 447, 554, 576[8], 640, 669, 715[11], 746, 748, 860, 979 f., 1021 f., 1024, 1191[2], 1227 f., 1231 f., 1245, 1247, 1291, 1295, 1352[29], 1503, 1667
– Drittstaatensysteme
S. 23, 226, 254, 286, 382, 440, 592 f., 604, 641, 646, 945 f., 949, 1071[2+5], 1303[6], 1481
– Frankreich
S. 21[6], 23 f., 27, 101, 118, 124, 226, 286, 382, 405 f., 409 f., 438–442, 448, 450, 580 f., 629, 632, 644 f., 680[37], 705, 708, 718 f., 729, 732, 734 f., 739 f., 820, 834[1], 835, 837–840, 865, 870 f., 945 f., 949, 1024, 1076 f., 1406, 1478, 1481, 1507, 1597, 1661[9], 1665 f., 1736, 1740, 1743, 1809, 1818, 1850, 1864, 1867, 1874, 1939
– Friedensbewegung
S. 10[21], 12, 634, 810 f., 815, 870, 1868 f., 1874 f.
– Griechenland
S. 322, 643, 645, 718, 780, 808[13], 1780
– Großbritannien
S. 23, 82–84, 128 f., 226, 254, 286, 288, 298–300, 302–304, 319, 322, 381[5], 382 f., 399, 402[3], 405, 409, 424, 429, 431, 439 f., 450, 579 f., 592–594, 618, 628–630, 634, 644–647, 680[37], 705 f., 708, 709[2], 713–715, 718 f., 780, 809 f., 835, 837–839, 858–860, 864 f., 945 f., 949, 977–981, 1024, 1074[20], 1075–1077, 1085, 1189 f., 1361, 1376, 1396, 1478, 1481, 1503, 1506, 1520–1523, 1605[11], 1661[9], 1665 f., 1670[68], 1686[3], 1687–1689, 1734, 1736 f., 1740 f., 1771, 1773, 1775, 1783–1785, 1802[20], 1818, 1822 f., 1850 f., 1866 f., 1874, 1939
– Italien
S. 82–84, 101, 128–130, 288, 298–300, 302–304, 319, 322, 402[3], 429, 431, 451, 577, 581, 632, 634, 643, 718 f., 778, 858–860, 977–981, 1197 f., 1375, 1377, 1503,

1506, 1520–1523, 1605[11], 1686[3], 1687–1689, 1734, 1737, 1741, 1775f., 1783–1785, 1818, 1864f., 1867, 1874

– INF-Vertrag vom 8.12.1987
siehe unter: Abkommen und Verträge

– Japan
S. 322, 645, 815f., 905, 1319[4]

– Kanada
S. 643f., 646[13], 647, 715[11], 1781, 1868f.

– Konversion
S. 287, 300f., 303, 304[15], 319, 322–327, 382, 404, 406, 428f., 447, 449, 526, 555f., 578, 613, 617, 721, 904–906, 1021f., 1075, 1166, 1304

– Kurzstreckensysteme (SNF)
Dok. 327, 363, 373 und S. 25, 48, 124, 145, 379, 395, 404, 406f., 409–411, 441f., 447, 581, 631, 656, 666, 669, 672f., 675, 706f., 713f., 725[3], 733f., 740, 779, 805–808, 810–812, 815, 834[1+5], 836–839, 865, 884, 1071[4], 1072f., 1076, 1191[2], 1192, 1198f., 1224, 1231, 1246–1248, 1279, 1328, 1352, 1376, 1394, 1396, 1409, 1432, 1445, 1469, 1478–1481, 1511, 1596–1599, 1704f., 1739, 1742, 1751, 1771, 1780, 1817f., 1841, 1862, 1865, 1868, 1897, 1937–1939

– Luxemburg
S. 322, 579, 643, 718, 1781

– NATO
S. 287, 298, 304[15], 318, 320f., 324, 398, 402[3], 406–409, 424, 429, 445f., 448, 507, 525, 554, 556, 577f., 638, 643, 669, 681, 706f., 725[3], 809, 815, 835, 839, 1076, 1352, 1469, 1501, 1505, 1662, 1742, 1751, 1767, 1769, 1775, 1850, 1874

– Niederlande
S. 82–84, 128f., 288, 298–300, 302–304, 319, 322, 402[3], 429, 431, 525, 580, 592f., 643f., 647, 718, 778f., 858f., 977–981, 1503, 1506, 1520–1523, 1686[3], 1687–1689, 1734, 1737, 1740f., 1772, 1775, 1780, 1783–1785, 1866f., 1874

– Norwegen
S. 322, 617, 643, 718, 779f., 808[13], 1506, 1740, 1770, 1772, 1777, 1866

– Null-Lösung/Doppelte Null-Lösung
S. 21[6], 24, 27, 48, 91[22], 118f., 124, 226, 254, 263f., 303[14], 323f., 327, 379, 382, 398–400, 402, 405, 411, 418, 420, 424, 428–431, 438–442, 445–449, 502, 507, 514, 525f., 527[17], 555–557, 576[8], 577–583, 591, 593, 599, 604, 621f., 628–633, 639f., 643–646, 648f., 654, 656, 706–708, 713, 717–719, 725[3], 733, 739, 746, 778–781, 805f., 808[13], 809f., 815f., 820, 836–838, 978, 989, 1022f., 1062, 1072–1076, 1085, 1166, 1189f., 1220[3], 1222, 1227, 1232, 1247f., 1279, 1303[6], 1304f., 1349, 1396, 1406, 1445, 1469, 1479–1481, 1503f., 1599, 1668, 1670, 1736, 1743, 1783, 1785, 1817, 1824, 1939

– Polen
S. 376, 599, 604, 748, 1191[2], 1324f., 1328f., 1352[29], 1393

– Portugal
S. 644, 781, 1780, 1868

– Rumänien
S. 537, 1898

– Spanien
S. 580, 643, 646f., 781, 1507, 1741, 1779, 1868

– Special Consultative Group (SCG)
Dok. 28, 88, 119, 301 und S. 82f., 91, 107, 297, 303[14], 304[15], 320, 322, 324[14], 408[27], 447f., 612[3], 617f., 722, 806, 808, 858f., 905, 978, 1526, 1602[6], 1610, 1686, 1689

– SRINF
S. 24, 91, 118f., 124, 129, 186, 254, 263, 287f., 303[14], 318f., 324, 326f., 382, 398–400, 402–408, 410–412, 416, 419, 421f., 424, 428–430, 437[22], 438, 440–442, 445–449, 507, 514, 525f., 528[17], 553–557, 571, 576[8], 577–583, 591f., 604, 613, 621[5], 629–634, 638–641, 643–646, 648f., 651–653, 656, 666, 668f., 672f., 675, 680f., 706, 709[2], 713–718, 721, 725[3], 734f., 739, 778–781, 805f., 808–810, 815, 834[5], 835f., 904–906, 978, 1021–1023, 1071[4], 1072[10], 1073, 1075, 1295, 1304f., 1418, 1478, 1480, 1662

– Türkei
S. 322, 617, 643f., 646, 718, 867, 1781, 1867

– UdSSR
Dok. 60, 109, 123, 180 und S. 48, 84, 118, 124, 129, 254, 264, 272, 286–289, 298–303, 304[15], 317f., 320–326, 366, 374, 378f., 381[5], 382, 398f., 402[3], 403[14], 404, 407, 416, 418, 422, 424, 428–431, 437[22], 438–442, 445–448, 450, 507, 514, 525, 576–578, 580–583, 590–594, 604,

621–625, 629f., 637–641, 643–649, 651, 654, 668f., 706–708, 713[4], 714, 717f., 721f., 725[3], 729, 733f., 740, 746, 748, 774f., 779–781, 805–807, 810f., 815f., 820, 834[5], 835f., 838, 858–860, 865, 977–981, 1004f., 1017, 1021–1024, 1043[4], 1056[7], 1062, 1071[5], 1073[15+16], 1074–1076, 1085, 1166f., 1189f., 1191f., 1197f., 1231, 1243, 1278, 1303[6], 1304f., 1319f., 1327, 1348–1350, 1352, 1375–1377, 1393, 1397, 1418, 1420, 1423[4], 1425f., 1431, 1433, 1444, 1469, 1478f., 1481, 1498, 1500, 1502–1505, 1508f., 1511, 1520[3], 1521f., 1526, 1565, 1598, 1601–1605, 1662[17], 1666, 1670, 1686–1688, 1704f., 1733, 1736f., 1751, 1781, 1783–1786, 1802[20], 1817f., 1823–1825, 1838, 1861f., 1864f., 1875, 1937–1939

– Ungarn
S. 1085, 1410

– USA
Dok. 19, 61, 68, 141, 173, 257 und S. 108, 128–130, 263f., 281, 284–286, 297–304, 318, 375, 382, 398, 402[3], 404–406, 408, 418, 424, 428–431, 438–442, 445f., 448, 506f., 514, 525, 554, 556, 571, 576f., 580f., 583, 590f., 593, 612–622, 624–626, 629–632, 634, 638–640, 643–649, 654, 668, 681, 705–708, 716–718, 721–723, 725[3], 726, 734f., 740, 746, 748, 774f., 778f., 781, 805f., 809–811, 815f., 834[5], 835–839, 904–906, 977–981, 1004, 1021–1023, 1046, 1071–1076, 1085, 1189f., 1191–1193, 1197, 1220[3], 1222, 1230–1232, 1247, 1278, 1295, 1319f., 1327, 1348–1350, 1352[27], 1375–1377, 1393, 1396f., 1423[4], 1425f., 1433, 1444f., 1469, 1478, 1481, 1498, 1500–1504, 1508, 1520–1524, 1526, 1565, 1598, 1601–1605, 1610f., 1645, 1662[17], 1663, 1665, 1668f., 1686–1689, 1704f., 1733, 1736–1740, 1749, 1775, 1779, 1781, 1783–1786, 1809, 1818, 1824f., 1838, 1841, 1850f., 1864, 1867–1869, 1937

– Verifikationsfragen
Dok. 28, 64, 194, 234, 349 und S. 82–84, 184, 281, 318–320, 326f., 402[3], 416, 418, 421, 429f., 440, 591f., 604, 613, 618f., 621[5], 625f., 643–645, 654, 722, 774, 777f., 780, 805, 811, 816, 858–860, 905f., 1005f., 1021, 1075[24], 1085, 1191[2], 1197, 1220[3], 1245, 1247, 1295, 1303[6], 1304f., 1352[29], 1481, 1503, 1522f., 1526, 1562, 1565, 1601, 1602[6], 1603, 1687f., 1733, 1736–1738, 1740f., 1775, 1802[20], 1861f., 1865, 1867, 1897, 1939

– Volksrepublik China
S. 374f., 645, 1043[4], 1048, 1469

– Warschauer Pakt
S. 298, 420, 557, 654, 860, 1247, 1295, 1662

Institut français des relations internationales (IFRI), Paris
S. 872

Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa), Stuttgart
S. 1108[7]

Institut für Zeitgeschichte (IfZ), München
S. 1107, 1109[12]

Institute for East-West Security Studies (IEWSS), New York
S. 1444[7]

Interamerikanische Entwicklungsbank
S. 290[5]

International Institute for Strategic Studies (IISS), London
S. 1782

International Organization for Standardization/Internationale Organisation für Normung
S. 18

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW)
S. 1570

Internationale Wehrkundebegegnung (Wehrkundetagung)
S. 143

Interparlamentarische Union (IPU)
S. 522

Interpol (International Criminal Police Organization)
S. 1612[4]

Irak
siehe außerdem: Ägypten, Chemische Waffen, Frankreich, Großbritannien, Nahost-Konflikt, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 95, 162, 164, 503, 564, 763, 849, 1112, 1127, 1333, 1514f., 1676, 1903[11]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 36, 152, 219, 224, 330 und S. 210, 760f., 763f., 1168f., 1171, 1178, 1250, 1348[9], 1514, 1640, 1674[2]

– EG/EPZ
S. 242, 246, 361, 1638[6]
– Iran
S. 214, 217[8], 314, 390f., 1111f., 1127–1129, 1132, 1135, 1176, 1378, 1380, 1514, 1653f., 1675-1677, 1680–1682, 1684, 1691, 1755, 1815, 1828
– Israel
S. 1654, 1691, 1755
– Italien
S. 1348[9], 1816
– Japan
S. 849, 1348[9], 1379
– Jordanien
S. 390f., 1382, 1676
– Kuwait
S. 1112, 1137, 1176
– UdSSR
S. 763[8], 849, 935, 1135, 1168, 1348[10], 1356, 1379
– USA
S. 763[8], 1133, 1135, 1178, 1336

Irakisch-iranischer Krieg/ Lage im Persischen Golf
S. 86[9], 95, 98, 162f., 214, 217[8+9], 242, 246, 314, 316, 317[46], 390f., 503, 569, 753[3], 760, 763f., 771, 776, 793f., 816f., 847, 849f., 879, 882–884, 1001, 1089, 1092[46], 1111–1114, 1128–1131, 1133f., 1171, 1176–1178, 1196f., 1247f., 1250, 1276, 1311–1313, 1319[4], 1332–1336, 1338[3], 1341[12], 1345–1348, 1356f., 1375, 1378–1380, 1397, 1420f., 1443, 1447f., 1499–1501, 1506, 1512, 1514, 1525f., 1535, 1537[16], 1578, 1639f., 1653, 1674[4], 1675–1679, 1681f., 1685, 1734f., 1755, 1758, 1770, 1774, 1776f., 1780, 1812, 1815–1817, 1828, 1843, 1848, 1855f., 1862, 1866, 1869, 1899, 1935

Iran
siehe außerdem: Afghanistan, Ägypten, Algerien, Chemische Waffen, Energie- und Rohstoffpolitik, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN
S. 86[8], 95–98, 162, 164, 546, 569, 749f., 849, 1001, 1089f., 1101[18], 1176, 1250, 1310f., 1335f., 1676[19]
– Arabische Liga
S. 1178, 1196
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 34, 46, 47, 113, 153, 195, 221, 230, 267 und S. 98, 546–549, 701, 703, 850, 1127–1132, 1134, 1178, 1196, 1276, 1310, 1348[9], 1356, 1534f., 1538–1540, 1640, 1678f., 1681, 1684, 1815
– EG/EPZ
S. 242, 361, 850, 1110[2], 1534[2], 1536[9], 1540
– Israel
Dok. 332 und S. 23[15], 1856
– Italien
S. 569, 850[40], 1348[9], 1380, 1537, 1816
– Japan
S. 849, 1348[9], 1379, 1537, 1735
– Jordanien
S. 1332, 1678
– Kuwait
S. 1112f., 1176, 1677
– Libanon
S. 149, 546, 548, 702[6], 762, 764[14], 765–767, 982f., 1114, 1199, 1338[3], 1515, 1712
– Libyen
S. 1515, 1679
– Österreich
S. 1690
– Pakistan
S. 842[5], 1856
– Saudi-Arabien
S. 1176, 1639f.
– Syrien
S. 506, 703, 983, 1515, 1677, 1712
– Türkei
S. 316, 699[8], 700, 756, 759, 1082, 1690
– UdSSR
S. 97, 314, 763[8], 849, 1112f., 1178, 1334–1336, 1356, 1639, 1817, 1855, 1869
– USA
Dok. 305 und S. 23[15], 213, 217, 274f., 276[13], 315[40], 390f., 569[6], 763[8], 1111[8], 1170, 1346, 1356f., 1378, 1447, 1499[21], 1679, 1682, 1855
– Volksrepublik China
S. 1334f., 1639, 1856
– Warschauer Pakt
S. 242

Irland
siehe außerdem: EG, EPZ, KSZE, VN
S. 191, 236, 240, 295, 348, 435, 479, 564, 1335, 1870[7], 1927[19]

Islamische Konferenz
siehe: OIC

Islamischer Fundamentalismus
Dok. 22, 259 und S. 212–217, 340, 700[10], 816, 936, 1001, 1094, 1097, 1101, 1114[13], 1336, 1515, 1829 f., 1869

Island
siehe außerdem: KSZE, NATO
S. 203, 315, 644, 786, 1082

Israel
siehe außerdem: Ägypten, Algerien, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Nahost-Konflikt, SDI, Terrorismus, VN
S. 96, 130, 163, 241 f., 245, 256, 294, 344, 360[6], 479, 503–505, 711[7], 934 f., 966, 986, 999[6], 1109[11], 1382, 1680
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 99, 167, 185, 265, 298 und S. 256, 390, 607, 711[7], 755, 917, 1415, 1680, 1709, 1899
– EG/EPZ
S. 241 f., 357, 501, 847, 1828
– Jordanien
S. 390, 847, 935–937, 1680, 1828
– Libanon
S. 243[26], 823, 1338[3], 1515, 1709–1711, 1715
– NATO
S. 825, 1340
– PLO
S. 999 f., 1828
– Syrien
S. 163, 935 f., 1516, 1711
– UdSSR
S. 241, 314, 848, 868, 935–938, 1856
– USA
S. 163, 274, 315, 344, 824, 848, 936–938, 1339[7+8], 1499[17], 1680 f., 1691, 1827 f., 1856

Italien
siehe außerdem: Abrüstung, Chemische Waffen, EG, EPZ, Frankreich, G 7, GATT, Genfer Verhandlungen, INF-Verhandlungen, Irak, Iran, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, SDI, Terrorismus, VN, WEU, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
S. 7[5], 28, 42 f., 53[4], 231, 233[22], 292 f., 383, 414[13], 633[22], 634, 741, 842, 868, 879, 955, 1252 f., 1315[19], 1373 f., 1472[12], 1475, 1483, 1623, 1678, 1713, 1716, 1832[8]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 237, 271, 309, 357 und S. 124[19], 201, 258, 308, 383, 451, 632, 635, 1054[8], 1123, 1348, 1355, 1379, 1397, 1687, 1787 f., 1808, 1872, 1897
– Spanien
S. 1312[11], 1375
– Südafrika
S. 257[38], 845 f., 884
– UdSSR
S. 240 f., 283, 300, 322, 842, 868, 915, 979 f., 1355, 1377, 1379, 1522, 1686[3], 1808
– Ungarn
S. 363, 1317[23]
– USA
S. 118, 162[16], 250[3], 263[11], 279[2], 288, 298, 858–860, 1336, 1375, 1377, 1537, 1687, 1808
– Volksrepublik China
S. 930

IWF (Internationaler Währungsfonds)
siehe unter: VN

Jäger 90
siehe: European Fighter Aircraft

Jamaika
S. 1461[7], 1929

Japan
siehe außerdem: Chemische Waffen, Energie- und Rohstoffpolitik, G 7, GATT, Großbritannien, INF-Verhandlungen, Irak, Iran, Nahost-Konflikt, Raumfahrtpolitik, SDI, Verschuldungsproblematik, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen
S. 80, 258, 283[8], 289, 291, 317[46], 355, 387, 395, 477–479, 501, 633[22], 741, 816 f., 879, 932, 1068, 1093, 1253, 1279, 1348, 1379, 1462, 1678, 1883[7], 1903[11], 1904
– ASEAN
S. 854, 1264[13], 1271
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 165 und S. 790, 990, 1269, 1277, 1379
– EG/EPZ
S. 193 f., 360, 362, 882
– Kambodscha
S. 843

– Republik Korea (Südkorea)
S. 852 f.
– Südafrika
S. 257[38], 846
– UdSSR
S. 623, 645, 647, 843[11], 844
– USA
S. 165, 194, 289, 322, 573, 793[2], 817 f., 820, 844, 849, 882, 905, 1319[4], 1537, 1776, 1776, 1891[7], 1929
– Vietnam
S. 1267, 1269
– Volksrepublik China
S. 852, 932, 990, 1068

Jemen
siehe: Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) und Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)

Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)
S. 1676, 1826[4]

Jewish Museum, New York
S. 1108[7]

Jordanien
siehe außerdem: Ägypten, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN

S. 240, 246, 391, 847, 935, 1311, 1382, 1677–1679, 1739, 1827
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 81, 329 und S. 506, 1681[2]
– EG/EPZ
S. 246, 361[10], 389, 847[26], 1678
– Libanon
S. 390, 1675 f., 1710, 1713
– PLO
S. 390[14], 935, 1000 f., 1680
– Saudi-Arabien
S. 935, 1677, 1680
– Syrien
S. 390, 506, 1675–1677
– UdSSR
S. 937, 1678
– USA
S. 163, 390, 1332, 1499[17], 1678, 1680, 1828
– Volksrepublik China
S. 1678

Jüdischer Weltkongreß
siehe: World Jewish Congress

Jugoslawien
siehe außerdem: Albanien, ČSSR, DDR, Griechenland, Großbritannien, KSZE, KVAE, Nahost-Konflikt, Terrorismus

S. 42, 119, 132[4], 134, 392–395, 566, 961 f., 966, 1083, 1382, 1484, 1848, 1853
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 82 und S. 133 f., 352, 485, 1083, 1567 f., 1848, 1853, 1901, 1903
– EG/EPZ
S. 352, 357, 360, 361[7], 396 f., 1541[3+5]
– Österreich
S. 962, 1544 f.
– UdSSR
S. 397, 962, 1853[33]
– USA
S. 1567, 1848, 1901, 1903
– Warschauer Pakt
S. 395

Kambodscha/Kamputschea
siehe außerdem: Flüchtlings- und Asylpolitik, Japan, VN

Dok. 251 und S. 744–746, 885, 1043, 1264, 1266, 1272, 1274 f., 1470, 1500, 1843, 1865 f., 1940
– ASEAN
S. 743[7], 843, 1263, 1264[13], 1273
– Bundesrepublik Deutschland
S. 379, 1263, 1268 f.
– Thailand
S. 743[7], 744 f., 1265
– UdSSR
S. 728[2], 744 f., 843, 1045, 1264[12], 1268, 1273, 1735, 1940
– USA
S. 843, 1269
– Vietnam
S. 375, 379, 744, 843, 1043[4], 1045, 1262–1264, 1266–1268, 1272–1275
– Volksrepublik China
S. 843, 1043, 1045, 1264[13], 1265, 1267 f., 1275

Kamerun
S. 1614[2], 1619, 1625, 1641[2]

Kanada
siehe außerdem: Chemische Waffen, Energie- und Rohstoffpolitik, G7, GATT, Gen-

fer Verhandlungen, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, Raumfahrtpolitik, SDI, VN

S. 231, 258, 339[3], 414, 477–479, 633[22], 699[8], 865, 884, 930, 1186, 1252, 1484[5], 1883[7]

– Bundesrepublik Deutschland
S. 536, 865[20], 1142, 1147, 1759
– EG/EPZ
S. 370[12], 813[21], 1589[27]
– Norwegen
S. 865 f., 1759[5]
– Südafrika
S. 370[12], 845, 884
– UdSSR
S. 646[13], 647[14], 674[10], 864, 1781, 1868
– USA
S. 282, 580, 1891[7], 1927

KAS (Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.)
S. 950, 953, 1007[2], 1073[15], 1124[19], 1281

Katar
S. 95, 1514[5], 1826[4]

Kenia
siehe außerdem: Großbritannien

Dok. 323 und S. 341, 1614[2], 1620

Kernforschungszentrum Karlsruhe
S. 1300

Kolumbien
S. 153[4], 854[57], 855, 1899[31+32], 1930

Konferenzen und Verhandlungen
siehe auch: Gipfeltreffen, Weltwirtschaftsgipfel

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens und der USA vom 14. bis 24.1.1943 in Casablanca
S. 688[17]
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta
S. 1033
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 17.7. bis 2.8.1945 in Potsdam
S. 1033
– Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London
S. 1004[10]
– Konferenz asiatischer und afrikanischer Staaten vom 18. bis 24.4.1955 in Bandung
S. 935
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12.12.1967 in Brüssel
S. 24[17]
– NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1967 in Brüssel
S. 27[27], 261[5]
– Dritte Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien vom 5. bis 17.6. 1969 in Moskau
S. 844[14]
– Friedenskonferenz für den Nahen Osten vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf
S. 1001
– Diplomatische Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Kriegsvölkerrechts vom 20.2. bis 29.3. 1974, 3.2. bis 18.4.1975, 21.4. bis 11.6. 1976 und 17.3. bis 10.6.1977 in Genf
S. 1753
– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 20./21.4.1974 auf Schloß Gymnich
S. 28[29]
– NATO-Ministerratstagung am 18./19.6. 1974 in Ottawa
S. 409
– Konferenz über Rhodesien am 4./5.12. 1974 in Lusaka
S. 1626[38]
– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 23.4.1975 in London
S. 562[5]
– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5.11.1975 in London
S. 562[5]
– Tagung des Europäischen Rats am 1./2. 12.1975 in Rom
S. 756[8]
– IV. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 5. bis 31.5.1976 in Nairobi
S. 1153[16]

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18.5.1977 in Brüssel
S. 1321[4]
– KSZE-Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad
S. 585
– Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten vom 2. bis 5.11.1978 in Bagdad
S. 999
– Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31.3.1979 in Bagdad
S. 1827[7]
– V. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7.5. bis 3.6.1979 in Manila
S. 1154[20], 1156[23]
– Verfassungskonferenz für den Übergang Rhodesiens zur Unabhängigkeit vom 10.9. bis 15.12.1979 in London (Lancaster-House-Konferenz)
S. 1627[39]
– EG-Ministerratstagung am 15.1.1980 in Brüssel
S. 1638[6]
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22.4.1980 in Luxemburg
S. 1536[9]
– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 17./18.5.1980 in Neapel
S. 1536[9]
– Tagung des Europäischen Rats am 12./13. 6.1980 in Venedig
S. 98f., 240, 1199
– KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
S. 3, 306[9], 307, 424[9], 533, 536[15], 1138, 1909, 1912[32]
– NATO-Ministerratstagung am 4./5.5.1981 in Rom
S. 525
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27.6.1981 in Nairobi
S. 856[2]
– Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10.6.1982 in Bonn
S. 162[18]
– Konferenz der Staatschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9.9.1982 in Fes
S. 999[6], 1680
– Informelles Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3.10.1982 in La Sapinière
S. 527
– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5.1. 1983 in Prag
S. 992
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Bewegung blockfreier Staaten vom 7. bis 12.3.1983 in Neu Delhi
S. 1128
– Konferenz der Außenminister der Bewegung blockfreier Staaten am 28./29.4.1983 in Neu Delhi
S. 1128
– VI. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 6.6. bis 2.7.1983 in Belgrad
S. 1152, 1155
– NATO-Ministerratstagung am 9./10.6.1983 in Paris
S. 1422
– Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19.6.1983 in Stuttgart
S. 458[12], 851, 1608
– Konferenz der Außenminister der Staaten der Contadora-Gruppe sowie der zentralamerikanischen Staaten vom 7. bis 9.9. 1983 in Panama-Stadt
S. 154[5]
– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10. 1983 in Montebello
S. 146f., 404, 410f., 720, 1071[4], 1072, 1075, 1192, 1480f., 1666, 1835
– Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) vom 17.1.1984 bis 19./ 22.9.1986 in Stockholm
siehe: KVAE
– Tagung des Europäischen Rats am 19./ 20.3.1984 in Brüssel
S. 461[19]
– Tagung des Europäischen Rats am 25./26. 6.1984 in Fontainebleau
S. 110[6], 236[18], 259, 328[5], 329, 350, 359, 458–461, 466, 828f., 921, 944, 957,

1572[9], 1574, 1608f., 1718, 1761[4], 1793, 1870

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29.9.1984 in San José
S. 153[1], 802[17], 852[48], 1313[13]
– KSZE-Seminar über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vom 16. bis 26. 10.1984 in Venedig
S. 1918
– WEU-Ministerratstagung am 26./27.10. 1984 in Rom
S. 528[20]
– NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1984 in Brüssel
S. 1498
– ESA-Ministerratstagung am 30./31.1.1985 in Rom
S. 58, 1456
– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27.3.1985 in Luxemburg
S. 404, 727
– EG-Ministerratstagung am 28./29.3.1985 in Brüssel
S. 110[6]
– EG-Ratstagung auf der Ebene der für den Binnenmarkt zuständigen Minister am 7.5.1985 in Brüssel
S. 467[29]
– KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8.5. bis 17.6.1985 in Ottawa
S. 533, 539, 542
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22.5.1985 in Brüssel
S. 775[6], 1774[5]
– Tagung des Europäischen Rats am 28./ 29.6.1985 in Mailand
S. 105[21], 458[12]
– Tagung des EG-Ministerrats am 22./23.7. 1985 in Brüssel
S. 462[22]
– Dritte Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag vom 27.8 bis 21.9. 1985 in Genf
S. 564, 1021f., 1352[27], 1654
– Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA (G5) am 22. 9.1985 in New York
S. 231
– Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 8. bis 11.10.1985 in Seoul
S. 290[5]
– Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Kooperationsrats der Arabischen Golfstaaten am 14.10.1985 in Luxemburg
S. 99[9]
– NATO-Ministerratstagung am 15.10.1985 in Brüssel
S. 71, 268, 273
– Kulturforum der KSZE vom 15.10. bis 25. 11.1985 in Budapest
S. 533, 901, 1250, 1414
– EUREKA-Ministerkonferenz am 5./6.11. 1985 in Hannover
S. 79[13]
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 11./12.11. 1985 in Luxemburg
S. 153[1]
– Ministertagung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe am 17./18.12.1985 in Moskau
S. 1722[8]
– OAU-Ministerratstagung vom 25.2. bis 4.3.1986 in Addis Abeba
S. 687[16], 687[16]
– EG-Ministerratstagung am 10./11.3.1986 in Brüssel
S. 362
– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21.3.1986 in Würzburg
S. 403
– Außerordentliche Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14.4.1986 in Den Haag
S. 1460
– KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15.4. bis 26.5.1986 in Bern
S. 533, 539, 542, 1138, 1147, 1465, 1499, 1940

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21.4.1986 in Luxemburg
S. 1460
– EG-Ministerratstagung am 12./13.5.1986 in Brüssel
S. 397[11]
– Konferenz der Präsidenten von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua am 24./25.5.1986 in Esquipulas
S. 154[6]
– NATO-Ministerratstagung am 29./30.5. 1986 in Halifax
S. 23, 117, 656, 669, 730, 777
– Konferenz der Außenminister der Staaten der Contadora-Gruppe, der Unterstützungsgruppe und weiterer zentralamerikanischer Staaten am 6./7.6.1986 in Panama-Stadt
S. 515[9]
– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11.6.1986 in Budapest
S. 203, 366, 424, 511, 654, 669, 1005, 1228[10]
– EG-Ministerratstagung am 16./17.6.1986 in Luxemburg
S. 191[12]
– Tagung des Europäischen Rats am 26./27. 6.1986 in Den Haag
S. 359[47], 1363, 1650
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 1. bis 7.9. 1986 in Harare
S. 522
– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 6./7.9.1986 in Brocket Hall
S. 370[12]
– EG-Ministerratstagung am 15./16.9.1986 in Brüssel
S. 813[22], 1536
– Ministersitzung des GATT vom 15. bis 20.9.1986 in Punta del Este
S. 187–189, 193, 881, 1924 f., 1929–1931
– Ministersitzung des Assoziationsrats EG–Türkei am 16.9.1986 in Brüssel
S. 115[29], 473
– Konferenz der Europäischen Demokratischen Union vom 17. bis 20.9.1986 in Wien
S. 695[8]
– Sechste Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 21./22.10.1986 in Jakarta
S. 1276
– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22.10. 1986 in Gleneagles
S. 262, 403, 410, 726 f.
– EG-Ministerratstagung am 27.10.1986 in Luxemburg
S. 1623
– KSZE-Folgekonferenz vom 4.11.1986 bis 19.1.1989 in Wien
Dok. 106, 377 und S. 3, 62, 198[12], 248[9], 253, 305–308, 366, 417, 424, 427, 512, 526, 584–587, 654–656, 730[8], 731, 777 f., 789, 806[6], 868[40], 886, 891, 898–900, 902, 1024, 1086, 1137–1148, 1250[24], 1331, 1355, 1463–1467, 1705, 1740, 1743, 1807, 1854, 1867
– WEU-Ministerratstagung am 13./14.11. 1986 in Luxemburg
S. 117, 256, 261, 405, 529[27], 947[12]
– EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 17.11. 1986 in Brüssel
S. 467[30]
– EG-Ministerratstagung am 24.11.1986 in Brüssel
S. 363[23], 474[21]
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5.12.1986 in Brüssel
S. 262
– Tagung des Europäischen Rats am 5./6. 12.1986 in London
S. 243, 359[47], 362, 453[7], 740[20], 757
– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 8. bis 16.12.1986 in Brüssel
S. 464[26], 740[20]
– NATO-Ministerratstagung am 11./12.12. 1986 in Brüssel
S. 23, 30, 92[25], 93, 262, 318, 512, 535, 586, 669, 730, 777, 805, 967, 1024, 1247, 1328, 1509, 1739 f.
– EG-Ministerratstagung am 15./16.12.1986 in Brüssel
S. 363[23]
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 26.1.1987 in Brüssel
S. 242

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Islamischen Konferenz vom 26. bis 29.1.1987 in Kuwait-Stadt
S. 656[34], 1710, 1830

– Treffen der „Australischen Initiative“ am 29./30.1.1987 in Paris
S. 206f.

– Internationale Wehrkundebegegnung vom 31.1. bis 2.2.1987 in München
S. 143

– Weltwirtschaftsforum vom 31.1. bis 5.2. 1987 in Davos
S. 116, 123, 196, 200, 244, 252, 305–307, 377, 526, 572, 602, 652, 747, 1279, 1598, 1863

– Tagung des Europäischen Rats am 4./5.2. 1987 in Kopenhagen
S. 1541, 1607–1609

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 9./10.2.1987 in Brüssel
S. 460[16]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10.2. 1987 in Guatemala-Stadt
Dok. 35 und S. 165, 315, 515[9], 517[18], 521, 553, 802, 852[48]

– Konsultativtreffen der Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen vom 13. bis 17.2. 1987 in Bern
S. 699f.

– Konferenz der Präsidenten von Costa Rica, El Salvador, Guatemala und Honduras am 15.2.1987 in San José
S. 164[27], 515, 559

– EG-Ministerratstagung am 16.2.1987 in Brüssel
S. 362

– Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA (G5) am 21.2. 1987 in Paris
S. 228–232, 258

– Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G7 am 22.2.1987 in Paris
S. 228–232, 258

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 22.2.1987 in Brüssel
Dok. 51

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23.2.1987 in Brüssel
Dok. 52 und S. 314[34], 389, 391, 452[6], 1827

– OAU-Ministersitzung vom 23.2. bis 1.3. 1987 in Addis Abeba
S. 687[16], 1832[9]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 2. bis 4.3.1987 in Brüssel
S. 460[17]

– EG-Ministerratstagung am 16./17.3.1987 in Brüssel
Dok. 74 und S. 351

– VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 23.3. bis 10.4.1987 in Genf
S. 562–565

– Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 24./25.3.1987 in Moskau
S. 417, 511, 537

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 4./5.4.1987 in Turnhout
S. 240

– Konferenz der Außenminister der Staaten der Contadora- und der Unterstützergruppe am 13.4.1987 in Buenos Aires
S. 519[27], 558

– NATO-Ministerratstagung am 16.4.1987 in Brüssel
Dok. 115 und S. 641, 725[3]

– Sechstes Ministertreffen der G77 vom 20. bis 25.4.1987 in Havanna
S. 1152

– EG-Ministerratstagung am 26./27.4.1987 in Luxemburg
S. 362, 363[21], 559f.

– WEU-Ministerratstagung am 27./28.4.1987 in Luxemburg
S. 256, 406, 527f., 529[26], 734, 1512[27]

– Tagung der Interparlamentarischen Union vom 27.4. bis 2.5.1987 in Managua
S. 522

– Konferenz der Innen- und Justizminister der EG-Mitgliedstaaten im TREVI-Rahmen am 28.4.1987 in Brüssel
S. 757

– OECD-Ministerratstagung am 12./13.5. 1987 in Paris
S. 191, 736[7], 881

– Frühjahrstagung des IWF und der Weltbank am 14./15.5.1987 in Washington
S. 1088

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 14./15.5.1987 in Stavanger
S. 403, 592, 648, 705 f., 713[4], 733, 776

– Konferenz der Außenminister Finnlands, Österreichs, Jugoslawiens, Maltas, der Schweiz und Zyperns am 16./17.5.1987 in Limassol
S. 1141[15]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 20.5.1987 in Brüssel
S. 827[5]

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 26./27.5.1987 in Brüssel
Dok. 155 und S. 1775[15]

– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. 5.1987 in Ost-Berlin
S. 667, 746, 776, 783, 790, 915, 972, 993, 1005, 1141 f., 1227 f., 1231, 1246[9], 1247, 1287, 1295, 1328, 1509, 1724, 1840[18], 1939

– Generalversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom 3. bis 23.6.1987 in Genf
S. 1052

– NATO-Ministerratstagung am 11./12.6. 1987 in Reykjavik
Dok. 174 und S. 281, 312, 316, 424, 512 f., 587, 725, 808, 811, 834–837, 839, 884, 899 f., 905 f., 914, 993, 995, 1024, 1082, 1192, 1432, 1445, 1478 f., 1481 f., 1511, 1596–1599, 1660[6], 1661[9], 1662, 1704 f., 1739, 1745, 1751, 1771, 1817, 1851, 1865–1868

– Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 15./16.6.1987 in Singapur
S. 1264

– Internationale Konferenz der Vereinten Nationen über Drogenmißbrauch und Drogenhandel vom 17. bis 26.6.1987 in Wien
S. 855, 885

– Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit Vertretern der EG-Mitgliedstaaten, Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA vom 18. bis 20.6.1987 in Singapur
S. 1264[14]

– Ministersitzung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) der NATO am 22.6.1987 in Sevilla
S. 1769

– EG-Ministerratstagung am 27./28.6.1987 in Brüssel
Dok. 186 und S. 974, 976

– Tagung des Europäischen Rats am 29./30. 6.1987 in Brüssel
Dok. 193 und S. 122, 233, 432, 634, 737 f., 740, 821[9], 828, 830, 832 f., 921, 924–927, 938–940, 942, 944, 956[2], 957, 958[10], 959[18], 974, 1091, 1587[23], 1762 f.

– Tagung des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30.6./1.7.1987 in Brüssel
S. 959[18], 1589[27]

– VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 9.7. bis 3.8.1987 in Genf
S. 1149–1158

– Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7.8.1987 in Guatemala-Stadt („Esquipulas II")
S. 516 f., 519[27], 552 f., 559 f., 801, 852, 885, 1162–1164, 1282 f.

– Außerordentliche Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 16.8.1987 in Bangkok
S. 1264

– Außerordentliche Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 23. bis 25.8.1987 in Tunis
S. 1179, 1196

– VN-Konferenz über Abrüstung und Entwicklung vom 24.8. bis 11.9.1987 in New York
S. 1086, 1352

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der frankophonen Staaten vom 2. bis 4.9.1987 in Québec
S. 884

– Treffen der „Australischen Initiative“ am 14./15.9.1987 in Paris
Dok. 272 und S. 209
– Generalkonferenz der IAEO vom 21. bis 25.9.1987 in Wien
S. 1755 f.
– Tagung der Internationalen Demokratischen Union (IDU) 24. bis 26.9.1987 in Berlin (West)
S. 1039[16], 1358, 1880[37]
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten vom 13. bis 17.10.1987 in Vancouver
S. 884
– Generalkonferenz der UNESCO vom 20. 10. bis 21.11.1987 in Paris
S. 1512[25]
– Außerordentliche NATO-Ministerratstagung am 24.10.1987 in Brüssel
S. 1497–1507
– EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister am 26.10.1987 in Brüssel
S. 1609[21]
– WEU-Ministerratstagung am 26./27.10. 1987 in Den Haag
S. 528, 1512, 1769 f.
– Ministertagung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe am 27./28.10.1987 in Moskau
S. 1417, 1451 f.
– Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 28./29. 10.1987 in Prag
S. 1898[23]
– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4.11.1987 in Monterey
S. 403, 1662, 1666
– Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien am 4./5.11.1987 in Moskau
S. 1444[11]
– Außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11.11.1987 in Amman
S. 847, 1448, 1638–1640, 1674–1681, 1683–1685, 1710, 1739, 1817, 1826 f., 1830
– FAO-Konferenz vom 7. bis 26.11.1987 in Rom
S. 854[57]
– ESA-Ministerratstagung am 9./10.11.1987 in Den Haag
S. 1458, 1459[13], 1582, 1890 f.
– EG-Ministerratstagung am 23./24.11.1987 in Brüssel
S. 1638, 1678
– Außerordentliche NATO-Ministerratstagung am 25.11.1987 in Brüssel
Dok. 340
– Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs von acht lateinamerikanischen Staaten vom 27. bis 29.11.1987 in Acapulco
S. 1898[31+32]
– EG-Ministerratstagung am 29./30.11.1987 in Brüssel
S. 1608
– Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten (Konklave) am 29./30.11. 1987 in Brüssel
S. 1765, 1871
– Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 30.11.1987 in Brüssel
Dok. 347 und S. 1777
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2.12.1987 in Brüssel
Dok. 348
– Tagung des Europäischen Rats am 4./5. 12.1987 in Kopenhagen
Dok. 358 und S. 976, 1091, 1316, 1362, 1574, 1583, 1589, 1600, 1636, 1638, 1711, 1715–1717, 1720, 1762, 1766, 1791 f., 1807 f., 1812–1814, 1826, 1867, 1870 f., 1894[12], 1899[28]
– EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister am 7.12.1987 in Brüssel
S. 1541
– NATO-Ministerratstagung am 11./12.12. 1987 in Brüssel
Dok. 369 und S. 118[44], 119, 837, 1259, 1519, 1595 f., 1598, 1600, 1661[9], 1662, 1687, 1739 f., 1746, 1747[18], 1753[2], 1757, 1759, 1812, 1814[20], 1817 f., 1844 f., 1848 f., 1851, 1862, 1880[35]
– Treffen führender Repräsentanten der Warschauer-Pakt-Staaten am 11.12.1987 in Ost-Berlin
S. 1810
– EG-Ministerratstagung am 14.12.1987 in Brüssel
S. 1812
– Gipfelkonferenz der ASEAN-Mitgliedstaaten am 14./15.12.1987 in Manila
S. 1271

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 20.1. und am 23./24.1.1988 in Brüssel
S. 1871
– EG-Ministerratstagung am 25.1.1988 in Brüssel
S. 1871
– Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten (Konklave) am 1./2.2.1988 in Brüssel
S. 1871
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8.2.1988 in Bonn
S. 1871
– Tagung des Europäischen Rats am 11./12.2.1988 in Brüssel
S. 1812–1815, 1820, 1850, 1871
– Treffen der Außenminister Albaniens, Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei vom 24. bis 26.2.1988 in Belgrad
S. 1476[7], 1484
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe vom 29.2. bis 1.3.1988 in Hamburg
S. 156, 1282, 1313, 1857
– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 5./6.3.1988 in Konstanz
S. 1925, 1931
– Siebte Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 2./3.5.1988 in Düsseldorf
S. 1277
– OECD-Ministerratstagung am 18./19.5.1988 in Paris
S. 1337
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 26./27.5.1988 in Brüssel
S. 1933
– Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan vom 29.5. bis 2.6.1988 in Moskau
siehe unter: Gipfeltreffen
– Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung vom 31.5. bis 26.6.1988 in New York
S. 1180f.
– NATO-Ministerratstagung am 9./10.6.1988 in Madrid
S. 868, 1337
– Tagung des Europäischen Rats am 27./28.6.1988 in Hannover
S. 1808
– Generalkonferenz der IAEO vom 19. bis 23.9.1988 in Wien
S. 1756
– Ministersitzung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) der NATO am 9.11.1988 in Luxemburg
S. 1769
– Konferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30.5. bis 23.6.1989 in Paris über die „menschliche Dimension der KSZE“
S. 1238[14]
– Gipfelkonferenz der Bewegung blockfreier Staaten vom 4. bis 7.9.1989 in Belgrad
S. 522[41]
– Vierte Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag vom 1.7.1968 vom 20.8. bis 15.9.1990 in Genf
S. 565

Kongo
siehe: Volksrepublik Kongo

Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK)
siehe außerdem: KSZE

Dok. 87und S. 3, 75, 90, 116f., 119, 120[47], 124, 199, 224, 226, 264f., 307, 311, 317[46], 365f., 377, 398f., 419, 440f., 448f., 502, 526, 527[17], 556, 579f., 582, 630f., 636, 646, 649, 651, 654, 666, 669, 675, 706f., 717, 721f., 729–732, 740, 746, 775, 806f., 808[13], 809–812, 863, 884, 1003, 1005, 1073[16], 1144, 1183, 1188, 1224, 1227, 1279, 1321, 1445, 1478, 1562, 1665, 1729, 1736, 1738, 1804, 1843, 1905f.

– Belgien
S. 527, 778, 996, 1488
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 254, 293 und S. 23, 75, 88[7], 89, 93, 116f., 119f., 197, 203–205, 226f., 254, 261, 263–265, 311, 395, 398, 400, 406f., 421, 423, 426, 450[21], 510, 512, 527, 579, 587, 604, 637, 641, 649, 656, 675, 729f., 732, 746f., 776–778, 834[5], 835f., 838, 864, 878, 888, 891, 989, 1021, 1024, 1046, 1081–1083, 1085f., 1198f., 1231,

1246, 1249, 1322, 1328, 1352, 1361, 1376, 1394, 1396 f., 1423[4], 1428, 1432, 1446 f., 1481, 1505, 1509 f., 1616, 1618, 1660[5], 1661, 1704 f., 1739 f., 1742 f., 1750 f., 1771, 1778 f., 1806 f., 1817 f., 1854, 1860, 1862, 1865, 1897 f.

– ČSSR
S. 511, 669, 1488

– Dänemark
S. 1488, 1781, 1867

– DDR
S. 417, 422, 511, 1227 f., 1232, 1247, 1488

– Frankreich
S. 23, 92, 117, 119 f., 202 f., 265, 308, 311, 400, 424, 450[21], 509 f., 512, 541, 586 f., 649, 656, 669, 730–732, 746, 775, 777–779, 781, 837, 840, 868, 871 f., 877 f., 900, 903, 946, 948, 1081–1083, 1139, 1144, 1286, 1487 f., 1542, 1597 f., 1823, 1860, 1867, 1907, 1915

– Griechenland
S. 780, 1780

– Großbritannien
S. 204 f., 254, 311, 383, 399, 425 f., 510[6], 512, 527, 587, 593, 713[4], 730, 778, 780, 836, 840, 864, 1081, 1086, 1286, 1362, 1487 f., 1771, 1773, 1805, 1823, 1866

– Italien
S. 424, 527, 730, 778, 1286, 1487, 1776, 1805, 1818 f., 1865

– Kanada
S. 203[10], 900, 996, 1781

– Luxemburg
S. 527, 996, 1488, 1781

– Mandatsgespräche
Dok. 44, 101 und S. 3, 92 f., 117[42], 119 f., 201–203, 307 f., 417, 424 f., 427, 508 f., 512 f., 534, 541, 543[37], 586 f., 637, 675, 731, 777, 840, 899, 989, 992, 996 f., 1080, 1350, 1426, 1431 f., 1704, 1740, 1750, 1804, 1807, 1840, 1859 f., 1867, 1906, 1908

– NATO
Dok. 216 und S. 3–5, 92[25+27], 117, 201 f., 254, 399, 426 f., 508–513, 535, 541, 543[37], 654, 730[8], 746, 775–781, 868, 989, 993, 997, 1086, 1138 f., 1143 f., 1286 f., 1328, 1431, 1480, 1487–1489, 1596–1598, 1704, 1750 f., 1770, 1773 f., 1804[3], 1807, 1835, 1840, 1859, 1906, 1914 f., 1939

– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 119, 124, 265, 424, 427, 509, 512, 538, 541, 654, 669, 730[8], 731, 1024, 1082 f., 1138, 1141, 1144, 1466, 1915

– Niederlande
S. 527, 530, 779, 900, 1286, 1488, 1506, 1780

– Norwegen
S. 779, 1286, 1777

– Österreich
S. 1083, 1542

– Polen
S. 511, 536, 604, 1393, 1488

– Portugal
S. 203, 781

– Schweiz
S. 538, 1083

– Spanien
S. 781, 1779

– Türkei
S. 202 f., 1082, 1286, 1781, 1805

– UdSSR
S. 13, 117, 119, 124, 197 f., 202–205, 253, 265, 426 f., 441, 579, 636 f., 649 f., 732, 747, 776–778, 780 f., 812, 877, 888, 1005, 1024, 1082, 1085 f., 1140, 1231, 1284[7], 1285–1288, 1350, 1376, 1423[4], 1426, 1431, 1446, 1487[6], 1488 f., 1500, 1502, 1506, 1509, 1704, 1741, 1750, 1773, 1777, 1780 f., 1823, 1838, 1859 f., 1862, 1865, 1875, 1898, 1939

– Ungarn
S. 204, 511, 527, 1286, 1488

– USA
S. 75, 88[7], 89 f., 92 f., 117, 124, 203–205, 224, 262–264, 308, 311, 398[3], 423–427, 510, 512 f., 649 f., 656, 730–732, 746, 775, 777 f., 781, 812, 836 f., 840, 868, 900, 996, 1081 f., 1287, 1288[15], 1396, 1446 f., 1486–1488, 1500, 1502, 1598, 1741, 1750, 1775, 1805–1807, 1819, 1825, 1838, 1840 f., 1860, 1907, 1915

– Warschauer Pakt
S. 92[25+27], 117[42], 201–203, 311, 399, 406 f., 426 f., 508–512, 534, 537, 587, 653 f., 717, 729, 746, 900, 996, 1080[8], 1081–1083, 1138, 1140, 1247, 1284[7], 1285–1288, 1328, 1352[25], 1394, 1480, 1488 f., 1596, 1598 f., 1750, 1771, 1779, 1804[3], 1859, 1906–1908, 1914 f.

Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)
siehe außerdem: EG, EPZ
S. 99, 242, 357, 360, 1675 f.

Körber-Stiftung
S. 1239

Korea
siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
siehe außerdem: EG, EPZ, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Umweltpolitik
Dok. 106, 117, 179, 287, 377 und S. 35, 92, 113[17], 116, 119, 120[47], 124, 203, 264 f., 305 f., 311, 317[46], 366, 378, 510, 670, 777 f., 917, 1005, 1279, 1294, 1325[9], 1726, 1747, 1848

– Abschließendes Dokument der Folgekonferenz in Madrid vom 6.9.1983
S. 306[9], 536[15], 538[25], 584, 903, 1144 f., 1148, 1693[12], 1694, 1705, 1905

– Belgien
S. 537[17], 540[28+29], 543[35+36], 901[17], 1140, 1740, 1907, 1917

– Bulgarien
S. 789 f., 1084[4], 1142, 1464[8], 1466[16], 1908[18], 1917

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 65 und S. 3, 124, 198, 200, 311, 417, 420, 488, 534 f., 537, 539–543, 585, 587, 599, 605, 649, 652, 654–656, 790, 864, 889, 898–904, 915, 955, 1024, 1032, 1035, 1083, 1084[4], 1139[10], 1141 f., 1145[35], 1146–1148, 1250 f., 1279, 1295, 1330 f., 1350, 1355 f., 1414, 1429, 1464 f., 1467, 1485, 1499, 1513, 1596, 1705, 1743, 1853, 1864, 1896, 1906, 1908, 1910[23], 1911 f., 1917 f.

– ČSSR
S. 536, 541–543, 654–656, 901[15], 1142, 1145[35], 1464[8], 1466[16], 1743, 1908[18], 1917

– Dänemark
S. 308, 537[17+18], 538, 540[28], 1145, 1867

– DDR
S. 417 f., 536[14], 537, 539–543, 901[15], 1141 f., 1146[36], 1229, 1238, 1250 f., 1295, 1464[8], 1466[16], 1911, 1917 f.

– Finnland
S. 538, 1083, 1145, 1919

– Frankreich
S. 114, 306[7], 308, 510, 512, 535, 537[18], 540[28], 541, 543[35+36], 584–587, 649, 730[8], 731, 781, 840, 868[40], 900, 903, 1139, 1144, 1147[38], 1499, 1854, 1907, 1909[18], 1915, 1917

– Griechenland
S. 537[18], 540[28], 543[35+36], 955, 1907, 1913

– Großbritannien
S. 308, 311, 540[28+29], 588, 900, 901[17], 1086, 1139[10], 1146[36], 1147, 1465, 1854, 1907, 1917 f.

– Heiliger Stuhl
S. 538

– Irland
S. 306[7+9], 540[28], 901[17], 1146[36]

– Island
S. 538[23], 539[27], 1145

– Italien
S. 308, 537[18], 543, 588, 901[17], 1819

– Jugoslawien
S. 535[12], 537[18], 538, 543, 1083, 1141, 1144, 1146[36], 1147 f., 1909 f., 1912–1914, 1918

– Kanada
S. 536, 537[17], 538[23], 539[27], 540[29], 585, 900 f., 1139[10], 1140, 1142, 1146[36], 1147, 1819, 1907, 1916[43], 1917

– Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK)
S. 424, 508 f., 512, 868[40], 898 f., 903, 1138 f., 1143 f., 1466, 1908, 1914 f.

– KSZE-Konferenzen und Expertentagungen
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Kulturelle Dimension
S. 955, 1250, 1331, 1414

– Luxemburg
S. 867

– Malta
S. 537[18], 538, 543, 1141, 1147, 1918

– Menschenrechte/Menschenrechtspolitik
S. 306, 308, 311, 418, 530, 533[5], 534–537, 539 f., 542, 543[37], 585–587, 655 f., 863, 899–904, 1086, 1138–1141, 1143, 1146, 1229, 1238, 1355, 1464 f., 1499, 1734, 1854, 1869, 1906–1909, 1910[22], 1911–1914, 1917 f.

– NATO
S. 305, 306[7+9], 307, 533–535, 538 f., 541 f., 543[37], 654, 899 f., 1080[8], 1082, 1138–1140, 1143–1145, 1905, 1907, 1915

– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 92[25], 124, 265, 509, 512, 533[5], 538, 540–543, 586, 654f., 730[8], 781, 899, 901, 903, 1024, 1082f., 1139–1141, 1143–1147, 1463, 1466, 1905, 1909f., 1913, 1915f.

– Niederlande
S. 526, 536, 537[17], 540[28+29], 585, 900, 901[17], 1139[10], 1140, 1142, 1740, 1907, 1917

– Norwegen
S. 535[12], 537[17+18], 538, 539[27], 901[17], 1145

– Österreich
S. 534, 537[17+18], 538–540, 542, 1083, 1141, 1146, 1465, 1906, 1907[13], 1915, 1917f.

– Polen
S. 536f., 540–543, 605, 901[15], 955, 1142, 1466[16], 1908[17]

– Portugal
S. 540[28], 543[35], 1140, 1907

– Rumänien
S. 534[7], 537, 542f., 1142, 1145[35], 1464[8], 1466[16], 1898, 1906, 1909, 1912[32], 1913, 1917

– Schlußakte vom 1.8.1975
S. 61, 63, 75, 81, 306[9], 487f., 533, 537, 538[25], 540, 584, 599, 652, 656, 666[5], 891, 892[24], 899, 903, 915, 1020, 1032, 1058, 1082, 1148, 1229, 1250, 1279, 1295, 1327, 1350, 1353[33], 1416[24], 1429f., 1464, 1485, 1705, 1864, 1896, 1898, 1908, 1913[34+36+37]

– Schweden
S. 537[17+18], 538, 542, 1141, 1144f., 1465f., 1906, 1909, 1915

– Schweiz
S. 538, 542, 901, 1083, 1140f., 1144[30], 1145f., 1465, 1906, 1907[13], 1915, 1916[43], 1917f.

– Spanien
S. 308, 540[28+29], 543, 901[17], 1148

– Türkei
S. 535[12], 543[36], 901[17]

– UdSSR
S. 7, 116, 199[15], 200, 253, 305f., 311, 418, 534, 536f., 540, 542f., 585, 587f., 636[6], 655f., 806[6], 863, 899, 902f., 1024, 1034f., 1086, 1138–1140, 1142f., 1147, 1355f., 1429f., 1464[8], 1465–1467, 1476, 1499, 1734, 1752, 1854, 1864, 1869, 1906f., 1908[17], 1909, 1912[32], 1914, 1916, 1940

– Ungarn
S. 534[7], 536[14], 537, 539[27], 540, 542f., 901[15], 1142[23], 1416[24], 1466[16], 1912[32], 1913

– USA
S. 4, 253, 265, 306[7], 308f., 424, 427, 510, 535f., 537[17], 539[26+27], 540[29], 584f., 587f., 649, 781, 806[6], 840, 863, 868[40], 900f., 1139[10], 1140, 1142, 1145–1147, 1465, 1476, 1499, 1819, 1854, 1907, 1915–1917, 1940

– Warschauer Pakt
S. 417[8], 536f., 540f., 534, 585, 654f., 898–900, 1082[16], 1138, 1140–1143, 1147, 1464–1466, 1864, 1908f., 1915, 1917

– Zypern
S. 538, 543, 1141[15], 1147, 1909f., 1912–1914, 1918

Kuba
siehe außerdem: Angola, Namibia-Frage, VN, Zentralamerika-Politik

S. 7, 135, 340, 935, 1012, 1831[2]

– Nicaragua
S. 164, 523, 560, 1857

– USA
S. 118, 560[14], 1149[2], 1530

Kulturhauptstadt Europas
S. 542, 901, 955, 1250

Kulturpolitik
siehe auch: Deutsches Archäologisches Institut, Deutsches Historisches Institut Washington, Goethe-Institut

Dok. 8, 188 und S. 98, 105, 112, 113[17], 130, 196[8+9], 212–218, 245, 306[10], 359f., 444f., 483–487, 534[7], 537, 539f., 542f., 561, 566–570, 588, 603, 605, 653, 664, 666, 668, 680, 745f., 763f., 791–793, 817, 901f., 1006, 1042[3], 1065, 1066[8], 1100, 1105–1110, 1115f., 1139[8+9], 1140, 1147, 1231, 1250, 1272, 1324, 1409, 1411, 1413f., 1416[24], 1475[4], 1477, 1488, 1638, 1643[6], 1694f., 1703, 1727, 1854, 1892

– Deutsche Schulen im Ausland
S. 44[5], 113[17], 214, 558[2], 951–953, 954[13]

Kulturstiftung der Länder
S. 36–40, 933

Kurdenfrage
Dok. 292

Kuwait
siehe außerdem: Irak, Iran

S. 95, 246, 763[8], 1112f., 1348[10], 1499[21], 1514[5], 1676f., 1826[4], 1883[7]

KVAE (Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa)
Dok. 1 und S. 203[10], 307, 311[11], 418, 424, 509[4], 510, 511[7], 586, 746, 898, 900, 903, 994, 1020, 1138, 1144, 1148, 1228, 1729, 1866, 1905
– Bundesrepublik Deutschland
S. 61–63, 301, 420, 1248, 1728–1730
– ČSSR
S. 541, 1730
– DDR
S. 418, 541, 1248, 1728–1732
– Dokument der Stockholmer Konferenz vom 19.9.1986
S. 61–63, 995, 997, 1248, 1728–1732
– Frankreich
S. 35, 541, 586, 730[8], 868[40], 1729, 1907, 1915
– Jugoslawien
S. 1909[20+21], 1914
– Manöverankündigungen und -beobachtungen
Dok. 15, 339 und S. 420, 541, 1867, 1939
– NATO
S. 4f., 35, 534, 538, 541, 543[37], 995, 1144, 1730, 1905, 1907
– Neutrale und nichtgebundene Staaten (N+N)
S. 35, 538, 541, 730[8], 1905, 1907, 1909f., 1914
– Polen
S. 536, 541, 1145[31]
– Schweden
S. 1144[30], 1909[20], 1914
– UdSSR
Dok. 7 und S. 4, 1728–1730, 1867, 1939
– USA
S. 4, 34–36, 61f., 868[40], 1729, 1730[14], 1907, 1915
– Warschauer Pakt
S. 62, 63[12], 534, 536, 538, 541, 587, 1140, 1145[31], 1907, 1914

Länder der Bundesrepublik Deutschland
S. 36–38, 40, 67, 127, 167f., 172, 174, 337, 354, 359, 468f., 565[4], 567, 700, 756[7], 819, 1116[6], 1226[14], 1693[12], 1694[15]
– Baden-Württemberg
S. 172, 419, 432[6], 466, 504[16], 567, 678[26], 1072, 1101[18], 1402[2], 1612[2], 1613[10], 1872
– Bayern
S. 47, 122, 172, 174, 352[22], 386, 432[6], 466, 504[16], 567, 678, 791, 1007[2], 1038f., 1173–1175, 1257, 1290, 1402[2], 1416, 1450, 1459[13], 1467–1470, 1542, 1623, 1635f., 1709, 1872, 1936–1940
– Bremen
S. 78, 122[11], 174, 373, 504[16], 567, 1243[3], 1324[3], 1372[2]
– Hamburg
S. 43, 46, 122[10+11], 567, 627, 702, 705, 713–715, 1226[15], 1877[21]
– Hessen
S. 43, 46, 122[11], 161[14], 954, 983[9], 1302[10]
– Niedersachsen
S. 174, 373, 504[16], 737, 1242, 1302[10], 1719, 1792
– Nordrhein-Westfalen
S. 174, 1101[18], 1290, 1699, 1921[11]
– Rheinland-Pfalz
S. 122[11], 172, 504[16], 567, 627[4], 665, 702, 705, 713–715, 737, 760, 1290
– Saarland
S. 567, 1290, 1307, 1309
– Schleswig-Holstein
S. 122[11], 504[16], 702, 827, 957, 1243[3], 1324[3], 1372[2], 1441[1], 1442[7]

Landsmannschaft der Banater Schwaben aus Rumänien in Deutschland e.V.
S. 1698

Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn e.V.
S. 1414[17]

Laos
S. 744, 843[11], 1264, 1500[31]

Leo Baeck Institut
S. 501

Lesotho
S. 1529[5], 1619

Libanon
siehe außerdem: Algerien, Großbritannien, Iran, Israel, Jordanien, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN
S. 85, 246, 317[46], 548, 765f., 848, 885, 982, 1199, 1276, 1311, 1338[3], 1357, 1515, 1674[4], 1675f., 1710–1713, 1827

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 12, 107, 336 und S. 41, 60, 85, 162, 216[3], 218, 243, 257, 572, 1675 f., 1714
– EG/EPZ
S. 243, 246, 361[10], 1709, 1711, 1714 f.
– Entführungsfall Cordes und Schmidt
siehe unter: Terrorismus
– Hisbollah
S. 41[3], 85, 86[9], 96, 544–547, 766, 1199, 1515, 1711 f.
– PLO
S. 96, 1000 f., 1680
– Syrien
S. 86[9], 87, 243, 256[36], 257, 390, 545, 548, 701[6], 982, 1311, 1338[3], 1515, 1675, 1677, 1709–1712, 1715
– USA
S. 23[15], 41[2], 85, 89[13], 545, 1710–1713, 1715

Liberia
S. 1499[21]

Libyen
siehe außerdem: Arabische Liga, Berlin, Frankreich, Großbritannien, Iran, Nahost-Konflikt, Terrorismus
S. 163 f., 293–295, 339[3], 391, 444, 656[34], 844, 999[6], 1090, 1196, 1461 f., 1538, 1676, 1679, 1711
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 286 und S. 164, 444, 1536–1538
– EG/EPZ
S. 1460 f.
– Tschad
S. 293 f., 444, 1679
– UdSSR
S. 1332, 1515
– USA
S. 43, 444, 844[18], 1536 f.

Liechtenstein
S. 538[21]

Luxemburg
siehe außerdem: EG, EPZ, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, MBFR, NATO, WEU
S. 172, 240, 280, 530, 1364[21], 1870[7], 1927[19]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 756, 1038, 1123, 1416[24], 1448
– UdSSR
S. 322, 579, 867

Madagaskar
S. 1626

Malaysia
S. 581[29], 1268, 1273 f., 1276, 1336, 1883[7]

Malta
siehe unter: KSZE

Marokko
S. 96, 357, 856 f., 1092, 1713, 1826[4], 1827

Mauretanien
S. 857[2], 1827

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
S. 951

MBFR (Mutual and Balanced Force Reductions)
siehe außerdem: Frankreich
Dok. 75, 198, 355 und S. 4 f., 75, 146, 202, 203[10], 746, 748[29], 775, 777, 780, 836, 1285, 1287, 1446[19], 1487[6]
– Belgien
S. 996
– Bundesrepublik Deutschland
S. 76, 93, 203–205, 301, 365–367, 423 f., 1286, 1288[15], 1598, 1804, 1806 f.
– ČSSR
S. 654, 996, 1807
– DDR
S. 993 f., 997, 1807
– Griechenland
S. 996
– Großbritannien
S. 93, 203–205, 423, 425, 1487[6], 1805 f.
– Italien
S. 996, 1805 f.
– Kanada
S. 996
– Luxemburg
S. 996
– NATO/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten
S. 93[29], 366–368, 423, 425, 510, 993–998, 1804–1806
– Niederlande
S. 1804
– Polen
S. 365–367, 748[29], 993, 997
– Türkei
S. 1805 f.

– UdSSR
S. 75 f., 366, 368, 425, 748[29], 994, 1286, 1804 f.
– Ungarn
S. 748[29], 1446[19]
– USA
S. 76, 93, 203–205, 365–368, 423, 425, 775, 994, 996–998, 1804–1807
– Verifikation
S. 366–368, 993–995, 1805
– Warschauer Pakt/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten
S. 368, 424 f., 511, 992–997, 1804–1806

Medien/Medienpolitik
siehe: Presse und Nachrichtenagenturen

Menschenrechte/Menschenrechtspolitik
siehe außerdem: KSZE
S. 98, 306[7], 308, 577, 586, 655 f., 778, 812, 850 f., 863 f., 867, 899–901, 903 f., 1140 f., 1143, 1212 f., 1224 f., 1269, 1325[7], 1409, 1495, 1727, 1774, 1781, 1867
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 38 und S. 155, 180, 292[4], 887, 1370[26], 1393, 1568 f., 1705, 1739, 1751 f., 1865, 1880, 1883[7]
– Chile
Dok. 10 und S. 1202, 1365, 1368, 1370 f., 1560, 1881[3], 1882, 1883[7], 1920[8], 1922[12]
– DDR
S. 539, 1360, 1880
– EG/EPZ
S. 44, 114
– El Salvador
S. 550[4], 551, 1010, 1012
– Europarat
S. 170, 172 f., 472
– Großbritannien
S. 1822, 1866
– Kanada
S. 536, 845
– Nicaragua
S. 523, 1012, 1281
– Niederlande
S. 536, 1506, 1740, 1866
– Rumänien
S. 312[24], 537, 1569, 1853
– Südafrika
S. 180, 845, 1854
– Türkei
S. 472, 1096, 1495
– UdSSR
S. 48, 118, 252 f., 305, 534, 575, 585, 587, 883, 887, 1498–1500, 1525, 1569, 1734, 1751 f., 1774, 1844, 1854, 1866 f., 1878
– USA
S. 536, 575, 585, 1319[4], 1498–1500, 1506, 1525, 1568 f., 1734, 1751, 1824 f., 1878 f.
– VN
S. 167–172, 173[24], 1561
– Volksrepublik China
S. 1041
– Warschauer Pakt
S. 170

Mexiko
siehe außerdem: Verschuldungsproblematik, Zentralamerika-Politik
S. 153[4], 520, 558, 560[14], 799, 1010, 1012, 1182[12], 1188, 1282, 1382, 1755, 1899[32], 1930

Militärgeschichtliches Forschungsamt, Freiburg
S. 965 f.

Misereor
siehe: Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.

„Mitteleuropa"-Konzeption
Dok. 95 und S. 1810 f.

Molkepulver-Skandal
Dok. 39, 256

Monaco
S. 543

Mongolei
S. 135

Mosambik
siehe außerdem: Frankreich, Großbritannien
S. 295, 655, 1090, 1615, 1618, 1621, 1623–1625, 1628–1630, 1632–1635, 1647, 1649 f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 321, 324 und S. 166, 1641[2], 1646, 1648
– EG/EPZ
S. 166, 1615, 1619
– Portugal
S. 1615, 1620, 1629 f., 1634
– Simbabwe
S. 1626, 1629

– Südafrika
S. 165 f., 295 f., 1452, 1623, 1626 f., 1629–1631, 1649
– UdSSR
S. 7, 1624, 1649
– USA
S. 166, 1620[24], 1621, 1625, 1634

Nahost-Konflikt
S. 96, 223[1], 240, 294[12], 314, 885, 1848, 1865
– Ägypten
S. 389, 847, 935, 999 f., 1001[13], 1002[14], 1422, 1448, 1499[17], 1639, 1827 f.
– Algerien
S. 1000
– Arabische Liga/Fes-Plan
S. 1674[4]
– Belgien
S. 240–242, 245 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 98, 130 f., 241, 256, 314, 389, 391, 505 f., 656, 848, 936–938, 982[6], 998, 1000 f., 1090, 1131, 1176, 1199, 1341[11], 1420, 1422, 1485, 1514[5], 1678–1680, 1684, 1827 f., 1856
– ČSSR
S. 655
– EG/EPZ
S. 98, 239 f., 256, 314, 389, 391, 505[23], 846 f., 849, 935, 938, 1000[10], 1002, 1098[13], 1150, 1199, 1678, 1820, 1827 f., 1899
– Frankreich
S. 86[9], 240, 314, 389, 849, 936, 938, 1855 f.
– Griechenland
S. 240 f., 1150
– Großbritannien
S. 240–242, 314, 389, 505, 848, 936, 938, 1002, 1089 f., 1335, 1855 f.
– Internationale Konferenz für Frieden im Nahen Osten
S. 163, 239 f., 245, 314, 389–391, 503, 655, 847–849, 935–937, 998, 999[6], 1001 f., 1090, 1199, 1348[10], 1675, 1678, 1680, 1827, 1856, 1899
– Irak
S. 330 f., 935
– Iran
S. 935
– Israel
S. 163, 241, 243[26], 245, 389 f., 503 f., 847–849, 868, 935, 1000–1002, 1150[7], 1199, 1338[3], 1378, 1499[17], 1677–1681, 1827, 1856, 1899
– Italien
S. 240 f., 868, 1002
– Japan
S. 505[23], 935
– Jordanien
S. 163, 240, 246, 389–391, 503, 506, 848 f., 935–937, 1000–1002, 1499[17], 1679–1681, 1827, 1856
– Jugoslawien
S. 1903
– Kanada
S. 505[23], 935
– Libanon
S. 389 f., 848, 936, 1000 f., 1199, 1707 f.
– Libyen
S. 999[6]
– Niederlande
S. 240–242, 1506
– Palästina-Frage/Besetzte Gebiete
S. 241 f., 390 f., 503, 506, 847 f., 936 f., 1000–1002, 1150, 1199, 1357, 1677–1679, 1681, 1827, 1899
– PLO
S. 389 f., 935, 937, 998–1002, 1199, 1678–1680, 1828
– Rumänien
S. 999, 1899
– Saudi-Arabien
S. 1000, 1422, 1499[17], 1639
– Spanien
S. 240 f.
– Syrien
S. 241, 256[36], 314, 389 f., 848, 935 f., 1000 f., 1090, 1679
– Türkei
S. 935, 1002, 1097, 1150[7], 1422
– UdSSR
S. 97, 164[26], 166[36], 240 f., 245, 314, 389, 847, 889, 935–938, 999 f., 1001[13], 1002, 1177 f., 1348[10], 1448, 1499 f., 1526, 1639, 1677, 1855 f.
– USA
S. 99, 116, 150 f., 163, 164[26], 166[36], 314, 389–391, 505, 793, 847–849, 884, 895 f.,

935 f., 1001[13], 1002, 1089, 1113, 1150[7], 1177 f., 1348[10], 1448, 1499 f., 1507[44], 1514[5], 1677, 1679–1681, 1739, 1819, 1827 f., 1855 f., 1899
– VN
S. 164[26], 239, 243, 655, 847, 884, 999[6], 1001[13], 1002, 1378[19]
– Volksrepublik China
S. 389, 1639, 1739, 1856

Namibia-Frage
S. 257, 296, 1451[7], 1528, 1832
– Angola
S. 1528[3], 1529
– Bundesrepublik Deutschland
S. 1079, 1193, 1531, 1832
– ČSSR
S. 655
– Frontlinienstaaten (Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania)
S. 655, 845 f., 1451[7], 1622, 1631, 1651
– Kontaktgruppe
S. 257, 1832[8]
– Kuba
S. 1528[3], 1530 f.
– Südafrika
S. 1454[17], 1528[3], 1529, 1531
– SWAPO (South West Africa People's Organization)
S. 296, 1454, 1528[3], 1531
– USA
S. 1531, 1832
– VN
S. 1528, 1530, 1796[8], 1797, 1832[8], 1833

NASA (National Aeronautics and Space Administration)
S. 1889 f.

Nationalsozialismus
S. 481 f., 500–502, 611, 918, 1060 f., 1087[19], 1482, 1648, 1708
– Barbie-Prozeß
Dok. 130, 140, 202
– Bitburg (Soldatenfriedhof)
S. 985, 987
– Costermano (Soldatenfriedhof)
Dok. 309, 350
– Fall Josef Schwammberger
Dok. 320
– Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz
S. 611
– Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Dachau
S. 1290[4]
– Haftfall Rudolf Heß
Dok. 231 und S. 892
– „Historikerstreit"
S. 486, 1556
– Opferentschädigung
S. 1415, 1438
– United States Holocaust Memorial Council
Dok. 220
– Waldheim-Affäre
Dok. 190, 191 und S. 985–987

NATO (North Atlantic Treaty Organization)
siehe außerdem: Abrüstung, Berlin, Chemische Waffen, EG, EPZ, Genfer Verhandlungen, INF-Verhandlungen, Israel, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, NATO-Doppelbeschluß, SDI, Terrorismus, UdSSR

Dok. 59, 174, 340, 369 und S. 27, 77, 119, 145, 220–222, 226, 260, 265, 268, 271, 318, 419 f., 447, 479, 508, 526, 641, 672, 674, 774–782, 991[10], 1247, 1483, 1556, 1721, 1851
– AAFCE (Allied Air Forces Central Europe)
S. 275
– AFCENT (Allied Forces Central Europe)
S. 137 f., 1055[9]
– Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)
Dok. 155, 348 und S. 24[17], 1321[4], 1405 f., 1665[32], 1934, 1936
– Belgien
S. 220, 281, 298 f., 319, 322, 404, 412, 429, 431, 527, 530, 581, 592 f., 634, 643 f., 647, 674[10], 858 f., 867, 949, 977–981, 1260 f., 1322, 1323[6], 1333, 1421, 1479, 1497, 1505, 1520–1523, 1740 f., 1775, 1777 f., 1867 f., 1874
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 83, 262, 291 und S. 3 f., 47, 104, 124, 137[3], 138–140, 145[3], 146, 160, 197, 198[12], 219[1], 220, 226, 260, 262, 268 f., 275, 279, 298 f., 305 f., 319, 321 f., 392, 395, 403–407, 409–412, 416, 418, 421,

424, 429–432, 447–450, 479, 485, 488, 496, 499, 502, 507, 510, 525f., 530, 537, 539–541, 555, 557, 571f., 574f., 577f., 580, 586, 591–594, 631, 634f., 641, 643, 647, 656, 673, 706f., 715, 717f., 721, 725f., 730, 732–735, 747, 763, 775–779, 781f., 793f., 805–808, 816, 819f., 835–838, 858f., 863–865, 875, 877, 884, 890, 896, 905–907, 948f., 968f., 977–981, 988, 1020, 1024, 1044, 1048, 1053, 1054[8], 1055[9], 1057, 1071, 1073–1077, 1081f., 1121f., 1124f., 1142, 1161, 1191, 1206, 1224, 1259–1261, 1276, 1307, 1312[11], 1316, 1324, 1337, 1339, 1358f., 1375, 1387[9], 1395–1397, 1404, 1408, 1413, 1420–1423, 1427, 1429, 1433, 1443, 1446f., 1486, 1492[11], 1505, 1518f., 1520–1523, 1532f., 1594, 1596–1598, 1600, 1604, 1605[11], 1616, 1618, 1660–1663, 1666–1669, 1733f., 1739–1741, 1749f., 1753[2], 1754, 1757–1759, 1768, 1771, 1773, 1778f., 1782, 1802, 1812, 1817f., 1836f., 1845, 1851, 1862–1865, 1874f., 1880f., 1884, 1886–1889, 1933–1936

– Bündnisgebiet/Out-of-area-Einsätze
Dok. 159, 279 und S. 139f., 275, 316[41], 763, 776, 778, 816, 862, 884, 897, 1122, 1124f., 1276, 1375, 1770, 1888, 1933[3], 1934f.

– Burden sharing
S. 43, 262, 344[7], 574, 775, 778, 793f., 884, 1121, 1123, 1395, 1605[11], 1667, 1769, 1775f., 1778[25]

– CINCENT (Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe)
S. 138, 876

– CINCHAN (Allied Commander-in-Chief Chanel)
S. 866, 1934

– COMNAVSOUTH (Commander Allied Naval Forces South)
S. 1421

– Dänemark
S. 220, 322, 575, 577, 580, 643f., 646, 674[10], 808[13], 1322, 1323[6], 1479, 1507, 1733, 1759, 1772, 1781f., 1867

– DMV (Deutscher Militärischer Vertreter)
S. 1497, 1733

– Eurogroup
Dok. 347 und S. 1777, 1780

– FOFA (Follow-On Forces Attack)
S. 1665, 1774

– Frankreich
S. 22[8], 24f., 92[27], 93, 104, 117[42], 137–141, 148, 160, 204, 220, 280, 312, 400f., 409f., 441, 448, 509f., 512, 528f., 535, 541, 580f., 586f., 644f., 656, 726[5], 730–732, 734f., 741, 747, 775–781, 819, 836–840, 865, 867f., 871f., 874–876, 900, 946, 948f., 1053–1055, 1081f., 1120–1122, 1124f., 1139, 1144, 1206, 1249[18], 1259–1261, 1322, 1323[6], 1387[9], 1403–1406, 1478f., 1487, 1492[11], 1497[8], 1507, 1562[2], 1565, 1597–1600, 1661[9], 1662, 1665, 1667f., 1754, 1757, 1802, 1823, 1836f., 1845, 1851, 1867–1869, 1874, 1884[4], 1886–1889, 1934f.

– General Political Guidelines (GPG) zum Einsatz von Nuklearwaffen
S. 264, 410, 720, 875, 1480, 1662f., 1669, 1888

– Generalsekretär
Dok. 250, 345 und S. 268f., 281, 398–401, 580f., 669, 730[9], 864, 865[15+16], 866, 868, 1080[5+6], 1249[18], 1312[11], 1358, 1375, 1443, 1448, 1497, 1518f., 1532f., 1741, 1774, 1778–1782, 1880f.

– Griechenland
S. 322, 530, 581, 643, 645, 674[10], 780, 808[13], 1261, 1322, 1323[6], 1479, 1497, 1759, 1780, 1867, 1934

– Großbritannien
S. 25, 220, 222, 298f., 319, 322, 403f., 409f., 429, 431, 479, 510[6], 527, 529f., 575, 577, 579f., 592–594, 644, 646f., 706, 713[4], 715, 730, 776, 778, 780f., 837f., 840, 858f., 864f., 907, 946, 948f., 977–981, 1054, 1081, 1249[18], 1260f., 1322, 1323[6], 1333, 1358f., 1361, 1421, 1478, 1487, 1506, 1520–1523, 1605[11], 1661[9], 1665f., 1689, 1734, 1740f., 1754, 1757, 1771–1775, 1780, 1802, 1822f., 1845, 1851, 1866, 1874, 1880[35], 1884[4], 1886, 1888, 1934f.

– Harmel-Bericht (Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz)
S. 27, 90, 261, 1322, 1429, 1498, 1512, 1738, 1740, 1864

– High Level Group (HLG)
S. 101, 403, 408, 424, 431, 528[17], 578, 581, 731[11], 988f., 1520–1522, 1610, 1662, 1665, 1669

– High Level Task Force (HLTF) für Fragen der Konventionellen Rüstungskontrolle in Europa

S. 4f., 92f., 117, 202, 205, 424, 509–513, 527, 541, 586, 730f., 779–781, 840, 900, 1080f., 1139, 1286

– Independent European Programme Group (IEPG)
S. 531, 1769

– Internationaler Stab
S. 5, 866, 1249[18], 1660

– Island
S. 279, 315, 644, 1082, 1261, 1507, 1759, 1869

– Italien
S. 104, 220, 281, 298f., 319, 322, 404, 412, 429, 431, 527, 575, 577, 592f., 643, 730, 778, 858f., 868, 949, 977–981, 1259–1261, 1312[11], 1323[6], 1375, 1421, 1487, 1504, 1506, 1520–1523, 1605[11], 1733f., 1739–1741, 1775–1777, 1778[25], 1779, 1812, 1818, 1862, 1864f., 1874, 1934

– Kanada
S. 92[27], 279, 281f., 575, 577, 580, 643f., 647, 674[10], 861, 864–866, 900, 1260f., 1323[6], 1506, 1759, 1776, 1781, 1868f., 1935

– Luftverteidigung
Dok. 72

– Luxemburg
S. 280, 322, 527, 530, 575, 577, 579, 643, 867, 949, 1260f., 1323[6], 1448, 1479, 1507, 1733, 1769, 1778[25], 1781

– Militärausschuß (Military Committee, MC)
S. 403, 582, 725[3], 776, 866[22], 1260f., 1404[13], 1497[6], 1565, 1733[11], 1933f.

– NATO-Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

– Neutronenwaffen
Dok. 33

– Niederlande
S. 220, 281f., 298f., 319, 322, 404, 412, 429, 431, 525–527, 530f., 575, 580, 592f., 643, 647, 778f., 858f., 900, 949, 977–981, 1261, 1322, 1323[6], 1333, 1421, 1448, 1479, 1506, 1520–1523, 1733–1735, 1740f., 1759, 1767–1770, 1772, 1775, 1780, 1866, 1868f., 1874, 1880f., 1934f.

– NORAD (North American Aerospace Defense Command)
S. 865

– Norwegen
S. 220, 403, 575, 580, 643f., 779f., 808[13], 865f., 1259–1261, 1286, 1323[6], 1358f., 1448[25], 1479, 1518f., 1532, 1733, 1740, 1758f., 1768, 1770–1772, 1777, 1778[25], 1866, 1880f.

– Nukleare Planungsgruppe (NPG)
S. 403f., 410, 527, 592, 705[16], 713[4], 726f., 733, 776, 949, 1071[4], 1405, 1480, 1662f., 1666

– Politischer Ausschuß auf Gesandtenebene (Senior Political Committee, SPC)
S. 674[10]

– Portugal
S. 644, 781, 1261, 1322, 1323[6], 1500, 1733, 1780f., 1868

– SACEUR (Supreme Allied Commander Europe)
S. 275, 403f., 721, 725–727, 808, 866, 876[24], 1404, 1407, 1757, 1835[8], 1933[4], 1934

– SACLANT (Supreme Allied Commander Atlantic)
S. 866, 1934

– SHAPE (Supreme Headquarters Allied Powers Europe)
S. 138, 578[12], 808, 866, 1757, 1802, 1934

– Spanien
S. 104, 316[41], 529, 575, 580, 643, 646f., 674[10], 781, 861, 866, 868, 1261, 1312[11], 1323[6], 1337, 1507, 1741, 1769f., 1779f., 1868, 1934f.

– Special Consultative Group
siehe unter: INF-Verhandlungen

– STANAVFORCHAN (Standing Naval Force Channel)
S. 1770, 1777, 1933f.

– STANAVFORLANT (Standing Naval Force Atlantic)
S. 1933f.

– STANAVFORMED (Standing Naval Force Mediterranean)
Dok. 380

– Ständiger Rat
S. 526, 621[5], 643–647, 805f., 808[13], 811, 864, 865[15], 1161, 1249[18], 1260, 1303, 1519, 1532, 1660[6+8], 1661[9], 1689

– Strategie/Strategiedebatte
S. 22[8], 23f., 90, 119, 260–262, 406f., 409f., 439, 526f., 556, 577–579, 582f., 593, 631, 635[27], 714, 718, 720f., 732, 735, 774, 776, 778, 780f., 808, 819f., 837, 862, 864, 875, 989, 995, 1072[11], 1074, 1181, 1183, 1406, 1478f., 1481f., 1497,

1504, 1661–1665, 1667, 1738, 1757, 1770 f., 1778 f., 1836, 1867, 1888
– Tagungen des NATO-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
– Türkei
S. 202, 322, 412, 530, 643 f., 646, 866 f., 901[17], 1082, 1095 f., 1259–1261, 1286, 1322, 1323[6], 1422, 1479, 1497, 1767, 1770, 1778[25], 1781, 1867, 1934
– USA
S. 24, 27, 43, 71, 73[22], 74, 89[13+14], 92[27], 101, 117[42], 124 f., 130, 219, 221, 247 f., 251, 261, 264, 271, 273, 275, 287, 297–300, 304, 319, 322, 324, 342 f., 345–347, 383, 395, 399–401, 404–411, 439, 441 f., 447 f., 507, 509[4], 525–527, 529[24], 530, 535, 556, 575–577, 580–583, 621, 637–639, 643–645, 647, 650, 656, 674[10], 714, 716 f., 721, 723, 725, 730, 732, 734, 747, 768, 774–781, 793 f., 805–807, 809, 811, 816, 836–840, 858 f., 861–866, 868, 874, 884, 890, 896, 900, 905–907, 946 f., 949, 969, 977–981, 1054, 1073–1077, 1081 f., 1123–1126, 1161, 1189–1191, 1207, 1209, 1249[18], 1261, 1303, 1319, 1321[10], 1322, 1323[6], 1333, 1362, 1375, 1387[9], 1395, 1397, 1398[18], 1406, 1420[2], 1421, 1443, 1445 f., 1448[25], 1449, 1478, 1486–1489, 1497, 1500, 1505–1507, 1518, 1520–1523, 1526, 1533, 1562, 1565, 1594, 1598, 1600, 1610 f., 1661, 1663 f., 1666 f., 1669 f., 1686–1689, 1733–1741, 1748 f., 1754, 1757, 1768 f., 1772–1776, 1802, 1818, 1824, 1835 f., 1845, 1849, 1851, 1863–1865, 1868 f., 1886–1888, 1934 f., 1939
– Warschauer Pakt
S. 92[25], 201–203, 221, 226, 366, 399, 407, 419, 425 f., 508–511, 656, 669, 672, 717 f., 721, 730[8], 746 f., 768–771, 773 f., 861, 900, 968, 972, 1005, 1080–1082, 1140, 1143, 1183, 1249, 1394, 1478, 1480, 1489, 1662, 1665[32], 1771, 1774, 1779 f., 1782, 1859, 1935
– WEU
S. 528 f., 1512[27], 1597, 1769 f., 1818
– WINTEX
S. 1669

NATO-Doppelbeschluß
S. 147 f., 249, 254, 281, 408, 410–412, 432, 446, 448, 525, 528[17], 578, 580, 604, 630, 716, 722, 780, 810, 815, 840, 863, 1502, 1520[3], 1666, 1670, 1736, 1770, 1777, 1781, 1864, 1867, 1874 f., 1937, 1939
– Amerikanische Mittelstreckensysteme (Pershing/Cruise Missiles)
S. 21[6], 75, 198, 254, 284, 325, 411, 416, 438, 507, 672, 1520[3]
– Belgien
S. 630
– Bundesrepublik Deutschland
S. 117, 249, 254, 303[14], 400, 416, 507, 557, 630, 906, 1074, 1397, 1739, 1817[34], 1874 f.
– ČSSR
S. 382, 416, 419, 422
– DDR
S. 382, 416, 419, 422
– Frankreich
S. 21[6], 23, 117, 324[14], 410, 438
– Friedensbewegung
S. 810, 815
– INF-Verhandlungen (bis 24.11.1983)
S. 320, 324, 400, 404, 557, 835, 1736, 1874, 1939
– Italien
S. 1819
– Sowjetische Mittelstreckensysteme (SS-20)
S. 21[6], 24, 146, 198, 254, 264, 317, 382, 409, 438, 507, 672, 1445, 1777
– UdSSR
S. 117 f., 198, 249, 254, 408, 438, 621, 1059[22], 1397, 1736, 1836, 1874 f., 1939
– USA
S. 118, 264, 404, 408, 446, 621, 1738, 1874, 1939
– „Waldspaziergang“ vom 16.7.1982
S. 621
– Zwischenlösung
S. 303[14], 322

Nepal
S. 931[16], 1049, 1115, 1117

Neuseeland
siehe außerdem: Chemische Waffen
S. 384, 479, 844[18], 1264[13], 1277

Nicaragua
siehe außerdem: Costa Rica, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Großbritan-

nien, Honduras, Kuba, Menschenrechte, VN, Zentralamerika-Politik

S. 153[1], 155 f., 164, 315, 516–518, 522 f., 559 f., 802, 1012 f., 1162 f., 1276, 1282, 1311, 1319[4], 1940

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 253, 289 und S. 49, 552, 559 f.

– Bürgerkrieg/„Contras"
S. 23[15], 153[1], 516, 518, 520 f., 522[37], 523[43], 552, 559, 802, 852, 1013 f., 1162–1164, 1472 f., 1857

– Spanien
S. 1282, 1472

– UdSSR
S. 164, 523, 560, 1281 f., 1444

– USA
S. 154, 164, 315, 516–518, 520–522, 552, 559[10], 560[14], 1013, 1162–1164, 1283, 1444, 1472, 1856 f.

– Warschauer Pakt
S. 523

Niederlande
siehe außerdem: Belgien, Chemische Waffen, EG, EPZ, Genfer Verhandlungen, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, SDI, VN, WEU

S. 190, 231[19], 237, 251, 472[15], 523, 530, 569, 633[22], 676, 699[8], 955, 1184, 1187, 1253, 1314[16], 1363, 1462, 1713, 1866, 1927[19]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 104 und S. 303, 536, 580, 635, 756, 779, 1038, 1054[8], 1123, 1142, 1261, 1416[24], 1448, 1740, 1759, 1883[7]

– Südafrika
S. 370, 1363, 1622 f.

– UdSSR
S. 252 f., 300, 322, 525, 677[22], 979 f., 1522, 1686[3], 1740

– USA
S. 250[3], 251 f., 263[11], 279[2], 282, 288, 298, 300, 526, 779, 980, 1687 f.

Nigeria
S. 175, 1187, 1382

Nordatlantische Versammlung
S. 1768

Nordischer Rat
S. 120

Nord-Süd-Dialog
S. 7, 13, 49, 155, 172, 190, 387, 456[7], 478, 562–564, 687, 739, 741, 757, 814[23], 879, 1020, 1149–1158, 1211[10], 1311, 1546, 1618, 1646, 1899, 1927, 1929

– Bundesrepublik Deutschland
S. 863, 1618, 1899, 1932

– Cartagena-Gruppe (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Dominikanische Republik, Ecuador, Mexiko, Peru, Uruguay, Venezuela)
S. 883[26]

– EG/EPZ
S. 357, 1362, 1927

– Gemeinsamer Fonds
S. 1150 f., 1154

– UdSSR
S. 889, 1618

– USA
S. 289 f., 863

– Verschuldungskrise
siehe: Verschuldungsproblematik

Norwegen
siehe außerdem: Chemische Waffen, Genfer Verhandlungen, INF-Verhandlungen, Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, NATO

S. 172, 177[4], 339[3], 472[15], 633[22], 635, 699[8], 963, 1252, 1798, 1902

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 345 und S. 1038, 1261, 1448, 1518 f., 1532, 1880

– EG/EPZ
S. 120, 635, 813[21], 1759

– Türkei
S. 472[15], 1259

– UdSSR
S. 322, 617

– USA
S. 1519, 1533, 1873[2], 1874

– WEU
S. 120

NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands)
S. 504

OAE (Organisation für Afrikanische Einheit)
siehe: OAU

OAS (Organization of American States)
S. 515[9], 522, 1162

OAU (Organization of African Unity)
S. 294, 682, 686f., 857[2], 883, 1678, 1832[9], 1833

OECD (Organization for Economic Cooperation and Development)
S. 158, 188, 191f., 210, 291, 352, 456[7], 736[7], 881, 1149[2], 1151–1153, 1155, 1337, 1538[19]

OIC (Organization of Islamic Conference)
S. 89[13], 656, 1276, 1710[17], 1830[20]

Olympische Spiele
S. 852f., 885, 1745, 1747, 1846

Oman
S. 895, 1196, 1348[10], 1514[5]

Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft
S. 196[8], 1067, 1070[26]

Österreich
siehe außerdem: ČSSR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Iran, Jugoslawien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, Terrorismus

Dok. 120, 207 und S. 172, 386, 444, 479, 483, 535, 540, 595, 597, 633[22], 699[8], 916, 963, 966, 985, 1109[11], 1152, 1252, 1382, 1716, 1810, 1902, 1927

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 190, 306 und S. 479, 965f., 1083, 1716
– EG/EPZ
S. 1317, 1541, 1545, 1716
– Ungarn
S. 1417, 1545
– UdSSR
S. 690, 966
– USA
S. 594–597, 963f., 966, 985–987

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
S. 11, 198, 306, 311, 313, 363, 418, 534–536, 539, 542, 587, 654–656, 1032, 1034f., 1356, 1393, 1431–1433, 1726
– COCOM
S. 928–933, 1234, 1413, 1449[30], 1538, 1698, 1916, 1938, 1940
– KSZE
S. 605, 900f., 1138, 1140, 1142, 1145, 1466, 1705, 1726, 1855, 1908, 1910[23], 1911, 1915f.
– Polen: Kreditvergabe/Umschuldung
S. 244, 255, 376, 378, 598f., 601–603, 605, 607, 609, 747, 867f., 1325[9], 1326[16], 1329, 1331[37], 1393, 1415, 1851f., 1877f.

Pakistan
siehe außerdem: Afghanistan, Energie- und Rohstoffpolitik, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Großbritannien, Indien, Iran, VN

S. 32f., 95, 314, 452f., 671, 675f., 931[16], 1185, 1187, 1336, 1382, 1757
– Bundesrepublik Deutschland
S. 479, 676f., 842
– UdSSR
S. 97, 452, 675, 677, 729, 842, 908[3], 911
– USA
S. 314[37], 453, 676, 908[3], 911
– Volksrepublik China
S. 1048, 1856

Palme-Kommission
siehe: Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit

Pan Africanist Congress
S. 1452

Panama
S. 153[4], 799, 1012, 1899[31+32]

Papua-Neuguinea
S. 844[16]

Paraguay
S. 1369

Pariser Club
S. 293, 396, 601, 603, 607, 609, 633, 684[7], 868, 881, 916[16], 1088[27], 1153, 1156, 1329, 1331[37], 1621, 1852

Peru
S. 153[4], 515[9], 851, 1899[31+32]

PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine)
S. 999[5]

Philippinen
siehe außerdem: ASEAN

S. 165, 813[21], 852f., 885, 1270f., 1279

PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê, Arbeiterpartei Kurdistans)
siehe unter: Terrorismus

PLO (Palestine Liberation Organization)
siehe außerdem: DDR, Frankreich, Israel, Jordanien, Libanon, Nahost-Konflikt, Terrorismus

Dok. 20, 199 und S. 847, 935, 937, 982[6], 999 f., 1199, 1680

Polen
siehe außerdem: Abrüstung, Belgien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Genfer Verhandlungen, Großbritannien, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Umweltpolitik, VN, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 78, 255, 308, 378, 443 f., 480, 486, 598, 699[7], 868, 916, 963[8], 1050, 1109[11], 1308, 1417, 1443, 1461[8], 1721, 1723, 1851, 1877

– EG/EPZ
S. 244, 376, 607
– Europarat
S. 1325, 1727
– Katholische Kirche
S. 610, 1050, 1278, 1361, 1392, 1569
– Solidarność/Opposition
S. 610, 1049–1051, 1298[6], 1392 f., 1513[34]
– Thailand
S. 743[5], 746, 1264[13]
– UdSSR
S. 161, 376, 378, 484, 486, 598, 600, 602–604, 634[22], 746–748, 867 f., 914 f., 917, 1047, 1051 f., 1060, 1088, 1308, 1324, 1393, 1721, 1723–1725, 1877
– Umschuldung/Kreditvergabe
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
– Ungarn
S. 1414–1417
– USA
S. 67[12], 160 f., 244, 255, 917, 1329, 1331[37], 1392 f., 1877
– Vietnam
S. 746
– Volksrepublik China
S. 376, 599, 746, 1046[20]

Polen–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin, Deutsche Frage

Dok. 121, 122, 182, 256, 263, 281 und S. 49, 161, 312, 365 f., 377, 444, 485, 537, 540, 747 f., 790, 955, 1047, 1142, 1191[2], 1248, 1308, 1361, 1393 f., 1413–1417, 1513, 1543 f., 1569, 1671, 1726, 1848, 1851 f., 1877, 1908[17]

– Ausreise/humanitäre Fragen
S. 598, 600[16], 603, 914, 1142
– Kriegsgräber
S. 598, 603, 608, 611, 1513[34]
– Kulturbeziehungen/Jugendaustausch
S. 598–600, 603, 606[3], 608, 611, 667, 914, 1324
– Wirtschafts- und Finanzbeziehungen
S. 598–603, 605, 606[3], 607–609, 612, 915 f., 1326 f., 1852

Portugal
siehe außerdem: EG, EPZ, INF-Verhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, Mosambik, NATO, VN

S. 7, 209, 240, 355, 896, 912, 1261, 1451, 1529, 1927[19], 1928

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
S. 200[17], 285, 893[27], 1055[6], 1124[19], 1130[20], 1174 f., 1236[9], 1409[8], 1537[17], 1673, 1762

Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten
S. 123, 146, 151, 174, 180, 194, 200, 213, 241 f., 251, 252[12], 253, 278, 280 f., 329, 392 f., 398[3], 429, 477, 480, 539, 547, 553[6], 564, 568[2], 569–571, 581 f., 597, 610, 633, 657 f., 660, 663, 710–712, 714, 736–740, 746, 762, 765, 782, 784, 786 f., 809, 867, 879, 892, 902, 951, 985, 998, 1006, 1012, 1018, 1025, 1046, 1053[3], 1055, 1058, 1061–1063, 1089, 1111[8], 1113, 1115[2], 1116[7], 1117, 1139[8], 1146[36], 1162, 1210[6], 1211, 1213 f., 1256[3], 1260, 1278, 1300 f., 1307, 1309, 1318, 1333[6], 1341[12], 1360, 1392, 1398, 1403, 1405–1407, 1409, 1411, 1414, 1438, 1441, 1443, 1457, 1463, 1495 f., 1507, 1509, 1519, 1525, 1533, 1543[15], 1554, 1558, 1567, 1583[7], 1584 f., 1612 f., 1640, 1646, 1695, 1708, 1786, 1790, 1797[12], 1808[9], 1810, 1824 f., 1830[19], 1839 f., 1842 f., 1850, 1868, 1874 f., 1880, 1883[7], 1888[14], 1892–1894, 1897, 1919 f., 1921[11], 1922

– ABC (American Broadcasting Company)
S. 161[13]
– Abrar (Teheran)
S. 214
– ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst)
S. 565[4], 1289[2]
– AP (Associated Press)
S. 213[7], 1059[19]

– ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland)
S. 51, 146[7], 212–216, 763
– Bayernkurier (München)
S. 48, 50
– BBC (British Broadcasting Corporation)
S. 760[3], 892[24], 1030[6], 1062, 1647
– Berliner Morgenpost
S. 565[4]
– Bild am Sonntag (Hamburg)
S. 709
– CBS (Columbia Broadcasting System)
S. 43
– Daily Express (Lagos)
S. 175[10]
– Deutsche Welle (Köln)
S. 653, 892, 1030, 1062, 1142, 1647, 1695
– Deutschlandfunk (Köln)
S. 871, 1537[17], 1817[34]
– dpa (Deutsche Presse-Agentur GmbH)
S. 608[11], 765[17]
– L'Express (Paris)
S. 869
– Financial Times (London)
S. 67, 1715
– Foreign Affairs (New York)
S. 81
– Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
S. 484, 1051, 1166
– Frankfurter Rundschau
S. 1293[18]
– Gazeta Lubuska (Zielona Góra)
S. 602, 915
– General-Anzeiger (Bonn)
S. 1050, 1338, 1509[5]
– Guten Tag (Moskau)
S. 893
– International Herald Tribune (Paris)
S. 1776
– Izvestija (Moskau)
S. 892, 1018[13], 1444
– Jomhouri-e Eslami (Teheran)
S. 214
– Kol Israel
S. 892[24]
– Kommunist
S. 9
– Los Angeles Times
S. 487
– Merdeka (Jakarta)
S. 1085[6]
– Le Monde (Paris)
S. 1014, 1849f.
– La Nación (Buenos Aires)
S. 1613
– NBC (National Broadcasting Company)
S. 85[5]
– Neues Deutschland (Ost-Berlin)
S. 603[30], 661[2], 662, 664[12], 1211, 1255, 1289[2], 1296
– Newsweek (New York)
S. 73, 890, 1445, 1663
– The New York Times
S. 502, 715, 986, 1550, 1577[9]
– Notícias (Maputo)
S. 1634[52]
– Oberösterreichische Nachrichten (Linz)
S. 386[4]
– The Observer (London)
S. 314
– PAP (Polska Agencja Prasowa)
S. 602[23]
– Prawda (Moskau)
S. 9f., 285, 664[12], 1018[13], 1025[40], 1056, 1254[22], 1406, 1433[32]
– La Prensa (Managua)
S. 523
– Die Presse (Wien)
S. 964[10]
– Quick (München)
S. 131, 786, 1258
– Radio Bremen
S. 1509[5]
– Radio Católica
S. 1163
– Radio France (Paris)
1405[15]
– Radio Free Europe/Radio Liberty
S. 892[24]
– Radio Israel
S. 1690f.
– Radio Moskau
S. 892[24], 1062
– Reuters
S. 174[4]

– RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor)
S. 64
– Rzeczpospolita (Warschau)
S. 1296[37]
– Le Soleil (Dakar)
S. 175[8]
– Der Spiegel (Hamburg)
S. 47f., 609[17], 1059[20], 1441[1]
– Stern (Hamburg)
S. 603[30], 786, 1360, 1370
– Süddeutsche Zeitung (München)
S. 47f.
– TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza)
S. 285, 722, 783f., 795, 797, 1056, 1060, 1878[26]
– Time (New York)
S. 1278
– The Times (London)
S. 793[2]
– TV 1 (Télévision française 1)
S. 197[11]
– Voice of America
S. 892[24], 1030[6], 1062, 1647
– Vorwärts
S. 147[11], 1211
– The Wall Street Journal (New York)
S. 502, 715
– The Washington Post
S. 143[10], 715, 1071[4], 1072, 1189f., 1367, 1368[18]
– WDR (Westdeutscher Rundfunk)
S. 215[13], 216, 1129, 1370
– Die Welt (Bonn)
S. 611, 790, 869, 959[16]
– ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)
S. 200f., 1325[8]
– Die Zeit (Hamburg)
S. 159, 436, 634[27], 1059

RAND Corporation
S. 185[4], 1446[19], 1780

Raumfahrtpolitik
S. 77, 79, 478f., 1003
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 13, 285 und S. 102, 112, 1003, 1018, 1065f., 1582f., 1891
– ESA (European Space Agency)
S. 53[4+5], 54–56, 58, 60, 79, 478f., 1455–1459, 1889–1891
– Frankreich
S. 26, 54[6], 56, 59, 102, 112, 1455–1457, 1459[13], 1492, 1582f., 1891
– Großbritannien
S. 1891
– Japan
S. 54, 58, 1890, 1891[7]
– Kanada
S. 54, 58, 1890f.
– Raumstation „Columbus“
Dok. 374 und S. 53–60, 112, 1448[25], 1455–1458, 1459[13], 1582[3]
– Schweiz
S. 56, 479, 1891
– Trägerrakete „Ariane“
S. 54, 58[18], 1456, 1458, 1459[13], 1582[3], 1891
– UdSSR
S. 55, 185[4], 374, 772, 1003, 1005, 1018, 1735
– USA
S. 53–59, 112, 1005, 1455, 1457f., 1735, 1865, 1889–1891
– Volksrepublik China
S. 1065f.
– Weltraumtransporter „Hermes“
S. 54, 58, 79, 1455–1459, 1582[3], 1891

Republik China (Taiwan)
S. 363[27], 1068

Republik Korea (Südkorea)
siehe außerdem: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Japan
S. 165, 363[27], 647, 783[4], 796, 852f., 882, 885, 1068, 1382, 1500, 1903, 1930

RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)
siehe außerdem: Berlin, EG
S. 313, 541f., 691, 1431, 1722, 1893[11]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 352[23]
– DDR
S. 378, 1234, 1253f., 1894[12]
– Ungarn
S. 1409[8], 1411f.

Rhodesien
siehe: Simbabwe

Römische Verträge vom 25.3.1957
S. 79, 348[4], 381[4], 488, 1216[9]

– EURATOM-Vertrag vom 25.3.1957
S. 176

– EWG-Vertrag vom 25.3.1957
S. 356, 362, 386, 474, 476, 694, 921[7], 1540, 1927[19]

Ruanda
S. 292, 385

Rumänien
siehe außerdem: Abrüstung, Berlin, Frankreich, Genfer Verhandlungen, Großbritannien, INF-Verhandlungen, KSZE, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 255, 443f., 1278, 1382, 1698, 1722, 1724f., 1852, 1877, 1895

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 334, 375 und S. 135f., 378, 444, 608, 1047, 1142, 1326[18], 1413[15], 1414, 1513, 1543f., 1569, 1848, 1852f., 1877

– EG/EPZ
S. 313[25], 363, 1893, 1894[12], 1895f.

– Europarat
S. 1325[7]

– UdSSR
S. 378, 401, 690[3], 1720–1722, 1724, 1909

– Ungarn
S. 537, 690[3], 1414, 1544, 1569, 1699[10]

– USA
S. 312, 1569, 1848

Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 184, 230 und S. 49f., 217, 496[8], 749, 990f., 1127[10], 1338[3], 1339–1341, 1449, 1538f., 1631, 1640, 1797

– U-Boote an Israel
S. 1339, 1341[11+12]

– U-Boot-Konstruktionsunterlagen für Südafrika
Dok. 40, 58, 85, 215, 299, 353 und S. 257

SALT (Strategic Arms Limitation Talks)
S. 270, 1839

– SALT I (Interimsabkommen vom 26.5. 1972)
S. 268[15], 271, 326, 1161f., 1527

– SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)
S. 109, 281f., 320, 323, 325, 619f., 1165–1167, 1419, 1503

Sambia
S. 165f., 183, 295f., 385, 655, 1090, 1178[7], 1452, 1626[38], 1649, 1678

San Marino
S. 538[21], 1918

Saudi-Arabien
siehe außerdem: Frankreich, Großbritannien, Iran, Marokko, Nahost-Konflikt

S. 95, 413f., 1639, 1676f., 1710–1713, 1826[4], 1883[7]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 85, 322 und S. 49f., 1674[2], 1681[2], 1684

– EG/EPZ
S. 847[26]

– USA
S. 163, 413, 1499[17], 1710

Schengen-Initiative
S. 359, 755[4], 756–759, 1416[24], 1902

Schweden
siehe außerdem: Abrüstung, KSZE, KVAE, VN

S. 190, 223[5], 231[19], 339[3], 472[15], 479, 485, 523, 563, 569, 633[22], 635, 699, 1252f., 1281, 1314[16], 1382, 1902

Schweiz
siehe außerdem: Chemische Waffen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, Raumfahrtpolitik, Wirtschafts- und Währungsfragen

S. 172, 220[6], 231[19], 258[45], 291, 538, 633[22], 676, 699[8], 962, 984, 1152, 1314[16], 1364[20], 1623, 1650, 1927

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 282 und S. 701, 1038, 1083

– EG/EPZ
S. 1541[5]

– Türkei
S. 472[15]

– UdSSR
S. 34f.

– USA
S. 1891

SDI (Strategic Defense Initiative)
Dok. 150 und S. 59, 116, 159, 161, 224f., 251, 261–263, 283, 310, 342–346, 656, 671, 723–725, 1063[33], 1508, 1549f., 1838f., 1875

– Belgien
S. 281, 754
– Bundesrepublik Deutschland
S. 55–57, 70–74, 119, 248, 251, 268f., 272f., 279, 307[4], 673, 674[10], 752–754, 888, 1005, 1104[10], 1505, 1508, 1858
– Frankreich
S. 23, 754, 870
– Großbritannien
S. 250f., 753–755
– Israel
S. 752[6], 754f.
– Italien
S. 281, 754
– Japan
S. 752[6]
– Kanada
S. 279, 281f., 754, 1506
– NATO
Dok. 59 und S. 268f., 654, 752[6]
– Niederlande
S. 281f., 526, 754
– UdSSR
S. 57, 71, 73, 90, 184, 185[6], 225, 248[9], 249, 253, 267, 270, 272f., 280, 287, 310, 374, 724, 870, 1005, 1222[5], 1397, 1527, 1548, 1551, 1554, 1777, 1823, 1858
– USA
Dok. 17 und S. 54, 56f., 88[9], 90, 106f., 161, 184, 225, 247, 248[9], 250[3], 251, 267–270, 273, 279–282, 409, 514, 526, 673, 674[10], 723–725, 751–754, 870, 947, 1005, 1185, 1200, 1342, 1344, 1504, 1527, 1552f., 1664, 1859

Senegal
S. 175, 1528[2]

Seychellen
S. 1626

Simbabwe
siehe außerdem: Großbritannien, Mosambik, VN
S. 183, 295f., 655, 1085, 1090, 1452, 1626, 1627[39], 1629, 1631, 1649
– EG/EPZ
S. 1193[3]
– Südafrika
S. 165f., 295f., 1452
– USA
S. 165f., 1626

Simon Wiesenthal Center
S. 1613

Singapur
siehe außerdem: ASEAN
Dok. 252 und S. 883[28], 1262, 1267, 1269, 1275, 1382

Sowjetunion
siehe: UdSSR

Sozialistische Internationale
S. 1211, 1280–1282, 1453, 1472[13]

Spanien
siehe außerdem: ČSSR, EG, EPZ, Großbritannien, INF-Verhandlungen, Italien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, Nahost-Konflikt, NATO, Nicaragua, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik
S. 217[8], 308, 414, 519, 586[2], 857[6], 912, 984, 1088, 1281, 1316, 1375, 1442, 1461, 1713, 1883[7], 1927[19], 1928
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 260 und S. 104, 120, 308, 355, 414, 504, 519, 528, 1092, 1131, 1375
– UdSSR
S. 646, 674[10], 1512
– Ungarn
S. 363, 1317[23]
– USA
S. 104[14+17], 165, 309[4], 316, 529, 896, 1092[46]
– WEU
S. 104, 120, 528, 1053[1]

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
Dok. 240 und S. 10, 12[23], 47, 60[5+6], 114, 122[10], 147, 161[14], 181[20], 196[8], 200, 277, 285[13], 337, 433, 484–487, 627, 702[3], 736, 756, 758[18], 762, 810[6], 846[23], 917f., 954[14], 1007[2], 1047, 1072[13], 1074[19], 1243[3], 1281, 1296[36], 1302[10], 1339[9], 1354, 1395, 1416, 1423[2], 1441[1], 1444[13], 1471, 1853[31], 1900[34]

SSW (Südschleswigscher Wählerverband)
S. 1441[1]

Sri Lanka
S. 701, 756, 840, 862, 882

Stiftung Wissenschaft und Politik
S. 1446[19]

Südafrika
siehe außerdem: Angola, Dänemark, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Groß-

britannien, Italien, Japan, Kanada, Menschenrechte, Mosambik, Namibia-Frage, Niederlande, Simbabwe, VN

Dok. 76, 215, 236 und S. 105 f., 165 f., 257, 277, 295 f., 371, 655 f., 686–689, 841, 845, 882, 884 f., 1090, 1193[3], 1451–1454, 1620, 1622–1624, 1626, 1629, 1635, 1646, 1650, 1758, 1831[2], 1854, 1883, 1899

– ANC
S. 165, 296, 845 f., 882, 1194, 1195[7], 1363, 1453 f., 1623, 1650

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 40, 58, 284, 299 und S. 257, 296, 369–372, 656, 687–689, 813, 846, 882[23+24], 885, 1091, 1363 f., 1536, 1622–1624, 1631, 1636, 160, 1795–1799, 1832–1834

– EG/EPZ
S. 239, 245, 296[23], 369 f., 687, 813, 845, 1193[2], 1363, 1451, 1536, 1622 f., 1650

– G 7
S. 369–372, 841, 845 f.

– South African Council of Churches (SACC)
S. 1452

– UdSSR
S. 166[36], 1734, 1831[2]

– USA
S. 165 f., 257[38], 296, 369–372, 687[17], 1453, 1500, 1531, 1734 f., 1795[5], 1797[12], 1832 f.

Sudan
Dok. 71 und S. 292, 295, 339–341, 685

Suriname
S. 309[4]

Synagogue Council of America
S. 986

Syrien
siehe außerdem: Afghanistan, Arabische Liga, Berlin, Großbritannien, Iran, Israel, Jordanien, Libanon, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN

Dok. 259 und S. 86[9], 96, 163, 241, 317[46], 503, 506, 656[34], 935, 1082, 1179, 1516, 1675–1677, 1710, 1826 f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 249 und S. 256 f., 313 f., 702 f., 705, 1090, 1338[3], 1710

– EG/EPZ
S. 99[8], 241, 314, 361, 1310[3], 1710

– UdSSR
S. 506, 935 f., 1310

– USA
S. 87, 313 f., 1090[35], 1257[6]

Tansania
S. 292, 295 f., 655, 1090, 1452, 1619, 1626[38], 1649

Technologiepolitik/Neue Technologien
Dok. 3 und S. 11, 54, 59, 77, 79, 124, 225, 270, 280, 355, 491, 496[8], 539, 542, 861–863, 888, 900, 1141, 1314, 1337, 1580, 1864

Terrorismus
S. 19, 317[46], 540, 741, 1546, 1614, 1630, 1634, 1910[22]

– Abu-Nidal-Gruppe
Dok. 29 und S. 1001, 1090, 1461, 1901, 1904

– Algerien
S. 149[3], 1901, 1904

– Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5.4.1986 in Berlin (West)
S. 43[7], 1460

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 376 und S. 46, 89, 172, 212, 215, 243, 313, 391, 478, 702–705, 762–764, 857[6], 1090, 1130

– Chile
S. 45, 1011

– EG/EPZ
S. 243

– Entführungsfall Cordes und Schmidt
Dok. 9, 107, 195, 249 und S. 51[2], 85 f., 89[13], 130, 149–151, 152[14], 162 f., 166, 216[3], 218, 243, 256[36], 257, 568[3], 572, 702–704, 762, 764–767, 1090, 1114, 1130, 1178 f., 1345 f.

– Frankreich
S. 42, 85[3], 86, 124, 313, 546, 658[4], 884, 1114[13]

– G 7
S. 124, 313, 841, 854 f., 879, 883, 888

– Großbritannien
S. 86, 89[13], 243, 313, 546, 1090[34]

– IRA (Irish Republican Army)
S. 1462[17]

– Iran
S. 86[9], 87[11], 149–151, 152[14], 212, 215, 546, 548 f., 568[3], 703 f., 762, 764–767, 982 f., 1090, 1114, 1345 f., 1712

– Israel
S. 658[4]
– Italien
S. 42, 89[13], 124[19], 1536[10]
– Jordanien
S. 391
– Jugoslawien
S. 1903 f.
– Libanon
S. 86, 95, 124[19], 243, 1711 f.
– Libyen
S. 43, 1460 f., 1462[18], 1711, 1904[12]
– Marokko
S. 857[6]
– NATO
S. 89[13]
– Österreich
S. 1536[10]
– PKK
S. 1101, 1495, 1496[9]
– PLO
S. 85–87, 1001
– Syrien
S. 87, 149[3], 256[36], 257, 702 f., 767, 982 f., 1179, 1256 f.
– UdSSR
S. 166[36]
– USA
S. 23[15], 41[2+3], 85[3], 86 f., 89, 124, 162 f., 166, 222[11], 313, 546, 548[13], 572, 658[4], 702, 765, 854 f., 863, 884, 983[9], 984, 1090[35], 1258, 1460, 1901–1904
– VN
S. 172
– Warschauer Pakt
S. 89[13]

Thailand
siehe außerdem: ČSSR, DDR, Flüchtlings- und Asylpolitik, Kambodscha, Polen
Dok. 148 und S. 743[7], 745 f., 748, 843, 1263–1265, 1267 f., 1265[20], 1903[11]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 743, 745[13], 747, 1269
– EG/EPZ
S. 353, 1265
– UdSSR
S. 743–747, 1264
– Vietnam
S. 743[7], 744, 1265, 1267 f., 1273
– Volksrepublik China
S. 1263, 1267, 1273

Togo
S. 1619

Tonga
S. 844[18]

TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale)
siehe unter: EPZ

Tschad
siehe außerdem: Frankreich, Libyen
S. 293 f., 444, 1125

Tschechoslowakei
siehe: ČSSR

Tschernobyl
siehe unter: UdSSR
siehe auch: Molkepulver-Skandal

Tunesien
S. 85, 96, 357[41], 361[10], 1826[4]

Türkei
siehe außerdem: Bulgarien, Flüchtlings- und Asylpolitik, Frankreich, Genfer Verhandlungen, Griechenland, INF-Verhandlungen, Iran, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO, Norwegen, Schweden, VN
S. 7[5], 96, 130[1], 131, 316, 414, 472, 1082, 1092, 1095, 1179, 1278, 1470[15], 1729, 1781, 1913[38]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 295 und S. 98, 115 f., 414, 470 f., 473–476, 530[30], 694–697, 950[4], 952, 1094, 1098–1102, 1286, 1423
– EG/EPZ
Dok. 93, 136, 218 und S. 115 f., 316, 317[46], 357, 361[10], 1092
– UdSSR
S. 203, 322, 617, 866 f., 1278, 1729, 1867
– USA
S. 118, 316

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
*siehe außerdem: Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Angola, Argentinien, Belgien, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, Dänemark, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Finnland, Frankreich, Genfer Verhandlungen, Griechenland, Großbritan-

nien, Indien, INF-Verhandlungen, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Libyen, Luxemburg, MBFR, Menschenrechte, Mosambik, Nahost-Konflikt, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Pakistan, Polen, Raumfahrtpolitik, Rumänien, Schweiz, SDI, Spanien, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Thailand, Türkei, VN, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

Dok. 160 und S. 72, 76, 97, 100, 199, 248, 253, 312, 373 f., 382, 393, 434, 442 f., 456, 487 f., 500 f., 572, 670, 689–693, 729, 747 f., 773, 815, 883, 914 f., 935, 937, 1084, 1200, 1224[8], 1233 f., 1251, 1254, 1278–1280, 1348[10], 1376 f., 1408, 1465, 1483, 1499[18], 1543, 1636, 1645, 1715, 1809, 1811, 1875 f., 1878

– Dissidenten
S. 116, 123, 196[8], 253, 586, 728[2], 866 f., 1050 f., 1063, 1084, 1499, 1569, 1751

– EG/EPZ
S. 166, 239–242, 244–246, 378, 453 f., 888, 891, 1020, 1025, 1032, 1034, 1088, 1430–1432, 1511, 1553, 1727, 1894[12]

– Glasnost/Perestroika
Dok. 2 und S. 116, 118, 123, 199, 204, 223[1], 224 f., 243, 305[2], 306, 374, 377, 399, 401, 436, 440, 442, 537, 602 f., 651, 692, 729, 775, 784 f., 796 f., 812 f., 866, 886 f., 914, 917, 950[2], 1020, 1030, 1032, 1044–1046, 1051, 1059, 1063, 1072[12], 1138, 1139[10], 1197, 1211, 1252–1254, 1278, 1337, 1351[23], 1361, 1376, 1394, 1410 f., 1446[20], 1469 f., 1511 f., 1543, 1617, 1621, 1645, 1692[5], 1706, 1716, 1720–1722, 1724 f., 1742 f., 1822, 1829, 1850, 1854, 1864, 1868, 1878, 1909, 1938

– KGB
S. 35, 783, 785, 1355[38], 1570

– KPdSU
S. 6, 8 f., 11, 34, 116, 123, 185[6], 195, 196[9], 200, 284, 373 f., 443, 603, 663, 669, 772, 782 f., 795–797, 967[5], 1045, 1051[14], 1058[18], 1063, 1211, 1254, 1278, 1423, 1426, 1469, 1509–1511, 1543[15], 1720, 1722, 1849, 1878

– NATO
S. 265, 312, 398, 408–410, 446, 528[17], 554 f., 577 f., 617, 623, 674, 707 f., 721, 775–777, 820, 861–864, 888, 973, 1005[14], 1044, 1167, 1322, 1350, 1397, 1433, 1469, 1479, 1597 f., 1667, 1670, 1773 f., 1776[17], 1878, 1885[10], 1887 f.

– Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl
S. 123, 175[10], 176, 397, 641, 791, 812, 862, 866, 1039, 1653[4], 1938 f.

– Ungarn
S. 378, 443, 486, 690 f., 1047, 1393, 1410, 1417, 1470, 1617, 1723 f., 1811

– USA
Dok. 61, 102, 115, 261, 296, 302, 340, 360, 364, 365, 369 und S. 7, 22–24, 34–36, 38, 49, 57, 63[12], 71–75, 82[3], 84, 100, 116, 119, 120[47], 124, 129, 145, 160, 162, 166, 184 f., 198, 204, 224, 227, 245, 248, 251–253, 263 f., 267–273, 280–286, 297–301, 304[15], 308, 309[4], 310 f., 315, 317, 319, 325 f., 374 f., 377, 398 f., 402[3], 403, 405, 408–410, 417–420, 426–431, 440 f., 446, 450, 456, 479, 485, 497 f., 507, 525, 554, 572, 585, 588, 590–594, 612–626, 637–640, 643–650, 652 f., 666, 668 f., 672 f., 674[10], 705, 707 f., 718, 721–723, 725[3], 729, 748, 774–776, 792, 803–806, 810–812, 815, 825[5], 826, 834[5], 835 f., 843, 848 f., 859, 860[8], 862, 870, 888, 890, 904–906, 935, 937, 945 f., 955, 977–981, 989, 1004 f., 1017, 1020–1023, 1031, 1045, 1063[35], 1071[5], 1073[16], 1074–1076, 1085, 1113, 1159 f., 1166, 1173, 1177 f., 1189 f., 1191, 1197, 1220[3], 1221, 1224, 1227 f., 1231, 1245 f., 1249 f., 1278, 1291, 1294, 1303[4+6], 1304 f., 1322, 1324, 1327 f., 1331, 1333 f., 1336, 1342 f., 1348[10], 1350 f., 1353 f., 1361 f., 1376 f., 1395–1397, 1406, 1408–1410, 1419, 1423[4], 1425 f., 1430–1432, 1443 f., 1448, 1469, 1508 f., 1512[27], 1520[3], 1522 f., 1548–1553, 1563, 1565, 1568–1570, 1595, 1597–1604, 1605[11], 1645, 1662, 1669, 1678 f., 1684, 1686 f., 1703 f., 1724, 1729, 1743, 1748–1751, 1773–1775, 1777 f., 1781, 1783–1786, 1800, 1802, 1807, 1810, 1817–1819, 1822[2], 1823, 1828 f., 1835, 1845 f., 1848 f., 1855, 1858–1860, 1873–1876, 1878 f., 1906 f., 1937–1940

– Verteidigungspolitik
Dok. 229, 278 und S. 23, 35, 225 f., 769–774, 967–973, 1616

– Vietnam
S. 375f., 744f., 843, 1043[4], 1045, 1088, 1263, 1264[12], 1268f., 1273, 1500[31]
– Volksrepublik China
S. 225, 373–376, 382, 599[12], 623f., 645, 647, 745f., 843f., 931, 933, 990, 1043, 1046, 1048, 1157, 1268, 1273, 1311, 1469f., 1678
– Wirtschaftliche und technologische Entwicklung
S. 11, 195, 225, 440, 442, 691f., 1278
– WEU
S. 256

UdSSR–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin, Deutsche Frage
Dok. 43, 126, 133, 162, 177, 200, 203, 204, 206, 212, 268, 280, 297, 333, 335, 368, 381 und S. 12f., 38–40, 47f., 75, 80, 115–117, 119, 120[47], 123f., 136, 137[3], 224–226, 240, 243, 245, 248, 252–254, 265, 285, 300, 302f., 305f., 312, 317[46], 322, 352[23], 376–379, 399, 401, 403[14], 404f., 407, 434, 436–438, 441–443, 447f., 456, 479, 482, 485f., 497, 499f., 502, 523, 542, 554, 556f., 572, 579, 583, 600, 602, 604, 609[17], 610f., 617, 628f., 652, 663, 666, 670f., 690–692, 707f., 733f., 747f., 789, 810, 815, 836, 877, 931–933, 979–981, 990, 1042, 1044, 1048, 1050, 1072[12], 1074, 1084, 1087, 1142, 1165f., 1174[11], 1191, 1199, 1231, 1243, 1246, 1248, 1278f., 1285, 1291, 1295, 1308, 1312, 1322, 1324, 1337, 1376, 1394–1397, 1406–1409, 1413[15], 1415, 1444f., 1469, 1479, 1522, 1543f., 1616–1618, 1628, 1684, 1686, 1726–1728, 1730, 1742, 1750, 1783, 1785, 1799, 1801, 1802[20], 1810, 1849, 1854, 1868, 1875f., 1894[12], 1898
– Ausreise/humanitäre Fragen
S. 892, 894, 1005, 1024, 1031, 1036, 1057, 1060[24], 1061f., 1146, 1355, 1505, 1568f., 1703, 1751, 1937, 1939
– Fall Mathias Rust
Dok. 156, 157, 242 und S. 795, 890, 933, 1036, 1062, 1357, 1937
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 195f., 628, 893, 1005, 1016, 1018, 1034, 1057, 1060[24], 1426, 1432f., 1510[11]
– Kulturbeziehungen
S. 39f., 628, 791f., 892, 894, 1005, 1016, 1031, 1057, 1061, 1063, 1354, 1426, 1694f., 1703, 1937
– Umweltschutz
S. 888, 890, 1016, 1025, 1035, 1057, 1696, 1703
– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 38–40, 195f., 641[20], 1005, 1016, 1018, 1019, 1024, 1031, 1035, 1057, 1060[24], 1063[35], 1353

Uganda
S. 341, 1647, 1649

Umweltbundesamt
S. 38, 40

Umweltpolitik/Umweltschutz
siehe auch: Deutsch-deutsches Verhältnis, UdSSR–Bundesrepublik
S. 306[10], 352, 356, 397, 459, 461, 538f., 540[28], 541–543, 665, 790[9], 791, 863, 885, 888, 890, 1025, 1211[10], 1225f., 1229, 1298, 1325, 1353f., 1362, 1434, 1470[15], 1726f., 1735, 1864, 1877
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 39 und S. 885, 1146, 1231, 1242
– ČSSR
S. 1226[15], 1242, 1544
– DDR
S. 1225f., 1242
– EG/EPZ
S. 175–178, 235, 244[32], 330, 348, 356, 459, 461, 541, 1541[3]
– KSZE
S. 790[9], 1145f., 1148, 1465, 1910, 1915f., 1918
– Polen
S. 1298[6], 1301[9]

Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit (Palme-Kommission)
S. 1211

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development)
siehe unter: VN

UNEP (United Nations Environment Programme)
siehe unter: VN

UNESCO (United Nations Educational Scientific and Cultural Organization)
siehe unter: VN

Ungarn
siehe außerdem: Berlin, ČSSR, DDR, Großbritannien, INF-Verhandlungen, Ita-

lien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, MBFR, Österreich, Polen, RGW, Rumänien, Spanien, UdSSR, Wirtschafts- und Währungsfragen, Warschauer Pakt

S. 204, 363, 443 f., 480, 482 f., 486, 537, 689 f., 693, 812, 999, 1084[4], 1187, 1376, 1382, 1412[11], 1617, 1621, 1632, 1721, 1723 f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 135, 277 und S. 135, 244, 352, 444, 792, 914, 1044, 1047, 1084 f., 1231, 1233, 1326, 1393 f., 1443, 1470, 1513, 1543, 1545, 1568, 1617, 1671–1673, 1716, 1811, 1876

– EG/EPZ
S. 244, 313[25], 352, 360, 362 f., 1317, 1412, 1416 f., 1696[25], 1876

– Europarat
S. 1325[7], 1727

– Volksrepublik China
S. 1046[20], 1084

UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)
siehe unter: VN

United States Holocaust Memorial Council
siehe unter: Nationalsozialismus

UNO (United Nations Organization)
siehe: VN

UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East)
siehe unter: VN

Uruguay
siehe außerdem: Zentralamerika-Politik

S. 153[4], 519, 558[1], 883, 1011, 1198, 1369, 1424[7], 1499[18], 1899, 1930

USA (United States of America)
siehe außerdem: Abrüstung, Ägypten, Angola, Belgien, Chemische Waffen, Chile, Costa Rica, ČSSR, Dänemark, DDR, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, G 7, GATT, Genfer Verhandlungen, Großbritannien, INF-Verhandlungen, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, Kuba, KVAE, Libanon, Libyen, MBFR, Menschenrechte, Mosambik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Pakistan, Polen, Raumfahrtpolitik, Rumänien, Saudi-Arabien, Schweiz, SDI, Simbabwe, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Türkei, UdSSR, Verschuldungsproblematik, VN, Wirtschafts- und Währungsfragen, Zentralamerika-Politik

Dok. 3 und S. 67[12], 102, 111, 121 f., 166, 219–222, 229, 231 f., 258[46], 283, 285, 287, 307, 356, 384–387, 395, 408, 480, 633[22], 879, 895, 935, 966, 1093, 1279, 1391 f., 1473, 1483, 1623, 1645, 1791 f., 1873, 1879

– EG/EPZ
Dok. 264 und S. 80, 99, 111, 121 f., 160, 187–192, 194, 224, 235[13], 237, 244–246, 250[3], 255, 259, 269, 309, 313–316, 344[7], 353[24], 356 f., 360, 363 f., 370[12], 371 f., 460, 572 f., 737, 739, 813, 830 f., 882, 908[3], 924, 959[18], 1093, 1329[31], 1395[12], 1432, 1447[25], 1465, 1534[2], 1589[27], 1715, 1764, 1792, 1828, 1855, 1901 f., 1931 f.

– FBI
S. 1189

– Federal Reserve System („Fed“)
S. 17, 1577

– Iran-Contra-Affäre
S. 23, 163, 274 f., 283[6], 315, 390 f., 393, 518, 569[6], 628, 855[63], 897

– Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)
S. 15, 19 f., 23[15], 42, 69 f., 71[12], 73, 89 f., 106[3], 107 f., 116, 126, 142[7], 161, 164, 189, 219 f., 247–249, 255, 262 f., 267, 272, 280[10], 282, 283[6], 289–291, 296, 309[4], 310 f., 312[24], 315[40], 342, 344[8], 345 f., 363, 377, 398, 400, 442, 479, 514–516, 518, 529[24], 559, 560[14], 572–574, 576[5], 585, 638, 648, 724, 725[8], 751–754, 778, 793[2], 803[4], 813, 830 f., 884, 908[3], 1072[11+13], 1073[16], 1109[10+12], 1163[5], 1165[4], 1190, 1342, 1344, 1395, 1398, 1401, 1408[4], 1425 f., 1526, 1534, 1549 f., 1552, 1554, 1562 f., 1566, 1583[7], 1662[17], 1669, 1689, 1738, 1764, 1768, 1775, 1776[18], 1777, 1783 f., 1786, 1791 f., 1797[12], 1809, 1824 f., 1838 f., 1873 f., 1879, 1881–1883, 1930

– NSA (National Security Agency)
S. 14–16, 18–20, 1189

– Verteidigungspolitik
Dok. 178 und S. 17 f., 54–59, 61–63, 145, 274 f., 342–347, 969, 1166[8]

– Vietnam
S. 385, 843, 1274
– Volksrepublik China
S. 165[31], 375, 479, 492, 843, 849, 930f., 933, 1045, 1068f., 1311
– Warschauer Pakt
S. 585, 768, 1073, 1824
– WEU
S. 90, 160, 262, 309, 405, 1198
– Zaire
S. 292, 295

USA–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin, Deutsch-deutsches Verhältnis, Deutsche Frage

Dok. 9, 37, 53, 56, 57, 67, 100, 114, 128, 138, 164, 168, 178, 214, 220, 274, 283, 300, 304, 312, 343, 371, 372, 376 und S. 27, 30, 36[4], 40, 47, 49, 64, 73, 75, 81, 85[5], 108, 109[10], 120, 141, 144, 145[3], 146f., 150, 219[1], 220–222, 227, 232, 244, 250[3], 251, 253, 255f., 258, 286, 288f., 291, 297f., 300–304, 309f., 313, 316, 319, 321, 326, 336, 343, 345–347, 369, 371f., 382f., 400f., 419, 428f., 431f., 441f., 479, 484–487, 497, 501, 505f., 510, 512–514, 536, 546[10], 548[13], 556, 559, 577, 582, 585, 613, 631f., 651f., 656, 666, 680, 693, 696, 713f., 726[5], 727, 731[10], 734, 747, 751, 754, 765, 793, 799, 801–804, 815f., 820, 838, 858–860, 864, 888, 890, 904–906, 908–912, 931, 963, 983[9], 984f., 987f., 1004f., 1009, 1032, 1045, 1093, 1125f., 1142, 1147, 1173[4], 1174[11], 1191–1193, 1197, 1258, 1261, 1319, 1324, 1329, 1336, 1338, 1341, 1369, 1375, 1377, 1400–1402, 1404f., 1408, 1424f., 1430, 1433, 1462, 1465, 1472f., 1485, 1499, 1512, 1520, 1523–1525, 1531, 1534–1540, 1551, 1563–1565, 1610f., 1621, 1642, 1645, 1648, 1667, 1684, 1687, 1729, 1734f., 1744, 1746f., 1754, 1784, 1797[12], 1847, 1851, 1856

– Kooperation in Rüstungs-, Sicherheits- und Verteidigungsfragen
Dok. 21, 27, 55 und S. 61f., 69, 74, 82–84, 105, 309[4], 404, 423–427, 446, 450, 835, 904–906, 978f., 1023, 1123, 1189, 1361
– Wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 15, 20, 42f., 57, 269

VAE
siehe: Vereinigte Arabische Emirate

Vanuatu
S. 844[16+18]

Vatikan
siehe: Heiliger Stuhl

VCI (Verband der Chemischen Industrie)
S. 144

Venezuela
siehe außerdem: VN

S. 153[4], 155, 519, 550[1+2], 558[1], 1178[7], 1185, 1282, 1899[31+32]

Vereinigte Arabische Emirate
Dok. 232 und S. 95, 991, 1348[10], 1514[5], 1676, 1826[4], 1903[11]

Vereinigte Staaten von Amerika
siehe: USA

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
siehe: Großbritannien

Vereinte Nationen
siehe: VN

Verschuldungsproblematik
siehe auch: Pariser Club

Dok. 62 und S. 153[2], 292, 501, 633, 634[23], 684f., 739f., 820, 854, 879, 881–883, 1088, 1152f., 1156, 1615, 1621, 1625, 1633, 1646, 1899

– Bundesrepublik Deutschland
S. 289, 291, 881f., 1621, 1899
– EG/EPZ
S. 1899
– Japan
S. 289, 291
– Lateinamerika
S. 289[4], 883[26], 1152, 1156, 1899
– Mexiko
S. 1853, 1899[31]
– USA
S. 289f.
– Zaire
S. 292–294, 296

Vierer-Außenministertreffen
Dok. 170, 366 und S. 30, 253[17], 265[17], 271, 310, 316f., 383, 825f., 1745f., 1844

Vierer-Direktorentreffen
Dok. 66, 367 und S. 120, 531[5], 532[7]

Vierergruppe
siehe: Bonner Vierergruppe

Vietnam
siehe außerdem: DDR, Japan, Kambodscha, Polen, Thailand, UdSSR, USA
S. 744 f., 843, 1262 f., 1265, 1267, 1273 f., 1382
– ASEAN
S. 1263, 1269, 1273, 1275
– Bundesrepublik Deutschland
S. 135, 1263, 1266, 1269
– Volksrepublik China
S. 375, 1043[4], 1046, 1263, 1267, 1273–1275

VN (Vereinte Nationen)
siehe außerdem: Abrüstung, EPZ, Flüchtlings- und Asylpolitik, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Terrorismus, Zentralamerika-Politik
S. 80[17], 169[18], 171, 711, 885, 1381
– Afghanistan
S. 244 f., 451–454, 842, 1309[2], 1735[21], 1879[28], 1940
– Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948
S. 892[24], 1464[8]
– Angola
S. 1531, 1831[3+4], 1833
– Argentinien
S. 563, 1178[7], 1358[1], 1364[20], 1755
– Arms Embargo Committee
S. 278, 1517, 1795–1798
– Australien
S. 563, 1358[1]
– Belgien
S. 1364[21], 1756
– Brasilien
S. 563, 1364[20]
– Bulgarien
S. 1131[26], 1178[7], 1331
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 362 und S. 98, 113, 167–172, 180–182, 257[38], 277 f., 388, 417[10], 418, 420, 453 f., 562[5], 563–565, 687[17], 698–701, 816, 940 f., 854[57], 882[25], 1012, 1017, 1078 f., 1089, 1111 f., 1127–1129, 1131–1136, 1150 f., 1154 f., 1157, 1171, 1178[7], 1198 f., 1250, 1269, 1275 f., 1295, 1312 f., 1323[2], 1332[2], 1335, 1345–1347, 1356 f., 1358[1], 1364[21], 1379, 1422, 1424, 1443, 1448, 1512, 1514[5], 1517 f., 1530 f., 1639 f., 1654, 1675, 1678, 1681, 1684, 1710, 1739, 1755 f., 1795–1799, 1815 f., 1855, 1862
– Charta vom 26.6.1945
S. 56, 178[10], 1128, 1171, 1353[33], 1499[21], 1500, 1796[7], 1831[3], 1832 f.
– Chile
S. 1368, 1920[8]
– Conference on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung
– ČSSR
S. 418, 420
– DDR
S. 418, 420, 1250, 1295
– ECE (Economic Commission for Europe)
S. 198[12], 1325[9], 1910[23]
– ECOSOC (Economic and Social Council)
S. 1158
– FAO (Food and Agriculture Organization)
S. 854, 1199
– Frankreich
S. 23, 113, 163, 240, 257[38], 389, 562[5], 849[38], 850, 1089, 1111[6], 1156, 1178[7], 1276, 1334, 1345 f., 1348[9], 1356, 1358[1], 1364[21], 1378, 1447[24], 1639, 1655[10], 1678 f., 1756, 1832[8], 1855 f., 1862
– Generalsekretär
S. 171, 243, 258[45], 314, 515[9], 522, 816, 854, 882, 884, 985, 1001[13], 1002[14], 1089 f., 1111 f., 1132–1136, 1276, 1333, 1336, 1345 f., 1348[9], 1364[20], 1378 f., 1499 f., 1514[5], 1525, 1537[14+15], 1639 f., 1655, 1678, 1735, 1815–1817, 1831, 1834[16], 1855, 1879[27]
– Generalversammlung
S. 9, 169[13], 170, 172, 243, 453[9], 522[37], 562, 610, 736[6], 845, 938, 985[7], 1000[11], 1017, 1133, 1135 f., 1152[12], 1156[23], 1158, 1180 f., 1188, 1198[10], 1264, 1275[20], 1295, 1309[2], 1323[2], 1330, 1332[2], 1333[6], 1345[3], 1347[2], 1364[21], 1378, 1384, 1447, 1517, 1654[8], 1725[18], 1755, 1795 f., 1815[26]
– Ghana
S. 1178[7], 1379, 1795 f.
– Großbritannien
S. 113[18], 177[4], 240, 257[38], 389, 562[5], 687[17], 845, 849 f., 854, 1089 f., 1111[6], 1150 f., 1178[7], 1276, 1334, 1345 f., 1348[9], 1364[20], 1378, 1447[24], 1506, 1537[15], 1639,

1678 f., 1756, 1795[5], 1831[3], 1832, 1855 f., 1862

– IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)
S. 492, 540[28], 562[5], 563 f., 676, 677[24], 1653[4], 1654 f., 1755 f.

– IFAD (International Fund for Agricultural Development)
S. 854[57]

– IGH (Internationaler Gerichtshof)
S. 170, 522[37], 1128, 1163, 1436, 1439

– ILO (International Labour Organization)
S. 1052

– Indien
S. 452[6], 563, 1198

– Irak
S. 760[3], 761[6], 1111, 1126–1129, 1132, 1134 f., 1276, 1313, 1333, 1335 f., 1346, 1348[9], 1356, 1378–1381, 1447[24], 1500, 1514[5], 1525, 1654, 1679, 1682–1684, 1755, 1815[24], 1816, 1866

– Iran
S. 563, 760[3], 761[6], 1089, 1111 f., 1128, 1132, 1134, 1171, 1178, 1276, 1313, 1333–1336, 1345–1347, 1348[9], 1356, 1378–1380, 1447[24], 1500, 1514[5], 1525, 1539, 1639 f., 1653[4], 1677, 1679, 1682, 1735, 1755, 1776, 1815 f., 1855 f., 1866, 1869

– Irland
S. 564, 1335, 1364[21]

– Israel
S. 1149, 1150[7], 1654[8], 1710, 1755

– Italien
S. 113[18], 257[38], 849[38], 854, 1111[6], 1178[7], 1198, 1334 f., 1348[9], 1356, 1358[1], 1364[21], 1378–1380, 1537, 1639, 1678, 1815–1817, 1832[8]

– IWF (Internationaler Währungsfonds)
S. 231, 289, 290[5], 292 f., 296, 560 f., 607, 684–686, 880 f., 1008[4], 1088, 1156, 1314, 1329, 1393, 1530, 1579, 1632, 1642[4], 1726, 1852, 1853[33]

– Japan
S. 113[19], 257[38], 562[5], 698[4], 817, 849, 1111, 1151, 1153, 1157, 1178[7], 1334, 1348[9], 1356, 1379, 1537, 1639, 1678, 1832[8]

– Jordanien
S. 1677–1680

– Kambodscha
S. 744[10], 1264, 1265[20], 1266[22]

– Kanada
S. 562[5], 563, 854, 1152, 1358[1]

– Kuba
S. 1012, 1149[2], 1150[7]

– Libanon
S. 854[57], 1710

– Menschenrechtsausschuß
S. 168

– Menschenrechtskommission (MRK)
S. 1012, 1370[26], 1849, 1920[8]

– Nicaragua
S. 522, 1012, 1447

– Niederlande
S. 1335, 1364[21], 1506

– Pakistan
S. 451[4], 452–454, 1158, 1198, 1275, 1879[27]

– Polen
S. 736[6], 1052, 1330

– Portugal
S. 1199, 1261, 1275, 1364[21]

– Schweden
S. 563, 1756[17]

– Sicherheitsrat
S. 23, 98, 113, 163, 164[26], 177[5], 178[10], 180, 181[21], 182, 240, 243[26], 257[38], 277, 278[11], 389, 655, 682[3], 687[17], 760[3], 849 f., 999[6], 1000[10], 1001, 1078[8], 1089, 1111–1114, 1127–1129, 1131–1136, 1171, 1178, 1247, 1248[17], 1250, 1276, 1312 f., 1333–1336, 1345 f., 1348[9], 1356 f., 1378 f., 1422, 1443, 1447[23], 1500, 1506, 1512, 1514[5], 1517, 1528[4], 1530 f., 1537, 1539, 1631[48], 1639 f., 1675, 1677–1679, 1682[10], 1683[11], 1684, 1710, 1735, 1739, 1776, 1795 f., 1815–1817, 1831–1833, 1834[16], 1855, 1862, 1866, 1869, 1913[38]

– Simbabwe
S. 1631[48], 1678

– Spanien
S. 1313, 1364[21], 1512

– Südafrika
S. 177[4], 178 f., 181, 257[38], 277 f., 687[17], 845, 1078 f., 1517, 1632, 1795–1797, 1831[3+4], 1833, 1834[16]

– Syrien
S. 1310, 1677

– Türkei
S. 700, 1150[7], 1358[1]

– UdSSR
S. 9, 163, 164[26], 389, 452, 562[5], 746, 842, 849 f., 854, 1017, 1089 f., 1111, 1113,

1131[26], 1149[2], 1151[9], 1157, 1276, 1333–1335, 1345, 1347, 1348[9], 1353, 1356f., 1379, 1424, 1447[24], 1448, 1500, 1501[31], 1506, 1512, 1639, 1679, 1684, 1725[18], 1739, 1817, 1849, 1855f., 1862, 1866

– UNCPICPUNE (Konfererenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie
Dok. 111

– UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development)
Dok. 226 und S. 190, 882[21], 1088[27], 1134[27]

– UNDC (United Nations Disarmament Commission)
S. 1181

– UNEP (United Nations Environment Programme)
S. 356[34], 1325[9]

– UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization)
S. 245, 683, 854, 1198f., 1250[24], 1261, 1275, 1312, 1331, 1512

– UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)
S. 171, 339[3], 698–701, 756, 759, 1545–1547

– UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon)
S. 243

– UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East)
S. 1000[10]

– USA
S. 113[18], 243[26], 257[38], 389, 522, 562[5], 563, 687[17], 698[4], 849f., 854, 1089, 1111[6], 1149[2], 1150[7], 1151f., 1157f., 1198, 1276, 1333f., 1336, 1345f., 1348[9], 1356, 1378f., 1384, 1443, 1447f., 1499[21], 1501[31], 1525, 1531, 1639, 1655[10], 1678f., 1684, 1689, 1710[14], 1735, 1756, 1795[5], 1832f., 1855f., 1862, 1869

– Volksrepublik China
S. 163, 389, 492, 850, 1089, 1111[6], 1157, 1178, 1276, 1334–1336, 1345, 1348[9], 1356, 1379, 1447[24], 1639, 1678f., 1739, 1855f., 1862

– Volksrepublik Kongo
S. 682[3], 1178[7], 1379

– Weltbank
S. 289f., 292f., 560f., 684[8], 1088[27], 1530, 1632, 1642[4], 1715, 1726, 1873, 1881, 1883

– WHO (World Health Organization)
S. 384–388, 854, 885

– WMO (World Meteorological Organization)
S. 854[57]

– WIPO (World Intellectual Property Organization)
S. 192f.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK)
S. 608[10], 1555–1557, 1787f.

Volksrepublik China
siehe außerdem: Abrüstung, Afghanistan, Bulgarien, ČSSR, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Indien, INF-Verhandlungen, Iran, Italien, Japan, Jordanien, Kambodscha, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Pakistan, Polen, Raumfahrtpolitik, Thailand, UdSSR, Ungarn, USA, Vietnam, VN

S. 248, 317[46], 374, 490f., 852, 862, 885, 930f., 1263f., 1267, 1273f., 1278, 1311, 1382, 1468, 1617, 1621, 1624, 1645

– ASEAN
S. 990, 1263, 1267, 1275

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 77, 96, 184, 208, 209, 213, 222, 288 und S. 225, 248, 382, 479, 990, 1049, 1263, 1269, 1273, 1413[15], 1617

– EG/EPZ
S. 491, 1043, 1046, 1336, 1467

– Tibet-Frage
S. 931, 1040–1042, 1115–1117

Volksrepublik Kongo
siehe außerdem: VN, Wirtschafts- und Währungsfragen

Dok. 134 und S. 292, 293[13], 294[13], 686, 883

Waldheim-Affäre
siehe unter: Nationalsozialismus

Warschauer Pakt
siehe außerdem: Abrüstung, Chemische Waffen, EG, INF-Verhandlungen, Iran, Jugoslawien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Menschenrechte, NATO, Nicaragua, Terrorismus, USA

Dok. 154, 192 und S. 5, 10, 13, 38, 147, 221f., 225, 248, 255, 298, 317[46], 366,

378, 382, 407 f., 417, 420, 508, 510 f., 557, 582, 628, 646, 653 f., 667 f., 672, 718, 779, 790, 822, 874, 915, 955, 995, 1046 f., 1063[35], 1131, 1141–1143, 1211, 1213, 1295 f., 1307, 1325[10], 1431, 1436[4], 1443, 1483, 1513, 1618, 1810, 1873, 1875

– Bulgarien
S. 790, 867, 970, 1616, 1645, 1877

– Bundesrepublik Deutschland
S. 136, 652, 914, 1044, 1047, 1233, 1291, 1295, 1317, 1393 f., 1409, 1414 f., 1479, 1513, 1543, 1742, 1892, 1898, 1908, 1911

– ČSSR
S. 407, 511, 655, 667, 772, 970, 979, 1021

– DDR
S. 115, 378, 407, 416, 421, 511, 771 f., 970, 979, 1021, 1141, 1224, 1231, 1253 f., 1307, 1544, 1616, 1645, 1720–1722, 1911

– Polen
S. 511, 867 f., 970, 1051, 1324, 1325[10], 1436[7], 1438

– Rumänien
S. 537, 970, 1720 f., 1892, 1898, 1909

– UdSSR
S. 120, 199, 426, 637, 672, 747, 769–771, 863 f., 970, 1021, 1254, 1331, 1359, 1376, 1394, 1427, 1429, 1436[4], 1543, 1616, 1645, 1720, 1724 f., 1810, 1843, 1876, 1909

– Ungarn
S. 443, 511, 970, 1394, 1408, 1410, 1413[15], 1414[17], 1543, 1616, 1645, 1721

Wehrkundetagung
siehe: Internationale Wehrkundebegegnung

Weltbank/Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
siehe unter: VN

Weltwirtschaftsgipfel
S. 113, 232, 352, 478[11], 1642

– Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
S. 230

– Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6.6.1982 in Versailles
S. 230

– Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30.5.1983 in Williamsburg
S. 741, 818, 882, 885

– Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9.6.1984 in London
S. 818

– Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4.5.1985 in Bonn
S. 121, 818

– Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6.5.1986 in Tokio
S. 125, 229–231, 313, 818, 843, 880, 882[25], 1400[10]

– Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10.6.1987 in Venedig
Dok. 176 und S. 25, 162[16], 229, 231, 313, 316, 317[46], 369–372, 383, 432, 634[26], 681[1], 686 f., 705, 738–741, 809, 814, 820, 835, 837, 839, 841, 845, 855, 864, 914, 1046, 1071[5], 1336, 1421, 1625

– Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21.6.1988 in Toronto
S. 881, 884 f., 1337

Westsahara-Konflikt
Dok. 172

WEU (Westeuropäische Union)
siehe außerdem: NATO, Norwegen, Spanien, UdSSR, USA

S. 21, 28, 101, 103 f., 117 f., 120, 160, 256, 261, 350, 405 f., 450[21], 526–531, 734, 871, 947 f., 950, 1081, 1118, 1121, 1196 f., 1286, 1595, 1599, 1662, 1665 f., 1780, 1782, 1812, 1814[20], 1835 f., 1887

– Belgien
S. 1123

– Bundesrepublik Deutschland
S. 27, 103, 105, 256, 262, 527–529, 726[5], 947[11], 949 f., 1054, 1088, 1197[8], 1198, 1512 f., 1665, 1667, 1818

– Frankreich
S. 23, 103, 405, 527–529, 530[29], 871, 949 f., 1088, 1118, 1197 f., 1405

– Großbritannien
S. 256, 405, 529, 947[11], 949, 1088, 1197

– Italien
S. 103, 947[11], 1054[8], 1123, 1196–1198

– Luxemburg
S. 1123

– Niederlande
S. 526–531, 947[11], 1123

– Tagungen des WEU-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

WHO (World Health Organization)
siehe unter: VN

WIPO (World Intellectual Property Organization)
siehe unter: VN

Wirtschafts- und Währungsfragen
Dok. 50, 314, 326 und S. 258, 333, 379 f., 879–881, 883[27], 1583, 1715, 1720
– Bundesrepublik Deutschland
S. 289, 291, 365, 501 f., 572 f., 602, 627, 685, 687, 696, 818 f., 830 f., 833, 879 f., 920, 1088[27], 1215[8], 1313 f., 1372 f., 1387–1389, 1409, 1536–1538, 1575–1587, 1615, 1625, 1642 f., 1656–1659, 1719, 1762, 1792, 1811
– Chile
S. 1881–1883
– DDR
S. 1234 f., 1544
– Frankreich
S. 820, 1215[8], 1387–1390, 1581[21], 1584–1587
– Griechenland
S. 1389, 1585
– Großbritannien
S. 358, 1088, 1577[9], 1583, 1587
– Irak
S. 1685 f.
– Italien
S. 1373, 1389, 1581[21], 1587
– Japan
S. 289, 291, 573, 817 f., 820, 1575–1580, 1586, 1643, 1656 f.
– Jugoslawien: Umschuldung/Kreditvergabe
S. 393 f., 396, 1853
– Polen
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
– Rumänien
S. 1698 f., 1892 f., 1895
– Schweiz
S. 291, 1585[18]
– Spanien
S. 1313–1315, 1317
– UdSSR
S. 862, 1234 f.
– Ungarn
S. 1409, 1411 f., 1545, 1569, 1876
– USA
S. 291, 333, 358, 465, 501, 572 f., 627, 737, 818, 820 f., 861 f., 1093, 1534–1540, 1575–1581, 1583 f., 1586 f., 1615, 1625, 1643, 1656–1658, 1791

Wirtschaftsunternehmen
– AEG AG
S. 684[8], 685[9], 1340
– Airbus Industrie
S. 111 f., 121 f., 160, 573, 741 f., 1313–1315, 1459[13], 1657
– BASF Aktiengesellschaft (Badische Anilin- & Soda-Fabrik)
S. 760
– Bau-AG
S. 1686
– Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft
S. 1067[16]
– BMW (Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft)
S. 1411
– Boeing (The Boeing Company)
S. 121
– British Aerospace Public Limited Company
S. 741[24]
– CASA (Construcciones Aeronáuticas S.A.)
S. 1313[15], 1314
– CATIC (China Aero Technology Im- and Export Corporation)
S. 1468[4]
– CGCT (Compagnie générale de constructions téléphoniques)
S. 112
– Daimler-Benz AG
S. 1066
– Deutsche Bank AG
S. 196, 289[3], 290, 1236[9], 1359[8], 1413[14], 1613[10]
– Deutsche Bundesbahn
S. 743[26]
– Deutsche Reichsbahn
S. 1237[11]
– Diehl GmbH & Co.
S. 823
– Dornier GmbH
S. 823, 1340
– Dresdner Bank AG
S. 196, 1070
– El Al
S. 1536[10]

– Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen GmbH
S. 1168–1172, 1539
– Gruner+Jahr GmbH
S. 1366 f., 1921[11]
– Hammer
S. 1103
– HDW (Howaldtswerke-Deutsche Werft AG)
S. 177[2], 178, 180, 182, 217[9], 277 f., 824, 930, 1077, 1079, 1339[7], 1516, 1796[10], 1798
– Heberger Bau
S. 1103
– Heckler & Koch Maschinen- und Anlagenbau GmbH
S. 1539
– Hellatronic
S. 163[25]
– Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft
S. 601, 603, 608, 684, 696, 1461[10], 1681, 1683, 1685, 1826[2], 1852
– Hinrich Feldmeyer GmbH
S. 683 f.
– Hochtief AG
S. 802[2]
– Hoechst AG
S. 41[4], 705
– IAI (Israel Air Industries)
S. 1340
– Iberia
S. 1314 f.
– IMI (Israel Military Industries)
S. 1340
– Ingenieurkontor Lübeck – Prof. Gabler Nachf. GmbH (IKL)
S. 177[2], 178[8], 179, 182, 277 f., 1077, 1079, 1516, 1796[10]
– Interatom GmbH
S. 676
– Interflug Gesellschaft für internationalen Flugverkehr mit beschränkter Haftung
S. 1242
– Intermilch (Hungen)
S. 1299 f., 1302[10]
– IPS
S. 1299 f.
– Iran Air
S. 214
– KAL (Korean Airlines)
S. 783, 796[5], 1903[11]
– Karl Kolb GmbH & Co. KG
S. 157 f., 760, 1102–1104
– KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)
S. 551[5]
– Krauss-Maffei AG
S. 696
– KWU (Kraftwerk Union AG)
S. 217[8], 489[1], 492–494, 1066 f., 1450[2], 1468
– Leitz (Gebr. Leitz GmbH & Co.)
S. 1340
– Lockheed
S. 1313[15]
– Lufthansa (Deutsche Lufthansa AG, LH)
S. 493, 1064, 1066, 1067[16], 1314 f., 1468, 1477, 1485, 1496
– Luha
S. 1103
– MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG)
S. 1894
– Mannesmann Demag AG
S. 493, 1065, 1068, 1132[32], 1686
– MATRA (Mécanique Aviation Traction)
S. 112[14]
– Mauser-Werke Oberndorf GmbH
S. 1539
– McDonnell Douglas
S. 494[17]
– Mercedes
siehe: Daimler-Benz AG
– Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB)
S. 494, 823, 929, 1064–1066, 1200[22], 1340, 1468, 1797[12]
– Metallgesellschaft AG
S. 1069
– Middle East Airlines
S. 41[2]
– Orbit AG
S. 163[25]
– Orenstein & Koppel AG
S. 1064 f.
– Philipp Holzmann AG
S. 1067[16]
– Pilot Plant Engineering & Equipment GmbH
S. 158[7], 760, 1102–1104

– Polimar
S. 1299
– Polscan
S. 1298, 1299[7], 1300–1302
– Preussag AG
S. 157f., 761, 1103
– Renk AG
S. 1894[14]
– Rheinisch-westfälischer Technischer Überwachungsverein (RWTÜV)
S. 217[8]
– Rheinmetall AG
S. 823, 1340
– Schloemann-Siemag AG
S. 494
– Siemens AG
S. 41[4], 112, 493, 705, 953, 1064–1067, 1375, 1450[2], 1467f.
– Telit
S. 1375
– Thyssen Handelsunion AG
S. 749f.
– Thyssen Industrie AG Henschel
S. 991[10]
– Tukay
S. 1641[17]
– TWA (Trans World Airlines)
S. 41[2], 1536[10]
– VEBA AG
S. 1226[16]
– Volkswagen AG
S. 494[16], 1068f.
– Wadi Hanifa
S. 1641[17]
– WET
S. 157f., 1103

World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa
S. 177–179, 181–183, 1517, 1797f.

World Jewish Congress
Dok. 196 und S. 596, 1239

Yad Vashem
S. 1108[8]

Zaire
siehe außerdem: Belgien, USA, Verschuldungsproblematik
Dok. 63 und S. 291–296, 341, 385, 633, 1529

Zentralamerika-Politik
Dok. 228 und S. 223[1], 655, 885, 1443, 1448[25], 1470, 1848, 1899[31]
– Arias-Plan
Dok. 110 und S. 515–519, 523, 552f., 801f., 852, 1013f., 1312
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 103, 289 und S. 46, 49, 154f., 552f., 558–561, 656, 799–802, 851, 1012f., 1313, 1485, 1512, 1857
– Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela)
S. 153–156, 165, 515, 517–519, 522, 552f., 558–560, 655f., 851f., 1163
– Costa Rica
S. 153–155, 164, 515[9], 516–518, 552, 558–561, 851f., 1010, 1012f., 1162[1], 1163, 1474, 1857
– EG/EPZ
Dok. 35 und S. 165, 315, 353, 358, 516f., 519[24], 520, 559f., 851f., 1162, 1312f., 1472f., 1857
– El Salvador
S. 153f., 164, 515f., 518–520, 552f., 558, 560, 800–802, 852, 1008–1012, 1162[1], 1283f., 1856[52], 1857
– Frankreich
S. 558, 1013, 1857
– Großbritannien
S. 315, 1013, 1857
– Guatemala
S. 154, 164, 515[9], 516–518, 520, 552, 559f., 1010, 1013, 1162, 1856f.
– Heiliger Stuhl
S. 1009f.
– Honduras
S. 153f., 164, 515[9], 517f., 521f., 552, 559f., 852, 1011, 1162[1], 1163, 1283f., 1472f., 1856f.
– Italien
S. 1013
– Kuba
S. 523, 560, 1012–1014, 1857
– Mexiko
S. 154, 516, 558, 1010, 1012
– Nicaragua
S. 154, 156, 164, 516–518, 522, 552, 558–560, 802, 851f., 1010, 1012–1014, 1162–1164, 1282–1284, 1447, 1471–1473, 1856f.

– Rio-Gruppe (Contadora, Unterstützer, VN-Generalsekretär und OAS-Generalsekretär)
S. 515[9], 851[45], 1899[32]
– Spanien
S. 165
– UdSSR
S. 166[36], 523, 560, 1499, 1512
– Unterstützergruppe (Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay)
S. 515[9], 519, 558, 851[45]
– Uruguay
S. 515[9], 519, 558, 1011
– USA
S. 116, 155, 166, 315, 516f., 519–522, 558–561, 655, 799, 801, 852, 855[63], 1009, 1013f., 1162–1164, 1447, 1472, 1499, 1856f.
– VN
S. 515[9], 1162

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg
S. 657[1], 660[7]

Zentralkomitee der Deutschen Katholiken
S. 1049[3]

Zentralrat der Juden in Deutschland
S. 501, 1239

Zentralverband des Deutschen Handwerks
S. 504

Zollkriminalinstitut
S. 163[25], 1102, 1104[12]

Zypern/Zypern-Konflikt
siehe außerdem: KSZE
S. 52, 130[1], 131, 357, 361[10], 1000, 1096, 1913

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

– Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
– In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1987 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
– Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1987 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
– Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
– Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
– Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
– Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
– **Band I** reicht von Dokument 1 bis 190 bzw. von Seite 3 bis Seite 964, **Band II** von Dokument 191 bis 381 bzw. von Seite 965 bis 1940.

Abbadi, Hassan marokkanischer Arbeitsminister S. 856

Abdallah, Georges Ibrahim 1979–1984 Führer der „Bewaffneten Revolutionären Libanesischen Fraktionen“ (Farl) S. 658

Abdel-Meguid, Ahmed Asmat ägyptischer Außenminister S. 1826, 1829, 1830[18]

Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud Kronprinz des Königreichs Saudi-Arabien, Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Kommandeur der Nationalgarde S. 1676, 1680

d'Aboville, Benoît Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur adjoint des affaires politiques) S. 21, 24 f., 27, 731, 834, 1088

Abrams, Elliott Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs) S. 164, 519

Abu Baker, Atef Sprecher und Chefideologe der Abu-Nidal-Organisation S. 131

Abu Iyad (Salah Mesbah Khalaf) stellvertretender Vorsitzender des Exekutivkomitees und Chef des Geheimdienstes der PLO sowie Mitglied des ZK der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ **Dok. 20**

Abu Nidal (Sabri Chalil al-Banna) Gründer und Führer der palästinensischen Organisation „Fatah-Revolutionsrat“ (Abu-Nidal-Organisation) S. 1001, 1090, 1461, 1901, 1904

Abu Talebi stellvertretender Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium S. 703[10], 763

Acevedo Peralta, Ricardo salvadorianischer Außenminister S. 156, 1007

Achromejew, Sergej Fjodorowitsch Marschall der Sowjetunion und Mitglied des ZK der KPdSU sowie Erster Stellvertretender Verteidigungsminister und Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte S. 35, 267, 797, 1733, 1736, 1838, 1860

Ackermann, Klaus Hellmuth Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 954[13], 955[17]

Adamek, Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts, seit 1. Juni 1987 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires **Dok. 33, 145** und S. 402[1], 406[25], 412[32], 1613

Adamischin, Anatolij Leonidowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 166[36], 1525, 1568[8], 1569

Adam-Schwaetzer, Irmgard Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und seit 12. März 1987 Staatsministerin im Auswärtigen Amt **Dok. 91, 93** und S. 351, 353, 360, 361[7], 694[4], 869[3], 1220[3], 1316, 1331, 1760, 1766, 1812, 1869[2]

Adelman, Kenneth Lee Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Director, Arms Control and Disarmament Agency) bis 13. Dezember 1987 S. 89, 93, 106, 835

Adenauer, Konrad 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 28[28], 79–81, 455, 630, 917, 919, 1004[10], 1020, 1032, 1044, 1415, 1644, 1801

Adonnino, Pietro 1984/85 Vorsitzender des Ad-hoc-Ausschusses „Europa der Bürger“ der Europäischen Gemeinschaften S. 359[47]

Adt, Harro Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Südasien“ des Auswärtigen Amts S. 451[1]

Afanasjew, Wiktor Grigorjewitsch Chefredakteur der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ S. 10

Agnelli, Susanna Staatsministerin im italienischen Außenministerium S. 1812

Ahani Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium S. 149–152

Ahmad, Mansur Leiter der pakistanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1757[24]

Ahrens, Geert-Hinrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik“ im Auswärtigen Amt **Dok. 251** und S. 743, 844[15], 1270

Ailleret, Charles 1962–1968 Chef des französischen Generalstabs S. 876[24]

Akihito Kronprinz von Japan S. 817

Aktan, Gündüz Suphi stellvertretender Generaldirektor im türkischen Außenministerium S. 470f., 476

Alanat, Mümin Botschaftsrat an der türkischen Botschaft in Bonn S. 471

Albrecht, Ernst Ministerpräsident des Landes Niedersachsen (CDU); 1969–1971 Generaldirektor für Wettbewerb bei der EG-Kommission in Brüssel S. 737f., 1242, 1719

Alexander II. *1818 †1881 S. 692

Alexander, Michael O'Donel Bjarne Leiter der britischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 780, 865[15], 1260f., 1822

Alfonsín, Raúl Ricardo Präsident der Argentinischen Republik S. 850f., 883, 1181, 1183, 1882, 1899[31]

Ali Khan, Sahabzada Mohammad Yaqub siehe: Yaqub Ali Khan, Sahabzada

Alia, Ramiz Tafë Erster Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und Vorsitzender des Präsidiums der Nationalversammlung **Dok. 292** und S. 1475f., 1477[8]

Allende Gossens, Salvador 1970–1973 Präsident der Republik Chile S. 7, 589[4], 1012

de Almeida, Leonardo Ribeiro portugiesischer Verteidigungsminister bis 17. August 1987 S. 781

de Almeida, Luis José angolanischer Botschafter in Bonn S. 1528[3]

Altenburg, Günther Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)" des Auswärtigen Amts S. 305[1], 308[18], 1463[1]

Altenburg, Wolfgang General und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO in Brüssel; 1983–1986 Generalinspekteur der Bundeswehr S. 22, 403, 725[3], 776, 1260f., 1404[13], 1773[3], 1934

Altmann, Klaus siehe: Barbie, Klaus

D'Amato, Alfonse („Al") Senator für den amerikanischen Bundesstaat New York (Republican Party) S. 572

d'Amécourt, Jean Paul Marie de Ponton außenpolitischer Berater des französischen Verteidigungsministers (Conseiller pour les affaires internationales) S. 1590

Amelung, Gerold Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking bzw. seit 17. Februar 1987 im Referat 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen" des Auswärtigen Amts, seit 29. Mai 1987 Legationsrat I. Klasse, seit 16. November 1987 im Referat 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG" S. 694[1]

Ammon, Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien" des Auswärtigen Amts **Dok. 374** und S. 53[1+3], 477[1], 751[3], 1455[1+2]

Anders, Rudolf Amtsinspektor im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts S. 392[1]

Andreotti, Giulio italienischer Außenminister; 1972/73 und 1976–1979 Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 237, 357** und S. 201, 283, 575, 577, 581, 841f., 845f., 848–852, 854f., 868, 882, 885, 1312[11], 1332, 1334–1337, 1348, 1355, 1372, 1376–1380, 1497, 1505f., 1733, 1739f., 1808, 1862, 1864f., 1872, 1897

„Andres" Informant im Fall Schwammberger S. 1612[3], 1613

Andriessen, Franciscus („Frans") Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Landwirtschaft und Fischerei) und Vizepräsident **Dok. 183** und S. 455, 464f.

Andronic, Stelian Octavian rumänischer Handelsrat und Beauftragter für Gespräche zur Aussiedlung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit S. 1700

Andropow, Jurij Wladimirowitsch 1982–1984 Generalsekretär des ZK der

KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 8, 443, 797, 835[6], 1736[30], 1939

Androutsopoulos, Adamantios 1973/74 Ministerpräsident der Hellenischen Republik S. 953[12]

Anell, Lars E. R. schwedischer Ständiger Vertreter beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie seit 9. Februar 1987 Vorsitzender der GATT-Verhandlungsgruppe „Geistiges Eigentum" S. 190

Antonow, Alexej Konstantinowitsch sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit S. 196[9]

Apel, Hans Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); 1978–1982 Bundesminister der Verteidigung S. 753[8]

al-Aqroubi, Salim Rashid Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Damaskus S. 1179

Aquino, María Corazón Sumulong Cojuañgco Präsidentin der Republik der Philippinen S. 165, 853, 1270 f.

Arafat, Yasser Vorsitzender des ZK der palästinensischen Organisation „Al Fatah" sowie des Exekutivkomitees der PLO **Dok. 199** und S. 935, 982[6], 1199, 1680

Arai, Hirokazu Leiter des Planungsstabs im japanischen Außenministerium S. 814

Arce Castaño, Bayardo führendes Mitglied der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) S. 1280[4]

el-Areibi, Suleiman Leiter des libyschen Volksbüros (Botschaft) in Warschau bis zu seinem Tod am 5. November 1987 S. 1461[8]

Arens, Mosche israelischer Minister ohne Geschäftsbereich und Generalsekretär des Likud S. 504

Arias Calderón, Ricardo Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Panamas S. 1012

Arias Moncada, Céleo Leiter des honduranischen Präsidialamts S. 517

Arias Sánchez, Óscar Präsident der Republik Costa Rica **Dok. 110** und S. 154[6], 164, 515–519, 523 f., 552 f., 801 f., 852, 1013 f., 1162[1], 1282[17], 1312, 1857

Arias Sánchez, Rodrigo Leiter des costaricanischen Präsidialamts S. 558[2]

Aris, Helmut Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR bis zu seinem Tod am 22. November 1987 S. 1239

Armacost, Michael Hayden Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 72[19], 165 f., 315, 1500, 1526, 1537[14], 1734

Armstrong, Neil A. amerikanischer Astronaut S. 1865

Arnim, Joachim von Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, WEU)" im Auswärtigen Amt **Dok. 167, 211** und S. 100[1], 137[1], 138[7], 344[8], 495[1], 496[8], 674[11], 1197[8], 1338, 1341

Arnot, Alexander Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 60, 98** und S. 185[5+6], 252[12], 381[5], 802[2], 1019, 1052[17], 1060[24], 1061[28], 1568[8], 1878[26]

Arrieta Villalobos, Román Erzbischof von San José de Costa Rica S. 558[2]

Artopoeus, Wolfgang Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 939[1]

Aspin, Leslie („Les"), Jr. Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender des Ausschusses für Streitkräfte S. 108, 1401

al-Assad, Basil Sohn von Hafiz al-Assad S. 935

al-Assad, Hafiz Präsident der Arabischen Republik Syrien **Dok. 259** und S. 243[25], 256[36], 313 f., 390, 506, 935 f., 1090, 1179, 1257, 1516, 1675–1677, 1679 f., 1826 f.

al-Assad, Rifaat Bruder von Hafiz al-Assad S. 935, 1827

al-Atassi, Abdul Karim 1976–1982 syrischer Botschafter in Bonn S. 1676[19]

Atatürk siehe: Kemal Pascha, Mustafa

Attali, Jacques Sonderberater des französischen Staatspräsidenten (Conseiller spécial auprès du Président de la République) und Beauftragter („Sherpa“) für Weltwirtschaftsgipfel **Dok. 223, 239, 273** und S. 103, 434, 437, 450[23], 819, 821, 956, 959, 1216, 1809

Attlee, Clement Richard 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 1033[14]

Aubert, Pierre schweizerischer Außenminister S. 34f.

d'Aubuisson Arrieta, Roberto Oberst der Streitkräfte von El Salvador und Mitglied der Alianza Republicana Nacionalista (ARENA) S. 1009

AuCoin, Walter Leslie („Les“) Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 751

Axen, Hermann Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Sekretär des ZK für internationale Angelegenheiten S. 1252, 1255

Aylwin Azócar, Patricio Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles seit 2. August 1987 S. 1882

Azcona del Hoyo, José Simón Präsident der Republik Honduras S. 154[6], 164, 515[8], 517, 521f., 559, 1162[1], 1283, 1473

Aziz, Tarik stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Republik Irak **Dok. 224** und S. 1348[10], 1447[24], 1683, 1685f.

Baar, Hugo S. 1202[5], 1366–1370, 1921, 1923

Baar, Waltraud S. 1202[5], 1366–1370

Bächmann, Horst Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 600 „Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm“ im Auswärtigen Amt S. 36[1]

Baden, Manfred Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bis 30. November 1987 **Dok. 172**

Baena Soares, João Clemente Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) S. 515[9]

Baggett, Lee, Jr. Admiral und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte im Atlantik sowie der Alliierten Streitkräfte im Atlantik (SACLANT) S. 866, 1934

Bahr, Egon Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ sowie Mitglied des Vorstands und des Präsidiums der SPD; 1969–1972 Staatsekretär im Bundeskanzleramt S. 147, 159, 196[8], 917, 1223[7], 1423[2]

Baker, Howard Henry, Jr. Stabschef im amerikanischen Präsidialamt (White House Chief of Staff) seit 27. Februar 1987; 1967–1985 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Tennessee (Republican Party), 1981–1985 Mehrheitsführer im Senat S. 283, 285, 287[9], 809, 812, 1443–1449

Baker, James Addison III. amerikanischer Finanzminister S. 231, 290, 809, 880, 1093, 1448[28], 1575, 1577[9], 1578, 1581[20], 1584, 1586, 1883

Bakher Mitglied des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans S. 32

Bakhtiar, Shapour Januar/Februar 1979 Ministerpräsident des Kaiserreichs Iran S. 86[8]

al-Bakr, Ahmed Hassan 1968–1979 Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak sowie Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats S. 1676

Baldocci, Giuseppe italienischer Botschafter in Teheran bis Dezember 1987 S. 569[6]

Balladur, Édouard französischer Wirtschafts- und Finanzminister S. 434, 827, 832f., 880, 924, 1583f., 1586

Bangemann, Martin Bundesminister für Wirtschaft und Vorsitzender der FDP S. 234[9], 277, 331[8], 355, 413, 414[13], 467–469, 489[1], 499, 603[27], 608f., 736[7], 776[10], 850[40], 878, 916, 929[13], 1070[25], 1078, 1104[10], 1150, 1157, 1290, 1293, 1313f., 1326f., 1459[13], 1537, 1641, 1760, 1762–1764

al-Banna, Idris Vizepräsident der Republik Sudan S. 295

Barbie, Klaus 1942–1944 Leiter der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Lyon **Dok. 130, 140, 202**

Barco Vargas, Virgilio Präsident der Republik Kolumbien S. 1899[31]

Bariani, Didier Staatssekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire d'État auprès du Ministre des Relations extérieures) S. 1282[14]

Baring, Arnulf Professor für Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin S. 488

Barker, Enno Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen" im Auswärtigen Amt S. 1748[1]

Barre, Raymond Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (UDF) und Mitglied der Kommission für auswärtige Angelegenheiten; 1976–1981 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 438, 1666[41]

Barroso, José Manuel Abteilungsleiter im portugiesischen Innenministerium, seit 17. August 1987 Staatssekretär im Außenministerium S. 1733, 1868

Barschel, Eike Bruder von Uwe Barschel S. 1441f.

Barschel, Freya Ehefrau von Uwe Barschel S. 1441f.

Barschel, Uwe Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (CDU) bis zu seinem Rücktritt am 2. Oktober 1987, am 11. Oktober 1987 im Hotel Beau-Rivage in Genf tot aufgefunden **Dok. 282**

Bartels, Herwig Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman **Dok. 81, 329** und S. 847[29]

Barth, Adolf Generalsekretär des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. S. 1555[4+5]

Basri, Driss marokkanischer Innenminister S. 857[6]

Bastian, Gert Generalmajor a.D. sowie bis 18. Februar 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 196[8], 660

Batista, Paulo siehe: Nogueira Batista, Paulo

Bätke, Susanne Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 373

Bauch, Johannes Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 605[33], 606[3], 1049[3], 1050[11], 1051[14], 1298[3], 1301[9], 1851[21]

Baudouin I. König der Belgier S. 626

Bauer, Friedrich österreichischer Botschafter in Bonn S. 960, 964, 1038

Baum, Gerhart Rudolf Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1978–1982 Bundesminister des Innern S. 1339[9]

Baumann, Winfried Fregattenkapitän der Volksmarine der DDR, im Juli 1980 wegen Spionage hingerichtet S. 1200[22]

Bausch, Pina Tänzerin, Ballettdirektorin und Choreographin S. 951

Bavadra, Timoci Uluivuda Ministerpräsident von Fidschi vom 13. April bis 14. Mai 1987 S. 844[15]

Bazing, Hans Peter Vortragender Legationsrat I. Klasse bzw. seit 9. Januar 1987 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 137, 353** und S. 167[3], 1172[22], 1545[1], 1755[14], 1831[1], 1832[8], 1849[6], 1901[1]

Beatty, Henry Perrin kanadischer Verteidigungsminister S. 865[20], 1781

Beck, Josef Legationsrat bzw. seit 29. Mai 1987 Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kinshasa, seit 10. August 1987 im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 1418[1+5]

Beethoven, Ludwig van *1770 †1827 S. 338

Behrends, Wolfgang Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa S. 646[13], 647[14], 865[20]

Behrendt, Heinz 1965–1978 Stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR S. 1293[19]

Beil, Gerhard Mitglied des ZK der SED und Minister für Außenhandel der DDR S. 1290

Bejger, Stanisław Mitglied des polnischen Parlaments (Sejm) und Vorsitzender der polnisch-deutschen Parlamentariergruppe sowie Stellvertretendes Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 917[18]

Beljakow, Semjon Iwanowitsch Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 636, 1857

Bell, Michael Beigeordneter Generalsekretär der NATO für Verteidigungsplanung S. 1260

Belonogow, Alexander Michajlowitsch Leiter der sowjetischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1347

Ben-Ari, Jitzhak israelischer Botschafter in Bonn S. 256, 499, 934, 938

Bendaña-Pedroza, Carlos-Alberto Mitarbeiter der nicaraguanischen Botschaft in Bonn, seit Juli 1987 Geschäftsträger ad interim S. 1280f.

Bender, Peter Journalist und Publizist S. 484f., 487

Bendjedid, Chadli Präsident und Verteidigungsminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1675f.

Benediktsson, Einar Leiter der isländischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1261

Ben-Gurion, David 1948–1953 und 1955–1963 Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Staates Israel S. 503

Bennett, Charles Edward Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und des Ausschusses für Streitkräfte S. 108

Bensch, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Guatemala-Stadt S. 515f., 520f., 1162[1]

Bente, Wolfgang Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis **Dok. 20** und S. 999[8]

Bérard, Armand 1949–1955 stellvertretender französischer Hoher Kommissar für Deutschland S. 1801

Berecz, János Sekretär des ZK der USAP für Ideologie und Propaganda sowie seit 25. Juni 1987 Mitglied des Politbüros S. 1723

Berenbaum, Michael Vorsitzender des „Content Committee" des United States Holocaust Memorial Council S. 1105f.

Berendonck, Gerd Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 33[7], 314[37], 842[5], 1879[28]

Berg, Detlof von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts **Dok. 231** und S. 1745[8], 1746[16], 1844[1]

Berg, Eivinn Leiter der norwegischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1260f.

Berger, Christian Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung" bzw. seit 2. April 1987 Legationssekretär im Referat 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Verbraucherpolitik; Bildungspolitik; Rechtsangleichung" des Auswärtigen Amts, seit 14. Dezember 1987 im Referat 010 „Ministerbüro" S. 1656[4]

Bergsdorf, Wolfgang Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung III „Inland" im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung S. 1105[2]

Bernsen, Harold J. Admiral und Kommandeur der amerikanischen Flotte im Persischen Golf S. 1332[3]

Berri, Nabih Vorsitzender der schiitischen Amal-Bewegung sowie libanesischer Justizminister S. 766, 982

Bertele, Franz Josef Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung" im Auswärtigen Amt S. 869[3]

Bertram, Hans-Bodo Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts **Dok. 380** und S. 125[1+2], 274[1], 342[1+2], 402[1], 716[2], 752[6], 834[1], 861[1], 895[1], 929[13], 1117[1], 1399[1+8], 1400[9], 1610[1+3], 1660[1]

Besharati, Ali Mohammad stellvertretender iranischer Außenminister S. 1248[17]

Bessmertnych, Alexander Alexandrowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 646f., 1347, 1500, 1525, 1738

Bethmann Hollweg, Theobald von 1909–1917 Reichskanzler des Deutschen Reichs S. 481[3]

Bettzuege, Reinhard Vortragender Legationsrat und stellvertretender Leiter des Referats 013 „Pressereferat" im Auswärtigen Amt S. 636, 1029[8]

Beuth, Heinrich-Wilhelm Vortragender Legationsrat im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)" des Auswärtigen Amts S. 305[3]

Bianco, Jean-Louis Generalsekretär des französischen Präsidialamtes (Secrétaire général de la présidence de la République) S. 137f., 141

Biden, Joseph („Joe") Senator für den amerikanischen Bundesstaat Delaware (Democratic Party) S. 1874

Biehle, Alfred Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses S. 1072[11]

Bilak, Vasil Mitglied des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Vorsitzender der Ideologiekommission des ZK S. 443

Bischoff-Pflanz, Heidemarie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und Vorsitzende der Fraktion „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz" bis 20. April 1987 S. 337

Bismarck, Otto Fürst von 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reichs S. 78, 436, 1476

Bitterlich, Joachim Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts, seit 19. Juni 1987 Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung; bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei; Kabinettsausschuß für Europapolitik" im Bundeskanzleramt, seit 17. Dezember 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 273** und S. 85[1], 149[1+4+6], 152[14], 177[1], 240[13], 250[1], 328[3], 369[3], 373[1], 827[1], 945[3], 956[1], 1312[1], 1582, 1606, 1714[1]

Biya, Paul Präsident der Republik Kamerun S. 1619

Blackwill, Robert Dean Leiter der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters bis 8. Juli 1987 **Dok. 75** und S. 996

Blandón Mejía, Adolfo Onecifero General der salvadorianischen Streitkräfte und Chef des Generalstabs S. 551, 560

Blankenstein, Hartmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien" des Auswärtigen Amts **Dok. 325** und S. 58[19], 477[1], 754[11], 1037[1+3], 1455[1], 1753[1+3], 1889[1]

Blech, Klaus Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamts S. 389

Blecha, Karl österreichischer Innenminister S. 595

Blix, Hans Martin Generaldirektor der IAEO S. 1654, 1756

Blomeyer-Bartenstein, Hans-Henning Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 108[8], 570[1], 713[1], 1159[1], 1189[1], 1191[1], 1524[1], 1525[6]

Blücher, Borusso von Legationsrat I. Klasse bzw. seit 20. Oktober 1987 Vortragender Legationsrat im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts S. 1697[1+4]

Blüm, Norbert Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) sowie Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung S. 951, 1370, 1883[6]

Bodde, William, Jr. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs); 1983–1986 Generalkonsul in Frankfurt am Main S. 161f., 897[12], 1567

Boden, Dieter Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts, seit 1. März 1987 beurlaubt zur Ausübung einer Tätigkeit bei der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 6[1]

Boenisch, Peter 1983–1985 Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamtes sowie Sprecher der Bundesregierung S. 1236[9]

Boesak, Allan Aubrey südafrikanischer Theologe, Pastor sowie Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen S. 1091, 1193, 1453

Bogomolow, Oleg Timofijewitsch sowjetischer Ökonom und Direktor des Instituts für die Wirtschaft des Sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wisssenschaften der UdSSR S. 692

Böhm, Siegwart Legationsrat I. Klasse im Referat 012-9 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte" des Auswärtigen Amts S. 1201

Böhmer, Gerhard Exekutivdirektor der Weltbank S. 1883[7]

Bohnau, Nathaniel S. 1367 f.

Boidevaix, Serge französischer Botschafter in Bonn **Dok. 16** und S. 30 f., 1590

Boie, Hans-Heinrich Regierungsdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft sowie Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der „Australischen Initiative" S. 207 f.

de Boissieu, Pierre Yves Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chef du service de coopération économique) S. 111

Bolewski, Wilfried Botschaftsrat und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf, seit 29. Juni 1987 Vertreter des Botschafters in Jaunde S. 1183[14], 1185[20], 1186[23]

Bondarenko, Alexander Pawlowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium **Dok. 333** und S. 679 f., 784, 787[6], 1894[12]

Bondy, François schweizerischer Schriftsteller, Journalist und Publizist S. 486

Bonilla, Oscar Mitglied und Verbindungsmann der salvadorianischen Guerillaorganisation FMLN/FDR in Paris S. 799 f.

Bonner, Jelena Georgijewna sowjetische Dissidentin und Ehefrau von Andrej D. Sacharow S. 116[32], 1063[33]

Bookbinder, Hyman 1967–1986 Repräsentant des American Jewish Council in Washington S. 1107

Borch, Otto Rose Leiter der dänischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 282

Borge Martínez, Tomás führendes Mitglied der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) und nicaraguanischer Innenminister S. 1447

Born, Wolf-Ruthart Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" des Auswärtigen Amts **Dok. 295** und **S**. 1101[20], 1555[1+6], 1556[11]

Bornemann, E. L. Leiter der Delegation des IWF in Zaire S. 293

Börner, Holger Ministerpräsident des Landes Hessen (SPD) bis 24. April 1987, seit Dezember 1987 Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung S. 954[14]

Bosch, Klaus-Jerg Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht" im Auswärtigen Amt S. 710[3], 789[7], 1613[10], 1919

Bosson, Bernard Beigeordneter Europaminister im französischen Außenministerium S. 434, 874

Botha, Pieter Willem Präsident der Republik Südafrika; 1978–1984 Ministerpräsident S. 178, 181 f., 295 f., 371, 688 f., 846, 882, 885, 1091, 1194, 1195[7], 1363 f., 1451–1453, 1622 f., 1636[53]

Botha, Roelof Frederik („Pik") südafrikanischer Außenminister **Dok. 236**

Bötsch, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion S. 1448[28]

Bouverat, Colette Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeit bei offiziellen Anlässen S. 728

Boyd, John Dixon Iklé Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State, Defence/Intelligence) seit Februar 1987 S. 424

Bozer, Ali Hüsrev türkischer Staatsminister für Fragen der Europäischen Gemeinschaften **Dok. 93** und S. 694[4]

Bradley, William Warren („Bill") Senator für den amerikanischen Bundesstaat New Jersey (Democratic Party) S. 289[3], 290

Brandenburg, Ulrich Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 285[13]

Brandt, Willy Vorsitzender der SPD bis 14. Juni 1987 und Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Präsident der Sozialistischen Internationale; 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 32[2], 33[6], 133, 179, 200, 433, 736[4], 1047[24], 1277, 1423[2]

Braunmühl, Gerold Edler von 1985/86 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts, 1982–1985 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 S. 22, 36[4], 134, 478, 610 f., 726[5]

Bräutigam, Hans Otto Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin mit der Amtsbezeichnung Staatssekretär **Dok. 70, 131** und S. 39[12], 65, 67, 416[5], 567[9], 1225[12], 1233[5], 1241[22], 1292[16], 1746

Breitenbach, Hans-Georg Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Genf **Dok. 282**

Bremer, Lewis Paul III. Beauftragter der amerikanischen Regierung für Terrorismusbekämpfung mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Abteilungsleiter im Außenministerium (Coordinator for Counterterrorism) **Dok. 376** und S. 89

Breschnew, Leonid Iljitsch 1964–1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 7, 36, 198, 305[2], 374, 376, 443, 619, 795, 844, 1254[22], 1444[8], 1725, 1843, 1938

Breth, Ralf Andreas Legationsrat bzw. seit 23. Juni 1987 Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt S. 515

Brett, Helmut-Wolfgang Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Mogadischu, seit 4. September 1987 im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts S. 1218[1], 1822[1]

Brinkley, David amerikanischer Journalist und Fernsehmoderator S. 161, 398[3]

Brinkmann, Beatriz **Dok. 205** und S. 44

Brockdorff-Dallwitz, Thilo Johann Roger Graf Generalsekretär des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin (JDZB) S. 817[8]

van den Broek, Henri („Hans") niederländischer Außenminister S. 99[8], 525–528, 531, 575, 580, 1332, 1334 f., 1337, 1497, 1506, 1733, 1735, 1740, 1866

Bronfman, Edgar Miles Präsident des Jüdischen Weltkongresses S. 1239[16]

Broomfield, William S. Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) und Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten S. 108

Brose, Ekkehard Legationssekretär bzw. seit 19. Januar 1987 Legationsrat im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START" des Auswärtigen Amts, seit 23. Juli 1987 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 128[1], 129[4], 184[1], 279[1], 282[1], 286[1], 297[1+2], 590[1], 621[1], 643[1], 805[1]

Brost, Wolfgang Flottillenadmiral der Bundeswehr sowie Vertreter des Leiters der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1117, 1119, 1122–1125, 1386, 1388

Broudré-Gröger, Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi S. 745[16], 1266[23]

Brown, Harold 1977–1981 amerikanischer Verteidigungsminister; 1969–1977 Mitglied der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) S. 268, 753[8]

Brückner, Klaus Vorsitzender des Vorstands der Mannesmann Demag AG S. 493[12]

Brundtland, Gro Harlem Ministerpräsidentin des Königreichs Norwegen S. 635, 1880

Brunner, Guido Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 104[14], 529[24], 646[12], 1282[15]

Bruns, Thomas Legationsrat I. Klasse im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien" des Auswärtigen Amts S. 174[1+3]

Brzezinski, Zbigniew Professor an der Columbia University in New York; 1977–1981 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 81, 1446

Buchholz, Reinhard Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts S. 653[13], 665[1], 666[5]

Buerstedde, Ludger Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)" im Auswärtigen Amt **Dok. 15, 339** und S. 88[1+3], 92[27], 201[1], 423[1+2+5], 730[9], 992[1], 1080[1], 1284[1], 1288[15], 1486[1], 1748[1], 1803[1]

Bühl, Hartmut Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 437[24]

Bujon de l'Estang, François Étienne Vladimir außenpolitischer Berater des französischen Ministerpräsidenten (Conseiller pour les affaires diplomatiques, la défense et la coopération) S. 22[7], 26, 103, 440[29], 827, 1387[10], 1582, 1606

Bukhreis, Omar K. Gesandter und Geschäftsträger beim libyschen Volksbüro (Botschaft) in Bonn S. 1461

Bula Hoyos, Gonzalo kolumbianischer Botschafter und Vorsitzender der Gruppe 77 bei der FAO in Rom S. 854[57]

Bullard, Sir Julian Leonard britischer Botschafter in Bonn **Dok. 16** und S. 30f., 381f.

Bund, Karlheinz Vorsitzender der ENRO Energie und Rohstoff GmbH Essen; 1973–1985 Vorsitzender der Ruhrkohle AG S. 1070

Bundy, Göran Fredrik 1980–1985 schwedischer Botschafter in Teheran S. 569

Burbach, Frank Legationsrat I. Klasse bzw. seit 4. Dezember 1987 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 416[5], 1672

Burg, Josef Schlomo 1981–1986 israelischer Religionsminister; 1970–1986 Vorsitzender der Nationalreligiösen Partei S. 504f.

Burghardt, Günter stellvertretender Kabinettschef und Berater des Präsidenten der EG-Kommission S. 920, 1714, 1869, 1894[12]

Burkhardt, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 861[1], 1933[1]

Burns, Arthur F. 1981–1985 amerikanischer Botschafter in Bonn, am 26. Juni 1987 gestorben S. 1398

Burns, William F. Generalmajor der amerikanischen Streitkräfte, stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs) und Mitglied der Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf S. 858, 1566

Burt, Richard R. amerikanischer Botschafter in Bonn **Dok. 16, 138, 342** und S. 30f., 73, 450[18], 507, 556[14], 571[3], 578[19], 643[5], 714, 825, 1107, 1173[4], 1398, 1445–1448, 1567, 1873

Buschmann, Joachim Sicherheitsbeamter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 51[2]

Bush, George Herbert Walker Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 274** und S. 647[2], 650, 1093, 1329, 1375, 1425, 1443, 1448[28]

Bußmann, Hans-Werner Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschaf-

ters der Bundesrepublik Deutschland in Harare, seit 9. März 1987 Botschaftsrat S. 1193[3]

Busse, Felix Rechtsanwalt und Vizepräsident des Deutschen Anwaltvereins S. 1103[6]

Buthelezi, Mangosuthu Vorsitzender der südafrikanischen Inkatha Freedom Party **Dok. 284** und S. 1363

Butler, Peter von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 105** und S. 141[3], 211, 679[32], 1017[7], 1562[1], 1748[1], 1866[21]

Byrd, Robert Carlyle Senator für den amerikanischen Bundesstaat West Virginia (Democratic Party) und seit 3. Januar 1987 Mehrheitsführer im Senat S. 1879

Cahen, Alfred Generalsekretär der WEU S. 528

Cajal López, Máximo Generalsekretär im spanischen Außenministerium S. 1282[15]

Calderón, José Luis salvadorianischer Gewerkschafter S. 552

Calderón Fournier, Rafael Ángel Mitglied der costaricanischen Christlich-Sozialen Einheitspartei (Partido Unidad Socialcristiana) S. 518, 524

Calderón Vargas, Mario Botschafter und Sonderbeauftragter für Menschenrechtsfragen im chilenischen Außenministerium S. 1026

Caldwell, Ray L. Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director of the Office of European Political and Security Affairs) S. 1162

Calebow, Wolf Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 985[1], 1105

Callejas Romero, Rafael Leonardo Vorsitzender des ZK der Nationalen Partei von Honduras (Partido Nacional de Honduras); 1985 Präsidentschaftskandidat S. 521

Campos, Juan Esteban salvadorianischer Gewerkschafter S. 552

Capelli, Fiorella Abteilungsleiterin des UNHCR für Europa und Nordamerika S. 1545

Cappell, Conrad Legationsrat I. Klasse im Referat 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport“ des Auswärtigen Amts S. 178[6], 276[1], 412[1], 749[1], 750[7], 928[1+3], 1077[1+2], 1168[1], 1516[1]

Cappuzzo, Umberto Leiter der italienischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters bis Juli 1987 S. 996, 1805

Caputo, Dante Mario Antonio argentinischer Außenminister S. 1612

Çarçani, Adil Mitglied des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und Vorsitzender des Ministerrats S. 1482[2]

Carington, Peter Alexander Rupert, 6th Baron Carrington Generalsekretär der NATO; 1979–1982 britischer Außenminister **Dok. 83, 250, 300 304** und S. 268f., 281, 580f., 669, 730[9], 864, 865[15], 866–868, 1249[18], 1312[11], 1358f., 1443, 1448, 1497, 1741, 1758f., 1773[3], 1774, 1778–1782, 1880[35]

Carlucci, Frank Charles III. Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs), seit 23. November 1987 Verteidigungsminister S. 105f., 159, 809, 812, 1071[5], 1191, 1443–1449, 1500, 1525, 1741, 1768, 1773–1777, 1781, 1860

Caro, Jean-Marie Präsident der WEU-Versammlung bis 1. Juni 1987 S. 256

Carrell, Rudi niederländischer Fernseh-Entertainer und Schauspieler S. 212, 213[7], 215[13], 216f., 569f., 763f., 1310

Carstens, Karl 1979–1984 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 499[3]

Carter, James Earl („Jimmy“), Jr. 1977–1981 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 145, 619, 1336

Cartland, Michael David Ständiger Vertreter Hongkongs bei den GATT-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters S. 1930

Cartledge, Sir Bryan britischer Botschafter in Moskau S. 1846[13]

Carton, Marcel Mitarbeiter der französischen Botschaft in Beirut, seit 1985 entführt S. 86[9], 546

Cassiers, Juan Leiter der belgischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters bis Dezember 1987 S. 281, 575, 581, 1260f.

Castillo Morales, Carlos Manuel 1982–1984 Präsident der costaricanischen Zentralbank S. 524

Castro, Aval S. 1026

Castro Ruz, Fidel Alejandro Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas sowie Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba S. 560

Cavalchini, Luigi siehe: Guidobono Cavalchini Garofoli, Luigi

Ceauşescu, Nicolae Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei sowie Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien **Dok. 375** und S. 443f., 1543, 1569, 1698f., 1722, 1724, 1853, 1877

Cerdini, André französischer Richter S. 658–660

Cerezo Arévalo, Marco Vinicio Präsident der Republik Guatemala S. 154, 164, 515[8], 516f., 520f., 559, 1013, 1162[1], 1282[16]

Chaban-Delmas, Jacques Präsident der französischen Nationalversammlung und Bürgermeister von Bordeaux; 1969–1972 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 660

Chalker, Lynda Staatsministerin im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 371

Chamberlain, Arthur Neville 1937–1940 Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 502

Chamberlin, Brewster S. Chefarchivar des United States Holocaust Memorial Council S. 1105

Channon, Henry Paul britischer Industrie- und Handelsminister, seit 13. Juni 1987 Verkehrsminister S. 741[24]

Chapman, Geoffrey W. Mitarbeiter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1901f.

Charalambopoulos, Ioannis griechischer Verteidigungsminister S. 1780

Chaverri Sievert, José Joaquín costaricanischer Botschafter in Bonn seit 16. September 1987 S. 524[50]

Chávez Mena, Fidel Mitglied der Christdemokratischen Partei El Salvadors; 1982–1984 salvadorianischer Außenminister S. 164, 520

Cherkaoui, Moulay Ahmed Staatssekretär im marokkanischen Außenministerium S. 856

Chevènement, Jean-Pierre Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (Parti Socialiste) und Bürgermeister von Belfort S. 1715

Cheysson, Claude Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Mittelmeerpolitik und Nord-Süd-Beziehungen); 1981–1984 französischer Außenminister S. 155, 241f., 360[6], 361[7], 1407

Chidzero, Bernard simbabwischer Finanzminister und vom 9. Juli bis 3. August 1987 Präsident der UNCTAD VII in Genf S. 1149[3], 1155

Chiepe, Gaositwe Keagakwa Tibe botswanische Außenministerin S. 655

Chirac, Jacques Vorsitzender der Partei „Rassemblement pour la République“ und Bürgermeister von Paris sowie Ministerpräsident der Französischen Republik **Dok. 147, 169, 315, 318** und S. 21f., 25–27, 100–103, 110–114, 123, 292–294, 312, 400, 405, 427, 434, 438, 529[25], 629, 728–731, 734f., 821, 867, 869, 871–874, 887f., 924, 947, 958f., 1118[9], 1208, 1386f., 1390, 1403, 1451, 1459[13], 1591f., 1595, 1666[41], 1719, 1765[19], 1794, 1836, 1883

Chissano, Joaquim Alberto Präsident der Volksrepublik Mosambik; 1974/75 Ministerpräsident von Mosambik (Portugie-

sisch-Ostafrika); 1975–1986 Außenminister **Dok. 321** und S. 165, 1648–1650, 1651[4], 1652

Chňoupek, Bohuslav tschechoslowakischer Außenminister **Dok. 129, 132** und S. 376, 416[5], 1233[4], 1742 f.

Chökyi Gyeltshen, Thrinle Lhündrub (Panchen Lama) S. 1041

Christians, Friedrich Wilhelm Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG S. 196

Christopher, Warren 1977–1981 stellvertretender amerikanischer Außenminister (Deputy Secretary of State) S. 145[3]

Christophersen, Henning Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Haushalt, finanzielle Kontrolle, Personal und Verwaltung) sowie Vizepräsident S. 461 f., 466, 1362

Chrobog, Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat" im Auswärtigen Amt S. 266, 515, 647, 1126, 1270, 1288[15], 1347, 1482, 1857

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 6 f., 120, 225, 668, 692, 1045, 1278, 1394, 1543[15], 1628

Churchill, Sir Winston Leonard Spencer 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 688[17], 1033[13+14]

Cienfuegos, Fermán (José Eduardo Sancho Castañeda) Mitbegründer und Führungsmitglied der salvadorianischen Guerillaorganisation FMLN S. 1009

Citron, Klaus Jürgen Botschafter und abgeordnet in die Abteilung 2 A des Auswärtigen Amts, seit 12. Februar 1987 abgeordnet als Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 11. September 1987 Ministerialdirektor **Dok. 1, 101** und S. 747[22], 1081[10], 1082[16], 1288[15], 1446[19], 1804[3]

Clark, Charles Joseph („Joe") kanadischer Außenminister S. 575, 577, 580, 845, 854, 864–866, 882, 885, 1497, 1506, 1759[5], 1868 f.

Clavel, Jean-Daniel Mitglied der schweizerischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien und Koordinator für Korb II S. 1141, 1145, 1464 f., 1467, 1910[23], 1916

de Clercq, Willy Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Handel und Außenbeziehungen) S. 187[4], 363[21], 1894[12]

Cockfield, Lord Francis Arthur, Baron Cockfield Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Binnenmarkt, Steuern und Zollunion) sowie Vizepräsident S. 468 f., 757

Coene, Jean Leiter der belgischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien und bei den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien im Rang eines Botschafters seit 1. September 1987 S. 996

Cohen, Geula Mitglied des israelischen Parlaments (Knesset) sowie Gründerin und Vorsitzende der Partei „Techija" S. 934

Collet, Bernt Johan dänischer Verteidigungsminister seit 10. September 1987 S. 1772, 1781 f.

Collett, Alec britischer Journalist, seit 1985 im Libanon entführt S. 86[10], 546

Collomb, Francisque Bürgermeister von Lyon S. 660

Concha, Juan chilenischer Rechtsanwalt S. 1027 f.

Conine, Ernest amerikanischer Journalist S. 487

Consalvi Bottaro, Simón Alberto venezolanischer Außenminister S. 519[24]

Contenay, Daniel Gesandter an der französischen Botschaft in Bonn **Dok. 105**

Cooper, Henry F. („Hank") Mitglied der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf sowie stellvertretender Leiter bzw. Leiter der Verhandlungen über Verteidigungs- und Weltraumwaffen im Rang eines Botschafters S. 808[13]

Cordes, Rudolf Mitarbeiter der Hoechst AG, seit 17. Januar 1987 im Libanon entführt **Dok. 9, 20, 107, 195** und S. 51[2], 60[3], 89[13], 130, 149[3], 150, 162, 216[3], 218, 243, 257, 568[3], 572, 702[5], 703 f., 762, 764[14], 765 f., 767[23], 1090, 1114, 1130, 1178 f., 1256[2+3], 1257, 1258[11], 1345 f.

Cordovez, Diego stellvertretender Generalsekretär für besondere politische Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York und Sonderbeauftragter für Afghanistan S. 244 f., 451 f., 842, 1735[21], 1879[28], 1940

Corné, Teresa de Generaldirektorin im italienischen Ministerium für Außenhandel und stellvertretende Vorsitzende des GATT-Kontrollgremiums S. 190

Corterier, Peter Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) bis 18. Februar 1987; 1981/82 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 1002[16]

Cossiga, Francesco Präsident der Italienischen Republik S. 634[26]

Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus österreichischer Schriftsteller und Politiker der Europäischen Einigungsbewegung, Gründer und 1926–1972 Präsident der Paneuropa-Union S. 481

Craxi, Bettino Ministerpräsident der Italienischen Republik bis 17. April 1987 sowie Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens S. 105, 231, 634[26], 1252, 1374[4], 1713, 1872

Croce, Benedetto *1866 †1952 S. 868

Crocker, Chester Arthur Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African Affairs) S. 369, 371 f.

Croissier Batista, Luis Carlos spanischer Industrie- und Energieminister S. 1313[15], 1314 f.

Cromartie, Ian Leiter der britischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf im Rang eines Botschafters bis Oktober 1987 S. 144

De Croo, Herman Francies Joseph belgischer Verkehrsminister S. 742[25]

Crowe, William J., Jr. Admiral der amerikanischen Streitkräfte und Vorsitzender der Vereinten Stabschefs (Joint Chiefs of Staff) S. 106

Cu Dinh Ba vietnamesischer Botschafter in Bonn S. 1266

Čulafić, Dobroslav jugoslawischer Innenminister S. 1903[10]

Cuomo, Mario Matthew Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates New York (Democratic Party) S. 1392

Czaja, Herbert Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Präsident des Bundes der Vertriebenen S. 1438

Czyrek, Józef Mitglied des Politbüros sowie Sekretär des ZK der PVAP; 1980–1982 polnischer Außenminister S. 1050

Dąbrowa, Sławomir Antoni Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, seit 27. Januar 1987 Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien sowie bei den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien im Rang eines Botschafters, seit 18. September 1987 Botschafter in Stockholm S. 511, 599[8]

Dadzie, Kenneth K. S. Generalsekretär der UNCTAD S. 1153

Daerr, Hans-Joachim Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Strategiefragen" im Auswärtigen Amt, seit 11. Juni 1987 im Referat 02 „Planungsstab" S. 719, 1321[1], 1884[1]

Daladier, Édouard 1933, 1934 und 1938–1940 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 502

Dalai Lama siehe: Tenzin Gyatso

Dalrymple, Frederick Rawdon australischer Botschafter in Washington S. 1319[4]

Dane, Hendrik Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik" des Auswärtigen Amts S. 1262[4]

Daniel, Eugene L. Brigadegeneral der amerikanischen Streitkräfte und Mitarbeiter bei den Joint Chiefs of Staff S. 1565 f.

Dannenbring, Fredo Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amts-

bezeichnung Botschafter S. 701[12], 1441[2], 1546

Dassel, Peter Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Dublin, seit 1. September 1987 Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ im Auswärtigen Amt, seit 10. Dezember 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 1460[1], 1637[1]

Daud Khan, Mohammed 1973–1978 Präsident der Republik Afghanistan S. 453[10]

Daum, Werner Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport“ des Auswärtigen Amts, seit 1. November 1987 abgeordnet nach Tirana als Geschäftsträger ad interim zur Eröffnung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland **Dok. 149, 219** und S. 157[3], 206[2], 276[1], 412[1], 1168[1], 1380[1], 1797[12]

Davignon, Étienne Vicomte 1981–1985 Mitglied und Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Industriepolitik, Energie, EURATOM und Forschung) S. 295

Deaver, Michael 1981–1985 stellvertretender Stabschef des amerikanischen Präsidialamts (White House Deputy Chief of Staff) S. 162

Debré, Michel Mitglied der Partei „Rassemblement pour la République“ sowie Abgeordneter der französischen Nationalversammlung S. 959

Dehler, Thomas 1949–1953 Bundesminister der Justiz, 1954–1957 Vorsitzender der FDP S. 79

Delors, Jacques Präsident der EG-Kommission **Dok. 92, 183, 337, 370** und S. 109f., 233–236, 259, 328[4], 329, 331, 350, 361[7], 710, 738[14], 878, 939–941, 943f., 958, 974f., 1092[47], 1541, 1571[5], 1587[23], 1588[24], 1607[12], 1608, 1609[19], 1648f., 1762, 1820f., 1894[12]

Delvalle, Eric Arturo Präsident der Republik Panama S. 1012, 1899[31]

Demitschew, Pjotr Nilowitsch Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet S. 1063

Deng Pufang Sohn von Deng Xiaoping sowie Vorsitzender des China Welfare Fund for the Handicapped S. 1064[5]

Deng Xiaoping Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Vorsitzender der Militärkommission sowie bis 2. November 1987 Vorsitzender des Beratenden Ausschusses des ZK S. 225, 248, 489f., 1064[5], 1066, 1115, 1265[19], 1267, 1273, 1469, 1617, 1621

Denson, Lee A., Jr. Brigadegeneral der amerikanischen Streitkräfte und Mitarbeiter bei den Joint Chiefs of Staff S. 89

Derix, Christoph Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, seit 15. Januar 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 334, 338** und S. 132[3], 392[1], 584[1], 606[2+3], 612, 651[1], 665[1], 690[2], 788[1], 913[1], 1084[4], 1435[1], 1437[9], 1440[15], 1475[4]

Detering, Lothar Referent im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts seit November 1987 S. 1637[1]

Deus Pinheiro, João de portugiesischer Minister für Erziehung und Kultur, seit 17. August 1987 Außenminister S. 1332, 1334, 1337, 1497, 1500

Dhanabalan, Suppiah Außenminister der Republik Singapur **Dok. 252** und S. 1262

Dhlomo, Oscar Dumisani Generalsekretär der südafrikanischen Inkatha Freedom Party S. 1453

Diepgen, Eberhard Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses (CDU) **Dok. 70, 131** und S. 29–31, 38, 64–68, 113f., 161[15], 258, 484, 565[4], 566f., 571f., 893[28], 1109[11], 1236[8], 1848

Dietl, Wilhelm Journalist der Zeitschrift „Quick“ sowie Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes S. 1258

Dietrich, Reinhart Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 931[16]

Dilger, Willibald Angestellter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus, seit 27. Juli 1987 Leiter des Generalkonsulats in Izmir S. 41[4]

Dinu, Marcel rumänischer Botschafter in Bonn S. 1853

Disdorn, Hannspeter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luanda **Dok. 303**

Dittmann, Heinz 1979–1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1367, 1368[18]

Dix, Wolfgang Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt" des Auswärtigen Amts S. 360[1]

Dizdarević, Raif jugoslawischer Außenminister S. 1476[7], 1867[26]

Dobbins, James Francis, Jr. Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 266, 271, 1258[12]

Dobrowolski, Alexander Oberst des KGB der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Leiter der Untersuchungskommission im Fall Mathias Rust **Dok. 157**

Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch Sekretär des ZK der KPdSU und Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK **Dok. 280** und S. 9f., 34, 185[6], 1354, 1444f., 1500, 1509, 1513, 1861

Dodd, Christopher John Senator für den amerikanischen Bundesstaat Connecticut (Democratic Party) S. 519

Dohnanyi, Klaus von Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD) S. 567, 702[3], 1226[15]

Dole, Robert Joseph („Bob") Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kansas (Republican Party) S. 108, 793[2], 1392, 1566

Dollinger, Werner Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und bis 12. März 1987 Bundesminister für Verkehr S. 1703[14]

Dönhoff, Marion Gräfin Herausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit" S. 1059[21]

de Donnea, François-Xavier belgischer Verteidigungsminister S. 778, 1777–1779

Dorje (Doje) Cering Vorsitzender der Volksregierung der Autonomen Region Tibet S. 1115f.

Dorosz, Andrzej polnischer Stellvertretender Finanzminister S. 1329[30]

Douffiagues, Jacques Beigeordneter Verkehrsminister im französischen Ministerium für Ausrüstung, Wohnungsbau, Raumplanung und Verkehr S. 742, 743[26]

Drautz, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht" bzw. seit 5. Januar 1987 im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts, seit 4. März 1987 Vortragender Legationsrat S. 221[9]

Dregger, Alfred Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 200, 680, 776[10], 1073[16], 1295f.

Dreher, Johann Georg Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" im Auswärtigen Amt **Dok. 275, 278, 319, 327** und S. 21[2], 126[9], 137[1], 145[1], 342[1+2], 402[1], 726[1], 774[1], 897, 1117[1], 1386[1], 1420[1], 1773[1], 1863[1]

Drews, Karl-Heinz Generalleutnant der Nationalen Volksarmee und Stadtkommandant von Ost-Berlin S. 338

Dröge, Heinz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Algier bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1987; 1979–1982 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts S. 1536[9]

Dröge, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen" des Auswärtigen Amts S. 167[1+3]

Dschabir al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah Emir des Staates Kuwait S. 1676

Duarte Fuentes, José Napoleón Präsident der Republik El Salvador **Dok. 108, 201** und S. 154[6], 164, 515[8], 516, 520, 558–560, 798[3+5], 799–801, 1162[1], 1282[18]

Duba, Ali Chef des syrischen Heeresnachrichtendienstes S. 702[6], 767, 1256f.

Dubček, Alexander 1968/69 Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der ČSSR S. 119

Duberstein, Kenneth M. („Ken") stellvertretender Stabschef des amerikanischen Präsidialamts (White House Deputy Chief of Staff) seit 27. Februar 1987 S. 809

Dubinin, Jurij Wladimirowitsch sowjetischer Botschafter in Washington S. 1525, 1527, 1601

Duckwitz, Arnold * 1802 † 1881 S. 78

Duckwitz, Edmund Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Manila S. 1271[7]

Dufner, Wolfram Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuala Lumpur, seit 16. November 1987 Generalkonsul in Zürich S. 581[29]

Duisberg, Claus-Jürgen Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik" im Bundeskanzleramt S. 64–66, 68[17], 416[1], 1233

Dukakis, Michael Stanley Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Massachusetts (Democratic Party) S. 1359, 1392

Dumas, Roland Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (Parti Socialiste) und Vorsitzender der Kommission für auswärtige Angelegenheiten; 1984–1986 französischer Außenminister S. 23, 710

Dunkel, Arthur Generaldirektor des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) S. 189

Dürrenmatt, Friedrich schweizerischer Schriftsteller und Maler S. 196[8]

Dyson, Royden („Roy") Patrick Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 572

Eagleton, William Lester, Jr. amerikanischer Botschafter in Damaskus S. 1257[6]

Earle, Ralph II. 1973–1977 Mitglied der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT), 1978/79 Leiter der Delegation S. 107

Echeverría Salgado, Carlos Francisco costaricanischer Kulturminister S. 561

Eckert, Heinrich Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 741[24]

van Edig, Helmut Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Verbraucherpolitik; Bildungspolitik; Rechtsangleichung" im Auswärtigen Amt, seit 5. März 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nouakchott S. 110[8]

van Eekelen, Willem („Wim") Frederik niederländischer Verteidigungsminister **Dok. 347** und S. 527, 531, 778f., 1780, 1935

Ehni, Reinhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 610 „Grundsatzfragen, Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Staaten in West- und Osteuropa sowie mit USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen; Kulturreferententagungen" des Auswärtigen Amts S. 893[29], 1694[15]

Eichhorn, Sabine Legationsrätin I. Klasse und Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 1614

Eichmann, Adolf ehemaliger SS-Obersturmbannführer und 1940–1945 Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten" im Reichssicherheitshauptamt (am 31. Mai/1. Juni 1962 in Israel hingerichtet) S. 711

Eickhoff, Ekkehard Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt, abgeordnet als Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien **Dok. 65, 106, 225, 377** und S. 1080[8], 1464[8], 1465[13+14], 1466[16]

Eickhoff, Walter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" des Auswärtigen Amts S. 212[1], 215[13], 216[1], 1345[1], 1637[1], 1681[1]

Eid, Ursula Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 178[6]

Eiff, Hansjörg Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 11 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 28. Dezember 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 51[3]

Eitel, Antonius Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut, seit 18. Dezember 1987 Leiter der Unterabteilung 50 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 22. Dezember 1987 Ministerialdirigent **Dok. 12, 107** und S. 219[2], 243[25], 1709[9–11], 1712, 1799

Ekéus, Rolf Leiter der schwedischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf im Rang eines Botschafters S. 1185, 1188, 1655[11]

Elbe, Frank Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ bzw. seit 1. Juni 1987 Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts, seit 14. Oktober 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 69[3], 82[1], 128[1], 184[1], 279[1], 282[1], 286[1], 297[2], 416[1], 428[1], 506[1], 553[1], 590[1], 612[2], 621[1], 643[1], 647, 716[2], 722[1], 768[2], 834[1], 934[1], 988[1], 998[1], 1041[7], 1084[1+2], 1189[1], 1196[1], 1244[1], 1270[1], 1284[3], 1288[15], 1303[3], 1319[5], 1399[4], 1423, 1443[1], 1482[1], 1518[1], 1534[3], 1678[28], 1684[18], 1697[4], 1720[4], 1741[1], 1744[3], 1758[1], 1873[1], 1884[3+5], 1885[9], 1892[1]

Elias, Jürgen Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 340 „Südasien“ im Auswärtigen Amt S. 32[2], 451[1]

Eliasson, Nils Mitglied der schwedischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien und Koordinator für Korb III S. 1141, 1147[37], 1464, 1467, 1906, 1918

Elizabeth II. Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland S. 67, 844[15]

Ellemann-Jensen, Uffe dänischer Außenminister S. 575, 577, 580, 1091, 1092[47], 1193[3], 1310[3], 1332, 1334, 1336 f., 1497, 1507, 1733, 1761[6], 1867, 1871

Ellerkmann, Richard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 113 „Besoldung“ im Auswärtigen Amt, seit 20. Oktober 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad; 1977–1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ im Auswärtigen Amt **Dok. 330** und S. 1137[40], 1536[9]

Ellis, Richard H. amerikanischer Vertreter in der sowjetisch-amerikanischen Ständigen Beratenden Kommission (SCC) S. 107

Elsäßer, Martin Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo **Dok. 361** und S. 175[7]

Emerson, Ralph Waldo * 1803 † 1882 S. 1825

Emery, David stellvertretender Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Deputy Director, Arms Control and Disarmament Agency) S. 1564

Enders, Rolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kingston; 1983–1986 Botschafter in Tripolis S. 1461[7], 1462

End-Panzera, Heinrich 1967/68 Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1367

Engel, Jürgen Amtsrat bzw. seit 12. Februar 1987 Legationsrat im Referat 118 „Sicherheit und Geheimschutz“ des Auswärtigen Amts S. 802[1], 1496[9]

Engelhard, Hans Arnold Bundesminister der Justiz sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 172 f.

Engholm, Björn Mitglied des Landtags von Schleswig Holstein und Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 1441[1]

Enrile, Juan Ponce Mitglied des Senats der Republik der Philippinen seit 15. August 1987; 1972–1986 Verteidigungsminister S. 1270[6]

Eppler, Erhard Mitglied im Präsidium und im Bundesvorstand der SPD sowie Vorsitzender der Grundwertekommission S. 1210 f., 1214

Erhard, Ludwig 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft; 1963–1966 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

und 1966/67 Vorsitzender der CDU S. 818, 919, 1256[4]

Erler, Brigitte Generalsekretärin von Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.; 1976–1980 und 1982/1983 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1201

Ermarth, Fritz W. Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika S. 88, 263[10], 1076

Erner, Erdem Leiter der türkischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1805

Ernst, Klaus-Dieter Sektionsleiter in der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, seit 21. Januar 1987 Leiter der Delegation der DDR bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 993f.

Ershad, Hussein Muhammad Präsident der Volksrepublik Bangladesch S. 883

Ertl, Josef Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) bis 18. Februar 1987; 1969–1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 1339[9]

Escalante Vargas, Luis Diego costaricanischer Wirtschaftsminister S. 524

d'Escoto Brockmann, Francisco José nicaraguanischer Botschafter in London S. 1281

d'Escoto Brockmann, Miguel nicaraguanischer Außenminister S. 154–156, 1280[4], 1281

Essaid, Mohammed Jalal erster stellvertretender Präsident des marokkanischen Parlaments S. 856

Estrada, Hernán Leiter der Abteilung Westeuropa des Büros für Außenbeziehungen der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) S. 1472

Evren, Kenan General der türkischen Streitkräfte und Präsident der Republik Türkei; 1978–1983 Chef des Generalstabs der türkischen Streitkräfte S. 472[12], 694[2], 697[16], 1097[11], 1101[18]

Evtimov, Georgi bulgarischer Botschafter in Bonn S. 788

Eyskens, Mark Maria Frans belgischer Finanzminister S. 233

Fabius, Laurent 1984–1986 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 26[23], 66, 338, 1253, 1853

Fadlallah, Mohammed Hussein geistlicher Führer der Hisbollah **Dok. 107** und S. 764, 766, 982

Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud König und Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien S. 414f., 1499[17], 1641[17], 1828[10], 1856[49]

Faisal bin Saud saudi-arabischer Prinz und Schwiegersohn von Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud S. 415[17]

Fait, Eduardo Lizano Präsident der costaricanischen Zentralbank S. 524

Falin, Walentin Michajlowitsch Kandidat des ZK der KPdSU sowie Redakteur der sowjetischen Tageszeitung „Izwestija" und Generaldirektor der Nachrichtenagentur Nowosti; 1971–1978 Botschafter in Bonn S. 893[31], 1059[20], 1062, 1413[13], 1701[7]

Fall, Brian James Proetel Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State for Defence) S. 834f., 1088

Fanfani, Amintore Ministerpräsident der Italienischen Republik vom 17. April bis 28. Juli 1987 S. 634[26], 878–885, 915

Fares, Samir Berater des Präsidenten der Libanesischen Republik S. 1707

Fascell, Dante Bruno Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten S. 108, 1566

Faupel, Rainer Ministerialdirigent im Bundesministerium der Justiz S. 190

Fearn, Patrick Robin Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State for Mexico and Central America) S. 1282[13]

Feiter, Franz-Josef Ministerialrat und Leiter des Referats 411 „Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten" im Bundeskanzleramt S. 1760

Fekecz, Janusz Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium S. 1437

Feldstein, Martin Stuart Professor für Wirtschaft und Finanzen an der Harvard University; 1982–1984 wirtschaftspolitischer Berater des amerikanischen Präsidenten S. 1791

Felfe, Werner Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK für Landwirtschaft sowie Mitglied des Staatsrats der DDR S. 1252, 1254

Ferber, Ernst 1973–1975 General der Bundeswehr und Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Zentraleuropa (CINCENT) S. 876

Fernández Ordóñez, Francisco José spanischer Außenminister S. 575, 580, 866, 1092, 1131, 1312f., 1332, 1334, 1336f., 1497, 1507, 1868

Fett, Heinz Georg Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba **Dok. 71** und S. 687[16]

Fiedler, Heinz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad, mit Erlaß vom 15. April 1987 Ministerialdirigent, seit Juni 1987 Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts, seit 2. September 1987 mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland; 1978–1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten" im Auswärtigen Amt **Dok. 286 298** und S. 95[2], 505[21], 760[2], 983[9], 984[11], 1110[2], 1114[14], 1127, 1130[20], 1131[27], 1132[32], 1176[1], 1348[10], 1690[1], 1812, 1815f., 1826

Figueroa Abteilungsleiter im chilenischen Außenministerium S. 1026

Filali, Abdellatif marokkanischer Außenminister S. 1092[47]

Filusch Regierungsamtmann an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1558

Finck von Finckenstein, Hans-Werner Graf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires **Dok. 320** und S. 850[42+43]

Finke-Osiander, Renate Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 1719[26]

Fischbach, Marc luxemburgischer Verteidigungsminister S. 1781

Fischer, Eckart Oberst i. G. und Leiter des Referats 1 „Militärpolitische Grundlagen" in der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 526

Fischer, Oskar Außenminister der DDR und Mitglied des ZK der SED **Dok. 86, 247** und S. 114f., 120, 747, 1141f., 1229, 1290, 1293–1295

Fischer, Per Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. März 1987; 1979–1984 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts S. 373, 490[6], 599[12], 1168[2+3]

Fischer, Wulf-Dieter Kapitän zur See an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 774[1]

Fitzwater, Max Marlin Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for Press Relations) S. 286, 288

Fleury, Jean Generalleutnant der französischen Luftwaffe und seit 31. Juli 1987 persönlicher Militärbeauftragter des Staatspräsidenten (Chef d'État-major particulier du Président de la République) **Dok. 276** und S. 1203, 1207, 1209

Focke, Katharina Mitglied des Europäischen Parlaments (Sozialistische Fraktion) S. 485

Fontaine, Marcel Mitarbeiter der französischen Botschaft in Beirut, seit 1985 entführt S. 86[9], 546

Fontana Giusti, Luigi Maria diplomatischer Berater des Ministerpräsidenten der Italienischen Republik seit 1. August 1987 im Rang eines Botschafters S. 1374, 1812

Forquenot de la Fortelle, Hubert außenpolitischer Berater des französischen Verteidigungsministers (Chargé de mission auprès du ministre de la défense), seit Juni 1987 Botschafter in Seoul; 1981–

1986 Gesandter und Vertreter des Botschafters in Bonn S. 22[8], 26, 728

Forray, Gilbert General der französischen Streitkräfte und persönlicher Militärbeauftragter des Staatspräsidenten (Chef d'État-major particulier du Président de la République), seit 31. Juli 1987 Generalsekretär für Verteidigung und Nationale Sicherheit (Secrétaire général de la Défense et de la Sécurité nationale) sowie seit 16. November 1987 zugleich Oberkommandierender der Landstreitkräfte (Chef d'état-major de l'Armée de terre française) S. 1117, 1122f., 1125, 1386, 1402f.

Fortelle, Hubert Forquenot de la siehe: Forquenot de la Fortelle, Hubert

Fraidel, Hermann Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 276** und S. 101[6]

Franco Bahamonde, Francisco 1936–1975 Staatsoberhaupt des Spanischen Staats bzw. seit 1947 des Königreichs Spanien S. 104[17]

François-Poncet, Jean 1978–1981 französischer Außenminister S. 1252

Frangoulis, Evangelos Leiter der griechischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters seit 2. November 1987 S. 996[16]

Frank, Paul 1970–1974 Staatssekretär des Auswärtigen Amts; 1965–1968 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung A in der „Politischen Abteilung I" des Auswärtigen Amts S. 893[31], 1256, 1413[13], 1701[7]

Frantz, Constantin *1817 †1891 S. 961

Freeland, Sir John Rechtsberater im britischen Außenministerium (Legal Adviser) S. 221

Freeman, Charles W., Jr. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs) S. 165[32]

Freij, Elias Mitri Bürgermeister von Bethlehem S. 938

Freitag, Armin Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 34, 46, 113, 195** und S. 703[10], 763, 764[14], 767[23], 1111[8], 1247[11], 1248[17], 1276[21], 1538[19]

Freitag, Horst Legationssekretär im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" des Auswärtigen Amts bzw. seit 21. Mai 1987 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tegucigalpa, seit 29. September 1987 Legationsrat S. 36[3], 69[3]

Frenz, Helmut 1970–1975 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile; 1976–1985 Generalsekretär von Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. S. 1366

Fretwell, Sir John Emsley Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Political Director and Deputy to the Permanent Under-Secretary of State) seit Juni 1987 **Dok. 367** und S. 826, 834

Freund, Wolfgang Slim Professor für Soziologie an der Universität Tunis S. 97

Freundt, Hans Helmut Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 1137[40], 1176[3], 1276[21], 1685[21]

Frewer, Hans Mitglied des Vorstands der Kraftwerk Union AG S. 489[1], 493f., 1067

Friedmann, Bernhard Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1059[19]

Frisch, Max schweizerischer Schriftsteller und Architekt S. 196[8]

Fritz Amtsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 51f.

Fritzsche, Albrecht Legationsrat I. Klasse bzw. seit 6. August 1987 Vortragender Legationsrat im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, WEU)" des Auswärtigen Amts **Dok. 265** und S. 495[3]

Fröhlich, Siegfried 1974–1985 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 1174

Fröwis, Walter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 744[12], 1264[18]

Fulci, Francesco Paolo Leiter der italienischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 281, 1259–1261

Fuller, Craig L. Stabschef des amerikanischen Vizepräsidenten (Chief of Staff to the Vice President of the United States) S. 1398

Funke, Hans Angestellter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom, seit 3. Juni 1987 Vertreter des Generalkonsuls in Mailand S. 1555 f., 1788

al-Gaddafi, Muammar Oberst und „Führer der Großen Revolution vom 1. September" in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 293–295, 391, 444, 844[18], 999[6], 1462[17], 1711

Gaffney, Frank J., Jr. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Assistant Secretary of Defense for Nuclear Forces and Arms Control Policy) bis November 1987 S. 647, 1071, 1520

Galvin, John Rogers General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) seit 26. Juni 1987 S. 1404, 1407, 1934

Gandhi, Rajiv Ministerpräsident der Republik Indien und bis 24. Januar 1987 Verteidigungsminister S. 179, 183

Ganilau, Ratu Sir Penaia Kanatabatu Generalgouverneur von Fidschi bzw. seit 7. Oktober 1987 der Republik Fidschi, seit 8. Dezember 1987 Präsident der Republik Fidschi S. 844

Ganns, Harald Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika" im Auswärtigen Amt S. 681[1]

Gansel, Norbert Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 179

Garang de Mabior, John Vorsitzender der südsudanesischen Sudan People's Liberation Movement/Army **Dok. 71**

Garba, Joseph Nanven Leiter der nigerianischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters sowie Vorsitzender des Anti-Apartheid-Ausschusses der VN-Generalversammlung S. 1517, 1796–1798

García, Francisco S. 1027

García Pérez, Alan Gabriel Ludwig Präsident der Republik Peru S. 851[44], 1899[31]

García Robles, Alfonso Leiter der mexikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1188

García Rodríguez, Ricardo Eugenio Andrés chilenischer Innenminister, seit 11. Juli 1987 Außenminister S. 44[6], 1028, 1029[8], 1922[12]

Garejew, Mahmut Achmetowitsch Militärhistoriker und -theoretiker sowie Generaloberst und stellvertretender Leiter des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte S. 970

Gaspari, Remo italienischer Verteidigungsminister vom 17. April bis 28. Juli 1987 S. 778

de Gaulle, Charles 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 439[27], 869, 871, 1020, 1044, 1644

Gbeho, James Victor Leiter der ghanaischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie stellvertretender Vorsitzender des Arms Embargo Committee des VN-Sicherheitsrats S. 1795 f.

Geerdts, Klaus Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Riad **Dok. 85**

Gehl, Jürgen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 33[6], 908[3]

Geiger, Michaela Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und außenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion S. 1073 f., 1076

Geißler, Heiner Generalsekretär der CDU und Mitglied des Deutschen Bundestages S. 681, 1007[2], 1073[16], 1214[12], 1561, 1883[6]

Gemayel, Amin Präsident der Libanesischen Republik **Dok. 336** und S. 246, 390, 848[34], 1199, 1515, 1675 f., 1714 f.

Gemayel, Pierre 1936–1980 Vorsitzender der libanesischen Partei „Kata'ib" S. 1708

Gemballa, Gero deutscher Journalist S. 1202[5], 1370

Genscher, Barbara Ehefrau von Hans-Dietrich Genscher S. 1674[3]

Genscher, Hans-Dietrich Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Mitglied des Deutschen Bundestages; 1974–1985 Vorsitzender der FDP; 1969–1974 Bundesminister des Innern **Dok. 14, 18, 25, 26, 43, 54, 56, 65, 67, 76, 77, 103, 104, 108, 110, 126, 128, 129, 139, 144, 146, 148, 168, 170, 183, 185, 203, 204, 212, 217, 221, 224, 232, 236, 237, 246, 247, 252, 263, 264, 267, 268, 280, 283, 292, 297, 303, 304, 316, 322, 329, 330, 334, 341, 342, 346, 357, 361, 366, 368, 370, 375** und S. 3, 5[8+10], 21, 23, 29[1+2], 30, 36f., 39f., 42, 43[2], 48, 53, 61f., 63[12], 65[4], 68f., 70[9+10], 73, 82, 85[1], 88, 90, 99[8], 105, 125, 132, 136[24], 137[3], 141, 144[12], 146, 149f., 152[14], 157f., 167, 168[9], 169[12+13], 170, 173f., 177[1], 178, 201, 213, 216, 219, 223[2], 228, 229[8+9], 230[16], 234[9], 240f., 243f., 247[1+2], 265, 276, 293[10], 297, 309, 310[9], 312[18], 313[30], 314[32+33], 315f., 319f., 326, 327[19], 328, 331[8], 332[13], 335[1], 344[7], 348, 350[9], 351, 381, 391, 400, 402, 405[21], 416[1], 423, 429, 445, 450[18], 477, 479, 480[1], 495f., 499[2], 507, 532, 544[1], 546[9+10], 549[13], 553, 554[10], 555[13], 556, 562[2], 568, 571f., 575, 577–581, 582[5], 588, 591[6], 598[1], 600[15], 601f., 606, 609–611, 626[1], 643, 665[1], 667–669, 677[25], 679f., 681[2], 694f., 697[16], 700f., 703[9], 704[11], 705, 716, 717[8], 720[14], 721, 726[1], 735, 740, 742, 751, 754, 755[3+4], 763–765, 768, 769[4+5+6], 770[11], 771[13], 772[14+16], 776[10], 781, 785[1], 788–791, 798, 802[2], 807[10], 809, 811, 841f., 846, 848–850, 863f., 869, 873[17], 875[23], 878, 882, 883[28], 885f., 890f., 893f., 895[2], 896[6], 898, 899[8], 901[16], 902, 904, 928, 933, 939–941, 943f., 945, 947[12], 950f., 954[15], 955, 959[18], 965, 967, 976, 988[1], 989f., 991[10], 998[1], 1003, 1007, 1026[1], 1029f., 1033f., 1037, 1041[7], 1046[17], 1049f., 1071[5], 1076[30], 1080, 1083, 1103[6], 1104, 1115[2], 1117[2], 1124[19], 1165[3], 1168f., 1172[20], 1174[11], 1189[1+5], 1201[1], 1203[1], 1210, 1215–1217, 1251, 1257, 1259[1], 1262, 1266[23], 1284, 1285[8], 1288[15], 1290, 1294f., 1303, 1307, 1312f., 1321, 1323[6], 1338[3], 1339[9], 1341[12], 1358[1], 1365[4], 1372, 1376f., 1379f., 1386[1], 1387[10], 1399[4+8], 1400[11], 1401[12], 1402[13], 1408[2], 1413[15], 1416[24], 1418, 1420[2], 1435[2], 1437, 1440[15], 1450[2], 1455[2], 1460, 1462[18], 1463[4], 1471, 1475–1477, 1486, 1497, 1505f., 1516, 1518, 1534, 1541[1], 1542[13+14], 1544[19+22+24], 1548, 1557[1], 1567[2], 1571, 1572[9], 1575[3], 1582[1], 1585, 1606–1609, 1651[1], 1652, 1653[3], 1656[4], 1660, 1664[29], 1665[33+36+37], 1666[40+41], 1668[49+50], 1670[66+68], 1691, 1693, 1696[26], 1707, 1714[1], 1715, 1717, 1720, 1733–1735, 1739f., 1748[1], 1753, 1758f., 1788[2], 1791[1], 1795, 1797[13], 1798[14+16], 1798[17–21], 1809[12], 1831[1], 1832[8], 1833–1835, 1837, 1851–1855, 1863–1866, 1868, 1873[1+2], 1874[8], 1875[11], 1877, 1881[3], 1883f., 1886[11+12], 1888[15], 1922[12], 1933, 1936[1], 1937f.

Gentz, Jochen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 963[8], 1050[9]

Georgiou, Georgios Staatssekretär im griechischen Außenministerium S. 1497

Gerassimow, Gennadij Iwanowitsch Sprecher des sowjetischen Außenministeriums S. 252[12], 285, 664[12], 1602, 1604

Gerdts, Michael Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab" bzw. seit 2. November 1987 im Referat 013 „Pressereferat" des Auswärtigen Amts, seit November 1987 zudem Mitglied der Sachverständigendelegation zur Untersuchung der Colonia Dignidad S. 869[1+3], 1919[2]

Gerhardt, Daglef Kapitän zur See und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 793[2]

Gerhardt, Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West–Ost" im Auswärtigen Amt S. 878[1], 1168[1], 1331[37]

Gerhardt, Wolfgang Landesvorsitzender der FDP Hessen und seit 24. April 1987 Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Hessen S. 954

Gerich, Werner deutscher Ingenieur und Unternehmer sowie Wirtschaftberater und Dozent S. 1065

Gerster, Michael Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 502 „Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu Internationalen Organisationen“ im Auswärtigen Amt S. 179[12], 183[24]

Gescher, Ditrich Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 375[12], 1046[19], 1115[2]

Geyer, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts bzw. seit 1. Oktober 1987 an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 1210[1], 1251[1]

Ghani, Abdul Jebbar Omar irakischer Botschafter in Kuwait, seit 16. September 1987 Botschafter in Bonn S. 1137

Ghariani, Ali Staatssekretär im libyschen Industrieministerium S. 1461

Ghazi, Ali Homam S. 1683[14]

Giesder, Manfred Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen“ im Auswärtigen Amt S. 167[3], 173[24], 698, 1545[1]

Giglio, Paolo Titularerzbischof von Tyndaris sowie Apostolischer Nuntius in Nicaragua S. 523

Giraud, André französischer Verteidigungsminister **Dok. 146, 316** und S. 21f., 26, 112, 121, 145[3], 437f., 739, 869, 874, 1119, 1387[10], 1405, 1585, 1666[41], 1836

Giscard d'Estaing, Valéry 1974–1981 Staatspräsident der Französischen Republik S. 7f., 145[3], 152[15], 872f., 1836

Glatz, Rainer Lutz Büroleiter des Leiters der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“ im Bundeskanzleramt S. 1460[3]

Glenn, John Herschel, Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Ohio (Democratic Party) und seit 3. Januar 1987 Vorsitzender des Ausschusses des Senats für Regierungsangelegenheiten (Committee on Governmental Affairs) S. 751[4], 752–754

Gleske, Leonhard Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank S. 379, 1585[18]

Glitman, Maynard Wayne Mitglied der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf sowie Leiter der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen im Rang eines Botschafters **Dok. 88, 119, 127** und S. 129, 450, 617, 621[5], 806, 808[13], 1074[22], 1075[24], 1189[2], 1303, 1319[4], 1687

Glotz, Peter Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und bis 15. Juni 1987 Bundesgeschäftsführer der SPD S. 485f.

Göckel, Helmut Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 1476[7]

Goebbels, Joseph 1933–1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda S. 890[13]

Goebbels, Robert Staatssekretär im luxemburgischen Außenministerium S. 1733

Gol, Jean stellvertretender belgischer Ministerpräsident und Minister für Justiz und institutionelle Reformen S. 632

González-Camino, Fernando spanischer Botschafter in Tegucigalpa S. 519

González Márquez, Felipe Ministerpräsident des Königreichs Spanien und Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) **Dok. 260** und S. 104, 165, 504, 1808

Gorbatschow, Michail Sergejewitsch Mitglied des Politbüros und Generalsekretär des ZK der KPdSU **Dok. 2, 60, 61, 65, 77, 109, 160, 206, 212, 296, 335, 338, 343, 359, 360, 364, 365** und S. 23, 34, 75, 97, 101, 116–119, 123f., 186, 197–200, 204, 224f., 244, 252–254, 263, 265, 270, 272, 301[13], 312, 317f., 321[9], 326[18], 381–383, 393, 398f., 401, 416[4], 424f., 429f., 436, 438, 440–443, 456, 500–502, 514, 526, 537, 560, 572, 576, 581f., 591, 600[18], 602f., 614, 628f., 636f., 639f., 644f., 649, 651, 655, 662, 666,

668–670, 672, 680[37], 691–693, 708, 717[6], 728[2], 729, 732f., 736, 740, 744[11], 745, 747, 773f., 776f., 780, 783, 792, 810, 812f., 815, 825[5], 843[10], 862, 864, 866–868, 870, 877, 882f., 886–891, 894, 902, 906, 914f., 917, 936f., 950[3], 955, 967[5], 972, 990, 999, 1004, 1016f., 1021–1023, 1045, 1051f., 1072[12], 1073[15], 1076, 1084f., 1086[16], 1142[21], 1174[11], 1187[24], 1197, 1228, 1231, 1234, 1249, 1253f., 1278f., 1291f., 1337, 1348f., 1351[23], 1353, 1357, 1359, 1361f., 1376f., 1393f., 1397, 1408f., 1423f., 1426–1429, 1432–1434, 1444–1446, 1469f., 1508f., 1511, 1513, 1524, 1543f., 1548[6], 1551[19], 1553[24], 1567[2], 1569f., 1597–1599, 1616f., 1621, 1636, 1645, 1678, 1716, 1738[37+39], 1740, 1742–1744, 1746[14+16], 1773f., 1809–1811, 1817–1819, 1828f., 1848–1850, 1858f., 1861, 1863–1868, 1875–1879, 1887, 1937–1939

Gorbatschowa, Raissa Maximowna Ehefrau von Michail S. Gorbatschow S. 693, 866, 1850

Gordji, Wahid Dolmetscher an der iranischen Botschaft in Paris bis 29. November 1987 S. 1114[13]

Görgens, Lutz Hermann Legationsrat I. Klasse im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts, seit 1. Oktober 1987 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt S. 1461[11]

Goria, Giovanni Giuseppe italienischer Schatzminister, seit 28. Juli 1987 Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 271** und S. 231, 879[8], 1397, 1808, 1812[5]

Göttelmann, Wolfgang Vortragender Legationsrat bzw. seit 8. Juli 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 104 „Deutsches Personal bei Inter- und supranationalen Organisationen“ im Auswärtigen Amt, vom 21. Juli bis 16. August 1987 abgeordnet nach Beirut zur personellen Verstärkung der Botschaft, seit 12. September 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1707[5]

Gottwald, Klaus-Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amts bzw. seit 16. Februar 1987 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 722[1], 1220[1], 1342[1], 1601[1], 1686[1], 1782[1], 1824[1], 1837[1]

Goukouni siehe: Oueddei, Goukouni

da Graça Machungo, Mário Fernandes Ministerpräsident der Volksrepublik Mosambik; 1975/76 Industrie- und Handelsminister; 1976–1978 Industrie- und Energieminister S. 1614, 1629

Grafe, Roland Legationsrat bzw. seit 5. März 1987 Legationsrat I. Klasse im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 1555[1], 1788[1]

Gramm, William Philip Senator für den amerikanischen Bundesstaat Texas (Republican Party) S. 229f.

Granlund, Wolfgang S. 1683[14]

Greene, Graham britischer Schriftsteller S. 196[8]

Greenspan, Alan Präsident der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve) seit 11. August 1987 S. 818, 821

Gregg, Donald Phinney Sicherheitsberater des amerikanischen Vizepräsidenten (Assistant to the Vice President of the United States for National Security Affairs) S. 1398

Greineder, Dietmar Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 433 „Internationale Umweltpolitik“ im Auswärtigen Amt S. 1877[21]

Gretschko, Andrej Antonowitsch 1973–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und 1967–1976 sowjetischer Verteidigungsminister; 1955–1976 Marschall der Sowjetunion; 1953–1957 Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland S. 971

Grewlich, Klaus Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 432 „Außen- und europapolitische Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik; Telekommunikationspolitik einschließlich weltraumgestützte Systeme; Informationsmarktpolitik; grenzüberschreitende Daten- und Informationsflüsse“ im Auswärtigen Amt S. 14[1], 18[12], 19[13], 20[15]

Grinewskij, Oleg Alexejewitsch Sonderbotschafter im sowjetischen Außenministerium; 1983–1986 Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation in Stockholm S. 34–36

Grobel, Olaf Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn **Dok. 180** und S. 702, 897, 1873

Gröbl, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) sowie seit 12. März 1987 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit S. 1039

Grobler, Gert Johannes Gesandter und Vertreter des südafrikanischen Botschafters in Bonn S. 183[24]

Grolig, Wilfried Legationsrat I. Klasse im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien" des Auswärtigen Amts S. 477[3], 751[1+3], 1889[1]

Gromyko, Andrej Andrejewitsch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU; 1957–1985 sowjetischer Außenminister; 1943–1946 Botschafter in Washington; 1946–1948 Leiter der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters **Dok. 200** und S. 36, 123, 198, 254, 268, 440[29], 614, 662, 692, 745, 867, 891, 894, 1056–1062, 1085, 1246[8], 1248, 1497[9], 1553[25], 1725[18], 1734, 1736[31], 1817, 1855, 1878, 1939

Grosser, Alfred deutsch-französischer Publizist und Professor für Politikwissenschaft am Institut d'études politiques de Paris S. 486 f.

Grósz, Károly Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Erster Sekretär der USAP in Budapest, seit 25. Juni 1987 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik **Dok. 277** und S. 690[2], 1393, 1443, 1470[14], 1513, 1811

Gruber, Karl Sonderbotschafter des österreichischen Außenministeriums im „Fall Waldheim" seit 11. Juni 1987; 1945–1953 Außenminister S. 962

Gruber, Wilfried Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)" des Auswärtigen Amts S. 88, 89[11+12], 201[1], 1284, 1288[15], 1486[1], 1487[6], 1728[4]

Grunenberg, Ulrich-Detlef Legationsrat I. Klasse im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts S. 497[1], 1003[1], 1016[1], 1218[1], 1692[9], 1936[1]

Guarino, Giuseppe italienischer Finanzminister vom 17. April bis 28. Juli 1987 S. 880

Guati, M'Barek Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 1126

Guerra González, Alfonso stellvertretender spanischer Ministerpräsident (Vicepresidente del Gobierno) sowie stellvertretender Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) S. 1282

Guidi, Marcello stellvertretender Generalsekretär der NATO S. 865[16]

Guidobono Cavalchini Garofoli, Luigi Leiter des Ministerbüros im italienischen Außenministerium (Capo di Gabinetto del Ministero degli Affari Esteri), seit 7. August 1987 im Rang eines Botschafters S. 1812

Guigou, Élisabeth Beraterin im Generalsekretariat des französischen Staatspräsidenten und Generalsekretärin für europäische Angelegenheiten (Conseillère technique au secrétariat général de l'Élysée et Secrétaire générale du Comité interministériel pour les questions économiques de coopération européenne) S. 956, 1386, 1390, 1606

Guillaume, Christel Mitarbeiterin des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR S. 499[3]

Guillaume, François französischer Landwirtschaftsminister S. 434, 738, 956, 1719

Guillaume, Günter Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und 1972–1974 Referent im Bundeskanzleramt S. 499

Guo Fengmin chinesischer Botschafter in Bonn S. 373, 489

Guschenko, Timofej Borissowitsch 1970–1986 sowjetischer Minister für Hochseeschiffahrt S. 795

Haak, Volker Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 600[18], 1003[1], 1016[1], 1029[1], 1055[6], 1543[15], 1936[1]

Haas, Marius Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts, seit 1. September 1987 abgeordnet nach New York an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen **Dok. 22** und S. 384[1], 1094[1]

Haas, Wilhelm Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 241[18], 503[11]

Haase, Christoph Ministerialrat und Leiter des Referats V A 4 „Außenwirtschaftsrecht und Außenwirtschaftsverkehr" im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1077[2], 1104[10]

Habermas, Jürgen Professor für Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main S. 486

Habib, Philip Charles Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für Mittelamerika (Ambassador at Large and Special Envoy of the President for Central America) bis zu seinem Rücktritt am 14. August 1987 S. 519, 1013

Habré, Hissène Präsident der Republik Tschad S. 294, 444

Hager, Kurt Mitglied des Politbüros des ZK der SED sowie Mitglied des Staatsrats und des Nationalen Verteidigungsrats der DDR S. 603[30], 747[27], 1252, 1255

Haider, Jörg Bundesparteiobmann (Vorsitzender) der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) S. 595

Haig, Alexander Meigs, Jr. 1981/82 amerikanischer Außenminister S. 1392

Halefoğlu, Vahit Melih türkischer Außenminister; 1949–1951 Mitarbeiter der türkischen Botschaft in Moskau S. 472[14], 694[2], 695, 697[16], 866 f., 1278, 1867

Haller, Benedikt Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts, seit 2. April 1987 Legationssekretär im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START" S. 977[1], 1159[1], 1191[1], 1319[1], 1524[1], 1601[1], 1767[1], 1782[1], 1824[1], 1841[1]

Haller, Dieter Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1026, 1028, 1557[3], 1558 f.

Hallier, Hans-Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 817[8], 1537[14], 1735[24]

Hamadi, Abbas Ali S. 85, 89[13], 544[4], 546, 765, 1130, 1258[11]

Hamadi, Abdelhadi (bzw. Hajj Abdul Hadi) S. 41[3], 544[4], 545[5], 546, 549[15]

Hamadi, Mohammed Ali Dok. 9 und S. 51[2], 85, 87, 89[13], 150, 544[4], 546, 548[12], 549[13], 572, 702–704, 765, 983 f., 1090, 1130, 1258[11]

Hamdan, Ali Funktionär der Amal-Bewegung S. 544, 545[5], 548 f.

Hamerlak-Hermesdorff, Maria Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 292

Hamilton Depassier, Juan Patricio Mitglied der Christdemokratischen Partei Chiles und Mitbegründer der Tageszeitung „La Epoca" S. 589

al-Hammad, Mohammed Saleh General und Chef des Generalstabs der saudiarabischen Streitkräfte **Dok. 85**

Hammadi, Saadun Präsident des irakischen Parlaments und Mitglied des Revolutionären Kommandorats S. 1127, 1683[12]

Hándal, Jorge Schafik Mitbegründer und Führungsmitglied der salvadorianischen Guerillaorganisation FMLN sowie Generalsekretär der Kommunistischen Partei El Salvadors S. 799, 1009

Handl, Luděk Leiter der tschechoslowakischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 996

Hansen, Lynn Marvin stellvertretender Leiter bzw. seit Februar 1987 Leiter der

amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Mitarbeiter in der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Assistant Director, Arms Control and Disarmament Agency) S. 142–144, 1564 f.

Hansen, Niels Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 59, 115, 124, 127, 155, 174, 250, 291, 296, 340, 347, 348, 359, 369** und S. 528[17], 590[2], 674[10], 725[3], 805, 808[13], 1519[5], 1533[4], 1660[6+8], 1759[5]

Hansen, Svend Olav Präsident der Oberfinanzdirektion Kiel S. 1796[10]

Happart, José amtierender Bürgermeister der belgischen Gemeinde Voeren bis 30. September 1987; 1983–1986 Bürgermeister von Voeren S. 626

Haq, Abdul Kommandant der Mujahedin in Afghanistan **Dok. 91**

Harmel, Pierre 1965/66 Ministerpräsident des Königreichs Belgien, 1966–1973 Außenminister S. 27, 90, 261, 1119, 1322, 1429, 1498, 1512, 1738, 1864

Harris, Louis amerikanischer Meinungsforscher S. 869, 872

Hartling, Poul 1978–1985 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) S. 698[4]

Hartman, Arthur Adair amerikanischer Botschafter in Moskau bis 20. Februar 1987 S. 185[6]

Hartmann, Axel Legationsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel, seit 1. April 1987 abgeordnet in das Bundeskanzleramt S. 279[1]

Hartmann, Eggert Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts bzw. seit 13. Oktober 1987 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 636, 1019

Hartmann, Peter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung; bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei; Kabinettsausschuß für Europapolitik“ bzw. seit 17. Juli 1987 Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt **Dok. 223** und S. 223[1], 455[1], 626[1], 634[23], 913[1], 920, 960, 1007, 1049[1], 1358, 1372[1], 1386, 1541 f., 1714, 1760, 1791[1], 1807[1], 1873, 1881[1]

Hartmann, Rüdiger Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Funktionsbezeichnung Gesandter im Verkehr mit dem Ausland, seit 17. Juli 1987 Botschafter **Dok. 32, 88, 105, 109, 216** und S. 117[42], 205[14], 255[24], 280[10], 541[31], 621[1], 636, 643[1], 679[31], 713[3], 715[11], 730[8], 731[11], 748[29], 904, 1303[3], 1486, 1524[1], 1748[1], 1767[1], 1860[13]

Hasegawa, Kazutoshi Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium S. 814

al-Hashimi, Abdulrazzak Kassim irakischer Botschafter in Bonn, seit 2. Oktober 1987 Botschafter in Paris S. 1126, 1127[13], 1131 f., 1137

Haßkamp, Eduard Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. bis 14. Oktober 1987 S. 1555[7], 1787 f.

Haßmann, Walter Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, seit 2. April 1987 Legationssekretär im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“, seit 9. Juli 1987 Legationsrat S. 1132[29], 1460[1], 1637[1]

Hassan II. König des Königreichs Marokko S. 856[2], 1092[47]

Hassan ibn Talal al-Haschemi Kronprinz des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 1674[3]

Hassemer, Volker Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU) und Senator für Kulturelle Angelegenheiten S. 484, 955

Hatch, Orrin Grant Senator für den amerikanischen Bundesstaat Utah (Republican Party) S. 1786

Hatfield, Mark Odom Senator für den amerikanischen Bundesstaat Oregon (Republican Party) S. 1401

Haughey, Charles James Ministerpräsident von Irland S. 348[4]

Hausmann, Christian Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 392[1]

Haussmann, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestages und Generalsekretär der FDP S. 1244[4]

Havasi, Ferenc Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und bis 25. Juni 1987 Sekretär des ZK für Wirtschaft, ferner Mitglied der ungarischen Nationalversammlung **Dok. 135**

Havel, Václav tschechoslowakischer Schriftsteller und Bürgerrechtler S. 480

Hawatmeh, Nayef Gründer und Führer der „Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas“ (DFLP) S. 999[5]

Hawes, John Houston stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Principal Deputy Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs) S. 82f., 89, 714

Hawke, Robert James Lee („Bob“) Ministerpräsident von Australien S. 1926[15]

Hayden, William George („Bill“) australischer Außenminister S. 745

Heck, Aloys Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 1788

Heereman von Zuydtwyck, Constantin Freiherr Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Präsident des Deutschen Bauernverbandes S. 504f.

Hegewisch Fernandéz, Adolfo mexikanischer Botschafter in Bonn seit 22. Juli 1987 S. 1899[32]

Heidorn, Joachim Legationssekretär bzw. seit 28. März 1987 Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1282[13]

Heimann, Gerhard Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 485

Heinemann, Hermann Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen S. 1699

Heirani Nobari, Nasser iranischer Botschafter in Moskau S. 1817[32], 1855

Hekmatyar, Gulbuddin Gründer und Vorsitzender der „Hezbi-Islami“ in Afghanistan S. 32f., 1113

Heldt, Hans-Joachim Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 515 „Internationale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen“ im Auswärtigen Amt; 1981–1984 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 514 „Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland“ des Auswärtigen Amts S. 124[19], 134, 313[28], 1901–1903

Hellbeck, Hannspeter Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 51 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ im Auswärtigen Amt, seit 4. April 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking **Dok. 213, 222, 288** und S. 219[2], 373, 493[11+12], 608[10], 1041[7+8]

Helms, Jesse Alexander, Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat North Carolina (Republican Party) S. 1009, 1165[4], 1775

Hemat, Mohammad-Hamayon Vorsitzender des Afghanistan-Nothilfe e.V. S. 451

Henatsch, Ruprecht Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran, am 17. Februar 1987 des Landes verwiesen, vom 22. April bis Mitte Mai 1987 abgeordnet nach Bonn in die Zentrale, seit 29. Juli 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kampala S. 215[13], 217, 218[12], 569[6]

al-Hendi, Ibrahim Mohamed Oberst der saudi-arabischen Streitkräfte und Militärattaché an der Botschaft in Bonn S. 413

Heng Samrin Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Kampuchea und Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampucheas S. 375[15], 376, 744f., 1262f., 1265f., 1268, 1273f.

Henkel, William Mitarbeiter im amerikanischen Präsidialamt und Berater des Präsidenten (Assistant to the President) bis 25. September 1987 S. 162

Hennig, Ortwin Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel **Dok. 51** und S. 360[1], 974[1], 1820[1+2]

Hensel, Uwe S. 1640[16], 1641

Henze, Gerhard Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 196** und S. 41[1], 497[2], 498, 513[1], 570[1], 713[1], 1071

Herbst, Otto-Axel 1976–1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 145[3]

Herder, Johann Gottfried *1744 †1803 S. 1483

Hermannsson, Steingrímur Ministerpräsident der Republik Island, seit 8. Juli 1987 Außenminister S. 1497, 1507

Hermes, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 963

Hernu, Charles 1981–1985 französischer Verteidigungsminister S. 437[24], 660, 871

Herrera, Carlos García S. 45

Herrhausen, Alfred Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG S. 289[3], 290

Herrmann, Frank-Joachim Staatssekretär und Leiter der Kanzlei des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR sowie Mitglied des ZK der SED S. 1233

Herzog, Chaim Präsident des Staates Israel **Dok. 99** und S. 390, 607

Herzstein, Robert Edwin Professor für Neuere Geschichte an der University of South Carolina S. 962

Heß, Rudolf 1933–1941 „Stellvertreter des Führers“ und Reichsminister ohne Portefeuille des Deutschen Reichs, am 17. August 1987 im Kriegsverbrechergefängnis Spandau gestorben **Dok. 231** und S. 892

Heß, Wolf Rüdiger Sohn von Rudolf Heß S. 1174

Heubaum, Horst Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ im Auswärtigen Amt, seit 19. Januar 1987 Leiter des Referats 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“, seit 2. Juni 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 378** und S. 1026[4], 1029[8], 1365[1+6], 1612[1], 1899[32]

Heupel, Friedrich Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1417

Heyken, Eberhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt **Dok. 160** und S. 32[1], 34[1], 194[1], 201, 497[3], 671[1], 782[1], 886[1+3], 1003[1], 1016[1], 1055[1+3], 1218[1], 1307[1], 1353[33], 1423[2], 1428[22], 1444[13], 1446[20], 1508[1+2], 1691[1+3], 1695[23], 1720[2], 1822[1], 1936[1]

Heymer, Guido Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador S. 515f., 519f., 550, 551[5], 800, 1007, 1008[4]

Hilger, Reinhard-Walter 1982–1985 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts S. 1802[15+16]

Hiller, Armin Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Südliches Afrika“ des Auswärtigen Amts **Dok. 40** und S. 1529[5]

Hillgenberg, Hartmut Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ im Auswärtigen Amt **Dok. 354** und S. 219[2], 222[11]

Himmler, Heinrich Luitpold 1929–1945 Reichsführer bzw. Reichsleiter SS; 1939–1945 Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums; 1943–1945 Reichsminister des Innern des Deutschen Reichs S. 659[5]

Hiriart de Pinochet, Lucía Ehefrau von Augusto Pinochet Ugarte S. 1368

Hirohito Kaiser von Japan S. 817

Hirsch, Hans Ministerialrat und Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1344[7]

Hitler, Adolf 1933/34 Reichskanzler des Deutschen Reichs, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ S. 482, 500, 502, 890[13], 915[14], 918, 1015, 1030, 1052[18], 1875

Hocké, Jean-Pierre Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) **Dok. 307** und S. 698–701

Hodscha, Enver 1944–1985 Erster Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens S. 1475, 1483

Hoffmann, Hans-Joachim Minister für Kultur der DDR und Mitglied des ZK der SED S. 664

Hoffmann, Heinz 1960–1985 Minister für Nationale Verteidigung der DDR und 1973–1985 Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 338

Hoffmann, Waldemar Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Seeverkehr" im Bundesministerium für Verkehr S. 893[28]

Hofmann, Harald Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo S. 635[28]

Hofstetter, Rolf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START" im Auswärtigen Amt **Dok. 229, 308** und S. 69[1+3], 82[1], 106[1], 109[9], 128[1], 184[1], 266, 279[1], 282[1], 286[1], 297[1+2], 319[1+3], 428[1], 445[1+2], 513[1], 553[3], 557[17], 590[1], 612[1], 621[1], 625[9], 636, 643[1], 713[1], 722[1+2], 725[8], 805[1], 858[1+3], 860[8], 904[1+3], 977[1], 978[7], 1159[1+2], 1189[1], 1191[1], 1220[1], 1288[15], 1303[1+3], 1319[1], 1342[1], 1478[1], 1520[1], 1524[1], 1601[1], 1686[1], 1748[1], 1767[1], 1782[1], 1824[1], 1837[1], 1841[1], 1842[5], 1843[9]

Holik, Josef Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 5. Januar 1987 Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Abteilung 2A des Auswärtigen Amts **Dok. 17, 19, 21, 28, 44, 64, 68, 87, 90, 119, 123, 163, 180, 194, 197, 254, 257, 268, 293** und S. 3[2], 61[3], 106[1], 141[3], 247, 250, 266, 270, 317[1], 367[11], 412, 428[1], 575[1], 599, 604, 621[1], 643[1+2], 679, 731[10], 809, 811[14], 834f., 868[40], 869[3], 950, 1017[7], 1165, 1319[1], 1342[1], 1385, 1420, 1478, 1497, 1521f., 1524[1], 1527[14], 1548, 1551[19], 1562[2], 1564[8], 1601[1], 1604[10], 1605[11], 1661[9], 1686[3+4], 1700[1], 1728, 1733, 1748[1], 1750[8+12], 1758, 1767[1], 1857

Holkeri, Harri Hermanni Ministerpräsident der Republik Finnland seit 30. April 1987 S. 223[3]

Holmes, Henry Allen, Jr. Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs) und Vorsitzender der Special Consultative Group der NATO **Dok. 64, 261, 301, 331** und S. 84, 88f., 93, 129f., 429, 860[9], 978, 1071, 1073[16], 1526, 1602[6]

Holmes, James Howard Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director of the Office of Strategic Nuclear Policy in the Bureau of Politico-Military Affairs) **Dok. 227, 266**

Hölscher, Christoph Staatsanwalt an der Staatsanwaltschaft Stuttgart S. 1612

Holst, Johan Jørgen norwegischer Verteidigungsminister S. 779f., 1768, 1770–1772, 1777

Holtermann, Erhard Vertreter des Leiters in der Abteilung 7 „Protokoll" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 161[15]

Holtfort, Rolf Staatsanwalt bei der Zentralstelle für die Verfolgung nationalsozialistischer Massenverbrechen in Köln S. 660

Holthoff, Horst Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein" im Auswärtigen Amt **Dok. 294** und S. 137[1], 525[1], 735[3], 965[1+3], 1039[16], 1107[6], 1109[10]

Holubek, Reinhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen, Blockfreienbewegung, Islamische Konferenz, Ausstattungshilfe" im Auswärtigen Amt S. 656[34]

Holzheimer, Hermann 1983–1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1366, 1367[11], 1368f.

al-Homeidi, Othman General und Staatssekretär im saudi-arabischen Ministerium

für Verteidigung und Luftfahrt S. 412[5], 415

Honasan, Gregorio Oberst der philippinischen Streitkräfte S. 1270[6]

Honecker, Erich Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR **Dok. 86, 131, 244, 245, 248, 255, 258** und S. 29–31, 64f., 67, 68[17], 76, 114f., 118, 336–338, 339[12], 443, 565–567, 571, 667[11], 790, 1047, 1059[22], 1076, 1087, 1199f., 1244, 1250[24], 1277, 1279, 1312, 1316f., 1324, 1326, 1341[12], 1359–1361, 1376–1378, 1416, 1513, 1544, 1568, 1570, 1811, 1845, 1848, 1850, 1853f., 1877f., 1880, 1938

Honsowitz, Herbert Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat" des Auswärtigen Amts S. 1131[24], 1323[1], 1345[1], 1447[24], 1735[24], 1831[1]

de Hoop Scheffer, Jakob G. N. („Jaap") Leiter der niederländischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 281f., 1261, 1759[5]

Hope, Leslie Towns („Bob") amerikanischer Schauspieler und Entertainer S. 1398[18]

Hopf, Diether Professor für Erziehungswissenschaft am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin (West) S. 951

Hopp, Hartmut Arzt und Stellvertreter des Leiters der Colonia Dignidad in Chile S. 1557[3], 1559, 1920[9]

Horn, Erwin Mitglied des Deutschen Bundestages und verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion S. 1072

Horn, Gyula Staatssekretär im ungarischen Außenministerium S. 1416[26]

Horsten, Heinrich Legationsrat I. Klasse im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung" bzw. seit 21. April 1987 im Referat 013 „Pressereferat" des Auswärtigen Amts, seit 23. Februar 1987 Vortragender Legationsrat S. 141[1]

Hort, Josef („Sepp") stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH München S. 1065

Horváth, István ungarischer Botschafter in Bonn S. 1412, 1417

al-Hoss, Selim Ahmed Ministerpräsident und Außenminister der Libanesischen Republik seit 2. Juni 1987 S. 1675f., 1713

Howe, Sir Geoffrey britischer Außenminister **Dok. 54, 170, 217, 366** und S. 30, 66, 105, 200f., 271[23], 311, 315–317, 371, 575, 577, 579, 680[38], 730[8+9], 781, 842–846, 848f., 854, 864f., 882, 885, 1332, 1334f., 1337, 1355, 1465[13], 1497, 1506, 1572[9], 1715, 1745f., 1823, 1850, 1854, 1866

Hoyer, Steny Hamilton Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender der Kommission über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Kongreß S. 585

Höynck, Wilhelm Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf, seit 6. Januar 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts, seit 3. April 1987 Ministerialdirigent S. 694[3], 749[2], 750[7], 893[28], 1077[2], 1102[1], 1104[11], 1380f., 1414[17], 1516, 1799

Hu Yaobang Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und bis 16. Januar 1987 Generalsekretär des ZK S. 490, 1047[24]

Hummen, Wilhelm Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin (West) S. 1094

Hun Sen Ministerpräsident und seit Dezember 1987 zugleich Außenminister der Volksrepublik Kampuchea S. 744f., 1262, 1264[18], 1266, 1940

Hunt, Sir Nicholas John Streynsham Admiral der britischen Marine und Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte

im Ärmelkanal (CINCHAN) bis Mai 1987 S. 866

Hupe, Werner Ingenieur und Repräsentant der Lufthansa AG in der Volksrepublik China S. 1064[4]

Husák, Gustáv Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bis 17. Dezember 1987 und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik **Dok. 341** und S. 376, 378, 443, 666–668, 670f., 791, 1233[4]

Hüsch, Heinz Günther Rechtsanwalt und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), Beauftragter des Bundesministeriums des Innern für die Aussiedlung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus Rumänien S. 1700

Hussein ibn Talal al-Haschemi König des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 81, 329** und S. 163, 505f., 847f., 935–937, 1000, 1311, 1499[17], 1739, 1828, 1830, 1856

al-Hussein, Nur Königin des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 1674[3]

al-Husseini, Hussein Präsident des libanesischen Parlaments S. 1713

Hüttel, Rolf Generalmajor und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung **Dok. 23** und S. 90, 126f., 263[10], 264–266, 594, 1203, 1205–1209, 1399, 1403[3], 1522

Huyn, Hans Graf Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) bis 18. Februar 1987; 1964/65 Legationsrat im Referat IA1 „Europäische politische Integration; Europarat und nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" des Auswärtigen Amts S. 1256

Iacovou, Georgios Kyriakou zyprischer Außenminister S. 1141[15]

Ieng Sary führendes Mitglied der „Roten Khmer"; 1976–1979 Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister des Demokratischen Kampuchea S. 1274

Iglesias García, Enrique Valentín uruguayischer Außenminister S. 519, 558, 1198, 1899

Iklé, Fred Charles Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) S. 647, 1073

Incer Moraga, Heberto nicaraguanischer Botschafter in Bonn bis zu seiner Abberufung am 4. Juli 1987 S. 1280f.

Işcen, Oktay türkischer Botschafter in Bonn S. 471

Ischinger, Wolfgang Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen, seit 2. November 1987 Leiter des Referats 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat" S. 250[1], 297[2], 373, 416[1], 588[1], 743, 928[3], 934, 982[1+3], 998[1], 1029[8], 1055[1], 1176[1], 1193[1], 1196[1], 1201[1], 1244[1], 1262[4], 1270[1], 1692[7], 1900[34]

Ivri, David Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums S. 822[3]

Jaafar, Abou Leiter der Politischen Abteilung des Exekutivkomitees der PLO S. 999[8]

Jackson, Henry M. 1953–1983 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Washington (Democratic Party) S. 312[24]

Jackson, Jesse Louis amerikanischer Bürgerrechtler sowie Mitglied der Democratic Party S. 1359

de Jager, Cornelis General der niederländischen Streitkräfte und 1983–1986 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 1261

Jagow, Peter von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik" im Auswärtigen Amt **Dok. 289** und S. 515, 519, 524, 550, 798[1+3], 800, 1007[2], 1010[8], 1280[1]

Jakowlew, Alexander Nikolajewitsch Sekretär des ZK der KPdSU für Ideologie, Information und Kultur sowie Kandidat bzw. seit 26. Juni 1987 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU S. 1058, 1060, 1063, 1725, 1854

Jakowlew, Wsewolod sowjetischer Rechtsanwalt und Strafverteidiger von Mathias Rust S. 1218f.

Jalloud, Abdel Salam Ahmed Major und Stellvertreter Gaddafis in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija; 1972–1977 Ministerpräsident S. 1679

Jansen, Michael Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt, seit 10. Juli 1987 Ministerialdirigent **Dok. 267, 345** und S. 74[1], 85[1], 88[7], 132[3], 157[3], 167[3], 228[3], 250[1], 266, 274[1], 373[1], 384[1], 416[1], 480[1], 515, 519, 550, 575[1], 647, 785[1], 805[1], 834[1], 869[3], 895[2], 898[3], 934[1], 965[3], 988[1], 1019, 1041[7], 1110, 1126, 1176[1], 1196[1], 1203[1], 1244[1], 1259[1], 1270[1], 1288[15], 1307[4], 1319[1], 1332[1], 1347, 1423[1], 1455[2], 1484[5], 1486[1], 1518[1], 1528[1], 1532[1], 1533[6], 1541[1], 1651[1], 1678[28], 1684[18], 1691[3], 1697[4], 1720[4], 1741[1], 1760[1], 1812, 1830[18], 1831[1], 1834[2], 1857, 1873[1], 1892[1]

Jaruzelski, Wojciech General, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen S. 161, 378, 444, 599[12], 600[18], 602f., 610, 748, 790, 867f., 915, 917, 993, 1050–1052, 1229, 1325f., 1328, 1330, 1392f., 1415, 1417, 1487[6], 1721, 1724, 1805, 1859, 1877, 1898[23]

Jasow, Dmitri Timofejewitsch Armeegeneral der sowjetischen Streitkräfte und Kandidat des ZK der KPdSU, seit Februar 1987 sowjetischer Stellvertretender Verteidigungsminister, seit 30. Mai 1987 Verteidigungsminister, seit 26. Juni 1987 Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU S. 796f., 1860

Jędrys, Marek Stellvertretender Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium S. 612

Jelisarjew, Gennadij Iwanowitsch Gesandter und Vertreter des sowjetischen Botschafters in Bonn S. 678

Jelonek, Alois Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts; 1978–1984 Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 13, 36, 39, 50, 62, 69, 111, 136, 150, 207, 230, 285, 305, 344** und S. 170[14], 198[12], 235[16], 236[18], 237[20], 348[2+4], 354[26+27], 468[32], 470[1], 474[24], 477[3], 681[1], 827[5], 883[28], 921[7], 939[3], 959[18], 991[10], 1088[27], 1326[18], 1380, 1395[12], 1516, 1517[10], 1518[13], 1571, 1572[10], 1575, 1653[2+3], 1656[3+4], 1703[14], 1881[3], 1889[1]

Jelzin, Boris Nikolajewitsch Mitglied des ZK der KPdSU und Leiter der Abteilung für Bauwesen sowie Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, bis 11. November 1987 Erster Sekretär des Parteikomitees des Bezirks Moskau S. 1543[15], 1878

Jenninger, Philipp Präsident des Deutschen Bundestages (CDU); 1982–1984 Staatsminister im Bundeskanzleramt S. 703f., 763f., 913[2], 916f., 1127[10], 1236[9], 1295f., 1359[8], 1683[12]

Jess, Herbert Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts S. 112[14], 1491[1+4], 1590[1]

Jessen, Christoph Botschaftsrat und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1465[14]

Jiménez Veiga, Danilo Minister und Sonderberater des Präsidenten der Republik Costa Rica S. 558[2]

Jochum, Helmut Vertreter des Leiters der Abteilung 7 „Protokoll“ im Auswärtigen Amt mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 1176[2]

Joetze, Günter Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Los Angeles, seit 15. Januar 1987 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 75, 198, 355** und S. 487

Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła) Papst S. 162[16], 963, 985f., 1050, 1619[22], 1788[2], 1790, 1812[2]

Johnstone, L. Craig amerikanischer Botschafter in Algier S. 1904

Jonas, Hans Philosoph und 1955–1976 Professor für Philosophie an der New

School for Social Research in New York S. 1744

Joseph, Robert G. Referatsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Director of the Office for Theater Nuclear Forces Policy) S. 1565

Joxe, Pierre 1981 französischer Industrieminister, 1984–1986 Innenminister S. 86

Juan Carlos I. König des Königreichs Spanien S. 104, 667

Junker, Ulrich Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 1064[1]

Kabbaj, Mohamed marokkanischer Minister für berufliche Bildung S. 856

Kádár, János Erster Sekretär bzw. seit 28. März 1985 Generalsekretär des ZK der USAP; 1956–1958 und 1961–1968 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik S. 444, 689f., 693, 1361, 1376, 1393, 1408, 1410, 1617, 1621, 1811, 1876

al-Kaddumi, Faruk Mitglied des Exekutivkomitees der PLO S. 935

al-Kadhi, Nazar S. 1683

al-Kadhi, Erika Ehefrau von Nazar al-Kadhi S. 1683[12]

Kadnár, Milan Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium und Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien sowie seit Februar 1987 bei den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien im Rang eines Botschafters S. 511, 666[5]

Kaempffe, Gisela Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts S. 1256[1], 1338[1], 1514[1], 1690[1]

Kaestner, Uwe Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Ost-West-Beziehungen; bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika; Abrüstung und Rüstungskontrolle" im Bundeskanzleramt **Dok. 210** und S. 382, 392[1], 398[1], 665[1], 667[7], 689[1], 788[1], 913[1], 1258[12], 1391[1], 1398, 1408[1], 1417, 1567, 1700[1], 1748[1], 1873

Kahane, Meir David amerikanisch-israelischer Rabbi und Gründer der israelischen Partei „Kach" S. 95

Kalscheuer, Bernhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brazzaville S. 682, 684[7]

Kampelman, Max M. Leiter der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf sowie Leiter der Verhandlungen über Verteidigungs- und Weltraumwaffen im Rang eines Botschafters S. 71, 513, 645, 806[7], 808[13], 1220[3], 1525, 1553, 1602, 1686

Kamper, Eberhard Kapitän zur See und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 849[37], 1447[23]

Kampmann, Bernhard Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts, seit 3. April 1987 Legationssekretär im Büro des Staatsministers Schäfer; 1985/86 Attaché im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts S. 1233[5]

Kant, Immanuel *1724 †1804 S. 1018[23]

Kapiza, Michail Stepanowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 745

Kaplan, Cemaleddin islamistischer Prediger („Ayatollah von Köln") sowie Gründer und Vorsitzender des „Verbands der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V." in Köln S. 1101

Kapllani, Muhamet Ismail albanischer Stellvertretender Außenminister S. 1475[4], 1477

Kapsis, Ioannis stellvertretender griechischer Außenminister S. 530[30]

Karamanlis, Konstantinos 1974–1980 Ministerpräsident der Hellenischen Republik S. 953[12]

Karami, Raschid Abdul Hamid Ministerpräsident und Außenminister der Libanesischen Republik bis zu seiner Ermordung am 1. Juni 1987 S. 1707[6]

Karkow, Bodo stellvertretender Leiter des German Information Center (GIC) in New York; 1981–1985 Vortragender Le-

gationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 533[5]

Karpow, Wiktor Pawlowitsch Sonderbotschafter und Leiter der Abteilung für Abrüstung und Rüstungskontrolle im sowjetischen Außenministerium sowie bis 15. Januar 1987 Leiter der sowjetischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf und Leiter der Verhandlungen über Strategische Nuklearwaffen; 1969–1978 Mitglied der Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT), 1982/83 Leiter der Delegation bei den START-Verhandlungen in Genf **Dok. 368** und S. 107, 398, 430, 446, 646f., 1165f., 1347, 1525, 1849, 1898

Karski, Ryszard polnischer Botschafter in Bonn seit 16. September 1987 S. 1330

Kaschlew, Jurij Borissowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium und Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1909[18]

Kastl, Hans Jörg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. März 1987 S. 10[21], 437[22], 892[26]

Kastrup, Dieter Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 30, 57, 112, 117, 290** und S. 32[1], 64[1], 65[5], 67[13], 68[15], 313[25], 335[1], 392[1], 437[22], 606[2], 651[1], 694[5], 788[1], 892, 898[3], 1030[6], 1086[16], 1210, 1244[1], 1250[24], 1251, 1290[6], 1307[1], 1435f., 1437[9], 1463, 1482, 1513[34], 1692[5+8], 1694, 1695[18], 1696f., 1720[2], 1741[1], 1892[1]

Kaul, Hans-Peter Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 908[1]

Kaunda, Kenneth David Präsident der Republik Sambia und seit 27. Juli 1987 Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) S. 165, 183, 1452, 1626[38], 1678, 1679[31]

Keating, Paul John australischer Schatzkanzler S. 1088[25]

O’Keeffe, Laurence Leiter der britischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1465[13]

Keel, Alton Gold, Jr. Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters seit 13. März 1987 **Dok. 367** und S. 865[15], 1261, 1519, 1533

De Keersmaeker, Paul Baron Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten und Landwirtschaft im belgischen Außenministerium S. 233, 634

Keil, Franz Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland, seit 1. Oktober 1987 Leiter der Auslandsabteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, seit 6. November 1987 Ministerialdirektor S. 373, 1115[1], 1262, 1309[2]

Kelley, Paul Xavier General der amerikanischen Streitkräfte und Chef des Generalstabes des Marinekorps (Commandant of the Marine Corps) bis 30. Juni 1987 S. 342[5]

Kelly, Petra Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 196[8]

Kelsang Gyaltsen Repräsentant des Dalai Lama in Zürich **Dok. 208**

Kemal Pascha, Mustafa (Atatürk) 1923–1938 Präsident der Republik Türkei S. 1094, 1100, 1495[5]

Kennedy, Edward Moore („Ted“) Senator für den amerikanischen Bundesstaat Massachusetts (Democratic Party) S. 1453

Kennedy, John Fitzgerald 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 668

Kenyatta, Jomo 1963/64 Ministerpräsident Kenias; 1964–1978 Präsident der Republik Kenia S. 1649

Kerr, John Olav Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State for the European Community) seit April 1987 S. 1091, 1572[9]

Keskin Botschafter und Berater des türkischen Staatsministers für Fragen der Europäischen Gemeinschaften S. 470

Keßler, Heinz Minister für Nationale Verteidigung der DDR und Mitglied des ZK der SED S. 337 f.

Khaddam, Abdel Halim Vizepräsident der Arabischen Republik Syrien; 1970–1984 Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident S. 1827

al-Khail, Muhammad Ali Aba saudi-arabischer Wirtschafts- und Finanzminister S. 1641[17]

Khama, Seretse 1966–1980 Präsident der Republik Botsuana S. 1626[38]

Khamenei, Ali Präsident der Islamischen Republik Iran **Dok. 267** und S. 149, 1111[8], 1333–1335, 1348[9], 1378, 1816[26]

Khan, Munir Ahmad Vorsitzender der Pakistanischen Atomenergiekommission und bis September 1987 Vorsitzender des Gouverneursrates der IAEO S. 314

Khieu Samphan führendes Mitglied der „Roten Khmer" sowie Vizepräsident der kambodschanischen Exilregierung „Koalition des Demokratischen Kampuchea"; 1976–1979 Staatsoberhaupt des Demokratischen Kampuchea S. 1264[15], 1265, 1273[15]

Khomeini, Ruhollah Ayatollah, geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 96[3], 151[12], 152[15], 212, 213[7], 215, 217, 569[6], 703[9], 762[5], 766[20], 767, 1311, 1379, 1514

Khorassani, Said siehe: Rajaie-Khorassani, Said

Kiechle, Ignaz Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) **Dok. 92, 183** und S. 192, 234[9], 259, 331[8], 332[13], 351, 641[20], 737 f., 827, 831, 956, 1362, 1714[1], 1719, 1760, 1764–1766, 1791[1]

Kiep, Walther Leisler Bundesschatzmeister der CDU und Vorsitzender der Atlantik-Brücke e. V.; 1965–1976 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1281

Kiesinger, Kurt Georg 1966–1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 500

Kiewitt, Peter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Canberra S. 1088[25]

Kilian, Werner Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 601 „Goethe-Institut, Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften" im Auswärtigen Amt S. 515, 568[1], 570[10]

Kim Il-sung Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) S. 853, 1264[18]

Kim Jong-il Sohn von Kim Il-sung S. 853

King, Martin Luther, Jr. amerikanischer Bürgerrechtler, am 4. April 1968 erschossen S. 1453

Kinkel, Klaus Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz S. 703[9], 990

Kinnock, Neil Vorsitzender der britischen Labour Party und Oppositionsführer im Unterhaus S. 504, 1395

Kirkpatrick, Ivone A. 1950–1953 britischer Hoher Kommissar für Deutschland S. 1801

Kirstein, Hartmut Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Quito, seit 2. Februar 1987 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay" des Auswärtigen Amts bis zu seinem Tod am 13. März 1987 S. 43[1]

Kissinger, Henry Alfred Vorsitzender des Aufsichtsrats (Chairman of the Board) des Beratungsunternehmens Kissinger Associates Inc. in New York; 1973–1977 amerikanischer Außenminister S. 1398[18], 1445 f., 1663

Kiszczak, Czesław polnischer Innenminister S. 255[25], 1723[9]

Kitamura, Hiroshi japanischer Beauftragter („Sherpa") für Weltwirtschaftsgipfel S. 814

Kittani, Ismat Taha Leiter der irakischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1126

Kittel, Walter Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutsch-

land bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, seit 1. April 1987 Vertreter des Staatssekretärs im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Bereiche EG-Agrarpolitik und Internationale Agrarpolitik, seit 1. Juli 1987 Staatssekretär S. 920, 1760, 1764, 1766

Kittlitz, Arne Freiherr von Legationsrat I. Klasse im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, militärische Angelegenheiten der WEU)“ des Auswärtigen Amts bzw. seit 22. April 1987 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi, seit 8. Dezember 1987 Botschaftsrat S. 137[1], 495[1]

Klaiber, Klaus-Peter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts, seit 16. September 1987 abgeordnet nach Nairobi als Geschäftsträger ad interim mit der Funktionsbezeichnung „Botschafter“ zur Übernahme der Dienstgeschäfte des Botschafters S. 21[2], 29[1], 61[3], 194[1], 201, 247[1], 250, 260[1], 297[2], 373[1], 384[1], 402[2], 423[2], 445[2], 553[3], 565[2], 575[1], 598[1], 606[2], 636, 651[1], 728[1], 751[3], 886[3], 904[3], 934[1], 998[1], 1019[1], 1026[1], 1203[1], 1642[4+5], 1643[6], 1647[15]

Klein, Hans Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) sowie seit 12. März 1987 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 682f., 685, 701, 776[10], 1007[2], 1066f., 1070, 1116[7], 1150, 1473, 1707, 1883[6]

Kleindienst, Willi 1951–1970 Ministerialrat und bis Oktober 1968 Leiter des Referats „Interzonenhandel“ im Bundesministerium für Wirtschaft sowie 1968–1976 Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Berlin (West) S. 1293[19]

Kleiner, Jürgen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 853[53]

Klejdzinski, Karl-Heinz Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 274

Klenner, Dietmar Oberstleutnant i. G. und Miltärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 822, 825

Klepsch, Michael Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, seit 2. April 1987 Legationssekretär im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ S. 861[1]

Klestil, Thomas österreichischer Botschafter in Washington, seit 25. Mai 1987 Generalsekretär im österreichischen Außenministerium S. 595, 1039[16]

Klibi, Chedli Generalsekretär der Arabischen Liga S. 99[8], 241, 256, 1129, 1131

Klinghoffer, Leon S. 42[6]

Klose, Hans-Ulrich Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und seit 23. Februar 1987 Schatzmeister S. 43[2], 485

Kobler, Martin Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 1829[15]

Kohl, Hannelore Ehefrau von Helmut Kohl S. 670, 1243, 1398

Kohl, Helmut Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzender der CDU; 1969–1976 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, 1976–1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag **Dok. 14, 49, 53, 63, 79, 81, 82, 83, 89, 92, 96, 99, 100, 116, 125, 132, 134, 135, 139, 141, 147, 158, 164, 165, 166, 169, 182, 183, 189, 201, 209, 213, 222, 235, 244, 245, 246, 260, 269, 271, 274, 277, 284, 300, 306, 312, 315, 318, 321, 323, 324, 335, 336, 337, 343, 346, 352, 356, 371, 372** und S. 28, 29[2], 30f., 37, 40, 42, 50, 57, 72, 76, 102f., 105, 111, 114, 122, 125, 178, 181f., 234[9], 251, 266, 276, 303, 309[4], 310[9], 318, 326, 331, 336, 339[12], 404[20], 405[21], 412[5], 413, 416[5], 417[6+10], 429, 431, 445, 449[16], 450, 514, 517[16], 526[7], 550, 554[10], 555[13], 571, 578, 591[6], 599[13], 608[11], 637, 642[21], 649[7], 652[12], 653f., 661[2], 663, 664[12], 694[2], 695–697, 701[12], 705–707, 710[4], 717, 721[19], 729, 733, 748, 755, 756[7], 763, 776, 800, 805[2], 806f., 825, 838f., 850[40], 852[50], 874, 878–885, 890[13], 891, 906f., 929, 932f., 936, 939[3], 960[1], 963, 976, 985[5], 988, 990, 1007, 1016f., 1034, 1036, 1039–1042, 1049, 1053, 1056[7], 1058, 1071, 1073f., 1092, 1101, 1107, 1118, 1120f., 1125, 1174, 1176[2], 1194, 1197, 1203–1205, 1208f., 1215[4], 1217, 1245f.,

1257, 1289–1292, 1294–1296, 1303[6], 1320, 1326, 1329, 1339[9], 1348[11], 1349, 1352, 1386–1388, 1390 f., 1400, 1403[5], 1405, 1420[1], 1421, 1423 f., 1426–1428, 1433, 1445, 1448 f., 1455[7], 1459[13], 1462[18], 1467, 1469[9], 1482, 1502, 1511, 1533, 1590[7], 1591 f., 1641[17], 1666, 1669, 1673, 1697, 1699, 1734, 1742, 1744, 1813, 1815, 1821, 1861, 1870 f., 1885, 1893 f., 1897, 1900, 1908[17], 1937 f.

Kohl, Michael 1965–1973 Staatssekretär beim Ministerrat der DDR S. 1223[7]

Kohl, Peter Sohn von Helmut Kohl S. 502, 670, 792

Kohl, Walter Sohn von Helmut Kohl S. 670, 792

Köhler, Horst Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung IA bzw. seit 1. Februar 1987 der Abteilung I „Grundsatzfragen der Finanzpolitik, finanzpolitische Fragen einzelner Bereiche“ im Bundesministerium der Finanzen, seit 1. April 1987 Ministerialdirektor, zugleich Beauftragter („Sherpa“) für Weltwirtschaftsgipfel S. 741

Köhler, Werner Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, seit 2. April 1987 Legationssekretär im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ S. 665[1], 681[1], 788[1], 1545[1]

Koivisto, Mauno Henrik Präsident der Republik Finnland S. 223, 1253

Kołakowski, Leszek polnischer Philosoph und Marxismuskritiker S. 480

Kolb, Hubert Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 699[7]

Koldunow, Alexander Iwanowitsch Hauptmarschall der sowjetischen Luftwaffe und Oberkommandierender der Luftverteidigungsstreitkräfte der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis zu seiner Entlassung am 30. Mai 1987 S. 782 f., 796

Kölsch, Eberhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters des Arbeitsstabs 20 „Strategiefragen“ im Auswärtigen Amt, seit 10. Juni 1987 Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischen-gesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts **Dok. 376** und S. 834[1], 841[1], 1105[1], 1391[1], 1397[15], 1524[1], 1857[1]

Kondratjew, Wladimir sowjetischer Journalist und Korrespondent der TASS in Bonn S. 285[13]

Kong Seng, Jacky Foo Vizedirektor des Außenministeriums der Republik Singapur S. 1270

Konrád, György ungarischer Schriftsteller und Publizist S. 480, 482 f., 486

Korff-Schmising, Michael Graf von Regierungsdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft und Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei internationalen Schuldenfragen im Pariser Club S. 601, 609

Koschnick, Hans Mitglied des Bundesvorstands der SPD und seit 18. Februar 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag S. 917[18]

Kosol Sindhvananda siehe: Sindhvananda, Kosol

Kotzebue, Elsa von Botschaftsrätin I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 130, 140** und S. 1014[2]

Kovács, László ungarischer Stellvertretender Außenminister S. 1417

Kowaljow, Anatolij Gawrilowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister S. 537, 1019, 1846[13]

Krack, Erhard Oberbürgermeister von Ost-Berlin S. 29[4], 66[10], 335[3], 338, 665[13]

Kramer, Heinz Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik S. 1094

Kramer, Sven Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1192

Krapp, Reinhard 1985/86 Legationsrat I. Klasse im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ des Auswärtigen Amts S. 1369[22]

Krause, Alfred Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes S. 504f.

Krause, Charles A. amerikanischer Journalist S. 1368[18]

Krause, Hartmut S. 1640[16], 1641

Krebs, Hans *1888 †1947 S. 481f.

Krebs, Werner Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 601 „Goethe-Institut, Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften“ des Auswärtigen Amts S. 130[1]

Kreisky, Bruno 1970–1983 Bundeskanzler der Republik Österreich S. 444, 596

Krekeler, Friedrich Legationsrat I. Klasse im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent von Staatssekretär Ruhfus S. 1491[4]

Krenz, Egon Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK für Sicherheitsfragen, Jugend, Sport, Staats- und Rechtsfragen sowie Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 1252, 1254

Krenzler, Horst Günter Generaldirektor für Außenbeziehungen bei der EG-Kommission S. 354

Kreß, Hans Mitglied des Vorstands des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. S. 1555–1557

Kribben, Klaus Mitglied des Landtags von Schleswig Holstein und Vorsitzender der CDU-Fraktion S. 1442

Kroes, Neelie niederländische Verkehrsministerin S. 742[25]

Krolikowksi, Herbert Mitglied des ZK der SED, Erster Stellvertretender Außenminister der DDR und bis 29. Mai 1987 Generalsekretär des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts S. 669

Krömer, Peter Mitarbeiter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut bzw. Junieh S. 544, 547f.

Kroneck, Friedrich Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Amsterdam, seit 27. April 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Unterabteilung 51 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts S. 1671, 1672[5]

Krumrei, Claus Legationssekretär im Referat 213 „Weltweite internationale Organisationen; bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ des Bundeskanzleramts S. 1545[1]

Kubiczek, Franciszek stellvertretender Vorsitzender der Planungskommission im Ministerrat der Volksrepublik Polen S. 598[6]

Kucza, Ernest Abteilungsleiter im ZK der PVAP; 1983–1985 polnischer Stellvertretender Außenminister **Dok. 121**

Kudlich, Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt“ im Auswärtigen Amt S. 110[6], 233[1], 328[1], 349[6], 939[1], 1575, 1656[2], 1869

Kuhn, Heinz S. 1369f.

Kuhna, Karl-Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt S. 950[1], 1101[18], 1494[3], 1555[1], 1556[9], 1788[1], 1812

Kulikow, Wiktor Georgijewitsch Marschall der Sowjetunion und Erster Stellvertretender Verteidigungsminister sowie Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts S. 669, 797

Kullak-Ublick, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile **Dok. 10, 118, 310** und S. 1029[8], 1202[5+6], 1882[5], 1920

Kullak-Ublick, Ingeborg Ehefrau von Horst Kullak-Ublick S. 1558f.

Kulski, Bolesław Gesandter an der polnischen Botschaft in Bonn S. 598, 609, 1436, 1437[9]

Kundera, Milan tschechoslowakischer Schriftsteller und Publizist S. 480, 482f., 486

Kunkel, Harald Angestellter in der Unterabteilung 20 der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 834[1]

Kunzmann, Karl-Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 309, 328, 350** und S. 1355[38]

Kupzow, Walentin Alexandrowitsch Stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1694[15]

Kuranari, Tadashi japanischer Außenminister bis 6. November 1987 S. 843–846, 849, 852–854, 882, 885, 1348, 1537[14]

Kurdi, Mamoun Abteilungsleiter im saudi-arabischen Außenministerium S. 1638

Kurz, Hans-Rudolf Professor für Militärgeschichte an der Universität Bern und seit 1. September 1987 Vorsitzender der internationalen Historikerkommission zur Untersuchung des „Falls Waldheim“ S. 962, 965 f.

Kusnezow, Georg Oberamtsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts S. 3[2], 36[3], 53[3], 69[3], 82[3], 141[3], 149[1], 174[3], 201[3], 216[3], 219[2], 309[3], 319[3], 335[1], 348[2], 477[3], 694[3], 798[3], 945[3], 1026[1], 1037[3], 1080[3], 1165[3], 1201[1], 1215[2], 1321[3], 1399[4], 1418[5], 1435[2], 1460[3], 1463[4], 1548[4], 1653[3], 1660[5], 1753[3], 1795[3], 1831[1], 1933[3]

Kusumaatmadja, Mochtar indonesischer Außenminister S. 745, 1264–1267, 1272

Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch sowjetischer Botschafter in Bonn; 1981–1983 Leiter der Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf, 1985/86 Leiter der Verhandlungen über Verteidigungs- und Weltraumwaffen bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf **Dok. 133** und S. 196 f., 200, 256, 621[4], 636, 642, 1003, 1016, 1019, 1029 f., 1246, 1349 f., 1353[33], 1355, 1423, 1428, 1445, 1510, 1692 f., 1695[23], 1696[25], 1857, 1860[13], 1894[12]

Kyaw, Dietrich von Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1901[6]

La Pergola, Antonio Vorsitzender des italienischen Verfassungsgerichts, seit 28. Juli 1987 Europaminister S. 1812

Lafontaine, Oskar Ministerpräsident des Landes Saarland (SPD) S. 567, 1290, 1309

Lagos, Ricardo Leiter des Politischen Komitees der Sozialistischen Partei Chiles S. 44

Lahad, Antoine General und Kommandeur der Südlibanesischen Armee (SLA) S. 1515[9]

Lahusen, Carl 1983–1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 1454[17]

Lambach, Frank Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 240, 248, 258, 342** und S. 29[1], 36[1], 64[1], 565[1], 661[1], 1230[28], 1289[2], 1803[21], 1844[1+3], 1846[13]

Lambsdorff, Otto Graf Mitglied des Deutschen Bundestages und wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion; 1977–1984 Bundesminister für Wirtschaft S. 1339[9]

Lamers, Karl Franz Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1471[8]

Lamy, Pascal Kabinettschef und Berater des Präsidenten der EG-Kommission S. 1869

Lang, Hartmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in Boston S. 269[18]

Lange, Rudolf Fregattenkapitän und Referent in der Stabsabteilung VI „Planung“ des Führungsstabs der Marine im Bundesministerium der Verteidigung, seit 1. Oktober 1987 Kapitän zur See und Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen), Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt S. 1386

Languetin, Pierre Präsident der Schweizerischen Nationalbank S. 291

Lanusse Gelly, Alejandro Agustín 1971–1973 Präsident der Argentinischen Republik S. 1612[4]

Lardry, Paul Louis Joseph Generalleutnant der französischen Streitkräfte und Kommandeur der Schnellen Eingreiftruppe (Force d'Action Rapide) S. 1403

Larijani, Mohammed Javad stellvertretender iranischer Außenminister S. 850, 1276[21], 1345 f., 1380, 1735, 1816

Lassen, Niels Julius dänischer Botschafter in Harare S. 1193[3]

Lassus, Dominique Botschaftsrat an der französischen Botschaft in Bonn, seit September 1987 Austauschbeamter im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts S. 1844[1]

Laurel, Salvador Vizepräsident der Republik der Philippinen und bis 2. Februar 1987 Außenminister S. 1271

Lautenschlager, Hans Werner Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 2. November 1987 Staatssekretär des Auswärtigen Amts; 1975–1979 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" im Auswärtigen Amt S. 177[4], 181[21], 257[38], 451[4], 760[3], 761[6], 1323, 1347, 1447[21+24], 1534, 1540[25], 1571, 1575, 1576[7], 1578[15], 1581[22], 1589[28], 1653, 1654[8], 1656, 1671, 1673[11], 1676[19], 1720, 1748[1], 1753, 1754[10], 1758[29+35], 1765[19], 1812, 1832[8], 1933

Lawson, Nigel britischer Schatzkanzler S. 880, 1088, 1715

Lazri, Sofokli Sonderbotschafter und außenpolitischer Berater des Ersten Sekretärs des ZK der Partei der Arbeit Albaniens S. 133, 1482

Le Pen, Jean-Marie Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Rechten S. 1546

Ledogar, Stephen Joseph Gesandter und Vertreter des Leiters der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie seit Februar 1987 Leiter der Delegation bei den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien im Rang eines Botschafters, seit 8. Juli 1987 zugleich Leiter der Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 731[11], 996, 1321[10], 1804–1806

Ledsky, Nelson C. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium bzw. seit April 1987 im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika (Director European and Soviet Affairs) S. 1449

Lee Kuan Yew Ministerpräsident der Republik Singapur S. 1272

Leeuwen, Robert van Vertreter des Leiters des UNHCR-Regionalreferats Europa und Nordamerika S. 698

Lefebvre, Marcel François Marie Joseph Kardinal sowie Gründer und Leiter der Priesterbruderschaft St. Pius X.; 1962–1970 Titularerzbischof von Synnada in Phrygia S. 95

Lefringhausen, Klaus Leiter der Geschäftsstelle der EKD in Bonn S. 340[4]

Lehman, Ronald Frank II. Mitglied der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf sowie Leiter der Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (START) im Rang eines Botschafters S. 513, 806[7], 808[13], 1551, 1553

Lehnhardt, Annelie Legationsrätin bzw. seit 29. Mai 1987 Legationsrätin I. Klasse im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 550, 1007

Leibniz, Gottfried Wilhelm *1646 †1716 S. 1483

Lellouche, Pierre stellvertretender Direktor des Institut français des relations internationales (IFRI) in Paris S. 872, 875

Lemnitzer, Lyman Louis General a. D. und 1963–1969 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 876[24]

Lengl, Siegfried Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 544[3], 1090[34], 1467 f., 1709

Lenihan, Brian irischer Außenminister seit 10. März 1987 S. 1332, 1334 f., 1337

Lenin, Wladimir Iljitsch 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. seit 1922 der

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 6, 80, 782, 785, 893[27], 972, 1044, 1279, 1825

Leonidow, L. Oberst der sowjetischen Streitkräfte S. 973

Lerman, Miles Vorsitzender des „Committee for International Relations" des United States Holocaust Memorial Council S. 1109

arap Leting, Joseph Tendenei kenianischer Kabinettschef und Leiter des Öffentlichen Dienstes (Permanent Secretary to Cabinet and Head of Civil Service) S. 1641, 1643

Levin, Carl Milton Senator für den amerikanischen Bundesstaat Michigan (Democratic Party) und Vorsitzender des Unterausschusses „Conventional Forces and Alliance Defense" des Verteidigungsausschusses des Senats S. 89, 263[10]

Levy, David stellvertretender Ministerpräsident des Staates Israel und Mitglied der Knesset S. 504

Lewalter, Karl Walter Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt, vom 30. Januar bis 15. März 1987 abgeordnet nach Genf zur Wahrnehmung der Zweiten Sitzungsperiode der weltweiten Verwaltungskonferenz für den Kurzwellen-Rundfunkdienst, seit 27. Juli 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 678, 789[7], 1470[15]

Li Peng Stellvertretender Ministerpräsident bzw. seit 24. November 1987 Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 1068[18]

Li Ruihuan Bürgermeister von Tianjin und seit 2. November 1987 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 493[12], 1068

Li Xiannian Staatspräsident der Volksrepublik China S. 1265[19]

Libal, Michael Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts S. 194[1], 497[1], 886[1+3], 1003[1], 1016[1], 1029[1], 1055[1], 1693[10], 1822[1], 1849[8]

Liberman, Jewsei Grigorjewitsch 1962–1981 Professor für Statistik und Wirtschaftsmathematik an der Universität Charkow; 1947–1962 Abteilungsleiter am Charkow-Institut für Ingenieurwissenschaften und Ökonomie S. 692

Ligatschow, Jegor Kusmitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU sowie Sekretär des ZK für Kader, Ideologie und Parteiverwaltung S. 9, 690 f., 1446[20], 1810 f., 1849 f., 1878[26]

Limmer, Herbert Ministerialdirektor und Leiter der Auslandsabteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, am 1. Oktober 1987 in Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts versetzt, seit 7. Dezember 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires; 1979–1983 Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland S. 46[9]

Limpabandhu, Prapass stellvertretender thailändischer Außenminister S. 743

Lin Zongtang Stellvertretender Präsident der Staatlichen Wirtschaftskommission der Volksrepublik China S. 1066 f.

Linden, Ludwig Legationsrat I. Klasse im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD" des Auswärtigen Amts S. 228[1], 1088[25], 1149[1], 1575[1], 1656[1]

Linder, Peter Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Manila bzw. seit 6. Juli 1987 im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat" des Auswärtigen Amts S. 1815[24]

Linhard, Robert E. Brigadegeneral und Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika (Special Assistant to the President for National Security Affairs) S. 89, 263[10], 714, 1071

Lipkin-Shahak, Amnon Generalmajor der israelischen Streitkräfte und Leiter des Militärischen Nachrichtendienstes **Dok. 298**

Lippe, Manfred Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 515 „Internationale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen“ des Auswärtigen Amts S. 1901[1]

Lipski, Jan Józef polnischer Literaturkritiker, Mitglied der Gewerkschaft Solidarność und seit November 1987 Vorsitzender der neu gegründeten Polnischen Sozialistischen Partei S. 480

List, Friedrich *1789 †1846 S. 480–482

Liyonda, Adrienne Ekila zairische Außenministerin S. 291

Loeck, Hans Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Caracas; 1982–1985 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 58[18]

Löffler, Kurt Staatssekretär im Ministerium für Kultur der DDR sowie stellvertretender Vorsitzender und Sekretär des Komitees zum 750-jährigen Bestehen von Berlin **Dok. 70** und S. 662

Löhr, Friedrich Ludwig Legationsrat I. Klasse bzw. seit 4. März 1987 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Khartoum, seit 21. September 1987 an der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1511[19]

Lohse, Johannes Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 643[1], 1080[6], 1303[6]

Lomeiko, Wladimir Borissowitsch Leiter der sowjetischen Delegation bei der VN-Menschenrechtskommission im Rang eines Botschafters; 1984–1986 Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium S. 1849

Loosch, Reinhard Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 22 „Internationale und innerdeutsche Zusammenarbeit“ im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 1756, 1889[1], 1891[7]

López Contreras, Carlos honduranischer Außenminister S. 517

Loquai, Heinz Oberst i. G. und Mitarbeiter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 279[1], 621[1], 643[1]

Lorisika, Albert Oberamtsrat im Referat 118 „Sicherheit und Geheimschutz“ des Auswärtigen Amts S. 802[1]

Löschner, Harald Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts S. 1327[21], 1436[7], 1799[1], 1802[20]

Lubbers, Rudolphus („Ruud“) Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 1363

Lübke, Heinrich 1959–1969 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 1256[4]

Lucas, Hans-Dieter Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ bzw. seit 2. April 1987 Legationssekretär im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 678[28], 1003[1], 1016[1], 1720[1+4]

Lüdeking, Rüdiger Legationsrat I. Klasse und persönlicher Referent des Staatsministers Stavenhagen bzw. seit 12. März 1987 der Staatsministerin Adam-Schwaetzer im Auswärtigen Amt, seit 3. Juni 1987 Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf S. 471

Lukanow, Andrei Karlow bulgarischer Stellvertretender Ministerpräsident, seit 18. August 1987 Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen S. 1470[15]

Lukjanow, Anatolij Iwanowitsch Leiter der Allgemeinen Abteilung beim ZK der KPdSU, seit 28. Januar 1987 Sekretär des ZK S. 195, 199, 1543[15]

Lukowitz, Rüdiger von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 381[1], 945[1+3], 1084[2]

Lummer, Heinrich Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1900

Lüneburg, Sonja siehe: Olbrich, Johanna

Luns, Joseph A. M. H. 1971–1984 Generalsekretär der NATO S. 1260 f.

Lunscken, Hans-Ulrich Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 1298–1301

Luschew, Pjotr Georgijewitsch General der sowjetischen Streitkräfte und Mitglied des ZK der KPdSU sowie Erster Stellvertretender Verteidigungsminister S. 797

Lusinchi, Jaime Ramón Präsident der Republik Venezuela S. 550[1], 1899[31]

Lutz, Martin Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 289[2], 685[9], 1534[1], 1681[8]

Ma Canrong Referatsleiter im chinesischen Außenministerium S. 373

Mabolia Inengo Tra Bwato, Joseph zairischer Botschafter in Bonn S. 291

Machel, Samora Moisés 1975–1986 Präsident der Volksrepublik Mosambik S. 295, 1649

Macovescu, Gheorghe 1972–1978 rumänischer Außenminister S. 136

de la Madrid Hurtado, Miguel Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 521, 1899[31]

Madrigal Nieto, Rodrigo costaricanischer Außenminister S. 155, 518, 558[2]

Mafael, Rolf Legationssekretär im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ bzw. seit 21. April 1987 im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, WEU)“ des Auswärtigen Amts S. 495[3], 822[1], 1315[19]

Maginot, Rudolf Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 871[12]

al-Mahdi, Sadiq Vorsitzender der Umma-Partei und Ministerpräsident der Republik Sudan S. 339[2]

Mahler, Halfdan T. Generaldirektor der WHO S. 854

Mahley, Donald A. Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika S. 93 f., 1688

Makarios III., Myriarthes (Michael Christodulos Muskos) 1959–1977 Erzbischof und Präsident der Republik Zypern (Juli bis Dezember 1974 im Exil) S. 1913[38]

Malile, Reiz albanischer Außenminister S. 1476[7], 1482, 1867

Malinowski, Roman Präsident des polnischen Parlaments (Marschall des Sejm) und Vorsitzender der Vereinigten Bauernpartei (ZSL) **Dok. 182** und S. 599, 610, 1325[10], 1326

Mallaby, Christopher Leslie George stellvertretender Leiter des britischen Cabinet Office (Deputy Secretary and Head of the Overseas and Defence Secretariat in the Cabinet Office) S. 424

Mandani, Nizar Abteilungsleiter im saudi-arabischen Außenministerium S. 1638

Mandela, Nelson Rolihlahla Mitglied des südafrikanischen ANC, seit 1962 in Haft S. 180, 657, 845 f., 1363 f., 1451 f., 1454, 1623, 1650

Mandela, Nomzamo Winnie führendes Mitglied des südafrikanischen ANC S. 1454

Mangwende, Witness simbabwischer Außenminister bis 22. Dezember 1987 S. 655

Mann, Marcus Vortragender Legationsrat im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien“ des Auswärtigen Amts S. 562[1+2], 1298[1]

Mannerheim, Carl Gustaf Emil Freiherr von 1939–1945 General und Oberbefehlshaber der finnischen Streitkräfte sowie 1944–1946 Präsident der Republik Finnland S. 227

Mansfield, Michael Joseph amerikanischer Botschafter in Tokio S. 1537[14]

Mansouri Staatssekretär im iranischen Außenministerium **Dok. 113**

Mao Zedong 1943–1976 Vorsitzender der KPCh und 1949–1959 Vorsitzender der Zentralen Volksregierung der Volksrepublik China bzw. seit 1954 Vorsitzender der Volksrepublik China S. 1311, 1469[8], 1624

Mara, Ratu Sir Kamisese Ministerpräsident von Fidschi bis 13. April 1987, vom 13. April bis 14. Mai 1987 Oppositionsführer, seit 5. Dezember 1987 Ministerpräsident der Republik Fidschi S. 844[15]

Marcos, Ferdinand 1965–1986 Präsident der Republik der Philippinen S. 165[29], 1270[6], 1271

Jacquin de Margerie, Emmanuel französischer Botschafter in Washington S. 72

Marré, Johannes Leiter der Sachverständigendelegation zur Untersuchung der Colonia Dignidad seit November 1987; 1979–1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Montevideo S. 1919 f.

Marshall, George Catlett, Jr. General der Armee (General of the Army) und 1947–1949 amerikanischer Außenminister S. 505, 1648

Martens, Wilfried Ministerpräsident des Königreichs Belgien **Dok. 125** und S. 293, 1253

Martínez Cuenca, Alejandro nicaraguanischer Handelsminister S. 1282[13]

Marx, Karl *1818 †1883 S. 1290[4], 1628

al-Maschat, Mohammed Sadiq irakischer Botschafter in Paris bis 2. Oktober 1987, danach Botschafter in London S. 1126, 1137

al-Masri, Taher jordanischer Außenminister **Dok. 329** und S. 240, 246

al-Masri, Zafer 1985/86 Bürgermeister von Nablus S. 847[29]

Massion, Georg Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung" des Auswärtigen Amts sowie Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 226** und S. 681[1]

Massmann, Gerd Botschaftsrat I. Klasse und Geschäftsträger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kabul S. 655[25], 1113[12]

Mate, Peter ungarischer Dolmetscher S. 1417

Matern, Georg Regierungsdirektor und Stellvertretender Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1776[18]

Mathiopoulos, Margarita Pressereferentin bei IBM Deutschland, seit 1. Juli 1987 stellvertretende Direktorin des Aspen Institute in Berlin (West) S. 433[9], 953

Matlock, Jack Foust, Jr. Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika, seit 6. April 1987 Botschafter in Moskau S. 88, 1525, 1527, 1846[13]

Matsunaga, Nobuo japanischer Botschafter in Washington S. 1319[4]

Mattes, Arnulf Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia, seit 23. November 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik" im Auswärtigen Amt S. 1902[8]

Matthei Aubel, Fernando General der chilenischen Luftwaffe und Mitglied der Militärregierung der Republik Chile **Dok. 118**

Matthias, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta, seit 9. März 1987 Botschafter in Bukarest S. 1699[12], 1892[8], 1895[16]

Mauroy, Pierre 1981–1984 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 873

Mayor Zaragoza, Federico stellvertretender Generaldirektor bzw. seit 7. November 1987 Generaldirektor der UNESCO S. 1512

Maza Martelli, Joaquín Alexander stellvertretender salvadorianischer Außenminister S. 550

Mazowiecki, Tadeusz Berater der polnischen Gewerkschaft Solidarność und Mitglied des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau **Dok. 210**

M'Bow, Amadou Mahtar Generaldirektor der UNESCO bis 7. November 1987 S. 854, 1198, 1275

McCloy, John J. 1949–1952 amerikanischer Hoher Kommissar für Deutschland S. 1801

Medwedew, Wladimir Iwanowitsch General der sowjetischen Streitkräfte und Militärberater S. 430

Meese, Edwin III. amerikanischer Justizminister (Attorney General) S. 106f., 594f.

Méhaignerie, Pierre französischer Verkehrsminister S. 1609f.

Mei Zhaorong Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium S. 373

Meincke, Horst Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 690[3]

Meisner, Joachim Kardinal und Bischof von Berlin sowie Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz S. 1788–1790

Meiszter, Dávid Leiter der ungarischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1187

de Melo, Eurico portugiesischer Verteidigungsminister seit 17. August 1987 S. 1780f.

Menne, Fritz 1976–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 1827[7]

Menne General der chilenischen Streitkräfte S. 1920

Mennicken, Jan-Baldem Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung 5 „Luft- und Raumfahrt, Rohstoffe; Geowissenschaften; Verkehr" im Bundesministerium für Forschung und Technologie, zudem Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der ESA in Paris S. 1889[1]

Mensah, Moise Christophe Beigeordneter Präsident des IFAD S. 854[57]

Mercouri, Melina griechische Ministerin für Kultur und Wissenschaft S. 951, 953[10], 955

Merino Castro, José Toribio Admiral der chilenischen Marine sowie Präsident der Militärregierung der Republik Chile S. 589

Merkel, Christoph Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 610 B „Büro des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Arbeitseinheit 1" im Auswärtigen Amt S. 1494[16]

van der Merwe, Christoffel Johannes („Stoffel") Mitglied des südafrikanischen Parlaments, stellvertretender Minister für Information und Verfassungsentwicklung und seit Mai 1987 persönlicher Berater und Sonderbotschafter des Präsidenten der Republik Südafrika S. 1451

Méry, Guy General a.D. der französischen Streitkräfte; 1975–1980 Generalstabschef S. 872

Messerschmidt, Manfred Professor und Leitender Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Freiburg im Breisgau, seit 1. September 1987 zugleich Mitglied der internationalen Historikerkommission zur Untersuchung des „Falls Waldheim" **Dok. 191**

Messmer, Pierre Abgeordneter der französischen Nationalversammlung und Fraktionsvorsitzender der Partei „Rassemblement pour la République" S. 959

Messner, Zbigniew Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Ministerpräsident der Volksrepublik Polen S. 610, 1417

Metscher, Klaus Botschaftsrat und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 533[1], 1137[1], 1145[35], 1905[1]

Meyer, Klaus Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD in Paris mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 191[15], 192[16]

Meyer, Michael Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 700[10]

Meyer, Thomas Politikwissenschaftler und Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung S. 1211

Meyer, Wolfgang Leiter der Abteilung „Presse und Information" im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR

sowie Sprecher des Außenministeriums S. 661[2], 1294

Meyerhoff, Harvey M. Mitglied bzw. seit 4. Februar 1987 Vorsitzender des United States Holocaust Memorial Council S. 1109

Meyer-Landrut, Andreas Staatssekretär des Auswärtigen Amts, seit 5. Mai 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 156, 157, 200, 203, 206, 242, 365, 381** und S. 3, 21, 29, 34, 36, 41[4], 61, 64, 69, 82, 88, 94[1], 125, 132, 137[2], 141, 149[1], 167, 196f., 201, 215[13], 216, 218[12], 319, 328, 335[1], 342, 347f., 369, 381[1], 384[1], 423, 480[1], 495, 570[1], 678, 930[14], 1024f., 1055[6], 1063[31+32+33], 1101[18], 1254[22], 1347, 1355, 1510, 1553[24], 1692[7], 1695[23], 1696[25], 1700[1], 1706[29], 1817[32], 1846[13], 1860[13], 1878[26]

Miyazawa, Kiichi japanischer Finanzminister S. 880

Michael, Holger Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Managua **Dok. 228** und S. 1280[4], 1281[8]

Michajlow, Walerian Wladimirowitsch Leiter der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 367[11], 1804f.

Michel, Joseph belgischer Minister für innere Angelegenheiten, den öffentlichen Dienst und die Dezentralisierung S. 759

Michelfeit, Josef Generalsekretär der Berliner Bischofskonferenz seit Februar 1987 S. 1788

Michiko Kronprinzessin von Japan S. 817

Michnik, Adam polnischer Schriftsteller und Publizist S. 480

Mikulić, Branko Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien **Dok. 82** und S. 361[7], 1567

Miller, Israel Rabbi und Präsident der Conference on Jewish Material Claims against Germany S. 1239

Millotat, Christian Eduard Otto Oberstleutnant i.G. und Referent im Referat 1 „Militärpolitische Grundlagen“ in der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1403[3]

Miłosz, Czesław polnischer Dichter und 1980 Träger des Nobelpreises für Literatur S. 480

Minty, Abdul S. Direktor der Organisation „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa“ **Dok. 40** und S. 1517, 1797f.

al-Mirghani, Ahmad Ali Präsident der Republik Sudan S. 295

Miron, Yehuda Gesandter an der israelischen Botschaft in Bonn seit 1. Juli 1987 S. 825

Mischnick, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 776[10], 1295f.

Mittag, Günter Mitglied des Politbüros des ZK der SED sowie Sekretär des ZK für Wirtschaft und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 1226[15], 1255, 1290, 1293

Mitterrand, Danielle Émilienne Ehefrau von François Mitterrand S. 693

Mitterrand, François Staatspräsident der Französischen Republik **Dok. 26, 89, 147, 166, 189, 294, 318, 356** und S. 21, 24, 27, 35, 67, 100, 101[6], 102, 113f., 117, 137[3], 237, 294, 381, 400, 629, 671, 693, 710, 730, 732, 735, 825, 873–875, 878–885, 918, 1013, 1044, 1118, 1120f., 1125, 1174[11], 1203–1206, 1215[4], 1282, 1386–1388, 1390f., 1402, 1403[4+5], 1405–1407, 1451, 1459[13], 1542, 1582[1], 1591f., 1619, 1625, 1662, 1666[41], 1668, 1743, 1836f., 1850, 1870, 1888[14]

Mkapa, Benjamin William tansanischer Außenminister S. 655

Mladenow, Petar Toschew bulgarischer Außenminister S. 376, 788–791, 1084, 1476[7], 1867[26]

Mo Wenxiang chinesischer Minister für Luftfahrtindustrie S. 1468

Mobutu Sese Seko Feldmarschall und Präsident der Republik Zaire **Dok. 63** und S. 633

Mochtar Kusumaatmadja siehe: Kusumaatmadja, Mochtar

Mock, Alois Bundesparteiobmann (Vorsitzender) der ÖVP und seit 21. Januar 1987 österreichischer Außenminister S. 595, 960, 1039[16], 1147[37]

Mocumbi, Pascoal Manuel mosambikanischer Außenminister S. 655, 1614

Mohrmann, Ulrich Regierungsdirektor an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf, vom 9. Juli bis 3. August 1987 Koordinator bei der UNCTAD VII in Genf S. 1157

arap Moi, Daniel Toroitich Präsident der Republik Kenia **Dok. 323**

Molden, Friedrich Peter („Fritz") Sonderbotschafter des österreichischen Außenministeriums im „Fall Waldheim" seit 11. Juni 1987 **Dok. 190**

Molitor, Edouard Leiter der luxemburgischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien sowie seit Februar 1987 bei den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien im Rang eines Botschafters S. 996

Möllemann, Jürgen Wilhelm Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), seit 12. März 1987 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft S. 43[2], 137, 215[13], 216, 344[7], 998, 1002[16]

Moltke, Gebhardt von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit" im Auswärtigen Amt S. 88[1+3+8], 159[1], 309[1+3+4], 570[1], 647, 793[1], 834[1], 1071[1], 1105[2], 1391[1], 1398[18], 1747[18], 1848[1], 1873[2], 1901[1]

Momper, Walter Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der SPD und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus S. 337

Monge Álvarez, Luis Alberto 1982–1986 Präsident der Republik Costa Rica S. 517, 1282[17]

Montfort, Norbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat **Dok. 172**

Moore, John britischer Verkehrsminister, seit 13. Juni 1987 Minister für soziale Dienste S. 742[25]

Morales Ehrlich, José Antonio Generalsekretär der Christdemokratischen Partei El Salvadors, seit Oktober 1987 Landwirtschaftsminister S. 520

Morán López, Fernando 1982–1985 spanischer Außenminister S. 1092

Morel, Pierre Leiter der französischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1985/86 Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires politiques) S. 22, 142f., 144

Morr, Hubertus von Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts, seit 12. November 1987 Vortragender Legationsrat **Dok. 159, 239** und S. 274[1], 1117[1], 1592[12], 1594[18]

van de Mortel, Jan Hein Lodewijk Leiter der niederländischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1804

Moser, Wolfgang Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 1141[15]

Mostafavi, Mehdi Ahary iranischer Botschafter in Bonn seit 8. Oktober 1987 S. 1462[16]

Moulin, Jean führendes Mitglied des französischen Widerstands, 1943 Gründer und Vorsitzender des „Conseil National de la Résistance", im selben Jahr durch die Gestapo zu Tode gefoltert S. 710

de Moura, Venâncio siehe: da Silva Moura, Venâncio

Mubarak, Mohammed Hosni Präsident der Arabischen Republik Ägypten; 1974–1981 Vizepräsident **Dok. 361** und S. 505f., 999f., 1448, 1499[17], 1856[49]

Much, Christian Legationsrat I. Klasse im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts S. 174[4], 339[1]

Mugabe, Robert Ministerpräsident bzw. seit 31. Dezember 1987 Präsident der Republik Simbabwe, Führer der Zimbabwe African National Union–Patriotic Front (ZANU–PF) und Vorsitzender der Bewe-

gung blockfreier Staaten S. 165 f., 183, 1085, 1452, 1678

Mulack, Gunter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)“ des Auswärtigen Amts, vom 1. Juli bis 13. August 1987 und seit 16. Dezember 1987 abgeordnet nach Tripolis zur Übernahme der Dienstgeschäfte des Geschäftsträgers S. 856[5], 1671[1+4], 1787[1]

Müller, Christoph Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 69[1+3], 128[1], 184[1], 428[1], 445[1], 590[1], 621[1], 643[1], 722[1], 805[1], 1159[1], 1165[1], 1191[1], 1220[1], 1319[1], 1478[1], 1524[1], 1548[1]

Müller, Wolfgang S. 1366, 1369

Müller-Chorus, Gerhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik“ im Auswärtigen Amt S. 755[1+2], 1101[18], 1416[26]

Müller-Thuns, Waldemar Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung E „Europapolitik“ im Bundesministerium für Wirtschaft S. 354[27]

Mülmenstädt, Matthias Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 279[1], 282[1], 286[1], 319[1+3], 553[1], 590[1], 612[1+2], 621[1], 643[1], 713[1], 805[1], 904[1+3], 1191[1], 1220[1], 1303[1+3], 1319[1], 1520[1], 1524[1], 1601[1], 1686[1], 1733[1], 1748[1], 1767[1], 1824[1], 1841[1]

Mulroney, Martin Brian Ministerpräsident von Kanada und Vorsitzender der Fortschrittlichen Konservativen Partei S. 865[18], 878–885, 1927[17]

Munguía Payés, David Major der salvadorianischen Streitkräfte S. 1007

Munro, Alan Gordon Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State, Middle East/Africa) seit Februar 1987 S. 371[18]

Murachowskij, Wsewolod Serafimowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister S. 628, 641[20], 670, 691, 889

Murata, Ryohei japanischer Botschafter in Wien, seit Juli 1987 stellvertretender Außenminister S. 1537[14]

Murphy, Richard William Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs) S. 162–164, 848[32], 936

Musa al-Sadr, Sayyid schiitischer Imam und Oberhaupt des Obersten Islamisch-Schiitischen Rats im Libanon bis zu seinem Verschwinden im August 1978 S. 766

Museveni, Yoweri Kaguta Präsident der Republik Uganda S. 1647[15]

Musitelli, Jean Mitarbeiter im französischen Präsidialamt und außenpolitischer Berater des französischen Staatspräsidenten (Chargé de mission au secrétariat général de la Présidence de la République, seit April 1987 Conseiller technique) S. 21[6]

Mussawi, Hassan Mitglied der Hisbollah S. 85

Mussawi, Mir Hossein Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran S. 217, 850[40], 1111[8]

de Muyser, Guy Leiter der luxemburgischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 280, 1260 f., 1769

Muzorewa, Abel Tendekayi Bischof der United Methodist Church in Simbabwe; 1971–1985 Präsident des United African National Council in Simbabwe und vom 1. Juni bis 11. Dezember 1979 Ministerpräsident von Simbabwe-Rhodesien S. 1626[38]

Mwananshiku, Luke sambischer Außenminister S. 655

Naccache, Anis S. 86

Nachmann, Werner Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland S. 1239

Nadschibullah, Mohammed Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans sowie seit 30. Sep-

tember 1987 Vorsitzender des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan, seit 30. November 1987 Präsident der Republik Afghanistan S. 315[38], 376, 453, 842[5], 1113[12]

Nagel, Burghart Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport“ im Auswärtigen Amt **Dok. 45, 272, 299** und S. 157[1+3], 158[10], 276[1], 928[1], 1077[1+2], 1102[1], 1103[8], 1168[1], 1172[20], 1796[10], 1797[12]

Nagy, János 1971–1980 ungarischer Stellvertretender Außenminister S. 135[20]

Najib, Mohammed siehe: Nadschibullah, Mohammed

Nakane, Takeshi Mitarbeiter der japanischen Botschaft in Bonn S. 814

Nakasone, Yasuhiro Ministerpräsident Japans bis 6. November 1987 **Dok. 165** und S. 846[22], 878–885, 1253, 1379

Nardin, Claude-Nicole schweizerische Untersuchungsrichterin S. 1441, 1442[8]

Naruhito (Prinz Hiro) Prinz von Japan S. 817

Nasarkin, Jurij Konstantinowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, seit Februar 1987 Leiter der Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 311[11], 679, 1840

Nasser, Jahanbakhsh Attaché für Kulturangelegenheiten an der iranischen Botschaft in Bonn S. 216, 218

Nasseri, Cyrus Referatsleiter im iranischen Außenministerium S. 1110

Natus, Dietrich Vorstandsvorsitzender der Metallgesellschaft AG Frankfurt am Main S. 1069

Naudé, Christiaan Frederick Beyers Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats (SACC) bis Juli 1987 S. 1193[3]

Naumann, Friedrich * 1860 † 1919 S. 481 f.

Necker, Tyll Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) S. 504 f.

Nedden, Ute Mitarbeiterin des Deutschen Roten Kreuzes S. 1922

Neglein, Hans-Gerd stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Siemens AG S. 493, 1067 f.

Negrotto Cambiaso, Andrea stellvertretender Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium S. 1814[20]

O'Neill, Robert James Leiter der britischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1805

Neira, Ivan chilenischer Rechtsberater S. 1028

Nestorowicz, Tadeusz polnischer Botschafter in Bonn bis 11. August 1987 S. 611

Nestroy, Harald Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San José **Dok. 110** und S. 164[27], 515, 518 f., 522, 524

Netschajew Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 32

Neubert, Klaus Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 782[1], 1056[7+9], 1602[4], 1841[1]

Neuer, Walter Ministerialdirigent und Leiter des Referats 24 „Sonderaufgaben: Protokoll“ im Bundeskanzleramt, seit 1. Juli 1987 Leiter des Kanzlerbüros S. 432[1], 735[1], 809, 814, 827, 936[12], 956, 1049[1]

Neukirchen, Karl Heinz Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 61 in der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts S. 1116[6]

Neumann, Isaac Rabbiner der Jüdischen Gemeinde in der DDR seit 23. September 1987 S. 1239

Neusel, Hans Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 149[1], 698[17], 700, 702 f., 756[7], 765[17], 767[22], 1173[2], 1258, 1901 f.

Nguyen Co Thach vietnamesischer Außenminister und seit Februar 1987 Stellvertretender Ministerpräsident S. 1264[18], 1266, 1272

Nguyen Van Linh Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams S. 744

Nicholls, David Alan Abteilungsleiter im britischen Verteidigungsministerium (De-

puty Under-Secretary of State, Policy) S. 424

Nier, Kurt Stellvertretender Außenminister der DDR S. 39[12], 1225[12], 1292[16]

Nikitin, Sergej Sergejewitsch sowjetischer Botschafter in Brüssel bis 25. Mai 1987 S. 239, 245, 453[8]

Nikolaus II. * 1868 † 1918 S. 1278

Nipperdey, Otto Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 1193[3]

De Nittis, Francesco Apostolischer Nuntius in San Salvador und Tegucigalpa S. 1010

Nitze, Paul Henry Sonderbotschafter der amerikanischen Regierung in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle; 1981–1983 Leiter der Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters **Dok. 53, 56, 59** und S. 71, 89, 106, 185, 250f., 263, 303[14], 310, 556, 580f., 616[11], 621[3+4], 713f., 906, 1071, 1073, 1075, 1161, 1319[4], 1500, 1525–1527, 1552, 1838

Nixon, Richard Milhous 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 73

Nkomo, Mqabuko Joshua Vorsitzender der ZAPU und seit 31. Dezember 1987 stellvertretender Vizepräsident der Republik Simbabwe S. 1626[38]

Noël, Émile Generalsekretär der EG-Kommission, seit November 1987 Präsident des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz S. 735[3]

Nogueira Batista, Paulo brasilianischer Ständiger Vertreter bei den GATT-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters, seit September 1987 Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen in New York S. 1930

Noir, Michel Beigeordneter Außenhandelsminister im französischen Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Privatisierung S. 660

Noiville, Jean François Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires politiques) **Dok. 66, 367** und S. 112, 728, 826, 834, 1590

Nöldeke, Eberhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika“ im Auswärtigen Amt S. 882[23], 1450[2], 1614[3], 1831[1], 1834[16]

Nölle, Wilfried Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maputo **Dok. 324** und S. 1621[29], 1630[45], 1634[52]

Nordenskjöld, Fritjof von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ im Auswärtigen Amt, seit 2. November 1987 abgeordnet an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1092[46]

North, Oliver Laurence Oberstleutnant der amerikanischen Streitkräfte und 1981–1986 Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika S. 628[7]

Nourney, Gerhard Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris, seit 24. September 1987 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ des Auswärtigen Amts S. 1748[1]

Nowak, Jerzy M. Stellvertretender Leiter bzw. seit 18. September 1987 Leiter der polnischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1908[17]

Nowak, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Riad **Dok. 322** und S. 1176[4]

Nowotny, Eva Gesandtin und außenpolitische Beraterin des Bundeskanzlers der Republik Österreich S. 1541f.

Nowottny, Friedrich Intendant des WDR S. 215[13], 216

Numeiri, Dschafar Mohammed Feldmarschall und 1969–1985 Präsident der Demokratischen Republik Sudan S. 339[2]

Núñez Téllez, Carlos führendes Mitglied der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) und Präsident der nicaraguanischen Nationalversammlung S. 1164[10]

Nunn, Samuel Augustus, Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Georgia

(Democratic Party) und seit 3. Januar 1987 Vorsitzender des Streitkräfteausschusses des Senats („Armed Services Committee“) S. 342[6], 345 f., 398, 400, 442, 706 f., 751[4], 753, 1392, 1425, 1446, 1550, 1825

Nyembo Shabani, Jean zairischer Finanzminister S. 633[22]

Nyerere, Julius Kambarage Vorsitzender der Einheitspartei „Partei der Revolution“ (CCM); 1962–1985 Präsident der Republik Tanganjika bzw. seit 1964 der Vereinigten Republik Tansania S. 1452, 1626[38], 1649

Nyheim, Jan E. Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium **Dok. 345**

Oakley, Phyllis Elliott Sprecherin des amerikanischen Außenministeriums S. 1190

Obando (y) Bravo, Miguel Kardinal und Erzbischof von Managua S. 1283[20]

Obasi, Godwin Olu Patrick Generalsekretär der WMO S. 854[57]

Obert, Günter Horst Erwin Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 277, 1241[22]

Obuchow, Alexej Alexandrowitsch stellvertretender Leiter der sowjetischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf und stellvertretender Leiter der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen im Rang eines Botschafters S. 590, 629[10], 639[15], 644 f., 649, 1303[6], 1305, 1601

Obzina, Jaromír tschechoslowakischer Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der Staatskommission für Zukunftstechnologie und Investitionsentwicklung S. 1877[21]

Ochoa Pérez, Sigifredo Oberst der salvadorianischen Streitkräfte S. 1009

Oduho, Joseph Haworu politischer Berater des Vorsitzenden der südsudanesischen „Sudan People's Liberation Movement/Army“ **Dok. 71**

Oesterhelt, Jürgen Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts sowie Völkerrechtsberater; 1980–1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“; 1985/86 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ **Dok. 48, 151** und S. 135, 182 f., 199[15], 255[25], 276[13], 403[14], 470[1], 546[10], 657[1], 981, 1036[23], 1079, 1371, 1440, 1671[3+4], 1723[9], 1758, 1799, 1919, 1922

Oesterlen, Berndt Legationsrat I. Klasse im Referat 401 „Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich: Insbesondere UNIDO, UNDP; regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte“ des Auswärtigen Amts bzw. seit 28. Oktober 1987 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Canberra S. 157[1+3], 206[1+2]

Ogarkow, Nikolaj Wassiljewitsch Marschall der Sowjetunion, Mitglied des ZK der KPdSU und Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der „Operationszone West“; 1977–1984 Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte S. 967, 973, 1778

Ohlraun, Helmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 118 „Sicherheit und Geheimschutz“ des Auswärtigen Amts S. 802[1]

Ohnesorge, Bernd S. 789[7]

Ojeda y Eiseley, Jaime de Leiter der spanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1261, 1769

Okello, Tito 1985/86 Vorsitzender des Militärrats (Staatsoberhaupt) der Republik Uganda S. 1647[15]

Olbrich, Johanna Mitarbeiterin des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und 1973–1985 als „Sonja Lüneburg“ Sekretärin des Bundesministers für Wirtschaft S. 499, 500[4]

Olcay, Osman Leiter der türkischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters **Dok. 250** und S. 1497, 1770

Oldenkott, Bernard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba S. 339[3], 687[16]

Oldigs, Lühr-Onno Oberst i. G. und Leiter des Referats 5 „Rüstungskontrolle" in der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 431, 1192, 1565[9+12]

Olechowski, Tadeusz polnischer Stellvertretender Außenminister; 1983–1986 Botschafter in Bonn **Dok. 122** und S. 598f., 601

Olszowski, Stefan 1971–1976 und 1982–1985 polnischer Außenminister S. 600[17]

Oostergetelo, Jan Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1302[10]

Ortega Saavedra, José Daniel Präsident der Republik Nicaragua **Dok. 228** und S. 154[6], 164[27], 516f., 522, 559, 852[50], 1013, 1282[15], 1444, 1447, 1474[20]

Ortiz Quiroga, Luis Vizepräsident der chilenischen Unabhängigen Menschenrechtskommission S. 1371

Orzechowski, Marian polnischer Außenminister **Dok. 263** und S. 376, 601f., 606, 915, 1142[25], 1852

Ost, Friedhelm Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung S. 285, 809, 814, 984, 989f., 1409[8], 1730[14], 1883[7]

Osterloh, Jasper Vorsitzender des Landesverbandes Oldenburg des Deutschen Roten Kreuzes und seit November 1987 Mitglied der Sachverständigendelegation zur Untersuchung der Colonia Dignidad S. 1919[2], 1922

Oswald, Julian J. R. Admiral der britischen Marine und Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Ärmelkanal (CINCHAN) seit Mai 1987 S. 866, 1934

Ott, Harry Leiter der Ständigen Vertretung der DDR bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters sowie Stellvertretender Außenminister und Mitglied des ZK der SED S. 747

Oueddei, Goukouni Vorsitzender des Gouvernement d'Union nationale de transition (GUNT) in der Republik Tschad S. 294[14]

Overfeld, Günter Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran, am 17. Februar 1987 des Landes verwiesen, vom 23. Februar bis 7. Mai 1987 abgeordnet an das Generalkonsulat in Zürich, seit 25. Mai 1987 an der Botschaft in Ankara, seit 2. Dezember 1987 Legationsrat I. Klasse S. 215[13], 217, 218[12]

Owen, David Mitglied des britischen Unterhauses und bis 6. August 1987 Vorsitzender der Social Democratic Party S. 948

Owtscharow, Stojan bulgarischer Minister für Wirtschaft und Planung seit 18. August 1987 S. 1470[15]

Özal, Turgut Ministerpräsident der Republik Türkei und Vorsitzender der Mutterlandspartei; 1980–1982 stellvertretender Ministerpräsident S. 316, 472, 695–697, 1095, 1101

Pabsch, Wiegand Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 43 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts **Dok. 184** und S. 111[11], 477[6], 677[24], 751[3], 1653, 1656[3], 1753[3], 1757[27], 1889[1]

Pachelbel-Gehag, Wolfgang-Rüdiger von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen, seit 14. Dezember 1987 Botschafter in Kopenhagen S. 950[3]

Packmor, Georg S. 1202[5], 1366–1370

Packmor, Lotti S. 1202[5], 1366–1370

Padoa-Schioppa, Tommaso stellvertretender Generaldirektor der Banca d'Italia; 1979–1983 Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen bei der EG-Kommission S. 234, 1659

Padon, Gabriel Gesandter und Vertreter des israelischen Botschafters in Bonn S. 1514

Pagniez, Yves Charles Philippe französischer Botschafter in Moskau S. 1846[13]

Pahlevi, Mohammed Reza 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran S. 96[3], 217[9], 1536[8]

Pak Chong Chol südkoreanischer Student, am 13. Januar 1987 zu Tode gefoltert S. 853

Palatschenko, Pawel Ruslanowitsch sowjetischer Dolmetscher S. 75

Palme, Olof 1969–1976 und 1982–1986 Ministerpräsident des Königreichs Schweden sowie 1969–1986 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens; 1980–1982 Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen (Palme-Kommission) S. 223[5], 1211, 1252

Panchen Lama siehe: Chökyi Gyeltshen, Thrinle Lhündrub

Panetta, Eugenio Präfekt von Verona S. 1555[7], 1556

Papandreou, Andreas Georgios Ministerpräsident der Hellenischen Republik sowie Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) S. 950[3], 951, 1252

Papoulias, Karolos griechischer Außenminister S. 950[4], 1332, 1334, 1337, 1476[7], 1867

Parker, Lyn Referent des britischen Außenministers (Assistant Private Secretary) S. 250

Paschke, Karl-Theodor Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 2. Februar 1987 Gesandter und Vertreter des Botschafters in Washington **Dok. 173, 181, 227, 234, 235, 243, 261, 317, 349** und S. 159, 274[4+5], 283[6], 560[14], 576[7], 594[1], 724[7], 985[3], 1073[14], 1075[24], 1163[5], 1449, 1621[28], 1749[6]

Paul I. *1754 †1801 S. 692

Paye, Jean-Claude Generalsekretär der OECD S. 191

Pen Sovan 1981 Ministerpräsident der Volksrepublik Kampuchea; 1979–1981 Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampucheas und Verteidigungsminister S. 1274

Penner, Willfried Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur Frage der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika S. 179

Peres, Shimon israelischer Außenminister und Vorsitzender der Israelischen Arbeitspartei; 1984–1986 Ministerpräsident **Dok. 185** und S. 163, 242, 245, 503f., 505[21+23], 506, 847, 1680f., 1711, 1827

Pérez de Cuéllar, Javier Generalsekretär der Vereinten Nationen; 1981 Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für Afghanistan S. 243, 314, 515[9], 522, 761[6], 816, 842, 854, 882, 884, 1089f., 1111f., 1126[3], 1132–1136, 1276, 1333, 1336, 1345f., 1348[9], 1356[43], 1364[20], 1378f., 1447, 1499f., 1514[5], 1525, 1537[14+15], 1639f., 1678, 1735, 1815–1817, 1831, 1834[16], 1855

Perle, Richard Norman Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) bis 8. Mai 1987, danach Mitglied des Defense Policy Board Advisory Committee **Dok. 53, 56, 59** und S. 69, 72f., 88, 89[10], 91–93, 143, 159, 250f., 255, 263[11], 287, 310[9], 647

Perlot, Enzo italienischer Botschafter in Lissabon, seit 20. November 1987 Abteilungsleiter (Politischer Direktor) im italienischen Außenministerium S. 1812

Pertini, Alessandro 1978–1985 Präsident der Italienischen Republik S. 1713

Peter I. („der Große") *1672 †1725 S. 225, 227, 443, 692, 917

Peters, Anna-Margareta Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 612 „Auslandsschulen, Schulwesen" des Auswärtigen Amts S. 954[15]

Peters, Hans-Jochen Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab" bzw. seit 11. Juni 1987 Vertreter des Leiters im Referat 03 „Kommunikation" des Auswärtigen Amts, seit 22. Dezember 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 47[1], 480[1]

Petersen, Jens Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bern S. 984

Petersen, Peter Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1105[2], 1107–1109, 1110[13]

Petross, Jacob Mitarbeiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, seit 1981 im Irak inhaftiert bis zu seiner Ausreise am 25. November 1987 S. 1130, 1135f., 1681–1683

Petrowskij, Wladimir Fjodorowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 116[32], 679, 1017, 1181, 1183[14], 1348, 1428[20]

Pfeffer, Franz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau, seit 7. November 1987 Botschafter in Paris; 1981–1985 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 256** und S. 598, 602[22+23], 609, 611[26], 1052[18], 1325[10], 1330, 1392[6], 1437, 1590, 1665[32], 1774[6]

Pfeiffer, Reiner Mitarbeiter der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei S. 1441[1], 1442

Pfeil, Peter Graf von Oberstleutnant i. G. und Mitarbeiter im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts **Dok. 154** und S. 967[1+4], 1321[1]

Pfetten-Arnbach, Karl Berchtold Freiherr von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre" im Auswärtigen Amt S. 3[2], 21[2], 29[1], 53[3], 61[3], 174[3], 201[3], 216[3], 219[2], 228[3], 247[1], 260[1], 319[3], 335[1], 369[3], 392[1], 423[2], 477[3], 480[1], 553[3], 565[2], 606[1], 612[2], 665[1], 667[7], 681[1], 686[12], 694[3], 716[1+2], 768[2], 788[1], 798[3], 822[1], 869[3], 895[2], 904[3], 928[2+3], 945[3], 965[3], 1026[1], 1037[3], 1071[5], 1077[2], 1080[1+3], 1215[2], 1262[4], 1303[3], 1321[3], 1391[1], 1418[5], 1459[13], 1460[3], 1463[4], 1545[1], 1548[4], 1653[3], 1660[5], 1697[4], 1700[1], 1720[4], 1744[3], 1748[1], 1795[3], 1831[1], 1880[37]

Pflüger, Friedbert Pressesprecher des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland S. 964, 1055[6]

Pham Hung Vorsitzender des Ministerrats der Sozialistischen Republik Vietnam seit 18. Juni 1987 S. 1267[26]

Picco, Giandomenico persönlicher Referent des VN-Generalsekretärs S. 1089[31], 1816[28]

Piecha, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik" des Auswärtigen Amts S. 798[1], 1280[1+2], 1471[1], 1472[12+13]

Pinochet Ugarte, Augusto Präsident der Republik Chile und Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte S. 44, 46[9], 589[4], 1009, 1011, 1202, 1882f.

Pleuger, Gunter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit" im Auswärtigen Amt **Dok. 238, 255** und S. 277[9], 534[7], 1796[10]

Pleven, René 1950–1952 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 1054[7]

Plimak, Jewgenij Grigorjewitsch sowjetischer Historiker und Publizist S. 9f.

Plischka, Hans-Peter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik" des Auswärtigen Amts S. 755[1+2]

Ploetz, Hans-Friedrich von Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 23, 27, 55, 97, 104, 241, 283, 363** und S. 21, 22[7+8], 74[1], 80, 90, 109[10], 137[1], 145[1], 309[4], 344[7], 347[11], 402[1], 470[1], 472[14], 606[2], 629[11], 647[2], 666[5], 667[11], 695[9], 716[2], 718[9], 725[3], 726[1], 727, 755, 788[1], 794[8], 809[1], 834[1+5], 869[3], 895[2], 897, 945[3], 947[12], 965[3], 1053, 1054[8], 1088, 1096[10], 1117[1], 1203[1], 1206[11], 1207[12], 1259[1], 1386, 1388, 1391[1], 1399, 1402[1], 1403[6], 1404[9+10], 1418, 1491, 1492[11], 1494, 1545[1], 1591[11], 1592[12], 1660–1665, 1667–1670, 1753[1+2], 1757[26], 1758[35], 1809[12], 1814[20], 1831[1], 1933

Plumb, Lord Charles Henry Mitglied des Europäischen Parlaments (Europäische Demokraten), seit 20. Januar 1987 Präsident des Europäischen Parlaments S. 349[6], 1511[19]

Pöhl, Karl Otto Präsident der Deutschen Bundesbank S. 1215[4], 1217, 1581[20], 1586f.

Pöhlmann, Jürgen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 365[1], 992[1], 1803[1]

Poindexter, John Marlan 1985/86 Vizeadmiral und Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the

President for National Security Affairs) S. 23[15], 628[7]

Pol Pot (Saloth Sar) Führer der „Roten Khmer"; 1976–1979 Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea S. 744f., 1263, 1267, 1273–1275

Politis, Constantin Leiter der griechischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters bis 2. November 1987 S. 996

Poljakow, Wladimir Porfirjewitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 848[32], 936

Poos, Jacques luxemburgischer Außenminister S. 575, 577, 579, 867, 1332, 1334, 1337, 1497, 1507

Popiełuszko, Jerzy polnischer Priester, am 19. Oktober 1984 ermordet S. 610, 1050[9], 1513[34]

Popp, Ulrich Ministerialrat und Persönlicher Referent des Chefs des Bundeskanzleramts, seit August 1987 Mitarbeiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 702[1]

Portugalow, Nikolaj Sergejewitsch sowjetischer Journalist und Mitglied der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU S. 1059

Pott, Marcel Korrespondent der ARD in Beirut S. 51

Powell, Charles David außenpolitischer Berater der britischen Premierministerin (Private Secretary for Foreign Affairs to the Prime Minister) S. 450[23], 1358

Powell, Colin Luther Generalleutnant der amerikanischen Streitkräfte und stellvertretender Sicherheitsberater bzw. seit 23. November 1987 Sicherheitsberater des Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 1741, 1786, 1838, 1841

Prem Tinsulanonda siehe: Tinsulanonda, Prem

Prinz, Karl Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Dublin bzw. seit 13. Februar 1987 im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt" des Auswärtigen Amts S. 360[1]

Protz, Alfred Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Amman, seit 29. April 1987 Vertreter des Botschafters in Dhaka S. 883[27]

Pryor, David Hampton Senator für den amerikanischen Bundesstaat Arkansas (Democratic Party) S. 1401

Puschkin, Alexander Sergejewitsch *1799 †1837 S. 894

Qasem, Marwan Chef des Königlichen Hofes des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 389, 391, 1680

Quayle, James Danforth („Dan") Senator für den amerikanischen Bundesstaat Indiana (Republican Party) **Dok. 72** und S. 310

Quelle, Herbert Legationsrat I. Klasse im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit" des Auswärtigen Amts, seit 9. Dezember 1987 abgeordnet nach Pretoria an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland S. 1105[1], 1109[12]

Quiñones Amézquita, Mario Rafael guatemaltekischer Außenminister S. 156

Rabin, Yitzhak israelischer Verteidigungsminister; 1974–1977 Ministerpräsident **Dok. 265** und S. 505

Rabuka, Sitiveni Ligamamada Oberstleutnant der Streitkräfte Fidschis, seit 30. Mai 1987 Oberst und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, vom 14. bis 19. Mai sowie vom 7. Oktober bis 5. Dezember 1987 Vorsitzender der Militärregierung S. 844[15]

Radjawi, Masud Anführer und Chefideologe der iranischen Volksmujahedin (Mujahedin-E-Khalq) S. 152[15]

Rafsandjani, Ali Akbar Hashemi Präsident des iranischen Parlaments **Dok. 153** und S. 150, 546, 548f., 703f.

Raimond, Jean-Bernard französischer Außenminister **Dok. 25, 146, 170, 316, 366** und S. 30, 121, 244[30], 252, 255,

271[23], 312, 316, 372[20], 434, 440[29], 558, 735, 739[17], 742, 781[20], 843–845, 849, 865, 867, 870, 882, 885, 1088, 1114[14], 1282, 1332, 1334, 1337, 1387[10], 1497, 1507, 1585, 1606, 1608f., 1745, 1836, 1864, 1867

Rajaie-Khorassani, Said Leiter der iranischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1089[31]

Rakowski, Mieczysław Franciszek Mitglied des ZK der PVAP und stellvertretender Präsident des polnischen Parlaments (Vizemarschall des Sejm); 1981–1985 Stellvertretender Ministerpräsident S. 600[15], 611[26]

Ramadan, Taha Yassin erster stellvertretender irakischer Ministerpräsident und Mitglied des Revolutionären Kommandorats S. 1685

Ramírez Mercado, Sergio nicaraguanischer Vizepräsident S. 1282[14+15]

Ramos, Fidel Valdez General und Chef des Stabs der philippinischen Streitkräfte S. 1270[6]

Randermann, Phil-Heiner Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT“ im Auswärtigen Amt S. 153[2], 187[1], 471, 476, 1094[1], 1095[6+7], 1098[13], 1102[22], 1638[6], 1924[1]

Rantzau, Detlev Graf zu Gesandter und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 865[15]

Rapacki, Adam 1956–1968 polnischer Außenminister S. 736, 748, 1326

Rapke, Rudolf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 101 „Höherer Dienst; Honorarkonsuln“ im Auswärtigen Amt S. 1137[40], 1787[1]

Rasch, Walter Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus S. 337

Rau, Helmut Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Riad, seit 21. April 1987 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 423 „Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationale Tourismuspolitik (einschließlich WTO)“ des Auswärtigen Amts S. 893[28]

Rau, Johannes Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) und stellvertretender Vorsitzender der SPD S. 433[9], 567[9], 1290

Reagan, Nancy Ehefrau von Ronald W. Reagan S. 855

Reagan, Ronald Wilson Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 100, 164, 300, 342, 343, 360, 364, 365** und S. 14, 23[15], 57, 67, 70–73, 75, 90f., 106–108, 109[9], 116, 119, 125f., 143[10], 145, 160[11], 161f., 163[24], 187[4], 219f., 224, 229[6], 244[31], 247, 249–252, 255[26], 262f., 267, 270f., 274[5], 280[10], 283[6], 285, 296[23], 303, 309[4], 310, 312[24], 315[40], 316, 318, 320, 321[9], 322[11], 326, 363[27], 377, 381[5], 382, 398, 429, 431, 439, 441f., 448, 449[16], 450, 479, 505f., 513–515, 554, 559, 560[14], 571, 573[17], 576[5], 578, 597, 614, 621, 628[7], 630f., 647[2], 648, 666, 668, 693, 705, 716, 724, 725[8], 730f., 740, 752–754, 792, 803[4], 819f., 825f., 830f., 838, 862, 864[13], 878–885, 906, 914, 946f., 955, 985[3+5], 1009, 1045f., 1071[5], 1075, 1090[35], 1093, 1163, 1174[11], 1187[24], 1191, 1200, 1228, 1230f., 1249, 1333[6], 1344, 1351, 1362, 1376f., 1395–1398, 1400, 1408f., 1425–1427, 1443f., 1447[21], 1448[29], 1449, 1498, 1509, 1524f., 1533f., 1536[11], 1552, 1563[4], 1569, 1583f., 1587, 1598, 1616, 1625, 1645, 1669[58], 1678, 1689, 1704, 1738[37+39], 1739[40], 1740, 1743, 1774, 1775[14], 1776, 1809, 1817f., 1822, 1828f., 1837, 1844–1846, 1859, 1865[15], 1873, 1875, 1879–1881, 1891, 1927[17], 1930[24]

Regan, Donald Thomas Stabschef im amerikanischen Präsidialamt (White House Chief of Staff) bis 27. Februar 1987 S. 274[5], 283[6]

Rehlinger, Ludwig Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 1200[22], 1242, 1673

Reiche, Friedrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jaunde S. 1619[22]

Reichelt, Hans Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR sowie stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands S. 1225[13]

Reichenbaum, Werner Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara; 1982–1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“ im Auswärtigen Amt S. 1154[20]

Reinhold, Otto Professor für politische Ökonomie, Mitglied des ZK der SED und Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Ost-Berlin S. 1211, 1213

Reißig, Rolf Professor für Sozialwissenschaft und Leiter des Instituts für wissenschaftlichen Kommunismus an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Ost-Berlin S. 1211

Reissner, Johannes Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) S. 96

Renton, Ronald Timothy Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) bis 13. Juni 1987 S. 253, 255, 312, 646[13]

Repges, Werner Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter der Botschafterin der Bundesrepubik Deutschland in Brüssel S. 626[3]

Retief, Willem Rudolph südafrikanischer Botschafter in Bonn S. 182 f., 1834[16]

Reyels, Rüdiger Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ des Auswärtigen Amts S. 141[1+3], 809[3], 1179[1+4], 1182[10], 1187[26], 1562[1], 1565[9+12], 1748[1]

Rheker, Gisela Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1987 S. 357[42], 393[5], 397[11], 1903[10]

Richardsen, Uwe Brigadegeneral und Leiter der Stabsabteilung II „Militärisches Nachrichtenwesen Bundeswehr“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1403[3]

Richter, Harald Referent und Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 489

Richter, Heimo Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen“ des Auswärtigen Amts S. 974[1], 1820[1]

Richter, Wilfried Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt S. 85, 340[4], 389[1], 704[11], 762[1], 765[17], 1002[16], 1258[11], 1309[1], 1338[1], 1341[11], 1514[1], 1639[11], 1674[4], 1690[1], 1826[1+6], 1829[15+17], 1830[18]

Richthofen, Hermann Freiherr von Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts; 1978–1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ **Dok. 4, 5, 7, 8, 21, 31, 38, 66, 72, 79, 84, 121, 122, 133, 136, 142, 171, 177, 178, 179, 187, 191, 204, 212, 263, 268, 281, 333, 345, 366, 367, 376** und S. 66[10], 69, 72, 74, 86[10], 100[1], 120, 125[2], 132, 145[1], 161[15], 239[1], 266, 274[3], 276[13], 306[7], 335[1], 392[1], 440[29], 450 f., 470[1], 529[26], 530[30], 575[1], 578[12], 629[11], 636, 728, 788[1], 805[1], 809, 826, 834, 934, 950[1], 974[1], 989[3], 1017[7], 1053, 1071[1], 1072[13], 1073[16], 1074[18+20+22], 1075[25], 1076, 1079, 1117–1119, 1122–1124, 1172[22], 1203, 1205, 1208–1210, 1215[2+4+6], 1217, 1236[9], 1251, 1259[1], 1290[4], 1307, 1386[1], 1387[10], 1391[1], 1403[3], 1418, 1420[2], 1423, 1428[22], 1462 f., 1484[5], 1491, 1492[9+10+11], 1494, 1497, 1510, 1518, 1540, 1545[1], 1590, 1591[8], 1593[14], 1594[18], 1595, 1600, 1660[3+7], 1697, 1720, 1733, 1744, 1748[1], 1758, 1795[3], 1831[1], 1834, 1863, 1894[12], 1933[2+3]

Ridgway, Rozanne Lejeanne Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) **Dok. 66** und S. 88, 90, 93 f., 105, 262, 571, 809, 826, 834, 1076, 1319[4], 1321[10], 1500, 1525 f., 1528, 1734, 1848, 1855, 1873

Riedl, Erich Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, seit 12. März 1987 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt S. 1314, 1458, 1467

Rieke, Wolfgang Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank S. 379

Riesco Jaramillo, Ricardo chilenischer Botschafter in Bonn seit 13. Mai 1987 S. 1026[4], 1029[8], 1365[4]

Riesenhuber, Heinz Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) sowie Bundesminister für Forschung und Technologie S. 641[20], 1225[13], 1459[13]

al-Rifai, Zaid Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 389, 391, 1680

Riller amerikanischer Sicherheitsexperte S. 802–804

Rinnert, Bernd Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kabul bzw. seit 3. August 1987 an der Botschaft in Kuala Lumpur, seit 8. Dezember 1987 Legationsrat I. Klasse **Dok. 6**

Rivera y Damas, Arturo Erzbischof von San Salvador S. 1009

Robertson, Marion Gordon („Pat") amerikanischer Evangelikaler, Medienunternehmer und Kanzler der Christian Broadcasting Network University S. 1392

Robin, Gabriel Leiter der französischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters seit Februar 1987 S. 280, 575, 580 f., 865[15], 1259–1261, 1823

Rocard, Michel Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (Parti Socialiste); 1983–1985 Landwirtschaftsminister S. 1282[14]

Rode, Karl-Heinz Legationsrat I. Klasse bzw. seit 25. November 1987 Vortragender Legationsrat im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT" des Auswärtigen Amts S. 187[1]

Rodeau Berater des französischen Ministerpräsidenten in Wirtschaftsfragen S. 827, 829

Rodionow, Alexej Alexejewitsch sowjetischer Botschafter in Ottawa S. 647

Rodocanachi, M. Emmanuel Berater des französischen Ministerpräsidenten in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik (Conseiller auprès du Premier ministre pour les affaires économiques et financières) S. 1582

Rogatschow, Igor Alexejewitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 746

Rogers, Bernard William General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) bis 26. Juni 1987 **Dok. 144** und S. 403 f., 669, 721, 727, 866, 1835

Rohde, Hans-Heinrich Direktor der Mannesmann Demag AG S. 493[12]

Rohlíček, Rudolf tschechoslowakischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 1542

Röller, Wolfgang Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG S. 196, 1070

„Roloff" S. 1442

Romero Mena, Carlos Humberto 1977–1979 Präsident der Republik El Salvador S. 520[30]

Roosevelt, Franklin Delano 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 252, 688, 1033[13]

Rooyen, René van Vertreter des UNHCR in Bonn S. 698, 700[9], 701, 1545

Roßbach, Anton Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts **Dok. 218, 262, 373** und S. 94[1], 967[5], 1459[13]

Rose, Harald Leiter der Ständigen Vertretung der DDR bei den Vereinten Nationen und den anderen internationalen Organisationen in Genf sowie Delegationsleiter bei der Abrüstungskonferenz (CD)

in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1184

Rosen, Klaus-Henning Leiter des Büros des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt S. 32f.

Ross, André Louis Henry Generalsekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire général du ministère des relations extérieures) bis März 1987 sowie Botschafter der Französischen Republik (Ambassadeur de France) S. 440[29]

Rötger, Thilo Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 1141[15]

Roth, William Victor („Bill"), Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Delaware (Republican Party) S. 345[9]

Rotsch, Manfred S. 1200[22]

Rouget, Werner Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 21[4], 22[7+8], 152[15], 1403[4]

Rovan, Joseph deutsch-französischer Journalist, Publizist, Politikberater und Professor für Deutsche Geschichte an der Universität Paris VIII (Vincennes) S. 487, 1494[16]

Rövekamp, Walter Mitarbeiter von Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. S. 1201

Rowny, Edward Leon Generalleutnant a.D. der amerikanischen Streitkräfte und Sonderberater des Präsidenten in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle (Special Advisor for Arms Control and Disarmament) S. 89, 106, 1192

Rückriegel, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok, seit 11. Dezember 1987 Botschafter in Dublin, vom 18. Dezember 1987 bis 28. Januar 1988 abgeordnet nach Bangkok S. 1262[8], 1264[15]

Rudman, Warren Bruce Senator für den amerikanischen Bundesstaat New Hampshire (Republican Party) S. 229f.

Rühe, Volker Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 680, 708, 892f., 919, 1885

Ruhfus, Jürgen Staatssekretär des Auswärtigen Amts, seit 16. November 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 35, 93, 209, 331, 360, 364** und S. 21[2], 36[2], 40[15], 53, 157, 159, 174, 187, 201[3], 206, 211[14], 219, 222[11], 228, 232[21], 247[1], 274, 275[12], 277, 278[12], 289, 292, 309, 310[10], 344[8], 402, 406, 477, 553, 562, 565, 606[1], 612[2], 694, 695[10], 696[12+13], 697[16], 698[17], 749, 750[7], 751, 755, 756[7], 822[1], 869[3], 928, 1007, 1019, 1037, 1039[14+15], 1069[21], 1077, 1079[10], 1080, 1088[27], 1094[4], 1115[2], 1132f., 1135, 1168, 1173[4], 1380, 1455, 1491[4], 1516, 1583[7], 1602[6], 1605[11], 1611[5], 1841[3]

Rühl, Lothar Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 22, 147, 347[11], 366f., 402, 406, 413, 415, 450, 622, 728, 823, 897, 1122, 1166, 1403[3], 1420[2], 1590, 1594, 1728, 1730, 1732

Rühle, Hans Ministerialdirektor und Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung S. 556[15], 1072[13]

Ruhnau, Heinz Vorstandsvorsitzender der Deutschen Lufthansa AG Köln S. 1315

Ruiz, Arturo chilenischer Militärstaatsanwalt S. 1027

Runge, Peter Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Rüstungstechnik" sowie Vertreter des Leiters der Hauptabteilung „Rüstung" im Bundesministerium der Verteidigung S. 823

Rusnak, Josef Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 515, 517, 522f., 1283[20], 1472[12], 1474[20]

Rust, Mathias **Dok. 156, 157, 160, 242** und S. 890, 933, 1036, 1062, 1357, 1937

Ruth, Friedrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom; 1977–1986 Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Unterabteilung 22 bzw. der Abteilung 2A des Auswärtigen Amts S. 84, 203[9], 248[9], 405[21], 555[13], 599[8], 928[7], 929[12], 1555[1+7], 1808[9], 1812, 1818f.

Rymenans, Marcel G. Leiter der belgischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien sowie seit Februar 1987 bei den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien im Rang eines Botschafters bis zum Ein-

tritt in den Ruhestand am 31. August 1987 S. 996

Ryschkow, Nikolaj Iwanowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 598[6], 729, 867, 1056[9]

Sá Machado, Victor António Augusto Nunes de 1978 portugiesischer Außenminister S. 1199, 1261, 1275

Sabah al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah kuwaitischer Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident S. 246

Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch sowjetischer Atomphysiker und Dissident S. 116, 123, 253, 585, 868, 894, 1050f., 1063, 1084, 1554

al-Sadat, Mohammed Anwar 1970–1981 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik bzw. seit September 1971 der Arabischen Republik Ägypten S. 1002[14]

Saddam Hussein al-Majid al-Takriti Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak sowie Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats **Dok. 330** und S. 1112, 1133, 1135f., 1348[10], 1514f., 1676, 1679f., 1828

al-Sadr, Rabab Schwester von Musa al-Sadr und Mitglied des Obersten Schiitischen Rates im Libanon sowie der Amal-Bewegung S. 766

Sagdejew, Roald Sinnurowitsch Professor für Plasmaphysik und Leiter des Instituts für Weltraumforschung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR S. 185[4+6], 272

Sagladin, Wadim Walentinowitsch Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU **Dok. 43, 297** und S. 252f., 892f.

Salari, Mohammad Djavad iranischer Botschafter in Bonn bis 8. Oktober 1987 S. 213, 215[13], 216, 218, 1110, 1462[16]

Salat, Rudolf 1967–1970 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1367[12]

Salber, Herbert Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad, vom 17. Oktober bis 23. November 1987 abgeordnet nach Maputo als Vertreter des Botschafters S. 1634[52]

Saleh, Ali Abdullah Präsident der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) S. 1676

Salewski, Wolfgang D. Psychologe und seit November 1987 Mitglied der Sachverständigendelegation zur Untersuchung der Colonia Dignidad S. 1919[2], 1920f., 1923

Samadi Generaldirektor für Presse und Information im iranischen Außenministerium S. 212f.

Samayoa, Salvador führendes Mitglied der salvadorianischen Guerillaorganisation FMLN/FDR S. 798[5], 799f.

Sambwa Pida Nbagui zairischer Planungsminister, seit September 1987 stellvertretender Ministerpräsident für Wirtschaft und Finanzen S. 293[10]

Samdech Norodom Sihanouk siehe: Sihanouk, Samdech Norodom

Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch sowjetischer Botschafter in London S. 256

Samphan, Khieu siehe: Khieu Samphan

Sanguinetti Coirolo, Julio María Präsident der Republik Östlich des Uruguay S. 883, 1899[31]

Sann, Son siehe: Son Sann

dos Santos, José Eduardo Präsident der Volksrepublik Angola **Dok. 303** und S. 1650

Saouma, Edouard Victor Generaldirektor der FAO S. 854

Sarbanes, Paul Spyros Senator für den amerikanischen Bundesstaat Maryland (Democratic Party) **Dok. 62**

Sarney de Araújo Costa, José Präsident der Föderativen Republik Brasilien S. 1899[31]

Sartzetakis, Christos Präsident der Hellenischen Republik S. 951, 1253

Sassou-Nguesso, Denis Präsident der Volksrepublik Kongo sowie bis 27. Juli 1987 Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) **Dok. 134** und S. 294, 883

Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud saudi-arabischer Außenminister **Dok. 322**

Sauerteig, Hans-Burkhard Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 1673

Saulnier, Jean General der französischen Luftwaffe und bis 15. November 1987 Generalstabschef der französischen Streitkräfte S. 1053, 1119

Sausen, Hermann Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kuala Lumpur bzw. seit 24. August 1987 im Referat 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik“ des Auswärtigen Amts S. 1262[4], 1265[20]

Sauzay-Stoffaës, Brigitte französische Dolmetscherin S. 819, 956

Savetsila, Siddhi thailändischer Außenminister und Vorsitzender der Partei der Sozialen Aktion **Dok. 148** und S. 1264

Savimbi, Jonas Malheiro Gründer und Vorsitzender der angolanischen UNITA S. 295, 1649f., 1735

Savir, Uri Kabinettschef und Berater des israelischen Außenministers Peres S. 934

Sayn-Wittgenstein, Botho Prinz zu Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) S. 1061

Schabowski, Günter Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Erster Sekretär der Bezirksleitung Berlin und Abgeordneter der Volkskammer der DDR S. 1252, 1254f.

Schaefer, Michael Legationsrat I. Klasse im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amts bzw. seit 1. September 1987 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Singapur S. 177f.

Schäfer, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestages und außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, seit 12. März 1987 Staatsminister im Auswärtigen Amt **Dok. 199** und S. 575[1], 798[5], 799, 869[3], 909[4], 1007[2], 1072, 1073[14], 1438[13], 1472, 1514, 1528[3], 1529, 1911

Schäfer Kriminaloberkommissar und Personenschutzbeamter S. 1558

Schäfer, Paul Leiter der Colonia Dignidad in Chile S. 1366f., 1369, 1371, 1559f., 1920–1923

Schäfers, Reinhard Legationsrat I. Klasse bzw. seit 26. Januar 1987 Vortragender Legationsrat im Referat 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika, Abrüstung und Rüstungskontrolle“ des Bundeskanzleramts S. 788[1]

Schalck-Golodkowski, Alexander Mitglied des ZK der SED und Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordinierung S. 1238, 1359[8]

al-Scharaa, Faruk syrischer Außenminister S. 703, 1256f., 1310[3], 1677

Scharnagl, Wilfried Chefredakteur der Wochenzeitung „Bayernkurier“ S. 50

Schattmann, Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 416[5], 417[10]

Schätzler, Johann-Georg 1970–1984 Ministerialrat im Bundesministerium der Justiz S. 660[7], 710, 1014[1]

Schäuble, Wolfgang Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts; Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) **Dok. 16, 86, 138, 190, 307** und S. 29–31, 40[15], 41[4], 171, 194[1], 223[1], 291[1], 398[1], 477[6], 489[1], 499[1], 591[6], 626[1], 663, 689[1], 756[7], 776[10], 798, 827, 831f., 850[40], 893[28], 913[1], 928, 934, 984, 990, 1007[1], 1039, 1049[1], 1076[29], 1150[6], 1173[2], 1194, 1226[15], 1233, 1236, 1238–1242, 1244[4], 1258[12], 1290, 1358[1], 1372[1], 1450[1], 1473, 1568, 1582[1], 1707[1], 1714[1], 1746, 1791[1], 1881[1], 1889[1]

Schauer, Hans Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Canberra S. 581[29]

Scheel, Hans-Dieter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien“ im Auswärtigen Amt S. 373, 1041[8], 1043[1], 1064[1+4], 1115[1], 1467[1]

Scheel, Hermann Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 201

Scheel, Walter 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland; 1974–1979 Bundespräsident S. 136, 668[13]

Scheer, Hartmut Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 549[13], 703[10]

Scheer, Hermann Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) sowie Sprecher der SPD-Fraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle S. 285[13]

Scheffer, Wilfried Oberst i. G. und bis 30. September 1987 Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen), Bundessicherheitsrat" im Bundeskanzleramt S. 398[1], 1203, 1209

Scheffler, Wolfgang Professor für Zeitgeschichte am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin S. 660

Schell, Manfred Journalist und Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt" S. 611

Schell, Maximilian österreichisch-schweizerischer Schauspieler und Regisseur S. 196[8]

Schenk, Reinhold Ministerialdirigent im Bundespräsidialamt S. 389

Schewardnadse, Eduard Amwrossijewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und sowjetischer Außenminister **Dok. 203, 204, 261, 268, 296, 302, 340, 381** und S. 9, 34 f., 39[11], 75, 120, 186, 196[9], 197 f., 200, 248, 253[15], 267, 305[4], 311[15], 312, 323, 418[13], 451[4], 525, 534[10], 585[6], 636, 655[22], 669, 677[25], 678, 743–745, 806, 843, 863[7], 867, 891, 899[6], 1003, 1029, 1055, 1057 f., 1060–1062, 1074, 1085, 1086[14], 1112, 1139[8], 1160, 1174[11], 1181 f., 1197, 1199, 1220[3], 1221, 1245, 1249, 1264, 1294, 1324, 1331, 1334, 1342 f., 1377, 1379, 1424 f., 1426[15], 1427 f., 1434, 1444 f., 1508–1511, 1513, 1523, 1551, 1553[23+24], 1554, 1568[8], 1569, 1601, 1602[6], 1604, 1691, 1692[7], 1693[12], 1695[19], 1696[26], 1700[1], 1702 f., 1706, 1724, 1749, 1774, 1786, 1810, 1823, 1840, 1854, 1858, 1860–1862, 1867

Schiff, Hans-Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 423 „Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationaler Tourismus (einschließlich WTO)" des Auswärtigen Amts, seit 13. September 1987 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Amman, seit 7. Dezember 1987 Botschaftsrat S. 1674[1]

Schifter, Richard Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Human Rights and Humanitarian Affairs); 1985 Leiter der Delegation beim KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ottawa im Rang eines Botschafters S. 1498

Schiller, Ilse Dolmetscherin im Bundesministerium für Wirtschaft S. 827

Schilling, Wolf-Dietrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen" im Auswärtigen Amt **Dok. 52** und S. 856[1], 974[1], 1090[34], 1325[7], 1600[38], 1820[1]

Schiwkow, Todor Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien **Dok. 158** und S. 378, 1047, 1084[4], 1087, 1361, 1376, 1470[15], 1811, 1877

Schiwkowa, Ljudmila Tochter von Todor Schiwkow S. 791

Schlagintweit, Reinhard Ministerialdirigent und Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland, seit 22. April 1987 Leiter der Abteilung 3, seit 5. Mai 1987 Ministerialdirektor mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland, seit November 1987 zudem Mitglied der Sachverständigendelegation zur Untersuchung der Colonia Dignidad **Dok. 253, 270** und S. 43[2], 149[3], 150 f., 212, 213[7], 214, 216, 239[1], 544[3], 549[13], 551[5], 681[1], 743, 911[5], 934, 982[6], 1026[1+4], 1090[34], 1110 f., 1113, 1126, 1130[20], 1132, 1172[21], 1258, 1262, 1270, 1272, 1275, 1460[3], 1461 f., 1471[3],

1518, 1531[12], 1633[50], 1651[1+4], 1652, 1758, 1831[1], 1919[2]

Schlebusch, Alwyn Louis Leiter des südafrikanischen Präsidialamts (Minister in the Office of the President) S. 1451

Schlecht, Otto Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 469[33], 681[2]

Schlechter, Marcel luxemburgischer Verkehrsminister S. 742[25]

Schlegel, Volker Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 12. November 1987 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport“ des Auswärtigen Amts S. 1104[12]

Schlegelmilch, Rupert Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, seit 2. April 1987 Legationssekretär im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ S. 965[1+3]

Schlesinger, Helmut Vizepräsident der Deutschen Bundesbank S. 379

Schleyer, Hanns Martin 1973–1977 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1977 zugleich Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie S. 704

Schlichting, Ove Vortragender Legationsrat im Referat 423 „Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationale Tourismuspolitik (einschließlich WTO)“ des Auswärtigen Amts, seit 4. Mai 1987 Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“, seit 26. Oktober 1987 im Referat 401 „Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich: Insbesondere UNIDO, UNDP; regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte“ S. 1026[1], 1201, 1365[6]

Schlingensiepen, Georg-Hermann Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 604 „Gesellschaftliche Gruppen, internationale gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung“ im Auswärtigen Amt, vom 22. bis 30. April 1987 abgeordnet nach Damaskus zur Vertretung und späteren Übernahme der Dienstgeschäfte des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, seit 11. Juni 1987 Botschafter in Damaskus **Dok. 249, 259** und S. 256[36]

Schloenbach, Knut Ministerialrat und Leiter des Referats 1 „Rüstungszusammenarbeit in NATO, IEPG und WEU; Grundsätze, Richtlinien und Koordinierung der internationalen Rüstungszusammenarbeit, Querschnittsaufgaben“ in der Unterabteilung II „Rüstungsbeziehungen zu anderen Ländern“ des Bundesministeriums der Verteidigung S. 1338–1341

Schlote, Winfried Legationsrat I. Klasse bzw. seit 20. Oktober 1987 Vortragender Legationsrat im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen“ des Auswärtigen Amts S. 974[1]

Schlüter, Poul Holmskov Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 958, 1761, 1765, 1807[4], 1871

Schmidt, Alfred Mitarbeiter der Siemens AG, vom 20./21. Januar bis 6. September 1987 im Libanon entführt **Dok. 9, 20, 107, 195, 249** und S. 51[2], 60[3], 89[13], 130, 149[3], 150, 162, 216[3], 218, 243, 257, 568[3], 572, 702[5], 703 f., 762, 764[14], 765 f., 767[23], 1090, 1114, 1130, 1178 f., 1345

Schmidt, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) bis 18. Februar 1987 und Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“; 1974–1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 145[3], 146, 412[5+10], 630, 634, 818, 938, 1277, 1291, 1339[9], 1608, 1698[7], 1850, 1873[2], 1875[11]

Schmidt, Hermann Mitbegründer und führendes Mitglied der Colonia Dignidad in Chile S. 1557[3]

Schmidt, Joachim Legationssekretär bzw. seit 16. Januar 1987 Legationsrat im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 289[1+2], 397[10], 883[26]

Schmidt, Rudolf 1975–1977 Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kinshasa S. 295[16]

Schmidt, Wilhelm Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1900

Schmieder S. 802–804

Schmülling, Herbert Ministerialdirektor im Presse- und Informationsamt sowie stellvertretender Sprecher der Bundesregierung S. 1124[19]

Schnell, Karl Helmut Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung „Rüstung“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 823

Schneller, Martin Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECOSOC; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“ des Auswärtigen Amts S. 1149[1]

Schneppen, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt S. 236[19], 381[1], 945[1+3], 1822[1]

Schnitker, Paul Gerhard Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) S. 504f.

Schober, Eckehard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tegucigalpa S. 515, 517, 519, 521f.

Schödel, Günther Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. August 1987 S. 179

Schoeller, Franz Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris, seit 9. November 1987 Botschafter in Warschau **Dok. 202** und S. 25, 86[9], 109[1], 121[1], 137, 145[3], 294[13], 680[37], 728[2], 739[17], 743[26], 874[19], 1330[35], 1621[30]

Schoenwaldt, Peter Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Lyon S. 657[1]

Scholler, Heinrich Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München S. 1709[9]

Scholz, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Manila S. 165[29], 853[54+55], 1271[7]

Scholz, Rupert Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten sowie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU) S. 893[28]

Schomerus, Lorenz Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“ im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1412[11]

Schomron, Dan Generalmajor der israelischen Streitkräfte, seit 19. April 1987 Generalleutnant und israelischer Generalstabschef S. 849

Schon, Karl-Georg Legationsrat I. Klasse im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ des Auswärtigen Amts S. 61[1], 365[1], 508[1], 992[1], 1080[1], 1728[1], 1803[1]

Schönberg, Stefan Bundesbankdirektor am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in New York S. 1577[9]

Schönfelder, Wilhelm Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ bzw. seit 12. Januar 1987 Leiter des Referats 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD“ im Auswärtigen Amt **Dok. 78, 313, 314, 326** und S. 228[1+3], 328[1]

Schraepler, Hans-Albrecht Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris, seit 4. Dezember 1987 beurlaubt für die Dauer von zwei Jahren für eine Tätigkeit als Leiter der Unterabteilung „Presse und Informationswesen" beim Europarat in Straßburg S. 1491[3]

Schreckenberger, Waldemar Staatssekretär im Bundeskanzleramt S. 277, 1902[8]

Schröder, Helmuth Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 341 „Ostasien" des Auswärtigen Amts **Dok. 208** und S. 1043[1]

Schrömbgens, Gerhard Enver Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 7. September 1987 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts **Dok. 157, 162** und S. 497[1], 1060[24], 1219

Schröter, Georg Oberst i. G. und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 365[1]

Schtscharanskij, Anatolij Borissowitsch sowjetischer Bürgerrechtler und Dissident, seit seinem Austausch 1986 in Israel S. 1569, 1751

Schtscherbitzkij, Wladimir Wassiljewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik S. 195[3], 691

Schubert, Konrad von Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland S. 1026[1], 1280 f., 1283, 1365, 1471 f., 1561[15], 1919

Schukow, Jurij sowjetischer Journalist und Kommentator der „Prawda" S. 285

Schulenburg, Werner Graf von der Leiter der Abteilung 7 „Protokoll" im Auswärtigen Amt mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 218

Schulze-Boysen, Hartmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest bis zum Eintritt in den Ruhestand am 28. Februar 1987 S. 1699[11]

Schumacher, Hanns Heinrich Vortragender Legationsrat im Referat 013 „Pressereferat" des Auswärtigen Amts, seit 2. November 1987 im Referat 010 „Ministerbüro" und Persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen S. 215[13], 1244[1], 1270[1], 1423[1], 1475[1], 1482[1], 1741[1]

Schuman, Robert 1947/48 Ministerpräsident der Französischen Republik, 1948–1953 Außenminister S. 28, 80, 1216

Schumann, Karin S. 1200

Schürmann, Wilhelm Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nouakchott, seit 19. Februar 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Verbraucherpolitik; Bildungspolitik; Rechtsangleichung" im Auswärtigen Amt S. 469[33]

Schütz, Klaus 1977–1981 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv; 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin S. 1105[2], 1109

Schwammberger, Josef 1942–1945 Oberscharführer der SS und Kommandeur der Vernichtungslager Rozwadów, Przemyśl und Mielec, am 13. November 1987 in Huerta Grande von der argentinischen Bundespolizei verhaftet **Dok. 320**

Schweinitz, Mark-Ulrich von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 301 „Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge" des Auswärtigen Amts S. 454[11]

Schygulla, Hanna deutsche Schauspielerin S. 196[8]

Scott King, Coretta Ehefrau von Martin Luther King Jr. S. 1453

Scowcroft, Brent Generalleutnant der amerikanischen Streitkräfte und 1983/84 Vorsitzender der Kommission des Präsidenten für die Strategischen Streitkräfte S. 1166

Seemann, Heinrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 700 „Besuche von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern sowie Reisen des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers und Bundesaußenministers im Ausland“ im Auswärtigen Amt S. 1176[2]

Seidel, Karl Botschafter und Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 1233, 1289[2]

Seipel, Heinz Ministerialrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 14[1], 15

Seitz, Konrad Ministerialdirektor und Leiter des Referats 02 „Planungsstab“ im Auswärtigen Amt, seit 6. November 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi **Dok. 2, 11, 80, 95, 175, 192** und S. 768[2], 1059[20], 1288[15], 1884[4], 1885[10]

Seiwert, Wolfgang Vortragender Legationsrat im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen“ im Auswärtigen Amt S. 698[1], 1545[1]

Semjonow, Wladimir Semjonowitsch Sonderbotschafter und Persönlicher Berater des sowjetischen Außenministers; 1978–1986 Botschafter in Bonn S. 933

Sent, Lothar Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Köln und seit November 1987 Mitglied der Sachverständigendelegation zur Untersuchung der Colonia Dignidad S. 1919[2], 1921 f.

Sepúlveda Amor, Bernardo mexikanischer Außenminister S. 1012

Serra y Serra, Narcís spanischer Verteidigungsminister S. 781, 1769, 1779 f., 1935

Shaban, Said Gründer und Führer der sunnitischen Partei „Bewegung Islamische Einheit“ im Libanon S. 982

Shaker, Mohamed I. ägyptischer Ständiger Vertreter im Gouverneursrat der IAEO S. 563

Shakour, Youssef stellvertretender syrischer Außenminister S. 1310[3]

Shamir, Yitzhak Ministerpräsident des Staates Israel; 1984–1986 Außenminister S. 163[24], 390, 503 f., 505[21], 847 f., 1680, 1711, 1827 f.

al-Sharaa, Faruk siehe: al-Scharaa, Faruk

Sharaf, Fawaz jordanischer Botschafter in Bonn S. 389, 391

Sharon, Ariel israelischer Minister für Industrie und Handel sowie Vorsitzender des ZK des Likud S. 242, 504

Sheng Shouren Stellvertretender Vorsitzender des chinesischen Nationalen Wirtschaftskomitees S. 489

Shenstone, Michael Leiter der kanadischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien sowie seit Februar 1987 bei den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien im Rang eines Botschafters S. 996

Shultz, George Pratt amerikanischer Außenminister; 1972–1974 Finanzminister **Dok. 67, 76, 102, 115, 170, 261, 264, 296, 302, 304, 340, 366, 371, 372** und S. 30, 41 f., 62, 71, 73, 75, 88, 106 f., 118, 125, 141[3], 161, 163[24], 165, 186, 248, 265, 267, 271[23], 283[6], 287, 292, 316 f., 326, 327[19], 375, 399, 446, 450, 497 f., 507, 525 f., 554–556, 571, 582 f., 591, 614, 637–640, 643–645, 647[2], 651[4], 668 f., 672 f., 705, 714, 716 f., 725[3], 730[9], 731[10], 751, 754, 805 f., 809, 811 f., 825 f., 841, 843–845, 847–849, 852–855, 861–864, 865[16], 866, 882, 885, 906, 936, 1017, 1023, 1071, 1073–1075, 1076[30], 1085, 1160, 1197, 1220[3], 1221, 1245, 1246[8], 1249, 1271[7], 1294, 1324, 1329, 1342 f., 1350, 1353 f., 1361, 1377, 1425 f., 1443 f., 1448, 1508 f., 1523, 1531, 1534, 1553, 1562, 1584, 1600 f., 1602[6], 1604, 1678, 1680, 1684, 1687 f., 1695[19], 1703, 1724, 1745, 1748 f., 1786, 1818, 1828, 1840, 1849, 1851, 1855 f., 1863–1865, 1868 f.

Siddhi Savetsila siehe: Savetsila, Siddhi

Siddique, Tony K. Botschafter der Republik Singapur in Bonn S. 1270

Siebeck, Christian Legationsrat I. Klasse im Referat 341 „Ostasien“ des Auswärtigen Amts S. 1064[1]

Siebourg, Gisela Vortragende Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 499, 819, 956, 1332[1], 1641, 1707, 1714

Siemes, Hans Dieter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ im Auswärtigen Amt S. 111[11], 694[1], 1313[15]

Sieverding, Franz Mitglied des Vorstands der Mannesmann AG Düsseldorf S. 1066, 1068

Sihanouk, Samdech Norodom Präsident der kambodschanischen Exilregierung „Koalition des Demokratischen Kampuchea“ (am 7. Mai 1987 für ein Jahr niedergelegt); 1941–1955 König des Königreichs Kambodscha, 1960–1970 Staatsoberhaupt des Königreichs Kambodscha, 1975/76 Staatsoberhaupt der Republik Khmer bzw. ab Januar 1976 des Demokratischen Kampuchea S. 744, 1262–1269, 1273[15], 1274, 1940

da Silva Moura, Venâncio stellvertretender angolanischer Außenminister S. 1529[6]

Simon Oberstleutnant im Referat 1 „Militärpolitische Grundlagen“ in der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1203

Sin, Jaime Lachica Kardinal und Erzbischof von Manila S. 853

Sindermann, Horst Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Präsident der Volkskammer und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 1252

Sindhvananda, Kosol thailändischer Botschafter in Bonn bis 26. November 1987 S. 743

Sinowatz, Fred 1983–1986 Bundeskanzler der Republik Österreich S. 1252

Sithole, Ndabaningi 1963–1983 Vorsitzender der ZANU bzw. seit 1975 der ZANU-Ndonga S. 1626[38]

Sitz, Hermann Legationsrat I. Klasse bzw. seit 6. August 1987 Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika“ des Auswärtigen Amts S. 1528[1+3]

Sitzlack, Georg Präsident des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) beim Ministerrat der DDR S. 1225[13]

Skouroliakos, Dimitri griechischer Botschafter in Harare S. 1193[3]

Smart, Bruce, Jr. Staatssekretär im amerikanischen Handelsministerium (Under Secretary of Commerce for International Trade Administration) S. 111[11]

Smith, Gordon stellvertretender Direktor des SDI-Programms im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Director, Strategic Defense Initiative Organization) S. 159

Smith, Gordon Scott Leiter der kanadischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 281, 1260 f., 1759[5]

Smith, Ian Douglas Vorsitzender der Conservative Alliance of Zimbabwe (CAZ); 1964–1979 Ministerpräsident von Rhodesien S. 1626, 1629, 1631

Smith, Michael B. („Mike“) stellvertretender Handelsbeauftrager der amerikanischen Regierung im Rang eines Botschafters (Deputy US Trade Representative) S. 111[11]

Sobhani Nia, Hossein Abgeordneter des iranischen Parlaments und stellvertretender Vorsitzender des politischen Parlamentsausschusses S. 1110

Sobukwe, Robert Mangaliso 1959–1978 Gründer und Präsident des Pan Africanist Congress (PAC) S. 1452

Soedjatmoko Mangoendiningrat Rektor der United Nations University in Tokio bis September 1987 S. 1275

Sofaer, Abraham David Rechtsberater und Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Legal Adviser) S. 107, 221, 724[7]

Sokolow, Sergei Leonidowitsch Marschall der Sowjetunion und Mitglied des ZK der KPdSU sowie sowjetischer Verteidigungsminister bis zu seiner Entlassung am 30. Mai 1987 S. 782 f., 796 f., 972

Solbes Mira, Pedro Staatssekretär für Fragen der Europäischen Gemeinschaften im spanischen Außenministerium S. 1316

Solchaga Catalán, Carlos spanischer Wirtschafts- und Finanzminister S. 1313 f.

Sommaruga, Cornelio Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) S. 701[12]

Sommer, Klaus-Dieter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 603 „Internationale Medienpolitik, Fernsehen, Hörfunk, Film, Literatur und Buchwesen“ des Auswärtigen Amts, seit 1. August 1987 Leiter des Referats 603 S. 1695[23]

Sommer, Theo Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ S. 1059[21]

Somoza Debayle, Anastasio 1967–1972 und 1974–1979 Präsident der Republik Nicaragua S. 1163[4], 1856[52]

Son Sann Führer der Nationalen Befreiungsfront der Khmer und Ministerpräsident der kambodschanischen Exilregierung „Koalition des Demokratischen Kampuchea“; 1967/68 Ministerpräsident des Königreichs Kambodscha S. 1265, 1268, 1273[15], 1274

Søndergaard, P. Bent dänischer Botschafter in Damaskus S. 1310[3]

Sorsa, Taisto Kalevi Ministerpräsident der Republik Finnland, seit 30. April 1987 finnischer Außenminister S. 223, 1253

Soutou, Jean-Marie 1976–1979 Generalsekretär des französischen Außenministeriums (Secrétaire général) S. 872

Sowinski Präsident der polnischen Staatlichen Agentur für Atomistik S. 1301 f.

Spáčil, Dušan tschechoslowakischer Botschafter in Bonn S. 667[11]

Späth, Lothar Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (CDU), stellvertretender Vorsitzender der CDU und Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit S. 419, 466, 567, 1072

Spohn, Ulrich Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts, seit 2. Januar 1987 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile **Dok. 205** und S. 1370[26], 1557[3], 1561

Staab, Franz Jürgen Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 1308[8]

Stabreit, Immo Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt, am 1. Juni 1987 zum Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria ernannt **Dok. 236** und S. 291[1], 292, 398[1], 489[1], 499, 626[1], 702[1], 814[1], 827[1], 956[1], 1450, 1630[47], 1634[52]

Stackelberg, Hans Heinrich Freiherr von Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts, seit 9. September 1987 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 137[1], 450[21], 525[1], 861[1], 895[1]

Staden, Berndt von 1981–1983 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 749[6], 1173 f.

Stalin, Jossif Wissarionowitsch 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie 1941–1947 Volkskommissar für Verteidigung S. 6, 80 f., 225, 252, 397, 692, 1030[5], 1033[13+14], 1052[17], 1278 f.

Stange Oelkers, Rudolfo General der chilenischen Streitkräfte sowie Mitglied der Militärregierung und Polizeichef der Republik Chile S. 589, 1366, 1368, 1921

Staniszewski, Eberhard Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 51

Starodubow, Wiktor Pawlowitsch Generalleutnant der sowjetischen Streitkräfte und Abteilungsleiter für militärische und strategische Fragen in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU; 1980–1986 Stellvertretender Leiter der Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (START) in Genf sowie Vertreter der UdSSR in der sowjetisch-amerikanischen Ständigen Beratenden Kommission (SCC) S. 107

Stauffenberg, Berthold Schenk Graf von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 71[12]

Stauffenberg, Claus Schenk Graf von Oberst i. G. der Wehrmacht und führendes Mitglied des militärischen Widerstandes, am 20./21. Juli 1944 hingerichtet S. 501

Stavenhagen, Lutz Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Staatsminister im Auswärtigen Amt, seit 12. März 1987 Staatsminister im Bundeskanzleramt S. 827, 920, 1398, 1450, 1714, 1718, 1760, 1764, 1766, 1812[5]

Stechow, Andreas von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT" des Auswärtigen Amts **Dok. 42** und S. 470[1], 471, 1094[1+4]

Steel, David Martin Scott Vorsitzender der britischen Liberal Party S. 1002

Steger, Hans Alfred Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sofia, seit 27. Juli 1987 Botschafter in Budapest S. 788, 1416[26]

Steglich, Peter stellvertretender Leiter der Abteilung „Grundsatzfragen und Planung" im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR sowie Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien und seit Februar 1987 bei den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien im Rang eines Botschafters S. 511

Stehle, Emil Lorenz Titularbischof von Heraclea und Weihbischof von Quito, seit 5. Januar 1987 Bischof von Santo Domingo de los Colorados, seit November 1987 zudem Mitglied der Sachverständigendelegation zur Untersuchung der Colonia Dignidad S. 1010, 1919 f.

Stein, Edith jüdisch-christliche Philosophin, 1942 in Auschwitz-Birkenau ermordet S. 986

Stein, Gerrit Regierungsdirektor im Bundesministerium der Justiz und seit November 1987 Mitglied der Sachverständigendelegation zur Untersuchung der Colonia Dignidad S. 1919[2], 1922

Stein, Hans Freiherr von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 258[46], 1537[15]

Steinbach, Udo Islamwissenschaftler und Direktor des Deutschen Orient-Instituts (DOI) in Hamburg S. 1094 f.

Steiner, Michael Legationsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 761[6]

Steinkühler, Manfred Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris, seit 9. März 1987 Generalkonsul in Mailand; 1980–1984 Vortragender Legationsrat bzw. seit 1981 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit" im Auswärtigen Amt **Dok. 309, 350** und S. 437[24]

Steinmann, Hans-Georg 1966–1969 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat V 5 „Zivilrecht und Zivilprozeßrecht" im Auswärtigen Amt S. 1367[15]

Stelmachowski, Andrzej Professor für Zivilrecht an der Universität Warschau sowie Präsident des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau S. 1050

Steltzer, Hans Georg 1972–1978 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 1002[14]

Stenger, Alfred Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung III A „Verbrauchssteuern, Organisation (Zoll), Grenzaufsichtsdienst, Betriebsprüfung (Zoll), Zollfahndung, EDV (Zoll)" in der Abteilung III „Zölle, Verbrauchssteuern, Branntweinmonopol" des Bundesministeriums der Finanzen S. 1102

Stenglin, Karl Freiherr von Legationsrat I. Klasse bzw. seit 25. Februar 1987 Vortragender Legationsrat im Referat 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik" des Auswärtigen Amts **Dok. 137**

Stercken, Hans Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Auswärtigen Auschusses S. 477, 479, 850[40], 1172[20], 1699, 1709

Stern, Ernst Günter Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 22 „BM für innerdeutsche Beziehungen, Beziehungen zur DDR, Berlin-Fragen“ im Bundeskanzleramt S. 1223[1]

Stethem, Robert Dean S. 41[2]

Stewart, James Moray 1983–1986 Beigeordneter Generalsekretär der NATO für Verteidigungsplanung S. 1260

Stobbe, Dietrich Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 274, 485 f.

Stoecker, Folkmar Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts **Dok. 58, 176, 279** und S. 1826[2]

Stoffaës, Brigitte siehe: Sauzay-Stoffaës, Brigitte

Stoiber, Edmund Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei S. 1039

Stoltenberg, Gerhard Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Deutschen Bundestages sowie stellvertretender Vorsitzender der CDU **Dok. 92, 169, 346** und S. 77, 79, 234[9], 276, 331[8], 355, 413, 809, 878, 880, 924, 1088, 1241[22], 1459[13], 1578[12], 1581[20], 1583 f., 1586, 1714[1], 1791[1], 1883[6]

Stoltenberg, Thorvald norwegischer Außenminister seit 9. März 1987 S. 575, 580, 865 f., 1448, 1497, 1506, 1518, 1532, 1733, 1740, 1759 f., 1866

Stoph, Willi Mitglied des Politbüros des ZK der SED sowie Vorsitzender des Ministerrats und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 1252, 1255, 1277

Storbeck, Siegfried Generalmajor und Chef des Stabes im Führungsstab der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung, seit Oktober 1987 Generalleutnant und Stellvertreter des Generalinspekteurs der Bundeswehr S. 413

Strätling, Erich 1976–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1202[6]

Strauß, Franz Josef Ministerpräsident des Freistaats Bayern, Vorsitzender der CSU und Vorsitzender des Aufsichtsrats von Airbus Industrie; 1956–1962 Bundesminister der Verteidigung **Dok. 11, 288, 381** und S. 386[4], 466, 567, 776[10], 1007[2], 1039[16], 1257, 1290, 1338, 1359[8], 1416, 1450[2], 1459[13], 1542, 1623, 1635 f., 1709[9]

Strauß, Max Sohn von Franz Josef Strauß S. 1709

Strebe, Klaus Fregattenkapitän und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 332**

Streicher, Rudolf österreichischer Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr S. 1542

Streim, Alfred Staatsanwalt und Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg S. 660

Strenziok, Gert Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ im Auswärtigen Amt, seit 19. September 1987 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maskat S. 151[12], 152[15], 216[1], 793[1], 850[40], 857[7], 998[2], 1110

Stresemann, Gustav 1923 Reichskanzler und 1923–1929 Außenminister des Deutschen Reichs S. 78

Stronk, Detlef Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei von Berlin sowie stellvertretender Vorsitzender des Organisationsgremiums zum 750-jährigen Bestehen von Berlin S. 65, 67, 68[17], 336 f., 566

Štrougal, Lubomír Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 376, 378, 416[5], 417[10], 1543

Strulak, Tadeusz Leiter der polnischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters **Dok. 75** und S. 1805

Stüdemann, Dietmar Vortragender Legationsrat und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1910[22], 1912[33], 1913[35], 1936[1]

Stukalin, Boris Iwanowitsch sowjetischer Botschafter in Budapest S. 690

Stülpnagel, Paul-Joachim von Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Bot-

schafter, vom 19. April bis 5. Juni 1987 sowie vom 22. August bis 13. September 1987 abgeordnet nach New York zur Vorbereitung u. a. der Jahrestagung 1987 der VN-Abrüstungskommission sowie des Komitees für die 3. VN-Sondergeneralversammlung, vom 10. Oktober bis 20. November 1987 abgeordnet nach New York zur Behandlung der Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen während der laufenden 42. VN-Generalversammlung **Dok. 233, 311** und S. 144, 311[11], 670[27], 1352, 1655[11], 1757[24]

Stürmer, Michael Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen **Dok. 18** und S. 484

Sudhoff, Jürgen Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung" im Auswärtigen Amt, seit 22. April 1987 Staatssekretär **Dok. 40, 47, 76, 137, 144** und S. 150[8+9], 165[30], 256[36], 373, 384[1], 505[23], 550[3], 568[1], 584, 598, 606, 607[6], 612, 636, 665[1], 682, 716, 726[1], 768, 785[1], 795, 798, 799[8], 800[11+12], 801[16], 805[1], 817[8], 822, 823[8], 824[9], 850[40], 869, 870[10], 886, 895, 897[11], 898, 904, 928[2], 945, 949[18], 950[20], 965, 967, 977, 988[1], 1002[16], 1019, 1026[1], 1029[8], 1038, 1055, 1094, 1115[2], 1127[13], 1165, 1173 f., 1189[1], 1193[1], 1201[1], 1203[1], 1210, 1215, 1216[10], 1251, 1258, 1259[1], 1262, 1263[9], 1264[11], 1266[22], 1280, 1284, 1288[15], 1303, 1307, 1321, 1365, 1367[13], 1371[28], 1399, 1418, 1435, 1440[15], 1445, 1460, 1462 f., 1471, 1475, 1486, 1491, 1493[15], 1494, 1536[11], 1548, 1557[1], 1651, 1653, 1654[7], 1660, 1661[13], 1665[38], 1667[47], 1668[56], 1669[59], 1670[65+68], 1691 f., 1697, 1699[10], 1728, 1729[9], 1730[13], 1732, 1744, 1748[1], 1795, 1831[1], 1834, 1836[12], 1837, 1860[13], 1866[21], 1884, 1899[32], 1919, 1922[12], 1923[15], 1933[3]

Suedi Chefberater des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate S. 1179

Suhr, Otto 1955–1957 Regierender Bürgermeister von Berlin S. 1847[14]

Sulimma, Hans-Günter Ministerialdirigent und Beauftragter für Afrikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 161, 324** und S. 369[3], 371, 681[1+2], 743[7], 1172[21], 1450[2], 1471, 1540, 1799, 1834[16], 1936

Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud zweiter stellvertretender saudi-arabischer Ministerpräsident sowie Minister für Verteidigung und Luftfahrt S. 414 f.

Suslow, Michail Andrejewitsch 1955–1966 Mitglied des Präsidiums bzw. 1966–1982 des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU S. 690

Süssmuth, Rita Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sowie seit 18. Februar 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 641[20], 855[64], 1472[12]

Sutherland, Peter Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Wettbewerb) S. 468 f.

Suzman, Helen Bürgerrechtlerin sowie Mitglied des südafrikanischen Parlaments und der Progressive Federal Party (PFP) S. 1454

Svenson Miteigentümer der Firma Polscan S. 1298–1302

Sytschow, Wjatscheslaw Wladimirowitsch Generalsekretär des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe S. 1894[12]

Szałajda, Zbigniew Karol polnischer Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des ZK der PVAP S. 602, 603[27], 609

Tabatabai, Sadegh iranischer Sonderbotschafter und persönlicher Beauftragter des Ayatollah Khomeini **Dok. 153, 195** und S. 703

Taft, William Howard IV. stellvertretender amerikanischer Verteidigungsminister (Deputy Secretary of Defense) **Dok. 72** und S. 753

Tambo, Oliver Reginald Präsident des südafrikanischen ANC, seit 1960 im Exil S. 165, 846, 882, 1453 f.

Tandecki, Hans-Peter Generalleutnant und Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Militärausschuß der NATO in Brüssel S. 1497, 1733

Tandler, Gerold Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag sowie Generalsekretär der CSU S. 1467

Tanenbaum, Marc H. Sprecher und Direktor der Abteilung „Internationale Beziehungen“ des American Jewish Committee S. 986

Taraki, Nur Mohammed 1978/79 Präsident und Ministerpräsident der Demokratischen Republik Afghanistan; 1965–1979 Vorsitzender der Khalq-Fraktion der Demokratischen Volkspartei Afghanistans S. 453[10]

Taylor, Sir John Lang („Jock“) 1981–1984 britischer Botschafter in Bonn S. 1173 f.

Téfel Vélez, Licentatius Reynaldo Antonio nicaraguanischer Minister für soziale Sicherheit und Wohlfahrt S. 1472

Teltschik, Horst Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“ des Bundeskanzleramts **Dok. 23, 37, 223, 239, 273** und S. 77, 109[10], 223[1], 291[1], 382, 391, 398[1], 432[1], 434, 437, 450[23], 489[1], 494, 499[1], 507[5], 608[11], 626[1], 629[11], 637[8], 689[1], 702[1], 705–708, 735[1], 809, 814, 819, 821, 827, 892, 913[1], 920, 956, 959, 960[1], 1007[1], 1049, 1066[8], 1215[4], 1216 f., 1358[1], 1372[1], 1374, 1398, 1417, 1423[4], 1450[1], 1460[3], 1462[18], 1518[1], 1542, 1567, 1582, 1606, 1614, 1641, 1693, 1707[1], 1714[1], 1791[1], 1809, 1857[2], 1873[1], 1881[1]

Tenzin Gyatso (Dalai Lama) S. 1040–1042

Terebilow, Wladimir Iwanowitsch Vorsitzender des sowjetischen Obersten Gerichtshofes S. 1219

Thatcher, Margaret Premierministerin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie Vorsitzende der Conservative and Unionist Party **Dok. 79, 269, 352, 359** und S. 24[16], 101, 103, 178, 250–252, 255, 310, 312, 358[46], 399, 439, 442, 450, 504 f., 575, 628, 646[13], 686, 709[2], 809 f., 820, 825, 878–885, 887 f., 891 f., 923, 927, 936, 947, 957, 975, 1085, 1089, 1092, 1174[11], 1376, 1396, 1451 f., 1465[13], 1573, 1583, 1608, 1620, 1632, 1645, 1713, 1715, 1717–1720, 1740, 1760 f., 1814, 1815[21], 1818, 1849, 1852, 1870[7], 1881

Thiele, Rüdiger Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 41 „Europäische Wirtschaftsintegration“ im Bundeskanzleramt S. 455[1], 1386, 1389

Thomas, Sir Derek Morison David Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State and Political Director), seit Dezember 1987 Botschafter in Rom **Dok. 66** und S. 25, 86[10], 424

Thomas, Charles H. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Principal Deputy Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) S. 262, 265, 714, 1502, 1848

Thorn, Gaston Egmond 1981–1985 Präsident der EG-Kommission S. 1870

Thorning-Petersen, Rudolph Anton dänischer Botschafter in Moskau S. 1025

Tian Dongliang chinesischer Dolmetscher S. 373

Tibi, Bassam Professor für Internationale Beziehungen an der Georg-August-Universität Göttingen S. 95

Tichonow sowjetischer Erster Stellvertretender Minister für Hochseeschiffahrt S. 1703[14]

Tietmeyer, Hans Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 277, 809, 814, 1585[18], 1760, 1764

Timmermann, Manfred Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 696[12], 822[3], 823 f.

Timpe, Elmar Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka S. 165[33]

Timsit, Joëlle französische Botschafterin in Ost-Berlin S. 113

Tindemans, Leonard Clemence („Leo“) belgischer Außenminister S. 99[8], 155, 233, 239, 245, 453[8], 630, 846 f., 849 f., 867 f., 1332, 1334, 1336 f., 1497, 1505, 1867

Tinsulanonda, Prem Ministerpräsident des Königreichs Thailand S. 746, 748

Tito, Josip Broz 1937–1980 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bzw. des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und 1953–1980 Präsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien bzw. der Sozialistischen Föderativen Re-

publik Jugoslawien S. 133[8], 392f., 396, 1484[7], 1567, 1853

Tlass, Mustafa General der syrischen Streitkräfte und Verteidigungsminister S. 702[6], 767

Todorow, Nicolai Professor für die Geschichte des Balkans und Vizepräsident der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften S. 1331

Toivo ya Toivo, Andimba Herman Generalsekretär der SWAPO S. 1454

Tolkunow, Lew Nikolajewitsch Vorsitzender des Unionssowjet des Obersten Sowjet der UdSSR sowie Vorsitzender des Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit S. 1511[19]

Töpfer, Klaus Minister für Umwelt und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, seit 7. Mai 1987 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit S. 1225[13], 1302[10], 1877[21]

Torovsky, Rudolf Leiter der österreichischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters und Koordinator für Korb I S. 1141, 1464, 1467, 1910[22], 1912, 1913[34+35], 1914

Totu, Ioan rumänischer Außenminister S. 1476[7], 1867[26], 1896, 1900

Tower, John Goodwin Vorsitzender der vom amerikanischen Präsidenten eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Iran-Contra-Affäre S. 23[15], 274, 283[6]

Treskow, Wiprecht von Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt S. 1899[31]

Trichet, Jean-Claude Büroleiter des französischen Wirtschafts- und Finanzministers (Directeur de cabinet du Ministre de l'Économie et des Finances), seit August 1987 Abteilungsleiter im französischen Wirtschafts- und Finanzministerium (Directeur du Trésor) S. 827

Trömel, Thomas Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Abu Dhabi, seit 11. Juli 1987 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 1815[23]

Trost, Carlisle Albert Herman amerikanischer Admiral und Chef des Admiralstabs der Marine (Chief of Naval Operations) S. 342[5]

Truche, Pierre französischer Magistrat S. 658f., 711f.

Trudeau, Pierre Elliott 1968–1979 und 1980–1984 Ministerpräsident von Kanada S. 865[18+20], 1252

Truman, Harry S. 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1033[14]

Trumpf, Jürgen Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts **Dok. 73, 94, 215** und S. 111[9], 158[7], 228[3], 313[25], 470[1], 471, 694[3], 736[7], 916[16], 1091, 1103[6], 1571, 1572[9], 1575[2], 1587[23], 1609[18], 1656[2+4], 1760[2], 1761[4+5]

Tschebrikow, Wiktor Michailowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit (KGB) beim Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1446[20]

Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch 1984/85 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 8, 443, 915[8], 1224[8], 1393[9], 1415

Tschernjajew, Anatolij Sergejewitsch außenpolitischer Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU S. 1030

Turner, John Napier Vorsitzender der Liberalen Partei Kanadas und Oppositionsführer; vom 30. Juni bis 17. September 1984 Ministerpräsident von Kanada S. 865[18]

Tutu, Desmond Mpilo Erzbischof von Kapstadt und Primas der anglikanischen Kirche der Provinz Südafrika; 1978–1984 Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats (SACC) S. 1452f.

Ueberschaer, Hans-Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Weltweite internationale Organisationen, bilaterale Beziehun-

gen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ im Bundeskanzleramt S. 489, 494, 681[1], 702f., 762[4+5], 763, 766, 1256[3], 1257, 1450, 1545[1], 1707, 1711

Ulbricht, Walter 1950–1971 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des ZK der SED; 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 1252, 1359, 1376, 1544, 1568

Ulrich, Rolf Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts **Dok. 168** und S. 36[1], 1695[18], 1844[1]

Ungerer, Werner Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 74, 186, 193, 358** und S. 559[12], 1177[6], 1609[19], 1638[8], 1869

Uslar-Gleichen, Hasso Freiherr von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 108[7], 342[5], 1566, 1835[8]

Van Ussel, Michel belgischer Botschafter in Bonn S. 381, 634[23]

Ussytschenko, Leonid Grigorjewitsch Stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1019, 1692[5]

Ustinow, Dmitrij Fjodorowitsch 1976–1984 Marschall der Sowjetunion, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und sowjetischer Verteidigungsminister S. 796f., 972

Vacano, Johannes von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lima S. 851[44]

Văduva, Ilie rumänischer Minister für Außenhandel und internationale Zusammenarbeit S. 1897

Valdés Subercaseaux, Pío Gabriel Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles bis 2. August 1987; 1964–1970 chilenischer Außenminister S. 589, 1882

Valdez H., Benjamín salvadorianischer Gesundheitsminister 551[5]

Valentin, François General und 1972–1974 Befehlshaber der französischen Ersten Armee sowie Militärgouverneur von Straßburg S. 876

del Valle Alliende, Jaime chilenischer Außenminister bis 7. Juli 1987 S. 1028, 1029[8]

Van-Dúnem M'Binda, Afonso angolanischer Außenminister S. 655, 1529[6]

Vanik, Charles Albert 1955–1981 Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 312[24]

Várkonyi, Péter ungarischer Außenminister und Sekretär des ZK der USAP S. 1084f., 1513

Väyrynen, Paavo Matti finnischer Außenminister bis 30. April 1987 **Dok. 49** und S. 265

Vaz Pereira, António Augusto Marques da Costa Leiter der portugiesischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1261

Védrine, Hubert Mitarbeiter im französischen Präsidialamt und außenpolitischer Berater des Staatspräsidenten (Conseiller diplomatique au secrétariat général de la Présidence de la République) S. 21[6], 24, 1117, 1123f., 1126, 1203, 1207, 1386

Vejvoda, Milouš Leiter der tschechoslowakischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf im Rang eines Botschafters S. 1182

Velayati, Ali Akbar iranischer Außenminister **Dok. 221** und S. 149f., 1089f., 1127, 1131f., 1134, 1345f., 1348[9], 1356, 1380, 1447[24], 1735[24], 1815f.

Venohr, Wolfgang Horst Walter Journalist und Publizist S. 484

Verbeek, Paul Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl **Dok. 351**

Verdross, Alfred 1924–1960 Professor für Völkerrecht an der Universität Wien S. 961

Vergès, Jacques französischer Rechtsanwalt und Strafverteidiger S. 658f., 711f.

Vestring, Alfred Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO in Paris mit der Amts-

bezeichnung Botschafter, seit 13. März 1987 Gesandter und Vertreter des Botschafters in Wien **Dok. 120**

Vetter, Heinz Oskar Mitglied des Europäischen Parlaments (Sozialistische Fraktion) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB); 1969–1982 Vorsitzender des DGB S. 758

Villacieros, Javier Leiter der spanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 308

Villafañe, Miguel Rodríguez argentinischer Bundesrichter S. 1613

Vo Chi Cong Präsident der Sozialistischen Republik Vietnam seit 18. Juni 1987 S. 1267[26]

Vogel, Bernhard Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und Mitglied des Bundesvorstands der CDU S. 567, 702[3], 1290

Vogel, Hans-Jochen Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der SPD-Fraktion, seit 14. Juni 1987 zudem Vorsitzender der SPD S. 433[9], 810[6], 1295 f., 1423[2], 1923[15]

Vogel, Wolfdietrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Accra S. 175[9]

Vogel, Wolfgang Rechtsanwalt und Persönlicher Beauftragter des Staatsratsvorsitzenden der DDR für die Lösung humanitärer Probleme S. 1200[22], 1242, 1672

Voigt, Karsten Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 43[2]

Volcker, Paul Präsident der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve) bis 11. August 1987 S. 231

Volio Jiménez, Fernando Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in Chile S. 1561

Vollers, Claus Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ im Auswärtigen Amt **Dok. 152** und S. 178[5], 181[21], 1111[6], 1358[1], 1447[24], 1795[1], 1796[8]

Vollmar-Libal, Sabine Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 287** und S. 584[1], 788[1], 898[1]

Volmer, Ludger Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 1471[8]

Vorster, Balthazar Johannes 1966–1978 Ministerpräsident der Republik Südafrika; 1978/79 Präsident S. 1626

Vorwerk, Michael Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, WEU)“ des Auswärtigen Amts S. 412[1], 822[1]

Vorwerk, Wolfgang Legationsrat I. Klasse bzw. seit 4. März 1987 Botschaftsrat und Geschäftsträger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 293[11], 999[6], 1461[8]

Voß, Ingo von Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, seit 2. April 1987 Legationssekretär im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ S. 1201

Vranitzky, Franz Bundeskanzler der Republik Österreich **Dok. 306** und S. 444[36], 535, 595–597, 1039

Vring, Thomas von der Mitglied des Europäischen Parlaments (Sozialistische Fraktion) S. 485

Wagner, Adolf Karl Ritter von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO; Weltraumforschung und -erschließung; ESA; Trägertechnologien“ im Auswärtigen Amt S. 53[1+3], 163[25], 174[1+3], 177[18], 217[8], 479, 562[1+2], 677[22+24], 751[1+3], 1037[1+3], 1455[2], 1753[1+3], 1755[14], 1757[23+26], 1889[1]

Wagner, Christean Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, seit 24. April 1987 Kultusminister des Landes Hessen S. 954

Wagner, Gerd Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 2. Februar 1987 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischen-gesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ bzw. seit 29. Juni 1987 Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 88[9], 570[1], 841[1], 904[3], 1191[1], 1220[1], 1303[3], 1319[1], 1478[1], 1481[7], 1524[1], 1686[1], 1748[1], 1767[1], 1782[1], 1824[1], 1841[1]

Wagner, Hartmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West–Ost“ des Auswärtigen Amts, seit 7. September 1987 Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Karachi S. 878[1]

Waigel, Theodor („Theo“) Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe S. 776[10], 1448

Waldersee, Bernhard Graf von Legationsrat bzw. seit 21. Januar 1987 Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 661[1], 1173[1], 1175[12], 1744[1], 1844[1]

Waldheim, Kurt Bundespräsident der Republik Österreich; 1938–1945 Angehöriger der Wehrmacht, 1968–1970 österreichischer Außenminister, 1972–1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen **Dok. 120, 190, 191, 196** und S. 444[36], 1001[13], 1002[14]

Wałęsa, Lech Vorsitzender der polnischen Gewerkschaft Solidarność S. 161, 1049–1052, 1392

Walker, Jenonne R. Referatsleiterin im amerikanischen Außenministerium (Director of the Office of Theater Military Policy in the Bureau of Politico-Military Affairs) S. 1190, 1192

Wallau, Theodor Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 6. März 1987 Botschafter in Jakarta **Dok. 3** und S. 41[3], 166[36], 847[29], 1108[7]

Wallis, Wilson Allen Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Economic and Agricultural Affairs) sowie Beauftragter („Sherpa“) für Weltwirtschaftsgipfel S. 809

Wallmann, Walter Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, seit 24. April 1987 Ministerpräsident des Landes Hessen (CDU) S. 954[14]

Wallop, Malcolm Senator für den amerikanischen Bundesstaat Wyoming (Republican Party) S. 724

Walsh, Lawrence Edward amerikanischer Rechtsanwalt sowie Sonderermittler und unabhängiger Ankläger (Independent Counsel) in der Iran-Contra-Affäre S. 628[7]

Walters, Vernon Anthony Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1447, 1869

Wang Qingyu Botschaftsrat an der chinesischen Botschaft in Bonn S. 373

Warnke, Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, seit 12. März 1987 Bundesminister für Verkehr S. 470, 742, 743[26], 893[28], 1542, 1609 f., 1881[3]

Warnken, Claus Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, seit 2. April 1987 Legationssekretär im Referat 424 „Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport“ S. 750[7], 1102[1], 1168[1], 1380[1]

Wasserberg, Günter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht“ im Auswärtigen Amt S. 1919

Wasum-Rainer, Susanne Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ bzw. seit 2. April 1987 Legationssekretärin im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung,

Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amts S. 1795[1]

Watanabe, Taizo stellvertretender japanischer Regierungssprecher S. 814

Weber, Gerhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 118 „Sicherheit und Geheimschutz“ im Auswärtigen Amt S. 51[1], 802[1], 803[3]

Weber, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 250, 266, 391, 647, 743, 809, 934, 1358, 1398, 1450, 1873

Weber, Max *1864 †1920 S. 1623

Wechmar, Rüdiger Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London S. 86[10], 646[13], 680[38], 713[4], 945[5]

Weddeye, Goukouni siehe: Oueddei, Goukouni

Wedemeier, Klaus Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen sowie Bürgermeister der Stadt Bremen (SPD) S. 567, 1243[3]

Wegener, Henning Beigeordneter Generalsekretär für politische Angelegenheiten beim Generalsekretariat der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1981–1986 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 670[27], 1080[5+6], 1260

Wegener, Roland Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU S. 1709

Wegner, Helmut Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 60 in der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts **Dok. 29** und S. 40[15], 568[1], 1491[4]

Weidenfeld, Werner Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie seit 1. Oktober 1987 Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt S. 1391[1], 1397[15]

Weinberger, Caspar Willard amerikanischer Verteidigungsminister bis 23. November 1987 **Dok. 128** und S. 69, 71[12], 72[19], 90, 106f., 143[10], 283[6], 326, 346[10], 404, 513–515, 724, 752[6], 774–776, 781, 1447, 1448[28], 1552, 1662[17], 1774, 1860

Weinstein, David stellvertretender Vorsitzender des United States Holocaust Memorial Council (Executive Vice President) S. 1105, 1107, 1109, 1110[13]

Weiser französischer Dolmetscher S. 827

Weiß, Andreas Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1423, 1857

Weiß, Gebhardt Vortragender Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ bzw. seit 13. Juli 1987 im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 32[1], 34[1], 497[1], 795[1], 1003[1], 1059[22]

Weiß, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts, nach einmonatiger Abordnung am 1. November 1987 in den Geschäftsbereich der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen versetzt S. 584[1], 608[9], 611[26], 651[1], 1438[14]

Weißdorf, Traugott Freiherr Leuckart von Regierungsdirektor bzw. seit 1. Juni 1987 Ministerialrat und Leiter des Referats 214 „Entwicklungspolitik; Nord-Süd-Fragen“ im Bundeskanzleramt S. 681[1], 686[12], 1007[1]

Weiss, Heinrich Vorstandsvorsitzender der Firma Schloemann-Siemag GmbH Düsseldorf sowie Vorsitzender des China-Kreises des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft S. 1068f., 1070[26]

Weiz, Herbert Minister für Wissenschaft und Technik der DDR sowie Mitglied des ZK der SED S. 1225[13]

Weizsäcker, Richard Freiherr von Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland; 1969–1981 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), 1972–1979 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1981–1984 Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin **Dok. 81, 177, 200, 206, 212** und S. 31, 78, 114, 154, 155[8], 161[15], 197, 200, 336f., 433,

503[12], 521, 609[17], 610, 636, 641f., 663, 679, 681[2], 701, 791, 933, 937, 950f., 955, 964, 990, 1007[2], 1016, 1018f., 1025, 1044, 1050, 1084[3], 1085, 1087, 1174, 1176[2], 1243, 1257, 1290, 1312, 1324f., 1349, 1353[34], 1355[38], 1408[2], 1424, 1450[2], 1482, 1491, 1510, 1513, 1683, 1701, 1707, 1862, 1937f.

Welch, Larry D. amerikanischer General und Chef des Generalstabs der Luftstreitkräfte (Chief of Staff of the Air Force) S. 342[5]

Welichow, Jewgenij Pawlowitsch Professor für Atomphysik, stellvertretender Präsident der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Stellvertretender Direktor des Kurtschatow-Instituts S. 185, 1161, 1858

van Well, Günther Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1987; 1973–1977 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 9, 24, 37, 41, 61, 102, 114, 141, 143, 214, 220, 266, 301, 302** und S. 20[15], 67[12], 69[4+6], 73, 85[5], 88[8], 89[10+14], 129[5], 135[20], 143[10], 276[13], 289[4], 312[24], 315[38], 398[3], 497[2], 532[7], 556[15], 559[10], 576[5], 621[5], 628[7], 753, 794[8], 803[4], 848[32], 909[4], 1160[8], 1220[3], 1222[5], 1444[7], 1448[29], 1601[2], 1610[2]

Wellershoff, Dieter Admiral und Generalinspekteur der Bundeswehr S. 450, 583, 988f., 1119, 1122f., 1403[3], 1666, 1934f.

Werner, Robert Oberstleutnant i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 452[5], 912[8]

Whitehead, John Cunningham stellvertretender amerikanischer Außenminister (Deputy Secretary of State) **Dok. 312** und S. 41f., 67, 159–161, 276[13], 572, 1525, 1534[2], 1539, 1734, 1751, 1876

Wickham, John Adams, Jr. General der amerikanischen Streitkräfte und Chef des Generalstabs des Heeres (US Army Chief of Staff) bis 23. Juni 1987 S. 342[5]

Widgren, Jonas Olof Staatssekretär im schwedischen Arbeitsministerium, seit 1. April 1987 Koordinator des UNHCR für Flüchtlingsfragen in Europa und Nordamerika **Dok. 137** und S. 1545

Wieczorek-Zeul, Heidemarie Mitglied des Europäischen Parlaments (Sozialistische Fraktion), seit 18. Februar 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1471[8]

Wied, Wilhelm Friedrich Heinrich Prinz zu *1876 †1945 S. 1476

Wieland, Wolfgang Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und Vorsitzender der Fraktion „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz" seit 20. April 1987 S. 337

Wiesel, Elie Schriftsteller, Publizist und Professor für humanistische Studien an der Boston University; 1978–1986 Vorsitzender des United States Holocaust Memorial Council **Dok. 220**

Wiesenthal, Simon österreichischer Publizist und Schriftsteller sowie Gründer und Vorsitzender des Dokumentationszentrums des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes in Wien S. 966

Wietersheim, Sigvard von 1984–1986 Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 874[19]

Wiktorow, W. Oberstleutnant der sowjetischen Streitkräfte S. 973

Willoch, Kåre 1981–1986 Ministerpräsident des Königreichs Norwegen **Dok. 300, 304, 345** und S. 1259, 1261, 1358, 1880f.

Wilms, Dorothee Margarethe Elisabeth Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) sowie Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, seit 12. März 1987 Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen S. 1087[22], 1290, 1292[13], 1293

Wilson, Michael kanadischer Finanzminister S. 880

Wilson, Pete Barton Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kalifornien (Republican Party) S. 107

Wilson, Thomas Woodrow 1913–1921 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1395

Wimmer, Raimund Rechtsanwalt und Professor für Öffentliches Recht an der Universität Osnabrück S. 1103

Wimmer, Willy Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion S. 1072[11]

Wirth, Christian 1942/43 Obersturmführer bzw. Obersturmbannführer der SS und Inspekteur der Vernichtungslager Bełżec, Sobibór und Treblinka; 1943/44 Befehlshaber der „Abteilung R" in Triest S. 1555[2]

Wischnewski, Hans-Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); 1976–1979 Staatsminister im Bundeskanzleramt **Dok. 153** und S. 703 f., 982, 1007[2], 1281, 1471

Wissmann, Matthias Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion S. 916, 919

Wistinghausen, Henning von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen für Ausfuhren und Auslandsinvestitionen; Umschuldungen staatlich versicherter Handelsforderungen; Messewesen" im Auswärtigen Amt S. 289[1+2], 1413[12], 1534[1]

Witschel, Georg Legationsrat bzw. seit 1. Juni 1987 Legationsrat I. Klasse im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht" des Auswärtigen Amts S. 220[6], 1754[8]

Witte, Barthold Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik" des Auswärtigen Amts sowie Beauftragter für internationale Medienpolitik **Dok. 188** und S. 196[9], 218[12], 568[2+3], 653[15], 680, 892[25], 1413[15], 1491[4]

Wöckel, Heribert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dakar S. 175[8]

Wojna, Ryszard Henryk polnischer Journalist und Publizist S. 1296

Wolff von Amerongen, Otto Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft S. 196

Wolkogonow, Dmitrij Antonowitsch Generaloberst, Historiker und Stellvertretender Chef der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte; 1979–1984 Abteilungsleiter im sowjetischen Verteidigungsministerium für Sonderpropaganda S. 971 f.

Woltmann, Dieter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 1612[3]

Wong Kan Seng stellvertretender Außenminister der Republik Singapur S. 883[28]

Woodworth, John A. Mitglied der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf sowie stellvertretender Leiter der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen im Rang eines Botschafters S. 129

Worbs, Michael Legationsrat bzw. seit 20. November 1987 Legationsrat I. Klasse im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts S. 762[1], 1256[1], 1514[1], 1826[1]

Wörner, Manfred Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) **Dok. 116, 146, 250, 300, 304, 316, 345** und S. 26, 48, 112, 121, 126, 266, 326, 346[10], 347[11], 402[3], 405[21], 412[5], 414, 437[24], 445–447, 495 f., 554[10], 555[13], 581, 591[6], 626[1], 649[7], 706, 727, 739, 752[6], 776–778, 782, 807[10], 823, 907, 929[12+13], 989 f., 1072 f., 1119, 1124[19], 1312[11], 1338, 1340, 1358 f., 1375, 1420[2], 1435 f., 1439, 1446[19], 1448[25+27], 1585, 1662[17], 1666, 1768, 1771 f., 1773, 1778 f., 1782, 1809[12], 1873[2], 1875[11], 1880 f., 1933, 1935 f.

Woronzow, Julij Michajlowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister und seit 15. Januar 1987 Leiter der sowjetischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf; 1983–1986 Botschafter in Frankreich **Dok. 126** und S. 92, 186, 315[38], 430, 437[22], 440, 446, 644–646, 649, 679 f., 867, 1022, 1112, 1135, 1500, 1526, 1553, 1602, 1686, 1734

Wright, James Claude („Jim"), Jr. Mitglied und seit 6. Januar 1987 Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 108, 917

Wu Xueqian chinesischer Außenminister **Dok. 77**

Wulffen, Bernd Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait-Stadt S. 1332[3], 1677[24]

Würzbach, Peter Kurt Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 146, 681[2], 1611

Würzen, Dieter von Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 157, 159, 277, 990, 1067, 1293[21]

Yao Yilin chinesischer Stellvertretender Ministerpräsident sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, seit 2. November 1987 zudem Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK der KPCh S. 746

Yaqub Ali Khan, Sahabzada pakistanischer Außenminister bis 1. November 1987 S. 1198, 1275

Yavuztürk, Zeki türkischer Verteidigungsminister bis 21. Dezember 1987 S. 1781

Yeutter, Clayton Keith amerikanischer Handelsbeauftragter (U.S. Trade Representative) S. 187[4], 1930

Yilmaz, Ahmet Mesut türkischer Minister für Kultur und Tourismus, seit 22. Dezember 1987 Außenminister S. 1476[7], 1867[26]

York von Wartenburg, Alexander Graf Vertreter des Leiters bzw. seit 2. November 1987 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 353, 362** und S. 1089[31], 1112[9], 1126[3], 1364[21], 1484[7], 1815[24], 1816[26]

Young, Janet Mary, Baroness Young Staatsministerin im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) bis 13. Juni 1987 S. 1282

Younger, George britischer Verteidigungsminister S. 713[4], 947, 1771–1774

Yuan Zude Persönlicher Referent des chinesischen Außenministers S. 373

Zacharakis, Christos Leiter der griechischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 780f., 1261

Zada, Karim Protokollchef des afghanischen Außenministeriums S. 32

al-Zahawie, Wissam Staatssekretär im irakischen Außenministerium S. 1127, 1129

Zahir Schah, Mohammed 1933–1973 König des Königreichs Afghanistan S. 842, 911[5], 1084, 1113

Zaldívar Larraín, José Andrés Rafael stellvertretender Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles S. 1561

Zamora Rivas, Rubén Ignacio Mitbegründer und im Exil lebendes Führungsmitglied der salvadorianischen Guerillaorganisation FDR S. 799

Zanone, Valerio italienischer Verteidigungsminister seit 28. Juli 1987 S. 1776f.

Zayed bin Sultan al-Nahyan Herrscher von Abu Dhabi sowie Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate **Dok. 232** und S. 1676

Zeeuw, Aart de Generaldirektor des niederländischen Landwirtschaftsministeriums und seit 9. Februar 1987 Vorsitzender der GATT-Verhandlungsgruppe „Landwirtschaft“ S. 187, 190

Zeisler, Dieter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs Meyer-Landrut bzw. seit 22. April 1987 des Staatssekretärs Sudhoff S. 64[1], 82[3], 141[3], 381[1], 384[1], 612[2], 798[3], 1055[1], 1165[3], 1173[1], 1189[1], 1448[28], 1460[3], 1656[4], 1753[3], 1884[3], 1933[3]

Zeller, Klaus Leiter der Ständigen Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 9. Oktober 1987 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland, seit 23. Dezember 1987 Ministerialdirigent S. 855[64], 1043[1]

Zenner, Michael Legationsrat I. Klasse im Referat 340 „Südasien“ des Auswärtigen Amts S. 32[1], 451[1+3], 908[1]

Zepter, Bernhard Botschaftsrat und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den GATT-Verhandlungen in Genf **Dok. 379**

Zhang Jingfu Staatsrat der Volksrepublik China und Vorsitzender des Nationalen Wirtschaftskomitees **Dok. 96** und S. 1066 f., 1068[18], 1069

Zhang Xingyuan chinesischer Dolmetscher S. 489

Zhao Ziyang Ministerpräsident der Volksrepublik China bis 24. November 1987 und Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK der KPCh, zugleich seit 16. Januar 1987 zunächst amtierend, seit 2. November 1987 offiziell Generalsekretär des ZK der KPCh **Dok. 209, 213, 288** und S. 489, 490[6], 491, 599, 1116[6], 1265[19]

Zheng Hongye Stellvertretender Vorsitzender der zentralen chinesischen Organisation zur Außenhandelsförderung (China Council for the Promotion of International Trade) S. 489

Zheng Tuobin chinesischer Minister für Außenhandel sowie Mitglied des ZK der KPCh S. 1070[25]

Zia ul-Haq, Mohammed General und Präsident der Islamischen Republik Pakistan S. 675

Ziefer, Fritz Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 657[35], 1627[40]

Ziller, Gebhard Direktor des Bundesrates, seit 3. April 1987 Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 1455[3]

Zimmermann, Friedrich Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 37, 43[2], 172, 591[6], 701, 758, 857, 1101[21], 1416[24]

Zimmermann, Roland Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Khartoum, seit 27. April 1987 Botschafter in Havanna S. 339[2]

Zirpel, Rolf-Rüdiger Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag, seit 9. März 1987 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD“ des Auswärtigen Amts S. 328[1]

Zumbado Jiménez, Fernando costaricanischer Minister für Siedlungs- und Flüchtlingsfragen S. 550[1]

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1987

Band II: 1. Juli bis 31. Dezember 1987

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Tim Szatkowski, Tim Geiger
und Jens Jost Hofmann

DE GRUYTER
OLDENBOURG